

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1983

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Horst Möller

Mitherausgeber
Gregor Schöllgen und Andreas Wirsching

Oldenbourg Verlag München 2014

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1983

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1983

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Tim Geiger, Matthias Peter
und Mechthild Lindemann

Oldenbourg Verlag München 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, 81671 München/Deutschland
www.degruyter.com/oldenbourg
Ein Unternehmen von De Gruyter

Gedruckt in Deutschland

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-74707-2
eISBN 978-3-486-74850-5

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	LXXXII
Abkürzungsverzeichnis	XCII
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–194)	3
Band II (Dokumente 195–397)	1007
Register	1967
Personenregister	1967
Sachregister	2043
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juni 1983	

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1983 wird zum einundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufnehmen zu können. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke. Zudem bin ich Herrn Professor Dr. h.c. Horst Teltschik für wertvolle Hinweise zu Dank verpflichtet.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Ingrid Morgen.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Tim Geiger, Herr Dr. Matthias Peter und Frau Dr. Mechthild Lindemann, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Tim Szatkowski durch Mitarbeit bei der Kommentierung, Herr Dr. Christoph Franzen durch das Erstellen des Personenregisters, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Herr Christian Bartlau, Frau Anina Falasca und Frau Janina Priebe.

Berlin, den 1. November 2013

Horst Möller

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1983“ (Kurztitel: AAPD 1983) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juni 1983.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1983“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlusssachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zum überwiegenden Teil unterlagen sie als Verschlusssachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1983 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus

dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 397 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigen Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigen Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. An-

derenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amtes (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift, eine Ablichtung oder ein vervielfältigtes Exemplar (Matrizenabzug) herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen

sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Vertei-

ler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Translitterierung durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (3.12.2013) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzel-

nen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Juni 1983 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1	03.01. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 3
	Meyer-Landrut skizziert Hintergründe der Wahl von Jurij Andropow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU am 12. November 1982 und beurteilt die Aussichten für eine Änderung der sowjetischen Politik.	
2	04.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 9
	Wieck analysiert die Lage der NATO und stellt Überlegungen an, wie das Bündnis angesichts unterschiedlicher Meinungen, beispielsweise zur strategischen Bedeutung des Ost-West-Handels und zur Rolle der Nuklearwaffen, die bevorstehenden Belastungen überstehen könnte.	
3	05.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe	S. 15
	Im Mittelpunkt stehen die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Japan, insbesondere der Abbau von Zöllen. Weitere Themen sind der amerikanische Vorschlag zu Konsultationen über die strategische Bedeutung des Ost-West-Handels sowie die INF-Verhandlungen in Genf.	
4	07.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 24
	Pfeffer resümiert den Stand der Bemühungen, den Zeitplan für die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckensystemen in der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien zu harmonisieren.	
5	07.01. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 27
	Wallau berichtet von einem Gespräch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, mit Präsident Reagan über die INF-Verhandlungen.	
6	10.01. Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington	S. 29
	Ruth übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz über die Weiterentwicklung der westlichen Position bei den INF-Verhandlungen, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit einer Zwischenlösung.	

7	11.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 31
	Pfeffer äußert sich zu den Folgen eines möglichen belgischen und niederländischen Rückzugs aus der integrierten Luftverteidigung der NATO und spricht sich dafür aus, bei den Regierungen in Brüssel und Den Haag zu demarchieren.	
8	11.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 35
	Ruth resümiert seine Gespräche am 6./7. Januar in Washington über Möglichkeiten, die westliche Position zur Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen unter Beibehaltung der im NATO-Doppelbeschluß festgelegten Kriterien zu flexibilisieren.	
9	13.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Stray	S. 38
	Die Gesprächspartner behandeln das Verhältnis Norwegens zur EPZ sowie aktuelle Entwicklungen in den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere den Stand der Erweiterung, die Fischereipolitik und das geplante Einfuhrverbot für Jungrobbenfelle. Weitere Themen sind die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die INF-Verhandlungen, die Frage einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Ost-West-Handel und die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Warschauer-Pakt-Staaten.	
10	18.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko	S. 51
	Im Mittelpunkt stehen die INF-Verhandlungen. Thematisiert werden ferner die Kontinuität der Ostpolitik der Bundesrepublik, die innerdeutschen Beziehungen, der Stand der Familienzusammenführung und die Situation des sowjetischen Atomphysikers Sacharow.	
11	19.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo	S. 61
	Genscher unterrichtet Colombo über die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Weitere Themen sind der bevorstehende Besuch von Colombo in der DDR, die Haltung Italiens zum Kauf von Flugzeugen des Typs „Airbus“ sowie EG-Fragen.	
12	19.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 66
	Steinkühler informiert über den Besuch des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Klibi. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Bundesminister Genscher und Bundeskanzler Kohl waren die Situation im Libanon und Wege zur Beilegung des Nahost-Konflikts, vor allem der Beitrag der EG-Mitgliedstaaten zu einer Lösung während der Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik.	

13	20.01.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mauroy	S. 71
		Die Gesprächspartner erörtern die Möglichkeit, bei der Bewältigung der aktuellen Wirtschafts- und Währungsprobleme die Politik beider Staaten enger abzustimmen und dafür persönliche Vertraute zu benennen.	
14	21.01.	Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher	S. 73
		Ruth berichtet von einem Gespräch mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, über eine flexiblere westliche Einstellung zur Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen.	
15	24.01.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 76
		Steinkühler bilanziert den Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko. Beide Seiten legten ausführlich ihre Standpunkte zur Reduzierung nuklearer Mittelstreckensysteme in Europa dar und erörterten darüber hinaus bilaterale Themen, die KSZE und den Vorschlag des Warschauer Pakts zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags mit der NATO.	
16	24.01.	Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt	S. 82
		Pachelbel-Gehag informiert über den unveränderten Stand bei der von Äthiopien zugesagten Rückgabe der 1978 beschlagnahmten Gebäude der Deutschen Schule und berichtet von den Schwierigkeiten, Näheres über die Gründe der Verzögerung zu erfahren.	
17	25.01.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lubbers	S. 85
		Im Mittelpunkt stehen der Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko, die INF-Verhandlungen in Genf und die niederländische Haltung zur Stationierung amerikanischer Marschflugkörper. Weitere Themen sind Energiefragen sowie die EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik.	
18	25.01.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington	S. 91
		Die Gesprächspartner behandeln den Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Bonn und die INF-Verhandlungen, insbesondere die neuen sowjetischen Vorschläge, die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik und die Weiterentwicklung einer Null-Lösung. Weitere Themen sind die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand im Bundestag und die Aussichten für ein Treffen zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow.	

19	25.01.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 99
		Steinkühler zieht eine Bilanz der Feierlichkeiten in Bonn und Paris anläßlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags.	
20	26.01.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington	S. 102
		Die Minister erörtern START und die INF-Verhandlungen sowie die Auswirkungen der neuen sowjetischen Vorschläge auf die öffentliche Meinung. Ein weiteres Thema sind die Mittelkürzungen des Kongresses für die gemeinsamen Programme zur Unterstützung der im Ernstfall in die Bundesrepublik zu verlegenden amerikanischen Truppen.	
21	26.01.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron	S. 107
		Citron faßt ein Gespräch des SPD-Abgeordneten Bahr mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, zusammen, in dessen Mittelpunkt der Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme und die INF-Verhandlungen standen.	
22	26.01.	Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 109
		Wieck resümiert den Bericht des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, im Ständigen NATO-Rat über seine persönliche Unterredung mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 in der Nähe von Genf („Waldspaziergang“).	
23	26.01.	Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt	S. 112
		Ruth berichtet von einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan. Themen waren der Stand der INF-Verhandlungen, die neuen sowjetischen Vorschläge hierzu, das Festhalten am Ziel einer Null-Lösung und die Frage einer neuen Initiative noch vor der Bundestagswahl am 6. März.	
24	27.01.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz	S. 116
		Ploetz faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Senatoren Percy und Baker zusammen. Im Mittelpunkt standen die vom Kongreß beschlossenen Mittelkürzungen für die Verteidigungszusammenarbeit, die INF-Verhandlungen und die personellen Veränderungen in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde.	

25	27.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 119
	Steinkühler informiert über die EG-Ministerratstagung am 24./25. Januar. Hauptthemen waren der britische Beitrag zum EG-Haushalt, die Wahlen zum Europäischen Parlament 1984, die Verhandlungen über einen EG-Beitritt von Portugal und Spanien, die Handelsbeziehungen zu den USA, Japan, der Türkei, Spanien und Griechenland, das Austrittsbegehren von Grönland sowie Maßnahmen gegen die Krise in der Stahlindustrie.	
26	27.01. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 125
	Hermes analysiert die Entwicklung der amerikanischen Nuklearstrategie, insbesondere hinsichtlich der Vereinbarkeit von Überlegungen, in einem längeren Atomkrieg bestehen zu können, mit der bestehenden Abschreckungsdoktrin.	
27	31.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush	S. 129
	Genscher und Bush erörtern zunächst die Stellung Griechenlands und der Türkei im westlichen Bündnis und widmen sich dann den INF-Verhandlungen, vor allem den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen und ihrer Wirkung auf die Öffentlichkeit, dem Mittelstreckensystem „Pershing II“ und einer möglichen Erweiterung der Null-Lösung.	
28	31.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush	S. 137
	Themen sind die Bundestagswahlen am 6. März und die Weiterentwicklung der Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen, insbesondere der Vorschlag von Bush, für jede zu stationierende Pershing II oder Cruise Missile zwei oder drei ältere nukleare Waffensysteme mit kürzerer Reichweite abzuziehen.	
29	01.02. Botschafter Petersen, Teheran, an das Auswärtige Amt	S. 142
	Petersen übermittelt ein Schreiben des iranischen Außenministers Velayati an Bundesminister Genscher zum Fall des in Düsseldorf verhafteten Regierungsbeauftragten Tabatabai. Ferner informiert er über Gespräche im iranischen Außenministerium über die rechtlichen Voraussetzungen für eine Bereinigung der Angelegenheit.	
30	02.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák in Prag	S. 146
	Die Gesprächspartner erörtern das Ost-West-Verhältnis, die außenpolitische Kontinuität nach dem Regierungswechsel vom 1. Oktober 1982 in der Bundesrepublik und die bevorstehenden Bundestagswahlen. Weitere Themen sind die INF-Verhandlungen und die Aussichten für ein Treffen zwischen Präsident Rea-	

31 02.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 153

32	02.02. Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt	S. 158

33 03.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in Genf S. 168

34 03.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter S. 174
der sowjetischen INF-Delegation, Kwezinskij, in Genf

35 03.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 180
Citron

XXII

-
36	03.02. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 184
	Wieck resümiert die Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush zu Stand und Ausichten der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR sowie zur Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit.	
37	04.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Chequers	S. 189
	Themen sind die INF-Verhandlungen und die Machtposition der UdSSR in den internationalen Beziehungen. Erörtert werden ferner die EG-Fischereipolitik, die Festlegung der Agrarpreise in den Europäischen Gemeinschaften und die Finanzierung des EG-Haushalts.	
38	04.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 193
	Steinkühler gibt einen Überblick über den Besuch des türkischen Außenministers Türkmen. Themen der Gespräche mit Bundesminister Genscher waren der Stand der Assoziierung mit den Europäischen Gemeinschaften, das griechisch-türkische Verhältnis, die Ost-West-Beziehungen und die Klage gegen die Türkei vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte. Des weiteren wurden die Frage der Wehrdienstleistung von deutsch-türkischen Doppelstaatlern und die Situation türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik behandelt.	
39	07.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir	S. 199
	Genscher und Shamir erörtern den Stand der Verhandlungen über den Abzug fremder Truppen aus dem Libanon sowie die Perspektiven für einen Frieden im Nahen Osten, die israelische Siedlungspolitik und die Rolle Ägyptens. Weiteres Thema sind die INF-Verhandlungen in Genf.	
40	07.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 208
	Pfeffer diskutiert Möglichkeiten, auf das in der Prager Erklärung des Warschauer Pakts vom 5. Januar enthaltene Angebot einzugehen, mit den NATO-Mitgliedstaaten einen Gewaltverzichtsvertrag abzuschließen, und es im Sinne westlicher Zielvorstellungen zu nutzen.	
41	07.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lohse	S. 214
	Lohse schildert die Hintergründe der Abschiebung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Barbie nach Frankreich durch die bolivianische Regierung.	

42	08.02.	Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt	S. 217
		Gehlhoff berichtet von einem Gespräch mit Kardinal Meisner über die Situation der katholischen Kirche in der DDR und die Diözesangrenzen.	
43	08.02.	Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan	S. 219
		Im Nachgang zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush in der Bundesrepublik spricht sich Kohl für eine Initiative bei den INF-Verhandlungen aus, um die UdSSR zur Vorlage weiterer Angebote zu bewegen.	
44	09.02.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann	S. 221
		Anhand amerikanischer Geheimdienstinformationen gibt Hofmann einen Überblick über die Stationierung sowjetischer nuklearer Kurzstreckensysteme in der CSSR, in der DDR, in Polen und in Ungarn.	
45	11.02.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer	S. 224
		Schauer gibt amerikanische Informationen über die Flugzeit von Pershing-II-Raketen wieder.	
46	11.02.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 225
		Steinkühler resümiert den Besuch des spanischen Außenministers Morán. Im Zentrum der Gespräche mit Bundesminister Genscher standen die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die INF-Verhandlungen, ferner bilaterale Fragen wie die Institutionalisierung der Zusammenarbeit und der Nachzug von Kindern spanischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.	
47	14.02.	Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt	S. 231
		Ruth berichtet von einem Treffen von Vertretern der fünf Stationierungsländer für die amerikanischen Mittelstreckensysteme und der USA („Quint“). Hauptthemen waren der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 zu den INF-Verhandlungen und die Notwendigkeit, darauf mit einer amerikanischen Initiative in Genf zu antworten.	
48	14.02.	Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt	S. 236
		Ruth faßt den Verlauf der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO zusammen. Besprochen wurden die Weiterentwicklung der amerikanischen INF-Position im Lichte der Europa-Reise des amerikanischen Vizepräsidenten Bush, der Stand der INF-Verhandlungen, die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und der Stand der Testserie für Cruise Missiles und Pershing II.	

-
- 49** 15.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 242
- Pfeffer berichtet vom Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in London. Zu den behandelten Themen gehörten eine Bilanz der Europareise des amerikanischen Vizepräsidenten Bush, die jeweiligen bilateralen Beziehungen zur UdSSR, die Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und die Wiederaufnahme der Gespräche über eine Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten. Die Direktoren erörterten außerdem die KSZE und den Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage im Nahen Osten, das pakistanische Nuklearprogramm sowie den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei.
- 50** 15.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 268
- Fischer rekapituliert die Sondierungen Ungarns bei den Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens sowie bei der EG-Kommission hinsichtlich eines Handelsabkommens mit den Europäischen Gemeinschaften.
- 51** 17.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik S. 273
- Holik erläutert den Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom selben Tag, in dessen Zentrum Reduzierungen der Landstreitkräfte unter Ausklammerung der Datenfrage sowie ein Einfrieren der Truppenzahl und der Rüstungen aller direkten MBFR-Teilnehmerstaaten standen.
- 52** 17.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele S. 277
- Bertele diskutiert Optionen für die Gespräche mit Rumänien über die Familienzusammenführung nach Erlass des rumänischen Dekrets vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung von Ausbildungskosten. Dabei geht er besonders auf den Zahlungsmodus aufgrund der Vereinbarungen von 1978 und 1981 sowie auf die Frage einer Folgevereinbarung ein.
- 53** 17.02. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 283
- Hermes faßt ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Gegenstand waren die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und der USA, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die Zollpolitik sowie die Differenzen zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften wegen der Subventionen der EG für Agrarexporte.

-
60	08.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz	S. 321
	Seitz erörtert Möglichkeiten und Opportunität einer Mitbestimmung der Bundesregierung bei der Entscheidung, die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Mittelstreckensysteme einzusetzen (Zwei-Schlüssel-System).	
61	08.03. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an Staatssekretär von Staden	S. 325
	Kastl teilt mit, daß die USA bei der KSZE-Folgekonferenz auf Zugeständnissen der UdSSR im Bereich der Menschenrechte insistierten, und weist auf mögliche Folgen dieser Haltung für den Fortgang der Verhandlungen hin.	
62	09.03. Aufzeichnung des Legationsrats Rücker	S. 328
	Mit Blick auf einen Fragenkatalog, der von Präsident Reagan zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg verschickt worden sei, legt Rücker die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Bundesregierung dar.	
63	09.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an Ministerialdirektor Pfeffer	S. 331
	Wieck befaßt sich mit der Frage, ob nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag der Geheimschutz von NATO-Informationen noch gewährleistet sei.	
64	11.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 334
	Wieck analysiert Verlauf und Ergebnisse der nuklearen Phase bei der NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 83, insbesondere hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die Bundesrepublik im Ernstfall.	
65	13.03. Botschafter Terfloth, Islamabad, an das Auswärtige Amt	S. 339
	Terfloth berichtet über das Interesse der pakistanischen Regierung an einer Teilnahme der Kraftwerk Union AG bei der Ausschreibung zum Bau eines Kernkraftwerks in Chashma.	
66	15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer	S. 341
	Schauer nimmt Stellung zu ersten Analysen der nuklearen Phase bei der NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 83. Dabei betont er deren Spielcharakter, der nur eingeschränkt Aufschluß über das tatsächliche Verhalten im Ernstfall erlaube.	
67	16.03. Aufzeichnung des Legationsrats Nickel	S. 345
	Nickel bilanziert eine Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt unter Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes, auf der	

- die sowjetische Politik im Nahen Osten erörtert wurde, insbesondere die Stationierung sowjetischer Flugabwehrraketen in Syrien.
- 68** 16.03. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 347
Herbst erörtert die Belastungen, die sich in den deutsch-französischen Beziehungen aus der Notwendigkeit einer Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem ergeben.
- 69** 18.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele S. 350
Bertele informiert über Fälle, in denen die Bundesrepublik auf die Durchsetzung ihres Strafanspruchs gegen ausländische Staatsangehörige verzichtet hat, um im Gegenzug Entlastungen für im Ausland inhaftierte Bundesbürger zu erreichen.
- 70** 18.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kroneck S. 354
Kroneck resümiert die Ergebnisse einer Tagung der Rechtshilfe- und Konsularreferenten aus den Botschaften in den Warschauer-Pakt-Staaten und Jugoslawien, an denen auch Vertreter anderer mit der Ausreise Deutschstämmiger befaßter Bundesbehörden beteiligt waren.
- 71** 22.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel S. 357
Die Gesprächspartner erörtern die Regierungsbildung in beiden Staaten, die innenpolitische Lage der Bundesrepublik angesichts der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 sowie wirtschaftliche Fragen, insbesondere die Kursanpassung im Europäischen Währungssystem und eine deutsch-französische Kooperation bei der Entwicklung von Hochgeschwindigkeitszügen.
- 72** 22.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 363
Fischer informiert über den Stand der Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM. Des weiteren legt er den Entwurf für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vor.
- 73** 23.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 369
Steinkühler berichtet über den Besuch des Königs Hussein von Jordanien. Dieser habe seine Bemühungen dargestellt, die verschiedenen Friedensinitiativen für den Nahen Osten zu verbinden und voranzutreiben.

-
74	23.03.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 373
		Steinkühler unterrichtet über die Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem und das Entgegenkommen, das die Bundesregierung dabei aus europapolitischen Gründen gegenüber Frankreich gezeigt habe.	
75	23.03.	Botschafter Ruth an Bundesminister Genscher, z.Z. Bangkok	S. 376
		Ruth informiert über ein Schreiben des amerikanischen Präsidenten an Bundeskanzler Kohl. Reagan habe ankündigt, bei den INF-Verhandlungen in Genf den Vorschlag für eine Zwischenlösung einzuführen.	
76	24.03.	Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam	S. 381
		Themen sind die Lage im Nahen Osten, insbesondere der Libanon-Konflikt und die israelische Siedlungspolitik, zudem die Entwicklung in El Salvador und Nicaragua, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und der Vorschlag des Präsidenten Reagan für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum.	
77	24.03.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann	S. 391
		Hofmann resümiert die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Vilamoura. Im Zentrum standen die nukleare Rüstungspolitik der UdSSR, die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, die Studie der High Level Group (HLG) über die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO sowie Fragen der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit.	
78	24.03.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 398
		Steinkühler berichtet über die Tagung des Europäischen Rats in Brüssel. Themen waren die Kursanpassung im Europäischen Währungssystem, die Beschäftigungs-, Bildungs- und Umweltpolitik, der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg, die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien und der EG-Haushalt. Erörtert wurden ferner die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union, der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.	
79	25.03.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer	S. 403
		Schauer äußert sich zur Fortschreibung der zuerst in der Ministerial Guidance 1977 der NATO vereinbarten Steigerung der Verteidigungsausgaben um jährlich drei Prozent. Er empfiehlt, die Bedenken des Bundesministeriums der Finanzen aus allianzpolitischen Gründen zurückzuweisen.	

80	28.03. Aufzeichnung der Ministerialdirigenten Schauer und Ungerer	S. 406
	Schauer und Ungerer bilanzieren den Stand der „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union. Sie empfehlen Gespräche mit den zögernden Partnerstaaten Dänemark, Frankreich und Großbritannien und verweisen auf die Forderungen des Europäischen Parlaments.	
81	28.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron	S. 409
	Citron analysiert den Vorschlag des Präsidenten Reagan für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Verletzung des ABM-Vertrags von 1972.	
82	29.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 412
	Pfeffer informiert über das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Paris. Themen waren der Vorschlag des Präsidenten Reagan für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum, die Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß über biologische und chemische Waffen sowie die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Erörtert wurden ferner die Beziehungen zur UdSSR, die Lage in Polen, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die Außenpolitik Spaniens, die siebte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Neu Delhi, der Kambodscha-Konflikt, der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und der Mechanismus der Vierer-Konsultationen.	
83	29.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 434
	Mit Blick auf den geplanten Besuch des neuen Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation, Abramowitz, legt Ruth eine Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik vor. Dieser analysiert den Stand von MBFR und informiert über seine Gespräche in Wien.	
84	29.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 439
	Fischer untersucht die Vorschläge des Staatspräsidenten Mitterrand für den EG-Haushalt, die auf eine Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften bei gleichzeitiger Einschränkung der Haushaltsrechte des Europäischen Parlaments abzielten.	
85	30.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer	S. 443
	Schauer nimmt Stellung zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der einen Großteil der westlichen Forderungen erfülle.	

-
- 86** 30.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 449
Steinkühler
- Steinkühler unterrichtet über die vierte Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Bangkok, bei der die Konflikte in Kambodscha und Afghanistan, die Nord-Süd-Verhandlungen und Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Mittelpunkt standen.
- 87** 31.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 452
- Ausgehend von Presseberichten über die Koalitionsgespräche, erörtert Schauer die Frage, ob eine Unterbrechung der Entspannungspolitik möglich und sinnvoll sei. Dazu skizziert er die Grundsätze der Entspannungspolitik der Bundesregierung.
- 88** 01.04. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 456
Auswärtige Amt
- Boss zieht eine Bilanz der 29. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien. Er befaßt sich mit den Vorschlägen der teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. Februar und rät, bei der Antwort der beteiligten NATO-Mitgliedstaaten die Auswirkungen auf die Öffentlichkeitsarbeit im Blick zu behalten.
- 89** 11.04. Botschafter Held, Tripolis, an das Auswärtige Amt S. 463
- Held berichtet über ein Telefongespräch mit dem libyschen Geheimdienstchef Belgassem. Zur Sprache kamen mögliche Folgen der Verhaftung des libyschen Staatsangehörigen Al-Zaidi für die bilateralen Beziehungen, insbesondere für die Botschaft der Bundesrepublik in Tripolis.
- 90** 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 466
rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee
- Erörtert werden zum einen die Umschuldung der rumänischen Verbindlichkeiten, die Aussetzung der Hermes-Kreditbürgschaften und das Industrieprojekt in Temeschwar, zum anderen die Ausreise Deutschstämmiger nach dem rumänischen Dekret vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung von Ausbildungskosten.
- 91** 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 477
rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee
- Themen sind die Tagung der Außenminister des Warschauer-Pakt-Staaten in Prag, der NATO-Doppelbeschluß von 1979, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und weitere Fragen des Ost-West-Verhältnisses.
- 92** 13.04. Aufzeichnung des Referats 200 S. 482
- Es wird eine Ressortbesprechung über die WEU zusammengefaßt, bei der neben der Aufhebung von Herstellungsbeschrän-

-
- 98** 15.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington S. 501
- Mit Blick auf die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses wird die politische Lage in der Bundesrepublik erörtert, vor allem die Entwicklung der Grünen und der SPD, aber auch die Situation in anderen NATO-Mitgliedstaaten. Themen sind ferner die INF-Verhandlungen in Genf sowie eine bessere gesellschaftliche Verankerung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.
- 99** 15.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington S. 509
- Die Gesprächspartner diskutieren Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, darunter den Master Restationing Plan, Fragen der Wehrpflicht, die Einstellung der Bevölkerung der Bundesrepublik zur Bundeswehr sowie die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.
- 100** 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck S. 512
- Loeck äußert sich zum britischen Vorhaben, Flugzeuge vom Typ Tornado aus deutsch-britisch-italienischer Koproduktion an Oman zu liefern. Er empfiehlt, die Zustimmung zu erteilen und zugleich eine deutsch-britische Regierungsvereinbarung über den Export gemeinsam gefertigter Rüstungsgüter zu schließen.
- 101** 15.04. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 517
- Ruth berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Im Zentrum standen die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die INF-Verhandlungen in Genf, die Lage in Polen sowie ein mögliches Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow.
- 102** 15.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 524
- Schenk resümiert das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan, bei dem die INF-Verhandlungen in Genf, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid bzw. die KAE sowie der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg erörtert wurden.
- 103** 17.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit, z. Z. Tripolis, an Bundesminister Genscher S. 528
- Schlagintweit informiert über eine Unterredung des Staatsministers Möllemann mit dem Stellvertreter von Oberst Gaddafi, Jalloud, in Tripolis. Im Mittelpunkt standen die Bemühungen um die Freilassung von in Libyen inhaftierten deutschen Staatsangehörigen im Gegenzug zur Abschiebung von in der Bundes-

- republik verurteilten bzw. festgenommenen libyschen Staatsangehörigen.
- 104** 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 531
- Vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses analysiert Pfeffer den Stand der Ost-West-Beziehungen und skizziert mögliche Folgerungen für die Politik der Bundesregierung hinsichtlich der KSZE, der NATO, der Rüstungskontrolle, der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und der Beziehungen zu Polen, Rumänien und zur DDR.
- 105** 18.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze an die Botschaft in Paris S. 541
- Joetze übermittelt ein Schreiben des Bundesministers an den amerikanischen Außenminister Shultz, in dem sich Genscher für die Annahme des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid ausspricht. Zusätzlich übersendet Joetze die Argumentationslinie der Bundesregierung zu den Themen KSZE und KAE.
- 106** 19.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Schlüter S. 545
- Zentrale Themen sind der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und der Ost-West-Konflikt, insbesondere die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses in der Bundesrepublik und in Dänemark. Des weiteren werden die jeweiligen Beziehungen zur DDR sowie Fischereifragen, das Verhältnis Grönlands zu den Europäischen Gemeinschaften und die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union erörtert.
- 107** 19.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 559
- Pfeffer bilanziert die seit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 gegenüber Polen verfolgte Politik und äußert sich zu den künftig anzustrebenden Zielen im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich.
- 108** 21.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit NATO-Generalsekretär Luns S. 565
- Erörtert werden die Auswirkungen der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses auf die Bundesrepublik und die anderen europäischen Mitgliedstaaten.
- 109** 21.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London S. 570
- Themen sind der Besuch des Bundeskanzlers in den USA sowie seine bevorstehenden Gespräche in der UdSSR, ein eventuelles Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des

ZK der KPdSU, Andropow, und vor allem die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses.

110	21.04.	Bundeskanzler Kohl an Staatspräsident Mitterrand	S. 574
		Kohl nimmt Stellung zu den im Schreiben des Staatspräsidenten Mitterrand vom 16. März enthaltenen europapolitischen Vorschlägen. Er äußert sich zur Homogenisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, zur Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften und zur Berufsausbildung Jugendlicher.	
111	22.04.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London	S. 578
		Im Mittelpunkt stehen Fragen des Rüstungsexports, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und die transatlantischen Beziehungen, ferner die Lage in Mittelamerika, das Verhältnis zu Japan, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklungen innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten. Außerdem werden die künftige Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, die EG-Agrarpolitik und die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union besprochen.	
112	22.04.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym in London	S. 593
		Erörtert werden der Besuch des Bundeskanzlers Kohl in den USA und sein bevorstehender Aufenthalt in der UdSSR, der Stationierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Lage in Polen, die Konflikte im Nahen Osten, in Mittelamerika und auf den Falkland-Inseln sowie die Namibia-Frage.	
113	22.04.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 597
		Fischer resümiert den EG- und EPZ-Themen gewidmeten Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym in London. Besprochen wurden die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union, die Finanzierung des EG-Haushalts, der britische Beitrag hierzu sowie die Krise der europäischen Stahlindustrie.	
114	22.04.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz	S. 601
		Seitz konstatiert, daß die europäische Industrie im Bereich der Informationstechnologie hinter die der USA und Japans zurückzufallen drohe, und nimmt Stellung zu einer Initiative für eine europäische Technologiepolitik.	
115	22.04.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau	S. 605
		Anläßlich verschiedener Äußerungen von CSU-Politikern übermittelt Vergau eine Stellungnahme des Bundesministers Gen-	

- scher zu Vermutungen, die Bundesrepublik vollziehe in ihrer Politik gegenüber dem südlichen Afrika eine Wende.
- 116** 23.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze, S. 606
z. Z. London, an das Auswärtige Amt
- Joetze unterrichtet über das Londoner Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA sowie der vier Delegationsleiter bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Thema war die weitere Behandlung des Entwurfs der neutralen und nicht-gebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument.
- 117** 25.04. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 610
Steinkühler
- Steinkühler zieht eine Bilanz des im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs veranstalteten Symposiums über die Begegnung beider Kulturen in Hamburg und berichtet über ein aus diesem Anlaß geführtes Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi.
- 118** 27.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 614
italienischen Außenminister Colombo
- Themen sind die Finanzierung des EG-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik und die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union.
- 119** 28.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 617
Arnot
- Arnot nimmt zu den amerikanischen Vorbedingungen für ein Gipfeltreffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, Stellung und legt dar, warum die Bundesregierung Begegnungen auf höchster Ebene für geboten hält.
- 120** 28.04. Ministerialdirigent Schauer, z. Z. Rom, an das S. 622
Auswärtige Amt
- Schauer resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom. Erörtert wurden die Entwicklung in El Salvador, Afghanistan und im Nahen Osten, die Ost-West-Beziehungen, der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und EG- bzw. EPZ-Fragen, vor allem die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union.
- 121** 29.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 627
- Pfeffer unterrichtet über die Bitte der Wochenzeitschrift „Stern“, Bundesminister Genscher möge auf die Vier Mächte einwirken, eine Befragung des in Spandau inhaftierten Rudolf Heß zur Authentizität der „Hitler-Tagebücher“ zuzulassen.

-
- 122** 29.04. Ministerialdirigent Bertele an die Staatsanwaltschaft in Bonn S. 631
- Angesichts einer Strafanzeige gegen Angehörige des Auswärtigen Amts wegen unterlassener Hilfeleistung unterrichtet Bertele über die seit 1976 erfolgten Interventionen und Demarchen der Bundesregierung bei der argentinischen Regierung zugunsten inhaftierter oder verschollener Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. Abstammung.
- 123** 30.04. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 638
- Bräutigam analysiert mögliche Hintergründe für die Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik. Er untersucht die Frage, ob dahinter ein verschärfter Kurs der Abgrenzung stehe und ob dieser durch interne Überlegungen oder sowjetischen Druck bedingt sei.
- 124** 02.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca S. 645
- Neben den bilateralen Beziehungen steht die Lage in Nicaragua und El Salvador im Zentrum des Gesprächs. Weitere Themen sind das kubanische Engagement in Angola und die Beachtung der Menschenrechte in Kuba.
- 125** 02.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 651
- Hofmann informiert über die Sitzung der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe in Neapel, auf der vor allem die Studie über die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO und die amerikanischen Überlegungen zu einem Raketabwehrsystem im Weltraum erörtert wurden.
- 126** 03.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González S. 656
- Im Mittelpunkt stehen der EG-Beitritt Spaniens und die spanische NATO-Mitgliedschaft. Weitere Themen sind die INF-Verhandlungen in Genf und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 127** 03.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán S. 668
- Die Gesprächspartner erörtern Möglichkeiten, eine Einigung über ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu erzielen. Sie befassen sich außerdem mit der Lage in Mittelamerika, den noch offenen Fragen eines EG-Beitritts Spaniens, einer Institutionalisierung der bilateralen Regierungsgespräche und der spanischen Sorge hinsichtlich einer Änderung der Nachzugsregelung für die Familien ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.

128	04.05.	Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt an die Botschaft in Moskau	S. 674
		Gerhardt erläutert die Initiative der Bundesregierung, im Rahmen von COCOM eine gesonderte Liste zu schützender Technologien einzuführen, um eine Harmonisierung der Regeln für den Transfer von Hochtechnologie zu erreichen.	
129	07.05.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl	S. 677
		Braunmühl gibt eine Einschätzung der Lage bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, nachdem die UdSSR den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument angenommen hat.	
130	09.05.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow	S. 680
		Karkow schildert die Besetzung der Botschaft in Managua durch eine Gruppe sog. „Internationalisten“ aus der Bundesrepublik, die friedlich beendet werden konnte.	
131	09.05.	Ministerialdirigent Schauer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt	S. 683
		Schauer informiert über das Gespräch zwischen Genscher und den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) in Paris. Im Mittelpunkt standen die Verhandlungen über ein israelisch-libanesisches Abkommen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und mögliche sowjetische Reaktionen auf die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses.	
132	10.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Botschafter Burns	S. 689
		Burns erläutert die amerikanische Haltung zur weiteren Behandlung des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, nachdem dieser von der UdSSR gebilligt wurde.	
133	10.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kanadischen Außenminister MacEachen	S. 692
		Erörtert werden Fischereifragen, die Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften zur Einfuhr von Jungrobbenfellen, die bilaterale Zusammenarbeit im Industrie- und im Energiebereich sowie aktuelle Themen der internationalen Beziehungen.	
134	11.05.	Ministergespräch mit Bundeskanzler Kohl	S. 699
		Hauptthemen des Gesprächs zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart sind die künftige EG-Finanzierung und Erleichterungen bei den Kontrollen im innergemeinschaftlichen Grenzverkehr.	

-
135	13.05.	Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 702
		Ruth resümiert Änderungen der sowjetischen Haltung zu den INF-Verhandlungen seit dem Amtsantritt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow.	
136	13.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos	S. 707
		Gorenflos informiert über die Absicht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Verhandlungen mit einigen afrikanischen Staaten über Entwicklungshilfe zu verzögern. Er spricht sich dafür aus, das BMZ zu baldigen Gesprächen mit Simbabwe zu veranlassen.	
137	13.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele	S. 713
		Bertele berichtet von der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten über die Zusatzprotokolle von 1977 zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949, auf der die weiterhin uneinheitliche Haltung der NATO-Mitgliedstaaten zur Einbeziehung chemischer Waffen und zu einem Repressalienvorbehalt deutlich geworden sei. Bertele kündigt eine Vorlage für den Bundessicherheitsrat an, sobald die Position der beteiligten Ressorts geklärt sei.	
138	13.05.	Botschafter Röding, Warschau, an das Auswärtige Amt	S. 718
		Röding unterrichtet über ein Gespräch mit dem Primas von Polen, in dem Glomp sich zur innenpolitischen Situation in Polen und zu den Erwartungen hinsichtlich des Besuchs von Papst Johannes Paul II. im Juni äußerte.	
139	13.05.	Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 720
		Wallau erläutert die Änderungen der amerikanischen Position für die START-Verhandlungen, die auf Empfehlungen der Scowcroft-Kommission beruhten.	
140	15.05.	Aufzeichnung des Referats 200	S. 723
		Resümiert wird ein Gespräch während des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich über die Frage, wie die Öffentlichkeitsarbeit zum NATO-Doppelbeschluß verbessert werden könne.	
141	15.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 726
		Pfeffer faßt seine Gespräche am 10./11. Mai in Moskau zusammen. Neben bilateralen Fragen standen die INF-Verhandlungen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen und die sowjetische Asienpolitik im Mittelpunkt.	

142	16.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson in Paris	S. 739
		Im Zentrum stehen die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften und die Zukunft der Namibia-Kontaktgruppe. Erörtert werden außerdem die Zusammenarbeit beim Satellitenfernsehen, die Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer aus der Bundesrepublik nach Frankreich und der spanische Wunsch nach engerer Kooperation bei der Terrorismus-Bekämpfung.	
143	16.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris	S. 746
		Vor dem Hintergrund des Besuchs von Mitterrand in der Volksrepublik China wird zunächst die dortige Entwicklung erörtert. Weitere Themen sind der französische Vorschlag für eine Reform des internationalen Währungssystems, das Ost-West-Verhältnis, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften.	
144	16.05.	Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt	S. 755
		Kastl übermittelt Informationen des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, über seine Gespräche mit Präsident Reagan zum weiteren Vorgehen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.	
145	17.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris	S. 757
		Mitterrand erläutert die französische Haltung zu einem eventuell von den USA beim bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg geäußerten Wunsch, eine gemeinsame Erklärung über die INF-Verhandlungen zu verabschieden. Erörtert werden außerdem die Lage in den Europäischen Gemeinschaften und das französische Wirtschaftsprogramm.	
146	17.05.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow	S. 762
		Karkow informiert über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich. Themen waren die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie die Lage im Libanon, in Mittelamerika und in Afghanistan.	
147	18.05.	Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, an das Auswärtige Amt	S. 768
		Lahusen berichtet von seinem Antrittsbesuch beim südafrikanischen Außenminister. Botha habe sich kritisch zur Namibia-Politik der Bundesregierung geäußert und Unzufriedenheit über die bilateralen Beziehungen erkennen lassen.	

148	18.05.	Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt	S. 771
		Herbst übermittelt eine Aufzeichnung über die Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen, in der die Teilnehmer über ihre Einzelgespräche berichteten. Neben der internationalen Wirtschaftspolitik und der Situation in den Europäischen Gemeinschaften wurden vor allem Fragen der Rüstungskoooperation, die bilaterale Handelspolitik und die Zusammenarbeit bei der Verkehrs- und Industriepolitik erörtert.	
149	19.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer	S. 785
		Schauer beantwortet eine Frage des Bundesministers Genscher zu den in der Bundesrepublik stationierten nuklearen Waffensystemen und zu den Möglichkeiten ihrer Reduzierung.	
150	20.05.	Drahterlaß des Ministerialdirigenten Schauer	S. 787
		Schauer informiert über Gespräche mit einer amerikanischen Delegation zum Einsatz von Streitkräften einzelner NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets („out of area“) und zu den Möglichkeiten ihrer Unterstützung.	
151	21.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libanesischen Außenminister Salem	S. 791
		Die Gesprächspartner erörtern den Libanon-Konflikt, insbesondere das israelisch-libanesisches Abkommen über den Abzug fremder Truppen aus dem Libanon und die syrische Haltung dazu.	
152	21.05.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl	S. 800
		Braunmühl nimmt zur Überprüfung der amerikanischen Politik gegenüber Polen („Poland Review“) Stellung und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen, insbesondere mit Blick auf bevorstehende Beratungen in der NATO.	
153	24.05.	Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik an die KSZE-Delegation in Madrid	S. 808
		Holik skizziert Überlegungen zur Einbettung von KAE und MBFR in ein rüstungskontrollpolitisches Gesamtkonzept für Europa, um so das amerikanische Desinteresse an einer KAE zu überwinden.	
154	24.05.	Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt	S. 810
		Jovy übermittelt Informationen des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß zu einem Gespräch mit dem rumänischen Präsidenten in Snagov. Darin habe Ceauşescu vor allem den Wunsch nach wirtschaftlicher Unterstützung bekräftigt.	

155	26.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation in Wien, Abramowitz	S. 813
		Abramowitz erläutert die amerikanische Position für die MBFR-Verhandlungen und äußert sich zur möglichen sowjetischen Reaktion auf die neuen Vorschläge.	
156	26.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Botschafter Navab-Motlagh	S. 816
		Navab-Motlagh bringt Wünsche zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen vor; darunter nennt er Erleichterungen für die Einreise von Iranern sowie einen regeren Handelsaustausch. Außerdem hoffe der Iran auf eine Wiederaufnahme der Rüstungszusammenarbeit nach Beendigung des Kriegs mit dem Irak.	
157	26.05.	Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 822
		Ruth resümiert eine Sitzung von Vertretern der fünf Stationierungsländer für die amerikanischen Mittelstreckensysteme und der USA („Quint“). Im Mittelpunkt stand der bei den INF-Verhandlungen vorgelegte amerikanische Entwurf für eine Zwischenlösung. Weitere Themen waren die Behandlung nuklearer Systeme kürzerer Reichweite, die japanische Haltung zu INF und die Frage der Zählkriterien.	
158	26.05.	Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an Bundesminister Genscher	S. 828
		Mit Blick auf ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Stoltenberg äußert sich Wieck zu den Haushaltsproblemen der NATO und weist auf den möglichen Schaden einer allzu rigiden Haltung der Bundesregierung gegenüber einzelnen Finanzierungswünschen der NATO hin.	
159	27.05.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 833
		Fischer informiert über saudi-arabische Rüstungswünsche, insbesondere zur Lieferung von Panzern und Flugabwehrsystemen, und legt rechtliche, politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte für eine Entscheidung der Bundesregierung dar.	
160	28.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Williamsburg	S. 843
		Themen sind die wirtschaftliche Lage in beiden Staaten, die INF-Verhandlungen und die möglichen innenpolitischen Auswirkungen der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik.	

161	28.05.	Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg	S. 847
		Siebourg faßt ein Gespräch der Außenminister während des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg zusammen. Erörtert wurden die Lage im Nahen Osten, der irakisch-iranische Krieg sowie die iranischen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten und die Situation in Asien.	
162	30.05.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Williamsburg	S. 851
		Im Mittelpunkt stehen die Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu Abrüstung und Rüstungskontrolle und die für den Herbst erwarteten Demonstrationen in der Bundesrepublik gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme.	
163	31.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauçescu in Snagov	S. 854
		Erörtert werden die Nicht-Anwendung des rumänischen Dekrets vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung von Ausbildungskosten auf ausreisewillige Personen deutscher Volkszugehörigkeit sowie die rumänischen Wünsche nach finanzieller und wirtschaftlicher Unterstützung.	
164	31.05.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauçescu in Snagov	S. 864
		Die Gesprächspartner tauschen ihre Standpunkte zur Deutschland-Frage aus.	
165	01.06.	Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 865
		Wieck berichtet über die Ministersitzung der Eurogroup. Themen waren die Folgen der Entscheidung des dänischen Parlaments vom 26. Mai zum NATO-Doppelbeschluß, der Einsatz von Streitkräften einzelner NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets, amerikanische Pläne für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum, geplante Kürzungen der Verteidigungsausgaben in Belgien und den Niederlanden sowie die Gespräche des Bundesministers Wörner mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger.	
166	01.06.	Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 869
		Wieck informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Im Mittelpunkt standen Verteidigungsfähigkeit und Nuklearstrategie der NATO sowie der Einsatz von Truppen außerhalb des Bündnisgebiets. Weitere Themen waren Kürzungen im belgischen Verteidigungshaushalt, der Beschluß des dänischen Parlaments vom 26. Mai	

- zum NATO-Doppelbeschluss, das amerikanische Programm zur Entwicklung einer Raketenabwehr im Weltraum, der amerikanische Verteidigungshaushalt, die Beziehungen Spaniens zur NATO und die Friedensbewegung.
- 167** 02.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow S. 874
- Karkow gibt einen Überblick über den Verlauf des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg. Besprochen wurden Wege zur Verbesserung der Wirtschafts- und Währungslage, die Liberalisierung des Welthandels, die Nord-Süd-Beziehungen, die Technologie-, Energie- und Umweltpolitik sowie die Überprüfung der Grundlagen des Ost-West-Handels. An politischen Themen behandelten die Teilnehmer vor allem den Stand der Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die Situation in Namibia, im Nahen Osten und in Südostasien.
- 168** 02.06. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 881
- Wieck bilanziert die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO und weist auf die Gefahr nachlassenden Rückhalts im Bündnis für den NATO-Doppelbeschuß hin.
- 169** 03.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze S. 884
- Themen sind der Stand der INF-Verhandlungen nach Einbringung des amerikanischen Entwurfs für eine Zwischenlösung am 19. Mai, die persönliche Unterredung der Leiter der amerikanischen und sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, vom Juli 1982 („Waldspaziergang“), die Gefahr einer sowjetischen Gegenstationierung auf Kuba sowie der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR.
- 170** 03.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag an die Botschaft in Moskau S. 891
- Freitag unterrichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit der Stieftochter des sowjetischen Atomphysikers Sacharow, Tatjana Jankelewitsch, und ihrem Ehemann. Thema war der Ausreisewunsch des Ehepaars Sacharow.
- 171** 07.06. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 893
- Ruth weist auf die Notwendigkeit einer eigenständigen Haltung der Bundesregierung zu dem im „Waldspaziergang“ vom Juli 1982 enthaltenen Gedanken hin, auf eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme vom Typ „Pershing II“ zu verzichten.

-
172	07.06.	Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an Staatssekretär von Staden	S. 895
		Kastl rekapituliert die aktuelle Phase der Verhandlungen der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, in deren Verlauf die NATO-Mitgliedstaaten Änderungswünsche zum Entwurf der neutralen und ungebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument vorlegten. Ferner wägt er die Aussichten einer spanischen Vermittlungsinitiative ab.	
173	09.06.	Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt	S. 900
		Pfeffer faßt das am Vorabend der NATO-Ministerratstagung stattgefundene Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Shultz (USA) sowie des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, zu Deutschland- und Berlinfragen zusammen.	
174	09.06.	Botschaftsrat Ehni, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 903
		Ehni bewertet die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO und geht besonders auf die Rolle Dänemarks und Spaniens in der Allianz ein. Ferner erörtert er das Thema des Streitkräfteeinsatzes außerhalb des Vertragsgebiets der NATO und geht auf Forderungen nach Erhöhung der Infrastrukturmittel ein.	
175	09.06.	Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt	S. 907
		Pfeffer informiert über das Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Shultz (USA) sowie des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, am Vorabend der NATO-Ministerratstagung. Erörtert wurden die amerikanische Verhandlungsposition bei START, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der geplante Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen, die Entwicklung in Mittelamerika und die Haltung Spaniens gegenüber der NATO.	
176	10.06.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar	S. 917
		Schwerpunkte des Gesprächs sind die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen in Afghanistan, in Polen, im Libanon, im Irak und im Iran sowie im südlichen Afrika. Gleichfalls erörtert werden die INF-Verhandlungen, die Lage in Mittelamerika, die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften sowie die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad.	

177	10.06.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar	S. 929
		Themen sind die Bemühungen der Contadora-Gruppe zur Lösung des Konflikts in Mittelamerika, die Lage im südlichen Afrika, die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad, die Entwicklung in Kambodscha und die Bedeutung regionaler Zusammenschlüsse wie ASEAN.	
178	10.06.	Botschafter Wieck, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt	S. 935
		Wieck berichtet von der NATO-Ministerratstagung und faßt die Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz zusammen, in deren Mittelpunkt die Ost-West-Beziehungen sowie die neue amerikanische START-Position standen.	
179	10.06.	Botschafter Wieck, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt	S. 939
		Wieck resümiert die Erklärung des Bundesministers Genscher bei der NATO-Ministerratstagung, die Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere INF und KSZE, sowie Vorschläge zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone in Europa und zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags behandelte.	
180	13.06.	Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz an Vortragenden Legationsrat Jansen, z. Z. Brüssel	S. 943
		Seitz berichtet über eine Sitzung der Studiengruppe „Internationale Sicherheit“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) zur Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme.	
181	16.06.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 947
		Pfeffer stellt den Vermittlungsvorschlag des Ministerpräsidenten González für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vor und erörtert die Frage, wie der bevorstehende Europäische Rat in Stuttgart darauf reagieren solle.	
182	16.06.	Bundesminister Genscher an Bundesminister Stoltenberg	S. 952
		Genscher erläutert die Vereinbarung mit Rumänien vom 21. Mai über die Ausreise Deutschstämmiger und bittet darum, nunmehr die noch ausstehenden vierteljährlichen Sonderzahlungen wiederaufzunehmen.	
183	20.06.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann	S. 955
		Hartmann befaßt sich mit den von Präsident Reagan am 8. Juni bekanntgegebenen Vorschlägen für die START-Verhandlungen und arbeitet die Änderungen gegenüber der bisherigen Position heraus.	

-
184	21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 959
	Im Anschluß an Forderungen der SPD-Fraktion, den Bundestag vor Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme erneut mit der Angelegenheit zu befassen, beschäftigt sich Pfeffer mit der Frage, wie diesen Wünschen Rechnung getragen werden könnte, wenn am vereinbarten Stationierungsplan festgehalten werden soll.	
185	21.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 962
	Steinkühler faßt die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart zusammen, auf der die Staats- und Regierungschefs über die Finanzierung des EG-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik, die EG-Erweiterung sowie die Entwicklung neuer Politiken, etwa hinsichtlich Technologie und Umweltschutz, berieten. Ferner informiert er über die Unterzeichnung der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union.	
186	23.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 967
	Pfeffer diskutiert die mögliche Reaktion der UdSSR auf die Entscheidung des Bundeskanzlers Kohl, amerikanische Mittelstreckensysteme erst nach dem 15. November stationieren zu lassen.	
187	24.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Ali	S. 969
	Im Mittelpunkt stehen die Ost-West-Beziehungen und die Lage im Nahen Osten, vor allem der Libanon-Konflikt, die Entwicklung der PLO sowie die Rolle der UdSSR und Syriens. Weitere Themen sind die Außenpolitik Libyens, die ägyptisch-israelischen Beziehungen, der irakisch-iranische Krieg sowie bilaterale Fragen.	
188	25.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burns	S. 980
	Themen sind die Entscheidung des Bundeskanzlers Kohl, eine Stationierung von Pershing II erst nach dem 15. November vorzunehmen, und der Beschluß des Bundestags vom 23. Juni, im Lichte des Ergebnisses der INF-Verhandlungen erneut über die Dislozierung zu beraten.	
189	25.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Krefeld	S. 983
	Kohl erläutert die Hintergründe für seine Entscheidung, vor dem 15. November keine amerikanischen Mittelstreckensysteme vom Typ „Pershing II“ in der Bundesrepublik aufstellen zu lassen. Er berichtet außerdem über den Beschluß des Bundestags vom 23. Juni zu einer weiteren Debatte über die Stationierung.	

- Weiteres Thema sind die Proteste am Rande des Besuchs von Bush in Krefeld.
- 190** 28.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe in Bangkok S. 988
- Auf japanischen Wunsch erörtern die Gesprächspartner die Frage, ob in den Vereinten Nationen eine Streichung der Artikel 53 und 107 der VN-Charta („Feindstaatenklauseln“) angestrebt werden solle.
- 191** 28.06. Vortragender Legationsrat Jansen, z.Z. Bangkok, an das Auswärtige Amt S. 991
- Jansen faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz über den Beschluß des Bundestags vom 23. Juni zur Stationierung von Pershing II zusammen. Weitere Themen waren die bevorstehenden Gespräche von Bundeskanzler Kohl und von Genscher in der UdSSR sowie MBFR und der Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 192** 29.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius an die Botschaft in Washington S. 996
- Martius unterrichtet die Botschaft über amerikanische Bedenken hinsichtlich der Erklärung des Europäischen Rats in Stuttgart zur Situation in Mittelamerika und übermittelt den Text eines Schreibens des amerikanischen Außenministers Shultz, in dem dieser zu Presseäußerungen des Bundesministers Genscher vom 15. Mai Stellung nimmt.
- 193** 30.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, und dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman S. 999
- Die Teilnehmer erörtern den bevorstehenden Besuch von Kohl in der UdSSR, die INF-Verhandlungen und den Zeitplan für die Stationierung von Pershing II nach dem Beschluß des Bundestags vom 23. Juni.
- 194** 30.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1003
- Steinkühler informiert über das Dialogtreffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit denen Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands, der USA und der EG-Troika sowie mit einem Vertreter der EG-Kommission in Bangkok. Im Mittelpunkt standen weltpolitische Themen und Nord-Süd-Fragen, insbesondere die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI).

-
- 195** 01.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1007
Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium,
Burt, und dem Leiter der amerikanischen INF-
Delegation, Nitze
- Die Gesprächspartner erörtern die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme, die INF-Verhandlungen und START, den Zeitpunkt der Eröffnung einer KAE sowie den politischen Konsultationsmechanismus zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den USA („EPZ-Troika“).
- 196** 02.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1015
Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation,
Kampelman, in Wachtberg-Pech
- Kampelman bewertet den Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und berichtet von seinen vertraulichen Gesprächen mit dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kondraschow, über „humanitäre Gesten“ der UdSSR. Weiteres Thema ist der Beginn einer KAE.
- 197** 02.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1021
Edler von Braunmühl
- Braunmühl vermerkt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit einem Emissär von Papst Johannes Paul II., dem Leiter des Pressebüros des polnischen Episkopats, Orszulik, und dem Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Homeyer. Themen waren die Lage in Polen nach dem Papstbesuch und dessen Bedeutung für die westliche Polenpolitik. Behandelt wurden ferner das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche und die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten.
- 198** 04.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1027
Steinkühler
- Steinkühler informiert über die Sondertagung des Europäischen Parlaments am 29./30. Juni in Straßburg aus Anlaß der Beendigung der EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik, bei der Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher Bilanz zogen und über die Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni in Stuttgart berichteten.
- 199** 05.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das S. 1030
Auswärtige Amt
- Meyer-Landrut berichtet über das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch vom Vortag, in dem Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Tichonow ihre Positionen zum Stand der bilateralen Beziehungen sowie zu den Ost-West-Beziehungen vortrugen, insbesondere zu den INF-Verhandlungen, zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid und zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen.

- 200** 05.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in Moskau S. 1035
- Im Zentrum stehen die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, vor allem die Antwort der UdSSR auf eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme, die Zukunft der Rüstungskontrolle und die Aussichten für ein sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen. Des weiteren werden der Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen erörtert.
- 201** 05.07. Oberstleutnant i. G. Graf von Pfeil und Klein Ellguth, Bern, an das Auswärtige Amt S. 1047
- Pfeil resümiert ein Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem schweizerischen Verteidigungsminister Chevallaz über den Erwerb von 420 Kampfpanzern des Typs „Leopard II“ durch die Schweiz auf der Grundlage einer Lizenzproduktion und wirtschaftlicher Kompensationen.
- 202** 05.07. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1051
- Pfeffer informiert über den ersten Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Themen waren die Beendigung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und der Beginn einer KAE, darüber hinaus die bilateralen Beziehungen, vor allem humanitäre und Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sowie die innerdeutschen Beziehungen.
- 203** 05.07. Botschafter Ruth, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1058
- Ruth faßt den INF-Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen, in dem beide Seiten noch einmal ihre Haltung zum NATO-Doppelbeschluß darlegten.
- 204** 06.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1060
- Meyer-Landrut berichtet über das zweite Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am Vortag. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen und bilaterale Fragen, darunter der Rückgang der Ausreisezahlen, der Fall Rudolf Heß sowie der Schutz der Umwelt und die Wiederaufnahme der Gespräche über den Abschluß bilateraler Verträge.
- 205** 06.07. Botschafter Ruth, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1065
- Ruth informiert über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ver-

- teidigungsminister Ustinow am Vortag über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Behandelt wurden vor allem die Aussichten für die INF-Verhandlungen.
- 206** 06.07. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1070
- Kastl bewertet die Bemühungen des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, um eine Verbesserung der sowjetischen Menschenrechtspolitik, die Voraussetzung für eine Zustimmung der USA zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid sei.
- 207** 07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt S. 1073
- Genscher berichtet von den Gesprächen mit der sowjetischen Regierung in Moskau. Weiter werden Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Frage eines Abschlusses der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf Ministerebene sowie mögliche Treffen zwischen Genscher und dem Außenminister der DDR, Fischer, behandelt.
- 208** 07.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1077
- Steinkühler informiert über die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad, die mit einer Erklärung zur Lage der Weltwirtschaft und mit Ergebnissen in den Bereichen Rohstoffe, Handel sowie Währung und Finanzen zu Ende ging.
- 209** 08.07. Aufzeichnung des Botschafters Hansen, z. Z. Bonn S. 1081
- Hansen erörtert mögliche Reaktionen Israels im Falle der Lieferung von Kampfpanzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien und unterbreitet Vorschläge, wie Bundeskanzler Kohl die Angelegenheit bei seinem geplanten Besuch mit der israelischen Regierung behandeln solle.
- 210** 11.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington S. 1085
- Themen sind der Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher in der UdSSR, die INF-Verhandlungen sowie ein baldiger Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 211** 11.07. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1089
- Hermes berichtet über ein weiteres Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Im Zentrum standen die Vorbereitung der KAE, die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten und das Landwirtschafts-

projekt der katholischen Kirche in Polen sowie die Reise von Shultz nach Asien und in den Nahen Osten. Weitere Themen waren die Ausreisevereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Rumänien, Namibia, die Beschränkung europäischer Edelmetalllexporte in die USA und die Lage in Mittelamerika.

- 212** 11.07. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige S. 1093
 Amt

Hermes faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan zusammen. Genscher gab einen Überblick über die Gespräche während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR, und sprach die INF-Verhandlungen, den Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie die Entsendung eines Botschafters der Bundesrepublik nach El Salvador an.

- 213** 12.07. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige S. 1096
 Amt

Ruth resümiert seine Gespräche mit der amerikanischen Regierung über Themen der Rüstungskontrolle. Im Fokus stand die Intensivierung der Konsultationen. Ferner wurden die Themen INF und START erörtert, besonders Fragen zu globalen und regionalen Obergrenzen, zur Einbeziehung von Drittstaatensystemen, zu den Kurzstreckensystemen und zur Verifikation.

- 214** 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1100
 von Ploetz

Ploetz faßt eine Unterredung des Bundesministers Genscher mit zwei amerikanischen Ärzten zusammen, die auf Wunsch des amerikanischen Außenministers Shultz stattfand. Erörtert wurde der Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow.

- 215** 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1102
 Horstmann

Horstmann vermerkt die Ergebnisse eines am Vortrag geführten Gesprächs der Bundesminister Genscher und Warnke über die Rahmenplanung für die Entwicklungshilfe, insbesondere über die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit angestrebten Kürzungen für afrikanische Staaten.

- 216** 13.07. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige S. 1106
 Amt

Gehlhoff berichtet über eine Unterredung mit Kardinalstaatssekretär Casaroli zum Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen und zu möglichen Folgerungen für die westliche Polenpolitik.

-
- 217** 13.07. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1109
- Wieck resümiert die Konsultationen des Ständigen NATO-Rats mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, Stoessel. Gegenstand war die Frage, wie auch nach Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf die Verwirklichung der Menschenrechte vor allem in Osteuropa hingewirkt werden könne.
- 218** 14.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia S. 1114
- Themen sind die INF-Verhandlungen in Genf, die Folgen einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa und die Aussichten für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen. Außerdem werden der bevorstehende Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Besuch von Genscher und Bundeskanzler Kohl in der UdSSR, die Rolle der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen und ihr Verhältnis zur DDR erörtert.
- 219** 17.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl, z. Z. Varna, an das Auswärtige Amt S. 1124
- Braumnühl bewertet den Meinungsaustausch des Bundesministers Genscher mit der bulgarischen Regierung. Dabei geht er insbesondere auf die Aussichten für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ein.
- 220** 20.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny S. 1126
- Rowny informiert über den Stand der START-Verhandlungen nach Vorlage eines amerikanischen Vertragsentwurfs und sowjetischer Gegenvorschläge. Weitere Themen sind die Gespräche von Genscher in der UdSSR und Bulgarien sowie die Frage einer Zusammenlegung der INF-Verhandlungen und START.
- 221** 25.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsow in Bischofsgrün S. 1132
- Im Mittelpunkt stehen die INF-Verhandlungen, die mögliche Reaktion der UdSSR auf eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme und die Hintergründe der sowjetischen Entscheidung, Nuklearsysteme des Typs „SS-20“ zu stationieren.
- 222** 25.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsow in Bischofsgrün S. 1138
- Zentrale Themen sind die Weiterentwicklung der Nord-Süd-Beziehungen nach Beendigung der VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI), ferner die Chancen, die regionalen Konflikte in Mittelamerika, Afrika und dem Nahen Osten beizulegen.

- 223** 25.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1144
Steinkühler
- Steinkühler bilanziert den Verlauf der KSZE-Folgekonferenz nach der Einigung auf ein Schlußdokument und gewichtet den Beitrag der Bundesrepublik zu einem positiven Abschluß.
- 224** 25.07. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 1149
Auswärtige Amt
- Boss resümiert die 30. Runde der MBFR-Verhandlungen und bewertet den von den teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten am 23. Juni vorgelegten Vertragsentwurf, auf den eine westliche Reaktion in der nächsten Verhandlungsrunde erfolgen müsse.
- 225** 26.07. Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim S. 1153
Abrüstungsausschuß), an das Auswärtige Amt
- Wegener berichtet über ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Watson, über die wachsenden sowjetischen Fähigkeiten zur chemischen Kriegführung und die Notwendigkeit, die amerikanischen Kapazitäten in diesem Bereich auszubauen.
- 226** 26.07. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1158
- Ruth faßt die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO zusammen. Schwerpunkte waren das weitere Vorgehen der UdSSR angesichts der bevorstehenden Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme und mögliche westliche Reaktionen.
- 227** 28.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1162
- Fischer äußert sich zur Möglichkeit eines baldigen Beitrittsantrags der Türkei zu den Europäischen Gemeinschaften und macht Vorschläge, wie der türkischen Regierung die Bedenken der EG-Mitgliedstaaten vermittelt werden könnten.
- 228** 28.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1168
Schenk
- Schenk resümiert das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Themen waren die Unterstützung des Landwirtschaftsprojekts der katholischen Kirche in Polen sowie die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten und der politischen Kontakte mit Polen auf hoher Ebene.
- 229** 29.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Berg S. 1173
- Berg erläutert und bewertet zwei Papiere zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen und zum Grenzregime der DDR, die

der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 24. Juli in der DDR übergeben habe.

- 230** 01.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Lanc auf Schloß Kleßheim S. 1177
- Die Gesprächspartner erörtern gegenseitige Besuche, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere beim Umweltschutz und die Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der EFTA. Weitere Themen sind die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten und das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen sowie die Lage in Mittelamerika und im Nahen Osten.
- 231** 08.08. Gesandter Pabsch, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1183
- Pabsch gibt die Information des amerikanischen Verteidigungsministeriums weiter, daß im Zusammenhang mit dem von Veteranen des Vietnamkriegs angestrebten Prozeß gegen die Hersteller des Entlaubungsmittels „Agent Orange“ vom Gericht geheime Dokumente angefordert worden seien, in denen die Namen von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik genannt würden. Das Pentagon bitte diese Personen zu befragen, ob aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes die Herausgabe der Dokumente verweigert werden sollte.
- 232** 09.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 1186
- Citron resümiert die vierte Runde der START-Verhandlungen, in der die USA eine flexiblere Position hinsichtlich der Höchstgrenzen für ballistische Raketen eingenommen hätten. Auch die UdSSR habe Entgegenkommen gezeigt, indem sie ihre Vorschläge präzisiert habe.
- 233** 09.08. Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), an das Auswärtige Amt S. 1190
- Wegener erörtert die Frage, warum nach einem erfolgversprechenden Beginn der Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen das Interesse an einem Vertragsabschluß erlahmt ist.
- 234** 15.08. Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA S. 1197
- Im Mittelpunkt stehen die KAE in Stockholm, insbesondere deren organisatorische Vorbereitung, und die Überprüfung der amerikanischen Position für die bevorstehende Runde der INF-Verhandlungen. Thematisiert wird auch START.

- 235** 16.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1203
- Im Zusammenhang mit einer Stellungnahme des BND zur Bedrohungsperzeption der UdSSR bei einer Stationierung von amerikanischen GLCM und Pershing-II-Raketen weist Pfeffer auf die unterschiedliche Abschreckungswirkung der beiden Waffensysteme hin.
- 236** 16.08. Drahterlaß des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1205
- Pfeffer informiert über das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am Vortag. Im Zentrum standen der durch Malta verzögerte Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen und eine IWF-Mitgliedschaft Polens, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sowie die Lage in Chile, in Mittelamerika, im Tschad und in Afghanistan.
- 237** 16.08. Botschafter Ruth an die Botschafter Hermes, S. 1214
Washington, und Ruhfus, London
- Ruth übermittelt den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli zu einer neuen MBFR-Initiative und weist die Botschafter an, den Gesprächspartnern bei der Übergabe zu erläutern, warum die Bundesregierung eine solche Initiative für politisch wichtig hält.
- 238** 16.08. Vortragender Legationsrat Pöhlmann an die Botschaft S. 1217
in Washington
- Pöhlmann befürwortet eine Zustimmung zum VN-Waffenübereinkommen von 1980 einschließlich Brandwaffenprotokoll, um die amerikanische Regierung davon abzubringen, Vorbehalte gegen das Brandwaffenprotokoll einzulegen bzw. auf eine Ratifizierung des gesamten Übereinkommens zu verzichten.
- 239** 17.08. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow S. 1220
- Karkow informiert über die Ergebnisse der zweiten Weltrassismuskonferenz in Genf, auf der kein Konsens über die Kapitel der Schlußerklärung zum Nahen Osten und zu Südafrika erzielt werden können.
- 240** 18.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1223
Hartmann
- Hartmann befaßt sich mit amerikanischen Bemühungen um eine Intensivierung der Kontakte mit der UdSSR zur Rüstungskontrolle. In diesem Zusammenhang weist er vor allem auf die angestrebte Verschärfung der Bedingungen für Nuklearexporte hin.

-
241	23.08.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 1227
		Pfeffer analysiert das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 12. August an Bundeskanzler Kohl und stellt Überlegungen zu der von beiden Seiten gewünschten Zusammenarbeit beim Umweltschutz an.	
242	23.08.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron	S. 1232
		Citron erläutert den sowjetischen Entwurf für ein Abkommen über das Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum und aus dem Weltraum gegen die Erde. Er äußert die Sorge, daß dadurch die amerikanische Haltung zur Arbeitsgruppe „Rüstungskontrolle im Weltraum“ erschwert werde, die im Rahmen des Abrüstungsausschusses in Genf gebildet werden solle.	
243	23.08.	Vortragender Legationsrat Jansen an Botschafter Hermes, Washington	S. 1237
		Jansen übermittelt das Antwortschreiben des Bundesministers Genscher auf die Bitte des amerikanischen Vizepräsidenten Bush, ihm für seine Besuche in Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Österreich Hinweise zu geben, besonders für die Präsentation der westlichen Politik gegenüber der UdSSR.	
244	29.08.	Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1243
		Ruth berichtet über seine Gespräche mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, zu möglichen neuen Vorschlägen bei der Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen.	
245	30.08.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz	S. 1247
		Ploetz rekapituliert die Beratungen innerhalb der Bundesregierung und mit der israelischen Regierung im Vorfeld der kurzfristigen Absage des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in Israel, die durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten Begin ausgelöst worden sei.	
246	31.08.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Botschafter An Zhiyuan	S. 1251
		An Zhiyuan antwortet auf den von Genscher am 21. Juli übermittelten Wunsch des Heiligen Stuhls, einen direkten Gesprächskontakt zur chinesischen Regierung herzustellen, um über Möglichkeiten zur Normalisierung der Beziehungen zu beraten.	

- 247** 31.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen S. 1253
- Jansen resümiert Gespräche des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Andreotti (Italien), Cheysson (Frankreich) und Howe (Großbritannien) zur Abstimmung der Position zu den INF-Verhandlungen.
- 248** 31.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1260
- Pfeffer legt eine Aufzeichnung zu denkbaren politischen Maßnahmen im zweiten Halbjahr 1983 vor. Sie sollen vor allem auf die Öffentlichkeit und die osteuropäischen Staaten wirken und die innen- und außenpolitische Abschirmung der Nachrüstung bezwecken.
- 249** 02.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1271
- Pfeffer unterrichtet über die Bitte der amerikanischen Regierung, Munitionslieferungen für die libanesische Armee aus Depots der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik ausfliegen zu dürfen.
- 250** 03.09. Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1274
- Ruth informiert über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Themen waren das weitere Vorgehen bei den INF-Verhandlungen nach dem Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR sowie die Demonstrationen der Friedensbewegung in Ramstein und Mutlangen.
- 251** 05.09. Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze S. 1277
- Erörtert wird die bevorstehende sechste Runde der INF-Verhandlungen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie der Anstoß zu einer neuen amerikanischen Initiative gegeben werden könne.
- 252** 05.09. Botschafter Ruth an Bundesminister Genscher, z.Z. Belgrad S. 1280
- Ruth berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze. Behandelt wurde vor allem ein Schreiben Kohls an Präsident Reagan über eine neue amerikanische INF-Initiative.
- 253** 05.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Boehmer an die Botschaft in Washington S. 1282
- Im Zusammenhang mit der Produzentenhaftungsklage amerikanischer Vietnamkriegsveteranen gegen Hersteller des Entlaubungsmittels „Agent Orange“ gibt Boehmer Informationen zu der Frage weiter, ob deutsche Wissenschaftler an dessen Entwicklung beteiligt gewesen seien.

-
254	05.09.	Botschafter Buchrucker, Maputo, an das Auswärtige Amt	S. 1284
		Buchrucker berichtet über die mosambikanische Forderung nach Abberufung des Kanzlers I. Klasse Büttner, gegen den fälschlicherweise Spionagevorwürfe erhoben würden.	
255	06.09.	Botschaftsrat I. Klasse Gerz, Belgrad, an das Auswärtige Amt	S. 1289
		Gerz faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov zusammen. Themen waren die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und Abrüstungsfragen, insbesondere die INF-Verhandlungen, die KAE und die Schaffung nuklearwaffenfreier Zonen in Europa. Ferner wurden der Nahost-Konflikt und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China besprochen.	
256	06.09.	Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1295
		Wallau erörtert die Reaktionen der amerikanischen Regierung auf den Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR, vor allem hinsichtlich des Luftverkehrs, des KSZE-Prozesses und der Rüstungskontrollgespräche mit der UdSSR.	
257	07.09.	Botschafter Böcker, Bagdad, an das Auswärtige Amt	S. 1299
		Böcker berichtet von seinem Antrittsbesuch bei Präsident Saddam Hussein, bei dem dieser zur Frage einer Lieferung von Panzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien Stellung genommen habe.	
258	08.09.	Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Madrid	S. 1301
		Im Zentrum steht der Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR und die Frage, wie angesichts amerikanischer Forderungen nach harten Sanktionen darauf reagiert werden solle.	
259	08.09.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz	S. 1305
		Seitz informiert über die Bemühungen des Bundesverbands der Deutschen Industrie, angesichts eines drohenden Wettbewerbsverlusts eine Strategie für eine europäische Technologiepolitik zu entwickeln.	
260	08.09.	Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer	S. 1308
		Schauer resümiert die Haltung der Washingtoner Botschaftergruppe zum Vorschlag des Oberbefehlshabers Live Oak, Rogers, die militärische Eventualfallplanung der Drei Mächte für Berlin zu überarbeiten.	

261	08.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 1312
	Fischer vermerkt, Bundesminister Genscher erwäge, als gemeinsame westliche Reaktion auf den Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR eine zweiwöchige Suspendierung des Luftverkehrs sowie weitere Schritte im Rahmen der ICAO vorzuschlagen.	
262	08.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Madrid, an das Auswärtige Amt	S. 1314
	Pfeffer gibt das Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Madrid wieder. Themen waren der Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR und die INF-Verhandlungen in Genf.	
263	09.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, in Madrid	S. 1318
	Die Gesprächspartner erörtern das Ost-West-Verhältnis nach dem Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR, wobei die INF-Verhandlungen und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen im Mittelpunkt stehen.	
264	12.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz	S. 1323
	Ploetz resümiert das informelle Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 8. September in Madrid, bei dem über eine abgestimmte Reaktion auf den Abschluß des südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR beraten wurde.	
265	13.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Kaunda	S. 1327
	Themen sind die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit, ferner die Lage im südlichen Afrika sowie die Ost-West-Beziehungen.	
266	13.09. Vortragender Legationsrat Klaiber an die Botschaft in Washington	S. 1335
	Klaiber unterrichtet über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Athen. Erörtert wurden u. a. der Abschluß des südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR und der griechische Vorschlag für ein Moratorium der Dislozierung amerikanischer Mittelstreckensysteme.	
267	15.09. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan	S. 1338
	Kohl nimmt Stellung zu Überlegungen des Präsidenten Reagan, den amerikanischen Vorschlag vom 30. März für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen zu konkretisieren.	

275	23.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Shagari	S. 1390
	Erörtert werden die wirtschafts- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nigeria, insbesondere dessen Zahlungsschwierigkeiten, sowie der Konflikt im Tschad.	
276	23.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz	S. 1394
	Ploetz protokolliert eine Hausbesprechung über Möglichkeiten, das ausgefallene Treffen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Rande der VN-Generalversammlung in New York an einem dritten Ort nachzuholen.	
277	23.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos	S. 1397
	Gorenflos unterrichtet über die Bitte der Firma Bayer AG, durch die Botschaft in Tel Aviv Urkunden über den Verkauf einer Tochterfirma in Israel legalisieren zu lassen. Gorenflos legt die unterschiedlichen Ansichten der Abteilungen zu der Frage dar, inwieweit dadurch eine Beteiligung amtlicher Stellen der Bundesrepublik am Israel-Boykott der Arabischen Liga gegeben sei.	
278	26.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit	S. 1401
	Schlagintweit resümiert ein Gespräch des Staatssekretärs von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, mit dem Staatssekretär im iranischen Außenministerium, Kazempour Ardebili, in Teheran über den Export von Rüstungsgütern in den Iran.	
279	27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 1405
	Fischer informiert über den Versuch von in der amerikanischen Botschaft tätigen CIA-Mitarbeitern, vertrauliche Unterlagen über laufende COCOM-Anträge beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft zu erhalten, und unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen.	
280	27.09. Ministerialdirigent Schauer an Bundesminister Genscher, z. Z. New York	S. 1408
	Schauer analysiert die Studie der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe über Umfang und Zusammensetzung des künftigen Nuklearwaffenarsenals der NATO.	
281	27.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt	S. 1413
	Pfeffer unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA). Im Mittelpunkt standen	

der Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR, die INF-Verhandlungen, die Kontroverse zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften über die Agrarpolitik sowie der Namibia-Konflikt und der irakisch-iranische Krieg.

- 282** 28.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort S. 1421
- Montfort befaßt sich mit dem südafrikanischen Wunsch, einen neuen Militärattaché nach Bonn zu entsenden, und erörtert mögliche Gegenleistungen der Regierung in Pretoria.
- 283** 29.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1425
- Ungerer berichtet, die Initiative des Präsidenten Reagan für ein Treffen der nuklearen Hauptlieferländer zur Überprüfung der „Comprehensive Safeguards“ stoße bei der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten aus inhaltlichen und prozeduralen Gründen auf Vorbehalte.
- 284** 30.09. Vortragender Legationsrat Jansen an Vortragenden S. 1430
Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. New York
- Jansen informiert über die Sitzung des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags am 28. September, bei der vor allem CDU-Abgeordnete die amerikanischen Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen kritisiert hätten.
- 285** 03.10. Drahterlaß des Ministerialdirigenten Haas S. 1432
- Haas teilt mit, die UdSSR habe über Präsident Nyerere die Bundesregierung gebeten, sich für die Freilassung von in Mosambik entführten sowjetischen Staatsangehörigen einzusetzen. Auf Weisung des Bundesministers Genscher solle dieses Anliegen der südafrikanischen Regierung vorgetragen werden.
- 286** 03.10. Botschafter van Well, New York (VN), an das S. 1434
Auswärtige Amt
- Van Well resümiert die Gespräche des Bundesministers Genscher bei der VN-Generalversammlung in New York und zieht eine erste Bilanz des bisherigen Sitzungsverlaufs.
- 287** 04.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1442
Martius
- Martius faßt die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Monge und Außenminister Volio in Costa Rica zusammen, in denen die bilateralen Beziehungen, die Lage in Mittelamerika sowie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu dieser Region behandelt wurden.

288	04.10.	Brigadegeneral Steinkopff, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1446
		Steinkopff übermittelt Äußerungen des Mitarbeiters im amerikanischen Verteidigungsministerium, Latham, zur Freigabe amerikanischer Nuklearsysteme und zur Gefahr eines Nuklearkriegs durch Computerversagen.	
289	04.10.	Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1449
		Hermes berichtet von einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Senatoren Lugar und Percy über Abrüstungsfragen, namentlich die amerikanische Initiative für die START-Verhandlungen, das Arsenal an Nuklearwaffen im Falle ihrer Modernisierung zu vermindern („build-down“-Konzept).	
290	05.10.	Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1453
		Ploetz gibt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten wieder, in dessen Zentrum Bushs Besuch in Ungarn, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und die Aussichten auf ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen standen.	
291	06.10.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Hussein in Amman	S. 1456
		Im Mittelpunkt stehen die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und der Nahost-Konflikt, insbesondere die Vermittlungsbemühungen Jordaniens, die Haltung der USA, Saudi-Arabiens und Syriens sowie die Entwicklungen im Libanon und innerhalb der PLO.	
292	06.10.	Aufzeichnung des Referats 012	S. 1466
		Referat 012 gibt einen Überblick über die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung durch Herausgabe von Broschüren und Informationsmaterialien.	
293	06.10.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler	S. 1469
		Steinkühler informiert über die Botschafterkonferenz in San José, in der vor allem die Lage in Nicaragua und El Salvador sowie die Beziehungen der Bundesrepublik bzw. der Europäischen Gemeinschaften zur mittelamerikanischen Region behandelt wurden.	

-
294	07.10.	Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz an Staatsminister Möllemann, z. Z. Kairo	S. 1471
		Ploetz übermittelt eine Mitteilung des Bundesministers Genscher, mit der Möllemann aufgefordert wird, jede weitere öffentliche Äußerung zu einem möglichen Rüstungsexport nach Saudi-Arabien zu unterlassen.	
295	08.10.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mohieddin in Kairo	S. 1473
		Themen sind die Frage von ägyptischen Panzerkäufen bzw. der Produktion von Panzern im Lizenzverfahren sowie die Errichtung von Kernkraftwerken in Ägypten.	
296	10.10.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Citron	S. 1475
		Citron analysiert das Meinungsbild in der FDP zum NATO-Doppelbeschluß und unterbreitet Vorschläge, wie die Zustimmung zur Regierungspolitik verbessert werden könnte.	
297	13.10.	Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu Sese Seko	S. 1477
		Im Vordergrund stehen die bilateralen Beziehungen, vor allem im Wirtschafts- und Finanzbereich, sowie die Entwicklung afrikanischer Staaten und der Tschad-Konflikt.	
298	13.10.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann	S. 1481
		Horstmann resümiert die Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem pakistanischen Außenminister Yaqub-Khan am 29. September in New York. Im Mittelpunkt standen die Entwicklung in Afghanistan und die Lage in der UdSSR.	
299	13.10.	Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an das Auswärtige Amt	S. 1483
		Stein berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem saudi-arabischen Verteidigungsminister Sultan am 10. Oktober. Erörtert wurde insbesondere die Frage eines Exports von Panzern des Typs „Leopard II“ nach Saudi-Arabien.	
300	14.10.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der ACDA, Adelman, und dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze	S. 1487
		Im Zentrum stehen die Perspektiven der INF-Verhandlungen nach Einführung der amerikanischen Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen.	

301	14.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 1497
	Ruth informiert über die Vorbereitungen der Bundesregierung sowie der NATO für die KVAE in Stockholm und stellt dabei konzeptionelle Unterschiede zu den USA heraus.	
302	14.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort	S. 1502
	Montfort analysiert Meldungen, denen zufolge der Iran mit einer Sperrung der für die Erdölversorgung westlicher Staaten wichtigen Straße von Hormuz drohe.	
303	15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien	S. 1505
	Themen sind die Beziehungen der UdSSR zur Bundesrepublik sowie zu den USA und die INF-Verhandlungen. Dabei bewerten die Gesprächspartner insbesondere den jüngsten amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung.	
304	15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien	S. 1515
	Genscher und Gromyko vertiefen ihre Diskussion über die INF-Verhandlungen und START. Im Zentrum steht dabei die unterschiedliche Einschätzung des amerikanischen Vorschlags für eine verbesserte Zwischenlösung.	
305	16.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien	S. 1524
	Diskutiert werden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, u. a. der Anteil der Bundesrepublik am NATO-Doppelbeschluß und die Perspektiven des Ost-West-Verhältnisses bei einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa.	
306	16.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien	S. 1529
	Die Gesprächspartner erörtern Fragen der bilateralen Beziehungen, insbesondere die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und des Umweltschutzes, sowie humanitäre Angelegenheiten.	
307	16.10. Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an das Auswärtige Amt	S. 1537
	Stein informiert über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem saudi-arabischen Innenminister Prinz Nayif am 11. Oktober. Themen waren der Terrorismus und die Zusammenarbeit beider Staaten im Bereich der inneren Sicherheit.	

-
308	17.10.	Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Bodström	S. 1539
		Genscher berichtet von seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien über die INF-Verhandlungen. Erörtert wird ferner die Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch sowjetische U-Boote. Außerdem kommen die Namibia-Frage, der Nahost-Konflikt, die Lage in Mittelamerika und die innerdeutschen Beziehungen zur Sprache.	
309	17.10.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz	S. 1548
		Ploetz notiert die Ergebnisse der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Lanc in Wien. Im Mittelpunkt standen das Treffen zwischen Genscher und dem sowjetischen Außenminister Gromyko, die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR sowie die KVAE.	
310	17.10.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl	S. 1553
		Braunmühl bewertet die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien und hebt hervor, letzterer habe die amerikanische Politik kritisiert und die Großmachtrolle der UdSSR in Europa betont.	
311	18.10.	Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan	S. 1557
		Kohl resümiert den Stand der MBFR-Verhandlungen in Wien und spricht sich für eine baldige Initiative der NATO-Mitgliedstaaten aus.	
312	18.10.	Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler an die Botschaft in Kairo	S. 1559
		Fiedler informiert über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak in Kairo. Behandelt wurden die Lage in Ägypten und im Nahen Osten sowie Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.	
313	21.10.	Ministerialdirigent Haas, z. Z. London, an das Auswärtige Amt	S. 1562
		Haas unterrichtet über die Bemühungen der Namibia-Kontaktgruppe und benennt als weiterhin bestehendes Problem die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola sowie die militärischen Operationen Südafrikas im Süden Angolas.	
314	24.10.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen	S. 1565
		Jansen gibt einen Überblick über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Vouliagmeni. Behandelt wurden ein Handelsabkommen mit Un-	

- garn, die Lage im Libanon und auf Zypern, Mittelamerika sowie die EG-Stahlkrise.
- 315** 24.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1571
 Edler von Braunmühl
- Braunmühl analysiert einen Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung, in dem sich der Vorsitzende des RPR, Chirac, über eine stärkere Einbindung der Bundesrepublik in die nukleare Verteidigung Westeuropas äußerte.
- 316** 25.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1574
 Vorsitzenden der Landesregierung Grönlands,
 Motzfeldt
- Themen sind der angekündigte EG-Austritt Grönlands und dessen künftiger Status, die Hochseefischerei vor Grönland und das Problem der Festlegung von Fangmengen.
- 317** 25.10. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1579
 von Ploetz
- Ploetz teilt mit, Bundesminister Genscher habe den amerikanischen Botschafter empfangen. Burns habe die Gründe für das militärische Eingreifen auf Grenada sowie die Ziele der USA dargelegt.
- 318** 27.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1581
 Kastrup
- Kastrup vermerkt, Frankreich, Großbritannien und die USA hätten in der Bonner Vierergruppe Bedenken gegen Treffen von Politikern aus der Bundesrepublik und Berlin (West) mit Vertretern der DDR in Berlin geäußert und darauf hingewiesen, daß auf diese Weise einer De-facto-Anerkennung der Souveränität der DDR über Ost-Berlin Vorschub geleistet werden könnte.
- 319** 28.10. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der S. 1583
 KPdSU, Andropow
- Kohl informiert über die Entscheidung der Bundesregierung, für 1984 zu einer multilateralen Konferenz über Umweltfragen nach München einzuladen, und regt eine bilaterale Kooperation in diesem Bereich an. Der Bundeskanzler äußert sich ferner zu den INF-Verhandlungen und zur KVAE.
- 320** 31.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1587
 Außenminister von El Salvador, Chávez Mena
- Im Vordergrund stehen die innere Entwicklung El Salvadors, die Lage in Mittelamerika sowie die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Frage der Wiederentsendung eines Botschafters der Bundesrepublik.

-
- 321** 31.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1590
- Schauer rekapituliert die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Montebello. Im Zentrum der Beratungen standen ein Bericht der High Level Group (HLG) über Anpassungen des Nukleararsenals der NATO in Europa und das Fortbestehen der HLG.
- 322** 01.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1594
Ministerpräsident Nakasone in Tokio
- Die Gesprächspartner erörtern sicherheitspolitische Fragen, darunter die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, die globalen politischen Ziele der UdSSR und das Verhältnis Japans zur westlichen Sicherheitsgemeinschaft. Weitere Themen sind der Nahost-Konflikt, die Lage im Libanon und der irakisch-iranische Krieg.
- 323** 01.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1601
Ministerpräsident Nakasone in Tokio
- Im Mittelpunkt stehen bilaterale Fragen wie die Nutzung des Geländes der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin, die konsularische Betreuung von Personen aus der DDR in Japan durch die Bundesrepublik sowie die Handelsbeziehungen. Erörtert werden außerdem das VN-Seerechtsübereinkommen und die politische Entwicklung in Ost- und Südostasien.
- 324** 03.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1610
- Ruth faßt Gespräche mit dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, über Abrüstungsfragen zusammen. Gegenstand waren die INF-Verhandlungen und ihre Auswirkungen auf das innerdeutsche Verhältnis, die KVAE, MBFR und die Beratungen im Genfer Abrüstungsausschuß über ein Verbot chemischer Waffen.
- 325** 03.11. Ministerialdirigent Schauer, z.Z. Helsinki, an das S. 1616
Auswärtige Amt
- Schauer resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem finnischen Außenminister Väyrynen. Themen waren die Ost-West-Beziehungen, vor allem die INF-Verhandlungen, der irakisch-iranische Krieg, die Lage im Libanon, die Aussichten für eine Lösung des Namibia-Konflikts, die militärische Intervention auf Grenada, die KVAE-Vorbereitungskonferenz sowie bilaterale Fragen.
- 326** 03.11. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1623
- Kohl macht Ausführungen zur Notwendigkeit eines baldigen neuen Reduzierungsvorschlags bei den INF-Verhandlungen in Genf, der in der Special Consultative Group (SCG) der NATO zu vereinbarende konkrete Zahlen nennen und öffentlichkeitswirksam präsentiert werden müsse.

- 327** 04.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1625
- Ruth rekapituliert die Debatte über die Einbeziehung der nuklearen Drittstaatensysteme in die Rüstungskontrollverhandlungen und wägt die Chancen für eine Konferenz der Nuklearstaaten ab.
- 328** 05.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Suharto in Jakarta S. 1635
- Themen sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Indonesiens, Perspektiven der deutsch-indonesischen Zusammenarbeit, darunter der mögliche Kauf von Flugzeugen des Typs „Airbus A-320“ durch Indonesien, die Ost-West-Beziehungen, der Kambodscha-Konflikt und der Nord-Süd-Dialog.
- 329** 06.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidentin Gandhi in Neu Delhi S. 1646
- Gandhi gibt einen Überblick über die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung Indiens. Weitere Themen sind der Konflikt mit Pakistan sowie die Unruhen in Sri Lanka.
- 330** 07.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1656
- Ruth analysiert ein Schreiben des Präsidenten Ceaușescu an Bundeskanzler Kohl mit Vorschlägen für einen erfolgreichen Abschluß der INF-Verhandlungen. Genannt werden ein Abkommen über die spätere Behandlung der britischen und französischen Nuklearsysteme sowie ein Moratorium für amerikanische Mittelstreckensysteme im Gegenzug zur Reduzierung sowjetischer SS-20.
- 331** 07.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1658
- Hermes befaßt sich mit der amerikanischen Wahrnehmung der Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik um den NATO-Doppelbeschluß sowie mit deren Konsequenzen für die Beziehungen auf bilateraler Ebene und innerhalb des Bündnisses.
- 332** 08.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam S. 1662
- Zentrales Thema ist die militärische Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada. Ferner wird die Entwicklung im Libanon nach den Anschlägen auf amerikanische und französische Truppen der MNF behandelt.
- 333** 08.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher S. 1669
- Die Gesprächspartner erörtern die Vorbereitungen für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme und die in-

nenpolitischen Auseinandersetzungen hierüber, des weiteren die militärische Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada und die Frage, wie die amerikanische Regierung auf den Anschlag auf ihre MNF-Truppen im Libanon reagieren werde.

- 334** 08.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe S. 1676
- Behandelt werden die Krise im Libanon, die militärische Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada, die Aussichten für eine Lösung der Zypern-Frage und die bevorstehende Abstimmung über eine Resolution der VN-Generalversammlung zur Beilegung des Falkland-Konflikts.
- 335** 08.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe S. 1681
- Im Mittelpunkt stehen die INF-Verhandlungen im Lichte des Vorschlags von Präsident Ceaușescu über die Nichteinbeziehung der Drittstaatsysteme und Möglichkeiten, die transatlantischen Konsultationen zu verbessern.
- 336** 08.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1683
- Ruth resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam. Dieser präsentierte einen Vorschlag für die zahlenmäßige Konkretisierung einer Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen, der auf Wunsch der Bundesregierung möglichst bald unterbreitet werden sollte.
- 337** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1687
- Unter dem Aspekt geltenden Völkerrechts analysiert Bertele die Begründung der USA für deren militärisches Eingreifen auf Grenada nach dem dortigen Putsch am 19./20. Oktober.
- 338** 09.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher S. 1690
- Mit Blick auf den Europäischen Rat vom 4. bis 6. Dezember in Athen erörtern Kohl und Thatcher die Finanzierung des EG-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik und die Grenzausgleichsabgaben sowie die Neuordnung des Stahlmarkts.
- 339** 09.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1695
- Schauer informiert über den Stand der amerikanischen Planungen für die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems im Weltraum und äußert rüstungskontrollpolitische Bedenken gegen das Programm.

- 340** 09.11. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1697
- Kastl untersucht die Aussichten für die Rüstungskontrollverhandlungen. Er widmet sich dabei vor allem der Frage nach Spielraum und Taktik der UdSSR in der verbleibenden Zeit der INF-Verhandlungen und nach dem Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme sowie den möglichen Auswirkungen auf START.
- 341** 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1701
 Roßbach, Bundeskanzleramt
- Roßbach faßt die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl gegenüber einer Delegation der Organisation B'nai B'rith zusammen. Gegenstand waren der Rückgang der Ausreisen von Juden aus der UdSSR, die Gefahr des Antisemitismus in der Bundesrepublik, das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen sowie die Ausländerpolitik der Bundesregierung.
- 342** 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1704
 Schenk
- Schenk setzt sich mit Empfehlungen auseinander, die Bundeskanzler Kohl im Anschluß an den Bericht der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe ausgesprochen habe. Diese betreffen Anpassungen des Nukleararsenals der NATO in Europa im Hinblick auf eine Neufassung der Politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen.
- 343** 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1708
 Hartmann
- Hartmann resümiert die Ergebnisse eines Briefings von Mitarbeitern des amerikanischen Geheimdienstes CIA über die technische Ausstattung der sowjetischen nuklearen Kurz- und Mittelstreckensysteme, deren Einsatzbereitschaft und Stationierung.
- 344** 11.11. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 1710
 Auswärtige Amt
- Boss zieht eine Bilanz nach zehn Jahren MBFR-Verhandlungen. Er gewichtet deren Bedeutung für die NATO, skizziert die Zielsetzungen der Teilnehmer und beurteilt vor dem Hintergrund des Verhandlungsstands die Aussichten für eine neue westliche Initiative.
- 345** 11.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron, z. Z. S. 1716
 Helsinki, an das Auswärtige Amt
- Citron berichtet von der Einigung über ein Schlußdokument des KVAE-Vorbereitungstreffens und bewertet den Verlauf der Konferenz unter besonderer Beachtung der Zusammenarbeit der NATO-Mitgliedstaaten, des Vorgehens der Warschauer-Pakt-

Staaten sowie der Rolle der Neutralen und Nichtgebundenen und Maltas.

- 346** 12.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1719
Schenk
- Schenk resümiert das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am Vortag in London. Erörtert wurden u.a. die amerikanischen Bemühungen um Aufrechterhaltung des Dialogs mit der UdSSR, die KVAE, die START-Verhandlungen, die Entwicklung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems im Weltraum, mögliche Folgen der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme für den Berlin-Verkehr und die Lage in Polen.
- 347** 12.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1725
Schenk
- Schenk informiert über weitere Themen des Vierertreffens der Politischen Direktoren in London: die Lage in der UdSSR, die Finanzhilfe für Jugoslawien, die Entwicklung auf Grenada, eine mögliche Unabhängigkeitserklärung Nordzyperns, die spanische NATO-Mitgliedschaft, den Libanon-Konflikt, den irakisch-iranischen Krieg und den Entwurf der Bundesrepublik für eine VN-Resolution zur Ächtung von Kriegen.
- 348** 14.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1731
Präsidenten der Weltbank, Clausen
- Clausen wirbt um Unterstützung seiner Bemühungen um die siebte Auffüllung der Kreditmittel für die International Development Agency (IDA VII) und weist darauf hin, daß damit ein stärkerer Einfluß auf die Weltbank verbunden sein würde.
- 349** 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1734
- Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte über das Mitspracherecht der Stationierungsländer beim Einsatz amerikanischer Mittelstreckensysteme befaßt sich Seitz mit der Frage, ob die bisherige Sprachregelung dazu geändert werden sollte.
- 350** 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1736
- Bertele gibt einen Briefwechsel zwischen Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl zur internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus wieder und erörtert die amerikanischen Vorschläge dazu.
- 351** 14.11. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1741
- Mit Blick auf die deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. November gibt Schoeller eine Übersicht über die französische Außenpolitik, insbesondere die Beziehungen zur UdSSR und weiteren osteuropäischen Staaten, die Sicherheits- und

- Abrüstungspolitik, die Deutschland- und Europa-Politik sowie die Haltung zu Staaten der Dritten Welt.
- 352** 15.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk an die Botschaft in Ottawa S. 1750
- Schenk informiert über den Besuch des kanadischen Ministerpräsidenten, bei dem Trudeau Bundeskanzler Kohl seine Überlegungen zur Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen unterbreitete.
- 353** 15.11. Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1752
- Oncken berichtet über ein Gespräch mit Präsident Evren zu der unmittelbar vorher bekanntgewordenen Unabhängigkeitserklärung der „Nordzyprischen Türkischen Republik“.
- 354** 17.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn S. 1754
- Im Mittelpunkt stehen die Themen für die Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember in Athen, insbesondere die EG-Finanzierung, die Agrarpolitik und die Frage neuer Gemeinschaftspolitiken.
- 355** 22.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1761
- Fischer befaßt sich mit dem amerikanischen Wunsch, in der Bundesrepublik ausgesonderte Flugzeuge des Typs „F-104“ zum Weiterverkauf an die Republik China (Taiwan) zu erwerben, und warnt vor den möglichen Folgen für die Beziehungen zur Volksrepublik China.
- 356** 24.11. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu S. 1765
- Neben der bilateralen Rüstungskooperation werden mögliche sowjetische Reaktionen auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa sowie die Zukunft der INF- und START-Verhandlungen diskutiert. Weitere Themen sind der kanadische Vorschlag einer Konferenz der fünf Atommächte, die KVAE, die kommende NATO-Ministerratstagung, die amerikanischen Überlegungen zu einem Raketenabwehrsystem im Weltraum und die Zusammenarbeit in der WEU.
- 357** 24.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand S. 1776
- Im Mittelpunkt stehen die Debatte des Bundestags am 21./22. November über den NATO-Doppelbeschluß und die sowjetische Haltung dazu, die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens, die Lage im Nahen Osten, die Rolle Libyens in Afrika sowie die Persönlichkeit von Oberst Gaddafi.

-
- 358** 24.11. Botschafter Metzger, Sanaa, an das Auswärtige Amt S. 1790
- Metzger gibt den Wunsch des Präsidenten Saleh nach Hilfe beim Aufbau eines Sicherheitsdienstes in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) weiter.
- 359** 25.11. Deutsch-französische Konsultationen S. 1792
- Im Anschluß an Überlegungen zur gemeinsamen Entwicklung von Hochgeschwindigkeitsstrecken im Bahnverkehr werden EG-Fragen erörtert: die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien und die Finanzierung der Gemeinschaften, vor allem der Agrarpolitik.
- 360** 25.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1799
Ministerpräsident Papandreou
- Im Mittelpunkt stehen die Themen für die Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember in Athen: die Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften und die Finanzierung der Agrarpolitik sowie die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien. Die Gesprächspartner befassen sich außerdem mit der Zypern-Frage nach der Ausrufung der „Nordzyprischen Türkischen Republik“.
- 361** 25.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1807
- Fischer faßt ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Stoltenberg mit ihren französischen Amtskollegen Cheysson und Delors zusammen. Erörtert wurden die auf der Tagung des Europäischen Rats in Athen zur Entscheidung anstehenden Fragen, nämlich die Stahlkrise, die Agrarpolitik und der Währungsausgleichsbetrag, die Erhöhung der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften und die Neuen Politiken.
- 362** 29.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1810
Citron
- Citron stellt Überlegungen an zur Vorbereitung der KVAE in Stockholm und zur Entwicklung einer flexiblen und öffentlichkeitswirksamen Position der NATO-Mitgliedstaaten.
- 363** 01.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1813
Ministerpräsident FitzGerald
- Die Gesprächspartner erörtern die auf der Tagesordnung des Europäischen Rats in Athen stehenden Themen sowie die Weiterentwicklung der europäischen Integration, außerdem die Lage in der UdSSR und den osteuropäischen Staaten, die Beziehungen zu den USA und schließlich den Konflikt in Nordirland.

364	01.12.	Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau	S. 1823
		Vergau informiert über den Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha in der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Bundesminister Genscher standen die bilateralen Beziehungen, die Menschenrechtslage in Südafrika und die Namibia-Frage.	
365	01.12.	Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan	S. 1830
		Kohl plädiert dafür, die Initiative bei den Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR zu behalten und auf der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember entsprechende Akzente zu setzen. Er spricht sich zudem für eine gesonderte Politische Erklärung der NATO aus, um der Öffentlichkeit die Bündnisstrategie zu erläutern.	
366	01.12.	Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan	S. 1833
		Kohl bittet Reagan, seine Entscheidung gegen eine neue MBFR-Initiative noch einmal zu überdenken, und wirbt für entsprechende Vorschläge der Bundesregierung.	
367	02.12.	Drahterlaß des Ministerialdirigenten Schauer	S. 1835
		Schauer übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den britischen Außenminister, in dem Howe die Überlegungen der Bundesregierung für eine Politische Erklärung auf der kommenden NATO-Ministerratstagung erläutert werden.	
368	02.12.	Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1838
		Hermes bewertet die öffentliche Debatte in den USA über die Bedeutung nationalistischer und neutralistischer Tendenzen in der Bundesrepublik.	
369	03.12.	Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt	S. 1842
		Brunner informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident González. Es wurden vor allem die auf der Tagung des Europäischen Rats in Athen anstehenden Fragen, der EG-Beitritt Spaniens sowie die Entwicklung in Mittelamerika und im Nahen Osten besprochen.	
370	05.12.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze	S. 1845
		Henze befaßt sich mit der Frage, ob dem israelischen Wunsch nach Lieferung von Panzerabwehrraketen des Typs „Milan“ stattgegeben werden sollte.	

-
- 371** 06.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1848
- Im Mittelpunkt stehen die Lage nach der Entscheidung des Bundestags vom 22. November über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik und der Konflikt im Nahen Osten.
- 372** 06.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1854
- Ruth äußert sich zu den Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme von Rüstungskontrollgesprächen mit der UdSSR nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen.
- 373** 07.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Hartling S. 1860
- Themen sind der UNHCR-Bericht über die Situation Asylsuchender in der Bundesrepublik sowie der Beitrag der Bundesregierung zur Arbeit des Hohen Flüchtlingskommissars.
- 374** 08.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1862
- Pfeffer berichtet über das Vierer-Treffen der Außenminister am Vorabend der NATO-Ministerratstagung. Erörtert wurden der Stand der Ost-West-Beziehungen, die Aussichten für die START-Verhandlungen, mögliche Schritte gegenüber Polen und die amerikanischen Überlegungen hinsichtlich eines Raketenabwehrsystems im Weltraum.
- 375** 09.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1870
- Steinkühler informiert über das Scheitern der Tagung des Europäischen Rats in Athen, nachdem es den Regierungschefs nicht gelungen sei, sich auf Einsparungen in der Agrarpolitik, den Abbau des Währungsausgleichs und Lösungen für die Haushaltsprobleme zu einigen.
- 376** 09.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1874
- Wieck resümiert die Sitzung des NATO-Ministerrats im kleinsten Kreis, in der über den Entwurf einer Politischen Erklärung, die Teilnahme der Außenminister an der Eröffnung der KVAE in Stockholm und eine Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten beraten wurde.

- 377** 12.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Botschafter Olechowski S. 1876
- Themen sind die bilateralen Beziehungen, besonders das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen, die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten, die Umsetzung der „Information“ von 1970 über die Lösung humanitärer Fragen und die Wiederaufnahme der bilateralen Wirtschaftsgespräche.
- 378** 14.12. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow S. 1884
- In Antwort auf das Schreiben von Andropow zum Abbruch der INF-Verhandlungen bekräftigt Kohl das Interesse an einer Fortsetzung des Dialogs über Rüstungskontrolle sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten.
- 379** 14.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik an Botschafter Ruth, z.Z. New York S. 1887
- Holik rekapituliert die Bemühungen der Bundesregierung um eine MBFR-Initiative und bittet Ruth, das Thema bei den Gesprächen im amerikanischen Außenministerium über rüstungskontrollpolitische Fragen aufzunehmen.
- 380** 15.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1890
- Wieck bilanziert die Ergebnisse der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember. Neben der Lageeinschätzung nach Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme seien Probleme bei der Finanzierung des Infrastrukturprogramms und die Verbesserung der konventionellen Verteidigung diskutiert worden.
- 381** 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1895
- Pfeffer erläutert die Stellungnahme des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 11. November zu den Vorstellungen des Bundeskanzlers Kohl über den Umfang und die Zusammensetzung des nuklearen Potentials der NATO in Europa.
- 382** 19.12. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer S. 1898
- Pfeffer und Fischer nehmen zum jüngsten Entwurf des Europäischen Parlaments für einen Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union Stellung und schlagen vor, die bisherigen Arbeiten öffentlich positiv zu würdigen.
- 383** 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort S. 1905
- Montfort informiert über die Entwicklung der Menschenrechte in Argentinien und empfiehlt, die neue Regierung des Mini-

sterpräsidenten Alfonsín in ihren Bemühungen um die Aufklärung des Schicksals verschwundener Personen und die juristische Aufarbeitung der Politik der Militärregierung zu unterstützen.

- 384** 19.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik an das Bundesministerium der Justiz S. 1909
- Mit Blick auf die im Januar 1984 beginnende KVAE in Stockholm erinnert Holik an die Notwendigkeit, das Gerichtsverfassungsgesetz zu ändern, um eine Immunität für Manöverbeobachter aus der DDR zu gewährleisten.
- 385** 20.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1911
- Hartmann zieht eine Bilanz der fünften START-Verhandlungsrunde. Er analysiert die Vorschläge über vertrauensbildende Maßnahmen und die amerikanische Initiative, den jeweiligen Vorrat an Nuklearwaffen im Falle ihrer Modernisierung zu vermindern („build down“-Konzept).
- 386** 20.12. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1916
- Boss resümiert den Verlauf der 31. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien, die ohne Vereinbarung eines Termins zur Wiederaufnahme beendet worden sei. Im Mittelpunkt hätten die Erläuterungen der teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten zu ihrem Vertragsentwurf vom 23. Juni gestanden, insbesondere zur Reduzierungsphase bis zur Herstellung der Parität.
- 387** 20.12. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 1922
- Brunner informiert über die Unterzeichnung einer deutsch-spanischen Vereinbarung über die Rüstungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Kampfpanzer und bewertet das dahinterliegende spanische Interesse.
- 388** 20.12. Bundesminister Genscher an Staatssekretär a.D. von Staden S. 1925
- Genscher erläutert die Transformationsstrategie, welche die NATO-Mitgliedstaaten gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten verfolgen, und hebt dabei die zentrale Rolle des KSZE-Prozesses hervor.
- 389** 21.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bundeskanzler Sinowatz S. 1926
- Im Mittelpunkt steht der Vorschlag der Ausstrahlung eines gemeinsamen deutschsprachigen Fernsehprogramms über Satellit durch Rundfunkanstalten aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz. Anschließend erläutert Kohl die gesellschafts-politische und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik.

- 390** 21.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi S. 1931
- Themen sind das Ost-West-Verhältnis nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen, die Perspektiven der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn sowie die bevorstehende KVAE in Stockholm.
- 391** 21.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 1942
- Citron hebt die Bedeutung der im Januar 1984 beginnenden KVAE hervor, zeigt mögliche Schwierigkeiten für den Konferenzverlauf auf und unterbreitet Vorschläge, wie die NATO-Mitgliedstaaten eine Blockierung vermeiden könnten.
- 392** 21.12. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1945
- Bräutigam gibt einen Überblick über die kirchlichen und staatlichen Feiern in der DDR anlässlich des 500. Geburtstags von Martin Luther. Er benennt die damit verknüpften Ziele und äußert sich zu der Frage, ob aus der aus diesem Anlaß gezeigten Zusammenarbeit eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat erwachsen könnte.
- 393** 27.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1947
- Seitz resümiert die Ergebnisse eines Symposiums der OECD zum Thema grenzüberschreitender Datenflüsse. Im Mittelpunkt standen die wachsende Bedeutung der Ressource Information für die wirtschaftliche Entwicklung der OECD-Mitgliedstaaten und die Gefahr der Abhängigkeit von ausländischen, vor allem amerikanischen Datenbanken.
- 394** 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1953
- Pfeffer faßt sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, zum Thema KVAE und Gewaltverzicht zusammen. Im Vordergrund stand die Abstimmung der Positionen zur bevorstehenden Konferenz in Stockholm.
- 395** 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1958
- Aus seiner Konsultation mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium vermerkt Pfeffer die Äußerungen von Andréani zum Stand der West-Ost-Beziehungen. Entscheidend sei ein zwischen der Bundesrepublik und Frankreich abgestimmtes Vorgehen auf der Basis des Harmel-Berichts.
- 396** 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1961
- Pfeffer resümiert die mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, diskutierten Einschätzungen der sowjetischen Haltung zu Rüstungskontrollverhandlungen.

397 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1963

Pfeffer notiert die Unterredung mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, zur Deutschen Frage, zu der er die Haltung der Bundesregierung dargelegt und um die Unterstützung Frankreichs geworben habe.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949/50–1953, 1962–1982, München 1994–2013.
ADAP, D	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950.
AdG	Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
AMERIKA-DIENST	Amerika-Dienst. Information und Dokumentation, hrsg. vom United States Information Service, Bonn 1971 ff.
AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
ANDROPOW, Ausgewählte Reden	Juri Andropow, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1983.
ANDROPOW, Reden und Schriften	Juri Andropow, Reden und Schriften, Köln 1983.
ARAB-ISRAELI CONFLICT	The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton 1991.
AUSSENPOLITIK DER DDR	Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Band XXXI: 1983, bearbeitet von Werner Hänisch, Heinz Williemit, Berlin [Ost] 1986.
AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG DER SPD	Bundesdelegierten-Konferenz und Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 18. und 19. November 1983. Köln, Messe-Kongreß-Zentrum Ost. Protokoll der Verhandlungen. Dokumentarischer Anhang, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J.
BRESHNEW, Wege	Leonid I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze. Band 8: April 1979–März 1981, Berlin [Ost] 1982. Band 9: März 1981–November 1982, Berlin [Ost] 1984.
BT ANLAGEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
LXXXII	

- BULLETIN
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EG
Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
- BUNDESANZEIGER
Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.
- BUNDESGESETZBLATT
Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND CHINA
Bundesrepublik Deutschland und China 1949 bis 1995. Politik – Wirtschaft – Wissenschaft – Kultur. Eine Quellensammlung, hrsg. von Mechthild Leutner, Berlin 1995.
- CARSTENS, Erinnerungen
Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993.
- CONSTITUTIONS OF NATIONS
Constitutions of Nations. Second Edition. Band II: France to New Zealand, hrsg. von Amos J. Peaslee, Den Haag 1956.

Constitutions of Nations. Third Revised Edition. Band II: Asia, Australia and Oceania, hrsg. von Amos J. Peaslee, bearbeitet von Dorothy Peaslee Xydis, Den Haag 1966.
- CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD
Constitutions of the Countries of the World. Band XVII: The Democratic Socialist Republic of Sri Lanka. Constitution, hrsg. von Rüdiger Wolfrum und Rainer Grote, New York 2010.
- DENKSCHRIFTEN DER EVANGELISCHEN KIRCHE
Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland. Band I: Frieden, Menschenrechte, Mitverantwortung. Teil 3, hrsg. von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1993.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN
The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1947 ff.
- DEVELOPMENT OF AMERICAN STRATEGIC THOUGHT
The Development of American Strategic Thought. Basic Documents from the Eisenhower and Kennedy Periods, Including the Basic National Security Policy Papers from 1953–1959, hrsg. von Marc Trachtenberg, New York/London 1988.
- DOBRYNIN, Confidence
Anatoly Dobrynin, In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1966–1986), London 1996.

- DOCUMENTS ON DISARMAMENT Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C. 1962 ff.
- DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XIX: 1981. Band XX: 1982. Band XXI: 1983, hrsg. von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1984–1988.
- DOKUMENTY MCHG Dokumenty Moskovskoj Chel'sinkskoj Gruppy 1976–1982, zusammengestellt und bearbeitet von G.V. Kuzovkin, D.I. Zubarev und N.V. Kostenko, Moskau 2001.
- DzD II Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
- DzD III Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958. Band 1: Vom 5. Mai bis 31. Dezember 1955, hrsg. vom Bundesminister des Innern, bearbeitet von Ernst Deuerlein, München 1961.
- DzD V Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: Vom 1. Dezember 1966 bis 31. Dezember 1967, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesminister des Innern, bearbeitet von Gisela Oberländer, München 1987.
- DzD VI Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe: Vom 21. Oktober 1969 bis 30. September 1982. Band 1: Vom 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970, hrsg. vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesarchiv, bearbeitet von Daniel Hofmann, München 2002.
- ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982 United Nations. Economic and Social Council. Official Records. Thirty-Eighth Session, 1 February–12 March 1982. Commission on Human Rights, Supplement Nr. 2, New York 1982.
- EUROPA-ARCHIV Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- EUROPÄISCHES PARLAMENT, SITZUNGSDOKUMENTE 1982/83 Europäisches Parlament. Sitzungsdokumente 1982–1983, o. O. o. J.
- FRUS 1909 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States with the Annual Message of the President Transmitted to Congress December 7, 1909, Washington D. C. 1914.

- FRUS 1912 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States with the Annual Message of the President Transmitted to Congress December 3, 1912, Washington D.C. 1919.
- FRUS 1950 Foreign Relations of the United States, 1950. Band VII: Korea, Washington D.C. 1976.
- FRUS 1961–1963 Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath. Band XIII: Western Europe and Canada, Washington D.C. 1997 bzw. 1994.
- FRUS 1964–1968 Foreign Relations of the United States, 1964–1968. Band XIII: Western Europe Region. Band XV: Germany and Berlin, Washington D.C. 1995 bzw. 1999.
- FRUS 1977–1980 Foreign Relations of the United States, 1977–1980. Band XIII: China, Washington D.C. 2013.
- FRUS, Malta and Yalta 1945 Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta, 1945, Washington D.C. 1955.
- DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 1 Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 1: Pendant la guerre (juin 1940 – janvier 1946), Paris 1970.
- GENSCHER, Erinnerungen Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
- DIE GESETZGEBUNG DER SOZIALISTISCHEN STAATEN Die Gesetzgebung der Sozialistischen Staaten. Band 4: Tschechoslowakei, Ungarn, internationale Organisationen, hrsg. von Herwig Roggemann, Berlin 1971.
- GROMYKO, Friedenskurs Andrej A. Gromyko, Auf dem Friedenskurs Lenins. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1985.
- HÄBER-PROTOKOLLE Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999.
- HANSARD, Commons The Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Band 995 (Session 1980–1981). Sixth Series. Band 35 (Session 1982–1983). Band 47 (Session 1983–1984), London [1981–1984].
- JAHRESBERICHT Jahresbericht der Bundesregierung 1982, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1982.

JOURNAL OFFICIEL, ASSEMBLÉE NATIONALE	Jahresbericht der Bundesregierung 1983, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1983. Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale, Paris 1947 ff.
JOURNAL OFFICIEL, LOIS ET DÉCRETS	Journal Officiel de la République Française. Lois et Décrets. Arrêtés, Circulaires, Avis, Communications, Informations et Annonces, Paris 1947 ff.
KABINETTSPROTOKOLLE 1961	Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hartmut Weber, Band 14: 1961, bearbeitet von Ulrich Enders und Jörg Filthaut, München 2004.
KISSINGER, Jahre	Henry Kissinger, Jahre der Erneuerung. Erinnerungen, München 1999.
KOALITION DER VERNUNFT	Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.
KOHL, Erinnerungen	Helmut Kohl, Erinnerungen. 1930–1982, München 2004.
KUBA-KRISE	Bernd Greiner, Kuba-Krise. 13 Tage im Oktober. Analysen, Dokumente, Zeitzeugen, Nördlingen 1988.
KÜRSCHNERS DEUTSCHER GELEHRTEN-KALENDER	Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1954. Lexikon der lebenden deutschsprachigen Wissenschaftler. 8. Ausgabe, hrsg. von Gerhard Oestreich, Berlin 1954. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1983. 14. Ausgabe, hrsg. von Werner Schuder, Berlin/New York 1982. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1987. Bio-bibliographisches Verzeichnis deutschsprachiger Wissenschaftler der Gegenwart. 15. Ausgabe, hrsg. von Werner Schuder, Berlin/New York 1986.
KWIZINSKIJ, Sturm	Julij A. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.
MOLOTOW, Lage	W. M. Molotow, Die internationale Lage und die Außenpolitik der Regierung der UdSSR. Bericht auf der 2. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, 8. Februar 1955, Berlin [Ost] 1955.
NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974	Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North
LXXXVI	

- Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980
 Texts of Final Communiqués 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985
 Texts of Final Communiqués 1981–1985. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO STRATEGY DOCUMENTS
 NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
- NITZE, Hiroshima
 Paul Henry Nitze mit Ann Martin Smith und Steven L. Rearden, From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision. A Memoir, New York 1989.
- PARTEITAG DER SPD
 Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 19. bis 23. April 1982 in München. Protokoll der Verhandlungen, Angenommene und überwiesene Anträge, 2 Bände, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1982.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE
 La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1981 (6 Teilbände), 1982 (4 Teilbände), 1983 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1981–1982/83.
- PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1952/53
 Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches and Statements of the President. January 1, 1952, to January 20, 1953, Washington D. C. 1966.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1977
 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 30 to June 24, 1977. Band II: June 25 to December 31, 1977, Washington D. C. 1978.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1978
 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 30, 1978. Band II: June 30 to December 31, 1978, Washington D. C. 1979.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1980
 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29,

- 1980 to January 20, 1981, Washington D. C. 1981 und 1982.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1969 Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 20 to December 31, 1969, Washington D. C. 1971.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1972 Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1972, Washington D. C. 1974.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. January 20 to December 31, 1981, Washington D. C. 1982.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. Band I: January 1 to July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 und 1985.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. Band I: January 1 to June 29, 1984, Washington D. C. 1986.
- REICHSGESETZBLATT Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980 United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1980. Official Records, Thirty-Fifth Year, New York 1981.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982 United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1982. Official Records, Thirty-Seventh Year, New York 1983.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983 United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1983. Official Records, Thirty-Eighth Year, New York 1984.
- SACHAROW, Frieden Andrej D. Sacharow, Den Frieden retten! Ausgewählte Aufsätze, Briefe, Aufrufe 1978–1983, hrsg. von Cornelia Gerstenmaier, Stuttgart 1983.
- SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
- SCHMIDT, Menschen Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987.

- SHULTZ, Turmoil
George P. Shultz, Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State, New York 1993.
- SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT,
Bd. 2
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
- SOUTHEAST ASIA DOCUMENTS
Southeast Asia Documents of Political Development and Change, hrsg. von Roger M. Smith, Ithaca, NY/London 1974.
- SPECKLE, Streit
Birgit Speckle, Streit ums Bier in Bayern. Wertevorstellungen um Reinheit, Gemeinschaft und Tradition, Münster/New York/München/Berlin 2001.
- STATISTISCHES JAHRBUCH
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1952 ff.
- STRAUSS, Erinnerungen
Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- TEHERAN – JALTA – POTSDAM
Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle der Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
- TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK
Texte zur Deutschlandpolitik. III. Reihe, 1. Teilband: 13. Oktober 1982–30. Dezember 1983, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1985.
- UNCTAD PROCEEDINGS 1983
Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Sixth Session, Belgrade 6 June–2 July 1983, 3 Bände, New York 1984.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session,
Plenary Meetings
United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, and 16 September 1975, 3 Bände, New York 1986 und 1987.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session,
Plenary Meetings
United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Sixth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 15 September–18 December 1981, 16, 19, 29 March, 28 April, and 20 September 1982, 3 Bände, New York 1986.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 38TH Session,
Plenary Meetings
United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Eighth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 20 September–14 October 1983, 20 October–25

- November 1983, 28 November–20 December 1983, 26 June and 17 September 1984, 3 Bände, New York 1988.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS
Serie I
- United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1972 ff.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS
Serie II
- United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988 ff.
- UNTS
- United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- US STATUTES AT LARGE
- United States Statutes at Large. Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Ninety-Third Congress of the United States of America. 1974 and Proclamations. Band 88 (2 Teilbände), Teil 1: Public Laws 93–246 Through 93–446, Washington D. C. 1976.
- US TREATIES
- United States Treaties and Other International Agreements. Band 24 (2 Teilbände), Washington D. C. 1974.
- VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT
NORDRHEIN-WESTFALEN
- Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1982, hrsg. vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o. J.
- VERHANDLUNGEN DES EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS 1983/84
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Anhang. Verhandlungen des Europäischen Parlaments. Sitzungsperiode 1983–1984. Ausführliche Sitzungsberichte, o. O. o. J.
- VIZIT KANCLERA ADENAUERA
- Vizit Kanclera Adenauera v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy, hrsg. von A. V. Zagorskij, Moskau 2005.
- VOGEL, Nachsichten
- Hans-Jochen Vogel, Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, München/Zürich 1996.
- VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN
- Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.
- WAHLPARTEITAG DER SPD
- Wahlparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 21. Januar 1983. Dortmund, Westfalenhalle. Protokoll der Verhandlungen.
- XC

- Anlagen, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn
o. J.
- YEARBOOK OF THE INTERNATIONAL LAW
COMMISSION
- Yearbook of the International Law Commis-
sion. 1979. Band II, 2. Teilband: Report of the
Commission to the General Assembly on the
work of its thirty-first session, New York
1980.
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS
- Yearbook of the United Nations, hrsg. vom
Department of Public Information, New York
1947 ff.

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)	BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
AA	Auswärtiges Amt	BK	Bundeskanzler
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen	BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
ABM	Anti-Ballistic Missile	BM	Bundesminister/ium
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency	BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
ADM	Atomic Demolition Munition	BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft	BMD	Ballistic Missile Defense
AHG	Ad-hoc-Gruppe	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
AK	Arbeitskreis	BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BMI	Bundesminister/ium des Innern
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga	BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
AM	Außenminister	BMP/BMPPost	Bundesminister/ium für das Post- und Fernmeldewesen
ANC	African National Congress	BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BMW	Bundesminister/ium für Wirtschaft
ARG	Argentinien	BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
ASAT	Anti-Satelliten(-Waffe/-System)	BND	Bundesnachrichtendienst
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
AsTV	Ausschuß der Ständigen Vertreter	BPräs	Bundespräsident
ATH	Äthiopien	BR	Bundesrepublik
AUS	Australien	BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)
AWACS	Airborne Warning and Control System	BRD	Bundesrepublik Deutschland
AWG	Außenwirtschaftsgesetz	BReg	Bundesregierung
AZ	Aktenzeichen		
B/BE	Belgien		
BAM	Bundesaußenminister/ium		
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie		
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz		
BGS	Bundesgrenzschutz		
BIP	Bruttoinlandsprodukt		
XCII			

BSP	Bruttosozialprodukt	CSU	Christlich-Soziale Union
BSR	Bundessicherheitsrat	CTB	Comprehensive Test Ban
BStS	Büro Staatssekretäre	CW	Chemical Weapons bzw. Chemiewaffen
BT	Bundestag		
BUL	Bulgarien	CYP	Cyprus
CA/CAN/CDN	Canada	D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
CARICOM	Caribbean Community and Common Market	DB	Drahtbericht
CBM	Confidence-Building Measures	DC	Democrazia Cristiana
CD	Committee on Disarmament	DDR	Deutsche Demokratische Republik
CDA	Christen-Demokratisch Appel	DE	Drahterlaß
CDE	Conference on Disarmament in Europe	DED	Deutscher Entwicklungsdienst
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands	DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
CH	Confederatio Helvetica (Schweiz)	Dg	(Ministerial-)Dirigent
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts	DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
CHN	China (Volksrepublik)	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
CIA	Central Intelligence Agency	DIA	Defense Intelligence Agency
CIMEX	Civil Military Exercise	DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
CINCENT	Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe	DK	Dänemark
CM	Cruise Missile	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
CND	Campaign for Nuclear Disarmament	DL	Delegationsleiter
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy	DM	Deutsche Mark
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance	DPC	Defense Planning Committee
Coreu	Correspondance européenne	DRK	Deutsches Rotes Kreuz
COS	Costa Rica	DVJ	Demokratische Volksrepublik Jemen
CSBM	Confidence- and Security- Building Measures	DVRK	Demokratische Volksrepublik Korea
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe	DW	Dritte Welt
ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)	EA	Europäische Akte
		EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
		ECE	Economic Commission for Europe
		ECU	European Currency Unit
		EEC	European Economic Community

EFTA	European Free Trade Association	FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola
EG	Europäische Gemeinschaften	FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
EGK	Europäische Gemeinschaften-Kommission	FRG	Federal Republic of Germany
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	FROG	Free Rocket Over Ground
EH	Entwicklungshilfe	FS	Fernschreiben
EIB	Europäische Investitionsbank	FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
EL	Entwicklungsländer	FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
ELS	El Salvador	FZIO	Friedenszone Indischer Ozean
EP	Europäisches Parlament	GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
ER	Europäischer Rat	GB/GR/GRO	Großbritannien
ESA	European Space Agency	GDR	German Democratic Republic
ESRO	European Space Research Organisation	GE	Germany
ETA	Euskadi Ta Askatasuna	geh.	geheim
EU	Europäische Union	GG	Grundgesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof	GK	Generalkonsul/at
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	GL	Gruppenleiter
EURODIF	European Gaseous Diffusion Uranium Enrichment	GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
EVP	Europäische Volkspartei	GPG	General Political Guidelines
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	GR/GRI	Griechenland
EWS	Europäisches Währungssystem	GRE	Grenada
EZ	Entwicklungszusammenarbeit	GS	Generalsekretär
F/FR/FRA	Frankreich	GSG	Grenzschutzgruppe
FBS	Forward Based Systems	GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
FCO	Foreign and Commonwealth Office	GV	Generalversammlung
FDP	Freie Demokratische Partei	GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
FF	Französischer Franc/ Franc français	HLG	High Level Group
FIN	Finnland	HNS	Host Nation Support
		I/IT/ITA	Italien
		IAEA	International Atomic Energy Agency

IAEO	Internationale Atomenergieorganisation	KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
IAU	International Accounting Unit	KH	Kapitalhilfe
ICAO	International Civil Aviation Organisation	KK	Korpskommandant
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile	KKW	Kernkraftwerk
IDA	International Development Association	KP	Kommunistische Partei
IDD	Integrated Decision Document	KPCh	Kommunistische Partei Chinas
IEA	International Energy Agency/Internationale Energieagentur	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
IG	Interessengemeinschaft bzw. Industriegewerk- schaft	KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
i. G.	im Generalstab	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
IL	Industrieländer	KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
ILO	International Labour Organization	KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
IMF	International Monetary Fund	KWKG	Kriegswaffenkontroll- gesetz
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces	KZ	Konzentrationslager
INFCE	International Nuclear Fuel Cycle Evaluation	L/LUX	Luxemburg
IRA	Irish Republican Army	LA	Lateinamerika
IRBM	Intermediate-Range Ballistic Missile	LLDC	Least Developed Countries
IRK	Irak	LMB	Leiter Ministerbüro
IRL	Irland	LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
IRN	Iran	LRINF	Long-Range Intermediate Nuclear Forces
ISR	Israel	LRTNF	Long-Range Theater Nuclear Forces
IWF	Internationaler Währungsfonds	MARV	Maneuverable Reentry Vehicle
JAN/JAP	Japan	MB	Ministerbüro
JAR	Jemenitische Arabische Republik	MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
JCS	Joint Chiefs of Staff	MC	Military Committee
JUG	Jugoslawien	MD	Ministerialdirektor
KAE	Konferenz über Abrüstung in Europa	MdB	Mitglied des Bundestags
KAN	Kanada	MDg	Ministerialdirigent
KG	Kontaktgruppe	MdL	Mitglied des Landtags
		MfAA	Minister/ium für Aus- wärtige Angelegenheiten
		MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle

MM	Mittelmeer	OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
MNF	Multinational Force in Lebanon		
MOS	Mosambik	OMA	Oman
MP	Ministerpräsident/in	OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola	o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt
MR	Ministerialrat	OZ	Ortszeit
MRBM	Medium-Range Ballistic Missiles	P/PO/POR/PTG	Portugal
MRV	Multiple Reentry Vehicle	PAK	Pakistan
MS	Mitgliedstaaten	PEN	Poets, Essayists and Novelists
MWSt.	Mehrwertsteuer	PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
MX	Missile Experimental		
N/NO/NOR/NWG	Norwegen	PK	Politisches Komitee
NAM	Namibia	PL/POL	Polen
NATO	North Atlantic Treaty Organization	PLO	Palestine Liberation Organization
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	PM	Premierminister/in
NIC	Nicaragua	PNC	Palestine National Council
NL/NLD	Niederlande	POMCUS	Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets
N+N	Neutrale und Nichtgebundene Staaten	PS	Parti Socialiste
NNA	Neutral and Non-Aligned States	PSI	Partito Socialista Italiano
NO	Naher Osten	PSOE	Partido Socialista Obrero Español
NPG	Nuclear Planning Group/ Nukleare Planungsgruppe	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
NPT	Non-Proliferation Treaty	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
NRW	Nordrhein-Westfalen	PvdA	Partij van de Arbeid
NS	Nationalsozialismus	RA	Rechtsanwalt
NSC	National Security Council	RDF/RDJTF	Rapid Deployment (Joint Task) Force
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	Res.	Resolution
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
NVA	Nationale Volksarmee	RK	Rechts- und Konsularangelegenheiten
NY	New York	RL	Referatsleiter
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit	RPR	Rassemblement Pour La République
OAS	Organization of American States/Organisation Amerikanischer Staaten	RUM	Rumänien
		S	Schweden

SA	Sturmabteilung	StPO	Strafprozeßordnung
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe	StS	Staatssekretär
SALT	Strategic Arms Limitation Talks	St.V.	Ständiger Vertreter
SAM	Surface-to-Air Missile bzw. Sowjetisches Außen- minister/ium	SU	Sowjetunion
SAR	Saudi-Arabien	SUA	Südafrika
SCC	Standing Consultative Commission	SWA	Südwestasien
SCG	Special Consultative Group	SWAPO	South West Africa People's Organization
SED	Sozialistische Einheits- partei Deutschlands	SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SF	Suomi-Finnland	SZR	Sonderziehungsrecht
SFR	Schweizer Franken	TNF	Theater Nuclear Forces
SG	Special Group	TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	TR/TU/TUR	Türkei
SI	Sozialistische Internationale	TSE	Tschechoslowakei
SIM	Simbabwe	TZ	Technische Zusammenarbeit
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile	UA	Unterabteilung
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile	UDF	Union pour la Démocratie Française
SNCF	Société nationale des chemins de fer français	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SOW	Sowjetunion	UK	United Kingdom
SPA	Spanien	UN(O)	United Nations (Organization)
SPC	Senior Political Committee	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
SR	Sicherheitsrat bzw. Sozialistische Republik	UNG	Ungarn
SRINF	Short-Range Intermediate Range Nuclear Forces	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
SS	Surface to Surface	UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
SSSR	Sojuz Sovetskich Socialistitčeskich Respublik	UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
StAM	Stellvertretender Außenminister	UNTAG	United Nations Transition Assistance Group
START	Strategic Arms Reduction Talks	US/USA	United States of America
StGB	Strafgesetzbuch	USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
StM	Staatsminister	USSR	Union of Soviet Socialist Republics
		UStS	Unterstaatssekretär

VAE	Vereinigte Arabische Emirate	VS-v	VS-vertraulich
VAM	Vizeaußenminister	VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
VAR	Vereinigte Arabische Republik	WEOG	Western European and Others Group
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen	WEU	Westeuropäische Union
VK	Vereinigtes Königreich	WHNS	Wartime Host Nation Support
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)	WINTEX	Winter Exercise
VM	Verteidigungsminister	WP	Warschauer Pakt
VN	Vereinte Nationen	YU/YUG	Yugoslavia
VO	Verordnung	ZA	Zentralamerika
VP	Vizepräsident	ZANU (PF)	Zimbabwe African National Union (Patriotic Front)
VR	Volksrepublik bzw. Völkerrechtsreferat		
VS	Verschlusssache	ZAPU	Zimbabwe African People's Union
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen	ZK	Zentralkomitee
		ZYP	Zypern

Dokumente

1

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt**114-10002/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 3. Januar 1983, 13.35 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 5****Ankunft: 3. Januar 1983, 14.51 Uhr**Betr.: Die sowjetische Politik seit Andropows Wahl²Bezug: a) DE Nr. 924 vom 23.12.82, 213-322.00-3241/82 VS-v³

b) Laufende Berichterstattung

I. 1) Der Einfluß des Generalsekretärs des ZK der KPdSU auf die sowjetische Politik war seit der Revolution so groß, daß es sich als sinnvoll erwiesen hat, die Geschichte der SU nach ihrer Amtszeit in die Lenin-, Stalin-, Chruschtschow- und Breschnew-Periode zu unterteilen. Mancherorts ist so die Frage entstanden, ob sich auch jetzt die sowjetische Politik signifikant verändern könnte.

2) Zwar ist es noch zu früh, um die Bedeutung der Amtsübernahme Andropows mit einiger Sicherheit zu bewerten. Jedoch spricht vieles dafür, dieses Mal dem Personenwechsel an der Spitze erheblich weniger Gewicht beizulegen als der Konstanz der Probleme und der Institutionen.

3) Denn 65 Jahre nach der Oktoberrevolution ist das sowjetische System inhaltlich und organisatorisch so verfestigt, daß auch ein neuer, energischer und intelligenter Mann an der Spitze – als solcher gilt Andropow – auch dann keine radikalen Veränderungen durchsetzen könnte, wenn er dies wollte.

4) Zu der im Laufe der Jahrzehnte gewachsenen Systemverfestigung kommt als weiterer Faktor, der seinen Spielraum einengt, hinzu, daß er wohl nicht der unumstrittene Nachfolgekandidat aller politischen Kräfte in der SU gewesen ist.

II. 1) Zwar ist es nach wie vor richtig, davon auszugehen, daß das eigentliche Zentrum der Macht in der SU im Parteiapparat liegt. Die Anzeichen einer Rivalität zwischen Andropow und Tschernenko im ZK-Apparat nach Suslows Tod⁴ deuten auch darauf hin, daß die Beherrschung dieses Apparates entscheidend ist.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 3. Januar 1983 vorgelegen.

² Nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. November 1982 wurde der ehemalige Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, Andropow, am 12. November 1982 zum Nachfolger gewählt. Zu den Hintergründen äußerte sich Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 26. November 1982: „Der Mann Breschnews war zweifellos Tschernenko. [...] Daß die Wahl auf Andropow fiel, muß sich folglich daraus ergeben, daß dieser seine Stellung im Kreis der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros besser absichern und unterhalb der Führung breiter abstützen konnte als Tschernenko. Bei dieser Absicherung und Abstützung spielen ideologisch kaum begründbare und nach außen tunlichst verschwiegene Querverbindungen eine Rolle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5123; Referat 213, Bd. 133169.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot bat die Botschaft in Moskau um eine „Gesamtbewertung der seit Andropows Wahl eingetretenen Veränderungen in der Innen- einschließlich der Wirtschaftspolitik und der voraussichtlichen weiteren Entwicklung in diesem Bereich sowie der bisherigen sowjetischen Bewegungen in der Außenpolitik und der wahrscheinlichen weiteren Schritte“. Vgl. VS-Bd. 13281 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

⁴ Der Sekretär des ZK der KPdSU, Suslow, starb am 25. Januar 1982.

- 2) Die anderen Säulen des Apparates – das Militär, die Maschinerie der Wirtschaftssteuerung in der Regierung, der KGB, im geringeren Maße auch das Außenministerium – besitzen bei Klarheit im ZK-Sekretariat kein entscheidendes Gewicht, auch weil die Partei mit Hilfe des ZK-Apparates und durch Besetzung der Spitzenposten diese Organisationen wohl weitgehend kontrolliert.
- 3) Diese beherrschende Stellung des ZK-Apparates kann sich aber nicht auswirken, wenn sich die Gewichte in ihm, auf Grund von Rivalitäten der führenden Sekretäre, neutralisieren. Dann wird u. a. die Koalition eines dieser Sekretäre mit einer der anderen Säulen des Apparates ausschlaggebend für die Konstellation im Politbüro, wo die Entscheidungen am Ende fallen.
- 4) Das Politbüro ist zwar institutionell dem Parteiapparat zugeordnet, seine Zusammensetzung macht es jedoch zu einer auch allen anderen Säulen des Apparates zuzuordnenden Entscheidungsinstanz, in der Art eines geheimen Staatsrates anderer politischer Systeme, in dem alle wesentlichen Interessen vertreten sind, mit der Aufgabe, die Richtlinien der Politik zu bestimmen.
- 5) Vieles spricht dafür, daß Andropow auch deshalb Generalsekretär wurde, weil er seit seiner Zeit als ZK-Sekretär für die regierenden sozialistischen Parteien⁵ eine gute Machtbasis im ZK-Apparat, insbesondere in den dort für Außenpolitik, Propaganda und Ideologie sowie innere Sicherheit zuständigen Abteilungen hatte.
- 6) Tschernenko scheint sich dagegen auf die für die Parteikader und -organisation sowie für die Wirtschaft zuständigen Abteilungen gestützt zu haben. In mancher Weise erinnert er an Malenkow, der seine Karriere ebenfalls fast völlig als persönlicher Gehilfe des Generalsekretärs (Stalin) gemacht hatte und mit dessen Tod⁶ seine eigentliche Machtbasis verlor. Typisch dafür war wohl, daß er offenbar von den Provinzfürsten, die seit Jahren im Politbüro sitzen, als „Newcomer“ betrachtet wurde, der nie ausreichend eigenverantwortlich gewesen war.
- 7) In dieser Lage des Übergangs kam der Kontrolle der für die innere Sicherheit zuständigen Apparate des KGB und des Innenministeriums sowie einem guten Verhältnis zu den Streitkräften, also der Kontrolle der zur Verwendung von Gewalt fähigen Instanzen, eine möglicherweise ausschlaggebende Bedeutung zu.
- 8) Zwar ist es nicht möglich, die Position Fedortschuks als KGB-Chef und jetzt als Innenminister sowie seines Nachfolgers als KGB-Vorsitzender, Tschebrikow, genau zu bestimmen. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß Andropow mit seinem Wechsel ins ZK-Sekretariat die politische Kontrolle des KGB nicht verlor.
- 9) Neben den Todestag Breschnews tritt so der 27.10.1982, der Tag des Zusammentreffens der engeren Führung (Breschnew, Andropow, Tichonow, Tschernenko, Ustinow, Gromyko) mit den Kommandeuren der Streitkräfte, als wesentliches Datum, weil dieses Treffen den Kompromiß der Wirtschafts- und der Verteidigungsinteressen, darum ging es in Breschnews Rede, billigte.⁷

⁵ Jurij Wladimirowitsch Andropow war von 1962 bis 1967 Sekretär des ZK der KPdSU.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Stalin, starb am 5. März 1953.

⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf einer Bera-

10) Vorausgegangen war aller Wahrscheinlichkeit nach ein Tauziehen um die Höhe der Ressourcen, die für das auf dem ZK-Plenum im Mai beschlossene und nie völlig ausgearbeitete Lebensmittelprogramm zur Verfügung gestellt werden sollten.⁸

Mit diesem Programm waren vor allem Breschnew, Tschernenko und Tichonow identifiziert. Es ist plausibel, daß die Militär- und Rüstungsinteressen, die Ustinow vertritt, diesem Programm zurückhaltend gegenüberstanden, insbesondere, seit sich abzeichnete, daß es Reagan gelingen würde, eine substantielle Aufstockung des US-Verteidigungshaushalts durchzusetzen.⁹ Andropow war insoweit frei.

III. 1) Es ist insofern logisch, daß die Wirtschaftspolitik im Zentrum von Andropows ersten Anstrengungen zu stehen scheint. In der gegebenen Kräftekonstellation sind größere Ressourcenverschiebungen kaum möglich. Mit dem Transportwesen, das in der Tat seit langem im argen liegt, hat er ein Gebiet zum Schwerpunkt gemacht, auf dem – bei gleichbleibender Mittelzuweisung an Industrie und Landwirtschaft – durch bessere Verteilung für ein höheres Gesamtergebnis gesorgt werden soll.

2) Daneben scheinen organisatorische Veränderungen im Planungs- und Lenkungsapparat beabsichtigt, die in der Tendenz die Verantwortung „vor Ort“ stärken, im Mittelbau der Ministerien Kompetenzdoppelungen beseitigen und an der Spitze straffen.

3) Ein höheres Gesamtergebnis soll offenbar gleichzeitig durch eine Veränderung der Lohnstruktur erreicht werden, die den Lohn stärker am Produktionsergebnis als an der benötigten Arbeitszeit ausrichtet. Dies scheint der Kern der im übrigen ideologisch gefaßten derzeitigen Kampagne für „mehr Disziplin“ zu sein.¹⁰

Fortsetzung Fußnote von Seite 4

tung mit Offizieren der sowjetischen Streitkräfte am 27. Oktober 1982 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 360–364.

Botschaftsrat I. Klasse Kästner, Moskau, teilte am 28. Oktober 1982 mit, die Rede Breschnews sei „nach innen gewendet eine Beruhigung der Streitkräfte darüber, daß die sowjetische Außen- und Wirtschaftspolitik die vitalen Sicherheitsinteressen des Landes immer voll berücksichtigen und den Streitkräften die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Mittel zur Verfügung stellen“ werde. Nach außen könne sie „als Annahme der amerikanischen Herausforderung, insbesondere im Rüstungsbereich, verstanden werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4686; Referat 213, Bd. 133171.

⁸ Das Plenum des ZK der KPdSU billigte am 24. Mai 1982 einen Bericht des Generalsekretärs Breschnew über das „Lebensmittelprogramm der UdSSR für die Zeit bis 1990“ und beauftragte Ministerat, Staatliches Plankomitee und andere Organe damit, auf dieser Grundlage „Jahrespläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes“ auszuarbeiten. Ziel sei die „Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in möglichst kurzen Fristen“. Vgl. den Artikel „Rede Leonid Breschnew auf dem ZK-Plenum der KPdSU“, NEUES DEUTSCHLAND vom 25. Mai 1982, S. 1 f.

⁹ Am 20. Dezember 1982 verabschiedete der amerikanische Kongreß den vorläufigen Verteidigungshaushalt 1983 in Höhe von 232 Mrd. Dollar in Form einer „Continuing Resolution“, die von Präsident Reagan am folgenden Tag unterzeichnet wurde. Gesandter Wallau, Washington, informierte am 21. Dezember 1982, daß die Mittel für MX-Raketen gestrichen worden seien, da Meinungsverschiedenheiten über das Dislozierungskonzept der Regierung bestünden. Der Kongreß habe ferner unter Hinweis auf gescheiterte Testversuche die Gelder für Pershing II nicht bewilligt. Das amerikanische Verteidigungsministerium sei aber zuversichtlich, daß die Mittel für letztere nach erfolgreichen Tests noch freigegeben würden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 5450; Referat 201, Bd. 125653.

¹⁰ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 10. Januar 1983 über „Aufrufe zu mehr Gesetzestreue und einer härteren Hand zur Durchsetzung dieser Forderung“ in den sowjetischen Medien. Ausgangspunkt hierfür sei „die Kritik Andropows über mangelnde Disziplin und seine Forderung, „Kräfte der Trägheit und alte Gewohnheiten“ zu beseitigen, unfähige Funktionäre abzulösen. [...]

4) Neue Akzente der Außenhandelspolitik sind noch nicht erkennbar. Bekannt ist, daß Tschernenko hier das Gewicht sehr viel mehr auf RGW-Integration als auf Westhandel gelegt hat. Ein umgekehrtes Indiz mag in der Beförderung Alchimows (Leiter der Staatsbank) zum Vollmitglied des ZK auf dem November-Plenum¹¹ liegen.

Die internationale Kreditverknappung, auch nach der polnischen Entwicklung, und politische Erwägungen, nicht erpreßbar zu werden, wirken zwar negativ auf den Westhandel ein. Die RGW-Integration bietet aber dafür keinen wirklichen Ersatz. Nur im Westhandel lassen sich durch Rohstoffexport die für den Import der benötigten westlichen Technologie notwendigen Devisen verdienen. Diese Sachlage dürfte sich durchsetzen.

¹²IV. 1) In der Innenpolitik waren die letzten Wochen wegen des 60. Jahrestages der Gründung der SU¹³ stark von der Nationalitätenfrage bestimmt. Hier sind Tendenzen besonders schwer zu erkennen, da Teil der Flüsterkampagnen in Moskau während des letzten Dreivierteljahres zur Demontage oder zum Lob Andropows Erzählungen über seinen Kampf gegen den russischen Chauvinismus waren, die reine Zweckpropaganda zur Herabsetzung seiner damaligen Rivalen sein können. Sein ideologisch-orthodoxer Ansatz „Endziel – Verschmelzung der Nationen“¹⁴ spricht aber dafür, daß er tendenziell tatsächlich den groß-russischen Chauvinismus bekämpft, der sich gegen ein „Aufgehen“ des russischen Volkes im „sowjetischen Volk“ wehrt.

2) Der andere, wohl kaum weniger wichtige Schwerpunkt war die mit Personalveränderungen an der Spitze des Sicherheitsapparates verbundene, erst im Anlauf befindliche Kampagne, z. B. mit Hilfe des Briefwesens, gegen alle Arten von „Bummelantentum“ und Verletzung der „sozialistischen (Arbeits-)Moral“. Sie geht einher mit Personalverschiebungen im Propagandaapparat und einer Betonung der Notwendigkeit „effektiver“ ideologischer Arbeit durch Andropow. Erste Indizien für eine Verhärtung der Kulturpolitik liegen vor.

Fortsetzung Fußnote von Seite 5

An Rechtsverstößen, die mit härteren repressiven Maßnahmen bekämpft werden sollen, werden insbesondere genannt: unzureichende Sicherheit in einigen Städten und Dörfern auf den Straßen, Desorganisation der Produktion, Rowdytum, Trunksucht, Spekulation, Bestechung und Diebstahl.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 111; Referat 213, Bd. 139287.

¹¹ Die Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU fand am 22. November 1982 in Moskau statt.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 6 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde am 30. Dezember 1922 gegründet.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot erläuterte am 21. Dezember 1982, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in seiner Rede anläßlich des 60. Jahrestags der UdSSR am selben Tag in Moskau „den Klassencharakter des Nationalitätenproblems“ betont habe: „Bei der Erwähnung der in einer ‚brüderlichen Familie‘ zusammenlebenden Völker und Völkerschaften ist eine bemerkenswerte neue Nuance die namentliche Nennung von vier Völkerschaften, die keine eigene regionale Verwaltungseinheit besitzen, der Deutschen, Polen, Koreaner und Kurden (in dieser Reihenfolge). Die von Andropow in diesem Zusammenhang gemachte Bemerkung, daß für diese Völkerschaften die SU lange Heimat geworden sei und daß sie vollwertige Sowjetbürger seien, dient – zumindest was die Deutschen betrifft – offenbar dem Zweck, ihrem Wunsch auf Ausreise aus der SU den Boden zu entziehen. [...] In gleichem Atemzug bezeichnet es Andropow – seit längerem als erster sowjetischer Führer – als Endziel der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die Nationen der SU einander nicht nur näherzubringen, sondern sie zu ‚verschmelzen‘.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133171.

Für den Wortlaut der Rede Andropows vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 9–25. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 360.

V. 1) Dieser stärker ideologisch geprägte Ansatz, in dem Andropows Vergangenheit im internationalen Apparat des ZK zu Zeiten Chruschtschows zum Ausdruck kommt, hat sich auch außenpolitisch niedergeschlagen.

2) Beginnend mit der Taschkenter Rede Breschnews¹⁵, die China wieder als sozialistischen Staat bezeichnete, zeichnet sich eine Belebung der Vorstellungen „vom sozialistischen Weltsystem“ ab, die jetzt in der Rede zum 60. Jahrestag ausgesprochen werden.

3) Die Belebung der sowjetischen Chinapolitik, aber auch nuanciertes, aufmerksames Vorgehen gegenüber Jugoslawien, Nordkorea und in Ansätzen sogar Albanien, sind Teil dieser Entwicklung, genauso wie die stark ideologisch geprägte Bemühung um die Staaten der Dritten Welt, die sich in einer großen Zahl von Rednern aus diesen Ländern bei den 60-Jahr-Feiern niederschlug.

4) Die Konsolidierung des engeren Hegemonialverbandes ist zwar bisher noch nicht besonders herausgestellt worden. Die tiefe Sorge Andropows über die Bedeutung der polnischen Entwicklung für den „realen Sozialismus“ insgesamt ergibt sich jedoch aus seiner Rede an Lenins Geburtstag im vergangenen Frühjahr.¹⁶

5) Eine stärkere Konzentration auf die Frage, wie die Last des Afghanistan-Problems¹⁷ schneller verringert werden kann, ist zu beobachten. Das Mittel dazu scheint aber nicht in Konzessionen, sondern in einer aktiveren Pakistanpolitik zu bestehen, in der sich Werbung und Druck vermischen.

VI. 1) Trotz dieser ideologisch geprägten Hinwendung zur „weiteren Familie“ stehen aber die USA bisher in einer Weise im Mittelpunkt von Andropows Außenpolitik, die selbst die Konzentration Breschnews auf dieses Problem noch übersteigt. Die fast völlige Konzentration des außenpolitischen Teils der Rede zum 60. Jahrestag auf die Beziehungen zu den USA, und hier auf den START¹⁸- und INF-Prozeß¹⁹, sind dafür bezeichnend.

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 24. März 1982 in Taschkent vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 246–261.

¹⁶ Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, Andropow, am 22. April 1982 in Moskau vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 214–229.

¹⁷ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Am 27. Dezember 1979 wurde in Kabul Präsident Amin getötet. Nachfolger als Präsident des Revolutionsrats wurde Babrak Karmal. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

Botschaftsrat I. Klasse Bauch, Kabul, äußerte sich am 21. Dezember 1982 zur Lage in Afghanistan: „Auch nach drei Jahren hat die SU ihre mit der militärischen Intervention verfolgten Nahziele nicht erreicht. Der bewaffnete Widerstand hält an, trotz zum Teil erheblicher und verlustreicher Rückschläge konnte er noch nicht entscheidend getroffen werden. Auch politisch konnte die SU noch keine Stabilisierung des von ihr eingesetzten Regimes in der Bevölkerung erreichen, dessen internationale Isolierung anhält. Vgl. den Drahtbericht Nr. 269; Referat 340, Bd. 136765.

¹⁸ Präsident Reagan schlug am 9. Mai 1982 in Eureka (Illinois) vor, bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) die interkontinentalen ballistischen Trägerwaffen (ICBM und SLBM) sowie die Anzahl ihrer Gefechtsköpfe zu reduzieren. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 580–586. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 300–303 (Auszug). Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 142.

Die ersten beiden Runden fanden vom 29. Juni 1982 bis 12. August 1982 bzw. vom 6. Oktober bis 2. Dezember 1982 statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 228 und Dok. 342.

Zur dritten Runde, die am 2. Februar 1983 begann, vgl. Dok. 96.

¹⁹ Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckensysteme in Europa (INF) begannen am 30. November 1981 in Genf und wurden am 16. Dezember 1981 unterbrochen. Im Mittelpunkt standen der amerikanische Vorschlag für eine Null-Lösung und ein sowjeti-

2) Auch dafür ist nicht nur die klare Analyse der Machtverhältnisse entscheidend. Hinzu tritt die Vorstellung von den zwei Lagern in der Welt, in der nach der Imperialismus-Theorie Lenins es letztlich keine Dritten gibt, sondern die jungen Völker die Verbündeten des Sozialismus sind. Andropows Reden zu Lenins Geburtstag 1976²⁰ und 1982 zeigen dieses Weltbild.

Das nuklearstrategische „Kräfteverhältnis“ ist so die machtpolitisch zwischen den beiden Lagern entscheidende Frage. Der START/INF-Prozeß ist nur die andere Seite der Münze. Die in ihm steckenden Möglichkeiten, die Westeuropäer von den USA zu trennen, betonen seine politische Potenz.

3) Seine besondere Bedeutung ergibt sich für Andropow aber nicht nur aus Erwägung der Konsolidierung der sowjetischen und Eingrenzung der amerikanischen Macht sowie dem Versuch, durch Herausstellung dieser Machtverhältnisse das Übergewicht im geistigen Kampf mit dem „Imperialismus“ zu gewinnen. Verschiedene Äußerungen von Gesprächspartnern, die Andropow seit längerem verbunden sind, deuten darauf hin, daß wirtschaftliche Erwägungen dabei auch eine bedeutende Rolle spielen.

4) Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Mittel die USA in den nächsten Jahren für ihre Verteidigung aufwenden wollen, und in Rechnung stellt, daß wegen der Effizienzprobleme der hiesigen Wirtschaft für das gleiche Ergebnis wahrscheinlich ein Mehrfaches an Mitteln aufgewendet werden müßte, dann zeigt sich das große Interesse am START-Prozeß allein schon, um diesen Aufwand so gering wie möglich zu halten. Dies gilt erst recht in einer Lage stagnierenden Wachstums der Wirtschaft und geringer Entscheidungsspielräume zwischen den institutionalisierten Interessen.

VII. 1) Außenpolitisch wird der START/INF-Prozeß der Schwerpunkt bleiben. Die Chinapolitik dient eher der Entlastung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 7

scher Zwei-Stufen-Plan, der bis 1985 eine beiderseitige Reduzierung der Mittelstreckensysteme, einschließlich der britischen und französischen, auf 600 und anschließend bis 1990 auf 300 Systeme vorsah. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am 12. Januar 1982 unterbreiteten die USA am 2. Februar 1982 einen Entwurf für ein INF-Abkommen. Die UdSSR folgte am 4. Februar mit dem Entwurf für eine Absichtserklärung. Die Verhandlungen wurden am 16. März 1982 vertagt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 39, Dok. 40 und Dok. 83.

Vom 20. Mai bis 20. Juli 1982 setzten die USA und die UdSSR die Verhandlungen fort. Am 25. Mai 1982 legte die UdSSR den Entwurf für ein INF-Abkommen vor, der ihre bisherigen Vorschläge bündelte. Er sah die Schaffung einer Reduzierungszone (Europa, einschließlich der Türkei, sowie der europäische Teil der UdSSR und die angrenzenden Seegebiete) vor, innerhalb derer die Mittelstreckensysteme von NATO und Warschauer Pakt binnen fünf Jahren auf je 300 verringert werden sollten; die Zusammensetzung der Waffen und die Option zu ihrer Modernisierung bliebe davon unberührt (Artikel IV). Ferner sollte die Stationierung von Raketen systemen außerhalb der Reduzierungszone, die aufgrund ihrer Reichweite auf Ziele innerhalb dieser Zone gerichtet werden konnten, verboten werden (Artikel VI). Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 169.

In der dritten Verhandlungsrunde vom 30. September bis 30. November 1982 variierte die UdSSR ihre Haltung dahingehend, daß sie statt der bisher vorgesehenen Reduzierung auf 300 Einheiten eine Obergrenze von 255 Systemen und innerhalb dieses Rahmens eine spezielle Obergrenze für Raketen vorschlug. Konträre Standpunkte blieben u. a. die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme, die Zählkriterien und die Reduzierungsschritte. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 351.

²⁰ Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, Andropow, am 22. April 1976 in Moskau vgl. ANDROPOW, Reden und Schriften, S. 190–219.

2) Wirtschaftspolitisch ist an dem Grundproblem der falsch gesetzten Stimuli aus ideologischen und machtpolitischen Gründen – die zentrale Lenkung der Wirtschaft ist Teil eines die politische Macht extrem zentralisierenden Systems – nichts zu ändern. Die Verteilungsenergieprobleme bleiben, könnten aber abgemildert werden.

3) Die personelle Konstellation an der Spitze ist noch nicht völlig konsolidiert, was den politischen Spielraum weiter verengt. Gleichzeitig ist der Generationswechsel nach dem Ausscheiden Suslows, Breschnews und Kirilenkos in diesem Jahr noch nicht abgeschlossen. Tichonow ist 77, Tschernenko 71, Ustinow 74 und Gromyko 73 Jahre alt. Eventuelle Nachfolger stünden aber vor den im wesentlichen gleichen Zwängen, vor denen jetzt der neue Generalsekretär steht. Ein anderer Erfahrungshintergrund, z.B. keine Kriegserinnerungen mehr, fallen demgegenüber wohl weniger ins Gewicht.

4) Andropow braucht Zeit. Erst das nächste Frühjahrsplenum des ZK²¹ dürfte genauen Aufschluß geben. Die Gesamttendenz deutet aber nicht auf eine flexiblere sowjetische Politik.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13383 (213)

2

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10025/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 6
Cito

Aufgabe: 4. Januar 1983, 18.57 Uhr¹
Ankunft: 4. Januar 1983, 19.26 Uhr

Betr.: Die Lage der Allianz um die Jahreswende 1982/83

Zur Unterrichtung

I. 1) Die Allianz hat im Jahre 1982 die Probleme operativer Natur, mit denen sie sich konfrontiert sah (Polen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Entwicklung des Out-of-area-Konzepts, Rüstungskontrollfragen, Beitritt Spaniens zur Allianz², Fortsetzung der Verteidigungsprogramme bei abnehmender Leistungs-

²¹ Die Tagung des Plenums des ZK der KPdSU fand am 14./15. Juni 1983 in Moskau statt.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Pieck am 6. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „RL n[ach] R[ückkehr].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 9. Januar 1983 vorgelegen.

² Die NATO-Mitgliedstaaten und Spanien unterzeichneten am 10. Dezember 1981 in Brüssel ein Protokoll zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 über den Beitritt Spaniens, der am 30. Mai 1982 erfolgte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.

Am 2. Dezember 1982 berichtete Botschafter Brunner, Madrid, der am selben Tag gewählte neue Ministerpräsident González habe im Parlament erklärt: „Die Beitrittsentscheidung der Regierung

fähigkeit der Volkswirtschaften), relativ befriedigend bewältigen können. Zu diesem verhältnismäßig günstigen Ergebnis haben die Begegnungen im Allianzrahmen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn³ sowie die regulären und die besonderen Außenministertreffen (letztere am 11. Januar 1982 wegen Polen⁴ und 2./3. Oktober über Fragen des Ost-West-Verhältnisses vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet⁵) entscheidend beigetragen.

2) Die politischen Spannungen innerhalb des Bündnisses machten aber auch deutlich, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig für die Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses, insbesondere in den Bereichen der Technologie und der Kredite, eine negative dogmatische Politik verfolgen, während Europa und Kanada langfristig auf die positiven Wirkungen einer stabilen, aktiven Entwicklung im Bereich der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen bauen. Spannungen zwischen den Bündnispartnern sind deshalb auch in Zukunft unvermeidbar.

3) Die öffentlichkeitswirksame Kräftigung der gemeinsamen Grundlagen und Ziele des Bündnisses sowie im Blick auf konkrete Zielvorstellungen (Programm für den Frieden in Freiheit⁶) durch den Bonner Gipfel wurde durch die anschließend von Präsident Reagan ohne Konsultation verfügten Sanktionen gegen die eigenen Verbündeten in Verbindung mit dem europäisch-sowjetischen Erdgasgeschäft⁷ politisch weitgehend neutralisiert.⁸ Ein langer und tiefer Schatten ist

Fortsetzung Fußnote von Seite 9

Calvo-Sotelo werde – ohne Hast – überprüft. In der Debatte wiederholte er die früheren Absichtserklärungen zum sofortigen Einfrieren des laufenden militärischen Integrationsprozesses und – ohne Zeitvorstellung – späteren Referendum.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 957; Referat 203, Bd. 124904.

³ Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vgl. AAPD 1982, I, Dok. 179.

⁴ Die außerordentliche NATO-Ministerratstagung fand in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 17 und Dok. 18.

⁵ Bei einem informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière schlugen die USA vor, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen unter strategischen Gesichtspunkten zu überprüfen, darunter den Technologietransfer, die Kreditgewährung und die alternative Energieversorgung. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 253.

Auf der Basis eines amerikanischen Non-papers vom 8. November 1982 kamen die Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) am 8. Dezember 1982 in Brüssel überein, von COCOM, OECD und NATO eine Reihe von Studien zu diesen Themen ausarbeiten zu lassen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 339.

⁶ Vgl. dazu die Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

⁷ Die Ruhrgas AG und die sowjetische Sojuszgasexport schlossen am 20. November 1981 in Essen ein Abkommen über die Lieferung von jährlich 10,5 Mrd. cbm Erdgas ab 1984/85. Die Referate 405 und 421 vermerkten am 26. November 1981: „Das Erdgasgeschäft mit der SU ist Teil unserer Bemühungen, den Anteil des Erdöls an der Deckung unseres Primärenergieverbrauchs zurückzudrängen (gegenwärtig ca. 48 %) und damit unserer Versorgungsbasis zu diversifizieren. [...] Es handelt sich um ein westeuropäisch-sowjetisches Geschäft. Neben der Bundesrepublik sind noch Frankreich, Belgien, die Niederlande, Italien, Österreich und möglicherweise in einem späteren Stadium auch weitere westliche Länder beteiligt.“ Die jährlich von der UdSSR zu liefernde Gesamtmenge Erdgas betrage 40 bis 55 Milliarden Kubikmeter. Berlin (West) sei mit einer Option auf eine jährliche Belieferung von bis zu 700 Millionen Kubikmetern in das Geschäft einbezogen. Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

⁸ Am 22. Juni 1982 gab Präsident Reagan den Beschluß bekannt, die am 29. Dezember 1981 gegen die UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erlassenen Sanktionen auf Öl- und Gasförderungstechnologien auszuweiten. Dies sollte auch für amerikanische Tochterfirmen im Ausland oder für von ausländischen Firmen in amerikanischer Lizenz hergestellte Produkte gelten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 798.

Dementsprechend wurde im Sommer 1982 die französische Firma Dresser-France auf eine „schwarze Liste“ gesetzt. Die italienische wie die britische Regierung erklärten, daß Unternehmen ihrer Län-

auf das transatlantische Verhältnis geworfen, unabhängig davon, daß die Streit-sache als solche inzwischen aus der Welt geschaffen wurde. Die Glaubwürdigkeit der Allianz hat in den Augen der Öffentlichkeit Schaden genommen.

4) Die offenen politischen Konsultationen einzelner Partner außerhalb der Allianz über letztlich die Allianzpartner in ihrer Gesamtheit berührende Fragen – wie zum Beispiel Orientierungen für den Ost-West-Handel – haben die Solidarität innerhalb des Bündnisses negativ beeinflußt. Die Guadeloupe-Konsultationen (der vier Mächte)⁹ hatten bekanntlich schon bei der Vorbereitung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979¹⁰ eine unrühmliche Rolle gespielt und manche der negativen Haltungen in den Beneluxländern zur Stationierung der Marschflugkörper im eigenen Lande verursacht.

II. 1) Mit dem vorbezeichneten, von positiven und von negativen Tendenzen bestimmten Bild am Ende des Jahres 1982 steht die Allianz nicht schlechter da als in den meisten vorangegangenen Jahren. Aber die Allianz ist gleichwohl in einer tiefen Krise – und zwar wegen der nuklearen Frage und aller ihrer Implikationen, auch im Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten. Die nukleare Frage verunsichert heute fast alle Völker im Bündnis, insbesondere auch viele tragende politische Kräfte beiderseits des Atlantiks. Diese Zweifel betreffen die Glaubwürdigkeit des Kernstücks der Allianz – die Strategie der nuklearen Abschreckung zur Erhaltung des Friedens. Auf der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung in Verbindung mit angemessenen konventionellen Verteidigungsmitteln beruhte der Frieden Ost–West über 30 Jahre. Das nukleare Risiko für die Sowjetunion stellte und stellt die einzige verlässliche strategische Bedrohung der Sowjetunion dar und hat daher eine neutralisierende

Fortsetzung Fußnote von Seite 10

der weiterhin Industrieanlagen an die UdSSR liefern würden. Ministerialdirektor Fischer notierte am 13. August 1982: „Bundesminister Graf Lambsdorff hatte bereits in seiner zweiten Gesprächsrunde in Washington gegenüber US-Handelsminister Baldrige erklärt, daß sich auch die Bundesregierung voraussichtlich gezwungen sehen werde, ebenso zu handeln wie die drei übrigen betroffenen Staaten.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141338. Vgl. dazu auch AAPD 1982, II, Dok. 235.

Am 13. November 1982 hob Reagan die Entscheidungen vom 22. Juni 1982 wieder auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 317.

⁹ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

¹⁰ Auf der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs am 12. Dezember 1979 in Brüssel wurde beschlossen, daß angesichts des Aufwuchses weitreichender sowjetischer Nuklearsysteme „die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze LRTNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle verfolgt werden“ sollten. Im Modernisierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses wurde dafür die Dislozierung von 108 Abschußvorrichtungen für Pershing-II-Raketen als Ersatz für die bisher stationierten amerikanischen Pershing-Ia-Raketen sowie von 464 bodengestützten Marschflugkörpern (GLCM) „in ausgewählten Ländern“ beschlossen. Zugleich wurde betont, daß die Modernisierung der Mittelstreckensysteme die Bedeutung nuklearer Waffen für die NATO nicht erhöhen werde. Daher kamen die Minister überein, „daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden“. Die Minister würdigten ferner den Beitrag, den der SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 „zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entspannungsprozesses“ beitrage. Die Entscheidung der USA wurde unterstützt, mit der UdSSR im Zuge von SALT III über Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte LRTNF-Raketensysteme zu verhandeln. Diese Begrenzungen müßten verifizierbar sein und in einer Form vereinbart werden, „die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt“. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Wirkung gegenüber jeder eventuellen aggressiven Absicht oder Versuchung der Sowjetunion. Abschreckung auf der Grundlage des nuklearen amerikanischen Schirmes für Europa ist für die nichtnuklearen Länder Europas von existentieller Bedeutung gegenüber dem historisch verankerten und heute machtpolitisch gestützten Hegemonialstreben der Sowjetunion in Europa.

2) Nur wenn der Einsatz dieser nuklearen Mittel zu jeder Zeit möglich und glaubhaft bleibt, kann die Sowjetunion wirksam von einem Angriff abgehalten werden. Frankreichs Potential sichert nur Frankreich im Sinne der Abschreckung. Großbritanniens strategische Nuklearstreitkräfte haben primär dieselbe Funktion wie die Frankreichs, auch wenn sie parallel hinsichtlich der Zielplanung mit dem strategischen Potential der USA abgestimmt sind. Die friedenssichernde Wirkung des atomaren Schirms der USA kann nicht aufrechterhalten werden

- (1) bei Annahme der No-first-use-These,
- (2) bei Annahme der No-early-first-use-These,
- (3) bei Verzicht auf die amerikanischen INF-Systeme in Europa und einer von der Null-Lösung¹¹ abweichenden Lösung für die Sowjetunion,
- (4) bei nuklearfreien Zonen in Europa (NATO-Gebiet),
- (5) bei Freeze ohne Gleichstand,
- (6) bei einseitigem Verzicht auf Modernisierung im nuklearen Bereich,
- (7) bei Umschaltung auf den Versuch einer konventionellen Abschreckung.

Entfällt die nukleare Bedrohung der Sowjetunion durch die USA zur Abwehr gegenüber politischen und militärischen Bedrohungen Europas, dann wird – dem Gesetz der Geschichte folgend – die sowjetische Hegemonialmacht in Europa die nicht unter atomarem Schutz stehenden Länder Europas früher oder später Schritt für Schritt erpressen können. Die Allianz hätte dann ihre Fähigkeit verloren, die Sicherheit und Unabhängigkeit sowie die Freiheit der nichtnuklearen europäischen NATO-Partner zu sichern, weil sich die Grundvoraussetzungen des Bündnisses verändert haben. Die nichtnuklearen europäischen Länder würden früher oder später nach anderen Wegen suchen, ihre Sicherheit und – soweit wie möglich – ihre Unabhängigkeit zu erhalten.

Das Jahr 1983 kann auf diese Situation zugehen – oder aber mit der wirksamen Aufrechterhaltung der Abschreckung der Sowjetunion auch von Angriffen auf die nichtnuklearen Staaten Europas Frieden und Freiheit aller Bündnisländer bewahren.

III. 1) Diese Grundfragen bestimmen die Ausgangspositionen, mit denen das Bündnis in eines der wichtigsten und ¹²entscheidendsten Jahre seiner bisherigen Entwicklung eintritt – das Jahr 1983. Die die Allianz stützenden Kräfte in

¹¹ Vor den Mitgliedern des National Press Club führte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington aus, die USA seien bereit, auf die Dislozierung von Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Europa zu verzichten, sollte die UdSSR ihre SS-4-, SS-5- und SS-20-Raketen abbauen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 657. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 62.

Die amerikanische Position wurde vom Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in der am 30. November 1981 beginnenden ersten Verhandlungsrunde in Genf präzisiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 7 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

den Bündnisländern sind, innenpolitisch betrachtet, vielfach in die politische Defensive geraten. Das zeigt schon die westliche Reaktion auf die – den sowjetischen Verhandlungsvorschlägen – entsprechenden öffentlichen Andropow-Initiativen in der INF-Frage.¹³ Von entscheidender Bedeutung für die Handlungsfähigkeit des Bündnisses wird das Wahlergebnis in Deutschland im Frühjahr 1983¹⁴ sein.

2) Welche Schritte sind auf der Seite der Allianz einzuleiten, um die existentielle Belastungsprobe 1983 befriedigend bestehen zu können?

(1) Eine aktive Verhandlungspolitik in Rüstungskontrollfragen mit den Schwerpunkten INF und START sowie ein aktiver Ost-West-Dialog (u. a. Gipfelbegegnung Reagan–Andropow und europäischer Partner mit der Sowjetunion und mit den USA) und eine aktive KSZE-Politik sind innen- und außenpolitisch von höchster Bedeutung für die Handlungsfähigkeit des Bündnisses und die Rückgewinnung der politischen Initiative durch die pro-atlantischen politischen Kräfte in den innenpolitischen Auseinandersetzungen in fast allen Bündnisländern.

(2) Eine aktivere Aufklärungspolitik in unseren Öffentlichkeiten ist von großer Bedeutung. Die Folgen einseitiger nuklearer Reduktionsmaßnahmen müssen mit großer Offenheit dargelegt werden. Auch die politische Natur des Bündnisses sollte hervorgehoben werden. Die Allianzpartner zögern, sich in diesen Fragen intensiver zu verständigen, obschon es einmütige Auffassung aller Außenminister bei der Herbsttagung 1982¹⁵ war, daß die Entscheidung über INF in dem „Ring um die Herzen und um die Seele der Bürger“ fallen wird.

(3) Die Strategie-Diskussion muß wieder auf feste Grundlagen gestellt werden. Wenn in der Diskussion um die Bekämpfung der zweiten Staffeln der Eindruck der Machbarkeit der konventionellen Abschreckung entstünde, würde die Glaubwürdigkeit der nuklearen Reaktion der NATO und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung sowie die These der flexiblen Reaktion¹⁶ zur Wiederherstellung der Abschreckung unterminiert. Das Risiko für die Sowjetunion muß demgegenüber vielmehr unkalkulierbar bleiben. Die westeuropäischen

¹³ In einer Rede am 21. Dezember 1982 in Moskau erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, die UdSSR könne darauf eingehen, „daß die Sowjetunion in Europa nur genauso viele Raketen behält, wie Großbritannien und Frankreich besitzen, und nicht eine einzige mehr. Das bedeutet, daß die Sowjetunion Hunderte Raketen abbauen würde, darunter mehrere Dutzend der modernsten Raketen, die im Westen als SS-20 bezeichnet werden. [...] Es gilt auch gleichzeitig, eine Reduzierung der Zahl der Trägerflugzeuge für Kernwaffen mittlerer Reichweite, die sowohl die UdSSR als auch die NATO-Länder in der betreffenden Region haben, auf ein für beide Seiten gleiches Niveau zu vereinbaren.“ Vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 24. Vgl. dazu auch AAPD 1982, II, Dok. 360.

Andropow wiederholte seine Vorschläge in einem am 31. Dezember 1982 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ veröffentlichten Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith. Vgl. dazu ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 249.

¹⁴ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

¹⁵ Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 344–346.

¹⁶ Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

Länder des Bündnisses, die keine eigene nukleare Abschreckungskraft haben, wie sie Frankreich und Großbritannien für sich selbst besitzen, müssen Sanktuarium in dem gleichen Sinne sein wie das Territorium der westlichen Nuklearmächte, das anzugreifen den strategischen Schlag gegen das Mutterland des Angreifers selbst zur Folge haben muß, wenn er nicht von dem Angriff abläßt.

(4) Eine deutlichere Sprache in den strategischen Fragen muß gefunden werden, weil sonst die Glaubwürdigkeit leidet.

Davon ist die Notwendigkeit der konventionellen Verstärkung angesichts der sowjetischen Verstärkungsmaßnahmen zu unterscheiden. Es darf nichts geschehen, was den Eindruck vermitteln könnte, daß die Sowjetunion ohne Gefahr für das Mutterland in Europa politische und militärische Bedrohungen und Aggressionen vornehmen könnte. In diesen Fragen haben sich offenbar, wie das Insistieren von General Rogers zeigt, amerikanische und europäische Vorstellungen weiter voneinander entfernt, als es zunächst den Anschein hatte.¹⁷

(5) Das Schlagwort moderner Technologie-Nutzung für die Streitkräfte ist gleichfalls mißverständlich. Der Westen mußte schon immer moderne Technologien nutzen. Das ist ein ehernes Gesetz der westlichen gesellschaftlichen und technischen Entwicklung. Wir haben das auch in der Vergangenheit getan, jede Überbetonung muß zu Mißverständnissen Anlaß geben.

(6) Die Verstärkung und Verbesserung substantieller Konsultationen ist notwendig, um Fehlentwicklungen zu vermeiden, wie sie 1982 eingetreten sind. Die Meinungsbildung innerhalb europäischer Gruppierungen kann verbessert werden, wenn sie darauf verzichtet, sich außerhalb der Allianz zu vollziehen.

(7) Ungeachtet der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist es notwendig, hohe Verteidigungsanstrengungen fortzusetzen und Verbesserungen bei den Streitkräften durchzubringen. Das gilt auch und vor allem für die integrationsorientierten Bereiche der Infrastruktur, Militärhilfe, Luftverteidigung und der Frühwarnung sowie hinsichtlich der nationalen Mobilisierungsfähigkeiten. Deutschland sollte bei den säumigen europäischen Partnern parallel zu den Vereinigten Staaten die Gespräche darüber verstärken und nicht in der Reserve bleiben.

(8) Die Vereinigten Staaten pflegen auf bilateralem Wege systematisch die von ihnen für notwendig angesehenen Punkte hinsichtlich der Allianz vorzubereiten. Deutsche Abstinenz in dieser Beziehung kann auch mißverstanden werden. Es ist unseren Interessen abträglich, wenn bei unseren Nachbarn der Ein-

¹⁷ Im Herbst 1982 sprach sich der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, mehrfach öffentlich für eine Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO durch eine Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten um 4 % aus. Rogers zufolge lasse sich so ein zusätzliches Potential konventioneller Waffen zur Abwehr der dem ersten Angriff von Truppen des Warschauer Pakts folgenden „zweiten Staffel“ aufbauen und so insgesamt die Schwelle zum Übergang einer nuklearen Kriegführung anheben. Vgl. dazu den Artikel „Non-Nuclear Defence Plan for Europe. NATO Chief Wants Boost in Conventional Forces“; THE GUARDIAN vom 29. September 1982, S. 1 und 26. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, III, Dok. 289. Am 6. Januar 1983 erläuterte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), Rogers sei seit etwa einem Jahr dazu übergegangen, seine Überlegungen „voll inhaltlich öffentlich“ zu äußern: „Ein Rückgriff auf nukleare Waffen bedeutet für ihn Abhängigkeit von der politischen Entscheidung des US-Präsidenten und Abhängigkeit von nicht zu übersehenden politischen Einflüssen anderer Bündnispartner. Das will er vermeiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; VS-Bd. 11969 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

druck entstehen sollte, Deutschland wolle sich in der Verteidigungs- und Bündnispolitik hinter den schwächeren europäischen Partnern verstecken.

(9) Angesichts der kritischen und brisanten Lage, in der sich die Allianz befindet, sollte der von dem Bundesminister des Auswärtigen bei der Herbst-Ministertagung vorgebrachte Gedanke, in Verbindung mit dem INF-Doppelbeschluß oder aus anderem Grunde Sondertreffen der Außenminister vorzusehen, gegebenenfalls initiativ weiterverfolgt werden. Evtl. wäre auch an ein außerplanmäßiges Treffen der Verteidigungsminister zu denken.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12946 (204)

3

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischem Außenminister Abe

5. Januar 1983¹

Gespräch des Bundesministers mit dem japanischen AM Shintaro Abe am 5.1.1983, 7.30 Uhr²

BM eröffnete das Gespräch mit einem Dank an den japanischen Gast für seinen Besuch, in dem er ein Interesse Japans an Europa und der EG sehe. Deutschland und Japan hätten die gemeinsame Pflicht, das Dreieck EG–Japan–USA zu stärken. Der japanische AM säße nicht nur dem deutschen Außenminister, sondern auch dem Vorsitzenden des EG-Ministerrats³ gegenüber. Der Vorsitz sei damit bei einem Land, für das die Beziehungen zu Japan traditionell Priorität hätten.

BM begrüßte, daß die deutsch-japanische Freundschaft in den Händen eines außenpolitisch so erfahrenen Mannes läge.

AM Abe erklärte, auch dem zurückgetretenen Kabinett schon angehört zu haben und daß auch nach dem erfolgten Regierungswechsel⁴ die außenpolitische Grundlinie Japans unverändert sei. Höchste Priorität gelte, wie bisher, den Beziehungen Japans zu den USA und Europa, jedoch werde sich die neue japanische Regierung bemühen, die Beziehungen zu Europa noch weiter zu vertiefen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Peckert am 11. Januar 1983 gefertigt.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. Januar vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vor Verteilung Reinschrift mit meinen Anmerkungen nach Billung durch Bundesminister fertigen.“

² Der japanische Außenminister Abe hielt sich am 4./5. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁴ Am 12. Oktober 1982 verkündete Ministerpräsident Suzuki, daß er nicht mehr zur Wiederwahl als Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei Japans – und damit als Regierungschef – zur Verfügung stehen werde. Nachfolger als Parteivorsitzender wurde am 25. November 1982 Yasuhiro Nakasone, der am folgenden Tag vom Parlament zum neuen Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Dafür sehe er, Abe, als früherer⁵ Außenhandelsminister eine besondere Notwendigkeit.

Die Welt sei in einer politisch schwierigen Situation. Japan sei keine Ausnahme mehr. Solidarität sei notwendig, um den Protektionismus zu bekämpfen und den freien Welthandel zu schützen. Japan sei bereit, in diesem Bestreben seine Rolle zu spielen. Der deutsche AM habe als Vorsitzender des Ministerrats der EG eine wichtige Funktion. Er wolle den Besuch zur Erörterung der Fragen benutzen, was gemeinsam getan werden könne. Er, Abe, erwarte viel von der Präsidentschaft des BM.

BM: Wenn gegenwärtige schwierige Wirtschaftslage Summe der Fehler aller Beteiligten sei, dann könne die Überwindung der Schwierigkeiten nur durch die Zusammenarbeit aller zu erwarten sein. Jeder müsse bei sich daheim anfangen. Die Bundesregierung habe den schmerzhaften Prozeß der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und der Förderung der privaten Investitionen begonnen. Der Prozeß sei so schwierig gewesen, daß er einen Regierungswechsel erforderlich gemacht habe.⁶ Noch steige die Arbeitslosigkeit, doch seien erste Anzeichen der Erholung zu beobachten. Noch gebe es Zurückhaltung der Wirtschaft im Blick auf die bevorstehenden Wahlen.⁷ Die Auftragsbücher vieler Fabrikanten seien voll von Klauseln, die ein Rücktrittsrecht am 7. März zum Inhalt hätten, weil man erst nach dem Wahlergebnis eine Investitionsentscheidung treffen wolle. Danach würde sichtbar werden, daß die Bundesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert habe. Sie wolle ihren Teil zur Überwindung der Krise beitragen und erwarte von anderen, daß diese das ihrige beisteuern.

Von großer Bedeutung sei die wirtschaftliche Entwicklung in den USA. Interessant sei zu sehen, welche wirtschaftlichen Prioritäten die neue Führung in Moskau⁸ setzen werde. Das Maß der Verschuldung einiger COMECON-Länder und einiger großer Schwellenländer der Dritten Welt⁹ sei so groß, daß sie auch die westlichen Wirtschaften erschüttern könne. Die Krise sei immer die Stunde der Protektionisten. Die Bundesregierung werde, wie in der Vergangenheit, auch in Zukunft den freien Welthandel verteidigen. Dies sei gleichsam unsere „wirtschaftspolitische Staatsräson“.¹⁰

Er, BM, wäre nicht ehrlich, wenn er nicht auch sagen würde¹¹, daß nicht alle EG-Staaten dieser Meinung seien. Hier wirkten andere traditionelle und poli-

⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „alter“.

⁶ In der Folge von Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten am 17. September 1982 die Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

⁸ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

⁹ Die Wörter „der Dritten Welt“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lautenschlager zurück. Vorher lautete er: „Dies sei unsere wirtschaftliche Staatsräson.“

¹¹ Die Wörter „auch sagen würde“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zugeben wolle“.

tische Konstellationen. Die Bundesregierung bliebe in der EG der Herold des freien Welthandels. Sie suche dazu Verbündete wie Japan.

Die Bundesregierung habe mit Interesse den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshindernissen in Japan vermerkt.¹² Dies seien Schritte in der richtigen Richtung, aber sie würden noch nicht ausreichen, um unsere Position mit Erfolg¹³ in der EG durchhalten zu können.

AM Abe unterstrich, daß die Industrieländer besonders durch die Arbeitslosigkeit in einer schwierigen Lage seien. Verglichen mit den USA und Europa sei Japan noch etwas besser dran: Die Preissteigerung sei mäßig (auf Frage BM: 3,3 % p. a.), eine geringe Arbeitslosigkeit und Exportüberschüsse im Außenhandel. Schwierig sei dagegen die Lage der Staatsfinanzen. 26 % des Budgets müßten durch geliehenes Geld finanziert werden. Japan habe Staatsausgaben für Bildung und Wohnungsbau gekürzt, jedoch die Verteidigungsausgaben in Kenntnis der internationalen Verantwortung gegen interne Kritik vermehrt.

Die Wiederbelebung der Weltwirtschaft werde auch von Japan als prioritäres Ziel angesehen. In den USA seien Anzeichen der Besserung zu erkennen. Japan würde seinerseits durch Öffnung seiner Märkte zur wirtschaftlichen Erholung beitragen. Die Bundesregierung verdiene als Verteidigerin des freien Welthandels Hochachtung. Das Prinzip des Freihandels sei jedoch in Gefahr. Japan habe unter der Regierung Suzuki zweimal seine Zölle abgebaut, das neue Kabinett habe bei 47 Agrar- und 27 Industriepositionen gegen innere Widerstände, auch im Parlament, die Zölle erneut gesenkt. Der AM erwähnte hier einige Positionen wie Tabak, Schokolade, Menthol¹⁴, Agrar- und Werkzeugmaschinen und betonte, daß damit den Wünschen insbesondere auch¹⁵ des Grafen Lambsdorff nachgekommen worden sei.¹⁶

Japan gehöre jetzt zu den Ländern mit dem niedrigsten Zollniveau in der Welt. Es wisse jedoch, daß noch mehr getan werden müsse. In den Ministerien werde hart gearbeitet, um das japanische Kabinett in Stand zu setzen, am 13. Januar

¹² Die japanische Regierung beschloß im Dezember 1981 bzw. Januar 1982, die Zölle von 1650 Warenpositionen zu senken. Am 28. Mai 1982 gab sie ein weiteres Maßnahmenpaket mit einem Liefervolumen für die EG-Mitgliedstaaten und die USA in Höhe von 5,6 Mrd. DM bekannt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 26. Januar 1983; Referat 411, Bd. 131141.

Am 24. Dezember 1982 entschied die japanische Regierung über ein drittes Maßnahmenpaket mit einem Liefervolumen von 1,4 Mrd. DM. Dazu stellte das Bundesministerium für Wirtschaft am 3. Januar 1983 fest, daß mit dieser Entscheidung „ein weiterer, vom Volumen her allerdings kleinerer Schritt“ zur Öffnung des japanischen Marktes getätigt worden sei. Vgl. Referat 411, Bd. 131141.

¹³ Die Wörter „mit Erfolg“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Die Wörter „insbesondere auch“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁶ Bei einem Besuch vom 3. bis 8. April 1982 in Japan erörterte Bundesminister Graf Lambsdorff Fragen der japanischen Handelspolitik. Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 13. April 1982, Lambsdorff habe „eindringlich auf die Notwendigkeit weiterer Einfuhrerleichterungen [...] hingewiesen, um die Atmosphäre in der Gemeinschaft und den USA zu verbessern“. Hinsichtlich der Zölle für Kupfer, Leder, Schuhe, Felle, Menthol und Werkzeugmaschinen sei die Reaktion des japanischen Handelsministers Abe unbefriedigend gewesen: „Es wurde deshalb dringend gebeten, japanische Haltung in diesen Bereichen nochmals zu überprüfen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 126994.

neue Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Marktes (im Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse)¹⁷ vorzuschlagen.¹⁸

BM bemerkte, daß die japanischen Handelsstrukturen ein Hemmnis darstellten, gegen das etwas getan werden müsse, um den Protektionisten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

BM erkundigte sich, wie es mit einer von der Regierung Suzuki in Auftrag gegebenen Studie über strukturelle Handelshindernisse stünde.

AM Abe erwiderte, daß er jedes Mal, wenn er mit Mitgliedern der EG zusammentreffe, auf die japanischen Handelsstrukturen angesprochen würde. Diese seien in der Tradition verwurzelt, eine Modernisierung dieser Strukturen könne nur ein allmählicher Prozeß sein.¹⁹ Immerhin stelle Japan mit 110 Mio. Einwohnern und einem hohen Masseneinkommen einen aufnahmebereiten Markt, insbesondere für deutsche Waren, dar. Das im „Spiegel“ zitierte Beispiel des Erfolges der Elektrorasierer der Firma Braun zeige, daß man auf dem japanischen Markt erfolgreich sein könne, wenn man sich bemühe.²⁰ Die japanische Regierung würde ihrerseits durch Vereinfachung der Zollprozeduren und der Normen zur Erleichterung des Handels beitragen. Der im kommenden Jahr bevorstehenden deutschen Industrieausstellung²¹ werde große Bedeutung zukommen. PM Nakasone habe an die Japaner appelliert, ausländische Waren zu kaufen.

Die japanische Regierung bedauere den Entschluß der EG, Artikel 23 Abs. 2 des GATT anzurufen.²² Japan sei sich über die Zuständigkeit des GATT für diese Frage zwar nicht klar, werde sich jedoch den Vorwürfen stellen. Schließlich handele es sich um das innerjapanische Problem der Handelsstruktur.

¹⁷ Der Passus „(im ... Handelshemmnisse)“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁸ Ministerpräsident Nakasone gab am 13. Januar 1983 weitere Entscheidungen zur Liberalisierung der japanischen Handelspolitik bekannt. Sie betrafen vor allem den Abbau nichttarifärer Handelschranken, etwa die Erleichterung von Normen- und Test-Verfahren für ausländische Produkte sowie die Vergrößerung der Anzahl von Tabakläden zum Verkauf ausländischer Tabakerzeugnisse. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 27 des Gesandten Massion, Tokio, vom 13. Januar 1983; Referat 411, Bd. 131141.

¹⁹ Der Passus „eine Modernisierung ... sein“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „jedoch müsse Japan modernisieren“.

²⁰ Vgl. dazu den Artikel „Das braucht Zeit und starke Nerven“; DER SPIEGEL, Nr. 1 vom 3. Januar 1983, S. 80–86.

²¹ Die Ausstellung „Made in Germany – Gestern – Heute – Morgen“ fand vom 23. April bis 6. Mai 1984 in Tokio statt.

²² Für den Wortlaut des Artikels XXIII Absatz 2 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom 21. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil II, Anlagenbände I–III.

Referat 411 vermerkte am 4. Januar 1983: „Um stärkeren Druck auf Japan auszuüben, führt die Gemeinschaft z. Z. mit Japan Konsultationen nach Art. XXIII Para[graph] 1 GATT. AM-Rat hat am 25./26.10.1982 mangelnden Fortschritt auch in der dritten bisher stattgefundenen Konsultationsrunde bedauert und die EG-Kommission aufgefordert, weitere Konsultationen auf der Basis einer ergänzten und konkretisierten Forderungsliste der EG zu führen. Auf der EG-Ministerratstagung am 13. Dezember 1982 in Brüssel, sei der „Übergang zu Konsultationen nach Art. XXIII [Paragraph] 2 GATT, Fortsetzung der bisherigen Konsultationsrunden mit Japan parallel dazu und Verlängerung bei inhaltlicher Erweiterung (auf weitere Produkte) des statistischen Importüberwachungssystems für bestimmte japanische Exporte in die EG um ein Jahr beschlossen“ worden. Vgl. Referat 411, Bd. 131141.

Handelsbeschränkungen, wie sie bei der EG bestünden, wobei Abe besonders auf Frankreich und das Zollamt von Poitiers²³ hinwies, würden bedauert. Solche Beschränkungen seien nicht dazu angetan, die japanische Regierung zu ermutigen, mehr für die Öffnung der Märkte zu tun. Japan sei sich jedoch im klaren darüber, daß der Export auf manchen Märkten, wie bei Werkzeugmaschinen, Autos und Videos, geordnet werden müsse. AM Abe bat, die japanische Bemühungen zu würdigen.

BM: Die Bundesregierung ermutige die Japaner weiterzugehen. Auch die deutsche Wirtschaft sei von den französischen Maßnahmen betroffen. „Wir sind Brüder im Geiste. Erleichtern Sie uns den Kampf gegen den Protektionismus.“

AM Abe erklärte auf Fragen des BM²⁴ japanische Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Seerechtskonferenz.²⁵ Japan werde demnächst (Ende Januar)²⁶ unterzeichnen.²⁷ Er erkundigte sich nach der deutschen Haltung.

BM erwiderte, er könne nur für sich, nicht aber für die Bundesregierung sprechen, da diese noch keine Entscheidung getroffen habe. Nach Abwägung von Pro und Contra sei das Auswärtige Amt und er selbst für die Unterzeichnung. Das Kabinett werde sich mit der Frage erneut beschäftigen.²⁸

²³ Die französische Regierung erließ am 21. Oktober 1982 eine Verordnung, wonach die Einfuhr von Videorekordern ausschließlich über das Zollamt von Poitiers im Departement Vienne erfolgen durfte. In der Presse hieß es dazu: „Die Einfuhr von jährlich 550 000 Videorekordern kostet Devisen im Gegenwert von rund 2 Milliarden Franc. Die Importeure verweisen darauf, daß für 1983 bereits eine Videorecordersteuer von 471 Franc je Gerät vorgesehen ist. Doch noch schlimmer sei die Wahl von Poitiers ‚abseits der großen Handelsstraßen‘. Der Zwang, alle Zollformalitäten in Poitiers zu erledigen, führe zwangsläufig zu einer Steigerung der Transport- und Lagerkosten. Zudem verfüge die Zollstelle Poitiers nur über eine Belegschaft von vier Zollnern ohne Datenverarbeitungsanlage.“ Vgl. den Artikel „Die Zollabfertigung in Poitiers“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Oktober 1982, S. 13. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. JOURNAL OFFICIEL. LOIS ET DÉCRETS 1982, S. 9488 f.

²⁴ Die Wörter „auf Fragen des BM“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

²⁵ Am 10. Dezember 1982 endete die Dritte VN-Seerechtskonferenz in Montego Bay (Jamaika) mit der Unterzeichnung der Schlußakte und der Verabschiedung des Seerechtsübereinkommens, das zwei Jahre lang zur Zeichnung aufgelegt wurde. Für den Wortlaut des Übereinkommens vgl. UNTS, Bd. 1833–1835. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1994, Teil II, S. 1799–2018. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 352.

²⁶ Die Wörter „(Ende Januar)“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

²⁷ Japan unterzeichnete am 7. Februar 1983 das Seerechtsübereinkommen vom 10. Dezember 1982.

²⁸ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde „im Hinblick auf spätere Verteilung“ gestrichen: „BM forderte AM Abe scherzhaft auf, bei seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler als Missionar dieser Heilslehre aufzutreten; er könne sich damit große Verdienste erwerben.“

Das Kabinett beschloß am 8. Dezember 1982, wegen der Bedenken einiger Ministerien insbesondere hinsichtlich des Meeresbodenregimes zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung über die Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens vom 10. Dezember 1982 zu treffen. Am 4. März 1983 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Duisberg die Argumente, die für eine rasche Unterzeichnung sprächen: „Zeichnung verpflichtet nicht zur Ratifizierung, die ausdrücklich von Verbesserungen abhängig gemacht werden sollte. Zeichnung eröffnet aber vollberechtigte Mitgliedschaft in Vorbereitungskommission, die wichtiges Sekundärrecht auszuarbeiten hat [und] Forum für Erörterung von Anpassungen, Modifikationen der Konvention werden kann. Wichtige Partner mit gleichgelagerten ähnlichen Interessen und gleichen Bedenken gegen Meeresbodenregime – F, NL und JAP – haben deshalb gezeichnet.“ Zudem drohe eine Isolierung in den Europäischen Gemeinschaften: „Außer GB und uns sind alle für Zeichnung durch EWG, sobald Voraussetzungen vorliegen.“ Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125438.

AM Abe teilte mit, daß er an der erweiterten ASEAN-Konferenz im Juni teilnehmen werde.²⁹ Er hoffe, daß BM ebenfalls daran teilnehmen könne. Er bat darüber hinaus den BM, bald nach den Wahlen zu Konsultationen nach Tokio zu kommen.

BM versicherte den japanischen Gast seines Interesses an einem baldigen Besuch in Tokio.

AM Abe führte das Gespräch auf Ost-West-Fragen. Solidarität des westlichen Lagers sei erforderlich³⁰. Japan habe große Achtung für den Beitrag, den die Bundesrepublik Deutschland zur NATO leiste. US-Secretary Shultz habe vorgeschlagen, Ost-West-Handelsbeziehungen wegen deren strategischer Bedeutung in der NATO zu erörtern. Dies würde bedeuten, daß Japan nicht teilnehmen könne. Japan ließe sich jedoch keine Ergebnisse aufzwingen, an deren Zustandekommen es nicht beteiligt gewesen sei. Japan müsse an der Diskussion beteiligt werden und sehe dafür vielleicht den Kreis der Botschafter der sieben Länder in Washington als ein geeignetes Gremium.

BM erwiderte, er sehe in Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ein stabilisierendes Element. Die Bundesregierung werde sich an einem Handelskrieg nicht beteiligen. Sie sei jedoch bereit, die Sicherheitsaspekte der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zu erörtern. Die vorgebrachte japanische Besorgnis wegen der Rolle Japans bei dieser Erörterung verstehe und teile er.

In der NATO-AM-Konferenz am 2./3.10.1982 habe Shultz diesen Vorschlag erstmals vorgebracht.³¹ Er, BM, habe wegen des Regierungswechsels, in dessen Verlauf er für zehn Tage das Amt des Außenministers nicht ausgeübt habe³², an dieser Konferenz nicht teilgenommen, obwohl sie seiner Initiative entsprungen sei. Er habe dann am 5.10. Shultz in New York³³ gesagt, es würde ein Fehler sein, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in der NATO erörtern zu wollen.³⁴ Japan und die europäischen Staaten, die nicht NATO-Mitglieder seien, müßten beteiligt werden. Er habe Shultz den Botschafterkreis in Washington (einschließlich EG-Ratsmacht und -Kommission)³⁵ vorgeschlagen. Im Augenblick habe diese Arbeitsgruppe auch wegen der Kontroverse Reagan/Mitterrand³⁶ in der Abschlußphase keine Wirkungsmöglichkeiten. Diese Siebener-

²⁹ Zum Dialog-Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit den Außenministern Abe (Japan), Cooper (Neuseeland), MacEachen (Kanada), Shultz (USA) und Street (Australien) sowie mit Bundesminister Genscher als amtierendem EG-Ratspräsidenten am 27./28. Juni 1983 in Bangkok vgl. Dok. 194.

³⁰ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen: „das leider nicht einheitlich handeln könne“.

³¹ Die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten trafen sich am 2./3. Oktober 1982 auf informeller Ebene in La Sapinière. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 253.

³² Hans-Dietrich Genscher war zwischen seinem Rücktritt am 17. September 1982 und dem Amtsantritt der Regierung Kohl am 4. Oktober 1982 ohne Ministeramt.

³³ Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz trafen sich am Rande der VN-Generalversammlung. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 262.

³⁴ Der Passus „es würde ... zu wollen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lautenschlager zurück. Vorher lautete er: „es sei ein schwerer Fehler, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in der NATO zu erörtern.“

³⁵ Die Wörter „(einschließlich EG-Ratsmacht und -Kommission)“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

³⁶ Vgl. dazu die amerikanisch-französischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage von Sanktionen gegen die UdSSR; Dok. 2, Anm. 8.

Gruppe könnte jedoch als ein höchst inoffizielles Steering-Komitee zu gegebener Zeit wieder aktiviert werden. Verhandelt werden müsse eher in der OECD (und im COCOM), weil man bestehende, alle Industrieländer umfassende Organisationen nützen solle.³⁷ Dies habe er bei der NATO-Tagung im Dezember in aller Deutlichkeit gesagt.³⁸

Zu allgemeinen Ost-West-Fragen bemerkte der BM, daß die Prager Gipfelkonferenz der WP-Staaten³⁹ heute wohl eine „Friedensoffensive“ starten werde, mit der Andropow demonstrieren wolle, daß er das Heft in der Hand habe und daß die Außenpolitik der SU kontinuierlich fortgesetzt würde. Für diese „Friedensoffensive“ gebe es außen- und innenpolitische Gründe. Die Probleme im kommunistischen Lager seien viel größer, als es die Öffentlichkeit wahrnehme. Der Krieg in Afghanistan schädige den Nimbus der Unbesiegbarkeit der Roten Armee und verursache große Kosten.

Der Ehrgeiz der sowjetischen Regierung, die alten Fehler früherer Kolonialmächte noch einmal zu machen, sei unstillbar. Die Lage in Polen⁴⁰ sei ernst, die Versorgung in allen WP-Staaten, mit Ausnahme vielleicht Ungarns und Bulgariens, sei schlecht. Die Weltöffentlichkeit blicke jedoch weniger auf diese Schwierigkeiten, sondern auf die Außenpolitik, deren Akrobaten gewissermaßen unter der Zirkuskuppel ihre Kunststücke vorführen.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stünden die Mittelstreckenraketen⁴¹ und die START-Verhandlungen. Die Tendenz der sowjetischen Politik sei klar. Man wolle eine Trennung Europas von den USA erreichen.

Die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen seien bis jetzt höchst bemerkenswert verlaufen. Die SU hätte auf die üblichen prozeduralen Tricks verzichtet; man⁴² sei sofort zu den entscheidenden Fragen vorgestoßen. Jetzt stagnierten die Verhandlungen. Das würde wohl auch bis Ende März so bleiben. Die

³⁷ Der Passus „Im Augenblick ... nützen solle“ ging auf Streichungen und handschriftliche Änderungen des Staatssekretärs Lautenschlager zurück. Vorher lautete er: „Diese Arbeitsgruppe sei jedoch wegen der Kontroverse Reagan/Mitterrand in ihren Wirkungsmöglichkeiten reduziert. Die Bundesregierung würde diese Siebener-Gruppe jedoch als ein höchst inoffizielles Steering-Komitee der freien Marktwirtschaft gern erhalten. Verhandelt werden müsse dann in der OECD, weil man bestehende Organisationen nützen solle.“

³⁸ Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 9. Dezember 1982 bei der NATO-Ministerratstagung in Brüssel; AAPD 1982, II, Dok. 344.

³⁹ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 vgl. Dok. 40.

⁴⁰ Am 8. Oktober 1982 billigte das polnische Parlament ein Gesetz, das in Artikel 52 die Registrierung von Gewerkschaften vor Verkündung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 für ungültig erklärte und damit die Zulassung der Gewerkschaft „Solidarność“ widerrief. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 187–192 (Auszug).

Referat 214 vermerkte am 13. Dezember 1982, daß Ministerpräsident Jaruzelski am Vortag die Absicht der Regierung bekanntgegeben habe, das Kriegsrecht zum Jahresende „zu suspendieren“. „Die Enttäuschung über diesen halben Schritt dürfte im westlichen Ausland, das die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Normalität der bilateralen Beziehungen in substantieller Weise erfüllt zu sehen hoffte, weit größer sein als in der pessimistisch gestimmten polnischen Bevölkerung selbst. [...] Die Internierten sollen entlassen werden. Im Augenblick ist nur in Umrissen bekannt, welche Kriegsrechtsbestimmungen weitergelten und welche durch zivile Notstandsregelungen ersetzt werden sollen. Deutlich wird nur, daß der Militärrat vorerst erhalten bleibt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133026.

⁴¹ Korrigiert aus: „Raketen“.

⁴² Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „und“.

SU warte auf das deutsche Wahlergebnis. Erst dann würde zur Sache weiterverhandelt. Ein gutes Ergebnis der Raketenverhandlungen sei dann zu erwarten, wenn die Sowjets wissen, daß andernfalls die amerikanischen Raketen in Europa stationiert würden.

Der Besuch Gromykos in Bonn⁴³ werde ein Teil dieser Operation sein. Er sei wichtig, weil Gelegenheit gegeben würde, die Politik der neuen Bundesregierung zu erläutern, die mit einer wichtigen Ausnahme die Sicherheits- und Außenpolitik der alten Bundesregierung kontinuierlich fortsetze. Die Ausnahme liege im Bereich des Doppelbeschlusses der NATO. Die Bundesregierung halte an dem fest, was in der NATO beschlossen wurde, würde dabei jedoch nicht mehr auf das Einverständnis der Opposition rechnen können, die aus manchen, vorwiegend innerparteilichen Gründen, diese Linie nicht weiter durchhalten könne.

Die Bundesrepublik wolle als gespaltenes Land und an gefährdeter Stelle ein positives Ergebnis der Raketenverhandlungen. Es sei nicht hilfreich, was der US-Senat jetzt in der Frage der MX-Raketen und einigen anderen Dingen im Verteidigungsbereich⁴⁴ getan habe.⁴⁵ Es sei nicht gut, wenn man Absichten verkünde, die man dann nicht verwirklichen könne. Die sowjetische Haltung würde damit verhärtet. Er, BM, sei zuversichtlich, daß die SU nach dem Wahltag einsieht, daß sie Zugeständnisse machen muß.

AM Abe dankte für die deutsche Reaktion auf den Vorschlag von US-Secretary Shultz betr. die Behandlung der Ost-West-Wirtschaftsfragen⁴⁶. Der Sieben-Botschafter-Rahmen in Washington erscheine der japanischen Regierung nützlich, Verhandlungen sollten ansonsten in den bestehenden wirtschaftlichen Organisationen geführt werden (OECD).⁴⁷

Den Mittelstreckenraketen-Vorschlag von Andropow⁴⁸ betrachte die japanische Regierung mit großer Skepsis. Die Lage in Ostasien würde kritisch verändert werden, wenn die SU ihre SS-20-Raketen im Westen ab- und im Osten wieder aufbaue. Das SS-20-Problem müsse auf dem gesamten Territorium der SU gesehen werden. Japan sei für die Null-Lösung (Einwurf von BM: „die wir erfunden haben“).

AM Abe unterstrich die Hochachtung, mit der Japan die Beiträge der NATO zur Sicherung des Westens würdige. Japan könne nicht bei Aktionen der NATO selbst teilnehmen, sei aber bereit, mittelbar Beiträge zum gemeinsamen Ziel zu leisten. So habe Japan mit 100 Mio. Dollar der Türkei geholfen.

⁴³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁴⁴ Die Wörter „im Verteidigungsbereich“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

⁴⁵ Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 20. Dezember 1982 über einen vorläufigen Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 vgl. Dok. 1, Anm. 9, und Dok. 20, Anm. 20 und 21.

⁴⁶ Der Passus „betr. ...Ost-West-Wirtschaftsfragen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Wirtschaftsfragen im NATO-Rahmen zu verhandeln“.

⁴⁷ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lautenschlager zurück. Vorher lautete er: „Der Sieben-Botschafter-Rahmen in Washington scheine der japanischen Regierung brauchbar zu sein.“

⁴⁸ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

Man betrachte die Lage in Polen ohne Optimismus und blicke mit Sorge auf die monetären Schwierigkeiten in Jugoslawien.⁴⁹ Eine Krise in diesem Land würde sich auf die Sicherheit des Westens negativ auswirken. Japan sei daher bereit, auch dort zu helfen.

BM begrüßte diese japanische Bereitschaft mit der Bemerkung, wir säßen alle in einem Boot, Deutschland und Japan mehr am Rande als die USA, aber wenn das Boot kentern würde, fielen alle ins Wasser.

BM erklärte, daß wir die für heute zu erwartenden sowjetischen Vorschläge genau prüfen und positive Ansätze weiterentwickeln wollten. Der jetzt anstehende Besuch des japanischen Gastes beim Bundeskanzler⁵⁰ zwingt, die Unterhaltung zu beenden. Es sei vieles nicht besprochen worden, so Kambodscha, Afrika, Südamerika und anderes. Die Gespräche über Ost-West-Fragen hätten auch der Vertiefung bedurft. Es sei wohl ein ganzer Tag nötig, um dieses Pensum zu absolvieren. Er hoffe, dies bald in Japan nachholen zu können.

AM Abe bedankte sich beim *BM* und wünschte ihm besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen alles Gute.

Das Gespräch dauerte von 7.30 bis 9.20 Uhr.

Referat 341, Bd. 126985

⁴⁹ Referat 422 notierte am 7. April 1983: „Außen- und binnenwirtschaftliche Schwierigkeiten führten Ende 1982 zu erheblichen Zahlungsschwierigkeiten Jugoslawiens. Die in diesem Fall übliche Umschuldung lehnte jugoslawische Regierung ab.“ Auch die USA hätten diese Haltung unterstützt, weil eine Umschuldung als Fehlschlag der jugoslawischen Wirtschaftsreformen interpretiert, damit die eine stärkere Bindung an die SU anstrebenden orthodoxen Kräfte unterstützt sowie Jugoslawiens Stellung bei den Blockfreien und als Gastgeber für UNCTAD VI beeinträchtigt werden könnte: „Die 16 wichtigsten westlichen Handelspartner Jugoslawiens vereinbarten daher unter Schweizer Vorsitz am 19.1.1983 eine Stützungsaktion über \$ 1,3 Mrd., bei der z. T. Finanzkredite oder Bürgschaften für ungebundene Finanzkredite von Banken (\$ 250 Mio.), z. T. Bürgschaft für Exportkredite gegeben wurden“. Die Bundesrepublik sei an der Aktion mit Hermes-Bürgschaften in Höhe von 220 Mio. Dollar beteiligt, davon 46 Mio. Dollar für die Deckung der Verlängerung mittelfristiger gebundener Finanzkredite um drei Jahre und 174 Mio. Dollar für mittelfristige Exportkredite. Vgl. Referat 422, Bd. 140063.

⁵⁰ Bundeskanzler Kohl und der japanische Außenminister Abe erörterten am 5. Januar 1983 die Entwicklung der kulturellen Beziehungen beider Staaten und ihr Verhältnis zu den USA, ferner die Auswirkungen der INF-Verhandlungen auf Asien und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1983.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31 INF-44/83 geheim

7. Januar 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Kenntnisnahme

Betr.: Zeitplan und Vorbereitung zur Stationierung amerikanischer INF-Systeme in Europa;
hier: Abstimmung mit amerikanischer Regierung

Bezug: Vorlage der Abteilung 2 vom 14.12.1982⁴ und Weisung BM betr. STN⁵ zu Antwortschreiben AM Shultz

Anlg.: 2 (nur für Original)

I. 1) Mit anliegendem Schreiben (Anlage 1⁶) haben Sie AM Shultz unsere Haltung zur Synchronisierung der Zeitpläne für die Stationierung amerikanischer INF-Systeme in Europa dargelegt. Sie haben dabei insbesondere auf die Notwendigkeit eines annähernd gleichzeitigen Beginns der Stationierung in der BR Deutschland, Italien und dem Vereinigten Königreich nicht vor September 1983 hingewiesen und die Bereitschaft der amerikanischen Regierung begrüßt, bei der Abstimmung der Stationierungszeitpläne mit ihren deutschen, italienischen und britischen Partnern auch unsere Wünsche zu berücksichtigen.⁷

2) In seiner Antwort (Anlage 2⁸) bekundet AM Shultz Verständnis für die Öffentlichkeitsaspekte der Stationierung und sichert eine enge Abstimmung mit uns und den anderen Stationierungsländern über alle Aspekte des Stationierungsprogramms zu. Shultz bringt jedoch Besorgnis über unseren „Vorschlag“ zum Ausdruck. Damit bezieht er sich offenbar auf die Terminvorstellung „nicht vor September 1983“. Ohne dies näher zu begründen, macht er deutlich, daß unser

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. Januar 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 13. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 19. Januar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Staatssekretär von Staden am 21. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 25. Januar 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Ministerialdirektor Pfeffer legte Entwürfe für Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen und britischen Außenminister, Shultz und Pym, „zur Frage der Synchronisierung der Zeitpläne für die Stationierung amerikanischer INF-Systeme in Europa“ vor. Vgl. VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁵ Stellungnahme.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Das Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz wurde am 20. Dezember 1982 von Ministerialdirigent Dröge mit Drahterlaß Nr. 1315 an die Botschaft in Washington übermittelt. Vgl. dazu VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁷ Ein inhaltsgleiches Schreiben richtete Bundesminister Genscher am 20. Dezember 1982 an den britischen Außenminister Pym. Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 42.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 3. Januar 1983 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 12052 (201).

Wunsch die im Doppelbeschluß für Ende 1983 vorgesehene Einsatzfähigkeit der ersten amerikanischen Mittelstreckensysteme gefährden und damit ein Signal mangelnder Entschlossenheit geben könnte.

II. 1) Bei unserem Synchronisierungsvorschlag sind wir im Einvernehmen mit dem BMVg davon ausgegangen, daß es bei verzugsloser Programmabwicklung technisch möglich sein müsse, innerhalb von drei Monaten nach Eintreffen des ersten Großgeräts die Einsatzfähigkeit der ersten Pershing II und Marschflugkörper bis Ende 1983 zu erreichen. Dies müsse insbesondere für die BR Deutschland gelten, wo die Pershing II in bereits bestehende Strukturen und Einrichtungen übernommen wird.

2) Eine Delegation des Pentagon mit Beteiligung des State Department hat am 3. November 1982 im Auswärtigen Amt nachstehenden Stationierungsplan vorgelegt:

Activity	GLCM	GLCM	P II
	UK	IT	GE
Begin Construction of Base	Oct 81	Apr 82	None required
First Equipment Arrives	Jun 83	Oct 83	Jun 83/Sep 83
First Warhead Arrives	Sep 83	Dec 83	Nov 83
IOC ⁹ (First Flight/Battery Deployed)	Dec 83	Mar 84	Dec 83
FOC ¹⁰ (All Flights/Batteries Deployed)	Sep 88	Oct 87	Dec 85

Übereinstimmend nahmen Botschafter Ruth und die Vertreter des BMVg gegen diesen Zeitplan im Sinne unserer Position (nicht mehr als vier Wochen Zeitunterschied und nicht vor September 1983) Stellung. Beide Seiten stimmten darin überein, daß in dem Spannungsfeld der Vermeidung einer zu frühzeitigen Stationierung einerseits und der Notwendigkeit, die Einsatzfähigkeit der ersten Systeme bis Ende 1983 sicherzustellen, eine gemeinsame abgestimmte Lösung gefunden werden müsse.¹¹

⁹ Initial Operational Capability.

¹⁰ Full Operational Capability.

¹¹ Die amerikanische Delegation hielt sich nach Besuchen in London und Rom am 3. November 1982 in Bonn auf. Referat 220 vermerkte dazu am 4. November 1982: „D2A und Oberst Glatt kritisierten hierauf die für GR[ößbritannien] (Juni 83) und uns angegebenen Termine für das erste physische Erscheinen von Abschußfahrgestellen (GLCM) in GR und sogenannter ‚Erector-Launcher Conversion-Kits‘ (PII). Man müsse die Dislozierungsvorbereitungen in Europa im Zusammenhang sehen. Das Auftauchen von GLCM-Abschußfahrgestellen in GR bereits im Juni werde nicht ohne Auswirkungen auf die öffentliche Debatte bei uns und in den anderen Stationierungsländern bleiben. Hier stünde die Glaubwürdigkeit des Bündnisses auf dem Spiel. Es sei zwecklos, in der öffentlichen Debatte auf den Unterschied zwischen dem Erscheinen von Abschußgestellen und der Dislozierung der eigentlichen Raketen zu verweisen. Dasselbe gelte für die ‚Conversion Kits‘ bei der PII.“ Es sei klargestellt worden, daß Pershing II nicht vor September 1983 erscheinen dürften und der Zeitunterschied bei der Dislozierung in der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien nicht mehr als vier Wochen betragen solle. Vgl. VS-Bd. 11350 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

In diesem Sinne sagten die Amerikaner zu, die Stationierungsplanung mit uns, Italien und dem Vereinigten Königreich genau abzustimmen. Dies wurde sowohl von VM Weinberger in einem Gespräch mit BM Wörner am Rande der NPG¹² als auch von AM Shultz in seinem anliegenden Schreiben bestätigt.

III. Die Synchronisierung der Stationierungszeitpläne wird weiterhin Gegenstand deutsch-amerikanischer Gespräche sein, die beginnend im Februar (am Rande der Sitzungen von HLG¹³ und SCG¹⁴) über die Sitzungen der NPG am 22./23.3. in Portugal¹⁵ sowie am Rande der DPC-Ministertagung¹⁶ vor allem vom federführenden BMVg geführt werden. Eine weitere Kontaktaufnahme von Ihnen mit AM Shultz erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich.

Die Vorlage ist mit dem BMVg abgestimmt. D 2A¹⁷ hat zugestimmt.

Pfeffer

VS-Bd. 12052 (201)

¹² Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 30. November 1982 in Brüssel statt.

Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, z. Z. Brüssel, informierte am 1. Dezember 1982, daß Bundesminister Wörner am Vortag den amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger auf die Bedeutung harmonisierter Einführungszeiten in den Stationierungsländern hingewiesen habe: „Insbesondere müsse vermieden werden, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck vorzeitiger Stationierungen in Mitgliedsländern der NATO zu der Beschuldigung führen könnte, die Zeit für Rüstungskontrollverhandlungen sei nicht optimal genutzt worden. Wir würden unverrückbar am vorgesehenen Zeitplan festhalten.“ Weinberger habe erwidert, „daß die für Ende 1983 vorgesehene Initial Operational Capability (IOC) nur gesichert werden könnte, wenn bereits vorher Ausrüstungsteile eingeführt würden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2189; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktienkopien 1982.

¹³ Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO vom 7. bis 10. Februar 1983 in San Diego vgl. Dok. 17, Anm. 15.

¹⁴ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 13./14. Februar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 47 und Dok. 48.

¹⁵ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Vilamoura vgl. Dok. 77.

¹⁶ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel vgl. Dok. 166.

¹⁷ Friedrich Ruth.

5

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10090/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 72
Cito

Aufgabe: 7. Januar 1983, 20.50 Uhr
Ankunft: 8. Januar 1983, 03.21 Uhr

Betr.: Besuch des SPD-Kanzlerkandidaten Dr. Vogel in Washington
vom 5. bis 7. Januar 1983¹;
hier: Begegnung mit Präsident Reagan

Zur Unterrichtung

Präsident Reagan empfing am 7.1. Dr. Vogel zu einem rund zehnminütigen Gespräch, an dem VP Bush, Sicherheitsberater Clark, sein Vertreter McFarlane, Counselor Meese, Europa-Direktor Burt (State Department) und ich teilnahmen. Nach dem Gespräch stellte sich der Präsident zusammen mit Herrn Vogel kurz der im Rosengarten des Weißen Hauses aufgebauten Bildpresse.

Der Präsident eröffnete mit dem INF-Thema. Er betonte das amerikanische Festhalten am Doppelbeschluß und unterstrich die amerikanische Verhandlungsbereitschaft in Genf, aber auch die amerikanische Absicht, ohne Verhandlungsergebnis die Stationierung durchzuführen.

Dr. Vogel stellte drei Punkte heraus:

- 1) Als Basis der Allianz verwies er auf die verfaßte Gemeinsamkeit der westlichen freien Gesellschaften und die Grenzen zwischen Individuen und Staat.
- 2) Dr. Vogel erwähnte die wachsende Sorge vieler Menschen über das nukleare Wettrüsten. Die Angst nähme zu, daß mit oder ohne Willen eine Katastrophe über die Welt hereinbrechen könnte, eine Sorge, die bis in die Kirchen reiche und auch ihn als Katholiken bewege. Der Präsident sei der mächtigste Mann der westlichen Welt und trage eine schwere Last auf seinen Schultern. Er, Vogel, sei zu Vertrauen bereit und dafür dankbar, daß der Verhandlungsprozeß in Gang gesetzt worden sei. INF sei ein wichtiges Thema. Aus den jüngsten sowie-

¹ Der Kanzlerkandidat der SPD, Vogel, hielt sich mit seinem sicherheitspolitischen Berater Freiherr von Weizsäcker und den SPD-Abgeordneten Bahr und Wischniewski in Washington auf. Weitere Gespräche führte er u. a. mit Vizepräsident Bush, dem amerikanischen Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger, dem Leiter der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, und dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, sowie mit Abgeordneten des Kongresses. Gesandter Wallau, Washington, teilte am 8. Januar 1983 mit, Abrüstungsfragen hätten im Mittelpunkt aller Gespräche gestanden: „Zu INF führte Vogel aus, die SPD gebe dem Abrüstungsteil des Doppelbeschlusses Vorrang. Es gehe ihr darum, daß alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft würden, um die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu vermeiden. [...] Die Stationierung werde nicht ausgeschlossen, aber nur in dem Fall befürwortet, daß sich bis zum Jahresende 1983 keine andere Möglichkeit als gangbar erweise. In diesem Fall werde der Stationierung zugestimmt werden müssen. Für diese Politik suche er das Mandat als Kanzler. Wenn BK Kohl, wie er in Washington erklärt zu haben scheine, in den Wahlen ein Mandat für die Stationierung suche, werde die SPD dafür zu kämpfen haben, daß die Entscheidung offen bleibe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; Referat 220, Bd. 124486. Vgl. dazu ferner VOGEL, Nachsichten, S. 172 f.

tischen Vorschlägen² verdienten zwei Elemente Beachtung, die Bereitschaft zur Reduzierung sowie die getrennte Zählweise für Raketen und Flugzeuge. Dies allein reiche nicht aus, sei auch so nicht akzeptabel, aber Anzeichen dafür, daß der Doppelbeschluß Wirkung zeige. Er bitte (beg) den Präsidenten daher dringend, auf eine Vereinbarung hinzuwirken, die eine Herabsetzung dieser tödlichen Waffen bewirke.

3) Er wolle sich einsetzen für eine internationale Zusammenarbeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und damit für die Stabilisierung und Sicherheit unserer Länder.

Dr. Vogel erwähnte kurz seine Wahlaussichten³ nicht ohne Zuversicht. Er berichtete weiter, bei einem kürzlichen Besuch im Vatikan gleichfalls der Sorge um die nukleare Abrüstung begegnet zu sein.⁴ In Genf brauche die Eröffnungsposition nicht dem Endergebnis entsprechen zu müssen – häufig sehe der Verhandlungsbeginn anders als das Verhandlungsergebnis aus.

Der Präsident erwiderte, daß die amerikanische Seite für einen Verhandlungserfolg hart kämpfe und „in good faith“ verhandle. Als einziger Fortschritt zeige sich bisher, daß die SU auf halbem Wege entgegenkomme und mit der Nulloption auf amerikanischer Seite einverstanden sei. Das amerikanische Ziel sei der Frieden, zu ihm gebe es keine Alternative. Er wolle die besonders destabilisierenden Systeme soweit wie möglich beseitigen. Festigkeit biete dafür die besten Aussichten.

[gez.] Wallau

VS-Bd. 11293 (220)

² Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

⁴ Der Kanzlerkandidat der SPD, Vogel, hielt sich am 15./16. Dezember 1982 in Italien und im Vatikan auf.

6

Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington**220-371.76 INF-24/83 geheim****10. Januar 1983¹****Fernschreiben Nr. 33****Aufgabe: 11. Januar 1983, 11.32 Uhr****Citissime**

Betr.: Vorbereitung der nächsten INF-Runde²;
hier: Schreiben des Bundesministers an AM Shultz

In der Anlage wird ein Schreiben des Bundesministers an Außenminister Shultz übersandt. Mit diesem Schreiben greift der Bundesminister das Thema der kürzlichen Konsultationen von Botschafter Ruth über die Frage der Weiterentwicklung der westlichen INF-Position auf.

Es wird gebeten, das Fernschreiben des Bundesministers unverzüglich mit einer Höflichkeitsübersetzung weiterzuleiten. Höflichkeitsübersetzung folgt.

Ruth³

Folgt Text der Anlage:

Lieber George,

Wir haben mit großer Befriedigung die Erklärung Präsident Reagans zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis in seiner Rundfunk- und Fernsehansprache am 8. Januar 1983⁴ zur Kenntnis genommen und sie auch öffentlich gewürdigt. Seine erneute Bekräftigung der amerikanischen Bereitschaft, energisch und ernsthaft auf baldige Verhandlungsergebnisse in Genf hinzuwirken, ist besonders wichtig und hilfreich. Sie ist für unsere Auseinandersetzung mit den Gegnern des Doppelbeschlusses und für Gespräche mit der Sowjetunion von großer Bedeutung.

Botschafter Ruth hat mich über die Gespräche unterrichtet, die er am 6. und 7. Januar⁵ in Washington mit Mitarbeitern des State Department, der ACDA, des Verteidigungsministeriums und des Weißen Hauses geführt hat.⁶ Ich gehe davon aus, daß Sie über den Inhalt der von ihm vorgetragenen Position unterrichtet worden sind. Diese Position war von Bundesminister Wörner und mir gebilligt und stellt einen Beitrag der Bundesregierung zu den Vorbereitungen auf die nächste Runde der INF-Verhandlungen dar. Es geht uns darum, bei der Weiterentwicklung der westlichen Verhandlungsposition die im Doppelbeschluß

¹ Durchdruck.

Botschafter Ruth vermerkte maschinenschriftlich: „Vor Abg[ang] Herrn Staatssekretär, Herrn Bundesminister, D 2 m[it] d[er] B[il]tte u[m] Mitz[eichnung].“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 11. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM genehmigt.“

² Die vierte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 29. März 1983 in Genf statt.

³ Paraphie vom 11. Januar 1983.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 23–25.

⁵ Korrigiert aus: „7. und 8. Januar“.

⁶ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth vgl. Dok. 8.

vom Dezember 1979 enthaltene Flexibilität so weit wie möglich auszuschöpfen. Wir müssen am Endziel der beidseitigen Null-Lösung festhalten, uns jedoch angesichts der sowjetischen Weigerung, dieses Ergebnis schon jetzt zu ermöglichen, um ein Teilergebnis bemühen, das, ausgehend von einer signifikanten Reduktion und Vernichtung sowjetischer landgestützter Flugkörper, prüft, ob und in welchem Umfang die westliche Nachrüstung geringer ausfallen kann. Dabei muß klar sein, daß der gänzliche westliche Verzicht auf Nachrüstung nur bei völliger Beseitigung und Vernichtung der sowjetischen Flugkörper möglich ist. Wir wehren damit den sowjetischen Versuch ab, durch Reduktion ihres Potentials bei einem völligen Verzicht des Westens ein Mittelstreckenwaffenmonopol zu sichern. Wie Botschafter Ruth Ihren Mitarbeitern darlegte, sind solche ausgewogenen Teilergebnisse denkbar, die den Kriterien des Doppelbeschlusses entsprechen.

Ich habe vor, Botschafter Ruth unmittelbar im Anschluß an den Besuch Außenminister Gromykos in Bonn⁷ nach Washington zu entsenden, um Ihre Regierung über die rüstungskontrollpolitischen Elemente der Gespräche im Detail zu unterrichten. Ich wäre dankbar, wenn dieser erneute Besuch von Herrn Ruth genutzt werden könnte, um die Erörterungen, die am 6. und 7. Januar⁸ begonnen wurden, fortzusetzen.⁹ Aus meiner Sicht würde dieses neue Gespräch auch der Vorbereitung des Besuchs des Vizepräsidenten¹⁰ und der Diskussion in der Allianz dienlich sein.

Wir freuen uns auf den Besuch von Vizepräsident Bush. Er wird uns eine willkommene Gelegenheit geben, die enge Abstimmung zwischen uns weiter zu vertiefen und damit unsere Solidarität im Bündnis zu dokumentieren.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Dietrich Genscher

VS-Bd. 11351 (220)

⁷ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁸ Korrigiert aus: „7. und 8. Januar“.

⁹ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 20./21. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 14.

¹⁰ Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

7

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**201-363.11-85/83 VS-vertraulich****11. Januar 1983¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung von III.2) sowie Unterzeichnung der anliegenden Schreiben an AM Tindemans und AM van den Broek³

Betr.: Möglicher Rückzug Belgiens und der Niederlande aus der integrierten NATO-Luftverteidigung

Bezug: Schreiben des Bundeskanzlers vom 21.12.1982 (liegt bei⁴)

I. Zum Verfahren

1) Mit gleichlautenden Schreiben vom 21.12.1982 an Sie und BM Wörner hat der Bundeskanzler folgenden Auftrag erteilt:

Er halte es für dringend geboten, bei den NATO-Staaten, die Verbände für die integrierte Luftverteidigung stellen, mit dem Ziel zu intervenieren, alle Maßnahmen zu vermeiden, welche die NATO-Luftverteidigung schwächen und den Raumschutz unseres Landes gefährden könnten. Der Bundeskanzler bat zunächst, unseren Ständigen Vertreter bei der NATO anzuweisen, in diesem Sinne bei den NATO-Gremien zu intervenieren.⁵

2) Unsere NATO-Vertretung setzt sich weisungsgemäß seit längerem dafür ein, Belgien von einem Rückzug aus der integrierten NATO-Luftverteidigung abzuhalten. Da diese Bemühungen bisher ohne Erfolg blieben, hat Botschafter Wieck angeregt, auf möglichst hoher Ebene auf die belgische Regierung einzuwirken.⁶ BM Wörner hat die Frage mit seinem belgischen Amtskollegen bereits am Rande der letzten DPC-Ministertagung⁷ erörtert, ohne jedoch eine Änderung der

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „ChBK sollte nach Billigung der Vorlage u. Absendung des Schreibens unterrichtet werden – ebenso BMVg (u. NATO-Vertretung).“

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 15.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5.

⁵ Zur Erläuterung schrieb Bundeskanzler Kohl am 21. Dezember 1982 an Bundesminister Genscher: „Luftverteidigung ist für die Bundesrepublik Deutschland eine strategische Aufgabe, ohne die eine wirksame Vorverteidigung nicht möglich ist. Dieses Gebiet, auf dem die gemeinsamen Verteidigungsvorkehrungen am weitesten integriert sind, ist auch ein Prüfstein für die Solidarität im Bündnis. In einer Zeit, in der es darauf ankommt, im Bündnis enger zusammenzustehen, können wir nicht akzeptieren, daß NATO-Partner uns ihre Unterstützung bei der Wahrnehmung elementarer nationaler Sicherheitsinteressen versagen, die zugleich Teil der gemeinsamen Verteidigungsvorkehrungen sind.“ Vgl. VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

⁶ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), empfahl am 2. Dezember 1982, „in enger Abstimmung zwischen AA und BMVg bilateral auf BE Einfluß zu nehmen, um die belgische Beteiligung am integrierten L[uft]V[erteidigungs]-Gürtel zu erhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2221; VS-Bd. 11968 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁷ Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 1./2. Dezember 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 329.

belgischen Haltung erreichen zu können.⁸ Ein Gespräch zwischen Ihnen und AM Tindemans am Rande des NATO-Rats⁹ war zwar aus Zeitgründen nicht zustande gekommen; Sie haben jedoch Botschafter Dobbeleer bei seinem Abschiedsbesuch am 4.1.1983 gebeten, der belgischen Regierung den dringenden Wunsch der Bundesregierung zu übermitteln, die Pläne für den Teilrückzug aus der integrierten NATO-Luftverteidigung zu überdenken.¹⁰

3) Nach der offiziellen Bekanntgabe der belgischen Absichten wurde der SACEUR¹¹ mit einer Lagebeurteilung beauftragt. Sie wird Grundlage für Konsultationen des SACEUR mit Belgien und für Beratungen im Militärausschuß sein. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß auf dieser Ebene eine Änderung der belgischen Haltung erreicht werden kann.

4) Eine erneute Weisung an unsere NATO-Vertretung verspricht bei dieser Sachlage keinen Erfolg. Die Angelegenheit sollte daher auf möglichst hoher Ebene mit der belgischen Regierung weiterverfolgt werden. Das Bundeskanzleramt teilt diese Beurteilung. Bei einer Rücksprache von Dg20¹² mit MDg Zeller präzisierte es den Wunsch des Bundeskanzlers dahin, daß der Bundesaußenminister und BM Wörner an ihre belgischen und niederländischen Amtskollegen¹³ schreiben sollten.

Ferner sollten die übrigen Partner in der integrierten Luftverteidigung um flankierende Unterstützung unserer Demarchen bei den Regierungen Belgiens und der Niederlande gebeten werden.

II. Zur Sache

1) Der zusammenhängende, tiefgestaffelte Flugabwehr-Raketengürtel der Systeme Hawk und Nike bildet das Rückgrat des Raumschutzgürtels der integrierten NATO-Luftverteidigung in Mitteleuropa.

Belgien stellt dafür sechs Batterien Hawk und acht Batterien Nike, die Niederlande acht Batterien Hawk und vier Batterien Nike zur Verfügung. Die Raketen-

⁸ Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, z. Z. Brüssel, informierte am 1. Dezember 1982 über ein Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem belgischen Verteidigungsminister in Brüssel. Vreven habe angekündigt, „daß er bei der Ausrüstung der belgischen Streitkräfte dem Heer für die Artillerie, die Hubschrauber und die Funkgeräte den Vorrang geben und die Fl[ug]a[bwehr]rak[eten]-Batterien in Deutschland aufgeben müsse. Im einzelnen führte er aus, es sei geplant: 1) die Nike-Batterien aufzugeben und auf Patriot als ‚nicht bezahlbar‘ zu verzichten; 2) ‚eventuell‘ auch die belgischen Hawk-Batterien nach Belgien abziehen und sie um die belgischen Luftbasen und die für die NATO für Aufnahme des überseeischen Nachschubs wichtigen Häfen zu konzentrieren.“ Wörner habe erwidert, daß diese Maßnahme „eine kritische Lücke in die Boden-Luft-Verteidigung der NATO und damit auch in den Schirm der Vorneverteidigung reißen müßte. BM machte auf die ernststen Konsequenzen für die Allianz und die Sicherheit Westeuropas, aber auch für das Verhältnis der NATO-Partner zueinander aufmerksam.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2192; VS-Bd. 11968 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁹ Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 344–346.

¹⁰ Vortragender Legationsrat Tidten vermerkte am 5. Januar 1983, daß im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Botschafter de Dobbeleer vom Vortrag die Europa-Politik und Ost-West-Fragen gestanden hätten. In diesem Zusammenhang habe Genscher kurz das Thema der integrierten NATO-Luftverteidigung angesprochen und um „Überprüfung der belgischen Haltung“ gebeten. Vgl. Referat 201, Bd. 125631.

¹¹ Bernard W. Rogers.

¹² Hans Schauer.

¹³ Leo Tindemans (Belgien) und Hans van den Broek (Niederlande) bzw. Alfred Vreven (Belgien) und Jacob de Ruiter (Niederlande).

Systeme beider Länder decken im mittleren Teil der BR Deutschland einen zusammenhängenden Bereich von etwa 120 km (Hawk-Gürtel) bzw. 180 km (Nike-Gürtel) Breite zur Abwehr tief- und mittelhoch- (Hawk) sowie hochfliegender Ziele (Nike) ab. Im Norden des belgisch-niederländischen Bereichs schließen sich deutsche, im Süden amerikanische und deutsche Batterien an.

Die gleichmäßige Besetzung des Raketengürtels von der dänischen bis zur österreichischen Grenze mit Waffensystemen, deren Wirkungsbereiche sich in jeder Richtung überlappen, bringt eine Raumschutzwirkung, die gleichermaßen dem Schutz der in der Vorneverteidigung eingesetzten Landstreitkräfte und der in der Tiefe des Raumes liegenden zivilen und militärischen Potentiale dient. Ein Angreifer trifft an jeder Stelle des Gürtels auf ein zentral geführtes wirkungsvolles Abwehrpotential.

2a) Belgien hat den ersatzlosen Abzug von zwei seiner acht Nike-Batterien für 1983 fest angekündigt. Das Gespräch von BM Wörner mit dem belgischen VM am Rande der DPC-Ministertagung und die Erklärung des belgischen Generalstabschefs¹⁴ auf der 81. Sitzung des Militärausschusses auf Ebene der Generalstabschefs haben noch weitergehende belgische Rückzugsabsichten deutlich gemacht. Belgien beabsichtigt, ab 1983 auch seine restlichen sechs Nike-Batterien aus dem Luftverteidigungssystem zurückzuziehen und die Planungen für das Nachfolgesystem Patriot aufzugeben. Ferner muß damit gerechnet werden, daß Belgien auch seine im vorderen Hawk-Gürtel dislozierten Batterien ganz oder teilweise abziehen und zum Schutz der Aufnahmeplätze und -häfen für US-Luft- und -Landverstärkungen in Belgien einsetzen wird. Die USA haben einen derartigen Schutz durch Dislozierung zusätzlicher Batterien gefordert.

Belgien begründet seine Rückzugspläne mit drängenden Finanzproblemen.

b) Die Niederlande haben angekündigt, ihre vier Nike-Batterien von 1983 bis 1986 in vier Jahresschritten zu deaktivieren. Ab 1986 wird dafür die Einführung des Nachfolgesystems Patriot in Aussicht gestellt. Dies wurde jedoch bisher auf politischer Ebene nicht bestätigt. Die Niederlande erwägen ferner, 50% ihres Hawk-Potentials (vier Batterien) aus dem vorderen Raketengürtel herauszulösen und – wie von Belgien in Betracht gezogen – zum Objektschutz in die Niederlande zurückzuverlegen.

3) Die integrierte Luftverteidigung leistet aus strategischer Sicht einen wesentlichen Beitrag zur Vorneverteidigung, da sie einem Angreifer überraschende Anfangserfolge verwehrt und einen unverzichtbaren Schutz für die eigenen Land- und Luftstreitkräfte sowie für unsere zivilen Ressourcen darstellt. Dieses Raumschutzkonzept ist nur in einem lückenlosen Raketengürtel funktionsfähig. Ein Rückzug Belgiens und evtl. auch der Niederlande aus der integrierten Luftverteidigung würde einem Angreifer neue Einsatzoptionen bei vermindertem Risiko eröffnen. Dies würde die Aussichten für eine wirksame Vorneverteidigung erheblich verringern. Abgesehen von den militärischen Auswirkungen wäre auch unsere Zivilbevölkerung unmittelbar betroffen. Auch würden die Planungen des Bündnisses unterlaufen, das konventionelle und nukleare Nike-System durch das konventionelle Nachfolgesystem Patriot zu ersetzen. All dies

¹⁴ Maurice Gysemberg.

könnte nicht ohne Auswirkungen auf die Bündnissolidarität und die Entschlossenheit aller Verbündeten zur Verteidigung bleiben.

III. 1) Mit den anliegenden Schreiben sollen der belgischen und niederländischen Regierung nochmals eindringlich die schwerwiegenden Folgen eines Rückzugs aus der integrierten Luftverteidigung vor Augen gehalten werden.¹⁵

2) Im Einvernehmen mit dem BMVg ist beabsichtigt, die an der integrierten Luftverteidigung beteiligten Partner USA und GB über unsere Demarchen zu unterrichten und sie zu bitten, diese bei den Regierungen Belgiens und der Niederlande flankierend zu unterstützen.¹⁶

Die Vorlage ist mit dem BMVg abgestimmt.

Pfeffer

VS-Bd. 12022 (201)

¹⁵ Bundesminister Genscher schrieb am 18. Januar 1983 dem belgischen Außenminister Tindemans: „Ich verkenne nicht die Finanzprobleme, welche die belgische Regierung veranlaßt haben, derart einschneidende Maßnahmen zu erwägen. [...] Die integrierte Luftverteidigung ist jedoch wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Luftverteidigung Westeuropas und damit eine strategische Aufgabe des Bündnisses. [...] Ein Herauslösen einzelner Elemente aus dem Verbund der Luftverteidigung würde eine Lücke im Raketen-Gürtel schaffen, die von keinem anderen Partner geschlossen werden könnte. Dies würde zur Aufgabe des Raumschutzkonzeptes zwingen.“ Genscher bat daher dringend um eine Überprüfung der belgischen Kürzungsabsichten „mit dem Ziel, den unverzichtbaren Beitrag belgischer Raketenkräfte aufrechtzuerhalten.“ Vgl. VS-Bd. 12022 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Mit Schreiben vom selben Tag bat Genscher den niederländischen Außenminister van den Broek um Unterstützung seines Anliegens bei der belgischen Regierung und fuhr fort: „Im übrigen würde es seinen Eindruck auf die belgische Regierung sicherlich nicht verfehlen, wenn die niederländische Regierung die für 1986 beabsichtigte Einführung des Luftabwehrsystems Patriot fest zusagen und zugleich klarstellen könnte, daß die Niederlande nichts unternehmen werden, was den Luftverteidigungsverbund ihrerseits schwächen würde.“ Vgl. VS-Bd. 12022 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Am 21. Januar 1983 wies Ministerialdirektor Pfeffer die Botschaften in London und Washington an, die dortigen Außenministerien über die Demarchen bei der belgischen und der niederländischen Regierung in Kenntnis zu setzen und „um flankierende Unterstützung [...] zu bitten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 370; VS-Bd. 12022 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

8

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-371.76 INF-29/83 geheim****11. Januar 1983**

Über Herrn Staatssekretär¹ dem Herrn Bundesminister² mit dem Vorschlag der Unterrichtung des Bundeskanzlers und des Bundesministers der Verteidigung³ vorgelegt.

Betr.: INF;

hier: Weiterentwicklung der Null-Lösung⁴

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 A vom 27.12.82

– 220-371 INF-2320/82 geh.⁵

I. In zweitägigen besonders intensiven Konsultationen habe ich am 6. und 7. Januar in Washington unsere Überlegungen zur Weiterentwicklung der Null-Lösung vorgetragen. Grundlage war die mit dem BMVg abgestimmte Aufzeichnung vom 27.12.82. Der Zeitpunkt für die Konsultationen war besonders günstig, weil er mit den Vorbereitungen der Vereinigten Staaten auf die nächste INF-Runde⁶ zusammenfiel. Als Ergebnis halte ich fest, daß meine Gesprächspartner wie wir die Notwendigkeit eines intensiven Gedankenaustauschs anerkennen, zu weiteren Gesprächen bereit sind, unsere Vorstellungen für interessant halten, sich jedoch in der Sache noch nicht festlegen können. Ich habe vorgeschlagen, daß wir die bilateralen Gespräche anläßlich meiner Anwesenheit in Washington zur Unterrichtung über den Gromyko-Besuch⁷ fortsetzen. Ich beabsichtige, vor diesem Termin in London und Rom unsere Überlegungen darzustellen, um grundsätzliche Unterstützung zu erhalten.⁸

II. 1) Ich habe mit folgenden Vertretern der amerikanischen Regierung Gespräche geführt:

- Botschafter Nitze,
- Botschafter Rowny,
- im State Department:
 - Unterstaatssekretär Eagleburger,

¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Januar 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1983 vorgelegen.

³ Manfred Wörner.

⁴ Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 2, Anm. 11.

⁵ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron vgl. AAPD 1982, II, Dok. 361.

⁶ Die vierte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 29. März 1983 in Genf statt.

⁷ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 20./21. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 14.

⁸ Am 17. Januar 1983 vermerkte Botschafter Ruth: „Nach Billigung durch den Herrn Bundesminister habe ich die für INF-Rüstungskontrolle zuständigen hohen Beamten der Außenministerien in London und Rom über den Stand unserer Überlegungen unterrichtet und ihre Zustimmung für eine enge Abstimmung über das weitere Procedere erhalten. Ich habe ferner BM Dr. Wörner und MD Teitschik über die Ergebnisse der bisherigen Sondierungen unterrichtet.“ Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

- Richard Burt, Direktor für Politische Angelegenheiten,
- Admiral Jonathan Howe, Direktor des Büros für Politisch-Militärische Angelegenheiten,
- ACDA: Direktor Eugene Rostow,
- Verteidigungsministerium: Assistant Secretary Richard Perle,
- Weißes Haus: General Boverie.

2) Unsere Überlegungen sehen vor, unter grundsätzlicher Beibehaltung des Ideals der beiderseitigen Verzicht auf landgestützte weitreichende Mittelstreckenflugkörper die westliche Verhandlungsposition weiterzuentwickeln. Eine weiterentwickelte Position soll folgende Elemente enthalten:

- globale sowjetisch-amerikanische Obergrenze,
- Einfrieren des sowjetischen Bestandes der SS-20 im Fernen Osten (insgesamt 100 Raketen),
- gleiche Obergrenzen für die in Europa stehenden und auf Europa wirkenden landgestützten INF-Flugkörper als Teil des beiderseitigen Gesamtbestandes,
- besondere Begrenzungen für INF-Flugzeuge,
- Zählkriterium soll Sprengköpfe auf Abschlußvorrichtungen (war heads on launchers) sein.

3) Eine mögliche Instruktion an Botschafter Nitze könnte die Weisung enthalten, in diesem Rahmen alle Möglichkeiten einer Reduzierung des sowjetischen SS-20-Bestandes und Festlegung entsprechender Obergrenzen für die westlichen INF-Planungen auszuloten. Sie könnten theoretisch zwischen null auf beiden Seiten (jedoch bezogen auf Europa) und je 572 auf beiden Seiten liegen.

4) Unsere Vorschläge wurden von allen Gesprächspartnern mit großem Interesse aufgenommen. Besonders intensiv erkundigten sich die Vertreter des State Department und des Weißen Hauses nach Einzelheiten. Mit Botschafter Nitze habe ich vereinbart, am 20.1. in Washington ein weiteres Gespräch zu führen und dabei, wenn möglich, schon Meinungen europäischer Bündnispartner einzubringen. Dazu werde ich in Abstimmung mit dem Bundesminister am 11. und 12.1. nach London und Rom reisen.

Relativ skeptisch, aber weniger skeptisch als erwartet, äußerte sich der Vertreter des Verteidigungsministeriums. Er behielt sich eine Äußerung zur Substanz vor, hielt jedoch ebenfalls eine Fortsetzung des Gesprächs für wünschenswert. Seine Bedenken richten sich gegen die politischen Wirkungen einer Abkehr von der Null-Lösung.

5) Aus den Gesprächen halte ich folgende Einzelaspekte fest:

- a) Die amerikanische Regierung ist ebenfalls mit Prüfung des Komplexes Weiterentwicklung der Null-Lösung beschäftigt. Die Überprüfung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.
- b) Von besonderer Bedeutung ist für jede weitere Position des Westens, daß die Null-Lösung als ideales Ergebnis und als westliches Angebot erhalten bleibt.
- c) Auch weitere Vorschläge für Verhandlungsergebnisse müssen den im Doppelbeschluß festgelegten Hauptkriterien entsprechen, d.h.:
 - globale Obergrenzen in Verbindung mit regionalen Obergrenzen;

- die Begrenzungen müssen ausgewogen sein, d. h., das Ziel sind de jure gleiche Obergrenzen;
- britische und französische Systeme können nicht angerechnet werden;
- bei der Behandlung der Reduzierungsmodalitäten und der Begrenzung der sowjetischen Systeme im Fernen Osten müssen die Sicherheitsinteressen der dortigen Staaten, insbesondere der Japaner, bedacht werden.

6) Von besonderer Bedeutung wird die Frage der zeitlichen Festlegung für die Entwicklung, Einführung und Bekanntgabe eines westlichen Schrittes sein. Die Vereinigten Staaten sind sich des Gewichts eines solchen Schrittes für die innenpolitische Diskussion bei uns bewußt. Es dürfte möglich sein, einen entsprechenden Schritt schon für die Zeit während der nächsten Verhandlungsrunde, die am 27. Januar beginnt, vorzubereiten.⁹

III. 1) Einige amerikanische Gesprächspartner waren mit dem Hinweis zurückhaltend, daß der amerikanische Präsident erst kürzlich sich noch auf die Null-Lösung festgelegt habe und noch nicht mit weitergehenden Überlegungen befaßt worden sei. Es ist möglich, daß nach der Rede des Präsidenten am 8.1. diese Bedenken nicht mehr gelten. In dieser Rede hat der Präsident festgestellt: „Amerika wird energisch und ernsthaft verhandeln, um frühe Übereinstimmungen über verminderte und gleichgewichtige Rüstungsstärke zu erzielen.“¹⁰ Dies kann als Hinweis auf die Bereitschaft interpretiert werden, eine Modifizierung der Null-Lösung als Ergebnis anzusprechen. Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, daß nach der Rede des Präsidenten die Chancen für die baldige Entwicklung einer gemeinsamen Position für die Weiterentwicklung bei INF gewachsen sind.¹¹

⁹ Bundeskanzler Kohl richtete am 17. Januar 1983 ein Schreiben an Präsident Reagan, in dem er den Besuch des Botschafters Ruth am 20./21. Januar 1983 ankündigte, um über die INF-Verhandlungen in Genf zu sprechen: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn es in Vorbereitung der Reise von Vizepräsident Bush und im Interesse einer engen Abstimmung im Bündnis dabei gelänge, in kurzer Frist Elemente für einen westlichen Schritt zu erarbeiten. Je klarer wir an beiden Teilen des Doppelbeschlusses festhalten, umso sorgfältiger und aufgeschlossener können wir intern die Verhandlungslage prüfen, damit keine Möglichkeit eines Verhandlungserfolgs ungenutzt bleibt.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 20. Januar 1983 vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger, daß Bundesminister Genscher über ein Vier-Augen-Gespräch mit Kohl am selben Tag mitgeteilt habe: „Er habe mit dem Bundeskanzler die Frage erörtert, ob wir gegenüber den USA im Sinn der Ruthschen Vorschläge jetzt, also im Januar/Februar, initiativ werden sollten, um damit dem Eindruck zu begegnen, der Westen beziehe in der INF-Frage eine ‚Alles-oder-Nichts-Position‘. Der Bundeskanzler sei wie er, BM, der Auffassung, daß eine solche Initiative unternommen werden sollte. Er, BM, werde das Thema daher bei seinem bevorstehenden Besuch in Washington ansprechen und darauf hinwirken, daß Vizepräsident Bush nicht mit leeren Händen nach Europa kommen wird.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 24.

¹¹ Botschafter Ruth vermerkte am 18. Januar 1983, der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe ihn telefonisch darüber in Kenntnis gesetzt, „daß man zwar bereit sei, am 20./21. Januar 1983 bei meinem Besuch unsere Überlegungen anzuhören, doch noch nicht in der Lage sei, sie zu erörtern. Das Thema werde derzeit in Washington als sehr sensitiv angesehen, da in Washington eine gründliche Überprüfung im kleinsten Kreis stattfinde. Burt, der sich auf AM Shultz berief, sprach die Bitte aus, daß wir unsere Vorstellungen noch nicht im Detail mit anderen erörtern. Er gab zu verstehen, daß insbesondere öffentliche Hinweise auf solche Gespräche von europäischen Bündnispartnern nicht dazu beitragen würden, gute Ergebnisse zu erreichen.“ Er, Ruth, schließe aus dem Gespräch, „daß das State Department besorgt ist über die u. a. durch den Rücktritt Rostows ausgelöste öffentliche Diskussion über die Verhandlungsposition der

2) Auf der nächsten Gesprächsrunde in Washington wird auch darüber zu sprechen sein, wann und wie neue Überlegungen im Bündnis erörtert werden sollten. Bezugspunkte sind dafür die Reise des amerikanischen Vizepräsidenten ab 30. Januar¹² und die nächste SCG-Sitzung am 13. und 14. Februar¹³.

Ruth

VS-Bd. 11351 (220)

9

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem norwegischen Außenminister Stray**

204-321.11 NWG-37/83 VS-vertraulich

13. Januar 1983¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem norwegischen Außenminister Stray am 13. Januar 1983 in Bonn (Frühstück, 8.00 bis 10.00 Uhr)²

Teilnehmer am Gespräch:

Norwegische Seite: Botschafter Gjellum, Politischer Direktor Ravne, EG/EPZ-Referent Jervell.

Deutsche Seite: D 2³, D 4⁴, RL 204⁵, LR I Ischinger.

Fortsetzung Fußnote von Seite 37

Allianz. Die amerikanische Seite möchte offenbar angesichts der amerikanischen innenpolitischen Diskussion den Eindruck vermeiden, als lasse man sich durch europäische Bündnispartner unter Druck setzen. Wir sollten daher m. E. weiterhin sehr behutsam vorgehen und vor allem die Gespräche mit europäischen Partnern sehr vertraulich behandeln.“ Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

¹³ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 47 und Dok. 48.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 13. Januar 1983 gefertigt und am folgenden Tag über die Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer an das Ministerbüro mit der Bitte um Genehmigung durch Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Pfeffer am 14. Januar und Fischer am 17. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 18. Januar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Schenk verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) (Verteilung unter Vorbehalt Genehmigung d[urch] BM.) 2) Rege an VS-v.“

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Ploetz und Graf York von Wartenburg am 18. bzw. 19. Januar 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12934 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der norwegische Außenminister Stray hielt sich am 12./13. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Er führte am 12. Januar 1983 ein Gespräch mit Bundespräsident Carstens. Im Anschluß an das Gespräch mit Bundesminister Genscher traf Stray mit dem SPD-Abgeordneten Bahr und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, zusammen.

³ Franz Pfeffer.

⁴ Per Fischer.

⁵ Reinhold Schenk.

In dem Gespräch wurden folgende Themen erörtert:

1) Norwegen und EPZ

AM Stray dankte BM, daß dieser trotz schwieriger Terminlage den Besuch ermöglicht habe.⁶ Für Norwegen seien enge Kontakte zur Präsidentschaft⁷ sehr bedeutungsvoll. Norwegen hoffe, daß die unter der belgischen und dänischen Präsidentschaft⁸ eingespielten und bewährten Kontakte zur EPZ unter der deutschen Präsidentschaft fortgesetzt werden können. Er, Stray, sei dankbar, daß die Modalitäten der vorgesehenen Informationskontakte zwischen den Politischen Direktoren (D2 und Ravne) geklärt worden seien.⁹ Er, Stray, hoffe, daß es auch für die EG von Bedeutung sei, die engen Verbindungen mit Norwegen aufrechtzuerhalten.

AM Stray kam gegen Ende des Gesprächs nochmals auf die EPZ zurück und stellte die Frage nach den Kontakten EPZ/USA.

D2 erläuterte hierzu, daß ein „Troika“-Treffen (Dänemark, Belgien und Bundesrepublik Deutschland) unter Vorsitz von MDg Dyvig im vergangenen Herbst mit dem Leiter der Europaabteilung im State Department, Burt, am Rande der VN-GV in New York stattgefunden habe.¹⁰ Burt habe sich sehr befriedigt über dieses neue Instrument gegenseitiger Unterrichtung geäußert und gebeten, auch in Zukunft daran festzuhalten. Dies sei die Absicht der Zehn. Ein neues Treffen sei noch nicht terminiert. Möglicherweise werde es im Zusammenhang mit einer der nächsten Europareisen Burts stattfinden.

Stray begrüßte enge Kontakte zwischen EPZ und USA, äußerte aber die Befürchtung, daß hierbei auch außen- und sicherheitspolitische Fragen im voraus abgesprochen werden könnten, so daß Norwegen dieses später nur noch zur Kenntnis nehmen könne. Durch enge Kontakte mit der EPZ sei Norwegen be-

⁶ Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 1. Dezember 1982, daß der norwegische Außenminister Stray am 29. November 1982 anlässlich der deutsch-norwegischen Direktorenkonsultationen den Wunsch nach einem „Kurzbesuch“ in die Bundesrepublik geäußert habe: „Die norwegische Regierung bemüht sich mit großem Nachdruck um engere Beziehungen zur EPZ. Sie möchte vor allem die Kontakte zur jeweiligen Präsidentschaft ausbauen. Zu diesen Bemühungen gehört, daß der norwegische Außenminister – wie schon unter der dänischen und belgischen Präsidentschaft – jeweils zu Beginn der Präsidentschaft diese besucht.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135246.

⁷ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁸ Belgien hatte im ersten Halbjahr 1982, Dänemark im zweiten Halbjahr 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁹ Bei den deutsch-norwegischen Direktorenkonsultationen am 29. November 1982 in Oslo sicherte Ministerialdirektor Pfeffer dem norwegischen Außenminister Stray zu, „daß die deutsche Präsidentschaft auf der Grundlage des Londoner Berichts die EPZ-Kontakte zu Norwegen in großzügiger Weise fortsetzen werde. Man solle jedoch nicht von Formalisierung sprechen. Informationskontakte sollten informell, pragmatisch und flexibel gehandhabt werden. D2 schlug vor, daß die Hauptunterrichtung in Bonn erfolgt (u. a. Vorausinformation über PK-Tagesordnung, direkte Kontakte mit Arbeitsgruppenleitern, Unterrichtung über PK-Ergebnisse). Botschaft Oslo werde ausführlich über EPZ-Fragen unterrichtet werden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 30. November 1982; Referat 420, Bd. 129949.

¹⁰ Die im Rahmen der EPZ gebildete Troika bestand aus Vertretern der Außenministerien der amtierenden Ratspräsidentschaft sowie aus denen ihrer Vorgängerin und Nachfolgerin. Am 30. September 1982 fand in New York ein Gespräch zwischen Ministerialdirektor Pfeffer, den Abteilungsleitern im belgischen bzw. dänischen Außenministerium, Cahen und Dyvig, sowie dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 5472 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 7. Oktober 1982; VS-Bd. 11420 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

müht, eine solche Entwicklung zu vermeiden. Es sei wichtig, daß Norwegen seine Auffassungen den Zehn zur Kenntnis bringen könne, bevor Beschlüsse gefaßt würden.

BM betonte, daß wir immer für einen engen Meinungsaustausch mit Norwegen offen seien. Dieser werde in der Regel auf Beamtenebene erfolgen. Er, *BM*, sei aber auch immer zu einem persönlichen Gespräch mit *AM Stray* bereit, wenn dieser glaube, daß dies vonnöten sei. *AM Stray* bedauerte, daß Norwegen seinerzeit nicht der EG beigetreten sei.¹¹ Dies ließe sich aber auf absehbare Zeit nicht mehr ändern. Es komme jetzt darauf an, das Beste aus dieser Lage zu machen. Er, *Stray*, habe 1970 die ersten norwegischen Beitrittsverhandlungen geführt. Er habe immer die Auffassung vertreten, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen der EG und Norwegen für beide wichtig sei.

BM: Er habe vor kurzem noch seinem dänischen Kollegen gegenüber erklärt, die Fische begännen Europas Schicksal zu werden.¹² Es sei ein Hauptfehler gewesen, daß die EG seinerzeit nicht erkannt habe, welche Bedeutung die Fischerei für Norwegen habe.

Stray stimmte dem zu. Es sei vor allem ein schwerwiegender psychologischer Fehler gewesen, daß am Tage vor den norwegischen Beitrittsverhandlungen die EG eine gemeinsame Fischereipolitik beschlossen habe.¹³

D4 ergänzte mit dem Hinweis, daß einer der Bestandteile der gemeinsamen Fischereipolitik die Frage des Zugangs zu den Küstengewässern sei. Jetzt sehe man, daß man nicht umhin könne, die Fischerei in manchen Küstengewässern gewissen Bedingungen zu unterwerfen. Es sei daher um so bedauerlicher, daß der norwegische EG-Beitritt seinerzeit auch wegen dieser Frage gescheitert sei. Die Bundesregierung habe das Problem damals gesehen.

BM: Hinzu komme, daß die Probleme bei den norwegischen Beitrittsverhandlungen nicht vergleichbar gewesen seien mit denen, die sich im Zusammenhang mit der Süderweiterung, insbesondere einem spanischen EG-Beitritt¹⁴ stellen.

¹¹ Norwegen unterzeichnete am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973. Am 25./26. September 1972 sprachen sich bei einer Volksabstimmung in Norwegen 54 % der Abstimmenden gegen und 46 % für einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften aus. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

¹² Am 21. Dezember 1982 fand in Brüssel eine EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister statt, um vor dem Auslaufen der in der Beitrittsakte vom 22. Januar 1972 vereinbarten Übergangsbestimmungen am 31. Dezember 1982 neue Regelungen für eine gemeinsame Fischereipolitik zu treffen. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am folgenden Tag: „Auch im letzten Anlauf unter dän[ischem] Vorsitz gelang es Rat wiederum nicht, Fischereipaket zu verabschieden und damit Gemeinsame Fischereipolitik auf eine solide und dauerhafte Basis zu stellen.“ Trotz der Bereitschaft der übrigen EG-Mitgliedstaaten zu weiteren Nachbesserungen habe die dänische Regierung wegen einer ablehnenden Stellungnahme des parallel tagenden Marktausschusses des dänischen Parlaments nicht zugestimmt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4708; Referat 411, Bd. 131254. Bundesminister Genscher führte am 6. Januar 1983 ein Gespräch mit dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen, in dessen Mittelpunkt Fragen der Fischerei standen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Januar 1983; Referat 411, Bd. 131255.

¹³ Die Beitrittsverhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Norwegen begannen am 30. Juni 1970.

Auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1970 verabschiedete der EG-Ministerrat „Leitlinien für die Ausarbeitung der Verordnungen über eine gemeinsame Marktorganisation und die Schaffung einer Strukturpolitik im Fischereisektor“. Die Fischerei-Regelung sollte bis zum 1. November 1970 fertiggestellt werden. Vgl. BULLETIN DER EG 8/1970, S. 98. Vgl. dazu ferner AAPD 1970, II, Dok. 289.

¹⁴ Spanien beantragte am 28. Juli 1977 den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Die Bei-

2) Aktuelle EG-Fragen, insbesondere Fischereipolitik

BM erläuterte auf eine entsprechende Frage von AM Stray aktuelle EG-Fragen: Bei den inneren Fragen der EG gebe es schwierige Probleme: Haushalt¹⁵, Fischerei, sehr schwierige Beitrittsverhandlungen mit Portugal¹⁶ und insbesondere mit Spanien.

Am erfreulichsten habe sich die EPZ entwickelt, dies gelte insbesondere für die Abstimmung für das Madrider KSZE-Folgetreffen. Gewisse Probleme gebe es in der Frage der Beziehungen zu Lateinamerika. Diese hingen mit der innenpolitischen Lage in den einzelnen MS zusammen. Weitgehende Übereinstimmung bestehe in der Afrika- und Nahostpolitik. Im Nahosten komme es darauf an, die Reagan-Initiative¹⁷ und den in Fes begonnenen Weg¹⁸ einander anzunä-

Fortsetzung Fußnote von Seite 40

trittsverhandlungen wurden am 18. September 1979 aufgenommen. Referat 410 stellte am 31. Januar 1983 fest, daß sich die Verhandlungen wegen offener Fragen im Agrarbereich „auch in anderen Bereichen etwas festgefahren“ hätten: „Die Hoffnung, bis Ende 1982 ebenso wie bei Portugal die gewerblichen Kapitel im wesentlichen abzuschließen, wurde nicht erfüllt. In den Bereichen Zollunion, EGKS und Außenbeziehungen gibt es noch eine ganze Reihe von offenen Problemfragen, wobei der mangelnde Fortschritt vor allem an F, teilweise auch an langsamen spanischen Reaktionen liegt. Für das 24. Stellvertretertreffen EG-Spanien am 28.1. gelangen allerdings substantielle EG-Erklärungen zu Textil und Außenbeziehungen.“ Entscheidend würden aber die Verhandlungen im Agrarkapitel werden. Vgl. Referat 410, Bd. 130428.

15 Zur Frage der Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 11, Anm. 26.

16 Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Die Verhandlungen wurden am 17. Oktober 1978 aufgenommen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1977, S. 8–10, bzw. AAPD 1978, II, Dok. 318.

In den Verhandlungen ungeklärt waren noch die Kapitel Landwirtschaft und Soziales. Auf der Ministertagung mit Portugal am 25. Januar 1983 legten die Europäischen Gemeinschaften eine Erklärung zum Verhandlungskapitel Landwirtschaft vor, in der zu folgenden Fragen Stellung genommen wurde: „Fragen bezüglich der allgemeinen Übergangsmechanismen, eine Untersuchung der Sektoren, zu denen die gemeinsame Prüfung des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts bereits abgeschlossen ist; verschiedene Fragen der Agrarstatistik und der Angleichung der Rechtsvorschriften“. Weitere Erklärungen betrafen die Kapitel Soziale Angelegenheiten, Niederlassungsrecht sowie die Kapitel Zollunion und EGKS. Vgl. BULLETIN DER EG 1/1983, S. 42.

17 Am 1. September 1982 verkündete Präsident Reagan in einer Rundfunk- und Fernsehansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562.

Referat 310 faßte am 10. September 1982 die zentralen Punkte zusammen: „Camp David bleibt Grundlage der amerikanischen Nahostpolitik, wird aber maximal ausgeschöpft; Selbstverwaltung für die Bewohner der besetzten Gebiete in der fünfjährigen Interimsperiode (lt. Camp-David-Vereinbarung); Präferenz für Verbund mit Jordanien als endgültigem Status; keine Erwähnung der PLO, kein unabhängiger Palästinenserstaat, aber auch keine Souveränität und dauernde Kontrolle der besetzten Gebiete durch Israel; Unteilbarkeit Jerusalems bei gleichzeitiger Offenheit über künftigen Status, der ausgehandelt werden soll; sofortiger Siedlungsstopp Israels; israelischer Rückzug auf allen Fronten gegen echten Frieden; Ausweitung des Friedensprozesses durch Einbeziehung insbesondere Jordaniens und der Palästinenser; Annäherung an europäische Vorstellungen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135709.

18 Auf der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf folgende Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“): „1) Rückzug Israels aus allen arabischen Gebieten, die es 1967 okkupiert hat, einschließlich des arabischen Jerusalems; 2) Auflösung aller Siedlungen, die Israel nach 1967 in den arabischen Gebieten errichtet hat; 3) Gewährleistung der Freiheit des Gebets und der Religionsausübung an den Heiligen Stätten aller Religionen; 4) Bestätigung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf die Ausübung seiner festen und unveräußerlichen Rechte unter der Führung der PLO, seines einzigen legitimen Vertreters [...]; 5) Unterstellung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens unter UN-Aufsicht für eine Übergangsperiode, die wenige Monate nicht überschreitet; 6) Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als seiner Hauptstadt; 7) Ausfertigung von Friedensgarantien durch den Sicherheitsrat

hern. Die Zehn planten keine neue Nahost-Initiative, sie hielten es derzeit für wichtiger, die bestehenden Initiativen zu unterstützen.

Sorgen machten die derzeitigen Beitrittsverhandlungen mit Spanien: Spanien sei NATO-Mitglied. Die Sozialisten seien, wenn auch in unterschiedlichem Maße, dagegen. MP González habe vor der Wahl¹⁹ zu erkennen gegeben, daß er für den NATO-Beitritt sei. Wenn jetzt aber in Spanien der Eindruck entstehe, daß Europa von Spanien zwar die Söhne, aber nicht seine Mittelmeerprodukte haben wolle, so könne dort eine gefährliche Grundstimmung entstehen. Der spanische EG-Beitritt stehe auch im Zusammenhang mit der Stärke der spanischen demokratischen Parteien und ihrem Gewicht im Land. Alle demokratischen Parteien hätten auf die spanische EG-Mitgliedschaft gesetzt. Schwierig sei insbesondere die Lage für die Sozialisten: Sie hätten sich gegen die NATO ausgesprochen, seien aber jetzt NATO-Mitglied. Andererseits sei der von den Sozialisten befürwortete EG-Beitritt noch nicht verwirklicht.

D4 erläuterte anschließend einige Aspekte der mit einem spanischen EG-Beitritt zusammenhängenden Agrarprobleme.

BM erläuterte zur Fischereifrage den derzeitigen Verhandlungsstand: Hoffnung, auf einem abschließenden Treffen am 18.1.83 zwischen Präsidentschaft, EG-Kommission und dänischem Außenminister²⁰ die Grundlage für eine Einigung im Fischereirat am 25.1.²¹ legen zu können, so daß dann auch das Quotenabkommen 1983 mit Norwegen ratifiziert werden könne.²²

Fortsetzung Fußnote von Seite 41

für alle Staaten der Region, einschließlich des unabhängigen palästinensischen Staates; 8) Garantien des Sicherheitsrats für die Durchführung dieser Prinzipien.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

19 In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt, aus denen die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) als Siegerin mit absoluter Mehrheit hervorging.

20 Am 18. Januar 1983 führten Bundesminister Genscher und der Präsident der EG-Kommission, Thorn, in Brüssel ein weiteres Gespräch mit dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen. Ministerialdirektor Fischer notierte dazu am 24. Januar 1983, Thorn habe klargestellt, daß das „Paket“ vom 21. Dezember 1982 nicht wieder aufgeschnürt werden könnte. Die Beteiligten hätten aber eine Einigung über Klarstellungen erzielt, die Dänemark eine Zustimmung zu den Maßnahmen ermöglicht habe. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 131255.

21 Der EG-Rat auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister einigte sich am 25. Januar 1983 in Brüssel auf eine neue Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), informierte am selben Tag: „Einigung umfaßt mit Zugangsregelung, T[otal]A[llowable]C[atch]s und Quoten, gemeinsamer Marktordnung, Strukturpolitik, technischen Erhaltungsmaßnahmen, Kontrollregelung und Drittlandsvereinbarungen mit Norwegen (Eröffnung Fischerei heute um Mitternacht), Schweden und Färöern ein ganzes Bündel wichtiger Elemente, die zusammengekommen wirtschaftliche und rechtliche Basis für künftige Gemeinsame Fischereipolitik – GFP – bilden und damit langjähriges Provisorium nationaler Überbrückungsmaßnahmen beenden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 312; Referat 411, Bd. 131257.

22 Die Fischereibeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Norwegen waren durch ein Rahmenabkommen geregelt, auf dessen Grundlage jährlich Absprachen über die Fangquoten getroffen wurden. Am 14. Dezember 1982 einigten sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Norwegen auf ein Protokoll über die Quoten für 1983, das am 14. Januar 1983 paraphiert wurde, jedoch wegen der ausstehenden Einigung der EG-Mitgliedstaaten auf eine Gemeinsame Fischereipolitik noch nicht in Kraft trat. Nach Billigung einer Interimsregelung für den Fischfang von Drittstaaten in den Gewässern der EG-Mitgliedstaaten durch den EG-Rat auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister am 25. Januar 1983 in Brüssel erließ das norwegische Fischereiministerium am selben Tag eine entsprechende Verordnung, die es Booten aus EG-Mitgliedstaaten erlaubte, in norwegischen Gewässern zu fischen. Vgl. dazu das Schreiben der norwegischen Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel vom 24. Februar 1983 an die EG-Kommission; Referat 411, Bd. 131271.

D4 wies darauf hin, daß einige Mitgliedstaaten zwischen einer Einigung über die interne Fischereipolitik und Außenabkommen eine Verbindung herstellten. Das Quotenabkommen mit Norwegen hänge daher an einer Einigung über die interne Fischereipolitik. Sollte wider Erwarten am 25.1. das Gesamt-Fischereipaket nicht verabschiedet werden, wären wir dankbar, wenn Norwegen zu einem Zwischenabkommen bereit wäre.

3) Geplantes EG-Einfuhrverbot für Jungrobbenfelle²³

BM wies darauf hin, daß er mit einem EG-Einfuhrverbot für Jungrobbenfelle noch vor März rechne. Auch die Bundesregierung setze sich dafür ein.²⁴ Die Tötungsmethode habe eine emotionale Welle hervorgerufen.

AM Stray wies auf die langfristigen Wirkungen der Robbenjagd hin: Das Robben-schlagen sei für die Erhaltung des Fischbestandes notwendig. Dies sei wichtiger als Einkommensverluste der Pelzwirtschaft.

D4 warf ein, daß es auch um die Erhaltung der Arten ginge (Washingtoner Abkommen²⁵). Hierzu seien sicher noch weitere wissenschaftliche Untersuchungen notwendig. Dies gelte auch für die weitere Frage, wie das Gleichgewicht unter den Tierarten geregelt werden könne. Jetzt richte sich der Widerstand vor allem gegen die Art der Tötung.

AM Stray hält die Tötungsmethode nicht für grausam: Allenfalls könne man zur Diskussion stellen, wie zu verhindern sei, daß die Robbenmutter sehe, wie ihre Jungrobbe getötet werde.

4) Weltwirtschaftliche Fragen, deutsch-norwegische Handelsbeziehungen

AM Stray wies auf eine norwegische Initiative in der OECD hin: Er, Stray, werde heute in Paris dem OECD-Generalsekretär ein norwegisches Memorandum übergeben. Hierin werde die OECD aufgefordert, bis zur Mai-Sitzung²⁶ einen Plan für die Überwindung der Weltdepression, insbesondere zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zu erarbeiten.²⁷ Norwegen hoffe hierbei auf die deut-

²³ Mit Entschließung vom 11. März 1982 forderte das Europäische Parlament die EG-Kommission dazu auf, einen Einfuhrstopp für Felle und Erzeugnisse aus den Jungtieren von Mützen- und Sattelrobben zu erlassen. Am 6. Oktober 1982 legte die EG-Kommission den Entwurf einer Verordnung für ein Verbot der Einfuhr von Jungrobbenfellen zum 1. März 1983 vor. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 411 vom 29. November 1982; Referat 411, Bd. 131282.

²⁴ Das Kabinett stellte am 13. Dezember 1982 fest, daß eine endgültige Entscheidung über einen Importstopp für Jungrobbenfelle noch verfrüht sei. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 6939 des Vortragenden Legationsrats van Edig vom 15. Dezember 1982; Referat 411, Bd. 131282.

In der Kabinettsitzung am 12. Januar 1983 stellte Bundeskanzler Kohl fest, daß sich nach einem Bericht des Fernsehmagazins „Report“ am 28. Dezember 1982 die öffentliche Diskussion über die Tötung von Jungrobben verschärft habe. Bei Stimmenthaltung des Bundesministers Ertl entschied das Kabinett, „bis zum 1. März 1983 mögliche nationale Maßnahmen zur Verhinderung des Imports von Produkten aus Jungrobben einzuleiten, wenn es am 28. Februar 1983 auf dem geplanten EG-Umweltrat nicht zu gemeinschaftlichen Aktionen kommen sollte“. Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann vom 18. Januar 1983; Referat 411, Bd. 131282.

²⁵ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 777–833.

²⁶ Die Ministerratstagung der OECD fand am 9./10. Mai 1983 in Paris statt.

²⁷ Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 31. Januar 1983, daß die norwegische Regierung am 13. Januar 1983 dem OECD-Generalsekretär van Lennep ein Memorandum übermittelt habe, in dem „zur Überwindung der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit neue Initiativen in der Wirtschaftspolitik gefordert“ würden: „Stichworte: internationale Kooperation; differentiated approach, d. h. Expansion in Art, Umfang, Timing etc., je nach Spielraum. Den „pace-setting major coun-

sche Unterstützung. In dem Memorandum würden einige Maßnahmen erwähnt, die nach norwegischer Auffassung erfolversprechend seien. Wichtig sei, daß die OECD einen Gesamtplan für alle Länder erarbeite.

BM unterstrich, daß wir als Präsidentschaft der Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit besonders große Priorität beimessen. Wir würden als Präsidentschaft, aber auch national, an allen Verhandlungen mit dem Ziel der Überwindung der Arbeitslosigkeit mitwirken. Die gegenwärtige Lage sei die Summe der (unterschiedlichen) Fehler aller Länder. Es sei noch nicht absehbar, wie sich die Lage in der EG und im EWS²⁸ in den nächsten Wochen entwickeln werde. Es gebe französische Stimmen, die öffentlich – was besonders schlimm sei – zur Aufwertung der DM aufforderten.²⁹ Gemeinsame Anstrengungen seien notwendig. Fraglich aber sei, ob die einzelnen Regierungen die Kraft hätten, diese durchzusetzen. Wir erlebten derzeit im Wahlkampf³⁰, wie schwierig es sei, die von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen verständlich zu machen. AM Stray erläuterte auf Frage von BM die norwegische Wirtschaftslage: Das größte Problem sei das Kostenniveau. Man hoffe, daß die im März anstehenden Tarifverhandlungen die Lage nicht weiter verschlimmerten. Besonders betroffen seien die traditionellen Industrien, insbesondere Stahl, Metall, aber auch Papier und Holz. Man wisse, daß z.B. auch die deutsche Wirtschaft in vielen Fällen billiger liefern könne.

D4 erwähnte die Vorgänge um die Auftragsvergabe in Zusammenhang mit dem Bau einer Erdölplattform³¹: Die Nicht-Berücksichtigung des deutschen Angebots, das erheblich billiger als das norwegische gewesen sei, verstoße gegen meh-

Fortsetzung Fußnote von Seite 43

tries' wird ein erheblicher Manövrierspielraum attestiert. Der OECD-Generalsekretär wird gebeten, Lösungsvorschläge auszuarbeiten, die den skizzierten Vorstellungen entsprechen, und sie den Regierungen der M[itglied]S[taaten] zu unterbreiten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130462.

²⁸ Vortragender Legationsrat Barth vermerkte am 22. Dezember 1982: „EWS stand vorige Woche unter starken Wechselkursspannungen, die von Schwäche der fr[an]z[ösischen] und der ital[ienischen] Währung ausgingen. Inzwischen sei wieder „eine gewisse Beruhigung“ eingetreten. Vgl. Referat 412, Bd. 130476.

²⁹ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 17. Januar 1983: „Französischer F[inanz]M[inister] Delors lehnte am 19.12.1982 – kurz nach dem Höhepunkt der starken Wechselkursspannungen im EWS, die von Schwäche der frz. und der ital. Währung ausgingen – vor Presseclub des Rundfunksenders Europe 1 eine Paritätsänderung des Franc gegenüber DM ab. Bei gleicher Gelegenheit erklärte er wörtlich: „Es wird ein Zeitpunkt kommen, zu dem die Deutschen Pflichten haben werden, und sie werden sie erfüllen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130603.

Am 10. Januar 1983 antwortete der französische Minister für Planung und Raumordnung, Rocard, im französischen Rundfunk auf die Frage, ob eine Aufwertung der DM hilfreich sei, daß dies nicht nur auf den Franc zutrefte: „Wir haben es [...] alle nötig, durch eine Aufwertung der DM Luft zu bekommen, aber das unterliegt der Verantwortlichkeit der deutschen Regierung. Wenn die deutsche Regierung dieses Ungleichgewicht innerhalb des EWS anerkennen würde, ginge alles besser, auch für uns.“ Vgl. die Aufzeichnung von Fischer vom 19. Januar 1983; Referat 412, Bd. 130603.

³⁰ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

³¹ Botschafter Balser, Oslo, berichtete am 23. November 1982 über die Vergabe eines Auftrags „für den Bau des Tragrahmens für eine Gas-Offshore-Plattform. Das Angebot der Howaldt-Werke soll etwa 200 Mio. nkr betragen haben (ca. 70 Mio. DM). Die norwegische Werft F[redrikstad]M[ekaniske]V[erksted] lag um etwa 100 Mio. nkr (d.h. 50 Prozent) über diesem Angebot. Außerdem sollen die betroffenen Ölgesellschaften befürchten, daß die norwegische Werft größere Schwierigkeiten als die Howaldt-Werke haben wird, den vorgegebenen Zeitplan einzuhalten.“ Trotzdem sei der Auftrag am 19. November 1982 an FMV vergeben worden: „Die Auftragsvergabe an FMV kam, so hat es allen Anschein, nur durch eine Weisung der norwegischen Regierung an die Staatsgesellschaft Statoil, die 40 Prozent der Stimmen in der Heimdal-Gruppe hat, und durch massiven Druck auf die anderen Gesellschaften zustande.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; Referat 420, Bd. 129951.

rere internationale Abmachungen (z. B. GATT³², Abkommen EG–Norwegen³³). Die Frage werde sicher bei dem bevorstehenden Besuch des norwegischen Industrieministers erneut angesprochen werden.³⁴ AM Stray wies darauf hin, daß es sich bei diesem Fall um eine Ausnahme gehandelt habe. Der Staat (Stat-oil) sei in diesem Falle Auftraggeber gewesen. Auch Norwegen lehne restriktive Handelspraktiken ab. (Bei dem erwähnten Fall handelt es sich um die Auftragsvergabe an Fredrikstad Mekaniske Verksted – FMV.)

5) INF/START

BM erwähnte den bevorstehenden Gromyko-Besuch³⁵ und den Besuch des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel in Moskau³⁶. Es sei offensichtlich, daß wir im Zentrum der sowjetischen Bemühungen stünden, Fortschritte zu erreichen. In der WP-Erklärung aus Prag³⁷ seien neben reiner Polemik und Propaganda einige Elemente enthalten, an die man anknüpfen müsse. Wir würden das Gespräch mit Gromyko nutzen, um auszuloten, ob die SU bereit sei, neben Trägern auch Sprengköpfe abzubauen, und was die angedeutete Bereitschaft zur Zerstörung von Systemen im einzelnen bedeute. Das eigentliche Problem sei, daß in der öffentlichen Meinung des Westens Stimmen lauter würden, die einen Verzicht der Nachrüstung forderten, wenn die SU Teile ihrer Mittelstreckenraketen vernichte. Dies sei für uns nicht akzeptabel, weil damit die Abkoppelung nicht nur de facto, sondern auch vertraglich bestätigt würde. Die SU erhalte damit im Mittelstreckensbereich ein Monopol, während der Westen jetzt noch die Option habe nachzurüsten. Wir blieben bei unserer Forderung einer Null-Lösung. Wenn

³² Für den Wortlaut des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom 21. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil II, Anlagenbände I–III.

³³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. Juni 1973 zwischen der EWG und Norwegen vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Nr. L 171 vom 27. Juni 1973, S. 2–102.

³⁴ Der norwegische Industrieminister Bratz hielt sich am 24./25. Januar 1983 auf Einladung der VEBA AG in der Bundesrepublik auf. Bei dieser Gelegenheit traf er am 25. Januar 1983 zu einem Gespräch mit Bundesminister Graf Lambsdorff zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom selben Tag; Referat 420, Bd. 129949.

³⁵ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

³⁶ Der Kanzlerkandidat der SPD, Vogel, hielt sich vom 10. bis 12. Januar 1983 in Moskau auf. Ihn begleiteten u. a. die SPD-Abgeordneten Bahr und Wischniewski. Am 11. Januar 1983 fand ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, statt. Dazu berichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am selben Tag, daß die INF-Verhandlungen in Genf im Mittelpunkt gestanden hätten: „GS Andropow ironisierte die von den USA vorgeschlagene Null-Lösung und wiederholte die sowjetische Bereitschaft, das eigene Raketenpotential auf eine Zahl zu reduzieren, das den bereits installierten französischen und britischen Raketen entspreche. [...] Die von der SPD/FDP-Koalition mitgetragene Entscheidung für Raketen-Stationierung sei [...] ein schwerer politischer Fehler gewesen.“ Vogel habe erwidert: „Konkrete Sorge bereite der Aufwuchs der SS-20. Wir wünschten hierzu ein Genfer Ergebnis, das die Zahl der SS-20 einschneidend vermindere und die Dislozierung von US-Raketen bei uns überflüssig mache.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 127; Referat 220, Bd. 124486. Am 13. Januar 1983 informierte Meyer-Landrut, daß Vogel im Gespräch mit sowjetischen Abrüstungsexperten nach der Anrechnung der britischen und französischen Raketensysteme in den INF-Verhandlungen gefragt habe: „Ponomarjow antwortete, die SU wolle nur gleichviel Raketen wie diese beiden Staaten.“ Vogel habe schließlich den Standpunkt geäußert: „Die SS-20 sei eine Realität, die Pershing II sei in der Diskussion. Unser Wunsch sei, daß die Pershing II nicht disloziert werden muß und die SS-20 radikal reduziert werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 185; Referat 220, Bd. 124486. Beide Drahtberichte wurden veröffentlicht in: QUICK, Nr. 5 vom 27. Januar 1983, S. 17–20.

Zum Besuch vgl. ferner Dok. 48, Anm. 10.

³⁷ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. Dok. 40.

diese nicht erreicht werden könne, so müsse man in Anwendung des Doppelbeschlusses im Lichte der konkreten Verhandlungsergebnisse prüfen, welcher Bedarf an Nachrüstung erforderlich sei. Wichtig sei, daß der Zeitpunkt der Stationierung nicht ins Rutschen komme. Eine einmalige Vertagung bedeute ständige Vertagung. Die SU würde dann das erreichen, was sie mit ihren Moratoriumsvorschlägen³⁸ bezwecke.

Wichtig sei für uns, daß an der Gleichzeitigkeit der Stationierung festgehalten werde. Wir seien besorgt über Geräusche aus Großbritannien, nach denen man dort einige Monate früher als im Doppelbeschluß festgesetzt mit der Stationierung beginnen wolle.³⁹ Dies müsse zu Unruhe in der Öffentlichkeit führen und den Eindruck stärken, der Westen beurteile die Verhandlungen in Genf⁴⁰ als wenig aussichtsreich. Auch könnte die SU dies als Vorwand nehmen, die Verhandlungen abubrechen. Wir hätten gegenüber den USA⁴¹ und GB⁴² die Meinung vertreten, daß die Wahl des Stationierungszeitpunkts keine zweiseitige Sache, sondern Angelegenheit des ganzen Bündnisses sei.

AM Stray stimmte BM zu. Er erläuterte die Auffassung der norwegischen Sozialdemokraten, nach der vor einer Stationierung ein weiterer Beschluß in der NATO und durch die nationalen Regierungen (in Norwegen auch durch das Parlament) gefaßt werden müsse. Die norwegische Regierung lehne dies eindeutig ab, auch wenn sie dies nicht ausdrücklich öffentlich erkläre: Ohne ein befriedigendes Abkommen in Genf trete der Doppelbeschluß in Kraft, ohne daß hierfür neue Beschlüsse notwendig seien.

³⁸ Am 23. Februar 1981 schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in einer Rede vor dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau vor, „bereits jetzt ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR festzulegen, das heißt, diese Mittel – natürlich einschließlich der vorgeschobenen Kernwaffen der USA in diesem Gebiet – quantitativ und qualitativ auf dem vorhandenen Stand einzufrieren“. Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 756. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, I, Dok. 51.

Auf dem XVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR in Moskau kündigte Breschnew am 16. März 1982 ein einseitiges Moratorium hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen, einschließlich der Ersetzung von SS-4- und SS-5- durch SS-20-Raketen, im europäischen Teil der UdSSR an. Vgl. dazu BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 238 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 89 und Dok. 97.

³⁹ Am 8. Dezember 1982 übermittelte Botschafter Hermes, Washington, Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach bei der britischen Regierung Bedenken dagegen aufgetaucht seien, „dem deutschen Verlangen nach gleichzeitigem INF-Stationierungsbeginn 1983 zu entsprechen. Frau MP Thatcher möchte die für die Konservative Partei günstige Ausgangslage nutzen und 1983 Parlamentswahlen ausschreiben. Der Wahlzeitpunkt liege noch nicht fest, es könnte im Herbst, möglicherweise auch schon im Sommer 1983 gewählt werden. Der britischen Regierung sei sehr daran gelegen, die Stationierungsfrage soweit wie möglich aus dem Wahlkampf fernzuhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5259; VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁴⁰ In Genf fanden seit dem 30. November 1981 die INF-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 19.

⁴¹ Zu dem am 20. Dezember 1982 übermittelten Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 4.

⁴² In einem am 20. Dezember der Botschaft in London übermittelten Schreiben an den britischen Außenminister Pym betonte Bundesminister Genscher die Notwendigkeit, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien „annähernd gleichzeitig“ zu beginnen. Es wäre für die Glaubwürdigkeit der NATO abträglich, „wenn sichtbares Großgerät bereits im Frühjahr 1983 in Europa erscheinen würde. Die Sowjetunion würde sich in einem solchen Fall an die Spitze der Propaganda setzen mit der Behauptung, das Bündnis habe die Zeittafel geändert, um einen Verhandlungserfolg in Genf zu verhindern. Die Bundesregierung strebt daher weiterhin an, daß der Beginn der Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland, Italien und dem Vereinigten Königreich nicht mehr als vier Wochen auseinander liegt und die ersten Waffensysteme oder Sprengköpfe nicht vor September 1983 nach Europa überführt werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 470; VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

BM verwies auf eine Pressekonferenz vom 12.1., in der er erklärt habe, daß die Entscheidung für die Stationierung im Dezember 1979 getroffen worden sei.⁴³ „Revisionsklausel“ heiße, daß bei Vorliegen konkreter Verhandlungsergebnisse der Bedarf an Nachrüstung unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse geprüft werde. Wenn in Genf nichts erreicht werde, werde es in der NATO oder national keine neuen Entscheidungen zur Stationierung geben. Ein weiteres Problem bestehe darin, daß die SU sich sehr auf die Pershing II konzentriere. Sie weise auf die geringen Vorwarnzeiten (D2: nicht, wie von SU behauptet, sechs Minuten, sondern 15 Minuten für Pershing II, gleiche Flugzeit wie SS-20)⁴⁴ und auf den angeblichen Charakter der Pershing II als Erstschlagswaffe hin. 108 Pershing II seien aber keine Erstschlagswaffe. Eine solche liege nur dann vor, wenn man den Gegner unfähig zum Gegenschlag machen könne. Hinter der sowjetischen Argumentation stehe vielmehr folgendes: Wenn man die Pershing II eliminiere, so bedeute dies, daß in der BR Deutschland erst 1986 stationiert werde (1983 Pershing II, 1986 Cruise Missile). Auf diese Weise versuche die SU, den Doppelbeschluß von innen aufzubrechen, denn wenn bei uns nichts stationiert werde, gebe es auch keine Stationierung in Italien. Das Vermeiden einer Singularisierung gelte nicht nur für die BR Deutschland, sondern auch für Italien. BM meinte auf eine Frage von AM Stray nach der Haltung der SPD, daß diese letztendlich ein Nein zum Doppelbeschluß aussprechen werde. Sie sage, ihr Ziel sei es, die Stationierung zu verhindern. Dies sei auch sein Ziel. Wenn die SPD weiter fordere, die USA müßten sich jetzt bewegen, so könne dies heißen, daß bei einem sowjetischen Abbau der SS-20 wir weniger nachzurüsten brauchten. Dies sei die Haltung der Bundesregierung. Falls aber damit gemeint sei, daß man bei einem „weniger“ an SS-20 bereit sei, ganz von der Stationierung abzusehen, so wäre dies eine nicht akzeptable, einseitige westliche Null-Lösung. Er, BM, rechne nicht vor Ende März mit Bewegung in Genf.

6) KWFZ – Nordeuropa

AM Stray meinte auf eine Frage von BM, ob die KWFZ-Nord in Norwegen noch ein Thema sei: Die Frage sei in den Hintergrund getreten. Die schwedische Initiative⁴⁵ habe in Norwegen geringes Interesse gefunden.

BM meinte, insgesamt sei die schwedische Initiative ohne große Wirkung gewesen. Hierzu habe auch beigetragen, daß sie im Schatten des sowjetischen Abrüstungswirbels gestanden habe.

7) KSZE – KAE

AM Stray betonte, daß Norwegen einer Einigung in Madrid über ein präzises KAE-Mandat⁴⁶ größte Bedeutung beimesse. Dies erscheine wichtiger, als sich auf allzu viele Details im Menschenrechtsbereich zu konzentrieren.

⁴³ Bundesminister Genscher stellte am 12. Januar 1983 gemeinsam mit Bundesminister Wörner vor der Bundespressekonferenz die Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag zur Abrüstungsfrage vor. Vgl. dazu den Artikel „Die Bundesregierung klärt ihre Haltung zum Doppelbeschluß“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Januar 1983, S. 1.

⁴⁴ Zur Frage der Flugzeit der Pershing II vgl. Dok. 45.

⁴⁵ Die schwedische Regierung schlug am 8./9. Dezember 1982 den NATO-Mitgliedstaaten, den Warschauer-Pakt-Staaten sowie den europäischen neutralen Staaten und Jugoslawien vor, eine 300 km breite Zone ohne nukleare Gefechtsfeldwaffen zu errichten, die sich vom Mittelmeer bis nach Skandinavien erstrecken sollte. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 356.

⁴⁶ Bei der am 11. November 1980 in Madrid eröffneten zweiten KSZE-Folgekonferenz brachte Frank-

BM wies auf unsere sehr frühzeitige Unterstützung des französischen KAE-Vorschlags hin. Mit der Breschnew-Rede von 1981⁴⁷ sei die Tür für die Einbeziehung eines Gebiets vom Atlantik bis zum Ural geöffnet worden. Dies biete die Chance, das gesamte Territorium der SU in Europa über VBMs in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen. Damit würde das europäische Gebiet der SU nicht anders behandelt als Norwegen oder die BR Deutschland. VBMs seien gerade angesichts des konventionellen Übergewichts des WP wichtig, um Überraschungsangriffe zu verhindern. Schließlich könne man auf einer KAE über das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa, d.h. über den begrenzten geographischen MBFR-Rahmen⁴⁸ hinaus, diskutieren.

In der Menschenrechtsproblematik müsse man unterscheiden: Humanitäre Fragen (Korb III) seien von großer Bedeutung. Im übrigen sei es wichtig, einzelne Menschenrechtsverletzungen immer wieder aufzugreifen. Hierfür biete die Schlußakte von Helsinki⁴⁹ eine wichtige Berufungsgrundlage, da sie dem Osten das Argument nehme, es handle sich hierbei um innere Angelegenheiten. Allerdings hätten wir nie die Auffassung vertreten, daß die Helsinki-Schlußakte eine Garantie dafür gebe, daß sich die SU zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entwickle. Die Wirkung der KSZE liege in einer ganz allmählichen Auflockerung.

8) Beziehungen zur Sowjetunion, einschließlich Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Nach einem kurzen Meinungs austausch über die Stellung Andropows (*Stray*: Noch nicht eindeutig klar, vieles spricht für Einbindung in kollektive Führung) wies *BM* darauf hin, daß wir den Besuch Gromykos nutzen würden, um möglichst viel über die Lage in Moskau zu erfahren. Gromyko werde vermutlich eine harte Sprache sprechen. Wir würden dem mit großer Festigkeit und klaren

Fortsetzung Fußnote von Seite 47

reich am 9. Dezember 1980 einen Vorschlag zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz vor. Diese sollte zur Aufgabe haben, „einen Prozeß einzuleiten, dessen Ziel in der Anfangsphase die Annahme eines in sich geschlossenen Systems von vertrauensbildenden Maßnahmen ist, die auf den gesamten europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural anwendbar sind; die Bedingungen aufzustellen, unter denen solche im militärischen Bereiche bedeutsamen und zwingenden vertrauensbildenden Maßnahmen Bestimmungen beigegeben werden, welche die entsprechende Prüfung der unterzeichneten Verpflichtungen gewährleisten“. Vgl. das Dokument CSCE/RM.7; Referat 212, Bd. 133359. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 287 und Dok. 297.

Umstritten war im besonderen der Geltungsbereich von vertrauensbildenden Maßnahmen. Hierzu legten die USA und die UdSSR am 20. Juli 1981 jeweils Textentwürfe vor, denen seitens der neutralen und nichtgebundenen Staaten am 16. Dezember 1981 ein Kompromißvorschlag im Rahmen ihres Entwurfs für ein Schlußdokument (CSCE/RM.16) folgte. Dieser sah vor, dem Wunsch der Warschauer-Pakt-Staaten nach Berücksichtigung eines noch zu bestimmenden Teils der dem europäischen Kontinent vorgelagerten See grundsätzlich zu entsprechen, dies jedoch, wie von den NATO-Mitgliedstaaten gefordert, ausschließlich auf Manöver zu beziehen, die Teil von notifizierungspflichtigen Aktivitäten auf dem Kontinent waren. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 276.

⁴⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte sich auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau dazu bereit, den Anwendungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen auf den europäischen Teil der UdSSR auszudehnen. Vgl. dazu BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 754. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, I, Dok. 56.

⁴⁸ Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

⁴⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Erklärungen der Bundesregierung entgegengetreten. Es scheine im übrigen, daß für die neue sowjetische Führung die Wirtschaft eine immer wichtigere Rolle spiele. Wir seien an einer Aufrechterhaltung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen nicht so sehr aus wirtschaftlichen Gründen (geringer Umfang unseres Osthandels) interessiert, sondern weil wir in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein stabilisierendes Element mit noch größeren Perspektiven sähen. Breschnew habe in seinem Spiegel-Interview vom vergangenen Herbst auf die unermesslichen Rohstoffvorkommen der SU hingewiesen.⁵⁰ Wenn die SU sich auf die Entwicklung des Landes konzentriere, habe sie eine gigantische Aufgabe vor sich. Man müsse ihr die Optionen zeigen, die in einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegen.

AM Stray kam auf die seit September 1982 laufenden westlichen Beratungen (Sieben plus EG) über die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zum Osten zu sprechen. Auf seine Frage nach dem weiteren Verfahren erläuterte BM: Die Studien⁵¹ sollten so weit wie möglich in bestehenden Gremien behandelt werden. Wichtig sei die Einbeziehung Japans. Er habe dem japanischen Außenminister bei dessen kürzlichen Besuch in Bonn erklärt⁵², daß wir aus diesem Grunde auch die Beteiligung der OECD befürworten. Die westlichen Beratungen hätten ergeben, daß alle beteiligten Staaten nicht beabsichtigten, Handelskrieg mit der SU zu führen. Andererseits bestehe Übereinstimmung, daß der SU keine günstigeren Bedingungen eingeräumt werden dürften, als man dies untereinander zu tun bereit sei.

D4 ergänzte mit dem Hinweis, daß die Entscheidung, welche Gremien sich mit welchen Studien befassen sollten (OECD, COCOM), so gut wie gefallen sei. Offen sei noch die Frage, ob es eine Gesamtstudie geben werde.⁵³ (D2: Vieles spreche für die französische Auffassung, daß die Summe der Einzelstudien für sich selbst sprechen werde.)

AM Stray sprach sich für eine Befassung der NATO aus. In dieser Frage kommt

⁵⁰ Für das Interview mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. den Artikel „Versetzen Sie sich mal in unsere Lage ...“, DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 2. November 1981, S. 34–63.

⁵¹ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 2, Anm. 5.

Referat 421 informierte am 24. Januar 1983: „1) Im Anschluß an die Erörterungen der sieben Wirtschaftsgipfelländer in Washington und das Herbsttreffen der NATO-AM in Brüssel am 9./10.12.1982 [...] wurde Einvernehmen über Erarbeitung folgender Einzelstudien und ihre Zuweisung an folgende bestehende Gremien erzielt: a) COCOM: Verbesserung der Effizienz des COCOM (Listenrevision, harmonisierte Anwendung der COCOM-Regeln etc.); Prüfung der Kontrollbedürftigkeit des Exports von Hochtechnologie (einschließlich Gas- und Ölausrüstungen) unter Sicherheitsaspekten [...]. b) OECD: Energiebedarf und alternative Energiequellen (OECD/IEA); Kreditpolitik [...]; Studie über Agrarexporte. c) NATO: Studie über die sowjetische Wirtschaft und ihre Belastbarkeit durch Rüstungsaufwendungen. 2) Vorarbeiten für die genannten Studien sind in den zuständigen Gremien teilweise bereits aufgenommen worden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135858.

⁵² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenministers Abe am 5. Januar 1983 vgl. Dok. 3.

⁵³ Am 24. Januar 1983 stellte Referat 421 fest, daß eine „Einigung über eine von den USA gewünschte Gesamtstudie betreffend eine gemeinsame Ost-West-Wirtschaftsstrategie [...] vor allem wegen des Widerstands Frankreichs nicht zustande“ gekommen sei. Seitdem würden die USA versuchen, in der NATO und bilateral auf die Verbündeten einzuwirken, um eine Globalstudie nachträglich durchzusetzen: „Wir haben der Durchführung einer Globalstudie von Anfang an grundsätzlich zugestimmt. Dabei sind wir allerdings davon ausgegangen, daß diese auf der Grundlage der zunächst fertigzustellenden Einzelstudien nicht in der NATO (militärisch-strategische Orientierung) erarbeitet werden solle.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135858.

die NATO zwar nicht als Beschlußorgan in Frage, sie sei aber als Diskussionsforum nützlich. (BM stimmt dem zu.)

9) Beziehungen zu Ost-Europa

AM Stray erläuterte auf eine Frage von BM nach den norwegischen Beziehungen zu Ost-Europa: Vor dem 13.12.81⁵⁴ seien die Beziehungen mit Polen am dichtesten gewesen. Handelsmäßig stünden Polen und die DDR im Vordergrund. Der Handel mit der SU sei gering (1%). Die Beziehungen zur ČSSR seien in den ersten Nachkriegsjahren besonders intensiv gewesen. Sie hätten sich nach 1968 abgekühlt.

BM erläuterte unser Verhältnis zu den WP-Staaten. Diese seien fast bei jedem Staat durch andere Elemente gekennzeichnet, insgesamt bestünden jedoch intensive Kontakte mit allen.

DDR: Der besondere Charakter der innerdeutschen Beziehungen liege auf der Hand. Wir bemühten uns, unsere Beziehungen zur DDR in einem ordentlichen Zustand zu halten. Das Verhältnis zur DDR gestaltet sich derzeit im großen und ganzen ruhig. Dies schließe Zwischenfälle wie die jetzige Ausweisung des Stern-Korrespondenten (Berichterstattung über Honecker-Attentat) nicht aus.⁵⁵ Der Vorfall zeigt im übrigen, daß die pressemäßige Behandlung dieser Sache die DDR-Behörden mehr störe als der Vorgang selbst.

ČSSR: einziger unmittelbarer Nachbar, Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, insbesondere Gewässerschutz.⁵⁶

Polen: Beziehungen zu Polen hätten einen im guten Sinne emotionalen Charakter. Hier bestehe ein Unterschied in der Meinungsbildung zwischen DDR und BR Deutschland. Früher seien die Herablassung gegenüber Polen („polnische Wirtschaft“) und in evangelischen Gebieten gewisse anti-katholische Effekte verbreitet gewesen. Alle diese „deutsch-nationalen“ Ressentiments seien in der DDR neu genährt worden. Bei uns habe man aus den schlimmen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges heraus ein positives, emotionales Verhältnis zu Polen gefunden. Dies gelte auch für die Deutschen, deren Heimat früher jenseits der Oder-Neiße gewesen sei.

⁵⁴ Am 13. Dezember 1981 wurde der Kriegszustand für das gesamte Territorium Polens verkündet. Zugleich wurde ein Militärrat unter Führung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, des Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

⁵⁵ In seiner Ausgabe vom 13. Januar 1983 berichtete der Korrespondent der Wochenzeitschrift „Stern“ in der DDR, Bub, über einen angeblichen Anschlag auf den Generalsekretär des ZK der SED. Danach habe ein 41-jähriger Handwerker versucht, Honecker am 31. Dezember 1982 auf einer Fernstraße bei Klosterfelde zu erschießen, was von Sicherheitskräften aber habe vereitelt werden können. Vgl. den Artikel „Das Attentat“, STERN, Nr. 3 vom 13. Januar 1983, S. 12–17 und 126 f. Die Nachrichtenagentur ADN meldete dagegen am 11. Januar 1983, daß es an diesem Tag in Klosterfelde eine „schwere Verkehrsgefährdung“ durch einen betrunkenen Autofahrer gegeben habe: „Nachdem er einer Aufforderung der Polizei zu stoppen, nicht nachgekommen sei und Fahrerflucht begangen habe, sei er durch eine Polizeistreife gestellt worden. Er habe mit einer Handfeuerwaffe auf die Polizei geschossen, einen Polizisten schwer verletzt und anschließend mit der Schußwaffe Selbstmord begangen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 25 des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, vom 11. Januar 1983; Referat 210, Bd. 132577.

Am 12. Januar 1983 entzog die DDR Bub die Akkreditierung und forderte ihn auf, innerhalb von 48 Stunden die DDR zu verlassen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 27 von Bräutigam vom 12. Januar 1983; Referat 210, Bd. 132577.

⁵⁶ Zu den Bemühungen der Bundesrepublik und der ČSSR um eine Verbesserung des Umweltschutzes vgl. Dok. 30, Anm. 26 und 27.

Ungarn: Die Beziehungen seien weitgehend problemfrei. Es bestehe eine sehr gute wirtschaftliche Zusammenarbeit, der die große Offenheit in Ungarn für Kooperation zugute komme.

Bulgarien: Beziehungen seien auch hier weitgehend problemfrei. Es bestehe eine lange traditionelle Freundschaft.

Rumänien: Das Verhältnis zu Rumänien sei von besonderer Art. Wir hätten nicht vergessen, daß Rumänien seinerzeit als erster WP-Staat die Tür für Beziehungen zu den Staaten Ost-Europas geöffnet habe.⁵⁷ In Rumänien gebe es eine große deutsche Volksgruppe. Die Rumänen seien die einzigen gewesen, welche die Deutschen nicht aus ihrem Lande vertrieben, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg festgehalten hätten. Die rumänische Regierung habe auch keine Volkstumspolitik betrieben. Es gebe deutsche Schulen, deutsche Zeitungen (wenn auch mit kommunistischer Ideologie); für die deutsche Volksgruppe gebe es im ZK der KP Rumäniens einen eigenen Vertreter. Mit den Rumänen führten wir komplizierte Verhandlungen über die Frage der Familienzusammenführung.⁵⁸ Insgesamt stelle die deutsche Volksgruppe im Gegensatz zur ungarischen Minderheit kein Problem für die rumänische Regierung dar.

VS-Bd. 12934 (204)

10

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

Geheim

18. Januar 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983 von 10.00 bis 11.50 Uhr im Bundeskanzleramt²

Anwesend:

G. M. Kornijenko, Erster Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; W. S. Semjonow, Botschafter der UdSSR; A. P. Bondarenko,

⁵⁷ Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

⁵⁸ Zu den Gesprächen mit Rumänien über Familienzusammenführung vgl. Dok. 52.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 3. März 1983 gefertigt und am 7. März 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung des Bundesaußenministers“ übermittelt.

Hat York am 7. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Ministerbüro sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Botschafter Ruth verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „H[errn] D 2 mit Bitte um Übernahme“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 9. März 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ferner Dok. 15.

Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; W.G. Makarow, Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher; Botschafter Andreas Meyer-Landrut; Ministerialdirektor Teltschik.

Als Dolmetscher: W.N. Smirnow und VLR Weiß.

Angesichts der Bilder im Arbeitszimmer des Bundeskanzlers zeigte sich Außenminister *Gromyko* erfreut, daß der Realismus in der deutschen Kunst noch nicht gestorben sei. Er sei gar nicht so weit vom Sozialistischen Realismus entfernt.

Bundeskanzler *Kohl* wies darauf hin, daß ein Bild von seinem jüngsten Sohn stamme, als er 13 Jahre alt war. Bei seinen Söhnen³ sei der Realismus groß, habe aber nichts mit dem Sozialismus zu tun. Seine Söhne seien über Lenin und insbesondere über seine Schrift zur Sozialdemokratie gut geschult und deshalb gegenüber dem Sozialismus immun.

Gromyko bezeichnete daraufhin den Bundeskanzler als den ersten leninistischen Regierungschef in der Bundesrepublik Deutschland.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, daß die Figurengruppe des Schäfers mit seiner Herde eher dem Bild des CDU-Vorsitzenden entspreche.

Gromyko wies auf sein Gastgeschenk hin, ein Drei-Pferde-Gespann, das symbolisch verstanden in Richtung Frieden ziehe.⁴

Bundeskanzler *Kohl* verwies auf die Büste Adenauers, die neben der Troika stehe. In Adenauers Blick spiegele sich deutliche Skepsis wider. Aber es sei auch Realismus dabei, ergänzte *Gromyko*, er habe Adenauer öfters getroffen.

Er wolle aber noch einmal an den Gedankenaustausch über prinzipielle Fragen anknüpfen, den sie während des gemeinsamen Frühstücks geführt hätten. Die Sowjetunion könne nicht darauf verzichten, daß das Prinzip der Gleichheit respektiert werde.⁵ Es gebe keinen Spielraum, von diesem Prinzip abzuweichen. Die Sowjetunion kenne die Ansprüche Washingtons. Westliche Persönlichkeiten erwecken häufig den Eindruck, daß sie das entscheidende Problem nicht sehen: Es gebe Gleichheit, dennoch besitzen die USA im Bereich der Rüstung mittlerer Reichweite gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten einen Vorteil. Die NATO sei in diesem Bereich stärker als die Sowjetunion. Sie verfüge über eine 1 1/2-fache Überlegenheit bei den nuklearen Sprengköpfen. Das Pentagon glaube, daß die Sowjetunion eine schlechte Brille habe und dies nicht erkennen könne. Aber dies sei ein Irrtum. Ungeachtet dieser Überlegenheit der NATO wolle die so-

³ Walter und Peter Kohl.

⁴ Bundeskanzler Kohl erhielt vom sowjetischen Außenminister Gromyko als Geschenk eine „Gußplastik eines bäuerlichen Dreigespanns, etwa 50 Jahre alt“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Günther vom 21. Januar 1983; Referat 213, Bd. 133188.

⁵ Der sowjetische Außenminister Gromyko führte am 18. Januar 1983 aus: „Die zwei Großmächte bzw. die zwei Staatengruppierungen hätten einen Grad der Bewaffnung erreicht, wo es ein Gleichgewicht gebe. Dieses Gleichgewicht habe sich herausgebildet auf einem vielschichtigen und mühsamen Weg. Das Leben aber habe die Notwendigkeit des Gleichgewichts diktiert. Und dabei solle es bleiben. Hier gebe es nichts mehr umzudrehen. Der Grundsatz der Gleichheit dürfe nicht verletzt werden. Wohl aber solle man abrüsten. Dies bedeute Abrüstung unter Beachtung des Grundsatzes der Gleichheit.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1983.

wjetische Führung beide Augen zudrücken und auf der Grundlage eines ungefähren Gleichgewichts eine Vereinbarung anstreben. Die Herstellung eines absoluten Gleichgewichtes würde die Einbeziehung der Sprengköpfe erforderlich machen. Das aber wolle die Sowjetunion nicht.

Die amerikanischen Systeme, die in Europa stationiert werden sollen, seien für die Sowjetunion im eigentlichen Sinne strategische Rüstungen. Sie erreichen sowjetisches Gebiet, im besonderen die großen Ansiedlungen wie Wirtschaftszentren. Dagegen würden die sowjetischen Waffen das amerikanische Territorium nicht erreichen. Stationierung der amerikanischen Systeme würde zu einem gewaltigen Übergewicht, zu einer dreifachen Überlegenheit im Bereich der Sprengköpfe führen.

Die sowjetische Führung habe verschiedene Vorschläge eingebracht, darunter die radikalsten in Europa, um die Probleme zu vereinfachen und eine echte Null-Lösung zu erreichen.⁶ Die Nullzahl sollte deshalb aufgegriffen und verwirklicht werden. Darüber hinaus habe die Sowjetunion eine Reihe eingeschränkter Vorschläge unterbreitet, die er dem Außenminister Genscher erläutert habe.⁷

Die Erklärungen trafen nicht zu, daß in Genf⁸ alles gut laufe. Die Tür sei noch nicht offen. Die Verhandlungen laufen schlecht. Es gebe keine Fortschritte, keine Bewegung. Wenn die USA auf ihren Positionen beharren, werde es keine Fortschritte geben. Die Bundesregierung und die NATO vertreten die Version des Doppelbeschlusses. Dies sei ein Beschluß zugunsten der USA, denn er laufe darauf hinaus, daß die Sowjetunion daran schuld sei, wenn es in Genf keine Fortschritte gebe. Das sei die sowjetische Einschätzung des Doppelbeschlusses. Dies sei auch die amerikanische Konzeption: Von vornherein liege bereits fest, daß die Verantwortung allein bei der Sowjetunion liege.

Der *Bundeskanzler* nahm noch einmal Bezug auf seine Ausführungen über die historischen Beziehungen der Deutschen mit den Russen und Sowjets während des gemeinsamen Frühstücks. Sie hätten über die Kriegserfahrungen gesprochen.⁹ Aufgrund dieser intensiven Erfahrungen wüßten die Deutschen in be-

⁶ Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982; Dok. 2, Anm. 13.

⁷ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 17. Januar 1983 führte der sowjetische Außenminister Gromyko aus: „Die Sowjetunion ist bereit, ihre Raketen auf den Umfang der britischen und französischen Raketen zu begrenzen. Wir haben auch eine Reduzierung der Raketen in Europa zugesagt. Die Reduzierung kann durch die Hauptmethode der Vernichtung erfolgen. Eine gewisse Anzahl wird in andere Regionen umdisloziert. Zu der Zahl der Sprengköpfe: Es ist die Sowjetunion, die Grund hat, diese Frage aufzuwerfen. Die NATO ist bei den Sprengköpfen 1,5 mal überlegen. Eine Übereinkunft muß die Luftstreitkräfte einbeziehen. [...] Ich möchte noch eine Seite unserer Vorschläge erläutern. Wir haben den radikalen Vorschlag gemacht: vollständige Beseitigung aller Mittelstreckensysteme und auch der taktischen Systeme, d. h. eine Reduzierung auf Null. Dies ist die wirkliche Null-Lösung. Eine andere Variante ist die Reduzierung der nuklearen Mittelstreckensysteme auf ein Drittel. Dies würde Raketen und Flugzeuge einschließen. Die Zahl der sowjetischen Raketen wäre gleich der Zahl der vorhandenen britischen und französischen Raketen. Der Vorschlag der Sowjetunion, die Systeme auf ein Drittel zu reduzieren, würde für die Sprengköpfe folgendes bedeuten: Die Sowjetunion hätte dann weniger Sprengköpfe, als sie im Jahre 1976 hatte. Damals behaupteten Sie, es bestünde ein Gleichgewicht. Damit ist logisch, wenn wir vorschlagen, auf ein Drittel zu reduzieren, daß wir dann nicht überlegen sein können.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133189.

⁸ In Genf fanden seit dem 30. November 1981 die INF-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 19.

⁹ Bundeskanzler Kohl bemerkte im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983, „er wisse, daß viele Menschen in der Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg Schreckliches

sonderer Weise, was Friede bedeute. In jedem zweiten Haus in der Bundesrepublik lebe eine Familie, die im Ersten oder Zweiten Weltkrieg Angehörige verloren habe. Manchmal sogar in beiden Weltkriegen, wie dies in seiner Familie der Fall sei. Es könne deshalb keinen Zweifel daran geben, daß die Deutschen den Frieden wollen, einen Frieden in Freiheit, einen Frieden im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung. Dies müsse respektiert werden, wie auch die Deutschen die sowjetische Gesellschaftsordnung respektieren würden.

Diese Erfahrungen seien auch der Grund dafür, daß die Deutschen Abrüstung wünschen. Aufrüstung erhöhe die Kriegsgefahr, quantitativ wie qualitativ. Deshalb sei es das Ziel der Bundesregierung, daß weder sowjetische noch amerikanische Raketen stationiert werden sollten. Das sei auch die Empfehlung der Bundesregierung an die amerikanische Regierung. Die Bundesregierung wolle intensive und seriöse Verhandlungen in Genf. Wenn sich beide Seiten bewegen, gebe es eine Chance für Verhandlungsergebnisse in Genf. Deshalb habe er sich als Bundeskanzler während seines Besuches in Washington im November letzten Jahres¹⁰ wie jetzt in einem Brief an Präsident Reagan¹¹ erneut für eine Begegnung zwischen Generalsekretär Andropow und Präsident Reagan ausgesprochen. Dieser Gipfel müsse gut vorbereitet werden und dürfe sich nicht in reiner Propaganda erschöpfen. Beide Weltmächte tragen eine elementare Verantwortung für den Frieden, und es sei die Aufgabe der Bundesregierung, sie daran zu erinnern.

Er müsse daran erinnern, daß der Doppelbeschluß wie die Null-Lösung der amerikanischen Regierung von den Europäern aufgedrängt worden sei. Noch vor zwei Jahren hieß es, daß mein Vorgänger¹² Vater dieser Vorschläge sei. Heute sei jedoch die SPD von ihrer Politik abgerückt. Das sei aber bei Vaterschaften häufig so. Er verstehe, daß die Sowjetunion die mögliche Stationierung der Pershing II mit besonderem Interesse verfolge. Dies sei sehr verständlich. Unsere besondere Aufmerksamkeit gelte aber der SS-20, die bereits aufge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 53

mitgemacht hätten, was auch in deutschem Namen geschehen sei, dies nicht vergessen könnten. Er wisse auch, daß es in der russischen und sowjetischen Geschichte immer eine Diskussion gegeben habe über die Sicherheitslage und die Sicherheitsbedürfnisse des Landes. Er wünsche, daß trotz der verschiedenen Ausgangslagen zwischen beiden Ländern Verständigung gefunden werde, gegründet auf den Respekt der jeweils anderen Gesellschaftsordnung, aber auch auf das Wissen, daß im Angesicht der modernen Vernichtungswaffen Krieg kein Mittel der Politik sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Für die Gespräche mit Präsident Reagan und mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am 15. November sowie mit Außenminister Shultz am 16. November 1982 in Washington vgl. AAPD 1982, II, Dok. 306, Dok. 308 und Dok. 309.

¹¹ Mit Schreiben vom 17. Januar 1983 übermittelte Bundeskanzler Kohl Präsident Reagan den Text einer Erklärung der Bundesregierung vom 12. Januar 1983 zur Abrüstungsfrage. Er erläuterte: „Ich habe diese Klarstellung unserer Haltung auch im Hinblick auf den heute beginnenden Besuch von Außenminister Gromyko für richtig gehalten. Auf der Grundlage dieser Position wird Außenminister Genscher und werde ich selbst mit Außenminister Gromyko sprechen. Eines unserer Ziele bei diesen Gesprächen ist es, das Mögliche zu dem von uns allen gewünschten Durchbruch bei den amerikanischen-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckenraketen beizutragen. Wir werden nachdrücklich unterstreichen, daß diese schwierigen Verhandlungen nicht durch öffentliche Erklärungen, sondern nur in direkten Kontakten der USA und der Sowjetunion am Verhandlungstisch zum Erfolg geführt werden können. Sie wissen, daß dies nach meinem Urteil ein Gipfeltreffen einschließen sollte.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Helmut Schmidt.

stellt sei. Wenn beide Seiten das gleiche Interesse verfolgen, müsse es doch möglich sein, in Genf einen entscheidenden Schritt zu tun.

Es gebe darüber hinaus einen weiteren Punkt für Abrüstung. Der Friede sei auch zunehmend durch die Armut und das Elend in der Dritten Welt bedroht. Sicherlich gebe es im Osten wie im Westen unterschiedliche Gesellschaftssysteme. In den Augen der Dritten Welt werden beide jedoch als Industrienationen in den gleichen Topf geworfen. Es sei deshalb die Aufgabe beider Seiten, verstärkte Hilfe zur Überwindung der Armut in der Dritten Welt zu leisten.

Das Ziel der Bundesregierung laute: Friede mit immer weniger Waffen. Er füge jedoch hinzu, daß die Bundesregierung auch über die konventionelle Rüstung beunruhigt sei. Ihre Zerstörungskraft sei ebenfalls katastrophal.

Er wolle immer wieder darauf hinweisen, daß auch die USA sehr ernsthaft an einer positiven Entwicklung interessiert seien. Auch in Amerika gebe es Diskussionen über das Wettrüsten. Der Wunsch nach Abrüstung sei inzwischen weltweit gegeben.

Er habe die Erklärungen des Warschauer-Pakt-Gipfels in Prag¹³ sehr genau zur Kenntnis genommen. Er sehe darin einige Chancen, die weiterentwickelt werden müßten. Er sei bereit, dazu seinen Beitrag zu leisten. Er stimme mit seinem Kollegen Willy Brandt in vielen politischen Fragen nicht überein. Aber er unterstütze einen Satz, den Herr Brandt gesagt habe: Von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen.

Gromyko begrüßte die Ausführungen des Bundeskanzlers zur Prager Erklärung. Er wolle das erläutern. Der Westen habe immer wieder gleichsam im Chor wiederholt, daß ein einseitiger Verzicht auf atomare Waffen schlecht sei, denn ein Krieg könne auch mit konventionellen Waffen geführt werden. Deshalb sei auch ein Verzicht auf den Ersteinsatz von konventionellen Waffen unverzichtbar und müsse hinzukommen. Mit dieser Argumentation sei der sowjetischen Seite eine falsche Absicht unterschoben worden. Deshalb habe die sowjetische Führung ihren Vorschlag¹⁴ ergänzt und angeboten, auch den Verzicht auf den Ersteinsatz konventioneller Waffen zwischen NATO und Warschauer Pakt einzubeziehen. Es sollte ein Vertrag geschlossen werden, daß weder nukleare noch konventionelle Waffen eingesetzt, noch Gewalt angewendet wird. Was bleibe jetzt noch von den bösen Absichten der Sowjetunion übrig? Es sei der Wunsch der sowjetischen Führung, daß die Bundesregierung und die NATO-Staaten diesen Vorschlag ernsthaft prüfen, ohne Emotionen, mit kalter Vernunft. Ein solcher Vertrag könnte auch einen wichtigen Impuls für die Reduzierung der taktischen und strategischen Waffen geben.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß aus seiner Sicht ein Treffen zwischen Generalsekretär Andropow und Präsident Reagan für alle diese Fragen von großer Bedeutung sei. Ohne eine starke Schubkraft von oben könne in

¹³ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. Dok. 40.

¹⁴ Der Vorschlag für eine Erklärung, in der der Ersteinsatz von Kernwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet werden sollte, wurde vom sowjetischen Außenminister Gromyko in seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 22. September 1981 in New York unterbreitet. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 93. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 637 f.

Genf kein Durchbruch erreicht werden. Sein Eindruck sei, daß dies auch in den USA so gesehen werde. Präsident Reagan wolle nicht als ein Mann in die Geschichte eingehen, der nicht alles Menschenmögliche für den Frieden getan habe. Der Präsident sei ein sehr warmherziger und emotionaler Mensch.

Gromyko warf die Frage ein, ob Reagan warmherzig sei, wenn er vom großen und kleinen Krieg in Europa spreche?

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es um existentielle Fragen ginge. Und was Europa betreffe, so seien die Europäer zwar nicht immer ein so harmonischer Chor wie die Donkosaken, aber es könne auch keinen Zweifel darüber geben, daß es eine große Geschlossenheit der Europäer in der Sicherheitspolitik gebe.

Außenminister *Gromyko* griff das Beispiel des Donkosaken-Chors auf. Der Chor stelle in der Regel nur die Begleitung dar. Er müsse feststellen, daß die Melodie selbst nicht sehr wohltönend sei. Washington verfolge hartnäckig sein Ziel, Europa mit atomaren Waffen vollzu„spicken“. Reagans Politik sei auf die militärische Aufrüstung konzentriert. Wenn er nicht in dieser Rolle in die Geschichte eingehen wolle, wie der Bundeskanzler sage, habe er jedoch bereits vieles dafür getan. Er habe Zweifel, ob die Zeit für eine Kurskorrektur noch ausreiche. Wer habe dem Präsidenten das Recht gegeben, über das Schicksal der Menschheit und einzelner Länder entscheiden zu können? Er rede ständig von großen, kleinen, begrenzten Kriegen, als ginge es um einen Picknick-Ausflug. Die sowjetische Führung lese alle amerikanischen Erklärungen. Die amerikanische Regierung denke nur in der Kategorie des Krieges: Wer müsse zuerst angreifen oder nicht, wer müsse stärker sein usw. Die amerikanische Regierung betrachte die Welt durch einen militärischen Schleier, durch einen militaristischen Nebel; das sehe wie eine Walpurgisnacht aus.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete dieses Bild der sowjetischen Führung über die amerikanische Administration als gefährlich, weil falsch. *Gromyko* müsse davon ausgehen, daß es weit und breit keinen Militarismus gebe. Er persönlich sei unfähig dazu, und gleich wer in diesem Jahrzehnt in Bonn Bundeskanzler sein werde, es werde kein Militarist sein. In ganz Europa gebe es keine Militaristen. Eine Reihe der europäischen Regierungschefs seien persönliche Freunde von ihm. Darunter seien keine Militaristen. Dies gelte auch für die Vereinigten Staaten von Amerika. Jeder, der intelligent sei, wisse, daß es in Mitteleuropa keinen kleinen Krieg geben könne. In jedem Fall sei die Existenz Europas betroffen. Es sei eine reine Theorie, darüber nachzudenken, wie viele in Europa in einem Kriege überleben könnten. Dies sei abstrus und keine reale Politik. Welche Ideale man auch immer vertrete, die des Humanismus, des Marxismus/Leninismus oder des Christentums, in allen Fällen müßte man sich in der Ablehnung des Krieges einig sein.

Gromyko erklärte, daß er es sehr bedaure, daß der Bundeskanzler den militaristischen Kurs der USA in Schutz nehme. Er hätte alle Erklärungen des Bundeskanzlers gelesen. Sie beinhalten härtere Töne, als sie von der vorherigen Regierung zu hören waren. Der Bundeskanzler trete zwar für die Fortsetzung der Ostpolitik ein, aber er könne nicht damit einverstanden sein, daß er die amerikanische Politik in einem günstigen Licht darstelle. Das könne die sowjetische Führung nicht akzeptieren.

Politik müsse man an den Taten messen, erklärte der *Bundeskanzler*, als Beispiel dafür verweise er auf das Verhalten der Bundesregierung in der Frage des Erdgas-Röhren-Geschäftes.¹⁵

Gromyko erwiderte, daß er es sehr hoch zu schätzen wisse, was der Bundeskanzler für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion getan habe, insbesondere im Zusammenhang mit dem Erdgas-Röhren-Geschäft. Aber die amerikanische Außen-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik laufe dem Frieden und der Entspannung entgegen, ja sie begrabe die Entspannung. Er wolle nur das Beispiel des Nahen Ostens erwähnen. Israel übe die Funktion eines Schlagbolzens aus. Die Amerikaner hätten ein Hauptkommando eingerichtet, um im Krisenfall in 19 Ländern intervenieren zu können, wenn sie mit der dortigen Entwicklung nicht einverstanden seien.¹⁶ Dies alles könne der Bundeskanzler nicht widerlegen. Es sei für sie deshalb unverständlich und täte ihnen leid, daß der Bundeskanzler diesen amerikanischen Kurs unterstütze.

Der Bundeskanzler trete für Kontinuität ein, gelte dies aber auch für die Frage des Friedens, der Strategie? Er sei erstaunt, daß der Bundeskanzler die Reagan-Administration so verteidige. Der Vorschlag der Sowjetunion, auf den Ersteinsatz zu verzichten, sei für sie von großem Risiko. Dennoch habe die amerikanische Regierung darauf nicht reagiert, sondern diesen Vorschlag nur als Ergebnis in die Tasche gesteckt.

Der *Bundeskanzler* gab erneut seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck, und dies sei auch die Meinung seiner europäischen Kollegen, daß die Amerikaner in Genf den Erfolg der Verhandlungen wollen. Dies sei auch der Sinn des Doppelbeschlusses. In dieser Frage gebe es in der Tat die Kontinuität, von der der sowjetische Außenminister spreche. Die Bundesregierung werde jeden Schritt in Genf sorgsam verfolgen und erwägen. Die Bundesrepublik bleibe eine Mittelmacht, werde jedoch alles tun, damit die Genfer Verhandlungen zu einem Erfolg führen. Es bleibe dabei, daß die Bundesregierung weder sowjetische noch amerikanische Raketen wolle. Dies diene dem Frieden und den deutschen Interessen.

In der Bundesrepublik stünden keine Angriffswaffen. Die Bundeswehr sei keine Angriffsmarine. Sein ältester Sohn leiste gerade Wehrdienst. Es gebe niemanden, der einen Angriff wolle. Das einzige, was die Deutschen wollen, ist der Wunsch, daß sie ihr Leben so gestalten können, wie sie es selbst wünschen.

Er müsse aber auf ein großes Problem hinweisen, das es in der Tat mit der Sowjetunion gebe. Dieses Problem sei zu seinen Lebzeiten nicht zu lösen. Dies sei seine persönliche Prognose. Er meine die Teilung Deutschlands. Hitler habe sie verschuldet, wir müssen sie ertragen. Es bleibe aber das Ziel der Bundesregie-

¹⁵ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

¹⁶ Die USA begannen im Frühjahr 1981 mit dem Aufbau einer „Rapid Deployment Force“ (RDF). Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 55.

Am 8. Dezember 1982 gab das amerikanische Verteidigungsministerium die Errichtung eines „Verinigten Zentralkommandos Südwestasien“ mit Sitz in Tampa, Florida, bekannt. Es sollte den Einsatz von RDF-Verbänden mit einer Gesamtstärke von 230 000 Soldaten in der Region des Nahen Ostens, des Persischen Golfs und des Indischen Ozeans koordinieren. Ausgenommen hiervon waren Israel, der Libanon und Syrien, die weiterhin im Verantwortungsbereich des Hauptquartiers in Stuttgart verblieben. Vgl. dazu die Meldung „US-Militärkommando für Südwestasien“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 14. Dezember 1982, S. 5.

rung, diese Teilung für die Menschen so erträglich wie möglich zu machen. Beispielsweise müsse es möglich sein, daß Menschen in Frankfurt am Main und Leipzig einander heiraten können. Dies müsse doch ein sehr verständlicher Wunsch sein. Was kann man von einem Volk mehr erwarten, das das natürliche Ziel der Einheit verfolgt, daß es sich so vernünftig hält, daß jeder Revanchismus ohne Chance bleibt. Es zeugt vom guten Geist der Deutschen, daß sie den Ausgleich mit allen Nachbarvölkern wollen.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen seien der gegenseitige Austausch und die Kommunikation oft bedeutsamer als der wirtschaftliche Ertrag als solcher, der sicherlich auch wichtig sei. Die Bundesrepublik befinde sich zur Zeit in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. In einem Jahr etwa werde sie das Tal überwunden haben. Dies werde auch die wirtschaftlichen Beziehungen verbessern, deren politischer Wert wichtiger sei als ihr ökonomischer.

Außenminister *Gromyko* nahm noch einmal Bezug auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR. Der Bundeskanzler müsse wissen, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR auch die sowjetischen Beziehungen zur Bundesrepublik berühren. Dies gelte auch für beide Genfer Verhandlungsebenen (INF/START). Die Sowjetunion könne sich jedoch mit dem Doppelbeschluß nicht einverstanden erklären. In Wirklichkeit sei dies der direkte Beschluß mit dem erklärten Ziel, im Falle eines Mißerfolges der Sowjetunion allein die Schuld zuzuschreiben, um dann tatsächlich stationieren zu können. Die Wirklichkeit sehe aber so aus, daß für einen Mißerfolg die Vereinigten Staaten die Verantwortung trügen. Er wolle die direkte Frage an den Bundeskanzler richten: Wenn 1983 so verlaufen werde, daß in Genf kein Verhandlungserfolg möglich sein werde, werden Sie als Bundeskanzler die Erlaubnis für die Stationierung erteilen, oder sollte weiterverhandelt werden?

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er für eine ehrliche, kalkulierbare, berechenbare Politik eintrete. Für ihn gelte vor der Wahl nichts anderes als nach der Wahl.¹⁷ Deshalb wolle er eine klare Antwort geben. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages haben dem Doppelbeschluß unter der Regierung von Bundeskanzler Schmidt zugestimmt. Die jetzige Bundesregierung stehe zu diesem Beschluß, der ausdrücklich die Verhandlungen einschließt. Seit dem 1. Oktober sei er Bundeskanzler, und seitdem habe er jede Gelegenheit genutzt, um darauf Einfluß zu nehmen, daß in Genf ernsthaft und erfolgreich verhandelt werde. Er verstehe nicht, warum er die Verhandlungschancen pessimistisch beurteilen solle.

Er nehme die Erklärungen von Außenminister *Gromyko* und die von Generalsekretär *Andropow*, die dieser gegenüber Präsident *Carstens* und Außenminister *Genscher* geäußert habe¹⁸, sehr ernst. Ebenso ernst nehme er aber auch die Erklärungen von Präsident *Reagan*. Zur Stunde müßte er deshalb davon ausgehen, daß die Verhandlungen nicht scheitern. Selbstverständlich müssen sich beide Seiten bewegen. Sein Beitrag bestehe darin, alles zu tun, daß die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß führen. Deshalb lege er per-

¹⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

¹⁸ Bundespräsident *Carstens* und Bundesminister *Genscher* hielten sich am 14./15. November 1982 anläßlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, *Breschnew*, in Moskau auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.

sönlich auf den sehr direkten Kontakt großen Wert. Er verstehe sich dabei nicht als Dolmetscher, sondern wolle mithelfen.

Gromyko erwiderte, daß der direkte Kontakt ein gegenseitiger Wunsch sei. Es sei eine gute Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit, und er werte dies als einen Pluspunkt, als ein Kennzeichen für den gegenwärtigen Stand der Beziehungen. Er müsse aber darauf hinweisen, daß seine Frage nicht beantwortet worden sei.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, daß die Bundesregierung zum Doppelbeschluß stehe. Dies sei seine Antwort.

Gromyko warf ein, daß seine Frage anders gelautet habe. Aber darauf komme es nicht so an. Im Rahmen der bilateralen Beziehungen gebe es viele Berührungspunkte. Zusammenfassend wolle er fragen: Wenn der Bundeskanzler an der Regierung bleibe, werde er die Ostpolitik fortsetzen?

Der *Bundeskanzler* antwortete, daß die Antwort davon abhängig sei, wie man die Ostpolitik definiere. Er wolle ehrlich sein: Bundesregierung steht zu den Verträgen. Sie seien von dieser Regierung nicht abgeschlossen worden, und er sei nicht immer in allen Punkten einverstanden gewesen. Eine wichtige Grundlage für den Frieden bleibe jedoch die Vertragstreue. Aber die Bundesregierung wolle die Verträge auch mit Leben erfüllen.

Daran habe die sowjetische Führung keinen Zweifel, erwiderte *Gromyko*.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß die Sowjetunion wisse, daß seit Konrad Adenauer die Bundesrepublik ein verlässlicher Partner sein wolle. Die Bundesregierung wolle deshalb auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit fortentwickeln. Dies gelte auch für die kulturellen Beziehungen, sie seien ein besonders wichtiges Feld, das keine großen Taten ermögliche, aber für die Menschen wichtig sei.

Ein besonderes Anliegen für die Bundesregierung bleibe der Bereich der humanitären Beziehungen. Dies gelte insbesondere für die Familienzusammenführung.¹⁹ Er hoffe, daß ein weiterer Schritt möglich werde und insbesondere die gegenseitigen Besuchsmöglichkeiten intensiviert werden könnten. Dies sei insbesondere für die getrennten Familien eine wichtige Hilfe.

Außenminister *Gromyko* sicherte zu, daß er diese Frage im Blickfeld behalten wolle. Dies sei ein Vorschlag, der überlegt werden könnte. Er habe jedoch die humanitären Fragen bereits sehr ausführlich mit dem Außenminister Genscher besprochen.²⁰

¹⁹ Mit Schreiben vom 22. Juni 1983 an Bundeskanzler Kohl trug DRK-Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein vor, daß beim DRK derzeit 87 065 deutschstämmige Personen aus der UdSSR als ausreisewillig registriert seien. Zusammen mit weiteren noch offenen Fällen müsse davon ausgegangen werden, „daß aus der Sowjetunion weit mehr als 100 000 Deutsche auszureisen wünschen“. Hinsichtlich der erfolgten Ausreisen übermittelte er folgende Zahlen: 5985 (1975); 9701 (1976); 9274 (1977); 8455 (1978); 7226 (1979); 6554 (1980); 3773 (1981); 2071 (1982). Vgl. Referat 213, Bd. 133278.

²⁰ Im Gespräch am 17. Januar 1983 mit dem sowjetischen Außenminister bedauerte Bundesminister Genscher den Rückgang der Ausreisegenehmigungen für sowjetische Staatsbürger deutscher Volkzugehörigkeit. *Gromyko* erklärte daraufhin: „Seit 25 Jahren seien inzwischen über 70 000 Sowjetbürger deutscher Nationalität ausgereist. Das sei eine stattliche Zahl. Wenn beklagt werde, daß jetzt die Zahlen zurückgingen, müsse man fragen, ob dies nicht in der Natur der Sache liege. Irgendwann nähmen die Fälle der Familienzusammenführung ab. Die Sowjetunion habe ihre Einstellung nicht geändert. Sie prüfe die in der Liste übermittelten Ausreisebitten in wohlwollendem Geiste und gemäß

Auch die sowjetische Führung trete für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen ein, sowohl im wirtschaftlichen wie im kulturellen Bereich. Hier würden sich die Wünsche beider Seiten treffen. Der Dialog müsse fortgeführt werden. Sicherlich gebe es in vielen internationalen Fragen unterschiedliche Standpunkte. Er habe jedoch die Bitte, daß die Bundesregierung ihre Beschlüsse nicht übereile. Er teile die Einschätzung des Bundeskanzlers über die Politik der Vereinigten Staaten nicht. Er habe die Position der sowjetischen Führung zum Doppelbeschluß dargelegt, er kenne jetzt auch die der Bundesregierung. Er wolle noch einmal darauf hinweisen, daß die Verantwortung bei den Vereinigten Staaten liegen werde, wenn es in Genf zu keinem Abkommen käme. Die Sowjetunion sei nicht bereit, die imperialen Ansprüche der USA zuzulassen. Das Ziel der Sowjetunion sei, daß ein Abkommen das Gleichgewicht sichern muß. Aufgefallen sei ihm, daß der Bundeskanzler den Begriff der Entspannung nicht erwähnt habe, aber er werde durch die Verträge abgedeckt.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß für ihn die Entspannung kein Problem darstelle. Dies habe er bereits beim gemeinsamen Frühstück deutlich gemacht.

Gromyko fragte ihn daraufhin, ob er der sowjetischen Führung sagen könne, Bundeskanzler Kohl sei für den Kurs der Entspannung? Bundeskanzler *Kohl* bejahte dies, wies aber darauf hin, daß auch in diesem Fall wichtig sei, wie man Entspannung definiere. Wichtig sei für ihn, daß es eine Reihe von Punkten der Übereinstimmung gebe. In den anderen Fragen müsse man zu einem Ausgleich kommen.

Der Bundeskanzler bat darum, noch eine Frage stellen zu dürfen, die er jedoch nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion verstanden wissen wolle. In der deutschen Öffentlichkeit gebe es eine starke Diskussion über Sacharow.²¹ Dieser genieße viele Sympathien in der Bundesrepublik. Er wolle deshalb ehrlich sein. Das Schicksal von Sacharow wird von vielen Deutschen mit großem Interesse verfolgt. Dies müsse die sowjetische Führung wissen.

Es gebe viele andere wichtige Fragen, erwiderte *Gromyko*. Er wolle zum Abschluß des Gesprächs für die offene Atmosphäre danken. Sie erleichtere den Meinungsaustausch. Die Grüße des Bundeskanzlers an Generalsekretär Andropow werde er bestellen.

VS-Bd. 14116 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 59

der sowjetischen Gesetzgebung.“ Genscher bezeichnete die von Gromyko gegebenen Zahlen als „zutreffend“, fügte aber hinzu, daß nach dem Eindruck der Bundesregierung „Ausreisewünsche unverändert fortbestünden. Darin drücke sich auch aus, daß sich die Menschen vom KSZE-Prozeß mehr Großzügigkeit in solchen Fragen versprechen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133189.

²¹ Der sowjetische Atomphysiker Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt. Mit Schreiben vom 28. Dezember 1982 an den Schriftsteller Kopelew sagte Bundeskanzler Kohl zu, sich im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko für Sacharow einzusetzen. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 139298.

Am 4. Februar 1983 richtete Bundesminister Genscher ein Schreiben an Gromyko, um dessen Aufmerksamkeit auf „zutiefst beunruhigende Berichte über den Gesundheitszustand des Mitglieds der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Andrej Sacharow, zu lenken“. Er bat, „sich dafür einzusetzen, daß Akademie-Mitglied Sacharow gestattet wird, sich an einen Aufenthaltsort seiner Wahl zu begeben, um sich dort medizinisch behandeln lassen und in Frieden leben und arbeiten zu können“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 630 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot vom selben Tag an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 13380 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

11

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo

Dg 41-420.10 ITA

19. Januar 1983¹Gespräch BM mit AM Colombo am 19.1.1983²

I. Der kurzfristig angesetzte Besuch von AM Colombo knüpfte an die Tradition häufiger Gespräche zwischen den beiden Ministern an. Das Gespräch dauerte etwa zwei Stunden. Im Mittelpunkt stand ein Bericht des BM über seine Gespräche mit AM Gromyko, den Stand der Abrüstungsverhandlungen und die Frage, wie sich der Westen zu der sowjetischen Abrüstungsoffensive verhalten solle. Die beiden Minister erörterten außerdem EG-Fragen (Aufgaben der deutschen Präsidentschaft³, Europäische Akte, EG-Ratstagung am 24./25. Januar und das dabei vorgesehene Treffen mit dem erweiterten Präsidium des EP). Ebenfalls angesprochen wurden die bevorstehende Reise von AM Colombo nach Ost-Berlin sowie die Airbus-Frage⁴.

II. Im einzelnen

1) Gromyko-Besuch⁵

BM erläuterte, daß dieser Besuch auf eine von ihm im Herbst in New York ausgesprochene Einladung zurückgehe.⁶ Im Vergleich zu seinem Besuch im November 1979⁷ sei Gromyko gemäßigt und eher werbend aufgetreten. Während er damals gedroht habe, es gebe keine Abrüstungsverhandlungen, wenn die NATO den Doppelbeschluß durchführe, habe er dieses Mal keine Drohungen ausgestoßen, sondern die sowjetischen Abrüstungsvorschläge⁸ erläutert. In der Sache habe es – gemessen an dem aus Genf bekannten Sachstand⁹ – keine neuen Elemente gegeben.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Ungerer am 20. Januar 1983 gefertigt.

² Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁴ Die Bundesrepublik und Frankreich arbeiteten seit 1969 bei der Entwicklung des „Airbus“ zusammen. Die Niederlande waren durch eine Zusatzvereinbarung vom 28. Dezember 1970 an Airbus Industrie beteiligt. Spanien trat der Kooperation mit Übereinkommen vom 23. Dezember 1971 bei. Großbritannien schloß sich der Zusammenarbeit am 1. Januar 1979 an. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 252 und AAPD 1978, II, Dok. 367.

Mit Vereinbarung vom 1. März 1982 beteiligte sich auch Belgien am Airbus-Programm. Für die Vereinbarung vgl. Referat 411, Bd. 160424.

⁵ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁶ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Oktober 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 263.

⁷ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

⁸ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

Vgl. dazu ferner die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“); Dok. 40.

⁹ Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 1, Anm. 19.

Nachdem BM kurz den Gesprächsinhalt wiedergegeben hatte, bezeichnete er als Kern der weiteren Diskussion die Frage, wie sich der Westen in der durch die sowjetische Abrüstungsoffensive entstandenen Lage verhalten soll.

Nach einer längeren Diskussion stellten beide Minister fest, daß die deutsche und italienische Position in dieser Frage voll übereinstimmen. Die Null-Lösung sei die beste Lösung. Es dürfe kein sowjetisches Monopol bei Mittelstreckenraketen geben. Im übrigen gelte der NATO-Doppelbeschluß, d. h., der Bedarf an INF werde im Lichte der Genfer Verhandlungsergebnisse geprüft. (Ausführlicher VS-v-Vermerk über diesen Teil des Gesprächs wird getrennt vorgelegt.¹⁰)

2) Beide Minister kamen kurz auf die Bundestagswahl¹¹ zu sprechen, wobei *Colombo* ankündigte, es werde möglicherweise im späten Frühjahr Wahlen in Italien geben.¹² Da auch in GB im Frühjahr Wahlen vorgesehen seien¹³, saßen wir alle im gleichen Boot.

Er fragte sodann nach der Reaktion Gromykos auf die Nachricht von seinem bevorstehenden Besuch in Bonn. Er habe den Eindruck, daß der bulgarische Fall Spuren im sowjetisch-italienischen Verhältnis hinterlassen habe.¹⁴ *BM* erwiderte, auf seine Ankündigung, daß er anschließend mit AM *Colombo* zusammentreffen werde, habe sich Gromyko positiv über ihn geäußert.

3) Auf die Frage des BM nach seinem bevorstehenden Besuch in Ost-Berlin sagte AM *Colombo*, der Besuch habe nicht weiter verschoben werden können. *BM* verwies auf Kontakte zwischen unserem Ständigen Vertreter in Ost-Berlin¹⁵ und dem italienischen Vertreter, bei dem alle Probleme Berlins und seines Status angesprochen seien.¹⁶ AM *Colombo* verwies auf ein Gespräch mit

¹⁰ Bundesminister Genscher führte im Gespräch mit dem italienischen Außenminister Colombo am 19. Januar 1983 aus, daß „Lösungen außerhalb der Null-Lösung“ nur „als Schritt in Richtung auf die Null-Lösung akzeptabel und nicht als einseitiger westlicher Verzicht“ denkbar seien. Genscher bemerkte ferner, „daß ein US/SU-Abkommen über eine Null+X-Lösung uns die Stationierung erleichtere. Seine größte Sorge sei jedoch die sich in Europa verbreitende Stimmung, daß der Westen dann auf Nachrüstung verzichten könne, wenn die SU ausreichend reduziere. Die Antwort müsse sein: Wenn die SU verzichtet, wird der Westen das auch tun; wenn die SU nur reduziert, wird der Westen auch nur reduzieren. AM Colombo erwiderte, eine ungleichgewichtige Reduzierung der SU sei nicht akzeptabel. Man müsse einer Stimmung in Europa entgegenwirken, die solchen Reduzierungen Vorschub leiste.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

¹² Die Wahlen zum italienischen Parlament fanden am 26./27. Juni 1983 statt.

¹³ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

¹⁴ Am 13. Mai 1981 wurde Papst Johannes Paul II. während einer Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom von Mehmet Ali Agca durch mehrere Schüsse lebensgefährlich verletzt. Am 22. Juli 1981 wurde Agca in Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 142.

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), teilte am 15. Dezember 1982 mit, daß im Zuge der Ermittlungen mehrere bulgarische Staatsangehörige unter dem Verdacht der Mithilfe verhaftet worden seien. In der italienischen Regierung werde die Frage gestellt, „ob es vorstellbar sei, daß der bulgarische Geheimdienst ein Attentat auf den Papst vorbereiten und durchführen lasse, ohne daß der sowjetische KGB davon Kenntnis habe, ja ohne daß er dem Plan zugestimmt habe. Andererseits frage man sich, ob es in der Linie des KGB und der Moskauer Regierung liege, einen solchen Akt eines individuellen Terrorismus gegen eine derart herausragende internationale Persönlichkeit wie den Papst zu organisieren, und ob sich die sowjetische Führung tatsächlich eine nachhaltige Beruhigung der Lage in Polen aufgrund eines geglückten Mordanschlages auf den Wojtyła-Papst habe ausrechnen können.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 524; Referat 203, Bd. 124901.

¹⁵ Hans Otto Bräutigam.

¹⁶ Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, teilte am 18. Januar 1983 mit, daß er in der italienischen Botschaft in Ost-Berlin für die Bundesrepublik „sensitive Punkte“ erläutert habe: „Keine Kommu-

Botschafter v. Wechmar¹⁷ und versprach, die Frage des Zwangsumtausches¹⁸ in Ost-Berlin anzusprechen.¹⁹

4) AM Colombo erwähnte sodann ein Gespräch mit Botschafter v. Wechmar über den Airbus, bei dem dieser eine Demarche der Botschafter D, F²⁰ und GB²¹ angekündigt habe. Italien sei für den Airbus unter der Voraussetzung wirtschaftlicher Rentabilität und neuester Technologie. Die Tatsache, daß Italien in letzter Zeit Flugzeuge bei Douglas gekauft habe, stehe dem nicht entgegen.²²

D4 i. V.²³ entgegnete, daß wir durch Berichte über massive Versuche von Boeing, Alitalia Flugzeuge zu verkaufen, alarmiert worden seien. Dies habe uns bewogen, in Demarchen der interessierten Länder auf den Airbus hinzuweisen. Wenn man in Brüssel die Notwendigkeit europäischer technologischer Zusammenarbeit betone, müsse das auch für den Airbus gelten.

AM Colombo bestätigte, daß europäische Projekte für Italien Vorrang haben, äußerte sich jedoch besorgt darüber, daß der angebotene Airbus-Typ mit alten Motoren ausgerüstet sei und somit nicht neuestem technologischem Stand entspreche.

Fortsetzung Fußnote von Seite 62

niqué-Passagen, die innerdeutsche Beziehungen dem Völkerrecht unterstellen; keine Zitate aus der Schlußakte von Helsinki ohne Hinweis darauf, daß Grundlagenvertrag für innerdeutsche Beziehungen verbindlich und bindend ist; keine Akte, die den Sonderstatus von Berlin berühren könnten, wie militärisches Zeremoniell in Berlin oder Kranzniederlegung in Anwesenheit des ‚Stadtkommandanten‘, Besuch der Mauer als ‚Staatsgrenze der DDR‘, Bezeichnung von Berlin (Ost) als ‚Hauptstadt der DDR‘, Erwähnung von Berlin (West) in einem Kommuniqué oder einer Erklärung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 58; Referat 210, Bd. 132591.

17 Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 18. Januar 1983, daß er dem italienischen Außenminister Colombo die Bitte der Bundesregierung übermittelt habe, „bei seinem anstehenden Besuch in der DDR die Frage einer substantiellen Korrektur der Mindestumtauschsätze zur Sprache“ zu bringen. Colombo habe erwidert, er wolle „das Thema im Kopf behalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; Referat 210, Bd. 132591.

18 Am 9. Oktober 1980 gab die DDR bekannt, daß mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 der Mindestumtauschsatz für Besuche in die DDR bzw. nach Ost-Berlin von bislang 13 DM bzw. 6,50 DM pro Tag/Person auf einheitlich 25 DM angehoben würden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen vom 10. Oktober 1980; Referat 210, Bd. 132464.

19 Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 26./27. Januar 1983 in der DDR auf. Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, informierte dazu am 28. Januar 1983, daß Colombo außer mit dem Außenminister der DDR, Fischer, auch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, gesprochen habe: „Im Verlauf des Besuchs wurden ein Konsularabkommen Italien-DDR sowie eine Vereinbarung über den Status italienischer Arbeiter in der DDR unterzeichnet. Auf Wunsch der italienischen Delegation wurde kein Kommuniqué herausgegeben. Man einigte sich jedoch auf ein internes Protokoll der Begegnung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 103; Referat 210, Bd. 132591.

20 Gilles Martinet.

21 Ronald Arculus.

22 Am 8. November 1982 berichtete Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, daß die italienische Fluggesellschaft Alitalia mit dem amerikanischen Unternehmen McDonnell-Douglas am 3. November 1982 einen Optionsvertrag über den Kauf von 30 Flugzeugen des Typs „DC-9-80“ abgeschlossen habe: Nach übereinstimmender Äußerung des Außenministeriums und der Alitalia gegenüber der Botschaft schließt die Ausübung der Option der Alitalia über die DC-9-80 ein zukünftiges Umsteigen der Alitalia für die 90er Jahre auf den Airbus A320, die Boeing 757 oder die Douglas D-3300 nicht aus. Die Entscheidung für die DC-9-80 sei vielmehr als Zwischenlösung gedacht, die es Italien ermögliche, sich in Ruhe für die 90er Jahre für die Maschinen zu entscheiden, die am wirtschaftlichsten sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1243; Referat 411, Bd. 160424.

23 Werner Ungerer.

5) EG-Fragen

AM Colombo erklärte, daß er sich vom ersten Semester 1983 sehr viel erwarte. Diese Zeit müsse maximal genutzt werden. Nach seiner Meinung sollte man sich auf folgende Punkte konzentrieren:

- a) Verabschiedung der Europäischen Akte²⁴;
- b) Ausarbeitung gemeinsamer Politiken, wobei er das Votum des EP zum Berichtigungshaushalt 1982²⁵ als wichtigen Hinweis für deren Notwendigkeit bezeichnete;
- c) Ausbau des EWS;
- d) Lösung des Problems der eigenen Einnahmen²⁶;
- e) Lösung der Erweiterungsfrage²⁷.

BM erwiderte, er sehe die Aussichten für die Europäische Akte optimistischer als noch im Herbst. Wenn es nicht zu einem Konsens komme, müsse man dies offen sagen.

AM Colombo erinnerte an seinen beim Besuch des Bundespräsidenten in Rom²⁸ vorgetragenen Gedanken, auf dem Europäischen Rat etwa drei Themen, die einen wesentlichen Fortschritt für die EG bedeuten, konkret zu behandeln.

²⁴ Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Colombo verständigten sich am 3. Oktober 1981 in Rom auf Vorschläge zur weiteren Integration der Europäischen Gemeinschaften und unterbreiteten am 26./27. November 1981 bei der Tagung des Europäischen Rats in London den Entwurf einer politischen Grundsatzerklärung zur Europäischen Union (Europäische Akte). Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 282, Dok. 332, Dok. 348 und Dok. 349.

Die Beratungen in der EPZ über den Text der Erklärung waren noch nicht abgeschlossen. Offen waren u. a. noch die Abschnitte über die Gemeinsame Agrarpolitik, die Frage von Mehrheitsbeschlüssen, die Rolle des Europäischen Parlaments und die Frage, ob die Akte nach fünf Jahren hinsichtlich ihrer Überführung in einen Vertrag über die Europäische Union geprüft werden sollte („Revisionsklausel“). Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 349.

²⁵ Das Europäische Parlament beschäftigte sich am 14. Dezember 1982 in erster Lesung mit Entwürfen der EG-Kommission für den Haushalt 1983 und für einen Berichtigungs- und Nachtragshaushalt für 1982. In ersterem waren erwartete Überschüsse des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, ausgewiesen, die zur Deckung von Ausgleichsmaßnahmen zugunsten von Großbritannien herangezogen werden sollten. In einer Entschließung äußerte das EP seine Besorgnis „über die weitere Zunahme der Ausgleichsmaßnahmen zugunsten bestimmter Mitgliedstaaten“. Es sprach sich gegen weitere Übergangslösungen aus und forderte die EG-Kommission auf, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, in dem „diese Sondermaßnahmen (zugunsten des Vereinigten Königreichs) wieder in den Rahmen der bestehenden Gemeinschaftspolitiken eingegliedert werden“. Am 16. Dezember 1982 lehnte das Europäische Parlament die Haushaltsentwürfe ab. Vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 7 f.

²⁶ Am 21. April 1970 beschloß der EG-Ministerrat, das bisher beitragsfinanzierte Einnahmesystem der Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1975 durch eine vollständige Finanzierung aus Eigenmitteln zu ersetzen. Dazu sollten Einnahmen aus der Abschöpfung von Überschüssen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, Abgaben auf Zucker, Zölle und Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 1 % verwendet werden. Für den Wortlaut des Beschlusses vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1262–1273.

Um die steigenden Ausgaben im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und des Ausbaus der Gemeinschaftspolitik in neue Bereiche wie Energie, Forschung und Entwicklung zu decken, legte die EG-Kommission am 4. Februar 1983 ein „Grünbuch“ über Finanzierungsmöglichkeiten vor. Darin schlug sie u. a. eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, eine progressive Besteuerung der Mitgliedstaaten sowie zusätzliche Einnahmen aus dem Agrarbereich vor. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Kyaw vom 14. Februar 1983; Referat 410, Bd. 130353. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 1/1983, S. 10–14.

²⁷ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 9, Anm. 14 und 16.

²⁸ Bundespräsident Carstens hielt sich vom 25. bis 29. Oktober 1982 in Italien und im Vatikan auf.

BM erwiderte, er habe darüber mit dem Bundeskanzler gesprochen. Dieser Plan, den wir unterstützen, müsse im März im Europäischen Rat²⁹ erörtert werden. Allerdings müßten die Vorbereitungen dafür früher beginnen.

AM Colombo erwähnte ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Pym³⁰, aus dem er den Eindruck gewonnen hatte, daß man noch lange mit den Briten sprechen müsse, bis GB mit voller Kraft an der europäischen Einigung mitwirke.

BM meinte, britisches Beitragsproblem³¹ werde uns auf dem Allgemeinen Rat am 24. Januar³² beschäftigen. Das am gleichen Tag vorgesehene Treffen mit dem EP-Präsidium werde schwierig werden.³³

(Dieser Vermerk ist vom BM noch nicht genehmigt.)

VS-Bd. 14112 (010)

²⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.

³⁰ Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 13. Januar 1983 in Großbritannien auf.

³¹ In einer gemeinsamen Vorlage des Auswärtigen Amts sowie der Bundesministerien der Finanzen und für Wirtschaft vom 25. November 1982 hieß es: „GB und D sind seit Jahren einzige ‚Nettozahler‘ der Gemeinschaft (Rückflüsse an GB vor allem aus Agrarfonds sind relativ gering). Im Unterschied zu uns haben Briten jedoch ein unter EG-Durchschnitt liegendes Pro-Kopf-BIP (GB = viertärmstes EG-Land). Mit Rücksicht auf diese Situation hat Gemeinschaft Briten für 1980, 1981 und jetzt auch für 1982 jeweils H[aus]H[alts]-Entlastung gewährt. [...] AM beschlossen am 25.5.1982, Verhandlungen über eine ‚Lösung für 1983 und später‘ bis Ende November 1982 abzuschließen. Bis jetzt fand jedoch nur eine erste Orientierungsdebatte im Rat (am 22.11.) über Kommissionvorschlag vom 17.11. für eine Anschlußregelung statt. Vorschlag sieht wiederum nur eine Ad-hoc-Lösung für 1983 und 1984 (mit Verlängerungsmöglichkeit allenfalls für 1985) vor [...]. Nach Ablauf der neuen Regelung soll britisches Problem im Rahmen einer strukturellen Reform [des] EG-Finanzsystems, für die Kom[mission] im Frühjahr 1983 Vorschläge vorlegen will, endgültig gelöst werden.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130421. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 205.

³² Zur EG-Ministerrats-tagung am 24./25. Januar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 25.

³³ Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem erweiterten Präsidium des Europäischen Parlaments am 24. Januar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 25, Anm. 8.

12

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 19. Januar 1983, 18.59 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 5 Ortez

Zum Besuch des Generalsekretärs der Liga der Arabischen Staaten, Chedli Klibi, in der Bundesrepublik Deutschland am 13. und 14. Januar 1983

1) Verlauf und Bedeutung des Besuchs

Der Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Chedli Klibi, stattete der Bundesrepublik Deutschland am 13. und 14. Januar 1983 einen Besuch ab.

Der diesjährige Aufenthalt war der dritte Besuch des GS in Bonn. GS Klibi wurde im Juli 1980 das erste Mal in der Bundesrepublik Deutschland empfangen.² Im Mai 1981 hielt er einen Vortrag vor dem Komitee für Europäisch-Internationale Zusammenarbeit in Bonn.³

Auf Beschluß des Rates der Arabischen Liga (AL) war die Mitgliedschaft Ägyptens nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel im März 1979⁴ suspendiert, der Sitz der AL von Kairo nach Tunis verlegt und der Tunesier Chedli Klibi zum neuen GS gewählt worden.⁵ Diesen Posten hatte bis dahin seit der AL-Gründung 1945 stets ein Ägypter inne.

GS Klibi führte in Begleitung des stellvertretenden GS, Botschafter Omran, ein ausführliches Gespräch mit dem BM, der ihm ein Mittagessen gab. Der GS traf außerdem mit dem BK zu einem einstündigen Gespräch zusammen. Wei-

¹ Durchdruck.

² Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, besuchte am 21./22. Juli 1980 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 219.

³ Auf Einladung des Instituts für Internationale Begegnungen e.V. hielt der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 6. Mai 1981 in Bonn einen Vortrag zu Nahost-Fragen. Am folgenden Tag führte er ein Gespräch mit Bundesminister Genscher. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135645.

⁴ Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David, dem Landsitz des amerikanischen Präsidenten, zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Für den Wortlaut der am 17. September 1978 in Washington unterzeichneten Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.

Nach weiteren Verhandlungen vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David unterzeichneten Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

⁵ Auf ihrer Konferenz vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad beschlossen die Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten wegen der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Zu den weiteren Beschlüssen teilte Botschafter Menne, Bagdad, am 1. April 1979 mit, daß die Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga „ab sofort“ eingefroren und der Sitz der Arabischen Liga nach Tunis verlegt werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

tere Gesprächspartner waren StM Dr. Mertes⁶ und StM Möllemann sowie BM a. D. Wischniewski.

2) Hauptinhalt der Gespräche

a) Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Entwicklung im Nahen Osten nach der Beendigung des Libanon-Konfliktes⁷ und die Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft, einen Beitrag zur Lösung des Nahost-Konflikts zu leisten.

Aus der Sicht des GS kommt der Bundesrepublik Deutschland, die seit 1. Januar die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft innehat, eine wichtige Rolle bei der Formulierung der Nahostpolitik der Staaten der Gemeinschaft zu.

Um arabische Befürchtungen zu zerstreuen, nahm die Bundesregierung diesen Besuch erneut zum Anlaß, die kontinuierliche Fortführung unserer Nahostpolitik im Rahmen der Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaft und auf der Grundlage der Prinzipien der Erklärung von Venedig⁸ zu erläutern.

b) Das Gespräch des BM mit GS Klibi ergab Übereinstimmung in der Beurteilung der fortbestehenden gefährlichen Lage im Nahen Osten und der Dringlichkeit weiterer Bemühungen zur Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens. Beide Seiten waren sich einig, daß der Zeitfaktor angesichts der forcierten israelischen Siedlungspolitik⁹ in den besetzten Gebieten die Lage kompliziere. GS Klibi warnte davor, daß die Fortsetzung der Siedlungstätigkeit jede Friedenslösung unmöglich machen könne. BM übte scharfe Kritik an der israelischen Siedlungspolitik und bezeichnete diese in seiner Tischrede als völkerrechtswidrig.¹⁰

Ungeachtet der dramatischen Ereignisse im Libanon im vorigen Jahr und insbesondere der Massaker in Sabra und Chatila¹¹ sah Klibi in den Beschlüssen

⁶ Im Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 14. Januar 1983, versicherte Staatsminister Mertes, „daß in der Nahostpolitik der Bundesregierung kein Wechsel eingetreten sei. Meldungen, daß die Bundesregierung von ihrer bewährten ausgewogenen Haltung gegenüber den Problemen des Nahen Ostens abgewichen sei, träfen nicht zu.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 20. Januar 1983; Unterabteilung 31, Bd. 137558.

⁷ Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen im Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

Am 28. Dezember 1982 begannen in Chalde südlich von Beirut unter amerikanischer Vermittlung israelisch-libanesischen Verhandlungen über den Abzug fremder Truppen. Zur zwölften Runde am 3. Februar 1983 in Netanja berichtete Botschafter Eitel, Beirut, am 4. Februar 1983, daß sowohl die Tiefe der Sicherheitszone als auch Einzelheiten des Grenzregimes noch strittig seien. Gleichfalls ungeklärt sei die „Rolle ausländischer Truppen (MNF, UNIFIL) in und vor der Sicherheitszone: Israel soll aber erste Anzeichen eines Einlenkens bezüglich UNIFIL haben erkennen lassen, sich aber umso hartnäckiger gegen MNF-Truppen gestellt haben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; Referat 310, Bd. 135768.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 zum Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

⁹ Referat 310 vermerkte Mitte Januar 1983: „Israel ist an Zeitgewinn in hohem Maße interessiert, um die ‚schleichende Annexion‘ der besetzten Gebiete so irreversibel wie möglich zu machen. Dank der Fertigstellung neuer Siedlungsblocks wird sich die jüdische Bevölkerung dort in den nächsten Monaten auf 40 000 verdoppeln. Die Kommerzialisierung der Siedlungstätigkeit verspricht neuen Zulauf von Siedlern aus Israel. Zugleich ist der Einfluß von PLO- oder Jordanien-freundlichen Persönlichkeiten weiter eingeschränkt worden. Die Abwanderung insbesondere jüngerer Bewohner wird gefördert. Es besteht die Gefahr, daß es hinsichtlich des Westjordanlandes in Bälde nichts mehr zu verhandeln gibt.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137545.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 14. Januar 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 49 f.

¹¹ Am 17./18. September 1982 kam es in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila

der Gipfelkonferenz der AL von Fes¹² ein hoffnungsvolles Signal für die Entwicklung in der Region. Fes biete als Ausdruck arabischen Friedenswillens eine Grundlage für die Lösung aller Probleme des Nahen Ostens. Ohne konkrete Schritte der Freunde der Araber seien Fortschritte aber nicht möglich. Während Klibi vor allem auf Hilfe von dritter Seite vertraut, sah Präsident Mubarak bei seinem Besuch in Bonn im Dezember 1982¹³ unverändert in Verhandlungen mit Israel die einzige Chance, besetzte Gebiete wieder zu gewinnen (vgl. Ortey Nr. 123/82¹⁴).

GS Klibi forderte eine Fortentwicklung der europäischen Position in Richtung auf den arabischen Standpunkt und eine Nutzbarmachung der privilegierten Beziehungen der Europäer zu den Vereinigten Staaten, denen er eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Nahost-Konflikts zuerkannte. Er betonte: Die Araber würden keine Probleme mit der Reagan-Initiative¹⁵ haben, wenn die USA das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes in ihren Plan aufnehmen würden. Klibi schränkte seine Aussage allerdings dadurch ein, daß er die Annahme aller VN-Resolutionen in bezug auf den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten als Vorbedingung für eine Unterstützung des Reagan-Plans bezeichnete. Der Fes- und Reagan-Plan könnten sich gegenseitig ergänzen.

Die Europäische Gemeinschaft könne zwischen beiden Plänen eine Brücke schlagen.

GS Klibi drückte die Hoffnung aus, daß die Bundesrepublik Deutschland während ihrer EG-Präsidentschaft eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der europäischen Nahostpolitik spielen möge. Er erwartet die Intensivierung der Kontakte mit der PLO und ihre Anerkennung als einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes sowie die Anerkennung des Rechts auf Errichtung eines unabhängigen Staates auf palästinensischem Territorium. Die EG solle nunmehr, wie in der Venedig-Erklärung vorgesehen, aktiv werden. Eine neue Erklärung würde nicht weiterführen. Er versprach sich mehr von einer Einflußnahme auf die Vereinigten Staaten und Druckausübung auf Israel.

BM versicherte dem GS, daß der Nahe Osten unter der deutschen EG-Präsidentschaft zu den herausragenden Themen bei der Gestaltung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft gehören werde. Die Bundesregierung werde alles tun, um zu einer gerechten Lösung des Nahost-Konflikts beizutragen. Sie wolle aber den Beschlüssen von Fes und dem Vorschlag des US-Präsidenten für eine Friedenslösung im Nahen Osten keine eigene Initiative hinzufügen.

BM lobte die Tugenden der Mäßigung und des Realismus, von denen die arabischen Staaten in Fes Zeugnis abgelegt hätten. Er appellierte an alle vom Nah-

Fortsetzung Fußnote von Seite 67

zu gewaltsamen Übergriffen libanesischer Milizen, denen zahlreiche Flüchtlinge zum Opfer fielen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 243.

¹² Zur Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes vgl. Dok. 9, Anm. 18.

¹³ Präsident Mubarak hielt sich vom 13. bis 15. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 14. Dezember 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 350.

¹⁴ Für den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 21. Dezember 1982 vgl. Referat 012, Bd. 124420.

¹⁵ Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan vom 1. September 1982 für den Nahen Osten vgl. Dok. 9, Anm. 17.

ost-Konflikt betroffenen Parteien, die politischen Möglichkeiten der Initiative Präsident Reagans und von Fes unverzüglich zu nutzen, da die Zeit dränge.

BM sicherte zu, mit seinen EG-Kollegen darüber zu sprechen, was wir tun können, um den komplementären Initiativen der Reagan-Initiative und von Fes zum Erfolg zu verhelfen. Zur Frage eines unabhängigen Palästinenser-Staates verwies BM auf seine Sechs-Punkte-Erklärung von Abukir vom 1.9.1979 (vgl. Ortex Nr. 97/79¹⁶). Die Bundesrepublik Deutschland habe sich als erster EG-Staat bereits im Jahre 1974 für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes in der GV der VN eingesetzt.¹⁷ Es könne aber nicht unsere Aufgabe sein, dem palästinensischen Volke vorzuschreiben, wie es das Selbstbestimmungsrecht ausübe.

c) Auch das Gespräch des BK mit GS Klibi verlief in einer guten und anregenden Atmosphäre.¹⁸ Der BK hob die historischen Beziehungen zwischen Deutschen und Arabern hervor und betonte besonders die kulturelle Komponente. Klibi zeigte Verständnis für das moralische Engagement des deutschen Volkes gegenüber dem jüdischen Volk. BK unterstrich, daß er als Angehöriger der jüngeren Generation unserer Vergangenheit mit größerer Unbefangenheit gegenüberstehe. Zu seiner angekündigten Reise nach Israel¹⁹ erklärte BK, daß er diese bereits als Oppositionsführer zugesagt habe. Seine Reise dürfe nicht als Unter-

¹⁶ Vortragender Legationsrat Boll informierte am 5. September 1979, daß Bundesminister Genscher am 1. September 1979 vor der Presse in Abukir anläßlich seines Besuchs vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten folgende Grundsätze formuliert habe: „Das palästinensische Volk hat einen Anspruch auf Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts. Das palästinensische Volk hat ein Recht auf ein Heimatland. Das palästinensische Volk hat allein das Recht zu entscheiden, wer es repräsentieren soll. Das palästinensische Volk allein ist berechtigt, über seine Zukunft zu entscheiden. Hierüber hat niemand anders zu befinden. Ziel muß sein ein gerechter, umfassender und dauerhafter Friede. Daher kann es auch keinen separaten Frieden geben.“ Boll legte dar: „Es handelt sich bei diesen Grundsätzen – wie BM ausdrücklich betont hat – nicht um einen neuen Plan, sondern um eine ‚Zusammenfassung von Standpunkten‘, denen kein Eigengewicht verliehen werden soll.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 97; Referat 012, Bd. 111778. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 249.

¹⁷ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vom 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

¹⁸ Bundeskanzler Kohl erklärte dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 14. Januar 1983 die Bereitschaft der Bundesregierung, zur Lösung des Nahost-Konflikts beizutragen: „Der Bundeskanzler legte dem Generalsekretär seine Auffassung dar, daß ein umfassender Friede im Nahen Osten eine möglichst große Geschlossenheit der arabischen Welt in bezug auf den Friedensprozeß voraussetze, und brachte in diesem Zusammenhang seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die Liga der arabischen Staaten durch die Rückkehr Ägyptens in ihre Reihen bald wieder ihr volles Gewicht im Interesse des Friedens und der Stabilität in der Region geltend machen könne. Dies werde auch die europäisch-arabische Zusammenarbeit befruchten, die wir im Rahmen des Euro-Arabischen Dialogs geschaffen hätten und ausbauen wollten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 231 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 17. Januar 1983; Unterabteilung 31, Bd. 137558.

¹⁹ Am 8. November 1982 meldete Botschafter Hansen, Tel Aviv, daß in den israelischen Medien ausführlich über einen möglichen Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Israel im folgenden Jahr berichtet werde: „Besuchstermin 1983 war unter Hinweis auf Interview in Bild-Zeitung in Rundfunk seit 5.11. genannt worden. Zusätzliche Einzelheiten, wie Besuchstermin ‚early next year‘ wurden im Laufe des 5.11. gesendet. [...] Regierungssprecher habe betont, daß Beziehungen zu Israel für BK gleichen Rang haben wie seinerzeit für Adenauer (Maariv). Mehrfach heißt es, BK wolle mit Besuch die in letzten Jahren abgekühlten Beziehungen verbessern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 961; Referat 310, Bd. 135750.

Zur Verschiebung der Reise vgl. Dok. 245.

stützung der israelischen Politik gewertet werden, sondern sei Teil seiner Kontakte mit allen Konfliktparteien. Der Dialog könne mehr zum politischen Ausgleich beitragen als Druck auf Israel, der kontraproduzent sei. Klibi warnte davor, nur die Araber in die Pflicht zu nehmen. Es seien die Israelis, die sich total negativ verhielten. Auf die Pressemitteilung nach dem Gespräch mit dem BK wird verwiesen.²⁰

3) Wertung

Der Besuch GS Klibis gab uns nach dem Besuch Präsident Mubaraks im Dezember 1982 die Gelegenheit, das Gespräch mit einem führenden Vertreter der arabischen Welt fortzusetzen und der arabischen Seite die europäische Nahostpolitik in der Zeit der deutschen Präsidentschaft zu erläutern. Die Gespräche ergaben, daß eine neue Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaft angesichts der vorliegenden Friedenspläne Präsident Reagans und von Fes als nicht zweckmäßig angesehen wird. Vielmehr kann die EG durch flankierende Maßnahmen zur Annäherung bereits vorhandener und komplementärer Ansätze einen Beitrag zum Friedensprozeß leisten. Dazu gehören auch Bemühungen, gegenüber den Amerikanern das Selbstbestimmungsrecht stärker ins Gespräch zu bringen.

Steinkühler²¹

Referat 012, Bd. 124454

²⁰ Für die Pressemitteilung vgl. den Runderlaß Nr. 231 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 17. Januar 1983; Unterabteilung 31, Bd. 137558.

²¹ Paraphe vom 19. Januar 1983.

13

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mauroy

VS-vertraulich

20. Januar 1983¹

Vermerk über die Gespräche des Bundeskanzlers mit PM Mauroy und Staatspräsident Mitterrand am Donnerstag, den 20. Januar 1983, von 10.10 bis ca. 11.00 Uhr²

An den Gesprächen nahmen außerdem teil: der stellvertretende Kabinettsdirektor im Matignon, Herr Peyrelevade (bis 10.35 Uhr), MDg Dr. Zeller sowie Dolmetscher.

In Begleitung des Staatspräsidenten ab 10.40 Uhr BM Genscher und AM Cheysson.

BK und *PM* vereinbarten, über den Gromyko-Besuch³ in Anwesenheit des Präsidenten zu sprechen und zunächst wirtschaftliche Fragen zu erörtern.

Einleitend würdigten der Bundeskanzler und PM die große Bedeutung des Elysée-Vertrages⁴ für die Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Völkern. Sie hoben dabei auch die Bedeutung des deutsch-französischen Jugendwerkes hervor.

PM bemerkte, daß mit der deutsch-französischen Freundschaft die erste Bedingung für den Aufbau Europas erfüllt sei. Es gelte jetzt, Europa weiter zu bauen.

PM verwies auf die schwierigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Probleme. Die beiden Länder könnten noch mehr tun, um mit der Weltwirtschaftskrise besser fertig zu werden. Wir sollten sowohl in der Analyse wie in der Aktion aufeinander zugehen. Die Notwendigkeit sei evident, noch enger zusammenzuarbeiten, um bestehende Chancen noch besser zu nutzen.

BK will diesen Gedanken gerne aufgreifen. Er habe schon bei seinem letzten kurzen Besuch in Paris mit dem Präsidenten die Möglichkeit erörtert, daß zwei oder drei wichtige Mitarbeiter in aller Diskretion zusammentreffen, um beste-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 21. Januar 1983 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor Teltschik und Staatssekretär Schreckenberger, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er: „StM und AL4 haben Durchdruck nur persönlich.“ Er fügte hinzu: „Der Vermerk ist lediglich zur internen Verwendung bestimmt. Bei einem Treffen deutscher und französischer Experten wäre zu beachten, daß auf französischer Seite auch der Elysée nicht nur das Amt des PM beteiligt. Über die deutsche Beteiligung könnte im Lichte des Papiers von PM Mauroy entschieden werden.“

Hat Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, am 25. Januar 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1983.

² Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Mauroy hielten sich anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 in der Bundesrepublik auf.

³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁴ Für den Wortlaut des Vertrags zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vom 22. Januar 1963 über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

hende Fragen zu erörtern.⁵ Die Diskretion sei dabei besonders wichtig, denn es nütze wenig, Vermutungen über eine deutsch-französische Achse zu speisen.

Auch er empfinde die Notwendigkeit besserer gegenseitiger Information auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese müßte Unterrichtung darüber einschließen, was den einen und anderen beschwere. Jedenfalls gehe es darum, miteinander und nicht übereinander zu sprechen. Vor allem solle man davon Abstand nehmen, einander, und dies etwa gar in der Öffentlichkeit, Ratschläge zu geben. Auch in Fragen des Protektionismus könne man in aller Stille die gegenseitigen Beschwerden auflisten.

PM bemerkte, es gehe auch um die Führung unserer Wirtschaftspolitik.

Gewiß seien die Wirtschaftspolitiken im Ansatz nicht die gleichen. Aber die gegenseitigen Abhängigkeiten seien so groß, daß wir miteinander arbeiten müßten. Im Währungsbereich gebe es gewisse Schwierigkeiten⁶, und auch Europa komme nicht voran.

PM begrüßte die Anregung des Bundeskanzlers zu diskreten Treffen. In der Tat sei Diskretion unerlässlich, sonst komme es zu Spekulationen.

Würden wir nicht versuchen, aufeinander zuzugehen, so könnte sich die Politik der beiden Länder auf wirtschaftlichem Gebiet auseinanderentwickeln. Dies wäre gefährlich.

Man müsse auch über Landwirtschaftspolitik sprechen.

Auch unsere bilateralen Beziehungen stagnierten.

PM Mauroy wollte über diese Punkte noch referieren.

Da jedoch die Ankunft des Präsidenten bevorstand, bat der BK den PM um eine ausschließlich für ihn bestimmte Notiz zu den genannten Themen. Im Anschluß daran könnten die Mitarbeiter zusammentreffen.

PM stimmte zu. Er fügte an, daß das Handelsdefizit Frankreichs enorm sei und es so nicht weitergehen könne.⁷ Dies sei nicht allein eine französische Angelegenheit. Die Gefahr bestehe, daß Frankreich aus dem EWS ausscheren müsse, was es aber keineswegs wolle.

Eben deshalb müsse man auch über Wirtschaftspolitik sprechen. Auch F führe jetzt eine Austeritätspolitik und versuche die Inflation zu bekämpfen.

Nochmals bemerkte er, daß das französische Handelsdefizit auch zu einer deutsch-französischen Angelegenheit geworden sei.

BK bemerkte, daß seine Regierung in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik eine einschneidende Disziplin verfolge. Dies würde nicht nachteilig für die Wahl⁸ ausschlagen, sondern eher von Vorteil sein. Andererseits habe seine Regierung

⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 7. Dezember 1982 in Paris; AAPD 1982, II, Dok. 331.

⁶ Zu den Wechselkursschwankungen im EWS vgl. Dok. 9, Anm. 28 und 29.

⁷ Botschafter Herbst, Paris, informierte am 30. März 1983, daß sich das französische Außenhandelsdefizit seit 1979 wegen der Erdöl- und Rohstoffsteuerung von 42,4 Mrd. Franc auf 104,5 Mrd. Franc (1981) und 151,4 Mrd. Franc (1982) erhöht habe: „Die französische Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit 1973 verschlechtert und schoß 1981 mit einem Passivsaldo von 22,7 Mrd. FF [...] und 1982 mit einem Passivsaldo von 38,1 Mrd. FF.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140615.

⁸ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

mit großem Erfolg etwas zur Ankurbelung der Bauwirtschaft getan.⁹ Die zur Verfügung gestellten Mittel seien schon nach 14 Tagen belegt gewesen.

Mit Präsident Mitterrand fand ein kurzes Begrüßungsgespräch statt. Der *Präsident* bat den Bundeskanzler, ihm noch Gelegenheit zu geben, seine Rede vor dem Bundestag¹⁰ nochmals zu überarbeiten.

Der *BK* und *PM* führten ihr Gespräch sehr informell fort. Dabei berichtete der *BK* über den Gromyko-Besuch und die innenpolitische Diskussion zur Sicherheitspolitik.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63

14

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an Bundesminister Genscher

114-10269/83 geheim
Fernschreiben Nr. 299
Citissime

Aufgabe: 21. Januar 1983, 20.05 Uhr
Ankunft: 22. Januar 1983, 02.09 Uhr

Bitte sofort Bundesminister und Staatssekretär¹ vorlegen.

Nur für Bundesminister, Staatssekretär und D2A².

Betr.: Deutsch-amerikanische Rüstungskontrollkonsultationen am 20./21. Januar;
hier: Weiterentwicklung der INF-Position

Zur Unterrichtung

Ich habe heute Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit R. McFarlane, dem stellvertretenden Sicherheitsberater des Präsidenten, gehabt. Im Mittelpunkt stand die Frage der INF-Verhandlungen und der Weiterentwicklung der INF-Position des Bündnisses. Aus diesem nach meiner Einschätzung besonders wichtigen Gespräch halte ich folgendes fest:

⁹ Die Bundesregierung billigte am 27. Oktober 1982 Sofortmaßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus, die Eingang in das Haushaltsbegleitgesetz vom 20. Dezember 1982 bzw. den Bundeshaushaltsplan für 1983 fanden. Sie betrafen u. a. die Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schuldzinsen beim Bau von Häusern und Eigentumswohnungen. Ferner stellte die Bundesregierung den Ländern zwei Mrd. DM für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung sowie weitere 500 Mio. DM zur Förderung der Bausparzwischenfinanzierung, mit deren Hilfe Bauvorhaben zeitlich vorgezogen werden sollten. Vgl. dazu JAHRESBERICHT 1982, S. 381 f.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

¹ Berndt von Staden.

² Hat Botschafter Ruth am 22. Januar 1983 vorgelegen.

1) Ich habe klargemacht, daß es uns angesichts der öffentlichen Diskussion und der sowjetischen Propaganda vor allem darum gehe, eine einheitliche und glaubwürdige Rüstungskontrollpolitik zu haben. Es liege auf der Hand, daß dabei die westliche INF-Position eine besondere Rolle spiele. McFarlane, wie meinen anderen Gesprächspartnern, ist nach meinem Eindruck klar gewesen, daß es uns besonders um enge Zusammenarbeit zwischen uns und den Vereinigten Staaten geht.

2) McFarlane stellte fest, daß es dem Präsidenten³ wesentlich sei, nichts zu tun, was die Position der Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl beeinträchtigen könne. Es habe hier die Auffassung gegeben, daß es unter diesem Gesichtspunkt das Beste sei, daß sich die Vereinigten Staaten vor dem 6. März⁴ nicht bewegten. (Dies ist auch ein Argument, das in der amerikanischen Presse zu lesen war.) Ich habe dieser Interpretation der Interessenlage bei uns auf persönlicher Basis widersprochen. Ich habe gesagt, daß ich es für unverzichtbar hielte, daß die Bundesregierung auf eine glaubwürdige Verhandlungsführung der Vereinigten Staaten und auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten hinweisen kann. Dazu gehöre auch, daß bei uns in der Öffentlichkeit klar werde, daß die Null-Lösung zwar das beste denkbare Verhandlungsergebnis, aber keine Alles-oder-nichts-Position sei. Es sei nach meiner Auffassung dringend notwendig, den Eindruck zu vermeiden, als beharrten die Vereinigten Staaten in einer unbeweglichen Position mit Rücksicht auf die Bundesregierung. Diese Argumente wurden von McFarlane mit großem Interesse und Verständnis aufgenommen. Ich habe sie im übrigen auch gegenüber dem stellvertretenden AM Dam wiederholt.

3) Zur Illustration einer jetzt möglichen Formulierung einer glaubwürdigen, weil erfolgsorientierten INF-Verhandlungsposition habe ich auf persönlicher Grundlage die beiden in der Anlage folgenden Absätze übergeben. Bei dieser Formulierung, die ich im Lichte meiner gestrigen Gespräche und der Erklärung des amerikanischen Präsidenten nach seinem heutigen Gespräch mit Paul Nitze und Ed Rowny⁵ aufgeschrieben habe, ist gedacht an⁶ eine behutsame Verbindung zwischen Festhalten an der Null-Lösung und Bereitschaft zur Sondierung möglicher ausgewogener Ergebnisse, die dem Prinzip der Gleichheit entsprechen.

4) McFarlane nahm den Text zur Kenntnis und sagte, es sei für den Präsidenten von größter Bedeutung, daß er die Meinung des Bundeskanzlers zu diesen Fragen erfahre. Ich schlage deshalb vor, daß der Bundeskanzler beim Besuch von Paul Nitze am Montag die Formulierung und den damit intendierten Sachverhalt anspricht.⁷ Dabei wird es insbesondere wichtig sein, die Frage zu be-

³ Ronald W. Reagan.

⁴ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 21. Januar 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 85.

⁶ Korrigiert aus: „sind gedacht als“.

⁷ Bundeskanzler Kohl und der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, führten am 24. Januar 1983 ein Gespräch. Dazu teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron der Botschaft in Washington am folgenden Tag mit, die Gesprächspartner hätten darin übereingestimmt, „daß es jetzt darum gehe, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einen Durchbruch bei den Verhandlungen zu erzielen. Dabei bleibt es das gemeinsame Ziel, eine beiderseitige Null-Lösung für amerikanische und sowjetische landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen anzustreben. Dieser westliche Lösungsvorschlag werde jedoch nicht als Forderung „alles oder nichts“ präsentiert.“ Citron übermittel-

antworten, ob aus unserer Sicht ein bestimmtes Maß an Flexibilität und die damit verbundene Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrollposition auch vom Bundeskanzler als hilfreicher bezeichnet wird als bloßes Beharren auf der beiderseitigen Null-Lösung.

5) Ich habe den Eindruck, daß die Amerikaner bereit sind, die von mir vorgeschlagene Kombination zur Grundlage einer eigenen Äußerung zu machen, falls der Bundeskanzler ihr zustimmen kann.

Über zusätzliche Argumente bitte ich am Wochenende⁸ vortragen zu können. Ich schlage vor, daß ich am Montag die Thematik mit MD Teltschik aufnehme.

[gez.] Ruth

Folgt Anlage

Die Verbündeten betrachten weiterhin die Null-Lösung bei den Genfer INF-Verhandlungen als das beste Ergebnis, das erreicht werden kann. Damit schlägt die USA der Sowjetunion den völligen Verzicht auf eine ganze Kategorie nuklearer Waffen vor. Dieser Vorschlag beinhaltet das Angebot an die Sowjetunion, auf die Stationierung amerikanischer Pershing II und landgestützter Marschflugkörper zu verzichten, vorausgesetzt, daß die Sowjetunion bereit ist, ihre SS-20 Raketen zu beseitigen und die SS-4- und -5-Raketen außer Dienst zu stellen.

Die Verbündeten stellen fest, daß die Sowjetunion noch nicht bereit ist, dieses gleichgewichtige (equitable) und weitreichende Ergebnis möglich zu machen. Der Unterhändler der Vereinigten Staaten hat Weisung, weiterhin auf die Annahme dieses Vorschlags hinzuarbeiten und gleichzeitig jede Möglichkeit für die Erreichung eines Abkommens über konkrete Ergebnisse in den Verhandlungen zu verfolgen, welches mit dem Prinzip der Gleichheit in Rechten und in Obergrenzen vereinbar ist. Die Verbündeten haben schon in ihrer Entscheidung vom 12.12.79 erklärt, daß die NATO bereit ist, den erforderlichen Umfang von INF-Systemen im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse zu überprüfen.⁹ Dies bleibt unsere gemeinsame Haltung.

Anlage 2

[...]¹⁰

VS-Bd. 11351 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 74

te ferner den von Botschafter Ruth konzipierten Text mit der Bitte um Weiterleitung an den designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt: „Der Text hat die Zustimmung des Bundeskanzlers und von BM Genscher und BM Wörner gefunden. [...] Die Formulierungen sind gedacht als eine behutsame Verbindung zwischen Festhalten an der Null-Lösung und Bereitschaft zur Sondierung möglicher ausgewogener Ergebnisse, die dem Prinzip der Gleichheit entsprechen. Wir würden es begrüßen, wenn sie von amerikanischer Seite als Grundlage für eine eigene politische Erklärung genutzt würden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 97; VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ 22./23. Januar 1983.

⁹ Vgl. dazu Ziffer 11 Absatz B) des Kommuniqués der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 37.

¹⁰ Beigefügt war die englische Übersetzung der Anlage 1. Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

15

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 24. Januar 1983, 12.02 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 6 Ortez

Zum Besuch von AM Gromyko in Bonn vom 16. bis 19.1.1983

I. Hintergrund und Ablauf

Mit seinem Besuch in Bonn erwiderte AM Gromyko die Reise von Bundesminister Genscher nach Moskau Ende März/Anfang April 1981.² Es war der erste Aufenthalt des sowjetischen Außenministers im Westen nach Andropows Wahl zum neuen Generalsekretär der KPdSU.³ Im Anschluß an seine Bonner Gespräche flog Gromyko – wie bereits nach seinem Bonn-Besuch im November 1979⁴ – nach Ost-Berlin weiter.⁵

Die Bonner Hauptprogrammpunkte Gromykos waren: ein Vier-Augen-Gespräch mit dem Bundesminister bei einem privaten Abendessen am Ankunftstag⁶, zwei Delegationsgespräche beim Bundesminister von insgesamt rund vier Stunden⁷, ein von deutscher Seite gegebenes Abendessen mit Tischreden⁸ und ein von sowjetischer Seite gegebenes Mittagessen, ein ausführliches Gespräch mit dem Bundeskanzler⁹, ein Höflichkeitsbesuch beim Bundespräsidenten¹⁰, beide in

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

³ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

⁴ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

Am 4. Dezember 1979 reiste er zu Gesprächen nach Ost-Berlin, wo am 5./6. Dezember 1979 die Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts zusammentrafen.

⁵ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 19. bis 21. Januar 1983 in der DDR auf.

⁶ Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Januar 1983 standen die Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 und die Möglichkeiten einer nuklearen Abrüstung. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 17. Januar 1983 vgl. Dok. 10, Anm. 7 und 20.

⁸ Für den Wortlaut der Tischreden des Bundesministers Genscher und des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 17. Januar 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 134–139.

⁹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983 vgl. Dok. 10.

¹⁰ Themen des Gesprächs des Bundespräsidenten Carstens mit dem sowjetischen Außenminister am 17. Januar 1983 waren neben Fragen der Familienzusammenführung die INF-Verhandlungen in Genf. Gromyko beurteilte deren Stand „unter Berücksichtigung der Positionen der USA nicht optimistisch. [...] Daß Verhandlungen stattfinden, kann positiv eingeschätzt werden, ist aber noch kein Hinweis auf ein Resultat. Was die Wiener Verhandlungen betrifft, so gibt es keinen Fortschritt, nicht einmal um einen Zentimeter. In Madrid ist die letzte Sitzungsperiode etwas sachlicher verlaufen, als dies vorher der Fall war. Es ist aber zu früh, um beurteilen zu können, ob die USA das Folgetreffen mit einem positiven Resultat, insbesondere zu KAE, zum Abschluß bringen wollen. In Madrid müssen wir abwarten, wie sich die Positionen der USA entwickeln.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133189.

Anwesenheit des Bundesministers, und ein Abschlußgespräch des Bundesministers vor Gromykos Abflug¹¹. Im Rahmen des Besuchsprogramms empfing Gromyko die Vorsitzenden von SPD¹² und CSU¹³ und den SPD-Kanzlerkandidaten Vogel zu Gesprächen.¹⁴ Als eigene Veranstaltung gab AM Gromyko – wie im November 1979 – eine Pressekonferenz.¹⁵

II. Gesprächsatmosphäre

Die Gespräche verliefen in freundlicher, geschäftsmäßiger und unpolemischer Atmosphäre.

III. Gesprächsinhalt

Der Schwerpunkt der Gespräche lag auf den bilateralen Beziehungen und Rüstungskontrollfragen (vor allem INF).

1) Bilaterale Fragen

Der Bundesminister unterstrich die günstige bisherige Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und betonte unsere Entschlossenheit, Dialog und Zusammenarbeit mit der SU unter voller Nutzung der bestehenden Verträge kontinuierlich fortzuführen.

AM Gromyko äußerte sich zum Stand der bilateralen Beziehungen ebenfalls positiv und betonte die guten Perspektiven einer langfristig angelegten Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich. Er rief dazu auf, nichts zu unternehmen, was diese wieder zurückwerfen könnte (indirekter Hinweis auf die eventuelle INF-Dislozierung). Gromyko enthielt sich in den Gesprächen jedes Versuches, in den strittigen Fragen Druck auszuüben. Er würdigte allerdings vieldeutig die Haltung der Bundesregierung beim Erdgas-Röhren-Geschäft¹⁶, die gezeigt habe, daß es für die Bundesrepublik Deutschland nützlich sei, sich nach ihren eigenen Interessen zu richten. Unter Bezugnahme auf die Situation in der Bundesrepublik Deutschland betonte Gromyko, daß die SU sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen wolle.

Auf unseren Appell, den beunruhigenden rückläufigen Trend bei der Aussiedlung Deutscher aus der SU wieder umzukehren (1982 nur noch rund 2000 Aussiedler gegenüber knapp 10000 1976), wiederholte Gromyko die sowjetische Position, daß der Rückgang durch Zeitablauf und hohe Ausreisezahlen in der Vergangenheit in der Natur der Sache liege, sagte aber zu, Anträge „weiter wohlwollend“ zu prüfen. Diese Zusage ist nur formal, nicht aber in der Sache positiv, da entsprechende frühere Zusagen nichts anderes als ein stetiges weiteres Absinken der Ausreisezahlen zur Folge hatten.

¹¹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 19. Januar 1983 vgl. Referat 213, Bd. 133189.

¹² Willy Brandt.

¹³ Franz Josef Strauß.

¹⁴ Vortragender Legationsrat Günther vermerkte am 21. Januar 1983: „MP Strauß verspätete sich, aus München kommend, um 20 Minuten und sprach knapp eine Stunde. Das anschließende Gespräch mit Brandt, begleitet von Bahr, dauerte 2 1/2 Std., das Gespräch mit Vogel 1 1/4 Std., das mit Mies 3/4 Std. (Das Gespräch mit Mies war wie üblich im Programm nicht ausgedruckt und wurde von Prot[okoll] nicht wahrgenommen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133188.

¹⁵ Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1983 vor der Presse vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 140 f. (Auszug).

¹⁶ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

2) West-Ost-Beziehungen

Der BM wies auf unsere vielfältigen Kontakte mit den WP-Ländern und die Kontakte der SU mit unseren Verbündeten und Freunden hin und unterstrich unser Interesse an einem konstruktiven Dialog zwischen USA und SU. Der Kritik Gromykos an der Rolle der USA im West-Ost-Verhältnis widersprachen der BM und der BK nachdrücklich und unterstrichen die Einheitlichkeit des Bündnisses in der Einschätzung der politischen Lage und in der Politik.

Der BM äußerte Interesse an einem konstruktiven Dialog der SU mit den USA und wies auf die Äußerungen des BK in Washington zugunsten eines Treffens Reagan/Andropow¹⁷ hin. Gromyko sagte dazu, die USA hätten den sowjetischen Gipfelvorschlag¹⁸ zurückhaltend, im Grunde negativ, aufgenommen. An einem solchen Treffen hätten aber die SU und die USA ebenso Interesse wie die Welt insgesamt.

3) KSZE – KAE

Der BM bekräftigte erneut unsere Position und führte aus, daß wir einem ausgewogenen Ergebnis des Madrider Treffens¹⁹ einschließlich eines präzisen Mandats für eine KAE große Bedeutung beimessen.

AM Gromyko stellte fest, daß die letzte Madrider Runde in geschäftsmäßiger Atmosphäre verlaufen sei. Es sei jedoch noch zu früh zu sagen, ob die USA das Treffen wirklich zu einem positiven Abschluß bringen wollten, besonders was die KAE anbelange.

4) WP-Vorschlag für einen Gewaltverzichtsvertrag

Gromyko warb für den in der Prager WP-Gipfelerklärung enthaltenen Vorschlag. Wir bestätigten unsere Bereitschaft, den östlichen Vorschlag gemeinsam mit unseren Freunden und Verbündeten zu prüfen. Gleichzeitig wiesen wir aber auf die unveränderte Lage in Afghanistan hin, das in diesem Zusammenhang nicht ignoriert werden könne.

5) Rüstungskontrollfragen

Abrüstung und Rüstungskontrolle nahmen bei den Gesprächen breiten Raum ein. Erwartungsgemäß bildeten die INF-Verhandlungen dabei den Schwerpunkt.

¹⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 15. November 1982 in Washington; AAPD 1982, II, Dok. 306.

Vgl. dazu ferner das Schreiben von Kohl vom 17. Januar 1983 an Reagan; Dok. 10, Anm. 11.

¹⁸ Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“); Dok. 40.

¹⁹ Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 9. Februar 1982 mit einer Debatte über die Lage in Polen wiederaufgenommen. Am 12. März 1982 beschlossen die Teilnehmerstaaten, das Treffen bis 9. November 1982 zu unterbrechen. Die Delegationen verabschiedeten sich am 17. Dezember 1982 bis zum 8. Februar 1983 in die Weihnachtspause. Zum Stand vermerkte Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation): „Unsere Ziele entsprechend hat die sechste Phase des Madrider Folgetreffens sich nicht in Implementierungskritik erschöpft, sondern aufgrund der vom Westen neu eingebrachten Vorschläge auch Verhandlungen zur Sache gebracht. Sie wurden von den USA sowohl im Menschenrechtsbereich als auch zu einer KAE vorbehaltlos und aktiv mitgetragen. Dieser Verlauf ist als ein Erfolg zu werten. Wie nicht anders zu erwarten, hat das Verhandlungspaket, auf welches sich der Westen geeinigt hatte, um den Vereinigten Staaten die Teilnahme an Verhandlungen zu ermöglichen, die Verhandlungen erschwert. Aber auch unabhängig hiervon zeigte sich, daß die fortbestehenden grundsätzlichen Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Menschenrechte sowie die gegensätzlichen Konzepte einer KAE einer Einigung in Madrid nach wie vor entgegenstehen.“ Dabei konnte, auch in Teilbereichen, keine Einigung über ein Schlußdokument erzielt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1023 vom 17. Dezember 1982; Referat 212, Bd. 133422.

Angesprochen wurden auch die Themen MBFR, konventionelles Gleichgewicht in ganz Europa.

Auffallend war die sowjetische Dialogbereitschaft sowie das Ausbleiben von Drohungen. Gromyko war offensichtlich bemüht, eigene INF-Position argumentativ darzulegen und hierfür um Verständnis zu werben.

Die Bundesregierung unterstrich den Willen des Westens, in Genf jede Verhandlungsmöglichkeit zu nutzen, um zu konkreten Ergebnissen zu gelangen, die dem Grundsatz der Gleichheit und Parität entsprechen. Die vertrauensvolle und umfassende Konsultation im Bündnis sowie unsere Solidarität mit den USA wurden eindringlich klargemacht. Die Kritik Gromykos an der Abrüstungspolitik der USA wurde entschieden zurückgewiesen.

Der Meinungsaustausch zu INF war sachlich und sehr detailliert, wobei beide Seiten ihre Positionen verdeutlichten. Gromyko vermied eine Festlegung in der Frage, ob die SU auch zur Vernichtung oder lediglich zur Verlegung von modernen SS-20-Raketen bereit ist. In der Frage des Zählkriteriums (Träger oder²⁰ Gefechtsköpfe) vermittelte Gromyko den Eindruck, daß die SU ihre bisherige schwache Argumentation korrigieren möchte und „Gefechtsköpfe“ als Zählkriterium nicht mehr kategorisch ablehnt. Eine Zugrundelegung von Gefechtsköpfen hängt jedoch nach den Äußerungen Gromykos davon ab, daß eine entsprechende Vereinbarung auch INF-Flugzeuge (und ihre nukleare Beladung) einbezieht. Mit dieser Forderung, die im Widerspruch zum westlichen Verhandlungsansatz eines stufenweisen Vorgehens steht (Konzentration auf Raketen in erster Phase), wird ein anderes Hindernis für Verhandlungsfortschritte aufgebaut. Gromyko machte klar, daß vorerst keine sowjetische Bereitschaft besteht, eine getrennte Regelung über Raketen zeitlich vorzuziehen.

Wir wiesen sowjetische Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme zurück und betonten, daß unsere Sicherheit auf der amerikanischen Nukleargarantie beruht.

Andere Rüstungskontrollfragen spielten eine nachgeordnete Rolle. Wir unterstrichen unser Interesse an der Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen für ganz Europa über den unzureichenden, von MBFR erfaßten Raum Mitteleuropa²¹ hinaus. Gromyko verhielt sich hier eher rezeptiv und wies auf die Kompliziertheit derartiger Verhandlungen hin.

IV. Ergebnisse

Die Gespräche ergaben Einvernehmen über den positiven Stand der bilateralen Beziehungen (abgesehen von der Aussiedlung), den Willen zur kontinuierlichen Fortführung von Dialog und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen für das Ost-West-Verhältnis und den Wunsch, die zwischen Ost und West strittigen Fragen durch Dialog und Verhandlungen zu lösen.

²⁰ Korrigiert aus: „der“.

²¹ Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

Kein Einvernehmen wurde erzielt über die Ursachen der Belastungen, die zu ihrer Beseitigung zu unternehmenden Schritte und die Rolle der USA im West-Ost-Verhältnis.

Beide Seiten bewerteten die Gespräche als nützlich und notwendig und unterstrichen ihren Willen, den Dialog auf der Grundlage der bestehenden Verträge fortzusetzen. Der Bundesminister hat eine Einladung zu einem offiziellen Besuch in Moskau angenommen. Die Minister vereinbarten, daß der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung im Februar d. J. zu Gesprächen über Rüstungskontrolle und Abrüstung in ganzer Breite nach Moskau reist.²²

²³V. Bewertung

Der Zeitpunkt der Gespräche mit AM Gromyko zu Beginn eines für das West-Ost-Verhältnis wichtigen Jahres und unserer EG-Präsidentschaft²⁴ und nach dem Wechsel in Moskau war günstig.

Der Nutzen der Gespräche bestand vor allem in der von beiden Seiten intensiv wahrgenommenen Gelegenheit, einander ihre jeweiligen Standpunkte zu erläutern und auf diese Weise zu größerer Transparenz in den West-Ost-Beziehungen beizutragen. Die Gespräche stellten auch erneut die Nützlichkeit einer funktionierenden Kommunikationslinie zur östlichen Führungsmacht unter Beweis.

In den Gesprächen machte Gromyko zwar weder Abstriche von den sowjetischen Positionen, noch ergab seine Darlegung der sowjetischen Haltung bis auf einige Präzisierungen bei INF neue Gesichtspunkte. Bedeutsam und positiv zu werten ist jedoch die offene und argumentative Art, mit der Gromyko die sowjetische Haltung darstellte und die Bereitschaft erklärte, den bestehenden Dissens zu Fragen der Genfer Verhandlungen im Wege des Dialogs weiterzuverfolgen. Positiv ist ebenso, daß Gromyko in der Pressekonferenz davon abgesehen hat, zu diesen Themen definitive pessimistische Wertungen vorzunehmen. Weder in den Gesprächen noch in der Öffentlichkeit hat Gromyko versucht, uns durch Druck und Einschüchterungen oder dramatische Gesten für die sowjetischen Wünsche zugänglicher zu machen. Bei seinem Besuch in Ost-Berlin im Anschluß an seine Bonner Gespräche drohte Gromyko allerdings – anknüpfend an entsprechende frühere sowjetische Äußerungen – wieder, die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen „würde die Staaten des Warschauer Vertrags vor die Notwendigkeit stellen, für effektive Gegenmaßnahmen zu sorgen“. Gleichzeitig sprach er von seinem Appell an die Bundesregierung, ihre Position noch einmal sorgfältig abzuwägen, darunter auch „unter dem Blickwinkel ihrer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten“.²⁵

Es ist der weiteren Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zuträglich, daß Gromyko in Bonn darauf verzichtet hat, den Eindruck einer Parteinahme im deutschen Wahlkampf²⁶ zu vermitteln. Die Betonung des sowjetischen Wunsches nach Kontinuität über die Bundestagswahlen hinaus verdient Be-

²² Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 24./25. Februar 1983 in Moskau über Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. Dok. 47, Anm. 13.

²³ Beginn des mit Runderlaß Nr. 7 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁴ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des sowjetischen Außenministers Gromyko am 21. Januar 1983 in Ost-Berlin vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXI (1983), S. 236–238.

²⁶ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

achtung. Auch ist davon auszugehen, daß die SU weiter darum bemüht sein wird, ihre Ziele auf beiden Wegen – Dialog mit der Bundesregierung und Einflußnahme auf die Öffentlichkeit – nach Kräften zu fördern. Wie die Pressekonferenz Gromykos sich auf die Haltung der öffentlichen Meinung ausgewirkt hat, ist noch nicht sicher abzusehen. Wir zweifeln daran, daß Gromyko damit wesentliche Punkte für den sowjetischen Standpunkt zu sammeln vermochte.

Appelle Gromykos an vermeintliche eigene deutsche Interessen mit dem Hintergedanken, zwischen uns und unsere Verbündeten und Partner Keile zu treiben, waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Der sowjetische Außenminister hat vielmehr feststellen müssen, daß wir in allen Fragen fest auf dem Boden der Bündnispositionen und zum deutsch-amerikanischen Verhältnis stehen. Daß die sowjetische Seite in Kenntnis dessen den Wunsch zur Fortsetzung des Dialogs unterstrichen hat, ist eine für die weitere Entwicklung wichtige Tatsache. Das Interesse der SU an der Kontinuität des Dialogs und der Zusammenarbeit mit uns zog sich als roter Faden durch Gromykos gesamte Gesprächsführung.

VI. Auftreten und Stellung Gromykos

Das selbstsichere, souveräne und – im Unterschied zu manchen früheren Begegnungen – gelöste Auftreten des sowjetischen Außenministers ist ein Indiz dafür, daß Gromykos Gewicht innerhalb der sowjetischen Führung – er wird neben Andropow, Tschernenko, Tichonow und Ustinow zu deren innerem Kreis gezählt – unverändert ist. Entgegen den in Moskau umlaufenden Gerüchten konnten wir während des Besuches keine Anzeichen für eine Amtsmüdigkeit Gromykos sehen.

In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist das selbstsichere Bekenntnis Gromykos gegenüber dem Bundesminister zum Prinzip der kollektiven Führung in der SU. (Gromyko hatte sich nach Breschnews Tod zwei westlichen Gesprächspartnern gegenüber schon einmal im gleichen Sinne geäußert.) Gromyko sagte, die prinzipielle Politik der SU zum Ost-West-Verhältnis, speziell zum Verhältnis gegenüber den USA, und zum friedlichen Zusammenleben der Völker sei bekannt und bleibe unverändert. Sie habe schon vor 10 oder 20 Jahren bestanden, habe unter Breschnew gegolten und gelte jetzt unter Andropow. Die in der SU regierende Partei führe eine Außenpolitik, die von Parteitage und in der praktischen Tätigkeit vom ZK bestimmt werde.

Steinkühler²⁷

Referat 012, Bd. 124454

²⁷ Paraphe vom 24. Januar 1983.

16

**Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba,
an das Auswärtige Amt**

114-16165/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 35

Aufgabe: 24. Januar 1983, 11.30 Uhr¹
Ankunft: 24. Januar 1983, 10.59 Uhr

Betr.: Beziehungen zu Äthiopien²

Bezug: DE Nr. 7 vom 20.1.1983 – 320-320.00 ATH – VS-v³
DB Nr. 607 vom 12.11.1982 – Pol 681.32⁴

1) Der nun seit genau vier Monaten unveränderte Sachstand in Schulfrage, und zwar trotz eindeutiger, unter ausdrücklichem Bezug auf höchste Führungsspitze durch äthiopischen AM persönlich erklärter Zusage der Rückgabe, wird hier nicht nur ebenso wie im Bezugs-DE, sondern auch als geradezu skandalös empfunden. Das einzig Positive an der ganzen Angelegenheit ist, daß der sehr kleine Kreis der eingeweihten Äthiopier bisher offenbar wirklich dichtgehalten hat und erstaunlicherweise die östlichen Gegenkräfte noch nichts von der Rückgabezusage erfahren haben. Aber wie lange wird sich das garantieren lassen? Zumal inzwischen angeblich auch der äthiopische Botschafter in Bonn⁵ von der

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau am 24. Januar 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Staks und Ministerialdirigent Haas „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Staks am 25. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Haas am 28. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Vergau am 31. Januar 1983 erneut vorgelegen.

² Eine ungeklärte Frage in den Beziehungen zu Äthiopien war die Beschlagnahme der Deutschen Schule Addis Abeba am 5. Januar 1978 durch äthiopische Behörden. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 20, und AAPD 1978, II, Dok. 342.

Im September 1982 entschloß sich die äthiopische Regierung, die Gebäude zurückzugeben, und äußerte im Gegenzug die Erwartung, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Äthiopien wieder normalisiert würden. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 237.

Mit Drahterlaß Nr. 172 vom 24. September 1982 wies Vortragender Legationsrat Holl die Botschaft in Addis Abeba an, im äthiopischen Außenministerium mitzuteilen, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entschieden habe, das Ausbildungsprojekt für Wasserwerkspersonal wieder aufzunehmen: „Gleichzeitig ist die Bundesregierung bereit, aus Rest-Mitteln der Straßenbauprojekte Awassa – Dilla – Yabello mit Zustimmung der äth[iopischen] Regierung 8 Mio. DM Rest-Mittel umzuprogrammieren zugunsten der Fortführung des Städteprogramms Wasserversorgung“. Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

³ Ministerialdirektor Gorenflös bat die Botschaft in Addis Abeba um Stellungnahme zu der Frage, „ob eine realistische Wertung der Absichten und der Möglichkeiten auf äthiopischer Seite weiterhin die Erwartung der tatsächlichen Rückgabe der Schule rechtfertigt. Falls sie dies bejaht, interessiert hier, welche Schritte aus dortiger Sicht nunmehr unternommen werden sollen, um den Schwebezustand zu beenden.“ Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

⁴ Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, berichtete, er habe am Vortrag gegenüber dem äthiopischen Außenminister Feleke „in gebotener Eindringlichkeit unsere Verwunderung zum Ausdruck gebracht, daß Implementierung seiner Versicherung noch nicht erfolgt sei, gem[äß] welcher die Räumung u. Rückgabe der Schulgebäude unmittelbar nach Übermittlung unserer Projektzusage (Wasserwerkspersonal Training Institute) veranlaßt werden sollte. Feleke habe auf seine häufige Abwesenheit von Addis Abeba verwiesen: „Andererseits habe er Probleme mit dem Central Supreme Planning Council gehabt, der bzgl. der unmittelbaren Realisierbarkeit der von uns erteilten Projektzusage Zweifel geäußert habe“. Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

⁵ Haile Gabriel Dagne.

seitens des AM gegenüber BM in New York zur Schulfrage gemachten Äußerung⁶ erfahren hat und einigen seiner Besucher Andeutungen darüber gemacht haben soll.

2) AM Dr. Feleke ist seit der mit DB Nr. 480 vom 24.9.1982 berichteten Erklärung, daß nun unverzüglich diejenigen Persönlichkeiten, die damit zu befassen seien – wie z.B. der Universitätspräsident und der Wohnungsminister⁷ –, zusammengerufen werden würden⁸, insgesamt lediglich 16 Tage in Addis Abeba gewesen und hat allein acht Tage davon unansprechbar in den Sitzungen des ZK und Kongresses von COPWE⁹ verbracht. An einem der anderen acht Tage gelang es, ihn anzusprechen und in einer Form, die kaum noch deutlicher möglich war, auf den Ernst der Lage zu dieser Sache hinzuweisen (vgl. Bezugs-DB), was seine erneute Zusage erbrachte, sofort nach Rückkehr aus Tripolis von der OAE¹⁰ das Erforderliche zu veranlassen. Seitdem ist jedoch wiederum nichts geschehen. Seit zwei Wochen liegt seiner Sekretärin die von Leiter der Europa-Abteilung¹¹ unterstützte Bitte um einen dringenden Termin baldmöglichst nach seiner Rückkehr von der Blockfreien-Vorbereitungskonferenz aus Managua vor.¹² Er wurde an diesem Wochenende¹³ zurückerwartet.

3) Unser Handicap ist zusätzlich, daß der AM um äußerst vertrauliche Behandlung gebeten hatte, was es uns erschwerte, über andere vertrauenswürdige Äthiopier Sondierungen darüber anzustellen, ob und wenn ja was für eine unvorhersehbare Hürde entstanden sein könnte. Die gemäß Bezugs-DB von AM behaupteten Zweifel des Central Planning Supreme Council an unseren Gegenleistungen in Gestalt der Projektzusage gaben mir jedoch Gelegenheit, beim Chef des Council, dem Senior Minister¹⁴ sowie beim Water Commissioner¹⁵ vertraulich nachzufragen (Ende November). Beide waren erstaunt, daß man ihnen über eine für den Staatschef selbst so wichtige Zusage nichts mitgeteilt habe. Da wir daraufhin den AM nun nicht mehr verschonen können, habe ich den auf mehreren Gebieten von uns unterstützten RRC¹⁶-Chief Commissioner Shimelis

⁶ Bundesminister Genscher und der äthiopische Außenminister Feleke trafen sich am 6. Oktober 1982 am Rande der VN-Generalversammlung in New York. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau informierte am 18. Oktober 1982 die Botschaft in Addis Abeba, „daß AM Feleke im Verlauf der Gespräche kurz und generell Lösung der Schulfrage andeutete. BM reagierte mit Kopfnicken.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 185; Referat 320, Bd. 137953.

⁷ Tesfaye Maru.

⁸ Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, informierte am 24. September 1982, daß der äthiopische Außenminister Feleke die Mitteilung der Bundesregierung über die Wiederaufnahme der Projekthilfe „mit spürbarer Erleichterung“ aufgenommen und die unverzügliche Befassung der zuständigen Personen zugesagt habe, „damit die Rückgabe der Schulgebäude an uns so schnell wie möglich und so unspektakulär wie möglich vor sich gehen könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 480; Referat 320, Bd. 137953.

⁹ Vom 3. bis 6. Januar 1983 fand in Addis Abeba der Zweite Kongreß der Commission for Organizing the Party of the Working People of Ethiopia (COPWE) statt.

¹⁰ Vom 15. bis 20. November 1982 fand in Tripolis eine Konferenz der Außenminister der OAE-Mitgliedstaaten zur Vorbereitung einer Konferenz der Staatsoberhäupter statt, die nicht zustande kam.

¹¹ Tekil Amelga.

¹² Die Außerordentliche Ministertagung des Koordinationsbüros blockfreier Staaten fand vom 12. bis 15. Januar 1983 in Managua statt.

¹³ 22./23. Januar 1983.

¹⁴ Haile Yimenu.

¹⁵ Kelilew Tadesse.

¹⁶ Relief and Rehabilitation Commission.

Adugna vertraulich unterrichtet, der nun Mengistu selbst darauf ansprechen will. Dank seiner Sonder- und Vertrauensstellung wird ihm dies möglich sein. Er rechnet mit einem Termin bei Mengistu in den nächsten Tagen und versprach, nicht uns als Quelle der Information anzugeben.

4) Als besonders unverständlich kommt hinzu, daß auf diese Weise ja auch unsere Projektzusage (Wasserausbildungsinstitut), an der Mengistu selbst soviel lag und die gar nicht schnell genug verwirklicht werden konnte, nicht zum Zuge kommt. Es muß irgend etwas aufgetreten sein, womit die äthiopische Seite bisher nicht fertig wurde. Für den Fall, daß es das Problem einer anderweitigen Unterbringung der jetzt die Gebäude benutzenden Studenten ist, gibt es dafür jedenfalls bisher keine Anhaltspunkte. Darüber muß das nun hoffentlich zustandekommende beantragte Gespräch mit dem AM Klärung bringen, zumal ihm vollauf bewußt ist, daß sich ohne eine solche auch unsererseits nichts bewegen kann. Denn ein Zurückgehen unsererseits auf frühere äthiopische Teillösungsvorschläge scheidet aus hiesiger Sicht aus.¹⁷

Vor dreitägiger Dienstreise nach Eritrea diktiert.

[gez.] Pachelbel

VS-Bd. 13658 (322)

¹⁷ Am 7. Februar 1983 berichtete Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, daß das Gespräch mit dem äthiopischen Außenminister „endlich“ zustande gekommen sei: „Ich unterstrich ihm gegenüber die Verwunderung der Bundesregierung über die ‚unerklärlichen und unerklärten Gründe‘ für die Verzögerung, die äthiopischerseits in der Implementierung einer immerhin im Namen des Staatschefs uns zugesagten Amtshandlung eingetreten sei; wies ihn darauf hin, daß für die Äthiopienpolitik der Bundesregierung diese Angelegenheit jetzt wirklich zu einem Prüfstein geworden sei“. Feleke habe versichert, daß die Entscheidung der äthiopischen Regierung „nach wie vor gelte“. Pachelbel-Gehag fuhr fort: „Der AM, sichtlich verlegen, erklärte dann: Er werde die Sache ‚sofort und mit Nachdruck auf die Hörner nehmen‘; er bitte mich um Verständnis (weil Sie ja die ‚constraints from which our country is suffering‘ kennen!), daß es immer wieder mal unvorhersehbare ‚oscillations‘ gebe, die eine jedoch ‚sicher nicht lange‘ Verzögerung mit sich brächten. Meine Frage nach den Gründen könne er leider nicht, ‚wenigstens noch nicht‘ beantworten!“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 117; Referat 320, Bd. 137953.

17

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lubbers

202-321.10 NLD-50/83 geheim

25. Januar 1983¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers am 25.1.1983²

Nach einem etwa 30minütigen Sechs-Augen-Gespräch, an dem nur Bundeskanzler, Ministerpräsident und niederländischer Außenminister³ teilnahmen, führte der Bundeskanzler ein 45minütiges Gespräch in Anwesenheit des niederländischen Botschafters⁴, des niederländischen Politischen Direktors Jacobovits und des Beraters des Ministerpräsidenten, Merckelbach, sowie von MD Teltschik, Botschafter Fischer und dem Unterzeichner⁵, das während des etwa einstündigen Mittagessens fortgesetzt wurde.

BK ging zunächst auf den Gromyko-Besuch ein, der in einer freundlichen und entspannten Atmosphäre stattgefunden habe.⁶ Gromyko sei im Grunde nur einmal scharf geworden, als er die Amerikaner, u. a. wegen ihrer Politik im Nahen Osten, angegriffen habe. Er, der BK, habe diesem Angriff die sowjetische Politik (Afghanistan) sowie eine Würdigung der Persönlichkeit des amerikanischen Präsidenten entgegengehalten und sich für ein Treffen Reagan–Andropow ausgesprochen.

Gromyko habe im übrigen herausfinden wollen, ob wir zum Doppelbeschluss stünden, uns vor einer Stationierung gewarnt und die neuen Elemente der

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 25. Januar 1983 gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär Lautenschlager „zur Unterrichtung“ geleitet. Als Empfänger weiterer Ausfertigungen waren das Büro Staatssekretäre, das Ministerbüro, die Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer, Botschafter Ruth, die Referate 201 und 202 sowie die Botschaft in Den Haag vorgesehen.

Hat Lautenschlager am 26. Januar 1983 vorgelegt, der die Weiterleitung an Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher „n[ach] R[ückkehr] m[it] d[er] B[itt]e um Kenntnisnahme“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich habe Herrn Schauer gebeten, den Verteiler drastisch einzuschränken. Ggf. Auszüge an die jeweils betroffenen Abteilungen.“ Ferner strich er das Büro Staatssekretäre, Fischer, die Referate 201 und 202 sowie die Botschaft in Den Haag aus dem Verteiler und vermerkte handschriftlich: „(B[otschafter] Fischer hat teilgenommen).“

Hat Staden am 27. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Januar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Schauer verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vermerk wurde nach Wash[ington] übermittelt und hat dort BM vorgelegen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 28. Januar 1983 vorgelegen. Hat Legationsrätin I. Klasse Völkel am 7. Februar 1983 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Ausfertigung] 1 des Vermerks (Anlage) an ChBK [Referat] 211 auf Bitten des Bundeskanzleramtes.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12920 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der niederländische Ministerpräsident Lubbers hielt sich am 25. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Hans van den Broek.

⁴ Kasper W. Reinink.

⁵ Hans Schauer.

⁶ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Prager Gipfelerklärung⁷ hervorgehoben. Der sowjetische AM habe sich aus dem Wahlkampf⁸ herausgehalten, auch gerade bei seiner Pressekonferenz⁹, und, wie wir wüßten, in seinen anschließenden Gesprächen in der DDR¹⁰ die freundliche Atmosphäre des Bonn-Besuchs gewürdigt.

Auf die Erkundigung des BK nach Sacharow habe Gromyko sehr kühl reagiert. Im übrigen sei das schwierige Problem der Familienzusammenführung besprochen worden.

Er, der BK, halte es durchaus für möglich, daß sich in Genf¹¹ etwas bewege, die Null-Lösung sei der Idealfall und wünschenswert. Politisch könne es nicht sinnvoll sein, sie aufzugeben. Unsere Position sei fest gegründet auf dem Beschluß der NATO. Er, der BK, bedauere, daß das Nachrüstungsthema zum Wahlkampfthema geworden sei. Er meine, daß man über der Debatte über den Doppelbeschluß auch keinesfalls die konventionelle Disparität in Europa übersehen dürfe. Aus seinem gestrigen Gespräch mit Nitze¹² habe er den Eindruck gewonnen, daß man in den Vereinigten Staaten die Probleme der Nachrüstung durchaus sehe und ohne Frage seriös verhandele. Man dürfe nicht vergessen, daß es auch eine lebhaftige Diskussion über dieses Thema in den USA gebe. Die Emotionen, die der Vollzug des Beschlusses ausgelöst habe, seien eine Tatsache, an der der Politiker nicht vorbeigehen könne. Sehr wichtig sei für ihn aber die folgende Feststellung: Die Mehrheit der Deutschen akzeptiere den Doppelbeschluß, und die Deutschen seien keine Wanderer zwischen zwei Welten. Wenn in Deutschland gefragt werde, wem man mehr vertraue, den USA oder der Sowjetunion, dann bekäme man ein Ergebnis von etwa 92 zu 8.

Zum Mittelrand-Besuch¹³ übergehend erläuterte der BK die französische Interessenlage. Schließlich sei es für Frankreich entscheidend, ob jenseits des Rheins die Bundeswehr und die 7. amerikanische Armee stehen oder irgendwelche Thälmann-Brigaden.

Zu Beginn seiner Erwiderung betonte der *niederländische MP*, daß er um strikt vertrauliche Behandlung seiner folgenden Ausführungen bitte. In den nächsten sechs bis acht Monaten, also bis etwa September, brauche sich die niederländische Regierung in der Nachrüstungsfrage nicht zu bewegen.¹⁴ Sie könne

⁷ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. Dok. 40.

⁸ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

⁹ Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1983 vor der Presse vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 140 f. (Auszug).

¹⁰ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 19. bis 21. Januar 1983 in der DDR auf.

¹¹ In Genf fanden seit dem 30. November 1981 die INF-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 19.

¹² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 24. Januar 1983 vgl. Dok. 14, Anm. 7.

¹³ Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 20. Januar 1983 anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 19.

¹⁴ Auf der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel äußerten die Niederlande hinsichtlich der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses den Vorbehalt, hinsichtlich der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme erst im Dezember 1981 „nach Prüfung der dann vorliegenden Rüstungskontrollergebnisse“ zu entscheiden. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 220 vom 14. Dezember 1979; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Referat 201 notierte am 13. Januar 1983, daß sich nach den Parlamentswahlen in den Niederlan-

die Verhandlungen unterstützen und im übrigen die administrative Vorbereitung der Stationierung weiterlaufen lassen. Ende des Sommers werde sie jedoch einen Zehnjahresplan für die Verteidigung unterbreiten und sich dann auch dem Parlament stellen müssen. Zu diesem Zeitpunkt werde im übrigen auch die physische Vorbereitung der Stationierung beginnen. Die Debatte im Parlament werde für die Regierung nicht einfach sein. Die Öffentlichkeit stehe der Nachrüstung kritisch gegenüber, und zwar aus folgenden Gründen:

- Man sei skeptisch hinsichtlich des Verhandlungswillens in Genf.
- Man habe immer die nuklearen Gefechtsfeldwaffen reduzieren wollen und sei enttäuscht, daß die High-Level-Group-Studie¹⁵ wohl kaum – wie von der Regierung in Aussicht gestellt – zu einem positiven Ergebnis in dieser Frage komme.
- Man glaube, daß START und INF zusammengehörten.
- Man sei der Auffassung, daß die französischen und britischen nuklearen Waffen in irgendeiner Weise berücksichtigt werden müßten.
- Man vermisste eine klare Aussage über die Rolle der Forward Based Systems.

Unter diesen Aspekten sei es für die Regierung schwierig, einfach festzustellen, daß disloziert werden müsse. Er überlege einen neuen Ansatz, und zwar, der SU etwa folgendes Angebot zu machen. Falls sie, die SU, bereit sei, sechs Monate lang keine neuen SS-20 zu stationieren und in diesen sechs Monaten einige Dutzend dieser Systeme zu verschrotten, sei der Westen bereit, sechs Monate lang nicht zu stationieren. Der Vorteil eines solchen Vorgehens wäre, daß der Westen einen konkreten Schritt in Richtung Abrüstung vollzöge und die SU in eine schwierige Lage bringe, falls sie dieser Aufforderung nicht entsprechen wolle. Tue sie dies nicht, werde stationiert. Der Nachteil, daß die SU diesen Vorschlag als Zeichen der Schwäche interpretieren könne, sei ihm bewußt.

BK wies in seiner Erwiderung vor allem auf zwei Nachteile dieses Vorschlags hin: Einmal, daß die SU, selbst wenn sie die Hälfte ihrer SS-20 abbauen würde, dann immer noch ein Monopol mit ihren etwa 150 Mittelstreckenwaffen habe; zum anderen bezweifle er, daß man der Bevölkerung nach dem Abbau und

Fortsetzung Fußnote von Seite 86

den am 8. September 1982 die Koalitionsregierung aus CDA und VVD darauf geeinigt habe, die Möglichkeit einer Stationierung offenzuhalten, eine Grundsatzentscheidung hierüber jedoch noch nicht zu treffen. Vgl. VS-Bd. 11974 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁵ Auf der Sitzung vom 7. bis 10. Februar 1983 in San Diego verabschiedete die High Level Group (HLG) den Entwurf für einen Zwischenbericht an die Nukleare Planungsgruppe (NPG) über die Studie zu den nuklearen Systemen der NATO mit kürzerer Reichweite. Dazu vermerkte Ministerialdirigent Schauer am 11. Februar 1983: „In diesem Bericht werden erste allgemeine Feststellungen enthalten sein, von denen ich die wichtigsten nenne: SRINF/SNF haben eine wichtige kontinuierliche Rolle im Spektrum der Abschreckung; eine breite und ausgewogene geographische Verteilung würde die Abschreckung erhöhen; die Solidarität der Mitglieder der Allianz bei der Teilung des Risikos ist wesentlich; die SRINF/SNF müssen in der Lage sein, dem Gegner militärisch bedeutsamen Schaden zuzufügen, falls ihre Abschreckungswirkung glaubhaft sein soll; die HLG soll sich auf die vorrangige Rolle dieser Systeme konzentrieren, nämlich auf ihren selektiven Einsatz; es wäre nicht im Interesse der NATO, diese Waffen mehrfach einzusetzen, insbesondere nicht auf alliitem Territorium [...]; Verbesserungen bei den Waffensystemen und eine größere Flexibilität bei ihrer Anwendung können es ermöglichen, die gegenwärtige Abschreckung aufrechtzuerhalten, evtl. unterhalb der gegenwärtigen Kapazitäten. Verbesserungen der konventionellen Systeme könnten ebenfalls die Möglichkeit eröffnen, Reduktionen in der Zahl der Nuklearwaffen vorzunehmen, obwohl damit hohe Kosten entstehen würden.“ Vgl. VS-Bd. 12056 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

den sechs Monaten das wirkliche, dann immer noch vorhandene Ausmaß der Bedrohung klarmachen könne. MP *Lubbers* warf ein, daß auch für ihn Ziel-punkt die Null-Option bleibe. Im übrigen wolle man ja zunächst nur sechs Monate warten. BK sagte, er fühle sich an die Jahre 1938/39 erinnert. Im übrigen wolle er noch einmal wiederholen, er sehe die Chance, daß sich in der SU etwas bewege. Andropow sei ein neuer Mann von 68 Jahren, der nicht mehr allzu viel Zeit habe, um auf ein gutes Bild seiner selbst in der Geschichte hinzuwirken. Er habe auch Probleme, die er lösen müsse. Nämlich einmal, die Streitkräfte zu befriedigen, zum anderen, die nicht unbeträchtlichen Versorgungsprobleme zu lösen. Beides gleichzeitig werde er kaum können. Er werde auch außenpolitische Erfolge suchen, wobei er, der BK, das Problem Polen für kaum lösbar halte, und ob es eine politische Lösung für Afghanistan gebe, sei auch unsicher. Deshalb sei er für das Gipfeltreffen, aber in der Zwischenzeit dürften wir nichts tun, was bei den Sowjets den Anschein erwecken könnte, wir meinten es nicht ernst mit dem Doppelbeschluß. Er sei über den Vorschlag des MP besorgt. Er beinhalte die Gefahr, daß die Termine¹⁶ aus psychologischen Gründen nicht haltbar seien. Wir müßten durchhalten. Er sei überzeugt, falls Ende des Jahres die Verhandlungen festgefahren seien und wir alle zum Beschluß stünden, sich die Sowjets bewegen würden. Die entscheidende Phase werde voraussichtlich nach der im Juli endenden INF-Runde¹⁷ beginnen.

Der *niederländische MP* verwahrte sich vorsichtig gegen den Vergleich mit 1938/39. Der BK betonte, ihm gehe es auch nur darum, daß, wie Mitterrand gesagt habe¹⁸, kaltblütig verhandelt werde.

BK unterstrich im Hinblick auf die Stationierungsdaten, daß die Niederlande doch wohl kaum unter Zeitdruck stünden.

Der MP gab das zu, deutete jedoch an, daß seine Lage trotzdem schwierig sei und er die Null-Lösung für nicht machbar halte.

Später kam der *niederländische AM* nochmals auf das INF-Problem zurück. Er stellte dem BK zwei Fragen. Es sei klar, daß die SU alles tue, um den Anfang der Stationierung zu verhindern. Glaube der BK, daß der Druck des Westens auf die SU stärker vor der Stationierung oder nach einer solchen sei? Zweitens: Glaube der BK, daß der Vollzug der Stationierung in der Bundesrepublik und in Italien durchgesetzt werden könne? BK erwiderte, der Vollzug werde selbstverständlich Schwierigkeiten mit sich bringen. Im übrigen werde die SU nur dann verhandeln, wenn sie wisse, daß wir einig seien. In Italien seien die Dinge anders als bei uns gelagert. Er müsse aber sehr deutlich unterstreichen, daß beim Vollzug des Doppelbeschlusses für uns größere Schwierigkeiten entstehen würden, falls die Niederländer nein sagten.

Der *niederländische MP* wiederholte noch einmal, ein gemeinsames Operieren sei in den nächsten Monaten kein Problem. Die SU werde aber propagandistisch und eventuell durch einen zur Schau gestellten Verhandlungswillen unsere Position beeinflussen. Wie sähen wir das? Werde sich in den nächsten Monaten

¹⁶ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹⁷ Die fünfte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 17. Mai bis 14. Juli 1983 in Genf statt

¹⁸ Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

etwas bewegen? Der *BK* wiederholte, für die *SU* sei ein sehr wichtiges Datum der 6.3. Gromyko sei u. a. gekommen, um herauszufinden, was er, der *BK*, nach dem 6.3. tun werde. Es sei vor allem wichtig, Festigkeit und Entschlossenheit gegenüber Moskau zu zeigen. Das lehre¹⁹ die Erfahrung aus vielen Verhandlungen mit den Russen. Im übrigen wolle er in dieser Frage Kontakt halten und werde sich schon nach dem Bush-Besuch²⁰ telefonisch mit dem *MP* in Verbindung setzen. Natürlich sei die Null-Lösung eine Wunschvorstellung. Es sei normal, so an die Lösung eines Problems heranzugehen. Wichtig sei, daß die Bevölkerung wisse, dies sei unser Ziel.

BK sagte, beim nächsten Treffen sollten auch einige EG-Fragen besprochen werden. Er sei gern bereit, hierfür in die Niederlande zu kommen.

Auf die Erwähnung des Dollart-Ems-Problems²¹ durch den *BK* äußerte sich der *AM* zufrieden darüber, daß die Sachgespräche darüber morgen beginnen.²²

MP fragte, ob wir schon eine Analyse des OPEC-Treffens²³ hätten, was verneint wurde. Dies sei auch ein Problem, sagte der *BK*, das zwischen beiden Ländern besprochen werden sollte. Er sei gern bereit, auch Fachleute hierfür nach Den Haag zu entsenden. *MP* äußerte den Gedanken eines Energie-Verbundes im Rahmen der EG unter Einschluß Großbritanniens. Wenn die Energiepreise jetzt runtergingen, könne dies für GB durchaus interessant sein. *BK* war skeptisch, sagte jedoch zu, am 4.2. in Chequers Frau Thatcher zu fragen.²⁴

¹⁹ Korrigiert aus: „zeigen. lehre“.

²⁰ Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

²¹ Referat 513 informierte am 13. Januar 1983: „Wir verhandeln nun seit fast fünf Jahren über den Ausbau des Hafens von Emden. Nachdem die Verhandlungen zunächst zwischen den beiderseitigen Verhandlungsdelegationen geführt worden sind, haben am 30. November und am 9. Dezember die beiderseitigen Außenminister sich mit der Angelegenheit befaßt. Schwierigster Punkt ist die Frage, ob in dem sogenannten Vertragsgebiet eine gemeinsame Umweltpolitik betrieben werden soll oder ob das jeweilige nationale Umweltrecht weiterhin maßgebend sein soll. Letzteres ist die deutsche Vorstellung, da sonst eine Rechtsunsicherheit für potentielle Investoren eintreten würde. Da ein Einvernehmen über diese Frage auch in den Gesprächen zwischen den Außenministern nicht zu erzielen war, ist zwischen ihnen die Idee einer sog. ‚kleinen Lösung‘ erörtert worden; darunter wird der Verzicht auf die industrielle Nutzung des im Zusammenhang mit der Verlegung der Emsfahrrinne aufzuschüttenden sog. Geise-Rückens verstanden.“ Zwar habe wegen der hohen regionalen Arbeitslosigkeit die Bundesrepublik ein Interesse an einer Nutzung des Geise-Rückens; die „kleine Lösung“ würde aber die Frage des Umweltregimes entschärfen. Vgl. Referat 202, Bd. 140589.

²² Am 16. März 1983 bat Ministerialdirigent Bertele die Botschaft in Den Haag, im niederländischen Außenministerium folgende Mitteilung zu übergeben: „In dem Gespräch zwischen Vertretern der beiderseitigen Außenministerien am 26.1.1983 legte die niederländische Seite dar, man habe das Ministergespräch vom 9.12.1982 dahingehend verstanden, daß nun der Geise-Rücken gar nicht mehr aufgespült werde, vielmehr lediglich der Geise-Leitdamm verstärkt werde. Man lege Wert darauf, daß von einer Aufspülung des Geise-Rückens abgesehen werde. Die deutsche Seite hat die hiermit zusammenhängenden Fragen eingehend geprüft. Sie muß zunächst feststellen, daß der Bundesminister des Auswärtigen in den Gesprächen am 30.11. und 9.12.1982 nur einen möglichen Verzicht auf die industrielle Nutzung, nicht aber einen Verzicht auf die Aufspülung des Geise-Rückens angesprochen hat. Die deutsche Seite sieht sich nicht in der Lage, von der mit den Niederlanden gemeinsam in jahrelangen Modellversuchen erarbeiteten Lösung abzuweichen.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140589.

²³ Am 23./24. Januar 1983 tagte in Genf eine außerordentliche Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten, um über Maßnahmen zur Stützung des Rohölpreises zu beraten. Jedoch vermochten sich die Teilnehmer weder auf eine Gesamtfördermenge noch auf die Verteilung der Förderquoten zu einigen. Vgl. dazu den Artikel „Die OPEC-Konferenz endet im Streit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Januar 1983, S. 9.

²⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher vgl. Dok. 37.

Nach einer kurzen Erörterung der EG-Fischereipolitik²⁵ und des Jungrobben-Problems²⁶ sagte der *niederländische AM*, es sei wichtig, daß die Bundesrepublik während ihrer Präsidentschaft²⁷ die Fragen des „Transport-Dossiers“, die schon lange einer Bearbeitung harften, voranbringe.

Der *niederländische MP* erkundigte sich anschließend nach unserem Konzept für die Stahlindustrie.²⁸ Der *BK* erläuterte die Schwierigkeiten einer Lösung.²⁹

Beide Seiten vereinbarten, den anliegenden Text³⁰ der Presse zu übergeben.

VS-Bd. 12920 (200)

²⁵ Zur Gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 9, Anm. 12 und 21.

²⁶ Zur Frage eines Einfuhrverbots für Jungrobbenfelle in die EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 9, Anm. 23 und 24.

²⁷ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²⁸ Die EG-Kommission stellte am 6. Oktober 1980 gemäß Artikel 58 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 fest, daß sich die Stahlindustrie in einer Krise befinde. Der EG-Rat auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister stimmte daraufhin am 30. Oktober 1980 in Luxemburg der Einführung von Produktionsquoten zu. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 304.

Am 24. Juni 1981 billigte der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschaftsminister einen Maßnahmenkatalog, der sich insbesondere mit der Frage der Beihilfen für die Eisen- und Stahlindustrie sowie der Preispolitik und mengenmäßigen Produktionsbeschränkungen befaßte. Eine entsprechende Verordnung, die Beihilfe an Stahlunternehmen von Umstrukturierungsmaßnahmen abhängig machte und auf einen Abbau der Produktionskapazitäten abzielte, wurde am 7. August 1981 erlassen. Sie sah letzte Entscheidungen der EG-Kommission bis zum 1. Juli 1983 vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1981, S. 19–22. Vgl. ferner AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 228 vom 13. August 1981, S. 26.

²⁹ Hinsichtlich einer Lösung der Stahlkrise in der Bundesrepublik vermerkte Referat 412 am 3. Februar 1983, daß die Bundesregierung von einem „Moderatorenkonzept“ folgenden Inhalts ausgehe: „Bildung von zwei Produktionsgruppen (Gruppe Rhein: Thyssen, Krupp; Gruppe Ruhr: Hoesch, Peine – Salzgitter, Klöckner – Bremen): Vorschlag knüpft an die Walzstahl-Fertigerzeugnisse als die marktmäßig und technisch wichtigste Einflußgröße an und zielt [...] auf die Schaffung von zwei gleichrangigen, voneinander unabhängigen Anbietern im Markt ab. [...] Bildung von zwei oder vier Verkaufsgesellschaften; öffentliche Hilfen in Höhe von 2 bis 3 Mrd. DM; als flankierende Maßnahme Schutz gegenüber subventionierten Importen aus der Gemeinschaft – sofern zur Absicherung des Restrukturierungsprozesses unumgänglich – durch Mengenregelung [...]; Verlängerung der Quotenregelung gemäß Art. 58 EGKS-V[ertrag] bis 1985.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130944.

³⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für die Presseerklärung vgl. VS-Bd. 12920 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

18

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
amerikanischen Außenminister Shultz in Washington****Geheim****25. Januar 1983¹**

Besuch des Bundesministers in Washington am 25. und 26. Januar²;
hier: Gespräch mit Außenminister Shultz am 25. Januar von 18.00 bis 19.00 Uhr
Teilnehmer: Burns, Dam, Eagleburger, Kornblum, Obst, Hermes, Pfeffer, Ruth,
Weber.

Der *Bundesminister* eröffnete das Gespräch mit einer Bewertung des Gromyko-Besuchs.³ Der Zeitpunkt des Besuchs sei aus sowjetischer Sicht gewählt worden, um zu zeigen, daß der neue Mann im Kreml⁴ entscheidungsfreudig ist. Die Einladung an Außenminister Gromyko sei zunächst bei dem Gespräch Bundesminister/Gromyko in New York im Oktober ausgesprochen worden.⁵ Gromyko habe damals geantwortet, das müsse er mit Breschnew und der Führung besprechen. Als Bundespräsident und Bundesminister in Moskau waren⁶, habe Bundesminister GS Andropow die Frage gestellt, wie es mit dem Besuch stehe. GS Andropow habe gesagt, die Antwort stehe im Prinzip fest. Am folgenden Tag sei unser Botschafter in das sowjetische Außenministerium einbestellt worden und habe den Termin Januar 1983 mitgeteilt bekommen.⁷

Beim Besuch von Dr. Vogel sei Gromyko nicht in Erscheinung getreten.⁸ Wenn man den Besuch Gromykos in Bonn im Januar 1983 vergleiche mit seinem Besuch im November 1979⁹, d. h. kurz vor dem Doppelbeschluß, könne man feststellen, daß der Besuch moderater, eher verbend als drohend ausgefallen sei. Bei der Pressekonferenz 1979 habe er gedroht, daß bei Zustimmung zum Doppel-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Botschafter Ruth, z. Z. Washington, am 25. Januar 1983 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. ferner Dok. 20, Dok. 23 und Dok. 24.

³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁴ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

⁵ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 5. Oktober 1982 in New York zusammen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 258.

⁶ Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher hielten sich am 14./15. November 1982 anläßlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.

⁷ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 16. November 1982, daß ihm der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, mitgeteilt habe, als Termin für einen Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko komme „vorzugsweise die mit dem 17. Jan[uar] beginnende Woche“ in Frage: „B[ondarenko] bezog sich ausdrücklich auf die Bemerkung, die der Herr Minister am Vorabend gegenüber Andropow gemacht hatte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4946; Referat 213, Bd. 133188.

⁸ Zum Besuch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, vom 10. bis 12. Januar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 9, Anm. 36, und Dok. 48, Anm. 10.

⁹ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

beschluß es keine Verhandlungen im Mittelstreckenbereich geben wird.¹⁰ Diesmal sei auch die Pressekonferenz moderat verlaufen.¹¹

Nach Auffassung des Bundesministers sei es jetzt das Ziel der Sowjetunion, durch das Angebot Andropows, sowjetische Mittelstreckenraketen zu reduzieren¹², den Westen zum gänzlichen Verzicht auf die Nachrüstung zu veranlassen. Damit sei die Absicht verbunden, einen Abkopplungsprozeß in Gang zu setzen. Diese Strategie überschreite in ihrer Bedeutung bei weitem die Bedeutung eines bloßen Streitkräftevergleichs. Es gehe darum, daß sich die Sowjetunion ihr Monopol im Bereich der Mittelstreckenraketen vertraglich absichern lassen wolle. Dies werde bedeuten, daß die Lage nach einem Abkommen schlechter sei, als wenn es nie Verhandlungsbemühungen gegeben hätte.

Mit einem solchen Abkommen würde den Vereinigten Staaten auch die Option zur Stationierung genommen. Es sei nicht einzusehen, warum ein Ausschluß von Optionen nicht zunehmend auch für andere Waffenarten gelten könne. Hier zeige sich die logische Fortsetzung eines Prozesses, der seit 1945 in seiner Zielsetzung zu erkennen sei.

Es gehe bei der Entscheidung, die ansteht, um die Frage einer möglichen politischen Wende im West/West-Verhältnis wie im Verhältnis zur Sowjetunion. Werde der Westen dieser Offensive widerstehen, werde die Sowjetunion zu ernsthaften Verhandlungen bereit sein.

Unterhalb der großen Strategie gebe es eine substrategische Problematik, nämlich das besondere Problem der Pershing II. Die Sowjetunion richte ihre Polemik besonders gegen dieses Waffensystem. Dahinter stecke die Absicht, wenn schon kein westlicher Verzicht auf die Nachrüstung durchsetzbar sei, ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten zu erzielen, keine Pershing II zu stationieren. Er, der Bundesminister, würde ein solches Abkommen für falsch halten. Käme es zustande, würden nach dem Dislozierungsplan 1983 in der Bundesrepublik Deutschland keine Mittelstreckensysteme stationiert, wohl aber in Italien. Italien allein werde aber eine solche Singularisierung politisch nicht durchhalten können. Die Sowjetunion glaube, daß man über die Pershing II den Doppelbeschluß aushebeln kann. Es sei ganz wesentlich, dieses Problem sorgfältig im Auge zu haben, wenn man über den Waffen-Mix spricht!

Über den Stand der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland sagte der Bundesminister: Er wolle zu Pressemeldungen der letzten Zeit Stellung nehmen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien hielten die beiderseitige Null-Lösung für essentiell. Hier bestehe ein fundamentaler Gegensatz

¹⁰ Bei einer Pressekonferenz am 23. November 1979 legte der sowjetische Außenminister Gromyko dar: „Man sagt uns [...]: Nein, zuerst wird der entsprechende Beschluß – das heißt über die Produktion, dann aber folglich auch über die Stationierung – gefaßt, und dann werden wir bereit sein, mit Ihnen zu verhandeln. [...] Wir haben dazu offen gesagt, daß diese politische Vorbedingung den Verhandlungen die ganze Grundlage wegnimmt. Ich wiederhole: Eine solche Position einiger NATO-Staaten zerstört selbst die Grundlage für die Verhandlungen.“ Vgl. die „Nachschrift einer Konsekutiv-Übersetzung“ des Presse- und Informationsamts; Referat 213, Bd. 133136.

¹¹ Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1983 vor der Presse vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 140 f. (Auszug).

¹² Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

zu Herrn Vogel. Er sei offensichtlich¹³ bereit, einen Stationierungsverzicht bei bloßer Reduzierung auf sowjetischer Seite zu akzeptieren. Die Bundesregierung sei auf keinen Fall bereit, einer Lösung zuzustimmen, mit der der Westen verzichtet und die Sowjetunion ein Monopol erhält. Auf den Einwurf von Außenminister *Shultz*, ob Dr. Vogel dazu wirklich bereit sei, sagte der *Bundesminister*, daß dies in der Tat das Ergebnis sein würde, wenn man die sowjetische Rechnungsweise akzeptiere und die britischen und französischen Systeme zur Berechnungsgrundlage nehme. Er mache dieses Monopol dadurch verständlich, daß er sage, daß 150 SS-20-Raketen einer Vernichtungskraft von 3000 Hiroshima-Bomben entsprechen.

Gromyko sei in Bonn deutlich gesagt worden, er solle den Gedanken fallenlassen, daß die Bundesregierung einem Verzicht auf Stationierung zustimmen werde, wenn die Sowjetunion nicht zu einer Reduzierung auf Null bereit sei.

In Europa werde die Frage gestellt, wie man sowjetische Reduzierungsbereitschaft honorieren solle. Man könne dies als Phrase bezeichnen und zur Tagesordnung übergehen, oder man könne sagen, man wende die Konzeption des Doppelbeschlusses an: Wenn die Sowjetunion zu Reduzierungen bereit sei, werde der Nachrüstungsbedarf im Lichte eines konkreten Verhandlungsergebnisses geprüft. Das werde bedeuten, daß auf westlicher Seite weniger stationiert werden müsse. Das Datum des Stationierungsbeginns werde jedoch nicht verändert. Das habe Ruth in Washington vorgetragen¹⁴, und der Bundeskanzler habe Nitze gestern gesagt¹⁵, das sei Meinung der Bundesregierung.

In Washington habe es Geräusche gegeben, wonach der Präsident und das Weiße Haus der Meinung seien, eine westliche Initiative bei INF wäre geeignet, die Wahlaussichten der gegenwärtigen Regierung zu schwächen. Deshalb wolle man vor dem 6. März¹⁶ keine Initiative ergreifen. Hierzu wolle er feststellen, daß nichts der Bundesregierung mehr schade als eine solche Aussage. Die Frage, ob und wann eine westliche Initiative ergriffen werden solle oder nicht, sei nicht eine Frage des Datums der Bundestagswahl, sondern beantworte sich nach der Zweckmäßigkeit und nach dem Stand der Verhandlungen. Unabhängig von der Frage, ob man eine Initiative ergreifen wolle oder nicht, müsse man darüber sprechen, wie eine solche Initiative aussehen könne. Wir hätten dazu Vorschläge gemacht. Botschafter Ruth habe dies vorgetragen. Wie Botschafter Nitze sicher berichtet habe, stehe der Bundeskanzler voll hinter diesen Überlegungen. Dabei gehe es um folgende Grundsätze:

- Gleiche Rechte und Obergrenzen als Grundprinzip.
- Weltweite Obergrenzen mit
 - Einfrieren in Fernost,
 - de jure gleichen Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau für landgestützte Systeme in Europa und in Reichweite Europas.

¹³ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

¹⁴ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 6./7. Januar und am 20./21. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 8 und Dok. 14.

¹⁵ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 24. Januar 1983 vgl. Dok. 14, Anm. 7.

¹⁶ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

- Getrennte Obergrenzen für landgestützte Flugkörper und für INF-Flugzeuge.
- Das wichtigste Prinzip sei der Ausschluß britischer und französischer Systeme.

Der französische Außenminister werde im Februar in Moskau sein.¹⁷ Er werde sicherlich mit Weihräucherei empfangen werden. Man werde ihm erläutern, daß der Sowjetunion nichts ferner liege, als die Reduzierung der französischen Systeme zu fordern. Man wolle nur, daß sie angerechnet werden.

Der Bundesminister sehe in der Forderung nach Anrechnung folgende Überlegungen der Sowjetunion:

1) Die Existenz britischer und französischer Systeme wird als Begründung für die Festschreibung eines sowjetischen Raketenmonopols und damit den Ausschluß der USA herangezogen.

2) Bei den Europäern solle die Vorstellung hervorgerufen werden, daß interkontinentalstrategische Parität zwischen der Sowjetunion und den USA bestehen solle und bei den Mittelstreckensystemen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien und Frankreich. Dies würde völlige Abkoppelung bedeuten. Im Blick auf diese Konsequenzen sei die Rede von Präsident Mitterrand¹⁸ von historischer Bedeutung gewesen. Es sei klar, daß er sich mit seinen Klarstellungen auch an die Adresse der SPD gewandt habe.

Wenn der Westen die Gefahren hinter dieser Strategie erkannt habe, liege die Antwort nahe, daß einerseits der Vorschlag der beiderseitigen Null-Lösung aufrechterhalten werde. Andererseits gehe es um die Art der Reaktion auf die sowjetische Reduzierungsbereitschaft. Er, der BM, habe in dieser Situation die Möglichkeit eines Zwischenergebnisses¹⁹ erwähnt, um klarzumachen, daß dies ein Schritt auf die Null-Lösung zu sein müsse.

Der Bundesminister sagte, er wolle ein Wort zu den Bemerkungen von Ministerpräsident Strauß²⁰ sagen. S.E. habe er in bayerischer Art unterstreichen

¹⁷ Zum Besuch des französischen Außenministers Cheysson vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 49, Anm. 30.

¹⁸ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

¹⁹ Der FDP-Vorsitzende Genscher sicherte auf dem Bundesparteitag der FDP am 6. November 1982 in Berlin (West) zu, er werde vor Beginn einer möglichen Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme einen Bericht zum Nachrüstungsbedarf geben: „Nachrüstungsbedarf bedeutet, für den Fall, daß die Null-Lösung, nämlich der beiderseitige Verzicht, erreicht ist: Wir brauchen nicht nachzurüsten. Wenn auf der anderen Seite es nur zu einer Reduzierung kommt, bedeutet es auch bei uns eine Reduzierung.“ Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Paschke vom 11. Februar 1983; Referat 201, Bd. 125683.

Am 9. Januar 1983 präzisierte Genscher in einem Interview für die Sendung „Bonner Perspektiven“ des ZDF, daß, „wenn die Sowjetunion noch nicht bereit ist, alle Mittelstreckenraketen sofort zu beiseitelegen, dann muß man sich um ein Zwischenergebnis bemühen, so daß auf jeden Fall einmal die sowjetische Drohung vermindert wird und deshalb auch auf der westlichen Seite die Nachrüstung entsprechend geringer ausfallen kann. Man könnte dann, ausgehend von einem solchen Zwischenergebnis, sich weiter um den gänzlichen Verzicht in Verhandlungen bemühen.“ Vgl. die Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179048.

²⁰ Am 24. Januar 1983 wurde in der Presse gemeldet, daß der CSU-Vorsitzende Strauß vor CSU-Delegierten eine Null-Lösung zwar nicht abgelehnt habe, diese Idee aber als „schlechterdings unsinnig, unreal und unerreichbar“ bezeichnet habe: „Vor den Delegierten der CSU sagte er, da die Sowjetunion allenfalls zu einem geringen Abbau ihres Raketenpotentials bereit sei, lasse sich nicht verhindern, „auf der westlichen Seite ein quantitatives und qualitatives Gegengewicht zu schaffen.“ In einem Gespräch mit dem „Deutschlandfunk“ habe Strauß es als möglich erachtet, „daß man den

wollen, daß stationiert werden müsse. Auf seine Weise habe er versucht, der Illusion entgegenzutreten, daß wir nicht zu stationieren brauchten, wenn die Sowjetunion reduzierte. In der Substanz gebe es zwischen ihm und der Bundesregierung keine Unterschiede.

Unabhängig von der INF-Problematik stelle sich die Frage, wie der Westen die Initiative bewahren könne. Die Wirkung des Prager Gipfels²¹ sei deutlich geringer, als vom Osten erwartet, gewesen. Diese Wirkung hätte gefährlich werden können. Die mögliche negative Wirkung sei nicht eingetreten. Der Westen habe gelassen reagiert.

Es sei die Frage gestellt worden, ob nunmehr eine förmliche Reaktion der NATO erfolgen solle. S.E. sei das nicht tunlich. Die NATO solle aber überlegen, wie aufbauend auf der Bonner Erklärung²² eine neue rüstungskontrollpolitische Initiative, Interpretationen, ein offensives Konzept dargelegt werden könne. Ein mögliches Instrument sei eine Sonderkonferenz der NATO. Er erinnere an seine Äußerung vom Dezember 82, daß im Frühjahr 1983 eine Lage entstehen könne, in der es zweckmäßig sei, eine Sonderkonferenz einzuberufen. Er habe hierüber mit drei europäischen Kollegen gesprochen:

- Colombo sei für den Gedanken.
- Der französische Außenminister sei sehr dafür, er halte eine Friedensinitiative des Westens für gut. Man solle an ein inoffizielles Treffen denken, zu dem der Ehrenpräsident der NATO²³ einlade.
- Zurückhaltender habe Außenminister Pym reagiert. Möglicherweise hätten dahinter Erwägungen im Zusammenhang mit dem britischen Wahltermin gestanden.

Es sei wichtig, diese Frage unter den Bündnispartnern zu prüfen.

Der Bundesminister nahm zur innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland Stellung. Er habe Gromyko gesagt, er solle davon ausgehen, daß er es auch nach dem 6. März mit dieser Regierung zu tun habe. Es sei die Erwartung der Bundesregierung, daß die gegenwärtige Koalition bestätigt werde und daß die FDP zwar geschwächt, aber Teil der Regierung sein werde. Dies verbürge für die überschaubare Zeit Berechenbarkeit und Festigkeit.

Außenminister *Shultz* bezeichnete die Ausführungen des Ministers als einen beruhigenden Überblick. Er wolle zunächst die Frage stellen nach den Gründen, warum Gromyko Dr. Vogel in Moskau nicht getroffen habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 94

Wahnsinn, den die Russen mit ihrer SS-20 angerichtet haben, wieder abbaut in dem Sinne, daß die Russen die Zahl ihrer Raketen vermindern und daß der Westen, nicht einmal an Zahl und Stärke gleichwertig, aber zumindest für die Wirkung der Kriegsverhinderung ausreichend – mehr wollen wir ja nicht –, Mittelstrecken-Systeme aufstellt“. Vgl. den Artikel „Die Nachrüstung beherrscht den Wahlkampf. Strauß: Null-Lösung unsinnig und unerreichbar“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Januar 1983, S. 1 f.

²¹ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 vgl. Dok. 40.

²² Für den Wortlaut des Dokuments über Rüstungskontrolle und Abrüstung, das bei der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 75 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 345 f.

²³ Uffe Ellemann-Jensen.

Der *Bundesminister* erwiderte, daß offenbar Gromyko Dr. Vogel nicht habe sehen wollen, um zu zeigen, daß der zuständige Vertreter der Sowjetregierung zuerst mit der Regierung und dann mit der Opposition sprechen wolle. Es habe ihm wohl daran gelegen, der Bundesregierung zu zeigen, daß sie der offizielle Partner Moskaus sein werde.

Interessant sei folgendes:

1) Als der Bundesminister im Oktober Gromyko eingeladen habe, sei Gromyko nicht in der Lage gewesen zu sagen, daß er prüfen werde, ob er kommen könne oder nicht. Er habe vielmehr gesagt, er werde Breschnew und der Führung vortragen. Er habe nie so reagiert, daß er bei einer solchen Frage sich auf den Generalsekretär berufen habe.

2) Andropow habe wie ein Minister gehandelt, der über die Reise eines Beamten verfügt habe. Einen Tag nach dem Gespräch mit Andropow habe der Leiter der Dritten Abteilung im sowjetischen Außenministerium²⁴ dem deutschen Botschafter in Moskau²⁵ gesagt, der Bundesminister habe GS Andropow auf die Frage der Einladung an Gromyko angesprochen. Er wolle mitteilen, daß Gromyko kommen könne. Hier sollte gezeigt werden, wer die Sache in der Hand hat.

3) Beim Gespräch Andropows mit dem Bundespräsidenten habe Gromyko kein Wort gesagt. Bei Gesprächen mit Breschnew habe er sich immer mit eigenen Bemerkungen zu Wort gemeldet. Dies sei nicht nur eine Frage des Gesundheitszustandes Breschnews gewesen. Dieses Mal habe Gromyko wie ein Note-taker gewirkt. Das könne ein Zeichen von Konzilianz gewesen sein, es könne aber auch bedeutet haben, daß das Gewicht Andropows unterstrichen werden sollte.

Außenminister *Shultz* bezeichnete die Rede Mitterrands als kraftvoll. *Burns* fragte, wie sie von der deutschen Presse behandelt worden sei. Der *Bundesminister* antwortete, die Reaktion sei positiv gewesen, abgesehen davon, daß das Fernsehen der Rede nicht die von ihm gewünschte Aufmerksamkeit gewidmet habe.

Zu INF sagte Außenminister *Shultz*: Nach amerikanischer Auffassung sei das sowjetische Angebot nicht darauf angelegt gewesen, um wirkliche Fortschritte zu erzielen, sondern um die Verbündeten auseinanderzuidividieren und die Stationierung zur Entgleisung zu bringen. Eine weitere Wirkung sei, mit der Aussicht auf die Dislozierung der reduzierten Raketen in den Fernen Osten die Länder in Asien, insbesondere Japan und China, zu bedrohen.

Der Ort, um zu verhandeln, sei Genf. Botschafter Nitze habe die Instruktion,

1) die beste Lösung, die beiderseitige Null-Lösung, zu verfolgen, d.h. Reduzierungen und die Beseitigung der Raketen und somit Gleichheit herzustellen.

2) Er sei autorisiert und dazu aufgefordert (wie der Präsident dies schon in seiner Rede 1981 festgestellt habe²⁶) zu erklären, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, jedem vernünftigen sowjetischen Vorschlag zuzuhören und ihn zu explorieren. Die Sowjetunion habe noch keinen solchen Vorschlag gemacht.

²⁴ Alexander Pawlowitsch Bondarenko.

²⁵ Andreas Meyer-Landrut.

²⁶ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 18. November 1981 vor dem „National Press Club“ in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

Es stelle sich die Frage nach der richtigen Taktik. Er verstehe den Punkt des Ministers, daß die deutschen Wahlen nicht als Bestimmungsfaktor für die Verhandlungsposition gesehen werden sollten. Die Verhandlungssituation solle aus sich selbst heraus beurteilt werden. Aber die deutschen Wahlen seien natürlich sehr relevant. Es seien die deutschen Wahlen, die die sowjetischen Aktivitäten hervorgerufen hätten. Man habe ihm in Europa im Dezember²⁷ auch von SPD-Seite gesagt, daß die Sowjetunion kein echtes Verhandlungsangebot vor den deutschen Wahlen vorlegen werde. Sollte sie dies doch tun, sei es zu begrüßen. Die amerikanische Verhandlungsposition sei die der Kontinuität: Festhalten an der besten Lösung und auf vernünftige sowjetische Vorschläge antworten.

Der *Bundesminister* sagte, er wolle seine Position in einem Punkt klarmachen: In der Haltung der Sowjetunion werde es vor dem 6.3. sicherlich keine Veränderung geben, weil im Falle eines Wechsels das Ziel des sowjetischen Raketenmonopols erreichbar erscheine. Dies könne man als ein Kompliment für die Regierung verstehen.

Was der Bundesregierung zu schaffen mache, seien Meldungen, die Vereinigten Staaten könnten aus Sorge, die Wahlaussichten der Bundesregierung zu schwächen, vor dem 6.3. keine Initiative unternehmen. Dies sei eine sehr schädliche Position.

Es sei wünschenswert, daß die amerikanische Seite deutlich das Problem der Position, Verzicht im Westen und Reduzierungen im Osten, behandeln werde. Die Sowjetunion habe mit dem Andropow-Vorschlag ein Bild entworfen, das laute: Wir, die Sowjetunion, reduzieren um die Hälfte, und was sagen die Vereinigten Staaten? Nichts. Dieses Bild habe die Sowjetunion erzeugen wollen. Als im Westen Überlegungen geäußert wurden, daß man bei Reduzierungen im Osten nur mit Reduzierungen im Westen rechnen könne, habe die Sowjetunion sehr gereizt reagiert. Erst heute habe er einen Bericht über einen Zeitungsartikel gelesen, wo Colombo, Pym, Luns und er selbst angegriffen würden.

Er empfehle, die Problematik der Position Andropows in der öffentlichen Diskussion deutlich zu machen. Er wiederhole, daß eine Hinnahme der SS-20-Rüstung besser wäre als der Verzicht auf eine verteidigungs- und abschreckungspolitische Option. Es sei wichtig zu fragen, wie man den Überlegungen Andropows begegnen könne. Dem könnte eine Erörterung der Vorschläge dienen, wie Botschafter Ruth sie bereits gemacht hat. Wir seien uns im klaren, daß am Verhandlungstisch verhandelt werde. Der Kampf um die öffentliche Meinung müsse aber in der Öffentlichkeit ausgetragen werden.

Außenminister *Shultz* bemerkte, er sei nicht so sicher, ob er verstehe, was mit dem Vorschlag einer Sonderkonferenz der Außenminister gemeint sei. Er wolle fragen, ob der Minister ein formelles oder informelles NATO-Ministertreffen vorschläge und ob dabei Rüstungskontrollfragen erörtert werden sollen.

²⁷ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7./8. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 332–334.

Am 8. Dezember 1982 reiste Shultz zu einem Treffen mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Pym (Großbritannien) nach Brüssel, wo am 9./10. Dezember 1982 die NATO-Ministerratstagung stattfand. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 339–341 bzw. Dok. 344–346.

Der *Bundesminister* erläuterte, er habe beim Herbsttreffen der NATO darauf hingewiesen, daß im Frühjahr eine Situation eintreten könne, bei der der Westen eine Offensive starten müsse. Das von ihm vorgeschlagene Treffen müsse natürlich gut vorbereitet werden. Das könne unter den Vier oder unter Fünf, d.h. mit Italien, geschehen. Er meine, daß man dem Modell des informellen Treffens folgen solle. Es könne dort stattfinden, wo eine gutwillige Regierung im Amt sei, es aber mit einer schwierigen Opposition zu tun habe. Dies treffe für Dänemark zu. Cheysson habe gemeint, daß man ein solches Treffen ohne große Ankündigungen gewissermaßen aus dem Stand machen solle. Im übrigen wolle er bemerken, daß er die Frage eines Sondertreffens mit Cheysson, Pym und Colombo unter vier Augen erörtert habe, so daß es ein Gedanke sei, der erst in einem kleinen Kreis diskutiert werde. Außenminister *Shultz* bemerkte, daß er darüber nachdenken werde. Er hoffe, vor der Abreise des Ministers eine Antwort geben zu können.

Bundesminister fragte, wie die amerikanische Regierung die Absichten der neuen sowjetischen Führung²⁸ einschätze.

Außenminister *Shultz* antwortete, daß man noch kein sicheres Gefühl dafür habe. Es scheine, daß Andropow die Zügel in der Hand habe. Es sei offensichtlich, daß Andropow intellektuell beweglich sei. Der Wechsel sei evident. Wenn die amerikanische Regierung die Signale betrachte, die sie erhalte, dann müsse man feststellen, daß sie widersprüchlich seien. Der Präsident werde in seiner State of the Union Message zu der Frage Stellung nehmen.²⁹ Auf amerikanischer Seite sei man bereit, auf sowjetische Signale zu reagieren und aktiv mit der Sowjetunion in Verbindung zu treten.

Der *Bundesminister* bemerkte, es sei ein großer Unterschied zwischen Andropow und der Zeit Breschnews. Wenn sich der Präsident mit Andropow treffe, habe er einen Gesprächspartner, nicht jemanden, dem Zettel zugeschoben werden. Im Jahre 1982 habe es sich bei der Frage des Treffens mehr um ein Problem der Propaganda gehandelt. Jetzt könne der Präsident Andropow als Gesprächspartner treffen. Er sehe in einem solchen Treffen großen Nutzen. Der Bundeskanzler habe bekanntlich das Interesse der Bundesregierung an einem solchen Gespräch geäußert.³⁰ Er wolle fragen, ob Außenminister Shultz vorhabe, sich mit Gromyko zu treffen.

Außenminister *Shultz* antwortete, daß ein solches Treffen des Präsidenten mit Andropow in Frage komme, wenn es gut vorbereitet sei und etwas dabei herauskomme, aber er glaube nicht an ein Treffen um seiner selbst willen.

Der *Bundesminister* sagte, er wolle eine zusätzliche Bemerkung machen. Was Außenminister Shultz gesagt habe, sei normalerweise richtig. Er habe aber die Wirkung beobachtet, die Präsident Reagan in Cancún³¹ auf die Leute dort ge-

²⁸ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

²⁹ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 25. Januar 1983 vor beiden Häusern des Kongresses in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 102–110.

³⁰ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 15. November 1982 in Washington; AAPD 1982, II, Dok. 306.

Vgl. dazu ferner das Schreiben von Kohl vom 17. Januar 1983 an Reagan; Dok. 10, Anm. 11.

³¹ Präsident Reagan hielt sich vom 21. bis 24. Oktober 1981 anlässlich der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

habt habe, auch auf Leute mit Vorbehalten. Sie seien wie umgewandelt gewesen. Es könne sein, daß dieser Präsident mit seiner Offenheit und Entschlossenheit den Weg freimachen könne für weitere Entwicklungen. Er könne sich auch vorstellen, daß die Hindernisse im Senat³² leicht zu Fehleinschätzungen in Moskau führen. Es lohne sich, dies aufzuklären. Präsident Reagan könne deutlich machen, daß er fest zu den Sicherheitsgarantien und den Verteidigungsanstrengungen der Vereinigten Staaten stehe, daß er aber offen für Vereinbarungen sei. Ein solches Treffen könne der Beginn einer neuen Ära sein, und dies könne der Gewinn des Treffens sein.

Außenminister *Shultz* stellte fest, daß er die Gründe des Ministers verstehe. Es sei wichtig, daß ein Treffen sorgfältig vorbereitet sei und Aussicht auf ein Ergebnis bieten müsse.

Der amerikanische Außenminister beendete das Gespräch mit Hinweis auf die State of the Union Message und mit einer Verpflichtung im Kongreß.

VS-Bd. 14118 (010)

19

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

25. Januar 1983¹

Fernschreiben Nr. 9 Ortez

Aufgabe: 26. Januar 1983, 16.04 Uhr

Zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des 20. Jahrestages des deutsch-französischen Vertrages²

I. 20jähriges Jubiläum des Elysée-Vertrages wurde in Bonn und Paris würdig und eindrucksvoll begangen und eine überzeugende Demonstration enger deutsch-französischer Zusammenarbeit und Freundschaft.

Feierlichkeiten begannen am Donnerstag, dem 20. Januar, mit einem halbstündigen Gespräch zwischen Bundespräsident und Staatspräsident, an das sich Unterredung Bundeskanzler–Mitterrand anschloß.³

³² Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 20. Dezember 1982 über einen vorläufigen Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 vgl. Dok. 1, Anm. 9, und Dok. 20, Anm. 20 und 21.

¹ Durchdruck.

² Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

³ Nach seiner Ankunft in Bonn am 20. Januar 1983 wurde Staatspräsident Mitterrand von Bundespräsident Carstens zu einem Gespräch empfangen. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Der Bundespräsident überreichte Mitterrand die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik für einen ausländischen Träger, die Sonderstufe des Großkreuzes des Verdienstordens. Danach suchte der französische Präsident Bundeskanzler Helmut Kohl im Kanzleramt auf. Parallel dazu fanden Gespräche zwischen einigen deutschen Ministern und deren französischen Kollegen statt, die Mitterrand nach Bonn begleitet hatten. So unterrichtete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher seinen

In seiner Ansprache vor dem Deutschen Bundestag⁴ rief Präsident Mitterrand u.a. dazu auf, Freundschaft und Solidarität zwischen beiden Völkern auf der Grundlage des in zwei Jahrzehnten deutsch-französischer Zusammenarbeit Erreichten weiter zu vertiefen und zu festigen.

In einem Fernsehgespräch, das in Frankreich und Deutschland direkt übertragen wurde, erörterten Bundeskanzler und Staatspräsident insbesondere Fragen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, der Wirtschafts- und der kulturellen Beziehungen.

Bundespräsident gab zu Ehren von Präsident Mitterrand ein Mittagessen, an dem auch der Premierminister⁵ und zahlreiche deutsche und französische Minister teilnahmen.

Die Kranzniederlegung am Ehrenmal für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft war ein ergreifendes Symbol der Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen.

Besuch des Konrad-Adenauer-Hauses in Rhöndorf stellte historische Verdienste Bundeskanzler Adenauers um die deutsch-französische Freundschaft und den Elysée-Vertrag heraus.

Besuch des Deutsch-Französischen Jugendwerkes galt der Institution, die durch ihre Austauschprogramme für Jugendliche, Schüler und Studenten in beispielhafter Weise dazu beigetragen hat, das Netz persönlicher Kontakte zwischen Deutschen und Franzosen enger zu knüpfen und das gegenseitige Verständnis für das Nachbarland zu vertiefen.

Abendlicher Empfang, den der Bundeskanzler für 1000 geladene Gäste in der Godesberger Stadthalle gab, schloß das Programm des ersten Festtages in Bonn ab.

Der folgende Tag in Paris hatte mit der erstmaligen Kranzniederlegung am Arc de Triomphe durch Bundeskanzler in Begleitung des Staatspräsidenten einen Höhepunkt.

An Vier-Augen-Gespräch schloß sich von Mitterrand gegebenes Mittagessen an, gefolgt von Zeremonie mit kurzen Ansprachen im Salon Murat, wo Elysée-Vertrag am 22. Januar 1963 unterzeichnet worden war.

In seiner großen Rede im Hôtel de la Monnaie hat Bundeskanzler den Elysée-Vertrag als Auftrag gewürdigt, deutsch-französische Gemeinsamkeit herzustellen und zu festigen, wo immer dies möglich sei.⁶ Der Rede schloß sich ein Empfang des französischen Staatspräsidenten an, gefolgt von einem Brahms-Requiem im Invalidendom mit Chorgesang in deutscher Sprache.

II. Festveranstaltungen in Bonn und Paris machten der Bevölkerung beider Länder den hohen Stellenwert der deutsch-französischen Beziehungen deutlich, aber

Fortsetzung Fußnote von Seite 99

französischen Kollegen Cheysson über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko.“ Vgl. den Artikel „Mitterrand warnt vor Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. Januar 1983, S. 1.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

⁵ Pierre Mauroy.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 21. Januar 1983 in Paris vgl. BULLETIN 1983, S. 77.

auch Quantität und Qualität der erreichten Zusammenarbeit. Programmatische Rede Mitterrands vor dem Deutschen Bundestag ging inhaltlich über Würdigung des Vertragsjubiläums und Bestandsaufnahme beiderseitigen Verhältnisses weit hinaus. Mitterrand warnte eindringlich vor einer Verschiebung des Kräftegleichgewichts in Europa, vor einem Abweichen vom NATO-Doppelbeschluß und einer Abkoppelung von den USA. Er ließ erkennen, daß Frankreich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit uns hohe Priorität einräumt.

Am Ende seiner Rede wandte er sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und sagte wörtlich: „Ich richte meine Worte an Sie persönlich und darüber hinaus an Ihr ganzes Volk, dieses große, noble und mutige Volk, das wir Franzosen kennen und lieben gelernt haben.“

Bundeskanzler betonte auf Pariser Boden ebenso wie Staatspräsident Bedeutung sicherheits- und verteidigungspolitischer Abstimmung. Trotz unterschiedlicher Lage und Rolle hätten beide Länder gemeinsame Besorgnisse in bezug auf ihre Sicherheit. Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland habe in den zurückliegenden 20 Jahren eine Intensität gewonnen, wie sie zwischen souveränen Staaten wohl einzigartig sei. Bundeskanzler setzte sich für Struktur Anpassungen im nationalen Bereich zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisensituation ein. Die Europäische Gemeinschaft könne dabei Hilfestellung leisten, jedoch nicht die alleinige Verantwortung übernehmen.

Er schloß seine Ansprache mit folgenden Worten: „Der Elysée-Vertrag hat Deutschen und Franzosen die Chance geboten, dem vielleicht schönsten Wort der französischen Revolution einen neuen, Grenzen überschreitenden Sinn zu geben: Brüderlichkeit. Ich wünsche mir, ich wünsche uns allen, daß es uns gelingt, auf unserem kleinen Kontinent ein Europa der Brüderlichkeit zu verwirklichen.“

III. Sinn und Zweck der Feierlichkeiten in Paris und Bonn war es weniger, die deutsch-französischen Beziehungen auf einen neuen Höhepunkt zu führen, als durch das Gedenken an die Vertragsunterzeichnung, die damals handelnden Personen und den Vertragsinhalt der Bevölkerung in beiden Ländern die Breite und Tiefe der Zusammenarbeit und den hohen politischen Rang des jeweiligen Nachbarlandes vor Augen zu führen.

Beide Seiten gaben durch Gesten, durch den protokollarischen Rahmen und politische Aussagen der verantwortlichen Stellen den politischen Willen zu erkennen, noch weiter aufeinander zuzugehen, zum Nutzen beider Länder – und wie es im Vertragstext heißt – „in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu einem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist“.

Steinkühler⁷

Referat 012, Bd. 124454

⁷ Paraphe vom 26. Januar 1983.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington

204-321.35 USA-59/83 VS-vertraulich

26. Januar 1983¹

Bundesminister in Washington 25. bis 26. Januar 1983;
hier: Gespräch mit Verteidigungsminister Weinberger 15.15 bis 16.00 Uhr²

Der *Bundesminister* leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, er wolle die Positionen zu den zentralen Fragen, die er bereits mit dem Präsidenten³ und Außenminister Shultz⁴ besprochen habe und die Weinberger kenne, nicht noch einmal wiederholen, sondern ein Thema ansprechen, das er bisher aus Zeitgründen nicht habe aufnehmen können: die START-Verhandlungen. Welches sei die Einschätzung des amerikanischen Verteidigungsministers?

Weinberger erwiderte, der Präsident habe vorgestern im kleinen Kreis die Basis-Instruktion mit Botschafter Rowny besprochen. Reagan habe auch mit den katholischen Bischöfen Amerikas gesprochen. Rowny sei überzeugt, daß eine Chance für echte Reduzierungen bestehe. Die sowjetische Seite versuche, die beiden Verhandlungsstränge (START und INF) zusammenzuführen. Er widersetze sich diesem Versuch, der nicht zu wirklichen Ergebnissen führen würde. Man brauche für eine solche Verhandlung eine ungeheure Geduld. Die SU spiele auf Zeit.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 27. Januar 1983 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher geleitet. Hat Staden am 28. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Genscher am 1. Februar 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Vor dem Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister traf sich Bundesminister Genscher mit Vizepräsident Bush. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die INF-Verhandlungen in Genf, die Rüstungszusammenarbeit zwischen den USA und den europäischen NATO-Mitgliedstaaten sowie die Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 26. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 23.

⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 25. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 18.

In einem weiteren Gespräch mit Shultz am 26. Januar 1983 erinnerte Genscher an die von Botschafter Ruth am 21. Januar 1983 in Washington übergebenen Entwürfe der Bundesregierung für eine öffentliche Erklärung der amerikanischen Regierung zu den INF-Verhandlungen in Genf. Shultz erwiderte, „das erwähnte Papier sei eine sorgfältig und gut formulierte Aussage. Es sei dem Präsidenten und Vizepräsidenten vorgelegt worden. Eine endgültige Entscheidung habe noch nicht gefällt werden können. Zum Inhalt wolle er feststellen, daß es die bisher vom Präsidenten eingenommene Position ausweite. Es bestehe die Gefahr, daß durch eine Vielfalt von Stellungnahmen mit unterschiedlichen Wortlauten Unsicherheit über unsere tatsächliche Position gestiftet werden könne. Es sei wichtig, daß versucht werde, die öffentliche Debatte zu beruhigen und die Diskussion nach Genf zu verlegen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Weitere Themen des Gesprächs waren die bevorstehende Europareise des Vizepräsidenten Bush, die Türkei-Hilfe und das Verhältnis zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 367/370 des Botschafters Hermes, Washington, vom 26. Januar 1983; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Sie wolle zunächst die Propaganda-Effekte des Andropow-Vorschlags zu INF⁵ einheimen.

Der *Bundesminister* stellte die Frage, ob Rowny seinen Optimismus aus dem begrenzten Blickfeld der START-Verhandlungen oder aus der allgemeinen Haltung der SU zu Rüstungskontrollverhandlungen an allen Tischen ableite.⁶

Weinberger: Die SU würde sehr gerne zu einem Ergebnis kommen, wenn ein solches Ergebnis ihr einen großen Sicherheitsvorsprung (great margin of security) lasse. Beim Andropow-Vorschlag sei nicht klar, ob sie die SS-20-Raketen zu zerstören bereit sei.

Bei START weigere sich die SU, die am meisten destabilisierenden schweren Raketen gemäß Reagans Vorschlag⁷ zu reduzieren. Sie wolle vielmehr alle möglichen anderen Waffen, auch Cruise Missiles, in die Verhandlungen einbeziehen und außerdem, wie schon gesagt, die beiden Verhandlungsstränge zusammenführen. Sie wolle die französischen und britischen Systeme in beiden Verhandlungen angerechnet sehen, einige davon sogar zweimal.

Der *Bundesminister* fragte, ob Weinberger sich vorstellen könne, daß die SU bei START zu einem ausgewogenen Resultat kommen wolle um den Preis, daß die USA bei INF dem Andropow-Vorschlag zustimmen, um so das sowjetische Hauptziel zu erreichen, nämlich eine Abkoppelung der USA von Europa zu initiieren.

Weinberger: Das halte er für möglich. Die SU wolle in der Tat die Atlantische Allianz aufbrechen und die USA von Europa abkoppeln. Sowjetische Desinformationen und Verhandlungspositionen zielten in diese Richtung. Vor allem wolle Moskau die Dislozierung der Pershing II verhindern.

Auf die Frage des *Bundesministers*, warum sie nach Ansicht Weinbergers gerade diese spezifische Dislozierung verhindern wolle, äußerte sich *Weinberger* zu Flug- und Vorwarnzeit: Insofern entspreche die SS-20 der Pershing II.⁸ Er verstehe nicht, warum westliche Kommentatoren und Parteien sich derart über Pershing II und nicht über SS-20 aufregten.

Der *Bundesminister* bezweifelte, daß diese Antwort ganz zutreffend sei.

Weinberger unterbrach: Die Sowjets fürchteten die Pershing II, weil sie eine sehr effektive, mobile und genaue Waffe sei, die gehärtete Ziele zerstören könne.

⁵ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁶ Der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny äußerte am 29. Dezember 1982 in einem Interview mit dem Fernsehsender NBC, daß er die Chancen, noch im Jahr 1983 bei START ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, bei 50:50 liegen sehe. In Genf seien schnellere Fortschritte als bei den SALT gemacht worden: „Ich möchte sagen, daß wir in den letzten sechs Monaten geschafft haben, was bei SALT etwa zwei Jahre dauerte“. Vgl. den Artikel „Rowny: Verhandlungschancen für START-Vertrag 50:50“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Dezember 1982, S. 3.

⁷ Vgl. dazu die Vorschläge des Präsidenten Reagan vom 9. Mai 1982; Dok. 1, Anm. 18.

⁸ Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 28. Januar 1983: „Die Ausführungen Weinbergers zur Flug- und Vorwarnzeit der Pershing II waren uns nicht auf Anhieb verständlich. Nach Besprechung mit Botschafter Ruth und Herrn Citron interpretieren wir die Äußerung folgendermaßen: Die Flugzeit der Pershing II beträgt 14 Minuten. Während der ersten sechs Minuten kann die SU die Rakete offenbar nicht erfassen. Es bleiben deshalb acht Minuten Vorwarnzeit. Es wäre wichtig zu wissen, ob die gleichen oder ähnliche Daten für die SS-20 zutreffen. Dann bleibt die Frage, ob diese Daten nach außen verwandt werden sollen.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Der *Bundesminister* bemerkte, viele fragten sich, wann der amerikanische Verteidigungsminister seine MX-Entscheidung durchsetzen werde.⁹ Was die Pershing II angehe, so sei die Argumentation Weinbergers militärisch richtig. Aber die militärische Argumentation der SU greife nur, wenn sie unterstelle, die USA würden die Pershing II als Erstschlag-Waffe einsetzen wollen. Dafür sei aber die Pershing II schon wegen der begrenzten Reichweite und der geplanten Zahl nicht geeignet.

Weinberger warf ein, die Frage der Erstschlag-Kapazität stelle sich nicht, denn die USA hätten ja keine solche Absicht.

Der *Bundesminister* erläuterte¹⁰: Die SU kenne den Zeitplan für die INF-Dislozierung¹¹. Im Herbst 1983 würden Cruise Missiles in Großbritannien und Italien und Pershing II in Deutschland aufgestellt, CMs in Deutschland aber erst 1985 (Weinberger erwähnte Ende 1984). Wenn es der SU gelinge, in Verhandlungen mit den USA die Pershing II auszuschließen, dann werde in Deutschland im Herbst 1983 überhaupt nicht disloziert. Dann könne aber Italien nicht dislozieren. Hinter den militärischen Argumenten der SU stehe in Wirklichkeit ein politisches Motiv. Die SU wolle die Dislozierung von INF-Waffen über Deutschland in ganz Europa aushebeln. Deshalb sei es so wichtig, in Genf auf dem Waffen-Mix zu bestehen.¹²

Weinberger: Wir sollten in der Tat am Zeitplan und am Waffen-Mix festhalten. Er sei letzte Woche mit dem italienischen Verteidigungsminister Lagorio zusammengetroffen, der sehr standfest sei. Er, Weinberger, sei besorgt über eine Schwächung der öffentlichen Meinungen, die zu Regierungswechseln führen könnten. So sprächen führende Politiker der SPD, darunter auch Apel, von einem Aufschub der Dislozierung.¹³ Insofern sehe er auch mit Sorge auf die deutschen Wahlen am 6. März 1983.¹⁴ Die SU und die Friedensbewegungen arbeiteten sehr hart.

⁹ Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses, die Mittel für MX-Raketen im Verteidigungshaushalt 1983 zu streichen, vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann notierte am 20. Januar 1983: „Die Schwierigkeiten des MX-Programms haben für die amerikanische START-Position neue Unsicherheiten geschaffen. [...] In der Tat ist der amerikanische START-Ansatz auf die bereits geplanten Modernisierungsprogramme (MX, Trident II, B 1, Stealth) abgestimmt. Mit der vorgeschlagenen weitgehenden Verringerung der strategischen Potentiale geht er von der Notwendigkeit moderner, stark „gemirvter“ Systeme aus. Die vorgeschlagenen Höchstgrenzen (850 Raketen mit 5000 G[efechts]K[öpfen]) bedeuten, daß relativ wenige Raketen relativ viele GK tragen müssen.“ Sollte das MX-Programm endgültig scheitern, bliebe den USA nur die Möglichkeit, ein neues System zu entwickeln bzw. ein bestehendes System wie Minuteman III mit einem höheren „Mirvungsgrad“ umzurüsten oder ihre START-Vorschläge anzupassen. Vgl. VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „er habe eine etwas andere Sicht“.

¹¹ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹² Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Ich würde vermuten, daß beides zutrifft. Bo[tschafter] Semjonow hat der Sorge wegen Vorwarnzeit gegenüber BK Schmidt schon Nov[ember] 79, d. h. vor Doppelbeschluß, Ausdruck gegeben. Ebenso schlüssig ist das hier vorgelegte taktische Argument.“

¹³ Vgl. dazu auch die Äußerungen des SPD-Abgeordneten Bahr vom 24. Januar 1983 gegenüber dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze; Dok. 21.

¹⁴ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

Der *Bundesminister* erwiderte, die Position der Bundesregierung sei klar und fest. Weinberger könne davon ausgehen, daß die Bundesregierung durch die Wahlen am 6. März 1983 bestätigt werde.

Weinberger: Das ist eine beruhigende Nachricht.

Bundesminister führte aus, für den Kampf um die öffentliche Meinung sei es ganz wichtig, daß wir nicht die Initiative verlören. Wir müßten nicht nur „Nein“ zum Andropow-Plan sagen, was richtig sei, sondern auch offensiv gemäß Doppelbeschluß handeln und den Sinn des Doppelbeschlusses in der Öffentlichkeit klarmachen.

Weinberger: Wir haben auch Schwierigkeiten mit unserer öffentlichen Meinung, wenn auch nicht im gleichen Maße wie die europäischen Regierungen. Außerdem mache der Kongreß Ärger, da er Mittel für Pershing II gestrichen habe.¹⁵

Bundesminister: Ich habe es als sehr beruhigend empfunden, was der Präsident über die Abstimmung mit den Alliierten gesagt und wie er den ernsthaften Verhandlungswillen der USA betont hat.¹⁶ Der Westen kann den Kampf um die öffentliche Meinung nur bestehen, wenn die USA mit allem Nachdruck und Ernst verhandeln und wenn wir alle in der Öffentlichkeit überzeugend darlegen, welches der Sinn des Doppelbeschlusses ist und was er genau sagt, daß nämlich die Allianz den Nachrüstungsbedarf im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse prüfen wird.

Weinberger: Wir werden ernsthaft verhandeln. Wir werden uns an den Doppelbeschluß einschließlich des Dislozierungsteils halten. Sonst besteht die Gefahr, daß die SU vom Verhandlungstisch aufsteht. Wir werden weiterhin alles versuchen, um die öffentliche Meinung auf diesem Kurs zu halten.

Der *Bundesminister* erklärte, er habe heute den Senatoren Percy und Baker gesagt¹⁷, daß wir über die Kongreß-Entscheidungen über WHNS¹⁸, POMCUS¹⁹ und Speciality Metals Clause²⁰ sehr unglücklich seien.²¹

¹⁵ Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 20. Dezember 1982 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹⁶ Vgl. dazu die State of the Union Message des Präsidenten Reagan am 25. Januar 1983 in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 102–110.

¹⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Senatoren Percy und Baker am 26. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 24.

¹⁸ Wartime Host Nation Support.

Am 4. November 1980 legte der amerikanische Botschafter Stoessel den Wunsch der amerikanischen Regierung dar, die Bundesregierung möge ihre Leistungen für die in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte erhöhen. Priorität besaßen dabei Unterstützungsleistungen für im Krisen- oder Kriegsfall auf dem Territorium der Bundesrepublik einzusetzende amerikanische Verstärkungstreitkräfte. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 370.

Ein entsprechendes Abkommen über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg („Wartime Host Nation Support Agreement“) wurde am 15. April 1982 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 451–454.

¹⁹ Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets.

Im Rahmen des POMCUS-Konzepts der NATO wurden Ausrüstungsgegenstände in Depots voreingelagert, mit denen im Ernstfall in die Bundesrepublik verlegte Verstärkungstruppen ausgestattet werden sollten. Am 4. Oktober 1982 berichtete Brigadegeneral von Ondarza, Washington, daß vor dem Hintergrund der Kürzungsabsichten des amerikanischen Kongresses auch im Verteidigungsministerium Zweifel an der Zweckmäßigkeit der weiteren Finanzierung des Programms geäußert worden seien „mit der Begründung: zu teuer; legt erhebliche Mittel regional fest und schränkt damit strategische Flexibilität ein; unterwirft Rüstungsgüter einer gewissen Kontrolle des Gastlandes.

Weinberger zeigte Verständnis und fügte hinzu, wie der Präsident in der gestrigen State of the Union Message bekanntgegeben habe, müßten in den nächsten fünf Jahren 55 Milliarden Dollar am Verteidigungshaushalt eingespart werden. Das sei nach seiner Ansicht ein Limit. Bei weiteren Einsparungen würde das Rüstungsprogramm geschwächt und ein falsches Signal an die SU und die öffentlichen Meinungen im Westen gegeben. In freien Gesellschaften müsse man in dieser Beziehung immer auf zwei Schauplätzen kämpfen – daheim und gegenüber dem Ausland. Verteidigungsausgaben würden ja fast durchweg kritisiert.

Bundesminister: Auch in diesem Kampf müssen wir Verbündete bleiben. Er könne im übrigen feststellen, daß Verteidigungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland nicht wirklich unter Kritik stünden.

Weinberger meinte, das liege wohl daran, daß der Zuwachs im Verteidigungsbudget der USA so besonders groß hätte sein müssen, weil etwa ein Jahrzehnt lang die amerikanischen Verteidigungsausgaben vernachlässigt worden seien, während die SU dies nicht getan habe.

Der Bundesminister bemerkte, auch wir hätten das nicht getan. Er schloß mit der Hoffnung, Weinberger demnächst bei einem Besuch in Europa zu sehen.

VS-Bd. 12939 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 105

Auch die Verwundbarkeit der POMCUS-Lager sei ein gewichtiger, neu zu beurteilender Faktor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4215; VS-Bd. 12021 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

²⁰ In dem vom amerikanischen Kongreß am 20. Dezember 1982 verabschiedeten vorläufigen Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 war ein Verbot des Kaufs von militärischem Gerät mit bestimmten Spezialmetallen im Ausland mit Ausnahme von Waffen und Waffensystemen enthalten. Eine Ausnahmeklausel für NATO-Mitgliedstaaten war entfallen. Ministerialdirigent Schauer erläuterte dem amerikanischen Senator Chiles am 17. Januar 1983, daß die Bundesrepublik von der Ausnahmeregelung nicht profitiere, da sie keine Waffen an die USA verkaufe, „sondern vor allem Zubehör und Ersatzteile, Fernmeldegerät und ähnliches“ liefere. Die Klausel könne ferner „Instandsetzungsaufträge der hier stationierten US-Streitkräfte an die deutsche Industrie behindern und außerdem den Abschluß von Kompensationsabkommen zwischen den Industrien beider Länder bei der Beschaffung amerikanischer Rüstungsgüter verhindern“. Vgl. die Aufzeichnung vom 18. Januar 1983; Referat 201, Bd. 125655.

²¹ Referat 201 vermerkte am 13. Januar 1983, daß der am 20. Dezember 1982 vom amerikanischen Kongreß verabschiedete vorläufige Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 weiterhin folgende Entscheidungen enthalte: „Streichung der von der Regierung beantragten 44 Mio. Dollar für das War-time Host Nation Programm (WHNS). Damit entziehen sich die USA Verpflichtungen zur Realisierung des am 15.4.1982 mit uns abgeschlossenen WHNS-Abkommens, in dem paritätische Kostenaufteilung vereinbart worden war; Streichung von 32 Mio. Dollar für die Vorauslagerung von schwerem US-Militärgerät in Europa (POMCUS set 5 und 6), mit dem ein in der NATO vereinbartes Programm zur konventionellen Verstärkung Europas im Krisen- und Kriegsfall durchgeführt wird; Stornierung des US-Truppenumfangs in Europa auf dem Stand von Herbst 1982 (d. h. auf insgesamt 315 600 Mann ohne Personal auf Schiffen). Damit müssen geplante Verstärkungen der US-Landstreitkräfte zunächst aufgeschoben werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125670.

21

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron****220-371.76 INF-153/83 VS-vertraulich****26. Januar 1983¹**

Betr.: Gespräch zwischen MdB Bahr und Botschafter Paul Nitze am 24. Januar 1983

Auf meine Bitte unterrichtete mich amerikanische Botschaft über das Gespräch zwischen MdB Bahr und Paul Nitze am 24.1.83.

Das Gespräch dauerte 45 Minuten. Die Äußerungen beider Seiten waren zum Teil sehr deutlich. Bahr behauptete u. a., daß die Raketenfrage gegen den Wunsch der SPD zu einem Wahlkampfthema² geworden sei. Er erklärte ferner, daß die SPD bei der Vorbereitung des Doppelbeschlusses sich für seegestützte Systeme ausgesprochen habe, jedoch durch die USA falsch informiert worden sei, dahingehend, daß dies technisch unmöglich sei. Die amerikanischen Teilnehmer haben dieser Fehldarstellung widersprochen. Herr Bahr ließ deutlich erkennen, daß die SPD Ende 1983 eine weitere Verschiebung des Stationierungsdatums im Sinne habe. So erklärte er, falls es Ende 1983 Fortschritte in Richtung auf ein Abkommen gebe, sollte man den Verhandlungen noch einmal vier bis sechs Monate Zeit geben und die Aufstellung von Raketen dementsprechend verschieben. Er begründete dies u. a. damit, daß der frühere Bundeskanzler Schmidt vier Jahre Zeit für die Verhandlungen gewollt habe, jetzt aber leider nur zwei Jahre zur Verfügung ständen.

Er wünschte erneut die Berücksichtigung britischer und französischer Systeme, zeigte jedoch eine Präferenz, sie bei START zu behandeln.

Er vertrat die Meinung, ein weiteres Festhalten der USA an der beiderseitigen Null-Lösung würde die Grünen in den Bundestag bringen.

Im Zusammenhang mit seinem Bericht über seine Gespräche in Moskau³ beklagte er sich über die ihm von deutscher und amerikanischer Seite gegebenen Informationen über die INF-Verhandlungen. So habe er erst in Moskau erfahren, welche geographischen Rückzugslinien die Sowjets im einzelnen für ihre Systeme vorgesehen hätten und welchen Vorschlag Moskau für die Behandlung der Short-Range-INF gemacht habe.⁴

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Januar 1983 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Dies läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.“ Hat Genscher vorgelegen.

² Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

³ Der SPD-Abgeordnete Bahr begleitete den Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, bei dessen Besuch vom 10. bis 12. Januar 1983 in der UdSSR. Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 36.

⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „MdB Bahr hatte diese Kritik bereits am 20. Januar 1983 im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle ausgesprochen. Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung in vorangegangenen Sitzungen über beide Punkte informiert hatte.“

Botschafter Nitze habe widersprochen und daran erinnert, daß er Herrn Bahr persönlich in Washington über die o. a. Punkte informiert hätte.⁵ Er habe hinzugefügt, daß die Sowjets in Genf versprochen hätten, einen Annex zu dem Thema SRINF zu übergeben, dies aber bisher nicht getan hätten.

Herr Bahr übergab im übrigen ein Papier mit dem Vorschlag von MdB Ehmke.⁶

Herr Bahr erwähnte ferner, daß die Sowjets ihre Abneigung gegen die Verschrottung ihrer Systeme mit der Aufrüstung Japans und der Indienststellung der „New Jersey“⁷ begründet hätten.⁸

Nitze hat darauf erwidert, daß die Sowjets in Genf ihre Position mit der Bedrohung durch die VR China begründet hätten.

Citron

VS-Bd. 14120 (010)

⁵ Der SPD-Abgeordnete Bahr begleitete den Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, bei dessen Besuch vom 5. bis 7. Januar 1983 in den USA. Vgl. dazu Dok. 5.

⁶ Legationsrat I. Klasse Erath hielt am 24. Januar 1983 fest, daß der SPD-Abgeordnete Ehmke zur Reduzierung nuklearer Mittelstreckensysteme folgenden Vorschlag gemacht habe: „Verschrottung der Hälfte der gegen Westeuropa gerichteten SS-20 (243) sowie Verzicht der NATO auf P[er]shing II und Hälfte der 464 CM. Dann noch vorhandenes Ungleichgewicht (zu Lasten der USA) soll im START-Rahmen ausgeglichen werden. Endziel bleibt vollständiger Verzicht auf ‚eurostrategische Waffen‘. Stationierungsstopp bei SRINF.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124521.

⁷ Am 28. Dezember 1982 wurde nach umfangreichen Modernisierungsarbeiten das amerikanische Kriegsschiff „USS New Jersey“ durch Präsident Reagan erneut in Dienst genommen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1647–1650.

⁸ Im Gespräch am 12. Januar 1983 in Moskau führte der stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin, gegenüber dem Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, und dem SPD-Abgeordneten Bahr aus, „auch von Osten erhöhe sich die Gefahr für die SU nach der Wiederindienststellung der ‚New Jersey‘ mit ihren SLCM und der Stationierung von F-16 in Japan. Es werde zwar behauptet, sie trügen keine Kernwaffen, sie seien dazu aber fähig. Die SU müsse das in Rechnung stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 185 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 13. Januar 1983; Referat 201, Bd. 125683.

22

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-16208/832 VS-vertraulich****Aufgabe: 26. Januar 1983, 05.50 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 147****Ankunft: 26. Januar 1983, 06.30 Uhr****Cito**

Betr.: INF;

hier: Unterrichtung des Rats durch Botschafter Nitze am 25.1.1983

Bezug: 1) DB Nr. 142 und 143 vom 25.1.1983, AZ.: I-371.80/32-308/83 geheim²2) DB Nr. 146 vom 26.1.1983³, AZ.: I-371.80/32-309/83 VS-v⁴

Zur Unterrichtung

1) Auf deutschen Wunsch gab der Leiter der amerikanischen INF-Verhandlungsdelegation, Botschafter Paul Nitze, am 25.1. im NATO-Rat einen Bericht über seine durch Indiskretion auch in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Sondierungsgespräche mit dem sowjetischen Unterhändler, Botschafter Kwi-zinskij, im Sommer vergangenen Jahres.⁵ Die in Sondierungsgesprächen außerhalb des Verhandlungsraumes, bei sogenannten Waldspaziergängen entwickelten Gedanken für ein mögliches amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen sind, wie Botschafter Nitze ausführte, zu Beginn der dritten Verhandlungsperiode

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 27. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das Gefährlichste an Nitzes Privatvorschlag scheint mir der angebotene Verzicht auf P[er]shing II zu sein; denn dann könnte die Dislozierung 1983 in der BRD nicht beginnen, was zum Zusammenbruch der Stationierung insgesamt führen könnte; gegen GLCM ist ein Kraut gewachsen (Anti-Missile Defense), gegen P II und SS-20 nicht.“

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 29. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich zum Vermerk von Hofmann notierte: „So BM in Washington.“

Hat Ministerialdirigent Schauer am 31. Januar 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte den Sprechzettel des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, anhand dessen dieser am selben Tag den Ständigen NATO-Rat über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf unterrichtete. Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Korrigiert aus: „25.1.1983“.

⁴ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), faßte die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am Vortag über die am 27. Januar 1983 beginnende vierte Runde der INF-Verhandlungen in Genf durch den Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, zusammen: „Ausgehend von der Andropow-Rede vom 21.12.1982, dem wichtigsten Ereignis seit Ende der dritten Verhandlungsrunde, legte Nitze die bekannte amerikanische Interpretation der sowjetischen Haltung dar und gab einen Ausblick auf die kommende Runde. Insbesondere werden die USA die SU drängen, die Vorschläge Andropows näher zu erläutern. Gleichzeitig werden sie deren Unzulänglichkeiten aufzeigen. Er habe den Auftrag, den amerikanischen Vorschlag der Null-Lösung aktiv zu vertreten und auf konstruktive Vorschläge der sowjetischen Seite, falls sie bei der Ablehnung der Null-Lösung bleibe, zu drängen sowie deren konstruktive Prüfung zuzusagen. Darüber hinaus planen die USA, im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen einen Abkommensentwurf über die Vorankündigung von INF-Raketenstarts sowie neues Material zur Verifikationsfrage einzuführen.“ Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Am 16. Juli 1982 kamen der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, und der Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, als Abschluß einer Reihe von Spaziergängen außerhalb von Genf überein, ihren Regierungen auf persönlicher Basis Elemente für ein INF-Abkommen vorzuschlagen („Waldspaziergang“). Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 279. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung von Nitze vom 16. Juli 1982; http://www.thereaganfiles.com/nitze_walk_in_the_wood.pdf. Vgl. dazu ferner NITZE, Hiroshima, S. 376–385; KWIZINSKIJ, Sturm, S. 300–305.

im Oktober 1982⁶ von Kwizinskij namens seiner Regierung ausdrücklich und vollständig abgelehnt worden. Allerdings erklärte sich der sowjetische Unterhändler zu weiteren Sondierungsgesprächen dieser Art grundsätzlich bereit.

Auf amerikanischer Regierungsseite sind die aus den informellen Gesprächen hervorgegangenen Gedanken für ein amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen nur in Teilen zurückgewiesen, aber in weitaus größerem Umfang akzeptiert worden.⁷

2) Zum Verfahren sagte Botschafter Nitze folgendes: Gegründet auf seine Erfahrungen bei den SALT-Verhandlungen⁸ und auf die anderer amerikanischer Unterhändler bei der Vorbereitung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin⁹ ist im vergangenen Sommer der Gedanke aufgekommen, den sowjetischen Unterhändler zu informellen Gesprächen außerhalb der Verhandlungen einzuladen und exploratorische Gespräche über den Inhalt eines INF-Abkommens zu führen. Der sowjetische Unterhändler, der in dieser Hinsicht bei den Berlin-Verhandlungen zu Beginn der 70er Jahre hilfreich gewesen war, ist auf diesen Gedanken eingegangen. Nach einer nicht genannten Zahl von Begegnungen hat er ein Gespräch mit AM Gromyko in der Sache geführt und erhielt den Hinweis, daß er Konzepte, bei denen die französischen und britischen Systeme unberücksichtigt bleiben würden, nicht verfolgen sollte.¹⁰ Kwizinskij hat gleichwohl den Fortgang der Gespräche befürwortet und entsprechend gehandelt. Die Antwort der sowjetischen Seite, also die Ablehnung des gesamten Konzepts, folgte dann bei Wiederaufnahme der Verhandlungen im Oktober 1982. (Meines Erachtens ist nicht auszuschließen, daß für die sowjetische Haltung in der Sache auch die Veränderungen in der innenpolitischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle gespielt haben könnten, die zunächst eine abwartende Position

⁶ Die dritte Verhandlungsrunde fand vom 30. September bis 30. November 1982 in Genf statt.

⁷ Am 25. Januar 1983 gab der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, Bundesminister Genscher zum Hintergrund des „Waldspaziergangs“ vom 16. Juli 1982 die Information, „daß der Inhalt der ausgearbeiteten Position auf den Widerstand beider Regierungen gestoßen sei. Die sowjetische Regierung habe sie jedoch zuerst und in dramatischer Weise verworfen.“ Die Reaktion der amerikanischen Regierung sei „differenzierter“ gewesen und habe sich auf zwei spezifische Punkte bezogen: „Ausgestaltung der vereinbarten Obergrenze im Westen nach dem Prinzip des freedom to mix (Pershing II und Cruise Missiles) statt dem im Paket enthaltenen Verzicht auf Pershing II; Forderung, die sowjetischen Systeme im Fernen Osten zu reduzieren, und Bereitschaft, die amerikanischen Systeme außer Reichweite Europas in eine weltweite Obergrenze einzubeziehen statt – wie im Paket – sowjetische Systeme nur einzufrieren und nicht auf Europa bezogene Systeme unberücksichtigt zu lassen. Die ablehnende amerikanische Position unterscheide sich damit wesentlich von der prinzipiellen Ablehnung durch die Sowjetunion.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Paul H. Nitze gehörte von 1969 bis 1973 der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen mit der UdSSR über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen (SALT) an. Am 19. Januar 1972 sprachen er und das Mitglied der sowjetischen Delegation Schtschukin informell bei einem Spaziergang auf dem „Felsenweg“ außerhalb von Wien über Möglichkeiten für eine ABM-Regelung. Vgl. dazu NITZE, Hiroshima, S. 316–318.

⁹ Der Passus „Gegründet auf ... über Berlin“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „+ MBFR“.

Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹⁰ Das Gespräch zwischen dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko fand am 20. September 1982 in Moskau statt. Vgl. dazu KWIZINSKIJ, Sturm, S. 313–316.

der sowjetischen Regierung verursacht haben dürften.) Nitze unterstrich immer wieder, daß die inhaltlichen und prozeduralen Aspekte eines Abkommens ohne verpflichtenden Charakter für die jeweiligen Regierungen erörtert worden seien und daß dies für beide Seiten eine unerläßliche Voraussetzung für die auf persönlicher Basis geführten Gespräche gewesen sei.

3) Zur inhaltlichen Ausgestaltung einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung machte Botschafter Nitze folgende Ausführungen:

Er habe, wie er berichtete, dem sowjetischen Unterhändler eine Reihe von Grundpositionen, Prinzipien genannt, die bei einem Kompromißabkommen berücksichtigt werden müßten, und zwar:

(1) Über französische und britische Systeme wird nicht verhandelt. Sie können durch die amerikanisch-sowjetischen Gespräche nicht limitiert oder in irgendeiner Weise berührt werden. Die amerikanische Seite kann der sowjetischen Seite keine Kompensation für französische oder britische Systeme einräumen. Die amerikanische Seite kann kein die Allianz als ganzes kompromittierendes Abkommen schließen.

(2) Es können keine Flugzeuge einbezogen werden, die wegen ihrer Doppelrolle im konventionellen und im nuklearen Bereich zwar auch zum nuklearen Kräfteverhältnis beitragen, die aber wegen ihrer Rolle in der konventionellen Verteidigung unverzichtbar sind.

(3) Vereinbarungen in bezug auf Europa dürfen nicht als Export von Bedrohungspotentialen nach dem Fernen Osten wirken.¹¹

(4) Jede Vereinbarung muß die westliche Auffassung über gleiche Rechte und Verpflichtungen berücksichtigen.

Diesen Prinzipien der amerikanischen Seite habe Kwizinskij als weiteres Prinzip das der Ablehnung der Null-Null-Lösung zur Seite gestellt.

Vor dem Hintergrund dieser fünf Prinzipien sei eine Reihe materieller Punkte erörtert und gedanklich in den Rahmen eines Abkommens gestellt worden. Er – Botschafter Nitze – habe vorgeschlagen, daß beide Seiten 75 Systeme landgestützter Mittelstreckenraketen behalten, und zwar auf amerikanischer Seite Marschflugkörper mit je vier Raketen und auf sowjetischer Seite SS-20 mit je drei Sprengköpfen. Die unterschiedliche Zahl der Sprengköpfe (300 auf der amerikanischen Seite und 225 auf der sowjetischen Seite) habe sich aus der unterschiedlichen Natur der Systeme abgeleitet.

Bei den Flugzeugen sollten auf amerikanischer Seite nur F-111 und FB-111 und auf sowjetischer Seite die Flugzeuge des Typs Backfire, Badger und Blinder Berücksichtigung finden. Eine weitere Reihe von kollateralen Verständigungen würde sich auf die Verfügung über die nun überschüssigen Systeme, insbesondere auf die SS-4, SS-5 und SS-20, beziehen, wobei eine Begrenzung der Aufstellung von SS-20 in bezug auf den sowjetischen Fernen Osten vorgenommen werden sollte. Eine Festlegung der amerikanischen Potentiale mit Marschflugkörpern in anderen Teilen als Europa war ein weiterer Fragenkom-

¹¹ Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „D. h. auch Absage an Ruth'sche Vorstellungen?“

plex. Die weder in Europa noch im Fernen Osten Berücksichtigung findenden landgestützten Raketen sollten verifizierbar vernichtet werden.¹²

4) Botschafter Nitze beendete seinen Vortrag mit der Feststellung, daß dieser Ansatz zwar auf der sowjetischen Seite zurückgewiesen worden sei (von seiner eigenen Regierung nur in einzelnen Abschnitten), daß aber möglicherweise dieser gedankliche Rahmen eines Kompromißabkommens in der Zukunft noch eine Rolle spielen könne.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12052 (201)

23

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-16227/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 26. Januar 1983, 17.20 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 354

Ankunft: 26. Januar 1983, 23.43 Uhr

Citissime

Betr.: Besuch Bundesministers in Washington am 25./26.1.²;

hier: Gespräch BM mit dem Präsidenten am 26.1. von 10.00 bis 10.30 Uhr

Der Bundesminister hatte heute ein 30minütiges Gespräch mit Präsident Reagan. Die Begegnung fand in sehr herzlicher und freundschaftlicher Atmosphäre statt. In der Substanz ging es bei dem Gespräch in erster Linie um die Genfer INF-Verhandlungen. Der Bundesminister hatte Gelegenheit, unsere Position darzulegen. Der Präsident unterstrich die Bedeutung des engen vertrauensvollen Verhältnisses im Bündnis und die Bedeutung des Festhaltens am Doppelbeschluß und dem darin festgelegten Stationierungstermin und an der Null-Lösung als dem optimalen Verhandlungsziel des Westens.

¹² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 31. Januar 1983 zusätzliche Informationen der amerikanischen INF-Delegation. Danach habe der amerikanische Delegationsleiter Nitze dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 vorgeschlagen: „1) Gesamtobergrenze für INF-Systeme in Europa: 225; a) Untergrenze für landgestützte Systeme: 75; b) Untergrenze für Flugzeuge: 150. 2) Begrenzung der SS-20 in der fernöstlichen SU: 90.“ Damit ergebe sich unter Heranziehung der von Nitze am 25. Januar 1983 im Ständigen NATO-Rat mitgeteilten Zahlen folgendes Gesamtbild: „1) Gesamtobergrenze für INF-Systeme in Europa: 225, Untergrenze von 75 landgestützten Systemen; a) auf amerikanischer Seite 75 Abschußgestelle (T[ransporter]E[rector]L[auncher]) für GLCM mit je vier Raketen zu einem Gefechtskopf. Insgesamt 300 Gefechts[K]öpfe; b) Auf sowjetischer Seite 75 Abschußgestelle für SS-20 mit je einer Rakete mit drei GK. Insgesamt 225 GK. Untergrenze von 150 Flugzeugen; a) auf amerikanischer Seite F-111 und FB-111; b) auf sowjetischer Seite Backfire, Badger und Blinder. 2) Begrenzung der SS-20 in der fernöstlichen Sowjetunion auf 90 Abschußgestelle; 3) Kollaterale Maßnahme; 4) Verifikationsmaßnahme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 31. Januar 1983 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. ferner Dok. 18, Dok. 20 und Dok. 24.

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Vizepräsident³, AM Shultz, Sicherheitsberater Clark und die Präsidenten⁴ Meese und Baker; auf deutscher Seite: Botschafter Hermes und Ruth.

Im einzelnen:

Der Bundesminister überbrachte dem Präsidenten die Grüße des Bundeskanzlers. Er beglückwünschte den Präsidenten zu seiner State of the Union Message⁵ und stellte fest, daß die wirtschaftlichen Strategien der Bundesrepublik Deutschland eine große Ähnlichkeit aufwiesen.

Der Präsident begrüßte den Minister. Er stellte fest, daß er sich über seinen Besuch freue. Er unterstrich die Wertschätzung der engen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern und dem Bündnis und stellte die Bedeutung der bevorstehenden Reise des Vizepräsidenten⁶ heraus. Mit besonderem Nachdruck unterstrich er das Gewicht der Allianzharmonie für die INF-Politik des Bündnisses.

Der Bundesminister leitete seine Ausführungen mit einem Dank für die Form der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit ein. Die Kooperation im Mittelstreckenbereich sei ein besonders gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Europäern und den Vereinigten Staaten.

Zum Thema der Mittelstreckenverhandlungen führte der Minister aus, daß auch für uns die beiderseitige Null-Lösung das ideale Verhandlungsergebnis bleibe. Es sei ein Ergebnis, das besonders im Interesse der Europäer liege, weil es im Ergebnis die bestehende Bedrohung beseitigen würde. Die beiderseitige Null-Lösung sei aber auch ein entscheidendes Element im Kampf um die öffentliche Meinung des Westens.

Die Andropow-Vorschläge mit der Bereitschaft, das sowjetische Raketenpotential zu reduzieren, wenn die Amerikaner auf die Stationierung ihrer Systeme verzichteten⁷, seien Teil einer politischen Strategie, die darauf hinauslaufe, Europa von den Vereinigten Staaten abzukoppeln. Ein Vertrag auf dieser Grundlage sei schlechter, als daß gar nicht verhandelt worden wäre, weil er den Vereinigten Staaten die vorher vorhandene Option, auf sowjetische Nachrüstung zu antworten, nehmen würde. Die Bundesregierung habe im Gespräch mit Außenminister Gromyko deutlich gemacht, daß sie auf keinen Fall bereit sei, ein Ergebnis zu akzeptieren, das Null bei uns und ein weiter bestehendes Bedrohungspotential auf sowjetischer Seite bedeuten würde.⁸ Die sowjetische Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Systeme zeige, daß die Sowjetunion Abkoppelung und Regionalisierung für Europa auch dadurch anstrebe, daß im interkontinentalstrategischen Bereich der Bezugspunkt die Vereinigten

³ George H. W. Bush.

⁴ So in der Vorlage.

⁵ Für die State of the Union Message des Präsidenten Reagan vom 25. Januar 1983 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 102–110.

⁶ Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

⁷ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁸ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Staaten, im Mittelstreckebereich dagegen die britischen und französischen Systeme sein sollen. Es sei wichtig klarzumachen, daß auch damit das Ziel die politische Abkoppelung sei.

Es erhebe sich die Frage, wie der Westen auf den Andropow-Vorschlag reagiere. Es genüge nicht, daß man sage, der Westverzicht auf Stationierung sei angesichts der Unausgewogenheit des Vorschlags nicht denkbar. In der Logik des Doppelbeschlusses liege es vielmehr, zu argumentieren, daß Reduzierungen bei der Sowjetunion Reduzierungen des geplanten Stationierungsumfangs im Westen auf ein gleichgewichtiges Niveau bedeuten werden. Dies sei der Sinn der Festlegung der NATO, daß der Nachrüstungsbedarf im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werde.⁹ Dabei müsse klar sein, daß der Stationierungszeitplan¹⁰, wie im Doppelbeschluß festgelegt, eingehalten werden müsse. Es sei denn, die Verwirklichung der beiderseitigen Null-Lösung mache die Stationierung überflüssig.

Man müsse hier auch klarmachen, daß es sich bei der Stationierung im Westen um zwei Systeme handle, die Pershing II und die Cruise Missiles. Die Sowjetunion versuche, mit ihrer Polemik gegen die Pershing-II-Stationierung den Doppelbeschluß aus den Angeln zu heben. Sie hoffe, daß die in Deutschland vorgesehene Stationierung der Pershing unterbleibe, weil damit auch die Implementierung der Stationierung der Cruise Missiles in Italien nicht mehr durchgeführt werden könne.

Der Minister stellte fest, daß es wichtig sei, am Ziel der beiderseitigen Null-Lösung festzuhalten, aber gleichzeitig deutlich zu machen, daß wir nicht bereit sind, ein sowjetisches Raketenmonopol zu akzeptieren.

Der Minister nahm Bezug auf amerikanische Pressebemerkungen, wonach die Vereinigten Staaten meinten, daß sie vor dem 6.3.¹¹ mit Rücksicht auf die Wahlaussichten keine Initiative ergreifen sollen. Eine solche Ansicht entspräche keinesfalls unserer eigenen Einschätzung. Vielmehr sei das Argument unrichtig. Wenn bei uns der Eindruck entstünde, daß die Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf die Bundestagswahlen keine Initiative ergreifen wollten, würde dies außerordentlich schädlich sein. Der Sachstand in Genf solle entscheiden, wann es zweckmäßig ist, eine Initiative einzubringen. Es sei aber keine Frage, daß es wichtig sei, daß eine offensive westliche Verhandlungsstrategie sichtbar werde und daß eine entsprechende ergebnisorientierte amerikanische Verhandlungsstrategie der Politik der Bundesregierung entspreche und die Glaubwürdigkeit dieser gemeinsamen Politik unterstreiche. Worum es uns gehe, sei nicht, daß der Wahltag als Bezugspunkt angeführt werde. Uns gehe es um die Glaubwürdigkeit unserer gemeinsamen Rüstungskontrollpolitik.

Der Bundesminister erinnerte daran, daß der Bundeskanzler Botschafter Nitze empfangen und seine volle Übereinstimmung innerhalb der Bundesregierung

⁹ Vgl. dazu Ziffer 11 Absatz B) des Kommuniqués der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 37.

¹⁰ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹¹ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

zu diesen Fragen zum Ausdruck gebracht habe.¹² Diese Vorstellungen beruhten auf Übereinstimmungen bei den Mittelstreckenverhandlungen, die die Vorstellungen des Bündnisses seien. Hiervon weiche die gegenwärtige Opposition ab.

Der Präsident stellte fest, daß die Vereinigten Staaten den Verhandlungen in Genf größte Bedeutung beimessen und einen Verhandlungserfolg mit aller Kraft anstrebten. Die beiderseitige Null-Lösung bleibe das beste Verhandlungsziel. Es sei für ihn hochinteressant gewesen, die Ausführungen des Bundesministers zu hören, insbesondere was er zur Einhaltung der Zeitplanungen beim Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses gesagt habe. Es sei entscheidend wichtig, daß die Stationierung plangemäß vor sich gehe. Für die Vereinigten Staaten sei es unakzeptabel, daß die Sowjetunion in Europa über ein Mittelstreckenmonopol verfüge. Dies zu verhindern sei der Sinn der Verhandlungen wie der Stationierung. Die Vereinigten Staaten seien entschlossen, ihre Verhandlungsbemühungen in voller Harmonie mit den Bündnispartnern fortzusetzen.

Mit einem kurzen Gedankenaustausch über die gemeinsame Position hinsichtlich der britischen und französischen Systeme, bei dem der Bundesminister auf die hilfreiche Rede des französischen Präsidenten¹³ hinwies, schloß die Unterhaltung mit Präsident Reagan.

Nach diesem Gespräch ergab sich Gelegenheit, mit Sicherheitsberater des Präsidenten, Clark, und dessen Vertreter, McFarlane, die Problematik der Mittelstreckenverhandlungen zu vertiefen.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14118 (010)

¹² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 24. Januar 1983 vgl. Dok. 14, Anm. 7.

¹³ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

24

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

27. Januar 1983¹

Betr.: Besuch BM in Washington am 25./26.1.1983²;
hier: Gespräche im Capitol

BM traf am 26.1. bei einem Frühstück mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Percy, und bei einem Gespräch mit dem Mehrheitsführer im Senat, Baker, zusammen. Aus den Gesprächen wird festgehalten:

1) State of the Union Rede des Präsidenten vom 25.1.³

Beide Senatoren äußerten sich zustimmend, besonders zum innen- und wirtschaftspolitischen Teil. Baker erwartete, daß bisher bemerkenswert gute Zusammenarbeit zwischen Senat und Repräsentantenhaus in innen- und außenpolitischen Fragen fortgesetzt werden kann; er rechnete damit, daß sie angesichts bequemer Mehrheit der Demokraten im Haus sogar besser werden könnte. Wie immer werde aber der Haushalt umstritten sein: Besonders im Verteidigungshaushalt seien energische Kürzungsversuche zu erwarten. Wichtige Waffensysteme würden jedoch ausgespart.

BM bewertete Bemühungen positiv, öffentliche Ausgaben zu reduzieren, das Zinsniveau zu senken und Investitionen zu ermutigen. Wir stünden vor ähnlichen Problemen und strebten die gleichen Ziele an und seien an einem Erfolg der amerikanischen Bemühungen sehr interessiert.

2) Sicherheitspolitische Zusammenarbeit

Im Zusammenhang mit den Haushaltsfragen bedauerte BM die Entscheidungen des Kongresses bei WHNS, POMCUS⁴ und Rüstungszusammenarbeit (specialty metals clause).⁵ BM unterstrich, daß solche Entscheidungen die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen westlichen Verteidigungsanstrengungen reduzieren könnten. Es würde politisch ungünstige Wirkungen erzeugen, wenn die Rüstungszusammenarbeit eine Einbahn- und nicht eine Zweibahnstraße werde.

Senator Baker verwies auf Druck aus Wirtschaftskreisen. Er bat Botschafter Hermes um eingehende Unterrichtung über den Problemstand und sagte zu, die Angelegenheit mit Senator Tower, dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses, aufzunehmen.

¹ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. ferner Dok. 18, Dok. 20 und Dok. 23.

³ Für den Wortlaut der State of the Union Message des Präsidenten Reagan am 25. Januar 1983 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 102–110.

⁴ Zum Programm „Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets“ der NATO vgl. Dok. 20, Anm. 19.

⁵ Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses am 20. Dezember 1983 über einen vorläufigen Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 vgl. Dok. 20, Anm. 20 und 21.

Gegenüber Senator Percy äußerte sich BM auch besorgt über Bestrebungen im Kongreß, die auf Reduzierung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa abzielen.

Senator Percy erklärte kategorisch, daß das Stevens-Amendment⁶ keine Aussicht auf Zustimmung hätte.

3) Innenpolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Auf Bitten der Senatoren erläuterte BM die innenpolitische Lage.

4) Ost-West-Beziehungen, Rüstungskontrolle

Percy erklärte sich nicht einverstanden mit allem, was in Washington zur Rüstungskontrolle gesagt wurde: Andropow habe einen Vorschlag gemacht unter dem Eindruck einer festen westlichen Haltung.⁷ Es könne aber der Festigkeit zu viel geben. Ihn besorge auch, daß für die Ratifizierung eines eventuellen START- oder INF-Abkommens im US-Senat nur noch sehr begrenzte Zeit unter der Präsidentschaft von Reagan zur Verfügung steht.

BM erklärte gegenüber beiden Senatoren, die in einigen US-Pressestimmen wiedergegebene angebliche Sorge des Weißen Hauses, durch Bewegung bei den INF-Verhandlungen vor dem 6.3.⁸ der Bundesregierung zu schaden, sei absolut unzutreffend, im Gegenteil: Der Eindruck würde schädlich sein, daß die USA mit Rücksicht auf den 6.3. eine an sich beabsichtigte Bewegung bei den Verhandlungen zurückstellten. Die Verhandlungen in Genf müßten ohne jede Rücksicht auf Wahltermine irgendwo aus sich heraus geführt werden.

Zu den INF-Verhandlungen selbst bemerkte BM: Die Null-Option gehe auf einen deutschen, von den USA und der Allianz übernommenen Vorschlag zurück. Das Ziel eines beiderseitigen Verzichts auf landgestützte Mittelstreckenraketen sei unverändert richtig. Es stelle sich aber die Frage einer westlichen Reaktion auf das sowjetische Angebot, ihr Potential auf 150 zu reduzieren, wobei offengelassen werde, was mit den abzuziehenden Systemen geschehe.

BM verwies auf die politische Strategie der SU, sich durch dieses Reduzierungsangebot ein vertraglich bestätigtes Monopol im Mittelstreckenbereich zu sichern. Eine solche Vereinbarung würde sogar die Option beseitigen, US-Systeme in Europa zu stationieren; der Westen würde damit schlechter dastehen als vor Verhandlungsbeginn. Der Prozeß der sicherheitspolitischen und militärischen Abkoppelung Europas von den USA wäre damit eingeleitet. Aus diesem Grunde sei der östliche Vorschlag für den Westen unannehmbar.

BM sprach sich aber dagegen aus, auf die sowjetische Reduzierungsbereitschaft mit einer Alles-oder-nichts-Haltung zu reagieren. Der Westen müsse vielmehr zur Reduzierung der Nachrüstung bereit sein auf der Grundlage der Gleichheit

⁶ Am 21. September 1982 verabschiedete der Unterausschuß für Verteidigung des Bewilligungsausschusses des amerikanischen Senats unter seinem Vorsitzenden Stevens einen Antrag mit der Empfehlung, den Umfang der amerikanischen Truppen in Europa auf dem Stand von 1980 einzufrieren. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 24. September 1982, daß dies eine Verringerung um 23 340 Mann bedeuten würde: „Diesem Votum, das wohl als Signal der Unzufriedenheit mit der Lastenteilung im Bündnis gedacht ist, hat sich der Haushaltsausschuß des Senats angeschlossen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125652.

⁷ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁸ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

und Parität. Eine andere als die Null-Lösung könne aber immer nur eine Zwischenlösung sein, das Ziel eines völligen beiderseitigen Verzichts dürfe nicht aufgegeben werden. Westliche Reduzierungsbereitschaft als Antwort auf östliche Reduzierungsbereitschaft werde dem Westen die Initiative erhalten, was bei dem Kampf um die öffentliche Meinung wichtig sei. Dabei sei klar, daß die eigentlichen Verhandlungen am Verhandlungstisch geführt würden. Der Öffentlichkeit müsse aber deutlich sein, daß wir in Genf die Initiative behielten und konstruktive Vorschläge mit Festigkeit verbanden.

Senator Baker war überzeugt, daß der Präsident zu konstruktiven Verhandlungen entschlossen sei: Er halte konsequent an beiden Teilen des Doppelbeschlusses fest und habe klargemacht, daß er auch etwas anderes als die Null-Lösung in Erwägung ziehe. Die bisherigen Vorschläge der SU seien aber nicht ausreichend.

Percy verwies darauf, daß zwischen der strategischen Triade der USA und den sowjetischen Potentialen insgesamt ein Gleichgewicht bestehe, die Sorge und Aufmerksamkeit sich aber besonders auf Europa richten müsse. Hier war Percy auch wegen möglicher Auswirkungen der Freeze-Bewegung besonders besorgt.

Percy erwartete, daß AM Shultz in seiner neuen Koordinierungsfunktion in Rüstungskontrollfragen wirkungsvoll tätig werden könnte. Er werde seine Zustimmung zur Bestätigung von Adelman⁹ davon abhängig machen, daß dieser die übergeordnete Position von Shultz ausdrücklich akzeptiere; dies werde im Auswärtigen Ausschuß die allgemeine Haltung sein.

BM begrüßte dies ausdrücklich und verwies darauf, daß die zunächst kritische Stimmung in Europa nach dem Ausscheiden Rostows¹⁰ umgeschlagen sei, als Koordinierungsrolle von Shultz sichtbar wurde.¹¹

BM bestätigte Percy ausdrücklich, daß Information und Konsultation im Zusammenhang mit den INF-Verhandlungen enger und besser seien als je zuvor bei einer Rüstungskontrollverhandlung.

BM sprach sich gegenüber beiden Senatoren ausdrücklich für ein frühes Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Andropow aus. BM erläuterte seine eigenen Beobachtungen bei dem Nord-Süd-Gipfel-Treffen in Cancún 1981¹² über die besondere Fähigkeit des US-Präsidenten, seine Gesprächspartner zu beein-

⁹ Präsident Reagan berief am 12. Januar 1983 Kenneth L. Adelman zum neuen Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde. Der Senat stimmte am 14. April 1983 der Ernennung zu. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 42 f. und S. 573.

¹⁰ Am 12. Januar 1983 trat der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, zurück. Für den Wortlaut des Schreibens an Präsident Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 41.

¹¹ Gesandter Wallau, Washington, informierte am 14. Januar 1983, daß Präsident Reagan und der amerikanische Außenminister Shultz wegen der „kritischen Bewertung der Entlassung Rostows auf dem Hill, in Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit und vor allem in Europa“ öffentlich ihre Entschlossenheit bekundet hätten, „auf Rüstungskontrollvereinbarungen hinzuarbeiten. Shultz hat dabei seine Rolle in der Formulierung der Rüstungskontrollpolitik des Präsidenten betont. Sein Stellvertreter Dam wird praktisch die ACDA leiten [und] wird dem zum amtierenden Direktor ernannten Ass[istan]t Director für multilaterale Angelegenheiten, Dr. George (bis zur Bestätigung des designierten Direktors Adelman), die Weisungen erteilen (provide day-to-day policy guidance).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 191; Referat 220, Bd. 124495.

¹² Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

drucken. Es sei wichtig, daß Andropow aus dem Mund Reagans die Grundlinien der US-Politik erläutert würden:

- die Entschlossenheit, alles für die Sicherheit Notwendige zu tun,
- andererseits die Bereitschaft, im guten Glauben zu verhandeln.

Beide Senatoren stimmten BM zu und nahmen Ausführungen BMs über seine Beobachtungen im Gespräch mit Andropow in Moskau¹³ mit großem Interesse zur Kenntnis. Percy stellte fest, daß er beim Präsidenten auf eine Reduzierung übertriebener Rhetorik gegenüber der SU hingewirkt habe und Erfolge dieser Bemühungen registriere; dies sei im Vorfeld eines möglichen Gipfels wichtig. Baker hielt sorgfältige Vorbereitung, wobei er den „back channel“ als geeignetsten Weg bezeichnete, für notwendig.

Ploetz

VS-Bd. 14118 (010)

25

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 27. Januar 1983, 17.28 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 10 Ortey

Zur 820. Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaften am 24./25.1.1983 in Brüssel

Der Allgemeine Rat der Europäischen Gemeinschaft tagte am 24./25. Januar 1983 erstmalig unter deutschem Vorsitz (BM Genscher). Im Mittelpunkt standen die britische Haushaltsentlastung für 1983², ein Treffen mit dem erweiterten Präsidium des Europäischen Parlaments und Fragen der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien.

1) Der Rat hatte auf der Grundlage neuer Kommissionsvorschläge³ eine Aussprache über den britischen Ausgleich und die hierbei vorgesehene deutsche

¹³ Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.

¹ Durchdruck.

² Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

³ Die EG-Kommission legte am 19. Januar 1983 neue Vorschläge für Ausgleichsmaßnahmen zugunsten von Großbritannien vor. Sie sahen im einzelnen 692 Mio. ECU für von Großbritannien selbst durchzuführende Maßnahmen zur „sozio-ökonomischen Entwicklung“ vor, ferner 610 Mio. ECU für Maßnahmen in Großbritannien und der Bundesrepublik im Energiebereich. Weitere 35 Mio. ECU waren für sonstige energiepolitische Maßnahmen vorgesehen, u. a. zur Investitionsförderung und für Einsparprogramme. Die Mehrausgaben für den Haushaltsplan 1983 beliefen sich damit auf 1,337 Mrd. ECU, die aus dem Saldo des Haushalts 1981 und als Vorschuß auf zu erwartende Einnahmen im Haushalt 1982 finanziert werden sollten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1983, S. 54 f.

Entlastung im Rahmen eines Nachtragshaushalts für das Jahr 1983. Sie diente der Vorbereitung von Gesprächen mit dem Europäischen Parlament, das Ende des vergangenen Jahres seine Zustimmung zur Durchführung der vom Rat beschlossenen Lösung des britischen Beitragsproblems für das Jahr 1982 in der bisher vorgesehenen Form verweigert hatte.⁴ In der Aussprache ging es vor allem um die Frage der Letztmaligkeit des Ausgleichs zugunsten Großbritanniens (vom EP und F mit Nachdruck gefordert, von GB als unrealistisch abgelehnt). Das EP fordert statt dessen eine künftig ausgewogenere Lastenverteilung über ausgabewirksame Gemeinschaftspolitiken. Der Rat einigte sich im Ergebnis auf eine gemeinsame, vom Präsidenten gegenüber dem EP abzugebende Erklärung, in der die Übereinstimmung mit der Zielrichtung einer „Gemeinschaftslösung für die Haushaltsprobleme“ zum Ausdruck gebracht wird.

2) Bei den das EP betreffenden Fragen schlug BM als Termin für die nächste Europadirektwahl den Zeitraum vom 24. bis 27. Mai 1984 vor. LUX, GB und IRL äußerten terminliche Bedenken.⁵ Zum einheitlichen Wahlverfahren stellte Rat fest, daß eine rechtzeitige Einigung noch für die nächste Direktwahl nicht mehr möglich sei. Die Bemühungen um eine Teileinigung zum aktiven bzw. passiven Wahlrecht der EG-Bürger⁶ sollen fortgesetzt, im übrigen die Arbeiten auf die Direktwahl 1989 ausgerichtet werden. Das anschließende Treffen mit dem erweiterten EP-Präsidium behandelte neben der Frage des einheitlichen Wahlverfahrens vornehmlich die EP-Aspekte der deutsch-italienischen Initiative zur Europäischen Union.⁷ Die EP-Vertreter schlugen ein Dialogverfahren Rat-EP vor, das die AM wohlwollend zu prüfen versprochen.⁸

3a) Aus Anlaß der Ratstagung fand das 11. Ministertreffen EG-Portugal im Rahmen der Beitrittsverhandlungen⁹ statt. In Vorbereitung dieses Treffens ge-

⁴ Zur Ablehnung der Haushaltsentwürfe der EG-Kommission durch das Europäische Parlament am 16. Dezember 1982 vgl. Dok. 11, Anm. 25.

⁵ Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 24. Januar 1983 mit, daß eine Einigung auf den von der EG-Ratspräsidentschaft vorgeschlagenen Wahltermin vom 24. bis 27. Mai 1984 nicht möglich gewesen sei: „LUX sprach sich für Wahltermin unter Einschluß des 3.6.84 aus, um Zusammenlegung mit nationalen Wahlen in LUX zu ermöglichen. [...] Bedenken äußerten aber ebenfalls GB, weil 28.5. in GB Feiertag sei, und IRL hinsichtlich der Möglichkeit einer Zusammenlegung mit Gemeindewahlen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 410, Bd. 130321.

⁶ Hinsichtlich des Verfahrens für die Wahlen zum Europäischen Parlament 1984 war neben der Frage, ob eine Mehrheits- oder Verhältniswahl durchgeführt werden sollte, auch das Wahlrecht ungeklärt. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 24. Januar 1983, daß acht EG-Mitgliedstaaten bereit seien, „ihre Staatsangehörigen unabhängig von ihrem Wohnsitz in der EG in ihrem Heimatland wählen zu lassen. Ablehnende Haltung von zwei Delegationen [IRL, GB] führte aber dazu, daß nicht alle EG-Bürger an Wahlen teilnehmen könnten. GB erklärte sich zu wohlwollender Prüfung der Frage des aktiven Wahlrechts bereit, IRL nicht. IRL wies darauf hin, daß derzeit in IRL ca. 2,5 Mio. Iren wahlberechtigt seien und diese Zahl bei Gewährung des Wahlrechts an Auslandsirenen um ca. 1 Mio., also ca. 40 Prozent, ansteige.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 410, Bd. 130321.

⁷ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 11, Anm. 24.

⁸ Am 24. Januar 1983 fand in Brüssel eine Zusammenkunft der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem Präsidium des Europäischen Parlaments statt, an dem ferner dessen Fraktions- und Ausschußvorsitzende, der Vizepräsident der EG-Kommission, Tugendhat, und das Mitglied der EG-Kommission, Andriessen, teilnahmen. Als amtierender Ratspräsident gab Bundesminister Genscher einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen für eine Europäische Akte und schlug ein verbessertes Konzertierungsverfahren zwischen Europäischem Parlament und dem Rat der Europäischen Gemeinschaften vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1983, S. 57.

⁹ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 9, Anm. 16.

lang es, im Rat eine seit Monaten umstrittene Erklärung zum Landwirtschaftskapitel zu verabschieden. F akzeptierte einen Kompromißvorschlag der deutschen Präsidentschaft¹⁰, der zunächst offenläßt, ob Gemeinschaft evtl. bei einigen Agrarprodukten spezielle Übergangsmechanismen (Stufenlösung?) vorschlagen wird (so F) oder nicht (so D und andere).¹¹ Ferner wurde eine Erklärung zum Sozialkapitel verabschiedet, die zur Dauer der Übergangszeit beim Zugang portugiesischer Arbeitnehmer zum EG-Arbeitsmarkt von der griechischen Lösung (sieben Jahre) als Minimum ausgeht.¹²

b) Auch bei den Beitrittsverhandlungen mit Spanien¹³ konnte der Rat Fortschritte erzielen und verabschiedete eine substantielle Erklärung zum Kapitel „Außenbeziehungen“ mit Präzisierungen zu den Handelsbeziehungen insbesondere mit Japan, den EFTA-Staaten und den Mittelmeerpräferenzpartnern. Die von F aufgestellte Vorbedingung einer befriedigenden Lösung der für die südlichen Mittelmeer-Anrainer durch die Süderweiterung entstehenden Probleme vor Beitritt konnte in mühsamen Verhandlungen im Sinne eines parallelen Bemühens entschärft werden. Das Textildossier wurde dem Ausschuß der Stellvertreter (AStV) zur Behandlung zugewiesen. Die deutsche Haltung (weitgehende Liberalisierung) findet nicht die Unterstützung von F und GB.

4) Zur Handelspolitik nahm der Rat eine Erklärung der französischen Delegation zur US-Agrarpolitik entgegen, in der darauf hingewiesen wurde, daß die USA mit ihrem Weizenmehlliefervertrag an Ägypten¹⁴ die Gemeinschaft von diesem traditionellen Markt verdränge und damit eine aggressive Exportpolitik verfolge. Die italienische Delegation gab eine Erklärung ab, in der die italienische Sorge hinsichtlich kanadischer Maßnahmen gegenüber italienischen Einfuhren bei Stahlprodukten, Polyestergeweben, elektrischen Generatoren und einzelnen Agrarprodukten unterstrichen wurde, verbunden mit einer Bitte an die Kommission, sich für Aufhebung dieser Maßnahmen einzusetzen.

¹⁰ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹¹ Am 24. Januar 1983 informierte Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), daß sich der EG-Ministerrat auf den Text für Erklärungen zu den Kapiteln „Landwirtschaft“ und „Soziales“ habe einigen können. Bei letzterem habe Luxemburg nunmehr seine Zustimmung erteilt. Zum Agrarkapitel teilte er mit: „F hob Vorbehalt gegen Kompromißformel des Vorsitzenden auf [...], der offenhält, ob Gemeinschaft im Verhältnis zu PTG möglicherweise in bestimmten Fällen spezielle Übergangsmechanismen bei der Landwirtschaft vorschlagen wird oder nicht.“ Keine Einigung habe hingegen in der Frage von Nullsätzen bei der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und beim Kapitel Rechtsangleichung erzielt werden können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 268; Referat 410, Bd. 130298.

¹² Auf der elften Verhandlungstagung zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Portugal auf Ministerebene am 25. Januar 1983 in Brüssel legten erstere Erklärungen zu den Kapiteln „Landwirtschaft“, „Soziales“, „Niederlassungsrecht“ sowie zu einigen Fragen aus den Kapiteln „Zollunion“ und „EGKS“ vor. Portugal präsentierte Erklärungen zu den Kapiteln „Soziales“, „Niederlassungsrecht“, „Zollunion“ und eine Zwischenerklärung zum Kapitel „Landwirtschaft“. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1983, S. 42.

¹³ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 9, Anm. 14.

¹⁴ Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 19. Januar 1983, daß der amerikanische Landwirtschaftsminister Block eine Vereinbarung zwischen den USA und Ägypten über die Lieferung von einer Million Tonnen Weizenmehl in den nächsten 12 bis 14 Monaten bekanntgegeben habe. Der Gesamtwert belaufe sich auf mehr als 150 Mio. Dollar. „Damit dürfte die EG weitgehend aus dem ägyptischen Markt für Weizenmehl verdrängt werden. Ein Vertreter des USDA sagte, mit der Aktion exportiere man die Überkapazität an amerikanischen Mühlen nach Europa.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 253; Referat 411, Bd. 131184.

Der Rat nahm einen kurzen Bericht der Kommission zu den Handelsbeziehungen EG–Japan entgegen, in dem die jüngsten japanischen Beschlüsse zur weiteren Öffnung des japanischen Marktes¹⁵ als grundsätzlich positiver, aber weiterhin nicht ausreichender Schritt bewertet wurden und ein Überblick über die Ende Januar/Anfang Februar mit der japanischen Seite anstehenden Gespräche¹⁶ gegeben wurde. Der Rat beriet auch einen EGK-Vorschlag, Verhandlungen und Konsultationen im GATT über die Änderung der Zollzugeständnisse für (japanische) Tonwiedergabegeräte zu führen, ohne dabei eine Entscheidung zu treffen.

5) Die Diskussion des Rats über ein Fünf-Jahres-Programm für Demonstrationsvorhaben im Energiebereich blieb insbesondere wegen noch bestehender Differenzen hinsichtlich der finanziellen Ausstattung eines solchen Programms erwartungsgemäß ohne Ergebnis.

Im Stahlbereich beschloß der Rat zur Verstärkung der Krisenmaßnahmen die Einbeziehung einer weiteren Produktgruppe in den EGKS-Vertrag¹⁷ (kalkgeweißte Bleche über 3 mm). Außerdem nahm der Rat in der Frage der gegen europäische Edelmetallhersteller laufenden Verfahren nach dem amerikanischen Trade Act¹⁸ von der Absicht der Kommission Kenntnis, mit der US-Regierung Sondierungsgespräche aufzunehmen.¹⁹

¹⁵ Zu den Maßnahmen der japanischen Regierung im Rahmen einer Liberalisierung des Handels vgl. Dok. 3, Anm. 12 und 18.

¹⁶ Am 28./29. Januar 1983 fanden in Tokio Gespräche zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Japan über die gegenseitigen Handelsbeziehungen statt. Gesandter Massion, Tokio, informierte am 30. Januar 1983, es habe keine entscheidende Fortschritte gegeben: „Japanische Seite erklärte offiziell lediglich in allgemeiner Form Fortsetzung ihrer mäßigen Exportpolitik gegenüber D und Benelux bei Automobilen im Zusammenwirken mit der Industrie [...]. Ein gewisses Entgegenkommen habe die japanische Seite hinsichtlich einer Verbesserung Marktzugangs für europäische Produkte in Japan gezeigt: Sie stellte außerdem Entsendung einer Import Promotion Mission und einer Investment Study Mission nach Europa in Aussicht, befürwortete eine vermehrte industrielle Kooperation und verwies auf jüngste Fortschritte bei der Durchführung des GATT-Kodex für industrielle Standards.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 113; Referat 411, Bd. 131139.

Weitere Verhandlungen wurden von den Vizepräsidenten der EG-Kommission Davignon und Haferkamp vom 6. bis 13. Februar 1983 in Tokio geführt, bei denen es u. a. um eine „Exportmoderation bei Videorecordern (VTR) und großen Fernsehrohren ging“. Dabei konnte eine Einigung dahingehend erzielt werden, „daß Japan – unilateral – die Ausfuhren dieser Erzeugnisse in die EG beschränken“ werde, sofern die „Abschaffung zentralen Einfuhrverfahrens für VTR in Frankreich (Poitiers) sowie [...] Rücknahme des von europäischer Industrie angestrebten Antidumping-Verfahrens“ erfolge. Vgl. den Drahtbericht Nr. 128 des Botschafters Blech, Tokio, vom 13. Februar 1983; Referat 341, Bd. 127030.

Der EG-Ministerrat stimmte dieser Absprache am 21./22. Februar 1983 in Brüssel zu. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1983, S. 52.

¹⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

Am 13. Dezember 1982 billigte der EG-Ministerrat weitere Maßnahmen zur Entschärfung der Krise in der europäischen Stahlindustrie, darunter die Stützung der Orientierungspreise und verstärkte Lieferkontrollen der Stahlunternehmen und Stahlhändler. Die Minister beauftragten ferner die EG-Kommission, deren Vorschlag des Vormonats, in den Anhang I des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 zusätzliche Produktgruppen der Stahlindustrie aufzunehmen, weiter zu prüfen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1982, S. 27–29.

¹⁸ Für den Wortlaut des amerikanischen Handelsgesetzes vom 3. Januar 1975 vgl. US STATUTES AT LARGE 1974, Bd. 88, S. 1978–2076.

¹⁹ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 11. Januar 1983: „Die USA-Stahlindustrie befindet sich weiterhin in einer tiefen Strukturkrise: Schwache Binnennachfrage, Exportrückgänge und Anstieg der Importe haben die Produktion 1982 auf 60 bis 67 Mio. t gedrückt (1979 noch 100 Mio. t), die

6) Rat unterstrich politische Bedeutung von UNCTAD VI²⁰ und drückte Hoffnung auf baldiges Zustandekommen der Globalen Verhandlungen²¹ aus. Er betonte Notwendigkeit einer konstruktiven Rolle der Gemeinschaft auf dieser Konferenz.

7) Zu EG–Grönland kritisierte DK „langsame Behandlung“ des von DK vorgelegten grönländischen Austrittsbegehrens durch EGK.²² Kommission verwies auf vielschichtige Problematik und kündigte Stellungnahme in „naher Zukunft“ an.²³ Rat beabsichtigt erste Orientierungsdebatte im Februar.

8) DK sprach die türkische Import-Sonderabgabe in Höhe von 15 Prozent auf 45 Gemeinschaftsprodukte an²⁴ und verlangte Zusammentreten des Assoziationsausschusses, ggf. des Assoziationsrates auf Botschafterebene. BM verwies auf die zahlreichen Probleme, welche die Beziehungen EG–Türkei gegenwärtig belasten würden (Finanzhilfe²⁵, Textilhandel²⁶ u. a.) und unterstrich das Ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 122

Kapazitätsauslastung auf 35–59 % sinken und die Arbeitslosigkeit der Stahlarbeiter auf 49 % steigen lassen; die Verluste 1982: ca. drei Mrd. US-\$. Das zwischen EG und USA im Sommer letzten Jahres ausgehandelte Massenstahlabkommen hat die EG-Edelstahllexporte ausgespart. Sie werden nun durch Antidumping- und Ausgleichszollverfahren behindert. Betroffen sind vor allem Exporte aus D (Antidumping-Verfahren) und GB (Ausgleichszollverfahren aufgrund des Vorwurfs der Subventionierung).“ Fischer fuhr fort, daß es noch offen sei, ob die Gespräche zwischen der EG-Kommission und den USA „zu einem Arrangement analog der Massenstahl-Vereinbarung führen werden. Deutsche Hersteller scheinen an einem Arrangement interessiert zu sein.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131184.

20 Zur VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad vgl. Dok. 208.

21 Mit Resolution Nr. 34/138 beschloß die VN-Generalversammlung am 14. Dezember 1979 die Einrichtung eines „globalen Dialogs“ über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung im Rahmen des VN-Systems. Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 3. März 1983, daß die Konferenz noch nicht zustande gekommen sei, da es weiterhin keine Einigung über den Text einer Eröffnungsresolution gebe. „Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich jetzt auf UNCTAD VI in Belgrad (5. bis 30.6. 1983), die wichtigste Nord-Süd-Veranstaltung des Jahres 1983“. Vgl. Referat 402, Bd. 133878.

22 Am 23. Februar 1982 sprachen sich in Grönland bei einer Volksabstimmung 52 % der Abstimmenden gegen den Verbleib in den Europäischen Gemeinschaften aus. Die dänische Regierung stellte daraufhin am 25. Mai 1982 den Antrag, die Zugehörigkeit Grönlands zu den Europäischen Gemeinschaften zu beenden und dafür den Status eines „überseeischen Gebiets“ gemäß Artikel 131 bis 136 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 zu gewähren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 17. August 1982; Referat 410, Bd. 121995.

23 Die EG-Kommission legte am 3. Februar 1983 ihre Stellungnahme zum dänischen Antrag vor. Darin kam sie zu dem Ergebnis, daß Grönland der Status eines „überseeischen Gebiets“ unter der Voraussetzung gewährt werden könne, daß eine befriedigende Lösung für die gegenseitige Gewährung von Fischereirechten gefunden werde. Vgl. dazu BULLETIN DER EG, Beilage 1/1983, S. 14–16.

24 Am 13. Dezember 1982 meldete Gesandter von Hassell, Ankara, daß die türkische Regierung mit Wirkung vom selben Tag „eine Sonderabgabe von 15 Prozent auf Importe von Stahl-, Eisenwaren und bestimmten petrochemischen Produkten aus EG“ erheben werde: „Sonderabgabe ist zeitlich unbefristet. Einbehaltene Mittel fließen in Sonderfonds, aus dem Stützungszahlungen für Industrie geleistet werden sollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2098; Referat 410, Bd. 130293.

25 Referat 410 informierte am 18. November 1982: „Das am 31.10.1981 abgelauene Dritte Finanzprotokoll EG–Türkei (310 Mio. ECU), dessen Mittel praktisch vergeben sind, sollte an sich durch das am 19.6.1981 paraphierte Vierte Finanzprotokoll abgelöst werden (600 Mio. ECU; davon 115 Mio. ECU EIB-Darlehen, 375 Mio. ECU Mittel aus EG-Haushalt zu soft terms, davon 50 Mio. ECU Zuschüsse; Laufzeit 1981 bis 1986). Zur Inkraftsetzung des Protokolls bedarf es der Vorlage durch die Kommission an den Rat zwecks endgültiger Billigung und Unterzeichnung. Die Kommission hält das Protokoll bisher bei sich zurück, worauf sich die Außenminister am 17.11.1981 verständigt hatten.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130293.

26 Referat 411 notierte am 18. November 1982: „Die EG strebt seit langem den Abschluß eines umfassenden Abkommens mit der Türkei für den Textilsektor an, das vor allem die zulässigen Höchst-

meinschaftsinteresse, eine Auseinanderentwicklung zu verhindern und den Demokratisierungsprozeß zu fördern. Er werde mit AM Türkmen demnächst zusammentreffen und dann dem Rat berichten.²⁷

9) Der Rat nahm schließlich noch Kommissionsberichte zum präferentiellen Handelsabkommen EWG/Spanien von 1970 (mißbräuchlicher Schutz spanischer Industrie)²⁸ und zu den griechischen Maßnahmen im Währungs- und Handelsbereich (Drachmenabwertung, Schutzmaßnahmen gegen Importe)²⁹ entgegen. Die Fragen im Zusammenhang mit der Mitwirkung der EG an den vereinbarten Studien über Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen³⁰ wird der AStV behandeln.

Steinkühler³¹

Referat 012, Bd. 124454

Fortsetzung Fußnote von Seite 123

mengen türkischer Textilimporte in die Gemeinschaft festlegt. Die Türkei hat sich bisher aber als einziges Mittelmeerland dem Abschluß einer solchen Vereinbarung strikt widersetzt (Grund: Hoffnung auf günstigere Behandlung unter den Bestimmungen des Assoziierungsvertrages).“ Bestehende Schwierigkeiten wie die gegenseitige Erhebung von Schutzzöllen seien auf das „Fehlen einer spezifischen, dem Textilbereich angepaßten Regelung“ zurückzuführen. Vgl. Referat 410, Bd. 130293.

²⁷ Zum Besuch des türkischen Außenministers Türkmen vom 31. Januar bis 2. Februar 1983 vgl. Dok. 38.

²⁸ Für den Wortlaut des Abkommens vom 29. Juni 1970 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Spanien über präferentiellen Handel vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, L 182 vom 16. August 1970, S. 2–174.

Am 22. Januar 1983 hielt Referat 410 fest: „Einige MS (auch wir) haben in den letzten Jahren generell und in Einzelfällen Spanien vorgeworfen, seine Verpflichtungen aus dem präferentiellen Handelsabkommen von 1970 nicht zu erfüllen. [...] Auch die Kommission räumt spanische Verstöße ein und bedauert, daß die span. Verwaltungspraxis in letzter Zeit eher noch undurchsichtiger geworden ist. Insgesamt kann die EG – abgesehen von Einzelfällen – auf dreierlei pochen: Beseitigung der ungleichen Behandlung importierten Tabaks; generelle Senkung der span. Zollsätze; Aufhebung bestimmter mengenmäßiger Beschränkungen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130428.

²⁹ Die griechische Regierung wertete am 9./10. Januar 1983 die Drachme um 15,5 % ab und beschloß eine Verminderung der Einfuhren vor allem aus den EG-Mitgliedstaaten. Vgl. dazu den Artikel „Athen wertet ab und drosselt die Importe“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 11. Januar 1983, S. 16.

Am 17. Januar 1983 erließ die griechische Regierung einen Einfuhrstopp für 22 Warenkategorien. Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 27. Januar 1983, daß die Maßnahmen in der Erwartung aufgehoben werden sollten, daß die EG-Kommission ihre Zustimmung zur mengenmäßigen Importbeschränkung eines Teils dieser Waren erteile. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 47; Referat 410, Bd. 130420.

Die EG-Kommission ermächtigte Griechenland am 2. Februar 1983, bis zum 1. Januar 1984 für elf Produkte Einfuhrbeschränkungen und Importkontrollen vorzunehmen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1983, S. 18.

³⁰ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 9, Anm. 51 und 53.

³¹ Paraphe vom 27. Januar 1983.

26

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-16245/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 372
Cito

Aufgabe: 27. Januar 1983, 14.10 Uhr¹
Ankunft: 27. Januar 1983, 20.49 Uhr

Betr.: US-Nuklearstrategie;

hier: Beitrag zu den deutsch-amerikanischen Gesprächen am 2. und 3. Februar in Washington

- I. 1) Die Nuklearstrategie der USA basiert seit jeher auf den Grundtatbeständen
- Waffentechnologie sowohl der USA als auch der SU und
 - der militärgeographischen Situation und
 - dem nuklearen Ost-West-Kräfteverhältnis.

Alle Parameter beeinflussen sich gegenseitig, wobei die Aufrüstung der SU und die militärgeographische Situation von den USA wenig beeinflussbar sind.

Die Nuklearstrategie der USA kristallisiert sich von Beginn um die Frage, was zu tun sei, wenn die Abschreckung versagen sollte.² Sie ging und geht damit immer von einem defensiven Ansatz aus. Abschreckung, d.h. Verhinderung eines Krieges, hat stets absolute Priorität gehabt.³ Auch die schärfsten Kritiker der gegenwärtigen Administration unterstellen ihr nicht, von dieser defensiven Grundhaltung abgewichen zu sein und von sich aus in aggressiver Weise eine militärische Konfrontation mit der SU zu suchen.

2) Waffentechnologie und Nuklearstrategie

a) Aus offensichtlichen Gründen hat der Stand der Waffentechnologie einen entscheidenden Einfluß auf die Nuklearstrategie. So waren die ersten Atomwaffen der USA aus rein technischen Gründen auf „strategische“ Ziele (z.B. große Städte, Industriegebiete) gerichtet, d.h. Ziele, deren Verlust die Kriegsführungsmoral des potentiellen Gegners brechen und den Krieg beenden sollte. Punktziele kamen nicht in Betracht, weil der evtl. Einsatz von Atomwaffen nicht entsprechend limitiert werden konnte.

Das diesem Stand der Waffentechnologie entsprechende strategische Konzept war zunächst das Konzept der „massive retaliation“⁴ und – nach entsprechen-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Bolewski am 28. Januar 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann sowie an die Vortragenden Legationsräte Seibert und Boden verfügte.

Hat Hofmann am 28. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Seibert und Bode am 31. Januar 1983 vorgelegen.

² Die Wörter „von Beginn“ und der Passus „was zu tun ... sollte“ wurden von Vortragendem Legationsrat Bolewski unterschlägelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zunächst: Glaubwürdigkeit der Abschreckung.“

³ Die Wörter „Abschreckung“ und „absolute Priorität“ wurden von Vortragendem Legationsrat Bolewski hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁴ Die NATO-Ministerratstagung befaßte sich am 2./3. Mai 1957 in Bonn mit dem Bericht des Militärausschusses MC 14/2 „Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organi-

der sowjetischer Aufrüstung – das Konzept der „Mutual Assured Destruction“ (MAD).

Das einfach zu verstehende MAD-Konzept bestand in der Forderung, im Falle eines gegnerischen Angriffs das Überleben von so vielen nuklearen Waffen zu garantieren, um die zivilisatorische Basis des Aggressors zerstören zu können (und ihn durch diese Fähigkeit von einem Angriff überhaupt abzuschrecken). Die Öffentlichkeit fand sich seinerzeit relativ problemlos damit ab, mit Nuklearwaffen leben zu müssen, aber wohl nur, weil es verrückt (mad) gewesen wäre, sie entsprechend dieser Strategie einzusetzen.

Die zur Zeit in Europa und in den USA geführte „Strategiedebatte“ ist sicherlich zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß große Teile der Öffentlichkeit noch immer von diesem Konzept ausgehen, obwohl die waffentechnologische Entwicklung weitergegangen ist und neue strategische Konzepte entwickelt worden sind.

b) Besonders wichtige waffentechnologische Änderungen im nuklearen Bereich waren die Entwicklung von MIRVs (multiple independently targetable re-entry vehicles) und eine durch die moderne Elektronik außerordentlich gesteigerte Aufklärungs- und Führungsfähigkeit sowie Zielgenauigkeit. Die Abschreckung im herkömmlichen Sinne wurde mit diesen Entwicklungen nicht vergrößert. Im Zweifelsfall wäre eine Strategie mit dem Ziel der Zerstörung von großen Städten im Falle einer Aggression für einen rational handelnden Gegner wahrscheinlich abschreckender als die Zerstörung z.B. eines Militärflugplatzes.

Zielgenaue MIRVs sind vielmehr, auch wegen des mit ihrer Entwicklung verbundenen quantitativen Effekts bei verkleinerten nuklearen Sprengköpfen, Kriegsführungswaffen im Sinne eines selektiven und begrenzten Einsatzes in einem länger andauernden nuklearen Konflikt.

3) Waffentechnologie, Politik und Nuklearstrategie

a) Obwohl schon relativ früh der selektive und limitierte Gebrauch von Nuklearwaffen diskutiert wurde (z.B. Nitze in seinem „Foreign Affairs“-Aufsatz von 1956⁵, McNamara 1962⁶, „Schlesinger Doctrine“ im National Security Decision Memorandum 242, 1974⁷) wurde es erst mit den entsprechenden sowjetischen Entwicklungen um 1977 unausweichlich, die Strategie der Waffentechnologie anzupassen und ein Konzept für einen länger andauernden Nuklearkrieg mit selektivem und limitiertem Einsatz strategischer Nuklearwaffen auszuarbeiten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 125

zation Area“), der am 23. Mai 1957 gebilligt wurde. Die darin entwickelte nukleare Verteidigungsstrategie der „massive retaliation“ ging davon aus, daß einem Angriff nur kurzfristig mit konventionellen Streitkräften begegnet werden könne und eine Einnahme des europäischen Territoriums durch konventionelle NATO-Streitkräfte allein nicht zu verhindern wäre. Daher müsse die NATO zum sofortigen Einsatz ihres strategischen und taktischen Atomwaffenpotentials fähig und bereit sein. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 277–313.

⁵ Vgl. Paul H. Nitze, Atoms, Strategy and Policy, in: FOREIGN AFFAIRS, Bd. 34 (1955/56), S. 187–198.

⁶ Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara hielt am 5. Mai 1962 auf der NATO-Ministerratstagung in Athen eine Rede, in der er sich auch über die Bedingungen eines Einsatzes amerikanischer Nuklearwaffen im Falle eines konventionellen oder atomaren sowjetischen Angriffs in Europa äußerte. Für den Wortlaut vgl. DEVELOPMENT OF AMERICAN STRATEGIC THOUGHT, S. 563–587. Für den deutschen Wortlaut vgl. KUBA-KRISE, S. 225–234 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1962, II, Dok. 207.

⁷ Für das National Security Decision Memorandum Nr. 242 vom 17. Januar 1974 („Policy for Planning the Employment of Nuclear Weapons“) vgl. http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdm-nixon/nsdm_242.pdf.

b) Ergebnis dieser Überlegungen war Carters PD 59 im Jahre 1980.⁸ Dieses Dokument war Ergebnis einer schon seit Jahren geführten Debatte. Es besiegelte eine sich seit Anfang der siebziger Jahre anbahnende entscheidende Änderung der Nuklearstrategie der USA. Mit ihm wurde das bis dahin geltende Konzept obsolet, daß nämlich ein strategischer nuklearer Schlagabtausch zwischen den USA und der SU quasi automatisch letztlich zur allgemeinen gegenseitigen Zerstörung führen würde. Es wurde abgelöst durch eine Strategie zur Führung eines länger andauernden nuklearen Krieges. Entsprechend dieser Strategie konzentriert sich seither die nukleare Zielplanung der USA auf die sowjetische C3⁹-Komponente und auf andere selektive, vor allem militärische Ziele.

Auch diese Strategie ist eine „Abschreckungsstrategie“. Nur schreckt sie nicht mehr mit dem „nuklearen Holocaust“ ab, sondern vor nuklearem Krieg auf jeder Ebene.

In früheren nicht-nuklearen Kriegen war es stets das Ziel der kriegführenden Parteien, den Gegner zu besiegen. Insofern unterscheidet sich die auf der PD 59 basierende Strategie von früheren „Kriegsführungsstrategien“. Ziel limitierter, selektiver nuklearer Schläge ist es nach der PD 59 nicht, den Gegner zu besiegen, sondern ihn möglichst früh zu einem Kompromiß zu zwingen. Dieses Konzept impliziert deshalb, daß ein nuklearer Konflikt zwischen den beiden Supermächten von beiden Konfliktparteien „überlebt“ werden kann.

c) Insofern knüpfen die nuklearstrategischen Überlegungen der Reagan-Administration an die vorhergegangenen Konzepte an.

Aus der „Defense Guidance 84–88“¹⁰ (wir hatten kürzlich Gelegenheit zur Einsicht) wird deutlich, daß die USA nunmehr in der Lage sein wollen, in einem nuklearen Konflikt mit der SU – sollte er ihnen einmal aufgezwungen werden – die Überhand zu behalten („to prevail“). Die USA, so heißt es, müßten so gerüstet sein, daß sie im Verlauf eines Nuklearkrieges nie in die Situation gerieten, selbst keine nuklearen Fähigkeiten mehr zu besitzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden von der Administration große Anstrengungen unternommen, vor allem die Achillesferse der nuklearstrategischen Waffen

⁸ Für die Presidential Directive Nr. 59 („Nuclear Weapons Employment Policy“) vom 25. Juli 1980 vgl. <http://www.fas.org/irp/offdocs/pd/pd59.pdf> (zum Zeitpunkt des Zugriffs teilweise geschwärzt). Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 226.

⁹ Command, Control and Communication

¹⁰ Am 3. Juni 1982 informierte Botschafter Hermes, Washington, daß es sich bei der „Defense Guidance“ im Kern um eine „Wunschliste des Verteidigungsministeriums für die Haushaltsansätze der kommenden Jahre“ handele. Hinsichtlich der amerikanischen Nuklearstrategie werde darin folgendes festgestellt: „Nuklearstrategische Zielsetzung: Ausschaltung der gesamten sowjetischen militärischen und politischen Machtstruktur sowie die Zerstörung der nuklearen und konventionellen Kräfte und der militärisch relevanten Industrie. Betonung der Notwendigkeit einer Verbesserung der Kommunikationswege (C3-Fähigkeiten); damit zusammenhängend die Fähigkeit zur längerdauernden nuklearen Konfliktaustragung. Möglichkeit zum Einsatz strategischer Waffen gegen Ziele außerhalb des sowjetischen Territoriums (etwa Osteuropa); dies wird allgemein als Hinweis auf die möglichen Einsatzoptionen von SLCMs interpretiert. Prinzip der horizontalen nuklearen Eskalation bei der Seekriegsführung (It will be United States policy that a nuclear war, beginning with Soviet attacks at sea, will not necessarily remain limited to the sea). Auch im Bereich der konventionellen Kriegsführung Notwendigkeit, auf gleichzeitigen Konflikt in mehreren Regionen vorbereitet zu sein. Entwicklung von ABM-Fähigkeiten; Andeutung einer möglichen Notwendigkeit zur Revision des ABM-Vertrags.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2494; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

der USA, die C3-Komponente, weniger verwundbar zu machen (die Botschaft hat darüber mehrfach berichtet¹¹).

Die Kritiker dieser Vorstellungen, daß nämlich ein nuklearer Krieg „überlebt“ werden könne, weisen darauf hin, daß eine solche Überzeugung eine fatale Schwächung des Willens bedeuten könne, nuklearen Krieg zu vermeiden.

4) Militärgeographische Situation und Nuklearstrategie

Wegen der militärgeographischen Gegebenheiten kann ein direkter militärischer Konflikt zwischen den USA und der SU entweder mit strategischen nuklearen Waffen unter Einbeziehung des Territoriums beider Staaten oder mit konventionellen, chemischen und nichtstrategischen nuklearen Waffen außerhalb des Territoriums beider Staaten oder mit allen Waffenarten gleichzeitig ausgetragen werden.

¹²Die US-Army hat ein taktisches Handbuch (Operations FM¹³ 100-5) herausgegeben, dessen Grundgedanke das „extended (zeitlich und räumlich) and integrated (paralleler Einsatz von nuklearen, chemischen, konventionellen und elektronischen Waffensystemen) battlefield“ ist.¹⁴ In diesem Dokument wird deutlich, daß sich die USA auch im taktischen Bereich auf eine möglicherweise länger andauernde, auch nukleare, Auseinandersetzung mit der SU gerüstet sein wollen.¹⁵

Die Grenzen zwischen Taktik und Strategie erscheinen dabei fließend (z.B. Rolle der PII: taktische oder strategische Waffe?).

II. Der Einsatz amerikanischer strategischer¹⁶ nuklearer A-Waffen unterliegt der ausschließlichen Entscheidung des Präsidenten. Unsere Einwirkungsmöglichkeiten sind gering. Wir sollten deshalb bei den bevorstehenden Gesprächen noch einmal klarstellen, daß es in unserem Interesse liegt, den möglichen Aggressor über den möglichen Einsatz der vollen Abschreckungsmacht der USA

¹¹ Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 29. Oktober 1982 über ein Gespräch im Nationalen Sicherheitsrat. Zu den Voraussetzungen für einen längeren Nuklearkrieg („protracted nuclear war“) sei dort ausgeführt worden: „Zur Zeit bestehe bei den nuklearen Kräften der USA ein Ungleichgewicht zwischen ‚Hardware‘ (Raketen und Sprengköpfen) und ‚Software‘ (C3-Komponente). Im Bereich der ‚Hardware‘ habe die USA die Fähigkeit zu einem ‚protracted nuclear war‘ (im oben beschriebenen Sinne). Im Bereich von ‚Command, Control, Communications‘ (C3) bestehe diese Fähigkeit nicht. Eine ausreichende C3-Komponente sei aber für die Führung der nuklearstrategischen Triade der USA (Interkontinentalraketen, Langstreckenbomber, Unterseeboote) lebensnotwendig. [...] Deshalb habe die Administration für die nächsten fünf Jahre Ausgaben in Höhe von rd. 18 Mrd. Dollar für den Ausbau von C3 und einigen nachrichtendienstlichen Möglichkeiten eingeplant. Ob dieser Betrag ausreichen werde, sei allerdings nicht sicher.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4590; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 373 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Field Manual.

¹⁴ Gesandter Dannenbring, Washington, übermittelte am 4. September 1981 Informationen über den Begriff des „Integrated Battlefield“, der Teil des „Training and Doctrine Command (TRADOC)“ der amerikanischen Streitkräfte war: „Das Integrierte Gefechtsfeld („Integrated Battlefield“) ist der Begriff, mit dem ein Gefechtsfeld beschrieben wird, auf dem einseitig oder beiderseitig Streitkräfte entweder atomare oder chemische oder konventionelle Munition oder eine Kombination dieser Munitionsarten eingesetzt haben oder einsetzen können. Die Begriffsbestimmung wurde vor kurzem erweitert und schließt jetzt auch elektronische und sogen[annte] Teilchenstrahlwaffen ein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3527; Referat 201, Bd. 125577.

¹⁵ So in der Vorlage.

¹⁶ Zu diesem Wort vermerkte Vortragender Legationsrat Bolewski handschriftlich: „Nicht nur strategisch.“

im unklaren zu lassen, damit kein Konflikt für ihn kalkulierbar wird. Dabei hat die Koppelungsfunktion Mittelstreckensystemen besondere Bedeutung.¹⁷

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11981 (201)

27

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush

220-371.76 INF-203/83 VS-vertraulich

31. Januar 1983¹

Frühstück mit Vizepräsident Bush am 31. Januar von 8.00 bis 9.15 Uhr²

Teilnehmer: Vizepräsident Bush, Botschafter Burns, Admiral Murphy, Mr. Gregg, Mr. Burt; Bundesminister, Botschafter Hermes, StS von Staden, Botschafter Ruth.

Der *Bundesminister* leitete das Gespräch ein mit der Bemerkung, dem Besuch des Vizepräsidenten in Europa³ komme eine außerordentliche Bedeutung zu, und er werde mit großen Erwartungen begleitet. Wer immer verantwortlich für den Zeitpunkt sei, dieser Zeitpunkt hätte nicht besser gewählt werden können.

Der *Vizepräsident* erwiderte, er sei sich im klaren, daß hier bald Wahlen stattfänden.⁴ Er wolle nichts komplizieren, und er habe vor, weder für die eine noch die andere Seite öffentlich Partei zu ergreifen.

Der *Bundesminister* bemerkte, daß diese Frage in Washington überschätzt werde. Es wäre anders, wenn der Vizepräsident nur in die Bundesrepublik Deutsch-

¹⁷ So in der Vorlage.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 31. Januar 1983 gefertigt.

Hat Staatssekretär von Staden am 31. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 3. Februar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth und Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 3. Februar 1983 vorgelegen.

Hat Ruth am 16. Februar 1983 erneut vorgelegen.

² Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ferner Dok. 28.

³ Im Anschluß an seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik besuchte der amerikanische Vizepräsident Bush am 1./2. Februar 1983 die Niederlande. Am 2. Februar 1983 führte er Unterredungen mit der belgischen Regierung und am folgenden Tag im Ständigen NATO-Rat sowie bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel. Am 4. Februar 1983 sprach er in Genf mit der schweizerischen Regierung sowie mit den amerikanischen START- und INF-Delegationen. Vom 5. bis 8. Februar hielt sich Bush in Italien auf. Nach Gesprächen mit der französischen Regierung am 8./9. Februar 1983 reiste Bush abschließend am 9./10. Februar 1983 nach Großbritannien. Zum Besuch bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 36.

⁴ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

land käme, aber die Reise gelte anderen europäischen Staaten. Für uns sei es naturgemäß eine Ehre, daß sie hier beginne. Der Vizepräsident werde spüren, daß besonders auch sein Besuch in Berlin⁵ hier bei uns große Beachtung finden werde.

Der *Vizepräsident* sagte, daß er auch in Berlin keine Innenpolitik machen wolle. Es komme ihm auf eine allgemeine Darstellung der Lage aus amerikanischer Sicht an.

Der *Bundesminister* erläuterte, daß ihn der Bundeskanzler nach Berlin begleiten werde. Er selbst werde sich mit dem türkischen Außenminister treffen.⁶ Da wir in diesem Halbjahr die Präsidentschaft innehätten, fühle er sich dafür verantwortlich, daß die Türkei im westlichen Verbund gehalten werde. Wir hätten eine alte Tradition guter Beziehungen zur Türkei, aber gleichzeitig hätten wir neue Probleme mit den Türken. Dies sei auf die große Zahl der Gastarbeiter zurückzuführen. Westberlin sei die drittgrößte türkische Stadt der Welt.

Niemand sei glücklich über das Militärregime in der Türkei, aber alle müßten mithelfen, daß der Weg zur Demokratie in der Türkei gegangen werde. Die Türkei sei ein Pfeiler des Bündnisses und eine Brücke zum Islam. Wir müßten dafür sorgen, daß sich die Türkei nicht vom Westen entfremde. Er, der Bundesminister, habe zweimal mit Evren gesprochen.⁷ Er habe diesen gedrängt, Schritte zur Demokratie zu machen. Was Evren zugesagt habe, habe er jedes Mal eingehalten.

Der Bundestag habe vor seiner Auflösung⁸ die bisher gesperrten Mittel für die Türkei freigegeben.⁹ Er wolle sich für eine ähnliche Entwicklung in anderen

⁵ Im Rahmen seines Aufenthalts in Berlin (West) am 31. Januar und 1. Februar 1983 wurde der amerikanische Vizepräsident Bush vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, empfangen. Bush hielt eine Rede, in deren Mittelpunkt Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere die INF-Verhandlungen, standen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1983, S. 134–138.

Bush machte ferner einen Offenen Brief des amerikanischen Präsidenten vom 31. Januar 1983 „an das Volk von Europa“ bekannt. Darin bot Reagan dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, an, sich zu einem Zeitpunkt und an einem Ort seiner Wahl zu treffen, um ein Abkommen über ein weltweites Verbot amerikanischer und sowjetischer landgestützter Atomraketen zu unterzeichnen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 155. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1983, S. 138 f.

⁶ Zum Besuch des türkischen Außenministers Türkmen vom 31. Januar bis 2. Februar 1983 vgl. Dok. 38.

⁷ Bundesminister Genscher führte am 5. November 1981 in Ankara ein Gespräch mit Präsident Evren. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 316.

Ein weiteres Gespräch zwischen Genscher und Evren fand am 20. November 1982 in Ankara statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 314.

⁸ Am 17. Dezember 1982 stimmte der Bundestag über einen Antrag des Bundeskanzlers Kohl nach Artikel 68 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 ab, ihm das Vertrauen auszusprechen. Die Abgeordneten lehnten mit 218 Nein-Stimmen bei 248 Enthaltungen und 8 Ja-Stimmen den Antrag ab. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8937–8973.

Bundespräsident Carstens löste daraufhin am 6. Januar 1983 den Bundestag mit Wirkung vom 7. Januar 1983 auf. Vgl. dazu CARSTENS, Erinnerungen, S. 557–561.

⁹ Ministerialdirigent Loock informierte am 10. Dezember 1982 die Ständige Vertretung bei der OECD in Paris, daß der Auswärtige Ausschuß und der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestags am 8. bzw. 9. Dezember sowie der Haushaltsausschuß am 10. Dezember 1982 positiv über die Mittel für die Finanzhilfe zugunsten der Türkei entschieden hätten. Bundesminister Genscher habe daraufhin dem türkischen Außenminister Türkmen am Rande der NATO-Ministerrats-tagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel Projekthilfe in Höhe von 130 Mio. DM, projektbezogene

EG-Staaten einsetzen. Der *Vizepräsident* sagte, daß der amerikanische Botschafter in der Türkei, Strausz-Hupé, dieselben Chancen für die Türkei sehe und dieselbe Zuversicht empfinde. Die türkische Regierung mache sich Sorge, die Vereinigten Staaten könnten in ihrer wirtschaftlichen Unterstützung nachlassen.

Burt erläuterte auf Bitte des Vizepräsidenten, daß die Hilfen der Vereinigten Staaten im letzten Jahr zugenommen, in diesem Jahr dagegen etwas abgenommen hätten. Man hoffe, mit einem Ergänzungshaushalt das alte Niveau zu erreichen.

Der *Bundesminister* stellte fest, daß er das Problem der Türkei nur angesprochen hätte, um zu zeigen, wie wichtig es sei, daß der Vizepräsident in den anderen europäischen Hauptstädten das amerikanische Interesse an der Türkei zeige. Dies gelte für Den Haag, Brüssel und in gewisser Weise auch für Paris.

Der *Vizepräsident* bemerkte, daß er gehofft habe, Türken und Griechen könnten Fortschritte in ihren Beziehungen machen. Er sehe aber keinen Hinweis darauf.

Der *Bundesminister* erwiderte, daß die Sensitivitäten noch gestiegen seien. Dies treffe sogar für Karamanlis zu. In der NATO und in der EG sei festzustellen, daß Griechenland zunehmend Beschlüsse der beiden Gremien mit einer Fußnote versehe. Wir könnten aber die Entwicklung in der EG und in der NATO nicht am langsamsten Schiff des Geleitzuges ausrichten. In Athen müsse man sich darüber klarwerden, ob man in diesen Gremien oder draußen sein wolle.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß die Sowjetunion kaum ihre Unterstützung für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa bekanntgegeben habe¹⁰, als ihr in Athen applaudiert worden sei.

Zum Thema der Rüstungskontrolle übergehend, sagte der Minister, Sagladin habe den Westen erneut mit einem Schritt im Abrüstungswettlauf beglückt. Die sowjetische Propagandawelle laufe auf Höchsttours.

Der *Vizepräsident* erwiderte, daß es jeden Tag neue öffentliche Vorschläge der Sowjetunion gebe. Es sei das beste, sich an die Verhandlungen zu halten und zu beurteilen, welche Positionen die Sowjets dort einnähmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 130

Soforthilfe in Höhe von 264,4 Mio. DM und Reintegrationshilfe in Höhe von 19 Mio. DM zugesagt. Vgl. dazu Referat 410, Bd. 130293.

Am 8. Dezember 1982 billigte der Auswärtige Ausschuß ebenfalls die 13. Tranche der Verteidigungshilfe für die Türkei. Das Abkommen wurde am 17. Dezember 1982 unterzeichnet und hatte einen Umfang von 130 Mio. DM bei einer Laufzeit von 18 Monaten. Referat 201 vermerkte dazu am 18. Oktober 1983, daß damit die Hilfe der Bundesrepublik „in seit längerem geförderten Bereichen (Transall, U-Boote, Rohrfertigung) kontinuierlich fortgesetzt und durch einen wichtigen Beitrag zur Überwachungsfähigkeit der türkischen Streitkräfte gegenüber den angrenzenden WP-Streitkräften ergänzt“ werde. Vgl. Referat 209, Bd. 125516.

- ¹⁰ Zum schwedischen Vorschlag vom 8./9. Dezember 1982 für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone vgl. Dok. 9, Anm. 45.

Am 28. Januar 1983 veröffentlichte die sowjetische Tageszeitung „Prawda“ den Inhalt der sowjetischen Antwortnote. Darin hob die UdSSR unter Hinweis auf eigene Vorschläge die Bedeutung von kernwaffenfreien Zonen in Europa hervor. Zum schwedischen Vorschlag meinte sie, daß ein Anwendungsbereich von 150 km beiderseits der Linie zwischen den NATO- und den Warschauer-Pakt-Staaten die nukleare Gefahr nicht senken würde, da nukleare Sprengsätze kurzfristig wieder in die Zone verlegt werden könnten. Nach sowjetischer Auffassung sollte der Geltungsbereich daher auf jeder Seite 250 bis 300 km betragen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 408 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 28. Januar 1983; Referat 221, Bd. 124583.

Der *Bundesminister* sagte, es gebe zwei friedliche „Schlachtfelder“ im INF-Zusammenhang:

- 1) das der Verhandlungen,
- 2) das der Öffentlichkeit.

Jede dieser friedlichen „Schlachten“ müsse an dem Ort geführt werden, wo sie stattfände.

Er habe das Gefühl, daß sich die Sowjetunion gegenwärtig auf Tisch 2 konzentriere, um ihre taktische Position am Tisch 1 zu verbessern. Sie wolle durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung erreichen, daß sie am Verhandlungstisch leichteres Spiel erhalte.

Der *Vizepräsident* meinte, daß die Sowjetunion in gewisser Weise erfolgreich sei, nämlich im Bereich der Propaganda. Er sei jedoch zuversichtlich, daß die Bevölkerung den wirklichen Charakter dieser Propagandavorschläge durchschaue. Man müsse den Sowjets jedoch einräumen, daß sie seit Andropow den Eindruck erwecken konnten, daß mit einem neuen Mann neue Verhandlungsbereitschaft eingekehrt sei.

Der *Bundesminister* führte zwei Beispiele für gute westliche Öffentlichkeitsarbeit an:

- 1) Das Ziel der doppelten Null-Lösung stelle eine offensive westliche Verhandlungsstrategie dar.
- 2) Das zweite Beispiel sei der französische Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz mit vertrauensbildenden Maßnahmen vom Atlantik zum Ural.¹¹ Bei diesem Punkt habe die Sowjetunion lange gezögert, bis Breschnew im vergangenen Frühjahr den geographischen Geltungsbereich bis zum Ural im Prinzip zugestanden habe.¹²

Bei den Mittelstreckenraketen habe man mit der beiderseitigen Null-Lösung eine offensive Position formuliert. Die Erklärungen Andropows seien eine Reaktion darauf und der Versuch, ihr entgegenzuwirken. Er tue dies mit dem Vorschlag, den Umfang der sowjetischen Raketen auf den Umfang der britischen und französischen Systeme zu reduzieren.¹³ Dies sei eine klare Reaktion auf die Position des Westens.

Das Problem, vor dem wir jetzt stünden, sei es, die Vorschläge Andropows zu entlarven als das, was sie seien.

Der Bundesminister sagte, er müsse viele Diskussionen bestehen. Dabei könne man erklären, daß britische und französische Systeme nicht angerechnet werden könnten. Offen bleibe aber die Frage, was wir sagten für den Fall, daß die Sowjetunion z. B. zur Reduzierung ihrer Raketen um die Hälfte bereit sei. Diese Frage stehe hinter den Erörterungen um ein Zwischenergebnis. Man sei in der Lage, in jeder Debatte zu bestehen, wenn man darauf hinweise, daß, falls

¹¹ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 9, Anm. 46.

¹² Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. Februar 1981 in Moskau; Dok. 9, Anm. 47.

¹³ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

die Sowjetunion zu reduzieren bereit sei, der Westen bereit sei, den Umfang der Nachrüstung zu reduzieren.

Auf einen Einwurf von Botschafter *Burns*, ob es sich bei der Reduzierungsbereitschaft um Vernichten oder Umdislozieren handele, sagte der *Bundesminister*, es sei wichtig, diese Frage nicht durch Technokraten Sprache zu belasten. Wir dürften keinen Zweifel daran lassen, daß reduzieren beseitigen heiße, dort, wo es die Systeme bereits gebe.

Der *Vizepräsident* warf ein, daß es wichtig sei, diesen Punkt klarzumachen. Es sei nicht ausreichend, nur von Verlegung zu sprechen. Er könne sich vorstellen, welche Schwierigkeiten Außenminister Shultz z. B. in Japan habe, wenn er eine solche Lösung vertrete.¹⁴

Der *Bundesminister* ergänzte, wir würden uns selbst angesichts der Reichweite der SS-20 keinen Gefallen tun, wenn dieses System nach Osten verschoben und nicht zerstört würde.

Der *Vizepräsident* fragte, ob in der deutschen Öffentlichkeit die Andropow-Vorschläge als seriös angesehen würden oder nicht.

Der *Bundesminister* erwiderte, er glaube, daß es möglich sei, das richtige Verständnis für die Andropow-Vorschläge zu schaffen. Die Bevölkerung wolle aber, daß man auf sowjetische Vorschläge eingehe und auf sie antworte. Die Diskussion sei für die Regierungspartei deshalb schwieriger geworden, weil Dr. Vogel, der Kandidat der SPD, die Meinung vertrete, britische und französische Systeme sollten berücksichtigt werden. Nach seiner, des Bundesministers, Auffassung bedeute dies jedoch das Zugeständnis eines Monopols an die Sowjetunion. Dies sei nicht akzeptabel. Es werde immer wieder die Frage gestellt: Wir verstehen, daß die Sowjetunion nicht einseitig ein Monopol besitzen soll. Aber wie reagiert hier der Westen, wenn die Sowjetunion bereit ist, ihr Potential zu halbieren? Die Position, wenn die Verhandlungen nicht zu Null führten, gebe es gar kein Ergebnis, sei nicht ausreichend. Man solle vielmehr sagen: Wenn die Sowjetunion ihr bestehendes Potential reduziert, sind wir bereit, den Modernisierungsumfang entsprechend zu reduzieren. Man müsse dann aber auch klarmachen, daß dies am Beginn der Stationierung nichts ändere. Wenn das Ergebnis nicht auf beiden Seiten Null sei, werde mit der Stationierung, wie beschlossen, begonnen werden. Es wäre gut, wenn wir eine offensive Position formulierten und sie öffentlich vertreten könnten. Aus gutem Grund habe er, der Bundesminister, auf den günstigen Zeitpunkt des Besuchs hingewiesen, weil es wichtig sei, dies klarzumachen. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, als sei man bereit, den Beginn der Stationierung zu verschieben. Dies wäre lebensgefährlich. Deshalb sei der Zeitpunkt des Stationierungsbeginns ganz entscheidend.

¹⁴ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 30. Januar bis 2. Februar 1983 in Japan auf. Botschafter Blech, Tokio, berichtete am 4. Februar 1983: „Alle Gesprächspartner erkundigten sich eingehend nach der US-Haltung bei den bevorstehenden Rüstungskontrollverhandlungen und bestanden auf der Null-Lösung. Eine INF-Lösung für Europa allein – selbst ohne negative Rückwirkungen auf F[ernen]O[sten], was einem Einfrieren des jetzigen FO-Potentials gleichkomme – sei aus japanischer Sicht ‚undesirable‘. Shultz versicherte, die US-Regierung werde keiner Lösung zustimmen, die sich nachteilig auf die Sicherheitslage in FO auswirken könnte. Die US-Delegation in Genf werde auch das bereits im FO-Teil der SU stationierte, Japan und China bedrohende Potential berücksichtigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 107; Referat 201, Bd. 125655.

Der *Vizepräsident* erwiderte, dem stimme er voll zu. Er habe in einem Interview dieselben Gesichtspunkte deutlich gemacht. Er habe auf die Hoffnung hingewiesen, zu konkreten Ergebnissen zu kommen und das Prinzip der Balance erwähnt. Er habe den Präsidenten¹⁵ mit seiner Entschlossenheit zitiert, wirkliche Reduzierungen zu vereinbaren. Er habe gesagt, wenn Raketen stationiert werden, können sie auch wieder abgezogen werden (if they go in they can go out).¹⁶

Der *Bundesminister* erwähnte, daß er es für das Wichtigste halte zu sagen, daß wir, wenn die Sowjetunion vorschläge, ihre Raketen zu reduzieren, müßten sagen können, dazu seien wir auch bereit. Wir dürften also nicht den Eindruck erwecken, daß wir nur sowjetische Vorschläge prüften. Wir müßten selbst eine offensive Position formulieren.

Der Bundesminister sagte, er wolle zu Geräuschen Stellung nehmen, wonach wir dafür seien, eine solche Bewegung nicht vor unserer Wahl stattfinden zu lassen. Die deutsche Wahl sei aber kein Bezugspunkt für diese Frage. Er wolle aber nicht verschweigen, daß er es für wichtig halte, daß wir sagen können, wenn die Sowjetunion zu reduzieren bereit ist, sind wir bereit, hinsichtlich der Reduzierung des Nachrüstungsumfangs einen entsprechenden Schritt zu gehen.

Botschafter *Burns* fragte, wann dafür der richtige Zeitpunkt gekommen sei.

Der *Bundesminister* antwortete, man dürfe damit nicht zu lange warten. Eine offensive westliche Antwort sei in der Lage, die sowjetischen Propagandavorschläge vom Tisch zu fegen. Statt zu sagen, wie es die Sowjetunion fordere, die Sowjetunion reduziert und der Westen verzichtet auf Stationierung, müßten wir sagen: Ihr, die Sowjetunion, reduziert, und der Westen ist bereit, seinen Nachrüstungsumfang zu reduzieren. In diesem Zusammenhang habe er seine Überlegungen für ein Zwischenergebnis¹⁷ verstanden. Es sei bemerkenswert, daß die Sowjetunion darauf mit großer Brutalität reagiert habe.

Der *Vizepräsident* bemerkte, daß es das Hauptziel der Sowjetunion sei, die Dislozierung der Pershing II und der landgestützten Cruise Missiles zu Fall zu bringen.

Der *Bundesminister* stimmte dem zu und sagte, er wolle zum Thema Pershing II ein Wort sagen:

Der amerikanische Verteidigungsminister habe ihm militärische Argumente für die Vorzüge der Pershing II vorgetragen.¹⁸ Diese Argumente hätte auch Ustinow in seiner Kritik an der Pershing II anführen können. Für ihn, den Bundesminister, stehe fest, daß es sich bei der Pershing II nicht um eine Erstschlagswaffe handle. Und es seien auch nicht in erster Linie militärische Probleme, die die

¹⁵ Ronald W. Reagan.

¹⁶ Der amerikanische Vizepräsident Bush gab der Tageszeitung „The New York Times“ am 23. Januar 1983 ein Interview, in dem er sich zu seiner bevorstehenden Europa-Reise und zur Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme äußerte. Vgl. dazu den Artikel „Arms Talks: a Difficult Environment“; THE NEW YORK TIMES vom 24. Januar 1983, S. 10.

¹⁷ Zu Überlegungen für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 18, Anm. 19.

¹⁸ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am 26. Januar 1983 in Washington; Dok. 20.

sowjetische Taktik bestimmten, vielmehr stünde hinter der Kritik an der Pershing II eine politische Strategie. Worauf die Sowjetunion abziele, sei, die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern und damit die Stationierung der Cruise Missiles in Italien unmöglich zu machen. Das Ziel sei es also, den Doppelbeschluß aufzubrechen. Dem Bundesminister gehe es darum, den NATO-Doppelbeschluß zusammenzuhalten, ihn nicht auseinanderfallen zu lassen. Es sei sicher richtig, daß die Pershing II eine gefährliche Waffe sei. Aber die sowjetische Propaganda sei nicht gegen die militärische Bedeutung, sondern gegen den politischen Zusammenhang im Doppelbeschluß gerichtet.

Der *Vizepräsident* erwähnte, daß die Sowjetunion sicherlich über die kurze Vorwarnzeit und die Bedrohung der Kommandozentrale durch die Pershing II¹⁹ beunruhigt sei. Er stimme aber mit der politischen Analyse des Bundesministers überein.

Es stelle sich die Frage, was wir tun sollten. Ihm komme es darauf an, daß die Allianzposition das Ergebnis von Konsultationen sei. Er werde mit den europäischen Regierungen sprechen, ihre Vorstellungen zur Kenntnis nehmen und sie dem Präsidenten vortragen. Von großer Bedeutung sei es, daß der Westen an dem Stationierungstermin²⁰ festhalte. Die Vereinigten Staaten seien entschlossen, ernst zu verhandeln, sowjetische Vorschläge zu prüfen und ausgewogene Ergebnisse zu erreichen. Er stelle fest, daß die Vereinigten Staaten nicht unflexibel seien. Aber es sei nicht richtig, daß wir uns von einer festen und qualitativ überlegenen Position entfernten. Dies sei nicht eine Position des *sine qua non*.

Der *Bundesminister* wiederholte, es sei die Frage, wie die sowjetische Propaganda entlarvt werden könne. Wir wollten den Verzicht auf Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten. Ein sowjetisches Monopol bei den Mittelstreckenraketen könnten wir nicht akzeptieren. Das Stationierungsdatum könne nicht verändert werden, es sei denn, es gebe die beiderseitige Null-Lösung. Wenn die Sowjetunion ihren Raketenbestand reduziere, dann sei der Westen bereit, den Umfang zu überdenken. Dies sei der Sinn des Doppelbeschlusses.

Der *Vizepräsident* entgegnete, daß es wichtig sei, zu sehen, daß der Kampf um die Herzen und Hirne der Menschen im Gange sei. Die Sowjetunion sei mit Propagandavorschlägen an die Öffentlichkeit getreten. In dieser Situation sollten wir von der hohen Ebene unserer vernünftigen und moralisch festen Position aus argumentieren.

Der *Bundesminister* sagte, daß wir die Auseinandersetzung gewinnen könnten, wenn wir offensiv argumentierten.

In diesem Zusammenhang wolle er darauf hinweisen, daß er am Donnerstag in Genf sein werde, um vor dem Abrüstungsausschuß eine Rede zu halten.²¹ Er werde dort die amerikanischen Unterhändler sprechen und auch mit Botschaf-

¹⁹ Zur Frage der Flugzeit der Pershing II vgl. Dok. 45.

²⁰ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

²¹ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 3. Februar 1983 vor dem Abrüstungsausschuß (CD) in Genf vgl. BULLETIN 1983, S. 149–152.

ter Kwizinskij zusammentreffen.²² Er werde ihm sagen, daß es nicht ausreiche, Vorschläge in der Öffentlichkeit zu machen und sich am Verhandlungstisch nicht zu bewegen. Es sei gut, wenn der Vizepräsident am folgenden Tag in gleicher Weise spreche, damit die wirkliche Strategie der Sowjetunion entlarvt werden könne.²³

Botschafter *Burns* wies darauf hin, daß es wichtig sei festzustellen, daß die Sowjetunion noch keinen Vorschlag gemacht habe und daß man sich darauf konzentrieren solle, sowjetische Vorschläge zu prüfen.

Der *Bundesminister* erwähnte, daß es eine gefährliche westliche Haltung sei, wenn man den Eindruck entstehen ließe, daß bei einer Reduzierung auf sowjetischer Seite ein Verzicht auf westlicher Seite herauskommen könne. Seine Anregung eines Zwischenergebnisses habe zum Ziel gehabt, klarzustellen, daß es bei Reduzierungen auf östlicher Seite Reduzierungen im Nachrüstungsbedarf des Westens bei Einhaltung eines Zeitplans geben werde.

Der *Vizepräsident* wies darauf hin, daß es für ihn wichtig sei, alle Überlegungen der europäischen Bündnispartner zur Kenntnis zu nehmen und nicht ohne Konsultationen von der westlichen Verhandlungsposition abzuweichen.

Der *Bundesminister* sagte, man könne Bewegungen nur in Aussicht stellen, wenn dies mit allen Regierungen abgesprochen worden sei.

StS *von Staden* merkte an, daß die Konsultationen zwischen den Bündnispartnern wichtig seien, daß aber alles, was der Bundesminister hier geäußert habe, sich im Rahmen des Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 hielte und daß nichts über den Rahmen des Beschlusses, wie er damals gefaßt worden sei, hinausgehe.

Botschafter *Ruth* ergänzte, daß es wichtig sei, eine Position einzunehmen, die vom Bündnis aktiv und nicht nur reaktiv vertreten werde. Die Position der beiderseitigen Null-Lösung werde auch nach unserer Auffassung nicht in Frage gestellt werden. Wir müßten aber klarmachen können, daß wir zu konkreten Verhandlungsergebnissen bereit sind, die dem Prinzip der Gleichheit entsprechen und die auf das Ziel der Null-Lösung hinführen. Eine solche Verhandlungsstrategie stärke die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Verhandlungsführung und die Glaubwürdigkeit der Null-Lösung in der öffentlichen Diskussion. Eine Möglichkeit, alle diese Fragen zu diskutieren, böte sich durch die für den 13. und 14. Februar angesetzte Sitzung der Besonderen Beratungsgruppe.²⁴ Unsere Hoffnung sei es, daß der Westen in der Diskussion in der Öffentlichkeit die Initiative zurückgewönne und damit der Propagandakampagne der Sowjetunion entgegenzutreten in der Lage sei.

²² Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit den Leitern der amerikanischen bzw. dem Leiter sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, am 3. Februar 1983 in Genf vgl. Dok. 33 und Dok. 34.

Ein weiteres Gespräch führte Genscher am selben Tag in Genf mit dem Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

²³ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 4. Februar 1983 vor dem Abrüstungsausschuß (CD) in Genf vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 261–263 (Auszug).

²⁴ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 47 und Dok. 48.

Der *Vizepräsident* stellte fest, daß er hoffe, daß seine öffentlichen Äußerungen hilfreich seien und daß sie dazu beitrügen, die öffentliche Auseinandersetzung mit der sowjetischen Propaganda aktiv zu führen.

Botschafter *Burns* fragte, welches die beste Antwort auf die Frage nach der Anrechnung britischer und französischer Systeme sei.

Der *Bundesminister* antwortete:

1) Diese Waffen hätten die Aufgabe, Großbritannien und Frankreich Sicherheit zu geben. Es sei nicht ihre Aufgabe, die Bundesrepublik Deutschland oder andere Staaten in Europa zu sichern. Unsere Sicherheit sei abhängig von den Garantien der Vereinigten Staaten.

2) Im Verständnis Großbritanniens und Frankreichs handele es sich um strategische Waffen. Sie hätten daher bei den Mittelstreckenverhandlungen nichts zu tun.

3) Die Sowjetunion versuche, die französischen und britischen Waffen zweimal anzurechnen: bei SALT und jetzt wieder bei INF.

Der *Vizepräsident* stellte fest, daß dies drei gute Gründe für die vom Westen eingenommene Position seien.

VS-Bd. 11351 (220)

28

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush

105-5.A/83 geheim

31. Januar 1983¹

Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 31. Januar 1983 um 9.45 Uhr²

BK gab einleitend seiner Freude über Begegnung Ausdruck. Er bat ihn, sich unter Freunden zu fühlen, was für die große Mehrheit der Deutschen und erst recht der Berliner gelte. Am Vortag habe er in Köln zu einer Versammlung von etwa 12000 Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, der größten Ver-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 2. Februar 1983 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 15. Februar 1983 „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt mit dem Hinweis, daß sie „dem Bundeskanzler nicht zur Genehmigung vorgelegen“ habe.

Hat Ploetz am 15. Februar 1983 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 27.

sammlung dieser Art seit dem Krieg, gesprochen³ und für die Bemerkung, daß der amerikanische VP zur gleichen Zeit als Freund bei guten Freunden ankomme, starken Applaus erhalten. Dies sei aufschlußreich, vor allem angesichts des hohen Ausmaßes an Desinformation und Desorientierung in einem Lande, das an der Nahtstelle zwischen Ost und West liege.

Alles, was er im vergangenen November dem Präsidenten gesagt habe⁴, gelte weiterhin. Die jüngste Entwicklung im Wahlkampf⁵ laufe gut. Es sei sein Ziel, daß die FDP wieder in den Bundestag komme und mit der CDU eine Koalition bilde. Im Gegensatz zu Großbritannien, wo Thatcher mit 43 % der Stimmen über 2/3 der Sitze verfüge⁶, und zu Frankreich, wo Mitterrand mit 47 % der Stimmen über 70 % der Sitze erhalten habe⁷, sei das deutsche Wahlrecht sehr viel komplizierter. So sei er im Jahre 1976 trotz 48,6 % der Stimmen in der Opposition geblieben.⁸ Eine absolute Mehrheit bedeute vier bis fünf Sitze, was im Laufe einer Legislaturperiode von vier Jahren doch manche Schwierigkeiten mit sich bringen könne.

Was die innenpolitische Situation angehe, so habe er den Eindruck, daß sich in den vergangenen Monaten eine Entwicklung angebahnt habe, die aus dem Tal herausführe. Die Zahl der Arbeitslosen werde in den nächsten Wochen zwar noch steigen, doch dürfte sie im Mai ihren Höhepunkt überschritten haben. Mit dem Wohnungsbauprogramm⁹ hoffe man, einen starken Anreiz zu schaffen.

Er selbst wünsche, daß die FDP über 5 % bekomme, so daß er bei der Bildung einer Koalition mit ihr über eine Mehrheit von 25 bis 30 Sitzen verfügen könnte. Derzeit liege die FDP bei 4,9 %, die CDU bei 47,5 %, die SPD zwischen 42 und 43 % und die Grünen bei 3,6 %. Die minimalen Gruppen der Neonazis und der Kommunisten, deren Stärke sich auf 0,3 bzw. auf 0,5 % beliefen, seien eher ein Fall für die Medizin.

Der VP sagte, solche Verrückte gebe es auch in den Vereinigten Staaten. Ein anderes Problem seien die Jugendlichen aus dem oberen Mittelstand.

BK wies darauf hin, daß sich die Terroristenszene in großem Umfang aus Jugendlichen aus wohlhabenden Familien rekrutiert habe. Materieller Wohlstand und ungenügendes menschliches Eingehen auf junge Menschen könnten den Nährboden für Nihilismus, Skepsis und innere Leere abgeben.

Der Präsident könne davon ausgehen, daß wir unsere Position einhielten. Für uns gelte auch weiterhin der NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen. Wir wünschten, daß intensiv verhandelt werde. Sollte es zu keinem Ergebnis kommen, würden wir stationieren.

³ Bundeskanzler Kohl sprach am 30. Januar 1983 auf der „CDU-Zielgruppen-Veranstaltung Jugend“ in den Messehallen in Köln. Vgl. dazu den Artikel „Geißler fand vor der Jugend den richtigen Ton“, DIE WELT vom 31. Januar 1983, S. 4.

⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 15. November 1982 in Washington vgl. AAPD 1982, II, Dok. 306.

⁵ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

⁶ Bei den Wahlen zum britischen Unterhaus am 3. Mai 1979 erhielt die Conservative Party 43,9 % der abgegebenen Stimmen (339 Sitze) gegenüber 36,9 % (269 Sitze) für die Labour Party.

⁷ Am 14. und 21. Juni 1981 fanden in Frankreich Wahlen zur Nationalversammlung statt, bei denen die Sozialistische Partei 285 von 488 Sitzen erringen konnte.

⁸ Die Bundestagswahlen fanden am 3. Oktober 1976 statt.

⁹ Zum Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung vgl. Dok. 13, Anm. 9.

Anlässlich seines Besuchs habe Gromyko seine Thesen wie mit einer Gebetsmühle wiederholt¹⁰, sei aber viel freundlicher und sehr viel weniger aggressiv als bei seinem letzten Besuch 1979¹¹ aufgetreten. Nur einmal sei er gegen die Amerikaner und den Präsidenten¹² ausfallend geworden, doch habe er davon sofort Abstand genommen, als er (BK) sehr hart entgegnet habe, er dulde es nicht, daß über Freunde in dieser Form gesprochen werde. Gromykos Thema sei die Dislozierung gewesen, ein Thema, das er vielfach variiert habe. Gromyko habe ihn gefragt, ob die Bundesregierung Abrüstung und Entspannung wünsche, was er natürlich bejaht habe, doch habe er (BK) hinzugefügt, man müsse aber definieren, was unter diesen beiden Begriffen zu verstehen sei.

Aufschlußreich sei gewesen, daß Honecker in einem Telefongespräch ihm mitgeteilt habe, Gromyko habe sich sehr positiv über seine Bonner Gespräche geäußert.¹³ Dies bestätige die alte These, daß man bei den Sowjets nur etwas erreiche, wenn man ihnen gegenüber fest, klar, offen und ehrlich bleibe. Er sei sicher, sie rechneten sich aus, daß die derzeitige Regierungskoalition im Amt bleibe. Er sei zuversichtlich, daß es eine Chance in Genf¹⁴ gebe, wenn der Westen geschlossen bleibe und die Vereinigten Staaten intensiv und ernst verhandelten und wie in der Vergangenheit auch in Zukunft ihre Verbündeten konsultierten. Wichtigste Voraussetzung bleibe aber die Einigkeit des Westens.

Was die Null-Lösung angehe, so sei dieses Konzept nicht von den Amerikanern, sondern von den Europäern erfunden und von den Amerikanern übernommen worden. Es gehe nicht darum, eine Position des „Alles oder Nichts“ einzunehmen, was auch niemand wolle. Dies ändere aber nichts an der Tatsache, daß das wünschenswerte Ziel die beiderseitige Null-Lösung sei, weshalb er den Doppelbeschluß für vernünftig halte. Wichtig sei vor allem, die psychologische Seite zu bedenken. Es wäre ein Fehler, die Null-Lösung nicht mehr als wünschenswert zu bezeichnen. Sollte sich herausstellen, daß die Sowjets Kompromißbereitschaft zeigten, so könne auch der Westen Möglichkeiten erwägen, ihnen entgegenzukommen. Wenn man so verfare, werde man auch Erfolg haben. Dies sei auch die Politik der Vorgänger-Regierung gewesen, doch habe Schmidt, einer der Väter des Doppelbeschlusses, nicht mehr ausreichenden Einfluß innerhalb seiner Partei. Er sei nur noch ein Denkmal. In Wirklichkeit hätten Brandt und Bahr das Sagen, und Vogel sei der Mann von Brandt.

Er selbst habe keinen Zweifel, daß die SPD den Doppelbeschluß und die Nachrüstung nicht mehr unterstütze und bei einer Abstimmung im Herbst dagegen stimmen würde. Die SPD sage, sie brauche davor noch einen weiteren Parteitag, wobei bekannt sei, daß die Partei weiter links stehe als die Fraktion. Der Vorschlag Vogels, die Sowjetunion solle den Bestand von 340 SS-20 auf die Hälfte oder ein Drittel kürzen, worauf die US auf eine Stationierung ihrerseits verzichten sollten, würde ein Monopol für die Sowjets schaffen. Dabei mache es

¹⁰ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

¹¹ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

¹² Ronald W. Reagan.

¹³ Für den Wortlaut des Telefongesprächs des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 24. Januar 1983 vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 101–111.

¹⁴ In Genf fanden seit dem 30. November 1981 die INF-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 19.

keinen Unterschied, ob es sich um ein Monopol von 340 oder 40 solcher Waffen handle, da selbst 40 SS-20-Raketen die tausendfache Sprengkraft der Hiroshimabombe hätten. Außerdem halte es die SPD für erforderlich, die britischen und französischen Systeme zu berücksichtigen.

Mitterrand habe in seiner Rede vor dem Bundestag¹⁵ in aller Offenheit und Klarheit festgestellt, daß dies nicht in Frage komme. In dieser Hinsicht sei er besser als sein Vorgänger¹⁶. Er habe als Präsident der Französischen Republik zwar gesagt, es sei nicht seine Sache, den Deutschen einen Rat zu geben, doch müsse mit den Sowjets ganz hart und kaltblütig verhandelt werden. Deutlich habe er unterstrichen, daß es zwar gelegentlich mit den Amerikanern Probleme gebe, daß jedoch für den Frieden und die Sicherheit Europas die erforderliche amerikanische Unterstützung essentiell sei.

Der VP erklärte, der Inhalt dieses Gesprächs werde nicht an das State Department, sondern unmittelbar an den Präsidenten berichtet werden. Sonst werde niemand darüber unterrichtet. Der Präsident habe ihm gesagt, man sei sich amerikanischerseits durchaus der Probleme bewußt, denen sich BK gegenübersehe, und wolle sich so verantwortungsbewußt wie möglich verhalten. Es sei nicht seine Absicht, sich in den Wahlkampf einzumischen, und es solle alles vermieden werden, was sich als schädlich für BK erweisen könne. Er selbst sei genügend Politiker, um zu wissen, was man in einer solchen Situation nicht tun sollte. Die Ansichten des BK seien für den Präsidenten von großem Interesse und großer Bedeutung. Die amerikanische Haltung sei nicht unflexibel, doch habe man sich auf die beiderseitige Null-Lösung festgelegt, und der Präsident sei in der Frage einer Stationierung absolut und völlig fest. In der bevorstehenden Konsultationsrunde mit europäischen Regierungschefs¹⁷ werde er (VP) im Geiste gegenseitiger Offenheit und gegenseitigen Vertrauens ähnliche Gespräche führen. In der Öffentlichkeit werde man sich wie bisher für die beiderseitige Null-Lösung aussprechen. Gleichzeitig sei man aber auch weiterhin bereit, jeder vernünftigen sowjetischen Anregung zuzuhören, unter der Voraussetzung, daß sie auf dem Grundsatz der Gleichheit und Beiderseitigkeit der Interessen beruhe. Man werde in der Öffentlichkeit im Zusammenhang einer möglichen Zwischenregelung weder über Zahlen noch einen möglichen Zeitpunkt sprechen.

BK unterstrich, daß dies der beste Weg sei, denn bekanntlich habe man sich nicht auf eine Haltung des „Alles oder Nichts“ festgelegt.

VP erwähnte, wenn BK es in nächster Zeit für nützlich hielte, den Präsidenten über eigene Überlegungen zu unterrichten, so wäre dies für den Präsidenten von großem Interesse.

VP erwähnte sodann ein weiteres Thema, über das bisher nur im allerkleinsten Kreise gesprochen worden sei. Man habe amerikanischerseits die Möglichkeit eines „garantierten Abbaus“ (guaranteed build-down) erwogen, was in der

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

¹⁶ Valéry Giscard d'Estaing.

¹⁷ Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten sowie bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 27, besonders Anm. 3, und Dok. 36.

Praxis bedeuten würde, daß für jede stationierte Mittelstreckenwaffe, sei es Pershing II oder GLCM, die amerikanische Seite zwei oder drei ältere Typen dieser Waffe mit kürzerer Reichweite zurückziehen und zerstören würde. Einige dieser Waffen würden möglicherweise ohnehin außer Dienst gestellt, doch entscheidend sei, daß für eine neue Waffe zwei oder drei andere Waffen abgezogen würden. Er bitte BK zu prüfen, ob ein Vorschlag dieser Art die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Bereitschaft zu einer Reduzierung in der Öffentlichkeit erhöhen würde. In der Vergangenheit hätten die Amerikaner bereits 1000 Sprengköpfe aus Europa abgezogen, doch habe niemand davon Kenntnis genommen.¹⁸ Die neue Überlegung erweise sich vielleicht als öffentlichkeitswirksam. Wenngleich es sich vorerst nur um einen Gedanken handle, würde man es doch begrüßen, wenn sich BK dazu äußern wollte.

BK sagte, seine erste Reaktion sei positiv, doch wolle er erst einmal darüber schlafen. Man müsse sich überlegen, wie seine Antwort der amerikanischen Seite übermittelt werden könne, möglicherweise werde er einen engen Mitarbeiter nach Washington schicken.

VP erläuterte weiter, daß es sich bei den abzuziehenden Waffen um folgende Systeme handle: Nike, Hercules (beides Luftverteidigungssysteme), Pershing I, Artilleriegeschosse, Honest John, Atomminen und Flugzeugbomben. Er gebe zu, dies sei ein buntes Gemisch wie Äpfel und Orangen, doch könnte sich dieser Vorschlag in seiner Wirkung auf die öffentliche Meinung als gut erweisen. Er wiederholte, daß es sich nur um eine Überlegung handle und der Präsident ihn ermächtigt habe, mit BK hierüber zu sprechen. Im Verteidigungsministerium und in den anderen Ressorts sei davon noch nichts bekannt.

BK sagte, er halte es für wichtig, den Frieden zu schaffen mit weniger Waffen, und hierzu würde der neue Vorschlag gut passen. Seine Gegner und die Gegner der Amerikaner verlangten allerdings, den Frieden ohne Waffen zu schaffen.

VP meinte, letzteres dürfte sich als sehr schwierig erweisen.

Das Vier-Augen-Gespräch endete gegen 10.20 Uhr und ging anschließend in einen Gedankenaustausch in größerem Kreise über.

VS-Bd. 14118 (010)

¹⁸ Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129. Auf der Tagung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel wurde bekanntgegeben, daß der Abzug abgeschlossen sei. Vgl. dazu Ziffer 15 des Communiqués; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 151. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 42.

29

Botschafter Petersen, Teheran, an das Auswärtige Amt**114-16308/83 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 95****Citissime nachts****Aufgabe: 1. Februar 1983, 12.00 Uhr¹****Ankunft: 1. Februar 1983, 10.12 Uhr**Betr.: Strafverfahren gegen Dr. Tabatabai²Bezug: DB 85 vom 29.1.83 – VS-v – Tgb.Nr. 5/83 VS-v³

I. Außenminister Velayati ließ mir heute nacht ein von ihm gezeichnetes Schreiben an Bundesminister überbringen, das in Übersetzung wie folgt lautet:

„Sr. Exzellenz Herrn Hans-Dietrich Genscher.

Sehr geehrter Herr Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, mit ausgezeichneter Hochachtung erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Islamischen Republik Iran Herrn Dr. Sadegh Tabatabai am 18. Dey 1361 (8. Januar 1983) auf eine Sondermission nach Europa entsandt hat, damit Herr Tabatabai dort in der Eigenschaft als Botschafter für besondere Aufgaben in mehreren Ländern Verhandlungen mit hochrangigen Vertretern der Regierungen dieser Länder über wichtige politische Fragen führt.⁴

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 1. Februar 1983 vorgelegen.

² Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 20. Januar 1983: „Dr. Sadegh Tabatabai ist am 8.1. im Flughafen Düsseldorf verhaftet worden, als Zollbeamte bei der Durchsuchung seines Gepäcks 1,6 kg Rohopium fanden.“ Gorenflos fuhr fort, daß die iranische Regierung bereits mehrfach im Auswärtigen Amt bzw. durch die Botschaft in Teheran in dieser Angelegenheit interveniert und der iranische Außenminister Velayati Bundesminister Genscher persönlich um eine „eine schnelle und diskrete Lösung“ des Falles gebeten habe. Ein Ausweg biete sich jedoch nur dann, „wenn die iranische Regierung selbst die Voraussetzungen dafür schafft, daß Tabatabai in den Schutz des Völkerrechts nach § 20 G[erichts]V[erfassungs]G[esetz] gelangt.“ In diesem Fall „müßte die iranische Regierung in aller Form, d. h. in einem Schreiben, das vom Außenminister persönlich unterzeichnet wird und das dem Gericht vorgelegt werden kann, Tabatabai zum Sonderbotschafter ernennen, der im Auftrag der iranischen Regierung amtliche Gespräche in europäischen Ländern führt. Die Reise, in deren Verlauf Tabatabai verhaftet wurde, müßte hiervon abgedeckt sein.“ Gorenflos schlug vor, die Botschaft in Teheran anzuweisen, die Bereitschaft hierzu im iranischen Außenministerium zu sondieren. Vgl. VS-Bd. 14113 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Botschafter Petersen, Teheran, teilte mit, daß der Staatssekretär im iranischen Außenministerium, Sheik-ol-Eslam, ihm den Durchdruck eines Schreibens des iranischen Außenministers Velayati an Bundesminister Genscher übergeben habe. Darin heiße es: „Die Mission von Herrn Dr. Sadegh Tabatabai in Europa erforderte, daß sie nicht offiziell bekanntgegeben wurde. [...] Unser Wunsch ist, daß Herr Tabatabai aufgrund von Rechtsvorschriften, wie sie für einen formell ernannten Regierungsbeauftragten gelten, freigelassen wird.“ Petersen fuhr fort: „Sheik-ol-Eslam war in dem Glauben, daß dieses Schreiben die ‚unverzichtbaren Elemente‘ enthalte, was ich jedoch ihm gegenüber bezweifelte [...]. Der StS bat mich daher, den Text unter diesem Gesichtspunkt noch einmal zu überprüfen und ihn zu unterrichten, falls die Bundesregierung ihn nicht für ausreichend halte, um eine Freilassung von Tabatabai zu erreichen.“ Vgl. VS-Bd. 14113 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Botschafter Petersen, Teheran, berichtete am 9. Februar 1983 von einem Vier-Augen-Gespräch mit dem iranischen Regierungsbeauftragten Tabatabai am 5. Januar 1983: „Dr. Tabatabai erläuterte mir, daß er mit wichtigen politischen Aufträgen in die Schweiz und nach Frankreich fliegen müsse.“ Über seine Mission in der Schweiz habe er keine näheren Angaben gemacht. In Frankreich jedoch wolle er „über eine Freigabe der iranischen Einlage in Höhe von (wenn ich mich recht besinne) einer Milliarde US-Dollar bei EURODIS verhandeln“. Sein Einreisevisum in die Bundesrepu-

Der vertrauliche Charakter dieser Verhandlungen wie auch der Tatsache, daß Herr Dr. Tabatabai hierzu als Sonderbotschafter entsandt werden sollte, hatten mich veranlaßt, von einer vorherigen Notifizierung seiner Mission bei den betreffenden Regierungen abzusehen.

Die Vorgänge bei seiner Ankunft in Düsseldorf machen diese Mitteilung an Sie jedoch nunmehr dringlich.

Es wird daher gebeten, Herrn Dr. Tabatabai in der Bundesrepublik Deutschland alle Vorrechte und Befreiungen zu gewähren, die einem Botschafter in besonderer Mission in diesen Fällen nach den einschlägigen Regeln des Völkerrechts gewährt werden.

Ich möchte Ihnen versichern, daß ich diese Bitte nicht geäußert hätte, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß Dr. Tabatabai an keinerlei strafbaren Handlungen mitgewirkt hat, sondern vielmehr das Opfer von Personen geworden ist, deren Ziel eine Vereitelung seiner Mission war.

Es erscheint mir notwendig, in Anbetracht der besonderen Natur der Verhandlungen von Dr. Tabatabai den Inhalt dieser Mitteilung so vertraulich wie möglich zu behandeln, ohne jedoch den Zweck dieser Mitteilung zu gefährden.

Mit erneuter Hochachtung
Der Außenminister der Islamischen Republik Iran
Dr. Ali-Akbar Velayati
gez. Dr. Velayati
11.11.61“ (31.1.1983)

II. 1) Nach der Rücksprache bei StS Sheikh-ol-Eslam am 29.1. (s. Bezugsbericht unter 2) wurde ich am 30.1. erneut zu ihm gebeten und gefragt, ob das mir an diesem Tage im Durchdruck übergebene Schreiben des Außenministers geeignet sei, die Freistellung Dr. Tabatabais von der Gerichtsbarkeit zu bewirken. Ich habe dies verneint und die Rechtslage hinsichtlich diplomatischer Sondermissionen ausführlich erläutert. Ich habe ferner erneut darauf hingewiesen, daß die Justiz des zuständigen Bundeslandes in eigener Kompetenz darüber zu befinden habe, ob die rechtlichen Voraussetzungen für eine Befreiung des Beschuldigten von der Gerichtsbarkeit gegeben seien. Die Bundesregierung könne hierzu nur ihre Auffassung mitteilen, sei jedoch bereit, dies zu tun, wenn die iranische Regierung in der Lage sei, den offiziellen Charakter der Mission von Dr. Tabatabai in ausreichend klarer Weise zum Ausdruck zu bringen.

Sheikh-ol-Eslam bat erneut um größtmögliche Diskretion. Ich wies ihn darauf hin, daß diese eher gewährt werden könne, wenn die erforderlichen Schritte vor Erhebung der öffentlichen Anklage unternommen werden. Ich habe in diesem Zusammenhang den 4. Februar (Information des Auswärtigen Amts aus dem BMJ) als wahrscheinliches Datum der Anklageerhebung genannt und auf die daraus folgende Eilbedürftigkeit hingewiesen.

2) Am 31. Januar wurde ich erneut zu AM Velayati bestellt, der mir in Gegen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 142

blik habe Tabatabai bereits am 2. Januar 1983 in der Rechts- und Konsularabteilung der Botschaft beantragt und erhalten: „Obwohl er, wie auch in früheren Fällen, seinen am 7. März 1981 ausgestellten Diplomatenpaß vorlegte, erbat er ein normales Touristenvisum für die Dauer von drei Monaten und gab in seinem Antragsformular als Zweck seines Aufenthaltes in der BR Deutschland ‚geschäftlich‘ an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 116; VS-Bd. 14113 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

wart von Sheikh-ol-Eslam einen neuen Entwurf vorlas, in dem wiederum wesentliche Elemente für eine Anwendung von § 20 GVG⁵ fehlten. Velayati erläuterte die Motive für das Bemühen seiner Regierung, es zu einer Anklageerhebung gegen Dr. Tabatabai oder gar einer Verurteilung nicht kommen zu lassen. Er sprach von den verschiedenen Sondermissionen von Tabatabai als einem zweiten Weg der Diplomatie, die sich notwendigerweise außerhalb ihrer üblichen Formen abspiele, wodurch auch zu erklären sei, daß eine vorherige Notifizierung der Sondermission nicht erfolgt sei. Die Besonderheit der politischen Aufgaben, mit der Tabatabai auf die Reise geschickt worden sei, bestärke seine Regierung auch in der Überzeugung, daß die Affäre eine Folge von Machenschaften von Gegnern der Islamischen Republik sei, die an einem Scheitern der Mission Tabatabais ein Interesse hätten. Er erinnerte ferner an seine persönlichen Bemühungen und die seines Ministeriums, in den Studentenaffären⁶ alles zu tun, um Schaden von den deutsch-iranischen Beziehungen abzuwenden. In diesem Fall sei es ähnlich. Das politische Leben der Islamischen Republik sei ganz auf moralischen Grundlagen aufgebaut. Es sei ganz unmöglich, daß die breite Öffentlichkeit im Lande eine Verurteilung Tabatabais durch ein deutsches Gericht anders interpretiere als die Beteiligung der Bundesrepublik an einem Komplott gegen die Islamische Republik.

3) Ich wiederholte, daß wir daran nichts ändern könnten und es Sache seiner Regierung sei, durch eine klarere Aussage über die Mission von Tabatabai die Voraussetzungen für ein Tätigwerden des Bundesministers gegenüber den zuständigen Behörden zu schaffen. Er stellte mir daraufhin Übergabe einer erneut revidierten Note für den 1. Februar, 10.30 Uhr, in Aussicht. Die (nicht ganz korrekte) Nachricht, Anklage würde am 1. Februar erhoben, veranlaßte ihn dann zu einer Übersendung des neuen Textes und der Bitte um sofortige Übermittlung noch im Laufe der Nacht.

III. Ich empfehle, auch jetzt noch zu versuchen, die notwendigen Schritte unter Wahrung des Interesses der iranischen Seite an geringstmöglicher Publizität zu unternehmen. Es wäre gut, wenn der Bundesregierung selbst keinerlei Zweifel an der Glaubwürdigkeit der iranischen Position anzumerken wäre. Die in der deutschen Öffentlichkeit nicht unbekannten Kontakte Tabatabais mit uns⁷ so-

⁵ Das Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung vom 9. Mai 1975 befreite in den Paragraphen 18 und 19 die Angehörigen der diplomatischen und konsularischen Vertretungen von der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik. Paragraph 20 nahm auch die nicht zu diesen Gruppen gehörenden Personen aus, „soweit sie nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts, aufgrund völkerrechtlicher Vereinbarungen oder sonstiger Rechtsvorschriften von ihr befreit sind“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil I, S. 1080.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit informierte am 11. Mai 1982: „Am 24.4.1982 überfielen etwa 150 Khomeini-Anhänger, die mit Bussen aus der ganzen BR Deutschland angereist waren, iranische oppositionelle Studenten in Mainz. Im Verlauf der Schlägereien wurden 28 Iraner und 8 Polizisten verletzt. Die Polizei nahm 86 der Angreifer, sämtlich das Regime in Teheran unterstützende Studenten, fest und führte sie dem Haftrichter vor, der sie nach Vernehmungen in Haftanstalten einliefern ließ.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 1; Referat 311, Bd. 137726.

Am 8. Dezember 1982 teilte das Bundesministerium der Justiz dem Auswärtigen Amt mit, daß es auch an der Fachhochschule Gießen zu Angriffen von Anhängern der iranischen Regierung auf zwei iranische Studenten gekommen sei. Im Anschluß seien „vier iranische, der Gruppe der Angreifer zugerechnete Staatsangehörige vorläufig festgenommen“ worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2572; Referat 311, Bd. 137728.

⁷ Bundesminister Genscher traf am 21. März 1980 mit dem Staatssekretär im iranischen Ministerpräsidentenamt, Tabatabai, zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1980, I, Dok. 88.

wie sein eigenes früheres Auftreten als „Sonderbotschafter“ (siehe Spiegel-Gespräch⁸) sollten uns dies erleichtern.

Übersendung Originalschreibens von Velayati folgt mit nächstem Kurier, falls möglich, auch mit Sonder-Depesche. Botschaft bittet um Unterrichtung über weiteren Verlauf der Angelegenheit in allen Einzelheiten.⁹

[gez.] Petersen

VS-Bd. 14113 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 144

Am 16. und 18. September 1980 führten Tabatabai und der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher unter Teilnahme von Genscher auf Schloss Gymnich Gespräche über die Freilassung der als Geiseln festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen in Teheran. Auch in der Folgezeit stand die Bundesregierung in dieser Angelegenheit weiterhin in Kontakt mit Tabatabai. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 275, Dok. 291 und Dok. 306.

⁸ Vgl. dazu den Artikel „Wir wollen unsere Macht nicht ausdehnen“; DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 8. November 1982, S. 156–175.

⁹ Am 13. April 1983 vermerkte Ministerialdirektor Gorenflos, daß das Auswärtige Amt das Schreiben des iranischen Außenministers Velayati vom 31. Januar 1983 an Bundesminister Genscher sowie ein weiteres Schreiben von ihm vom 28. Februar 1983 an das Landgericht Düsseldorf weitergeleitet und die Meinung vertreten habe, „daß Tabatabai als Sonderbotschafter des Iran mit einer speziellen Aufgabe und mit einer Immunitätszusicherung ausgestattet sei“. Im Falle einer Einstellung des Verfahrens wegen Immunität werde er „zur persona non grata erklärt und aufgefordert [...], unverzüglich das Land zu verlassen“. Gorenflos fuhr fort, das Landgericht Düsseldorf habe Tabatabai am 9. März 1983 wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Da das Oberlandesgericht Düsseldorf am 7. März 1983 den Haftbefehl jedoch bereits aufgehoben hatte, sei Tabatabai am folgenden Tag nach Teheran zurückgekehrt; das Landgericht Düsseldorf habe daraufhin am 11. März 1983 einen neuen Haftbefehl erlassen: „Mit seiner Abreise ist die Immunität, die ihm im Hinblick auf seine Sondermission nach Ansicht des Auswärtigen Amts zustand, beendet.“ Vgl. VS-Bd. 14113 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

30

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák in Prag

214-321.11 TSE-219/83 VS-vertraulich

2. Februar 1983¹

Gespräch BM mit Präsident Husák am 2. Februar 1983, 10.30 Uhr bis 11.45 Uhr²

Teilnehmer:

Auf deutscher Seite: Botschafter Meyer; Dg 21³.

Auf tschechoslowakischer⁴ Seite: AM Chňoupek; Herr Chalta, Kabinettschef des Präsidenten.

Nachdem *BM* Grüße des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers übermittelt hatte, die *Husák* zu erwidern bat, würdigte der Präsident den Stand der bilateralen Beziehungen in den verschiedenen Bereichen und die in den letzten zehn Jahren erzielten Fortschritte. Die ČSSR habe ein aufrichtiges Interesse, mit der Bundesrepublik Deutschland, ihrem Nachbarn, gut auszukommen. Er würdigte die Versicherung der Bundesregierung nach dem Regierungswechsel⁵, daß in der Ostpolitik Kontinuität herrschen werde.⁶ Bei den von BM gegenüber Chňoupek geäußerten Bitten im Bereiche der bilateralen Beziehungen⁷ werde man sehen, was sich tun lasse. Überflüssige Streitigkeiten sollten vermieden werden. Er stimme mit der Einschätzung von BM überein, daß das Jahr 1983 ein Jahr der Weichenstellung sein werde. Jetzt müsse man sich gemeinsam darum bemühen, Lösungen für die schwierigen Probleme zu finden. Es gehe um Schicksalsfragen für die Völker. Beim WP-Gipfel in Prag⁸ sei der Hauptton die Frage der Erhaltung des Friedens in Europa gewesen. BM und die anderen Politiker in der Bundesrepublik Deutschland erklärten zum Frieden das gleiche. Bei gutem Willen müsse deshalb ein Weg gefunden werden. Die Tischrede von BM⁹ habe sehr positive Punkte enthalten, die günstige Wirkungen

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 2. Februar 1983 gefertigt und am folgenden Tag „mit der Bitte um Freigabe zur Verteilung“ an das Ministerbüro geleitet.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 4. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Reg[istratur] bitte Verteilung veranlassen und dann W[ieder]v[or]lage.“

Hat Ploetz am 8. Februar 1983 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 1./2. Februar 1983 in der ČSSR auf.

³ Gerold Edler von Braunmühl.

⁴ Korrigiert aus: „sowjetischer“.

⁵ Zum Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

⁶ Vgl. dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 13. Oktober 1982; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 122, S. 7222.

⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 1. Februar 1983 in Prag vgl. Dok. 32.

⁸ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 vgl. Dok. 40.

⁹ Für den Wortlaut der Rede vom 1. Februar 1983 in Prag vgl. BULLETIN 1983, S. 153 f.

haben würden, wenn man sie so in die Praxis umsetze. (Schon beim Abendessen am Vortage hätte sich Chňoupek sehr befriedigt über die Passagen in der Tischrede von BM zum Gewaltverzichtsvorschlag des WP¹⁰ und zum West-Ost-Verhältnis geäußert.) Husák betonte, daß der Bundesrepublik Deutschland in Westeuropa und in der NATO großes Gewicht zukomme, ihre Stimme nicht vernachlässigt werden könnte und in der Bundesrepublik Deutschland ein großes Verantwortungsbewußtsein existiere. Husák unterstrich die Bedeutung des Besuches von BM als Teil der Politik des Dialoges.

BM erwiderte: Die Bundesrepublik Deutschland und die ČSSR seien beide als Staaten in der Mitte Europas und als Nachbarn besonders interessiert daran, daß es nicht zu neuen Spannungen komme, sondern daß Spannungen abgebaut würden. Wir selbst nähmen unsere Aussage, daß die Kontinuität unserer Außen- und Sicherheitspolitik feststehe, sehr ernst. Wir wollten, daß unser Standpunkt hierzu für unsere Verbündeten und Partner im Westen so wie auch für unsere Nachbarn im Osten ganz klar sei. Wir seien uns der großen Verantwortung für den Frieden in Europa bewußt, wegen unserer geographischen Lage, aus geschichtlichen Gründen und auch deshalb, weil die Größe unseres Landes eine Rolle spiele. In dieser Verantwortung werde jede deutsche Regierung handeln. Dies sei mehr als eine Feststellung, daß geschlossene Verträge gehalten würden, was selbstverständlich sei.

BM würdigte die Erweiterung des Feldes der bilateralen Zusammenarbeit mit der ČSSR und stimmte der positiven Einschätzung des Präsidenten zum Stand der Beziehungen zu. Wir seien dankbar, daß die tschechoslowakische Seite unsere am Vortage übermittelten Wünsche im positiven Sinne prüfen wolle. Der Botschafter werde dazu noch Unterlagen übergeben.¹¹ Die humanitären Fragen seien wichtig.

BM brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß wir trotz schwieriger internationaler Entwicklungen das bewahrt hätten, was in Europa erreicht worden sei. Er verwies auf das in diesem Zusammenhange in den Gesprächen mit Chňoupek erwähnte Beispiel des KSZE-Folgetreffens in Madrid. Nach Überschreiten der Schwelle des Jahres 1983 müsse man feststellen, daß viele Probleme herangereift seien. Natürlich seien wir interessiert daran, daß es zu Lösungen komme. Dies hätten wir z. B. durch die Art unserer Vertretung bei den Trauerfeierlichkeiten in Moskau zum Ausdruck gebracht, bei denen der Bundespräsident und er einen ersten Meinungsaustausch mit Andropow gehabt hätten.¹² Auf der gleichen Linie lägen unsere Gespräche mit Gromyko in Bonn¹³ sowie seine Besuche in Budapest¹⁴ und jetzt in Prag.

¹⁰ Vgl. dazu den in der Prager Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 enthaltenen Vorschlag; EUROPA-ARCHIV 1983, D 114–116.

¹¹ Zur Übergabe von Listen mit Härtefällen durch Botschafter Meyer vgl. Dok. 32, Anm. 32.

¹² Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär der KPdSU, Andropow, am 15. November 1983 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 302.

¹³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

¹⁴ Bundesminister Genscher hielt sich am 26./27. November 1982 in Ungarn auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 322.

BM unterstrich, daß die ernsthafte, große Bereitschaft des Westens, im Jahre 1983 zu konkreten Ergebnissen in verschiedenen Bereichen zu kommen, sich auch in der Erklärung von Vizepräsident Bush in Berlin¹⁵ äußere, die sehr ernst genommen werden sollte. Entgegen manchen im WP-Bereiche zu hörenden Reaktionen handle es sich keinesfalls um ein Propaganda-Manöver. Vielmehr solle man darin den zweiten Anlauf des amerikanischen Präsidenten¹⁶ zu einer Begegnung mit dem ersten Mann der Sowjetunion¹⁷ sehen. BM verwies hier auf das Handschreiben Reagans nach dem Attentat auf ihn an Breschnew.¹⁸ Er habe Chňoupek am Vortage die Umstände geschildert und dargelegt, daß die sowjetische Reaktion nicht so angemessen gewesen sei, wie sie hätte sein können. Das sei nun Geschichte. Jetzt solle man sehen, was man in diesem Zeitpunkt tun könne.

BM unterstrich die positive Bedeutung der gleichzeitigen West-Ost-Verhandlungen an vielen Tischen. Die westliche Dialog-Bereitschaft sei sehr deutlich in der Bonner Gipfel-Deklaration¹⁹ und im Dezember-Kommuniqué der Außenminister der NATO²⁰ zum Ausdruck gekommen.

BM wies darauf hin, daß auch unserer Bereitschaft zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten politische Bedeutung zukomme. Ein Handelskrieg werde nicht stattfinden. Für die Bundesrepublik Deutschland überwiege die politische Bedeutung die wirtschaftliche, denn unser Handel mit der SU sei nicht einmal halb so groß wie der mit der Schweiz und mit Österreich, was auch im Westen nicht allen bekannt sei. Hier bestünde also keine wirtschaftliche Abhängigkeit. BM verwies auf seine Erläuterungen im Deutschen Bundestag bei der Verabschiedung des Langfristigen Kooperationsabkommens mit der SU²¹, daß es einen doppelten politischen Gesichtspunkt gebe: zum einen ein Element politischer Vertrauensbildung, zum zweiten die Perspektive wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten zwischen den in vieler Hinsicht komplementären Wirtschaften der westlichen Industriestaaten und der SU.²²

BM unterstrich, daß wir auch im Verhältnis zur DDR alles für eine positive Gestaltung getan hätten. Es gebe auch andere Elemente, aber wir betonten mit Absicht die positiven. Hier liege eine bemerkenswerte Veränderung gegenüber

¹⁵ Zur Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 31. Januar 1983 in Berlin (West) vgl. Dok. 27, Anm. 5.

¹⁶ Ronald W. Reagan.

¹⁷ Jurij Wladimirowitsch Andropow.

¹⁸ Für den handschriftlichen Brief des Präsidenten Reagan vom 24. April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, nach dem Attentatsversuch auf Reagan vom 30. März 1981 vgl. <http://jason.ebin.com/thereaganfiles/id9.html>.

¹⁹ Am 10. Juni 1982 fand in Bonn eine Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

²⁰ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90.

²¹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

²² Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 5. Oktober 1978; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 107, S. 8542–8545.

früher: Heute gingen in einer schwierigen Lage in Europa von dem Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten nicht zusätzliche Erschwerungen aus, sondern das Gegenteil sei der Fall.

BM faßte zusammen: Dies alles seien für uns Rahmenbedingungen, mit denen wir die Kernfragen günstig beeinflussen wollten, die im Abrüstungsbereich zu entscheiden seien. Hier gelte unsere besondere Aufmerksamkeit, auch in der Bevölkerung, den Genfer Verhandlungen über die Mittelstrecken-Systeme. Wir hielten es immer noch für die beste Lösung, wenn die USA und die SU auf Mittelstrecken-Raketen völlig verzichteten. Falls dies nicht in einem Schritt erreichbar wäre, müsse man sehen, welche Schritte in die richtige Richtung führen könnten. Er habe hier in öffentlichen Erklärungen den Begriff der „Zwischenlösung“ gebraucht.²³ Dieser Begriff solle bedeuten, daß ein Verhandlungsergebnis, das einen ersten Schritt darstelle, nicht das Ende der Verhandlungen sein könne. Wenn wir zwischen einer Politik des „Alles oder Nichts“ und einer Politik des „beiderseits Vertretbaren“ zu entscheiden hätten, wären wir für das letztere. Wenn – wie er hoffe – ein solches Zwischenergebnis erreicht werden könne, würde das nicht den Zeitpunkt der Stationierung in West-Europa beeinflussen, wohl aber den Umfang. Es wäre bereits ein Fortschritt, wenn es weniger sowjetische Mittelstrecken-Raketen gebe und dann auch weniger Nachrüstung im Westen stattfinden könne. Dabei sei es klar, daß es ein einseitiges Monopol nicht geben könne.

BM fuhr fort: So wichtig die INF-Verhandlungen seien, so müsse man, auch gegenüber unserer Öffentlichkeit, immer wieder darauf hinweisen, daß die anderen Verhandlungen auch wichtig seien: START, MBFR, KSZE und KAE.

BM kam hier auf den amerikanisch-sowjetischen Gipfel zurück, indem er erwähnte, daß er ein erstes Gespräch mit Andropow und auf der anderen Seite viele offizielle und einige private Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten geführt habe. Er würde sich, offen gesagt, sehr viel davon versprechen, wenn diese beiden Männer sich trafen, die auf ein erfülltes Leben zurückblicken könnten und jetzt den Ehrgeiz haben sollten, sich mit guten Erinnerungen in das Geschichtsbuch einzutragen. Wir hätten, wie bekannt sei, dem amerikanischen Präsidenten sehr geraten, seine Bereitschaft zu einem Treffen mit Andropow zu zeigen. Man könne nur hoffen, daß es bald zu einer solchen Begegnung komme, weil dies das Klima an den verschiedenen Verhandlungstischen positiv beeinflussen würde. Wir sagten dies als ein Land, das eine klare Position habe: Wir seien ein fester Teil des Bündnisses und der EG und seien uns der Verantwortung im Herzen Europas bewußt. Ein Treffen des Präsidenten und des Generalsekretärs müsse natürlich gut vorbereitet werden, und es müsse dabei ein breiter Meinungs austausch über die wichtigen internationalen Fragen stattfinden. Dazu gehöre außer den Abrüstungsfragen die Lage in Asien, im Nahen Osten, in Afrika und in Zentralamerika. Es gebe viele unkontrollierbare Entwicklungen in der Welt. Es wäre gut für die gegenseitige Einschätzung, wenn die führenden Männer darüber sprächen. In der Dritten Welt ticke eine gefährliche Uhr. Dort stünden wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen an, die für uns im Norden ein gemeinsames Problem darstellten und denen gegenüber

²³ Zu Überlegungen für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 18, Anm. 19.

die Streitfragen unter uns sich verkleinerten. Wenn wir uns in den Fragen der Dritten Welt näherkämen und in einigen zusammenarbeiteten, würde dies manche Fragen im Norden erleichtern. Dies alles dränge sich in das Jahr 1983 hinein. Es werde sich rückwirkend als ein Jahr der Weichenstellung erweisen.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung sagte BM einen spürbaren Wirtschaftsaufschwung in den Jahren 1983/84 voraus. Wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt (Husák fiel ein: wir alle); auch unsere Wirtschaft sei zu bequem geworden, habe sich auf einmal eroberte Märkte verlassen und sehe sich jetzt plötzlich japanischer Konkurrenz gegenüber. Jetzt gingen wir zur Gegenoffensive über. Wichtig sei, daß in den USA eine parallele Entwicklung stattfinde; auch dort seien deutliche Erholungstendenzen sichtbar (Hausbau, Autos).

Zur politischen Entwicklung in Deutschland sagte BM, er gehe von einer Bestätigung der gegenwärtigen Bundesregierung durch die Wahlen²⁴ aus. Er werde etwas kleiner werden, aber bleiben. Er glaube, daß die Grünen dem neuen Bundestag nicht angehören würden und daß die SPD etwa in gleicher Stärke zurückkommen werde. Damit werde man eine starke Opposition und gleichzeitig eine solide Mehrheit für die Bundesregierung haben. Beides sei wichtig für unsere Verbündeten und Partner im Westen und auch für unsere östlichen Nachbarn. Bei den Wahlen handle es sich zwar um unsere inneren Angelegenheiten. Ob aber Stabilität bei uns herrsche oder nicht, dürfte auch die Nachbarn interessieren. Im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Entwicklung vor 50 Jahren sei erneut deutlich geworden, was Instabilität für die deutsche Demokratie bedeuten könne. Wenn man das vergleiche, stehe fest, daß es bei uns eine sehr stabile und gesunde Demokratie gebe.

Husák erwiderte zur Frage eines Treffens zwischen Reagan und Andropow, er wisse, daß Andropow zu einem Treffen mit Reagan gehen würde, wenn alles vernünftig vorbereitet werde. Doch die von Reagan gestellte Bedingung der Zustimmung zur Null-Lösung mache dies Andropow schwer, wie er selbst in einem Interview gesagt habe.²⁵ Man müsse auch verstehen, was dies für die SU bedeute. Vielleicht werde diese Bedingung aber auch nur vorübergehend sein, und vielleicht werde weiter verhandelt. Ein sowjetisch-amerikanischer Gipfel könne in der Tat die internationale Atmosphäre positiv beeinflussen, aber nicht bei einem einseitigen harten Standpunkt einer Seite. Husák fügte hinzu, er verfolge die Äußerungen von BM und die der Bundesregierung mit Interesse und wolle fragen, ob BM hier eine Möglichkeit sehe, weiterzukommen.

BM erwiderte, er würde in dieser Frage so reagieren, wie wir auf die Vorschläge des Prager WP-Gipfels geantwortet hätten: In der Prager Erklärung habe es

²⁴ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

²⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, legte in einem am 2. Februar 1983 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ veröffentlichten Interview dar: „Vor allem muß ich mit allem Nachdruck sagen, daß der Vorschlag Präsident Reagans nichts Neues enthält. Alle Nachrichtenagenturen der Welt haben sofort erkannt, daß es sich dabei wieder um die ‚Null-Variante‘ handelt. Heute aber ist bereits allgemein anerkannt, daß diese für die Sowjetunion eindeutig inakzeptabel ist.“ Ein Treffen führender Persönlichkeiten der UdSSR und der USA könne an sich nützlich sein: „Wenn der Präsident der USA jedoch wissentlich ein Treffen von der Zustimmung der Sowjetunion zu der von ihm vorgeschlagenen eindeutig unannehmbaren Lösung des Problems der nuklearen Rüstungen in Europa abhängig macht, so zeugt das keineswegs von seriösem Herangehen der amerikanischen Führung an diese ganze Frage. Das ist nur zu bedauern.“ Vgl. ANDROPOW, Reden und Schriften, S. 351 und 353.

Dinge gegeben, mit denen wir nicht einverstanden gewesen seien. Wir hätten uns auf diesen Teil konzentrieren können. Wir hätten es aber vorgezogen, über Dinge zu sprechen, bei denen wir das Gefühl hätten, daß etwas Positives herauskommen könne. Das gehöre zur Verantwortlichkeit in der Politik. Deshalb werde man im Osten den Kern der amerikanischen Vorschläge auch positiv beantworten müssen. Der Kern sei: Die beiden führenden Männer sollten sich treffen. Die amerikanische Erklärung habe eine positive Resonanz verdient.

Husák stimmte BM zu, daß es eine Unzahl von Problemen gebe, z.B. in der wirtschaftlichen Entwicklung. Die sozialistischen Länder würden immer stärker von den Problemen in den westlichen Industriestaaten betroffen.

Im weiteren Gespräch wies BM auf die Probleme der gigantischen gegenseitigen Verschuldung hin und erläuterte die Gründe für den zurückgegangenen Energie-Verbrauch bei uns. Wenn unsere Wirtschaft wieder in Gang komme, würde dies auch die Öl-Länder als internationale Kreditgeber stabilisieren. BM wies darauf hin, daß wir in der Verschuldungsfrage mit den betroffenen Ländern in der Dritten Welt, aber auch im sozialistischen Bereiche, mit großer Verantwortlichkeit, die auch nötig sei, verhandelten.

Anschließend wandte sich BM den Umweltschutz-Problemen im Grenzgebiet²⁶ zu und unterstrich unser Interesse an gemeinsamen Anstrengungen zur Lösung der Probleme.

Husák wies darauf hin, daß man sich auf tschechoslowakischer Seite mit der Problematik seit längerem regelmäßig befasse, in Nord-Böhmen, das von der Umweltverschmutzung besonders betroffen sei, einige teure Anlagen ausprobiere und eine Reihe von Maßnahmen getroffen habe. Man suche weiter nach technischen Lösungen. Zur Energie-Versorgung brauche man jedoch weiterhin die Kohle. Es werde noch etwa zehn Jahre dauern, bis die Kernkraftwerke den geplanten großen Anteil der Energie-Versorgung übernommen hätten. Man sei zur bilateralen Zusammenarbeit bereit. Man müsse aber sehen, daß es sich um ein europäisches Problem handle. Die ČSSR habe Probleme auch mit der DDR und mit Polen und sei hier trotz jahrelanger Verhandlungen kaum vorangekom-

²⁶ Referat 414 stellte am 17. Januar 1983 fest, daß seit 1976 die Geruchsbelästigung im bayerisch-tschechoslowakischen Grenzgebiet stark zugenommen habe („Katzenstreuengeruch“). Nach einem Zusammentreffen der Grenzbevollmächtigten am 23./24. November 1982 in Prag habe die ČSSR nach längerem Drängen bayerischer Kommunen und der Bundesregierung mitgeteilt, „daß sie das Problem bis 1985 zu beseitigen beabsichtige und für diesen Zweck 50 Millionen Kronen für technische Maßnahmen in der Braunkohlevergasungsanlage Vresova im Fünfjahresplan eingesetzt habe“. Ein weiteres Problem betreffe die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid, „das wahrscheinlich maßgeblich zum Waldsterben im Bayerischen Wald beiträgt und zum Teil auf Emissionen aus der ČSSR beruht. Diese Frage ist auch bereits von den Grenzbevollmächtigten angesprochen worden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139634.

Weitere Probleme ergaben sich aus der Verschmutzung der Elbe. Dazu notierte Referat 414 am 17. Januar 1983, daß die Bundesregierung parallele Sondierungen mit der ČSSR und der DDR beschlossen habe: „Mitarbeiter der StV der DDR in Bonn erklärten gegenüber deutschem AA-Beamten, die Hauptverschmutzung komme aus der ČSSR.“ Gegenüber der ČSSR sei das Problem zuletzt bei den Konsultationen der Politischen Direktoren am 2. November 1981 angesprochen worden. Seitdem seien keine Fortschritte erzielt worden. Trilaterale Gespräche mit der ČSSR und der DDR seien für die Bundesregierung nicht wünschenswert, bis Klarheit über die Chancen von Gesprächen mit der DDR bestehe, „die zusätzlich mit dem Problem der Elbe-Grenzziehung belastet“ seien. Vgl. Referat 214, Bd. 139634.

men. Husák verwies auch darauf, daß die Winde, die den Schaden anrichteten, angeblich zu 70 bis 75 % aus dem Westen kämen.

BM gab Husák recht, daß es sich auch um ein internationales Problem handle, und schlug deshalb vor, auf beiden Wegen weiterzugehen: Wir hielten eine internationale Konferenz über diese Fragen für dringlich²⁷, wollten aber gleichzeitig mit der ČSSR bilateral zusammenarbeiten, da dies eine schnellere Lösung der Probleme zwischen beiden Ländern ermögliche.

BM empfahl, diese Probleme mit BM Zimmermann zu besprechen, wenn er im März nach Prag komme.²⁸ Husák erwiderte, man wolle mit BM Zimmermann darüber sprechen. Dieser denke sicherlich auch an Bayern, was legitim sei. (Er merkte hier an, daß die schlaun Bayern die Kohle, deren industrielle Nutzung sie der ČSSR vorwürfen, selbst in der ČSSR kauften und zu Hause verbrauchten.) Man wolle sich aber gut vorbereiten und auch den zur Zeit indisponierten Ministerpräsidenten Štrougal einschalten; dafür brauche man noch etwas Zeit. Deshalb werde man uns noch einen Termin-Vorschlag machen.²⁹

VS-Bd. 14114 (010)

²⁷ Ministerialdirektor Pfeffer unterbreitete Bundesminister Genscher am 15. Februar 1983 den Vorschlag, den im Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 1. Februar 1983 in Prag geäußerten Gedanken einer internationalen Konferenz über das Waldsterben weiterzuverfolgen, und legte Entwürfe für Schreiben an die Bundesminister Ertl, Graf Lambsdorff, Riesenhuber und Zimmermann vor: „Die Initiative zielt auf eine umfassende internationale Behandlung des Problems, eine interdisziplinäre Ursachenforschung und eine intensive Maßnahmenberatung. Dabei soll – ausgehend vom Kreis der EG – auch das Gespräch mit Osteuropa in der ECE gesucht werden, denn ohne Osteuropa ist das Problem sachlich nicht lösbar.“ Vgl. Referat 415, Bd. 132203. Mit Schreiben vom 23. Februar 1983 bat Genscher die zuständigen Kollegen um Mitwirkung für die Initiative einer internationalen Konferenz „zur Behandlung von Dringlichkeitsmaßnahmen gegen Umweltschäden durch saure Niederschläge in Europa“. Vgl. Referat 415, Bd. 132203.

²⁸ Am 28. Januar 1983 berichtete Botschafter Meyer, Prag, daß die tschechoslowakische Regierung nach Auskunft des Stellvertretenden Außenministers Spáčil „einen Besuch von Bundesminister Dr. Zimmermann grundsätzlich begrüße“. Sie prüfe aber „gegenwärtig zwei Fragen: die der zuständigen Gesprächspartner und die des Termins“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 125; Referat 214, Bd. 139646.

²⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil informierte am 22. September 1983 die Botschaft in Prag, „daß im kürzlichen Gespräch zwischen BM Zimmermann und Botschafter Spáčil ein Termin für den Besuch BM Zimmermanns in Prag im Frühjahr 1984 verabredet wurde“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 402; Referat 214, Bd. 139646.

31

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**201-363.31-406/83 VS-vertraulich****2. Februar 1983¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Deutsches Veto gegen Nukleareinsätze aus dem Bundesgebiet

I. 1) Wie zu erwarten, hat die öffentliche Diskussion um den Doppelbeschluß schließlich auch in der BR Deutschland den Blick auf die Frage der Mitbestimmung beim evtl. Einsatz amerikanischer INF von deutschem Boden aus gelenkt. Mitauslösend dafür waren kürzliche Äußerungen des britischen AM Pym und des italienischen VM Lagorio.

a) Lagorio äußerte sich im Januar 1983 in der italienischen Wehrzeitschrift „Panorama Difesa“ in einem Interview zur INF-Modernisierung u. a. wie folgt: „Der im Bau befindliche Stützpunkt in Comiso⁴ ist unter Jurisdiktion der NATO, und seine zukünftige Rolle muß in diesem Zusammenhang gesehen werden, ohne daß jedoch die Verantwortlichkeiten und die nationale Souveränität verletzt werden, d. h., Italien beansprucht für sich selbst das Recht, das letzte Wort für die in Comiso aufgestellten Waffen zu haben.“⁵

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Bolewski konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 7. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich vermute, daß der Aufzeichnung letztlich zuzustimmen ist, aber sie ist mir zu teleologisch abgefaßt. Diese Problematik muß von allen Seiten beleuchtet u. durchdiskutiert werden, denn es handelt sich hier doch um eine neue Waffendimension. Ich halte deshalb zu gegebener Zeit ein gut vorbereitetes Ministergespräch beim BK und BMVg nach der alten Formel 1+1 für notwendig. Es geht dabei um die Formen, in denen die ‚Konsultationspflicht‘ für d[ie] neuen Waffen ausgestaltet u. festgeschrieben wird.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 13. Februar 1983 vorgelegen, der den letzten Satz des Vermerks des Staatssekretärs von Staden hervorhob und handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]“.

Hat Amtsrat Kusnezow am 15. Februar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre sowie an Ministerialdirektor Pfeffer und Referat 201 verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 15. Februar 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staden „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Pfeffer am 17. Februar 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte: „Bitte auch Herrn Dg 20 n[ach] R[ückkehr] unterrichten. W[ieder]v[or]lage“ am 8.3.1983.“

Hat Hofmann am 17. Februar 1983 erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Schauer am 28. Februar 1983 vorgelegen.

Hat Pfeffer am 12. März 1983 erneut vorgelegen, der Hofmann um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Auch diese Aufz[ei]chnung StM Mertes zugänglich machen.“

Hat Hofmann am 14. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edit]“. Am 18. März 1983 vermerkte er zur Rücksprache bei Pfeffer handschriftlich: „Erl[edit]“.

⁴ Die italienische Regierung gab am 7. August 1981 bekannt, daß für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme der stillgelegte Flughafen Magliocco bei Comiso auf Sizilien vorgesehen sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 713 des Gesandten Ruyter, Rom, vom 10. August 1981; Referat 201, Bd. 125561.

⁵ Zum Interview des italienischen Verteidigungsministers Lagorio vgl. den Drahtbericht Nr. 89 des Gesandten Ruyter, Rom, vom 24. Januar 1983; VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktienkopien 1983.

Dies wurde von der Parteizeitung der Sozialistischen Partei Italiens „Avanti!“ am 15.1.1983 nachgedruckt.

Das italienische Außenministerium erklärte uns dazu, solche Äußerungen seien vor allem innenpolitisch zu verstehen. Die Sozialisten brächten das Thema der nuklearen Mitbestimmung von Zeit zu Zeit mit nationalen Tönen an die Öffentlichkeit. Dabei gehe es ihnen weniger um tatsächliche Mitbestimmung in Gestalt eines „Zweitschlüssels“ als um innenpolitisch motivierte Anmeldung einer eigenständigen Position.⁶

b) Pym hatte bereits am 2.12.1980 im Unterhaus auf Fragen nach der Einführung eines „Zweischlüsselsystems“ für die in Großbritannien zu stationierenden GLCM reagiert. Dabei erinnerte er daran, daß es für die Nutzung amerikanischer Basen in Großbritannien bereits seit 1952 die Vereinbarung gemeinsamer Entscheidung gebe; diese Regelung reiche aus.⁷

Pym (wie auch PM Thatcher im Unterhaus am 18.1.83⁸) verwies konkret auf das Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Truman und Churchill in Washington vom 8.1.1952, das insoweit folgenden Wortlaut hat:

„Aufgrund der für die gemeinsame Verteidigung getroffenen Vereinbarungen werden den Vereinigten Staaten bestimmte Stützpunkte in Großbritannien zur Benutzung überlassen. Wir bestätigen erneut die Abmachung, daß über die Benutzung dieser Stützpunkte im Ernstfall durch gemeinsamen, den Umständen der Zeit entsprechenden Beschluß der Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu entscheiden sein würde.“ (Europa-Archiv vom 20.2.1952, S. 4732)

Erläuternd führte Mr. Pym gegenüber Botschafter Ruhfus am 14.1.1983 aus, die britische Regierung halte sich an die in der NATO beschlossene Regelung, wonach die Verfügung über die INF-Systeme ganz in amerikanischer Hand liegen soll. Für Großbritannien wäre ein Zweischlüsselsystem durchaus denkbar gewesen. Dies würde jedoch einmal Beteiligung an den erheblichen Kosten der Systeme bedeuten. Zum anderen wolle Großbritannien hier die Interessen insbesondere von D berücksichtigen, auf dessen Argumente die Allianz-Entschei-

⁶ Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 17. Januar 1983, daß im italienischen Außenministerium ferner mitgeteilt worden sei, die Regierung sei „in dieser Sache der gleichen Auffassung wie die Sozialisten, d. h., wolle das Doppelschlüsselsystem für die Cruise Missiles. Sie vertrete zu diesem Punkt eine andere Philosophie als die Bundesregierung“. Dabei gehe es „nicht so sehr um ein sachliches Mitspracherecht [...], sondern um die Präsentation des Mitspracherechts in der Öffentlichkeit“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 49; VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Der britische Außenminister Pym antwortete auf eine Frage nach dem Konsultationsverfahren vor einem Einsatz der in Großbritannien zu stationierenden amerikanischen Mittelstreckensysteme: „As I have made clear to the House on several occasions, the use of the bases concerned by the United States in an emergency would be a matter for joint decision between the two Governments in the light of the circumstances at the time. These arrangements were originally agreed between Mr. Attlee and President Truman in 1951 and made public in a communiqué following talks between Mr. Churchill and President Truman in 1952, and have been in operation under successive Governments ever since.“ Vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 995, Sp. 116.

⁸ Premierministerin Thatcher erklärte im Unterhaus: „The use of United States bases in the United Kingdom in an emergency would be a matter for joint decision by Her Majesty's Government and the United States' Government in the light of circumstances prevailing at the time. That is the same rule as existed under the Labour Government and as has existed for the past 30 years. I am aware that concern has been expressed about the effectiveness of the arrangements and I have satisfied myself that they are effective.“ Vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 35, Sp. 168.

dung in erster Linie zurückgehe. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei besonders ungünstig, um irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Er werde sich daher bemühen, auch in Zukunft gegenüber dem Druck aus der britischen Öffentlichkeit und auch aus seiner eigenen Partei an dieser Linie festzuhalten.⁹

c) In der BR Deutschland wurde diese „Veto“-Thematik zuletzt von MdB Karsten Voigt aufgegriffen.

Voigt schrieb Herrn BM am 13.1.83¹⁰:

„Einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 12. Januar¹¹ entnehme ich, daß der italienische Verteidigungsminister Lagorio beansprucht, „das letzte Wort über den Einsatz der dort aufgestellten Waffen zu haben“. Ich bitte Sie um Mitteilung, ob diese Stellungnahme auch die offizielle Haltung der italienischen Regierung ist und wie die Bundesregierung in derselben Angelegenheit zu verfahren gedenkt.“¹²

Herr BM gab am 28.1. darauf folgende Antwort:

„Die im NATO-Doppelbeschluß vorgesehenen nuklearen Mittelstreckensysteme werden ausschließlich in amerikanischem Eigentum und in amerikanischer Verfügungsgewalt stehen. Das Bündnis gibt jedoch allen Mitgliedern der Allianz die Möglichkeit, ihre Stimme in nuklearen Konsultationen auch hinsichtlich solcher amerikanischer Waffen zur Geltung zu bringen. Der Haltung der Stationierungsländer käme dabei besonderes Gewicht zu. Die von der Süddeutschen Zeitung berichtete Äußerung ist in diesem Lichte zu verstehen.

Die Haltung der Bundesregierung in dieser Angelegenheit bleibt unverändert.“¹³

In ähnlichem Sinne waren alle früheren Ansinnen auf Forderung eines „deutschen Veto-Rechts“ beschieden worden.

II. Wer die Bundesregierung dazu aufruft, sich „aus nationalem Interesse“ die Forderung nach einem nuklearen Vetorecht gegenüber den USA zu eigen zu machen, kann in der heutigen, von Nuklearängsten geprägten innenpolitischen Situation sicherlich mit Zuspruch rechnen.

Gleichwohl könnte keine Bundesregierung dieser Aufforderung nachkommen, ohne gerade das deutsche nationale Interesse aufs Schwerste zu gefährden. Dies ergibt sich aus folgenden Erwägungen:

1) Als ein an der Grenze von NATO und Warschauer Pakt gelegener Staat, der auf nukleare Waffen verzichtet hat (WEU; NV-Vertrag)¹⁴, ist die BR Deutsch-

⁹ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 78 des Botschafters Ruhfus, London, vom 14. Januar 1983; VS-Bd. 12946 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Korrigiert aus: „13.1.82“.

¹¹ Vgl. die Meldung „Italien will Veto-Recht bei US-Atomwaffen“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 12. Januar 1983, S. 1.

¹² Für das Schreiben des SPD-Abgeordneten Voigt vgl. Referat 201, Bd. 125688.

¹³ Für das Schreiben des Bundesministers Genscher vgl. Referat 201, Bd. 125688.

¹⁴ Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269. Mit Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 verzichtete die Bundesrepublik auf Herstellung, Erwerb und Besitz von Nuklearwaffen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

land existentiell darauf angewiesen, daß die USA den Schirm ihrer nuklearen Abschreckung auf uns erstrecken. „Extended deterrence“ ist aber stets weniger glaubwürdig als die Abschreckungswirkung eigener nuklearer Waffen für den Nuklearstaat selbst. Deshalb sind wir ganz besonders darauf angewiesen, daß bei dem potentiellen Gegner keine Zweifel darüber aufkommen, daß die bei uns befindlichen amerikanischen Nuklearwaffen notfalls eingesetzt würden. Gerade dieser Zweifel müßte aber entstehen, wenn wir (oder andere NATO-Partner) ein „Vetorecht“ erhielten, ob dies nun physisch durchsetzbar wäre („Zweischlüsselsystem“) oder nicht (Mitbestimmungszusage).¹⁵

2) Die Amerikaner werden die Forderung nach Einräumung eines Vetorechts¹⁶ unsererseits nicht akzeptieren. (Der Fall Großbritannien ist etwas anders gelagert, da es unter Nuklearmächten ein zusätzliches besonderes Interesse gibt, daß die Nuklearschwelle – wenn überhaupt – gleichzeitig überschritten wird.)

Wer an die USA trotzdem das Veto-Ansinnen stellt, legt ihnen daher letztlich nichts anderes als den Rückzug ihrer nuklearen Waffen aus dem Bundesgebiet nahe.¹⁷ Insofern ist die Forderung nach einem Veto im Ergebnis nicht nur gegen die INF-Modernisierung, sondern auf eine Denuklearisierung der BR Deutschland gerichtet.

3) Wer einen zweiten Schlüssel hat, kann nicht nur eine negative Entscheidung treffen, also den Einsatz verhindern, sondern ihn auch zulassen. Die Nichtausübung der Veto-Möglichkeit stellt sich daher als eine positive Mitwirkung am nuklearen Einsatz dar.¹⁸

Wer das Veto-Ansinnen stellt, kann dies nicht mit der erklärten Absicht tun, unter allen Umständen Nein zu sagen. Er muß also grundsätzlich bereit sein, die Verantwortung auch für die Freigabe eines nuklearen Einsatzes mitzutragen.¹⁹

Insofern gerät das Veto-Ansinnen in einen Konflikt jedenfalls mit dem Geist des NV-Vertrags.

4) Wenn uns hinsichtlich der PII und GLCM ein Vetorecht eingeräumt würde, hätten wir gleichwohl keine Möglichkeit, es im Ernstfalle auch physisch durchzusetzen, denn hinsichtlich PII und GLCM haben wir bewußt darauf verzichtet, „user nation“ zu werden, um auch bei böswilliger Auslegung der gegebenen Möglichkeiten nicht mit dem Einsatz von die SU unmittelbar bedrohenden amerikanischen Systemen in Zusammenhang gebracht zu werden.²⁰ Eine deutsche De-facto-Kontrolle wäre derzeit – allerdings nur unter Eingriff in die Befehlswege der NATO – allenfalls bei nuklearen Waffensystemen möglich, die von der Bundeswehr bedient werden (PI, Starfighter, Nike, Lance, Artillerie).

¹⁵ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Diesen Gesichtspunkt sollte man nicht in den Vordergrund stellen.“

¹⁶ Der Passus „Die Amerikaner ... Vetorechts“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Pfeffer zurück. Vorher lautete er: „Schon aus diesem Grunde könnten die Amerikaner die Forderung nach Einräumung eines Vetorechts jedenfalls“.

¹⁷ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Ibid.“

¹⁸ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „r[ichtig]“.

¹⁹ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „r[ichtig]“.

²⁰ Der Passus „denn hinsichtlich PII ... gebracht zu werden“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Selbst ein physisches deutsches „Veto“ hätte also für die im Bundesgebiet befindlichen Nuklearwaffen bestenfalls eine partielle, die Überschreitung der nuklearen Schwelle ohne unsere Zustimmung nicht verhindernde Auswirkung.²¹ Erst recht hätte diese Veto-Möglichkeit keinen Einfluß auf die fortbestehende Möglichkeit, nukleare Waffen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auch von außerhalb des Bundesgebiets (und auch auf es) zum Einsatz zu bringen.

Das Veto-Ansinnen würde demnach das, was man erwartet, letztlich nicht gewährleisten: deutsche Kontrolle der nuklearen Eskalation von deutschem Boden oder auf deutschem Boden.

III. Unter diesen Umständen kann das deutsche nationale Interesse nur darin gesucht werden, die Mitbestimmung im Konsultationswege zu suchen, so wie dies von allen Bundesregierungen sowohl in der NATO (Nukleares Konsultationsverfahren) wie bilateral verfolgt worden ist.²²

Danach ist uns – soweit es Zeit und Umstände zulassen – zugesichert (und kommunikationstechnisch abgesichert), daß die Bundesregierung im Ernstfall ihre Stimme erheben und ihr besonderes Gewicht so in die Waagschale werfen kann, wie dies in der nuklearen Phase jeder WINTEX-Übung geübt wird.²³

Im Ernstfalle hinge damit letztlich alles davon ab, daß der deutsche Bundeskanzler im fraglichen Zeitpunkt ein so enges, vertrauensvolles und gewichtiges Verhältnis zum amerikanischen Präsidenten hat, daß ein amerikanischer „nuklearer Alleingang“ zwar nicht physisch oder rechtlich, jedoch nach den politischen Realitäten praktisch ausgeschlossen werden kann.

Auch um dies sicherzustellen, kommt der Pflege des deutsch-amerikanischen Verhältnisses eine Bedeutung von höchster nationaler Priorität zu.

Pfeffer

VS-Bd. 12048 (201)

²¹ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „r[ichtig]“.

²² Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „r[ichtig]“.

²³ Der Passus „wie dies in ... geübt wird“ wurde von Ministerialdirigent Schauer durch Fragezeichen hervorgehoben.

Zum nuklearen Teil der NATO-Stabsrahmenübung WINTEX 83 vom 24. Februar bis 9. März 1983 vgl. Dok. 64 und Dok. 66.

32

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl,
z.Z. Prag, an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 154

Citissime nachts

Aufgabe: 2. Februar 1983, 20.00 Uhr¹

Ankunft: 2. Februar 1983, 19.17 Uhr

Betr.: Besuch BM in Prag am 1./2.2.1983²;
hier: Gespräch mit AM Chňoupek am 1.2.1983

An dem dreieinhalbstündigen Gespräch der Außenminister nahmen auf deutscher Seite teil: BM, Botschafter³, Dg21⁴, stellv. Chef Prot⁵, Leiter MB⁶, BR I Gehl, Dolmetscher Grönebaum.

Auf tschechoslowakischer Seite nahmen teil: AM Chňoupek, AL Krámar, Leiter MB César, RL Poláček, Soukup – Presseabteilung, RL Zuzanik, Dolmetscherin Biskova.

Dem Delegationsgespräch war auf tschechoslowakischen Wunsch Vier-Augen-Gespräch beider Minister bei Mittagessen vorausgegangen.⁷

I. Tschechoslowakische Seite war bei dem Gespräch wie bei dem Besuch insgesamt um Schaffung guter Atmosphäre bemüht. Bemerkenswerte Zeichen dafür: Einladung des BM in Privathaus Chňoupek nach dem Abendessen; Anwesenheit tschechoslowakischen Prot-Chefs⁸ bei Kranzniederlegung am deutschen Soldatengrab; Chňoupek verlas seine Tischrede auf Deutsch (in der Sprache einer der Minderheiten in der ČSSR, wie er vorher BM sagte).

In Gesprächen wurden bilaterale Beziehungen in allen wesentlichen Aspekten sowie ausführlich das Ost-West-Verhältnis und die Abrüstungsfragen behandelt. Chňoupek unterstrich die Bedeutung, die man der deutschen Rolle im Ost-West-Verhältnis sowie bei der Meinungsbildung auf westlicher Seite im WP-Bereich zumißt. BM betonte amerikanischen Verhandlungswillen in Genf und Wunsch nach konstruktiven Beziehungen mit SU. Er unterstützte Vorschlag

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 40.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 8. Februar 1983 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 1./2. Februar 1983 in der ČSSR vgl. ferner Dok. 30.

³ Klaus Meyer.

⁴ Gerold Edler von Braunmühl.

⁵ Leopold Bill von Bredow.

⁶ Hans Friedrich von Ploetz.

⁷ Themen des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 1. Februar 1983 waren die Aussichten für ein Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, und die INF-Verhandlungen in Genf, insbesondere eine Null-Lösung. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl vom 2. Februar 1983; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Anwesend bei der Kranzniederlegung durch Bundesminister Genscher war laut Runderlaß Nr. 18 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 7. Februar 1983 der stellvertretende Protokollchef des tschechoslowakischen Außenministeriums, Hroch. Vgl. Referat 012, Bd. 124454.

Präsident Reagans für Treffen mit GS Andropow.⁹ Chňoupek vermied Ausfälle gegen amerikanische Politik und zeigte sich sehr interessiert an unseren kürzlichen Gesprächen mit Amerikanern, insbesondere zur Frage der Mittelstreckenraketen.¹⁰ Er selbst äußerte sich maßvoll zu diesem Thema. Er verzeichnete mit Befriedigung Bestätigung von BM bezüglich Kontinuität deutscher Vertragspolitik. Chňoupek war bemüht, die Rolle der ČSSR bei der Weiterverfolgung der Vorschläge des WP-Gipfels¹¹ herauszustreichen. Neue Erkenntnisse in der Sache brachten die Gespräche nicht.

II. Bilaterale Beziehungen

Beide Minister würdigten positive Entwicklung deutsch-tschechoslowakischer Beziehungen auf Grundlage des Prager Vertrages¹², mit dem schweres Erbe der Vergangenheit überwunden worden sei.

BM schnitt folgende Fragen an:

1) Jugendaustausch

BM setzte sich für Erleichterung bei Pflichtumtausch ein, um Kontakte der Jugend zu fördern.

Chňoupek verwies darauf, daß die Mindestumtauschregelung für alle Besucher gleich sei.¹³ Man werde sich diese Maßnahmen jedoch erneut unter dem Gesichtspunkt ansehen, ob sie den Jugendaustausch behinderten.

2) Visa für Journalisten

BM setzte sich für ein großzügigeres Verfahren ein, auch im Sinne der Schlußakte von Helsinki.¹⁴

Chňoupek entgegnete, daß ČSSR bei Visapraxis eines der liberalsten Länder der Welt sei (1982: 602 Visa an westdeutsche Journalisten bei nur 17 Ablehnungen) und daß nur solche Journalisten abgelehnt worden seien, die nicht nur

⁹ Vgl. dazu den Offenen Brief des Präsidenten Reagan vom 31. Januar 1983 „an das Volk von Europa“; Dok. 27, Anm. 5.

¹⁰ Zu den deutsch-amerikanischen Gesprächen über Abrüstung und Rüstungskontrolle am 20./21. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 14.

Vgl. dazu ferner die Gespräche des Bundesministers Genscher am 25./26. Januar 1983 in den USA sowie die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl und Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 31. Januar 1983 in Bonn; Dok. 18, Dok. 20, Dok. 23, Dok. 24, Dok. 27 und Dok. 28.

¹¹ Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“); Dok. 40.

¹² Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

¹³ Referat 510 notierte am 14. April 1983: „Deutsche Staatsangehörige unterliegen für die Einreise in die ČSSR dem Erfordernis des Pflichtumtauschs. Der Pflichtumtausch wurde mit Wirkung vom 1.7.1981 für Erwachsene von bisher täglich 25 DM auf 30 DM und für Kinder vom 6. bis 15. Lebensjahr von bisher 12,50 DM auf 15 DM erhöht. [...] Wir hatten bei den Konsularkonsultationen vom 9. bis 10.10.1980 wenigstens um eine Herabsetzung des damals gültigen Pflichtumtauschsatzes gebeten. Anlässlich der Konsultationen vom 12./13.10.1981 und des Besuchs von Außenminister Chňoupek am 16./17.12.1981 in Bonn sowie bei den deutsch-tschechoslowakischen Direktorenkonsultationen am 24./25.11.1982 in Prag wurde dieses Thema erneut angesprochen. Eine Reaktion der tschechoslowakischen Seite liegt nicht vor.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139629.

¹⁴ Vgl. dazu Ziffer 2c) des Dokuments „Zusammenarbeit im humanitären Bereich“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 952 f.

in „anti-tschechoslowakischer“ Weise berichteten, sondern auch gegen tschechoslowakische Gesetze verstoßen hätten.¹⁵

3) Presseberichterstattung

BM vermerkte kritisch, daß tschechoslowakische Presse zu noch unfreundlicherem Tone uns gegenüber übergegangen sei als bisher und als dies in anderen WP-Staaten Praxis sei.¹⁶

Chňoupek erwiderte mit üblichen Beschwerden über feindselige Berichterstattungen in Teilen deutscher Presse und nahm tschechoslowakische Presse in Schutz. Unter Bezugnahme auf unsere Einbestellung tschechoslowakischen Geschäftsträgers in Bonn am Vortag im Zusammenhang mit tschechoslowakischen Presseartikeln zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers stellte er fest, daß tschechoslowakische Medien keinen Vergleich zwischen Entstehung des Faschismus und heutiger Koalition in Bonn hätten anstellen wollen.¹⁷

4) Öffentlichkeitsarbeit bei Messen und Ausstellungen in ČSSR

BM setzte sich für großzügigere tschechoslowakische Praxis ein, die bisher hinter Übung in anderen WP-Staaten zurückbleibe.

Chňoupek erwiderte, er sei unseren Beschwerden nachgegangen, ohne Begründung zu finden. Auflagenhöhe von unserer Botschaft herausgegebenen Zeitschrift „Aktuell“ entspreche den auch für andere Botschaften geltenden Maßstäben sowie dem Bedarf.¹⁸

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil vermerkte am 30. August 1982, daß nach Auskunft des tschechoslowakischen Außenministeriums die Journalisten Hans-Peter Riese, Carl Gustav Ströhm („Die Welt“) und Raymund Hörhager („Kölnische Rundschau“) keine Einreisevisa mehr erhalten würden: „Ein die Politik der ČSSR kritisch beleuchtender Artikel von Herrn Riese in der Zeit“ (14.5.82) führte zu einem scharfen Protest der ČSSR gegenüber unserer Botschaft, in dessen Rahmen uns mitgeteilt wurde, dem Journalisten werde „für alle Zeit“ die Einreise in die ČSSR verweigert.“ Auch die Journalisten Hörhager und Stroehm könnten für die Deutschen Kulturtage vom 20. bis 26. September 1982 nicht mit einer Akkreditierung rechnen. Vgl. Referat 214, Bd. 139628.

¹⁶ Zur Berichterstattung in der tschechoslowakischen Presse über den 50. Jahrestag der „Machtergreifung“ durch die NSDAP verwies Referat 214 am 31. Januar 1983 auf die Berichterstattung in der tschechoslowakischen Tageszeitung „Rude Pravo“, in der eine „enge Verbindung“ zwischen den Lehren, die aus Hitlers Machtergreifung zu ziehen sind, und dem Kampf gegen die Rüstungspläne der NATO postuliert werde. Die tschechoslowakische Tageszeitung „Mlada Fronta“ schreibe: „Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland gleiche heute ‚aufgrund der amerikanischen Politik‘ fast den Bedingungen, die den Faschismus ermöglicht hatten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139634.

¹⁷ Für das Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl mit dem tschechoslowakischen Botschaftsrat Slížek am 31. Januar 1983 notierte Legationsrat Metger, daß die „unsachlichen und polemischen Angriffe“ tschechoslowakischer Zeitungen im Zusammenhang mit dem Jahrestag der „Machtergreifung“ der NSDAP „keinen Kommentar zur Sache“ verdienten. Es sei zu bedauern, „daß die staatlichen Organe, die nach dem in der ČSSR geltenden System die Verantwortung für die in der Presse erscheinenden Artikel tragen, ihre Zustimmung zu derartigen polemischen Äußerungen gegeben haben. Daraus ergibt sich die Frage, ob sich die Haltung der Regierung der ČSSR zur Fortsetzung der auf dem Prager Vertrag vom 11.12.1973 gestützten Politik der guten Nachbarschaft geändert hat.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats Metger vom 31. Januar 1983; Referat 214, Bd. 139634.

¹⁸ 1981 plante die Botschaft in Prag die Neugestaltung ihrer seit 1975 erscheinenden Botschaftszeitung „Aktuell“. Gleichzeitig bemühte sie sich im tschechoslowakischen Außenministerium um eine Erhöhung der Auflage auf 20 000 Exemplare. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 719 des Botschafters Diesel vom 17. August 1981; Referat 214, Bd. 139616.

Mit Note vom 9. März 1982 an das Auswärtige Amt genehmigte das tschechoslowakische Außenministerium eine Versandaufgabe von 1000 Stück. Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Prag, zog am 12. März 1982 den Schluß: „Alle Bemühungen, ČS-Seite zur Überprüfung unrentabel geringer Versandaufgabe zu bewegen, sind damit gescheitert. Monatelange Hinhaltetaktik ČS-Stellen gegen-

5) Kontakte und Städtepartnerschaften

BM äußerte sich positiv zur Städtepartnerschaft Wuppertal–Košice¹⁹ und übermittelte Interesse der Universitätsstadt Tübingen nach Partnerschaft mit einer Universitätsstadt in der ČSSR.

Chňoupek versprach aufgeschlossene Prüfung und baldige Antwort.

6) Kriegsgräberfürsorge

BM bat, VDK als Gesprächspartner zu akzeptieren.²⁰

Chňoupek wies auf Fortschritte im Bereich der Kriegsgräberpflege hin, wollte aber weiterhin dem Roten Kreuz als Partner Vorzug geben.

7) Kultureller Austausch

BM äußerte sich befriedigt über deutsche Kulturtage²¹ und regte Intensivierung kultureller Zusammenarbeit an.

Chňoupek drückte tschechoslowakischen Wunsch nach reziproker Veranstaltung bei uns aus, für die Essen vorgesehen sei, nannte aber keinen Zeitraum.

8) Wirtschaftsaustausch

BM befürwortete weitere Förderung durch Abbau tschechoslowakischer bürokratischer Hemmnisse, sowie Ausbau der Unternehmenskooperation.

Chňoupek räumte ein, daß Kooperation verbesserungsfähig sei, wobei er allerdings auf Klagen tschechoslowakischer Ressort-Ministerien über deutsche Angebote hinwies (keine Großfirmen).

BM erläuterte besondere Eignung mittlerer Unternehmen.

9) Binnenschiffsabkommen und Rhein-Donau-Kanal

BM setzte sich für verstärkte Bemühungen zur Lösung der Probleme beim Binnenschiffsabkommen²² ein und wies auf Möglichkeit hin, daß Bundesregie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 160

über unserem Vorhaben hatte offenkundig von vornherein das Ziel, unerwünschtes Projekt zu Fall zu bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 181; Referat 214, Bd. 139616.

19 Am 22. Mai 1980 wurde ein Abkommen über eine Städtepartnerschaft zwischen Wuppertal und Košice geschlossen.

20 Mit Verbalnote vom 8. Juli 1982 an das tschechoslowakische Außenministerium erklärte das Auswärtige Amt, daß der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) im Auftrag der Bundesregierung die Aufgaben der Kriegsgräberfürsorge durchführe: „Im Gegensatz dazu befaßt sich das Deutsche Rote Kreuz nur mit der Gräbernachforschung. Das bedeutet, daß allein der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu Gesprächen und Verhandlungen im Rahmen der Kriegsgräberfürsorge, die in der Hauptsache dem Pflege- und Umbettungsdienst dient, mit den zuständigen Stellen anderer Länder ermächtigt ist.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139689.

Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Prag, teilte am 23. November 1982 mit: „Mit Verbalnote vom 18.11.1982 teilt uns t[schecho]s[lowakisches] AM mit, daß die ‚bisherige Praxis der Auffindung und Betreuung deutscher Kriegsgräber‘ durch die Rote-Kreuz-Organisationen beider Länder ‚zufriedenstellend‘ sei. Eine Änderung der Praxis ‚werde nicht für zweckmäßig‘ gehalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 825; Referat 214, Bd. 139689.

21 Die Kulturtage der Bundesrepublik fanden vom 20. bis 26. September 1982 in Prag statt. Botschafter Diesel, Prag, bilanzierte am 30. September 1982, daß die Veranstaltung „nach langem Zögern“ die Zustimmung des Außenministers Chňoupek gefunden habe. Berlin (West) sei durch einen Auftritt des Brandis-Quartetts einbezogen worden. Diesel zog das Fazit: „Trotz aller Anfangsschwierigkeiten waren unsere Kulturtage in Prag ein außergewöhnlicher Erfolg. [...] Nachdem wir mit den Kulturtagen die Berlin-Problematik in unserem Sinne gelöst haben, sollte auch diese der zukünftigen Kulturarbeit nicht mehr im Wege stehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 676; Referat 214, Bd. 139683.

22 Referat 423 vermerkte am 14. April 1983 zum Stand der Gespräche über ein Binnenschiffsabkommen mit der ČSSR: „Die letzte Verhandlungsrunde vom 26. bis 28. Oktober 1981 in Bonn führ-

rung schon bald Weiterbau Main-Donau-Kanal beschließen werde, der nationale Wasserstraße bleiben werde.²³

Chňoupek erwiderte unter Hinweis auf Berlin-Problem, daß tschechoslowakische Seite auf Möglichkeit baldigen Abschluß der Verhandlungen hinwirken werde.

10) Umweltschutz²⁴

a) „Katzendreck-Gestank“: BM dankte für die nach seiner in New York ausgesprochenen Bitte²⁵ uns übermittelte tschechoslowakische Zusage, daß das Problem bis 1985 beseitigt werden solle.

Chňoupek erwiderte, daß Investitionen zur Beseitigung des Problems erst für 1986/87 vorgesehen seien.

b) „Saurer Regen“: BM wies auf dramatische Entwicklung des Waldsterbens²⁶ hin und befürwortete baldige tschechoslowakische Ratifikation des einschlägigen ECE-Übereinkommens²⁷ sowie Einberufung einer Konferenz für weitere Schritte.

Chňoupek verwies auf wissenschaftliche Untersuchungen, nach denen Waldsterben in Bayern vorwiegend auf westlichen Einflüssen beruhe, sagte aber weitere Mitarbeit zu. ECE-Übereinkommen werde demnächst von tschechoslowakischer Regierung behandelt.²⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 161

te zu weitgehendem Einvernehmen über die Verkehrs- und Wirtschaftsaspekte eines Vertragstextes. Es zeigte sich jedoch, daß der Dissens über die materielle Einbeziehung Berlins und über den Status des Main-Donau-Kanals fortbesteht. Die deutsche Seite bestand deshalb darauf, neben der Frank-Falin-Klausel in einem Anhang auch die relevanten Wasserstraßen einschließlich der Berliner Wasserstraßen und des Main-Donau-Kanals aufzuführen. Die CS-Seite hat seither verschiedentlich formale Kompromißmöglichkeiten angedeutet (zuletzt bei politischen Konsultationen am 24. und 25. November 1982), ohne jedoch materiell ein Einschnenken auf unsere Position zu erkennen zu geben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139629.

²³ Mit dem Duisburger Vertrag vom 16. September 1966 trafen die Bundesrepublik und der Freistaat Bayern Vereinbarungen über den Bau des Main-Donau-Kanals zwischen Nürnberg und Regensburg. Das Teilstück bis Straubing sollte bis 1981 und die anschließende Strecke bis Vilshofen bis 1989 fertiggestellt werden. Aus finanziellen Gründen verzögerten sich die Bauarbeiten jedoch. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 221, und AAPD 1981, II, Dok. 272.

²⁴ Zu den Bemühungen der Bundesrepublik und der ČSSR um eine Verbesserung des Umweltschutzes vgl. Dok. 30, Anm. 26.

²⁵ Bundesminister Genscher und der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek trafen sich am 6. Oktober 1982 am Rande der VN-Generalversammlung. Zum Gespräch vgl. den Drahtbericht Nr. 1 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. auf dem Rückflug von New York, vom 7. Oktober 1982; Referat 214, Bd. 132983.

²⁶ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 31. Januar 1983: „Das Waldsterben in Deutschland als Folge der Luftverunreinigung ist im Begriff, das politisch aktuellste und wahrscheinlich auch tatsächlich dringendste Umweltschutzthema zu werden. Die Ursachen der Baumschäden sind noch nicht zweifelsfrei geklärt, doch gibt es wissenschaftliche Hypothesen über die Zusammenhänge. Wahrscheinlich ist das Schwefeldioxid aus Kohle- und Ölkraftwerken, das im sauren Regen oder als trockene Deposition niedergeht, im Zusammenwirken mit weiteren Faktoren eine Hauptursache.“ Vgl. Referat 415, Bd. 132203.

²⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 374–382.

²⁸ Am 20./21. April 1983 fand die vierte Sitzung der Grenzbevollmächtigten der Bundesrepublik und der ČSSR, Köhler und Havlik, statt. Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil am 29. April 1983: „Bezüglich des sogen[annten] Katzendreckgeruchs teilte der tschechoslowakische Grenzbevollmächtigte mit, daß der für die Beseitigung der Emission genannte Termin 1985 nach wie vor gelte; mit der notwendigen Investition solle 1984 begonnen werden. Die von deutscher Seite vorgeschlagene Entwicklung eines gemeinsamen lufthygienischen Alarmplans für das Grenzge-

c) Elbe-Verschmutzung: Chňoupek meinte zu diesem von BM angeführten Problem, daß ČSSR keine über Normen hinausgehende Verschmutzung verursache. Beide Minister waren sich einig, daß DDR in dieser Sache beteiligt werden müsse.

11) Ausreisen und deutsche Minderheit in ČSSR

BM setzte sich für weitere Ermöglichung der Ausreisen sowie der Pflege kultureller Eigenheit deutscher Minderheit in der ČSSR ein.

Chňoupek erwiderte, daß Ausreise aufgrund Briefwechsels²⁹ grundsätzlich problemlos laufe, allerdings gebe es Schwierigkeiten bei Familien aus Misch-ehen. Kulturelle Selbstverwirklichung sei verfassungsmäßig gewährleistet³⁰, aber z.B. im schulischen Bereich durch verstreute Siedlungen deutscher Minderheit praktisch schwierig.

12) Haftfälle³¹

BM setzte sich für Lösung der Fälle in der von uns übergebenen Liste³² ein, besonders in den menschlich härtesten Fällen, und sprach Problem der Vitaminpräparate³³ an.

Chňoupek sagte Prüfung zu, äußerte sich zu den Haftfällen jedoch zurückhaltend; der Frage der Vitaminpräparate wolle er sich jedoch persönlich annehmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 162

biet wurde von tschechoslowakischer Seite mit dem Hinweis auf die mangelnde Kompetenz der Grenzbevollmächtigten abgelehnt. Von tschechoslowakischer Seite sei der Abschluß eines Regierungsabkommens Voraussetzung für den vorgeschlagenen Datenaustausch. Die tschechoslowakische Seite gab bekannt, daß das Ratifizierungsverfahren für das ECE-Abkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Umweltverschmutzung eingeleitet worden sei. Mit Verzögerungen des Ratifizierungsverfahrens werde nicht gerechnet.“ Vgl. Referat 433, Bd. 132147.

²⁹ Für den Wortlaut des Briefwechsels vom 13. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über humanitäre Fragen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 995. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, III, Dok. 415.

³⁰ Mit dem Verfassungsgesetz vom 27. Oktober 1968 über die tschechoslowakische Föderation erhielten Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit den Status einer besonderen Nationalität und entsprechende Minderheitenrechte, insbesondere Sonderrechte zur Förderung und zum Gebrauch der deutschen Sprache sowie kulturelle Freiheiten. Für den Wortlaut vgl. DIE GESETZGEBUNG DER SOZIALISTISCHEN STAATEN, Bd. 4.

³¹ Referat 511 vermerkte am 14. Januar 1983: „Derzeit befinden sich 27 deutsche Staatsangehörige in tschechoslowakischer Haft, davon drei deutsch-tschechoslowakische Doppelstaatler: drei wegen Spionage, sieben wegen Fluchthilfe, drei wegen Verkehrsunfällen, einer wegen Mordes, einer wegen Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, einer wegen Versuchs, gefälschte US-Dollar-Noten in Umlauf zu bringen, elf wegen Schmuggels. Außerdem befindet sich ein ausschließlich tschechoslowakischer Staatsangehöriger wegen Spionage und Fluchthilfe in tschechoslowakischer Haft, dessen Eltern jedoch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139634.

³² Botschafter Meyer, Prag, übergab am 2. Februar 1983 dem tschechoslowakischen Stellvertretenden Außenminister Spáčil in Anwesenheit von Außenminister Chňoupek eine Liste mit vier Fällen von in der ČSSR inhaftierten Personen, die als „Härtefälle“ galten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 156; Referat 214, Bd. 139634.

³³ Referat 511 notierte am 13. Januar 1983: „Das tschechoslowakische Außenministerium hat mit Note vom 30.9.1982 der Botschaft Prag überraschend die zukünftige Übergabe von Vitaminpräparaten an deutsche Inhaftierte untersagt. [...] Damit wird eine mehrjährige Praxis unterbrochen, die nach vielen diplomatischen Bemühungen mit Beginn des Jahres 1979 endgültig eingeführt zu sein schien. Das tschechoslowakische Außenministerium hatte damals mit Verbalnote mitgeteilt, daß gegen eine Übergabe von Vitaminpräparaten durch die Botschaft keine Einwände bestünden.“ Da die ausreichende Vitaminversorgung in den Haftanstalten nicht gewährleistet sei, bestehe nun die Gefahr von Vitaminmangelkrankungen vor allem bei langjährig inhaftierten Personen. Vgl. Referat 214, Bd. 139629.

13) Schwarzenberg-Archivalien³⁴

BM erneuerte Wunsch nach Herausgabe, mindestens aber als ersten Schritt Austausch von Mikrofilmen.

Letzteres wurde von Chňoupek in Aussicht gestellt.

Chňoupek brachte folgende weitere Fragen zur Sprache:

14) Pragreise BM Zimmermann³⁵

Chňoupek teilte prinzipielle Zustimmung zu Besuch mit: Terminvorschlag werde nach Abstimmung mit Minister für Technik und Investitionen³⁶, der neben Innenminister³⁷ Gesprächspartner sein werde, übermittelt.

BM äußerte sich befriedigt und hob Bedeutung dieses Besuches hervor.

15) Aktivitäten sudetendeutscher Landsmannschaften

Chňoupek beklagte sich über Vorbringen vermögensrechtlicher Ansprüche seitens sudetendeutscher Landsmannschaft³⁸ und äußerte Verwunderung, daß Bundesregierung Tätigkeiten dieser Organisationen zustimme.

BM verwies auf frühere Erörterung dieses Themas, wies Angriffe auf Bundesregierung zurück und betonte Friedlichkeit der sudetendeutschen Landsmannschaft.

16) Chňoupek beschwerte sich über Tätigkeit Radio Freies Europa. BM widersprach.

17) Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie in Bayern nahe tschechoslowakischer Grenze³⁹

³⁴ Abteilung 5 vermerkte am 13. Januar 1983: „Inventar und Archivalien des Schlosses Schwarzenberg (Franken) wurden 1940 wegen Gegnerschaft Fürst Schwarzenbergs gegen das NS-Regime beschlagnahmt und 1944 ins Gebiet der heutigen ČSSR ausgelagert. Ansprüche der Familie Schwarzenberg hinsichtlich dieses Besitzes wurden zwischenzeitlich an Freistaat Bayern abgetreten, der seinerseits seit 1978 wegen des unschätzbaren Werts der fraglichen Gegenstände für bayerische und insbesondere fränkische Landesgeschichte um Herausgabe durch ČSSR bemüht ist. Auswärtiges Amt hat sich dementsprechend durch Kontakte der Botschaft Prag mit ČSSR-Stellen, im Rahmen bilateraler Rechts- und Konsularkonsultationen wie auch auf Außenministerebene (letztmals im Dezember 1980) um Rückgabe bemüht.“ Im Oktober 1981 habe sich die ČSSR dazu „eindeutig negativ geäußert: Verstaatlichungsprozeß in der ČSSR sei abgeschlossen; Ausnahmeregelungen – etwa für Schwarzenbergschen Besitz – gebe es nicht. ČSSR sei lediglich bereit, Fotokopien der Archivalien zur Verfügung zu stellen, dies aber auch nur unter der Voraussetzung, daß ihr im Gegenzuge Fotokopien angeblich in Bayern befindlicher Archivalien der Familie Zedwitz übergeben würden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139683.

³⁵ Zum geplanten Besuch des Bundesministers Zimmermann in der ČSSR vgl. Dok. 30, Anm. 28 und 29.

³⁶ Ladislav Šupka.

³⁷ Jaromír Obzina.

³⁸ Die Bundesversammlung der Sudetendeutschen in Österreich verabschiedete im Dezember 1982 politische Leitlinien, in denen sie u.a. ein „Recht auf Wiedergutmachung“ geltend machten, „wobei die Hauptlast der Durchführung bei den Institutionen und Menschen liegt, die den Schaden verursacht haben. Den Sudetendeutschen einen Verzicht auf ein Gebiet so groß wie Oberösterreich, Salzburg und Kärnten und einen solchen auf ein Nationalvermögen von 1000 Milliarden Schilling abzuverlangen, ist eine Überforderung in jeder Hinsicht. Auf unsere Toten müssen wir verzichten.“ Vgl. den Artikel „Leitlinien der Sudetendeutschen in Österreich für die Politik“, SUDETENPOST vom 17. Dezember 1982, S. 1.

³⁹ Am 13. Januar 1983 informierte das Bundesministerium des Innern, daß in Bayern in Grenznähe zur ČSSR der Bau zweier kerntechnischer Anlagen geplant seien: in Mitterteich (ca. 15 km von der Grenze zur ČSSR) ein zentrales Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus bayerischen Atomkraftwerken mit einer Kapazität von 10 000 Fässern à 200 l bzw. 400 l; ferner eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente in Wackersdorf bei Schwandorf (ca. 40 km

Chňoupek bat um Informationen über Sicherheitsbestimmungen und Unfall-schutzmaßnahmen.

BM sagte Informationen zu. Im übrigen solle Thema mit BM Zimmermann be-handelt werden.

⁴⁰III. Internationale Lage

1) Ost-West-Verhältnis

Beide Minister stimmten überein, daß 1983 Jahr der Weichenstellung sei. BM unterstrich, daß man sich durch Dialog und Kooperation bemühen müsse, zu-sätzliche Spannungen aufgrund von Mißverständnissen zu vermeiden. Dem dien-ten unsere Besuchskontakte.

BM wies auch auf politische stabilisierende Bedeutung wirtschaftlicher Zusam-menarbeit hin. Inzwischen bestehe Einvernehmen, daß Handelskrieg nicht statt-finden werde.

2) Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen

BM setzte sich nachdrücklich für Null-Lösung ein. Wenn allerdings SU sich jetzt noch nicht zu gänzlichem Verzicht durchringen könne, müsse man prüfen, was dann möglich sei. Doppelbeschluß sehe Prüfung Nachrüstungsbedarfs im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse vor. Wenn SU sich entschlöße, erhebli-chen Teil ihrer Mittelstreckenraketen zu vernichten, würde Westen mit Bereit-schaft antworten, auch erheblichen Teil der Nachrüstung nicht durchzuführen. Das würde Zeitpunkt des Beginns der Nachrüstung nicht beeinflussen, wohl aber Umfang. Ein solches Verhandlungsergebnis sollte Zwischenergebnis sein, d.h., man sollte sich mit dieser Teillösung nicht zufriedengeben, sondern weiter ver-handeln, um am Ende möglichst Null-Lösung zu erreichen.⁴¹

Chňoupek verwies auf sowjetische Informationen, nach denen sich in Genf tat-sächlich keine Fortschritte abzeichneten: Westen verbreite offiziellen Optimis-mus, um Öffentlichkeit in Westeuropa zu beeindrucken. Zur Frage der Null-Lö-sung und der Ausklammerung französischen und britischen Potentials verwies er auf ablehnende Stellungnahme Andropows.⁴² Dagegen seien weitere Fragen, z.B. ob zu reduzierende sowjetische Raketen verlagert oder vernichtet würden, sekundäre Fragen, die man lösen werde, wenn es in den Hauptfragen zur Ent-scheidung komme.

Null-Variante werde auch im Westen immer mehr als Absurdität erkannt.

Chňoupek meinte, daß sich westliche Öffentlichkeit für einige negative Aspek-te einer etwaigen Stationierung neuer amerikanischer Raketen auf deutschem Gebiet noch besonders interessieren werde, z.B. dafür, wer dann den Finger auf dem Drücker habe und ob nicht Bundesrepublik Deutschland zum Kampfplatz werden könne. Er drückte die Hoffnung aus, daß Washington nach Gesprächen von Bush in Bonn seinen Standpunkt revidieren werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 164

von der Grenze zur ČSSR), die 1992/93 in Betrieb genommen werden solle. Vgl. dazu die Aufzeich-nung; Referat 214, Bd. 139634.

⁴⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 155 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁴¹ Zu Überlegungen für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 18, Anm. 19.

⁴² Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982; Dok. 2, Anm. 13.

Chňoupek dankte für Erläuterungen von BM zum Stichpunkt: Zwischenergebnis. Ohne direkt Stellung zu nehmen, zitierte er Gromyko, der einmal gesagt habe, daß man im Abrüstungsbereich nicht alles auf einmal lösen könne.

BM erläuterte unsere Gründe für die Ablehnung der Anrechnung französischer und britischer Systeme bei den INF-Verhandlungen. Er unterstrich, daß ein sowjetisches Monopol nicht akzeptabel sei, und verwies darauf, daß der Westen schon mit der Nicht-Erhöhung des Nachrüstungsniveaus von 572 Raketen eine einseitige Vorleistung erbracht habe, da man 1979 noch von einer geringeren Anzahl SS-20 ausgegangen sei, als es heute gebe.

BM unterstrich, daß seine Gespräche in Washington und mit Bush in Bonn seine Überzeugung von dem aufrichtigen Verhandlungswillen der USA bestätigt habe. Er habe seinen amerikanischen Gesprächspartnern auch unsere Überzeugung aus den Gesprächen mit Gromyko⁴³ mitgeteilt, daß die SU ebenfalls ernsthaft in Genf zu einem Ergebnis kommen wolle.

Chňoupek würdigte unsere Bemühungen in dieser Frage.

3) Weitere Abrüstungsverhandlungen

BM unterstrich unser Interesse an baldigen positiven Ergebnissen auch bei START (echte Reduzierungen könnten positive Auswirkungen auch für die INF-Verhandlungen haben), Madrid⁴⁴ und MBFR (Ergebnisse in Wien und Einsetzung einer KAE könnten positive Anstöße für Befassung mit konventionellem Gleichgewicht in ganz Europa haben). BM betonte Notwendigkeit, an allen fünf Verhandlungstischen, zu denen auch Abrüstungsausschuß der VN in Genf gehöre, jetzt vorwärtszukommen.

BM erwähnte Verabredung mit Gromyko, daß der Abrüstungs-Beauftragte der Bundesregierung im Februar zu breit angelegten Abrüstungsgesprächen nach Moskau komme⁴⁵, und bot an, entsprechende Gespräche auch mit ČSSR zu führen.

4) Amerikanisch-sowjetisches Verhältnis

BM unterstützte Vorschlag Reagans für sowjetisch-amerikanischen Gipfel, der für positives Ergebnis in Genf und weit darüber hinaus wichtig sei.

Chňoupek berichtete über Antwort Andropows (die er gerade auf den Tisch erhielt).⁴⁶ Er äußerte sich vorsichtig optimistisch zu einem Zustandekommen des Gipfels.

5) WP-Vorschläge und NATO-Vorschläge

BM verwies auf westliche Angebote, besonders in Deklaration Bonner NATO-Gipfels⁴⁷ und Communiqué der AM des Bündnisses⁴⁸. Der GV⁴⁹-Vertragsvor-

⁴³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁴⁴ Am 11. November 1980 wurde in Madrid die zweite KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Am 8. Februar 1983 nahm das Treffen nach einer Weihnachtspause seine Arbeit wieder auf. Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 19.

⁴⁵ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 24./25. Februar 1983 in Moskau über Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. Dok. 47, Anm. 13.

⁴⁶ Zu den am 2. Februar 1983 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ veröffentlichten Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 30, Anm. 25.

⁴⁷ Am 10. Juni 1982 fand in Bonn eine Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72–

schlag werfe für uns eine Reihe von Fragen auf: z.B. Verhältnis zu entsprechenden Bestimmungen in Satzung der VN⁵⁰ und Schlußakte von Helsinki⁵¹. Außerdem sei das Prinzip auch in unseren bilateralen Ostverträgen⁵² verankert. Geltung zwischen allen Teilnehmern?

Warum bezogen auf WP/NATO? Warum nur militärische Bedrohung? Mit solchen Fragen wollten wir WP-Vorschläge jedoch nicht vom Tisch wischen, sondern nur Klarheit für unsere Einschätzung erhalten.

Chňoupek würdigte eingehend als ernstgemeint dargestellte Absichten der WP-Vorschläge, besonders des GV-Vertragsangebots. WP habe damit „Hand reichen“ wollen. Auf Satzung VN und Schlußakte habe man aufbauen, nicht diese verwässern wollen. Abschluß GV-Vertrags gerade zwischen WP und NATO habe man vorgeschlagen, weil in diesem Verhältnis stärkstes Bedürfnis zur Vertrauensbildung bestehe.

Bisheriges Echo auf Übermittlung der WP-Vorschläge sei relativ positiv. Man habe die tschechoslowakischen Vertreter hochrangig empfangen und zumindest Prüfung zugesagt. Das Echo in der öffentlichen Meinung sei wichtig und günstig, auch in der Bundesrepublik Deutschland. Jetzt werde unter Berücksichtigung der Reaktionen Vertragsentwurf vorbereitet (Rohentwurf sei schon fertig). In erster Jahreshälfte werde AM-Ausschuß des WP in Prag die Sache erneut beraten.⁵³

6) Innerdeutsches Verhältnis

BM unterstrich die Bedeutung des innerdeutschen Verhältnisses für die Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen.

7) Weitere internationale Fragen wurden nur am Rande gestreift. Chňoupek äußerte sich erneut skeptisch zu den Bemühungen der Fünf zu Namibia.⁵⁴

Fortsetzung Fußnote von Seite 166

74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

48 Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90.

49 Gewaltverzicht.

50 Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

51 Vgl. dazu Ziffer II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

52 Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.

Vgl. dazu ferner Artikel II Absatz 2 des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.

Vgl. dazu Artikel III des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423.

Vgl. dazu schließlich Artikel III Absatz II des Vertrag vom 11. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik und der CSSR über die gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 991.

53 Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 6./7. April 1983 vgl. Dok. 91, besonders Anm. 3.

54 Am 10. April 1978 unterbreiteten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA dem VN-Sicherheitsrat einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

Die Fünf bemühten sich auch in den folgenden Jahren um eine Vermittlung im südlichen Afrika. Zum Stand der Gespräche vgl. AAPD 1982, II, Dok. 227.

BM erläuterte die positiven Wirkungen der Arbeit der Fünf.

Zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen meinte Chňoupek: Die chinesische Haltung habe sich wenig geändert. Die sozialistischen Länder dagegen hätten Zugeständnisse gemacht. Bei den Bemühungen um eine Normalisierung der staatlichen Beziehungen zeige sich eine gewisse Bewegung. Es werde wohl „step by step“ weitergehen.⁵⁵

BM betonte unser Interesse daran, daß alle Länder miteinander auskommen. Deshalb begrüßten wir jeden Schritt in eine positive Richtung im Verhältnis zwischen SU und China.

[gez.] Braunmühl

Referat 010, Bd. 178878

33

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in Genf

010-285/83 VS-vertraulich

3. Februar 1983¹

Gespräch BM mit Botschafter Nitze in Genf am 3.2.1983, beim Mittagessen²

1) An dem Gespräch nehmen auf amerikanischer Seite Nitze und Glitman, auf deutscher Seite Ruth, Wegener und Ischinger teil.

2) Das Gespräch beginnt mit einer Erörterung der Drittstaaten-Problematik.

Auf Frage BM führt Nitze aus: Die sowjetische Position sei unverändert geblieben. Die Sowjetunion wolle die französischen und britischen Systeme in einer westlichen amerikanischen Obergrenze mitzählen. Für die Nicht-Einbeziehung der Drittstaatsysteme gebe es 25 verschiedene Argumente; so argumentierten die Briten etwa anders als die Franzosen, wenn sie darauf abstellten, daß ihre Systeme keine Mittelstreckensysteme seien. Frankreich hingegen stelle dar-

⁵⁵ Im Oktober 1982 fand in Peking eine erste Runde von Konsultationen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung der Beziehungen statt. Sie wurden vom 1. bis 21. März 1983 in Moskau fortgesetzt. Dazu berichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 22. März 1983: „Wichtigstes Ergebnis dieser zweiten Runde dürften Anzeichen dafür sein, daß die SU offenbar bereit ist, in einer der ‚dritte Länder betreffenden Fragen‘, die sie bisher aus den Gesprächen herauszuhalten wünschte, nun doch in einen Dialog einzutreten. Es ist dies die sowjetische Truppenpräsenz in der Mongolei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1270; Referat 213, Bd. 133208.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger am 4. Februar 1983 gefertigt. Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 3. Februar 1983 anlässlich der Sitzung des Abrüstungsausschusses (CD) in Genf auf. Ferner traf er mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, zusammen. Vgl. dazu Dok. 34. Ein weiteres Gespräch führte Genscher mit dem Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

auf ab, daß die Kombination des französischen SLBM- und S 3-Potentials für die Verteidigung Frankreichs – und Europas – unverzichtbar sei.

BM weist auf politische Bedeutung der bevorstehenden Moskau-Reise AM Cheysson³ hin; dabei werde es wichtig sein, daß die französische Position, so wie sie Mitterrand im Deutschen Bundestag dargestellt habe⁴, auch der sowjetischen Führung eindringlich dargelegt werde.

3) BM gibt sodann Eindrücke aus seiner Prag-Reise am 1. und 2.2.1983 wieder.⁵ AM Chňoupek sei von den WP-Außenministern der an der kürzesten Leine geführte. Chňoupek habe sich bei ihm nach der Bedeutung der Zwischenlösungsvorschläge⁶ erkundigt. Er habe Chňoupek geantwortet, für jeden Lösungsvorschlag würden folgende Grundparameter gelten:

- keine Einbeziehung und keine Kompensation französischer und britischer Systeme;
- kein sowjetisches Raketenmonopol;
- keine Verschiebung der Dislozierungsdaten;
- bei einer sowjetischen Bereitschaft zur Reduzierung könne entsprechend dem Doppelbeschuß auch die Nachrüstung überprüft und ggf. reduziert werden.

Interessanterweise habe Chňoupek diese Vorstellungen als realistisch und flexibel bezeichnet und in ihnen einen Ausgangspunkt für eine Lösung gesehen. Es sei angesichts der Stellung Chňoupeks zu vermuten, daß er eine solche Einschätzung kaum ohne jede Rückendeckung von sich geben würde.

Chňoupek habe auch nach den Aussichten für ein Gipfeltreffen Reagan/Andropow gefragt. Er habe Chňoupek ausführlich den Fehler erläutert, den die Sowjetunion 1981 gemacht habe, als sie auf den handgeschriebenen Brief Reagans mit einem Formschreiben reagierte.⁷ Jetzt gelte es, die Wiederholung eines solchen Fehlers zu vermeiden.

4) Zur politischen Gesamtlage bei den INF-Verhandlungen erläuterte BM, daß die Sowjetunion sich wohl bis Mai nicht bewegen werde. Deshalb müsse die Zeit zwischen jetzt und Mai überbrückt werden. Er habe die Frage nach einem informellen NATO-AM-Treffen in Washington mit AM Shultz erörtert.⁸ Shultz sei sich nicht sicher gewesen. Man müsse aber sehen, daß die europäischen Regierungen alle dafür seien, die Initiative in der Rüstungskontrolle zu behalten; sogar die Briten hätten jetzt ihre innenpolitischen Probleme damit.

Zur innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland: Die Koalition komme wegen der Raketenfrage jetzt nicht mehr unter Druck, es sei ein

³ Zum Besuch des französischen Außenministers Cheysson vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 49, Anm. 30.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 123, S. 8978–8992.

⁵ Zum Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR vgl. Dok. 30 und Dok. 32.

⁶ Zu Überlegungen für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 18, Anm. 19.

⁷ Für den handschriftlichen Brief des Präsidenten Reagan vom 24. April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, nach dem Attentatsversuch auf Reagan vom 30. März 1981 vgl. <http://jasonabin.com/thereaganfiles/id9.html>.

Für das Antwortschreiben von Breschnew vom 25. Mai 1981 an Reagan vgl. http://jasonabin.com/thereaganfiles/03_25_1981.html. Vgl. dazu ferner Breschnews Schreiben vom 27. Mai 1981 an Reagan; http://jasonabin.com/thereaganfiles/5_27_1981.html.

⁸ Vgl. dazu das Gespräch am 25. Januar 1983; Dok. 18.

Remis entstanden. Der Grund hierfür liege darin, daß mit der Andeutung der Möglichkeit von Zwischenlösungen der Eindruck verschwunden sei, der Westen fordere nur eine Alles-oder-nichts-Lösung. Er habe Präsident Reagan und Vizepräsident Bush eindringlich nahegelegt, die Genfer Verhandlungen ohne Rücksicht auf die deutschen Wahlen⁹ zu führen.¹⁰ Es sei ganz wichtig, jedenfalls nicht mit Rücksicht auf die Wahlen in Deutschland Verhandlungsschritte aufzuschieben.

5) *Nitze* erläutert den INF-Verhandlungsstand wie folgt: Er habe die neue Runde¹¹ damit begonnen, das amerikanische Festhalten an der Null-Lösung zu erläutern und die Sowjetunion aufzufordern, ihrerseits initiativ zu werden, um eine Lösung anzubieten, die den von uns gestellten Grundkriterien gerecht werden würde. Gleichzeitig habe er auch in den zweitrangigen Fragen wie Verifikation, Ausarbeitung eines Vertragstextes, kollaterale Beschränkungen usw. Schritte ergriffen, um auf der ganzen Front Bewegung zu zeigen.

Die Sowjetunion habe ihrerseits Erläuterungen zu Artikel 4 ihres Vertragsentwurfs¹² vorgelegt. Sie habe im Detail Formulierungen zu der von ihr vorgeschlagenen Untergrenze vorgetragen. Hieraus ergebe sich, daß die sowjetische Seite keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt gegenüber der dritten Runde¹³ gemacht habe. Es sei klargeworden, daß mit der Zahl 162 eine Untergrenze unter der früher genannten Obergrenze von 300 gemeint sei; damit blieben 138 Systeme – Flugzeuge – übrig. Die französischen und britischen Systeme müßten nach der sowjetischen Vorstellung hiervon abgezogen werden. Die Zahlen sollten außerdem entsprechend der Entwicklung der britischen und französischen Kräfte bereits während der Verhandlungsdauer angepaßt werden; nach Vertragsabschluß solle die Sowjetunion ebenfalls das Recht behalten, ihre Systemzahl entsprechenden Veränderungen der britischen und französischen Systeme anzupassen. Im Klartext bedeute das, daß im Falle eines Aufwuchses der britischen und französischen Systeme über 300 die SU sogar diesen von ihr selbst gesetzten Ceiling überschreiten könne. Die SU dürfe also immer weiter aufrüsten, während die USA immer weiter abrüsten müsse.

Glitsman ergänzt, die Sowjetunion sehe hierin einen Mechanismus zur Erhaltung eines bestimmten Kräfteverhältnisses, der in seiner Konsequenz den Inhalt eines amerikanisch-sowjetischen Vertrags von der Entwicklung der französischen und britischen Systeme abhängig mache.

6) Auf Frage *BM* nach Einschätzung der von *Nitze* erwähnten Abbruchdrohungen der Sowjetunion äußert *Nitze*, *Kwizinskij* selbst habe diese Drohung nicht ausgesprochen. Sie sei jedoch aus seiner Umgebung gemacht worden. Ein Verhandlungsabbruch könne jedenfalls nicht ausgeschlossen werden. Er glaube nicht, daß die Sowjetunion von sich aus die Verhandlungen abbrechen werde,

⁹ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

¹⁰ Vgl. dazu die Gespräche mit Präsident Reagan am 26. Januar 1983 in Washington bzw. mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 31. Januar 1983 in Bonn; Dok. 23 und Dok. 27.

¹¹ Die vierte Runde der INF-Verhandlungen begann am 27. Januar 1983 in Genf.

¹² Zu Artikel 4 des sowjetischen Entwurfs vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 1, Anm. 19.

¹³ Die dritte Runde der INF-Verhandlungen in Genf fand vom 30. September bis 30. November 1982 statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 351.

aber er halte es für denkbar, daß die Sowjetunion mit dem Argument, weiter verhandeln ergebe keinen Sinn, die Weiterarbeit in der betreffenden Runde verweigern könne.

Im übrigen weigere sich die Sowjetunion standhaft, konstruktiv an den von der amerikanischen Seite vorgeschlagenen Detailausarbeitungen mitzuwirken. Die amerikanische Seite habe daher den Versuch, zu Definitionen über den Begriff der Reduzierung bzw. Beseitigung von Systemen zu kommen, aufgeben müssen. Ähnliches gelte für den Versuch einer Ausarbeitung eines Vertragstextes. Die Sowjetunion beharre bei all diesen Fragen darauf, daß die weitere Ausarbeitung nicht sinnvoll sei, solange sich bei den zentralen Fragen kein Fortschritt zeige. Das gelte ebenso für die Datenfrage wie für die CBM-Frage¹⁴.

Nitze fügt hinzu, die Sowjetunion erzeuge auf diese Weise Schritt für Schritt eine Situation, in der sich schließlich überhaupt nichts mehr bewege.

Glitman ergänzt: Auf amerikanische Fragen nach der Definition von Reduzierung oder Beseitigung reagiere die Sowjetunion mit der Gegenforderung, die amerikanische Seite solle ihre eigene Reduzierungsbereitschaft erst nachweisen, erst dann könne man über Begriffsdefinitionen sprechen.

7) Auf Frage *BM* nach der Strategie für diese Runde führt *Nitze* aus, er erläutere die Vorteile der doppelten Null-Lösung und fordere die andere Seite auf, ihrerseits Bewegung zu zeigen und auf den CBM-Vorschlag einzugehen. Für ihn stelle sich die zentrale Frage bei den INF-Verhandlungen jetzt, ob wir die Initiative ergreifen sollten oder ob wir weiter ausschließlich auf sowjetische Initiativen warten sollen. Auf die Frage nach einer Weiterführung der privaten Gesprächskontakte mit Kwisinskij¹⁵ entgegnete Nitze, Kwisinskij habe ihm seinerzeit eine Antwort in Aussicht gestellt, von der Kwisinskij selbst gehofft habe, daß sie positiv ausfallen würde. Er wolle diesen Kanal auch offenhalten. Aber er könne hierbei nicht über den Inhalt der ihm erteilten Weisung hinausgehen.

Ruth bekräftigt unser Interesse an einer Bewegung auf westlicher Seite und fragt, welchen Inhalt eine westliche Initiative haben müßte, damit Nitze die Verhandlungen konstruktiv weiterführen könne.

Nitze: Es stellen sich zwei Fragen: erstens die Frage nach der hinreichenden Koordinierung einer Initiative, insbesondere unter den dislozierenden Staaten. Dabei sei die entscheidende Frage die Frage des Timing.

¹⁴ Präsident Reagan kündigte am 11. Juni 1982 in Berlin (West) an, mit der UdSSR über Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung zu sprechen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 767 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 509.

Am 22. November 1982 konkretisierte Reagan in einer Fernsehansprache in Washington seinen Vorschlag dahingehend, daß als Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung die vorherige Ankündigung von Raketentests mit land- und seegestützten Interkontinental- bzw. Mittelstreckenraketen in Frage kämen, ferner die Vorankündigung militärischer Übungen, der Austausch von Informationen über die jeweiligen Nuklearstreitkräfte sowie die Verbesserung der direkten Kommunikationslinien zwischen Washington und Moskau („Heißer Draht“). Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1505–1510. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 320.

Ein entsprechender Vorschlag wurde in der zweiten Runde der START-Verhandlungen vom 6. Oktober bis 2. Dezember 1982 in Genf unterbreitet. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 342.

Auch bei den INF-Verhandlungen in Genf legten die USA am 27. Januar 1983 einen entsprechenden Abkommensentwurf vor. Vgl. dazu Dok. 34, Anm. 19.

¹⁵ Vgl. dazu das Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegationen, Nitze und Kwisinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“); Dok. 22 und Dok. 93.

Die zweite Frage sei die Frage nach der Substanz einer westlichen Initiative, also auch nach Zahlen. Dies sollte nach seiner Auffassung der amerikanischen Seite, d.h. den unmittelbar am Verhandlungsprozeß Beteiligten, überlassen bleiben.

Es stelle sich also eine doppelte Aufgabe: Zum einen die Erhaltung der Solidarität in der Allianz, zum anderen die Frage nach dem Inhalt der Verhandlungsposition.

BM und *Ruth* bekräftigen, daß wir eine Initiative wollen, und zwar ohne Verzug. *BM* erläutert: Wir laufen Gefahr, bei weiterem Verzug die Initiative in der Öffentlichkeit zu verlieren. In der Öffentlichkeit sehe man weithin in den Andropow-Vorschlägen¹⁶ eine angemessene sowjetische Reaktion. Wenn der Westen jetzt seine Position nicht weiterentwickle, erspare er der SU die Beantwortung der heikelsten Frage, nämlich der Frage, ob die SU ihrerseits eine Alles-oder-nichts-Position ergreifen werde, wenn wir im Westen uns kompromißbereit zeigen.

Nitze und *Ruth* sind sich einig, daß Nitze die Ermächtigung braucht, initiativ zu verhandeln und alle Möglichkeiten zur Erreichung von Ergebnissen zu nutzen; über Zahlen brauche dabei zunächst nicht gesprochen zu werden, das könne der Verhandlung selbst überlassen werden. *Nitze*: Eine solche Weisung an ihn bedürfe keiner Veränderung der gemeinsamen Allianzposition. Er benötige im Grunde nur die Ermächtigung, nach einer Lösung auf der Basis der Allianzinteressen zu suchen. Kriterien dafür seien:

- die legitimen Sicherheitsinteressen des Bündnisses und
- gleiche Rechte und Obergrenzen (im Hinblick auf die Drittstaatenproblematik).

Dies wäre eine für ihn ausreichende Präzisierung zur Weiterentwicklung der Verhandlungsführung.

BM und *Ruth* bekräftigen, daß genau dies die Zielrichtung unserer Gespräche mit Vizepräsident Bush war. Es sei jetzt entscheidend wichtig, daß Vizepräsident Bush den Eindruck, daß die Europäer eine Initiative wollen, in Washington vermitteln werde.

Ruth weist auf SCG-Sitzung am 13.2.¹⁷ hin; er werde versuchen, bereits bei dieser Sitzung einen Konsens über die Grundlage einer westlichen Initiative zu erreichen. Dazu *Glitman*: Viel werde von den Ergebnissen der Vizepräsidentenreise abhängen, die erst am 10.2. zu Ende gehe.¹⁸ Die Zeit zum Nachdenken sei daher denkbar knapp. Man könne den Ausgang im Augenblick noch nicht vorhersagen. Die Gelegenheit jedenfalls sei da.

¹⁶ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

¹⁷ Zu der dem Treffen der Special Consultative Group (SCG) der NATO vorgeschalteten Sitzung der Stationierungsländer für amerikanische Mittelstreckensysteme mit den USA („Quint“) sowie zur Sitzung der SCG am 13. bzw. 14. Februar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 47 und Dok. 48.

¹⁸ Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten sowie bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 27, besonders Anm. 3, Dok. 28 und Dok. 36.

Nitze: Im Grunde gebe es in dieser Frage zwischen Washington und den Europäern keinen grundsätzlichen Unterschied. Der Unterschied beschränke sich eigentlich auf die Frage nach dem Zeitpunkt einer Initiative. Klar sei, daß die SU ihrerseits vor dem 6.3. nicht aktiv werde.

BM: Daraus ergebe sich aber, daß wir mit einer Initiative erheblichen Druck auf die SU erzeugen könnten. Wir müssen jetzt die SU durch Bewegung auf unserer Seite zwingen, daß sie sich mit ihrem Beharren auf einem Monopol selbst bloßstellt. Mit dem Drittstaatenargument werde man leben müssen. Man werde es bis zum Ende der Verhandlungen hören. In diesem Zusammenhang weist *Glitsman* darauf hin, daß es empfehlenswert sei, bei der Erwähnung der Begriffe Gleichheit und Parität zu sagen, daß es hier um eine amerikanisch-sowjetische Gleichheit und Parität gehe.

8) Auf Frage Ruth meint *Nitze*, BM solle Kwizinskij gegenüber vor allem die Ernsthaftigkeit des Gipfangebot des amerikanischen Präsidenten¹⁹ unterstreichen. Kwizinskij seinerseits werde vermutlich auf die bereits unter Beweis gestellte Kompromißbereitschaft der sowjetischen Seite hinweisen und behaupten, daß die USA sich ihrerseits überhaupt nicht bewegten.

BM fragt, wie die Russen auf das Argument reagieren, daß sie die Anrechnung der Drittstaaten nicht zweimal, also bei START und INF fordern können.

Nitze erläutert dazu: Die Drittstaatenfrage habe in Wladiwostok²⁰ eine Rolle gespielt. Mittelbar habe man mit dem Zugeständnis der schweren ICBM auf sowjetischer Seite einen Kompromiß gefunden. Beide Seiten hätten jedoch ihre Position gewahrt; das Problem sei also nicht gelöst, sondern aufgeschoben worden. Jetzt argumentieren die Sowjets, da eine Einbeziehung bei strategischen Systemen nicht erfolgt sei, sollten die Mittelstreckensysteme von Frankreich und Großbritannien bei INF einbezogen werden. Unser Gegenargument darauf sei, daß jedenfalls aus der Sicht der europäischen nicht-nuklearen Staaten bei der Betrachtung der Sicherheit Europas sämtliche sowjetische Systeme strategisch seien.

Britische und französische Systeme machten gegenwärtig 276 Systeme zusammen aus. Eine Anrechnung sei deshalb schon daher nicht gerechtfertigt, weil die SU dem über 7000 Systeme entgegenstellen könne.

Diese Disparität sei so enorm, daß die Anrechnungsforderung schlechthin keinen Sinn mache.

Ruth: Unser bestes Argument sei das Argument mit unserem Verzicht auf den Besitz nuklearer Waffen²¹ und der sich aus diesem Verzicht (NPT²²) ergeben-

¹⁹ Vgl. dazu den Offenen Brief des Präsidenten Reagan vom 31. Januar 1983 „an das Volk von Europa“; Dok. 27, Anm. 5.

²⁰ Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

²¹ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

²² Nonproliferation Treaty.

Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

den Verpflichtung der USA, uns nuklear zu schützen. Die SU wolle die USA daran hindern, dieser Verpflichtung uns gegenüber nachzukommen.

BM ergänzt mit der Erläuterung des von ihm verwendeten Hinweises auf das Monopol mit 3000 Hiroshima-Bomben, das die SU auch nach der von ihr vorgeschlagenen Reduzierung noch haben würde. Auch mit mehr Raketen könne die SU nicht mehr zerstören.

Glitsman erwähnt, daß die SU den Umfang ihrer Dislozierung gelegentlich mit der Größe des sowjetischen Territoriums rechtfertige. Dem könne man das umgekehrte Argument entgegenstellen, daß ein kleines Land mehr Waffen brauche, um das Territorium eines großen Feindes abzudecken.

Nitze ergänzt: Das sowjetische Territoriumsargument könne ad absurdum geführt werden, wenn man die Territorien vergleiche. Danach müsse dann die SU, weil sie 64 mal größer sei als die Bundesrepublik, auch 64 mal mehr Waffen haben dürfen.

VS-Bd. 14120 (010)

34

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwisinskij, in Genf

010-286/83 VS-vertraulich

3. Februar 1983¹

Gespräch BM mit Botschafter Kwisinskij in Genf am 3. Februar 1983, 15.15 Uhr bis 16.20 Uhr²

1) An dem Gespräch nahmen auf deutscher Seite Botschafter Ruth und LR I Ischinger, auf sowjetischer Seite BR Popow und ein nicht namentlich vorgestellter Note-taker teil.

2) Aus dem lebhaft und offen geführten Gespräch wird folgendes festgehalten:

BM fragt nach Verhandlungsstand.

Kwisinskij: Er wisse nicht, was er sagen solle. Drei Sitzungsrunden seien vorbei³, es gebe nichts Neues zu berichten. Gromyko habe in Bonn alles gesagt.⁴ Auf

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger am 4. Februar 1983 gefertigt. Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 3. Februar 1983 anlässlich der Sitzung des Abrüstungsausschusses (CD) in Genf auf. Ferner traf er mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, zusammen. Vgl. dazu Dok. 33.

Ein weiteres Gespräch führte Genscher mit dem Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zu den bisherigen drei Runden der INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 1, Anm. 19.

⁴ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Frage BM ergänzt Kwisinskij, von sowjetischer Seite gebe es allerdings in der Tat Neues zu berichten, die Vorschläge, die GS Andropow gemacht habe⁵, lägen auf dem Tisch. Jetzt warte man auf die amerikanische Antwort. Aber die USA bewegten sich nicht.

BM bezweifelt, ob das eine richtige Einschätzung der Verhandlungslage sei, und erläutert die europäische Interessenlage bei INF: Wir werden durch sowjetische Raketen bedroht, gegen die wir gegenwärtig schutzlos, da ohne Gegengewicht, sind.

Kwisinskij widerspricht lebhaft. Bereits aus den Weißbüchern der Bundesregierung⁶ ergebe sich, daß auf westlicher Seite als Gegengewicht britische und französische Systeme angerechnet werden; im übrigen ergebe sich auch aus englischen Erläuterungen, daß die britischen Nuklearsysteme keineswegs ausschließlich zur nationalen Selbstverteidigung, sondern auch zum Schutze der Allianz dienen.

Dazu gebe es ein Memorandum von AM Pym.

Ruth erläutert, daß die Darstellung in früheren Weißbüchern eine völlig andere Aufgabe, nämlich die Aufzählung sämtlicher zu europäischen Staaten gehörenden bzw. in Europa existierender Systeme hatte, nicht jedoch die Darstellung eines Kräfteverhältnisses in einer bestimmten Kategorie als Grundlage von Verhandlungen.

BM legt eingehend die deutsche Interessenlage dar. Wir haben auf Atomwaffen verzichtet.⁷ Deshalb brauchen wir einen Schutz gegen eine nukleare Bedrohung. Diesen Schutz können uns nur die Vereinigten Staaten bieten. Auf einen derartigen Schutz könnten wir deshalb auch nur dann verzichten, wenn die Sowjetunion ihrerseits auf ihre Systeme verzichten würde. Hierin liege die Logik der von uns vorgeschlagenen Null-Lösung. *Kwisinskij* wirft ein: Aber wir brauchen ein Äquivalent gegen die britischen und französischen Systeme. BM: Die Sowjetunion habe selbst die Einbeziehung dieser Systeme bei den strategischen Waffen verlangt.

Dazu *Kwisinskij*: Aber Sie behaupten jetzt, es seien euro-strategische Systeme. BM bestreitet, daß er diesen Begriff gebrauche. Die sowjetische Position sei unglaubwürdig, wenn sie diese Frage einmal im strategischen und dann im Mittelstreckenbereich aufwerfe. Er, BM, könne sich nur vorstellen, daß die Sowjetunion jetzt den 6. März 1983⁸ abwarten wolle.

Kwisinskij dagegen: Unsere Überlegungen sind keineswegs taktisch. Wir warten nicht auf den 6. März. Entscheidend ist, was strategisch ist und was nicht. Waffen haben entweder eine strategische Aufgabe oder sie haben diese Aufga-

⁵ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁶ Vgl. WEISSBUCH 1975/76. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, im Auftrag der Bundesregierung herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, [Bonn] 1976.

Vgl. ferner WEISSBUCH 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, im Auftrag der Bundesregierung herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1979.

⁷ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

⁸ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

be nicht. Wenn von westlicher Seite behauptet werde, die sowjetischen Waffen seien Mittelstreckenwaffen, die britischen und französischen Systeme hingegen strategische Waffen, so sei das schlicht Unsinn. Er könne dies auch noch anders begründen: Wenn die USA in derselben Entfernung von der Sowjetunion lägen wie England, dann hätte man eine Waffe wie die SS-20 in strategische Verhandlungen einbeziehen müssen. Dies sei aber nicht der Fall. Umgekehrt bedrohten die britischen und französischen Systeme jedoch die Sowjetunion. Diese Kräfte seien noch nirgendwo mitgezählt worden.

BM fragt, ob dies in Wladiwostok⁹ nicht doch der Fall gewesen sei. Dazu *Kwisinskij*: Das Problem sei jedenfalls nicht gelöst worden. Die SU habe immer gesagt, daß sie an dieser Frage festhalten werde.

Ruth erläutert die Genesis des westeuropäischen Bedrohungsgefühls durch die SS-20. Für uns sei die entscheidende und bisher nicht beantwortete Frage, warum die SU nach dem Erreichen der interkontinental-strategischen Parität nicht auf die Mittelstreckensysteme verzichtet habe, warum sie sie nicht habe auslaufen lassen, was in der Logik der Parität gelegen hätte. Die SU habe aber das Gegenteil getan, sie habe die Bedrohung in diesem Bereich verstärkt.

Kwisinskij: Die Modernisierung war ein notwendiger Vorgang, überalterte Systeme mußten ausgewechselt werden. Jetzt sei die SU bereit, sowohl nach Trägern wie auch nach Gefechtsköpfen unter das Niveau von 1976, also vor dem Beginn der SS-20-Stationierung, zurückzugehen. Eine Bedrohung ergebe sich also nicht. Obendrein nähme die Zahl der auf Europa gerichteten sowjetischen Raketen auch jetzt ab. Der Doppelbeschluß sei doch gefaßt worden in der Auffassung, eine Verschiebung des Gleichgewichts stehe bevor. Zu diesem Zeitpunkt sei man doch auch bei uns von der Parität ausgegangen. Hierfür gebe es wichtige westliche Kronzeugen, wie etwa eine Aussage des früheren Bundeskanzlers Schmidt im Kölner Stadtanzeiger 1981(?).

BM und *Ruth* bestreiten dies energisch. *Ruth* weist darauf hin, daß im Jahre 1976, also kurz nach Wladiwostok, die SU die Parität im strategischen Bereich erreicht habe. In dieses Verhältnis paßte die Mittelstreckenbedrohung durch die SS-4 und SS-5 nicht mehr hinein. Über die Beweggründe der Sowjetunion, diese Systeme nicht auslaufen zu lassen, sondern weiter aufzurüsten, könne man nach wie vor nur mutmaßen.

BM ergänzt: Die im Doppelbeschluß in Aussicht gestellte Dislozierungszahl von 572 Systemen ging aus von etwa 600 Systemen auf sowjetischer Seite. Man habe also von vornherein unsere Nachrüstung geringer angesetzt als das sowjetische Potential. Die SU habe indessen weitergerüstet. In der Lage, in der wir uns als Nichtnuklearstaat befänden, nütze uns die Existenz zweier kleinerer westlicher Nuklearmächte nichts, da diese uns nicht schützen könnten. Deshalb haben wir uns die Null-Lösung gewünscht.

Er, *BM*, wolle *Kwisinskij* sagen, weil er dies für wichtig halte, daß ohne ein konkretes Verhandlungsergebnis der Stationierungsbeginn zum vorgesehenen Zeit-

⁹ Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

punkt¹⁰ erfolge und die Stationierung auch in vollem Umfang erfolgen werde. Der Doppelbeschluß sei klar: Wenn die sowjetische Seite zu signifikanten Reduzierungen bereit sei, könne auch die westliche Nachrüstung reduziert werden. In jedem Fall bleibe es jedoch auch dann bei dem vorgesehenen Waffenmix und bei dem Dislozierungszeitpunkt.

Es wäre ein Fehler anzunehmen, daß wir hierzu durch die USA gedrängt werden. Diese Position werde uns keineswegs von den USA suggeriert, dies sei unsere Haltung, weil wir dies für unsere Sicherheit bräuchten. Zu einem sowjetischen Monopol werde es also nicht kommen. BM fragt weiter nach Kwizinskij's Einschätzung der Möglichkeit eines Treffens Andropow – Reagan.

Kwizinskij: Ein sinnvolles Treffen werde akzeptiert werden. Der Vorschlag Reagans¹¹ sei jedoch nicht ernst zu nehmen. Man müsse sich fragen, warum die Amerikaner keinen ernst zu nehmenden Vorschlag machten. Vielleicht hätten sie Angst. Was die Null-Lösung angehe, so bleibe es bei einem klaren Nein. Die SU werde keiner einseitigen Abrüstung zustimmen. Sie habe nicht vorgerüstet. Die Null-Lösung beinhalte ein vorprogrammiertes Fehlschlagen der Verhandlungen. Eine Null-Lösung könne es nur dann geben, wenn die britischen und französischen Systeme ebenfalls beseitigt würden.

BM: Es wäre ein schwerer Fehler, den amerikanischen Vorschlag zu einem Treffen abzulehnen. Der Vorschlag sei ernst gemeint, er sollte daher auch sehr ernst genommen werden. Wovor sollten die USA Angst haben?

Kwizinskij: Zu dem Reduzierungsvorschlag, den BM mache, müsse er sagen, daß dies eine Lösung sei, bei der die SU einseitig abrüsten müsse, die USA hingegen einseitig aufrüsten dürften. Die USA wollten das europäische Gleichgewicht zerstören. Die sowjetischen Mittelstreckensysteme hätten eine regionale Rolle. Es habe bei ihnen weder eine qualitative noch eine quantitative Verschiebung gegeben.

3) *BM* fragt, ob die SU diese Systeme ursprünglich entwickelt habe, um den französischen und britischen Systemen etwas entgegenzusetzen?

Kwizinskij gibt zu, daß sie nicht gegen Frankreich und Großbritannien, sondern in erster Linie gegen die amerikanischen FBS¹² konzipiert worden sind, und erst in zweiter Linie gegen die britischen und französischen Systeme. Er ergänzt, bei einer Stationierung müßten die Europäer die Suppe auslöffeln. Die militärischen und politischen Folgen einer derartigen Entwicklung seien evident.

4) Frage *BMs*, ob kürzere Dauer der Verhandlungsrunde anvisiert werde, verneint *Kwizinskij*. Die sowjetische Seite sei vielmehr bereit, alle vernünftigen Fragen zu studieren.

BM: Es sei wichtig, eine Reihe von Fragen zu klären, wie z.B. die Frage nach dem Inhalt der sowjetischen Bereitschaft zu reduzieren.

Dagegen *Kwizinskij*: Der Frage nach der Definition von Reduzierungen setzen wir die Frage entgegen, ob die USA ihrerseits zu Reduzierungen bereit sei.

¹⁰ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹¹ Vgl. dazu den Offenen Brief des Präsidenten Reagan vom 31. Januar 1983 „an das Volk von Europa“; Dok. 27, Anm. 5.

¹² Korrigiert aus: „FES“.

BM: Es sei gerade die Schwäche der sowjetischen Position, daß sie nicht bereit sei, die von ihr selbst vorgeschlagenen Reduzierungen zu definieren.

Kwizinskij: Wir sind bereit, darüber im Zusammenhang mit dem sowjetischen Vorschlag zu diskutieren. Das steht auch in unserem Vertragsentwurf.¹³

BM insistiert: Was soll mit den reduzierten Systemen passieren?

Kwizinskij: Das sei eindeutig: Die Luftwaffe ziehe sich hinter den Ural zurück, die SS-20 hinter den 80. Längengrad. Auf die Frage BMs nach der Reichweite der SS-20 nennt Kwizinskij die Zahl 4000 km.

BM fragt, auf welcher Basis wir in diese Zahlenangabe Vertrauen haben sollten.

Kwizinskij: Die SS-20 sei über 4000 km getestet worden. Die Militärs würden doch eine Waffe nicht über eine Entfernung einsetzen, über die sie gar nicht getestet worden sei. Das könne zu schweren Fehlern bei der Treffsicherheit führen.

BM: Darauf komme es letztlich nicht an. Entscheidend sei die Frage, ob die Systeme in der Lage seien, auch von hinter dem 80. Längengrad aus unser Gebiet zu erreichen oder nicht.

Ruth: Fest stehe, daß es in Westeuropa keine der SS-20 entsprechenden Systeme gebe. (Einwurf *Kwizinskij:* Und was ist mit den seegestützten Systemen?)

Ruth stellt die Frage, wie ernsthaft die SU bereit sei, unterhalb der strategischen Ebene, nachdem man nun in diesem Bereich Parität erreicht habe, einen Ausgleich anzustreben. Was spreche eigentlich dagegen, der Null-Lösung zuzustimmen?

Kwizinskij: Die Antwort sei einfach: In Westeuropa gebe es drei nukleare Mächte, nämlich das amerikanische Expeditionsheer sowie Großbritannien und Frankreich. Im Osten hingegen gebe es nur eine Nuklearmacht. Die von uns vorgeschlagene Formel „equal rights and limits“ sei daher im Grunde nur ein Vorwand, um die SU zu diskriminieren. Unsere These von einem sowjetischen Raketenmonopol sei deshalb auch durch und durch falsch.

BM: Hier geht es nicht um ein amerikanisches Expeditionsheer. Hier geht es um den Schutz der nichtnuklearen europäischen Staaten. Nach seiner Auffassung habe die SU im letzten Jahrzehnt zwei schwere Fehler begangen: Einmal den Einmarsch in Afghanistan¹⁴, zum anderen die SS-20-Dislozierung.

Das Problem unter dem Gesichtspunkt amerikanischer Interessen zu diskutieren, führe vom Thema weg. Die USA könnten auch ohne INF überleben. Wir, die Europäer, seien es, die den Schutz gegen die sowjetischen Mittelstreckensysteme und also Nachrüstung oder eine rüstungskontroll-politische Lösung bräuchten.

Kwizinskij entgegnet: Die frühere Bundesregierung habe mit dem Doppelbeschluß einen kapitalen Fehler begangen. Dieser Fehler werde jetzt fortgeführt, die Logik unseres Handelns sei merkwürdig, wenn wir behaupteten, wir würden diesen Schutz erst durch die Pershing und Cruise Missiles erhalten. Was sei denn mit dem Gewaltverzicht?¹⁵

¹³ Zum sowjetischen Entwurf vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 1, Anm. 19.

¹⁴ Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

¹⁵ Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“); Dok. 40.

Ruth hält entgegen, daß gerade der Hinweis auf den Gewaltverzicht die Frage nach dem Sinn der sowjetischen Systeme aufwerfe.

Kwizinskij: Die Bundesrepublik Deutschland sei nun mal nicht ganz Europa. Man könne der Sowjetunion nicht abverlangen, daß sie wegen guter Beziehungen zur Bundesrepublik die Sprengköpfe der Franzosen und Briten nicht mitzählen solle.

BM: Wird die SU mit Cheysson, wenn er nach Moskau kommt¹⁶, über die französischen Systeme sprechen?

Kwizinskij: Wir verhandeln mit den USA über amerikanische und sowjetische Systeme. Ein Vertrag hierüber wird jedoch nur möglich sein unter Anrechnung der einschlägigen Faktoren. Hierzu gehören auch die Systeme Großbritanniens und Frankreichs.

Auf Frage *Ruth* nach CBMs¹⁷: Die USA haben unsere Vorschläge bei START¹⁸ abgelehnt. Bei INF sind wir zur Diskussion bereit, aber erst nach der Klärung der grundlegenden Fragen. Der amerikanische Vorschlag hinsichtlich Ankündigung von Raketenstarts¹⁹ sei merkwürdig, wenn die USA gleichzeitig die Null-Lösung vertreten. Man wolle von der Sowjetunion hier also eine Unterschrift, mit der sie die Stationierung amerikanischer Systeme akzeptieren solle.

Kwizinskij faßt seine Position zusammen:

- Die These von der östlichen Vorrüstung sei falsch.
- Die SU sei nicht bereit, die Neustationierung amerikanischer Systeme vertraglich zu sanktionieren.
- Die SU sei bereit, unter das Niveau von 1976 auf die Zahl der französischen und britischen Systeme zu reduzieren.
- Die Null-Lösung sei unannehmbar. Obwohl sie von uns als hochmoralisch gepriesen werde, sei sie im Grunde unmoralisch, weil sie von einem falschen

¹⁶ Zum Besuch des französischen Außenministers Cheysson vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 49, Anm. 30.

¹⁷ Vgl. dazu die amerikanischen Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen bei START und INF; Dok. 33, Anm. 14.

¹⁸ Am 2. Januar 1983 erschien in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ ein ungezeichneter Beitrag über die sowjetische Verhandlungsposition bei START. Vgl. dazu den Artikel „SSSRi SŠA Dva podchoda k peregovoram po OSSV“; PRAWDA vom 2. Januar 1983, S. 4.

Darin hieß es: „Die UdSSR schlägt vor, die Gesamtzahl der Startvorrichtungen für ICBM, der Startvorrichtungen für SLBM und der schweren Bomber bis zum Jahre 1990 stufenweise auf 1800 Einheiten für jede Seite zu reduzieren, d. h. den ursprünglichen Plafond für diese Systeme, wie er nach SALT II festgelegt worden war, um 25 % zu senken. Auf gleiche vereinbarte Niveaus würde sich auch die Anzahl der nuklearen Ladungen auf diesen Trägern reduzieren.“ Ferner setze sich die UdSSR „für ein Verbot einiger neuer Arten strategischer Rüstungen ein, insbesondere der Marschflugkörper aller Stützungsarten mit einer Reichweite von über 600 km, wie auch für die Begrenzung der Modernisierung existierender Rüstungen durch vereinbarte Parameter. Sie hat auch mehrere Vorschläge zur Konsolidierung der strategischen Stabilität und zur Mehrung des Vertrauens zwischen der UdSSR und den USA vorgelegt.“ Vgl. die Übersetzung; Referat 220, Bd. 124532.

¹⁹ Die USA führten nach Beginn der vierten Runde der INF-Verhandlungen am 27. Januar 1983 in Genf den Entwurf eines „Übereinkommens über die Vorankündigung von geplanten Abschüssen von Raketen mittlerer Reichweite“ ein. Er sah vor, Abschüsse von landgestützten Mittelstreckensystemen mit einer Reichweite von 1800 km bis 5500 km spätestens 24 Stunden vorher anzukündigen sowie u. a. Informationen über den Abschußort, den Zielort und die Art des Abschusses (Einzel- oder Mehrfachabschuß) zu geben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 220 vom 16. Februar 1983; VS-Bd. 11964 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Ausgangspunkt und von dem Postulat einseitiger Abrüstung ausgehe. Die SU sei zu Reduzierungen bereit, und zwar auf eine möglichst niedrige Ebene. Man befinde sich hier an einem Wendepunkt. Klar sei jedenfalls, daß die Sowjetunion ihrerseits nicht einseitig abrüsten werde.

BM: Die sowjetische Seite sollte das Maß an Besorgnis, aber auch das Maß an Entschlossenheit bei den Europäern in dieser Frage nicht unterschätzen. Hier gehe es nicht um die Erfüllung amerikanischer Wünsche, sondern um elementare europäische Interessen.

VS-Bd. 14120 (010)

35

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.76 INF-193/83 geheim

3. Februar 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Offene Fragen, die bei den Genfer INF-Verhandlungen gelöst werden müssen

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Billigung des in Ziffer III. 5) vorgeschlagenen Vorgehens

I. Die öffentliche Diskussion über die INF-Verhandlungen konzentriert sich überwiegend auf die zentrale Frage, auf welchem Niveau die landgestützten Mittelstreckenflugkörper beider Seiten begrenzt werden sollen (Null oder oberhalb von Null für beide Seiten).

Dabei wird zuweilen davon ausgegangen, daß es lediglich einer politischen Lösung für dieses Hauptproblem bedarf, um ein Abkommen abschließen zu können. Tatsächlich ist mit dieser Frage jedoch ein ganzes Problembündel verknüpft, ohne dessen gleichzeitige Lösung ein Durchbruch nicht erreicht werden kann. Außerdem gibt es eine Reihe schwieriger offener Verhandlungsprobleme, die der Lösung bedürfen.

In dieser Aufzeichnung werden die offenen Verhandlungsprobleme kurz dargestellt, um deutlich zu machen, welche Arbeit noch im Bündnis und in Genf geleistet werden muß.

II. Probleme, die zusammen mit der Frage des Niveaus der Höchststärken gelöst werden müssen:

1) Behandlung der Drittstaatensysteme

Die SU wird schon aus Prestigegründen ihre auch in der Öffentlichkeit durch GS Andropow ganz in den Vordergrund gestellte Forderung auf Berücksichti-

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 9. Februar 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

gung der Systeme Frankreichs und Großbritanniens³ weiterhin aufrechterhalten. Dies gäbe ihr auch die Möglichkeit, eine Nicht-Einigung in Genf Ende 1983 mit der westlichen Weigerung zu begründen, der SU eine faire Kompensation für UK- und F-Systeme zu geben. Mit einer Regelung dieses Problems ist allenfalls gegen Ende der Verhandlung zu rechnen, am ehesten dann, wenn die USA bereit wären, der SU in anderen Substanzfragen (ggf. bei START) entgegenzukommen.

2) Einigung über geographische Parameter

- Festlegung der Höchstgrenze für Raketen, die Europa bedrohen können, wirft unmittelbar die Frage auf, was mit den SS-20 geschehen soll, die über diese Zahl hinausgehen. Damit ist deshalb zugleich die Frage der Festlegung einer globalen Höchststärke gestellt. Verlegung aller abzubauenen Raketen nach Fernost wäre für USA (Rücksicht auf Japan) nicht akzeptabel. Sowjetische Konzessionen dürften sich gegebenenfalls nur durch amerikanisches Entgegenkommen bei der Behandlung von SLCM im START-Bereich erreichen lassen.⁴
- SU dürfte andererseits auf der Forderung beharren, zumindest die Zahl von SS-20 zu behalten, die sie jetzt östlich von Nowosibirsk stationiert hat (etwa 100). Sie muß dafür den USA eine entsprechende Zahl von GK⁵ außerhalb der Reichweite Europas zugestehen (damit Anerkennung des westlichen Konzepts, das auf globale Obergrenzen abstellt).
- (Angesichts der Tatsache, daß bei der von uns angenommenen Reichweite von 4500–5000 km für die SS-20 diese auch von der jetzigen Stellung östlich von Nowosibirsk noch NATO-Europa erreicht, müßte SU für Verlegung dieser Stellung nach Osten gewonnen werden. Die Frage, wie weit nach Osten, bedarf der Prüfung.)

3) Zählkriterium: Sprengköpfe

Bei der Festlegung der Höchststärke muß eine Einigung über das grundlegende Zählkriterium erreicht werden. Hierbei geht es konkret um die Frage, wie die drei SK⁶ der SS-20 zu berücksichtigen sind. Hier deutet sich eine gewisse sowjetische Bewegung an, die jedoch wahrscheinlich an westliches Entgegenkommen in anderen Bereichen (z. B. bei der Behandlung von Flugzeugen) geknüpft wird.

Denkbar wäre auch eine Lösung wie sie der Denkansatz von Nitze/Kwizinskij vom Sommer 1982⁷ enthielt, der sowohl bei Trägern als auch bei GK ein annäherndes Gleichgewicht vorsah.

III. Weitere Fragen

Nicht unmittelbar für die Festlegung der Höchststärke für Raketen erforder-

³ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁴ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Dies müßte noch weiter ausgeführt werden.“

⁵ Gefechtsköpfe.

⁶ Sprengköpfe.

⁷ Vgl. dazu das Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegationen, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“); Dok. 22 und Dok. 93.

lich, doch wegen sowjetischer Forderungen im Zusammenhang damit lösungsbedürftig sind folgende weitere Fragen:

1) Behandlung der Flugzeuge

Ohne eine gleichzeitige parallele Einigung über die Behandlung der nuklearen Mittelstreckenflugzeuge dürfte die SU nicht bereit sein, in Genf abzuschließen. Auch hier sollte es möglichst zu globalen Lösungen kommen. (Auch das Konzept Nitze/Kwizinskij enthielt eine gesonderte Höchststärke von je 150 für jede Seite für bestimmte Flugzeugtypen.)

In diesem Zusammenhang müßte auch die Frage etwaiger Nachfolgemodelle und kollateraler Maßnahmen behandelt werden.

2) Kollaterale Vereinbarung über SRINF-Flugkörper

Amerikanische Verhandlungsposition sah bisher nur Einfrieren bestimmter sowjetischer SRINF vor⁸, SU machte grundsätzliche Bereitschaft zu einem quantitativen Freeze von INF-Raketen der Reichweite 500 bis 1000 km von Verzicht der USA auf Null-Lösung für LRINF-Raketen und Reziprozität bei diesen Kurzstreckenraketen abhängig, ohne ihre Vorstellungen bisher zu präzisieren.⁹

Wir werden auch wegen des Drucks der Opposition in dieser Frage¹⁰ eine Weiterentwicklung der US-Position in der Allianz anstreben. Da beide Seiten bisher einen Freeze vorschlagen, wird es darauf ankommen, Einigung über die Modalitäten zu erzielen: Welche Modelle? Modernisierungsverbot in welchem Umfang? (Nur Verbot von größeren Reichweiten?)

Offen ist auch die Frage, ob die SU eine Einigung über SRINF-Flugzeuge verlangen wird und ob sie versuchen wird, auch die Flugkörper und Flugzeuge der europäischen Bündnispartner zu berücksichtigen, die in der Lage sind, amerikanische GK zu tragen.¹¹

Eine solche Erörterung würde die Verhandlungen außerordentlich komplizieren. (Denkbar ist jedoch, daß die SU zu gegebener Zeit auch dieses Problem in die Öffentlichkeit trägt.)

⁸ Der Vorschlag für eine Beschränkung nuklearer Kurzstreckensysteme war im amerikanischen Entwurf für ein INF-Abkommen vom 4. Februar 1982 enthalten. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 39.

⁹ Die UdSSR schlug während der dritten Runde der INF-Verhandlungen vom 30. September bis 30. November 1982 in Genf vor, die Zahl nuklearer Kurzstreckensysteme mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km (SS-12/22 und Pershing Ia) zu beschränken. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2141 des Gesandten Böcker, Brüssel (NATO), vom 24. November 1982; VS-Bd. 11349 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 27. Januar 1983, daß der SPD-Abgeordnete Bahr in der Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle am 20. Januar 1983 behauptet habe, vor seinen Gesprächen in der UdSSR „von der Bundesregierung nicht vollständig über die sowjetische Position zu SRINF unterrichtet worden zu sein. (Bereitschaft Moskaus zu einem quantitativen Freeze) [...] Herr Bahr sei der Auffassung, daß der Westen die Chance nutzen solle, das Entstehen einer neuen Grauzone zu vermeiden und daher die Initiative ergreifen sollte, einen Freeze zu vereinbaren.“ Citron fuhr fort: „Unabhängig von dieser Diskussion halte ich es für notwendig, in der SCG noch einmal deutlich zu sagen, daß die bisherige westliche SRINF-Position nicht mehr zu halten ist. Die USA hat die fehlende Reziprozität in ihrer Position bisher damit verteidigt, daß sie sagte, die SU müsse aktiv werden. Die SU sagt es in der Öffentlichkeit, zuletzt gegenüber Herrn Vogel und Herrn Bahr, sehr deutlich, daß die US-Position für Moskau nicht akzeptabel ist.“ Vgl. VS-Bd. 11292 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Sowjetische Experten haben bei Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD dieses Argument erwähnt.“
Zu diesem Satz handschriftlicher Vermerk: „Also etwa auch unsere P I.“

3) Verifizierung

Je klarer die Konturen einer möglichen Lösung oberhalb von Null für beide Seiten hervortreten, desto notwendiger wird es, den unabdingbaren Verifizierungsbedarf festzulegen. Die westlichen Forderungen müssen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen sein und auch von den USA auf ihrem eigenen Territorium annehmbar sein (wichtig für globale Lösung).

Die Allianz muß klären, welche kooperativen Maßnahmen der Verifizierung sie fordern will. (SU hat in uns überreichten Dokumenten bereits darauf hingewiesen, daß von USA für Europa geplante konventionelle Cruise Missiles kaum von nuklear ausgerüsteten Systemen unterschieden werden können. Sie hat damit indirekt ihre künftige Propagandalinie vorgezeichnet.)

4) Zusammenhang START/INF

Die sowjetische Verhandlungsposition bei START zeigt, daß Moskau bisher noch an einer Verknüpfung beider Verhandlungen festhält. In der Öffentlichkeit hat die SU es bisher vermieden, ein INF-Verhandlungsergebnis von der Erfüllung ihrer Bedingungen bei START abhängig zu machen (Nichtstationierung Voraussetzung für sowjetische Reduzierungsbereitschaft; Forderung des Verbots aller Cruise Missiles über 600 km Reichweite). Es kann jedoch angenommen werden, daß die SU zu gegebener Zeit versuchen wird, Schwierigkeiten bei den INF-Verhandlungen auch mit der westlichen „Inflexibilität“ bei START zu begründen.

Die Allianz wird daher zu prüfen haben, ob die USA nicht in einzelnen wichtigen Punkten ihre START-Verhandlungsposition flexibler gestalten sollten, so vor allem dadurch, daß sie sich bereit erklären, schon in der ersten Phase über Bomber zu verhandeln und auch SLCM nicht ganz aus START auszuklammern, und die Forderung nach massiver Senkung des Wurfgewichts, wie ursprünglich von ihr im Bündnis angekündigt, wieder auf die zweite Phase verschieben.

5) Weiteres Procedere

Es ist vorgesehen, bei den nächsten bilateralen Konsultationen mit den USA sowie bei den nächsten Sitzungen der SCG¹² die vorstehend aufgeführten Probleme anzusprechen und auf eine Klärung im Bündnis zu drängen. Dies ist auch deswegen notwendig, weil mit einer sich steigernden sowjetischen Propagandakampagne zu rechnen ist, die versuchen wird, Schwachpunkte der westlichen Verhandlungsposition herauszustellen.

Citron

VS-Bd. 11351 (220)

¹² Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 13./14. Februar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 48.

36

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-16344/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 3. Februar 1983, 21.55 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 201****Ankunft: 3. Februar 1983, 22.27 Uhr****Cito**

Betr.: Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush bei der NATO am 3.2.1983²

Bezug: 1) DE Nr. 561 vom 1.2.1983 – 220-371.76 INF-212/83 VS-v³

2) DB Nr. 184 vom 1.2.1983 – I-322.US VS-NfD⁴

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Im Rahmen seiner Europareise stattete der amerikanische Vizepräsident Bush am 3.2.1983 der NATO einen Besuch ab und konsultierte mit den Ständigen Vertretern im NATO-Rat über aktuelle Fragen der Ost-West-Beziehungen, und zwar insbesondere

- (1) Stärkung der Sicherheit des Bündnisses,
 - (2) Politik eines konstruktiven und initiativen Dialogs mit dem Osten,
 - (3) Stand und Aussichten der INF- und START-Verhandlungen in Genf sowie des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid,
 - (4) Notwendigkeit einer intensiven und offensiven Informationspolitik gegenüber den eigenen Öffentlichkeiten,
 - (5) Möglichkeiten eines westlichen Beitrags zur Stabilität in der Dritten Welt, insbesondere in bestimmten Gebieten außerhalb des NATO-Vertragsgebietes.⁵
- 2) Vizepräsident Bush unterstrich in seinen Ausführungen die Motivation seines Besuches, dessen Aktualität und zeitlich günstige Terminierung von allen anerkannt wurde.

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19 und 25.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 4. Februar 1983 vorgelegen.

² Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich im Rahmen einer Reise vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 durch sieben europäische Staaten bei der NATO in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 27, besonders Anm. 3, und Dok. 28.

³ Botschafter Ruth übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel Hinweise für die Ausführungen, die Botschafter Wieck in der Sitzung des NATO-Rats mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 3. Februar 1983 machen sollte. Wieck solle „als erster Sprecher nach Vizepräsident Bush das Wort zu ergreifen. Es liegt uns daran, daß die Bedeutung der Konsultationen in Bonn und des Berlin-Besuchs möglichst früh in der Debatte gewürdigt wird. Gleichzeitig möchten wir erreichen, daß mit Ihren Ausführungen der Diskussion im INF-Bereich eine konstruktive und weiterführende Richtung gegeben wird.“ Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte mit, der Ständige NATO-Rat habe sich am 1. Februar 1983 im kleinsten Kreis darauf geeinigt, „daß der Generalsekretär anlässlich des Besuchs von Vizepräsident Bush bei der NATO am 3.2.83 die als Anlage übermittelte Presseerklärung abgeben wird“. Vgl. Referat 201, Bd. 125655.

⁵ Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

(1) Er nannte dabei insbesondere:

(a) Enge Konsultationen mit den Verbündeten über die im Vordergrund stehenden politischen Fragen des Ost-West-Verhältnisses;

(b) öffentlich wirksame Bestätigung und Bekräftigung der gemeinsamen Positionen im Bereich der politischen Ost-West-Beziehungen und der Rüstungskontrollverhandlungen.

(2) Der amerikanische Vizepräsident hob ferner das von ihm in Berlin gemachte Angebot Präsident Reagans an Generalsekretär Andropow hervor, sich mit diesem zu jeder Zeit an jedem gewünschten Ort zu treffen, um eine Vereinbarung auf der Basis der Beseitigung der Waffenkategorie der Mittelstreckenraketen zu treffen.⁶

(3) Der Vizepräsident stellte ferner die Notwendigkeit eines gerechten „burden sharing“ unter den Verbündeten sowie das Prinzip in den Vordergrund, daß bei der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten westliche Sicherheitsinteressen nicht gefährdet werden dürften.

(4) Im Mittelpunkt der Ausführungen des Vizepräsidenten standen die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, und zwar insbesondere die Beurteilung der westlichen und der sowjetischen Verhandlungsposition sowie die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Haltung des Bündnisses. Vizepräsident Bush bezeichnete dabei die Null-Option mit dem Ziel der Beseitigung einer gesamten Waffenkategorie als eine moralisch gesunde Position sowohl in den Verhandlungen als auch vor der eigenen Öffentlichkeit. Er meinte in diesem Zusammenhang, daß die Verbündeten in dem vom Osten initiierten Propagandafeldzug die notwendige Geduld aufbringen müßten, um diese moralisch gefestigte (morally sound) Position wieder und wieder zu vertreten: Es wäre völlig unverständlich, wenn man eine solche Position defensiv darstellen wollte.

Der Solidarität und Geschlossenheit der Allianz würde größter Schaden zugefügt, wenn es bei Fehlen konkreter Verhandlungsergebnisse in Genf nicht gelänge, nach dem Doppelbeschluß zeitgerecht die Dislozierung einzuleiten.

(5) Vizepräsident Bush bekräftigte die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, wie von Präsident Reagan zum Ausdruck gebracht, in den INF-Verhandlungen in Genf alle östlichen Vorschläge sorgfältig zu prüfen und nach Möglichkeiten der Erzielung eines konkreten Ergebnisses in den Verhandlungen zu suchen. Die Vereinigten Staaten verträten keine Politik des „Alles oder Nichts“.

(6) Der Vizepräsident betonte die Bereitschaft Washingtons, einen konstruktiven Dialog mit dem Osten mit dem Ziel der Verminderung der Spannungen zu führen. Er nahm Bezug auf sein Gespräch mit Andropow bei der Beisetzung Breschnews⁷: Andropow habe die sowjetische Absicht nach besseren Beziehungen herausgestellt. Er – Bush – habe entgegnet, daß selbstverständlich auch die USA

⁶ Zum Offenen Brief des Präsidenten Reagan vom 31. Januar 1983 „an das Volk von Europa“ vgl. Dok. 27, Anm. 5.

⁷ Der amerikanische Vizepräsident Bush und der amerikanische Außenminister Shultz hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf und trafen am 15. November 1982 mit dem neuen Generalsekretär Andropow zusammen. Vgl. dazu SHULTZ, Turmoil, S. 126 f.

dieses Ziel hätten: Es komme jedoch auf Taten, nicht Worte an. Er habe daher Andropow auf die Menschenrechtsprobleme und Afghanistan angesprochen. Zu diesen Problemen führte der Vizepräsident im Rat aus, die Ereignisse in Afghanistan⁸ und Polen⁹ sowie die sowjetischen Menschenrechtsverletzungen erregten in der amerikanischen Öffentlichkeit großes Aufsehen. Die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion und der übrigen Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere in der Prager Erklärung¹⁰, charakterisierte er als alte, neu aufbereitete Gedanken. Er erklärte sich aber insbesondere auf die von mir gestellten Fragen bereit, die östlichen Vorstellungen in Sondierungen mit der anderen Seite zu klären, positive Elemente zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen zu identifizieren und ggf. die östlichen Vorschläge unter Hinweis auf die auf dem Tisch liegenden konstruktiven westlichen Initiativen in unserem Sinne zu nutzen und ggf. umzufunktionieren.¹¹

(7) Der amerikanische Vizepräsident betonte außerdem die immense Bedeutung der Wirtschaftslage in den verbündeten Ländern für die Fragen der Sicherheit und Verteidigung sowie für die Kohäsion der Allianz. Er brachte in diesem Zusammenhang seine Zuversicht zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Situation in den Vereinigten Staaten auf dem Wege der Gesundung sei; dies sei bereits spürbar (u. a. Absinken der Zinsrate von 21 Prozent auf 11 Prozent) und werde sich auch auf die anderen verbündeten Staaten auswirken.

3) Zu den Ausführungen des amerikanischen Vizepräsidenten ergriffen mit Ausnahme Spaniens und Islands alle Ständigen Vertreter das Wort und benutzten die Gelegenheit, die Haltung ihrer Regierungen vorzutragen. (Zunächst sprachen verabredungsgemäß die Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten, die der Vizepräsident nicht besucht.) Ich habe auf der Grundlage des Bezugs-DE Stellung genommen. Der Wortlaut meiner Ausführungen wird als Anlage übermittelt.

Der Gesamttenor der Stellungnahmen der Verbündeten kann wie folgt festgehalten werden:

(1) Alle Ständigen Vertreter¹² – mit Ausnahme des griechischen¹³, der sich vom Modernisierungsteil distanzierte – bekräftigten ihr Festhalten an beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses.

(2) Die Verbündeten bezeichneten die westliche Verhandlungsposition der Null-Option als eine ideale, politisch und moralisch festgegründete Lösung. Sie brachten in diesem Zusammenhang ihr Vertrauen und ihre Zuversicht in die amerikanische Verhandlungsführung zum Ausdruck, in den Verhandlungen in Genf weiterhin ernsthaft mit der Sowjetunion konkrete Ergebnisse im Sinne dieses Zieles anzustreben. Der amerikanische Vizepräsident und die Ständigen Ver-

⁸ Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

⁹ Zur Lage in Polen vgl. Dok. 3, Anm. 40.

¹⁰ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 5. Januar 1983 in Prag vgl. Dok. 40.

¹¹ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „In dieser abstrakten Form erlaubt diese Äußerung keine Schlüsse auf amerik[anische] Haltung zu ‚Prag‘.“

¹² Die Wörter „Alle Ständigen Vertreter“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Also auch DK.“

¹³ Stylianos Vassilicos.

treter pflichteten jedoch meiner Auffassung bei, daß ein solches Ziel möglicherweise nicht in einem Schritt erreicht werden könne.¹⁴

(3) In der Zwischenzeit müßten auf dem Wege dorthin alle ernsthaften Chancen genutzt und alle östlichen seriösen Vorschläge gründlich geprüft werden.

(4) Als Kriterien für konkrete Lösungen wurden wiederholt genannt: das Prinzip der Gleichheit; der Grundsatz der unverminderten Sicherheit; gleiche Höchststärken.

(5) Die Verbündeten waren sich einig, daß die westlichen Positionen in der Öffentlichkeit im Wege einer verbesserten Informationspolitik seitens der Regierungen initiativ und offensiv und mit dem Mut zur Beharrlichkeit, ebenso aber mit der notwendigen Offenheit gegenüber ernsthaften Alternativvorschlägen vertreten werden müßten.

Der griechische Ständige Vertreter machte keine Ausführungen zur Null-Option. Er sagte jedoch allgemein, Athen explore mit besonderem Interesse alle Trends, die zu einer Verminderung des Nuklearwaffenarsenals führen könnten.

4) Bei den Interventionen der Verbündeten stießen vor allem meine Ausführungen sowie die des norwegischen¹⁵ und kanadischen¹⁶ Ständigen Vertreters auf das Interesse von Vizepräsident Bush, der in seiner Schlußintervention darauf einging.

(1) Ich habe mich für die Herstellung eines breiten Konsensus im Bereich der Bündnispolitik zu den Ost-West-Beziehungen ausgesprochen, und zwar einerseits im Sinne der Intensivierung der Verteidigungsanstrengungen und der Bekräftigung der Bündnisstrategie der Abschreckung und andererseits im Wege der Entwicklung glaubwürdiger Verhandlungspositionen durch Konsultationen. Zu den INF-Verhandlungen habe ich hervorgehoben, daß

(a) wir keine Position des Alles oder Nichts verträten,

(b) die ideale Lösung der Null-Option möglicherweise nicht in einem Schritt, sondern nur stufenweise herbeigeführt werden könne,

(c) zwischenzeitlich nach ernsthaften Alternativ-Lösungen Ausschau gehalten werden müsse.

Zu den östlichen Vorschlägen in der Prager Deklaration habe ich mich dafür ausgesprochen, diese Vorschläge in Sondierungen aufzuklären und in unserem Sinne umzufunktionieren, und zwar in bezug auf den Gewaltverzichtsvorschlag und die Passage zum Recht eines jeden Volkes.¹⁷ Dies stieß auf Interesse und Zustimmung beim amerikanischen Vizepräsidenten.

(2) Der norwegische Ständige Vertreter trat ebenfalls für eine offensive Nutzung der östlichen Vorschläge zu unseren Gunsten ein.¹⁸ Er setzte sich ferner für einen baldigen und substantiellen Abschluß des Madrider Nachfolgetreffens durch

¹⁴ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Zwischenlösung]“.

¹⁵ Kjeld Vibe.

¹⁶ Anwesend war der Geschäftsträger der kanadischen Ständigen Vertretung bei der NATO, Baary Mawhinney.

¹⁷ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

¹⁸ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Doll!“

ein substantiell ausgewogenes Schlußdokument und durch Verabschiedung eines KAE-Mandats ein.

(3) Der kanadische Geschäftsträger betonte die Notwendigkeit, in der öffentlichkeitswirksamen Darstellung der westlichen Position aus der Defensive wieder in die Offensive zu gelangen. Er wies auch eindringlich darauf hin, daß den INF-Verhandlungen in Genf kein größerer Schaden zugefügt werden könnte als eine nachlassende Entschlossenheit der Verbündeten, die Dislozierung bei Fehlen konkreter Verhandlungsergebnisse termingerecht¹⁹ durchzuführen. Auch er führte aus, daß die Prager Erklärung Ansätze zu offensiver Darstellung der westlichen Position biete.

(4) Der französische Ständige Vertreter²⁰ begrüßte die Konsultation und konzentrierte sich darauf, die besondere Position seiner Regierung in der Allianz und zur Sicherheitspolitik darzustellen.

II. Im Zusammenhang mit der Darstellung der Ausführungen von Vizepräsident Bush ist noch ergänzend anzufügen:

Während des Essens, das der NATO-Rat für den amerikanischen Vizepräsidenten gab, trug der Berater des Präsidenten für Wirtschaftsfragen²¹ eine optimistische Wirtschaftsprognose für die Vereinigten Staaten vor, schränkte allerdings diese mit Hinweisen auf die fortbestehende Budget-Problematik und das fortbestehende Handelsdefizit für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen erheblich ein. Ich benutzte die Gelegenheit, um den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten²² auf die Notwendigkeit der rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in beiden Richtungen hinzuweisen und die schädlichen Wirkungen der nun erneut vom Kongreß verabschiedeten „speciality metal clause“²³ aufzuzeigen. Diese Problematik belastete auch außerordentlich die Bemühungen, das westliche Verteidigungspotential unter Nutzung der sich entwickelnden und zum Teil schon vorhandenen neuen Technologien zu optimieren. Deshalb wolle ich die Gelegenheit des Besuchs des Vizepräsidenten nutzen, um im Interesse der Effektivität der Verteidigungsanstrengungen aller Allianzpartner die Notwendigkeit zu unterstreichen, diese „speciality metal clause“ mit all ihren negativen Auswirkungen so bald wie möglich zu beseitigen.

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten bestätigte in seiner Replik die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um diese restriktiven gesetzlichen Maßnahmen aufzuheben. Er anerkannte die Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungsgebiet und stimmte mit meiner Beurteilung der negativen Auswirkungen der „speciality metal clause“ überein.

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 202 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁰ Jean-Marie Mérillon.

²¹ Martin S. Feldstein.

²² Die Wörter „den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „D. h. kurz ‚Bush‘.“

²³ Zur Klausel über den Kauf von Rüstungsgütern mit Spezialmetallen im vorläufigen Haushalt der USA vgl. Dok. 20, Anm. 20.

III. Wertung

Besuch und Konsultationen Vizepräsident Bushs beim NATO-Rat können als voller Erfolg bewertet werden. Die Anwesenheit des Vizepräsidenten bei der NATO bedeutet eine Manifestation des Willens der USA zu Konsultationen mit den Verbündeten und eine Demonstration der Geschlossenheit der Allianz in den wichtigsten aktuellen Fragen des Ost-West-Verhältnisses. Diese Geschlossenheit helfe im übrigen auch, die Widerstände im Kongreß zu einer Reihe von wichtigen Fragen im Sinne der Allianzziele zu überwinden.

IV. Eine Darstellung des Sachvortrags der Ständigen Vertreter bzw. Geschäftsträger – im einzelnen – folgt gesondert mit Schriftbericht.²⁴

[gez.] Wieck

Folgt Anlage

[...]²⁵

VS-Bd. 11981 (201)

37

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Chequers

4. Februar 1983¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher am 4. Februar 1983 in Chequers in Anwesenheit von BM Genscher und AM Pym²

1) Das Gespräch dauerte etwa 40 Minuten.

Außerdem anwesend:

Auf deutscher Seite: MD Teltschik und VLR I Dr. Neuer.

Auf britischer Seite: Herr Butler und Herr Coles.

²⁴ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), resümierte die Beiträge der Vertreter der übrigen NATO-Mitgliedstaaten mit Drahtbericht Nr. 200 vom 3. Februar 1983. Vgl. VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktienkopien 1983.

²⁵ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte den Text seiner Ausführungen im Ständigen NATO-Rat am 3. Februar 1983, der mit Drahtbericht Nr. 203 vom selben Tag fortgesetzt wurde. Vgl. Anm. 1.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 7. Februar 1983 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Ploetz am 16. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Registratur] b[litte] eintr[agen]. Eing[ang] 16.2.! 2) Do[ppel] BStS, D 2, D 4, H[errn] Ho[rstmann].“

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 17. Februar 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178876.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich am 4. Februar 1983 in Großbritannien auf.

2.1) PM *Thatcher* faßte zunächst das mit dem Bundeskanzler zuvor geführte Gespräch für die Außenminister zusammen.³ Sie erwähnte Meinungsaustausch über INF, wobei Übereinstimmung darüber bestanden habe, daß die Null-Lösung ein Ziel sei, es auf dem Wege dorthin aber verschiedene Möglichkeiten gebe. Einwurf des *Bundeskanzlers*: das wünschenswerte Ziel.

PM *Thatcher* bemerkte, auch sie verliere dieses Ziel nie aus dem Auge.

Es sei auch über die wirtschaftliche Lage gesprochen worden. Auch über Williamsburg.⁴ Diesem Treffen komme wichtige Bedeutung zu. Bei den Konsultationen im April⁵ könne man es vorbereiten. Protektionismus und die Schwierigkeiten zwischen EG und USA müßten behandelt werden. Sie sei sich mit dem Bundeskanzler einig, daß es eine offene Aussprache werden müsse. Der Bundeskanzler habe sie über seine Gespräche mit AM Gromyko⁶ und VP Bush⁷ unterrichtet. Sie habe dazu bemerkt, jeglicher Schritt müsse sehr sorgfältig vorbereitet sein, sonst bleibe der Westen ohne Gegenleistung.

2.2) Der *Bundeskanzler* erläuterte vor der Erörterung anderer Themen noch einmal die Position der Sowjetunion. Die sowjetische Position sei zwar stärker geworden, was die militärische Macht angehe. Die ideologische Kraft der SU gehe jedoch zurück. Polen sei für die SU das ideologische Cannae. Die SU werde sich nicht davon erholen, daß ihre Ideologie in einem der wichtigsten Länder Europas eine Niederlage erlitten habe. Dies werde sich auch auf die moskautreuen Länder in Europa auswirken, insbesondere auch auf die Länder Lateineuropas. Moskau nähere sich immer mehr dem Zarismus. Es sei eine militärische Weltmacht, aber von Ideologie sei kaum mehr die Rede. Die Art und Weise der Unterdrückung der Bürgerschaftsbewegung zeige, daß die SU den Weg zu zaristischen Verhaltensformen gehe.

PM *Thatcher* bemerkte, die Sowjets seien aber besser organisiert als der Zarismus. Das Verheerende in der SU sei die Kombination von Organisation und Macht. Die sowjetische Zurückhaltung in Polen sei bemerkenswert.

Bundeskanzler: Polen sei wohl ein Sonderfall, da es katholisch sei und weil der Papst⁸ Pole sei.

PM *Thatcher* hofft, daß Bundeskanzler recht behält. Sie erwähnte die sowjetische Subversion in vielen Teilen der Welt.

Der *Bundeskanzler* erläuterte unter Hinweis auf die Haltung der Deutschen im Zweiten Weltkrieg, daß eine Diktatur in einer konkreten Situation viel erreichen

³ Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher führten am Vormittag des 4. Februar 1983 in Chequers ein Vier-Augen-Gespräch. Parallel dazu konferierten Bundesminister Genscher und sein britischer Amtskollege Pym. Deren Themen waren die INF-Verhandlungen in Genf, die Rahmenbedingungen einer Zwischenlösung und die Frage der Einbeziehung von Drittstaatsystemen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom selben Tag; Referat 204, Bd. 135241.

⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁵ Zu den deutsch-britischen Regierungsgesprächen am 21./22. April 1983 in London vgl. Dok. 109, Dok. 111 und Dok. 112.

⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983 vgl. Dok. 10.

⁷ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 31. Januar 1983 vgl. Dok. 28.

⁸ Johannes Paul II.

könne. Das Problem sei eine Generationsfrage. In der Bundesrepublik Deutschland seien 60 % der Wähler nach 1945 aufgewachsen, in der SU habe nur ein Viertel der Bevölkerung noch den Zweiten Weltkrieg erlebt.

Die Art und Weise, wie bestimmte Teile der öffentlichen Meinung AM Genscher und seine Partei behandelten, habe auch sehr viel mit diesem Thema zu tun. Wenn es gelinge, diese Partei zu zerstören und an ihrer Stelle die Grünen in den Bundestag zu bringen, sei dies sehr gefährlich.

PM *Thatcher* unterstrich, persönliche Angriffe seien ein Zeichen von Schwäche und zeigten Mängel an politischen Argumenten.

2.3) Das Gespräch wandte sich dann Fragen der EG zu.

PM *Thatcher* bezeichnete die Regelung des Fischerei-Problems⁹ als großen Erfolg. Sie schlug vor, kurz über die Agrarpreise¹⁰ zu sprechen und die Budgetfrage¹¹ anzuschneiden. Diese Fragen mußten während unserer Präsidentschaft¹² gelöst werden.

BM *Genscher* brachte das Fischerei-Problem mit Kanada¹³ zur Sprache. Er bemerkte, Kanada wolle keine Lizenzen für die Hochseefischerei vor der kanadischen Küste erteilen, solange nicht die kanadischen Fänge voll absorbiert würden. GB habe früher 82 % der kanadischen Fänge abgenommen. Jetzt sei dies nur 50 %. Wenn GB schnell – vor dem 11. Februar 1983 – die Quoten erhöhe, sei dies für unsere Hochseefischerei sehr hilfreich.¹⁴

⁹ Zur Einigung des EG-Ministerrats vom 25. Januar 1983 über eine Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik vgl. Dok. 9, Anm. 21.

¹⁰ Die EG-Kommission legte dem EG-Ministerrat am 22. Dezember 1982 Vorschläge für die Festlegung der Agrarpreise und der flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1983/84 vor. Sie sahen abgestufte Steigerungen vor, und zwar um 5,5 % für die meisten Erzeugnisse, zwischen 6 % und 8,7 % in Bereichen mit guter Marktlage (Erzeugnisse aus dem Mittelmeerraum) und um 4 % bei Produkten mit schwieriger Marktlage (Getreide und Zucker). Für Überschußprodukte schlug die EG-Kommission vor, den Interventionspreis für Getreide um 4 %, für Milcherzeugnisse um 3,2 % und für Rapssamen um 4,5 % anzuheben. Sie sprach sich ferner dafür aus, die Währungsausgleichsbeträge (WAB) für die Bundesrepublik und Großbritannien um 2,8 Punkte zu senken. Nach den Berechnungen der EG-Kommission würde der Abbau der WAB zusammen mit den Preissteigerungen für die Bundesrepublik zu einer durchschnittlichen Preiserhöhung von 1,3 % führen. Vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 15–18.

¹¹ Zur Frage der Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 11, Anm. 26.

¹² Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹³ Die Europäischen Gemeinschaften und Kanada schlossen am 29. Dezember 1981 ein Fischereiabkommen. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 379 vom 31. Dezember 1981, S. 54–63.

Im Januar 1983 verweigerte Kanada die Erteilung von Fanglizenzen an die EG-Mitgliedstaaten mit der Begründung, „die Gemeinschaft habe die ihr aus dem Briefwechsel zum Fischereiabkommen zustehenden Kontingente in einer Weise unter die MS aufgeteilt, die Kanada die Ausschöpfung dieser Kontingente unmöglich“ mache. Am 3. Februar 1983 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann dar: „Insbesondere behauptet Kanada, GB habe bisher über 80 % der kanadischen Gemeinschaftsexporte aufgenommen, während [durch] die Aufteilung durch die Gemeinschaft 1982 nur ca. 17 % und 1983 etwas über 50 % (maximal 52,22 %) für GB bestimmt war.“ Die kanadischen Ausführungen seien „sachlich richtig“. Allerdings sei im Fischereiabkommen keine bestimmte Kontingentaufteilung vorgesehen, und die kanadischen Exporteure hätten sich erst nach Vertragsabschluß dagegen gewandt: „Versuche unserer Fischwirtschaft, durch Kauforder 1982 die Lage zu entschärfen, schlugen fehl, weil Kanada Kabeljau in den geforderten Mengen und Qualitäten nicht liefern konnte.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131270.

¹⁴ Nach telefonischer Intervention des Bundesministers Genscher bei seinem kanadischen Amtskollegen wegen der Nichtzuteilung der Jahresquote von 16 000 t Kabeljau an die EG-Mitgliedstaaten, von der gut 13 000 t für die Hochseefischerei der Bundesrepublik vorgesehen waren, teilte MacEachen

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß dies für uns eine sehr wichtige Frage sei.¹⁵

PM Thatcher meinte, Erhöhungen der britischen Importquote seien nicht möglich, sagte aber dennoch Prüfung zu. Dabei wies sie darauf hin, daß die Fischerei die einzige gemeinschaftliche Ressource sei. Hier habe GB viel beigetragen.

BM Genscher sprach die Agrarpreisfrage an und brachte den Wunsch zum Ausdruck, den Grenzausgleich nicht wie vorgeschlagen auf 2,8% festzusetzen, da dies ein Mehreinkommen von nur 1% für die deutschen Bauern bedeute.

PM Thatcher erklärte, es sei wichtig, die Preise für Überschußprodukte nicht wesentlich zu erhöhen. Es müsse sorgfältig geprüft werden, bei welchen Produkten die Preise erhöht werden könnten, z. B. nicht bei Milch. Sie wies auf die effiziente britische Landwirtschaft hin.

BM Genscher bemerkte, ein Korrektiv sei durch die Erzeugermitverantwortung gegeben.

PM Thatcher zum Budget-Problem: Die Budget-Frage müsse vor den britischen Wahlen – deren Zeitpunkt noch nicht feststehe¹⁶ – gelöst werden. Die Opposition sei gegen Europa. Es müsse eine grundsätzliche Änderung geben. Eine Regelung müsse unter deutscher Präsidentschaft gefunden werden. Sie werde die Frage bei dem ER im März¹⁷ aufwerfen, der kritische ER finde im Juni¹⁸ statt. Deutschland habe ein Stationierungsproblem. GB habe das Problem mit der Budget-Frage – man müsse sich gegenseitig helfen.

Bis zu einer endgültigen Lösung müsse eine gerechte vorläufige Lösung gefunden werden. Auf Beamtenebene solle man in vertraulichen Gesprächen die Frage erörtern. Es sei lächerlich, Länder wie DK, NL, LUX und B zu subventionieren. Man dürfe nicht die ineffiziente Landwirtschaft finanzieren. Im März oder Juni müsse das Problem gelöst werden. Ihre Probleme mit der Opposition würden sonst zu groß. Die gemeinsame Fischereipolitik sei ein enormer Fortschritt, aber jetzt sei die Haushaltsfrage zu lösen. Unter deutscher Präsidentschaft müsse die Frage geregelt werden. Es liege in unserem Interesse, daß PM Thatcher bei den britischen Wahlen nicht einer zu großen antieuropäischen Opposition ausgesetzt sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 191

am 27. Januar 1983 mit, daß zunächst Lizenzen über 2000 t Kabeljau erteilt würden, um das Problem für deutsche Trawler, die sich bereits auf dem Weg an die kanadische Küste befanden, zu entschärfen. Vgl. dazu das mit Drahterlaß Nr. 585 an die Botschaft in Ottawa übermittelte Schreiben; Referat 411, Bd. 131270.

Referat 411 wies am 3. Februar 1983 darauf hin, daß die Freigabe auch der restlichen Fangmengen durch Kanada eile, „weil die für das im Augenblick befischbare Gebiet 2 J 3 KL vor Kanada ausgestellten Lizenzen schon am 11. bis 13. Februar ausgenutzt sein werden und dann eine weitere kostspielige Rückfahrt in grönländische Gewässer nötig wird, wenn keine Anschlußlizenzen ausgestellt werden“. Vgl. Referat 411, Bd. 131270.

¹⁵ Am 10. Februar 1983 bat Bundeskanzler Kohl bei Ministerpräsident Trudeau „der europäischen Hochseefischerei die vertragsmäßige Fangmenge in Höhe von 9500 t Kabeljau in den zur Zeit sehr wichtigen Fanggebieten Neufundland und Südlabrador zu erteilen“. Weiter führte er aus: „Die von Ihrer Regierung veranlaßte Freigabe einer Teilmenge von 2000 t mildert die sehr schwierige Lage der deutschen Hochseefischerei kaum und widerspricht der wirtschaftlichen Notwendigkeit eines saisonalen Fischfangs.“ Vgl. das mit Drahterlaß Nr. 757 vom selben Tag an die Botschaft in Ottawa übermittelte Schreiben; Referat 411, Bd. 131270.

¹⁶ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

¹⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.

¹⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

PM Thatcher unterstrich, daß die Bundestagswahlen am 6. März für GB ebenso wichtig seien wie für uns. Sie seien wichtig nicht nur für uns, sondern für die Zukunft Europas und die freie Welt.

2.4) Abschließend wurde kurz die Presseerklärung besprochen.

BM Genscher regte an, bei der Erklärung klarzumachen, daß Gleichgewicht voraussetze, daß kein sowjetisches Monopol bestehe, und daß – falls erforderlich – wie vorgesehen stationiert werde.¹⁹

Die Haltung zu INF wurde von Regierungschefs und Außenministern als übereinstimmend bezeichnet.

Referat 010, Bd. 178876

38

Runderlaß des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 4. Februar 1983, 11.57 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 16 Orteze

Zum Besuch türkischen AM in Bonn 31.1. bis 2.2.1983

Zur Vorgeschichte dieses Besuchs vgl. Orteze Nr. 109 vom 24.11.1982²

Allgemein

Gespräche BM/AM Türken am 31.1. knüpften an Besuch BM in Ankara am 20.11.1982³ an, als dessen Folge Bundesregierung dem Bundestag Türkei-Bericht⁴ vorlegen und Wirtschafts- und Verteidigungshilfe für die Türkei in den

¹⁹ Premierministerin Thatcher führte am 4. Februar 1983 in Chequers vor der Presse aus: „Without agreement on the zero option, the deployment of United States Cruise and Pershing Missiles will go ahead as planned at the end of 1983. The Chancellor and I agree that there can be no question whatever of a Soviet monopoly in this class of weapon system. In the longer term, our goal remains the achievement of balance at the level of zero.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 233 des Botschafters Ruhfus, London, vom 5. Februar 1983; Referat 204, Bd. 135241.

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 36.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte, Ziel des Besuchs von Bundesminister Genscher am 20. November 1982 in der Türkei sei gewesen: „a) im Lichte des Referendums und der neuen Verfassung Klarheit über den Fortgang des Demokratisierungsprozesses in der Türkei zu gewinnen und zugleich unseren Beitrag zur Verbesserung des Verhältnisses Europa – Türkei zu leisten; b) die deutsch-türkischen Beziehungen in ihrem Gesamtzusammenhang zu erörtern und die türkische Regierung für eine einvernehmliche Absprache über die Anwendung der Bestimmungen des Assoziationsabkommens und Zusatzprotokolls über Freizügigkeit zu gewinnen, die den Belangen der Bundesrepublik Deutschland Rechnung trägt.“ Zur Fortsetzung des Gedankenaustauschs habe Genscher den türkischen Außenminister Türken zu einem Besuch in der Bundesrepublik „Anfang 1983“ eingeladen. Vgl. Referat 012, Bd. 124420.

³ Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. AAPD 1982, II, Dok. 314 und Dok. 315.

⁴ Für den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung vom 2. Dezember 1982 zur Entwicklung in der Türkei vgl. BT ANLAGEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2213.

zuständigen BT-Ausschüssen durchsetzen konnte.⁵ Sie waren durch sehr freundschaftliche Atmosphäre gekennzeichnet, die einen freimütigen Gedankenaustausch erlaubte.

Türkischer AM wurde am 1.2. vom Bundespräsidenten empfangen⁶ und führte außerdem Gespräche mit BMVg⁷, BMA⁸, BMI⁹ und BMZ¹⁰. In einer Pressekonferenz konnte er sich auch bei kritischen Fragen gut behaupten. Der Besuch hat Notwendigkeit und gute Wirkung eines regelmäßigen Gedankenaustausches zwischen beiden Ländern in einer Zeit bestätigt, in der die traditionell freundschaftlichen Beziehungen vielfältigen Belastungen ausgesetzt sind. Er hat den entschiedenen Willen beider Seiten verdeutlicht, dieser Belastungen Herr zu werden.

Im einzelnen

1) Im Mittelpunkt Interesses türkischen AM im Gespräch mit BM stand diesmal Wunsch, möglichst viele Probleme im Assoziations-Verhältnis EG/Türkei¹¹ noch unter deutscher EG-Präsidentschaft¹² einer Lösung zuzuführen. Dazu gehört vor allem die Deblockierung des vierten Finanzprotokolls¹³, auch als Zeichen der Überwindung der politischen Isolierung der Türkei, eine großzügigere Behandlung türkischer Textilexporte durch die Gemeinschaft¹⁴ und der Wunsch nach baldiger Abhaltung eines Assoziationsrats zur Diskussion anstehender Probleme. BM konnte auf seine Antrittsrede vor EP am 11.1.1983¹⁵ und seine Bemühungen gegenüber Kommission und Ministerrat zur Wiederbelebung der Assoziation hinweisen und sagte entsprechende Bemühungen auch für die Zukunft zu. Widerstände in der Gemeinschaft beständen aber fort. Zur Beschleunigung der Dinge könne Türkei selbst – durch Fortsetzung der Redemokratisierung, Haftentlassung von Gewerkschaftern¹⁶, Abschluß des DISK-Prozesses¹⁷ –

⁵ Zur Wirtschafts- und Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 27, Anm. 9.

⁶ Bundespräsident Carstens erörterte mit dem türkischen Außenminister Türkmen Fragen der Demokratisierung der Türkei und der Rolle der Armee in diesem Prozeß, ferner die wirtschaftliche Situation der Türkei und deren Beziehungen zu Griechenland. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 151038.

⁷ Manfred Wörner.

⁸ Norbert Blüm.

⁹ Friedrich Zimmermann.

¹⁰ Jürgen Warnke.

¹¹ Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

¹² Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹³ Zu dem am 19. Juni 1981 paraphierten Vierten Finanzprotokoll zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 25, Anm. 25.

¹⁴ Zur Frage eines Textilabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 25, Anm. 26.

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. BULLETIN 1983, S. 25–33.

¹⁶ Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 10. September 1982, daß der Koordinierungsausschuß der Ausnahmezustandskommandanturen beim türkischen Generalstab Angaben über die Anzahl der Inhaftierten bekanntgegeben habe. Demnach befanden sich 17 641 Untersuchungshäftlinge in Militärfängnissen und weitere 493 Personen in Gewahrsam: „Die Ausnahmegerichte hätten bis zum

beitragen. Auf dem Textilsektor überschätze die Türkei die Aufnahmefähigkeit des Gemeinsamen Marktes in heutiger wirtschaftlicher Situation. Türkische Retorsionszölle¹⁸, die noch dazu den Falschen, nämlich vor allem uns (Stahl), träfen, würden daran nichts ändern. BM empfahl türkischer Seite, ihre Prioritäten richtig zu setzen. Als Präsident des EG-Ministerrats werde er sich um Fortschritte im Verhältnis EG/Türkei in den nächsten Monaten bemühen, doch bleibe er auf Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten angewiesen. Auf Drängen von deutscher Seite, sich bei den Textilexporten zu Selbstbeschränkungsabkommen bereitzufinden, erklärte Türkmen, daß man sich der Sache noch einmal vertieft annehmen werde. Er stimmte Einberufung Assoziationsrates auf Botschafterebene zu, über dessen Zeitpunkt und Tagesordnung man sich noch verständigen muß.

2) Zur inneren Entwicklung in der Türkei berichtete Türkmen, das Parteiengesetz werde im Februar vorgelegt¹⁹, das Wahlgesetz werde, ähnlich wie bei uns, eine Parteien-Sperrklausel enthalten, das Gewerkschaftsgesetz²⁰ sei beinahe fertiggestellt und mit dem Staatspräsidenten²¹ bereits diskutiert worden. Er selbst halte es für gut, auch wenn es einige Regelungen enthalte, mit denen man bei uns weniger vertraut sei, doch müßte man sich die türkische Ausgangsposition vor Augen halten. Das neue Gewerkschaftsgesetz werde Streiks zulassen, die allerdings beantragt werden müßten, und es würde die politischen Aktivitäten einschränken.

BM verwies auf seinen Türkei-Bericht für den BT, jetzt gehe es darum, bei ähnlichen Problemen in der EG unsere Partner zu gewinnen, und es liege weitgehend in türkischer Hand, ob er dabei mit guten oder schlechten Karten spiele. T. erwiderte, daß man in seinem Land das Gleichgewicht zwischen Liberalis-

Fortsetzung Fußnote von Seite 194

jetzigen Zeitpunkt 29 831 Fälle abgeschlossen und 25 893 Personen verurteilt. 36 494 Fälle stünden noch zur Verhandlung an, 6673 Anklagen würden gegenwärtig verhandelt. 7312 Gefangene seien in den Militärgefängnissen nach Verurteilung wegen ‚ideologischer Verbrechen‘ inhaftiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1503; Referat 203, Bd. 124911.

17 Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu.

Im Bericht der Bundesregierung vom 2. Dezember 1982 über die Entwicklung in der Türkei hieß es, daß die Betätigung des türkischen Gewerkschaftsverbandes DISK seit September 1980 „suspendiert“ sei und die Staatsanwaltschaft seine formelle Auflösung gefordert habe. Gegen 52 inhaftierte führende Mitglieder von DISK seien Strafverfahren anhängig. Vgl. dazu BT ANLAGEN, Bd. 289, Drucksache Nr. 9/2213, S. 3 f.

18 Zur türkischen Sonderabgabe auf bestimmte Importe aus den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 25, Anm. 24.

19 Botschafter Oncken, Ankara, informierte am 8. Februar 1983, daß der Entwurf eines neuen Parteiengesetzes am 5. Februar 1983 bekanntgegeben worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 257; Referat 203, Bd. 151009.

Gesandter von Hassell, Ankara, teilte am 26. April 1983 mit, daß der Nationale Sicherheitsrat der Türkei das Parteiengesetz verabschiedet habe, das u. a. die Voraussetzungen für Parteigründungen und für deren Teilnahme an Parlamentswahlen festlege. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 786; Referat 203, Bd. 151009.

20 Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei billigte am 6. Mai 1983 die Gesetze über „Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen“ sowie über „Tarifvertragswesen, Streik und Aussperrungen“. Referat 203 bemerkte dazu am 10. Juni 1983, daß die Gesetze Vorschriften über die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und die Prüfung ihrer Finanzen enthielten. Die Gesetze sähen ferner eine Zwangsschlichtung nach maximal 60 Tagen ergebnisloser Tarifverhandlungen vor. Die Zahl der Branchen, in denen gestreikt werden dürfe, sei eingeschränkt. Vgl. dazu Referat 203, Bd. 151009.

21 Kenan Evren.

mus und Zusammenbruch des Staates finden müsse und daß die Türkei in einer anderen Situation sei als z.B. Deutschland. Die Wahlen würden im Oktober abgehalten.²² BM begrüßte dies und unterstrich, daß sich Fortschritte in der Demokratie auch positiv auf die Beziehungen der EG zur Türkei auswirken würden.

3) Nachdrücklich hat sich BM für Eindämmung der Praxis eingesetzt, daß türkische Gastarbeiter über Berlin-Schönefeld statt über Tegel in die Türkei fliegen. Sicher sei dies billiger, deshalb sei auch den einzelnen Türken kein Vorwurf zu machen. Doch müsse er türkische Regierung bitten zu klären, ob sie durch Gewährung von Flugrechten an nichtwestliche Gesellschaften (Interflug, Balkan-Air) dazu beitragen wolle, im politischen Kampf um Berlin Ost-Berlin zu unterstützen. Er machte eindrucksvoll klar, daß hier Gefühle der Nation berührt würden. Viele Menschen bei uns fragten sich, warum Türken, die in Westberlin leben und arbeiten, Ost-Berlin begünstigten. Türkmén sagte zu, sich der Sache annehmen zu wollen.

BM hat auch das Problem der doppelten Wehrdienstleistungen deutsch-türkischer Doppelstaatler angesprochen und um erneute Überprüfung durch die zuständigen türkischen Behörden gebeten. Zur Zeit besteht die Türkei darauf, daß der Wehrdienst in ihrem Land abzuleisten ist, selbst wenn eine Wehrdienstleistung in der Bundesrepublik Deutschland bereits erfolgt ist.

4) Zum Verhältnis Türkei–Griechenland betonte Türkmén türkische Bereitschaft zum Dialog und zur Lösung der Probleme.²³ GRI beschuldige TUR zwar, eine Zuspitzung der Situation zu suchen, dies sei jedoch nicht der Fall. Die Türkei habe bereits genügend Probleme und sei nicht darauf aus, sich mehr zu schaffen. Ob es zu einer Begegnung der Außenminister komme, hänge von griechischer Seite ab, nachdem diese das Dezember-Treffen wegen Verletzung des Luftraums durch die Türkei abgesagt habe.²⁴ Die Türkei könne die Zehn-Meilen-Grenze nicht akzeptieren, sondern nehme – wie alle anderen Länder – nur sechs Meilen hin. Sie bemühe sich dennoch, die Zahl der Einflüge gering zu halten, müsse sie aber gelegentlich in größerem Zusammenhang vornehmen. Die Türkei habe selbst ein ernstes Problem wegen der Militarisierung der griechischen Inseln – wenn jemand bedroht wäre, dann sei sie es –, doch hänge sie

²² In der Türkei fanden am 4. November 1983 Parlamentswahlen statt.

²³ Nach der Ankündigung der griechischen Regierung vom 1. November 1973, in der Ägäis nach Erdöl zu suchen, traten anhaltende Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei in der Frage der Hoheitsrechte in der Region ein. Referat 203 informierte dazu im April 1983, daß seit Sommer 1980 die Gespräche zwischen beiden Außenministerien unterbrochen seien: „Auf dem NATO-Gipfel [am] 9./10. Juni 1982 wurde – auch auf deutsches Drängen – zwischen dem türkischen und dem griechischen Ministerpräsidenten ein ‚Moratorium‘ (so griechisches Verständnis) oder ‚Gentlemen’s Agreement‘ (so die türkische Regierung) abgesprochen. Wesentlicher Inhalt: Die AM beider Länder führen ein Gespräch am Rande des NATO-Treffens Anfang Oktober in La Sapinière. Bis dahin keine einseitigen Handlungen oder Erklärungen, die eine Entspannung stören könnten.“ Vgl. Referat 203, Bd. 150965.

²⁴ Mit Note vom 23. November 1982 an die Türkei protestierte die griechische Regierung gegen die mutmaßliche Verletzung griechischen Luftraums durch türkische Militärflugzeuge im Rahmen des Manövers „Koral 82“ und sagte ein zweites Gespräch zwischen den Außenministern Charalambopoulos und Türkmén am Rande der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel ab. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1992 des Gesandten von Hassell, Ankara, vom 26. November 1982; Referat 203, Bd. 124916.

dies nicht an die große Glocke. Auf Frage BM, welche Entwicklung er voraussehe, meinte Türkmen, die türkische Seite habe große Schwierigkeiten, Papan-dreous Gedankengänge zu verstehen.

5) Ausführlicher Gedankenaustausch zu Ost-West-Beziehungen und Abrüstungsfragen. Nach Türkmen ist die SU in ihren Beziehungen zur Türkei besonders vorsichtig. Diese bezieht Strom aus der SU und ist an Gaslieferungen interessiert. BM hat über Gromyko-Besuch²⁵ berichtet und fortdauernde Gültigkeit des NATO-Doppelbeschlusses betont. Ein sowjetisches Monopol bei den Mittelstreckenraketen werde es nicht geben. Türkmen stimmte zu, meinte aber, daß eine Null-Lösung kaum zu erreichen sei und der Weg möglicherweise in, auch von BM erwähntem, Zwischenergebnis²⁶ einer Reduzierung von sowjetischen Raketen und einer entsprechend reduzierten Nachrüstung auf westlicher Seite liege. Auf Türkmens Frage nach unserer Haltung zum Gewaltverzicht²⁷ zitierte BM aus seiner Tischrede für Gromyko²⁸, wonach eine erneute Bestätigung des GV dann eine große Hilfe darstellen könnte, wenn er dort geübt werde, wo Gewalt angewendet wird, z. B. in Afghanistan. Wichtig sei, daß der Westen nicht täglich durch neue Friedensvorschläge des Ostens in die Defensive getrieben werde. Der Westen habe es in der öffentlichen Diskussion hier besonders schwer; obgleich er die besseren Karten habe, mache der Osten die besseren Spiele. Dies sei auch ein Thema seiner Gespräche mit US-Vizepräsident Bush gewesen.²⁹

6) Zum Thema türkische Gastarbeiter, das von Türkmen auch bei seinen Gesprächen mit dem Bundesarbeits- u. Innenminister aufgenommen wurde, bestätigte BM, daß die Rückkehr von Gastarbeitern nur auf freiwilliger Basis erfolgen werde.³⁰ Türkmen drückte Besorgnis hinsichtlich der Vorschläge aus, die von der Kommission „Ausländerpolitik“ in ihrem zu erstellenden Gutachten gemacht werden und die auf erzwungene Rückkehr hinauslaufen könnten.³¹ Er bat um

²⁵ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

²⁶ Zu Überlegungen für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 18, Anm. 19.

²⁷ Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“); Dok. 40.

²⁸ Für den Wortlaut der Tischrede vom 17. Januar 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 134–137.

²⁹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 31. Januar 1983 vgl. Dok. 27.

³⁰ Am 2. Dezember 1982 legte Bundesminister Blüm eine Kabinetttvorlage zum geplanten Gesetz über die Förderung der Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer aus der Bundesrepublik vor. Ministerialdirigent Bertele vermerkte dazu am 7. Dezember 1982: „Finanzielle Anreize sollen durch vorzeitige Auszahlung von Arbeitnehmeranteilen aus der Rentenversicherung, aus betrieblichen Alterssicherungen und (prämienunschädlich) aus öffentlich geförderten Sparguthaben geschaffen werden. Neu hinzugetreten ist die Schaffung einer eigenständigen Rückkehrhilfe in Höhe von 9000 DM in bestimmten Fällen von Betriebsstillegung und Kurzarbeit, begrenzt auf 1983 und 1984. [...] Insgesamt sind die vorgesehenen Maßnahmen kostenträchtig: Allein für 1983 sind 400 Mio. DM für die Rentenversicherung und 100 Mio. DM für den Bundeshaushalt (Nachtragshaushalt) anzusetzen. Es scheint möglich, daß das Vorhaben vom Bundesfinanzminister nicht gutgeheißen werden wird.“ Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1604.

Das Kabinett entschied am 21. Dezember 1982, den Tagesordnungspunkt „Förderung der Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer“ auf eine spätere Sitzung zu verschieben. Vgl. dazu den Auszug aus dem Kurzprotokoll vom 29. Dezember 1983; B 85 (Referat 513), Bd. 1604.

³¹ Am 3. November 1982 setzte die Bundesregierung eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden ein mit der Aufgabe, „zu prüfen, wie die gesellschaftspolitischen Probleme ab-

türkische Mitsprache vor definitiven Entscheidungen der Bundesregierung aufgrund des Gutachtens. BM empfahl, dieses abzuwarten und erinnerte an unsere bereits erklärte Bereitschaft, mit der Türkei über Einzelheiten (wirtschaftliche Anreize, Sozialversicherung) reden zu wollen (vgl. Infotek-Meldungen 1023³² und 1024³³ vom 2.2.1983).

7) Zur Fünf-Staaten-Klage vor der MR-Kommission des Europarates gegen die Türkei³⁴ unterrichtete Türkmen den BM, daß türkische Antwort am gleichen Tag (31.1., letztmögliches Datum) vorgelegt worden sei³⁵, obgleich es sehr schwer gewesen wäre, die Militärführung von der Richtigkeit dieses Vorgehens zu überzeugen. Es käme jetzt darauf an, daß die Sache von der Kommission hinhaltend behandelt werde. Nach Oktober, wenn sich die Lage in der Türkei substantiell geändert habe, könnte die türkische Regierung einer einvernehmlichen Regelung zustimmen. Er bat BM um entsprechende Einwirkung auf die beteiligten Länder, vor allem auf F, das auf Fragen der Souveränitätsrechte selbst sehr empfindlich reagiere.

³⁶8) In den Gesprächen des türkischen AM mit dem BMJ³⁷ wurden Fragen der Rechtshilfe und der Auslieferung bei drohender Todesstrafe behandelt, in den Gesprächen mit dem BMI und dem BMA Gastarbeiterbelange und Probleme, die sich für die deutsche Seite ergeben. Der türkische Außenminister gab mehr-

Fortsetzung Fußnote von Seite 197

gebaut werden können, die durch und für die große Zahl der hier lebenden Ausländer entstanden sind“. Vgl. dazu JAHRESBERICHT 1983, S. 282.

Die Kommission legte am 2. März 1983 dem Kabinett ihren Bericht vor. In der Presse wurde dazu berichtet, die Kommission schlage als Ziel die „Integration der auf Dauer hier lebenden Ausländer“, die „Begrenzung des Ausländerzuzugs, die Aufrechterhaltung des Anwerbestopps und grundsätzlich [...] die Förderung der Rückkehrbereitschaft“ vor: „Das Kabinett einigte sich darauf, den Bericht zur Grundlage für anstehende Entscheidungen zu nehmen, die vor der Sommerpause getroffen werden sollen.“ Vgl. den Artikel „Das Kabinett vertagt den Streit über das Nachzugsalter von Ausländer-Kindern“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. März 1983, S. 1.

³² Das Bundesministerium des Innern informierte über das Gespräch des Bundesministers Zimmermann mit dem türkischen Außenminister Türkmen am 1. Februar 1983, in dessen Mittelpunkt die Frage einer Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik und die Bekämpfung der Kriminalität von Ausländern stand. Vgl. Referat 203, Bd. 151038.

³³ Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung machte Auszüge aus dem Gespräch des Bundesministers Blüm mit dem türkischen Außenminister Türkmen am 1. Februar 1983 bekannt. Zentrales Thema war die Integration türkischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik, insbesondere die Verbesserung der Ausbildung ausländischer Jugendlicher. Vgl. Referat 203, Bd. 151038.

³⁴ Am 1. Juli 1982 reichten Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen und Schweden getrennt bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 24 der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 Beschwerde gegen die Türkei ein. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 200 vom 28. Oktober 1982; Referat 200, Bd. 141790.

³⁵ Gesandter von Hassell, Ankara, berichtete am 1. Februar 1983, nach Presseberichten stelle die Türkei in ihrer Antwort „die Zulässigkeit der Beschwerde in Frage und weise den Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen zurück. Sie stelle fest, daß Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 die Suspendierung von Grundrechten in Notstandssituationen erlaube. Die Forderung von Amnesty International, die Folterverurteilung wiederum basierten auf Beschuldigungen von Amnesty International: „Nach längeren Untersuchungen habe sich jedoch herausgestellt, daß eine große Anzahl von angeblich Toten bei bester Gesundheit am Leben sei, einige seien schon seit langer Zeit entlassen. [...] Folter gebe es auch in westlichen Demokratien, als Beispiel wird der Selbstmord von 41 Gefangenen in französischen Gefängnissen im vergangenen Jahr genannt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 207; Referat 200, Bd. 141790.

³⁶ Beginn des mit Runderlaß Nr. 17 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³⁷ Hans Engelhard.

mals zu erkennen, daß er nach diesem Aufenthalt bei uns den deutschen Standpunkt besser verstehe (vgl. Infofunk-Meldung 1021 vom 2. Februar 1983³⁸).

Steinkühler³⁹

Referat 012, Bd. 124454

39

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir

7. Februar 1983¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem israelischen Außenminister Yitzhak Shamir, am 7. Februar 1983 von 14.00 bis 16.20 Uhr in Bonn²

BM knüpfte nach der Begrüßung an seinen Besuch in Israel Anfang Juni 1982³ und an seine Begegnung mit *AM Shamir* am Rande der GV der VN Anfang Oktober⁴ an. Er freue sich, daß der damals vereinbarte Besuch des israelischen Außenministers jetzt zustande gekommen sei.

AM Shamir nannte folgende Themen, die besonders interessieren: Libanon – Nahost – Golfkonflikt – Großmächte in Nahost – bilaterale Fragen, insbesondere Zeitpunkt der nächsten Sitzung der Gemischten Kommission (gesonderter Vermerk von RL 410⁵).

³⁸ Das Bundesministerium der Justiz gab bekannt, daß Bundesminister Engelhard gegenüber dem türkischen Außenminister Tükmén außer Auslieferungs- und Rechtshilfefragen über die Lage der Menschenrechte in der Türkei gesprochen habe. Vgl. Referat 203, Bd. 151038.

³⁹ Paraphe vom 4. Februar 1983.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 8. Februar 1983 gefertigt und „mit der Bitte um Billigung“ an Bundesminister Genscher geleitet.

² Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 6. bis 9. Februar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte dazu am 11. Februar 1983: „*AM Shamir* ist mit dem *BM* dreimal zusammengetroffen. Er hat ein gut einstündiges Gespräch mit dem *BK* geführt und den *BP* zu einem Höflichkeitsbesuch aufgesucht. Außerdem fanden Gespräche mit dem CSU-Landesgruppenleiter, *MdB Waigel*, und dem Oppositionspolitiker *MdB Bahr* statt. [...] *AM Shamir* hat nach der Veröffentlichung des Abschlußberichts der Untersuchungskommission zu dem Masaker in Sabra und Chatila seine Europa-Reise abgebrochen und ist am 9.2. vorzeitig nach Jerusalem zurückgekehrt.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 20/21; Referat 310, Bd. 135708.

³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. Juni 1982 in Israel auf. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 168, Dok. 173 und Dok. 174.

⁴ Bundesminister Genscher und der israelische Außenminister Shamir trafen am 5. Oktober 1982 in New York zusammen. Dabei sprachen sie über den Konflikt im Libanon und die Grundlagen einer Friedensregelung im Nahen Osten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135708.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw vermerkte am 8. Februar 1983, daß der israelische Außenminister Shamir die noch ausstehende Unterzeichnung des Zweiten Finanzprotokolls zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Israel angemahnt und die Erwartung ausgedrückt habe, daß die EG-Kommission die Auswirkungen eines zukünftigen EG-Beitritts von Portugal und Spanien auf die Anrainerstaaten des Mittelmeers auch mit Israel besprechen werde. Schließlich sei

AM Shamir begann das Gespräch mit einer ausführlichen Darlegung des Standes der Libanon-Verhandlungen.⁶

Nach letzten Informationen sei in Chalde ein „beträchtlicher Fortschritt“ erzielt worden. Nähere Einzelheiten seien noch nicht bekannt. Gleichwohl sei man von einer Einigung über die verschiedenen Verhandlungsgegenstände noch weit entfernt. Das bisherige Verhandlungsergebnis sei nur ad referendum angenommen.

Auf Frage des BM zur Weisungsbefugnis bei den Verhandlungen: Auf israelischer Seite gebe es ein „steering committee“ unter Vorsitz des Premierministers⁷, das die Weisungen erteile. Auf libanesischer Seite entscheide der Präsident der Republik, dem ein Beraterkreis zur Seite stehe.

In den Verhandlungen gehe es im wesentlichen um zwei Elemente:

- 1) Sicherheit,
- 2) Rahmen für die bilateralen Beziehungen.

Zu 1) Israel fordert eine 45 km Zone, die demilitarisiert werden müsse, damit die PLO nicht zurückkehre. Für eine gewisse Übergangszeit seien gemeinsame Patrouillen und die Einrichtung von Überwachungsstationen erforderlich, um die Einhaltung der Vereinbarungen zu sichern. Innerhalb der Zone dürfe es darüber hinaus nur Einheiten der regulären libanesischen Armee und Haddad-Milizen geben.

Schwierigkeiten bestünden z. Z. hinsichtlich:

- a) der israelischen Präsenz,
- b) UNIFIL⁸.

Die israelische Position sei, daß UNIFIL oder andere multinationale Streitkräfte unfähig seien, die PLO fernzuhalten. Ausländische Truppen würden nicht für Israels Sicherheit kämpfen. Diese gewährleisteten nur israelische Truppen. Libanesischen Truppen seien hingegen an der Gewährleistung libanesischer Souveränität interessiert.

Die Gespräche seien schwierig und würden weitergeführt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 199

noch der israelische Wunsch vorgebracht worden, möglichst bald die deutsch-israelische Gemischte Wirtschaftskommission zusammentreten zu lassen. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 135708.

⁶ Zu den Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon über den Abzug fremder Truppen vgl. Dok. 12, Anm. 7.

Am 7. Februar 1983 fand in Chalde die 13. Runde der Verhandlungen statt. Botschafter Eitel, Beirut, teilte mit, die Verhandlungen hätten „erwartungsgemäß“ erneut auf der Stelle getreten. Zum wiederholten Male haben beide Seiten anhand ihrer Abkommensentwürfe unvereinbare Positionen vertreten zu Sicherheitszone, israel[ischen] Frühwarnstationen und Garnisonen sowie zu den Bedingungen eines israel. Teilrückzugs (in Abhängigkeit vom Gesamtprogramm und entsprechend dem Rückzug von Palästinensern und Syrern).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 97 vom 8. Februar 1983; Referat 310, Bd. 135768.

⁷ Menachem Begin.

⁸ Nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon am 13./14. März 1978 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat am 19. März 1978 auf amerikanische Initiative eine Resolution, die u. a. die Einsetzung einer VN-Friedenstruppe vorsah. Das Mandat galt für zunächst sechs Monate und wurde in der Folgezeit immer wieder verlängert. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 426 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.

Am 18. Januar 1983 beschloß der VN-Sicherheitsrat, das Mandat der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) um ein weiteres halbes Jahr bis zum 19. Juli 1983 zu verlängern. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 529 (1983) vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 1.

Zu 2) Israel habe ursprünglich einen formellen Friedensvertrag gewollt. Nachdem sich dieser als nicht realistisch erwiesen habe, gebe sich Israel mit normalen Beziehungen (d.h. offenen Grenzen, Freizügigkeit im Personenverkehr, Warenaustausch) zufrieden.

Die libanesische Regierung stehe unter starkem Druck der arabischen Regierungen, insbesondere der Syrer und der Saudis.

Die libanesische Regierung habe die gegenseitigen Beziehungen erst sechs Monate nach dem Rückzug der israelischen Truppen erörtern wollen. Israel habe dies abgelehnt. Neuerdings hätten die Libanesen eine gewisse Flexibilität gezeigt.

Israel könne nicht akzeptieren, daß der Libanon auf Grund äußeren Drucks die Regelung der gegenseitigen Beziehungen hinausschiebe.

Israel sei zu einem Rückzug in Etappen bereit:

Erste Phase:

- Die PLO müsse Libanon völlig räumen;
- Syrien müsse sich aus den Bergstellungen in das Bekaa-Tal zurückziehen.

Zweite Phase:

- Nach einem Abkommen mit Libanon müsse der israelisch-syrische Rückzug gleichzeitig erfolgen.

Die USA hätten einen Teilrückzug abgelehnt, da sie eine Verzögerung der Libanon-Lösung befürchteten. Die Libanesen seien in ihrer Meinung gespalten.

Israel spiele nicht auf Zeit. Es habe kein Interesse daran, im Libanon zu bleiben. Es setze sich für Beschleunigung der Verhandlungen ein.

Die USA übten einen sehr starken Einfluß auf die Verhandlungen aus. Habib werde in diesen Tagen zurück erwartet.⁹

Auf Frage des *BM*, wer Druck auf Präsident Amin Gemayel ausübe, erwiderte *AM Shamir*, daß der Präsident in ständigem Kontakt mit den Arabern stehe. Ohne sich zu exponieren, legten die Araber ihre Positionen dar. Sie sagten weder Ja noch Nein. Ihre unklare Haltung behindere ungemein den Fortschritt der Verhandlungen. Sein Eindruck sei, daß, wenn die Libanesen festblieben und von den USA unterstützt würden, eine Einigung mit Israel möglich sei.

Ohne Zahlung eines Preises sei ein israelischer Rückzug nicht zu haben. Ägypten habe diesen Preis entrichtet und seine Gebiete zurückerhalten.¹⁰ Das sei ganz

⁹ Der Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Habib, führte vom 10. bis 24. Januar 1983 Gespräche im Nahen Osten zur Beilegung des Libanon-Konflikts. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 351 des Botschafters Hermes, Washington, vom 25. Januar 1983; Referat 310, Bd. 135768.

Am 7. Februar 1983 berichtete Gesandter Pabsch, Washington, daß Habib seine Vermittlungstätigkeit wieder aufnehme: „Wie man uns im State Department sagt, befindet er sich zur Zeit mit Zwischenstationen in Paris und Rom auf dem Weg nach Tel Aviv, wo er am 8.2. eintreffen soll. [...] Zweck der neuen Phase der Habib-Mission sei unverändert, der israelischen Regierung nahezubringen, welch große Dringlichkeit die Administration dem Rückzug der israelischen und übrigen ausländischen Truppen aus dem Libanon beimesse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 555; Referat 310, Bd. 135768.

¹⁰ Anhang I zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel bestimmte in Artikel I, daß Israel alle seine bewaffneten Kräfte und sein Zivilpersonal spätestens drei Jahre nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag aus dem Sinai zurückziehen werde. Für

normal. Der Libanon müsse ein Interesse an Zusammenarbeit mit Israel haben, da diese seine Unabhängigkeit stärke.

Insgesamt sei das Libanon-Problem ungemein komplex. Die beste Lösung für Libanon sei die Neutralität. Diese würde der inneren Lage des Landes und dem Verhältnis zur politischen Umwelt am besten gerecht.

Die libanesische Armee sei erst in zwei bis drei Jahren in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen.

Auf Frage des *BM* nach dem Abzug der PLO sagte AM *Shamir*, daß die PLO von Syrien abhänge. Die Beziehungen zwischen beiden sei gespannt. Aber wenn Syrien am Abzug der PLO wirklich interessiert sei, sei Syriens Einfluß entscheidend. AM *Shamir* sagte auf entsprechende Frage des *BM*, daß Israel mit Syrien Kontakt habe.

BM begrüßte die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Israel und Libanon. Wir befürworteten ein aktives Engagement der USA in den Libanon-Verhandlungen. Es hänge ganz entscheidend von den USA ab, mit welcher Autorität die libanesische Regierung spreche. Wir verstünden sehr gut, weshalb die USA auf Beschleunigung drängten.

AM *Shamir* versicherte, daß Israel an einer schnellen Lösung des Libanon-Problems interessiert sei.

Es gebe zwar keine direkte Verbindung zwischen Libanon und dem eigentlichen Nahost-Problem, aber doch einen Zusammenhang. Allerdings dürfte zwischen den verschiedenen Problemen kein Linkage hergestellt werden.

Nach israelischer Auffassung könnten die Nahost-Verhandlungen sofort und ohne Vorbedingungen beginnen.

BM kam sodann auf Ägypten zu sprechen. Wir seien für die Überwindung der Isolierung Ägyptens.¹¹ Das Motiv für die vorsichtige Haltung Jordaniens sei, nicht in eine ähnliche Lage wie Ägypten zu geraten.

AM *Shamir* glaubt, daß Ägypten Jordanien ermutige, sich dem Friedensprozeß anzuschließen. Wenn irgendein arabisches Land bereit sei, über den Frieden zu verhandeln, werde Israel sofort bereit sein, in Verhandlungen einzutreten.

BM bemerkte, daß die USA zu verhindern versuchten, daß Syrien und die PLO sich im Libanon festkrallten.

AM *Shamir* meinte, daß, wenn die verschiedenen libanesischen Gemeinschaften zusammenstehen und die USA helfen würden, eine Lösung des Libanon-Problems möglich sei. PM Wazzan habe schon erheblich seine Meinung geändert. Er sei optimistisch.

Die EG könne eine nützliche Rolle spielen, wenn sie dazu beitrage, daß der äußere Druck auf die libanesische Regierung abgebaut werde.

BM äußerte seine Befriedigung, daß die USA sich in der Libanon- und in der Kernfrage engagierten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 201

den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 169. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238 f.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 25. April 1979. Am 25. April 1982 wurde der israelische Rückzug vertragsgemäß abgeschlossen.

¹¹ Zur Suspendierung der Mitgliedschaft von Ägypten in der Arabischen Liga vgl. Dok. 12, Anm. 5.

Hinsichtlich der übergreifenden Nahost-Frage sollten wir die US-Bemühungen fördern und unterstützen. Auch müßten die konstruktiven Vorschläge von Fes¹² genutzt werden.

Wir würden keine europäische Initiative befürworten. Anstatt die Lage zu komplizieren, seien wir für die Unterstützung bereits vorhandener Pläne.

BM kritisierte sodann die israelische Siedlungspolitik. Die Schaffung von vollendeten Tatsachen sei für den Friedensprozeß nicht förderlich.

AM *Shamir* entgegnete, daß ihm alle europäischen Erklärungen zu Nahost bekannt seien.

AM *Shamir* warf sodann das im Hinblick auf die bevorstehende Präsidentschaft Griechenlands im nächsten Halbjahr¹³ akut werdende Problem der nicht vollen diplomatischen Beziehungen mit Griechenland auf (nur diplomatische Vertretung, keine Botschaft). In einigen Fällen habe Griechenland sogar eine feindliche Haltung eingenommen. Griechenland habe 1982 einer Res. der GV der VN zugestimmt, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel fordere.¹⁴ Auf Frage des BM nach den griechischen Motiven: ideologische Haltung von Präs. Papandreou. Er könne sich nicht vorstellen, daß Griechenland für die Gemeinschaft sprechen könne, wenn es seine Haltung nicht ändere. Es müsse etwas getan werden, um Griechenland zur Änderung seiner extremen Haltung gegenüber Israel zu veranlassen.

BM verwies darauf, daß Griechenland in verschiedenen Fällen einen besonderen Standpunkt einnehme. Dies sei bedauerlicherweise nicht zu ändern.

Eine neue Lage werde eintreten, wenn Griechenland den Vorsitz in der EG übernehme. BM werde sich wie in der Vergangenheit für Israel einsetzen.

Beim bevorstehenden Besuch des spanischen Außenministers¹⁵ werde er das gleiche tun.

BM sicherte zu, daß wir mit Israel auf allen Gesprächsebenen während unserer Präsidentschaft im Gespräch bleiben würden. Diese Praxis könne zum Präzedenzfall für die griechische Präsidentschaft werden.

BM wandte sich anschließend dem Problem ausländischer Lehrkräfte in den besetzten Gebieten zu. (Auf dem Antrag für die Arbeitserlaubnis, den die ausländischen Lehrkräfte unterschreiben müssen, ist ein Hinweis auf die Verpflichtungen zur Nichtunterstützung der PLO enthalten.) Die Zehn seien über die Maßnahmen der israelischen Behörden sehr beunruhigt.¹⁶

¹² Zum Friedensplan der Arabischen Liga für den Nahen Osten („Fes-Plan“) vgl. Dok. 9, Anm. 18.

¹³ Griechenland übernahm am 1. Juli 1983 die EG-Ratspräsidentschaft.

¹⁴ Mit Resolution Nr. 37/123 vom 16. Dezember 1982 verurteilte die VN-Generalversammlung in New York erneut die Entscheidung der israelischen Regierung vom 14. Dezember 1981, den Geltungsbereich ihrer Jurisdiktion auf die besetzten Golan-Höhen auszudehnen. Die VN-Mitgliedstaaten wurden u. a. dazu aufgerufen, jegliche wirtschaftliche, finanzielle und technologische Unterstützung für Israel zu unterlassen sowie die diplomatischen, handelspolitischen und kulturellen Beziehungen abzubauen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXI, S. 258 f.

¹⁵ Zum Besuch des spanischen Außenministers Morán am 9. Februar 1983 vgl. Dok. 46.

¹⁶ Botschafter Munz, Amman, teilte am 25. Januar 1983 zur Situation ausländischer Lehrkräfte in den besetzten Gebieten mit: „Während der letzten Tage hat sich die Situation besonders in Nablus und an der dortigen Al Najah-Universität weiter zugespitzt. Die vier ausländischen Lektoren in Hebron haben nunmehr ebenfalls Lehrverbot bekommen, so daß gegenwärtig nur noch an der Universität

Auf den Einwurf von Botschafter *Meroz*, daß das Verfahren geändert sei, antwortete *D3*¹⁷ unter Zitierung der entsprechenden Stelle im Antrag, daß unsere Besorgnisse nicht ausgeräumt seien. Auch das geänderte Verfahren sei für die Zehn nicht akzeptabel. Unter den Lehrkräften habe sich eine Atmosphäre der Unsicherheit ausgebreitet.

AM *Shamir* entgegnete, daß Israel nur die Enthaltung von feindlichen Aktivitäten verlange.

AM *Shamir* zeigte sich zu einem Entgegenkommen in dieser Frage nicht bereit. Er hob die liberale Haltung der israelischen Behörden in den besetzten Gebieten hervor.

AM *Shamir* ging ausführlich auf die Bemerkungen des BM zur Siedlungspolitik ein. Die israelische Politik werde übertrieben dargestellt. Auch die früheren israelischen Regierungen hätten gesiedelt. Die jetzige setze fort, was die vorhergehenden angefangen hätten.

Die Sachlage sei klar: Israel habe sich im Friedensprozeß verpflichtet, über den noch offenen politischen Status der besetzten Gebiete innerhalb der in Camp David¹⁸ vorgesehenen Fristen zu verhandeln. In den Camp-David-Abkommen sei jedoch ein Verbot der Siedlungspolitik nicht enthalten. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Israelis überall in diesem Lande siedeln könnten („anywhere in this country“). Judäa und Samaria seien historische Plätze, wo die jüdische Nation geboren sei. Israel habe dort ein historisches Recht auf Präsenz. Wörtlich: „Wir werden niemals ein Prinzip akzeptieren, das eine israelische Präsenz verbietet.“ Ein solches Verbot sei für keine israelische Regierung annehmbar. Die Siedlungsfrage sei für Israel, in welchen Verhandlungen auch immer, ein „non starter“. Wenn Juden in Deutschland und Frankreich leben könnten, sei nicht einzusehen, warum sie nicht in irgendeinem Teil dieses Landes (Eretz Israel) leben könnten. Die demographischen Verhältnisse würden nicht geändert. Die jüdische Bevölkerung betrage weniger als 2 % der arabischen Bevölkerung.

AM *Shamir* bekräftigte, daß Israel niemals diese „rationale Position“ aufgeben werde. Die Araber müßten sich damit abfinden.

Die Frage des Zusammenlebens von Juden und Arabern in Palästina sei eine Frage der politischen Regelung, aber nicht eine Frage der Zulässigkeit von Siedlungen.

BM erinnerte an unsere bekannte Position. Die Israelis sollten bedenken, daß gerade die Siedlungsfrage sehr viel Kritik auf sich ziehe. Sie sollten die Kritik sehr sorgfältig in ihre Überlegungen einbeziehen. Er spreche nicht nur für uns, sondern auch für die Zehn.

Nach der Erörterung wirtschaftlicher Themen (vgl. Vermerk von RL 410) wurde der Gedankenaustausch über politische Fragen fortgesetzt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 203

Birzeit ausländische Dozenten vorhanden sind. Die Universität Bethlehem verfügt darüber hinaus noch über geistliche ausländische Lehrkräfte. Nach Meinung Birzeit-Universität (BZU) sowie der ausländischen Generalkonsuln in Jerusalem zielen die israelischen Maßnahmen eindeutig darauf hin, die Beschäftigung ausländischer Lehrkräfte im höheren Erziehungswesen der besetzten Gebiete ganz zu unterbinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; Referat 310, Bd. 135747.

¹⁷ Walter Gorenflos.

¹⁸ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 12, Anm. 4.

AM *Shamir* sah einen länger andauernden Krieg zwischen Iran und Irak voraus.¹⁹ Die Iraker hätten eine bessere Ausrüstung, die Iraner verfügten über eine bessere Moral und ein besseres Menschenmaterial. Gleichwohl werde ein iranischer Sieg nicht leicht sein.

Hinsichtlich Ägypten äußerte AM *Shamir* Enttäuschung. Es herrsche ein „kalter Friede“. Der Handelsaustausch mit Libanon sei in einem Monat so groß wie mit Ägypten in einem Jahr (20 Mio. US-Dollar). Ägypten wolle zurück ins arabische Lager. Der Friedensvertrag sei leider nicht von einer „Friedensdoktrin“ begleitet gewesen. Die Mentalität Nassers sei noch lebendig. Sadat habe zur Geduld gemahnt. Aber nach jedem Treffen mit ihm habe sich etwas bewegt. Seit Sadats Tod²⁰ sei eine Wendung zum Schlechteren eingetreten. Präsident Reagan habe anlässlich des Besuchs von Präsident Mubarak mit den Ägyptern über die israelischen Besorgnisse gesprochen.²¹

In Israel bestehe der Eindruck, daß Ägypten nach der Räumung des Sinai kein Interesse mehr an guten Beziehungen zu Israel habe. Dieses Verhalten ermutige Israel nicht, weitere Schritte in Richtung auf Einbeziehung anderer arabischer Staaten in den Friedensprozeß zu tun. Die Europäische Gemeinschaft müsse das wissen. In Israel wachse der Zweifel, ob die Araber reif für den Frieden mit Israel seien. Dennoch sei Israel zum Frieden mit jedem arabischen Staat bereit. Die Probleme bestünden nicht auf israelischer, sondern auf arabischer Seite.

BM äußerte die Ansicht, daß an Mubaraks Willen, am Friedensvertrag festzuhalten, nicht zu zweifeln sei. Ägypten habe sich zu weit von den arabischen Staaten entfernt und wolle diesen unnormalen Zustand abbauen.

Anknüpfend an das Vier-Augen-Gespräch mit dem BM am Tage seiner Ankunft berührte AM *Shamir* nochmals die Schwierigkeiten bei der Ausreise von Juden aus der Sowjetunion.²² Pro Monat würden nur 38 Juden die Ausreise aus der Sowjetunion gestattet. Das sei das absolute Minimum.

¹⁹ Nach der Kündigung des iranisch-irakischen Abkommens vom 13. Juni 1975 über den Grenzverlauf am Schatt al-Arab durch den Irak befanden sich beide Staaten seit 22. September 1980 im Kriegszustand. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.

Referat 311 notierte im Januar 1983, daß sich trotz iranischer Offensiven im Oktober und November 1982 die Kriegslage kaum verändert habe: „Die Front verläuft seit Juli 1982 im wesentlichen entlang der nationalen Grenzen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137769.

Vom 6. bis 10. Februar unternahmen die iranischen Streitkräfte eine weitere Offensive. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vermerkte dazu am 21. Februar 1983, daß sie dem Iran zwar geringe Geländegewinne gebracht habe, „trotz hoher iranischer Verluste (ca. 7000 Tote und Verletzte) jedoch nicht den erwarteten kriegsentscheidenden Durchbruch. Das unmittelbare Ziel der Offensive, das Vordringen auf die strategisch wichtige Straße Bagdad – Amara – Basra, wurde nicht erreicht.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137769.

²⁰ Am 6. Oktober 1981 wurde Präsident Sadat während einer Militärparade in Kairo ermordet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289.

²¹ Präsident Mubarak hielt sich vom 26. bis 31. Januar 1983 in den USA auf.

²² Am 6. Februar 1983 fand in Wachtberg-Pech ein erstes Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir statt, in dessen Mittelpunkt das Verhältnis zwischen Israel und Spanien, die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, insbesondere hinsichtlich der Gewährung von Ausreiseanträgen, sowie der Nahost-Konflikt standen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann vom 7. Februar 1983; Referat 010, Bd. 178876. Horstmann ergänzte am 8. Februar 1983: „1) Im Zusammenhang mit der sowjetischen Ausreisepolitik wird auch die rumänische Haltung angesprochen. AM *Shamir* unterrichtet darüber, daß Rumänen nunmehr 30 000 US-Dollar für Akademiker-Ausreise verlangen würden. BM meint, daß das

In der sowjetischen Nahostpolitik sei während der letzten Monate kein Wandel zum Besseren eingetreten. Die sowjetische Haltung sei sehr antiisraelisch und antiamerikanisch, teilweise sogar antijüdisch.

Anlaß schwerer Sorgen sei der seit kurzem erfolgende Aufbau sowjetischer SAM-5-Raketenstellungen in Syrien, die von sowjetischen Mannschaften bedient würden.²³

Auf eine Aktivierung der sowjetischen Nahostpolitik deute auch die Entsendung anderer sowjetischer Sondermissionen in die arabische Welt (z. B. nach Ägypten und Libanon²⁴). Die SU sei sehr aktiv.

Israel hoffe, daß das sowjetische Engagement sich auf Syrien beschränken und sich nicht auf Libanon ausdehnen werde.

Die verbesserten Beziehungen der SU zu Irak (Waffenlieferungen²⁵) seien nicht als Aufgabe der bisherigen abwartenden Haltung zu interpretieren.

BM vermutete gleichfalls, daß die Sowjetunion an einem Schwebezustand zwischen beiden Ländern interessiert sei. AM Gromyko habe bei seinem letzten Besuch in Bonn²⁶ entgegen früherer Übung kein Interesse an einer Diskussion über Nahost gezeigt.

Botschafter Meroz schloß den Gedankenaustausch über dieses Thema mit der Bemerkung ab, daß die Sowjetunion in der Region ungeachtet aller Anstrengungen ohne nennenswerten politischen Einfluß sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 205

Ausreisedenkret nur ein Vorwand für die jetzt erhobenen Geldforderungen gewesen sei. 2) Beide Außenminister bezeichnen die wirtschaftliche Lage in Rumänien als hoffnungslos.“ Vgl. VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

²³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 16. Februar 1983, das amerikanische Außenministerium habe über die Stationierung sowjetischer Raketen vom Typ „SAM-5“ in Syrien mitgeteilt: „Bisher habe man gesicherte Erkenntnisse über die Stationierung von SAM-5-Raketen in zwei Stellungen (bei Homs und nordöstlich von Damaskus). Berichte über eine dritte SAM-5-Stellung in der Nähe der jordanischen Grenze seien bisher noch ungesichert. Die beiden erwähnten Stellungen seien offenbar ausschließlich mit sowjetischen Spezialisten bemannt. Bisher habe man keine Erkenntnisse darüber, ob die Stellungen künftig nach einem vorgeschalteten ausführlichen Ausbildungsprogramm in syrische Hände übergehen oder auf Dauer allein von den Sowjets betrieben werden sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 728; Referat 310, Bd. 137543.

²⁴ Vom 31. Januar bis 5. Februar 1983 hielt sich eine Delegation des ZK der KPdSU in Beirut auf. Botschafter Eitel, Beirut, berichtete am 10. Februar 1983, nach Auskunft der sowjetischen Botschaft „habe der Besuch der Wiederherstellung von Kontakten gedient, die infolge der Vertreibung der Palästinenser verlorengegangen seien. Die übriggebliebenen befreundeten Gruppen hätten zusammen mit ihren Waffen auch ihren Einfluß verloren. Das ZK habe sich selbst vor Ort von der schwierigen Lage der befreundeten Gruppen unterrichten wollen.“ Es sei zu vermuten, „daß der Besuch in erster Linie den Zweck hatte, die von Moskaus Zurückhaltung im Libanon-Konflikt enttäuschten Sympathisanten ‚aufzuklären‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 102; Referat 213, Bd. 133217.

²⁵ Zur Rolle der UdSSR im irakisch-iranischen Krieg notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 25. Oktober 1982, daß die UdSSR zunächst den Iran bevorzugt habe „in der Hoffnung, sich den Dank dieses isolierten und amerikafeindlichen Landes verdienen zu können. Diese Erwartung wurde enttäuscht. Als im Frühjahr 1982 auch das sowjetische Prestige in der arabischen Welt im Zusammenhang mit dem Libanon-Krieg schwand, verlagerte sie ihr Gewicht wieder in Richtung Irak. Sie liefert seit Frühsommer 82 wieder offen schwere Waffen [...]. Obwohl die Ohnmacht auch der Sowjetunion offenkundig ist, bleibt die Tatsache, daß dieses Land nach wie vor nicht nur Irak, sondern über Drittländer auch Iran mit Waffen beliefert, daß in beiden Ländern sowjetische Experten arbeiten und daß die Wirtschaftsbeziehungen Irans zu Osteuropa sich vervielfacht haben.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137769.

²⁶ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Daran schlossen sich Ausführungen des *BM* über das Ost-West-Verhältnis und Rüstungskontrollfragen an.

Zum NATO-Doppelbeschluß bemerkte der *BM*: Die Haltung Gromykos bei seinem letzten Besuch in Bonn sei nicht drohend, sondern werbend gewesen. Die *SU* warte offenbar die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ab. Wenn der Westen fest bleibe, werde das Ergebnis wohl eine reduzierende Nachrüstung sein. Wichtig sei, daß es nicht zu Verlagerungen des leicht transportablen Bedrohungspotentials in andere Teile der *SU* komme, das entweder jederzeit zurückkehren oder andere Staaten bedrohen könne.

Sehr viel werde davon abhängen, wie die *SU* sich bei den START-Verhandlungen verhalten werde. Sein Gefühl sei, daß die Sowjets den *USA* entgegenkommen würden.

Es habe sich als vorteilhaft erwiesen, daß die *KSZE*-Verhandlungen voriges Jahr nicht abgebrochen worden seien²⁷, weil so ein gewisses Wohlverhalten der *SU* gewährleistet sei.

Die *INF*-Verhandlungen hätten nicht nur eine militärische, sondern vor allem politische Bedeutung. Das sowjetische Ziel sei die Abkopplung Europas und, wenn dies nicht zu erreichen sei, zumindest der Bundesrepublik von den *USA*. Wir seien ein Teil des Westens. Jede Unsicherheit würde bei unseren Nachbarn Instabilitäten hervorrufen.

Z. Z. gebe es eine „Schlacht um Herzen und Hirne“ der Europäer. *BM* erinnerte in diesem Zusammenhang an den bekannten Satz von Lenin: „Wer Deutschland hat, hat Europa.“

Die Reise von *VP Bush* nach Europa²⁸ sei zur rechten Zeit gekommen.

AM Shamir lud den *BM* zu einem Besuch in Israel noch in diesem Jahr, vielleicht im Sommer oder jeden anderen passenden Termin ein.

BM nahm die Einladung mit Dank an. Kontakte seien für beide Seiten von Nutzen.²⁹

Referat 310, Bd. 135708

²⁷ Die *KSZE*-Folgekonferenz vertagte sich am 12. März 1982 auf den 9. November 1982. Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 19.

²⁸ Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten sowie bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 27, besonders Anm. 3, Dok. 28 und Dok. 36.

²⁹ Am 8. Februar 1983 führten Bundesminister Genscher und der israelische Außenminister Shamir ein weiteres Gespräch. Themen waren die politische Entwicklung Afrikas und Lateinamerikas sowie die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135708.

40

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**212-340.05 VS-NfD****7. Februar 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Gewaltverzichts-vorschlag der Prager Gipfelerklärung vom 4./5. Januar 1983⁴Bezug: Aufzeichnung – 212-340.05 vom 14.1.1983 („Feinanalyse“)⁵Anlg.: 5 – Unterlagen über die Behandlung des GV bei den Besuchen von BM in Prag (bei Chňoupek⁶, bei Husák⁷, Tischrede⁸ und Presse-Konferenz⁹) und in Genf (Passus aus BM-Rede am 3.2.1983¹⁰)¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 9. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M. E. eine gut durchdachte Konzeption.“³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „(Durch[ruck] f. TV-Sendung)“.

Hat Amtsrat Kusnezow am 15. Februar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 212 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 15. Februar 1983 vorgelegen.

Hat Pfeffer am 17. Februar 1983 erneut vorgelegen, der den Vermerk von Genscher hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Bitte auflösen lassen.“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und an Referat 212.

Hat Braunmühl am 17. Februar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze erneut vorgelegen.

⁴ Korrigiert aus: „3./4. Januar 1983“.

Am 5. Januar 1983 verabschiedete der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts in Prag eine „Politische Deklaration“ mit Vorschlägen für nukleare Abrüstung, nuklearwaffenfreie Zonen in Europa und konventionelle Rüstungsbegrenzung im Rahmen der MBFR-Verhandlungen in Wien sowie zur Einberufung einer KAE durch die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Schließlich wurde angeregt, zwischen NATO und Warschauer Pakt einen Vertrag über den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt zu schließen mit folgenden Elementen: Verzicht auf den Ersteinsatz von nuklearen und konventionellen Waffen; Gewaltverzicht gegenüber Drittstaaten; Garantie der Sicherheit der internationalen See-, Luft- und kosmischen Verbindungswege; ferner Bereitschaft zu Gesprächen über die „Beendigung des Wettrüstens“ und über „praktische Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr eines Überraschungsangriffes“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 104–116.

⁵ Für die „Feinanalyse“ der „Prager Erklärung“ des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 vgl. Referat 221, Bd. 124576.⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl über den Gewaltverzichtsteil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek am 1. Februar 1983 in Prag vgl. Referat 212, Bd. 133519.

Zu dem Gespräch vgl. ferner Dok. 32.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 212, Bd. 133519.

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák am 2. Februar 1983 in Prag vgl. Dok. 30.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1983 in Prag vgl. BULLETIN 1983, S. 153 f.⁹ Dem Vorgang beigelegt. Bundesminister Genscher führte am 2. Februar 1983 in Prag vor der Presse aus: „Wir in der Bundesrepublik Deutschland sind der Meinung, daß die Frage des Gewaltverzichts, die ja von Beginn unseres Staates an unumstößlicher Teil unserer Politik ist, durch eine erneute Bekräftigung, nachdem die Gewaltverzichtsfrage ja schon behandelt ist in der VN-Charta, in

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung der nachfolgenden Linie für das Direktoren-Treffen der Vier am 10.2.83¹¹

1) Die Vorgeschichte des WP-Vorschlages für einen GV-Vertrag, die Einschätzung der östlichen Motivation und unsere Vorbehalte in der Sache sind in der Bezugsaufzeichnung dargelegt worden.

Inzwischen steht fest, daß die Sowjets den Vorschlag auf der Tagesordnung der Ost-West-Beziehungen halten und intensiv weiter verfolgen werden.

2) Im Bündnis ist eine erste Analyse des WP-Vorschlages ausgearbeitet worden.¹² Die kritische Bewertung unserer Bündnispartner deckt sich mit unseren Vorbehalten. Jetzt geht es darum, eine Linie im Bündnis und in der EPZ für eine Reaktion zu finden. Dies soll von den Direktoren der Vier¹³ am 10.2.1983 vorbesprochen werden.

Die beiden Hauptgesichtspunkte für unsere Reaktion sollen sein, daß wir

- jeden Vorschlag auf Ansatzpunkte prüfen sollten, die wir im Sinne westlicher Vorstellungen zur Förderung wirklicher Entspannung, echter Stabilisierung und erhöhter Sicherheit konstruktiv weiterentwickeln bzw. umformen können;
- uns im „Kampf um die Herzen und Hirne“ der Europäer nicht durch den Anschein passiver Reaktion auf sowjetische Friedensinitiativen ins Hintertreffen manövrieren lassen sollten.

Der Außenminister-Ausschuß des WP wird in den nächsten Monaten in Prag im Lichte der erhaltenen ersten Reaktion – die Chňoupek in Prag gegenüber BM als relativ ermutigend einschätzte – einen sicherlich wieder stark auf die Öffentlichkeit gemünzten, neuen Schritt unternehmen.¹⁴

Fortsetzung Fußnote von Seite 208

der KSZE, in den Verträgen, die wir geschlossen haben, daß eine neue Bekräftigung des Gewaltverzichts dann zu einem Vorteil für die Menschen führen kann, wenn wirklich überall auf Gewalt verzichtet wird, nicht nur auf künftige Gewalt, sondern auch auf anhaltende Gewalt. Wir sind bereit, über jeden konstruktiven Vorschlag zu sprechen“. Vgl. Referat 212, Bd. 133519.

10 Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vom 3. Februar 1983 vor dem Abrüstungsausschuß (CD) in Genf vgl. BULLETIN 1983, S. 149–152.

11 Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in London vgl. Dok. 49.

12 Der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) der NATO nahm am 11. Januar 1983 die Arbeit an einer Analyse der „Prager Erklärung“ des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 46 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 12. Januar 1983; Referat 220, Bd. 124504.

Wieck berichtete am 2. Februar 1983, daß der Internationale Stab der NATO dem Politischen Ausschuß einen Analyseentwurf vorgelegt habe. Er, Wieck, habe bemängelt, daß darin „die taktische Stoßrichtung des östlichen Vorschlags vernachlässigt werde“. Die Bundesregierung befürworte „eine gründliche Prüfung, ob 1) Sondierungen zwischen Ost und West über den Gewaltverzichtsvorschlag der Prager Deklaration und 2) möglicherweise sogar deren positive Umformulierung und Nutzung für westliche Ziele in Betracht kommen“. Während Dänemark, Großbritannien, Norwegen und Spanien diese Vorgehensweise unterstützt hätten, habe der Vertreter der USA, unterstützt von Frankreich, Einwände dagegen erhoben, „sich im jetzigen Zeitpunkt auf eine Analyse der taktischen Erwägungen und westlichen Reaktionsmöglichkeiten im Politischen Ausschuß einzulassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 192; VS-Bd. 13362 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

13 Jacques Andréani (Frankreich), Julian Bullard (Großbritannien), Richard Burt (USA), Franz Pfeffer (Bundesrepublik).

14 Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 6./7. April 1983 vgl. Dok. 91, Anm. 3.

3) Dies bedeutet:

Auch im Hinblick darauf, daß die WP-Staaten angeboten haben, Anregungen zu ihrem Vorschlag zu berücksichtigen, können wir uns nicht mit negativen oder evasiven Reaktionen begnügen. Wir können niemals gegen die Förderung des Gewaltverzichtes sein. Es wäre auch ein unzureichendes Argument, wenn man jede erneute Form der Bekräftigung des GV-Prinzips an sich von vornherein als Schwächung seiner existierenden Verankerung ansehen würde. Tatsache ist, daß auf Gewalt trotz bestehender internationaler Dokumente nicht ganz verzichtet wird, vor allem nicht von der SU. Dabei gibt die SU nicht zu, daß sie bestehende Verpflichtungen verletzt, sondern beruft sich auf Ausnahmen und Rechtfertigungen. Hier liegt ein Ansatzpunkt für eine Konkretisierung bestehender Verpflichtungen. Entscheidend ist, ob durch eine neue konkretisierende Bestätigung des GV-Prinzips die Rechtfertigung von Gewaltanwendung und damit die Praktizierung von Gewalt erschwert werden kann.

Wir haben keine Illusionen, daß die SU hier große Neigungen zum Entgegenkommen haben wird. Der Prager Vorschlag enthält klar, wenn auch indirekt, die Rechtfertigung für die Breschnew-Doktrin¹⁵ und die Intervention in Afghanistan¹⁶. Aber wenn wir im Rahmen einer grundsätzlich aufgeschlossenen Reaktion an diesem Vorbehalt ansetzen, muß die SU entweder die Bereitschaft zur Änderung ihres Verhaltens zeigen oder sich in aller Öffentlichkeit bloßstellen lassen und das Odium des Nein-Sagers, das sie dem Westen zugedacht hatte, übernehmen. Deshalb spricht manches dafür, die sowjetische Vorschlagsstrategie flexibel aufzufangen oder offensiv umzukehren. Der Ansatzpunkt für die westliche Behandlung muß sein: Was läßt sich von den östlichen Vorschlägen im Sinne der westlichen Friedensstrategie (Bonner Deklaration¹⁷, Brüsseler NATO-Kommuniqué vom Dezember 1982¹⁸) verwerten?¹⁹

4) Für eine offensive Reaktion spricht auch die Erwägung, daß hierdurch die im KSZE-Prozeß gewachsene Gemeinsamkeit mit den Neutralen und Nicht-Gebundenen besser gefördert und Selbständigkeitsbestrebungen der kleineren WP-Staaten besser berücksichtigt werden können.

¹⁵ Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft“. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.

Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DzD V/2, S. 1478.

¹⁶ Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

¹⁷ Am 10. Juni 1982 fand in Bonn eine Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

¹⁸ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 62–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 85–90.

¹⁹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

5) Die ersten Stellungnahmen unserer engsten Verbündeten zur Frage der westlichen Reaktion zeigen eine unseren Erwägungen ähnliche Denkrichtung bei den Briten, dagegen größere Zurückhaltung bei Amerikanern und Franzosen. Wir müssen deshalb behutsam vorgehen.

6) Wir sollten uns dafür einsetzen, daß der Westen die Initiative in der Angelegenheit behält, daß sie in die allgemeine Dialog-Bereitschaft zur Förderung eines konstruktiveren West-Ost-Verhältnisses bei entsprechender sowjetischer Bereitschaft eingeordnet wird und daß der Westen dabei seine Einheit wahrt. In diesem Sinne sollten wir anregen, daß das Bündnis sobald wie möglich eine öffentliche Erklärung²⁰ abgibt, die²¹

- die Mängel des östlichen Vorschlages kritisch bloßlegt und die Aspekte, die der Westen ablehnt, deutlich macht;
- die Kriterien angibt, nach denen gemäß westlichen Vorstellungen das GV-Prinzip sinnvoll konkretisiert werden könnte, um damit zu seiner verstärkten Durchsetzung beizutragen.

Deshalb sollte folgendes deutlich gemacht werden:

- Wir können keine Kodifizierung akzeptieren, die Rechtfertigungen und Vorbehalte der Gewaltanwendung enthält (d. h. keine Legitimierung der Breschnew-Doktrin und von Afghanistan).
- Wir halten das Modell eines Block/Block-Vertrages, dem sich dritte Staaten nur anschließen, nicht für sinnvoll. Gewaltverbot verbietet zwingend den Ersteinsatz aller Waffen, außer für Verteidigung.²² Wir haben dies in der Bonner Erklärung feierlich bekräftigt. (Ein Nicht-Angriffspakt zwischen NATO und WP würde unsere Sicherheit nicht erhöhen, sondern höchstens Illusionen verminderter Bedrohung nähren.)
- Erneute vertragliche Bekräftigung des Gewaltverzichtes wäre deshalb nur sinnvoll, wenn sich dabei Ansätze bieten, den Gewaltverzicht in den Beziehungen zwischen den Staaten in der Praxis noch konsequenter zur Geltung zu bringen (Spezifizierung im einzelnen).

Mit dieser Maßgabe könnte sich das Bündnis zur Aufnahme eines vorbereitenden, klärenden Dialoges bereit erklären.

Parallel mit der Vorbereitung einer solchen Erklärung könnten die internen Beratungen für die Aufnahme eines solchen Dialoges begonnen werden.

7) In dem Dialog mit dem Osten (SU, evtl. auch andere) über den WP-Vorschlag können folgende westliche Ziele verfolgt werden:

²⁰ Die Wörter „sobald wie möglich“ und „öffentliche Erklärung“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier werden wir die größten Schwierigkeiten haben. Selbst GB möchte zunächst den ‚kritischen Fragekatalog‘. (Vgl. meine Vorlage über Gespräche mit Mallaby und Gillmore vom 6.2.1983.) = Ziffer 7 und 8 vor Ziffer 6.“

²¹ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Rechtzeitig, ehe der WP mit Vertragstexten kommt.“

²² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „WP-Vorschlag zielt auch auf doppeltes Ersteinsatz-Verbot (s. Chňoupek-Rede vom 1.2.83) ab. Konkretisierung der Gewaltverzichts-idee für uns in dieser Richtung aber ohne Interesse, weil dadurch dem Gewaltverbot nichts hinzugefügt wird (die Anwendung jeglicher Art von Waffen bedeutet Gewalt). Im Gegenteil: Die ausdrückliche Nennung beider Kategorien läßt der WP-Seite, zumindest in der Propaganda, Möglichkeiten der Akzentsetzung auf dem Nuklear-Teil.“

(a) Auflösung des Widerspruches zwischen praktizierter Gewalt in Afghanistan und Verhandlungen über Gewaltverbot. Zwei Extreme sind denkbar:

- Verweigerung von Verhandlungen vor Beendigung der sowjetischen Besetzung Afghanistans;
- Finalisierung eines Ergebnisses erst nach Beendigung der Besetzung.

Die zweite Version ist realistischer; sie könnte von vornherein klargestellt werden.

(b) Breschnew-Doktrin: Der KSZE-Rahmen würde sicherstellen, daß Verpflichtungen erga omnes entstehen. Die Schlußakte²³ bietet Ansatzpunkte für Anti-Breschnew-Texte. Sie könnten durch Text-Elemente wie

- „Regelung der Beziehungen ausschließlich durch friedliche Mittel“,
- „keine Gewaltanwendung auch innerhalb des Bündnisses oder zur Aufrechterhaltung einer bestimmten Gesellschaftsstruktur“

verstärkt werden. Im übrigen sollten wir nach außen die Breschnew-Doktrin nicht direkt zur Zielscheibe machen, sondern unter Bezugnahme auf die Verhandlungen über den Moskauer Vertrag betonen, daß die Bundesregierung der Achtung des Gewaltverbotes für die Gewährleistung der europäischen und der internationalen Sicherheit stets große Bedeutung beigemessen hat, wie es auch in Artikel 2 des Moskauer Vertrages²⁴ zum Ausdruck kommt.

(c) Gegebenenfalls Förderung der KAE: Westliche Bereitschaft zu Verhandlungsaufnahme, sobald in Madrid KAE-Mandat mit klarer Definition des Geltungsbereiches verabschiedet ist („eines nach dem anderen“).²⁵

8) Die Öffentlichkeit könnte ständig über die Entwicklung der westlichen Klärungsbemühungen unterrichtet werden.²⁶

9) Wenn die östlichen Reaktionen in dem vorbereitenden Dialog tatsächlich genügend Flexibilität erkennen lassen und die Aufnahme förmlicher Verhandlungen rechtfertigen sollte, dann sollten wir auf folgendes hinwirken:

(a) Möglichst Verabschiedung nur in Form einer Deklaration (politischer Verpflichtungsgrad, kein juristischer Verpflichtungsgrad²⁷ – auch zur Vermeidung von Ratifikationsproblemen), nur mit großem Vorbehalt in Form einer Konvention.²⁸

(b) Verhandlungen und Abschluß im Rahmen des KSZE-Prozesses. Dies heißt allerdings nicht:

- im Rahmen des Madrider Treffens (Gefahr seiner endlosen Verlängerung ohne Abschluß-Möglichkeit);

²³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

²⁴ Für den Wortlaut von Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.

²⁵ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden durch zwei Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Junktims sind immer leicht Selbstblockierungen.“

²⁶ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer durch Häkchen hervorgehoben.

²⁷ Die Wörter „kein juristischer Verpflichtungsgrad“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

²⁸ Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Die Form muß noch durchdacht werden (Abs[atz] 5).“

- im Rahmen eines KAE-Mandates (Abkehr von der bisherigen Grundkonzeption des Westens zur KAE);

sondern es könnte z. B. heißen, Einsetzung einer Expertengruppe, die über einen Text einer Deklaration zwischen zwei KSZE-Treffen verhandelt.

Der KSZE-Rahmen gibt eine Chance, die vom WP zur Schaffung von Sicherheitsillusionen geförderte Block-zu-Block-Struktur zu unterlaufen, die wohl auch beabsichtigte Abwertung der KSZE zu vermeiden und die Unterstützung der N+N, sowie vielleicht ein gewisses Wohlwollen²⁹ des einen oder anderen kleineren WP-Staates zu erhalten.

10) Zur Vermeidung möglicher Risiken solcher Verhandlungen bieten sich folgende Wege an:

(a) Vermeidung einer Verfestigung des territorialen Status quo in Europa: Bisher war es unser Ziel bei den Ost-Verträgen und der KSZE-Schlußakte, die Aussagen zu der Unverletzlichkeit der Grenzen bzw. zur territorialen Integrität der Staaten so eng wie möglich mit dem Gewaltverbot zu verbinden, im Idealfalle entsprechende Verpflichtungen als Ausfluß des Gewaltverbotes zu formulieren. Die SU verfolgte die Trennung zwischen Aussagen zum Gewaltverbot und zum territorialen Status quo. Wenn sie nunmehr beides verbinden würde, würde sie gegen ihre bisherige völkerrechtliche Konzeption arbeiten. Falls sie dies täte, ständen uns die bewährten Mittel zur Verfügung, um dem Eindruck einer Verfestigung des territorialen Status quo entgegenzuwirken:

- Bekräftigung der Möglichkeit des „peaceful change“,
- Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

(b) Gefahr der Aushöhlung des Gewaltverbotes der VN-Charta³⁰ und der Schlußakte durch Inflationierung: Diese Überlegung hat den Westen bisher stets davon abgehalten, auf die östlichen Vorstellungen einzugehen. Die Verpflichtung könnte in unseren Augen nur dahingehend lauten, daß das bestehende Gewaltverbot feierlich bekräftigt wird und sich die Staaten verpflichten, es auch tatsächlich einzuhalten. Aus den eventuellen Verhandlungen der 35 müßten überdies Texte hervorgehen, die die bestehenden Verpflichtungen nicht entwerten, sondern ihnen positive Elemente hinzufügen. Es lassen sich dabei Texte denken, die durch Verpflichtungen zu praktischen Maßnahmen eine bessere Verwirklichung des Gewaltverbotes bezwecken. Beispiele wären:

- vertrauensbildende Maßnahmen;
- Vereinbarung zur friedlichen Streitschlichtung;
- positive Aussage zu „peace-keeping“ im VN-Rahmen;
- eventuell auch Einigung über eine Definition der Aggression (wiewohl bereits im VN-Rahmen nahezu ergebnislos).

²⁹ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die osteuropäischen Länder haben, selbst wenn sie dem SU-Vorschlag Lippendienste leisten, kein Interesse an der Festschreibung der Breschnew-Doktrin.“

³⁰ Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

11) Weiteres Vorgehen:

Bei der nächsten Sitzung der Politischen Direktoren könnte ich unsere Linie in diesem Sinne in den Grundzügen erläutern. Im Rahmen der EPZ wollen wir ein Coreu mit Fragen, die der anderen Seite gestellt werden könnten, zirkulieren.³¹

Im NATO-Rahmen sollten wir die Diskussion weiterführen und sie auf jeden Fall bis zur Frühjahrs-Tagung der Außenminister³² offenhalten.³³

Abteilung 2 A und Abteilung 5 haben mitgezeichnet.

Pfeffer

Referat 212, Bd. 133519

41

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lohse

511-531E-3263/73

7. Februar 1983

Betr.: Auslieferung Barbie/Altmann¹

Die Behandlung des Falles Barbie war für das Auswärtige Amt wegen der für die Bundesrepublik Deutschland zum Teil gegenläufigen Interessenlage nicht einfach.

³¹ Am 8. Februar 1983 übermittelte das Auswärtige Amt den Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten einen Fragenkatalog zur weiteren Verwendung gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten. Er enthielt u. a. folgende Fragen: „How could the relationship between words and deeds be reconciled (Afghanistan)? Why is the proposal limited to the renunciation of military force? [...] Why is graduated participation proposed whereas proposal of 1976, 1978 and 1980 covered all CSCE participants? [...] What is new in this proposals, compared with the one made in the Warsaw declaration of 1980 which already propagated a treaty on renouncing this first use of both nuclear and conventional weapons? Why does the proposal envisage only obligations between member states of the two alliances and between them and third states, but not between member states of the same alliance? How is this gap compatible with the UN-Charter and the Helsinki Final Act, both being universally applicable? What is the significance of the proposal to guarantee international sea and air ways? [...] How does the idea contained in WP declaration of ‚strengthening the UN as international instrument of collective security‘ relate to the existing ‚peace-keeping‘ mechanisms of the UN?“ Vgl. den Rund-erlaß (Coreu); Referat 212, Bd. 133519.

³² Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

³³ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Auch: Gedanke der ‚Streckung‘ über das ‚Raketenjahr‘ hinaus.“

¹ Am 19. Januar 1983 nahm die bolivianische Polizei den unter dem Namen Klaus Altmann in Bolivien lebenden ehemaligen SS-Hauptsturmführer Barbie fest und überstellte ihn in das Zentralgefängnis in La Paz. Botschaftsrat Eickhoff, La Paz, informierte am 26. Januar 1983: „Laut Pressemeldungen war unmittelbarer Anlaß die [...] Nichtzahlung von Schulden in Höhe von 10000 Dollar an die staatliche Bergwerksgesellschaft Comibol. Der für Justizangelegenheiten zuständige Staatssekretär im Innenministerium bestätigte mir gegenüber diese Version, deutete jedoch an, daß die Verhaftung mit der Auslieferungsfrage im Zusammenhang stehe. Die Zahlung von 10000 US-Dollar sei für Barbie kein Problem. Man sei jedoch an der grundsätzlichen Lösung des Problems interessiert und werde durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, daß er nicht ohne weiteres wieder freigelassen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 19; Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1627.

1) Wir mußten weiterhin unser Auslieferungersuchen vertreten und konnten auch das Angebot der bolivianischen Regierung, Barbie in die Bundesrepublik Deutschland abschieben zu wollen, nicht zurückweisen.²

2) Wir hatten dabei das Interesse der deutschen Justiz und unser Interesse am Verhältnis zu Frankreich im Auge zu behalten. Die deutsche Justiz fürchtete wegen der dürftigen Beweislage ein Verfahren gegen Barbie, weil ein Freispruch im Bereich des Wahrscheinlichen lag.³

3) Wir mußten uns der französischen Regierung gegenüber kooperativ verhalten, konnten andererseits das französische Vorhaben nicht unterstützen, da uns dies durch das BMJ – mit der Behauptung einer eventuell bestehenden deutschen Staatsangehörigkeit – verwehrt wurde.

Wir haben wie folgt prozediert:

1) Gegenüber der bolivianischen Regierung: Festhalten an unserem Auslieferungersuchen – in der Erwartung, daß die bolivianische Justiz und Regierung diesem nicht entsprechen konnten oder wollten; Bestehen auf der Verantwortung der bolivianischen Regierung für einen sicheren Transfer bei einer Abschiebung (ebenfalls in der Erwartung, daß dies die bolivianische Regierung insbesondere wegen notwendiger Zwischenlandungen vor große Schwierigkeiten stellen würde).

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Lohse vermerkte am 29. Januar 1983, daß die Bundesregierung im September 1982 an die bolivianische Regierung ein Ersuchen um Auslieferung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Barbie gerichtet habe: „Dabei waren wir uns darüber klar, daß die Erfolgsaussichten – wegen der seinerzeit herrschenden politischen Verhältnisse in Bolivien und zweifelhafter rechtlicher Voraussetzungen – als gering einzuschätzen waren. Ausschlaggebend dafür, daß gleichwohl ein Auslieferungersuchen gestellt wurde, war ein Wunsch der französischen Regierung, dem wir uns nicht entziehen wollten.“ Der bolivianischen Regierung sei zudem mitgeteilt worden, daß die Bundesregierung, falls eine Auslieferung nicht in Betracht komme, auch bereit wäre, „Barbie im Wege der Abschiebung zu übernehmen. Uns wurde durch den bolivianischen Innenminister mitgeteilt, eine – aller Voraussicht nach ablehnende – Entscheidung über unser Auslieferungersuchen werde in Kürze ergehen. Er erklärte ferner, die Abschiebung Barbies müsse mit einem der nächsten Direkt- (nicht Non-stop-) Flüge der Lufthansa La Paz – Lima – Bogotá – Puerto Rico – Frankfurt erfolgen. Es bestehe sonst die Gefahr, daß Barbie wieder freigelassen werde. Eine Abschiebung komme auch nur in sein Herkunftsland, d. h. in die Bundesrepublik Deutschland, in Betracht. Die bolivianische Regierung erwarte die Entsendung deutscher Sicherheitsbeamter, die Barbie in La Paz in Empfang nehmen und nach Deutschland begleiten sollen. [...] Es ist nicht auszuschließen, daß die bolivianische Regierung die Absicht hat, zu versuchen, sich Barbies zu entledigen, jedoch auf eine Weise, die es Barbie ermöglicht, auf einer der Zwischenlandungen zu entkommen, wobei dann die Verantwortung dafür bei der Bundesregierung liegen soll.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1627.

³ Am 29. Januar 1983 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lohse dar, daß Frankreich – nach 1974 – einen weiteren Auslieferungsantrag stellen wolle: „Die französische Regierung ist ebenso wie wir nicht bereit, bei einer Abschiebung mitzuwirken, würde Barbie jedoch festnehmen lassen, falls er ‚auf irgendeine Weise‘ auf französisches Territorium geraten würde. Neben zwei Todesurteilen aus den Jahren 1952 und 1954 (Vollstreckung ist heute in Frankreich ausgeschlossen) hat die französische Justiz ein neues Verfahren gegen Barbie vorbereitet [...]. Eine Festnahme Barbies auf französischem Territorium könne dann erfolgen, wenn die bolivianische Regierung einen Transfer Barbies so plant, daß eine Zwischenlandung auf Guadeloupe oder Martinique stattfindet.“ Lohse fuhr fort, daß es im Interesse der Bundesrepublik läge, „wenn die bolivianische Regierung Barbie auf die o. g. Weise abschieben würde. Die bayerischen Justizbehörden und das BMJ sehen die Chancen für eine Verurteilung Barbies durch ein deutsches Gericht als äußerst unsicher an. Man erwartet eher einen Freispruch. Dies würde für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland äußerst schädlich sein und könnte zu schweren Belastungen im deutsch-französischen Verhältnis führen. Barbie gilt in der öffentlichen Meinung weltweit als der ‚Henker von Lyon‘.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1627.

2) Gegenüber der französischen Regierung: weitgehende gegenseitige Unterrichtung und Betonung der Subsidiarität unseres eigenen Vorhabens; Hinweis des gemeinsamen Zieles beider Regierungen, Barbie der strafrechtlichen Verantwortung zuzuführen; Versuch, der französischen Regierung verständlich zu machen, daß uns bei Unterstützung des französischen Vorhabens rechtlich die Hände gebunden wären.

3) Aufbau einer Rückfallposition (eigene Übernahme und Transfer) für den Fall eines Scheiterns der französischen Bemühungen und einer etwaigen Freilassung Barbies.

Das Ergebnis ist für uns zufriedenstellend ausgefallen.⁴

1) Die deutsche Justiz ist nicht mit einem unsicheren Verfahren gegen Barbie belastet. Die dadurch potentiell drohenden schweren Erschütterungen unseres Verhältnisses zu Frankreich und des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland weltweit bei einem Freispruch Barbies in Deutschland wurden abgewendet.

2) Wir konnten unsere gegenüber der bolivianischen Regierung und gegenüber der Öffentlichkeit eingenommene Haltung bis zum Ende glaubwürdig aufrechterhalten.

3) Wir haben durch engen Kontakt während der letzten Wochen auch mit Bezug auf den jetzt erfolgten Ablauf im Verhältnis zu Frankreich Belastungen vermeiden können und besonders durch unseren Alternativplan Zweifel an unserer Entschlossenheit, Barbie der strafrechtlichen Verfolgung zuzuführen, nicht aufkommen lassen.⁵

Lohse

B 83 (Referat 511), Bd. 1627

⁴ Am 5. Februar 1983 berichtete Botschafter Hoff, La Paz: „Klaus Barbie/Altmann wurde nach Angaben des Innenministers gegenüber Journalisten am Abend des 4.2.83 wegen Verstoßes gegen die bolivianischen Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen des Landes verwiesen. Die entsprechende Entschließung besagt, daß der ‚vermutlich deutsche Staatsbürger Klaus Barbie‘ die Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes (Ley de residencia) von 1911 und damit zusammenhängende Vorschriften verletzt habe, die eine Ausweisung vorsähen. [...] Der tatsächlichen Abschiebung mit einer Maschine der Transportes Aéreos Bolivianos (TAB) Richtung Französisch-Guyana war eine abenteuerliche Ablenkungsaktion zur Irreführung der Journalisten und – so der Innenminister – aus Sicherheitsgründen vorausgegangen. Dabei wurde ein verhüllter Mann [unter] starker Bewachung zum Flugplatz gebracht, der VIP-Raum abgeriegelt und der Eindruck erweckt, als sei eine Abschiebung mit der Fluglinie Aéreo Perú geplant. Die tatsächliche Aktion spielte sich währenddessen ohne journalistische Zeugen auf dem ca. 2 km entfernten militärischen Teil des Flugplatzes ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 37; B 83 (Referat 511), Bd. 1627.

⁵ Generalkonsul Urbanek, Lyon, informierte am 7. Februar 1983: „B[arbie], der am 5.2. von Französisch-Guyana mit französischer Militärmaschine nach Orange und von dort mit Helikopter zur Militärbasis Corbas bei Lyon gebracht worden war, traf gleichen Abend, 22.25 [Uhr], unter starker Bewachung mit Polizeiwagen im Militärgefängnis Fort Montluc im Zentrum Lyons ein.“ Er sei noch in der Nacht einem Untersuchungsrichter vorgestellt worden, der ihn „über Beschuldigung, nämlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Morde, Folter, willkürliche Verhaftungen“ unterrichtet habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; B 83 (Referat 511), Bd. 1627.

Der Prozeß gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Barbie begann am 11. Mai 1987 in Lyon.

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt**114-16420/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 8. Februar 1983, 16.00 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 20****Ankunft: 8. Februar 1983, 16.40 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Kardinal Meisner

Der Berliner Bischof Meisner, der zu seiner Erhebung in den Kardinalsstand nach Rom gekommen war², sagte mir in einem Gespräch am 7. Februar:

1) Er habe gegenüber dem Papst³ bei einer Privataudienz in den vergangenen Tagen nochmals ausgeführt, daß die Bischöfe in der DDR den gegenwärtigen kirchenrechtlichen Status beizubehalten wünschten und die Bistumsgrenzen nicht geändert sehen wollten.⁴ Das Festhalten am Status quo, das von den Bischöfen zuletzt im Sommer 1978 beschlossen worden sei⁵, habe sich gut bewährt. Der Papst habe erwidert, daß er in der Frage der Bistumsgrenzen nichts gegen den Willen der Bischöfe unternehmen würde.

Kardinalstaatssekretär Casaroli habe in einem anschließenden Gespräch ebenfalls betont, daß sich der Papst an das von den Bischöfen bei ihrem Ad-limina-Besuch im Oktober 1982⁶ übergebene Memorandum halten und gegen den Willen der Bischöfe die Diözesangrenzen nicht ändern würde.

Meisner fügte den Mitteilungen zu diesem Punkt hinzu, daß nach seinem Eindruck die DDR-Regierung die Frage der Bistumsgrenzen zur Zeit als nicht vorordentlich zu betrachten scheine.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 9. Februar 1983 vorgelegen.

² Papst Johannes Paul II. erhob Bischof Meisner am 2. Februar 1983 in Rom in den Kardinalsstand. Vgl. dazu die Meldung „Neue Kardinäle formell ernannt“; DIE WELT vom 3. Februar 1983, S. 4.

³ Johannes Paul II.

⁴ Seit 1949 befanden sich Teile von Diözesen mit Bischofssitz in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der DDR. Die bischöflichen Kompetenzen wurden in diesen Gebieten zunächst durch Kommissare wahrgenommen, die von den jeweiligen Bischöfen der zuständigen Diözesen in der Bundesrepublik ernannt wurden, darüber hinaus jedoch mit einem „Mandatum speciale“ des Papstes handelten, das die Übertragung bestimmter, der päpstlichen Genehmigung unterliegender Befugnisse regelte. Bei den kommissarisch verwalteten Jurisdiktionsbezirken der katholischen Kirche in der DDR handelte es sich um das Generalvikariat Erfurt als Teil des Bistums Fulda, das Erzbischöfliche Kommissariat Magdeburg als Teil des Erzbistums Paderborn, das Kommissariat und Generalvikariat Meiningen als Teil des Bistums Würzburg sowie das Kommissariat Schwerin als Teil des Bistums Osnabrück. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 324.

Am 23. Juli 1973 wurden die bisherigen Kommissare zu dem Papst unmittelbar unterstehenden Apostolischen Administratoren ernannt. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 226.

Die in der DDR residierenden Bischöfe gehörten der Deutschen Bischofskonferenz an, an deren Treffen sie jedoch nicht teilnahmen. Sie trafen sich daher in einem informellen Gremium, das als Berliner Ordinarienkonferenz bzw. seit 1976 als Berliner Bischofskonferenz bezeichnet wurde. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 260, sowie AAPD 1976, I, Dok. 82 und Dok. 121.

⁵ Auf ihrer Vollversammlung am 6./7. September 1982 bekräftigte die Berliner Bischofskonferenz ihre Haltung, „daß das Offenhalten der Diözesangrenzfrage das kirchliche Leben, zumal die pastoralen Wirkmöglichkeiten in der gegenwärtigen Situation nicht nur nicht gefährdet, sondern abstützt.“ Vgl. dazu die Anlage zur Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Bischof Meisner am 26. Oktober 1982 in Rom; VS-Bd. 14102 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

⁶ Zum Ad-limina-Besuch von Vertretern der Berliner Bischofskonferenz beim Heiligen Stuhl in Rom vgl. AAPD 1982, II, Dok. 286.

2) Vor seiner Abreise nach Rom habe er in Berlin (Ost) mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, auf dessen Wunsch ein Gespräch geführt. Gysi habe bei dieser Gelegenheit die unverhüllte Drohung ausgesprochen, daß der Bischof von Berlin sich nicht als eine Klammer zwischen den beiden Teilen der Stadt oder zwischen den beiden deutschen Staaten betrachten und entsprechend handeln dürfe. Widrigenfalls müsse man den Berliner Bischof vor die Wahl stellen, sich für einen Wohnsitz in Berlin (Ost) oder in Westberlin zu entscheiden.

Er (Meisner) habe die Drohung zurückgewiesen und betont, daß unter seelsorgerischen Gesichtspunkten die Einheit des Bistums Berlin wichtig und notwendig sei.

3) Die Gängelung der Kirche durch den Staat sei in der DDR nach wie vor geringer als in anderen Staaten Osteuropas. Insbesondere sei die faktische Lage bei der Ernennung von Bischöfen durch den Papst sehr günstig. Allerdings sei ihm bekanntgeworden, daß zwischen der Ost-Berliner und der Prager Regierung verstärkte Kontakte zu kirchenpolitischen Fragen aufgenommen wurden und daß gemeinsam versucht werde, auf die Warschauer Regierung wegen der kirchlichen Lage in Polen Einfluß zu nehmen.

Zur Lage in der DDR führte der Kardinal des weiteren aus, daß die Bischöfe im allgemeinen die Genehmigung für kirchliche Neubauten erhielten. Allerdings mußten diese Neubauten mit Valuta bezahlt werden, und die Bischöfe sähen sich im Laufe der Bauausführung oft gewaltigen Preissteigerungen seitens der staatlichen Firmen ausgesetzt.

Große Sorge bereite den Bischöfen, daß auf die Gläubigen zunehmend staatlicher Druck ausgeübt werde. Besonders konfliktträchtig sei es, daß von Jugendlichen, die in eine Lehre eintreten wollen, jetzt der Nachweis einer vormilitärischen Ausbildung gefordert werde. Die Kirche könne und wolle hierzu nicht schweigen. Ebenso werde die Kirche, und er habe dies auch Gysi gesagt, weiterhin zu Grundfragen der Menschen vom Evangelium her Stellung nehmen.

4) Kardinal Meisner wies abschließend darauf hin, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland ein Generationswechsel unter den Bischöfen vollziehe und die jungen Bischöfe nicht mehr selbstverständlich eine gute Kenntnis der tatsächlichen Lage in der DDR hätten. Es werde deshalb wichtig sein, die Kontakte zwischen allen deutschen Bischöfen intensiv zu pflegen und auch auf diesem Wege das Leben der Kirche in der DDR abzustützen.

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 13412 (214)

43

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan**VS-vertraulich****8. Februar 1983¹**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Ron,

ich möchte Ihnen heute nochmals für Ihre wichtige Initiative danken, Vizepräsident George Bush zur engen Abstimmung unserer Politik und zur Demonstration der Geschlossenheit der demokratischen Staaten des Westens nach Europa zu entsenden.²

Ich will Vizepräsident Bushs Bericht über unsere herzlichen und konstruktiven Gespräche nicht vorgreifen. Unsere Gespräche waren jedoch für mich persönlich ein erneutes Beispiel unserer vollen Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen. Ich bin überzeugt, daß diese Reise in ihrem Ergebnis ein ebenso bedeutender Erfolg bei der internen Verständigung und Abstimmung im Bündnis wie ein klares Signal an die Adresse unserer sowjetischen Gesprächspartner ist, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten eine geschlossene Haltung einnehmen und keine Bemühung scheuen werden, um bei den Genfer Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen ein faires und sinnvolles Abkommen zu erreichen.

Ihr Offener Brief, Ihre Botschaft an die Völker und Bürger Europas, die Vizepräsident Bush am 31. Januar in Berlin bekanntgab³, hat dabei in besonderer Weise deutlich gemacht, daß Sie persönlich bereit und entschlossen sind, in dieser existenziellen Frage der Abrüstung einen großen Schritt zu tun. Diese Botschaft findet, dessen dürfen Sie gewiß sein, im deutschen Volk – und ich bin gewiß: überall in Europa – weite Zustimmung. Sie haben hiermit ein großes moralisches Angebot gemacht und Generalsekretär Andropow in besonders demonstrativer Weise die Hand entgegengestreckt zu echter Verständigung und wirklicher Entspannung. Hierfür danke ich Ihnen ausdrücklich.

Ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer Begegnung mit Generalsekretär Andropow entspricht, wie Sie wissen, meiner persönlichen Vorstellung, daß ein solches Treffen, sorgfältig vorbereitet und unter Verzicht auf Propagandaziele,

¹ Durchdruck.

Das Schreiben wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Februar 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur persönlichen Unterrichtung von Herrn Bundesminister Genscher“ übermittelt.

Hat Ploetz am 9. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister als Eing[angl.]“ Ferner verfügte er die Weiterleitung von Ablichtungen „vorab“ an die Staatssekretäre von Staden und Lautenschlager, an Ministerialdirektor Pfeffer sowie an Botschafter Ruth und vermerkte handschriftlich: „Bitte auch Bo[tschafter] Hermes persönlich unterrichten.“

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten sowie bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 27, besonders Anm. 3, Dok. 28 und Dok. 36.

³ Zur Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 31. Januar 1983 in Berlin (West) und zum Offenen Brief des Präsidenten Reagan „an das Volk von Europa“ vgl. Dok. 27, Anm. 5.

ein wichtiger Schritt zu verbessertem gegenseitigem Verständnis und realistischem Interessenausgleich sein könnte.

Ich bedaure, daß Generalsekretär Andropow in seiner ersten öffentlichen Reaktion auf Ihren Vorschlag polemisch reagierte und die bekannte starre sowjetische Position zum westlichen Vorschlag der beiderseitigen Null-Lösung wiederholt hat. Ich kann Ihre Enttäuschung hierüber gut verstehen. Ich teile aber auch Ihre Auffassung, daß die wirkliche Antwort Andropows noch abzuwarten bleibt, und finde insofern den Hinweis in Andropows Prawda-Interview vom 1. Februar der Beachtung wert, wonach er ein Treffen für nützlich hält, „das darauf abzielt, gegenseitig annehmbare Lösungen“ zu finden.⁴

Ich halte es für wichtig, die Suche nach einer Lösung des INF-Problems wieder stärker an den Verhandlungstisch in Genf zu bringen und die Sowjets dort dazu zu zwingen, statt öffentlicher Propaganda sachliche Schritte anzubieten. Botschafter Nitze sollte ermächtigt werden, dazu die Initiative zu ergreifen. Die Position des Westens ist nach meiner Einschätzung günstig für mutige Schritte in Richtung auf ein echtes, konstruktives Verhandlungsergebnis.

Der Besuch von Vizepräsident Bush und Ihre öffentliche Botschaft haben der Sowjetunion jeden Zweifel an der Geschlossenheit der westlichen Haltung und jede Hoffnung nehmen müssen, die Vereinigten Staaten und Europa voneinander abspalten oder abkoppeln zu können. Die Sowjetunion weiß, daß ihre bisherigen Angebote für uns nicht akzeptabel sind. Sie weiß, daß die NATO die im Doppelbeschluß von 1979 niedergelegten Entscheidungen in die Tat umsetzen wird, wenn unser gemeinsam festgelegtes, wünschenswertes Verhandlungsergebnis, die beiderseitige Null-Lösung, bis zum Herbst d. J. nicht erreicht wird.

Die Sowjetunion weiß ebenso – so hoffe ich –, daß sie den Kampf um die öffentliche Meinung des Westens verloren hat, wenn sie öffentlich und am Verhandlungstisch auf einseitigen und unausgewogenen Verhandlungspositionen beharrt.

Der Westen hat deutlich gemacht, daß er keine Position des Alles oder Nichts vertritt, sondern sich für die Prüfung jeder Verhandlungsmöglichkeit für ein ausgewogenes Abkommen einsetzt, das den Prinzipien von Gleichheit und Parität entspricht. Ich hielte es für wichtig, wenn der Leiter Ihrer Delegation in Genf, Botschafter Nitze, diese Tatsache der sowjetischen Seite nochmals eindringlich vor Augen führen würde. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Worte von Vizepräsident Bush in Berlin aufgreifen. Er nannte dort als Rahmenbedingungen für ein Abkommen, daß es

- die nukleare Bedrohung Europas auf einen möglichst niedrigen Stand bringen,
- ausgewogen sein,
- ehrlich und realistisch sein und deshalb insbesondere auch die Mobilität der neuen sowjetischen Waffen angemessen berücksichtigen und schließlich
- in seiner Einhaltung überprüfbar sein muß.

Ich stimme diesem Rahmen, wie Sie wissen, vollauf zu und glaube, daß er uns in Genf weiterführen kann. Ich halte ein positives Verhandlungsergebnis in Genf

⁴ Zu den am 2. Februar 1983 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ veröffentlichten Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 30, Anm. 25.

heute mehr denn je für möglich und erreichbar. Die Reise von Vizepräsident Bush hat hierzu wesentlich beigetragen. Sie hat erneut bewiesen, daß unsere Stärke in unserer Geschlossenheit liegt.⁵

Mit freundlichen Grüßen
[gez.] Ihr Helmut Kohl

VS-Bd. 14120 (010)

44

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-360.90 SOW-459/83 geheim

9. Februar 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Kenntnisnahme
Betr.: Modernisierung und Verstärkung sowjetischer nuklearer Kurzstreckensysteme in der DDR

1) Nach amerikanischen Erkenntnissen (Defence Intelligence Agency, Washington) forciert die SU seit zwei Jahren die Vornedislozierung eines modernen nuklearen Kurzstreckenpotentials (bis 1000 km Reichweite), nämlich Artillerie,

⁵ Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann mit Drahterlaß Nr. 177 vom 11. Februar 1983 an Botschafter Hermes, Washington, zur „persönlichen Kenntnis“ übermittelt. Vgl. VS-Bd. 11316 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 20. Februar 1983 richtete Bundeskanzler Kohl ein weiteres Schreiben an den amerikanischen Präsidenten. Er antwortete damit auf das Schreiben von Reagan vom 16. Februar 1983, in dem dieser ihn von seiner Absicht in Kenntnis setzte, in einer Erklärung die amerikanische Verhandlungsposition zu INF zu erläutern. Kohl bekräftigte, daß die in der NATO abgestimmte Null-Lösung die „optimale und ideale Zielvorstellung“ bleibe, und fuhr fort: „Ich bin der Auffassung, daß wir die gegenwärtige Verhärtung der sowjetischen Position in den Verhandlungen nutzen sollten, um die initiale Rolle des Westens [...] zu bekräftigen. In diesem Zusammenhang halte ich es, wie ich dies schon in meinem Brief vom 8. Februar 1983 zum Ausdruck gebracht habe, für erforderlich, daß wir in der Öffentlichkeit erklären, daß der amerikanische Verhandlungsführer in Genf neue Weisung erhalten hat, aktiv und initiativ von sich aus alle Möglichkeiten für eine beiderseitig vertretbare Lösung auszuschöpfen. [...] Eine bloße Bekräftigung der bisherigen Ermächtigung Botschafter Nitzes, mögliche sowjetische Konzessionsbereitschaft auszuloten, also die Bereitschaft, jede vernünftige Alternatividee in Betracht zu ziehen, würde nach meiner Auffassung als Demonstration unserer initiativen Rolle nicht ausreichen.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Bolewski konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 10. Februar 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 15. Februar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Pfeffer und Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 15. Januar 1983 vorgelegen. Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 17. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte: „Wir müssen in der Tat einen neuen Anlauf machen. Seit Jahren habe ich auf diese, meiner Ansicht nach falsche, Informationspolitik der NATO hinge-

Raketen und Flugzeuge bei den sowjetischen Streitkräften im westlichen Vorfeld der SU (Polen, ČSSR, Ungarn und insbesondere DDR). In den sowjetischen Streitkräften in der DDR wurde dabei erstmalig nukleare Artillerie vom Typ 152 mm und 203 mm eingeführt.

Die SU schafft sich damit – von der Öffentlichkeit unbemerkt⁴ – ein (je nach dem Ausgang der INF-Verhandlungen) komplementäres oder alternatives nukleares Bedrohungspotential gegenüber Westeuropa, insbesondere der BR Deutschland. Die Stationierung des nuklearen Kurzstreckenpotentials im europäischen Vorfeld der SU führt zugleich zu einer nuklearpolitischen Einbindung der nicht-sowjetischen WP-Staaten, welche als Stationierungsländer von Nuklearwaffen zusätzliche Ziele für die Abdeckung durch westliche Nuklearwaffen bieten.

2) Nukleare Artillerie

Nuklearfähige (d.h. „dual capable“) Artillerie vom Kaliber 152 mm wurde erstmals Anfang 1981 bei den sowjetischen Streitkräften in der DDR (als Ersatz für das rein konventionelle 130-mm-Geschütz) eingeführt. Seit Dezember 1982 verfügen diese Streitkräfte auch über nukleare 203-mm-Haubitzen (Reichweite: 30 km). Die Stationierung von nuklearen 240-mm-Granatwerfern (Reichweite: 10 km) bei den sowjetischen Streitkräften in der DDR soll unmittelbar bevorstehen.

Die Einführung von drei nuklearfähigen Artilleriesystemen bei den sowjetischen Streitkräften in der DDR ist Beweis für das sowjetische Bemühen, die traditionelle Überlegenheit der NATO in diesem Bereich zu verringern. Der WP verfügte im November 1982 insgesamt bereits über 162 152-mm- und 384 203-mm-Geschütze). Die verbesserte Treffgenauigkeit bei verringerten Sprengwerten erhöht die Zielflexibilität dieser sowjetischen Systeme und ermöglicht damit den nuklearen Einsatz auch in größerer Nähe der eigenen Truppen. Die neuen Artilleriesysteme können aber auch verbesserte konventionelle Munition verschießen.

3) Landgestützte Raketen

Das laufende sowjetische Modernisierungsprogramm im europäischen Vorfeld der SU erfaßt auch die nuklearen Raketen kürzerer Reichweite.

So ersetzt die SS-21-Rakete (Reichweite 100 km, November 1982: insgesamt 32 Stück) nach und nach die ungelenkte Artillerierakete FROG⁵ (667 Stück), die nur 55 km Reichweite hatte. Mindestens 2 der 19 sowjetischen Divisionen in der DDR sind schon mit der SS-21-Rakete ausgerüstet.

Die SS-23-Rakete (Reichweite: 500 km) wird als Nachfolgerin der älteren Scud B-Rakete (Reichweite: 300 km) eingeführt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 221

wiesen, aus der auch unsere Schwierigkeiten beim ‚Kampf um die europäische Seele‘ resultieren. Bitte Vorschlag.“

Hat Hofmann am 17. und 18. Januar 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[e-digt]“.

⁴ Die Wörter „von der Öffentlichkeit unbemerkt“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie soll die Öffentlichkeit das auch bemerken, wenn all diese Erkenntnisse unter ‚Geheim‘ laufen. Diese Frage sollte in der Allianz einmal auf Ministerebene deutlich angesprochen werden.“

Der Vermerk von Staden wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

⁵ Free Rocket Over Ground.

Diese beiden Nachfolgesysteme SS-21 und SS-23 können tiefergelegene Ziele im NATO-Bereich erreichen. Ihre verbesserte Reichweite erhöht zugleich ihre Überlebensfähigkeit gegenüber Abwehrmaßnahmen. Mit ihrer erhöhten Treffgenauigkeit bedrohen diese Systeme eine Vielzahl von Zielpunkten.

4) Nuklearfähige Flugzeuge

Auch die Modernisierung der nuklearfähigen Jagdbomber im westlichen Vorfeld der SU dauert an. Die Einführung von Flugzeugtypen wie Fencer, Fitter und Flogger verbessert stetig das Angriffspotential der sowjetischen Frontfliegerkräfte und gibt den ursprünglich defensiv orientierten Luftstreitkräften des WP ein wesentlich stärkeres Offensivpotential gegenüber Westeuropa. Diese Flugzeuge haben Zuladungen von 2000 bis 8000 kg-Bomben, Raketen und Lenkmunition, die sie mit Kampfradien zwischen 350 und 1500 km (zumeist unter Allwetterbedingungen) zum Einsatz bringen können.

5) Es liegt auf der Hand, daß diese Entwicklung, welche sich als eine Modernisierung mit zumindest qualitativen Sprüngen darstellt, nicht nur verteidigungspolitisch, sondern auch rüstungskontrollpolitisch relevant ist.⁶

Wilfried Hofmann

VS-Bd. 11976 (201)

⁶ Vortragender Legationsrat Schmidt vermerkte am 15. Juni 1983, daß die Vertreter der USA in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 9. Juni 1983 in Paris folgende Informationen über den Stand der Stationierung sowjetischer nuklearer Kurzstreckenwaffen in einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten gegeben hätten: „Es gebe eindeutige Hinweise (evidence) dafür, daß in der DDR, in der ČSSR, in Polen und in Ungarn sowohl nuklearfähige Systeme als auch Gefechtsköpfe stationiert seien. Es gebe insgesamt 15 bis 30 Nuklearwaffenlager (nuclear storage sites). Diese befänden sich in schwer gesicherten Bunkern unter ausschließlicher sowjetischer Kontrolle. [...] Es handele sich vor allem um folgende Systeme: Scud B, FROG und Artillerie. Diese Systeme seien z. Z. auch im Besitz der oben genannten WP-Länder. (Es ist davon auszugehen, daß die Gefechtsköpfe ausschließlich unter sowjetischer Verfügung stehen.) Die Ersetzung der FROG durch SS-21 sei bei der G[ruppe der]S[owjetischen]T[ruppen in]D[eu]tschland im Gange. Die SS-22 solle die SS-12 ersetzen, die sich nur in sowjetischen Verbänden befänden. Die beiden Raketen seien aber kaum unterscheidbar, da für sie die gleichen T[ransporter]E[rector]L[aunchers] verwendet würden. Eine Dislozierung von SS-22 ist bisher nicht festgestellt worden. Die SS-23 (Nachfolgemodell für Scud) soll bereits existieren. Die Dislozierung in der SU ist noch nicht nachzuweisen.“ Vgl. VS-Bd. 11355 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.31-556/83 geheim

11. Februar 1983¹

Vermerk für Herrn D2²

Betr.: Flugzeit der Pershing II³

Bezug: Ministervorlage vom 28.1.83 – 201-363.31⁴

Die Frage der Flugzeit der PII habe ich sowohl mit Vertretern des State Department und der ACDA besprochen als auch in der High Level Group mit Perle und Lehman aufgenommen. Die Antwort war: Die Flugzeit beträgt zwischen 8 und 14 Minuten je nach Entfernung.⁵ Mit Unterschieden von ca. einer Minute muß bei gleicher Distanz gerechnet werden. Beim letzten Testflug am 9.2. wurde bei einer Entfernung von 940 Meilen eine Flugzeit von 11,5 Min. erwartet. Ich habe auf die Unterschiede bei den uns zur Verfügung gestellten Daten hingewiesen. Perle sagte eine erneute eingehende Prüfung zu. Nach Abschluß der Prüfung wird die HLG informiert werden. Dabei sollen auch die letzten Daten zur SS-20 zur Verfügung gestellt werden. Die Flugzeit der SS-20 ist der der PII

¹ Hat Ministerialdirigent Schauer am 2. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „3 mal vernichtet.“ Ferner bat er um Wiedervorlage am 15. März 1983.

Hat Schauer am 16. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat Bolewski vermerkte: „Haben wir in der letzten HLG neue Zahlen erhalten?“

Hat Bolewski am 16. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bestätigung von Perle: 14 Minuten.“

Hat Schauer am 17. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 27.4. (wegen HLG).“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 2. Mai 1983 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 12. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Ablichtung an alle.“

³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 27. Januar 1983: „Auch von normalerweise gut unterrichteten Journalisten und Kommentatoren (z. B. Leslie Gelb in der ‚New York Times‘ vom 27.1. 1983) wird immer wieder eine Flugzeit von Pershing II von sechs bis acht Minuten erwähnt. Die gleichen Zahlen werden von der SU benutzt, um die angeblich besonders große Bedrohung durch die Pershing II glaubhaft zu machen.“ In den Unterlagen, die der Botschaft vom amerikanischen Außenministerium zur Verfügung gestellt worden seien, werde zum Thema Pershing II und Vorwarnzeit ausgeführt: „Flight time from bases in FRG to Soviet targets will in fact be about 14 minutes. This is [the] same time SS-20s would take to reach West European targets, or Soviet SLBMs to reach US coastal cities, at equivalent distances. While capable of striking some Soviet strategic targets, P II is not a major first-strike threat: It cannot reach Moscow, and its numbers (108) are too small to cover [a] large proportion of targets.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 382/383; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 9. Februar 1983 übermittelte Hermes Zahlen des amerikanischen Verteidigungsministeriums: „1) Flugzeit [...] bei Maximalreichweite von 1800 km in ca. 13 Min[uten], wobei die ersten 1000 km in ca. 8 Min. zurückgelegt werden; bei Minimalreichweite von 1000 km 10 Min. 2) Vorwarnzeit: Sowjetische weltraumgestützte Raketenauflklärung (Satelliten) nicht so leistungsfähig wie amerikanische. Bodengestützte Raketenauflklärung (Radar) könnte nach amerikanischen Erkenntnissen P II erst zwei bis fünf Minuten nach Start entdecken. Insofern Vorwarnzeit für SU geringer als Flugzeit von P II.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 620; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. Dok. 20, Anm. 8.

⁵ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wieder etwas Neues.“

vergleichbar.⁶ Sie beträgt nach den Aussagen Lehmans über die volle Distanz gut 20 Min.⁷

Schauer

VS-Bd. 12502 (201)

46

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 11. Februar 1983, 17.19 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 22 Ortez

Zum Arbeitsbesuch des spanischen Außenministers Fernando Morán López in Bonn am 9. Februar 1983

1) Auf Einladung von BM Genscher hielt sich der spanische Außenminister Morán am 9. Februar 1983 zu einem Arbeitsbesuch in Bonn auf. Mit dieser Begegnung setzten die Minister ihren am Rande der Außenministerkonferenz der Atlantischen Allianz am 9.12. in Brüssel begonnenen Dialog² fort. Schwerpunkte ihres dreistündigen, in freundschaftlicher Offenheit und herzlicher Atmosphäre geführten Gesprächs waren Fragen des spanischen EG-Beitritts³, Aspekte des Ost-West-Verhältnisses und bilaterale Fragen.

2) Der Meinungsaustausch der Minister zum spanischen EG-Beitritt knüpfte an die Gespräche der Staatssekretäre Lautenschlager und Marín am 27. Janu-

⁶ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist der entscheidende Punkt, ... wenn er stimmt.“

⁷ Die Wörter „11,5 Min.“ und „20 Min.“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nur intern. Ich habe auch mit Burt gesprochen. Wir müssen vorsichtig vorgehen. Übrigens: Vorwarnzeit zu CMs ist u. U. gleich Null. R[ücksprache].“

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann teilte am 25. Februar 1983 der Botschaft in Washington mit: „Von Gegnern des Doppelbeschlusses wird die P II bekanntlich schon seit längerem als eine ‚destabilisierende Erstschlagswaffe‘ bezeichnet, deren Stationierung im Bundesgebiet die Gefahr eines sowjetischen Präventivschlags heraufbeschwöre. Diese insgesamt falsche Behauptung wird dabei u. a. immer wieder auf die im Vergleich zu GLCM kurze Flugzeit der P II zurückgeführt, wofür Zeiten zwischen 6 und 14 Minuten genannt worden sind.“ Die Bundesregierung sei „nicht glücklich“ darüber, daß Präsident Reagan in einem Pressegespräch am 23. Februar 1983 „auf eine Flugzeit der P II von ‚8 Minuten‘ hinwies und so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erneut auf die Flugzeit lenkte, als sei diese ein relevantes Kriterium im Sinne der Kritiker des Doppelbeschlusses“. Hofmann wies die Botschaft an, „im State Department und ggf. im NSC ein Gespräch zu dieser Problematik mit dem Ziel zu suchen, auf amerikanischer Seite eine Sprachregelung zu erwirken, welche im Interesse der Glaubwürdigkeit des Bündnisses von nur einer, also nicht ständig divergierenden Flugzeitangabe ausgeht“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1098; Referat 201, Bd. 125683.

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán am Rande der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 338.

³ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 9, Anm. 14.

ar 1983 in Bonn⁴ an und berührte die Problemkreise Kalender für Beitrittsverhandlungen, Anpassungen auf den Gebieten des Acquis und der EG-Financen, das bevorstehende Ministertreffen mit Spanien am 22. Februar 1983⁵ und den französischen Vorschlag einer demnächst einzuberufenden, zunächst auf die westlichen Mittelmeeranrainerstaaten begrenzten Konferenz.⁶

Bundesminister sagte AM Morán zu, Spanien werde in der Bundesregierung stets einen „guten Anwalt“ seines Beitrittswunsches finden. In der Zeit ihrer EG-Präsidentschaft⁷ sei die Bundesregierung entschlossen, die Verhandlungen entscheidend voranzubringen.

Nach eingehender Erörterung der Problematik und Schwierigkeiten eines detaillierten Verhandlungskalenders kamen beide Seiten überein, auf seine ursprünglich von Spanien angestrebte Erarbeitung und (zeitraubende) Abstimmung im Zehnerkreis zu verzichten und statt dessen eine Erklärung der Präsidentschaft beim nächsten Ministertreffen am 22.2. vorzusehen, in der sie ihre indikativen Zeitvorstellungen für die Behandlung der einzelnen Beitrittskapitel bekanntgibt. Spanische Seite verspricht sich hiervon positive Auswirkungen auf die spanische Öffentlichkeit, der zur Vermeidung einer gewissen EG-Müdigkeit der Eindruck von Bewegung in den Verhandlungen vermittelt werden müsse.

⁴ Im Gespräch mit Staatssekretär Lautenschlager versicherte der Staatssekretär im spanischen Außenministerium, Marín, daß ein spanischer EG-Beitritt auch für die seit 2. Dezember 1982 amtierende neue Regierung „in vorderster Linie“ stehe: „F sei nach wie vor das Haupthindernis für die Beitrittsverhandlungen, einige andere MS hätten aber auch Schwierigkeiten. Dies gelte insbes[ondere] für bestimmte Sektorpolitiken (Stahl, Textil, Landwirtschaft) für die Zeit vor dem Beitritt. S[panien] müßte auch ohne Beitritt in einigen Wirtschaftsbereichen umstrukturieren. Sp. sei bereit, sich hier nach EG-Kriterien zu richten, bräuchte dann allerdings durch baldige Klarheit über die Beitrittsbedingungen einen konkreten EG-Bezug, was die innenpolitische Durchsetzung erleichtern würde.“ Entscheidend sei „ein konkreter Verhandlungskalender. Die spanische Regierung lege der deutschen Präsidentschaft einen Vorschlag mit der Bitte um Billigung vor (Marín übergibt vertrauliches Papier). Das wichtigste sei, alle Aspekte des Beitritts bis zum Juni zu behandeln.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 411, Bd. 130428.

⁵ Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 22. Februar 1983, daß auf der 14. Ministerkonferenz im Rahmen der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens keine konkreten Verhandlungsergebnisse erzielt worden seien, „da S[panien] zu Konzessionen nicht bereit war. Wie uns span. Del[egations]-Mitglieder am Rande der Sitzung mitteilten, sollte nicht zuletzt durch unnachgiebige Haltung Ernst und Bereitschaft der neuen span. Regierung demonstriert werden, in Verhandlungen mit der Gem[einschaft] Härte zu zeigen.“ Hinsichtlich der einzelnen Beitrittskapitel habe Spanien Erklärungen zu Textil, Erdöl-Monopol und Außenbeziehungen übergeben, eine Erklärung zur EGKS jedoch zurückgestellt. Die Europäischen Gemeinschaften wiederum hätten Erklärungen zu mengenmäßigen Beschränkungen und zu den EGKS-Außenbeziehungen übergeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 707; Referat 411, Bd. 130428.

⁶ Staatspräsident Mitterrand regte während seines Besuchs vom 27. bis 29. Januar 1983 in Marokko ein Treffen der Mittelmeeranrainerstaaten an. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (janvier-février), S. 58 und S. 62f.

Botschafter Herbst, Paris, teilte dazu am 21. Februar 1983 mit, der Vorschlag habe „noch keine festen Konturen“. „Gedacht ist wohl in erster Linie an eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Spanien und Italien auf dem nördlichen und Marokko, Algerien und Tunesien auf dem südlichen Mittelmeerufer. Konkret ginge es einmal um den Energietransport, dann aber auch um den Fremdenverkehr, den audio-visuellen Bereich, um Probleme der Landwirtschaft, der Fischerei u. a. Die drei nördlichen Länder hätten alle selber Nord-Süd-Strukturprobleme und könnten ihre Erfahrungen vielleicht mit den südlichen Anrainern austauschen. Es ginge dabei nicht nur um Tomaten, Oliven und Wein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; Referat 213, Bd. 133210.

⁷ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Mit diesem Übereinkommen hat spanische Seite inzidenter auch ihre Teilnahme am Ministerrat am 22. Februar bestätigt, die nach Äußerungen von spanischer Seite in Brüssel vom Vortage bis zu diesem Besuch zweifelhaft erschien.⁸

Beide Seiten stimmten in der Beurteilung der Bedeutung überein, die der Lösung der Probleme bei den Mittelmeeragrарprodukten am 8./9.3.1983⁹ sowie den gemeinschaftsinternen Reformen im Agrar- und Haushaltsbereich¹⁰ zukommt.

BM anerkannte das hohe Informationsinteresse Spaniens über diesen Bereich auch im Hinblick auf einzuleitende Strukturreformen im eigenen Land, warnte jedoch davor, sich etwa in der Frage der Erhöhung der 1-Prozent-MwSt.-Grenze vor den Wagen interessierter Mitgliedsstaaten spannen zu lassen und über einer intensiven Beschäftigung mit diesen Problemen das eigentliche Beitrittsziel aus den Augen zu verlieren. Er erinnerte daran, daß D sich stets mit großer Energie für den spanischen EG-Beitritt eingesetzt habe. Vor allem sei dem Eindruck entgegenzuwirken, als seien gemeinschaftsinterne Reformen erst durch die Süderweiterung nötig geworden. Die Anpassung des Acquis für MM¹¹-Agrарprodukte würden F, GRI und I auch ohne den spanischen Beitritt verlangen.

Im Interesse der gemeinsamen Außenpolitik der EG empfahl BM Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. AM Morán wies darauf hin, daß Israel selbst lange Zeit Beziehungen zu Spanien abgelehnt habe. Die Frage der Anerkennung stelle sich nicht, schließlich unterhalte Spanien ein GK in Jerusalem („Corpus separatum“). Spanien verfolge auch das Universalitätsprinzip, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ISR sei es allerdings erst bereit, wenn der Fortgang des Friedensprozesses im Nahen Osten dies als opportun erscheinen lasse und Spanien von seinen Freunden dazu ermuntert würde. Den gegenwärtigen Zeitpunkt, insbesondere nach den jetzt bekannt gewordenen Einzelheiten über die Vorgänge in Chatila¹², halte er für wenig günstig.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw vermerkte am 9. Februar 1983: „Die Spanier haben unserer EG-Vertretung in Brüssel auf Arbeitsebene mitgeteilt, AM Morán und StS Marín wollten (gegen den Widerstand ihrer Spitzenbeamten) das Ministertreffen EG–Spanien am 22. Februar absagen, da es sinnlos sei, über technische Fragen zu verhandeln, solange zwei entscheidende Problemkomplexe, eigene Einnahmen und Acquis-Anpassung (Mittelmeer-Produkte), gemeinschaftsintern ungeklärt seien. Stattdessen plant man sie Globalverhandlungen über die entscheidenden Fragen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 130428.

⁹ Korrigiert aus: „7./8.3.1983“.

Auf seiner Tagung am 8./9. März 1983 in Brüssel beschäftigte sich der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vor dem Hintergrund der EG-Erweiterung mit der Anpassung der Bestimmungen für Obst und Gemüse sowie für Olivenöl. Die Minister stellten fest, „daß auf beiden Sektoren noch Meinungsverschiedenheiten bestehen“. Ferner beschlossen sie, dem Europäischen Rat für seine Tagung am 21./22. März 1983 in Brüssel einen Bericht über den Stand der Beratungen vorzulegen. Vgl. BULLETIN DER EG 3/1983, S. 48.

¹⁰ Zur Frage der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1983/84 vgl. Dok. 37, Anm. 10.

Zur Frage der Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 11, Anm. 26.

¹¹ Mittelmeer.

¹² Zu den Gewalttaten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila vgl. Dok. 12, Anm. 11.

Am 7. Februar 1983 legte die israelische Untersuchungskommission ihren Bericht zu den Vorgängen in Sabra und Chatila vor. Sie kam zu dem Schluß, daß außer Angehörigen der israelischen Streitkräfte auch der israelische Verteidigungsminister Sharon und Ministerpräsident Begin eine Mitverantwortung trügen. Laut Presseberichten wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten sich „gleichgültig“ verhalten und keine Vorkehrungen getroffen, „um die deutlich drohende Gefahr eines Mas-

Zum französischen Vorschlag einer MM-Konferenz bestand Einigkeit darüber, daß sie die direkten Beziehungen der Teilnehmerländer zur EG weder ersetzen könne noch komplizieren dürfe und auch Entscheidungen, die in der Gemeinschaft gefällt werden müßten, nicht vorwegnehmen könne. Morán erklärte, daß auch Themen außerhalb des wirtschaftlichen Bereichs (z.B. politische Beziehungen, Sicherheitsfragen) behandelt werden dürften, weshalb Spanien sich ihr schlecht entziehen könne.

3) Intensiver Meinungsaustausch zum Ost-West-Verhältnis befaßte sich mit Madrider KSZE-Folgekonferenz sowie Stand und Aussichten Genfer Abrüstungsverhandlungen.

AM Morán erläuterte Haltung neuer spanischer Regierung¹³ zum KSZE-Prozeß, die von zwei Dimensionen geprägt werde. Einerseits sei Spanien westliches Land und Teil des westlichen Systems, andererseits Gastgeber. Spanien sehe jedoch keinen Widerspruch zwischen Gastgeberrolle und dem Bestreben, innerhalb der westlichen Gruppe seinen Beitrag zu Verhandlungsfortschritten und weiterer Entspannung zu leisten.

Ein besonderes Feld seiner Bemühungen sehe es in der Durchsetzung der Menschenrechte, die in Osteuropa ständig mißachtet würden (ihre Mißachtung in Lateinamerika sei kein Thema für die KSZE).

Einig waren sich beide Seiten im Bemühen um ein substantielles Schlußdokument mit einem klaren Mandat für eine KAE (BM: „wichtig, daß es vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural gibt“) und über die Notwendigkeit, den Entspannungsprozeß fortzuführen. BM sprach sich für eine Schlußveranstaltung auf AM-Ebene aus, sofern Substanzpapier erreicht werde.

Zu Stand und Aussichten der Genfer Abrüstungsverhandlungen äußerte sich BM verhalten optimistisch, wenngleich er keine Bewegung der SU vor den Wahlen vom 6.3.¹⁴ erwarte. Bei entsprechendem Wahlausgang müsse die SU mit Stationierung der Mittelstreckenraketen in D, I und GB ab Herbst 1983 rechnen. Eine doppelte Null-Lösung halte er nicht für erreichbar, wohl aber ein Ergebnis, bei dem die SU ihre Mittelstreckenraketen reduziere und wir weniger stationierten. Dies habe man dem amerikanischen VP Bush in Bonn, Rom, London und Paris¹⁵ als zweitbeste Lösung beschrieben.

AM Morán wertete die Einbeziehung der F- und GB-Potentiale in Andropows Vorschläge¹⁶ als sowjetisches Eingeständnis eigener Überlegenheit. Das spanische Informationsdefizit im Hinblick auf SU müsse auch im Interesse des Bündnisses mit Hilfe seiner Partner USA und D abgebaut werden. BM erläuterte deutsche Haltung zu sowjetischen Vorschlägen und begründete im einzelnen

Fortsetzung Fußnote von Seite 227

sakers seitens der Phalangisten abzuwenden“. Vgl. den Artikel „Empfehlung für Scharons Entlassung“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernaussgabe vom 10. Februar 1983, S. 1.

Für den Wortlaut des Berichts vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1207–1300.

¹³ Nach den Parlamentswahlen in Spanien am 28. Oktober 1982 wurde am 2. Dezember 1982 eine neue Regierung unter Ministerpräsident González vereidigt.

¹⁴ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

¹⁵ Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten vgl. Dok. 27, besonders Anm. 3, Dok. 28 und Dok. 36.

¹⁶ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

unsere Ablehnung der Einbeziehung der F- und GB-Potentiale in die INF-Verhandlungen.

Zur Nachrüstungsproblematik erklärte AM Morán, spanische Haltung sei dadurch bestimmt, daß Spanien am Doppelbeschluß von 1979 als Nichtmitglied¹⁷ nicht beteiligt gewesen sei und daß eine etwaige Stationierung von Kernwaffen in Spanien ausdrücklich einem Parlamentsbeschluß vorbehalten sei, für den es derzeit keine Mehrheit gebe. Morán betonte, daß Spanien Teil der westlichen Verteidigung sowie treuer und fester Verbündeter der USA sei und bleiben wolle. Gerade deswegen, und auch auf Rat der USA, müsse er den Allianzpartnern Spaniens erklären, daß das spanische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit keine Kernwaffen wolle. Spanien in eine Politik der Nuklearisierung und Aufstellung von INF zu drängen, würde eine Destabilisierung der spanischen Gesellschaft und eine Gefährdung der Hinnahme des NATO-Beitritts¹⁸ bedeuten. Die spanische Öffentlichkeit stehe einmütig zur westlichen und europäischen Berufung Spaniens, lehne aber ebenso einmütig die Hochrüstung in der Welt ab. USA und F hätten diese Position verstanden, er sei sicher, daß sie auch in D verstanden werde.

BM erläuterte die Gründe für den NATO-Doppelbeschluß und plädierte für eine möglichst einheitliche Position der Allianz zur Nachrüstung, insbesondere, wo sich für Spanien wie für Portugal das Problem der Nuklearisierung auf absehbare Zeit nicht stelle. Es gehe nicht an, daß in der Allianz etwa den Ländern eine höhere politische Moral zugesprochen werde, die nicht stationierten. Eine solche Entwicklung würde unsere Bevölkerung tief bedrücken. Die Entscheidung für die Stationierung sei Staaten wie D, I und GB durch ihre Geographie aufgezwungen worden.

Einigkeit bestand über die Notwendigkeit atomarer Bewaffnung des Bündnisses, solange die SU konventionell überlegen ist, und darüber, daß ein Gleichgewicht nur durch Abbau der sowjetischen Überlegenheit erreicht werden kann. Beide Seite hoben die Bedeutung vertrauensbildender Maßnahmen hervor und kamen überein, auch in diesem Bereich engen Kontakt zu halten.

¹⁹4) Die Minister erörterten auch die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. BM unterstützte den spanischen Vorschlag einer internationalen Kon-

¹⁷ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 2, Anm. 2.

¹⁸ Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 4. Februar 1983 über ein Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten: „MP González sagte eindeutig – soweit mir bekannt zum ersten Mal –, er werde weder 1983 noch 1984 ein Referendum über die spanische NATO-Zugehörigkeit abhalten. Zwar habe er die militärischen Integrationsverhandlungen einfrieren lassen, Spanien habe jedoch seinen festen Platz in der europäischen Verteidigungsstruktur und gehöre zum Westen. Ich dankte dem MP für seine klare Haltung. Ein ständiges Infragestellen der spanischen NATO-Mitgliedschaft führe zur Destabilisierung Europas. Diese wiederum erschwere Abrüstungsverhandlungen, die nur auf der Grundlage eines Kräftegleichgewichts aussichtsreich seien. Der MP stimmte lebhaft zu und sagte ergänzend, nicht nur das westliche Bündnis und Abrüstungsverhandlungen würden erschwert, falls Spanien unkalkulierbar werde. Auch die spanische Demokratie könne durch eine unklare Bündnispolitik Schaden nehmen. Er wolle deshalb die Spanier nach und nach an ihre Zugehörigkeit zur NATO gewöhnen. Einfach sei dies nicht. Das Bündnis sei unpopulär. Bei einem Referendum würden sich heute noch über 60 Prozent gegen die NATO-Mitgliedschaft aussprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁹ Beginn des mit Runderlaß Nr. 23 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

ferenz der Innen- und Justizminister in Madrid und regte an, ihn im Rahmen des Europarates weiterzuverfolgen.²⁰

5) Beide Seiten würdigten den sehr befriedigenden Stand der bilateralen Beziehungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet und kamen auf Spaniens Anregung überein, die Beziehungen durch regelmäßige Arbeitstreffen der Außenminister zu institutionalisieren und auch den Regierungschefs regelmäßige Konsultationen zu empfehlen. Zur darüber hinausgehenden Anregung, alle bestehenden Ausschüsse in einer großen Gemischten Kommission zu vereinigen, wies deutsche Seite auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der unterschiedlichen Zuständigkeit der Ressorts (nur zwei Kommissionen unter Federführung des AA) ergäben, und bezweifelte, daß eine Zusammenlegung auch zu erhöhter Effizienz in der Ausschubarbeit führen würde. Dies sei zu prüfen.²¹

AM Morán sprach Dank und Anerkennung für die Aufnahme der spanischen Gastarbeiter in D aus, die nicht nur Arbeit, sondern vielfach auch ein Heim gefunden hätten. Bis zum Inkrafttreten der Freizügigkeit nach dem spanischen EG-Beitritt hat er um Vorzugsbehandlung von Spaniern bei Fragen der Familienzusammenführung.²² Ferner sprach er sich anerkennend über die Arbeit

²⁰ Am 15. März 1983 berichtete Botschafter Brunner, Madrid, daß im spanischen Außenministerium Überlegungen zu einer Terrorismus-Konferenz angestellt würden: „Auf Beamtenebene hat sich dabei eine Tendenz gegen eine Abhaltung im Rahmen des Europarates ergeben. Man sieht hier Schwierigkeiten darin, daß nicht alle ER-Mitgliedstaaten für eine Teilnahme in Frage kommen, und zitiert als Beispiele Irland (mangelnde irische Bereitschaft) und Türkei (Vorbehalte anderer Mitglieder). Schließlich fragt man sich auch, ob es geschickt wäre, den französischen Innenminister Baudin am Konferenztisch zu haben, der einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eher ablehnend gegenüberstehe. Die Überlegungen gehen deswegen in die Richtung eines durch Einzeleinladung ‚bilateral‘ bestimmten Teilnehmerkreises, u. U. Außenminister statt Fachminister.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 200, Bd. 129520.

²¹ Botschafter Brunner, Madrid, informierte am 1. März 1983, daß es zwischen der Bundesrepublik und Spanien neben Gemischten Kommissionen zur wirtschaftlichen und zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit weitere Konsultationsmechanismen gebe, so zum Niederlassungsrecht, zu Fragen der Sozialversicherung und der Doppelbesteuerung: „Im kulturellen Bereich sind drei Gemischte Ausschüsse tätig: der ständige Gemischte Ausschuß zur Durchführung des deutsch-spanischen Kulturabkommens tagt alle zwei bis drei Jahre zur Erörterung von Problemen und Vorhaben im kulturellen Sektor. Der Gemischte Ausschuß für Jugendfragen tritt jährlich zusammen. Der Gemischte Ausschuß für Probleme der schulischen Betreuung von Gastarbeiterkindern tagt alle ein bis zwei Jahre nach Bedarf.“ Brunner sprach sich gegen deren Eingliederung in eine große Gemischte Kommission aus: „Dagegen sprechen vor allem die unterschiedliche Zuständigkeit der Fachressorts für die verschiedenen Ausschüsse und die Behandlung zum Teil sehr detaillierter und konkreter Fachprobleme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 211; Referat 206, Bd. 150999.

²² Am 13. Juli 1982 wurde in der Presse gemeldet, daß der Bundesrat „auf Initiative der von der Union regierten Länder“ einen Gesetzentwurf vorbereite, der eine Beschränkung des Nachzugs ausländischer Kinder zu ihren in der Bundesrepublik lebenden Eltern anstrebe. Dazu sollte das Alter, ab dem eine Aufenthaltserlaubnis vorliegen mußte, von 16 auf 6 Jahre gesenkt werden. Vgl. den Artikel „Baum und Westphal uneins über Nachzugsregelung für Ausländer“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Juli 1982, S. 1.

Zu entsprechenden Vorschlägen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, die parallel mit dem Entwurf des Bundesrats am 14. Juli 1982 im Kabinett beraten werden sollten, führte Referat 513 am 9. Juli 1982 aus, daß das Auswärtige Amt wie das Bundesministerium des Innern eine ablehnende Haltung gegenüber den von allen übrigen Ressorts unterstützten Vorschlägen einnehmen. Aus außenpolitischer Sicht werde insbesondere auf die der Türkei von den Europäischen Gemeinschaften ab Dezember 1986 zugesagte Freizügigkeit, aber „auch auf die KSZE-Aspekte bei Einschränkung des Ausländerzuzugs hingewiesen“. Vgl. Referat 212, Bd. 133502.

Die Bundesregierung setzte am 3. November 1982 eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden zur Überprüfung der Situation ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik ein. Vgl. dazu Dok. 38, Anm. 31.

des Goethe-Instituts in Madrid aus und stellte seine Unterstützung für die zu beobachtende Renaissance der deutschen Kultur in Madrid in Aussicht. Den seit 1970 bestehenden Niederlassungsvertrag²³ wertete er positiv und unterstrich spanisches Interesse, ihn auch nach EG-Beitritt beizubehalten.

6) AM Morán lud BM Genscher zu einem Besuch in der spanischen Hauptstadt ein.²⁴

Im April 1983 ist eine Begegnung der beiden Regierungschefs in Bonn zu erwarten. Eine entsprechende Einladung des BK hat²⁵ MP González im Dezember 1982 angenommen. Der genaue Termin wird nach dem 6.3. festgelegt werden.²⁶

Vgl. auch Infofunk-Meldung 1053²⁷ vom 9.2.1983.²⁸

Steinkühler²⁹

Referat 012, Bd. 124454

47

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-16510/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 268
Citissime

Aufgabe: 14. Februar 1983, 19.45 Uhr¹
Ankunft: 14. Februar 1983, 20.17 Uhr

Betr.: Sitzung der SCG in Brüssel am 13./14.2.1983;
hier: Sitzung der „Quint“ (13.2.83)

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die traditionelle vertrauliche Sitzung der „Quint“ (Stationierungsländer mit den Vereinigten Staaten) am Vortag der SCG² wurde von R. Burt geleitet. Zum ersten Mal nahm auf amerikanische Anregung auch NL-Delegation teil.

²³ Für den Wortlaut des deutsch-spanischen Niederlassungsvertrags vom 23. April 1970 und des dazugehörigen Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, II, S. 1042–1053.

²⁴ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 2. Dezember 1983 in Spanien vgl. Dok. 369.

²⁵ Korrigiert aus: „und“.

²⁶ Ministerpräsident González besuchte vom 3. bis 5. Mai 1983 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 126.

²⁷ Korrigiert aus: „1076“.

²⁸ Für die Mitteilung des Pressereferats des Auswärtigen Amts vgl. Referat 206, Bd. 150999.

²⁹ Paraphie vom 11. Februar 1983.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen.

² Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 14. Februar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 48.

Hauptthema war die Frage, wie das Bündnis nach der durch die „Andropow-Vorschläge“³ geschaffenen Lage am Verhandlungstisch und in der Öffentlichkeit die Initiative zurückerlangen kann.

Burt gab eingangs positive Bewertung des Bush-Besuchs⁴ und erklärte, daß die Entscheidung über die jetzt zu ziehenden Konsequenzen noch ausstehe.

In der auf ausdrückliche Bitte Burts sehr offen geführten Diskussion wurden von seiten der fünf Europäer einvernehmlich folgende zentrale Punkte vorgebracht:

- Nach „Andropow-Vorschlägen“ sei Zurückerlangung der Initiative für Westen unabdingbar,
- westliche Initiative solle zeitlich so eng wie möglich an Bush-Reise anknüpfen,
- der Bekanntgabe der Initiative müßten weitere sichtbare Konsultationen in der SCG vorangehen,
- als erster Schritt in westlicher Öffentlichkeit biete sich Bekanntgabe einer im einzelnen noch festzulegenden Weisung an Botschafter Nitze an,
- diese Weisung solle klarmachen, daß Nitze ermächtigt ist, die Initiative zu ergreifen, um am Verhandlungstisch Fortschrittmöglichkeiten nachzugehen und nicht lediglich sowjetische Vorschläge zu prüfen. In einer solchen Weisung sollten auch die grundlegenden Kriterien enthalten sein, mit denen jede Verhandlungslösung vereinbar sein müsse (Anschluß an Rede von Vizepräsident Bush in Berlin⁵),
- ein späterer Schritt könne dann die Bekanntgabe eines westlichen Verhandlungsvorschlages sein,
- amerikanische Bitte: Presseerklärung nach heutiger SCG-Sitzung dürfe Entscheidung des amerikanischen Präsidenten⁶ nach Prüfung des Bush-Berichts nicht vorwegnehmen. Im übrigen verhielt sich Burt weitgehend rezeptiv.

II. Im einzelnen

1) R. Burt gab einleitend eine positive Bewertung des Europa-Besuchs von Vizepräsident Bush. Am 12.2. seien die Ergebnisse im Weißen Haus besprochen worden.

Er könne gegenwärtig noch nicht sagen, welche Entscheidung der Präsident als Ergebnis dieser Reise fällen werde. Er sei jedoch sicher, daß die Haltung der europäischen Regierungen, so wie sie dem Vizepräsidenten vorgetragen worden seien, einen sehr bedeutsamen Faktor („major role“) für diese Entscheidung darstellen werde.

Die amerikanische Regierung erwarte weitere Anregungen seitens der Verbündeten. Für den Fall, daß die amerikanische Regierung eine Änderung der Ver-

³ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁴ Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten sowie bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 27, besonders Anm. 3, Dok. 28 und Dok. 36.

⁵ Zur Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 31. Januar 1983 in Berlin (West) und zum Offenen Brief des Präsidenten Reagan „an das Volk von Europa“ vgl. Dok. 27, Anm. 5.

⁶ Ronald W. Reagan.

handlungsposition für notwendig erachten werde, würden die Verbündeten konsultiert.

UK und Italien bewerteten den Bush-Besuch ebenfalls als Erfolg. Ich betonte, daß dieser Besuch die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Konsultationszusage und die Verhandlungsbemühungen sowie die Verbundenheit zwischen den USA und Europa zu einem wichtigen Zeitpunkt untermauert habe. Ich knüpfte daran die Erwartung, daß das Bündnis diesen sichtbaren Konsultationsprozeß fortführt. Wichtig sei, daß vor der Bekanntgabe einer neuen westlichen Initiative eine Sitzung der SCG stattfinde. Für die zukünftige Rolle der SCG komme es darauf an, daß dieses Gremium nach außen sichtbar die Rolle eines wirklichen Konsultationsorgans behalte. Zur Stärkung der öffentlichen Wirksamkeit dieses Gremiums schlug ich regelmäßige Sitzungen etwa einmal im Monat vor.

2) Auf ausdrücklichen Wunsch Burts kam es zu einer vor allem von Taliani, Gillmore und mir geführten, sehr offenen Diskussion über den vom Bündnis in den kommenden entscheidenden Wochen und Monaten in Genf wie in der Öffentlichkeit einzuschlagenden Weg. Burt verhielt sich hierbei weitgehend rezeptiv. Er bat um Verständnis dafür, daß auf der eigentlichen Sitzung der SCG am 14.2. der Gesichtspunkt der Bündniskohärenz (keine Vorwegnahme der Entscheidung der US-Regierung) im Vordergrund bleiben müsse. Die amerikanische Haltung zur beiderseitigen Null-Lösung habe sich noch nicht geändert.

Taliani betonte, daß die Bush-Reise Erwartungen geweckt habe und die Null-Lösung nicht zuletzt nach den Veröffentlichungen über den „Waldspaziergang“ der beiden Verhandlungsführer⁷ nicht mehr glaubhaft als einziger in Betracht kommender Schritt dargestellt werden könne. Zu diesem Eindruck in der Öffentlichkeit hätten ja auch Bushs eigene Äußerungen beigetragen. Die Presseerklärung nach der SCG-Sitzung müsse dem Rechnung tragen und dürfe nicht lediglich die bekannten Formeln wiederholen.

Zweifellos habe die SU mit dem „Andropow-Vorschlag“ die Initiative übernommen. Entscheidend sei jetzt, daß der Westen so schnell wie möglich die Initiative zurückgewinne. Es gehe dabei nicht in erster Linie um einen substantiellen neuen Verhandlungsvorschlag. Der Öffentlichkeit müsse aber unzweideutig („in clear language“) vor Augen geführt werden, daß die USA in Genf nicht lediglich reagieren bzw. sowjetische Vorschläge prüfen, sondern jetzt selbst initiativ werden, um, wenn notwendig, in einem Zwischenschritt zu einem konkreten Verhandlungsergebnis zu kommen.

Gillmore stimmte mit den Ausführungen Talianis überein. Zum jetzigen Zeitpunkt könne das Bündnis aber noch nicht viel sagen. Deshalb biete sich ein schrittweises Vorgehen an: Zunächst könne man die Zeitspanne zwischen dem Bush-Besuch und der eigentlichen Initiative mit einer Erklärung überbrücken, die ein aktives Vorgehen der USA in Genf bekanntgibt und die grundlegenden Prinzipien des westlichen Verhandlungsansatzes erläutert. Als weiterer Schritt sollte dann zu gegebener Zeit ein neuer substantieller (mit Zahlen) versehener Verhandlungsvorschlag hinzukommen.

⁷ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegationen, Nitze und Kwi-zinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22 und Dok. 93.

Ich hob folgendes hervor:

- Eine neue westliche Initiative sollte in möglichst engem zeitlichen Zusammenhang mit dem Bush-Besuch stehen (Sichtbarmachung der Beteiligung des Bündnisses als Ganzes).
- Die Entscheidung des Präsidenten dürfe zwar nicht präjudiziert werden, aber es dürfe auch nicht der Eindruck entstehen, als hinke das zentrale Konsultationsgremium des Bündnisses für die Verhandlungen dem in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Stand des Denkens der amerikanischen Regierung hintennach.
- Keine Einwände gegen ein „Zwei-Phasen-Vorgehen“. Bereits der erste Schritt müsse jedoch deutlich machen, daß es nicht mehr um ein bloßes Prüfen sowjetischer Vorschläge, sondern um ein aktives Vorgehen Nitzes mit dem Ziel eines möglichst frühzeitigen Durchbruchs bei den Verhandlungen geht.
- Die Bekanntgabe einer entsprechenden Weisung an Nitze solle mit einer Darstellung der dem Doppelbeschluß zugrundeliegenden Kriterien wie „Gleichheit der Rechte“ und gleiche Obergrenzen für US und SU, Ausschluß von Drittstaatensystemen, „Verifizierbarkeit“ u. a. ergänzt werden. Dabei käme gleichzeitig zum Ausdruck, daß „Flexibilität“ bereits im Doppelbeschluß verankert sei.
- Das Treffen der SCG am 14.2. müsse auch dazu dienen, die eindeutige Haltung des Bündnisses in der Drittstaatenfrage zu bekräftigen. Es dürfe keinen Zweifel geben, daß Westeuropa nicht bereit sei, die Fundamente seiner Sicherheit aufzugeben.
- Ob ein westlicher Verhandlungsvorschlag später „beziffert“ sein müsse, sei nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu gegebener Zeit zu entscheiden. Der nächste Schritt solle nicht technisch, sondern politisch sein und keine Ziffern enthalten.
- Es müsse klarwerden, daß die Beseitigung sowjetischer und amerikanischer LRINF-Raketen unser Ziel bleibe. Die beiderseitige Null-Lösung müsse als Ausgangs- und Zielpunkt unserer Verhandlungsstrategie bestätigt werden.

3) Im Zusammenhang eines kurzen Gedankenaustauschs über die Sitzung der HLG in San Diego⁸ erinnerte ich daran, daß die Bündnisposition im SRINF-Bereich (kürzere Reichweiten) ergänzungsbedürftig ist (Reziprozität). Mein Vorschlag, die Rüstungsanstrengungen der SU in diesem Bereich⁹ öffentlich stärker herauszustellen, stieß auf Zustimmung. Es wurde aber auch auf die Gefahr hingewiesen, mit zu vielen Rüstungsinformationen Furcht zu erzeugen.

4) Burt legte die bei Shultz-Reise zum Ausdruck gekommene große japanische Sorge vor möglicher Verlegung sowjetischer SS-20 aus Europa nach Fernost dar.¹⁰ Er bat um Prüfung des Vorschlags, nach jeder SCG-Sitzung den japanischen Botschafter in Brüssel¹¹ formell über die Sitzung zu unterrichten. Es wur-

⁸ Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe vom 7. bis 10. Februar 1983 vgl. Dok. 17, Anm. 15.

⁹ Zur Modernisierung der sowjetischen Kurzstreckensysteme vgl. Dok. 44.

¹⁰ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 30. Januar bis 2. Februar 1983 in Japan vgl. Dok. 27, Anm. 14.

¹¹ Shigeru Tokuhisa.

de deutlich, daß es den USA bei diesem Vorschlag, abgesehen von der Wirkung auf die japanische Öffentlichkeit, auch darum geht, in Europa das Bewußtsein dafür zu wecken, daß USA auch gegenüber Japan Verpflichtungen haben.

5) Ich unterrichtete abschließend über den Honecker-Brief zur KWFZ¹² und meine geplante Moskau-Reise am 24./25.2.¹³ und dabei über Teilnahme General Tandeckis. Burt betonte zu erwartende Nutzen einer klaren Darstellung der westlichen Position. (Gillmore und Taliani planen gleichartige Besuche unmittelbar darauf.)

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11368 (220)

¹² Zum schwedischen Vorschlag vom 8./9. Dezember 1983 für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone vgl. Dok. 9, Anm. 45.

Mit Schreiben vom 4. Februar 1983 unterrichtete der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Bundeskanzler Kohl über die Antwort der DDR auf die schwedische Note. ZK der SED, Staatsrat und Ministerrat seien der Überzeugung, „daß die Schaffung einer solchen Zone ein nützlicher Schritt zur Festigung des Friedens in Europa und zur Weiterführung der Entspannung sein könnte. Davon ausgehend wurde der Beschluß gefaßt, die schwedische Initiative zu unterstützen. Inzwischen ist die schwedische Regierung offiziell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Deutsche Demokratische Republik bereit ist – über den schwedischen Vorschlag hinausgehend –, ihr gesamtes Territorium für eine solche Zone bei Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zur Verfügung zu stellen.“ Vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXI, S. 401.

¹³ Botschafter Ruth führte am 24./25. Februar 1983 in Moskau Gespräche im sowjetischen Außen- und Verteidigungsministerium. Dazu notierte er am 28. Februar 1983, daß nach sowjetischer Auffassung der Behauptung eines bestehenden Gleichgewichts in den Jahren 1976 und 1979 „vom Westen nicht widersprochen worden“ sei: „Der Doppelbeschluß sei gefaßt worden im Blick auf ein für die Zukunft befürchtetes Ungleichgewicht. [...] Die sowjetische Seite unterstrich nachdrücklich ihre Ablehnung des Vorschlags der beiderseitigen Null-Lösung, bezeichnete ihn als absurd und als Forderung nach einseitiger Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheit. [...] Die sowjetische Seite begründete die Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme mit dem Hinweis, daß es sich wie bei den amerikanischen, in Europa stationierten Nuklearwaffen (FBS) um NATO-Systeme handele, die in den Mittelstreckenvergleich einbezogen werden müßten.“ Ruth zog das Fazit, „daß die sowjetische Regierung neben aktiver Propaganda und Polemik zu einem sachbezogenen ernsthaften Rüstungskontrolldialog mit der Bundesregierung bereit ist und daß sie erkennt, daß ein solcher Dialog in ihrem eigenen Interesse liegt.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124498.

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-16515/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 269
Citissime

Aufgabe: 14. Februar 1983, 20.56 Uhr¹
Ankunft: 14. Februar 1983, 21.26 Uhr

I. Zusammenfassung

Wie zu erwarten, stand im Mittelpunkt der Sitzung der Besonderen Beratungsgruppe (SCG) vom 14.2.1983 die Frage der Weiterentwicklung der westlichen Position am Verhandlungstisch wie in der Öffentlichkeit. Alle Delegationen stimmten überein, daß es dringend erforderlich sei, die Initiative in sichtbarer und glaubhafter Weise zurückzuerlangen. Zu einer detaillierten Diskussion über Einzelheiten des weiteren Vorgehens kam es jedoch – auf amerikanischen Wunsch – nicht.

Ich stellte die Drittstaatenproblematik als Kern der gegenwärtigen sowjetischen Position und die dem Doppelbeschluß inhärente Flexibilität in den Vordergrund. Die Funktion der SCG müsse als sichtbares Entscheidungs- und Konsultationsorgan gestärkt werden (Vorschlag häufiger Tagungen – etwa einmal pro Monat). Dieser Vorschlag fand ein positives Echo.

Tenor der Erklärungen Botschafter Glitmans zum Verhandlungsstand war, daß die sowjetische Delegation gegenwärtig eine besonders starre Position vertrete und auch alle Versuche der USA blockiere, in nichtzentralen Bereichen (VBM, Verifikation, Daten) zu Annäherungen zu kommen.² US-Botschafter Dailey gab einen kurzen Überblick über die Art und Weise, wie er seine Aufgabe (Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik) anzupacken gedenkt.³

Zu besonderem amerikanischen Vortrag (mit Lichtbildern) über SS-20-Dislozierung, Mobilität u. a. folgt gesonderter Bericht.⁴

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann vorgelegen.

² Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 9. Februar 1983 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium zu den INF-Verhandlungen in Genf: „In der neuen Verhandlungsrunde habe die SU keine Bewegung gezeigt; sie habe den amerikanischen Vorschlag über vertrauensbildende Maßnahmen bei INF mit dem Bemerken beiseite gelegt, solange über grundsätzliche Fragen keine Einigung erreicht werde, sei es nicht sinnvoll, nebensächliche Probleme zu erörtern. Die sowjetische Seite zeige gestiegene Zuversicht, die INF-Modernisierung durch Beeinflussung der westlichen Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu regeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 622; VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Der amerikanische Botschafter in Dublin, Dailey, leitete eine interministerielle Arbeitsgruppe, zu deren Aufgaben Botschafter Hermes, Washington, am 4. Februar 1983 mitteilte: „Die Gruppe habe einen befristeten Auftrag von ca. vier Wochen, um unter Leitung von Botschafter Dailey Empfehlungen auszuarbeiten zur besseren Darlegung, Organisation und Koordinierung der amerikanischen politischen Öffentlichkeitsarbeit in Europa, vor allem in den Stationierungsländern zum Thema INF. [...] Botschafter Dailey habe vor, noch in diesem Monat die wichtigsten Hauptstädte, darunter Bonn, zu besuchen, um seine Vorstellungen vorzutragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 531; Referat 201, Bd. 125655.

⁴ Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, teilte am 14. Februar 1983 aus dem Vortrag mit: „Zur Zeit beträgt die Zahl einsatzfähiger, dislozierter SS-20-Launcher immer noch 333.“ Nach amerikanischen Infor-

II. Im einzelnen

1) SCG-Vorsitzender Burt gab eingangs eine positive Bewertung der Bush-Reise.⁵ Der Besuch habe den Zusammenhang zwischen der INF-Problematik und den gemeinsamen Bündnisinteressen deutlich gemacht. Für die SU sei INF kein isoliertes militärisches Thema. Ihre Verhandlungsvorschläge stellten vielmehr das Kernstück einer gegen die Fundamente der westlichen Sicherheit gerichteten politischen Offensive der SU dar. Das Bündnis könne dieser sowjetischen Zielsetzung nur dann einen Riegel verschieben, wenn es gelänge, den Zusammenhang zwischen den grundlegenden Prinzipien der westlichen INF-Verhandlungsposition und den gemeinsamen Bündnisinteressen zu wahren.

Die Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Systeme sei ein klarer Versuch, die Grundlagen der westlichen Sicherheit aus den Angeln zu heben und den Zusammenhalt zwischen Europa, den USA sowie zwischen den NATO-Mitgliedern und den asiatischen Staaten aufzubrechen.

Ich konzentrierte mich nach positiver Würdigung der Bush-Reise auf folgende Punkte:

- Die SCG sei das Organ, durch das die solidarische Unterstützung der Bündnispartner für die Verhandlungsführung der USA sichtbar gemacht werden müsse. Außerdem diene diese sichtbare Konsultation dem Ziel, die öffentliche Debatte zu rationalisieren und das Element der Angst zu mindern. Um diese Funktionen zu stärken, schlug ich häufigere Treffen – etwa einmal pro Monat – vor. (Der Vorschlag wurde von Italien, GB, NOR, NL und DK ausdrücklich unterstützt, Kanada befürwortete größeren zeitlichen Spielraum.)
- Der Besuch des Vizepräsidenten habe verdeutlicht, daß der Westen eine politisch überzeugende, militärisch sinnvolle und ihrer Natur nach flexible Position habe. Es sei wichtig, die positive Wirkung des Besuches zu nutzen und fortzuentwickeln.
- Die beiderseitige Null-Lösung stelle eine Konkretisierung und Anwendung der im Bündnis entwickelten Verhandlungsprinzipien dar. Dieser Vorschlag habe statt bloßer Rüstungskontrolle tatsächlich Abrüstung in einem wichtigen Teilbereich zum Ziel. Diese Qualität des Vorschlags müsse in der Öffentlichkeit deutlich bleiben.
- Dieser Vorschlag sei sowohl Ausgangspunkt (point of departure) wie Zielpunkt der Verhandlungen (point of arrival). Über die Schritte zu diesem Ziel müsse gesprochen werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 236

mationen existierten bisher drei Lagerorte für die SS-20. Auf Bildern sei zu erkennen, „daß SS-20-Raketen in Shaltern untergebracht waren, deren Dächer beiseite geschoben werden können und aus denen SS-20 dann im Alarmfalle innerhalb von Minuten gestartet werden können. Steht mehr Zeit zur Verfügung, werden die SS-20 aus dem Stellungskomplex herausgefahren bis zu einer Entfernung von 100 km und von dort gestartet. [...] Alle Stellungskomplexe sind an Gleisanlagen angeschlossen und liegen entlang der transsibirischen Eisenbahn. [...] Straßen mit einer Tragfähigkeit von 90 t einschließlich des erforderlichen Brückengerätes stehen für eine Verlegung nach Westen ebenfalls zur Verfügung. [...] Für den Lufttransport stehen die Transporter AN-22 TC (für eine SS-20 und einen Kanister) und IL-76 (für eine SS-20 oder einen Kanister) zur Verfügung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 271; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten sowie bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 27, besonders Anm. 3, Dok. 28 und Dok. 36.

- Kern des Andropow-Vorschlags⁶ sei die Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme auf das sowjetisch-amerikanische Kräfteverhältnis. Echte Fortschritte könne es nur geben, wenn der Westen diesen Versuch der SU, die US von Europa politisch und militärisch abzukoppeln sowie europäische Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten zu entzweien, entschieden zurückweise. Wenn es gelinge, diese Forderung als falsches Problem zu neutralisieren, werde es möglich sein, aus den positiven methodischen Ansätzen (Aufgabe der Gleichgewichtsbehauptung, Anerkennung der besonderen Bedrohung durch Raketen) des Andropow-Vorschlags Nutzen zu ziehen und die Verhandlungen wieder an den Verhandlungstisch zurückzubringen.

GB betonte starke positive Auswirkungen der Bush-Reise auf britische Öffentlichkeit. Der Besuch habe verdeutlicht, daß die Null-Lösung eine Präferenz, aber kein Alles oder Nichts sei.

Italien unterstützte Ausführungen von Gillmore und mir und betonte ebenfalls das im Doppelbeschluß bereits enthaltene Element der Flexibilität.

Die Vertreter von NL, B, KAN, DK und NOR schlossen sich den bisher gemachten Ausführungen an.

NL-Vertreter erläuterte Haltung seiner Regierung zur Drittstaatenfrage wie folgt:

- Im Prinzip solle kein System von Rüstungskontrollverhandlungen ausgeschlossen sein.
- Dies gelte grundsätzlich auch für britische und französische Systeme. Aber: Verhandlungen über diese Systeme nur
„at an appropriate time“,
„in an appropriate forum“,
„under appropriate circumstances“.
- Diese Voraussetzungen seien in jetzigen INF-Verhandlungen nicht gegeben. Deshalb gehörten Drittstaatensysteme nicht hierher.

2) Botschafter Glitmans Bericht zum Verhandlungsstand ergab folgendes:

USA hätten in laufender vierter Runde⁷ die Bereitschaft, jeden ernsthaften sowjetischen Vorschlag zu prüfen, und haben hierfür folgende Kriterien genannt:

- gleiche Rechte und Obergrenzen im Verhältnis zwischen USA und SU,
- keine Einbeziehung von Drittstaatensystemen in die bilateralen INF-Verhandlungen,
- weltweite Begrenzungen (kein Export von Unsicherheit nach Asien),
- keine Beeinträchtigung der konventionellen Rolle der amerikanischen Flugstreitkräfte.

Ferner sei von den USA der Vertragsentwurf über Vorankündigung für Raketen-Übungstests eingeführt (Text liegt bereits vor⁸) und die Einrichtung von

⁶ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁷ Die vierte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 29. März 1983 in Genf statt.

⁸ Zum amerikanischen Entwurf für ein Abkommen mit der UdSSR über die Vorankündigung von Rakentests mittlerer Reichweite vgl. Dok. 34, Anm. 19.

AG für CBM und Verifikation vorgeschlagen worden (beides von SU abgelehnt).

SU habe eine dem Andropow-Vorschlag entsprechende Ergänzung ihres Vertragsentwurfs⁹ vorgelegt. In einem Zusatzprotokoll behalte sie sich Konsultationen mit den USA vor, falls es zu quantitativen und qualitativen Änderungen bei britischen und französischen Systemen kommen sollte. Bei Scheitern einer Einigung über entsprechenden Ausgleich für die SU solle beiden Seiten ein Rücktrittsrecht vom Vertrag zustehen. Im übrigen verlege sich SU in dieser Runde offensichtlich aufs Warten. Sie blockiere praktisch jede Erörterung von Themen wie Daten, Verifikation, VBM. Sie sei auch nicht bereit, Andropow-Vorschlag im Detail zu erläutern, solange USA an Null-Lösung festhielte.

Zählkriterien

Auf Frage der US-Delegation nach Bedeutung jüngster sowjetischer Äußerungen zu diesem Punkt (Moskau-Reise Dr. Vogel¹⁰) habe sowjetische Delegation jede Erläuterung abgelehnt. Grund: Man diskutiere dies nicht mit den USA, da diese eine Einbeziehung von Drittstaaten ablehnten.

Reduzierungsmodus

SU habe sich geweigert, auf die Frage der Verschrottung von SS-20 einzugehen. Die Aussage „Hauptmethode bei Reduzierung sei Vernichtung“ sei nichtsagend. Angesichts älterer Modelle (SS-4/5) könne die SU 88% ihrer reduzierten Systeme verschrotten, ohne dabei eine einzige SS-20 oder eine Backfire vernichten zu müssen.

Gesonderte Obergrenzen für Raketen und Flugzeugen

In dieser Frage gebe es sowjetische Andeutungen von Konzessionsbereitschaft. SRINF (Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite)

⁹ Zum sowjetischen Entwurf vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 1, Anm. 19.

¹⁰ Zum Besuch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, vom 10. bis 12. Januar 1983 in Moskau vgl. Dok. 9, Anm. 36.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 11. Januar 1983, daß Vogel den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, nach der sowjetischen Bereitschaft gefragt habe, auch über das Gleichgewicht bei der Zahl der Sprengköpfe zu sprechen: „Hier wies Herr Dr. Vogel darauf hin, daß in bisheriger SU-Rechnung 450 sowjetischen nur 162 westliche Sprengköpfe gegenüberstünden – sei also auch eine Reduzierung auf 162 sowjetische Sprengköpfe möglich? Hierzu GS Andropow: SU sei, wie auch Amerikanern bekannt, bereit, ein Gleichgewicht auch bei Sprengköpfen herzustellen, allerdings wollten GB und F die Zahl ihrer Sprengköpfe vergrößern. „Wenn sie reduzieren, reduzieren wir auch. Wir sprechen z. Zt. von Raketen, aber es geht um Sprengköpfe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 127; Referat 220, Bd. 124486.

Am 13. Januar 1983 informierte Meyer-Landrut, daß Vogel in weiteren Gesprächen gefragt habe, ob er Andropow „richtig verstanden habe, daß die SU in INF auch bereit sei, über Balance nach Sprengköpfen zu verhandeln. [...] Kwizinskij erwiderte, die SS-N-5 auf U-Booten in der Ostsee würden mitgezählt. Es handele sich um 18 Raketen. Der sowjetische Vorschlag für eine Übereinkunft bei INF schaffe einen Rahmen, in dem auch das Problem der MIRVung beherrschbar sei, sowohl was die existierenden Streitkräfte angehe, als auch was Freeze von Neuentwicklungen angehe. Wenn aber über Sprengköpfe gesprochen werde, dann nicht nur über solche auf Raketen, sondern auch über die Ladungen auf Flugzeugen. Dann ergebe sich ein Bild, das ebenfalls für die SU nicht ungünstig im Sinne der Verhandlungen sei, d. h., die SU habe weniger als die USA. Tschernow fügte hinzu, Sprengköpfe auf Raketen und Flugzeugen könnten nur „im Komplex“ behandelt werden. [...] Dr. Vogel faßte zusammen: Die SU bestehe also darauf, daß britische und französische Systeme Berechnungsfaktoren bei INF sein müßten. Die sowjetische Seite sei bereit, nicht nur über eine Balance von Systemen, sondern auch von Sprengköpfen zu reden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 185; Referat 220, Bd. 124486.

Sowjetunion habe Bereitschaft zu weiteren Erörterungen nur unter der Bedingung Reziprozität und der Aufgabe der Null-Lösung angedeutet.

Insgesamt zeigte sich SU den sowjetischen Unterhändlern sehr selbstsicher.¹¹ Sie gingen offensichtlich davon aus, daß die Zeit gegenwärtig für sie arbeite.

¹²Sie hätte in letzter Zeit wiederholt zu verstehen gegeben, daß die USA ein Abkommen dringender als sie benötigten.

Auf Fragen von Gillmore, Taliani und mir zu verschiedenen Themen erklärte Glitman folgendes:

- Fortsetzung der Waldspaziergänge?¹³

Nitze und Kwizinskij hätten weiterhin Gelegenheit, sich zu treffen. Der „Channel“ sei nicht verschlossen, auch nicht von sowjetischer Seite. Er habe aber den Eindruck, als ob die SU gegenwärtig generell auf Zeit spiele.

- „PII warning time“¹⁴

SU habe diesen Punkt mehrfach angesprochen. Dabei habe sie zunächst von zehn Minuten, dann von acht und jetzt von vier Minuten gesprochen. USA konterten mit Hinweis auf 14 Minuten Vorwarnzeit, wie sie auch für die SS-20 gelte.

3) Der von der US-Regierung mit der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit betraute Botschafter Dailey erläuterte kurz seine Zielsetzungen. Es gehe in der Hauptsache darum, die westlichen Sicherheits- und Rüstungskontrollziele in eine allgemein verständliche Sprache umzusetzen und künftig widersprüchliche Signale aus Washington zu vermeiden. Mehrere europäische Delegationen nahmen die Ausführungen zum Anlaß von zum Teil sehr deutlicher Kritik an bisheriger amerikanischer „Öffentlichkeitsarbeit“.

Gillmore: Es müsse jedes Land die Öffentlichkeitsarbeit leisten, die es selbst brauche. Das Problem seien nicht die unterschiedlichen Signale aus verschiedenen Hauptstädten, sondern häufige falsche Signale aus Washington zum Thema Abschreckung und Verteidigung.

Taliani: Italien müsse sich einen Grad von „sophistication“ in der Öffentlichkeitsarbeit bewahren. Wichtig sei, daß in Europa nicht der Eindruck aufkomme, als verbürgten sich die USA nicht mehr voll für Europas Sicherheit.

Ich hob den Zusammenhang zwischen Äußerungen im militärischen und im Rüstungskontrollbereich hervor. Es gehe darum, die Äußerungen in beiden Bereichen so aufeinander abzustimmen, daß unsere Glaubwürdigkeit erhalten bleibe. Zu diesem Zweck regte ich eine stärkere Abstimmung zwischen der Tätigkeit der HLG und der SCG an.

4) Die technischen Vorbereitungen zur Herstellung der Einsatzfähigkeit der INF-Flugkörper:

Vorbereitungen verliefen planmäßig.

¹¹ So in der Vorlage.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 270 übermittelten zweiten Teil des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegationen, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22 und Dok. 93.

¹⁴ Zur Frage der Flugzeit der Pershing II vgl. Dok. 45.

Mit GLCM seien bisher sieben Tests, davon fünf erfolgreich, durchgeführt worden. Zwei Tests seien an kleineren Fehlern im Bereich der Hydraulik und der Steuerung gescheitert. Mit P II seien vier Tests durchgeführt worden, die letzten beiden mit vollem Erfolg. Die Fehler bei den ersten beiden Tests hätten im Bereich der Fertigung, nicht der Konstruktion gelegen.¹⁵

5) Nächste Sitzung

Burt stimmte meiner Anregung nach möglichst häufigen SCG-Sitzungen im Verlauf dieses Jahres zu. Als Datum für die nächste Sitzung wurde Mitte März ins Auge gefaßt.¹⁶

6) Im Anschluß an die Pressekonferenz von Burt (Text seiner Erklärung folgt mit gesonderten DB¹⁷) hatte ich wie üblich ein Hintergrundgespräch mit deutschen Journalisten.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11368 (220)

¹⁵ Brigadegeneral von Ondarza, Washington, informierte am 13. Januar 1983: „1) Die nächsten beiden P II-Tests werden von der Eastern Test Range, Cape Canaveral, Florida, aus gestartet. Der erste Versuch ist für den 20. Jan[uar], der zweite im Febr[uar] geplant. 2) Die Sicherheitsprobleme mit der zweiten Motorstufe, die beim letzten Versuch weiter als vorausberechnet geflogen war [...], scheinen bis heute nicht gelöst zu sein. Die beiden Versuche sollen neben der Durchführung des normalen Testprogrammes helfen, den Fehler in den Griff zu bekommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 164; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 9. Februar 1983 berichtete Oberst i. G. Oldigs, Washington, daß am selben Tag der zweite Test durchgeführt worden sei: „Der Test hatte das primäre Ziel nachzuweisen, daß die Rakete über die volle Distanz von 1800 km eingesetzt werden kann. Das Beobachtungsschiff, das in die Nähe des Aufschlagpunktes positioniert worden war, bestätigte, daß der Aufschlagzeitpunkt des Gefechtskopfes auf plus/minus eine Sekunde eingehalten wurde (bei ca. 13 Minuten Gesamtflugzeit).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 624; Referat 201, Bd. 125683.

¹⁶ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 17./18. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 75, Anm. 12.

¹⁷ Der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, bekräftigte im Anschluß an die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 14. Februar 1983 in Brüssel vor der Presse das amerikanische Verhandlungsziel der Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen und fuhr fort: „The United States is ready to explore any serious Soviet proposal. However, SCG representatives agreed that the recent Soviet proposal remains inadequate. While implicitly recognizing the large imbalance in INF forces between the U.S. and Soviet Union, the Soviet position is designed to leave the Soviet Union with a substantial and destabilizing monopoly in land-based LRINF missiles. [...] The SCG reaffirmed that NATO's objective, as agreed in 1979, is an agreement at the earliest possible time which meets the basic criteria of balance and effective arms control; that is, significant reductions, U.S.-Soviet equality, and verifiability.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 272 des Gesandten Böcker, Brüssel (NATO), vom 14. Februar 1983; Referat 220, Bd. 124495.

49

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**204-321.00 SO-89/83 VS-vertraulich****15. Februar 1983¹**Herrn Staatssekretär² zur Unterrichtung

Betr.: Vierertreffen der Politischen Direktoren am 10. Februar 1983 in London

Hiermit lege ich Vermerke über das Vierertreffen der Politischen Direktoren am 10. Februar 1983 in London vor:

Folgende Themen wurden behandelt:

- 1) Bewertung der Europa-Reise von VP Bush
- 2) SU nach der Amtsübernahme Andropows und Stand der Beziehungen zur SU
- 3) Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
- 4) Polen, einschl. Umschuldung
- 5) Finanzielle Stützungsaktion für Jugoslawien
- 6) KSZE
- 7) WP-Vorschlag eines Gewaltverzichtsvertrages
- 8) INF-START
- 9) Andere Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen (CTB, Rüstungskontrolle im Weltraum, chemische Waffen, schwedischer Vorschlag einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone)
- 10) Naher Osten
- 11) Iranisch-irakischer Konflikt
- 12) Afghanistan – Pakistan, einschl. Nuklear-Programm
- 13) Gesetzgebung des US-Kongresses zur transatlantischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit
- 14) NATO-Beitritt Spaniens
- 15) Griechenland – Türkei

Wegen der EPZ-US-Troika-Sitzung über Nahost und KSZE am 11.2.1983 in Frankfurt am Main³ mußte diese Tagesordnung an einem halben Tag, einschließlich Mittag- und Abendessen, abgewickelt werden.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 25. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zu Gewaltverzicht: B[itt]e feststellen, ob US-Halt[un]g vorwiegend innenpol[itisch] oder sachlich bestimmt.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 28. Februar 1983 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 4. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte: „Ich habe Herrn StS am 3.3. unterrichtet, daß Sie Washington durch DE um St[ellun]g[n]ahme] gebeten haben. Bitte Bericht nach Eingang mir besonders vorlegen.“

³ Über das Gespräch der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Dänemarks und Griechenlands, Pfeffer, Dyvig und Katapodis, mit dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, über die KSZE-Folgekonferenz in Madrid hieß es im Rund-erlaß an die EG-Mitgliedstaaten vom 16. Februar 1983: „Concerning the relation between Soviet

Die Diskussion über die Themen

- Umschuldung Polen
 - WP-Vorschlag eines Gewaltverzichtsvertrages
- verlief besonders lebhaft.

Burt (US) zeigte sich zur Umschuldungsfrage Polen flexibler als bei vorangegangenen Begegnungen. Er nahm meine Darlegungen, die von Bullard und Andréani begrüßt wurden, zur Kenntnis, ohne in der Sache zu widersprechen. Er bat uns übrigen Drei, noch etwas Geduld zu haben. Die Administration beschäftige sich zur Zeit mit einer Überprüfung der Polenfrage. Die Überprüfung könne allerdings noch einige Wochen dauern.

Wesentlich verhaltener, um nicht zu sagen abweisender, verhielt sich Burt beim Meinungsaustausch zur Prager Erklärung⁴, bei dem die europäischen Direktoren sich auf den Vorschlag eines Gewaltverzichtsvertrages konzentrierten. Aber auch in dieser Frage haben unsere Argumente und die Richtigstellung einiger amerikanischer Fehleinschätzungen unserer Haltung, wie ich glaube, einen gewissen Eindruck gemacht.

1) Betr.: Bewertung der Europa-Reise von Vizepräsident Bush⁵

Übereinstimmung in der positiven Bewertung der Europa-Reise von Vizepräsident Bush.

Burt: Besuchsplan gehe auf Überlegungen des State Department vom Sommer 1982 zurück, im Jahre des Doppelbeschlusses 1983 den transatlantischen Dialog zu intensivieren. Das Ziel der Reise,

- die friedensbewahrende Rolle und den ernsthaften Verhandlungswillen der US zu unterstreichen,
- Verständnis für die ehrlichen Besorgnisse der Europäer über die Gefahr eines Wettrüstens zu zeigen,
- die europäisch-amerikanische Einheit und Geschlossenheit deutlich zu machen,

sei voll erreicht worden. In allen Hauptstädten habe der Vizepräsident starke Unterstützung für die Implementierung beider Teile des Doppelbeschlusses gefunden. VP Bush sei insbesondere beeindruckt gewesen von der klaren Haltung

Fortsetzung Fußnote von Seite 242

performance in the human rights field and the Western amendments in Madrid, Burt clarified the American position: The USA did not consider Soviet performance as a substitute for Western amendments, nor did they view Soviet performance as an additional requirement to Western amendments. What was meant was simply that an improvement of Soviet performance would improve the East-West-climate and would thereby facilitate solutions in Madrid. Burt added that a short Belgrade type document that would include the Swiss ideas should be regarded as a contingency idea at some stage.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 615 (Coreu); VS-Bd. 12913 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

Im selben Gespräch legten Dyvig, Pfeffer und Katapodis zur Krise im Nahen Osten dar, daß nicht an eine neue Initiative im Rahmen der EPZ gedacht sei, sondern vielmehr der Friedensplan des Präsidenten Reagan vom 1. September 1982 für den Nahen Osten unterstützt werde. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 576 (Coreu) des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 11. Februar 1983; Unterabteilung 31, Bd. 137564.

⁴ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) vgl. Dok. 40.

⁵ Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten sowie bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 27, besonders Anm. 3, Dok. 28 und Dok. 36.

der italienischen Regierung.⁶ Auch die belgische Regierung sei entschlossen, den Doppelbeschluß zu implementieren. Sie habe inzwischen, und dazu gehöre Mut, die Stationierungsorte für Cruise Missiles veröffentlicht und mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen.⁷ Schwieriger sei die Lage in den Niederlanden, wo die Unterstützung für den Doppelbeschluß abzubröckeln scheine. Die USA würden die niederländische Regierung nicht zu einer positiven Stationierungsentscheidung drängen, schon um die Gefahr einer negativen Entscheidung zu vermeiden. Wichtig sei es, die prinzipielle holländische Unterstützung für den Doppelbeschluß zu erhalten, ohne die holländische Regierung jetzt schon auf die Stationierung im eigenen Lande festzulegen.⁸

In allen Diskussionen des Vizepräsidenten habe die Frage der Bedeutung des Doppelbeschlusses für die deutsche Politik, insbesondere für die Wahlen vom 6.3.1983⁹, einen breiten Raum eingenommen. Dies habe zu einem vertieften Verständnis des Vizepräsidenten für die deutsche Situation geführt.

Burt hob das gute Einvernehmen zwischen VP Bush und Präsident Mitterrand in Paris hervor. Die Bundestagsrede von Präsident Mitterrand¹⁰ sei in den Vereinigten Staaten sehr gut aufgenommen worden.

Zu den Gesprächen von VP Bush mit den sowjetischen START- und INF-Verhandlungsführern in Genf meinte Burt: Bush habe Karpow und Kwizinskij getrennt für jeweils eine Stunde gesprochen. Kwizinskij sei argumentativer und interessanter gewesen. Er habe die SU als eine europäische Macht bezeichnet und damit die Notwendigkeit der Anrechnung der französischen und britischen Nuklearsysteme zu rechtfertigen versucht. Die USA seien – so Kwizinskij – keine europäische Macht, denn in 20 Jahren würde es voraussichtlich wegen

⁶ Am 7. Februar 1983 teilte Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, mit, daß der amerikanische Vizepräsident Bush gegenüber dem italienischen Außenminister Colombo deutlich gemacht habe, das Ziel der INF-Verhandlungen in Genf bleibe die Null-Lösung, „jedoch habe amerikanische Delegation das Mandat, Gespräche mit explorativem Charakter zu führen. Colombo habe daraufhin dargelegt, daß italienische Regierung der gleichen Auffassung sei, jedoch den Eindruck einer Take-it-or-leave-it-Position vermeiden wolle. Die Andropow-Vorschläge seien nicht akzeptabel, deshalb müsse man darüber nachdenken, ob man auf bessere Vorschläge Andropows warten [solle] oder ob es effizienter sei, mit eigenen Vorschlägen Bewegung in die Verhandlungen zu bringen. Colombo habe diesen Gedankengang in Frageform gekleidet, aber keinen Zweifel gelassen, daß er der letzteren Alternative den Vorzug gebe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 155; VS-Bd. 11973 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 23. Februar 1983, die belgische Regierung habe im Dezember 1982 auf eine parlamentarische Anfrage mitgeteilt, daß der Luftwaffenstützpunkt Florennes am besten den technischen Anforderungen als Standort für amerikanische landgestützte Cruise Missiles genüge: „Diese Anfrage/Antwort wurde im Bulletin der belgischen Regierung abgedruckt und damit öffentlich zugänglich. [...] Erstaunlicherweise war die Reaktion der Presse/Öffentlichkeit sehr gering.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 337; VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Botschafter Fischer, Den Haag, übermittelte am 4. Februar 1983 Informationen der amerikanischen Botschaft über die Gespräche des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 1./2. Februar 1983 in den Niederlanden: „Zur Frage Stationierung und Genfer Verhandlungen habe Lubbers seinen [...] Standpunkt wiedergegeben, insbesondere daß INF und START zusammengehörten, seine Enttäuschung über die ausstehenden (positiven) Ergebnisse der High Level Group Study, die Auffassung, daß die englischen und die französischen, insbesondere die bodenstationierten franz[ösi-]schen Systeme in irgendeiner Form Berücksichtigung finden sollten, wie schließlich vorsichtiger die Andeutung, daß die Stationierung ein ‚joint venture‘ darstelle, das einen Wandel im [nieder]ländischen Denken verlange (der MP sei nicht so weit gegangen, von einer ‚double key operation‘ zu sprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 70; VS-Bd. 12940 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

des Widerstandes des amerikanischen Kongresses keine US-Truppen in Europa mehr geben. Karpow habe monologisiert. Burt erwähnte Gerüchte, nach denen Kwizinskij seine Berichterstattung über Karpow vorlegen müsse. Daraus könnte man schließen, daß Kwizinskij Herrn Karpow untergeordnet sei: Falls das stimme, so sei dies ein weiteres Indiz dafür, daß die SU einen integralen INF-START-Verhandlungsansatz verfolge.

Zusammenfassend: Breite und im allgemeinen positive Medienberichterstattung über den Besuch. Fehlen von Demonstrationen (von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen), stabilisierender Effekt auf die INF-Diskussion, sehr positiver „Public-education-Effekt“, insgesamt positive Bewertung des offenen Briefes von Präsident Reagan¹¹ (der nach Burt auf eine Anregung von Botschafter Burns zurückgeht).

Bullard berichtete über die Guildhall-Veranstaltung mit Bush am Vortag, auf der es auch zu einem Wortwechsel zwischen Bush und Monsignore Kent, dem katholischen Wortführer der britischen Bewegung für unilaterale Abrüstung, gekommen sei. Bush habe in der Diskussion sehr überzeugend die amerikanische Verhandlungsposition dargelegt.¹²

D²¹³ fragte in diesem Zusammenhang, ob analog zu dem römischen Treffen europäischer Bischöfe mit ihren amerikanischen Mitbrüdern¹⁴ eine Begegnung

¹¹ Zum Offenen Brief des Präsidenten Reagan „an das Volk von Europa“ vgl. Dok. 27, Anm. 5.

¹² Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich am 9./10. Februar 1983 in Großbritannien auf. Am 9. Februar hielt er in London eine Rede, in der er betonte, daß schon die Anwesenheit von 350 000 amerikanischen Soldaten in Europa eine Garantie für die Beteiligung der USA an jeglichem europäischen Nuklearkrieg sei. Presseberichten zufolge habe Bush weiter ausgeführt: „Nothing infuriated Americans more [...] than the allegation that they wanted to put cruise missiles and Pershing II missiles into Europe in order to have a purely European nuclear war. The object was deterrence.“ Vgl. den Artikel „Bush gives assurance on defence“; THE TIMES vom 10. Februar 1983, S. 1.

¹³ Franz Pfeffer.

¹⁴ Gesandter Wallau, Washington, unterrichtete am 30. Oktober 1982, daß der Inhalt des Entwurfs der amerikanischen katholischen Bischöfe für einen Hirtenbrief „The Challenges of Peace: God's Promise and Our Response“ bekannt geworden sei: „Hauptaussagen zum Einsatz von Nuklearwaffen sind: unter keinen Umständen Einsatz nuklearer Waffen gegen Bevölkerungszentren; kein Ersteinsatz von Nuklearwaffen, selbst in begrenzter Weise, kann moralisch gerechtfertigt werden; konventionellen Angriffen anderer Staaten muß mit anderen als Nuklearwaffen entgegengetreten werden; Zweifel daran, ob ein begrenzter Gegenschlag erlaubt sein kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4595; Referat 204, Bd. 124938.

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), informierte am 20. Januar 1983, daß hierzu am 18./19. Januar 1983 im Vatikan ein Treffen zwischen Vertretern der amerikanischen Bischofskonferenz, der Deutschen Bischofskonferenz, den Bischofskonferenzen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens und der Niederlande sowie „höchsten Vertretern der Kurie“ stattgefunden habe: „Moderator der Veranstaltung war der deutsche Kurienkardinal Ratzinger, Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre, der nach unseren Informationen zusammen mit Kardinalstaatssekretär Casaroli entscheidenden Einfluß auf die Richtung der Beratungen ausgeübt hat. Beide hoben hervor, daß die Grundlagen für die moralische Bewertung des Krieges seit dem Mittelalter dieselben seien und sich auch durch die Entwicklung der Atombombe nicht geändert hätten. Nach kirchlicher Lehre sei das Recht auf Selbstverteidigung unbestritten und schließe die geeigneten Mittel der Verteidigung ein, ggf. auch Nuklearwaffen, wenn solche ebenfalls im Besitze des Angreifers seien.“ Vor diesem Hintergrund sei der Entwurf „heftig kritisiert“ worden, „weil ihm eine mangelhafte Analyse der Weltlage zugrundeliege. Die Welt werde nicht nur durch Rüstungswetlauf und Atomwaffen, sondern auch durch die expansive Außenpolitik der Sowjetunion bedroht.“ Gehlhoff schloß, daß es gelungen sei, „die teilnehmenden amerikanischen Bischöfe davon zu überzeugen, daß die genannten Prinzipien der traditionellen Lehre in ihrem Entwurf stärker berücksichtigt werden müßten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 12; Referat 201, Bd. 125683.

zwischen Monsignore Kent und z. B. deutschen Bischöfen nützlich sein könne. (Monsignore Kent wird u. U. am Königswinter-Treffen am 18./19.3.¹⁵ teilnehmen.) Bullard erwiderte, Kent sei ein „hoffnungsloser Fall“. Sein Auftritt in Guildhall sei kontraproduktiv gewesen: Man habe ihn ausgebuht.

Bullard kritisierte anschließend den Reagan-Brief, in dem die Bereitschaft zum Gipfeltreffen mit Andropow und die Null-Lösung verknüpft worden seien. Dieses „Angebot“ sei für die europäische Öffentlichkeit offenkundig zu wenig subtil gewesen und, von Präsident Reagan selbst vorwiegend als Propaganda bezeichnet¹⁶, wirkungslos verhallt, wenn es nicht sogar negativ gewirkt habe.

D2 erklärte folgendes: Nach unserer Ansicht sei Bushs Reise sehr erfolgreich verlaufen. Wie seien dankbar, daß der Vizepräsident nicht nur nach Bonn, sondern auch nach Berlin gereist sei. Er, D2, könne Bullards Meinung über den in Berlin verlesenen Brief Reagans nicht teilen. Der Präsident habe darin seine Bereitschaft zum Gipfeltreffen mit Andropow, wo immer und wann immer dieser ein solches Treffen wünsche, mitgeteilt. Das sei sehr positiv zu sehen und entspreche europäischen Wünschen.

Die Verbindung des Gipfelangebots mit der doppelten Null-Lösung, an der wir alle als Endziel festhalten wollten, sei in diesem Stadium des „großen Poker“ völlig legitim. Im Laufe der Zeit könne er (D2) sich vorstellen, daß Präsident Reagan zu einem Gipfeltreffen auch dann bereit sei, wenn es um die Deblockierung der Verhandlungen oder um die Besiegelung eines Zwischenergebnisses gehe, d. h., wenn eine Vereinbarung über das Endziel Null-Lösung nicht durchsichtsfähig sei. (Bei dieser Bemerkung nickte Burt zustimmend.) Auf unsere breite Bevölkerung habe, wie er (D2) glaube, das Angebot Reagans günstig gewirkt. Andropow habe sofort „Njet“ sagen müssen.¹⁷ Wahrscheinlich sei dies ein Pluspunkt zugunsten des Westens im „Kampf um die europäische Seele“. Etwas anderer Meinung könne man sein zur nachfolgenden, allerdings von Journalisten hervorgeholten Bemerkung des Präsidenten, sein offener Brief habe vor allem Propaganda-Effekt im Gegenzug gegen die SU-Propaganda haben sollen. (An diesem Punkt ließen die übrigen Drei ihre Zustimmung erkennen.)

Was die anderen Stationen der Bush-Reise in Europa angehe, so sei folgendes zu sagen: Wenn der US-Vizepräsident in Rom erklärt, Italien habe sich durch seine Haltung in der INF-Frage als „einer der treuesten Verbündeten“ erwiesen; wenn er in Paris erklärt, Mitterrand sei ein „formidabler Staatsmann“, dann nütze das auch uns in Deutschland. Man brauche nur an Mitterrands Rede vor dem Bundestag zu denken, die auf diese mittelbare Weise von den USA indosiert werde. Ein enges Zusammenhalten der USA und Frankreichs sei uns immer¹⁸ wichtig, aber in diesen Zeiten besonders willkommen, und wenn es äußerlich erkennbar sei, um so besser. Auch das gemeinsame Auftreten des Herrn Bundeskanzlers mit der britischen Ministerpräsidentin vor der Presse in Che-

¹⁵ Die Königswinter-Konferenz der Deutsch-Britischen Gesellschaft fand vom 17. bis 20. März 1983 statt.

¹⁶ Vgl. dazu das Interview des Präsidenten Reagan mit der St. Louis Post-Dispatch vom 1. Februar 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 158.

¹⁷ Vgl. dazu das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 2. Februar 1983; Dok. 30, Anm. 25.

¹⁸ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

quers¹⁹, und zwar nach Bushs Besuch in Deutschland und vor Bushs Besuch in Großbritannien, entfalte gegenseitig stützende Wirkung.

Zu Burts Bemerkung über die „mutige Offenlegung“ der Stationierungsorte für Cruise Missiles durch die belgische Regierung stellte D2 die Frage, ob Burt damit der Bundesrepublik Deutschland die Offenlegung habe empfehlen wollen. Diese Frage (Geheimhaltung oder Offenlegung), zu der es eine BSR-Entscheidung gebe, werde zur Zeit bei uns in der Öffentlichkeit wieder diskutiert.²⁰ Es gebe gewichtige Gründe für beide Richtungen. An Mut jedenfalls mangle es der Bundesregierung nicht. Hauptgrund für die Geheimhaltung sei vielmehr, daß wir in einem Lande mit den meisten Nuklear-Waffenlagern in der Welt überhaupt nicht von außen, nicht durch linke Publizistik oder die Gewalt der Straße zu immer weiteren Offenlegungen gezwungen werden wollten. Dies zu vermeiden, liege auch im amerikanischen und im Bündnisinteresse.

Burt erkannte sogleich die deutsche Lage als eine besondere an. Seine Bemerkung sei nicht als Aufforderung an die Bundesregierung gemeint gewesen, dem belgischen Beispiel zu folgen.

D2 schloß sich seinerseits der amerikanischen Beurteilung an, daß die Niederlande jetzt nicht zu einer positiven Stationierungsentscheidung gedrängt werden sollten, da wir sonst eine negative Präjudizierung riskierten.

Diese Meinung verträten wir, in richtiger Einschätzung der niederländischen innenpolitischen Lage, seit langem: Die Regierung sei gutwillig, aber sie brauche Zeit, und sie habe ja auch mehr Zeit als die übrigen Stationierungsländer, da die Stationierung in den Niederlanden nicht schon für Ende 1983 vorzubereiten sei.²¹ D2 unterstrich schließlich die dezidierte Meinung des Bundesministers und der Bundesregierung, daß Zeitpunkt und Inhalt möglicher amerikanischer „Bewegungen“ in den Genfer INF-Verhandlungen aus der Materie heraus entwickelt werden müßten und nicht durch den Blick auf Wahltermine beeinflußt werden dürften.

¹⁹ Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher führten am 4. Februar 1983 Gespräche in Chequers und gaben anschließend eine Pressekonferenz. Vgl. dazu Dok. 37, besonders Anm. 19.

²⁰ Ministerialdirigent Dröge vermerkte am 20. Oktober 1982 zur Frage der Geheimhaltung der Stationierungsorte für die amerikanischen Mittelstreckensysteme: „1) INF-Stationierungsorte in der BR Deutschland gehören zur Kategorie der von einigen Verbündeten in der BR Deutschland unterhaltenen (nuklearen bzw. chemischen) Sondermunitionsdepots. Diese Depots unterliegen den von der BR Deutschland in bilateralen Verträgen und im Bündnis eingegangenen Geheimhaltungsverpflichtungen. Demgemäß haben bisher alle Bundesregierungen die Praxis geübt, Spekulationen der Öffentlichkeit bezüglich solcher Stationierungsorte weder zu dementieren noch zu bestätigen. 2) Die Standorte der Pershing II lassen sich durch Interessierte leicht ermitteln, weil bekannt ist, daß die amerikanischen Pershing-I-Regimenter in der BR Deutschland vollständig auf P II umgerüstet werden sollen. Anders verhält es sich mit dem GLCM-Standort im Bundesgebiet. 3) Gemäß BSR-Beschluß vom 26. April 1982 unterrichtete BM Dr. Apel den zuständigen Ministerpräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Deutschen Bundestag über die planmäßige Dislozierung der amerikanischen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper. Der Planungsauftrag für die Marschflugkörper-Infrastruktur wurde der zuständigen Landesbehörde Mitte Juli 1982 unter Deckbezeichnung erteilt. Diese Geheimhaltung hat bisher funktioniert. 4) Diese Handhabung sollte angesichts möglicher Proteste und Demonstrationen im Zusammenhang mit der Stationierung von amerikanischen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in der BR Deutschland, also aus Sicherheitsgründen (Vermeidung eines neuen ‚Brockdorf‘), beibehalten werden.“ Vgl. VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

²¹ Zur Haltung der Niederlande zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 17, besonders Anm. 14.

Burt meinte hierzu, bei den amerikanischen Überlegungen zur Entwicklung neuer Verhandlungsinitiativen frage man sich, ob diese vor dem 6. März den Eindruck einer amerikanischen Einflußnahme auf den Wahlkampf erwecken könnten. Hinzu komme, daß man den Eindruck habe vermeiden wollen, daß die USA unmittelbar nach den Besuchen des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel in Washington²² und in Moskau²³ ihre Verhandlungsposition veränderten.

D2 replizierte, die These, amerikanisches Stillhalten vor der Bundestagswahl nütze der Bundesregierung, sei völlig falsch. Bundesminister und Bundeskanzler hätten diesen Punkt wirklich über jeden Zweifel klargemacht. Es sei zu bedauern, daß die falsche These offenbar nicht totzukriegen sei. Er sage dies deshalb auch in diesem Kreise mit Nachdruck. (Im Gespräch mit Bullard und Burt am Rande der Sitzung fragte D2 in gespielter Scherz: GB und wir seien wegen der jeweils bevorstehenden Wahlen²⁴ offenbar Konkurrenten im Hinblick auf amerikanische „Bewegungen“ bei den INF-Verhandlungen? Bullard zeigte, was bei ihm selten vorkommt, eine gewisse Verlegenheit und gab keine Antwort. Dies Verhalten scheint die Vermutung zu bestätigen, die bei dem Gespräch des Bundesministers mit Pym in Chequers²⁵ sofort auftauchte.)

2) Betr.: SU nach der Amtsübernahme Andropows²⁶ und Stand der Beziehungen zur SU

D2 gab anhand unserer Liste über personelle Veränderungen in der SU seit Amtsübernahme Andropows eine erste Wertung dieser Vorgänge.

Er schlug vor, die Erkenntnisse über personelle Umbesetzungen auszutauschen und gemeinsam zu analysieren. In der Einschätzung der Stellung Andropows bestand weitgehende Übereinstimmung: Andropow habe die Zügel fest in der Hand. Der Prozeß der Nachfolge sei aber noch nicht völlig abgeschlossen.

Burt meinte zur amerikanischen Einschätzung: Ein neuer Kurs sei in der SU nicht erkennbar. Andropow verfolge Korrekturen innerhalb des Systems: u. a. Kampf gegen Korruption und Mißwirtschaft²⁷, aber keine strukturelle Wirtschaftsreform.

Auf Frage von D2: Es scheine, daß Andropow weniger irrational über die chinesische Gefahr urteile.

Amerikanisch-sowjetische Beziehungen

Burt berichtete über die Auffassung amerikanischer SU-Experten über Richtungsauseinandersetzungen zwischen Falin und Semjonow einerseits und Arbatow andererseits. Danach vertrete Falin als „Europäer“ die Auffassung, daß die Entwicklung normaler Beziehungen mit der Reagan-Administration nicht möglich sei, während Arbatow, der „Amerikaner“, für den Dialog der Supermäch-

²² Zum Besuch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, vom 5. bis 7. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 5.

²³ Zum Besuch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, vom 10. bis 12. Januar 1983 in Moskau vgl. Dok. 9, Anm. 36, und Dok. 48, Anm. 10.

²⁴ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

²⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister am 4. Februar 1983 vgl. Dok. 37, Anm. 3.

²⁶ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

²⁷ Zu den geplanten gesellschaftspolitischen Maßnahmen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 1, Anm. 10.

te eintrete. Es scheine, daß Arbatow, der wohl Andropow nahestehe, in dieser Frage die Oberhand gewonnen habe.

Bullard ergänzte mit dem Hinweis, daß Arbatow vor kurzem auf einem Empfang in der britischen Botschaft sehr selbstsicher aufgetreten sei und den Eindruck vermittelt habe, „that things were going his way“.

Burt berichtete über unterschiedliche sowjetische Signale (z.B. durch einzelne amerikanische Besucher oder andere Kanäle). Die USA spielten nicht mit: Washington sei nicht bereit, die Verbindung über „besondere Kanäle“ zu pflegen. AM Shultz habe statt dessen regelmäßige Treffen zwischen Außenminister und SU-Botschafter in Washington²⁹ vorgeschlagen. Es sei vorgesehen, daß Shultz einmal monatlich mit Botschafter Dobrynin zusammentreffe. Shultz strebe eine strukturierte Diskussion an, die alle Themen von den Menschenrechten über Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen bis zu bilateralen Fragen umfasse. Man werde – je nach dem Ergebnis dieser Gespräche – sehen, ob ein Außenministertreffen im Frühjahr angebracht sei.

Französisch-sowjetische Beziehungen

Andréani: AM Cheysson werde vom 16. bis 20. Februar die SU besuchen.³⁰ Für die Gespräche in Moskau seien zwei Tage reserviert. Es handele sich, wenn man von dem Treffen am Rande der VN in New York³¹ absehe, um die erste Begegnung zwischen AM Cheysson und Gromyko. Man werde das Treffen „low key“ spielen. Der Dialog sei schwieriger geworden, trotzdem bestehe die Notwendigkeit für Kontakte, um zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zu kommen. Der Besuch sei schon seit längerem geplant. Er stehe in keinem Zusammenhang mit dem Wechsel in der sowjetischen Führung. Frankreich sehe keine neuen Akzente in der sowjetischen Politik. Auch die französische Politik gegenüber der Sowjetunion habe sich nicht geändert. Cheysson werde nicht versuchen, die politischen Meinungsverschiedenheiten herunterzuspielen. Auf Frage von Bullard: Falls die SU die Wiederaufnahme der früheren regelmäßigen Kontakte auf hoher politischer Ebene vorschlage, werde F jeden Bezug auf frühere französisch-sowjetische Dokumente, in denen jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs und zwei jährliche Treffen der Außenminister vorgesehen seien³², vermeiden. F werde keine Verpflichtungen übernehmen, zu dieser frü-

²⁸ Das Wort „SU-“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

²⁹ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „und Moskau“.

³⁰ Über die Gespräche des französischen Außenministers Cheysson vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR unterrichtete der französische NATO-Botschafter Mérillon am 23. Februar 1983 den Ständigen NATO-Rat in Brüssel: „Cheysson habe mit Außenminister Gromyko und Generalsekretär Andropow sehr ausführliche Gespräche geführt. Das Gespräch mit Gromyko sei ein klassischer Tour d'horizon gewesen“, einschließlich der Themen Naher Osten und der Beziehungen der UdSSR zur Volksrepublik China: „Im Mittelpunkt der Gespräche mit Gromyko und Andropow hätten Sicherheitsfragen (Polen, KSZE und INF) gestanden. Dabei habe Cheysson den Andropow-Vorschlag vom 21.12.1982 (Berücksichtigung des französischen Nuklearpotentials) als Vergleich des Unvergleichbaren zurückgewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 348 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 23. Februar 1983; Referat 213, Bd. 133210.

³¹ Der französische Außenminister Cheysson und der sowjetische Außenminister Gromyko führten am 2. Oktober 1982 in New York ein Gespräch.

³² Frankreich und die UdSSR vereinbarten während des Besuchs des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR regelmäßige politische Konsultationen. Vgl. dazu DDF 1966, II, Dok. 70. Vgl. dazu ferner AAPD 1966, I, Dok. 204.

heren Übung zurückzukehren. Es beständen keine Pläne für eine Einladung Mitterrands in die SU oder Andropows nach Frankreich.

Britisch-sowjetische Beziehungen

Bullard: Es gebe keine Pläne für eine Intensivierung britisch-sowjetischer Kontakte. Vorgesehen sei ein Zusammentreffen zwischen ihm (Bullard) und dem (für europäische Fragen zuständigen) sowjetischen Stellvertretenden³³ Außenminister am 17.2.1983 in London.

Sacharow³⁴

Auf Frage von D2: Die übrigen Drei hatten keine näheren Erkenntnisse über eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Sacharow. Burt wird über die amerikanische Botschaft in Moskau der Frage nachgehen.

Schtscharanskij³⁵

Burt wies auf intensive amerikanische (private und offizielle) Bemühungen um die Freilassung Schtscharanskij's hin. Man habe die Sowjets wissen lassen, daß man eine Freilassung nicht propagandistisch ausnutzen werde. Bullard: AM Pym habe die Frage gegenüber dem sowjetischen Botschafter³⁶ angesprochen und dies zum Mißfallen der Sowjets der Öffentlichkeit mitgeteilt. D2 berichtete über unsere eigenen Bemühungen zugunsten Schtscharanskij's.³⁷

3) Betr.: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen³⁸

Das Thema wurde von Bullard eingeführt. Burt plädierte dafür, die Frage der OHT (Other High Technology) in einer Ad-hoc-Gruppe im Rahmen von COCOM zu behandeln.³⁹ Er sprach sich ferner dafür aus, Japan in die Studien über die

³³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

³⁴ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 10, Anm. 21.

³⁵ Am 14. Juli 1978 wurde der sowjetische Bürgerrechtler Schtscharanskij wegen Landesverrats und Spionage sowie antisowjetischer Agitation und Propaganda zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Vgl. dazu den Artikel „13 Jahre Zwangsarbeit für Schtscharanskij“, DIE WELT vom 15./16. Juli 1978, S. 1.

Seit Oktober 1982 befand sich Schtscharanskij im Gefängnis von Tschistopol in einem Hungerstreik. Im Januar 1983 gab seine in Israel lebende Ehefrau Avital Schtscharanskaja vor der Presse bekannt, daß ihr Mann alle drei Tage zwangsernährt werde und sein Leben in Gefahr sei. Vgl. dazu den Artikel „Bürgerrechtler im Hungerstreik – Leben gefährdet“, DIE WELT vom 10. Januar 1983, S. 5.

³⁶ Viktor Iwanowitsch Popow.

³⁷ Vgl. dazu die Bemühungen der Bundesregierung in ihrer Eigenschaft als EG-Ratspräsidentschaft; Dok. 55, Anm. 8.

³⁸ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 9, Anm. 51 und 53.

³⁹ Ministerialdirektor Fischer informierte die Botschaft in Washington am 28. Februar 1982, die USA hätten am 8. Februar 1983 bei COCOM angeregt, „daß zur Vorbereitung des nächsten von ihnen vorgeschlagenen High Level Meetings eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe gebildet wird. Diese soll ‚Studie zu hochentwickelten Technologien einschließlich des Erdöl- und Erdgassektors sowie neuen (emerging) Technologien‘ erarbeiten, wobei US-Delegation weitgefaßte ‚terms of reference‘ vorlegten“. Angesichts der Vorbehalte mehrerer Mitgliedstaaten habe die Bundesregierung in der COCOM-Sitzung am 15. Februar 1983 vorgeschlagen, daß Mandat folgendermaßen zu definieren: „a) Aufgabe der Ad-hoc-Gruppe ist es, identify other strategic high-technology items of military significance (equipment, materials and technical data) including those with oil and gas applications, not now controlled or being considered for control in the current list-review, b) examine the desirability and modalities of monitoring in COCOM emerging technologies which at some future date could have direct implications for the military-strategic interests of member governments.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1152; Referat 424, Bd. 135942.

Am 2. März 1983 gab Botschafter Hermes, Washington, seinen Eindruck weiter, „daß unsere Behandlung der Verfahrensfrage, wie die im Non-paper vom November 1982 vereinbarte Prüfung et-

sicherheitspolitischen Auswirkungen der Ost-West-Beziehungen stärker mit einzubeziehen: Dies könne über das Trio-Verfahren geschehen, das sich zu Beginn der Polenkrise bewährt habe.⁴⁰

Andréani schlug vor, daß die USA eine spezifizierte OHT-Liste in COCOM vorgehen mit einer ausführlichen Begründung, warum in jedem einzelnen Falle die betreffende Technologie in die COCOM-Liste militärisch relevanter Güter aufgenommen werden solle. Die Beweislast treffe die USA. Bullard schloß sich diesem Vorschlag an. Die USA werden den Vorschlag prüfen. Burt: Erforderlich sei aber eine Zusicherung, daß die Liste auch tatsächlich im COCOM geprüft werde.⁴¹

Für die Einbindung Japans in die sicherheitspolitischen Studien soll ein pragmatischer informeller Weg gefunden werden. Nach Bullard sollten die Kontakte bilateral erfolgen. Andréani sprach sich für eine informelle Unterrichtung Japans aus: Eine institutionalisierte Beteiligung Japans im NATO-Rahmen sei nicht akzeptabel. Auch das Trio-Verfahren zu Beginn der Polen-Krise zur Unterrichtung Japans, Australiens und Neuseelands sei eine Ausnahme gewesen und müsse dies bleiben.

D2 hat sich, wie in der DB⁴² festgelegt, nicht geäußert.

4) Betr.: Polen

Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches stand die Frage der Umschuldung⁴³ und der politischen Kontakte zu Polen.

Die Umschuldungsfrage wurde von Bullard eingeführt: GB setze sich seit längerem für größere Flexibilität in der Umschuldungsfrage ein. Er wurde hierbei von Andréani unterstützt: Eine Entscheidung über die Umschuldung könne nicht für immer hinausgeschoben werden. Voraussetzung für westliche Bewegung sei allerdings, daß Polen die erbetenen Informationen über die polnische

Fortsetzung Fußnote von Seite 250

waiger Ausfuhrkontrollen für ‚andere Technologien‘ durchzuführen sei, nicht als hilfreich empfunden worden ist“. Auf amerikanischer Seite sei nach den Bemühungen der Bundesregierung um das Mandat für eine Ad-hoc-Studiengruppe des COCOM offenbar „das Gefühl zurückgeblieben, wir versuchten einer Diskussion über die Einführung von Exportkontrollen für Hochtechnologie, die nicht streng militärischen Charakter hat, mit verfahrenstechnischen Einwänden auszuweichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 963; VS-Bd. 10914 (421); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴⁰ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 6. Januar 1982: „In der Sitzung des Rats mit beschränktem Teilnehmerkreis zu Polen am 6. Januar 1982 entschied der Rat auf Antrag des kanadischen Ständigen Vertreters, daß die sog. ‚gleichgesinnten Länder‘ Spanien, Australien, Neuseeland und Japan auf dem vereinbarten Wege der ‚Trios‘ über den Stand der Überlegungen der Verbündeten zu Polen unterrichtet werden sollten. [...] Die Unterrichtung durch die ‚Trios‘ wird an den vereinbarten Orten, d. h. im Falle Neuseelands und Australiens in Brüssel, im Falle Japans [...] in Washington stattfinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 24; VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

⁴¹ Zur amerikanischen Liste zum Thema „Other High Technology“ vgl. Dok. 128, Anm. 3.

⁴² Direktorenbesprechung.

⁴³ Referat 422 notierte am 13. Januar 1983: „Polnische Hartwährungsschulden betragen etwa 28 Mrd. Dollar. Die 1981 fälligen Forderungen wurden umgeschuldet, doch kommt Polen seinen hieraus folgenden Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nach, hat uns gegenüber Rückstände von 154 Mio. DM. Umschuldung für 1982 erfolgte bisher aufgrund des NATO-Beschlusses vom 11.1.1981 nicht. 1982 waren staatlich verbürgte Forderungen über 3,4 Mrd. Dollar fällig (deutscher Anteil 1,4 Mrd. DM = etwa 16%).“ Dagegen würden „unverbürgte Bankenforderungen über 3,6 Mrd. Dollar für 1982“ inzwischen umgeschuldet: „Polen verpflichtete sich, Zinsen in drei Raten bis März 1983 zu zahlen und erhält dafür 50 % der Zinszahlungen als neue Kredite.“ Eine Umschuldung Polens sei weiter anzustreben, da andernfalls die Gläubigersolidarität in Gefahr geriete und im Falle einer Zahlungsunfähigkeit deutsche Banken erhebliche Verluste erlitten. Vgl. Referat 422, Bd. 140063.

Wirtschaftslage gebe und es seinen Verpflichtungen aus der Umschuldung 1981 nachkomme. Im Falle westlicher Bewegung in der Umschuldungsfrage sei es notwendig, in internationalen Gremien (u. a. Menschenrechtskommission, ILO) den Druck auf Polen aufrechtzuerhalten.

D2 legte anhand des gemeinsamen Sprechzettels der Abteilung 2 und 4⁴⁴ unsere Vorstellungen zur Umschuldungsfrage dar.

In wirtschaftlicher Hinsicht sprächen westliche Interessen eindeutig für eine Bewegung, u. a. aus folgenden Gründen:

- Möglichkeit, Polen zu veranlassen, seinen Verpflichtungen aus der Umschuldung 1981 nachzukommen,
- Nicht-Umschuldung bedeute Moratorium ohne Gegenleistung,
- die 1982 fälligen staatlich verbürgten Forderungen von 3,4 Mrd. Dollar würden in verbindlicher Weise festgeschrieben und Polen verpflichtet, Teilbeträge zu zahlen,
- ohne Umschuldung weiterhin Gefahr einer „Default“-Erklärung für Polen,
- gefährdete Gläubigersolidarität.

D2 wies auf die politischen Gründe hin, von denen einige dagegen, andere dafür sprächen, in der Umschuldungsfrage flexibel zu reagieren. D2 zeigte die westlichen Optionen auf und plädierte für ein differenziertes Vorgehen in einem Gesamtzusammenhang. Wir könnten uns folgendes Vorgehen vorstellen:

- Aufrechterhaltung des allgemeinen Drucks auf Polen, insbesondere in den Internationalen Organisationen;
- Stärkung des Reformpotentials durch humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe⁴⁵, Förderung des Landwirtschaftsprojekts der Kirche⁴⁶, private Hilfsaktionen;

⁴⁴ Für den Sprechzettel vgl. die Anlage zur Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer vom 7. Februar 1983; Referat 422, Bd. 140063.

⁴⁵ Auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1980 in Brüssel wurde beschlossen, Polen rund 400 000 Tonnen landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel zu Sonderpreisen zu liefern, die bei Zucker rund 10 %, bei den übrigen Erzeugnissen rund 15 % unter dem Preisniveau des Weltmarktes lagen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1980, S. 13 f.

Referat 214 und 421 hielten am 28. Februar 1983 zur humanitären Hilfe für Polen fest: „a) Leistungen der Bundesregierung: Gebührenfreiheit Postpakete (8.2.–30.6.1982): 78 Mio. DM (4,34 Mio. Pakete); erneute Gebührenfreiheit (1.11.–31.12.1982): 96,8 Mio. DM (3,7 Pakete); Krankenhausversorgung: 2,7 Mio. DM; DRK-Hilfsflug (Wechselüberschwemmung): 0,41 Mio. DM; medizinische Hilfe: 2,44 Mio. DM; b) Leistungen der Europäischen Gemeinschaft: Katastrophenhilfe 27 Mio. ECU oder 68 Mio. DM (verteilt durch Nichtregierungsorganisationen, organisiert in vier Konsortien: katholisch, protestantisch, Rotes Kreuz, ungebunden). An diesen Hilfsleistungen ist die Bundesrepublik Deutschland in Höhe ihres Haushaltsanteils von ca. 30 % beteiligt.“ Die Katastrophenhilfe der Europäischen Gemeinschaften setzte sich wie folgt zusammen: „Zusage von Jahresende 1981: 2 Mio. ECU; Zusage vom 3.2.1982: 8 Mio.; Zusage vom 6.6.1982: 7,5 Mio.; Zusage vom 9.11.1982: 9,5 Mio.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131173.

⁴⁶ Mit Schreiben vom 19. Juli 1982 an Bundesminister Genscher informierte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, über „Überlegungen des polnischen Episkopates bezüglich eines Förderungsprogrammes des privaten Sektors in Land[wirt]schaft, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen“ und bat um Unterstützung des polnischen Anliegens. Vgl. Referat 411, Bd. 131238. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 287.

Am 30. Dezember 1982 informierte der Leiter des Pressebüros des polnischen Episkopats, Orszulik, daß Vertreter der katholischen Kirche und der polnischen Regierung in einer gemischten Arbeitsgruppe über das Projekt Gespräche führten. Demnach sei geplant, die Mittel zu je einem Drit-

- in Madrid⁴⁷ weiter kritische Haltung;
- Besuchsaustausch (ausgenommen Treffen an dritten Orten) auf politischer und höherer Beamtenebene zurückstellen bis nach Papst-Besuch⁴⁸;
- Bewegung in der Umschuldungsfrage und hinsichtlich IWF-Beitritt Polens⁴⁹.

So könne das politische Signal (westliche Bewegung in⁵⁰ der Umschuldungsfrage)⁵¹ eigentlich nicht mißverstanden werden. Nach Abwägung aller Gründe liege es deshalb nahe, im Rahmen des Gläubiger-Clubs Vorgespräche mit Polen über die Umschuldungsfrage aufzunehmen. Hierbei müsse jedoch klargestellt werden, daß Polen die Rückstände aus der Umschuldung 1981 zahlen müsse und (zunächst) nicht mit neuen Krediten rechnen könne. Außerdem müsse darauf hingewiesen werden, daß weiteres westliches Verhalten von polnischen Maßnahmen zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Arbeiter abhängen.⁵²

Burt vertrat in der Umschuldungsfrage eine insgesamt weniger restriktive Haltung als früher. Er verwies darauf, daß Washington zur Zeit eine große „Polen Review“ vornehme. Zusammenfassende Studie solle in einigen Wochen fertig sein. Ohne das Ergebnis voraussagen zu können, rechne er jedoch mit einer „more forthcoming attitude“. Nach amerikanischen Vorstellungen könne Bewegung in der Umschuldungsfrage nur Teil eines differenzierten Vorgehens im

Fortsetzung Fußnote von Seite 252

tel an das Handwerk, die private Landwirtschaft und an staatliche Betriebe zu verteilen. Das Gesamtvolumen solle fünf Mrd. DM betragen, die je zur Hälfte von den Regierungen und Kirchen westlicher Industriestaaten aufzubringen seien. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Treskow vom 3. Januar 1983; VS-Bd. 13412 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

In einem Gespräch mit Orszulik und dem Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Homeyer, erklärte Ministerialdirektor Fischer am 8. Januar 1983, daß ohne genaue Kenntnis der Gesamtkonzeption des Projekts mit einer Stellungnahme der Bundesregierung nicht zu rechnen sei. Er wies außerdem darauf hin, daß die Einbeziehung staatlicher Betriebe in das Projekt dessen Akzeptanz im Westen beeinträchtigen könne und weitere Fragen wie etwa die Rechtsform des Projektträgers beantwortet werden müßten. Vgl. die Aufzeichnung von Treskow vom 10. Januar 1983; VS-Bd. 13412 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴⁷ In Madrid nahm die KSZE-Folgekonferenz am 8. Februar 1983 nach einer Weihnachtspause die Arbeit wieder auf. Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 19.

⁴⁸ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

⁴⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen resümierte am 11. März 1983: „Polen hat am 10.11.1981 den Beitritt zum IWF beantragt. Die Delegation des Fonds, die sich unmittelbar danach zur Vorbereitung des Beitritts – Sammlung statistischen Materials, Errechnung der Quote – nach Warschau begeben hat, ist nach Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 nach Washington zurückgekehrt. Nachdem danach zunächst die USA – sie besitzen im IWF die Sperrminorität – zu erkennen gegeben hatten, daß sie einem polnischen Beitritt nicht mehr zustimmen würden, ruhte das Beitrittsverfahren aus diesem Grund faktisch.“ Inzwischen seien auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Beitritt fraglich: „Keine der beiden Seiten sei gegenwärtig initiativ in Richtung auf eine Wiederaufnahme der Kontakte.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140063.

⁵⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „bei“.

⁵¹ Der Passus „westliche Bewegung ... Umschuldungsfrage“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer eingeklammert.

⁵² Das Politische Komitee im Rahmen der EPZ widmete sich am 15./16. Februar 1983 der Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten. Vortragender Legationsrat Klaiber informierte dazu am 17. Februar 1983: „Zur Umschuldung (regierungsverbürgte Kredite) ging Tendenz dahin, aus derzeitiger Sackgasse herauszukommen, allerdings ohne politisch mißdeutbare Signale zu setzen. Dabei müssen wir Schulterschluß mit Amerikanern halten. Weiteres Vorgehen in Umschuldungsfrage soll im Pariser Club geprüft werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 1/2; VS-Bd. 12911 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

Rahmen eines Gesamtkonzepts sein. Es sei wichtig, daß vor Fertigstellung der Studie keine Entscheidung über die Umschuldung oder über die Wiederaufnahme hoher diplomatischer Kontakte mit Polen falle. Die USA würden nach Fertigstellung der Studie die Frage des weiteren Vorgehens im Rahmen eines Gesamtkonzepts zunächst im Viererkreis zur Diskussion stellen.⁵³

Auf eine Frage von D2 nach dem Druck im Kongreß in Richtung einer „Default“-Erklärung für Polen meinte Burt: Ein Ausbrechen der Neutralen und der Verbündeten aus der Gläubiger-Solidarität⁵⁴ werde im Kongreß alle diejenigen stärken, die für eine „Default“-Erklärung seien. Vor diesem Hintergrund sei es hilfreich gewesen, daß die EG ihre Sanktionen aufrechterhalten habe.⁵⁵

5) Betr.: Finanzielle Stützungsaktion für Jugoslawien⁵⁶

Thema wurde von Bullard eingeführt, der (unterstützt von Andréani) davor warnte, daß die auf dem Berner Gläubiger-Treffen vom 18./19.1.1983 vereinbarte finanzielle Stützungsaktion deshalb scheitern könne, weil einzelne Teilnehmerländer ihre Kreditzusagen von Zusagen anderer Teilnehmerländer abhängig machten.⁵⁷ Auf diese Weise entstehe eine gegenseitige Blockierung. Bullard und Andréani plädierten dafür, daß die Teilnehmerländer, die sich in der

⁵³ Zur Überprüfung der amerikanischen Polen-Politik („Poland Review“) vgl. Dok. 152.

⁵⁴ Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 13. Januar 1983, daß am 11. Januar 1983 im Pariser Club auf Wunsch der Schweiz und anderer neutraler Gläubigerstaaten die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten Gegenstand eines Meinungsaustauschs gewesen sei. Dies sei Ausdruck der Sorge, „daß die fortdauernde Unterbrechung der Kontakte mit Polen das Schuldnerland sowie dessen wichtigsten Verbündeten, die UdSSR, begünstigten. Die augenblickliche Situation habe überdies zu einer ungleichen Behandlung der Gläubiger Polens geführt; insbesondere Banken und OPEC-Länder würden begünstigt.“ Die Vertreter Finnlands, Österreichs und Schwedens hätten „auf die negativen Folgen einer Politisierung der Polen-Frage“ hingewiesen. Die „Neutralen hätten durch Unterstützung der bisherigen Haltung Opfer gebracht; nun sei es an der Zeit, daß diejenigen, in deren Interesse diese Haltung vor allem gelegen habe, ihrerseits Konzessionen machten.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140063.

⁵⁵ Auf der außerordentlichen Konferenz am 4. Januar 1982 beschlossen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ, aufgrund der Entwicklung in Polen Maßnahmen im Bereich der Kreditgewährung an Polen sowie wirtschaftliche Maßnahmen gegen die UdSSR zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 7.

Am 15. März 1982 beschloss der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister in Brüssel, die Einfuhr von liberalisierten Waren aus der UdSSR um 25 % und der kontingentierten Waren um 50 % zu beschränken. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 81.

Die Maßnahmen wurden am 23. Dezember 1982 für das Jahr 1983 verlängert. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1982, S. 89.

⁵⁶ Zur Stützungsaktion für Jugoslawien vgl. Dok. 3, Anm. 49.

⁵⁷ Ministerialdirektor Fischer notierte am 24. Januar 1983, daß das Treffen der 15 Gläubigerländer und Jugoslawiens am 18./19. Januar 1983 in Bern zur Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ geführt habe: „Danach werden die Vertreter der Teilnehmerländer ihren Regierungen empfehlen, Jugoslawien mittelfristige ‚Economic Cooperation Credits‘ (= Export- od[er] Finanzkredite) im Betrage von insgesamt mindestens 1,34 Mrd. Dollar, und zwar verfügbar zur Auszahlung in 1983, zur Verfügung zu stellen. [...] Die Erhöhung des Gesamtbetrages von bisher 1,085 Mrd. Doll[ar] auf 1,34 Mrd. Doll. kam dadurch zustande, daß nunmehr auch CDN, N, S, DK und FIN Beiträge zusagten u. alle anderen Länder ihre bisherigen Zusagen erhöhten“. Die Bundesrepublik habe ihre Zusage von bisher 400 Mio. DM (170 Mio. Dollar) auf 530 Mio. DM (220 Mio. Dollar) erhöht: „Angesichts unserer Position als mit Abstand größter westlicher Handelspartner Jugoslawiens betrachteten die anderen Beteiligten unseren Beitrag qualitativ nicht als ausreichend. US, GB u. CH machten die Aufrechterhaltung ihrer F[inanz]K[redit]-Zusagen von der Zusage eines angemessenen deutschen FK-Anteils abhängig. F erklärte Bereitschaft, seinerseits bis zur Hälfte eines deutschen FK einen eigenen FK zuzusagen“. Vgl. Referat 422, Bd. 135574.

Kreditfrage bewegen könnten, dies auch öffentlich sagten, um auf diese Weise eine gegenseitige Entblockierung herbeizuführen.

Aus der Diskussion wurde deutlich, daß GB und F insbesondere von uns eine baldige Zusage eines angemessenen FK-Anteils⁵⁸ erwarten.⁵⁹

6) Betr.: KSZE⁶⁰

D2 erkundigte sich, ob Kampelman in den Konsultationen am 3./4.2.1983 in Brüssel bei seinen Bemerkungen über „Soviet performance“ an eine Alternative oder an⁶¹ Teilsubstitute für die⁶² westlichen Vorschläge⁶³ oder an zusätzliche Bedingungen gedacht habe. Burt: Von einer Alternative könne keine Rede sein, aber auch nicht von zusätzlichen amerikanischen Bedingungen; sowjetisches Entgegenkommen im Menschenrechtsbereich würde nicht notwendigerweise zur Folge haben, daß die USA ihre Haltung zur Substanz der westlichen Vorschläge ändern würden. Allerdings könne sowjetisches Verhalten im Men-

⁵⁸ Finanzkredit-Anteils.

⁵⁹ Ministerialdirigent Loeck hielt am 2. Februar 1983 fest, daß er dem britischen Botschaftsrat Beamish die Bereitschaft der Bundesregierung übermittelt habe, von ihrer Zusage über 530 Mio. DM für Exportkreditgarantien 125 Mio. DM als finanzielle Hilfe zur Verfügung zu stellen. Beamish sei von dieser Mitteilung „wenig beeindruckt“ gewesen. Vgl. Referat 422, Bd. 135573.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze notierte am 3. März 1983, daß Großbritannien sich mit 125 Mio. Dollar an der Stützungsaktion beteiligen wolle, davon 60 Mio. ungebundener Finanzkredite und 65 Mio. Dollar zur Refinanzierung von Exportkrediten: „Von unserem Gesamtbetrag wurde eine Summe bis zu DM 135 Mio. (etwa \$ 52 Mio.) für die Refinanzierung fällig werdender, an Exporte gebundener Finanzkredite zugesagt. Reine Finanzkredite oder Bürgschaften für Finanzkredite konnten wir nicht bereitstellen. Gespräche mit den betroffenen Banken über die Refinanzierung fällig werdender Kredite wurden inzwischen abgeschlossen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135573.

⁶⁰ Die neutralen und nichtgebundenen Staaten brachten am 16. Dezember 1981 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid den Entwurf eines Schlußdokuments ein. Für das Dokument CSCE/RM.39 vgl. Referat 212, Bd. 153477. Vgl. dazu ferner DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XIX, S. 202 (Auszug).

Referat 212 rekapitulierte im Dezember 1982, daß in den Entwurf die bisher vorläufig vereinbarten Texte eingegangen seien, „die über 70 % der gesamten Verhandlungsmaterie abdecken“. Im Rahmen von Korb III der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 seien für den Bereich „menschliche Kontakte“ folgende vorläufige Ergebnisse erzielt worden: „Wohlvollende Behandlung und Entscheidung von Anträgen auf Familienzusammenführung und Besuche sowie binationale Heiraten (im wesentlichen Wiederholung der Schlußakte mit leichter Verbesserung: ‚wohlvollende Entscheidung‘); Entscheidung bei Familienzusammenführungen und binationalen Heiraten grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten (wichtig: zum ersten Mal Angabe einer Frist); Mitteilung der Entscheidung an Betroffene (neu!); Nichtdiskriminierung von Antragstellern (im wesentlichen Wiederholung der Schlußakte, aber Konkretisierung); Information über Antragsprozeduren (neu); Gebührensenkung mit Ziel gemäßigter Höhe im Verhältnis zum durchschnittlichen Monatseinkommen (Maßstab neu); Bestätigung des Rechts auf erneute Antragstellung (von besonderer Bedeutung für das deutsch-deutsche Verhältnis).“ Vgl. Referat 212, Bd. 133430.

⁶¹ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

⁶² Die Wörter „für die“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in den“.

⁶³ Im Namen der EG-Mitgliedstaaten brachte Dänemark am 9. November 1982 bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid Vorschläge zur Ergänzung bzw. Änderung des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument (CSCE/RM.39) ein. Sie betrafen das Recht auf Selbstbestimmung der Individuen, das Recht zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften und das Recht zur Überwachung der Einhaltung der Schlußakte. Ferner erinnerte Dänemark an bereits früher unterbreitete Textvorschläge, darunter solche über eine Expertentagung zu den Menschenrechten, den Zugang zu diplomatischen Vertretungen, das Unterlassen von Rundfunkstörungen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 875 des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), vom 9. November 1982; Referat 212, Bd. 133422.

schenrechtsbereich die Atmosphäre und damit auch die Chancen für ein substantielles Schlußdokument verbessern.

In der Frage des weiteren Vorgehens in Madrid wurden zwischen F, GB und D einerseits und US andererseits Akzentunterschiede deutlich. Burt unterstrich zwar die amerikanische Verhandlungsbereitschaft mit dem Ziel eines substantiellen Schlußdokuments. Er hob aber gleichzeitig hervor, daß die USA nicht bereit seien, endlos (indefinitely) ohne Aussicht auf Ergebnisse in Madrid zu verhandeln. Zu einem bestimmten Zeitpunkt (möglicherweise nach dem 6.3.1983) müsse man über ein Ende der Madrider Folgekonferenz nachdenken. Demgegenüber sprachen sich Andréani und Bullard nachdrücklich dafür aus, in Madrid weiterzuverhandeln. Der Westen dürfe nicht als erster vom Verhandlungstisch aufstehen. Der Westen müsse Geduld zeigen und die Sache „aussitzen“ (Andréani). Verhandlungen mit der SU glichen einem Marathonlauf (Bullard). Dabei komme es auf einen langen Atem an.

D2 warf die Frage der „unterirdischen Verbindungen“ zwischen INF und KSZE auf: Könne man mit einer Abschlußbereitschaft der SU in Madrid rechnen, bevor diese den Ausgang der Genfer INF-Verhandlungen kenne oder glaube abschätzen zu können? Dadurch werde die Zeitgleichung Madrid um eine außerhalb der KSZE-Verhandlungen liegende Unbekannte kompliziert. 1983 habe die Implementierung des Doppelbeschlusses Priorität. Alles, was den Kampf um unsere Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang erschweren könnte, müsse vermieden werden. Auch schon aus diesem Grund sei es nötig, daß der Westen in Madrid auch in Zukunft einheitlich auftrete und geduldig und fest weiterverhandele. Ein Abbruch in Madrid werde negative, ein Durchbruch positive Wellen schlagen, eine Weiterführung der Verhandlungen ohne Erfolg lasse sich ertragen.

7) Betr.: WP-Vorschlag eines Gewaltverzichtsvertrages

In der Diskussion wurden unterschiedliche Vorstellungen zwischen GB, F und D einerseits und den USA andererseits über die westliche Reaktion auf den WP-Vorschlag deutlich.

D2 erläuterte unsere Haltung wie folgt: Die nützliche NATO-Analyse⁶⁴ habe alle Gefahrenpunkte klar aufgeführt und unsere nationale Bewertung bestätigt. Nun gehe es darum, den WP-Vorschlag konstruktiv für unsere eigene Friedensstrategie zu nutzen. D2 explizierte anhand der Rede des Bundesministers vor dem Genfer Abrüstungsausschuß⁶⁵ unsere grundlegenden Gedanken zur Materie. Bei geschicktem westlichem Verhalten würde die SU beidrehen müssen⁶⁶ oder sich bald in der Rolle des „Nein“-Sagers finden, die sie uns zugeacht habe. Wichtig sei, daß der Westen die Schwächen des WP-Vorschlags, die ja gemeinsam identifiziert seien, auch öffentlich hervorhebe, insbesondere durch Bezugnahme auf Polen und Afghanistan, damit sich in unseren Bevölkerungen keine falschen Vorstellungen festsetzten. Gleichzeitig sollten wir der SU und

⁶⁴ Zur Analyse der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) durch den Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene vgl. Dok. 40, Anm. 12.

⁶⁵ Für den Wortlaut der Rede vom 3. Februar 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 149–152.

⁶⁶ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

den anderen WP-Staaten kritische Fragen stellen.⁶⁷ Später könnte der KSZE-Prozeß den richtigen Rahmen für die weitere Behandlung abgeben. Dadurch lasse sich der „Block zu Block“-Gewaltverzicht aushebeln. Im Rahmen der KSZE hätten wir im übrigen nicht nur die Unterstützung der N+N, sondern auch die insgeheime der osteuropäischen Länder (Ablehnung der Breschnew-Doktrin⁶⁸). Wir sollten uns Zeit lassen und die Frage auf keinen Fall noch in Madrid einführen (Verzögerungsgefahr für das Abschlußdokument) oder sie gar ausdrücklich mit einem KAE-Mandat in Verbindung bringen. Andréani und Bullard stimmten diesen Überlegungen von D2 weitgehend zu.

Burt hielt es für ein Unglück (desaster), über den WP-Vorschlag eines Gewaltverzichtsvertrages in einen Dialog mit der SU einzutreten. Es bestehe keine Veranlassung, die sowjetischen Vorschläge öffentlich zu diskutieren. Der Westen solle sich vielmehr auf seine eigenen überzeugenden Vorschläge konzentrieren.

Versuche, den WP-Vorschlag am Leben zu erhalten, könnten sich als eine Falle erweisen; es sei nicht auszuschließen, daß der WP-Vorschlag ein eigenes Momentum entwickle. Er, Burt, sehe große Schwierigkeiten, Washington für einen substantiellen Dialog mit der SU über diese Frage zu gewinnen.

Die Diskussion wogte in dieser Konstellation noch eine Zeit lang hin und her.

8) Betr.: INF-START

Burt: Die SU habe die jüngste Verhandlungsrunde⁶⁹ mit harter Linie begonnen. Sowjetischer Vorschlag (Gesamtobergrenze von 300 Systemen⁷⁰) würde USA nur etwa 45 atomar einsetzbare Flugzeuge belassen. Nitze sei angewiesen, sowjetische Flexibilität zu testen und jeden ernsthaften sowjetischen Vorschlag zu prüfen. Burt wies auf die Besorgnis Japans über die im fernöstlichen Teil der SU stationierten SS-20-Systeme hin. Die Besorgnisse seien sowohl durch Nakasone in Washington⁷¹ als auch gegenüber AM Shultz in Tokio⁷² mit Nachdruck vorgebracht worden.

Auf entsprechende Frage von D2: Chinesische Kritik an den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen habe sich bisher weniger auf die Frage der SS-20 im asiatischen Raum der SU konzentriert, sondern sich auf die allgemeine Fest-

⁶⁷ Zum Fragenkatalog der Bundesregierung über den Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten vom 5. Januar 1983 für einen Gewaltverzichtsvertrag vgl. Dok. 40, Anm. 32.

Am 24./25. Februar 1983 stellte Botschafter Ruth entsprechende Fragen im Rahmen der Abrüstungskonsultationen in Moskau. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 124498.

Botschafter Meyer, Prag, machte den Katalog zur Grundlage seines Gesprächs mit dem tschechoslowakischen Stellvertretenden Außenminister Spáčil. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 266 von Meyer vom 16. März 1983; Referat 212, Bd. 133519.

Ministerialdirektor Pfeffer trug die Fragen dem sowjetischen Gesandten Terechow am 18. April 1983 vor. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2333 von Pfeffer vom 20. April 1983 an die Botschaft in Moskau; Referat 212, Bd. 133519.

Pfeffer erörterte den Vorschlag ferner anhand der Fragen im Rahmen der deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen am 10./11. Mai 1983 in Moskau. Vgl. dazu Dok. 141.

⁶⁸ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 40, Anm. 15.

⁶⁹ Die vierte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 29. März 1983 in Genf statt.

⁷⁰ Vgl. dazu den sowjetischen Entwurf vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen; Dok. 1, Anm. 19.

⁷¹ Der Ministerpräsident Nakasone hielt sich vom 17. bis 20. Januar 1983 in den USA auf.

⁷² Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 30. Januar bis 2. Februar 1983 in Japan vgl. Dok. 27, Anm. 14.

stellung beschränkt, die Verhandlungen könnten ein Wettrüsten zwischen den Supermächten ohnehin nicht verhindern.

Zur Frage der Anrechnung britischer und französischer Kernwaffen

Burt: Gegen die Anrechnung spreche die Ratio des Doppelbeschlusses. Dieser sei eine Reaktion auf den sowjetischen Versuch, angesichts der Parität im nuklear-strategischen Bereich durch die SS-20 eine nukleare Entkoppelung der USA von Europa zu erreichen. Die französischen und britischen Kernwaffensysteme hätten eine legitime nationale Abschreckungsrolle, aber sie könnten die amerikanische Nukleargarantie für Europa nicht ersetzen. Hinzu komme, daß man in den INF-Verhandlungen nicht über alle nuklearen Waffen in oder um Europa spreche. Bezöge man alle diese Atomwaffen ein, so ergäbe sich insgesamt ein großes sowjetisches Übergewicht, selbst wenn man die französischen und britischen Systeme zu den amerikanischen hinzuzähle.

D2 lenkte die Diskussion auf die Frage, welche Argumente aus dem westlichen Katalog am überzeugendsten gegen die Einbeziehung der Drittstaatensysteme seien und in den Vordergrund gehoben werden sollten (Nicht-Vergleichbarkeit wegen Land- und See-Stützung; F- und GB-Systeme als strategische Waffen). Man müsse sich fragen, ob das Argument, die F- und GB-Systeme seien nur zum Schutz des jeweils nationalen Territoriums bestimmt, so stark hervorzuheben sei (dagegen Ottawa-Erklärung⁷³; psychologische innereuropäische Wirkung; künftige Optionen). Die Frage wurde nicht ausdiskutiert; ⁷⁴Burt meinte, daß die französischen und britischen Systeme in den SALT-Verhandlungen nicht als strategische Waffen gezählt worden seien.

START

Burt: USA werden in jetziger START-Runde⁷⁵ VBMs verstärkt behandeln. US hoffen, daß entsprechende Vereinbarung möglichst bald und vor Abschluß des eigentlichen START-Abkommens erreicht werden kann. Rowny werde im NATO-Rat über die amerikanischen Überlegungen unterrichten.⁷⁶ Auf eine Frage von Bullard nach den möglichen Auswirkungen des nächsten Präsidentschaftswahlkampfes⁷⁷ auf die INF- und START-Verhandlungen meinte Burt, den Abbruch der INF- (nicht der START-)Verhandlungen durch die SU könne man nicht ausschließen. Allerdings habe die SU bisher eine entsprechende Drohung

⁷³ In Ziffer 6 der auf der NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 in Ottawa verabschiedeten „Erklärung über die Atlantischen Beziehungen“ hieß es: „The European members who provide three-quarters of the conventional strength of the Alliance in Europe, and two of whom possess nuclear forces capable of playing a deterrent role of their own contributing to the overall strengthening of the deterrence of the Alliance, undertake to make the necessary contribution to maintain the common defence at a level capable of deterring and if necessary repelling all actions directed against the independence and territorial integrity of the members of the Alliance.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 319. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 340. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, I, Dok. 183.

⁷⁴ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „nur“.

⁷⁵ Die dritte Runde der START-Verhandlungen in Genf dauerte vom 2. Februar bis 31. März 1983. Vgl. dazu Dok. 96.

⁷⁶ Der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, unterrichtete den Ständigen NATO-Rat in Brüssel am 30. März 1983. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 596/597 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron, z. Z. Brüssel, vom 31. März 1983; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷⁷ In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

nicht geäußert. Innenpolitisch hätten die demokratischen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, Cranston und Glenn, die Rüstungskontrolle zu einem Hauptthema gemacht, Glenn⁷⁸ allerdings in geringerem Maße als Cranston⁷⁹. Hiervon könne ein gewisser Druck auf Präsident Reagan ausgehen, Fortschritte in den Verhandlungen nachzuweisen.

9) Betr.: Andere Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen

a) Umfassender nuklearer Teststopp

D2 äußerte sich gemäß Sprechzettel 2 A.

Burt: Die US unterstützen im Prinzip den CTB. Die amerikanische Haltung werde mitbestimmt durch Verifikationsprobleme im Bereich TTBT (Threshold Test Ban Treaty⁸⁰) und PNET⁸¹ (Peaceful Nuclear Explosion Treaty⁸²). Die technischen Mittel reichten zu einer genauen Verifikation nicht aus. US hätten daher der SU vorgeschlagen, das Protokoll mit dem Ziel besserer Verifikationsmöglichkeiten neu zu verhandeln. Nach amerikanischen Vorstellungen solle die Schwelle für erlaubte militärische Tests um die Hälfte, nämlich von 150 auf 75 kt⁸³ und für friedliche Atomtests auf 50 kt⁸⁴ herabgesetzt werden. Die USA würden der SU entsprechende Vorschläge machen.

Burt griff den Vorschlag von D2 auf, die amerikanische Initiative öffentlich herauszustellen. Man wolle aber zunächst mit den Sowjets über die Vorschläge sprechen.

b) Rüstungskontrolle im Weltraum

D2 sprach sich für eine aktive Behandlung der Thematik im CD aus. Er begrüßte die im NATO-Rahmen angekündigte amerikanische Bereitschaft, einer AG mit beschränktem Mandat zuzustimmen.⁸⁵ Amerikanische Bereitschaft sollte nach außen als Konzession präsentiert werden.

⁷⁸ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „der an zweiter Stelle genannte“.

⁷⁹ Die Wörter „als Cranston“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

⁸⁰ Am 3. Juli 1974 schlossen die USA und die UdSSR ein Abkommen über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche. Danach waren Versuche mit einer Sprengkraft von mehr als 150 Kilotonnen untersagt. Ein Zusatzprotokoll sah zur Verifikation ferner den Austausch geographischer und geologischer Informationen vor. Sprengungen zu friedlichen Zwecken sollten in einer weiteren Vereinbarung geregelt werden. Für den Wortlaut des Vertrags sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367.

⁸¹ Korrigiert aus: „PNBT“.

⁸² In Ausführung des Artikels III des Vertrags vom 3. Juli 1974 zur Begrenzung unterirdischer Atomtests unterzeichneten die USA und die UdSSR am 28. Mai 1976 ein Abkommen zur Durchführung unterirdischer Kernwaffenversuche zu friedlichen Zwecken. Es sah u. a. eine Höchststärke der gezündeten Sprengsätze von 150 Kilotonnen, bei Gruppensprengungen von 1,5 Megatonnen vor. Explosionen sollten erlaubt werden an jedem beliebigen Ort innerhalb der Jurisdiktion oder Kontrolle der Vertragsparteien bzw. auf dem Territorium eines anderen Staates, sofern dieser Staat darum ersucht, und sollten einem System von Ortsinspektionen unterliegen. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut des Abkommens und der vereinbarten Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

⁸³ Korrigiert aus: „kg/t“.

⁸⁴ Korrigiert aus: „kg/t“.

⁸⁵ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 27. Januar 1983 über eine gemeinsame Sitzung des Politischen Ausschusses mit Abrüstungsexperten zur Vorbereitung der Sitzungsperiode des Abrüstungsausschusses (CD) in Genf: „Wesentliches Ergebnis war die vom amerikanischen CD-Botschafter Fields bekanntgegebene Bereitschaft der USA, einem begrenzten Mandat für eine CD-

Burt erklärte mit großer Bestimmtheit, die USA würden auf absehbare Zeit nicht über die erwähnte Bereitschaft (Zustimmung zu einer Arbeitsgruppe mit beschränktem Mandat) hinausgehen.

c) Schwedischer Vorschlag einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone⁸⁶

Übereinstimmung in der Ablehnung des Vorschlags. D2 erwähnte den Brief Honeckers an den Bundeskanzler zu der Sache.⁸⁷ Die schwedische Botschaft werde eine klar ablehnende Antwortnote erhalten.⁸⁸

d) Chemische Waffen

Andréani schlug ein weiteres Treffen der Vierer-ad-hoc-Expertengruppe vor.⁸⁹ Burt regte Erweiterung der Gruppe um Kanada an, das 1983 Vorsitzender der Arbeitsgruppe⁹⁰ sei. Die übrigen Drei stimmten der Erweiterung im Prinzip zu, behielten sich aber eine endgültige Stellungnahme vor.⁹¹

Fortsetzung Fußnote von Seite 259

Arbeitsgruppe Abrüstung im Weltraum zuzustimmen unter der Bedingung, daß damit kein Verhandlungsmandat verbunden sein dürfte. Fields brachte zum Ausdruck, daß die USA damit einem von den Verbündeten geäußerten Wunsch nachkämen, obwohl sie weiterhin der Meinung seien, daß Fragen der Rüstung im Weltraum äußerst sensiblen Charakter besäßen und sehr zurückhaltend behandelt werden müßten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 167; VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸⁶ Zum schwedischen Vorschlag vom 8./9. Dezember 1983 für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone vgl. Dok. 9, Anm. 45.

⁸⁷ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 4. Februar 1983 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 47, Anm. 12.

⁸⁸ In ihrer Antwortnote vom 16. Februar 1983 hob die Bundesregierung hervor, daß der schwedische Vorschlag für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone die Abschreckungsdoktrin der NATO schwächen und „angesichts der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa die Gefahr eines militärischen Konflikts sogar erhöhen“ könnte: „Die Errichtung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone könnte das Risiko eines Angreifers überschaubar machen und ihn zu der Einschätzung verleiten, ein auf konventioneller Überlegenheit beruhender Überraschungsangriff hätte zumindest innerhalb dieser Zone eine Erfolgchance. Der Versuch, die nukleare Schwelle auf diesem Wege anzuheben, birgt damit die Gefahr in sich, zu einer Senkung der Aggressionschwelle beizutragen. [...] Darüber hinaus wäre eine solche Zone mit besonderem Sicherheitsstatus, auf westlicher Seite im wesentlichen auf die Bundesrepublik Deutschland begrenzt, unvereinbar mit dem Konzept der unteilbaren Sicherheit aller Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses, das Stabilität und Frieden in Europa, nicht nur für seine Mitglieder gewährleistet.“ Schließlich könnten vereinbarte Abzüge und Stationierungsverbote nicht verlässlich überprüft werden, und nukleare Gefechtsfeldwaffen könnten „in kürzester Zeit in die Zone zurückverbracht werden“. Vgl. den Runderlaß Nr. 872 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik; Referat 221, Bd. 124583.

⁸⁹ Am 16./17. Dezember 1982 fand erstmals eine Besprechung von Vertretern der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA statt, um über das weitere Vorgehen im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf hinsichtlich eines Verbots chemischer Waffen zu beraten. Die Teilnehmer kamen überein, eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu bilden, der Abrüstungsexperten aus den vier Außenministerien angehören sollten. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 359.

⁹⁰ Referat 222 notierte am 2. November 1982: „Seit 1980 besteht beim Genfer Abrüstungsausschuß eine Arbeitsgruppe C-Waffen (Vorsitz: 1980 Japan, 1981 Schweden, 1982 Polen). Diese erarbeitete ‚Elemente‘ für ein künftiges Abkommen, die bereits wichtige Teileinigungen (z.B. über den Verbotsumfang, Toxizitätskriterien, Definitionen, Pflicht zur Deklaration vorhandener Bestände nach Inkrafttreten des Abkommens zehnjähriger Zeitrahmen für die vorgesehene CW-Vernichtung) enthalten. Am umstrittensten bleibt die Verifizierungsfrage.“ Vgl. Referat 222, Bd. 124540.

⁹¹ Vortragender Legationsrat Pöhlmann übermittelte am 7. März 1983 den Botschaften in London, Paris und Washington eine Stellungnahme zum weiteren Vorgehen der Ad-hoc-Arbeitsgruppe über chemische Waffen. Die Bundesregierung sehe „derzeit keinen besonderen Bedarf für ein erneutes Treffen, nachdem das umfangreiche amerikanische CW-Papier, das die am 16. und 17.12.82 gegebenen Anregungen weitgehend berücksichtigt, erst am 10. Februar 1983 im Genfer Abrüstungsausschuß eingeführt wurde und eine eingehende Diskussion im CD bisher nicht erfolgte.“ Hinsichtlich einer Erweiterung der Gruppe um Kanada sei die Bundesregierung flexibel, ziehe den bestehenden Teilnehmerkreis aber vor, „zumal eine Erweiterung um Kanada die Frage zumindest eines weite-

10) Betr.: Naher Osten

Der Stellvertretende Leiter der Nahost-Abteilung im State Department, Botschafter Cluverius, unterrichtete über die amerikanische Einschätzung der Lage im Nahen Osten wie folgt:

Die USA hofften, daß die derzeitigen internen israelischen Schwierigkeiten (Rücktritt Sharons⁹²) sich nicht negativ auf die Libanon-Verhandlungen⁹³ auswirken würden, auch wenn man eine Verzögerung nicht ausschließen könne. Die inner-israelische Polarisierung (Bombenattentat⁹⁴) werde die Lage komplizieren. Die USA drängten auf eine zügige Verhandlungsführung. Dies gelte insbesondere für einen vereinbarten Zeitplan für den Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon. Man denke an einen Zeitplan, der etwa 45 bis 60 Tage umfasse. Die Libanesen führten über diese Frage mit der PLO und den Syrern separate Verhandlungen. Man habe den Eindruck, daß dort ein gewisses Einverständnis über einen gleichzeitigen Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon erreicht worden sei.

Die USA setzten sich für einen vollständigen Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon ein. Dies schließe eine israelische Restpräsenz im Libanon aus. Eine Frage Bullards, ob an amerikanisches Personal für Frühwarnstationen im südlichen Libanon gedacht sei, beantwortete Cluverius ausweichend mit dem Hinweis, die Libanesen hätten lediglich darauf bestanden, die israelische Präsenz im Libanon zu beenden. Cluverius sieht vor allem zwei Schwierigkeiten in den israelisch-libanesischen Verhandlungen: Die Libanesen, nachdrücklich gestützt von den Saudis, könnten ein formales Abkommen mit Israel nicht akzeptieren, auch wenn sie in der Substanz und in der Bezeichnung (labelling) sehr weit zu gehen bereit seien. Für Israel gebe es neben legitimen Sicherheitsbesorgnissen die (bisher insbesondere von Sharon geäußerten) Bedenken, daß der Eindruck entstehen könne, Israel handle unter amerikanischem Druck.

Cluverius sieht in der Westbank-Siedlungsfrage ein Hindernis für eine Beteiligung Husseins am Verhandlungsprozeß. Dieser sei zum Dialog, nicht aber zu wirklichen Verhandlungen ohne vorherige Lösung der Siedlungsfrage bereit. Cluverius sieht einen wachsenden Druck aus dem US-Kongreß auf Israel vor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 260

ren, am Thema besonders interessierten europäischen Teilnehmers aufwerfen müßte.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1334; VS-Bd. 11554 (222); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹² Im israelischen Untersuchungsbericht vom 7. Februar 1983 zu den Gewalttaten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila wurde das Verhalten des israelischen Verteidigungsministers Sharon gerügt. Vgl. dazu Dok. 46, Anm. 12.

Am 13. Februar 1983 beschloß das israelische Kabinett, Sharon vom Amt des Verteidigungsministers zu entbinden. Er gehörte jedoch weiterhin der Regierung als Minister ohne Geschäftsbereich an. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 146 des Botschaftsrats I. Klasse Sikora, Tel Aviv, vom 14. Februar 1983; Referat 310, Bd. 135748.

⁹³ Zu den Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon über den Abzug fremder Truppen vgl. Dok. 39, Anm. 6.

⁹⁴ Am 11. Januar 1983 wurde in der Presse berichtet: „Zunehmende Besorgnis zeigt sich in Israel angesichts der wachsenden Zahl von Angriffen palästinensischer Untergrundkämpfer auf israelische Ziele, nachdem am Wochenende in Tel Aviv eine Handgranate in einen israelischen Bus geschleudert worden war. Die Attacke, bei der zwölf Personen verletzt wurden, dürfte auf das Konto der extremistischen Abu-Nidal-Gruppe gehen. Laut AP hat sich die PLO zu dem Anschlag bekannt.“ Vgl. den Artikel „Israeli und Libanesen drehen sich im Kreis“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 11. Januar 1983, S. 2.

aus, falls die Siedlungsfrage sich als das einzige Hindernis für Verhandlungen erweisen sollte. Cluverius: Die Zehn könnten die amerikanischen Friedensbemühungen insbesondere dadurch unterstützen, indem sie auf die PLO einwirken, eine konstruktivere Haltung gegenüber arabisch-israelischen Verhandlungen einzunehmen. Die PLO stehe vor der entscheidenden Frage, ob sie einer Förderung des Verhandlungsprozesses oder dem Zusammenhalt der PLO größere Bedeutung beimessen wolle.

D2 berichtete über den Shamir-Besuch in Bonn⁹⁵ und das Ergebnis der auf US-Bitte erfolgten Vorsprache unseres Botschafters im Namen der Zehn in Djidda, deren Ziel es gewesen sei, saudi-arabische Unterstützung für die Beteiligung König Husseins am Verhandlungsprozeß zu gewinnen.⁹⁶ Außerdem bezog er sich auf das Mandat des PK, wonach über die israelische Siedlungspolitik und über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser mit den US gesprochen werden müsse.⁹⁷

Cluverius unterstrich, daß sich an der amerikanischen Haltung zur Frage des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser nichts geändert habe: Anerkennung des Prinzips, aber gleichzeitig Unterordnung unter andere Prinzipien, wie z. B. das Existenzrecht Israels und das Recht aller Staaten in der Region, in gesicherten Grenzen zu leben. Die USA würden das Selbstbestimmungsrecht nicht in dem Sinne anerkennen, wie es von den Arabern propagiert werde, nämlich als Recht auf einen unabhängigen palästinensischen Staat.

D2 führte aus, es komme darauf an, den Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser nach westlichem Verständnis zu definieren, wie dies in Ziffer 6 der Venedig-Erklärung der Zehn⁹⁸ geschehen sei, und dann den Versuch zu machen, die Araber zu gewinnen. Was die israelische Siedlungspolitik angehe, so seien wohl US und die Zehn gemeinsam der Ansicht, daß zumindest ein Stopp erreicht werden müsse.

⁹⁵ Zum Besuch des israelischen Außenministers Shamir vom 6. bis 9. Februar 1983 vgl. Dok. 39.

⁹⁶ Am 3. Februar 1983 berichtete Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, er habe am Vortag dem Staatssekretär im saudi-arabischen Außenministerium „die Auffassung der Zehn dargelegt und insbesondere auf die wegen der israelischen Siedlungspolitik und den herannahenden US-Präsidentschaftswahlen bestehende Eilbedürftigkeit verstärkter allseitiger Bemühungen, den Friedensprozeß in N[ah]O[st] voranzutreiben, hingewiesen. Speziell von Saudi-Arabien erhofften sich die Zehn a) eine Einflußnahme auf die PLO, um König Hussein die Teilnahme an Verhandlungen zu ermöglichen, b) eine Ermutigung König Husseins, auf dem von ihm beschrittenen Wege fortzufahren.“ Mansouri habe in seiner Antwort auf die Notwendigkeit verwiesen, die gemäßigten Kräfte innerhalb des arabischen Lagers zu stärken, und hierfür zwei Möglichkeiten genannt: „a) Eine eindeutige Erklärung der USA, daß sie den völligen Rückzug Israels aus der Westbank und Gaza anstreben. [...] b) Eine ausdrückliche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes durch die USA, wobei nähere Einzelheiten und Bedingungen für die Ausübung dieses Rechts durchaus offengelassen werden könnten. Mansouri verwies in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die in Nr. 6 der Erklärung von Venedig enthaltene Formel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 74; Unterabteilung 31, Bd. 137564.

⁹⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit informierte am 19. Januar 1983, das Politische Komitee im Rahmen der EPZ habe am 18./19. Januar 1983 eine Intensivierung der Konsultationen mit den USA über den Nahost-Konflikt beschlossen, „wobei israelische Siedlungspolitik, Selbstbestimmungsrecht und die zur US-Nahostpolitik komplementäre Funktion der Europäer im Vordergrund stehen sollte. Die Gespräche mit den USA sollten sowohl auf der politischen als auch auf der Schiene der Troika stattfinden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 321/322; VS-Bd. 12911 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹⁸ Für den Wortlaut von Ziffer 6 der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten vom 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 383. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

Cluverius bezeichnete die Siedlungsfrage als die wichtigere. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser werde im Reagan-Plan⁹⁹ absichtlich nicht genannt, weil dieses Stichwort für die Araber identisch sei mit der Gewährung eines selbständigen palästinensischen Staates.

Zur sowjetischen Nahostpolitik äußerten Cluverius und Burt ihre große Besorgnis über die Aufstellung sowjetischer SAM-5-Raketen in Syrien.¹⁰⁰ Dieses moderne System sei bisher nur in der SU, in neuester Zeit auch in der DDR, disloziert worden. Die Aufstellung in Syrien sei die erste außerhalb des WP-Territoriums. Die Raketen hätten eine Reichweite von 250 km. Sie reichten in israelischen Luftraum und seien vor allem eine Bedrohung für die israelische Luftverteidigung. Hinzu komme ein weiteres Problem: Ein Ausbildungsprogramm für Syrer an den SAM-5-Raketen sei nicht erkennbar. Die SU stelle die Bedienungsmannschaften. Dies berge die Gefahr in sich, daß die Israelis im Konfliktfall Hunderte von sowjetischen Soldaten töteten, was zu einer neuen Konflikt-Dimension führen könne.

Nach amerikanischer Auffassung habe die Installierung von SAM-5-Raketen mit sowjetischen Bedienungsmannschaften in Syrien – die Entscheidung sei wohl vor der Amtsübernahme Andropows gefallen – vor allem auch politische Bedeutung: Die SU mache damit deutlich, daß man mit ihr als einem Faktor im Nahen Osten rechnen müsse.

11) Betr.: Iranisch-irakischer Konflikt

Übereinstimmung, daß ein Ende des iranisch-irakischen Konflikts vorerst nicht abzusehen sei. Besorgnis über die Gefahr einer Eskalierung des Konflikts gegenüber den Golfstaaten. Falls sich entsprechende Entwicklungen abzeichnen, sollen die Viererkonsultationen über eine Notfallplanung im Persischen Golf reaktiviert werden.

Andréani zu den französisch-irakischen Beziehungen: Beim Besuch des stellvertretenden irakischen MP Aziz in Paris¹⁰¹ seien vor allem finanzielle Probleme besprochen worden. Es gebe Schwierigkeiten in der Bezahlung der von Frankreich gelieferten Waren und Waffen. AM Cheysson werde in den nächsten Tagen Amman, Bagdad und Damaskus besuchen.¹⁰² F¹⁰³ sei besorgt, daß ein eventueller Zusammenbruch Iraks und ein dadurch möglich werdendes Vordringen der Khomeini-Revolution unabsehbare Folgen für die Stabilität und den Frieden in der arabischen Welt haben könne. Schon heute sei der Khomei-

⁹⁹ Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vgl. Dok. 9, Anm. 17.

¹⁰⁰ Zur Stationierung sowjetischer Raketen des Typs „SAM-5“ in Syrien vgl. Dok. 39, Anm. 23.

¹⁰¹ Der stellvertretende irakische Ministerpräsident Aziz hielt sich vom 3. bis 7. Januar 1983 in Frankreich auf.

¹⁰² Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 11./12. Februar 1983 in Jordanien, vom 12. bis 14. Februar 1983 im Irak und am 14./15. Februar 1983 in Syrien auf. Am 21. Februar 1983 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler: „Trotz französischer Verneinung Zusammenhang zwischen Reisezielen dürfte Besuchszweck vornehmlich Wahrung fr[an]z[ösischer] Interessen in Irak gewesen sein: Golfkriegsbedingte Auszehrung irakischer Wirtschaft und Zögern der Golfaraber, über geleistete Kredite von ca. \$ 35 Mrd. hinaus weitere \$ 7 Mrd. zu bewilligen, gefährden Iraks Fähigkeit, das seit Jahren systematisch aufgebaute frz. Wirtschaftsengagement und insbesondere frz. Waffenlieferungen finanziell weiter zu tragen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137545.

¹⁰³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Es“.

ni-Einfluß in vielen Teilen der arabischen Welt, z. B. in Algerien, Nordnigeria und Bangladesch spürbar.

Auf eine Frage von D2, ob F wegen des Cheysson-Besuchs in Bagdad mit Schwierigkeiten in Teheran rechne, meinte Andréani, die französisch-iranischen Beziehungen hätten sich ohnehin erheblich abgekühlt. Hierzu hätten die französischen Waffenlieferungen an den Irak, aber auch die Präsenz der Khomeini-Opposition in Frankreich beigetragen. F sei in Teheran derzeit nur durch einen Geschäftsträger¹⁰⁴ vertreten. Der Iran habe zwar dem neuen französischen Botschafter das Agrément erteilt, dann aber mitgeteilt, es bestehe keine Notwendigkeit für die Entsendung eines französischen Botschafters.

D2 fragte unter Hinweis auf Gromyko, der den iranisch-irakischen Konflikt als einen „absurd war“ bezeichnet habe¹⁰⁵, nach der sowjetischen Haltung zum iranisch-irakischen Konflikt. Die Diskussion über diese Frage verlief inkonklusiv: Hinweis auf sowjetische Waffenlieferungen an beide Konfliktparteien, neuerdings mehr an Irak.¹⁰⁶ Vermutung (Andréani, Burt), daß die SU über die Ungewißheiten der iranischen Politik besorgt sei.

12) Betr.: Afghanistan – Pakistan

Andréani und Burt äußerten Besorgnis über den Gang der Córdovez-Vermittlungsbemühungen¹⁰⁷: Das Recht auf Selbstbestimmung spiele in den Überlegungen von Córdovez offenbar keine Rolle mehr. Kontakte zum afghanischen Widerstand habe Córdovez bisher nicht gesucht. Es bestehe die Gefahr, daß die VN-Vermittlungsbemühungen zu einer Konsolidierung des Karmal-Regimes und zu einem Abbröckeln der VN-Position führten.

Burt wies auf eine Einladung an Córdovez hin, nach Abschluß der jetzigen Vermittlungsrunde Washington zu besuchen. Burt sicherte Unterrichtung über die Gespräche mit Córdovez zu.

Bullard: Während der jüngsten britisch-sowjetischen Planungsstab-Gespräche hätten die sowjetischen Gesprächspartner zu Afghanistan eine sehr negative Haltung eingenommen: Nachdem sie sich zunächst geweigert hätten, das Thema überhaupt zu diskutieren, hätten sie später erklärt, in der sowjetischen Politik gegenüber Afghanistan werde es keine Änderung geben.

¹⁰⁴ Jean Perrin.

¹⁰⁵ Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 1. Oktober 1982 vor der VN-Generalversammlung in New York; EUROPA-ARCHIV 1982, D 621.

¹⁰⁶ Die Wörter „neuerdings mehr an Irak“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

¹⁰⁷ VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar ernannte im Februar 1982 den stellvertretenden VN-Generalsekretär Córdovez zum Sonderbeauftragten für Afghanistan. Im Zuge von dessen Vermittlungsbemühungen fanden vom 16. bis 24. Juni 1982 in Genf afghanisch-pakistanische Gespräche über den Afghanistan-Konflikt statt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 350. Vom 21. Januar bis 7. Februar 1983 hielt sich Córdovez in Pakistan, Afghanistan und in Iran auf. Botschafter van Well, New York (VN), informierte am 18. Februar 1983, Córdovez habe den Botschaftern der zehn EG-Mitgliedstaaten mitgeteilt, daß er den Entwurf eines Lösungsplans erörtert habe. Zu dessen Inhalt habe er mitgeteilt, daß er „außer einer Präambel die Prinzipien und Zielvorstellungen einer umfassenden Regelung enthalte. Eines der Prinzipien sei natürlich das Selbstbestimmungsrecht, das bereits in Genf akzeptiert worden und unbestritten sei. Es nenne darüber hinaus die vier Prinzipien: Abzug aller fremden Truppen, Einmischungsverbot, Garantie zur Aufrechterhaltung des Einmischungsverbots und Rückkehr der Flüchtlinge. Der wechselseitige Bezug dieser vier Elemente werde ausdrücklich festgestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; VS-Bd. 12958 (230); B 150, Aktenkopien 1983.

Pakistanisches Nuklearprogramm

Burt wies auf die amerikanischen Bemühungen hin, die militärische Zusammenarbeit mit Pakistan zu intensivieren. Die USA hätten gehofft, daß Pakistan bei Lieferung moderner, konventioneller Waffen¹⁰⁸ seine nuklearen Ambitionen zurückschrauben werde. Dies sei offenbar nicht der Fall, denn Pakistan arbeite mit Nachdruck am Ausbau seiner Nuklearkapazitäten. Angesichts der amerikanischen Gesetzgebung bestehe die Gefahr, daß die Administration gezwungen werden könne, ihre Waffenlieferungen an Pakistan einzustellen. Burt plädierte dafür, den von Pakistan gewünschten zweiten Nuklear-Reaktor nicht zu liefern, ohne daß gleichzeitig full scope safeguards verlangt würden.¹⁰⁹

Andréani: Französische Firmen seien aufgefordert worden, Angebote für den zweiten Reaktor abzugeben. Ob die französische Regierung den betroffenen französischen Firmen dies erlauben werde, sei noch offen. Das Ganze sei im wesentlichen eine Frage der Finanzierung. (Bullard stellte in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit die KWU involviert sei.¹¹⁰)

13) Betr.: Gesetzgebung des US-Kongresses zur transatlantischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit

Burt äußerte seine Besorgnis über die „Anti-NATO-Gesetzgebung“ des Kongresses (u. a. Ablehnung des amerikanischen Beitrages zu WHNS und zur Voraus-

¹⁰⁸ Am 15. Juni 1981 wurde zum Abschluß eines fünftägigen Besuchs einer amerikanischen Regierungsdelegation in Pakistan ein auf sechs Jahre angelegtes amerikanisches Hilfsprogramm für Pakistan bekanntgegeben, das Wirtschafts- und Entwicklungshilfe sowie Rüstungslieferungen umfaßte, einschließlich der Lieferung von Kampfflugzeugen des Typs „F-16“. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2053, S. 83.

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, teilte am 18. Dezember 1982 mit, laut Informationen des amerikanischen Verteidigungsministeriums entfalle etwa die Hälfte der insgesamt 3,2 Mrd. Dollar, die für das Programm vorgesehen seien, auf Kreditverkäufe militärischen Materials. Die Waffenlieferungen umfaßten „die ganze Bandbreite der Waffensysteme vom Flugzeug über Panzer, Schützenpanzer, Haubitzen bis hin zu Handfeuerwaffen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4510; Referat 340, Bd. 136899.

¹⁰⁹ Pakistan beabsichtigte, bei Chashma zwei Leichtwasserreaktoren mit einer Leistung von 900 Megawatt zu bauen. Referat 413 informierte dazu am 23. Dezember 1982: „1) Chasnupp 1 soll ca. 280 km südwestlich von Islamabad gebaut werden; als Bauzeit sind sechs Jahre vorgesehen, gerechnet vom Datum der Erteilung des ‚letter of intent‘. 2) Die pakistanische Atomenergiekommission beabsichtigt, ein zweites KKW in diesem Gebiet zu errichten; an die Ausschreibung von Chasnupp 1 ist eine Option ‚for a second identical package/plant for Chasnupp 2‘ gekoppelt.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129504.

Hinsichtlich der Kontrolle der Anlagen stellte Ministerialdirektor Fischer am 5. Januar 1983 fest, daß sich die pakistanische Regierung zwar zu „anlagebezogenen“ Inspektionen durch die IAEA bereit erkläre, es jedoch fraglich sei, ob sie Kontrollen „in vollem Umfang“ zustimmen werde: „Nach amerikanischer Auffassung reicht das NV-politische Angebot der pakistanischen Regierung nicht aus. Die USA möchten die Lieferung von Chasnupp 1 als ‚leverage‘ benutzen, um durchzusetzen, daß Pakistan alle seine nuklearen Aktivitäten – also insbesondere die im Bau befindliche Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungsanlage – den Safeguards der IAEA unterstellt, andernfalls die Lieferung zu verweigern. Großbritannien und die Niederlande haben in der EPZ-Arbeitsgruppe ‚Nichtverbreitung‘ bereits mit Nachdruck deutlich gemacht, daß sie die amerikanische Haltung voll unterstützen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129504.

¹¹⁰ Referat 413 legte am 8. Dezember 1982 dar, daß die Kraftwerk Union AG (KWU) an das Bundesministerium für Wirtschaft mit der Frage herangetreten sei, ob die Bundesregierung den Export eines Kernkraftwerks an Pakistan genehmigen würde. Referat 413 kam zu dem Ergebnis, „daß aus NV-politischen Überlegungen und insbesondere aus den in diesem Sonderfall übergeordneten allgemeinpolitischen Erwägungen (Solidarität mit den USA) die Erteilung einer Exportgenehmigung an die KWU nicht befürwortet werden kann“. Vgl. Referat 431, Bd. 129504. Vgl. dazu ferner Dok. 65.

lagerung schweren Gerätes, specialty metals clause, Initiativen zur Verminderung der US-Truppen in Europa).¹¹¹ Es sei wichtig, daß die Europäer die Administration in deren Bemühungen um eine Revision dieser Gesetzgebung unterstützen. Es komme entscheidend darauf an, daß die Administration gegenüber dem Kongreß darauf hinweisen könne, daß die Europäer ihren fairen Anteil an den Verteidigungslasten trügen. Hierbei spiele im Denken vieler Kongreßmitglieder die europäische Beteiligung bei der Sicherung Südwestasiens eine Rolle (z.B. „Kompensationen“, logistische Unterstützung). Wichtig werde auch das nächste DPC-Ministertreffen¹¹² sein. Die USA erwarteten hierbei, daß der Wahrung des konventionellen Gleichgewichts besondere Aufmerksamkeit geschenkt werde. Dies gelte insbesondere für die Nutzung moderner konventioneller Technologien.

D2 erinnerte daran, daß BM dem amerikanischen AM in dieser Sache geschrieben¹¹³ und bei seinem letzten Besuch in Washington mit den Senatoren Percy und Baker gesprochen¹¹⁴ habe. Beide Senatoren hätten der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch Nachtragshaushalte die Schwierigkeiten zu heilen seien.

14) Betr.: NATO-Beitritt Spaniens¹¹⁵

Burt: Die Gespräche von AM Shultz in Madrid im Dezember 1982 seien sehr erfolgreich gewesen. Das amerikanisch-spanische Stützpunktabkommen, das den NATO-Beitritt Spaniens voraussetze, sei mit einigen wenigen kosmetischen Veränderungen abgeschlossen worden.¹¹⁶ USA hätten den Eindruck, wenn man González nicht zu hart bedränge, werde es ihm gelingen, innerhalb seiner Partei einen Konsensus über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens zu erreichen.

Bullard: Die britisch-spanischen¹¹⁷ Gespräche über Gibraltar, die bisher immer wieder von den Spaniern verschoben worden seien, seien jetzt für Frühjahr vor-

¹¹¹ Zu den Kürzungen des vorläufigen amerikanischen Verteidigungshaushalts durch den amerikanischen Kongreß am 20. Dezember 1982 vgl. Dok. 20, Anm. 20 und 21.

¹¹² Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel vgl. Dok. 166.

¹¹³ Am 30. Dezember 1982 schrieb Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Shultz, daß es der Bundesregierung nicht leichtgefallen sei, „die Voraussetzungen für die Bewilligung anteiliger Finanzmittel für das WHNS-Programm zu schaffen. [...] Umso enttäuschender ist es, daß der US-Kongreß die beantragten Mittel für das WHNS- und das POMCUS-Programm verweigert hat. [...] Die praktischen und psychologischen Auswirkungen der jüngsten Entscheidungen des Kongresses dürfen [...] nicht unterschätzt werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5 des Vortragenden Legationsrats Jansen vom 3. Januar 1983 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Senatoren Percy und Baker am 26. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 24.

¹¹⁵ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 2, Anm. 2.

¹¹⁶ Am 2. Juli 1982 schlossen Spanien und die USA einen Vertrag über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1322, S. 138–384. Referat 201 vermerkte am 28. Januar 1983: „Die Regierung González will das Spa[nisch]-amerikanische Stützpunktabkommen vom 2.7.1982 – von der Regierung Calvo-Sotelo ausgehandelt, aber nicht mehr ratifiziert – beibehalten, hat jedoch ein Zusatzprotokoll neu ausgehandelt, in dem klargestellt wird, daß das Abkommen die künftige spanische Politik gegenüber dem Bündnis nicht präjudiziere. Während des Besuchs des US-AM Shultz in Madrid (15./16.12.1982) war vereinbart worden, Gespräche über ein Auslegungsmemorandum aufzunehmen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125647.

¹¹⁷ Das Wort „spanischen“ wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „amerikanischen“.

gesehen. Die einseitige spanische Entscheidung vom Dezember 1982¹¹⁸, für bestimmte Personenkategorien die Grenze zu Gibraltar zu öffnen, sei ein Erfolg gewesen. Barrieren des Mißtrauens seien beseitigt worden. AM Morán habe sich in der Gibraltar-Frage als sehr maßvoll erwiesen.

D2 unterrichtete über den Morán-Besuch in Bonn¹¹⁹ und das¹²⁰ Gespräch Botschafter Brunner–MP González¹²¹. Unsere Erkenntnisse deckten sich mit den amerikanischen.

15) Betr.: Griechenland–Türkei

Gemeinsame Besorgnis über eine weitere Verschlechterung der türkisch-griechischen Beziehungen wegen der Ägäis-Frage¹²². Bullard regte an, zu prüfen, ob die komplizierten völkerrechtlichen Probleme der Ägäis nicht durch ein „special regime“ für die Ägäis gelöst werden könnten.

Andréani äußerte Zweifel und plädierte vor dem Hintergrund der historischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern für Fairneß gegenüber Griechenland. Burt meinte zu den amerikanisch-griechischen Stützpunktverhandlungen, hierbei gehe es nur noch um technische Fragen.¹²³ Allerdings behauptete Papandreou in der Öffentlichkeit, das Zentralthema sei die Minderung der amerikanischen Präsenz. Papandreou wolle aber vermeiden, daß eine Minderung der amerikanischen Präsenz in Griechenland Hand in Hand gehe mit einer amerikanischen Annäherung an die Türkei. Diese Sorge Papandreous stärke die amerikanische Position in der Stützpunktfrage. Burt wies darauf hin, daß die wachsende armenische Lobby (u. a. neuer Gouverneur von Kalifornien¹²⁴) Probleme für die amerikanisch-türkischen Beziehungen schaffen könne. Bullard wies auf die Probleme hin, die im Hinblick auf die Freizügigkeitsregelung bei einem türkischen Antrag auf EG-Mitgliedschaft entstehen könnten.¹²⁵ Man könne der Türkei nur abraten, einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen. Es wäre hilfreich, wenn auch die USA in diesem Sinne auf die Türkei einwirken könnten.

Burt bezweifelte, ob die USA angesichts der komplexen amerikanisch-türkischen Beziehungen der richtige Partner seien, mit den Türken über diese Fragen zu sprechen.

D2 unterrichtete über den Türkmen-Besuch in Bonn.¹²⁶ Türkmen¹²⁷ habe in

¹¹⁸ Korrigiert aus: „September 1982“.

¹¹⁹ Zum Besuch des spanischen Außenministers Morán am 9. Februar 1983 vgl. Dok. 46.

¹²⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

¹²¹ Zum Gespräch des Botschafters Brunner, Madrid, mit dem spanischen Ministerpräsidenten González am 4. Februar 1983 vgl. Dok. 46, Anm. 18.

¹²² Zur Frage der griechischen und türkischen Hoheitsgewässer in der Ägäis vgl. Dok. 38, Anm. 23.

¹²³ Die amerikanisch-griechischen Stützpunktverhandlungen wurden am 27. Oktober 1982 in Athen aufgenommen. Das Abkommen wurde am 15. Juli 1983 paraphiert und am 8. September 1983 in Athen unterzeichnet.

¹²⁴ George Deukmejian.

¹²⁵ Vgl. dazu das Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der EWG vom 1. Dezember 1964 und das Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation vom 23. November 1970; Dok. 38, Anm. 11.

¹²⁶ Zum Besuch des türkischen Außenministers Türkmen vom 31. Januar bis 2. Februar 1983 vgl. Dok. 38.

¹²⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Er“.

seinen Ausführungen zum türkisch-griechischen Verhältnis sehr maßvoll gewirkt (türkische Bereitschaft zum Dialog, Türkei wolle keine Zuspitzung der Situation). Es sei im übrigen vor allem um eine Verbesserung des Assoziierungsverhältnisses gegangen. BM wolle sich als Präsidentschaft¹²⁸ dafür einsetzen.

Pfeffer

VS-Bd. 12951 (204)

50

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

411-423.00 UNG-165/83 VS-vertraulich

15. Februar 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Beziehungen EG–Ungarn;
hier: Handelsabkommen

Entscheidungsvorschlag: Zustimmung zu Ziffer 7

1) Der Sekretär des ZK der USAP für Auswärtige Angelegenheiten, Mátyás Szűrös, erklärte am 4.2. bei StM Dr. Mertes, daß Ungarn zur Zeit erwäge, mit der EG in Verhandlungen über ein Handelsabkommen einzutreten. Er fragte, ob er für diesen Fall mit unserer Unterstützung rechnen könne. StM Dr. Mertes begrüßte die ungarische Absicht. Weitere Einzelheiten müßten jedoch Verhandlungen im Rahmen der EG vorbehalten bleiben, wobei Ungarn grundsätzlich auf eine positive Haltung der Bundesregierung hoffen könne.⁴

¹²⁸ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann und Legationsrat I. Klasse Geier konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. Februar 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 23. Februar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 23. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich den Rücklauf über Staatssekretär Lautenschlager an Referat 411 verfügte.

Hat Lautenschlager am 23. Februar 1983 erneut vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Geier am 24. Februar 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer und Ministerialdirigent Ungerer verfügte.

Hat Fischer am 29. Februar 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich könnte vielleicht am Rande der Williamsburg-Vorbereitung am 17. und 18.3. den engl[ischen] und franz[ösischen] Kollegen hierzu ansprechen.“

Hat Ungerer am 24. Februar 1983 vorgelegen.

⁴ Im Zentrum des Gesprächs des Staatsministers Mertes mit dem Sekretär des ZK der USAP, Szűrös, standen neben den Aussichten für ein Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) und die INF-Verhandlungen in Genf. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch vom 4. Februar 1983; Referat 411, Bd. 131180.

Vorausgegangen waren diesem Treffen zweitägige Gespräche von Szűrös mit Vertretern aller im Bundestag vertretenen Parteien. Die SPD-Parteizentrale teilte mit, daß Szűrös auch dort das Thema Handelsabkommen EG–Ungarn angesprochen habe. Er sei auf StM Dr. Mertes verwiesen worden.

Der ungarische Botschafter in Bonn, Kóvári, vertiefte die Aussagen von ZK-Sekretär Szűrös am 10.2. bei Dg21 dahingehend, daß Ungarn am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur EG sehr interessiert sei. Mögliche französische Bedenken gegen ungarische Agrarprodukte seien unbegründet, da Ungarn vor allem am Export hochveredelter Waren interessiert sei. Ungarn sei mit Brüssel (EG-Kommission?) im Gespräch und erwarte von dort eine Antwort.⁵

2) Über ungarische Konsultationen auf Parteiebene mit Frankreich (PS–USAP) wurden wir im November 1982 von britischer Seite informiert. Im Januar erfuhren wir von der französischen Botschaft, das ZK der USAP habe die Konsultationen abgebrochen und um größte Diskretion gebeten.⁶ Nach Meinung unserer Botschaft Budapest steht dahinter die Absicht des ZK, den als moskau-freundlich geltenden AM Puja, der 9. bis 10.2.83 Paris besuchte, in diesem Stadium zu umgehen.⁷ Er soll das Thema auch tatsächlich in F nicht angesprochen haben. Dies kann aber auch bewußter Verwirrungstaktik entspringen. Nach einer Äußerung des ungarischen Botschafters in Bonn ist nicht auszuschließen, daß ein französisches Mißverständnis vorliegt.

Gegenüber GB wird das Thema möglicherweise durch den Stellvertretenden MP Marjai bei dessen Besuch in London 7. bis 11.3. in London aufgenommen.⁸

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 10. Februar 1983, daß der ungarische Botschafter Kóvári gegenüber Ministerialdirigent Ungerer am selben Tag festgestellt habe, die Bedenken Frankreichs gegenüber einem Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn hingen „wahrscheinlich mit einem Mißverständnis“ zusammen: „Die Franzosen fürchteten immer landwirtschaftliche Konkurrenz. Ungarn gehe es jedoch nicht um Exporte etwa von Mastvieh oder Weizen oder anderen landwirtschaftlichen Produkten, bei denen keine hohen Gewinne zu erzielen seien. Man wolle Produkte verkaufen, in die schon ein Arbeitsaufwand eingegangen sei, weil man sich hier aufgrund des Lohngefälles höhere Verdienste verspreche.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131180.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann unterrichtete am 26. Januar 1983 die Botschaft in Budapest über die Information der französischen Botschaft, „daß ungarische Seite in Paris gebeten hat, Sondierungen als gegenstandslos zu betrachten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 442; VS-Bd. 10894 (411); B 150, Aktenkopien 1983.

Botschafter Dencker, Budapest, übermittelte am 31. Januar 1983 die Einschätzung des britischen Botschafters Cartledge, wonach die Nachricht der französischen Botschaft „mit Sicherheit falsch“ sei: „Vielmehr seien Ungarn über das französische Verhalten, in dieser Angelegenheit überhaupt nichts zu tun, tief befremdet.“ Cartledge habe weiter ausgeführt: „Das klare Bewußtsein der USAP, mit ihren Sondierungen von der Politik anderer WP-Partner, vor allem aber der SU, abzuweichen, fordere geradezu die Unterstützung durch die EG heraus. Frankreich hingegen scheine nur seine eigenen Wirtschaftsinteressen im Auge zu haben und diese dem erwähnten politischen Fernziel rigoros überzuordnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 52; VS-Bd. 13364 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Botschafter Dencker, Budapest, übermittelte am 7. Februar 1983 weitere Informationen des britischen Botschafters Cartledge. Dieser sei sich mit seinem französischen Kollegen Lecompt einig gewesen, „daß Ungarn Desinteresse gegenüber dem Quai d'Orsay nur deswegen vorgetäuscht hatten, weil sie unter allen Umständen vermeiden wollen, daß AM Puja diese Absicht bei seinem offiziellen Besuch in Paris am 9./10. Februar 1983 erfahre.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 59; VS-Bd. 13364 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Am 16. März 1983 berichtete Botschafter Dencker, Budapest, daß der britische Botschafter Cartledge über den Besuch des ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten vom 7. bis 11. März 1983 in Großbritannien informiert habe: „Marjai hoffe, daß die Kommission möglichst bald von sich aus den Rahmen der Verhandlungen abstecke. Allerdings dürfe Ungarn nicht wieder als Teil eines Blocks

3) Wie auch Botschafter Kővári bestätigte, wünscht Ungarn kein begrenztes Abkommen wie Rumänien (Industrie)⁹ oder Jugoslawien (präferentielles Kooperationsabkommen)¹⁰, sondern ein Freihandelsabkommen nach Vorbild der Abkommen zwischen EG und den EFTA-Staaten.¹¹

Aus einem Papier des ZK der USAP, das Botschaft Budapest vertraulich vom dortigen britischen Botschafter¹² erhielt, ergeben sich folgende Einzelheiten zu den ungarischen Absichten:

- Modell für das vorgesehene Abkommen soll das Freihandelsabkommen EG–Österreich¹³ sein. Abgelehnt wird das Vorbild des Industrieabkommens EG–Rumänien.
- Einsetzung einer Gemischten Kommission.
- Ausnahmen zum freien Marktzugang sollen nur für landwirtschaftliche Rohprodukte gelten.
- Die Liberalisierung soll stufenweise erfolgen, wobei besondere Konzessionen an den ungarischen Entwicklungsstand gemacht werden sollen.
- Ungarn ist bereit, einige weitere Beschränkungen (Mindestpreise, Quoten für sensible Produkte) zu akzeptieren.

4) Der ungarische Wunsch geht über das Verhandlungsschema hinaus, das der EG-Rat am 7.11.1974 als Verhandlungsangebot an die Staatshandelsländer verabschiedete und das auch Ungarn von der EG-Kommission im November 1974 übermittelt wurde.¹⁴

Fortsetzung Fußnote von Seite 269

(RGW) behandelt werden. Das Gelingen seiner Initiative sei für das Verhältnis Ungarns zu West wie Ost (sic!) entscheidend, andernfalls müsse sein Land „einen ganz anderen Weg gehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 118; Referat 411, Bd. 131180.

⁹ Die Europäischen Gemeinschaften und Rumänien unterzeichneten am 28. Juli 1980 ein Abkommen zur Einsetzung eines Gemischten Ausschusses sowie ein Abkommen über gewerbliche Waren. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 352 vom 29. Dezember 1980, S. 2–4 bzw. S. 5.

¹⁰ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 2. April 1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Jugoslawien sowie des Abkommens zwischen den Mitgliedstaaten der EGKS und Jugoslawien vom selben Tag vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 1095–1172 bzw. S. 1173–1181.

Nach dem Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 wurden Anpassungen notwendig, die in zwei Zusatzprotokollen vom 1. April 1982 geregelt wurden. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 279–303 bzw. S. 304–308.

¹¹ Am 22. Juli 1972 wurden in Brüssel die Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Island, Österreich, Portugal, Schweden sowie der Schweiz unterzeichnet sowie ein entsprechendes Abkommen mit Finnland paraphiert. Die Abkommen traten am 1. Januar 1973 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1972, S. 11–22.

¹² Bryan George Cartledge.

¹³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1972 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Österreich vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 300 vom 31. Dezember 1972, S. 2–91.

¹⁴ Am 7. November 1974 billigte der EG-Ministerrat den Entwurf für ein Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den RGW-Mitgliedstaaten. Darin erklärten die Europäischen Gemeinschaften ihre Bereitschaft, mit den einzelnen RGW-Mitgliedstaaten „langfristige, nicht präferenzielle Handelsabkommen auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen mit gleichwertigen Vorteilen und Verpflichtungen“ abzuschließen. Vgl. BULLETIN DER EG 11/1974, S. 14. Vortragender Legationsrat I. Klasse Loeck notierte am 14. November 1974, daß die EG-Kommission auf der Basis des Entwurfs mit der Mehrzahl der betreffenden Staaten Kontakt aufgenommen habe, das Verhandlungsangebot mit Ausnahme von Rumänien und Kuba jedoch abgelehnt worden sei, darunter auch von Ungarn. Vgl. dazu B 201 (Referat 411), Bd. 499.

Das Schema enthielt folgende Punkte:

- Liberalisierung der Einfuhren,
- besondere Behandlung des Agrarbereichs,
- Schutzmechanismus,
- Einsetzung eines Gemischten Ausschusses.

5) Eine erste Analyse der ungarischen Gedankengänge führt vorbehaltlich einer Abstimmung mit den Ressorts¹⁵ zu folgenden Schlußfolgerungen:

- Die ungarische Initiative ist grundsätzlich zu begrüßen. Sie entspricht den jahrelangen deutschen und gemeinschaftlichen Bemühungen, den kleineren RGW-Staaten gegenüber der Sowjetunion wirtschaftlichen und dadurch auch politischen Freiraum zu eröffnen. Wir können angesichts der zahlreichen ungarischen Signale der letzten Monate von einer Zustimmung Moskaus ausgehen.
- In der Sache kommt jedoch ein präferentielles Freihandelsabkommen EG–Ungarn nicht in Betracht. Dagegen sprechen mehrere Argumente¹⁶:
- Die EG hat die Liste derjenigen Länder, die für präferentielle Handels- und Kooperationsabkommen in Betracht kommen, ausgeschöpft.
- Der Abschluß weiterer präferentieller Abkommen würde
 - das Verhältnis der EG zu den USA, die den EG-Präferenzen seit jeher ablehnend gegenüberstehen, weiter belasten,
 - die bestehenden Präferenzabkommen (EFTA, Mittelmeer¹⁷, AKP¹⁸) aushöhlen,
 - einen gefährlichen Präzedenzfall für entsprechende Wünsche weiterer Staaten und Staatengruppen schaffen (z. B. ASEAN, Andenpakt, Brasilien).
- Ein Freihandelsabkommen setzt nach unserem Verständnis die Vergleichbarkeit des betroffenen Wirtschaftssystems voraus. Dies ist bei Ungarn nicht gegeben.
- Schließlich exportiert Ungarn für uns und andere EG-MS (vor allem F) besonders sensible Produkte im Agrarbereich. Zwar sieht schon das ZK-Papier

¹⁵ Die Wörter „Abstimmung mit den Ressorts“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Abstimmung mit Ressorts wäre m. E. verfrüht.“

¹⁶ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „[richtig]“.

¹⁷ Die Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien wurden im April 1976 in Algier, Rabat und Tunis unterzeichnet. Sie wurden durch Verordnungen des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 26. September 1978 verabschiedet und traten am 1. November 1978 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1978, S. 75, bzw. BULLETIN DER EG 11/1978, S. 73.

Die Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Maschrek-Staaten Ägypten, Jordanien, dem Libanon und Syrien wurden am 18. Januar bzw. 3. Mai 1977 in Brüssel unterzeichnet. Sie wurden durch Verordnungen des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 26. September 1978 verabschiedet und traten am 1. November 1978 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1978, S. 75, bzw. BULLETIN DER EG 11/1978, S. 73.

¹⁸ Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Für den Wortlaut des Zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

den Ausschluß von unveredelten landwirtschaftlichen Produkten und besondere Regeln für veredelte Produkte vor. Es muß jedoch mit Widerstand der Landwirtschaftsinteressen in den MS, besonders von F, gerechnet werden.

6) Auch ein nichtpräferentielles Handelsabkommen – wie von der EG 1974 vorgeschlagen – hätte für Ungarn Vorteile:

- Der vertragslose Zustand würde beendet und eine kontraktuelle Verbindung zur EG geschaffen.
- Die Meistbegünstigung würde zugunsten Ungarns festgeschrieben.
- Bisher autonom gewährte Liberalisierungsschritte – Importkontingente der EG-MS – würden durch bilaterale jährliche Abmachung unter Mitwirkung Ungarns abgelöst.
- Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen könnten günstiger gestaltet werden.
- Schließlich könnten Bereiche in die Verhandlungen eingeführt werden, die in das Verhandlungsschema der EG 1974 nicht aufgenommen wurden, sondern als Reserve betrachtet wurden:
 - wirtschaftliche Zusammenarbeit,
 - Rohstoffversorgung,
 - Handel mit EGKS-Erzeugnissen.

7) Hinsichtlich des Verfahrens ist angesichts der überaus diskreten Art, in der diese Frage in Ungarn behandelt wird, bis auf weiteres Zurückhaltung¹⁹ geboten. Ich beabsichtige, bei nächster Gelegenheit meinen französischen und englischen Kollegen²⁰ nach ihrer Meinung zu fragen. Unsere Haltung sollte daher im Prinzip positiv sein, wobei auf die Zuständigkeit der Gemeinschaft²¹ verwiesen werden müßte. Zum geeigneten Zeitpunkt wird es wichtig sein, Ungarn auf die Unrealisierbarkeit seiner Vorstellungen zu verweisen und ihm nahezu legen, sich in den Rahmen des vorhandenen Angebots der Gemeinschaft zu begeben.²²

Per Fischer

VS-Bd. 10894 (411)

¹⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

²⁰ Richard Marc Evans (Großbritannien) bzw. Jean-Claude Paye (Frankreich).

²¹ Die Wörter „französischen“ und „englischen“ sowie „Zuständigkeit der Gemeinschaft“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Im Prinzip positiv in bezug auf ein nichtpräferentielles Handelsabkommen.“

²² Der EG-Ministerrat beschäftigte sich auf seiner Tagung am 14./15. März 1983 in Brüssel mit der Frage eines Handelsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 16. März 1983, die Minister seien übereinstimmend der Meinung gewesen, daß es „nicht im Gem[inschafts]-Interesse liege, damit zu einer etwaigen Stärkung des COMECON beizutragen. Auch sei zu prüfen, ob sich hinter ungarischem Wunsch ggf. ein noch kaschiertes SU-Interesse verberge.“ Der Ministerrat sei einem Vorschlag des Bundesministers Genscher gefolgt, „daß Kom[mission] jetzt Sondierungen mit ungar[ischer] Regierung aufnimmt, in denen sie Gem.-Interesse an Verbesserung der Beziehungen markiert und erläutert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1071; Referat 411, Bd. 131180.

51

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik**221-372.20/31-342/83 VS-vertraulich****17. Februar 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: MBFR;

hier: neue östliche Vorschläge

Anlg.: 1 (DB Nr. 5035 des BMVg vom 16.2.83) – nur zum Original³

1) Der Osten hat in der informellen Sitzung am 16. Februar neue Vorschläge eingeführt, die in der heutigen Plenarsitzung vom sowjetischen Delegationsleiter⁴ förmlich eingebracht und in der anschließenden Pressekonferenz⁵ in großen Zügen der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden. Wesentlicher Inhalt (vgl. im einzelnen beigegeführten DB Nr. 5035 vom 16.2.):

- Beide Seiten vereinbaren, ihre Streitkräfte in Mitteleuropa unabhängig von ihrer gegenwärtigen Stärke auf 900 000 Mann, einschließlich 700 000 Mann Landstreitkräfte zu reduzieren, wobei jede Seite die hierzu erforderliche Reduzierungsquote selbst bestimmt. Wenn der Westen dem zustimme, könne man die Frage für beide Seiten akzeptabler Maßnahmen zur Verifikation der Reststärken prüfen.⁶
- Als einen ersten „praktischen Schritt“ im Reduzierungsprozeß würde die Sowjetunion weitere 20 000 Mann Landstreitkräfte abziehen, wenn die USA ihrerseits 13 000 Mann abzögen. Diese Abzüge würden auf der „Basis des gegenseitigen Beispiels“ innerhalb eines Jahres erfolgen. Möglicherweise könnten Verfahren zur Beobachtung dieser Abzüge einschließlich der Errichtung von „exit points“ vereinbart werden.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 24. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich den „R[ücklauf] v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 25. Februar 1983 vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 28. Februar 1983 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 18. Februar 1983 vorgelegen.

³ Dem Vorgang nicht beigegeführt.

⁴ Walerian Wladimorowitsch Michajlow.

⁵ Für den Wortlaut der sowjetischen Presseerklärung vom 17. Februar 1983 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI, S. 261.

⁶ In einer Analyse des Vorschlags der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. Februar 1983 vermerkte Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), zu diesem Punkt, daß nach östlicher Auffassung damit „das Datenproblem aus der Welt“ geschafft würde und nach westlicher Zustimmung „die Frage angemessener, beiderseitig annehmbarer begleitender Maßnahmen zur Verifikation der Endhöchststärken“ geprüft werden könnte: „Auf westliche Frage spezifizierte der Osten, daß hinsichtlich der gesonderten Höchststärken für Luftstreitkräftepersonal, Rüstungsreduzierungen und der Ablehnung einer Ausnahmeregelung (exceptions) der östliche Abkommensentwurf vom 18.2.82 weitergelte. Er erklärte weiter, daß die Reduzierungen in einem einzigen Vertrag vereinbart und in einer Etappe durchgeführt würden; ein Ausdünnen der Streitkräfte ausgeschlossen sei, ansonsten den Teilnehmern aber freistünde, ob sie in Großverbänden, Verbänden oder Einheiten reduzierten; der Osten die Formel des ‚significant share‘ für die nationalen Reduzierungsquoten annehme und somit seine Forderung nach annähernd proportionalen Reduzierungsanteilen aufbe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 167 vom 1. April 1983; VS-Bd. 11473 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

- Nach den amerikanischen und sowjetischen Abzügen sollten die Streitkräfte und Rüstungen aller direkten Teilnehmer im Raum der Reduzierungen eingefroren werden; dieser Freeze solle die Form einer gegenseitigen politischen Verpflichtung haben.

2) Die neue östliche Initiative ist sowohl vor dem Hintergrund der Verhandlungssituation in Wien wie auch im Gesamtzusammenhang der gegenwärtigen Ost-West-Beziehungen und des „Kampfes um Herzen und Hirne der Europäer“ zu sehen.

- Mit seiner Initiative vom 8. Juli 1982⁷ ist es dem Westen gelungen, den Osten in Wien in die Defensive zu drängen. Im Gegensatz zu dem vom Osten im Februar 1982 vorgelegten Abkommensentwurf⁸, der im wesentlichen die frühere östliche Verhandlungsposition lediglich in konsolidierter Form zusammenfaßt, geht der westliche Vorschlag für ein umfassendes MBFR-Abkommen über die Wiederholung früherer Positionen hinaus, kommt dem Osten in wichtigen Fragen entgegen und macht deutlich, daß Fortschritte in den Verhandlungen möglich sind, wenn sich beide Seiten auf die Lösung der hinreichend definierten Sachprobleme konzentrieren und in den offenen Kernfragen aufeinanderzubewegen. Die Kritik und Polemik, die die östlichen Delegationen – nach zunächst relativ sachlicher Reaktion – der westlichen Initiative in der letzten Verhandlungsrunde⁹ entgegengesetzten, und ihre wenig überzeugenden Bemühungen um Aufwertung des eigenen Abkommensvorschlags zeigten, wie sehr sich der Osten selbst in der Defensive fühlte.
- Darüber hinaus gibt es Hinweise, die auf einen grundsätzlichen Wandel der östlichen Haltung gegenüber MBFR seit dem Amtsantritt Andropows¹⁰ schließen lassen könnten. Durch die westliche Verhandlungsführung argumentativ in die Enge getrieben, soll den Verhandlungen eine Richtung gegeben werden, die eher zu Ergebnissen im atmosphärischen Bereich als zu konkreten und verifizierbaren Beschränkungen der Streitkräfte führt – eine Tendenz, die sich in der Prager Erklärung des WP vom 5. Januar¹¹ deutlich abzeichnete. Gleichzeitig soll der Öffentlichkeit ein Bild des Ostens als die treibende Kraft der Verhandlungen suggeriert werden, die auf Überwindung der vom Westen „künstlich geschaffenen Hindernisse“ (Daten) drängt, um endlich einen „sichtbaren“ Anfang des Reduzierungsprozesses zu erreichen.

3) Bei der Konzeption seiner Gegenoffensive hatte der Osten offenbar Schwierigkeiten, die bilateralen und die multilateralen Elemente der MBFR-Passage

⁷ Am 8. Juli 1982 legten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten in Wien den Entwurf eines MBFR-Abkommens vor, bestehend aus einem von den direkten Teilnehmern zu unterzeichnenden „Hauptvertrag“, einem Protokoll zur Übernahme bestimmter begleitender Maßnahmen durch die indirekten Teilnehmerstaaten und drei Anhängen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 216.

⁸ Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten unterbreiteten am 18. Februar 1982 in Wien den Entwurf eines MBFR-Abkommens, bestehend aus einer Präambel und fünf Hauptteilen (Allgemeine Bestimmungen; Bestimmungen über die Reduzierungen und Begrenzungen in Phase I; Vereinbarungen zur Verknüpfung von Phase I und Phase II; begleitende Maßnahmen; Schlußbestimmung). Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 59.

⁹ Die 28. Runde der MBFR-Verhandlungen fanden vom 23. September bis 16. Dezember 1982 in Wien statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 357.

¹⁰ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

¹¹ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vgl. Dok. 40.

der Prager Erklärung miteinander zu vereinbaren und den Gedanken der Abzüge „auf der Basis des gegenseitigen Beispiels“ mit dem östlichen Abkommen-entwurf vom Februar 1982 in Einklang zu bringen. In ihrer dem Westen bisher unterbreiteten Form enthalten die östlichen Vorschläge zahlreiche Unklarheiten und Widersprüche, die in den weiteren Verhandlungen zu klären sein werden. Eine erste vorläufige Bewertung muß sich deshalb auf folgende allgemeine Bemerkungen beschränken:

- a) Offensichtliches Hauptanliegen der neuen Vorschläge in allen drei Elementen ist es, ein Gegenkonzept zum westlichen Konzept vereinbarter Reduzierungen und Höchststärken auf der Grundlage geklärter Streitkräftedaten aufzuzeigen.
- Der Reduzierungsprozeß würde mit dem in der Prager Erklärung angekündigten „praktischen Schritt“ amerikanisch-sowjetischer Reduzierungen „auf der Basis des gegenseitigen Beispiels“, also außerhalb des eigentlichen Rahmens eines MBFR-Abkommens, beginnen. Ein „Minimum an Vereinbarungen“ würde sich beschränken auf Reduzierungsquoten und Zeitfolge der Reduzierungen, allenfalls noch auf die Überprüfung der Abzüge. Dagegen sind keine Vereinbarungen über die Begrenzung der Reststärken oder gar deren Verifikation vorgesehen. Der Westen hätte somit keine Gewähr dafür, daß die im Raum der Reduzierungen verbliebenen sowjetischen Streitkräfte wieder – wie bereits im Anschluß an die einseitigen sowjetischen Reduzierungen im Jahre 1980¹² – durch Neuzuführungen aufgefüllt würden.
 - Mit einem „Freeze“ für alle MBFR-Teilnehmer im Anschluß an die amerikanisch-sowjetischen Reduzierungen, in Form einer „gegenseitigen politischen Verpflichtung“ und ohne Einigung über bestehende Streitkräftestärken, hätte der Osten ein wesentliches Ziel seiner Verhandlungspolitik erreicht. Denn wegen der unterschiedlichen Rahmenbedingungen würde ein solcher „Freeze“ nur auf westlicher Seite praktisch zur Begrenzung eines Streitkräfteaufwuchses führen. Ein östliches Interesse an weiteren ernsthaften Verhandlungen über Reduzierungen und überprüfbare Höchststärken würde entfallen.¹³

¹² Am 6. Oktober 1979 kündigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in einer Rede in Ost-Berlin den Abzug von 20 000 sowjetischen Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR an. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 556–560. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 284.

Am 27. Mai 1982 übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), den „Entwurf einer Weisung an die Ad-hoc-Gruppe Wien zur Frage des einseitig erklärten Abzuges von 20 000 sowjetischen Soldaten“. Darin hieß es: „In August 1980, the Soviet Union announced the completion of a net reduction of 20 000 personnel from the GDR back to the Soviet Union. Eastern cooperation would be necessary to allow the Alliance to confirm whether or not the full claimed total of 20 000 men had been withdrawn from the reductions area. [...] Even if the alleged withdrawal has taken place in full, the Alliance has noted that the continuing reorganisation of Soviet divisions, together with other changes, has led to a significant increase of Soviet ground forces in the reductions area.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1051; VS-Bd. 11497 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

¹³ Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), wies in seiner Analyse vom 1. April 1983 darauf hin, daß „die Forderung des Ostens, auch Rüstungen bereits in einen generellen Freeze einzubeziehen“, ein neues Element darstelle: „Durch einen so formulierten Freeze würde neben der Festschreibung östlicher Überlegenheit im Bereich der konventionellen Rüstung in Mitteleuropa auch die zukünftige Verbesserung der westlichen Verteidigungsfähigkeit in Mitteleuropa gefährdet werden.“ Ferner sehe der Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten „lediglich eine allgemeine politische Nichterhöhungsverpflichtung vor. Er sieht weder Dateneinigung und zahlenmäßige Bestimmung der gegenwärtigen Streitkräftestärken noch Verifikation durch begleitende Maßnahmen vor.“ Zudem läge „der

– Die einzige förmliche Vereinbarung, die der Osten nunmehr vorsieht, würde zwar zu vereinbarten Höchststärken führen, die Entscheidung über den Umfang der auf beiden Seiten notwendigen Reduzierungen aber diesen überlassen. In diesem Element der neuen östlichen Vorschläge liegt der Schwerpunkt der Offensive gegen die westliche Datenposition, wobei offensichtlich mit positiver Resonanz in der westlichen Öffentlichkeit gerechnet wird. Der Osten will diejenigen Kritiker der westlichen MBFR-Politik ermutigen, die in der Verifikation von Reststärken eine akzeptable Alternative zur Einigung über Ausgangsstärken sehen. Die Andeutung östlicher Bereitschaft zu Verifikationsmaßnahmen ist allerdings äußerst vage („possible to consider the question of mutually acceptable measures for verifying the level of armed forces remaining after the completion of all reductions“). Dem Westen wird also zugemutet, sich ohne wirksame Sanktionen gegen unzureichende östliche Bereitschaft zur Verifikation auf kaum rückgängig zu machende Reduzierungen einzulassen.

b) Trotz ihrer mit dem westlichen Grundkonzept nicht zu vereinbarenden Hauptstoßrichtung enthält die neue östliche Initiative Ansatzpunkte, die der Westen in seinem Sinne nutzen sollte. Vor allem könnte die angedeutete Bereitschaft zur Vereinbarung von Verifikationsmaßnahmen eine Handhabe bieten, zu testen, ob der Osten und vor allem die SU zur Abkehr von ihrer bisher völlig negativen Einstellung gegenüber Inspektionen bereit ist. Dabei könnten sich unsere bisher nur in trilateralem Rahmen diskutierten Überlegungen zur Lösung des Datenproblems mit Hilfe eines neuen Daten/Verifikationsansatzes als nützlich erweisen.¹⁴ Allerdings muß jeder Eindruck einer Bereitschaft vermieden werden, die bisherige westliche Datenposition in Frage zu stellen. Wir werden auch gegenüber unserer eigenen Öffentlichkeit daran festhalten müssen, daß ein MBFR-Abkommen keine zuverlässige Grundlage für stabilere militärische Beziehungen und für mehr Vertrauen in Europa wäre, wenn es nicht gelänge, die für Reduzierungen und Begrenzungen relevanten Streitkräftedaten zwischen Ost und West einvernehmlich zu klären.

Fortsetzung Fußnote von Seite 275

Freeze vor der vertraglichen Vereinbarung von Reduzierungen. Damit greift zusätzlich die Überlegung Platz, daß die Vereinbarung eines solchen Freeze dem Osten den Anreiz zu einem Reduzierungs- und Begrenzungsabkommen nehmen würde, in dem er sich ja auch zu stringenten begleitenden Maßnahmen verpflichten müßte. Insgesamt ist damit dieser östliche Freeze-Vorschlag für den Westen unannehmbar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 167/168; VS-Bd. 11473 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Am 17. September 1982 fanden in London MBFR-Konsultationen zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA statt. Dabei trug Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik Überlegungen der Bundesregierung für einen „Bausteinansatz“ bei MBFR vor. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 244.

Die Konsultationen wurden am 21. Januar 1983 im Auswärtigen Amt fortgesetzt. Botschafter Ruth vermerkte dazu am 26. Januar 1983, daß nach Auffassung der Beteiligten „die bisher zurückgestellten konzeptionellen Überlegungen über den Zusammenhang Einigung über Ausgangsdaten/Verifizierung von Reduzierungen/Verifizierung von Reststärken aufgenommen werden“ sollten: „Die Amerikaner ließen erkennen, daß sie über die von uns bisher zur Diskussion gestellten Optionen hinaus unkonventionelle Lösungen der Datenfrage in Betracht ziehen (z. B. Verzicht auf Einigung über Ausgangsdaten bei östlicher Bereitschaft zu asymmetrisch vereinbarten Reduzierungen).“ Ruth meinte abschließend: „Voraussetzung für die Realisierbarkeit eines neuen Ansatzes wäre es, den Osten in die Demandeur-Position zu versetzen und zu veranlassen, durch Entgegenkommen im Bereich der Streitkräftestrukturen und der Verifikation einen Ausweg aus der von ihm verschuldeten Sackgasse in der Datendiskussion anzubieten.“ Vgl. VS-Bd. 11455 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

4) Für öffentliche Äußerungen zu den neuen östlichen Vorschlägen wird folgende Linie empfohlen:

- Die vom sowjetischen Delegationsleiter am 17. Februar unterbreiteten neuen Vorstellungen bedürfen der sorgfältigen Prüfung im Bündnis. Die Bundesregierung wird sich daran konstruktiv beteiligen und dafür eintreten, alle sich bietenden Ansätze aufzugreifen, um Fortschritte in den Verhandlungen zu erreichen.
- Unsere Ausgangsposition ist der vom Westen im Juli des vergangenen Jahres vorgelegte Vorschlag für ein umfassendes MBFR-Abkommen, der ein neues Stadium der Verhandlungen eingeleitet hat. Wenn beide Seiten sich auf die Lösung der nunmehr hinreichend definierten Sachprobleme konzentrieren und in den offenen Kernfragen aufeinander zubewegen, sind nach unserer Einschätzung baldige¹⁵ Verhandlungsfortschritte möglich.
- Die wichtigste der noch offenen Kernfragen ist die Einigung über die umstrittenen Streitkräftestärken des WP im Raum der Reduzierungen. Wenn es nicht gelänge, die für Reduzierungen und Begrenzungen relevanten Streitkräftedaten zwischen Ost und West einvernehmlich zu klären, wäre ein MBFR-Abkommen keine zuverlässige Grundlage für stabilere militärische Beziehungen und für mehr Vertrauen in Europa.

i. V. Holik

VS-Bd. 11517 (221)

52

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele

513-542.40 RUM-132/83 geheim

17. Februar 1983¹

Eilt sehr, sofort auf den Tisch!

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Familienzusammenführung aus Rumänien

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des weiteren Vorgehens gem. Ziff. VI

¹⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager eingeklammert.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 19. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für die nächste Runde von Abg[eordnetem] Hüsch reicht dies aus. Danach aber werden wir überlegen müssen, wieviel wir allenfalls zulegen; welche weiteren Druckmittel wir haben (Unterzeichnung Umschuldung, Indeckungnahmen u. ä.).“

³ Hat Bundesminister Genscher am 22. Februar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 22. Februar 1983 vorgelegen, der handschriftlich den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 513 verfügte.

Hat laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats von Butler vom 29. Februar 1983 Staatssekretär von Staden erneut vorgelegen.

I. Am 1. November 1982 wurde ein vom rumänischen Staatsrat am 22. Oktober 1982 erlassenes Dekret über die Rückerstattung von Ausbildungskosten u. a. bei der endgültigen Aussiedlung aus Rumänien veröffentlicht.⁴

Wir haben unmittelbar nach Erlass des Dekrets auf den verschiedensten Ebenen, zuletzt beim Besuch des rumänischen Außenhandelsministers Pungan in Bonn im Januar 1983 durch den Herrn Bundesminister⁵ und Staatssekretär Dr. Lautenschlager⁶ sowie durch eine Demarche unseres Botschafters in Bukarest am 11. Februar 1983 bei Pungan⁷ gegen die Anwendung dieses Dekrets auf deutsche Volkszugehörige protestiert. Wir haben dabei vorgebracht, daß das Dekret neben einer Verletzung der Schlußakte von Helsinki von 1975⁸ und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte von 1966⁹ insbesondere gegen die deutsch-rumänischen Vereinbarungen vom Januar 1978, modifiziert im März 1981¹⁰, verstoße. Diese Vereinbarungen (die am 30. Juni 1983 ausliefen) müßten eingehalten werden. Gemäß der Absichtserklärung von 1981 seien wir zum Abschluß einer Folgevereinbarung bereit. Das Dekret dürfe nicht auf Ausreisewillige deutscher Volkszugehörigkeit angewendet werden.

⁴ Botschaftsrat I. Klasse Bensch, Bukarest, übermittelte am 8. November 1982 den Text des rumänischen Dekrets vom 22. Oktober 1982 und bemerkte dazu: „Dekret enthält eine Reihe von teilweise massiven finanziellen Erschwernissen für Ausreisewillige. Im Grundsatz sollen alle irgendwie gearteten Leistungen rum[änischen] Staates vor Ausreise zurückerstattet werden. [...] Finanzielle Belastungen des Dekrets dürfte vielen Antragstellern Ausreise faktisch unmöglich machen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß prohibitiver Charakter der Neuregelung bezweckt ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 602; Referat 214, Bd. 139574. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 301, Dok. 313 und Dok. 326.

⁵ Der rumänische Außenhandelsminister Pungan hielt sich vom 16. bis 22. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf und führte am 20. Januar 1983 ein Gespräch mit Bundesminister Genscher, in dessen Mittelpunkt die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und humanitäre Fragen standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12381 (513); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Staatssekretär Lautenschlager bedauerte im Gespräch mit dem rumänischen Außenhandelsminister am 19. Januar 1983, daß Rumänien dem Wunsch der Bundesregierung nicht entsprochen habe, das Dekret vom 22. Oktober 1982 auf die Ausreise von deutschstämmigen Rumänen nicht anzuwenden. Auf die Erwiderung von Pungan, das Dekret regle nur die Beziehungen zwischen dem rumänischen Staat und seinen Staatsbürgern, nicht jedoch die Beziehungen zu anderen Staaten, entgegnete Lautenschlager: „Es bestehe eine Abmachung bis Ende Juni 1983 [...]. Niemand bestreite, daß das Dekret das Verhältnis zu rumänischen Bürgern regle. Dies könne aber nicht dazu führen, Verpflichtungen uns gegenüber nicht einzuhalten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12381 (513); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Botschafter Jovy, Bukarest, teilte am 11. Februar 1983 mit, daß er dem rumänischen Außenhandelsminister erneut die Einwände der Bundesregierung gegen die Anwendung des Dekrets vom 22. Oktober 1983 dargelegt habe. Pungan habe geantwortet, daß das Dekret nur den Zweck habe, „bei Aussiedlung die Investitionskosten für die höhere Ausbildung der Aussiedler zurückzuerlangen. Er könne daher keinen Bruch der mit uns bestehenden Vereinbarungen feststellen, von denen er hoffe, daß sie weitergeführt und ggf. ergänzt würden. Eine Lösung sei nur im Rahmen des Dekretes möglich, und darüber müsse man einmal verhandeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; VS-Bd. 13414 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁹ Für den Wortlaut des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. UNTS, Bd. 999, S. 171–346. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.

¹⁰ Staatssekretär van Well und der Berater des rumänischen Präsidenten, Pungan, trafen in Gesprächen vom 5. bis 7. Januar 1978 vertrauliche Abmachungen über Familienzusammenführungen. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11. Zu den am 24. März 1981 beschlossenen Modifikationen der Abmachungen vom Januar 1978 vgl. AAPD 1981, I, Dok. 101.

Die rumänische Seite erklärte demgegenüber, daß das Dekret lediglich die Beziehungen zwischen dem rumänischen Staat und seinen Bürgern regeln und eine innerrumänische Angelegenheit darstelle. Es würde unterschiedslos auf alle Ausreisewilligen Anwendung finden. Man sei jedoch bereit, auf den „bereits vorhandenen Kanälen“ (d.h. Rechtsanwalt Dr. Hüsch, MdB, als Beauftragter des BMI, mit seinen jeweiligen rumänischen Gesprächspartnern) über eine befriedigende Lösung zu sprechen.

II. Der Erlaß des Ausreisedikrets hat sich bisher – was die Ausreisezahlen betrifft – auf deutsche Volkszugehörige nicht nachteilig ausgewirkt (Nov. 82: 1521; Dez. 82: 2122; Jan. 83: 1243; erste Hälfte Febr. 83: 528). Zunächst wurde auch nicht bekannt, daß die rumänische Seite finanzielle Forderungen bei der Ausreise erhoben hat. Dies hat sich nunmehr grundlegend geändert. Wenngleich unserer Botschaft mit Ausnahme einer in die USA auswandernden Person (Quelle: amerikanische Botschaft) bisher noch kein Fall einer schriftlichen Zahlungsaufforderung bekannt geworden ist, mehren sich in den letzten Tagen die Meldungen, sowohl bei der Botschaft Bukarest als auch beim Auswärtigen Amt, über mündliche Zahlungsaufforderungen auf der Basis des Dekrets. Die dabei genannten Zahlen bewegen sich zwischen US-Dollar 7400 für den vierjährigen Besuch einer höheren Lehranstalt, bis zu US-Dollar 36000 für eine qualifizierte Universitätsausbildung. Zwar ist nicht auszuschließen, daß sich ein Teil dieser Zahlungsaufforderungen in einer Grauzone (Bestechungsgelder) bewegt; es kann jetzt jedoch kein Zweifel mehr daran bestehen, daß Rumänien das Ausreisedikret auch auf deutsche Volkszugehörige anwendet. Außenhandelsminister Pungan hat dies gegenüber Botschafter Jovy am 11.2.1983 in Bukarest ausdrücklich bestätigt.¹¹ Ebenso steht fest, obwohl genaue Angaben fehlen, daß bereits Zahlungen aus privaten Mitteln geleistet worden sind.

III. Im Interesse der Fortführung der Familienzusammenführung und Aussiedlung aus Rumänien sind unsere Ziele die folgenden:

- 1) Wir müssen auf die Einhaltung der Vereinbarungen von 1978 und 1981 bis zu deren Auslaufen hinwirken.
- 2) Eine Folgevereinbarung über die Familienzusammenführung und Aussiedlung ist abzuschließen. Dabei müssen wir uns darüber klar sein, daß unsere finanziellen Leistungen, die z. Z. jährlich knapp unter 100 Mio. DM liegen (ausgebracht im Etat des BMI und von dort auch verwaltet), aufgestockt werden müssen. Diese Aufstockung kann sich jedoch nicht in einer Größenordnung bewegen, wie sie den Rumänen in Verfolg der Anwendung ihres Dekrets offenbar vorschwebt.
- 3) Die Folgevereinbarung muß eine vom Dekret unabhängige Absprache darstellen und darf nicht in Ausführung desselben erfolgen. Durch eine Anlehnung an das Dekret würden wir Gefahr laufen, die Folgevereinbarung von einer jetzi-

¹¹ Der Passus „es kann jetzt ... ausdrücklich bestätigt“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie Eagleburger mir am 15.2. sagte, ist dies auch den US gesagt worden, für Antragsteller, die ihre Anträge nach dem 6.11.82 gestellt haben. US werden darauf, wie d[en] Rumänen bekannt sei, mit Entzug der Meistbegünstigung innerhalb d[er] nächsten Monate reagieren, was für Rum[änien] den Verlust von ca. 200 [Mio.] Dollar Deviseneinnahmen p. a. bedeute. Rumänen zeigten sich davon unbeeindruckt (wobei AM Andrei deutlich gemacht habe, daß er das Dekret für einen Fehler halte).“

gen und künftigen rumänischen innerstaatlichen Gesetzgebung abhängig zu machen und uns dieser zu unterwerfen. In diesem Punkte gehen wir konform mit der Meinung der amerikanischen Regierung, die uns ausdrücklich gebeten hat, eine solche Verknüpfung zu vermeiden.

IV. In den bisher stattgefundenen Gesprächen¹² haben wir die rumänische Seite unmißverständlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Regelung der Ausreisefrage für uns einen zentralen Punkt in den deutsch-rumänischen Beziehungen darstellt und daß ein Fehlschlag bei der Lösung dieser Frage die beiderseitigen Beziehungen in ihrer Gesamtheit erheblich belasten müßte. In Verfolg dieser Linie wird es notwendig sein, bei den für den 24.2.1983 anstehenden Routinegesprächen von Rechtsanwalt Dr. Hüsch die Ernsthaftigkeit unseres Vorbringens nicht nur verbal, sondern auch durch Tatsachensetzung zu beweisen.

Folgende Möglichkeiten des Vorgehens sind denkbar:

1) Wir leisten unsere Zahlungen bis zum Ablauf der gegenwärtig bestehenden Vereinbarungen wie bisher und nehmen keine Notiz von den rumänischen Forderungen gegenüber den Ausreisewilligen (Einzelheiten über unsere Zahlungen s. Anlage):

Diese Lösung würde praktisch zu einer Doppelleistung gegenüber Rumänien führen und bei Bekanntwerden der Bundesregierung ganz erhebliche Kritik in der Öffentlichkeit und im Bundestag einhandeln. Darüber hinaus würde die rumänische Seite den Eindruck gewinnen, daß wir in vollem Umfang zum Nachgeben bereit sind. Die rumänischen Bedingungen für eine Folgevereinbarung würden sich danach ausrichten.

2) Wir zahlen die im gegenwärtigen Abrechnungszeitraum anfallenden „Kopfquoten“, halten jedoch die Vierteljahrespauschale von 8 Mio. DM zurück:

Auch diese Lösung läßt die Möglichkeit einer Doppelleistung offen und würde letztlich auf rumänischer Seite den Eindruck unserer Nachgiebigkeit erwecken.

Da bei dem bisher praktizierten Abrechnungsmodus neben den Leistungen für in der Vergangenheit erfolgte Ausreisen auch noch andere Vorgänge erfaßt werden, wie z.B. die „Legalisierung“ einer „illegal“ erfolgten Ausreise und gewisse, auf Hochrechnungen beruhende Vorauszahlungen, wäre das Eintreten von Überzahlungen vorprogrammiert.

3) Wir könnten die Abrechnung als solche wie bisher vornehmen; der sich dabei ergebende Betrag (z.Zt. ca. 7,9 Mio. DM) würde jedoch nicht ausbezahlt,

¹² Der Beauftragte des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, führte vom 20. bis 22. Dezember 1982 in Bukarest Gespräche über Fragen der Familienzusammenführung. Ministerialdirigent Bertele vermerkte am 12. Januar 1983, daß Hüsch bei dieser Gelegenheit erklärt habe: „Wir halten fest an der besonderen, vertraulichen Vereinbarung mit der rumänischen Seite vom Januar 1978/März 1981 über die Ausreise von Deutschen. Wir erwarten, daß durch das Dekret vom 22.10.1982 keine zusätzlichen Schwierigkeiten und Belastungen für die Ausreise von Deutschen geschaffen werden. Im Hinblick auf den Auslauf der geltenden Vereinbarungen am 30.6.1983 sind wir bereit, über eine Fortsetzung dieser Vereinbarungen zu verhandeln.“ Bertele fuhr fort: „Die Gespräche von Dr. Hüsch verliefen dieses Mal schwieriger und zäher als bisher. Die rumänische Seite zeigte, wie ersichtlich, in der Frage der Anwendung des Dekrets auf Ausreisewillige deutscher Volkszugehörigkeit keinerlei Nachgiebigkeit. Allerdings können wegen der komplizierten Modalitäten der Antragstellung für Ausreisegenehmigungen noch keine genauen Schlüsse über die zeitliche und formelle Handhabung des Dekrets gezogen werden. Der Rang der Gesprächspartner ließ es sicher nicht zu, bei diesen Gesprächen ein Entgegenkommen zu erreichen.“ Vgl. VS-Bd. 12381 (513); B 150, Aktenkopien 1983.

sondern bis zur Klärung der endgültigen Zahlungsverpflichtungen auf ein Sperrkonto überwiesen:

Die Zurückhaltung der jetzt anstehenden Zahlungen könnten wir damit begründen, daß wegen der Anwendung des Ausreisedikrets unter Verletzung unserer bilateralen Vereinbarungen offenbar Zahlungen durch deutsche Volkszugehörige erfolgt sind, deren Umfang wir noch nicht übersehen können, von denen wir aber wissen, daß sie eine beträchtliche Höhe angenommen haben. Wir müssen unsere an sich anstehenden Zahlungen deshalb zurückhalten, damit keine Doppelzahlung, nämlich seitens der Ausreisewilligen und seitens der Bundesregierung, eintritt.

Es wird vorgeschlagen, die unter 3) aufgezeigte Linie zu verfolgen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die rumänische Seite auf die Blockierung der jetzt von ihr erwarteten Zahlungen mit einer Drosselung der Ausreisegenehmigungen antwortet. Dies würde sicher zu erheblichem Aufsehen in den an diesen Fragen interessierten Kreisen im Parlament und in der Öffentlichkeit führen. Eine solche mögliche Entwicklung müßte jedoch in Kauf genommen werden, da es kaum eine unmittelbar im Zusammenhang mit der Aussiedlungsfrage stehende wirksamere Möglichkeit gibt, um die rumänische Regierung von der Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit unserer Haltung zu überzeugen. In unserer öffentlichen Argumentation könnten wir, unter Verweisung auf die Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Ceauşescu vom Januar 1978¹³, die rumänische Regierung eines Bruches bilateraler Vereinbarungen bezichtigen. Darüber hinaus könnten wir auch auf die Verletzung der bereits erwähnten multilateralen Instrumente hinweisen. Es sollte möglich sein, den dadurch entstehenden Druck in der Öffentlichkeit wenigstens so lange aufzufangen, bis wir zu neuen Absprachen mit Rumänien gekommen sind. Eine schwankende Haltung würde von rumänischer Seite als Zeichen der Unsicherheit und der Schwäche ausgelegt werden.

V. Um der rumänischen Seite unseren weiterhin vorhandenen Gesprächswillen zu bekunden, sollte Rechtsanwalt Dr. Hüsch beauftragt werden, den Abschluß einer Folgevereinbarung anzubieten, wobei er die unter III. aufgeführten Zielsetzungen zu berücksichtigen hätte. Bezüglich der Höhe der von uns zu erbringenden Leistungen sollte er zunächst die rumänischen Vorstellungen entgegennehmen. Eine finanzielle Verhandlungsmarge kann ihm z.Z. noch nicht gegeben werden. Hierzu müssen der BMF und anschließend die Vertrauensleute der einzelnen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien im Haushaltsausschuß gehört werden.

VI. Zusammenfassend wird vorgeschlagen, daß wir dem BMI folgende Haltung des Auswärtigen Amts mitteilen:

1) Der Beauftragte des BMI, Rechtsanwalt Dr. Hüsch, soll ermächtigt werden, bei den nächsten Gesprächen mit seinem rumänischen Partner zwar die übliche Abrechnung vorzunehmen, die Auszahlung der Gelder jedoch zu verweigern und sie auf ein Sperrkonto zu legen.

¹³ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien vgl. BULLETIN 1978, S. 21–24.

2) Rechtsanwalt Dr. Hüsch soll seinen rumänischen Gesprächspartnern Verhandlungen über eine Folgevereinbarung über die Ausreise deutscher Volkzugehöriger aus Rumänien anbieten, wobei er entsprechende finanzielle Gegenleistungen seitens der Bundesregierung in Aussicht stellen kann. Er hat jedoch darauf hinzuweisen, daß die hierfür notwendigen Gelder von den parlamentarischen Körperschaften zur Verfügung gestellt werden müssen und sich an der Höhe der bisher erbrachten Leistungen zu orientieren haben. Zahlungen in Höhe der bis jetzt bekanntgewordenen rumänischen Forderungen kommen, da diese exzessiv sind, nicht in Frage. Die Folgevereinbarung muß eine vom Dekret unabhängige Absprache darstellen und darf nicht in Ausführung desselben erfolgen.

3) Die Folgevereinbarung soll wiederum für einen festen Zeitraum, ca. fünf Jahre, abgeschlossen werden.

4) Die Gespräche zwischen Rechtsanwalt Dr. Hüsch und der rumänischen Seite sollen so bald wie möglich fortgesetzt werden, wobei, zur Unterstreichung der Tatsache, daß dies keine Routinegespräche mehr sind, evtl. ein neutraler Gesprächsort (Wien, Zürich?) gewählt werden könnte.

5) Der BMI wird gebeten, die nötigen Schritte beim BMF – und zu gegebener Zeit bei den Vertrauensleuten im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages – einzuleiten, um die finanziellen Voraussetzungen für die Aufstellung einer Verhandlungsmarge für die Gespräche mit der rumänischen Seite zu schaffen.

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Die Angelegenheit ist eilbedürftig, da der BMI so rechtzeitig von der Haltung des Auswärtigen Amtes verständigt werden muß, daß er Rechtsanwalt Dr. Hüsch noch eine schriftliche Weisung zur Führung der Gespräche, die am 24.2.1983 beginnen, erteilen kann.¹⁴

Bertele

[Anlage]

In den Vereinbarungen von 1978 hat sich die deutsche Seite unter der Voraussetzung, daß die Zahl der Ausreisenden in den nächsten fünf Jahren jährlich mindestens das Ergebnis des Jahres 1977 erreichen wird (rd. 11000) zu folgenden Zahlungen verpflichtet:

- DM 4000 pro ausreisender Person;
- DM 8 Mio. vierteljährlich als Pauschalzahlung.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil resümierte am 8. März 1983 die Ergebnisse der Gespräche des Bevollmächtigten des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, mit einem Vertreter der rumänischen Regierung am 24./25. Februar 1983: „Rumänischer Gesprächspartner blieb im Prinzip bezüglich der Anwendung des Ausreisedekrets hart. Er versuchte, offenbar ermutigt durch das teilweise Entgegenkommen des deutschen Beauftragten (entgegen der Empfehlung des Ausw[ärtigen] Amtes), die rumänischen Verpflichtungen aus den bilateralen Vereinbarungen schon vor deren Ablauf zu negieren. Gleichwohl zeigte rumänischer Gesprächspartner größtes Interesse an deutschen Zahlungen, auch wenn diese nicht die erhoffte Höhe erreichten. Rumänische Seite stellte Bedingung, daß Zahlung für das Jahr 1982 auf der Grundlage rumänischer Forderungen abzurechnen sei, bevor über eine Nachfolgevereinbarung nach dem 30. Juni 1983 gesprochen werden könnte.“ Vgl. VS-Bd. 13414 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Durch Zusatzvereinbarung wurde die „Kopfquote“ im März 1981 auf DM 5000 erhöht unter der Voraussetzung, daß jährlich mindestens 13 500 Personen die Ausreisegenehmigung erhalten. Die vierteljährlichen Pauschalzahlungen von jeweils DM 8 Mio. blieben unberührt und liefen weiter.

(Eine jährliche Ausreisenzahl von 13 500 Personen wurde nach Abschluß der Zusatzvereinbarung bisher nicht erreicht.)

VS-Bd. 12381 (513)

53

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-16635/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 740

Aufgabe: 17. Februar 1983, 18.57 Uhr¹
Ankunft: 18. Februar 1983, 01.23 Uhr

Betr.: Besuch BM Graf Lambsdorff in Washington am 15.2.1983²;
hier: Gespräch mit AM Shultz

AM Shultz empfing BM Graf Lambsdorff zunächst zu einer kurzen Unterredung unter vier Augen. An dem anschließenden Gespräch nahmen auf amerikanischer Seite Assistant Secretary McCormack, die Deputy Assistant Secretaries Blackwill und Niles und Deutschlandreferent Kornblum, auf deutscher Seite außer mir Frau MD Steeg und Gesandter Pabsch teil.

AM Shultz erkundigte sich einleitend nach den Wahlaussichten der vier Parteien und den Möglichkeiten einer Regierungsbildung je nach Wahlausgang.³

Anschließend fragte AM Shultz nach dem Stand der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. BM Graf Lambsdorff wies auf einige positive Faktoren (Hausbau, Privatverbrauch, Auftragseingänge) hin, die im Verlaufe des Jahres 1983 (viertes Quartal 1983 gegenüber viertem Quartal 1982) ein BSP-Wachstum von etwa 3,5 % erwarten ließen, was allerdings wegen der negativen Ergebnisse der ersten Jahreshälfte kaum mehr als ein Jahreswachstum von Null bringen und die hohe Arbeitslosenrate von z.Z. über 10 % kaum verringern werde. Die Bundesrepublik Deutschland werde voraussichtlich für die nächsten zwei Jahre weiterhin mit dem Problem hoher Arbeitslosigkeit leben müssen. Keine Partei der Bundesrepublik verfüge über eine Patentlösung. Die Regierungskoalition habe sich für eine Politik der strengen Haushaltskonsolidierung entschließen müssen, während die Opposition im Wahlkampf höhere Staatsausgaben und höhere Steuern fordere. Das zweite große Thema im laufenden Wahlkampf sei die Sicherheitspolitik. Hier habe sich die Lage leider insofern gewan-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Pieck am 22. Februar 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich vom 12. bis 16. Februar 1983 in den USA auf.

³ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

delt, als die frühere Regierung sich bis zum Wechsel im Oktober 1982⁴ auf die Opposition völlig habe verlassen können. Während die Bundesregierung in der Frage der INF-Modernisierung die alte Linie vertrete, sei die SPD dabei, sich davon zu entfernen. Für den Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik Deutschland sei natürlich auch die Wirtschaftslage in den Nachbarländern von großer Bedeutung. Frankreich sei der größte Markt für die Bundesrepublik, doch stehe das große französische Handelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland z.Z. einer weiteren Handelsausweitung im Wege. Der französische Franc sei überbewertet⁵, doch lehne Frankreich die in denkbarer Sicht nötige Anpassung der Wechselkurse vor den französischen Wahlen⁶ ab. Die Lage in den USA hingegen erscheine hoffnungsvoller. Bei seinen Gesprächen in New York habe ihn der Stimmungsumschwung, der sich unter den Wirtschaftsführern der USA abzuzeichnen beginne, überrascht.⁷ Man sei allenthalben gespannt auf die weitere Entwicklung der Geldpolitik der Federal Reserve. Das Vertrauen in Fed-Chairman Volcker sei groß, auch in der Bundesrepublik Deutschland, man hoffe, er werde im Amte verbleiben.⁸ AM Shultz meinte, die BSP-Wachstumsrate in den USA werde 1983 wahrscheinlich höher liegen, als vom CEA⁹-Chairman Feldstein angenommen. Die nachgebenden Ölpreise würden hierzu beitragen, auch wenn für einige Länder und einige Unternehmen hieraus Schwierigkeiten entstehen könnten. Im Gesamtergebnis werde sich das Fallen der Ölpreise günstig auswirken, wegen der negativen Folgen sei er nicht sehr besorgt. BM Graf Lambsdorff stimmte dieser Beurteilung zu.

Er fragte nach den Erwartungen der US-Regierung in bezug auf die Entwicklung einer gemeinsamen westlichen Strategie für die Ost-West-Wirtschaftsbe-

⁴ Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

⁵ Zur französischen Währungspolitik vgl. Dok. 9, Anm. 29.

Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 28. Februar 1983, im französischen Wirtschafts- und Finanzministerium werde „hartnäckig die Meinung vertreten, der Kurs des Franc ‚stimme‘. Es sei daher unsere Sache, Verspannungen innerhalb des EWS durch eine Aufwertung der DM zu beseitigen.“ Herbst empfahl: „Sicher sollten wir nicht das vitale Interesse übersehen, das wir an der Erhaltung des französischen Marktes für unsere Ausfuhren haben. Auch können wir nur mit Sorge an ein Ausscheiden Frankreichs aus dem EWS denken [...]. Wir wären dann nämlich innerhalb des EWS als größeres Land wieder allein mit den Währungen einiger kleinerer europäischer Staaten. Schließlich werden wir gerade in der Phase einer sich erst vorsichtig abzeichnenden Wiederbelebung die Belastungen, die sich für unsere Exportwirtschaft aus einer Aufwertung ergeben, sorgsam dosieren müssen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 384; VS-Bd. 12920 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Die Gemeindewahlen in Frankreich fanden am 6. und 13. März 1983 statt.

⁷ Bundesminister Graf Lambsdorff führte am 14. Februar 1983 Gespräche mit Vertretern amerikanischer Wirtschaftsunternehmen und Banken in New York. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 60 des Generalkonsuls Schulze-Boysen, New York, vom 2. Februar 1983; Referat 420, Bd. 130011.

⁸ Am 17. Februar 1983 berichtete Botschafter Hermes, Washington, daß der Vorsitzende der amerikanischen Notenbank dem Bankenausschuß des Senats den gesetzlich vorgeschriebenen geldpolitischen Bericht vorgelegt habe. Volcker habe darin eine Expansion der Geldmenge sowie Veränderungen in der Geldmengensteuerung angekündigt. Hermes erklärte dazu: „Die gesamtwirtschaftlichen Annahmen für 1983, auf denen die Geldmengenziele der [Federal Reserve] basieren, sind optimistischer als diejenigen der Administration. Das reale BSP-Wachstum wird mit 3,5 bis 4,5 Prozent (Regierung 3,1 bis 5 Prozent) und die Inflationsrate (BSP-Deflator) mit 4 bis 5 Prozent (Regierung 5,6 Prozent) veranschlagt. Bei der Arbeitslosenquote erwartet die Fed einen Rückgang bis auf 9,9 Prozent, während die Administration mit einer Stabilisierung bei 10,4 Prozent rechnet.“ Insgesamt zeichne sich der Kurs der amerikanischen Notenbank „im Vergleich zu den Vorjahren durch ein größeres Maß an Flexibilität aus“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 717; Referat 412, Bd. 130465.

⁹ Council of Economic Advisers.

ziehungen bis Williamsburg¹⁰ und bat, diese Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. Es bestehe die Gefahr, den Meinungsbildungsprozeß unter den Gipfelpartnern überzustrapazieren („overload the system“) und damit – wie in Versailles¹¹ – auf amerikanischer Seite Enttäuschung hervorzurufen. AM Shultz wies auf die bereits angelaufenen Arbeiten¹² hin, die die US-Regierung vorantreiben möchte. Es seien Anstrengungen notwendig, um zum Ergebnis zu kommen. Die OECD-Ministerratssitzung vor Williamsburg¹³ werde Gelegenheit bieten, den Stand des Erreichten zu überprüfen, und damit eine Art Sicherheitsventil vor dem Gipfel von Williamsburg bilden. Außerdem strebe man an, die Gipfelberatungen so informell wie möglich zu halten und auf ein Kommuniqué ganz zu verzichten. Auch wenn es sicher gut sei, zur Vorsicht zu raten, könne man die Diskussionen über die Ost-West-Wirtschaftsstrategie aber nicht endlos fortsetzen. Vor allem hoffe man, daß im Bereich des Technologietransfers, der z. Z. im COCOM beraten werde¹⁴, bis Williamsburg wenigstens etwas Konkretes erreicht werden könne. BM Graf Lambsdorff betonte, es sei wichtig, so viele Länder wie möglich in Vereinbarungen über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen einzubinden. Ein nicht unerheblicher Teil des Wirtschaftsaustauschs mit der SU und des Technologietransfers laufe über Wien, Zürich und Stockholm. Deshalb komme den Arbeiten in der OECD hohe Bedeutung zu. AM Shultz sagte, er werde nicht zuletzt deshalb an der OECD-Ministerratssitzung persönlich teilnehmen, ebenso wie an der Sitzung der Außenminister der NATO-Staaten¹⁵.

BM Graf Lambsdorff sprach anschließend die amerikanische Entscheidung über die Erhebung von Ausgleichszöllen auf die Einfuhr von Motorrädern an, die zwar vornehmlich gegen Japan gerichtet sei, aber auch die erheblichen Lieferungen von BMW in die USA beeinträchtigten.¹⁶ Diese Motorräder würden in Berlin hergestellt. Wenn dort wegen der amerikanischen Einfuhrrestriktionen Arbeiter entlassen werden müßten, würde dies große politische Probleme schaffen. Er bat den AM, dieser Frage seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. AM Shultz wies darauf hin, daß die Entscheidung gegen die Motorradeinfuhren auf einem Rechtsverfahren beruhe, auf das die US-Regierung kaum Einfluß nehmen könne.

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹¹ In Versailles fand vom 4. bis 6. Juni 1982 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 180.

¹² Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 9, Anm. 51 und 53.

¹³ Die OECD-Ministerratstagung fand am 9./10. Mai 1983 in Paris statt.

¹⁴ Zu der im Rahmen von COCOM anzufertigenden Studie über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dok. 72.

¹⁵ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fischer-Dieskau notierte am 16. Februar 1983, daß die International Trade Commission (ITC) in Washington auf Antrag der Firma Harley-Davidson der amerikanischen Regierung empfohlen habe, „nach Artikel 201 des Trade Act 1974 (Escape-Clause-Verfahren)“ auf die Einfuhr von Motorrädern mit einem Hubraum über 700 ccm für die Dauer von fünf Jahren einen gleitenden Zoll von 45 % im ersten und 10 % im letzten Jahr zu erheben: „Ob schon Harley Davidson das Verfahren in erster Linie wegen der Einfuhren von schweren Motorrädern aus Japan anstrebte, würden von einer Annahme des ITC-Vorschlags durch Präsident Reagan auch Einfuhren aus Italien, Großbritannien und Deutschland (BMW) betroffen. BMW befürchtet eine ernste Gefährdung seiner Motorrad-Exporte in die USA und damit seiner Motorradproduktion in Berlin.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132609.

Dennoch wolle er sich der Frage annehmen. (Assistant Secretary McCormack sagte anschließend zu, den AM noch am gleichen Tage mit der Frage im Detail zu befassen.)

AM Shultz sprach dann die Frage der Agrarexportsubventionen der EG an.¹⁷ Hier entwickle sich erhebliches Konfliktpotential, zumal die Verhandlungen mit der EG bisher fruchtlos verlaufen seien. Das Landwirtschaftsministerium dränge auf Kampfmaßnahmen. Er bemühe sich um Mäßigung, auch wenn dies angesichts des Verhaltens der EG immer schwieriger werde. Die EG müsse Entgegenkommen zeigen. BM Graf Lambsdorff entgegnete, was im Bereich der Agrarexporte von allen Beteiligten bisher getan werde, sei äußerst unklug. Es müsse hier zu einer Annäherung der Standpunkte kommen. AM Shultz bat den BM, sich ebenso hierum zu bemühen, wie er dies auf amerikanischer Seite tue.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 12939 (204)

¹⁷ Gesandter Wallau, Washington, informierte am 27. Dezember 1982: „Teilweise um von den ‚hausgemachten‘ Agrarproblemen (starke Produktionsexpansion) abzulenken, hat die amerikanische Regierung, insbesondere Landwirtschaftsminister Block, im Jahre 1982 eine massive Kampagne gegen angeblich unfaire Handelspraktiken der EG auf dem Agrarsektor geführt. Der EG wurde insbesondere vorgeworfen, sich mit ihren Exporterstattungen einen unangemessen hohen Anteil am Weltmarkt verschafft zu haben und damit gegen den in der Tokio-Runde vereinbarten Subventionskodex zu verstoßen. Die EG bestreitet dies und weist auf den nach wie vor bei etwa 20 % liegenden Weltmarktanteil der USA bei Agrarprodukten hin (gegenüber ca. 11 % der EG).“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 411, Bd. 131385.

Am 17. Februar 1983 drückte der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, gegenüber Staatssekretär von Staden in Washington die Sorge aus, „daß sich neue europäisch-amerikanische Differenzen in Wirtschaftsfragen, vor allem im Landwirtschaftsbereich, wo die Europäer jetzt aggressiver vorzugehen schienen, ergeben könnten. [...] Die Differenzen könnten zu einer Stimmung führen, wie man sie etwa von der Pipeline-Frage her kenne, und die sich nachteilig auf die Zusammenarbeit auch im Sicherheitsbereich auswirken dürfte.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13757 (014); B 150, Aktenkopien 1983.

54

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

02-360.00-37/83 VS-vertraulich

18. Februar 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister

Betr.: Internationale Wehrkunde-Tagung in München, 12./13. Februar 1983

3 Anlagen offen

Die diesjährige Wehrkunde-Tagung (Teilnehmerliste s. Anlage 1³) galt dem Thema: „Die Zukunft der Allianz“. Aus der Diskussion hebe ich folgendes hervor:

I. Nachrüstung

Hier standen sich die bekannten Ansichten gegenüber. Sie wurden gleich zu Anfang durch den Vortrag von Bundesverteidigungsminister Wörner und die Antwort von Egon Bahr deutlich (Zusammenfassung in Anlage 2⁴ und 3⁵).

Von einzelnen Äußerungen erwähne ich:

1) Militärische Abkopplung und politische Erpreßbarkeit

Bahr hatte angedeutet, er halte die Nachrüstung weder militärisch noch politisch für notwendig („wenn die Bundesrepublik ohne Nachrüstung abgekoppelt sei, dann sei sie dies seit 20 Jahren“ und „Erpreßbarkeit ist eine Frage des ei-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 28. Februar 1983 vorgelegen, der den „R[ücklauf] v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Seitz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 28. Februar 1983 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bazing am 29. Februar 1983 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär von Staden am 22. Februar 1983 vorgelegen.

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 14045 (02); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. In der Zusammenfassung der Ausführungen des Bundesministers Wörner auf der Internationalen Wehrkundetagung am 12./13. Februar 1983 in München hieß es: „SU sucht sich dem Test ihres Abrüstungswillens zu entziehen, indem sie Nervenkrieg entfacht und durch Drohungen, Lockungen und das Schüren von Angst die öffentliche Meinung im Westen zu beeinflussen sucht. Die entscheidende Schlacht wird auf dem Feld des Bewußtseins geschlagen. Wenn SU darin erfolgreich ist, Europa dazu zu bringen, die sowjetische nukleare Überlegenheit anzuerkennen und zu legitimieren, dann hat sie ihr Ziel erreicht: Abkopplung Westeuropas von Amerika, Verwandlung Westeuropas in Zone verminderter Sicherheit, und das heißt Zone der Unsicherheit, Hegemonie über Europa. Was droht, dies ist nicht Krieg, sondern Erpreßbarkeit und letztendlich politische Unterwerfung Westeuropas, Erzwingung einer westeuropäischen Haltung des vorausschauenden Gehorsams.“ Vgl. VS-Bd. 14045 (02); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Der SPD-Abgeordnete Bahr äußerte sich auf der Internationalen Wehrkundetagung am 12./13. Februar 1983 in München wie folgt: „Es gibt Punkte, wo ich mit Herrn Wörner übereinstimme: Bundesrepublik kann Sicherheit nur im Bündnis finden, wir lehnen jede Äquidistanz ab. Die Unterschiede sind: Im Zeitalter der gegenseitigen gesicherten Zerstörung gibt es Sicherheitspartnerschaft auch mit dem potentiellen Gegner. Es darf keine Abkoppelung und Erpreßbarkeit geben. Aber nur derjenige ist erpreßbar, der sich erpressen läßt. Wenn sich eine deutsche Bundesregierung erpressen ließe, dann wäre ich sicher, daß USA dies verhindern würden. Ich persönlich bezweifle, ob eine Stationierung in der Bundesrepublik gegen den innenpolitischen Widerstand überhaupt durchgesetzt werden könnte. Es droht dann eine ‚schreckliche Konfrontation‘, durch die die Bundesrepublik und das Bündnis insgesamt ‚destabilisiert‘ würden. Die Stabilität des Bündnisses aber ist wichtiger als die Einführung neuer Waffen.“ Vgl. VS-Bd. 14045 (02); B 150, Aktenkopien 1983.

genen Willens, keine Bundesregierung aber habe den Willen, sich erpressen zu lassen“).

Zur Abkopplungsfrage antwortete der britische Staatsminister Blaker: Vor 20 Jahren habe Großbritannien Vulcan-Bomber gehabt. Die Cruise Missiles seien nichts anderes als ein Ersatz dieser Waffen, die soeben als veraltet außer Dienst gestellt wurden.

Zum Thema Erpreßbarkeit sagte Prof. Kaiser: Anfang der 60er Jahre habe Chruschtschow mit dem Einsatz sowjetischer Atomwaffen gedroht. Damals habe diese Drohung keine Wirkung gehabt. Unter den Bedingungen nuklearer sowjetischer Überlegenheit in Europa könnte dies heute jedoch durchaus anders sein – dann nämlich, wenn eine verängstigte Öffentlichkeit auf ihre Regierungen einen Massendruck ausübe, dem diese nicht widerstehen könnten.

2) Angst vor Nuklearkrieg

Kaiser merkte an, die sowjetische Propaganda konzentriere sich darauf, den Horror eines Kernwaffenkriegs zu schildern. Darüber werde die Frage vergessen, wie denn ein solcher Krieg ausgelöst werden könnte. Auf dieses Wie müsse das Bündnis die Diskussion zurückführen. Dann werde die Angst nachlassen, da man bei Überlegungen über das Wie erkennen würde, daß auf beiden Seiten rationale Führer am Werk sind, nicht Selbstmörder.

3) Atomare Gefechtsfeldwaffen in der Bundesrepublik

General Rogers sagte, ein Teil dieser Waffen sei überflüssig. Man solle jedoch nicht noch einmal Gefechtsfeldwaffen einseitig abziehen⁶, sondern dafür etwas von den Sowjets einhandeln. Man könnte sie z.B. „Nitze in Genf in die Tasche stecken“.

4) START und INF-Verhandlungen

Botschafter Rowny betonte, beide Verhandlungen würden in Genf in engster Abstimmung zwischen den amerikanischen Verhandlungsdelegationen geführt. Alle Mitglieder der beiden Delegationen berieten täglich miteinander.

Rowny betonte ferner, die Sowjetunion sei nach wie vor nur zu Verifikation mit nationalen Mitteln bereit. Würde man aber die Verifizierbarkeit durch nationale Mittel zum Kriterium dessen machen, was verhandelt werden solle, dann wäre nur ein überaus eingeschränktes Abkommen möglich.

5) „INF-Stationierung als Lackmus-Test für die amerikanische Unterstützung Europas“

Auf diese Formel brachte ein amerikanischer Kongreßabgeordneter die Nachrüstungsfrage. Wenn die Europäer ihre Verpflichtungen nicht erfüllten, könnte das amerikanische Volk sehr wohl entscheiden, es sei Zeit, „unsere boys“ nach Hause zu holen.

6) Modernisierungsprogramm, nicht zusätzliche Nachrüstung

US-NATO-Botschafter Bennett betonte, das Bündnis mache der eigenen Öffentlichkeit gegenüber zu wenig deutlich, daß es sich bei der Nachrüstung um ein Modernisierungsprogramm handele, nicht um das Anhäufen neuer Atom-

⁶ Zum Abzug von 1000 amerikanischen nuklearen Gefechtsköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

waffen. Das Programm erstreckte sich darüber hinaus über fünf Jahre. Wenn die Verhandlungen vorangehen, so „könnten selbst von den bereits aufgestellten Waffen wieder einige zurückgezogen werden“.

7) Französische Nuklearwaffen

Prof. Huntzinger, Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs für die internationalen Beziehungen, betonte, nur amerikanische Mittelstreckenwaffen könnten den Abschreckungsschutz für die Bundesrepublik übernehmen. „Wenn sowjetische SS-20-Raketen gegen Hamburg oder Frankfurt abgefeuert würden, so würden französische Raketen nicht antworten.“

Diese Äußerung steht im Widerspruch zu früheren Äußerungen Huntzingers, in denen er sich dafür einsetzte, daß die französischen Atomwaffen nicht nur französisches Territorium schützten, sondern ein „erweitertes Sanktuarium“. Die Zurücknahme dieser Vorstellung könnte bereits Wirkung der sowjetischen Forderung nach Anrechnung der französischen Atomwaffen in den INF-Verhandlungen sein. Die neue sowjetische Verhandlungsstrategie hätte damit bereits einen ersten Erfolg erreicht in ihrem Bemühen, die westliche Verteidigungssolidarität aufzubrechen.

II. Konventionelle Verteidigung

Die im Bündnis aufgenommene Debatte über die Weiterentwicklung der konventionellen Verteidigung wurde von vielen Teilnehmern als der Beginn einer neuen Strategiedebatte verstanden. Sie werde sich – ähnlich wie die Debatte um die Strategie der flexiblen Erwidern⁷ – über viele Jahre hinziehen.

Die Diskussion auf der Wehrkunde-Tagung gab eine Vorwarnung für die im Bündnis zu erwartenden Diskussionen.

Der frühere stellvertretende US-Verteidigungsminister Komer betonte, „die Zukunft der Allianz in den nächsten zehn Jahren werde davon abhängen, ob es gelinge, die konventionelle Abschreckung zu stärken“.

Die Amerikaner stimmten alle darin überein, daß eine Stärkung der konventionellen Verteidigung nötig sei. Die europäischen Alliierten jedoch dächten immer noch, das Bündnis befände sich in den guten alten Tagen der nuklearen Abschreckung, die Europa eine Verteidigung zum Billigtarif gegeben habe. Das nukleare Patt jedoch „mache es unwahrscheinlich, daß die USA und die Sowjetunion die nukleare Schwelle überschreiten“.

Die Sowjetunion investiere 80% ihrer Rüstungsausgaben in konventionelle Waffen, und d.h., sie rechne damit, diese Waffen einzusetzen. Was jedoch tue das Bündnis dagegen? Noch immer wedele hier der Schwanz mit dem Hund: Man konzentriere sich auf die Mittelstreckenwaffen statt auf die konventionelle Verteidigung.

In den USA seien beide Parteien bereit, die Militärausgaben um 5% und mehr real zu erhöhen. Die Amerikaner warteten immer noch darauf, daß auch die Europäer sagen, wir werden unsere Verteidigungsausgaben erhöhen und die konventionelle Verteidigung im nötigen Umfang verstärken.

⁷ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 16.

Tenor der Ausführungen Komers war die immer wieder variierte Behauptung: Die Europäer verstünden einfach nicht die Implikation des nuklearen Patts, sie versuchten, die Augen vor dieser Tatsache zu verschließen, usw.

Die Notwendigkeit, die konventionelle Verteidigung zu verstärken, stand im Zentrum auch der Ausführungen von General Rogers:

Er habe den Auftrag, eine Strategie der flexiblen Erwidern durchzuführen. Aber wegen der unzureichenden konventionellen Streitkräfte der NATO sei diese Strategie kaum mehr implementierbar. Wenn heute ein Angriff stattfände, dann würde er selbst unter optimalen Bedingungen sehr früh um die Freigabe von Atomwaffen bitten müssen. Das Bündnis sei zurückgekehrt zu einer Strategie des „verzögerten Stolperdrahts“ (delayed trip wire strategy).⁸

Scharf wandte sich Rogers gegen die Aussage von Apel, die neuen Waffentechnologien seien noch Zukunftsmusik. Die neuen Technologien gebe es schon, die erste von ihnen, die deutsche MW-1-Waffe⁹, werde bereits eingeführt.

Um die vereinbarten Streitkräfteziele zu erfüllen, sei im Durchschnitt ein Anstieg von 4% der Verteidigungsausgaben nötig. Für die Bundesrepublik würde dies z. B. 1983 zusätzlich DM 40,- pro Kopf bedeuten. Er könne nicht verstehen, daß die Europäer diese relativ kleinen Zusatzbeträge nicht ausgeben wollten, um sich eine wirklich wirksame Verteidigung zu schaffen und so den bereits bestehenden Rüstungsausgaben ihren vollen Sinn zu geben.

In der Forderung nach höheren europäischen Ausgaben für die konventionelle Verteidigung waren sich alle amerikanischen Teilnehmer einig. Insbesondere von den amerikanischen Senatoren und Kongreßabgeordneten kamen hier harte Worte. Als „völlig unakzeptabel“ wurde das von deutschen Teilnehmern vorgebrachte Argument bezeichnet, die Europäer müßten gegenwärtig schmerzhaft Einschnitte in das System der sozialen Sicherung vornehmen und könnten nicht sagen, wir müssen noch mehr kürzen, um die Militärausgaben erhöhen zu können.

Der Berater des kanadischen Verteidigungsministers¹⁰ sprach den US-Teilnehmern aus dem Herzen, wenn er sagte, Verteidigungsfähigkeit müsse vor Sozialleistungen stehen; denn sie sei die Basis dafür, daß unsere Gesellschaften überhaupt die Freiheit hätten zu wählen, ob sie Sozialprogramme haben wollten oder nicht. Die Vorstellung, wir könnten uns eine starke Verteidigung nur bei einer starken Wirtschaft leisten, „erfülle ihn mit Entsetzen“.

Wie groß Emotionen bei der Frage der Stärkung der konventionellen Verteidigung dicht unter der Oberfläche liegen, machte u. a. die Erwidern von Rogers auf den Debattenbeitrag eines deutschen Generals deutlich.

Der deutsche General bekannte sich zur Stärkung der konventionellen Verteidigung, warnte jedoch in vorsichtigen Formulierungen vor dem Mißverständ-

⁸ Die auf der NATO-Ministerratstagung am 2./3. Mai 1957 in Bonn gebilligte Umstellung auf die nukleare Verteidigungsstrategie MC 14/2 („massive retaliation“) sah vor, daß einem Angriff nur kurzfristig mit konventionellen Streitkräften zu begegnen war, bevor das strategische Atomwaffenpotential zum Einsatz kommen sollte. Die Landstreitkräfte fungierten als eine Art „Stolperdraht“ („trip wire“), der den atomaren Gegenschlag auslöste.

⁹ Mehrzweckwaffe 1.

¹⁰ Charles Robert Nixon.

nis, als sei in Europa eine konventionelle Verteidigung möglich, ohne daß Westeuropa oder jedenfalls die Bundesrepublik zerstört würde. Für die Bundesrepublik sei deshalb der nukleare Ersteinsatz unverzichtbar, und es sei entscheidend, daß die Kopplung in der Triade¹¹ funktioniere.

Rogers antwortete darauf, in sichtlicher Erregung, er könne nicht glauben, daß die Allianz zur Strategie der massiven Vergeltung zurückkehren wolle.

III. Amerikanisch-europäische Wirtschaftsfragen

Wirtschaftsfragen wurden nur am Rande und in den privaten Gesprächen berührt.

Ein amerikanischer Senator bezeichnete die Streitigkeiten über die europäisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen ebenso wie die Streitigkeiten über die gegenüber der Sowjetunion zu verfolgende Handelsstrategie als einen ernsten „Fehlschlag des Bündnisses“.

EG-Kommissar Narjes gab zu bedenken, die Zukunft des Bündnisses könne mehr durch die Wirtschaftsfragen als durch die sicherheitspolitischen Meinungsverschiedenheiten gefährdet sein.

Er klagte auch darüber, daß die Europäer sich immer wieder vor der gleichen Situation fänden: Sie trafen mit der amerikanischen Administration ein Übereinkommen, irgendein Kongreßausschuß werfe dieses dann über den Haufen. Dies führe zur Frage, ob die USA überhaupt fähig seien zu einer berechenbaren Politik.

Seitz

VS-Bd. 14045 (02)

¹¹ Konventionelle Waffen sowie strategische und taktische Nuklearsysteme bildeten die drei Komponenten der NATO-Verteidigungsstrategie. Für die Ausprägung dieser „Triade“ im Rahmen der „Ministerial Guidance“ von 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 123.

55

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

212-341.74

24. Februar 1983¹

Unter Verschuß

Streng vertraulich

Doppel Dg21

Herrn Staatssekretär²

Betr.: KSZE-Folgetreffen in Madrid;
hier: amerikanisch-sowjetische Kontakte

Zur Unterrichtung und mit der Anregung, auch BM zu informieren.

Botschafter Kastl, den ich auf Ihre Weisung hin brieflich um einen Bericht an StS über nähere Einzelheiten des letzten Gesprächs von Kampelman mit Kowaljow und Andropow gebeten hatte, teilte mir heute durch Elcrovox³ – mit der Bitte, von einem Drahtbericht selbst mit engstem Verteiler absehen zu dürfen – folgendes mit:

Kampelman, den er nach dessen Rückkehr aus Washington gestern befragt habe, habe ihm über das kürzliche Mittagessen mit Kowaljow und Andropow mitgeteilt, daß dieses keinerlei KSZE-Thematik enthalten habe, sondern lediglich einer philosophischen Betrachtung über die bilateralen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gewidmet gewesen sei.

Zu Andropow teilte Kastl mit: Dieser habe anfangs einen blassen Eindruck gemacht und habe in Kontakten mit uns und auch mit den Amerikanern meist geschwiegen. Inzwischen habe er seine Rolle in bemerkenswerter Weise verändert. Kampelman habe mitgeteilt, daß Andropow bei dem letzten Gespräch mit großer Selbstsicherheit aufgetreten sei, den Delegationsleiter Kowaljow verschiedentlich unterbrochen und selbst Fragen gestellt und Antworten gegeben habe. Eine Bestätigung sei, daß A. in Abweichung von der sonst in der sowjetischen Delegation üblichen Disziplin kürzlich ein Interview⁴ gegeben habe.

In den Verhandlungen selbst spiele Andropow weiterhin keine Rolle, sondern bleibe im Hintergrund.

¹ Ablichtung.

² Berndt von Staden.

³ Bei „Elcrovox“ handelte es sich um die in der NATO verwendeten Sprachverschlüsselungsgeräte. Zu ihrer Ersetzung durch ein Nachfolgesystem ab 1992 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann vom 26. Mai 1983; VS-Bd. 10884 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „013 bemüht sich um Beschaffung.“

Das Mitglied der sowjetischen KSZE-Delegation, Andropow, führte am 22. Februar 1983 gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters u. a. aus, daß die UdSSR bei der Folgekonferenz in Madrid zu keiner Übereinkunft „um jeden Preis“ bereit sei: „Der Westen täusche sich, wenn er glaube, die UdSSR werde Forderungen nach besserer Respektierung der Menschenrechte annehmen, um so die europäische Abrüstungskonferenz zu erreichen“. Für die Meldung vgl. Referat 222, Bd. 126952.

Wichtiger als dies seien folgende Mitteilungen, die ihm Kampelman bei Gelegenheit seiner Nachfrage gestern gemacht habe: Der KGB-Vertreter in der sowjetischen Delegation, Kondraschow, habe auf eigenen Wunsch einen nach amerikanischem Eindruck sowohl Kowaljow als auch Andropow nicht bekannten Kanal mit Kampelman eingerichtet, über den Menschenrechtsfragen erörtert würden. Nachdem Kampelman früher Iljitschow immer wieder gesagt habe, für Fortschritte in Madrid müsse man auch Taten in diesem Bereiche sehen, habe Kondraschow nach eigener Aussage Fühlung mit Moskau aufgenommen und darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, hier etwas zu tun.

Nach Wiederaufnahme des Genfer Treffens⁵ habe Kondraschow Kampelman auf den in der Presse bekanntgegebenen Brief Andropows an Marchais zur Frage einer Freilassung von Schtscharanskij angesprochen⁶, habe dabei einen Bezug auf das Drängen Kampelmans nach Taten im Menschenrechtsbereiche hergestellt und erklärt, daß die von Andropow gebrauchte Sprache darauf hindeute, daß eine Lösung des Falles Schtscharanskij nicht völlig ausgeschlossen sei. Kampelman habe in dem Gespräch mit Kastl darauf hingewiesen, daß sich der Fall Schtscharanskij inzwischen weiterentwickelt habe: Über den Kanal Kondraschow – Kampelman sei der Frau Schtscharanskis bedeutet worden, daß sie ein Gnadengesuch stellen solle. Zwar habe die Frau Schtscharanskis dies abgelehnt, seine Mutter⁷ wolle jedoch ein Gnadengesuch stellen. Die Mutter Schtscharanskis, die jahrelang von der Polizei nicht angehört worden war, habe jetzt mehrfach wieder in der Lubjanka vorsprechen können, so auch gestern. Kampelman sei in diesem Zusammenhang auf den Empfang der Frau Schtscharanskis bei BM⁸ zu sprechen gekommen und habe die Auffassung geäußert, daß im Augen-

⁵ Die INF-Verhandlungen wurden am 27. Januar 1983 in Genf wiederaufgenommen. Vgl. dazu Dok. 33. Die dritte Runde der START-Verhandlungen begann am 2. Februar 1983 in Genf. Vgl. dazu Dok. 96.

⁶ Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Schtscharanskij vgl. Dok. 49, Anm. 35.

Am 23. Januar 1983 gab der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Marchais, bekannt, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, ihn auf seine Bitte über die Situation von Schtscharanskij informiert habe. Die Antwort wurde am folgenden Tag in der französischen Tageszeitung „L'Humanité“ veröffentlicht. Demnach habe der Inhaftierte mit seinem Hungerstreik „auf die sowjetische Justiz Druck ausüben“ wollen. Nachdem er Gelegenheit erhalten habe, sich mit seiner Mutter zu treffen, habe er den Hungerstreik abgebrochen. Sein Gesundheitszustand sei nicht besorgniserregend. Die sowjetische Gesetzgebung kenne die Möglichkeit, die Strafe zu verkürzen. Dies hänge jedoch vom Verhalten des Verurteilten ab: „Es liegt auf der Hand, daß eine solche Möglichkeit durch laute Kampagnen und Druckversuche von außen nicht begünstigt, sondern im Gegenteil beeinträchtigt wird.“ Vgl. den Artikel „Verschärfter Wahlkampf in Frankreich“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 26. Januar 1983, S. 1 f.

⁷ Ida Milgrom.

⁸ Bundesminister Genscher führte in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident am Rande der EG-Ministerratstagung am 21. Februar 1983 in Brüssel ein Gespräch mit Avital Schtscharanskaja. Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl teilte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am selben Tag mit, daß Schtscharanskaja um eine „EG-Intervention“ bei der sowjetischen Regierung gebeten habe, um eine baldige Freilassung ihres Ehemannes zu erreichen. Braunmühl fuhr fort, die EG-Außenminister hätten anschließend die Ratspräsidentschaft gebeten, über ihren Botschafter in Moskau „im Namen der Zehn eindringlichen Appell an sow[jetische] Führung“ zu richten, „den Fall entsprechend den Wünschen von Schtscharanskij und seiner Frau zu lösen (d. h. Freilassung und Ausreise zu seiner in Israel lebenden Ehefrau)“. Er bat Meyer-Landrut, im sowjetischen Außenministerium vorzusprechen „und diesen Appell mündlich zu übermitteln“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 47; Referat 200, Bd. 122757.

Meyer-Landrut übermittelte am 23. Februar 1983 dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, die Bitte der EG-Mitgliedstaaten. Vgl. dazu den Runderlaß (Coreu) des Auswärtigen Amt vom 24. Februar 1983 an die EG-Mitgliedstaaten.

blick öffentlicher Druck auf die Sowjetunion im Falle Schtscharanskij schädlich sei; man solle besser die diskreten Bewegungen ungestört sich entwickeln lassen.

Insgesamt habe Kampelman nach seinen Gesprächen mit Kondraschow den Eindruck gewonnen, daß der eine oder andere Menschenrechts-Fall in nächster Zeit gelöst werden könne. Kondraschow habe zuletzt erklärt: Sie werden noch Weiteres von mir hören. Kampelman habe darauf hingewiesen, daß man sich nicht auf die prominenten Fälle wie Schtscharanskij, Orlow⁹ oder Sacharow¹⁰ beschränken wolle; es gehe den Amerikanern um die ganze Bandbreite der Menschenrechts-Fälle; die Sowjetunion solle sich aussuchen, bei wem sie etwas tun könne; auf amerikanischer Seite brauche man hier ein Zeichen, daß die Sowjetunion Verbesserungen wünsche.

Insgesamt sei Kampelman zu dem Schluß gekommen, daß – obwohl sich Kondraschow vorsichtig ausgedrückt und nicht festgelegt habe – die Sowjetunion ernsthaft über positive Zeichen nachdenke, da sie ein großes Interesse an einer baldigen Beendigung des Madrider Treffens habe.¹¹

Auf meine Frage nach seiner Einschätzung der uns gestern von Andréani mitgeteilten Auffassung der Franzosen, daß die Sowjets sich möglicherweise beim KAE-Mandat¹², wie auch im Korb III (Journalisten, Gewerkschaften)¹³ bewegen könnten¹⁴, meinte Kastl: Nach der letzten Entwicklung neige er dazu, An-

⁹ Der sowjetische Atomphysiker und Dissident Orlow wurde am 18. Mai 1978 wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ zur Höchststrafe von sieben Jahren Arbeitslager und anschließender fünfjähriger Verbannung verurteilt. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kühn vom 23. Mai 1978; Referat 213, Bd. 133086.

¹⁰ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 10, Anm. 21.

¹¹ Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 18. Februar 1983 Äußerungen des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, gegenüber Gesandtem Eiff: „Nach seinem persönlichen Eindruck strebe der Osten den Abschluß des Madrider Folgetreffens in diesem Frühjahr an. Für die SU sei zentrales Motiv das Zustandekommen einer KAE möglichst noch in diesem Jahr, um damit auf die INF-Stationierungsdebatte in Westeuropa in ihrem Sinne einwirken zu können. [...] Es werde, auch gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit, darauf ankommen, daß die SU gegenüber ihren Dissidenten durch Taten eine großzügigere Haltung unter Beweis stelle. Geschähe dies, würden Formulierungsfragen an Bedeutung zurücktreten. Er habe den östlichen Vertretern dies gemäß seiner von Präsident Reagan gebilligten Weisung als zentrales amerikanisches Anliegen in zahllosen Gesprächen unmißverständlich deutlich gemacht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 794; VS-Bd. 13369 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), informierte am 22. Februar 1983, daß erstmals seit Unterbrechung der Sachverhandlungen am 17. Dezember 1981 wieder förmliche Gespräche über das KAE-Mandat geführt worden seien: „In Anlehnung an die frühere Praxis der Kontaktgruppen wird, wie in den anderen Bereichen auch, in einer Minigruppe ‚Militärische Sicherheit‘ von jeweils drei Delegationen des Ostens, des Westens und der N+N-Staaten über den Mandatstext verhandelt. [...] Die Diskussion in den ersten beiden Verhandlungswochen verlief nüchtern. Das erkennbare Bemühen aller Seiten um eine Einigung in der Mandatsfrage und der sachliche Verhandlungston dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich östliche und westliche KAE-Zonenkonzepte nach wie vor ungelöst gegenüberstehen. Ein Einlenken des Ostens in den für ihn zentralen Formulierungen, insbesondere bei der Definition des Anwendungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen der KAE, ist nicht zu erkennen. Die N+N-Vertreter sind bemüht, auf der Grundlage ihres Vermittlungsvorschlags RM.39 und unter Berücksichtigung westlicher sowie östlicher Verbesserungsvorschläge konsensfähige Kompromißformulierungen zu erarbeiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 174; VS-Bd. 13369 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

¹³ Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 9. November 1982 bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; Dok. 49, Anm. 63.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 23. Februar 1983, daß der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, gegenüber Ministerialdirektor

dréani zuzustimmen. Die Sowjets hätten angedeutet, daß es in der Gewerkschaftsfrage zu Kompromissen kommen könne. Hinsichtlich der Journalisten hätten sie sich zuletzt negativ geäußert, aber auch das könne sich noch ändern. Kampelman werde am Freitag¹⁵ wieder nach Washington reisen und wolle dort auch über Kompromiß-Möglichkeiten in der Frage des KAE-Geltungsbereiches „nachdenken“. Kastl warnte trotz allem vor einer vorzeitigen Euphorie.

Botschafter Kastl bat, gemäß Absprache mit Kampelman, diese seine Mitteilungen ausschließlich BM und StS zur Kenntnis zu bringen.

Braunmühl

VS-Bd. 13368 (212)

56

Ministerialdirigent Haas, z.Z. Ottawa, an das Auswärtige Amt

114-16845/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 25. Februar 1983, 14.30 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 74

Ankunft: 25. Februar 1983, 21.38 Uhr

Auf Notwendigkeit unbedingt zu wahrender Vertraulichkeit durch unsere Vertretungen² wird besonders hingewiesen

Betr.: Namibia-Initiative³;

hier: Ottawa-Treffen der Afrika-Direktoren, 24./25.2.83

Fortsetzung Fußnote von Seite 294

Pfeffer am selben Tag ausgeführt habe, „er habe aus den Gesprächen beim Cheysson-Besuch in Moskau den Eindruck gewonnen, daß sich die Sowjets in Madrid in der KAE-Frage bewegen könnten. Möglicherweise gebe es zwischen der französischen und der sowjetischen Formel einen Kompromiß. Hinsichtlich des dritten Korbes verwies er auf sowjetische Hinweise, man habe beim Presseabdruck der Tischrede von Cheysson die Hinweise auf die Journalisten und die Gewerkschaftsfreiheit, die von französischer Seite in den Gesprächen als besonders wichtig bezeichnet worden waren, im Unterschied zu der Polen-Passage nicht gestrichen, was Andréani als Anzeichen möglicher Beweglichkeit auch in diesen Punkten interpretierte.“ Vgl. VS-Bd. 12921 (202); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁵ 25. Februar 1983.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 1. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Haas vermerkte: „S. 4 ff.“

Hat Haas am 2. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staden verfügte und handschriftlich vermerkte: „[Siehe] Randnotizen.“ Vgl. Anm. 17, 19, 21 und 25.

Hat Staden am 4. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vielen Dank.“

Hat Haas am 7. März 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vergau verfügte.

Hat Vergau am 7. März 1983 vorgelegen.

² Der Drahtbericht ging nachrichtlich auch an die Botschaften in Addis Abeba, Daressalam, Gaborone, Harare, Kapstadt, Lagos, London, Luanda, Lusaka, Maputo, Moskau, Paris und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York.

³ Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag zur Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

- 1) Die Fünf tauschten eingehend Informationen aus, insbesondere über Sachstand der Verhandlungen US–Angola⁴ und SA⁵–Angola⁶ und über die sich zuspitzende Krisenlage in Angola. US kündigten an, daß streng geheimzuhaltende nächste Verhandlungsrunde US–Angola sehr bald bevorstehe und dabei Aussicht auf endlich weiterführende konkrete MPLA-Vorschläge zum Parallelismus bestehen.⁷ Zugleich wurde neue US-Entschlossenheit deutlich, von bisherigem Ausweichen vor UNITA-Frage abzugehen und sich diesem Kernproblem jetzt voll zu stellen: Hinwirken auf Beendigung der SA-Unterstützung und auf politischen Ausgleich MPLA–UNITA durch geeigneten afrikanischen Vermittler.
- 2) Die Fünf stellten fest, daß die Zeichen ihres aktiven Interesses am weiteren Bemühen um 435-Ausführung⁸ verstärkt werden müssen, sahen aber vorerst (wohl bis zum Vorliegen eines positiven Resultats der US-Angola-Verhandlung-

Fortsetzung Fußnote von Seite 295

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau faßte am 9. Februar 1983 den Stand der Namibia-Initiative zusammen: „Seit August 1982 gehen die Fünf davon aus, daß die unmittelbar auf den Lösungsprozeß nach SR 435 bezogenen Streitfragen mindestens soweit gelöst sind, daß keine Konfliktpartei aus ihnen mehr ein wesentliches Hindernis für die 435-Ausführung herleiten würde (unparteiische Haltung der VN und des Generalverwalters, Zusammensetzung und Einsatz von UNTAG, Verfassungsprinzipien). [...] Südafrika (SA) gibt dennoch kein grünes Licht unter Berufung auf die Tatsache, daß die USA zugleich mit dem SA-Truppenabzug aus Namibia gemäß 435 den parallelen Abzug der Kubaner aus Angola für notwendig halten und eine Vereinbarung US–Angola hierüber auf sich warten läßt. Für die Fünf als Kontaktgruppe bleibt so zur Zeit wenig zu tun, ein Zustand, der bei den F[ront]L[inien]S[taaten] zunehmend zu verständlicher Frustration führt und die Glaubwürdigkeit unseres Namibia-Engagements gefährdet.“ Vgl. den Schrifterlaß; Referat 320, Bd. 125292.

⁴ Die USA und Angola führten Gespräche über einen Abzug kubanischer Truppen aus Angola. Botschaftsrat Westphal, Lusaka, berichtete am 31. Januar 1983, der amerikanische Botschafter Platt sei von Gesprächen mit der angolischen Regierung zurückgekehrt. Er sei dazu ermächtigt worden, „da Stand der Beziehungen USA–Angola Entsendung Delegation aus Washington zur Zeit nicht rechtfertigen würde.“ Platt habe sich optimistisch hinsichtlich der Fortsetzung der Gespräche gezeigt, „auch wenn in der Substanz weder Fortschritte noch Rückschritte zu verzeichnen seien“. Angolaner hätten keinen zeitlichen Rahmen für qualifizierte Antwort auf amerikanische Vorschläge für parallelen Rückzug Kubaner und Südafrikaner nennen können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 19; Referat 320, Bd. 125292.

⁵ Südafrika.

⁶ Angola und Südafrika führten zuletzt am 8. Dezember 1982 und am 23. Februar 1983 auf Kap Verde Gespräche über eine Lösung des Konflikts im südlichen Afrika. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 4. März 1983, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, habe dazu mitgeteilt, „daß der Verhandlungsstand insoweit in einem positiven Sinne geklärt sei, als angolische Illusionen, mit Südafrika ohne eine umfassende Lösung (Namibia, Kubanerabzug) ins Geschäft zu kommen, beseitigt worden seien. Fourie habe ihm gesagt, man sei von S[üd]A[frika]-Seite grundsätzlich bereit, ein nächstes Treffen auf Ministerebene stattfinden zu lassen. Die UNITA-Frage sei auf den Kapverden nicht angesprochen worden; man habe auch zuvor den Südafrikanern dringend davon abgeraten, diese Frage aufzubringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 994; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Am 13. April 1983 berichtete Botschafter Hermes, Washington, daß sich der angolische Innenminister Rodrigues seit 10. April 1983 in Washington aufhalte. Nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums gehe es darum, „von Angola ein glaubwürdiges Eröffnungsangebot zu erhalten, das man Südafrika übermitteln könne. Kito habe deutlich gemacht, daß er mit einem Mandat seiner Regierung ausgestattet sei; gleichwohl müsse man damit rechnen, daß er, welches Ergebnis auch immer erzielt werde, dieses zunächst nach Luanda zur dortigen Entscheidung mit zurücknehmen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1648; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Mit Resolution Nr. 435 beschloß der VN-Sicherheitsrat am 29. September 1978 die Einrichtung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten, die der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen dienen sollte. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

gen) keine Möglichkeit zu einer wesentlichen gemeinsamen Aktion. US stellten nicht in Frage, daß das Junktim-Konzept⁹ ihre bilaterale Angelegenheit bleibt, und zeigten sich uns gegenüber anerkennend für geleistete Flankenhilfe und ausgewogene Sprachregelung.

3) AM MacEachen faßte Ergebnis Arbeitsfrühstück mit ihm kurz zusammen: Keine Alternative zu Kontaktgruppe und zu ihrer z.Z. sehr reduzierten Rolle. Von US angestrebte und von allen gewünschte Lösungen brauchen offenbar einige Zeit.

Im einzelnen

1) In der Perspektive verstärkter internationaler Aufmerksamkeit für die Namibia-Frage (insbesondere bevorstehender Blockfreien-Gipfel¹⁰) beschäftigte sich das Treffen eingehend mit dem zunehmenden Mißtrauen gegenüber der Rolle der Fünf, die u.a. aus dem Bericht des VN-GS über seine Afrika-Reise¹¹ zu entnehmen war. Schon in Vier-Augen-Gesprächen mit Crocker habe ich (inspiriert auch durch DB 358 New York UNO vom 18.2.¹²) deutlich gemacht, warum und wie sehr man über Erosion der Glaubwürdigkeit der Fünf (und insbesondere auch unserer eigenen) bei den FLS¹³ und in Afrika allgemein besorgt sein müsse, vor allem auch, weil damit Gewicht unseres Flankenschutzes für amerikanische Bemühungen abnehme. In letzter Zeit hätten sich „private“ Äußerungen der FLS ihren veröffentlichten kritischen Positionen zunehmend angenähert. Noch bedauerlicher seien sehr wenig hilfreiche offizielle und offiziöse südafrikanische Sprachregelungen, insbesondere zum Thema Destabilisierung der Nachbarn. Mir schien, daß Crockers Einsicht in diese Problematik zunimmt.

2) Die Teilnehmer stimmten überein, daß man die Besorgnisse des GS ernst nehmen müsse, und einigten sich darauf,

- ihm noch vor seiner Abreise nach Neu Delhi über Ahtisaari durch Squire (GB) am Samstag als Grundlage für seine Gespräche in Neu Delhi eine mündliche Zwischenantwort geben zu lassen¹⁴

⁹ Korrigiert aus „Junktim-Konzept“.

¹⁰ Zur siebten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi vgl. Dok. 82, Anm. 80.

¹¹ VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich am 31. Januar und 1. Februar in Angola, vom 1. bis 3. Februar in Sambia, vom 3. bis 5. Februar in Mosambik, am 6./7. Februar Botsuana und vom 7. bis 10. Februar 1983 in Tansania auf.

¹² Am 18. Februar 1983 teilte Botschafter van Well, New York (VN), mit, daß VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar die fünf Vertreter der Namibia-Kontaktgruppe über die Ergebnisse seiner Reise in die Frontlinienstaaten unterrichtet habe: „VN-GS schilderte Atmosphäre in allen FLS-Staaten als frustriert und voll Bitterkeit gegenüber den Mitgliedern der Kontaktgruppe, die die FLS erpreßt habe. Alle FLS-Führer wünschten, daß Kontaktgruppe ihre Anstrengungen bedeutend verstärke, um ohne weiteren Verzug zu Implementierung von 435 zu kommen. [...] VN-GS fügte hinzu, daß Enttäuschung der FLS dadurch noch verstärkt werde, daß sie sich auch von der Sowjetunion bei Hilfe in wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Stich gelassen fühlten. Kubaner-Junktim sei überall zurückgewiesen worden. Er, VN-GS, schließe sich dieser Haltung an. Er habe wiederholt gesagt, für ihn sei alleine 435 maßgeblich. Kubanischer Rückzug sei allein als Problem der USA, nicht S[üd]A[frika]s dargestellt worden und würde als ein Versuch ausgelegt, Angola zur Einigung mit UNITA zu zwingen. In Kubaner-Frage bestünden erhebliche Zweifel an Aufrichtigkeit der K[ontakt]G[ruppe]. Der Wunsch, Kubaner aus Angola abziehen zu sehen, sei gleichwohl allgemein geäußert worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 358; Referat 320, Bd. 125292.

¹³ Frontlinienstaaten.

Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

¹⁴ Der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Squire, übergab dem Sonderbeauftragten des

- und auch in einer gemeinsamen Presselinie zu dem Ottawa-Treffen (Kanada lagen schon Anfragen vor) ein positives Eingehen auf die Unterrichtung durch den GS aufzunehmen.

Texte der „talking points“ und der „press line“ folgen als Anlage.¹⁵

3) US sind davon überzeugt, daß Angola sich bewußt ist, in den bilateralen Verhandlungen betr. den Kubanerabzug selbst den nächsten Schritt tun zu müssen. Ein wirklicher Verhandlungsprozeß habe noch gar nicht begonnen, sondern die – allerdings wichtige – Bereitschaft Angolas, Kubanerabzug auch schon vor der Unabhängigkeit Namibias in Betracht zu ziehen, sei nicht viel mehr als ein Auftakt („opening statement“). Nach allzu langem Zögern scheine sich jetzt endlich abzuzeichnen, daß Angola konkrete Vorschläge über die einzelnen Phasen des Parallelismus vorbereite (wobei – so Crocker zu mir – Franzosen vermittelnd tätig seien). Es werde Anfang März schon zu einer neuen Verhandlungsrunde US–Angola kommen, die streng geheimgehalten werden solle.

4) Erstmals gab Crocker zu, daß Aussicht auf eine Regelung des parallelen Kubanerabzugs nur besteht, wenn ein Ansatz für eine politische Lösung des UNITA-Problems gefunden werde, und daß US sich nicht darauf zurückziehen könne, dies sei nur eine Sache der Angolaner. Im direkten Gespräch werde darauf eingegangen werden müssen, wie die Beendigung der UNITA-Unterstützung durch SA erreicht und garantiert werden könne. Dagegen könne und wolle Washington nicht unmittelbar die Aufgabe der Annäherung MPLA–UNITA angehen. Hier müsse der geeignete Vermittler aus Afrika kommen (etwa Kaunda oder die Kapverden-Regierung), jedoch dürften US sich auch hier nicht etwa auf eine Automatik verlassen, sondern müßten indirekt auf eine solche innerafrikanische Vermittlung hinwirken.

5) Crocker warf die Frage auf, ob bei MPLA das Vertrauen in westliche Absichten dadurch gesteigert werden könnte, daß konzertierte westliche Aktion zu intensiver Zusammenarbeit mit dem Ziel der Sanierung der Wirtschaft Angolas in Aussicht gestellt werde. Die anderen Partner und wir bezweifelten, daß es insoweit an Vertrauen der Angolaner fehle. Das eigentliche Vertrauensproblem bestehe in der Sicherheitsfrage, und dem sei mit wirtschaftlichen Versprechungen kaum beizukommen.

6) Crocker lieferte detaillierte und für uns teilweise neue Informationen über die militärische Lage in Angola. Danach vermag UNITA zur Zeit weit über zwei Drittel des Territoriums zu verunsichern (bis zu 80 km vor Luanda). Bestätigung der entscheidenden Bedeutung der SA-Unterstützung für die Effizienz der UNITA-Guerilla. Befestigung der Mocamedes-Verteidigungslinie durch FAPLA¹⁶ und Kubaner mit SU-Hilfe (erstmalig Auftauchen der SAM-8-Rakete außerhalb des Warschauer Pakts), Präsenz mehrerer Kubaner-Stellungen südlich dieser

Fortsetzung Fußnote von Seite 297

VN-Generalsekretärs für Namibia, Ahtisaari, am 26. Februar 1983 in New York die von den für Afrika zuständigen Abteilungsleitern der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritannien, Kanadas und der USA am 24./25. Februar 1983 in Ottawa vereinbarten „Talking Points“. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 417 des Botschafters Jelonek, New York (VN), vom 2. März 1983; Referat 320, Bd. 125292.

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 75 des Ministerialdirigenten Haas, z. Z. Ottawa, vom 25. Februar 1983; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Forças Armadas Populares de Libertação de Angola.

Linie (z. B. Cahama, Jamba), Bestätigung, daß SWAPO Eliteeinheit „Volcano“ über Südwest-Angola in Zahl bis zu 800 nach Namibia eingeschleust hat. Crocker sieht Angola als „besetztes Land“ mit einer „schrumpfenden Souveränität“.

Wir teilten US-Einschätzung, daß immer katastrophalere Sicherheits- und Wirtschaftslage Flexibilität der MPLA in den Verhandlungen nur bis zu einer kritischen Grenze fördern könne.

Man müsse dem voraussehbaren Moment zuvorkommen, in dem die Tendenz umschlagen und dos Santos, ganz in die Ecke getrieben, keinen anderen Ausweg mehr sehen werde, als die Rettung in noch stärkerer kubanischer und sowjetischer Unterstützung zu suchen. Crocker schien diesen kritischen Moment noch nicht so nahe zu sehen wie die anderen vier.

7) Crockers Einschätzung einer überwältigenden Überlegenheit der UNITA wird von GB nicht geteilt. Nach britischen Erkenntnissen ist das Kräfteverhältnis zwischen UNITA einerseits, FAPLA/Kubanern andererseits ausgeglichener. Angola könne sich bei einem Rückzug Südafrikas aus dem Land zwar einen Kubanerabzug in beträchtlichem Umfang leisten. Bis zu einer politischen Einigung zwischen UNITA und MPLA müßten aber wesentliche kubanische Restbestände präsent bleiben. Das bedeute, daß bis auf weiteres die MPLA einem vollen Kubanerabzug nicht zustimmen könne. (Crocker sagte mir vertraulich, US seien sich dieses Problems voll bewußt.)

8) In einem Meinungsaustausch auf der Grundlage von gezielt von rumänischer Seite an uns¹⁷ herangetragenen Hinweisen überwog die Ansicht, daß Moskau vermutlich nicht oder nicht mehr auf eine fest kontrollierende Position in Angola fixiert sei, sondern sich mit einer Politik echter Blockfreiheit Luandas abfinden könnte. Der Weg dorthin müsse gesichtswahrend für die Sowjetunion verlaufen. Minimalerfordernisse seien wohl Absicherung der MPLA-Regierung und sichere Schutzgarantien gegen SA-Angriffe.

9) Crocker rechnet mit einer weiteren Stabilisierung der Position von dos Santos und der gemäßigten MPLA-Kräfte. Hierzu meinte Ausseil (F) unter Bezugnahme auf den Besuch von Penne in Luanda am 28.1.¹⁸: Zu den Direktkontakten mit Südafrika gebe es eine geschlossene Haltung der MPLA. Auch darin, die Verantwortung für die Durchführung des neuen Wirtschaftsplanes dos Santos zu übertragen, gebe es völlige Übereinstimmung. Zu den bilateralen Kontakten Frankreich–Angola beschränkte sich Ausseil auf die Feststellung, es gebe „some special links“, die fortgeführt würden. (Crocker sagte mir, siehe oben, darüber etwas mehr.)

Ein Vier-Augen-Gespräch mit Ausseil ergab, daß Angolaner die ihnen von Frankreich angebotenen guten Dienste bisher nicht in Anspruch genommen haben.

¹⁷ Die Wörter „an uns“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Ministerialdirigent Haas vermerkte dazu handschriftlich: „Am 1.III. Ihnen m[ün]dlich vorgetragen.“

¹⁸ Botschafter Wand, Luanda, berichtete am 3. Februar 1983, daß der Berater des französischen Staatspräsidenten, Penne, Präsident dos Santos eine Botschaft von Mitterrand übergeben habe, „ohne daß Einzelheiten bekannt wurden“. Nach Auskunft des französischen Botschafters Galabru sei auch das amerikanische Engagement in Angola zur Sprache gekommen, aber „nicht Frage Ablösung kuban[ischer] Truppen durch evtl. französ[ische] Einheiten. Paris sei dazu auch finanziell nicht in der Lage. Santos habe keinen Termin für nächste Runde mit S[üd]A[frika] genannt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 41; Referat 320, Bd. 125292.

Ausseil glaubt, daß die Zeit für angolanische Abwendung vom Osten (und damit für Kubanerabzug) arbeitet, und befürchtet zugleich, daß Amerikaner (aus innenpolitischen Gründen) den Angolanern diese Zeit leider nicht lassen können.¹⁹

10) Wir legten anhand DB Nr. 25 vom 24.2. aus Lusaka²⁰ dar, wie ernst die FLS-Bedenken gegen das Kubaner-Junktim seien und daß an der amerikanischen (von GB teilweise geteilten) Version vom Auseinanderklaffen öffentlicher Ablehnung und nicht-öffentlicher Toleranz gewisse Zweifel angebracht erscheinen. Jedenfalls verenge sich diese „Kluft“ zunehmend.

Den nachdrücklichen Hinweisen auf den Schaden für die Glaubwürdigkeit der Afrikapolitik aller KG-Mitglieder infolge der nicht eingehaltenen zeitlichen US-Zusagen vom Juli 82 und der jetzigen KG-Untätigkeit, deren Ende nicht abzusehen sei, verschlossen sich die Amerikaner nicht. Die Suche nach einem gemeinsamen Betätigungsfeld für die Fünf im gegenwärtigen Zeitpunkt erwies sich als schwierig. GB gab – auch in Hinblick auf südafrikanisches Interesse, eine Namibia-Lösung noch während der Reagan-Administration zu erreichen – zu erwägen, in Pretoria gemeinsam zu demarchieren, um schnellen SA-Rückzug aus Angola zu fördern. Es wurde deutlich, daß F sich einer gemeinsamen Demarche nicht anschließen würde.²¹ Den Fünf in Kapstadt ist anheimgestellt, die Frage nach dortigem Ermessen weiter zu erörtern. Crocker meinte, die Fünf müßten im Falle einer Demarche bei SA auch darauf eingerichtet sein, bei Angola auf bessere SWAPO-Kontrolle hinzuwirken. Er wies auf zunehmende Divergenzen zwischen SWAPO und Angola hin. Die SWAPO wünsche keinen Erfolg der Direktkontakte Angola–Südafrika. (Dasselbe gelte natürlich auch für die Sowjets.) Die US versuchten Südafrika zu überzeugen, daß Angola nicht hinter einem Mißbrauch²² südafrikanischer Zurückhaltung durch verstärkte und für diese selbst sehr risikoreiche Aktivitäten der SWAPO stehe. Die aktuelle Entwicklung gebe SA umso mehr Anlaß, mit Angola zu sprechen.

11) Wir gaben zu überlegen, ob man nicht jetzt bei SA auf Entscheidung zum Wahlsystem und damit Vollendung der Phase 1²³ hinwirken könnte. Sofortiger

¹⁹ Der Passus „daß Amerikaner ... lassen können“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Ministerialdirigent Haas vermerkte dazu handschriftlich: „Weil Reagan seinen außenpolitischen Erfolg schon 1983 haben wollte. 1984 ist Wahljahr, in dem keine Außenpolitik mehr gemacht werde (so im übrigen auch ein Crocker-Stellvertreter)“.

²⁰ Botschafter Wasserberg, Lusaka, übermittelte Äußerungen des Beraters des sambischen Präsidenten, Phiri, über die Rolle der Namibia-Kontaktgruppe bei der Lösung des Konflikts im südlichen Afrika. Danach hielten die Frontlinienstaaten die Arbeit der Kontaktgruppe weiterhin „für unverzichtbar“. Diese sollte sich jedoch „mehr von den USA distanzieren, auch öffentlich. Sie sollten die USA bedrängen und überzeugen, daß sie mit dem Kubanerlink auf dem falschen Weg seien. [...] Phiri betonte im Laufe des Gesprächs wiederholt, daß es Sambia und den anderen FLS mit der Ablehnung des Kubanerlinks todernst sei. Die Kubanerpräsenz in Angola sei eine rein angolanisch-kubanische Angelegenheit. Der Link verzögere zudem die Namibia-Lösung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 25; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

²¹ Die Wörter „nicht anschließen würde“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Warum?“

Ministerialdirigent Haas vermerkte dazu handschriftlich: „F will, wegen seinen Vermittlungsbemühungen in Luanda, eine Sonderrolle spielen und – wenn es um Angola geht – nicht zu Fünft aufreten.“

²² Korrigiert aus: „eines Mißbrauchs“.

²³ Die Namibia-Kontaktgruppe billigte am 17. September 1981 in Washington Prinzipien für eine Verfassunggebende Versammlung und für die Verfassung eines unabhängigen Namibia. Die Einigung

US-Einwand, bei SA-Widerstand würde dann wiederum Pretoria als verzögernder Faktor dastehen (und nicht wie zur Zeit Angola), war unseres Erachtens aufschlußreich und nicht ermutigend.²⁴ Crocker räumte im übrigen ein, daß es in Südafrika die Ansicht gebe (allerdings keinen Konsens), man brauche nur auf den Zusammenbruch Angolas zu warten, um eine Lösung im südafrikanischen Sinne zu erreichen.²⁵ Die US versuchten ständig, Südafrika durch Einflußnahme „auf zunehmend höherer Ebene“ auf der Spur zu halten.

12) Zur bevorstehenden UN-Namibia-Konferenz in Paris kündigte Ausseil an, Cheysson werde zur Eröffnung eine Rede halten²⁶, was aber nicht etwa offizielle Konferenzteilnahme von F bedeute (Präzedenzfall sei Afrika-Tag Paris Mai 81). F schlug vor, die Fünf sollten sich für ihre Teilnahme an der Konferenz vorher einen Spezialstatus ausbedingen, wonach sie Beobachter mit Rederecht seien. Hiergegen kamen heftige Einwände besonders von US und GB (keine Aufwertung der Konferenzpropaganda, bei Rederecht sei Wortmeldung unausweichbar).

Schließlich wurde ad referendum Einigkeit erzielt, daß die Fünf nur als (stille) Beobachter präsent sein sollten, dagegen etwa für opportun erachtete Stellungnahmen später im UN-Rahmen abgeben könnten. Hiermit und mit der Frage, wie SA vom Bestreben einer Konferenzteilnahme abgebracht werden könnte, soll sich KG in New York befassen.²⁷

[gez.] Haas

VS-Bd. 13582 (320)

Fortsetzung Fußnote von Seite 300

hierüber sollte den ersten Teil eines Phasenkonzepts bilden, dem die Einrichtung der UNTAG und die Festlegung der Vereinten Nationen bzw. des südafrikanischen Generalverwalters für Namibia auf Unparteilichkeit (Phase II) sowie schließlich die Ausführung der Resolution Nr. 435 der VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 folgen sollten. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 279, und AAPD 1981, III, Dok. 367.

24 Der Passus „war unseres Erachtens ... ermutigend“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[r]ichtig!“.

25 Der Passus „Zusammenbruch Angolas ... zu erreichen“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „d. h.“
Ministerialdirigent Haas vermerkte dazu handschriftlich: „d. h. südafrikanisches Wunschdenken: Man wäre die MPLA und die SWAPO los. Savimbi würde Angola regieren. Diese Rechnung ist aber ohne die Sowjets und die Kubaner gemacht. Und auch, ohne die Haltung der afrikanischen Staaten zu berücksichtigen.“

26 Die VN-Konferenz zur Unterstützung Namibias fand vom 25. bis 29. April 1983 in Paris statt. Am Eröffnungstag hielt der französische Außenminister Cheysson eine Rede. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (mars-avril), S. 64–67.

27 Am 31. März 1983 übermittelte Vortragender Legationsrat Holl der Botschaft in Washington den Text eines Schreibens des amerikanischen Außenministers vom 3. März 1983 an Bundesminister Genscher und des Antwortschreibens von Genscher vom 30. März 1983. Shultz schrieb: „In the next few weeks, we will be involved on both fronts, as we expect to resume direct talks with the Angolans in early March, which will parallel talks at senior level with the South Africans. In the coming months, it is likely that we will collectively be facing a complex situation: a positive but probably gradual evolution of the Angolan picture at the same time as public diplomatic criticism mounts at the UN and non-aligned meetings. We will keep in close touch with you and will value your support.“ Genscher antwortete: „Ich stimme mit Ihrer Beurteilung der Risiken überein, die für die internationale Glaubwürdigkeit der westlichen Fünf aus fortgesetzten Verzögerungen der Namibia-Lösung erwachsen. Im Vorgehen der Regierung Angolas sehe ich zunehmend Anzeichen, die in den Fragen der Präsenz kubanischer Truppen und des militärischen Auseinanderrückens auf Flexibilität hoffen lassen. In dieser Situation scheint es mir besonders wichtig, daß Südafrika zu keinen Zweifeln an der Bereitschaft zu VN-kontrollierten Wahlen in Namibia Anlaß gibt und in den Anforderungen an Angola in

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31 HLG-864/83 geheim

28. Februar 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung
Betr.: Nukleare Kurzstreckenwaffen der NATO

I. Schon seit ihrer Gründung⁴ befaßt sich die High Level Group nicht nur mit der Modernisierung der Mittelstreckenwaffen, sondern ebenfalls mit der Rolle der nuklearen Systeme „kürzerer und kurzer Reichweite“.

Darunter sind derzeit zu verstehen, Gefechtsfeldwaffen im eigentlichen Sinn (wie ADM, Nike, Haubitzen, Lance) sowie Interdiktionswaffen wie nuklearfähige Kampfbomber (F-104/Tornado) und Pershing-Ia-Raketen.

Dieser Aufgabenbereich, dem auch das Modernisierungsprojekt „Neutronenwaffe“⁵ zugehörte, trat im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß zwar optisch in den Hintergrund, erhielt aber gerade durch die INF-Problematik zusätzlich Aktualität:

- Zum einen wurde der Doppelbeschluß mit dem konzeptionell⁶ nicht durchgeprüften Rückzug von 1000 Nuklearsprengköpfen aus dem Kurzstreckenbereich⁷ verbunden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 301

einem von politischem Realitätssinn geprägten Rahmen bleibt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 350; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 11. März 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich um Wiedervorlage bat.

⁴ Hat Amtsrat Kusnezow am 5. April 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „[Siehe] Fragen BM S. 3.“ Vgl. Anm. 12. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 6. April 1983 vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 8. April 1983 erneut vorgelegen.

⁵ Auf der Ministersitzung am 11./12. Oktober 1977 in Bari beauftragte die Nukleare Planungsgruppe (NPG) die NATO-Oberbefehlshaber, die Frage der langfristigen Modernisierung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurde eine High Level Group (HLG) unter Vorsitz der USA eingesetzt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 361.

⁶ Der Bundessicherheitsrat traf am 14. März 1978 Beschlüsse zur Neutronenwaffe und zur weiteren Behandlung dieses Themas innerhalb der NATO, die für den 20./22. März 1978 vorgesehen war. Am 19./20. März 1978 teilte die amerikanische Regierung eine Verschiebung der Diskussion auf unbestimmte Zeit mit. In einem Gespräch am 31. März 1978 in Hamburg informierte der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher Bundeskanzler Schmidt über die Entscheidung des Präsidenten Carter, den Bau der Neutronenwaffe auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Diese Entscheidung wurde am 7. April 1978 öffentlich bekanntgegeben. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 77, Dok. 82, Dok. 92, Dok. 93 und Dok. 108.

Im Frühjahr und Sommer 1981 nahm die amerikanische Regierung den Bau von Gefechtsköpfen für die Neutronenwaffe wieder auf. Im August 1981 entschied Präsident Reagan, auch mit der Herstellung der Bestandteile für die Sprengköpfe der Neutronenwaffe zu beginnen. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 172 und Dok. 231.

⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sie waren veraltet.“

⁸ Zum Abzug von 1000 amerikanischen nuklearen Gefechtsköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

- Zum anderen machten die Niederlande ihre generelle Zustimmung zum Doppelbeschluß davon abhängig, daß Möglichkeiten zur Reduzierung des sog. taktischen Nuklearpotentials wohlwollend geprüft würden (sog. shift study).⁸

Die analytischen Arbeiten der HLG auf diesem Sektor sollen bis zum Sommer – also kurz vor dem für den Stationierungsbeginn von INF-Raketen vorgesehenen Zeitpunkt⁹ – abgeschlossen sein. Diese Terminierung empfahl sich schon deshalb, weil die Auswirkungen (z. B. eine Rollenverlagerung) eines amerikanischen Mittelstreckenpotentials in Europa auf das schon vorhandene Potential erst dann realistisch beurteilt werden können, wenn der wirkliche Umfang der Nachrüstung berechenbarer geworden ist.

Gegen eine Forcierung der Überprüfung des Bedarfes im nuklearen Kurzstreckenbereich sprach auch folgende Erwägung: Die NATO kann diese Studie nicht mit der präjudizierenden Vorgabe durchführen, daß im Kurzstreckenbereich kein Modernisierungsbedürfnis mehr bestehe und daß weitere Kürzungen durchgeführt werden müßten. Eine dieser Tendenz nicht ohne weiteres folgende Studie könnte jedoch bei Bekanntwerden ein weiteres nukleares Nachrüstungs-vorhaben suggerieren und so die Diskussion um den Doppelbeschluß zusätzlich belasten.

II. 1) Vor diesem Hintergrund sind folgende Zwischenergebnisse der HLG-Studie zu sehen, wie sie der NPG-Ministerkonferenz am 22./23.3.83 in Portugal¹⁰ vorliegen werden:

- (1) Die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO erfüllen mit Schwergewicht auf selektiven Einsatzoptionen eine wichtige Funktion im Rahmen der Gesamtabschreckung. Sie erhöhen nicht nur die Glaubwürdigkeit der nuklearen Komponente des Abschreckungspotentials, sondern auch die Chancen einer konventionell bleibenden Verteidigung.
- (2) Die Gewährleistung dieser Rolle setzt trotz des ständig anwachsenden sowjetischen Kurzstreckenpotentials derzeit keine Erhöhung der Anzahl der Nuklearwaffen der NATO in Europa voraus.
- (3) Im Falle der Stationierung von GLCM/PII¹¹ ist gemäß Doppelbeschluß vorgesehen, den Sprengkopfbestand im Kurzstreckenbereich entsprechend zu verringern, äußerstenfalls also um weitere 572 Atomsprengköpfe. Ob noch weitergehende Verminderungen verteidigungspolitisch zu verantworten wären, kann vor dem Endergebnis der Studie nicht sachgemäß beurteilt werden.
- (4) Falls dies bejaht werden sollte, wäre zu entscheiden, ob solche Reduzierungen einseitig durchgeführt oder einer Rüstungskontrollabsprache vorbehalten werden sollten.¹²

⁸ Zur geplanten Studie der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe über die nuklearen Kurzstreckenwaffen der NATO vgl. Dok. 17, Anm. 15.

⁹ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹⁰ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Vilamoura vgl. Dok. 77.

¹¹ Pershing II.

¹² Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was ist die Auskunft? Wer gibt sie?“ Vgl. Anm. 3.

Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann: „1) Die HLG-Studie enthält noch keine Formulierungsvorschläge dafür. 2) Studie wird insoweit unverbindlich für die AM von Ver-

2) Schwierigkeiten kann der einvernehmliche Abschluß der Studie vor allem deshalb noch bereiten, weil die Beurteilung eines Streitkräftebedarfs eng mit Strategievorstellungen verknüpft ist. Daher stehen (z.T. unausgesprochen) viele derjenigen Doktrin-Probleme¹³ erneut zur Diskussion, welche 1969/70 bei Entwicklung der provisorischen nuklearen Einsatzrichtlinien der NATO mit amerikanisch/deutschen Kompromissen zu überbrücken waren, darunter vor allem die Frage des wiederholten nuklearen Gefechtsfeld-Einsatzes auf eigenem Gebiet.¹⁴ Im Hinblick darauf war es wichtig, bei den deutsch-amerikanischen Strategiegesprächen Anfang Februar in Washington feststellen zu können, daß die USA an der offiziellen NATO-Strategie gem. MC 14/3¹⁵ festhalten.

Pfeffer

VS-Bd. 12056 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 303

teidigungsministern zu verabschieden sein (nächste NPG 26./27.10.1983). 3) Bei Bearbeitung des Textes hierzu wird BMVg sich eng auf Arbeitsebene mit AA abstimmen.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12056 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „doktrinären Probleme“.

¹⁴ Die Billigung der Direktive MC 14/3 („flexible response“) durch die NATO am 12. Dezember 1967 warf die Frage nach der Rolle der die strategischen Nuklearwaffen der USA ergänzenden nuklearen Gefechtsfeldwaffen in Europa sowie die Mitsprache der europäischen Nichtnuklearstaaten auf. Auf ihrer Sitzung am 11./12. November 1969 in Washington verabschiedete die Nukleare Planungsgruppe (NPG) politische Richtlinien für die taktischen Nuklearwaffen und beauftragte die Bundesrepublik und die USA, ein Konzept für deren Einsatz im Kriegsfall auszuarbeiten. Die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten erörterten einen entsprechenden Entwurf in der NPG-Sitzung am 8./9. Juni 1970 in Venedig, dessen Neufassung sie am 29./30. Oktober 1970 verabschiedeten. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 334 und Dok. 359, sowie AAPD 1970, II, Dok. 260, und AAPD 1970, III, Dok. 504.

¹⁵ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 16.

58

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit**200-350.31-130/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 2. März 1983, 18.25 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 6 Europol****Cito**

Betr.: 49. EPZ-Ministertreffen am 1.3.1983 in Bonn;

hier: Ergänzende Erläuterungen zum Relevé de conclusions²

I. Ergänzend zum gesondert übermittelten Relevé de conclusions wird zu Verlauf und Ergebnissen des 49. EPZ-Ministertreffens am 1.3.1983 (erstes EPZ-Ministertreffen der gegenwärtigen deutschen Präsidentschaft³) mitgeteilt:

Unter Vorsitz BM tagendes Ministertreffen erzielte beachtliches Maß an Übereinstimmung der Zehn bei Themenschwerpunkten West-Ost-Beziehungen (KSZE, Polen, Prager Gipfelerklärung⁴) und Nahost.

Bei der deutsch-italienischen Initiative zur Europäischen Union⁵ wurden substantielle Fortschritte erzielt. BM wird am 8.3. Gespräch mit Präsident Dankert führen. Stellvertretende Außenminister sollen noch vor Europäischem Rat⁶ in Begleitung Persönlicher Beauftragter Angelegenheit mit dem Ziel der Fertigstellung weiter behandeln. Auf Europäischem Rat wird Bundesminister Bericht erstatten.

II. Im einzelnen**1) Ost-West-Beziehungen**

BM wies in einleitenden Bemerkungen auf weiterhin angespanntes Verhältnis, aber auch auf Bemühungen um Klimaverbesserungen hin. Sowjetunion werde vor deutschen Wahlen⁷ keine Bewegung bei INF erkennen lassen. BM unterstrich, daß Westen offensive Strategie verfolgen und eigene Initiativen stärker herausstellen müsse. Gespräche von Botschafter Ruth in Moskau seien ungeachtet unveränderter östlicher Positionen wegen sowjetischen Interesses an Fortsetzung des Dialogs interessant gewesen.⁸

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Schramm konzipiert und in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20 und Anm. 40.

² Das Auswärtige Amt übermittelte am 3. März 1983 allen EG-Mitgliedstaaten den Entwurf des Relevé de conclusions der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 1. März 1983. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 847 (Coreu); VS-Bd. 12908 (200); B 150, Aktenkopien 1983.³ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.⁴ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 in Prag vgl. Dok. 40.⁵ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 11, Anm. 24.⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.⁸ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 24./25. Februar 1983 in Moskau über Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. Dok. 47, Anm. 13.

B (Tindemans) verwies, unterstützt von NL (van den Broek), auf nationale Änderungen in der Kontaktfrage (offenbar Anspielung auf Tichonow-Besuch in Athen⁹ und Cheysson-Besuch in Moskau¹⁰) und verlangte Orientierung aller Partner an gemeinsamer Linie der Zehn gegenüber Osten. GRI (Charalambopoulos) erklärte in Replik, hierzu gebe es keine einheitliche Position der Zehn. Kontakte zwischen den Regierungschefs seien als konstruktiv zu werten, da Mißverständnisse ausgeräumt würden.

I (Colombo) warnte vor nicht am Zehnerkonsens orientierten Erklärungen, die vom Osten als Schwächezeichen mißdeutet werden könnten. Colombo berichtete ferner aus Gespräch mit Czyrek, dieser habe ihn gebeten, politische Situation in Polen als „evolutiv im sich verbessernden Sinne“ zu sehen. Zur wirtschaftlichen Thematik habe Czyrek dringendes Interesse an Verbesserung der Beziehungen zum Westen bekundet. Wenn nicht, werde Polen sich eben noch mehr auf SU stützen und weiter vom Westen entfernen. Er, Colombo, habe deutlich gemacht, daß Voraussetzungen für Änderung westlicher Haltung gegenüber Polen nicht vorlägen. Hieran knüpfte Colombo im Zehnerkreis Bemerkung, daß allerdings eine Verdeutlichung unserer Haltung in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage von La Sapinière¹¹ erforderlich sei – zumal im laufenden Jahr 1983, das besonders wichtig für die Zukunft der Ost-West-Beziehungen sei.

DK (Ellemann-Jensen) erklärte, Westen dürfe Initiative nicht verlieren. Der Ball müsse wieder in das östliche Feld zurückgespielt werden. Es solle ein Papier ausgearbeitet werden, das die Frage der Kontakte der Zehn zum Osten in den Gesamtrahmen ihrer West-Ost-Politik stelle. GB (stellv. AM Hurd) bezeichnete es als gegenwärtiges Hauptziel der SU, die Einheit des Westens zu zerbrechen. Hauptziel des Westens müsse es daher sein, diese Einheit zu bewahren. Die Politischen Direktoren sollten sich, so Hurd, erneut mit „guidelines governing our relations with the SU“ befassen. F (Cheysson) bezeichnete es als wichtig, daß der Westen Kaltblütigkeit und Festigkeit bei Bewahrung seiner gemeinsamen Positionen zeige. Dies gelte vor allem für die Sicherheitsaspekte, einschließlich der Genfer Verhandlungen.¹² Es solle heute zu keinen gemeinsamen Erklärungen der Zehn kommen, möglicherweise aber anläßlich des Europäischen Rats am 21./22.3.1983.

BM stellte zusammenfassend fest, daß jetzt kein Anlaß für neue Beschlüsse bestehe. Der Dialog mit dem Osten bleibe wichtig. Bei der äußeren Form dürfe aber nicht der Eindruck entstehen, als ob alles in Ordnung sei. So sei der letzte Besuch Breschnews in Bonn als Arbeitsbesuch und nicht als Staatsbesuch abgewickelt worden.¹³ Im Verhältnis zum Osten gehe es nicht nur um Abrüstungsverhandlungen. Vielmehr müsse das West-Ost-Verhältnis breiter ver-

⁹ Der sowjetische Ministerpräsident Tichonow hielt sich vom 21. bis 24. Februar 1983 in Griechenland auf.

¹⁰ Zum Besuch des französischen Außenministers Cheysson vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 49, Anm. 30.

¹¹ Zur informellen NATO-Ministerratstagung am 2./3. Oktober 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 5.

¹² In Genf begann am 27. Januar 1983 die vierte Runde der INF-Verhandlungen.

Die dritte Runde der START-Verhandlungen begann am 2. Februar 1983 in Genf. Vgl. dazu Dok. 96.

¹³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

standen werden. Hierbei könne der politische Dialog positive Rahmenbedingungen schaffen. Wie BM ferner unterstrich, sind die Zehn an Fortsetzung des politischen Dialogs mit dem Osten interessiert. Mit diesem Dialog würden dem Osten die eigenen Auffassungen zur Kenntnis gebracht und dadurch auf die sowjetische Führung eingewirkt. Dies, so erklärte BM weiter, sei besonders wichtig in einer Periode der wahrscheinlichen Ausformulierung der sowjetischen Positionen durch die neue sowjetische Führung.¹⁴

2) KSZE

BM faßte Entwicklung seit Wiederaufnahme Madrid am 8.2. zusammen: auf seiten der Zehn unverändertes Ziel eines substantiellen Schlußdokuments und präzisen KAE-Mandats. N+N würden ungeduldiger. Bei USA Anzeichen für Flexibilität. Insgesamt ist Lage, so BM, weniger pessimistisch zu beurteilen. Es müssen jetzt mehr Energien in Madrid eingebracht werden. BM unterstrich ferner, daß sich unsere geduldige Politik (z.B. Unterbrechung anstatt Abbruch der KSZE nach den großen Störungen des West-Ost-Verhältnisses¹⁵) als stabilisierendes Element für die Lage in Europa herausgestellt habe.

F (Cheysson) schloß sich Ausführungen BM an. Madrid werde mit einem Kompromiß in der Substanz zu Ende gehen. Nunmehr müßten diejenigen Vorschläge ausgewählt werden, die meiste Aussicht auf Erfolg hätten. Sowjetische Führung habe ihm in Moskau erklärt, sie könne in Madrid „in annehmbarer Weise“ abschließen. I (Colombo) schloß sich gleichfalls Bewertung von Madrid durch BM an. Ebenso GB (Hurd), der nächste Woche in Madrid als entscheidend für Beendigung oder Vertagung bezeichnete. Die Delegationen sollten detailliert die noch verbleibenden Meinungsunterschiede analysieren und ein Ergebnispapier in etwa zehn Tagen vorlegen. Auch IRL (Barry) verlangte Schlußfolgerungen, welche Vorschläge den Verhandlungserfolg erzielbar machen könnten. GRI (Charalambopoulos) warnte davor, Madrid zum „Gerichtshof“ zu machen. DK (Ellemann-Jensen) wandte sich gegen schnelle Konzessionen bei den menschlichen Dimensionen um eines Erfolges bei der KAE willen. NL (van den Broek) verwiesen auf „ermutigende Anzeichen“ und verlangten „äußerste Kraftanstrengung in Madrid“.

BM stellte grundsätzliche Übereinstimmung in der Beurteilung von Madrid fest, die sich nunmehr auch in der Haltung der Delegationen der Zehn niederschlagen müsse.

3) Polen

BM erklärte einleitend, westliche Erwartungen müßten aufrechterhalten bleiben. Bei Besuchen sei Zurückhaltung angebracht, solange nicht das „Ob“ und „Wie“ des Papst-Besuchs¹⁶ beurteilt werden könne. Die Hilfe für die polnische Bevölkerung müsse fortgesetzt werden. In der Umschuldungsfrage sprächen wirtschaftliche Gründe für eine Umschuldung, die politische Seite der Sache müsse in differenzierter Form behandelt werden. Die Zehn sollten daher das

¹⁴ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU am 12. November 1982 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

¹⁵ Zur Unterbrechung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 12. März bis 9. November 1982 vgl. Dok. 15, Anm. 19.

¹⁶ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

Gespräch mit den USA mit dem Ziel weiterführen, daß sich die Amerikaner an Vorgesprächen mit den Polen über die Umschuldung im Rahmen des Pariser Clubs beteiligen.¹⁷

Vorschlag BM fand einhellige Zustimmung. DK ergänzte, daß sich die Zehn mit bisheriger Haltung selbst mehr als die Polen „bestrafen“. GB unterstrich Notwendigkeit enger Abstimmung mit USA. F merkte an, daß die Polen „uns die Sache nicht leichter machen“. So hätten sie soeben ein Treffen mit dem Direktor des französischen Schatzamts¹⁸ „auf die lange Bank geschoben“. Auch müsse, so Cheysson, die Frage der nicht staatlich verbürgten Polenschulden mit Rücksicht auf die Banken im Auge behalten werden. Zu der von Cheysson ergänzend angeschnittenen Frage nach einer Fortsetzung der Lebensmittel- und humanitären EG-Hilfe an Polen erklärte EGK (Vizepräsident Haferkamp), die derzeit zur Verfügung stehenden Mittel reichten bis einschließlich April. EGK prüfe derzeit Fortsetzungsmöglichkeiten. Ggfs. sei Zusatzbudgetierung erforderlich.¹⁹

²⁰4) Prager WP-Gipfel, insbes. Gewaltverzichts-vorschlag

BM begrüßte es einleitend, daß Reaktion im Westen eher offensiv als defensiv ausgefallen sei. Westen habe bei früheren östlichen Propagandavorschlägen den Fehler begangen, schlechthin abzulehnen. Diesmal sei westliche Reaktion differenzierter gewesen. Angesichts der bestehenden Gewaltverzichtsinstrumente (VN-Charta²¹, KSZE-Schlußakte²², unsere Verträge mit der SU²³, mit Polen²⁴ und Grundlagenvertrag mit der DDR²⁵) bedeute ein etwaiges neues Abkommen mit dem Osten jedoch nur dann ein Gewinn, wenn es einen „substantiellen Zuwachs“ bringe. Deshalb müsse die erste Forderung an den Osten sein, die Gewaltanwendung dort zu beenden, wo sie derzeit stattfindet (Afghanistan).

¹⁷ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 49, besonders Anm. 54. Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 4. März 1983, bei der Sitzung des Pariser Clubs am 2. März 1983 habe der amerikanische Delegationsleiter Milam erklärt, „daß er zur Zeit keinerlei Bewegungsspielraum habe, solange eine Entscheidung über den großen Polen-Review der Administration noch ausstehe. Dieser liege AM Shultz vor, es sei aber möglich, daß Präsident Reagan in dieser Sache selbst entscheiden wolle.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140064.

¹⁸ Michel Camdessus.

¹⁹ Zur humanitären Hilfe für Polen vgl. Dok. 49, Anm. 45.

Die EG-Kommission schlug dem EG-Ministerrat und dem Europäischen Parlament am 10. Mai 1983 eine Fortsetzung der humanitären Hilfe für Polen in Höhe von 14 Mio. ECU für Juni bis Dezember 1983 vor, die in Form von Nahrungsmitteln und Medikamenten über Nichtregierungsorganisationen abgewickelt werden sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1983, S. 62 f.

²⁰ Beginn des mit Runderlaß Nr. 7 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²¹ Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

²² Vgl. dazu Ziffer II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

²³ Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.

²⁴ Vgl. dazu Artikel II Absatz 2 des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.

²⁵ Vgl. dazu Artikel III des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423.

Zweite Frage sei, ob ein Abkommen zwischen West und Ost nicht der Legitimierung der Breschnew-Doktrin²⁶ diene (z. B. SU und Polen).

Der Westen müsse deshalb differenzierter agieren und immer wieder die Frage stellen, wie es der Osten mit der „laufenden Gewaltanwendung“ und der „Gewaltanwendung innerhalb seines Blockes“ halte. Insgesamt sei die propagandistische Wirkung des Prager Gipfels in der deutschen Öffentlichkeit gering gewesen. Aber nicht zuletzt deshalb, weil die Bundesregierung offensiv reagiert habe. Wir sollten WP-Vorschlag keinesfalls „künstlich am Leben“ erhalten. Jedoch könnten die Politischen Direktoren ohne Eile die Frage westlicher (Gegen-)Vorschläge von operativer Bedeutung prüfen. BM sprach ferner die derzeitigen Schikanen und Übergriffe gegen deutsche Journalisten in Polen an (ebenso betroffen: GB und USA).²⁷ Hierzu ist Demarche im Namen der Zehn beabsichtigt.²⁸

Im Zuge anschließender Aussprache wandte sich F dem Thema der Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa zu. Cheysson forderte, diese müßten verschiedenartiger gestaltet werden. Expertengruppe der Zehn und der EGK solle die Unterschiede in den jeweiligen Beziehungen der einzelnen RGW-Länder zu den Zehn definieren. Die SU sei gezwungen, diese Unterschiede (so z. B. den Sonderfall Ungarn²⁹) in Kauf zu nehmen. Nach französischen Informationen werde dies eines der „großen Themen“ bei dem im Sommer bevorstehenden RGW-Gipfel³⁰ sein. Die Zehn müßten diese Unterschiede für sich politisch nutzen. Hierüber solle die Expertengruppe einen Bericht vorlegen.

EGK (Haferkamp) stellte sich hinter den Vorschlag Cheyssons, verlangte aber nachdrücklich – unter Hinweis auf ungünstige Erfahrungen bei kürzlichen Verhandlungen mit Rumänien –, daß den von den Regierungen entsandten Wirt-

²⁶ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 40, Anm. 15.

²⁷ Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), berichtete am 13. Januar 1983, in der Sitzung des Politischen Ausschusses seien von amerikanischer Seite individuelle, aber unter den NATO-Mitgliedstaaten koordinierte Demarchen bei der polnischen Regierung „wegen Behinderung westlicher Journalisten und Botschaften in Warschau“ angeregt worden. Britischerseits sei die Ausweisung eines Korrespondenten der BBC dargestellt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 56; VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil unterrichtete am 14. Januar 1983 die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, die Bundesrepublik sei insofern betroffen, „als die für das Pressereferat der Botschaft tätigen beiden Ortskräfte ihre Verlängerung der Arbeitserlaubnis noch nicht erhalten haben“. Die Bundesregierung unterstütze ein gemeinsames Vorgehen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 208; VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 18. Januar 1983 mit, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis sei am selben Tag entschieden worden, daß „diejenigen Verbündeten, die schon bisher individuellen Demarchen zugestimmt hatten (USA, GB, KAN, wir)“, diese durchführen würden; die anderen NATO-Mitgliedstaaten hätten sich bereit erklärt, „ihre Besorgnisse auf der Grundlage der abgestimmten Argumentation in normalen bilateralen Kontakten mit den polnischen Behörden geltend zu machen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁸ Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 29. März 1983, er habe als Vertreter der EG-Ratspräsidentschaft im Rahmen der EPZ am Vortag beim polnischen Stellvertretenden Außenminister Olechowski wegen der Behandlung von Journalisten demarchiert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 448; Referat 214, Bd. 122757.

²⁹ Zu den Bemühungen Ungarns um ein Handelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 50.

³⁰ Die 37. Tagung des RGW fand vom 18. bis 20. Oktober 1983 in Ost-Berlin statt.

schaftsexperten die politische Dimension ihres Auftrags bewußt gemacht würde, damit sie nicht erneut „sehr kleinlich“ vorgehen.

5) Nahost

BM stellte einleitend fest, Fes- und Reagan-Initiative³¹ hätten noch nicht die erhofften Fortschritte gebracht. Die Friedensbereitschaft müsse jetzt in Verhandlungsbereitschaft übergehen. Die PNC-Tagung in Algier³² könne zu einer Verbreiterung des Friedensprozesses führen. Die Zehn sollten alles in ihren Kräften Stehende zum Frieden beitragen. Allerdings schaffe die fortgesetzte Siedlungspolitik Israels Probleme. Eine enge Abstimmung der Zehn mit den USA sei erforderlich. BM bezeichnete es als falsch, neben Fes- und Reagan-Initiative noch eine eigene Friedensinitiative der Zehn stellen zu wollen. Richtig sei es, die beiden Initiativen miteinander „zu verheiraten“.

NL (van den Broek) unterstrichen ebenfalls, daß jetzt keine neue Zehnerinitiative, sondern Kontakte der Zehn mit Washington und Jerusalem erforderlich seien. Aus dem PNC in Algier seien die gemäßigten Kräfte – auch Arafat – gestärkt hervorgegangen. Wenn jedoch Siedlungspolitik Israels unverändert weitergehe, werde eine unumkehrbare Situation entstehen. Dies müsse auch in Washington und Jerusalem gesehen werden. Das politische Minimum sei ein Einfrieren der Siedlungstätigkeit. Salem (libanesischer AM) habe ihm, van den Broek, gesagt, daß für einen dauerhaften Frieden nicht nur Garantien der USA für den Libanon erforderlich seien, sondern aller Nachbarn einschließlich Syriens und Jordaniens.³³ Man müsse auch die Frage stellen, so van den Broek, inwieweit ein dauerhafter Friede in NO ohne die Mitarbeit der SU möglich sei. Zum Libanon habe er, van den Broek, ferner ein Gespräch mit US-Unterhändler Draper geführt. Draper halte Fortschritte in der Truppenabzugsfrage in den nächsten vier bis sechs Wochen für erreichbar.³⁴ Dann müßten ein Friedensvertrag mit Israel und Sicherheitsgarantien folgen. Die Israelis – so Dra-

³¹ Zum Friedensplan der Arabischen Liga für den Nahen Osten („Fes-Plan“) vgl. Dok. 9, Anm. 18.

Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vgl. Dok. 9, Anm. 17.

³² Die 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats fand vom 14. bis 22. Februar 1983 in Algier statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler informierte am 27. Februar 1983: „Der [palestine]N[ational]C[ouncil] hielt an der Doppelstrategie der politischen und militärischen Option fest. Er hat die Chance verpaßt, sich durch eindeutige Anerkennung Israels den Weg nach Washington zu öffnen. [...] Der Reagan-Plan wurde zwar nicht kategorisch abgelehnt, aber als unzureichend verworfen. Der Fes-Plan wurde als Minimalprogramm gewertet, der Breschnew-Plan jedoch gewürdigt und unterstützt. Dieses Gefälle nach Osten, das durch die Betonung der Bedeutung der ‚strategischen Beziehungen‘ zu Syrien und die Reaktivierung der Ablehnungsfront unterstrichen wurde, war ein Zugeständnis an die Radikalen, aber auch Ausdruck zunehmender Enttäuschung über die USA.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 1137; Referat 310, Bd. 137528.

³³ Der niederländische Außenminister van den Broek besuchte vom 11. bis 15. Februar 1983 mehrere Staaten des Nahen Ostens, darunter den Libanon.

³⁴ Zu den Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon über den Abzug fremder Truppen vgl. Dok. 39, Anm. 6.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 1. März 1983, das amerikanische Außenministerium habe am 28. Februar 1983 zu den Verhandlungen mitgeteilt, „daß man in einer Reihe von Fragen Einigung in den Grundzügen erzielt und inzwischen mit der Formulierung von Texten begonnen habe. Dazu zählten u. a. die Beendigung des Kriegszustandes sowie ein israelisches Verbindungsbüro im Gebiet Beirut. Für diesen Bereich sei die Charakterisierung ‚erheblicher Fortschritt‘ in der Tat berechtigt. In der Diskussion der Frage ‚Sicherheit‘ und ‚Normalisierung‘ seien jedoch nach wie vor zentrale Aspekte umstritten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 933; Referat 310, Bd. 135768.

per – machten mit. Aus dem jetzigen EPZ-Ministertreffen solle keine NO-Erklärung der Zehn hervorgehen.

GRI (Charalambopoulos) bezeichnete NO-Lage als äußerst kritisch. Wenn NL die SU bei Friedensregelung nicht außer acht lassen wollen, so müsse bemerkt werden, daß auf seiten der USA keine Bereitschaft bestehe, der SU eine solche Rolle zuzugestehen. Ein Separatfrieden Israel–Libanon würde den Frieden in NO nicht fördern.

Im übrigen, so Charalambopoulos, gebe es drei Friedensinitiativen: Fes, Reagan-Initiative und eine Initiative der Zehn³⁵. Die Palästinenser sollten ermutigt werden. Der Grundsatz der Selbstbestimmung genüge nicht, es gehe um die Gründung eines Palästinenserstaates. Voraussetzung für den Frieden sei, daß alle – auch Israel – innerhalb gesicherter Grenzen leben könnten. Beim heutigen Ministertreffen solle keine Zehnererklärung zu NO abgegeben werden. Die Frage einer Erklärung könne bis zum 21./22.3. von den Politischen Direktoren geprüft und sodann vom Europäischen Rat entschieden werden.

GB (Hurd) bemerkte, die Schlüsselfigur sei jetzt Hussein. Er, Hurd, habe noch gestern mit ihm gesprochen.³⁶ Hussein wolle vorankommen auf der Grundlage einer „Ehe von Fes und Reagan“. Der britischen Regierung lägen Hinweise vor, daß die USA (unterhalb der Ministerebene) die Europäer fragen wollten, was ihre Haltung bei einem etwaigen amerikanischen Druck auf Israel sein werde. Die Zehn sollten die USA ermutigen, Maßnahmen zu treffen, um die Parteien an den Konferenztisch zu bringen. Ferner seien Maßnahmen nötig, um die Fortsetzung der Siedlungspolitik anzuhalten. Zumindest sei ein Einfrieren nötig. Hierüber solle der Europäische Rat am 21./22.3. etwas aussagen.

I (Colombo) unterstrich mit Nachdruck Dringlichkeit einer NO-Lösung. Die Zehn sollten jetzt keinen neuen Plan verabschieden, der nur Konfusion stiften würde, sondern in drei Richtungen tätig werden:

- gegenüber USA: Auftrag an deutschen Vorsitz, Dringlichkeit aller Lösungsversuche zu unterstreichen (Zeit nutzen vor Beginn des US-Wahlkampfes³⁷);
- gegenüber „einigen arabischen Ländern“: Aufforderung sich nicht abzukapseln, Initiative zu entwickeln, weiterzugehen (PLO, Hussein);
- gegenüber Israel: klarzustellen, daß „viele auf dem Spiele steht – auch was Israel angeht“.

Hierüber sollten, so Colombo, die Politischen Direktoren bis zum Europäischen Rat beraten.

IRL (Barry) sprach sich ebenfalls für Erörterung NO-Problematik auf Europäischem Rat aus.

F (Cheyssou) setzte sich für Unterscheidung zwischen einer Gesamtregelung und den Dringlichkeitsproblemen ein. Auf lange Sicht könne eine Globallösung

³⁵ Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

³⁶ König Hussein hielt sich vom 21. Februar bis 2. März 1983 zu einem Privatbesuch in Großbritannien auf.

³⁷ In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

nicht allein von den USA, sondern nur vom VN-SR garantiert werden. Gegenwärtig sei in NO eine Erosion der Glaubwürdigkeit der USA festzustellen. Die Europäer seien wegen ihrer faktisch geringeren Einflußmöglichkeiten nur in geringerem Maße von dieser Erosion der (eigenen) Glaubwürdigkeit betroffen. Zur Zeit sei in NO alles blockiert wegen des Wartens auf die Ergebnisse von Chalde. Cheysson stellte im Hinblick auf den Libanon fest, Hauptaufgabe der Zehn müsse es jetzt im Hinblick auf den Libanon sein, „die USA zu unterstützen“. Im Hinblick auf die nach einer Libanon-Lösung verbleibende Problematik (West-Bank) könnten die Zehn weiter gehen, als was der amerikanische Präsident gesagt habe. Vorrangig sei jetzt eine Einigung in Chalde über den Abzug der fremden Truppen aus dem Libanon. Cheysson bekräftigte, daß die Politischen Direktoren bis zum Europäischen Rat Gedanken austauschen sollten.

B (Tindemans) stellte an die EGK die Frage nach einer Fortsetzung der Gemeinschaftshilfe an den Libanon. EGK (Thorn) antwortete, 20 Mio. ECU seien vorgeschlagen, aber die Zustimmung des Rates stehe noch aus (Problem, ob obligatorische oder nichtobligatorische Ausgaben).³⁸

BM faßte Diskussion mit Feststellung zusammen, es bestehe kein Anlaß für die Zehn, eine neue Position zu NO zu beziehen oder eine neue, dritte Initiative neben Fes- und Reagan-Initiative zu entwickeln. Die Zehn würden vorläufig Fes- und Reagan-Initiative unterstützen. Vorrangig sei jetzt eine Lösung des israelisch-libanesischen Konflikts im Zusammenhang mit einem Abzug der fremden Truppen. Das Politische Komitee werde eine Erklärung für den Europäischen Rat am 21./22.3. vorbereiten.³⁹

⁴⁰III. Deutsch-italienische Initiative zur Europäischen Union

Nachmittagssitzung des EPZ-Ministertreffens befaßte sich ausschließlich mit der deutsch-italienischen Initiative zur Europäischen Union. Die Zehn lösten eine Reihe noch offener Fragen, konnten sich aber noch nicht abschließend auf einen gemeinsamen Gesamttext einigen.

Die Zehn kamen überein, daß

1) deutsche Präsidentschaft (BM) den Präsidenten des Europäischen Parlaments

³⁸ Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 14. April 1983 zur Hilfe der Europäischen Gemeinschaften für den Libanon: „Zweites Finanzprotokoll vom 17.2.1982 (1982–1986) über 50 Mio. ECU, davon 34 Mio. ECU als EIB-Darlehen zu Marktbedingungen, Rest aus H[aus]H[alts]-Mitteln der EG als nicht rückzahlbarer Zuschuß (11 Mio. ECU) sowie als Darlehen zu Sonderbedingungen (5 Mio. ECU); Mittel stehen noch voll zur Verfügung. 50 Mio. ECU Sonderhilfe als EIB-Darlehen zu Marktbedingungen. 20 Mio. ECU außerordentliche Hilfe für Wiederaufbau (Wasserversorgung), nicht rückzahlbar, von allen MS bereits gebilligt. 10 Mio. ECU Sonderhilfe für die notleidende Bevölkerung seit Juni 1982.“ Der Anteil der Bundesrepublik an der Hilfe der Europäischen Gemeinschaften betrage 30 %. Vgl. Referat 310, Bd. 137527.

³⁹ Das Politische Komitee im Rahmen der EPZ erörterte am 8. März 1983 in Rom den Entwurf für eine Erklärung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel zum Nahost-Konflikt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit teilte am 10. März 1983 mit, Ministerialdirektor Pfeffer habe die Diskussion wie folgt zusammengefaßt: „PK werde Endredaktion wegen im Fluß befindlicher NO-Situation nötigenfalls am Morgen des Europäischen Rats (21.3.) vornehmen. An die wichtigsten bereits vorliegenden NO-Dokumente wie Res. 242 soll angeknüpft werden. Hinsichtlich Israel sollen Dialogmöglichkeiten nicht verbaut werden. Im Verhältnis zu den USA sollten die Zehn eigenes Profil bewahren (Venedig).“ Vgl. den Runderlaß Nr. 10; VS-Bd. 12911 (200); B 150, Aktienkopien 1983.

⁴⁰ Beginn des mit Runderlaß Nr. 8 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Dankert anlässlich der nächsten Sitzung des EP⁴¹ am 8. März 1983 über den Stand der Arbeiten und die erzielten Ergebnisse informiert;

2) Präsidentschaft vor dem am 21./22.3. stattfindenden Europäischen Rat ein Treffen der stellvertretenden Außenminister in Begleitung der Persönlichen Beauftragten einberuft, um die noch offenen Fragen zu lösen⁴²;

3) Präsidentschaft dem Europäischen Rat am 21./22.3. einen Bericht über die bis dahin erzielten Ergebnisse vorlegen wird.

In den Sachfragen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

a) Endgültige Einigungen:

- Die Zehn verständigten sich auf den Titel „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“, da GB mit Rücksicht auf die „Acts of Parliament“ den Begriff „Akte“ definitiv ablehnte.
- Zur Stärkung der EPZ wurde vereinbart, „die Koordinierung der Positionen der Mitgliedstaaten zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit“ in den Text aufzunehmen. Die EG-Kommission gab zu dieser Formulierung unter Zustimmung der Minister zu Protokoll, daß die Ausweitung der EPZ gemäß der vereinbarten Formel die in den Verträgen⁴³ niedergelegten Kompetenzen der EG nicht beeinträchtigen dürfe.
- Auch zum EG-Wirtschaftstext wurde Einvernehmen erzielt.

Damit konnten Textstellen endgültig eliminiert werden, die eine Ausweitung des Finanzrahmens und eine Regelung für Mittelmeerprodukte präjudizieren könnten.

b) Fortschritte wurden auch in folgenden Punkten erzielt, zu denen jedoch DK, von GR in einigen Fällen sekundiert, Vorbehalte aufrechterhielt:

- Außenpolitik der Zehn,
- Zusammenarbeit in den Bereichen des Straf- und Verfahrensrechts sowie der Ahndung von Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht,
- Vertragsperspektive (für die in fünf Jahren vorgesehene Überprüfung) in den Schlußbestimmungen.

c) Weitere Punkte:

- Die Diskussion über das Beschlußfassungsverfahren im EG-Rat (wir wollen einen Schritt in Richtung auf häufigere Mehrheitsentscheidungen) blieb inkonklusiv.

⁴¹ Die Sitzung des Europäischen Parlaments fand vom 7. bis 11. März 1983 in Straßburg statt.

⁴² Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigent Ungerer vermerkten am 16. März 1983 in einer gemeinsamen Aufzeichnung, am 15. März 1983 habe in Brüssel eine Sitzung der stellvertretenden Außenminister unter Leitung von Staatssekretär Lautenschlager stattgefunden: „In der dreistündigen Sitzung gelang es, bei einigen noch offenen Punkten Einvernehmen zu erzielen. In den beiden zentralen Textpassagen, die sich mit der Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments und der verstärkten Anwendung des Beschlußfassungsverfahrens im EG-Ministerrat befassen, blieben die Auffassungen jedoch geteilt.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122730.

⁴³ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 8. April 1965 über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1453–1492.

- Eine Diskussion über den Text zum Europäischen Parlament (Beteiligung des EP bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten, die Vertrauensdebatte über das Programm der Kommission, Verbesserung des Konzertierungsverfahrens zwischen Rat/EP/Kommission, Beteiligung des EP bei internationalen Abkommen der Gemeinschaft und bei Beitritten) bleibt nachzuholen.

Wir bewerten Beratungsergebnis als wichtigen Schritt vorwärts. Verabschiedung deutsch-italienischer Initiative bleibt weiter ein vorrangiges Ziel unserer Präsidentschaft.

Stabreit

VS-Bd. 12908 (200)

59

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

413-491.09 USA-279/83 VS-vertraulich

4. März 1983¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: Deutsch-amerikanische Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung;
hier: Lieferung von amerikanischer Wiederaufarbeitungstechnologie an die DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen)³

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu IV.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rouget konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. März 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Fischer und Ministerialdirigent Ungerer an Referat 413 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In der Tendenz bin ich ganz einverstanden. Über die Prozedur hätte ich mich gerne noch einmal unterhalten. Bitte R[ücksprache] RL 413 (Mit D 4 u[nd]/o[der] Dg 41, falls Interesse besteht u. das zeitlich geht). Im übrigen siehe meine Kommentare.“ Vgl. Anm. 8, 10, 13, 14, 16–18 und 20.

Hat Fischer am 7. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Interesse ja – aber nicht frei.“

Hat Ungerer am 10. März 1983 vorgelegen.

Hat Lautenschlager am 11. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ück]spr[ache] erl[edigt] (Dg 41, RL 413). 413 wie b[e]spr[ochen].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rouget am 11. März 1983 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage am 15. März verfügte.

³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 1. März 1983, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Devine, habe der Botschaft „ein als ‚secret‘ eingestuftes Papier, in welchem die aus amerikanischer Sicht erforderlichen Voraussetzungen für einen möglichen Transfer sensitiver Nukleartechnologie von USA in die Bundesrepublik dargelegt werden“, überreicht: „Anlaß hierfür ist ein Antrag von Exxon USA, der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWK) für die Wiederaufarbeitung wesentliche Kenntnisse und Technologie zur Verfügung stellen zu dürfen.“ Hermes betonte, Inhalt und Umfang des Antrags der Firma Exxon seien der Botschaft unbekannt, die daher nicht beurteilen könne, ob die im übermittelten Papier „erhobenen weitreichenden Forderungen der US-Administration sachlich gerechtfertigt sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 924; VS-Bd. 10896 (413); B 150, Aktenkopien 1983.

I. Zur Vorgeschichte

1) Die DWK steht bereits seit Jahren mit dem französischen Wiederaufarbeitungsunternehmen Cogema⁴ in Verbindung, um Wiederaufarbeitungstechnologie, d.h. „Negativverfahren“ zu erwerben. (Hier geht es darum, industrielles Wissen zu kaufen, um bestimmte Erfahrungen negativer Art nicht wiederholen zu müssen). Diese Verhandlungen führten bis jetzt zu keinem Erfolg:

- Die französische Seite machte zur Bedingung, daß das von Cogema erworbene Know-how an Dritte nur mit französischer Zustimmung weitergegeben werden darf. (Dieses Verfahren wenden wir in bestimmten Fällen auch an.)
- Die Franzosen verlangen für den Technologietransfer ca. DM 400 Mio.; DWK ist nur bereit, 200 bis 250 Mio. DM zu zahlen, da sie die französische Forderung im Hinblick auf das zu erwerbende Wissen für übersetzt hält.⁵

Im BMFT wie auch in der DWK gibt es allerdings Stimmen, die dagegen sind, industrielles Know-how für den Bau und Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage in Drittländern zu erwerben, da wir über einen Fertigungsstand verfügten, der uns in Stand setze, eine solche Anlage voll in eigener Regie zu bauen und zu betreiben.

2) Aus Gründen, die mehr von entsorgungspolitischen Erwägungen bestimmt waren, hatte sich die DWK auch für eine Beteiligung an der amerikanischen – allerdings noch nicht im Betrieb befindlichen – Wiederaufarbeitungsanlage Barnwell interessiert. Der Chefwissenschaftler im Weißen Haus, Herr Keyworth, hatte sich anlässlich eines Besuchs bei Ihnen im März 1982⁶ für eine Beteiligung der DWK an dieser Anlage ausgesprochen.

Die Angelegenheit wurde von deutscher Seite nicht weiter verfolgt, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Beseitigung der technischen Mängel von Barnwell kostenmäßig in einer Höhe liegt, die den von Frankreich geforderten Preis für einen Technologietransfer übersteigt und daß die Rückgabe des Plutoniums möglicherweise an von uns nicht hinnehmbare NV-politische Bedingungen geknüpft werde.

3) Das nunmehrige Ersuchen der Firma Exxon an das State Department um die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung für die Lieferung von sensibler nuklearer Technologie (Wiederaufarbeitung) an die DWK geht auf folgendes zurück:

- Die Firma Exxon hat der DWK für den Bau einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage außer Know-how auch das eigene Wiederaufarbeitungsteam, das z.Zt. beschäftigungslos ist, angeboten.
- Der BMFT, der von der DWK konsultiert worden war, ob das Unternehmen das Angebot der Exxon annehmen sollte, hatte dem unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß die amerikanischen NV-politischen Bedingungen für die Durchführung einer solchen Zusammenarbeit akzeptabel sein müßten.

⁴ Compagnie générale des matières atomiques.

⁵ So in der Vorlage.

⁶ Korrigiert aus: „1981“.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget notierte am 3. März 1982, der Berater des amerikanischen Präsidenten für Wissenschaftsfragen, Keyworth, habe am 17. Februar 1982 in der Bundesrepublik Gespräche mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wissenschaft und Technologie, Haunschild, mit Staatssekretär Lautenschlager und Vertretern der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen geführt. Vgl. dazu Referat 431, Bd. 129511.

II. Zur Problematik

1) Die amerikanischen NV-politischen Bedingungen für einen Transfer von sensibler nuklearer Technologie (Wiederaufarbeitung) sind so gehalten,

- daß in einer mit amerikanischem Wissen in der Bundesrepublik Deutschland gebauten Anlage abgebrannte Brennelemente gleich welcher Herkunft – aus deutschen KKW oder im Falle der Auslandsversorgung aus KKW von Drittländern – nur mit amerikanischer Zustimmung wiederaufgearbeitet werden dürfen;
- daß das in einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage gewonnene Plutonium nur mit amerikanischer Zustimmung weiter verwendet und weiter verarbeitet werden darf, d. h., die Herstellung recycelter Brennelemente wie auch von Plutonium-Brennelementen für den Schnellen Brüter würde damit einem amerikanischen Vorbehaltsrecht unterworfen;
- daß eine Weitergabe des Know-how sowie der auf dieser Grundlage erstellten Hardware nur mit US-Zustimmung erfolgen darf (entspricht unserer Linie);
- daß diese Anlage der Nachbauvermutung im Sinne der Londoner Richtlinien⁷ unterworfen wäre.

Zusammenfassung: Ein Eingehen auf die amerikanischen NV-politischen Bedingungen würde bedeuten, daß die deutsche Wiederaufarbeitungsanlage sowie das aus dieser Anlage gewonnene und wie immer verarbeitete Plutonium durch amerikanische Vorbehaltsrechte total kontaminiert wäre.⁸ Diese Wiederaufarbeitungsanlage würde sich – überspitzt formuliert – wie eine „amerikanische nukleare Enklave“ auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland präsentieren.

2) Die Amerikaner weisen darauf hin, daß der Transfer von nuklearer sensibler Technologie in der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie kein berufungsfähiges Vorbild habe und daß sich folglich deutsche Zusicherungen in diesem Zusammenhang nicht auf bestehende Absprachen stützen könnten.

Die Amerikaner weisen ferner darauf hin, daß ihre Bereitschaft zu einer Lieferung von sensibler nuklearer Technologie an die Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zur NV-Politik der Carter-Administration präzedenzlos sei und daß die privilegierte Behandlung der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft – und auch Japans – in der Plutonium-Handhabung bereits auf besondere Kritik gestoßen sei. Durch die Bezugnahme auf erforderliche Konsultationen mit dem Kongreß wird angedeutet, daß das Zustandekommen einer solchen Kooperation ohne parlamentarische Zustimmung kaum denkbar sein dürfte.

3) Hinsichtlich des weiteren Prozedere schlagen die Amerikaner einen Notenwechsel zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland bzw. zwischen den USA und EURATOM vor. Im Falle eines bilateralen Notenwechsels geht Washington davon aus, daß ein solcher zu einem späteren Zeitpunkt in ein neues

⁷ Die vierte Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5. November 1975 in London verabschiedete Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.

⁸ Der Passus „sowie das aus ... kontaminiert wäre“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Vgl. Anm. 2.

oder abgeändertes Abkommen USA–EURATOM⁹ inkorporiert werden könnte. Bezeichnend für die amerikanische Absicht, einer möglichen Schmälerung ihrer Mitspracherechte vorzubeugen, ist folgende Feststellung: „Inclusion of long-term advance consent arrangements in such an agreement could limit the practical effect of the assurances.“ Washington weicht also hier entschieden von der Linie ab, im Rahmen des „generic approach“ bei Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, die amerikanisches Ursprungsmaterial enthalten oder die in den USA angereichert worden sind, einen „anticipated prior consent“ zu erteilen.

III. Bewertung

1) Die von den Amerikanern aufgestellten Forderungen für die Lieferung von sensibler nuklearer Technologie (Wiederaufarbeitung) an die Bundesrepublik Deutschland sind inakzeptabel¹⁰, da sie

- von uns bereits im NV-Vertrag¹¹ eingegangene Verpflichtungen erneut bilateral im Verhältnis USA–Bundesrepublik Deutschland begründen wollen (Ausschluß der Vornahme von Kernsprengungen); Frankreich hat seinerzeit bei der Plutonium-Regelung¹² uns gegenüber eine ähnliche Politik verfolgt: wir haben dies mit Erfolg zurückgewiesen;

⁹ Am 8. November 1958 schlossen EURATOM und die USA ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie, das am 11. Juni 1960 durch ein Zusatzabkommen ergänzt und mit Abkommen vom 21./22. Mai 1962 geändert wurde. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 1153–1164, sowie BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 547–552. Vgl. ferner BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II, S. 1494–1503.

Am 7. bzw. 9. Februar 1978 wurde der „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978“ vom amerikanischen Kongreß verabschiedet, der am 10. März 1978 in Kraft trat. Referat 413 erläuterte dazu am 30. März 1978: „Das Gesetz fordert den Präsidenten auf, bestehende Kooperationsabkommen neu zu verhandeln mit dem Ziel, eine Anpassung an die verschärften Exportkriterien durchzusetzen.“ Falls Kooperationspartner wie EURATOM dazu nicht bereit seien, drohe eine Suspendierung der Lieferung von leicht- und hochangereichertem Uran. Vgl. Referat 413, Bd. 123648. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 102.

Zwischen November 1978 und April 1980 fanden drei Gesprächsrunden zwischen EURATOM und den USA statt. Im Februar 1980 setzte Präsident Carter die Anwendung des „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978“ gegenüber EURATOM bis 10. März 1981 aus. Vgl. dazu die Mitteilung der EG-Kommission vom 1. Juli 1980 an den EG-Ministerrat; Referat 431, Bd. 145666.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 2.

¹¹ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

¹² Ministerialdirektor Lautenschlager notierte am 22. April 1979, in den Verhandlungen mit Frankreich über einen begleitenden Briefwechsel zum Vertrag vom 17. Februar 1978 zwischen der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) und der Cogema seien die „Sicherstellung des Entsorgungsnachweises; Anerkennung des Grundsatzes der Plutoniumrückgabe an die Bundesrepublik Deutschland; Vereinbarung einer Plutoniumrückgaberegelung auf der Grundlage und unter Anerkennung der vollen Gleichwertigkeit der Vertragspartner Frankreich und Deutschland“ erreicht worden. Der „Plutoniumbrief“ beinhalte: „Französische Verpflichtung der Erteilung der Ausfuhrerlaubnisse für Plutonium zur friedlichen Verwendung in der Bundesrepublik Deutschland; EG-Vorbehalt: Dieser geht einvernehmlich im Hinblick auf die bekannte französische Haltung (keine Anerkennung des freien Warenverkehrs für den Nuklearmarkt innerhalb der Gemeinschaft) von einem offenen Dissens aus; Bindung der Gültigkeitsdauer dieser Regelung an ein im Lichte der INFCE akzeptiertes allgemeines Plutoniummanagement bzw. den Abschluß eines endgültigen Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich in dieser Sache.“ Zudem sei ein „einseitiger erläuternder deutscher Brief zur Plutoniumrückgabe“ notwendig geworden, „da Frankreich den Reexport von reinem wie auch verarbeitetem Plutonium (thermische Rezyklierung) von seiner vorherigen Zustimmung abhängig macht. Wir sagen hier folgendes: Bindung des Reexports von

- im konkreten Fall eine NV-politische Tatsachen- und Rechtslage schaffen, die es der Bundesregierung wie auch der Industrie unmöglich machen, über diese Wiederaufarbeitungsanlage sowie über das in ihr gewonnene Plutonium zu verfügen.

Andererseits sollte nicht verkannt werden, daß die an den Transfer sensibler Technologie geknüpften NV-politischen Bedingungen nach amerikanischer Lesart noch in das Konzept einer Privilegierung der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft – und Japan – bei der Plutonium-Handhabung hineinpassen, zumal wenn die Meßlatte der Privilegierung an die Plutonium-Politik der Carter-Administration gelegt wird, die in diesem Bereich von einer „policy of denial“ ausging;

- eine Präzedenzwirkung schaffen, deren Auswirkungen auf längere Sicht nicht zu übersehen ist.

2) Zur amerikanischen Idee eines bilateralen amerikanisch-deutschen Notenwechsels¹³ bzw. eines Notenwechsels USA–EURATOM sowie zur amerikanischen Vorstellung, einen amerikanisch-deutschen Notenwechsel später in das Abkommen USA–EURATOM zu inkorporieren, folgendes:

- Sollten wir uns zu dem Abschluß eines amerikanisch-deutschen Notenwechsels bereit finden, so würden wir dadurch die spätere Position von EURATOM in Verhandlungen mit den USA präjudizieren, d.h., wir würden unsere nuklearen Beziehungen zu Frankreich, GB, Belgien, Italien und EURATOM irreparabel belasten.
- Die Erfahrung spricht dafür, daß die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die amerikanischen Vorstellungen über den Transfer sensibler nuklearer Technologie im Rahmen USA–EURATOM – falls von den USA als Verhandlungsgegenstand eingebracht – a limine zurückweisen werden.

3) Zwei weitere wichtige Punkte:

- Durch ein Eingehen auf die amerikanischen Bedingungen würden wir die deutsch-französische Plutonium-Regelung von 1979 desavouieren¹⁴ und Frankreich das Bild eines nicht mehr gleichwertigen Partners bieten. Gleiches gilt für die Plutonium-Regelung mit England.¹⁵

Fortsetzung Fußnote von Seite 317

reinem Plutonium an vorherige französische wie auch deutsche Zustimmung (dies ist bereits in den Londoner Richtlinien vorgesehen); Feststellung, daß wir einen Reexport des Plutoniums, das aus den vom Briefwechsel erfaßten Mengen abgebrannter Brennelemente gewonnen wird, nicht beabsichtigen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 123735.

Für den am 25. April 1979 unterzeichneten Briefwechsel vgl. den Schriftbericht Nr. 1335 des Botschafters Herbst, Paris, vom 27. April 1979; Referat 431, Bd. 123735.

¹³ Die Wörter „deutschen Notenwechsels“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies müßte doch wohl auch der Kommission vorgelegt werden ... – oder? Wir wären dann wieder vor der alten Frage.“ Vgl. Anm. 2.

¹⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 2.

¹⁵ Ministerialdirektor Fischer notierte am 11. Juli 1980 zu dem ad referendum verhandelten Notenwechsel mit Großbritannien zur Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente aus der Bundesrepublik in Großbritannien: „Wir haben, wie im Falle Frankreichs, durchsetzen können, daß im Plutonium-Brief ein ausdrücklicher EURATOM-Vorbehalt aufgenommen wurde.“ Die getroffenen Regelungen würden Großbritannien verpflichten, „das Plutonium an die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit der von ihr im NV-Vertrag eingegangenen Verpflichtung zurückzugeben, also keine darüber hinausgehenden Bedingungen.“ Die Vereinbarung enthalte „hinsichtlich

- Ein wesentlicher psychologischer Aspekt: Die Amerikaner kennen unsere Sensibilität hinsichtlich der in der Vergangenheit praktizierten Politik, uns durch überzogene NV-politische Vorbehalts- und Mitspracherechte im sensitiven Bereich an die amerikanischen Vorstellungen zu binden; dies gilt im übrigen auch für die Haltung der Franzosen, Engländer, Belgier und Italiener. Im Lichte dieser den Amerikanern bekannten Haltung ist nicht auszuschließen, daß Washington sich durch eine deutsche Absage nicht betroffen fühlen würde¹⁶, möglicherweise sogar damit rechnet.

4) Wir haben diese Bewertung auf Arbeitsebene mit dem BMFT (MDg Loosch) erörtert; Herr Loosch schließt sich unserer Auffassung an.¹⁷

IV. Weiteres Vorgehen

1) Die Amerikaner haben um vertrauliche Behandlung, insbesondere mit Blickrichtung auf die Presse, gebeten; wir haben BMFT als zur Zeit einzigem mit der Sache – außer AA – befaßten Ressort hierauf hingewiesen.

2) Herr Devine, Unterabteilungsleiter im State Department, der unserer Botschaft diese Note übergab, hat um eine Rückäußerung zu den amerikanischen Vorstellungen¹⁸ gebeten. Die in dem amerikanischen Papier entwickelten Vorstellungen für den Transfer von sensibler nuklearer Technologie (Wiederaufarbeitung) geben uns einen über den Anlaß hinausgehenden Hinweis dafür, wie die Reagan-Administration ihr Verständnis von Plutonium-Politik im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft – und Japan – im konkreten Fall auszugestalten beabsichtigt. Dies bedeutet, daß wir uns nicht auf eine auf den Transfer von sensibler nuklearer Technologie (Wiederaufarbeitung) begrenzte Stellungnahme beschränken, sondern diesen Vorgang in den größeren Zusammenhang einer Diskussion über Plutonium-Handhabung stellen sollten.

3) Im Lichte dieser Erwägungen neige ich der Auffassung zu, diese Problematik mit Sonderbotschafter Kennedy zu erörtern; dies wäre auch eine gute Gelegenheit, die aufgrund personeller Umbesetzungen im State Department seit längerer Zeit ruhenden bilateralen deutsch-amerikanischen Nuklearkonsultationen¹⁹ wieder aufleben zu lassen.²⁰ Ferner halte ich es im Hinblick auf die

Fortsetzung Fußnote von Seite 318

der Plutoniumrückgabe keine Diskriminierung im Verhältnis zu Großbritannien als Kernwaffenstaat“ und beinhalte die „Festschreibung des Grundsatzes des freien Warenverkehrs für den Nuklearmarkt der Gemeinschaft (EURATOM-Vorbehalt).“ Vgl. Referat 431, Bd. 129485.

Der Notenwechsel wurde am 18. Juli 1980 durch Staatssekretär van Well und den britischen Botschafter Wright vollzogen. Vgl. dazu Referat 431, Bd. 129485.

¹⁶ Der Passus „Bereich an die amerikanischen ... fühlen würde“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Vgl. Anm. 2.

¹⁷ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „StS Haunschild sollte ebenfalls beteiligt werden.“ Vgl. Anm. 2.

¹⁸ Die Wörter „Rückäußerung zu den amerikanischen Vorstellungen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was sagen wir? Nur prozeduraler Hinweis gemäß Ziffer 3?“ Vgl. Anm. 2.

¹⁹ Deutsch-amerikanische Nuklearkonsultationen fanden am 22. Januar 1982 statt. Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 1. Februar 1982, Themen seien „die als Problemländer bezeichneten Staaten Südafrika, Indien und Pakistan“, die Nichtverbreitungspolitik im Nahen Osten, die Beziehungen der USA zu EURATOM sowie die Bindung einer amerikanischen Lieferung nuklearen Materials an „NPT-like full scope safeguards“ gewesen. Vgl. Referat 431, Bd. 129511.

²⁰ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Wann? Wer? Wo?“ Vgl. Anm. 2.

Am 13. April 1983 fanden unter Leitung von Staatssekretär Lautenschlager und dem amerika-

von den Amerikanern anvisierten Verhandlungen USA–EURATOM und in Anlehnung an unsere seit Jahren verfolgte Konsultationspolitik für zweckmäßig, der amerikanischen Seite bereits zu einem früheren Zeitpunkt bilateral unsere Haltung zum Gesamtkomplex der Wiederaufarbeitung nahe zu bringen.

4) Wir sind mit dem BMFT so verblieben, daß er der DWK signalisiert, zunächst von weiteren Gesprächen mit Exxon abzusehen.

Der BMFT teilt unsere Auffassung bezüglich des weiteren Vorgehens. Mit dem BMWi haben wir die Angelegenheit bisher noch nicht besprochen, da seine Zuständigkeiten nicht unmittelbar berührt sind.²¹

Per Fischer

VS-Bd. 10896 (413)

Fortsetzung Fußnote von Seite 319

nischen Sonderbotschafter Kennedy deutsch-amerikanische Nuklearkonsultationen statt, bei denen insbesondere die Themen Pakistan, Volksrepublik China, full scope safeguards, dual-use items und die Beziehungen der USA zu EURATOM erörtert wurden. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 471/472/473 des Ministerialdirektors Fischer vom 25. April 1983 an die Botschaft in Washington; Referat 431, Bd. 129511.

²¹ Am 15. März 1983 wies Ministerialdirektor Fischer die Botschaft in Washington an, dem amerikanischen Außenministerium mitzuteilen: „Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen habe uns wissen lassen, daß sie nach eingehender und sorgfältiger Prüfung der amerikanischen Überlegungen hinsichtlich eines Transfers sensitiver Technologie – Wiederaufarbeitung – durch Exxon zu dem Schluß gekommen sei, daß hier Fragen aufgeworfen würden, die den Entscheidungsrahmen der Geschäftspolitik in einem Maße berühren, daß DWK es vorziehe, von einer solchen Kooperation Abstand zu nehmen. [...] Im Hinblick auf die von amerikanischer Seite erbetene Vertraulichkeit hätten wir die US-Vorstellungen mit DWK nur grosso modo besprochen. EURATOM sei mit der Angelegenheit nicht befaßt worden, weil hierzu keine Veranlassung bestand und bestehe.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 303; Referat 431, Bd. 129514. Botschafter Hermes, Washington, teilte am 18. März 1983 mit, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Devine, habe die am selben Tag übermittelte Erklärung „kommentarlos zur Kenntnis“ genommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1259; Referat 431, Bd. 129514.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz**02-371.80-41/83 VS-vertraulich****8. März 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³

Betr.: Mitbestimmung bei INF-Einsatz (sog. Dual-Key-Problematik)

Bezug: 1) Ministervorlage vom 16.2.1983 – 02-371.00⁴2) Ministervorlage vom 2.2.1983 – 201-363.31-406/83 VS-v⁵

I. 1) Die Reihe in- und ausländischer Stimmen zum Thema Beteiligung der Stationierungsländer an der INF-Einsatzentscheidung wird länger: VM Lagorio⁶, PM Thatcher, AM Pym⁷, VM Heseltine⁸, F. J. Strauß, K. Voigt⁹, E. Bahr und zu-

¹ Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Rudolph und Daerr konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 16. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Dies ist eine Frage, die letzten Endes nur in einem Sechs-Augen-Gespräch zwischen BK, Ihnen und BMVg erörtert werden kann. Wenn Sie es nicht überhaupt dem BK allein überlassen wollen. Zur Rücksprache) halte ich mich zur Verfügung.“

Der erste Satz wurde von Genscher hervorgehoben, der handschriftlich vermerkte: „[ichtig]“. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Hat Bundesminister Genscher am 3. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär von Staden vermerkte: „Ich stimme Ihrer Anregung zu (siehe Beilage). Ich sollte an BK schreiben.“

Hat Staden am 7. April 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer „o[der] V[ertreter]“ und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte: „Bitte einen solchen Brief entwerfen und vorlegen – Beteiligung D 2 A o. V.“

Hat Ministerialdirigent Schauer am 8. April 1983 vorgelegen.

Hat Hofmann am 12. April 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz informierte über die Frage der Mitbestimmung beim Einsatz amerikanischer Mittelstreckensysteme (Zwei-Schlüssel-System). Als Sprachregelung empfahl er, deutlich zu machen, daß die Bundesrepublik gegenüber anderen NATO-Mitgliedstaaten keine minderen Rechte besitze. Der „Eindruck einer völligen Fremdbestimmtheit in einer für uns existenzentscheidenden Frage“ müsse vermieden werden: „Fremdbestimmungsgefühl erzeugt Angst, Angst wirkt sich gegen den Doppelbeschluß aus. Praktische Folge: Wir können hinter nach außen vertretene Position von GB und I in unseren eigenen öffentlichen Äußerungen nicht zurückfallen. Dabei ist nicht entscheidend, wie realistisch und rechtlich abgesichert die von GB und I in Anspruch genommene Quasi-Veto-Position ist. Andererseits müssen wir vermeiden, USA durch Inanspruchnahme eines Einsatz-Vetorechts zu verunsichern und damit Doppelbeschluß und Abschreckungswirkung einer INF-Stationierung zu entwerten.“ Vgl. Referat 02, Band 178514.

⁵ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. Dok. 31.

⁶ Zu den Äußerungen des italienischen Verteidigungsministers Lagorio vgl. Dok. 31.

⁷ Zu den Äußerungen des britischen Außenministers Pym und der Premierministerin Thatcher vgl. Dok. 31, Anm. 7 und 8.

⁸ In einem BBC-Interview erklärte der britische Verteidigungsminister Heseltine am 13. Februar 1983 zur Frage der Mitbestimmung beim Einsatz amerikanischer Mittelstreckensysteme (Zwei-Schlüssel-System), die britische Regierung habe ein entsprechendes Angebot der USA aus Kostengründen abgelehnt. Vgl. dazu den Schriftbericht des Flottillenadmirals Fischer, London, vom 17. Februar 1983; Referat 201, Bd. 125688.

Botschafter Ruhfus, London, teilte am 9. März 1983 mit, Heseltine habe darauf hingewiesen, „daß GB im Falle der Einführung eines Dual-Key-Systems £ 1 Milliarde für 160 Cruise Missiles in einem Zeitraum von 10 Jahren an die USA bezahlen müßte“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 852; Referat 201, Bd. 125684.

⁹ Zum Schreiben des SPD-Abgeordneten Voigt vom 13. Januar 1983 an Bundesminister Genscher vgl. Dok. 31.

letzt US-Admiral a.D. La Rocque (am 25.2. im britischen Fernsehen: „rein amerikanische Entscheidung“) sowie MdL Seidl (laut Spiegel vom 28.2. in Brief an Bundeskanzler: „Pershing-Einsatz nur mit Zustimmung der Bundesregierung“¹⁰).

2) Wir müssen daher auf eine öffentliche Debatte dieser Frage vorbereitet sein, die wegen der Qualifizierung der Pershing II als „Erstschlagswaffe“ durch die Friedensbewegung und allen damit verknüpften Unterstellungen besonders heftig werden kann.

II. 1) Nach innen: Das nukleare Konsultationsverfahren der NATO für den Einsatz von Kernwaffen gibt uns kein Vetorecht, entspricht aber in seiner Konstruktion unserem Interesse an substantieller Beteiligung einerseits und wirk-samer Abschreckung (in der Perzeption der SU) andererseits. Die geltenden Entscheidungs-verfahren brauchen und sollten nicht geändert werden.

2) Für die INF gilt das gleiche.

3) Zu den Formen unserer Mitwirkung bei der Einsatzentscheidung für Kernwaffen im Rahmen der Allianz siehe Anhang I; zu den Argumenten gegen eine Sonderbehandlung der INF siehe Anhang II.

III. 1) Nach außen müssen wir unsere bei INF wie bei allen anderen Kernwaffen der NATO vorgesehene Mitwirkung gut präsentieren und versuchen, eine öffentliche Diskussion mit Formulierungen wie „substantielle Mitsprache“ oder „maßgebliche Mitwirkung“ aufzufangen; der Begriff „Vetorecht“ ist dabei zu vermeiden!

2) Im Bündnis sollte eine Sprachregelung angestrebt werden, an die sich alle halten. Keine Regierung eines Stationierungslandes (auch nicht GB) sollte sich vor ihrer Öffentlichkeit eines Grads nuklearer Mitsprache rühmen, der den Eindruck eines minderen Status anderer Stationierungsländer erweckt.

In der Allianz strebt niemand eine Änderung der Verfahren an. Die USA sollten auf dieser Grundlage bereit sein, an einer Sprachregelung mitzuarbeiten, die den Bedürfnissen der öffentlichen Debatte in den Stationierungsländern entgegenkommt.

Seitz

Anhang

I. Mitwirkung beim Einsatz NATO-assignierter Kernwaffen generell

1) Der Begriff „dual key“ (Zwei-Schlüssel-System) entstammt den internen Sicherheitsvorkehrungen der Nuklearmächte im Umgang mit Kernwaffen, wird aber in der öffentlichen Diskussion auch im übertragenen Sinne für eine entscheidende Mitwirkung des Stationierungslandes beim Kernwaffeneinsatz verwandt. Eine konkrete Zweischlüssellösung zwischen Nuklearmacht und Statio-

¹⁰ Für das Schreiben des bayerischen Landtagsabgeordneten Seidl (CSU) vom 14. Dezember 1982 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 201, Bd. 125688.

In der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ hieß es, Seidl habe Kohl gewarnt, der im Rahmen der NATO-Strategie der „flexible response“ vorgesehene Einsatz von taktischen Gefechtsfeldwaffen „müßte zu ‚einer Zerstörung ganz Deutschlands‘ führen“. Die Bundesregierung müsse daher darauf bestehen, „daß taktische Kernwaffen einschließlich der Flugkörper Pershing nur mit Zustimmung der Bundesregierung eingesetzt werden dürfen“. Vgl. die Meldung „Schlachtfeld Europa“, DER SPIEGEL, Nr. 9 vom 28. Februar 1983, S. 16 f.

nierungsland gibt es nirgendwo. Die Beliebtheit des an sich unpassenden Begriffs ist wohl damit zu erklären, daß er nicht die Schärfe des Wortes „Vetorecht“ hat, aber auch nicht wie bei „Mitwirkung“ oder gar „Mitbestimmung“ eine nukleare Mitverantwortung anklingen läßt.

Im Bündnis gibt es drei Formen der Mitwirkung:

1) Das nukleare Konsultationsverfahren für den Einsatz aller NATO-Kernwaffen, das auf die Athener Richtlinien von 1962¹¹ zurückgeht und bei dem der Stimme des Stationierungslandes besonderes Gewicht zukommt. Die Konsultation steht unter dem Vorbehalt „soweit Zeit und Umstände es zulassen (if time and circumstances permit)“. Auch wenn eine Konsultation stattfindet, ist die Nuklearmacht durch unser Votum und das der anderen NATO-Partner nicht gebunden, sondern entscheidet letztlich in eigener Verantwortung. Allerdings ist eine Entscheidung gegen unseren Einspruch praktisch schwer vorstellbar; sie würde das Bündnis gefährden.¹²

2) Bilaterale Vereinbarungen wie die britisch-amerikanische (Attlee/Truman von 1951¹³, bestätigt durch Churchill/Truman 1952¹⁴), wonach Nutzung amerikanischer Basen in Großbritannien (nach britischer Darstellung) eine gemeinsame Entscheidung voraussetzt.

3) Die Verfügung des Stationierungslandes über Trägersysteme bestimmter Kernwaffen, was die Verhinderung des entsprechenden Kernwaffeneinsatzes möglich macht, wenn die Nuklearmacht keine alternativen Träger hat. Um den Preis eines Eingriffs in die Befehlswege der NATO, der ebenfalls das Bündnis gefährden müßte und dessen Erfolg übrigens auch nicht sicher wäre, eröffnet der Besitz der Trägersysteme als einzige Beteiligungsform zwar nicht ein Vetorecht, wohl aber eine De-facto-Vetomöglichkeit.

Der Unterschied zwischen Konsultationsanspruch und Vetorecht – ob multilateral oder bilateral – dürfte im Krisenfall praktisch gering sein, wenn das Stationierungsland nicht wirklich einen zweiten Schlüssel für den Sprengkopf hat. Referat 201 weist in der Bezugsvorlage zu Recht darauf hin, daß es ganz entscheidend auf unser politisches Gewicht im Zeitpunkt der Entscheidung und die Qualität der Kontakte ankommen wird.

Im übrigen würde ein Vetorecht nach einhelliger Auffassung in der Allianz die Abschreckung mindern und damit die Wahrscheinlichkeit eines Kernwaffeneinsatzes im Ergebnis eher erhöhen.

¹¹ Die auf der NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen verabschiedeten Richtlinien regelten das Konsultationsverfahren im Bündnis für den Einsatz von Atomwaffen. Für den Wortlaut vgl. AAPD 1962, II, Dok. 203.

¹² Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹³ Premierminister Attlee erörterte während seiner USA-Reise vom 4. bis 8. Dezember 1950 mit Präsident Truman neben Fragen des Koreakriegs auch den Einsatz von in Großbritannien stationierten amerikanischen Nuklearwaffen. Truman sagte zu, diese nicht ohne vorherige Konsultation mit der britischen Regierung einzusetzen, lehnte es aber ab, dieses Versprechen in schriftlicher Form niederzulegen. Vgl. dazu FRUS 1950, VII, S. 1462–1464. Vgl. dazu auch DBPO II/IV, S. 310–312.

¹⁴ Vgl. dazu das Kommuniqué über die Gespräche des Premierministers Churchill mit Präsident Truman am 7./8. Januar 1952 in Washington; PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1952/53, S. 18. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, S. 4732 f.

II. Argumente gegen eine Sonderbehandlung der INF

a) Wir haben aus politischen Gründen bewußt darauf verzichtet, uns an den beiden bis tief in die SU reichenden INF-Trägersystemen zu beteiligen. Dadurch entfällt die bei Eigentum an Trägersystemen de facto mögliche „negative Mitbestimmung“, so daß eine deutsche Beteiligung an der INF-Einsatzentscheidung nur über Konsultation erfolgen kann. Die USA haben schon bisher die der NATO assignierten, auf der nuklearen Optionsleiter noch weiter oben angesiedelten Poseidon-Sprengköpfe in das Konsultationsverfahren eingebracht und machen für die neuen INF-Systeme keinen Sonderstatus geltend.

b) Zu prüfen bleibt, ob wir unsererseits als Stationierungsland für die INF wegen ihrer besonderen Dimension eine Mitsprache fordern können und sollen, die über das gegenwärtige Maß (besonderes Gewicht der Stimme des Stationierungslandes im nuklearen Konsultationsverfahren der NATO) hinausgeht.

1) Die Forderung nach einem Vetorecht für Entscheidungen, bei denen unsere nationale Existenz auf dem Spiel steht, klingt plausibel. Bezüglich des INF-Einsatzes ist dazu jedoch folgendes zu bedenken:

- Gerade bei einem INF-Einsatz gegen sowjetisches Gebiet stünde – weit mehr als bei taktischen Kernwaffen kurzer Reichweite – auch die nationale Existenz der Nuklearmacht USA auf dem Spiel.
- Unsere nationale Existenz stünde im Zeitpunkt einer solchen Entscheidung wohl auch schon auf Grund konventioneller Kriegsführung auf dem Spiel.
- Eine Sonderregelung für die INF würde dem Zweck ihrer Einführung, der Stärkung des Abschreckungsverbundes durch das Schließen von Lücken in der nuklearen Optionenleiter (Kopplung), zumindest teilweise zuwiderlaufen.
- Für jede Form der Mitwirkung bei der INF-Einsatzentscheidung gilt, daß ein Großteil der dafür erforderlichen Informationen – wesentlich mehr als bei Kurzstreckensystemen – sowieso nur aus amerikanischen Quellen kommen kann.
- Ein Vetorecht des Stationierungslandes würde nicht den Einsatz von anderen Ländern aus verhindern können. Und selbst wenn für die SU das Abschußgebiet identifizierbar ist – bei Cruise Missiles sehr viel schwieriger als bei der Pershing –, ist kein europäischer Bündnispartner (und wir schon gar nicht) vor nuklearer Reaktion sicher.

2) Wichtig und berechtigt ist die Forderung nach Gleichbehandlung aller Stationierungsländer in der Frage der INF-Mitbestimmung.

Hier besteht für uns im Verhältnis zu den Stationierungskandidaten Italien (trotz der Ausführungen VM Lagorios), Belgien und Niederlande kein Grund zur Sorge.

Großbritannien ist ein Sonderfall. Ob die bereits 1951 getroffenen Vereinbarungen über die Benutzung amerikanischer Basen („gemeinsamer, den Umständen der Zeit entsprechender Beschluß“) von den USA als britisches Vetorecht gewertet werden, ist fraglich (selbst britische Medien bezweifeln dies im Hinblick auf Waffensysteme wie die F-111 oder strategische U-Boote der USA im britischen Hoheitsbereich). Andererseits müssen die USA Großbritannien als Nukle-

armacht schon wegen des Aspekts der Koordinierung beiderseitiger Kernwaffen-Einsätze eine besonders qualifizierte Mitwirkung bei den INF zugestehen.¹⁵

VS-Bd. 12048 (201)

61

Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an Staatssekretär von Staden

114-16989/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 245

Aufgabe: 8. März 1983, 12.30 Uhr
Ankunft: 8. März 1983, 15.30 Uhr

Nur für Staatssekretär¹

Betr.: KSZE-Folgetreffen Madrid;
hier: Washingtoner Verhandlungsziele

Bezug: DE 845 vom 16.2.1983 Plurez – 212-341.18²

Zur Unterrichtung

I. Die Vereinigten Staaten nehmen gegenüber den gegenwärtigen Madrider Verhandlungen eine Haltung ein, die unter den Delegationen Zweifel auslöst. In einem Gespräch mit Botschafter Kampelman (K.), Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten, der soeben von Washington zurückkam, wurde gestern deutlich, daß die Administration nicht nur ein weitgehendes sowjetisches Einlenken auf die westlichen Vorschläge vom 9.11.1982³ und auf das westliche Zonenmandat als Voraussetzung für ihre Einwilligung in ein Schlußdokument erwartet, sondern darüber hinaus auch sichtbare Zeichen humanitären Wohlverhaltens. Diese Haltung mag taktisch bestimmt sein, um in den Verhandlungen

¹⁵ Bundesminister Genscher bat Bundeskanzler Kohl bzw. Bundesminister Wörner jeweils mit Schreiben vom 19. April 1983 um ein Gespräch unter sechs Augen, um eine Mitbestimmung über den Einsatz amerikanischer Nuklearsysteme zu erörtern: „Vorweg möchte ich der Überzeugung Ausdruck geben, daß es m. E. im Interesse der Glaubwürdigkeit der friedenssichernden Abschreckung nicht darum gehen kann, über die zugesicherte bilaterale und die Bündniskonsultation hinaus für INF-Raketen oder nukleare Waffen im Bündnisgebiet schlechthin eine Veto-Möglichkeit de facto oder de jure anzustreben.“ Vgl. VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 8. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an Staatssekretär Lautenschlager, das Ministerbüro und Ministerialdirektor Pfeffer sowie Ministerialdirigent Schauer verfügte. Für Referat 212 vermerkte er handschriftlich: „Bitte schon Überlegungen für einen Brief an AM Shultz anstellen.“

² Vortragender Legationsrat Dreher übermittelte den „am 16.2.1983 per Coreu an EPZ-Teilnehmer übermittelten Inhalt der am 11.2.1983 in Frankfurt stattgefundenen Troika-Konsultationen“ über die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Vgl. den am 15. Februar 1983 konzipierten Runderlaß; VS-Bd. 13367 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien Dänemarks, der Bundesrepublik und Griechenlands, Dyvig, Pfeffer und Katapodis, mit dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, vgl. Dok. 49, Anm. 3.

³ Zu den Vorschlägen der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 49, Anm. 63.

mit der SU ein höchstes Maß an Konzessionen zu erlangen.⁴ Dies steht aber im Widerspruch zu unserem Verständnis des westlichen Verhandlungsziels: Ein möglichst guter Kompromiß zwischen dem neutralen Kompromißdokument RM.39 vom 16.12.1981⁵ und unseren Vorschlägen vom 9.11.1982⁶. Sowjetischem Wohlverhalten messen wir nicht eine bedingende, sondern lediglich erleichternde Rolle in den Verhandlungen zu.

II. 1) Mit K., welcher in der vergangenen Woche in Washington war, sprach ich gestern nach seiner Rückkehr über die undurchsichtige Haltung seiner Delegation in den gegenwärtigen Verhandlungen. In den Augen der Delegationen der N+N-Staaten, aber auch derjenigen mancher westlicher Partner, kontrastiere die unauffällige und zurückhaltende Haltung seiner Delegation mit der hoffnungsbeschwingten Verhandlungsführung vieler anderer Teilnehmer an den Madrider Verhandlungen. Dies löse Zweifel an dem Willen seiner Regierung aus, einem Schlußdokument als Kompromißergebnis der Verhandlungen schließlich zuzustimmen. Eine solche Haltung sei als Mittel einer zähen Verhandlungstaktik durchaus verständlich – es sei legitim, den Verhandlungsgegner, von dem man Konzessionen in Textformulierungen wie in vorzeigbaren humanitären Gesten erwarte, über die eigenen Absichten im unklaren zu halten. Allein, wir dürften nicht nur einen Erfolg in unser Kalkül ziehen, sondern müßten auch mit einem Scheitern der hiesigen Verhandlungen immer noch rechnen. Daher gelte es, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß in diesem Fall nicht die Schuld am Westen und vor allem an Washington hängenbleibe und hierdurch der Zusammenhalt des Bündnisses Schaden nehme. Die meisten Delegationen, einschließlich der meinen, wünschten einen baldigen positiven Abschluß der Verhandlungen. Andererseits seien wir uns der Notwendigkeit voll bewußt, daß wir ihn nicht ohne oder gar gegen die Vereinigten Staaten erzielen könnten. Wir müßten daher rechtzeitig wissen, woran wir seien, um weiter geschlossen und überzeugend taktieren zu können.

2) K. erwiderte, sowjetisches Wohlverhalten („performance“) habe für Washington nach wie vor eine entscheidende Bedeutung. Leider habe er in Washington erfahren, daß Richard Burt in den Troika-Konsultationen am 11.2.1983 mißverstanden worden sei (siehe Bezugs-DE). Dies habe vielleicht zu der hier jetzt feststellbaren Euphorie beigetragen. Die Administration gehe unverändert davon aus, daß entweder die Fülle der westlichen Zusatzvorschläge vom 9.11.1982 (RM.41⁷–55) in das Schlußdokument gehöre oder etwaige Abstriche davon durch entsprechende sowjetische humanitäre Gesten ausgeglichen werden müssen. (Dies heißt mit anderen Worten: Die westlichen Zusatzvorschläge

⁴ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 9. März 1983 mit, dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, zufolge sei der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, erstaunt gewesen, „bei seiner Rückkehr nach Madrid am 7.3. eine ihm unverständliche Euphorie bei den Europäern anzutreffen. Es habe dort die Meinung geherrscht, daß eine Einigung mit der östlichen Seite über ein einvernehmliches Ende in kurzer Frist bevorstünde. Dies sei nicht die Meinung der US.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1061; VS-Bd. 12951 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zum Vorschlag der neutralen und nichtgebundenen Staaten für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39) vgl. Dok. 49, Anm. 60.

⁶ Korrigiert aus: „8.11.1982.“

⁷ Korrigiert aus: „RM.39“.

RM.41–55 müssen gegenüber dem Warschauer Pakt durchgesetzt oder Kompromisse durch „performance“ kompensiert werden.)

3.) K. hat auch andere Delegierte über die amerikanischen Erwartungen unterrichtet. Die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten mit dieser ernüchternden Haltung sich isolieren und zum Schuldigen bei einem möglichen Scheitern werden könnten, sieht K. deutlich.

4) Der Zeitpunkt scheint mir noch nicht gekommen, zu dem wir mit Washington über unser Verständnis der westlichen Verhandlungsziele erneut sprechen sollten. Hierfür eignet sich besser der Beginn nächster Woche, wenn die Neutralen und Nichtgebundenen einen neuen Kompromißvorschlag zum Schlußdokument vorlegen werden.⁸ Wir könnten dann konkret über die Möglichkeiten sprechen, das Madrider Treffen mit einem befriedigenden Ergebnis zu beenden. Das Schreiben, das AM Shultz am 8.11.1982, am Vorabend der Wiederaufnahme der hiesigen Verhandlungen nach der „Polenpause“⁹ an den Bundesaußenminister gerichtet hat, ist noch unbeantwortet.¹⁰ In dem Schreiben sehe ich Bezug, an den der BM in einer Antwort anknüpfen könnte. Ich werde bei Vorliegen der neutralen Kompromißvorschläge über diese Problematik erneut berichten.¹¹

[gez.] Kastl

VS-Bd. 13368 (212)

⁸ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

⁹ Zur Unterbrechung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 12. März bis 9. November 1982 vgl. Dok. 15, Anm. 19.

¹⁰ In dem am 9. November 1982 mit Drahterlaß Nr. 6142 des Legationsrats I. Klasse Fink an die Botschaft in Madrid übermittelten Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher vom Vortag hieß es: „The draft concluding document presented last December by the neutral and non-aligned states, which is now the basis for negotiations at Madrid, does not take Poland and the deteriorating human rights situation in the Soviet Union into account. Consequently, we are prepared to join with you in the ‚new proposals‘ approach which involves submitting and supporting: the package of amendments presented by the Danish delegation at Brussels on October 26; specific formulations proposed by Canada on the human rights experts‘ meeting and the United Kingdom on the exercise of religious freedom; a proposal calling for an experts‘ meeting on family reunification, and the changes we have agreed are necessary in the language relating to the mandate for a CDE. The United States understands that all these amendments will be presented as a single package, preferably on the opening day, along with a statement on behalf of the alliance (and Ireland, if that state agrees) explaining the proposals and describing why we consider them necessary.“ Vgl. VS-Bd. 13240 (212); B 150, Aktenkopien 1982.

Ministerialdirektor Pfeffer übermittelte der KSZE-Delegation in Madrid am selben Tag die Bewertung des Schreibens von Shultz. Kritisch sah Pfeffer den Ansatz der amerikanischen Regierung, ihren Vorschlag im Paket als nicht verhandelbar zu präsentieren und zusätzlich „östliche ‚Taten‘“ zur Vorbedingung für ein substantielles Schlußdokument zu machen. Dies gefährde selbst die Unterstützung der neutralen und nichtgebundenen KSZE-Teilnehmerstaaten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6177; VS-Bd. 13240 (212); B 150, Aktenkopien 1982.

¹¹ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), konstatierte am 17. März 1983, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid durch die Vorlage der Vorschläge der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 nunmehr in eine entscheidende Phase getreten sei. Der Zeitpunkt für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz sei daher gekommen, für das Kastl Textelemente übermittelte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 310; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

Für das Schreiben vom 6. April 1983 an Shultz vgl. Dok. 105.

Aufzeichnung des Legationsrats Rücker

412-401.01-286/83 geheim

9. März 1983¹

Betr.: Schreiben Präsident Reagans an BK Kohl vom 28.1.1983² zur Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels Williamsburg³;
hier: wirtschaftspolitischer Fragenkomplex

1) Auf das o.a. Schreiben Präsident Reagans hat BK Kohl mit Datum vom 18.2.1983 relativ unverbindlich geantwortet.⁴ Insbesondere hat der BK auf die von Präsident Reagan gestellten konkreten Fragen zu zwei Themenbereichen (internationale Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen) lediglich durch Verweis auf das umfassende Mandat reagiert, mit dem StS Dr. Tietmeyer in die Vorbereitungsgespräche⁵ gehen könne. Dies läßt es notwendig erscheinen, die von Präsident Reagan gestellten Fragen aus der Sicht des AA vorläufig zu beantworten; entsprechend wird im folgenden der Fragenkomplex zur internationalen Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne aufgegriffen. (Der Fragenkatalog zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ist, nach Auskunft von Referat 421, noch nicht zu beantworten, u. a. weil er auf Schlußfolgerungen der nicht abgeschlossenen Studien⁶ Bezug nimmt.)

2) Präsident Reagan stellt insgesamt fünf Fragen:

(1) Was unternehmen wir national, um dauerhaftes, inflationsfreies Wachstum zu erreichen? Gibt es Fortschritte? Was wollen wir außerdem erreichen?

D betreibt allgemeine Wirtschaftspolitik der Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen: Geldpolitik des pragmatischen Monetarismus bleibt stabilitätsorientiert, aber flexibel genug, um Aufschwung zu ermöglichen. Fiskalpolitik vor allem am Ziel mittelfristiger Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet bei Hinnahme des konjunkturell bedingten Teils der Defizite. Fortschritte gibt es insbesondere bei den Preisen, den Zinsen und den Bauinvestitionen. Darüber hinaus gilt es, die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen (Mittel?).

¹ Hat Ministerialdirektor Fischer vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bei Bestätigung des Trends weiterfahren.“

² Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 10895 (412).

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁴ In dem Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan hieß es, für vertrauensvolle Gespräche beim Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg sei ein möglichst kleiner und informeller Rahmen zweckmäßig. Kohl sprach sich gegen einen Verzicht auf eine gemeinsame Schlußerklärung aus, denn dies „könnte leicht als ein Zeichen der Uneinigkeit und des Mißerfolges interpretiert werden“. Nur wenn ökonomische Themen im Mittelpunkt der Beratung stünden, gebe es „die Chance, unsere Volkswirtschaften aus der gegenwärtigen Krise herauszuführen“. Vgl. das am 18. Februar 1983 mit Drahterlaß Nr. 205 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heinichen an die Botschaft in Washington übermittelte Schreiben; VS-Bd. 10895 (412); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Ein erstes Vorbereitungstreffen der Persönlichen Beauftragten („Sherpas“) der an den Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs fand am 22. Dezember 1982 in Paris statt. Zur zweiten Tagung am 17./18. März 1983 in San Diego vgl. Dok. 72, Anm. 9.

⁶ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

(2) Was sind die Auswirkungen unserer Politiken auf andere Länder, insbesondere EL?

Nationale Bemühungen um Aufschwung in D werden ergänzt durch Bemühungen um „internationalen Aufschwung“, der Verzicht auf protektionistische Maßnahmen und Sicherung des Weltwährungs- und Finanzsystems voraussetzt. Unser Einsatz für freien Welthandel und z. B. für die Stärkung des IWF hat daher unmittelbar positive Auswirkungen auf IL und EL.

Auch die – oben erläuterte – in D betriebene Geld- und Fiskalpolitik hat letztlich positive Auswirkungen auf andere IL und EL, insoweit sie dauerhaften Aufschwung ermöglicht. Es besteht dabei allerdings ein Zielkonflikt zwischen konjunkturellen und strukturellen Erfordernissen. Aus konjunktureller Sicht sind die kontraktiven Elemente der gegenwärtigen Politiken auch negativ für IL und insbesondere EL. (Diese letztere Tatsache ist aus Sicht des Auswärtigen Amts u. U. wichtig, weil nur eine solche Analyse der gegenwärtigen Situation es erlaubt, gerade im Hinblick auf die EL – im Spannungsverhältnis zwischen Finanzierung und Anpassung – für „mehr Finanzierung“ anstatt für „mehr Anpassung“ zu plädieren.)

(3) Welche Aktivitäten anderer Länder sind kompatibel/inkompatibel mit unseren Bemühungen?

Kompatibel mit in D betriebener Wirtschaftspolitik sind insbesondere alle Aktivitäten in anderen Ländern, die der Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen dienen. Dabei geht es insbesondere um ausgewogene Geld- und Fiskalpolitiken, die weder inflatorisch noch deflatorisch wirken, die Zinsen senken und die Wechselkurse stabilisieren (ad USA).

Inkompatibel mit unseren Bemühungen sind – neben Versuchen des „beggar my neighbour“ – vor allem alle Maßnahmen anderer Länder, die notwendigen Strukturwandel erschweren und/oder aufschieben z. B. durch

- offenen oder versteckten Protektionismus,
- Schaffung unkonditionierter Liquidität (hier allerdings AA-Vorbehalt, wonach aus konjunkturellen Gründen und zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit von EL etwa SZR-Zuteilungen auch angebracht sein können!),
- Aufbau oder Nichtabbau von Rigiditäten auf Kapital- und Arbeitsmärkten.

(Ggf. könnte bei der Beantwortung dieser Frage auf das vom OECD-Ministerrat 1982 verabschiedete und von StS Dr. Tietmeyer als Vorsitzendem der gleichnamigen Arbeitsgruppe verfaßte Dokument „Positive Strukturanpassung als wirtschaftspolitische Strategie“ verwiesen werden.)⁷

⁷ Ministerialdirigent Ungerer notierte am 17. Mai 1982, bei der Tagung des OECD-Ministerrats am 10./11. Mai 1982 in Paris sei „die bisherige, auf die gleichzeitige Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit ausgerichtete Linie der OECD bestätigt worden. Von allen Teilnehmern wurde anerkannt, daß eine wirksame und dauerhafte Verbesserung der Beschäftigungslage ohne niedrige Inflationsrate nicht zu erreichen sein wird. Einverständnis bestand auch über wesentliche Rahmenbedingungen für die Wiedergewinnung eines sich selbst tragenden Wachstums; der Ministerrat würdigte in dem Zusammenhang besonders auch den Schlußbericht der Gruppe ‚Positive Anpassungspolitik‘ und betonte erneut die Notwendigkeit einer raschen und marktkonformen Strukturanpassung.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130513. Vgl. dazu ferner das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1982, D 284–292.

(4) Was steht derzeit einer besseren Abstimmung (better interrelationship) zwischen nationalen Politiken, internationalem Handel und Anforderungen des Weltfinanzsystems im Wege?

Wohl weniger das Fehlen von institutionellen Vorkehrungen zur besseren Abstimmung zwischen den drei Bereichen. Vielmehr verhindert wohl der jeweilige innenpolitische Druck und der daraus entstehende „nationale Egoismus“ die bessere Abstimmung.

(5) Was ist die angemessene Rolle für die verschiedenen internationalen Organisationen bei der Bewältigung der zusammenhängenden Probleme der nationalen Politiken, des wachsenden Handels und des offenen Finanzsystems?

Es geht darum, insbesondere die folgenden internationalen Organisationen zu nutzen:

- EG, OECD: vor allem zur Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken im Rahmen eines pragmatischen Konsens (Primat der strukturellen Anpassung);
- GATT: vor allem zur Offenhaltung der Märkte;
- EWS-Partner/IWF: zur Stabilisierung der Wechselkurse vor allem durch wirtschaftspolitische und wirtschaftliche Konvergenz, aber auch durch Devisenmarktinterventionen (sog. Interventionsstudie im Rahmen des Follow-up von Versailles⁸ liegt jetzt vor⁹, Finanzminister der Sieben werden sich am 28./29.4. über politische Schlußfolgerungen unterhalten¹⁰);
- BIZ, IWF: zur Stärkung des internationalen Finanzsystems, quantitativ und qualitativ.

Rücker

VS-Bd. 10895 (412)

⁸ In Versailles fand vom 4. bis 6. Juni 1982 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 180.

⁹ In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums der Finanzen vom 24. März 1983 zum Stand der Vorbereitungen für den Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg hieß es: „Die zwei Aufträge der Wirtschaftskonferenz von Versailles – die Untersuchung der Nützlichkeit von Devisenmarktinterventionen und die verstärkte wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit der ‚Fünf‘ (die stärksten Währungen US, D, JAN, UK und F) – wurden als auf gutem Wege befindlich eingeschätzt. Die Finanzminister der beteiligten Staaten werden in der Lage sein, den Staats- und Regierungschefs positive Berichte über ihre Ergebnisse zu geben.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130539.

¹⁰ Zur Tagung der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der an den Weltwirtschaftsgipfeln teilnehmenden Staaten am 29. April 1983 in Washington notierte das Bundesministerium der Finanzen am 16. Mai 1983, Kernaussagen der dort verabschiedeten Erklärung seien: „A) Mehr Wechselkursstabilität ist gemeinsames Ziel. B) Konvergenz ist hierfür Voraussetzung. C) Bei der Gestaltung der Binnenwirtschaftspolitik sollte auf den Wechselkurs (als ‚Indikator‘) sowie auf die internationalen Rückwirkungen dieser Politik geachtet werden. D) Interventionen können nützliche Rolle spielen, insbesondere dann, wenn andere wirtschaftspolitische Maßnahmen ergänzt und unterstützt werden; Bekenntnis zur Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Der zentrale Punkt ist die Bereitschaft zu koordinierten Interventionen, wo immer dies zweckmäßig ist.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130540.

63

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO),
an Ministerialdirektor Pfeffer**

114-17007/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 428
Citissime

Aufgabe: 9. März 1983, 19.18 Uhr¹
Ankunft: 9. März 1983, 19.40 Uhr

AA nur für Herrn D 2

Betr.: Geheimhaltungspflicht der Mitgliedsländer aufgrund der Zugehörigkeit zur NATO;
hier: etwaige Folgen für die Bundesregierung aufgrund der Neubildung des Bundestags²

Bezug: Beschluß des NATO-Rats C-M (55) 15 Final³

1) Aus der Mitgliedschaft im Bündnis erwächst für jeden Mitgliedstaat die Pflicht, die nach NATO-Kriterien geheimzuhaltenden Informationen, die an die Mitgliedstaaten weitergegeben werden, innerstaatlich entsprechend zu handhaben. Diese Pflicht wird nicht nur durch eine der NATO-Einstufung entsprechende innerstaatliche Einstufung erfüllt, es müssen selbstverständlich auch die nach vernünftigem Ermessen zu erwartenden praktischen Maßnahmen getroffen werden, um die Geheimhaltung wirklich sicherzustellen.

2) Die Tatsache, daß dem neuen Bundestag 27 Abgeordnete der „Grünen“ angehören, schafft insofern ein Problem für das Bündnis, als nach hier vorliegenden Agenturmeldungen vom 8.3.83 Vertreter der „Grünen“ (Herr Schily und Frau Kelly) öffentliche Erklärungen abgegeben haben, die Zweifel an ihrer Bereitschaft, die Geheimhaltungspflicht in bezug auf NATO-Informationen einzuhalten.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 10. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte.

Hat Hofmann am 10. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich Ministerialdirektor Pfeffer um Zustimmung bat, „dieses FS an a) ChBK, b) BMI, c) BMVg zu geben, damit es operativ werden kann. Gewünschte Erklärung setzt voraus, daß Maßnahmen tatsächlich getroffen sind.“ Hofmann verfügte die Wiedervorlage und bat zudem das Parlaments- und Kabinettsreferat „um Unterrichtung über die Vorkehrungen, welche i[n] d[iesem] Zusammenhang vom D[eutschen]B[undes]T[ag] getroffen werden“.

Hat Pfeffer am 11. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär von Staden „mit der Bitte um Genehmigung“ verfügte.

Hat Staden am 11. März 1983 vorgelegen.

Hat Hofmann am 14. März erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hinsichtlich Maßnahmen im DBT hat 011 am 11.3. Zwischenbescheid-DE an NATO-V[ertretung] gerichtet.“ Hofmann verfügte die Wiedervorlage am 16. Mai 1983.

Hat Hofmann erneut vorgelegen.

² Bei den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 erhielten CDU und CSU zusammen 48,8 % der Stimmen (244 Sitze), die FDP 7 % (34 Sitze). Die SPD erzielte 38,2 % der Stimmen (193 Sitze). Die Grünen zogen mit 5,6 % (27 Sitze) erstmals in den Bundestag ein. Der Bundestag konstituierte sich am 29. März 1983 und wählte am selben Tag Helmut Kohl mit 271 Ja- gegen 214 Nein-Stimmen erneut zum Bundeskanzler. Am 30. März 1983 wurden im Bundestag die Bundesminister vereidigt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 25 f. und S. 29–31.

³ Für das Dokument „Security within the North Atlantic Treaty Organization“ vom 8. März 1955 vgl. VS-Bd. 15182 (201).

ten, aufkommen lassen.⁴ Auf diese Meldungen sind auch Mitglieder des NATO-Sicherheitsbüros aufmerksam geworden.

3) Aus hiesiger Sicht ist damit zu rechnen, daß Abgeordnete der „Grünen“ wegen ihres besonderen Interesses an Sicherheitsfragen darauf drängen, in Ausschüssen des Bundestags vertreten zu sein, die sich mit Sicherheitsfragen befassen. Dies dürfte in erster Linie für den Verteidigungsausschuß und den Auswärtigen Ausschuß gelten. Inwieweit die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eine Handhabe bietet, Mitgliedern solcher Ausschüsse geheimzuhaltende Informationen vorzuenthalten, kann hier nicht beurteilt werden. Bei allen Maßnahmen, die aufgrund der neuen Lage innerstaatlich zu treffen sind, sollte auf jeden Fall nicht nur unser innerstaatliches Interesse an der Geheimhaltung, sondern auch unsere zwischenstaatliche (völkerrechtliche) Verpflichtung Beachtung finden, die uns zugeleiteten NATO-Informationen in der zu 1) erwähnten Weise geheimzuhalten. Dies muß nicht nur für eigentliche NATO-Informationen (z.B. NATO-Dokumente) gelten, sondern für alle schutzbedürftigen Fakten und Bewertungen, die in innerdeutsche Dokumente mit oder ohne Quellenangabe aufgenommen worden sind.

4) Eine mangelnde Garantie der Bundesregierung in bezug auf die Geheimhaltung von NATO-Informationen könnte zur Folge haben, daß im Bündnis Überlegungen angestellt werden, die von uns als diskriminierend betrachtet werden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß ein ähnliches Problem bei der Regierungsbildung nach den französischen Präsidentschaftswahlen vom Mai 1981⁵ auftrat. Wie durch DB 1109 vom 24.6.1981⁶ (I-322 FRA-2412/81 VS-vertraulich) berichtet, hat der französische Ständige Vertreter⁷ in einer auf französischen Wunsch einberufenen Sitzung des NATO-Rats am 24.6.1981 hinsichtlich der Rückwirkungen der kommunistischen Regierungsbeteiligung⁸ auf die Handhabung von NATO-Informationen durch die französische Regierung eine Erklärung abgegeben, wonach die französische Regierung alle Dispositionen getroffen habe, damit die neue Lage keine nachteiligen Folgen für die Sicherheit der NATO-Informationen auslöst. Der französische Ständige Vertreter sagte u.a., daß NATO-Unterlagen nur an die Stellen und die Persönlichkeiten

⁴ Am 8. März 1983 fand die konstituierende Fraktionssitzung der Grünen statt. Dazu hieß es in der Presse: „Erste Differenzen in der Fraktion zeichnen sich ab. Petra Kelly etwa und Anhänger einer ‚Fundamentalopposition‘ wollen so manche Regel parlamentarischer Arbeit nicht anerkennen. Sie reden davon, sich etwa an die Geheimschutzordnung nicht halten zu wollen, und stoßen auf den Widerspruch des Rechtsanwalts Schily und Bastians, die sagen, Gesetze müßten eingehalten werden, zugleich aber andeuten, daß diese auf ihren Sinn hin zu befragen seien.“ Vgl. den Artikel „Wie es genau weitergehen soll, weiß niemand bei den Grünen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. März 1983, S. 3.

⁵ Am 26. April und 10. Mai 1981 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Sozialistischen Partei, Mitterrand, als Sieger hervorging. Zum Ministerpräsidenten wurde am 21. Mai 1981 der Abgeordnete Mauroy ernannt.

⁶ Korrigiert aus: „25.6.1981“.

Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO) vgl. VS-Bd. 11093 (202); B 150, Aktenkopien 1981.

⁷ Claude Arnaud.

⁸ Zum Passus „Wie durch DB ... kommunistischen Regierungsbeteiligung“ vermerkte Vortragender Legationsrat Seibert handschriftlich: „Franz[ösische] Komm[unisten] sind an der Reg[ierung] beteiligt – das ist entscheidender Unterschied.“

gingen, die normalerweise mit diesen Fragen befaßt seien, auf persönlicher Basis fügte er hinzu, daß man es in Paris nicht verstehen würde, wenn aufgrund der neuen Lage in der Allianz Maßnahmen diskriminierender Art gegen F getroffen würden. Er bat ferner um äußerste Diskretion bei der Handhabung dieser Angelegenheit.

Bei dem französischen Beispiel ist zu berücksichtigen, daß F bekanntlich nicht der militärischen Integration angehört⁹ und daher der Anfall vertraulichen Materials um ein vielfaches geringer ist als in unserem Fall.

5) Das zusätzliche Problem, das sich aus der Mitgliedschaft kommunistischer Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung stellt, bestand schon lange vorher.

In ähnlicher Weise stellt sich dieses Problem in bezug auf das Parlament und seine Ausschüsse in Italien. Hier ist nicht bekannt, in welcher Weise in bezug auf die Angehörigen des französischen bzw. italienischen Parlaments die Pflicht zur Geheimhaltung durch die genannten Staaten gewährleistet ist. Insoweit wird empfohlen, auf bilateralem Wege mit den in Betracht kommenden Behörden Frankreichs und Italiens Kontakt aufzunehmen.¹⁰ Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, daß in beiden Staaten das Problem in bezug auf Parlamentarier seit langem zufriedenstellend gelöst ist.

6) Ich empfehle, daß ich zu gegebener Zeit den NATO-Rat darauf hinweise, daß die Bundesregierung die notwendigen Vorkehrungen zum Schutz der vertraulichen Dokumente und Informationen getroffen hat.¹¹

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10849 (209)

⁹ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

¹⁰ Zum Passus „In ähnlicher Weise ... Kontakt aufzunehmen“ vermerkte Vortragender Legationsrat Seibert handschriftlich: „Na eben! Auch in D[änemark] gibt es Gruppierungen links von den Sozialisten.“

¹¹ Zu diesem Satz notierte Vortragender Legationsrat Seibert handschriftlich: „Nicht dramatisieren – erst abwarten, dann event[uell] beruhigende Erläuterungen in private luncheon.“

64

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-17054/83 geheim
Fernschreiben Nr. 446
Cito

Aufgabe: 11. März 1983, 18.10 Uhr¹
Ankunft: 11. März 1983, 18.46 Uhr

Herrn Staatssekretär von Staden vorzulegen.

Herrn Staatssekretär Rühl vorzulegen.

Im BMVg exklusive für FüS III.

Betr.: WINTEX-CIMEX 83²;
hier: Nukleare Phase

I. Als erste Vorabunterrichtung werden die nachfolgenden Einzelpunkte aus dem nuklearen Übungsteil WINTEX-CIMEX 83 zusammengefaßt.

Sie konzentrieren sich auf Aussagen und Anregungen, die im Hinblick auch auf die erste Behandlung des Themas bei der kommenden 33. NPG-Ministerkonferenz³ eine Rolle spielen könnten. Dabei geht es um die Grundfragen:

(1) Soll auch in Zukunft eine nukleare Phase Bestandteil von WINTEX-Übungen sein? Dies wird als zutreffend für alle weiteren Erörterungen unterstellt.

(2) Welches Übungsszenario für die nukleare Phase 1985 (vgl. hierzu PO/83/20 vom 9.3.83⁴ im Vorlauf auf 33. NPG-Ministerkonferenz)?

II. Durch die Verlängerung der nuklearen Phase 1983 (vier Tage gegenüber drei in früheren Übungen) und die erstmalige Aufnahme einer Erörterung über follow-on use hat die Behandlung der nuklearen Thematik deutlich an Tiefe und Gründlichkeit gewonnen.

III. Aus hiesiger Sicht wird als erste Reaktion folgende Bewertung angestellt:

1) Positive Erkenntnisse

a) Als Gewinn wird die wesentlich eingehendere Behandlung auch von Teilaspekten anzusehen sein. Dafür war zusätzliche Zeit erforderlich. Daneben ha-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 14. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte: „Sollten wir auch 204, ChBK und Ak[ademie für]z[i-vile]V[erteidigung] Doppel geben?“

Hat Hofmann am 14. März 1983 vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „Nein.“

² Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 15. März 1983: „Das Auswärtige Amt beteiligte sich an der diesjährigen politisch-militärischen NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 83 vom 24.2. – 9.3.1983 mit einem Übungsstab von 22 Personen, darunter drei Referenten von Referat 201, und entsandte einen Vertreter zur Mitwirkung bei der NATO in Brüssel.“ Die Übung habe ihren Zweck erreicht, „Verfahren und Pläne im zivilen und militärischen Bereich zu üben, um die Fähigkeit der NATO zu erhalten und – wenn nötig – zu verbessern, wirksam in einer Krise und im Verteidigungsfall zu handeln. Mehr noch als in früheren Übungen konnten jedoch auch im politischen Entscheidungsbereich, vor allem in der sog. nuklearen Phase, Erfahrungen gewonnen werden, die außerhalb der Übung weiterverfolgt werden können.“ Vgl. VS-Bd. 10867 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 22./23. März 1983 in Vilamoura vgl. Dok. 77.

⁴ Für die Mitteilung des NATO-Generalsekretärs Luns vom 9. März 1983 an die Verteidigungsminister der an der Militärintegration beteiligten NATO-Mitgliedstaaten „Nuclear Planning Group: Nuclear Consultation (WINTEX-CIMEX)“ vgl. VS-Bd. 10739 (201).

ben aber auch zusätzliche „nuclear consultation messages“ der MNC⁵ sowie einiger Hauptstädte (über AIG⁶ 6014) beigetragen. Insbesondere die sehr detaillierten Meldungen von SACEUR, noch erweitert durch entsprechende „updates“, ließen mehr Planungsdetails als früher erkennen. Damit wurde SACEURs Absicht deutlicher, auch in bezug auf Zuordnung von bestimmten Einsätzen an bestimmte Bündnispartner, die Einplanung von ground bursts u. a. m.

b) Dadurch waren auch die Hauptstädte zu einer wohl gegenüber letzten Übungen detaillierteren Aussage in ihren views zu grundlegenden Fragen gezwungen, so daß die Haltung der Hauptstädte plastischer wurde als bei früheren z. T. sehr allgemeinen Darstellungen.

c) Besonders positiv wird hier gesehen, daß SACEUR sich – gerade im Vergleich zu 1981⁷ – von Vorstellungen wegbewegt hat, beim initial use massierte Einsätze auf dem Gefechtsfeld mit ins Kalkül zu ziehen.⁸ 1981 war dies zunächst in der early notification, damals sogar mit ADM- und nuklearem LV⁹-Einsatz gekoppelt, vorgesehen. Die Hinwendung zum Schwerpunkt eines Einsatzes in der erweiterten geographischen Zone beim initial use (und follow-on use) ist wohl ein Schritt in die richtige Richtung und hat ggf. Implikationen, die eher im Bereich der HLG-Arbeit, GPG¹⁰ und Einsatz-Doktrin liegen als im Übungsgeschehen. Offen bleibt, ob dies eine Veränderung in der Haltung SHAPEs oder Mittel zum Zweck (hinsichtlich der Theorie konventioneller Verstärkungen/zusätzlicher konventioneller Optionen) ist, was insbesondere in Verbindung mit den hohen Zahlen von strikes bei Erst- und Folgeinsatz zu sehen ist.

d) Ebenfalls positiv wird gesehen, daß nach ersten schwachen Versuchen (early notification 2) letztlich keine Einsätze auf eigenem Territorium geplant und gefordert wurden¹¹ (insoweit war es gut, Romeo 2¹² zu haben).

e) Als Fortschritt wäre letztlich die Tatsache anzusehen, daß SACEUR in seinen messages versucht hat, den politischen Charakter des Einsatzes von Nuklearwaffen herauszustellen.¹³ Leider war diese verbale Beteuerung nicht im erforderlichen Maße durch entsprechend zugeschnittene Warnungen/requests untermauert (s. u.).

⁵ Major NATO Commands.

⁶ Address Indicator Group.

⁷ Die NATO-Stabsrahmenübung WINTEX-CIMEX 81 fand vom 9. bis 21. März 1981 statt.

⁸ Der Passus „daß SACEUR ... ziehen“ wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

⁹ Luftverteidigung.

¹⁰ General Political Guidelines.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 11. Januar 1983, daß in nächster Zeit nicht „mit einer Wiederaufnahme der Arbeit an den GPG“ zu rechnen sei. Die USA hätten in der Sitzung der Stabsgruppe der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am Vortag deutlich gemacht, „daß sie 1983 eine Wiederaufnahme der GPG auf Weisungsbasis nicht ins Auge fassen. Begründung waren erneut die Arbeitsbelastung und die Gefahr eines Leaks mit der Folge von Mißverständnissen in der Öffentlichkeit im besonders sensiblen Jahr 1983.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 26; VS-Bd. 12033 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Der Passus „letztlich ... gefordert wurden“ wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bei follow-on ja!“

¹² „Romeo 2“ stand in der Manöversprache für den erneuten Einsatz nuklearer Waffensysteme.

¹³ Der Passus „politischen Charakter ... herauszustellen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Genau.“

f) Positiv ist abschließend und eingeschränkt noch zu sehen, daß SACEUR und die Nuklearmächte (USA) wenigstens in Teilbereichen (ein Einsatz auf Orange bei initial use, wenn auch nicht mehr realisiert; keine strikes auf Blau¹⁴) auf erklärte views der Partner eingegangen¹⁵ sind. Hier jedoch muß aus unserer Sicht insgesamt die Kritik einsetzen, da diese „Reaktionen“ einfach zu schwach geblieben¹⁶ sind.

2) Negative Kritik ist wie folgt anzubringen:

a) Trotz anderen Wortlauts hat SACEUR in beiden requests und den vorhergehenden messages erkennen lassen, daß es ihm doch eher um militärische Abhilfe aus bedrohlicher Lage ging als um das Erreichen des politischen Zweckes. Dies läßt sich ableiten aus den bereits für den initial use klar zu hohen Zahlen sowie deren Verteilung auf Ziele, deren Bekämpfung aus militärischer Sicht sicher bedeutsam war (auch wenn die unmittelbare Rückwirkung auf das Hauptkampfgeschehen nicht ersichtlich war), die aber in ihrer Beziehung zur aktuellen militärischen Lage eher das Bild militärischer Optimierung abgaben. Neben der zu hohen Zahl schlägt hier die unausgewogene und politisch nicht vertretbare Verteilung der Ziele auf die OR¹⁷-Blockländer zu Buche.¹⁸

b) Unsere Stellungnahme zu Bodendetonationen (unterstützt durch andere) ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Selbst wenn man außer acht läßt, daß die militärische Bedeutung von C2¹⁹-Zielen in der gegebenen Lage zweifelhaft sein könnte, so erstaunt doch, mit welcher Nonchalance sowohl SACEUR als auch beide Nuklearmächte über diesen Aspekt mit seinen drastischen Folgen (casualties) hinweggegangen sind. Hier hätte es ohne Gefährdung des Einsatzzieles und des Übungszwecks durchaus die Möglichkeit des Einlenkens (Reduzierung) gegeben. Insofern hat die Mißachtung unserer wiederholt vorgebrachten Einlassung erhöhte Bedeutung und bedarf der Weiterverfolgung außerhalb der Übung.²⁰

c) Die Zahl von strikes für den initial use war aus hiesiger Sicht bereits an sich zu hoch. Dies erwies sich aber bei den Überlegungen zum follow-on use noch als zusätzliche Erschwernis: Da – trotz anderer verbaler Darstellung – SACEUR letztlich doch quantitative Aspekte als entscheidend für den Schritt weiterer „deliberate escalation“ zugrunde gelegt hat, mußte die falsche Ausgangshöhe wiederum zu einer wesentlich zu hohen Vergleichszahl führen. Daß die Steigerung aber gleich auf über das Doppelte erfolgte, hat überrascht.

Unser klarer Anspruch, das Schwergewicht der Einsätze beim follow-on use auf Orange selbst zu legen, wurde (soweit das Spiel das erkennen ließ) nicht

¹⁴ Bei NATO-Manövern firmierten die Mitgliedstaaten des Bündnisses als „Blau“, die Gegenseite als „Orange“.

¹⁵ Die Wörter „Partner eingegangen“ wurden von Legationsrat I. Klasse Adamek hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kaum.“

¹⁶ Der Passus „diese ... geblieben“ wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja!“

¹⁷ Orange.

¹⁸ Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Adamek handschriftlich: „Bei DDR 91 000 Tote.“

¹⁹ Command and Control.

²⁰ Zum Passus „Nonchalance ... Übung“ vermerkte Legationsrat I. Klasse Adamek handschriftlich: „Auch hier der Eindruck, selbst bei follow-on.“

befolgt. Bei einer Zahl und Verteilung, wie bei FOU²¹ gefordert, lag der eskalierende Effekt nur bedingt in der Einbeziehung von Orange.

In diesem Zusammenhang sind drei Informationen von Bedeutung, die wir am Rande der Übung erhielten: (1) Vor Entscheidung der USA zum Ersteinsatz (R1²²) hat sich GB bilateral sehr stark um eine Einbeziehung von Zielen in Orange bemüht. Jedoch „ohne Erfolg“ (britischer Botschafter Sir John Graham). Um so überraschter war man dann in London, als man von dem „request“ des US-Präsidenten hörte, doch ein Ziel in Orange einzubeziehen, was dann an (rein?) technischen Gründen scheiterte. (2) Wie wir vom Stellvertreter des Vorsitzenden des MC (GL Melner, USA) wissen, hat Präsident Reagan in Person diese Entscheidung (ein Ziel in Orange) getroffen.²³ (3) Wie wir über den niederländischen Geschäftsträger erfahren haben, hat Generalsekretär Luns nach der Behandlung des Romeo 1 im DPC persönlich den US-Präsidenten angerufen und u. a. um eine Einbeziehung von Zielen in Orange gebeten. Präsident Reagan habe sich gegenüber SecDef²⁴ Weinberger durchgesetzt.²⁵ Auf diesem Wege sei es dann zum Auftrag der Bekämpfung eines Zieles in Orange gekommen.

d) Kritisch ist auch zu sehen, daß einige Nationen (z.B. DK, CDN, POR, LUX, letztlich auch BE) kaum den Versuch gemacht haben, politischen Einfluß geltend zu machen. DK war, nachdem man seinem Wunsch auf Einbeziehung eines Hafens im Ostsee-Raum nachgekommen war, „mit allem einverstanden“.

GB konnte sich mit seinen mäßigenden Tendenzen (Zahlen reduzieren) und der politischen Absicht, auch beim initial use Orange anzugreifen, nicht gegen die USA durchsetzen.²⁶ Eine frühzeitige Einbeziehung von OR-Territorium, also bereits im initial use mit sicherlich geringeren Zahlen, würde es aus hiesiger Sicht plausibler machen, bei einem evtl. nötigen Folgeinsatz tatsächlich den Schwerpunkt auf OR zu legen, wie wir dies dann auch wollten. Vor weiteren Schritten ganz deutlich eskalierender Art hätte somit gedanklich nahegelegen, zunächst einen weiteren (Zwischen-)Schritt mit deutlich mehr als 20 Prozent Zielen in OR zu erwägen. Dies alles in Relation zu denkbaren Retaliations-Schritten (selbst wenn „nur“ in kind) zu erwägen, fällt schwer.

e) Letztlich zeigte sich auch hinsichtlich des „time-windows“ eine verschlechternde Tendenz. Beim initial use war man mit einer Stunde der politischen Bedeutung gerecht geworden. Beim request zu Folgeinsatz auf vier Stunden abzuheben, muß zu der Überzeugung führen, daß man den politischen Aspekt eines auch zeitlich limitierten Einsatzes nicht mehr im Vordergrund sah. Vier Stunden lang Einsätze in der geplanten Zahl über dem gesamten Gebiet von OR

²¹ Follow-on use.

²² „Romeo One“ stand in der Manöversprache für den Ersteinsatz nuklearer Waffensysteme.

²³ Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Adamek handschriftlich: „Gegenüber 38 in OR[ange]-Block.“

²⁴ Secretary of Defense.

²⁵ Zum Passus „Wie wir ... durchgesetzt“ vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „All dies sollte nicht zu Papier gebracht werden!“

²⁶ Zum Passus „Kritisch ist ... durchsetzen“ vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Dieses Verhalten läßt eben die geringsten Rückschlüsse auf das Verh[alten] im Ernstfalle zu.“

und OR-Block birgt aus hiesiger Sicht die Gefahr der Interpretation als Vorstufe zu oder bereits als allgemeine nukleare Reaktion.

IV. Zusammenfassend wird aus hiesiger Sicht für die operativ vor uns liegenden Fragen empfohlen:

- 1) Wir sollten – wie üblich – der Erarbeitung eines umfassenden Berichts der Ständigen Vertreter über WINTEX 83 zur nächsten NPG-Konferenz zustimmen (dabei empfiehlt es sich, frühzeitig unsere Schwerpunkte einzubringen).
- 2) Wir sollten angesichts der Erfahrungen, die wir jetzt in WINTEX 83 gemacht haben, die zu spielende nukleare Phase 1985 ebenfalls nach dem Übungskonzept 2²⁷ durchführen.

Die Erfahrungen sind aus hiesiger Sicht (unabhängig ob positiv oder negativ) noch nicht ausreichend, um bereits in Konzept 1²⁸ oder 3²⁹ überzugehen.³⁰ Wollen wir aus Erfahrungen lernen, so sollten wir es nicht bei einem Durchgang wie 1983 belassen. Trotz mancher unangenehmer Überraschung hat die gewonnene Klarheit 1983 auch positive Aspekte.

Wir sollten daher zustimmen, daß diese Teilfrage bei der Erstellung des Gesamtberichts vorgezogen behandelt wird, und nachfolgend im obigen Sinne Einfluß nehmen. Nur durch Übungen vergleichbarer Art und Zielsetzung können wir z. B. 1985 prüfen, ob die Haltung der Nuklearmächte, insbesondere der USA, verändert ist oder nicht³¹; auch können denkbare bilaterale Bemühungen um Abhilfe am besten hier auf Verwirklichung überprüft werden. Darüber hinaus sind weder Konzept 1 noch Konzept 3 auch nur annähernd so gut geeignet, Grundpositionen aller Betroffenen und Beteiligten so deutlich zu machen wie das Übungskonzept 2. Nur die Wiederholung vor dem Hintergrund eines vergleichbaren Szenarios und Ablaufschemas gibt uns die Möglichkeit, Trends zu ändern und zu überprüfen. Was negativ 1983 zu Buche schlug, sollte durch entsprechendes Gegensteuern 1985 wettgemacht werden. Was positiv an 1983 (und bereits zuvor) einzustufen ist, sollte durch ständige Übung verankert und zum ständigen Usus werden.³²

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10867 (209)

²⁷ Das „Übungskonzept 2“ umfaßte das Planspiel eines nuklearen Erst- und Folgeinsatzes der NATO.

²⁸ Das „Übungskonzept 1“ umfaßte das Planspiel eines nuklearen Folgeinsatzes durch die Warschauer-Pakt-Staaten.

²⁹ Das „Übungskonzept 3“ umfaßte das Planspiel eines nuklearen Ersteinsatzes durch die Warschauer-Pakt-Staaten.

³⁰ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Was bedeutet dies?“

³¹ Der Passus „prüfen ... nicht“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aus einem Spiel ist nichts zu schließen, außer im Bereich der Verfahren.“

³² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), und der Deutsche Militärvertreter (DMV) beim NATO-Militärausschuß, Bernhard, übermittelten am 11. März 1983 einen gemeinsamen Erfahrungsbericht über die NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 83 vom 24. Februar bis 9. März 1983. Dabei wiesen sie darauf hin, „daß WINTEX in erster Linie eine Übung zum Test der prozeduralen Abläufe ist, gleichwohl könnten aber die Sachpositionen, die von den einzelnen Regierungen vorgebracht werden, Einfluß auf die ‚Wirklichkeit‘ haben. Das ist namentlich dann der Fall, wenn es sich um sensitive Fragen zur Strategie der Allianz handelt, was besonders für den nuklearen Teil gilt.“ Allerdings sei

65

Botschafter Terfloth, Islamabad, an das Auswärtige Amt

114-17063/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 149
Cito

Aufgabe: 13. März 1983, 16.00 Uhr
Ankunft: 14. März 1983, 05.04 Uhr

Betr.: Pakistanische Ausschreibung für Kernkraftwerk Chashma¹

Präsident der pakistanischen Atomenergiebehörde, Dr. Munir Khan, erzählte mir von seinem kürzlichen Besuch in Bonn und seinen dort mit den Ressorts geführten Gesprächen.² Er erwähnte eine größere Besprechung im Kreis der Ministerien, ein Frühstück des pakistanischen Botschafters³ sowie seinen Besuch bei der Kraftwerk Union in Mülheim. Botschaft ist bisher ohne jegliche Unterrichtung.

Munir Khan erwartet in der dritten März-Woche einen Antrag der KWU mit der Bitte um Verlängerung der Ausschußfrist. KWU wolle dann Anfang April Mission nach Pakistan entsenden.

Projekt teile sich in drei Komponenten auf: Reaktor (0,5 Milliarden US-Dollar), Turbinen-Anlage (0,3) und Restanlage (ebenfalls etwa 0,3). Pakistan sei bereit, zu einem Drittel selbst einzusteigen. Pakistan möchte die drei Komplexe möglichst nicht an einen einzigen Partner vergeben. Er wisse, daß KWU vorziehen würde, einen Zuschlag für das Gesamtpaket zu erhalten, habe aber den Eindruck, daß sie notfalls auch mit einem Teilzuschlag zufrieden sei. Munir Khan

Fortsetzung Fußnote von Seite 338

zu beachten, „daß die Übung in vielfacher Hinsicht bewußt unrealistisch ist, weil sie vermeiden muß, daß von der Übung auf das mögliche Verhalten des Bündnisses (oder einzelner Bündnisstaaten bezüglich dritter Länder im Ernstfall geschlossen werden kann. Daher sollte die Übung nicht dazu benutzt werden, Erkenntnisse über vertrauliche Absprachen beispielsweise der USA mit Drittstaaten zu erlangen. Aus ähnlich gelegenen Gründen ist Berlin auch kein Gegenstand einer WINTEX-Übung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 449; VS-Bd. 10867 (209); B 150, Aktenkopien 1983. Zur Bewertung der Stabsrahmenübung vgl. Dok. 66.

¹ Zur pakistanischen Ausschreibung für ein Kernkraftwerk (Chasnupp) bei Chashma und einer möglichen Teilnahme der Kraftwerk Union AG (KWU) an dem Projekt vgl. Dok. 49, Anm. 109 und 110.

² Ministerialdirigent Ungerer notierte am 1. März 1983, der Leiter der pakistanischen Kernenergiekommission, Khan, habe ihm am Vortag mitgeteilt, daß Pakistan den Bau von vier bis fünf Atomkraftwerken plane: „Aufgrund der amerikanischen und kanadischen Haltung in NV-Fragen (Forderung von full scope safeguards) möchte Pakistan die Reaktoren nicht in diesen beiden Ländern bestellen, sondern eher in Europa.“ Das Angebot der Kraftwerk Union AG (KWU) habe gute Chancen, sei aber teuer: „Es wird für Pakistan darauf ankommen, ob geeignete Kredit- und NV-politische Bedingungen vereinbart werden.“ Vgl. VS-Bd. 10896 (413); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 3. März 1983 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget, bei dem im Bundesministerium für Forschung und Technologie am 28. Februar 1983 geführten Gespräch, an dem Vertreter des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft teilgenommen hätten, habe Khan das pakistanische Interesse am Kauf eines Atomkraftwerks mit der schlechten Energieversorgungslage seines Landes begründet: „Wir stellten die Frage, wie Pakistan die von Präsident Zia ul-Haq gegenüber Präsident Reagan anlässlich seines Besuchs im Dezember 1982 getroffene Feststellung, „no nuclear weapon = no other nuclear explosive device“ in konkrete NV-politische Verpflichtungen umzusetzen in der Lage und bereit sei; hierzu äußerte sich Munir Khan nicht.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129504.

³ S. A. D. Bukhari.

erweckte Eindruck, als ob Verlängerung Ausschlußfrist kein besonderes Problem bringe.

Zu verhandeln sei natürlich noch die Finanzierung. Zu den Safeguards sagte er, die Londoner Richtlinien⁴ könne Pakistan garantieren. Er deutete auch an, daß Pakistan bereit sei, etwa darüber hinausgehende Bedenken der Bundesregierung durch einseitige Zusagen auszuräumen.

Zur Konkurrenzsituation erklärte Munir Khan, die USA fielen wegen pakistanischen Unvermögens, „full scope“ safeguards zuzusagen, aus. Die USA seien auch aus anderen Gründen nicht zur Angebotsabgabe eingeladen worden. Amerikanische Firmen gäben über ihre Geschäftsverbindungen in B und I Angebote ab, besonders auch zum Turbinen-Teil. Man müsse jedoch genau prüfen, inwieweit diese Firmen von offizieller amerikanischer Einflußnahme unabhängig sein könnten.

Das französische Angebot sei als Konkurrenz ernst zu nehmen. Mehrere Missionen seien bereits in Pakistan gewesen. Munir Khan machte aber im Verlauf des Gesprächs deutlich, daß Pakistan bei einem so langfristigen Engagement auf die Seriosität und die Verlässlichkeit der Zusammenarbeit entscheidenden Wert lege. Die deutsch-pakistanischen Beziehungen seien hierzu in ihrer langjährigen Stabilität, im Gegensatz zu den Erfahrungen mit Frankreich, ein wesentlicher Faktor.

Ich hatte insgesamt den festen Eindruck, daß – bei vergleichbarer Angebotslage – die pakistanische Seite das deutsche Angebot bevorzugt behandeln und der Zusammenarbeit mit uns Priorität einräumen würde. Es ist anzumerken, daß AM Cheysson, wie übrigens auch AM Colombo, Ende dieses Monats in Islamabad erwartet werden.⁵

Ich wäre dankbar, wenn Botschaft über die Gespräche in Bonn und über die Einschätzung der Lage sowie die Fakten voll unterrichtet werden würde. Auch darüber, wo und inwieweit Botschaft, die hier über sehr gute Beziehungen verfügt, eingreifen kann oder soll. Botschaft würde vorziehen, über deutsch-pakistanische Gespräche nicht nur von pakistanischer Seite unterrichtet zu werden. Auch wäre wichtig zu wissen, mit welcher Einstellung der Bundesregierung zu dem Kernkraftkomplex Chashma gerechnet werden kann und inwieweit hier schon größere Klarheit besteht.⁶

[gez.] Terfloth

VS-Bd. 10896 (413)

⁴ Die vierte Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5. November 1975 in London verabschiedete Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.

⁵ Der italienische Außenminister Colombo besuchte Pakistan vom 26. bis 28. März 1983.

Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 28. bis 30. März 1983 in Pakistan auf.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget informierte die Botschaft in Islamabad am 14. März 1983, das Gespräch der Botschaft mit dem Leiter der pakistanischen Kernenergiekommission, Khan, entspreche „grosso modo seinen Ausführungen in Bonn im Ressortkreis“. Die Unterrichtung der Botschaft sei zurückgestellt worden, da man zuerst die internen Beratungen der Kraftwerk Union AG vom 7. März 1983 abwarten wollen: „Bevor wir die NV-politische Problematik der Lieferung eines KKW an Pakistan insbesondere mit USA, aber auch mit Frankreich aufgreifen bzw. vertiefen, halten wir es für zweckmäßig, Klarheit über die finanziellen Chancen für die Durchführung dieses

66

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer**201-363.17-1022/83 geheim****15. März 1983¹**Herrn Staatssekretär² zur UnterrichtungBetr.: WINTEX-CIMEX 83³;

hier: nukleare Phase

Bezug: Ihre Bitte um Stellungnahme auf DB Nr. 446 aus Brüssel NATO vom 11.3.83 (liegt bei⁴)

Zum Bezugs-DB der NATO-Vertretung wird wie folgt Stellung genommen:

I. Den Ausführungen der Vertretung kann aus hiesiger Sicht mit folgendem caveat zugestimmt werden:

Der DB geht durchgehend davon aus, daß aus dem Verlauf der nuklearen Phase (Situation, in der SACEUR nukleare Freigabe erbittet; Modalitäten seiner Anforderung; Reaktion der anderen Hauptstädte) relativ verlässliche Rückschlüsse auf die tatsächliche Planung oder auf das Verhalten in einer tatsächlichen Krise gezogen werden könnten, ja müßten.

Diese Schlußfolgerung ist jedoch mit so vielen Unsicherheiten belastet, daß es nicht geraten erscheint, sich außerhalb des Spiels daran konkret zu orientieren oder sich gar konkret darauf zu berufen.

Die Unverlässlichkeit dieses Spiels ist in der nuklearen Phase besonders groß; sie wächst in dem Maße, in dem die nukleare Phase über den fingierten Ersteinatz noch ausgedehnt wird.

Mit anderen Worten: Wer das ohnedies gefährliche Spiel zu ernst nimmt, macht es möglicherweise in nicht mehr tragbarem Maße gefährlich und gefährdet damit das Spiel. (Deshalb ist besonders davor zu warnen, weiterhin etwas über Spielverhalten von Präsident Reagan zu Papier zu bringen.⁵)

Fortsetzung Fußnote von Seite 340

Projekts zu gewinnen. Sollte sich z. B. herausstellen, daß hier Schwierigkeiten auftreten, die nach Auffassung der KWU zu große Risiken implizieren, so werden wir uns hieran in einem gewissen Umfang auch bei der NV-politischen Behandlung der Angelegenheit orientieren.“ Die Botschaft sollte sich daher rezeptiv verhalten. Vgl. den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 129504.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 16. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundesminister vorgelegt: eine gut durchdachte, sehr aufschlußreiche Bewertung.“

Hat Bundesminister Genscher am 3. April 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 5. April 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 6. April 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 8. April 1983 erneut vorgelegen.

³ Die NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 83 fand vom 24. Februar bis 9. März 1983 statt.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Dok. 64.

⁵ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „richtig“.

Die Gründe, welche das nukleare Spiel als Präjudiz entwerten, liegen auf der Hand:

1) Daß es zum nuklearen Ersteinsatz kommt, steht gemäß Spielszenario von vornherein fest. Dies verleiht auch allen Diskussionen über die Modalitäten ein hohes Maß an Künstlichkeit.

2) Im Spiel verhält sich jeder vorzugsweise so, wie es von ihm erwartet wird, damit im (fast unvermeidlichen) Falle des „leaks“ die Abschreckung nicht leidet. Alle Teilnehmer sind deshalb tendenziell weitaus „trigger-happier“ als in Wirklichkeit.

3) Zumal kleine Staaten wenigstens nicht blockieren wollen und auf niedriger Ebene spielende Teilnehmer es besonders leicht finden, weittragende Entscheidungen einfach zu simulieren, ist aus dem „Passierenlassen“ der nuklearen Phase insoweit nichts mit Sicherheit zu schließen.

4) Im Gewande des Spiels werden selbst im nuklearen Teil gerade von SACEUR spezifische Nebenziele verfolgt. Bei WINTEX 83 war z. B. deutlich, daß er

- die Begründetheit des Rogers-Plans⁶
- die technische Notwendigkeit der Nachrüstung demonstrieren wollte.

Wenn er also im Spiel bei nuklearen „interdiction“-Einsätzen in der DDR relativ hohe Verluste der Zivilbevölkerung hinnahm, kann daraus nicht ohne weiteres auf Doktrinfeindlichkeit oder Blutrünstigkeit geschlossen werden; er mag nur demonstriert haben wollen, daß es gut wäre, die von ihm vorgeschlagenen konventionellen Interdiktionswaffen zu haben. Dies ist allerdings ein nicht ungefährliches Verhalten von SACEUR, das die Übung in ihrer nuklearen Phase entwertet und der Erörterung bedarf (s. zu III 1 c) bis e)).

5) Im Ernstfalle würde sich die Diskussion der Freigabe nuklearer Waffen allenfalls pro forma im NATO-Rat abspielen. Hingegen stünden der BK, der britische PM, der amerikanische und der französische Präsident miteinander ständig bilateral in Kontakt. Von unserer „Ohnmacht“ in der nuklearen Spielphase kann nicht auf Ohnmacht in der Wirklichkeit geschlossen werden; allerdings auch nicht auf das Gegenteil (s. hierzu den Vorschlag unter zu III 1 f), 2 a), 2 b)).

II. Im einzelnen ist erläuternd zu bemerken:

Zu III.1.a) und b) des Bezugs-DB

Die nukleare Phase der WINTEX-Übung hat dieses Jahr zwar durch viertägige (statt dreitägige) Dauer und die Erörterung eines „follow-on use“ bis zur Frei-

⁶ Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, für eine Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO vgl. Dok. 2, Anm. 17. Referat 201 resümierte am 14. März 1983, neu an Rogers' Vorstellungen sei, „daß er einen jährlichen realen Mittelzuwachs von 4 % (statt 3 %) fordert und für ausreichend hält. Nur scheinbar neu ist seine Forderung, neue Technologien (emerging technologies) zur konventionellen Bekämpfung der 2. (u[nd] 3.) Staffel (2nd echelon interdiction) zu nutzen. Mißverständlich ist seine Erwartung, daß die konventionelle Verteidigung dadurch so wirksam werden könnte, daß die Last der nuklearen Eskalation auf den östlichen Aggressor überginge; denn eine rein konventionelle Verteidigung würde eine Militarisierung größten Ausmaßes voraussetzen und könnte gleichwohl Kriegsführung auch in Europa wieder möglich erscheinen lassen. Auch kann eine Erwartung eines de facto ‚non first use‘ einem der Gesamtabschreckung abträglichen de jure ‚non first use‘ den Boden bereiten.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125684.

gabe eines zweiten Einsatzes von Nuklearwaffen, aber ohne seine Durchführung bzw. Auswertung an Tiefe und Gründlichkeit gewonnen; doch haben damit auch die Problemfragen zugenommen. Eingehendere Beleuchtung von Teilaspekten und vermehrte Teilnahme der Hauptstädte (besonders Bonn) führten nicht nur zu präziseren Stellungnahmen zum beantragten Einsatz von Nuklearwaffen, sondern auch dazu, daß auch über konzeptionelle Differenzen bei Auslegung der NATO-Strategie bzw. der nuklearen Einsatzrichtlinien eingehender diskutiert wurde.

Zu III.1.c) bis e)

Der Vertretung ist beizustimmen, daß grundsätzliche Fragen der Einsatzdoktrin im Lichte des Übungsablaufs bei der Fortschreibung der nuklearen Einsatzrichtlinien wie im Zusammenhang mit der sog. shift study in der NPG Staff Group bzw. der High Level Group der NPG⁷ besprochen werden sollten. Im Hinblick darauf bewerten es auch wir übereinstimmend mit der Vertretung als positiv, daß bereits für den „initial use“ eine „erweiterte geographische Zone“ vorgesehen wurde und Orange (SU) selbst in den Folgeeinsatz einbezogen werden sollte. Negativ zu werten ist auch aus unserer Sicht, daß Hauptzielgebiet SACEURs die dicht besiedelte DDR war, weil dies auf eine rein militärische Betrachtungsweise i. S. eines „nuclear war-fighting“ hindeuten könnte.

Zu III.1.f), 2 a), 2 b)

Übereinstimmend mit der Vertretung ist festzustellen, daß die Anforderungen des SACEUR, denen die beiden Nuklearmächte zustimmten, eine zu hohe Zahl von Einsätzen sowohl für den Ersteinsatz wie für den Folgeeinsatz vorsahen, und zwar mit unausgewogener und politisch nicht vertretbarer Verteilung der Ziele mit Schwerpunkt DDR.

Ein Eingehen des SACEUR und der Nuklearmächte auf die deutschen Gegenvorstellungen war in diesen wesentlichen Fragen in der Tat kaum erkennbar. Dies kann zum Teil damit erklärt werden, daß die bilaterale Kommunikation zwischen der Bundesregierung (Üb⁸) und den Regierungen (Üb) von USA/UK während der WINTEX-Übung nicht nutzbar gemacht werden konnte, also auch die wichtigsten nationalen Anliegen nur über die NATO-Vertretung in das DPC eingebracht werden konnten.

Bei der Vorbereitung der nächsten Übung sollte also darüber Klarheit geschaffen werden, wie die bilaterale Ebene der Konsultation (besonders mit den USA) wirksam gemacht werden kann.

Ein weiterer, in WINTEX 83 noch nicht genutzter Weg zur Einflußnahme auf die NATO-Oberbefehlshaber und insbesondere den SACEUR – dem seinerseits enge Verbindungen zur US-Regierung nachgesagt werden – könnte möglicherweise über den deutschen NATO-Befehlshaber Mitte (CINCENT⁹) gegeben sein. Diese Möglichkeit will das BMVg ausloten.

⁷ Zur Studie der High Level Group (HLG) über die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO vgl. Dok. 57.

⁸ Übung.

⁹ Ferdinand von Senger und Etterlin.

Zu III.2.c)

Es trifft zu, daß die für den Folgeinsatz (als weiterer Eskalationsstufe – in der Übung nicht mehr realisiert –) vorgesehene größere Zahl von „strikes“ wegen der bereits zu hohen Zahl beim Ersteinsatz unangemessen hoch ausfiel. Es wäre u.E. durchaus möglich gewesen, den Eskalationseffekt alleine durch die Zielauswahl (darunter stärkere Einbeziehung von Orange) oder die Waffensysteme (yield) zu erreichen.

Zu III.2.d)

Über die Bedeutung des geringen Interesses der Nichtnuklearmächte (insbesondere auch DK, CDN, PO, LUX und B) gegenüber den Anforderungen von SACEUR läßt sich wegen der vergleichsweise geringen Übungsbeteiligung der meisten anderen NATO-Staaten nichts Verlässliches aussagen.¹⁰ Interessant wäre es jedenfalls, über die NATO-Vertretung zu erfahren, mit welchem Personalaufwand und auf welcher Entscheidungsebene die fraglichen NATO-Staaten mitgespielt haben.

Zu III.2.e)

Die mit vier Stunden zu erwartende auffallend lange Dauer der Durchführung der vorgesehenen Folgeeinsätze, die bei Orange zu extremen Reaktionen hätte führen können, wurde als Problem erkannt.

Zu IV.

Zur Frage, nach welchem Übungskonzept künftig verfahren werden sollte, bleibt zunächst eine Stellungnahme des federführenden BMVg abzuwarten. Auch wir neigen dazu, für WINTEX 85 am bisherigen Konzept 2 (Erst- und Folgeinsatz der NATO) festzuhalten, also nicht auf Konzept 1 (Zweiteinsatz durch WP) oder 3 (Ersteinsatz durch WP) überzugehen.

Die Aufarbeitung der nuklearen Phase sollte jedenfalls schon vor der Erstellung des Gesamtberichtes, der erfahrungsgemäß viele Monate auf sich warten läßt, in Angriff genommen werden. Eine erste Gelegenheit zum Meinungsaustausch darüber wird die NPG-Ministerkonferenz am 22./23.3. in Portugal¹¹ bieten.

Dg34 hat die als Anlage beigefügte Stellungnahme abgegeben.¹²

Schauer

VS-Bd. 10867 (209)

¹⁰ Zur Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 83 notierte Ministerialdirigent Schauer am 15. März 1983: „Unserem Interesse entsprechend war die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland mit 13 Bundesressorts und über 1100 Behörden und Dienststellen bis zur Ebene der Landkreise/Kreisfreien Städte hin wie üblich besonders stark.“ Aktiv beteiligt hätten sich zudem Großbritannien, Italien, Portugal und die Türkei: „Andere NATO-Partner beschränkten sich auf das zur Simulierung Nötigste. Unbefriedigend war wie bereits in der Vergangenheit die offensichtlich nur geringe Übungsbeteiligung des Hauptverbündeten USA.“ Vgl. VS-Bd. 10867 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Vilamoura vgl. Dok. 77.

¹² Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirigent Peckert, der während der NATO-Stabsrahmenübung den Außenminister der Übungs-Bundesregierung gespielt hatte, notierte am 15. März 1983, WINTEX/CIMEX 83 habe „Schwachstellen aufdecken und den europäischen NATO-Partnern zeigen“ sollen, „zu welchen Konsequenzen sparsame Militärhaushalte im Ernstfall führen würden. [...] Besonders überzeugend wurde dargestellt, daß unzureichende konventionelle Kräfte dazu zwingen, Kernwaffen frühzeitig einzusetzen. Der Zwang zur Entlastung der weit unterlegenen eigenen Landstreitkräfte durch Atomwaffen verwischt das Bild des mit dem Erstschatz gedachten politischen Signals der

Aufzeichnung des Legationsrats Nikel

213-322.00 SOW/NO-548/83 VS-vertraulich

16. März 1983¹Über RL 213², Dg 21³, D 2⁴

Betr.: Kolloquium im Bundeskanzleramt am 15.3.83 zum Thema „Die fünf Haupttrichtungen der sowjetischen Strategie in der Dritten Welt“;
hier: Naher und Mittlerer Osten

1) Im Rahmen der fünfteiligen Kolloquiumreihe über die sowjetische Strategie in der Dritten Welt tauschten am 15.3.83 Vertreter des BND und der Bonner Ressorts (BK, AA, BMWi, BMVg, BMZ) ihre Meinungen zur Konfliktregion Nah-/Mittelost aus. Basierend auf Einführungsreferaten des BND wurde die politische, militärstrategische und wirtschaftspolitische Strategie der SU in dieser für den Westen wichtigen Region diskutiert. Es ging dabei um den Austausch und die Bewertung von Informationen, nicht um die Diskussion einer eventuellen westlichen Reaktion. Die Informationen waren zum großen Teil bekannt.

2) Zur politischen Strategie der SU in der Region bestand Übereinstimmung unter den Teilnehmern, daß sie nicht besonders erfolgreich ist. Dem beträchtlichen sowjetischen Interesse an der Region (Grenznähe zur SU, strategischer Wert für den Westen, Verhinderung einer globalstrategischen Auseinandersetzung mit den USA) steht eine Reihe von Faktoren gegenüber, die den sowjetischen Einfluß mindern. Die militärpolitische Dominanz Israels, der Verlust Ägyptens⁵, die Erhöhung des Einflusses der gemäßigten arabischen Staaten, das Zögern des Kreml, sich über Militärhilfe hinaus in die militärpolitische Pflicht nehmen zu lassen, die Kraft des islamischen Fundamentalismus als ei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 344

äußersten Entschlossenheit zur Verteidigung. Je mehr die Front der atomaren Entlastung bedarf, desto größer die Verluste bei der eigenen Bevölkerung diesseits und jenseits der Vorverteidigung. Die Verschonung des sowjetischen Gebiets macht es zweifelhaft, ob die politische Wirkung des Erstschlags erreicht wird. Die Panik bricht in Berlin und Warschau, nicht in Moskau aus. Keines der Kampfflugzeuge der NATO (die B 52 wurden als zum Einsatz für Atomwaffen ungeeignet erklärt) kann tief in sowjetisches Gebiet eindringen. Ein den Verteidigungswillen nachdrücklich signalisierender Erstschlag kann auf die Pershing II und die Cruise Missiles nicht verzichten.“ Deutlich sei insbesondere die prekäre Munitionsausstattung bei teuren Waffensystemen geworden: „Gefechtsklare Leopard II konnten am dritten Gefechtstag nicht mehr eingesetzt werden, weil sie sich verschossen hatten. Hawk-Flugabwehrsysteme sind, wenn nicht tief genug gestaffelt, in wenigen Tagen ausgeschaltet. Der Tornado hat nach ein bis zwei Tagen die Munition für seine Bordkanonen verschossen und ist damit zum Luftkampf ungeeignet geworden.“ Vgl. VS-Bd. 10867 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Ablichtung.

² Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 17. März 1983 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 17. März 1983 vorgelegen.

⁴ Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 18. März 1983 vorgelegen.

⁵ Am 18. Juli 1972 gab Präsident Sadat bekannt, daß er die UdSSR aufgefordert habe, ihre Militärberater und Experten aus Ägypten abzuziehen. Am 15. März 1976 kündigte das ägyptische Parlament den Vertrag vom 27. Mai 1971 zwischen der UdSSR und der Vereinigten Arabischen Republik über Freundschaft und Zusammenarbeit.

ner auch Moskau gegenüber feindlichen Strömung sowie die politische Unsicherheit innerhalb der PLO sind Gründe für eine sowjetische Einflußverminderung, die in der praktischen Ausschaltung im Libanon-Konflikt gipfelte. Eingedenk dieser Situation zielt Moskaus Politik (Breschnew-Plan⁶, Empfang Siebener-Delegation von Fes⁷) auf die gemäßigten arabischen Staaten. Die SU wünscht die Beendigung des die Araber spaltenden Golfkrieges und die Beilegung innerarabischer Konflikte (südjemenitisch-omanischer Konflikt⁸). Sie versucht, das arabische Konfliktlösungspotential zu vereinnahmen und den israelisch-amerikanischen Positionsgewinn im Libanon-Konflikt durch die Stationierung von SAM-5-Raketen in Syrien⁹ zu neutralisieren.

An diese generelle Analyse schloß sich eine Betrachtung des sowjetischen Verhältnisses zu einzelnen Staaten sowie zum irakisch-iranischen Krieg an, die jedoch keine neuen Erkenntnisse erbrachte.

3) Unter den militärstrategischen Fragen beanspruchte vor allen Dingen die Frage der Stationierung von sowjetischen SAM-5-Raketen in Syrien besonderes Interesse. Der Vertreter des BND bemerkte hierzu, daß im Gegensatz zu Presseveröffentlichungen über Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger¹⁰ noch nicht sicher sei, ob das System von syrischem oder sowjetischem Militärpersonal bedient werde.¹¹ Eine ausschließlich sowjetische Bedienung käme der erstmaligen Stationierung von sowjetischen Kampftruppen in dieser Region mit allen Eskalationsgefahren im Falle eines – im Moment unwahrscheinlichen – israelischen Präventivschlages gleich. Es scheint

⁶ Der Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, präsentierte am 15. September 1982 beim Besuch des südjemenitischen Staats- und Parteichefs Nasser Mohammed in Moskau einen Sechs-Punkte-Plan für den Nahen Osten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1982, D 568–570 (Auszug).

Vortragender Legationsrat Vogel resümierte am 22. September 1982: „Hauptforderungen sind: Rückgabe aller von Israel seit 1967 besetzten Gebiete (namentlich Nennung der Golanhöhen, der Westbank, des Gazastreifens, Ost-Jerusalems und des Libanon); Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates im Westjordanland und im Gazastreifen; Recht aller Staaten (also auch Israels) auf freie und unabhängige Existenz; Beendigung des Kriegszustandes und Schaffung einer Friedensordnung, garantiert durch den VN-Sicherheitsrat oder dessen ständige Mitglieder. Zur Lösung der vorgenannten Prinzipien soll eine internationale Konferenz unter Mitwirkung aller Betroffenen einberufen werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133219.

⁷ Zum Besuch der Delegation der Arabischen Liga am 2./3. Dezember 1982 teilte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 3. Dezember 1982 mit, am Vortag habe der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, König Hussein als deren Leiter zu einem Gespräch empfangen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5233; Referat 213, Bd. 133219.

⁸ Botschafter Reiners, Maskat, teilte am 19. März 1983 über die Beziehungen zwischen Oman und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) mit: „Nach 15 Jahren intensiv gepflegter ‚Erzfeindschaft‘ kam es durch Vermittlung Kuwaits und der VAE im Juli 1982 in Kuwait zu einem ersten Treffen der Repräsentanten beider Staaten. Im Oktober 1982 unterzeichneten die beiden Außenminister in Abu Dhabi eine ‚Grundsatzserklärung‘ mit dem Ziel einer Normalisierung der Beziehungen. [...] Im Januar 1983 trat erstmals die gemeinsame Grenzkommision zusammen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 124; Referat 311, Bd. 137825.

⁹ Zur Stationierung sowjetischer Raketen vom Typ „SAM-5“ in Syrien vgl. Dok. 39, Anm. 23.

¹⁰ Botschafter Hermes, Washington, meldete am 1. März 1983, der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe am 28. Februar 1983 „in dem NBC-Nachrichtenprogramm ‚Today‘ die Präsenz der SAM-5 und des sowjetischen Personals in Syrien als ‚sehr ernst‘“ bezeichnet, weil dadurch „eine Flugabwehrpräsenz in Syrien aufgebaut werde, die nicht von den Syrern kontrolliert werde. Dies bedeute, daß die Sowjets zum Ziehen des Abzugs in der Lage seien.“ Weinberger zufolge sei Syrien „in vielerlei Hinsicht einfach zu einem weiteren Außenposten des sowjetischen Reiches“ geworden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 913; Referat 310, Bd. 137543.

¹¹ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Burt ganz klar: SU.“

jedoch sicher zu sein, daß sich die SU, zu Ausbildungszwecken und um einer voreiligen syrischen Benutzung vorzubeugen, die operative Kontrolle über den Einsatz zunächst vorbehalten hat.¹²

4) Zur wirtschaftspolitischen Strategie der SU in der Region bestand Übereinstimmung unter den Teilnehmern, daß die begrenzte wirtschaftliche Abhängigkeit der NMO¹³-Länder von der SU bestenfalls als flankierendes politisches Mittel eingesetzt werden kann. Das Handelsvolumen ist generell begrenzt, gegenüber den nordafrikanischen Staaten besteht zusätzlich ein HB¹⁴-Defizit. Import- bzw. Exportabhängigkeiten bei einzelnen Produkten können vernachlässigt werden.

Im Bereich der Rüstungslieferungen gehen annähernd 70% des gesamten Exportes in die Region Nah-/Mittelost. Dies wird für die SU zunehmend auch zum wirtschaftlichen Faktor (ca. 15 % der gesamten Hartwährungseinnahmen).

Nikel

VS-Bd. 13385 (213)

68

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-17140/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 513
Citissime

Aufgabe: 16. März 1983, 16.27 Uhr¹
Ankunft: 17. März 1983, 08.51 Uhr

Betr.: Kursanpassung innerhalb des Europäischen Währungssystems²

Zur Unterrichtung auch im Hinblick auf den Europäischen Rat am 21./22.3.³:

1) Kurz vor dem Europäischen Rat belastet der Streit über die Frage, wie die Verspannungen im EWS bereinigt werden könnten, mehr und mehr die deutsch-französischen Beziehungen. Ursächlich hierfür ist vor allem, daß von französi-

¹² Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Isr[aelischer] Ges[andter] sagte mir klar, SU kann die Systeme auslösen, u. zwar aus der Luft.“

¹³ Naher und Mittlerer Osten.

¹⁴ Handelsbilanz.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Barth am 17. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 202 verfügte.

Hat Legationsrätin I. Klasse Völkel am 18. März 1983 vorgelegen, die die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer, Ministerialdirigent Schauer „n[ach] R[ückkehr]“ und Vortragenden Legationsrat Tidten verfügte.

Hat Pfeffer am 21. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Was muß ich tun?“ Ferner vermerkte er: „W[ieder]v[orlage] 25.3.1983 (Besuch bei Herbst)“.

Hat Schauer am 5. April 1983 vorgelegen.

² Zu den Spannungen im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 9, besonders Anm. 28.

Legationssekretär Rücker notierte am 8. März 1983, die DM sei am Vortag „gegenüber dem US-Dollar um über 3 Pfennig“ auf DM 2,39 gestiegen: „Der Druck auf den Französischen Franc, für den bereits

scher Seite auch und gerade in der Öffentlichkeit seit längerem versucht wird, uns geradezu dazu zu verpflichten, die wachsende Schwäche des Franc allein durch eine Aufwertung der DM auszugleichen. Ob Delors und andere französische Politiker wirklich von der Richtigkeit der von ihnen vertretenen These überzeugt sind, daß nämlich der Franc-Kurs „stimme“ und sich bei einer Kursanpassung im EWS nur die anderen Währungen nach oben oder unten bewegen müßten⁴, möchte ich offen lassen. Wenn sie diese Überzeugung hegen, zeugt dies von wenig Einsicht in die wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Gegebenheiten in Frankreich selbst und im internationalen Bereich. Sicher ist indessen, daß man auf französischer Seite nach einem „Sündenbock“ sucht, um der wenig informierten hiesigen Öffentlichkeit die bevorstehende dritte Abwertung innerhalb von weniger als zwei sozialistischen Regierungsjahren plausibel zu machen.⁵ Insoweit treten wir mit unserer „starken DM“ nur in die heftig kritisierte Rolle ein, die die Vereinigten Staaten mit ihrem „Hochzinsniveau“ als Erklärung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs lange gespielt haben.

2) Wir hören hier oft, zwar nicht offiziell, aber doch offiziös und in der Öffentlichkeit, das Argument, wir müßten die volle Last der Franc-Stützung übernehmen, weil Staatspräsident Mitterrand uns in der Frage der Stationierung der Pershing II politische Schützenhilfe geleistet habe.⁶ Dieses Argument geht deshalb in die Irre, weil Frankreich selbst ein überragendes Interesse an der Sta-

Fortsetzung Fußnote von Seite 347

in der letzten Woche in Paris mit Milliarden von Dollar interveniert worden war, hat sich fortgesetzt. Die Banque de France hat dabei gestern den FF nicht mehr in der Mitte des Währungsverbandes verteidigt, sondern ihn bis kurz vor den unteren Interventionspunkt abfallen lassen.“ Nach Ansicht des Bundesministeriums der Finanzen und der Bundesbank sei „ein Realignment im EWS unvermeidlich“, jedoch vor dem zweiten Wahlgang der französischen Gemeindewahlen am 13. März 1983 unwahrscheinlich: „Den Abwertungsbedarf für den FF schätzt die Bundesbank – hierbei eher an den Erwartungen der Märkte orientiert – auf 8 %, das BMF – hierbei eher an den ökonomischen Grunddaten orientiert – auf 4 %.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130603.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats in Brüssel vgl. Dok. 78.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen vermerkte am 17. März 1983: „ChBK und BMF gehen davon aus, daß währungspolitische Fragen nicht im Plenum des ER behandelt werden, sondern voraussichtlich im bilateralen Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Mitterrand, eventuell auch informell beim Mittagessen. Einzelheiten einer Leitkursanpassung müssen nach den Regeln des EWS im Währungsausschuß und von den Finanzministern beraten werden. Die Gespräche auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs würden sich demnach auf grundsätzliche politische Orientierungen erstrecken.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130603.

⁴ Zu den Äußerungen französischer Politiker über eine Kursanpassung im Europäischen Währungssystem vgl. 9, Anm. 29.

⁵ Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem am 4. Oktober 1981 wurde in der Presse berichtet, die „relativ hohe Aufwertung der D-Mark um 5,5 Prozent und die bescheidene Abwertung des französischen Franc um nur drei Prozent“ sei als Überraschung aufgenommen worden. Auch die Kurse des belgischen Franc, des niederländischen Gulden und der italienischen Lira seien angepaßt worden. Vgl. den Artikel: „Mühsamer Kompromiß im Währungsverbund“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Oktober 1981, S. 13.

Am 12. Juni 1982 beschlossen die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der EG-Mitgliedstaaten eine Neuordnung der Leitkurse im EWS. Dazu hieß es in der Presse: „Kernstück sind die Aufwertung der Deutschen Mark um 4,25 Prozent und eine Abwertung des Französischen Francs um 5,75 Prozent. Ebenfalls abgewertet wurde die italienische Lira um 2,75 Prozent, während der niederländische Gulden parallel zur Mark um ebenfalls 4,25 Prozent aufwertete.“ Vgl. den Artikel „Die D-Mark wurde kräftig aufgewertet“, FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 14. Juni 1982, S. 1.

⁶ Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

bilität des „östlichen Glacis“ und an der Wiederherstellung des eurostrategischen Gleichgewichts hat.

3) Aus Pariser Sicht habe ich wiederholt – zuletzt mit meinem Drahtbericht Nr. 384 vom 28.2.1983 Pol-Wi 424.02 VS-v Nr. 85/83⁷ – nachdrücklich dafür plädiert, trotz des kritikwürdigen französischen Verhaltens Verständnis für die hiesigen Schwierigkeiten, die derzeit im außenwirtschaftlichen Bereich – Franc-Schwäche und hohes Handelsbilanzdefizit – kulminieren, zu zeigen. Ich habe weiter kontinuierlich auf unser vitales Interesse an der Erhaltung des französischen Marktes für unsere Ausfuhren und auch auf unseren begründeten Wunsch, Frankreich den Verbleib im EWS zu ermöglichen, hingewiesen. Diese Haltung, die ich im Hinblick auf die grundlegende Bedeutung unseres politischen Verhältnisses zu Frankreich auch weiter für richtig halte, findet allerdings in der maßvollen Wahrung eigener Interessen, die zudem mit jenen Frankreichs und der anderen europäischen Partnerländer zusammenfallen, seine Grenze. Die Rolle der deutschen Exportindustrie als einer der Triebkräfte der sich erst langsam abzeichnenden wirtschaftlichen Wiederbelebung in der Bundesrepublik darf nicht gefährdet werden.

4) Wir sollten deshalb – wiederum aus Pariser Sicht gesehen – nicht zögern, dem französischen Versuch in geeigneter Form entgegenzutreten, uns – noch dazu in einer Phase, in der wir durch die Regierungsbildung in Bonn⁸ behindert sind – die Zeche, die Frankreich und nicht wir gemacht haben, allein bezahlen zu lassen. Daß dies schonend geschehen sollte, versteht sich von selbst. Dennoch könnten wir – vielleicht indirekt über abgewogene Verlautbarungen der Bundesbank – zu verstehen geben, daß wir nicht auf unbegrenzte Zeit bereit sind, artifiziell gewordene Wechselkurse innerhalb des EWS zu stützen. Die Bundesbank hat sich bereits sehr vorsichtig in diesem Sinne geäußert. Weiter sollten wir auch klarmachen, daß eine französische Drohung, aus dem EWS auszuschcheiden, uns wenig beeindruckt, zumal dieser Schritt die französische Währung sehr viel stärker treffen müßte als uns. Ich glaube, daß wir so unsere Position für die bald nötig werdenden Verhandlungen über eine für alle Beteiligten akzeptable Kursbereinigung innerhalb des EWS erleichtern und gewisse Illusionen über unsere Möglichkeiten, die hier immer noch zu bestehen scheinen, zerstören würden.⁹

[gez.] Herbst

VS-Bd. 12920 (200)

⁷ Zum Drahtbericht des Botschafters Herbst, Paris, vgl. Dok. 53, Anm. 5.

⁸ Zur Neubildung der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP am 29./30. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

⁹ Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März 1983 vgl. Dok. 74.

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele

511-531.12-242/83 VS-vertraulich

18. März 1983

Herrn Staatssekretär¹ mit der Bitte um Kenntnisnahme

Betr.: Fallgestaltungen, in denen in den vergangenen Jahren auf die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs aufgrund einer Güterabwägung verzichtet wurde

Bezug: Ihre mündliche Weisung

In den vergangenen Jahren wurde in folgenden Fällen auf die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs aufgrund einer Güterabwägung verzichtet (I) bzw. wird ein Verzicht erwogen (II):

I. Verzicht auf Strafverfolgung

1) Angehörige der irakischen Botschaft in Berlin (Ost)

Am 1. August 1980 wurden in West-Berlin zwei Angehörige der irakischen Botschaft in Ost-Berlin unter dem Verdacht festgenommen, einen Sprengstoffanschlag auf kurdische Studenten geplant zu haben.² Sie hatten versucht, einen mit hochbrisantem Sprengstoff gefüllten Koffer in eine in West-Berlin stattfindende Tagung der „Vereinigung der demokratischen Studenten Kurdistans im Ausland“ einzuschleusen.³

Die Bundesregierung setzte sich bei dem Berliner Senat unter Hinweis auf dringende außenpolitische und sicherheitspolitische Gründe für eine Ausweisung der beiden Iraker ein. Nachdem auf Veranlassung des Senats von Berlin mit der irakischen Seite zunächst einige Punkte geklärt worden waren, die sich vor allem auf den Schutz vor künftigen Terrorakten bezogen, wurden die beiden Iraker am 11.⁴ September 1980 ausgewiesen.⁵

2) Syrische Aktionen gegen die Moslembroderschaft

Am 1. März 1982 wurden drei syrische Staatsangehörige in Stuttgart wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens festgenommen. Sie waren im Besitz von Waffen, Sprengstoff und gefälschten Pässen und hatten

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 18. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 5 m[it] d[er] B[itte] um Ergänzung zu 1).“ Vgl. Anm. 2 und 5.

Hat Ministerialdirigent Bertele am 21. März 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationnsrat I. Klasse Graf zu Rantzau und Referat 511 „z[ur] w[eiteren] V[erwendung]“ verfügte.

Hat Rantzau am 21. März 1983 vorgelegen.

² Zu diesem Absatz notierte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Welche Drohungen wurden von irak[ischer] Seite geäußert?“ Vgl. Anm. 1.

³ Zur Festnahme der Mitarbeiter der irakischen Botschaft in Ost-Berlin vgl. AAPD 1980, II, Dok. 230.

⁴ Korrigiert aus: „17.“

⁵ Zur Ausweisung der Mitarbeiter der irakischen Botschaft in Ost-Berlin vgl. AAPD 1980, II, Dok. 267. Zu diesem Absatz notierte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Hier muß noch festgestellt werden, in welchem Stande war zu dem Zeitpunkt das Verfahren bei d[er] Justiz? M. E. noch vor Anklageerhebung.“ Vgl. Anm. 1.

offenbar einen Anschlag gegen Mitglieder der Moslembroderschaft im Raum Frankfurt geplant.⁶

Bereits am 17. März 1981 war ein – teilweise fehlgeschlagener – Anschlag gegen ein führendes Mitglied der Moslembroderschaft in Aachen verübt worden (Tod der Ehefrau des ausersehenen Opfers el-Attar). Die mutmaßlichen Täter hatten Sichtvermerke aufgrund von offiziellen syrischen Empfehlungsschreiben erhalten.⁷

Am 25. März 1982 wurden die drei syrischen Staatsangehörigen aus Baden-Württemberg abgeschoben. Vorausgegangen waren intensive Kontakte zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung Baden-Württembergs. Hintergrund des Verzichts auf die Strafverfolgung war folgendes:

Am 16. März 1982 wurde in der Beirut Presse ein ernstzunehmendes „Kommuniqué“ veröffentlicht, in dem unter Androhung von Maßnahmen gegen Bürger und Einrichtungen der Bundesrepublik die Freilassung der Syrer gefordert worden war.

Auch in diesem Fall hatte die syrische Seite signalisiert, daß sie bereit sei, auf Wiederholungen zu verzichten. Syrischer Außenminister brachte indirekt Bedauern über die Entsendung der Syrer zum Ausdruck; dies sei ein Fehler gewesen, über den er vorher nicht unterrichtet gewesen sei.⁸

3) Bulgarische Pressionen

Am 22. Februar 1982 wurde der bulgarische Staatsangehörige Gjurow in Frankfurt wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen. Bulgarische Seite bestand auf sofortiger Freilassung Gjurows und drohte mit Gegenmaßnahmen.

Trotz scharfen Protestes von unserer Seite gegen die von der bulgarischen Regierung ausgesprochene Drohung wurde am 12. März 1982 der deutsche Geschäftsmann Danner in Sofia festgenommen. Tatvorwürfe: aktive Bestechung, Verstoß gegen Devisenbestimmungen und Verrat von Staatsgeheimnissen. Es bestand kein Zweifel, daß bulgarische Seite Verhaftung Danners als Druckmittel zur Freipressung Gjurows benutzte.

Angesichts dieses Umstandes sprach sich Auswärtiges Amt gegenüber den zuständigen Justizbehörden für einen Verzicht auf Strafverfolgung bei gleichzei-

⁶ Am 13. April 1983 teilte das Bundeskriminalamt dem Auswärtigen Amt mit, im Februar 1982 sei vom syrischen Geheimdienst ein „zwölfköpfiges Terrorkommando nach Europa entsandt“ worden, das „in vier Trupps aufgeteilt“ worden sei, um „in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, Italien oder der Schweiz Mordanschläge gegen führende Moslembroder durchzuführen“. Es sei anzunehmen, „daß es sich bei den am 1.3.1982 in Stuttgart festgenommenen Syrern um einen der erwähnten vier Trupps handelte.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 3470; Referat 310, Bd. 135728.

⁷ Ministerialdirigent Petersen notierte am 1. April 1981, daß die Ehefrau des syrischen Exilpolitikers al-Attar am 17. März 1981 bei einem Anschlag ermordet worden sei, der ihrem Ehemann gegolten habe. Bisherige Ermittlungen hätten ergeben, „daß beide Personen, die mit Empfehlungsschreiben des syrischen Außenministeriums ausgestattet waren, auch die Mörder sind“. Vgl. Referat 310, Bd. 135698.

⁸ Botschafter Wöckel, Damaskus, berichtete am 11. Mai 1982, Mitarbeiter des syrischen Außenministeriums hätten ihm gegenüber die Entsendung der drei Attentäter „bedauert und als Fehler angesehen. Außenminister Khaddam sei darüber verärgert gewesen. Weder er noch sonstige Angehörige des Außenministeriums hätten jedoch davon Kenntnis gehabt. Das Außenministerium sei über syrische Aktivitäten im Ausland nicht immer unterrichtet.“ Die Gesprächspartner hätten gehofft, „derlei Vorkommnisse für die Zukunft unterbinden zu können“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 348; Referat 310, Bd. 135728.

tiger Abschiebung aus (§ 154b Absatz 3 StPO⁹) um zu verhindern, daß der offensichtlich unschuldig einsitzende Herr Danner weiter inhaftiert blieb. Gjurow wurde daraufhin am 8. April 1982 abgeschoben; Danner konnte Bulgarien am gleichen Tag verlassen.¹⁰

II. Fälle, in denen sich Bundesregierung für Verzicht auf weitere Strafvollstreckung einsetzt:

1) Der Fall des Libyers Ehmida

Am 10. Mai 1980 wurde ein libyscher Regimegegner in Bonn auf offener Straße von seinem Landsmann Ehmida erschossen.¹¹ Ehmida gestand, im Auftrag des libyschen Revolutionskomitees gehandelt zu haben. Er wurde am 22. Dezember 1980 vom Landgericht Bonn wegen Mordes zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt.

Während des Verfahrens gegen Ehmida wurden in Libyen drei deutsche Staatsangehörige (Köpsel, Gercke und Dultz) unter fragwürdigsten Umständen wegen einer Reihe von Staatsschutzdelikten verurteilt. Köpsel und Dultz erhielten lebenslänglich, Gercke sieben Jahre Haft.¹² Die libysche Seite hat wiederholt zu verstehen gegeben, daß eine Freilassung der drei nur im Zusammenhang mit einer Abschiebung Ehmidas aus Deutschland erfolgen könne.

Wegen der harten Haftbedingungen besteht für die drei Lebensgefahr. Das Auswärtige Amt hat sich aus humanitären Erwägungen dafür ausgesprochen, der Regierung Nordrhein-Westfalens die Abschiebung Ehmidas zu empfehlen.

⁹ Paragraph 154b Absatz 3 der Strafprozeßordnung: „Von der Erhebung der öffentlichen Klage kann auch abgesehen werden, wenn der Beschuldigte aus dem Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes ausgewiesen wird.“

¹⁰ Botschafter Thomas, Sofia, berichtete am 29. April 1983, der Abteilungsleiter im bulgarischen Außenministerium, Netzwow, habe am Vortag mitgeteilt, daß der am 8. April 1983 freigelassene Horst Karl Danner in Bulgarien nicht mehr mit Strafverfolgungsmaßnahmen rechnen müsse und jederzeit frei ein- und ausreisen dürfe. Netzwow habe sich erkundigt, ob dies in der Bundesrepublik in gleicher Weise für den abgeschobenen bulgarischen Staatsangehörigen Gjurow gelte: „Die Frage Netzwows bestätigt erneut die Vermutung der Botschaft, daß die Verhaftung Danners in direktem Zusammenhang mit der Verhaftung Gjurows in Deutschland erfolgt ist, um diesen ‚freizupressen.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 195; Referat 214, Bd. 133005.

¹¹ Am 10. Mai 1980 wurde in Bonn der bis 1978 an der dortigen libyschen Botschaft tätige ehemalige Diplomat Mehdawi von einem libyschen Landsmann erschossen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 161.

¹² Vortragender Legationsrat Platz vermerkte am 26. November 1980, der Mitarbeiter der Firma MAN, Gercke, sei am 13. November 1979 in Bengasi „wegen angeblichen Diebstahls und Devisenvergehen“ verhaftet worden. Gercke werde vorgeworfen, „er habe für die libysche Regierung Waffen beschafft, die nicht der vereinbarten Spezifikation entsprochen haben sollen. Gercke werde damit betrügerisches Handeln vorgeworfen. Nach Angaben der Verteidiger lautet die offizielle Anklage gegen Gercke auf unerlaubten Devisenhandel, unerlaubten Waffenbesitz und Propaganda gegen den libyschen Staat.“ Der mit einer libyschen Frau und fünf Kindern in Tripolis lebende, zum Islam konvertierte Bashir Joachim Dultz sei „seit 20 Jahren Angestellter der US-Botschaft in Tripolis“. Dem am 13. Dezember 1979 verhafteten Dultz werde „Spionage, Propaganda gegen den libyschen Staat, Besitz staatsfeindlicher Schriften und zionistische Umtriebe“ vorgeworfen. Der ebenfalls mit einer Libyerin verheiratete und zum Islam übergetretene, am 10. Oktober 1979 verhaftete Manfred Ahmed Abdallah Köpsel habe „1974 die libysche Staatsangehörigkeit beantragt und 1976 einen libyschen Paß erhalten“. Köpsel werde zur Last gelegt: „Gründung einer zionistischen Vereinigung; Spionage und Eindringen in militärisches Sperrgebiet; Gründung einer staatsfeindlichen Organisation, Propaganda gegen Gaddafi und Anstiftung zum Widerstand gegen den Staat; Herstellung von Alkohol und Verkauf an Libyer; Handel mit Drogen; unerlaubter Waffenbesitz (Pistole, Munition, Dynamit); Zuhälterei.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1511.

Die Urteile gegen Köpsel, Dultz und Gercke ergingen am 2. April 1981. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 205 des Botschaftsrats Erck, Tripolis, vom selben Tag; B 83 (Referat 511), Bd. 1512.

BMJ und BMI haben sich damit einverstanden erklärt, so daß die Bundesregierung in diesem Sinne an die Landesregierung Nordrhein-Westfalen herangetreten ist. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen, da die Landesregierung Nordrhein-Westfalen noch Rückfragen hinsichtlich des Ausschlusses von Wiederholungshandlungen gestellt hat (libysche Zusagen?).

Obwohl ein abschließendes Gespräch über den Aspekt zukünftigen libyschen „Wohlverhaltens“ mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen noch bevorsteht, kann jetzt schon gesagt werden, daß das Auswärtige Amt aus humanitären Erwägungen weiterhin für eine baldige Abschiebung Ehmidas eintreten muß, um die Freilassung von Köpsel, Gercke und Dultz zu erreichen.¹³

2) Neuer Fall im Verhältnis zu Bulgarien

Der bulgarische Staatsangehörige Manolow wurde am 3. November 1982 durch das Oberlandesgericht Düsseldorf wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit, Freiheitsberaubung und politischer Verdächtigung zu drei Jahren und neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.¹⁴ Kurz zuvor wurde ein deutscher Geschäftsmann (Benker) in Bulgarien festgenommen.¹⁵ Er wurde am 1. März 1983 wegen Bestechung und Verrat von Staatsgeheimnissen zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Es liegt sehr nahe, die Verhaftung und Verurteilung Benkers im Zusammenhang mit der erfolgten Verurteilung Manolows zu sehen.

Die Bundesregierung ist bereit, der zuständigen Landesjustizverwaltung vorzuschlagen, auf die weitere Strafvollstreckung im Fall Manolow zu verzichten (16 Monate sind bereits verbüßt), um Herrn Benker die Verbüßung der Strafe in Bulgarien zu ersparen.

Der bulgarischen Regierung wurde deutlich gemacht, daß der „Zugriff“ auf einen weiteren deutschen Geschäftsmann von uns nicht hingenommen werde; im „Wiederholungsfall“ käme die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt ihrer Schutzpflicht für deutsche Staatsangehörige nicht umhin, vor weiteren Reisen

¹³ Am 17. März 1983 notierte Ministerialdirigent Bertele, Abteilung 5 unterstütze den Vorschlag des Staatssekretärs Kinkel, Bundesministerium der Justiz, für eine Ressortbesprechung auf Staatssekretärsbene. Bertele wies darauf hin, daß vermutlich „das notwendige Beharren des Auswärtigen Amts auf einer Abschiebung Ehmidas als Voraussetzung für die lebensrettende Freilassung der drei deutschen Staatsangehörigen in Libyen“ auf Kritik stoßen werde: „Das Schicksal der drei in Libyen inhaftierten deutschen Staatsangehörigen – und nicht die Sorge vor Kritik in der Öffentlichkeit – muß Richtschnur unseres weiteren Vorgehens bleiben.“ Vgl. VS-Bd. 10801 (511); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Ministerialdirektor Fleischhauer hielt am 11. Juni 1982 über eine Ressortbesprechung des Auswärtigen Amts, des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien der Justiz sowie des Innern am 8. Juni 1982 fest, gegen den bulgarischen Staatsangehörigen Dimitar Manolow sei Anklage erhoben worden. Manolow habe „im Bundesgebiet von einem Fluchtunternehmen zugunsten zweier DDR-Bewohnerinnen erfahren, die Fluchteinzelnheiten selbst mitgeplant, dafür 10000 DM genommen und das ganze Unternehmen verraten. Die Frauen wurden in die DDR abgeschoben, dort verurteilt, inzwischen aber mit Hilfe des BMB in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Die beiden Helfer (ein Deutscher und ein Australier) wurden nach kurzer Haft gegen je 50000 DM Kaution freigelassen.“ Vgl. VS-Bd. 12375 (511); B 150, Aktenkopien 1982.

¹⁵ Botschafter Thomas, Sofia, berichtete am 25. Oktober 1982, der Botschaft sei mitgeteilt worden, „daß der deutsche Geschäftsmann Willy Benker am 14.10.1982 in Sofia wegen eines Verstoßes gegen Art. 304 Abs. 2 StGB (Bestechung) festgenommen wurde. Als Begründung dafür, daß eine frühere Benachrichtigung der Botschaft nicht erfolgte, wurde angegeben, daß ein Schreiben der Miliz vom 15.10. die Konsularabteilung nicht erreicht habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 509; B 83 (Referat 511), Bd. 1732.

nach Bulgarien zu warnen, was zu einer erheblichen Beeinträchtigung der deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen führen könne.¹⁶

Bertele

VS-Bd. 12375 (511)

70

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kroneck

513-542.15/3-241/83 VS-vertraulich

18. März 1983¹

Betr.: RK-Referententagung Ost- und Südosteuropa

I. Am 16. und 17. März 1983 fand unter Leitung von RL 513 im Auswärtigen Amt eine Tagung der RK-Referenten unserer Vertretungen in Belgrad², Budapest³, Bukarest⁴, Moskau⁵, Prag⁶, Sofia⁷, Warschau⁸ und Zagreb⁹ statt. Die

¹⁶ Ministerialdirigent Bertele notierte am 22. April 1983, er habe am 15. Februar 1983 den bulgarischen Botschafter Kosmow über die Bereitschaft der Bundesregierung „zur ‚synchronen‘ Freilassung von Manolow und Benker“ unterrichtet. Die bulgarische Seite habe am 7. April 1983 ihr Einverständnis gegeben, doch seien die angebotenen Austauschtermine am 13. und 20. April nicht einzuhalten gewesen, da der Generalbundesanwalt dagegen Bedenken erhoben habe. Das Bundesministerium der Justiz habe daher auf „die ursprünglich verworfene Lösungsmöglichkeit eines Gnadenerweises für Manolow durch den Bundespräsidenten“ rekuriert. Carstens habe den Gnadenerweis am 21. April 1983 mit der Auflage ausgesprochen, „Manolow müsse die Bundesrepublik Deutschland sofort verlassen und dürfe sie für fünf Jahre nicht mehr betreten. Damit sind die Voraussetzungen für eine synchrone Freilassung von Manolow und Benker gegeben, die, bedingt durch die Flugverbindungen nach Sofia, voraussichtlich am 27. April erfolgen wird.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1732.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck und Oberamtsrat Wenzel am 18. März 1983 konzipiert und von Ministerialdirigent Bertele am selben Tag an Staatssekretär von Staden geleitet. Dazu vermerkte er: „Ein ausführlicheres Protokoll wird zu gegebener Zeit den interessierten Arbeitseinheiten zugesandt.“

Hat Staden am 20. März 1983 vorgelegen, der für Bertele notierte: „Eine sehr gute Initiative. Sollte unbedingt wiederholt werden. Ferner sollte geprüft werden, ob es nicht auch andere ‚Ländertypen‘ gibt, wo sich ähnliches empfiehlt (z. B. d[ie] Länder mit neueingeführtem S[icht]V[ermerk].“

Hat Bertele am 21. März 1983 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf zu Rantzau an Referat 513 verfügte.

Hat Rantzau am 21. März 1983 vorgelegen.

Hat Kroneck am 22. März 1983 erneut vorgelegen, der Wenzel handschriftlich um Rücksprache bat.

Hat Wenzel am 22. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ablichtung der Aufzeichnung und der Anwesenheitsliste an das BMB, Berlin“.

Hat Wenzel am 2. September 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das o[ben] e[rwähnte] Protokoll ist bisher von keiner Arbeitseinheit angefordert worden.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12430 (513); B 150, Aktenkopien 1983.

² Klaus Geyer.

³ Axel Hartmann.

⁴ Hans Heinrich Freiherr von Stackelberg.

⁵ Hans-Bodo Bertram.

⁶ Andreas Freiherr von Stenglin.

Referate 213, 214, 510 und 511 waren beteiligt. Auch Vertreter des Bundeskanzleramtes, Bundesnachrichtendienstes, der Ständigen Vertretung in Berlin (Ost), des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und des Bundesamtes für Verfassungsschutz nahmen teil (Teilnehmerliste s. Anlage¹⁰).

II. Folgende Themen wurden erörtert

1) Ersuchen von DDR-Bürgern um Hilfe bei Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland

- Zugangsmöglichkeiten zu Vertretungen und damit verbundene Möglichkeiten der Aussprache;
- Anwendung des Erlasses über die Auskunftserteilung für Ausreisewillige¹¹;
- Tätigwerden des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen gegenüber DDR-Behörden und „besondere Bemühungen“;
- Ausreisewillige Ehepaare mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit;
- Gewährung von Zuflucht in den Vertretungen und Sonderberichterstattung.

2) Aussiedlung und Familienzusammenführung

- Situation und Probleme in den einzelnen Ostblockländern;
- Verfahren bei der Aufenthaltserlaubnis für den ausländischen Ehegatten, sog. Neuheiratsfälle;
- Sonderfall: Ausreisedekret Rumänien¹²;
- Entlassungen aus den Staatsbürgerschaften bei Familienzusammenführung.

3) Beratung über innerdeutschen Reiseverkehr, Transitverkehr nach Berlin (West), Sicherheit der Reisenden

4) Übernahme von Ausländern in besonderen Fällen, unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ (§ 22 des Ausländergesetzes¹³)

Fortsetzung Fußnote von Seite 354

⁷ Peter Schönberg.

⁸ Axel Weishaupt.

⁹ Siegfried Haller.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12430 (513); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Jestedt übermittelte am 6. August 1979 der Botschaft in Bukarest den Text einer Weisung vom 17. Oktober 1978, durch die sichergestellt werden solle, „daß ausreisewillige Bewohner der DDR von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR und unseren Auslandsvertretungen in gleicher Weise beraten“ würden. Botschaftsangehörige sollten darlegen: „1) Die Entscheidungen in Anliegen auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland (Ausreise und Familienzusammenführung) würden von den zuständigen Behörden in der DDR getroffen. 2) Die Antragstellung auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland und nach Berlin (West) könne für den Antragsteller und Familienangehörige zu persönlichen und beruflichen Schwierigkeiten führen. 3) Die Botschaft nehme die Ausreiseabsicht zur Kenntnis und werde die Bundesregierung entsprechend unterrichten bzw. leite den Wunsch auf Familienzusammenführung an das in der Bundesrepublik Deutschland dafür zuständige Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen weiter. Dazu benötige sie folgende Angaben: Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Anschrift, erlernter und ausgeübter Beruf, Beschäftigungsstelle, Grund für die Ausreise, ggf. Name und Anschrift der Bezugsperson in der Bundesrepublik Deutschland oder Berlin (West). 4) In Fällen der Familienzusammenführung müßten sich die westlichen Angehörigen mit der Bitte um Unterstützung an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen wenden.“ Vgl. Drahterlaß Nr. 257; VS-Bd. 12428 (513); B 150, Aktenkopien 1979.

¹² Zum rumänischen Dekret vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung der Ausbildungskosten für Ausreisewillige vgl. Dok. 52, Anm. 4.

¹³ Paragraph 22 des Gesetzes vom 28. April 1965 über die Einreise und den Aufenthalt von Auslän-

5) (Pro-forma)Sichtvermerke an Jugendliche unter 16 Jahren, die an sich ohne Sichtvermerk in die Bundesrepublik Deutschland einreisen können, um die Ausreise aus den Ursprungsländern zu erleichtern (§ 2 Ausländergesetz¹⁴)

6) Visa-Erteilung für Ostblock-Staatsangehörige nach Berlin (West)

III. Im Mittelpunkt der Tagung standen folgende Punkte:

1) Ersuchen von DDR-Bürgern um Hilfe bei Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland

Die Darlegungen der einzelnen RK-Referenten ergaben, daß, je nach geographischer Lage des Gastlandes, die Vorsprachen außerordentlich zahlreich sind. An der Spitze steht naturgemäß die Ständige Vertretung in Berlin (Ost), gefolgt von Prag. Interessant war, daß das Gros der in diesen Fragen Vorsprechenden aus derselben Gegend in der DDR, nämlich der Region Dresden stammt. Die Vorträge zeigten, eine wie große, nicht nur dienstliche, sondern auch menschliche Belastung diese Fälle für die Beamten darstellen und daß sie sich diesen mit großem Engagement widmen. Es wird für die zukünftige Arbeit sehr hilfreich sein, daß die Vertreter des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zur Behandlung dieser Fälle nähere Einzelheiten mitteilten.

Besondere Aufmerksamkeit fanden die Problemfälle, d. h. diejenigen, in denen die Vorsprechenden Zuflucht in der Vertretung suchen. Stellungnahmen der Vertreter des Bundesnachrichtendienstes dürften gute Hinweise für die Erkennung möglicher Provokateure gewesen sein.

2) Aussiedlung und Familienzusammenführung aus dem Ostblock

Hier war es wichtig, alle beteiligten RK-Referenten auf etwa den gleichen Informationsstand zu bringen, insbesondere was die seit einigen Monaten durch den Erlaß des rumänischen Ausreisedikrets entstandenen Schwierigkeiten mit Rumänien betrifft.¹⁵

IV. Die Tagung wurde sowohl von den RK-Referenten als auch von den übrigen Teilnehmern sehr begrüßt. Es bestand die Meinung, daß die teilweise sehr sensiblen Materien nicht in gleicher Intensität schriftlich hätten behandelt werden können. Die Aussprachen über die einzelnen Punkte waren in beiden Richtungen fruchtbar. Durch die Darlegungen der Vertreter des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und auch des Bundesnachrichtendienstes dürften die RK-Referenten vermehrt das Gespür dafür bekommen haben, daß Patentlösungen nicht an die Hand gegeben werden können, sondern daß fast immer im Einzelfall eine Beurteilung angestellt und eine Entscheidung getrof-

Fortsetzung Fußnote von Seite 355

den im Bundesgebiet (Ausländergesetz): „Ausländer können, wenn völkerrechtliche, politische oder menschliche Gründe es erfordern, auf Grund einer Übernahmeerklärung des Bundesministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stelle in den Geltungsbereich dieses Gesetzes übernommen werden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 357.

¹⁴ Paragraph 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. April 1965 über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz): „Keiner Aufenthaltserlaubnis bedürfen Ausländer, die 1) das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, 2) die Rechtsstellung nach dem Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April 1951 (Bundesgesetzblatt I, S. 269) besitzen oder 3) nach zwischenstaatlichen Vereinbarungen hiervon befreit sind.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 353.

¹⁵ Für eine Langfassung des Protokolls der Tagung der Rechts- und Konsularreferenten am 16./17. März 1983 vgl. die Aufzeichnung des Oberamtsrats Wenzel vom 15. August 1983; VS-Bd. 12430 (513); B 150, Aktienkopien 1983.

fen werden muß. Für die rein technische Behandlung dieser Problematik dürfte die Tagung ebenfalls hilfreich gewesen sein.

Es sollte gewürdigt werden, daß die mit diesen Angelegenheiten unserer Ostblock-Vertretungen befaßten Beamten eine besonders schwierige Aufgabe haben.

Wegen der Personalfuktuation sowohl bei den Auslandsvertretungen als auch in der Zentrale würde es sich empfehlen, bei anhaltend bestehender Problematik in etwa zwei Jahren wieder eine Tagung dieser Art abzuhalten.

Kroneck

VS-Bd. 12430 (513)

71

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel

105-22.A/83 geheim

22. März 1983¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten, M. Mitterrand, am 22.3.1983 um 8.45 Uhr in der Residenz des französischen Botschafters in Brüssel²;

hier: Dolmetscheraufzeichnung

Zunächst berichtete der Herr *Bundeskanzler* über den Stand der Bonner Regierungsbildung³: Dabei betonte er, daß diese bis auf die Erörterung einiger weniger Punkte praktisch abgeschlossen sei. Da er Wert darauf lege, daß die Konstituierung des neuen Bundestages, die Kanzlerwahl und die Ernennung der Minister durch den Bundespräsidenten noch vor den Osterferien⁴ stattfinden, habe er die Koalitionsverhandlungen beschleunigt geführt. Auf eine Frage *Mitterrands* nach der Rolle der „Bayern“ in der neuen Bundesregierung, teilte der Herr *Bundeskanzler* mit, Ministerpräsident Strauß habe seinen Verzicht

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 24. März 1983 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 28. März 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Herrn Bundesaußenministers“ übermittelt.

Hat Ploetz am 28. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Ferner verfügte er die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre und die Ministerialdirektoren Fischer und Pfeffer.

Hat Genscher am 31. März 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand hielten sich am 21./22. März 1983 anlässlich der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 78.

³ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 und zur Neubildung der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP vgl. Dok. 63, Anm. 2.

⁴ Ostern fiel auf den 3./4. April 1983.

auf ein Ministeramt in der Bundesregierung und seinen Verbleib in München bekanntgegeben.

Was die nicht von ihm selbst, sondern von der französischen Presse angekündigte Regierungsumbildung in Frankreich betreffe, bestätigte *Mitterrand*, daß er sich mit dem Gedanken an eine derartige Umbildung trage. Entsprechende Einzelheiten werde er in einer Fernsehrede am Mittwoch abend (23.3.) darlegen.⁵ Mit den vor kurzem stattgefundenen Wahlen hätten diese Pläne nichts zu tun, da es sich ja um Gemeinde- und nicht um Parlamentswahlen gehandelt habe.⁶ Mehrheitsprobleme habe er nicht.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß man in der Bundesrepublik den Ereignissen in Frankreich nicht nur infolge der grundlegenden Positionen, sondern auch wegen der bevorstehenden problemreichen Periode eine große Bedeutung beimesse. Wichtig sei dabei die Tatsache, daß in den beiden Ländern in den kommenden Jahren – mit Ausnahme der Wahlen zum Europäischen Parlament⁷, wie *Mitterrand* bemerkte – keine größeren Wahlen bevorstünden, so daß man eine Phase der „Ruhe und Stabilität“ vor sich habe. Dies sei von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die für den Herbst 83 zu erwartende Nachrüstung. Seiner Ansicht nach werde es zur Stationierung kommen – was auch von *Mitterrand* bestätigt wurde. Die damit verbundene Unruhe müsse man durchstehen. Der Hauptgrund für seine Forderung nach der Bundestagswahl im März sei die Nachrüstungsfrage gewesen: Ohne Wahl hätten die Gegner der Nachrüstung der Regierung Kohl möglicherweise vorgeworfen, daß sie kein direktes Mandat für die entsprechenden Entscheidungen besitze.

Auf die Frage *Mitterrands*, ob man in der Bundesrepublik mit einem „heftigen Widerstand“ gegen die Nachrüstung rechne, bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, dies sei wohl zu erwarten; der im übrigen von außen stark gesteuerte Widerstand werde aber überwunden, wenn der Wille dazu seitens der Regierung deutlich bekundet werde. Unter den Gegnern der Nachrüstung gebe es zwar viel gutgläubige Menschen, aber auch viele „nützliche Idioten“. Wichtig sei, auch aus psychologischer Sicht, daß die USA einen „signifikanten Schritt“ unternehmen. Mit den Ausführungen *Mitterrands* vom Vorabend – auch mit dessen Bemerkungen zu den französischen Nuklearwaffen – sei er voll und ganz einverstanden.

Mitterrand betonte, was zu diesem Thema von bestimmter Seite gesagt werde, sei ihm gleichgültig, da Frankreich sich nicht an Verträge zu halten habe, die für es nicht verbindlich seien.

⁵ Botschafter Herbst, Paris, teilte am 23. März 1983 über die Regierungsumbildung am Vortag mit: „Präsident Mitterrand hat am Abend das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Mauroy angenommen, den bisherigen Premierminister in seinem Amt bestätigt und mit der Regierungsbildung beauftragt. Um Mitternacht gab der Generalsekretär des Elysée die neue Kabinettsliste bekannt. Sie ist auf 14 Minister reduziert worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 569; Referat 203, Bd. 140607.

In einer Fernsehansprache am 23. März 1983 appellierte Staatspräsident Mitterrand, die Anstrengungen zur wirtschaftlichen Gesundung Frankreichs zu intensivieren. Dafür gelte es, Jugendliche für „Berufe der Zukunft auszubilden“ und die Inflation auf den Stand in anderen EG-Mitgliedstaaten zurückzuführen. Vgl. den Artikel „Mitterrand ruft die Franzosen zu besonderen Anstrengungen auf“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. März 1983, S. 1.

⁶ In Frankreich fanden am 6. und 13. März 1983 Gemeindewahlen statt.

⁷ Am 14. bzw. 17. Juni 1984 fanden die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt.

Er brachte dann das Gespräch auf das Problem des Währungsausgleichs und verwies in diesem Zusammenhang auf den Briefwechsel vom Vortage zwischen BM Stoltenberg und Finanzminister Delors.⁸ Er regte an, daß die beiden genannten Minister die Frage nach Abschluß des Europäischen Rates weiter behandeln sollten. Eine Behandlung durch die Landwirtschaftsminister⁹ erscheine ihm nicht geboten, um so mehr, als BM Ertl wohl nicht im Amt bleiben werde. Die bei einer Währungsanpassung¹⁰ „automatische“ Anhebung der deutschen Währungsausgleichsabgaben entspreche aus französischer Sicht nicht der „ökonomischen Realität“.

Der Herr *Bundeskanzler* – dem der Wortlaut des erwähnten Briefwechsels nicht bekannt war – sprach sich für eine baldige Lösung dieser Frage aus und schlug vor, den Punkt diskret durch zwei bis drei Mitarbeiter im Vorfeld der offiziellen Verhandlungen erörtern zu lassen. Sobald eine Frage auf Ministerebene behandelt werde, würden unvermeidlich in der Öffentlichkeit Erwartungen geweckt, was sich störend auswirken könnte.

Mitterrand zitierte einen Passus aus dem Schreiben von BM Stoltenberg, in dem dieser sich „prinzipiell“ einverstanden erklärt habe, die Frage zu prüfen, jedoch die vorsichtige Formulierung „im Lichte dieser Prinzipien und nach dem Wortlaut des Vertrags“ verwandt habe. Er habe Delors die Weisung erteilt, sich nach dem ER mit BM Stoltenberg in Verbindung zu setzen.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftslage Frankreichs unterstrich Mitterrand, der „dunkle Punkt“ sei für sein Land das Außenhandelsdefizit: Von einem Gesamtdefizit von 93 Mrd. Francs seien 35 Mrd. im Warenverkehr mit der Bundesrepublik entstanden. Er hoffe, das Defizit auf 40 bis 50 Mrd. reduzieren zu können, da Frankreich sonst keine Anleihen mehr aufnehmen könnte. Im übrigen habe er von seinem Vorgänger¹¹ ein Defizit von damals 61 Mrd. Francs übernommen, das etwa dem jetzigen Stand entspreche, wenn man es von den durch die Schwankungen des Dollarkurses bedingten Änderungen bereinige. Die Inflationsrate betrage z. Zt. 9,2% (von Februar 1982 bis Februar 1983 berechnet). Er hoffe, sie bis Ende 83 auf 8% und im Jahr 1984 auf 5% senken zu können; dann läge man nicht mehr so weit auseinander. Die Arbeitslosigkeit bewege sich um zwei Millionen und habe in den letzten Monaten keine Steigerung mehr erfahren. Allerdings könnten die Maßnahmen, die er zur Minderung

⁸ Bundesminister Stoltenberg führte am 17. März 1983 in Paris Gespräche mit dem französischen Finanzminister Delors und mit Staatspräsident Mitterrand. Über diese unterrichtete er in einer Besprechung im Bundeskanzleramt, an der Bundeskanzler Kohl, die Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff sowie Bundesbankpräsident Pöhl und Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, teilnahmen. Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, notierte dazu am 18. März 1983, Delors habe angedeutet, „daß für ihn allenfalls eine Abwertung von 2% in Frage komme und mit massiven protektionistischen Maßnahmen zu rechnen sei, wenn es nicht zu einer Einigung mit Deutschland komme“. Kohl habe erklärt, Frankreich helfen zu wollen, „jedoch nicht um jeden Preis“, und wie Lambsdorff für Frankreichs Verbleib im Europäischen Währungssystem plädiert: „Pöhl wies darauf hin, daß ein Ausscheiden Frankreichs aus dem EWS nicht so schlimm sei. Schlimmer sei der danach zu befürchtende Protektionismus. Dieser habe jedoch auch erhebliche Nachteile für Frankreich.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178875.

⁹ Josef Ertl bzw. Ignatz Kiechle sowie Edith Cresson bzw. Michel Rocard.

¹⁰ Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März 1983 vgl. Dok. 74.

¹¹ Valéry Giscard d'Estaing.

des Handelsbilanzdefizits und zur Dämpfung der Inflationsrate zu treffen gedenke, wieder zu einer leichten Anhebung der Inflationsrate führen.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik weise drei Aspekte auf:

a) Einen saisonalen, der aber nicht von großer Bedeutung sei. Durch die Wiederbelebung der Bauindustrie (Programm für den sozialen Wohnungsbau)¹² könnten bei Errichtung von 100 000 Wohnungen 200 000 Bauarbeiter beschäftigt werden. Weitere Vorhaben seien die Modernisierung von Altbauwohnungen und die Beschaffung von Wohnungen für junge Menschen und kinderreiche Familien. Letzteres sei ein zentraler Punkt seines Regierungsprogramms. Frankreich habe in den vergangenen 30 Jahren viel für die Familien getan, während dieser Bereich in der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren vernachlässigt worden sei.

b) Die regionale Arbeitslosigkeit sei ein größerer Sorgenpunkt: Es gebe in der Bundesrepublik Regionen mit nur einem einzigen Industriezweig. Im Falle einer Rezession in diesem Bereich gebe es für die entlassenen Arbeitskräfte keine Ersatzbeschäftigungen.

Am wichtigsten sei aber c) die strukturelle Arbeitslosigkeit: Angesichts der Entwicklung der modernen Technologie seien Umstellungen erforderlich. Auch Frankreich und Deutschland sollten über dieses Problem sprechen, z. B. im Bereich der Luftfahrtindustrie. Man könnte an Investitionen für einige Zukunftsindustrien denken. Dies sei auch wichtig, um die europäische Position in bezug auf Japan zu stärken.

In diesem Zusammenhang verwies der Herr Bundeskanzler auf die Diskrepanz zwischen den Erfordernissen einer europäischen Industriepolitik und den noch dem nationalen Geist verhafteten Kartellgesetzgebungen. Diesen Zustand gelte es zu ändern. Wenn man wolle, daß Europa sich gegenüber den USA und Japan behaupte, müsse man auch in das Kartellrecht eine europäische Dimension einführen. Das deutsche Kartellrecht¹³ sei 1954/55 geschaffen worden, zu einer Zeit, als man die jetzige Entwicklung nicht habe voraussehen können. Er habe sich vorgenommen, sich dieser auch im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit außerordentlich wichtigen Frage anzunehmen.

Der Herr Bundeskanzler machte sodann einige Ausführungen zur Frage der Jugendarbeitslosigkeit (junge Akademiker, besonders Lehrer, Auswirkung der geburtenschwachen Jahrgänge, Förderung des Handwerks, usw.). Zur Lösung dieser zentralen Frage müsse man auch zu „unorthodoxen Überlegungen“ bereit sein. So gedenke seine Regierung, das 13. Monatsgehalt der Beamten zu halbieren und die ersparten Beträge nicht dem Staatshaushalt zuzuführen, sondern für die wenn auch nur zeitweise Beschäftigung junger arbeitsloser Akademiker zu verwenden (etwa in Analogie zum Schwerbehindertengesetz¹⁴).

¹² Zu den Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus vgl. Dok. 13, Anm. 9.

¹³ Für den Wortlaut des Gesetzes vom 27. Juli 1957 gegen Wettbewerbsbeschränkungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 1081–1103.

¹⁴ Für den Wortlaut des Gesetzes vom 29. April 1974 zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz) in der Fassung vom 8. Oktober 1979 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil I, S. 1649–1668.

Nach einer Erörterung der Lage der Eisenbahnen in den beiden Ländern brachte *Mitterrand* das Gespräch auf den im vergangenen Jahr in Betrieb gesetzten „Superschnellzug“ (Train à Grande Vitesse¹⁵) Paris–Lyon, der einzigen rentablen Strecke der französischen Eisenbahnen, und regte an, daß mit der Bundesrepublik eine internationale Eisenbahnlinie der gleichen Art geschaffen werde.¹⁶

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auf ein 1958 in Erwägung gezogenes – aber dann aufgegebenes – Projekt für eine Strecke Hamburg–München mit Huckepack- und Autoreisezug-Verkehr, das damals ca. 4 Mrd. DM gekostet hätte und rentabel gewesen wäre. Eine Rückverlagerung eines Teils des Verkehrs von der Straße auf die Schiene wäre sehr wünschenswert. Ein „Superschnellzug“ z. B. zwischen Paris und Mannheim könnte die Entfernung (ca. 550 km) in ca. zwei Stunden, also schneller als das Flugzeug via Frankfurt, zurücklegen.

Präsident *Mitterrand* schilderte die Vorzüge des TGV, der sogar noch komfortabler als entsprechende japanische Züge sei. Vielleicht ließe sich Paris auf diesem Weg mit Köln, München oder Frankfurt verbinden. Auf der internationalen Strecke könnte man – im Gegensatz zu der Strecke Paris–Lyon – auch einen höheren Fahrpreis erheben und somit die Infrastrukturkosten schneller amortisieren.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich bereit, ein derartiges Vorhaben zu prüfen, an dem er „viele positive Seiten“ erblicke.¹⁷

Präsident *Mitterrand* brachte das Gespräch auf Japan, das er im vergangenen Jahr besucht habe¹⁸, und äußerte sich sehr positiv über die Charaktereigenschaften der Japaner: Sie seien intelligent und sehr aufgeschlossen, wenn man auch bedenken müsse, daß sie Träger einer „jahrhundertealten geschlossenen Tradition“ seien. So dauere das Verfahren zur Eröffnung eines Industriebetriebs im allgemeinen fünf Jahre, eine Zeitspanne, die sich ein mittleres Unternehmen kaum leisten könne. Die Japaner begrüßten aber die Ansiedlung ausländischer Industriebetriebe.

¹⁵ Korrigiert aus: „Train Grande Vitesse“.

¹⁶ Aufgrund eines Briefwechsels von 1978 wurde eine deutsch-französische Arbeitsgruppe für Schnellbahnsysteme eingerichtet, die am 15./16.4.1982 in München und am 18./19.11.1982 in Lyon tagte. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie stellte am 19. Januar 1983 fest: „Die derzeitige Arbeit konzentriert sich auf den Abschluß einer vergleichenden Planungsstudie für konventionelle (Eisenbahn) und neue (Magnetschwebetechnik) Schnellbahntechnologien im Korridor Frankfurt, Saarbrücken, Metz, Paris.“ Vgl. Referat 414, Bd. 145336.

¹⁷ Das Bundesministerium für Verkehr vermerkte am 28. April 1983, grundsätzlich sei die „Entwicklung und der Einsatz schnellfahrender Züge im nationalen wie internationalen Eisenbahnverkehr“ zu begrüßen. Neben verkehrspolitischen Überlegungen gelte es jedoch, auch wirtschaftliche Überlegungen zu berücksichtigen: „a) Magnetschwebebahn: Die Magnetschwebebahn befindet sich zwar noch im Experimentalstadium. Sie stellt jedoch eine Konkurrenz zum TGV dar. Der Einsatz des TGV darf nicht dazu führen, daß daran eine Magnetschnellbahnverbindung, sobald diese realisierbar ist, scheitert. b) Deutsche Entwicklung in der Rad-Schienen-Technik: Die deutsche Industrie entwickelt auf dem Gebiet der Rad-Schienen-Technik ein dem TGV vergleichbares und technisch ausgereifteres Projekt, das etwa 1985 auf den Markt gebracht werden kann. Hier besteht die Gefahr, daß der TGV die Absatzchancen dieses neuentwickelten Geräts beeinträchtigt, eben weil der TGV bereits jetzt schon im Einsatz ist. Deshalb sollte auf das in der Entwicklung befindliche deutsche Projekt Rücksicht genommen werden.“ Vgl. Referat 414, Bd. 145338.

¹⁸ Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 14. bis 18. April 1982 in Japan auf.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, man habe in Europa in der Vergangenheit die Japaner zunächst unterschätzt und später Angst vor ihnen gehabt. Unternehmen, die keine Furcht zeigten, könnten dort ausgezeichnete Geschäfte machen, wie etwa die Firmen BMW und Siemens. Selbst kleinere Betriebe, die Spezialerzeugnisse wie z. B. hochwertige Werkzeuge lieferten, hätten in Japan Chancen. Man brauche in Europa Japan gegenüber keine Reserven zu haben. Etwa auftauchende Probleme ließen sich lösen. Japan besitze auch den Vorteil, daß es praktisch keine Verteidigungsausgaben habe.¹⁹

Mitterrand wies darauf hin, daß Frankreich z. Z. 133 Mrd. Francs für Verteidigungszwecke ausbebe.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, die Bundesrepublik habe dafür eine ähnlich hohe Summe aufzubringen. Ferner stehe die Bundesrepublik infolge der geburtenschwachen Jahrgänge in bezug auf die Verteidigung vor wachsenden Problemen: Man überlege, ob der Militärdienst von 15 auf 18 Monate verlängert werden und ob Frauen als Freiwillige für nicht kämpfende Aufgaben aufgenommen werden sollten²⁰, ein wegen der Erfahrungen der Nazizeit diskutables Vorhaben. In diesem Zusammenhang erläuterte der Herr *Bundeskanzler* auch das Problem der Wehrgerechtigkeit.

Auf die Frage *Mitterrands*, ob man sich in der Bundesrepublik Gedanken über die Schaffung eines Berufsheers und Aufgabe der allgemeinen Wehrpflicht gemacht habe, da den Wehrpflichtigen die Handhabung der immer komplizierteren Geräte schwer zuzumuten sei, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, er sei eher für ein gemischtes System. Das Prinzip der Wehrpflicht möchte er nicht aufgeben, auch um den Verteidigungswillen, der bereits jetzt durch die Behauptung, daß von der Sowjetunion keine Kriegsgefahr mehr drohe, nachgelassen habe, nicht noch weiter zu schwächen.

Abschließend wiederholte der Herr *Bundeskanzler* seine Anregung, außerhalb der turnusmäßigen deutsch-französischen Gipfelkonsultationen mit Präsident *Mitterrand*²¹ noch vor dem Treffen in Williamsburg²² in kleinerem Kreis, z. B. zu einem drei- bis vierstündigen Gespräch im Elsaß, zusammenzukommen.

¹⁹ Botschafter Blech, Tokio, erläuterte am 18. Juli 1983: „In dem Bemühen, die obere Grenze dessen zu definieren, was noch verfassungskonform als Selbstverteidigung gelten könne, hat man 1976 auch eine finanzielle Obergrenze im Parlament einvernehmlich festgesetzt. Sie beträgt ein Proz[ent] des jeweiligen BSP.“ Angesichts des sinkenden Wirtschaftswachstums sei Japan dieser Grenze „mit mittlerweile 0,98 Prozent BSP gefährlich nahegerückt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 747; Referat 341, Bd. 126981.

²⁰ Ministerialdirigent Schauer notierte am 21. Dezember 1983, die „Kommission für Langzeitplanung der Bundeswehr“ sei am 21. Juni 1982 zum Ergebnis gekommen, „daß infolge des ‚Pillenknicks‘ das jährliche Aufkommen an wehrpflichtigen Männern von 1984 an sinken werde. Im Jahr 1995 würde, gemessen am jährlichen Gesamtbedarf, ein Fehl von 104 000 Wehrdienstfähigen bestehen. Ohne entsprechende Maßnahmen würde der Friedensumfang der Streitkräfte von derzeit 495 000 auf 290 000 Soldaten im Jahr 1995 absinken.“ Als mögliche Gegenmaßnahmen habe die Kommission eine Erhöhung des Anteils der Langzeitdienenden, eine Verlängerung des Grundwehrdienstes, eine Reduzierung von Wehrdienstausnahmen und einen freiwilligen Dienst von Frauen in den Streitkräften genannt. Vgl. VS-Bd. 11967 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

²¹ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 16./17. Mai 1983 in Paris vgl. Dok. 142, Dok. 143, Dok. 145 und Dok. 148.

²² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167. Zum Gespräch, das Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident *Mitterrand* dort am 30. Mai 1983 führten, vgl. Dok. 162.

Mitterrand erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden; er verwies darauf, daß er Anfang Mai zu einem Staatsbesuch nach China fahren und am 8. Mai zurückkehren werde.²³ Da Williamsburg am 27. Mai beginne, müßte ein Termin zwischen diesen beiden Daten vereinbart werden.²⁴

Das Gespräch endete um 9 Uhr 45.

VS-Bd. 14112 (010)

72

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

421-410.41-333/83 VS-vertraulich

22. März 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen³;

hier: Schreiben des amerikanischen AM Shultz vom 14.3.1983⁴

Anlg.: 1⁵

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung⁶

a) Hiermit wird Entwurf für ein Antwortschreiben auf das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 14.3.1983 vorgelegt. Die Antwort könnte, wie üblich, der Botschaft Washington fernschriftlich zur Weiterleitung übermittelt werden.

b) AM Shultz äußert sich in allgemeiner Form befriedigt über den bisherigen Stand der Arbeiten an den in den verschiedenen Gremien laufenden Studien über Fragen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Die amerikanische Entschlossenheit, diese Studien zu bedeutungsvollen Ergebnissen zu führen („to

²³ Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1983 in der Volksrepublik China auf.

²⁴ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 19. Juli 1983 in Dabo in Lothringen.

¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 25. März 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Amsrat Kusnezow am 28. März 1983 vorgelegen, der den Rücklauf „ü[ber] P[ersönlichen] R[efereuten des] StS L[autenschlager]“ an Referat 421 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 28. März 1983 vorgelegen.

³ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 9, Anm. 51 und 53, sowie Dok. 49, Anm. 39.

⁴ Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 10911 (421).

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Anm. 20.

⁶ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich ergänzt: „zum Schreiben an AM Shultz“.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg vermerkte dazu am 28. März 1983 handschriftlich: „Liegt unterzeichnet bei.“

push through“), damit sie rechtzeitig zur NATO-Frühjahrskonferenz⁷ und zur Wirtschaftsgipfelkonferenz von Williamsburg⁸ vorliegen, habe nicht nachgelassen.

AM Shultz erbittet Ihre Unterstützung dieser amerikanischen Zielvorstellung, wobei er deutlich macht, daß ihm hieran gegenwärtig in besonders hohem Maße bezüglich der Arbeiten in der NATO und im COCOM gelegen sei, da diese Mitte März in ein aus amerikanischer Sicht wichtiges Stadium träten. Diese Gewichtung kommt auch in den Ausführungen zum Ausdruck, mit denen der Außenminister sich zu den Studien im einzelnen äußert.

c) Zu der amerikanischen Bewertung des Standes der einzelnen Studien und unserer eigenen Einschätzung wird folgendes bemerkt:

1) NATO-Studie

AM Shultz wiederholt in diesem Zusammenhang seine Bitte um Ihre Unterstützung, damit es „zur Erarbeitung einer soliden analytischen Grundlage komme, die den Regierungen behilflich ist, bedeutungsvolle Schlußfolgerungen zu ziehen“.

Wir haben konstruktive Beiträge zu den Arbeiten geliefert. Diese sollen schon im Mai abgeschlossen werden, mit dem Ziel ihrer Genehmigung durch die Außenminister auf ihrer AM-NATO-Frühjahrssitzung. Da es den USA wegen des französischen Widerstandes nicht gelungen ist, die Erarbeitung einer „Gesamtstudie“ über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als Grundlage für entsprechende Schlußfolgerungen durchzusetzen, soll nach amerikanischen Vorstellungen nunmehr die NATO-Sicherheitsstudie, der Frankreich sich wegen ihrer Beschränkung auf die Sicherheitsaspekte nicht widersetzt hat, die Funktion der „Gesamtstudie“ übernehmen.

Die in den Gesprächen auf Arbeitsebene in den Sitzungen des NATO-Wirtschaftsausschusses und bei der Wirtschaftsgipfelvorbereitung in San Diego⁹ (D 4, MD Steeg) zum Ausdruck gekommene amerikanische Haltung läßt darauf schließen, daß das Konzept der USA für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sich auch nach Aufhebung der Sanktionen auf dem Öl- und Gassektor¹⁰ nicht grundsätzlich verändert hat. So bestehen die USA bei den Arbeiten an der NATO-Studie auf Herausarbeitung

– der Abhängigkeit Westeuropas von sowjetischen Energielieferungen,

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁹ Zur Tagung der Persönlichen Beauftragten („Sherpas“) der an den Weltwirtschaftsgipfeln teilnehmenden Staats- und Regierungschefs am 17./18. März 1983 notierte das Bundesministerium der Finanzen am 20. März 1983: „Zustimmung fand der amerikanische Vorschlag, die Erörterungen möglichst formlos und ohne vorher ausgehandelte Texte zu führen. Es soll kein ‚Kommuniqué‘ geben, sondern nur eine kurze ‚Abschlußerklärung‘. Die Tagesordnung soll in möglichst wenige Sachthemen gegliedert werden. Während die USA die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als einen gesonderten Punkt behandelt sehen wollen, möchten die übrigen Länder, daß sie als Unterthema besprochen werden, wie das auch für Nord-Süd-Beziehungen gelten soll. Neben den Ost-West-Beziehungen geht es um die Fragenkreise Wirtschaftsentwicklung (einschließlich Haushaltspolitik und Zinsen), Währungspolitik, Handelspolitik, Entwicklungsländer-Verschuldung, Nord-Süd-Beziehungen, Rohstoffe, Energie (die alle nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen nicht als gesonderte Tagesordnungspunkte erscheinen sollen).“ Vgl. Referat 412, Bd. 130539.

¹⁰ Zur Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR bei Erdöl und Erdgas vgl. Dok. 2, Anm. 8.

- der Abhängigkeit westlicher Gläubigerländer von den östlichen Schuldnerländern,
- der strategisch nachteiligen Auswirkungen der westlichen Kreditgewährung.

Die Kreditgewährung wird weiterhin grundsätzlich als Stärkung des sowjetischen ökonomischen Potentials, insbesondere als Unterstützung des sowjetischen Bestrebens nach Schaffung einer starken Energiebasis qualifiziert. Hiernach ist anzunehmen, daß die USA sich bei der Auswertung der Studie in Williamsburg von ähnlichen Vorstellungen leiten lassen werden, um zu einer in ihrem Sinne restriktiveren Gestaltung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zu gelangen.

2) Arbeiten im COCOM

AM Shultz bezeichnet das Ergebnis der Studie zur Frage der Einbeziehung von „anderen hochentwickelten Technologien, einschließlich Erdöl- und Erdgasausrüstungen“, als „vital für die westliche Sicherheit“. Er drückt die Hoffnung aus, daß Sie alles in Ihren Kräften Stehende tun, damit das bevorstehende COCOM-Treffen auf hoher Ebene („High Level Meeting“ Ende April in Paris)¹¹ die Entscheidungen treffen kann, die erforderlich sind, um der SU den Erwerb von Ausrüstungen oder Technologien, die unsere Sicherheit unterminieren können, zu verwehren.

2.1) Die Arbeiten an der Verbesserung des geltenden COCOM-Systems (Listenrevision, Harmonisierung und Verschärfung der nationalen Kontrollbestimmungen, Verbesserung der organisatorischen Effizienz des COCOM) machen aus unserer wie auch aus amerikanischer Sicht gute Fortschritte. Wir legen größten Wert darauf, in ihrem Rahmen eine besonders aktive Rolle zu spielen. Beispielfür hierfür ist unsere, auf die Schaffung einer gesonderten COCOM-Technologieliste gerichtete Initiative.¹²

In den deutschen und amerikanischen COCOM-Listen figuriert schon jetzt die Technologie neben den entsprechenden militärisch relevanten Gütern. Dies gilt aber nicht für alle anderen COCOM-Mitgliedstaaten. Die Einführung einer gesonderten Technologieliste wird daher einen wichtigen harmonisierenden Effekt haben und darüber hinaus verbesserte Möglichkeiten der Definition und der Listenerfassung neuer Technologien schaffen.

Die amerikanische Seite hat unsere Beiträge nachdrücklich anerkannt.

¹¹ Zum High Level Meeting der COCOM-Mitgliedstaaten am 28. April 1983 vgl. Dok. 128, Anm. 8.

¹² Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 13. Januar 1983 dar, daß mit der laufenden Revision der Embargo-Listen im COCOM „neben der Hardware viele Technologiebereiche erfaßt werden“ sollten. Die dazu vorgelegten amerikanischen Vorschläge enthielten „zahllose Einzeltechnologien, ohne ein Gesamtkonzept erkennen zu lassen; viele Vorschläge sind wegen ihrer komplizierten Präsentation in ihren Auswirkungen nur schwer abzuschätzen; eine für die Embargozwecke brauchbare Definition des Technologiebegriffs fehlt; schließlich klaffen die rechtlichen Möglichkeiten zur Kontrolle des Technologietransfers in den Mitgliedsländern weit auseinander.“ Eine von der Bundesrepublik „vorzuschlagende neue Technologieliste soll den bereits erfaßten Technologietransfer und den aufgrund der US-Vorschläge noch zu erfassenden Technologietransfer systematisch darstellen und den Technologiebegriff nach den COCOM-Bedürfnissen klären.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135865. In einer Sitzung des COCOM am 15. Februar 1983 schlug die Bundesrepublik eine Sondersitzung zum Technologietransfer vor und kündigte eine Liste zur Erfassung des Technologietransfers an. Mit dieser Initiative wolle die Bundesrepublik „einen Beitrag im Interesse der Klarheit und der Effizienz des Embargos leisten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 316 des Gesandten Mühlen, Paris, vom 16. Februar 1983; Referat 424, Bd. 135865.

2.2) Im Vordergrund des amerikanischen Interesses steht jedoch die Erweiterung des COCOM-Systems durch Einbeziehung von „anderen hochentwickelten Technologien“. Diese soll nach US-Vorstellung in dem für Ende April vereinbarten hochrangigen Treffen behandelt und durch eine Ad-hoc-Gruppe vorbereitet werden.

Die USA haben sich zwar auf Insistieren aller übrigen COCOM-MS damit einverstanden erklärt, daß die Prüfung, welche „anderen Technologien“ in die Kontrolle einzubeziehen seien, nach dem Maßstab der geltenden strategischen COCOM-Kriterien zu erfolgen habe. Hiernach können nur militärisch relevante Güter und Technologien einbezogen werden. Zugleich verlangen die USA aber die Prüfung von ihnen vorgelegter Embargolisten, die u. a. zahlreiche der wichtigsten Güter und Technologien für Erdöl- und Erdgas-Exploration, -ausbeutung und -transport enthalten. Darunter befinden sich auch Gasturbinen und Kompressoren, wie sie für die Erdgaslinie Sibirien – Westeuropa¹³ erforderlich sind. Dieses sind Güter, denen – allenfalls mit geringen Ausnahmen – offenkundig keinerlei militärische Relevanz zukommt. Ohne Rücksicht auf die wegen der extraterritorialen und retroaktiven Erstreckung der amerikanischen Sanktionsmaßnahmen im Bündnis entstandenen schwerwiegenden Maßnahmen scheinen die USA hiernach das Embargo dieser Güter und Technologien durch Einbeziehung in die COCOM-Kontrolle in umfassender Weise erneuern und perpetuieren zu wollen. Im Widerspruch zu der Vereinbarung, daß militärische Relevanz der Prüfungsmaßstab sein soll, bezeichneten die USA in der Sitzung der Ad-hoc-Gruppe die von ihnen für die Kontrolle vorgeschlagenen Ausrüstungen und Technologien des Öl- und Gassektors als „Paket, von dem die nicht von den strategischen Kriterien des COCOM erfaßbaren Ausrüstungen den Ministern zur Entscheidung unterbreitet werden sollen“.¹⁴

Die USA haben darüber hinaus erklärt, daß sie notfalls eine einvernehmliche Änderung der COCOM-Kriterien vorschlagen werden. Hiervor haben wir stets gewarnt. Bei Aufweichung der geltenden Kriterien des COCOM würde die klare Identifizierung der zu kontrollierenden Güter und Technologien nicht möglich sein und die Kohärenz des COCOM gefährdet.

3) Energiestudie der OECD/IEA

AM Shultz bemerkt, nach seinem Verständnis gelangten die bisher vorliegenden Ergebnisse der Studie zu dem Resultat, daß bedeutende Sicherheitsprobleme bei der Versorgung der OECD-Mitgliedstaaten mit Erdöl und Erdgas bestünden.

¹³ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

¹⁴ In dem Drahtbericht Nr. 552, vom 18. März 1983. berichtete Gesandter Mühlen, Paris, außerdem, die auf amerikanische Anregung eingesetzte Ad-hoc-Studiengruppe von COCOM habe am 17./18. März 1983 in Paris informelle Direktiven für die weitere Arbeit verabschiedet: „Von USA verfolgte Absicht, mit informellen Direktiven Exportrestriktionen nicht allein auf strategische Kriterien von COCOM zu stützen, sondern auch Aspekte präjudizierend einzuführen, die indirekte Auswirkungen des Handels mit der Sowjetunion für Beschränkungen berücksichtigen, führte zu sehr schwierigen und langwierigen Verhandlungen, die aufgrund divergierender Standpunkte (F wollte zunächst keinerlei Direktiven akzeptieren) nahe am Scheitern waren. Deutsche Kompromißvorschläge haben wesentlich zu der letztlich erzielten Einigung beigetragen, was US-Del[egation] auch gewürdigt hat.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133253.

Aus unserer Sicht scheinen die „Schlußfolgerungen“, zu denen diese weit vorangeschrittene Studie kommt, sämtlich von den USA inspiriert. Das BMWi lehnt sie als mit unserer Marktpolitik unvereinbar ab. Das AA ist bemüht, das BMWi zu einer flexibleren Haltung zu veranlassen, die es erleichtert, die Studie einvernehmlich abzuschließen.¹⁵

4) OECD-Studien

AM Shultz drückt die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, bis Ende April die Diskussion über den OECD-Konsens bezüglich der Konditionen öffentlich geförderter Export-Kredite für Industrieländer¹⁶ abzuschließen. Der außerdem in der OECD in Arbeit befindlichen Handelsstudie¹⁷ mißt er „beträchtliche Bedeutung“ zu. Er hofft, daß ihre Ergebnisse den „monitoring process“ verbessern, der die Ausgewogenheit der Vorteile in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sichern solle.

4.1) Innerhalb der Erörterung über die Verlängerung des Ende April ablaufenden OECD-Konsenses hat die amerikanische Seite ihre bei der Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels von Versailles¹⁸ erhobenen Forderungen erneuert.¹⁹ Sie verlangt Erhöhung der Anzahlungen für die in Gruppe I eingestuften „relativ wohlhabenden Länder“, zu denen die SU gehört, von 15 % auf 40 %. Eine Einigung aller beteiligten Länder hierauf erscheint nach wie vor ausgeschlossen (insbesondere Ablehnung durch F und GB). Wir könnten eine Erhöhung bis zu 25 % mittragen. Auch dies scheitert jedoch vorläufig am Widerstand Frankreichs.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel notierte am 21. März 1983: „Zur Zeit wird geprüft, in welcher Weise die Energie-Sicherheits-Studie finalisiert werden kann. Gegen den materiellen Inhalt der Studie dürften unter den OECD-Mitgliedern nur geringe Bedenken bestehen. Anders ist es mit den hieraus zu ziehenden Schlußfolgerungen, wo wir noch sehr weit von den Amerikanern entfernt sind. Es wird nicht möglich sein, daß die deutsche EG-Präsidentschaft vorschlägt, die Schlußfolgerungen für die OECD-Sicherheits-Studie nur in der OECD ziehen zu lassen, ohne daß zuvor eine Gemeinschaftshaltung vorliegt.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141432.

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze notierte am 4. Dezember 1981, am 16. November 1981 sei ein neuer OECD-Konsensus für staatlich unterstützte Exportkredite in Kraft getreten: „Anhebung der Mindestsätze um 2,5 %; bei der Finanzierung von Exporten in Entwicklungsländer mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren erhöht sich der Zinssatz nur um 2,25 %.“ Vorgesehen seien für „Wohlhabende Länder (A-Länder)“ bei einer Kreditlaufzeit von zwei bis fünf Jahren 11 % statt bisher 8,5 %, bei fünf bis achteinhalb Jahren 11,25 % statt zuvor 8,75 %, für „Mittlere Länder (B-Länder)“ bei zwei bis fünf Jahren 10,5 % statt 8 %, bei fünf bis achteinhalb Jahren 11 % statt 8,5 %. In den Länder-Kategorien A und B seien keine über achteinhalb Jahre hinausreichende Kredite vorgesehen. Für „Ärmere Länder (C-Länder)“ seien bei zwei bis fünf Jahren 10 % statt 7,5 %, bei fünf bis achteinhalb Jahren 10 % statt 7,75 % sowie bei achteinhalb bis zehn Jahren 10 % statt 7,75 % vorgesehen: „Als ‚wohlhabende Länder‘ sind vor allem Industrie- und Ölförderländer, als ‚mittlere Länder‘ insbesondere die meisten Staatshandelsländer und als ‚ärmere Länder‘ im wesentlichen EL einschließlich der VR China eingestuft.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141433.

Referat 422 notierte am 18. Juli 1983: „Bestehender OECD-Konsensus war zunächst bis 15.7.1983 befristet. Er soll nunmehr zunächst bis Ende Oktober 1983 verlängert werden.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141433.

¹⁷ Botschafter Robert, Paris (OECD), berichtete am 9. März 1983, der Handelsausschuß der OECD habe in der Sitzung am 7./8. März 1983 in Paris u. a. die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen erörtert. Die amerikanischen Vertreter strebten an, erste Ergebnisse auf der OECD-Ministerratstagung am 9./10. Mai 1983 in Paris zu erörtern, während die europäischen Teilnehmer keinen Termindruck sähen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 114; Referat 412, Bd. 130517.

¹⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. AAPD 1982, I, Dok. 180.

¹⁹ Die amerikanische Regierung drängte die übrigen Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel im Sommer 1982, staatlich geförderte Kreditgewährungen an die UdSSR einzuschränken, ohne sich dabei mit ihren Forderungen durchsetzen zu können. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 161.

Die von den USA ebenfalls gewünschte Begrenzung der Kredithöchstlaufzeit (bisher bei Notifizierung bis zu 8 1/2 Jahren) auf 5 Jahre erscheint uns annehmbar und dürfte leichter durchsetzbar sein als die Erhöhung der Anzahlungen.

Ihre ursprünglichen Überlegungen für eine Erhöhung der Mindestzinssätze öffentlich subventionierter Kredite, die vor allem F und I treffen würden, scheinen die USA angesichts des französischen Drängens auf Senkung dieser Zinssätze zurückgestellt zu haben.

Insgesamt erscheint es hiernach wenig wahrscheinlich, daß die Diskussion über die Verlängerung des OECD-Konsenses zur Vereinbarung von Kredit-Konditionen führt, die der restriktiven Linie der USA folgt.

4.2) Bei der Erarbeitung der Handelsstudie der OECD wurden in den amerikanischen Interventionen dieselben Tendenzen wie bei den Arbeiten an der NATO-Wirtschaftsstudie sichtbar. Dies gilt für die Bestreben, einseitige östliche Vorteile festzustellen (SU spielt westliche Anbieter mit Hilfe ihres „staatlichen Einkaufsmonopols“ gegeneinander aus; SU erlangt einseitige Vorteile aus westlicher Kreditgewährung) und Vorschläge für Korrekturen der westlichen Politik zu vereinbaren. Die USA konnten sich aber bisher hiermit nicht durchsetzen. Die OECD-MS, unter ihnen insbesondere die Neutralen, treten für eine ausschließlich an den ökonomisch-statistischen Fakten ausgerichtete Betrachtungsweise und eine sorgfältige, über den Gipfel von Williamsburg hinausreichende Behandlung der Probleme ein.

5) Die Diskussion über gemeinsame Schlußfolgerungen aus den Studien, die nach amerikanischer Vorstellung auf dem Gipfel von Williamsburg gezogen werden sollen, könnte somit durch die aller Voraussicht nach in wichtigen Fragen fortbestehenden Dissense erheblich belastet werden. Dies gilt insbesondere für die Fragen des Überwiegens von Vor- oder Nachteilen innerhalb der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, der Ausdehnung der COCOM-Kontrollen auf nicht militärisch relevante Güter und Technologien (insbesondere auf dem Erdgas- und Erdölsektor) sowie möglicherweise für den amerikanischen Wunsch nach restriktiverer Gestaltung der Kreditkonditionen.

d) Der beigefügte Entwurf für ein Antwortschreiben an AM Shultz geht davon aus, daß es vor Abschluß der Studien nicht angezeigt ist, auf die in kontroverser Diskussion befindlichen Teile der Arbeiten einzugehen.

Der Text des Antwortschreibens ist mit BMWi abgestimmt worden.²⁰

D²¹ hat mitgezeichnet.

Per Fischer

VS-Bd. 10911 (421)

²⁰ Bundesminister Genscher stellte in dem am 28. März 1983 datierten und von Vortragendem Legationsrat Dassel am 29. März 1983 der Botschaft in Washington übermittelten Schreiben an den amerikanischen Außenminister Shultz weiterhin eine konstruktive Mitarbeit bei den „Arbeiten an den zwischen uns vereinbarten Studien über unsere Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in der NATO, im COCOM und in der OECD/IEA“ in Aussicht: „Dies ist sowohl zur Vorbereitung der OECD-Ministertagung im Mai und unseres NATO-Frühjahrstreffens, auf dem wir diese Themen vereinbarungsgemäß erneut behandeln werden, als auch für die Erörterungen auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Williamsburg dringend erstrebenswert.“ Vgl. VS-Bd. 10911 (421); B 150, Aktenkopien 1983.

²¹ Franz Pfeffer.

73

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 23. März 1983, 17.29 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 34 Ortez

Zum Arbeitsbesuch König Husseins von Jordanien in Bonn am 16./17.3.1983²

1) König Hussein von Jordanien besuchte in Begleitung von Außenminister Qassem auf dem Weg nach London, wo er die Siebener-Delegation der AL³ bei den Gesprächen mit der britischen Regierung am 18.3.1983 leitet, kurzfristig Bonn, um mit der Bundesregierung, zugleich auch in ihrer Eigenschaft als EG-Präsidentschaft⁴, in einer entscheidenden Phase der Entwicklung im Nahen Osten einen Meinungsaustausch zu pflegen. Der Besuch König Husseins bot der Bundesregierung Gelegenheit, die Gespräche mit führenden Staatsmännern des Nahen Ostens fortzusetzen (Präsident Mubarak im Dezember 1982⁵, GS der AL Klibi im Januar 1983⁶, AM Shamir im Februar 1983⁷). König Hussein war zuletzt im Juli 1980 in Bonn.⁸ BM Genscher hatte im Juli 1982 eine Begegnung mit ihm in Amman⁹, StM Möllemann im Februar 1983¹⁰.

König Hussein führte Gespräche mit Bundespräsident Carstens, Bundeskanzler Kohl, BM Genscher und Ministerpräsident Strauß.¹¹

¹ Durchdruck.

² Legationsrat I. Klasse Mulack, Amman, übermittelte am 13. März 1983 die Mitteilung der jordanischen Regierung, „daß König Hussein in Begleitung von AM Qassem auf dem Wege nach London am 16. und 17. März Bonn besuchen möchte, um Gespräche mit Bundeskanzler und AM Genscher zu führen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 123; Referat 310, Bd. 135759.

³ Arabische Liga.

⁴ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁵ Präsident Mubarak besuchte die Bundesrepublik vom 13. bis 15. Dezember 1982. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 14. Dezember 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 350.

⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Klibi, am 13./14. Januar 1983 vgl. Dok. 12.

⁷ Der israelische Außenminister hielt sich vom 6. bis 9. Februar 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. Februar 1983 vgl. Dok. 39.

⁸ König Hussein hielt sich am 29./30. Juli 1980 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 30. Juli 1980 in Hamburg vgl. AAPD 1980, II, Dok. 223.

⁹ Bundesminister Genscher besuchte vom 12. bis 14. Juli 1982 Jordanien. Zum Gespräch mit König Hussein am 12. Juli 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 208.

¹⁰ Staatsminister Möllemann hielt sich vom 15. bis 17. Februar in Jordanien auf, wo er Gespräche mit König Hussein, Kronprinz Hassan und Außenminister Qassem führte. Botschafter Munz, Amman, berichtete am 17. Februar 1983: „Der Besuch wurde als Zeichen des deutschen Interesses gewertet und ihm durch gegenwärtige EG-Präsidentschaft zusätzliche Bedeutung zugesprochen. In Erwartung der für den weiteren Fortgang der Bemühungen um eine Friedenslösung entscheidend wichtigen Ergebnisse des P[alestine]N[ational]C[ouncil] in Algier, beschränkten sich die jordanischen Gesprächspartner im wesentlichen auf rückblickende Darlegung der Lageentwicklung seit der israelischen Invasion im Libanon.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 86; Unterabteilung 31, Bd. 137557.

¹¹ Bundeskanzler Kohl führte am 17. März ein Gespräch mit König Hussein über den Nahost-Konflikt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983. Über Husseins Gespräch mit Bundespräsident Carstens am selben Tag notierte Ministerialdirigent Montfort: „Der König betonte, seine Bemühungen konzentrierten sich darauf, auf der Basis der Reagan-Initiative und der Fes-Charta eine Abstimmung mit der PLO zu finden. Er unterstrich die Be-

2) Nach den Ereignissen im Libanon im vergangenen Jahr steht König Hussein jetzt vor der schwerwiegenden Entscheidung, ob er sich dem Friedensprozeß anschließt. Ihm kommt bei der Erweiterung der bisher zu schmalen Basis der Friedensbemühungen eine Schlüsselrolle zu. Er prüft gegenwärtig noch das politische Umfeld auf seine Tragfähigkeit für einen solchen Schritt und bemüht sich um eine Absicherung nach allen Seiten.

3) Die Gespräche in Bonn haben bestätigt, daß König Hussein sich noch nicht festgelegt hat.

a) In den Gesprächen erläuterte König Hussein die Lage, die er als sehr ernst bewertete: Die Libanon-Verhandlungen stagnierten¹², die USA hätten im Libanon viel Glaubwürdigkeit verloren, es habe Meinungsverschiedenheiten mit der PLO über das jordanisch-palästinensische Verhältnis gegeben, er zeichnete ein dramatisches Bild von der israelischen Politik der vollendeten Tatsachen in den besetzten Gebieten und wies in diesem Zusammenhang auf den Zeitfaktor (bevorstehender Wahlkampf in den Vereinigten Staaten¹³) besonders hin.

b) Hussein machte deutlich, daß es noch keine Bewegung auf der Grundlage des Reagan- und Fes-Plans gebe.¹⁴ Er bewertete die Beschlüsse von Fes als sehr positiv, die auf einem breiten arabischen Konsens beruhten und die arabische Sehnsucht nach Frieden ausdrückten. Fes bedeute die Anerkennung Israels. Die PLO sei als Mitunterzeichner in die Beschlüsse eingebunden. Hussein betonte, seine Bemühungen konzentrierten sich darauf, auf der Basis der Reagan-Initiative und der Fes-Charta eine Abstimmung mit der PLO zu finden.

c) Die USA scheinen Hussein sehr zu einer Entscheidung zu drängen. Präsident Reagan, der sich in der Nahost-Frage sehr engagiert habe, bemühe sich um einen breiten Konsens für seine Nahostpolitik, sowohl in der Republikanischen wie in der Demokratischen Partei. Der König zeigte einerseits Vertrauen in Reagan, andererseits scheint er in der Einhaltung der in den zwei Briefen gemachten Zusagen des Präsidenten¹⁵ hinsichtlich des israelischen Rückzugs aus

Fortsetzung Fußnote von Seite 369

deutung des kommenden Besuchs von Arafat in Amman, dem ersten Treffen nach der Palästinenser-Konferenz von Algier.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135759.

¹² Zu den Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon über den Abzug fremder Truppen vgl. Dok. 58, Anm. 34.

Botschafter Eitel, Beirut, teilte am 22. März 1983 mit, die 23. Runde der Verhandlungen in Netanja am Vortag habe „nur zweieinhalb Stunden gedauert. Nach einer kurzen Plenarsitzung traten drei Unterkommissionen zusammen. Die Militärs erörterten israelische Vorstellungen über bestimmte schwere Waffen, die in der Sicherheitszone nicht disloziert werden dürfen. Die Unterkommission für künftige Beziehungen wandte sich erneut dem Personen- und Güterverkehr zu. [...] Die Unterkommissionen für Rechtsfragen schließlich diskutierte den Streitschlichtungsmechanismus, der für das Gesamtabkommen vorgesehen ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 204; Referat 310, Bd. 135768.

¹³ In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁴ Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vgl. Dok. 9, Anm. 17.

Zum Friedensplan der Arabischen Liga für den Nahen Osten („Fes-Plan“) vgl. Dok. 9, Anm. 18.

¹⁵ Legationsrat I. Klasse Mulack, Amman, teilte am 3. März 1983 mit: „Aus absolut zuverlässiger Quelle wurde mir heute nochmals bestätigt, daß Präsident Reagan zwei Briefe an König Hussein geschrieben hat. Der erste Brief war allgemein gehalten und zur Unterrichtung Arafats bestimmt. Im zweiten Schreiben Reagans soll dieser konkrete Zusagen für den Fall gemacht haben, daß Jordanien offiziell seine Bereitschaft zu Friedensgesprächen erklärt. Der zweite Brief soll über allgemeine Willenserklärungen und Versicherungen hinausgehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 109; VS-Bd. 13560 (310); B 150, Aktenkopien 1983.

Libanon und des Siedlungsstopps einen Test für die Glaubwürdigkeit der USA zu sehen.

d) Die andere Großmacht, die SU, habe ihn dringend gewarnt, in Verhandlungen auf der Grundlage des Reagan-Plans einzutreten. Er lasse sich jedoch nicht einschüchtern.

e) Wegen des außerordentlichen Risikos für ihn macht König Hussein eine positive Entscheidung über einen Eintritt in den Friedensprozeß von der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen abhängig, und zwar:

- substantielle Fortschritte in den libanesisch-israelischen Verhandlungen (zumindest das Vorliegen eines Zeitplans für den Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon),
- Einfrieren der israelischen Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten,
- deutliches Zeichen, daß die Zusagen der USA verlässlich sind (vgl. die o.a. Briefe Reagans),
- „grünes Licht“ von seiten der PLO, das immer noch ausstehe,
- Rückendeckung von seiten der Araber.

Hussein ist sich darüber klar, daß er nur im Einvernehmen mit der PLO und auf der Grundlage arabischer Solidarität handeln kann. Der PNC in Algier¹⁶ habe, so Hussein, ihm den erhofften klaren Auftrag der PLO nicht erteilt. Gleichwohl beurteilte er ihn eher positiv. Der König unterstrich die Bedeutung des bevorstehenden Treffens mit Arafat in Amman Ende März, an das er große Erwartungen knüpfte. Arafat sei sich des gegen die PLO arbeitenden Zeitfaktors (israelische Siedlungspolitik, US-Wahlen) bewußt. In seinen Gesprächen mit der PLO gehe es um zwei Komplexe: das bilaterale Verhältnis und das weitere gemeinsame Vorgehen. Er erwarte dazu von Arafat eine Antwort.¹⁷

Er werde sich gegenüber Präsident Reagan bis zu dem von ihm selbst gesetzten Termin Ende März über seine Entscheidung äußern.

f) Hussein bat, seine Position dem ER in Brüssel am 21./22.3.1983¹⁸ zu erläutern und ihn zu unterstützen.

¹⁶ Zur Tagung des Palästinensischen Nationalrats vgl. Dok. 58, Anm. 32.

¹⁷ Botschafter Munz, Amman, berichtete am 5. April 1983, seit 1. April führe König Hussein mit der PLO-Führung Gespräche in Amman: „Sie sollen über ein Eingehen auf die amerikanischen Vorschläge vom 1.9.82 entscheiden. Bisher fanden vier Gesprächsrunden auf höchster Ebene sowie zwei Sondersitzungen des Zentralkomitees der PLO statt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 162; Referat 310, Bd. 135760.

Am 5. April 1983 wurden die Verhandlungen unterbrochen; der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, reiste nach Kuwait ab. Am 11. April 1983 berichtete Munz, offenbar seien die Widerstände in der PLO so stark gewesen, „daß Arafat sich nicht in der Lage sah, die bereits mit Jordanien vereinbarte Linie weiter zu verfolgen“. Die jordanische Regierung habe erklärt, diese Entscheidung zu respektieren: „Jordanien werde nicht im Namen der Palästinenser in irgendwelche NO-Friedensverhandlungen eintreten. Jordanien werde die Bevölkerung in den besetzten Gebieten weiterhin unterstützen. Die drohende De-facto-Annektierung der Westbank und des Gaza-Streifens beträfen Jordanien mehr als andere arabische Länder. Jordanien werde gezwungen, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um seine nationale Sicherheit in allen Dimensionen zu gewährleisten. Jordanier und Palästinenser würden aber eine Familie bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 171; Referat 310, Bd. 137545.

¹⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.

4) Die deutsche Seite hat König Hussein die klare Position der Bundesregierung und der Zehn zum Nahost-Konflikt erläutert. Insbesondere gab sie der Hoffnung Ausdruck, daß die in der Erklärung von Fes enthaltene allgemeine Friedensbereitschaft der arabischen Staaten sich jetzt zu einer konkreten Verhandlungsbereitschaft verdichte. Sie hob hervor, daß sie die Initiative Präsident Reagans als einen realistischen Ansatzpunkt zur friedlichen Lösung des Nahost-Konfliktes nachdrücklich begrüßt habe und sie unterstütze.

Dem König wurde versichert, daß die Bundesregierung und ihre europäischen Partner dem Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon und der Wiederherstellung der vollen Souveränität hohe Priorität beimesse.

Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister unterstrichen die Bedeutung, die König Hussein zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten zukomme. Die verantwortungsbewußte und konstruktive Rolle Jordaniens finde unsere Sympathie und Anerkennung.

5) Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß das bilaterale Verhältnis problemfrei sei.

6) Der Bundeskanzler nahm eine Einladung König Husseins nach Jordanien an.¹⁹

7) Wertung

Der Besuch König Husseins stellte erneut die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Jordanien und der Bundesrepublik Deutschland unter Beweis.

König Hussein ist sich der Tragweite der auf ihn zukommenden schwierigen Entscheidungen bewußt. Er beeindruckte durch die große Eindringlichkeit, mit der er seine Position vertrat. Sein hinsichtlich seiner Verhandlungsbeteiligung gezeigter (Zweck-)Optimismus erscheint eher als beschwörender Appell, alles zu versuchen, bevor es zu spät ist, als echte Zuversicht. Die Voraussetzungen für den Eintritt Jordaniens in den Friedensprozeß liegen z. Zt. weder auf amerikanischer noch auf arabisch-palästinensischer Seite vor. Mit ihrer schnellen Erfüllung dürfte auch wohl kaum zu rechnen sein. Es muß daher bezweifelt werden, ob König Hussein den für ihn und sein Regime überaus risikoreichen Schritt zu konkreten Verhandlungen gegenwärtig tun wird. Einen Alleingang kann Jordanien sich – anders als Ägypten – nicht leisten.

Falls Arafat Hussein wenigstens auf halbem Wege entgegenkommt, könnte der König den „Ball ins amerikanische Feld zurückspielen“, um die Chance, die Präsident Reagans Initiative ihm bietet, nicht ungenutzt zu lassen.

Vgl. auch Infofunk-Meldungen Nr. 1504 d/0 vom 17. und 1055 d/0 vom 18.3.1983.

Steinkühler²⁰

Referat 012, Bd. 124454

¹⁹ Im Zuge seiner Nahost-Reise hielt sich Bundeskanzler Kohl vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf. Für das Gespräch mit König Hussein am 6. Oktober 1983 in Amman vgl. Dok. 291.

²⁰ Paraphe vom 23. März 1983.

74

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 23. März 1983, 17.30 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 35 Ortez

Zur Neufestsetzung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem²

1) Nach zweieinhalbtägigen, zeitweise unterbrochenen Verhandlungen gelang den Finanzministern und Zentralbankpräsidenten der acht EWS-Mitgliedstaaten und GBs am 21.3., kurz vor Beginn des Europäischen Rates³, die Einigung auf neue Leitkurse im EWS für alle Währungen des Systems. Vorausgegangen waren intensive bilaterale Kontakte zwischen D und F.⁴ Die Auf- bzw. Abwertungssätze und die neuen Leitkurse für 1 ECU (für £ Sterling fiktiv) sind folgende:

DM	+ 5,5 v. H.	2,21515
HFL ⁵	+ 3,5 v. H.	2,49587
DKR ⁶	+ 2,5 v. H.	8,04412
BFR ⁷	+ 1,5 v. H.	44,36620
LFR ⁸	+ 1,5 v. H.	44,36620
FF	– 2,5 v. H.	6,79271
LIT ⁹	– 2,5 v. H.	1386,78000
IR£ ¹⁰	– 3,5 v. H.	0,71705
£ST ¹¹	– 13,9 v. H.	0,62985

Die Bandbreiten (+/–2,25 v. H., für LIT +/–6 v. H.), innerhalb deren der Kurs jeder Währung schwanken darf, blieben unverändert. Der hohe (fiktive) Abwertungssatz des £ Sterling, das dem Verbund nicht angehört, ergibt sich daraus, daß diese frei floatende Währung seit der letzten Leitkursanpassung am 12.6.1982¹² stark an Wert gegenüber dem ECU eingebüßt hatte.

2) Die Neufestsetzung wurde vor allem erforderlich, um ein weiteres Auseinanderlaufen der Kursentwicklung von DM und FF zu verhindern, der Spekulation um diese beiden Währungen den Boden zu entziehen und eine wesentliche Voraussetzung für einen Erfolg der von der französischen Regierung angekün-

¹ Durchdruck.² Zu den Spannungen im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 68.³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.⁴ Zu den deutsch-französischen Gesprächen über Währungsfragen vgl. Dok. 71, besonders Anm. 8.⁵ Hollandse Florijn/Nederlandse gulden.⁶ Dansk Krone.⁷ Belgischer Franc/Franc Belge.⁸ Luxemburgischer Franken/Franc Luxembourggeois.⁹ Lira italiana.¹⁰ Irish Pound.¹¹ Pound Sterling.¹² Zur Kursanpassung am 12. Juni 1982 im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 68, Anm. 5.

digten Stabilisierungsmaßnahmen¹³ zu schaffen. Dabei war auf französische Empfindlichkeiten, die Maßnahme nicht einseitig als Abwertung des FF erscheinen zu lassen, im europapolitischen wie im Interesse unserer bilateralen Beziehungen besondere Rücksicht zu nehmen. Die drohende Alternative, ein (zeitweiliges) Ausscheren Fs aus dem EWS, verbunden mit protektionistischen Maßnahmen gegen die EG-Partner, hätte sich wegen des großen deutschen Handelsbilanzüberschusses gegenüber F (1982 mehr als 17 Mrd. DM) vor allem gegen uns kehren müssen. Sie war schon deshalb keine für uns akzeptable Option.

Aus dieser politischen Ausgangslage erklärt sich auch die optisch nicht ganz ausgewogene Verteilung der Kursverschiebung zwischen DM und FF um insgesamt 8 v.H. (die gewogene Veränderung, gemessen an den Ein- und Ausfuhranteilen der EWS-Partner, beträgt sogar mehr als 10 Prozent). Die im Vergleich mit dem nominal geringen französischen Abwertungssatz hohe deutsche Aufwertungsrate machte eine gleichzeitige Aufwertung von DKR und BFR/LFR erforderlich, da diese Währungen sonst de facto einen unerwünschten Abwertungseffekt erlitten hätten.

Die daraus resultierende Einbeziehung aller Partnerwährungen in die siebente Revision der Leitkurse ist ein integrationspolitisch begrüßenswertes Novum in der vierjährigen Geschichte des EWS.¹⁴ Sie demonstriert besonders sinnfällig den ernsthaften Willen der Mitgliedstaaten zu praktizierter Solidarität und zur (wenn auch z.T. eher symbolischen) Verteilung der Lasten auf die Schultern aller Partner.

3) Über die vordergründig sichtbare Lastenverteilung hinaus hat das Realignement Folgen im agromonetären Bereich. So hat sich z.B. der (positive) deutsche Währungsausgleichsbetrag wesentlich erhöht. Der Erhöhungsbetrag müßte eigentlich, zusammen mit dem „alten“ WAB¹⁵, schon bei der nächsten Agrarpreisfestsetzung zulasten der deutschen Agrarerzeuger teilweise abgebaut werden. Da die Festsetzung der Agrarpreise für das neue Wirtschaftsjahr aber unmittelbar bevorsteht, haben die Finanzminister zur Vermeidung von Härten beschlossen, daß vor Abschluß der laufenden Agrarpreisrunde keine Änderung der neuen WABe vorgenommen werden soll.¹⁶

Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der europäischen Stahlindustrie empfahlen die Minister den Regierungen der MS ferner, dafür zu sorgen, daß die Stahllieferanten in ihren Ländern ihre Preise sofort dem gemeinschaftlichen Orien-

¹³ Vgl. dazu die Äußerungen des Staatspräsidenten Mitterrand vom 23. März 1983; Dok. 71, Anm. 5.

Am 25. März 1983 beschloß die französische Regierung ein Zehn-Punkte-Programm, das u. a. die Beschränkung des öffentlichen Defizits auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes, den Abbau des Defizits bei den großen staatlichen Unternehmen Bahn, Post und Elektrizitätsgesellschaften durch Tarifierhebungen, eine zehnprozentige Zwangsanleihe der Einkommens- und Vermögenssteuer für Beserverdienende, eine Festsetzung der Höchstgrenze für Sparguthaben und eine Beschränkung der Ausgaben französischer Touristen im Ausland auf jährlich 2000 Francs vorsah. Vgl. dazu das Communiqué des Ministerrats; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (mars-avril), S. 85 f.

¹⁴ Auf seiner Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel beschloß der Europäische Rat, einen Europäischen Währungsfonds (EWF) einzurichten. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

Am 13. März 1979 trat das Europäische Währungssystem in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 83.

¹⁵ Währungsausgleichsbetrag.

¹⁶ Zur Frage der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1983/84 vgl. Dok. 37, Anm. 10.

Die neuen Agrarpreise wurden auf der EG-Ratstagung auf Ebene der Landwirtschaftsminister am 16./17. Mai 1983 in Brüssel festgelegt. Vgl. dazu Dok. 145, Anm. 24.

tierungsniveau anpassen.¹⁷ Dadurch soll vermieden werden, daß z. B. französische oder italienische Stahlerzeuger durch die Änderung der Kurse Wettbewerbsvorteile gegenüber deutschen Herstellern erlangen, die deren Marktposition unerträglich erschweren würden.

4) Bundeskanzler und BM Stoltenberg würdigten die Einigung als einen tragbaren Kompromiß. Der BK sprach von einem überproportionalen Beitrag der BR Deutschland, der ein Opfer für Europa darstelle. Der deutsche Export werde nicht gefährdet. Die Minister und Notenbankpräsidenten der Partnerstaaten brachten ihre Anerkennung für die besonnene deutsche Verhandlungsführung und Kompromißbereitschaft in einer „standing ovation“ für BM Stoltenberg zum Ausdruck.

Bei dem Ergebnis ist zu berücksichtigen, daß die Bundesbank erst am 17.3. den Diskontsatz um einen vollen Prozentpunkt gesenkt hatte¹⁸, ihr Aufwertungsspielraum also bereits entsprechend eingeschränkt war. Wenn wir uns trotzdem zu einem so weitgehenden Entgegenkommen gegenüber F entschlossen haben, so geschah dies in der Erwartung, daß damit nicht nur für längere Zeit die Ruhe auf den europäischen Währungsmärkten wiederhergestellt sein werde, sondern vor allem auch, daß die französische Regierung sich, der Zusage von Finanzminister Delors entsprechend, verstärkt und konsequent sowie unter Verzicht auf gemeinschaftswidrige Maßnahmen um die Sanierung von Zahlungsbilanz und Staatshaushalt und die Eindämmung der Inflation bemühen wird.

Das Realignment im EWS ist vom Markt zunächst angenommen worden: Die DM befand sich am 22.3. im unteren, der FF im oberen Bereich des Währungsbandes. Über die Dauerhaftigkeit der neuen Leitkurse werden jedoch in erster Linie die wirtschaftlichen Grunddaten in den Partnerstaaten entscheiden, deren harmonische Entwicklung nicht zuletzt eine Funktion konvergenzorientierter nationaler Wirtschaftspolitiken ist.¹⁹

Vgl. auch Infofunk-Meldungen Nr. 2183 d/1, 2183 d/3 u. 1064 d/0 vom 21. sowie 2192 d/1, 2192 d/2, 2191 d/1 und 2191 d/2 vom 22.3.1983.

Steinkühler²⁰

Referat 012, Bd. 124454

¹⁷ Zur Krise der europäischen Stahlindustrie und zur Einführung von Produktionsquoten vgl. Dok. 17, Anm. 28.

¹⁸ Die Bundesbank senkte am 17. März 1983 den Diskontsatz auf 4 % sowie den Lombardsatz auf 5 %. Ähnliche Schritte unternahmen am selben Tag die Zentralbanken der Niederlande, der Schweiz und Österreichs. Vgl. dazu den Artikel „Die Bundesbank senkt Leitzinsen kräftig“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. März 1983, S. 1.

¹⁹ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 22. März 1983: „Das Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen ist in der französischen Öffentlichkeit mit pessimistischer Erleichterung aufgenommen worden: eine erneute Bewährung des deutschen Partners, eine Entscheidung für Europa, ein Erfolg von Wirtschaftsminister Delors, der jedoch zu harte Töne angeschlagen habe. Negative Spuren im deutsch-französischen Verhältnis könnten zurückbleiben. Im verzweifelten Kampf um die wirtschaftliche Gesundung Frankreichs sei nicht mehr als eine Feuerpause erreicht worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 563; Referat 203, Bd. 140611.

²⁰ Paraphie vom 23. März 1983.

75

Botschafter Ruth an Bundesminister Genscher, z.Z. Bangkok

220-371.76 INF-660/83 geheim
Fernschreiben Nr. 1729 Plurez
Citissime

Aufgabe: 23. März 1983, 19.38 Uhr¹

Für Bundesminister², bitte zum frühestmöglichen Zeitpunkt

Betr.: INF;

hier: Vorschlag für ein Zwischenergebnis

1) Die amerikanische Botschaft hat heute im Bundeskanzleramt ein Schreiben des amerikanischen Präsidenten an den Bundeskanzler übergeben, in dem die amerikanischen Vorschläge zum nächsten Verhandlungsschritt enthalten sind. Der Text des Schreibens wird als Anlage 1 übermittelt.

2) Zur Substanz des amerikanischen Vorschlags wird in Anlage 2 Stellung genommen.

3) Der Bundeskanzler beabsichtigt morgen, Donnerstag, 24. März, auf das Schreiben zu antworten. Wir werden in unseren Entwurf die in Anlage 2 enthaltenen Veränderungsvorschläge einarbeiten.

4) Zum Verfahren ist folgendes vorgesehen:

Am Abend des heutigen Tages (Mittwoch, 23.3.) werde ich ein Gespräch mit dem Vertreter von Burt, Bob Blackwill, haben. Ich habe vor, mit ihm unsere erste Reaktion zu erörtern und zu sondieren, welches Maß an Flexibilität auf amerikanischer Seite besteht. Gegebenenfalls werden wir das Ergebnis dieses Gesprächs im Entwurf für den Bundeskanzler berücksichtigen.

5) Am Freitag, 25.3., findet in Brüssel eine Sitzung der SCG statt. Diese Sitzung ist auf Delegationsleiter beschränkt. Ziel soll die Abstimmung des amerikanischen Vorschlags sein.

6) Am 29. März soll Nitze den Vorschlag in Genf einführen, am 31. März will ihn Präsident Reagan öffentlich bekanntgeben.

Für London und Washington³: Diese Weisung dient ausschließlich zur eigenen Unterrichtung.

Ruth⁴

¹ Durchdruck.

Hat Staatssekretär von Staden am 23. März 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 22. bis 25. März 1983 anlässlich der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Bangkok auf. Vgl. dazu Dok. 86.

³ Der Drahterlaß ging den Botschaften in London und Washington nachrichtlich zu.

⁴ Paraphe vom 23. März 1983.

Anlage 1

Dear Helmut,

since the commencement of the INF negotiations⁵, and particularly in recent months, our two governments have taken every appropriate opportunity to consult with each other concerning the conduct of the talks. Now I again invite your view so as to insure that we maintain the best possible and most united position and thus counter Soviet efforts both to delay or prevent the NATO deployment or to block any real progress in Geneva.

Based upon our previous consultations, the situation at the negotiating table in Geneva, and the deployment schedule for the Pershing II and GLCM Missile⁶, I have directed a review of the US negotiating position. That review is now complete, and before I make final decisions, I would greatly appreciate your personal views on the tentative conclusions I have reached.

The United States continues to believe that the zero-zero outcome is the optimal solution.

The United States also remains firmly committed to both tracks of the NATO 1979 decision. Without an agreement that satisfies the criteria established in that decision, the United States will deploy LRINF land-based missiles as planned by NATO.

However, while maintaining the other essential elements of the current US position, and we would hope, as an interim step toward the ultimate elimination of all LRTNF land-based missiles, the United States could agree to terminate deployment at one of a number of discrete levels provided that the level chosen is militarily viable and satisfies the criteria mentioned earlier and provided that the Soviet Union agrees to reduce its corresponding LRINF land-based missile forces to an equal level.

I am seriously considering directing Ambassador Nitze to make the following proposal to the Soviet Union in Geneva before the end of the current round of negotiations on March 29⁷. He would notify the Soviet Union that the United States is prepared to negotiate an interim agreement to the effect that the US would stop its deployment at a finite (but as yet unspecified) number of warheads, on LRINF land-based missiles on launchers if the Soviet Union reduces the number of warheads on its LRINF missiles on launchers to an equal level on a global basis.

The United States would view such a proposal as a serious interim step on the road to the total elimination of this class of weapons. We would do so in the hope that the Soviet Union could join us in this view.

It is my tentative judgment that it would be best not to deal in specific numbers at this time, since to do so would invite preemptive Soviet criticism during the recess. If presented in general terms, they would be in the position of criticising a proposal before it had been presented in detail. As an earnest of our

⁵ Die erste Runde der INF-Verhandlungen begann am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 380.

⁶ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

⁷ Die vierte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 29. März 1983 in Genf statt.

good faith, I believe it would also be useful to propose that the talks resume May 10th or 17th vice June 2nd.⁸

Given the short time remaining before the end of this negotiating round, I would greatly appreciate your personal views on this approach as soon as possible so that I can benefit from them before making a final decision.⁹ In addition, I suggest that a principals only meeting of the SCG be convened in Brussels on March 25 to further our consultations.¹⁰

I plan to make a general statement about our willingness to negotiate an interim LRINF solution during a speech I am scheduled to make on March 31.¹¹

Helmut, our close collaboration in implementing the December 1979 decision has demonstrated the vitality and strength of the relationship between our two nations. I have full confidence that this important collaboration will continue throughout this year.

Sincerely,
Ron

⁸ So in der Vorlage.

⁹ Bundeskanzler Kohl begrüßte mit Schreiben vom 24. März 1983 an Präsident Reagan dessen Initiative für ein Zwischenergebnis bei den INF-Verhandlungen in Genf. Wichtig sei, daß die doppelte Null-Lösung als Endziel erhalten bleibe. Das Vermeiden konkreter Zahlen ermögliche eine flexible Verhandlungsposition: „I consider it important not to create the impression that the deployment of missiles in Europe envisaged in the two-track decision is intended to match the entire Soviet potential of INF missiles, including the ones deployed in East Asia. The Soviet threat must not be shifted from Europe to Asia, as you rightly stressed in your speech to the American Legion, nor can the security problems of East Asia be solved in Europe. Out of consideration for the Western public and for reasons of negotiability, wordings should be avoided which could give rise to the American role in the proposed negotiating concept being labelled as ‚rearmament‘, and that of the Soviet Union as ‚disarmament‘. I therefore propose that the notion of a ban on deployment contained in the text at present be replaced by a reference to the United States’ readiness for limitations.“ Vgl. das am 24. März 1983 mit Fernschreiben Nr. 518 des Bundeskanzleramts an das Auswärtige Amt übermittelte Schreiben; VS-Bd. 11352 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Über die Sondersitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 25. März 1983 in Brüssel berichtete Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, am selben Tag: „1) Die heutige SCG bleibt vertraulich bis zum Zeitpunkt der Rede des Präsidenten am 31. März. Für die Bekanntgabe wurde eine Presseverlautbarung vorbereitet, deren endgültige Fassung von Burt Anfang nächster Woche zirkuliert werden wird. 2) Die Weisung an Nitze soll so rechtzeitig ergehen, daß Botschafter Nitze am Dienstag, den 29. März, die sowjetische Delegation unterrichten kann. Am gleichen Tag wird Außenminister Shultz den sowjetischen Botschafter in Washington unterrichten. Eine weitere Konsultationsrunde mit den Bündnispartnern ist nicht vorgesehen. 3) Am 30. März wird Botschafter Nitze den NATO-Rat über den vollzogenen Schritt unterrichten. [...] 4) Am Abend des 31. März wird Präsident Reagan in seiner Rede in Los Angeles den Schritt öffentlich bekanntgeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 558; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Präsident Reagan dankte Bundeskanzler Kohl am 29. März 1983 für dessen Anregungen vom 24. März 1983 und teilte mit: „On Wednesday, March 30, I intend to invite your ambassador in Washington to meet with me so that I can officially inform him of the new arms control initiative. We will use this meeting as an occasion to issue a public statement announcing the new initiative and, at the same time, release the NATO Special Consultative Group chairman’s statement endorsing the proposal. My speech on the following day will provide our publics with the full context of our arms control activities against which this new initiative is best understood.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1858 des Botschafters Ruth vom selben Tag an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11352 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Präsident Reagan gab am 30. März 1983 den amerikanischen Vorschlag für ein Zwischenabkommen bei den INF-Verhandlungen in Genf bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 473 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 273–275.

In einer Rede vor dem Los Angeles World Affairs Council am 31. März 1983 stellte Reagan die Initiative öffentlich vor. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 479–484.

Anlage 2

1) Zu dem amerikanischen Vorschlag ist folgendes positiv zu sagen:

- Der Präsident hat sich entschieden, den Gedanken eines Zwischenergebnisses in die Verhandlungen einzuführen.
- Er sieht ein Verfahren vor, das den Vorschlägen entspricht, die wir bei der letzten SCG-Sitzung¹² gemacht haben. Obwohl der Vorschlag noch in diese Runde eingeführt werden soll, sieht er sowohl bilaterale Konsultation als auch ein SCG-Treffen vor.
- Der Vorschlag verbindet die Bereitschaft zur Reduzierung der geplanten Stationierung mit der Reduzierung der vorhandenen Rüstung auf sowjetischer Seite.
- Der Vorschlag könnte Nitze ein hohes Maß an Flexibilität geben, weil er darauf verzichtet, zu diesem Zeitpunkt eine zahlenmäßige Festlegung zu treffen.
- Das Argument des Präsidenten, auf diese zahlenmäßige Festlegung jetzt zu verzichten, um es der Sowjetunion schwerer zu machen, während der Verhandlungspause den Vorschlag zu kritisieren, ist zweifellos richtig.
- Der Präsident will eine Verkürzung der Verhandlungspause um fast einen Monat vorschlagen, das ist sehr zu begrüßen.

2) Kritisch anzumerken ist folgendes:

- Dem Westen könnte vorgeworfen werden, daß er mit diesem Vorschlag lediglich die Position vor der Einführung der beiderseitigen Null-Lösung wiederherstellt. Diese Feststellung wäre insoweit richtig, als die Zielvorstellung gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau im Prinzip schon im Doppelbeschluß enthalten war.
- Neben der unter 1) als positiv angeführten Flexibilität durch Verzicht auf eine zahlenmäßige Konkretisierung wird eben diese Eigenschaft des amerikanischen Vorschlags auch kritisch kommentiert werden.
- In der jetzigen Fassung wird der globale Umfang der sowjetischen INF-Gefechtsköpfe dem in Europa stationierten Umfang amerikanischer INF-Gefechtsköpfe gleichgestellt. Dies ist ein wirklicher Mangel der amerikanischen Formulierung und muß m. E. beseitigt werden.

¹² In der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 17./18. März 1983 in Brüssel wurde eine amerikanische Initiative bei den INF-Verhandlungen in Genf erörtert. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 17. März 1983, in der dem Treffen vorgeschalteten Sitzung der Stationierungsländer für amerikanische Mittelstreckensysteme mit den USA („Quint“) am selben Tag sei von europäischer Seite vorgeschlagen worden, die Grundsatzentscheidung der amerikanischen Regierung „noch vor Ostern“ bekanntzugeben, ebenso, „daß die Bündnispartner gemeinsam den konkreten Inhalt eines solchen Schrittes erarbeiten werden“ und die Special Consultative Group zu einer Sondersitzung geladen werde. Nach der dort erfolgten „Verabschiedung und multilateralen Formalisierung dieser Position“ solle „Unterrichtung der SU durch den amerikanischen Präsidenten über den Inhalt des Angebots und Mitteilung an die Öffentlichkeit, daß das Angebot gemacht worden ist“, erfolgen: „Das neue Angebot darf keine ‚take it or leave it‘-Position sein, sondern soll als Vorschlag erkennbar sein, der die Entschlossenheit des Präsidenten unterstreicht, zu einem konkreten Ergebnis auf möglichst niedrigem Niveau zu gelangen. Der Substanzvorschlag sollte aus einer Verbindung zwischen den im Bündnis geltenden Verhandlungskriterien und einer konkreten Zahl bestehen. Die vorgeschlagene Obergrenze soll weltweit gelten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 500; VS-Bd. 13394 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

- Der Text ist insgesamt noch unklar, was den Zusammenhang zwischen einem Interimabkommen und der Bereitschaft der Amerikaner angeht, ihre Stationierung zu stoppen. Auch hier bedarf es einer Verbesserung des Textes.
- In dem Weisungsvorschlag des amerikanischen Präsidenten fehlt ein Hinweis auf die Bereitschaft, über die Begrenzung von Flugzeugen zu verhandeln. Dies könnte kritisch vermerkt werden, weil in dem Nitze/Kwizinskij-Einverständnis¹³ eine entsprechende Begrenzung vorgesehen war. Ich würde vorschlagen, daß wir diesen Punkt gegenüber dem Präsidenten nicht anführen, ihn aber auf der SCG zur Sprache bringen.

3) Die obengenannten Gesichtspunkte sollen durch die folgenden Kommentare zum Schreiben Präsident Reagans berücksichtigt werden:

- Prinzipielles Einverständnis mit dem Vorschlag. Wir begrüßen insbesondere, daß die USA sich zu einer neuen Initiative zum frühestmöglichen Zeitpunkt entschlossen haben, zu bilateralen und multilateralen Konsultationen bereit sind und daß der Beginn der nächsten Runde auf Anfang oder Mitte Mai¹⁴ vorgezogen werden soll.
- Wir können zustimmen, daß jetzt noch keine konkreten Zahlen für ein Ergebnis genannt werden. Wir interpretieren den Brief jedoch so, daß Botschafter Nitze in der Lage ist, auch konkrete Zahlen am Verhandlungstisch zu nennen. Eine entsprechende Erklärung sollte deshalb in die Rede des Präsidenten aufgenommen werden, etwa: „Ambassador Nitze is instructed to make concrete proposals to this effect.“

Auch hierüber sollte auf der SCG am 25.3. noch gesprochen werden. Wichtig ist, daß gegenüber Öffentlichkeit nicht der Eindruck vermittelt wird, der Westen habe keine eigenen konkreten Vorstellungen über ein erstes Zwischenergebnis und beschränke sich am Verhandlungstisch auf Exploration sowjetischer Kompromißvorschläge.

- Die Erklärung des Präsidenten sollte die Zielsetzung enthalten, auf ein möglichst niedriges Niveau zu gehen.
- Die Erklärung des Präsidenten darf nicht den Eindruck erwecken, als ob das gesamte weltweite INF-Potential der Sowjetunion durch Stationierungen im begrenzten europäischen Raum ausgeglichen werden soll. Deshalb schlagen wir vor, die am Schluß der Weisung stehenden Worte „on a global basis“ zu streichen und die Weisung so umzuformulieren, daß hierüber kein Zweifel bestehen kann.

Der Weisungsteil könnte dann unter Berücksichtigung unserer Änderungswünsche wie folgt lauten: „He (Botschafter Nitze) would notify the SU that the United States is prepared to negotiate an interim agreement which would establish equal ceilings for the number of warheads on US and SU LRINF land-based missiles on launchers at the lowest level acceptable to the SU. As a result the United States would accept limitations of its deployments at a finite (but as yet unspecified) number of warheads, if the SU agrees to reduce the number of its warheads to an equal level.“

¹³ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinski, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22 und Dok. 93.

¹⁴ Die fünfte Runde der INF-Verhandlungen in Genf begann am 17. Mai 1983.

- Die öffentliche Erklärung sollte deutlich machen, daß die Allianz, wie im Doppelbeschluß festgelegt, den Modernisierungsbedarf im Lichte eines konkreten Verhandlungsergebnisses überprüft.¹⁵ Am Ende der Erklärung des Präsidenten könnte deshalb gesagt werden: „If such a concrete result is reached in the negotiations, NATO's LRINF requirements will be examined according to the double track decision of December 1979.“

(Nur zu Ihrer Information: Verhinderung einer Automatik, wonach der tatsächliche Modernisierungsumfang unbedingt dem Niveau entsprechen muß, das unter dem rüstungskontrollpolitisch notwendigen Paritätserfordernis ausgehandelt wurde.)

VS-Bd. 11352 (220)

76

Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam

204-321.00 USA-205/83 VS-vertraulich

24. März 1983¹

Gespräch StS Berndt von Staden mit dem amerikanischen stellvertretenden Außenminister Kenneth W. Dam, 24. März 1983 (Gästehaus Venusberg)²

An dem Gespräch StS von Staden (StS) und dem amerikanischen stellvertretenden Außenminister (StAM Dam) nahmen ferner teil:

Auf deutscher Seite: MD Franz Pfeffer, MD Per Fischer, Botschafter Friedrich Ruth, VLR Werner Pieck (Note-taker).

Auf amerikanischerseits Seite: Robert Blackwill (Deputy Assistant Secretary, Bureau of European Affairs), Major Klotz (Special Assistant to the Deputy Secretary), Homer Phelps (I. Sekretär, US-Botschaft, als Note-taker).

¹⁵ Vgl. dazu Ziffer 11 Absatz B des Kommuniqués der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 37.

¹ Ablichtung des Durchschlags als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 25. März 1983 von Vortragendem Legationsrat Pieck gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär von Staden „mit der Bitte um Billigung“ geleitet.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 29. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 30. März 1983 vorgelegen.

Hat Ischinger am 30. März 1983 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 30. März 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12936 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der stellvertretende amerikanische Außenminister Dam hielt sich am 24. März 1983 in der Bundesrepublik auf.

StS begrüßte *StAM Dam*, fragte nach dessen Themenwünschen³ und sagte, er wolle sich seinerseits⁴ u. a. mit den Themen KSZE, Zentralamerika und der TV-Rede Präsident Reagans vom 23. März 1983 (neue Strategiekonzeption) befassen.

1) Nahost

*StAM Dam*⁵ begann mit Darlegung amerikanischer Haltung zu Nahost. Israelischer AM Shamir und libanesischer AM Salem seien (getrennt) kürzlich in Washington gewesen.⁶ Es sei sehr wichtig, daß es im Libanon nicht zu einer Teilung zwischen Christen und Moslems komme. Dies würde der PLO für terroristische Anschläge gegen Israel ein weites Feld einräumen. In den israelisch-libanesischen Verhandlungen⁷ gebe es zwei wichtige Bereiche: Die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen und das Problem der Sicherheitszone in Südlibanon. Diese letzte Frage stehe im Brennpunkt. Israel sage, die libanesischen Armee sei nicht in der Lage, im Südlibanon Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten. Die USA hätten großes Verständnis für die Sicherheitsinteressen Israels. Die Administration habe AM Shamir einen Katalog von Vorstellungen übermittelt. Israel habe klargemacht, daß es keine UNIFIL-Einheit oder eine andere multinationale Friedenstruppe innerhalb der Sicherheitszone wünsche, vielleicht außerhalb. Bei der Diskussion der Sicherheitszone gehe es wesentlich um Haddad. Israel wünsche eine militärische Präsenz von Haddad, um im Südlibanon Kontrolle auszuüben. Schließlich habe Israel für Haddad bezahlt.

StS fragte, wie lange libanesischen Armee brauche, um die Kontrollfunktion im Lande zu übernehmen.

StAM Dam sprach von einem bemerkenswert raschen Aufbau der libanesischen Armee. Diese sei sehr motiviert. Ein US-General, der im Libanon gewesen sei, habe in Washington berichtet, die libanesischen Armee könne schon heute ihre Kontrollfunktion (natürlich nicht gegenüber Israel und Syrien) im Lande übernehmen.

StS fragte, ob die Äußerung von AM Shamir bestätigt werden könnte, wonach Israel zwei bis drei Jahre im Libanon verbleiben wolle.⁸

³ Die Wörter „fragte nach dessen Themenwünschen“ wurden von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt.

⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt.

⁵ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen: „seinerseits“.

⁶ Der israelische Außenminister Shamir hielt sich vom 11. bis 16. März 1983 in den USA auf. Der libanesischen Außenminister Salem besuchte vom 12. bis 15. März 1983 die USA. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 16. März 1983, die parallelen amerikanisch-israelischen bzw. amerikanisch-libanesischen Gespräche hätten „zu Fortschritten hinsichtlich einer Libanon-Lösung geführt“. Presseberichten zufolge enthielten die amerikanischen Vorschläge folgende Elemente: „Verantwortung der libanesischen Armee für die Überwachung des Grenzgebietes zu Israel, deren verstärkte Ausrüstung und Ausbildung durch die USA [...]. Erhöhung des amerikanischen und der übrigen Kontingente der MNF und Ausdehnung ihres Einsatzgebietes, um eine PLO-Infiltration in den Süden zu verhindern. Offenbar schließen die USA weiterhin eine erweiterte Rolle für UNIFIL nicht aus. Errichtung einer gemeinsamen Militärkommission aus amerikanischen, israelischen und libanesischen Offizieren, die Informationen austauschen und Klagen über Verletzungen der Sicherheitszone untersuchen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1201; Referat 310, Bd. 135768.

⁷ Zu den Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon über den Abzug fremder Truppen vgl. Dok. 73, Anm. 12.

⁸ Botschafter Hansen, Tel Aviv, teilte am 18. März 1983 mit, der Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Kimche, habe am selben Tag die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten über den

StAM *Dam* erwiderte, Israel habe den Willen, sich aus dem Libanon zurückzuziehen. So lange Israel im Libanon bleibe, würden dies auch die Syrer und die PLO tun. Israel wolle aber mit etwa 500 bis 700 Mann Personal auf Frühwarnstationen im Südlibanon präsent bleiben. Als ein psychologisches Hindernis für eine rasche israelisch-libanesischen Einigung habe sich Israels Wunsch erwiesen, jede Abrede schriftlich zu fixieren und zu unterzeichnen. Wenn die libanesischen Regierung dieser Forderung nachkomme und den Vertrag dem Parlament zur Ratifizierung zuleite, könnte durch die Parlamentsdebatte und die von ihr ausgehenden Auseinandersetzungen die Einheit des Landes gefährdet werden. Libanon müsse auch Rücksicht auf die arabischen Staaten nehmen, mit denen es einen sehr großen Teil seines Handels abwickle (*Dam* sprach von 95 %).

StS fragte nach den amerikanischen Vorstellungen für eine Lösung des Westbank-Problems. Sei für König Hussein die Lösung der Libanon-Frage Bedingung für seinen Eintritt in die Friedensbemühungen?

StAM *Dam* verneinte dies. Richtig sei, daß König Hussein von arabischen Ländern gedrängt werde, die Lösung der Libanon-Frage zur Voraussetzung für eine Teilnahme am Friedensprozeß zu machen.

StS erklärte, es bestehe die Gefahr, daß das Siedlungsproblem auf der Westbank unlösbar werden könne, wenn die Entwicklung dort so weitergehe wie bisher. König Hussein habe in Bonn gesagt⁹, schon jetzt seien 17 % der Westbank-Bevölkerung Israelis. Gebe es für die USA einen Weg, um Beginn von der Bedeutung einer für alle Beteiligten akzeptablen Westbank-Lösung zu überzeugen?

StAM *Dam* meinte, die USA wünschten keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels. Der beste Weg sei, König Hussein zu bewegen, dem Friedensprozeß beizutreten. Dann könne man in der israelischen Bevölkerung mit einer Reaktion rechnen, die für eine allseits annehmbare Westbank-Lösung Chancen biete.

StS verwies auf die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats (ER) vom 22. März 1983 zu Nahost und sagte, diese Erklärung reflektiere die wachsende Sorge Europas über die Entwicklung in Nahost.¹⁰

StAM *Dam* erwiderte, auch die USA seien ungeduldig.

D2 fragte nach der saudi-arabischen Position: Seien die Saudis übervorsichtig in der Unterstützung von König Hussein? Wieweit solle die EG nach amerikanischer Auffassung gehen, um König Hussein zur Teilnahme am Friedensprozeß zu bewegen?

StAM *Dam* sagte, die Saudis seien in der Tat sehr vorsichtig. Es wäre nützlich, die Saudis zu bewegen, König Hussein mit Blick auf den Friedensprozeß zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 382

Besuch des israelischen Außenministers Shamir vom 11. bis 16. März 1983 in den USA sowie über die israelisch-libanesischen Verhandlungen unterrichtet. In Washington habe Shamir dargelegt, „daß die libanesischen Armee und Polizei für einen Zeitraum von etwa zwei Jahren (u. U. auch weniger) nicht in der Lage seien, die von Israel aus militärischen, aber auch aus politischen Gründen vital wichtige ‚maximum security‘ im Süden zu gewährleisten und ein erneutes Einsickern und Formieren der PLO zu verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 267; Referat 310, Bd. 135768.

⁹ Zum Besuch des Königs Hussein am 16./17. März 1983 vgl. Dok. 73.

¹⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.

ermutigen. Bei den Schlußfolgerungen des ER sehe er für die USA Probleme in zwei Bereichen: bei der „Selbstbestimmung“ und der „Beteiligung“ der PLO am Friedensprozeß. Was die Selbstbestimmung angehe, so wollten die USA keinen unabhängigen palästinensischen Staat auf der Westbank. Israel werde einer solchen Lösung niemals zustimmen. Selbst König Hussein wünsche eine solche Lösung nicht. Die EG solle Saudi-Arabien davon abbringen, sich für eine solche staatliche „Selbstbestimmung“ des palästinensischen Volkes einzusetzen. Bei der PLO-Beteiligung sei entscheidend, daß die Bewohner der Westbank bei den Friedensgesprächen beteiligt seien, nicht die PLO als Organisation. Israel würde einer Assoziierung PLO/Jordanien unter keinen Umständen zustimmen.

StS sagte, die Schlußfolgerungen des ER vom 22. März gingen in der Substanz auf die Venedig-Erklärung der EG vom Juni 1980¹¹ zurück. Man müsse jetzt gemeinsam überlegen, wie man operativ weiterkomme.

StAM Dam sagte, die Europäer sollten einen Zusammenhang mit der Habib-Mission¹² suchen.

D2 bemerkte, die Zehn hätten in der Erklärung von Venedig und in den Schlußfolgerungen vom 22. März das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gefordert, es sei aber offengeblieben, was das impliziere. Die Troika habe mit Burt in Frankfurt über dieses Problem gesprochen:¹³ Der Reagan-Plan¹⁴ vermeidet das Wort, weil die USA es Israel nicht zumuten wollten. Die Zehn und die USA sollen sich weiter darüber unterhalten, welchen Inhalt das Etikett haben könne.

Blackwill führte aus, es sei richtig, daß die Europäer ihre Position zur „Selbstbestimmung“ in dem von D2 dargelegten Sinne klargemacht hätten. Doch hätten die Araber dies ignoriert. Im Gegensatz zur Venedig-Erklärung, die sich mit Prinzipien befaßt habe, enthielten die ER-Schlußfolgerungen vom 22. März 1983 operative Vorstellungen.

StS sagte, es sei wesentlich, wie man zu König Hussein rede. Hussein müsse selbst entscheiden, wie er verhandeln wolle.¹⁵

2) Zentralamerika

StS wandte sich sodann Zentralamerika zu. In der TV-Rede von Präsident Reagan vom 23. März¹⁶ habe auch Zentralamerika eine Rolle gespielt. Wie verlaufe dort die Entwicklung? Vor allem interessiere El Salvador. Seien die Guerillas auf dem Vormarsch oder konsolidiere sich die Lage?

StAM Dam führte aus: El Salvador liege sehr nahe bei den USA (näher bei Washington als Kalifornien). Aus dieser Nähe erkläre sich das starke öffent-

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

¹² Zu den Reisen des Sonderbotschafters des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Habib, vgl. Dok. 39, Anm. 9.

¹³ Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien Dänemarks, der Bundesrepublik und Griechenlands, Dyvig, Pfeffer und Katapodis, mit dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, am 11. Februar 1983 vgl. Dok. 49, Anm. 3.

¹⁴ Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vgl. Dok. 9, Anm. 17.

¹⁵ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Ergänzungen des Staatssekretärs von Staden zurück. Vorher lautete er: „Man solle Hussein nicht drängen, er müsse selbst entscheiden.“

¹⁶ Zur Rede des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 81.

liche Interesse an Zentralamerika in den USA. Wichtig für die USA sei die Stabilität der Gesamtregion, insbesondere natürlich Mexikos mit seiner großen Bevölkerung. In El Salvador gebe es einen bewaffneten Aufstand, mit Einschluß von Ost-West-Aspekten. Die USA suchten eine demokratische Lösung. Militärisch habe sich die Lage nicht verschlechtert, obgleich dies von Kritikern der Administration behauptet werde. El Salvador sei für die USA ein innenpolitisches Thema geworden wegen der Behandlung der Auslandshilfe im Kongreß. Die USA wollten mit ihrer Militärhilfe dafür sorgen, daß sich hinter dem Schild militärischer Sicherheit in El Salvador die Demokratie entfalten könne. Die Wahlen von 1982 hätten den Willen der Bevölkerung nach Demokratie eindrucksvoll dokumentiert.¹⁷ Wenn man die Lage vorurteilsfrei beurteile, so werde man feststellen, daß es in El Salvador eine funktionierende Demokratie gebe und auch eine Landreform, die Fortschritte mache. Im Gegensatz zu El Salvador gebe es in Nicaragua keine Wahlen und damit keinen Einfluß der Bevölkerung auf das politische Leben. Ob es dort zu den für 1983 versprochenen allgemeinen Wahlen komme, sei noch sehr zu bezweifeln. In El Salvador gebe es allerdings ein Menschenrechtsproblem. Es gebe politische Morde. Doch wenn die USA ihre Unterstützung in Form militärischer Ausbildungshilfe einstellen würden, dann werde dies in El Salvador als ein Zeichen verstanden, daß die Lage nicht mehr zu halten sei. Die salvadorianische Armee besitze Kampfmoral trotz bedeutender Verluste in den Kämpfen mit den Guerillas. Doch sei die Organisation der Armee schlecht. Hier brauche sie Hilfe.

StAM Dam appellierte an die Bundesregierung, wieder einen Botschafter nach San Salvador zu entsenden.¹⁸

StS erwiderte, diese Frage beschäftige die Bundesregierung in regelmäßigem Turnus. Das Thema werde in nicht zu ferner Zukunft erneut auf die Tagesordnung kommen. – Er fragte nach der von Nicaragua behaupteten Infiltration aus Honduras (Anti-Sandinisten) – es sei von 1000 bis 1200 Eindringlingen die Rede.¹⁹

¹⁷ Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 148.

¹⁸ Ministerialdirigent Montfort notierte am 23. Dezember 1982: „Nach terroristischen Anschlägen gegen Diplomaten und Ausländer zogen Großbritannien, Frankreich und wir im Januar/Februar 1980 den Botschafter aus El Salvador ab. Großbritannien nutzte die Gelegenheit, seine Botschaft ganz zu schließen, was aus Haushaltsgründen bereits vorgesehen war (Botschaft jetzt in Costa Rica.) Frankreich führte lediglich den Geschäftsbetrieb der Botschaft weiter, im Herbst 1982 entsandte es wieder einen Geschäftsträger a[d] i[n]terim im Diplomatenrang [...]. Die deutsche Botschaft wird seit Herbst 1981 wieder von Kanzler Engel als Geschäftsträger a. i. geleitet. Italien – und auch Spanien – beließen ihre Botschafter ohne Unterbrechung in San Salvador.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135979. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 267.

¹⁹ Botschafter Heubaum, Managua, teilte am 23. März 1983 mit: „Auch das sandinistische Nicaragua hat also jetzt sein Guerillaproblem. In den unwegsamen ehemaligen FSLN-Operationsgebieten tummeln sich – nach den Regierungsangaben – über tausend gut ausgerüstete und offensichtlich motivierte Kämpfer. Der inzwischen auch in Managua gut zu hörende F[u]erza[D]emocrática[N]icaraguense-Sender spricht von über zehntausend Mann, darunter ein größeres Kontingent von während der Umsiedlungsaktion geflohenen Miskito-Indianern. Es steht nicht zu erwarten, daß die sandinistischen Streitkräfte diese bewaffneten Gruppen in absehbarer Zeit vertreiben können. Andererseits ist jedoch – angesichts des umfangreichen sand[inistischen] Sicherheitsapparats – schwer vorstellbar, daß die ‚Contras‘ über die Bergdschungelgebiete hinaus in Richtung Pazifikküste auf breiter Front militärisch initiativ werden könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 40; Referat 331, Bd. 136010.

StAM *Dam* sagte, dies seien Indianer, deren Dörfer in Nicaragua niedergebrannt worden seien, die sich nach Honduras geflüchtet hätten und jetzt nach Nicaragua zurückkehrten.

StS zeigte sich über die Entwicklung in Nicaragua sehr besorgt. Wir hätten unsere Aktivitäten in Nicaragua eingeschränkt. Doch wollten wir keine völlige Einstellung unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit.²⁰ Wir würden von jenen in Nicaragua, die Pluralismus wollten, zur weiteren Kooperation gedrängt. Wir wollten uns dem nicht entziehen.

StAM *Dam* meinte abschließend zu diesem Thema, man solle in Europa besser verstehen, daß die Stabilisierung der Lage in Zentralamerika für die USA wegen der illegalen Einwanderung aus diesem Raum, besonders aus Mexiko, sehr wichtig sei. Es gebe eine sehr hohe Zahl in den USA lebender illegaler Einwanderer aus Lateinamerika, zwischen 5 bis 15 Millionen. Wenn die Instabilität in Zentralamerika anhalte, dann werde die Einwanderung weiter zunehmen. Dies werde in Staaten wie Kalifornien oder Texas zu politischen Veränderungen führen. Bei der Einwanderung aus Südostasien habe man seinerzeit den Zustrom kontrollieren können. Dies sei bei der illegalen Einwanderung aus Lateinamerika aber nicht möglich.

3) KSZE

StS erläuterte unsere Haltung zur KSZE. Unsere erste Priorität in Madrid sei die Einheit des Westens. Das neue, revidierte N+N-Papier²¹ bedeute einen Fortschritt, verglichen mit dem ersten Vorschlag.²² Es gebe jetzt begründete Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz. Man solle in nicht zu ferner Zeit zum Abschluß kommen. StS griff zwei Bereiche heraus: Menschenrechte und KAE. Ein KAE-Mandat wäre ein beträchtlicher Schritt voran. Die N+N-Staaten hätten diesen westlichen Vorschlag gebilligt.²³ In § 1 des Entwurfs der N+N gebe es noch einige Begriffe, die sich am östlichen Sprachge-

²⁰ Legationssekretär Schaff notierte am 20. Mai 1983, Bundesminister Warnke habe am selben Tag im Ausschuß des Bundestags für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ausgeführt, daß „kein akuter Entscheidungsbedarf“ für die Einstellung der Hilfe, „aber aufgrund des immer stärkeren Abweichens der Sandinisten von ihren eigenen Zielvorstellungen die Notwendigkeit bestünde, genau zu beobachten und im Laufe des Jahres zu prüfen, ob die Veränderungen in Nicaragua mit einer Fortsetzung der Hilfe vereinbar seien“. Vgl. Referat 400, Bd. 144067.

²¹ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

²² Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSC/RM.39) vgl. Dok. 49, Anm. 60.

²³ Zum Stand der Verhandlungen über ein KAE-Mandat vgl. Dok. 55, Anm. 12.

Botschafter Ruth analysierte am 15. März 1983: „Vor allem in der Kernfrage des geographischen Anwendungsbereichs von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) haben die Neutralen und Ungebundenen Formulierungen aufgenommen, die über ihren ursprünglichen Vermittlungsvorschlag RM.39 hinausgehende Verbesserungen in Richtung auf die westliche Position bedeuten.“ In Paragraph 4 des Mandatsentwurfs werde „die Kernfrage des KAE-Mandats, der geographische Anwendungsbereich von VSBM“, behandelt und in Absatz 1 als „the whole of Europe as well as the adjoining sea area“ definiert: „Gerade weil der Ansatz im ersten Abschnitt sowohl im Hinblick auf die Anwendung zu Lande wie auch zur See geographisch ist, kommt dem zweiten Absatz der Formel entscheidende Bedeutung für die westliche Forderung zu, daß maritime Aktivitäten nur dann erfaßt werden können, wenn sie Bestandteil notifizierungspflichtiger militärischer Aktivitäten zu Lande sind. Der neue N+N-Vorschlag entspricht, obgleich er östliche Formulierungen übernimmt, im Kern dieser Forderung nach funktionaler Abgrenzung.“ Prozedural sei bedeutsam, daß zudem mit Stockholm erstmals der Ort und mit dem 15. November 1983 ein Termin für den Beginn der KAE festgelegt werde. Vgl. VS-Bd. 11533 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

brauch orientierten und geändert werden sollten. Bei den Menschenrechten gebe es auch Fortschritte, wenn auch beispielsweise die Aussage zu den Gewerkschaften nicht völlig befriedige. Man nähere sich in Madrid jetzt einem Punkt, wo sich der Westen entscheiden müsse. StS nannte drei Faktoren:

– Zeitfaktor

Es solle kein Zeitdruck erzeugt werden. Doch solle man das sowjetische Interesse an einem KSZE-Abschluß nutzen. Die SU glaube, daß sie mit einem KAE-Mandat zusätzliche Argumente gegen eine INF-Stationierung in der westlichen Öffentlichkeit gewinne. Dies sei eine Fehlkalkulation. Vielmehr habe die Bundesregierung bei einem KAE-Mandat einen leichteren Stand vor der Öffentlichkeit (wenn bei KSZE ein Erfolg möglich, dann auch bei INF-Verhandlungen).

– Funktion der N+N-Länder

Es sei gelungen, die N+N-Länder in 70 bis 80 % der Prozedur- und Substanzfragen für den Westen zu gewinnen. Die N+N-Länder dürften durch Zurückweisung ihres revidierten Vorschlags nicht entmutigt werden. Einen dritten Vorschlag würden sie, zumindest in naher Zukunft, kaum machen.

– KSZE-Folge treffen Wien

Nicht nur eine weitere Konferenz sei wichtig, sondern schon die Tatsache, daß der KSZE-Prozeß weitergehe. Der Westen könne auf den Osten, unter Hinweis auf eine Folgekonferenz in Wien, weiter einwirken. Diesen Mäßigungsdruck sollte der Westen nutzen. Die Sowjetunion glaube, sie könne auf jeder größeren von ihr propagierten Konferenz die erste Rolle spielen. Dies sei bei der KSZE eine völlige Fehlkalkulation gewesen. Die kleineren osteuropäischen Länder hätten am Fortgang des Helsinki-Prozesses ein besonderes Interesse. Die Helsinki-Schlußakte²⁴ sei das einzige internationale Dokument, das die Breschnew-Doktrin²⁵ durch ein umfassendes Gewaltverbot aufhebe. Der KSZE-Prozeß habe insgesamt in Osteuropa Wandel bewirkt. Zwar sei der Fall Polen enttäuschend. Dennoch möchte er sagen, daß es im Verhältnis der SU zu den osteuropäischen Ländern, wie Polen zeige, bemerkenswerte Entwicklungen gegeben habe, verglichen mit den klassischen Methoden, die die Sowjetunion in einer vergleichbaren Lage noch vor 10 oder 15 Jahren angewandt hätte. Die Bilanz des letzten Jahrzehnts sei nicht nur negativ, sondern positiv (Berlin) und negativ (Polen).

D2 entwickelte die gegenüber dem britischen UStS Acland verfolgte Linie (sowjetisches Interesse vor und nach der Dislozierung; Majoritätsmeinung der Zehn; NL Fehlgargument).²⁶

²⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

²⁵ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 40, Anm. 15.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk notierte am 18. März 1983, beim Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem Staatssekretär im britischen Außenministerium, Acland, am selben Tag habe Ministerialdirektor Pfeffer erläutert, die Bundesregierung halte den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) für eine gute Grundlage für die weiteren Verhandlungen, auch wenn dieser weiterer Verbesserungen bedürfe: „Wir seien besorgt, daß NL ein neues gefährliches Argument in die Diskussion einführe, in dem sie erklärten, eine Einigung in Madrid, beson-

StAM *Dam* erinnerte nochmals an die Bedeutung der öffentlichen Meinung in den USA. Wir hätten unsere Position klar und deutlich vorgetragen. Man müsse jetzt über die von BM auf der Pressekonferenz in Brüssel erwähnten, im N+N-Vorschlag noch notwendigen „Ergänzungen und Verbesserungen“ gemeinsam sprechen.²⁷

4) Rüstungskontrolle und Abrüstung

StS brachte als weiteres Thema Rüstungskontrolle und Abrüstung auf. Er betonte die Wichtigkeit konventioneller Abrüstung in Europa. Sie dürfe nicht zur westlichen Schwächung, sondern müsse zur Stabilisierung führen. Die Zeit für eine konventionelle Rüstungskontrollinitiative sei reif. Bei den MBFR-Verhandlungen in Wien werde zwar über konventionelle Rüstungskontrolle gesprochen; doch sei diese ihrem Umfang nach beschränkt. Dagegen würde die KAE das ganze europäische Territorium der SU einschließen. Man solle daher die sowjetische Bereitschaft zum Abschluß des KSZE-Folgetreffens in Madrid nutzen.

StAM *Dam* nahm diese Erläuterungen von StS aufmerksam zur Kenntnis.

D2A meinte, die SU zeige gegenwärtig eine gewisse Flexibilität. Dies zeige sich bei den Verhandlungen über chemische Waffen.²⁸ TASS habe dieser Tage erklärt, ein INF-Verhandlungserfolg sei möglich.²⁹ Die SU stelle offenbar fest,

Fortsetzung Fußnote von Seite 387

ders über die KAE, werde eine gewisse Euphorie in unseren Bevölkerungen hervorrufen und deshalb die evtl. INF-Dislozierung erschweren. Wir sähen dies gerade umgekehrt: Ein baldiger Abschluß in Madrid werde es uns leichter machen, die evtl. Dislozierung durchzusetzen, nicht zuletzt deshalb, weil den Bevölkerungen noch besser erkennbar werde, daß die USA überall ernsthaft verhandelten und der Westen insgesamt weiterhin den Ausgleich mit dem Osten suche.“ Vgl. VS-Bd. 12934 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁷ Das Pressereferat teilte am 15. März 1983 mit, Bundesminister Genscher, der sich am 14./15. März 1983 für die EG-Ministerratstagung bzw. die Sitzung des EG-Ministerrats mit dem Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments in Brüssel aufhielt, habe am selben Tag erklärt: „Die KSZE-Verhandlungen in Madrid seien ein besonders gutes Beispiel für das gemeinsame Handeln der Zehn. Sie arbeiten auf die baldige Verabschiedung eines substantiellen und ausgewogenen Schlußdokuments hin, in dem auch ein präzises Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) enthalten sein müsse. Die Zehn würden den Kompromiß der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15.3., mit dem die Verhandlungen möglicherweise in ein entscheidendes Stadium träten, in konstruktivem Geiste prüfen.“ Vgl. die Pressemitteilung Nr. 2029; Referat 013, Bd. 179049.

²⁸ Verhandlungen über chemische Waffen standen im Vordergrund der Arbeit des Abrüstungsausschusses (CD) in Genf. Referat 222 notierte am 21. März 1983: „Seit 1980 besteht dort eine Arbeitsgruppe C[hemische]-Waffen [...]. Sie hat seit 1982 das Mandat, ein weltweites und nachprüfbares Abkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen und ihrer Produktionseinrichtungen auszuarbeiten.“ Zwar seien Teileinigungen, „z. B. über Toxizitätskriterien, Definitionen, grundsätzliche Pflicht zur Angabe vorhandener Bestände und Fabriken nach Inkrafttreten des Abkommens, zehnjähriger Zeitrahmen für die vorgesehene CW-Vernichtung, Bildung eines internationalen Beratenden Sachverständigenausschusses zur Überwachung“, erreicht worden, doch bleibe die Frage der Verifikation umstritten. Vgl. Referat 222, Bd. 126952.

Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), berichtete am 22. Februar 1983, unter Abkehr von der bisherigen Haltung der UdSSR habe der sowjetische Botschafter beim Abrüstungsausschuß, Israeljan, am selben Tag „eine neue Initiative der SU vorgetragen, die den Anwendungsbereich einer künftigen CW-Konvention auf das Verbot des Einsatzes von chemischen Waffen erweitert. [...] Das Verbot des Einsatzes umfaßt alle chemischen Waffen, einschließlich – anders als im US-Papier – Reizstoffe (Riot Control Agents) und Herbizide.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 358; Referat 222, Bd. 126952.

²⁹ Vgl. dazu den Artikel „Vašington blokiruet peregovory“; PRAVDA vom 18. März 1983, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 265–267.

daß es ihren Zielen nicht immer förderlich sei, sich gegen alles zu richten, was aus dem Westen komme. Diese Einsicht solle man bei der KSZE/KAÉ nutzen.

5) Rede Präsident Reagans vom 23. März 1983

StS fragte sodann nach Erläuterungen zur Rede Präsident Reagans vom 23. März 1983 und zu Hinweisen auf die angekündigte Rede des Präsidenten am 31. März.³⁰

StAM Dam sagte, beide Reden seien auf den Hintergrund der Kongreßdebatte über den Verteidigungshaushalt 1984 zu sehen.³¹ Der Präsident werbe um seine politische Basis.

StS fragte, wie die Ankündigung des Präsidenten, ein antibalistisches Verteidigungssystem zu entwickeln, zu verstehen sei.

StAM Dam erwiderte, die Rede sei nach seinem Abflug nach Europa kurzfristig konzipiert worden.³² Er könne daher zur Rede nicht im einzelnen Stellung nehmen. Er wolle jedoch folgendes sagen: Zunächst sei klar, daß der Präsident keinen nuklearen Krieg wolle. Doch könne es sein, daß angesichts der technologischen Entwicklung, gerade auch auf sowjetischer Seite, die Strategie der Abschreckung in Zukunft nicht genüge. Daher wolle der Präsident neue militärische Technologien zur Abwehr nuklearer ballistischer Angriffe entwickeln. Dies sei jedoch ein langfristiges Programm, das erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts voll entwickelt sein werde.

StS sagte, für die deutsche Öffentlichkeit sei es sehr wichtig, wie sich die USA in diesem Zusammenhang zum ABM-Vertrag³³ und den Auswirkungen auf den Weltraum stellten. Ob INF involviert sei?

D2 führte aus, es sei zu besorgen, daß unsere Öffentlichkeiten kurze und lange Frist verwechseln würden und dadurch Verwirrung, auch in bezug auf die Strategie, entstehe. Es wäre deshalb besser gewesen, wir wären vorher unterrichtet oder besser noch konsultiert worden. Nun käme es darauf an, rasch eine mit den USA abgestimmte Sprachregelung zu finden.

³⁰ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vor dem Los Angeles World Affairs Council vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 479–484.

³¹ Zur Debatte über den amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 20, Anm. 20 und 21.

³² Botschafter Hermes, Washington, teilte am 28. März 1983 mit, der Passus zur weltraumgestützten Raketenabwehr in der Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 sei „erst kurz zuvor vom Weißen Haus auf Weisung des Präsidenten selbst eingefügt worden, wobei im State Department und im Pentagon jeweils nur die Leitungsebene (im State Department bis zu Eagleburger) beteiligt wurde. Als spiritus rector dieses Teils der Ansprache gilt der Berater Reagans für Wissenschaftsfragen, Keyworth. Auf die Möglichkeit einer defensiven strategischen Novation als Nutzenanwendung neuer technologischer Entwicklungen scheint der Präsident u. a. in Gesprächen mit dem Erfinder der Wasserstoffbombe, Edward Teller, sowie in einer Unterredung mit den Joint Chiefs of Staff – auf deren Rat er in der Ansprache selbst hinwies – im Februar 1983 aufmerksam geworden zu sein. [...] Der Präsident scheint sich mit seiner Entscheidung über den Rat leitender Beamter des Pentagons hinweggesetzt zu haben (Iklé, Perle), denen die Sorge um ein Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft der amerikanischen und europäischen Bevölkerung als Folge einer nur zu gern geglaubten, jedoch ungewissen Zukunftsvision zugeschrieben wird. Iklé und Weinberger haben sich inzwischen öffentlich hinter den Entwurf des Präsidenten gestellt, seine Realisierbarkeit dabei jedoch vorsichtig als Hoffnung bezeichnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1390; Referat 220, Bd. 124530.

³³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

StAM *Dam* verwies auf eine Sprachregelung (Guidance), die uns von der US-Botschaft zugehen werde. Diese sei für Fragen der Öffentlichkeit bestimmt.³⁴ Wir könnten von ihr Gebrauch machen.

StS erläuterte nochmals, daß mit Kritik aus der deutschen Öffentlichkeit an der Rede des Präsidenten vom 23. März in jedem Falle zu rechnen sei. Wir müßten auch Antwort darauf geben können, ob wir von amerikanischer Seite über den Vorschlag des Präsidenten für eine neue Verteidigungskonzeption vorab informiert worden seien.

D2A ergänzte, durch die Präsidenten-Rede könne der Eindruck entstehen, daß die USA die Abschreckungsstrategie implizit in Zweifel zögen. Im übrigen habe der Präsident nicht nur über neue Waffentechnologien, sondern über eine völlig neue militärische Konzeption und Umwelt gesprochen.

StS meinte, es wäre wichtig zu wissen, wie weit wir von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen der USA über die sowjetische militärische Gefahr vor der Öffentlichkeit Gebrauch machen könnten. Die Bundesregierung hätte einen leichteren Stand, wenn wir solche Erkenntnisse verwenden könnten.

D2 fragte nach den Motiven: Habe Präsident Reagan auf den US-Kongreß (Verteidigungs-Budget) einwirken, die Friedensbewegungen in USA und Europa neutralisieren und auch ein Signal an die SU (Druck auf START-Verhandlungen) geben wollen?

StAM *Dam* erklärte, er wisse nicht, ob das letztgenannte mögliche Motiv eine Rolle gespielt habe; er wolle das aber nicht ausschließen.

6) Wirtschaftsgipfel

D4 berichtete über das Sherpa-Treffen am 17./18. März 1983 in San Diego.³⁵ Zur allgemeinen wirtschaftspolitischen Strategie habe es Einvernehmen gegeben. Bei Handel und Verschuldung sei man sich auch weitgehend einig gewesen. Beim Handel sei wichtig, daß man auch an die Entwicklungsländer denke; eine negative wirtschaftliche Entwicklung dort könne die politische Stabilität gefährden. Beim Ost-West-Handel machten die Studien gute Fortschritte.³⁶ Es sei wichtig, daß es nicht zu einer Wiederholung von Versailles³⁷, d. h. zu einem neuen Zusammenstoß komme. Daher sollte man sich auf Prinzipien einigen und auf konsensfähige Punkte beschränken.

StAM *Dam* sagte, man habe sich nach Aufhebung der US-Sanktionsentscheidung³⁸ über Prinzipien des Ost-West-Handels geeinigt. Man müsse jetzt vermeiden, daß es über der Frage, ob das „Non-Paper“³⁹ eine Verpflichtungswirkung

³⁴ Ein Fernschreiben vom 24. März 1983, mit dem der amerikanische Außenminister Shultz über die Rede des Präsidenten Reagan vom Vortag unterrichtete und der eine ausführliche Sprachregelung enthielt, ging dem Auswärtigen Amt am 28. März 1983 zu. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 124530.

³⁵ Zur Tagung der Persönlichen Beauftragten („Sherpas“) der an den Weltwirtschaftsgipfeln teilnehmenden Staats- und Regierungschefs am 17./18. März 1983 in San Diego vgl. Dok. 72, Anm. 9.

³⁶ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

³⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. AAPD 1982, I, Dok. 180.

³⁸ Zur Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR am 13. November 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 8.

³⁹ Zur amerikanischen Non-paper vom 8. November 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 5.

enthalte, zum Streit komme. Wenn dies bestritten werden sollte, dann werde es Probleme geben.

StS erklärte, es sei wichtig, sich rechtzeitig abzustimmen.

Er dankte StAM Dam für das aufschlußreiche Gespräch. Die Tatsache, daß StAM Dam vom Bundeskanzler empfangen werde, zeige, welche Bedeutung die Bundesregierung seinem Besuch in Bonn beimesse.⁴⁰

VS-Bd. 12936 (204)

77

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.21-1212/83 geheim

24. März 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung
Betr.: 33. NPG-Ministerkonferenz in Vilamoura (Algarve) am 22./23. März
1983;
hier: wichtigste Ergebnisse

Anlg.: 1 (Kommuniqué⁴)

I. 1) Erstmals seit seiner Teilnahme an Ministertagungen der Nuklearen Planungsgruppe (1980) richtete Portugal eine ihrer halbjährlichen Konferenzen aus. (Die nächste wird am 27./28. Oktober 1983 in Montebello, Kanada, stattfinden.⁵) Wegen ihrer Distanzierung zur nuklearen Komponente der Abschreckung ließen sich Spanien und Griechenland nur durch ihre NATO-Botschafter⁶ vertreten – Spanien lediglich als „Beobachter“, Griechenland mit seinem üblichen Vorbehalt zum Kommuniqué (aus Opposition zu jeder Modernisierung nuklearer Waffen).

⁴⁰ Bundeskanzler Kohl führte am 24. März 1983 ein Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam, in dessen Mittelpunkt der angekündigte Vorschlag des Präsidenten Reagan vom 31. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen, die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik sowie die innerdeutschen Beziehungen standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Hat Amtsrat Kusnezow am 28. März 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Werndl am 28. März 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 29. März 1983 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. März 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 27. März 1983 vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12036 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 78–80. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 382–384.

⁵ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vgl. Dok. 321.

⁶ Jaime de Ojeda (Spanien) und Stylianos Wassilikos (Griechenland).

2) Im Zentrum standen folgende, unter II. näher dargelegte Themen:

a) Sowjetische nukleare Aufrüstung im interkontinentalen, Mittelstrecken- und Raketenabwehrbereich. Weinberger rief dazu auf, von diesen (geheim eingestuft) alarmierenden Fakten die Öffentlichkeit in groben Zügen aktiv zu unterrichten.

b) Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses

Hierzu demonstrieren alle Verteidigungsminister Solidarität mit einem inzwischen üblichen, intern gebliebenen niederländischen Alleingang.

c) Anpassungen im nuklearen Gefechtsfeld- und Kurzstreckenbereich der NATO

Weinberger wandte sich hierzu energisch dagegen, sich nochmals auf einen NATO-Doppelbeschluss einzulassen, also die SU erneut dazu einzuladen, NATO-Beschlüsse zu vereiteln.

d) Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit

Hierzu gingen die Meinungen weit auseinander, ob es realistisch ist, pessimistisch oder optimistisch zu sein. Das Kommuniqué wurde so öffentlichkeitswirksam gestaltet, wie es NATO-Verlautbarungen mit dieser Materie sein können.

Die Diskussionen aller Themen zeigten ein hohes Maß an Übereinstimmung; alle Minister waren sich der Notwendigkeit bewußt, im Jahre 1983 – nicht dem „Raketenjahr“, sondern dem „Jahr der Verhandlungen“ – geschlossen zu sein und sich geschlossen zu zeigen.

3) Weinberger nahm die Einladung des BMVg an, der Bundeswehr vor oder nach der DPC-Ministerkonferenz, also Ende Mai/ Anfang Juni 1983⁷, einen Besuch abzustatten.⁸

II. Im einzelnen

Zu I 2 a):

1) Weinberger wies (z.T. mit Fotos allerjüngsten Datums) nach, daß die Sowjetunion ihre nukleare Aufrüstung in allen Bereichen in unvermindertem Tempo fortsetzt; derzeit arbeite Moskau an der Entwicklung oder Einführung von 30 neuen nuklearen Systemen.

Kommentar: Auf westlicher Seite käme man unter Einrechnung der britischen und französischen Nuklearstreitkräfte immerhin auch auf etwa zehn Systeme, darunter B-1B, MX, GLCM, PII, D5, Stealth-Bomber, Laser-ABM.

Folgendes hob Weinberger, mit Fotos untermauert, besonders hervor:

- Die SU testet bereits zwei neue ICBM, welche sowohl mobil wie aus Silos eingesetzt werden können.
- Desgleichen entwickelt die SU zwei seegestützte nukleare Marschflugkörper (SLCM) großer Reichweite (3000 km und mehr) für den Einsatz gegen Landziele; beide Typen werden auf U-Booten der Yankee-Klasse bereits eingebaut.

⁷ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel vgl. Dok. 166 und Dok. 174.

⁸ Der amerikanische Außenminister Weinberger hielt sich vom 29. bis 31. Mai 1983 in der Bundesrepublik auf. Er führte ein Gespräch mit Bundesminister Wörner und besuchte die Bundeswehr. Vgl. dazu den Artikel „Weinberger: Die USA wollen abrüsten“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 31. Mai 1983, S. 1.

- Die strategische SS-18-Rakete erhält durchgehend zehn Sprengköpfe.
- Von dem riesigen nuklearstrategischen U-Boot (Turmhöhe 23 m) Typhoon wird bereits das dritte Exemplar gebaut.
- Von dem riesigen Interkontinentalbomber Blackjack wird die erste Staffel 1986 in Dienst gestellt sein. Er trägt luftgestützte nukleare Marschflugkörper (ALCM); mit ihnen wird bereits eine modifizierte Version des Langstreckenbombers Bear umgerüstet.
- Der geplante SS-20-Ausbau wird jetzt auf 50 Basen (statt der bisher angenommenen 30–33 Basen) geschätzt, d.h. auf künftig 450 Raketen (derzeit 351). Jeder SS-20-Abschußvorrichtung ist eine Ersatzrakete („refire“) zugeordnet.
- Um Moskau wurden weitere 26 ABM-Raketen installiert (von den von SALT I⁹ zugelassenen 100 Stück existieren damit 64). Bemerkenswert ist der Bau eines (seinerseits durch Raketen beschützten) Pyramidenradars im Ausmaße von 150 m c 150 m.
- Die (konventionelle) sowjetische Luftabwehr wird ebenfalls fortlaufend modernisiert (u. a. mit Radar auf Stahlgerüsten zur Bekämpfung tieffliegender Flugkörper (GLCM-Abwehr!). 1992 dürfte die SU 4275 Systeme des Typs SA-10 mit 17 100 Flugabwehrraketen besitzen.
- Der Abwehr niedrig fliegender Objekte dient ferner der neue Foxhound-A-Abfangjäger, von dem schon 39 Stück in Dienst gestellt sind.

2) Weinberger schloß daran eine recht spekulative Einschätzung der sowjetischen Nuklearstrategie: Zwar wolle Moskau einen evtl. Konflikt in Europa konventionell halten und im Gefechtsfeld nuklear nur zurückschlagen. Gleichzeitig suche sich die SU jedoch in die Lage zu versetzen, bei weiterer Eskalation die USA wiederholt mit strategischen Waffen anzugreifen; sie suche einen Krieg auch noch nach einem nuklear-strategischen Schlagabtausch über längere Zeit erfolgreich fortsetzen zu können („protracted nuclear war“).

Kommentar: Die amerikanische Verteidigungsplanung unter Weinberger wirkt wie eine Reaktion auf diese Annahmen.

Zu I 2 b):

a) Es wurde festgestellt, daß die Implementierung der LRTNF-Modernisierung in allen fünf Stationierungsländern und in den USA dem vorgesehenen Kalender entspricht. Insbesondere:

- Belgien hat bereits eine zivile Konstruktionsfirma mit der Durchführung der infrastrukturellen Arbeiten am bekanntgegebenen GLCM-Standort Florennes betraut.¹⁰

⁹ Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

¹⁰ Zur Bekanntgabe des belgischen Stationierungsorts für amerikanische landgestützte Cruise Missiles vgl. Dok. 49, Anm. 7.
Botschaftsrat I. Klasse Nipperdey, Brüssel, berichtete am 29. März 1983, nach Presseberichten über Florennes habe die belgische Regierung am Vortag erklärt, „daß die endgültige Entscheidung über den Standort für Cruise Missiles in Belgien noch nicht gefallen sei. Das Prüfverfahren sei noch nicht abgeschlossen. Die von Außenminister Tindemans in Beantwortung einer Kammeranfrage am 21.12.

- In den Niederlanden würde es genügen, wenn die in Vorbereitung befindliche Festlegung des Standorts im Herbst 1983 erfolgen würde. Für diesen Zeitpunkt bereitet Den Haag ein Verteidigungsweißbuch¹¹ vor.
- Die USA haben die GLCM bei acht Tests sechs Mal mit vollem Erfolg erprobt. Die letzten Tests sollen vor Juni abgeschlossen werden.

Auch die PII hat inzwischen vier erfolgreiche Tests mit beiden Stufen und zwei mit einer Stufe (Zielgenauigkeit) hinter sich.¹² Wenn der Kongreß die Mittel für die weiteren 10 bis 12 Tests wider Erwarten nicht nachbewilligt, soll das PII-Programm „aus anderen Raketentiteln“ (so Weinberger) weitergeführt werden.

b) Genfer INF-Verhandlungen

(i) Weinberger gab nicht zu erkennen, ob die USA bereit sind, entsprechend dem Wunsch der Europäer schon bald einen neuen Vorschlag für ein Interimsabkommen vorzulegen. Dagegen spricht, daß Weinberger betonte, daß die SU noch immer keinen seriösen Vorschlag vorgelegt habe. Ein Interimsabkommen (bei Beibehaltung der Null-Lösung als Ziel fortzuführender Verhandlungen) müsse jedenfalls den fünf bekannten Kriterien entsprechen (equal rights; only systems of US and SU; global limitations; verification; undiminished conventional defense). Hinsichtlich der Globalität bemerkte Weinberger pointiert, die SS-20 in Asien vergessen zu wollen, sei nicht nur für Japan und VRC¹³ eine Zumutung, sondern auch für Alliierte wie Norwegen und die Türkei, welche auch aus Zentralasien bedroht werden.

(ii) BM Wörner bekräftigte das unbeirrbar Festhalten der Bundesregierung an beiden Teilen des Doppelbeschlusses. Die INF-Dislozierung werde von der Mehrheit der deutschen Wähler nicht nur toleriert, sondern mitgetragen, falls es in Genf zu keinem befriedigenden Ergebnis komme. Es sei für die Öffentlichkeit wichtig, daß die Perspektive einer Null-Lösung erhalten bleibe; ebenso wichtig sei jedoch ein baldiger westlicher Vorschlag für ein Interimsabkommen auf möglichst niedriger Ebene – unter Beibehaltung des Waffenmix von GLCM/Pershing II und unter Ausschluß von Flugzeugen. Wörner appellierte an Weinberger, einen solchen Vorschlag vor Bekanntgabe oder Einbringung in

Fortsetzung Fußnote von Seite 393

1982 erteilte Antwort, daß der Standort Florennes unter technischen Gesichtspunkten am besten geeignet sei, wird von Verteidigungsminister Vreven heruntergespielt.“ Vgl. Drahtbericht Nr. 87; Referat 201, Bd. 125684.

¹¹ Fregattenkapitän Hammer, Den Haag, berichtete am 7. Dezember 1983, der niederländische Verteidigungsminister de Ruiter habe am 28. November 1983 ein rund 400 Seiten starkes Verteidigungsweißbuch der Öffentlichkeit übergeben: „Die Veröffentlichung erfolgte überraschend, nachdem ein Exemplar vorzeitig der Presse zugänglich gemacht worden war. Indiz für die große Eile bei der Herausgabe ist, daß das Buch bisher nur in Form von vervielfältigtem Schreibmaschinentext vorliegt. ‚Defensienota 84‘ enthält nicht nur Aussagen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern ist Planungsdokument für den Zeitraum 1984–93, wobei die Jahre 1984–88 nach Art eines Fünf-Jahres-Plans ausgeplant sind, während zweite Phase 1989–93 nur Globalansätze enthält.“ Mit Ausnahme der Nuklearpolitik gebe das Verteidigungsweißbuch über alle Aspekte der Landesverteidigung ausführlich Auskunft: „Schwerpunkt der Aussagen ist das Schlagwort Qualität vor Quantität, d. h. im Planungszeitraum wird der Zulauf neuen Geräts verlangsamt zugunsten einer Komplettierung der in der letzten Dekade begonnenen Vorhaben. Eine deutliche Zielsetzung ist in der Forderung europäischer Rüstungsvorhaben unter besonderer Berücksichtigung der eigenen Industrie zu erkennen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125633.

¹² Zu den Tests von Pershing II vgl. Dok. 48, Anm. 15.

¹³ Volksrepublik China.

Genf mit den Verbündeten eingehend zu konsultieren; andernfalls bestehe die Gefahr, daß auch die neue amerikanische Verhandlungsposition von einzelnen Verbündeten in der westlichen Öffentlichkeit „zerpflückt“ werde. (Inzwischen wurde uns bekannt, daß Weinberger diesen Appell an Präsident Reagan weitergeleitet hat.)

Die Andropow-Vorschläge¹⁴ seien völlig unannehmbar; sie zielten darauf, die Sicherheitslage der nichtnuklearen NATO-Partner fundamental zu verändern. Bei Einbeziehung der britischen und französischen Systeme entstünden de facto drei Kategorien von Bündnisstaaten: die Supermacht USA; die beiden Nuklearen; die sowjetischer Erpreßbarkeit ausgesetzten Nichtnuklearen.

(iii) Lagorio (IT) äußerte sich fast identisch mit Wörner. Für einen möglichen westlichen Vorschlag in Genf stellte er „als private Anregung“ eine einseitige westliche Erklärung zur Debatte. Darin würden die USA der SU einen SS-20-Reduzierungsplan in Stufen unterbreiten und zugleich ankündigen, daß die westliche Nachrüstung automatisch dem östlichen Verhalten folgt. Etwa: volle Dislozierung bei ausbleibender Reaktion; Anhalten der vorgesehenen westlichen Dislozierung bei Erreichen des gleichen Niveaus; gemeinsames Reduzieren von diesem Punkt an.

(iv) De Ruiter (NL) schlug vor, die Genfer Verhandlungen auf seegestützte INF auszudehnen und dann die britischen und französischen seegestützten Nuklearstreitkräfte einzubeziehen. (Ob er dann auch östliche SLBM einbeziehen wolle – und welche –, ließ de Ruiter offen.) Weinberger antwortete knapp, die USA hätten kein Mandat, über brit./frz. Potential zu verhandeln. Im übrigen habe Moskau dessen Einbeziehung nur vorgeschlagen, um damit die Verhandlungen blockieren zu können.

Zu I 2 c):

(i) Die Minister nahmen den Zwischenbericht zur HLG-Studie über Gefechtsfeld- und Kurzstreckenwaffen¹⁵ zustimmend zur Kenntnis und beauftragten die HLG mit Fertigstellung bis Oktober. (Ob dies möglich sein wird, ist angesichts der niederländischen Haltung zweifelhaft: Den Haag sieht in der Studie lediglich ein Vehikel, um sich der nuklearen Rolle zu entziehen.)

(ii) Weinberger unterstrich, daß das Bündnis die erforderliche Modernisierung der nuklearen Waffen dieses Bereichs ohne Aufwertung ihrer Rolle und ohne Erhöhung der Sprengkopfzahl, möglicherweise sogar mit einer gewissen Verringerung (über das vom Doppelbeschluß implizierte Ausmaß hinaus) durchführen könne.

Allerdings solle die NATO das, was sie auf diesem Gebiet für richtig halte, einseitig tun, also auch evtl. einseitig auf das ihr notwendig erscheinende Maß reduzieren. Das sei nicht etwa einseitige Abrüstung. Andernfalls setze die NATO die SU zum Kontrolleur über ihre eigene Verteidigungsplanung ein und mache diese zur Geisel von Rüstungskontrollverhandlungen.

¹⁴ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

¹⁵ Zur Studie der High Level Group (HLG) über die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO vgl. Dok. 57.

(iii) Perle betonte auf Grundlage des Zwischenberichts, daß das Gefechtsfeld- und Kurzstreckenpotential der NATO prinzipiell unentbehrlich bleibe, da sonst eine Lücke im Abschreckungsspektrum entstünde. Mehr als erforderlich werde nicht beibehalten; allerdings müsse man sich vor simplistischen Lösungen, etwa wie sie die Nordatlantische Versammlung propagiere, hüten. (P. kritisierte damit Senator Biden.)¹⁶

(iv) SACEUR¹⁷ bemerkte, die HLG trete jetzt in die schwierigste Phase ihrer Studie – die Quantifizierung des Bedarfs an spezifischen Waffensystemen – ein. Er plädierte, bei der Festlegung dieses Bedarfs militärischen Sachverstand zugrunde zu legen, also „anders als bei Anbahnung des Doppelbeschlusses über 572 Systeme ohne spezifisches militärisches Rationale“.

(Dieser Vorwurf SACEURs ist nur insoweit verständlich, als der Doppelbeschuß zwar mit militärischem Sachverstand, jedoch unter Vernachlässigung von SHAPE erarbeitet wurde.)

(v) De Ruiter (NL), der die HLG-Studie als „Shift Study“ bezeichnete, bezweifelte, ob man nukleare Artillerie bzw. nukleare Gefechtsfeldwaffen überhaupt brauche. Ihre militärische Rolle sei jedenfalls unbedeutend.

GS Luns erwiderte darauf, es gebe keine „Shift Study“. Diese Bezeichnung gebe lediglich niederländische Wunschvorstellungen wieder.

Perle hielt de Ruiter vor, daß er offenbar auf eine Waffenkategorie just in dem Zeitpunkt verzichten wolle, in dem die SU diese Kategorie durch Stationierung von SS-21 sowie nuklearer 155 mm- und 203 mm-Artillerie in der DDR ausbaue.¹⁸

Zu I 2 d)¹⁹: (i) Sjaastad (NO) äußerte, die Sowjetunion sei dabei, die Schlacht um die Herzen der Menschen im Westen zu gewinnen. Noch immer werde die sowjetische Aufrüstung hier verharmlost und der Doppelbeschuß fehlinterpretiert.

¹⁶ Am 14. März 1983 meldete die Presseagentur AP: „Der demokratische US-Senator Joseph Biden sammelt dem Vernehmen nach unter seinen Senatskollegen Unterschriften unter einen Brief, der Präsident Ronald Reagan dringend auffordert, sich für einen Abbau atomarer Gefechtsfeldwaffen in Europa einzusetzen. Biden, der dem NATO-Ausschuß für Atomwaffen in Europa vorsitzt, habe bereits beträchtliche Unterstützung gewonnen und werde den Brief möglicherweise diesen Monat veröffentlichen, verlautete am Sonntag aus Senatskreisen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125684.

Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 31. März 1983, am Vortag sei das Schreiben von 15 Senatoren an Reagan veröffentlicht worden, „in dem diese Präsident Reagan drängen, mit dem Abzug einer größeren Zahl von zur Zeit in Westeuropa stationierten taktischen Nuklearwaffen zu beginnen. In dem von Senator Biden entworfenen Brief argumentieren die Senatoren, daß solche Reduzierungen schon seit langem militärisch gerechtfertigt seien und in einer Zeit, in der sich die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles abzeichne, auch eine positive politische Bedeutung haben könnten.“ Wallau erläuterte: „Der Brief der Senatoren ist im Zusammenhang des unter der Leitung von Sen. Biden vom ‚North Atlantic Assembly’s Special Committee on Nuclear Weapons in Europe‘ erarbeiteten Berichts über ‚Nuclear Weapons in Europe‘ zu sehen. [...] Als im letzten November der erste Entwurf dieses Berichts in London anlässlich der jährlichen Tagung der ‚Nordatlantischen Versammlung‘ zirkuliert wurde, unterstützte die überwältigende Mehrheit der Parlamentarier den NATO-Doppelbeschuß, forderte aber gleichzeitig eine Verminderung der Zahl der nuklearen Gefechtsfeldwaffen in Europa als eine Möglichkeit, das öffentliche Vertrauen in die westliche Verteidigungspolitik wiederherzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1474; Referat 221, Bd. 124571.

¹⁷ Bernard W. Rogers.

¹⁸ Zur Modernisierung sowjetischer Kurzstreckensysteme in der DDR vgl. Dok. 44.

¹⁹ Korrigiert aus: „Zu I 2 c)“.

(ii) GS Luns stimmte dem zu: Die Friedensbewegung folge der sowjetischen Argumentationslinie und werde vom Osten finanziell gefördert. Erst kürzlich sei ein Professor aus der DDR mit US-\$ 250 000 für „geeignete Medienvertreter“ in Belgien aufgegriffen worden. Noch unterscheide sich die Haltung der schweigenden Mehrheit von derjenigen der NATO-feindlichen Medien – doch wie lange noch?

(iii) Heseltine (UK) sah die Situation weniger schwarz. Im UK – wo der letzte Wahltest vor der Stationierung statthaben werde²⁰ – seien 70–80 % für NATO, nukleare Verteidigung und eine unabhängige britische Nuklearstreitmacht. Nur wenn es um die Einführung konkreter nuklearer Waffensysteme gehe, seien die Wähler verunsichert. Von seinen eigenen Wählern seien 40 % gegen GLCM, aber nur die Hälfte hielten das für eine wichtige Frage. Andererseits seien 30 % der Labour-Wähler für GLCM. Auch von diesen hielten nur die Hälfte dies für eine wichtige Frage. Insgesamt überschätzen also die Politiker die Bedeutung sicherheitspolitischer Einzelentscheidungen im Wählerbewußtsein. Eine Interministerielle Arbeitsgruppe in London sei von ihm, Heseltine, beauftragt, für jede geplante Veranstaltung der Friedensbewegung (Reden, Versammlungen, Umzüge) eine Gegenveranstaltung am gleichen Tag zu organisieren, dabei aber Ratio gegen Emotion zu setzen.

(iv) Weinberger wertete die Bedeutung einer evtl. Freeze-Resolution des Kongresses²¹ ab. Sie würde nicht bindend sein und honoriere nach jetzigem Text des Resolutionsentwurfs die bestehenden amerikanischen Commitments. Dazu zähle er auch den Doppelbeschluß.

Leider sei die Öffentlichkeit durch bekanntgewordene Unterschiede in den hochklassifizierten Studien von CIA und DIA über sowjetische Rüstungsausgaben verwirrt worden. Der Disput betreffe aber nur die jüngste Zuwachsrate.²² Wie bei einer Automobilfabrik, welche auf einen neuen Typ umstelle, sei aus zeitweisem Abflachen der Produktion nicht auf weiteres Absinken zu schließen.

Auf MX (und ihre Bedeutung im INF-Zusammenhang) angesprochen, beteuerte Weinberger, die Administration strebe weiterhin Landstationierung an.²³

²⁰ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

²¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann notierte am 12. März 1983, der Auswärtige Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses habe am 8. März 1983 mit 27 zu 9 Stimmen den Resolutionsentwurf des Ausschußvorsitzenden Zablocki zu einem Freeze der nuklearen Rüstung angenommen: „Die Senatoren Kennedy und Hatfield haben inzwischen einen vergleichbaren Text im Senat eingebracht, der aufgrund der republikanischen Mehrheit in diesem Forum allerdings kaum Aussicht auf Annahme haben dürfte.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135224.

²² In der Presse hieß es dazu: „A dispute over Soviet military spending has erupted among intelligence analysts, according to Government officials, with specialists in the Central Intelligence Agency saying that the growth rate has been overstated for the last six years. The CIA specialists responsible for annual reviews of Soviet military spending now say that their previous estimates of increases of 3 to 4 percent each year, after inflation, may be wrong, and that the rate of growth may have been no more than 2 percent.“ Vgl. den Artikel „CIA Analysts Now Said to Find US Overstated Soviet Arms Rise“; THE NEW YORK TIMES vom 3. März 1983, S. 1.

²³ Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 20, Anm. 9. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 28. Februar 1983: „Der Congressional Research Service (CRS) hat eine Studie über zwölf verschiedene Optionen zur Stationierung der MX erarbeitet, die von verschiedenen großen Ostküsten-Zeitungen aufgegriffen und dahingehend interpretiert worden ist, daß sie sich gegen eine Stationierung der MX auf Land ausspreche.“ In der Studie seien je-

III. Um so überzeugend wie nur möglich auf die westliche Öffentlichkeit einzuwirken und die amerikanische Verhandlungsposition in Genf zu stärken, nahmen die Minister einen erheblichen Teil ihrer Detailerörterungen in das Abschlußkommuniqué auf, vor allem § 2 (Strategie), § 3 (sowjetische Hochrüstung) und § 6–9 (Doppelbeschluß/Genfer Verhandlungen). Insbesondere Weinberger zeigte sich darüber befriedigt, daß es im Kommuniqué gelungen ist, die westliche Verhandlungsposition in Genf (INF) ebenso wie die Kritik an der sowjetischen mit so viel Detail darzustellen.

Wilfried Hofmann

VS-Bd. 12036 (201)

78

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 24. März 1983, 18.35 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 36 Ortez

Zum 25. Europäischen Rat am 21./22. März 1983 in Brüssel (EG- und EPZ-Teil)

I. 1) Am 21./22. März 1983 fand unter Vorsitz von BK Dr. Kohl der 25. Europäische Rat in Brüssel statt. Es handelte sich um das erste von insgesamt zwei Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft, die während unserer Präsidentschaft² vorgesehen sind. Der Brüsseler ER wurde stark bestimmt von der erst am Vormittag des 21. März möglichen Einigung über die Anpassung der Leitkurse im EWS (vgl. dazu gesondertes Ortez³). Er diente vor allem der Festlegung von operativen Weisungen und Leitlinien für die weiteren Arbeiten der Gemeinschaft im Hinblick auf den ER in Stuttgart (6./7. Juni 1983)⁴. Zu den Schlußfolgerungen der Präsidentschaft über den Brüsseler ER⁵ im einzelnen vgl. Informationsfunk-Meldung 2190 d/0 vom 22. März.

Fortsetzung Fußnote von Seite 397

doch „ganz bewußt nur Optionen analysiert und keine Empfehlung ausgesprochen“ worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 902; Referat 201, Bd. 125654.

Auch der ehemalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Taylor, plädierte in einem Artikel der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post“ am 6. März 1983 gegen ein landgestütztes MX-System und für eine generelle Abschaffung landgestützter ICBMs in den USA. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 625 der Botschaft in Washington vom 8. März 1983; Referat 201, Bd. 125654.

¹ Durchdruck.

² Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

³ Vgl. Dok. 74.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

⁵ Für die „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates“ am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 246–249.

2) Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Gemeinschaft⁶ sprach sich der ER für weitere Fortschritte aus bei allen vom Kopenhagener ER⁷ beschlossenen Arbeiten, insbesondere zur Verbesserung der Beschäftigungslage Jugendlicher, zur Stärkung des freien Binnenmarktes (einschließlich Dienstleistungsfreiheit im Versicherungswesen) sowie zur gemeinschaftlichen Energie-, Forschungs- und Industriepolitik. Auf Drängen von F soll sich der Rat parallel zu den Arbeiten zum Binnenmarkt auch mit Vorschlägen zur Stärkung der Instrumente der gemeinsamen Außenhandelspolitik (Schutz gegen „unlautere“ Einfuhren!) befassen.

3) Auf deutsche Initiative werden sich die Bildungsminister bzw. der Rat ferner des Problems der gegenseitigen Anerkennung der Diplome annehmen und die noch ausstehende Harmonisierung des Niederlassungsrechts für Architekten und Ingenieure voranzubringen suchen.

Der ER unterstützte auch unsere Vorschläge transnationaler Maßnahmen im EG-Rahmen und einer gemeinschaftlichen Initiative in der ECE gegen den sauren Regen und das Waldsterben (Luftverunreinigung durch Industrieanlagen und Kfz-Abgase).⁸ Schließlich sprach sich der ER auf Wunsch von NL für die beschleunigte Entwicklung einer gemeinsamen Verkehrspolitik aus.

4) Die Staats- und Regierungschefs forderten die Vorbereitung einer Gemeinschaftshaltung für den Wirtschaftsgipfel im Mai 1983 in Williamsburg (USA)⁹ zur Förderung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs durch konzentrierte Politiken der Gipfelteilnehmer – nicht zuletzt auch im Interesse der EL. Sie betonten, daß ein – von ihnen befürworteter – echter Dialog EG/USA zum Agrarhandel¹⁰ nur unter Respektierung der seinerzeit bei der Tokio-Runde¹¹ getroffenen Abmachungen möglich sei. Der Bundeskanzler warnte in diesem Zusam-

⁶ Vgl. dazu die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 14. März 1983 „Die wirtschaftliche und soziale Lage in der Gemeinschaft“ an den Europäischen Rat; B 2 (Referat 014), Bd. 249.

⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 335.

⁸ Zu den Bemühungen der Bundesrepublik um eine Verbesserung des Umweltschutzes vgl. Dok. 30, Anm. 27.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Matuschka informierte am 11. März 1983 die Botschaft in London: „Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoff-Emissionen, insbesondere des Schwefeldioxids, das als eine Hauptursache der sauren Niederschläge und der Waldschäden gilt, werden auf verschiedenen Ebenen vorbereitet. [...] Im Rahmen der EG erarbeitet aufgrund eines deutschen Memorandums von 1982 die Kommission den Entwurf einer ‚Grundsatzrichtlinie Luftreinhaltung‘, die noch während der deutschen Präsidentschaft vorgelegt werden soll. Im Rahmen der ECE tritt am 16. März 1983 das Genfer Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftreinhaltung in Kraft. Das Exekutivorgan dieses Übereinkommens konstituiert sich auf einer Tagung vom 7. bis 10. Juni 1983 in Genf. Dabei werden die skandinavischen Staaten den Vorschlag einbringen, die Vertragsstaaten sollten sich zu einer bestimmten Verminderung der Emissionen verpflichten.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 415, Bd. 132203.

⁹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁰ Zur Kontroverse zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften über die Agrarpolitik vgl. Dok. 53, Anm. 17.

¹¹ Die Tokio-Runde im Rahmen des GATT fand von 1973 bis 1979 statt. Dazu teilte Legationsrat I. Klasse Oehms am 20. April 1979 mit: „Im Gegensatz zu früheren Handelsverhandlungen stand der Bereich der nichttarifären Handelshindernisse im Vordergrund, die Bedeutung der Zölle ist zurückgetreten. [...] Wenn der inzwischen weitgehend erreichte materielle Abschluß auch nicht voll unseren Liberalisierungserwartungen entspricht, so stellen das Ergebnis und sein Zustandekommen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Ausweitung des freien Welthandelssystems und zur Stärkung der GATT-Regeln dar.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 34; Referat 012, Bd. 111777.

menhang vor einer isolierten Betrachtungsweise. 1983 sei handels- wie sicherheitspolitisch ein wichtiges Jahr.

5) Besonders intensiv befaßte sich der ER mit den Problemen im Zusammenhang mit der EG-Süderweiterung. Sämtliche Teilnehmer sprachen sich nachdrücklich für den möglichst baldigen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen sowohl mit Spanien und Portugal¹² als auch über die (parallel dazu) gemeinschaftsintern zu lösenden Fragen, insbesondere der Besitzstands Anpassung bei Obst, Gemüse und Olivenöl aus. Der ER gab den Agrarministern einige politische Orientierungen (lange Übergangszeit bei Olivenöl, bei Obst und Gemüse, Kompromißsuche auf der Basis der Kommissionsvorschläge und zugleich Aufrechterhaltung der traditionellen Handelsströme mit Drittländern sowie Respektierung des freien Warenverkehrs), forderte alle MS zur Konzessionsbereitschaft auf und erbat Bilanz des Allgemeinen Rats für den Stuttgarter ER.

6) Der ER erörterte auch die künftige Finanzierung der Gemeinschaft¹³ angesichts drohender Erschöpfung ihrer Eigeneinnahmen. Die für April/Mai erwarteten Vorschläge der Kommission¹⁴ hierzu sollen die Notwendigkeiten der Fortentwicklung der Gemeinschaftspolitiken, der Süderweiterung sowie einer strengen Haushaltsdisziplin und bestehende Unausgewogenheiten im Haushalt (worunter GB und wir auch eine gerechtere Lastenverteilung verstehen) berücksichtigen. Der hierzu vom Allgemeinen Rat dem Stuttgarter ER vorzulegende Bericht soll zugleich auf Drängen der britischen PM¹⁵ Schlußfolgerungen für einen erneuten Ausgleich an GB¹⁶ (als Interimslösung für 1983) enthalten. Präsident Mitterrand unterbreitete in diesem Zusammenhang, ohne daß dies Gegenstand der Debatte geworden wäre, einige Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Finanzierung. Die EG-Einnahmen sind demnach begrenzt zu erhöhen und die Mitwirkungsrechte des EP im Haushaltsbereich zu „reformieren“, d. h. zu beschneiden. Im übrigen sollen für zusätzliche Aufgaben (etwa im Energiebereich) Sonderfonds außerhalb des EG-Haushalts (und der Einwirkungsmöglichkeiten des EP) von denjenigen finanziert werden, die am stärksten davon profitieren.¹⁷

¹² Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 46, Anm. 5.

Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 9, Anm. 16.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für Wirtschaft, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie des Bundesministeriums der Finanzen vom 28. März 1983 hieß es, die EG-Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal seien ins Stocken geraten, weil „Detailverhandlungen über den schwierigen Landwirtschaftsbe reich infolge der noch nicht abgeschlossenen gemeinschaftsinternen Diskussion über die Anpassung der Marktordnungen für gewisse Mittelmeerprodukte noch nicht möglich waren. Die Ungewißheit über den zukünftigen Besitzstand der Gemeinschaft wirkte sich auch auf andere Verhandlungsbereiche erschwerend aus. [...] Bei Portugal behindern der französische Etappenplan (Ausklammerungs- etappe für M[ittel]M[eer]-Produkte) bei Landwirtschaft (sowie die Grönlandfrage bei Fischerei) ein nennenswertes Fortkommen der Beitrittsverhandlungen. Bei Spanien ist es vor allem der französische Widerstand, vor Ergebnissen bei der internen Anpassung der MM-M[arkt]O[rdnung]en die Landwirtschaftsverhandlungen mit Spanien freizugeben. Als Reaktion hat zudem Spanien in gewerblichen Fragen (innenpolitisch motiviert) härtere Positionen bezogen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130824.

¹³ Zur Frage der Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 11, Anm. 26.

¹⁴ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 6. Mai 1983 zur Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 134, Anm. 9.

¹⁵ Margaret Thatcher.

¹⁶ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

¹⁷ Zu den Vorschlägen des Staatspräsidenten Mitterrand vgl. Dok. 84.

7) Die Bilanz des Brüsseler ER – zwischen Kopenhagen und Stuttgart – hat vor allem zur Acquis-Anpassung bei Mittelmeerprodukten als Voraussetzung für substantielle Fortschritte in den Agrarkapiteln der Beitrittsverhandlungen sowie zur künftigen EG-Finanzierung einen erheblichen Erwartungshorizont geschaffen. Das Arbeitspensum für die Juni-Sitzung ist außerordentlich groß. Für Stuttgart sind daher auch erstmals zwei volle Sitzungstage vorgesehen. Die Bundesregierung ist zu großen Anstrengungen entschlossen, um bis Juni weitere substantielle Fortschritte zu erreichen. Der Bundeskanzler sprach sich in Brüssel für eine handlungsfähige und solidarische Gemeinschaft aus, die mehr sein müsse als eine bloße Clearingstelle nationaler Interessen. Das deutsche Interesse sei in dasjenige der Gemeinschaft eingebettet.¹⁸

II. 1) „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“

Bundesminister erstattete dem Europäischen Rat Bericht über Stand der Verhandlungen zur deutsch-italienischen Initiative.¹⁹ Ungelöste Fragen finden sich noch im Kapitel über das Europäische Parlament. Auch konnte bisher keine Einigung über eine verstärkte Anwendung der in den Verträgen²⁰ vorgesehenen Mehrheitsentscheidung im EG-Ministerrat gefunden werden. Minister wies darauf hin, daß die Zehn jetzt zwischen Stillstand und Fortschritt im institutionellen Bereich wählen müßten. Partner müßten sich ihrer europäischen Verantwortung deutlich bewußt sein. Es ist beabsichtigt, vor Europäischem Rat in Stuttgart Außenminister noch einmal mit deutsch-italienischer Initiative zu befassen, um sie zu erfolgreichem Abschluß zu bringen.²¹

2) Nahost

Der Europäische Rat erörterte die Nahost-Frage und nahm längeren Passus hierzu in die Schlußfolgerungen auf.²² Im Mittelpunkt der Ausführungen zu Nahost steht die Einschätzung der gegenwärtigen Konstellation: Notwendigkeit, die verschiedenen Friedensvorschläge²³ miteinander in Einklang zu brin-

¹⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl in seiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Rats am 21. März 1983 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 243–246.

¹⁹ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 11, Anm. 24.

Für den Bericht des Bundesministers Genscher vor dem Europäischen Rat vgl. die Vorlage des Referats 200 vom 16. März 1983; Referat 200, Bd. 122698.

²⁰ Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504. – Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

²¹ Am 14./15. Mai 1983 fand in Gymnich ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Vgl. dazu. Dok. 140 und Dok. 146.

²² Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel zum Nahen Osten; EUROPA-ARCHIV, D 248 f.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 25. März 1983: „Es handelt sich nicht um eine Grundsatzklärung des ER von der Qualität der Venedig-Erklärung; allerdings auch nicht lediglich um eine Presseerklärung des Vorsitzes, vielmehr um Schlußfolgerungen, die an zweiter Stelle in der Rangfolge der Äußerungen des ER stehen. [...] Die Schlußfolgerungen beruhen auf einem ursprünglichen Entwurf der Präsidentschaft und vor allem einem britischen Gegenentwurf, der, wie von der britischen Seite betont wurde, unter dem frischen Eindruck des Hussein-Besuchs in London gefertigt worden sei. Das Ergebnis ist ein Kompromiß. Wir konnten wesentliche Verbesserungen anbringen und unnütze Schärfen vermeiden helfen.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 137563.

²³ Vgl. dazu den Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten; Dok. 9, Anm. 17. Vgl. dazu den Friedensplan der Arabischen Liga für den Nahen Osten („Fes-Plan“); Dok. 9, Anm. 18. Vgl. dazu den Friedensplan des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für den Nahen Osten; Dok. 67, Anm. 6.

gen und in die Realität umzusetzen, Überzeugung, daß die Schlußfolgerungen der jüngsten Tagung des Palästinensischen Nationalrates²⁴ zum Friedensprozeß beitragen könnten und sollten, Aufforderung an das palästinensische Volk und die PLO, die Gelegenheit zu nutzen und sich für Friedensverhandlungen auszusprechen, Ausdruck der Hoffnung auf Unterstützung für politische Lösung der Palästinenser-Frage durch arabische Staaten, Hinweis auf unerläßliche Rolle der USA sowie Hinweis darauf, daß für Israel Zeit gekommen ist, zu zeigen, daß es auf der Grundlage der Entschließungen 242²⁵ und 338²⁶ des UN-Sicherheitsrates zu echten Verhandlungen bereit ist, Auffassung der Zehn zu israelischer Siedlungspolitik wird wiederholt.

3) Iran/Irak

In kurz gehaltenem Passus über Iran/Irak bringen die Zehn ihre wachsende Besorgnis über den Konflikt am Golf zum Ausdruck, der aus ihrer Sicht eine wachsende Bedrohung für Sicherheit und Stabilität in der gesamten Region darstellt. Sie rufen zu einem Waffenstillstand sowie zu einer in Übereinstimmung mit den Entschließungen des UN-Sicherheitsrates²⁷ ausgehandelten gerechten Lösung auf.

4) KSZE

Der Europäische Rat erörterte den gegenwärtigen Stand der Madrider KSZE-Folgekonferenz. Dabei waren sich die Zehn einig, daß der Versuch unternommen werden soll, auf der Grundlage des am 15. März von den NNA-Staaten vorgelegten Kompromißvorschlages²⁸ zu einer²⁹ baldigen Einigung zu kommen. (Hierzu wurde kein Text in die Schlußfolgerungen aufgenommen.)

Vgl. auch Infotunk-Meldungen Nr. 1063 d/0 vom 21. sowie 1066 d/1, 1066 d/2, 1066 d/3, 1066d/4, 1066 d/5, 1065 d/1, 1065 d/2 und 1065 d/3 vom 23.3.1983.

Steinkühler³⁰

Referat 012, Bd. 124454

²⁴ Zur Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 14. bis 22. Februar 1983 in Algier vgl. Dok. 58, Anm. 32.

²⁵ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

²⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

²⁷ Vgl. dazu die Resolution Nr. 479 des VN-Sicherheitsrats vom 28. September 1980 zum Krieg zwischen dem Irak und dem Iran; RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980, S. 23.

Vgl. dazu ferner die Resolutionen Nr. 514 und Nr. 522 des VN-Sicherheitsrats vom 12. Juli bzw. 4. Oktober 1982; RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982, S. 19 f.

Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 22. Februar 1983: „SR-Präsident (SU) veröffentlichte am 21.2. nach internen Konsultationen des Rates Erklärung zu Irak-Iran-Konflikt, die drei frühere SR-Res[olutionen] zum Thema in Erinnerung ruft, sofortige Feuereinstellung sowie Rückzug bis zu international anerkannten Grenzen fordert. Mitgliedstaaten der VN werden an ihre Verpflichtung zur Einhaltung von SR-Beschlüssen erinnert; Fortsetzung und Eskalation der Findseligkeiten werden bedauert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 361; Referat 311, Bd. 137769.

Für den Wortlaut der Erklärung vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1983, S. 236.

²⁸ Zum überarbeiteten Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

²⁹ Korrigiert aus: „einiger“.

³⁰ Paraphe vom 24. März 1983.

79

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.11-1217/83 geheim

25. März 1983¹

Herrn Staatssekretär² als Unterlage für das vorgesehene Chefgespräch auf Staatssekretärschauer mit BMVg und BMF

Betr.: Künftige Fassung der 3 %-Formel³ in der „Ministerleitlinie“ 1983

Bezug: Ihre Weisung vom 23.3.1983⁴

Anlg.: 2 (Auszug aus BSR-Prot. vom 21.5.81 – 201-360.04/2-1924/81 geh.⁵)

1) Die Verpflichtung der NATO-Verbündeten, ihre nationalen Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien real um jährlich etwa („in the region of“) 3 % zu erhöhen, findet sich erstmals 1977 in Ziffer 16 der sogenannten „Ministerleitlinie“ (Text von Ziffer 16 s. anliegend⁶). Diese Ministerleitlinie setzt einen auf fünf Jahre berechneten Orientierungsrahmen für die Streitkräfteplanung im Bündnis; sie wird alle zwei Jahre fortgeschrieben und von den Verteidigungsministern im DPC verabschiedet. Die diesjährige Leitlinie für den Planungszeitraum 1985 bis 1990 soll durch die Minister am 1./2. Juni 1983 gebilligt werden.⁷

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Boden konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 28. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) B[itt]e Beifügung der Klausel, wie sie heute lautet. Von wem kam d[ie] BSR-Vorlage 81? 2) Tel[efon]at Hiehle.“ Ferner notierte er für Ministerialdirigent Schauer: „Ich habe StS Hiehle heute gesagt, daß wir – auch hierzu – bald einen BSR brauchen. Dem hat er zugestimmt. Bitte da dranbleiben.“

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 28. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Staden vermerkte: „Klausel aus 1977 (Text links) gilt noch. Zuletzt über Min[ist]erial Guidance 1981 ‚confirmed‘ (Text ebenfalls links). BSR-Vorlage 81 kam von BMVg, mit AA abgestimmt. (S[ie]he) S. 5 des BSR-Protokolls.“ Staden vermerkte handschriftlich zu den Wörtern „gilt noch“: „Nein, die ökon[omische] Kondition ist (financial) leicht verstärkt.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12029 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Hat Butler am 29. März 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Schauer notierte: „BM hat Vermerk des St-Gesprächs über Hiehle-Telefonat erhalten mit den besprochenen drei Anlagen.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12029 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Hat Schauer am 3. April 1983 erneut vorgelegen.

³ In der „Ministerial Guidance 1977“, die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle NATO-Mitgliedstaaten eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

⁴ Staatssekretär Obert, Bundesministerium der Finanzen, teilte Staatssekretär von Staden am 23. März 1983 mit, er sei befremdet, „daß bei den Verhandlungen im Vorfeld der endgültigen Entscheidung über die NATO-Ministerrichtlinie nicht nur weiter vom 3 %-Ziel ausgegangen wird, sondern daß die deutsche Seite sogar einer Aussage in Richtung auf ein Wachstum von real 4 % der Verteidigungsausgaben nicht widersprochen hat“. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), müsse eine klarstellende Weisung übermitteln werden. Auf Oberts Schreiben vermerkte Staden am 24. März 1983 handschriftlich: „Muß sofort beantwortet werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125668.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12029 (201).

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12029 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Am 1./2. Juni 1983 fand in Brüssel die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO statt. Vgl. dazu Dok. 174.

2) In vergangenen Jahren haben wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern die 3 %-Verpflichtung wiederholt bekräftigt, u. a.

- auf dem NATO-Gipfeltreffen im Mai 1978 in Washington⁸ durch den Bundeskanzler⁹;
- bei den Ministerkonferenzen des DPC in den Jahren 1977¹⁰, 1979¹¹, 1980¹² und 1982¹³ durch den Bundesminister der Verteidigung¹⁴;
- in den „Ministerleitlinien der Verteidigungsminister der Jahre 1979 und 1981“.

3) Schon bei der ressortinternen Abstimmung zur vorigen Ministerleitlinie im Frühjahr 1981 widersetzte sich der BMF dem Vorschlag von AA/BMVg, die 3 %-Formel in ihrer bisher geltenden Form erneut zu verwenden. Statt dessen plädierte der BMF für eine Bemühensklausel ohne Angabe von Prozentzahlen. Mit der Angelegenheit wurde daraufhin am 8. Mai 1981 der BSR befaßt. Der Bundeskanzler entschied damals, daß an der bisherigen 3 %-Formulierung aus allianzpolitischen Gründen festzuhalten sei (Auszug aus dem BSR-Protokoll vom 8.5.81 s. anliegend).

II. 1) Der BMF begründet seine jetzt im Zusammenhang mit der neuen Ministerleitlinie erneut vorgebrachten Bedenken gegen eine Verwendung der 3 %-Formel ausschließlich mit fiskalischen Argumenten: Ihr Kern ist die Feststellung, daß eine deutsche Verpflichtung zu realen Steigerungen der Verteidigungsausgaben gemäß 3 %-Formel in den nächsten Jahren durch die weitere mittelfristige Finanzplanung nicht gedeckt sei.¹⁵

2) Wir sollten dem mit folgenden Argumenten entschieden entgegenreten:

- Bei der 3 %-Klausel handelt es sich um eine Bemühensklausel, die wir im Bündnis zusammen mit der ganz überwiegenden Mehrheit unserer Partner (Ausnahme: DK) akzeptiert haben.

⁸ Zur NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington vgl. AAPD 1978, I, Dok. 170.

⁹ Helmut Schmidt.

¹⁰ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in London vgl. AAPD 1977, I, Dok. 123.

Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1977 in Brüssel vgl. AAPD 1977, II, Dok. 356.

¹¹ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, I, Dok. 140, Dok. 143 und Dok. 145.

Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 11./12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. AAPD 1979, II, Dok. 372.

¹² Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14. Mai 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, I, Dok. 145.

Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 355 und Dok. 356.

¹³ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Mai 1982 in Brüssel vgl. AAPD 1982, I, Dok. 139.

Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Dezember 1982 in Brüssel vgl. AAPD 1982, II, Dok. 329.

¹⁴ Georg Leber bzw. Hans Apel.

¹⁵ Das Bundesministerium der Finanzen teilte am 24. Februar 1983 mit, zur Erreichung des 3 %-Ziels für das Wachstum der Verteidigungsausgaben „wären im Finanzplanungszeitraum zusätzlich fast 11 Mrd. DM bereitzustellen. Dies ist auch bei einer Verbesserung der allgemeinen Wirtschafts- und Haushaltslage ausgeschlossen.“ Einer entsprechenden Formulierung im Entwurf für die Ministerial Guidance 1983 könne daher nicht zugestimmt werden. Vgl. das Fernschreiben Nr. 334 an das Bundesministerium der Verteidigung; Referat 201, Bd. 125668.

- Im Bündnis haben wir uns zur Notwendigkeit verstärkter Verteidigungsleistungen, vor allem auf konventionellem Gebiet, bekannt (u. a. im „Dokument über integrierte Verteidigung“ des Bonner NATO-Gipfels¹⁶). Ein Abrücken von der 3%-Formel würde auch aus diesem Grunde Unverständnis hervorrufen und uns im Bündnis isolieren; dies gilt um so mehr, als von der jetzigen Bundesregierung erwartet wird, daß sie im Verteidigungsbereich nicht hinter die Regierung der sozial-liberalen Koalition zurückfällt;
- Insbesondere riskieren wir eine erhebliche Verstimmung der USA. Diese legen gerade auf unsere Unterstützung in der Frage der 3%-Formel größten Wert und messen uns eine Lokomotivfunktion für die übrigen europäischen Verbündeten zu.
- Eine Ablehnung der bisherigen 3%-Formel wäre daher ein falsches Signal und hätte unabsehbare Folgen nicht nur für die transatlantischen Beziehungen, sondern für den Zusammenhalt des Bündnisses insgesamt. Trotz schwieriger Haushaltslage, die wir mit fast allen anderen Allianzpartnern teilen, sollten wir daher die bisherige Bemühensklausel beibehalten: Die Forderung nach ihrer Abschaffung würde uns bündnispolitisch jedenfalls mehr schaden als ein eventuelles Nichteinhalten.¹⁷

i. V. Schauer

VS-Bd. 12029 (201)

¹⁶ Für den Wortlaut des Dokuments, das bei der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 77. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 346.

¹⁷ Am 28. April 1983 teilte das Bundesministerium der Finanzen mit, daß „auf Ministerebene zwischen BMVg und BMF grundsätzlich Einvernehmen erzielt wurde, die 3%-Formel i[n] d[er] F[as-]sung von 1981 unter der Voraussetzung beizubehalten, daß daraus keine haushaltspolitischen Forderungen abgeleitet werden“. Vgl. das Fernschreiben Nr. 269; Referat 201, Bd. 125668. Staatssekretär von Staden vermerkte am 29. März 1983 für Bundesminister Genscher, Staatssekretär Obert, Bundesministerium der Finanzen, habe Staatssekretär Hiehle, Bundesministerium der Verteidigung, erklärt, Bundesminister Stoltenberg sei dagegen, „eine Bemühensklausel um 3% fortzuschreiben, während er gleichzeitig um eine Begrenzung im Haushalt 1984 auf 2% bemüht sei“. Hiehle habe ihm, Staden, außerdem telefonisch mitgeteilt, daß Bundesminister Wörner „diese Frage am Rande des morgigen Plenums mit Ihnen und dem Bundesfinanzminister“ klären wolle. Staden empfahl, gegebenenfalls sollten Genscher und Wörner „darauf bestehen, die Frage wie 1981 im BSR zur Entscheidung zu bringen, da es sich die neue Regierung meines Erachtens nicht leisten kann, in der Allianz mit einer Ablehnung der seit 1977 beschlossenen Bemühensklausel von 3% anzutreten.“ Vgl. VS-Bd. 12029 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

80

Aufzeichnung der Ministerialdirigenten Schauer und Ungerer**28. März 1983**Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²Betr.: Feierliche Deklaration zur Europäischen Union (Europäische Akte)³;
hier: Weiteres VorgehenZweck der Vorlage: Zustimmung zu den Vorschlägen in Ziff. 3 a) und b) sowie
4) – letzter Absatz

1) Sie haben am 21./22. März dem Europäischen Rat⁴ über den Stand der Verhandlungen berichtet und dabei betont, daß nur noch wenige Fragen offen sind (insbesondere Beschlußfassung im Rat). Die Partner müßten sich jetzt entscheiden, ob sie im institutionellen Bereich Stillstand oder Fortschritt wollten.

Die Staats- und Regierungschefs beauftragten die Außenminister, sich noch einmal vor dem Europäischen Rat in Stuttgart⁵ mit der Initiative auf einem informellen Treffen der Außenminister (Gymnich-type) zu befassen.

2) Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß ein weiteres Hinauszögern der Verabschiedung über den Europäischen Rat in Stuttgart hinaus mit großer Wahrscheinlichkeit das Ende der deutsch-italienischen Initiative bedeuten würde. Unsere Anstrengungen sind daher darauf zu richten, in vorbereitenden, bilateralen Gesprächen, bei dem Treffen der Außenminister in Gymnich⁶ und außerdem in Kontakten mit dem EP alle Voraussetzungen für die Unterzeichnung der Feierlichen Deklaration beim Europäischen Rat am 5./6. Juni⁷ zu schaffen.

3) Es wird daher vorgeschlagen:

a) das für den 14./15. Mai vorgesehene informelle Treffen der Außenminister für eine abschließende Diskussion zu nutzen und dafür das Treffen zeitlich auszudehnen (Beginn am ersten Tag, Samstag, dem 14. Mai, bereits um 11.00 Uhr, statt wie sonst üblich um 15.00 Uhr);

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 29. März 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 29. März 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 29. März 1983 vorgelegen.

Das Ministerbüro verfügte den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an die Ministerialdirigenten Schauer und Ungerer.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg vorgelegen.

Hat Staatssekretär von Staden am 30. März 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Schauer verfügte.

Hat Schauer und Ungerer am 5. April 1983 erneut vorgelegen.

³ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 11, Anm. 24.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats in Brüssel vgl. Dok. 78.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁶ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Mai 1983 in Gymnich vgl. Dok. 140 und Dok. 146.

⁷ Die Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart wurde auf 17. bis 19. Juni 1983 verschoben. Vgl. dazu Dok. 148.

b) zur Vorbereitung des Außenministertreffens bilaterale Gespräche mit den „Problempartnern“ GB, F, DK und dem Co-Autor Italien zu führen, um eine größtmögliche Annäherung der Positionen zu erreichen und damit den Ministern die Entscheidung zu erleichtern.

Dafür bieten sich folgende Termine für Staatssekretär-Konsultationen an, zu denen die Partner den StS unabhängig vom Thema „Feierliche Deklaration“ eingeladen haben⁸:

11.4. Deutsch-französische StS-Konsultationen in Paris⁹,

18.4. Deutsch-britische StS-Konsultationen in London¹⁰,

3.5. Deutsch-dänische StS-Konsultationen in Kopenhagen.¹¹

Außerdem bieten die deutsch-italienischen Gipfelgespräche in Rom am 27./28.4.¹² Gelegenheit, die Angelegenheit mit AM Colombo aufzunehmen.¹³

Während es im Falle Großbritanniens und Frankreichs hauptsächlich darum gehen wird, in der Frage der Beschlußfassung im Rat zu einem Kompromiß zu gelangen, stellt sich das Problem im Falle Dänemarks komplizierter dar. Hier geht es weniger um Sachpositionen als darum, ein Zustandekommen unseres Projektes ungeachtet der schwierigen Lage der dänischen Regierung¹⁴ zu ermög-

⁸ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „hatten.“

⁹ Bei den deutsch-französischen Konsultationen auf Staatssekretärebene stellte Staatssekretär von Staden fest, bei der „Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union“ seien zwischen der Bundesrepublik und Frankreich noch zwei Fragen offen: „Einmal gehe es um das Abstimmungsverfahren im EG-Ministerrat, zum anderen um die sogenannte Investiturdebatte im Europäischen Parlament nach Einsetzung der Kommission“. Der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Gutmann, legte dar, die Bundesregierung befürchte, „daß der Kompromiß von Luxemburg legalisiert würde. Für die deutsche Seite sei er eine ‚triste réalité‘, und sie hoffe, daß sich die Praxis ändere. Was die französische Regierung anbetreffe, so könne sie ihrerseits weder heute noch morgen eine Lösung akzeptieren, die den Anschein erwecke, als sei der Kompromiß von Luxemburg in Frage gestellt worden.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 200, Bd. 122731.

¹⁰ Staatssekretär von Staden erklärte dem Staatssekretär im britischen Außenministerium, Acland: „Wir wollten den Luxemburger Kompromiß nicht in Frage stellen. Wir seien aber der Meinung, daß wir alles vermeiden müßten, was über den Luxemburger Kompromiß hinausgehe und einem solchen Schritt sogar rechtliche Wirkung verleihe. Acland betonte mit Nachdruck, GB wünsche weiterhin einen Text zur E[uropäischen]A[kte] möglichst bald zu verabschieden.“ In der Frage des Abstimmungsverhaltens gebe es jedoch „noch ein ungelöstes Problem. Die britische Auffassung werde offenbar von Frankreich, Großbritannien und Dänemark geteilt. Jeder Text, der eine Stärkung des Mehrheitswahlrechts bei Abstimmungen im EG-Ministerrat mit sich bringe, müsse durch einen Hinweis ausbalanciert werden, daß bei Geltendmachung von vitalen Interessen durch eine MS-Regierung keine Mehrheitsentscheidung möglich sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135242.

¹¹ Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, unterrichtete am 13. April 1983, das dänische Außenministerium habe mitgeteilt, daß das für den 3. Mai vorgesehene Gespräch mit Staatssekretär von Staden wegen einer Erkrankung des Staatssekretärs im dänischen Außenministerium, Jørgensen, verschoben werden müsse. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1919; Referat 204, Bd. 135238.

¹² Zu den deutsch-italienischen Regierungsgesprächen vgl. Dok. 118 und Dok. 120.

¹³ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „und dt.-brit. Gipfel in Chequers 22.4.“

¹⁴ Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, informierte am 25. März 1983: „Derzeitige dänische Minderheitsregierung (bürgerliche Koalition) ist von der eigenen Einstellung her stärker für Europa engagiert als sozialdemokratische Vorgängerin. Sie ist jedoch gezwungen, auf Mehrheitsverhältnisse im Parlament und auf öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen. Im Dezember 1982 ergab eine Gallup-Observer-Umfrage, daß nur 35 Prozent der Befragten sich für, jedoch 48 Prozent gegen Dänemarks EG-Mitgliedschaft aussprachen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 159; Referat 200, Bd. 122730.

lichen. Mit der dänischen Regierung müssen prozedurale Alternativen durchgesprochen werden, die eine „ruhende Beteiligung“ Dänemarks unter voller Wahrung des dänischen Standpunktes ermöglichen.

Vor diesen Gesprächen sollten unsere jeweiligen Partner auf diplomatischem Wege darauf hingewiesen werden, daß wir auf die Behandlung dieses Themas großen Wert legen.

4) Kompliziert wird die rechtzeitige Regelung der noch offenen Fragen vor dem Stuttgarter ER durch die Haltung des EP. EP-Präsident Dankert hatte Ihnen in einem „persönlichen“ Schreiben vom 17.3.1983 eine Stellungnahme zugeleitet, in dem die das EP betreffenden Teile der Europäischen Akte als unbefriedigend bezeichnet und eine Reihe von Vorschlägen gemacht wurden, die für einige andere MS wohl nicht akzeptabel sind.¹⁵

Der Entschließungsentwurf des Politischen Ausschusses des EP¹⁶, der zusammen mit dem Bericht von Herrn Croux¹⁷ im EP am 12.4. in Ihrer Anwesenheit diskutiert werden soll¹⁸, ist zwar weniger kritisch, enthält aber weitergehende Forderungen als die Stellungnahme des EP-Präsidenten. Prozedural wichtig ist folgender Passus:

„Das Europäische Parlament ...

2) dringt auf eine rasche und zweckmäßige Durchführung des in der Gemeinsamen Sitzung des Rates der Außenminister und des Präsidiums des Parlaments vom 24. Januar 1983¹⁹ gefaßten Beschlusses;

fordert die Präsidenten von Parlament und Rat auf, in ihren Beratungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die in Aussicht genommene Kontaktgruppe bald Beschlüsse fassen kann.“

Dabei stellt sich die Frage, ob Ihr Treffen vom 8. März mit EP-Präsident Dankert (und EGK-Präsident Thorn) als Zusammentreten der Kontaktgruppe zu betrachten ist und – vor allem – ob das EP das so sieht. Wenn nicht, wäre noch vor dem AM-Treffen vom 14./15. Mai ein Treffen mit einer Delegation des EP

¹⁵ Der Präsident des Europäischen Parlaments, Dankert, teilte mit: „Im Vergleich zu dem ursprünglichen, im November 1981 vorgelegten Text enttäuscht die letzte Fassung des Entwurfs einer Europäischen Akte. Die neuen Vorschläge reichen weniger weit und sind weniger präzise.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122730.

¹⁶ Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), berichtete am 25. Februar 1983, der Politische Ausschuß des Europäischen Parlaments habe am 23. Februar 1983 in Brüssel „den Bericht von Herrn Croux und den von ihm vorgeschlagenen Entschließungsantrag mit Änderungen“ angenommen: „In der Entschließung soll das Plenum des EP den Rat auffordern, die Akte möglichst bald zu verabschieden, und zwar mit solchem Inhalt, daß er eine neue und wichtige Phase in der EU einleiten kann.“ Zur Begründung habe Croux ausgeführt: „Seit Vorlage des deutsch-italienischen Entwurfs sei durch Änderungen die Bedeutung der Akte geschmälert worden. Meinungsverschiedenheiten seien insbesondere bei den Zielen der Politischen Zusammenarbeit, den Abstimmungsverfahren und den Beziehungen zum EP aufgetreten. Das EP müsse dagegen protestieren, daß es zu keinem Zeitpunkt zur Ausarbeitung des zuletzt genannten Teils des Entwurfs, der es unmittelbar betrifft, konsultiert worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 784; Referat 200, Bd. 122730.

¹⁷ Für den Bericht des Abgeordneten Croux vom 4. März 1983 vgl. EUROPÄISCHES PARLAMENT, Sitzungsdokumente 1982/83, Dokument 1-1328/82.

¹⁸ Zur Erörterung der deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) am 12. April 1983 im Europäischen Parlament vgl. Dok. 113, Anm. 9.

¹⁹ Zu dem Treffen in Brüssel vgl. Dok. 25, Anm. 8.

vorzusehen. Dies könnte am Rande des Allgemeinen Rats am 25./26. April geschehen.²⁰

Es wird vorgeschlagen, daß Sie diese Frage noch vor Ihrem Auftreten vor dem EP am 12. April telefonisch mit EP-Präsident Dankert klären.

Referat 501 hat mitgezeichnet.

Schauer
Ungerer

Referat 200, Bd. 122730

81

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.80 ABM VS-NfD

28. März 1983¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: Rede Präsident Reagans vom 23. März 1983³;
hier: rüstungskontrollpolitische Bewertung

Bezug: StS-Vorlage der Abt. 2 vom 25.3.1983 (201-360.90 USA VS-NfD)⁴

Zweck der Vorlage: Zur Information

²⁰ Zur EG-Ministerratstagung am 25./26. April 1983 in Luxemburg vgl. Dok. 113, Anm. 11.

Zum Gespräch des EG-Ministerrats mit einer Delegation des Europäischen Parlaments am 25. April 1983 vgl. Dok. 120, Anm. 18.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt und Legationssekretär Bruns konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 29. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat von Ploetz vermerkte: „Diese Bewertung ist wohl einen Schritt zu negativ.“

Hat Ploetz am 29. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 30. März 1983 vorgelegen.

² Berndt von Staden.

³ Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner Dok. 76, besonders Anm. 32.

⁴ Ministerialdirigent Schauer analysierte die von Präsident Reagan am 23. März 1983 angekündigte Entscheidung, „bis etwa zum Jahr 2000 ein lückenloses Abwehrsystem gegen ballistische Raketen (BMD/Ballistic Missile Defense) zu entwickeln“. Enttäuschend sei, „daß der amerikanische Präsident das Bündnis in einer die Allianzstrategie so stark berührenden Angelegenheit nicht wenigstens vorher unterrichtet hatte, wenn er schon nicht zur Konsultation seines ‚mutigen Vorstoßes‘ bereit war“. Es sei zu vermuten, „daß ein solches System eher zum Schutz der USA (Sanktuarium/„Festung Amerika“) als auch zum Schutz des ‚vorne‘ gelegenen NATO-Europa fähig wäre; sicherlich bliebe Europa jedoch der Bedrohung mit nuklearen Systemen kurzer Reichweite (auch Artillerie; Flugzeuge; evtl. CM) ausgesetzt“. Eine Destabilisierung des internationalen Gleichgewichts drohe, falls es den USA gelänge, der UdSSR „sowohl die Erst- wie die Zweitschlagsfähigkeit vorzuenthalten“, da „schon das Risiko der angenommenen Entwicklung auf sowjetischer Seite zu schwer vorhersehbaren Reaktionen führen“ dürfte. Allerdings bleibe der Vorschlag „eine Zukunftsvision, die weder technologisch noch in ihrer Finanzierbarkeit abgesichert ist und über deren Realisierung erst eine künftige Administration zu entscheiden hätte.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124530.

1) Die Rede Präsident Reagans vom 23. März 1983 bezieht sich in erster Linie auf Fragen der nationalen Sicherheit. Aus rüstungskontrollpolitischer Sicht von Bedeutung ist die am Ende der Rede gegebene „Zukunftsvision“, d.h. die Ankündigung eines langfristigen Forschungs- und Entwicklungsprogramms zur Errichtung eines umfassenden Systems zur Abwehr von angreifenden ballistischen Raketen auf der Grundlage neuartiger defensiver Technologien.

2) Rüstungskontrollpolitisch stellt sich vorrangig die Frage, ob ein solches Programm mit den Verpflichtungen des im Rahmen von SALT I 1972 zwischen USA und SU abgeschlossenen ABM-Vertrags⁵ in Einklang steht.

Der ABM-Vertrag in Zusammenhang mit einem Protokoll von 1974⁶ beschränkt die Möglichkeiten der ICBM-Raketenabwehr auf ein ortsfestes, landgestütztes System pro Seite und verbietet völlig Entwicklung, Erprobung und Dislozierung von see-, mobilen land-, luft- und weltraumgestützten Systemen. Entwicklung und Erprobung von ABM-Systemen sind gemäß ABM-Vertrag daher nur für ortsfeste, landgestützte Systeme zulässig.

Fraglich ist nun, ob die von Präsident Reagan angedeuteten neuen Waffentechnologien (insbes. Laser-Waffen) mit ABM-Funktionen vom ABM-Vertrag überhaupt erfaßt werden. Der Vertrag selbst definiert ein ABM-System als ein System, das „gegenwärtig“ besteht aus „Abfangflugkörpern“, „Abschußvorrichtungen“ und „Radargeräten“. Das Wort „Abfangflugkörper“ schließt Strahlenwaffen per se aus. Das Wort „gegenwärtig“ allerdings könnte den Schluß zulassen, daß die Aufzählung nur beispielhaft erfolgt und zukünftige, andersartige Systemteile implizit erfaßt werden.⁷

Mit einer zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Interpretationserklärung kamen die Vertragsparteien überein, „für den Fall, daß in Zukunft ABM-Systeme geschaffen werden, die auf anderen physikalischen Prinzipien beruhen“, Gespräche und Vereinbarungen über spezifische Begrenzungen solcher Systeme vorzusehen. Der Ausdruck „geschaffen“ („created“) ist hierbei ungenau und läßt den Zeitpunkt offen, wann die Verpflichtung zu Gesprächen und Verhandlungen

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

⁶ Für den Wortlaut des Protokolls vom 3. Juli 1974 zum Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Dies scheint die Auffassung der damaligen US-Administration gewesen zu sein, wie aus einem Schreiben von AM Rogers an den Präsidenten vom 13. Juni 1972, der Erläuterungen zum ABM-V[ertrag] enthält, hervorgeht: ‚Ein potentielles Problem, das der Vertrag behandelt, ist dasjenige, das sich ergeben würde, wenn in der Zukunft ein ABM-System entwickelt würde, das nicht aus Abfangraketen, Abschußvorrichtungen und Radargeräten bestehen würde. Der Vertrag würde die Dislozierung eines solchen Systems ... nicht gestatten.‘“ Für den am 13. Juni 1972 veröffentlichten Wortlaut des Schreibens des amerikanischen Außenministers Rogers vom 10. Juni 1972 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1972, S. 267–286. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 405–418.

gen über spezifische Begrenzungen genau eintritt (zum Zeitpunkt der Entwicklung, Erprobung oder Dislozierung?).

Selbst wenn man restriktiv davon ausgeht, daß die Entwicklung neuartiger ABM-Technologien vom ABM-Vertrag nicht erfaßt ist (was rechtlich zumindest umstritten ist), zeigt doch der Wortlaut der erwähnten gemeinsamen Interpretationserklärung (der ein Bemühen ausdrückt, neuartige ABM-Technologien erfassen und begrenzen zu wollen), daß die einseitige Entwicklung neuartiger und umfassender ABM-Systeme zumindest gegen den Geist des ABM-Vertrags verstoßen würde.⁸

Die Diskussion um ABM-Systeme kommt zudem zu einem ungünstigen Zeitpunkt, da die Vertragsparteien erst kürzlich (Herbst 1982) eine Überprüfungs-konferenz zum ABM-Vertrag durchgeführt und diesen in vollem Umfange bestätigt haben.⁹ Die nächste Vertragsüberprüfung findet im Jahr 1987 statt.¹⁰

3) Eine groß angelegte Entwicklung neuartiger ABM-Systeme steht im Gegensatz zu einem auch in der Präambel des ABM-Vertrages festgelegten rüstungskontrollpolitischen Grundsatz, wonach „wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Raketen wesentlich zur Eindämmung des Wettrüstens mit strategischen Angriffswaffen beitragen“. Dieses Prinzip der Komplementarität von Begrenzungen bei strategischen Offensiv- und Defensivwaffen, welches „Rechtsgrundlage“ des gesamten SALT/START-Prozesses ist (Art. XI ABM-Vertrag: „Die Vertragsparteien verpflichten sich, weiterhin aktive Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Angriffswaffen zu führen“), wird nun durch eine gegensätzliche Annahme völlig auf den Kopf gestellt: Die Einführung eines umfassenden Defensivsystems soll nach den Worten Präsident Reagans langfristig strategische Offensivwaffen „unwirksam und obsolet“ machen und dadurch zu deren Abschaffung führen.

Eine Abkehr von der im ABM-Vertrag verankerten Logik der gegenseitigen Verwundbarkeit wäre jedoch destabilisierend, da dies mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem neuartigen Rüstungswettlauf auf zwei Ebenen beitragen würde. Zum einen wären beide Großmächte gezwungen, ihre umfassenden Defensiv-Systeme ständig zu perfektionieren; zum anderen käme es zusätzlich zu einem Rüstungswettlauf bei Offensivwaffen, da bei beiden Seiten die Versuchung bestünde, durch ein quantitativ vermehrtes und qualitativ verbessertes Offensivpotential die gegnerische ABM-Verteidigung zu saturieren bzw. zu umgehen. Zudem wäre zumindest in der Aufbauphase der ABM-Systeme eine erhöhte Erstschlagstendenz (durch die Seite, die in der ABM-Technologie zurückliegt und eine völlige Unverwundbarkeit des Gegners bei gleichzeitiger eigener Verwundbarkeit befürchten müßte) gegeben.

⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die SU hat den USA bereits Vertragsverletzung vorgeworfen: ‚Die Aufstellung solcher Raketen-Abwehrsysteme wäre eine unmittelbare Verletzung der sowjetisch-amerikanischen Verträge über Raketenabwehrsysteme und der dazugehörigen Protokolle.‘ (TASS am 24.3.1983)“

⁹ Die zweite Konferenz zur Überprüfung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 fand vom 9. November bis 15. Dezember 1982 in Genf statt. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 17. Dezember 1982, die Konferenz sei „geschäftsmäßig verlaufen. Änderungsvorschläge seien weder von der SU noch von den USA eingebracht worden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5420; Referat 220, Bd. 124530.

¹⁰ Die dritte Konferenz zur Überprüfung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 fand vom 24. bis 31. August 1988 in Genf statt.

4) Zusammenfassend ist aus rüstungskontrollpolitischer Sicht festzuhalten:

- Das Reagan-Konzept ist in seiner Zielsetzung mit dem Geist des ABM-Vertrages nur schwer zu vereinbaren und kommt nach der kürzlich erfolgten Bestätigung des Vertrags durch die Vertragspartner zu einem ungünstigen Zeitpunkt.
- Das Reagan-Konzept stellt langfristig eine Abkehr von den rüstungskontrollpolitischen Grundlagen des SALT/START-Prozesses dar und könnte destabilisierend wirken.

Eine neue Rüstungsdynamik wäre allenfalls dann zu vermeiden, wenn die USA die SU dafür gewinnen könnten, einer Revision des ABM-Vertrages zuzustimmen und die schrittweise Umrüstung von Angriffswaffen auf Defensivsysteme gemeinsam anzugehen. In diesem Sinne spricht die amerikanische Seite von einem neuen amerikanisch-sowjetischen „arms control regime“.

Das Reagan-Konzept enthält daher trotz der erwähnten Problematik einige interessante Denkansätze, die weiter geprüft werden sollten.

Citron

Referat 010, Bd. 178878

82

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

204-321.00 SO-231/83 VS-vertraulich

29. März 1983¹

Herrn Staatssekretär² zur Unterrichtung

Betr.: Vierertreffen der Politischen Direktoren am 28. März 1983 in Paris

Anlg.: 1

Hiermit lege ich Vermerke über das Vierertreffen der Politischen Direktoren am 28. März 1983 in Paris vor.

Folgende Themen wurden behandelt:

1) INF und Reden des amerikanischen Präsidenten vom 23. und 31. März 1983 (hierzu auch gesonderter DB 612 vom 28.3. der Botschaft Paris);

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 1. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 5, 12, 13, 19 und 20“. Vgl. dazu Anm. 22, 46, 47, 65 und 66.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 8. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich den „R[ück]-L[auf] v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 8. April 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 11. April 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte: „Wegen der Anmerkungen des Herrn StS.“

Hat Pfeffer am 15. April 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Schenk vermerkte: „Der BM der Vler[t]eidigung (Fü S III). Bitte Anruf.“

- 2) START;
- 3) Chemische Waffen/BWÜ³ von 1972;
- 4) CW-Expertentreffen;
- 5) KSZE/KAE;
- 6) Stand der Beziehungen zur SU;
- 7) Polen;
- 8) Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen;
- 9) Spanische Außenpolitik;
- 10) Blockfreien-Gipfel in New Delhi;
- 11) Kambodscha;
- 12) Wirtschaftsgipfel in Williamsburg (politischer Teil);
- 13) Entführung eines libyschen Flugzeugs nach Malta;
- 14) Vierertreffen: Zur weiteren Verbesserung und Straffung.⁴

Pfeffer

[Anlage]

Gesprächsvermerk

1) Betr.: INF und Reden Präsident Reagans vom 23.⁵ und 31.3.1983⁶

Ergänzend zu DB 612 vom 28.3.1983 der Botschaft Paris – Pol 370.45-125/83 geheim⁷ – wird festgehalten:

a) INF und bevorstehende Rede Präsident Reagans vom 31.3.

Burt erläuterte auf Befragen einzelne Elemente der amerikanischen Überlegungen für eine Zwischenlösung:

³ Korrigiert aus: „BMWü.“
B-Waffen-Übereinkommen.

⁴ Der Passus „Zur ... Straffung“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

⁵ Zur Rede des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 81.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vor dem Los Angeles World Affairs Council vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 479–484.

⁷ Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, teilte mit, er habe mit den Politischen Direktoren der Außenministerien Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Andréani, Bullard und Burt, am selben Tag in Saint Cloud bei Paris die Reden des amerikanischen Präsidenten vom 23. und 31. März 1983 erörtert. Zu Reagans Ankündigung für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum hätten Andréani, Bullard und er selbst ähnliche Fragen gestellt, wie sie beim Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Dam am 24. März 1983 in Bonn erörtert worden seien. Burt habe eingeräumt, „daß auch das State Department und das Pentagon überrascht worden seien“. Reagan werde vor dem 31. März den Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten die wesentlichen Redeelemente darlegen. Der Präsident werde sich zur doppelten Null-Lösung bekennen und zugleich eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen anbieten. Dabei müßten folgende Voraussetzungen erfüllt sein: „Reduzierung auf ein militärisch vertretbares Maß (‘militarily viable’); Erfüllung der Kriterien des NATO-Doppelbeschlusses; Einigung beider Seiten auf gleiches Niveau landgestützter INF-Raketen bei Nicht-Einbeziehung der französischen und britischen Systeme. Der Waffen-Mix werde bestehen bleiben (kein Fallenlassen von Pershing II). Nitze werde dem sowjetischen Delegationsleiter diese Elemente einer Zwischenlösung vorschlagen, ohne Zahlen zu nennen.“ Vgl. VS-Bd. 12951 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

Zur militärischen Lebensfähigkeit (military viability): Vor dem Doppelbeschluß hätten die Überlegungen der HLG über das richtige Gegengewicht zur SU-Mittelstreckenraketen-Vorrüstung sich in einer Spanne zwischen 200 bis 600 Sprengköpfen bewegt, um genügend Abschreckung zu erzeugen und um die weitere Verkoppelung mit den USA zu garantieren. Man habe damals eine Zahl unterhalb 200 nicht ausgeschlossen. Wenn man allerdings zu weit nach unten gehe, stelle sich die Frage, ob die INF-Nachrüstung noch militärisch lebensfähig sei, also den beabsichtigten, oben beschriebenen Doppeleffekt habe. Außerdem könnten sich Haushaltsprobleme ergeben: Es lohne womöglich nicht, eine zu kleine Stückzahl mit entsprechend unproportional höheren Kosten zu produzieren. Oder: Selbst wenn es sich lohne, werde der Kongreß die Kosten womöglich nicht genehmigen.

Auf Frage von MD Pfeffer (D2): Schließlich würden sich Schwierigkeiten aus der Tatsache ergeben, daß in Ländern wie B und den NL die proportional reduzierte Quote unter das militärisch vertretbare Maß gerate. Die GLCMs ließen sich immer nur durch vier teilen (jeweils vier auf einem transport erector launcher = TEL), und man könne bezweifeln, ob es sinnvoll wäre, in den NL nur vier oder acht GLCMs (= 2 TEL) zu stationieren.

Pfeffer erklärte folgendes: Er spreche weitgehend auf persönlicher Basis, da er noch keine Gelegenheit gehabt habe, mit dem BM des Auswärtigen zu sprechen, der soeben erst aus Bangkok⁸ zurückgekehrt sei. Die heutige Diskussion sei absolut notwendig. Es wäre besser gewesen, sie wäre vor der Rede des amerikanischen Präsidenten geführt worden. Wir hätten dem stellvertretenden US-AM Dam bei seinem Besuch in Bonn am 24. März, also am Tage nach der Rede, schon eine Reihe von Fragen gestellt und ihm unsere Sorgen mitgeteilt.⁹ Wir hätten den Eindruck gewonnen, daß die diskutierte Passage sehr spät in die Rede eingefügt und auch das State Department von ihr überrascht worden sei. Unsere Hauptargumente hätten sich gerichtet auf

- die Weitergeltung der NATO-Doktrin¹⁰,
- den Schutz des gesamten NATO-Vertragsgebietes¹¹ durch evtl. ABM-Systeme,
- die Vereinbarkeit mit ABM-¹² und Weltraum-Vertrag¹³,
- den Zeitfaktor (neue Systeme-Nachrüstung),
- die Motive (Durchbringen des US-Verteidigungshaushalts¹⁴; Neutralisierung der Friedensbewegungen in US und Europa; Druck auf SU wegen START?),

⁸ Bundesminister Genscher hielt sich vom 22. bis 25. März 1983 anlässlich der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Bangkok auf. Vgl. dazu Dok. 86.

⁹ Vgl. dazu Dok. 76.

¹⁰ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 16.

¹¹ Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹² Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper vgl. UNTS, Bd. 610, S. 206–212. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1968–1987.

¹⁴ Zur Debatte über den amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 20, Anm. 20 und 21.

- die unterbliebene Unterrichtung und die nun um so dringendere Notwendigkeit einer raschen und möglichst einheitlichen Sprachregelung.

Um mit dem letzten Punkt zu beginnen: Unsere Presse sei negativ, weil die Bundesregierung sie nicht habe vorbereiten können.

BM Wörner habe sofort ein Interview gegeben, um ein Gegengewicht zu schaffen.¹⁵ Das sei unserem Verteidigungsminister, wenn ihn (D2) nicht alles täusche, sicher nicht ganz leichtgefallen, da Herr Wörner hätte erwarten können, bei der NPG-Sitzung¹⁶ spätestens orientiert zu werden. An dieser Stelle sei vielleicht die allgemeine Bemerkung angebracht, daß die neue Bundesregierung¹⁷, die einen klar pro-atlantischen Kurs steuere und deshalb von ihren Kritikern als unkritisch gegenüber Washington angegriffen werde, nicht in eine solche Lage gebracht werden sollte. Soviel zum Verfahren. Heilung am besten durch schnelle Konsultationen, wohl vor allem im NATO-Rat, über die notwendige Sprachregelung. Dazu sei der uns übergebene US-Plurex hilfreich¹⁸.

Zur Sache schienen ihm (D2) folgende Punkte von größter Wichtigkeit:

- Der Präsident habe eine ganz langfristige Perspektive bekanntgegeben (mögliche Verwirklichung erst im 21. Jahrhundert). Erst die Forschung müsse erweisen, ob der Weg gangbar sei und bis zu welchem Grade.
- Die NATO-Doktrin bleibe also gültig.
- Etwaige künftige ABM-Systeme würden zum Schutz des gesamten NATO-Vertragsgebietes dienen (keine Festung Amerika, keine Abkopplung Europas).
- Die langfristige Perspektive berühre die laufenden Entscheidungen der gemeinsam vereinbarten Sicherheitspolitik nicht. Doch hier machten wir uns besondere Sorgen: Die Öffentlichkeit könnte lange und kürzere Frist wechseln, die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses dadurch psychologisch erschwert werden. Dem müsse entgegengewirkt werden. Gerade die Friedensbewegung würde sich die Verwirrung zunutze zu machen wissen und natürlich auch die SU.
- Es frage sich deshalb, ob die Motive positiv durchschlagen würden.
- Im übrigen hörten wir mit Befriedigung, daß die USA den ABM- und Weltraum-Vertrag beachten würden.

Im übrigen, auch das sage er auf persönlicher Basis, habe die langfristige Perspektive durchaus ihre Faszination: Wenn es wirklich gelänge, in einer Länge

¹⁵ Ministerialdirektor Pfeffer unterrichtete am 25. März 1983, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa habe Bundesminister Wörner „die neue Verteidigungsstrategie Reagans begrüßt [...], weil damit sichtbar werde, daß wir auf Verteidigung und nicht auf Angriff setzen, ... daß wir die Drohung des Gegners wirkungslos machen“. Zum anderen begrüße er sie aus militärischen Gründen, weil eine Welt, die sich ausschließlich auf Verteidigungswaffen gründen würde, sicherer wäre. Im ZDF erklärte er zur militärischen Bedeutung der Initiative, man könnte versuchen, Sicherheit ohne Atomraketen herzustellen, „allerdings mit Einschränkung“. Vgl. den Runderlaß Nr. 1793; VS-Bd. 12934 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 22./23. März 1983 in Vilamoura vgl. Dok. 77.

¹⁷ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 und der Neubildung der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP am 29. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹⁸ Zum Fernschreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 24. März 1983 vgl. Dok. 76, Anm. 34.

ren Evolution den Abschreckungsmix auf beiden Seiten, möglichst durch Rüstungskontrollpolitische Vereinbarungen, von den nuklearen Offensiv-Waffen immer mehr auf nicht-nukleare Abwehr-Systeme zu verlagern, ohne in einen neuen Rüstungswettlauf einzutreten, so könnte das tatsächlich eine neue Epoche einläuten. Aber: Ständige, vertrauensvolle Konsultationen mit den Verbündeten und der Verzicht auf Surprisen seien Voraussetzung für eine solche, vielleicht mögliche Evolution, die unter psychologischen Erschütterungen nur leiden könne.

Was schließlich im INF-Zusammenhang die „military viability“ angehe, so hielte er (Pfeffer), wiederum auf persönlicher Basis, es für nicht geschickt, wenn der Westen dieses Inner-Allianzproblem als eines der Verhandlungskriterien nach außen und auch gegenüber dem Vertragsgegner benutzen würde.

Burt äußerte sich auf persönlicher Basis zu den Besorgnissen und Fragen der drei europäischen Direktoren wie folgt: Das BMD-Konzept bedeute keine Modifizierung der gültigen NATO-Strategie MC-14/3 (flexible response). Der Präsident habe in seiner Rede Überlegungen zu einer langfristig zu entwickelnden neuen Technologie angestellt, die für Verteidigungszwecke genutzt werden könne.

Kurzfristig seien Auswirkungen auf den ABM-Vertrag nicht zu befürchten. Der ABM-Vertrag schließe Forschung und Entwicklung neuer Verteidigungssysteme nicht aus. Die USA gäben derzeit jährlich 1 Milliarde Dollar für Forschung und Entwicklung neuer strategischer Verteidigungssysteme aus. In dem in SALT I vereinbarten ständigen amerikanisch-sowjetischen Konsultationsgremium in Genf¹⁹ habe man jetzt noch eine ABM-Diskussion geführt²⁰. Die USA hätten bei dieser Gelegenheit ihre Entschlossenheit bekräftigt, am ABM-Vertrag festzuhalten. In diesem Zusammenhang wolle er, Burt, aber darauf hinweisen, daß die SU nicht nur in ihrer militärischen Doktrin den Verteidigungssystemen eine besondere Bedeutung einräumten, sondern dies bei der Verbesserung ihrer ABM-Systeme um Moskau auch praktizierten.²¹ Dort sei inzwischen ein voll operatives System installiert worden. Die USA hätten dagegen den Schutz ihres ABM-Gebiets (Raketen-Systeme in Wyoming) vernachlässigt. Dieses Gebiet sei bisher nur durch Radar geschützt.

Was die Konsultationen angehe, so anerkannten die USA, daß jede Entscheidung über die Dislozierung neuer Systeme konsultiert werden müsse. Präsident

¹⁹ Vgl. dazu Artikel VI des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT); UNTS, Bd. 944, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 397.

²⁰ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 17. Dezember 1982, bei der von Mitte September bis Mitte Dezember 1982 dauernden „22. Sitzung der Ständigen Beratungskommission im Rahmen des ABM-Vertrages und der SALT-Abkommen“ seien im wesentlichen vier Themen behandelt worden: „Fragen zu einer SS-16-Dislozierung; Radarversuche in einer möglichen ABM-Funktion; der Test einer sowjetischen ICBM vom 26.10.1982 [...] die MX-Stationierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5424; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

Hermes teilte am 22. April 1983 mit: „Bei Gesprächen aus einem Anlaß in der ACDA hörten wir, daß die 23. Sitzung der Ständigen Beratungskommission (SCC) in Genf geschäftsmäßig verlaufe. Bei der schon seit längerem von den USA aufgeworfenen Frage zu SS-16-Dislozierungen habe es noch keine Klärung gegeben. Andererseits habe man gute Fortschritte bei der Erarbeitung eines ‚understanding‘ über klarere Definitionen von Radarversuchen in einer möglichen ABM-Funktion gemacht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1818; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

²¹ So in der Vorlage.

Reagan habe aber nur von einer Vision gesprochen. Die praktische Durchführung dieses langfristigen Konzepts müsse erst noch untersucht werden. Die USA seien sich bewußt, daß es sich hierbei um eine sensitive Materie handle, die in Europa zu besorgten Fragen geführt habe. Auch sehe man das besondere Problem für F und GB.

Er, Burt, unterschätze die psychologische Bedeutung des Abkopplungsarguments in Europa nicht. Ein BMD-System zum Schutz der USA führe in Wirklichkeit aber nicht zu einem „decoupling“, sondern zu einem „recoupling“. Andererseits verstehe man in den USA, daß in Europa der Gedanke der Risikoteilung psychologisch eine wichtige²² Rolle spiele. Er, Burt, halte es für falsch, wenn man in der BMD-Diskussion herausstelle, daß das neue System nur dem Schutz der USA diene. Auch die Entwicklung eines BMD-Systems werde nicht zu einer Asymmetrie der Verteidigung führen.

Es sei auch eine simplizistische Annahme, die Entwicklung eines BMD-Systems werde zu einem neuen Wettrüsten führen. Wettrüsten sei kein mechanischer Prozeß (actio–reactio), sondern vielmehr die Reflektion politischer Beziehungen und militärischer Strategien und Technologien. Es gebe keine Eigendynamik des Wettrüstens.

Burt schloß hieran einige allgemeine Anmerkungen zur Geschichte der militärischen Technologie an: Entsprechend der militärtechnischen Entwicklung habe es immer wieder Phasen gegeben, in denen abwechselnd einmal der Verteidigung, zum andern der Offensive größeres Gewicht beigemessen worden sei (Abnutzungskonzeption im Ersten Weltkrieg, Entwicklung der Panzer und Luftwaffe, Blitzkrieg). Mit der Entwicklung der nuklearen Waffen habe man angenommen, daß damit auf Dauer die Offensivwaffen das Übergewicht erhalten würden. Es sei aber durchaus denkbar, daß – vielleicht im 21. Jahrhundert – die Verteidigungstechnologie wieder Vorrang erhalte.

2) Betr.: START

Burt meinte, die dritte Verhandlungsrunde²³ habe wenig Fortschritte gebracht. Die USA hätten in der dritten Runde grundlegende Elemente eines START-Vertrages und einen VBM-Vertragsentwurf eingeführt.²⁴ Die amerikanische

²² Der Passus „führe in Wirklichkeit ... psychologisch eine wichtige“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Vgl. Anm. 2.

²³ Die dritte Runde der START-Verhandlungen in Genf, über die der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowley, am 30. März 1983 den Ständigen NATO-Rat in Brüssel unterrichtete, fand vom 2. Februar bis 31. März 1983 statt. Vgl. dazu Dok. 96.

²⁴ Zu den amerikanischen Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen vgl. Dok. 33, Anm. 14. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 2. Februar 1983, der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde zufolge werde bei der am selben Tag beginnenden dritten Runde der START-Verhandlungen der Abschluß eines Abkommens über vertrauensbildende Maßnahmen im Nuklearbereich angestrebt: „Dazu gehören die bekannten Notifizierungen von Tests, aber auch die Notifizierung von größeren militärischen Übungen [...], bei denen 50 oder mehr schwere Bomber, die dem Strategic Air Command unterstehen, in einer bestimmten Zeitperiode eingesetzt werden; bei denen mehrere nukleare Unterseeboote in einem bestimmten Zeitraum beteiligt sind (fleet-wide dispersal); bei denen ein oder mehrere ICBM, SLBM oder LRINF-Raketen als Teil einer Übung abgeschossen werden (wegen der für Tests vorgeschlagenen Notifikationen kann es hier zu zwei getrennten Notifizierungen kommen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 495; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktienkopien 1983.

Am 8. März 1983 legte die amerikanische START-Delegation in Genf einen entsprechenden Vertrags-

Hoffnung, mit der Sowjetunion Fortschritte in Richtung einer separaten VBM-Vereinbarung zu erreichen, hätten sich nicht erfüllt. Die SU wolle sich in dieser Frage offenbar erst bewegen, wenn sie die amerikanische START-Verhandlungsposition insgesamt besser übersehe. Bis zum Beginn der nächsten Verhandlungsrunde am 8.6. werde Präsident Reagan aller Voraussicht nach über das Projekt der ICBM-Modernisierung (MX)²⁵ entschieden haben.

Burt deutete an, daß dem Präsidenten vorgeschlagen werde, von den MIRV-Systemen abzugehen und sich auf kleinere Raketen mit Einzelgefechtsköpfen zu stützen. Falls der Präsident einen solchen Vorschlag billige, so werde dies zu kleineren Korrekturen in der amerikanischen START-Verhandlungsposition führen. Die USA würden hierüber ihre Verbündeten rechtzeitig konsultieren.

Bullard und Andréani äußerten Besorgnis, daß amerikanische Tests mit einer neuen Rakete sich negativ auf die bisherigen SALT-Vereinbarungen und damit auch auf die INF-Diskussion auswirken könnten. Die Frage einer möglichen Vereinbarkeit neuer Raketentests mit SALTII²⁶ wurde nicht weiter vertieft, Burt wies aber in diesem Zusammenhang auf amerikanische Besorgnisse über sowjetische Versuche mit zwei neuen Raketen hin.

D2: START-Unterrichtungen im NATO-Rat sollten wie bisher nach Abschluß einer jeden Verhandlungsrunde und vor Beginn jeder neuen Verhandlungsrunde erfolgen. Burt nahm dies mit Hinweis auf, daß Botschafter Rowney am 31.3. den NATO-Rat in Brüssel unterrichten werde.

3) Betr.: Chemische Waffen (B-Waffen-Übereinkommen von 1972²⁷/Genfer Protokoll von 1925²⁸)

Fortsetzung Fußnote von Seite 417

entwurf vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 474 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 15. März 1983; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁵ Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 77, Anm. 23.

Kapitän zur See Laudien, Washington, informierte am 16. März 1983, republikanische Abgeordnete hätten der von Präsident Reagan im Januar eingesetzten Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) den Bau von 150 MX-Raketen vorgeschlagen, „die in drei Bündeln von je 50 in bereits vorhandene Minuteman-Silos eingebracht werden sollen. Dabei sollen für jede installierte MX zwei Minuteman entfernt werden. Zusätzlich sollen eine größere Anzahl von kleinen mobilen ICBM (SICM) verstreut über die USA zum Einsatz kommen. Die Abgeordneten betonen, daß dieses Programm sich über mehrere Jahre hinziehen sollte, um der UdSSR einen Anreiz (incentive) zu geben, zu verhandeln und damit jederzeit einen beiderseitigen Rüstungsstopp zu erzielen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125655.

Gesandter Wallau, Washington, teilte am 7. April 1983 mit, laut dem amerikanischen Außenministerium werde die Scowcroft-Kommission die Stationierung einer bestimmten Zahl von MX-Raketen in besonders gehärteten Minuteman-Silos sowie die Entwicklung kleinerer ICBMS mit einem Sprengkopf vorschlagen: „Insgesamt sei der Bericht nicht als Waffentechnologie-, sondern als Strategiebericht abgefaßt worden, in dem auch die Notwendigkeit der weiteren Modernisierung der seegestützten (Trident-Programm) und luftgestützten (B-1-Bomber) Komponente der nuklearstrategischen Triade gefordert werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1538; Referat 201, Bd. 125654.

²⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

²⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen vgl. UNTS, Bd. 1015, S. 164–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil II, S. 133–138.

²⁸ Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot von erstickenden, gifti-

Burt unterstrich das große amerikanische Interesse an der baldigen Abhaltung (Anfang 1984) einer Sonderkonferenz der BWÜ-Vertragsparteien zwecks Erarbeitung angemessener Verifikations- und Durchsetzungsregeln (compliance mechanism). Burt zeigte sich enttäuscht, daß Schweden als Hauptinitiator der VN-Resolution 37/98 C²⁹ bisher – offenbar wegen sowjetischen Widerstands – nichts zur baldigen Einberufung einer Sonderkonferenz unternommen habe.

Es bestand Übereinstimmung, daß auf Schweden in diesem Sinne eingewirkt werden solle und daß die Unterstützung der Neutralen wichtig bleibe. GB wird in diesem Sinne am 7.4. mit dem schwedischen Politischen Direktor³⁰ in London sprechen. F wird die Frage am 28.4. mit den Schweden aufnehmen. D2 wies darauf hin, daß wir vor wenigen Tagen unsere Botschaft in Stockholm gebeten haben, sich nach dem Stand der Überlegungen bezüglich eines „Follow-up“ zur schwedischen Resolution zu erkundigen.³¹ Die Antwort stehe noch aus.³²

Andréani teilte mit, daß Frankreich dem BWÜ von 1972 beitreten werde. Ein entsprechender Antrag der französischen Regierung liege dem Parlament vor, das aller Voraussicht nach noch in dieser Sitzungsperiode hierüber entscheiden und die Regierung zum Beitritt ermächtigen werde. F sei bisher dem BWÜ nicht beigetreten, weil es mit den ungenügenden Verifikationsbestimmungen nicht einverstanden gewesen sei. Es sei jetzt zu der Auffassung gekommen, daß es seine Forderungen nach besseren Verifikationsregeln am ehesten durchsetzen könne, wenn es dem BWÜ beitrete und an der geplanten Sonderkonferenz zur Erarbeitung angemessener Verifikationsregeln teilnehme.³³

F habe sich auch in den entsprechenden VN-Gremien aktiv an Bemühungen beteiligt, die Verifikationsregeln des Genfer Protokolls von 1925 zu verbessern (u. a. Datenbank, Laboratorien, Expertenlisten). Die französische Regierung stehe im Kontakt mit einer Reihe privater Organisationen und Institute. Diese seien um entsprechende Vorschläge gebeten worden. F rege an, daß auch die übrigen Drei in dieser Weise verfahren.

D2 wies darauf hin, daß die deutschen Ratifikationsurkunden³⁴ zum BWÜ voraussichtlich am 7. April 1983 in Washington und London hinterlegt würden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 418

gen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, II, S. 173–177.

29 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 37/98 C der VN-Generalversammlung vom 13. Dezember 1982 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXI, S. 297. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 299f.

30 Jan Eliasson.

31 Vortragender Legationsrat Pöhlmann forderte am 14. März 1983 die Botschaft in Stockholm auf, „im schwedischen Außenministerium unter Hinweis auf den Abschluß unseres Ratifizierungsverfahrens vorzusprechen und die schwedischen Absichten bezüglich eines Follow-up zu Resolution 37/98 C zu erkunden“. Die Bundesregierung beabsichtige bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden „eine Erwartungserklärung abzugeben, die allerdings nicht Teil des Ratifikationsaktes selbst sein, sondern allen Teilnehmern des CD und der VN durch unsere Vertretungen in Genf und New York zirkuliert werden soll“. Vgl. den Schrifterlaß; Referat 222, Bd. 128706.

32 Gesandter Gescher, Stockholm, berichtete am 14. April 1983: „Zur Zeit sei Schweden in Genf noch dabei, mit den anderen bündnisfreien Miteinbringern den Text eines Papiers auszuarbeiten, das die Grundlagen für die weiteren Bemühungen bilden soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 90; VS-Bd. 11556 (222); B 150, Aktenkopien 1983.

33 Frankreich trat dem B-Waffen-Übereinkommen vom 10. April 1972 am 27. September 1984 bei.

34 Die Bundesregierung unterzeichnete das B-Waffen-Übereinkommen vom 10. April 1972 bereits am selben Tag. Probleme mit der Ratifizierung entstanden wegen der Einbeziehung von Berlin (West)

Unmittelbar im Anschluß an die Ratifikation beabsichtigten wir, den Delegationen der VN und des CD eine Erklärung zu zirkulieren, in der wir erneut unsere Unterstützung für Resolution 37/98 C betonten.³⁵ D2 übergab Text dieser Erklärung an Burt und Bullard. (Referat 222 wird gebeten, Erklärungstext noch hiesiger französischer Botschaft zu übermitteln.) Burt regte an zu prüfen, ob nicht schon das nächste Treffen des VN-Disarmament Committee (Mai/Juni 1983³⁶) für erste informelle Konsultationen über eine BWÜ-Sonderkonferenz zur Erarbeitung von Verifikationsregeln genutzt werden könne. Ein Vorbereitungstreffen könne u. U. gleichzeitig mit der im Herbst vorgesehenen Konferenz zur Überprüfung des Meeresbodenvertrages³⁷ erfolgen.

4) Betr.: CW-Experten-Konsultationen der Vier

Andréani kam auf seinen früheren Vorschlag eines weiteren Treffens der Vierer Ad-hoc-Expertengruppe zu C-Waffen³⁸ zurück, das evtl. unter Beteiligung Kanadas, das 1983 den Vorsitz der Genfer CW-AG übernehmen soll, stattfinden sollte.

D2 wies darauf hin, daß wir einem auf die Vier beschränkten Ad-hoc-Expertentreffen nach wie vor den Vorzug geben würden. Wir seien nicht speziell gegen die Einbeziehung Kanadas, gäben aber zu bedenken, daß ein erweiterter Kreis Geheimhaltung erschwere.

Fortsetzung Fußnote von Seite 419

in das Abkommen, gegen die Frankreich und die USA Einwände erhoben. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 389.

Die Einbeziehung von Berlin (West) wurde schließlich am 22. September 1981 mittels eines Notenwechsels zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten sichergestellt. Für dessen Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 286, Drucksache Nr. 9/1951, S. 16–20.

Der Bundestag stimmte am 10. Dezember 1982 einstimmig dem Vertrag zu. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8522.

³⁵ Vortragender Legationsrat Pöhlmann übermittelte am 21. März 1983 der Delegation beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf und der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York den englischen Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung zum B-Waffen-Übereinkommen vom 10. April 1972, „die nach erfolgter Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in London und Washington den Delegationen des CD und der VN zirkuliert werden soll.“ Vgl. den Schrifterlaß; Referat 222, Bd. 124537.

Die Erklärung wurde am 7. April 1983 bei den Vereinten Nationen in New York und am folgenden Tag beim Abrüstungsausschuß in Genf bekannt gegeben. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 379 des Botschafters Jelonek, New York (VN), vom 6. April 1983; Referat 222, Bd. 124537. Vgl. ferner den Schriftbericht Nr. 57 des Botschafters Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), vom 8. April 1983; Referat 222, Bd. 124537.

³⁶ Der Abrüstungsausschuß (CD) in Genf tagte vom 14. Juni bis 30. August 1983.

³⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Februar 1971 über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund vgl. UNTS, Bd. 955, S. 116–120. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 548–551. Vgl. dazu ferner AAPD 1971, I, Dok. 136.

Referat 220 notierte am 25. Januar 1983 zum Meeresbodenvertrag: „Die ursprünglich für 1982 geplante zweite Überprüfungskonferenz wurde einvernehmlich in einer informellen Sitzung von etwa 40 Vertragsstaaten am Rande der 36. GV auf 1983 verschoben. Die Überprüfungskonferenz wird vom 12. bis 23. September 1983 in Genf stattfinden [...]. Vor allem die sozialistischen Staaten, aber auch Neutrale wie z. B. Schweden, haben sich für eine Erweiterung des bisher allein für Massenvernichtungswaffen geltenden Verbots des Meeresbodenvertrags ausgesprochen. Demgegenüber neigten westliche Staaten (USA, GB, Australien, Neuseeland, wir) bisher der Haltung zu, die Diskussion über eine Vertragserweiterung nicht wieder aufzunehmen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124512.

³⁸ Vgl. dazu die Vierer-Konsultationen auf Expertenebene über ein C-Waffen-Verbot beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf am 16./17. Dezember 1982 in Bonn; AAPD 1982, II, Dok. 359.

Die übrigen Drei beharrten auf der Einbeziehung Kanadas. D2 schloß sich diesem Konsensus an. Es bestand weiter Übereinstimmung, daß die Ad-hoc-CW-Expertengruppe unabhängig von dem üblichen Viererrahmen (Politische Direktoren) tagen sollte.

F wird die Initiative für die Einberufung der Ad-hoc-Expertengruppe übernehmen; als Termin ist an den 27. April oder 6. Mai gedacht. Der Ort des Zusammentreffens blieb noch offen (Paris, Genf, New York). Es bestand eine Präferenz für ein Treffen auf Unterabteilungsebene (GB: voraussichtlich Mr. Chick?; F: voraussichtlich d'Aboville).³⁹

Burt unterstrich anschließend das große amerikanische Interesse, das Beweismaterial über den Einsatz von Toxinen in Indochina und Afghanistan⁴⁰ zu veröffentlichen. Man hoffe, daß auch die französische Regierung die französischen Forschungsergebnisse und Schlußfolgerungen hieraus veröffentlichen werde.

Andréani: Man habe gewisse vorläufige Hinweise über den Einsatz von Toxinen. Ein eindeutiger Beweis sei aber schwierig zu führen. Frankreich wolle in dieser Frage vorsichtig und ohne Zeitdruck vorgehen. Die Schlußfolgerungen aus den Untersuchungen würden zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

5) Betr.: KSZE/KAE

Auf Vortrag D2:

Andréani stimmte zu, daß die vier Politischen Direktoren zusammen mit den vier KSZE-Delegationsleitern sich am 12.4. in Bonn treffen, um unmittelbar vor dem Politischen Komitee⁴¹ Substanz und weiteres Vorgehen in Madrid zu beraten (vgl. hierzu DB Nr. 613 vom 28.3. der Botschaft Paris – 204-321.00-212/83 VS-v⁴²).

Aus der Diskussion wird festgehalten:

Bullard wies darauf hin, daß der britische KSZE-Delegationsleiter in Madrid⁴³

³⁹ Die Vierer-Konsultationen auf Expertenebene über ein C-Waffen-Verbot beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf fanden am 28. Juni 1983 in London statt.

⁴⁰ Seit 1976 drangen Berichte über den Einsatz chemischer Kampfstoffe in Kambodscha an die Öffentlichkeit. In der Folgezeit sammelte die amerikanische Regierung entsprechende Dokumente und Augenzeugenberichte, die sie 1980 den Vereinten Nationen übergab. Nach Informationen der USA waren die UdSSR, Vietnam und Laos beteiligt. Die VN-Generalversammlung sprach sich am 12. Dezember 1980 für eine Untersuchung der Vorwürfe über einen möglichen Einsatz von chemischen und biologischen Waffen aus. Vgl. dazu die Resolution Nr. 35/144 C; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 241.

Die VN-Expertenkommission legte am 26. November 1982 ihren Bericht vor. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 104 f.

Mit Verbalnote vom 29. November 1982 übermittelte die amerikanische Regierung dem VN-Generalsekretariat einen Bericht des amerikanischen Außenministeriums vom selben Tag, worin die Vorwürfe gegen die UdSSR bzw. Vietnam und Laos bekräftigt wurden, verbotene toxische Kampfmittel einzusetzen. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 103.

⁴¹ Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand am 12./13. April 1983 in Bonn statt. Vgl. dazu Dok. 85, Anm. 27.

⁴² Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Paris, teilte mit, im Gespräch der vier Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Pfeffer, Andréani, Bullard und Burt, habe die französische Seite einem Treffen mit den vier Leitern der KSZE-Delegationen, Curien (Frankreich), Kastl (Bundesrepublik), Kampelman (USA) und Williams (Großbritannien) am 12. April 1983 in Bonn zugestimmt. Vgl. VS-Bd. 12951 (201); B 150, Aktenkopien 1983. Auf amerikanischen Wunsch wurde das Treffen jedoch verschoben und fand am 22. April 1983 in London statt. Vgl. dazu Dok. 116.

⁴³ Anthony James Williams.

unter den westlichen Delegationen ein Papier zirkuliert habe, das sich mit der Frage befasse, wie der Westen im Hinblick auf seine Forderungen weiter prozedieren solle. Das Papier zeige u. a. auf, wo Alternativen zu einzelnen westlichen Forderungen denkbar seien und wo die „bottom line“ erreicht sei, über die hinaus weiteres westliches Nachgeben nicht möglich sei. (GB wird dieses britische Papier über die Botschaften an die übrigen Drei übermitteln.)⁴⁴

Andréani erklärte, das KAE-Mandat, wie es in RM.39 revised⁴⁵ enthalten sei, entspreche nicht allen französischen Wünschen, es sei aber für F akzeptabel. F habe dies öffentlich bisher nicht gesagt, um die westliche Verhandlungsposition insgesamt nicht zu beeinträchtigen. Der übrige Text von RM.39 revised lasse eine Reihe westlicher Wünsche unberücksichtigt. Insgesamt biete er aber eine gute Grundlage für Abschlußverhandlungen. Er, Andréani, halte die Überlegungen des britischen KSZE-Delegationsleiters, der Westen solle sich über Alternativen zu seinen Forderungen Gedanken machen, für richtig, denn die weiteren Verhandlungen erforderten bei der Abwägung westlicher Forderungen in manchen Bereichen ein Entweder-Oder. So erscheine ein westliches Festhalten an einem Expertentreffen „Menschliche Kontakte“ nicht unbedingt erforderlich, wenn der Menschenrechtsbereich insgesamt im Schlußdokument verbessert werden könne. Der Westen solle daher zeigen, daß er auf der Grundlage des letzten N+N-Vorschlages bereit sei, über einen baldigen Abschluß mit dem Ziel eines substantiellen und ausgewogenen Schlußdokuments weiter zu verhandeln.

D2 äußerte sich wie folgt: Der N+N-Vorschlag habe nicht alle westlichen Verbesserungsvorschläge übernommen, aber doch eine Reihe. Wir hielten ihn für eine gute Grundlage für die weiteren Verhandlungen, aber auch wir seien der Meinung, daß RM.39 revised noch der Ergänzungen und Verbesserungen bedürfe. In welchem Maße dies möglich sei, hänge davon ab, wie groß das sowjetische Interesse an einem positiven Abschluß in Madrid, vor allem an einer KAE, sei und zu welchem Zeitpunkt sie ein Ergebnis haben wolle. Wenn es richtig sei, daß die SU die INF-Dislozierung mit allen Mitteln verhindern wolle und sie deshalb für dieses Ziel ihre gesamte diplomatische Fähigkeit einsetze, insofern also auch die Madrider Verhandlungen für die SU, z. Zt. wenigstens, nur diesen instrumental Charakter hätten; wenn man schließlich annehme, daß die SU falscherweise glaube, ein Abschluß in Madrid im Jahre 1983 werde den europäischen Regierungen wegen des Drucks ihrer öffentlichen Meinungen die Durchsetzung der Dislozierung unmöglich machen, dann werde die Chance für weitere sowjetische Konzessionen bis hin zu einem für den Westen akzeptablen Schlußdokument vor dem 1.1.1984 verhältnismäßig groß sein; nach der Dislozierung werde jedoch das SU-Interesse sofort absacken. Westliches Interesse müsse es also sein, das SU-Interesse in diesem Jahr bis zum optimalen Punkt zu nutzen und abzuschließen und dann mögliche negative psychologische Aus-

⁴⁴ Ministerialdirigent Schauer notierte am 6. April 1983, der britische Gesandte Mallaby habe ihm am selben Tag das britische Papier zum Vorgehen bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid überreicht: „Wichtig seien die Punkte a) und b) unter 2. Diese seien die Forderungen, ohne deren Erfüllung die Briten nicht abschließen wollten.“ Vgl. VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983. Für das undatierte Papier „Suggested End Game Plan“ vgl. VS-Bd. 13368 (212).

⁴⁵ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85. Zu den darin enthaltenen Vorschlägen für ein KAE-Mandat vgl. Dok. 76, Anm. 23.

wirkungen im Hinblick auf die Dislozierung zu konterkarieren. Dann hätten wir den idealen Ausgang. Wir hätten vor jedermann bewiesen, daß die Ost-West-Beziehungen nicht mit der Dislozierung endeten und der westliche Wille zur Zusammenarbeit bestehen bleibe.

Burt zeigte sich über den letzten N+N-Vorschlag enttäuscht: Fehlen von Texten zu Helsinki-Monitorengruppen, zum Verbot von Radiostörungen, zu Expertentreffen „Menschliche Kontakte“. Der Entwurf verwässere vor allem die Bereiche, auf die die USA größte Bedeutung legten. Der Entwurf sei der amerikanischen Botschaft in Moskau zu einer Stellungnahme zugeleitet worden, die sich in ihrer Bewertung ebenfalls für größere Verbesserungen ausgesprochen habe.

Burt zeigte sich andererseits von der Argumentation von D2 sehr beeindruckt: D2 habe in der Tat den Kern getroffen. Er frage sich allerdings, ob es nicht besser wäre, den Beginn einer KAE aufzuschieben.

D2 gab zu, es hätte vielleicht etwas für sich, den Beginn einer KAE vom 15.11. 1983 weg in das Jahr 1984 zu verschieben. Die Auseinandersetzung um den Termin 15.11.1983 werde ein Lackmus-Test sein: Wenn die SU an dem Termin unbedingt festhalte, so könne es keinen Zweifel mehr geben, daß sie in der KAE den Hebel sehe, die Dislozierung zu verhindern.

Burt äußerte sich wie folgt: Mit der Frage des geographischen Anwendungsbereichs für VBM, wie sie in dem letzten N+N-Vorschlag enthalten sei, befaßten sich derzeit die militärischen Experten in Washington.

Die Frage der Auswirkung einer Einigung in Madrid, besonders über die KAE, und eines KAE-Beginns im November 1983 auf die Dislozierung halte er für besonders wichtig. Er, Burt, habe seine Haltung zur KAE geändert. Ursprünglich habe er einer KAE weniger positiv gegenüber gestanden, da er sie für eine weitere Rüstungskontrollinitiative unter vielen anderen gehalten habe. Jetzt sehe er aber ein, daß eine KAE Ende 1983 nützlich sein könne. Wir könnten damit unserer Öffentlichkeit beweisen, daß ein Dialog über Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der SU möglich sei, daß man mit ihr weiter verhandeln könne, daß mit der Dislozierung die Welt nicht untergehe, sondern weiterhin normale (business as usual) Beziehungen mit der SU bestünden. Allerdings müsse vermieden werden, daß die SU eine KAE für ihre Zwecke mißbrauche und z.B. diese wegen einer evtl. Dislozierung unter Drohungen verlasse. Der unmittelbare zeitliche Zusammenhang zwischen einem November-KAE-Termin und einer evtl. Dislozierung könne daher bedenklich sein.⁴⁶ Dies spreche für eine Verschiebung auf Februar 1984. Falls die SU einem weiteren Termin nicht zustimme, könne man – auch gegenüber der Öffentlichkeit – die Frage stellen, wie ernst es die SU mit ihrem Friedenswillen wirklich meine.

Andréani, der zunächst für den 15.11. als Beginn der KAE eingetreten war, sprach sich aufgrund der Diskussion dafür aus, das Für und Wider eines November-Termins noch weiter zu durchdenken. Auf jeden Fall müsse vermieden

⁴⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Frage müßte doch von Leuten geprüft werden, d[ie] von öff[entlicher] Meinung was verstehen!“ Vgl. Anm. 2.

werden, daß⁴⁷ in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, der Westen verzögere eine KAE.

6) Betr.: Stand der Beziehungen zur Sowjetunion

Burt: Der amerikanisch-sowjetische Dialog, u. a. die monatlichen Gespräche zwischen AM Shultz und Botschafter Dobrynin, befänden sich noch in einer frühen Phase. Die Gespräche hätten jedoch an Intensität und Substanz zugenommen. Er, Burt, wolle die Möglichkeit eines Treffens Shultz/Gromyko im Frühjahr oder Frühsommer nicht ausschließen. Eine Moskaureise von Shultz sei durchaus eine Möglichkeit. Ein solches Treffen hänge aber von Fortschritten in den derzeitigen Gesprächen mit der SU ab. Hierbei habe man der SU immer wieder deutlich gemacht, daß man auf eine Ausgewogenheit des Dialogs Wert lege: Neben Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle auch regionale Probleme, Menschenrechtsfragen (auf die Präsident Reagan besonderen Wert lege), bilaterale Aspekte.

Man habe auf amerikanischer Seite den Eindruck, daß die SU jetzt deutlicher verstehe, daß Verbesserung des Klimas in den bilateralen Beziehungen von einem sowjetischen Entgegenkommen im Menschenrechtsbereich abhängt. Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über diese Fragen seien ernsthafter als früher. Die amerikanische Seite habe durchaus im Auge, daß die SU hierbei ihr Gesicht wahren müsse und Wert auf Diskretion lege. Allerdings habe man keinen Einfluß auf die amerikanischen Medien, bei sowjetischen Menschenrechtsverletzungen mehr Zurückhaltung zu üben. Man erinnere sich noch an die Proteste in den Medien und in der Öffentlichkeit, als Präsident Ford sich geweigert habe, Solschenizyn im Weißen Haus zu empfangen.⁴⁸ In der Frage eines Gipfeltreffens gebe es keine neue Entwicklung; die USA seien hierzu bereit. Sie hofften jedoch auf Ergebnisse, die im Augenblick noch nicht zu erkennen seien.

D2 nahm eine Frage von Bullard nach der Möglichkeit einer Reise des Bundeskanzlers nach Moskau zum Anlaß, den Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erläutern: Sowjetisches Grundinteresse an der Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, insbesondere Interesse an der Fortführung der politischen Kontakte und am Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sowjetische Äußerungen nach dem 6.3.1983, d.h. seit der Bundestagswahl, ließen, wie von uns vorausgesagt, erkennen, daß die SU sich, wie übrigens auch die DDR, sehr schnell auf die neue Realität einstelle.

Honecker habe sich auf der Leipziger Messe zum baldigen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland bereit erklärt.⁴⁹ Mit einer Einladung des Bundeskanzlers in die SU sei zu rechnen.⁵⁰

⁴⁷ Der Passus „aus, das Für ... vermieden werden, daß“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Vgl. Anm. 2.

⁴⁸ In der Presse wurde berichtet, Präsident Ford habe auf Rat des amerikanischen Außenministers Kissinger eine Einladung zu einem gemeinsamen Abendessen mit dem seit 1974 exilierten sowjetischen Schriftsteller am 30. Juni 1975 abgesagt: „Rund 500 US-Bürger hatten ihm schriftlich mitgeteilt, was sie von seiner Haltung hielten: Allesamt verurteilten sie Fords Absage an Solschenizyn.“ Vgl. den Artikel „Bauch des Drachens“; DER SPIEGEL, Nr. 31 vom 28. Juli 1975, S. 62 und 64.

⁴⁹ Während des Besuchs der Leipziger Messe am 13. März 1983 äußerte sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zufrieden über erste Gespräche mit Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Kohl und kündigte an, daß er, „soweit das seinem Terminkalender entspreche“, der Einla-

Andréani: Pläne für ein Gipfeltreffen Mitterrand/Andropow gebe es nicht.

Bullard: Eine sowjetische Einladung an PM Thatcher läge nicht vor. Sollte sie jedoch mit großer Mehrheit wiedergewählt werden, sei es durchaus denkbar, daß sich die Sowjets eine Einladung an PM Thatcher überlegten. An ein Treffen Pym/Gromyko werde allenfalls – wie in den bisherigen Jahren üblich – am Rande der VN-GV in New York im September dieses Jahres gedacht.

Burt wies abschließend darauf hin, daß in der Los Angeles Times vom 17.3. ein Artikel erschienen sei, der sich auf die National Security Decision Directive 75 (NSDD 75⁵¹) beziehe.⁵² Es handle sich um eine stark entstellte Wiedergabe dieser Direktive. U. a. werde behauptet, die Direktive enthalte eine neue Strategie des ökonomischen Drucks auf die Sowjetunion mit dem Ziel, die innere Entwicklung der SU zu beeinflussen. Die Direktive werde im übrigen mit dem früheren NSC-Mitglied Pipes in Verbindung gebracht. Hierzu sei zu sagen, daß die Direktive in der Federführung des State Departments (Europa-Abteilung) entstanden sei. Es handle sich um eine normale Bewertung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Die Gespräche mit den europäischen Verbündeten, die im Oktober/November 1982 über die weitere Gestaltung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen stattgefunden hätten, seien hierbei berücksichtigt worden. Das Dokument enthalte nichts, was über die Gespräche mit den vier Botschaftern in Washington hinausgehe. Es enthalte keinen Wechsel der amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber der SU.⁵³

7) Betr.: Polen

Burt wies auf Frage von D 2 darauf hin, daß die Polen-Review dem Präsidenten

Fortsetzung Fußnote von Seite 424

dung in die Bundesrepublik im laufenden Jahr Folge leisten werde. Vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXI, S. 402.

50 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, unterrichtete am 31. März 1983 Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz, der sowjetische Botschafter Semjonow habe am Vortag eine Einladung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, zu einem Besuch in der UdSSR überbracht. Teltschik bat, „diese Botschaft vorläufig ausschließlich zur persönlichen und vertraulichen Unterrichtung dem Herrn Minister zur Kenntnis vorzulegen. Es sollte auf jeden Fall verhindert werden, daß die Einladung von Generalsekretär Andropow vor der Veröffentlichung der Einladung des amerikanischen Präsidenten bekannt wird, um alle möglichen Mißverständnisse sowohl in der Öffentlichkeit wie gegenüber der sowjetischen Seite zu vermeiden.“ Vgl. das Schreiben; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

51 Für die National Security Decision Directive Nr. 75 „US Relations with the USSR“ vom 17. Januar 1983 vgl. <http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-75.pdf>.

52 In dem Artikel hieß es: „Times staff writer Robert C. Toth disclosed in a story published Wednesday that the National Security Council has approved a directive calling for efforts to influence the internal policies of the Soviet Union through economic pressures and a propaganda campaign. The idea is that aggressive Soviet behavior in the world has internal roots, and that efforts to constrain Soviet troublemaking abroad, therefore must include attempts to influence the regime internally.“ Vgl. den Artikel „It's Astounding“; LOS ANGELES TIMES vom 17. März 1983, S. D6.

53 Gesandter Wallau, Washington, informierte am 31. März 1983, in der National Security Decision Directive Nr. 75 „US Relations with the USSR“ vom 17. Januar 1983 seien die Grundsätze und Ziele der amerikanischen Regierung gegenüber der UdSSR niedergelegt: „Es enthält keinen konkreten Maßnahmenkatalog. [...] Im Vergleich mit ähnlichen Richtlinien aus den 50er Jahren seien die NSDD-75-Richtlinien ‚sehr milde‘ ausgefallen und unterschieden sich von der amerikanischen Politik der 70er Jahre bis zum Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im wesentlichen durch die Überzeugung dieser Administration, daß die Entspannungspolitik jener Periode der Sowjetunion einseitige Vorteile erbracht und sie nicht an steigender Aufrüstung und Expansion gehindert hätte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1480; Referat 204, Bd. 135232.

vorliege.⁵⁴ In der Review werde auch zur Umschuldungsfrage⁵⁵ Stellung genommen. Er, Burt, hoffe, die Verbündeten in naher Zukunft über die weiteren amerikanischen Pläne und Vorstellungen unterrichten zu können. Ohne der Entscheidung des Präsidenten vorgreifen zu wollen, sehe er, Burt, vor dem Papstbesuch⁵⁶ keine wesentliche Änderung der amerikanischen Polenpolitik voraus.

D2 wies darauf hin, daß wir unsere regelmäßigen Kontakte mit dem polnischen Geschäftsträger⁵⁷ genutzt hätten, um auf die abträglichen Folgen hinzuweisen, welche die schikanöse polnische Behandlung der amerikanischen Journalisten und der US-Botschaft in Warschau⁵⁸ (u. a. Ortskräfte, unfreundliche Verabschiedung des Botschafters⁵⁹) auf die Haltung Washingtons gegenüber Polen haben müsse. Er, D2, habe im Politischen Komitee⁶⁰ den übrigen europäischen Partnern empfohlen, unserem Beispiel zu folgen und ebenfalls die Polen wissen zu lassen, daß sie sich mit ihrem Verhalten selbst keinen Gefallen täten. Der polnische Geschäftsträger in Bonn habe bezeichnenderweise auf unsere Vorhaltung erklärt, Polen wünsche bessere Beziehungen zu den USA.

Burt bedankte sich für das deutsche Vorgehen.

8) Betr.: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Burt unterstrich das große Interesse von AM Shultz an dem Status der in Auftrag gegebenen Einzelstudien.⁶¹ Er habe sich vor kurzem hierüber unterrichten lassen. Das amerikanische Interesse an den Studien sei nach wie vor groß. Das Thema werde in den nächsten Monaten im Mittelpunkt der bilateralen Gespräche stehen. Es gebe noch keine abschließenden amerikanischen Überlegungen, wie die Studien auf dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg⁶² behandelt werden sollten.

Burt gab dann auf persönlicher Basis eine Einschätzung des Standes der Einzelstudien:

a) Energiebedarf und alternative Energiequelle (OECD/IEA): Bisherige Ergebnisse seien sehr ermutigend. Schwierigkeiten gebe es mit F. Es sei daher noch offen, ob man zu gemeinsamen Schlußfolgerungen komme. Die USA würden eine wie auch immer geartete Vereinbarung über Energiesicherheit, -versorgung und -abhängigkeit begrüßen.

b) COCOM

Angestrebt würden konkrete Ergebnisse zur Verbesserung der Organisation und der Effizienz von COCOM sowie eine Vereinbarung über die Kontrollbedürftigkeit des Exports von Hochtechnologie unter Sicherheitsaspekten.

⁵⁴ Zur Ankündigung einer Überprüfung der amerikanischen Politik gegenüber Polen vgl. Dok. 49.

Zum Ergebnis der amerikanischen Studie „Poland Review“ vgl. Dok. 152.

⁵⁵ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 49, besonders Anm. 54.

⁵⁶ Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

⁵⁷ Witold Sedziwy.

⁵⁸ Zu Behinderungen von Journalisten in Polen vgl. Dok. 58, Anm. 27.

⁵⁹ Der amerikanische Botschafter Meehan verließ Polen am 11. Februar 1983.

⁶⁰ Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand am 8. März 1983 in Bonn statt. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 9–11 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 10. März 1983; VS-Bd. 12911 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶¹ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

⁶² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

c) NATO-Studie

US erwarten, daß die NATO-Wirtschaftsstudie über die Auswirkungen der OWW⁶³ auf die Sicherheit der Allianz bis zum NATO-Ministertreffen im Juni⁶⁴ soweit gediehen sei, daß die Außenminister sich dann mit der Frage befassen könnten, mit welcher Strategie man sicherstellen könne, daß die SU durch OWW keine Sicherheitsvorteile erwerbe. Insgesamt sei man mit dem Fortgang der Studie recht zufrieden.

d) Kreditpolitik (OECD)

Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten werde es schon ein Fortschritt sein, wenn mögliche Vereinbarungen die Schwierigkeiten des Problems anerkannten. Präsident Reagan und AM Shultz würden in dieser Frage weiterhin mit den Verbündeten „in good faith“ zusammenarbeiten.

Andréani und Bullard vertraten die Auffassung, daß es angesichts bestehender Meinungsverschiedenheiten, insbesondere in der Frage der Kreditpolitik und der Kontrollbedürftigkeit des Exports von Hochtechnologie in COCOM, zu optimistisch sei, bis zum Wirtschaftsgipfel in Williamsburg mit konkreten Ergebnissen zu rechnen. Andréani warnte davor, zuviel erreichen zu wollen. Der politische Schaden könnte dann größer sein als evtl. Nutzen.

D2 stellte die Frage, was die USA unternommen hätten, um den Technologietransfer in die SU über dritte Länder (u. a. Österreich) zu verhindern. Burt wies darauf hin, daß es mit den in Betracht kommenden Ländern private Vereinbarungen gebe. Man behandle diese Fragen sehr diskret, um die betreffenden Regierungen nicht in Verlegenheit zu bringen. Insgesamt sei man mit dem Erfolg zufrieden.⁶⁵

9) Betr.: Spanien-Außenpolitik⁶⁶

Bullard äußerte sich besorgt über gewisse außenpolitische Orientierungen der neuen spanischen Regierung⁶⁷:

- Neigung, sich von Verpflichtungen der früheren Regierung zu lösen,
- übertriebene Vorstellungen von der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung Spaniens für die westliche Gemeinschaft.

Diese beiden Elemente würden durch die Persönlichkeit von AM Morán besonders akzentuiert. Das Treffen mit Morán in London über Gibraltar sei verheerend (desastrous) gewesen.⁶⁸ Besorgnisse erwecke insbesondere die spanische Haltung zur NATO. Auf dem letzten NPG-Treffen⁶⁹ sei Spanien nicht mehr – wie

⁶³ Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.

⁶⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

⁶⁵ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Ich meine, wir hätten das mehr sagen sollen (sofern nicht bilateral geschehen). Dies ist keine Frage der Beständigkeit, sondern der Notwendigkeit, Gelegenheiten zur Replik wahrzunehmen.“ Vgl. Anm. 2.

⁶⁶ Dazu vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Sollte Bo[tschafter] Brunner erhalten!“ Vgl. Anm. 2.

⁶⁷ Nach den Wahlen zum spanischen Parlament am 28. Oktober 1982 wurde am 2. Dezember 1982 eine neue Regierung unter Ministerpräsident González vereidigt.

⁶⁸ Der spanische Außenminister Morán hielt sich am 16./17. März 1983 in Großbritannien auf.

⁶⁹ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 22./23. März 1983 in Vilamoura vgl. Dok. 77.

früher – durch den Minister⁷⁰, sondern durch einen Beobachter vertreten gewesen. Hier werde die Tendenz erkennbar, aus dem „Einfrieren“ der spanischen NATO-Mitgliedschaft⁷¹ einen „freeze minus“ zu machen. Auch das Drängen AM Moráns auf einen schnellen KSZE-Abschluß in Madrid – selbst unter Aufgabe westlicher Positionen – gebe Anlaß zur Besorgnis. Bullard sprach sich für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Gesprächslinie gegenüber Spanien und für eine noch bessere Nutzung bilateraler Gesprächsmöglichkeiten aus.

Burt: In den amerikanisch-spanischen Beziehungen gehe es darum, sowohl die spanische Mitgliedschaft der NATO als auch die bilateralen amerikanisch-spanischen Sicherheitsbeziehungen zu erhalten. Mit AM Morán gebe es ein spezifisches Problem, nämlich dessen Betonung einer neuen spanischen Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt. Hierzu habe dieser sich bereits in einem Buch vor seiner Amtsübernahme als Minister geäußert.⁷² Was die spanische Haltung zur KSZE angehe, so habe Eagleburger in einem kürzlichen Gespräch mit dem spanischen Geschäftsträger in Washington die amerikanische Haltung unmißverständlich deutlich gemacht.

Die USA seien von González beeindruckt. Er habe erklärt, es sei sein Ziel, die spanische öffentliche Meinung in der Frage der spanischen NATO-Mitgliedschaft umzukehren. Sein Berater für nationale Sicherheitsfragen (Yanic?) sei ausgezeichnet. Das gleiche gelte auch für den Verteidigungsminister⁷³.

D2 berichtete über die Gespräche Botschafter Brunners mit González⁷⁴ und Morán.⁷⁵ González sei in der Tat konsequenter und klarer als Morán. Der MP habe wirkliches Format. Schon vor seiner Wahl habe sich González gegenüber BM Genscher für einen schnellen NATO-Beitritt Spaniens ausgesprochen, um vor seiner Amtsübernahme ein *fait accompli* zu schaffen.⁷⁶ Wir übersähen nicht

⁷⁰ Korrigiert aus: „Botschafter“.

⁷¹ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 2, Anm. 2.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 30. März 1983, aus der amerikanischen NATO-Delegation sei mitgeteilt worden, man sei der Bundesregierung für Hinweise an die spanische Regierung dankbar, „daß sich für Spanien alle Vorteile aus der Mitgliedschaft in der Allianz erst dann ergäben, wenn Spanien seine Zurückhaltung und Tendenz, lediglich als Beobachter in Erscheinung zu treten, aufgäbe und in vollem Umfang Mitglied werde“. Auch wenn die amerikanische Regierung keinen Druck ausüben wolle, frage sie sich, „ob Spanien nicht die Zurückhaltung und Geduld der USA, die hauptsächlich auf die Erwartung gegründet sei, die spanische Regierung werde durch die Erfahrungen in ihrer Regierungstätigkeit selbst bald zu dieser Erkenntnis kommen, falsch interpretiere“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 588; VS-Bd. 12929 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷² Vgl. Fernando MORÁN LÓPEZ, *Una política exterior para España. Una alternativa socialista*, Barcelona 1980.

⁷³ Narcís Serra y Serra.

⁷⁴ Zu dem Gespräch am 4. Februar 1983 vgl. Dok. 46, Anm. 18.

⁷⁵ Botschafter Brunner, Madrid, informierte am 13. Januar 1983, der spanische Außenminister Morán habe im Gespräch am Vortag Fragen der Beziehungen Spaniens zu Frankreich und zur Bundesrepublik, den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 und den EG-Beitritt Spaniens erörtert: „Insgesamt war Morán bemüht, darzulegen, daß die von ihm jetzt geplante enge Anlehnung an Frankreich nichts an der deutsch-spanischen Freundschaft ändere. Er betonte besonders, über Fragen des französischen Handelsdefizits mit Spanien sei nicht gesprochen worden. Keinesfalls erwäge man in Madrid zu Lasten von Aufträgen an deutsche Firmen auszutarieren. Im übrigen würden der wünschenswerten Verbindung mit Frankreich durch eine überwiegend frankophobe öffentliche Meinung in Spanien Grenzen gesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 27; VS-Bd. 12927 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷⁶ Bundesminister Genscher traf am 12. Juni 1981 mit dem Vorsitzenden der PSOE, González, zu-

ganz, welche Rolle Guerra spiele. Über den Verteidigungsminister hätten wir das gleiche Urteil wie Burt. Wir alle müßten die Linie von González stützen. Dazu würden Bundeskanzler und BM am 3. und 4. Mai beim Besuch des spanischen MP in Bonn Gelegenheit haben.⁷⁷

Was die spanische Haltung zum KSZE-Folgetreffen angehe, so stimme es, daß Spanien geneigt sei – ebenso wie Portugal und Griechenland – RM.39 rev. in seiner gegenwärtigen Fassung zu akzeptieren.

Zur Kennzeichnung des spanischen AM könne dienen, daß Morán dem BM erklärt habe, Spanien lehne eine Stationierung von Kernwaffen aus moralischen Gründen ab. Der BM habe in einer längeren, eleganten Antwort einfließen lassen, es gehe nicht an, daß in der Allianz diejenigen Länder eine höhere Moral in Anspruch nähmen, die nicht stationierten.⁷⁸ Wir nähmen diese Last für alle Bündnismitglieder auf uns und könnten daher erwarten, von allen unterstützt zu werden.

Im Verhältnis EPZ/Spanien gebe es im übrigen ebenfalls Anzeichen einer stärkeren spanischen Distanzierung, zu deren Überwindung wir entschlossen seien.

Andréani: Die derzeitigen Schwierigkeiten im Verhältnis NATO–Spanien habe sich die NATO selbst zuzuschreiben, indem sie nach dem Prinzip vorgegangen sei: erst Beitritt, dann Verhandeln.

Das spanische Eintreten für einen Erfolg des KSZE-Folgetreffens sei an sich zu begrüßen. Die Spanier schienen jedoch etwas zu neutral. Spanien sei der falschen Auffassung, als Gastland habe es eine besondere Rolle zu spielen. Hierüber müsse man mit ihnen sprechen.

Was die spanische Dritte-Welt-Politik angeht, so könne man diese nur begrüßen. In den französisch-spanischen Beziehungen habe sich die Atmosphäre verbessert. Es gäbe enge persönliche Beziehungen. Die Substanz der Beziehungen habe sich jedoch nicht geändert. Die Spanier blieben schwierige Partner.

Burt: Die Spanier stellten im Hinblick auf die Integration Spaniens in Europa eine Kosten- und Nutzen-Rechnung auf: Der NATO-Beitritt gehöre zu den Kosten und die EG-Mitgliedschaft zu dem Nutzen. Dieser falschen Auffassung müsse man entgegentreten.

D2 erwiderte auf Andréanis Bemerkung, die Allianz habe unrichtig gehandelt (zuerst NATO-Beitritt; dann Verhandlungen mit Spanien), nach seiner Ansicht habe die NATO richtig gehandelt. Das sei nicht zuletzt eine Zeitfrage gewesen: Wir hätten die günstigste parteipolitische Konstellation in Spanien resolut nutzen müssen. Nun komme es auf die richtige Weiterbehandlung an. Sie müsse in ruhigem, bestimmten Einwirken bestehen und, wie gesagt, in der Stützung der „Linie González“.

Fortsetzung Fußnote von Seite 428

sammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 922 des Botschafters Lahn, Madrid, vom 13. Juni 1981; Referat 203, Bd. 123291.

⁷⁷ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González sowie des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán am 3. Mai 1983 vgl. Dok. 126 und Dok. 127.

⁷⁸ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán am 9. Februar 1983 vgl. Dok. 46.

Burt äußerte sich auf Frage von Bullard abschließend zum amerikanisch-spanischen Stützpunktabkommen⁷⁹: Die USA hätten in den Verhandlungen mit Spanien keinesfalls den Eindruck vermittelt, Spanien könne als Alternative zum NATO-Beitritt auf die amerikanisch-spanische Sicherheitspartnerschaft zurückfallen. Das Stützpunktabkommen habe ursprünglich eine NATO-Klausel enthalten. Diese habe man jedoch auf spanischen Wunsch (im Hinblick auf die Ratifizierung durch das Parlament) wieder aus dem Vertrag herausnehmen müssen.

10) Betr.: 7. Gipfelkonferenz der Blockfreien in New Delhi⁸⁰

In der Diskussion bestand Übereinstimmung, daß die Gipfelkonferenz gewisse Fortschritte in Richtung einer echten Ungebundenheit gebracht habe, auch wenn das Konferenzergebnis insgesamt nicht befriedigen könne.

Bullard: Der malaysische AM⁸¹ habe auf dem EG-ASEAN-Treffen in Bangkok Delhi mit den Worten charakterisiert, der Trend der Ungebundenen in Richtung SU und ihrer Verbündeten sei angehalten, aber nicht umgekehrt worden.

Burt: Washington sei über das Ergebnis von Delhi nicht überrascht. Es gäbe bei den Ungebundenen objektive Tendenzen zu größerem Pragmatismus. Dies hänge damit zusammen, daß auch in der Dritten Welt eine Nachfolgeneration heranwachse, die rationaler reagiere und die wirtschaftlichen „facts of life“ richtig einschätze. Dieser ruhige Zug zum Pragmatismus werde sich weiter durchsetzen, auch wenn er zunächst noch mit starken Worten der Ideologie überdeckt werde.

D2 entwickelte kurz unsere Einschätzung und unsere Absichten für die Zukunft, auch im Zehner-Rahmen, und stellte dann an Burt die Frage, ob auch die amerikanische VN-Politik der neuen Entwicklung Rechnung trage und wie. Burt: Die amerikanische VN-Politik sei sowohl durch ideologische als auch pragmatische Momente charakterisiert. Das Auftreten von Botschafterin Kirkpatrick habe gezeigt, daß eine solche Politik erfolgreich sein könne. Die USA ermutigten pragmatische Ansätze in den VN, wie sie sich bei der Debatte über den Antrag zum Ausschluß Israels⁸² und zu Puerto Rico⁸³ gezeigt hätten.

⁷⁹ Zum Vertrag vom 2. Juli 1982 zwischen Spanien und den USA über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit vgl. Dok. 49, Anm. 116.

⁸⁰ Die siebte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi statt. Ministerialdirektor Gorenflos resümierte am 18. März 1983, die „Tendenz der Bewegung zu Unabhängigkeit gegenüber den Großmächten“ habe sich verstärkt, insbesondere dank Indiens, das für drei Jahre die Präsidentschaft der Bewegung übernommen habe. Verabschiedet worden seien vier Dokumente: „a) das übliche Schlußkommuniqué (behandelt alle allgemeinen, politischen und wirtschaftlichen Fragen. Im Umfang übertrifft der Wirtschaftsteil den politischen Teil). b) eine ‚New Delhi Message‘ – ein im wesentlichen an die Großmächte gerichteten Appell (behandelt Abrüstung, Wirtschaft und zwei politische Fragen – Palästina und das Südliche Afrika –, enthält Aufruf an Staatschefs, an nächster VN-GV teilzunehmen). c) dazu zwei gesonderte Erklärungen im Wirtschaftsbereich: ‚Declaration on Collective Action for Global Prosperity‘, ‚Declaration on Collective Self-Reliance‘.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127102.
Für den Wortlaut der „Botschaft von Neu Delhi“ und der Schlußdeklaration vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 344–370 (Auszug).

⁸¹ Muhammad Ghazali bin Shafie.

⁸² Die VN-Generalversammlung lehnte am 26. Oktober 1982 einen Ausschluß Israels ab. Am 8. November 1982 resümierte Referat 230: „Die harte und deutliche Haltung des Westens führte schließlich zu einem vollen Erfolg: Die arabischen Länder bekräftigten zwar durch ihren derzeitigen Sprecher Libyen ihre Vorbehalte gegen Israel, stellten aber keinen förmlichen Ausschlußantrag. Als darauf-

11) Betr.: Kambodscha⁸⁴

Andréani berichtete über das EG-ASEAN-Treffen und die harte Linie der ASEAN-Staaten in der Kambodscha-Frage: Verurteilung der vietnamesischen Besatzung, keine Verhandlungen mit Vietnam. Im vertraulichen Gespräch seien jedoch durchaus Nuancen erkennbar geworden. So hätten die Thais zu erkennen gegeben, daß auch nach ihrer Ansicht Fortschritte in der Kambodscha-Frage ohne Verhandlungen mit Vietnam kaum zu erwarten seien.⁸⁵ In der Haltung der ASEAN-Länder zu Kambodscha könne man daher von einer Dichotomie sprechen: Offiziell werde eine harte Linie gegenüber Vietnam vertreten, daneben gebe es aber auch eine realistische Position, die davon ausgehe, daß ohne Verhandlungen mit Vietnam eine Kambodscha-Lösung nicht zu erreichen sei. Übereinstimmung bestehe jedoch darin, daß der derzeitige Zustand in Kambodscha noch lange Zeit anhalten werde. Die Thais seien sich darüber im klaren, daß angesichts der großen Flüchtlingslager in ihrem Land eine solche Perspektive weitere große Belastungen mit sich bringen werde. Daher sei bei ihnen der Wunsch, die Lage möglichst bald zu ändern, groß.

12) Betr.: Wirtschaftsgipfel Williamsburg (politischer Teil)

Politischer Teil des Wirtschaftsgipfels soll auf dem Vorbereitungstreffen am 17./18. Mai in Washington (sieben Pol. Direktoren und Pers. Beauftragte) vor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 430

hin Iran aus eigener Initiative dennoch einen entsprechenden Antrag stellte, lehnte die 37. GV seine Behandlung mit einer klaren Mehrheit von 74 gegen 9 Stimmen von Ausschlußbefürwortern (bei 31 Enthaltungen) ab“. Vgl. Referat 310, Bd. 135709.

⁸³ Am 4. August 1982 verabschiedete der Entkolonisierungs-Ausschuß der Vereinten Nationen eine Resolution, in der das Recht des puerto-ricanischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt und die USA aufgefordert wurden, Puerto Rico die Souveränität zu übertragen. Die VN-Generalversammlung solle diese Frage während der Sitzungsperiode vom 21. September bis 21. Dezember 1982 behandeln. Der Allgemeine Ausschuß der VN-Generalversammlung beschloß am 22. September 1982, diesen Tagesordnungspunkt nicht in die Agenda der Generalversammlung aufzunehmen. Am 24. September 1982 lehnte die VN-Generalversammlung mit 70 zu 30 Stimmen bei 43 Enthaltungen einen Antrag Kubas ab, das doch noch auf die Tagesordnung zu setzen. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 1276.

⁸⁴ Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine provietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen. Die Truppen der gestürzten Regierung der Roten Khmer und weitere Widerstandsgruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung setzten den Kampf gegen die vietnamesischen Streitkräfte fort. Referat 340 notierte am 20. Januar 1983: „Akzentuiert wird die Lage in und um K[ambodscha] durch die Bildung der Widerstandskoalition der Roten Khmer (RK), K[hmer]P[ople's]N[ational]L[iberation]F[ront] und der Kräfte um den Prinzen Sihanouk vom 22.6.1982, durch die jüngsten Kontakte zwischen China und der Sowjetunion (China hat die SU aufgefordert, die Unterstützung Vietnams in K. einzustellen) und den bevorstehenden Gipfel der Ungebundenen in Delhi (März 1983). [...] Weiterhin stehen vietnamesische Truppen in Stärke von 150 000 bis 170 000 Mann in K. Widerstand und Guerillatätigkeit in K. dauern in begrenztem Maße an. Die Widerstandsgruppen (RK ca. 30 000, KPNLF ca. 10 000 und von Sihanouk ca. 1500 Mann) binden etwa ein Drittel der vietnamesischen Truppen, die im westlichen Landesteil K.s nahe der thailändischen Grenze disloziert sind.“ Vgl. Referat 340, 127378.

⁸⁵ Ministerialdirektor Gorenflos, z.Z. Bangkok, berichtete am 25. März 1983, die der vierten Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 24./25. März 1983 vorangegangene Außenministerkonferenz der ASEAN-Mitgliedstaaten am 23. März 1983 sei geprägt gewesen „durch die Diskussion über den zwischen dem malaysischen Außenminister Ghazali Shafi und seinem vietnamesischen Kollegen Co Thach am Rande der Blockfreienkonferenz erörterten Vorschlag einer Regionalkonferenz über das Kambodscha-Problem (Teilnehmer an Regionalkonferenz ASEAN, Vietnam und Laos ohne das Kambodscha Heng Samrins). Thailand, die Philippinen und Singapur haben sich diesem Vorschlag widersetzt und ihn abgeblockt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Referat 341, Bd. 137437.

bereitet werden.⁸⁶ USA werden etwa Mitte April erste Vorschläge zur Vorbereitung des politischen Teils übermitteln. D2 wies darauf hin, daß er am Vorbereitungstreffen am 17./18. Mai, nicht aber am Wirtschaftsgipfel selbst teilnehmen könne (zeitliche Kollision mit PK⁸⁷). Er werde dann durch Dg20⁸⁸ vertreten werden.

13) Betr.: Entführung eines libyschen Verkehrsflugzeugs⁸⁹

Burt äußerte sich enttäuscht über den mangelnden Enthusiasmus der Verbündeten, in diesem Fall energischer gegenüber der maltesischen Regierung vorzugehen. Er übergab ein Papier (Anlage⁹⁰), das die amerikanische Position enthält. D2 wies auf die Besonderheiten und Schwierigkeiten dieses Falles hin: Mintoff habe den Tätern, um die Befreiung der Geiseln zu erreichen, zugesagt, keine Strafverfolgung gegen sie einzuleiten. Es gebe Präzedenzfälle (Syrien⁹¹, Thailand⁹²), in denen nach entsprechenden Zusagen des Staatspräsidenten bzw. eines Ministers ebenso verfahren und keine Schritte nach der Bonner Gipfelerklärung zur Luftsicherheit⁹³ ergriffen worden seien. Man stehe hier vor einem großen Dilemma.

14) Betr.: Verbesserung der Vierer-Konsultationen

Burt sprach die Frage einer weiteren Verbesserung der Vierer-Konsultationen an. Sie seien Hauptsteuerungsinstrument der westlichen Politik. Er greife das

⁸⁶ Die Tagung der Persönlichen Beauftragten („Sherpas“) der an den Weltwirtschaftsgipfeln teilnehmenden Staats- und Regierungschefs fand am 11./12. Mai 1983 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, vom 16. Mai 1983; Referat 412, Bd. 130541.

⁸⁷ Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand am 31. Mai und 1. Juni 1983 in Bonn statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 3611 des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 9. Juni 1983; VS-Bd. 13389 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸⁸ Heinz Dröge.

⁸⁹ Ein libysches Flugzeug vom Typ „Boeing 727“ mit 154 Passagieren und 7 Besatzungsmitgliedern wurde am 20. Februar 1983 auf einem Inlandsflug von zwei Libyern nach Malta entführt, wobei sich fünf Passagiere den Entführern anschlossen. Nach 65 Stunden ergaben sich die Entführer am 23. Februar 1983 den maltesischen Behörden, nachdem Ministerpräsident Mintoff zugesichert hatte, „sie nicht in ihr Ursprungsland abzuschicken“. Vgl. den Artikel „Freilassung sämtlicher Geiseln“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernaussage vom 25. Februar 1983, S. 3.

⁹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für das undatierte amerikanische Papier vgl. VS-Bd. 12951 (204).

⁹¹ Am 2. März 1981 wurde ein pakistanisches Flugzeug vom Typ „Boeing 720“ auf einem Inlandsflug von drei Personen entführt, die die Freilassung von 54 in Pakistan inhaftierten Personen verlangten. Am 14. März ergaben sich die Entführer in Damaskus den Behörden, nachdem die syrische Regierung den Entführern sowie den aus pakistanischer Haft freigepreßten Personen Asyl zugesagt hatte. Vgl. dazu den Artikel „Plane Hijackers Surrender in Syria, Ending 13-Day Ordeal for Hostages“; THE NEW YORK TIMES vom 15. März 1981, S. 1 und 12.

⁹² Ein Flugzeug vom Typ „Boeing 747“ der italienischen Fluggesellschaft Alitalia wurde am 30. Juni 1982 auf dem Weg von Rom nach Tokio nach einem Zwischenstopp in Neu Delhi von einem Sri-Lanker entführt. Dieser drohte, das Flugzeug mit 260 Menschen zu sprengen, wenn ihm nicht in Bangkok seine von ihm getrennt lebende italienische Frau und sein dreijähriger Sohn sowie ein Lösegeld übergeben würden. Nach Erfüllung der Forderungen kamen am 1. Juli 1982 alle Geiseln frei. Dazu hieß es in der Presse: „Der Entführer geht auf thailändischem Boden straffrei aus, obwohl dort Luftpiraterie mit dem Tode bedroht ist. Er erhält auch das verlangte Lösegeld von 300 000 Dollar von der italienischen Luftgesellschaft ‚Alitalia‘. Der Luftpirat flog noch am Donnerstag mit Frau und Kind nach Colombo.“ Vgl. den Artikel „Luftpirat von Bangkok gibt auf“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Juli 1982, S. 8.

⁹³ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA vom 17. Juli 1978 zu Flugzeugentführungen vgl. BULLETIN 1978, S. 766.

Thema auch auf, weil es in Washington gelegentlich immer wieder einzelne Stimmen gebe, die gegenüber den Vierer-Konsultationen skeptisch seien. Sie vermuteten zu Unrecht, daß

- die USA durch die Vierer-Zusammenarbeit in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt werden könnten;
- die Begrenzung auf den Vierer-Kreis zu Verlegenheiten führen könne, insbesondere wegen der Nichteinbeziehung Italiens;
- es sich um eine Einbahnstraße handle (stärkere Einwirkung der Europäer auf die USA als umgekehrt).

Er wolle auf dem nächsten Vierer-Treffen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Vierer-Konsultationen vorlegen und bitte die übrigen, parallele Überlegungen anzustellen.

In der Diskussion bestand Übereinstimmung über überragende Bedeutung der Vierer-Konsultationen. Operative Fragen und „Brainstorming“ mußten ihren Platz haben. D2 unterstrich die außerordentliche Wichtigkeit schon des vertraulichen Meinungs- und Informationsaustausches, wie er nur im begrenzten Vierer-Kreis möglich sei, und der, durch Zusammenlegung unserer Erkenntnisse, sogleich eine fundiertere Einschätzung schwieriger Sachverhalte erlaube. Das gelte sodann, *mutatis mutandis*, auch für die Operationen. Schließlich seien Frühwarnung, Früherkennung, schnelle gemeinsame Analysen Voraussetzung für rechtzeitiges, oft vorbeugendes Handeln. Andréani ergänzte mit dem Hinweis, daß es gewisse Themen gebe, die wegen ihrer strengen Vertraulichkeit nur im Viererrahmen behandelt werden könnten (z. B. insbesondere Krisenfallplanung Jugoslawien⁹⁴).

Es bestand ferner Übereinstimmung, daß man sich künftig noch stärker als bisher auf eine kleinere Zahl von aktuellen Schwerpunktthemen konzentrieren sollte: Die Vierertreffen dürften nicht zu einem „Abladeplatz“ für weniger wichtige Fragen werden.

VS-Bd. 12951 (204)

⁹⁴ Seit 1976 wurden im Kreis der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA sowie deren militärischer Berater Gespräche über eine Ausrüstungshilfe und logistische Unterstützung für Jugoslawien im Falle eines Einmarschs von Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten erörtert. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 141.

83

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**221-372.14 USA-688I/83 VS-vertraulich****29. März 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: MBFR;

Besuch des neuen amerikanischen Delegationsleiters Abramowitz in
Bonn (12./13. April)

Anlg.: 1

Als Anlage lege ich einen Vermerk des RL 221⁴ vom 25. März zum Verhandlungsstand in Wien vor und verweise besonders auf die Ausführungen in Ziffer 1 bis 3.

Wenn es in den nächsten Monaten gelänge, Fortschritte bei der Lösung des Daten/Verifikationsproblems zu erzielen, wäre dies von erheblicher politischer Bedeutung weit über den MBFR-Bereich hinaus. Ich halte es deshalb für wichtig, in engen Kontakten mit Amerikanern und Briten alle Möglichkeiten zur Ausschöpfung des vorhandenen Spielraums für eine Bewegung in den Verhandlungen zu prüfen.

Der neue amerikanische Delegationsleiter in Wien, Botschafter Abramowitz, wird sich am 12./13. April in Bonn aufhalten, um AM Shultz auch über die deutsche Einschätzung der Verhandlungslage berichten zu können. Ich schlage vor, ihm Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Herrn Bundesminister, Herrn Staatsminister Mertes und mit dem Herrn Staatssekretär zu geben.⁵

Außerdem schlage ich vor, einen Gedanken Botschafter Abramowitz' aufzugreifen (vgl. Ziff. 3 des anl. Vermerks) und gegenüber AM Shultz die Einsetzung ei-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 30. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Es genügt, G[espräch] auf StM-/StS-Ebene wahrzunehmen, es sei denn, Sie sind einfach interessiert, den Mann kennenzulernen. Dann aber wäre ich für ‚Höflichkeitsbesuch‘.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 31. März 1983 vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Vorschlag: 13. April, 14.15 [Uhr].“

³ Hat Bundesminister Genscher am 4. April 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 5. April 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] a[uch] Anmerk[un]g BM S. 5 d. Anlage.“ Vgl. Anm. 17.

⁴ Josef Friedrich Holik.

⁵ Staatssekretär von Staden erörterte am 13. April 1983 mit dem Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation die Verhandlungen in Wien. Auf Abramowitz' Frage, ob eine Konferenz über Abrüstung in Europa nicht das Aus für MBFR bedeutete, legte Staden dar, die Bundesregierung sehe „in einer KAE nicht Ersatz, sondern Ergänzung von MBFR [...]. Das sowjetische Interesse an MBFR könne sogar zunehmen wegen der für die SU hier günstigeren geographischen Rahmenbedingungen; vielleicht zeichne sich dies bereits in gegenwärtiger sowjetischer Haltung in Wien ab.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 221, Bd. 124571.

Ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Abramowitz fand am 26. Mai 1983 statt. Vgl. Dok. 155.

ner besonderen trilateralen Arbeitsgruppe zu MBFR anzuregen.⁶ Hierzu erfolgt bei geeigneter Gelegenheit weitere Vorlage.

Ruth

[Anlage]⁷

Betr.: Gegenwärtiger Verhandlungsstand in Wien;
hier: Eindrücke einer Dienstreise

Während eines dreitägigen dienstlichen Aufenthalts in Wien (10. bis 12. März 1983) hatte ich Gelegenheit, z.T. ausführliche Gespräche mit Mitgliedern unserer MBFR-Delegation sowie mit den Delegationsleitern der USA, der Niederlande, Großbritanniens, der UdSSR, Polens und der DDR zu führen. Besonders ergiebig erwies sich das Gespräch mit dem neuen amerikanischen Delegationsleiter Abramowitz, der zum Abschluß meines Besuchs am Samstag⁸ vormittag in die Residenz von Botschafter Boss kam, um sich über unsere Einschätzung der Verhandlungslage und insbesondere den von uns entwickelten Daten/Verifikationsansatz⁹ unterrichten zu lassen.

1) Mein Gesamteindruck war, daß trotz der nach außen erstarrten Fronten zum ersten Mal seit mehreren Jahren Spielraum für Bewegung in den Verhandlungen vorhanden ist und daß uns bei der Nutzung dieses Spielraums im westlichen Interesse – nicht zuletzt mit Blick auf die INF-Verhandlungen – eine wichtige Rolle zukommen könnte.

a) Unter den westlichen Delegationen herrscht der Eindruck vor, daß das politische Interesse des Ostens an den MBFR-Verhandlungen seit dem Amtsantritt Andropows¹⁰ zugenommen hat, auch wenn bisher keine konkreten Anzeichen für östliche Konzessionsbereitschaft vorliegen. Mit seinen am 17.¹¹ Februar 1983 vorgelegten neuen Vorschlägen¹² setzt sich der Osten sogar ab von der bisher auch von ihm grundsätzlich akzeptierten Position, daß eine Einigung über Ausgangsdaten erforderlich ist, um die zur Parität führenden Reduzierungsquoten von beiden Seiten festzulegen. Er mutet dem Westen zu, sich auf die Verifizierung vereinbarter Höchststärken zu verlassen, ohne dafür mehr als vage Andeutungen einer Verhandlungsbereitschaft über Verifikationsmaßnahmen anzubieten. Andererseits hat der Osten mit seinen neuen Vorschlägen erstmals implicite anerkannt, daß asymmetrische Reduzierungen notwendig sein könnten, um Parität herzustellen.

⁶ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Ein ungehöriges Verfahren, das Sie sich mit Recht verbitten würden.“

Dazu vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „[r]ichtig!“.

⁷ Ablichtung.

⁸ 12. März 1983.

⁹ Zu den Überlegungen der Bundesrepublik in der Daten- und Verifizierungsfrage vgl. Dok. 51, Anm. 14.

¹⁰ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU am 12. November 1982 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

¹¹ Korrigiert aus: „15.“

¹² Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. Februar 1983 vgl. Dok. 51.

b) Wichtigste westliche Verhandlungsaufgabe muß es in der nächsten Runde¹³ sein, den Osten zur Konkretisierung seines Verifikationsangebots zu drängen. Auf der Basis des von uns entwickelten Daten/Verifikationsansatzes wäre der Westen hierzu in einer ausgezeichneten taktischen Ausgangslage. Die Erkenntnisse und Erfahrungen, die sich aus der bisherigen Diskussion dieses Ansatzes im trilateralen Rahmen ergeben haben, liefern Maßstäbe für die Entscheidung, wieweit der Westen bei entsprechendem östlichen Entgegenkommen in der Verifikationsfrage mit seiner Forderung nach Klärung der Ausgangsdaten zurückstecken könnte.

c) Auf dieser Grundlage zeichnet sich theoretisch die Chance einer Lösung des Daten/Verifikationsproblems ab, die dem westlichen Verhandlungsziel echter Parität unter Gesichtswahrung des Ostens entspricht. Die Nutzung dieser Chance wird davon abhängen, ob der Sowjetunion ein Abkommen in Wien den partiellen Verzicht auf ihre konventionelle Überlegenheit – beschränkt auf das Militärpersonal in Mitteleuropa – wert ist.

2) Die östlichen Delegationsleiter in Wien vermitteln den Eindruck, daß der Sowjetunion – außer aus politischen möglicherweise auch aus militärischen Erwägungen (Restrukturierung) heraus – an möglichst baldigen Reduzierungen gelegen ist und daß dabei die westliche Gegenleistung – solange die Datenfrage ausgeklammert bleibt – eine zweitrangige Rolle spielt. Die Entscheidung in Moskau wird jedoch sicher auch oder sogar in erster Linie von Faktoren außerhalb von MBFR beeinflußt werden – insbesondere von der Erwartung, auf die INF-Debatte im Westen Einfluß zu nehmen. Unter letzterem Gesichtspunkt könnte sie u. U. bald getroffen werden.

3) Diese Einschätzung wird vom neuen amerikanischen Delegationsleiter in Wien geteilt. Botschafter Abramowitz verwies gleichzeitig darauf, daß es in Washington eine einflußreiche Schule gebe, die Verhandlungsergebnisse bei MBFR (wie auch bei KAE) vor Ende 1983 für bedenklich halte, eben weil sich daraus ein sowjetischer Propagandavorteil in der Auseinandersetzung um die Implementierung des Doppelbeschlusses ergeben könne. Abramowitz persönlich neigt unserer Auffassung zu, daß jeder Erfolg westlicher Rüstungskontrollpolitik zu einer Entlastung in der INF-Debatte führen würde; vor allem aber hält er die europäischen Regierungen für kompetenter für ein Urteil in dieser Frage.

Botschafter Abramowitz hat den Auftrag, AM Shultz vor Beginn der nächsten Verhandlungsrunde in Wien über den Verhandlungsstand und möglichen Bewegungsspielraum Bericht zu erstatten. Um seine Wiener Eindrücke abzurunden, möchte er vor seiner Rückkehr nach Washington auch in Bonn Gespräche führen. Abramowitz hält die Intensivierung der trilateralen Diskussion in zwei Richtungen für erforderlich:

a) Die üblichen trilateralen Konsultationen in den Verhandlungspausen, an denen vor allem von amerikanischer Seite zu viele Vertreter zu vieler Regierungsstellen beteiligt seien, sollten gestrafft werden. Nach seiner Ansicht wären jeweils dreiköpfige Delegationen ideal, die auch während der Verhandlungsrunden unauffällig zusammentreten könnten:

¹³ Die 30. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien dauerte vom 19. Mai bis 21. Juli 1983.

- auf deutscher Seite D2A¹⁴, Botschafter Boss, RL 221;
- für UK: Gillmore, Botschafter Simons, Weston;
- für die USA: Burt, Botschafter Abramowitz und ein Vertreter der ACDA.

Abramowitz regte an, diesen Vorschlag von deutscher Seite direkt an AM Shultz heranzutragen, da eine Initiative von seiner Seite sofort im Zuständigkeitsstreit der konkurrierenden politischen und militärischen Stellen in Washington steckenbliebe.

b) In Wien sollten die drei Delegationsleiter noch enger als bisher zusammenarbeiten, um erstarrte Verhandlungsstrukturen aufzubrechen und die westliche Taktik gegenüber dem Osten vor allem in der Daten/Verifikationsfrage zu koordinieren. Sollte sich der Osten zu einer ernsthaften Diskussion über die Verifizierung von Reststärken bereit erweisen, würde sich das Schwergewicht des kollektiven Verhandlungsprozesses zwangsläufig von Brüssel weg nach Wien verschieben.

4) Während der niederländische Delegationsleiter, Botschafter de Vos, nachdrücklich dafür eintrat, alle Chancen für eine Bewegung in den Verhandlungen auszuschöpfen, halten die Briten auch in Wien an ihrer skeptischen Linie fest. Sie erwarten keinerlei Fortschritte, solange die SU nicht eindeutig zu asymmetrischen Reduzierungen auf der Basis der westlichen Ausgangsdaten bereit ist. Trilateral arbeiten sie an den technischen Untersuchungen und konzeptionellen Überlegungen im Zusammenhang mit unserem Daten/Verifikationsansatz mit, wenn auch mit einer gewissen Verzögerungstendenz. Sie bestehen aber darauf, daß davon in Wien erst Gebrauch gemacht werden sollte, wenn im Bündnis förmlich über eine Alternative zur gegenwärtigen westlichen Datenposition entschieden worden ist. Nach unserer Auffassung dagegen kann diese Entscheidung erst dann getroffen werden, wenn deutlich wird, wie weit der Osten zu Zugeständnissen in der Verifikationsfrage bereit ist. Der Westen würde seinen wichtigsten Hebel für Auslotung östlicher Flexibilität aufgeben, wenn er seine traditionelle Datenposition zur Disposition stellen würde.

5) Von den östlichen Delegationsleitern erwies sich Botschafter Wieland als interessantester und ergiebigster Gesprächspartner. Ohne die zweifellos von der SU festgelegte Verhandlungslinie zu verlassen, wich er theoretischen Gedankenspielen nicht aus und gab dabei gewisse Hinweise auf Flexibilität. So bezeichnete er den Umfang der vom Osten vorgeschlagenen amerikanisch-sowjetischen Reduzierungen auf der „Basis des gegenseitigen Beispiels“ für verhandelbar, wie er überhaupt die Forderung nach Anrechnung der einseitigen sowjetischen Abzüge von 1980¹⁵ auf MBFR für einen taktischen Fehler hielt. Er gab zu erkennen, daß die Forderung nach einer Höchststärke für die Luftstreitkräfte für ihn eine zweitrangige Frage darstellt; über die Inspektionen könne man reden, allerdings könne er sich nicht vorstellen, welchen Beitrag sie zur Verifikation von Höchststärken leisten könnten. Als ich nach der Möglichkeit fragte, die MBFR-Verhandlungen nach einem ersten Abkommen mit einem auch in geographischer Hinsicht erweiterten Mandat fortzusetzen, lehnte er katego-

¹⁴ Friedrich Ruth.

¹⁵ Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 51, Anm. 12.

risch ab. Meinen Hinweis, Falin habe auf einer Tagung der FES in Bonn im vergangenen Herbst von der Bereitschaft der SU gesprochen, über ein konventionelles Gleichgewicht zwischen Ost und West in ganz Europa zu verhandeln¹⁶, quittierte er mit der Bemerkung¹⁷, Falin habe inzwischen ja auch einen für ihn geeigneteren Posten erhalten.¹⁸

Der sowjetische Delegationsleiter, Botschafter Michajlow, beschränkte sich auf die Wiedergabe orthodoxer Positionen und vermied Andeutungen einer Flexibilität; einzige Ausnahme: Bei der Aufzählung der für die SU völlig unakzeptablen Maßnahmen aus dem westlichen Vorschlagspaket ließ er Inspektionen aus.

Auch aus dem Gespräch mit dem polnischen Delegationsleiter, Botschafter Przygodzki, ergaben sich keine zusätzlichen Aufschlüsse über die künftige östliche Verhandlungslinie bei MBFR. Von Interesse war jedoch seine Bemerkung, Polen habe gegen Stockholm als Konferenzort für eine KAE¹⁹ nichts einzuwenden und sei bereit, auf die Kandidatur für Warschau zu verzichten.

Holik

VS-Bd. 11452 (221)

¹⁶ Der Stellvertretende Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Falin, nahm am 21./22. Oktober 1982 an einem Expertengespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zur europäischen Sicherheit teil. Botschafter Ruth notierte am 25. Oktober 1982: „Während alle übrigen Gesprächspartner sich strikt an die bekannte Propagandalinie der Sowjets hielten, machte Falin Äußerungen, die die Bereitschaft und die Fähigkeit zeigten, sich an einer konzeptionellen Diskussion zu beteiligen. Bemerkenswert waren Falins Äußerungen, zu Gesprächen über die Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts über den MBFR-Rahmen hinaus bereit zu sein (auf entsprechende Äußerungen von Herrn Bahr); zuzugeben, daß nach seiner Auffassung auch die Vereinigten Staaten nicht an einem Krieg interessiert seien.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124520.

¹⁷ An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Hierzu sind die unterschiedlichen Reaktionen von Kádár (positiv) und Gromyko (neg[ativ]) interessant.“ Vgl. Anm. 3.

¹⁸ Der bisherige Stellvertretende Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Falin, war seit Januar 1983 als Journalist bei der sowjetischen Tageszeitung „Iswestija“ tätig. Vgl. dazu den Artikel „Klarer Abstieg“, DER SPIEGEL, Nr. 3 vom 17. Januar 1983, S. 102.

¹⁹ Der Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) sah Stockholm als Tagungsort der KAE vor. Vgl. dazu Dok. 76, Anm. 23.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

29. März 1983

Über den Herrn Staatssekretär¹ dem Herrn Bundesminister²

Betr.: Neue französische Überlegung zur EG-Finanzierung

Bezug: Schreiben von AM Cheysson an BM vom 23. März 1983 (Anl.)³;
Stellungnahme von StS Lautenschlager vom 17. März 1983 (liegt dort vor)⁴

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung auf Weisung des BM vom 27. März 1983⁵

1) AM Cheysson begnügt sich in seinem o. a. Schreiben damit, die Erklärung von

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 30. März 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 4. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „AM Cheysson hatte Übersendung des Papiers an die anderen AMs angeregt, was diese begrüßten. Wir sollten es inoffiziell tun. Ich teile die Bewertung der franz[ösischen] Auffassungen, aber ich befürchte, daß sie ernster und dringender gemeint sind, als in der Vorlage vermutet wird.“

Hat Amtsrat Kusnezow vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Lautenschlager an Ministerialdirektor Fischer verfügte.

Hat Lautenschlager am 6. April 1983 vorgelegen, der für Fischer handschriftlich vermerkte: „Im Anschluß an unsere gestrige R[ück]spr[ache] ggf. tel[efonischer] Rückruf.“

Hat Fischer am 7. April 1983 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10893 (410); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Dem Vorgang beigelegt. Der französische Außenminister teilte Bundesminister Genscher mit, er, Cheysson, habe beim Abendessen am 21. März 1983 am Rande des Europäischen Rats in Brüssel „einige offiziöse Erklärungen“ darüber abgegeben, wie die Erklärung des Staatspräsidenten Mitterrand im Europäischen Rat zu den finanziellen Eigenmitteln der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Zukunft zu verstehen seien. Im folgenden übermittelte Cheysson den Wortlaut von Mitterrands Erklärung, wenn auch, entsprechend „den Gepflogenheiten des Europäischen Rats“, in nicht-amtlicher Übersetzung. Vgl. VS-Bd. 10893 (410); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Staatssekretär Lautenschlager vermerkte, das Schreiben des Staatspräsidenten Mitterrand vom 16. März 1983 an Bundeskanzler Kohl sehe „zwei zeitlich drängende Aufgaben: Die Erweiterung (einschließ[lich] der Finanz- und Agrarfragen) und, damit im Zusammenhang stehend, die Frage, wie die Organe der Gemeinschaft handlungsfähig gehalten werden können (beides in der Perspektive der Direktwahl).“ Mitterrand unterbreite in fünf Feldern Vorschläge: „a) Wirtschaftspolitik. Im Grunde wird uns hier eine Änderung unserer Wirtschaftspolitik angeraten (Nachfragesteigerung, weniger strikte Währungspolitik, Haushalts- und Einkommenspolitik). [...] b) Gemeinsame Industriepolitik einschl. der Rüstungszusammenarbeit bei Betonung der Gemeinschaftspräferenz (‘variable Geometrie’, d. h. gemeinsame Projekte mit unterschiedlicher Teilnehmerzahl). [...] c) Gemeinsames Auftreten nach außen bei Ausbau des Binnenmarktes und Vertiefung, ja Ausweitung der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stärkung der Gemeinschaftspräferenz, Abbau des Grenzausgleichs. Agrarpolitik als Teil des ‘fundamentalen Pakets’ der Gemeinschaft. [...] d) Eigeneinnahmen: Betonung der Notwendigkeit, dieses Problem anzugehen. Vorschlag einer begrenzten Erhöhung ohne nähere Definition, Reform der Budgetrechte des EP, Finanzierung der EG außerhalb des Budgets durch spezielle Agenturen für besondere Bereiche (Energie). [...] e) Stärkung und Ausbau des EWS und Erweiterung des Anleiheinstruments (mit ins einzelne gehenden praktischen Vorschlägen).“ Vgl. VS-Bd. 10893 (410); B 150, Aktenkopien 1983.

Für das Schreiben Mitterrands vgl. B 2 (Referat 014), Bd. 249.

⁵ Bundesminister Genscher vermerkte auf der Übersetzung des Schreibens des französischen Außenministers Cheysson vom 23. März 1983 handschriftlich: „StS L[autenschlager] mit der Bitte um unverzügliche Stellungnahme. Die Sache hat höchste Bedeutung.“ Vgl. B 2 (Referat 014), Bd. 249.

Präsident Mitterrand im ER am 21. März 1983⁶ erneut wiederzugeben, die die französische Regierung schon in Brüssel unmittelbar nach der Sitzung verteilen ließ und die Cheysson beim Abendessen mit den übrigen AM am 21. März 1983 erläuterte. Tatsächlich hat der Quai d'Orsay an den Überlegungen des Präsidenten kaum Anteil gehabt, deshalb können wir bis auf weiteres auch nicht auf zusätzliche Erklärungen von dort rechnen.

2) Jede Stellungnahme kann demnach nur auf den sehr sparsamen Angaben aufbauen, die vorliegen. Die Erklärung Mitterrands im ER war etwas ausführlicher als die wenigen Worte hierzu im Schreiben des Präsidenten an den BK vom 16. März 1983⁷. Die früheren Reden Mitterrands in Hamburg am 14. Mai 1982⁸ und im Bundestag am 20. Januar 1983⁹ hatten nur erste Fingerzeige geliefert. Eine Befassung der Bundesressorts hat bisher nicht stattgefunden. Die nachfolgenden Überlegungen sind deshalb notgedrungen sehr vorläufig.

3) Die Erklärung im ER vom 21. März 1983 geht von der – von uns stärker als von Frankreich anerkannten – Notwendigkeit der Regelung des britischen Ausgleichsverlangens¹⁰ auch für 1983 aus, wobei diese nur in Übereinstimmung mit der Forderung des EP im Rahmen einer langfristigen Reform der EG-Finanzierung vorgenommen werden dürfe.¹¹ Hier stimmen wir voll mit den Franzosen überein.

4) Als Grundsätze für eine Einigung in der Gemeinschaft nennt Mitterrand folgende Kriterien:

- eine bescheidene Erhöhung der Eigenmittel;

Anmerkung: Das Adjektiv soll uns beruhigen, der 1%-Plafond der MWSt-Bemessungsgrundlage¹² soll nicht abrupt gesteigert werden. F war noch vor kurzem gegen jede Erhöhung dieses Plafonds; seine Abkehr von dieser Ansicht vollzieht sich schrittweise. In Bonn geht AA ebenfalls von dieser Notwendigkeit aus, BMWi und BML äußern sich noch nicht eindeutig, BMF ist klar ablehnend.

- auch diese Erhöhung soll nur „in einem nach oben begrenzten Mehrbetrag an Eigenmitteln“ bestehen;

Anmerkung: Die Forderung nach begrenzter Erhöhung stellt entweder eine Selbstverständlichkeit dar, da jede Erhöhung des 1%-Plafonds eine neue Begrenzung bis 1,2 oder 1,5% einführen würde, oder aber sie bezieht sich auf eine Plafondierung des Beitrags jedes MS – eine Forderung, die aus französischem Mund neu wäre. Die Verwirklichung dieses Gedankens würde neben einer neuen Plafond-Obergrenze von 1,x% eine weitere Beschränkung einführen, die die Entwicklung der EG und ihre Vertiefung zusätzlich hemmen

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.

⁷ Korrigiert aus: „17. März 1983“.

⁸ Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 14./15. Mai 1982 in Hamburg und Lübeck auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt vgl. AAPD 1982, I, Dok. 150.

Am 14. Mai 1982 hielt Mitterrand eine Rede vor dem Hamburger Übersee-Klub. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1982 (avril-juin), S. 47–56.

⁹ Für den Wortlaut der Rede vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 123, S. 8978–8992.

¹⁰ Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

¹¹ Zu den Forderungen des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 11, Anm. 25.

¹² Zur Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 11, Anm. 26.

müßten. Zu ihrer Festlegung wären lange und heftige Auseinandersetzungen in der EG zu bestehen; dabei würde das gemeinschaftswidrige Problem der Bewertung der Nettozahlerpositionen erneut heraufbeschworen. Mit einem Konsens wäre kaum zu rechnen, da die MS, die zusätzliche Zahlungen zu erbringen hätten: B, NL, L, DK, ein hartes Veto aufrechterhalten dürften.

- die Haushaltsrechte des EP sollen eingeschränkt werden, wobei Mitterrand von einer „zu unkontrollierbaren Auswüchsen führenden Beteiligung des EP am Haushaltsverfahren“ spricht;

Anmerkung: Wir könnten derartige Pläne keinesfalls unterstützen; sie widersprechen angesichts der bevorstehenden Neuwahl des EP¹³ auch jeder vernünftigen politischen Vorausplanung.¹⁴ Wir haben vielmehr in der Initiative für die EU¹⁵ eine Ausweitung der Rechte des EP gefordert. Die EGK hatte sogar in ihren Vorschlägen zur Erweiterung¹⁶ eine Weiterentwicklung des Haushaltsverfahrens zugunsten des EP angeregt, um den Problemen einer Zwölferegemeinschaft Herr zu werden.

- zur Finanzierung neuer Gemeinschaftspolitiken schlägt Mitterrand ein Vorgehen auf der Grundlage wechselnder Mitgliedschaft vor;

Anmerkung: Zu diesem Vorschlag sollte F um nähere Angaben gebeten werden; jedenfalls sollte er nicht von vornherein abgelehnt werden. Im¹⁷ EWS sind auch nicht alle MS beteiligt; es ist nicht auszuschließen, daß wir in einer Gemeinschaft zu 12 gezwungen sein werden, uns ein derartiges Vorgehen vorzubehalten, um überhaupt noch europäische Fortschritte zu machen. Andererseits darf ein derartiges Vorgehen nicht dazu mißbraucht werden, daß etwa alle MS für die Agrarpolitik Zahlungen leisten (und damit F Vorteile verschaffen), bei anderen Politiken im Interesse anderer Staaten jedoch nur wenige MS mitmachen und zahlen.

- die Finanzierung neuer Gemeinschaftspolitiken könnte außerhalb des Haushalts im Rahmen von Sonderagenturen durchgeführt werden;

Anmerkung: „Außerhalb des Haushalts“ würde auch „außerhalb der EG“ bedeuten, weil andernfalls eine EP-Zustimmung nicht zu erreichen wäre. Dies wiederum sollten wir aus Rücksicht auf das EP ablehnen. Vorstellbar wäre, daß neue Politiken „nachgeordneten Behörden“ im Sinne deutscher Praxis (z.B. Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft) zugewiesen würden, wobei natürlich ein gewisser Zusammenhang mit dem EG-Haushalt zu bewahren ist.

- die abschließende Bemerkung von Mitterrand bezieht sich auf die Hauptbeitragszahler zur EG, deren Perspektiven in bezug auf die Erfüllung eigener Interessen gewahrt bleiben müßten.

¹³ Am 14. bzw. 17. Juni 1984 fanden in den EG-Mitgliedstaaten die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt.

¹⁴ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

¹⁵ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 80.

¹⁶ Die EG-Kommission unterbreitete am 3./4. Dezember 1982 eine Bestandsaufnahme der Probleme im Zusammenhang mit der EG-Erweiterung sowie entsprechende Vorschläge. Vgl. dazu BULLETIN DER EG, Beilage 8/1982.

¹⁷ Korrigiert aus: „In der“.

Anmerkung: Diese Überlegung widerspricht dem Konvergenzprinzip der EG, das einen Ressourcentransfer von den reicheren zu den ärmeren MS vorsieht, um die Entwicklungsunterschiede zwischen beiden Regionen im Interesse größerer Homogenität zu überwinden. Bei der Formulierung derartiger Wünsche sollten wir deshalb sehr vorsichtig sein und Rücksicht nehmen auf unsere guten Beziehungen zu Italien, zu den kleineren ärmeren MS – und letzten Endes auch auf das EP.

- Lösungen könnten „im Rahmen der herkömmlichen Gemeinschaftsorgane“ nicht gefunden werden.

Anmerkung: Diese Bemerkung liegt fast auf der Linie de Gaulles, der Fortschritte in der Zusammenarbeit ohne die gemeinschaftlichen (supranationalen) Bindungen wünschte. Die deutsche Politik muß im Gegensatz dazu auf die Bewahrung der Gemeinschaft entscheidenden Wert legen. Was nicht im Rahmen der Gemeinschaft durchgeführt werden kann, gehört jedenfalls in die EPZ, die ihrerseits im Rahmen der neuen Initiative mit der EG verbunden wird. Damit besteht kein Grund, eine dritte Kategorie zu suchen.

5) Die Initiative Mitterrands sollte im Rahmen bilateraler Kontakte auf Arbeitsebene und bei den nächsten Gipfelkonsultationen¹⁸ mit den Franzosen besprochen werden, ohne daß wir uns förmlich auf eine deutsche Haltung festlegen. Hierzu müßten intensivere Vorberatungen auch mit den Ressorts stattfinden. Da die Franzosen zur Zeit nicht drängen, sollten wir die Vorbereitungen für den ER am 6./7. Juni 1983 in Stuttgart¹⁹ nicht durch die Aufnahme derartig schwieriger, neuer Überlegungen komplizieren.²⁰

Per Fischer

VS-Bd. 10893 (410)

¹⁸ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 16./17. Mai 1983 in Paris vgl. Dok. 142, Dok. 143, Dok. 145 und Dok. 148

¹⁹ Die Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart wurde auf 17. bis 19. Juni 1983 verschoben. Vgl. dazu Dok. 148.
Zur Tagung in Stuttgart vgl. Dok. 185.

²⁰ Für das Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 21. April 1983 an Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 110.

85

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

212-341.74 VS-NfD

30. März 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Madrider KSZE-Folgetreffen;

hier: Verhandlungslinie für die nächste Phase ab 19.4.1983

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung der unter Ziffer II. vorgeschlagenen Verhandlungslinie

I. Bewertung der letzten Runde (8.2.–25.3.1983) des Madrider KSZE-Folgetreffens

1) Mit seinen Ergänzungsvorschlägen vom 9.11.1982⁴ zum N+N-Entwurf für ein Schlußdokument, RM.39⁵, hat der in Madrid geschlossen aufgetretene Westen die siebte Verhandlungsrunde in Madrid maßgeblich geprägt. Nach allseits ernsthaft geführten Textverhandlungen haben die N+N am 15.3.1983 einen neuen Vermittlungsvorschlag, RM.39 rev., vorgelegt.⁶

RM.39 rev. beruht – ebenso wie bereits RM.39 – weitgehend auf westlichen Wertvorstellungen und berücksichtigt z. T. die westlichen Ergänzungsvorschläge. Wir können auf der Basis von RM.39 rev. abschließen:

- zum KAE-Mandat sind nur noch geringfügige Präzisierungen notwendig;
- besonders uns wichtige menschliche Erleichterungen (vor allem Verfahren zur Familienzusammenführung) sind erreicht.

Von Anfang an war klar, daß im Konsens-Verfahren ein die Repressionspolitik der SU in Polen und die Invasion Afghanistans⁷ unzweideutig verurteilender Text nicht zu erreichen war.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze und Legationsrat I. Klasse Wrede konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 31. März 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 6. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gute Darstellung (nach Wien mitgeben).“

Hat Amtsrat Kusnezow am 6. April 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 212 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Abl[ichtung] f[ür] BM gef[ertigt].“

⁴ Zu den Vorschlägen der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 9. November 1982 bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 49, Anm. 63.

⁵ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 16. Dezember 1981 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39) vgl. Dok. 49, Anm. 60.

⁶ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), teilte dazu am 15. März 1983 mit, der Vorschlag sei ein „letzter Versuch der N+N, eine Textgrundlage für ein Abschlußdokument zu erarbeiten“. Für einen erfolgreichen Konferenzabschluß seien „Konzessionen nötig, die von den Einbringern bereits erbracht wurden und von den übrigen Delegationen, vor allem von den beiden Großmächten, erwartet würden. Sprecher der N+N betonten die Notwendigkeit, bald zu einem positiven Abschluß zu kommen. Zwar sei der im Entwurf erhaltene Abschlußtermin 27.4.1983 kein Fixdatum, aber er umreißt doch den Zeitrahmen, innerhalb dessen endgültige Einigung erreicht werden müsse und könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 290; Referat 212, Bd. 133422.

Für die Vorschläge (CSCE/RM.39 revised) vgl. Referat 212, Bd. 153477.

⁷ Der Passus „Repressionspolitik ... Polen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Schauer zurück. Vorher lautete er: „Repressionspolitik der SU in Afghanistan und Polen“.

2) Bewertung im einzelnen

RM.39 rev. berücksichtigt wesentliche westliche Forderungen, u. a.:

- das KAE-Mandat entspricht westlichen Kriterien, erstreckt den Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf ganz Europa und enthält im Hinblick auf militärische Aktivitäten zur See die funktionale Abgrenzung; im letzteren Bereich sind einige Präzisierungen erforderlich.
- Zugang zu Missionen⁸;
- Veröffentlichung des Madrider Schlußdokuments⁹;
- Religionsfreiheit und Kontaktmöglichkeiten der Kirchen¹⁰;
- besonders hervorzuheben: Annahme eines Expertentreffens über Menschenrechte (sogar mit Vorbereitungstreffen) durch SU stellt erheblichen, zu Beginn des Folgetreffens 1980¹¹ für utopisch gehaltenen Erfolg dar und wird dem Westen (in Ottawa Mai 1985) Forum für sein freiheitliches Menschenrechtskonzept bieten.¹²

II. Bedingungen eines Abschlusses in Madrid

1) Die Delegationsleiter der Zehn sind (in ihrem gemeinsamen Bericht vom 18.3. 1983) von der Arbeitshypothese ausgegangen, daß der Osten RM.39 rev. annehmen kann.¹³ Dafür gibt es auch zahlreiche Indizien. Wenn dem so ist, stellt sich die Frage nach den noch verbleibenden Zusatzforderungen des Westens.

2) Im Hinblick auf das KAE-Mandat bietet RM.39 rev. eine konkrete Chance, das westliche KAE-Konzept – eines unserer wichtigsten Verhandlungsziele –

⁸ In der Analyse des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl vom 15. März 1983 zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) hieß es dazu: „In dem vorübergehenden Aufwind nach Wiederbeginn am 8.2.1983 konnte der Westen hier einen beachtlichen Erfolg erzielen: Mit dem nach langem Ringen vorläufig vereinbarten Text ist erstmalig der Osten eine entsprechende Verpflichtung eingegangen. Dieser Text ist gerade für uns, speziell im Falle der Vertretungen von Moskau und Ost-Berlin, von besonderer Bedeutung.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133410.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl notierte am 15. März 1983 dazu: „Der Text des Schlußdokuments wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, der ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht. Wertung: Damit wird auf die entsprechende Passage der Schlußakte zurückgegriffen. Für uns positiv, für Osten schwierig. Unter taktischen Gesichtspunkten günstig als Druckmittel.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133410.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl konstatierte am 15. März 1983: „Der Text über verbesserte Betätigungsmöglichkeiten der Glaubensbekenntnisse (Ziffer 11) ist zwar keines unserer direkten Petita, liegt aber in unserem Interesse und trägt dieser Thematik in einer Weise Rechnung, die die interessierten Delegationen (namentlich des Vatikans) befriedigen dürfte.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133410.

¹¹ Am 11. November 1980 wurde in Madrid die zweite KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 319.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 15. März 1983: „Das Expertentreffen über Menschenrechte war an sich schon in RM.39 vorgesehen. Jetzt wird der westliche Zusatzvorschlag, der auf kanadisches Drängen bereits eine ausführliche Tagesordnung für das Expertentreffen festlegen wollte, durch den Vorschlag eines Vorbereitungstreffens dafür berücksichtigt – in uns jedenfalls genügender Weise.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133410.

¹³ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), übermittelte am 18. März 1983 den Bericht der Leiter der Delegationen der EG-Mitgliedstaaten bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid an den Europäischen Rat. Darin hieß es: „The delegations of the Ten recommend acceptance of the NNA proposal as the basis for the end-game. They propose that additional Western demands should be carefully selected, negotiable and credible. They propose to be flexible on questions of the timing and venues of subsequent meetings contained in the new document, and to use these as tools for the final deal.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 317/318; Referat 212, Bd. 133422.

in Madrid durchzusetzen. Unter der genannten Arbeitshypothese wird die Definition des geographischen Anwendungsbereiches von vertrauensbildenden Maßnahmen nicht mehr die Schlüsselfrage für den Erfolg der Verhandlungen sein.

3) Im Bereich der „Menschlichen Dimension“ halten wir RM.39 rev. für verbesserungsbedürftig und -fähig, aber nur zu einem geringen Maße.

Ein westliches Verhandlungspaket sollte – neben den noch erforderlichen Klarstellungen zum KAE-Mandat – bei der „Menschlichen Dimension“ einige wenige Verbesserungen von Format zu erreichen versuchen.

Von uns aus sollte es nur eine Forderung sein; es gibt auch nur eine Forderung von politischem Format, nämlich die nach dem Expertentreffen für „Menschliche Kontakte“¹⁴, alle anderen Zusätze, die in der innerwestlichen Diskussion stehen, sind entweder von geringer Bedeutung oder nicht durchsetzbar. Gleichwohl werden die USA, unterstützt von GB und NL, auf mehr bestehen. Die Lösung könnte ein zweiphasiges Vorgehen für das „Endspiel“ der Verhandlungen sein: Zunächst ein Verhandlungspaket einiger Forderungen durchzusetzen versuchen und erst danach Reduzierung auf möglichst eine Kernforderung. Dies tun wir, um dem Wunsch westlicher Partner, insbesondere der USA, nach Nachbesserung von RM.39 rev. Rechnung zu tragen.

Westliches Verhandlungspaket darf nicht ein unrealisierbarer Forderungskatalog sein; Zusatzforderungen vom November 1982 waren nicht in ihrer Gesamtheit zur Abschlußbedingung erklärt worden. Berufung auf unerreichbare Forderungen darf nicht wirkliche Fortschritte hindern.¹⁵

4) Zusatzforderungen im einzelnen

a) Auf die Forderung nach Einsetzung eines Expertentreffens über „Menschliche Kontakte“ sollte sich der Westen prioritär konzentrieren.

RM.39 rev. sieht bisher nur Erörterung eines solchen Treffens auf nächstem Folgetreffen sowie einen Meinungsaustausch auf dem o. g. MR-Expertentreffen vor.

Damit tragen wir insbesondere dem amerikanischen Wunsch nach Verbesserung auf dem einzigen Gebiet Rechnung, wo Fortschritt denkbar ist und gleichzeitig eine Forderung von politischem Format vorliegt. Dies sollten wir trotz unserer Bedenken zum Thema des Expertentreffens tun. Es bedeutet ein von uns einzudämmendes Risiko, daß Treffen – neben jüdischen Auswanderern – vor allem deutschstämmige Aussiedler beträfe und unsere bilateralen Bemühungen gefährden könnte.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl notierte am 15. März 1983: „Expertentreffen ‚Menschliche Kontakte‘ (RM.49) in der neuen Ziffer 7: Absichtserklärung, auf nächstem Folgetreffen die Frage der Einberufung eines solchen Treffens zu berücksichtigen und einen Meinungsaustausch darüber bereits im Laufe des für die erste Hälfte 1985 angesetzten Menschenrechtsexpertentreffens in Ottawa zu führen. Mit dieser abgeschwächten Version von RM.49 können wir dennoch leben, denn vorrangig geht es uns ja um konkrete, weiterführende Texte. Hierbei können wir erfreuliche Fortschritte verbuchen, die wir durch unrealistische Forderungen nicht gefährden sollten. Wir waren jahrelang gegen ein Expertentreffen über Familienzusammenführung (jetzt: menschliche Kontakte) eingetreten. Allerdings könnte dieses Expertentreffen ein zentrales Anliegen der USA sein, das möglicherweise auf besonders entschiedenen Widerstand der SU trifft. Fazit: Vielleicht ein Zentralproblem eventueller Schlußverhandlungen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133410.

¹⁵ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

b) Für Verhandlungspaket der „ersten Phase“ sollte von den drei in RM.39 rev. nicht berücksichtigten Texten zu Informationsfragen¹⁶ einer in Endrunde weiterverfolgt werden (EPZ-Konsens). – Weiterverfolgung eines Textes gegen Ausweisung von Journalisten hat keinerlei Aussicht. Beim Text zu Rundfunkstörungen sind die Aussichten ebenfalls objektiv ungünstig. Hier liegt ein österreichischer Kompromißtext vor, dem jedoch fast jeder beliebige Sinn unterstellt werden kann.¹⁷ Dennoch mag sich herausstellen, daß wir die Abschlußbereitschaft der USA fördern könnten, wenn wir uns bereit erklärten, hierüber zunächst auch zu verhandeln. – Ein österreichischer Kompromißtext für den „Zugang der Journalisten zu Quellen“¹⁸ liegt vor, den wir aber nur mit einem inakzeptablen Gesetzgebungsvorbehalt erreichen können.

- Änderungswünsche zum uns insgesamt zufriedenstellenden Text über Gewerkschaftsfreiheit¹⁹ könnten nationalen Gesetzesvorbehalt nicht beseitigen; Veröffentlichung des Schlußdokuments ermöglicht aber weitgehende Verbreitung westlicher Vorstellungen zur Gewerkschaftsfreiheit in Osteuropa.
- Auf allzu allgemein gehaltenen Text in RM.39 rev. zu den Helsinki-Monitorgruppen (gegen Widerstand der SU nicht verbesserbar) sollten wir verzichten. Verhandlungen über westlichen Vorschlag sowie – auch in Schlußphase wiederholbare – Implementierungskritik haben unseren Standpunkt jedoch öffentlich wirkungsvoll zur Geltung gebracht.

6) Zeitfaktor

a) Bei Schlußverhandlungen ist Zeitfaktor bedeutsam, da SU an Beginn einer KAE noch 1983 vorrangig interessiert ist. Daher Annahme der Delegations-

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl notierte am 15. März 1983, nicht in den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) aufgenommen seien: „a) Rundfunkstörungen (RM.51); b) Zugang der Auslandskorrespondenten zu ihren Quellen (RM.53) – hier ist lediglich der bisherige Text aus RM.39 (alt) wiederholt [...]. c) Nichtausweisung von Journalisten (RM.54). Dies ist für uns besonders enttäuschend. Vielleicht ist hier wenig zu erreichen. Unser eigenes nationales Interesse an Nachverbesserungsforderungen ist hier angesiedelt.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133410.

¹⁷ Am 10. März 1983 führte die österreichische Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid einen Textentwurf zu Rundfunksendungen ein. Dieser lautete: „They recall the recognition in the Final Act of the importance of the dissemination of information from the other participating states and its contribution to the interest of mutual understanding among peoples. They renew their hope for a continuation in the expansion of such information broadcast by radio and where appropriate will seek means to promote this aim.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133426.

¹⁸ Die Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid übermittelte am 7. März 1983 den „von Österreich eingeführten Kompromißtext zu RM.53 (Zugang zu Quellen)“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 359; Referat 212, Bd. 133426.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 15. März 1983: „Ziffer 13 RM.39 rev. nimmt den westlichen Ergänzungsvorschlag RM.41(3) zur Gewerkschaftsfreiheit in folgender Formulierung auf: ‚Die Teilnehmerstaaten werden das Recht der Arbeiter, freie Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, das Recht der Gewerkschaften, ihre Aktivitäten frei auszuüben, sowie andere in relevanten internationalen Abkommen niedergelegte Rechte gewährleisten. Sie nehmen zur Kenntnis, daß diese Rechte gemäß dem Gesetz des Staates und in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen des Staates nach internationalem Recht ausgeübt werden. Sie werden direkte Kontakte und Kommunikation zwischen solchen Gewerkschaften und ihren Vertretern, so angemessen, ermutigen.‘ Wertung: Dieser Text kommt angesichts des Widerstands der SU unseren Vorstellungen entgegen. Der an sich unvermeidbare Gesetzesvorbehalt ist etwas überbetont. Jedenfalls handelt es sich um den bedeutsamsten und für uns am positivsten ausgefallenen Vermittlungsvorschlag der Neutralen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133410.

leiter, daß bis Ende Mai (sechs Monate Vorlaufzeit für Konferenz Stockholm) noch Konzessionsbereitschaft der Sowjets vorhanden, die danach abnimmt. Die Sowjets gehen wahrscheinlich von dem Kalkül aus, daß der Beschluß über die KAE und ihr baldiges Zusammentreten die psychologischen Voraussetzungen für die Implementierung des Doppelbeschlusses stört. Wir halten – anders als die USA – dieses Kalkül für falsch, sollten es aber ausnützen.²⁰

b) Davon abgesehen sollte der Abschluß in Madrid nicht in die Nähe des für den vom 18. bis 24. Juni 1983 geplanten Papst-Besuches in Polen²¹ geraten, da sonst zu leicht von interessierter Seite der „Ausweg“ vorgeschlagen wird, dessen Verlauf abzuwarten.

c) Es bleibt also ab 19.4. für die Schlußrunde Zeit bis Mitte Mai. Möglicher Abschluß auf Ministerebene könnte in der zweiten Maihälfte sein.

III. Haltung der USA

Burt sagte am 28. März im Vierer-Kreis, das KAE-Mandat sei für die USA akzeptabel.²² Er hielt den Beginn der Konferenz allerdings erst im Februar 1984 für besser, da er nicht mit dem Höhepunkt innereuropäischer Diskussion über die Dislozierung zusammenfalle. SU werde auf Novembertermin bestehen, den wir akzeptieren könnten (s.o. II.6 a). Die Forderung nach dem Februartermin sollten wir nur als taktischen Hebel nutzen. Hier müßten wir gegenüber den Amerikanern noch Überzeugungsarbeit leisten.²³

Daneben verfolgt jedoch der amerikanische Delegationsleiter, Botschafter Kampelman, den Gedanken, die amerikanische Abschlußbereitschaft dadurch zu erleichtern, daß von den Sowjets Taten im menschenrechtlichen Bereich erlangt werden. Wir können den amerikanischen Bemühungen um humanitäre Gesten unser Verständnis nicht verweigern, werden dabei aber betonen müssen, daß wir nicht einverstanden sein können, ihren Erfolg zu einer Voraussetzung des Abschlusses in Madrid zu machen.

IV. Konsultationszeitplan

a) In der Osterpause der Madrider Konferenz (26.3. bis 18.4.1983) könnten wir die unter Ziffer 3 vorgeschlagene Verhandlungslinie in der EPZ und in der NATO vor allem durch einen Brief des Herrn Bundesministers an AM Shultz (Entwurf wird gesondert vorgelegt) zur Geltung bringen.²⁴

²⁰ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

²¹ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

²² Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Paris vgl. Dok. 82.

²³ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Der Westen hat ein erhebliches Interesse am Zusammentreten der Abrüstungskonferenz Ende 1983. Damit würde gezeigt, daß Stationierung den Ost-West-Dialog nicht unterbricht.“

²⁴ Ministerialdirigent Schauer legte am 30. März 1983 den Entwurf eines Schreibens des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vor. Dazu notierte er: „Dieser Brief sollte möglichst bald abgesandt werden, um noch Einfluß auf den amerikanischen Entscheidungsprozeß nehmen zu können.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133490.
Für das Schreiben vom 6. April 1983 vgl. Dok. 105.

b) An weiteren Kontakten und Konsultationen sind geplant:

- laufender telefonischer Kontakt Botschafter Kastls mit wichtigen westlichen Delegationsleitern;
- EPZ-Arbeitsgemeinschaft der KSZE mit Delegationsleitern am 11.4. in Bonn²⁵;
- Treffen der vier Politischen Direktoren am 12.4. in Bonn²⁶;
- 129. Politisches Komitee am 12.4. in Bonn²⁷;
- NATO-Caucus am 18.4. in Madrid.²⁸

V. Verhandlungsverfahren

a) Die Schlußverhandlungen über RM.39 rev. ab 19.4. in Madrid finden voraussichtlich in begrenzter west-östlicher Gruppe statt, da die N+N nicht mehr zur Vermittlung bereit sind. Das Verhandlungsverfahren wird im Lichte der in der neuen Phase gewonnenen Erkenntnisse flexibel und pragmatisch zu halten sein.

b) Spanien möchte als Gastland nunmehr aktiver in Erscheinung treten. Soweit wir wissen, hat sich auf spanische Demarche in Washington hin Eagleburger bereit erklärt, daß der spanische Außenminister²⁹ bei Wiederbeginn des Madrider Treffens einige wichtige Delegationsleiter zu sich bittet, um sie aufzufordern, jetzt zum Abschluß zu kommen. – Eine förmliche Vermittlungstätig-

²⁵ Mit Rundschreiben Nr. 1345 (Coreu) übermittelte die Bundesregierung am 11. April 1983 den übrigen EG-Mitgliedstaaten den mündlichen Bericht der KSZE-Arbeitsgruppe im Rahmen der EPZ vom selben Tag, der am 12./13. April 1983 bei der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ präsentiert werden sollte. Darin hieß es, die Arbeitsgruppe „stressed the need for an early conclusion of the meeting by a substantial and balanced concluding document which would give new impetus to the CSCE process and would constitute an improvement of East-West relations. To this end, the group considered it necessary to define a common position of the ten before the resumption of the Madrid meeting. The group stressed the need for continued Western unity. It also emphasized the importance of maintaining close contacts with the group of NNA.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122756.

²⁶ Das Gespräch der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA mit den Leitern ihrer KSZE-Delegationen fand am 22. April 1983 in London statt. Vgl. dazu Dok. 116.

²⁷ Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit am 18. April 1983 mit: „Von Botschafter Kastl eingeführter AG-Bericht (im Anschluß an das Treffen der zehn Delegationschefs in Bonn am 11.4.) führte zu ausführlicher Aussprache und anschließenden intensiven Textverhandlungen über KSZE-Passus im Relevé. Erst in Schlußphase des PK konnte Zehner-Konsens unter Einschluß der zögernden NL (in geringerem Maße auch GB) erzielt werden. Gemeinsamer, z. T. fast drängend vorgetragener Wunsch der Partner war es, Bundeskanzler möge anläßlich des bevorstehenden Washington-Besuchs Zehner-Position erläutern und hierbei insbesondere Interesse der Zehn an baldigem Abschluß auf Grundlage substantiellen und ausgewogenen Schlußdokuments darlegen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 12/13; VS-Bd. 12911 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁸ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 19. April 1983, bei der Sitzung der Leiter der KSZE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am Vortag sei es nicht gelungen, eine einheitliche Position für die achte Verhandlungsrunde der KSZE-Folgekonferenz zu finden. Als notwendige Verbesserungsvorschläge würden von allen NATO-Partnern angesehen: „Klarstellung zur KAE-Zonenformel; Verbesserungen zum Text über ‚Helsinki-Monitoren‘; Einberufung eines Expertentreffens ‚Menschliche Kontakte‘ noch vor dem nächsten Folgetreffen. Im nächsten NATO-Caucus am 19.4.1983 sollen diese Verbesserungsforderungen präzisiert und ein Konsens für eine Liste, die über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausgeht, gesucht werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 406; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁹ Fernando Morán López.

keit der spanischen Delegation werden die USA und andere westliche Delegationen nicht wollen.

Botschafter Kastl hat zugestimmt. D2A³⁰ hat im Hinblick auf die KAE mitgewirkt.

i. V. Schauer

Referat 212, Bd. 133412

86

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 30. März 1983, 14.03 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 37 Orteiz

Zum vierten EG–ASEAN Außenministertreffen in Bangkok am 24./25. März 1983

1) Am 24. und 25. März 1983 fand in Bangkok unter dem gemeinsamen Vorsitz des thailändischen Außenministers² und des Bundesministers des Auswärtigen das vierte EG–ASEAN Außenministertreffen statt. Ziel dieses Treffens war die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den beiden regionalen Gruppierungen. Das Außenministertreffen hat die inzwischen gewonnene Tiefe der interregionalen Zusammenarbeit unter Beweis gestellt.³

Wie das erste EG–ASEAN Ministertreffen in Brüssel (20./21.11.1978⁴, weitere Treffen Kuala Lumpur 7./8.3.80⁵, London 13./14.10.81⁶) fiel auch das vierte Außenministertreffen in die Zeit einer deutschen EG-Präsidentschaft.⁷ Die interregionale Zusammenarbeit EG–ASEAN ist von deutscher Seite stets besonders gefördert worden.

Die Regierung Thailands erwies sich als eine großzügige Gastgeberin. In Bangkok waren die fünf ASEAN-Staaten sowie die Mehrzahl der europäischen Staa-

³⁰ Friedrich Ruth.

¹ Durchdruck.

² Siddhi Savetsila.

³ Referat 411 notierte am 11. März 1983: „Handel zwischen ASEAN und EG hat sich im Zeitraum 1975 bis 1981 von 6,5 Mrd. Dollar auf 16,4 Mrd. Dollar ausgeweitet und 1982 auf erreichtem Niveau konsolidiert (Jan.–Aug. 1982: 10,2 Mrd. ECU), wobei es ASEAN erstmals wieder gelang, einen Handelsbilanzüberschuß (650 Mio. ECU) zu erzielen. Gemeinschaft hatte mit 11,3 % Anteil an Außenhandel ASEANs und war nach Japan (28,3 %) und USA (18,6 %) dessen dritt wichtigster Handelspartner. Auf die Bundesrepublik entfiel 1982 ein Handelsvolumen von ca. 12 Mrd. DM.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131124.

⁴ Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

⁵ Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 84.

⁶ Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 300.

⁷ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

ten (sieben) durch Außenminister, die EG-Kommission durch Vizepräsident Haferkamp vertreten. Das Ministertreffen wurde mit der Verabschiedung einer Gemeinsamen Erklärung⁸ abgeschlossen.

2) Bei der Diskussion politischer Themen standen regionale Probleme, insbesondere die Kambodscha- und Afghanistan-Frage, im Vordergrund. Die Aussprachen über diese Themen machten das hohe Maß an Übereinstimmung bezüglich der Grundprinzipien des internationalen Zusammenlebens deutlich. Erstmals wurden neben den regionalen auch andere Themen globaler Bedeutung behandelt. Dies ist wegen der Zugehörigkeit einzelner ASEAN-Staaten zu der Bewegung der Blockfreien und zur islamischen Welt eine wichtige Weiterentwicklung. Die ASEAN-Staaten zeigten vor allem Interesse an der europäischen Beurteilung des Nahost-Konfliktes und der Ost-West-Beziehungen einschließlich Fragen der Sicherheit. ASEAN-Staaten unterrichteten ihrerseits ausführlich über die Ergebnisse der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Delhi.⁹ Beide Seiten stimmten in einem Appell überein, die Friedenschancen im Nahost-Konflikt zu nutzen.

Bei der Behandlung der wirtschaftlichen Fragen drückten die ASEAN-Staaten ihre bekannten Sorgen und Erwartungen aus, insbesondere hinsichtlich des Protektionismus vor allem im Agrarbereich, der Notwendigkeit struktureller Anpassung und verstärkter Zusammenarbeit.

Sie erklärten, in die kommenden Nord-Süd-Verhandlungen, insbesondere UNCTAD VI¹⁰, im Geiste der Kooperation und nicht der Konfrontation gehen zu wollen. BM und Vizepräsident Haferkamp wiesen auf die Weltoffenheit der EG hin, die sich trotz hoher Arbeitslosigkeit insbesondere in steigenden Importen vor allem auch von Fertigwaren aus ASEAN-Ländern zeige.

Übereinstimmend drückten die Minister beider Regionen ihre Befriedigung über den erreichten Stand der Zusammenarbeit seit Abschluß des Kooperationsabkommens der Gemeinschaft mit ASEAN im Jahre 1980¹¹ aus. Sie bekräftigten den Willen zum weiteren Ausbau der Beziehungen auf der Grundlage des beide Regionen verbindenden Systems der freien und offenen Marktwirtschaft.

Der malaysische Vorschlag, eine Gruppe von Persönlichkeiten mit der Prüfung zu beauftragen, wie das marktwirtschaftliche System zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage weltweit gefördert werden kann, wurde von BM für die Gemeinschaft positiv aufgenommen.

Zur Überwindung der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten schlug der philippinische Außenminister¹² die Einberufung einer VN-Sonder-Generalversamm-

⁸ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der vierten Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vom 25. März 1983 vgl. <http://www.asean.org/asean/external-relations/european-union/item/joint-declaration-the-fourth-asean-ec-ministerial-meeting-bangkok-25-march-1983>.

⁹ Zur siebten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi vgl. Dok. 82, Anm. 80.

¹⁰ Zur VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad vgl. Dok. 208.

¹¹ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

¹² Carlos Romulo.

lung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vor. BM gab dazu zu bedenken, ob nicht ein zweites Treffen in begrenztem Kreise vorzuziehen wäre.

3) Das vierte Außenministertreffen in Bangkok hat bestätigt, daß sich zwischen den Regierungen beider Regionen ein immer engeres Vertrauensverhältnis entwickelt. Die Zusammenarbeit beweist sich als dauerhafter, beständiger Faktor.

BM hat als EG-Ratsvorsitzender in der Abschlusserklärung¹³ hervorgehoben, es habe sich gezeigt, daß die Kooperation nicht nur für Schönwetterperioden taue. Diejenigen seien widerlegt, die in der Vergangenheit die Möglichkeit einer fruchtbaren, partnerschaftlichen Zusammenarbeit von EG und ASEAN skeptisch beurteilt hätten.

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen EG und ASEAN haben in den Jahren seit dem ersten Ministertreffen spürbar an Tiefe gewonnen. Die ASEAN-Staaten sehen in der Europäischen Gemeinschaft einen verlässlichen Partner.

Ein dem Ministertreffen vorausgehendes Treffen auf Beamtenebene zur Abstimmung der Sachpositionen hat sich bewährt.¹⁴ Bis auf die Zustimmung des französischen Partners zu einzelnen Aussagen des Abschlußdokuments bezüglich der Politik gegenüber Vietnam konnte dabei weitgehende Einigung über den Text der Gemeinsamen Erklärung erzielt werden.

Für unsere bilateralen Beziehungen zu den ASEAN-Staaten erweist es sich als vorteilhaft, daß die Bundesregierung stets als Fürsprecherin einer engen Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten aufgetreten ist.

4) Am Rande des Außenministertreffens hat BM ein deutsch-thailändisches Kulturabkommen¹⁵ unterzeichnet. Die Bedeutung dieses Abkommens liegt in der erstmaligen rechtlichen Absicherung der Stellung des Goethe-Instituts in Bangkok.

5) Eine Teilnahme des BM an dem Dialogtreffen der ASEAN-Staaten mit den Außenministern der USA¹⁶, Japans¹⁷, Australiens¹⁸ und Neuseelands¹⁹ sowie dem EG-Ratsvorsitzenden am 27./28. Juni ist beabsichtigt.²⁰

Vgl. auch Infotek-Meldungen Nr. 1072 d/1,2,3 und 2181 d/0 vom 24. sowie Nr. 2194 d/0, 1077 d/1,2,3 vom 25. und 1080 d/0 vom 28.3.83.

Steinkühler²¹

Referat 012, Bd. 124454

¹³ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher vom 25. März 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 268 f.

¹⁴ Das Treffen hoher Beamter der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand vom 21. bis 25. März 1983 in Bangkok statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 325 des Ministerialdirektors Gorenflo, z. Z. Bangkok, vom 25. März 1983; Referat 341, Bd. 137437.

¹⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 24. März 1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 790 f.

¹⁶ George P. Shultz.

¹⁷ Shintaro Abe.

¹⁸ Anthony Austin Street.

¹⁹ Warren E. Cooper.

²⁰ Zum Dialog-Treffen mit den ASEAN-Staaten am 27./28. Juni 1983 in Bangkok vgl. Dok. 194.

²¹ Paraphie vom 30. März 1983.

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

212-341.00

31. März 1983¹Herrn Staatssekretär²

Betr.: „Unterbrechbarkeit“ der Entspannung?

Bezug: Schriftliche Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 31. März zu einer sofortigen Stellungnahme³Anlagen⁴

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) Die Frage hängt zunächst von der Definition der Entspannungspolitik ab. Der Bundesminister des Auswärtigen bezeichnet die Entspannungspolitik seit dem Interview im Generalanzeiger vom August 1974 als „realistische Entspannungspolitik“.⁵ In letzter Zeit hat sich dafür der Begriff „echte Entspannungspolitik“ eingebürgert. Die realistische Entspannungspolitik ist in der Antwort der Bundesregierung vom 16. Februar 1979 auf verschiedene große Anfragen niedergelegt (vgl. Anlage 1, Seiten 9 und 10⁶). Danach bedeutet Entspannungspolitik nicht ein Entgegenkommen oder Sympathiewerben gegenüber dem Osten, sie bedeutet vielmehr eine besonders effiziente Form der politischen Auseinandersetzung. Sie ist nüchterne Interessenpolitik. Insbesondere setzt sie, wie in der Antwort niedergelegt ist, den Fortbestand der Gegensätze der Wertvorstellungen, der Systeme sowie wesentliche politische Interessenunterschiede voraus. Sie setzt auch den Fortbestand unserer militärischen Sicherheit voraus. Sie gründet sich auf Gleichgewicht. Entspannungspolitik hat die Bundesrepublik Deutschland nicht gehindert, während der 70er Jahre ihre Militärausgaben kontinuierlich um jährlich 3 % real zu erhöhen.⁷ Möglicherweise hatte die „détente“ in den USA und bei einigen Verbündeten negative Wirkungen auf die Verteidigungsanstrengungen. Die realistische Entspannungspolitik der

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze und Legationsrat I. Klasse Fink konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 31. März 1983 vorgelegen.

³ Auf einem Artikel der Tageszeitung „Frankfurter Neue Presse“ vom 30. März 1983 vermerkte Staatssekretär von Staden am 31. März 1983 handschriftlich: „Sofort D 2 i[n]V[er]tretung]. Hierzu erbitte ich sofortiges Kurzpapier mit Argumenten.“

In dem Artikel zu Äußerungen des CSU-Generalsekretärs Stoiber über die Koalitionsverhandlungen hieß es, Stoiber schreibe in der CSU-Parteizeitung „Bayernkurier“, Bundeskanzler Kohl sei „schließlich der Auffassung der CSU gefolgt, daß Entspannung „geographisch unteilbar und deswegen notfalls auch unterbrechbar“ sein müsse.“ Vgl. den Artikel „CSU setzt Namibia-Kurs durch“, FRANKFURTER NEUE PRESSE vom 30. März 1983, S. 2; Referat 212, Bd. 133412.

⁴ Vgl. dazu Anm. 6, 9–13 sowie 21.

⁵ Für das am 23. August 1974 in der Tageszeitung „General-Anzeiger“ veröffentlichte Interview vgl. BULLETIN 1974, S. 1010.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 212, Bd. 133412.

Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 250, Drucksache Nr. 8/2587.

⁷ Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 79, Anm. 3.

Bundesregierung ist davon aber unberührt geblieben.⁸ Bundesminister Genscher hat dies in seinem Aufsatz in „Foreign Affairs“ auf Seite 3 klargestellt (Auszug, Anlage 2).⁹

Die Bundesregierung hat die Entspannung stets als einen langfristigen Prozeß charakterisiert, bei dem Rückschläge von vornherein einzurechnen waren (vgl. Antwort auf die Große Anfrage vom 23. September 1980, Anlage 3, Seite 2)¹⁰.

Wenn Entspannungspolitik derart nüchtern und flexibel definiert wird, ist für die Notwendigkeit einer Unterbrechung ohnedies wenig Raum.

2) Für eine stetige Politik sprechen die Erfolge, die sie bisher erbracht hat. Hierfür gibt es umfangreiche Zusammenstellungen, die auf Wunsch gesondert vorgelegt werden. Hier nur, als Anlage 4, eine Kurzfassung.¹¹

3) Die Bundesregierung hat stets betont, daß die Entspannung unteilbar sein muß (vgl. Anlage 1, Seite 10, rechts unten¹², sowie Anlage 3, Seite 2, links oben¹³). Damit hat die Bundesregierung sich von Thesen abgesetzt, daß es in

⁸ Der Passus „Möglicherweise hatte ... unberührt geblieben“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Schauer zurück. Zuvor lautete er: „Daß die ‚détente‘ in den USA und einigen Verbündeten andere Wirkungen auf die Verteidigungsanstrengungen hatte, ist nicht zu leugnen, betrifft aber nicht die realistische Entspannungspolitik der Bundesregierung.“

⁹ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 212, Bd. 133412.

Für den Wortlaut vgl. Hans-Dietrich Genscher, Toward an Overall Western Strategy for Peace, Freedom and Progress, in: FOREIGN AFFAIRS, Bd. 61 (1982/83), S. 42–66.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 212, Bd. 133412.

Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 267, Drucksache Nr. 8/4486.

¹¹ Dem Vorgang beigelegt. In der Aufzeichnung des Referats 212 vom 2. Juli 1982 hieß es: „Für uns Deutsche hat die Entspannung und die Schlußakte von Helsinki zu ganz konkreten Ergebnissen geführt: Im deutsch-deutschen Verhältnis: 1970 zwischen dem Bundesgebiet und der DDR 34 Telefonleitungen, zwischen Berlin (West) und der DDR keine direkten Leitungen. 1981 dagegen zwischen den Postgebieten beider Staaten über 1300 Leitungen. 1970 Zahl der jährlichen Telefongespräche in West-Ost-Richtung bei 0,7 Mio., Ausweitung auf 23,4 Mio. im Jahr 1981. 1972 Passierscheine für West-Berliner nur aus besonderen Anlässen. 1979 dagegen über 3 Mio. West-Berliner im Rahmen der Reise- und Besuchsregelungen in die DDR und Berlin (Ost). Nach Erhöhung der Mindestumtauschsätze am 13.10.1980 durch die DDR allerdings beträchtlicher Rückgang: 1981 noch 1,8 Mio. Rückgang 1981 wegen Erhöhung der Mindestumtauschsätze auf 2,9 Mio. Vor Abschluß des Grundlagenvertrages keine Tagesaufenthalte im grenznahen Bereich, 1981 insgesamt 280 000. Im Wege der Familienzusammenführung bis heute Übersiedlung in die BR Deutschland.“ Auch bei den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten sei die Zahl der Familienzusammenführungen und Besuche stark angestiegen. Insgesamt sei ein „Prozeß mit Eigendynamik“ eingeleitet worden, „der im sowjetisch beherrschten Gebiet den Willen der Völker zur Selbstbehauptung und gegen Vorherrschaft angeregt und Liberalisierungstendenzen Raum gegeben hat“. Vgl. Referat 212, Bd. 133412.

¹² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 212, Bd. 133412.

In der Antwort der Bundesregierung vom 16. Februar 1979 hieß es in Ziffer 22: „Die Glaubhaftigkeit des für diesen Ausgleich in Europa unentbehrlichen Verzichts auf einseitige Vorteile wird beeinträchtigt, wenn solche Vorteile außerhalb Europas gesucht werden. Entspannung ist unteilbar, weil – wie es in der deutsch-sowjetischen Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 zum Ausdruck gebracht worden ist – der Frieden und die Sicherheit in allen Teilen der Welt unteilbar sind.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 250, Drucksache Nr. 8/2587, S. 10.

¹³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 212, Bd. 133412.

In der Antwort der Bundesregierung vom 23. September 1980 hieß es, Gewaltverzicht sei Voraussetzung für die Wirksamkeit der Entspannungspolitik: „Der Gewaltverzicht muß auch in Krisensituationen außerhalb Europas respektiert werden, die kein Teilnehmer am Entspannungsprozeß zum eigenen machtpolitischen Vorteil ausnutzen darf. Glaubhafte Friedenspolitik ist nicht teilbar. Man muß sie überall wollen.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 267, Drucksache Nr. 8/4486, S. 2.

unserem Interesse liegen müsse, die Entspannung auf Europa zu beschränken, also teilbar zu machen. Diese These hätte die allianzpolitische Abstützung unseres Kurses in den Ost-West-Beziehungen beeinträchtigt. Aber die Unteilbarkeit der Entspannung ist als Postulat an die Sowjetunion zu verstehen und damit als Mittel in der fortbestehenden politischen Auseinandersetzung mit ihr, nicht als eine Bedingung, die eine automatische Unterbrechung der Entspannung auslöst.

Bisweilen wird zu wenig berücksichtigt, daß die Sowjetunion seit Beginn der Entspannungspolitik nicht nur Machtzugewinn, sondern auch erhebliche Einbußen an Einfluß in der Dritten Welt hinnehmen mußte: Ägypten¹⁴, Somalia¹⁵.

4) Die Entspannungspolitik der Bundesregierung ist seit dem Harmel-Bericht¹⁶ gemeinsam in der Allianz entwickelt, sie beruht auf der Allianz und insbesondere dem engen Einvernehmen mit den USA. Die bekannten Meinungsunterschiede über die gemeinsame Linie in den West-Ost-Beziehungen werden in ständigen Konsultationen immer wieder ausgeglichen. Die Bonner Erklärung vom 10. Juni der westlichen Staats- und Regierungschef¹⁷ entspricht unserer grundsätzlichen Haltung. Wir hoffen auf der Frühjahrstagung des NATO-Ministerrats¹⁸ auf eine Bestätigung und Fortschreibung dieses Kurses. Dazu bedarf es der innenpolitischen Einigkeit im Interesse unserer Durchsetzungsfähigkeit. In einem Augenblick, wo Präsident Reagan das Wort „Entspannung“ in seiner Rede vom 30. März wieder verwendet,¹⁹ sollten wir es nicht demonstrieren.

5) Das²⁰ Papier der CDU/CSU (vorsorglich beigelegt, Anlage 5²¹) verweist in Ziffer 31 auch auf den bekannten Definitionsgegensatz zwischen Ost und West über die Entspannung. Wir haben aber von Anfang an in Rechnung gestellt,

¹⁴ Zur Ausweisung sowjetischer Militärberater aus Ägypten im Juli 1972 vgl. Dok. 67, Anm. 5.

¹⁵ Somalia kündigte am 13. November 1977 mit sofortiger Wirkung den somalisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 11. Juli 1974, entzog der UdSSR die Verfügungsgewalt über alle bislang auf somalischem Territorium genutzten militärischen Einrichtungen und forderte alle sowjetischen zivilen und militärischen Experten auf, das Land binnen einer Woche zu verlassen.

¹⁶ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung anlässlich der Tagung des NATO-Rats vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

¹⁸ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

¹⁹ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 473 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 273–275.

Reagans Formulierung „this administration's defense program“ wurde dabei in der von der amerikanischen Botschaft veröffentlichten deutschen Übersetzung mit „Entspannungsprogramme dieser Administration“ wiedergegeben. Vgl. AMERIKA-DIENST Nr. 15 vom 6. April 1983, S. 1.

²⁰ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt: „angebliche“.

²¹ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 212, Bd. 133412.

In der Tageszeitung „Frankfurter Rundschau“ wurde am 30. März 1983 ein Papier abgedruckt, das CDU und CSU in Beratungen vom 14. bis 16. März 1983 für die Koalitionsverhandlungen erarbeitet hätten. Dazu wurde berichtet: „Über den tatsächlichen Stellenwert dieser 65 Thesen können sich deren Urheber offenbar nicht verständigen. Während die CDU diesem Dokument mehr ‚historische‘ Bedeutung beimißt, besteht die CSU darauf, daß diese Thesen mit dem liberalen Partner und, vor allem, mit dem alten und neuen Außenminister Hans-Dietrich Genscher Punkt für Punkt durchbuchstabiert werden.“ Vgl. den Artikel „Entspannung muß unterbrechbar sein“, FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 30. März 1983, S. 10.

daß die Sowjetunion ihre eigenen machtpolitischen Ziele auch mit der Entspannung weiterverfolgt. Motivationsgegensatz ist aber kein Hemmnis für eine erfolgreiche Politik. Es kommt darauf an, die Motive des politischen Antagonisten für die eigenen Zwecke einzusetzen. Dies ist im Rahmen der bisherigen Entspannungspolitik immer wieder gelungen. Beispiel: KSZE-Prozeß.

Im übrigen schließt der Motivationsgegensatz nicht aus, daß es eine begrenzte Bereitschaft zur Krisenbewältigung, zur Problemlösung und zur Kooperation gibt.

6) In Rechnung zu stellen wäre auch die taktische Zweckmäßigkeit des Zeitpunktes der Argumentation. Die Sowjetunion hat verschiedene Optionen für den Fall einer ganzen oder teilweisen Implementierung des Nachrüstungsteils des Doppelbeschlusses: Sie reichen vom „business as usual“ bis zur Konfrontation mit politischem Druck. Unsere Aufgabe muß von jetzt an sein, die Sowjetunion bei der Entscheidung über ihre Reaktion präventiv zu beeinflussen. Es fragt sich, ob eine Diskussion über die Unterbrechbarkeit der Entspannung dem dienlich ist. Das gleiche gilt für die Wiedereinführung des Begriffs „Eindämmung“, der im Text des Papiers ebenfalls vorkommt (Anlage 5, Ziffer 4 und Ziffer 33).

Dies bedeutet nicht, daß sowjetisches Hegemonialstreben nicht präventiv und reaktiv entschieden bekämpft werden muß. Dies geschieht vielmehr. So ist z. B. Afghanistan weiterhin, unter unserer tätigen Mitwirkung, bestimmendes Thema der West-Ost-Auseinandersetzung.

7) Wir leugnen nicht, daß es zu jeder Politik eine Alternative geben muß. Deshalb hat die Bundesregierung das Schlagwort abgelehnt, daß es zur Entspannungspolitik „keine Alternative“ gebe. Sie hat früh hinzugefügt: „keine vernünftige Alternative“. Auch diese Aussage steht nicht mehr im Vordergrund. Wir können uns daher durchaus die Aussage des Papiers zu eigen machen, daß die Entspannungspolitik nicht „zum psychologischen Zwang“ werden soll – solange diese Aussage selbst als Teil einer nüchternen Interessenpolitik gesehen wird. Ist dies der Fall, so wird sie sofort im Zusammenhang mit dem Bedürfnis unseres Landes nach einer langfristig angelegten West-Ost-Politik gesehen werden müssen.

Die Frage ist übrigens Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen Ost und West gewesen: Die letzte Verhandlungsschlacht in der zweiten Phase der KSZE in Genf²² wurde um die Charakterisierung der Entspannung als „unumkehrbar“ geführt, die die Sowjetunion wollte, der Westen aber ablehnte. Als Kompromiß wurde der Satz gefunden: „den Prozeß der Entspannung zu erweitern, zu vertiefen und ihn fortschreitend und dauerhaft zu machen“ (letzter Absatz der Gesamtpräambel zur Schlußakte²³).

Schauer

Referat 212, Bd. 133412

²² Vom 18. September 1973 bis 21. Juli 1975 fand in Genf die zweite Phase der KSZE (Kommissionsphase) statt.

²³ Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913.

88

**Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-17424/83 geheim
Fernschreiben Nr. 165

Aufgabe: 1. April 1983, 17.47 Uhr¹
Ankunft: 2. April 1983, 11.33 Uhr

Betr.: MBFR;
hier: Abschlußbericht der 29. Runde

Zur Information

I. Rundenverlauf

1) Der Westen konzentrierte sich in der 29. Runde (27.1. bis 31.3.83) weitgehend auf ein Verfechten seiner bisherigen Position, deren wesentliche Bestimmungen er erneut erläuterte. Der Osten ging nur sporadisch auf den westlichen Vertragsentwurf vom 8.7.82² ein und faßte in diesen Fällen seine bisherige Kritik kurz in der generellen Bemerkung zusammen, die westlichen Vorschläge seien unausgewogen und unannehmbar und bedürften einer grundlegenden Überarbeitung.

2) Die 29. Runde war vor allem durch die neuen östlichen Vorschläge beeinflusst.³ Schon vor Beginn der Runde regte der WP in der „Prager Erklärung“ vom 5.1.83⁴ amerikanische und sowjetische Anfangsreduzierungen „auf der Grundlage des gegenseitigen Beispiels“ und ein anschließendes Einfrieren der Streitkräfte und Rüstungen aller direkten Teilnehmer bis zum Abschluß eines Abkommens an und änderte damit seine Verhandlungsposition.

Wesentlicher Inhalt der Vorschläge (ausführliche Darstellung und Analyse folgt in getrenntem Bericht⁵):

a) Der Osten stellte unter der Voraussetzung, daß der Westen auf Klärung der Ausgangsdaten verzichtet, Entgegenkommen bei der Verifizierung der vereinbarten paritätischen Endhöchststärken nach vollzogenen Verminderungen in Aussicht.

b) Als ersten praktischen, Vertrauen schaffenden und praktische Erfahrung ermöglichenden Schritt ziehen die USA 13000 Mann und die SU 20000 Mann „auf der Grundlage des gegenseitigen Beispiels“, d.h. außerhalb eines förmlichen Vertragsrahmens ab, wobei der Abzug durch „Exit-Points“ kontrolliert werden

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 6. April 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holik „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

² Zum Entwurf vom 8. Juli 1982 der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 51, Anm. 7.

³ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. Februar 1983 vgl. Dok. 51.

⁴ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vgl. Dok. 40.

⁵ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 167/168 des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vom 1. April 1983; Dok. 51, Anm. 13.

kann. Der Osten hat hierbei informell erkennen lassen, daß über die Größenordnung der Abzüge gesprochen werden könne.

c) Alle direkten Teilnehmer verpflichten sich durch eine politische Erklärung, nach diesen Anfangsreduzierungen ihre Streitkräfte und Rüstungen kollektiv bis zum Vertragsabschluß einzufrieren.

d) Die Vorschläge bedingen sich nicht gegenseitig. Insbesondere ist die Annahme des „Freeze“ keine Bedingung für Verminderungen auf der Grundlage „gegenseitigen Beispiels“.

e) Der östliche Abkommensentwurf vom Februar 1982⁶ gilt weiter, soweit er nicht durch die Vorschläge zu a)–c) überholt ist. Aufrechterhalten wird auf alle Fälle:

- die Forderung auf zahlenmäßige Begrenzung der Luftstreitkräfte sowie auf
- Verminderung der Rüstungen und
- die Ablehnung von Ausnahmen von den vereinbarten Höchststärken.

II. Östliche Motive

Über die Beweggründe des Ostens, die hinter dem Verhandlungsschritt stehen, herrscht keine Klarheit. Der Osten behauptet, die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa würde das MBFR-Verhandlungsklima negativ beeinflussen, die amerikanische Präsidentschaftswahl⁷ könnte die amerikanische Administration 1984/85 im Abrüstungsbereich lähmen. Deshalb sei Eile geboten.

Dieser Zeitfaktor wird vom Osten allerdings insoweit etwas vordergründig in sein Vorbringen einbezogen, als dieser den Nutzen eines ersten praktischen Schritts bei MBFR in einer später gespannten politischen Gesamtlage nicht stellt bzw. nicht stellen will.⁸

Vermutlich ist das östliche Vorgehen durch folgende, sich ergänzende Überlegungen motiviert:

- Der Osten versucht, die entschlossene Haltung des Westens zur Nachrüstungsfrage durch vordergründige Bekundung von Rüstungskontrollbereitschaft in den verschiedensten Bereichen zu unterlaufen; hierzu könnte er auch auf einseitige sowjetische Abzüge im rechten Zeitpunkt abzielen. Der Osten könnte sich in der westlichen Öffentlichkeit eine gewisse Wirkung von dem Argument versprechen, man dürfe die ersten Ansätze einer möglichen, vertraglich zwischen Ost und West vereinbarten Rüstungskontrolle und das damit entstehende Vertrauen nicht durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa zerstören.
- Der Osten versucht, sich im Ost-West-Verhältnis insgesamt friedfertig und kooperativ darzustellen, um damit die westlichen Bemühungen zum Erhalt oder Verbesserung der eigenen Verteidigungsfähigkeit zu unterhöhlen.

⁶ Zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 18. Februar 1982 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 51, Anm. 8.

⁷ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt.

⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Neubert hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

- Der Osten ist besorgt über eine mögliche westliche konventionelle Aufrüstung in Mitteleuropa und versucht, darauf über die Forderung nach Rüstungsreduzierungen bzw. einem Einfrieren der Rüstungen Einfluß zu nehmen.
- Der Osten fühlt sich durch den umfassenden westlichen Abkommensentwurf in die Enge gedrängt und sucht nach einem Ausweg, der ihn möglichst wenig an eigenen Zugeständnissen kostet, dennoch aber die Errungenschaften der Verhandlungen, insbesondere Festschreiben einer Rüstungskontrollzone auf den engen Raum Mitteleuropa, sichert.
- Der Osten wünscht aus übergeordneten internen Gründen eine Beruhigung seines westlichen Vorfeldes.

Für solche Beweggründe lassen sich Hinweise im östlichen Verhalten und in östlichen Äußerungen finden.

III. Westliche Optionen

Für den Westen stellt sich die Frage, wie er sich auf die neuen östlichen Vorschläge einstellen soll. Sie stehen der derzeitigen westlichen Position zwar entgegen, erinnern aber in der Frage der Abkoppelung der anfänglichen US-/SU-Abzüge an frühere westliche Positionen. Insgesamt könnten die neuen Vorschläge in ihrer konzeptionellen Ausgestaltung (Parität, Kollektivität usw.) für den Westen durchaus diskutabel sein, zumal in diesem Bereich die östliche Position noch nicht ausgereizt scheint und der Osten in der generell gehaltenen Art der neuen Vorschläge auch eine allgemeine Flexibilität signalisiert haben könnte.

1) Daten/Verifikationsaspekt

Gravierend ist, daß der Osten nunmehr ein Abkommen ohne Klärung der Ausgangsdaten vorschlägt und die Annahme dieses Konzepts „im Grundsatz“ zur Vorbedingung macht, um mit sich über Verifikationsmaßnahmen reden zu lassen, die über das bisher vom Osten Angebotene – im wesentlichen nationale technische Mittel – hinausgehen.

Überraschend ist diese Entwicklung allerdings nicht. Schon seit geraumer Zeit zeichnet sich ab, daß Daten und begleitende Maßnahmen die kritischen Themen sind, von deren Beantwortung Erfolg oder Mißerfolg der Verhandlungen abhängt.

Gerade aber die östliche Andeutung von Bewegungsmöglichkeit im Bereich der Verifikation sollte dem Westen Möglichkeiten eröffnen, um – ohne davon abzuweichen, daß vereinbarte Daten eine wichtige Voraussetzung wirksamer Verifizierung sind – auf den Osten in der Verifikationsfrage Druck auszuüben. In der westlichen Öffentlichkeit dürfte eine Auseinandersetzung auf diesem Gebiet sehr viel mehr Verständnis finden als der Datenstreit, vor allem da der Westen sich hier auf einer sicheren und überzeugenden Argumentationsbasis bewegen kann.

Bei der Erwägung des Für und Wider eines solchen neuen Ansatzes sollte der Westen davon ausgehen, daß eine Einigung über Ausgangsdaten mit dem Osten nicht zu erreichen ist.

Wenn nicht a priori Bedenken gegen ein Abkommen ohne geklärte Ausgangsdaten, dafür aber wirksame Verifikationsmaßnahmen bestehen, muß sich der Westen darüber klarwerden, ob begleitende Maßnahmen die vertrauensschaffende Funktion einer Einigung über Ausgangsdaten übernehmen können und

wie diese Maßnahmen gegebenenfalls aussehen müßten. Erst wenn sicher ist, daß begleitende Maßnahmen die Einhaltung der Höchststärken wirksam kontrollieren können und der Osten Bereitschaft zeigt, derartigen Maßnahmen zuzustimmen, könnte der Westen Bewegungsmöglichkeit in seiner Datenposition signalisieren.

2) Erster Schritt durch US-/SU-Abzüge

Bei einer unabhängigen Bewertung des Vorschlags zu ersten US-/SU-Abzügen auf Grundlage des gegenseitigen Beispiels spielt die Problematik der Daten und der begleitenden Maßnahmen nicht die Rolle wie bei einer Verbindung mit den übrigen Vorschlagselementen.

Der Vorschlag widerspricht zwar in wesentlichen Punkten dem westlichen Vorschlag zu einem ersten US-/SU-Reduzierungsabkommen vom Dezember 1979⁹. Attraktiv an ihm ist aber, daß die SU mehr reduzieren würde als die USA und daß neben der Implementierung des Prinzips asymmetrischer Reduzierungen die Asymmetrie dieser Reduzierungsumfänge eventuell noch verstärkt werden könnte, da der Osten mögliche Flexibilität in den Reduzierungsumfängen signalisiert hat. Da sie jedoch nicht mit Limitierungen verknüpft sind, hätten sie in der vom Osten vorgeschlagenen Form jedoch keine sichere dauernde Wirkung. Eine Rückführung des Personals in anderer Form wäre jedenfalls, außer mit nationalen technischen Mitteln, nicht verifizierbar.

¹⁰Dennoch könnte der Westen versuchen, östliches Interesse an einem baldigen praktischen Verhandlungsschritt aktiv in den Verhandlungen zu nützen, um eigene Verhandlungsziele im Verifikationsbereich durchzusetzen. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung Generaloberst Tschervows, der Osten habe keine Schwierigkeiten, dauernd mit Beobachtern besetzten Durchlaufpunkten (exit and entry points) zuzustimmen, durch die Truppenbewegungen in das Reduzierungsgebiet hinein und aus dem Reduzierungsgebiet hinaus erfolgen müßten.¹¹ Allerdings war nicht eindeutig, ob der Osten einer solchen Maßnahme schon für US-/SU-Abzüge zustimmen würde. Ein solches Verifikationspaket, das die westlichen Maßnahmen 5, 7 und teilweise 6¹² erfaßt, könn-

⁹ Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten am 20. Dezember 1979 Vorschläge für ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

¹⁰ Beginn des mit Drahtberichts Nr. 166 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹¹ Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 16. März 1983: „Generaloberst Tschervow, im sowjetischen Verteidigungsministerium für Abrüstungsverhandlungen zuständiger Abteilungsleiter, besuchte vom 8. bis 11. März 1983 die sowjetische MBFR-Delegation. [...] T[schervow] vermittelte den Eindruck eines einflußreichen, mit der allgemeinen Problematik der Rüstungskontrolle wohlvertrauten Gesprächspartners, der allerdings in Detailfragen der MBFR-Verhandlungen nicht sehr versiert schien. So ging er anscheinend davon aus, daß alle westlichen begleitenden Maßnahmen auch außerhalb des Reduzierungsgebietes Anwendung finden sollten, und war auch nicht mit praktischen Einzelheiten der vom Westen vorgeschlagenen Inspektionsmaßnahmen vertraut. Daher ist die Wertung seiner Aussagen in diesem Bereich mit einem zusätzlichen Unsicherheitsfaktor belastet. Dennoch dürfte als Quintessenz der von ihm geführten Gespräche festzuhalten sein, daß die SU bei der Verifizierung von Resthöchststärken zur Zeit zwar zum Zugestehen von dauernd mit Beobachtern besetzten Durchlaufpunkten bereit zu sein scheint, nicht aber zum Zulassen von Inspektionen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; VS-Bd. 11452 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Teil der am 20. Dezember 1979 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten eingeführten Vorschläge war ein aus sieben Punkten bestehendes Paket begleitender Maßnahmen. Referat 221 skizzierte die Maßnahmen am 21. Februar 1980 folgendermaßen: „1) An-kündigung von Divisionsaktivitäten außerhalb der Kasernen durch alle Teilnehmer in Europa. Der

te für den Westen interessant und für US-/SU-Abzüge eventuell auch ausreichend sein.

Es kommt hinzu, daß die Phase des „gegenseitigen Beispiels“ nicht mit weiteren Schritten förmlich verknüpft ist. Sie könnte also in der Tat genutzt werden, um östliches Verhalten zu testen. Und außerdem könnte – da es sich um Abzüge mit Testcharakter außerhalb eines vertraglichen Rahmens handelt – auch eine westliche Position für ein späteres Abkommen präjudiziert werden. Ein anderer wichtiger Gesichtspunkt ist die Frage der Auswirkung eines solchen Schritts auf die westliche öffentliche Meinung. Wie auch in anderen Bereichen der Rüstungskontrolle scheint der Osten an einem ersten Verhandlungserfolg bzw. praktischen Schritt bei MBFR interessiert zu sein, um diese Tatsache zu seinen Gunsten bei dem „Kampf um die Herzen der Europäer“ bei der INF-Frage und bei anderen Verbesserungen der Verteidigungsfähigkeit der Allianz nutzen zu können. Genauso gut aber könnte der Westen argumentieren, gerade dieses erste Verhandlungsergebnis bei MBFR zeige, daß geduldige, auf dem Gleichgewichtsgedanken aufbauende Verhandlungen zu sinnvollen Ergebnissen führen können und daß der Westen daher keinen Grund sehen sollte, von grundlegenden rüstungskontrollpolitischen Zielsetzungen abzugehen. Es könnte deshalb im Interesse des Westens liegen, diese Option sehr eingehend zu prüfen.

3) „Freeze“-Vorschlag

In der vom Osten dargestellten Form sind diesem Vorschlag aus hiesiger Sicht kaum positive Aspekte abzugewinnen. Er verlangt einerseits praktisch den westlichen Verzicht auf eine Datenklärung, ohne andererseits Verifikationsmaßnahmen für den Freeze anzubieten. Solange er nicht numerisch ausgedrückt würde, wäre auch mit begleitenden Maßnahmen eine wirksame Verifikation unmöglich.

Eine politische Nichterhöhungsverpflichtung hat darüber hinaus – und darauf baut der Osten zugegebenermaßen – wegen der Offenheit des westlichen Gesellschaftssystems nur im Westen auch de facto limitierende Wirkung; eine östliche Verletzung der politischen Nichterhöhungsverpflichtung würde entweder nicht bekannt oder wäre der anderen Seite nicht in politisch wirksamer Weise nachweisbar.

Der Einbezug der Rüstungen zielt offensichtlich auf eine Verhinderung westlicher Modernisierungen im konventionellen Bereich (Rogers-Plan¹³) ab. Auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 459

Geltungsbereich soll das europäische Territorium aller Teilnehmerstaaten, einschließlich eines wesentlichen Teils des europäischen Territoriums der SU umfassen. 2) Austausch von Beobachtern bei Maßnahme 1) mit demselben Geltungsbereich. 3) Ankündigung von Bewegungen der Landstreitkräfte der direkten Teilnehmer in den Raum der Reduzierungen hinein. 4) Boden- und/oder Luftinspektionen auf Anforderung, max[imal] 18 Inspektionen pro Jahr. 5) Durchlaufpunkte für stationierte Land- und Luftstreitkräfte mit ständigen Beobachtern. 6) Austausch von Informationen über militärische Daten. 7) Nichtbeeinträchtigung nationaler Aufklärungsmittel.“ Ferner seien vorgesehen: „Bekräftigung der vertrauensbildenden Maßnahmen (CBM) der KSZE-Schlußakte; Einrichtung eines Konsultativmechanismus unter Verwendung der in Wien bereits vorhandenen Verhandlungsstrukturen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 116924.

¹³ Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, für eine Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO vgl. Dok. 66, Anm. 6.

wenn US-/SU-Reduzierungen auf der Basis gegenseitigen Beispiels vorhergingen, so läge der Freeze in Praxis noch vor einer vertraglichen Vereinbarung von Reduzierungen; damit greift zusätzlich die Überlegung Platz, daß die Vereinbarung eines solchen Freeze dem Osten den Anreiz zu einem Reduzierungs- und Begrenzungsabkommen nehmen könnte, in dem er sich ja auch zu stringenteren begleitenden Maßnahmen verpflichten müßte. Allerdings wäre für den Westen ein solcher Freeze dann prüfenswert, wenn der Osten veranlaßt werden könnte, den Freeze numerisch zu definieren und effektive Verifikationsmaßnahmen zuzulassen.

4) Aus Wiener Sicht scheinen die Verhandlungen ein Stadium erreicht zu haben, das vermutlich politische Entscheidungen erfordern wird. Nach nahezu zehnjährigen Verhandlungen¹⁴ haben sich auch deren Rahmenbedingungen verändert. Wir sollten uns deshalb in absehbarer Zeit einerseits darüber klarwerden, wieviel uns das MBFR-Konzept heute wert ist, und das politische Interesse des Ostens an einer MBFR-Lösung auf der Grundlage des Mandats von 1973¹⁵ einschätzen.

IV. Vorgehen vor einer westlichen Sachentscheidung

Der Westen sollte sich bis Mitte der Sommerrunde¹⁶ auf eine grundsätzliche Sachantwort auf die östlichen Vorschläge geeinigt haben.

Bis dahin sollte er eine Linie verfolgen, die

- die bisherige westliche Position bestätigt,
- zur Klärung der östlichen Position, insbesondere hinsichtlich der Verifikationsfrage, beiträgt
- und verhindert, daß der Osten in der Öffentlichkeit Propaganda-Erfolge erzielt.

1) Das Bestehen auf den westlichen Vorschlägen vom 8.7.82 als der ausgewogensten, klarsten und für beide Seiten sichersten Regelung für militärisch signifikante Reduzierungen ist aus sachlichen und taktischen Gründen unumgänglich. Es wirft lediglich das Problem auf, wie dennoch ein Verschütten der vom Osten angebotenen und vom Westen eventuell für sich nutzbaren Optionen zu vermeiden ist. Eine verstärkte Betonung der für den Westen traditionell wichtigen Verifikationsfrage bietet sich hier an und könnte auch ein wirkungsvoller taktischer Hebel sein, um die angedeutete Bereitschaft des Ostens zu verstärkter Verifikation zu sondieren und eventuell zu nutzen.

2) Ein nicht geringes Gewicht kommt der westlichen Öffentlichkeitsarbeit zu. Wie der enge Bezug eines Teils der östlichen Vorschläge zu der „Prager Erklärung“ vom 5.1.83 vermuten läßt, zielen sie auch auf die westliche Öffentlichkeit. Der Osten will sich vor der entscheidenden Phase der INF-Verhandlungen auch in anderen Abrüstungsforen als initiativ und verhandlungsbereit dar-

¹⁴ Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.

¹⁵ Vgl. dazu das Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

¹⁶ Die 30. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien fand vom 19. Mai bis 21. Juli 1983 statt. Vgl. dazu Dok. 224.

stellen. Aufgabe der westlichen Öffentlichkeitsarbeit sollte es daher sein, die Mängel der östlichen Vorschläge darzustellen, ohne eine Sachantwort vorwegzunehmen.

Der Westen sollte die Linie verfolgen, daß er die östlichen Vorschläge ernsthaft prüfe, sich dabei aber mit folgenden drei grundlegenden Schwierigkeiten konfrontiert sehe:

Erstens führe der Osten mit seinem Vorschlag, daß¹⁷ die amerikanischen und sowjetischen Anfangsabzüge außerhalb des Rahmens eines förmlichen Abkommens stattfinden sollten, ein neues Konzept ein.

Zweitens schlage der Osten nun in aller Form ein zu Parität führendes Verminderungsabkommen ohne Klärung der Ausgangsdaten vor, nachdem er bisher die Berechtigung des westlichen Arguments anerkannt hatte, daß man einer Dateneinigung zur Bestimmung der Reduzierungen bedürfe, die letztlich zur Herbeiführung der Parität erforderlich seien.

Drittens habe der Osten seine Andeutung erhöhter Bereitschaft zur Erörterung auch für den Westen akzeptabler Verifikationsmaßnahmen der übereinstimmenden kollektiven Höchststärken bisher nicht konkretisiert. Der Osten biete dem Westen für die Aufgabe der Datenposition lediglich ein vages Versprechen, geeignete Verifikationsmaßnahmen später auszuarbeiten. Der Westen könnte wohl kaum eine solche Vorbedingung akzeptieren, die den Osten nicht verpflichtet. Solange der Osten nicht konkretisiert, was für begleitende Maßnahmen er zur Verifikation der Höchststärken anzunehmen bereit wäre und welche Modalitäten er hierfür zubilligt, wird der Westen kaum in der Lage sein, diesen entscheidenden Punkt der östlichen Vorschläge richtig zu bewerten.

[gez.] Boss

VS-Bd. 11473 (221)

¹⁷ Korrigiert aus: „die“.

Botschafter Held, Tripolis, an das Auswärtige Amt

114-17522/83 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 225

Citissime nachts

Aufgabe: 11. April 1983, 22.10 Uhr

Ankunft: 11. April 1983, 23.20 Uhr

Bei Dienstbeginn sofort RL 311¹ vorlegenBetr.: Verhaftung von Dr. Zaidi²;hier: von libyscher Seite drohende sehr gravierende Konsequenzen³Bezug: Telefongespräch RL 311⁴/Held vom 11.4.1983

I. Heute abend unterhielt ich mich telefonisch mit Oberst Belgassem, der sich, ebenso wie Gaddafi und ein großer Teil der übrigen Revolutionsführung, zur Zeit in Bengasi aufhält. Dort wird ein internationales Seminar über das Grüne Buch⁵ abgehalten, das noch bis zum 25.4. dauern soll.

¹ Reinhard Schlagintweit.

² Ministerialdirigent Montfort erläuterte am 8. April 1983: „Am 29.3.1983 wurde der an der Universitätsklinik Bonn tätige libysche Arzt Dr. Mustafa Zaidi im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu den Folttervorwürfen gegen das libysche Volksbüro (November 1982) verhaftet. Dem folgte wenige Tage später in gleicher Angelegenheit die Verhaftung eines zweiten libyschen Staatsbürgers, Abdullah Salem Yahia. [...] Die erneute Belastung des deutsch-libyschen Verhältnisses kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem unsere innerstaatlichen Bemühungen, die Abschiebung des in der Bundesrepublik einsitzenden libyschen Mörders Ehmida gegen eine Freilassung in Libyen inhaftierter Deutscher in Gang zu setzen, durch den Widerstand des nordrhein-westfälischen Justizministeriums blockiert werden“. Vgl. Referat 311, Bd. 137794.

Am 7. April 1983 traf sich Montfort mit „zwei Vertrauensleuten von Yunis Belgassem“, den „deutschen Staatsangehörigen Werner Beintmann und Walter Müller. Beintmann ist enger Vertrauter des früheren Innenministers Belgassem, der jetzt einen der libyschen Sicherheitsdienste leitet und der für unsere Botschaft Ansprechpartner und Vertrauensmann in allen Nöten ist. Müller ist Mitarbeiter von Beintmann. [...] Beintmann führte aus, Dr. Zaidi sei Mitglied des libyschen Revolutionskomitees“ und „ein Mann, den Gaddafi schätze und den er im Ausland gern einsetze. Dementsprechend sei Gaddafi über die Verhaftung verärgert.“ Vgl. die Aufzeichnung von Montfort vom selben Tag; VS-Bd. 10801 (511); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Ministerialdirigent Montfort notierte am 8. April 1983: „Am 2.4.83 übergab das libysche Volksbüro in Bonn eine Note, in der vom ‚provokativen Vorgehen deutscher Justizbehörden‘ die Rede ist; es sei jetzt eine ‚absolute Grenze‘ erreicht. Unserem Botschafter in Tripolis wurde bedeutet, Gaddafi sei ‚äußerst erregt‘ über die Verhaftungen; in einem libyschen Zeitungsartikel wird die Bundesrepublik aufs übelste beschimpft (‚faschistisch bis auf die Knochen‘, ‚eine moralisch verdorbene und stinkende Gesellschaft‘). Auswirkungen auf Deutsche in Libyen und eine Zusammenarbeit der libyschen Revolutionskomitees mit deutschen Terroristen werden angedeutet. Vorläufiger Höhepunkt war eine Demonstration vor unserer Botschaft in Tripolis am 7.4.1983. Nach Auffassung der Botschaft ist eine weitere Eskalation durchaus denkbar.“ Montfort empfahl, Staatsminister Möllemann zu einem Gespräch mit Oberst Gaddafi nach Libyen zu entsenden, um „Gaddafi eindrücklich und mit großem Ernst die sich aus unserer Gewaltenteilung ergebenden Probleme zu erläutern und darauf hinzuweisen, daß es weder in unserem noch im libyschen Interesse liegen könne, aus einem relativ trivialen Straffall einen Test für unsere bilateralen Beziehungen zu konstruieren“. Vgl. Referat 311, Bd. 137794.

⁴ Korrigiert aus: „RK 311“.

⁵ Vgl. Muammar AL-QADHAFI, The Green Book. Part One: The Solution of the Problem of Democracy: The Authority of the People, London 1976; ders., The Green Book. Part Two: The Solution of the Economic Problem: Socialism, London 1977; ders., The Green Book. Part Three: The Social Basis of the Third Universal Theory, London o. J.

Oberst Belgassem war von Herrn Beintmann unterrichtet, daß StM Möllemann wegen seiner Erkrankung frühestens in der Woche ab 18.4. nach Libyen kommen könne, um mit Gaddafi über den Fall Dr. Zaidi zu sprechen. Er gab diese Information an die Revolutionsführung weiter, die daraufhin, so Belgassem, höchst erregt und empört reagiert hat. Sie sei der Meinung, daß Dr. Zaidi in der Bundesrepublik wie ein „terroristischer Gewaltverbrecher“ in Haft gehalten werde, was man u. a. daraus ersehen könne, daß bisher angeblich weder seine Frau noch das Volksbüro nach seiner Verhaftung mit ihm sprechen konnten. Die Revolutionsführung glaube nicht daran, daß StM Möllemann wirklich erkrankt sei, vielmehr sehe sie diese Behauptung als einen „üblen Trick“ an, um Dr. Z. noch vor politischen Gesprächen mit uns durch das Gericht verurteilen zu lassen. Die Revolutionskomitees würden sich dies nicht länger gefallen lassen, sondern in Libyen gegen die Deutschen und die deutschen Interessen „losschlagen“.⁶ Auf jeden Fall dann, wenn nicht unverzüglich ein hochrangiger deutscher Gesprächspartner zur Erörterung der Angelegenheit nach Libyen käme.

Oberst Belgassem war in einer Weise erregt und besorgt, wie ich es bei ihm bisher auch in kritischen Situationen nicht erlebt habe. Er sagte mir wörtlich, daß mir, d. h. der Botschaft und der deutschen Kolonie, niemand im geringsten helfen könne, wenn die Revolutionäre losschlugen. Ungünstig wirkt sich für uns das oben erwähnte Seminar aus. Die Revolutionäre sind dort beieinander und durch das Seminar in einer für uns sehr gefährlichen Stimmung.

II. Unter diesen Umständen gibt es ab heute keine Maßnahmen gegen uns, die ich ausschließen könnte. Bezüglich der Botschaft ist nicht nur eine Brandstiftung, sondern auch eine Besetzung mit Geiselnahme des Personals nicht unwahrscheinlich.

Natürlich ist unsere rechtliche Position im Fall des Dr. Z. nicht angreifbar. (Noch heute bestätigte mir weitere sehr zuverlässige libysche Quelle (nicht Belgassem), daß Z. in der Tat libysche oppositionelle Studenten gefoltert habe und daß dabei auch Angehörige des libyschen Volksbüros in Bonn (angeblich alle mit Diplomatenstatus) anwesend waren.) Faktisch sind wir aber in einer schwachen Position, da wir Revolutionären ausgeliefert sind, bei denen Rechtserwägungen praktisch keine Rolle spielen. Deshalb müssen wir verhandeln, um nicht in eine noch peinlichere Lage zu geraten. Ich empfehle daher dringend, einen

⁶ Nachdem bereits am 7. April 1983 zwei deutsche Staatsangehörige in Libyen verhaftet worden waren, meldete Botschafter Held, Tripolis, am 12. April 1983 die Verhaftung von sechs weiteren Deutschen, nämlich vier Mitarbeitern der Firma Bilfinger und Berger und zwei Mitarbeitern der Firma Siemens: „Mit höchster Wahrscheinlichkeit befinden sie sich – ebenso wie die am 7.4. verhafteten zwei – in den Händen der Revolutionskomitees, die damit weiter Druck auf uns ausüben wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; Referat 311, Bd. 137794.

Bereits 1981 waren drei deutsche Staatsangehörige zu lebenslanger bzw. mehrjähriger Haft in Libyen verurteilt worden. Vgl. dazu Dok. 69, besonders Anm. 12.

Ein weiterer deutscher Staatsangehöriger, Henning Mumm, war als Mitarbeiter der Firma Philipp Holzmann AG seit 14. Dezember 1981 in Libyen inhaftiert und wurde am 16. Januar 1983 wegen Bestechung zu einer Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 511 vom 1. Februar 1983; B 83 (Referat 511), Bd. 1513.

deutschen Gesprächspartner im StS- oder StM-Rang nach Libyen zu entsenden.⁷ Er wird mit Sicherheit von Gaddafi in Bengasi empfangen werden.

Die ernste, unmittelbare Bedrohung der Sicherheit der Botschaft veranlaßt mich, noch heute nacht alle belastenden entbehrlichen Akten vernichten zu lassen, da wir bei der Unberechenbarkeit der Revolutionskomitees schon am 12.4. mit einem Angriff auf die Botschaft rechnen müssen. Des weiteren werde ich alle weiblichen Botschaftsangehörigen und auch die nicht unbedingt benötigten männlichen Arbeitskräfte zunächst bis zum 17.4. beurlauben. Außerdem werden alle Vorbereitungen getroffen, um einen bevorstehenden Angriff möglichst frühzeitig zu erkennen und dann das Botschaftsgebäude innerhalb weniger Minuten vollständig verlassen zu können. Ein längeres Verweilen in der Botschaft in einem solchen Fall wäre nicht nur sinnlos, sondern würde uns durch evtl. Geiselnahme in eine noch schwierigere Situation bringen.

Vorsorglich bitte ich um Genehmigung, ggf. die Ausreise der Frauen und Kinder der Botschaftsangehörigen anordnen zu können.⁸

[gez.] Held

VS-Bd. 10801 (511)

⁷ Am 12. April 1983 übermittelte Ministerialdirektor Gorenflos der Botschaft in Tripolis ein Schreiben des Bundesministers an Oberst Gaddafi, in dem Genscher den Besuch „eines Freundes, des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann“ ankündigte, „der mein hohes persönliches Vertrauen genießt. Staatsminister Möllemann ist Ihnen aus mehreren Besuchen als guter Freund der Araber und der Dschamaharija bekannt. Ich habe ihn beauftragt, den politischen Meinungsaustausch zwischen unseren beiden Ländern weiterzuführen und die Fragen, die uns betreffen, zu erörtern.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 137794.

Zum Aufenthalt von Möllemann am 16./17. April 1983 in Libyen vgl. Dok. 103.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit teilte Botschafter Held, Tripolis, am 12. April 1983 mit, daß dieser ermächtigt sei, „nach eigener Beurteilung der Lage erforderlichenfalls Ehefrauen und Kindern entsandter Mitarbeiter Ausreise zu empfehlen“. Allerdings sollten dabei „mögliche Auswirkungen auf deutsche Kolonie berücksichtigt werden. Dies gilt auch für die vorgenommene Einschränkung des Dienstbetriebes. Außerdem ist zu bedenken, daß Krisenmaßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Kolonie nicht in libyschen politischen Kreisen mißverstanden werden. Sofern Sie dies für nützlich halten, sollten Sie Vertrauensleute der deutschen Kolonie über die Entwicklung unterrichten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 62; Referat 311, Bd. 137794.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee

214-321.11 RUM-785/83 geheim

13. April 1983¹

Gespräche BM mit dem rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee am 13.4.1983;

hier: Bilaterale Beziehungen und Ausreiseproblematik (ausführliche Fassung)²

Andrei, der gebeten hatte, mit den bilateralen Beziehungen zu beginnen, leitete das Thema ein: In letzter Zeit sei eine Reihe von Problemen aufgetaucht. Diese hätten nicht mit der Anwendung des rumänischen Dekretes³ begonnen. Vielmehr gingen sie darauf zurück, daß die Bundesregierung ohne Konsultationen im April letzten Jahres die Hermes-Bürgschaften angehalten⁴ und dadurch für Rumänien wirtschaftliche Schwierigkeiten geschaffen habe. Bei dem Stand der Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland sei es nicht nötig, daß man von den Maßnahmen der Bundesregierung

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl am 15. April 1983 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher geleitet. Braunnühl schlug vor, „daß dieser Vermerk auf diese eine Ausfertigung (Konzept bei mir) beschränkt bleibt, die außer D 2/RL 214 noch D 5/Dg 5/RL 513 zur Kenntnis gegeben wird. Über den wirtschaftlichen Inhalt sollte D 4 unterrichtet werden.“

Hat Staden am 16. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Genscher vermerkte: „Abt[eilung] 5 sollte eine Ausfertigung zum Verbleib erhalten, weil der Verlauf dort genau analysiert werden muß.“

Hat Genscher am 19. April 1983 vorgelegen.

Hat Braunnühl am 21. April 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Abl[ichtung] D 5, 2) D 2.“

Hat Ministerialdirektor Pfeffer vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13413 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Zu der Gesprächsaufzeichnung vermerkte Staden außerdem handschriftlich: „Die ‚Zinsfrage‘ ist m. E. komplexer, als es hier in Erscheinung tritt.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13413 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Hat Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunnühl legte am 14. April 1983 außerdem eine Kurzfassung des Gesprächs vor. Vgl. dazu VS-Bd. 13413 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zum rumänischen Dekret vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung der Ausbildungskosten durch Ausreisewillige vgl. Dok. 52, besonders Anm. 4.

⁴ Am 10. März 1982 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt der Botschaft in Bukarest mit: „Wegen laufender Gespräche der rumänischen Seite mit dem IWF und Kontakten Rumäniens zum Pariser Club wegen Umschuldung sowie nach dem Ergebnis der Gespräche der rumänischen Außenhandelsbank mit Vertretern westlicher Banken (einschließlich der Deutschen Bank) besteht auf allen Ebenen der deutschen Wirtschaft [...] völlige Zurückhaltung. [...] Solange die rumänische Zahlungsfähigkeit nicht wiederhergestellt ist, können Ausfuhrbürgschaften für Rumäniengeschäfte nicht übernommen werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 89; Referat 421, Bd. 141276.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze legte am 11. März 1982 dar, daß der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß mit Blick „auf wachsende Überfälligkeiten aus verbürgten Rumäniengeschäften“ entschieden habe, daß über neue Anträge „z. Zt. nicht positiv entschieden werden“ könne. Dies sei auch aus haushaltsrechtlichen Gründen mit Blick auf die laufenden Umschuldungsverhandlungen geboten: „Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, daß Forderungsraten aus neu verbürgten Geschäften sogleich in die Umschuldung einbezogen und damit aus dem Bundeshaushalt entschädigt werden müssen. Die Bundeshaushaltsordnung verbietet jedoch die Indeckungnahme, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit der Eintritt des Bürgschaftsfalles mit nachfolgender Entschädigungspflicht des Bundes zu erwarten ist.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140066.

erst über die Presse informiert werde. Auch in der deutschen Sprache gebe es das Sprichwort: „Einen Freund erkennt man in der Not.“ Rumänien habe Schwierigkeiten gehabt und habe sie weiter. Man baue darauf, daß die Bundesregierung, wenn sie schon nicht helfe, wenigstens keine zusätzlichen Schwierigkeiten mache.

Was das Dekret betreffe, so sei dieses nicht gegen die Bundesregierung gerichtet, sondern habe mit den internen Problemen zu tun. Diese Probleme hingen damit zusammen, daß rumänische Fachleute, die vom Staat kostenlos ausgebildet worden seien und im geplanten Ausbildungssystem bestimmte Plätze eingenommen hätten, das Land verlassen hätten oder es verlassen wollten. Das rumänische Schulsystem sei obligatorisch und kostenlos, und 67% der Auszubildenden bekämen außerdem Stipendien, d.h. Geld aus den Anstrengungen der Bauern, Arbeiter und Intellektuellen. In den letzten 40 Jahren seien allein 700 Ingenieure und Architekten und über 400 Ärzte sowie viele andere Fachleute in die Bundesrepublik Deutschland ausgewandert. Dies sei ein prinzipielles Problem.

Was das Übereinkommen mit der Bundesrepublik Deutschland im Protokoll von 1978⁵ betreffe, so habe Rumänien seine Verpflichtungen betreffend der Ausreisen respektiert. 1978 seien 10274, 1979: 9970, 1980: 13500, 1981: 11600 und 1982 – als die Bundesregierung gegen Rumänien strafartige Maßnahmen verhängt habe – 12700 Personen ausgereist. Der Vorwurf, Rumänien habe das Protokoll nicht eingehalten, sei deshalb unbegründet.

Dagegen sei umgekehrt folgendes zu sagen:

- Die Bundesrepublik Deutschland habe für 1982 noch nicht die „Zinsdifferenz“⁶ bezahlt.
- Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt im Rahmen des allgemeinen Übereinkommens sei seinerzeit eine deutsche Beteiligung in bestimmter Art beim Bau von feinmechanischen und hydraulischen Fabriken in Temeschwar vorgesehen worden.⁷ Dies sei nicht geschehen.
- Die Bundesrepublik Deutschland sei das einzige Land, mit dem noch kein Umschuldungsabkommen für 1982 unterzeichnet worden sei.⁸ Sie sei außerdem

⁵ Zu den im Rahmen des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 52.

⁶ Nach der Vereinbarung vom 7. Januar 1978 sollte die Bundesregierung über einen Zeitraum von fünf Jahren alle drei Monate acht Millionen DM an Rumänien überweisen, die in „den Aufzeichnungen des alle diese Mittel verwaltenden BMI“ als „Zinssubventionen“ bezeichnet wurden. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kroneck vom 8. April 1983; VS-Bd. 13414 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Präsident Ceauşescu schlug Bundeskanzler Schmidt im Gespräch am 6. Januar 1978 in Bukarest ein gemeinsames Großunternehmen in Temeschwar vor, in dem schwere Werkzeugmaschinen und hydraulische Anlagen hergestellt werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 3.

Die Gemischte Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit beschloß auf ihrer Tagung vom 10. bis 12. Dezember 1980 in Bonn die Einsetzung der „Arbeitsgruppe Timisoara“, die Rahmenbedingungen für Projekte im Raum Temeschwar entwickelte und einzelne Vorhaben auf den Gebieten Hydraulik und Elektronik benannte. Der Bericht wurde am 12. Mai 1981 in Bonn unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. Referat 421, Bd. 141274.

⁸ Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 7. Februar 1983, daß Rumänien am 28. Juli 1982 ein Umschuldungsprotokoll mit dem Pariser Club unterzeichnet habe. Bilaterale Durchführungsabkommen seien jedoch noch immer nicht abgeschlossen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 186; Referat 421, Bd. 141271.

Am 23. Februar 1983 legte Ministerialdirektor Fischer dar, daß das bilaterale Umschuldungsab-

das einzige Land, das noch nicht bereit sei, Umschuldungsverhandlungen für das laufende Jahr aufzunehmen.⁹

- Außerdem gebe es bei uns eine heftige anti-rumänische Pressekampagne, die sogar die territoriale Integrität Rumäniens in Frage stelle und die man als „unfreundlichen Akt“ bezeichnen müsse.¹⁰
- Nach 1967¹¹ habe Rumänien die Bundesrepublik Deutschland nie in internationalen Gremien kritisiert und außerdem dafür gesorgt, daß in Dokumenten des WP Kritik an der Bundesrepublik Deutschland nicht erschienen sei. Dagegen habe die deutsche Delegation in Madrid das Problem, das bilateral besprochen werden müsse, beim KSZE-Nachfolgetreffen aufgegriffen.¹²

Andrei betonte, daß es auf dieser Linie nicht mehr weitergehen könne. Dadurch werde das Problem nicht gelöst, die freundschaftlichen Beziehungen jedoch geschädigt. Die Aspekte des Problems mit der Bundesrepublik Deutschland seien anders als die im Falle der USA, da es mit uns eine vorherige Vereinbarung gebe. Mit Israel stehe es wieder anders. Man wolle mit allen sprechen, um die Probleme zu lösen, auch mit uns. Der Vorteil mit uns liege darin, daß in der Person von BM Kontinuität gegeben sei und man nicht wieder von vorne anfangen müsse. BM kenne die Problematik seit langem, und seit langem gebe es aufgrund vieler Gespräche persönliche Beziehungen zwischen Präsident Ceau-

Fortsetzung Fußnote von Seite 467

kommen mit Rumänien in der Woche ab 21. Februar 1983 hätte unterzeichnet werden sollen. Jedoch habe sich die Rechtsabteilung für einen dreiwöchigen Aufschub ausgesprochen, da Hinweise vorlägen, „daß Rumänien das Ausreisedomestrom vom 22.10.82 auch auf ausreisewillige deutsche Volkszugehörige“ anwende. Vgl. Referat 422, Bd. 144067.

In der Kabinettsitzung am 30. März 1983 wies Bundesminister Graf Lambsdorff darauf hin, daß bei den Umschuldungsverhandlungen für Rumänien „nur noch die Zustimmung der Bundesrepublik“ als dem Hauptgläubigerland ausstehe. Bundesminister Genscher bat jedoch, „mit Rücksicht auf die Verhandlungssituation in der Aussiedlerproblematik, die zu einer schweren Belastung geworden sei, mit der Bekanntgabe der deutschen Zustimmung noch eine gewisse Zeit zu warten.“ Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll vom 6. April 1983; VS-Bd. 13411 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 13. Januar 1983, daß am Rande des Treffens des Pariser Clubs am 10./11. Januar 1983 der erneute rumänische Antrag vom 23. Dezember 1982 auf „Umschuldung der Fälligkeiten aus regierungsverbürgten Handelsgeschäften und Finanzkrediten“ behandelt worden sei: „Beantragt wird die Umschuldung von 75 % der 1983 fällig werdenden Tilgungs- und Zinsleistungen“. Vgl. Referat 422, Bd. 144067.

¹⁰ Der rumänische Botschafter Rambu klagte am 31. März 1983 bei Staatssekretär von Staden über „Darstellungen in den Zeitungen der Emigration und anderen deutschen Medien“: „Die führenden Leute der Organisationen, die hier zu Wort kämen, führten sich auf, als seien sie die Führer der rumänischen Staatsbürger deutscher Nationalität. Sie hetzten diese auf, die rumänischen Gesetze nicht zu respektieren.“ Rambu fragte, „ob es das Auswärtige Amt gutheißt, wenn Presseartikel die Trianon-Verträge und die jetzigen Grenzen Rumäniens in Frage stellen; ob das Auswärtige Amt es gutheißt, wenn Haß zwischen den Nationalitäten gesät und irredentistische Gedanken in der ungarischen Minderheit Rumäniens unterstützt würden.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133075.

¹¹ Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

¹² Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 11. März 1983: „Heutige Plenarsitzung war von Auseinandersetzung über rumänisches Ausreisedomestrom geprägt.“ Er übermittelte den Wortlaut seiner Erklärung, die Ausgangspunkt der Debatte gewesen sei, und teilte weiter mit, daß auch der Leiter der niederländischen KSZE-Delegation, Croin, auf „die ‚kafkaeske Situation‘ von Ausreisewilligen“ hingewiesen habe, „die Zahlungen in Devisen leisten müßten, aber gleichzeitig wegen Devisenbesitzes der Strafverfolgung unterlägen. Die einzige verbleibende Möglichkeit, von Verwandten im Ausland ‚herausgekauft‘ zu werden, degradiere die Menschen zur Ware.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 273; Referat 214, Bd. 139541.

șescu und BM. Er, Andrei, habe den Auftrag von Regierung und Präsident, eine Lösung des Problem es zu suchen.

BM erwiderte, die Art, wie Andrei die Problematik angesprochen habe, zeige, wie wichtig das Treffen sei. Er, BM, habe aus Sorge, daß die deutsch-rumänischen Beziehungen außer Kontrolle gerieten, die Begegnung vorgeschlagen, um in aller Offenheit mit Andrei sprechen zu können.¹³ Wir müssen den deutsch-rumänischen Beziehungen ein besonders Gewicht bei, und deshalb sei unsere Besorgnis besonders groß, daß sie jetzt geschädigt werden könnten. Deshalb fühle er sich verpflichtet, gemeinsam mit dem rumänischen Außenminister Möglichkeiten zur Lösung des Problem es zu suchen.

Andrei habe auf die Gemeinsame Erklärung von Präsident Ceaușescu und Bundeskanzler Schmidt von 1978¹⁴ Bezug genommen. Damals habe man gleichzeitig eine Abrede zwischen den Staatssekretären Pungan und van Well getroffen.¹⁵ Darin habe man sich verständigt, daß mindestens 11 000 Ausreisewillige deutscher Volkszugehörigkeit das Land pro Jahr verlassen konnten. In diesem Zusammenhange sollten besondere Zahlungen geleistet werden, die Andrei als „Zins-Subventionen“ bezeichnet habe; wir benutzten diesen Ausdruck auch. Außerdem hätten wir damals Rumänien einen Bürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Dabei seien Projekte in Aussicht genommen worden, die man mit dem Stichwort „Temeschwar“ bezeichnen könne. Diese Vereinbarung von 1978, die dann laufend zwischen den Beauftragten beider Seiten diskutiert worden sei, habe sich bewährt. Es habe dann einige Probleme gegeben, weil die Höhe der „Zins-Subventionen“ abhängig von der Höhe der Ausreisen sei. Wir seien bereit gewesen, die „Zins-Subventionen“ zu erhöhen, wenn die Zahl der Ausreisen 13 500 überschritten habe.

Die eigentlichen Probleme seien durch das Dekret entstanden. Dazu müsse er ein offenes Wort sagen, wie es der Stand der Beziehungen notwendig mache: Natürlich habe jedes Land über die Dinge zu entscheiden, die zu seiner Souveränität gehörten, und wir wollten die Souveränität Rumäniens keinesfalls einschränken. Hier wolle er anmerken, daß die deutsche Minderheit nicht die einzige sei, die Rumänien habe. Er wisse nicht, ob die anderen Minderheiten mehr Probleme machten als die deutsche. Nach seinem (BM) Eindruck seien die Deutschen seit Jahrhunderten loyale Staatsbürger Rumäniens unter den verschiedenen Systemen gewesen. Inzwischen werde das Dekret vom 1.11.1982 angewandt: Wir bekämen immer mehr Berichte über Einzelfälle, in denen, zu-

¹³ Am 31. März 1983 wies Staatssekretär von Staden die Botschaft in Bukarest an, dem rumänischen Außenminister Andrei „nur persönlich“ mitzuteilen, Bundesminister Genscher schlage ein vertrauliches Gespräch am 9. April 1983 in Wien vor. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 134; Referat 214, Bd. 139535.

Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete noch am selben Tag, Andrei habe ihm mitgeteilt, daß er den Vorschlag „überaus positiv“ sehe. Allerdings sei er gegen den vorgeschlagenen Gesprächsort. Wien sei „ein Ort, an dem sich die Gegensätze trafen, um zu verhandeln, aber nicht Freunde“. Andrei habe statt dessen einen Besuch am 9./10. April 1983 in Bukarest vorgeschlagen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 226; Referat 214, Bd. 139535.

Am 5. April 1983 übermittelte Jovy den Vorschlag des rumänischen Außenministers für ein Treffen am 11./12. April 1983 in München. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 229; Referat 422, Bd. 144067.

¹⁴ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien vgl. BULLETIN 1978, S. 21–24.

¹⁵ Zu den Vereinbarungen vgl. AAPD 1978, I, Dok. 11.

sätzlich zu den „Zins-Subventionen“, besondere Leistungen von den Ausreisewilligen verlangt würden. In diesem Zusammenhange müsse man folgendes beachten: Die meisten Ausreisewilligen hätten nach Vollendung ihrer Ausbildung schon eine gewisse Zeit in Rumänien gearbeitet. In dieser Zeit hätten sie auch dazu beigetragen, daß an die aus dem Berufsleben Ausgeschiedenen Renten gezahlt würden, die sie selbst für sich nicht mehr in Anspruch nähmen, weil sie nach Deutschland gingen. Die Bundesregierung habe auf der anderen Seite den Ausgereisten Renten zu zahlen, ohne von Rumänien zu verlangen, daß ihr dafür etwas überwiesen werde für die Zeit, in der die Betreffenden in Rumänien gearbeitet hätten. Das Wichtigste sei aber, daß wir durch die „Zins-Subventionen“ von Staat zu Staat pauschal abgegolten hätten, was jetzt von den Ausreisenden individuell verlangt werde.

BM verwies darauf, daß er mit der Problematik schon seit seiner Zeit als Bundesinnenminister vertraut sei, da die „Zins-Subventionen“ aus dem Haushalt des Bundesinnenministeriums kämen, das bei der Regierungsbildung von 1969 das vorherige Bundesvertriebenenministerium inkorporiert hatte. BM betonte, daß nach unserer Auffassung die Forderung von individuellen Zahlungen gemäß dem rumänischen Dekret die bilaterale Abmachung von 1978 verletze. Man könne nicht zweimal für dieselbe Sache zahlen. Wir wüßten, daß das Wort „Zins-Subventionen“ eine „façon de parler“ sei.

Zu den Fragen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit übergehend, wies BM darauf hin, daß die Hermes-Bürgschaften von der Durchführung des Umschuldungsvorganges abhingen. Wenn das Umschuldungsverfahren für 1982 noch nicht abgeschlossen sei, so liege das an Problemen, die nicht auf deutscher Seite zu suchen seien.¹⁶ Wenn aber das Umschuldungsverfahren einmal abgeschlossen sei, dann sei die Gewährung von Hermes-Bürgschaften wieder möglich.

Er, BM, habe um ein schnelles Treffen ohne öffentliches Aufsehen (deshalb auch sein erster Vorschlag für Wien) gebeten, um Andrei folgendes zu sagen:

Er, BM, erhalte zunehmend Briefe und Anfragen von Bundestagsabgeordneten. Diese hätten keine Ahnung von den „Zins-Subventionen“, beklagten sich aber über die Anwendung des Dekretes. Er habe diese Sache weitgehend „herunter gehalten“, obwohl immer wieder Berichte in der Presse erschienen, die kritische Töne anschlügen, auch gegenüber dem Auswärtigen Amt, das als zu lasch und weich bezeichnet werde. Anfang Mai werde die Regierungserklärung abgegeben und im Deutschen Bundestag die Aussprache darüber stattfinden.¹⁷ Danach nähmen auch die Parlamentsausschüsse ihre Arbeit wieder auf. Er sei besorgt, daß in der Ausschlußarbeit und in der Aussprache im Plenum das Thema der Ausreisen aus Rumänien eine große Rolle spielen werde. Deshalb sei es wichtig, schnell zu einer Verständigung zu kommen.

Andrei replizierte: Erst müsse man die Probleme lösen, die mit den „Zins-Subventionen“ zusammenhingen. Für Rumänien bleibe die Abrede über die Höhe

¹⁶ Dieser Satz wurde von Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch hervorgehoben. Dazu vermerkte sie handschriftlich: „(siehe aber S. 9!)“ Vgl. Anm. 22.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1983 und der Debatte vom 4. bis 6. Mai 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 56–74 bzw. S. 74–145, S. 147–255 und S. 262–293.

der Ausreisezahlen gültig; die deutsche Seite müsse ihren Teil auf den neuesten Stand bringen. Außerdem müsse man die Temeschwar-Frage wieder aufnehmen. Man müsse über die Gewährung von Hermes-Bürgschaften und über den Zinssatz reden. Schließlich müsse das Umschuldungsabkommen unterzeichnet werden; Rumänien habe hier unsere Vorschläge hinsichtlich West-Berlins akzeptiert.¹⁸ Rumänien sei bereit, sofort einen Minister-Stellvertreter zur Unterzeichnung des Abkommens zu schicken. Dann könne man in Bukarest Gespräche führen über die Art der Anwendung des Dekretes in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland. Dies schließe auch die Möglichkeit einer Lösung im Rahmen des allgemeinen Protokolls von 1978 ein. Man könne eine Lösung finden, die dem Protokoll nicht widerspreche, aber auch die anderen Bestimmungen des Protokolls von 1978 wieder einschließe. Auf Vorhalt von *BM*, daß wir nicht ein Protokoll, das es schon gebe, während seiner Laufzeit zum Gegenstand von Verhandlungen machen könnten, wies *Andrei* auf deutsche Rückstände hin, während Rumänien auch dieses Jahr seine Verpflichtungen hinsichtlich der Ausreisen (er gab an: Januar = 1100, Februar = 1800, März = 800) erfüllt habe.

BM warf ein, daß wir Probleme nicht mit den Ausreisezahlen, sondern mit der zusätzlichen Erhebung individueller Zahlungen von den Ausreisenden hätten.

Andrei wiederholte die vorher erwähnten Beschwerden (Blockung der Hermes-Bürgschaften, Blockung von Temeschwar, Nicht-Umschuldung) und bemerkte weiter: Rumänien habe (in den Absprachen von 1978) nicht gesagt, daß die 11000, die man zu uns gehen lassen werde, Fachleute sein würden.

BM wandte ein, daß man dem Übereinkommen heute einen anderen Inhalt geben würde, wenn man sagen wollte, daß gewisse Leute damals nicht gemeint gewesen seien. Dies würde die damalige Abmachung verletzen.

Andrei entgegnete: Dies würde nur der Fall sein, wenn Rumänien ein Dekret speziell für die Bundesrepublik Deutschland gemacht habe; das Dekret gelte jedoch für alle. Nach einem Hinweis von *BM* auf andere Minderheiten erklärte

¹⁸ Ministerialrätin Schlitzberger, Bundesministerium der Finanzen, z.Z. Bukarest, informierte am 20. Januar 1983 über die Verhandlungen über ein Umschuldungsabkommen mit Rumänien vom 17. bis 20. Januar 1983: „Rumänen bestanden überraschend in der Endphase darauf, weder bei Hermes noch bei Treuarbeit Firmensitz ‚Berlin‘ im Vertrag aufzuführen. Schlagen zwei Alternativen vor: entweder Firmensitz generell nicht zu erwähnen oder als Firmensitz ‚Berlin (West)‘ anzuführen. [...] Berlinklausel (Frank-Falin-Formel) in Art. 12 ist hingegen unstreitig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 57; Referat 422, Bd. 140067.

Referat 422 vermerkte am 24. Januar 1983, daß es nicht um den Geltungsbereich des Abkommens gehe, sondern um die Bezeichnung der mit der Durchführung des Abkommens beauftragten Institutionen. Dies seien die „Hermes-Kreditversicherungs-AG, Hamburg und Berlin, und die Treuarbeit Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt am Main. Nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland ist dies die einzig korrekte, im Handelsregister beurkundete Bezeichnung der beiden Gesellschaften. [...] Die Angabe des Sitzes ist zur Identifizierung der jeweiligen Gesellschaft unverzichtbar. Er ist weder durch Zusätze noch durch Weglassungen variierbar, sondern muß der Eintragung ins Handelsregister entsprechen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 144067.

Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 9. Februar 1983, daß er den Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium, Neagu, darauf hingewiesen habe: „Rumänische Bedenken würden eine rein technische Frage zu politischem Problem hochstilisieren und damit Unterzeichnung [des] Abkommens gefährden.“ Neagu habe sich daraufhin überzeugt gezeigt, daß bei den für Mitte Februar 1983 geplanten Verhandlungen in Bonn „Einigung erzielt werden könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; Referat 422, Bd. 144067.

Andrei: Mit den Ungarn habe man keine Probleme; von sozialistischen Ländern könne man natürlich keine Devisenzahlungen verlangen.¹⁹

BM betonte, wir müßten klar sagen, daß die Abmachungen von 1978 eingehalten werden müssen. Wenn man sich über diese Einhaltung verständige, d.h. auf die Nichtanwendung des Dekretes auf deutschstämmige Ausreisewillige, dann werde er sich in der Bundesregierung dafür einsetzen, daß die notwendigen Schritte erfolgten, damit sich die bilateralen Beziehungen weiter entwickeln könnten.

Andrei wandte ein: Er könne Ceauşescu nicht sagen, *BM* habe lediglich zugesagt, sich für die Verbesserung der Beziehungen einzusetzen. Der Präsident habe ihm gesagt, er solle *BM* mitteilen, er wolle die Beziehungen entwickeln. Die Frage der Gebühren sei kein materielles Problem; wegen einiger tausend Dollar wolle man keine Probleme. Wenn Rumänien von den USA nicht mehr die Meistbegünstigungsklausel erhalte²⁰, so seien die Folgen mit den Gebühren nicht vergleichbar. Dies müsse man jedoch mit den Amerikanern besprechen. Mit uns müsse man über die Einhaltung des Protokolles von 1978 durch beide Seiten sprechen. *Andrei* faßte die rumänischen Wünsche noch einmal wie folgt zusammen:

- Es müsse geprüft werden, welche Summe deutscherseits noch zu zahlen sei für den Unterschied zwischen der Zahl der Ausgereisten und der Zahl derer, die hätten ausreisen sollen.
- Man müsse Temeschwar wiederaufnehmen.
- Hermes-Bürgschaften müßten wiederaufgenommen werden, und die Probleme, die mit der Umschuldung für 1982 und 1983 zusammenhingen, müßten gelöst werden.

Andrei betonte: Der Präsident wünsche, daß zuerst die Bundesrepublik Deutschland ihre Verpflichtungen erfülle. Rumänien sei bereit, in diesem Rahmen eine Lösung speziell für die Bundesrepublik Deutschland zu finden, damit durch die Anwendung des Dekretes keine Schwierigkeiten entstünden.

BM faßte demgegenüber unsere Position wie folgt zusammen:

- 1978 sei verabredet worden, 4000 DM für jeden Ausgereisten zu zahlen. 1981 sei vereinbart worden, diese Zahlungen auf 5000 DM zu erhöhen unter der Voraussetzung, daß nicht nur 11000, sondern mindestens 13500 ausreisen.²¹ Soweit die Zahl von 13500 nicht erreicht worden sei, hätten wir 4000 und nicht 5000 DM gezahlt. Über diese Frage sollten sich die Beauftragten unterhalten. Hier könne man sich verständigen: Entweder auf 4000 DM, wenn es bei der Ausreiseziffer von 11000 bleibe, oder auf 5000 DM, dann müßten jedoch gegebenenfalls die Ausreisezahlen im Nachhinein noch erreicht wer-

¹⁹ Dieser Satz wurde von Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch hervorgehoben. Dazu vermerkte sie handschriftlich: „Damit ist zugegeben, daß die Zahlungen von (westl[ichen]) Ländern verlangt werden!“

²⁰ Am 4. März 1983 gab Präsident Reagan in der Presse bekannt, daß die Rumänien eingeräumte Meistbegünstigung mit Wirkung vom 30. Juni 1983 wegen des rumänischen Dekrets vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung der Ausbildungskosten für Ausreisewillige aufgehoben würde. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 329.

²¹ Zu den am 24. März 1981 getroffenen Abmachungen über Ausreisegenehmigungen aus Rumänien vgl. AAPD 1981, I, Dok. 101.

den. Wir seien bereit, über die Verlängerung der Ende Juni auslaufenden Abkommen von 1978/1981 zu sprechen.

- Wenn die Erklärung Andreis, daß Rumänien bei der Anwendung des Dekretes eine Lösung für die Bundesrepublik Deutschland finden werde, bedeute, daß die Zahlungen aufgrund des Dekretes für Ausreisen nach Deutschland nicht mehr verlangt würden, dann werde er sich sofort dafür einsetzen, daß das Notwendige veranlaßt werde, um die Umschuldung abzuschließen.²²
- Die Konsequenz eines Abschlusses der Umschuldung sei, daß die Gewährung von Hermes-Bürgschaften nach unserem Haushaltsrecht wieder möglich würde.
- Bezüglich des Projektes Temeschwar stehe der Bürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM unverändert zur Verfügung. Wir seien verwundert gewesen, daß dieser Bürgschaftsrahmen von Rumänien nicht in Anspruch genommen worden sei. Wahrscheinlich beruhe dies darauf, daß bisher geeignete Investoren nicht hätten gefunden werden können; wir könnten nur mit der Wirtschaft sprechen, aber keine Investitionen befehlen.

Andrei machte geltend, daß die Höhe der Zinsen keine Vorteile für Investitionen böten. Bei der Höhe der Marktzinsen könnten die Unternehmer nicht so schnell die entsprechenden Gewinne erzielen. Deshalb habe Rumänien um niedrigere Zinsen gebeten. Ceauşescu habe ihm gesagt, daß beim Bundeskanzlerbesuch 1978 eine Summe von 500 bis 600 Mio. für Investitionen in Temeschwar, und zwar zu vorteilhafteren Zinssätzen, vereinbart worden sei. Von Temeschwar hänge für Rumänien sehr viel ab.

BM wandte ein, daß uns über solche Zusagen nichts bekannt sei. Er könne sich nicht vorstellen, daß irgend jemand von uns jemals Zusagen über geringere Zinsen gemacht habe.

Andrei erwiderte: Es sei nicht gesagt worden, wie hoch die Zinsen sein sollten. Ceauşescu – und er könne sich hier nur auf den Präsidenten berufen – habe ihm jedoch gesagt, daß von 500 bis 600 Mio. DM für Investitionen „unter vorteilhafteren finanziellen Bedingungen“ die Rede gewesen sei. Auf Insistieren von *BM*, wer dies dem Präsidenten gesagt habe, stelle *Andrei* fest, es sei von einem Paket die Rede gewesen. – *BM* bat, daß *Andrei* diesem Punkte nachgehen möge.

Nachdem *Andrei* erneut unter Berufung auf Ceauşescu auf die Bereitschaft Rumäniens verwiesen hatte, Probleme der Anwendung des Dekretes auf die Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren, unterstrich *BM* erneut, daß es nach unserem Verständnis um die Nichtanwendung des Dekretes auf Deutschstämmige gehe. *Andrei* präziserte: Das habe der Präsident nicht gesagt. Er habe gesagt: Erst solle man die (von *Andrei*) genannten Probleme besprechen, dann werde man für alles Lösungen finden.

BM lehnte dies ab: Man könne nicht das eine vor dem anderen zu lösen versuchen. Er wolle erreichen, daß wir die Probleme vom Tisch bekämen.

Andrei erkundigte sich daraufhin, was jetzt in bezug auf Temeschwar möglich sei, wobei er darauf hinwies, daß Zinsen von 11 % und höher unattraktiv seien.

²² Der Passus „dann werde er sich ... Umschuldung abzuschließen“ wurde von Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch angeschlängelt. Dazu vermerkte sie handschriftlich: „Widerspruch zu S. 5 unten.“ Vgl. Anm. 16.

BM unterstrich, daß wir Zins-Subventionen nicht gewähren könnten, und erläuterte eingehend die Grundsätze und das Verfahren der Bürgschaftsgewährung im Zusammenhange mit der Aushandlung der Kredite und Preise, die direkt zwischen den beteiligten Organisationen, Unternehmen und Banken stattfinden. *BM* betonte auf den Hinweis Andreis, daß Rumänien eine besondere Lösung bei den Hermes-Bürgschaften wünsche, daß dies nicht möglich sei; der Deutsche Bundestag werde dem nicht zustimmen. *BM* bat, seine Anregungen in Bukarest zu bedenken, dann könne auch das Kooperationsabkommen, das Ende Juni auslaufe²³, verlängert werden. Nachdem Andrei sich etwas skeptisch über den konkreten Nutzen des Kooperationsabkommens geäußert hatte, wies *BM* darauf hin, daß die SU aus dem langfristigen deutsch-sowjetischen Kooperationsabkommen²⁴ immerhin einiges gemacht habe; dieses habe sich günstig auf die Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt.

Bei Tisch erläuterte der *rumänische Botschafter*²⁵ die Vorgeschichte der Diskussion über die Hermes-Bürgschaft. Er räumte ein, daß man bei den seinerzeitigen Gesprächen Pungan–van Well über die Möglichkeiten einer Unterstützung der Bundesregierung hinsichtlich der Zinsen gesprochen habe, daß allerdings auch damals schon auf Schwierigkeiten hingewiesen worden sei. Bei dem Projekt Temeschwar habe man nicht an Importe, sondern an Investitionen in Zusammenarbeit mit deutschen Firmen (gemischten Gesellschaften und deutsches Kapital) gedacht. Die rumänische Seite habe mit 33 deutschen Firmen gesprochen. Von diesen sei ein Interesse an der Beteiligung geäußert worden; da aber die Zinsen damals so hoch gewesen seien, sei zunächst nichts daraus geworden. Deswegen habe man schon mit van Well über Zinshöhe und Laufzeit gesprochen. Der Botschafter wies darauf hin, daß seit Aussetzung der Hermes-Bürgschaften die rumänischen Importe drastisch hätten reduziert werden müssen. Deswegen sei die Wiedergewährung der Bürgschaften von außerordentlich großem Interesse.

BM wiederholte, daß die Bürgschaftsgewährung im Zusammenhange mit der Umschuldung wieder möglich werde. Was Temeschwar angehe, so habe sich die Situation mit dem Sinken der Zinsen inzwischen vielleicht etwas geändert. Wenn der Botschafter ihm mitteile, welche deutschen Firmen an Temeschwar interessiert gewesen wären, dann sei er bereit, diese einzuladen und ihnen das Interesse der Bundesregierung an einer Verwirklichung des Temeschwar-Projektes darzulegen. Befehle könne er ihnen allerdings nicht geben.

Andrei bat, ob wir noch einmal einen Vorschlag von Pungan prüfen könnten, als Ausnahme Hermes-Garantien für ein bis zwei Jahre für Koks-Importe zu gewähren.

BM erwiderte: Das müsse er prüfen.²⁶

²³ Das Abkommen vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit hatte eine Laufzeit von zehn Jahren und lief am 28. Juni 1983 aus. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1351 f.

²⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

²⁵ Ion Râmbu.

²⁶ Ministerialdirigent Loeck legte am 25. April 1983 dar, „daß Koks, ebenso wie Rohstoffe und Halbfabrikate, üblicherweise gegen Barzahlung geliefert wird. Ausnahmen gab es bisher nur im Rah-

Andrei bat, daß BM den rumänischen Botschafter, der ab 26. April wieder in Bonn sei, zu empfangen und ihm das Ergebnis unserer Prüfungen, insbesondere hinsichtlich Temeschwar und der Koks-Garantien, mitzuteilen.²⁷ Über die Beteiligung deutscher Firmen werde er auch mit MP Strauß sprechen²⁸, da einige der möglicherweise interessierten Firmen aus Bayern kämen.

Nachdem in der Zwischenzeit internationale Fragen besprochen worden waren²⁹, kamen die Minister zum Abschluß des Gespräches auf die bilateralen Fragen zurück:

Andrei unterstrich das rumänische Interesse an dem Meinungs austausch über Kooperation mit uns in der Dritten Welt, wobei er auf die schon bestehenden Vorhaben in Ägypten, Jordanien und Pakistan hinwies.

BM erwiderte, er sei an dieser Art der Zusammenarbeit sehr interessiert.

Andrei ergänzte, daß im Mai die Gemischte Kommission die Zusammenarbeit auf Drittmarkten im einzelnen besprechen werde; 15 Vorschläge lägen bereits vor.³⁰

Andrei betonte, daß es wichtig wäre, wenn BM möglichst bald nach Bukarest kommen könnte, um mit Ceauşescu selbst über die Ausreiseproblematik zu sprechen. Er überbrachte Grüße von Präsident Ceauşescu an Bundeskanzler Kohl sowie eine „persönliche Einladung“ des Präsidenten an den Bundeskanzler zu einem Besuch in Bukarest.

BM wies darauf hin, daß es für beide Seiten gut sei, wenn die heute besprochenen Angelegenheiten möglichst schnell in Ordnung gebracht würden, am besten noch vor der Bundestagsdebatte am 5./6. Mai. Deshalb sei er bereit, nach Bukarest zu reisen. Dabei müsse aber sicher sein, daß wir zu dem gewünschten Ergebnis kommen könnten, denn der Besuch müsse vorher angekündigt werden, und wir wünschten nicht, daß er ein Mißerfolg werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 474

men international abgestimmter Stützungsaktionen“. Vgl. Referat 422, Bd. 140066.

Mit Blick auf die Gespräche des Bundesministers Genscher am 31. Mai und 1. Juni 1983 in Bukarest legte Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, z. Z. Williamsburg, am 29. Mai 1983 dar: „Für den Bezug von Kokskohle sollten die Kreditlaufzeiten keinesfalls über die bisher üblichen Fristen von 180 Tagen hinausgehen, da sonst ein gefährliches Präjudiz geschaffen würde.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141278.

²⁷ So in der Vorlage.

²⁸ Der bayerische Ministerpräsident Strauß führte am 23./24. Mai 1983 Gespräche mit Präsident Ceauşescu und dem rumänischen Außenminister Andrei in Rumänien. Vgl. dazu Dok. 154.

²⁹ Für das Gespräch über die Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 6./7. April 1983 in Prag vgl. Dok. 91.

Bundesminister Genscher und der rumänische Außenminister Andrei erörterten außerdem die Lage in Asien, in der Dritten Welt und im Nahen Osten. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³⁰ Am 30. Juni und 1. Juli 1983 trat in Bonn die deutsch-rumänische Gemischte Arbeitsgruppe für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit in dritten Ländern zusammen. Sie stellte fest, daß seit ihrer letzten Sitzung vom 24. bis 26. Juni 1981 in Bukarest Kooperationsverträge über den „Bau zweier Zementstraßen der Naga Hammadi Fabrik in Assiut (Ägypten); Bau einer Pelletisierungsanlage in Mangalore (Indien)“ unterzeichnet worden seien. Ferner würden zwei Verträge über Silo-Ausrüstungen in Missurate (Libyen) wie vorgesehen durchgeführt. Sie befaßte sich außerdem mit elf Projekten, für die Unternehmen und Organisationen beider Seiten bereits in Verhandlungen standen; die rumänische Delegation legte zudem eine Liste mit elf neuen Projektvorschlägen vor. Vgl. das Protokoll; Referat 421, Bd. 141273.

In seiner Zusammenfassung der rumänischen Wünsche sprach *Andrei* neben den Bürgschaften für Koks-Importe erneut von der Hoffnung auf Hilfe der Bundesregierung bezüglich der Laufzeiten und Höhe der Zinsen. Er betonte, daß Rumänien seine Handelspolitik wie bisher fortführen und den Anteil der SU und der anderen sozialistischen Staaten nicht erhöhen werde. Im übrigen werde 1983 noch ein schwieriges Jahr sein, während man für 1984 eine bessere Lage voraussehe. Man hoffe auf deutsche Hilfe, damit nicht weitere Maßnahmen zur Einschränkung des Lebensstandards notwendig würden.

Im übrigen werde er nach Washington reisen, um mit den Amerikanern eine Lösung der Ausreiseprobleme zu finden.³¹ Nach den USA reisten jährlich etwa 2500 Personen aus, die nur zu einem kleinen Teile Juden seien.

Abschließend faßte auf Frage Andreis, wie man weiter vorgehen wolle, *BM* wie folgt zusammen: Andrei werde Ceauşescu berichten. Er selbst werde die Sache in Bonn besprechen. Die rumänische Seite möge ihm ihre Reaktion so schnell wie möglich mitteilen.³² Er werde dann sofort unsere Nachricht weitergeben. Dann solle man zusehen, daß sein Besuch in Rumänien möglichst bald – am besten vor dem 4./6. Mai, sonst bald danach – durchgeführt werde.³³

Andrei bat *BM*, seine Frau³⁴ nach Bukarest mitzubringen.

BM sagte im Prinzip zu („sehr gerne“).

Die Minister verständigten sich über eine kurze Mitteilung an die Presse.³⁵

VS-Bd. 13413 (214)

³¹ Der rumänische Außenminister Andrei hielt sich vom 16. bis 18. Mai 1983 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 163, Anm. 37.

³² Der rumänische Botschafter Râmbu teilte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. April 1983 mit, daß die rumänische Regierung „Wert darauf lege, daß *BM* sobald wie möglich einen Besuch in Bukarest mache“. Râmbu habe erklärt, „er könne zum Ausreisedekret nicht mehr sagen als *AM Andrei* am Tegernsee. Der Erlaß des Dekrets sei ein souveräner Akt der rumänischen Regierung gewesen. Bei allen Gesetzen gebe es aber offene Türen. Rumänische Seite meine, daß die Gelegenheit benützt werden sollte, um ein Gesamtpaket zu schnüren.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kroneck vom 26. April 1983; VS-Bd. 12382 (513); B 150, Aktenkopien 1983.

Braunmühl resümierte am 26. April 1983: „Rumänien dürfte sich einen Vorteil davon versprechen, ohne vorherige Zusagen das ‚Gesamtpaket‘ in Bukarest zu verhandeln und dabei zu versuchen, für die Nicht-Anwendung des Dekretes ein Maximum an deutschen Zugeständnissen zu erzielen. Möglicherweise sprechen auch strukturelle Gründe des rumänischen Herrschaftssystems dafür, daß in dieser Frage nur Ceauşescu selbst eine Lösung aushandeln kann. Aus diesen Gründen ist es wenig wahrscheinlich, daß die Rumänen die von uns gewünschten Klarstellungen vor einem Besuch von *BM* geben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139535.

³³ Die Ministerialdirektoren Fischer und Pfeffer sowie Ministerialdirigent Bertele legten in einer Vorlage für Bundesminister Genscher am 29. April 1983 dar, daß die Situation auch nach den Mitteilungen des rumänischen Botschafters Râmbu blockiert bleibe: „Der aussichtsreichste Weg ist ein Gespräch von Ihnen mit Ceauşescu selbst.“ Sie stellten Überlegungen über „Grundzüge einer möglichen Verständigung“ in den genannten Bereichen an, die mit den beteiligten Ressorts abzustimmen sei. Sodann solle der rumänischen Seite – bei Andeutung eines Entgegenkommens in allgemeiner Form – erklärt werden, ein Besuch in Bukarest erfolge „in dem Einverständnis, daß das Dekret bis zur Einigung über Verlängerung der Vereinbarung für ausreisewillige Deutsche nicht angewendet wird“. Vgl. VS-Bd. 13413 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Zum Besuch von Genscher am 31. Mai und 1. Juni 1983 in Rumänien vgl. Dok. 163 und Dok. 164.

³⁴ Barbara Genscher.

³⁵ Vgl. dazu den Artikel „Genscher mahnt Bukarest“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. April 1983, S. 5.

91

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee

212-340.05-765/83 VS-vertraulich

13. April 1983¹

Gespräche BM mit dem rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee am 13.4.1983²;

hier: WP-Außenminister-Tagung in Prag am 6./7. April 1983³ und Mittelstreckenwaffen

Andrei berichtete über Prag: Ceaușescu habe schon 1976 beim WP-Gipfel in Bukarest⁴ einen Nichtangriffspakt mit vertrauensbildenden Maßnahmen mit der NATO vorgeschlagen. Obwohl es die Schlußakte von Helsinki⁵ und die Satzung der Vereinten Nationen⁶ gebe, könne ein solcher Vertrag ein Zeichen des Vertrauens werden. Die SU sei damals nicht einverstanden gewesen. Breschnew habe vorgeschlagen, von der NATO ein Versprechen des Nicht-Ersteinsatzes von Nuklearwaffen zu verlangen. Ceaușescu habe dies als unrealistisch bezeichnet, da der Westen von einer östlichen Überlegenheit bei konventionellen Waffen ausgehe. Um aber keine Probleme zu schaffen, habe sich Rumänien damals mit dem sowjetischen Vorschlag einverstanden erklärt.⁷ Im Dezember 1982 sei die SU mit dem gleichen Vorschlag gekommen.⁸ Rumänien habe sich einverstanden erklärt wie 1976, habe aber die Einbettung in einen Kontext verlangt, in Verbin-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl am 14. April 1983 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Braumnühl am 21. April 1983 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 22. April 1983 vorgelegen.

² Für das Gespräch in Tegernsee vgl. auch Dok. 90.

³ Auf ihrer Tagung bekräftigten die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten „ihr Bestreben, Europa vollständig von Kernwaffen mittlerer Reichweite wie auch von taktischen Kernwaffen zu räumen“ sowie in verschiedenen Regionen kernwaffenfreie Zonen zu schaffen. Sie erneuerten die Vorschläge der „Prager Erklärung“ vom 5. Januar 1983, ein Gewaltverzichtsabkommen mit den NATO-Mitgliedstaaten abzuschließen und Chemie-Waffen aus Europa zu entfernen. Sie äußerten zudem Interesse an Verhandlungen mit den NATO-Mitgliedstaaten über eine Begrenzung bzw. Kürzung der Rüstungsausgaben. Außerdem sprachen sie die Hoffnung auf einen erfolgreichen Verlauf der MBFR-Verhandlungen in Wien und auf eine Vereinbarung über ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid einschließlich der Einigung auf eine weitere Folgekonferenz in Bukarest aus. Vgl. das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1983, D 281–284.

⁴ Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts tagte am 25./26. November 1976. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 350.

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁶ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

⁷ Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts verabschiedete am 26. November 1976 in Bukarest den Entwurf eines Abkommens zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 653 f.

⁸ Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 21. Dezember 1982 in Moskau; ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 21.
In einem „Appell an die Parlamente, die Regierungen, die politischen Parteien und die Völker der Welt“ erklärte die UdSSR am 22. Dezember 1982 erneut, daß sie „nicht als erste zum Einsatz von Kernwaffen greifen“ werde. Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 23. Dezember 1982, S. 1.

dung mit den Genfer Verhandlungen und mit der Lösung einiger internationaler Fragen. Rumänien habe großes Interesse an direkten Verhandlungen zwischen NATO und WP über Abrüstungsfragen. In einem solchen Meinungsaustausch ohne Tagesordnung solle versucht werden, in den Abrüstungsfragen zu einem Übereinkommen zu kommen.

Beim Prager Außenministertreffen habe man jetzt im einzelnen folgendes diskutiert:

Über den Gewaltverzichtsvertrag-Vorschlag des WP⁹ sei viel geredet worden. Insbesondere die Sowjets hätten den Akzent darauf gelegt und hätten mit bestimmten Formulierungen angefangen.

Rumänien habe den Akzent dagegen auf die Raketenfrage gelegt, da in Rumänien niemand verstehen würde, daß der WP über den Gewaltverzicht spreche, während die ganze Welt über die Raketen rede. BM sei sicher aufgefallen, daß der Vorschlag für ein Zwischenergebnis¹⁰ in Prag nicht kritisiert worden sei, obwohl Gromyko sich zwei Tage vorher so deutlich dazu geäußert habe.¹¹ – BM betonte, daß uns dies sofort aufgefallen sei und daß er dabei auch gleich an Rumänien gedacht habe. – Rumänien habe die ursprüngliche sowjetische Formel geändert. Seine eigene Formel habe Rumänien allerdings auch nicht durchsetzen können. Rumänien sei radikaler als die anderen; z. B. sei es für eine Reduzierung und Zerstörung der Raketen, während die SU eine Stationierung in Asien wünsche. Rumänien habe die Idee eines Vertrages zwischen NATO und Warschauer Pakt betont, die nach rumänischer Auffassung zu einer wirklichen „Demokratisierung“ der Abrüstungsproblematik in Europa beitragen könne. Gromyko habe wiederholt, was aus der Presse bekannt sei. Hinsichtlich der Politik der Bundesrepublik Deutschland in der Mittelstreckenwaffenfrage habe die Beurteilung vorgeherrscht, daß diese Politik von Kontinuität gekennzeichnet sein werde, selbst wenn es gewisse Tendenzen für eine Änderung gebe. Die gegenwärtige Bundesregierung könne allerdings die ablehnenden Tendenzen in den Fragen der Nuklearrüstung bei der Opposition und bei den Grünen nicht leugnen.

Einige Teilnehmerstaaten in Prag hätten sich beunruhigt geäußert in Verbindung mit einer Erklärung, die in Bayern in bezug auf Polen abgegeben worden sei.¹² Man habe es übereinstimmend als wichtig angesehen, daß die Entwick-

⁹ Zu dem in der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) enthaltenen Vorschlag vgl. Dok. 40.

¹⁰ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

¹¹ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 2. April 1983, in einer Pressekonferenz am selben Tag habe der sowjetische Außenminister Gromyko den amerikanischen Vorschlag vom 31. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen als „inakzeptabel“ bezeichnet, „weil sie die nuklearwaffentragenden amerikanischen Flugzeuge auf vorgeschobenen Basen in Europa und auf Flugzeugträgern nicht umfasse; die Nuklearsysteme GBs und Fs nicht berücksichtige und weil sie globale Reduzierungen verlange, also die Einbeziehung sowjetischer Raketen in Asien, die Europa nicht bedrohten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1415; Referat 220, Bd. 124522.

Für einen Auszug aus der Pressekonferenz vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 277 f.

¹² In der Presse wurde am 2. Februar 1983 über die „scharfe Reaktion“ in Polen auf Ausführungen des Bundesministers Zimmermann am 29. Januar 1983 vor der Landesversammlung des Bundes der Vertriebenen in München berichtet, die als Absicht der Bundesregierung gewertet worden seien, „die Ostverträge zu unterminieren“. Zimmermanns Aussage, „Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von

lung sich weiter auf die Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Ländern¹³ stütze und daß die Bundesrepublik Deutschland daran festhalte.

Eine sehr kritische Haltung sei in Prag zu den amerikanischen Plänen über eine Antiraketenverteidigung („Krieg der Sterne“)¹⁴ und zur amerikanischen Politik in Nahost und Zentralamerika vertreten worden. Die SU habe sich unzufrieden über die Haltung Frankreichs im Zusammenhange mit der Ausweisung sowjetischer Vertreter¹⁵ geäußert. Sie sei sehr enttäuscht, daß dieser Schritt nach dem Besuch von Cheysson in Moskau¹⁶ ergriffen worden sei.

In bezug auf den Abschluß in Madrid¹⁷ habe sich in Prag eine gewisse Unsicherheit gezeigt.

BM stellte unsere Sicht in den von Andrei genannten Punkten dar:

– Mittelstreckenraketen:

Die SU habe noch keine realistische Position bezogen. Er befürchte, daß man in Moskau die Lage in der Bundesrepublik Deutschland falsch einschätze. Wir hätten seit 1979 keinen Zweifel daran gelassen, daß Ende 1983 im vorgesehenen Umfang stationiert würde, wenn vorher keine konkreten Verhandlungsergebnisse erzielt würden. Das habe auch der Wähler gewußt, und er habe die Bundesregierung bestätigt.¹⁸ Der Bundeskanzler, Strauß und er selbst hätten dies so klar, wie er es jetzt gesagt habe, bei der Fernsehsendung der Parteivorsitzenden am 3. März 1983 dargestellt.¹⁹ Herr Vogel habe nach seiner Einschätzung ein bis zwei Prozent verloren, weil er damals zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 478

Oder und Neißé nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben“, sei auch bei SPD und FDP auf „heftige Kritik“ gestoßen. Vgl. den Artikel „Streit über Ost- und Deutschlandpolitik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Februar 1983, S. 6.

Für den Wortlaut der Rede vgl. die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 28. Januar 1983; Referat 214, Bd. 133027.

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

¹⁴ Zu den amerikanischen Überlegungen für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum vgl. Dok. 81.

¹⁵ Am 6. April 1983 übermittelte Botschafter Herbst, Paris, ein Kommuniqué des französischen Innenministeriums vom Vortag. Darin wurde die Ausweisung von 47 sowjetischen Staatsbürgern, überwiegend Diplomaten, bestätigt, die in Frankreich „systematisch wissenschaftliche, technische und technologische Informationen, insbesondere auf militärischem Gebiet, ausgeforscht“ hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 653; Referat 213, Bd. 133234.

¹⁶ Zum Besuch des französischen Außenministers Cheysson vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 49, Anm. 30.

¹⁷ Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nahm ihre Arbeit nach der Osterpause am 19. April 1983 wieder auf.

¹⁸ Zum Ergebnis der Wahlen zum Bundestag vom 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹⁹ Für den Wortlaut der Diskussion der Parteivorsitzenden Genscher (FDP), Kohl (CDU) und Strauß (CSU), mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Vogel am 3. März 1983 in der von ARD und ZDF ausgestrahlten Sendung „Drei Tage vor der Wahl“ (Auszug) vgl. die Rundfunkauswertung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Referat 013, Bd. 179049.

dieser Frage keine klare Aussage gemacht habe. Die Leute wollten wissen, woran sie seien. Man sollte in Moskau weder Herrn Bahr²⁰ noch andere überschätzen. Wir hätten natürlich zu schätzen gewußt, daß im Prager Kommuniqué von der Zwischenlösung nichts gesagt worden sei. Er selbst habe sich früh für eine Zwischenlösung eingesetzt und habe erst die Bundesregierung überzeugt, die dann, unterstützt von Italien, die amerikanische Regierung überzeugt habe. Es sei deshalb klug gewesen, daß man in Prag im Gegensatz zu Moskau (Pressekonzferenz Gromyko) die Zwischenlösung nicht erwähnt und damit keine Tür zugeschlagen habe.²¹

– KSZE – Madrid:

Er, BM, habe sich kürzlich in einem Artikel zu dem Entwurf der N+N für ein Schlußdokument²² positiv geäußert.²³ Wir hielten den Vorschlag für verbesserungsbedürftig, er könne aber eine Basis sein. Wir würden uns auf wenige Verbesserungsvorschläge verständigen. Natürlich seien wir auch an der Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa interessiert.

Hier warf Andrei ein: Er sei sehr enttäuscht, daß die Bundesrepublik Deutschland sich zur Speerspitze der Ablehnung von Bukarest als Austragungsort des nächsten KSZE-Folgetreffens²⁴ gemacht habe. Diese Enttäuschung sei um so größer, als sich Rumänien immer wieder gegen die Aufnahme von Kritik an der Bundesrepublik Deutschland in Dokumenten des WP ausspreche. Er insistierte, daß wir zusammen mit den USA und Frankreich diese Speerspitze bildeten.

BM bestritt, daß man uns in dieser Sache als „Speerspitze“ bezeichnen kön-

²⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron notierte am 12. April 1983: „Der bei dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Albufeira gemachte Vorschlag von MdB E. Bahr, den für Ende dieses Jahres vorgesehenen Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenflugkörper in Europa um ein Jahr hinauszuschieben, falls es in der nächsten Verhandlungsrunde in Genf nicht zu einem Durchbruch kommt, entspricht in seinem wesentlichen Inhalt der von der SU in der Vergangenheit mehrfach erhobenen Forderung nach einem Stationierungs-Moratorium für die Dauer der Verhandlungen. Das Bündnis hat diese sowjetische Forderung mit gutem Grund von Anfang an als unakzeptabel zurückgewiesen. Ein Aufschieben des vorgesehenen Stationierungsbeginns würde der SU jeden Anreiz für ernsthafte Verhandlungen über einen Abbau ihrer Vorrüstungen im nuklearen Mittelstreckenbereich nehmen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125684.

²¹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „[Siehe] auch Ausführungen von BM zur SS-20 beim Thema Asien (China, ASEAN, Kambodscha, Afghanistan) – gesonderter Vermerk.“ Im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 13. April 1983 in Tegernsee über Asien führte Bundesminister Genscher aus: „Die SS-20-Rüstung sei einer der großen Fehler der SU gewesen. Alles, was die SU militärisch gewinne, zerstöre sie politisch zwei- bis dreifach, und zwar weltweit. In Asien, wo man sich früher um Abrüstungsfragen in Europa kaum gekümmert habe, sei man auf einmal hellwach geworden. Hier habe die SU militärisch-strategisch ein großes Werkzeug geschmiedet und gleichzeitig politisch eine schwere Niederlage erlitten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

²² Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

²³ Vgl. den Artikel „Das Madrider KSZE-Folgetreffen in seiner entscheidenden Phase“, BULLETIN 1983, S. 301 f.

²⁴ Bereits am 14. November 1980 schlug der rumänische Außenminister Andrei in Madrid vor, die nächste KSZE-Folgekonferenz in Bukarest abzuhalten. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 7. Referat 212 notierte am 14. April 1983, die Behauptung, die Bundesrepublik bilde „in Madrid die Speerspitze gegen die Kandidatur Bukarests“, sei „aus der Luft gegriffen“. Zunächst sei von westlicher Seite eine Unterstützung der rumänischen Bewerbung erwogen worden: „Nachdem Belgien Brüssel offiziell vorgeschlagen hatte, mußten alle Allianzpartner diese Kandidatur unterstützen, während die WP-Länder Bukarest unterstützten. Als Ausweg zeichnete sich folgerichtig ein Ort in einem der Länder der Gruppe der Neutralen und Ungebundenen ab.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133490.

ne, wies aber darauf hin, daß wir in Madrid in letzter Zeit vor einer schwierigen Aufgabe gestanden hätten, da starke Kräfte sich für eine Unterbrechung des KSZE-Prozesses eingesetzt hätten.

Andrei bat, daß BM diese Frage in Washington mit Shultz aufnehme.²⁵ Für Rumänien handele es sich um eine wichtige Angelegenheit. Die Folgetreffen sollten nicht immer nur in den N+N-Staaten stattfinden, denn die Probleme müßten von den Ländern des WP und der NATO gelöst werden.

BM bemerkte abschließend zu diesem Thema, er wolle „sein Ohr herumhalten“.

– Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen:

BM betonte, daß diese Beziehungen wirtschaftlich für uns nicht so bedeutsam seien; in den USA sei man über seine Mitteilung erstaunt gewesen, daß unser Handel mit der SU nicht einmal die Hälfte unseres Handels mit der Schweiz und mit Österreich ausmache. In Washington habe man uns für wirtschaftlich abhängiger gehalten. Er habe den Amerikanern das gesagt, was er im Deutschen Bundestag bei der Debatte über das Kooperationsabkommen mit der SU²⁶ ausgeführt habe, daß nämlich die wirtschaftliche Zusammenarbeit eine stabilisierende Wirkung und deshalb eine politische Bedeutung habe.²⁷ Deshalb sei sie für die West-Ost-Beziehungen wichtig.

– Grenzfragen:

BM wies auf einen Passus in seiner Tischrede in Prag²⁸ hin, daß sich unsere Vertragspartner im Osten auf uns verlassen könnten; die Verträge würden eingehalten, und das Rad der Geschichte würde nicht zurückgedreht. *BM* betonte, daß niemand die Absicht habe, die Grenzen zu ändern.

Andrei wies auf die besondere Nervosität der Polen, aber auch der anderen Teilnehmer in dieser Frage hin. Rumänien sei natürlich dafür, daß Verträge eingehalten würden, meine aber nicht, daß zu jeder Erklärung in der betreffenden Frage etwas erwidert werden müsse. Außerdem könne durch solche kritischen Feststellungen die Sache derer, die kritisieren wollen, gerade gefördert werden.

VS-Bd. 13363 (212)

²⁵ Bundesminister Genscher begleitete Bundeskanzler Kohl zu einem Besuch am 14./15. April 1983 in Washington. Zum Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 14. April 1983 vgl. Dok. 101.

²⁶ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

²⁷ Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 5. Oktober 1978 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 107, S. 8542–8545.

²⁸ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 153 f.

92

Aufzeichnung des Referats 200**200-369.00-226II/83 VS-vertraulich****13. April 1983**

Betr.: Vermerk über die WEU-Ressortbesprechung von Dienstag, dem 29.3.1983 (Langfassung¹)

Nach Begrüßung der Teilnehmer an der o. a. Ressortbesprechung (siehe Teilnehmerliste – Anlage 1²) und Erläuterung der Tagesordnung durch RL 200³ begann Besprechung mit einer Erörterung des TOP „Resolution 380 – Aufhebung von Herstellungsbeschränkungen und Reduzierung der Mengenkontrolle der Waffenbestände der WEU-Staaten“.⁴

1) Die WEU-Versammlung nahm in ihrer 28. Sitzungsperiode (14. bis 17.6.1982) mit großer Mehrheit Empfehlung Nr. 380 an den WEU-Rat an.⁵

Punkt 1 und Punkt 2 dieser Empfehlung zielen darauf ab,

- die noch bestehenden Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der konventionellen Rüstung aufzuheben,
- die Liste der bei allen Mitgliedstaaten einer Mengenkontrolle unterliegenden Waffen zu reduzieren („to vary by reducing“).

Der WEU-Rat als Vertretung der Regierungen der Mitgliedstaaten ist gehalten, zu Empfehlung 380 gegenüber der WEU-Versammlung Stellung zu nehmen. Dies setzt interne Entscheidungen der Mitgliedstaaten voraus, die im WEU-Rat abzustimmen sind.

a) Herstellungsbeschränkungen

Sondierungen bei den anderen Mitgliedstaaten ergaben, daß, von einer Ausnahme abgesehen (Frankreich), ein auf der Empfehlung der Versammlung gründender deutscher Antrag gebilligt würde.⁶ (NL hat nur auf Arbeitsebene „inof-

¹ Für die Kurzfassung vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 30. März 1983; VS-Bd. 12914 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12914 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Immo Stabreit.

⁴ Die WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik waren in Protokoll Nr. III zum WEU-Vertrag vom 23. Oktober 1954 über die Rüstungskontrolle enthalten. Die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen wurde ebenso verboten wie die Herstellung von Waffen großer Reichweite, Lenk Waffen und größeren Kriegsschiffen. Einzelheiten wurden in den Anlagen I bis IV zu dem Protokoll ausgeführt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 266–273. Anlage III und damit Abschnitt V über „Kriegsschiffe mit Ausnahme von kleineren Schiffen für Verteidigungszwecke“ wurde zwischen 1958 und 1980 mehrfach geändert. Vgl. dazu zuletzt BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1180.

⁵ Für den Wortlaut der Empfehlung vgl. BT ANLAGEN, Bd. 285, Drucksache Nr. 9/1837, S. 6 f.

⁶ Ministerialdirigent Schauer notierte am 8. Dezember 1982, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, habe bei der konstituierenden Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 7. Dezember 1982 in Paris erklärt, die französische Seite habe Bedenken, der Empfehlung Nr. 380 der WEU-Versammlung vom 15. Juni 1982 zu folgen. Es sei zu überlegen, „ob nicht anstelle einer Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen eine Neufassung der entsprechenden Vertragsklauseln anzustreben sei, die u. a. evtl. eine Festlegung der Reichweiten von Flugkörpern zum Gegenstand haben könne“. Schauer vermerkte weiter, daß Großbritannien und Italien auf Sondierungen bezüglich einer Aufhebung bestehender Herstellungs-

fiziell“ Zustimmung zu erkennen gegeben, Ministerentscheidung steht aus.) Obwohl für die Billigung des Antrages auf Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen als Stimmenquorum kein Konsens, sondern 2/3 Mehrheit ausreichend ist, streben wir aus politischen Gründen eine Konsensentscheidung an.

Für die Antragstellung sprechen folgende Gründe:

- Mit den Herstellungsbeschränkungen würde ein unzeitgemäßes und uns diskriminierendes Relikt aus dem ersten Nachkriegsjahrzehnt beseitigt.⁷
- Die vorliegende Empfehlung gibt uns die Chance, einen deutschen Antrag auf den darin ausgedrückten gemeinsamen Wunsch der westeuropäischen Parlamentarier zu stützen.
- Das frühere Argument, daß wir keine sachlichen Interessen an der Aufhebung haben, dürfte in dieser Deziidiertheit vor dem Hintergrund einer u.U. notwendigen Entwicklung neuer Waffensysteme für die „Bekämpfung der zweiten Welle des Angreifers mit konventionellen Flugkörpern (Reichweite bis zu 600 km)“ nicht mehr voll zutreffend sein.

In bilateralen Gesprächen zwischen Frankreich und Deutschland soll auf geeigneter Ebene der noch verbleibende französische Vorbehalt beseitigt werden. Aufgrund eines Gesprächs zwischen den Staatssekretären von Staden und Hiehle soll BMVg auf politischer Ebene mit französischem Verteidigungsministerium Kontakt aufnehmen, um französische Vorbehalte gegen die auf konventionellem Gebiet allein noch geltenden Verbote zu beseitigen.

Politisch inopportun ist eine Modifizierung der bestehenden Herstellungsbeschränkungen; dies wäre eine Neufeststellung des die Bundesrepublik Deutschland allein und ausschließlich diskriminierenden „WEU-Kontroll-Statuts“.

Der BSR soll mit Frage der Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen nicht befaßt werden, solange die französischen Bedenken nicht ausgeräumt sind.

Gesandter von Alten wies auf die Notwendigkeit hin, der WEU-Versammlung auf die von ihr verabschiedete Resolution 380 zu antworten (nächste Sitzung der Versammlung im Juni⁸). Die Konsensfindung sollte jedoch nicht unter Termindruck erfolgen. Der WEU-Versammlung sollte, falls bis dahin noch keine abschließende Entscheidung seitens der Bundesrepublik Deutschland getroffen worden ist, bedeutet werden, daß die von der WEU-Versammlung verabschiedete Resolution 380 noch nicht abschließend geprüft werden konnte.

SACEUR sollte im augenblicklichen Stadium noch nicht mit der Frage der Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen befaßt werden.

In den Sondierungsgesprächen gegenüber Frankreich sollten wir durchblicken lassen, daß nur eine von diskriminierenden Bestimmungen „gereinigte“ WEU für uns Gegenstand weiterführender Überlegungen sein könne. Allerdings darf die-

Fortsetzung Fußnote von Seite 482

beschränkungen „ohne Vorbehalte positiv reagiert“ hätten: „Die Niederlande und Belgien haben zwar auf Arbeitsebene positive Erklärungen abgegeben, sich jedoch endgültig noch nicht festgelegt. Luxemburg hat noch nicht geantwortet.“ Vgl. VS-Bd. 12914 (200); B 150, Aktenkopien 1982.

⁷ Der Bundesverteidigungsrat beschloß bereits am 3. November 1967, die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen als Fernziel anzustreben. Zu den diesbezüglichen Bemühungen der Bundesregierung vgl. zuletzt AAPD 1980, II, Dok. 237.

⁸ Die WEU-Versammlung tagte vom 6. bis 9. Juni 1983 in Paris.

ser Hinweis nicht so gefaßt sein, daß damit die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zu einer Aktualisierung der WEU in Aussicht gestellt wird.

Die Frage, ob ein Junktim zwischen Beseitigung der Herstellungsbeschränkungen und Reduzierung der Mengenkontrolle der Waffenbestände der WEU-Staaten besteht, ist zu verneinen.

Objektiv gesehen höbe die Durchführung der Resolution im Bereich Herstellungsbeschränkungen einen Anachronismus auf; Zeitpunkt der Antragstellung sollte von uns gewählt werden – auch unter Berücksichtigung innenpolitischer Faktoren.

b) Zum Punkt Rüstungskontrolle der WEU;

hier: Mengenkontrolle der Waffenbestände der WEU-Staaten

Mit WEU-Ratsbeschluß vom 22.11.1982 war der Direktor des RKA⁹ aufgefordert worden, unter Berücksichtigung der Meinungsäußerung im Rat ein technisches Gutachten zur Empfehlung 380 der WEU-Versammlung zu erstellen. Es bestand Einigkeit, daß der Direktor des RKA sein Mandat insofern überschritten hat, als die revidierte Liste nicht eine Reduzierung der mengenmäßig zu kontrollierenden Waffentypen beinhaltet, sondern eine Ausweitung mit dem implizierten Ziel, sie jeweils den Zeitumständen entsprechend (Modernisierung des Waffenarsenals) zu aktualisieren¹⁰ (Gegensatz zum Text der Entschließung 380 „to vary by reducing“).

Die deutsche Seite war sich mit der britischen Regierung bei der Mandatserteilung einig, daß die Liste der zu kontrollierenden Waffen zwar zu aktualisieren sei – jedoch mit der Intention einer Reduzierung der zu kontrollierenden Waffenbestände. Gleichzeitig sollte die Reduzierung der mengenmäßig zu kontrollierenden Waffentypen als Grundlage für einen Personalabbau bei dem RKA dienen. Vergleicht man die alte Liste mit den von Großbritannien für grundsätzlich diskutabel erklärten Kategorien P 1 und P 2¹¹ des Rambaldi-Papiers, so ergibt sich folgendes Bild:

⁹ Direktor des Rüstungskontrollamts der WEU war Eugenio Rambaldi.

¹⁰ Vgl. dazu das Dokument C 83/16 („Technical Study prepared by the Agency for the Control of Armaments of the Western European Union with a view of updating the list of types of armaments to be controlled (Annex IV to Protocol No. III)“) vom 15. Februar 1983; VS-Bd. 10830 (209).

Ministerialdirigent Schauer notierte am 28. März 1983, in dem Bericht gehe das Rüstungskontrollamt „aus naheliegenden Gründen (self-preservation) davon aus, daß sich an Zweck und Bedeutung der vom RKA durchgeführten Mengenkontrolle seit Abschluß des WEU-Vertrags 1954 nichts geändert hat und auch nichts ändern soll: Zu kontrollieren bleibe, daß die Waffenbestände der einzelnen WEU-Mitgliedstaaten nicht über den für die NATO-Verteidigungsaufgaben erforderlichen Umfang hinausgehen. Damit solle verhindert werden, daß ein WEU-Mitgliedstaat ein Waffenpotential für offensive Zwecke aufbaut.“ Auf dieser Grundlage habe das Rüstungskontrollamt eine „ergänzende Liste ausgearbeitet, die zwar einige veraltete Waffen ausscheidet, die Definitionen für andere Waffen aber verändert und so neue Waffen (z. B. Torpedos und Hubschrauber) aufnimmt. Dabei wurde ausschließlich auf militärtechnische Kriterien geachtet (Zerstörungskraft, Reichweite, Mobilität); politische Faktoren wurden nicht berücksichtigt.“ Vgl. VS-Bd. 10886 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Botschafter Ruhfus, London, teilte am 25. März 1983 mit, die britische Regierung sei geneigt, „Kontrollen nach Annex IV zu Prot[okoll] Nr. III dahingehend zu modernisieren, daß die im ol[ben] a[ngeführten] R[üstungs]K[ontroll]A[mt]-Gutachten unter P[r]iorit[ät] 1 und P 2 dargestellten Positionen beibehalten werden, die übrigen Waffenkategorien jedoch gestrichen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 507; VS-Bd. 10886 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

Referat 201 notierte am 29. März 1983: „Eine revidierte Liste auf Basis von P 1 und P 2 würde bedeuten: a) Statt 11 Hauptkategorien von Waffen erschienen nur noch 7. Es entfielen Minen (Ziff. 5), andere gepanzerte Fahrzeuge als Kampfpanzer (Ziff. 7), Fliegerbomben (Ziff. 9) und bestimmte Mu-

- Keine Änderung bei ABC-Waffen (aufgrund des ABC-Verzichts der Bundesrepublik Deutschland¹² keine Bedenken, da in Übereinstimmung mit unserer Politik).
- Im Bereich der konventionellen Waffen vereinzelte Einschränkungen (z.B. bei Munition und bei Kampfpanzern), in einzelnen Fällen jedoch auch Ausweitung der Kontrollen (z.B. bei Geschossen mit eigenem Antrieb durch Aufhebung der Gewichtsgrenze, bei den Flugzeugen durch Einbeziehung von Trainern und Hubschraubern, durch Neudefinition bei Kriegsschiffen, durch Neuaufnahme von Torpedos).

Die Abfassung einer neuen Liste über mengenmäßig zu kontrollierende Waffen bedarf des Konsenses im WEU-Ministerrat.

Procedere für unser weiteres Vorgehen:

Weisung an die WEU-Hauptstädte folgenden Inhalts:

- Eine Erörterung im Expertenkreis erscheint uns nicht sinnvoll. Ein politisches Vorgehen ist erforderlich.
- Null-Lösung ist Ziel.
- Gestützt auf Resolution 380: P 1 und P 2 voll zustimmungsfähig, soweit nicht über Status quo hinausgehend (d.h. dort, wo Kontrollen reduziert werden).
- Als Rückfallposition Status quo ante (falls dies für uns besser als jede Änderung mit präjudizierender Wirkung im Sinne zukünftiger „Aktualisierungen“).¹³

2) Bei der Erörterung der britischen Vorschläge zur WEU-Haushaltsentlastung¹⁴

Fortsetzung Fußnote von Seite 484

nition (Ziff. 10). Dieser Effekt läge in unserem Interesse. b) Vergleicht man die verbleibenden 7 Kategorien der alten Liste mit den entsprechenden P-1- und P-2-Kategorien der revidierten Liste, so zeigt sich folgendes: (1) ABC-Waffen (Ziff. 1) werden unverändert übernommen. Dem können wir zustimmen. (2) Bei den Kampfpanzern (Ziff. 6) ergibt sich eine reine Reduzierung bei den Komponenten. Auch dem können wir zustimmen. (3) In zwei Fällen gäbe es reine Ausweitungen der Kontrollen: bei Geschossen mit eigenem Antrieb (Ziff. 4) durch Aufhebung der Gewichtsgrenze, bei Flugzeugen (Ziff. 11) durch Einbeziehung von Trainern und Hubschraubern. Diese Ausweitungen würden wir gemäß unserer Position ablehnen. (4) In den drei verbleibenden Fällen würde sich eine waffentechnische Aktualisierung durch neue Definitionen ergeben.“ Diese Neufassung bei Artillerie (Ziff. 2), Lenkwaffen (Ziff. 3) und Kriegsschiffen sei jedoch nicht akzeptabel; hier solle es „grundsätzlich bei den alten Kriterien“ bleiben. Vgl. Referat 209, Bd. 125524.

¹² Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

¹³ Botschafter Ruhfus, z. Z. Paris, berichtete am 7. Juni 1983, der französische Außenminister habe ihm am Vorabend mitgeteilt, er, Cheysson, habe mit Bundesminister Genscher telefonisch die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen erörtert: „Wenn Aufhebung zeitlich parallel zur Aufstellung der Mittelstreckensysteme in D und anderen Dislozierungsländern betrieben werde, könne dies zu Mißverständnissen führen. Er sei bereits von französischen Sozialisten gefragt worden, ob Bundesrepublik näher an nukleare Systeme herangeführt werden solle.“ Cheysson habe daher empfohlen, die Behandlung der Angelegenheit bis Jahresende aufzuschieben. In der WEU-Versammlung hätten am 7. Juni 1983 sozialistische Abgeordnete aus Belgien und Frankreich erreicht, „daß diesjähriger Bericht des luxemburgischen Abgeordneten Prussen, der u. a. Resolution 380 und damit Forderung nach Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen bestätigt, an Kommission zurückverwiesen und damit Abstimmung verhindert wurde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1152; Referat 200, Bd. 123180.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit notierte am 9. September 1982, der britische Erste Sekretär Eastwood habe ihm am selben Tag Vorschläge für Einsparungen bei der WEU von circa 15 Prozent in vier Jahren unterbreitet: „Im ersten Budget seien Einsparungen von etwa 4 % erzielt worden. Wir stünden jetzt vor der Frage, wie wir in den nächsten drei Jahren das WEU-Budget um weitere 11 % komprimieren könnten.“ Großbritannien schlage vor, den von der Bundesrepublik be-

wurde ausführlich über den Vermerk von Referat 104 des AA diskutiert (siehe Anlage 3¹⁵).

Eine Reduzierung der Spitzenpositionen ist für uns indiskutabel aus politischen Gründen, aber auch im Hinblick auf deutsche personelle Unterrepräsentanz im übrigen Bereich der WEU.

Was das RKA anbelangt, sind wir von den von GB angesprochenen Vakanzen nicht betroffen. Erst 1986 entsteht die nächste deutsche Vakanz. Grundsätzlich sind wir für Stellenkürzungen im RKA – vor allem der Länder, die dort überrepräsentiert sind.

Als mögliche Verhandlungslinie wurde zum Schluß noch folgendes „Procedere“ angesprochen: erst sollte über Resolution 380 entschieden werden, dann über die Frage des Personalabbaus – insofern, als zwischen beiden Problemkreisen eine Interdependenz besteht. Durch Reduzierung der Mengenkontrollen ließen sich Personaleinsparungen erzielen, z.B. entfallen z.Z. 50% der Mengenkontrollen auf Munitionskontrollen, d. h. eine Kategorie, die gestrichen werden sollte.

3) Was die Einladung des Präsidenten der WEU-Versammlung, Fred Mulley, an den Herrn BM zu einer Ansprache vor der nächsten Versammlung in Paris (6. bis 9. Juni)¹⁶ anbelangt, wurde Übereinstimmung über folgendes Verfahren erzielt:

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß

- wir der Versammlung Bedeutung beimessen,
- wegen der gleichzeitig stattfindenden NATO-Tagung in Paris¹⁷ beide in Frage kommenden Minister (BM Genscher oder BM Wörner) ohnehin anwesend sind,

sollte Wahrnehmung auf Ministerebene vorgeschlagen werden. Wenn sowohl BM Genscher als auch BM Wörner WEU-Termin nicht wahrnehmen können, böte sich als Rückfallposition Wahrnehmung durch StM Möllemann an.¹⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 485

setzten Posten des Stellvertretenden WEU-Generalsekretärs vakant zu lassen. Vgl. Referat 209, Bd. 125524.

Am 24. Februar 1983 vermerkte Stabreit, Eastwood habe ihn am Vortag erneut auf einen Personalabbau bei der WEU angesprochen und angeregt, „bei einer eventuellen Verminderung der Spitzenposten die dann verbleibenden Posten unter den Mitgliedsländern in alphabetischer Reihenfolge rotieren zu lassen“. Vgl. Referat 209, Bd. 125524.

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat von Raussendorf notierte am 21. März 1983: „Die Diskussion über die Aufgaben der WEU, speziell des Ständigen Rüstungsausschusses und des Rüstungskontrollamts, sollte unabhängig von personalpolitischen Überlegungen geführt werden.“ Bislang seien die Bundesrepublik und Italien personell in der WEU unterrepräsentiert: „Die Einführung einer verstärkten Rotation für die WEU insgesamt ist wegen der damit verbundenen sozialen und personalwirtschaftlichen Probleme nicht möglich. Realistischer scheint es daher, daß diejenigen Mitgliedsländer, die insgesamt überrepräsentiert sind, im Interesse eines Personalabbaus bei den übrigen weniger sensiblen Posten, wenn sie frei werden, auf eine Nachbesetzung verzichten.“ Vgl. VS-Bd. 12914 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Für das Schreiben des Präsidenten der WEU-Versammlung, Mulley, vom 11. April 1983 an Bundesminister Genscher vgl. Referat 200, Bd. 123180.

¹⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

¹⁸ Ministerialdirigent Schauer notierte am 20. April 1983: „Die Bundesrepublik hat in langjähriger Praxis mit einer Ausnahme (Bundesminister Leber 1975) die WEU-Versammlung immer auf der Ebene der Staatsminister wahrgenommen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 123180.

Staatsminister Möllemann hielt am 6. Juni 1983 vor der WEU-Versammlung in Paris eine Rede zu

4) Die Tagesordnung des am 17.5.1983 in Brüssel stattfindenden Ministerrates orientiert sich an der des letzten Jahres. StM Möllemann, der die Bundesrepublik Deutschland im WEU-Ministerrat vertreten wird, sollte über den Stand der Erörterungen zur Frage der Resolution 380 detailliert informiert werden, um in seinen Gesprächen mit den drei Ausschüssen¹⁹ Fragen zum Komplex „Herstellungsbeschränkungen“ und „mengenmäßige Kontrolle“ beantworten zu können.

5) Der Entschließungsantrag des EP vom 15.12.1982 zur Zusammenarbeit zwischen der WEU-Versammlung und dem EP betrifft die parlamentarische Ebene, nicht die Regierungen. Der französischen Haltung zum EP-Entschließungsantrag kommt ein gewisses Interesse zu, insofern, als Frankreich dem EP die Kompetenz für die Erörterung sicherheitspolitischer Fragen bisher abgesprochen hat. Man wird genau beobachten müssen, wie französische Parlamentarier reagieren.

6) Zur Frage einer Tätigkeit des SAC²⁰ für die WEU-Versammlung (Erstellung von Studien) bestand Einigkeit, daß Auftragserteilung nur ad hoc durch den Rat im Rahmen bereits vorhandener Personalkapazitäten erfolgen darf, um einer Reaktivierung dieses Organs entgegenzuwirken, dessen Sinn wir ausschließlich noch darin sehen, das RKA optisch „auszubalancieren“.²¹ (WEU darf nicht ausschließlich als Kontrollinstrument gegenüber Bundesrepublik erscheinen.)

VS-Bd. 12914 (200)

Fortsetzung Fußnote von Seite 486

Fragen der Sicherheitspolitik. Vgl. dazu die Pressemitteilung des Auswärtigen Amts Nr. 1020B/83 vom selben Tag; Referat 200, Bd. 123180.

19 Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten, Verteidigungs- und Rüstungsausschuß.

20 Standing Armaments Committee.

21 Referat 201 notierte am 5. Mai 1983, dem Ständigen Rüstungsausschuß der WEU in Paris obliege „die wirkungsvollere Gestaltung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung in enger Verbindung mit der Organisation des Nordatlantikvertrages“. Der Ausschuß soll „Abkommen oder Absprachen auf Gebieten wie der Entwicklung, Standardisierung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsmaterial fördern.“ [...] Die Mitgliedstaaten der WEU führen jedoch ihre multinationale Zusammenarbeit gemeinsam mit den anderen NATO-Partnern in der CNAD (Conference of National Armaments Directors: alle NATO-Partner außer Island) und in der europäischen IEPG (Independent European Programme Group: europäische NATO-Partner außer Island) durch. Diese beiden zentralen Gremien decken alle Bereiche der multinationalen Rüstungszusammenarbeit im Bündnis ab.“ Entsprechend gering sei die Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses. Vgl. Referat 209, Bd. 125524.

93

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-371.76 INF-829/83 VS-vertraulich****13. April 1983¹**Herrn Staatssekretär²Betr.: Denkmodell Nitze–Kwizinskij vom Sommer 1982³

Bezug: 1) Dortige Bitte vom 23.3.83

2) Vorlage der Abtl. 2A vom 28.3.83 (liegt bei)⁴Anlg.: 2⁵

Zweck der Vorlage: Zur Information und Entscheidung über die Weiterleitung der Anlage an MdB Prof. Ehmke

1) Botschafter Nitze hat gegenüber Botschaft Washington nochmals bestätigt (vgl. DB Washington Nr. 1605 vom 11.4.83), daß Botschafter Kwizinskij ihm gegenüber zuerst, und zwar am 30. September 1982, dem Beginn der dritten Verhandlungsrunde⁶, die Ablehnung des gemeinsamen Modells durch die sowjetische Regierung mitgeteilt hat.⁷

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationsrat I. Klasse Erath konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 14. April 1983 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat von Butler handschriftlich vermerkte: „Bitte dem die Form eines Briefes v[on] mir an Prof. Ehmke geben.“

Hat Butler am 14. April 1983 vorgelegen.

³ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron notierte: „Bei bisheriger amerikanischer Unterrichtung über die ‚Nitze-Kwizinskij-Einigung‘ war der Eindruck entstanden, die SU habe den Vorschlag zuerst abgelehnt.“ In einem Artikel des amerikanischen Journalisten Newhouse in der Wochenzeitschrift „The New Yorker“ vom 28. Februar 1983 sei nun zu lesen, „daß Außenminister Shultz schon am 28.9.1982 in seinem Gespräch mit Außenminister Gromyko die negative Entscheidung der amerikanischen Administration mitgeteilt habe. (Außenminister Shultz hat den Herrn BM h[iesigen] W[issens] bei seinem Gespräch am 5.10.1982 in New York über dieses Detail nicht informiert.) Wenn man dem Artikel von Newhouse folgt, hat Kwizinskij Nitze und Rostow in den am 30.9.1982 beginnenden Gesprächen darüber informiert, daß ‚some people in the Kremlin were happy that Washington had rejected the understanding‘.“ Vgl. VS-Bd. 11352 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Vgl. Anm. 4 und 10.

⁶ Die dritte Runde der INF-Verhandlungen in Genf fand vom 30. September bis 30. November 1982 statt.

⁷ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 11. April 1983, der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, habe informiert, daß der amerikanische Außenminister Shultz seinem sowjetischen Kollegen Gromyko am 28. September 1982 in New York „nicht die amerikanische Ablehnung der Nitze-Kwizinskij-Formel mitgeteilt“ habe: „Vielmehr habe er, Nitze, Weisung gehabt, Kwizinskij die amerikanische Stellungnahme zu übermitteln, wenn dieser eine sowjetische Stellungnahme mitteilen würde. AM Shultz und er, Nitze, hätten vor dem Außenministertreffen darüber gesprochen, wie sich Shultz gegenüber Gromyko verhalten sollte. Sie seien übereingekommen, daß auch Shultz sich nur dann zur Sache äußern sollte, wenn Gromyko dies seinerseits täte. Gromyko habe sich zur Sache selbst nicht geäußert, sondern nur vorgeschlagen, daß an dem Genfer Kanal festgehalten werden sollte. AM Shultz habe dem zugestimmt und darüber hinaus nichts gesagt. Er selbst habe seine Weisung ausgeführt, nachdem ihm Kwizinskij die sowjetische Ablehnung der von ihm und Kwizinskij ausgearbeiteten Formel mitgeteilt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1605; VS-Bd. 11352 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Bei dem Treffen mit AM Gromyko am 28.9.⁸ habe sich AM Shultz entsprechend einer vorherigen Absprache mit Nitze zur Haltung der amerikanischen Regierung nicht geäußert, nachdem Gromyko selbst zur Sache keine Stellung bezogen und lediglich vorgeschlagen habe, den „Kanal“ weiter zu benutzen.

Entgegen der Darstellung von John Newhouse in seinem Artikel im „New Yorker“⁹ können wir nach dieser erneuten Bestätigung durch Botschafter Nitze davon ausgehen, daß die sowjetische Regierung ihre ablehnende Haltung in der Tat als erste zum Ausdruck brachte.

Eine entsprechende Stellungnahme zur evtl. Weiterleitung an MdB Prof. Ehmke ist beigelegt.¹⁰

2) Nitze hat ferner erläutert, die SU habe die dem Modell zugrundeliegenden Prinzipien „rundweg“ abgelehnt. Der Vorschlag sei vermutlich bereits bei Gromyko gescheitert, und zwar vor allem wegen Nichtberücksichtigung der britischen und französischen Systeme.

Die ablehnende Reaktion der amerikanischen Regierung sei demgegenüber differenzierter gewesen und habe sich auf zwei Punkte bezogen:

- die im Modell erfolgte Aufgabe des Waffenmix (Verzicht auf P II),
- das bloße Einfrieren sowjetischer Systeme in Fernost und das Fehlen eines entsprechenden Ausgleichs für die USA auf weltweiter Ebene.

Wertung

Angesichts der amerikanischen Ablehnung der beiden zentralen Punkte des Modells wäre ein Kompromiß auf dieser Grundlage auch bei sowjetischer Zustimmung nicht erreichbar gewesen. Da die Administration Nitze jedoch zur Weiterverfolgung dieser Linie ermächtigt hatte, hätte es weiteren Sondierungen zugrunde gelegt werden können.

Das Modell stellt eine kunstvolle Verknüpfung wechselseitiger Konzessionen dar:

- a) Verzicht der USA auf P II,
- b) Europabezogenes Übergewicht der USA von 75 GK¹¹ (USA: 300 – SU: 225),
- c) Einfrieren des damaligen Bestands an SS-20-Raketen in Sibirien und Fernost (90 Systeme = 270 GK),
- d) Fehlen eines entsprechenden Ausgleichs auf US-Seite. Deshalb insgesamt (weltweit) sowjetisches Übergewicht an GK auf landgestützten Flugkörpern von 195 GK (US: 300 – SU: 495).

⁸ Korrigiert aus: „28.3.“

⁹ Vgl. John Newhouse, „A Reporter at Large. Arms and Allies“, THE NEW YORKER vom 28. Februar 1983, S. 64–81.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. In dem undatierten Vermerk hieß es: „Wie uns die amerikanische Seite mehrfach bestätigt hat, wurde das im Juli 1982 erzielte informelle Einvernehmen zwischen Botschafter Nitze und Botschafter Kwizinskij zuerst von sowjetischer Seite zurückgewiesen. Botschafter Kwizinskij hat nach diesen Informationen am 30. September 1982, d. h. am Tage des Beginns der dritten Verhandlungsrunde, die Ablehnung der sowjetischen Regierung übermittelt. Erst danach hat Botschafter Nitze weisungsgemäß die negative Haltung der amerikanischen Regierung zum Ausdruck gebracht.“ Vgl. VS-Bd. 11352 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Ein entsprechendes Schreiben des Staatssekretärs von Staden an den SPD-Abgeordneten Ehmke erging am 15. April 1983. Vgl. VS-Bd. 11352 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Gefechtsköpfe.

e) Begrenzung für Flugzeuge, ohne jedoch die konventionelle Fähigkeit der US-Luftstreitkräfte entscheidend zu schwächen.

Beide Seiten hätten in ihren Hauptzielen wichtige Einschränkungen hinnehmen müssen:

- Westen: Verzicht darauf, SU eine gleichartige Waffe entgegenzusetzen (Marschflugkörper bieten auf Grund ihrer langsamen Flugzeit nicht die gleichen militärischen Optionen wie die SS-20).
- SU: Hinnahme eines begrenzten Bestandes amerikanischer landgestützter Marschflugkörper in Europa.

Andererseits hätten beide Seiten wichtige Ziele erreicht:

- Westen: Verstärkung von Ankoppelung und Abschreckungsfähigkeit durch Stationierung von Nuklearsystemen in Europa, die sowjetisches Territorium erreichen können; Demonstration der politischen Handlungsfähigkeit der Allianz.
- SU: Verhinderung der Stationierung der P II; Aufrechterhaltung der SS-20-Präsenz in Fernost.

Da für das Modell diese Verknüpfung von wechselseitigen Konzessionen von entscheidender Bedeutung ist, muß auch die negative Haltung der amerikanischen Administration zu den zwei zentralen amerikanischen Konzessionen als Ablehnung des – unter Verhandlungsgesichtspunkten wohlgedachten – Modells als solchem bewertet werden.

Ruth

VS-Bd. 11352 (220)

94

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bente

341-321.00 CHN-270/83 VS-vertraulich

13. April 1983

Betr.: Chinesischer Wunsch nach Aufhebung der Reisenotifizierungspflicht für Mitglieder der chinesischen Botschaft in Bonn¹

Bezug: Gespräch mit Dr. von Hoegen, Bundesamt für Verfassungsschutz, am 13.4.1983 in Köln

1) Ich habe den oben Genannten heute morgen aufgesucht und um Überprüfung

¹ Vortragender Legationsrat Metzger unterrichtete die Botschaft in Peking am 12. November 1982, die chinesische Botschaft habe mitgeteilt, „daß mit Wirkung vom 9.10.1982 Reiseerleichterungen für Ausländer (nicht nur Diplomaten) in der Volksrepublik China in Kraft getreten seien. Es sei nunmehr Ausländern gestattet, ohne besondere Genehmigung oder Vorankündigung in 28 Städte und einen Kreis zu reisen. Es müßten allerdings öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden.“ Die chinesische Seite habe umgekehrt gebeten, „die für Mitglieder der chinesischen Botschaft in Bonn gelten-

seiner mit Schreiben vom 23.3.1983² mitgeteilten Entscheidung gebeten. Dies sei wünschenswert, um der chinesischen Seite ein Angebot machen zu können, das ihrem Angebot entspricht (Aufhebung der Genehmigungspflicht für Reisen in 28 Städte und einen Kreis).

Mir scheine neben den inzwischen ins Auge gefaßten Landeshauptstädten Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Saarbrücken, München, Mainz die weitere Freigabe eines wichtigen Platzes in den übrigen Bundesländern zuzüglich eines Erholungsgebietes für angemessen (z.B. München und Garmisch-Partenkirchen; Frankfurt, Lübeck etc.).

Der Gesprächspartner erwähnte die Möglichkeit der Freigabe Bremens ohne Bremerhaven und erwog, den chinesischen Diplomaten zugestehen, die Gebiete, für die zukünftig keine Notifizierungspflicht bestehen solle, mit eigenem Kfz zu erreichen. Den letzteren Vorschlag habe ich im Hinblick auf die Verpflichtung unserer Botschaftsangehörigen in Peking, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, für nicht akzeptabel erklärt.

2) Zur Begründung der Zurückhaltung des BfV führte v. Hoegen aus, daß chinesische Botschaft in Bonn z.Z. möglicherweise zur Führungsstelle der geheimdienstlichen Tätigkeit der Volksrepublik China in Westeuropa aufgebaut wird.

Bremen und Wiesbaden sind (nach Rücksprache mit dem BMVg) wegen der bedeutenden amerikanischen Installation in diesen Städten nicht freigegeben worden. Auf Kiel wurde wegen der starken Präsenz der Bundesmarine verzichtet. In Stuttgart soll sich eine relativ starke chinesische Kolonie (keine Staatsangehörigen der VR China) befinden, auf die die chinesische Botschaft Einfluß zu gewinnen sucht.

Auf Befragen erwähnte Dr. v. Hoegen, daß das BfV in der Angelegenheit der Aufhebung der Reisenotifizierungspflicht nicht an die Amerikaner herangetreten sei. Das BMVg lege Wert darauf, daß die freigegebenen Städte in der VR China auch unter militärischen Gesichtspunkten interessant seien. Ich konnte ihm nicht mitteilen, unter welchen Gesichtspunkten die VR China die Auswahl getroffen hat, hob aber hervor, daß es sich im wesentlichen um touristische Kriterien gehandelt haben dürfe.³

Bente

VS-Bd. 13604 (341)

Fortsetzung Fußnote von Seite 490

tende Verpflichtung zur Notifizierung von Reisen im Bundesgebiet aufzuheben. Nach der bisherigen Regelung genießen Mitglieder der chinesischen Botschaft zwar volle Bewegungs- und Reisefreiheit im Bundesgebiet; Reisen außerhalb eines Radius von 50 km um Bonn müssen jedoch 48 Stunden vor Reiseantritt dem Auswärtigen Amt notifiziert werden. Notifizierungsfrei sind lediglich Fahrten auf der Autobahn von Bonn zum Flughafen Frankfurt/Main.“ Vgl. den Schrifterlaß; Referat 341, Bd. 125308.

Am 20. Dezember 1982 unterrichtete Metzger die Botschaft in Peking, es werde erwogen, „die Notifizierungspflicht für den Besuch von 29 deutschen Städten aufzuheben, falls die Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt werden. Wir würden uns damit amerik[anischem] Vorgehen anschließen; chines[ische] Diplomaten und Journalisten in den USA sollen demnächst 29 US-Städte per Flugzeug oder Zug frei besuchen können.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 341, Bd. 125308.

² Für das Schreiben des Bundesamts für Verfassungsschutz vgl. VS-Bd. 13604 (341).

³ Botschafter Schoedel, Peking, teilte am 22. Juli 1983 mit, die chinesischen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit für Diplomaten blieben unbefriedigend: „Selbst wenn eine Reisegenehmigung

95

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup an die Botschaft in Washington

210-366.11-752/83 geheim
Fernschreiben Nr. 2134 Plurez
Cito

13. April 1983¹

Betr.: Schließung des mittleren Luftkorridors nach Berlin durch die Sowjetunion am 2.4.1983;
hier: Military Air Transport Probe

Bezug: DE Nr. 2044 vom 8.4.83, AZ: 210-331.60-719/83 geh.²

1) In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 12.4.83 wurde die im Betreff genannte Angelegenheit in Anwesenheit von General Barnes (stellv. Stabschef Live Oak) nochmals erörtert. Dabei haben die vier Sprecher erneut deutlich gemacht, daß unabhängig von der Frage des Fortbestehens der Ermächtigung für Commander Live Oak zur Durchführung einer Military Air Transport Probe (MATP)

Fortsetzung Fußnote von Seite 491

erteilt wird, bleibt noch immer das Problem der Buchung von Bahn und Flugzeug. Plätze in der Hauptreisezeit und auf Hauptreiserouten – insbesondere Peking–Shanghai – sind oftmals ausgebucht bzw. chinesischen Kadern vorbehalten. Eisenbahnrückfahrkarten sind in China unbekannt; Rückflugtickets können manchmal in Peking besorgt werden. In den meisten Orten können Flugtickets nur mit einer Vorbestellungszeit von mindestens vier Tagen gekauft werden, was Wochenendausflüge oftmals bereits im Stadium der Planung unmöglich werden läßt. Viele der zuletzt genannten Probleme sind sicherlich durch unzureichende Transportkapazitäten und Unzulänglichkeiten des chinesischen Buchungssystems bedingt; sie könnten jedoch durch einen zusätzlich gewährten Autoverkehr aufgefangen werden.“ Schoedel bat, das Auswärtige Amt möge die Frage der Bewegungsfreiheit chinesischer Diplomaten nutzen, um „eine gewisse Gegenseitigkeit zu erreichen“. Er räumte zugleich ein, daß das chinesische Außenministerium in dieser Frage „nur begrenzten Einfluß hat, da diese in die Kompetenz des Ministeriums für Staatsicherheit fällt“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1141; Referat 341, Bd. 125308.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Burkart konzipiert.

² Vortragender Legationsrat Derix übermittelte der Botschaft in Washington den Text eines Fernschreibens des Stabschefs Live Oak, Sinnatt, an den Oberbefehlshaber Live Oak, Rogers, das vom amerikanischen Sprecher in der Bonner Vierergruppe übergeben wurde. Darin teilte Sinnatt mit, das Berlin Air Safety Center (BASC) sei am 2. April 1983 von sowjetischer Seite mit 45 Minuten Vorwarnzeit davon unterrichtet worden, daß der mittlere Luftkorridor zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik ab 8.00 Uhr 50 Minuten lang für alle Flüge alliierter Maschinen geschlossen werde. Sinnatt führte aus, die Sperrung habe nur bis 8.25 Uhr gedauert, in diesem Zeitraum seien fünf zivile Flüge umgeleitet worden. Ein Protest von alliierter Seite gegenüber der UdSSR am 3. April sei am 6. April 1983 als unbegründet zurückgewiesen worden. Weiter legte Sinnatt dar: „The incident on 2 April marks the first time since 1970 that the Soviets have completely closed a corridor to Allied flights. [...] Regardless of the Soviet motivation, and although we do not consider the incident to be a crisis at this time, if a similar incident should reoccur it could be judged that a new and serious pattern of erosion of Allied access rights is developing.“ Sinnatt empfahl Rogers, im Fall einer erneuten Sperrung eines Luftkorridors eine „Military Air Transport Probe“ durchzuführen: „You have the delegated authority from the three governments to take such an action.“ Derix berichtete weiter, daß die Bonner Vierergruppe demgegenüber am 8. April 1983 festgestellt habe, daß es sich bei der Entscheidung zu einer „Military Air Transport Probe“ um eine „politisch äußerst sensible Angelegenheit handle“, die „nicht ohne Befassung der vier Regierungen getroffen werden“ könne. Vgl. VS-Bd. 13359 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

(die im übrigen zweifelhaft ist) eine solche militärische Maßnahmen nicht ohne vorherige Konsultation und Billigung durch die Regierungen erfolgen könne. Es bestand Einigkeit, daß im Unterschied zu den Jahren 1961/1962³ die Durchführung einer solchen „Probe“ im gegenwärtigen Zeitpunkt eine ungleich höhere politische Qualität hätte. Die Auslösung eines Automatismus aufgrund der militärischen Pläne sei nicht akzeptabel. Auch im Jahre 1970 bei der letzten Vollsperrung⁴ seien hohe bzw. höchste politische Stellen befaßt gewesen. Im übrigen müsse die Korrelation zwischen der politischen Bewertung des sowjetischen Verhaltens und eventueller Gegenmaßnahmen gewahrt sein, was nur durch die Befassung der Regierungen sichergestellt werden kann.

Die alliierten Sprecher haben uns wissen lassen, daß die Botschaften in Bonn ihren Hauptstädten empfohlen haben, die alliierten Vertreter in der WAG⁵ in diesem Sinne anzuweisen sowie sie zu bitten, in der WAG darauf hinzuwirken, daß eine dem Ausgeführten entsprechende Stellungnahme der WAG an den Live-Oak-Stab abgegeben wird.

2) In der Sache selbst bestand ebenfalls Übereinstimmung, daß das sowjetische Verhalten insbesondere im Lichte des ansteigenden Ausmaßes sowjetischer Reservierungswünsche für untere Flughöhen in den Korridoren sehr ernst zu nehmen ist. Auf alliierter Seite wird deshalb zur Zeit geprüft, ob bei einer eventuellen erneuten Vollsperrung eines oder mehrerer Korridore eine MATP durchgeführt werden soll.

3) Weiterhin haben die alliierten Sprecher ausgeführt, daß die sowjetische Antwort auf die alliierten Proteste in den hiesigen Botschaften nicht als zufriedenstellend angesehen wird. Sie haben demgemäß angeregt, in den Hauptstädten auf Gesandtenebene erneut gegenüber der sowjetischen Seite zu protestieren.

Die Beratungen in der Bonner Vierergruppe werden fortgesetzt.

4) Die Botschaft wird gebeten, in der bevorstehenden Sitzung der WAG im Sinne des in Ziffer 1 ausgeführten Stellung zu nehmen. Bezüglich Ziffer 2 sollte sich der deutsche Vertreter rezeptiv verhalten.

³ Am 5. Oktober 1961 erläuterte Ministerialdirektor von Hase, im Rahmen der militärischen Eventualfallplanung der Drei Mächte für Berlin (Live Oak) sollten für den Fall von Störungen des militärischen und zivilen Luftverkehrs die Flüge von und nach Berlin mit Jägerbegleitschutz durchgeführt werden. Diese Operation sei jedoch – wie auch die übrigen Maßnahmen zur Sicherstellung der Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin – „von einer vorgängigen Entscheidung der drei Regierungen abhängig“. Vgl. VS-Bd. 1988 (201); B 150, Aktenkopien 1961.

Am 8./9. Februar 1962 wurden von sowjetischer Seite ungeachtet bereits angemeldeter alliierter Flüge Sperrungen einzelner Luftkorridore nach Berlin angekündigt. Die Drei Mächte beharrten dagegen auf ihrem Recht, ihre Flüge zum angemeldeten Zeitpunkt und in der gewünschten Flughöhe durchzuführen. Während der alliierten Flüge an den beiden Tagen wurden zwar sowjetische Transportmaschinen und Jäger im fraglichen Korridor ausgemacht und am ersten Tag auch „schwere Radiostörungen festgestellt“; zu Behinderungen kam es jedoch nicht. Vgl. die Aufzeichnung des Gesandten Ritter vom 12. Februar 1962; VS-Bd. 3512 (AB 700); B 150, Aktenkopien 1962. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, I, Dok. 107.

⁴ Botschafter von Hase, London, berichtete am 2. Oktober 1970 von einem „sowjetischen Versuch, den nördlichen und mittleren Luftkorridor nach Berlin in der Nacht vom 29. zum 30. [September] für zwei Stunden zu sperren“. Es bestehe „kein Zweifel, daß der Sperrversuch mit Vorbedacht unternommen worden sei.“ Die sowjetische Aussage, „es habe sich um die Maßnahme eines untergeordneten Offiziers gehandelt, sei nicht glaubhaft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1941; VS-Bd. 4508 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1970.

⁵ Washington Ambassadorial Group.

Um Bericht über die Sitzung wird gebeten.⁶

Kastrup⁷

VS-Bd. 13359 (210)

96

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-371.80 START-844/83 VS-vertraulich

14. April 1983¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: START-Verhandlungen;

hier: Sachstand nach Abschluß der dritten Verhandlungsrunde (2.2. bis 31.3.1983)

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Am 31. März 1983 ging in Genf die seit Anfang Februar laufende dritte START-Verhandlungsrunde zu Ende. Am Tag zuvor (30.3.) unterrichtete der amerikanische Chef-Unterhändler Rowny die Bündnispartner im NATO-Rat über den Verhandlungsverlauf.³

Die USA haben ihre Verhandlungsposition durch Einführung von Arbeitspapieren konkretisiert. Zuerst wurde ein Grundlagendokument eingebracht („basic

⁶ Gesandter Wallau, Washington, teilte am 19. April 1983 mit, daß in der Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe am Vortag „der amerikanische Vertreter die von der US-Botschaft in Bonn erarbeitete Stellungnahme des State Department zu dem Live-Oak-Vorschlag an General Rogers als Commander Live Oak, im Falle einer weiteren völligen Sperrung eines Luftkorridors eine ‚Military Air Transport Probe‘ (MATP) durchzuführen“, vorgetragen habe: „Commander Live Oak sei 1961/62 durch die drei Alliierten ermächtigt worden, MATPs als Reaktion auf sowjetische Störmaßnahmen in den Korridoren nach Berlin durchzuführen.“ Diese Ermächtigung sei jedoch durch spätere Notstandspläne, so etwa aus den Jahren 1971 und 1976, aufgehoben worden. Wallau berichtete weiter, daß die Mitglieder der Washingtoner Botschaftergruppe dieser Linie zugestimmt und beschlossen hätten, „vorbehaltlich der Zustimmung der Außenministerien ein entsprechendes Schreiben an Live Oak zu richten“, in dem festgestellt werde, „that the launching of MATPs should under all circumstances be subject to political direction, unless authority is specifically delegated by governments in a particular situation“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1735; VS-Bd. 13359 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Paraphe vom 13. April 1983.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationssekretär Bruns konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 16. April 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 16. April 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 „unter Hinweis auf S. 3“ verfügte. Vgl. Anm. 8.

Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt am 4. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat Referat 220 vorgelegen.“

³ Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, vgl. den Drahtbericht Nr. 596/597 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron, z. Z. Brüssel, vom 31. März 1983; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

elements of an agreement on the reduction of strategic offensive arms“), das sich nach Aussagen Rowneys auf eine schriftliche Zusammenfassung der bisherigen amerikanischen Verhandlungsposition beschränkt. Neu darin ist allerdings die numerische Präzisierung einer gemeinsamen Höchstgrenze für schwere Bomber (= 400). Weiter wurde ein Abkommensentwurf über vertrauensbildende Maßnahmen im Nuklearbereich vorgelegt.⁴ Schließlich haben die USA die Einrichtung zweier Arbeitsgruppen vorgeschlagen, einer redaktionellen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Dokuments auf Grundlage der amerikanischen „Basic Elements“ und der von der SU in der zweiten Verhandlungsrunde⁵ bereits eingebrachten „Basic Principles“ sowie einer Arbeitsgruppe über vertrauensbildende Maßnahmen.

Die SU hat sich diesen Initiativen bisher weitgehend versagt. Sie hat weder der Einrichtung der Arbeitsgruppen zugestimmt noch überhaupt Interesse an einer kurzfristigen Einigung über ein spezifisches, aus dem START-Rahmen losgelöstes VBM-Abkommen gezeigt. Sie hat allerdings ihrerseits begonnen, einen START-Vertragsentwurf – artikelweise und mit einigen „weißen Stellen“ versehen – vorzulegen.

Die amerikanische Seite hat am Rande der Unterrichtung im NATO-Rat angedeutet, in der kommenden Verhandlungsrunde möglicherweise mit SU gleichziehen und ebenfalls einen START-Vertragsentwurf einbringen zu wollen.

Die START-Verhandlungen werden am 8. Juni 1983 mit der vierten Runde fortgesetzt.⁶

II. Nach Abschluß der dritten Verhandlungsrunde können die beiderseitigen START-Verhandlungspositionen wie folgt zusammengefaßt werden:

1) Amerikanische Position

- START-Höchstgrenzen: Neben den bereits bekannten Höchstgrenzen (850 land- und seegestützte ballistische Raketen, d.h. ICBM und SLBM, mit 5000 Gefechtsköpfen, davon max. 2500 landgestützt) wurde nun auch eine spezifische Höchstgrenze (400) für die dritte Komponente der strategischen Triade – schwere Bomber – vorgeschlagen. Die USA sind zudem zu Begrenzungen der Bomberzuladungen, insbesondere der luftgestützten Marschflugkörper (ALCM), bereit. Konkrete Zahlen wurden noch nicht genannt, die Regelung soll sich jedoch an den entsprechenden SALT-II-Bestimmungen orientieren.
- Vertrauensbildende Maßnahmen: Der vorgeschlagene Abkommensentwurf ist auf Konsens angelegt. Er enthält zwei Maßnahmen: Vorankündigung aller ICBM- und SLBM-Testabschüsse sowie Notifizierung größerer militärischer Übungen mit strategischen Nuklearkräften. Eine ursprünglich von den USA vorgesehene dritte Maßnahme (= erweiterter Datenaustausch) wurde aufgrund sowjetischer Bedenken zurückgestellt. Von den fünf sowjetischen VBM-

⁴ Zum amerikanischen Entwurf für einen Vertrag über vertrauensbildende Maßnahmen im Nuklearbereich, der am 8. März 1983 bei den START-Verhandlungen eingeführt wurde, vgl. Dok. 82, Anm. 24.

⁵ Die zweite Runde der START-Verhandlungen fand vom 6. Oktober bis 2. Dezember 1982 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 342.

⁶ Die vierte Runde der START-Verhandlungen fand vom 8. Juni bis 2. August 1983 statt. Vgl. dazu Dok. 232.

Gegenvorschlägen⁷ sind damit die ersten beiden in den amerikanischen Abkommensentwurf integriert worden.

2) Sowjetische Position

– START-Höchstgrenze:

Außer der bereits vorgeschlagenen Gesamthöchstgrenze von 1800 für ICBM, SLBM und schwere Bomber hat die SU keine weiteren Zahlen eingeführt. Die in der vergangenen Runde angekündigten Untergrenzen („sublimits“) für „ge-MIRVte“ ballistische Raketen und „ge-MIRVte“ ICBM sowie die Begrenzungen der Gefechtskopffzahlen wurden nicht präzisiert. Verhandlungsführer Karpow hat jedoch inzwischen erklärt, daß der sowjetische Vorschlag einer Reduzierung auf 1800 Trägereinheiten zu einer Verringerung der Gefechtskopffzahlen unter das SALT-II-Niveau führen sollte.

– Modernisierungsbeschränkungen bzw. -verbote:

Die SU hat detaillierte Regelungen vorgeschlagen, um Modernisierungen strategischer Waffensysteme einzuschränken bzw. ganz zu verhindern. Diese Vorschläge richten sich direkt und einseitig gegen die von den USA geplanten Modernisierungsprogramme ihrer strategischen Triade:

a) zahlenmäßige Beschränkung neuer SLBM-U-Boote auf insgesamt vier bis sechs Einheiten bei gleichzeitiger Begrenzung auf 16 Abschußvorrichtungen je Boot (die USA planen⁸ bis zu 15 neue Ohio/Trident-II-U-Boote mit je 24 Abschußvorrichtungen!);

b) Dislozierungsverbot aller land-, see- und auch luftgestützten Marschflugkörper (die USA rüsten einen Teil ihrer B-52-Bomber mit ALCM aus);

c) Verbot des Baus neuer ortsfester Abschußvorrichtungen einschließlich neuer Silos für ICBM. (Die USA hatten für die zunächst vorgesehene MX-Dislozierung nach dem „Dense-pack“-Konzept den Bau neuer Silos bzw. Bunker vorgesehen.⁹)

III. Nach der dritten Verhandlungsrunde ergibt sich folgende Bewertung:

1) Die USA haben in der vergangenen Runde Bewegung gezeigt. Der Vorschlag einer gemeinsamen Bomberhöchstgrenze von 400 Einheiten entkräftet sowjetische Kritik und zeigt die USA zu einer numerischen Begrenzung in einem Bereich bereit, bei dem sie bisher überlegen waren. Die USA fordern allerdings die

⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „1) Notifizierung von ICBM-Tests; 2) Notifizierung von ‚Massenstarts‘ strategischer Bomber; 3) Vorankündigung im Bereich der ‚FBS-Flugzeuge‘; 4) Ausschlusszonen für schwere Bomber und Flugzeugträger; 5) ‚Sanktuarien‘ für SLBM-U-Boote.“

⁸ Der Passus „a) zahlenmäßige ... planen“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was läßt sich hieraus auf d[en] Stand d[er] sow[jetischen] Entwicklungen schließen?“ Vgl. Anm. 2.

⁹ Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 82, Anm. 25.

Die Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) legte am 6. April 1983 ihren Bericht mit Empfehlungen zur Modernisierung des amerikanischen Nuklearprogramms vor. Referat 220 resümierte am 16. Juni 1983, ein Hauptgedanke des Berichts bestehe darin, „daß die USA Rüstungskontrollvereinbarungen mit der SU anstreben sollen, die gewährleisten, daß die Modernisierung der beiderseitigen strategischen Streitkräfte auf längere Sicht zu stabilitätsorientierten Strukturen führt. Die Vorschläge der Scowcroft-Kommission umfassen: Stationierung von 100 MX in bestehenden Minuteman-III-Silos; Entwicklung einer kleinen beweglichen Interkontinentalrakete mit einem Gefechtskopf, Einsatzfähigkeit ab etwa 1990, Rüstungskontrollvereinbarungen, die eine gleiche Zahl von Gefechtsköpfen von ungefähr gleicher Sprengkraft für beide Seiten festschreiben, dadurch die Verwundbarkeit des strategischen Potentials vermindern und die Stabilität stärken“. Vgl. Referat 220, Bd. 124532.

Einbeziehung des von der SU zum Mittelstreckenbereich gerechneten Backfire-Bombers in diese Höchstgrenze, was eine schnelle Einigung in diesem Punkt ausschließen dürfte.

2) Die Konkretisierung der Bomberhöchstgrenze macht nunmehr einen direkten Vergleich der amerikanischen und sowjetischen START-Positionen möglich:

- Sowjetische Position: Reduzierung auf 1800 ICBM, SLBM und schwere Bomber,
- US-Position: Reduzierung auf 1250 (850 + 400) ICBM, SLBM und schwere Bomber.¹⁰

Daraus ergibt sich, daß die USA zu einer um nahezu 30 % weitergehenden Abrüstung der strategischen Waffen bereit sind als die SU. Diese Tatsache sollte in Zukunft in der Öffentlichkeit deutlich herausgestellt werden.

3) Die erklärte Bereitschaft der USA zur numerischen Begrenzung weitreichender ALCM stellt ein weiteres Entgegenkommen dar. Eine derartige Begrenzung ist für die SU wegen der z. Z. laufenden Umrüstung eines Teils der amerikanischen B-52-Bomberflotte auf ALCM-Bewaffnung von erheblichem Interesse. Außerdem wird von den USA das Problem der „Marschflugkörper“ im START-Rahmen angefaßt, dem sie bisher ausgewichen waren. Dies könnte Präjudizwirkung für die Frage der seegestützten Marschflugkörper (SLCM) haben, deren Einbindung bei START die SU größte Bedeutung beimißt.

4) Die SU nimmt – wohl wegen der ungewissen Lage bei INF – eine abwartende Haltung ein. Mit der Vorlage eines START-Vertragsentwurfs in der dritten Verhandlungsrunde ist sie den USA zwar formal um einen Schritt voraus, in der Substanz hat sie sich jedoch unbeweglich gezeigt. Insbesondere war die SU nach wie vor nicht bereit, genaue Angaben darüber zu machen, wie sie die strategischen Gefechtskopffzahlen begrenzen will. Für die USA liegt hier der Schlüssel für weitere Fortschritte bei START.

5) Bei der SU ist die Tendenz erkennbar, über den START-Umweg doch noch ein SALT-II-Abkommen zu erreichen.¹¹ Auch wenn die Höchstgrenze von 1800 für strategische Trägersysteme niedriger liegt als die entsprechende SALT-II-Zahl, geht der Text der vorgelegten Artikel eines START-Entwurfs (von kleinen Abweichungen abgesehen) von den bei SALT II vereinbarten Bestimmungen aus. Die SU läßt sich bisher nicht auf die amerikanische Absicht ein, bei START einen radikal neuen Ansatz (deep cuts, Konzentrierung auf besonders destabilisierende Systeme, Berücksichtigung des Parameters „Wurfgewicht“ etc.) zu versuchen.

IV. Die Konsultationspraxis der USA gegenüber ihren Verbündeten war in der vergangenen Runde nicht befriedigend.¹² Die bisher üblichen Konsultationen

¹⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die SU spricht allerdings von ‚Abschußvorrichtungen‘ (launchers), die USA von ‚dislozierten Raketen‘. Insofern spielt das Nachladeproblem eine Rolle.“

¹¹ Am 3. Januar 1980 ersuchte Präsident Carter in einem Schreiben an den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 die Debatte im Senat über eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 auszusetzen. Carter machte dabei deutlich, daß der Vertrag unverändert im Interesse der USA und der ganzen Welt liege und daher im Senat später weiterbehandelt werden solle. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 12. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 59.

¹² Legationssekretär Bruns notierte am 11. April 1983, am Rande der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 30. März 1983 in Brüssel hätten sich Vertreter Belgiens, der Bundesrepublik, Großbritannien-

zu Rundenbeginn entfielen; über die amerikanischen Verhandlungsschritte erfolgte erst eine nachträgliche oder zumindest sehr kurzfristige Unterrichtung. Wir haben deshalb in Brüssel und in Washington angesichts der Bedeutung der START-Verhandlungen für alle Verbündeten und der engen Wechselbeziehung START/INF verschiedentlich die Notwendigkeit enger Konsultationen auch im START-Bereich betont.

Hartmann

VS-Bd. 11370 (220)

97

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-371.76 INF-832I/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2184 Plurez

Aufgabe: 14. April 1983, 17.52 Uhr¹

Betr.: Demarche des sowjetischen Botschafters Semjonow beim ChBK² zu INF

I. 1) Der sowjetische Botschafter Semjonow hat dem Chef des Bundeskanzleramtes bei einem Gespräch am 12. April 1983, das auf seine Initiative zustande gekommen war, ein Memorandum übergeben, das, wie er sagte, „von höchster sowjetischer Seite gebilligt“ sei.³ Das Memorandum enthält eine Bewertung des Standes der INF-Verhandlungen. Zur Verhandlungssubstanz bringt es wenig Neues. Es erhält jedoch durch den Zeitpunkt der Übergabe besondere Bedeutung.

Die zentralen Aussagen sind:

- Eine Vereinbarung in Genf sei objektiv noch möglich.
- Die „künstlich geschaffene Zeitnot“ in den Verhandlungen könne durch eine Vereinbarung über das Einfrieren der bestehenden Lage und eine Weiterführung der Verhandlungen beseitigt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 497

niens, der Niederlande und Italiens „zu einer weiteren informellen Sitzung der Petrigiani-Gruppe über START“ getroffen: „Alle Teilnehmer waren der Meinung, daß die START-Konsultationspraxis derzeit nicht ausreichend sei und verbessert werden müsse. [...] Besonders I übte Kritik an der bisherigen amerikanischen Haltung in dieser Frage. Angesichts der Tatsache, daß die letzte START-Unterrichtung bereits vor knapp vier Monaten (am 3.12.1982 zum Abschluß der zweiten Verhandlungsrunde) stattfand, waren die Teilnehmer der Auffassung, daß die USA um regelmäßige Konsultationen mit Expertensitzungen jeweils zu Beginn und am Ende jeder Verhandlungsrunde gebeten werden sollten. Auch die Möglichkeit von ‚Zwischenberichten‘ sollte angeregt werden.“ Vgl. VS-Bd. 11371 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Durchdruck.

Drahterlaß an die Botschaft in Washington und an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel.

² Waldemar Schreckenberger.

³ Für das am 12. April 1983 übergebene sowjetische Memorandum vgl. VS-Bd. 11352 (220).

- Für eine Einigung bedürfe es aber einer „prinzipiellen Wende“ in der Haltung der USA.

2) Das Memorandum baut ausdrücklich auf den Ausführungen auf, die Außenminister Gromyko in seiner Pressekonferenz am 2. April⁴ gemacht hatte. Der neue westliche Vorschlag für ein Zwischenergebnis⁵ wird erneut eindeutig abgelehnt, jedoch im Ton weniger scharf. Die Ablehnung wird durch den Hinweis bekräftigt, daß der Inhalt des Memorandums von höchster sowjetischer Seite gebilligt worden sei.

Zur Kritik an dem neuen Vorschlag wird – soweit ersichtlich zum ersten Mal – darauf hingewiesen, daß ein ähnlicher Vorschlag bereits 1980 vorgelegt und von der Sowjetunion abgelehnt worden sei. (Unsere Bewertung: Richtig ist, daß die USA in den Vorgesprächen in Genf, die vom 17. Oktober bis 17. November 1980 geführt wurden⁶, eine Position vertraten, die gleiche Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau für amerikanische und sowjetische INF-Flugkörper vorgesehen hatte. Ein wesentlicher Unterschied zu dem jetzigen Vorschlag liegt jedoch schon darin, daß – wie es dem Charakter der Vorgespräche entsprach – die beiderseitigen Positionen damals nur abstrakt umschrieben wurden. Jetzt hat der amerikanische Verhandlungsführer⁷ den Auftrag, Möglichkeiten für eine Einigung aktiv zu explorieren. Neu ist auch, daß eine solche Einigung ein Zwischenergebnis auf dem Wege zu einer beiderseitigen Null-Lösung darstellen würde.)

In dem Memorandum wird eine Änderung der Position der USA vor allem in folgenden Punkten gefordert:

- Einbeziehung der Drittstaaten-Systeme,
- Einbeziehung von Flugzeugen,
- Begrenzung des Abkommens auf Europa.

Zu diesem letzten Punkt wird bemerkt, Verhandlungen über INF in Asien müßten „getrennt und mit entsprechendem Teilnehmerkreis“ geführt werden. Ähnlich hatte sich Generalsekretär Andropow gegenüber dem SPD-Vorsitzenden Dr. Vogel bei dessen Besuch in Moskau vom 10. bis 12.1.1983 geäußert.⁸ Damit soll die sowjetische Präferenz für eine Beschränkung der Verhandlungen auf europabezogene Systeme unterstützt werden. Ein konkreter Vorschlag in dieser Richtung ist auf kurze Sicht wohl nicht zu erwarten.

3) Die Kritik an dem amerikanischen Vorschlag zur Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen⁹ wurde durch mündliche Ausführungen von Semjonow besonders unterstrichen. Die sowjetische Seite läßt deutlich erkennen, daß sie

⁴ Zur Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Gromyko in Moskau vgl. Dok. 91, Anm. 11.

⁵ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

⁶ Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckenwaffen vgl. AAPD 1980, II, Dok. 332.

⁷ Paul H. Nitze.

⁸ Zum Gespräch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 11. Januar 1983 in Moskau vgl. Dok. 9, Anm. 36.

⁹ Zu den amerikanischen Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen bei den INF- bzw. START-Verhandlungen vgl. Dok. 34, Anm. 19, und Dok. 82, Anm. 24.

von einer solchen Vereinbarung eine Legitimierung der Stationierung amerikanischer Systeme befürchtet und daß sie schon deshalb zu einem separaten Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im INF-Rahmen nicht bereit ist.

4) Die Schilderung der sowjetischen Position geht von der Rede Andropow vom 21. Dezember 1982¹⁰ aus und bringt keine neuen Gesichtspunkte.

5) Das Memorandum schließt mit einer Mahnung: Jeder Staat müsse nun seine Position zum Problem der Begrenzung der nuklearen Waffen in Europa klar festlegen. Die Bundesregierung solle dabei die „langfristigen Interessen des Landes“ und die weitere Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion bedenken. Konkrete Drohungen werden jedoch – wie schon bisher bei Äußerungen in offiziellen Kanälen – vermieden.

6) Unsere Gesamtbeurteilung:

Angesichts der klaren Haltung der Bundesregierung zum Doppelbeschluß kann die Sowjetunion nicht wirklich erwarten, daß ihre Demarche Erfolg hat. Sie wird jedoch, wenn die Verhandlungen scheitern sollten und wenn sie sich dann zu militärischen und politischen Maßnahmen als Reaktion auf die Stationierung entschließt, darauf hinweisen, daß sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit vor solchen Folgen gewarnt habe.

II. 1) Botschaft Washington erhält mit Schriftkurier englische Übersetzung des Memorandums.¹¹ Es wird gebeten, sie im State Department zu übergeben.

2) NATO-Vertretung wird gebeten, die Verbündeten gemäß I. zu unterrichten.

Hartmann¹²

VS-Bd. 11352 (220)

¹⁰ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom vgl. Dok. 2, Anm. 13.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann übermittelte am 15. April 1983 eine englische Übersetzung des am 12. April 1983 im Bundeskanzleramt übergebenen sowjetischen Memorandums. Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 11352 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Paraphe.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington

VS-vertraulich

15. April 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Vizepräsidenten, George W. Bush, am 15. April 1983 von 8.00 Uhr bis 9.00 Uhr²

Teilnehmer:

Amtierender Außenminister Dam, Botschafter Burns, Assistant Secretary Burt, Mr. Gregg, Dolmetscher Obst.

Außenminister Genscher, Botschafter Dr. Hermes, Ministerialdirektor Teltschik, VLRI Weber, Chefdolmetscher.

Vizepräsident *Bush* hieß den Bundeskanzler herzlich willkommen.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die Einladung bei guten Freunden.

Einleitend fragte *Bush* den Bundeskanzler nach den Erfahrungen mit den Grünen im Bundestag.³

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Grünen maßlos überschätzt würden. Sie stellen keine geschlossene Einheit dar, sie seien vielmehr die Summe unterschiedlicher Kräfte und Gruppierungen. Darunter seien konservative Ökologen, seriöse Pazifisten, Mitglieder der Pax-Christi-Bewegung, Feministinnen bis hin zu Gesundbetern. Sicherlich gebe es darunter auch eine Reihe vernünftiger Ökologen, die in manchen Punkten recht hätten, daß der Schatz der Natur nicht zerstört werden dürfe. In vielen Schaltstellen säßen jedoch Kommunisten, die über verschiedene Quellen finanziert und in vielen Entscheidungen die Kontrolle ausübten.

Man könne jedoch davon ausgehen, daß die Grünen eine Übergangserscheinung blieben. Seine Prognose sei, daß die Grünen in zehn bis zwölf Wochen ihre erste entscheidende Krise erleben werden. Bereits heute sei innerhalb der Grünen ein vielfältiger Streit entbrannt. Sollten nur zwei Mitglieder aus der Fraktion ausscheiden, verlieren die Grünen ihren Status als Fraktion. Wenn sie weniger als 25 Mitglieder haben, verfügen sie nur noch über die Rechte einer parlamentarischen Gruppe. Er glaube deshalb, daß die Grünen im September dieses Jahres keine Fraktion mehr bilden können und in zwei Jahren auseinanderbrechen werden. Zur Zeit leben die Grünen von der öffentlichen Aufmerksamkeit, die besonders von der Presse gefördert werde.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 2. Mai 1983 gefertigt und am 4. Mai 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ übermittelt.

Hat York am 5. Mai 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 9. Mai 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich am 14./15. April 1983 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

³ Vgl. dazu das Ergebnis der Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983; Dok. 63, Anm. 2.

Vizepräsident *Bush* berichtete, daß sich die amerikanische Presse sehr stark mit den Sicherheitsproblemen beschäftige, die sich durch den Einzug der Grünen im Bundestag ergeben könnten.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß dieses Problem nicht dramatisiert werden sollte. Es sei jetzt notwendig, gelassen zu reagieren. „Wir müssen die Grünen aussitzen.“ Das Problem läge häufig bei den anderen Fraktionen, weil viele sich provozieren lassen. Genau das beabsichtigen die Grünen. Ernstzunehmen sei besonders der Kern dieser Bewegung.

Die Bewegung der Grünen sei aber auch ein Ausdruck dafür, was die Parteien falsch gemacht hätten. Dies gilt insbesondere für die Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie bekämpfen den Industriestaat wie die Stationierung nuklearer Waffen. In vielen Fragen spiegeln sie den Zeitgeist wider. Dies sei aber auch die Folge eines Säkularisierungsprozesses. Die Schwächung religiöser Bindungen führe zur Suche nach Ersatz. Diese Ersatzlösungen sind heute vielfältig, bis hin zur Einnahme von Drogen.

Auf die Frage des *Vizepräsidenten*, ob die Grünen eine Bewegung von Atheisten seien, antwortete der *Bundeskanzler*: Beide Richtungen seien vorhanden, religiöse Pazifisten wie Atheisten. Wie immer man aber die Grünen einschätze, müsse man davon ausgehen, daß sich im Herbst bei der Stationierung neuer amerikanischer Raketen große Probleme ergeben könnten.

Vizepräsident *Bush* sprach daraufhin die Ostermärsche in der Bundesrepublik an und fragte nach der Rolle der SPD bei diesen Demonstrationen.⁴ Er wolle wissen, ob der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Vogel, seine Partei zur Teilnahme ermutigt habe.

Es sei nicht Dr. Vogel selbst gewesen, jedoch andere Kräfte der SPD, antwortete der *Bundeskanzler*. Er selbst habe keine Freude an dieser Entwicklung in der SPD. Er sei nach wie vor an einer breiten Basis für die Sicherheitspolitik interessiert. Er erinnere in diesem Zusammenhang an den großen Vorteil, den sein Vorgänger Helmut Schmidt gehabt habe, als er die Teilnahme der deutschen Mannschaft an der Olympiade in Moskau abgelehnt⁵ und dafür die Unterstützung der Opposition gehabt habe. Es sei für ihn eine Traumvorstellung

⁴ In der Presse hieß es: „Einen heftigen Parteienstreit haben die Ostermärsche in der Bundesrepublik und besonders die Teilnahme prominenter SPD-Politiker ausgelöst. Auf Kritik stieß vor allem eine Rede des SPD-Bundesvorstandsmitglieds Oskar Lafontaine, der in Duisburg den USA vorgeworfen hatte, sie betrieben eine ‚unverantwortliche Hochrüstungspolitik‘ und hätten der NATO die Geschäftsgrundlage entzogen.“ Vgl. den Artikel „Ostermärsche sorgen für Parteienstreit in Bonn“, DIE WELT vom 5. April 1983, S. 1.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) teilte am 21. April 1983 mit, er habe den Ständigen NATO-Rat am 19. April 1983 über die Ostermärsche unterrichtet: „Insbesondere habe ich hervorgehoben, daß die ‚Blockade-Teilnehmer‘ u. a. orthodoxe Kommunisten und Kräfte der ‚Neuen Linken‘ waren, aber auch Bundestagsabgeordnete, z. B. der ‚Grünen‘ (in Neu-Ulm Generalmajor a. D. Bastian) und der SPD (in Wurstweiler, wo die Blockade im wesentlichen durch die von der DKP beeinflusste D[eutsche]F[riedens]G[esellschaft]-V[ereinigte]K[riegsgegner] vorbereitet worden war, der Abgeordnete Lindner).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 472; Referat 201, Bd. 125684.

⁵ Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gab am 23. April 1980 die Empfehlung der Bundesregierung an das Nationale Olympische Komitee (NOK) bekannt, keine Sportlerinnen und Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu entsenden. Vgl. dazu BULLETIN 1980, S. 375. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 109.

Am 15. Mai 1980 entschied das NOK in Düsseldorf, keine Teilnehmer nach Moskau zu entsenden.

von Demokratie, daß die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition sichergestellt werden könnte.

Die SPD sei eine Partei mit einer großen Tradition. Er verweise nur auf den Widerstand vieler Sozialdemokraten gegen Hitler. Gegenwärtig suche die SPD jedoch nach ihrer Identität. Sie habe ihre Basis verloren; von einer Partei der Arbeiter sei sie zu einer Partei der Intellektuellen geworden. Rund 1,9 Millionen Arbeiter habe die SPD an die CDU/CSU verloren. Außerdem hätten bei dieser Bundestagswahl die meisten Jungwähler CDU/CSU gewählt. Sein Vorgänger Helmut Schmidt habe keinen Einfluß mehr auf die Führung der SPD. Im Prinzip habe er aufgegeben. Dies zeige sich darin, daß er in den letzten Wochen nicht in der Bundesrepublik anwesend war, nicht einmal bei der Konstituierung des Deutschen Bundestages.⁶ Der Parteivorsitzende Willy Brandt entferne sich immer mehr von den Realitäten. Man könne ihn mit der Rolle eines Bischofs vergleichen, der im Alter immer milder werde.

Vizepräsident *Bush* zeigte sich von diesen Ausführungen des Bundeskanzlers sehr beeindruckt. Seiner Auffassung nach stünde der amerikanische Präsident vor einigen vergleichbaren Problemen. In den USA gebe es zwei Parteien, aber die Übereinstimmung in den zentralen Fragen der Außen- und Innenpolitik ginge immer häufiger verloren. Der Präsident verfolge diese Entwicklung mit großer Sorge. Dies gelte insbesondere für Fragen wie El Salvador oder für Forderungen wie das Einfrieren der Nuklearrüstung⁷. Diese Entwicklung schaffe große Probleme, weil die Regierung daran interessiert sein müsse, daß nach außen keine falschen Botschaften ausgesandt werden. Die Trompete sende manchmal falsche Töne aus.

Der *Bundeskanzler* leitete die Diskussion auf die Genfer Verhandlungen über. Für die Bundesregierung stelle sich darin die zentrale Herausforderung für 1983. Er wolle noch einmal unterstreichen, daß die Bundesregierung an dem Doppelbeschluß festhalten werde. Dies gelte für beide Teile des Beschlusses. Er fühle sich durch das Ergebnis der Bundestagswahl moralisch unterstützt. Was den weiteren Verhandlungsverlauf in Genf betreffe, sei es wichtig, an dem vorgesehenen Zeitplan für die mögliche Stationierung⁸ wie an der Entscheidung für die Pershing II festzuhalten.

Er sehe durchaus eine Chance, daß es weitere Bewegung in Genf geben könnte. Es müsse weiterhin alles getan werden, daß es zu einem Verhandlungsergebnis komme. Er gebe sich aber keinen Illusionen hin, daß am Ende doch mit einer Stationierung begonnen werden müsse. Und es seien die Deutschen, die damit beginnen müßten.

Für die Bundesregierung sei es deshalb sehr wichtig, wie im Herbst die psychologische Lage aussehen werde. Dies gelte aber auch für die anderen europäischen Länder, manchmal in noch stärkerem Maße als für die Bundesrepublik Deutschland. Er verweise nur auf Großbritannien. Vor einem Jahr sei Mrs. Thatcher noch davon ausgegangen, daß sie keine Probleme mit einer Stationie-

⁶ Der Deutsche Bundestag konstituierte sich am 29. März 1983.

⁷ Vgl. dazu den Resolutionsentwurf des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 8. März 1983; Dok. 77, Anm. 21.

⁸ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

rung haben werde. Er sei sich sicher, daß sie größere Probleme wie die Bundesrepublik haben werde.⁹ Ähnliches gelte auch für Italien.¹⁰ Welch große Probleme die Niederlande haben, sei bekannt.¹¹ Es sei damit offensichtlich, von welcher zentraler Bedeutung die Haltung der Bundesregierung sei. Er könne darüber keinen Stolz empfinden, aber werde seine Pflicht tun. Dies alles aber unterstreiche, wie wichtig es für die Bundesrepublik sein werde, daß im Herbst ein gutes politisches Klima herrsche. Entscheidend dafür werde sein, wie die amerikanische Administration weiter in Genf verhandle und was sie darüber öffentlich verlautbare.

Es sei unverkennbar, daß auch in den Vereinigten Staaten die Probleme zunehmen. Er erinnere nur an den Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe.¹² Der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe sei um vieles erfreulicher und sei mit Rom abgestimmt.¹³

⁹ Am 5. Mai 1983 berichtete Botschafter Ruhfus, London: „In den letzten zwei Jahren ist die für einseitige Abrüstung und gegen Atomwaffen eintretende, 1957 gegründete und Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre besonders aktive CND wieder zu einer politischen Kraft geworden. Sie hat nach eigenen Angaben heute 50 000 Mitglieder in ca. 1000 Ortsverbänden (1980: 1000 Mitglieder), die bei Demonstrationen bis zu 250 000 Teilnehmer auf die Beine bringen.“ Die britische Regierung habe ihre Öffentlichkeitsarbeit ebenfalls intensiviert: „Sie wendet sich dabei bewußt an die schweigende Mehrheit der britischen Öffentlichkeit, von der (lt. Marplan-Umfrage von Januar 1983) sich zwar 61 v. H. gegen amerikanische Cruise Missiles auf britischem Territorium, aber nur 21 v. H. für den Verzicht GBs auf Nuklearwaffen aussprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 728; Referat 201, Bd. 125643.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Siegel, Palermo, teilte am 25. März 1983 mit: „Im Verlauf der im zweiten Jahre anhaltenden Protestaktionen gegen die beabsichtigte Einrichtung einer Raketenbasis bei Comiso, Provinz Ragusa/Südsizilien, kam es am 10. März 1983 erstmalig zu Ausschreitungen, die ein massives Eingreifen der Carabinieri und Polizei mit Festnahmen von Demonstranten zur Folge hatten.“ Siegel konstatierte: „Nach dem großen ‚Friedensmarsch‘ Ende 1982 war es im Kampf um Comiso – abgesehen von kleineren Geplänkeln – etwas ruhiger geworden, bis die Ereignisse Anfang März 1983 eine erneute und beträchtliche Verschärfung der Situation brachten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 41; Referat 201, Bd. 125632.

¹¹ Zur Haltung der Niederlande zum NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 17, besonders Anm. 14.

Botschafter Fischer, Den Haag, berichtete am 31. März 1983: „Regierungs[s]precher legt sich zur Frage, ob NL bereit seien, sich an Stationierung bei Herbstsitzung Zahl zu stationierender Systeme zu beteiligen, nicht fest: Selbstverständlich könne Regierung nicht über Zusagen hinausgehen, die sie an Parlament über die noch zu treffende Entscheidung über evtl. Stationierung gegeben habe. In vergangener Woche hat MP Lubbers in Parlament jedoch erstmals deutlicher anklingen lassen, daß Verhandlungserfolg in Genf, der zu Zwischenlösung führe, wahrscheinlich mit sich bringen werde, daß man Anfang 1984 in Westeuropa mit Stationierung beginnen müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 189; Referat 201, Bd. 125684.

¹² Zum Hirtenbrief der amerikanischen katholischen Bischöfe vgl. Dok. 49, Anm. 14.

Am 7. April 1983 berichtete Gesandter Wallau, Washington: „Nach Vorausberichten in den Medien ist die neueste Version des Hirtenbriefs weiter entschärft und sind Argumente der Administration verstärkt berücksichtigt worden. Weiterhin wird der Ersteinsatz von Atomwaffen bedingungslos abgelehnt. Der neue Entwurf fordert auf zu einem eindeutigen öffentlichen Widerstand gegenüber der Idee, daß ein Nuklearkrieg über längere Zeit geführt und gewonnen werden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1537; Referat 201, Bd. 125684.

Der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe wurde am 3. Mai 1983 veröffentlicht. Vgl. dazu den Artikel „Excerpts from U.S. Bishops' Pastoral Letter on War and Peace“; THE NEW YORK TIMES vom 5. Mai 1983, S. B 16 (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK 28 (1983), S. 877–882 (Auszug).

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann notierte am 18. März 1983, der Text des noch vertraulichen dritten Entwurfs des Hirtenbriefes der Deutschen Bischofskonferenz zur Friedens- und Sicherheitspolitik habe eingesehen werden können. Da der Termin zur Veröffentlichung des Hirtenbriefs noch nicht feststehe, habe die katholische Kirche „um strikt vertrauliche Behandlung des Inhalts“ gebeten: „Die Aussagen des für die sicherheitspolitische Diskussion wichtigsten Abschnitts

Für die Bundesregierung bleibe wichtig, daß sich die Beziehungen mit Washington weiterhin gut entwickeln. Er sei deshalb besonders dankbar für die vielen Konsultationen und für die herzliche und freundschaftliche Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang sei auch der Besuch des Vizepräsidenten in Europa sehr nützlich und sehr erfolgreich gewesen.¹⁴ Ebenso bedeutsam sei es, daß der Vizepräsident bereit sei, im Juni nach Krefeld zu kommen.¹⁵ Nicht nur der Anlaß als solcher sei wichtig, sondern vor allem auch die politischen Umstände, zu denen der Besuch stattfinde.

Für die Bundesregierung sei es deshalb wichtig, daß auch der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg¹⁶ erfolgreich verlaufe. Er müsse deshalb gut vorbereitet und nicht mit zuviel Themen belastet werden. Weniger ist mehr. Ein Erfolg des Präsidenten in Williamsburg wäre auch ein Erfolg für die Bundesregierung. Manchmal könne man den Eindruck haben, daß es in Washington die eine oder andere Stimme gebe, die möglichst viele Kriegsschauplätze mit der Sowjetunion eröffnen wolle. Für die Bundesregierung sei jedoch die Durchführung des Doppelbeschlusses von vorrangiger Bedeutung. Das sei seine Position, die auch die Sowjetunion verstehe.

Moskau sei jetzt dabei zu pokern. Er sei jedoch bereit, jetzt die Prognose abzugeben, daß die Sowjetunion zu Zugeständnissen bereit sein werde, wenn der Westen seine Geschlossenheit wahre.

Vizepräsident *Bush* richtete an den Bundeskanzler die Frage, ob in der Bundesrepublik Deutschland der durchschnittliche Mann auf der Straße glaube, daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika stärker auf die Frage neuer Waffen konzentriere und weniger auf den Bereich der Verhandlungen.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er prinzipiell sagen müsse, daß in den letzten 15 Jahren zu wenig getan worden sei, die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Freundschaft zu unterstreichen. Diese Freundschaft wurde allzu selbstverständlich gehalten wie die Luft zum Atmen. Freundschaft müsse jedoch gepflegt werden, wenn sie nicht erkranken soll. Deshalb werde er in diesem Zusammenhang Ende des Jahres noch einmal auf eine andere Frage zurückkommen, was getan werden könne, um etwas Vergleichbares wie das Deutsch-Französische Jugendwerk für die Jugendlichen der Bundesrepublik und der USA zu schaffen.¹⁷ In beiden Parlamenten gebe es immer noch zu we-

Fortsetzung Fußnote von Seite 504

über ‚Friedenssicherung‘ mit den Unterabschnitten ‚Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik‘ und ‚Kriegsverhütung‘ sind in den Sache ausgewogen; anders als in den bisherigen Entwürfen des Hirtenbriefs der amerikanischen Bischofskonferenz werden einseitige Wertungen vermieden.“ Vgl. VS-Bd. 11271 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Der Hirtenbrief wurde am 18. April 1983 veröffentlicht. Vgl. SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ (Hrsg.), *Gerechtigkeit schafft Friede*. Wort der Deutschen Bischofskonferenz, 18. April 1983, Bonn 1983.

¹⁴ Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 30. Januar bis 10. Februar 1983 in sieben europäischen Staaten sowie bei der NATO in Brüssel auf. Vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 hielt er sich in der Bundesrepublik und Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 27, besonders Anm. 3, Dok. 28 und Dok. 36.

¹⁵ Anlässlich der Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der Auswanderung Deutscher in die USA hielt sich der amerikanische Vizepräsident Bush am 25. Juni 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 189.

¹⁶ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁷ Auf einer Tagung über internationalen Jugendaustausch am 24. Mai 1982 in Washington kündigte Präsident Reagan an, den anderen Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni

nig Abgeordnete, die über ausreichende Kenntnisse von der anderen Seite verfügen. Dies sei nach dem Kriege nicht zuletzt wegen der Emigranten anders gewesen.

Ein weiteres Phänomen käme hinzu. Immer mehr seien dabei, sich an die Sowjetunion und ihre Politik zu gewöhnen. Sie finden sich mit der Teilung Deutschlands ab, die seit über 30 Jahren andauere.

Afghanistan zähle für viele nur als ein Betriebsunfall. Man gehe sogar so weit, der Sowjetunion eine Änderung ihres Charakters zuzugestehen. Die Äquidistanz zur Sowjetunion und zu den Vereinigten Staaten von Amerika werde somit zu einer Äquidistanz zu beiden Übeln dieser Welt. Viele glauben, auf diese Weise Urlaub von der Geschichte nehmen zu können.

Dennoch sei es eine Tatsache, daß sich die Grundströmung in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten nicht verändert habe. Dies zeigen auch die neuesten Umfragen. Auf die Frage, wer sind die wirklichen Freunde der Deutschen, nennen 51 % der Befragten die USA, 14 % Österreich, 13 % Frankreich und 1 % die Sowjetunion. Man müsse jedoch wissen, daß auch bei den Befragten, die die USA nennen, solche dabei sind, die sich gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen aussprechen. Dennoch zeige die Umfrage, auf welchem festen Grund die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika aufbauen könne.

Dies alles sei ein Beweis mehr dafür, daß die Bundesregierung in der Frage des Doppelbeschlusses und des Bündnisses nicht umfallen werde. Dies sei im übrigen auch ein Grund dafür gewesen, warum sich plötzlich Präsident Mitterrand für die jetzige Regierung bei der Bundestagswahl ausgesprochen habe.

Vizepräsident *Bush* bat um weitere Informationen darüber, ob die Umfrage auch Zahlen darüber enthalte, wieviele Bürger die USA als treue Bündnispartner werten und davon überzeugt sind, daß sie im Falle des sowjetischen Angriffs Unterstützung leisten werden. Es wäre auch interessant zu wissen, ob die Befragten den Eindruck hätten, daß die Vereinigten Staaten von Amerika der Sowjetunion zu hohe Aufmerksamkeit schenken würden und das Klima gegenüber Moskau aufheizten.

Der *Kanzler* erwiderte, daß im Mittelpunkt der Diskussion generell die Frage stünde, ob es eine sowjetische Bedrohung gebe. Außerdem müsse man unterscheiden zwischen der öffentlichen und der verfaßten öffentlichen Meinung. Die letztere sei in der Bundesrepublik in erheblichem Maße antiamerikanisch. Es sei ein Wunder, daß dennoch so viele Leute ein normales Verhältnis zu den Vereinigten Staaten behalten hätten. Dies beweise auch der Wahlerfolg der CDU/CSU. Wenn es immer nach der verfaßten öffentlichen Meinung gegangen wäre, dann dürfte die FDP und sein Kollege Genscher politisch nicht mehr exi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 505

1982 in Versailles einen verstärkten Jugendaustausch vorzuschlagen. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 672–674.

Nachdem diese Frage beim Weltwirtschaftsgipfel nicht erörtert wurde, führte Staatssekretär von Staden als Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen vom 14. bis 17. Februar 1983 Gespräche in den USA, besonders mit dem Direktor der United States Information Agency (USIA), Wick. Dazu vermerkte Ministerialdirigent von der Gablentz, die Bundesrepublik sei bereit, beim Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg eine gemeinsame Erklärung bezüglich Reagans Initiative für einen verstärkten Jugendaustausch zu unterstützen. Vgl. dazu Referat 204, Bd. 135227.

stieren. Dies hätte auch für ihn schon 1978 gegolten. Das Problem sei, daß auch viele amerikanische Bürger diese Presseorgane lesen würden, die in besonders schrillen Tönen die amerikanische Politik charakterisieren und damit großen Schaden anrichten.

Vizepräsident *Bush* berichtete von einem Gespräch mit Herrn Sulzberger von der New York Times, das er zusammen mit Außenminister Shultz geführt habe. Dies sei ein gutes Gespräch gewesen, das er auch fortsetzen werde. Sulzberger habe in diesem Gespräch eingeräumt, daß sich die amerikanische Wirtschaft erholt habe. Er habe jedoch den Vorwurf erhoben, daß die amerikanische Politik zu war-like sei. Sie signalisiere nicht in ausreichendem Maße Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion, sondern projiziere vielmehr unnötige Konfrontationen. Richtig dagegen sei jedoch, daß es dem Präsidenten darum gehe, das Gleichgewicht zu stärken. Diese Politik des Präsidenten schließe jedoch die Abrüstung ausdrücklich ein. Sulzberger habe aber darauf hingewiesen, daß dies dem Präsidenten niemand glaube.

Vizepräsident Bush unterstrich in sehr leidenschaftlicher Weise den brennenden Wunsch des Präsidenten, bei den Genfer Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu kommen. Der Präsident fühle sich einem solchen Ergebnis persönlich verpflichtet, er habe sich sehr engagiert. Die Schwierigkeiten bei der Berufung von Adelman zum Leiter der Abrüstungsbehörde¹⁸ hätten jedoch gezeigt, daß selbst eine Reihe der eigenen Senatoren und republikanischen Parteimitglieder nicht glauben wollen, daß der Präsident an diesen Verhandlungen in Genf wirklich interessiert sei.

Die War-of-stars-Rede des Präsidenten¹⁹ sei ausschließlich aufgrund des Wunsches nach Abrüstung geboren worden. Es sei jedoch völlig anders verstanden worden. Mit dieser Rede habe der Präsident nur die Absicht verfolgen wollen, alle technischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zu schützen, um dann der Sowjetunion den Vorschlag machen zu können, die Offensiv-Waffen soweit wie möglich zu reduzieren. Selbst die eigene Tochter des Präsidenten²⁰ sei eine Grüne und trete für Abrüstung ein.

Der Präsident wolle jedoch nichts anderes als die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit, um dann den Wahnsinn des Wettrüstens zu stoppen.

Dies alles wollte er dem Bundeskanzler vor dessen Gesprächen mit dem Präsidenten sagen. Es sei für ihn wichtig, daß der Bundeskanzler über die Motive des Präsidenten voll unterrichtet sei.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die eindrucksvolle Darstellung der Politik des Präsidenten. Dies sei für das gegenseitige Verständnis sehr wichtig. Er werde über den Präsidenten sehr häufig gefragt, zuletzt auf dem Europäischen Rat in Brüssel.²¹ Dort sei er gewissermaßen als Anwalt des amerikanischen Präsidenten aufgetreten. Er verstehe Präsident Reagan als einen Mann mit einem klaren moralischen Koordinatensystem. Gerade deshalb würden viele In-

¹⁸ Zur Berufung von Kenneth L. Adelman zum neuen Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde vgl. Dok. 24, Anm. 9.

Adelman trat seinen Posten am 22. April 1983 an.

¹⁹ Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. Dok. 81.

²⁰ Patricia Ann Reagan (Patti Davis).

²¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.

telletuelle Präsident Reagan mißverstehen und ihn als anti-intellektuell bezeichnen. Man müsse jedoch wissen, daß der Präsident einen langen Lebensabschnitt hinter sich habe und sich jetzt vor die Aufgabe gestellt sehe, sein Bild für die Geschichte zu prägen. Der Präsident habe jetzt die Chance, eine vernünftige Rüstungsregelung mit der Sowjetunion zu vereinbaren. Er verfüge darüber sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Europa über eine politische Mehrheit.

In den Verhandlungen und Gesprächen mit der Sowjetunion müsse man immer die Geschichte Rußlands berücksichtigen. Sicherlich werden die Sowjets weiterhin pokern, sie sind jedoch keine Abenteurer wie Hitler. Dies habe bereits für Stalin gegolten. Die Sowjets minimieren das Risiko und maximieren es nicht. Es sei deshalb sein dringender Rat an den Präsidenten, seine Chance in den Genfer Verhandlungen wahrzunehmen. Darauf müsse er sich konzentrieren und nicht an fünf verschiedenen Schauplätzen gleichzeitig tätig werden. Er verweise noch einmal auf die optimale Lage, die der amerikanische Präsident bei den gegenwärtigen Regierungen in Europa vorfinde.

Sicherlich seien die Agrarprobleme zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten wichtig.²² Aber der große Liberale in der deutschen Geschichte, Friedrich Naumann, habe schon 1900 gesagt: Was nütze die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?²³

Zum Abschluß sprach der Bundeskanzler den Vizepräsidenten auf dessen Vorschlag während seines Januarbesuches in Bonn an, im Zusammenhang mit der möglichen Nachrüstung veraltete Nuklearwaffen aus der Bundesrepublik abzuziehen. Der Bundeskanzler ermutigte ausdrücklich den Vizepräsidenten, diesen Vorschlag weiterzuverfolgen. Es sei im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen besonders wichtig. Der Abbau veralteter Nuklearwaffen sollte jedoch psychologisch genutzt werden. Den Bürgern könnte auf diese Weise verdeutlicht werden, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, Leistungen im Bereich der Abrüstung zu erbringen.

Vizepräsident *Bush* bat den Bundeskanzler, den Präsidenten auf diesen Punkt persönlich anzusprechen. Er selbst sei in dieser Frage nicht weitergekommen. Sein Vorschlag sei in der Bürokratie hängengeblieben. Deshalb wäre es sehr hilfreich, wenn der Bundeskanzler diese Frage beim Präsidenten und auch beim Verteidigungsminister Weinberger ansprechen würde. Er brauche den Segen des Präsidenten. Der Bundeskanzler sagte dies zu.

VS-Bd. 14118 (010)

²² Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften in der Agrarpolitik vgl. Dok. 53, Anm. 17.

²³ Friedrich Naumann schrieb in einem Zeitschriftenartikel vom 14. Juli 1895: „Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen? Wer innere Politik treiben will, der muß erst Volk, Vaterland und Grenzen sichern, er muß für nationale Macht sorgen. Hier ist der schwächste Punkt der Sozialdemokratie. Wir brauchen einen Sozialismus, der regierungsfähig ist. Regierungsfähig heißt: fähig, bessere Gesamtpolitik zu treiben als bisher. Ein solcher regierungsfähiger Sozialismus ist bis jetzt nicht vorhanden. Ein solcher Sozialismus muß deutsch-national sein.“ Vgl. den Artikel „Wochenschau“; DIE HILFE, 1 (1895), Nr. 28, S. 2.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington

220-370.70 USA-852/83 VS-vertraulich

15. April 1983¹

Der Bundeskanzler empfing Verteidigungsminister Weinberger zu einem einstündigen Gespräch am 15. April 1983 um 15.00 Uhr.²

Auf amerikanischer Seite nahmen teil: Assistant Secretary Perle, General Smith, Botschafter Burns.

Auf deutscher Seite: Bundesminister, Botschafter Hermes, MD Teltschik, Botschafter Ruth, VLRI Roßbach.

VM *Weinberger* begann seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß er die Darstellung unserer Position durch den Bundeskanzler im Weißen Haus mit größtem Interesse zur Kenntnis genommen habe.

Er wolle die Gelegenheit dieses Gesprächs nutzen, um seine Sorge zu folgenden Punkten auszudrücken:

- Host Nations Support³,
- Master Restationing Plan⁴,
- Notwendigkeit, eine so starke Verteidigungsanstrengung zu unternehmen, wie die wirtschaftliche Lage dies zulasse.

Er sei sich darüber im klaren, daß die amerikanische Regierung in wichtigen Punkten Schwierigkeiten mit dem Kongreß habe, wie bei der Speciality Metals

¹ Ablichtung des Durchschlags als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 18. April 1983 gefertigt.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. auch Dok. 98, Dok. 101 und Dok. 102.

³ Zum Wartime Host Nation Support (WHNS) vgl. Dok. 20, Anm. 21.

⁴ Seit November 1980 wünschte die amerikanische Regierung, Teile ihrer in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte näher an die innerdeutsche Grenze zu verlegen, um eine adäquate Verteidigung gewährleisten zu können. Ministerialdirektor Soddemann, Bundesministerium der Finanzen, z. Z. Washington, berichtete am 18. März 1982, der Master Restationing Plan sehe „die Verlegung von drei US-Brigaden von westlich des Rheins (Großraum Baumholder) nach (1) Vilseck (Grafenwöhr) = 7092 Mann, (2) Wildflecken = 4882 Mann, (3) Gießen = 5628 Mann“ vor. „Die US-Streitkräfte benötigen hierfür Truppenunterkünfte (facilities for units), Wohnraum für Verheiratete (family housing), Unterstützungseinrichtungen und Dienstleistungen (base operations support). Die gegenwärtigen Planungen gehen davon aus, daß alle für die drei Brigaden erforderlichen Einrichtungen auf Grundstücken errichtet werden können, die bereits jetzt von den US-Streitkräften genutzt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1245; Referat 201, Bd. 125671.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann notierte am 27. Januar 1983, die amerikanische Regierung fordere eine Mitfinanzierung durch die Bundesregierung, „d. h. de facto Wiederaufnahme von ‚Devisenausgleichszahlungen‘. Bei deutsch-amerikanischen Sachverständigengesprächen am 11./12.1.1983 hat amerikanische Seite ihre Erwartungen auf ca. 30% der Gesamtkosten von US-Dollars 1,3 Milliarden beziffert. US-Delegation wies dabei auf Junktim des Kongresses hin, wonach Bauvorhaben der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von US-Dollars 10 Milliarden infrage gestellt seien, wenn es nicht zu erwarteter deutscher MRP-Zusage komme.“ Für die Bundesrepublik sei diese Forderung inakzeptabel, „da sie auf eine Budgethilfe für die USA hinauslaufen würden und präjudizierend auf andere Entsendestaaten wie Belgien, Frankreich und Großbritannien wirken würden, von denen dann entsprechende Forderungen zu erwarten seien.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125670.

Clause.⁵ Sie versuche ernsthaft, den dann dort aufkommenden isolationistischen Tendenzen entgegenzusteuern.

Der *Bundeskanzler* erwiderte: Da in Kürze Verteidigungsminister Wörner in Washington sei, bestehe Gelegenheit, die von Weinberger angesprochenen Probleme zu erörtern.⁶ Er selbst wolle auf folgendes hinweisen:

In der bevorstehenden Regierungserklärung⁷ werde er naturgemäß auch zu Verteidigungsfragen Stellung nehmen. Dabei ergäben sich zwei Probleme:

- die materielle Situation,
- das psychologisch-moralische Umfeld.

Es sei festzustellen, daß die Erkenntnis über die Notwendigkeit der Verteidigung in den 70er Jahren zurückgegangen sei. Die Konsequenz sei unübersehbar: Viele Lehrer agierten gegen den Verteidigungswillen. Die Elternhäuser seien verunsichert, der Unterschied zwischen Autorität und autoritärem Gehabe sei verwischt worden. Auch die Kirchen zeigten diese Wirkungen. Es sei jetzt erforderlich, den Trend anzuhalten und umzukehren. Die Bundeswehr müsse wieder mehr in die Gesellschaft hereingeholt werden.

In dieser Legislaturperiode stünden wir vor dem wichtigen demographischen Problem der geburtenschwachen Jahrgänge. Er, der Bundeskanzler, sei überzeugt, daß wir nicht darum herumkommen, eine Verlängerung der Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate in Erwägung zu ziehen.⁸ Welche Probleme dies aufwerfe, habe die amerikanische Regierung im Zusammenhang mit der Registrierung gesehen.⁹

Auch die Frage der stärkeren Einstellung von Frauen in die Bundeswehr müsse geprüft werden. Dabei gehe es nicht darum, Frauen im Kombattantenstatus in die Bundeswehr aufzunehmen. Man müsse aber prüfen, ob es möglich sei, eine stärkere Beteiligung von Frauen bei den unterstützenden Diensten vorzusehen.

Zu der konkreten Frage der Vorverlegung von amerikanischen Einheiten wolle er, ohne Minister Wörner vorzugreifen, grundsätzlich sagen, daß dies von der Bundesregierung unterstützt werde. Wir dürften aber nicht übersehen, daß jede Vorverlegung eine kritische Reaktion durch Bürgerinitiativen hervorrufen würde. Dazu kämen Probleme der wirtschaftlichen Situation. Es bestehe die Hoffnung, daß wir jetzt aus der Talsohle heraus seien und daß eine Chance be-

⁵ Zum vom amerikanischen Kongreß beschlossenen Verbot des Kaufs von militärischem Gerät mit bestimmten Spezialmetallen im Ausland vgl. Dok. 20, Anm. 20.

⁶ Bundesminister Wörner hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1983 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 191, Anm. 11.

⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 56–74.

⁸ Zu Überlegungen hinsichtlich einer Änderung des Wehrdienstes vgl. Dok. 71, Anm. 20.

⁹ Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA bis Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

Am 29. März 1975 gab Präsident Ford bekannt, daß auch die Erfassung („registration“) männlicher Jugendlicher im Alter von 18 bis 26 Jahren eingestellt werde. Vgl. dazu FEDERAL REGISTER BAND 40, Nr. 63 (1. April 1975), S. 14567.

Am 2. Juli 1980 unterzeichnete Präsident Carter die „Proclamation 4771“, mit der die Registrierung der Wehrpflichtigen wieder eingeführt wurde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 1275–1277.

stehe, die Arbeitslosigkeit von 2,5 Mio. wieder unter 2 Mio. zu bringen. Dies setzte aber weitere Anstrengungen voraus. Für 1983 werde es notwendig sein, weitere sechs Milliarden DM einzusparen. Es sei unvermeidlich, daß davon auch die Sozialleistungen betroffen werden.

VM *Weinberger* erwiderte, daß ohne Zweifel die Frage der Verteidigungsausgaben kein einfaches Problem darstellte. Die neue amerikanische Regierung habe vor zwei Jahren die richtige Erkenntnis gehabt, daß sie viel tun müsse, und sie habe viel getan. Gleichwohl könne man nicht übersehen, daß die Unterstützung abnehme.

Andererseits habe es in den letzten beiden Wochen für den Präsidenten günstige Meinungsumfragen gegeben, die sich auch auf die Situation des Verteidigungsbudgets günstig auswirken würden.

Zu MRP und HNS freue er sich auf die Gespräche mit Minister Wörner. Es sei wichtig zu sehen, daß besonders bei MRP die Bedeutung für beide Seiten klar sei. Er erinnere auch daran, daß mit diesen Plänen die Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden sei.

Er frage sich, wie stark bei uns die Opposition gegen die Wehrpflicht sei.

Der *Bundeskanzler* antwortete, der Höhepunkt sei s.E. überwunden. Es sei zunehmend wieder möglich, über das Problem sachlich zu diskutieren. Eine Schwierigkeit liege für uns darin, daß im Durchschnitt der letzten Jahre 53 % zur Bundeswehr gezogen worden seien, während 7 % als Verweigerer Ersatzdienst geleistet hätten. 40 % hätten dagegen überhaupt keinen Dienst geleistet. Dies sei nicht vertretbar. Es sei selbstverständlich, daß vor einer Überlegung zur Verlängerung des Wehrdienstes diese Frage geklärt werden müsse. Für viele Soldaten liege hier das eigentliche Ärgernis.

VM *Weinberger* sprach das Problem der Exportbeschränkungen bei high technology an. Man dürfe nicht übersehen, daß die Sowjetunion erhebliche Fortschritte durch westlichen Technologietransfer gemacht habe. Es sei wichtig, die COCOM-Liste zu verschärfen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß es nicht unser Interesse sein könne, militärisch relevante Technologie zu transferieren. Hier bestehe eine schwierige Frage der Abgrenzung. In diesem Zusammenhang sei auf die Diskussionen im COCOM und der OECD zu verweisen.¹⁰

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage nach der Entwicklung in der sowjetischen Armee, insbesondere im Lichte der Erfahrungen in Afghanistan.

VM *Weinberger* gab eine kurze Darstellung über die Situation.

¹⁰ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

Am 13. April 1983 notierte das Bundesministerium für Wirtschaft: „Der Handelsausschuß der OECD hat seine Vorbereitungsarbeiten zu Ost-West mit einem ausführlichen Bericht für die Minister abschließen können. Der Bericht stellt die unsicheren Zukunftsaussichten sowie die Hauptprobleme heraus und deutet die Notwendigkeit weiterer Analysen zum Verhältnis der Vorteile für Ost und West an. Die US-Delegation hat nachdrücklich auf kritische Aussagen hingearbeitet, konnte sich aber wegen des Widerstandes der Neutralen und der EG nur teilweise durchsetzen, so daß der Bericht insgesamt ausgewogen geblieben ist. Vor allem gelang es den USA nicht, sich mit der Aussage durchzusetzen, die Regierungen hätten mit garantierten Krediten die vorsichtige Zurückhaltung der Banken kompensiert.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141432.

Der *Bundeskanzler* schlug vor zu prüfen, ob er bei einem der nächsten Besuche ein ausführliches Briefing erhalten könnte.

VM *Weinberger* bot an, daß er zu einem für den Bundeskanzler akzeptablen Zeitpunkt ein Briefing-Team nach Bonn schicken wolle, das ihm eine ausführliche und umfassende Unterrichtung geben könne.

Der *Bundeskanzler* fragte Weinberger, ob die amerikanische Armee Nachwuchsprobleme habe.

VM *Weinberger* wies darauf hin, daß seit zwei Jahren die Nachfrage zugenommen habe, daß es heute Wartelisten gebe. Das bedeute, daß die Zahl der Soldaten mit Oberschulabschluß erheblich zugenommen habe.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß diese günstige Entwicklung in der Öffentlichkeit nicht bekannt sei. Er selbst würde sich gerne darüber weiter unterrichten.

VM *Weinberger* sagte zu, über die amerikanische Botschaft ihm eine entsprechende schriftliche Ausarbeitung zukommen zu lassen.

VS-Bd. 11316 (220)

100

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck

422-411.10 GRO/OMA VS-NfD

15. April 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Tornado-Export durch Großbritannien nach Oman

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu III.

I. Sachverhalt

Das britische Verteidigungsministerium bat im September 1982 das BMVg um Zustimmung zum britischen Export des deutsch-britisch-italienischen Kooperationsprodukts Tornado (ca. 20 Flugzeuge in der Air Defence Variante, die

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze und von Vortragendem Legationsrat Schöning konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Horstmann am 19. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für BSR 20.4.83.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich den „Rücklauf v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 422 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Werndl am 21. April 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 25. April 1983 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. April 1983 vorgelegen.

³ Hat laut handschriftlichem Vermerk des Legationsrats I. Klasse Horstmann vom 22. April 1983 Bundesminister Genscher in der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 20. April 1983 vorgelegen. Ferner vermerkte er: „BSR hat entschieden.“

ausschließlich bei der britischen Luftwaffe eingeführt ist) nach Oman. Als weitere arabische Interessenten wurden damals Abu Dhabi, Kuwait, Saudi-Arabien und Irak genannt.⁴

Die britische Bitte bezüglich Oman wurde mit Schreiben des britischen Ministers of State for Defence Procurement, Pattie, an den Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg, Jung, vom 14. Januar 1983 erneuert.⁵ Sie wurde zuletzt am 23.3.83 von der britischen Delegation bei Gesprächen über eine deutsch-britische Vereinbarung über den Export von gemeinsam entwickeltem Rüstungsmaterial in Drittländer präzisiert.⁶ Oman ist zunächst an der Lieferung von acht Tornados in der Air Defence Version (ADV) mit einer Option auf acht weitere Flugzeuge (ADV) interessiert. Diese Version kann, anders als die mit einem radargesteuerten Autopiloten ausgerüstete und dicht über dem Boden fliegende IDS-Version (Interdiction Strike, Bodenkampfunterstützung) einen gegnerischen Radarschirm nur unter erheblichen Verlusten durchbrechen, da sie in größerer Höhe fliegt und keine elektronische Vorrichtung zur Radarblendung an Bord hat. Ein omanisches Interesse an der IDS-Version zu einem späteren Zeitpunkt ist nicht auszuschließen. Diese ist jedoch nicht Gegenstand der jetzigen britischen Anfrage.

Nach britischen Angaben ist zur Zeit nicht mit weiteren Verkäufen des Tornados in andere arabische Staaten zu rechnen. Nur bei den Vereinigten Arabischen Emiraten sei zu einem späteren Zeitpunkt ein Interesse möglich.

Die britische Seite deutete an, daß sie erwägt, bei Versagung unserer Zustimmung den Export nach Oman ohne unsere Zustimmung durchzuführen. Sie könnte dabei geltend machen, daß die Air Defence Version nur für die britische Luftwaffe entwickelt wurde. Wir könnten den Export in diesem Fall möglicherweise durch Versagung der Zulieferungen (Mittelteil) verhindern, wenn die Flugzeuge für Oman nicht aus dem Bestand der britischen Streitkräfte genommen werden.

⁴ Vgl. dazu das Schreiben des britischen Verteidigungsministeriums vom 17. September 1982 an das Bundesministerium der Verteidigung; VS-Bd. 10406 (422).

Am 30. November 1982 unterrichtete der Staatsminister im britischen Außenministerium, Hurd, Ministerialdirektor Gorenflos vom omanischen Wunsch nach „Lieferung von Tornados (einfache Version)“. Hurd betonte, es gehe Großbritannien vor allem darum, „eine hundertprozentige Mirage-Standardisierung der Golfstaaten“ zu vermeiden. Vgl. die Aufzeichnung des Attachés Steiner vom 2. Dezember 1982; VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

⁵ Vortragender Legationsrat Runge legte am 11. Februar 1983 dar: „Mit Schreiben vom 7.2.1983 teilt PStS Jung, BMVg, mit, GB wünsche die Air Defence Variante des deutsch-britisch-italienischen Gemeinschaftsprodukts MRCA-Tornado nach Oman zu exportieren. Für den Export ist die Zustimmung der übrigen Kooperationspartner erforderlich. BMVg bittet die am Entscheidungsprozeß zu beteiligenden Häuser (ChBK, AA und BMWi) um Einleitung des Meinungsbildungsprozesses für eine etwa im April/Mai 1983 notwendig werdende Antwort der Bundesregierung.“ Vgl. VS-Bd. 10918 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Am 24. März 1983 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze, die Gespräche einer Delegation des britischen Verteidigungsministeriums mit einer Delegation unter Leitung des Ministerialdirigenten Gläser, Bundesministerium der Verteidigung, am Vortag hätten ergeben, „daß für die britische Seite im Augenblick unsere Zustimmung zum Export des Tornado nach Oman Priorität“ habe: „Die britische Delegation bestätigte, daß die britische Regierung überlege, auch bei einer Versagung der deutschen Zustimmung den Export durchzuführen, der mit 160 Mio. britischen Pfund (etwa DM 585 Mio.) erhebliche wirtschaftliche Bedeutung“ habe. Vgl. Referat 424, Bd. 135843.

Falls bis zum Gipfeltreffen in Chequers am 22.4.83⁷ keine Entscheidung getroffen wird, ist damit zu rechnen, daß Premierminister Thatcher die Bitte dem Bundeskanzler mit Nachdruck vortragen wird.

Auf Wunsch des BMVg soll der BSR am 20.4., d. h. noch vor dem Gipfeltreffen in Chequers, über die deutsche Haltung entscheiden.

Das BMVg wird vorschlagen⁸:

- zunächst mit GB eine evtl. auf dem Gipfeltreffen zu unterzeichnende Vereinbarung über Exporte aus Koproduktionen im Rüstungsbereich zu schließen, die statt der bisher erforderlichen Zustimmung zu Exportvorhaben entsprechend Ziff. 5 der politischen Grundsätze für den Rüstungsexport vom 28.4.1982⁹ nur noch die Möglichkeit zu Konsultationen vorsieht (hierzu besondere Vorlage¹⁰),
- einem britischen Wunsch folgend, die neue Vereinbarung auch auf laufende Kooperation zu erstrecken, bei denen Exportvorhaben bisher die Zustimmung des Partners voraussetzen,
- in Anwendung der Vereinbarung in Konsultationen die deutschen Bedenken gegen die Tornado-Lieferung nach Oman vorzutragen, die Lieferung jedoch nicht zu verhindern. (Einen Export der IDS-Version würde BMVg jedoch aus Sicherheitsgründen verhindern.)

II. Wertung

1) Nach dem spezifisch für Tornado abgeschlossenen Projektabkommen können Exporte eines Partners nur mit Zustimmung der übrigen Partner erfolgen. Die Bestimmungen der rüstungsexportpolitischen Grundsätze vom 28.4.1982 sehen für künftig abzuschließende Kooperationsprojekte nur noch Konsultationen bei Exportvorhaben von Kooperationspartnern vor. Großbritannien hat in den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über eine Exportvereinbarung für Rüstungsgüter aus Kooperationsprojekten verlangt, daß auch für Exportvorhaben aus laufenden Kooperationsprojekten die bislang bestehende Zustimmungsbedürftigkeit durch die Konsultationsklausel ersetzt wird (Gleichstellung mit Frankreich, mit dem von Anbeginn an nur Konsultationen vereinbart waren¹¹).

⁷ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher vgl. Dok. 111.

⁸ Für die Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung vom 2. April 1983 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 20. April 1983 vgl. VS-Bd. 10918 (422).

⁹ Für den Wortlaut der Ziffer 5 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 310. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

¹⁰ Ministerialdirigent Loeck vermerkte am 19. April 1983, der Bundessicherheitsrat solle am 20. April 1983 über eine „Vereinbarung mit GB über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Rüstungsgütern entscheiden. Nach Verabschiedung der Grundsätze für den Rüstungsexport vom 28.4.1982 wurden auf britischen Wunsch Verhandlungen über eine allgemeine Vereinbarung (Memorandum of Understanding) zu dieser Frage aufgenommen. Bei den bisher laufenden Koproduktionen (Tornado, Feldhaubitze 70, Panzerhaubitze 70) ist im Rahmen des jeweiligen Projektabkommens festgelegt, daß die Partner einem Exportvorhaben jeweils ausdrücklich zustimmen müssen. Die neuen Grundsätze sehen vor, nur noch ‚ein Konsultationsverfahren zu vereinbaren, das der Bundesregierung die Möglichkeit gibt, Einwendungen geltend zu machen‘. Die Bundesregierung muß danach nicht mehr ausdrücklich einem Exportvorhaben zustimmen.“ Großbritannien wünsche, „daß die neue Exportvereinbarung auf laufende Kooperationsvorhaben angewendet wird.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135843.

¹¹ In Artikel 2 der deutsch-französischen Regierungsvereinbarung vom 7. Februar 1972 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsma-

Wir haben in den Verhandlungen darauf hingewiesen, daß auch dann, wenn die Zustimmungsbedürftigkeit durch Konsultationen ersetzt werden würde, die Frage des Tornado-Exports bei uns auf hoher politischer Ebene behandelt würde und ggfs. Bedenken mit großem politischen Nachdruck geltend gemacht würden. Der britischen Seite ist auch klar, daß wir, falls unsere Bedenken in Konsultationen nicht durchdringen, die Zulieferungen verweigern können (Art. 2.7 des Entwurfes der Vereinbarung). Die britische Seite zeigte sich in letzter Zeit stärker an einer positiven Entscheidung im Einzelfall Oman, von der sie sich allerdings Präcedenzwirkung versprechen dürfte, als an einer allgemeinen Regelung interessiert. In gesonderter Vorlage wurde vorgeschlagen, dem britischen Wunsch nach Anwendung der Konsultationsklausel auch auf laufende Vorhaben zu entsprechen. Falls diesem Vorschlag gefolgt würde, würde der Tornado-Export nach Oman nicht mehr zustimmungsbedürftig sein, sondern nur der Konsultation unterliegen.

2) Folgende Gründe sprechen dafür, im Exportfall Oman in den Konsultationen keine Bedenken zu erheben:

a) Solche Bedenken könnten Verstimmung bei dem britischen Kooperationspartner auslösen. GB hat darauf hingewiesen, daß es wegen der engen Verknüpfung mit den omanischen Streitkräften, die weitgehend von britischen Offizieren geführt werden, einem Export gerade in dieses Land erhebliche Bedeutung beimesse. Die Ablehnung könnte die Haltung von GB (und u. U. auch anderer möglicher Partner) bei neuen Kooperationsvorhaben negativ beeinflussen. Das wiegt besonders schwer bei Flugzeugen, da eine nationale Entwicklung eines deutschen Kampfflugzeugs der nächsten Generation schon aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist. GB hat auch ein starkes wirtschaftliches Interesse an der Lieferung (Wert etwa 160 Mio. £ (580 Mio. DM)).

b) Ein Versuch, den Export zu verhindern, könnte auch unsere Beziehungen zu Oman belasten. Selbst wenn Verständnis dafür besteht, daß wir nicht selbst schwere Waffen liefern können, dürfte doch die Verhinderung der Lieferungen von Waffen durch ein Drittland, vor allem in einer nur für die britischen Streitkräfte entwickelten Version, auf Kritik stoßen.

GB weist auch darauf hin, daß Oman im Nahost-Konflikt eine sehr gemäßigte Haltung eingenommen habe und daher ein Einsatz der Flugzeuge gegen Israel nicht in Betracht kommt. Er sei wegen der britischen Offiziere in der Führung der Streitkräfte gegen britischen Willen auch kaum möglich.

c) Wir haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Sicherheit des pro-westlich orientierten Omans (strategische Lage an der Straße von Hormuz). Nach bri-

Fortsetzung Fußnote von Seite 514

terial in dritte Länder hieß es: „Keine der beiden Regierungen wird die andere Regierung daran hindern, Kriegswaffen oder sonstiges Rüstungsmaterial, das aus einer gemeinsam durchgeführten Entwicklung oder Fertigung hervorgegangen ist, in Drittländer auszuführen oder ausführen zu lassen. [...] Beide Regierungen sind übereingekommen, daß sie die nationalen Gesetze über die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial im Geiste der deutsch-französischen Zusammenarbeit auslegen und anwenden werden. Die Möglichkeit, eine Ausfuhrgenehmigung für Komponenten eines Gemeinschaftsprojekts zu versagen, kann nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden. Für einen solchen Fall vereinbaren beide Regierungen, daß sie sich vor einer endgültigen Entscheidung eingehend konsultieren werden. Es liegt bei dem Bundesminister der Verteidigung oder dem Staatsminister für Nationale Verteidigung, die Initiative zu solchen Konsultationen zu ergreifen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135843.

tischer Ansicht könnte die Lieferung des Tornados dazu beitragen, die Bindungen zum Westen (vor allem zu GB) zu fördern.

3) Für die Geltendmachung von Bedenken sprechen folgende Gründe:

a) Wenn wir die Lieferung nach Oman nicht verhindern, könnten wir uns später auch nicht gegen Lieferungen an andere Mitgliedstaaten des Golf-Kooperations-Rates wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait und Saudi-Arabien wenden.

b) Eine Belastung der Beziehungen zu Israel wäre nicht auszuschließen, wenn auch Oman bisher an militärischen Auseinandersetzungen mit Israel nicht beteiligt war und weiter auf britische Berater angewiesen ist. Auch mit dem Hinweis auf die britische Verantwortlichkeit für den Export könnten wir eine politische Zurechnung nicht völlig zurückweisen, da wir, wie Israel nicht verborgen sein dürfte, nicht nur darauf beschränkt sind, in Konsultationen Bedenken zu erheben, sondern gemäß der Vereinbarung auch die Zulieferungen verweigern können.

c) Wenn wir den Export nicht verhindern, könnte dies im In- und Ausland als grundlegende Änderung unserer Rüstungsexportpolitik verstanden werden und zu Wünschen nach Lieferung deutscher Rüstungsgüter in größerem Umfang in den arabischen Raum führen. Das gilt vor allem für die Lieferung von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen in die Golfregion.¹² Unsere Zustimmung zur Lieferung der Feldhaubitze 70 nach Saudi-Arabien¹³ ist in ihren Auswirkungen mit der Zustimmung zum Export des Tornados nicht zu vergleichen.

4) Die Abwägung des Für und Wider gelangt zu dem Ergebnis, daß wir uns trotz aller politischen Bedenken und der sich für unsere Rüstungsexportpolitik ergebenden Gefahren dem britischen Verlangen aus Rücksicht auf unsere bilateralen Beziehungen (auch weil das Risiko wegen der Beschränkung der Lieferung auf die „Air Defence Version“ und wegen des britischen Einflusses auf die militärische Führung in Oman verringert ist) letztlich nicht verschließen können. Dies würde zudem auf diese für die NATO besonders wichtige Kooperation nachteilige Folgen haben können.

III. Vorschlag

Deshalb wird folgendes vorgeschlagen:

- Nach Darlegung des „Für und Wider“ sollten wir uns, unter gleichzeitigem Abschluß der Rüstungsvereinbarung unter Anwendung der Konsultations-

¹² Zum Interesse von Staaten der Golfregion, insbesondere Saudi-Arabiens, an der Lieferung von Panzerfahrzeugen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 159.

¹³ Am 23. November 1982 notierte Ministerialdirektor Fischer, der Bundessicherheitsrat habe am 2. Oktober 1981 einer Lieferung der Feldhaubitze 70 aus deutsch-britischer Koproduktion nach Saudi-Arabien durch Großbritannien zugestimmt: „Die Lieferung sollte jedoch nicht aus Beständen der Bundeswehr oder deutscher Endfertigung erfolgen. Die Fa. Rheinmetall soll jetzt nicht nur 66 Rohre und Verschlüsse, sondern auch 6 F[feld]H[aubitzen] 70 in Baugruppen nach Großbritannien liefern.“ Das Auswärtige Amt habe dem Bundesministerium für Wirtschaft mitgeteilt, „daß das Auswärtige Amt gegen die Erteilung der entsprechenden Ausfuhrgenehmigung keine Bedenken hat, wenn alle im BSR vertretenen Häuser auf Leitungsebene ebenfalls zustimmen. Zweck der vorliegenden BSR-Vorlage des BMWi ist es, diese Zustimmung aller im BSR vertretenen Häuser herbeizuführen.“ Vgl. VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1982.

klusel auch auf Exporte aus laufenden Kooperationen, dem britischen Exportvorhaben Tornado nach Oman nicht in den Weg stellen.¹⁴

- Zugleich sollte jedoch der Bundesminister der Verteidigung¹⁵ die britische Seite bitten, die zu liefernden Tornados aus eigenen britischen Beständen zu entnehmen.

D2¹⁶ und D3¹⁷ haben mitgezeichnet.

Loeck

VS-Bd. 10918 (422)

101

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-17608/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1687
Citissime

Aufgabe: 15. April 1983, 17.40 Uhr¹
Ankunft: 16. April 1983, 00.45 Uhr

Bitte StS von Staden vorlegen (London Diplo)

Betr.: BK-Besuch in Washington am 14. und 15.4.83²;
hier: Gespräch zwischen BK, BM und AM Shultz am Abend des 14.4.83;
politische Themen

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze teilte der Botschaft in London am 2. Mai 1983 mit: „1) Der BSR billigte am 20.4.83 den Entwurf der deutsch-britischen Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder einschließlich der sog. Ex-tunc-Regelung (d. h. der Erstreckung der neuen Export-Regelung auf die bereits bestehenden Kooperationsvorhaben Tornado, Feldhaubitze 70, Panzerhaubitze 70). Damit wird die bisherige Zustimmungsbedürftigkeit bei Exporten durch einen Konsultationsmechanismus ersetzt. 2) Der BSR stimmte ferner dem britischen Export von 16 Tornados in der Air-Defence-Variante aus brit[ischer] Fertigung nach Oman zu.“ Vgl. Referat 22, Bd. 135843.

Für die deutsch-britische Regierungsvereinbarung vom 25. Mai 1983 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Referat 422, Bd. 135843.

¹⁵ Manfred Wörner.

¹⁶ Franz Pfeffer.

¹⁷ Walter Gorenflos.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. dazu Anm. 16.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 16. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS L[autenschlager] hat Doppel.“

Hat Staatssekretär von Staden am 17. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Schauer vermerkte: „Randbemerkungen. Wir brauchen: eine Analyse SU-Polen; eine Analyse zum Problem Gipfelbegegnungen Ost/West. B[itt]e Hinweise zum Haushalt beachten (X u[nd] Ende).“ Vgl. dazu Anm. 6 und 27.

Hat Schauer am 18. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte: „Wie bespr[ochen] wegen der ersten beiden Anstriche.“ Ferner verfügte er die Wiedervorlage bei Referat 204.

Hat Braunmühl am 19. April 1983 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vgl. auch Dok. 98, Dok. 99 und Dok. 102.

Zur Unterrichtung

I. Den Auftakt der bilateralen Konsultationen des Bundeskanzlers und Bundesministers in Washington bildete ein zweieinhalbstündiges Gespräch mit AM Shultz beim Abendessen. Auf amerikanischer Seite waren noch Vizeaußenminister Dam, Sicherheitsberater Clark, Botschafter Burns, Europadirektor Burt und Admiral Howe anwesend. Auf deutscher Seite nahmen Botschafter Hermes, SR³ Sudhoff, MD Teltschik, MD Ackermann, MD Fischer und Botschafter Ruth sowie Dolmetscher Weber teil.

Der Bundeskanzler betonte nachdrücklich, daß es notwendig sei, in diesem Jahr besonders und gemeinsam für die Entschlossenheit der Allianz zu sorgen. Dies betreffe ebenso Williamsburg⁴ wie die Implementierung des Doppelbeschlusses, INF- und andere Rüstungskontrollverhandlungen, Madrid⁵, Gipfelkontakte mit östlichen Regierungen und Ost-West-Beziehungen allgemein.

In diesem Zusammenhang unterstrichen Bundeskanzler und Bundesminister die positive Wirkung einer KAE im Herbst d. J. Wenn eine KAE zum Zeitpunkt der Stationierung stattfinde, dann sei der Westen in einer guten psychologischen Lage zum Zeitpunkt des INF-Stationierungsbeginns.

AM Shultz sagte, er habe keine Schwierigkeiten mit einer KAE und sei auch bereit, unseren Argumenten zu folgen, doch sei es erforderlich, im Bereich der Menschenrechte an den gesteckten Zielen festzuhalten und Verbesserungen zu erreichen.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß das Gespräch Gelegenheit bot, das starke Interesse der Bundesregierung und der Europäer an einem baldigen Ergebnis in Madrid hervorzuheben und die positive Wirkung auf die INF-Auseinandersetzung zu unterstreichen. Es ist davon auszugehen, daß insbesondere die Herausstellung dieses Zusammenhangs den Eindruck auf AM Shultz nicht verfehlte.

Zum Abschluß des Meinungsaustausches unterstrich der Bundeskanzler sein persönliches Engagement für eine Intensivierung des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches.⁶ Außenminister Shultz nahm dies mit Genugtuung zur Kenntnis und wies auf das große Interesse des Präsidenten⁷ an dieser Frage hin.

II. 1) Der Bundeskanzler stellte seine Überzeugung in den Vordergrund, daß in diesem Jahr es besonders wichtig sei, den Zusammenhalt der Allianz zu wahren und sie so stark wie möglich zu machen. Es sei erforderlich, die nationalen Interessen den Allianzinteressen zuzuordnen. Auf dieser Grundlage sei er überzeugt, daß die Herausforderungen dieses Jahres gemeistert werden könnten.

2) Nach Auffassung des Bundeskanzlers ist es notwendig, den Allianzaspekt in allen Bereichen zu berücksichtigen. Dies gelte für Williamsburg, für Madrid, für die Rüstungskontrolle, für Gipfelgespräche, für die Ost-West-Beziehungen allgemein.

³ Stellvertretender Regierungssprecher.

⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁵ Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 85.

⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden mit Kreuz hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

Zu den Überlegungen zum Ausbau des deutsch-amerikanischen Jugendaustauschs vgl. Dok. 98, Anm. 17.

⁷ Ronald W. Reagan.

3) Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß er bei seinem letzten Besuch⁸ darauf hingewiesen habe, daß seine Entscheidung für Neuwahlen⁹ in erster Linie mit der INF-Problematik zu tun gehabt habe. Wir hätten intensivere öffentliche Auseinandersetzungen zu Desorientierungsversuchen der Sowjetunion. Doch sei er überzeugt, daß es gelingen werde, die Hausforderungen zu meistern. Die Bundesregierung halte an beiden Teilen des Doppelbeschlusses fest. Das gelte selbstverständlich auch für den Stationierungsplan.¹⁰ Zwei Aspekte des Doppelbeschlusses seien von besonderer Bedeutung, nämlich die Einhaltung des Stationierungsplanes und die Beibehaltung der Pershing II als Teil des Stationierungsvorhabens.

In unserer innenpolitischen Lage sei es bedauerlich, daß die SPD immer mehr abschwenke und daß die vom früheren Bundeskanzler Schmidt eingenommene Position keine Mehrheit mehr habe. Dies werde aber die Bundesregierung nicht daran hindern, ihre Position mit der Unterstützung der Mehrheit zu verwirklichen.

4) Es sei offenkundig, daß die INF-Problematik das wichtigste gegenwärtige Thema sei. Von entscheidender Bedeutung werde es sein, daß am Verhandlungstisch in Genf das Menschenmögliche getan werde, um zu einem Erfolg zu kommen. Wir hielten an dem Ziel der beiderseitigen Null-Lösung fest. Realistischerweise müsse man sehen, daß dieses ein langfristiges Ziel sei. Der jüngste Vorschlag des Bündnisses sei gut.¹¹ Er müsse jetzt intensiv vorangebracht werden.

Von besonderer Bedeutung bei der Entwicklung des Vorschlags eines Zwischenergebnisses seien die engen Konsultationen zwischen den Vereinigten Staaten und uns sowie im Bündnis gewesen. Er, BK, sei sich darüber im klaren, daß dies für die Vereinigten Staaten nicht immer einfach sei. Um so mehr schätzte er das persönliche Engagement des Präsidenten. Es sei wichtig, daß die Konsultationen gepflegt werden. Häufige Konsultationen hätten einen starken Einfluß auf die öffentliche Meinung. Dies sei für die kleinen europäischen Länder noch wichtiger als für uns.

5) Die Lage, in der das Bündnis sich in der gegenwärtigen Phase befinde, sei gut. Der französische Staatspräsident¹² sei sicherheitspolitisch eine starke und zuverlässige Persönlichkeit. Die britische Premierministerin¹³ nehme in dieser Frage eine eindeutige Position ein. Die Regierung Fanfani in Rom verfolge einen klaren Kurs, und die Benelux-Regierungen bemühten sich um vernünftige Positionen.

6) AM Shultz unterstrich, daß der Präsident mit größtem Nachdruck Verhandlungsergebnisse anstrebe. Dies treffe besonders zu für START, INF, MBFR und die nuklearen vertrauensbildenden Maßnahmen, bei denen er substantielle

⁸ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 306–309.

⁹ Zur vorzeitigen Auflösung des Bundestags am 7. Januar 1983 vgl. Dok. 27, Anm. 8.

Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹⁰ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹¹ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

¹² François Mitterrand.

¹³ Margaret Thatcher.

Vorschläge gemacht habe.¹⁴ Der Präsident sei fest entschlossen, eng zu konsultieren und sich intensiv und persönlich um die Verhandlungen zu kümmern. Er suche nach Möglichkeiten, die es erlaubten, Ergebnisse zu erzielen. Dabei sei klar, daß beide Seiten diese Intention an den Verhandlungstisch bringen müßten. Ergebnisse müßten substantiell und verifizierbar sein. Der Präsident orchestrierte das Spektrum der Verhandlungen, an denen amerikanische Vertreter beteiligt seien, mit der Intensität eines Orchesterdirigenten. Er werde keine Mühe scheuen, um zu Ergebnissen zu kommen.

7) Dieses Engagement des Präsidenten treffe, wie AM Shultz ausführte, auch für den KSZE-Prozeß zu. Man habe in Washington kein Problem mit der Einberufung einer KAE. Es sei jedoch außerordentlich wichtig, daß die Zielsetzungen im Bereich der Menschenrechte aufrechterhalten werden.

8) Der Bundeskanzler nahm ausführlich zu den Aussichten und Zielen für Madrid Stellung. Die Chance bestehe, in Genf bei den INF-Verhandlungen ein Zwischenergebnis zu erhalten. Dies bedeute aber, daß in diesem Jahr stationiert werden müsse, und es sei wichtig, am Zeitplan festzuhalten. In dieser Situation sei es von großer psychologischer Bedeutung, sich in Madrid jetzt auf ein substantielles Ergebnis zu einigen. Zusammen mit Fortschritten im Bereich der Menschenrechte müsse eine KAE beschlossen werden können. Wenn die KAE im Herbst dieses Jahres beginne, werde dies bedeuten, daß sich die Sowjetunion in der Lage finde, beim Beginn der Stationierung entweder die KAE scheitern zu lassen und sich dann ins Unrecht zu setzen oder aber an der KAE festzuhalten und damit zu zeigen, daß der Ost-West-Prozeß auch angesichts der INF-Stationierung weitergehe. Er wolle die amerikanische Regierung ermuntern, diese psychologische Möglichkeit stärker zu sehen. Ein Ergebnis, wie es ihm für Madrid vorschwebte, sei nicht perfekt, aber es würde zeigen, daß der Wille zur Abrüstung vorhanden bleibt, obwohl stationiert werden muß. Was die Menschenrechte angehe, dürfe sich die westliche Forderung nicht nur auf Polen und die Sowjetunion beziehen. Probleme gebe es auch in anderen osteuropäischen Staaten. Man dürfe sich auch nicht nur auf einige prominente Fälle konzentrieren. Er erinnerte an das Ausreisebegehren deutschstämmiger Menschen aus der Sowjetunion und jüdischer Familien nach Israel. Das Problem der Menschenrechte bleibe eine Aufgabe für die Zukunft.

9) Der Bundesminister wies darauf hin, daß man bei der Bedeutung der INF-Problematik nicht zu viele zusätzliche Schauplätze eröffnen dürfe. Deshalb sei es wichtig, in Madrid zu einem Ergebnis zu kommen. Eine KAE sei entscheidend dafür, nachzuweisen, daß der Ost-West-Dialog trotz Stationierung weitergehe. Was die Menschenrechte angehe, dürfe man nicht übersehen, was erreicht worden sei. In dem N+N-Papier¹⁵ sei z. B. das Expertentreffen über Menschenrechtsfragen fest verankert. Wir dürften auch nicht übersehen, daß viele Fragen nur schrittweise und in kommenden Jahren gelöst werden können.

¹⁶Dies gelte besonders für die Fragen, die systemimmanent sind. Der Vorschlag

¹⁴ Zu den amerikanischen Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen bei den INF- bzw. START-Verhandlungen vgl. Dok. 34, Anm. 19, und Dok. 82, Anm. 24.

¹⁵ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

¹⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 688 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

der N+N-Staaten sei eine Basis, um noch für Ende 1983 eine KAE beginnen zu können. Dies kräftige den Prozeß, der es erlaube, später Fortschritte zu machen, wo Madrid noch nicht weitergeführt habe.

10) Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß er das Engagement für die Menschenrechte teile. Es müsse in dieser Lage jedoch vor allem auch der große Nutzen der KAE gesehen werden, wenn sie zu dem Zeitpunkt beginne, in dem wir beginnen zu stationieren.

AM Shultz sagte, er sei nicht sicher, ob nicht zwischen Bundeskanzler und Bundesminister Nuancen Verschiedenheiten hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Menschenrechtsfortschritten und KAE-Beginn bestünden.¹⁷ Der Bundesminister wies darauf hin, daß er wie der Bundeskanzler für Verbesserung der Menschenrechte eintrete und daß der Versuch gemacht werden solle, einige Verbesserungen jetzt noch zu erreichen. Doch solle das politische Gewicht der KAE nicht übersehen werden. Der Bundeskanzler stellte klar, daß es keine Meinungsverschiedenheit gebe, weder was die KAE noch was die Menschenrechte angehe. Er wies darauf hin, daß im übrigen die Einschätzung der Notwendigkeit eines positiven Ergebnisses von den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft geteilt werde. Der Bundesminister erklärte, daß unbedingt eine Lage vermieden werden müsse, in der der Westen auf der einen Seite und die N+N-Staaten mit dem Osten auf der anderen Seite stünden.

AM Shultz bemerkte, er teile die Zielvorstellungen mit einer KAE. Er wolle jedoch nicht in eine Lage kommen, wo zu einem zu frühen Zeitpunkt die Aussichten auf Verbesserungen gestellt¹⁸ werden müßten. Er sehe sich mit Bundeskanzler und Bundesminister strategisch in völligem Einvernehmen. Aus taktischer Sicht stelle sich jedoch die Frage, ob weitere Fortschritte im Menschenrechtsbereich gemacht werden könnten, bevor man sich auf eine KAE verpflichte. In diesem Zusammenhang müsse auch gesagt werden, daß eine sechsmo- natige Vorbereitungszeit nicht absolut notwendig sei.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß unter europäischen und deutschen Aspekten es von größter Bedeutung sei, zu zeigen, daß eine KAE möglich ist, auch wenn stationiert werde. Es liege dann an der Sowjetunion, ja oder nein zu sagen.¹⁹ Zu den Menschenrechten wolle er feststellen, daß ihn diese Frage persönlich stark berühre. Ein Besuch in Friedland²⁰ habe ihn mit Schicksalen konfrontiert, die nicht zu beschreiben seien. Die Menschenrechtsproblematik sei dort mit Händen zu greifen. Die dort ankommenden Menschen verkörpern die Tragik des 20. Jahrhunderts. Im übrigen seien wir als Angehörige einer geteilten Nation ständig aufgerufen, die Lage der Menschen in der DDR zu erleichtern. Die Verbesserung der Besuchsmöglichkeiten sei ein solcher Beitrag.

¹⁷ So in der Vorlage.

¹⁸ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „eingestellt“.

¹⁹ Der Passus „unter europäischen ... zu sagen“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sic!“

²⁰ Bundeskanzler Kohl besuchte am 10. Dezember 1982 das Grenzdurchgangslager Friedland. Vgl. dazu den Artikel „Leben in Freiheit ist auch Risiko“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Dezember 1982, S. 3.

Der Bundesminister erinnerte daran, welche Bedeutung es für die Staaten des Warschauer Pakts gehabt habe, daß das Schlußdokument von Helsinki²¹ veröffentlicht worden sei. Dies sei den Menschen in Ost-Berlin, Warschau und Moskau deutlicher bewußt als den Menschen im Westen. Es sei sehr wichtig, daß Einigung darüber bestehe, das Schlußdokument der Madrider Folgekonferenz wieder zu veröffentlichen. Damit ergebe sich ein neues Berufungsdokument. Schon dies mache deutlich, wie wichtig es sei, die Möglichkeit der Fortsetzung des KSZE-Prozesses nicht zu verpassen.

11) Zum Thema Polen stellte der Bundeskanzler fest, man müsse sich fragen, ob die Zeit für oder gegen die Freiheitskräfte arbeite. Er sei davon überzeugt, daß die Zeit für diese Kräfte sei. Das Cannae der Sowjetunion heiße Warschau.²² Welche dramatische Wendung dort bereits eingetreten sei, werde deutlich, wenn man sich vorstelle, der Papst hätte Polen vor 15 Jahren besucht. Die ansteckende Wirkung der Entwicklung in Polen stehe außer Frage. Dies zeige besonders die Haltung der Regierung der DDR, die sich gegenüber Polen abzuschotten suche.²³

12) Der Bundeskanzler erwähnte, daß er eine Einladung von GS Andropow erhalten habe und beabsichtige, ihr Folge zu leisten.²⁴ Er denke an einen Termin unmittelbar vor der Sommerpause. Dies sei auch unter amerikanischen Gesichtspunkten ein guter Termin. Das sowjetische Interesse an dem Besuch sei bemerkenswert. Auch die DDR sei interessiert. Darüber hinaus stehe auch der Besuch GS Honeckers in diesem Jahr bevor.²⁵ Diese Kontakte seien alle im Blick auf Genf von großer Bedeutung.

Bei den Kontakten mit Andropow werde er klarmachen, daß wir ein integraler Bestandteil des Westens sind und daß wir solidarisch mit unseren amerikanischen Freunden verbunden sind. Auch diese Botschaft sei in diesem Jahr besonders wichtig.

Der Bundeskanzler stellte fest, er bleibe auch bei seiner Auffassung, daß es wichtig wäre, wenn der Präsident mit Andropow zusammentreffen könnte.

AM Shultz erwiderte, daß der Präsident bereit sei, GS Andropow zu treffen, vorausgesetzt, daß das Treffen wohl vorbereitet werde und verspreche fruchtbar zu sein. Ein Treffen um seiner selbst willen sei nicht anzustreben. Der Präsident lasse sich von drei Fragen leiten:

- Wie verhält sich die Sowjetunion?
- Sind wir in einer starken Verhandlungsposition?

²¹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

²² Die Wörter „heiße Warschau“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein. Warschau hat auf Russen per saldo immer abschreckend gewirkt.“

²³ Der Passus „Die ansteckende ... abzuschotten suche“ wurde von Staatssekretär von Staden mit Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Damals gab es keinen poln[ischen] Papst.“

²⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²⁵ Zur Verschiebung des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 123.

– Ist die neue Führung der Sowjetunion bereit, anstehende Probleme zu lösen?²⁶

13) Zum Abschluß des Gesprächs mit AM Shultz sagte der Bundeskanzler, er sei dabei zu prüfen, was getan werden könne, um das deutsch-amerikanische Verhältnis bei der jüngeren Generation zu verbessern. Er habe die Absicht, die nächsten vier Jahre zu nutzen, um alte Ansätze zu reaktivieren und neue Möglichkeiten für eine Intensivierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu schaffen. Er werde sich sicherlich im Laufe dieses Jahres mit Vorschlägen äußern. Dabei werde es ihm um eine mittlere und lange Sicht gehen. Er halte es für wichtig, daß ein solcher Anstoß von uns komme.²⁷

Botschafter Hermes erwähnte die kürzlichen Feiern im Zusammenhang mit dem Denkmal.²⁸ Man müsse damit rechnen, daß dies für viele Amerikaner eine unmittelbare Erinnerung an schreckliche Ereignisse bedeuten werde, die auch die allgemeinen Beziehungen zwischen unseren Staaten nicht unberührt lasse. Es sei wichtig zu überlegen, wie die positiven Aspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen sichtbar gemacht werden können.

AM Shultz antwortete auf die Überlegungen des Bundeskanzlers, daß die Gedanken zu einer Intensivierung des Jugendaustausches in den Vereinigten Staaten auf sehr fruchtbaren Boden fallen werden. Er erinnerte daran, daß der Präsident sich persönlich für die Frage des Jugendaustausches engagiere.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 12939 (204)

²⁶ Zum Passus „AM Shultz erwiderte ... zu lösen“ vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Dies ist eine völlig falsche Konzeption, durch die es erst dazu kommen kann, daß man sich fünf oder mehr Jahre nicht sieht. Die Treffen müssen eine Gewohnheit werden.“

²⁷ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Das B[undes]M[inisterium für]F[amilie,]G[esundheit und]J[ugend] hat eine Erhöhung seiner Mittel um 104 % (zu [19]83) beantragt. Man sollte ihnen sagen, wie der BK sich geäußert hat. Auch Abt[eilung] 6 u[nd] 112.“ Vgl. Anm. 1.

²⁸ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 13. April 1983: „Seit 10. April halten sich rund 15 000 Juden, Überlebende der Endlösung und ihre Angehörigen, in Washington auf, um in einer dreitägigen Zusammenkunft (11. – 13.4.) der sechs Millionen jüdischer Opfer des Nazi-Regimes zu gedenken [...]; der amerikanischen Regierung für die Aufnahme von rund 150 000 Juden zu danken, die während des Zweiten Weltkrieges und danach in den Vereinigten Staaten Asyl fanden; die Bereitschaft des amerikanischen Volkes zu würdigen, in Washington ein U.S. Holocaust Memorial Museum zu errichten.“ Höhepunkt der Zusammenkunft sei eine Gedenkzeremonie am 11. April 1983 gewesen, „in deren Mittelpunkt die Präsentation der Scroll of Remembrance sowie die Reden Präsident Reagans und Elie Wiesels, Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, Vorsitzender des U.S. Holocaust Memorial Council, standen, ferner die Ehrung der Befreier auf dem Arlington-Friedhof und die Versammlung vor dem Kapitol am 13.4., während der Vizepräsident Bush Elie Wiesel die Schlüssel für die Gebäude des U.S. Holocaust Memorial Museum überreichte. [...] Die Bundesrepublik Deutschland kam im Zusammenhang mit der Strafverfolgung und den Wiedergutmachungsbemühungen zur Sprache. Beide wurden teils kritisch, teils verständnisvoll als unzureichend gewertet, jedoch auch als Anstrengungen gewürdigt, die in der jahrhundertalten Verfolgungsgeschichte der Juden ohne Beispiel seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1646; Referat 204, Bd. 135225.

102

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk,
z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt**

114-17610/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1700
Citissime

Aufgabe: 15. April 1983, 19.35 Uhr¹
Ankunft: 16. April 1983, 02.37 Uhr

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington vom 14. bis 15.4.1983²;
hier: Gespräch mit Präsident Reagan

I. Zusammenfassung

1) Nach einem etwa 20minütigen Gespräch zwischen Bundeskanzler, BM Genscher und Präsident Reagan im kleineren Kreise³ wurde das Gespräch in größerer Runde fortgesetzt. Teilnahme auf amerikanischer Seite: Vizepräsident Bush, Verteidigungsminister Weinberger, stellv. Außenminister Dam (in Vertretung von AM Shultz, der heute nicht in Washington anwesend war), Judge Clark, Botschafter Nitze, Botschafter Burns, Botschafter Brock, amtierender Finanzminister McNamar, Assistant Secretary Burt.

2) Das Gespräch fand in einer sehr herzlichen und offenen Atmosphäre statt.

3) Folgende Gesprächsthemen wurden berührt:

- Genfer INF-Verhandlungen;
- KSZE-Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE);
- Weltwirtschaftsfragen, insbesondere Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg⁴

4) Für das Gespräch war bestimmend, daß der BK und Präsident Reagan bei den angeschnittenen Themen – ohne die Schwierigkeiten zu verkennen – in der Einschätzung und Vorausschau von optimistischen Erwartungen ausgingen.

Dies galt insbesondere für die Genfer Verhandlungen über amerikanische und sowjetische Mittelstreckenraketen. BK und Präsident Reagan waren sich einig,

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 18. April 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz und die Vortragenden Legationsräte Horstmann und Jansen verfügte.

Hat Ploetz am 22. April 1983 vorgelegen.

Hat Horstmann und Jansen am 22. April 1983 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. auch Dok. 98, Dok. 99 und Dok. 101.

³ Präsident Reagan empfing Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher von 11.30 bis 11.50 Uhr. Dabei lobte er die Unterstützung seitens der Bundesregierung zur Vorbereitung des amerikanischen Vorschlags vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen. Kohl dankte für die engen Konsultationen: „Die Politiker seien es gewohnt, viel Kritik zu erfahren. Er wolle deshalb dem Präsidenten auch einmal etwas Positives sagen. In diesem Sinne möchte er für den sehr persönlichen Kontakt danken. Er habe dabei feststellen können, daß es zwischen ihm und dem Präsidenten eine gleiche Wellenlänge gebe oder wie es Amerikaner auszudrücken pflegen, die gleiche chemistry.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135277.

⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

daß der Westen nach dem neuen amerikanischen Vorschlag⁵ sich in einer guten Position befinde. Sie machten deutlich, daß der Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen eingehalten werde. Beide waren sich ferner einig, daß die Bemühungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden müssen.

Beim KSZE-Folgetreffen in Madrid standen weitere Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und ein Mandat für eine KAE im Vordergrund. Der BK wies auf die Chance hin, mit Entschiedenheit und Entschlossenheit zu einem baldigen Abschluß in Madrid zu kommen. Der Präsident stellte die Frage der Menschenrechte zwar in den Vordergrund, betonte aber, daß auch die Vereinigten Staaten einen positiven Abschluß in Madrid wollten.

Beide, Präsident und BK, brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß von dem Gipfel in Williamsburg eine realistische, aber optimistische Botschaft ausgehen müsse. Präsident Reagan meinte, bei weiteren Fortschritten der in Auftrag gegebenen Studien zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen⁶ werde dieser Bereich in Williamsburg keine wichtige Rolle spielen. Der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, aus den Erfahrungen von Versailles⁷ zu lernen.

5) Zusammenfassung

Die abschließenden Erklärungen des BK und des Präsidenten vor der internationalen Presse werden mit gesondertem Drahtbericht übermittelt.⁸

II. Im einzelnen ist festzuhalten:

1) BK erklärte, daß sich der Westen bei den INF-Verhandlungen in Genf nach dem neuesten amerikanischen Vorschlag in einer günstigen Position befinde. Die wichtigsten Regierungen in Europa stünden eindeutig zur Sicherheitspolitik der Allianz. Die Allianz trete in den Fragen des Doppelbeschlusses mit einer Einigkeit auf wie selten zuvor. Präsident Mitterrand sei in Sachen Sicherheit ein erstklassiger Partner. Die Bundesregierung habe die währungspolitischen Entscheidungen der letzten Wochen⁹ am Ziel der Einigkeit in den Fragen der Sicherheitspolitik ausgerichtet. Dies gelte insbesondere für die Währungsentscheidungen. Diese Entscheidungen seien uns nicht leichtgefallen, aber für uns hätten die Gemeinsamkeiten Vorrang gehabt.

Er, der BK, und BM Genscher hätten im Bundestagswahlkampf¹⁰ eine klare Haltung eingenommen und ein moralisch bekräftigtes Mandat erhalten. In Genf habe der Westen nunmehr eine klare Position. Er, der BK, wehre sich gegen alle Versuche, den Vereinigten Staaten wegen der Übernahme der Null-Lösung einen Vorwurf zu machen. Es handle sich dabei um einen europäischen

⁵ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

⁶ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

⁷ In Versailles fand vom 4. bis 6. Juni 1982 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 180.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärungen des Präsidenten Reagan und des Bundeskanzlers Kohl am 15. April 1983 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 543 f. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1983, S. 322 f.

⁹ Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März 1983 vgl. Dok. 74.

¹⁰ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

Vorschlag, mit dessen Übernahme in der Verhandlungsposition die USA den europäischen Verbündeten entgegengekommen seien. Wir wüßten, daß das Ziel der Null-Lösung nicht in einem Anlauf¹¹ zu erreichen sei und daß daher eine Zwischenlösung notwendig werde. Dabei müsse von zwei Konstanten ausgegangen werden: Der vorgesehene Stationierungszeitplan¹² dürfe nicht geändert werden, und an der Zugehörigkeit der Pershing zu dem Waffen-Mix müsse festgehalten werden. Die Bundesregierung werde den Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen fortführen. Wir würden unser Wort einlösen und – ggf. in einem durch die Zwischenlösung reduzierten Umfang – stationieren.

Zur sowjetischen Haltung in Genf führte der BK aus, er glaube, daß die SU ihr letztes Wort zu dem amerikanischen Vorschlag noch nicht gesprochen habe. Die SU werde bis zum letzten Moment pokern. Die sowjetische Regierung sei nach Bestätigung der „Übergangsregierung“ durch die Bundestagswahlen rasch zu einer realistischen Betrachtungsweise gekommen. Sie habe ihn nach Moskau eingeladen, und er werde dieser Einladung im Sommer nachkommen.¹³ Was den genauen Termin und die Substanz des Besuches anbelange, werde man sich mit den Vereinigten Staaten und den übrigen Verbündeten abstimmen. Er beabsichtige, in Moskau eindeutig klarzumachen, daß die Bundesrepublik Deutschland, wenn auch an guter Nachbarschaft mit der SU interessiert, ein integraler Bestandteil der Allianz und nicht erpreßbar sei. Er habe überdies eine Reihe von Indizien, daß die SU letztlich in Genf mit sich reden lassen werde.

Der BK bat den Präsidenten, die amerikanischen Verhandlungsschritte in Genf durch eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit und durch sein persönliches Prestige psychologisch abzusichern. Es genüge nicht, das Nötige zu tun, man müsse es auch verständlich machen.

BK meinte zur Notwendigkeit, die Öffentlichkeit von der eigenen Position zu überzeugen, daß dies mehr sei als public relations. So habe er mit VP Bush in Bonn über die Reduzierung veralteter nuklearer Waffen in Europa gesprochen.¹⁴ Dies sei eine gute Idee. Erforderlich sei aber, daß dies auch in der Öffentlichkeit herausgestellt werde. So hätten die USA seinerzeit über 1000 nukleare Sprengköpfe in Europa abgezogen; leider habe dies aber niemand gemerkt.¹⁵

Zur Frage der sowjetischen Haltung in den Genfer INF-Verhandlungen meinte der Präsident, daß die erste Stationierung ihre positiven Auswirkungen auf die sowjetische Bereitschaft, zu einem Abkommen zu kommen, haben werde.

Er, der Präsident, sei von Anfang an überzeugt gewesen, daß das Ziel der Null-Lösung eine moralische Position und die optimale Lösung (ultimate answer) sei. Aber man bekomme nicht immer in der ersten Runde, was man anstrebe. Dies wisse er aus seinen früheren Erfahrungen als Unterhändler in Tarifverhandlungen. In Amerika gebe es ein Sprichwort: Man fordere in der ersten Runde den Mond, und man erhalte als Gegenangebot „green cheese“. Die USA

¹¹ Korrigiert aus: „Ablauf“.

¹² Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹⁴ Für das Gespräch am 31. Januar 1983 vgl. Dok. 28.

¹⁵ Zum Abzug von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

würden in Genf ernsthaft und so hart wie möglich verhandeln, mit dem Ziel, eine ganze Waffenkategorie zu eliminieren. Unsere Generation habe diese Waffen geschaffen, sie müsse sie daher auch beseitigen. Die SU werde einsehen, daß dies kein Trick, sondern eine ehrliche amerikanische Absicht sei.

2) Ein baldiger positiver Abschluß der Madrider KSZE-Konferenz sei auch für die INF-Diskussion von großer Bedeutung. Auch er, der BK, halte Fortschritte im Menschenrechtsbereich für wichtig. Man dürfe hierbei aber nicht nur an bekannte Namen, wie z.B. Sacharow¹⁶, denken, sondern auch an die Hunderttausende von deutschen und die Tausende von jüdischen Bürgern in der SU, die nach Deutschland oder nach Israel auswandern möchten. Man dürfe die Namenlosen nicht vergessen. Er, der BK, verstehe die amerikanische Position in der Frage der Menschenrechte, er bitte aber auch, unsere Position in die amerikanischen Überlegungen miteinzubeziehen. Es komme jetzt darauf an, die Chance zu nutzen, zu einem baldigen positiven Abschluß in Madrid zu kommen. Wenn dies erreicht werde, so gebe es auch Möglichkeiten für eine KAE in etwa sechs bis acht Monaten, d.h. zu dem Zeitpunkt einer evtl. Dislozierung. Der SU wäre damit das Argument genommen, sie werde nach Dislozierung mit dem Westen nicht mehr verhandeln. Wenn die SU aber von einer KAE fernbleibe, dann müsse man ihr den „Schwarzen Peter“ geben. Die SU werde in den kommenden Monaten alle Propagandaregister ziehen. Es werde Schwierigkeiten geben, aber wir würden das durchstehen.

BK bedauerte in diesem Zusammenhang, daß große Teile der amerikanischen Öffentlichkeit ein falsches Bild von der Einstellung der Deutschen zu Amerika hätten. Die Deutschen seien nicht anti-amerikanisch. In einer jüngsten¹⁷ Umfrage sei gefragt worden, wen man als Freund ansehe. Dabei hätten sich 51 Prozent für die USA und nur ein Prozent für die SU ausgesprochen. Man dürfe aber nicht verkennen, daß viele Freunde Amerikas trotzdem gegen eine Stationierung eingestellt seien. Es komme darauf an, sie mit rationalen Argumenten zu überzeugen. Man müsse klarmachen, daß der Idee der Freiheit die Zukunft gehöre. Polen mache diese Botschaft jeden Tag deutlich.

Der Präsident stimmt einer Bemerkung des BK zu, daß die Menschen einen starken Wunsch nach festen moralischen und geistigen Werten hätten. In Madrid habe es sich gezeigt – so der Präsident –, daß der Westen und die SU über diese Werte unterschiedliche Auffassungen hätten. Wenn der Westen in Madrid sowohl einen positiven Abschluß als auch Fortschritte bei den Menschenrechten wolle, so könne er beides erreichen.

3) Zu Williamsburg meinte der BK, wir hätten ein gemeinsames Interesse am Erfolg dieses Wirtschaftsgipfels. Wir seien daran interessiert, daß dies auch ein Erfolg des Präsidenten werde. Er stimmte mit dem Präsidenten überein, daß es wichtig sei, eine ruhige Arbeitsatmosphäre und genügend Zeit für eine informelle Aussprache zwischen bewußt kleingehaltenen Delegationen zu schaffen. Man müsse sich auf wenige wichtige Punkte konzentrieren. Die Themen

¹⁶ Zum Fall Sacharow vgl. Dok. 10, Anm. 21.

¹⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1701 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

müßten sorgfältig ausgewählt werden. Von dem Gipfel müsse eine realistische, aber optimistische Botschaft ausgehen.

DB hat MD Teltschik vorgelegen.

[gez.] Schenk

VS-Bd. 14118 (010)

103

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit, z.Z. Tripolis, an Bundesminister Genscher

114-17613/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 238
Citissime nachts

Aufgabe: 17. April 1983, 16.35 Uhr¹
Ankunft: 17. April 1983, 17.42 Uhr

Sofort dem Herrn Bundesminister vorzulegen

D 3² und D 5³ unterrichten⁴

Betr.: Deutsch-libysche Beziehungen

StM Möllemann⁵ führte heute mittag 2 1/2 Stunden Gespräch mit Jalloud⁶.

1) Jalloud führte zunächst aus, daß man von Deutschland enttäuscht sei. Den vielen guten Worten, auch bei seinen Besuchen⁷, seien keine Taten gefolgt. Beziehungen hätten sich im Gegenteil negativ entwickelt.

¹ Der Drahtbericht war zugleich an Staatssekretär Kinkel, Bundesministerium der Justiz, gerichtet.

² Walter Gorenflos.

³ Franz Bertele.

⁴ Dazu vermerkte der Bereitschaftsdienst handschriftlich: „D 3 u[nd] D 5 telef[onisch] unter[richtet], ebenfalls Dr. Jansen, MB.“

⁵ Staatsminister Möllemann hielt sich am 16./17. April 1983 in Libyen auf. Vgl. dazu Dok. 89, besonders Anm. 7.

⁶ Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 13. April 1983, im libyschen Büro für Auswärtige Beziehungen sei ihm anlässlich der Übergabe des Schreibens des Bundesministers Genscher vom 12. April 1983 an Oberst Gaddafi mitgeteilt worden, daß Gaddafi Staatsminister Möllemann „nicht empfangen wolle, sondern damit Jalloud beauftragt habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 233; Referat 311, Bd. 137794.

Am selben Tag vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit: „Am 13.4. führte ich ein Telefongespräch mit Herrn Beintmann, um mit ihm nachzuprüfen, ob sich möglicherweise eine Änderung der Haltung Gaddafis in der Frage eines Gesprächs mit StM Möllemann erreichen lasse. Herr Beintmann war sehr skeptisch; Gaddafi habe beschlossen, sich ab Freitag mehrere Tage in der Wüste zur Meditation zurückzuziehen, und es bisher abgelehnt, hierbei gestört zu werden.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137794.

⁷ Ministerpräsident Jalloud besuchte die Bundesrepublik vom 27. Februar bis 2. März 1974. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Brandt und Bundesminister Scheel am 28. Februar 1974 vgl. AAPD 1974, I, Dok. 62.

Jalloud hielt sich erneut am 6./7. Juli 1981 in der Bundesrepublik auf. In Gesprächen mit Bundesminister Genscher wurden die Haltung Libyens zum internationalen Terrorismus, der Nahost-Kon-

Dafür gäbe es mehrere Gründe.

Allgemein werde in Deutschland und in Europa nicht verstanden, daß Libyen, anders als die anderen arabischen Staaten, eine neue, kraftvolle Politik betreibe. Es sei eine Politik der Moral, der Prinzipien und des Dialogs.

Demgegenüber würde die deutsche Presse Libyen verunglimpfen. Dies sei auch politisch gefährlich. Man befürchte, daß Deutschland sich dem amerikanischen Kampf gegen Libyen anschließe.

Die Bundesregierung tue nicht genug, um dem entgegenzutreten. Sie könne z. B. erklären, daß Libyen keine Terroristen mehr unterstütze, wenn sie nicht wirklich Beweise für das Gegenteil habe. Eine derartige Erklärung war J. sehr wichtig. MM⁸ teilt die Ansicht, daß wir in dieser Richtung vorliegende Erkenntnisse durchaus bekanntgeben sollten.

2) J. kam dann auf die Tätigkeit oppositioneller Libyer in Deutschland und ihre angebliche Zusammenarbeit mit Geheimdiensten zu sprechen. Man habe Beweise, daß deutsche Dienste mit amerikanischen und ägyptischen gegen Libyen zusammenarbeiten. In diesem Sinne seien Deutsche in Libyen und Libyer in Deutschland tätig. Damit würden Beziehungen schwer geschädigt.

Libyen wolle positive Zusammenarbeit mit uns. Sie dürfe sich aber weder auf puren Kommerz noch auf gute Worte beschränken.

MM bestätigte unseren Willen zu einer intensiveren Zusammenarbeit. Er erläuterte unsere Pressefreiheit und unsere Ausländerpolitik und betonte, er könne nach gezielten Erkundigungen vor Antritt dieser Reise eine Tätigkeit deutscher Dienste gegen Libyen und eine Zusammenarbeit mit libyschen Oppositionellen ausschließen.

3) Als Basis für eine verbesserte Zusammenarbeit sehe er drei Prinzipien:

- a) Sie müsse im Interesse beider Seiten und des gegenseitigen Vorteils liegen,
- b) jede Seite müsse die Souveränität und das System des anderen achten,
- c) keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, keine Austragung interner Konflikte auf dem Boden des anderen.

J. stimmte ausdrücklich zu, auch als MM die Nichtaustragung innerer Streitigkeiten im anderen Land wiederholte. Er wandte zwar ein, Libyen könne nicht akzeptieren, daß Oppositionelle bei uns geschützt würden, wenn sie gegen Libyen arbeiteten. Libyen müsse dann das Recht haben, sich zu wehren. Er sagte dann aber, er werde seine Studenten anweisen, innerlibysche Probleme nicht auf deutschem Boden auszutragen.

4) MM bezeichnete als akutes Kernproblem die auf beiden Seiten Inhaftierten.⁹ Zwar lägen die Fälle durchaus unterschiedlich. Es müsse aber ein Weg gefunden werden, das Problem so zu lösen, daß beide Seiten ihre Staatsangehörigen in die Heimat entließen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 528

flikt, die OAU, der Europäisch-Arabische Dialog sowie die libysche Politik im Tschad erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178843.

⁸ Möllemann.

⁹ Zum Strafprozeß gegen den libyschen Staatsangehörigen Ehmida sowie zur Verhaftung der libyschen Staatsangehörigen Zaidi und Yahia vgl. Dok. 69 bzw. Dok. 89, Anm. 2. Zur Verhaftung deutscher Staatsangehöriger in Libyen vgl. Dok. 89, Anm. 16.

J. betonte, die politischen Beziehungen hätten Vorrang. Man wolle der Mission MM zu einem Erfolg verhelfen. Darüber hinaus lege man besonderen Wert darauf, daß künftig Störungen dieser Art vermieden würden. Auch die deutschen Fälle in Libyen würden rechtlich unterschiedlich bewertet. Diejenigen, bei denen noch die Untersuchungen liefen, könnten leichter gelöst werden als solche, bei denen das Urteil ergangen sei oder die dem Gericht vorlägen. Bei ersteren wolle er mit dem Justizsekretär¹⁰ sprechen, sobald dieser heute oder morgen aus Tunis zurückkehre, um zu verhindern, daß sie zu Gericht gingen. Er schloß aber die Lösung auch der übrigen Fälle keineswegs aus.

MM betonte nachdrücklich, daß jetzt und hier ein politisches Übereinkommen über alle Haftfälle getroffen werden müsse. J. stimmte zu, daß ein Austausch der Inhaftierten erfolgen solle. Er gehe in dieser Hinsicht mit MM einig. Details sollten nun von Fachleuten der Außenministerien und anderer zuständiger Dienststellen ausgearbeitet werden.

Auf Bitte von MM stimmte er einem Besuch des Botschafters¹¹ bei den acht kürzlich Inhaftierten zu.

5) MM unterstrich die Notwendigkeit, die diplomatischen Vertretungen zu schützen und voll funktionsfähig zu erhalten. J. stimmte zu.

6) J. sprach das Thema Räumung von Minen aus dem Zweiten Weltkrieg¹² an und bat um Hilfe aus humanitären Gründen.

MM erwähnte, daß Angebote vorlägen. Er werde sich persönlich um diese Frage kümmern.

7) Abschließend betonte J., er hoffe, daß damit die Entwicklung zu besseren Beziehungen einen kräftigen Impuls erhalte. Libyen würde es besonders begrüßen, wenn sich der Bundeskanzler, dem MM morgen berichtet, persönlich der Verbesserung der Beziehungen annehmen werde und dies für uns auch dann ein Thema sei, wenn es nicht mehr um inhaftierte Staatsangehörige ginge. MM sagte, es sei notwendig, das politische Gespräch zu verdichten, bevor Probleme auftauchten.

Gespräche mit Libyen sollen aufgenommen werden, sobald MM in Bonn persönlich berichtet hat und entsprechende Entscheidungen gefallen sind. StM MM schlägt vor, daß VLR Schober zu diesem Zweck in Tripolis bleibt.¹³

¹⁰ Mohammed Abdul-Qassim al-Zuwai.

¹¹ Günter Held.

¹² Referat 514 vermerkte am 1. September 1980, das libysche Außenministerium habe am 9. August 1980 den Botschaften der Bundesrepublik, Großbritanniens und Italiens in Tripolis gleichlautende Verbalnoten übergeben, „in denen die Verantwortlichkeit der drei Staaten für die auf libyschem Gebiet liegenden Minen aus dem Zweiten Weltkrieg zum Ausdruck gebracht und ihnen vorgeworfen wird, sie hätten bislang nichts für die Beseitigung der Minen getan“. Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1600. Ministerialdirigent Bertele hielt am 5. Januar 1981 nach einer Besprechung mit Vertretern des britischen und des italienischen Außenministeriums am 25. September 1980 in Rom fest, „daß die libyschen Ansprüche zwar aus Rechtsgründen zurückgewiesen werden müßten, daß man aber im Interesse der Beziehungen zu Libyen positive Elemente in die Antwort einfließen lassen sollte, wie z. B. die Zurverfügungstellung und Erläuterung von Karten und Ausbildung von Personal im Entschärfen von Minen.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1600.

¹³ Am 18. April 1983 fand eine Staatssekretärsbesprechung im Bundeskanzleramt statt. Ministerialdirigent Bertele hielt dazu am folgenden Tag fest, daß Botschafter Held, Tripolis, zusammen mit Vortragendem Legationsrat Schober, z. Z. Tripolis, eine Demarche mit folgendem Inhalt unternehmen solle: „StM Möllemann hat Bundeskanzler und Bundesminister über seine Reise unterrichtet; Bundes-

Rückkehr für heute gegen 20.30 Uhr vorgesehen.¹⁴

[gez.] Schlagintweit

VS-Bd. 10801 (511)

104

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

212-341.00-808/83 VS-vertraulich

18. April 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Gestaltung der West-Ost-Beziehungen im Jahre 1983

Bezug: Weisung BM vom 29. März 1983

Zweck der Vorlage: Unterlage für Gespräche im Koalitionskreise sowie im Bündnis- und Zehner-Kreis

Fortsetzung Fußnote von Seite 530

regierung bemühe sich um Implementierung der getroffenen Absprachen; Voraussetzung für Abschiebung Dr. Zaidi und Yahia sei (rechtskräftiger) Abschluß des Strafverfahrens (das bedeute nur gemeinsame Abschiebung aller drei Libyer unter Einschluß Ehmidas gegen alle zwölf Deutsche nach Verfahrensabschluß für uns möglich), solange muß libysche Seite Geduld haben.“ Vgl. VS-Bd. 10801 (511); B 150, Aktenkopien 1983.

- ¹⁴ Am 8. Mai 1983 kam es zur Abschiebung der drei seit 1979 in Libyen inhaftierten deutschen Staatsangehörigen Gercke, Dultz und Köpsel sowie des seit 1981 inhaftierten Geschäftsmanns Mumm im Gegenzug zur Ausweisung des wegen Mordes in der Bundesrepublik verurteilten Libyers Ehmida. Ministerialdirigent Bertele führte dazu am 18. Mai 1983 für die Sitzung des Rechtsausschusses des Bundestages am selben Tag aus, daß diesem Schritt mehrere Gespräche des Leiters des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem, mit Staatssekretär von Staden vom 26. April bis 6. Mai 1983 vorausgegangen seien, in deren Verlauf von libyscher Seite die Zusicherung gegeben worden sei, „keine Aktivitäten zu unterstützen oder zu fördern, die Interessen oder Belange der Bundesrepublik Deutschland in Deutschland oder Libyen schädigen“. Dies gelte unter der Voraussetzung, daß die Bundesregierung umgekehrt die gleiche Zusicherung gebe.“ Nach dem Austausch der deutschen „Altgefangenen“ in Libyen gegen Ehmida könne „die Freilassung der acht Deutschen erfolgen, sobald Zaidi und Yahia Haftverschonung gewährt werde, spätestens aber bei Erlass eines auf Freiheitsstrafe lautenden Urteils in erster Instanz, sofern danach die Abschiebung erfolge“. Bertele fuhr fort: „Nachdem die zuständige Ausländerbehörde der Stadt Bonn am 13.5.1983 gemäß Absprache zwischen Auswärtigem Amt, BMJ, BMI, ChefBK und der Landesregierung von NRW die Ausweisungsverfügung gegen Dr. Zaidi und Yahia erlassen und die Staatsanwaltschaft Bonn gleichzeitig die Einstellung des Verfahrens gemäß Paragraph 154 b Abs. 4 StPO beantragt hatte, wurden der Haftbefehl des Amtsgerichts Bonn aufgehoben und Dr. Zaidi und Yahia in Abschiebehaft genommen.“ Die Ausweisung sei am 15. Mai 1983 vollzogen worden; am selben Tag sei die Haftentlassung der acht deutschen Staatsangehörigen in Libyen und deren Rückkehr in die Bundesrepublik „reibungslos“ verlaufen. Vgl. VS-Bd. 13572 (311); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 20. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Da MB schon ein Vorab-Ex[emplar] erhalten hat, nehme ich an, daß die Aufz[eichnung] bereits vorliegt. Ich glaube, daß sie nunmehr in Ordnung ist.“

² Hat Bundesminister Genscher am 21. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Akte: Redebeit[ra]g Reg[ierungs]Erkl[ärung].“

I. Die Lage aus westlicher Sicht

Das West-Ost-Verhältnis, aber auch die Lage in der Allianz werden in den kommenden Monaten dieses Jahres zunehmend im Zeichen der Entwicklung der mit dem Doppelbeschluß zusammenhängenden Fragen stehen. Dabei geht es aus unserer Sicht um Schlüsselfragen in folgenden Bereichen:

a) In der westlichen Sicherheitspolitik geht es um

- die Beseitigung des sowjetischen Übergewichtes im Bereiche der landgestützten Mittelstreckenraketen und die Herstellung eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses auf möglichst niedrigem Niveau;
- die Erhaltung der strategischen Einheit zwischen Europa und Amerika;
- die politische Selbstbehauptung des Bündnisses, die die Durchführung von ihm getroffener Entscheidungen auch unter östlichem Druck voraussetzt.

b) Im Verhältnis zur SU geht es um

- die Abwehr des Konzeptes der sowjetischen Europapolitik, die, gestützt auf die These von der „militärischen Entspannung“, sowjetische Vorherrschaftsansprüche verfolgt, indem sie Westeuropa einen zweitklassigen Sicherheitsstatus zudiktieren will und eine europäisch-amerikanische Abkoppelung auch im politischen Bereiche betreibt;
- die Unabhängigkeit der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland von Rücksichtnahmen auf sowjetische Forderungen, die auf das Moskauer Entspannungskonzept gestützt sind;
- die Schaffung der sicherheitspolitischen Voraussetzungen für eine langfristige, gleichberechtigte und deshalb stabile Entspannungsentwicklung in Europa.

c) Im Allianzrahmen geht es um das Verhältnis beider Teile der Harmel-Konzeption³:

- Sollte in einer Phase eines verschärften sicherheitspolitischen Ost-West-Antagonismus die Entspannungskomponente des Harmel-Konzeptes in den Hintergrund treten?
- Oder sollte die doppelte Funktion dieses Konzeptes gerade in einer Phase, in der unsere Festigkeit in der Sicherheitsfrage besonders deutlich demonstriert wird, dadurch betont werden, daß auch die ausgleichende Funktion der Entspannungskomponente besonders aktiv verfolgt wird? (Hier geht es auch um Akzentsetzungen, z. B. in der Menschenrechts- und Wirtschaftspolitik.)

d) Schließlich geht es für uns um das besondere Anliegen, auch in Zeiten west-ost-politischer Belastungen im deutschlandpolitischen Bereiche wenigstens in begrenztem Maße einen gewissen geschützten Freiraum zu erhalten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 531

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 21. April vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt.“ Ferner verfügte er die Wiedervorlage am 3. Mai 1983.

Hat Ischinger erneut am 5. und 8. Mai sowie am 1. und 11. Juli 1983 vorgelegen. Am 8. August 1983 verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 212.

Hat den Vortragendem Legationsräten I. Klasse Graf York von Wartenburg und Joetze am 9. August 1983 vorgelegen.

³ Vgl. dazu den „Bericht des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war; NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

II. Die Lage aus sowjetischer Sicht

1) Auch für die SU stellen sich im Zusammenhang mit der Mittelstreckenraketenproblematik militärische und politische Grundsatzfragen, die

- das Verhältnis zu den USA (und den sowjetischen weltpolitischen Paritätsanspruch),
- die Stellung der SU in Europa (Hegemonie-Anspruch) und
- die geopolitische Gesamtposition der SU (Einkreisungskomplex) betreffen.

2) Wenn auch nicht sicher nachvollziehbar ist, welches die ursprünglichen Motive für die sowjetische SS-20-Rüstung waren (militärische Gründe für die Modernisierung der SS-4 und SS-5; Umrüstung der SS-16), so müssen wir von der wahrscheinlichen Annahme ausgehen, daß die Sowjets ursprünglich oder im Laufe der Entwicklung die SS-20 als politische Waffe konzipiert haben. Die SU muß heute feststellen, daß sie mit einem Instrument, das sie der politischen Vorherrschaft in Europa näher zu bringen schien, ohne das Verhältnis zur anderen Weltmacht zu tangieren, Gegenmaßnahmen bewirkt, die ihr strategische Nachteile gegenüber den USA einbringen und das sowjetisch-amerikanische Verhältnis zusätzlich belasten. Die SU mag gehofft haben, mit der SS-20 ihr Einkreisungsproblem in dem Sinne lösen zu können, daß ihre potentiellen Gegner auf allen Seiten (Westeuropa, Japan, China) in eine politische Erpressungssituation gebracht werden. Sie muß heute feststellen, daß sich im Ergebnis das Einkreisungsproblem zu verschärfen droht.

Den globalen Ansatz der westlichen INF-Position versteht die SU so, daß sie die Überlegenheit der Summe ihrer potentiellen Gegner im Mittelstreckenwaffenbereiche vertraglich hinnehmen soll. Gromyko hat auf seiner Pressekonferenz am 2.4.1983⁴ angedeutet, daß der asiatische Aspekt in den westlichen Vorschlägen für die Sowjets noch schwieriger sei als das Problem der britischen und französischen Systeme. Die Bedeutung dieser Aspekte geht für die SU über ihr ursprüngliches Gravamen – die amerikanischen „FBS“-Flugzeuge – hinaus.

3) Für Moskau hat der Anspruch auf Parität mit den USA Vorrang vor der Durchsetzung der Vorherrschaft in Europa. Die Sowjets könnten das sich in diesem Zusammenhange mit der westlichen Nachrüstung stellende Problem im Verhältnis zu den USA nur durch Verzicht auf ihre gesamte SS-20-Rüstung (oder jedenfalls den gegen den Westen gerichteten Teil) lösen, was ihr aus prinzipiellen politischen Gründen, aber auch mit Rücksicht auf die Haltung des Militärs, schwer – und einem neuen Generalsekretär⁵ besonders schwer – fallen dürfte. Ein Zwischenergebnis gemäß den westlichen Vorschlägen⁶ würde für die SU den Verzicht auf die eigene Überlegenheit in Europa und die damit verbundenen politischen Vorteile bedeuten und außerdem den Amerikanern die insbesondere mit der Pershing II verbundenen Möglichkeiten einräumen. Wenn man dazu die Schwierigkeiten der Sowjets berücksichtigt, in kurzer Frist (bis Ende 1983) weitgehende militärische und politische Entscheidungen zu treffen,

⁴ Zur Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Gromyko in Moskau vgl. Dok. 91, Anm. 11.

⁵ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU am 12. November 1982 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

⁶ Vgl. dazu den amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen; Dok. 75.

und außerdem die Hoffnung, der Westen könnte seine Nachrüstungsentscheidung vielleicht doch noch einseitig modifizieren, so mag es der SU schließlich zunächst als das kleinste Übel erscheinen, den Beginn der Dislozierung der Pershing II und der CM geschehen zu lassen, die Reaktionen der westlichen Öffentlichkeit abzuwarten und sich die eigenen militärischen, politischen und rüstungskontrollpolitischen Reaktionen vorzubehalten. Die Existenz sich gegenüberstehender SS-20 und P II plus CM, wobei die Sowjets einen quantitativen, die USA einen strategischen Gewinn haben würden, schafft auch für die interne Interessenabwägung zwischen politischer Spitze und Militär in der SU eine neue Lage. Diese Entwicklung, auf die wir uns einstellen sollten, bedeutet andererseits keineswegs, daß Verhandlungserfolge in Genf 1983 aussichtslos sind.

4) Die INF-Frage wird, wenn es vor Ende 1983 nicht zu einer Lösung in Genf kommen sollte, eine zentrale politische Grundsatzfrage im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis bleiben. Unabhängig davon, in welchem Forum die Problematik dann weiter erörtert werden wird, dürfte sich das sowjetische Interesse erhöhen, mit den USA zu einer politischen Verständigung zu kommen, die das Paritätsprinzip der gemeinsamen Erklärung von 1972⁷ bestätigt. Die sowjetische Reaktion auf den Beginn der INF-Stationierung wird deshalb wahrscheinlich einerseits darauf gerichtet sein, die sowjetische Ausgangsposition für eine solche mögliche Regelung mit den USA zu maximieren, andererseits darauf, die Aussichten für eine Verständigung mit Washington nicht ganz zu verschütten.

5) Im Verhältnis zu Europa, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland, hat sich die SU stets bemüht, eine Interpretation der Entspannung durchzusetzen, die die Westeuropäer dazu bewegen sollte, zunehmend weniger Notwendigkeit für eine konsequente Gleichgewichts- und Bündnispolitik zu sehen. Wenn dieses Konzept auch durch den Beginn der INF-Stationierung in einem zentralen Bereiche verdorben werden sollte, wird Moskau trotzdem sein Interesse an der Fortsetzung der Entspannungspolitik – nach der Devise: so viel einseitige Vorteile wie möglich, so viel Interessenausgleich wie nötig – nicht verlieren, jedenfalls so lange es von unserer Bereitschaft überzeugt ist, ebenfalls an einer Entspannungspolitik festzuhalten, die den Sowjets Vorteile gewährt. Dazu gehören auch die Wirtschaftsbeziehungen, aber auch der Modus vivendi in der Deutschland-Frage. Wie weit die Sowjets Einschränkungen im deutsch-deutschen Bereiche in ihre Reaktionen einbeziehen oder im Interesse der Beziehungen zu uns von solchen Einschränkungen absehen werden, ist schwer vorauszusehen. Was Berlin anbelangt, so muß die SU den Einsatz ihrer Druckmöglichkeiten gegen ihr Interesse am Verhältnis zu den USA und an den Beziehungen zu uns abwägen. Bisher gibt es keine Anzeichen, daß die Sowjets Berlin-Pressionen erwägen. Natürlich werden sie auch weiterhin einen Zweck ihrer Bemühungen um uns darin sehen, über diese Brücke Einfluß auf die USA auszuüben. Jeder Versuch der Sowjets, die verwundbare Position Berlins als Hebel zu benutzen, würde eine Solidarisierung auf westlicher Seite zur Folge haben und damit dem sowjetischen Interesse zuwider laufen, einen Keil zwischen die USA und ihre europäischen Verbündeten zu treiben.

⁷ Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

III. Folgerungen für unsere Politik

Wir sollten uns in den nächsten Monaten parallel zur Behandlung der INF-Frage in den zuständigen Gremien darauf konzentrieren:

- durch Dialog und Kooperation dem Informationsbedürfnis und den ökonomischen Bedürfnissen der östlichen Seite i.S. der Stabilisierung und der Aggressionshemmung Rechnung zu tragen;
- zur Verbesserung und Entlastung im West-Ost-Verhältnis beizutragen, soweit die westlichen Interessen dies erlauben;
- der Öffentlichkeit zu signalisieren, daß die Wahrnehmung unserer Sicherheitsinteressen nicht das Ende der Entspannung und die Rückkehr zum Kalten Kriege bedeutet;
- die Verbesserung im deutsch-deutschen Verhältnis unbeschädigt zu erhalten und das gemeinsame Interesse mit der DDR an der Kontinuität dieses Verhältnisses zu positiven Impulsen zu nutzen.

a) KSZE/KAE

Die Sowjets hoffen, der Beginn einer KAE vor Stationierungsbeginn könnte, verbunden mit Entspannungshoffnungen der westlichen Öffentlichkeit, Widerstände zugunsten einer Verschiebung der INF-Stationierung mobilisieren. Deshalb wird das sowjetische Abschluß-Interesse in Madrid im Frühsommer einen relativen Höhepunkt erreichen. Das sollten wir nutzen: Wir sollten unsere Verbesserungswünsche zu RM.39 rev.⁸, das überwiegend westliche Interessen berücksichtigt, auf wenige essentials konzentrieren (insbesondere Treffen über menschliche Kontakte) und demgemäß zügig zum Abschluß kommen. Wenn dieser Moment vorbeigeht und Madrid scheitert, würde dies überwiegend dem Westen schaden und die europäische Öffentlichkeit negativ beeinflussen. Ein Erfolg und ein rechtzeitiger KAE-Beginn würden dagegen demonstrieren, daß das Festhalten an westlichen Sicherheitsentscheidungen (Nachrüsten) nicht das Ende der Entspannung bedeutet. Hierdurch würde den Sowjets das Geschäft mit der Angst erschwert. Eine sowjetische Unterbrechung der KAE nach Stationierungsbeginn würde in der Öffentlichkeit die SU ins Unrecht setzen.

Längerfristig gibt der KSZE-Prozeß dem Westen die Chance, sowohl sein Interesse im Bereiche der Vertrauensbildung und Abrüstung als auch sein Anliegen einer allmählichen Auflockerung des sowjetischen Herrschaftssystems und von Reformen i.S. der Menschenrechte zu fördern. Die Vereinbarung regelmäßiger KSZE-Nachfolge- (und Überprüfungs-)Konferenzen im Schlußdokument von Madrid wäre ein wichtiges Mittel zu diesem Zwecke.

b) NATO-Ministertreffen am 9./10. Juni 1983⁹

Das Abschlußkommuniqué sollte neben den notwendigen kritischen Aussagen (Afghanistan, Polen je nach dem Stand vor dem Papst-Besuch¹⁰) positive Signale der westlichen Kooperations- und Dialogbereitschaft setzen. Der Gesamt-

⁸ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

⁹ Zur NATO-Ministerratstagung in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

¹⁰ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

tenor des NATO-Kommunikés (der möglicherweise letzten Erklärung der Allianz vor Ankündigung der Stationierung) sollte dem Osten – aber auch unserer Öffentlichkeit – signalisieren, daß er auf der Grundlage der skizzierten westlichen Orientierungslinie mit dem Fortbestehen unserer Bereitschaft zu breit angelegter Zusammenarbeit rechnen kann.

c) In Paris wie auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg (28./30. Mai 1983)¹¹ werden die fortbestehenden Meinungsunterschiede über die West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen kaum gelöst werden können.¹² Sie sollten aber erst recht nicht bei diesen oder bei späteren Treffen auf hoher Ebene ausgetragen werden. Vielmehr sollten diejenigen Punkte betont werden, in denen Einvernehmen bereits besteht oder erreichbar erscheint (stabilisierende Funktion der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die sich allerdings im Rahmen gemeinsamer westlicher Orientierungslinien vollziehen müßte: Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage strikt ausgewogener beiderseitiger Vorteile; volle Berücksichtigung der westlichen Sicherheitsinteressen beim Technologietransfer; wirtschaftliche Vernunft bei der Vergabe von Krediten und Exportgarantien). Signale, die über die hierin ausgedrückten Elemente des Vorteilsausgleiches und der Sicherheitsanfordernisse hinausgehen und restriktive Zielsetzungen gegenüber dem Osten enthalten, sollten vermieden werden. Sie sind mit einer Politik des präventiven Einwirkens auf die SU nicht vereinbar.

d) Polen

Zustandekommen und Verlauf des für den 16./26. Juni 1983 vorgesehenen Papst-Besuchs in Polen sind bis zuletzt nicht abzusehen. Wir müssen interessiert sein, einen positiven Verlauf dieses Schlüsselereignisses zu ermutigen. Wenn der polnische Papst Besuchsdiplomatie, nicht Verweigerung als das geeignete Mittel der Einwirkung auf Polen ansieht, kann das für uns nicht unbeachtlich sein. Umschuldungsgespräche mit Polen, die notfalls abbrechbar sind, sollten gemäß Kabinettsentscheidung vom 30.3. sobald wie möglich beginnen.¹³ Hierfür muß mit Washington gesprochen werden. Nach einem ohne erhebliche Störungen verlaufenden Papst-Besuch käme eine behutsame Wiederaufnahme bilateraler Kontakte im Benehmen mit unseren Verbündeten in Frage (zunächst höhere Beamtenebene, dann Staatssekretärskonsultationen, später Ministergespräch), insbesondere wenn (z. B. am 22.7., dem Nationalfeiertag) das Kriegsrecht aufgehoben werden sollte¹⁴ und wir mit dem Verständnis der Kirche und der polnischen Bevölkerung rechnen können. Wir sollten Warschau zu verstehen geben, daß wir an einer eigenständigen Rolle Polens in Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit interessiert sind. Dagegen sollten wir bei Fortdauer der Repression die interne Entwicklung in der VR Polen nicht gutheißen

¹¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹² Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

¹³ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 49, Anm. 43.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Neukirchen notierte am 6. April 1983, Bundesminister Graf Lambsdorff habe am 30. März 1983 im Bundeskabinett dafür plädiert, „auf die Regierung der USA einzuwirken, daß diese ihre Haltung gegenüber Polen ändere“. Bundesminister Genscher habe eine entsprechende Initiative zugesagt. Vgl. VS-Bd. 13411 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Zur Suspendierung des am 13. Dezember 1981 verhängten Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 3, Anm. 40. Das Kriegsrecht wurde am 22. Juli 1983 aufgehoben.

und den Druck in den internationalen Organisationen nicht plötzlich aufheben. Wir müssen berücksichtigen, daß längerfristig zwischen internem Reformpotential und außenpolitischem Eigenständigkeitswillen gegenüber der SU, der auch bei Teilen der Führung in Warschau bestehen dürfte, Wechselwirkungen bestehen. Im übrigen sollten wir das Reformpotential in Polen durch humanitäre Hilfe, Lebensmittel¹⁵ und Unterstützung der privaten Landwirtschaft (Kirchenprojekt¹⁶) unterstützen; die USA sollten das Futtermittel-Embargo¹⁷ überdenken. – Längerfristig kann der Westen das Reformpotential in Polen nur mit einer Politik der Öffnung und Zusammenarbeit fördern. Die Bundesrepublik Deutschland hat ein besonders Interesse am unbeschädigten Fortgang der deutsch-polnischen Aussöhnung, und zwar auch als notwendige Voraussetzung für einen Zustand des Friedens in Europa, wie er im Brief zur Deutschen Einheit¹⁸ als Ziel genannt wird. Wir müssen damit rechnen, daß in Polen interessierte Kräfte jedes Anzeichen für ein Wiederaufrollen der Frage der Oder-Neiße-Grenze in der Bundesrepublik Deutschland¹⁹ zum Vorwand nehmen werden, um die polnisch-deutsche Aussöhnung zu bremsen und die Schutzmachtfunktion der SU gegenüber der Bevölkerung zu beschwören.

e) Kontakte mit dem Osten auf politischer, aber auch auf hoher Beamtenebene sind nützlich, um unseren Standpunkt zu verdeutlichen und der Öffentlichkeit zu zeigen, daß Dialog und Entspannung nicht gefährdet sind. Besonders wichtige Gelegenheiten:

¹⁵ Zur humanitären Hilfe für Polen vgl. Dok. 49, Anm. 45.

¹⁶ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 49, Anm. 46.

Vortragender Legationsrat von Treskow notierte am 22. März 1983, der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Homeyer, habe am Vortrag mitgeteilt, daß Ministerpräsident Jaruzelski dem Primas von Polen, Glemp, die Zustimmung der polnischen Regierung zu dem Projekt in Aussicht gestellt habe, „sobald einige letzte Probleme von den Experten gelöst worden seien“. Vgl. VS-Bd. 13406 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil hielt am 28. April 1983 über das Gespräch des Ministerialdirektors Pfeffer „mit einer herausragenden polnischen Quelle“ fest, die Verhandlungen über das Landwirtschaftsprojekt würden stagnieren: „Offenbar gebe es Obstruktion in der unteren und mittleren Funktionärsschicht, die nicht daran interessiert sei, den Beweis erbracht zu sehen, daß andere Besseres leisten können als sie selbst.“ Zudem sei „die oberste Führung durch die Funktionäre nicht ausreichend über die Konzeptionen der polnischen Kirche für dieses Projekt unterrichtet worden“. Weiterhin stehe „die Genehmigung der Sowjetunion“ noch aus. Vgl. VS-13406 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁷ Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Polen vgl. Dok. 107, Anm. 12.

¹⁸ Für den Wortlaut der „Briefe zur deutschen Einheit“, die anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 bzw. der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR übergeben wurden, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356, und BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

¹⁹ Vgl. dazu die Äußerungen des Bundesministers Zimmermann vom 29. Januar 1983; Dok. 91, Anm. 12. Gesandter Graf von Brühl, Warschau, teilte am 25. Februar 1983 mit, die Reaktionen der polnischen Regierung und Medien zeigten bei der Bevölkerung Wirkung: „Der Botschaft wurde Besorgnis über die Zukunft der deutsch-poln[ischen] Beziehungen von Exponenten der Opposition, insbesondere aus katholischen Laienkreisen, von kirchlichen Würdenträgern (auch wenn die poln. Kirche eine offizielle Stellungnahme bisher noch nicht abgegeben hat), aber auch von ehemaligen Funktionären der Solidarność vorgetragen [...]. Offensichtlich ist es dem Regime mit seiner Propaganda gelungen, die Abwehrhaltung gegen die sonstige Regimepropaganda in der Bevölkerung durch die Nutzung der Äußerungen des Bundesinnenministers in einem hoch sensiblen Bereich ins Wanken zu bringen. In der Grenzfrage waren und sind sich alle Polen einig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 302; Referat 214, Bd. 133041.

- Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers in Moskau²⁰;
- eventuelle Gespräche von BM beim KSZE-Abschluß in Madrid²¹;
- Besuch von Honecker.²²

Sehr nützlich wäre natürlich ein amerikanisch-sowjetischer Gipfel.

f) Rumänien

Unser Verhältnis zu Bukarest steht unter besonderen Bedingungen. Wir müssen hier auf einer befriedigenden Regelung der Ausreisefrage bestehen. Eine solche Regelung wäre auch im Hinblick auf die Stabilisierung des West-Ost-Verhältnisses insgesamt wünschenswert, ohne jedoch hierfür eine zentrale Rolle zu spielen.

g) Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation

Es könnte nützlich sein, in einer Phase von Auseinandersetzungen über die Sicherheitspolitik möglichst viele andere Bereiche erkennen zu lassen, in denen West und Ost gemeinsame Interessen haben und auch verfolgen. Hierfür bietet sich auch im Hinblick auf das öffentliche Interesse z. B. der Umweltschutz an. Aufgrund der seinerzeitigen Breschnew-Vorschläge²³ hat bereits ein hochrangiges west-östliches Treffen stattgefunden.²⁴ Der Osten hat durch seine spätere Mitwirkung bei der Ausarbeitung der ECE-Konvention über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung²⁵ sein anhaltendes Interesse gezeigt. Die Regelung dieser Konvention sollte weiter ausgebaut werden.²⁶

Bei der Diskussion über die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollten wir darauf achten, daß der Akzent nicht von der Kontinuität im Sinne der stabilisierenden Wirkung auf Restriktionen verlagert wird. (Bei den Arbeiten an der NATO-Studie über die sowjetische Politik²⁷ versuchen die Amerikaner, die Wirtschaftsbe-

²⁰ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²¹ Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich des Außenministertreffens vom 7. bis 9. September 1983 zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf. Vgl. dazu Dok. 258, 262–264.

²² Zur Absage des geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 28. April 1983 vgl. Dok. 123.

²³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, schlug am 9. Dezember 1975 auf dem VII. Parteitag der PVAP in Warschau „die Abhaltung gesamteuropäischer Kongresse oder zwischenstaatlicher Konferenzen über Fragen der Zusammenarbeit im Umweltschutz, bei der Entwicklung des Verkehrswesens und in der Energiewirtschaft“ vor. Vgl. den Artikel „Bündnis der Bruderländer wird immer tiefgreifender“; NEUES DEUTSCHLAND vom 10. Dezember 1975, S. 3 f.

²⁴ Ein hochrangiges Treffen im Rahmen der VN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) fand vom 13. bis 15. November 1979 in Genf statt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1979, S. 710 f.

²⁵ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 374–382.

²⁶ Ministerialdirektor Fischer notierte am 4. Mai 1983, bei der Jahresversammlung der VN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) vom 12. bis 23. April 1983 in Genf seien „eine allgemeine und neun weitere Entschließungen verabschiedet“ worden, darunter allein drei über Umweltfragen: „Für den Osten war die Annahme des Aufrufs zur Reduzierung von Schwefelemissionen wegen voraussehbarer finanzieller Lasten äußerst schwierig. Erst nach Einholen von neuen Weisungen willigte der Osten kurz vor Konferenzschluß in eine solche Absichtserklärung ein. Er ermöglichte damit ein wichtiges Konferenzergebnis. Die beiden anderen Entschließungen aus dem Umweltbereich behandeln allgemeine Umweltfragen und die grenzüberschreitende Wasserverschmutzung der Mittelmeerländer.“ Vgl. Referat 401, Bd. 174666.

²⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 14. April 1983 zur Studie „Soviet Policy Trends and their Implications“, daß der Internationale Stab der NATO „auf der Grundlage nationaler Beiträge, eines eigenen ersten Arbeitsentwurfs und einer ersten mündlichen Diskussion in Brüssel einen umfassenderen weiteren Entwurf für die Studie vorbereitet“ habe, der sich in

ziehungen ganz auszuklammern, während sie die Menschenrechtspolitik stark in den Vordergrund rücken.)

Tendenzen osteuropäischer Länder zur individuellen Kooperation mit der EG (z.B. ungarische Initiative zu Vertragsverhandlungen mit der EG)²⁸, internationalen Institutionen (z.B. Beitrittswünsche Ungarns²⁹ und Polens³⁰ zum IWF) und mit internationalen Organisationen (allerdings keine Unterstützung des sowjetischen Wunsches nach Beobachterstatus im GATT, da von ihm negative, politisierende Auswirkungen zu erwarten wären)³¹ sollten soweit wie möglich unterstützt werden.

h) Deutschlandpolitik

Wir sollten, auch im Zusammenhang mit einem Besuch Honeckers, alle im Rahmen des Grundlagenvertrages³² vorgesehenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit soweit wie möglich nutzen, unsere humanitären Anliegen (Mindestumtausch³³, Reiseerleichterungen) aktiv verfolgen und auch den Dialog über außenpolitische Themen fortsetzen. Konkrete Ansätze gibt es im Bereiche der kulturellen Zusammenarbeit³⁴ und des Umweltschutzes³⁵. Die Vereinbarung der

Fortsetzung Fußnote von Seite 538

folgende Hauptpunkte gliedert: „Bestandsaufnahme der sowjetischen Innen- und Außenpolitik, künftige Tendenzen der sowjetischen Innen- und Außenpolitik, Implikationen für die Allianz und Schlußfolgerungen“. Braunnühl zog das Fazit, es handle sich um „ein nüchternes und realistisches Papier, das in den wesentlichen Punkten unsere Sicht der sowjetischen Politik widerspiegelt“. Vgl. VS-Bd. 13390 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

Für die Studie CM(83)16 vom 19. Mai 1983 vgl. VS-Bd. 13364 (212).

28 Zu den Bemühungen Ungarns um ein Handelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 50.

29 Ungarn stellte am 4. November 1981 einen Antrag auf Mitgliedschaft im IWF. Referat 412 vermerkte am 12. Dezember 1983: „1) Ungarn ist seit dem 6. Mai 1982 IWF-Mitglied. (Antrag war seinerzeit fast gleichzeitig mit Polen, das noch nicht Mitglied ist, gestellt worden.) 2) Am 8. Dezember 1982 genehmigte das IWF-Exekutivdirektorium ein 13-monatiges Bereitschaftskreditabkommen mit Ungarn in Höhe von 475 Mio. SZR (126,7 % der Quote; 1 SZR = rd. 1 Dollar).“ Am selben Tag habe das IWF-Exekutivdirektorium zudem „eine ungarische Ziehung in der sog. kompensatorischen Finanzierungsfazilität für Exporterlösausfälle in Höhe von 72 Mio. SZR“ gebilligt. Vgl. Referat 412, Bd. 130577.

30 Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 49, Anm. 49.

31 Ministerialdirektor Fischer notierte am 8. Februar 1983: „Die Sowjetunion hat im Dezember 1982 das GATT-Sekretariat und die wichtigsten Mitglieder der Organisation (darunter die USA, uns wie auch die Genfer EG-Vertretung) von ihrer Absicht unterrichtet, einen Beobachterstatus beim GATT zu erlangen. Im Rahmen ihrer Sondierungen hat sie den Schritt wie folgt erläutert: ausschließlich handelspolitische Motivation; Beobachterstatus sei Endziel, nicht Vorstufe zu späterem Beitritt; Moskauer Grundsatzbeschluss liege vor, jedoch keinerlei Zeitdruck.“ Vgl. Referat 411, Bd. 144384.

Am 3. März 1983 stellte Fischer fest, „daß mit einem offiziellen sowjetischen Schritt in nächster Zukunft noch nicht zu rechnen ist. Wegen internen Meinungsverschiedenheiten soll noch keine definitive Regierungsentscheidung über die Form der Zusammenarbeit mit dem GATT getroffen sein, wobei aber auch ein Antrag auf Vollmitgliedschaft nicht ausgeschlossen wird. Zum anderen besteht unter den wichtigsten westlichen Handelsnationen (USA, Japan, EG, auch nordische Staaten) weitgehendes Einverständnis, daß eine Beobachterrolle Moskaus unerwünscht ist.“ Vgl. Referat 411, Bd. 144384.

32 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

33 Zur Erhöhung des Mindestumtauschs durch die DDR am 9. Oktober 1980 vgl. Dok. 11, Anm. 18.

34 Zu den Verhandlungen mit der DDR über ein Kulturabkommen notierte Vortragender Legationsrat von Berg am 26. Juli 1983: „Zwischen November 1973 und Oktober 1975 fanden fünf Verhandlungsrunden statt. Die Gespräche führen sich fest, weil die DDR Herausgabeansprüche auf zahlreiche Kunstwerke der ‚Stiftung Preußischer Kulturbesitz‘ geltend machte. Bei dem Besuch von StM Wischniewski (September 1982) schlug Generalsekretär Honecker vor, diese Problematik auszuklammern und Kulturverhandlungen wieder aufzunehmen. Eine erste Verhandlungsrunde sollte

Mitversorgung Berlins aus der neuen sowjetischen Erdgasleitung³⁶ setzt ein Vorzeichen politischer Stabilisierung über den möglichen Stationierungsbeginn bei INF hinaus.

Die deutschlandpolitischen Streitfragen sollten wir im Interesse der Förderung unserer Wünsche im humanitären Bereiche und einer positiven Entwicklung im Sinne unserer nationalen Zielsetzung ohne Abstriche in unserer bekannten Grundposition mit Behutsamkeit behandeln. Auch könnte ein Wiederaufleben der „querelles allemandes“ in der internationalen Diskussion und in den multi-lateralen Organisationen nicht in unserem Interesse liegen.

³⁷i) Funktion der Rüstungskontrollverhandlungen

– INF

Die SU scheint derzeit noch nicht bereit, einer Zwischenlösung zuzustimmen und dadurch die von ihr bekämpfte Nachrüstung, wenn auch in einem reduzierten Umfange, hinzunehmen.

Sie wird stattdessen ihre Taktik fortsetzen, die westliche Verhandlungsposition am Verhandlungstische und gleichzeitig in der Öffentlichkeit anzugreifen. Mit substantieller sowjetischer Bewegung kann voraussichtlich erst im Herbst gerechnet werden. Die Allianz sollte darauf vorbereitet sein.

Angesichts des starken Interesses der Menschen in Europa an einer Fortsetzung einer realistischen Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik wird es darauf ankommen, die Öffentlichkeit von der Ernsthaftigkeit der westlichen Verhandlungskonzepte in den verschiedenen Verhandlungsforen zu überzeugen, um dadurch deutlich zu machen, daß die gemäß dem Doppelbeschluß beginnende Dislozierung westlicher Systeme keineswegs zu einer Vernachlässigung des sicherheitspolitischen Dialoges mit dem WP führen wird.

Es dürfte sich empfehlen, für den Herbst 1983/Anfang 1984 eine Reihe von westlichen Initiativen in Erwägung zu ziehen, um die aktive Rolle des Westens in der Rüstungskontrolle zu unterstreichen. Dies würde es der SU erschweren, mangelnde Verhandlungsfortschritte dem Beginn der INF-Stationierung in Westeuropa anzulasten.

– START

Auch bei den START-Verhandlungen könnte ein weiterführender amerikanischer Vorschlag, etwa bei den nuklearen vertrauensbildenden Maßnahmen, den Ernst des Westens bei dem Bemühen um konkrete Verhandlungsergebnisse unterstreichen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 539

in der zweiten Hälfte Februar 1983 stattfinden (mit Expertengesprächen ggf. zwischen den Verhandlungsrunden). Trotz mehrfacher Nachfrage in den vergangenen Monaten ist die DDR jedoch nicht bereit gewesen, Verhandlungen zu beginnen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132728.

³⁵ Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Fragen des Umweltschutzes vgl. Dok. 229, besonders Anm. 12–17.

³⁶ Am 31. März 1983 wurde in der Presse berichtet, daß am Vortag zwischen der sowjetischen Außenhandelsorganisation Sojuzgazexport, dem Kombinat Verbundnetze Energie der DDR und der Ruhrgas AG, Essen, ein Abkommen unterzeichnet worden sei, demzufolge Berlin (West) ab 1. Oktober 1985 Erdgas aus der Sowjetunion erhalten werde: „Damit wird Westberlin wenigstens indirekt auch an das mitteleuropäische Erdgas-Verbundnetz angeschlossen. Die volle Liefermenge von 650 Mill. Kubikmeter Erdgas, die 10 % des Primärenergiebedarfs des westlichen Teils der alten Reichshauptstadt entspricht, soll 1988 erreicht sein. Der Vertrag läuft bis 2008.“ Vgl. den Artikel „West-Berlin wird dem Erdgasnetz angeschlossen“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 31. März 1983, S. 31.

³⁷ Beginn der Seite 12 der Vorlage. Vgl. Anm. 39.

– ³⁸MBFR

Bei den MBFR-Verhandlungen könnten sich in den nächsten Monaten Möglichkeiten für die Lösung des zentralen Daten/Verifikationsproblems und damit für entscheidende Verhandlungsfortschritte ergeben. Bei der Nutzung des sich abzeichnenden Bewegungsspielraumes würde uns aufgrund unserer konzeptionellen Vorarbeiten eine wichtige Rolle zukommen. Ein sichtbarer Erfolg gerade in diesem seit langem stagnierenden Bereiche der Rüstungskontrolle würde besonders eindrucksvoll zeigen, daß die Stationierung den Ost-West-Dialog nicht unterbricht.

Die Ausführungen über die Rüstungskontrolle (S. 12/13)³⁹ beruhen auf einem Beitrag von 2A, die zur Wirtschaftspolitik auf einem Beitrag von Unterabteilung 42.

Pfeffer

VS-Bd. 13364 (212)

105

Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze an die Botschaft in Paris

212-341.75 USA-795/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2249 Plurez
Citissime nachts

Aufgabe: 18. April 1983¹

Betr.: Madrider KSZE-Folgetreffen;
hier: Brief BM an AM Shultz vom 6.4.1983

Bezug: Telefonat BM–AM Cheysson vom 18.4.1983

In einem Telefongespräch mit AM Cheysson vom 18.4., 11.15 Uhr, hat Bundesminister AM Cheysson zugesagt, seinen Brief an AM Shultz vom 6.4.1983 so schnell wie möglich zu übermitteln. Text des Briefes folgt als Anlage 1. Er sollte unverzüglich im Quai an geeigneter Stelle zusammen mit Anlage 2 (Argumentation BK/BM zu KAE/KSZE, beide so in Washington benutzt²) übergeben werden. Französische Höflichkeitsübersetzung der Anlage 2 wird empfohlen, An-

³⁸ Beginn der Seite 13 der Vorlage. Vgl. Anm. 39.

³⁹ Vgl. Anm. 37 und 38.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Dreher konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 18. April 1983 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

lage 1 sollte der Schnelligkeit halber in der übermittelten englischen Fassung übergeben werden.

[gez.] Joetze

Anlage 1

Dear George,

You are familiar with the special interest that the Government of the Federal Republic of Germany has in an early, positive conclusion of the Madrid follow-up meeting. The meeting was adjourned on 25 March for three weeks. During this break the West will elaborate a joint negotiating position for the next phase.

It is true that in their new draft final document dated 15 March³ the neutral and non-aligned countries have taken account of some of our concerns only insufficiently or not at all, but on the whole the draft does greater justice to Western interests than Eastern ones. The passage on the mandate for a CDE⁴ only needs few additional clarifications. The establishment of a meeting of experts on human rights, which had previously been constantly rejected by the Soviet Union, is now assured. Progress in the „human dimension“ has to be measured in terms of the fact that the CSCE process set in motion a long-term development, which we can advance only gradually. Seen from this angle, the progress achieved in the „human dimension“ is not an insignificant gain compared with the Helsinki Final Act⁵. Further standards have been set by which to gauge the future conduct of communist countries.

The negotiations in Madrid are now rapidly reaching the stage where we will have attained the greatest progress possible and forced the East onto the defensive. We must take advantage of this juncture at which the Soviet Union may be prepared to make further concessions. We shall not be able to count on further improvements to the final document if further delay is allowed to occur.

Until now the West has managed to keep the neutral and non-aligned countries on its side. They are, however, becoming increasingly impatient and are urging an early conclusion of the meeting. They should not be discouraged by a rejection of their revised draft. It is hardly likely that they would submit a third draft, at least not in the near future. We must, moreover, prevent the impression being created in any of those countries and among our own public that the Madrid meeting is foundering on Western inflexibility.

With its negotiating position the West should make it clear during the next phase that it is serious about wanting to develop substantive and balanced East-West-relations, as stated in the Bonn Declaration of June 1982⁶. Madrid is an important forum to demonstrate once more that the West is the driving force in

³ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

⁴ Zum Stand der Verhandlungen über ein KAE-Mandat vgl. Dok. 76, Anm. 23.

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

the efforts for safe-guarding peace, for confidence-building and for arms control. This applies particularly at this important juncture for the future development of East-West-relations, where it is essential for the Alliance to stand by the NATO two-track decision. A successful outcome of the Madrid meeting would make it easier to secure even greater public understanding for the West's firm and patient attitude at the Geneva negotiations as well, which are much more difficult and even more important. The Soviet assertion made for propaganda reasons that implementation of the NATO two-track decision would seriously strain East-West-relations could be convincingly countered by pointing out that in Madrid the West wrought from the Soviet Union its consent to a CDE, to further follow-up meetings and to a number of expert meetings.

The draft by the neutral and non-aligned countries affords a framework for keeping the CSCE process alive and for making the Soviet Union answer every three years for its behavior in honouring the pledges entered into and for wringing further concessions from it in the fields of importance to us. In this manner the West can constantly keep the Soviet Union under pressure. The follow-up meeting in Vienna in 1986 envisaged by the neutral and non-aligned countries and the meetings proposed to be held before then, e.g. the „anniversary meeting“ intended to be convened in Helsinki in 1985⁷, afford us effective means to this end. The West should take advantage of this leverage for obtaining moderation.

An early conclusion of the Madrid meeting is possible, I feel. We should not miss this opportunity. The West must proceed cautiously and realistically in deciding on the additional wishes with which it intends to enter the final round of the negotiations. We are prepared to focus attention during this round in a meeting of experts on human contacts, which would deal with the fate not only of Jews but in particular of Germans.

We realize that success can be achieved in Madrid only if the cohesion of the Allies remains as close as hitherto. I would therefore be grateful to you if you could take account of these considerations, which are basically shared by my nine colleagues in the European Community, in your instructions for the on-going consultations within the Alliance.

Yours sincerely
gez. Hans-Dietrich Genscher⁸

⁷ Am 1. August 1985 fand in Helsinki eine Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 statt.

⁸ Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 7. April 1983: „Bei Übergabe des Schreibens des Bundesministers an AM Shultz am 6.4. im State Department an Dobbins äußerte dieser auf Frage nach dem Gang der amerikanischen Entscheidungsfindung, zwischen den beteiligten Häusern bestehe nach seinem Eindruck Einvernehmen, daß der revidierte N+N-Vorschlag für die USA nicht annehmbar sei. Es sei dabei noch nicht sicher, ob vor der Wiederaufnahme des Folgetreffens nach der Osterpause eine Entscheidung des Präsidenten erbeten werden müsse. Die vorliegende Weisung des Präsidenten vom Vorjahr ermögliche der Administration entweder einen Abschluß des Madrider Folgetreffens bei Erfüllung aller westlichen Zusatzforderungen oder, falls dies nicht realisiert werden könne, einen Abschluß ohne Schlußdokument zu Substanzfragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1536; Referat 212, Bd. 133490.

Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 13. April 1983, der amerikanische Außenminister Shultz habe am 13. April 1983 das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 6. April 1983 beantwortet: „Der Brief von AM Shultz ist relativ kurz und betont sachlich. Er geht auf die Argumentation

Folgt Anlage 2

Die Chance bestehe, in Genf bei den INF-Verhandlungen ein Zwischenergebnis zu erhalten. Dies bedeute aber, daß in diesem Jahr stationiert werden müsse, und es sei wichtig, am Zeitplan festzuhalten. In dieser Situation sei es von großer psychologischer Bedeutung, sich in Madrid jetzt auf ein substantielles Ergebnis zu einigen. Zusammen mit Fortschritten im Bereich der Menschenrechte müsse eine KAE beschlossen werden können. Wenn die KAE im Herbst dieses Jahres beginne, werde dies bedeuten, daß sich die Sowjetunion in der Lage finde, beim Beginn der Stationierung entweder die KAE scheitern zu lassen und sich dann ins Unrecht zu setzen oder aber an der KAE festzuhalten und damit zu zeigen, daß der Ost-West-Prozeß auch angesichts der INF-Stationierung weitergehe. Die amerikanische Regierung möge diese psychologische Möglichkeit stärker sehen.

Bei der Bedeutung der INF-Problematik dürfe man nicht zu viele zusätzliche Schauplätze eröffnen. Deshalb sei es wichtig, in Madrid zu einem Ergebnis zu kommen. Eine KAE sei entscheidend dafür nachzuweisen, daß der Ost-West-Dialog trotz Stationierung weitergehe. Was die Menschenrechte angehe, dürfe man nicht übersehen, was erreicht worden sei. In dem N+N-Papier sei z.B. das Expertentreffen über Menschenrechtsfragen fest verankert. Wir dürften auch nicht übersehen, daß viele Fragen nur schrittweise und in kommenden Jahren gelöst werden können, besonders für die Fragen, die systemimmanent sind. Der Vorschlag der N+N-Staaten sei eine Basis, um noch für Ende 1983 eine KAE beginnen zu können. Dies kräftige den Prozeß, der es erlaube, später Fortschritte zu machen, wo Madrid noch nicht weitergeführt habe.

VS-Bd. 13368 (212)

Fortsetzung Fußnote von Seite 543

des BM-Briefes nur in geringem Umfang ein und wiederholt in dezidierte Form die amerikanische Linie, wie sie uns seit Ende März wiederholt signalisiert worden ist und die zum Brief des Herrn BM an AM Shultz geführt hat.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133490.

106

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Schlüter

VS-NfD

19. April 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Schlüter am Dienstag, dem 19. April 1983, 11.15 Uhr bis 14.15 Uhr (ab 13.00 Uhr während des Mittagessens)²

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: BM Genscher und AM Ellemann-Jensen, Botschafter Jestaedt und Botschafter Dr. Fischer, StM im Außenministerium Jørgensen, UnterStS im Amt des Ministerpräsidenten Gottlieb, MDg Dr. Zeller und ein dänischer Dolmetscher.

Nach Begrüßungsworten auf beiden Seiten berichtet der *Bundeskanzler* auf Bitte des dänischen Ministerpräsidenten über seine Gespräche in den USA.³

Er berichtet einleitend über die Umstände der Einladung, die Gesprächspartner, die vorzügliche Atmosphäre des Besuchs und erwähnt insbesondere auch die erfolgreiche Veranstaltung im Senat.⁴

Die Gespräche hatten zwei Themenbereiche: Williamsburg⁵ und Abrüstungsfragen.

Zu Williamsburg: Man wolle Versailles⁶ nicht wiederholen. Das sei nicht nur seine und Präsident Reagans Auffassung, sondern auch die Mitterrands, Fanfanis und von Frau Thatcher. Man wolle ein gutes Arbeitsklima schaffen und nicht eine große Veranstaltung.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 25. April 1983 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Ploetz am 25. April 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178875.

² Ministerpräsident Schlüter hielt sich am 19. April 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

⁴ Am 15. April 1983 führte Bundeskanzler Kohl ein Gespräch mit 47 Senatoren in Washington. Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, notierte am 18. April 1983, Kohl habe Stellung genommen „zum allgemeinen Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen, zur Bedeutung der Nordatlantischen Allianz, zur Situation der Bundesrepublik Deutschland nach den Bundestagswahlen, zu den Ost-West-Beziehungen, zum Stand und zur Bewertung der INF-Verhandlungen und des KSZE-Folgetreffens in Madrid. Die Ausführungen des Bundeskanzlers wurden mit außergewöhnlicher Zustimmung aufgenommen. Demonstrative Gesten der Senatoren, die dem BK mehrmals stehend applaudierten, bezeugten die hohe persönliche Wertschätzung, die der Bundeskanzler genießt, und die Bedeutung, die die Senatoren der Politik der Bundesregierung beimessen. Senator Helms äußerte sich am Rande des Zusammentreffens, daß dies der eindrucksvollste Besuch im Capitol gewesen sei, den er erlebt habe.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135227.

⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁶ In Versailles fand vom 4. bis 6. Juni 1982 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 180.

Der Präsident will einen Erfolg. Ihm geht es wie uns darum, daß von Williamsburg eine Botschaft des Vertrauens für die Weltwirtschaft ausgeht, die unter Rezession, Arbeitslosigkeit und Überschuldung leidet.

Bundeskanzler berichtet in diesem Zusammenhang über den Besuch des Weltbankpräsidenten Clausen⁷ und den Meinungsaustausch über Nord-Süd-Fragen.

Die Presseberichte über den Ost-West-Handel als Hauptthema von Williamsburg seien falsch. Gewiß habe man in der Vergangenheit in den Ost-West-Handelsfragen Fehler gemacht und nicht genügend darauf geachtet, daß sensitive Güter von der Sowjetunion ferngehalten würden. Der Wunsch der USA sei deshalb verständlich, wobei auch sensitive Güter aus den USA, allerdings über dritte Länder, in die Sowjetunion gelangt seien. Jedenfalls bestehe mit dem Präsidenten Einigkeit, daß dieses Thema kein Tagesordnungspunkt von Williamsburg sein werde. Es werde einen kurzen Bericht über den Stand der Arbeit in den beschlossenen Arbeitsgruppen⁸ geben. Diese sollten ihre Überlegungen erst gegen Ende des Jahres abschließen, wenn man übersehen könne, was in Genf erreicht worden ist, und dann auch die Folgen sichtbar würden.

In Williamsburg werde man auch über die Beziehungen zu Japan sprechen. Dabei sei auch die strategische Dimension, d.h. die Bedrohung durch SS-20 und die japanische Reaktion hierauf von Bedeutung. Es gehe nicht an, daß die Japaner nur gute Geschäfte machten. Bundeskanzler hofft auf einen Erfolg von Williamsburg, an dem auch Präsident Reagan sehr interessiert ist.

Ihm sei von dritter Seite berichtet worden, daß der Präsident wahrscheinlich wieder kandidieren wolle.⁹ Er hat Erfolge aufzuweisen bei der Inflationsbekämpfung und auch beim wirtschaftlichen Aufschwung. Dies werde nächstes Jahr deutlicher werden. Er hat freilich Probleme mit seiner Sicherheitspolitik. Die Friedensdiskussion sei in den USA voll im Gange.

In der Nahost-Frage sei er nicht bereit aufzugeben. Er werde sich im Zusammenwirken mit den Saudis um Klärung bemühen.

Bei einer erneuten Kandidatur sei die Nahost-Frage auch von erheblicher Bedeutung.

Große Sorgen bereite ihm die Entwicklung in Mittelamerika.

Über Genf habe man intensiv und lang gesprochen. Beide Seiten nehmen den Doppelbeschluß wörtlich. Präsident Reagan sei im Verhandlungsteil sehr engagiert. Für ihn sei dies eine schicksalhafte Frage.

Er sei ein pragmatischer Politiker, aber mit einem sehr klaren Werteverständnis; persönlich sehr warmherzig.

Er sei jetzt noch deutlicher und intensiver der Präsident als in den ersten zwei Jahren.

⁷ Bei seinem Besuch vom 17. bis 19. April 1983 in der Bundesrepublik erörterte der Präsident der Weltbank, Clausen, am 18. April 1983 mit Bundeskanzler Kohl Fragen eines liberalen Welthandelsystems, die Entwicklungshilfepolitik, den Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg sowie die Arbeit der Weltbank. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 400, Bd. 144125.

⁸ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

⁹ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt.

Wenn er sich zur Wiederwahl stellt, so werde er dann 74 Jahre alt sein. Der Vizepräsident habe dann besondere Bedeutung. Bush habe eine sehr intensive und funktionierende sachliche und menschliche Beziehung zu dem Präsidenten. Im Gegensatz zu dem Bild, das man zuweilen von ihm bei uns hat, sei er ein atlantischer Intellektueller.

Zu INF sei zu bemerken, daß der amerikanische Vorschlag¹⁰ jetzt konkretisiert werden müsse. Die Null-Lösung bleibe die beste Lösung. Aber wenn sie nicht erreichbar sei, so verfolge der Präsident keine Politik des Alles oder Nichts. Er akzeptiere auch eine Zwischenlösung.

Die Meinungen über den Erfolg der Verhandlungen seien auch in den USA geteilt. Er habe Gesprächspartner gefunden, die an den Erfolg glaubten, aber auch solche, die wirklich pessimistisch sind.

Ein Punkt sei in den Gesprächen etwas kontrovers angesprochen worden, nämlich die KSZE Madrid.

Das amerikanische Engagement für die Menschenrechte entspreche einer großen amerikanischen Tradition. Wir sollten hier nicht arrogant sein, sondern das amerikanische Engagement, das ja auch dem unseren entspricht, begrüßen.

Das Dokument der N+N-Staaten liegt vor¹¹, das unsere Anliegen mehr berücksichtigte als die der Sowjetunion. Wir haben der amerikanischen Seite geraten abzuschließen. Nur so erhalten wir uns die Plattform auch für unsere Menschenrechtsforderungen. Hinzu kommt, daß es sehr günstig wäre, wenn die KAE gegen Jahresende, d. h. zum voraussichtlichen Stationierungszeitpunkt, eröffnet werden könnte. Die Sowjetunion könnte dann im Falle einer Stationierung eine solche Konferenz platzen lassen, was ihr sehr zum Nachteil gereichen würde, oder sie könnte hingehen. Wenn sie hingeht, so würde dies zeigen, daß in Abrüstungsfragen eben keine tabula rasa entstanden ist.

Unsere amerikanischen Gesprächspartner haben diese Argumente sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen und werden sie bedenken.

In der Stationierungsfrage geht es entscheidend darum, ob wir Deutsche zum Doppelbeschluß fest stehen oder nicht. Sollten wir umfallen, so auch Italien.

BM Genscher wirft ein, daß die Pershing nur bei uns stationiert werde.

Bundeskanzler bekräftigt sehr nachdrücklich, daß wir zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses stehen, zum Verhandlungsteil wie zum Stationierungsteil. Wenn notwendig, so werden wir auch stationieren, und dies innerhalb des festgelegten Zeitplans.¹² Für die USA ist dies ein wichtiger Punkt.

Ohne vorhergehende Wahl¹³ wäre es für die Bundesregierung schwierig gewesen, diese Entscheidung mit der notwendigen moralischen Legitimation durchzustehen; sie wäre jedenfalls bestritten worden.

¹⁰ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

¹¹ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

¹² Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹³ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

Bundeskanzler rechnet mit schweren Auseinandersetzungen im Herbst. Er sieht auch keinerlei Chance mehr, Unterstützung von der Opposition zu erhalten. Er als Oppositionsführer habe die Regierung in ihrer Politik nach Afghanistan unterstützt. Jedenfalls verfechten die augenblicklichen Wortführer der SPD die andere Linie. Wer in der SPD anders denkt, meldet sich nicht zu Wort; auch Helmut Schmidt meldet sich nicht zu Wort. Willy Brandt werde alles tun, um vom Doppelbeschluß herunterzukommen.

Draußen im Land gibt es eine kräftige Bewegung gegen den Doppelbeschluß. Sie sieht sehr buntscheckig aus, und ihre Anhänger lassen sich nicht in einen Topf werfen. Bundeskanzler erläutert das Phänomen der Grünen und der Pazifisten. Hinzu kommt, daß für die Kampagne gegen den Doppelbeschluß 70 Mio. DM in einem Jahr aus der DDR hierher geflossen sind. Das ist eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt, daß CDU und SPD zusammen für den Wahlkampf nicht mehr als 60 Mio. DM ausgegeben haben.

Bundeskanzler erläutert auch die Rolle der Kirchen. In der katholischen Kirche haben die Bischöfe ein vernünftiges Papier produziert.¹⁴ Sie können damit, seiner Einschätzung nach, auch mit Rückhalt in Rom rechnen. Die protestantische Kirche hingegen befinde sich in einer schwierigen Lage, insbesondere wegen der Position, die viele der jüngeren Pfarrer einnehmen. Sie genießen dabei alle Vorteile einer freien Gesellschaft, einschließlich eines guten Gehalts.

Hieran schließt der Bundeskanzler einige Erläuterungen über die gesellschaftlichen Positionen von Protestanten und Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland in der Geschichte und heute.

Er erwähnt in diesem Zusammenhang auch die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten und würde es für eine gefährliche Entwicklung halten, wenn diese auf die Demokratische Partei übergriffe.

Bundeskanzler berichtet, daß GS Andropow ihn zu einem Besuch nach Moskau eingeladen habe. Er wolle in der ersten Juli-Woche dorthin fahren und unmißverständlich erläutern, wo wir stehen.¹⁵ Dabei seien die beiden wichtigsten Punkte der Zeitplan und die Stationierung von Pershing II.

Dies habe er auch gestern in seinem Telefonat mit GS Honecker empfunden. Der Bundeskanzler berichtet hier detailliert über den Fall Burkert und seine Bewertung nach den bisher vorliegenden gerichtsmedizinischen Gutachten. Der Fall sei für ihn sehr gravierend, da es der erste Zwischenfall auf einer garantierten Zufahrtsstraße war. Er habe deshalb GS Honecker angerufen und um volle Aufklärung gebeten.¹⁶

¹⁴ Zum Hirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz vom 18. April 1983 vgl. Dok. 98, Anm. 13.

¹⁵ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹⁶ Am 10. April 1983 starb der 45jährige Transitreisende Rudolf Burkert während einer Vernehmung am Grenzkontrollpunkt Drewitz an einem Herzinfarkt. In der Presse wurde darauf hingewiesen, daß der Verstorbene Kopfverletzungen unklarer Ursache gehabt habe. Vgl. dazu den Artikel „Bundesbürger bei Vernehmung durch DDR-Grenzorgane plötzlich gestorben“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18. April 1983, S. 1.

Im Telefongespräch am 18. April 1983 teilte Bundeskanzler Kohl dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, mit, daß dem Obduktionsbericht zufolge die Verletzungen von Burkert nicht allein Folge eines Sturzes nach Herzversagen sein könnten, sondern „daß eindeutig Gewalt vorliegen muß, und zwar mehrfach“. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 113.

Ein Besuch Honeckers bei uns bleibe möglich, vorausgesetzt, daß man sich vorher verständigt.¹⁷

Die Ost-West-Beziehungen sind zur Zeit sehr in Bewegung. In dieser Lage sei es wichtig, daß die Amerikaner voll die Psychologie der Europäer verstehen.

MP *Schlüter* dankt für die Ausführungen des Bundeskanzlers.

Die Ost-West-Beziehungen beurteile er grundsätzlich wie der Bundeskanzler. Es gebe keine Alternative zur Entspannung auf der Basis der erforderlichen Sicherheit. Das Verhältnis zwischen USA und Sowjetunion sei entscheidend. Welcher andere europäische Staatsmann könne dies besser als der Bundeskanzler den USA verständlich machen.

Er begrüßt den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in Moskau. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West, der Handel, seien stabilisierende Elemente, auch politisch. In der Sache habe der Außenhandel für die Sowjetunion relativ geringe Bedeutung, Lebensmittellieferungen vielleicht aufgenommen. Es sei in der Tat klug, wenn das Thema Ost-West-Handel nicht zu einem Hauptthema in Williamsburg werde.

Hier wirft der *Bundeskanzler* ein, daß sich bei einer Verhärtung der Lage die Frage Ende des Jahres neu stellen könnte.

BM *Genscher* bemerkt, daß wir die Option Wirtschaftsbeziehungen gegenüber der Sowjetunion auch deshalb aufrechterhalten müßten, um für sie einen gewissen Anreiz zu bieten. Stabilisierende Elemente seien gerade dann notwendig, wenn es zu einer Stationierung kommen sollte. Diese Überlegung sei auch in Washington gehört worden. Nach Meinung von MP *Schlüter* sollte Hauptthema in Williamsburg der Welthandel und die engere Zusammenarbeit unter den Industrienationen, d.h. zwischen Europa, Amerika und Japan sein. Wichtig seien auch die Währungsfragen, d.h. die Fragen soliderer Wechselkurse.

Die INF-Verhandlungen seien in der Tat die größte politische Angelegenheit des Jahres. Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich vor allem außenpolitisch, in Dänemark innenpolitisch. Dabei spiele es eine Rolle, daß seine Regierung nicht die Mehrheit im Parlament habe.¹⁸ Auch er habe die Erklärung Reagans (zur Zwischenlösung) mit großer Befriedigung aufgenommen. Sie zeige, daß die Amerikaner auf ihre europäischen Freunde hören wollten. Die Einhaltung des Zeitplans sei in der Tat wichtig; und wie könnte man glauben, daß nächstes Jahr irgend etwas leichter wäre. Die Chancen in Genf müßten voll genutzt werden.

¹⁷ Zur Absage des geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 28. April 1983 vgl. Dok. 123.

¹⁸ Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Jørgensen am 2. September 1982 wurde am 10. September 1982 eine weitere Minderheitenregierung gebildet. Referat 204 notierte am 8. April 1983: „Die Minderheitenregierung Schlüter ist in einer schwierigen innenpolitischen Situation, die ihre Schatten sowohl auf EG- wie auf NATO-Fragen wirft. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem Außenpolitischen und dem Marktausschuß des Folketings zu. Beide Gremien, die nicht mit einem Bundestagsausschuß verglichen werden können, wirken bereits während des Entscheidungsprozesses der Regierung auf diese politisch ein. Dabei kann eine Ausschlußmehrheit eine außenpolitische Linie festlegen, die den Intentionen einer Minderheitenregierung entgegengesetzt ist und diese vor die Alternativen Nachgeben oder Abstimmungsniederlage im Parlament stellt.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135238.

Die Politik seiner Regierung sei wegen der Mehrheitsverhältnisse im Parlament von den dänischen Sozialisten abhängig, die sich wiederum nach anderen Sozialdemokraten in Europa richten würden.

In der Frage der dänischen Beteiligung an den Infrastrukturkosten habe er bis jetzt im Parlament verhindern können, daß das Prinzip der dänischen Zustimmung zum Doppelbeschluß in Frage gestellt worden sei.¹⁹ Er werde seinerseits auch alles tun, damit es nicht zu einer Änderung der dänischen Position kommt.

Auf eine Frage des *Bundeskanzlers*, an wem die dänischen Sozialdemokraten sich vor allem ausrichteten, entgegnet MP *Schlüter*, an den norwegischen und deutschen Sozialdemokraten.

Bundeskanzler bedauert, daß sie sich nicht nach Präsident Mitterrand richten.

Schlüter hält Neuwahlen in seinem Lande für möglich, obwohl er dies eigentlich nicht will. Es würde sehr stark auch eine Raketenwahl, was zu bedauern wäre. Die Hauptaufgabe für seine Regierung sieht er in der Wiedergesundung der dänischen Wirtschaft. Daher hoffe auch die große Mehrheit der Bevölkerung, daß es seiner Regierung gelingen werde, sich an der Macht zu halten.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß im Prager Kommuniqué der WP-Staaten²⁰ Gromykos Ablehnung einer Zwischenlösung²¹ nicht enthalten sei. Grund dafür sei, daß es keine Einigkeit unter den WP-Staaten gegeben habe. Er verweist auf sein kürzliches Gespräch mit dem rumänischen Außenminister, dem er entnommen habe, daß nicht nur Rumänien allein, sondern auch andere die Option Zwischenlösung offenhalten wollten.²² Daraus könne man den Schluß ziehen, daß die Meinungsbildung im Warschauer Pakt noch nicht abgeschlossen sei.

Im übrigen, so auch die Beobachtung anderer (Tindemans), könne man in Moskau ein erhebliches Interesse an dem erfolgreichen Abschluß der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid erkennen. Man müsse die stabilisierenden Effekte von Madrid nutzen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach der sicherheitspolitischen Position Schwedens und Norwegens entgegnet MP *Schlüter*, daß Hauptthema die KWFZ sei. Schweden habe hier eine eigene Initiative vorgelegt.²³ In dieser Frage bestehe zwischen Dänemark und Schweden keine Übereinstimmung; die schwe-

¹⁹ Referat 201 vermerkte am 9. Mai 1983: „Die in Opposition befindlichen dänischen Linksparteien (Sozialistische Volkspartei und Linkssozialisten) haben am 6.4. im Folketing einen Resolutionsentwurf zum NATO-Doppelbeschluß eingebracht. Er fordert den Verzicht auf eine westliche Nachrüstung bei gleichzeitiger Hinnahme einer nicht näher definierten Anzahl sowjetischer SS-20-Raketen. Ein von den Linksparteien geforderter neuer westlicher Verhandlungsvorschlag müsse die Einstellung aller Stationierungsvorbereitungen sowie die Einbeziehung britischer und französischer Systeme vorsehen. [...] Auch die [Sozialdemokratische] P[artei] D[änemark] erwägt, eine eigene Abrüstungsinitiative im Folketing einzubringen, die mit der Forderung nach einem Stationierungsmoratorium bis zum Abschluß der Verhandlungen und der Einbeziehung britischer und französischer Systeme ebenfalls unakzeptable Passagen enthalten würde.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125631.

²⁰ Zum Kommuniqué der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 6./7. April 1983 vgl. Dok. 91, Anm. 3.

²¹ Vgl. dazu die Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Gromyko am 2. April 1983 in Moskau; Dok. 91, Anm. 11.

²² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 13. April 1983 in Tegernsee vgl. Dok. 91.

²³ Zur schwedischen Initiative vom 8./9. Dezember 1982 für eine kernwaffenfreie Zone (KWFZ) in Europa vgl. Dok. 9, Anm. 45.

dische Initiative sei unrealistisch. Die norwegische Regierung denke wie wir und Dänemark.

In der KSZE-Frage teile seine Regierung ganz die deutsche Auffassung. Wenn es zu einer KAE im Herbst kommen würde, so würde der Rest innenpolitisch einfacher.

Er erkundigt sich nach der amerikanischen Reaktion auf unsere Neigung, in Madrid schnell abzuschließen.

Bundeskanzler berichtet, daß für die USA zu wenig in den Menschenrechten erreicht worden sei. Seine Position, schnell abzuschließen, mag in den USA zunächst überrascht haben. Er stehe jedoch nicht im Verdacht, ein Umfaller zu sein.

USA hätten den Zusammenhang zwischen KSZE und Doppelbeschluß von sich aus zunächst nicht hergestellt; beide Gedanken lagen bei ihnen zunächst nicht in der gleichen Schublade. Sie haben aber begriffen, daß dies ein kluger und richtiger Zusammenhang ist.

Bundeskanzler äußert seine Überzeugung, daß die Sowjets schließlich in den Verhandlungen überkommen. GS Honecker habe sich sehr deutlich für den erfolgreichen Abschluß der KSZE-Nachfolgekonferenz ausgesprochen.

Hier wirft BM *Genscher* ein, daß ein Abbruch der KSZE die Lage für Honecker in den deutsch-deutschen Beziehungen ungleich schwerer machen würde.

Bundeskanzler fügt hinzu, daß die Besuche von Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR entspannend wirkten. Sie bringen Geschenke mit und bringen auch menschliche Entlastung. Sie seien ein gutes Ventil, um Dampf abzulassen. Die Leute fühlten sich nicht vollständig eingeschlossen.

Bundeskanzler berichtet von den Luther-Feiern und dem Mißbrauch, den die SED mit Luther treibe.²⁴ Der Bundespräsident habe nach längerem Überlegen auf eine Teilnahme an der Wartburg-Feier verzichtet.²⁵ Für die SED hätte sein Besuch auch zahlreiche Probleme mit sich gebracht, zum Beispiel das, wie die Leute in Eisenach reagiert hätten. Man könne in einer kleinen Stadt wie Eisenach nicht gleichzeitig Sperren errichten und einen Kirchentag abhalten.

Bundeskanzler beschließt diese Überlegungen mit der Bemerkung, daß bis jetzt alles dafür spreche, daß die DDR die Kontakte mit uns zu halten wünsche.

²⁴ Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 11. November 1982: „Aus Anlaß der 500. Wiederkehr des Geburtstages von Luther im Jahre 1983 werden das Zentralkomitee der SED, der Staatsrat, der Ministerrat und die Nationale Front am 9. November 1983 einen Festakt in Berlin (Ost) veranstalten. Die evangelischen Kirchen der DDR bereiten für den 10. November 1983 einen Festgottesdienst und einen Empfang in Eisleben vor. GS Honecker hat gegenüber StM Wischniewski am 13. September 1982 Einladungen an Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt angekündigt. Es kann erwartet werden, daß nach dem Regierungswechsel eine Einladung an Bundeskanzler Kohl ausgesprochen wird.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132740. Vgl. dazu ferner Dok. 392.

²⁵ Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 25. April 1983: „1) An der kirchlichen Festveranstaltung auf der Wartburg am 4. Mai wird der Bundespräsident nicht teilnehmen. Bundesregierung wird durch StS Bräutigam vertreten. 2) Zu der staatlichen Lutherfeier am 9. November in Berlin (Ost) wird der Bundespräsident nicht reisen. [...] 3) Offen ist noch die Teilnahme des Bundespräsidenten am Festgottesdienst des Lutherkomitees der Evangelischen Kirchen in der DDR am 10. November in Eisleben.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132740.

Carstens nahm an den Luther-Feierlichkeiten der DDR nicht teil. Vgl. dazu die Meldung „Carstens fährt nicht“; DER SPIEGEL, Nr. 33 vom 15. August 1983, S. 14.

MP *Schlüter* berichtet, daß es auch auf dänischer Seite Probleme mit den Luther-Feiern gebe. Es gehe um die Teilnahme der Königin²⁶. Für Dänemark sei die deutsche Reaktion wichtig.

Bundeskanzler bemerkt, daß weder er noch der Bundespräsident an den staatlichen Feiern teilnehmen werde. Es gebe nach der Wartburg-Feier noch einige regionale Kirchentage in Eisleben und in Wittenberg.²⁷ Sein Eindruck sei, daß der Bundespräsident auch dorthin nicht gehen werde. Wohl aber könne das eine oder andere Kabinettsmitglied reisen.

Er berichtet, daß auch er als Oppositionsführer regelmäßig in Ost-Berlin und in Leipzig gewesen sei. Als Bundeskanzler könne er jedoch nicht mehr als Privatmann reisen.

MP *Schlüter* teilt mit, daß von dänischer Seite der Kirchenminister (eine Frau)²⁸ an den Feiern teilnehmen könnte.

Er geht sodann auf die Frage der künftigen Finanzierung der EG über. Dänemark werde sich dazu bald äußern. Er hoffe sehr, daß die Gemeinschaft das System der Eigeneinnahmen²⁹ beibehält. Zur Diskussion stehe die Anhebung der Höchstgrenze (MWSt-Plafond) auf 1 1/2 bis 2 %.

BM *Genscher* wirft ein, daß man in Stuttgart³⁰ hierüber sprechen müsse.

Bundeskanzler erwähnt, daß sich die Wirtschaft langsam nach oben entwickele. Ein klarer Zuwachs an Vertrauen sei festzustellen. Wir hätten viele Jahre über unsere Verhältnisse gelebt. Noch im nächsten Haushalt seien 6 1/2 Mrd. DM einzusparen. Die Bundesbank und die Privatbanken spielten mit. Voraussetzung dafür sei jedoch, daß die Regierung ihr Versprechen halte, die Ausgaben vom konsumtiven zum investiven Bereich zu verlagern und sich auf den Kapitalmärkten zurückzuhalten.

In den kommenden drei, vier Jahren sind wir noch mit dem Problem der geburtenstarken Jahrgänge konfrontiert, sodann fällt die Bevölkerungskurve senkrecht ab. Dies könnte uns zu einer Verlängerung der Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate zwingen.³¹ Auch die Frage der Eingliederung von Frauen als Nicht-Kombattanten in die Bundeswehr könne sich stellen. Die Bundeswehr sei die einzige Armee, die bis jetzt keine Frauen in ihren Reihen hat.

Einsparungen von 6,5 Mrd. DM bedeuteten, daß man auch den sozialen Bereich und den öffentlichen Sektor nicht unberührt lassen könne. Wenn es in dieser Lage zu einer zusätzlichen „EG-Steuer“ komme, so sei dies für die öffentliche Meinung sehr ungünstig. Obwohl die deutschen Sozialdemokraten eine europäisch gesinnte Partei gewesen wären, so seien sie jetzt davon weit abgerückt. Seine Regierung und die sie stützenden Parteien müßten mithin die europäischen

²⁶ Margrethe II.

²⁷ In der DDR fanden 1983 unter der Losung „Vertrauen wagen“ sieben regionale Kirchentage der Evangelischen Kirche statt, vom 12. bis 15. Mai 1983 in Erfurt, vom 10. bis 12. Juni 1983 in Rostock, vom 17. bis 19. Juni 1983 in Lutherstadt Eisleben bzw. in Frankfurt/Oder, vom 24. bis 19. Juni 1983 in Magdeburg, vom 7. bis 10. Juli 1983 in Dresden sowie vom 23. bis 25. September 1983 in Lutherstadt Wittenberg statt.

²⁸ Else Kock-Petersen.

²⁹ Zur Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 11, Anm. 26.

³⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

³¹ Zu Überlegungen hinsichtlich einer Änderung des Wehrdienstes vgl. Dok. 71, Anm. 20.

Entscheidungen allein durchdrücken. Dieses sei die seit Adenauer europäischste Regierung. Aber die Lage sei nicht einfach. Das Geld sei nicht da; eine bloße „Steuererhöhung“ würde kontraproduzent wirken. Wir werden alles versuchen, was wir können. Jedoch ist unsere Lage nicht günstig.

Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch. Dabei ließen sich Mittel und Wege zur Bekämpfung der saisonalen Arbeitslosigkeit finden. So liefen die begonnenen Bauprogramme³² sehr gut an.

Regional habe es Fehlentwicklungen gegeben, so insbesondere eine rasche Entwicklung in den Ballungsräumen auf Kosten anderer regionaler Bereiche. Besonders hart betroffen seien die Randgebiete zum Osten, die von ihren notwendigen Verbindungen nach Osten abgeschnitten wurden.

Der schwierigste Punkt in einer Reihe von Sektoren sei freilich, daß wir technologisch den Anschluß verloren hätten. Es gehe einfach nicht an, Kernkraftwerke im Ausland verkaufen zu wollen, die man im eigenen Land nicht aufstellen will.

Hier sei es zu einer schweren nachteiligen strukturellen Veränderung gekommen. 105 Jahre lang, seit Bestehen des Patentamtes³³, habe es einen Überschuß bei den Patenten gegeben, jetzt sei es anders. Die Hochschulpolitik habe sich desaströs ausgewirkt; hier müsse man umsteuern. Dies könne bei dem notwendigen Vorlauf von jeweils über zehn Jahren alles nicht schnell geschehen. Die klassischen Industriesektoren leiden, so im Ruhrgebiet, und dies vornehmlich auch, weil in verschiedenen europäischen Staaten nicht gleiches Recht herrsche. Dabei blieben wir auf der Strecke, obwohl wir erhebliche Umstrukturierungsanstrengungen unternommen haben.

Er, der Bundeskanzler, halte die Probleme für lösbar. Dies verlange jedoch große Anstrengungen.

MP *Schlüter* entgegnet, daß die Lage in Dänemark ähnlich sei. Er unternehme große Anstrengungen, die Wirtschaftslage zu verbessern. Ihm gehe es auch um Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor.

Er spricht sodann die Grönland-Frage an, verweist auf den Volksentscheid für einen Austritt³⁴, auf die jetzt enttäuschten Hoffnungen, daß eine Neuwahl in Grönland³⁵ die Wende bringen könne. Die Grönländer fühlten sich eben nicht als Europäer, sondern wollten mehr und mehr sie selbst sein. Die dänische Regierung bedauert die grönländische Haltung. Sie verstehe auch das deutsche Interesse an den grönländischen Gewässern. Jetzt gehe es darum zu sehen, wie

³² Zu den Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus vgl. Dok. 13, Anm. 9.

³³ Das mit Reichsgesetz vom 25. Mai 1877 ins Leben gerufene Kaiserliche Patentamt nahm am 8. Juli 1877 seine Tätigkeit in Berlin auf. Vgl. dazu REICHSGESETZBLATT 1877, S. 501–510.

³⁴ Zur Volksabstimmung vom 23. Februar 1982 und zur Frage des Verbleibens Grönlands in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 25, Anm. 22.

³⁵ Referat 410 vermerkte am 19. April 1983: „Nach den grönländischen Provinzwahlen vom 12.4.83 verteilen sich die 24 Mandate wie folgt: je 12 Mandate für bisherige Regierungspartei und Oppositionspartei sowie (neu) zwei Mandate für linksradikale Oppositionspartei. Wahlergebnis bedeutet Schwächung bisherigen Inselpremiers Motzfeldt, der EG-Austritt betrieben hat, aber vermutlich Regierung weiterführen wird. Zugewinn EG-freundlicher Opposition reicht nicht aus, um grönländische Entscheidung gegen die EG zu revidieren. Nach vorläufiger Wertung ist eher Verhärtung grönländischer Position zu erwarten.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135238.

man die Dinge praktisch regeln könne. Er halte es für durchaus möglich, die deutschen Fischereiinteressen zu wahren.³⁶ Grönland habe sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Hier solle man nun nicht zögern. Grönland gehe es um den Eigenbedarf. Dies sicherzustellen, sei auch die Position seiner Regierung.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach der grönländischen Position (Austritt aus der EG) und ihren Motiven erläutert AM *Ellemann-Jensen*, daß man den grönländischen Willen zum Austritt ernst nehmen müsse. Es sei eben so, daß die Grönländer sich nicht als Europäer fühlten. Andererseits habe Dänemark, die EG, die ganze Welt Interesse an Grönland auch aus strategischen Gründen. Er hoffe daher, daß in Verhandlungen Grönland dieselben Rechte eingeräumt würden wie den früheren europäischen Kolonien. Unter dieser Bedingung könne man auch ein Fischereiabkommen bekommen. AM *Ellemann-Jensen* äußert Verständnis für die Lage der Grönländer.

Bundeskanzler wirft ein, daß es sich hier um eine Art Zug-um-Zug-Geschäft handeln würde.

Dänischer AM bejaht und fügt hinzu: nach parallel geführten Verhandlungen. Dabei sei wichtig, daß die beiden Verhandlungsgegenstände nicht formell miteinander verbunden, sondern separat gehalten würden. Die Lage nach den Neuwahlen sei klar: Ohne einen Überseestatus für Grönland gebe es auch keinen Fisch.

Bundeskanzler erkundigt sich, was die Grönländer denn mit ihrem Fisch tun wollten.

Dänischer AM entgegnet, daß sie dann ihren Eigenbedarf decken und den Rest nicht nutzen würden. Dabei seien sie jetzt schon an die Grenzen des für sie möglichen Kapazitätsausbaus gelangt.

Fisch sei das einzige, außer Robben, wovon die Grönländer lebten.

MP *Schlüter* ergänzt, daß man sich in Dänemark dessen sehr deutlich bewußt sei und die grönländische Haltung verstehe. Seine Regierung sehe es als eine notwendige dänische Aufgabe an, die Grönländer bei den Verhandlungen zu unterstützen. Dänemark wolle seine engen Beziehungen zu Grönland aufrechterhalten, obwohl dies Dänemark sehr teuer zu stehen komme; man wolle Grönland in Dänemark festhalten. Er verweist auf die militärischen Anlagen, die die USA in Grönland unterhielten. Man müsse vermeiden, daß diese Themen sich ausweiteten. Bis jetzt sei die Unabhängigkeitsbewegung in Grönland schwach.

³⁶ Referat 204 notierte am 28. April 1983: „Grönland will nach seinem Selbstverständnis auf der Grundlage einer alten Kultur eine moderne Entwicklung erreichen, die auf einer wachsenden Fischereiflotte beruht. Die Fischereibestände versteht man dort als einzige Existenzgrundlage, nachdem Wale und Robben ausgerottet bzw. durch Klimaveränderungen nach Norden abgewandert sind.“ Die Beziehungen zur Bundesrepublik würden durch Fragen des Kabeljau-Fangs geprägt: „Die EG wird als von der Bundesrepublik Deutschland dominiert gesehen, die Forderung der Grönländer, die EG-Fischerei vor Grönland einzustellen, richtet sich hauptsächlich gegen deutsche Fischer (die dort 45 % ihrer Gesamtfangmenge fischen). Diesen wird auch immer wieder vorgeworfen, sie würden die ihnen zugeteilten Fangquoten vor Grönland überschreiten (Raubfischerei), ohne daß jedoch endgültige Beweise hierfür erbracht werden konnten. Dem grönländischen Austrittsbegehren aus der EG steht die Bundesregierung aus integrationspolitischen, strategischen und fischereiwirtschaftlichen Erwägungen ablehnend gegenüber.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135236.

Bundeskanzler bemerkt, daß Europa nur dann Europa sei, wenn es auch auf Sonderinteressen Rücksicht nehme. Dies bedeute insbesondere auch, daß die Gemeinschaft auf die kleineren Mitglieder Rücksicht nehmen müsse. Aus diesem Grunde habe er seinen ersten offiziellen Besuch in Luxemburg gemacht.³⁷

Er verweist auf die innerdeutsche Struktur, die Rolle des Bundesrates, in dem es sich als sehr günstig erwiesen habe, daß das Stimmengewicht der Kleineren überproportional groß sei. Es gehe eben auch um den Respekt vor der Qualität. Er bittet um Verständnis für unsere Position, die einmal Grönland möglichst nahe an der Gemeinschaft halten wolle, und die Rücksicht auch auf die Interessen unserer Hochseefischerei nehmen müsse, die leistungsfähig ist und in Cuxhaven, Emden etc. regional eine große Rolle spielt. Wir können und wollen nicht auf sie verzichten. Hier müssen wir Garantien erhalten.

Abschließend zu diesem Punkt geben MP *Schlüter* und *dänischer AM* Erklärungen zu den innenpolitischen Mehrheitsverhältnissen in Grönland.

Beim Mittagessen spricht BM *Genscher* zunächst die Frage der Europäischen Akte³⁸ an.

Bei den bekannten dänischen Vorbehalten³⁹ sehe er nur zwei Möglichkeiten, um zu einer Zeichnung zu gelangen. Die beste erschiene ihm, wenn die dänische Regierung unter Vorbehalt der Zustimmung des Parlaments zeichnen würde. Die zweitbeste Möglichkeit wäre eine Zeichnung unter Aufrechterhaltung der dänischen Vorbehalte.

Bundeskanzler weist auf die politische Bedeutung der Zeichnung der Europäischen Akte für die Erledigung der übrigen in der Gemeinschaft anstehenden Fragen hin.

Dänischer AM erläutert Position seiner Regierung, die das bestehende Gleichgewicht unter den Institutionen der Gemeinschaft beibehalten wolle. Sie sei daher gegen eine Erweiterung der Befugnisse des EP. Eine stärkere Stellung des EP würde außerdem den Entscheidungsprozeß in der Gemeinschaft erschweren und verlangsamen.

Er habe Bedenken gegen beide Vorschläge BM *Genschers*. Jedenfalls könne die Regierung nicht unter Vorbehalt der Zustimmung des Parlaments zeichnen, weil ihr daraus der Vorwurf gemacht würde, das Parlament zu unterlaufen. Die zweite von BM *Genscher* genannte Alternative wolle man untersuchen. Aber auch hier könnte die Regierung nicht vorangehen, ohne das Parlament zu fragen.

³⁷ Bundeskanzler Kohl hielt sich am 5. November 1982 in Luxemburg auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 292.

³⁸ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 80.

³⁹ Referat 200 resümierte am 7. April 1983, Dänemark fordere wie Frankreich, Großbritannien und Griechenland, im deutsch-italienischen Entwurf für eine Europäische Akte beim Verfahren der Beschlußfassung im EG-Ministerrat eine von der Bundesregierung abgelehnte explizite Bezugnahme auf den sogenannten „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966. Außerdem erhebe Dänemark auch zu den Passagen über das Europäische Parlament Vorbehalte. Referat 200 hielt fest: „DK sah sich aus innenpolitischen Gründen – Minderheitenregierung und starke Stellung des Außenpolitischen Ausschusses und des Marktausschusses – nicht in der Lage, seine Reserven zu ‚Stellungnahme des EP vor Ernennung des Kommissions-Präsidenten‘ [...], ‚Debatte und Abstimmung über das Programm der Kommission‘ [...] und zur Verbesserung der Erweiterung des ‚Konzertierungsverfahrens‘ [...] aufzuheben.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122731.

Für ihn stelle sich auch die Frage, ob Dänemark das einzige Land sei, das vor Stuttgart eine Zeichnung der Akte verweigere. Er glaube dies nicht.

BM *Genscher* widerspricht. Es werde sich in Gymnich zeigen.⁴⁰ Mit Ausnahme Dänemarks werden alle mitziehen und Dänemark mithin allein auf der Strecke bleiben.

MP *Schlüter* berichtet, daß an der europafreundlichen Haltung seiner Regierung kein Zweifel bestehen könne. Man müsse nur die Parteiprogramme der dänischen Liberalen und der dänischen Konservativen lesen. Dies sollte es seiner Regierung eigentlich einfach machen, den deutschen und italienischen Vorschlägen zu folgen. Jedoch werde sie durch ihr Parlament daran gehindert. Er werde sehen, was sich in weiteren Kontakten mit den Sozialdemokraten erreichen lasse.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß bei uns Stuttgart zeitlich mit der Beratung über den Haushalt zusammenfällt. Wenn die Bundesregierung aus Stuttgart lediglich mit dem Vorschlag zurückkommt, die deutschen Beiträge für den europäischen Haushalt zu erhöhen (ohne Fortschritte in der europäischen Integration), dann gerate sie in Schwierigkeiten.

Für den *Bundeskanzler* stellt sich hier eine sehr grundsätzliche und für die Zukunft Europas entscheidende Frage. Unsere europäischen Partner sollten sich vor Fehlern in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland hüten. Mit Adenauer habe die Bundesrepublik Deutschland sich vom Nationalstaat des 19. Jahrhunderts abgekehrt. Wir sind ein geteiltes Land; diese Teilung ist ein Hindernis für wirklichen Frieden. In den 50er Jahren habe sich die Frage gestellt, was Vorrang habe, die Einheit oder die Freiheit. Wir hätten uns damals für die Freiheit entschieden und damit die nationale Einheit zunächst zurückgestellt. Denn Einheit sei 1955 nur in Abhängigkeit von der Sowjetunion zu erreichen gewesen.

Wir hätten auch darauf verzichtet, Gewalt als Mittel der Politik einzusetzen. Wir wollten auch nicht zu einem Bismarck-Staat zurück. Niemand, keiner unserer Verbündeten, wolle dies.

Unsere Verträge nach Westen gelten, aber auch unsere Verträge nach Osten gelten. Letztere stünden unter dem selbstverständlichen Friedensvertragsvorbehalt.

Wir haben damals auf die europäische Karte gesetzt.

Die Kommunisten im anderen Teil Deutschlands haben als Kommunisten keine Chance und wissen dies. Den wirtschaftlichen Sprung nach vorne haben sie nicht erreicht. Jetzt okkupieren sie deutlich die deutsche Geschichte. Man sieht dies am Luther-Jahr, wie zuvor am Goethe-Jahr⁴¹ und bei den Feiern zu Clause-

⁴⁰ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Mai 1983 in Gymnich vgl. Dok. 140 und Dok. 146.

⁴¹ Ein Festakt des ZK der SED und des Staats- und Ministerrats der DDR am 22. März 1982 in Weimar anlässlich des 150. Todestages von Johann Wolfgang von Goethe wurde in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ als „Höhepunkt vielfältiger Ehrungen des größten deutschen Dichters“ in der DDR bezeichnet. Der Minister für Kultur der DDR, Hoffmann, habe „über die nachhaltige Wirkung der Lebensleistung Goethes in der sozialistischen Gesellschaft“ ausgeführt: „Je stärker und vielfältiger sich die entwickelte sozialistische Gesellschaft ausbildet, desto dringender bedarf sie der großen Erfahrungen der vergangenen Epoche und der kritischen Aneignung des gesamten historischen Erbes, besonders auch der überlieferten gewaltigen geistig-kulturellen Schätze.“ Vgl. den Artikel „Goethes großes Erbe in der DDR lebendig bewahrt“; NEUES DEUTSCHLAND vom 23. März 1982, S. 1 f.

witz⁴². Hier unternehme die DDR eine Rekonstruktion der deutschen Geschichte, so wie sie den Zwinger in Dresden wieder aufgebaut habe. Diese Entwicklung ist nicht für heute von politischer Bedeutung, auch nicht unbedingt für morgen. Wohl aber könne sie sehr wichtig werden, wenn die Hoffnung bei uns auf Europa sich nicht erfüllt.

Investitionen in Europa sind daher für alle eine wichtige Abschlagszahlung auf eine friedliche Zukunft. Dies reicht weit über den Tag hinaus und ist von weit größerer Bedeutung als die gewiß wichtigen Fischereirechte.

Wir brauchen hier die Hilfe unserer Partner, um voranzukommen.

MP *Schlüter* teilt und bewundert die vom Bundeskanzler dargelegte Auffassung. Die Lage in Deutschland sei in der Tat von großem Gewicht für Nordeuropa.

Viele Dänen fürchteten jedoch, daß ein zu eng in die Gemeinschaft eingebundenes Dänemark seine Rolle als Brücke zu Nordeuropa verlieren könnte. Man wolle daher auch nicht auf das dänische „Vetorecht“ in der Gemeinschaft verzichten und auch nicht das Parlament stärken.

Es sei nicht seine Auffassung, daß ein zu stark in den Kontinent eingebundenes Dänemark seine Verbindung zum Norden verlieren könnte. Und er teile die Hoffnungen des Bundeskanzlers auf ein kräftiges Europa. Er könne aber nicht einsehen, warum man die Probleme nicht mit den bestehenden Institutionen lösen könne. Die Befugnisse von Kommission und Rat sollten nicht auf ein in sich uneiniges Parlament übergehen. Damit würde die Lösung der Sachfragen in Europa nur schwieriger.

Bundeskanzler entgegnet, daß ein Europa, das im augenblicklichen Zustand verharren würde, in zehn Jahren zum Tod der Gemeinschaft führen könnte. Dann würden sich andere Formen des Zusammenlebens entwickeln und alte Ideen wieder aufleben. So würde z.B. das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland wieder geändert. In diesem Punkt sei er sich vollständig mit Präsident Mitterrand einig, der genau dieses sieht.

Daher müsse man die Entwicklung vorantreiben.

Er habe großes Interesse daran, die Beziehungen zu Nordeuropa zu entwickeln. Er sei ein Süddeutscher, geboren südlich des Limes, und habe wenig Nachholbedarf in der Pflege der Beziehungen zum Süden. Zum ganzen Europa gehöre nicht nur der lateinische Teil. Nordeuropa müsse dabei sein.

⁴² Dazu hieß es in der Presse: „Zum 140. Todestag feierte die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR den preußischen Generalmajor Carl von Clausewitz – im November 1971 – mit Reden, Kränzen und Gesängen. Preußens geistvollster Soldat [...] erschien den Militärs der sozialistischen Nation als hervorragender Patriot in der Reihe derer, die zum Nutzen und Segen des deutschen Volkes wirkten, seiner nationalen und sozialen Befreiung mit militärischen Mitteln dienten und für den gesellschaftlichen Fortschritt kämpften. Die Feier fand im Geburtsort von Clausewitz statt: der Kreisstadt Burg bei Magdeburg. Kurze Zeit zuvor hatte die DDR-Regierung erreicht, daß die Leichen des Generals und seiner Frau von dem seit 1945 weitgehend zerstörten Breslauer Militärfriedhof in seine Vaterstadt überführt werden konnten.“ Vgl. den Artikel „Viel genannt“; DER SPIEGEL, Nr. 50 vom 6. Dezember 1976, S. 199.

Der 200. Geburtstag von Clausewitz wurde im Mai 1980 mit einer Sonderausstellung im Armeemuseum in Potsdam gewürdigt. Ebenso wurde dessen 150. Todestag am 16. November 1981 mit offiziellen Kranzniederlegungen gewürdigt. Vgl. dazu die Artikel „Sonderausstellung über Clausewitz“ sowie „Bevölkerung der DDR ehrt General Carl von Clausewitz“; NEUES DEUTSCHLAND vom 28. Mai 1980, S. 2, bzw. vom 16. November 1981, S. 2.

Er würde sich gerne vertraulich mit MP Schlüter über diese Fragen aussprechen. MP Willoch sehe diese Fragen im übrigen durchaus ähnlich. Es wäre von großem Vorteil gewesen, wenn Norwegen der Gemeinschaft beigetreten wäre.⁴³

BM *Genscher* wirft hier ein, daß die EG bei den Beitrittsverhandlungen mit Norwegen die Bedeutung der Fischereifragen für Norwegen sträflich unterschätzt habe. Hierdurch sei eine große Chance verpaßt worden.

MP *Schlüter* berichtet, daß es in Norwegen eine Reihe von Leuten gebe, die sehr bedauerten, daß sich Dänemark nach Süden hin bewegt habe. Er halte dies für die richtige Entwicklung, aber für die öffentliche Meinung in Dänemark sei dies ein Problem. Aus deutscher Sicht könne es so erscheinen, als ob Dänemark sich zu wenig nach Süden bewegt habe.

Bundeskanzler wirft ein, daß ein starkes Europa gerade in der augenblicklichen Entwicklung der Ost-West-Beziehungen unerlässlich sei.

Die SU sei materiell so stark wie nie zuvor, ideologisch schwächer als je zuvor, wie sich in Polen zeige. Dort stehe die Partei nur noch auf dem Papier und mußte durch eine Militärdiktatur gestärkt werden. Das Volk gehe jedoch zur Heiligen Mutter von Tschenstochau. Die Kommunisten sind nicht auf dem Vormarsch, und sie wissen dies. Eben deshalb sei die Sowjetunion sehr daran interessiert, ihr Glacis zu erhalten. Krieg wolle sie nicht, sie habe jedoch ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis. Er trete daher durchaus für eine Politik ein, die ihr Sicherheitsbedürfnis in Rechnung setzt. Dazu brauche man einen langen Atem und Stützung.

Europa ohne Nordeuropa sei ein Torso. Was wir hier tun, um Fortschritte zu erreichen, dauert sehr viel länger als unser beider Amtszeit.

Dänischer AM bemerkt, daß Dänemark eigentlich keine europäische Tradition habe. Das Christentum sei auch zuletzt nach Dänemark gekommen und habe Dänemark im übrigen als erstes Land Europas verlassen.

Bundeskanzler und MP *Schlüter* beenden ihre Unterhaltung beim Mittagessen mit einem kurzen Meinungsaustausch über einen bevorstehenden Besuch des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten⁴⁴ in Dänemark. Sie vereinbaren einen privaten Besuch des Bundeskanzlers in Kopenhagen von ein bis zwei Tagen und erörtern sodann die Präsentation ihres Gesprächs auf der Pressekonferenz.

Referat 010, Bd. 178875

⁴³ Zum Ergebnis der Volksabstimmung am 25./26. September 1972 über einen Beitritt Norwegens zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 9, Anm. 11.

⁴⁴ Uwe Barschel.

107

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**214-321.00-737/83 VS-vertraulich****19. April 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Westliche Reaktionen auf die innenpolitische Entwicklung in Polen

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziff. IV

In den auf allen Ebenen geführten Diskussionen innerhalb der EG und der NATO über die Bewertung der inneren Entwicklung Polens und über die hieraus gegebenenfalls zu ziehenden westlichen Schlußfolgerungen wird auf die Reise Papst Johannes Pauls II. nach Polen (16. bis 22.6.1983)³ als ein Ereignis verwiesen, dessen Ablauf als ganz wesentlich für eine Überprüfung der westlichen Polenpolitik eingestuft wird.

Nach einer Bilanz der bisherigen Politik sollen nachfolgend die Ziele dieser etwaigen Überprüfung umrissen werden.

I. Bilanz der Entwicklung Polens seit dem 13.12.1981⁴

1) negativ

- Nichterfüllung der wesentlichen Substanz der durch die polnische Regierung am 13.12.1981 gegebenen Zusagen,
- die vom Westen am 4.1. (EG) und 11.1.1982 (NATO) formulierten Erwartungen⁵ wurden in ihrem wichtigsten, auf Dialog mit der Arbeiterschaft und nationalen Konsens gerichteten Inhalt im Ergebnis nicht erfüllt,
- Wiederaufnahme des Reformkurses im Augenblick nicht zu erwarten,
- Auflösung der „Solidarität“⁶,
- Perfektionierung des Polizeistaates,

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil und Vortragendem Legationsrat von Treskow konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. April und erneut am 29. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Liegt BM mit Aufz[zeichnung] v[om] 25.4. vor.“ Vgl. Anm. 22.

² Hat Staatssekretär von Staden am 26. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Ergebnis einv[erstanden]. Aber: Die sowj[etische] Rolle wird nicht hoch genug eingeschätzt. M. E. ist der Druck stark u. wachsend. Dementsprechend bleibt eine Diskrepanz i[m] Vergleich zur Beziehung zur SU (BK-Besuch, selbst in der Provinz).“

³ Zum Besuch des Papsts Johannes Paul II. in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

⁴ Zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 9, Anm. 54.

⁵ Auf der außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. Januar 1982 in Brüssel wurden eine Aufhebung des Kriegsrechts in Polen, die Freilassung der Inhaftierten und die Wiederherstellung eines gesellschaftlichen Dialogs zwischen Regierung und der Gewerkschaft Solidarność sowie der Katholischen Kirche gefordert. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 7.

Auf der außerordentlichen NATO-Ministerratstagung am 11. Januar 1982 in Brüssel wurden diese Forderungen bekräftigt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 69–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 167–170. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 17 und Dok. 18.

⁶ Vgl. dazu das polnische Gewerkschaftsgesetz vom 8. Oktober 1982; Dok. 3, Anm. 40.

- keine Generalamnestie für die unter Kriegsrecht Verurteilten.
- 2) positiv
 - Ausbleiben einer sowjetischen Intervention,
 - Suspendierung des Kriegsrechts⁷, Freilassung der meisten Internierten,
 - Sonderrolle Polens im Warschauer Pakt besteht fort:
 - starke Stellung der katholischen Kirche,
 - private Landwirtschaft: über 80 % der Fläche,
 - starkes Protestpotential in Arbeiterschaft, Jugend, Intelligenz,
 - bemerkenswerter Freiraum innerhalb der Universitäten,
 - relativ nuancenreiches Pressebild.

3) Einflußmöglichkeiten des Westens

Sie waren und bleiben begrenzt:

- Kritik an der polnischen Führung, vor allem in internationalen Organisationen wegen der Verletzung der KSZE-Schlußakte⁸, der Menschenrechtskonventionen⁹, der ILO-Konventionen¹⁰ und der „Störung der internationalen Zusammenarbeit“.
- Einfrieren von politischen Kontakten auf hoher Ebene.
- Suspendierung der anstehenden Umschuldungen und neuer Kredite.¹¹ Die USA haben auf nationaler Ebene weitergehende Maßnahmen ergriffen.¹²

⁷ Zur Suspendierung des am 13. Dezember 1981 verhängten Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 3, Anm. 40.

⁸ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁹ Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wurde am 19. Dezember 1966 von der VN-Generalversammlung verabschiedet und trat am 3. Januar 1976 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 993, S. 3–106. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1570–1582.

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte wurde am 19. Dezember 1966 von der VN-Generalversammlung verabschiedet und trat am 23. März 1976 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 999, S. 171–346. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.

¹⁰ Vgl. dazu den Wortlaut des Übereinkommens Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts; BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 2073–2078.

Vgl. dazu ferner den Wortlaut des Übereinkommens Nr. 98 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. Juli 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts zu Kollektivverhandlungen; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 1123–1127.

¹¹ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 104, Anm. 13.

¹² Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 26. Dezember 1981, Präsident Reagan habe in seiner Weihnachtsansprache vom 23. Dezember 1981 folgende Sanktionen gegen Polen verkündet: „a) Keine Verschiffung von staatlichen amerikanischen Landwirtschafts- und Milchprodukten an die polnische Regierung; Stopp der Erneuerung der Kreditlinie für Exportkredite der Ex[port]-Im[port]-Bank für die polnische Regierung; c) Ankündigung der Aufhebung der zivilen Flugrechte für Polen in den Vereinigten Staaten; d) Aufhebung der polnischen Fischereirechte in amerikanischen Gewässern; e) Vorschlag an die Alliierten, hochtechnologische Exporte Restriktionen zu unterwerfen; f) für den Fall der Fortdauer des Gebrauchs der Gewalt gegen die polnische Bevölkerung hat Reagan weitere ernste Konsequenzen angedroht und entsprechende Schreiben an Jaruzelski und Breschnew gerichtet.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132920.

Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1185–1188. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 161–163 (Auszug).

Reagan verkündete am 29. Dezember 1981 zudem Sanktionen gegen die UdSSR, u. a. die Suspendierung aller Flüge der sowjetischen Fluggesellschaft „Aeroflot“ in die USA, die Aussetzung von Lizenzen für den Export von hochtechnologischem Gerät und von Ausrüstungsgegenständen zur Öl- und

Die Wirtschaftsprobleme Polens und seine stärkere Ostorientierung sind im wesentlichen keine Folgen westlicher Einflußnahme, sondern das Ergebnis eigener wirtschaftlicher Fehlleistungen und sowjetischen Drucks.

4) Ergebnis und weitere Aussichten

Der Westen hat in dem Maße, in dem dies möglich war, seit dem 13.12.1981 Einfluß auf die Führung Polens genommen und hat Moskau gewarnt. Es ist Schlimmeres verhindert, die Sonderstellung Polens ist im WP gewahrt worden; andererseits ist die innere Entwicklung Polens weit hinter den Versprechungen der Regierung und der hierauf beruhenden Erwartungen des Westens zurückgeblieben. Wesentliche Änderungen sind kaum zu erwarten. Auf absehbare Zeit hat die Repression sich durchgesetzt. Sie hat Resignation, nicht aber Kooperation der Arbeiterschaft erreicht. Die Verweigerungshaltung, besonders gegenüber den neuen Gewerkschaften, wird aufrechterhalten. Die gesellschaftliche Krise, die der wirtschaftlichen Krise mit zugrunde liegt, bleibt ungelöst. Die längerfristige Entwicklung bleibt ungewiß. Die Kirche hat sich darauf eingestellt; sie zeigt begrenzte Kooperationsbereitschaft, ohne ihre Forderungen aufzugeben. Sie scheint den Kurs Jaruzelskis als das geringere Übel gegenüber einer Machtübernahme durch die Orthodoxen anzusehen. Es gibt allerdings gegenwärtig keine Anzeichen dafür, daß Moskau auf eine Ablösung Jaruzelskis drängt. Wenn die Sowjets auch im Prinzip eine stärkere Rolle der Partei und eine Beschneidung der Rolle der Kirche in Polen wünschen, so dürften sie vorläufig unter den gegebenen Bedingungen die Repression à la Jaruzelski als das kleinere Übel gegenüber einem Wiederaufbrechen innerer Unruhen mit den dann zu erwartenden Rückwirkungen halten.

II. Ziele der künftigen Polenpolitik

Konkrete Ziele:

- Wir sind interessiert daran, daß in Polen so viel Freiheit und Eigenständigkeit wie möglich herrscht. Der gegenwärtige mittlere Standard scheint sich mittelfristig konsolidiert zu haben.

Wir haben in dieser Phase den uns möglichen Beitrag erbracht (Nichtermütigung des Regimes, Nichtenttäuschung der um ihre Rechte kämpfenden Bevölkerung) und den uns möglichen Erfolg (Verhütung von Schlimmerem) erzielt. Unter veränderten Bedingungen in Polen könnte eine unveränderte Fortsetzung unseres Kurses nicht mehr dem gleichen Zwecke dienen wie vor 15 Monaten. Unsere grundsätzliche Orientierung an der Haltung der Kirche spricht dafür, daß wir ebenfalls zu einem normaleren Umgang mit der polnischen Führung zurückkehren, nicht um Jaruzelski „zu stützen“ – gegenüber dieser Empfehlung, die Vorbilder hat, sollten wir sehr vorsichtig sein –, sondern weil nur eine Politik der Öffnung, des Dialogs und der Kooperation dem Westen die Möglichkeit einer gewissen Einflußnahme auf die polnische Entwicklung einräumt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 560

Gasförderung in die UdSSR sowie die Verschiebung der Verhandlungen über ein neues langfristiges Getreideabkommen und über ein neues Schifffahrtsabkommen. Für den Wortlaut der Erklärung Reagans vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1209. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, S. 163 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 391.

- Wir müssen die Einheit der westlichen Bündnispartner hinsichtlich der West-Ost-Beziehungen bewahren; dies gilt insbesondere in den Beziehungen zu den USA; DK und GR sollten wieder stärker in die einheitliche Politik eingebunden werden. Mit F und GB sind wir uns einig, daß eine Anpassung der westlichen Haltung an die Entwicklung in Polen bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen angezeigt ist. In diesem Sinne gilt es, mit den USA zu sprechen.
- Das deutsch-polnische Verhältnis, das¹³ insgesamt relativ unbeschädigt die Periode des Kriegsrechts überstanden hat, bedarf aktiver Pflege:
 - Fortführung und Verstärkung der Aussiedlung,
 - Fortsetzung der Bemühungen, in den offenen Fragen bilateraler Beziehungen zu Fortschritten zu gelangen (u. a. Ortsbezeichnungsfrage, Schulbuchempfehlungen),
 - Festhalten und Erweiterung der kulturellen, wissenschaftlichen, humanitären Kontakte.

III. Eine Öffnung und Zusammenarbeit setzt gewisse politische Rahmenbedingungen voraus. Gegenwärtig herrscht in der EG übereinstimmend, wohl auch in den USA, die Auffassung, daß diese sich in weitem Maße durch den Verlauf der Papstreise nach Polen bestimmen.

1) Wenn es etwa in der Folge größerer Unruhen im Zuge verschiedener Mai-Gedenktage¹⁴ zur Absage der Papstreise kommt, so würde dadurch eine Überprüfung der Bündnishaltung erheblich verzögert werden. Dies gilt zumal, wenn die dann zu erwartenden Repressionen andauern und u. U. das Kriegsrecht wieder eingeführt wird.

2) Entsprechendes gilt, wenn sich infolge größerer Unruhen während der Papstreise die innenpolitische Situation verschärft, möglicherweise der Regierung außer Kontrolle gerät, verstärkter sowjetischer Druck provoziert wird.

3) Bleibt die innere Lage ruhig oder bringt sie gewisse Verbesserungen (Generalamnestie, nachlassender Druck des Sicherheitsdienstes), so stellt sich die Frage, in welchem Umfang mit dem Ziel der Öffnung und Förderung der Kooperation die westliche Bündnishaltung überprüft werden soll.

Die Prüfung sollte zunächst im EG-, danach im NATO-Rahmen erfolgen. In die Überlegungen sollten auch Stellungnahmen der katholischen Kirche Polens einbezogen werden, deren Informationen helfen könnten, die Reaktion repräsentativer Bevölkerungsschichten gegenüber einer Änderung der Haltung des Westens zu erfahren.¹⁵ Die Prüfung im Bündnisrahmen muß nicht heißen, daß das NATO-Kommuniqué vom 11.1.1982 formell aufgehoben werden müßte; auch nicht, daß wir keinerlei nationalen Spielraum in der Kontaktpolitik vor endgültiger Einigung im Bündnis über die Polenpolitik hätten.

¹³ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt: „bisher (!)“.

¹⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „1. Mai; 3. Mai – 1791: Verfassungstag der Ersten Republik; 12. Mai – 1935: Tod Pilsudskis; 1981: Registrierung der ‚Solidarität‘; 13. Mai – jeder Monatsdreizehnter ein Gedenktag; 28. Mai – 1981: Tod Primas Wyszyński.“

¹⁵ An dieser Stelle handschriftliche Fußnote in der Vorlage: „Eine Kontaktaufnahme mit dem Vatikan nach dem Papstbesuch empfiehlt sich.“

Die Bereiche, in denen kurz- oder mittelfristig westliche Entscheidungen gefällt werden müßten, sind auf den verschiedenen Sitzungen der EPZ-Arbeitsgruppe Osteuropa, des PK und auf den EG-Ministerratssitzungen identifiziert worden.

a) Im Verhältnis zu Polen und der Sowjetunion

aa) Der Westen sollte, ohne die drei Forderungen vom 4.1./11.1.1982 als „unrealistisch“ aufzugeben, immer wieder betonen, daß nur der Dialog der polnischen Regierung mit berufenen Vertretern aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen Polens zu jenem nationalen Konsens führen kann, die die objektiven Voraussetzungen für nationale Versöhnung und wirtschaftliche Gesundung bildet. Ebenfalls sollte immer wieder die sowjetische Verantwortung für Repressionen in Polen erwähnt werden.

Im Interesse der deutsch-polnischen Aussöhnung sollten wir unsere Bereitschaft hervorheben, auf der Grundlage des Warschauer Vertrages¹⁶ die Politik der Verständigung fortzusetzen und mit neuem Leben zu erfüllen. Es muß deutlich gemacht werden, daß niemand unseren Willen in Zweifel ziehen darf, geschlossene Verträge einzuhalten.

bb) Die Bereiche im einzelnen, in denen eine Änderung der westlichen Haltung in Frage käme:

- Umschuldung, außerdem IWF-Beitritt Polens¹⁷ (die Nichtumschuldung schadet uns mehr als Polen; aber zunächst Bedienung der Altzusagen durch Polen; keine neuen Kreditzusagen („fresh money“), aber u.U. notwendig, Teil der Zinsen zu kreditieren);
- allmähliche Wiederaufnahme höherrangiger politischer Kontakte und Konsultationen – zunächst auf Direktoren-, dann auf StS-Ebene (etwa zu Jahresende), Ministerebene (nicht vor 1984);
- Parlamentarierkontakte;
- Fortsetzung der humanitären Hilfe, namentlich der EG¹⁸;
- Prüfung des Landwirtschaftsprojekts der katholischen Kirche (Errichtung von Pilotprojekten, finanziert durch die Kirche – nach erfolgreichem Test: Prüfung einer Beteiligung der westlichen Regierungen)¹⁹;
- Ende des Futtergetreideembargos und anderer „Sanktionen“ der USA gegenüber Polen;
- Aufhebung der EG-Sanktionen gegenüber der SU²⁰;
- wir sollten einen Termin für ein „Deutsch-Polnisches Forum“ vorschlagen.²¹

¹⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

¹⁷ Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 49, Anm. 49.

¹⁸ Zur humanitären Hilfe für Polen vgl. Dok. 58, Anm. 19.

¹⁹ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 104, Anm. 16.

²⁰ Zur Beschränkung der Wareneinfuhr aus der UdSSR in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 49, Anm. 55.

²¹ Die Gründung eines „Deutsch-Polnischen Forums“ wurde während des Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek vom 8. bis 12. Juni 1976 in der Bundesrepublik vereinbart. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 187.

Zwischen 1977 und 1980 fanden drei Tagungen statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil no-

Es erscheint im Augenblick noch verfrüht, über die Umschuldung hinaus (die h.E. losgelöst vom Papstbesuch behandelt werden sollte) unseren Partnern (zunächst in der EG) Vorschläge zu der Frage zu machen, welche Reaktionen der polnischen Regierung zu welchem Abbau westlicher Maßnahmen führen sollten. Diese Entscheidungen sollten im Lichte der konkreten inneren Lage Polens nach dem Ende der Papstreise unter Berücksichtigung der unter III.3 genannten Kriterien getroffen werden.

b) multilateral

Innerhalb der VN sollte der Druck auf Polen zunächst aufrechterhalten bleiben, soweit, wie zu erwarten, der Repressionskurs fortgesetzt und u.a. kein Gewerkschaftspluralismus zugelassen wird.

IV. Es wird um Zustimmung gebeten, die Diskussion im EG- und NATO-Rahmen sowie in den bilateralen Gesprächen mit unseren westlichen Partnern auf der vorgezeichneten Linie zu führen.²²

D4²³ hat mitgezeichnet.

Pfeffer

VS-Bd. 13410 (214)

Fortsetzung Fußnote von Seite 563

tierte am 13. Oktober 1982, nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 sei die Fortführung des Forums in seiner bisherigen Form offengehalten worden. Um den Kontakt nicht abreißen zu lassen, solle „in einer Zwischenphase ein verkleinertes Rundtischgespräch“ zwischen Vertretern der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und dem Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM) abgehalten werden. Vgl. Referat 214, Bd. 133023.

Das Symposium der beiden Forschungsinstitute fand vom 28. Februar bis 2. März 1983 in Bonn statt.

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl empfahl Bundesminister Genscher am 25. April 1983, Bundeskanzler Kohl zur künftigen Politik gegenüber Polen darzulegen, die Bundesregierung könne kein Interesse daran haben, daß „im Falle des Scheiterns der jetzigen Regierung die Macht in die Hände der Orthodoxen fällt. Polen hat, im Vergleich zu den Nachbarstaaten, noch viel zu verlieren, was nicht im Interesse des Westens liegen kann.“ Bleibe es nach dem Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen ruhig, „so sollte in Kontakten mit der katholischen Kirche – Vatikan, Warschau, Deutsche Bischofskonferenz – eruiert werden, wie eine vorsichtige Änderung der westlichen Haltung gegenüber der polnischen Regierung (Umschuldung, Wiederaufnahme höherrangiger politischer Kontakte) von repräsentativen Bevölkerungskreisen Polens aufgenommen werden würde“. Vgl. VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

²³ Per Fischer.

108

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit NATO-Generalsekretär Luns

VS-vertraulich

21. April 1983¹

I. Der Bundeskanzler empfing NATO-Generalsekretär Luns am 21.4.1983, 17.00 Uhr, zu einem etwas mehr als einstündigen Gespräch. Herr Luns war vom beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, Botschafter Dr. Dannenbring, begleitet.

Auf deutscher Seite nahmen an dem Gespräch teil: Bundesminister Genscher und Botschafter Dr. Wieck.

II. Generalsekretär Luns dankte dem Bundeskanzler zu Beginn des Gespräches, daß er es möglich gemacht habe, ihn unmittelbar vor seiner Reise in die Vereinigten Staaten² zu empfangen. Dies halte er im kritischen Jahr 1983 für besonders wichtig.

Der *Bundeskanzler* berichtete über die Ergebnisse seiner Washington-Reise am 14./15.4.1983.³

Die Bundesrepublik Deutschland stehe, das habe er dem amerikanischen Präsidenten⁴ gesagt, nach wie vor fest zum Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen. Er, der Bundeskanzler, habe mit diesem nach außen sehr deutlich vertretenen Programm ein beträchtliches Wahlergebnis am 6. März⁵ erzielt. Dies stelle

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 25. April 1983 gefertigt und am selben Tag „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt.

Hat York am 26. April 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 „m[ist] d[er] Bitte um Übernahme“ verfügte und die Weiterleitung von Ablichtungen an das Ministerbüro, Ministerialdirektor Pfeffer, Ministerialdirigent Schauer und Botschafter Ruth verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 26. April 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte.

Hat Ploetz am 26. April 1983 vorgelegen, der für Ischinger handschriftlich vermerkte: „Zu X sollte Unterrichtung BM + BK veranlaßt werden.“ Vgl. Anm. 20.

Hat Ischinger am 27. April 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Referat 201 macht Vorlage.“ Ferner verfügte er die Wiedervorlage in drei Wochen.

Hat Ischinger am 18. Mai 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt: neben Palme auch Wörner.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² NATO-Generalsekretär Luns hielt sich vom 25. bis 27. April 1983 in den USA auf. Über seine Gespräche teilte er Bundesminister Genscher in einem von Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 29. April 1983 übermittelten Schreiben mit, im Zentrum hätten die INF-Verhandlungen in Genf und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid gestanden: „In allen diesen Gesprächen habe ich, wie in Bonn vereinbart, die Schlüsselrolle der Bundesrepublik Deutschland sowie die Entschlossenheit der Bundesregierung zur geplanten Stationierung von INF-Systemen betont, falls die Verhandlungen in Genf bis Ende des Jahres ohne konkretes Ergebnis bleiben sollten. Ich habe aber auch mit Nachdruck hervorgehoben, daß diese Politik der Bundesregierung jede Unterstützung verdient und nicht durch psychologische Fehler von der anderen Seite des Atlantiks belastet werden darf.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 798; VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

⁴ Ronald W. Reagan.

⁵ Zu den Wahlen zum Bundestag vgl. Dok. 63, Anm. 2.

im Vergleich zur vorherigen Situation eine positive Veränderung dar. Er leugne allerdings nicht, daß wir bei der technischen Durchführung der Dislozierung Schwierigkeiten bekommen würden. Im Bundestag müßten wir voraussichtlich heftige Debatten durchstehen. Die Bundesrepublik sei mit Waffen angefüllt. Es gebe jetzt schon Schwierigkeiten wegen der bereits auf unserem Territorium lagernden Waffen. Im Lande Rheinland-Pfalz sei eine Verfassungsbeschwerde gegen die Lagerung chemischer Waffen angestrengt worden.⁶

Es sei davon auszugehen, daß die Regierungskoalition in der Frage der Stationierung allein stehen werde. Nach Auffassung des Bundeskanzlers gehe es nicht mehr darum, ob, sondern wie die SPD den bisher gemeinsamen Boden des Doppelbeschlusses verlassen werde. Willy Brandt werde wohl als Parteivorsitzender wiedergewählt werden. Der Fraktionsvorsitzende Vogel werde keine eigene Position beziehen und sich der Mehrheitsmeinung der Partei, die nicht zuletzt wegen des Einzugs der Grünen in den Bundestag insgesamt nach links gerückt sei, anschließen. Der ehemalige Bundeskanzler Schmidt werde sich in dieser Frage kaum engagieren. Im Oktober seien Massendemonstrationen gegen die Stationierung geplant.⁷ Einen Vorgeschmack könne man wohl schon bei den Kundgebungen zum 1. Mai bekommen. Die jüngere Funktionsärselite des Deutschen Gewerkschaftsbundes stünde ebenfalls beträchtlich weit links. Wir hätten auch erhebliche Probleme mit der evangelischen Kirche. Günstiger sei die Position der römisch-katholischen Kirche, die im Begriffe sei, zu dem Thema Sicherheit und Frieden eine relativ vernünftige Denkschrift herauszugeben.⁸ Aber auch in der katholischen Jugendbewegung gebe es Kräfte, die in der Sicherheitspolitik absurde Vorstellungen hätten.

Dazu kämen die wirtschaftlichen Probleme, die nicht saisonal, sondern vielmehr strukturell seien. Unsere Industrie sei im Begriffe zu veralten. Wir müßten angesichts dieser Lage große Zukunftsinvestitionen machen.

Der Bundeskanzler sei zuversichtlich, daß die Bundesregierung all diese Probleme bewältige. Nächste Woche reise er nach Rom⁹, wo die Sozialisten offensichtlich das Regierungsbündnis aufkündigen wollten. Man werde dann mit einer geschäftsführenden Regierung verhandeln. Aber auch Italien werde die sicherheitspolitischen Probleme durchstehen, wenn wir sie durchstünden. Das

⁶ Ministerialdirigent Bertele vermerkte am 21. Juli 1983, es gebe vor dem Bundesverfassungsgericht zwei Verfahren: „Die vom DGB Rheinland-Pfalz eingelegte Verfassungsbeschwerde (sog. Lehlbach-Beschwerde) vom 16.11.1982 gegen die Lagerung chemischer Waffen sowie die Organklage von 20 SPD-Abgeordneten vom 18.2.1983 gegen die Bundesregierung wegen Verweigerung von Auskünften über die Lagerung chemischer Waffen“. Ungeklärt sei, welches Ressort der Bundesregierung die Federführung übernehmen solle. Das Bundesministerium für Verteidigung sei „(neben dem Kanzleramt) als einziges Ressort über Einzelheiten der Lagerung amerikanischer C-Waffen unterrichtet. Das Auswärtige Amt hat keinerlei Kenntnis von Lagerorten, Art und Menge sowie Gefährlichkeit von in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten C-Waffen.“ Das Auswärtige Amt sei bereit, „zu den völkerrechtlichen Vorfragen Beiträge zu leisten“, aber für die Federführung nicht zuständig: „Für das Auswärtige Amt ist es völlig unakzeptabel, zum C- (und A-)Waffen-Ministerium umfunktioniert zu werden.“ Vgl. Referat 222, Bd. 128696.

⁷ In der Presse wurde berichtet, auf der überregionalen Aktionskonferenz verschiedener Friedensgruppen am 16./17. April 1983 seien entsprechende Veranstaltungen für den Herbst erörtert worden, insbesondere eine „Aktionswoche“ vom 15. bis 22. Oktober 1983. Vgl. dazu den Artikel „Einflußversuche der DKP stoßen in der Friedensbewegung auf Widerstand“, DIE WELT vom 18. April 1983, S. 4.

⁸ Zum Hirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz vom 18. April 1983 vgl. Dok. 98, Anm. 13.

⁹ Zu den deutsch-italienischen Regierungsgesprächen vgl. Dok. 118 und Dok. 120.

wiederum hänge davon ab, daß wir in den Verhandlungen in Genf alle Möglichkeiten ausschöpften, um ein Ergebnis zu erreichen. Das habe er dem amerikanischen Präsidenten und den Senatoren¹⁰ während seiner jüngsten USA-Reise deutlich gesagt.

Wir gingen davon aus, daß stationiert werde. Wenn wir Glück hätten, würden wir eine Zwischenlösung erreichen können. Aber auch das bedeute, daß wir stationieren würden. In diesem Zusammenhang sei es unser Wunsch – und Generalsekretär Luns könne hierbei hilfreich sein –, daß unsere Verbündeten in den USA und in Europa uns psychologisch unterstützten. Es sei ein ganz zentraler Punkt, daß in dieser Hinsicht keine Fehler gemacht würden. Bekanntgabe von Evakuierungsplänen für den Ernstfall, wie auf britischer Seite geschehen und normalerweise eine Lappalie, könnte in diesem Zusammenhang von großem Schaden sein. Der Bundeskanzler werde dies der britischen Premierministerin beim Treffen am 22.4.1983 sagen.¹¹ Lobenswert verhalte sich die französische Seite. Die französischen Truppen in Deutschland würden von den beschlossenen Kürzungen bei den Verteidigungsleistungen nicht betroffen, sie würden vielmehr im Sinne der Strategie der Vorwärtsverteidigung¹² verstärkt werden.¹³

Generalsekretär Luns bestätigte, daß die derzeitige französische Regierung, verglichen mit ihren Vorgängerinnen, im Bereich der Sicherheitspolitik eine gute Figur mache.

Der Bundeskanzler unterstrich die Wichtigkeit des Madrider Nachfolgetreffens auch im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen.

Wenn wir im Herbst tatsächlich gezwungen seien zu stationieren und gleichzeitig eine Konferenz über Abrüstung in Europa zustandekomme, so laufe das der Behauptung zuwider, wir seien nicht verhandlungsbereit. Die Sowjetunion werde in Genf erst ernsthaft weiterverhandeln, wenn wir die Dislozierung eingeleitet hätten.

Es handele sich um ein Pokerspiel. Wenn die Sowjetunion wegen der Stationierung nicht an den KAE-Verhandlungstisch gehe, dann wirke sich das psychologisch zu unseren Gunsten aus. Gehe sie aber hin, dann könne niemand sagen,

¹⁰ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl am 15. April 1983 mit amerikanischen Senatoren in Washington vgl. Dok. 106, Anm. 4.

¹¹ Bundeskanzler Kohl hielt sich am 21./22. April 1983 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 109 und Dok. 111.

¹² Am 23. Mai 1957 stellte der Militärausschuß der NATO in der Direktive MC 48/2 („Measures to Implement the Strategic Concept“) fest: „In addition to our nuclear retaliatory measures, our land, sea and air forces must be developed also to respond immediately to the task of defending the sea areas and NATO territories as far forward as possible in order to maintain the integrity of the NATO area, counting on the use of their nuclear weapons at the outset.“ Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 323.

¹³ Am 20. April 1983 genehmigte der französische Ministerrat den Entwurf des „Programmgesetzes 1984–1988“. Flottillenadmiral Hoffmann, Paris, berichtete am 25. April 1983, der französische Verteidigungsminister Hernu habe dazu mitgeteilt, daß „die nuklearen Streitkräfte wie bisher absolute Priorität“ haben würden: „30 % der Mittel sollen für die Erweiterung oder Verbesserung der strategischen und taktischen Streitkräfte verwendet werden.“ Insgesamt solle die Armee um 35 000 Personen reduziert werden, davon 22 000 im Heer: „Der Minister betonte, daß die in der Bundesrepublik stationierten ca. 50 000 Mann nicht verringert werden würden, ihre Kampfkraft und Flexibilität würden verbessert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 792; Referat 201, Bd. 125641.

wir seien nicht verhandlungsbereit. Dies sei neben der Menschenrechtsfrage, die wir als Deutsche in einem geteilten Lande übrigens täglich vor Augen hätten, der zentrale Punkt. Die Behauptung, daß die Abhaltung einer Konferenz über Abrüstung in Europa schädliche Auswirkungen für die Allianz und auf den NATO-Doppelbeschluß haben werde, sei einfach nicht stichhaltig.

Zusätzlich zur Stationierung hätten wir in der Bundeswehr das Problem der geburtenschwachen Jahrgänge. Dabei handele es sich um ein demographisches Problem ersten Ranges. Der Bundeskanzler meine, daß wir am Ende des Jahrzehnts wohl nicht um eine Wehrdienstzeitverlängerung und eine Einberufung auch von Frauen als Nichtkombattanten herumkämen.¹⁴ Diese Frage sei mit dem amerikanischen Präsidenten besprochen worden. Besonders alarmierend sei die Tatsache, daß jetzt 40 % der Jugendlichen keinen Wehrdienst leisten, wobei 25 % hiervon sich auf medizinische Gründe beriefen.

Generalsekretär Luns meinte, daß er bisher der Nachfolgekonzferenz in Madrid keine derart hohe Bedeutung beigemessen habe. Er sehe nun aber ein, daß dieser Bereich für uns besonders wichtig sei, und er werde sich zum Anwalt unseres Anliegens beim amerikanischen Präsidenten und seinen übrigen Gesprächspartnern in Washington machen. Die Meinung der Bundesregierung werde nach seiner Auffassung in Washington stark beachtet.

Der Generalsekretär erläuterte sodann seine Vorstellungen von einer prozentualen Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen INF-Systeme, welche auf beiden Seiten ungleiche Höchstgrenzen zur Folge hätten. Dieser Vorschlag könne zu gegebener Zeit für ein glaubwürdiges Angebot auf westlicher Seite wichtig werden. Wenn wir mit der Sowjetunion ein Abkommen für eine Zwischenlösung erreichen könnten, so würde dies bedeuten, daß sie mit der Stationierung einverstanden wäre. Dies sei ein wichtiger Punkt und würde der Sowjetunion ihre bisherigen Argumente aus der Hand nehmen.

Der Generalsekretär kündigte an, daß er seine Vorstellungen dem amerikanischen Präsidenten unterbreiten werde. Der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen äußerten hiergegen, ohne sich mit den Vorstellungen von Generalsekretär Luns zu identifizieren, keine Bedenken.

Bundesminister Genscher führte aus, die Sowjetunion sei mit dem westlichen Vorschlag eines Zwischenergebnisses¹⁵ in die Defensive geraten. Der sowjetische Außenminister habe sich mit der pauschalen Ablehnung des westlichen Vorschlages¹⁶ im übrigen bei den Staaten des Warschauer Paktes nicht durchsetzen können. Wir wüßten, daß er auf dem jüngsten Treffen der Außenminister des Warschauer Paktes hierzu keine Zustimmung habe bekommen können.¹⁷ Das sei ein Zeichen dafür, daß der Westen sich auf dem richtigen Wege befinde.

¹⁴ Zu Überlegungen hinsichtlich einer Änderung des Wehrdienstes vgl. Dok. 71, Anm. 20.

¹⁵ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

¹⁶ Vgl. dazu die Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Gromyko am 2. April 1983 in Moskau; Dok. 91, Anm. 11.

¹⁷ Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 6./7. April 1983 in Prag vgl. Dok. 91, Anm. 3.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß er von seinem letzten Telefongespräch mit Honecker¹⁸ den gleichen Eindruck erhalten habe. Honecker sei zwar absolut linientreu, habe aber auch Probleme. Die Vorstellung, daß aufgrund der Stationierung die Verbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR abgeschnitten werden könnten, sei für ihn beängstigend. Die psychologische Situation der Bevölkerung in der DDR sei vom Prinzip der Hoffnung bestimmt; dieses würde bei einer entsprechenden Reaktion des Ostens auf die Stationierung Schaden nehmen und Probleme schaffen.

Generalsekretär *Luns* meinte, die USA seien falsch beraten, ihre Politik mit dem Osten als Kreuzzugsideologie zu gestalten. Das Bündnis sei ein Verteidigungsbündnis, das unsere Unabhängigkeit sichern solle, nicht mehr. Auch in ihrem Verhältnis zu China mache die amerikanische Regierung schwere Fehler. Chinas ursprüngliche Befürchtung sei gewesen, daß die Supermächte sich verständigen könnten. Wenn deren Beziehungen nun auf Konfrontation ausgerichtet seien, entfalle diese Befürchtung. Dies werde möglicherweise Rückwirkungen für die chinesischen Beziehungen mit dem Westen haben.

Bundesminister *Genscher* führte aus, daß es wichtig sei, für unsere Politik die Herzen und Gehirne der Menschen im Westen zu gewinnen. Davon sei der Wahlkampf für die Bundestagswahl geprägt gewesen. Der jetzige Fraktionsvorsitzende der SPD, Vogel, habe der Bundesregierung sehr geholfen, daß er zur Sicherheitspolitik und zum Doppelbeschluß ausweichend gewesen sei und keine Stellung bezogen habe. Was gefragt sei, sei Festigkeit und Verhandlungswille. Das übertrügen wir auf Madrid. Würde die Folgekonferenz erfolglos abgebrochen werden, so begäben wir uns des Forums, in dem über Menschenrechte gesprochen werden könnte.

Generalsekretär *Luns* berichtete, daß, für ihn unverständlich, der schwedische Ministerpräsident Palme eingeladen worden sei, bei der diesjährigen Tagung der Nordatlantischen Versammlung in Kopenhagen im Herbst 1983 die Festrede zu halten.¹⁹ Diese Einladung sei jetzt nicht mehr rückgängig zu machen.

Botschafter *Wieck* verdeutlichte, daß die Einladung nicht vom Präsidenten (Cortier) allein, sondern vielmehr von einem Entscheidungsgremium ausgegangen sei, in dem alle Mitgliedsländer des Bündnisses vertreten seien.

Der *Bundeskanzler* und *Bundesminister* Genscher hielten die Einladung an den schwedischen Ministerpräsidenten im entscheidenden Jahr 1983 ebenfalls nicht für glücklich. Sie bekundeten Interesse, über die Hintergründe und das Zustandekommen der Einladung Näheres zu erfahren.²⁰ Sie waren der Auffassung, daß

¹⁸ Für den Wortlaut des Telefongesprächs des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 18. April 1983 vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 112–118.

¹⁹ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 20. April 1983 mit, die Nordatlantische Versammlung beabsichtige, Ministerpräsident Palme bei ihrer nächsten Tagung sprechen zu lassen. NATO-Generalsekretär Luns habe gegen diese Absicht in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis Bedenken erhoben: „Der Rat hat jedoch empfohlen, einen anderen Weg zu wählen, nämlich der Nordatlantischen Versammlung den Vorschlag zu machen, einen weiteren Redner von internationalem Gewicht einzuladen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 731; Referat 201, Bd. 125667.

²⁰ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu Kreuz. Vgl. Anm. 1.

möglicherweise ein Gegengewicht in Gestalt eines zweiten Redners auf der Tagung der Nordatlantischen Versammlung²¹ geschaffen werden müsse.²²

VS-Bd. 14119 (010)

109

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London

105-29.A/83 VS-vertraulich

21. April 1983¹

Tischgespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Premierminister Frau Thatcher anlässlich eines Abendessens am 21. April 1983, 20.30 Uhr, in 10 Downing Street, London²;

hier: Gesprächsvermerk

PM bekundete lebhaftes Interesse an den Eindrücken, die *BK* aus den US mitgebracht habe.³

BK berichtete, er habe den Präsidenten in guter Verfassung angetroffen. Die wirtschaftliche Lage habe sich verbessert. Auf dem Hill habe er zwar einige Blessuren erlitten, doch scheine er diese Erfahrung genutzt zu haben und zeige jetzt mehr Fingerspitzengefühl. In seinen eigenen Gesprächen mit Senatoren⁴ habe er nachdrücklich die Position Reagans in Genf unterstützt. Mit dem Präsidenten habe er ferner über die Haltung der amerikanischen⁵ und deutschen Bischöfe⁶ gesprochen. Von der Königin sei Reagan begeistert gewesen.⁷

²¹ Als weiterer Gastredner äußerte sich Bundesminister Wörner am 13. Juni 1983 vor der Nordatlantischen Versammlung in Kopenhagen zu Fragen der Sicherheit in Europa. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 398–406 (Auszug).

²² An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg handschriftlich eingefügt: „Der GS unterrichtete *BK* und *BM* davon, daß er am 22.4. den St[ändigen] Vertr[etern] im Nordatlantik-Rat seine Rücktrittsabsichten für April 1984 mitteilen werde.“

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 25. April 1983 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 3. Mai 1983 „zur Unterrichtung des Bundesaußenministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Hat Ploetz am 5. Mai 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der deutsch-britischen Regierungsgespräche am 21./22. April 1983 in Großbritannien auf. Vgl. dazu ferner Dok. 111–113.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

⁴ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl am 15. April 1983 mit amerikanischen Senatoren in Washington vgl. Dok. 106, Anm. 4.

⁵ Zum Hirtenbrief der amerikanischen katholischen Bischöfe vom 3. Mai 1983 vgl. Dok. 98, Anm. 12.

⁶ Zum Hirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz vom 18. April 1983 vgl. Dok. 98, Anm. 13.

⁷ Königin Elisabeth II. besuchte vom 27. Februar bis 7. März 1983 die USA.

Sehr intensiv habe er dem Präsidenten unsere Sicht der Situation gegenüber der SU dargelegt und dabei unterstrichen, daß wir stationieren würden und für uns beide Teile des Doppelbeschlusses gälten. Die US könnten sich im zweiten Teil auf uns verlassen, wie wir uns im ersten Teil auf den Präsidenten verlassen müßten. Die Verhandlungen in Genf müßten ernst geführt werden, und es bedürfe weiterer Vorschläge, um eine Zwischenlösung zu erreichen. Er selbst sehe hierfür eine reelle Chance, die dann kommen werde, wenn die ersten Pershing-Raketen in der BR stationiert würden. Die Russen pokerten zwar, würden aber seiner Ansicht nach schließlich doch etwas tun.

Nach der Aussicht auf ein Treffen Reagan–Andropow gefragt, antwortete BK, er gehe davon aus, daß Shultz bald in Moskau sein werde. Bestehe eine Chance und handle es sich nicht nur um Propaganda, so werde auch der Präsident bei sorgfältiger Vorbereitung zu einer Begegnung bereit sein. Er habe Reagan gesagt, die Lage sei einmalig, habe er doch in Europa eine Situation wie schon lange nicht mehr. In Frankreich sei Mitterrand in der Sicherheitspolitik absolut zuverlässig und viel eindeutiger als sein Vorgänger⁸. Die Haltung der britischen Regierung sei ebenfalls völlig klar. Er gehe davon aus, daß dies auch nach der Wahl⁹ so bleibe. Die Bundesregierung sei auch fest. In Italien werde es keine Regierung geben, die an der Allianz rüttle, auch nicht nach den Wahlen im Juni.¹⁰ Die derzeitige niederländische Regierung sei viel entschiedener in der Verteidigungsfrage als ihre Vorgänger. Wir stünden also gut da. Das Wichtigste sei jetzt eine klare und starke Position der Allianz. Man dürfe nicht aufgeregt sein und mit dem Säbel rasseln, sondern müsse ruhig und entschlossen auftreten und so mit der SU sprechen. In diesem Zusammenhang müßten auch die anderen Fragen gesehen werden. Williamsburg¹¹ müsse ein Erfolg werden. Hierfür sei es wichtig, daß für das Treffen eine gute Arbeitsatmosphäre geschaffen und die Tagesordnung nicht überladen werde. Von dort müsse eine Botschaft des Vertrauens ausgehen bezüglich der Wirtschafts- und Währungspolitik und des Nord-Süd-Verhältnisses. Die Teilnehmer müßten wirklich die freie Welt repräsentieren. Die US dürften nicht sagen, in der Verteidigungspolitik sei man sich einig, aber in der Handelspolitik sei man sich weiter uneinig.

PM kam auf das Treffen Reagan–Andropow zurück und meinte, hierfür komme die Zeit zwischen Januar und März 1984 in Frage. Dies bedeute, daß schon jetzt die Vorbereitungen aufgenommen werden müßten. Dies sollte man Reagan in Williamsburg deutlich sagen.

BK unterstrich, daß SU genau wissen müsse, woran sie sei. Entweder sie komme dem Westen entgegen, oder es werde in der vorgesehenen Weise stationiert. Reagan habe heute mehr Verständnis für die Probleme der Europäer als zuvor. Zudem habe er selbst ungelöste Probleme, beispielsweise Einführung und Stationierung der MX-Raketen.¹² Auch mit der Kirche gebe es Schwierigkeiten,

⁸ Valéry Giscard d'Estaing.

⁹ Nach der Auflösung zum 13. Mai 1983 fanden am 9. Juni 1983 Wahlen zum britischen Unterhaus statt.

¹⁰ Die Wahlen zum italienischen Parlament fanden am 26./27. Juni 1983 statt.

¹¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹² Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 96, Anm. 9.

was Reagan persönlich sehr treffe. Mit Interesse habe der Präsident gehört, daß in der BR der größte Teil der Erstwähler CDU gewählt habe.¹³ Man müsse den Präsidenten immer wieder freundlich auf die Probleme der Europäer hinweisen.

PM sagte, *BK* müsse gegen Jahresende trotz des Wahlsieges wohl mit starken Demonstrationen rechnen, und sie frage sich, wie man die Situation generell entschärfen könne. Eine kleine Minderheit unterhöhle die Freiheit der westlichen Länder, und das Fernsehen trage dazu bei.

BK wies darauf hin, daß im Falle der BR eine gewaltige Desorientierungskampagne und massive finanzielle Unterstützung durch DDR hinzukämen. Mit Geld allein lasse sich aber auch nicht alles machen.

PM äußerte Sorge über eine Begegnung Reagan–Andropow. Andropow sei nie im Westen gewesen, Reagan nie in einem kommunistischen Land. Beide stützen sich nur auf ihre Vorstellungen. Andropow sei ein intelligenter und geschickter, aber auch furchterregender Mann, der aufgrund seiner früheren Tätigkeit über großes Wissen verfüge, ein Mann, der sich gewiß auch charmant und vernünftig geben könne. Demgegenüber sei Reagan friedliebend und in demokratischer Tradition verwurzelt, wünsche Erfolg, habe Wahlen vor sich¹⁴ und sei daher vielleicht eher zum Nachgeben bereit.

BK sagte, er sei nicht so skeptisch. In der SU werde auch nur mit Wasser gekocht. Ihre Lage sei politisch und militärisch nicht so positiv, wie mancher meine. Ideologisch seien deutliche Schwächen zu erkennen. In Polen erlebe der Kommunismus sein Cannae. Die Zeit arbeite nicht gegen den Westen, doch brauche man einen langen Atem, Entschlossenheit und eine klare Position. Vor zehn Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, daß man sich heute frage, welche Auswirkungen ein Papstbesuch in Polen¹⁵ haben werde. 60% der sowjetischen Bevölkerung seien nach Stalin geboren oder aufgewachsen. 1995 werde die Mehrheit der Rekruten in der SU aus islamischen Familien stammen, da in den großrussischen Gebieten die Geburtenrate zurückgehe. Ein weiteres Beispiel sei der Einfluß des westdeutschen Fernsehens auf die DDR. In zwei bis drei Jahren seien die ersten europäischen Fernsehsatelliten in Betrieb, mit denen nicht nur die Salzburger Festspiele, sondern auch Nachrichten ausgestrahlt würden.

PM wies darauf hin, daß trotz dieser Einflüsse in der DDR immer noch ein kommunistisches Regime herrsche. Aus kleinen Rissen seien weder in der DDR noch in Ungarn, der Tschechoslowakei oder Polen große Risse entstanden. Lebhaft fügte sie hinzu, sie habe nicht so viel Geduld und Zeit.

BK erwiderte, die Situation sei nicht über Nacht entstanden und lasse sich auch nicht über Nacht beseitigen, und bemerkte, *PM* habe nie unter einer Diktatur gelebt. Er wisse, welch ungeheuer großes Maß an Geduld erforderlich sei. Nicht zu Unrecht wiesen die Menschen in den genannten Ländern darauf hin, daß ihnen bei ihren Aufständen niemand geholfen habe. Es komme darauf an, sich nicht an die Diktatur zu gewöhnen, nicht abzustumpfen, sondern an der

¹³ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹⁴ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt.

¹⁵ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

Idee der Freiheit festzuhalten. Von Max Weber stamme das Wort, daß Politik darin bestehe, Löcher in dicke Bretter zu bohren.¹⁶

Im weiteren Verlauf des Gesprächs erinnerte BK daran, daß zweimal europäische Eroberer bis vor Moskau vorgedrungen seien, was bei den Russen ein starkes Sicherheitsbedürfnis geschaffen und zu ihren Bemühungen um einen *Cordon sanitaire* geführt habe. Im Gegensatz zu Stalin sei Hitler ein Abenteurer gewesen.

PM warf ein, daß Afghanistan auch ein Abenteuer gewesen sei.

BK erwiderte, hierbei handle es sich eher um eine falsche Berechnung, die geographische Gegebenheiten und die Reaktion der Menschen nicht genügend berücksichtigt habe. Auch in der SU beginne sich der Eindruck zu verstärken, man habe die Zukunft bereits hinter sich.

PM äußerte Zweifel hieran.

Der rechts von BK sitzende frühere Botschafter in der BR, Sir Nicholas *Henderson*, fragte, welche Ziele BK mit seiner Reise nach Moskau¹⁷ verfolge.

BK erklärte, die Notwendigkeit der Reise ergebe sich aus der besonderen Situation der BR. Die SU sei der wichtigste östliche Nachbar und halte als Faustpfand 17 Millionen Landsleute fest. Er sei bereit, über alles zu reden, lange und in Variationen. Unantastbar jedoch bleibe, daß wir Teil der NATO und der EG und nicht erpreßbar seien, wenn wir auch wüßten, daß die Sowjets uns in Berlin und der DDR unter starken Druck setzen könnten. In den fünfziger Jahren sei unter Adenauer eine Grundsatzentscheidung in der Frage gefallen, ob die Freiheit für die Mehrheit oder die Einheit Vorrang haben solle. Die Entscheidung sei zugunsten der Freiheit gefallen. Er werde in aller Klarheit sagen, wir wünschten Entspannung, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wenn es aber keine Vereinbarung gebe, werde stationiert werden. Ebenso deutlich werde er sagen, daß der Zeitplan¹⁸ eingehalten werde und daß Pershing II stationiert würden. Wollten die Sowjets dies vermeiden, so müßten sie auch etwas tun. Man wolle keinen Kalten Krieg, sondern gute Nachbarschaft und vernünftige Wirtschaftsbeziehungen.

BK ging sodann in einem historischen Rückblick auf die beiden Grundstimmungen der deutschen Geschichte ein: Tendenz nach Osten und Tendenz nach Westen. Es habe immer eine Richtung gegeben, für die die Sonne politisch im Osten aufgegangen sei und die stets als ein Stück preußischer Tradition in der deutschen Sozialdemokratie zu finden gewesen sei. Der erste große Versuch einer West-Orientierung des Reichs sei in der Weimarer Republik unternommen worden. Neben Rapallo¹⁹ habe es auch ein Locarno²⁰ gegeben, doch Stresemann

¹⁶ Max Weber schrieb 1919 in seinem Artikel „Politik als Beruf“: „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß.“ Vgl. MAX WEBER GESAMT-AUSGABE, Abteilung I: Schriften und Reden, Bd. 17. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Birgit Morgenbrod, Tübingen 1993, S. 251 f.

¹⁷ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹⁸ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹⁹ Für den Wortlaut des Vertrags von Rapallo vom 16. April 1922 vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

²⁰ Für den Wortlaut der Verträge vom 16. Oktober 1925 zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich,

sei der Erfolg versagt geblieben, weil Frankreich und Großbritannien den Versuch nicht akzeptiert und Poincaré und Clemenceau ihn zunichte gemacht hätten. Heute erlebten wir den zweiten Versuch einer West-Orientierung.

Das Tischgespräch endete gegen 22.00 Uhr. Im Anschluß wurden Tischreden gehalten.

VS-Bd. 14112 (010)

110

Bundeskanzler Kohl an Staatspräsident Mitterrand

VS-vertraulich

21. April 1983¹

Herr Staatspräsident,

für Ihre persönliche Botschaft vom 16. März 1983² danke ich Ihnen.

Ihre Sorgen um die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft teile ich. Wie Sie halte ich es für eine der vordringlichsten Aufgaben unserer Regierungen, in dieser Zeit alles zu tun, um die Gemeinschaft nach innen zu stärken, ihren Ausbau zu fördern und sie nach außen mit der Handlungsfähigkeit und der Autorität auszustatten, die ihrem Gewicht und dem ihrer Mitgliedstaaten entspricht.

Aus unseren Gesprächen weiß ich, wie sehr wir in der Einschätzung der historischen Dimension dieser Aufgabe übereinstimmen. Das gilt auch für die große, ja entscheidende Rolle, die hierbei der deutsch-französischen Zusammenarbeit zukommt; in ihren bilateralen wie besonders auch in ihren internationalen und europapolitischen Aspekten. Es ist die Politik meiner Regierung, und es ist

Fortsetzung Fußnote von Seite 573

Großbritannien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei (Verträge von Locarno) vgl. REICHSGESETZBLATT 1925, Teil II, S. 976–1009.

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 21. April 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt mit der Bitte, es „Botschafter Herbst persönlich zu geeigneter Übermittlung an Präsident Mitterrand zu übersenden“. Ferner teilte er mit: „Ich habe den Sprachendienst (Herrn VLR I Seiler) gebeten, Ihnen direkt eine Höflichkeitsübersetzung zuzuleiten. Eine Kopie des Schreibens zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers ist beigefügt. Der Bundeskanzler bittet, es bei der persönlichen Kenntnisnahme dieses Schriftwechsels durch den Herrn Bundesminister zu belassen. Er bittet gleichzeitig, ihn in geeigneter Weise zur Gesprächsführung über den Briefwechsel mit Präsident Mitterrand für die nächsten deutsch-französischen Konsultationen in Stand zu setzen. Der Bundeskanzler hat die Herren Bundesminister Dr. Stoltenberg und Graf Lambsdorff ebenfalls von dem Schriftwechsel unterrichtet.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 21. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Das Schreiben soll nächste Woche durch Botschafter Herbst übergeben werden.“ Dieser Hinweis wurde gestrichen und statt dessen handschriftlich vermerkt: „Schreiben ist bereits übergeben.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14122 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Für das Schreiben des Staatspräsidenten Mitterrand an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 84, Anm. 4.

mir ein besonderes persönliches Anliegen, diese deutsch-französische Zusammenarbeit in allen Bereichen mit zusätzlicher Substanz zu versehen.

Ich nehme an, daß Sie wie ich aus den überaus schwierigen, aber erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen über die Anpassung der Leitkurse im EWS³ den Schluß gezogen haben, daß es uns mit dem Bekenntnis sehr ernst ist, in Europa und insbesondere zwischen unseren Ländern aufeinander Rücksicht zu nehmen und uns gegenseitig zu unterstützen. Der Ausgang dieser Gespräche sollte uns ermutigen, das EWS durch mehr Konvergenz in der Wirtschaftspolitik unserer Länder zu konsolidieren. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang um Verständnis für die Probleme bitten, die sich für die deutsche Landwirtschaft ergeben.

Deshalb scheint es mir unabdingbar zu sein, daß wir alle praktischen Schritte unternehmen, um verstärkt auf eine Annäherung der Wirtschaftspolitiken unter den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft hinzuarbeiten. Fortschritte, die wir hier erzielen, würden in der Tat die Homogenität innerhalb der Gemeinschaft nachdrücklich fördern.

Ein möglichst regelmäßiger, von gegenseitiger Kenntnis und gegenseitiger Rücksichtnahme getragener deutsch-französischer Meinungsaustausch über diese Fragen erscheint auch mir wesentlich. Ich greife daher sehr gerne Ihren Vorschlag auf, daß unsere Finanz- und Wirtschaftsminister regelmäßig zusammen treffen, um sich abzustimmen und um die Bilanz der erreichten Fortschritte zu ziehen.

Über die Modalitäten dieser auch von mir gewünschten Intensivierung des wirtschafts- und finanzpolitischen Meinungsaustausches zwischen unseren Regierungen könnten wir bei unseren nächsten Konsultationen⁴ eine feste Vereinbarung treffen.

Zur Sache selbst möchte ich heute nur so viel sagen:

In den jüngsten wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen Ihrer Regierung⁵ sehe ich einen wichtigen Beitrag zu der von Ihnen zu Recht hervorgehobenen Notwendigkeit eines besseren ökonomischen Gleichgewichts in Europa. Ich begrüße insbesondere die großen Anstrengungen zur Stabilisierung des Preisniveaus und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft. Sie werden dazu beitragen, die Erschwernisse im Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr möglichst bald abzubauen.

Die Politik meiner Regierung ist vor allem auf eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch neues Wachstum der Wirtschaft und damit auch auf eine nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage und vor allem der Investitionen gerichtet. Dem hat auch die Deutsche Bundesbank mit ihren jüngsten zinspolitischen Entscheidungen erneut Rechnung getragen.⁶ Die Bundesregierung hofft, damit zugleich einen Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen zu leisten, einen Weg aus der Krise zu finden.

³ Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März 1983 vgl. Dok. 74.

⁴ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 16./17. Mai in Paris vgl. Dok. 142, Dok. 143, Dok. 145 und Dok. 148.

⁵ Zum Zehn-Punkte-Programm der französischen Regierung vom 25. März 1983 vgl. Dok. 74, Anm. 13.

⁶ Zur Zinssenkung der Bundesbank am 17. März 1983 vgl. Dok. 74, Anm. 18.

Es bleibt meine Überzeugung und die Überzeugung der Bundesregierung, daß wir in einer krisenhaften Zeit in Europa nicht bestehen können, wenn wir uns auf uns selbst zurückziehen. Dies würde unseren politischen, aber auch unseren eigentlich wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufen. Wir brauchen eine offene Gemeinschaft, die sich dem weltweiten Wettbewerb stellt, weil Europa nur so auf die Dauer konkurrenzfähig bleiben kann. Dabei ist es, wie Sie hervorheben, sehr in unserem Interesse, daß wir nach außen stärker als bisher gemeinsam auftreten und handeln mit dem Ziel, unsere Partner in der Welt dazu zu bringen, auch ihre Verantwortung und ihre Pflichten stärker wahrzunehmen.

Was die übrigen, sehr wichtigen Fragen unserer bilateralen Zusammenarbeit und der Europapolitik betrifft, die Sie aufwarfen, so sollten wir, wie auch die zuständigen Mitglieder unserer Regierungen, bei den nächsten Konsultationen darüber sehr eingehend sprechen.

Ich teile Ihre Auffassung, daß die Förderung der Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals⁷, die Arbeitsweise der Institutionen der Gemeinschaft und Fragen der Agrarpolitik in den kommenden Monaten im Mittelpunkt unserer europapolitischen Bemühungen stehen müssen. Dabei geht es auch um Fragen der künftigen Struktur des Gemeinschaftshaushalts. Dies sind schwierige Fragen und auf das engste miteinander verbunden.

Sie sind auch vor dem Hintergrund der kommenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament⁸ zu sehen. Es geht dabei um vielfältige Interessen, auch um divergierende Interessen und Auffassungen. Wir werden tragfähige Kompromisse anstreben müssen. Dies müßte uns gelingen, wenn wir uns vor Augen führen, welchen Nutzen die Gemeinschaft und ihre Fortentwicklung jedem von uns bringt und wenn wir erkennen, daß es bei diesen Fragen insgesamt um die Zukunft der Gemeinschaft geht.

Wir sind unter unserer Präsidentschaft⁹ bemüht, in den genannten Fragen Fortschritte zu erzielen, Fortschritte, auf denen Sie auch aufbauen können, wenn ab 1. Januar nächsten Jahres die Präsidentschaft in der EG an Frankreich geht.

Ich würde mich freuen, wenn es uns bei den nächsten deutsch-französischen Konsultationen gelingen würde, gemeinsam einen Beitrag zu leisten, in diesen Fragen voranzukommen.

Mir ist auch sehr daran gelegen, daß die Gemeinschaft den Bürgern unserer Staaten vor Augen führt, daß sie sich ihrer drängenden Probleme annimmt. Daher habe ich die Anstöße sehr begrüßt, die wir in Kopenhagen¹⁰ und Brüssel¹¹ für Maßnahmen der Gemeinschaft zur Förderung der beruflichen Bildung für Jugendliche geben konnten. Wir müssen hier jetzt rasch zu Ergebnissen kom-

⁷ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 78, Anm. 12.

⁸ Am 14. bzw. 17. Juni 1984 fanden in den EG-Mitgliedstaaten die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt.

⁹ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁰ Zur Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1982 in Kopenhagen vgl. AAPD 1982, II, Dok. 335 und Dok. 336.

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 vgl. Dok. 78.

men.¹² Aus demselben Grunde halte ich es für notwendig, daß sich die Gemeinschaft sehr konkret der Umweltfragen und hier im besonderen der Schäden an unseren Wäldern annimmt.

Herr Präsident, ich stimme Ihnen von ganzem Herzen zu, wenn Sie sagen, daß die Gemeinschaft nur Bestand haben wird, wenn sie vorangeht. Dies bedeutet, daß wir für die jetzt anstehenden Fragen möglichst rasch Lösungen finden. Das bedeutet aber auch, daß wir für die Fragen der Zukunft, der Forschung, der Technologie und ihrer menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen die europäische Dimension voll zu nutzen versuchen.

Ich glaube, daß wir auch hier zwischen Deutschen und Franzosen die begonnene Zusammenarbeit fortsetzen und verstärken sollten. Dies gilt auch für den Bereich der Rüstung, wo, wie mir berichtet wird, die Arbeitsgruppen gute Fortschritte in der Identifizierung möglicher Bereiche der Zusammenarbeit gemacht haben.¹³

Ich freue mich, Herr Staatspräsident, bei den nächsten deutsch-französischen Konsultationen mit Ihnen über diese und andere Fragen in der gewohnten Offenheit sprechen zu können mit dem Ziel, die deutsch-französische Zusammenarbeit voll zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Helmut Kohl

VS-Bd. 14122 (010)

¹² Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Ministerrat am 25. April 1983 eine „Mitteilung über die Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen“ sowie einem Entschließungsentwurf für ein Programm gezielter Maßnahmen in diesem Bereich. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1983, S. 11.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung notierte am 28. April 1983: „Obwohl die Hauptverantwortung für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin bei den Staaten liegt, kann die Europäische Gemeinschaft durch die Reform des Europäischen Sozialfonds helfend eingreifen. Das Ziel der Konzentration des Fonds auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Förderung der beruflichen Bildung wird unterstützt von GB, NL und L; DK ist aufgeschlossen. [...] I, IR und GR, die wegen der bisherigen stark regionalen Ausrichtung des Sozialfonds hohe Zuschüsse erhielten, wollen bei der Reform ihren Besitzstand wahren. Sie befürchten, bei einer Konzentration des Fonds auf Jugendliche nicht mehr die Mittel in gleicher Höhe zu erhalten wie bisher [...]. F nimmt eine Sonderposition ein. Es hat zwar nunmehr Bereitschaft gezeigt, den Jugendlichen ebenfalls Priorität einzuräumen, jedoch nur neben den Langzeitarbeitslosen, lehnt jedoch die von der EG-Kommission vorgeschlagene Regionalisierung ab. Es fordert außerdem, den Fonds zur Mitfinanzierung der – insbesondere wöchentlichen – Arbeitszeitverkürzung heranzuziehen.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129866.

¹³ Im Bericht über den deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Zusammenarbeit vom 5. Mai 1983, der als Grundlage für das Gespräch der Außenminister Cheysson und Genscher sowie der Verteidigungsminister Hernu und Wörner am 16. Mai 1983 in Paris gedacht war, wurde dargelegt, daß sich der Ausschuß am 7. Dezember 1982 in Paris konstituiert und erneut am 29. April 1983 in Bonn getagt habe: „Der Ausschuß ist zentrales Organ der vertieften sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Er hat drei Arbeitsgruppen eingesetzt: die Politisch-Strategische Arbeitsgruppe, die am 28. Januar 1983 in Paris und am 13. April 1983 in Bonn zusammengetreten ist und sich mit dem politischen und militärischen Charakter der sowjetischen Bedrohung Westeuropas sowie mit dem Stand der INF-Verhandlungen befaßt hat; die Arbeitsgruppe Militärische Zusammenarbeit, die am 11.2.1983 in Bonn und am 22.4.1983 in Paris getagt und eine Bestandsaufnahme der militärischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet hat; die Arbeitsgruppe Rüstungskoooperation, die am 10.12.1982 in Bonn und am 17.3.1983 in Paris zusammengetreten ist und eine Gesamtschau möglicher Projekte für künftige deutsch-französische Rüstungskoooperation in Angriff genommen hat.“ Vgl. VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

111

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London

Geheim

22. April 1983¹

Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher bei den deutsch-britischen Konsultationen am Freitag, dem 22. April 1983, 9.00 Uhr bis 10.30 Uhr²

An dem Gespräch haben als Note-taker teilgenommen: auf britischer Seite John Coles, auf deutscher Seite MDg Dr. Zeller, als Dolmetscher VLRI Weber und Herr Lederer.

PM *Thatcher* eröffnet das Gespräch mit ihrem Dank für die Entscheidung der Bundesregierung zum Tornado-Export nach Oman.³ Dies sei eine grundlegende Entscheidung. Es sei wichtig, im Golf präsent zu sein; dies habe weitreichende politische und strategische Folgen.

Bundeskanzler bestätigt, daß diese Überlegungen bei der Entscheidung der Bundesregierung eine wichtige Rolle gespielt hätten.

Er schließt einige grundsätzliche Bemerkungen zu unserer Waffenexportpolitik an. Wir hätten nicht den Ehrgeiz, Waffenlieferant für die ganze Welt zu sein. Dafür gebe es auch geschichtliche Gründe. Aber wir wollten auch nicht abwesend sein; wir verfolgten unsere eigenen Interessen. Bundeskanzler Schmidt habe in dieser Frage nicht anders gedacht, sei aber durch seine eigene Partei an einer vernünftigen Politik gehindert worden mit der Folge, daß uns am Ende die Hände ganz gebunden gewesen seien. Wir unterhielten mit der Bundeswehr eine moderne Armee und benötigten daher eine Waffenproduktion, mit der wir 500 000 Mann richtig ausstatten könnten. Es könne nicht angehen, daß wir alles im Ausland kaufen. Die Serien müßten jedoch wirtschaftlich produziert werden können, so daß wir gezwungen wären, im bestimmten Umfang auch zu exportieren. Gewiß wollten wir nicht den großen Waffenlieferanten der Welt, wir wollten z. B. auch nicht den Franzosen Konkurrenz machen. Er wolle eine mittlere Linie verfolgen und damit auch die Politik der totalen Restriktion aufgeben. Der Oman-Beschluß sei ein gutes Beispiel hierfür. Selbstverständlich hätten wir dabei auch auf den Wunsch von PM Thatcher und der britischen Regierung Rücksicht genommen. Unsere Politik werde grundsätzliche Überlegungen mit pragmatischen verbinden; so würde sich eine mittlere Linie ergeben. In ähnlichen Fällen müsse man erneut miteinander sprechen.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 25. April 1983 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 29. April 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ übermittelt.

Hat Ploetz am 6. Mai 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zu den deutsch-britischen Regierungsgesprächen am 21./22. April 1983 vgl. ferner Dok. 109, Dok. 112 und Dok. 113.

³ Zur Frage des Exports von Kampfflugzeugen des Typs „Tornado“ nach Oman vgl. Dok. 100.

PM *Thatcher* erwähnt sodann einen Einzelpunkt, den ich in einem gesonderten Vermerk festhalte.⁴

Bundeskanzler berichtet, daß der Bundesregierung Meldungen zugegangen seien, wonach die britische Regierung Merkblätter über den Evakuierungsfall an Familienangehörige der britischen Streitkräfte vorbereitet habe und in Kürze verteilen wolle. Ihm erscheine die Vorbereitung auf den Evakuierungsfall normal, jedoch sei der Zeitpunkt für eine derartige Aktion denkbar schlecht gewählt. Wenn dies jetzt in die Zeitung gelange, so könne dies sehr nachteilige und absurde Folgen haben. Ein rein administrativer Routinevorgang, der in normalen Zeiten niemanden interessiere, könne damit ungewollte Proportionen erhalten. Offenbar habe man jetzt Planungen anlaufen lassen, an die man früher gar nicht gedacht habe. Um zu verhindern, daß die Maßnahme in die Öffentlichkeit gerät, sollte man auf die Verteilung der Merkblätter jetzt verzichten.

PM zeigt sich über den Vorgang nicht orientiert, wird ihm aber sofort nachgehen. Sie stimmt den Überlegungen des Bundeskanzlers bezüglich des ungünstigen Zeitpunktes zu. Auch sie würde es für bedauerlich halten, wenn eine solche Maßnahme in die Stationierungsdebatte hineingezogen würde.

Bundeskanzler berichtet von der französischen Unterrichtung über die neue Armeestruktur.⁵ F wolle seine Truppen um etwa 30 000 reduzieren. Dies wirke sich jedoch nicht auf die französische Präsenz auf deutschem Boden aus. Ganz im Gegenteil gebe es interessante Beschlüsse über den Einsatz der französischen Truppen, die für uns sehr erfreulich seien. Mitterrand sei in diesen Fragen absolut zuverlässig.

PM *Thatcher* stimmt nachdrücklich zu.

Bundeskanzler bemerkt, daß der Abbau der französischen Truppen um etwa 30 000 Mann sich über fünf Jahre erstrecken solle. Es würden auch nicht Stellen gestrichen; die Reduzierung ergebe sich aus normalen Abgängen.

Im übrigen wolle sich Frankreich an der Vorneverteidigung⁶ beteiligen. Dies bedeute nicht, daß französische Einheiten vorverlegt würden, wohl aber würden sie an gemeinsamen Manövern beteiligt werden. Dies würde deutlich machen, daß zwei französische Divisionen mit ihrem Material, so u. a. Panzer, rasch nach Osten verlegt werden könnten. Dies sei eine wichtige praktische, aber vor allem eine wichtige prinzipielle Entscheidung, weil sie zeige, daß Frankreich auch in

⁴ Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, vermerkte am 25. April 1983, im Vier-Augen-Gespräch am 22. April 1983 habe Premierministerin Thatcher Bundeskanzler Kohl mitgeteilt, „daß ihr Berichte aus besonderer Quelle vorlägen, wonach AEG-Telefunken von argentinischer Seite auf die Lieferung eines Torpedos zur Bekämpfung von U-Booten angesprochen worden sei. Argentinien verfüge bis jetzt über keine Waffe zur Bekämpfung von U-Booten. Mit der Lieferung eines derartigen Torpedos gewinne Argentinien eine völlig neue und für GB gefährliche strategische Fähigkeit.“ Kohl habe zugesagt, die Bundesrepublik werde nichts tun, „was PM und GB Schwierigkeiten machen würde“. Zeller legte dar, die Angelegenheit sei für Großbritannien bedeutsam, „da britische, mit Atomwaffen bestückte U-Boote die Jahre über offenbar eine wichtige Abschreckungsrolle gegenüber Argentinien in der Falkland-Frage gespielt hatten. Einer der schwereren Vorwürfe, die meines Wissens gegenüber Lord Carrington bei seiner Behandlung der Falkland-Frage erhoben wurde, war, daß er nicht rechtzeitig gegenüber Argentinien mit der Entsendung eines derartigen U-Bootes gedroht habe.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zur französischen Streitkräftereform vgl. Dok. 108, Anm. 13.

⁶ Zum Strategie der Vorneverteidigung vgl. Dok. 108, Anm. 12.

Deutschland verteidigt würde und so die Gemeinsamkeit des Verteidigungswillens deutlich gemacht werde.

Diese Entscheidung stärke auch die Position des Bundeskanzlers in der Debatte mit den Sozialisten.

Die Sozialdemokraten wollten in Genf die britischen und die französischen Raketen mitzählen. Er denke hier ganz anders.

In den USA gebe es seiner Meinung nach in der Frage der französischen und britischen Nuklearbewaffnung keinerlei Mißtrauen. Bundeskanzler fügt eine persönliche und sehr vertrauliche Bemerkung hinzu. Die Amerikaner seien unsere Verwandten, aber in Paris und London gebe es Verwandte, die uns noch etwas näherstünden. Der Capitol Hill sei etwas weit weg; von Downing Street und dem Élysée trennten uns nur eine Flugstunde. Es entspreche unserem nationalen Interesse, daß GB und F auf ihren Positionen beharrten.

PM *Thatcher* stimmt zu. Die dreifache Abschreckung stärke Europas Position.

Bundeskanzler bemerkt, daß auch die USA dies so sehen, aber die europäischen Nuklearstreitkräfte nicht so wichtig nähmen. Für uns sei dies jedoch wichtig und auch wichtig der jeweilige Grad der Verwandtschaft.

PM wirft ein, daß Minister Weinberger ein großer Freund Europas sei.

Bundeskanzler stimmt dem zu und bemerkt, daß die USA vieles täten, was sie uns zuliebe täten, weil wir es so wollten. In ihrem Bewußtsein gebe es jedoch eine Ecke, wo sie manches europäische Verhalten nicht voll verstehen.

PM stimmt zu.

Bundeskanzler bestätigt, daß für uns auch die europäische Abschreckung wichtig sei und er sie so wolle.

PM äußert sich beunruhigt über Anti-Amerikanismus im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß.

Hierbei würden sich anti-amerikanische mit anti-nuklearen Reaktionen verbinden.

Bundeskanzler stimmt zu.

PM berichtet, daß es auch in GB eine anti-nukleare Strömung gebe. Hinzu komme, daß manche befürchteten, die Amerikaner würden ihre eigenen Waffen in Europa schneller einsetzen als die Europäer die ihren. Daher gebe es die Debatte in GB über britische Kontrollen beim Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen.⁷

Mit großem Engagement äußert sich PM sodann zur amerikanischen Großzügigkeit; die Amerikaner würden hierfür nicht genügend Anerkennung erhalten. Natürlich gebe es auch noch andere Strömungen in den USA, so z.B. einen nicht hinnehmbaren Protektionismus. Daran sei jedoch nicht in erster Linie die Regierung, sondern der Kongreß schuld.

Bundeskanzler bezeichnet dies als einen sehr wichtigen Diskussionspunkt zwischen Europäern und Amerikanern. Die Briten könnten in dieser Frage etwas

⁷ Zur Frage einer Mitbestimmung beim Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 60.

tun, da sie die engsten Verwandten der Amerikaner seien. Auch wir könnten und würden etwas tun, weil wir die Amerikaner brauchten.

Bei uns, wie überhaupt auf dem Kontinent, ist der Anti-Amerikanismus etwas anderes als in Großbritannien. Dies erkläre sich aus der anderen Geschichte. In der deutschen Geschichte gebe es einen gewissen Antagonismus der Ost- und der Westorientierung.

Berlin liege eben in der Mitte zwischen Paris und Petersburg. Die russische Oberschicht sei weitgehend deutschorientiert gewesen, und im 19. Jahrhundert habe man während der Sommerferien in Baden-Baden sehr gut die Geschäfte erledigen können, die man sonst nur in Petersburg erledigen konnte. Jedenfalls habe es immer eine sehr starke Strömung der Ostorientierung bei uns gegeben. Nicht umsonst gebe es auch das Wort von der Sonne, die im Osten aufgeht. Dies sei freilich eher eine preußische als eine deutsche Tradition, und über Preußen sei sie auch auf Teile der Sozialdemokratie gekommen. Egon Bahr z.B. sei ein rot angestrichener Deutschnationaler und natürlich nicht ein sowjetischer Agent. Hinzu komme die Vorstellung davon, daß der Westen eher dekadent, der Osten gesund sei. Hier gelte, was der Preuße Spengler gesagt habe.⁸ Auch Willy Brandt seien solche Vorstellungen nicht so ganz fern.

Die Westorientierung reiche bis in die römische Zeit zurück. Sie habe auch regionale Wurzeln, wenn man an den Limes denke. Es gebe einen geschichtlich überkommenen Unterschied des Lebensgefühls und auch der Lebensumstände zwischen Nord und Süd in Deutschland, d.h. zwischen den Regionen diesseits und jenseits des Limes. In Weimar habe Stresemann versucht, die Westorientierung zu stabilisieren. Das sei mißlungen.

Mit Konrad Adenauer habe die Bundesrepublik Deutschland deutlich Position für den Westen bezogen.

Für Kritiker der Westorientierung seien die Amerikaner Symbol. Man täte ihnen in der Tat sehr unrecht. Wir in der Bundesrepublik Deutschland verdanken den Amerikanern sehr viel. Nach dem Kriege hätte zunächst der Papst⁹ für die Deutschen gesprochen, sodann hätten die Amerikaner etwas für uns getan.

Bundeskanzler berichtet hierbei von persönlichen Erlebnissen in seiner zu 80 % zerstörten Heimatstadt Ludwigshafen, wo nach dem Kriege Hunger und Elend geherrscht haben. Die Franzosen haben nichts getan, sie hätten auch nichts tun können. In dieser Lage seien die amerikanischen Quäker, seien Hoover, sei die Care-Organisation mit Schulspeisungen zu uns gekommen, auch mit Kleider Spenden. Sodann habe Byrnes seine große Rede in Stuttgart gehalten.¹⁰ Danach gab es den Marshall-Plan¹¹, die Initialzündung für den deutschen Wie-

⁸ Oswald Spengler schrieb 1919 in seiner Schrift „Preußentum und Sozialismus“: „Das Russentum ist das Versprechen einer kommenden Kultur, während die Abendschatten über dem Westen länger und länger werden.“ Vgl. Oswald SPENGLER, Politische Schriften 1919–1926, Waltrop 2009, S. 104.

⁹ Pius XII.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes am 6. September 1946 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN 15 (1946), S. 496–501. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1946, S. 261–264.

¹¹ Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität ein Hilfsprogramm für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft vor. Im Rahmen des nach ihm auch „Marshall-Plan“ genannten European Recovery Program (ERP) flossen in den Jah-

deraufbau. Seither haben über fünf Millionen amerikanische Soldaten Dienst bei uns getan. Daraus sind viele menschliche Beziehungen erwachsen. Und wer beziehe entschiedener Position als die Amerikaner? Wir erwarteten dies auch von ihnen, wie wir erwarteten, daß sie den Weltgordarm spielen. Sie hätten auch mehr Entwicklungshilfe geleistet als andere.

Wer könne es ihnen verdenken, daß sie vor ihrer Haustür keine sowjetischen Agenten dulden würden.

Hier begrüßt der Bundeskanzler am Rande, daß Napoleon Duarte nunmehr in El Salvador Präsidentschaftskandidat sei. Er hoffe auf eine vernünftige Linie. Er werde auch nach El Salvador einen Botschafter entsenden.¹²

Was ihre Kenntnisse von Europa betreffe, so sollten wir die amerikanischen Senatoren nicht überschätzen. Der normale amerikanische Senator wisse ebenso wenig oder ebensoviel von Europa wie der normale deutsche Abgeordnete von Amerika.

Im übrigen sei Amerika ein Kontinent mit zwei Küsten, d. h., es blicke auch nach Asien.

Die Welt sehe man in den USA mit etwas anderen Augen als in London, Paris und Bonn. Manches erscheine uns kurios, manches naiv. Wenn aber die USA bei den Menschenrechten insistierten, so stünden sie hier auf einer großen Tradition, einer Tradition, die auch sehr gut für uns sei. Auch wenn manches für uns unverständlich klinge, so verstünden wir uns sehr gut und hätten die gleichen Prinzipien.

PM *Thatcher* berichtet, wie deutlich ihr bei näherem Umgang mit den USA die Wirkungen geworden wären, die der amerikanische Bürgerkrieg noch heute habe. Er sei ein schreckliches Erlebnis gewesen, dessen Wirkungen auf das amerikanische Leben noch heute spürbar seien.

In Williamsburg¹³ würde es vor allem darauf ankommen, die Festigung und Wiederbelebung der amerikanisch-europäischen Allianz deutlich zu machen, so daß dies für jeden, vor allem auch in unseren Ländern sichtbar sei.

Bundeskanzler stimmt nachdrücklich zu.

PM *Thatcher*: Natürlich müsse man auch gewisse andere Probleme wie den Protektionismus ansprechen, um sie zu verhindern.

Sie begrüße, wie ihr berichtet worden sei, daß der Bundeskanzler in seinen Ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 581

ren 1948 bis 1952 ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

¹² Zur Rückberufung des Botschafters der Bundesrepublik aus San Salvador vgl. Dok. 76, Anm. 18. Ministerialdirektor Gorenfloß notierte am 11. April 1983, die USA hätten die Bundesregierung wiederholt um die Entsendung eines Botschafters nach San Salvador gebeten. Ein von der amerikanischen Botschaft übergebenes Papier zeige „in sehr deutlicher Sprache, daß diese Frage für die Administration immer drängender wird und ein Problem im bilateralen Verhältnis werden könnte“. Die amerikanische Seite wisse um „die schwierige innenpolitische Diskussion in Deutschland zur Frage der Botschafterentsendung“ und sei bereit, klarzustellen, „daß die Entsendung eines deutschen Botschafters nicht als Übereinstimmung mit allen Aspekten der amerikanischen Zentralamerika-politik aufgefaßt werden sollte“. Vgl. Referat 331, Bd. 135979.

¹³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

sprächen mit Präsident Reagan¹⁴ Übereinstimmung erreicht habe, daß die Ost-West-Wirtschaftsfragen nicht als eigenes Thema, sondern nur im Kontext angesprochen würden. Je erfolgreicher und lockerer man dieses Thema in Williamsburg behandle, um so leichter ließen sich auch die anderen Fragen lösen.

Bundeskanzler berichtet, daß er dem Präsidenten seine Vorstellungen von Williamsburg mitgeteilt habe. Es sei existentiell, daß von Williamsburg in der Tat eine Botschaft für die Menschen in Europa ausgehe, daß die Allianz lebt, daß ihre Prinzipien gelten, daß sie stark ist und in sich ruht. Es sei lebenswichtig, daß der Wille zur Gemeinschaft über die Einzelinteressen dominiere. Dies sei wichtig für unsere Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen, zu anderen osteuropäischen Staaten. Auch dort müsse man erkennen, daß die Allianz eine sichere Kraft sei und große Anziehungskraft ausübe.

Nicht die Papiere seien in Williamsburg wichtig, sondern worüber man spreche und die Art und Weise, wie man miteinander spreche. Dies gelte wesentlich auch für die Ost-West-Debatte. Der Präsident habe diese Überlegungen akzeptiert.

Über den Ost-West-Handel hätten die Außenminister Ende vergangenen Jahres in der NATO Beschlüsse gefaßt.¹⁵ Man könne über den Stand am Rande von Williamsburg einen kurzen Bericht geben und damit auch das Gefühl vermitteln, daß es weitergeht. Sodann müsse man versuchen, die gemeinsamen Studien¹⁶ bis Ende dieses Jahres abzuschließen. Wir wüßten dann auch mehr über das Gesamtklima zwischen Ost und West und wie es weitergeht.

Dem habe der Präsident zugestimmt und auch die europäischen Gesprächspartner, die er, der Bundeskanzler, über die Ergebnisse seiner Reise nach Washington unterrichtet habe, wie Präsident Mitterrand, Ministerpräsident Lubbers und Ministerpräsident Fanfani.

Wir müßten auch fähig sein, über die Familienprobleme zu sprechen und darüber, was der Kongreß tut.

D.h., wir müßten auch über die europäisch-amerikanischen Probleme sprechen, aber auch über die europäisch-japanischen. Im Verhältnis zu Japan sei es z.B. wichtig, daß wir und die USA forderten, daß die SS-20 verschrottet würden und nicht nach Sibirien verlagert. Aber eben deshalb sei es auch eigenartig, daß wir die volle Last dieser Abrüstungsdebatte mit der Sowjetunion tragen würden und daß die Japaner sich daran nicht beteiligten, sondern lediglich gute Geschäfte machten. Erst jetzt entwickelten die Japaner allmählich ein Bewußtsein der Bedrohung durch die SS-20.

PM *Thatcher* würde es für eine wichtige Entwicklung halten, wenn die Japaner hieraus auch Folgerungen ziehen würden. Ihre Erfahrung sei, daß sie doch ganz anders seien als wir.

Bundeskanzler wirft ein, daß sie dies auch genießen würden.

PM schließt an, sie nützten es auch aus. Zwischen uns und den Japanern be-

¹⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

¹⁵ Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière vgl. Dok. 2, Anm. 5.

¹⁶ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

stehe ein großer cultural gap. Mit ihnen sei es schwieriger umzugehen als mit anderen, ebenso schwer wie mit chinesischen Chinesen. Chinesen in Hongkong und anderswo in der Welt reagierten anders.

In der Tat sei es eine vorrangige Frage, wie sich unsere Beziehungen zu den Japanern weiterhin gestalten würden.

Bundeskanzler berichtet, daß er über diese Frage auch mit dem amerikanischen Präsidenten gesprochen und ihm gesagt habe, daß er die japanische Lage verstehe. Und natürlich spiele bei der Frage der japanischen Rüstung auch eine Rolle, daß es in den ASEAN-Staaten noch latente Angst vor einem japanischen Imperialismus gebe. Die Japaner müßten jedenfalls General MacArthur dankbar sein und ihn in Gold aufwiegen für die Verfassung, die er ihnen in Verteidigungsfragen gegeben habe.¹⁷

PM bemerkt, daß die japanische Grausamkeit größer und tiefer sei als die anderer Nationen. Viele Leute in Großbritannien und in den USA fürchteten diese Grausamkeit. Sie fürchte die japanische Kultur, die den einzelnen so sehr diszipliniert. Dies berge die Gefahr des Aushakens und Umkippens in sich. Man sehe es an den japanischen Terroristen, die fanatischer und grausamer seien als andere.

Bundeskanzler bemerkt, daß für ihn dies zunächst eine praktische Frage sei. Wir alle wendeten einen hohen Prozentsatz unseres BSP für Verteidigung auf, die Japaner die gleichen Prozentsätze für Innovation ihrer Industrie.

PM Thatcher wirft ein, wenn die Japaner in die Rüstungsindustrie gingen, so würden sie uns alle ausstechen.

Sie berichtet, daß sie den neuen japanischen MP¹⁸ noch nicht getroffen habe, sondern ihn in Williamsburg zum ersten Mal sehen werde.

Sie fragt den Bundeskanzler, was sich Reagan von Williamsburg verspricht und was er will. Wir hätten eine klare Vorstellung von unseren Zielen, nämlich die Gesundheit der Allianz neu zu begründen und unsere Urteile über aktuelle Weltangelegenheiten auszutauschen und damit zu schärfen. Sie sei sich nicht ganz darüber sicher, was der amerikanische Präsident wolle.

Man müsse in Williamsburg auch etwas über die Abrüstungsgespräche sagen. Sie glaube, daß die Russen sich solange nicht bewegen würden, ehe sie nicht wüßten, was bei uns passiert. Das gelte insbesondere auch für Großbritannien. Dort gebe es eine starke Anti-Nuklearbewegung in der Labour Party, auf die die Sowjets setzten.¹⁹

Die Sowjets wollten jedenfalls einen Erfolg der KSZE und damit offenbar auch die KAE.

Nach der Einschätzung des *Bundeskanzlers* will der Präsident von Williamsburg mit einem großen Erfolg auch für seine öffentliche Meinung nach Hause gehen können.

¹⁷ Vgl. dazu Artikel 9 der japanischen Verfassung vom 3. November 1946, in dem Japan für alle Zeiten auf Krieg und die Androhung oder Anwendung von Gewalt zur Lösung internationaler Streitfragen und daher auf die Aufstellung von Land-, See- und Luftstreitkräften verzichtete; CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 512.

¹⁸ Yasuhiro Nakasone war seit 25. November 1982 Ministerpräsident.

¹⁹ Zur britischen Friedensbewegung vgl. Dok. 98, Anm. 9.

Die interne Diskussion in den USA sei lebendiger geworden; der Präsident habe auch im Kongreß Probleme mit dem Haushalt. Wenn er wieder kandidiere²⁰, so habe er gute Chancen. Die Wirtschaft entwickelt sich gut.

Das Bild, das in Europa von ihm besteht, sei falsch. Er sei ein Mann mit einem sehr klaren Koordinatensystem; kein Intellektueller, ein wirkliches Produkt amerikanischer Kultur und Geschichte. In seinen Prinzipien werde er auch durch seine Frau²¹ bestärkt. Er habe dieselben menschlichen Probleme wie viele Eltern in den Vereinigten Staaten. Seine eigene Tochter²² demonstriere gegen Teile seiner Politik. Bei einer Neuwahl wäre er 74 Jahre alt. Ihm könne es daher keineswegs um irgendwelche Abenteuer gehen, sondern er werde sich in diesem Alter um sein Bild in der Geschichte sorgen.

Bundeskanzler hat von den vier Gesprächen, die er bis jetzt mit dem Präsidenten geführt hat²³, von Mal zu Mal den klareren Eindruck gewonnen, daß es dem Präsidenten um Frieden und Entspannung geht und daß er diese Fragen zunehmend intensiver auch lebt. Er wisse, daß wir in eine Entscheidungsphase kommen und daß dann, was falsch gemacht werde, auch falsch sei. Er ist zunehmend im politischen Leben der USA die Nummer 1. Er leidet nicht wie ein Intellektueller an der Verantwortung, nimmt sie vielmehr wahr und dies mit Freude und einer gewissen Naivität. In vielem gleicht er vielleicht Truman, dem man vorgeworfen hat, als Präsident vieles falsch gemacht zu haben. Jedoch hat er alles, was wichtig war, richtig gemacht. Reagan ist sehr zuverlässig, sehr amerikanisch, für manche Europäer in manchem vielleicht etwas unverständlich. Er, der Bundeskanzler, ist froh, daß er so ist. Wir sollten ihm helfen, in Williamsburg Erfolg zu haben. Daraus würden auch wir großen Nutzen ziehen, da er dann sehen würde, daß er diesen Erfolg mit den Europäern errungen hat.

Bundeskanzler hat Präsident Reagan auch gesagt, daß die Europäer verschiedenen reagierten, nicht immer und unbedingt als Einheit. Die Gloire der Trikolore sei immer noch ein zu beachtendes Politikum. Andere brauchten weniger Streicheleinheiten. Dies wisse er, der Bundeskanzler, noch von Konrad Adenauer, der ihm gesagt hat, daß das französische Gloirebedürfnis klar in Rechnung zu setzen sei. Der Präsident habe dies lachend quittiert. Im übrigen seien die Amerikaner auch in der Geschichte darauf eingegangen. Lafayette sei Marschall geworden, Steuben nur General.

In Williamsburg wolle man jedenfalls Versailles²⁴ nicht wiederholen. Es müsse um die Inhalte gehen und um einige wichtige prinzipielle Fragen. In der Ost-West-Problematik könne man um so mehr tun, je weniger es ein Thema ist. Die

²⁰ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt.

²¹ Nancy D. Reagan.

²² Patricia Ann Reagan (Patti Davis).

²³ Vor seinem Besuch am 14./15. April 1983 führte Helmut Kohl als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Gespräch mit dem ehemaligen Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien, Reagan, bei dessen Besuch vom 29. November bis 2. Dezember 1978 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu KOHL, *Erinnerungen 1930–1982*, S. 582.

Während seines USA-Besuchs vom 12. bis 19. Oktober 1981 führte Kohl mit Präsident Reagan am 16. Oktober 1981 ein Gespräch in Washington. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 302.

Vom 14. bis 16. November 1982 hielt sich Kohl als Bundeskanzler in den USA auf. Für das Gespräch mit Präsident Reagan am 15. November 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 306.

²⁴ In Versailles fand vom 4. bis 6. Juni 1982 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 180.

Arbeitsgruppen müssen weiterarbeiten, und man wird dann schon sehen, wie es weitergeht.

Natürlich gehe es auch um Handel und ganz handfeste wirtschaftliche Interessen. Die amerikanische Agrarpolitik sei unerträglich. Wichtig sei, daß man sich der gegenseitigen Abhängigkeiten bewußt werde und danach handle.

Auch Nord-Süd-Fragen müßten besprochen werden und das Verschuldensproblem.

Bundeskanzler erwähnt einen Bericht in der Times, wonach Präsident Mitterrand ein neues Bretton Woods anstrebe.²⁵

PM hält diesen Vorschlag für wenig überzeugend und äußert sich in diesem Zusammenhang mit einiger Leidenschaft.

In Fragen der Verteidigung sei Mitterrands Haltung ohne jeden Fehl und weit besser als die seiner Vorgänger.

Sie hält es für wenig realistisch, ein neues Thema in Williamsburg einzuführen, zumal, wenn dies auf dem Wege über Pressekonferenzen geschieht. Offiziell habe sie bislang nichts von den Franzosen gehört.

Bundeskanzler bemerkt, daß auch für ihn das Thema neu sei.

Zurückkommend auf sein Gespräch mit Präsident Reagan, erwähnt er den „Krieg der Sterne“.²⁶ Dieser Vorschlag sei aus vielerlei Gründen für die augenblickliche Diskussion nicht sehr hilfreich.

PM Thatcher: Ein solcher Plan ließe sich allenfalls in 30 oder 40 Jahren, wenn überhaupt, verwirklichen.

Bundeskanzler bemerkt, daß wir für die Verteidigung der 80er Jahre verantwortlich wären; unsere Enkel werden dann andere Probleme haben.

PM Thatcher glaubt, daß die Sowjets nicht vor den britischen Wahlen²⁷ ernsthaft verhandeln würden. Wir müßten sehr fest sein und uns an den Zeitplan²⁸ halten. Die Flugkörper würden nicht vor November nach GB kommen. Die Russen hätten also noch Zeit für vernünftiges Verhalten in Genf.

Die Cruise Missiles würden in GB auch nicht vor Ende 1984 außerhalb ihrer festen Standorte verbracht. Sie glaubt, daß dies auch aus technischen Gründen nicht früher möglich wäre.

Bundeskanzler meint, daß in Italien noch vor der Sommerpause gewählt würde. Craxi jedenfalls wolle dies. Die Logik von Craxis Verhalten sei ihm nicht ganz verständlich. Der Aufstieg für die Sozialisten sei beendet. Es gebe Skandale in

²⁵ In dem Bericht hieß es: „France has launched a strong international campaign to persuade Western nations to agree to sweeping reforms of the international monetary system. These would be made at a special conference, which the Mitterrand government is prepared to host next year and which, according to diplomatic sources in Washington yesterday, could replace next year's economic summit meeting of the seven leading Western powers. The proposal for a conference – like that at Bretton Woods in 1944 which set up the International Monetary Fund – will be discussed at this year's summit in Williamsburg, Virginia, next month.“ Vgl. den Artikel „France leads call for new monetary system“; THE TIMES vom 22. April 1983, S. 1.

²⁶ Zur Initiative des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 für ein Raketenabwehrsystem im Welt- raum vgl. Dok. 81.

²⁷ Nach der Auflösung zum 13. Mai 1983 fanden am 9. Juni 1983 Wahlen zum britischen Unterhaus statt.

²⁸ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

seiner Partei, weitere stünden bevor. Seine Strategie sei es, wohl besser jetzt als später zu wählen.²⁹ Die DC wolle nicht unbedingt Neuwahlen, sei aber mit ihnen einverstanden, um aus der Krise herauszukommen. Wahrscheinlich werde sie sich leicht verbessern. Jedenfalls sei erneut mit einem DC-Ministerpräsidenten zu rechnen. Mithin werde sich an der italienischen Bereitschaft, zu stationieren, nichts ändern.

Es kommt daher in der Tat sehr auf die britischen Wahlen an.

Der Bundeskanzler geht davon aus, daß die internationale Lage sich im Laufe des Jahres kritischer entwickelt.

Die Sowjetunion verfolge eine Politik des Zuckerbrots und der Peitsche. Bis zum Sommer reiche voraussichtlich die Periode des Zuckerbrots. Er diene ihnen auch als Versuchskarnickel. Seine Absicht sei, in der ersten Juli-Woche nach Moskau zu reisen.³⁰

Vorher wolle er sich sehr gerne eingehend für ein paar Stunden mit PM Thatcher besprechen. Er werde dann gern nach London kommen.

PM: Bundeskanzler sei sehr willkommen.

Bundeskanzler: Der Besuch könne kurzfristig vorbereitet werden. Ihm gehe es um ein Gespräch von etwa zwei Stunden unter vier Augen.³¹

Die Abstimmung mit ihr, aber auch mit Präsident Mitterrand sei ihm sehr wichtig.

Wir gehen einer Schlüsselsituation entgegen.

Seine Position sei sehr klar. Das gelte natürlich auch für den Zeitplan.

Er vermute nicht, daß die Sowjets Druck auf Berlin ausüben würden. Er glaube auch, daß sie am Ende doch kommen würden, vielleicht aber erst, wenn die erste Pershing stationiert sei. Es komme darauf an, wie Andropow reagiert.

Viele Dinge seien in Bewegung. In Polen stehe der Papst-Besuch bevor.³² Der rumänische Außenminister habe BM Genscher berichtet³³, daß Rumänien und

²⁹ Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 20. April 1983: „Sozialisten sind offenbar entschlossen, kurzfristig Regierungskrise herbeizuführen und nach Möglichkeit vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen“. Als Gründe wurden genannt: „a) Craxi hat sich auf der Sitzung der Sozialistischen Internationalen in Portugal von anderen europäischen Sozialisten die Schwierigkeiten vor Augen führen lassen, die diese anderen Parteien in der Nachrüstungsdebatte haben. Er schließt eine, wenn auch verspätete ähnliche Entwicklung in Italien nicht aus. Er will vermeiden, daß im Herbst Neuwahlen stattfinden, in denen die Stationierung von einem PSI-Verteidigungsminister gegen die Ablehnung durch die Kommunistische Partei Italiens vertreten werden muß. b) Meinungsumfragen für die Sozialisten zeigen neuerdings nach dreijährigem stetigen Wachstum wieder deutlich abnehmende Tendenz. Der Grund liegt offenbar in der taktischen Fähigkeit des DC-Vorsitzenden de Mita, der die Sozialisten wiederholt in die Defensive drängen konnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 428; Referat 206 (203), Bd. 140511.

Ministerpräsident Fanfani erklärte am 29. April seinen Rücktritt. Am 26./27. Juni 1983 fanden Wahlen zum italienischen Parlament fanden.

³⁰ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

³¹ Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher führten am 28. Mai 1983 am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg ein Gespräch. Vgl. dazu Dok. 167, Anm. 26.

³² Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

³³ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 13. April 1983 in Tegernsee; Dok. 91.

wohl auch einige andere WP-Staaten Gromykos hartes Nein zur Zwischenlösung³⁴ nicht in das Kommuniké des Treffens der WP-Chefs in Prag³⁵ aufnehmen wollten. Sie haben es nicht aufgenommen.

Auch in seinem Telefongespräch mit GS Honecker über den sehr gravierenden Burkert-Zwischenfall³⁶ habe Honecker nicht schroff, sondern kooperativ reagiert. Er hat auch sehr stark in Richtung einer Lösung für die Genfer Verhandlungen gesprochen. Selbstverständlich hätten er und andere Osteuropäer großes Interesse an einer Verhandlungslösung. Wenn der Eisernen Vorhang dichter würde, so bedeutete dies für Honecker große Probleme. Die Lage in der DDR sei nicht gut; vieles funktioniere nicht. Aber daß 100 000 Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR einreisen, auch Geschenke mitbrächten, sei ein Ventil, auch ein wichtiges psychologisches Ventil. Schließe die DDR sich stärker von der Welt wieder ab, so nehme auch der Druck im Kessel zu.

PM kann nicht viel Zuckerbrot in den bisherigen sowjetischen Angeboten erkennen; sie glaubt, daß Andropow jetzt schon in der Peitschen-Periode ist und mit Drohungen arbeitet.

Sie berichtet von einem Gespräch mit dem stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten.³⁷ Die Beziehungen Ungarns zum Westen seien eher gebremst. Sie verstehe die Gefühle in Osteuropa, von denen der Bundeskanzler spricht, und die Furcht in Osteuropa, daß die Schraube kräftiger angezogen würde.

Bundeskanzler wirft ein, daß man in Osteuropa keine härtere Entwicklung wolle.

Bundeskanzler bemerkt, wenn die Sowjetunion jetzt höchste Anstrengungen unternehme, um SS-20 aufzustellen, so beabsichtige sie, möglicherweise den Plafond möglichst hoch zu setzen, um dann Reduzierungen anbieten zu können.

PM räumt ein, daß ihr ein Zögern Andropows, die Schraube weiter anzuziehen, durchaus verständlich erscheinen könne. Andropow könne nicht wollen, daß ähnliche Protestbewegungen wie in Polen in anderen osteuropäischen Ländern sich ausbreiten.

Bundeskanzler ist der Überzeugung, daß das sowjetische Regime mit einiger Logik reagiere; seine Führer seien keine Hitlers. Sie kennten auch die Stimmung in ihrem Lande. Wir wüßten vom Informationssystem unter Hitler, daß dieses ein recht zutreffendes Bild von der Stimmung in der Bevölkerung gegeben habe. Es sei damals nur nicht bis nach ganz oben gedrungen.

PM Thatcher will eine Frage noch unter vier Augen klar ansprechen.

Für Andropow dürften Wahlen in GB so wichtig sein wie in der Bundesrepublik Deutschland und eine Wiederwahl von PM Thatcher so kritisch wie die des Bundeskanzlers.

³⁴ Vgl. dazu die Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Gromyko am 2. April 1983 in Moskau; Dok. 91, Anm. 11.

³⁵ Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 6./7. April 1983 in Prag vgl. Dok. 91, Anm. 3.

³⁶ Zum Tod von Rudolf Burkert und zum Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 18. April 1983 vgl. Dok. 106, Anm. 16.

³⁷ Zum Besuch des ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai vom 7. bis 11. März 1983 in Großbritannien vgl. Dok. 50, Anm. 8.

Deshalb sei es vital, daß die EG-Haushaltsfrage³⁸ bis Juni gelöst werde. Es gehe darum, Zahlen bis Juni zu finden. Wenn dies scheiterte, so wäre das für sie die schrecklichste Sache von allen. Wenn sie nicht erhielte, was ihr letzten November versprochen worden sei, dann müsse sie ihre Zahlungen zurückhalten. Daher müßten wir alle in der Zeit, die noch bis zum ER Stuttgart³⁹ verbleibt, zusammengehen. Sie habe keinerlei Hoffnung, daß die Haushaltsfrage unter griechischer Präsidentschaft⁴⁰ Fortschritte machen könne. Ihr gehe es um einen fair deal. Auch sie wolle, daß die Länder der Gemeinschaft mit ihrer so unterschiedlichen Geschichte fest zusammenstehen.

Aktuelle Lage sei um so kritischer wegen der Agrarpreisverhandlungen. Es sei wichtig, daß die Preise nicht über die Vorschläge der Kommission⁴¹ hinaus angehoben würden. Schon jetzt verschlinge die Landwirtschaftspolitik nahezu alle Mittel, mit der Folge, daß kein Geld für den Britenausgleich zur Verfügung stehe. Alles hänge also davon ab, wie hoch die Agrarpreise gesetzt würden und welche Überschüsse sich daraus ergäben. Sie sehe eine reale Gefahr, daß der Haushalt nicht ausreicht. Die Gemeinsame Agrarpolitik müsse jedenfalls einen geringeren Platz einnehmen; wie sie heute funktioniert, sei es nicht richtig. Wir alle hätten hier eine enorme Verantwortung. Sie müsse gestärkt aus Stuttgart hervorgehen. Für Brüssel, und was der Bundeskanzler für das Kommuniqué in Brüssel⁴² getan habe, sei sie sehr dankbar. Die Schlußfolgerungen von Brüssel müßten jetzt mit Zahlen besetzt werden. In Stuttgart müsse man sie bestätigen.

Bundeskanzler verspricht zu tun, was er tun könne. Sein Interesse sei, daß sie Erfolg habe. Man müsse mit den Außenministern über die Lösungsmodalitäten sprechen.

Dabei dürfe man das EP nicht vergessen, das Wahlen im nächsten Juni habe.⁴³ Im Parlament rumore es.⁴⁴

Wichtig sei es, daß andere begriffen, daß man in Europa nicht nur abholen könne, man müsse auch etwas bringen. In diesem Sinne habe er am Dienstag mit Ministerpräsident Schlüter gesprochen.⁴⁵

³⁸ Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

³⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁴⁰ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁴¹ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für die Festlegung der Agrarpreise und der flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1983/84 vgl. Dok. 37, Anm. 10.

⁴² Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 vgl. Dok. 78.

⁴³ Am 14. bzw. 17. Juni 1984 fanden in den EG-Mitgliedstaaten die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt.

⁴⁴ Zur Haltung des Europäischen Parlaments zur Reform des EG-Haushalts vgl. Dok. 11, Anm. 25.

Am 13. April 1983 erörterte das Europäische Parlament in Straßburg die künftige Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften. Botschafter Hampe, Straßburg, berichtete am folgenden Tag, das Europäische Parlament habe eine „Entschließung über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft mit großer Mehrheit“ angenommen. Allerdings enthalte diese „lediglich Fragen an die Kom[mission] und keine Stellungnahme des EP zur Kom.-Mitteilung“. Wegen Gegensätzen zwischen der Sozialistischen und der EVP-Fraktion über Agrarfragen sei eine Einigung auf einen anderen Text nicht zustande gekommen. Allerdings habe sich aus Gesprächen am Rande des Plenums ergeben, „daß eine agrarabhängige Sondersteuer (bzw. -Abgabe) für viele Abgeordnete eine mögliche Lösung darstellen könnte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 78; Referat 410, Bd. 130307.

⁴⁵ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Schlüter am 19. April 1983 vgl. Dok. 106.

Alles, was wir für Europa leisten, sind Vorleistungen für die Zukunft.

Zu Hause habe man als Auftakt für die Haushaltsberatungen erneut Kassensturz gemacht; das Erbe, das er übernommen habe, sei verheerend. Die wirtschaftliche Entwicklung lasse sich gut an, werde aber nicht über Nacht nach oben gehen. Er selbst sei für eine mäßige, aber gesunde Entwicklung der Konjunktur.

Die Arbeitslosigkeit werde bei einer solchen Entwicklung nicht so schnell zurückgehen, wie er sich dies wünsche. Es kämen jetzt die geburtenstärksten Jahrgänge und dann nach vier Jahren ein abrupter Abbruch. Wir brauchten alle diese jungen Leute; aber wir müssen überbrücken.

Sein Vorgänger⁴⁶ habe es sehr an Vorsorge zu Hause fehlen lassen und stattdessen sehr viel über die Weltwirtschaft geredet.

Die saisonale Arbeitslosigkeit mache ihm weniger Sorge. Regional sei es zu unangenehmen Fehlentwicklungen gekommen. Hier habe sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die Ballungsräume konzentriert, während die Wirtschaft auf dem platten Land zurückging. Insbesondere die „Randgebiete“ zum Osten litten weiterhin unter ihren politisch bedingten Standortnachteilen. Aber auch diese Fragen ließen sich noch regeln.

Gravierend sei der dritte Problemkreis, der der Innovation und der Zukunftsvorsorge. Wir müßten die Forschungsbereitschaft stärken, sowohl bei den Unternehmen wie auf den Universitäten. Die Universitätsreform hat sich in dieser Hinsicht katastrophal bei uns ausgewirkt, dadurch, daß Gleichheit vor Leistung ging.

Für 1984 müßten wir noch 6 1/2 Mrd. DM einsparen; das gehe nicht, ohne daß wir an die Sozialkosten gingen, deren Anstieg gebremst werden müsse. Auch könne die Regierung den Kreditmarkt nicht weiter belasten. Dies sei eine Bedingung dafür, daß die Bundesbank und die Banken die Regierung in ihrer Politik unterstützten.

Hinzu komme, daß unsere Unternehmen sehr unterschiedlich von den in den anderen Ländern durch zwei Kriege und die Währungsreform unterkapitalisiert seien und mit zuviel Fremdkapital lebten.

PM stimmt zu. Dies könne gutgehen, wenn die Entwicklung gut verlaufe. Bei Schwierigkeiten entstünden daraus zusätzliche Schwierigkeiten.

Bundeskanzler: Ein Unternehmen wie BASF könne sich auch in schwierigen Zeiten am Markt behaupten. Mittelbetriebe hätten in den 50er und 60er Jahren sehr expandiert. Hätten sie rechtzeitig die Entwicklung erkannt, dann gehe es ihnen auch heute noch gut. War dies nicht der Fall, so sind sie heute kaputt. In einem Jahr sei es zu 12 000 Betriebseinstellungen gekommen.

Ihm gehe es sehr darum, diese mittlere Industrie zu erhalten, aus wirtschaftspolitischen wie auch aus gesellschaftspolitischen Gründen. Er wolle nicht, daß Arbeitsplätze nur durch die öffentliche Hand und durch große Multis geschaffen würden. Wir brauchten eine breite Mittelschicht. Hier gebe es auch Querverbindungen zur Selbstbehauptung und zur Verteidigung.

⁴⁶ Helmut Schmidt.

Deshalb sei ihm auch die Erhaltung einer eigenen Landwirtschaft wichtig. Sowohl aus nationalpolitischen wie aus ökonomischen Gründen sind selbständige Bauernexistenzen wichtig.

Was Stuttgart betrifft, so müßten wir dort konkrete Ergebnisse erzielen. Jeder einzelne müsse dazu seinen Beitrag leisten.

In diesem Augenblick des Gesprächs treten die beiden Außenminister⁴⁷ und die beiden Botschafter⁴⁸ hinzu. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Gesprächsthemen im Vier-Augen-Gespräch durch PM Thatcher konzentriert sich das Gespräch auf die europäischen Fragen und insbesondere die des britischen Haushaltsausgleichs.

PM bezieht sich nachdrücklich auf die Schlußfolgerungen des Brüsseler ER. Sie fordert, diese Aussage jetzt mit Zahlen zu besetzen, und dies vor dem ER. Es hätte desaströse Folgen, wenn GB das Versprochene nicht erhalten würde.

Sie erkennt grundsätzlich an, die Lösung für dieses Jahr mit Perspektiven für eine langfristige Lösung zu versehen, will aber keinesfalls, daß die Ein-Jahres-Lösung solange aufgeschoben wird, bis eine Mehr-Jahres-Lösung erreicht ist.

Sie wiederholt ihre Ausführungen zur Agrarpolitik.

BM Genscher schildert die kritische Lage im EP mit der Gefahr einer totalen Konfrontation, die bis zum Sturz der Kommission führen könnte. Man müsse deshalb auf das EP zugehen.

Er verweist darauf, daß die Meinungsbildung in der Regierung noch nicht abgeschlossen sei.

Der Kommissionsvorschlag erscheint ihm vernünftig, zusätzlich auch deshalb, weil er eine nationale Abgabe bei einer Produktionsausweitung im Agrarsektor enthalte und damit auch einen Einstieg in die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

PM will keineswegs hinter Brüssel zurück. Sie argumentiert zu diesem Punkt mit großer Leidenschaft. Vertrauen dürfe nicht enttäuscht werden. Anderen dürfe man nicht gestatten, sich hinter dem EP zu verstecken.

Sie macht deutlich, daß sie notfalls auch eine Krise nicht scheuen wird.

BM Genscher erläutert unsere Haltung zu den Landwirtschaftsfragen und zum Währungsausgleich.⁴⁹

Bundeskanzler und Bundesminister erklären große politisch-psychologische Bedeutung einer Verabschiedung der Europäischen Akte.⁵⁰

⁴⁷ Hans-Dietrich Genscher und Francis Pym.

⁴⁸ Jürgen Ruhfus und Jock Taylor.

⁴⁹ Über diesen Teil des deutsch-britischen Regierungsgesprächs am 22. April 1983 in London berichtete Botschafter Ruhfus, London, am 23. April 1983: „BM verwies darauf, BM Kiechle habe sich konsequent an die Kommissionsvorschläge für die Heraufsetzung der Landwirtschaftspreise gehalten. Allerdings gebe es für uns ein spezielles Problem bei dem Abbau des Grenzausgleichs. Darüber werde er am Montag mit dem französischen Außenminister sprechen. Die konsequente Unterstützung der Preisvorschläge der Kommission bedeute für Bundesregierung erhebliche Opfer. Wenn wir auch die Vorschläge für den Grenzausgleich akzeptierten, würde dies zu Minuswachstum für die deutschen Bauern führen. Dies würde Bundesregierung in überaus schwierige Situation bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 680; Referat 204, Bd. 135241.

⁵⁰ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 80.

Hieran schließt sich eine ausführliche Diskussion über den britischen Vorbehalt (Luxemburger Kompromiß/Dissens⁵¹), wobei *PM* unter Bezug auf britisches White Paper⁵² und den letztjährigen Konflikt über die Agrarpreise an die britischen Beitrittsbedingungen⁵³ erinnert. Für sie ist Luxemburger Dissens Ausdruck von fairness und equity in der Gemeinschaft.

BM *Genscher* macht klar, daß von uns nicht im Nachhinein eine Zustimmung zum Luxemburger Dissens, und dies in einer von uns vorgeschlagenen feierlichen Erklärung, zu erwarten sei.

Praktischer Ausweg könne in einer Protokollerklärung liegen.

Bundeskanzler erläutert Zusammenhang zwischen kurzfristigen und langfristigen Perspektiven der Europapolitik. Er setzt dies in Beziehung zur Stellung Deutschlands und zu seiner zukünftigen politischen Entwicklung.

Bundeskanzler spricht abschließend KSZE an und erläutert die deutsche Position. Er berichtet auch von seinem Gespräch mit Präsident Reagan über diese Frage.

Er weist insbesondere auf Fragen der Menschenrechte und auf die Bedeutung einer KAE-Konferenz am Ende dieses Jahres hin.

PM stimmt diesen Ausführungen zu.

Botschafter Ruhfus wird über diesen Teil des Gesprächs ausführlich berichten.⁵⁴

VS-Bd. 14112 (010)

⁵¹ In der Folge der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Paris lehnte Frankreich das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, das mit Beginn der dritten Stufe des Gemeinsamen Marktes ab 1. Januar 1966 gelten sollte, ab und verfolgte eine „Politik des leeren Stuhls“. Die Krise konnte auf der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg durch einen Kompromiß beigelegt werden, der vorsah, daß sich die EWG-Mitgliedstaaten zunächst bemühen sollten, Lösungen einvernehmlich zu finden, und erst nach Ablauf einer „angemessenen Frist“ Mehrheitsbeschlüsse getroffen werden könnten. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 25.

⁵² Am 26. Februar 1975 veröffentlichte die britische Regierung das Weißbuch „Referendum on United Kingdom Membership of the European Community“, in dem sie ein Referendum für Juni 1975 ankündigte und Vorschläge für die Durchführung unterbreitete. Vgl. Referat 410, Bd. 105613.

⁵³ Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1973 bei. Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

⁵⁴ Für den Drahtbericht Nr. 680 des Botschafters Ruhfus, London, vom 23. April 1983 vgl. Referat 204, Bd. 135241.

112

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym in London

204-321.10 GRO-276/83 VS-vertraulich

22. April 1983¹

13. Deutsch-britische Gipfelkonsultationen am 21./22.4.1983 in London²;
hier: Vermerk über das Gespräch des BM mit AM Pym am 22.4., 9.00 Uhr bis
10.15 Uhr im FCO (außer EG- und EPZ-Themen)

1) Besuch des BK und BM am 14./15.4.1983 in Washington³

BM berichtete über Gesprächseindrücke in Washington: Guter Zeitpunkt, gute Atmosphäre, BK fand richtige Sprache. Hauptthemen: INF, KSZE/KAE, Williamsburg⁴, geplanter Moskau-Besuch⁵. Fazit: vor allem durch Auftreten des BK im Kapitol⁶ wurde Eindruck gefestigt, daß D voll zur Allianz steht.

Pym begrüßte, daß BK seine amerikanischen Gesprächspartner so ausführlich über seine politischen Vorstellungen unterrichtet hat. Europäer sollten Amerikaner immer rechtzeitig über ihre politischen Pläne informieren.

2) INF

Übereinstimmung, daß INF zentrale Frage des Jahres ist und daß Deutsche und Briten zum vereinbarten Zeitpunkt stationieren, falls Genfer Verhandlungen scheitern.

BM betonte, Festhalten am vereinbarten „Mix“ (CM, Pershing II) sei vital, denn sowjetische Propaganda konzentrierte sich auf D, indem sie nur von Pershing spreche. Er, BM, sei überzeugt, daß SU in Genf auf Zwischenlösung eingehen werde (was aber nichts daran ändere, daß wir stationieren müßten). *BM* berichtete von seinem Gespräch mit rumänischem AM⁷, der ihm Eindruck vermittelt habe, daß Rumänen nicht die einzigen gewesen seien, die auf Prager WP-Treffen⁸ Gromykos Ablehnung einer Zwischenlösung⁹ widersprochen hätten.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragenden Legationsrat Wendler am 25. April 1983 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am selben Tag „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, an das Ministerbüro geleitet. Dazu teilte er mit: „Zu den EG- und EPZ-Themen wird auf den besonderen Vermerk von Herrn D 4 vom 22.4.1983 verwiesen.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 26. April 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 204 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Bitte unter Vorbehalt der Genehmigung durch BM verteilen.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12934 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zu den deutsch-britischen Regierungsgesprächen vgl. ferner Dok. 109, Dok. 111 und Dok. 113.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁵ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl am 15. April 1983 mit amerikanischen Senatoren in Washington vgl. Dok. 106, Anm. 4.

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 13. April 1983 in Tegernsee; Dok. 91.

⁸ Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 6./7. April 1983 vgl. Dok. 91, Anm. 3.

⁹ Vgl. dazu die Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Gromyko am 2. April 1983 in Moskau; Dok. 91, Anm. 11.

Pym äußerte Überzeugung, daß SU in Genf erst nachgebe, wenn wir stationierten.

3) KSZE/KAE

BM betonte Wichtigkeit, daß zeitlich mit etwaiger INF-Stationierung zur öffentlichkeitswirksamen Abfederung KAE in Stockholm eröffnet wird (wenn SU nicht nach Stockholm käme, hätte sie Schwarzen Peter). In Washington sei jedoch noch Überzeugungsarbeit zu leisten, daß über Menschenrechte (nicht nur für prominente Namen, sondern auch für Unbekannte!) nur geredet werden könne, wenn KSZE-Prozeß weitergehe. Die Zehn seien sich hierüber weitgehend einig, außer NL. Niederländischem Außenminister¹⁰ müßte man sagen, daß niederländische Unwilligkeit, INF zu stationieren, nicht durch harte Haltung in Madrid wettzumachen sei. Das Umgekehrte sei richtig: Festigkeit bei INF und Flexibilität bei KSZE/KAE.

Pym äußerte Überzeugung, daß es KAE geben werde, wenn wir – wie vereinbart – in Madrid vorgehen. Sorge mache ihm der Gedanke, daß SU prominente Dissidenten (Sacharow¹¹) freilassen könnte, um öffentliche Meinung zu gewinnen, nicht jedoch die zahllosen Unbekannten. BM bestätigte am Beispiel eines Professors, der lange Zeit nicht ausreisen durfte, jetzt aber in D lehren könne, daß SU Eindruck erwecken wolle, die Menschenrechte seien „ausgebrochen“. BK habe daher in Washington die Aufmerksamkeit auf die namenlosen Dissidenten und die Hunderttausende von Deutschen und Juden gelenkt, die aus der SU auswandern wollten. Cheysson und Colombo hätten in Briefen an AM Shultz unsere KSZE-Position unterstützt.¹²

4) Polen

Übereinstimmung, daß innere Entwicklung z.Z. ziemlich aussichtslos sei; Regime sei nicht in der Lage, Volk zu gewinnen; vielleicht gewisse Klärung nach Papst-Besuch¹³. Auf Bemerkung von Pym, daß USA hinsichtlich Umschuldung¹⁴ anderer Ansicht seien als Europäer, erklärte BM, wir hätten europäische Position in Washington nochmals erläutert.

¹⁰ Hans van den Broek.

¹¹ Zum Fall Sacharow vgl. Dok. 10, Anm. 21.

¹² Der italienische Botschaftsrat Pensa übermittelte Vortragendem Legationsrat Dreher am 22. April 1983 eine Übersetzung des Schreibens des italienischen Außenministers Colombo vom 20. April 1983 an den amerikanischen Außenminister Shultz. Darin empfahl Colombo, daß „wir auf einen positiven, möglichst raschen Abschluß der Konferenz in Madrid abzielen sollten. [...] Insbesondere würde die Einberufung einer Europäischen Abrüstungskonferenz, die mehr oder weniger in den Zeitraum der Aufstellung der INF fiel, meines Erachtens einen positiven Faktor darstellen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133480

Der französische Gesandte Bernière übermittelte dem Auswärtigen Amt am 21. April 1983 das undatierte Schreiben des französischen Außenministers Cheysson an Shultz. In diesem sprach sich Cheysson für die Annahme des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) aus, „der den von den Alliierten vorgebrachten Punkten weitgehend Rechnung trägt. [...] Das die Menschenrechte betreffende Kapitel im N+N-Dokument ist noch nicht sehr gut gelungen, und zu seiner Verbesserung bedarf es noch einer letzten Überarbeitung. Schon jetzt können wir jedoch im Vergleich zu den Vereinbarungen von Helsinki einen Fortschritt erkennen; wir sind also auf dem richtigen Weg.“ Vgl. die beigelegte Übersetzung; Referat 010, Bd. 178879.

¹³ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

¹⁴ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 104, Anm. 13.

5) Moskau-Besuch

BM versicherte, daß es keinen Alleingang geben und *BK* besonders in Williamsburg Partner konsultieren werde. Briten sehen wie wir Hauptaufgabe darin, *SU* zu überzeugen, daß Allianz einig und geschlossen sei.

BM meinte hinsichtlich *INF*, Moskau gegenüber sei es wichtig, daß der Regierungschef spreche, der nicht nur Hauptlast der Stationierung trage, sondern zu Hause auch in der Lage sei zu stationieren.

BM und *Pym* äußerten sich besorgt über Situation in Dänemark in bezug auf NATO-Doppelbeschluß (Lähmungserscheinungen).¹⁵

6) Williamsburg

Übereinstimmung, sich nicht auf West-Ost-Handelsbeziehungen zu konzentrieren, sondern lediglich Arbeit der Studiengruppen zur Kenntnis zu nehmen und zu bewerten.¹⁶ Konzentration auf nichtinflationäres Wachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Botschaft des Vertrauens).

7) Nahost

Pym berichtete über Nahostreise¹⁷: Iran-Irak-Konflikt gewinne gegenüber arabisch-israelischem Konflikt an Bedeutung. Sicherheitsrat werde Iran-Irak-Frage jedoch nicht aufnehmen. Im Hinblick auf Konflikt mit Israel wachsende Enttäuschung über *USA* im arabischen Lager. Schwerer strategischer Fehler der *PLO*, daß sie Arafats Gespräche mit Hussein¹⁸ nicht akzeptiert hätten. *PLO*-Führer repräsentierten nur sich selber. Da *USA* keinen stärkeren Druck auf Israel ausübten, habe der Reagan-Plan¹⁹ keine Chance (*Pym*: „a tragedy“). Wir müßten jetzt versuchen, eine Konfrontation der Supermächte zu verhindern.

BM meinte, *SU*-Fortschritte seien nicht nur in Syrien deutlich, auch andere Staaten würden gegenüber *SU* entspannter. Hussein habe verzweifelten Versuch gemacht, amerikanische Initiative zu unterstützen, aber Arafat habe Zustimmung der radikalen Araber aufgrund israelischen Verhaltens verloren. Konsequenz sei steigender Einfluß der *SU*, nachlassendes Vertrauen in *USA*, Nachteil für Westen.

Übereinstimmung, daß europäische Initiative jetzt keinen Sinn mache (Bild uneinigen Westens müsse auf jeden Fall vermieden werden), aber verstärkte Besuchstätigkeit in arabischen Staaten notwendig sei, um positives Klima zu schaffen.

¹⁵ Zur Haltung Dänemarks zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 106, besonders Anm. 19.

Referat 201 vermerkte am 9. Mai 1983: „Auf das britische Ersuchen um flankierende Unterstützung gegenüber Dänemark (Demarche britischer Botschaft am 26.4. auf Arbeitsebene) haben wir auf den kürzlichen Besuch von MP Schlüter in Bonn hingewiesen, bei dem der NATO-Doppelbeschluß wichtiges Thema gewesen sei. Wir haben der britischen Seite zugesagt, die dänische Minderheitenregierung in ihrem Widerstand gegen die Abrüstungsinitiative der Linksparteien weiterhin zu bestärken.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125631.

¹⁶ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

¹⁷ Der britische Außenminister Pym besuchte vom 8. bis 10. April 1983 Saudi-Arabien, vom 10. bis 12. April 1983 die Vereinigten Arabischen Emirate sowie am 12. April 1983 Jordanien.

¹⁸ Zu den Gesprächen des Königs Hussein mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der *PLO*, Arafat, vgl. Dok. 73, Anm. 17.

¹⁹ Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 9, Anm. 17.

8) Zentralamerika

BM teilte vertraulich mit, daß Bundesregierung beabsichtige, Duarte, falls er Präsidentschaftskandidat in El Salvador werde, nach Bonn einzuladen.²⁰ Man wolle ihm dann in Aussicht stellen, deutschen Botschafter wieder nach San Salvador zu entsenden.²¹

Pym begrüßte dies. Briten seien noch nicht so weit, Botschafter zurückzusenden; man werde darüber nachdenken. Auf Bemerkung Pym's, Europäer hätten in Zentralamerika keinen großen Einfluß, meinte BM, wir sollten Interesse haben (besonders an Duarte). Die Zehn sollten ihre Besorgnis über die Entwicklung in der Region ausdrücken, aber nicht mehr.

9) Falkland²²

Pym äußerte Besorgnis über Waffenverkäufe, da Argentinien Feindseligkeiten immer noch nicht offiziell aufgegeben habe. Er übergab Liste sensitiven Materials, das deutsche Firmen nicht liefern sollten, und meinte, Westen sollte mehr Druck auf Argentinien ausüben.

10) Namibia

BM äußerte Sorge über französische Haltung.²³ Er befürchtete, daß Cheysson eine negative Rede bei Eröffnung der Namibia-Konferenz in Paris halten würde.²⁴ Es gebe wenig Grund zum Optimismus. Der Zusammenhalt der Kontaktgruppe bleibe jedoch sehr wichtig (sonst Gefahr ähnlicher Entwicklung wie in

²⁰ Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 5. Mai 1983, der Vorsitzende des salvadorianischen Partido Demócrata Cristiano (PDC), Duarte, werde sich am 14./15. Juli 1983 auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Bundesrepublik aufhalten und von Bundeskanzler Kohl am 14. Juli 1983 zu einem Gespräch empfangen. Vgl. dazu Referat 331, Bd. 135979.

²¹ Zur Frage der Entsendung eines Botschafters nach San Salvador vgl. Dok. 111, Anm. 12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius vermerkte am 21. Juni 1983 dazu, Bundesminister Genscher habe Ministerialdirektor Gorenflos erklärt, „er wolle Duarte den Bo[tschafter] senden, wenn Duarte die Wahl gewonnen habe“. Das kann nach voraussichtlicher Wahlverschiebung auf März/April 1984 und bis zur Regierungsbildung bis Mitte 1984 dauern.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135979.

²² In der Nacht vom 1. auf 2. April 1982 besetzten argentinische Streitkräfte die von Argentinien als Malvinen beanspruchten, unter britischer Hoheit stehenden Falkland-Inseln. Am 21. Mai 1982 landeten britische Truppen an mehreren Stellen der Inseln. Am 15. Juni 1982 kapitulierten die dortigen argentinischen Truppen; zeitgleich trat ein Waffenstillstand in Kraft. Am 20. Juni 1982 erklärte die britische Regierung einseitig die Kampfhandlungen für beendet. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 108, Dok. 110 und Dok. 137, sowie AAPD 1982, I, Dok. 175.

²³ Während der Gespräche des Staatssekretärs von Staden mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium, Gutman, am 11. April 1983 in Paris legte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Ausseil, zur Namibia-Frage dar, „die einzigen Gespräche von Bedeutung würden zur Zeit zwischen den USA und Angola sowie zwischen USA und Südafrika geführt. [...] Die Namibia-Gruppe sei durch diese Gespräche marginalisiert.“ Vgl. die Aufzeichnung des Gesandten Freiherr von Groll, Paris, vom 13. April 1983; Referat 203, Bd. 140637.

²⁴ Vom 25. bis 29. April 1983 fand in Paris die VN-Konferenz zur Unterstützung des namibischen Volkes statt. Der französische Außenminister Cheysson widersprach dabei in seiner Rede am 25. April 1983 der Vorstellung, den Abzug fremder Streitkräfte aus Angola zur Vorbedingung für die Lösung der Namibia-Frage zu machen. Vgl. dazu POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (mars-avril), S. 64–67. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Paris, teilte am 26. April 1983 mit, nach Gesprächen im französischen Außenministerium habe er den Eindruck, daß es bei Frankreichs Ablehnung bleibe, in der Namibia-Kontaktgruppe mitzuarbeiten. Er habe Befriedigung darüber ausgedrückt, „daß es zu keiner direkten Absage an weitere F-Mitarbeit in der K[ontak]t[G]ruppe gekommen sei und daß Cheysson in bezug auf Südafrika und die Bedeutung von 435 Positionen eingenommen habe, die wir auch vertreten. Zugleich habe ich aber doch auch unser Befremden erkennen lassen über die der jüngsten KG-Arbeit erteilten Zensuren (z. B. „équivoque“), die schließlich neben den US auch die anderen drei trafen.“ Vgl. den Drahtbericht 800; Referat 010, Bd. 178885.

Nahost). Französisches Ausscheiden (wegen amerikanischer Haltung) wäre falsches Signal; er werde deshalb Cheysson am Wochenende²⁵ anrufen.

Pym: Auch er werde mit Cheysson darüber sprechen. Wenn kürzlicher Besuch Angola-AMs²⁶ in Washington dazu führen werde, daß Kubaner Angola verlassen, gebe es wieder Hoffnung.²⁷

VS-Bd. 12934 (204)

113

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

22. April 1983¹

Betr.: Gespräch zwischen BM und AM *Pym* in London – deutsch-britische Gipfelkonsultationen – am 22.4.1983²;
hier: EG- und EPZ-Themen

I. „Feierliche Erklärung“ (Europäische Akte)³

AM *Pym* warb beredt für Übernahme aller drei Sätze des „Non-papers“, das er als Präsidentschaftspapier⁴ apostrophierte.⁵ PM Thatcher brauche einen sol-

²⁵ 26./27. April 1983.

²⁶ Paulo Teixeira Jorge.

²⁷ Zu den amerikanisch-angolanischen Gesprächen vgl. Dok. 56, besonders Anm. 4.

Am 13. April 1983 berichtete Botschafter Hermes, Washington, daß sich der angolanische Innenminister Rodrigues (Kito) seit 10. April 1983 in Washington aufhalte. Nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums seien die Gespräche noch im Fluß: „Es gehe darum, von Angola ein glaubwürdiges Eröffnungsangebot zu erhalten, das man Südafrika übermitteln könne. Kito habe deutlich gemacht, daß er mit einem Mandat seiner Regierung ausgestattet sei; gleichwohl müsse man damit rechnen, daß er, welches Ergebnis auch immer erzielt werde, dieses zunächst nach Luanda zur dortigen Entscheidung mit zurücknehmen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1648; VS-Bd. 13582 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 26. April 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 21./22. April 1983 anlässlich der deutsch-britischen Regierungsgespräche in Großbritannien auf. Vgl. dazu ferner Dok. 109, Dok. 111 und Dok. 112.

³ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 80.

⁴ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁵ Referat 200 notierte am 7. April 1983, bislang gebe es keine Einigung beim Passus zum Beschlußfassungsverfahren im deutsch-italienischen Entwurf für eine Europäische Akte: „Nachdem auf dem Ministertreffen im Juni 1982 keine Lösung in der Frage der verschiedenen Klammersätze gefunden werden konnte, haben wir nach Übernahme der Präsidentschaft in der Ad-hoc-Gruppe einen neuen Ansatz versucht, indem wir – als Non-paper – die beiden ersten Sätze des Klammersatzes im gegenwärtigen Text [...] einführten.“ Die strittige Ziffer 2.2.2 des Non-papers laute: „[I] Die Anwendung der in den Verträgen von Paris und Rom vorgesehenen Verfahren für die Beschlußfassung ist von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaften. [II] Im Rat wird jede Möglichkeit zur Erleichterung der Beschlußfassung genutzt; hierzu gehört auch die Möglichkeit der Stimmenthaltung in den Fällen, in denen Einstimmigkeit erforder-

chen Satz, insbesondere im Hinblick auf die in der Öffentlichkeit bekannten Formulierungen des britischen Weißbuchs anlässlich des Beitritts⁶ und des Europäischen Gipfels vom Dezember 1974⁷. Eine Nichterwähnung würde als Rückschritt betrachtet.

Bundesminister erklärte demgegenüber nachdrücklich, für uns sei allein eine einseitige Protokollerklärung derjenigen akzeptabel, die dieses für notwendig hielten. Der Luxemburger Dissens⁸ sei nie von allen MS akzeptiert worden, er dürfe jetzt nicht durch die Übernahme in die Akte sanktioniert werden. Damit würde auch die Unterstützung des EP für die Akte, die unerlässlich sei, verlorengelassen.⁹ BM stellte Notwendigkeit einer vorwärtsweisenden europäischen Formulierung dar – insbesondere im Zusammenhang mit etwaiger Auseinandersetzung mit dem Bundestag und in der deutschen Öffentlichkeit um die Finanzierung der Gemeinschaft. Weitere finanzielle Opfer, einschließlich der Regelung des britischen Ausgleichs¹⁰, seien nicht durchzusetzen, wenn nicht gleichzeitig ein politischer Fortschritt in Richtung auf die Europäische Union verzeichnet werden könne.

Die deutsche Seite machte im übrigen klar, daß wir keinerlei „Vaterschaft“ für das „Non-paper“ haben wollten.

II. Britischer Ausgleich

Auf die Frage von AM *Pym*, ob der Allgemeine Rat am Montag, 25.4.1983 in Luxemburg eine „Rahmenregelung“ (framework) für den britischen Ausgleich herstellen könne, antwortete *Bundesminister*, dies sei jedenfalls nur in der Perspektive mit der Gesamtregelung möglich.¹¹ Deshalb müsse zwischen der Behandlung der EG-Finanzreform als solcher und der Einzellösung des briti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 597

lich ist. (III) Die Präsidentschaft trägt besondere Verantwortung im Rat für eine zügige Beschlußfassung und die Anwendung dieser Verfahren für die Beschlußfassung. In den Fällen in denen die Verträge dies vorsehen, sollte die Abstimmung normale Praxis werden. Dies beeinträchtigt nicht die jeweiligen Standpunkte der Mitgliedstaaten zu den am 28. Januar 1966 in Luxemburg erzielten Schlußfolgerungen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122731.

⁶ Großbritannien trat am 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei. Am 26. Februar 1975 veröffentlichte die britische Regierung das Weißbuch „Referendum on United Kingdom Membership of the European Community“, in dem sie ein Referendum für Juni 1975 ankündigte und Vorschläge für die Durchführung unterbreitete. Vgl. Referat 410, Bd. 105613.

⁷ Zur Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten am 9./10. Dezember 1974 vgl. AAPD 1974, II, Dok. 369.

⁸ Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 111, Anm. 51.

⁹ Vortragender Legationsrat Junker, z. Z. Straßburg, berichtete am 12. April 1983, das Europäische Parlament habe „den Entschließungsantrag Croux‘ einschließlich einiger geringfügiger Zusätze mit 123 Ja, 27 Nein und 23 Enthaltungen“ angenommen: „Damit hat die deutsch-ital[ienische] Initiative im Ergebnis nach wie vor die Unterstützung des Parlaments. [...] In der Aussprache dominierte die Forderung, keine Institutionalisierung des sog. Luxemburger Kompromisses zuzulassen; sollte dies geschehen, so würde die E[uropäische] A[kte] die Zustimmung des EP verlieren.“ Bundesminister Genscher habe zugesichert, „er werde nicht mit einem EA-Entwurf vor das EP treten, der den Namen ‚Schritt zur EU‘ nicht mehr verdiene; in diesem Fall wäre es besser, offen zu sagen, woran die Initiative gescheitert sei, damit die Öffentlichkeit klar erkenne, wo die Verantwortung gelegen habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; Referat 410, Bd. 130307.

Für den Wortlaut der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. April 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 256–258.

¹⁰ Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

¹¹ Bei der EG-Ministerratstagung am 25./26. April 1983 wurden institutionelle Fragen, das künftige Verhältnis zu Grönland, der EG-Beitritt Spaniens und die Beziehungen zu den AKP-Staaten, der Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg und die künftige Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften erörtert. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1983, S. 79.

schen Problems ein Zusammenhang aufrechterhalten werden. Wir verstehen, daß die Angelegenheit in Großbritannien im Hinblick auf die Wahlen¹² besondere Bedeutung habe; wir würden uns wie bisher bemühen.

Im Hinblick auf die Vorstellungen von Kommissar Tugendhat¹³ führte BM aus, daß die Agrarabgabe zum ersten Mal die Möglichkeit schaffe, die Überschußproduzenten stärker zu belasten und damit für GB und uns eine Entlastung zu bringen. Die Finanzminister würden in Zukunft auch in den Produzentenländern auf Abbau der Überschußproduktion drängen.

Auf die Frage des BM, wie die Briten zu Tugendhats Vorstellungen stünden, antwortete Pym, sie seien „open-minded“. Er insistierte jedoch mehrfach ausdrücklich auf der Ausgleichsregelung. Britische Seite sei einverstanden, die Ausgleichssumme über mehrere Budgettitel zu verteilen. Voraussetzung sei, daß die Einzelsummen addiert als eine annehmbare Gesamtsumme präsentiert werden könnten. Ohnehin sei GB von Sorge über den dramatischen Anstieg der Agrarausgaben erfüllt. Gemeinsam müsse Druck auf Kontrolle und Ermäßigung der Agrarausgaben ausgeübt werden. Erschöpfung der finanziellen Mittel der Gemeinschaft drohe bald einzutreten. Für GB sei wichtig, daß für den eigenen Ausgleich genügend Mittel im Haushalt übrigblieben.

Auf die Frage vom AM Pym, wie BM als Vorsitzender die Angelegenheit so weiterführen wolle, daß auf der Sitzung des Allgemeinen Rats im Mai¹⁴ konkreter Beschluß herbeigeführt werden könne, der dann in Stuttgart¹⁵ abzusehen sei, antwortete *Bundesminister*, die Antwort hierauf liege zum Teil in Paris. Er werde demnächst eine bilaterale Begegnung mit AM Cheysson haben, wobei die Währungsausgleichsabgabe im Mittelpunkt stünde.¹⁶ Einigung über Agrarpreise hänge davon ab, ob und wie wir uns mit Frankreich über Höhe des Abbaus einigen könnten. Er werde nicht einem Abbau zustimmen, der den deutschen Landwirten – insbesondere bei Milch und Getreide – keine Preiserhöhung übriglasse.

¹² Nach der Auflösung zum 13. Mai 1983 fanden am 9. Juni 1983 Wahlen zum britischen Unterhaus statt.

¹³ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher legte der Vizepräsident der EG-Kommission, Tugendhat, am 21. April 1983 dar, daß die EG-Kommission in ihren für Anfang Mai 1983 vorgesehenen Vorschlägen zur Reform des EG-Haushalts anregen werde: „Erhöhung der 1-%-Grenze der MWSt; allerdings sei zu befürchten, daß dies weder für D noch für GB akzeptabel sein dürfte. Deshalb in Kombination dazu eine Abgabe auf die Agrarproduktion. Im BMF würde offensichtlich nicht erkannt, daß bei jeder ‚given level of expenditure‘ deutsche Nettozahlerposition relativ niedriger sein werde als bei der Abführung des MWSt-Anteils allein, unabhängig von dem Erhöhungssatz. Bei einer derartigen Kombination könnte sogar der MWSt-Anteil gesenkt werden: Falls z. B. über die Agrarabgabe ein Volumen von 6 Mrd. ECU hereingeholt werden solle, so könne der MWSt-Anteil auf 0,5% reduziert werden.“ Entscheidend werde die Festlegung des Anteils der Agrarausgaben am EG-Haushalt sein: „Dies würde zwangsläufig zur Eindämmung der Agrarkosten führen. Festlegung dieses Satzes sei offensichtlich die schwierige Frage; dabei müßten wahrscheinlich für ärmere Länder auch günstigere Zahlungsmodalitäten gefunden werden.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178879.

¹⁴ Zur EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1983 in Brüssel vgl. Dok. 148, Anm. 27.

¹⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

¹⁶ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson am 16. Mai 1983 anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 142, besonders Anm. 4.

III. Stahlmarkt

Auf die Bitte des BM, angesichts der Krise auf dem Stahlmarkt¹⁷ einer Verringerung der Quote ohne Änderung zuzustimmen, antwortete AM Pym, der Industrieminister¹⁸ lehne dieses ab. Die britische Delegation führte hierzu aus, daß der Kapazitätsabbau in GB am stärksten gewesen sei. Unter diesen Umständen benachteilige die gegenwärtige Quotenregelung die britische Industrie besonders. Ihr sei deshalb eine Beibehaltung nicht zuzumuten.

Der *Bundesminister* führte demgegenüber aus, daß GB und D am stärksten Kapazitätsabbau betrieben hätten. Der Unterschied liege daran, daß GB mit, D ohne staatliche Hilfe (außer Saerstahl¹⁹) dieses betrieben habe. GB und D seien so lange stark, wie sie zusammenstünden und andere zu entsprechendem Kapazitätsabbau veranlaßten; sie seien beide schwach, sobald ein Quotenstreit ausbreche, der dann entstände, wenn GB eine Quotenänderung verlange.

Die deutsche Delegation führte ferner aus, daß die Entscheidung nicht, wie GB anzunehmen scheine, warten könne: Wegen der drohenden Preiseinbrüche müsse Einigung über die Quotenverlängerung so rasch wie möglich gefunden werden. Bei drohendem Zusammenbruch des Stahlmarktes seien unabsehbare Konsequenzen zu befürchten, die weit über diesen Markt hinausgriffen: nationale Maßnahmen der einen, Retorsionen der anderen und damit auch Bedrohung des Gemeinsamen Marktes insgesamt.

Das Thema wurde anschließend im Gespräch PM Thatcher und BK weiterverfolgt.

Per Fischer

Referat 010, Bd. 178876

¹⁷ Zur Stahlkrise in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 17, Anm. 28 und 29.

¹⁸ Patrick Jenkin.

¹⁹ Referat 412 vermerkte am 24. Juni 1983: „Die Bundesregierung hat zuletzt im November und Dezember 1982 umfangreiche Hilfen für A[RBED-]S[aarstahl]G[mbh] gebilligt. Dadurch kam ein Sanierungspaket zustande, zu dem auch die übrigen Beteiligten (Saarland, Eigentümer, Banken, Arbeitgeber) finanzielle Beiträge zusagten.“ Das Sanierungskonzept solle die ARBED-Saarstahl GmbH bis Ende 1985 wieder aus eigener Kraft lebensfähig machen. Vgl. Referat 412, Bd. 130504.

114

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

02-414-10

22. April 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Minister²

Zweck der Vorlage: Bitte um Weisung

Betr.: Europäische Technologiepolitik

Anlg.: 1³

I. 1) Die Industrie der EG-Länder ist in zukunftsentscheidenden Bereichen der hohen Technologie hinter die amerikanische und japanische Industrie zurückgefallen.⁴ Dies gilt insbesondere für die Informationstechnologie – die heute für die gesamte Volkswirtschaft zentrale Technologie.

Die EG und Westeuropa insgesamt sind in Gefahr des industriellen Abstiegs.

2) Ursachen des Zurückfallens gegenüber USA und Japan:

- das Fehlen gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der europäischen Unternehmen in kritischen Bereichen der hohen Technologie, verbunden mit der Schwierigkeit kleiner neuer Unternehmen in Europa, Risikokapital zu erhalten;
- das Fehlen eines einheitlichen Marktes (insbesondere die für die hohe Technologie so wichtigen Märkte des öffentlichen Beschaffungswesens sind rein nationale Märkte);
- die Knappheit an in den Zukunftstechnologien ausgebildeten Wissenschaftlern und Ingenieuren.

3) Ein „Therapiepaket“ müßte also unter anderem enthalten:

- Anreiz und Unterstützung einer europäischen Technologiepolitik durch die EG: gemeinsame Forschung und Entwicklung der europäischen Unternehmen und Institute in ausgewählten hochtechnologischen Bereichen (Vorbild: das ESPRIT-Programm⁵);

¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe meine beiliegende lange Stellungnahme.“ Vgl. Anm. 12.

² Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich auf dem Begleitvermerk des Staatssekretärs Lautenschlager Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz um Rücksprache bat. Vgl. Referat 02, Bd. 178499.

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 10.

⁴ Am 19. Juli 1983 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz aus: „Die Vorstellung von einem ‚industrial decline‘ Westeuropas, das in der hohen Technologie mit Japan und den USA nicht mehr mithalten könne, taucht im Gespräch mit Amerikanern und in Artikeln amerikanischer Zeitungen immer häufiger auf. [...] Jüngst war es auf der Jubiläumstagung des Harvard Center for International Affairs fast communis opinio, daß die wirtschaftliche und politische Macht sich immer mehr vom Atlantik zum Pazifik verschieben werde. Dementsprechend werde die Bedeutung Westeuropas für die amerikanische Außenpolitik abnehmen. Japan würde zum Hauptpartner. Der ‚Verlust‘ Westeuropas wäre für die USA schwerwiegend, so sagte etwa ein amerikanischer Teilnehmer, der ‚Verlust‘ Japans aber katastrophal.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178499.

⁵ Am 21. Dezember 1982 billigte der EG-Ministerrat den Vorschlag der EG-Kommission vom 12. November 1982, mit einer Vorbereitungsphase für ein Europäisches Strategieprogramm zur Forschung

- Schaffung eines wirklichen gemeinsamen Binnenmarktes in den hochtechnologischen Bereichen;
- dort, wo dies unentbehrlich ist, GATT-konforme Abschirmung der Anstrengungen der europäischen Industrie nach außen (z. B. infant-industry-Argument);
- die Verwirklichung dieser Ziele würde auch günstige Voraussetzungen schaffen für eine europäische Unternehmenskooperation bei der Produktion hochtechnologischer Erzeugnisse.

4a) Eine europäische Technologiezusammenarbeit im umfassenden Sinne ist auch für die deutsche Wirtschaft von kaum zu überschätzender Bedeutung, und dies in doppelter Weise:

- Wir sind weder von der Größe unseres Marktes noch von unserer technologischen Kraft her in der Lage, allein auf uns gestellt mit den USA und Japan mithalten zu können. Uns ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf Lizenzen und Zusammenarbeit mit der amerikanischen und japanischen Industrie zu verlassen, wäre andererseits eine gefährliche Lösung: Die amerikanischen oder japanischen Unternehmen könnten jederzeit die Zusammenarbeit dann beenden, sobald sie einen eigenen Stützpunkt auf dem deutschen bzw. europäischen Markt geschaffen haben. Es ist darüber hinaus zweifelhaft, wieweit amerikanische und japanische Unternehmen überhaupt bereit sind, uns die neuesten Technologien zu geben.
- Die deutsche Wirtschaft exportiert fast 50% ihrer Produkte in die Gemeinschaftsländer und über zwei Drittel (1982: 67%) in den westeuropäischen Markt als Ganzen. Im wesentlichen nur hier erwirtschaftet sie ihre Überschüsse, von denen ein Teil die Defizite gegenüber Japan, USA und der Dritten Welt abdeckt. Wir haben deshalb ein stärkstes Eigeninteresse daran, daß die Europäische Gemeinschaft technologisch wieder zu den USA und Japan aufschließt, denn in einen industriellen Abstieg Westeuropas würden wir unweigerlich mit hineingezogen.

b) Die Frage einer europäischen technologischen Zusammenarbeit ist zur gleichen Zeit von größter Bedeutung für unsere Außenpolitik: Frankreich, Italien, Großbritannien und andere Mitgliedsländer wollen eine solche Zusammenarbeit. Wir sind in Gefahr, uns innerhalb der EG zu isolieren und die Rolle dessen zu spielen, der die Gemeinschaft in dieser so zukunftsentscheidenden Frage blockiert. Negative Auswirkungen bei Fortsetzung unserer gegenwärtigen

Fortsetzung Fußnote von Seite 601

und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) zu beginnen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1982, S. 29.

Am 21. Februar 1983 endete die Frist für die Einreichung von Vorschlägen aus den EG-Mitgliedstaaten für das ESPRIT-Programm. Von über 200 Angeboten wurden 620 Antragsteller berücksichtigt. Dazu hieß es: „Die Beschlüsse über die meisten der ausgewählten Angebote sind im April nach Konsultationen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten gefaßt worden. Die Verträge dürften im Juni unterzeichnet werden. Die Versuchsphase für das ESPRIT-Programm erstreckt sich über ein Jahr. Sie umfaßt 15 Vorhaben, die sich auf die fünf wichtigsten Bereiche beziehen: Mikroelektronik, Software-Technologie, fortgeschrittene Informationsverarbeitung, Büroautomation, computerintegrierte Fertigung und ein Vorhaben für das Informationsaustauschsystem. Ein sechzehntes Projekt betrifft das Informationsaustauschsystem.“ Vgl. BULLETIN DER EG 4/1983, S. 25.

Politik sind insbesondere für das deutsch-französische Verhältnis zu befürchten: Wir verweigern Frankreich seit Jahren die Antwort auf seine Vorschläge für eine wirtschaftlich-technologische „relance“ der Gemeinschaft.

II. 1) Ich gebe zu erwägen, ob Sie nicht – in Ihrer Eigenschaft als Außenminister und Vizekanzler ebenso wie als Parteivorsitzender – das Anliegen einer europäischen Technologiepolitik zu dem Ihren machen.

Wie die gegenwärtigen Ressortgespräche zur Vorbereitung des Europäischen Rats⁶ zeigen, wäre für die Idee einer europäischen Technologiezusammenarbeit, wie sie unter I.3) skizziert ist, die Zustimmung der Ressorts nicht zu erhalten. Insbesondere das BMWi steht einer solchen Idee grundsätzlich zurückhaltend, wenn nicht ablehnend gegenüber.

Dagegen scheint die deutsche Industrie heute weithin von der Notwendigkeit gemeinsamer europäischer Anstrengungen überzeugt zu sein, um in hohen Technologien den Wettbewerb mit den USA und Japan bestehen zu können.

Eine konstruktive und aktive deutsche Politik in der Frage einer europäischen Technologiezusammenarbeit ließe sich allein auf höchster politischer Ebene durchsetzen. Konkret würde dies bedeuten:

- Persönliche, von Ihnen zu führende Gespräche mit Bundesminister Lambsdorff, Bundeskanzler Kohl, Bundesminister Riesenhuber und Stoltenberg, ⁷Ministerpräsident Strauß (der diesen Fragen aufgeschlossen gegenüberzustehen scheint);
- Kabinettsbeschluß über Einsetzung einer Arbeitsgruppe der Bundesregierung zur Frage einer europäischen Technologiezusammenarbeit.

Um Ihre Initiativrolle auch in der Öffentlichkeit deutlich werden zu lassen, sollten Sie zu einem geeigneten Zeitpunkt einen Artikel über eine Europäische „Technologiegemeinschaft“⁸ veröffentlichen. Er könnte im Europa-Archiv und gleichzeitig in *Politique Étrangère* (Paris), *International Affairs* oder *World Today* (London), *Internationale Spectator* (Niederlande) und einer italienischen Zeitschrift erscheinen.⁹

2) In der Anlage lege ich ein Papier des Planungsstabes über die Schaffung einer Europäischen „Technologiegemeinschaft“¹⁰ vor.

Zur weiteren Vorbereitung Ihrer Gespräche innerhalb der Bundesregierung wäre es nötig, durch Kontakte mit führenden deutschen Firmen wie Siemens und den Spitzenverbänden der Wirtschaft die Vorstellungen und Interessen der

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

⁷ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „ggf. auch“.

⁸ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Bezeichnung ist m. E. nicht glücklich.“

⁹ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Veröffentlichung zumindest verfrüht.“

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Die Aufzeichnung von Legationsrat I. Klasse Grewlich vom 21. April 1983 erörterte „Die Schaffung einer ‚europäischen Technologiegemeinschaft‘“ und gliederte sich nach einer „Kurzfassung“ in die Teile „A. Der technologische Wandel – eine Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft“, „B. Die technologisch-industrielle Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft“, „C. Eine ‚europäische Technologiegemeinschaft‘“ sowie die Anlage „Die technologisch-industrielle Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft“. Vgl. Referat 02, Bd. 178499.

deutschen Industrie genauer zu erkunden. Der Planungsstab könnte diese Aufgabe übernehmen.¹¹ Zu denken ist in diesem Zusammenhang auch an ein Kolloquium des Planungsstabes über europäische Technologiezusammenarbeit.

Ich bitte um Weisung, ob Sie ein weiteres Arbeiten des Planungsstabes zu diesem Thema wünschen.¹²

Seitz

Referat 02, Bd. 178499

¹¹ Zu einem Gespräch des Planungsstabes mit Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über europäische Technologiepolitik vgl. Dok. 259.

¹² Staatssekretär Lautenschlager notierte am 22. April 1983 handschriftlich für Bundesminister Genscher: „Das vom Planungsstab behandelte Thema ist wichtig; ich habe es mit dem Leiter Planungsstab und dem Verfasser sowie mit D4 und Dg41 erörtert. Ob es möglich sein wird – auch unter dem Aspekt der Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes –, die Bundesregierung für Initiativen in diesem Bereich in dem vorgeschlagenen Sinne zu gewinnen, muß ich auf Grund meiner Erfahrungen z. Z. eher pessimistisch beurteilen. Die vom Planungsstab gewählten Ansätze bedürfen der Konkretisierung in einer weiterführenden Diskussion mit Fachleuten. Entscheidend wird dabei sein, ob es wirklich ein Interesse der deutschen Wirtschaft gibt. Das zwar pressepolitisch wirksame Wort von der ‚Technologiegemeinschaft‘ würde ich nicht verwenden, weil damit unnötige Widerstände geweckt werden (Gründung einer neuen Gemeinschaft? Negative Erfahrungen mit EURATOM!). Man sollte ggf. eher bescheiden nur die These aufstellen, daß Europa mehr gemeinsame Technologiepolitik braucht, um auf Dauer wettbewerbsfähig und damit lebensfähig zu bleiben, und daß hierfür im Rahmen der bestehenden Gemeinschaftsmechanismen Verfahren in enger Zusammenarbeit mit der europäischen Industrie entwickelt werden müssen. Letztlich kostet europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich auch wieder Geld (oder Steuervergünstigungen), weil nur so privatwirtschaftliche Zusammenarbeit über Grenzen hinweg und Kenntnisaustausch durch die Gemeinschaft bewirkt und beeinflußt werden kann. Heikelstes Problem ist die Frage nach einem temporären und sachlich begrenzten Außenschutz gerade gegenüber den USA und Japan, wo ich noch keine befriedigende Lösung sehen kann (technologischer Protektionismus?). Schließlich stellt sich die Frage, ob alle zehn EG-Partner im Hinblick auf ihre unterschiedlichen industriellen Kapazitäten unter dem Gesichtspunkt gleicher Lasten und Vorteile mitmachen können und sollen (französische These von der ‚géométrie variable‘ mit allen damit verbundenen Problemen). Von einer Veröffentlichung würde ich solange abraten, solange Sie nicht aus Ihren politischen Gesprächen den Eindruck gewonnen haben, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine reale Chance besteht, wirklich etwas bewegen zu können. Eine neue Initiative, die steckenbleibt oder gar nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen wird, sollte m. E. nicht in Erwägung gezogen werden.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 02, Bd. 178499.

115

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau**310-321.00 NAM****Aufgabe: 22. April 1983, 14.55 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 2388 Plurez**

Betr.: Namibia-/Südafrika-Politik der Bundesregierung

1) Nachdem in der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik Zweifel an der konsequenten Fortsetzung unserer Politik im südlichen Afrika aufgetaucht waren², ist Bundesminister Genscher am 21.4.1983 Spekulationen mit folgenden Klarstellungen entgegengetreten:

- Das Prinzip der Nichteinmischung, die Förderung wirklicher Blockfreiheit und das Eintreten für Selbstbestimmung und Menschenrechte bleiben die Grundlagen unserer Politik.
- Das in Südafrika praktizierte Apartheid-System verstößt gegen elementare Menschenrechte. Wir verurteilen dieses System daher wie jede Menschenrechtsverletzung, wo immer sie stattfindet.
- Die Bundesregierung wird auch weiterhin in der westlichen Kontaktgruppe auf eine baldige Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage von SR 435³ hinarbeiten.⁴
- Die Eröffnung einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung in Windhuk⁵ kommt für uns erst in Betracht, wenn Namibia seine Unabhängigkeit erreicht hat.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Flittner konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Holl am 22. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kann abgehen.“

² Ministerialdirektor Gorenflos notierte am 15. April 1983: „In den letzten Tagen haben Äußerungen hochrangiger CSU-Vertreter, die sich direkt an ein südafrikanisches bzw. namibisches Publikum richteten, den Spekulationen über grundlegende Veränderungen unserer Politik starken Auftrieb gegeben.“ So habe der bayerische Staatssekretär für Wirtschaft und Verkehr, Freiherr von Waldenfels, am 9./10. April 1983 auf einer Wirtschaftsmesse in Johannesburg angekündigt, „die ‚Wende‘ werde sich auch auf unsere Politik im Verhältnis zu Afrika, Südafrika und Südwestafrika auswirken“. Vor der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer habe Waldenfels am 12. April 1983 in Johannesburg verkündet, die Südafrika-Politik der Bundesrepublik werde sich unter Bundeskanzler Kohl deutlich von der unter dessen Vorgänger Schmidt unterscheiden, und u. a. ausgeführt: „Taking over the principles of parliamentary democracy without consideration of the consequences could, in this part of the world, be more of a disadvantage than benefit for the black population. [...] Constitutional reform has to move forward in such a way so as not to destroy the culture of the whites“. Ferner habe der bayerische Ministerpräsident Strauß „in Briefen an namibische Persönlichkeiten von einer positiven Entscheidung über Wiedereröffnung des Konsulats in Windhuk gesprochen“. In Pressemeldungen aus Namibia werde „der baldige Besuch einer ‚deutschen Regierungsdelegation‘ zur Prüfung von Entwicklungsprojekten“ angekündigt, doch sei das Auswärtige Amt „über etwaige derartige BMZ-Ansichten nicht unterrichtet“. Vgl. Referat 320, Bd. 138099.

³ Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 56, Anm. 8.

⁴ Zur Tätigkeit der Namibia-Kontaktgruppe vgl. Dok. 56.

⁵ Das Konsulat in Windhuk war mit Wirkung vom 31. Oktober 1977 geschlossen worden. Vgl. dazu BULLETIN 1977, S. 804. Vgl. dazu auch AAPD 1977, II, Dok. 229.

2) Vorstehende Klarstellungen könne in dortiger Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.

[gez.] Vergau⁶

Referat 320, Bd. 138099

116

Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze, z.Z. London, an das Auswärtige Amt

114-17717/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 681
Citissime

Aufgabe: 23. April 1983, 12.45 Uhr¹
Ankunft: 23. April 1983, 14.35 Uhr

Betr.: Treffen der vier Direktoren und der vier Delegationsleiter zum Thema „Madri der KSZE-Folgetreffen“ am 22. April in London²

I. Anwesende

Für GB: Bullard, Delegationsleiter Williams, Osteuropareferent Broomfield.

Für Frankreich: Stellvertretender Politischer Direktor de la Bâtie, Delegationsleiter Curien, Note-taker.

Für USA: Burt, Kampelman, Note-taker.

Für uns: D2³, Botschafter Kastl, RL 212.

II. Hauptergebnisse

a) Völlige Übereinstimmung zwischen F und D: Möglichst baldiger Abschluß auf der Basis des neutralen Vermittlungsdokuments⁴, Beschränkung der Verhandlungen auf die noch nötige Präzisierung zum KAE-Mandat⁵ sowie auf politisch gehaltvolle, aber konzentrierte Verbesserungen in der menschlichen Dimension.

⁶ Paraphe des Vortragenden Legationsrats Holl als „RL 320 i. V.“ vom 22. April 1983.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] RL 204.“

² Das zunächst für den 12. April 1983 in Bonn vorgesehene Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA mit den Delegationsleitern bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde auf amerikanischen Wunsch auf 22. April 1983 in London verschoben. Botschafter Hermes, Washington, teilte am 11. April 1983 dazu mit, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Ward, habe Besorgnis geäußert, „daß Tatsache Vierertreffens über KSZE bekanntwerden könnte. Unter Bezug auf einen Anruf aus einer hiesigen – nicht zur Viererrunde gehörenden – NATO-Botschaft mit Fragen nach dem Burt-Non-paper zur KSZE bat Ward um strikte Geheimhaltung des Treffens.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1606; VS-Bd. 12951 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Franz Pfeffer.

⁴ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

⁵ Zum Stand der Verhandlungen über ein KAE-Mandat vgl. Dok. 76, Anm. 23.

b) Deutliche Hinwendung Großbritanniens zu diesem Standpunkt, unter ausdrücklicher Berufung auf die Gespräche Bundeskanzler–PM Thatcher und Bundesminister–AM Pym.⁶

c) Bereitschaft der USA zur Mitwirkung an einem reduzierten Paket für ein „end game“. Dabei allerdings Ausmaß der Reduzierungsbereitschaft im einzelnen noch unklar.

d) Eindeutige Feststellung der USA, daß für sie die in dem „end game“ auszuhandelnden Textverbesserungen nicht genügen, sondern daß zusätzliche Voraussetzung für den Abschluß „Soviet performance“ ist, d. h. einzelne Akte der Menschlichkeit der Sowjetunion. Dabei ist das Ausmaß der amerikanischen Erwartungen nicht definiert worden, Botschafter Kampelman machte allerdings beruhigende Äußerungen über ihre Realisierungschancen.

e) Ebenso eindeutig lehnten die drei europäischen Partner die „Soviet performance“ als Voraussetzung eines Abschlusses ab. Es wurde Skepsis über die sowjetische Bereitschaft zu solchen Gnadenerweisen geäußert.

f) Anhaltende Skepsis Burts über das Novemberdatum für eine KAE (im November 1983 komme zuviel zusammen), aber dank der vermittelnden Haltung Kampelmans Übereinstimmung: Der Westen solle von sich aus Anfangsdatum vom 15. November, wie es im neutralen Vermittlungsdokument vorgeschlagen wird, nicht ändern.

III. Zusätzliche Informationen (ausführlicher Vermerk wird in Bonn vorgelegt)

a) Übereinstimmende Beurteilung der sowjetischen Haltung: Interesse, KAE noch in diesem Jahr beginnen zu lassen, daher besteht jetzt Abschluß- und zu einem gewissen Grad Konzessionsbereitschaft. Diese ist aber zeitlich begrenzt. Daraus zog Burt zunächst den überraschenden Schluß: Wenn die sowjetische Abschlußbereitschaft später wieder schwindet, dann wäre ja dann wieder die Sowjetunion schuld am „failure“ des Treffens. Darauf die anderen drei Partner eindeutig: Wir wollen einen Abschluß, keine Schuldzuweisung. In diesem Zusammenhang Bullard: Premierministerin Thatcher und Außenminister Pym waren beeindruckt von den deutschen Argumenten über die Notwendigkeit eines baldigen Abschlusses. D und F übereinstimmend: Wir sollten die Gelegenheit nicht versäumen, die sich auf Grund der sowjetischen Fehlkalkulation bietet. Damit, daß die Sowjetunion die Illusion hegt, mit Hilfe einer KAE die Stationierung negativ beeinflussen zu können, haben wir einen Hebel.

b) Wir legten ausführlich die negativen allgemeinpolitischen Auswirkungen eines Fehlschlags in Madrid dar. D2 verwies dabei besonders auf seine kürzlichen Konsultationen mit dem spanischen Politischen Direktor.⁷ Ein Fehlschlag

⁶ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 21./22. April 1983 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 109 und Dok. 111–113.

⁷ Ministerialdirektor Pfeffer traf am 15. April 1983 mit dem Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium, Berdejo, zu den „ersten EPZ-Konsultationen mit Spanien auf Direktorenebene“ zusammen. Neben der Lage in Polen wurde vor allem die KSZE-Folgekonferenz in Madrid erörtert. Dabei legte Berdejo die besondere Verantwortung des Gastlandes für einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz dar und unterstrich, „daß öffentliche Meinung in Spanien ein Scheitern der Konferenz aufgrund westlicher Intransigenz nicht akzeptieren würde. Minister Morán wäre im Obligo, im Falle eines drohenden Scheiterns initiativ zu werden. Es sei zu hoffen, daß europäische Freunde hierfür Verständnis haben.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Klaiher vom selben Tag; Referat 200, Bd. 122754.

in Madrid habe für Spanien weitreichende negative Folgen, insbesondere für die Bemühungen der spanischen Regierung um positive Lösungen zugunsten der NATO-Integration.⁸ Hingewiesen wurde auch auf die Bedeutung der N+N-Gruppe, die bald wieder vereint agieren werde (auch die Schweiz werde sich wieder einreihen).⁹ Irritationen in dieser Gruppe würden sich, so UK mit Nachdruck, auf NATO-Mitglieder ausweiten, namentlich auf die Skandinavien, auf Portugal, Spanien und Griechenland.

c) Wir betonten noch einmal nachdrücklich den Schaden, den KSZE-Prozeß durch einen Fehlschlag oder durch weitere Verzögerungen erleiden würde. Es bestehe die Gefahr, ein Forum zu verlieren, dem der Westen sein Konzept aufgeprägt habe und auf dem er seine Thesen zur menschlichen Dimension wirksam vertreten könne. Es bestehe die Gefahr eines Vakuums, in das die Sowjetunion mit ihren Propagandavorstößen, wie Gewaltverzichtsvertrag und den übrigen Themen der Prager Gipfeldeklaration¹⁰, hineinstoßen könne.

d) Frankreich unterstrich noch einmal nachdrücklich die sachlichen Vorzüge des KAE-Konzepts. Hierzu Burt: Die KAE könne Dimensionen bekommen, „against which MBFR could look like a snappy little arms control exercise“. Er forderte auch zusätzliche Präzisierungen zum Text des KAE-Mandats. Diese Präzisierungen seien nötig „in order not to limit the use of US forces not relevant to the balance in Europe“. Hierzu nachdrücklich Frankreich: Teile dieses Ziels werden¹¹ geteilt, man sei aber überzeugt, daß der vorliegende Mandatstext ihm Rechnung trägt. Wir unterstützten französische Position, UK ließ ebenfalls Skepsis gegenüber Burts Haltung erkennen, Kampelman hielt sich zurück.

e) In der Diskussion über die Beurteilung des neutralen Vermittlungsvorschlags erklärte sich Burt enttäuscht, mit den bekannten Standardargumenten des State Departments, während Kampelman dies später, taktisch sehr geschickt, relativierte: In einer Schlußbemerkung erwähnte er: Wenn es zu einem Abschluß komme, werde der Westen zu einer „gemeinsamen Darstellung“

⁸ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 82, Anm. 71.

⁹ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 20. April 1983, im Ständigen NATO-Rat in Brüssel hätten die USA am selben Tag zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) dargelegt, daß die Schweiz dem amerikanischen Außenministerium mitgeteilt habe, „RM.39 revised nicht als ein perfektes Dokument“ zu betrachten: „Der Kompromißvorschlag könne durch weitere Verhandlungen durchaus verbessert werden. Es entspräche nicht der Haltung aller N+N-Staaten, wenn der Eindruck erweckt werde, als ob bei Nichtannahme des RM.39 rev. die Verhandlungen scheitern müßten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 726; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Braunmühl notierte am 28. April 1983: „Es ist davon auszugehen, daß die Schweiz bald in den Kreis der N+N-Gruppe, die den Appell unterzeichnet hat, zurückkehren wird“. Vertraulich wisse man von der schweizerischen Delegation, daß dieser Haltung folgende Motive zugrunde lägen: „Skepsis deswegen, weil Initiative unmittelbar nach dem Besuch des finnischen AM in Moskau unternommen worden sei, wo dieser mit Gromyko im gleichen Sinne gesprochen habe; damit könne Appell antiwestlichen Akzent erhalten, den Schweiz nicht indossieren wolle. Der Appell in seiner ersten Fassung enthalte die Aufforderung, keine weiteren Zusatzwünsche zu RM.39 rev. zu stellen; die Schweiz hielt eine solche Aufforderung nicht für neutral, nachdem der Westen sehr wohl Zusatzwünsche angekündigt hatte. Angeblich zustimmende Äußerungen für damals in Aussicht stehende schweizerische Beteiligung durch sowjetische Botschaft in Bern (Lob?).“ Vgl. Referat 212, Bd. 133486.

¹⁰ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) vgl. Dok. 40.

¹¹ Korrigiert aus: „Teilen dieses Ziels werde“.

der Ergebnisse brauchen.¹² Er könne und müsse sie als „Sieg“ darstellen. Im ganzen hätten wir ein besseres Papier bekommen, als wir erwartet hätten. Wir hätten eine Menge, was herausgestellt werden könne. Für die USA hänge zwar viel von der „performance“ ab, aber abgesehen davon habe man mit dem¹³ Papier

- einen guten Text über religiöse Freiheit,
- einen Text über Gewerkschaftsfreiheit,
- ein Expertentreffen über Menschenrechte,
- eine KAE,
- ein weiteres Folgetreffen.

Diesen Ausführungen konnten die Europäer nur zustimmen. Britischer Delegationsleiter warnte besonders drastisch vor überhöhten Ansprüchen: „Man kann von einem Alkoholiker nicht die Unterschrift unter ein Abstinenzmanifest verlangen.“ Alle drei Europäer unterstrichen nachdrücklich die Notwendigkeit, realistischer Erwartungen (UK: „incremental process“, F: „step by step approach“, wir ebenfalls: „step by step“ Aufbau von Berufungsgrundlagen).

f) Die schwierigste Diskussion ergab sich über die „Soviet performance“. Kampelman leitete sie ein mit dem Hinweis, das Schlußdokument könne nicht von den USA gebilligt werden, wenn nicht „Soviet performance“ hinzukomme. USA glaubten allerdings, daß der Westen derzeit genug „bargaining power“ habe, mit der Sowjetunion eine Vereinbarung über „performance“ zu schließen. Wir fragten, ob die Sowjetunion denn nicht Diskretion für einen solchen „deal“ fordere und ob sie denn gewährt werden könne. Hierzu Kampelman optimistisch. Darauf skeptische französische Reaktion. Wiederholte Fragen der europäischen Partner: Wie weit seien denn die USA bereit, ihre Textforderungen zu reduzieren, und inwieweit gingen ihre Forderung zur „performance“ wirklich? Die amerikanischen Sprecher wollten keinen dieser Punkte präzisieren, so daß die „Mischung“ offen blieb, wie wir konstatierten. Eindeutig waren beide amerikanischen Sprecher darin, daß „some Soviet action“ jedenfalls nötig sei. Sie verwiesen dabei auf eine Resolution des Repräsentantenhauses, wo sie im Zusammenhang mit der Freilassung Schtscharanskis verlangt werde.¹⁴ Wir hingegen zogen gerade aus dieser Resolution den Schluß, daß eine diskrete Behandlung nicht möglich sei. In der Beschreibung des Ausmaßes ihrer Erwartungen benutzten die Amerikaner verschiedene Ausdrücke. An der Ernsthaftigkeit ihrer Erwartungen ließen sie allerdings keinen Zweifel. Z.B. Kampelman: „For us performance is of the same importance as CDE.“ Kampelman und Burt unterstrichen mehrmals, daß es sich um eine Voraussetzung der amerikanischen Abschlußbereitschaft handele. Die drei Europäer erklärten ihrerseits, daß eine Verbesserung der sowjetischen Menschenrechtspraxis dringend nötig sei (wir unter deutlicher Betonung des Schicksals der Namenlosen), daß wir sie aber als Voraussetzung des Abschlusses in Madrid ablehnten. Kampelman begleitete die-

¹² So in der Vorlage.

¹³ Korrigiert aus: „man dem“.

¹⁴ Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Schtscharanskij vgl. Dok. 55, besonders Anm. 6 und 8. Für die Resolution Nr. 67 des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 12. April 1983, mit der die sowjetischen Behörden aufgefordert wurden, Schtscharanskij umgehend freizulassen und ihm die Ausreise zu ermöglichen, vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 129, Teil 6, S. 8101–8104.

se Diskussion mit beruhigenden Aussagen über die Erfolgchancen seiner Bemühungen um „Soviet performance“.

[gez.] Joetze

VS-Bd. 12951 (204)

117

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 25. April 1983, 17.28 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 43 Ortez

Betr.: Europäisch-Arabischer Dialog

1) Vom 11.–15. April 1983 fand in Hamburg im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs das Symposium über die Begegnung beider Kulturen statt.

Zu der seit Jahren geplanten Veranstaltung, die wegen der Ereignisse im Nahen Osten wiederholt aufgeschoben wurde², waren etwa 110 europäische und arabische Wissenschaftler aus den Bereichen Islamkunde, Soziologie, Philosophie, Literatur, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft eingeladen worden.

Neben den am Symposium beteiligten Fachwissenschaftlern und den am Rahmenprogramm beteiligten Künstlern waren etwa 20 europäische und arabische Persönlichkeiten sowie Vertreter der internationalen Medien eingeladen, die dem EAD und seiner Zielsetzung offen gegenüberstehen.

Das wissenschaftliche Symposium wurde ergänzt durch ein kulturelles Rahmenprogramm, das die intensiven europäisch-arabischen Kulturbeziehungen hervorhob.

2) Veranstaltungsrahmen

Wir haben dem Symposium als erster öffentlicher Veranstaltung im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs besondere Bedeutung beigemessen. Das Symposium fiel in die Zeit unserer Präsidentschaft der EPZ³ und bot somit Gelegenheit, unser Interesse am Fortgang des EAD, besonders gegenüber der arabischen Seite, zu bekunden.

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhnt informierte am 11. März 1983: „Das ursprünglich für September 1979 in Aussicht genomme Symposium über die Begegnung beider Kulturen mußte wegen innerarabischer Schwierigkeiten wiederholt verschoben werden. Im Juli 1982 wurde der endgültige Termin – 11. bis 16. April 1983 – bestimmt. Das Symposium in Hamburg soll als erste bedeutende öffentliche Veranstaltung im Rahmen des EAD dem Dialog neue Impulse verleihen und eine breite Öffentlichkeit auch auf den politischen Charakter des EAD hinweisen.“ Vgl. den Schriftlaß; Unterabteilung 31, Bd. 137571.

³ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Auch war die Veranstaltung geeignet, eine breite Öffentlichkeit auf das Potential hinzuweisen, das der EAD als Forum multilateraler euro-arabischer Konsultationen besitzt. Das Symposium in Hamburg bot darüber hinaus eine günstige Gelegenheit, auf die vielfältigen Bindungen zur arabischen Welt hinzuweisen und gegenüber der arabischen Seite herauszustellen, daß wir der Veranstaltung auch politisches Gewicht beimessen. Dies wurde unterstrichen durch die Teilnahme des Bundesministers, der das Symposium in Gegenwart des Generalsekretärs der AL eröffnete und Gelegenheit nahm, am Rande der Veranstaltung mit GS Klibi die aktuelle NO-Situation zu erörtern.⁴

Etwa 30 europäische und arabische Persönlichkeiten nahmen als Ehrengäste am Symposium teil.

3) Verlauf des Symposiums

(1) In seiner Eröffnungsrede wies der BM des Auswärtigen auf die gemeinsame Verantwortung hin, die beide Seiten im Hinblick auf eine gerechte und dauerhafte Friedensregelung im Nahen Osten tragen. Mit Blick auf Ägypten, das wegen der Suspendierung seiner Mitgliedschaft in der AL⁵ offiziell nicht teilnehmen konnte (aber durch Wissenschaftler vertreten war), unterstrich der BM die Notwendigkeit der Geschlossenheit der arabischen Welt. Zur Veranstaltung selbst sagte der BM, das Symposium sei ein Zeichen des gemeinsamen Willens, den EAD nachhaltig zu beleben (Wortlaut der Rede veröffentlicht im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 36/S. 316⁶ vom 16. April 1983).

(2) Der Generalsekretär der AL, Chedli Klibi, betonte in seiner Er widerungsrede, daß die arabischen Staaten einer aktiven europäischen Beteiligung bei der Suche nach Frieden im Nahen Osten hohen Wert zumessen.

(3) In dem Gespräch des BM mit GS Klibi konzentrierte sich die Unterredung insbesondere auf die Bewertung der Gespräche zwischen König Hussein und Arafat⁷ und die Ermordung Dr. Sartawis in Portugal.⁸

Der BM brachte das dringende Interesse der Bundesregierung an der vollen Nutzung der gegenwärtig gebotenen Verhandlungsmöglichkeiten zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die unverzügliche Räumung des Libanon von fremden Truppen und die Wiederherstellung der unbeschränkten Souveränität des Landes als einen wichtigen Schritt.

⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 11. April 1983 in Hamburg vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 12. April 1983; Referat 310, Bd. 137558.

⁵ Zur Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga vgl. Dok. 12, Anm. 5.

⁶ Korrigiert aus: „309“.

⁷ Zu den Gesprächen des Königs Hussein mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vgl. Dok. 73, Anm. 17.

⁸ In der Presse hieß es: „Zu der Ermordung des gemäßigten PLO-Führers Issam Sartawi auf der Tagung der Sozialistischen Internationale in Portugal hat sich gestern die radikale palästinensische Splittergruppe ‚Revolutionärer Rat der Fatah-Bewegung‘ unter Abu Nidal bekannt. [...] Der Tod des früheren Vertrauensmanns von PLO-Chef Arafat wird als schwerer Schlag für den gemäßigten Flügel der Organisation angesehen. Sartawi hatte sich seit den 70er Jahren um direkte Kontakte zu linksgerichteten Politikern in Israel bemüht. Zur Tagung der Sozialistischen Internationale (SI) war er von deren Präsident Willy Brandt als Beobachter eingeladen worden.“ Vgl. den Artikel „Wer steht hinter dem Mord an Sartawi?“; DIE WELT vom 11. April 1983, S. 1.

GS Klibi legte die Auffassung der AL dar. Er würdigte besonders die Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit dem BM so kurz vor der Reise des Bundeskanzlers nach Washington.⁹

Der BM bezeichnete unter dem gleichen Gesichtspunkt ein Gespräch mit GS Klibi gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt als wichtig und nützlich.

(4) Die Veranstaltung gliederte sich in Plenarsitzungen und Werkstattveranstaltungen („Workshops“). Die Sitzungen, jeweils mit einem Referat eingeleitet, gefolgt von einem Koreferat und anschließender Diskussion, umfaßten folgende Themenbereiche:

11. April

- Die Haltung Westeuropas gegenüber der arabischen Zivilisation
- Die Haltung der Araber gegenüber der westeuropäischen Zivilisation

12. April

- Die „nach-moderne“ Zivilisation Westeuropas: Die Bedeutung von „Wandel“ für den EAD
- Die arabische Zivilisation seit dem europäischen Rückzug: Die Bedeutung von „Wandel“ für den EAD

13. April

- Religion und Säkularismus in Europa:
Die Bedeutung für den kulturellen Dialog mit der arabischen Welt
- Die Religion in der heutigen arabischen Welt:
Die Bedeutung für den kulturellen Dialog mit Westeuropa

14. April

- Westeuropas Literatur, Theater und Film:
Kultureller Wandel in der öffentlichen Auseinandersetzung
- Arabische Literatur, Theater und Film:
Symptome eines kulturellen Wandels in der öffentlichen Auseinandersetzung

15. April

- Die Araber und die westeuropäische Diskussion über die Zukunft des Wohlfahrtsstaates
- Kulturwandel in der arabischen Welt:
Die Diskussion über arabische Identität

Die „Workshops“ befaßten sich mit folgenden Themen:

- (1) Die Perspektiven eines erweiterten Kulturaustausches.
 - (2) Soziale und kulturelle Auswirkungen der Immigration von Arbeitern und Intellektuellen.
 - (3) Die wechselseitige Zusammenarbeit im Bereich der Sprachausbildung.
- Ein kulturelles Rahmenprogramm unter dem Titel „Arabische Woche in Hamburg“ wies folgende Veranstaltungen auf:
- Vorträge traditioneller arabischer Musik;

⁹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

- eine Ausstellung der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel: „Das Arabienbild der europäischen Literatur der Neuzeit“¹⁰;
- eine arabische Filmwoche mit Beiträgen aus Algerien, Tunis, Syrien und Marokko;
- eine Ausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe: „Arabische Kunst und islamische Handschriften der Chester Beatty Library, Dublin“¹¹;
- eine Ausstellung europäischer Verlage im Bereich Islamkunde, Arabistik, islamische Kunstgeschichte.

Zu Beginn der letzten Plenarsitzung am 15. April unterbreiteten die Leiter der Werkstatt-Veranstaltungen Vorschläge und Empfehlungen:

- (1) im Hinblick auf eine Intensivierung des Kulturaustauschs (stärkere Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich, im akademischen Austausch und im Informationsbereich allgemein);
- (2) zum Gastarbeiterproblem (bessere Betreuung, Förderung der Ausbildung, Rückkehrer-Hilfe, Maßnahmen zur Eindämmung des „brain drain“ etc.);
- (3) zur Förderung des Fremdsprachenunterrichts (z. B. Austausch von Lernmaterial, Sprachunterricht an Schulen, Lehrerbildung).

Sobald diese Empfehlungen schriftlich vorliegen, werden sich die zuständigen Institutionen des EAD damit befassen, um die Förderungsmöglichkeiten zu prüfen. Die Verwirklichung auch nur einiger Empfehlungen bedarf erheblicher Mittel, die nur durch gemeinsame Anstrengung beider Seiten verfügbar gemacht werden können.

Die Schlußansprache hielt der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Botschafter a. D. Günter Diehl, Thema: „Stellung und Bedeutung der westeuropäischen Zivilisation in der Welt von heute“.

¹²⁴) Wertung

Die Atmosphäre der Veranstaltung war offen und aufgeschlossen. Auch wenn die Diskussionen häufig erkennen ließen, daß noch manche Voreingenommenheit und manches Fehurteil den Dialog erschweren, so ist bemerkenswert, daß beide Seiten mit einer Offenheit diskutierten, die noch vor wenigen Jahren nicht vorstellbar gewesen wäre.

Nützlich waren auch Kontakte und Gespräche am Rande des Symposiums. Vertreter beider Seiten bestätigten wiederholt, daß diese Begegnungen besonders geeignet waren, gegenseitiges Verständnis zu fördern und Vorurteile auszuräumen.

Die während des Symposiums bekundete starke Bereitschaft zur Fortsetzung des Dialogs sollte möglichst bald in operative Maßnahmen umgesetzt werden. Eine angestrebte engere Kooperation im wissenschaftlich-kulturellen Bereich

¹⁰ Vgl. dazu Wulf PIEPER (Hrsg.), Die Welt der Araber in Büchern einer alten Bibliothek, Wolfenbüttel 1983.

¹¹ Vgl. dazu David JAMES (Hrsg.), Das arabische Buch: Eine Ausstellung Arabischer Handschriften der Chester Beatty Library, Dublin, im Museum für Kunst und Gewerbe, Hamburg, aus Anlaß des Euro-Arabischen Dialoges, Hamburg 1983.

¹² Beginn des mit Runderlaß Nr. 44 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

kann auch zur weiteren Konsolidierung des politischen Klimas zwischen beiden Regionen beitragen und sie näher zusammenführen.

Die Veranstaltung in Hamburg hat insofern die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt, als das Symposium von beiden Seiten nicht als Abschluß einer Phase des EAD, sondern als Anstoß zu stärkerer Aktivität verstanden wurde, um die euro-arabischen Beziehungen weiter zu vertiefen.

Vgl. auch Infofunk-Meldungen Nr. 1031 d/1/2/3/4 und 1032 d/0 vom 11.4.1983 sowie Nr. 2051 d/0 vom 12.4.1983.

Steinkühler¹³

Referat 012, Bd. 124454

118

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom

27. April 1983¹

Bundesminister unterstrich zu Beginn² entscheidende Bedeutung des Europäischen Rates in Stuttgart³. Die dort anstehenden Fragen müßten im Zusammenhang gesehen werden, das habe er auch in London⁴ sehr deutlich gemacht. Es gehe um:

- die langfristige Finanzierung der Gemeinschaft,
- den britischen Finanzausgleich⁵ (einschließlich des deutschen),
- Entwicklung der Eigenmittel der Gemeinschaft⁶,
- die Erweiterung⁷ sowie
- die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft in der Europäischen Akte (feierliche Erklärung)⁸.

¹³ Paraphe vom 25. April 1983.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Drahtbericht des Ministerialdirigenten Schauer, z. Z. Rom, vom 28. April 1983 übermittelt.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 27./28. April 1983 anlässlich der deutsch-italienischen Regierungsgespräche in Italien auf. Vgl. dazu auch Dok. 120.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁴ Bundesminister Genscher und Bundeskanzler Kohl hielten sich am 21./22. April 1983 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 109–113.

⁵ Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

⁶ Zur Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften aus Eigenmitteln vgl. Dok. 11, Anm. 26.

⁷ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 78, Anm. 12.

⁸ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 80.

Die EG dürfe der Öffentlichkeit nicht lediglich als Wechselstube erscheinen.

Die EGK werde hoffentlich Anfang Mai Vorschläge zur Finanzierung unterbreiten.⁹ Was er von Tugendhat¹⁰ und Thorn hierzu gehört habe, finde er nicht uninteressant. Eine Anknüpfung auch an die Agrarproduktion könne zu einer sanften Reform führen. Es sei nicht möglich, sich über den britischen Beitrag zu verständigen, wenn die Grundlinien nicht feststünden. Es sei aber auch nicht möglich, den „Luxemburger Kompromiß“¹¹ zu verewigen. Dies habe er mit großer Härte in London deutlich gemacht. Im übrigen hätten wir am 21.3. durch unsere Aufwertung im Rahmen des EWS eine große Anstrengung unternommen.¹² Eine nominelle Minderung des Einkommens der deutschen Landwirtschaft könne es nicht geben. Wir seien bereit, den deutschen Grenzausgleich (WAB) schrittweise abzubauen. Es gehe aber nicht an, daß andere Länder, z.B. Frankreich, dauernd neue Voraussetzungen für einen weiteren Ausgleich setzten.

Zur Frage des Schutzes der Mittelmeerprodukte führte *Colombo* aus, es ginge hierbei einmal darum, eine Entscheidung über die Organisation der Märkte für Obst und Gemüse zu finden (er halte einen Kompromiß für Frankreich auf diesem Gebiet für möglich), zum anderen um die Abstimmung einer Politik zum Schutz der Olivenölerzeuger. Im letzten Punkte müsse man die gegenwärtige Politik so belassen, wie sie sei, und Spanien nicht sofort den gleichen Status einräumen wie Frankreich, Italien und Griechenland. Spanien müsse eine lange Übergangszeit akzeptieren. Nach dem Beitritt werde es harte Verhandlungen mit Spanien geben. Er müsse betonen, daß die Olivenölfrage für Italien wirtschaftlich und politisch von größter Bedeutung sei. Im übrigen glaube er, daß wir die Probleme der Eigenmittel der EG in Stuttgart nicht im einzelnen lösen könnten. Bundesminister erwiderte, gerade diese Frage sei aber für uns von wesentlicher Bedeutung. Am 18. und 19. Mai werde die Bundesregierung den Haushalt beraten, und die Frage der Eigenmittel stehe dabei wie eine drohende Lawine im Hintergrund. In der Bundesrepublik sei es zu einer beachtlichen Festlegung in puncto 1 %-Regelung gekommen.

Colombo bemerkte, daß der britische Beitrag nur im Lichte der Forderungen des Europäischen Parlaments festgelegt werden könne.¹³ *Bundesminister* entgegnete, er glaube, es sei noch wichtiger, die Lösung des britischen Problems in Verbindung mit der langfristigen Finanzregelung der Gemeinschaft zu sehen. Frau Thatcher habe in London ohne Umschweife gesagt, sie habe einen Anspruch, und der müsse in Stuttgart erfüllt werden. Eine Erhöhung der Eigenmittel komme nicht in Frage. *Colombo* sagte, dies werde der Rat nicht akzeptieren. *BM* bemerkte, hierüber müsse mit großem Ernst in Gymnich gesprochen

⁹ Zum Vorschlag der EG-Kommission am 6. Mai 1983 zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft vgl. Dok. 134, Anm. 9.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vizepräsidenten der EG-Kommission, Tugendhat, am 21. April 1983 vgl. Dok. 113, Anm. 13.

¹¹ Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 111, Anm. 51.

¹² Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 74.

¹³ Zur Haltung des Europäischen Parlaments hinsichtlich der Reform des EG-Haushalts vgl. Dok. 111, Anm. 44.

chen werden.¹⁴ Dies sei eine Frage, die die Zukunft der Gemeinschaft wesentlich berühre.

Colombo erläuterte, daß die Agrarpreisverhandlung¹⁵ für Italien z.Z. große Schwierigkeiten bringe. Es müsse berücksichtigt werden, daß Italien eine Inflationsrate von 16% habe. Der jetzige deutsche Währungsausgleich habe schädliche Auswirkungen, insbesondere für Milchprodukte und Viehhaltung. Er verstehe, daß wir durch die Aufwertung ein Opfer gebracht hätten. Trotzdem glaube er, daß Italien sowohl in der Währungsausgleichs- als in der Preisfrage eine besondere Berücksichtigung verdiene.

BM erwiderte, bei Berücksichtigung des britischen Pfundes im Rahmen der Währungsausgleichsfestsetzung ergebe sich bereits ein Abbau des Währungsausgleichs¹⁶ von fast 1%. Darüber hinaus seien wir bereit, den Ausgleich bis zu 2% abzubauen, was insgesamt eine Reduktion von fast 3% bedeute. Dies wäre ein beachtlicher Schritt, der praktisch bei einzelnen Teilen der Landwirtschaft zu einer Einkommensstagnation führen würde. Im übrigen müsse er vor Preiserhöhungen über die Kommissionsvorschläge hinaus warnen. Die Bundesregierung habe sich mit großer Entschiedenheit gegen derartige Erhöhungen ausgesprochen; denn dadurch würden die Kosten der Agrarpolitik erhöht und eine Regelung der langfristigen Finanzierung noch erschwert werden.

Referat 203, Bd. 140526

¹⁴ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Mai 1983 in Gymnich vgl. Dok. 140 und Dok. 146.

¹⁵ Zur Festlegung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1983/84 vgl. Dok. 37, Anm. 11. Die Agrarpreise waren Thema der EG-Ratstagungen auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 21. April und am 27./28. April 1983 in Brüssel. Erörtert wurden die Auswirkungen der Agrarproduktion über die Nachfrage hinaus, die einen Anstieg der kostenträchtigen Interventionsbestände zur Folge habe. Nach Einschätzung der Kommission müsse deshalb die Mitverantwortungsabgabe erhöht und für 1983 ein Nachtragshaushalt eingebracht werden. Vgl. dazu BULLETTIN DER EG 4/1983, S. 42.

¹⁶ Korrigiert aus: „Währungsabbaus“.

119

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot**213-322.00 USA-860/83 VS-vertraulich****28. April 1983¹**Herrn Staatssekretär² auf Weisung zur Unterrichtung vorgelegt

Betr.: Gipfelbegegnungen Ost–West

Bezug: Ihre Weisung auf DB 1687/1688 Botschaft Washington vom 15.4. VS-v³
(über BK-Besuch in Washington⁴)

Wie aus den im Bezug genannten Berichten hervorgeht, hat der Bundeskanzler beim Abendessen mit AM Shultz (14. April) erneut ein Gipfeltreffen Reagan–Andropow befürwortet. Shultz hat darauf geantwortet, der Präsident sei bereit, wenn das Treffen gut vorbereitet sei und Ergebnisse verspreche (kein Gipfel um seiner selbst willen); der Präsident lasse sich von drei Fragen leiten:

- 1) Wie verhält sich die SU?
- 2) Sind wir in einer starken Verhandlungsposition?
- 3) Ist die neue Führung der SU bereit, anstehende Probleme zu lösen?

Zu diesem Teil der Unterredung haben Sie eine Analyse zum Problem Gipfelbegegnungen Ost-West erbeten.

1) Der Verkehr der Regierungen hat sich sehr stark von der klassischen Diplomatie der Botschafter auf Direktkontakte der politischen Führungen verlagert. Gipfelbegegnungen sind infolgedessen zu einem festen und häufig praktizierten Bestandteil der internationalen Politik geworden. Das gilt für die innerwestlichen Konsultationen ebenso wie im Nord-Süd-Verhältnis und eben auch für die West-Ost-Beziehungen. Es geht also nicht darum, ob wir dem Verkehr mit der SU ungeachtet des politischen Klimas eine neue Dimension geben, sondern darum, ob wir hinter eine bereits normal gewordene Übung in den West-Ost-Beziehungen wieder zurückfallen sollten.

2) Die Reagan-Administration ist nicht prinzipiell gegen amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen, knüpft aber ihre konkrete Bereitschaft dazu an drei Erwartungen: gründliche Vorarbeit, zufriedenstellendes Verhalten der SU, Aussicht auf greifbare Ergebnisse. Diese amerikanische Haltung wirkt so prohibitiv, daß – bei starkem sowjetischem Interesse an einer Gipfelbegegnung – Rea-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot und Vortragendem Legationsrat Barker konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 3. Mai 1983 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich vermerkte: „Ich bitte, diese ausgezeichnete Aufzeichnung unseren wichtigsten Botschaftern als eine Sprachregelung für Gespräche über diese Thematik an die Hand zu geben – für Washington bei geeigneter Gelegenheit aktiv.“

Hat Pfeffer am 5. Mai 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl an Referat 213 verfügte.

Hat Braunmühl am 6. Mai 1983 vorgelegen.

³ Zur Weisung des Staatssekretärs von Staden vgl. Dok. 101, besonders Anm. 1.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

gan seit seinem Amtsantritt vor über zwei Jahren⁵ noch nie persönlich mit der sowjetischen Nr. 1 zusammengetroffen ist (letzter amerikanisch-sowjetischer Gipfel: Carter–Breschnew in Wien Juni 1979 bei der Unterzeichnung von SALT II⁶) und eine solche Begegnung auch für die absehbare Zeit unwahrscheinlich ist.

3) Wir haben eine andere Sicht als die Amerikaner; das liegt nicht am geographischen/politischen/militärischen Größenunterschied, auch nicht an unserer zentraleuropäischen Lage, sondern an unterschiedlichen Zielvorstellungen im Hinblick auf Ost-West-Gipfelbegegnungen. Wir werden die Amerikaner nicht bewegen können, einer Begegnung Reagan–Andropow höhere Priorität einzuräumen, wenn wir nicht die konzeptionellen Unterschiede mit ihnen erörtern.

4) Unter den von AM Shultz genannten Voraussetzungen für einen Gipfel ist die gründliche Vorbereitung selbstverständlich auch für uns ein wesentlicher Punkt; hier gibt es keinen Dissens. Zu den von AM Shultz formulierten drei Fragen ist zu sagen:

a) Die erste Frage beruht auf der Vorstellung, sowjetische Mäßigung müsse vom Westen „honoriert“ werden, umgekehrt müsse sowjetisches Fehlverhalten zu westlichen Reaktionen führen, die die SU treffen. Dies ist innerhalb des Bündnisses nach Afghanistan und Polen nicht kontrovers (mit Ausnahme allenfalls Griechenlands). Allerdings wurde der politische Dialog dabei bewußt ausgenommen. Wäre der Westen zu Gipfelbegegnungen mit der SU nur bei sowjetischem Wohlverhalten bereit, würde er Gipfel als Konzession an sowjetisches Prestigebedürfnis, nicht als Instrument westlicher Einwirkung auf die SU ansehen und zudem ohne Not auf ein wichtiges Instrument der Kommunikation verzichten. Das schließt nicht aus, daß man sowjetischem Drängen nach einem Gipfel bestimmte Ansprüche an sowjetisches Verhalten entgegensetzt.⁷

b) Die zweite Frage beruht auf der Vorstellung, Gipfel dienen der Verhandlung ganz konkreter Materien mit ganz konkretem Anlaß – was atypisch ist; sie negiert die persönliche und die Informationskomponente eines Gipfels. Für einen Gipfel aber, der nicht als förmliche Verhandlung verstanden wird, hat der Westen keinen Anlaß, seine Positionen als schwach im Vergleich mit den sowjetischen einzuschätzen.

c) Die dritte Frage ist berechtigt insofern, als es in der Tat nicht ratsam wäre, einen Gipfel anzustreben, wenn er wegen völliger sowjetischer Intransigenz von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Allerdings ist dies eine hypothetische Situation; der Regelfall ist nicht, daß die negative und unwandelbare sowjetische Haltung bereits vor einer Gipfelbegegnung feststeht, sondern daß der Gipfel dazu dient, die sowjetische Haltung zu einer bestimmten Frage von höchster politischer Stelle zu erfahren und sie im Idealfalle zu verändern. Zeichen sowjetischer Beweglichkeit als Voraussetzung für die eigene Bereitschaft

⁵ Präsident Reagan nahm am 20. Januar 1981 seine Amtsgeschäfte auf.

⁶ Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

⁷ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt: „(Besser: daß bestimmte sowjetische Verhaltensweisen einen Gipfel zu Zeiten als nicht ‚timely‘ erscheinen lassen können.)“

zu einem Gipfeltreffen zu postulieren, führt dazu (wie es die USA tatsächlich tun), daß der Westen konkrete sowjetische Vorleistungen wünscht und es damit der SU leicht macht, sich gegen die Reglementierung eines souveränen Staates zu verwahren und der konditionierten westlichen Dialogbereitschaft den eigenen uneingeschränkten Verständigungswillen gegenüberzustellen.

5) Die Alternative zu dem den Amerikanern vorschwebenden „Verhandlungsgipfel“ ist nicht der „Gipfel um seiner selbst willen“ (der natürlich nicht wünschenswert ist), sondern⁸ der Gipfel um⁹ der Einwirkung willen. Wir können für diese Sicht folgende Argumente anführen:

a) Das Ziel, nach dem sich die Zweckmäßigkeit westlichen Vorgehens gegenüber der SU bemißt, ist die Beeinflussung sowjetischen Verhaltens im westlichen Sinne. Nach diesem Kriterium ist „Handeln auf Distanz“ (durch öffentliche Erklärungen, Sanktionen, internationales Entgegenwirken etc.), jedenfalls¹⁰ allein¹¹ weniger aussichtsreich als das direkte Gespräch auf maßgeblicher politischer Ebene, weil einseitiges Handeln ein doppeltes Risiko aufweist: das der mißverständlichen Wirkung auf den Adressaten und das der Antagonisierung, die den Adressaten nicht mehr beeinflußbar macht. Wenn wir den argumentativen Druck auf die SU aufrechterhalten und nicht in Disziplinierungskategorien denken wollen, brauchen wir die Kommunikation auf hoher Ebene.

b) Die Verdeutlichung eigener Positionen und Besorgnisse und die Kritik an spezifischen Linien der sowjetischen Politik setzen, wenn sie auf sowjetischer Seite „ankommen“ sollen, ein Minimum an sowjetischem Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit der westlichen Darlegungen voraus. Diese Glaubwürdigkeit im Interesse westlicher Einwirkung ist nur im direkten Gespräch auf hoher politischer Ebene zu erwerben. Dabei kann sich der Westen zunutze machen, daß die sowjetische Führung ganz allgemein Gipfelbegegnungen einen deutlich höheren politischen Rang zumißt, als wir dies tun.

c) Aus den vorstehenden Erwägungen heraus war sich das Bündnis als Ergebnis der sehr gründlich geführten Bestandsaufnahme nach der Afghanistan-Invasion¹² einig, daß der Dialog mit Moskau gerade jetzt nicht eingeschränkt oder gar unterbrochen werden darf. Diesen Konsens faßte der Vorsitzende des SPC in seinem „summing-up of consultations“ (März 1980)¹³ wie folgt zusammen:

„(Ziffer 35) ... an escalation of the crisis ... should be avoided. This, in turn, necessitates the re-establishment of a rational dialogue between East and West.“

„(Ziffer 37) In any case, it is of utmost importance to keep the channels of communication open, particularly between the superpowers, not only for the continuation of the dialogue, where this is feasible, as in arms control and dis-

⁸ Der Passus „nicht der ... sondern“ wurde von Staatssekretär von Staden eingeklammert. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht gut formuliert.“

⁹ Die Wörter „der Einwirkung willen“ wurden von Staatssekretär von Staden gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „des sich Kennenlernens, der Kommunikation sowie möglichst der Vertrauensbildung und des Einwirkens willen“.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen.

¹¹ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt: „u. U. kontraproduktiv und in der Regel“.

¹² Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 17.

¹³ Für das Non-paper „The Afghan Crisis. Summing-up of consultations in the Senior Political Committee“ vgl. VS-Bd. 13171 (213).

armament, but also to convey clear signals as regards vital Western concerns and Western determination.“

d) Wir haben mit dem Besuch von BK Schmidt/BM Genscher in Moskau im Sommer 1980¹⁴ den Nachweis erbracht, daß eine Gipfelbegegnung in einem ganz wichtigen Punkt (Mittelstreckenwaffen) in der Lage gewesen ist, die sowjetische Haltung zu verändern. Dies gelang, weil man in der konkreten Gesprächssituation Varianten des weiteren Vorgehens „durchprobieren“ konnte; es wäre durch den Austausch öffentlicher Erklärungen oder auch vertraulicher schriftlicher Botschaften mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich gewesen.

e) Diejenigen Gipfelbegegnungen von NATO-Mitgliedern mit der sowjetischen Nr. 1, die seit Dezember 1979 stattgefunden haben, nämlich

Mai 1980 Giscard d'Estaing/Breschnew in Warschau¹⁵;

Sommer 1980 Moskau-Besuch von BK Schmidt/BM Genscher;

November 1981 Breschnew-Besuch in Bonn¹⁶;

November 1982 (Beisetzung Breschnews) Unterredungen Andropows mit

– VP Bush/AM Shultz¹⁷,

– BPräs Carstens/BM Genscher¹⁸,

haben nicht bewirkt, daß der SU westliche Absolution für ihr Vorgehen erteilt wurde, sondern im Gegenteil: daß Afghanistan und Polen und sowjetische Rüstung auf der Tagesordnung blieben.

6) Bei einer solchen Sicht von Gipfelbegegnungen mit der SU sind auch die Kriterien andere als die von AM Shultz genannten, nämlich:

- Werden unsere Darlegungen vom sowjetischen Gegenüber ernsthaft aufgenommen?
- Haben wir eine Chance, die sowjetische Betrachtungsweise in unserem Sinne zu beeinflussen?

Freilich ist in der Regel erst später erkennbar, ob eine Einwirkung auf das sowjetische Denken – vielleicht sogar auf das sowjetische Handeln – tatsächlich erreicht wurde. Deshalb geht es an unserer Konzeption von Gipfelbegegnungen vorbei, unmittelbar sichtbare Ergebnisse zu erwarten. Überzeugungsarbeit ist ein langwieriger Prozeß.

¹⁴ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

¹⁵ Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 154 und Dok. 159.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte vom 22. bis 25. November 1981 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334, Dok. 336 und Dok. 340.

¹⁷ Der amerikanische Vizepräsident Bush und der amerikanische Außenminister Shultz hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf und trafen am 15. November 1982 mit dem neuen Generalsekretär Andropow zusammen. Vgl. dazu SHULTZ, Turmoil, S. 126 f.

¹⁸ Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf und trafen am 15. November 1982 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.

7) Gegenüber den USA für einen Gipfel Reagan/Andropow zu plädieren, darf nicht (und braucht nicht) mißdeutet werden als Ausdruck von Äquidistanz oder Vermittlerambition zwischen Ost und West. Es ist legitim, daß wir aufgrund unserer geographischen Lage, unserer spezifischen nationalen Anliegen und unserer ostpolitischen Erfahrung unseren Rat innerhalb des Bündnisses artikulieren. Es stärkt zugleich unser Gewicht innerhalb des Bündnisses, daß wir in dieser hochpolitischen Frage ein dezidiertes und begründetes Votum haben. Wir setzen uns auch im engeren Kreise der Zehn mit Erfolg dafür ein, daß der Dialog des Westens mit der sowjetischen Führung als ein wichtiges und erwünschtes Instrument westlicher Politik gesehen wird. Jüngster Ausweis dafür ist die Feststellung aus dem Relevé de conclusions des 129. Politischen Komitees (12./13. April 1983 in Bonn¹⁹):

„Le dialogue politique avec l'Union soviétique continue d'être nécessaire comme moyen d'exercer une influence sur les dirigeants soviétiques. Dès lors, les Dix estiment qu'une reprise générale de ce dialogue pourrait servir leurs intérêts communs.“²⁰

Arnot

VS-Bd. 13386 (213)

¹⁹ Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 85, Anm. 27.

²⁰ Für das Relevé de conclusions der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vgl. den Runderlaß Nr. 1365 des Vortragenden Legationsrats Klaiber vom 13. April 1983; VS-Bd. 12911 (200); Aktenkopien 1983.

120

Ministerialdirigent Schauer, z.Z. Rom, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 480****Cito****Aufgabe: 28. April 1983, 16.15 Uhr****Ankunft: 28. April 1983, 18.07 Uhr**

Betr.: Deutsch-italienische Regierungschefkonsultationen 27./28. April 1983
in Rom¹;

hier: BM/Colombo am 28. April (Arbeitsfrühstück)

Bezug: DB Nr. 478 vom 28.4.1983 – Pol. 320.10²

1) Zentralamerika

BM erläuterte, unsererseits bestehe die Absicht, Duarte nach seiner Nominierung einzuladen.³ Uns sei daran gelegen, daß er in Europa gut empfangen werde. Dies habe er auch in London gesagt.⁴ Evtl. würden wir ins Auge fassen, unseren Botschafter nach San Salvador zurückzuschicken⁵, falls durch die Wahl Duartes zum Ausdruck komme, daß die demokratischen Kräfte die Regierung in der Hand hätten. Colombo erwiderte, daß die Kandidatur Duartes auf Widerstand stoßen könne.

2) Ost–West

BM bemerkte: Zur evtl. Stationierung müßten wir möglicherweise mit zwei sowjetischen Reaktionen rechnen, einmal mit politischem Druck, der hauptsächlich gegen uns gerichtet sein werde. (Er glaube allerdings nicht, daß dieser Druck sich sehr stark entwickeln werde. Die Zeichen aus Madrid und das Werben um Besuche deutscher Politiker⁶ deuteten in eine andere Richtung.) Zum anderen müßten wir mit einer militärischen Reaktion rechnen. Diese könnte evtl. in dem Versuch bestehen, in Zentralamerika Raketen zu stationieren. In diesem Zusam-

¹ Zu den deutsch-italienischen Regierungsgesprächen vgl. auch Dok. 118.

² Ministerialdirigent Schauer, z.Z. Rom, resümierte die Plenarsitzung der deutsch-italienischen Regierungsgespräche am 27. April 1983, bei denen über die vorangegangenen „Einzelgespräche BK–Fanfani, BM–Colombo und BM Graf Lambsdorff mit italienischen Finanz-, Wirtschafts- Arbeits- und Industrieministern“ referiert worden sei. Die Regierungschefs hätten dabei die Bedeutung der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, der INF-Verhandlungen in Genf, des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg sowie der weiteren europäischen Einigung betont. Im Zentrum der Gespräche der Außenminister habe die Vorbereitung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart gestanden: „BM Graf Lambsdorff betonte bestehende Übereinstimmung über Notwendigkeit von Maßnahmen für allmählichen Abbau der Arbeitslosigkeit, für Freihaltung offener Märkte sowie für den Abbau der in den letzten drei Jahren entstandenen Handelshemmnisse auch zugunsten der EL. Von USA vorgeschlagene vorbereitende Konferenz der Handels- und Finanzminister zu Williamsburg werfe Fragen auf. In Stahlproblematik seien sich beide Seiten nähergekommen. Das gleiche gelte für Fragen des Kindergeldes innerhalb der EG.“ Vgl. Referat 203, Bd. 140528.

³ Zur Ankündigung des Besuchs des Vorsitzenden des Partido Demócrata Cristiano (PDC), Duarte, am 14./15. Juli 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 112, Anm. 20.

⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym am 22. April 1983 in London; Dok. 112.

⁵ Zur Frage der Entsendung eines Botschafters nach San Salvador vgl. Dok. 112, Anm. 21.

⁶ Vgl. dazu die Einladung des Bundeskanzlers Kohl vom 30. März 1983 in die UdSSR; Dok. 82, Anm. 50.

menhang sei es bedauerlich, daß der Kongreß die Zentralamerika-Politik des Präsidenten nicht unterstütze. Dies seien die falschen Signale an Moskau. Er werde nie die Mittsiebzigerjahre vergessen, als der Kongreß die Mittel für Angola verweigerte⁷ und danach die Kubaner dorthin kamen. Er erinnere sich auch an ein langes Gespräch mit Haig in Rom anlässlich einer Außenministerkonferenz, in dem er Haig gesagt habe, es dürfe nie wieder dazu kommen, daß für eine sowjetische Konzession, wie 1962 in Kuba, Raketen in Italien, der Türkei und Großbritannien abgezogen würden.⁸ Auf eine Frage Colombos, ob die SU sich evtl. gegen eine Konzession in Zentralamerika größere Handlungsfreiheit in Polen erwirken wolle, sagte BM, es habe einmal eine Phase gegeben, in der die SU indirekt angedeutet habe, in Angola nachgeben zu können, um dafür einen größeren Handlungsspielraum in Polen zu erhalten. Die USA seien damals auf diesen nur indirekt vorgenommenen Versuch der SU nicht eingegangen.

3) Williamsburg⁹, Ost-West-Studien¹⁰, Siebener-Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister¹¹

Colombo fragte, ob der Ost-West-Handel wirklich in Williamsburg nicht behandelt werden solle. BM erwiderte, US-Präsident¹² habe sich in diesem Sinne ge-

⁷ Am 19. Dezember 1975 machte der amerikanische Senat mit 54 gegen 22 Stimmen die Billigung des Verteidigungshaushaltsgesetzes von der Einstellung der amerikanischen Militärhilfe für die FNLA und die UNITA in Angola abhängig. Vgl. dazu den Artikel „Weitere Niederlage Fords in der Angola-Frage“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Dezember 1975, S. 1. Vgl. dazu ferner KISSINGER, Jahre, S. 663–669.

Am 29. Januar 1976 wurde in der Presse gemeldet, daß auch das Repräsentantenhaus mit 323 gegen 99 Stimmen die Fortsetzung jeder Waffenhilfe der USA für FNLA und UNITA abgelehnt habe. Vgl. dazu den Artikel „Auch das Repräsentantenhaus lehnt Angola-Hilfe ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Januar 1976, S. 1.

⁸ Am 14. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten die USA eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei, aber auch in Italien stationierte Raketen vom Typ „Jupiter“ abzuziehen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XI, besonders S. 235–241, S. 268 f., S. 279–283 und S. 285 f. sowie FRUS 1961–1963, XIII, S. 460 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, III, Dok. 408, Dok. 412, Dok. 413, Dok. 418–421, Dok. 435 und Dok. 455.

⁹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁰ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 72.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann vermerkte am 12. April 1983: „BM Graf Lambsdorff hat ein Schreiben des U[nited]S[tates]T[rade]R[epresentative] Brock vom 7.4.1983 erhalten, mit dem dieser zur weiteren Vorbereitung von Williamsburg ein Treffen der Handelsminister der Sieben und der EGK am 28./29.4.1983 in Brüssel vorschlägt. Zugleich kündigt Brock eine gemeinsame Einladung von US-Finanzminister Regan und ihm selbst für eine Zusammenkunft der Handels- und Finanzminister eine Woche später im Anschluß an die OECD-Ministertagung in Paris an.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130539.

Ministerialdirektor Fischer legte am 18. April 1983 dar: „Offiziell wollen Amerikaner dabei bessere Abstimmung zwischen währungspolitischen und handelspolitischen Instrumenten zur Verbesserung der Verschuldung erreichen, wobei dahinter der Gedanke an Zollabbau-Verhandlungen (auch unter Einschluß des Graduierungskonzepts für Schwellenländer, das die EL geschlossen ablehnen) steht. Außerdem will Handelsbeauftragter Brock damit offensichtlich seinen Zugang zur Weltwirtschaftskonferenz erzwingen. Während das (inoffizielle) gemeinsame Treffen der Handels- und Finanzminister in Paris bei einem Abendessen akzeptiert werden dürfte, macht das gesonderte Handelsministertreffen Schwierigkeiten bei den nichteingeladenen EG-MS und bei der EGK, die ihre Zuständigkeit für Handelspolitik auch bei ihrer eigenen Beteiligung beeinträchtigt sieht. Wir ließen als EG-Präsidentschaft die Frage bewußt in Williamsburg offen, um sie weiter mit EGK und übrigen MS besprechen zu können.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130539.

¹² Ronald W. Reagan.

äußert, jedoch konditioniert, d. h. er habe bei seiner Äußerung unterstellt, daß die Arbeiten in den Studiengruppen dann Fortschritte gemacht hätten. Im übrigen sei der Präsident an einem Erfolg von Williamsburg interessiert und wisse, daß er einen solchen nicht auf dem Felde des Ost-West-Handels erreichen könne. Möglicherweise seien andere Angehörige der Administration anderer Auffassung. Im übrigen sei er, der Bundesminister, über die sicherheitspolitischen Aspekte in diesem Zusammenhang besorgt. Wenn man COCOM zu weit ausdehne, dann werde es von innen her ausgehöhlt, d. h. umgangen. Ihm sei ein engeres COCOM, das auch wirklich angewandt werde, lieber als ein ausgedehntes, das zur Umgehung führe, weil die Vorschriften aus der Sache nicht mehr begründet werden könnten.

Colombo lenkte das Gespräch auf die amerikanischen Getreidelieferungen an die SU.¹³ BM sagte, dies sei eine sehr wichtige Frage. Diese Lieferungen ersparten den Sowjets die Kosten für eine Reform ihrer eigenen Landwirtschaft. Die SU sei s. E. durchaus in der Lage, sich selbst zu ernähren, falls sie die technische Ausrüstung für ihre Landwirtschaft hätte.

BM erwähnte, daß Cheysson gesagt habe, Frankreich werde am Treffen der sieben Wirtschafts- und Finanzminister nicht teilnehmen.¹⁴ Wie werde Italien sich verhalten? Colombo erwiderte, es sei wichtig, eine gemeinsame Haltung zu finden. BM sagte, er habe das unangenehme Gefühl, daß eine weitere Institutionalisierung der Siebener-Treffen Schwierigkeiten, insbesondere mit den Ländern der EG, bringen werde, die daran nicht teilnehmen.

Colombo ergänzte, Cheysson habe sich ihm gegenüber in dieser Frage sehr kritisch gegenüber Washington geäußert. Es ginge nicht an, daß die Sechs ohne Konsultationen einberufen würden, und dann nach Paris. Im übrigen sehe er – Colombo – keine rechte Notwendigkeit für die Begegnung, wenn in Williamsburg der Ost-West-Handel kaum besprochen werden solle. BM betonte, wir dürften uns keinesfalls in eine Lage manövrieren lassen, in der wir in dieser Frage zwischen Washington und Paris zu wählen hätten. Beide Minister stimmten darin überein, sich in dieser Frage an Außenminister Shultz zu wenden, um zu einer einheitlichen Haltung zu gelangen.¹⁵

¹³ Als Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 kündigte Präsident Carter in einer Fernseh- und Rundfunkansprache am 4. Januar 1980 eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen der USA an, unter anderem die Einschränkung von Getreidelieferungen. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 21–24. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 141–143.

Die Einschränkung von Getreidelieferungen an die UdSSR wurde von Präsident Reagan in einer Erklärung vom 24. April 1981 zurückgenommen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 382. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 614 f.

¹⁴ Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 26. April 1983, beim Mittagessen während der EG-Ministerratstagung am 25. April 1983 in Luxemburg sei die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg erörtert worden: „AM Cheysson sprach sich dagegen aus, daß zusätzlich zu der allgemein akzeptierten Vorbereitung der westlichen Weltwirtschaftsgipfel durch die Gruppe der Sherpas andere Formen einer institutionalisierten Siebener-Zusammenarbeit im Hinblick auf die Gipfel eingeführt werden. F werde an solchen Treffen auf ministerieller Ebene nicht teilnehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1507; Referat 412, Bd. 130539.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen legte am 29. April 1983 den Entwurf eines Schreibens des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vor. Darin wurde gebeten, die Idee eines vorbereitenden Treffens der sieben Handels- und Finanzminister angesichts der französischen Absage zu überdenken. Heinichen vermerkte, der Briefentwurf habe „mit BMWi, BMF und ChBK nicht abgestimmt werden“ können. Beide Ministerien bäten, „die Intervention bis

4) Naher Osten

Colombo beschrieb die gegenwärtige Situation im Nahen Osten und insbesondere im Libanon als besorgniserregend. Er habe die italienische Truppenpräsenz trotz Kritik durchhalten können.¹⁶ Jetzt werde die Kritik jedoch stärker und richte sich vermehrt gegen die USA, weil von dort keine überzeugende Initiative zur Lösung der anstehenden Probleme ausgehe.

BM erwähnte, er habe einen Brief an seinen amerikanischen Kollegen geschrieben und seiner Besorgnis insbesondere darüber Ausdruck verliehen, daß die SU an Einfluß in der Region gewinne. Es mehrten sich die Stimmen, die die SU an einer Nahost-Lösung beteiligen wollten. Dabei sei offenkundig, daß die SU keine großen Anstrengungen unternehmen werde, um zu einer solchen Lösung beizutragen. Ihr sei mit der Instabilität gedient. Besonders interessant sei, daß der König von Saudi-Arabien gestern die SU aufgefordert habe, sich für eine Beendigung des iranisch-irakischen Krieges einzusetzen.¹⁷ Damit habe Saudi-Arabien zum ersten Mal der SU eine friedensstiftende Rolle zugewiesen. Dies sei ein Signal, das sicher nicht nur für den Konflikt Iran-Irak, sondern für das gesamte Nahost-Problem gelte.

5) Feierliche Erklärung

Colombo fragte, was nach der Begegnung mit dem Europäischen Parlament nunmehr im Hinblick auf die feierliche Erklärung zu unternehmen sei.¹⁸ BM

Fortsetzung Fußnote von Seite 624

zum Beginn der nächsten Woche zurückzustellen“. Genscher vermerkte am 1. Mai 1983 dazu handschriftlich: „BM Graf L[ambsdorff] ist einverstanden. BK ist gegen die Zusammenkunft. BMF u. BMWi sind ohnehin am 10.5. abends verhindert.“ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz notierte am 2. Mai 1983 handschriftlich: „DE ging direkt an Telko.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130539.

16 Eine aus amerikanischen, französischen und italienischen Truppen bestehende Multinationale Streitmacht überwachte auf Ersuchen der libanesischen Regierung den am 21. August 1982 beginnenden Abzug der PLO aus Beirut. Am 20. September 1982 gab Präsident Reagan bekannt, er habe auf Ersuchen der libanesischen Regierung mit den Regierungen Frankreichs und Italiens vereinbart, erneut eine Multinationale Streitmacht nach Beirut zu entsenden. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1187–1189.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit bat am 28. April 1983 die Botschaft in Djidda um Prüfung der Meldung der Nachrichtenagentur Associated Press vom 27. April 1983, daß König Fahd den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, gebeten habe, „seinen Einfluß geltend zu machen, um den Krieg zwischen Iran und Irak zu beenden“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2521; Referat 311, Bd. 137770.

Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, teilte am 3. Mai 1983 mit, die Meldung könne nicht bestätigt werden: „Aus französischer Botschaft ist zu hören, daß Frankreich als ständiges VN-SR-Mitglied von S[audi-A]rabien unter Berufung auf Beschluß G[ulfc]C[operation]C[ouncil]-Außenministerkonferenz in Riad vom 19.2.1983 um Herbeiführung eines VN-SR-Beschlusses gebeten wurde, der sofortige Kampfeinstellung von Irak und Iran fordere und notfalls Sanktionen verhängte.“ Aus gleicher Quelle stamme der Hinweis, daß die Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates entsprechende Bitten auch an die übrigen Ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates richten wollten. Die amerikanische und britische Botschaft wußten jedoch nichts von solch einer Aufforderung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 259; Referat 311, Bd. 137770.

18 Zur Haltung des Europäischen Parlaments zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 113, Anm. 9.

Über das Gespräch des EG-Ministerrats mit einer Delegation des Europäischen Parlaments am 25. April 1983 in Luxemburg notierte Ministerialdirigent Ungerer am 27. April 1983, es sei deutlich geworden, „daß das EP die Europäische Akte nicht weiter zu unterstützen gewillt ist, wenn das Kapitel über das EP so bleibt, wie es sich als Resultat der bisherigen Verhandlungen ergab. Präsident Dankert hat relativ maßvolle Wünsche des EP präsentiert, für die Sie als deutscher Außenminister große Sympathie bekundeten. Sie waren damit einverstanden, daß wir uns diese Wünsche zu eigen machen und unseren Partnern vorlegen.“ Ungerer gab zu bedenken, daß Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Griechenland und Luxemburg eine Erweiterung der Befugnisse des Euro-

erwiderte, er habe Weisung gegeben, in Luxemburg empfangene Anregungen in Formulierungsvorschläge umzusetzen. Diese Vorschläge werde er dann in Gymnich¹⁹ zur Diskussion stellen. Dort müßten sich die Teilnehmer entscheiden. Sicherlich könne man nicht alle Anregungen des Parlaments übernehmen. Wichtig sei es jetzt, daß Colombo und er mit den jeweiligen Freunden im Europäischen Parlament sprechen, um das Parlament von einer Politik des Alles oder Nichts abzuhalten.

6) Wahlen zum Europäischen Parlament²⁰

Colombo warf die Frage der Beteiligung italienischer Staatsangehöriger an den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland auf. Botschafter Ferraris erläuterte, in dieser Frage gebe es Datenschutzprobleme mit dem Bundesinnenministerium.²¹ Italienischerseits würde man es sehr begrüßen, wenn der BM hierüber mit BM Zimmermann sprechen könne.

7) KSZE

Colombo erkundigte sich nach unserer Beurteilung der Lage in Madrid. BM erwiderte, Kampelman werde heute seine neuen Weisungen aus Washington, die er auch noch nicht kenne, darlegen.²² Im übrigen habe er Washington mit dem Gefühl verlassen, daß unsere Argumentation zur KSZE den Präsidenten nicht unbeeindruckt gelassen habe.²³

Fortsetzung Fußnote von Seite 625

päischen Parlaments ablehnen würden. Er regte ein Schreiben des Bundesministers Genscher an die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten an, „in dem die Sicherung der Unterstützung des EP für die ‚Feierliche Deklaration‘ als notwendig bezeichnet und entsprechende Vorschläge zur Berücksichtigung der Wünsche des EP im Text der ‚Feierlichen Deklaration‘ unterbreitet werden“. Vgl. Referat 410, Bd. 130307.

¹⁹ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Mai 1983 in Gymnich vgl. Dok. 140 und Dok. 146.

²⁰ Am 14. bzw. 17. Juni 1984 fanden in den EG-Mitgliedstaaten die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt.

²¹ Referat 410 teilte dem Presse- und Informationsamt mit Schreiben vom 2. Mai 1983 mit, die 1 234 400 in der Bundesrepublik gemeldeten Ausländer aus EG-Mitgliedstaaten, darunter 624 000 italienische Staatsangehörige, seien in der Bundesrepublik nicht berechtigt, an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen: „Die meisten von ihnen (alle außer GB und IRL) werden für die Wahlen in ihrem Heimatland wahlberechtigt sein. Dazu müssen sie sich aber ihre Wahlscheine beschaffen und wissen, wo sie zur Wahl gehen können. Hierüber müssen sie informiert werden. Die Botschaften werden dies nicht können, weil sie (wenigstens überwiegend) keine Anschriftenlisten haben. Wir haben diese Listen zwar (Ausländer-Zentralregister in Köln), geben sie aber nicht heraus (BMI: Datenschutz). Die Lösung besteht deshalb auch hier im Einsatz der Rundfunk- und Fernsehprogramme. Er mußte auf Gegenseitigkeit vereinbart und möglichst kostenneutral gestaltet sein.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130321.

²² Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 29. April 1983, der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, habe den NATO-Caucus am selben Tag unterrichtet, „daß die von ihm gestern eingenommene Linie zu westlichen Verbesserungsvorschlägen von Washington bestätigt worden sei. Weisung lasse US-Delegation Flexibilität für Verhandlungen. Amerikanische Regierung werde aber Unterzeichnung des Abschlußdokuments im Lichte seiner Ausgewogenheit und unter dem Aspekt der Beachtung der Schlußakte durch SU prüfen (US haben gebeten, daß möglichst nicht von einer ‚Liste‘ von Verbesserungsvorschlägen gesprochen wird. Kampelman will damit versuchen, in USA einer Gegenüberstellung der Liste vom November 1982 (RM.41 ff.) und der jetzt erheblich reduzierten Zahl von Vorschlägen vorzubeugen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 478; Referat 212, Bd. 133422.

²³ Bundesminister Genscher und Bundeskanzler Kohl hielten sich am 14./15. April 1983 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

8) Afghanistan

Colombo sagte, er habe gehört, daß die Afghanistan-Verhandlungen²⁴ sich relativ günstig entwickelt hätten. BM sagte, er sei hierüber nicht im einzelnen informiert, gehe jedoch davon aus, daß, falls die SU im West-Ost-Verhältnis Konzessionen machen wolle, sie dies wahrscheinlich am ehesten in Afghanistan tun werde.

[gez.] Schauer

Referat 203, Bd. 140526

121

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

210-553.22

29. April 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Befragung von Rudolf Heß zur Echtheit der angeblichen Hitler-Tagebücher⁴

Vorschlag: Der Bitte des „Stern“ um Einwirkung auf die Alliierten, die Befragung von Rudolf Heß zu gestatten, sollte nicht entsprochen werden.

²⁴ Zu den afghanisch-pakistanischen Gesprächen unter VN-Vermittlung vgl. Dok. 49, Anm. 107.

In Genf fand vom 11. bis 22. April 1983 der erste Teil der zweiten Runde der Gespräche statt. Botschafter van Well, New York (VN), informierte am 6. Mai 1983, der stellvertretende VN-Generalsekretär Córdovez habe sich am Vortag gegenüber den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten zufrieden über die Verhandlungen geäußert. Diese müßten im Licht der Gespräche des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU am 28./29. März 1983 in Moskau gesehen werden: „Andropow habe sich klar für Unterstützung der VN-Bemühungen ausgesprochen. Im Gegensatz zu Breschnew, der bei den Gesprächen mit VN-GS nie von Truppenrückzug gesprochen habe, habe Andropow dieses Wort benutzt.“ In Genf habe Pakistan feste Daten für Beginn und Ende des Truppenabzugs gefordert: „Substantielle Schwierigkeiten bestehen noch hinsichtlich der afghanisch-pakistanischen Grenze. [...] Bewertend schloß Córdovez, daß nach seiner Ansicht Afg[hanistan] und SU bereit seien, zu Verhandlungslösung zu gelangen und die übernommenen Verpflichtungen zu übernehmen. Ebenfalls scheine Pakistan an Abkommen sehr interessiert. Schwierigstes Problem bleibe, daß keine Partei der anderen traue.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 915/916; Referat 340, Bd. 136786.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 30. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die B[undes]Reg[ierung] bemüht sich seit Jahren um die Freilass[un]g von H[ieß] u[nd] muß dies fortsetzen. Nach meinem pol[itis]chen Urteil kann jede Publizität um H. im hier gegebenen Zusammenhang die sowj[etische] Haltung nur noch weiter versteifen.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 8. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Überholt durch Stellungnahme des BMI.“

⁴ Am 28. April 1983 berichtete die Wochenzeitschrift „Stern“ über angebliche Tagebücher von Adolf Hitler und veröffentlichte Auszüge daraus. Auch die folgende Ausgabe war diesem Thema gewidmet. Vgl. dazu die Artikel „Der Fund“ sowie „Hitlers Tagebücher“; STERN, Nr. 18 vom 28. April 1983, S. 4 f. und S. 20–37. Vgl. dazu ebenso die Artikel „Die Fälscher“ und „Hitlers Tagebücher: Der Fall Heß“; STERN, Nr. 19 vom 5. Mai 1983, S. 4 f. und S. 20–52.

Der „Stern“ hat im Ministerbüro angefragt, ob der Herr Bundesminister die Möglichkeit sehe, auf die Alliierten mit dem Ziel einzuwirken, eine Befragung von Rudolf Heß zur Echtheit der Hitler-Tagebücher zu gestatten. Dies liege auch im Interesse des Bundesarchivs, dem der „Stern“ die Tagebücher zugesichert habe.⁵

Zu der Anfrage ist folgendes zu bemerken:

1) Wie wir von dem amerikanischen und britischen Sprecher in der Vierergruppe informell erfahren, hat Wolf Rüdiger Heß am 28. April in einem Fernschreiben an die vier Gewahrsamsmächte um Genehmigung gebeten, daß Rechtsanwalt Seidl, ein Sachverständiger und er selbst Gelegenheit erhielten, Rudolf Heß die beim „Stern“ verfügbaren Dokumente in Spandau vorzulegen und mit ihm zu erörtern.⁶ Die Amerikaner erwarten, daß sich auch der „Stern“ mit einer entsprechenden Bitte an sie wendet.

Weder in Washington noch in London sei bisher eine Entscheidung getroffen worden. Der Antrag müsse in dem üblichen Verfahren durch die vier Gewahrsamsmächte behandelt werden. Im State Department bestünden als erste Reaktion Zweifel, ob die Sowjetunion dem Antrag zustimmen werde. Die Praxis der Sowjetunion sei bisher stets gewesen, Heß von allem Material abzuschirmen, das einen Bezug zur NS-Zeit habe. Eine davon abweichende sowjetische Haltung sei allerdings denkbar, wenn es sich um eine von östlicher Seite inspirierte Fälschung handele. Im übrigen sei die geistige Verfassung von Rudolf Heß nicht so, daß man seiner Aussage großen Beweiswert beimessen könne.

2) Der „Stern“ verfolgt mit der Veröffentlichung der Hitler-Tagebücher wohl⁷ vornehmlich kommerzielle Interessen. Nachdem die Echtheit der Dokumente von vielen seriösen Wissenschaftlern in Zweifel gezogen wird, muß der „Stern“ um seinen guten⁸ Ruf besorgt sein und wohl auch darum, das aufgewendete Geld wieder „einzuspielen“⁹. Es ist nicht ersichtlich, wo das politische Interesse der Bundesregierung liegen sollte, das Magazin, das sich offensichtlich in die Defensive gedrängt sieht, in seinen Bemühungen zu unterstützen, um kommerzieller Belange wegen seine Reputation zu retten. Der Hinweis, daß das Material

⁵ Der Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Stern“, Schmidt, übermittelte am 27. April 1983 Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz ein Fernschreiben, um „unser soeben geführtes Telefongespräch“ zusammenzufassen. Darin hieß es: „In der Auseinandersetzung um die Echtheit der Hitler-Tagebücher, die der ‚Stern‘, in einen kritisch-kommentierenden Kontext eingebettet, auszugsweise veröffentlicht, könnte eine Äußerung des in Berlin-Spandau inhaftierten Rudolf Heß einen Indizwert haben, denn Heß hat die Tagebücher der ersten Jahre gesiegelt und selbst in Verwahrung genommen. Sie wollten deshalb mit Herrn Genscher besprechen, ob er die Möglichkeit sieht, auf die Alliierten mit dem Ziel einzuwirken, eine Befragung von Rudolf Heß zu gestatten.“ Dies dürfte auch im Interesse des Bundesarchivs liegen, „dem der ‚Stern‘ die Tagebücher zugesichert“ habe. Vgl. das Fernschreiben Nr. 652; Referat 210, Bd. 132577.

⁶ Mit der Bitte um Unterstützung seines Anliegens übermittelte Wolf Rüdiger Heß am 28. April 1983 Bundesminister Genscher den Text, den er am selben Tag „an die Herren Botschafter der vier Gewahrsamsmächte des Alliierten Militärgefängnisses in Berlin-Spandau“ gesandt hatte. Vgl. das Fernschreiben; Referat 210, Bd. 132577.

⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ohne Zweifel.“

⁸ Dieses Wort von Ministerialdirektor Pfeffer eingeklammert.

⁹ Der Passus „und wohl ... einzuspielen“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

später einmal dem Bundesarchiv übergeben werden soll, reicht dafür nicht aus. Falls es sich als gefälscht erweist, erlischt das Interesse des Bundesarchivs.¹⁰

3) Der Sohn von Rudolf Heß verfolgt erkennbar ganz andere Interessen. Ihm geht es darum, die seinem Vater zur Last gelegten Taten in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen. Die Bundesregierung hat sich zwar seit vielen Jahren für eine Freilassung von Rudolf Heß eingesetzt, jedoch allein aus humanitären Erwägungen.¹¹ Sie hat es stets abgelehnt, zu den Gründen seiner Verurteilung Stellung zu beziehen. Auch insoweit erscheint hier strikte Zurückhaltung geboten, um den Anschein zu vermeiden, die Bundesregierung unterstütze die Verteidigung von Heß darin, die Berechtigung der Verurteilung durch das Nürnberger Gericht¹² zu erschüttern. Dies gilt um so mehr, als Rechtsanwalt Seidl einen Zusammenhang zwischen der von ihm behaupteten Rechtspflicht der Bundesregierung, mit juristischen Argumenten bei den Gewahrsamsmächten wegen einer Freilassung vorstellig zu werden, und der Echtheit der Tagebücher konstruiert und aus diesem Grund das Bundesverfassungsgericht anrufen will. Gegenüber der „Welt“ erklärte Seidl: „Nur wenn er (Heß) freigelassen wird, ist zu erwarten, daß er sich zu der Frage der Echtheit der Tagebücher unbeeinflusst äußert.“¹³

4) Im Ausland, insbesondere in den USA, hat die Veröffentlichung der angeblichen Tagebücher beträchtliches Aufsehen erregt.¹⁴ Noch ist nicht abzusehen,

¹⁰ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

¹¹ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine vorzeitige Haftentlassung von Rudolf Heß aus humanitären Gründen vgl. AAPD 1979, II, Dok. 319.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup vermerkte am 20. Oktober 1982: „In jüngerer Zeit hat Bundeskanzler Schmidt bei seinem Besuch in Moskau am 30. Juni und 1. Juli 1980 die Frage der Freilassung von Rudolf Heß gegenüber Generalsekretär Breschnew angesprochen. Der Bundespräsident hat am 16. bzw. 19. Oktober 1981 in Fortführung der Initiative seines Amtsvorgängers entsprechende Schreiben an die vier Staatsoberhäupter gerichtet. Bundeskanzler Schmidt hat sich in den letzten Tagen seiner Amtszeit erneut in Schreiben an die vier Regierungschefs für die Freilassung von Rudolf Heß eingesetzt. Die Reaktion der Sowjetunion war in allen Fällen negativ.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132758.

¹² Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg eröffnete am 20. November 1945 den Prozeß gegen 23 Hauptkriegsverbrecher und verkündete am 30. September bzw. 1. Oktober 1946 die Urteile. Rudolf Heß wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

¹³ Vgl. den Artikel „Initiative für Heß“; DIE WELT vom 28. April 1983, S. 1.

¹⁴ Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete am 25. April 1983: „Am 24.4. findet geplante Veröffentlichung in ‚Sunday Times‘ und ‚Stern‘ in Medien größte Aufmerksamkeit. Agenturberichte aus London auf ersten Seiten bringen Details zu Entstehung und Auffindung der Tagebücher und Streit der Historiker um deren Authentizität. Medien heben hervor, daß nach Meinung verschiedener Historiker ‚Endlösung der Judenfrage‘ in Tagebüchern kaum erwähnt werde. [...] Einziger, sehr negativer Leitartikel in Massenzeitung ‚Maariv‘: Zeitung vermutet, daß ‚Stern‘ mit Abdruck ‚nostalgischer Sehnsucht‘ vieler Deutscher nachkomme“; der Nationalsozialismus werde in der Veröffentlichung verharmlost.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 374; Referat 310, Bd. 135749. Botschafter Herbst, Paris, teilte am 3. Mai 1983 mit: „Veröffentlichung der angeblichen Hitler-Tagebücher durch ‚Stern‘ beherrschte am Wochenende 23. bis 25. April die französischen Medien als Sensationsaufmacher. Mit Beginn des Nachdrucks in Paris-Match am 28.4., das die französischsprachigen Exklusivrechte hat, ließ das Interesse anderer Publikationsorgane schlagartig nach. [...] Das Thema erscheint heute nur noch sporadisch in den Medien. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Historie gab es bis jetzt nicht; das Deutschlandbild in Frankreich wurde von dieser Diskussion bislang nicht berührt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 883; Referat 210, Bd. 132577. Botschafter Redies, Bern, berichtete am selben Tag, in der Schweiz werde umfangreich über das Thema berichtet: „Inhalt der Berichte und bemerkenswert abgewogene Bewertung entsprechen in etwa dem deutschen Medienecho.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 165; Referat 210, Bd. 132577.

welche „Enthüllungen“ in den weiteren Folgen noch zutage treten werden. Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, daß in den Medien der Vorwurf erhoben wird, mit der Veröffentlichung werde der gezielte Versuch unternommen, Geschichte umzuschreiben, Verbrechen zu verharmlosen o.ä. Die Bundesregierung sollte auch nicht indirekt in die Nähe derartiger Kritik gebracht werden können.

5) Nachdem die Alliierten bereits formell mit der Angelegenheit befaßt sind, bleibt kein Raum mehr für die anderenfalls denkbare Möglichkeit, dem „Stern“ anzubieten, sein Anliegen an die Drei Mächte weiterzuleiten. Der darüber hinausgehenden Bitte, auf die Alliierten „einzuwirken“, dem Antrag zuzustimmen, sollte aus den dargelegten Gründen nicht entsprochen werden.

Wir sollten aber darauf hinweisen, daß wir die Bemühungen um die Freilassung von R. Heß, die auch RA Seidl in den Vordergrund stellt, natürlich unverändert fortsetzen.

Pfeffer

P.S.: Der „Stern“ sollte – von wem, das wäre zu überlegen – dazu aufgefordert werden, die angeblichen Hitler-Tagebücher der internationalen Forschung zur Prüfung auf ihre Echtheit zugänglich zu machen. Das augenblickliche Finassieren mit partiellem Zugang für ausgewählte Personen widerspricht allen Geboten der freien Wissenschaft.¹⁵

Referat 210, Bd. 132577

¹⁵ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

Nachdem zahlreiche Historiker die Echtheit der Dokumente in Frage stellten, stimmte die Wochenzeitschrift „Stern“ einer Prüfung durch unabhängige, internationale Gutachter zu. Vgl. dazu die Meldung „Stern‘ läßt das Material nun doch überprüfen“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 4. Mai 1983, S. 11.

Am 6. Mai 1983 wurde bekannt, daß die Prüfungen des Bundesarchivs in Koblenz, des Bundeskriminalamts in Wiesbaden und der Bundesanstalt für Materialprüfung in Braunschweig erwiesen hätten, daß es sich bei den angeblichen Hitler-Tagebüchern um Fälschungen handele. Bundesminister Zimmermann gab das Ergebnis am selben Tag durch eine Erklärung bekannt. Vgl. dazu den Artikel „Hitler-Tagebücher des ‚Stern‘ sind eine Fälschung“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7./8. Mai 1983, S. 1f.

122

Ministerialdirigent Bertele an die Staatsanwaltschaft in Bonn

511-531 E-2285/77

29. April 1983¹

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Beamte des Auswärtigen Amts und der deutschen Botschaft in Buenos Aires wegen unterlassener Hilfeleistung

Bezug: Dortige Bitte vom 22.2.1983 um amtliche Auskunft zum Verfahren
50 Js 55/83²

Das Auswärtige Amt nimmt zu der Strafanzeige der Familie Tatter gegen Herrn Bundesminister Genscher sowie Beamte des Auswärtigen Amts und der Botschaft Buenos Aires wie folgt Stellung:

1) Die Bundesregierung ist mit dem Fall des deutsch-paraguayischen Doppelstaaters Federico Jorge Tatter befaßt, seit die deutsche Botschaft in Buenos Aires am 29. April 1977 durch Angehörige Herrn Tatters darüber unterrichtet wurde, daß Herr Tatter am 15. Oktober 1976 in Buenos Aires von unbekannten Personen entführt worden war.³ Es trifft somit nicht zu, daß die Botschaft Buenos Aires sofort vom Verschwinden Herrn Tatters unterrichtet wurde.

Die Botschaft hat nach Klärung der Staatsangehörigkeit von Herrn Tatter am 8. Juni 1977 die argentinische Regierung erstmals offiziell um Auskunft über den Verbleib von Herrn Tatter ersucht.⁴ Weitere Demarchen erfolgten gegenüber Vertretern des Sicherheitsdienstes des Heeres, das für die innere Sicherheit in Argentinien verantwortlich ist.

Persönliche Interventionen durch den Deutschen Botschafter in Buenos Aires fanden im März, April und Mai 1978 beim Innenminister⁵, beim damaligen Stabschef des Heeres, General Viola, und dem Staatssekretär im Innenministerium statt.⁶

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 29. April 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[um] V[organ]g (Vorlage 511 v[om] 22.4.).“

² Die Staatsanwaltschaft in Bonn übermittelte dem Auswärtigen Amt am 22. Februar 1983 eine im Auftrag der Familie Tatter gestellte Strafanzeige gegen Bundesminister Genscher und weitere Mitarbeiter des Auswärtigen Amts „mit der Bitte um amtliche Stellungnahme“ und Übersendung „der dort in dieser Angelegenheit angefallenen Vorgänge“. Vgl. Referat 010, Bd. 178880.

³ Botschafter Verbeek, Buenos Aires, teilte am 9. Februar 1983 mit, entgegen der Behauptung, „daß Botschaft nach Verhaftung von Herrn Tatter sofort informiert wurde“, sei darauf hinzuweisen, „daß Tatter am 15.10.1976 verhaftet wurde, Frau Tatter jedoch am 29.4.1977 bei der Botschaft in der Sache erstmals vorsprach“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 90; Referat 330, Bd. 136493.

⁴ Gesandter von Vacano, Buenos Aires, übermittelte am 11. September 1978 eine „Aufstellung aller Fälle seit Machtübernahme 24.3.1976“ und teilte mit, im Fall des verschwundenen Federico Tatter habe die Botschaft am 8. Juni 1977 eine Note an die argentinische Regierung gerichtet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 697; B 83 (Referat 511), Bd. 1182.

⁵ Albano Eduardo Harguindeguy.

⁶ Gesandter von Vacano, Buenos Aires, berichtete am 17. März 1978, daß der Oberbefehlshaber des argentinischen Heeres, Viola, aufgrund einer von der Botschaft übergebenen Liste Nachforschungen veranlaßt habe, die mit Befragungen der nächsten Angehörigen der verschwundenen deutschen Staatsangehörigen begonnen hätten: „Arbeitsaufwand und Rang der Beteiligten sowie Au-

Bei den zahlreichen Demarchen der Deutschen Botschaft in Buenos Aires zur Aufklärung des Schicksals der deutschen Verschwundenen⁷ wurde der Fall Tatter stets einbezogen.

Letztmals war der Fall Tatter Gegenstand einer Demarche des Botschafters beim Staatssekretär im argentinischen Innenministerium am 4. Februar 1983.⁸

Herr Tatter ist in der von der Botschaft Buenos Aires aufgestellten Liste deutscher und deutschstämmiger Verschwundener aufgeführt, die bei geeigneten Anlässen in Bonn und Buenos Aires der argentinischen Regierung mit der Bitte um Aufklärung ihres Schicksals überreicht wurde. Bei zahlreichen hochrangigen Regierungskontakten sowie in persönlichen Schreiben des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt an die argentinischen Staatspräsidenten Videla und Viola und des Bundesministers des Auswärtigen an seinen argentinischen Amtskollegen wurden die Ersuchen um Aufklärung übermittelt.

Diese Bemühungen der Bundesregierung und der deutschen Botschaft haben bereits im Frühjahr 1976 eingesetzt.

2) Neben den ständigen Demarchen in Einzelfällen durch die Botschaft Buenos Aires sind folgende Interventionen auf hoher politischer Ebene erfolgt:

1976

07.07.1976 Brief des Bundeskanzlers an Präsident Videla⁹

28.07.1976 Brief des Bundesministers an Außenminister Guzzetti¹⁰

27.08.1976 Brief des Bundesministers an Außenminister Guzzetti¹¹

Fortsetzung Fußnote von Seite 631

Bergewöhnlichkeit so weitgehender Kooperation bedeuten erhebliches Entgegenkommen General Violas, das Botschaft soweit wie möglich nutzen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 214; Referat 330, Bd. 111055.

Am 19. Juni 1978 informierte Botschafter Jaenicke, Buenos Aires, über den Abschluß der Nachforschungen und berichtete von „spektakulärem Erfolg Wiederauftauchens“ der am 28. März 1978 verschwundenen Ana Maria Ruben. In einem weiteren Fall gebe es „nur vage Aussichten auf Klärung“, und zu weiter zurückliegenden Fällen habe der Gesprächspartner erklärt, „er habe kaum Hoffnung, mehr als bruchstückhafte Informationen zu erhalten. Man müsse davon ausgehen, daß keiner von ihnen mehr lebe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 493; VS-Bd. 11174 (330); B 150, Aktenkopien 1978.

Am 6. Juli 1978 teilte Jaenicke mit, daß außerdem „Frau Tatters Angaben über die Aufenthaltsorte ihres verschwundenen Ehemanns [...] mündlich an den zuständigen Abteilungsleiter des Innenministeriums; mit einer Handnotiz an einen hochgestellten Verbindungsmann im Bereich der Marine“ weitergegeben worden sei. Außerdem habe die Botschaft am 27. April 1978 eine „eingehende Besprechung des Falles mit einem Vertreter des Sicherheitsdienstes des Heeres“ gehabt und dem Staatssekretär im Innenministerium, Ruiz Palacio, Anfang Mai eine „Liste mit Hinweisen“ übergeben. Vgl. den Schriftbericht Nr. 904; Referat 330, Bd. 111055.

⁷ Referat 330 legte am 6. Januar 1983 dar: „1975 bis 1978 verschwanden in Argentinien zwei Deutsche, 18 Doppelstaater (15 Deutsch-Argentinier, drei Deutsch-Paraguayer). Daneben gibt es eine nicht genau bestimmbare Zahl von verschwundenen deutschstämmigen argentinischen Staatsangehörigen (z. Zt. bekannt 39 Namen).“ Vgl. Referat 330, Bd. 136487.

⁸ Botschafter Verbeek, Buenos Aires, teilte am 8. Februar 1983 mit, er habe den Staatssekretär im argentinischen Innenministerium am 4. Februar 1983 „ausdrücklich wegen des Falles Tatter aufgesucht (d. h. noch vor dem Bekanntwerden der Pressediskussion in Deutschland)“ und Lascano Quintana „unter Bezugnahme auf die [...] vielfältigen früheren Interventionen nochmals um Aufklärung gebeten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 85; Referat 330, Bd. 136487.

⁹ Für das Schreiben mit der Bitte um Aufklärung des Verschwindens der deutschen Staatsangehörigen Falk und Zieschank vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1139.

¹⁰ Für das Schreiben mit der Bitte um Aufklärung des Verschwindens der deutschen Staatsangehörigen Falk und Zieschank vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1139.

¹¹ Für das Schreiben mit der Bitte, die Nachforschungen im Falle der verschwundenen deutschen Staatsangehörigen Falk und Zieschank fortzusetzen, vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1139.

1977

12.04.1977 Gespräch Botschafter mit Außenminister Guzzetti¹²22.08.1977 Brief des Bundesministers an Außenminister Montes¹³

1978

Frühjahr 1978 Demarche aller EG-Mitgliedstaaten¹⁴22.09.1978 Demarche des deutschen Botschafters¹⁵09.10.1978 Brief des Bundeskanzlers an Präsident Videla¹⁶25.10.1978 Gespräch des deutschen Botschafters mit General Viola (Stabschef des für die innere Sicherheit verantwortlichen Heeres)¹⁷

1979

18.01.1979 Gespräch des Botschafters mit dem argentinischen Justizminister¹⁸18.01.1979 Gespräch des Botschafters mit dem argentinischen Innenminister¹⁹

¹² Botschafter Kastl, Buenos Aires, berichtete am 13. April 1977, er habe den argentinischen Außenminister Guzzetti am Vortag auf das Versprechen der „Lösung einzelner humanitärer Fälle“ angesprochen; bis auf einen Fall seien aber alle Fälle „dunkel geblieben oder nicht zu unserer Befriedigung gelöst“. Kastl zog den Schluß: „Gespräch enttäuschte [...]. Baldige Klärung unserer zahlreichen menschenrechtlichen Gravamina wage ich daher nicht zu erhoffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 271; Referat 300, Bd. 107922.

¹³ Bundesminister Genscher brachte die Sorge der Bundesregierung über das Schicksal von in Argentinien verhafteten oder verschollenen deutschen Staatsangehörigen zum Ausdruck: „Eine Wiederholung widerspruchsvoller Haft- und Todesfälle oder zweifelhafter Fälle von Verschollenheit sowie Verstöße gegen allgemein anerkannte Regeln des Völkerrechts müßte schwerwiegende Folgen für die Beziehungen zwischen unseren Ländern haben.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1378.

¹⁴ Aufgrund eines Beschlusses des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 15./16. März 1978 wurde dem argentinischen Botschafter in Kopenhagen, Vieyra, am 6. April 1978 im dänischen Außenministerium eine Demarche übermittelt, in der insbesondere auf das Schicksal verschwundener Personen und dasjenige der ohne Anklage oder Prozeß Inhaftierten hingewiesen wurde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1039 (Coreu) aus Kopenhagen; Referat 330, Bd. 111055.

¹⁵ In Vertretung des Botschafters Jaenicke teilte Gesandter von Vacano, Buenos Aires, am 22. September 1978 mit, er habe weisungsgemäß im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im argentinischen Außenministerium, Lupiz, „Einzelheiten unserer acht Haftfälle“ besprochen und „hohes Interesse an baldiger argentinischer Entscheidung“ hervorgehoben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 726; B 83 (Referat 511), Bd. 1182.

¹⁶ Unter Hinweis auf die Entlassung von vier Franzosen aus argentinischen Gefängnissen erinnerte Bundeskanzler Schmidt Präsident Videla an dessen Zusage, „Unterstützung bei der Aufklärung des Schicksals deutscher Staatsangehöriger, die in Argentinien verhaftet oder verschwunden sind“, zu leisten, und an die Bedeutung dieser Frage für die bilateralen Beziehungen: „Zur Zeit sind acht Deutsche in argentinischen Gefängnissen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 125065.

¹⁷ Über das Gespräch am Vortag teilte Botschafter Jaenicke, Buenos Aires, am 26. Oktober 1978 mit, „Juntamitglied Viola“ habe darauf hingewiesen, daß nach der argentinischen Verfassung „die Exekutive im Fall des Ausnahmezustands Personen auch ohne Gerichtsverfahren in Haft halten“ könne. Es gebe „eben eine Vielzahl von Inhaftierten, von deren Gefährlichkeit man überzeugt sei, für deren Verurteilung durch ein Straf- oder Militärgericht die vorhandenen Beweise jedoch nicht ausreichen. Andererseits sei es zumindest im Moment nicht denkbar, solche Personen wegen Mangels an Beweisen einfach freizulassen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1480; B 83 (Referat 511), Bd. 1182.

¹⁸ Alberto Rodriguez Varela.

¹⁹ Gesandter von Vacano, Buenos Aires, teilte am 19. Januar 1979 mit, am Vortag habe ihm der argentinische Innenminister Harguindeguy als Vertreter des Botschafters Jaenicke einzelne Fälle in-

- 30.04.1979 Gespräch Botschafter mit dem argentinischen Innenminister²⁰
- 27.06.1979 Gespräch Botschafter mit StS im argentinischen Außenministerium²¹
- 05.07.1979 erneuter Brief des Bundeskanzlers an Präsident Videla²²
- 24.08.–29.08.1979 Gespräche Bundesminister Graf Lambsdorff mit Präsident Videla und General Viola²³
- 25.10.1979 Gespräch Staatssekretär van Well mit Admiral a. D. Massera (ehemaliges Mitglied der Regierungsjunta) in Bonn²⁴
- 1980
- 19.03.–21.03.1980 Gespräch StS van Well mit Vertretern der argentinischen Regierung, darunter Staatspräsident Videla, Außenminister Pastor und dem Innenminister in Buenos Aires²⁵

Fortsetzung Fußnote von Seite 633

haftierter Deutsch-Argentinier erläutert und „zum ersten Mal eine detaillierte Darstellung der Vorwürfe gegen die Häftlinge mitgeteilt“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 130; B 83 (Referat 511), Bd. 1182.

²⁰ Botschafter Jaenicke, Buenos Aires, informierte am 10. Mai 1979 über Gespräche mit dem Oberbefehlshaber des argentinischen Heeres, Viola, am 9. April bzw. mit dem argentinischen Innenminister Harguindeguy am 30. April 1979 und teilte mit: „Bemerkenswert ist, daß beide Gesprächspartner meine Mitteilungen, die die Existenz geheimer Gefangener implizieren, grundsätzlich akzeptierten und nur in Einzelheiten Einschränkungen machten“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 813; B 83 (Referat 511), Bd. 1182.

²¹ Am 29. Juni 1979 berichtete Botschafter Jaenicke, Buenos Aires, in dem Gespräch mit dem Staatssekretär im argentinischen Außenministerium, Cavándoli, sei über in Argentinien verschwundene bzw. inhaftierte Deutsche gesprochen worden. Cavándoli habe sich von der „in einem Aide-mémoire festgehaltenen Darstellung stark beeindruckt“ gezeigt und zugesagt, sich persönlich einzusetzen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1098; B 83 (Referat 511), Bd. 1182.

²² Bundeskanzler Schmidt dankte Präsident Videla für dessen mit Schreiben vom 31. Januar 1979 geäußerte Bereitschaft, alle verfügbaren Informationen über die in Argentinien inhaftierten deutschen Staatsangehörigen weiterzuleiten, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich eine Möglichkeit finden lasse, „die Haftzeit dieser deutschen Staatsangehörigen zu verkürzen oder zu beenden“. Vgl. Referat 330, Bd. 136487.

²³ Botschafter Jaenicke, Buenos Aires, berichtete am 30. August 1979: „Bundesminister Graf Lambsdorff hat während seines Besuchs bei jeder geeigneten Gelegenheit deutlich gemacht, daß das Problem insbesondere der verschwundenen deutschen Staatsangehörigen eine (die einzige) politische Belastung der Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen darstellt.“ Lambsdorff habe außerdem „ein halbstündiges Gespräch mit der Mutter des Verschwundenen Klaus Zieschank und der Ehefrau des Verschwundenen Federico Tatter“ geführt und ihnen über seine Bemühungen berichtet; „er betonte dabei, daß er nicht mit einem unmittelbaren konkreten Ergebnis rechne“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1449; Referat 330, Bd. 125060.

²⁴ Staatssekretär van Well führte am 25. Oktober 1978 und erneut am 24. Oktober 1979 Gespräche mit dem ehemaligen Oberbefehlshaber der argentinischen Marine, Massera. Im ersten Gespräch informierte er „den Besucher über die bisher erfolglos gebliebenen Bemühungen der Bundesregierung, eine Aufklärung des Schicksals der vermißten und eine Freilassung der inhaftierten deutschen Staatsbürger zu erreichen, sowie über die so schleppend anlaufende Aufnahmeaktion für eine gewisse Zahl der argentinischen politischen Gefangenen“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoff vom 26. Oktober 1978; Referat 330, Bd. 116001.

Am 24. Oktober 1979 sprach Massera über „seine letztjährige Zusage, sich um das Schicksal der in Argentinien verschwundenen bzw. inhaftierten deutschen Staatsangehörigen zu kümmern“. Da „starke Kräfte im argentinischen Heer ihm nicht sehr gewogen“ seien, habe er nichts Konkretes in Erfahrung bringen können, „jedoch den Eindruck gewonnen, daß die vermißten Deutschen für immer (definitivamente) verschwunden seien“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 116001.

²⁵ Im Anschluß an die Botschafterkonferenz vom 17. bis 19. März 1980 in Buenos Aires führte Staatssekretär van Well Gespräche mit Präsident Videla sowie weiteren Mitgliedern der argentinischen

- Mai 1980 anlässlich Besuch des argentinischen Wirtschaftsministers in Bonn Übergabe von Listen durch den Bundespräsidenten, Bundeskanzler und Bundesminister für Wirtschaft²⁶
- 18.08.1980 und Gespräche Botschafter mit argentinischem Staatssekretär
26.08.1980 im Justizministerium²⁷
- 18.09.1980 Einbestellung des argentinischen Botschafters durch
Staatssekretär van Well²⁸
- 03.12.1980 Gespräch Bundesminister Genscher mit Flottenadmiral
Lambruschini (Mitglied der Regierungsjunta) in Bonn²⁹
- 22.12.1980 Gespräch Botschafter mit Innenminister³⁰
- 1981
- 05.05.1981 Gespräch Botschafter–Innenminister³¹

Fortsetzung Fußnote von Seite 634

Regierung. Am 21. März 1980 teilte er mit, der argentinischen Innenminister Harguindeguy habe eine Überprüfung der Inhaftierungen angekündigt „mit Ziel, zahlreiche Gefangene entweder in Argentinien oder ins Ausland zu entlassen“. Hinsichtlich der verschwundenen deutschen Staatsbürger habe Harguindeguy „keine Hoffnung auf Aufklärung Schicksals“ gemacht, da die argentinische Regierung selbst „für bis 1978 Verschwundene über keine Informationen verfüge. [...] Innenminister und Streitkräfte seien jedoch überzeugt, daß Großteil Verschwundener tot sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 329 aus Buenos Aires; Referat 330, Bd. 125133.

- 26 Der argentinische Wirtschaftsminister Martínez de Hoz hielt sich vom 21. Mai bis 3. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. Am 2. Juni 1980 übergab ihm Bundesminister Graf Lambsdorff „Listen von 17 verschwundenen Deutschen sowie von 68 inhaftierten und verschwundenen Journalisten verschiedener Nationalität“. Am 3. Juni 1980 traf Martínez de Hoz mit Bundeskanzler Schmidt sowie Bundespräsident Carstens zusammen. Beide sprachen ihn auf „die Verletzung von Menschenrechten“ und das „Schicksal der verschwundenen Deutschen in Argentinien“ an. Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 4. Juni 1980; Referat 330, Bd. 125063.

Für das Gespräch mit Schmidt vgl. auch Bundeskanzleramt, AZ.: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.

- 27 Gesandter von Schubert, Buenos Aires, berichtete am 21. August 1980, er habe am 18. August 1980 den Staatssekretär im argentinischen Justizministerium, Durrieu, auf „einige uns besonders bewegende Haftfälle“ angesprochen. Durrieu habe sehr deutlich gemacht, daß mit einer Amnestie nicht zu rechnen sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1474; Referat 330, Bd. 125063.

Am 27. August 1980 teilte Schubert mit, daß auch das Gespräch mit dem Staatssekretär im argentinischen Innenministerium, Ruiz Palacio, am Vortag „ein weiteres Mal die gegenwärtig gegenüber ausländischem Drängen unnachgiebige argentinische Haltung auch in der Frage der Freilassung politisch Inhaftierter“ bestätigt habe. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1505; Referat 330, Bd. 125060.

- 28 Staatssekretär van Well führte am 18. September 1980 gegenüber dem argentinischen Botschafter Guyer aus, die „Bundesregierung stelle mit zunehmender Beunruhigung fest, daß die verschiedenen Initiativen [...] zugunsten Aufklärung des Schicksals der verschwundenen deutschen und deutsch-argentinischen Staatsbürger“ kein Entgegenkommen ausgelöst hätten. Er „müsse mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen [...], daß das weitere Ausbleiben einer humanitären Geste die bilateralen Beziehungen zwangsläufig belasten werde“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; B 83 (Referat 511), Bd. 1277.

- 29 Für das Gespräch vgl. AAPD 1980, II, Dok. 345.

- 30 Botschafter Verbeek, Buenos Aires, informierte am 22. Dezember 1980 über seinen Antrittsbesuch beim argentinischen Innenminister Harguindeguy, in dem er „auch das Problem der Verschwundenen [...] und die Möglichkeit der vorzeitigen Freilassung verurteilter Deutscher“ angesprochen habe. Vgl. den Schriftbericht Nr. 2376; B 83 (Referat 511), Bd. 1277.

- 31 Aus dem Gespräch mit dem neuen argentinischen Innenminister Liendo teilte Botschafter Verbeek, Buenos Aires, am 8. Mai 1981 mit, es habe „im wesentlichen das Problem der Verschwundenen und unsere Haftfälle zum Gegenstand“ gehabt. Liendo habe sich aufgeschlossener als sein Vorgänger Harguindeguy gezeigt; dennoch seien „spektakuläre Fortschritte nicht zu erwarten. Gerade in der Verschwundenenfrage ist der Handlungsspielraum der neuen Regierung gegenüber der sie eifersüchtig bewachenden Junta gering.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 916; Referat 330, Bd. 125060.

22.07.1981	Gespräch StS von Staden mit Generaldirektor des argentinischen Außenministeriums, Botschafter Candioti
04.09.1981	Schreiben Bundeskanzler Schmidt an den argentinischen Präsidenten Viola ³²
22.09.1981	Gespräch Bundesminister Genscher mit Außenminister Camilión am Rande der 36. VN-GV in New York ³³
22.10.1981	Gespräch StS von Staden mit Berater des argentinischen Außenministeriums Enrique Novaro in Bonn ³⁴
1982	
25.01.1982 und 16.02.1982	Gespräch Botschafter mit stellvertr. Innenminister ³⁵
März 1982	Gespräch Staatsminister Hamm-Brücher mit argentinischem Außenminister ³⁶
05.10.1982	Gespräch StS von Staden mit ehemaligem Außenminister Camilión in Bonn ³⁷

³² Bundeskanzler Schmidt bat Präsident Viola um Aufklärung über das Schicksal deutscher Staatsangehöriger, „die in Argentinien inhaftiert oder unter ungeklärten Umständen verschwunden sind. [...] Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß unter Ihrem Vorgänger vier der inhaftierten Deutschen freigelassen wurden und daß nach Ihrer Amtsübernahme ein weiterer Deutscher aus der Haft vorzeitig entlassen wurde. Ich würde es begrüßen, wenn sich eine Möglichkeit fände, auch in den übrigen Haftfällen eine Verkürzung oder Beendigung der Haftzeit zu erreichen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 125065.

³³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem argentinischen Außenminister Camilión vgl. AAPD 1981, II, Dok. 267.

³⁴ Im Gespräch mit dem Berater des argentinischen Außenministers, Novaro, drängte Staatssekretär von Staden erneut auf Fortschritte bei „den deutschen Häftlingen und Verschwundenen in Argentinien“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 125057.

³⁵ Gesandter von Schubert, Buenos Aires, berichtete am 27. Januar 1982, er habe dem stellvertretenden argentinischen Innenminister Menéndez am 25. Januar 1982 „die ergänzte Liste mit verschwundenen Deutschen, deutschen Doppelstaatlern und Deutschstämmigen“ übergeben und „auf die große menschliche, politische und rechtliche Bedeutung“ hingewiesen, „die die Bundesrepublik einer baldigen Klärung des Schicksals der Verschwundenen sowie der Menschenrechtsfrage allgemein beimißt“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 156; B 83 (Referat 511), Bd. 1277.

Zum Gespräch mit Menéndez am 16. Februar 1982 vgl. den Schriftbericht Nr. 282 von Schubert vom 17. Februar 1982; B 83 (Referat 511), Bd. 1277.

³⁶ Über ihren Besuch vom 28. bis 31. März 1982 in Argentinien berichtete Staatsministerin Hamm-Brücher, z. Z. Buenos Aires, am 31. März 1982, sie habe den argentinischen Außenminister Costa Méndez und den Staatssekretär im Außenministerium, Ros, „wiederholt auf die für uns und unsere Beziehungen zu Argentinien wichtige Frage der deutschen, deutsch-argentinischen und deutschstämmigen Gefangenen und Verschwundenen“ angesprochen und angeregt, „wenn irgend möglich [...] vorzeitige Freilassungen oder Strafminderungen zu erwirken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; Referat 330, Bd. 136674.

³⁷ Der ehemalige argentinische Außenminister Camilión traf im Rahmen eines Besuchs vom 5. bis 8. Oktober 1982 in der Bundesrepublik mit Staatssekretär von Staden zusammen. Camilión bezeichnete es als „Grundproblem des Übergangs zu einer demokratischen Regierung [...], mit den Militärs einen Kompromiß in der Verschwundenenfrage zu erreichen. Diese könne nicht offenbleiben; es sei ausgeschlossen, über Jahre tausende von Fällen vor Gericht anhängig zu lassen. In den politischen Parteien gäbe es daher eine Mehrheit, die bereit wäre, einer Amnestie zuzustimmen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 136463.

06.10.1982 Gespräch Bundesminister Genscher mit Außenminister Lanari am Rande der 37. Generalversammlung der Vereinten Nationen³⁸

1983

04.02.1983 Demarche Botschafter bei StS im Innenministerium

In allen diesen Fällen wurde die argentinische Regierung nachdrücklich aufgefordert, das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären.

Wie auch bei den übrigen Interventionen auf hoher politischer Ebene hat Staatssekretär van Well bei seinen Gesprächen vom 19. bis 21. März 1980 in Buenos Aires gegenüber allen Gesprächspartnern (Staatspräsident, Außenminister, Innenminister) mit Entschiedenheit darauf gedrängt, endlich die erbetenen Auskünfte zu erhalten, und dabei auch die unbefriedigende Lage der Menschenrechte in Argentinien deutlich zur Sprache gebracht. Dies war einer der wesentlichen Zwecke dieser Mission.

Die Nachforschungen wurden von argentinischer Seite wiederholt zugesagt, blieben nach Auskunft argentinischer Stellen jedoch erfolglos.

3) Bei der Bewertung dieser Demarchen ist zu berücksichtigen, daß in Argentinien im fraglichen Zeitraum bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, die das Funktionieren der staatlichen argentinischen Stellen erheblich beeinträchtigten. So wurden in den Jahren 1976/77/78 häufig Entführungen von Gruppen durchgeführt, die sich als offizielle Organe, z. B. Armeeangehörige, ausgegeben haben.

4) Die Bundesregierung ist stets bemüht, allen deutschen Staatsangehörigen Schutz zu gewähren. Die Souveränität der Gastländer setzt jedoch den Botschaften bei ihren Bemühungen zugunsten deutscher Staatsangehöriger naturgemäß Grenzen. Insbesondere ist es ihnen verwehrt, selbst Ermittlungen über Verschwundene anzustellen. Sie sind daher darauf angewiesen, in ständigen Kontakten mit allen zuständigen Stellen, in Argentinien insbesondere mit militärischen Dienststellen, zu stehen und um Nachforschungen und Auskünfte zu ersuchen.

Trotz der im Zeitraum des Verschwindens von Herrn Tatter herrschenden innenpolitischen Verhältnisse ist es der Botschaft gelungen, durch Ausnutzung aller dieser Kontakte die Freilassung von mehreren Verhafteten zu erreichen.

Es entspricht daher nicht den Tatsachen, wenn behauptet wird, durch die „stille Diplomatie“ sei nichts erreicht worden.

Die Bundesregierung wie auch die Botschaft Buenos Aires werden auch weiterhin bemüht sein, von den argentinischen Behörden Aufklärung über das Schicksal der Verschwundenen zu erlangen.³⁹

³⁸ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem argentinischen Außenminister Aguirre Lanari in New York vgl. den Drahtbericht Nr. 2335 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. New York, vom 6. Oktober 1982; VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

³⁹ Botschafter Verbeek, Buenos Aires, berichtete am 28. April 1983, ein Mitarbeiter der Botschaft habe beim Staatssekretär im argentinischen Innenministerium, Lascano Quintana, hervorgehoben, die Bundesregierung sei „nach wie vor lebhaft daran interessiert, alle möglichen Informationen über das Schicksal der deutschen bzw. deutschstämmigen Verschwundenen zu erhalten“, und im besonderen „den Fall Tatter“ angesprochen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 632; Referat 330, Bd. 136487. Am 20. Mai 1983 teilte Verbeek mit: „Botschaft unternimmt in Absprache mit Vertretung in Asun-

5) Das Auswärtige Amt bittet, derzeit von der Vorlage der hier entstandenen Aktenvorgänge abzusehen, da die Vorgänge zur weiteren operativen Arbeit benötigt werden. Sollte die Einsichtnahme in die Vorgänge für erforderlich gehalten werden, ist das Auswärtige Amt bereit, Beamten der Staatsanwaltschaft Einsicht in die Vorgänge im Auswärtigen Amt zu gewähren.⁴⁰

Bertele

Referat 010, Bd. 178880

123

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-17835/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 30. April 1983, 19.07 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 518

Ankunft: 30. April 1983, 21.06 Uhr

Citissime

Betr.: Absage des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland²;
hier: Bewertung

Zur Bewertung der Absage des Honecker-Besuches weise ich auf folgendes hin:

Fortsetzung Fußnote von Seite 637

ción alle Anstrengungen, um Informationen über angebliche Inhaftierung von Tatter im Gefängnis von Resistencia zu überprüfen. Auch wenn Wahrscheinlichkeit nicht hoch, muß jedes Vorgehen von Prämisse ausgehen, daß Informationen zutreffen könnten. Eine Gefährdung Tatters durch Vorstoß Botschaft bei argentinischen Behörden muß in jedem Fall ausgeschlossen werden. Demarchen in Buenos Aires an höchster Stelle sind erst möglich, wenn ein handfester Tatbestand vorgetragen werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 371; VS-Bd. 13588 (330); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴⁰ Am 10. November 1983 legte Ministerialdirektor Bertele dar, Pressemeldungen sei zu entnehmen, daß die Staatsanwaltschaft Bonn das Ermittlungsverfahren, das aufgrund der Strafanzeige vom 31. Januar 1983 „wegen unterlassener Hilfeleistung im Fall des 1976 in Argentinien verschwundenen deutsch-paraguayischen Doppelstaaters Federico Jorge Tatter“ eingeleitet worden sei, „unter Zugrundelegung der amtlichen Auskunft des Auswärtigen Amts eingestellt“ habe. Die Einstellungsverfügung liege jedoch noch nicht vor. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1520.

¹ Der Drahtbericht war zugleich an Staatssekretär Jenninger und Ministerialdirigent von Richthofen, beide Bundeskanzleramt, sowie an Staatssekretär Rehlinger und Ministerialdirektor Meichsner, beide Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, gerichtet.

² Am 29. April 1983 wurde Bundesminister Genscher „persönlich“ von Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, ein Fernschreiben des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, über ein Gespräch mit dem Mitglied des ZK der SED, Häber, am Vortag übermittelt. Bräutigam berichtete, er habe mit Häber „die durch die Todesfälle Burkert und Moldenhauer entstandene Lage“ erörtert, „wobei Häber die von bestimmter Seite geschürte Feindseligkeit und Hetze gegen die DDR bitter beklagte“. Bräutigam gab außerdem eine von Häber vorgetragene mündliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, weiter, in der zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestehende Probleme angesprochen und ausgeführt wurde, daß angesichts der jüngsten Entwicklung der geplante Besuch von Honecker in der Bundesrepublik im laufenden Jahr nicht stattfinden könne. Vgl. VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Für die Gesprächsaufzeichnung und die mündliche Mitteilung vgl. auch HÄBER-PROTOKOLLE, S. 353–360.

1) In der ADN-Meldung vom 28. April 1983, abends, wird die Mitteilung Honeckers, er sehe sich „nicht in der Lage“, der Einladung des Bundeskanzlers zu einem Besuch der Bundesrepublik Deutschland zu folgen, mit der „durch die BRD entstandenen Lage in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, wie sie auch in verschiedenen Pressekommentaren zum Ausdruck kommt“, begründet.³ Diese Formel ist mehrdeutig. Sie bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Gründe für die Absage allein im bilateralen Verhältnis zu suchen sind. Mit der Meldung dürfte vor allem der Zweck verfolgt werden, die Öffentlichkeit auf zwei aktuelle Aspekte der Situation hinzuweisen:

- einmal die Entschlossenheit der DDR-Führung, die im Zusammenhang mit den jüngsten Todesfällen im Reise- und Transitverkehr⁴ erhobenen Vorwürfe gegen die DDR, die von ihr als Hetzkampagne und als gegen die Würde und das Prestige der DDR gerichtet angesehen werden⁵, nicht hinzunehmen;
- zweitens die starke Irritation der Führung wegen der anhaltenden Diskussion über eine Wende in der Deutschlandpolitik, und zwar Wende verstanden im Sinne einer Abkehr von der Politik der praktischen Zusammenarbeit und des politischen Dialogs hin zu einer Politik des wirtschaftlichen Drucks, der außenpolitischen Isolierung und der Destabilisierung im Innern.⁶

Beide Elemente, kennzeichnen für die DDR-Führung zur Zeit die Situation. Sie haben die Zweifel an dem Willen und der Fähigkeit der Bundesregierung zur Kontinuität neu belebt. Dabei ist die Sorge vor einer Wende und ihren Folgen für das deutsch-deutsche Verhältnis wie auch für das Ost-West-Verhältnis insgesamt noch größer als die bestehende, aber sicher vorübergehende Empörung über die gegen die DDR gerichteten Angriffe führender Politiker und bestimmter Medien in der Bundesrepublik. Falls Honecker als Folge einer „Wende“ mit einer Ausladung rechnen sollte oder sie jedenfalls für möglich hält, wird er einer solchen Entwicklung durch eine Absage zuvorkommen wollen.

2) Weitere Gesichtspunkte kommen hinzu: Die starke Erregung über die Todesfälle im Reise- und Transitverkehr und die Situation an der Grenze insgesamt müssen der DDR-Führung erneut die großen, schwer kalkulierbaren Risiken

³ Für den Wortlaut der Meldung vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXI, S. 405.

⁴ Zum Tod von Rudolf Burkert vgl. Dok. 106, Anm. 16.

Am 27. April 1983 starb der 68jährige Heinz Moldenhauer während einer Befragung am Grenzkontrollpunkt Wartha. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 4380 des Bundesministeriums des Innern vom 27. April 1983; Referat 210, Bd. 139213.

⁵ Am 19. April 1983 erhob der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Moldt, gegenüber Staatsminister Jennings, Bundeskanzleramt, „scharfen Protest gegen die unglaubliche Hetzkampagne“ gegen die DDR im Zusammenhang mit dem Tod von Rudolf Burkert und forderte „unverzügliche Einstellung dieser üblen Machenschaften“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139213. Vgl. dazu ferner die Pressemitteilung; AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXI, S. 404.

⁶ Vgl. dazu das von CDU und CSU in den Koalitionsberatungen vom 14. bis 16. März 1983 erarbeitete Papier; Dok. 87, besonders Anm. 21.

In der Presse hieß es, in der internen Vereinbarung werde „die Forderung nach einer Rückkehr zu klaren Aussagen über das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, über die eine deutsche Staatsbürgerschaft und über das nationale Langziel der Wiedervereinigung“ sowie „nach ausgewogenen Leistungen und Gegenleistungen im politischen und wirtschaftlichen Ost-West-Verkehr“ erhoben. Vgl. den Artikel „Was in Deutschland normal ist“; DIE WELT vom 19. April 1983, S. 2.

An anderer Stelle wurde ausgeführt, daß die bisherige Politik, sich bei Vorgängen wie dem Fall Burkert „auf müde Pflichtproteste zu beschränken und dann zur Tagesordnung einer angeblich deutsch-deutschen ‚Normalisierung‘ überzugehen, [...] nach der Wende in Bonn keine Fortsetzung finden“ werde. Vgl. den Artikel „Tod in Deutschland“; BAYERNKURIER vom 23. April 1983, S. 1.

vor Augen geführt haben, die mit einem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik verbunden sind. Sie kann nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß es – ähnlich wie bei dem ersten Gipfeltreffen 1970 in Kassel⁷ – vor und während des Besuchs zu einem eruptiven Ausbruch von Feindseligkeit und einer Verschärfung der politischen Gegensätze kommen kann, die den Interessen der DDR innen- und außenpolitisch schweren Schaden zufügen würden.

Ferner wird die DDR-Führung inzwischen erkannt haben, daß etwaige Versuche, während und mit Hilfe des Honecker-Besuches die Bundesregierung von ihrer Zustimmung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen abzubringen, zum Scheitern verurteilt sind. Sollte dieser Aspekt bei dem bisher so zielstrebig verfolgten Besuchsplan im Vordergrund gestanden haben – was ich annehme –, so muß die DDR-Führung bei ihrer jetzt negativen Einschätzung der Genfer INF-Verhandlungen von vornherein einen Mißerfolg einkalkulieren, der sich negativer auf die eigenen Interessen auswirken könnte, als wenn der Besuch überhaupt nicht stattfindet.

Schließlich mußte die DDR in den letzten Wochen beobachten, daß in der öffentlichen Diskussion bei uns die in den Besuch gesetzten Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung des deutsch-deutschen Verhältnisses immer höher geschraubt wurden. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist für die DDR-Führung das Risiko eines Mißerfolges des Treffens größer geworden, da ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen und der ihr von der Sowjetunion eingeräumte Spielraum gerade in den für uns besonders wichtigen Fragen begrenzt ist.

3) Die vorstehenden Gesichtspunkte vermögen die jetzt erfolgte Absage des Besuches – Absage zunächst für dieses Jahr – hinreichend zu erklären. Die Absage erscheint insoweit als eine möglicherweise von einflußreichen Politbüromitgliedern erzwungene Korrektur des Besuchsplans, für den sich Honecker persönlich immer wieder – zuletzt demonstrativ auf der Leipziger Messe⁸ – engagiert hatte. Für seine bisher dominierende Stellung in der eigenen Führung und auch für sein Ansehen in der Bevölkerung kann das einen empfindlichen Rückschlag bedeuten.

Die Absage muß dagegen nicht ohne weiteres auch ein Rückschlag für die deutsch-deutschen Beziehungen insgesamt sein. Das Interesse der DDR an der Entwicklung und Stabilisierung dieser für sie ökonomisch wie politisch fundamental wichtigen Beziehungen besteht unabhängig von der Besuchsfrage. Es ist im Kern nicht abhängig von dem Prestigegewinn und von dem Zuwachs an Anerkennung, die sich die DDR-Führung von dem Besuch versprochen hat und die aus der jetzigen Sicht zweifelhaft geworden sein mögen. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß die Absage psychologisch verhärtend wirkt und bei vielen Menschen auf beiden Seiten, vor allem aber in der DDR, bittere Enttäuschung auslösen muß. Sie erschwert auch die Realisierung anstehender Projekte. Die vor einem Gipfeltreffen immer günstige Situation, schwierige Sachfragen über den Berg zu bringen, besteht jetzt nicht mehr. Auch die Gefahr von

⁷ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Brandt mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, am 21. Mai 1970 in Kassel vgl. AAPD 1970, II, Dok. 226. Vgl. dazu ferner DzD VI/1, S. 529–599.

⁸ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, auf der Leipziger Messe am 13. März 1983 vgl. Dok. 82, Anm. 49.

Rückschlägen nimmt naturgemäß mit der jetzt eingetretenen und sich möglicherweise noch verstärkenden Abkühlung des politischen Klimas zu.

4) Allein unter dem Gesichtspunkt der deutsch-deutschen Beziehungen ist nicht so sehr die Absage an sich, als die Art und Weise und insbesondere der Zeitpunkt auffallend. Wenn die DDR dem bilateralen Verhältnis möglichst wenig Schaden hätte zufügen wollen, so hätte es nahegelegen, mit einigen scharfen Erklärungen oder Artikeln im Neuen Deutschland die gegen die DDR erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen, den Honecker-Besuch als gefährdet hinzustellen und dann erst von dem Besuch abzurücken. Es hätte auch nahegelegen, den Bundeskanzler in einem Telefongespräch oder einem Brief von der Absage zu unterrichten, statt den Weg über den bisher in solchen Fragen nie eingeschalteten ZK-Abteilungsleiter Häber zu wählen. Man muß sich auch fragen, warum die DDR-Führung nicht wenigstens die Regierungserklärung am 4. Mai⁹ abgewartet hat, deren Akzente ja durch die Absage verschärft werden könnten. Ist der Zeitpunkt nur daraus zu erklären, daß sich ihr jetzt eine günstige Gelegenheit für die inzwischen als notwendig erkannte Absage bot?¹⁰

Die DDR-Führung muß sich ferner bewußt sein, daß die Absage des Besuches den Kräften in der Bundesrepublik in die Hände spielen kann, die auf eine „Wende“ in der Deutschlandpolitik hinarbeiten. Das war bisher sicher nicht das Interesse der DDR-Führung.¹¹ Darum muß die Frage gestellt werden, ob die Absage etwa von jenen Kräften des SED-Politbüros erzwungen worden ist, die gegen Honecker ihrerseits eine Wende in der Deutschlandpolitik der DDR wollen und dafür (ähnlich wie bei der Erhöhung des Mindestumtausches im Oktober 1980¹²) jetzt eine günstige Gelegenheit sehen. Dann wäre die Absage nicht nur eine Korrektur des inzwischen als problematisch erkannten Besuchsplanes, sondern möglicherweise der Beginn einer an stärkerer Abgrenzung orientierten Politik der DDR. Die Folge müßte dann eine anhaltende Abkühlung und allgemeine Verschlechterung der Beziehungen sein, die sich allerdings wegen der ökonomischen Interessen nicht sofort auf alle Bereiche auswirken muß

⁹ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 56–74.

¹⁰ Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 10. Mai 1983 nach Auskunft eines „deutschlandpolitischen Beraters von Generalsekretär Honecker“ seien „in der Bundesrepublik öffentlich immer höhere Forderungen oder Bedingungen an den Besuch geknüpft worden“, auch von Mitgliedern der Bundesregierung: „Vor allem sei die Forderung erhoben worden, daß vor oder im Zusammenhang mit dem Besuch die Erhöhung des Mindestumtausches zurückgenommen werden müsse. An diesem Punkt sei für die DDR-Führung ganz klar geworden, daß gegenwärtig die Voraussetzungen für einen für beide Seiten erfolgreichen Besuch nicht gegeben seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 580; VS-Bd. 13348 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Im Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Vogel, am 28. Mai 1983 in Hubertusstock führte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, aus, er habe sich seit den Wahlen zum Bundestag vom 6. März 1983 fragen müssen, „ob die Bundesregierung gewillt sei, eine von bestimmten politischen Kräften betriebene Wende zu verhindern“. Vor diesem Hintergrund habe er seinen Besuch in der Bundesrepublik „aufgeschoben“. Seine Absage, den Besuch noch in diesem Jahr durchzuführen, sei als Warnung an jene zu verstehen, die eine Wende in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten herbeiführen möchten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 883 des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, vom 30. Mai 1983; VS-Bd. 13348 (210); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. ferner KOALITION DER VERNUNFT, S. 119–144.

¹² Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin vgl. Dok. 11, Anm. 18.

(zum Beispiel wäre das S-Bahn-Projekt¹³ dadurch sicher nicht gefährdet). Ob eine solche Wende vorliegt, ist für uns heute noch nicht zu erkennen. Der bisherige Kurs Honeckers, über die Jahre hin konsequent verfolgt, sein geschicktes Taktieren innerhalb des eigenen Politbüros, seine Fähigkeit, für ihn nachteilige Tendenzen frühzeitig zu erkennen und abzufangen, spricht gegen eine solche Entwicklung, selbst wenn die Absage von den gegen den Honecker-Kurs eingestellten Kräften in der DDR-Führung erzwungen sein sollte.

5) Nicht weniger unklar ist der sowjetische Einfluß auf die Entscheidung der DDR-Führung, den Besuch jetzt abzusagen. Daß in einer so wichtigen Frage eine Abstimmung mit der sowjetischen Führung erfolgt ist, darf als sicher unterstellt werden. Diese könnte bei dem Gespräch Honecker–Abrassimow am 27. April erfolgt sein (einen Tag nach der letzten Politbürositzung), ebenso gut aber auch auf anderen Kanälen. Die Tatsache, daß Honecker am 27.4. mit Abrassimow zusammengetroffen war, wozu vor dem Moskau-Besuch¹⁴ ohnehin Anlaß bestand, sagt indessen noch nichts über den Grad der sowjetischen Einflußnahme aus. Zunächst muß davon ausgegangen werden, daß das Besuchsprogramm Honeckers Teil eines seit langem abgestimmten Konzeptes zwischen den Führungen in Moskau und Ost-Berlin war. Solche Programme werden nicht plötzlich umgeworfen, schon gar nicht unter dem Eindruck von Zwischenfällen, die zeitweilig das politische Klima belasten. Gegen einen sowjetischen Wunsch, den Besuch abzusagen, spricht das bisherige Interesse Moskaus, daß die DDR ihre Möglichkeiten zur Beeinflussung der westdeutschen Politik in der Raketenfrage voll einsetzt. Eine Verschlechterung der deutsch-deutschen Beziehungen als Folge der Absage paßt nicht in dieses Konzept. Eine solche Entscheidung wäre zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht plausibel gewesen, jetzt hätte es nahegelegen, die in der Bundesrepublik bestehenden Hoffnungen auf eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen für die sowjetischen Ziele zu nutzen, statt diese Hoffnungen frühzeitig zunichte zu machen.

¹³ Seit 1974 forderte die DDR den Senat von Berlin auf, sich an den Kosten der von der DDR betriebenen S-Bahn zu beteiligen. Nach einem Streik der Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West) vom 17. bis 23. September 1980 wurden vier der sieben S-Bahn-Strecken in Berlin (West) stillgelegt, nämlich die Ringbahn, die Wannseebahn, die Strecke nach Spandau und die Strecke nach Gartenfeld über Siemensstadt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 276 und Dok. 279.

Der Senat bemühte sich in der Folgezeit um eine Reaktivierung der S-Bahn-Strecken. Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, wies Staatsminister Wischniewski, Bundeskanzleramt, am 13. September 1982 erneut auf das Problem der Kosten hin. Komme es zu keiner Regelung, „müsse die Bahn geschlossen werden“. Vgl. dazu VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 87. Vgl. dazu auch AAPD 1982, II, Dok. 241.

Die von der DDR gewünschte Subventionierung der S-Bahn lehnte der Senat von Berlin jedoch ebenso ab wie eine von der DDR als Alternative erwogene Verpachtung, da die Deutsche Reichsbahn nicht Eigentümerin der S-Bahn war, sondern nur die Betriebsrechte hatte. Die vom Senat angestrebte Integration der S-Bahn in den öffentlichen Nahverkehr der Stadt stieß auf Schwierigkeiten bei der Finanzierung. In einem Ministergespräch mit Bundeskanzler Kohl und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, am 2. Februar 1983 wurde beschlossen, „daß in den Beratungen über den Bundeshaushalt 1984 und die mittelfristige Finanzplanung die haushaltspolitischen Voraussetzungen für eine solche Lösung geschaffen werden müßten“. Um einer Schließung der S-Bahn durch die DDR vorzubeugen, sollte diese über den Stand der Überlegungen der Bundesregierung und des Senats unterrichtet und ihr die Aufnahme von Gesprächen „bis Ende Juni 1983“ angekündigt werden. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 132631.

¹⁴ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 3. bis 7. Mai 1983 in der UdSSR auf.

Eine entgegengesetzte taktische Überlegung ist allerdings ebenfalls denkbar. Möglicherweise hat Moskau die DDR-Führung zu der Absage veranlaßt, um damit eine deutliche Warnung an die Adresse der Bundesregierung auszusprechen. Moskau könnte sich dazu bewogen fühlen, weil die ostpolitische Ausrichtung der Bundesregierung insgesamt für sie unsicher geworden ist. Vielleicht verspricht sie sich von einem plötzlichen Umschalten auf eine Kältetherapie durch ihren Gehilfen DDR einen besseren Erfolg, nachdem das bisherige Werben Ost-Berlins offenkundig keinerlei Wirkung auf die Politik der christlich-liberalen Bundesregierung gehabt hat. Vielleicht war das ständige Schielen der DDR-Führung auf Bonn für den Geschmack der neuen sowjetischen Führung¹⁵ ohnehin zu viel. Die bisherige Erfahrung zeigt ja, daß die Sowjets die DDR zwar gern als Instrument für ihre eigenen Ziele benutzen, aber dabei doch stets mißtrauisch sind, zumal wenn die DDR gleichzeitig eigene Ziele verfolgt, die mit den sowjetischen nicht übereinstimmen oder zumindest gefährliche Nebenwirkungen haben können (zum Beispiel ein zu hohes Maß an deutsch-deutscher Annäherung).

Was immer die taktischen Überlegungen auch gewesen sein mögen, es kann jedenfalls nicht ausgeschlossen werden, daß wir es mit einem taktischen Wechsel oder zumindest einer taktischen Korrektur der sowjetischen Deutschlandpolitik zu tun haben.¹⁶ Das muß keineswegs bedeuten, daß die sowjetische Führung an dem verabredeten Moskau-Besuch des Bundeskanzlers¹⁷ inzwischen ein geringeres Interesse hätte. Eine Zweispurigkeit der sowjetischen Taktik, nämlich aufmerksame Behandlung des Bundeskanzlers in Moskau bei gleichzeitiger Zurückhaltung Ost-Berlins gegenüber Bonn, wäre keinesfalls ungewöhnlich. Das würde dazu führen, daß in der taktischen Bearbeitung der Bundesrepublik im Hinblick auf die Raketenentscheidung die Sowjetunion jetzt stärker in den Vordergrund tritt. Dahinter könnte die Erkenntnis stehen, daß die Möglichkeiten der DDR zu einer Beeinflussung der westdeutschen Politik eben doch geringer sind als bisher angenommen, oder jedenfalls riskanter. Wenn eine solche Modifikation des taktischen Konzepts von Moskau gewünscht oder zumindest in Erwägung gezogen wurde, hatte Honecker gute Gründe, sich frühzeitig von einem Projekt zu befreien, das seinen Bewegungsspielraum im Verhältnis zur Bundesrepublik erheblich einschränkte und ihn zu Zugeständnissen und Verhaltensweisen zwang, die ihm im eigenen Politbüro Kritik eintrugen.

6) Die vorstehend skizzierten Erwägungen, für die es im Augenblick keine Belege und auch nur wenige Anhaltspunkte gibt, ergeben kein klares Bild der Gründe,

¹⁵ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU am 12. November 1982 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

¹⁶ Zu diesen Überlegungen teilte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 2. Mai 1983 mit, es sei davon auszugehen, „daß die Absage als solche wie auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung mit Moskau abgestimmt war. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß Moskau die treibende Kraft war und daß die Absage nahtlos in hiesige politische und propagandistische Konzepte paßt.“ Eine „abgestimmte Arbeitsteilung zwischen Moskau und Ost-Berlin“ sei zwar denkbar, „bei der ersteres freundliche Worte ertönen läßt, während letzteres der Bundesregierung noch vor der Regierungserklärung einen ostpolitischen ‚Schuß vor den Bug‘ verpassen muß“. Insgesamt aber sei wohl „der Schwerpunkt der Motivation, den Honecker-Besuch abzusagen, in der Sphäre der DDR selbst anzusiedeln“. Vgl. den Drahtbericht Nr.1878; VS-Bd. 13348 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁷ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

die zu der Absage des Honecker-Besuches geführt haben. Bei einem so komplizierten Geflecht verschiedenartiger Interessen spricht die Erfahrung dafür, daß verschiedene Faktoren zusammengewirkt haben. Ich neige zu der Auffassung, daß Honecker mit oder ohne Einflußnahme Moskaus, jedenfalls aber auch wegen der zunehmenden Risiken, mit dem sein Besuchsprogramm behaftet war, den Rückzug angetreten hat, um so den Schaden für seine Politik und auch für seine persönliche Stellung sowohl in der eigenen Führung wie auch in Moskau begrenzt zu halten.

Die Folgen der Absage sind ebenfalls noch nicht klar zu übersehen. Sie sind auch für Honecker und die DDR-Führung nicht einfach kalkulierbar, da solche Entscheidungen eine eigene, schwer kontrollierbare Dynamik entwickeln können. Denkbar ist, daß die Auswirkungen der Absage für die deutsch-deutschen Beziehungen begrenzt bleiben, weil die DDR die eigenen Interessen nicht gefährden will. Ich halte das für die wahrscheinliche Entwicklung, und dafür spricht vor allem das persönliche Bemühen Honeckers, gerade jetzt das fortbestehende Interesse der DDR an der deutsch-deutschen Zusammenarbeit deutlich zu machen. Auch das Bild der DDR-Medien seit gestern zeigt diese Tendenz.

Es kann andererseits nicht ausgeschlossen werden, daß sich im Zuge der Absage solche Kräfte in Ost-Berlin mit Unterstützung aus Moskau durchsetzen, die eine stärkere Abgrenzung zwischen den beiden deutschen Staaten anstreben. Die Präsentation der Deutschland- und Ost-Politik in der Regierungserklärung am 4. Mai, die Reaktion der Bundesregierung auf die Absage¹⁸, wie auch die anstehenden Entscheidungen für die weitere Entwicklung der praktischen Zusammenarbeit können eine wichtige Rolle dabei spielen, welche der in der DDR-Politik gleichermaßen angelegten Tendenzen sich in der nächsten Zeit durchsetzen werden.

[gez.] Bräutigam

VS-Bd. 13348 (210)

¹⁸ Für eine erste Stellungnahme des Staatssekretärs Stolze, Presse- und Informationsamt, vom 29. April 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 383.

124

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca

2. Mai 1983¹

Gespräch BM mit kubanischem Außenminister Malmierca am 2.5.1983², 13.10 bis 15.10 im Auswärtigen Amt

Teilnehmer auf kubanischer Seite: Botschafter García, Herr R. Hernandez (stellv. Leiter Protokoll im kubanischen Außenministerium);

auf deutscher Seite: D3³, VLR I Paschke, Frau Lehnhardt (Dolmetscherin), VLR Horstmann.

1) Der einleitende Gedankenaustausch der beiden Minister konzentriert sich auf das jüngste Treffen der Bewegung der Blockfreien⁴; der kubanische AM bewertete den Verlauf des Gipfeltreffens⁵ positiv, die Bewegung habe an Bedeutung gewonnen; er bittet Botschafter García um Übermittlung einer Dokumentation an den BM.

2) Bilaterale Beziehungen

Malmierca zeigt sich zufrieden mit der Entwicklung der bilateralen Beziehungen, lobt die Arbeit der Außenministerien und der Botschaft, weist auf Herbst-Besuch des kubanischen Lateinamerika-Beauftragten⁶ hin. Die kulturellen Beziehungen hätten sich verstärkt, es gebe einen regen Wirtschafts- und Handelsaustausch: Im Oktober/November 1983 erwarte man den Besuch einer Wirtschaftsdelegation aus der Bundesrepublik Deutschland.⁷ (An der Delegationsreise sollten sich auch Vertreter der zuständigen Bundesministerien beteiligen.) Botschafter *García* gibt Anregung zur Intensivierung der politischen Beziehungen auf Parteiebene. *D3* weist auf erfolgreiche Umschuldungsverhandlungen⁸ hin.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Horstmann am 3. Mai 1983 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 3. Mai 1983 vorgelegen.

² Korrigiert aus: „12.5.1983“.

³ Walter Gorenflos.

⁴ Der kubanische Außenminister Malmierca befand sich auf der Rückreise von der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten am 28./29. April 1983 in Neu Delhi.

⁵ Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi vgl. Dok. 82, Anm. 80.

⁶ Der Leiter der für Lateinamerika zuständigen Abteilung im kubanischen Außenministerium, Rodríguez, traf am 17. Oktober 1983 mit Ministerialdirektor Gorenflos zusammen. Themen des Gesprächs waren die kubanische Haltung zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika und die Rolle Kubas in Afrika, insbesondere in Angola. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Richter vom 18. Oktober 1983; Referat 331, Bd. 136292.

⁷ Am 5. April 1983 teilte der Ibero-Amerika Verein Vortragendem Legationsrat I. Klasse Martius mit, daß der im Herbst 1982 verschobene Besuch einer Delegation von Unternehmern aus der Bundesrepublik in Kuba nunmehr vom 30. Oktober bis 5. November 1983 stattfinden solle. Für das Schreiben vgl. Referat 331, Bd. 136292.

⁸ Ministerialdirektor Fischer legte am 7. Januar 1983 dar, daß Kuba unter dem „dreifachen Druck sinkender Exporteinnahmen (vor allem bei Zucker), steigender Schuldendienstbelastung und man-

BM bittet kubanische Seite um gründliche Vorbereitung des Besuchs der Wirtschaftsdelegation: Man solle auf kubanischer Seite realistische Perspektiven entwickeln; die Eindrücke der Wirtschaftsdelegation seien auch maßgeblich für die Entwicklung der weiteren bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Malmierca wiederholt Einladung an BM⁹, sein Besuch könne wichtigen Beitrag zur Intensivierung der Beziehungen leisten.

BM zeigt erhebliches Interesse; wichtig sei, daß der Besuch in einem guten Klima stattfinden könne.

3) Zentralamerika

Auf Bitte von BM gibt *Malmierca* Lageeinschätzung zu Zentralamerika: Reale Gefahr für Frieden in der Region und weltweit; gefährlich sei die Kombination von wirtschaftlicher Unterentwicklung und militärischer Unterdrückung; die Freiheitskämpfe in Zentralamerika hätten eine 50jährige Tradition (Nicaragua, El Salvador, Guatemala).

El Salvador: Es herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände.¹⁰ Kuba versuche seit langem, im Wege der Verhandlungen unter Beteiligung aller politischen Par-

Fortsetzung Fußnote von Seite 645

gelder Bereitschaft westlicher Banken, die bisherigen Kreditlinien zu verlängern“, Ende August 1982 eine Umschuldung seiner 1982 bis 1985 fälligen mittel- und langfristigen Tilgungsverpflichtungen beantragt habe. Die Rückzahlung solle sich über zehn Jahre erstrecken und „nicht vor 1986 beginnen; Zinsen sollen weiter gezahlt werden“. Vgl. Referat 422, Bd. 140129.

Nachdem am 1. März 1983 in Paris eine multilaterale Vereinbarung der 13 Hauptgläubigerstaaten mit Kuba über die Konsolidierung der kubanischen Auslandsschulden unterzeichnet worden war, übermittelte das Bundesministerium der Finanzen dem Auswärtigen Amt am 19. Mai 1983 den Entwurf für ein bilaterales Umschuldungsabkommen, über den am 7./8. Juni 1983 an in Havanna mit der kubanischen Regierung verhandelt werden sollte. Abteilung 4 legte am 3. Juni 1983 dar, daß die darin enthaltene Berlin-Klausel voraussichtlich für die kubanische Regierung nicht akzeptabel sei. Die Bundesregierung sei zur bilateralen Umschuldung aufgrund der multilateralen Vereinbarung verpflichtet und habe „auch ein eigenes Interesse, weil ohne entsprechende Regelung finanzielle Nachteile für den Bundeshaushalt entstünden [...] und weil ein Abseitsstehen der Bundesrepublik zu einer weiteren Belastung der internationalen Gläubigersolidarität führen müßte.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136296.

Am 12. September 1983 vermerkte Vortragender Legationsrat Zirpel, daß Einvernehmen über alle Punkte des Abkommens mit Ausnahme der Berlin-Klausel erzielt worden sei. Vgl. dazu Referat 331, Bd. 136296.

⁹ Der kubanische Außenminister Malmierca schrieb während eines Zwischenaufenthalts in Bonn auf dem Flug zur Konferenz der Außenminister der blockfreien Staaten in Neu Delhi am 28. April 1983 an Bundesminister Genscher: „Ich erneuere Ihnen die Einladung zu einem Besuch Kubas zu einem Ihnen günstig erscheinenden Zeitpunkt sowie meine Bereitschaft dazu, uns bei der Gelegenheit einer künftigen Durchreise meinerseits durch die Bundesrepublik Deutschland in Bonn zu treffen.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 231 der kubanischen Botschaft; Referat 331, Bd. 136291.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz vermerkte am 9. Mai 1983, der Mitbegründer der salvadorianischen Frente Democrático Revolucionario (FDR), Zamora, habe ihm am 6. Mai 1983 „eine nüchterne machtpolitische Analyse der Lage in El Salvador“ gegeben: „Militärisch befinde sich die [Frente Farabundo]M[arti para la]L[iberación]N[acional] seit September 1982 in der Offensive. Sie kontrolliere einen Streifen an der Nordgrenze und rücke auf die Mitte vor. Die FMLN-Truppen seien den Regierungstruppen durch bessere Moral und bessere Ausbildung überlegen. Eine Ausnahme stellten nur die von den USA ausgebildeten Regierungseinheiten dar, die jedoch lediglich 10 % der Armee ausmachten. [...] Die FDR/FMLN strebe einen Dialog mit der Regierung an. Dies müsse ein Dialog zwischen Salvadorianern sein, die USA müßten also ausgeschlossen bleiben.“ Zamora habe eingeräumt, „daß die USA legitime Sicherheitsinteressen in El Salvador hätten“, und eine Konfliktlösung gegen die USA nicht als wünschenswert bezeichnet, zumal El Salvador auf Hilfe beim wirtschaftlichen Wiederaufbau angewiesen sei. Ohne politische Lösung drohe „eine Ausweitung des Krieges auf die ganze Region“. Vgl. VS-Bd. 11605 (02); B 150, Aktenkopien 1983.

teien zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Kuba unterstütze daher sämtliche Friedensinitiativen (Contadora¹¹-Gruppe¹², Mexiko¹³, Frankreich¹⁴ u. a.).

Nicaragua: Von Honduras aus hätten 1983 die militärischen Aspekte der Auseinandersetzung zugenommen; Honduras wäre heute Operationsbasis der ehemaligen Somoza-Truppen.¹⁵

AM weist auf zentrale Rolle der USA hin.

BM verdeutlicht europäische Haltung: Bemühungen müssen aus der Region kommen (deshalb unterstützen wir Initiative der Contadora-Staaten), aber: ohne Nicaragua ist eine Lösung nicht möglich.

Nicaragua: BM verdeutlicht unsere Enttäuschung; nach Revolution hätten wir erheblich geholfen, um pluralistische Entwicklung zu stützen¹⁶; die Entwick-

¹¹ Durchgängig korrigiert aus: „Contadera“.

¹² In der Folge ihres Treffens vom 8./9. Januar 1983 auf Contadora besuchten die Außenminister Amado (Panama), Lloreda (Kolumbien), Sepúlveda (Mexiko) und Zambrano (Venezuela) am 12./13. April 1983 Costa Rica, Nicaragua, El Salvador, Honduras sowie Guatemala und luden die Außenminister dieser Staaten zu Konsultationen am 20./21. April 1983 nach Panama-Stadt ein. Botschafter Wellhausen, Panama, berichtete am 23. April 1983, die Außenminister der Contadora-Gruppe seien mit der Absicht nach Panama gekommen, „Neuerbesprechung über Z[entral]A[merika] zwischen Vier und Fünf zu führen. Dem verweigerte sich AM Nicaraguas hartnäckig. Er wollte nur bilaterale Gespräche mit AM Honduras und anderen AM von ZA unter Assistenz der Contadora-Gruppe. Dies lehnte AM von Honduras anhaltend ab. Diese Klippe wurde nicht überwunden.“ Im Kommuniqué über das Treffen würden jedoch die Fortschritte in der Analyse der Spannungsursachen betont und eine neue Konsultationsrunde für die letzte Mai-Woche angekündigt. Als Konfliktgründe würden u. a. Rüstungswettlauf und Waffenhandel genannt, ferner die Anwesenheit von Militärberatern und andere Formen ausländischer Militärhilfe, Aktionen zur Destabilisierung der inneren Ordnung anderer Staaten, verbale Aggressionen, Grenzzwischenfälle, Verletzungen der Menschenrechte und schließlich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Region. Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; Unterabteilung 33, Bd. 136684.

Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 560 f.

¹³ Botschaftsrat I. Klasse Stelzenmüller, Mexiko-Stadt, berichtete am 11. Oktober 1982 über gemeinsame Schreiben der Präsidenten von Mexiko und Venezuela, López Portillo und Herrera, vom 7. September 1982 an den amerikanischen bzw. honduranischen Präsidenten, Reagan bzw. Suazo, sowie an den Koordinator der Regierungsjunta für den Nationalen Wiederaufbau von Nicaragua, Ortega. Im Schreiben an Reagan werde dargelegt, Mexiko und Venezuela seien sich mit den USA in dem Ziel einig, den Frieden in Mittelamerika zu erreichen. Die nicaraguanische Regierung „sei ersucht worden, Maßnahmen zur Verhinderung von militärischen Zusammenstößen an der Grenze zu Honduras zu ergreifen; dazu sei jedoch erforderlich, daß die Unterstützung, die Organisierung und die Dislozierung der somozistischen Ex-Gardisten aufhöre“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 851; Unterabteilung 33, Bd. 136683.

¹⁴ Gemeinsam mit Mexiko sprach sich Frankreich in einer Erklärung vom 28. August 1981 dafür aus, die Lösung des Konflikts in El Salvador den dortigen politischen Kräften selbst zu überlassen. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (juillet-août), S. 53.

¹⁵ Botschafter Heubaum, Managua, berichtete am 22. April 1983, daß der nicaraguanische Außenminister d'Escoto beim Treffen mit den Außenministern der Contadora-Gruppe am 20./21. April in Panama-Stadt die Position vertreten habe: „a) Nicaragua wird zur Zeit von einer somozistischen Söldnertruppe angegriffen; hierfür trägt die Administration Reagan die Verantwortung. b) Bei dieser Invasion haben die USA die Unterstützung der hondur[anischen] Regierung, da sie das Territorium dieses Landes als Operationsbasis und für die Logistik benutzen können.“ Voraussetzung für eine Lösung seien daher bilaterale Gespräche mit den USA und Honduras über eine „Beendigung der Invasion von Söldnern in Nicaragua“ bzw. die „Einstellung der den Ex-Somozisten gewährten Unterstützung“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 58; Unterabteilung 33, Bd. 136684.

¹⁶ Am 17. Juli 1979 erklärte Präsident Somoza seinen Rücktritt; zwei Tage später kapitulierte die Nationalgarde. Die von der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront am 16. Juni 1979 in Costa Rica proklamierte provisorische Regierungsjunta, die Regierung des nationalen Wiederaufbaus, übernahm die Macht. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 207.

Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich einer Hilfeleistung bei der Beseitigung der

lung sei anders, gegenteilig verlaufen¹⁷, dies beeinflusse nachhaltig die Einschätzung der Lage in Lateinamerika. Unsere Hoffnung sei nicht erfüllt worden. Auch die Einflußnahme von außen auf die Entwicklung in El Salvador sei nicht geeignet, „positive Gefühle zu erzeugen“. Wir seien uns darüber im klaren, daß es nicht einfach für kleinere Länder sei, im Schwerkraftfeld eines großen Landes zu leben, aber: Unabhängigkeitsstreben der ZA¹⁸-Staaten einerseits und die eigenen Interessen einer Großmacht andererseits müßten in Übereinstimmung gebracht werden. Für Zentralamerika seien Kooperation und Nicht-Einmischung notwendig, es dürfe nicht zum Tummelplatz ausländischer Interessen und Konflikte anderer Länder werden. EG und ASEAN könnten auch ZA als Vorbilder dienen.

EG würde einem seine Unabhängigkeit wahrenen ZA ein guter, idealer Partner sein, der keine Vorherrschaft anstrebe. Mit militärischer Gewalt könne nicht viel erreicht werden.

AM *Malmierca* stimmt zu: Mit militärischen Maßnahmen könne weder Nicaragua noch El Salvador geholfen werden; die Völker müßten souverän entscheiden können, ZA benötige eine Entwicklung ohne äußeren Druck von außen. Dieses Ziel erstrebe Kuba.

M. unterstreicht, daß eine friedliche Entwicklung in ZA nur ohne äußere Einmischung möglich ist. Die ZA-Staaten müßten die innere Entwicklung ihrer Nachbarn respektieren, auch wenn man mit dieser Entwicklung¹⁹ nicht übereinstimme.

AM *Malmierca* verweist darauf, daß Kampf um Unabhängigkeit bedeute, gegen die USA zu kämpfen. (Er zitiert die Auseinandersetzungen in Nicaragua von 1909²⁰, damals hätte es weder eine SU noch einen Fidel Castro gegeben.) Die gegenwärtige Situation in ZA sei keine Konsequenz des Ost-West-Konflikts, sondern das Ergebnis historischer, ständiger Unterdrückung.

BM verweist auf Grundsatz der Nichteinmischung, der Einflußnahme verbiete (auch Waffenlieferungen in bestimmte Länder).

Fortsetzung Fußnote von Seite 647

Folgen des Bürgerkriegs in Nicaragua und einer Stärkung der demokratischen Kräfte vgl. AAPD 1979, II, Dok. 279. Vgl. außerdem AAPD 1980, I, Dok. 74.

¹⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius legte am 8. November 1982 dar, daß die Entwicklung in Nicaragua seit dem 17. Juli 1979 „kaum mehr eine positive Beurteilung“ zulasse: „Die wirtschaftliche Not ist groß und ohne Perspektiven. Politische Parteien, Gewerkschaften, Presse, Kirche sind gleichgeschaltet oder geknebelt. [...] Managua hat sich zum Störenfried Nummer 1 der Region entwickelt und wird ringsum als solcher betrachtet. Die regionalen Antikörper wachsen.“ Vgl. die Kurzfassung der Aufzeichnung; Referat 331, Bd. 136364.

¹⁸ Zentralamerika.

¹⁹ Korrigiert aus: „auch wenn man dieser Entwicklung“.

²⁰ Am 10. Oktober 1909 wurde Präsident Zelaya von einer Gruppe konservativer Politiker unter Führung des Generals Estrada gestürzt, die von den USA und von in Nicaragua tätigen amerikanischen Firmen unterstützt wurde. Vgl. dazu FRUS 1909, S. 452–457.

Am 5. August 1912 schlug der amerikanische Außenminister Knox vor, entsprechend einer Bitte des Nachfolgers des Präsidenten Estrada, Díaz, der sich am 29. Juli 1912 mit einem erneuten Aufstand konfrontiert sah, Marinetruppen nach Nicaragua zu entsenden. Präsident Taft stimmte am selben Tag zu. Vgl. dazu FRUS 1912, S. 1032 f.

Die letzten amerikanischen Soldaten wurden erst 1933 aus Nicaragua abgezogen.

4) Angola

BM weist darauf hin, daß kubanische Revolution²¹ zunächst bei uns mit viel Sympathie aufgenommen worden sei, später hätte sich Ernüchterung gezeigt, nicht aufgrund der innenpolitischen Entwicklung in Kuba, sondern wegen der außenpolitischen Aktivitäten. Wir würden gerne eine bessere internationale kubanische Reputation sehen. Seit den beiden letzten Zusammentreffen mit seinem kubanischen Kollegen²² sei das alte Problem der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola nicht gelöst. BM bittet kubanischen AM, die uns bekannten kubanischen Argumente ernsthaft zu überdenken: Wenn Kuba von sich aus ein Zeichen zum Verlassen seiner Truppen in Angola setze, würde sich schlagartig seine Position in der Welt verändern.

Kubanischer AM unterstreicht, daß Kuba in seiner 25jährigen Revolutionsgeschichte (Januar 1984) keinen Zugang zu anderen Territorien gesucht hätte. Man könne Kuba weder Deklaration noch Aktionen vorwerfen, die das Recht anderer Länder beeinträchtigt hätten. Kuba hätte unter politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aggressionen gelitten („USA und Verbündete“). Kuba würde auch jetzt „leiden“.

Wenn USA signalisierten, daß sie weitere Einmischung unterlassen würden, dann würde auch Kuba alles tun, um einen Kompromiß zu erreichen, einseitig könne dies nicht geschehen. Die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola falle allein unter die souveräne Entscheidung von Kuba und Angola. Die Truppen seien seit 1975 dort, um Angola vor südafrikanischen Truppen zu schützen²³; wenn SA²⁴ seine Truppen abziehen würde, so wäre dies eine wichtige Geste. In Namibia habe man ein ähnliches Problem. Südafrika solle die VN-Resolutionen²⁵ respektieren, dann sei ein erster Schritt zur Lösung erfolgt. Fortschritte für Namibia würden auch bessere Bedingungen für eine Lösung in Angola schaffen.

²¹ Nach über zweijährigem Guerillakrieg gegen kubanische Regierungstruppen und der Flucht des Präsidenten Batista am 1. Januar 1959 proklamierte Fidel Castro am 2. Januar 1959 den Richter Manuel Urrutia zum provisorischen Präsidenten von Kuba. Am 13. Februar 1959 ernannte Präsident Urrutia Castro zum Ministerpräsidenten.

²² Bundesminister Genscher führte am 1. Juni 1979 ein Gespräch mit dem kubanischen Außenminister Malmierca. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 158.

Am 24. September 1981 traf Genscher in New York erneut mit Malmierca zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 276.

²³ Am 29. November 1975 wurden in der Presse Erklärungen aus „autorisierten Regierungskreisen in Pretoria“ zum südafrikanischen Engagement im Bürgerkrieg in Angola wiedergegeben. Danach diene „eine gewisse Anzahl südafrikanischer Offiziere bei der UNITA und der FNLA als Militärberater. Weiterhin hat – nach den gleichen Auskünften – Südafrika den beiden nationalistischen Befreiungsbewegungen, die gegen die sozialistische MPLA kämpfen, logistische Unterstützung angeboten.“ Vgl. den Artikel „Südafrikas Engagement in Angola“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 29./30. November 1975, S. 3.

Am 23. August 1981 drangen südafrikanische Bodentruppen nach Angola vor. Vgl. dazu AAPD 1981, Dok. 240.

²⁴ Südafrika.

²⁵ Für den Wortlaut der Resolutionen Nr. 431 und Nr. 432 des VN-Sicherheitsrats vom 27. Juli 1978 über die Einsetzung des VN-Sonderbeauftragten für Namibia bzw. die territoriale Integrität und Einheit Namibias durch Reintegration von Walvis Bay sowie der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978, in der die Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter Überwachung und Kontrolle der VN gefordert wurde, vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 20 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 585 und D 597 f.

BM wiederholt nochmals eindringlich seinen Ratschlag, Angola möge ein positives Zeichen setzen. Die Situation könne über Nacht weltweit verändert werden. Wir stünden den Kubanern in dieser Frage zur Verfügung.

5) BM erläutert Stand gegenwärtiger Ost-West-Beziehungen und Bemühungen der Bundesregierung um Verbesserung unserer Beziehungen zu DDR, SU, Ungarn, ČSSR, Rumänien. Wir hofften auf vernünftiges Ergebnis bei KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid, vor allem: Einsetzung einer KAE. Besonderes Interesse hätten wir an erfolgreichem Ergebnis der Verhandlungen in Genf.

Auf Hinweis von BM über gegenwärtige weltweite, politische Entwicklung betont *kubanischer AM* Friedenserhaltung als Hauptziel der kubanischen Außenpolitik.

6) Menschenrechte in Kuba

BM betont Sorge über Berichte von Todesurteilen gegen fünf kubanische Arbeiter der Zuckerzentrale Artemisa.²⁶

BM spricht den Fall Dr. Angel Cuadra Landrove an und verweist darauf, daß wir ihn und seine Ehefrau bei Ausreiseerlaubnis aufnehmen könnten.²⁷

Kubanischer AM verwahrt sich energisch gegen Einmischung in innere Angelegenheiten. Es habe kein Todesurteil gegeben, eine Zuckerzentrale Artemisa existiere nicht, es handele sich um eine von den Amerikanern verbreitete Lüge „von A bis Z“.²⁸

²⁶ Botschaftsrat Ohr, Havanna, berichtete am 6. April 1983: „Im Januar d. J. hat eine Gruppe von Arbeitern der im Bezirk Havanna gelegenen Zuckerzentrale Artemisa versucht, einen mit unzureichenden Arbeitsbedingungen begründeten Streik zu beginnen. Fünf als Rädelsführer eingestufte Arbeiter wurden daraufhin in einem Schnellverfahren zum Tode verurteilt. [...] Im zeitlichen Zusammenhang mit der Papstreise wurden die Strafen in Freiheitsstrafen von dreißig Jahren umgewandelt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 137; Referat 331, Bd. 136291.

²⁷ Der kubanische Jurist und Dichter Cuadra wurde am 6. April 1982 nach Verbüßung einer 15jährigen Strafe wegen angeblicher konterrevolutionärer Agitation aus der Haft entlassen. Bereits im Vorfeld hatte die Bundesregierung ihre Bereitschaft mitgeteilt, Cuadra und seine Ehefrau Delfina Horschek de Cuadra in der Bundesrepublik aufzunehmen. Am 20. April 1982 berichtete Botschafter Freitag, Havanna, daß nach Auskunft eines hochrangigen kubanischen Gesprächspartners „die Angelegenheit ‚reibungslos‘ abgewickelt würde [...]. Botschaft hat inzwischen auf Anforderung der hiesigen Immigrationsbehörde bestätigt, daß die Bundesrepublik Deutschland dem Ehepaar Cuadra die Einreisegenehmigung erteilen und auch für die Flugkosten aufkommen werde.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 169; Referat 331, Bd. 136297.

Nachdem die Ausreiseanträge des Ehepaars Cuadra Ende Mai 1982 abgelehnt worden waren, teilte Freitag am 18. August 1982 mit, die Botschaft werde in Kontakt mit Cuadra bleiben, stehe aber unter dem Eindruck, daß weitere Schritte bei der kubanischen Regierung vorerst „nicht nur aussichtslos, sondern unwillkommen und daher der Sache eher abträglich sein dürften.“ Dies schließe jedoch nicht aus, bei geeigneter Gelegenheit auf den Fall zurückzukommen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 350; Referat 331, Bd. 136297.

²⁸ Mit Schreiben vom 14. Juni 1983 erinnerte Bundesminister Genscher den kubanischen Außenminister Malmierca an seine Äußerungen im Gespräch vom 2. Mai 1983, wonach Berichte über eine Verurteilung von fünf kubanischen Arbeitern wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit nicht zuträfen: „Inzwischen liegen mir besorgte Informationen internationaler Gewerkschaftsverbände und von Menschenrechtsorganisationen vor, [...] in denen von der Verurteilung von Arbeitern gesprochen wird, die über unzureichende Arbeitsbedingungen protestiert oder sich gewerkschaftlich betätigt haben.“ Genscher bat um „eine Klärung dieser widersprüchlichen Darstellungen“. Vgl. Referat 010, Bd. 178877. Malmierca antwortete am 19. Juli 1983, die Verurteilungen stünden nicht mit einer gewerkschaftlichen Tätigkeit der fünf Beschuldigten in Verbindung. Die Tatsachen würden von einigen Menschenrechtsorganisationen und internationalen Gewerkschaftsverbänden verdreht. Für das Schreiben vgl. Referat 331, Bd. 136297.

Es sei allerdings etwas anderes, wenn sich BM über das Schicksal einer Person erkundige.

BM nimmt kubanische Haltung zur Kenntnis, und hofft, daß Dr. Cuadra Landrove die Ausreise ermöglicht wird.²⁹

Abschließend appelliert BM erneut an kubanischen AM, die Angola-Frage genau zu bedenken.

Referat 010, Bd. 178877

125

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.31 HLG-1662/83 geheim

2. Mai 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister² zur Unterrichtung
Betr.: HLG-Sitzung am 27./28.4.1983 im NATO-Hauptquartier Europa-Süd in
Neapel

I. 1) Auf ihrem jüngsten Treffen befaßte sich die High Level Group der Nuklearen Planungsgruppe unter Vorsitz von Richard Perle mit folgenden Themen:

- a) Studie über Rolle und Bedarf hinsichtlich der nuklearen Waffen kürzerer und kurzer Reichweite (SRINF/SNF)³,
- b) amerikanisches Projekt eines strategischen Raketenabwehrsystems (BMD)⁴,

²⁹ Im Juli 1983 wandten sich die in Kalifornien lebenden Eltern des kubanischen Dichters Cuadra an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte, sich für eine Ausreisegenehmigung für ihren Sohn einzusetzen. Vortragender Legationsrat Wolf teilte ihnen am 6. September 1983 mit, daß dem kubanischen Außenministerium gegenüber wiederholt die Bitte um Ausreisegenehmigung für Cuadra und seine Frau vorgetragen sowie die Bereitschaft zur Aufnahme in der Bundesrepublik bekräftigt worden sei. Für das Schreiben vgl. Referat 331, Bd. 136297.

Das Ehepaar Cuadra reiste im März 1985 in die Bundesrepublik aus.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 4. Mai 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 7. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache].“

Hat Amtsrat Kusnezow am 9. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre verfügte „[für] Rücksprache] StS bei BM“.

Hat Staatssekretär von Staden erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 20 i. V. bl[itt]e] Umlauf. BM 13.5.: Was steht bei uns? Was ist entbehrlich? Daß es nach Station[ierung] weniger Sprengköpfe geben wird als zuvor, muß wichtiges Element d[er] Diskussion werden. (9.6. 1-Stundeninterview mit Mühl[en] usw.)“.

Hat Ministerialdirigent Schauer am 17. Mai 1983 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich vermerkte: „BM bittet um Aufzeichnung zu den obigen Punkten. Ich bin mir der Schwierigkeiten bewußt, da wir nicht sehr konkret werden können.“

Hat Hofmann am 18. Mai 1983 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12056 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zur Arbeit der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe an der Studie vgl. Dok. 57.

⁴ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 27. April 1983 mit, es sei „bisher nicht gelungen, im Pen-

- c) Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses,
- d) MX.

Hierüber im einzelnen unter II.

2) Nach weiteren Sitzungen am 2./3.6.⁵ und in der letzten Juli-Woche in Brüssel⁶ will die HLG ihre SRINF/SNF-Studie im September (in Washington?), also rechtzeitig vor der nächsten NPG-Ministerkonferenz (27./28.10.83)⁷ abschließen.⁸

II. 1a) Die Studie des Bedarfs an nuklearen Gefechtsfeldwaffen und an Systemen einer Reichweite bis etwa 1000 km – also unterhalb des Bereichs der Mittelstreckenwaffen (LRINF) – ist an ihrem kritischen Stadium – der Festlegung der Kriterien für eine Quantifizierung – angelangt. Es geht dabei um rationale Aussagen darüber, wie viele solcher nuklearen Waffen in Europa erforderlich sind, um in jeder Region und in jedem Sektor

- die Abschreckung aufrechtzuerhalten,
- die Abschreckung bei ihrem Versagen als bald wieder herstellen und
- mit dieser Zielsetzung weitere flexible Eskalationsoptionen unterhalb des euro- und interkontinentalstrategischen Bereichs anbieten zu können.

b) Zur Objektivierung der Obergrenze der rein militärischen Anforderungen hat die US-Delegation eine computergestützte Analyse vorgelegt, welche sich unter

Fortsetzung Fußnote von Seite 651

tagon, in der ACDA oder im State Department eine Unterrichtung über den Stand der amerikanischen Entwicklungen in der Raketenabwehrtechnik zu erhalten. Die Administration war [...] durch Reagans programmatische Rede vom 23.3.83, in der er ein Schwerpunktprogramm für die Erforschung und Entwicklung von Raketenabwehrsystemen ankündigte, ihrerseits überrascht worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1866; VS-Bd. 12041 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Über die Sitzung der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe am 2./3. Juni 1983 berichtete Ministerialdirigent Schauer am 6. Juni 1983, daß die HLG „in das entscheidende Stadium ihrer Arbeit eingetreten“ sei und sich nun mit der „Festlegung des Bedarfs an nuklearen Waffen unterhalb der Mittelstreckenwaffen (LRINF)“ befasse. Der Diskussion hätten eine amerikanische und eine britische, mit Unterstützung von Vertretern aus der Bundesrepublik ausgearbeitete Aufzeichnung zugrunde gelegen. Die amerikanische Aufzeichnung versuche „die Zahl der Ziele zu ermitteln, die unbedingt bedroht (to hold at risk) werden müssen“, enthalte aber keine Aussage zur Zahl der notwendigen Sprengköpfe zu ihrer Bekämpfung. Das britische Papier habe „die auch von uns vertretene These, die Zahl der Nuklearwaffen auf dem niedrigsten mit der Abschreckungsstrategie der Allianz zu vereinbarenden Niveau festzusetzen, sehr ernst genommen. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß eine substantielle Zahl von Nuklearwaffen in Europa abgezogen werden könnte. Auch wir sind der Auffassung, daß es durchaus Möglichkeiten gibt, über 572 Pershing II und GLCM hinaus Reduzierungen vorzunehmen.“ Gegen das britische Papier sei eingewandt worden, „es nehme zu wenig Bezug auf die auch diesen Systemen (SRINF und SNF) obliegende Aufgabe, zum allgemeinen nuklearen Gegenschlag (general nuclear release) beizutragen. Es konzentriere sich zu sehr auf den Auftrag des selektiven Einsatzes (selective use).“ Vgl. VS-Bd. 12057 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Auf der Sitzung der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe am 28./29. Juli 1983 in Brüssel legte die amerikanische Delegation Formulierungsvorschläge für die geplante Studie zum Abschnitt über den Bedarf an nuklearen Waffen unterhalb der weitreichenden Mittelstreckensysteme vor, der aber wegen der „Vernachlässigung politischer Aspekte zugunsten militärischer Erfordernisse gerügt wurde“. Der Vertreter aus der Bundesrepublik forderte „zu größter Anstrengung“ auf, der Ministersitzung der NPG am 27./28. Oktober 1983 in Montebello die gewünschte „klare Aussage über die Aufgabe der nuklearen Waffen zu geben unter Berücksichtigung der Gewährleistung der Abschreckung – im Rahmen des umfassenden Konzepts der nuklearen Abschreckung – mit möglichst niedrigem Waffenbestand“. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek vom 2. August 1983; VS-Bd. 12057 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Montebello vgl. Dok. 321.

⁸ Zum Abschluß der Studie der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe vgl. Dok. 280.

Annahme verschiedener Szenarien ausschließlich an den erfaßten Zielen im WP-Bereich sowie an den vorhandenen Fähigkeiten westlicher Systeme orientiert.

Grundannahme dieser Analyse ist, daß es im Interesse der Abschreckung bzw. Komplizierung östlicher Angriffsplanung gilt, ohne jede Redundanz all diejenigen wesentlichen östlichen Ziele bedrohen zu können („to hold at risk“), die derzeit (zu 50 %) konventionell nicht bekämpft werden könnten.

Es verwundert nicht, daß eine solche Analyse zu recht hohen Anforderungen kommt, zumal jeder westlichen Waffe bei Berücksichtigung der Quotienten für Verwundbarkeit, Verlässlichkeit, Eindringfähigkeit und Zielgenauigkeit nur eine Trefferwahrscheinlichkeit von 73 % zugebilligt werden kann.

Vorläufiges Ergebnis dieser Zwischenanalyse ist es, daß

- die NATO nur in der BR Deutschland ein ausreichendes, z. T. allerdings modernisierungsbedürftiges SRINF/SNF-Potential besitzt;
- die Abhängigkeit von nuklearfähigen Flugzeugen (statt Raketen) bedenklich hoch ist;
- die sowjetische Bedrohung der westlichen Systeme durch Einführung moderner sowjetischer nuklearer Kurzstrecken- und Gefechtsfeldwaffen⁹ ständig ansteigt.

c) In der HLG besteht Einigkeit darüber, daß die Quantifizierung des Bedarfs an Waffen keine ausschließliche Funktion der Abdeckung vorhandener Ziele sein darf; der Kräftebedarf wird vielmehr auch von politischen und strategischen Erwägungen (u. a. Akzeptanz im Lichte der NATO-Strategie; möglichst breite Beteiligung von NATO-Partnern an der Dislozierung; Finanzierbarkeit konventioneller Alternativen) mitzubestimmen sein. Letztlich verhält es sich somit bei der Analyse des Kurzstrecken- und Gefechtsfeldbereichs genau so wie bei Anbahnung des Doppelbeschlusses, als die Entscheidung über 572 Systeme rational zu treffen war. So wenig dies rein wissenschaftlich begründet werden konnte, wird es auch nicht möglich sein, den künftigen Waffenbedarf im unteren Bereich ganz frei von nichtrationalen Erwägungen zu ermitteln.

d) Insbesondere von niederländischer Seite wird weiterhin versucht, das NATO-Potential im Gefechtsfeldbereich, vor allem die nuklearfähige Artillerie, so zu reduzieren, daß es nur noch in der Lage wäre, einige wenige selektive Warnschläge auszuführen. Wenn dies zur Kriegsbeendigung erfolglos sein sollte, müsse die NATO als nächstes bereits Mittelstreckenraketen einsetzen.¹⁰

Dieser extremen Position, welche letztlich auf eine Rückkehr zur unglaublichen Strategie der massiven Vergeltung¹¹ hinauslaufen würde, wurde vor allem von Belgien entgegengehalten, daß

- vom selektiven Ersteinsatz eine Kriegsbeendigung nicht erwartet werden könnte, wenn die NATO zu weiterer Eskalation auch im Kurzstreckenbereich unfähig wäre;
- es auch gilt, das entsprechende nukleare WP-Potential zu neutralisieren und

⁹ Zur Modernisierung der sowjetischen Kurzstreckensysteme vgl. Dok. 44.

¹⁰ Zum niederländischen Wunsch nach Reduzierung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen vgl. Dok. 17.

¹¹ Zur Strategie der „massive retaliation“ vgl. Dok. 26, Anm. 4.

- einen konventionellen Angriff auf die NATO konventionell leichter bekämpfbar zu machen (Auseinanderziehen der östlichen Kampfformationen mit Rücksicht auf das westliche nukleare Potential).

e) Der Gruppe ist durchaus bewußt, daß die Crux des Problems darin liegt, daß das vorhandene nukleare Potential der NATO in Europa z.T. falsch disloziert und falsch zusammengesetzt ist:

- Vom wohl wichtigsten Potential – verkoppelnde Mittelstreckenwaffen mit Reichweite in die SU – besitzt die NATO praktisch (noch) nichts;
- vom zweitwichtigsten Potential – Kurzstreckenwaffen zur Bekämpfung der zweiten Welle im WP-Bereich – reduziert die NATO noch das relativ wenige, das sie besitzt (Ersetzung der amerikanischen PI durch PII; weniger Tornado als F-104).
- Das drittwichtigste Potential – die Gefechtsfeldwaffen meist zum Einsatz auf eigenem Territorium – ist veraltet (u.a. als Folge der Nichteinführung der Neutronenwaffe¹²) und ist auf den Mittelabschnitt und Italien konzentriert. (In der Tat droht in Griechenland und in der Türkei eine weitgehende De-facto-Denuklearisierung, wenn die Nike, Honest John und die F-104 ausgemustert werden müssen.)

2a) BMD: Perle entschuldigte formell, daß Weinberger die NPG am 23.3.1983¹³ nicht über diesen Aspekt der Reagan-Rede¹⁴ unterrichtet hatte. Dessen BMD-Initiative spielte Perle einerseits als Zukunftsmusik herunter; andererseits begründete er sie (anders als Reagan) vor allem mit der Notwendigkeit, mit den Sowjets gleichzuziehen. Während nämlich die „Mentalität des ABM-Vertrags“¹⁵ in den USA zur Vernachlässigung der BMD-Technologie geführt habe, hätten die Sowjets ihre Forschung auf diesem Bereich um so intensiver fortgetrieben.

b) Die europäischen Partner äußerten sich ausnahmslos skeptisch:

- NL: Wenn es richtig sei, daß unsere Sicherheit durch nukleare Abschreckung gewährleistet ist, müsse die Kriegsgefahr steigen, wenn die nukleare Abschreckung demontiert wird.
- B:
 - Da ein völlig verlässliches BMD-System nicht zu erwarten sei, habe Reagan wohl lediglich einen BMD-Rüstungswettlauf ausgelöst.
 - Wer moralisch gegen Offensivwaffen sei, diffamiere damit auch die MX- und die INF-Modernisierung.
- D (GM Tandecki):
 - Die moralische Verurteilung von „Offensivwaffen“ stelle die NATO-Strategie in Frage;

¹² Zum Verzicht des Präsidenten Carter auf eine Produktion der Neutronenwaffe im Frühjahr 1978 vgl. Dok. 57, Anm. 5.

¹³ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 22./23. März 1983 in Vilamoura vgl. Dok. 77.

¹⁴ Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. Dok. 81.

¹⁵ Am 26. Mai 1972 unterzeichneten Präsident Nixon und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag). Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 13–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

- Wenn die interkontinentalen Waffen neutralisierbar seien, verbessere sich die Führbarkeit eines taktisch nuklear geführten Kriegs gegen NATO-Europa.¹⁶ (Perle suchte dies mit der Bemerkung auszuräumen, das von Reagan Anvisierte werde möglicherweise scheitern; auch sei es wahrscheinlicher, daß bodengestützte Abfangraketen für den Kurzstreckenbereich, als daß weltraumstationierte Abfangmöglichkeiten gegen ICBM entwickelt würden.)

3 a) INF-Modernisierung

Die US-Delegation bestätigte, daß die Testprogramme für PII und GLCM so zufriedenstellend verlaufen seien, daß die Produktionsreife jetzt gegeben sei.¹⁷ Der Zeitplan der Stationierung¹⁸ werde eingehalten.

b) INF-Verhandlungen

- Ges. Glitman stellte heraus, daß es den Sowjets in Genf bisher offenbar darum gehe, den westlichen Unterhändlern jeden Anlaß dafür zu nehmen, die Verhandlungschancen nach außen optimistisch darstellen zu können.
- Charakteristisch sei ferner die absolute Vernachlässigung der europäischen Interessen; es gehe ihnen ausschließlich um das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. So hätten sie in einem kürzlichen Streitkräftevergleich im Mittelstreckenbereich die SS-20 provokativ nicht mehr aufgeführt, da sie die USA nicht bedrohe.
- Als Haupthindernis eines Interimsabkommens¹⁹ sieht Glitman das ernsthafte sowjetische Zögern, die Stationierung amerikanischer INF in Europa implizite zu sanktionieren.
- Ein „Tour de table“ beim Lunch der Delegationsleiter ergab, daß keiner einen Vorteil in der Bezifferung des Ceilings in einem Interimsabkommen sehen konnte, wohl aber den Nachteil, daß ein beziffernder Vorschlag im Westen der Kritik („zu hoch!“, „zu niedrig!“, „Widerspruch zum Rationale des Doppelbeschlusses!“) ausgesetzt wäre.
- Mir gegenüber prognostizierte Glitman, daß die SU die INF-Verhandlungen bei INF-Dislozierungsbeginn vorübergehend unterbrechen und zur Gesichtswahrung eine (ohnedies beschlossene) „Gegenrüstung“ bekanntgeben werde. Dabei werde Moskau Kuba kaum ins Spiel bringen, um nicht (mit allen psychologischen Nachteilen) den nuklearfreien Status von Südamerika²⁰ zu verändern. Vielmehr deute manches darauf hin, daß die SU die SS-20 gegen Alaska richten und ohne Rücksicht auf SALT II eine neue ICBM aufstellen werde.

4) MX: In Kreisen der amerikanischen Delegation wurde ein hohes Maß an Frustration darüber sichtbar, daß Reagan jetzt versuche, die MX „auf Biegen oder

¹⁶ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

¹⁷ Zu den amerikanischen Testprogrammen vgl. Dok. 48, Anm. 15.

¹⁸ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹⁹ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

²⁰ Am 14. Februar 1967 unterzeichneten vierzehn lateinamerikanischen Staaten einen Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco). Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 634, S. 281–423. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 152–165.

Brechen“ zu bekommen, also ohne Rücksicht darauf, daß sie im Widerspruch zum ursprünglichen Rationale verwundbar disloziert werde.²¹ Es wurde auch eingeräumt, daß das Projekt von etwa 1000 kleinen mobilen ICBM mit nur einem Sprengkopf jedenfalls in dieser Größenordnung (schon wegen des Protestes in der Bevölkerung) keine Chance auf Realisierung habe.

Wilfried Hofmann

VS-Bd. 12056 (201)

126

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González

VS-vertraulich

3. Mai 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten des Königreichs Spanien, Felipe González Márquez, am 3. Mai 1983, 11.00 bis 12.45 Uhr im Bundeskanzleramt²

Teilnehmer: Juan Antonio Yáñez Barnuevo, Leiter der Auswärtigen Abteilung im Amt des Ministerpräsidenten; Ministerialdirektor Teltschik; Frau Lehnhardt, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* hieß Ministerpräsident González herzlich willkommen. Er freue sich, daß er die Gelegenheit habe, so bald nach dem Regierungsantritt³ zu einem ersten Gespräch zusammentreffen zu können. Er verband dies mit der Hoffnung, daß González einen angenehmen Aufenthalt in der Bundesrepublik haben werde.

González erwiderte den Dank. Das Gespräch finde zu einem günstigen Zeitpunkt statt und sei psychologisch für das spanische Volk sehr wichtig. Er habe die

²¹ Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 96, Anm. 9.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 6. Mai 1983 zum amerikanischen MX-Programm: „Simulationstests weitgehend abgeschlossen. Die MX ist auch nach Vorlage des Berichts der MX-Kommission weiterhin umstritten. Trotzdem wird erwartet, daß Kongreß letztlich Gesamtorschlag der Kommission, einschließlich MX, akzeptieren wird. Geplant: Stationierung von 100 Raketen mit insgesamt 1000 Sprengköpfen in bestehenden Minuteman-III-Silos. Initial Operation Capability (IOC) 1986.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2038; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 10. Mai 1983 gefertigt und „zur Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.

Hat Ploetz am 19. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister als Eing[angl]. Dol[ppe]l vorab B[üro] StS, D 2, D 4.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Ministerpräsident González hielt sich vom 3. bis 5. Mai 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 und zur Vereidigung der neuen Regierung unter Bundeskanzler Kohl am 29./30. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

Bundesrepublik in guter Erinnerung. Er sei oft in Deutschland gewesen, auch in für ihn schwierigen Zeiten. Er habe dabei immer festgestellt, daß die Ansichten und gegenseitige Einschätzung beider Völker gleich hoch seien.

Der *Bundeskanzler* schlug vor, drei Themen in den Mittelpunkt des gemeinsamen Gesprächs zu stellen:

- 1) Die internationale Entwicklung unter Einschluß des Ost-West-Konfliktes, die Abrüstungsverhandlungen in Genf und Fragen des Nord-Süd-Konfliktes.
- 2) Die europäische Entwicklung und die Einbeziehung Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft⁴.
- 3) Die bilateralen Beziehungen.

González stimmte diesem Vorschlag zu. Er wies darauf hin, daß der *Bundeskanzler* und er einen gemeinsamen Fehler hätten, nämlich die Probleme direkt und offen anzusprechen und keine diplomatischen Umwege einzuschlagen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß dies kein Fehler sei, gerade auch dann nicht, wenn man gute Beziehungen begründen will. Er wolle einleitend unterstreichen, daß im deutschen Volk die Freundschaft zu Spanien tief verwurzelt sei. Diese Freundschaft sei nicht immer sehr differenziert und reflektiert, aber sie sei inzwischen sehr selbstverständlich geworden und deshalb sehr bedeutsam. In der Geschichte haben sich die Kulturen beider Völker in starkem Maße gegenseitig beeinflußt und große Wirkungen gehabt. Die spanische Kultur im Bereich der Kunst, der Malerei sei tief in die Gefühlswelt der Deutschen verankert. Er stelle diese Feststellungen an die Spitze seines Gesprächs, weil immer häufiger Politiker sich nur noch als Technokraten verstünden. Sicherlich sei die Technik lebenswichtig, aber der Mensch lebe nicht vom Brot allein. Dies gelte vor allem für die junge Generation. In den letzten Jahren habe man zu häufig den Fehler gemacht, über diese geistigen und kulturellen Bezüge nicht zu sprechen.

Beide Völker verbinde auch eine gemeinsame Geschichte, vor allem in diesem Jahrhundert. Die Deutschen hätten die Erfahrung mit der Nazidiktatur machen müssen, die Spanier haben das Franco-Regime erlebt. Aufgrund dieser Erfahrungen haben sich gegenseitige Bindungen entwickelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Deutschen ihre Bundesrepublik begründet. Das spanische Volk mußte die Diktatur viel länger ertragen. Was das bedeute, sei uns Deutschen sehr bewußt. Er verweise nur auf die ständige Frage an die älteren Bürger, was sie in der damaligen Zeit getan hätten.

Beide seien von der Zeit der Diktatur geprägt. Er sei bei Kriegsende 15 Jahre alt gewesen. Seine Eltern waren Gegner der Nazis. *González* habe eine andere politische Heimat als er gewählt. Er habe es aber immer als unangenehm empfunden, wenn die parteipolitische Herkunft als letzte Größe erklärt wurde. Er habe deshalb immer freundschaftliche Beziehungen zu deutschen Sozialdemokraten gepflegt. Sicherlich gebe es bei der CDU Mitglieder, die er lieber bei der SPD sähe. Es gebe aber auch in der SPD Mitglieder, die er andererseits lieber in der CDU begrüßen würde. Dies sei sicherlich in Spanien nicht anders. Er biete deshalb an, nicht nur auf Regierungsebene gute Beziehungen zu pflegen, sondern auch auf persönlicher Basis.

⁴ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 78, Anm. 12.

MP *González* stimmte dem Vorschlag des Bundeskanzlers voll zu. Es sei auch seine Erfahrung, daß politische Beziehungen am Ende immer bei den Personen selbst enden. Im Vordergrund stünden die Menschen und weniger die Aktivitäten. Persönliche Beziehungen seien wichtiger als politische Differenzen, denen man manchmal zu große Bedeutung beimesse.

Er könne nur noch einmal mehr unterstreichen, daß die Bundesrepublik Deutschland für die Spanier das Land sei, das am meisten geliebt und geachtet werde. Dabei sei besonders überraschend, daß die Bundesrepublik in der Sympathie sogar Italien übertreffe, das den Spaniern eigentlich näherstehen müßte. Im Verlauf der historischen Beziehungen war der Einfluß Deutschlands auf Spanien groß. Spanien habe jedoch auch eine Periode der Isolierung erlebt, die man verstehen müsse. Manchmal gebe es sehr theoretische Analysen über Neutralitätsbestrebungen Spaniens. Er versichere jedoch, daß Spanien weder Neutralismus noch Blockfreiheit anstrebe. Eine Diskussion darüber würde sofort den Wahlkampf in Spanien wieder aufleben lassen. Trotz der langjährigen Isolierung begreife Spanien heute, wie wichtig die internationalen Entwicklungen für das Land seien. Diese Entwicklung sei ein erstaunliches politisches Phänomen, aber ein erklärbares. Man dürfe nicht vergessen, daß zwei Millionen Spanier in Europa arbeiten. Die Spanier wüßten, daß die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft ihr Leben verändern wird. Dieser Wille zur Integration sei eine Art von Identifikation mit Europa, die einen Rückfall in frühere Gefahren verhindern solle.

So habe die langjährige Isolierung den Wunsch nach wirtschaftlicher und sozialer Integration gefördert. Gleichzeitig gebe es jedoch ein anderes wichtiges politisches Problem, nämlich die Haltung der Spanier zu Fragen der Verteidigung. Man müsse berücksichtigen, daß das Vorgängersystem eine Militärdiktatur war und die Haltung der Spanier zum Militär entscheidend beeinflußt habe. Die historische Situation Spaniens sei dadurch gekennzeichnet, daß die Spanier im Augenblick das Erlebnis der eigenen Identität erfahren. Für diese Situation sei kennzeichnend, daß Spanien auf die amerikanische Präsenz eine andere Antwort gegeben hätte als andere europäische Staaten.⁵ Im Vergleich zu anderen Ländern, wie z.B. Niederlande und Belgien, habe es in Spanien keine Demonstrationen gegen die Amerikaner gegeben, dennoch werde die Integration in die NATO von einer großen Mehrheit abgelehnt.⁶ Diese Ablehnung sei der Ausdruck eines Reifeprozesses. 70 % der Bevölkerung sage, daß die Frage der Integration in die NATO eine Entscheidung des Volkes sein müsse. 70 % sagen aber ebenfalls, daß sie vor einer solchen Entscheidung mehr Informationen erhalten wollen. Die spanische Regierung stehe deshalb vor einem delikaten Problem. Vom politischen Standpunkt aus sei man einem Irrtum unterlegen. Man habe die Integration in die NATO zu früh beschleunigt. Dagegen wäre es ein logischer Prozeß gewesen, wenn man die Frage der Integration in die NATO in den Gesamtzusammenhang mit der spanischen Annäherung an Europa gestellt hätte. Das Problem liege schlicht darin, daß man den Spaniern

⁵ Am 2. Juli 1982 schlossen Spanien und die USA einen Vertrag über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit und unterzeichneten am 24. Februar 1983 ein Zusatzprotokoll. Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 116.

⁶ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 46, Anm. 18.

sage, sie müßten mit dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft noch warten, biete aber zur gleichen Zeit die Mitgliedschaft in der Militärorganisation an. Wenn man es in einfachen Worten ausdrücken wolle, heiße das, daß die Spanier für die Mitgliedschaft in der NATO gut genug seien, nicht jedoch für den Beitritt in die Europäische Gemeinschaft.⁷ Er wolle ganz ehrlich sagen, die spanischen Sozialisten hätten die Wahlen⁸ nicht deshalb gewonnen, weil sie eine völlig andere Haltung zur Mitgliedschaft in der NATO eingenommen haben als die anderen Parteien.

Um 11.45 Uhr wurde der Gesprächskreis erweitert. Hinzu traten: Fernando Morán López, Außenminister, Botschafter Eduardo Foncillas Casaus, Manuel Marín, Staatssekretär im Außenministerium für die Beziehungen mit der EG, Außenminister Genscher, Staatssekretär Lautenschlager, Botschafter Brunner.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für das sehr offene Wort. Er wolle darauf auch eine offene Antwort geben. Für ihn sei Europa ohne Spanien und Portugal ein Torso. Europa sei ohnedies aufgrund der geschichtlichen Situation ein Torso, denn Polen gehöre auch zu Europa. Es sei die Pflicht der heutigen Generation, in Europa möglichst viel zu gestalten. Er werde deshalb in seiner morgigen Regierungserklärung deutlich unterstreichen, daß die Bundesregierung alles tun werde, Spanien in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen.⁹

Er verstehe die geschichtlichen Erfahrungen Spaniens, insbesondere im Zusammenhang mit der jahrelangen Isolierung. Diese Erfahrungen könnten jedoch nicht über Nacht verändert werden. Er habe auch durchaus die Zwischentöne von Ministerpräsident González zur Kenntnis genommen und verstehe ihn, wenn er sage, daß viele in Spanien das Gefühl hätten, sie seien für die NATO

⁷ Botschafter Brunner, Madrid, informierte am 29. April 1983 über ein Gespräch mit Ministerpräsident González, der ausgeführt habe, im kommenden Jahr entscheide sich „die geradezu historische Frage, ob Europa durch den Beitritt der iberischen Länder abgerundet und stabilisiert werde, oder ob eine Destabilisierung eintrete, die die europäische Sicherheit beeinträchtige. [...] Der Beitritt entscheide über Spaniens Öffnung zum Westen, seine Modernisierung und somit über das gesellschaftliche Modell, nach dem es sich orientieren werde. Zugleich sei die EG-Mitgliedschaft Spaniens ausschlaggebend für dessen Verhältnis zur NATO. Man könne von Spanien nicht erwarten, Soldaten für die europäische Verteidigung zu stellen, wenn es nicht seinen Platz in Europa finde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 472; VS-Bd. 12927 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Über das Ergebnis der Wahlen zum spanischen Parlament vom 28. Oktober 1982 teilte Botschafter Brunner, Madrid, am 29. Oktober 1982 mit: „Die spanischen Sozialisten (PSOE) haben [...] bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung (79,5 Proz[ent]) die absolute Mehrheit der 350 Sitze im neuen Parlament errungen.“ Nach dem vorläufigen Endergebnis seien auf die PSOE 46 % und damit 201 Sitze entfallen. Die Kommunistische Partei habe nur 3,8 % und damit fünf Sitze gewonnen: „Daß die Kommunisten nicht einmal mehr Fraktionsstatus erhalten werden, ist ebenfalls die Folge interner Desintegration und des verlöschenden Charismas ihres Parteiführers Carrillo.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 844; Referat 203, Bd. 124904.

⁹ Ministerialdirektor Fischer wies am 26. April 1983 darauf hin, daß Ministerpräsident González bei der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Mai 1983 im Bundestag anwesend sein werde, und bat Bundesminister Genscher, „sich bei der Abstimmung der Regierungserklärung im Kabinett für eine Verstärkung der Süderweiterungspassage“ einzusetzen. Der Generalsekretär für europäische Angelegenheiten im spanischen Außenministerium, Westendorp, sei in der Vorwoche eigens nach Bonn entsandt worden, „um dem Wunsch Nachdruck zu verleihen, daß die Gegenwart des MP genutzt wird, um für die immer mehr entmutigte spanische Öffentlichkeit eine deutliche Stellungnahme des Bundeskanzlers abzugeben“. Vgl. Referat 410, Bd. 130428. Kohl sprach sich am 4. Mai 1983 im Bundestag für einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals aus: „Ihr Beitritt zu Europa stärkt die Stabilität Europas.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 69.

gut genug, für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft müßten sie jedoch noch lernen. Dies sei jedoch nicht seine Position.

Er bitte aber darum, auch die deutsche Position zu verstehen. Er trete für freundschaftliche Beziehungen ein und wolle keine Bedingungen stellen. Für ihn bleibe es auch ein Prinzip seiner Politik, nicht übereinander, sondern miteinander zu reden, aber offen miteinander zu reden. Wenn Spanien in die Europäische Gemeinschaft eintrete, ohne einen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten zu wollen, bleibe auch diese Entscheidung ein politischer Torso.

Der Bundeskanzler verwies auf die Erfahrungen mit Japan. In den Genfer Abrüstungsverhandlungen verlange der Westen von der Sowjetunion den Abbau der SS-20. Gemeinsam mit den USA lehne die Bundesrepublik die Verlegung der SS-20 nach Sibirien ab und unterstütze damit das Anliegen Japans. Der Westen vertrete damit eindeutig japanisches Interesse. Er fühle sich deshalb berechtigt, an Japan auch Fragen zu stellen. Im Vergleich zu Japan habe die Bundesrepublik Deutschland nicht nur große wirtschaftliche Probleme und müsse im Etat 1984 rd. 7 Mrd. DM an Einsparungen erbringen¹⁰, sondern müsse darüber hinaus hohe Verteidigungslasten tragen. Es sei deshalb nicht sehr gerecht, daß Japan praktisch von solchen Lasten befreit sei. Der Anteil des deutschen Verteidigungsbeitrages am Bruttosozialprodukt betrage 4%, bei den Japanern 0,9%¹¹. Es sei offensichtlich, daß dies der japanischen Wirtschaftskraft zugute käme.

Er wolle damit nicht sagen, daß Spanien ähnlich denke, er wolle damit nur verdeutlichen, was er meine.

Sein Wunsch sei es, daß Spanien als Vollmitglied in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werde, aber es sei ebenso sein Wunsch, daß Spanien seine Zukunft auch in der NATO sehe. Das sage er hier in diesem vertraulichen Rahmen und nicht öffentlich.

Er verstehe durchaus die Probleme der spanischen Regierung. Die Ausgangslage der Bundesrepublik, die zum Beitritt in die Europäische Gemeinschaft geführt habe, sei eine andere gewesen. Es sei die Chance für die Bundesrepublik gewesen, ihre Souveränität wiederzugewinnen.

MP *González* wies darauf hin, daß die spanische Ausgangslage in einigen Aspekten geradezu konträr zur deutschen sei. Die spanisch-nordamerikanischen Beziehungen entwickeln sich in eine andere Richtung. Was die geschichtliche Entwicklung in bezug auf den Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO betreffe, habe Spanien im Prinzip zwei Schritte unternommen:

1) Das bilaterale Abkommen mit den USA sei erneuert worden. Dies sei eine sehr wichtige Entscheidung gewesen. Sie sei im Bewußtsein der Verpflichtung Spaniens getroffen worden, einen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit in

¹⁰ Am 18. Mai 1983 faßte das Kabinett Grundsatzbeschlüsse zum Bundeshaushalt 1984. Bei vorgesehenen Ausgabensteigerungen für 1984 von 2% und die Folgejahre bis 1987 von jährlich 3% sollte die Neuverschuldung sinken, was mit Ausgabenkürzungen von 6 bis 7 Mrd. DM bereits 1984 erreicht werden sollte. Vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers Stoltenberg; BULLETIN 1983, S. 465–476.

¹¹ Zur Begrenzung der japanischen Verteidigungsausgaben vgl. Dok. 71, Anm. 19.

Europa zu leisten. Und Spanien sei in der NATO verblieben. Diese Entscheidungen seien auch vor dem Hintergrund des Respektes vor der Bundesrepublik Deutschland zu sehen, die ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur kollektiven Verteidigung Europas leiste.

2) Die Spanier blieben sich bewußt, daß sie auch selbst Leistungen erbringen müßten und nicht nur Vorteile haben könnten. Was für die Zukunft getan werden könnte, sei, das Gespräch so herzlich und offen wie möglich zu führen.

Nach dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft könnten auch die Schritte für die Integration in die NATO erfolgen. Dabei seien schwierige Probleme zu überwinden. Immerhin gebe es in der NATO ein Mitgliedsland, das eine Kolonie auf spanischem Boden besitze. Dies sei nur sehr schwer zu verstehen.¹²

Die spanische Regierung sei auch in Zukunft von der öffentlichen Meinung abhängig. Die spanischen Bürger müßten deshalb von den Vor- und Nachteilen des Beitritts in die NATO überzeugt werden. Die Kosten für die Verteidigung und Modernisierung der spanischen Armee betragen bereits heute 2,4% des Bruttosozialproduktes. Eine Steigerung dieser Kosten würde die Möglichkeiten Spaniens überfordern.

Im Vergleich zu Japan befinde sich Spanien natürlich in einer anderen geostrategischen Lage, und er verkenne deshalb nicht, daß Spanien deshalb einen angemessenen Beitrag zur europäischen Verteidigung leisten müsse. Zusammenfassend wolle er feststellen: Würde man heute die Spanier über ihre Meinung zur NATO befragen, würden 50% der Wähler von Fraga den Beitritt ablehnen und 70% der Gesamtbevölkerung. Dies bedeute, daß man mit dem Referendum noch warten müsse.

MP González berichtete, daß auch er einen Brief von Präsident Reagan zu Fragen der Ost-West-Beziehungen, der Genfer Abrüstungsverhandlungen und der Madrider KSZE-Folgekonferenz erhalten habe. Seine Antwort entspreche der Position des Bundeskanzlers. Auch er trete für Fortschritte in Genf ein. Sein Interesse sei es, daß die Spannungen zwischen Ost und West nicht weiter zunehmen würden. Deshalb müsse die Stagnation bei den Verhandlungen in Madrid im Rahmen der Folgekonferenz der KSZE überwunden werden.

¹² Die Botschaft in Madrid erläuterte am 11. April 1983 die Schwierigkeiten der in der Lissabonner Erklärung vom 10. April 1980 beschlossenen britisch-spanischen Verhandlungen über Gibraltar: „Da Großbritannien einen spanischen EG-Beitritt vor Öffnung der Landesgrenzen für undenkbar erklärte, wurde die Gibraltarfrage zu einem gordischen Knoten spanischer Außenpolitik.“ Vgl. Referat 206, Bd. 151002.

Der spanische Außenminister übermittelte Bundesminister Genscher am 25. April 1983 „einige freimütige, gleichwohl aber vertrauliche Überlegungen zur Gibraltar-Frage“. Morán erinnerte daran, daß die Vereinten Nationen in mehreren Entschlüssen darauf hingewiesen hätten, „daß die Entkolonialisierung unter Beachtung des Grundsatzes der territorialen Integrität Spaniens durchzuführen“ und „daß die Souveränität über Gibraltar Spanien in spanisch-britischen Verhandlungen zurückzugeben sei, bei denen die Interessen der Bevölkerung gebührend gewahrt sein müßten“. Die grundsätzliche britisch-spanische Übereinkunft von 1980 werde von der britischen Seite einseitig ausgelegt: „Spanien hat alle Maßnahmen aufzuheben, ohne daß es für die britische Seite irgendeine Verpflichtung geben soll; Großbritannien weigert sich, die gibraltarische Gesetzgebung zu ändern; ferner akzeptiert Großbritannien, daß Spanien die Frage der Souveränität aufwirft, weicht aber Zusicherungen aus, tatsächlich darüber zu verhandeln. Sollte sich die Lage nicht ändern oder klären, könnte dies sogar Auswirkungen im europäischen Bereich haben.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178778.

Der Doppelbeschluß der NATO sei für ihn unverzichtbar und müsse durchgesetzt werden. Seine Implementierung setze aber ein gutes Verhandlungsklima in Genf voraus.

Der *Bundeskanzler* begrüßte diese Position. In der Frage des Doppelbeschlusses stelle die Bundesrepublik gewissermaßen einen Eckstein dar, nicht weil er Primus in Europa sein wolle, dies sei er weder in der Schule gewesen, noch wolle er diese Rolle in der Politik spielen. Tatsache sei jedoch, daß die Bundesrepublik mitten in Europa liege und deshalb verwundbarer als andere europäische Staaten sei. Er verweise in diesem Zusammenhang nur auf Berlin.

Für die Bundesregierung bleibe es deshalb wichtig, daß ihre Positionen klar seien: Die Atlantische Allianz und die Europäische Gemeinschaft bilden das Fundament deutscher Außenpolitik. Diese Aussage sei keine Selbstverständlichkeit. In den 50er Jahren gab es in der Bundesrepublik heftige Diskussionen über diese außenpolitischen Entscheidungen. Eine ähnliche Lage könnte sich in diesem Jahr ergeben. Die Diskussion könnte sich am Ende auf die Frage konzentrieren, was sei wichtiger, die Freiheit oder die Einheit unter einem neutralistischen Vorzeichen und unter sowjetischer Hegemonie. Er wäre nicht verwundert, wenn sich diese Diskussion von 1955 anlässlich der damaligen Molotow-Vorschläge¹³ wiederholen würde. Die Sowjetunion sei immer sehr erfindungsreich gewesen.

Er sei sich als Bundeskanzler jedoch sicher, daß die riesige Mehrheit der Deutschen eine andere Meinung vertrete. Sie treten für die Freiheit ein und sind bereit, Opfer auf sich zu nehmen, um die Freiheit zu sichern. Davon verstünden die Deutschen etwas. Fast alle deutschen Familien seien von den Weltkriegen betroffen worden. Sie haben aus der Geschichte gelernt, daß Gewalt kein Mittel der Politik sein könne. Sie seien aber ebenso der Meinung, daß man andererseits vor Gewalt nicht weichen dürfe. Zur deutschen Geschichte gehörten auch die Erfahrungen von 1938 bei der Münchener Konferenz.¹⁴

¹³ Mit Note vom 9. Dezember 1954 an die Drei Mächte erklärte die sowjetische Regierung, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 weitere Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands gegenstandslos machen würde. Ähnlich erklärte der sowjetische Außenminister Molotow am 8. Februar 1955 vor dem Obersten Sowjet, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge „auf lange Zeit hinaus [...] die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unmöglich machen“, ein Verzicht darauf aber Möglichkeiten für gesamtdeutsche freie Wahlen noch 1955 eröffnen würde. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7219 f. Vgl. ferner MOLOTOW, Lage, S. 25.

Diese sowjetischen Ankündigungen wurden von der SPD aufgegriffen, die bei der ersten Lesung der Pariser Verträge im Bundestag am 15./16. Dezember 1954 beantragte, die Beschlußfassung auszusetzen und sofort Vier-Mächte-Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu führen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 22, S. 3114–3164 und S. 3177–3258. Vgl. dazu ferner das bei einer Kundgebung in der Paulskirche in Frankfurt am 29. Januar 1955 angenommene „Deutsche Manifest“; EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7350.

Vor dem Hintergrund des Abschlusses der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag am 15. April 1955 veröffentlichte der SPD-Vorstand am 9. Mai 1955 ein „Programm der SPD zu den Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung“, in dem dafür plädiert wurde, daß ein wiedervereinigtes Deutschland Teil eines europäischen Sicherheitssystems sein, aber klarstellen sollte, daß es „nicht die Absicht hat, Mitglied des einen oder des anderen Militärblocks zu werden. Das aber wäre weder Neutralismus noch Neutralität, denn es würde sich durch Aufstellung eigener Truppen verpflichten, an der Garantierung und Verteidigung der Sicherheit [...] voll mitzuwirken.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7934.

¹⁴ Am 29. September 1938 schlossen Premierminister Chamberlain, Ministerpräsident Daladier, Reichskanzler Hitler und Regierungschef Mussolini in München ein Abkommen über die Modalitäten der

Die Bundesregierung verfolge mit aller Entschiedenheit eine Politik der Abrüstung und Entspannung. Er sage dies praktisch jeden Tag der Sowjetunion wie den Vereinigten Staaten. Genauso deutlich sage er aber auch, daß der Doppelbeschluß korrekt erfüllt werden müsse; d.h.: Die Verhandlungen in Genf müssen seriös geführt werden. Es muß alles Menschenmögliche getan werden, damit ein Erfolg möglich wird. Er habe aber keinen Zweifel, daß dies so sei. Die Unterrichtung durch die amerikanische Regierung sei sehr gut. Es könne also keinen Zweifel daran geben, daß die Bundesregierung ein positives Ergebnis der Verhandlungen wolle. Er sage aber ebenso unmißverständlich: Wenn das Ergebnis am Ende des Jahres nicht den Erwartungen des Bündnisses entspreche, wird die Bundesregierung mit der Stationierung beginnen. Sicherlich wird es dabei große Probleme geben.

Es sei unverkennbar, wie virtuos die Sowjetunion Zuckerbrot und Peitsche handhabte. Mit Berlin und im Rahmen der innerdeutschen Beziehungen verfüge die Sowjetunion über viele Möglichkeiten, die Bundesregierung unter Druck zu setzen. Die Bundesregierung werde aber einem solchen Druck nicht weichen.

Der Bundeskanzler unterstrich seine Zuversicht, daß am Ende doch ein Zwischenergebnis möglich sein könne. Die Null-Lösung bleibe das Wunschziel. Es gebe kein besseres Ziel als die Verhinderung sämtlicher sowjetischer wie amerikanischer Mittelstreckenraketen. Diese Politik würde auch von der Bevölkerung verstanden werden. Jetzt gelte es aber zu allererst, die Chance für eine Zwischenlösung zu nutzen. Dennoch schließe er nicht aus, daß die Sowjetunion sich erst bewegen werde, wenn die erste Pershing II stationiert werde. Die Verhandlungen müssen dann fortgesetzt werden.

Der Bundeskanzler verwies auf die Bedeutung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Er habe gegenüber dem amerikanischen Präsidenten seinen Wunsch geäußert, die Folgekonferenz zu einem Abschluß zu bringen.¹⁵ Er teile zwar mit großer Sympathie die Haltung der Vereinigten Staaten, weitere Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte durchzusetzen. Er selbst und Ministerpräsident González hätten beide ihre eigenen Lebenserfahrungen hinter sich. Auf dem Felde der Menschenrechte könnten sie sich geradezu als Spezialisten bezeichnen. Er verweise nur auf seinen Kollegen Genscher, der aus Halle komme. Seine eigene Frau stamme aus Leipzig.

Das Thema der Menschenrechte schließe Namen wie Sacharow¹⁶ und andere berühmte Persönlichkeiten ein. Man dürfe dabei aber nicht die Hunderttau-

Fortsetzung Fußnote von Seite 662

Abtretung der sudetendeutschen Gebiete durch die Tschechoslowakei an Deutschland. Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

¹⁵ Bundeskanzler Kohl führte am 14./15. April 1983 Gespräche mit Präsident Reagan in Washington. Vgl. dazu Dok. 102.

Mit Schreiben vom 22. April 1983 an Reagan bekräftigte Kohl die Bedeutung eines baldigen Abschlusses der KSZE-Folgekonferenz in Madrid „mit einem substantiellen und ausgewogenen Schlußdokument und mit einem Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa“. Vgl. Referat 212, Bd. 133490.

¹⁶ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 10, Anm. 21.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, gab am 20. April 1983 eine Mitteilung „aus dem Bekanntenkreis von Professor Sacharow“ weiter, daß Sacharow und seine Ehefrau bereit zur Ausreise aus der UdSSR seien. Eine Einladung aus Norwegen liege vor, und „Sacharow selber würde gerne nach Norwegen ausreisen, beurteile aber angesichts politischer Lage auch diesen Wunsch als wenig erfolgversprechend. [...] Familie Sacharow äußerte Überzeugung, daß es günstig wäre, wenn auch eine

sende vergessen, Deutsche in Sibirien, die in die Bundesrepublik kommen wollen, oder die Juden, die nach Israel ausreisen wollen. Die Folgekonferenz in Madrid enthalte jetzt die Chance, ein Expertentreffen über Menschenrechte einzurichten.¹⁷ Für uns bleibe darüber hinaus aber die Konferenz für Abrüstung in Europa besonders wichtig.

Man müsse dabei den Kalender beachten. Der Abschluß der Folgekonferenz in Madrid in diesem Monat würde bedeuten, daß die Konferenz für Abrüstung in Europa in Stockholm zu einem Zeitpunkt eröffnet werden könnte, an dem mit der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa begonnen werden müßte.¹⁸

Dies wäre ein wichtiges Signal für die Öffentlichkeit, daß die Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle zwischen Ost und West weitergeführt werden. Lehne die Sowjetunion ihre Teilnahme ab, müsse sie dafür die Verantwortung tragen. Der Bundeskanzler bat Ministerpräsident González um Verständnis, daß bei diesen Überlegungen die besondere Lage der Bundesrepublik berücksichtigt werden müsse.

Ministerpräsident *González* erklärte, daß er mit dem Bundeskanzler völlig übereinstimme. Als Deutscher würde er auch nicht anders handeln. Im übrigen könne er den Bundeskanzler beruhigen. Er befände sich in derselben Situation wie der Bundeskanzler, auch er sei nicht Klassenerster gewesen.

Er wisse, daß die Bundesrepublik besondere Bemühungen für ihre Verteidigung und für die Politik der Entspannung unternehme. Er schätze diese Bemühungen sehr hoch ein. In Genf stehe man vor einem historischen Phänomen, weil man auf der einen Seite verhandele, parallel dazu aber bereit und entschlossen sei, zu stationieren, wenn die Verhandlungen nicht erfolgreich sind.

Fortsetzung Fußnote von Seite 663

Einladung von deutscher Seite, möglichst hochrangig und substantiell, erfolgen könnte. Sacharow denke speziell an Einladung eines hohen Regierungsvertreters. Aus hiesiger Sicht wäre an Einladung von renommierter Forschungseinrichtung wie Präsident Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder ähnlicher Institutionen zu denken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1651; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 5. Mai 1983 teilte Meyer-Landrut mit, daß die österreichische Botschaft „die in internationalen Nachrichtenmedien gemeldete Einladung der Universität Wien an Sacharow“ bestätigt habe: „Ausreiseangelegenheit Sacharow sollte von uns mit Zurückhaltung behandelt werden, da nach bisherigem Wissensstand Sacharow es offenbar vorzieht, Ausreisewunsch über neutrale Länder Österreich bzw. Schweden zu betreiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1913; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁷ Vgl. dazu den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised); Dok. 85.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik legte am 24. Mai 1983 dar, daß als Zeitplan für eine KAE bislang „Vorbereitungstreffen in Helsinki am 15.9., Konferenzbeginn in Stockholm am 15.11.1983“ vorgesehen sei. Da aber die KSZE-Folgekonferenz in Madrid noch nicht beendet und damit auch das Mandat nicht verabschiedet sei, würden laut Mitteilung der KSZE-Delegation der Bundesrepublik von finnischer und schwedischer Seite inzwischen aber Zweifel geäußert, daß dieser Zeitplan einzuhalten sei: „Als Alternative wird erwogen, das Vorbereitungstreffen am 15.11.1983 beginnen zu lassen und die Konferenz selbst auf Anfang 1984 zu verschieben.“ Holik sah jedoch keinen Grund, „von der Position abzurücken, daß unser Ziel das Zusammentreten der Konferenz selbst noch in diesem Jahre bleibt. Hier geht es vor allem und in erster Linie um die Glaubwürdigkeit unserer Ost-West-Politik: Die Bundesregierung tritt dafür ein, gerade in der bevorstehenden kritischen Phase alle Möglichkeiten zu nutzen, um greifbare Ergebnisse im Rüstungskontrolldialog zu erzielen.“ Vgl. VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Ministerpräsident González wies darauf hin, daß inzwischen auch die Spanier Experten in der Frage geworden seien, was sowjetischer Druck auf ein Land bedeute. Um die Stationierung der amerikanischen Raketen zu verhindern, wirke die Sowjetunion auch auf Spanien ein. Ihre Helfer seien gut finanziert und stimmen sich eng mit Moskau ab. Er sei überzeugt, daß sich der sowjetische Druck fortsetzen werde. Dies werde aber nichts an der spanischen Haltung ändern können.

Es wäre natürlich gut, wenn es in Madrid zu Ergebnissen kommen könnte. Die Amerikaner müßten in den Menschenrechtsfragen zu einer flexibleren Haltung überzeugt werden.

Er wolle hinzufügen, daß Spanien weder das Problem Berlins noch eine Grenze mit dem Osten habe. Dennoch hätten sie erreicht, daß die kommunistische Partei in den Wahlen nur noch 5% der Stimmen erreicht habe. Damit habe man auch in Spanien eine Stabilität erreicht.¹⁹ Dies sei nicht ganz einfach, weil es starke kommunistische Parteien in Frankreich, Italien und Portugal gebe, die auch in Spanien eine große Rolle spielen.

Der *Bundeskanzler* begrüßte die große Übereinstimmung mit Ministerpräsident González. Er lege großen Wert auf intensive persönliche Beziehungen. Auch in der Frage des Beitritts in die Europäische Gemeinschaft sollte eine regelmäßige telefonische Verständigung erfolgen. Er halte dies persönlich für sehr wichtig, weil eine sehr kritische Zeit bevorstehe.

Ministerpräsident *González* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Nach Absprache mit seiner Regierung schlage er vor, die gegenseitigen Beziehungen zu institutionalisieren.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich sofort damit einverstanden.²⁰ Er bat Außenminister Genscher, einen Bericht über den Stand der Beitrittsverhandlungen Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft zu geben.

Außenminister *Genscher* unterstrich, daß die spanische Haltung dazu beigetragen habe, daß in der letzten Außenministerrunde²¹ Fortschritte möglich gewe-

¹⁹ Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 5. Mai 1983 im Bundestag führte Ministerpräsident González aus, der „Terrorismus sei der einzige Punkt der Instabilität in Spanien“. Er „lebe immer dann auf, wenn eine delicate politische Situation gegeben sei. Dies sei jetzt vor den Kommunalwahlen wieder der Fall. Große Waffenlieferungen flössen aus dem Ausland an die spanischen Terroristen. Sie verfügten selbst über Minenwerfer. Der Hauptlieferant sei Libyen. Das spanische Interesse an der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus sei sehr groß.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, vom 5. Mai 1983; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁰ Bereits im Pressegespräch im Anschluß an die Unterredung des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González am 3. Mai berichtete Kohl über die Vereinbarung, „daß wir diese Kontakte auf Regierungsebene, diese Konsultationen für die Zukunft regelmäßig halten wollen“. Vgl. die Aufzeichnung des Presse- und Informationsamts; Referat 206, Bd. 150996.

²¹ Am 26. April 1983 fand in Luxemburg eine Ministertagung der EG-Mitgliedstaaten mit Spanien über dessen Beitritt statt. Referat 410 vermerkte am 28. April 1983, das Treffen sei „ein schöner Erfolg“ gewesen. So sei eine Einigung „in den lange umkämpften Fragen Textil und mengenmäßige Beschränkungen“ erzielt worden: „Damit ist das Kapitel ‚Zollunion‘ praktisch abgeschlossen.“ Weiter verhandelt werden müsse vorrangig u. a. über den gewerblichen Bereich, Fragen der Steuern und Patente sowie die Fischerei- und Agrarpolitik, während am Schluß folgen müßten: „Wirtschaft und Finanzen (Frage Einführung Peseta in ECU ist heikel und besser gegen Verhandlungsende zu klären); Eigeneinnahmen (Frage der M[e]hr|W[ert]St[euer]-Rückzahlung ist traditionell etwas für die Schlußkalkulation)“ sowie institutionelle und Sozialfragen. Vgl. Referat 410, Bd. 130428.

sen wären. Ein spanischer Kollege habe ihm gesagt, daß man von Adenauer lernen müsse: Dabei sein sei alles, um von innen her mitreden zu können. Sonst müßte man draußen an der Tür anklopfen.

Sicherlich soll bei den Verhandlungen nicht der Himmel auf Erden erreicht werden, auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt, aber man komme dem Ergebnis immer näher. Jetzt käme es vor allem darauf an, auf dem Europäischen Rat in Stuttgart²² die notwendigen Regelungen in den Finanzierungsfragen zu finden, insbesondere im Agrarbereich.²³ Die Bundesregierung werde alles tun, um in ihrer Zeit der Präsidentschaft²⁴ die Verhandlungen auf das richtige Gleis zu setzen. Über die Einzelheiten habe er bereits ein ausführliches Gespräch mit seinem spanischen Kollegen geführt.²⁵

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß er sich häufig in einer ungewöhnlichen Situation wiederfinde. In Washington werbe er unentwegt um Verständnis für Paris, für die französische gloire. Dies erwarte man zwar nicht gerade von den Deutschen, politisch sei dies jedoch wichtig. Dagegen habe er bei seinem letzten Frühstück mit Präsident Mitterrand²⁶ einen großen Vortrag über die spanische Geschichte gehalten und über Europa, das ein Torso bliebe, wenn Spanien nicht beiträte.

Er werde diese Bemühungen intensiv fortsetzen, erklärte der Bundeskanzler, auch wenn es dem beständigen Vorurteil gegenüber Teutonen widerspreche. Eines bleibe für ihn jedoch wichtig: Die Römischen Verträge hätten keine Bankhalter gegründet, an denen man Währungen tausche und sich am Ausgang frage, ob sich der Besuch gelohnt habe. Die Verträge enthielten vielmehr eine Vision von Europa als politisch mitbestimmende Kraft, die sich nicht zu allererst auf die rein materiellen Probleme beschränke. Er kenne zwar das Zitat von Bert Brecht, erst käme das Fressen und dann die Moral.²⁷ Und sicherlich sei es wichtig, daß man in den Fragen der Landwirtschaft vorankomme, der Mittelmeerfrüchte, der Oliven usw.²⁸

Der Bundeskanzler fragte Ministerpräsident González, welche Chance er sehe, mit Präsident Mitterrand zu einer Übereinstimmung zu kommen. Er selbst habe dem französischen Präsidenten gesagt, daß er das Gespräch mit seiner eigenen politischen Familie führen müsse. Er habe ihn darauf hingewiesen, daß er sympathische jüngere Verwandte habe. Präsident Mitterrand habe ihm darauf jedoch nicht geantwortet. Solange Frankreich Widerstand leiste, werden sich auch die Italiener nicht rühren. Sie werden abwarten, was Paris entscheiden wird.

Ministerpräsident *González* erklärte, daß er außerordentlich dankbar sei für die deutschen Bemühungen zum Beitritt Spaniens in die Europäische Gemein-

²² Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

²³ Zu den Verhandlungen über die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1983/84 vgl. Dok. 118, Anm. 15.

²⁴ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit seinem spanischen Amtskollegen Morán am 9. Februar 1983 vgl. Dok. 46.

²⁶ Bundeskanzler Kohl traf am 22. März 1983 mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel zusammen. Vgl. dazu Dok. 71.

²⁷ Vgl. Bertold BRECHT, Dreigroschen-Oper, 2. Akt, II. Dreigroschen-Finale (Wovon lebt der Mensch?).

²⁸ Zu einer EG-Regelung für mediterrane Agrarprodukte vgl. Dok. 127, Anm. 20.

schaft. Unter der deutschen Präsidentschaft seien jetzt weitere Fortschritte erreicht worden. Die spanische Bevölkerung erwarte, daß sich insbesondere die Bundesrepublik am klarsten für den Beitritt Spaniens ausspreche.

In seiner Oppositionszeit hätte er oft den Eindruck gehabt, daß man den Spaniern die griechische Einstellung vorwerfe, die darin bestanden habe, erst der Europäischen Gemeinschaft beizutreten²⁹ und dann die Probleme auf den Tisch zu legen.³⁰

Die französische Regierung müsse sich noch einmal mit dem spanischen EG-Beitritt beschäftigen, sowohl was den Zeitpunkt des Beitritts betreffe wie die Verhandlungsstrategie als solche. Er sei sich jedoch sicher, daß der Widerstand Frankreichs abnehmen werde, je näher der Zeitpunkt für den Beitritt heranrücke. Er müsse aber noch einmal sagen, auch wenn dies eine Belastung für die Deutschen darstellen sollte: Spanien hoffe auf die klare Unterstützung der Bundesregierung für den Beitritt in die Europäische Gemeinschaft, dies gelte für die Regierung wie für das spanische Volk.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß die Bundesregierung zu dieser Unterstützung bereit sei, ohne Ehrgeiz auf Prestigegewinn zu entwickeln. Für eine solche Politik sprechen die langen guten Beziehungen. Dies gelte insbesondere für die Zeit der deutschen Präsidentschaft. Danach käme die Präsidentschaft Griechenlands.³¹ Was in dieser Zeit geschehe, könne man nicht voraussehen. Die spanische Regierung könne dies wahrscheinlich sogar besser beurteilen. Nach der griechischen Präsidentschaft käme die französische.³² Er hätte nichts dagegen, wenn man jetzt bestimmte Entwicklungen einleiten könnte, die dann während der französischen Präsidentschaft zum Erfolg führen würden. Wichtig sei für ihn das Ergebnis und nicht die Tatsache, daß sich andere mit dem Erfolg schmücken könnten. Der Ruhm anderer löse keinen Neid aus. Sein Interesse bestehe allein darin, den Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft zu ermöglichen. Spanien könne sich dabei auf die Bundesrepublik verlassen.

Ministerpräsident *González* bedankte sich sehr herzlich für diese Ausführungen. Wenn ein Ergebnis unter der französischen Präsidentschaft möglich werde, dann deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland bei der Überwindung der Probleme helfe. Was die griechischen Freunde betreffe, so werden sie dem Rat Konrad Adenauers folgen und vor allem die eigenen Probleme auf den Tisch bringen.

Außenminister *Genscher* erinnerte daran, daß es bei dem Beitritt Griechenlands

²⁹ Am 28. Mai 1979 wurden in Athen die Verträge über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 erfolgte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1979, S. 7–16.

³⁰ Mit einem dem EG-Ministerrat am 22. März 1982 vorgelegten Memorandum machte die griechische Regierung auf die wirtschaftlichen Probleme aufmerksam, die zwar hauptsächlich auf Strukturschwächen zurückzuführen, aber auch Folge des EG-Beitritts seien. Für den Wortlaut des Memorandums vgl. BULLETIN DER EG 3/1982, S. 100–104.

In ihrer Antwort vom 29. März 1983 sagte die EG-Kommission Griechenland Hilfe bei der Bewältigung seiner Probleme zu, wofür jedoch „keine ständige Ausnahme von der Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften in Griechenland“ gemacht werden sollte. Zu den in der Antwort enthaltenen, bereits beschlossenen bzw. vorgeschlagenen Maßnahmen vgl. BULLETIN DER EG 3/1983, S. 17–19.

³¹ Griechenland hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 inne.

³² Frankreich übernahm die EG-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 1984.

ähnlich gewesen sei, der Beitritt sei während der Präsidentschaft Frankreichs³³ erfolgt.

Das Gespräch endete mit dem gegenseitigen Dank für das offene und freundschaftliche Gespräch.

VS-Bd. 14114 (010)

127

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán

203-321.10 SPA

3. Mai 1983¹

Besuch des spanischen MP in Bonn vom 3. bis 5. Mai 1983²;
hier: Gespräch Bundesminister/AM Morán am 3.5., 18 Uhr, im Auswärtigen Amt

Gesprächsdauer: 45 Minuten

Anwesend: AM Morán, StS für die Beziehungen mit der EG, Marín, Exekutivpräsident des Koordinationsrats für die Beziehungen mit der EG, Westendorp, Leiter des Ministerbüros, Dicenta, Gesandter der spanischen Botschaft in Bonn, Perpiñá-Robert;

BM Genscher, Botschafter Dr. Brunner, Ministerialdirektor Dr. Per Fischer, Ministerialdirektor Dr. Pfeffer, VLR I Paschke, LR I Ischinger, VLR I Steffler, Frau Lehnhardt, Dolmetscherin.

Nach Begrüßung eröffnet AM *Morán* Gespräch mit Bemerkung, daß die Themen Ost/West, KSZE und EG bereits behandelt worden seien, bei KSZE und EG jedoch noch einiges zu präzisieren bleibe. Außerdem wäre noch über die Institutionalisierung des Besuchsaustauschs auf Außenministerebene³ zu sprechen. *BM* stimmt zu.

KSZE

AM *Morán* erläutert spanische Position. Man habe ständigen Kontakt mit dem deutschen Vertreter⁴; im allgemeinen stimme man mit Haltung westlicher Län-

³³ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 inne.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 4. Mai 1983 gefertigt, die die Aufzeichnung an das Ministerbüro leitete und handschriftlich „um Herbeiführung der Billigung des Bundesministers“ bat.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 5. Mai 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an Steffler verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ist EG-Teil mit D 4 abgestimmt? Dann bitte unter Vorbehalt Genehmigung BM verteilen.“

² Der spanische Außenminister Morán begleitete Ministerpräsident González bei dessen Besuch in der Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 126.

³ Zum spanischen Vorschlag zu regelmäßigen Regierungsgesprächen vgl. Dok. 46.

⁴ Jörg Kastl.

der überein. Revidierte Fassung des Entwurfs der N+N-Staaten für ein Schlußdokument (RM39)⁵ sei gute Grundlage für Abschlusddokument, auch wenn einiges im Bereich der Menschenrechte und natürlich der KAE noch zu überarbeiten bleibe. In der Haltung der US (Kampelman) sei auf größere Flexibilität noch zu hoffen; hier wäre verstärkte Einwirkung erforderlich.

Sollten die noch erforderlichen kleinen Änderungen nicht akzeptiert werden, plane Madrid, nach Beratung mit den westlichen Ländern, den Versuch einer spanischen Initiative. Wie D habe SPA tiefes und ernstes Interesse an ausreichendem Schlußdokument; wenn die nötigen Änderungen jetzt nicht erreichbar seien, ließe sich vielleicht ein Ausschuß einrichten, der sich anschließend noch mit den Menschenrechten befaßt. Er wisse, daß der deutsche Standpunkt dem spanischen sehr ähnlich sei, er bitte jedoch um die Meinung des Bundesministers zu den spanischen Überlegungen.

BM betont, daß wir an einem realistischen Schlußdokument sehr interessiert sind. Wir würden nicht gerne sehen, daß die N+N-Staaten gemeinsam mit den Ländern des Warschauer Pakts auf einer Seite, auf der anderen aber der Westen stehen würde. Er selbst habe in den letzten Wochen kaum auf eine Sache solche Mühe verwandt wie auf diese, um Überzeugungsarbeit zu leisten, besonders gegenüber Washington.⁶ Botschafter Brunner, der zu den Initiatoren der KSZE gehöre, werde spanischer Seite erklären können, daß es stets sehr schwer gewesen sei, die Grundphilosophie der KSZE zu vermitteln. Wir nutzten jetzt alle Möglichkeiten, um US bei der Stange zu halten, denn natürlich werde es kein Schlußdokument geben ohne eine Einigung auf die KAE.

Aus diesem Grund könnte auch eine spanische Initiative, besonders, wenn sie zu früh lanciert werde, eher Probleme schaffen. Vorzuziehen sei, zunächst den vereinigten Druck auf die US wirken zu lassen. Er selbst werde am Sonntag (8.5.) AM Shultz in Paris sehen und werde diese Gelegenheit nutzen.⁷ Er sage das unter dem Vorbehalt, daß der bekannte Zeitdruck bestehe.

⁵ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

⁶ Am 28. April 1983 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl die Botschaft in Washington an, das Gespräch über den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 „möglichst auf alle am Meinungsbildungsprozeß beteiligten Ebenen und alle Instanzen der Administration sowie des Kongresses (Fascell-Kommission)“ auszudehnen und u. a. zu argumentieren: „Das Dokument berücksichtigt zwar nicht alle westlichen Forderungen, aber so gut wie keine östlichen. Sein Inhalt beruht durchweg auf westlichen Wünschen und Textvorschlägen“. Ein Scheitern der KSZE-Folgekonferenz würde zudem „dem langfristigen Hauptziel der Sowjetunion entgegenkommen, die USA von Westeuropa zu trennen“, und böte der UdSSR „beste Voraussetzungen, um in das damit entstehende Vakuum hineinzustoßen, die Szene mit der eigenen Propaganda zu beherrschen und ihre Bemühungen um ein ‚gesamteuropäisches Sicherheitssystem‘ verstärkt fortzusetzen (z. B. Gewaltverzichtsvorschläge)“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2527; Referat 212, Bd. 133490.

Am selben Tag erteilte Braunmühl eine weitere „Weisung zu Einzelpunkten“, in der er u. a. ausführte: „Eine Einigung in Madrid, einschließlich des KAE-Mandats, wäre kein Nachgeben, sondern ein westlicher Erfolg. Wir warnen davor, den falschen Eindruck eines Verlierens selbst zu schaffen.“ Zudem wäre „ein positives Ergebnis in Madrid ein entscheidender Beitrag zur Wahrung der Geschlossenheit des Westens in schwieriger Zeit“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2528; Referat 212, Bd. 133490.

Am 4. Mai 1983 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze der Botschaft in Washington schließlich ein Non-paper, das am selben Tag der amerikanischen Botschaft übergeben worden sei. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2675; Referat 212, Bd. 133490.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl teilte der Botschaft in Washington am 28. April 1983 mit, daß die Bundesregierung ein „Treffen der EPZ-„Troika“ mit den USA auf Minister-

Morán sagt, daß auch er am 9.5. in Paris bei der OECD-Konferenz sei. SPA wolle seine Initiative nicht zu früh oder früher als unbedingt nötig einführen. Er teile in diesem Zusammenhang die Gedankengänge des Bundesministers, doch glaube er, daß, wenn bis zur dritten Maiwoche noch keine Fortschritte erzielt seien, wir uns abstimmen sollten.

BM erkundigt sich nach den Daten der Moskau-Reise von Morán; Situation sei auch in diesem Zusammenhang zu sehen; es könnte sein, daß bis dahin noch Entwicklungen ausstehen.

Morán antwortet, daß er am 30. und 31. Mai in Moskau sein werde⁸, wehrt aber ab, seine Reise in einen Zusammenhang mit der KSZE zu bringen. Madrid sei in dieser Hinsicht für Moskau kein relevanter Gesprächspartner. Dies sei eine Angelegenheit der Großmächte. Seine Moskau-Reise habe allgemeine, die bilateralen Beziehungen betreffende Gründe; im Handels- und Wirtschaftsbe- reich gebe es einiges zu besprechen. Falls der Westen wünsche, daß er dort et- was vortrage, werde er das tun, doch sollte man diese Reise nicht als im Zusam- menhang mit der KSZE stehend betrachten.

Zentralamerika

Bei seinen kürzlichen Besuchen in Mexiko und Kolumbien⁹ haben die beiden Außenminister¹⁰ AM Morán gebeten, BM Genscher von ihrer Haltung zu un- terrichten; AM Morán nimmt allerdings an, daß sie dem BM bereits bekannt ist. Mexiko, Kolumbien und Venezuela seien gemeinsam dabei, Vorbedingungen für eine Lösung in Zentralamerika zu schaffen.¹¹ In Mexiko sei z. Z. die diplo- matische Aktivität sehr lebhaft. Die Staaten strebten an, einen regionalen Rah- men für eine Verbesserung der Beziehungen von Nicaragua zu Honduras und von Nicaragua zu Costa Rica zu schaffen. Er, Morán, sehe zwar nicht, wie sich daraus eine Erleichterung für El Salvador ergeben solle, doch sei es das, was die Staaten anstrebten. Sie fürchteten natürlich die Auswirkungen der Strei- tigkeiten für ihre eigenen Länder und daß es im Endeffekt Konzessionen der Großmächte zu ihren eigenen Lasten geben könnte, d. h. eine Lösung nach Mu- ster der Kuba-Krise¹² – auf der einen Seite für Raketen, auf der anderen für deren Abzug. In diesem Zusammenhang betrachteten die Staaten eine Unter- stützung z. B. von D für einen solchen Plan als hilfreich.

BM unterstreicht, daß die eben geäußerten Sorgen im Verhältnis Europa und Zentralamerika auch unsere Sorgen seien. Er erinnere sich gut an das, was z. Zt. der Kuba-Krise geschehen sei, und habe seinen Gesprächspartnern bereits ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 669

ebene“ für den 8. Mai 1983 vorgeschlagen habe, dem sie „entscheidende Bedeutung für die weitere westliche Willensbildung“ hinsichtlich der KSZE beimesse. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2527; Referat 212, Bd. 133490.

Bundesminister Genscher erörterte den Fortgang der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bei einem Treffen mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) im Vorfeld der OECD-Ministerratstagung am 9./10. Mai 1983 in Paris. Vgl. dazu Dok. 131.

⁸ Der spanische Außenminister Morán traf am 30./31. Mai 1983 in Moskau mit dem sowjetischen Au- ßenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 172, Anm. 6.

⁹ Der spanische Außenminister Morán besuchte Mexiko vom 13. bis 16. April und Kolumbien vom 16. bis 18. April 1983.

¹⁰ Rodrigo Lloreda Caicedo (Kolumbien) und Bernardo Sepúlveda Amor (Mexiko).

¹¹ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 124, Anm. 12.

¹² Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 120, Anm. 8.

sagt, daß wir eine Wiederholung der Kuba-Krise und des damals getätigten Tauschs, der uns heute unter schwierigsten Umständen in die Lage versetzt, Mittelstreckenraketen stationieren zu müssen, nicht wünschen. Wir stünden den Bemühungen der fünf ZA¹³-Staaten um Beilegung des Konflikts mit größter Sympathie gegenüber. Wir hätten auch stets vertreten, daß derartige Probleme durch regionale Bemühungen am besten gelöst würden. Dasselbe habe er auch dem kubanischen Außenminister, der am 2. Mai einen kurzen Zwischen-aufenthalt bei uns eingelegt habe, gesagt und zugleich sein Bedauern ausgedrückt, daß sich Nicaragua bisher diesen Bemühungen entziehe.¹⁴

AM Morán erwidert, daß Nicaragua von diesen Problemen weniger auf regionaler als auf bilateraler Ebene betroffen sei. Es gehe mehr um Honduras.

Perspektive der EG-Beitrittsverhandlungen¹⁵

AM Morán weist darauf hin, daß es auf den politischen Willen aller Beteiligten ankomme und daß bis Juli noch große Anstrengungen zu machen seien, um eine Dynamik in Gang zu setzen für noch unter deutscher Präsidentschaft¹⁶ eingeleitete Entwicklung, so daß wir später sagen könnten, daß der erfolgreiche Verhandlungsabschluß wesentlich auf deutsche Bemühungen zurückzuführen sei.

Auf seine Bitte erläutert StS Marín, daß von heute bis Juli noch wichtige Schritte zu tun blieben, die im einzelnen folgende Themen betrafen:

Ceuta und Melilla¹⁷, Monopole im Bereich Tabak, Erdöl¹⁸, Steuerwesen im Bereich der EGKS, die (noch dazu sehr schwierigen) Dokumente über Fischerei und Landwirtschaft.¹⁹

¹³ Zentralamerika.

¹⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca vgl. Dok. 124.

¹⁵ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 126, Anm. 21.

¹⁶ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁷ Referat 410 legte am 18. April 1983 dar, daß die in marokkanischem Territorium gelegenen spanischen Exklaven Ceuta und Melilla „einen wirtschaftlichen Sonderstatus (keine Importzölle, keinerlei Importbeschränkungen, erhebliche Steuererleichterungen)“ genossen, der nach den Vorstellungen der spanischen Regierung nach einem EG-Beitritt erhalten bleiben solle: „Danach werden die Enklaven zwar Teil des EG-Territoriums, für Zölle, GAP und M[ehr]W[ert]St[eu]er gelten jedoch Sonderregelungen.“ Insbesondere aber werde Spanien „auf die Wahrung seiner Souveränitätsrechte achten“. Sollten diese von EG-Mitgliedstaaten in Zweifel gezogen werden, könnte dies „Spaniens europäische und Westintegration ernsthaft aufs Spiel setzen“. Vgl. Referat 410, Bd. 130428.

¹⁸ Am 7. Juni 1983 meldete Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), daß sich hinsichtlich des von den EG-Mitgliedstaaten verlangten Abbaus des spanischen Erdöl- und Tabakwarenmonopols und, damit zusammenhängend, auch hinsichtlich der Tabaksteuer ein Kompromiß abzeichne. Dies betreffe sowohl die bislang umstrittenen Übergangszeiten als auch die Frage der von Spanien zu übernehmenden Kontingente und die Ausgangszollsätze. Hinsichtlich der Tabaksteuer solle Spanien eine Übergangszeit von vier Jahren eingeräumt werden, um die steuerliche Diskriminierung der importierten Zigaretten abzubauen. Trumpf führte weiter aus: „Da an Lösung Tabaksteuer zugleich endgültige spanische Zustimmung zur Einführung der M[ehr]W[ert]St[eu]er ab Beitritt hängt, würde erfolgreiche Behandlung Abschluß des Steuerkap[itels] auf Ministerkonferenz“ am 21. Juni 1983 in Luxemburg bedeuten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2068; Referat 410, Bd. 130428.

¹⁹ Spanien war grundsätzlich bereit, bei Einräumung einer Übergangszeit von fünf bis zehn Jahren die EG-Agrarregelung ebenso wie die Fischereiregelung zu übernehmen. Im Bereich der Landwirtschaft wünschte es jedoch u. a. die Möglichkeit zum Ausbau der Beziehungen zu Lateinamerika aufrechtzuerhalten und verlangte Ausnahmeregelungen für einige Agrarprodukte aus Lateinamerika, etwa die „Aufrechterhaltung seiner traditionellen Versorgung mit Zucker aus Kuba“. Hinsichtlich der Fischereipolitik wurde erklärt: „Wegen hoher Bedeutung der Fischerei für span[ische] Wirtschaft und wegen bes[onderer] Fischereiabhängigkeit best[immter] Regionen (Nordwesten, Kanta-

BM erwidert, daß wir bei der Landwirtschaft allenfalls den Einstieg schaffen könnten, und bittet D4 um Stellungnahme zu den anderen Punkten. D4 bestätigt, daß wir an die aufgeführten Themen herangehen sollten; D sei dazu bereit. Bei den letzten Begegnungen im EG-Rahmen seien substantielle Erfolge erzielt worden, in der Frage der Textilien und der mengenmäßigen Beschränkungen sei ein Durchbruch gelungen. Im Fischereibereich würden wir uns sehr bemühen, daß das entsprechende Dokument noch vor Ende unserer Präsidentschaft behandelt werde; das sollte uns auch gelingen. Unser Ziel sei, die Verabschiedung der Agrarerklärung zu horizontalen Fragen noch unter unserer Präsidentschaft zu erreichen. Die wirklichen Schwierigkeiten lägen im Bereich der mediterranen Agrarprodukte. Beim Agrarrat am 17./18. Mai hofften wir, im Kapitel Obst, Gemüse und Olivenöl²⁰ Fortschritte zu machen²¹; ggfs. würden wir im Mai einen weiteren Agrarrat²² einschieben, damit wir dem Europäischen Rat²³ einige Resultate vorlegen könnten. Die Präsidentschaft sei jedenfalls entschlossen, die Arbeiten so weit wie möglich vorwärts zu drängen, so daß im Juni eine Entscheidung vorliege.

„Institutionalisierung“ der bilateralen Kontakte auf Regierungsebene

AM Morán schlägt vor, die Regierungskontakte zu institutionalisieren und dabei auch die Wirtschaftsminister einzubeziehen. Er regt konkret an, daß die Regierungschefs sich einmal, die Außenminister zweimal jährlich treffen, und erklärt, daß er begrüßen würde, wenn dies bekanntgegeben werden könne.²⁴ BM präzisiert, daß die Außenminister sich einmal gemeinsam mit den Regierungschefs und sodann noch einmal zusätzlich im Verlauf eines Jahres treffen sollten; dabei sollten sich die Außenminister jeweils in dem Land begegnen, in dem die Begegnung der Regierungschefs mit Außenministern nicht stattgefunden habe. AM Morán erklärt, daß er der nächsten Begegnung mit Herrn und Frau Genscher in Madrid mit Freude entgegensehe.²⁵ (D4 ergänzt, daß es auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 671

brien) müssen die traditionellen spanischen Fanggebiete und -volumina im EG-Meer berücksichtigt werden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats 410 vom 24. Januar 1983; Referat 410, Bd. 130428.

²⁰ Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten legte am 25. April 1983 dar, daß mit dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals die Europäischen Gemeinschaften „bei Obst und Gemüse den Selbstversorgungsgrad erreichen und überschreiten“ würden und bei Olivenöl „erhebliche Überschußmengen“ entstünden. Frankreich, Italien und Griechenland forderten daher höhere Unterstützungsbeträge für diese Produkte, was zusätzliche Haushaltsbelastungen von rund 5 Mrd. DM „und außerdem zusätzliche handelspolitische Probleme zur Folge hätte“. Die Bundesregierung wolle „vermeiden, daß im Hinblick auf die EG-Erweiterung Regelungen getroffen werden, die aus Gründen des Marktgleichgewichts, der finanziellen Folgen und der handelspolitischen Probleme nicht zu verantworten wären. [...] Trotz intensiver Beratungen hat der Agrarrat noch keine Lösung für die Anpassung des Besitzstandes gefunden, da die Erzeugerländer an ihren Maximalforderungen festhalten.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129886.

²¹ Zur Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 16./17. Mai 1983 in Brüssel vgl. Dok. 145, Anm. 24.

²² Korrigiert aus: „Agrarmarkt“.

Zur Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 25./26. Mai 1983 in Brüssel vgl. Dok. 148, Anm. 57.

²³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

²⁴ Vgl. dazu die Meldung „Bonn und Madrid vereinbaren drei Konsultationen jährlich“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. Mai 1983, S. 6.

²⁵ Bundesminister Genscher traf am 8. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz mit dem spanischen Außenminister Morán in Madrid zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178877.

bereits einen spanisch-deutschen Wirtschaftsausschuß²⁶ gibt und daß er seinen spanischen Kollegen zur Begegnung im Herbst eingeladen hat²⁷; D2 ergänzt, daß es auch die regelmäßigen bilateralen Konsultationen der Politischen Direktoren gibt.²⁸)

Spanische Gastarbeiter

Unter Hinweis auf das anerkannt gute Verhältnis von spanischen Gastarbeitern zur BR Deutschland, die die letztere zu ihrem zweiten Vaterland gemacht hätten, warnt AM Morán, daß diese Gastarbeiter in eine schwierige Lage kommen würden, falls es eine deutsche Gesetzgebung gegen die Familienzusammenführung geben sollte.²⁹ BM erklärt, daß eine solche Absicht nicht bestehe. Er empfiehlt jedoch, den Bundeskanzler von den spanischen Sorgen zu unterrichten. Die deutsche Seite nehme die Bemerkungen von AM Morán mit großem Ernst auf und werde sie weiterleiten. (D4 hat die Angelegenheit mit MD Teltschik vom Bundeskanzleramt telefonisch und schriftlich noch am Abend des 3. Mai aufgenommen.³⁰)

BM äußert sich abschließend sehr befriedigt über die Möglichkeit zur Fortsetzung des Gesprächs mit dem spanischen Außenminister und über den sehr freundschaftlichen Geist, in dem der Meinungsaustausch diesmal wieder abgelaufen sei. Er erwartet ein sehr positives Presseecho und verabschiedet sich von seinen Gästen.

Referat 206, Bd. 150999

Fortsetzung Fußnote von Seite 672

Am 2. Dezember 1983 fanden in Madrid die deutsch-spanischen Regierungsgespräche statt. Vgl. dazu Dok. 369.

²⁶ Aufgrund des Handelsabkommens vom 20. Juni 1960 zwischen der Bundesrepublik und Spanien wurde ein Gemischter Regierungsausschuß für Wirtschaftsfragen eingerichtet, der vom 14. bis 16. September 1981 seine dritte Sitzung abhielt. Vgl. dazu das Ergebnisprotokoll, das am 23. September 1981 von Botschafter Lahn, Madrid, übermittelt wurde; Referat 420, Bd. 129984.

²⁷ Am 22./23. November 1983 trat in Wiesbaden der Deutsch-Spanische Regierungsausschuß für Wirtschaftsfragen unter Leitung des Ministerialdirektors Fischer und des Abteilungsleiters im spanischen Außenministerium, Blasco, zu seiner vierten Sitzung zusammen. Vgl. dazu das gemeinsame Ergebnisprotokoll; Referat 420, Bd. 129985.

²⁸ Ministerialdirektor Pfeffer traf zuletzt am 15. April 1983 mit dem Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium, Berdejo, zusammen. Vgl. dazu Dok. 116, Anm. 7.

²⁹ Zu den Überlegungen der Bundesregierung, den Nachzug ausländischer Kinder zu ihren in der Bundesrepublik lebenden Eltern zu begrenzen, vgl. Dok. 46, Anm. 22. Bundeskanzler Kohl bekräftigte in der Regierungserklärung am 4. Mai 1983 die bereits am 13. Oktober 1982 formulierten Grundsätze der Ausländerpolitik, darunter die „Begrenzung des weiteren Zuzugs“, und kündigte den „Entwurf eines neuen Ausländergesetzes“ an. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 66 f.

³⁰ Ministerialdirektor Fischer übermittelte Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 3. Mai 1983 „in Ausführung unseres Telefongesprächs von eben [...] einige Sätze für das Abschlußgespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident González hinsichtlich des Problems des Familiennachzugs“. In dem beigefügten Gesprächsvorschlag wurde auf die Sorge der spanischen Regierung Bezug genommen, „daß schon seit langem in der Bundesrepublik Deutschland lebende Gastarbeiterfamilien durch eine Einschränkung im Familiennachzug, etwa durch Absenken des Nachzugsalters für Jugendliche, verschärften Lebensbedingungen unterworfen werden könnten“. Weiter wurde ausgeführt: „Die Bundesregierung wird sich in ihrer Politik an verfassungsrechtlichen Normen, humanitären Erwägungen und bestehenden internationalen Verpflichtungen auszurichten haben.“ Die Frage werde für Spanien wie auch Portugal insofern kaum Bedeutung haben, als deren EG-Beitritt bevorstehe. Vgl. Referat 206, Bd. 150999.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt an die Botschaft in Moskau

421-410.55-486/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 313

Aufgabe: 4. Mai 1983, 15.21 Uhr¹

Betr.: COCOM;

hier: deutsche Initiative zur Erfassung des Technologietransfers
(Technologieliste)² und amerikanischer Vorschlag zur Etablierung einer
„watch list“³

Bezug: DB Nr. 1871 vom 2.5.1983 aus Moskau⁴

I. Die Bundesregierung hat am 15. Februar im COCOM vorgeschlagen, eine Sondersitzung des COCOM zum Thema Technologietransfer i.e.S. (Knowhow, Software)⁵ einzuberufen und gleichzeitig angeregt, eine Liste einzuführen, die Regeln für die Kontrolle des Technologietransfers (West-Ost) aufstellt.

Dieser Initiative zur Verbesserung, insbesondere der Harmonisierung⁶ der Kontrolle des Technologietransfers liegen folgende Überlegungen zugrunde:

1) Durch die den Warenlisten vorangestellten Technologienoten und durch Regelungen in einzelnen Listenpositionen wird der Technologietransfer teilweise schon jetzt erfaßt.

Ein Gesamtkonzept gibt es aber bisher ebenso wenig wie eine für Embargozwecke brauchbare Definition des Technologiebegriffs. Die rechtlichen Gegebenheiten

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationssekretär Cohausz konzipiert.

² Zur Initiative der Bundesregierung im COCOM für eine gesonderte Liste zur Erfassung des Technologietransfers vgl. Dok. 72, Anm. 12.

³ Am 22. März 1983 übermittelte das Bundesministerium für Wirtschaft ein Memorandum, das „die amerikanischen Vorstellungen zur Erfassung von ‚Other High Technology‘ enthält“, und teilte mit, es solle Gegenstand der Ad-hoc-Studiengruppe der COCOM-Mitgliedstaaten am 13./14. April 1983 in Paris sein. In dem amerikanischen Memorandum wurde vorgeschlagen, daß die Ad-hoc-Studiengruppe eine „watch list of emerging technologies“ entwickeln sollte, die von COCOM zu überwachen sei; amerikanische Überlegungen zu den in dieser Liste zu erfassenden Technologien waren in dem Memorandum enthalten. Vgl. Referat 424, Bd. 135858.

Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 14. April 1983 eine amerikanische Aufzeichnung, die vom Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Schneider, mit Blick auf das High Level Meeting der COCOM-Mitgliedstaaten am 28./29. April 1983 in Paris übergeben worden war. Darin wurde das Interesse an einem „Einvernehmen über eine ‚watch list‘ für Zukunftstechnologien, die möglicherweise militärische Relevanz erhalten könnten“, sowie für bestimmte Öl- und Gasausrüstungen bekräftigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1674; VS-Bd. 10914 (421); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, bat um Unterrichtung „über deutschen Vorschlag für eine gesonderte Liste zur Erfassung von Technologien“, insbesondere, ob es sich dabei um die in einem der Botschaft übermittelten Drahtbericht „erwähnte Überwachungsliste von Zukunftstechnologien handelt und welche Sparten davon erfaßt werden sollen“. Vgl. Referat 424, Bd. 135865.

⁵ Die Wörter „[m] e[ngeren] S[inne] (Knowhow, Software)“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt handschriftlich eingefügt.

⁶ Die Wörter „insbesondere der Harmonisierung“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt handschriftlich eingefügt.

ten zur Kontrolle des Technologietransfers divergieren in den COCOM-MS erheblich.

2) Die vorgeschlagene Liste soll

- durch eine systematische Darstellung der zu schützenden Technologien eine verbesserte und harmonisierte⁷ Kontrolle des Technologietransfers ermöglichen,
- durch eine Trennung von Waren und Technologien die bisherigen, in erster Linie auf Produkte bezogenen COCOM-Listen entlasten,
- die Möglichkeit eröffnen, die Ausfuhr von solchen Produkten freizugeben, bei denen lediglich die zugehörige Technologie als schutzwürdig angesehen wird und
- den Technologiebegriff den COCOM-Bedürfnissen entsprechend klären.

3) Ein erster Entwurf einer solchen Technologieliste ist den COCOM-MS inzwischen zugleitet worden.⁸ Anfang Juli 1983 soll eine COCOM-Sondersitzung zu diesem Thema in Paris stattfinden.⁹

4) Da wir seit langem (anders als zahlreiche COCOM-MS) eine weitgehende nationale Kontrolle des Technologietransfers haben (Paragraph 5 Abs. 1 Satz 2 und Paragraph 45 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes, AWV¹⁰), bestand für uns eine gute Ausgangslage, im COCOM

⁷ Die Wörter „und harmonisierte“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt handschriftlich eingefügt.

⁸ Für die von der Delegation der Bundesrepublik am 26. April 1983 vorgelegte Technologieliste vgl. Referat 424, Bd. 135865.

Ministerialdirektor Fischer, z. Z. Paris, berichtete am 28. April 1983, er habe auf dem High Level Meeting der COCOM-Mitgliedstaaten den „Vorschlag zur verbesserten Kontrolle des Technologietransfers mit einer grundsätzlichen Erklärung eingeführt“ und auf die in der bisherigen Diskussion im COCOM deutlich gewordene Notwendigkeit hingewiesen, „den von der Hardware losgelösten Technologietransfer systematischer als bisher in die COCOM-Kontrollen einzupassen“. Die von der Bundesrepublik am 26. April 1983 eingereichte Technologieliste sei ein erster Schritt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 845; Referat 213, Bd. 133253.

Zu den Reaktionen teilte Fischer mit: „Deutsche Initiative zur Einführung einer zusätzlichen Embargoliste Technologietransfer fand Aufnahme als Beitrag einzig genannter nationaler Delegation in Schlußdokument, in dem die prinzipiell positive Beurteilung durch alle MS festgestellt wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 853 vom 29. April 1983; Referat 213, Bd. 133253.

⁹ Gesandter Rouget, Paris, berichtete am 6. Juli 1983, auf der Sondersitzung des COCOM am 4./5. Juli 1983 sei „die deutsche Initiative zur Schaffung einer Technologieliste [...] als konstruktiver Beitrag zu einer verstärkten gemeinsamen Kontrolle des Technologietransfers und zur Erhöhung der Effektivität von COCOM gewürdigt“ worden. In Vorbesprechungen mit der amerikanischen Delegation hätten Befürchtungen ausgeräumt werden können, „daß mit unserer Initiative die weiteren Arbeiten der Listenrevision verzögert werden könnten; mit der Erfassung bestimmter Technologien die damit zusammenhängende Hardware automatisch aus den Listen eliminiert werden solle“. Von amerikanischer Seite sei versucht worden, „einen Zusammenhang mit der vorgeschlagenen ‚watch list‘ herzustellen: Wenn militärische Relevanz einer Technologie festgestellt werde, habe man ein Instrument, um diese Technologie zu kontrollieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1386; Referat 424, Bd. 135865.

Am 7. Juli 1983 teilte Rouget mit, daß eine weitere Sondersitzung der COCOM über den Vorschlag der Bundesrepublik für eine Technologieliste für den 21. und 27. September 1983 anberaumt worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1397; Referat 424, Bd. 135865.

¹⁰ Nach Paragraph 5 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung – AWV) in der Fassung vom 3. August 1981 war die Ausfuhr von bestimmten, auf einer Ausfuhrliste erfaßten Waren sowie von Unterlagen zu ihrer Herstellung genehmigungspflichtig. Gemäß Paragraph 45 Absatz 2 galt dies auch für die „Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen über gewerbliche Schutzrechte, Erfindungen, Herstellungsverfahren

eine Initiative zur Klärung dieser Frage zu ergreifen. Hinzu kommt wettbewerbspolitisches Interesse.

II. Im Rahmen der Arbeiten der Ad-hoc-Studiengruppe (Mandat: in Übereinstimmung mit den strategischen COCOM-Kriterien Embargo-Lücken im Erdöl- und Erdgassektor zu identifizieren und die Wünschbarkeit und Modalitäten von COCOM-Kontrollen für „emerging technologies“ zu prüfen¹¹) haben wir im Prinzip der Einführung einer „watch-list“ zugestimmt. Mit einer solchen „watch-list“ sollen im Rahmen des normalen COCOM-Verfahrens hochentwickelte Zukunftstechnologien (emerging technologies) hinsichtlich ihrer möglichen militärischen Relevanz beobachtet werden. Es handelt sich um eine Art „Vorwarnliste“, die der gegenseitigen Information der MS dient und¹² nicht um eine Embargoliste.¹³

Gerhardt¹⁴

VS-Bd. 10914 (421)

Fortsetzung Fußnote von Seite 675

ren und Erfahrungen“ bezüglich der auf der Ausfuhrliste genannten Waren an Personen, die in kommunistisch regierten Staaten (Länderliste C) lebten. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1981, Teil I, S. 855 bzw. S. 875.

¹¹ Zum Mandat für die Ad-hoc-Studiengruppe des COCOM zur Erörterung von Technologie-Exportkontrollen vgl. Dok. 49, Anm. 39.

¹² An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt gestrichen: „noch“.

¹³ Zur Behandlung der von amerikanischer Seite vorgeschlagenen „watch list“ durch die Ad-hoc-Studiengruppe des COCOM vermerkte Referat 421 am 31. Mai 1983: „Die Einführung einer Überwachungsliste für Zukunftstechnologien („watch list“) ist aufgrund des französischen Widerstandes zunächst vertagt worden. Wir haben dem Prinzip einer solchen „watch list“ bereits zugestimmt. Die beschleunigte und vertiefte Fortsetzung der Prüfung dieser Frage erfolgt im Rahmen der Anfang Juli stattfindenden nächsten Sitzung der Ad-hoc-Studiengruppe.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133246.

¹⁴ Paraphie vom 4. Mai 1983.

129

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

212-341.71/14

7. Mai 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³

Betr.: Lage des Madrider Treffens nach Übergabe des sowjetischen Memorandums zum Abschluß des Treffens

Anlg.: 1) Das sowjetische Memorandum vom 6.5.1983⁴2) Presseerklärung des Bundesministers vom 6.5.1983⁵3) Sachstand⁶

Zweck der Aufzeichnung: Information über unsere ersten Überlegungen zur neuen Lage in Madrid

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 7. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der sowj[etische] Schritt i[st] taktisch sehr geschickt. De facto haben d[ie] SU d. USA damit nahezu isoliert, da sie ja wissen, daß die Alliierten d[er] US überwiegend mit d[em] Dokument leben können. Wenn Madrid jetzt wegen nach außen aufrechterhaltener west[licher] ‚Solidarität‘ scheitert, tragen d. USA praktisch d. ganze Last. Das sollte man selbst im heutigen Washington langsam einsehen.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 8. Mai 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 9. Mai 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 212 verfügte.

Hat Staatssekretär von Staden am 11. Mai 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.

Hat Braunmühl vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Joetze verfügte.

Hat Joetze am 11. Mai 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Die sowjetische Regierung nahm in dem „Aufruf an die Teilnehmerstaaten des Madrider Treffens“ Stellung zu dem Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised). In diesem sei eine Reihe wesentlicher sowjetischer Überlegungen nicht enthalten; die UdSSR sei jedoch bereit, den Entwurf in der vorgelegten Form anzunehmen. Für den russischen Wortlaut und eine Rohübersetzung vgl. Referat 212, Bd. 133439.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. In der Erklärung wurde mitgeteilt, daß der sowjetische Botschafter Semjonow Bundesminister Genscher den Aufruf der sowjetischen Regierung vom 6. Mai 1983 zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz übergeben habe. Genscher habe die positive Haltung der UdSSR zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) begrüßt und die Erwartung ausgedrückt, „die SU möge zu den Verbesserungsvorschlägen, die die westliche Seite zu dem N- u. N-Vorschlag in Madrid vorgelegt habe, eine aufgeschlossene und konstruktive Haltung einnehmen“. Vgl. Referat 212, Bd. 133439.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Referat 212 resümierte den Inhalt des Aufrufs der sowjetischen Regierung vom 6. Mai 1983 zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und legte zur Reaktion der westlichen Staaten dar: „Im Plenum wurden keine Stellungnahmen abgegeben. In der Sitzung der NATO-Delegationsleiter faßten die westlichen Vertreter ins Auge, in der nächsten Woche im Plenum zu erklären, daß sie an den westlichen Zusatzforderungen festhalten.“ Diese beträfen zum einen substantielle Fragen wie das Mandat zu einem Expertentreffen über Menschenrechte, die Einsetzung eines Expertentreffens zu menschlichen Kontakten und den Textvorschlag vom 10. März 1983 zu Radiostörungen, zum anderen „Klarstellungen zum KAE-Mandat“ sowie zum Datum der nächsten KSZE-Folgekonferenz und zwei weitere, insbesondere von den USA aufrechterhaltene Vorbehalte. Vgl. Referat 212, Bd. 133439.

1) Der sowjetische Schritt bestätigt, daß Moskau zum jetzigen Zeitpunkt ein starkes Abschlußinteresse hat, das jedoch wahrscheinlich zeitlich begrenzt ist. Mit dem Vorstoß macht die SU den nicht ungeschickten Versuch, den Westen, unter Ausnützung europäisch-amerikanischer Meinungsunterschiede, in Zugzwang zu setzen. Das Ziel dürfte sein, eine schnelle westliche Zustimmung zu erreichen oder vor der europäischen Öffentlichkeit – mit Blick auf die Raketen Diskussion – die Verantwortung der USA für das Scheitern zu dokumentieren.

2) Erste Elemente einer Lageanalyse

Positiv ist zu würdigen, daß das sowjetische Interesse an einem Abschluß in Madrid klar zum Vorschein kommt. Die Sowjetunion macht zu diesem Zweck Konzessionen. Das Vermittlungsdokument der Neutralen⁷ berücksichtigt eine Reihe von westlichen Vorschlägen, die bereits in Belgrad⁸ auf dem Tisch lagen; die Sowjetunion hat sie jahrelang beharrlich abgelehnt. Dies gilt insbesondere für die Vorschläge zur Familienzusammenführung, zum Zugang zu Missionen und für ein Expertentreffen über Menschenrechte. Die Sowjetunion hat sich schließlich auch bereit gefunden, ihr gesamtes europäisches Territorium in das Mandat einer KAE einzubringen.⁹ Objektiv gesehen ist daher die Annahme des neutralen Vermittlungsdokuments durch die Sowjetunion ein westlicher Erfolg. Diese Meinung hat auch der amerikanische Delegationsleiter, Botschafter Kampelman, beim Vierertreffen in London am 22. April 1983¹⁰ ausdrücklich vertreten. Mit der Annahme des Dokuments der Neutralen hätte sich die westliche Konzeption auf dem Madrider Treffen weitgehend durchgesetzt.

Dementsprechend hätte die Bundesrepublik Deutschland, nach ihrer nationalen Einschätzung der Interessenlage, das Dokument RM.39 rev. ohne größere Änderungen annehmen können. Wir haben es dementsprechend positiv gewürdigt. Unsere Meinung teilen die meisten Westeuropäer, mit der Ausnahme der Niederlande und, mit Abstrichen, Großbritanniens.¹¹ Diese Länder und die USA

⁷ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

⁸ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Für den Wortlaut des Schlußdokuments vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 88.

⁹ Im Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) wurde im Abschnitt zur Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa ausgeführt, daß diese Maßnahmen „ganz Europa sowie das angrenzende Seegebiet und den angrenzenden Luftraum umfassen“ würden. In einer Fußnote wurde erläutert: „In diesem Zusammenhang ist der Begriff ‚angrenzendes Seegebiet‘ so zu verstehen, daß er sich auch auf an Europa angrenzende ozeanische Gebiete bezieht.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133439.

¹⁰ Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA mit den Leitern der jeweiligen KSZE-Delegationen in London vgl. Dok. 116.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit berichtete am 10. Mai 1983 über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 4./5. Mai 1983, Ministerialdirektor Pfeffer habe „auf positiven Effekt baldigen KSZE-Abschlusses (kein Abbruch Ost-West-Dialogs auch im Fall einer INF-Stationierung) sowohl in der eigenen Öffentlichkeit der Zehn als auch gegenüber SU“ hingewiesen, sei jedoch nicht durchweg auf Zustimmung gestoßen: „NL (teilweise unterstützt von GB) unterstrichen Notwendigkeit, für Durchsetzung westlicher Amendments ‚zu kämpfen‘, und bezeichneten es als ausreichend, wenn im Herbst eine ‚Aussicht‘ auf KAE gesichert sei. Wenn diese dann schon tages, könne sie vom Osten als Forum gegen den Westen benutzt werden. Übrige Partner (DK, IRL, GRI, B, nachdrücklich auch F) stellten sich hinter unsere Position, neues N- und N-Dokument als im we-

wollen weitere Verbesserungen im menschenrechtlichen Bereich sowie einen Text gegen die Rundfunkstörungen. Ihnen zuliebe hat der Westen das „Schlußpaket für die Endrunde“ geschnürt.¹²

Wir sind der Meinung, daß diese Texte, mit einer Ausnahme (Expertentreffen über menschliche Kontakte) politisch geringen Zusatzgewinn für den Westen bringen. Aber ein Konsens darüber, dem Beispiel der Sowjetunion zu folgen und RM 39 rev. ohne Änderungen anzunehmen, wird sich nunmehr weniger denn je herstellen lassen:

- Die USA werden nicht aufgrund einer sowjetischen Initiative abschließen wollen;
- sie werden sich darauf berufen, die sowjetische Annahme habe gezeigt, daß das Vermittlungsdokument ohne Änderungen für den Osten günstig, d.h. für den Westen ungünstig sei („sonst hätte die Sowjetunion es nicht angenommen“).

Zwei Fragen werden die taktische Diskussion im Westen bestimmen:

Erste Frage: Schließt die sowjetische Position Verbesserungsmöglichkeiten aus (da die Sowjetunion signalisiert hat, daß sie jede westliche Zusatzforderung mit eigenen Zusatzforderungen beantwortet), oder hat sich bestätigt, daß noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen (da die Sowjetunion Abschlußinteresse signalisiert hat und damit auch noch zu weiteren Konzessionen bereit sein wird)?

Zweite Frage: Muß der Westen gerade nach dem überraschenden sowjetischen Manöver an seiner Linie festhalten und Rückfallpositionen nicht einmal andeuten – oder muß er sowjetische „Flexibilität“ schnell mit eigener beantworten?

In Abwägung dieser Überlegungen wird der ersten Reaktion der westlichen Delegationsleiter beizupflichten sein, zunächst unbeirrt an den westlichen Zusatzforderungen festzuhalten. Allerdings fragt es sich erneut, wie lange der Westen auf seinem Paket, wenn es sich als undurchsetzbar erweist, beharren soll (bisher war von drei Wochen die Rede). Eine wichtige Rolle wird dabei die Fra-

Fortsetzung Fußnote von Seite 678

sentlichen geeignete Abschlußgrundlage zu betrachten und Verbesserungsforderungen auf politisch durchsetzbares, insoweit aber mit Nachdruck zu verfolgendes Maß zu beschränken.“ Vgl. den Rund-
erlaß Nr. 17; VS-Bd. 12910 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), informierte am 29. April 1983 über die „zeitraubende Einigung“ auf ein „westliches Verhandlungspaket zu RM 39 rev. [...] Schwerpunkt der westlichen Nachforderungen ist die menschliche Dimension (verstärkter Hinweis auf aktive Implementierung; Expertentreffen Menschenrechte und menschliche Kontakte); daneben soll eine Verbesserung im Informationsbereich (Einstellen von Störsendern) erreicht werden; darüber hinaus sind Klarstellungen zum KAE-Mandat und zum Follow-up (evtl. früheres Datum für nächstes Folgetreffen) Gegenstand westlicher Forderungen. Dieses Paket ist deutlich umfangreicher, als dies nach unseren Vorstellungen wünschenswert wäre; auf der anderen Seite haben die USA, aber auch NL, CDN, UK auf eine Reihe zunächst geltend gemachter Zusatzforderungen verzichtet.“ Es bestehe „Einigkeit darüber, daß diese Zusatzforderungen nicht ultimatativ auf der Basis eines ‚Alles oder Nichts‘ verhandelt werden sollen“. Die amerikanische Delegation habe deutlich gemacht, daß aus ihrer Sicht für einen Abschluß der Konferenz „zusätzliche Gesten der SU erforderlich seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 481; Referat 212, Bd. 133422.

Am 3. Mai 1983 teilte Kastl mit: „Westen hat heute seine Verbesserungsvorschläge wie geplant WP übermittelt [...]. Gleichzeitig erfolgte heute Unterrichtung der Vertreter der N+N und von Vatikan“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 491; Referat 212, Bd. 133422.

ge spielen, wie weit sich die öffentliche Meinung in Westeuropa von der sowjetischen Abschlußbereitschaft beeindrucken läßt.¹³

i.V. Braunmühl

Referat 212, Bd. 133439

130

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 9. Mai 1983¹

Fernschreiben Nr. 52 Ortez

Zur Besetzung der Botschaft Managua am 2.5.1983

Die Botschaft Managua wurde am 2.5.1983 sieben Stunden lang von einer sich als „Internationalisten“ bezeichnenden Gruppe (28 Personen) besetzt.² Sie bestand aus freiwilligen, d. h. nicht von DED, GTZ o. a. staatlichen Organisationen entsandten Entwicklungshelfern in Nicaragua, offenbar ergänzt durch einige aus Deutschland à propos Eingereiste. Die Besetzer schienen unbewaffnet. Sie verschafften sich durch Täuschungsmanöver Eingang in die Botschaft: Zwei junge deutsche Besucherinnen, die regelmäßig Post in der Botschaft abholten, klingelten an der Eingangstür. Der Pförtner, der beide Besucherinnen seit längerer Zeit kannte, öffnete die Tür. Auf die Frage des dabeistehenden BGS-Beamten nach dem Besuchszweck antworteten die Besucherinnen, daß sie Post abholen wollten. Auch dem BGS-Beamten waren die Besucherinnen seit Mona-

¹³ Am 8. Mai 1983 würdigte Bundesminister Genscher den Aufruf der sowjetischen Regierung vom 6. Mai 1983 zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz als „eine begrüßenswerte Fortentwicklung der sowjetischen Haltung“. Denn die UdSSR stimme damit Vorschlägen zu, „die wichtig sind für unser geteiltes Land und für die Lage der Menschen in Europa“ und die sie sechs Jahre lang beharrlich abgelehnt habe. Mit der Zustimmung zu einer KAE wäre die UdSSR bereit, ihr gesamtes europäisches Territorium in das Konferenzmandat einzubeziehen, und gehe auf eine Konzeption ein, die sie „jahrelang für utopisch“ gehalten habe. Die Verbesserungsvorschläge der westlichen Staaten zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) verlangten „der Sowjetunion und ihren Verbündeten nichts Unmögliches ab. Hierzu sollten sie sich noch in der Sache äußern. Keine Seite kann einseitig bestimmen, wann Verhandlungen beendet sind, ebenso wie keine Seite den Standpunkt des ‚Alles oder Nichts‘ beziehen sollte. Ein positiver Abschluß der Verhandlungen nutzt allen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2781 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Joetze vom 9. Mai 1983 an Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Moskau, sowie an die KSZE-Delegation in Madrid; Referat 212, Bd. 133439.

¹ Durchdruck.

² Am 2. Mai 1983 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg: „Botschafter Heubaum ruft soeben an und teilt mit, daß die Botschaft gegen 10.00 Uhr OZ = ca. 17.00 Uhr hiesige Zeit von ca. 30 deutschen ‚Internationalistas‘ besetzt worden sei, die sich als Freunde des ermordeten deutschen Arztes und Entwicklungshelfers Pflaum bezeichnen. Diese Personen sind dem Botschafter nicht bekannt. Sie behaupten, deutsche Staatsangehörige zu sein [...]. Die Besetzung ist bisher friedlich verlaufen. Es ist weder Gewalt angewendet worden noch mit solcher gedroht worden.“ Die Besetzer wollten eine Pressekonferenz in der Botschaft abhalten, Heubaum habe dazu gesagt, „daß er sich weigern werde, daran teilzunehmen“. Vgl. Referat 331, Bd. 136362.

ten bekannt. Sie waren von ihm vor längerer Zeit überprüft (Fahndungsbuch) worden. Während dieses Wortwechsels hielt sich eine Besucherin weiter auf der Türschwelle auf. In diesem Moment stürzten die restlichen Besetzer hinter einer Hausecke hervor und drängten durch die geöffnete Tür. Der Pförtner konnte die Tür nicht mehr schließen. Sie versammelten sich im Eingangsbereich und im zentral gelegenen Besucherraum und erklärten die Botschaft für besetzt. Der Zugang zu den Büroräumen wurde ihnen versperrt, indem die entsprechenden Zwischentüren von BGS- und von Begleitschutz-Beamten gesichert wurden. Für den Pförtner und den dabeistehenden BGS-Beamten war im Moment des Eindringens aufgrund der baulichen Gegebenheiten im Eingangsbereich nicht erkennbar, daß sich die Besetzer neben dem Eingang der Botschaft versteckt hielten.

Sie forderten in einer Erklärung³ von der Bundesregierung

- Verurteilung der US-Intervention in Nicaragua und El Salvador,
- Einstellung der EH für Honduras („Trampolin der US-Intervention in ZA“⁴),
- Erweiterung der EH für Nicaragua,
- diplomatische Unterstützung der regionalen Friedensinitiativen,
- Untersuchung der Ursachen des Mordes an dem DED-Entwicklungshelfer Albrecht Pflaum.⁵

Die Bundesregierung konnte auf diese Forderungen nicht eingehen.

Die Mitglieder der offiziellen Entwicklungsdienste in Nicaragua distanzieren sich sofort von den Besetzern und ihren Zielen.⁶

Die Eindringlinge hielten sich im Foyer der Botschaft auf. Sie behinderten den freien Zu- und Abgang nicht. Fernschreib- und Fernspreverbindungen konn-

³ Botschafter Heubaum, Managua, übermittelte am 2. Mai 1983 eine Erklärung der Botschaftsbesetzer, in der es zur Ermordung des deutschen Arztes Pflaum hieß: „Die Täter sind Ex-Nationalgardisten Somozas [...]. Die Verantwortlichen sind die Regierungen von USA und Honduras: Es sind die USA, welche die Mörder bezahlen, bewaffnen und befehligen; es ist Honduras, das sein Territorium als Operationsbasis und sein Heer als Schutz zur Verfügung stellt, um das nicaraguanische Volk anzugreifen und zu massakrieren.“ Die Bundesregierung trage durch die Billigung der amerikanischen Politik und die Wirtschaftshilfe für Honduras Mitverantwortung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 70; Referat 331, Bd. 136367.

⁴ Zentralamerika.

⁵ Mit Schreiben vom 30. April 1983 informierte der nicaraguanische Außenminister d'Escoto Bundesminister Genscher darüber, daß am frühen Morgen desselben Tages „eine Bande von Mitgliedern der ehemaligen Somoza-Garde unterschiedslos verschiedene unbewaffnete Zivilfahrzeuge“ angegriffen und 14 Personen ermordet habe, darunter den deutschen Arzt Albrecht Pflaum. Vgl. Referat 331, Bd. 136362.

Am 1. Mai 1983 berichtete Botschafter Heubaum, Managua, daß nach Informationen der zuständigen Stellen „Konterrevolutionäre eine Straßensperre“ errichtet hätten, in die u. a. der Kleinlastwagen geraten sei, mit dem Pflaum unterwegs gewesen sei: „Alle Insassen dieses Fahrzeugs wurden durch Kopfschüsse getötet und wiesen Bajonetteinstiche auf. Die Getöteten wurden nebeneinander aufgereiht neben dem Fahrzeug aufgefunden.“ Es handle sich „mit hoher Wahrscheinlichkeit um eine kaltblütige Exekution von unbewaffneten Zivilisten aus nächster Nähe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 67; Referat 331, Bd. 136362.

⁶ Botschafter Heubaum, Managua, teilte am 2. Mai 1983 mit, „daß sich DED-Vollversammlung kurz nach Botschaftsbesetzung einhellig gegen Besetzung ausgesprochen“ habe: „Dieser Verurteilung schlossen sich spontan übrige im Auftrag Bundesregierung in Nicaragua tätige Entwicklungsexperten an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 71; Referat 331, Bd. 136362.

ten aufrechterhalten werden. Die Besetzung hatte so mehr den Charakter eines Sit-ins mit Risiko der Eskalation.

Das Auswärtige Amt ordnete an: Ausdünnung des Botschaftspersonals, Errichtung eines Stützpunktes an einem anderen Ort (französische Botschaft) mit rascher Telex- und Telefonmöglichkeit, Beschwichtigung der Besetzer durch Gespräche, Speise und Trank, ermächtigte den Botschafter zur unverzüglichen Räumung bei Gefahr im Verzuge.⁷

In Gesprächen zwischen Botschaft und nicaraguanischem Außenministerium sowie Auswärtigem Amt und Botschafter von Nicaragua⁸ wurde gebeten, durch ein Gespräch eines hohen sandinistischen Funktionärs oder Regierungsmitgliedes die Eindringlinge von der Sinnlosigkeit ihres Vorgehens zu überzeugen. Die nicaraguanische Seite verstand auch sofort, daß eine fortgesetzte Duldung den bilateralen Beziehungen abträglich sein müßte.

Wir wollten vermeiden, deutsche Staatsangehörige durch nicaraguanische Polizei aus einer deutschen Botschaft entfernen lassen zu müssen.

Nachdem unser Petition auch schriftlich fixiert im nicaraguanischen Außenministerium vorlag (Verbalnote), begab sich der stellvertretende Innenminister zur Botschaft und erreichte den Abzug der Eindringlinge, denen er freien Zugang zu allen – inzwischen zahlreich versammelten – Medien zusagte.⁹

Die Botschaft Managua hat zu jedem Zeitpunkt mit Umsicht gehandelt und wesentlich zur raschen und friedlichen Beendigung der Besetzung beigetragen. Die Eindringlinge erreichten ihr Ziel nicht. Eine Belastung der bilateralen Beziehungen wurde vermieden.

Der Vorfall zeigt erneut die Bedeutung einer strengen und gründlichen Besucherkontrolle, er sollte allen Auslandsvertretungen Veranlassung geben, die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen nochmals auf etwaige Schwachstellen zu überprüfen.

Karkow¹⁰

Referat 012, Bd. 124454

⁷ Staatssekretär von Staden vermerkte am 2. Mai 1983, 21.10 Uhr, auf dem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf York von Wartenburg über das Telefonat mit Botschafter Heubaum handschriftlich für Bundesminister Genscher: „Ich habe H[errn] Heubaum sagen lassen, daß er in bezug auf Räumung der Botschaft freie Hand habe; ein Stützpunkt außerhalb einzurichten sei (am besten beim zweiten Mann); mit den Besetzern im Gespräch zu bleiben sei.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136362.

⁸ José Pasos Marciacq.

⁹ Botschafter Heubaum, Managua, teilte am 2. Mai 1983 mit: „Botschaftsbesetzung wurde um 17.30 Ortszeit friedlich beendet. Von uns gewünschte Intervention hohen sandinistischen Funktionärs wurde durch Vizeinnenminister und ‚Comandante guerrillero‘ Rene Vivas durchgeführt.“ Vivas habe „bei allem Verständnis für politisches Anliegen der Besetzer“ darauf hingewiesen, daß die nicaraguanische Regierung „größten Wert auf korrekte Beachtung Völkerrechts und gute Beziehungen zur Bundesregierung lege“. Seiner Bitte, die Botschaft zu räumen, hätten die Besetzer daraufhin sofort entsprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 71; Referat 331, Bd. 136362.

¹⁰ Paraphie vom 9. Mai 1983.

131

Ministerialdirigent Schauer, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt**114-17934/83 geheim****Aufgabe: 9. Mai 1983, 15.37 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 928****Ankunft: 9. Mai 1983, 16.43 Uhr****Citissime**Betr.: Vierer-Treffen der AM am 9.5. in Paris (Arbeitsfrühstück)²

Hauptthemen waren die Lage im Nahen Osten, die KSZE, der Bundeskanzler-Besuch in Moskau sowie die Implementierung des Doppelbeschlusses.

1) Naher Osten

Shultz führte auf Frage aus, die Saudis seien durchaus daran interessiert, daß auch Syrien sich am Abzug aus dem Libanon beteilige. Im übrigen sei der Hauptpunkt des Abkommens, daß die Israelis sich vollständig aus dem Libanon zurückzögen. Das sei schriftlich vereinbart.³ Beide Parteien hätten noch innenpolitische Schwierigkeiten hinsichtlich der Ausführung des Abkommens. In Israel gelte das für Sharon, aber auch für die Opposition von Peres. Begin werde das Abkommen jedoch durchziehen. Gemayel müsse es den Arabern noch verkaufen, aber auch dies werde gelingen.

Auf Frage nach den Hauptschwierigkeiten erläuterte Shultz, als Beispiel wolle er die Frage der Anerkennung Israels anführen. Dies sei ein sehr wichtiger Punkt für Israel. Eine ausdrückliche Vereinbarung habe man darüber nicht treffen können. Der Punkt werde jedoch in der Präambel erwähnt. Falls sich die eine oder die andere Seite in ihrem Sinn auf diese Regelung berufen sollte, werde Washington lediglich sagen, das Dokument spreche für sich selbst.

Auf die Frage, ob es gemeinsame Patrouillen geben werde, erwiderte Shultz, daß solche nicht vorgesehen seien. Vereinbart sei ein totaler Rückzug. Die Sicherheit sei den libanesischen Streitkräften und der libanesischen Polizei anvertraut. Allerdings werde es acht Überwachungstrupps geben, deren Mitglieder zwar bewaffnet seien, die aber keine operativen Aufgaben hätten. Ihr Zweck

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 10. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „VS-Reg[istratur]: Vierer-Sache!!“

² Die Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) hielten sich anlässlich der OECD-Ministerratstagung am 9./10. Mai 1983 in Paris auf.

³ Der amerikanische Außenminister Shultz bereiste vom 25. April bis 8. Mai 1983 in einer Vermittlungsmission zur Aushandlung eines israelisch-libanesischen Abkommens Israel und den Libanon sowie Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien. Am 6. Mai 1983 stimmte die israelische Regierung dem Entwurf eines Abkommens mit dem Libanon grundsätzlich zu, das u. a. vorsah: „Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon gleichzeitig mit denen Syriens und der PLO (innerhalb von acht Wochen); Beendigung des Kriegszustandes zwischen Israel und Libanon; Schaffung einer 45 km breiten Sicherheitszone im Südlibanon [...]; Einrichtung von acht gemeinsamen libanesisch-israelischen Überwachungsmannschaften für den Südlibanon, die sich aus zehn Israelis und Libanesen zusammensetzen und – zur Demonstration der libanesischen Souveränität – unter libanesischem Oberbefehl stehen und sich in libanesischen Fahrzeugen bewegen sollen; [...] Schutz der palästinensischen Flüchtlingslager im Bereich Tyros und Saida durch UNIFIL; [...] Beginn von Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Libanon innerhalb von sechs Monaten nach Unterzeichnung des Abkommens“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 310 vom 11. Mai 1983; Referat 310, Bd. 137545.

sei lediglich die Bewachung und die Verifikation der Durchführung des Abkommens. Das Kommando dieser Trupps liege in libanesischer Hand. Zusammengesetzt seien sie zu gleichen Teilen aus Libanesen und Israelis. Falls diese Trupps Beobachtungen machten (z. B. eine Bombendrohung), sei es Sache der libanesischen Mitglieder des Trupps, zu handeln. Die israelischen Mitglieder hätten lediglich das Recht der Selbstverteidigung.

Auf die Frage nach dem Abzug der PLO erwiderte Shultz, dieser Abzug sei lediglich in einer Nebenabrede (side-letter) vereinbart. Zwischen Israel und den USA sei klar, daß die Israelis sich nur dann zurückziehen würden, wenn dies auch die PLO tun werde.

Auf die Frage nach der syrischen Haltung sagte Shultz, die Syrer wollten im Grunde überhaupt kein Abkommen mit Israel. Sie hätten u. a. das Problem einer Sicherheitszone, soweit sie syrisches Gebiet betreffe, zur Sprache gebracht.⁴

Auf Frage nach der weiteren Rolle von UNIFIL⁵ sagte Shultz, Israel habe UNIFIL grundsätzlich akzeptiert, und zwar mit der Aufgabe, alle Lager (camp areas) zu überwachen. Ohne Frage bedürfe es allerdings jetzt eines neuen Mandats für UNIFIL. Dieses Mandat werde sowohl die Überwachung⁶ der Lager als auch einige neue Aufgaben umfassen.⁷

BM fragte nach der sowjetischen Haltung. Shultz verwies auf die Kritik des Abkommens durch TASS⁸ und fügte hinzu, die SU sei ohne Frage bemüht, das Abkommen zu Fall zu bringen. Auf eine weitere Frage erläuterte Shultz, daß man über Dobrynin mit Moskau in Kontakt sei.

Auf die Frage, ob der Rückzug in verschiedenen Phasen stattfinden solle, sagte Shultz, ein Abzug in Etappen sei nicht vorgesehen. Es werde jedoch davon ausgegangen, daß Israel für den Rückzug acht bis zwölf Wochen benötige.

Auf die Frage nach der künftigen Rolle der MNF⁹ sagte Shultz, daß diese sicherlich nach dem Abkommen eine neue Rolle haben werde. Im übrigen nehme er gern die Gelegenheit war, bei dieser Gelegenheit den Dank Washingtons über die ausgezeichnete Leistung der MNF insbesondere im Zusammenhang mit

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 8. Mai 1983 zur syrischen Haltung gegenüber dem Entwurf eines israelisch-libanesischen Abkommens: „Präsident Assad hat das Abkommen am 7.5. gegenüber AM Shultz abgelehnt, da es nicht mit der Souveränität Libanons, der Sicherheit Syriens und den arabischen Forderungen vereinbar sei. [...] Die USA haben offenbar die Bedeutung der ‚syrischen Karte‘ zu spät erkannt. Es zeigt sich wieder einmal, daß Syrien über eine ‚Sperrminorität‘ verfügt und jede ihm nicht genehme Lösung blockieren kann.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

⁵ Zur Einsetzung der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 39, Anm. 8.

⁶ Korrigiert aus: „werde die Überwachung“.

⁷ Gemäß Ziffer 4 der Sicherheitsvereinbarungen zum Abkommen vom 17. Mai 1983 zwischen Israel und dem Libanon konnte die libanesischen Regierung den VN-Sicherheitsrat ersuchen, eine Einheit der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) im Gebiet Sidon zu stationieren, um den Schutz und die Sicherheit der palästinensischen Flüchtlingslager zu überwachen. Vgl. dazu ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1316.

⁸ Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS bezeichnete das Ergebnis der israelisch-libanesischen Verhandlungen unter amerikanischer Vermittlung als „Farce“ und hob hervor, daß nicht nur keinerlei Bedingungen an Israel gestellt würden, sondern der israelischen Regierung im Austausch für den Rückzug aus dem Libanon von den USA Waffenlieferungen zugesagt worden seien. Vgl. dazu den Artikel „Očerednoj fars“; PRAVDA vom 8. Mai 1983, S. 5.

⁹ Durchgehend korrigiert aus: „MLF“.

Zur Entsendung einer Multinationalen Streitmacht nach Beirut vgl. Dok. 120, Anm. 16.

dem Bombenanschlag auf die amerikanische Botschaft in Beirut¹⁰ zum Ausdruck zu bringen.

2) KSZE

Cheysson sagte, die Annahme des RM 39 rev. durch die SU¹¹ bedeute aus seiner Sicht, daß die Madrider Konferenz kurz vor dem Abschluß stehe. Er fragte Shultz nach der Meinung Washingtons. Shultz sagte, das Dokument sei noch immer inadäquat, und es bestehe ja Konsens innerhalb der 16, noch einige Änderungen durchzusetzen.¹² Im übrigen könne eine bessere sowjetische „performance“ die Atmosphäre verbessern. Es sei wichtig, jetzt zusammenzustehen. Es gehe um die Verbesserung des Textes und eine Verbesserung der sowjetischen Haltung (behaviour).¹³ Pym sagte, er habe dem sowjetischen Botschafter¹⁴, der ihn kürzlich aufgesucht habe, sehr klargemacht, daß es keine Take-it-or-leave-it-Haltung der SU geben dürfe. Die kleinen beabsichtigten Änderungen müßten verhandelbar sein. BM sagte, er habe den sowjetischen Botschafter in Bonn am Freitag in ähnlicher Weise beschieden.¹⁵ Im übrigen müsse er darauf hinweisen, daß das Dokument eine Reihe von für uns wichtigen Punkten enthalte. Im Mittelpunkt stehe in diesem Zusammenhang die KAE, die für uns sowohl in der Sache als auch im Hinblick auf den Zeitpunkt ihres Beginns von großer Bedeutung sei. Vertrauensbildende Maßnahmen in Europa auf einem Territorium bis zum Ural vereinbaren zu können, sei von großer Wichtigkeit. Die anderen für uns zentralen Bestimmungen des Dokuments beträfen die Familienzusammenführung und das Expertentreffen über Menschenrechte. Dies – und das wolle er betonen – habe der Bundeskanzler auch in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht¹⁶ und breite Zustimmung im Parlament dafür erhalten. Es sei jetzt sehr wichtig, engen persönlichen Kontakt zu halten, um den Zeitpunkt für den Abschluß festzulegen.

¹⁰ Am 18. April 1983 wurde in Beirut ein Sprengstoffanschlag auf die amerikanische Botschaft verübt, bei dem ein Teil des Gebäudes einstürzte und mehr als 40 Menschen ums Leben kamen. Zu dem Anschlag bekannte sich die Gruppe „Al Dschihad al Islami“ (Der Heilige Krieg des Islam). Vgl. dazu die Artikel „Anschlag auf Amerikas Botschaft in Beirut“ und „Beirut: 47 Todesopfer geborgen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. bzw. 20. April 1983, jeweils S. 1.

¹¹ Zur Annahme des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) durch die UdSSR am 6. Mai 1983 vgl. Dok. 129.

¹² Zu den am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 129, Anm. 12.

¹³ Zur amerikanischen Forderung nach Verbesserungen in der sowjetischen Menschenrechtspolitik vgl. Dok. 61.

Am 25. April 1983 gab Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, die Einschätzung eines Mitarbeiters der amerikanischen Botschaft in Moskau weiter: „Die kürzliche Erlaubnis für in der US-Botschaft Moskau asylierte Pfingstler, in Heimatort zurückzukehren und Ausreiseartrag zu stellen, reiche nicht aus.“ Auch eine Ausreise des sowjetischen Physikers Sacharow und „eine humanitäre Lösung im Fall Schtscharanskij sei nach seinem persönlichen Eindruck noch nicht genug“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1723; VS-Bd. 12944 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Viktor Iwanowitsch Popow.

¹⁵ Der sowjetische Botschafter Semjonow übergab Bundesminister Genscher am 6. Mai 1983 den sowjetischen Aufruf zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Vgl. dazu Dok. 129, Anm. 5.

¹⁶ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 4. Mai 1983 im Bundestag zur KSZE vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 70.

Shultz fragte Burt, wo aus amerikanischer Sicht noch Schwierigkeiten bestünden. Burt nannte die Präzisierung des KAE-Mandats. Cheysson und BM widersprachen dem unter Hinweis darauf, daß hierüber grundsätzliches Einverständnis bestehe. Burt wich daraufhin aus und sagte, im Kapitel „Information“ gehe es noch um einen neuen Textvorschlag zur Frage der Radiostörungen.¹⁷ Cheysson griff daraufhin ein und unterstrich, Abschluß der Madrider Konferenz sei¹⁸ von großer Bedeutung für die öffentliche Meinung in F. Man dürfe nicht vergessen, daß die Konferenz uns eine Plattform verschafft habe, die Situation in Polen sehr kritisch zu erörtern. Wir brauchten die Fortsetzung der Konferenz, wir brauchten aber auch ganz besonders die KAE. BM sagte, er wolle sich diesen Ausführungen mit großem Ernst auch im Namen Italiens, das hier nicht vertreten sei, anschließen. In diesem Jahr gehe es um eine zentrale strategische Entscheidung, nämlich um die eventuelle Stationierung der im Doppelbeschluß vorgesehenen Waffen. Die Durchführung obliege D, I und GB, wobei diese für I und D als Nicht-Nuklearländer vielleicht noch etwas schwieriger sei als für London. Wir müßten uns sehr hüten, in diesem Jahr nicht die in Madrid ausgehandelten Vorteile – KAE, Expertentreffen über Menschenrechte, Familienzusammenführung – preiszugeben.

Shultz fragte, ob wir uns nicht in Madrid auf ein Verhandlungspaket geeinigt hätten. BM bejahte dies, sagte jedoch, er sei erstaunt gewesen, von Burt zu hören, daß das KAE-Mandat noch nicht gesichert sei. Wir gingen von einigen anderen Änderungsvorschlägen aus, und es ginge jetzt um die politische Entscheidung, was zu tun sei, falls diese anderen Forderungen nicht durchsetzbar seien. Er könne nur dringend davor warnen, die Konferenz über Monate hinauszuziehen. Pym unterstützte diesen Standpunkt ausdrücklich und sagte, wir sollten angesichts der jetzt erfolgten sowjetischen Stellungnahme bald handeln (as quickly as we can).

3) Moskaubesuch des Bundeskanzlers

BM sagte, der Bundeskanzler und er würden am 4.7. für einige Tage die SU besuchen.¹⁹ Sie würden dabei vor allen Dingen die klare Entschlossenheit, zum Doppelbeschluß zu stehen, demonstrieren. Im übrigen weise er darauf hin, daß die Absage des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik²⁰ keine Veränderung unseres Verhältnisses zur DDR bedeute. Diese werde wohl auch in Moskau so akzeptiert.

4) Implementierung Doppelbeschluß

BM wies sodann darauf hin, daß Andropow im Spiegel-Interview stärker auf mögliche Retorsionsmaßnahmen gegenüber den USA als gegenüber uns abgehoben habe.²¹ Wie sehe man das in Washington? Cheysson warf ein, ihm ge-

¹⁷ Zu dem am 10. März 1983 von der österreichischen KSZE-Delegation vorgelegten Vorschlag vgl. Dok. 85, Anm. 17.

¹⁸ Korrigiert aus: „daß Abschluß der Madrider Konferenz sei“.

¹⁹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²⁰ Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker vgl. Dok. 123.

²¹ Im Interview mit der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ antwortete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, auf die Frage, an welche Gebiete er denke, wenn er für den Fall der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen „in vergleichbarer Nähe der USA“ ankündige: „Aus völlig verständlichen Gründen werde

genüber sei Andropow in dieser Frage sehr aggressiv gewesen²² und habe betont, daß Moskau im Falle der Stationierung auf jede Rakete und jedes Flugzeug antworten werde. Im übrigen habe er über dasselbe Thema mit dem jugoslawischen AM²³ gesprochen, der folgende mögliche sowjetische Reaktionen aufgezählt habe:

- in Zentralamerika, was er – der Jugoslawe – nicht glaube,
- in der Kamtschatka-Halbinsel und Arktiszone Stationierung von SS-20,
- Maßnahmen in Zentraleuropa, und zwar Schaffung von sowjetisch kontrollierten militärischen Zonen.

Shultz erwiderte, er gehe ohnehin davon aus, daß die Sowjets sich keine Zurückhaltung auferlegten, so wie sie es auch bisher nicht getan hätten. Er könne nur sagen, SS-20 in Zentralamerika werde es nicht geben, und das wüßten die Sowjets. Im übrigen ließen sie sich nicht bedrohen, der Präsident²⁴ schon gar nicht. Wir sollten uns nicht zu sehr beunruhigen. In der Relation zum Warschauer Pakt sei die Allianz in einer ausgezeichneten Verfassung. Es komme darauf an, stark und vernünftig zu sein. Das gelte, um es noch einmal zu sagen, auch für den Nahen Osten, wo die SU versuche, das ausgehandelte Abkommen zu torpedieren. Sie werde aber vorsichtig sein. Man wisse, daß Israel bis zu den Zähnen bewaffnet sei und auch in der Lage sein werde, die neuen Raketen in Syrien²⁵ auszuschalten. Die öffentliche Meinung in den USA stütze eine harte Haltung gegenüber der SU. Sicherlich sei man aber auch zu Vereinbarungen mit der anderen Seite bereit (here and there), aber sie müßten Substanz haben.

BM betonte nochmals, er glaube, der Druck der Sowjets auf Europa werde weniger stark sein als der auf die USA. In Moskau wisse man, daß Pressionen gegen uns den Zusammenhalt in der Allianz eher stärkten. Shultz erwähnte in diesem Zusammenhang das MX-Programm und sein Schicksal im Kongreß.²⁶ Burt sagte, es werde in dieser Frage einen harten Kampf geben. Die Bedeutung der Freeze-Resolution²⁷ solle jedoch nicht überschätzt werden. BM fragte,

Fortsetzung Fußnote von Seite 686

ich Ihnen darüber nichts sagen, dies ist ein Geheimnis.“ Die UdSSR werde schon herausfinden, wie auf eine amerikanische Stationierung zu antworten sei. Zur Rolle der Bundesrepublik hieß es in einem Text, der dem Herausgeber des „Spiegel“, Augstein, nach dem Gespräch übergeben wurde, daß es „für die Bundesrepublik selbst mit schwersten Folgen verbunden sein“ würde, „wenn das Territorium der Bundesrepublik zum Startgelände würde, von dem aus der Sowjet-Union und ihren Verbündeten ein Atomschlag versetzt werden“ könne. Vgl. die Artikel „Wir haben in Afghanistan nichts verloren“ bzw. „Wo sollen wir eigentlich nachgeben?“; DER SPIEGEL, Nr. 17 vom 25. April 1983, S. 129 und S. 140.

²² Der französische Außenminister Cheysson führte vom 16. bis 21. Februar 1983 Gespräche in Moskau. Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 30.

²³ Der jugoslawische Außenminister Mojsow hielt sich vom 5. bis 7. Januar 1983 in Frankreich auf.

²⁴ Ronald W. Reagan.

²⁵ Zu Meldungen über eine Stationierung sowjetischer Raketen des Typs „SAM-5“ in Syrien vgl. Dok. 39, Anm. 23.

²⁶ Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 125, Anm. 21.

²⁷ Zu den im amerikanischen Kongreß vorgelegten Entwürfen zu einem Freeze nuklearer Rüstungen vgl. Dok. 77, Anm. 21.

Das amerikanische Repräsentantenhaus stimmte am 4. Mai 1983 „mit großer Mehrheit (278 zu 149) für eine Resolution, die als Ziel der START-Verhandlungen mit der Sowjetunion die Herstellung eines sofortigen gegenseitigen und verifizierbaren nuklearen Rüstungsstillstandes (freeze) fordert“. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 5. Mai 1983 weiter, daß nach sechs ganztägigen

ob die Resolution durch die Administration etwa gutgeheißen werde. Er würde sich ihr schon im Interesse der Briten und Franzosen, falls eine ähnliche Resolution im Bundestag eingebracht werden sollte, mit Nachdruck widersetzen. Burt sagte, immerhin nähme die Kongreßresolution die INF-Systeme aus.

5) Britischer Wahltermin

Shultz erkundigte sich nach dem Wahltermin in London. Pym sagte, eine Entscheidung sei noch nicht getroffen. Es sähe jedoch ganz danach aus, als werde am 23. Juni gewählt, und zwar vor allem deshalb, weil der Druck in der Öffentlichkeit zunehme und die Haltung der PM²⁸ als unentschlossen ausgelegt werden könne. Falls es zu Neuwahlen am 23. komme²⁹, werde die PM sicher nach Williamsburg³⁰ kommen und außerdem auch an einen Tag, d. h. am 6. oder 7. Juni, am Europäischen Rat in Stuttgart³¹ teilnehmen. Sie würde dann ihre im Wahlkampf übliche tägliche Pressekonferenz morgens halten, direkt danach nach Stuttgart fliegen und am gleichen Abend nach London zurückkehren. Dies bedeute natürlich, daß die Begegnung in Stuttgart für sie auch vom Ergebnis her eine ganz besondere Bedeutung habe. Abgesehen von wirtschaftlichen Themen würden zwei Fragen im Wahlkampf im Vordergrund stehen: Rüstungskontrolle und das Verhältnis Großbritanniens zur Gemeinschaft.

[gez.] Schauer

VS-Bd. 12951 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 687

Debatten und einer Vielzahl von Textänderungen seit dem 13. April 1983 ein Text verabschiedet worden sei, „der Befürwortern und Gegnern des Freeze die Möglichkeit gibt, von Sieg zu sprechen; letztlich handelt es sich jedoch um einen, wenn auch eingeschränkten, Sieg der Freeze-Befürworter, die ihre Unzufriedenheit mit der Rüstungskontrollpolitik des Präsidenten deutlichen Ausdruck geben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2034; Referat 201, Bd. 125685.

Der Wortlaut der Resolution wurde von Gesandtem Wallau, Washington, mit Drahtbericht Nr. 2142/2143 vom 12. Mai 1983 übermittelt. Vgl. Referat 201, Bd. 125698.

²⁸ Margaret Thatcher.

²⁹ Botschafter Ruhfus, London, teilte am 9. Mai 1983 mit, Premierministerin Thatcher habe am selben Tag „durch ein Pressecommuniqué bekanntgeben lassen, daß am 9.6. Parlamentswahlen stattfinden werden“. Königin Elizabeth II. werde das Unterhaus „zum Ende dieser Woche auflösen“. Ruhfus berichtete weiter, daß Thatcher mehrfach öffentlich für einen späteren Wahltermin eingetreten sei, jedoch habe „sich in den vergangenen Wochen der Druck aus Kabinett, Fraktion und Partei auf Frau Thatcher, die Wahlen möglichst bald abzuhalten, erheblich verstärkt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 751; Referat 204, Bd. 135240.

³⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und 167.

³¹ Die Tagung des Europäischen Rats wurde auf den 17. bis 19. Juni 1983 verschoben. Vgl. dazu Dok. 143.

Zur Tagung in Stuttgart vgl. Dok. 185.

132

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Botschafter Burns

VS-vertraulich

10. Mai 1983¹

I. Der Bundeskanzler empfing am 10.5.1983 den amerikanischen Botschafter Burns, der eine Nachricht des amerikanischen Präsidenten zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid überbrachte.²

II. Botschafter *Burns*: Die US-Regierung halte es für unbedingt notwendig, das Dokument der Neutralen und Ungebundenen³ zu verbessern⁴, und bitte um die volle deutsche Unterstützung in dieser Frage.⁵

Washington verstehe vollkommen, warum die Bundesregierung einen baldigen Abschluß in Madrid und die Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa noch in diesem Jahr wünsche.

Präsident Reagan befinde sich in einer schwierigen Lage. Amerika sei ein Einwanderungsland, dessen Bevölkerung für die Ideale der Menschenrechte engagiert sei. Der Präsident werde kritisiert, nicht genügend für die Menschenrechte zu tun.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 13. Mai 1983 gefertigt und am 19. Mai 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen“ übermittelt. Hat Ploetz am 19. Mai 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Es ist nichts mehr zu erkennen von den Vorabinformationen!“ Hat Genscher am 27. Mai 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze resümierte am 11. Mai 1983 Informationen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Botschafter Burns am 10. Mai und teilte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl dazu mit, Kohl „habe angeordnet, daß über das Gespräch kein Protokoll zu erstellen sei“. Roßbach habe ihn trotzdem „aufgrund des bestehenden Vertrauensverhältnisses unterrichtet, aber die Bitte hinzugefügt, von dieser Unterrichtung nach außen keinen Gebrauch zu machen. Das Bundeskanzleramt bleibt bemüht, vom Bundeskanzler die Erlaubnis zur operativen Verwertung des Gesprächs zu erlangen.“ Vgl. VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

⁴ Am 11. Mai 1983 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl über eine Demarche des amerikanischen Gesandten Woessner zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die „in den Hauptstädten der 35 Teilnehmerstaaten als Reaktion auf den sowjetischen Appell“ vom 6. Mai 1983 ausgeführt worden sei: „Wesentlicher Inhalt ist der Aufruf an die Teilnehmerstaaten, durch eine konstruktive Haltung gegenüber dem letzten (gemäßigten) westlichen Paket von Verbesserungsvorschlägen dem Madrider Treffen zu einem erfolgreichen Abschluß zu verhelfen. Diese Vorschläge werden als ‚vernünftig und wesentlich für ein ausgewogenes und substantielles Übereinkommen‘ bezeichnet. [...] Die sowjetische Zustimmung zu dem revidierten Entwurf der N+N-Staaten wird begrüßt, die sowjetische Ablehnung weiterer Verhandlungen zurückgewiesen.“ Vgl. VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 11. Mai 1983: „1) Die doppelte amerikanische Demarche bei BK und im Auswärtigen Amte ist bemerkenswert, besonders vor dem Hintergrunde der Spekulationen über Meinungsverschiedenheiten und der Rolle von Burns selbst dabei (angebliches ‚commitment‘ von BK beim Hinflug nach Washington). 2) Gesprächsführung von BK ist für uns sehr hilfreich.“ Vgl. den Begleitvermerk zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Joetze vom selben Tag; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

Mit ihrer Taktik, das Dokument der Neutralen und Ungebundenen in Madrid ohne Änderungen zu akzeptieren⁶, versuche die Sowjetunion gegenwärtig in Madrid, die europäischen Verbündeten von den Vereinigten Staaten zu trennen.

Das Verständnis der westlichen Staaten untereinander sei, das Dokument der Neutralen und Ungebundenen vornehmlich im Bereich der Menschenrechte zu verbessern. Dies sei bedeutsam nicht für den Ausgang des Folgetreffens in Madrid, sondern auch für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen in Genf.⁷ Falls die USA in Madrid keine Unterstützung für die Verbesserung des Vermittlungsdokumentes der Neutralen und Ungebundenen fänden, werde es für den Präsidenten sehr schwierig sein, dieses Dokument, so wie es steht, zu akzeptieren.

Der *Bundeskanzler*: Gegenwärtig sei ganz besonders entscheidend, wie sich der Stand der Verhandlungen in Genf entwickele. Er wünsche, daß dort seriös verhandelt werde, und er habe dies klar in der Regierungserklärung am 4.5.1983 gesagt: Falls es die Verhandlungssituation erfordere, gelte für uns der Zeitplan und unser Ja zu den Pershings.⁸ Der Präsident könne in dieser Frage fest auf uns vertrauen.

Die Madrider Folgekonferenz sei wichtig, aber Vorrang hätten die Verhandlungen in Genf. Er verstehe die Position Präsident Reagans; man müsse sich jedoch in den Vereinigten Staaten klar überlegen, wo die Prioritäten lägen. Die europäischen Regierungen träten alle dafür ein, daß man in Madrid, auf dem Dokument der Neutralen und Ungebundenen aufbauend, zu einem baldigen Abschluß komme. Wenn in Europa in dieser Frage die Positionen sich auseinander entwickeln würden, dann wäre das eine sehr gefährliche Situation. Darum bleibe er bei seinem Rat an den amerikanischen Präsidenten, zu versuchen, das Dokument der Neutralen und Ungebundenen zu verbessern; anschließend sollte man nochmals miteinander sprechen, bevor in Washington die endgültige Entscheidung getroffen werde.

Die Sowjetunion habe einen sehr geschickten Schachzug gemacht. Sie werde ihn als Bereitschaft zu einem raschen Abschluß in Madrid verkaufen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß die Vereinigten Staaten isoliert würden; in einem solchen Falle nütze auch die deutsche Unterstützung wenig.

⁶ Zur Annahme des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) durch die UdSSR am 6. Mai 1983 vgl. Dok. 129.

⁷ Referat 212 vermerkte am 6. Mai 1983 über ein am Vortag übergebenes amerikanisches Non-paper zum Einfluß des KAE-Beginns auf die INF-Stationierung, daß nach amerikanischer Auffassung „diesem Gesichtspunkt für den Zeitpunkt des Abschlusses in Madrid derzeit keine Bedeutung eingeräumt werden sollte. Tatsächlich besteht die ‚Spaltung‘ in der unterschiedlichen Einschätzung hinsichtlich der Durchführung des Doppelbeschlusses: einerseits zwischen den Stationierungsländern D, GB, I und B sowie andererseits den noch zur Stationierung unentschlossenen (neuerdings nicht mehr entschieden ablehnenden) NL. Die Frage stellt sich dann, welche Länder für die Durchführung des Doppelbeschlusses wichtiger sind. Die US-Schlußfolgerung, der KAE-Beginn berühre nicht den Abschluß in Madrid, können wir nicht teilen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133439.

⁸ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 70 f.

Botschafter *Burns*: Der amerikanische Delegationsleiter in Madrid, Botschafter Kampelman, sei der Auffassung, daß die anderen europäischen Verbündeten in Madrid mitzögen, wenn die Deutschen die Amerikaner unterstützten. Die US-Regierung sei bereits sehr weitgehend Kompromisse eingegangen und habe ihre Verbesserungswünsche auf wenige Hauptforderungen reduziert.

Der *Bundeskanzler*: Er sei optimistisch, daß sich ein Erfolg in Madrid erreichen lasse. Er stehe mit den europäischen Verbündeten in Verbindung. Er sei der Auffassung, daß wir der amerikanischen Position am nächsten stünden. Wir müßten in der Tat versuchen, das Dokument der N+N wie vereinbart zu verbessern, gleichzeitig in engem Kontakt bleiben und vor einer endgültigen Entscheidung uns nochmals besprechen⁹.

In Wirklichkeit gehe es um Genf und erst in zweiter Linie um Madrid. Die Sowjetunion könne uns in Madrid nicht teilen. Der Ansatzpunkt für ein Auseinanderdividieren liege möglicherweise in Genf.

Botschafter *Burns*: Wenn es die Sowjetunion schaffe, uns in Madrid auseinanderzudividieren, dann werde sie dies als Instrument benutzen, um uns auch in Genf zu trennen.

Präsident Reagan und Außenminister Shultz befürchteten, daß die Sowjetunion, falls der Westen in Madrid nicht einig sei, einen taktischen Vorteil auch in Genf erlange und in den INF-Verhandlungen nicht kompromißbereit sein werde. Die Sowjets seien im übrigen überzeugt, daß sie den Westen in Genf auseinanderdividieren könnten. Sie glaubten, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Frage der Stationierung nicht festbleiben werde.

Der *Bundeskanzler*: Er sehe nicht, wie die Sowjetunion von einer solchen Annahme ausgehen könne. Falls sie dies aber täte, könnte sie nach der ersten Juliwoche eine solche Vermutung nicht mehr aufrechterhalten. Es handele sich, falls überhaupt, um eine sowjetische Fehleinschätzung. Die Koalition und die CDU/CSU seien in dieser Frage nicht geteilt; geteilt sei die SPD, aber inzwischen seien die Befürworter der Durchführung einer etwa notwendig werden Stationierung in der SPD in der Minderheit.

VS-Bd. 14121 (010)

⁹ Korrigiert aus: „sich nochmals zu besprechen“.

133

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kanadischen Außenminister MacEachen

10. Mai 1983¹

Gespräch des Bundesministers mit dem kanadischen AM MacEachen am 10.5. 1983 von 12.30 bis 14.30 Uhr (zum Teil während des Mittagessens)²

Bei dem Gespräch zwischen dem Bundesminister und AM MacEachen nahmen außerdem teil Staatsminister Lapointe und der kanadische Geschäftsträger Mitchell sowie D4³ und Dg20⁴.

1) Die Suspendierung des Fischereiabkommens mit der EG durch Kanada⁵

MacEachen führte aus, das Fischereiabkommen mit der EG sei kanadischerseits unter der Voraussetzung abgeschlossen worden, einen verbesserten Zugang zum europäischen Markt und die entsprechenden Zollerleichterungen zu erhalten. Die Aufteilung der EG-Marktkontingente für 1982 für kanadische Fischereiprodukte habe dem nicht entsprochen. Allerdings erkenne man an, daß gerade die Bundesregierung sich für eine Verbesserung der Aufteilung der EG-Marktkontingente für kanadische Fischereiprodukte für das Jahr 1983 eingesetzt habe und diese auch zustande gekommen sei.⁶

BM und D4 wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß kanadischerseits keinerlei Grund für die Vorenthaltung der Kabeljau-Lizenzen für deutsche Fischer⁷ bestanden hätte. Die Aufteilung der Marktkontingente hätte eine kanadische Vertragsverletzung nicht rechtfertigen können.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 10. Mai 1983 gefertigt und am selben Tag dem Ministerbüro „mit der Bitte übersandt, die Zustimmung des Herrn Bundesministers einzuholen“.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 13. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz vermerkte: „1) Soll das BM noch vorgelegt werden? Ich würde es nicht für nötig halten. 2) Dann ggf. Umlauf 010.“

Hat Ploetz am 13. Mai 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178877.

² Der kanadische Außenminister MacEachen hielt sich am 9./10. Mai 1983 anlässlich des Besuchs des Generalgouverneurs von Kanada, Schreyer, vom 9. bis 14. Mai 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 56; Referat 012, Bd. 124454.

³ Per Fischer.

⁴ Hans Schauer.

⁵ Für den Wortlaut des Fischereiabkommens vom 30. Dezember 1981 zwischen der EWG und der Regierung Kanadas vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 379 vom 31. Dezember 1981, S. 54–63.

Zur kanadischen Weigerung, den EG-Mitgliedstaaten für 1983 Fanglizenzen zu erteilen, vgl. Dok. 37, Anm. 13.

⁶ Referat 411 legte am 3. Februar 1983 dar, daß Großbritannien sich für 1983 zur Aufnahme von 52 % der kanadischen Kabeljau-Exporte in die Europäischen Gemeinschaften bereit erklärt habe, nachdem die Bundesrepublik „Zugeständnisse auf anderen Gebieten gemacht hatte (Zugang vor Helgoland, Verzicht auf Zugang zu schottischer Küste, 1000 t Kabeljau vor Grönland)“. Vgl. Referat 411, Bd. 131270.

⁷ Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die kanadische Regierung zur Freigabe der Jahresquote für den Kabeljau-Fang der EG-Mitgliedstaaten und zur Erteilung entsprechender Fanglizenzen an die Hochseefischerei der Bundesrepublik zu bewegen, vgl. Dok. 37, Anm. 14 und 15.

MacEachen erwähnte das Problem der Kompensation für die Kontingentaufteilung für 1982⁸, sagte jedoch zu, den Vorschlag der Kommission⁹ zu prüfen. *BM* betonte die Notwendigkeit, die Restlizenzen für die deutschen Fischer so rasch wie möglich zu erhalten. *MacEachen* sagte zu, die Angelegenheit sobald wie möglich zu erledigen, wies jedoch darauf hin, daß hierbei die Mitwirkung anderer Ministerien notwendig sei.

D4 erläuterte kurz, daß eine Kompensation für 1982 nicht in Frage kommen könne, vielmehr jetzt der Vorschlag der Kommission gelten müsse, in der Zollfrage (Zusammenfassung der Zollkontingente) jedoch ein Entgegenkommen möglich sein werde. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, daß für die Briten eine Lieferung der verarbeiteten Fischprodukte an den Endverbraucher nicht akzeptabel sei.

Nach einer kurzen Erörterung der Lage der deutschen Fischerei und der bevorstehenden Wahlen in Bremen am 25.9.¹⁰ sowie der Feststellung, daß die nächste für uns wichtige Fangsaison im August/September sei, bestätigte *MacEachen* nochmals, daß man sich kanadischerseits um eine möglichst baldige Freigabe der Lizenzen bemühen werde.

2) Robben-Frage

MacEachen betonte die kanadische Enttäuschung über die europäische Haltung zum Robbenschlagen.¹¹

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann vermerkte am 21. Februar 1983, daß die kanadische Regierung den Schaden durch die Aufteilung der Kontingente unter den EG-Mitgliedstaaten auf 14 Mio. kanadische Dollar beziffere: „Kanada habe außerdem gefrorene Kabeljaufilets zum vollen Zollsatz von 15 % nach GB exportieren müssen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131270.

Am 4. März 1983 teilte der kanadische Fischereiminister De Bané mit: „The European Economic Community will not be allowed to continue fishing cod off Canada's East Coast in 1983 unless the EEC agrees to compensate the Canadian industry for losses incurred because of the EEC's non-compliance with conditions of its Long Term Fisheries Agreement with Canada, and unless satisfactory arrangements can be made regarding administration of the Agreement in 1983. Meanwhile, the Community's fishing allocations of cod for this year will be reduced to 10 600 tonnes, down from 16 000 tonnes in 1982. [...] The Minister said that licences to fish these allocations will be granted only if the EEC accepts that compensation is due to Canada for 1982.“ Vgl. die Pressemitteilung; Referat 411, Bd. 131270.

⁹ In Gesprächen mit kanadischen Vertretern am 22./23. März 1983 in Brüssel setzte sich die EG-Kommission für eine Paketlösung ein: „Danach sollte kanadische Regierung den Wünschen der EG betreffend das Verfahren für die Erteilung von Fanglizenzen, die Festsetzung von Tagesfangraten und Umrechnungskoeffizienten, Zahl der Beobachter an Bord sowie Kontrollen der kanadischen Fischereiaufsicht entgegenkommen.“ Im Gegenzug sei die EG-Kommission bereit, zur Kompensation für die Ausfälle beim kanadischen Export von Fischereiprodukten 1982 „dem Rat die Zusammenlegung der beiden Zollkontingente für tiefgefrorene Kabeljaufilets (zu 4 % und 6 %) zu 4,5 % vorzuschlagen (gewogenes Mittel wären 5,2 %) sowie Erleichterungen bei den Bestimmungen über die Verwertung der Ware durch Zulassung kleinerer Gebinde“. Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 28. April 1983; Referat 411, Bd. 131270.

¹⁰ In Bremen fanden am 25. September 1983 Wahlen zur Bürgerschaft statt.

¹¹ Zum geplanten Verbot der Einfuhr von Jungrobbenfellen in die EG zum 1. März 1983 vgl. Dok. 9, Anm. 23.

Mit Schreiben vom 6. Dezember 1982 an Bundesminister Genscher gab der kanadische Außenminister *MacEachen* die Sorge über das geplante Verbot Ausdruck: „The proposed ban would create significant economic hardship for many isolated communities in Newfoundland and parts of Quebec and also affect Inuit hunters in the Canadian North. Those who benefit from it have no way of replacing the income they derive from sealing by other means“. Die Robbenjagd in Grönland solle ebenso vom Verbot ausgenommen sein wie diejenige in Schottland: „This raises questions about the Commission's defence on the grounds of public morality and implies no small measure of inconsistency.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

BM entgegnete, eine größere Flexibilität Kanadas in dieser Frage würde die EG-Richtlinie¹² eventuell überflüssig machen.

D4 sagte auf entsprechende kanadische Frage, am besten sei es, Kanada folge dem Grönland-Modell, d. h. schlage keine Jungrobben mehr, sondern nur erwachsene Tiere, was allerdings andere Fangzeiten bedingen würde.

BM erläuterte die Tragweite der Emotionen der deutschen Bevölkerung in dieser Frage.¹³ Der Widerstand gegen das kanadische Vorgehen sei in sämtlichen politischen Gruppierungen zu Hause. Anschließend wurde die Marktlage für Robbenfelle erörtert und festgestellt, daß sich der Käufermarkt nicht nur für Jungrobbenfelle, sondern auch für die erwachsenen Tiere sehr vermindert habe. Abschließend sagte *MacEachen*, der nochmals die Enttäuschung der Kanadier – und zwar nicht nur der Fischer – über die in ihren Augen unfaire Haltung der Europäer äußerte, gleichzeitig aber die Schlacht für „verloren“ erklärte, die kanadische Regierung werde keinesfalls die Frage der Fischlizenzen mit derjenigen der Robbenfell-Einfuhr koppeln.¹⁴

3) EXPO 86 Vancouver

Lapointe fragte nach unserer Haltung. *BM* sagte, er stehe dem Projekt wohlwollend gegenüber. *D4* erläuterte, wir planten, auf der Weltausstellung durch eine gemeinsame Präsentation der EG vertreten zu sein.¹⁵

4) Projekt einer deutsch-kanadischen Konferenz über industrielle Zusammenarbeit¹⁶

D4 erläuterte die deutsche Haltung und sagte, daß sowohl BDI als auch DIHT

¹² Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister verabschiedete am 28. März 1983 eine Richtlinie, mit der sich die EG-Mitgliedstaaten verpflichteten, die gewerbliche Einfuhr von Jungrobbenfellen zu unterbinden. Sie sollte vom 1. Oktober 1983 bis 1. Oktober 1985 Anwendung finden, sofern nicht der EG-Rat aufgrund eines von der EG-Kommission zum 1. September 1983 vorzulegenden Berichts zu einer anderen Einschätzung gelangte. Die EG-Kommission wurde ersucht, mit den betroffenen Staaten weiterhin nach Lösungen zu suchen, „die eine Importbeschränkung entbehrlich machen“. Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 91 vom 9. April 1983, S. 30 f.

¹³ Bundeskanzler Kohl erläuterte dem Generalgouverneur von Kanada, Schreyer, am 10. Mai 1983, zum Interesse der Öffentlichkeit an der Robbenfrage: „Er habe nach einer Fernsehsendung im Dezember 35 000 Briefe innerhalb von 14 Tagen erhalten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135223.

¹⁴ Nach Verhandlungen vom 3. bis 5. August 1983 in Ottawa zwischen der EG-Kommission und der kanadischen Regierung teilte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 10. August 1983 mit, daß zwar „deutliche Fortschritte“ hinsichtlich der strittigen Fischereifragen erzielt worden seien, nachdem die EG-Kommission den kanadischen Wünschen u. a. nach Beibehaltung der EG-internen Aufteilung der Zollkontingente für die restliche Laufzeit des Fischereieabkommens bis 1987 entgegengekommen sei. Jedoch hätten die kanadischen Vertreter „unmißverständlich deutlich“ gemacht, „daß kanadische Regierung der EG für die Herbst-Saison keine Fanglizenzen zusagen könne, wenn gleichzeitig damit zu rechnen sei, daß EG ab 1. Oktober d. J. das Einfuhrverbot für Jungrobbenfelle in Kraft treten lasse.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131270.

¹⁵ Der Generalgouverneur von Kanada, Schreyer, legte im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 10. Mai 1983 dar, eine „Reihe von Ländern, an deren Beteiligung Kanada interessiert sei“, habe darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht an der für 1986 vorgesehenen Weltausstellung EXPO in Vancouver teilnehmen werde. Kohl bekräftigte daraufhin, die Bundesregierung werde sich „an der Ausstellung im Gemeinschaftsrahmen beteiligen, sozusagen unter einem europäischen Dach. Er wolle sich selbst um die Ausstellung kümmern.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135223.

¹⁶ Überlegungen zu einer Konferenz über industrielle Zusammenarbeit wurden von Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Trudeau am 29. Juli 1982 in Ottawa angestellt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 223.

grundsätzlich bereit seien und es jetzt darauf ankomme, daß die kanadische Seite ihre verantwortlichen Repräsentanten für dieses Treffen benenne, um das Projekt hier in der Bundesrepublik mit den zuständigen Stellen zu erörtern. Als Zeitpunkt schlage er das Jahr 1984 vor, damit genügend Zeit für die Vorbereitung der Konferenz bleibe. D4 wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, die Praxis der kanadischen Investitionskontrollbehörde (FIRA), die Investitionen abgeschreckt habe¹⁷, noch weiter aufzulockern. Dies gelte auch für die nationale Energiepolitik (NEP) Kanadas.¹⁸ *MacEachen* wies darauf hin, daß sich die Praxis der FIRA bereits gebessert habe.¹⁹

5) Asbest-Export

MacEachen unterstrich die Bedeutung des Asbest-Exports nach Europa.²⁰ *BM* und *D4* wiesen darauf hin, daß der Import aus Gesundheitsgründen stark zurückgegangen sei und inzwischen fast bei allen Verarbeitungsprozessen Ersatz für Asbest vorhanden sei.

6) *MacEachen* lud *BM* sehr herzlich zu einem Besuch Kanadas ein.

7) Bilaterale Energie-Kooperation²¹

Lapointe unterstrich das kanadische Interesse an einer Verstärkung der Energie-Kooperation zwischen beiden Ländern. *D4* betonte, daß auch wir auf diese Kooperation großen Wert legten, die allerdings wohl erst in den 90er Jahren wirklich zum Tragen kommen werde.

¹⁷ Die Sorge der Bundesregierung über die Auswirkungen der Genehmigungspraxis der „Foreign Investment Review Agency“ (FIRA) auf Investitionsvorhaben von Unternehmen aus der Bundesrepublik in Kanada war bereits Thema des deutsch-kanadischen Regierungsgesprächs am 17. Juli 1981 in Ottawa. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 206.

Am 9. Mai 1983 berichtete Gesandter Raster, Ottawa, daß seit Inkrafttreten des kanadischen Investitionsüberwachungsgesetzes 1974 zwar 90 % der gestellten Anträge von Unternehmen aus der Bundesrepublik auf Übernahme kanadischer Betriebe oder Neugründungen in Kanada genehmigt worden seien; jedoch sei eine erhebliche Zahl von Anträgen zurückgezogen worden. Beanstandet würden von den Unternehmen „das (nach wie vor) bürokratische, zum Teil undurchsichtige Genehmigungsverfahren“, die „umständliche und restriktive Haltung“ der Einwanderungsbehörden und die restriktive Informationspolitik der FIRA: „Auf der anderen Seite wird das kanadische Bemühen anerkannt, über die Anträge schneller zu entscheiden [...] und das Verfahren in geeigneter Weise zu vereinfachen (Antragsverfahren).“ Vgl. die Kurzfassung des Schriftberichts Nr. 382; Referat 411, Bd. 131153.

¹⁸ Über das im Oktober 1980 verkündete „National Energy Program“ vermerkte das Bundesministerium für Wirtschaft am 6. Juli 1981, es ziele auf die „Kanadisierung der kanadischen Energiewirtschaft“ ab: „Dieses Programm mit seinen wirtschaftsnationalistischen Zügen in Verbindung mit der relativ restriktiven Gesetzgebung für Auslandsinvestitionen in Kanada dürfte die Kooperationsmöglichkeiten zwischen EG und Kanada erheblich beeinträchtigen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131151.

¹⁹ Botschafter Strätling, Ottawa, teilte am 27. Juni 1983 mit, daß die kanadische Regierung ein vereinfachtes Verfahren bei der Genehmigung von Auslandsinvestitionen beschlossen habe, das am 2. Juli 1983 in Kraft trete. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 503; Referat 411, Bd. 131153.

²⁰ Kanada war der weltweit zweitgrößte Exporteur von Asbest. Vgl. dazu den Bericht der gemeinsamen Kommission Kanada – EG vom 6. Juli 1981; Referat 411, Bd. 131151.

In Beantwortung eines Schreibens des kanadischen Außenministers MacGuigan vom 2. Juni 1982 wies Bundesminister Genscher dessen Amtsnachfolger *MacEachen* am 18. Oktober 1982 auf die Gefährdung durch Asbest und die Vorschriften auf dem Gebiet des Arbeits- und Umweltschutzes hin. Er hob außerdem hervor, „daß der Rückgang der Asbesteinfuhren aus Kanada zu einem beträchtlichen Teil auf das Nachlassen der Bautätigkeit in Deutschland zurückzuführen“ sei. Vgl. Referat 415, Bd. 132153.

²¹ Eine bilaterale Energie-Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Kanada wurde von Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Trudeau am 29. Juli 1982 in Ottawa erörtert und die Vorbereitung einer Konferenz für 1983 vereinbart. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 223.

8) Ost-West- und andere internationale Fragen

BM sagte unter Hinweis auf sein Gespräch am Morgen mit dem Generalgouverneur²², das N+N-Dokument²³ sei eine gute Basis, wenn auch verbesserungsbedürftig. Er überlege, ob er nicht als Präsidentschaft²⁴ jetzt an die N+N-Staaten herantreten solle, um deren Unterstützung für die Änderungsvorschläge²⁵ zu erhalten. Auf jeden Fall müsse die Zeit genutzt werden, um zu einem Abschluß zu kommen. Warte man damit bis zum Herbst, könnte man in diesem Jahr des Doppelbeschlusses neue Gefahren heraufbeschwören. Der Sowjetunion müsse deutlich gemacht werden, daß man über die maßvollen Änderungsvorschläge jetzt eine konstruktive Diskussion führen müsse.

Er sehe diese Frage im Gesamtzusammenhang der Ost-West-Beziehungen, wobei er glaube, daß der sowjetische Druck eher gegenüber den USA als gegenüber Europa zunehmen werde. Er glaube, daß die Sowjetunion in Zentralamerika ihren Hebel ansetzen werde. Das Spiegel-Interview mit Andropow²⁶ zeige, daß die Sowjetunion adäquat auf eine eventuelle Stationierung reagieren wolle. Wichtig sei, daß die Sowjetunion ihr Ziel, Europa und Amerika voneinander zu trennen, nicht erreiche.

In der Sowjetunion habe nicht nur ein Personenwechsel, sondern auch ein Führungswechsel stattgefunden²⁷, der eventuell auch neue Kräfteverhältnisse bedinge. Der Westen dürfe das Ost-West-Verhältnis nicht nur militärisch sehen. Unsere Sicherheit hänge auch vom Verhältnis zu anderen Staaten der Welt ab, z.B. sei die Pflege der Beziehungen zur VR China, aber auch zu den ASEAN-Staaten und denen des Nahen Ostens und Afrika von Bedeutung.

BM erläuterte kurz unser Verhältnis zur VR China und zu Israel. Unsere besondere Verantwortung für Israel bedeute allerdings nicht, daß wir alles billigten, was dort geschehe. 1974 seien wir die ersten gewesen, die in den VN das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser anerkannt hätten.²⁸ Im übrigen arbeite die Zeit nicht für Israel. Noch sei Ägypten gemäßigt, aber werde der nächste Präsident nach Sadat und Mubarak das auch noch sein? Werde Jordanien nach Hussein weiter zu den gemäßigten Staaten zählen? Die Sowjetunion dürfe nicht in den Friedensprozeß einbezogen werden, da sie an einer friedlichen Lösung nicht interessiert sei. Im übrigen sei das Nahost-Problem nicht gegen die Araber lösbar, das zeige sich gerade jetzt wieder an der syrischen Haltung zum Abkommen zwischen Israel und Libanon.²⁹ Die Lösung für das Nahost-Problem könne nur auf der Basis einer friedlichen Einigung und einer substan-

²² Edward Richard Schreyer.

²³ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

²⁴ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²⁵ Zu den am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 129, Anm. 12.

²⁶ Zum Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 25. April 1983 vgl. Dok. 131, Anm. 21.

²⁷ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU am 12. November 1982 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

²⁸ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

²⁹ Zur syrischen Haltung zu einem israelisch-libanesischen Abkommen vgl. Dok. 131, Anm. 4.

tiellen wirtschaftlichen Hilfe für die Staaten der Region gelöst werden. Keinesfalls könne es ohne die Palästinenser geregelt werden.

MacEachen sagte, er stimme den Ausführungen des BM zur KSZE zu. Wenn er es recht verstehe, gehe es jetzt um einen Abschluß eher in Wochen als in Monaten. *BM* stimmte zu.

MacEachen fragte, wie wir die amerikanische Haltung in Zentralamerika beurteilten und ob wir nicht auch der Auffassung seien, daß die Vereinigten Staaten sich etwas zu stark dort engagierten. Sicherlich seien die dortigen Probleme nicht militärisch zu lösen, sondern eher durch wirtschaftliche, soziale und politische Maßnahmen.

BM stimmte zu und sagte, man habe in der Vergangenheit einiges versäumt. Je länger Rechtsdiktaturen andauerten, desto stärker gehe die Entwicklung in Richtung Linksdiktaturen. Im übrigen gehe es auch dort um die Geltendmachung der eigenen Identität gegenüber der Großmacht. Schon deshalb sei er für regionale Zusammenschlüsse und Lösungsvorschläge, die aus der Region kämen. An uns sei es dann, wirtschaftlich zu helfen. Keinesfalls wollten wir, daß in der Nachbarschaft der USA sowjetischer Druck ausgeübt werde. Insofern seien die amerikanischen und unsere Interessen identisch. Er habe nach dem Umsturz in Portugal³⁰ Kissinger und den damaligen portugiesischen Außenminister Antunes zusammengebracht.³¹ Dieses Gespräch habe seinerzeit Kissinger die Augen für die portugiesischen Verhältnisse geöffnet, Verständnis für unsere damalige Haltung, die auf eine Unterstützung der Gewerkschaften und der demokratischen Parteien gerichtet gewesen sei, hervorgebracht, den Gedanken einer eventuellen militärischen Intervention verschwinden lassen und eine Wende der amerikanischen Politik zustande gebracht.³² Auch in Zentralamerika sei sicherlich der Ansatz, die demokratischen Strukturen zu festigen und Wirtschaftshilfe zu geben, der richtige. Außer auf dem Feld der Waffenlieferungen seien wir dem Kommunismus auf allen Gebieten überlegen. Deshalb sollten wir mit ihm nicht bei den Waffenlieferungen, sondern nur auf den anderen Feldern konkurrieren. Unsere Wertvorstellungen und unsere Wirtschaftskraft

³⁰ Am 25. April 1974 stürzte das portugiesische Militär unter Führung des früheren stellvertretenden Generalstabschefs de Spínola die Regierung unter Ministerpräsident Caetano und ersetzte sie durch eine von der „Bewegung der Streitkräfte“ getragene Militärjunta, die „Junta der Nationalen Errettung“. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 136.

Im Verlauf des Jahres 1974 kam es mehrfach zu Regierungskrisen, in deren Folge de Spínola am 28. September 1974 als Präsident der „Junta der Nationalen Errettung“ und damit als Präsident der Republik zurücktrat. Am 11. März 1975 scheiterte ein Putschversuch von Teilen der Streitkräfte unter seiner Leitung; die innenpolitische Situation in Portugal blieb instabil. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 48, Dok. 55 und Dok. 60.

³¹ Im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 20. Mai 1975 auf Schloß Gymnich regte Bundesminister Genscher ein Treffen mit dem portugiesischen Außenminister Melo Antunes an, der sich vom 19. bis 21. Mai 1975 in der Bundesrepublik aufhielt. Kissinger kam noch am selben Tag mit Melo Antunes auf Schloß Gymnich zusammen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 129.

³² Die Bundesregierung warb im Frühjahr 1975 bei der amerikanischen Regierung für eine Unterstützung der politischen Parteien in Portugal sowie für Wirtschaftshilfe mit dem Ziel, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Portugals zu vermeiden und das Interesse an einer Zusammenarbeit mit den EWG-Mitgliedstaaten, der NATO und den USA aufrechtzuerhalten. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 75 und Dok. 91.

Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 20. Mai 1975 auf Schloß Gymnich äußerte der amerikanische Außenminister Kissinger, daß die USA ihr Hilfsprogramm für Portugal fortführen würden, obwohl er diese Politik „für einen Fehler für uns alle halte“. Vgl. AAPD 1975, I, Dok. 126.

seien genügend starke Anziehungspunkte für die andere Seite. Der BM erläuterte gerade den letzten Punkt anhand einer Reihe von Beispielen des Verhaltens der Deutschen in der DDR.

Williamsburg³³: BM unterstrich, daß es auf dem Siebener-Gipfel keine Auseinandersetzungen über die West-Ost-Wirtschaftsproblematik geben solle. *MacEachen* fragte, ob nicht in Williamsburg zwischen den USA und Frankreich andere Spannungen aufkommen könnten, z. B. die Auseinandersetzungen über die amerikanische Hochzinspolitik. *D4* sagte, hier läge in der Tat ein Problem, das hauptsächlich durch die binnenwirtschaftliche Situation in Frankreich bedingt sei. Im übrigen werde sicherlich die Nord-Süd-Problematik nicht ganz einfach abzuhandeln sein, falls die Vereinigten Staaten in dieser Frage im Hinblick auf UNCTAD VI³⁴ keine flexiblere Haltung als bisher einnehmen. *D4* erwähnte in diesem Zusammenhang die Stabilisierung der Exporterlöse der Entwicklungsländer³⁵ sowie die Haltung Washingtons gegenüber internationalen Institutionen wie der IDA.³⁶

Referat 010, Bd. 178877

³³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

³⁴ Zur sechsten VN-Konferenz für Handel und Entwicklung vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad vgl. Dok. 208.

³⁵ Ministerialdirektor Fischer legte Staatssekretär Lautenschlager am 13. Dezember 1982 eine Aufzeichnung „Überlegungen zu einem neuen System der Exporterlösstabilisierung im Rohstoffbereich“ vor und sprach sich dafür aus, die am 1. Januar 1983 beginnende EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik dafür zu nutzen, „unseren Vorschlag von 1977 für ein weltweites System der Exporterlösstabilisierung zu aktualisieren und erneut in die rohstoffpolitische Diskussion im Vorfeld der UNCTAD VI einzubringen“. In der Aufzeichnung wurde u. a. argumentiert: „Weit über 50 EL beziehen mehr als die Hälfte ihrer Deviseneinnahmen aus dem internationalen Handel mit ein oder zwei Rohstoffen (ohne Öl). Der drastische Verfall der Rohstoffpreise in den letzten Jahren hat die Situation dieser Länder in besorgniserregender Weise verschlechtert.“ Hilfe durch Maßnahmen der Preisstabilisierung stoße „nicht nur auf ordnungspolitische Bedenken. Auch die Erfahrungen mit den bestehenden Rohstoff-Übereinkommen zeigen, wie hindernisreich es ist, funktionsfähige Übereinkommen auszuhandeln, mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten und bei Ungleichgewichten gegen die Marktkräfte durchzusetzen.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133753.

Am 26. Mai 1983 wies Fischer die Botschaft in Washington an, dem amerikanischen Außenminister Shultz ein beigefügtes, neun Punkte umfassendes Modell kurz zu erläutern: „Deutsche Überlegungen sind bereits in EG und OECD eingeführt.“ Argumentiert werden könne damit, daß die amerikanische Regierung bislang ebenfalls skeptisch gegenüber preisstabilisierenden Abkommen gewesen sei: „Erlösstabilisierung ökonomisch richtiger Ansatz [...]. Gesamtkosten können durch Plafondierung unter entsprechender Gestaltung von Abhängigkeits- und Auslöseschwellen unter Beschränkung der Erstattung auf bestimmte Prozentsätze begrenzt werden.“ Ein solches System wäre eine „weitreichende politische Geste des Westens“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 3249; Referat 402, Bd. 133753.

³⁶ Der Gouverneursrat der International Development Agency (IDA) beschloß im März 1980 die sechste Auffüllung der Kreditmittel für den Zeitraum vom 1. Juli 1980 bis 30. Juni 1983 mit einem Volumen von 12 Mrd. Dollar. Vortragender Legationsrat I. Klasse Dingens erläuterte am 22. September 1982, daß diese Summe in drei Jahresraten „als Verpflichtungsermächtigungen für Darlehenszusagen zur Verfügung gestellt werden“ sollte: „Entgegen dieser Vereinbarung stellten die USA, die mit einem Anteil von 27 % größter Geber sind, jedoch nur deutlich geringere Beträge zur Verfügung und kündigten gleichzeitig an, ihren gesamten Beitrag nicht in den vorgesehen drei, sondern in vier Jahren zu erbringen.“ Vgl. den Schrifterlaß; Referat 400, Bd. 144124.

Im Mai 1983 führte Referat 400 aus, es zeichne sich ab, daß die USA diese Frist „um ein weiteres Jahr strecken werden. Für eine fristgerechte Abwicklung wären für 1983 amerikanische Beiträge von US-\$ 945 Mio. und für 1984 von US-\$ 1095 Mio. erforderlich gewesen. Statt dessen hat der Kongreß für 1983 nur US-\$ 700 Mio. bewilligt, mithin US-\$ 245 Mio. weniger als erforderlich.“ Dies würde bedeuten, daß die USA 1984 1,34 Mrd. Dollar bereitstellen müßten, was kaum als realistisch erscheine. Botschafter Hermes, Washington, habe Anfang März 1983 bereits im Auftrag der Europäischen Gemeinschaften bei der amerikanischen Regierung die fristgerechte Erfüllung der Bei-

134

Ministergespräch mit Bundeskanzler Kohl**VS-vertraulich****11. Mai 1983¹**

Vermerk über das Ministergespräch zur Vorbereitung des Europäischen Rates in Stuttgart (Mittwoch, 11. Mai)²

1) Teilnehmer: Bundeskanzler, BM Genscher, BM Dr. Zimmermann, BM Dr. Stoltenberg, PStS Grüner, BM Kiechle, PStS Vogt, PStS Dr. Probst, BM Dr. Wilms, StM Dr. Mertes, StS Prof. Dr. Schreckenberger.

2) Der *Bundeskanzler* eröffnet mit Überlegungen zum Termin des Europäischen Rates nach Ankündigung des Datums für die Wahlen in GB.³

BM *Genscher* führt das Papier der Arbeitsgruppe der Europa-Staatssekretäre⁴ ein:

Das zentrale Problem sei die Finanzfrage in Verbindung mit dem britischen Ausgleichsanspruch⁵ und der Erweiterung⁶. Er verweist darauf, daß das System der eigenen Einnahmen⁷ an seine Grenze gelange. Reformen seien notwendig wie auch eine grundsätzliche Öffnung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 698

tragsverpflichtungen angemahnt. Hoffnungen dafür bestünden nur, „wenn Reagan persönlichen Einfluß beim Kongreß geltend macht, damit Mittel bewilligt werden“. Vgl. die von Vortragendem Legationsrat Oestreich am 17. Mai 1983 vorgelegte Aufzeichnung; Referat 400, Bd. 144067.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von den Ministerialdirigenten Zeller und Thiele, Bundeskanzleramt, gefertigt.

² Das Gespräch fand auf Wunsch des Bundesministers Genscher statt, der Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 3. Mai 1983 bat, „die hauptsächlich beteiligten Minister zu einem Gespräch einzuladen“. Die Vorarbeiten einer vom Staatssekretärausschuß für Europafragen eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe seien „inzwischen so weit gediehen, daß ein Optionenpapier über die von der Bundesregierung zu treffenden Entscheidungen erstellt werden konnte. Im Hinblick auf den nahen Termin des Europäischen Rats (6./7. Juni 1983) besteht ein dringender Entscheidungsbedarf, damit wir auch als Präsidentschaft auf der Grundlage klarer Positionen mit dazu beitragen können, daß Stuttgart ein Erfolg für die Europäische Gemeinschaft wird.“ Vgl. Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl.

³ Zur Bekanntgabe des Termins für Neuwahlen zum britischen Unterhaus für den 9. Juni 1983 vgl. Dok. 131, Anm. 29.

Die ursprünglich für den 6./7. Juni 1983 geplante Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart wurde daraufhin auf den 17. bis 19. Juni 1983 verschoben. Vgl. dazu Dok. 148.

⁴ In der Sitzung des Staatssekretärausschusses für Europafragen am 25. März 1983 legten die Vertreter des Auswärtigen Amts dar, daß bei der Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart die Jugendarbeitslosigkeit, der Binnenmarkt, die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und „das Thema ‚EG-Finanzierung‘ behandelt werden“ sollten, in diesem Zusammenhang auch der britische Beitrag dazu. Für ein Ministergespräch „etwa Ende April [...] müßte ein Optionspapier vorliegen. Hierfür sei ein Vorbereitungsgremium unterhalb der Europa-Staatssekretäre zu schaffen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 410, Bd. 130374.

Das Papier wurde in der Sitzung des Staatssekretärausschusses am 6. Mai 1983 erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 410, Bd. 130374.

⁵ Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

⁶ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 78, Anm. 12, und Dok. 126, Anm. 21.

⁷ Zur Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften aus Eigeneinnahmen vgl. Dok. 11, Anm. 26.

Eine Erhöhung der eigenen Einnahmen vor der Erweiterung sei ausgeschlossen. Die Notwendigkeit einer politischen Öffnung in Stuttgart sei nicht zu bestreiten, da sonst die weitere Entwicklung der Gemeinschaft blockiert werde und wir nicht diskussionsfähig seien. Damit seien aber der Abbau der Haushaltsungleichgewichte – und zwar auch des deutschen – sowie eine Verringerung der Agrarausgaben⁸ zu verbinden.

Der *Bundeskanzler* will die Diskussion auf die Finanzfrage konzentrieren.

Er stellt vorab Übereinstimmung fest, daß die zuständigen Ressorts den ER entsprechend dem Papier der Arbeitsgruppe zu den einzelnen Punkten vorbereiten werden.

Er eröffnet sodann die Aussprache über die Finanzfrage. Sie soll im einzelnen nicht protokolliert werden.

An der Aussprache beteiligten sich die Bundesminister Dr. Stoltenberg, Kiechle und Genscher.

Übereinstimmung besteht darüber, daß die neuesten Vorschläge der Kommission zur Finanzfrage⁹ hinter den Erwartungen zurückbleiben und daß sie im übrigen zu knapp vor dem Europäischen Rat vorgelegt wurden.

BM Dr. Stoltenberg führt im Zuge seines Beitrags das in der Anlage beigefügte Papier¹⁰ ein. Er verweist auf die Grenzen, die die mittelfristige Finanzplanung dem Bundeshaushalt setzt.¹¹

Er betont nachdrücklich die Notwendigkeit strikter und rascher Ausgabenbegrenzung, insbesondere im Agrarbereich. Die Andeutung einer Öffnung bei den

⁸ Zur Diskussion über die Agrarpreise auf den EG-Ratstagungen auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 21. April und am 27./28. April 1983 in Brüssel vgl. Dok. 118, Anm. 15.

⁹ Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Ministerrat am 6. Mai 1983 die Aufzeichnung „Die künftige Finanzierung der Gemeinschaft – Vorschlag für einen Beschluß über die eigenen Mittel“. Sie bekräftigte darin die „Auffassung, daß die Mehrwertsteuer auf absehbare Zeit das Rückgrat der Finanzautonomie der Gemeinschaft bleiben soll. Sie schlägt daher vor, daß die derzeit für die Mehrwertsteuer geltende Obergrenze von 1 % abgeschafft und die Haushaltsbehörde der Gemeinschaft ermächtigt wird, von nun an Mehrwertsteuereigenmittel über diese Grenze hinaus zu erheben“, nämlich bis zu einem Satz von 1,4 %. Die EG-Kommission plädierte zudem für eine Diversifizierung der Einnahmen, etwa für eine „Steuer auf den nichtindustriellen Energieverbrauch“ zur Verwirklichung der Ziele der Europäischen Gemeinschaften im Energiebereich und dafür, die „Anomalie abzubauen, die darin besteht, daß Zölle auf EGKS-Erzeugnisse nicht zu den Eigenmitteln der Gemeinschaft gehören“. Vgl. Referat 412, Bd. 130466.

Für den Wortlaut des Vorschlags für einen Ratsbeschluß, der der Mitteilung der EG-Kommission beigefügt war, vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 408–410.

¹⁰ Dem Vorgang beigefügt. Im „Entwurf für Schlußfolgerungen des Europäischen Rates (ER) in Stuttgart zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft“ wurde ein „Dringlichkeitsprogramm zur Stabilisierung der Gemeinschaftsfinanzen und zur Verbesserung der Ausgabenstruktur einschließlich des Abbaus von Unausgewogenheiten im Haushalt“ gefordert. Erforderlich seien eine „fortschreitende Konzentration der finanziellen Aktivitäten der Gemeinschaft (Budget und Kreditinstrumente) auf die Hauptprobleme: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; Förderung der zurückgebliebenen Regionen der weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Gemeinschaft einschließlich der Verbreitung neuer Technologien und der Innovation“. Eingedämmt werden sollten die Ausgaben für die Verwaltung und für Zuwendungen an Drittstaaten. Die EG-Kommission sollte aufgefordert werden, Vorschläge zur Kostendämpfung im Agrarbereich vorzulegen. Der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister sollte zudem beauftragt werden, den „Kommissionsvorschlag über Erweiterung des Finanzrahmens zu prüfen“. Vgl. VS-Bd. 14122 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Vgl. dazu die Beschlüsse des Kabinetts vom 18. Mai 1983 zum Bundeshaushalt 1984 und zur mittelfristigen Finanzplanung bis 1987; Dok. 126, Anm. 10.

Einnahmen könne nur der Illusion Vorschub leisten, das Ausgabengebarene könne weitergehen wie bisher.

BM *Genscher*, der auch seinerseits eine Kostendämmung für notwendig hält, warnt davor, es in Stuttgart zu einer schweren Krise kommen zu lassen.

BM *Kiechle* weist darauf hin, daß auch bei Einsparungen (z. B. bei Agrar) die Erweiterung im bestehenden Finanzrahmen nicht möglich ist. Er warnt davor, unsere, auch wirtschaftliche, Nutzenbilanz mit der Gemeinschaft nur am Haushalt zu messen.

Der *Bundeskanzler* bittet BM *Genscher* und BM *Dr. Stoltenberg*, für Stuttgart eine Formulierung auszuarbeiten, die unter Verzicht auf ein festes Datum einen Katalog von Voraussetzungen für eine mögliche Öffnung enthält.

Für BM *Dr. Stoltenberg* ist die Formel beim augenblicklichen Beratungsstand noch mehr als eine Formulierungsfrage.

Über die Formel soll nach der Kabinettsitzung vom nächsten Mittwoch, 18. Mai, zwischen BM *Dr. Stoltenberg* und BM *Genscher*, wenn notwendig unter Beteiligung des Bundeskanzlers, beraten werden.¹²

Außerdem wird die Tagesordnung der Sitzung des Bundeskabinetts vom 1. Juni so angelegt, daß etwa zwei Stunden Zeit für eine Beratung der Linie für den ER im Stuttgart bleibt.

Auf eine Frage des *Bundeskanzlers* nach möglichen Erleichterungen bei den Personenkontrollen im innergemeinschaftlichen Grenzverkehr¹³ erwidert BM *Dr.*

¹² Auf der Grundlage des Entwurfs des Bundesministeriums der Finanzen vom 11. Mai 1983 formulierten die Bundesminister *Genscher*, *Kiechle* und *Stoltenberg* am 18. Mai 1983 das Programm der Bundesregierung zur EG-Finanzierung für die Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart. Am 19. Mai 1983 übermittelte Staatssekretär *Tietmeyer*, Bundesministerium der Finanzen, den von den Ministern vereinbarten Text. Der Europäische Rat sollte danach EG-Kommission und -Rat zur Stabilisierung und Umstrukturierung der Gemeinschaftsfinanzen auffordern und dabei die Themen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Regionalförderung in den ärmeren EG-Mitgliedstaaten, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung neuer Technologien und Innovationen sowie gemeinsame Agrarpolitik vorrangig behandeln. Außerdem sollte die EG-Kommission Vorschläge zur Ausgaben-Eindämmung vorlegen und sich um einen Ausgleich der Ungleichgewichte im EG-Haushalt bemühen, „wobei ein System zur Begrenzung der Nettolasten in die Prüfung einzubeziehen ist“. Die Bundesminister stellten fest: „Über die Verwirklichung des Programms [...], über den Abschluß der Beitrittsverhandlungen sowie über das Maß der Erhöhung der Eigenmittel kann abschließend nur zusammen beschlossen werden. Unter der Voraussetzung, daß die übrigen Mitgliedstaaten diesem Zusammenhang zustimmen, ist die Bundesregierung bereit, über den Kommissionsvorschlag vom 6.5.1983 zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft zu verhandeln.“ Vgl. B 2 (Referat 014), Bd. 249.

Staatssekretär *Schlecht*, Bundesministerium für Wirtschaft, stellte mit Schreiben vom 27. Mai 1983 an *Tietmeyer* klar, er gehe davon aus, daß damit die „gemeinsame Ausgangsbasis für den Stuttgarter Gipfel, wie sie im Optionspapier der Europastaatssekretäre festgelegt wurde“, unverändert geblieben sei, also „eine deutsche grundsätzliche Zustimmung zur Erhöhung der Eigeneinnahmen der EG (und nicht nur das Maß der Erhöhung) an klare Voraussetzungen gebunden wird. [...] Zwischen den Ressorts bestand immer Einvernehmen darüber, daß bei Überschreitung der 1%-Grenze eine klare neue Grenze für die EG-Finanzmittel festgelegt werden muß“. Vgl. Referat 412, Bd. 130466.

¹³ Am 2. Juli 1982 übermittelte die EG-Kommission dem EG-Ministerrat den Entwurf einer Entschließung, in der gefordert wurde, „an den innergemeinschaftlichen Grenzen sowohl die Strenge als auch die Dauer der Kontrollen der Mitgliedstaaten zu verringern, und zwar bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der an den Außengrenzen der Gemeinschaft geltenden Kontrollen“. Vgl. Referat 410, Bd. 136177.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von *Kyaw* teilte dem Bundesministerium des Innern am 26. Januar 1983 mit, daß die EG-Kommission die Behandlung ihres Vorschlags angemahnt habe. Zu der vom BMI geäußerten Absicht, dieses Thema während der EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepu-

Zimmermann, daß 60% der sicherheitsrelevanten Erkenntnisse an der Grenze erhoben würden. Daher bestehe wenig Spielraum.

Der Bundeskanzler bittet BM Dr. Zimmermann, ein Gespräch mit einigen wichtigen Abgeordneten des EP über die Frage zu führen.¹⁴

VS-Bd. 14122 (010)

135

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.76 INF-1035/83 geheim

13. Mai 1983¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: INF-Verhandlungen;

hier sowjetische Position nach jüngsten Andropow-Äußerungen zur Frage des Zählkriteriums

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die sowjetischen Positionsveränderungen seit Beginn der Verhandlungen:

Vergleicht man die jetzige sowjetische Haltung mit der Position, wie sie zu Beginn der Verhandlungen in dem Entwurf für eine gemeinsame Absichtserklärung vom 4. Februar 1982³ zum Ausdruck kam, so läßt sich feststellen, daß sich die Sowjetunion in vier wichtigen Bereichen bewegt hat:

Fortsetzung Fußnote von Seite 701

blik „geschäftsmäßig“ zu betreiben“, führte Kyaw aus: „Das AA geht davon aus, daß das BMI die Regierungserklärung vom 13.10.1982 mitträgt, wonach der Abbau von Grenzkontrollen ein prioritäres Ziel unserer Europapolitik ist.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 482; Referat 410, Bd. 136177. In einer Vorlage für den Staatssekretärausschuß für Europafragen sprach sich das BMI am 1. Februar 1983 grundsätzlich für Erleichterungen aus, wies aber darauf hin: „Die grenzpolizeilichen Personenkontrollen sind – auch an den Grenzen zu anderen EG-Mitgliedstaaten – zur Bekämpfung der Kriminalität, Wahrung der Inneren Sicherheit und Verhinderung des unkontrollierten Zuzugs von Ausländern grundsätzlich notwendig. Die Intensität dieser Kontrollen kann nicht beliebig zurückgefahren werden.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136177.

¹⁴ Am 8. Juni 1983 legte das Bundesministerium des Innern den Entwurf eines Berichts der EG-Arbeitsgruppe „Paßunion“ zur Frage der Erleichterung bei Grenzkontrollen vor, in dem festgestellt wurde, daß der Vorschlag der EG-Kommission vom 2. Juli 1982 in der Gruppe wenig Zustimmung finde. Als gegenwärtige EG-Ratspräsidentschaft empfehle sich für die Bundesregierung daher, „unter dem Hinweis, daß dieser Vorschlag aus eigener Sachkenntnis und nicht im Auftrag der Gruppe gemacht wird“, einen Entschließungsentwurf vorzubereiten, der den EG-Mitgliedstaaten „die Erprobung von Maßnahmen zur Erleichterung des Grenzübertritts an den Binnengrenzen“ empfehle. Vgl. Referat 410, Bd. 136177.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationsrat I. Klasse Erath konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 18. Mai 1983 vorgelegen.

³ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Der Inhalt dieses Entwurfs entsprach der Position, wie sie Breschnew bei seinem Bonn-Besuch im November 81 darlegte.“

Zum sowjetischen Entwurf vom 4. Februar 1982 vgl. Dok. 1, Anm. 19.

a) Geographischer Geltungsbereich

Die ursprüngliche Formel für den geographischen Geltungsbereich „Systeme in oder für Europa“ wurde durch die Einführung der Rückzugslinie 80° östlicher Länge⁴ sowie ein Stationierungsverbot für neue Typen von Mittelstreckenraketen in Gebieten, von denen aus sie die Reduzierungszone auf westlicher Seite erreichen könnten⁵, erweitert.

Die Sowjetunion ist damit der westlichen Haltung, wonach Reichweite und Mobilität der SS-20 globale Reduzierungen erforderlich machen, einen Schritt entgegengekommen. Allerdings ist für den Westen eine Rückzugslinie von 80° wegen der Reichweite und Beweglichkeit der SS-20 problematisch.

b) Getrennte Obergrenzen für Raketen und Flugzeuge

Während der sowjetische Vertragsentwurf vom 25. Mai 82⁶ eine gemeinsame Obergrenze für Raketen und Flugzeuge vorsah, erklärte GS Andropow am 21. Dezember 1982⁷ die Bereitschaft der Sowjetunion zu einem getrennten subceiling für sowjetische Raketen in Europa auf dem Niveau der britischen und französischen Raketen (derzeit 162)⁸.

Die Sowjetunion beharrt danach zwar immer noch auf einer gleichzeitigen Vereinbarung über Raketen und Flugzeuge, innerhalb dieses Pakets akzeptiert sie jedoch getrennte Verrechnung.

Diese getrennte Verrechnung bedeutet, daß die Sowjetunion nach ihrem Vorschlag unter Berücksichtigung des jetzigen Dislozierungsstandes⁹ 81 SS-20 hinter die 80°-Linie zurückziehen müßte.

c) Anerkennung des Zählkriteriums „Gefechtsköpfe“

Am 3. Mai erklärte GS Andropow in Moskau die Bereitschaft der Sowjetunion, nicht nur bei Trägersystemen, sondern auch hinsichtlich der Gefechtsköpfe¹⁰ ein Gleichgewicht mit dem britischen und französischen Potential zu akzeptieren.¹¹ Nimmt man diese Äußerung zum Nennwert, so würde dies bedeuten, daß

⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Hinter diese Linie müssen die aus der Reduzierungszone zu entfernenden ‚überzähligen‘ Raketen zurückgezogen werden. Westlich dieser Linie dürfen keine vorhandenen Typen von Mittelstreckenraketen stationiert werden (Art. VII Abs. 4 b).“

⁵ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Art. VI Abs. 4.“

⁶ Zum sowjetischen Entwurf vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 1, Anm. 19.

⁷ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Art. IV Abs. 2 d[es] sow[jetischen] Vertragsentwurfs in der Fassung vom 1. Feb[ruar] 83.“

Zu den sowjetischen Vorschlägen für Änderungen des sowjetischen Vertragsentwurfs vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 33.

⁹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „243 SS-20 und 248 SS-4/5 (gegen Europa gerichtet). Bei dem fortschreitenden Abbau der älteren SS-4/5 erhöht sich der Anteil der zu verlegenden SS-20 entsprechend.“

¹⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Jede SS-20-Rakete verfügt über drei einzeln lenkbare Gefechtsköpfe (MIRV).“

¹¹ Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 3. Mai 1983 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 280.

Botschafter Ruth legte am 4. Mai 1983 dar, damit komme die sowjetische Position derjenigen der NATO hinsichtlich „des Zählkriteriums ‚Gefechtsköpfe auf Abschußvorrichtungen‘“ entgegen, aber: „Maßstab für die Zahl der sowjetischen Gefechtsköpfe und Raketen soll das französische und britische Potential bleiben. Daher zielt auch dieser Vorschlag auf die Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Flugkörper.“ Unklar blieben ferner folgende Punkte: „Welches bestehende

die Sowjetunion nunmehr bereit ist, die Mirvung der SS-20 bei der Berechnung des Kräfteverhältnisses zu berücksichtigen.

Jüngste Erklärungen GS Andropows¹² deuten jedoch darauf hin, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, weniger Trägersysteme als Großbritannien und Frankreich zusammen zu haben.¹³

Verschiedene andere sowjetische Äußerungen¹⁴ sowie die Passage in Andropows Tischrede vom 3. Mai: „nicht größer ist als auf seiten der NATO in jedem gegenseitig vereinbarten Zeitabschnitt“ weisen im Gegenteil darauf hin, daß die Sowjetunion ihre Position nicht zuletzt deshalb geändert hat, um mit Blick auf die britischen und französischen Modernisierungsprogramme¹⁵ Handlungsspielraum zu erhalten. Es muß gegenwärtig davon ausgegangen werden, daß die Sowjetunion die nicht einzeln lenkbaren britischen und französischen Gefechtsköpfe (MRV)¹⁶ als einzeln lenkbare Gefechtsköpfe (MIRV) behandelt und entsprechend zählt.

Obwohl diese Gleichsetzung von MRV und MIRV der auch von der Sowjetunion akzeptierten Zählweise des SALT-II-Abkommens widerspricht, vertraut die Sowjetunion wohl darauf, daß die technische Unterscheidung zwischen MRV und MIRV als Argument in der öffentlichen Debatte wenig Zugkraft haben wird. In der Tat erscheint die Annahme nicht unbegründet, daß die unstrittige Tatsache der britischen und französischen Modernisierungsvorhaben als solche ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlen wird; dies um so mehr, als beide Länder in ihren Planungen für die Mitte der 90er Jahre die Umrüstung auf MIRVs vorsehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 703

Kräfteverhältnis legt die Sowjetunion zugrunde? Wie viele Sprengköpfe zählt die Sowjetunion bei den französischen und britischen Systemen?“ Vgl. Referat 220, Bd. 124522.

¹² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Antworten Andropows an Vertreter verschiedener finnischer Organisationen in TASS vom 10.5.83.“

¹³ Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 10. Mai 1983 gegenüber Vertretern finnischer Organisationen vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 314–317.

Am selben Tag teilte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, mit: „Ziel der Antwort Andropows, die sich mit INF befaßt, scheint es zu sein, Überlegungen entgegenzutreten, die SU könne bereit sein, die Zahl der in Europa dislozierten SS-20 unter 162 sinken zu lassen.“ Aus der Rede vom 3. Mai 1983 sei „z. T. geschlossen worden, daß die SU bereit sein könne, auf 100 SS-20 in Europa zurückzugehen, da dann bei drei Sprengköpfen die von den Sowjets genannte Obergrenze von 300 erreicht wäre.“ Andere Berechnungen seien gar, ausgehend von einem subceiling von 162 für Raketen, auf 54 SS-20 gekommen: „Andropow hat jetzt erklärt, daß alles nebeneinander gelten soll: die Systemobergrenze von 300; der subceiling von 162 für Raketen; der subceiling von 138 für Flugzeuge, die gleiche Obergrenze von Sprengköpfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1995; Referat 220, Bd. 124522.

¹⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „General Tscherwow gegenüber Dr. Vogel anlässlich dessen Moskau-Besuchs im Januar 83 sowie Spiegel-Interview Andropows (Ausgabe des Spiegel vom 25.4.).“ Zum Besuch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, vom 10. bis 12. Januar 1983 in Moskau vgl. Dok. 9, Anm. 36, und Dok. 48, Anm. 10.

Zum Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ vgl. Dok. 131, Anm. 21.

¹⁵ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „GB rüstet seine Polaris von 3 auf 6 MRV-G[efechts]K[öpfe] um u. plant in 90er Jahren Einführung der Trident II mit je 14 GK (MIRV). F. rüstet ab 1985 ebenfalls auf MRV-GK um und erhöht außerdem bis 1990 die Zahl der U-Boote von 5 auf 7. In 90er Jahren ist ebenfalls Umrüstung auf MIRV geplant.“

¹⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Ein MRV-G[efechts]K[opf] stellt einen allerdings fraktionierungsfähigen GK mit einer Art Schrotschußeffekt dar. Mit ihm können nicht wie mit MIRV-GK verschiedene Ziele gleichzeitig bekämpft werden.“

Auf Grund der falschen Gleichstellung von MRV und MIRV kommt die Sowjetunion bereits für 1985 auf 594 britische und französische Gefechtsköpfe. Nach dieser Rechnung stünden ihr dann 198 SS-20 in Europa zu. In den 90er Jahren hätte die Sowjetunion auf der Grundlage einer Berechnung von General Tscherwow¹⁷ dann das Recht, in Europa ca. 400 SS-20 zu stationieren.

d) Kollaterale Beschränkungen für INF-Systeme kürzerer Reichweite (SRINF)

Im Vertragsentwurf vom 25. Mai 1982 war in Art. VI Abs. 5 a) nur die generelle Bereitschaft aufgeführt, Systeme mit einer Reichweite unterhalb 1000 km kollateralen Beschränkungen zu unterwerfen. Einzelheiten sollten in einem Protokoll geregelt werden.

Inzwischen hat sich die Sowjetunion am Verhandlungstisch zu quantitativen Begrenzungen für die sowjetischen SS-12¹⁸ bereit erklärt, falls auf westlicher Seite die Pershing I in einer solchen Regelung einbezogen würde.¹⁹ Informell hat die Sowjetunion unter der Voraussetzung der Reziprozität auch die Bereitschaft zu qualitativen Beschränkungen (MIRV-Verbot, Reichweitenbeschränkung) für SRINF bekundet.

2) Weitere Perspektiven für das sowjetische Verhalten

Die Sowjetunion hat in einigen wichtigen Punkten ihre Ausgangsposition modifiziert und eine Annäherung an die westliche Position vollzogen. Die Kernelemente ihrer Position

- Verbot der westlichen Nachrüstung,
- Anrechnung britischer und französischer Systeme,
- keine Begrenzung in Asien,
- gleichzeitige Regelung für Raketen und Flugzeuge

hat sie allerdings beibehalten.

Das voraussichtliche weitere Verhalten der Sowjetunion ist vor folgendem Hintergrund zu sehen:

a) Verhinderung der Nachrüstung

- Prioritäres Ziel bleibt die Verhinderung der Nachrüstung. Für ein vertraglich festgeschriebenes Verbot der Nachrüstungsoption ist die Sowjetunion vermutlich bereit, einen hohen Preis zu zahlen: etwa die Verschrottung²⁰ der SS-20 in Europa bis auf eine sehr niedrige Zahl. Mit entsprechenden Vorschlägen ist noch zu rechnen.

Wozu die Sowjetunion auch bei westlichem Nachrüstungsverzicht nicht bereit sein dürfte, ist der völlige Verzicht auf eine eigenständige SS-20-Option in Europa.

¹⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Nach Aussage General Tscherwows gegenüber Dr. Vogel bei dessen Moskau-Besuch veranschlagt die Sowjetunion das britische und französische Potential ab 1990 mit über 1200 Gefechtsköpfen.“

¹⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Das Nachfolgemodell für die Scud, die SS-23 (Reichw[ei]te 500 km) ist vom sow[jetischen] Vorschlag hingegen nicht umfaßt.“

¹⁹ Zum sowjetischen Vorschlag während der dritten Runde der INF-Verhandlungen vom 30. September bis 30. November 1982 in Genf vgl. Dok. 35, Anm. 9.

²⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Halte ich für sehr unwahrscheinl[ich]. Moskau dürfte es zumindest zunächst mit anderen Formen d[er] ‚Außerdienststellung‘ versuchen.“

- Falls die Sowjetunion erkennt, daß die Nachrüstung insgesamt nicht zu verhindern ist, könnte sie versuchen, wenigstens die Stationierung der als besonders bedrohlich angesehenen P II zu verhindern. Das Nitze-Kwizinskij-Modell²¹ zeigt, daß Kwizinskij davon ausging, daß eine solche Lösung in Moskau akzeptiert werden könnte.
- In taktischer Hinsicht wird die Sowjetunion vermutlich im Herbst ein „letztes Angebot“ unterbreiten, gekoppelt mit der Forderung nach einem Stationierungsaufschub oder wenigstens einem Aufschub der Stationierung der P II. Für den Fall der Ablehnung, d. h. den Beginn der Stationierung, könnte sie die Verhandlungen zumindest zeitweise unterbrechen.

b) Berücksichtigung britischer und französischer Systeme

Ausdrücklich wird die Sowjetunion diese Forderung aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aufgeben, da sie den Hebel zur Verdrängung der amerikanischen INF-Präsenz aus Europa darstellt und zudem einem seit SALT I verfolgten zentralen sicherheitspolitischen Anliegen der Sowjetunion entspricht.

Andererseits hat die Sowjetunion zu erkennen gegeben, daß diese Berücksichtigung nicht unbedingt im INF-Rahmen erfolgen muß. Das Nitze-Kwizinskij-Modell zeigt ebenfalls, daß es eine Chance für Kompromißlösungen gibt, in denen die britischen und französischen Systeme im kontinentalstrategischen Kräfteverhältnis nicht zum Tragen kommen.²²

Denkbar wäre eine prozedurale Lösung im Sinne einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Verweisung der Problematik in den interkontinentalstrategischen Bereich.

c) Geographischer Geltungsbereich

Es ist schwer vorstellbar, daß die Sowjetunion einer Reduzierung ihrer östlich des 80. Längengrades stationierten Systeme zustimmen könnte. Das realistische westliche Ziel sollte deshalb ein Einfrieren des vorhandenen Bestandes sein.²³ Damit dürfte letztlich auch den japanischen und chinesischen Interessen eher gedient sein als mit einem sonst zu erwartenden weiteren Aufwuchs.²⁴

d) Einbeziehung von INF-Flugzeugen

Wie die Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme stellt

²¹ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

²² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In diesem Modell hatten die USA in Europa sogar ein Übergewicht.“

²³ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „So auch das Nitze-Kwizinskij-Modell.“

²⁴ Gesandter Massion, Tokio, berichtete am 6. April 1983, das japanische Außenministerium habe die Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 2. April 1983 zur Begründung der Verlegung von SS-20 aus Europa nach Asien „als ‚völlig indiskutabel und für Japan absolut unannehmbar‘ bezeichnet und Behauptungen über Verletzungen der drei nichtnuklearen Prinzipien Japans als Verleumdung abqualifiziert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 315; Referat 201, Bd. 125684.

Der chinesische Botschafter An Zhiyuan äußerte am 3. Juni 1983 gegenüber Ministerialdirektor Pfeffer, „daß sich auch China durch den Aufbau der SS-20 bedroht fühle. Es komme darauf an, daß die durch ein etwaiges Interimsabkommen zu reduzierenden sowjetischen Mittelstreckenwaffen vernichtet und nicht nur in die östlichen Gebiete der Sowjetunion verschoben würden, denn sonst würde Asien noch stärker bedroht, und die Bedrohung Europas bleibe wegen der Mobilität dieser Waffen bestehen. China verfolge die Entwicklung in Europa mit großer Aufmerksamkeit, da sich die Sicherheit Chinas nicht von der Sicherheit Europas trennen lasse.“ Vgl. die Aufzeichnung von Pfeffer vom selben Tag; Referat 200, Bd. 134838.

auch die Forderung nach Berücksichtigung der sog. amerikanischen Forward Based Systems (FBS) seit SALT I ein zentrales sowjetisches Anliegen dar. Hinter dieser sowjetischen Forderung stehen hauptsächlich folgende Gründe:

- Die Sowjetunion fühlt sich durch die in und um Europa stationierten amerikanischen nuklearfähigen Flugzeuge bedroht, kann aber ihrerseits die USA nicht vergleichbar bedrohen. Für diesen geostrategischen Nachteil fordert sie einen Ausgleich.
- Ein Abbau ihrer eigenen kostspieligen Raketenrüstung ohne Vereinbarung einer Begrenzung der amerikanischen Flugzeuge dürfte der Sowjetunion als unzumutbares Opfer erscheinen.
- Bei Nichteinbeziehung der Flugzeuge bräuchte der Westen bei einer Zwischenlösung keine Reduzierungen vorzunehmen, während die Sowjetunion eine erhebliche Anzahl von Raketen verschrotten müsste.

Allerdings hat die Sowjetunion in dieser Frage Flexibilität angedeutet, weil auch für sie die Behandlung der Mittelstreckenflugkörper (Nachrüstung) im Vordergrund steht.

Ruth

VS-Bd. 11352 (220)

136

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos

320-440.00 SIM-384/83 VS-vertraulich

13. Mai 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Beziehungen zu Simbabwe;

hier: Termin für Regierungsverhandlungen über Entwicklungshilfe

Bezug: StS-Vermerk vom 8.4.1983 (Anlage)³

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau konzipiert.

Hat Amtsrat Kusnezow am 27. Mai 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Gorenflos an Referat 320 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 27. Mai vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat Brief gezeichnet!“ Vgl. dazu Anm. 5.

Hat Vergau am 27. Mai 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dingsen verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Durchdruck des Briefes liegt dort vor, BMWi ist unterrichtet!“

Hat York von Wartenburg am 30. Mai 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 4 n[ach] R[ückkehr].“

Hat Fischer am 31. Mai 1983 vorgelegen.

Hat Dingsen am 31. Mai 1983 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär von Staden am 17. Mai 1983 vorgelegen.

³ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Staatssekretär von Staden informierte über ein Gespräch mit Staatssekretär Lengel, Bundesmini-

Anlg.: 2⁴

Vorschlag: BM schlägt BM Warnke in anliegendem Schreiben⁵ vor, die verschobenen EH-Regierungsverhandlungen mit Simbabwe bald – und jedenfalls noch vor der Sommerpause – in Harare durchführen zu lassen.

Sachstand und Begründung

1) Die Leitung des BMZ bemüht sich, eigene afrikapolitische Vorstellungen unabhängig vom Auswärtigen Amt durch Entscheidungen im EH-Bereich zur Geltung zu bringen⁶, wobei die treibende Initiative bei StS Lengl liegt, während BM Warnke teilweise noch nicht festgelegt erscheint und PSTs Köhler eher den Grundlinien der bisherigen Afrikapolitik folgen möchte.

An für das Auswärtige Amt problematischen Fällen haben sich angesammelt:

– Verweigerung von EH-Regierungsverhandlungen mit Uganda⁷,

Fortsetzung Fußnote von Seite 707

sterium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dieser habe ein Schreiben vom 7. April 1983 mit dem Vorschlag einer Sprachregelung zur Verschiebung der Verhandlungen mit Simbabwe über Entwicklungshilfe übergeben und ausgeführt, „daß er in Bezug auf eine Verschiebung der für 21. bis 26.4. vorgesehenen Regierungsverhandlungen in Harare keinen Spielraum habe“. Er, Staden, habe einer Verschiebung widersprochen und erklärt, daß er „die vorgeschlagene Weisung an die Botschaft Harare dahingehend verstünde, daß das BMZ nicht bereit sei, die Verhandlungen zu führen, ehe eine weitere Erörterung unserer Afrika-Politik auf höchster Ebene stattgefunden habe“. Zum weiteren Vorgehen legte Staden dar, daß das Auswärtige Amt „das BMZ zur Durchführung der Verhandlungen allenfalls zwingen“ könne, wenn es eine Richtlinienentscheidung des Bundeskanzlers Kohl herbeiführe. Er sprach sich dafür aus, die Botschaft in Harare von der Verschiebung in Kenntnis zu setzen und dies mit der Neukonstituierung des Bundestags zu begründen – was „nur im Sinne einer kürzerfristigen Verschiebung interpretiert werden“ könne. Vgl. Referat 320, Bd. 138134.

⁴ Vgl. Anm. 3 und 5.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Mit Schreiben vom 27. Mai 1983 an Bundesminister Warnke sprach sich Bundesminister Genscher dafür aus, die Verhandlungen über technische und finanzielle Zusammenarbeit mit Simbabwe ohne weitere Verzögerung anzuberaumen. Simbabwe sei „ein Land, dessen Blockfreiheit gerade wegen seiner herausragenden Bedeutung in einer Region, auf die sich sowjetisches Einflußbegehren mit besonderer Intensität richtet, im vordringlichen Interesse des Westens liegt. Ebenso wie die westlichen Partner und insbesondere die Vereinigten Staaten gehe ich von gesicherten Erkenntnissen darüber aus, daß Mugabe in der Tat eine von östlicher Einnischung freie Politik verfolgt und auch fortsetzen will, und ziehe mit diesen Verbündeten daraus die Konsequenz, daß wir durch stetigen politischen Dialog, verbunden mit zuverlässiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit, diese Politik ermutigen und weiter stabilisieren sollten. Die Regierung Mugabe braucht unsere fortgesetzte Hilfe auch, um die mutige Politik der Versöhnung zwischen Weißen und Schwarzen und eine pragmatische Wirtschaftspolitik, die dem Privatsektor den notwendigen Spielraum läßt, zum Erfolg führen zu können.“ Auch das Interesse der Privatwirtschaft der Bundesrepublik an Aufträgen in Simbabwe sei zu berücksichtigen. Vgl. VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Ministerialdirigent Montfort legte am 6. April 1983 dar, daß vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit „unter Mißachtung der Kompetenz des Auswärtigen Amts Entscheidungen angesteuert werden, die mit essentiellen Grundlinien unserer Afrikapolitik unvereinbar sind. Dabei stützt sich die Leitung des BMZ durchweg auf politische Überlegungen grundsätzlicher Natur [...]. Bisher wird die gewollte Konfrontation zu unserer afrikapolitischen Linie besonders in zwei Bereichen deutlich: Schlechterstellung von Regierungen, die entweder als ‚marxistisch‘ abgestempelt sind oder mit der Wahrung von Grundrechten Probleme haben; Abkehr von der prinzipiellen Maxime, daß Frontstaaten für uns EH-Schwerpunkte sein sollten.“ Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 138191.

⁷ Ministerialdirigent Haas vermerkte am 15. November 1982, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit habe „für Uganda die für 1982 vorgesehene FZ ersatzlos einbehalten, weil BMZ die Menschenrechtssituation in Uganda undifferenziert negativ bewertet. Wir hatten für Anberaumung der Regierungsverhandlungen plädiert, um in ihnen auf Uganda einzuwirken. Unsere Abstinenz gegenüber Uganda brachte uns jetzt in Gegensatz zur Politik Großbritanniens und der USA sowie der Weltbank.“ Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 138191.

Ministerialdirigent Montfort legte am 6. April 1983 dar, daß trotz einer schriftlichen Zusage des Bundesministers Warnke nach den Wahlen zum Bundestag vom 6. März, die Entscheidung über

- Verschiebung sine die von EH-Regierungsverhandlungen mit Simbabwe,
- Verschiebung sine die von EH-Regierungsverhandlungen mit Guinea-Bissau⁸,
- prinzipiell negative EH-Tendenz hinsichtlich Äthiopiens⁹,
- eindeutig politisch motivierte negative Tendenz für EH-Planung bei Sambia¹⁰, Angola¹¹ und Mosambik¹²,
- Vorbereitung von EH für Namibia vor Unabhängigkeit, wobei Träger sowohl auf unserer wie auf namibischer Seite für das Auswärtige Amt problematisch sind¹³,

Fortsetzung Fußnote von Seite 708

Verhandlungen mit Uganda nunmehr zu treffen, immer noch eine Terminfestlegung verweigert werde: „Hintergrund: bei CDU/CSU weit verbreitete Abneigung gegen Obote“. Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 138191.

- ⁸ Ministerialdirektor Gorenflos führte am 20. April 1983 aus: „BM Warnke hat am 19.4.1983 entschieden, daß die für 10. und 11.5.1983 geplanten Regierungsverhandlungen mit Guinea-Bissau auf unbestimmte Zeit verschoben werden, und hat dies mit mangelnden Vorbereitungen dieser Verhandlungen wegen der Regierungsbildung in Bonn begründet.“ Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Guinea-Bissau werde damit „zu einem Zeitpunkt in Zweifel gezogen, in dem nach langjährigen Verhandlungen die vertraglichen Grundlagen für eine Zusammenarbeit geschaffen“ worden seien und Guinea-Bissau das Rahmenabkommen vom 29. September 1982 über Technische Zusammenarbeit mit Berlin-Klausel ratifiziert habe.“ Vgl. Referat 321, Bd. 140942.
- ⁹ Am 24. Mai 1983 führte Ministerialdirektor Gorenflos aus, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beabsichtige, „die entwicklungspolitische Zusammenarbeit (FZ und TZ) mit Äthiopien auslaufen zu lassen und nur noch Nahrungsmittelhilfe zu geben“. Damit würde die Bundesregierung jedoch ihre „Einwirkungsmöglichkeiten in Äthiopien unnötig einengen. Ein wesentlicher Teil der Tätigkeit und vor allem der Kontakte der Botschaft Addis ergibt sich aus der TZ, die laufende Gespräche mit zahlreichen Ministerien bedingt und uns gerade mit den Äthiopiern, die für den Westen optieren, zusammenbringt. Die GTZ-Experten und DED-Helfer sind überdies bewährte ‚Mittler‘ in beiden Richtungen. Ließen wir die TZ auslaufen, würden wir unseren wichtigsten Fuß in der äthiopischen Tür herausziehen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 137953.
- ¹⁰ Ministerialdirigent Montfort legte am 7. April 1983 dar, daß die Mittel für die finanzielle Zusammenarbeit mit Sambia „vom BMZ ungewöhnlich drastisch gekürzt worden“ seien, nämlich von 92,3 Mio. DM auf 50 Mio. DM: „Als Gründe für diese erhebliche Reduzierung, gegen die das AA wiederholt nachdrücklich Einspruch erhoben hat, konnte das BMZ letztlich nur fiskalpolitische Erwägungen nennen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138126.
- ¹¹ Die Bundesregierung führte seit 1979 Gespräche mit der angolanischen Regierung zu einem Abkommen über entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Ministerialdirigent Haas informierte die Botschaft in Luanda am 11. April 1983 darüber, daß weitere Gespräche zwecklos seien, „solange Angola sich nicht klar zur Annahme der für uns unverzichtbaren Klausel über den Geltungsbereich entschlossen hat.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 62; Referat 320, Bd. 138067.
- ¹² Zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Mosambik vermerkte Vortragender Legationsrat Oestreich am 2. September 1982, es gehe darum, „die Mosambikaner zu einer mehr blockfreien Politik zu ermutigen, indem wir deutlich machen, daß wir im Bereich der Entwicklungspolitik verlässliche und interessante Partner sind“. Die Hilfe solle „schnell zugesagt und auch schnell wirksam werden“ und für die Jahre 1982/83 65 Mio. DM betragen. Vgl. Referat 400, Bd. 144067.
- ¹³ Am 22. März 1983 vermerkte Legationsrat I. Klasse Flittner, daß sich der Vorsitzende der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA), Mudge, in Bonn aufhalte und Gespräche mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit anberaunt seien. Aus Sicht des Auswärtigen Amts müßten vor allem Festlegungen hinsichtlich einer Entwicklungshilfe verhindert werden: „StS Lengl will vor allem das Projekt einer Berufsbildungsstätte in der leerstehenden Deutschen Schule in Lüderitzbucht vorantreiben und hat hierzu offenbar schon ziemlich konkrete Vorstellungen.“ Vgl. VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1983.
Ministerialdirigent Haas führte dazu am 25. März 1983 aus, offensichtlich sei geplant, das Projekt „statt über die Otto-Benecke-Stiftung über die GTZ leiten und evtl. sogar bei der DTA anbinden“ zu lassen: „Wenn eine Schadensbegrenzung noch möglich sein sollte, dann m.E. nur durch ein Gespräch auf sehr hoher, wenn nicht auf höchster Ebene. Das Ziel einer solchen Schadensbegrenzung könnte kurzfristig nur sein, vom BMZ die Zusage zu erhalten, daß ohne Zustimmung des AA in Richtung auf die DTA und auf Namibia überhaupt nichts unternommen wird.“ Vgl. VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

– Vorbereitung von Zusammenarbeit von Stiftungen mit „unabhängigen“ Homelands in Südafrika (erster Fall: Hanns-Seidel-Stiftung in Bophuthatswana).¹⁴

2) Obwohl das BMZ in allen Fällen außenpolitische Entscheidungen trifft oder ansteuert, für die es nicht zuständig ist, könnte es im Interesse des Auswärtigen Amtes liegen, gerade jetzt den Willen zu einer harmonischen Zusammenarbeit zu betonen und dabei auch die – letztlich allerdings unverzichtbaren – Korrekturen der BMZ-Haltung von einem durch das Eintreten in die politischen Realitäten in Gang gesetzten Lernprozeß¹⁵ zu erwarten.

Ein Gespräch von PStS Dr. Köhler mit StM Dr. Mertes am 3.5.1983 über Somalia und Äthiopien wurde mit diesem Willen geführt (hierüber wird eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt¹⁶).

In diesem Sinne haben wir auch dem BMZ jetzt erstmals eine Teilnahme an politischen Afrika-Konsultationen mit dem State Department auf der Ebene Dg 32¹⁷ – Crocker angeboten. (In den genannten Punkten weicht die BMZ-Position auch von der US-Haltung ab.)

3) Wo jedoch schwerwiegender außenpolitischer Schaden unmittelbar droht, kann das Auswärtige Amt mit der Wahrnehmung seiner Verantwortung nicht

¹⁴ Mit Schreiben vom 22. April 1983 an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nahm Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau die Tatsache, daß „eine politische Stiftung einen Förderungsantrag für ein Projekt gesellschaftspolitischer Bildung in Bophutatswana gestellt“ habe, zum Anlaß, die Haltung der Bundesregierung zu den südafrikanischen Homelands zu erläutern: „Die südafrikanische Regierung führt die Politik der staatsrechtlichen Ausgliederung der den Schwarzen zugewiesenen Stammesheimatländer („große Apartheid“) konsequent fort.“ Jedoch hätten die meisten Homelands weder ein zusammenhängendes Territorium, noch seien sie wirtschaftlich lebensfähig. Die „Entrechtung und Ausgliederung der Schwarzen aus dem südafrikanischen Staatsverband“ werde von der internationalen Staatengemeinschaft abgelehnt: „Jede Art amtlicher Kontakte zu den Regierungen ‚unabhängiger‘ wie auch halbautonomer Homelands würde unsere konsequente Ablehnung des Apartheid-Systems unglaublich machen und uns international und insbesondere gegenüber unseren wichtigsten westlichen Verbündeten isolieren. Eine staatliche entwicklungspolitische Zusammenarbeit muß daher von vornherein ausscheiden. Westliche EH für Homelands würde bedeuten, daß es dem finanziell durchaus potenten Südafrika gelingt, sich der Verantwortung für seine am wenigsten entwickelten Gebiete [...] zu entledigen“. Vgl. Referat 320, Bd. 138138.

¹⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hierzu ist zu sagen, daß Herr Lengl Afrika neun Jahre lang als G[eschäfts]F[ührer] d. H[anns]-Seidel-Stift[un]g bereist hat u. überzeugt ist, die dortigen Verhältnisse richtig zu beurteilen. Ich setze daher auf das pragmatische Verfahren nur begrenzte Hoffnung u. halte eine Aussprache auf pol[itischer] Ebene nach wie vor für notwendig.“

¹⁶ Ministerialdirigent Haas legte am 6. Mai 1983 dar, er habe im Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs Köhler, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit Staatsminister Mertes ausgeführt, er habe vor kurzem bei einem Besuch in Mogadischu über die laufenden Kooperationsprojekte gesprochen und „auf das Erfordernis hingewiesen, in Zukunft noch mehr auf cost/efficiency zu achten“. Er glaube nicht, „daß das AA Schwierigkeiten mit der Absicht des BMZ, die EH-Projekte in Somalia insgesamt unter die Lupe zu nehmen, haben werde“. Zu Äthiopien habe Köhler die Haltung eingenommen: „Auf absehbare Zeit habe Äthiopien keine außenpolitische Bewegungsfreiheit. Sicher sei es trotzdem gut, einen Fuß in der Tür zu behalten, doch dazu taue E[ntwicklungs]Z[usammenarbeit] wenig, zumal man keineswegs so einsteigen könne, wie die Äthiopier es erhofften oder erwarteten. [...] Da sei es schon besser, in Zukunft klare Verhältnisse zu schaffen. Aus der Sicht des BMZ gebe es drei Optionen: entweder die EZ auszubauen, d.h. auch neue Projekte aufzugreifen, oder weiterzumachen wie bisher, [...] oder aber sich strikt auf Nahrungsmittelhilfe zu beschränken. Das BMZ neige sehr zur ‚karitativen Option‘, wobei man natürlich in der TZ keine Entwicklungsruinen hinterlassen“ wolle. Keinesfalls aber könne sich das BMZ der „Tendenz anschließen, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Äthiopien verstärkt wieder aufzunehmen“. Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

¹⁷ Wilhelm Haas.

zögern. In den Fällen Uganda und Guinea-Bissau besteht in diesem Sinne erhebliche Gefahr, bei Simbabwe dagegen klare Gewißheit, daß ein gravierender und womöglich irreparabler Rückschlag in den Beziehungen eintritt, wenn versprochene und abschließend vorbereitete EH-Regierungsverhandlungen nicht unverzüglich anberaumt werden.

4) StS Lengl hatte am 8. April 1983 bei StS von Staden auf der Verschiebung der Regierungsverhandlungen (RV) bestanden mit dem Argument, er habe „keinen Spielraum“, obwohl ihm die bekannten schwerwiegenden Bedenken des Auswärtigen Amtes erläutert worden waren. Als sein Motiv hatte er „die Entwicklung und gegenwärtige Situation in Simbabwe“ angedeutet, jedoch wissen wir von anderen Gesprächspartnern Lengls (z. B. Dr. Beitz von der Otto-Benecke-Stiftung und BMZ-RL für südliches Afrika, Dr. Barthelt), daß ohne Rücksicht auf die Vorgänge im Matabeleland¹⁸ von StS Lengl ein Abbau der EH-Zusammenarbeit mit Simbabwe angestrebt wird. Von gleicher Seite erfahren wir auch, daß StS Lengl sich auf den Standpunkt stellt, mit StS von Staden in eben diesem Sinne verblieben zu sein, obwohl dies mit dem tatsächlichen Gesprächsverlauf unvereinbar ist.

5) Im Einvernehmen mit dem BMZ hat Botschaft Harare die Weisung erhalten, „wegen Konstituierung des 10. Deutschen Bundestages¹⁹ und der damit verbundenen Aufnahme der entsprechenden Geschäfte“ könnten die RV-Vorbereitungen auf unserer Seite nicht planmäßig abgeschlossen werden.²⁰

Die Verschiebung hat, wie die Botschaft Harare²¹, Dg32 vom Botschafter Simbabwes²² und zuletzt RL 320 bei seinen Gesprächen mit maßgebenden Vertre-

¹⁸ Legationsrat I. Klasse Massing, Harare, berichtete am 9. August 1982 von „einer sich verschärfenden Konfliktsituation zwischen ZAPU und ZANU und der in engem Zusammenhang damit wieder aufbrechenden Stammesgegensätze zwischen Shonas und Matabeles“. Das Matabeleland stehe unter Einfluß der ZAPU, und die „bislang latente Unzufriedenheit der Bevölkerung im Matabeleland über die gegenwärtige Regierung ist durch die verheerende Dürrekatastrophe [...] sowie durch das brutale Vorgehen der simbabwischen Armee gegen die Zivilbevölkerung in offene Ablehnung umgeschlagen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 481; Referat 320, Bd. 138130.

Anfang 1983 informierte die Botschaft in Harare wiederholt über Sabotageakte und Anschläge der sog. „Dissidenten“, die mittlerweile auch im Siedlungsgebiet der Matabele stattfänden. Am 15. Februar 1983 teilte Massing mit: „Das Töten unschuldiger Menschen, die Unterbindung der Nahrungsmittelversorgung durch Schließung der Läden, die bewußte Erschwerung des Transports von Kranken und Verletzten, die Einschüchterung und Terrorisierung der Bevölkerung haben bei den Betroffenen den Eindruck entstehen lassen, daß versucht werde, sich gewaltsam an den Matabeles zu rächen.“ Es sei ein Punkt erreicht, „wo auch wir nicht mehr länger schweigen sollten“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 97; Referat 320, Bd. 138130.

¹⁹ Der aus den Wahlen vom 6. März 1983 hervorgegangene Bundestag hielt seine konstituierende Sitzung am 29. März 1983 ab.

²⁰ Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 62 des Staatssekretärs von Staden vom 8. April 1983 an die Botschaft in Harare; Referat 320, Bd. 138134.

²¹ Botschafter Ellerkmann, Harare, informierte am 5. Mai 1983 über ein Gespräch mit dem simbabwischen Finanz- und Planungsminister vom 27. April 1983. Chidzero habe über Spekulationen in Regierungskreisen berichtet, daß die Entscheidung der Bundesregierung zur Verschiebung der Verhandlungen über Entwicklungshilfe politisch motiviert sei: „Es sei wenig erfreulich, von einem Freunde dann im Stich gelassen zu werden, wenn man durch eine Dürrekatastrophe, andauernd niedrige Weltmarktpreise für Rohstoffe und allgemeine Weltwirtschaftsdepression ohne eigenes Zutun in eine kritische wirtschaftliche Situation geraten sei.“ Mit einer Einschränkung der Entwicklungshilfe würde zudem die Bestätigung der „Behauptung kommunistischer Agitation, westliche E-Hilfe sei eine Form des Neokolonialismus, frei Haus geliefert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 167; Referat 320, Bd. 138134.

²² Eubert Paul Tayireva Mashaire.

tern aus Politik und Wirtschaft in Harare²³ nachdrücklich erfahren mußten, Bestürzung und die Gewißheit ausgelöst, daß unsere Partnerschaft zu Simbabwe Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung in Bonn geworden ist und daß die von uns vorher mit so außerordentlichen Gesten und auf so hohem Rang zugesicherte konstruktive Rolle jetzt in Frage gestellt sei. In Simbabwe engagierte deutsche Geschäftsleute (und übrigens auch die bei ihrem Simbabwe-Besuch von uns betreuten Namibiadeutschen²⁴) erklärten die RV-Verschiebung unter den gegebenen Umständen als unfassbar.

Zum Hintergrund der Motive Lengls gehört, daß er seinerzeit als HSS-Geschäftsführer politisch und finanziell auf einen Wahlsieg Muzorewas gesetzt hat.²⁵

6) Wir können Mugabe in der gegenwärtigen Konstellation wegen unseres Interesses an der Stabilität und Blockfreiheit Simbabwes, an der Namibia-Initiative²⁶ und nicht zuletzt am privaten Simbabwe-Geschäft unter keinen Umständen fallenlassen. Wir sind uns darin mit den Amerikanern und den Zehn einig²⁷ und haben für diese Politik auch die Unterstützung der CDU. Daher sollte sich das Auswärtige Amt in diesem Falle ohne Zögern durchsetzen.²⁸

Gorenflos

VS-Bd. 13580 (320)

²³ Vortragender Legationsrat Vergau hielt sich anlässlich der Gespräche zwischen Vertretern der Interessengemeinschaft der Deutschsprachigen Südwester (IG) und der SWAPO vom 3. bis 7. Mai in Harare auf.

²⁴ Vom 3. bis 7. Mai 1983 hielt sich eine Delegation der Interessengemeinschaft der Deutschsprachigen Südwester (IG) in Simbabwe auf. Vgl. dazu Dok. 147, Anm. 4.

²⁵ In Rhodesien/Simbabwe fanden am 14. Februar 1980 Parlamentswahlen der weißen Bevölkerung sowie vom 27. bis 29. Februar 1980 Parlamentswahlen der schwarzen Bevölkerung statt. Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 11. Februar 1980, daß die Hanns-Seidel-Stiftung am 13. Dezember 1979 bei der Bundesregierung einen Betrag „in Höhe von DM 1 682 900,- zur Förderung der U[nited]A[African]N[ational]C[ouncil] (Partei von Bischof Muzorewa)“ beantragt habe und darauf hingewiesen worden sei, daß die Bundesregierung erst nach der Unabhängigkeit von Simbabwe bereit sei, die dortigen politischen Parteien „über die Stiftungen finanziell zu fördern“. Die Hanns-Seidel-Stiftung habe dies akzeptiert und angekündigt, unmittelbar nach der Unabhängigkeit einen neuen Antrag zur Förderung der UANC stellen zu wollen. Vgl. Referat 320, Bd. 125208.

Bei den Wahlen erreichte die Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Muzorewa jedoch nur 8,3 Prozent der Stimmen. Legationsrat I. Klasse Ohlraun, Salisbury, teilte am 8. März 1980 mit: „Überwältigender Erfolg Mugabes und vernichtende Niederlage Muzorewas sind die große Überraschung der schwarzen Wahl.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 51; Referat 320, Bd. 125205.

²⁶ Zur Haltung der Bundesrepublik hinsichtlich der weiteren Tätigkeit der Namibia-Kontaktgruppe vgl. Dok. 115.

²⁷ Zur Haltung der EG-Mitgliedstaaten vermerkte Ministerialdirigent Montfort am 7. April 1983, sie hätten „noch bei ihren afrikapolitischen Konsultationen vom 21./22. März 1983 gegenseitig bestätigt, daß keiner der Partner einschränkende Maßnahmen im EH-Bereich wegen der Vorgänge im Matabeleland plant“. Die amerikanische Regierung habe für 1983 60 Mio. Dollar für Simbabwe zugesagt und sich im amerikanischen Senat „mit Nachdruck für uneingeschränkte Fortführung der EH eingesetzt [...]. Unsere Partner halten es für das vorrangige Interesse des Westens, bei Mugabe und seiner Regierung die bisherige Politik der Distanz zu Moskau konsequent zu konsolidieren, wozu Zuverlässigkeit des Westens in der EH entscheidend beiträgt“. Vgl. Referat 320, Bd. 138134.

²⁸ Ministerialdirigent Haas resümierte am 26. Mai 1983 Informationen des Geschäftsführers der Otto-Benecke-Stiftung, Beitz, und des simbabwischen Botschafters Mashaire über ihre Gespräche mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Lengl habe Beitz gegenüber „bestätigt, daß im BMZ die Entscheidungen bezüglich Simbabwe noch nicht gefallen seien und daß Herr Warnke Interesse habe, sich vor Ort zu unterrichten“. In der Unterredung mit Mashaire habe Lengl versichert, „es könne keine Rede von einer Einstellung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Simbabwe sein, und die Regierungsverhandlungen würden stattfinden“. Vgl. Referat 320, Bd. 138131.

137

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele**500-503.30/1-419/83 VS-vertraulich****13. Mai 1983¹**Herrn Staatssekretär²Betr.: Genfer Zusatzprotokolle³;

hier: NATO-Konsultationen am 6.5.83

Bezug: StS Vorlage vom 25.4.1983 – 500-503.30/1-364/83 geh.⁴Anlage: 1⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Die NATO-Konsultationen am 6.5.83 über die Genfer Zusatzprotokolle⁶ haben bestätigt, daß unter den Bündnispartnern in wichtigen Fragen betreffend die Zusatzprotokolle bisher keine Einigkeit herrscht.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterheld konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 19. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundesminister: Angesichts der Bedeutung, die insbesondere StM Dr. Mertes dieser Frage beimißt, bitte ich Sie, vom Sachstand Kenntnis zu nehmen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 1. Juli 1983 vorgelegen, der den „Rücklauf v[on] BM“ an Staden sowie an Referat 500 verfügte.

Hat Staden am 4. Juli 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Bertele verfügte.

Hat Bertele am 5. Juli 1983 erneut vorgelegen.

³ Für den Wortlaut der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten, einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.

⁴ Ministerialdirigent Bertele legte dar: „Die beiden Zusatzprotokolle von 1977 zu den vier Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949 werfen für das Bündnis eine Reihe schwieriger Fragen auf. Diese Fragen beleuchten zwei letztlich widersprüchliche generelle Zielvorstellungen und damit ein Spannungsfeld, innerhalb dessen die Debatte um die Zusatzprotokolle zwangsläufig stattfindet: die Erhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung im Zeitalter ‚nicht-konventioneller Waffen‘ einerseits und das Drängen nach verstärktem Schutz für die Zivilbevölkerung andererseits. Dieser Zielkonflikt hat an Schärfe noch zugenommen und macht die Behandlung der Problematik zunehmend schwieriger.“ Neben dem Stand der Ratifizierung der Zusatzprotokolle bei den übrigen NATO-Mitgliedstaaten stünden folgende Fragen im Zentrum des Interesses: „Die Niederlande haben die rechtlich und politisch schwierig zu behandelnde Frage aufgeworfen, ob chemische Waffen unter das I. Zusatzprotokoll fallen. Die USA neigen dazu, nur die Kriegsführung mit konventionellen Waffen als von den Zusatzprotokollen betroffen anzusehen. Großbritannien verfolgt weiter seinen Plan, das Verbot von Repressalien gegen die Zivilbevölkerung durch einen Vorbehalt einzuschränken.“ Vgl. VS-Bd. 12401 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Zur Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Westerhoff vom 16. Mai 1983 über die Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten am 6. Mai 1983 in Brüssel und ihren Anlagen vgl. Anm. 7, 8, und 13.

⁶ Thema der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten am 6. Mai 1983 in Brüssel war neben der Ratifizierung der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 auch die Ratifizierung des VN-Waffenübereinkommens vom 10. Oktober 1980. Legationssekretär Lay vermerkte am 16. Mai 1983: „Hauptschwierigkeiten sind weiterhin: a) Zusam-

1) In der Frage des Repressalienvorbehalts haben sich die Fronten verfestigt. Auch die USA und Kanada unterstützen nunmehr den britischen Vorschlag.⁷ Großbritannien erklärte, der Repressalienvorbehalt sei nicht nur mit Sinn und Zweck des I. Zusatzprotokolls vereinbar. Er sei notwendig, um die Beachtung der Schutzbestimmungen des Protokolls zu gewährleisten. Die USA gaben zu bedenken, ob der Repressalienvorbehalt nicht noch umfassender ausgestaltet werden sollte. Wir gaben erneut unsere Zweifel zu Protokoll, ob der Vorbehalt mit Sinn und Zweck des Vertrages vereinbar sei, und äußerten Bedenken insbesondere gegen die Tendenz der USA. Ebenso zurückhaltend äußerten sich Italien, Niederlande, Dänemark und Belgien. Dabei kamen die Niederlande erneut auf die Frage zu sprechen, ob der britische Vorbehalt nicht zumindest insoweit rechtlich fragwürdig sei, als er auch Rechtsverstöße gegenüber Verbündeten zum Anlaß für Repressalien nehme (Problem der „Drittrepresalie“). Großbritannien hatte darauf bereits früher geantwortet, notfalls könne die „Alliiertenklausel“ auch entfallen. Frankreich hält einen Repressalienvorbehalt angesichts der Verhandlungsgeschichte⁸ schlicht für ungültig. Die Debatte endete, ohne daß sich vorerst eine Überbrückung der gegensätzlichen Standpunkte abgezeichnet hätte.

2) In der C-Waffen-Frage deutet sich ebenfalls eine Verfestigung der Positionen an. Offenbar unter dem Eindruck der naheliegenden rechtlichen Bedenken, die insbesondere die Niederlande formuliert hatten⁹, wollen die USA nunmehr den Text der „Nuklearerklärung“¹⁰ erweitern und auf „andere Massenvernichtungs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 713

menhang/Koppelung der weitaus problematischeren Ratifikation der Genfer Zusatzprotokolle von 1977, auf deren Grundlage das W[affen]Ü[berein]K[ommen] aufbaut; b) Frage der Abgabe von Interpretationserklärungen und Vorbehalten bei der Ratifikation.“ Die meisten NATO-Mitgliedstaaten träten für „eine Koppelung zumindest durch gleichzeitige Ratifizierung („package“)“ ein. Vgl. VS-Bd. 12391 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Für den britischen Vorschlag in der am 6. Mai 1983 vorgelegten Fassung vgl. VS-Bd. 12401 (500).

Zur Erläuterung führte die britische Delegation in der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten in Brüssel aus: „Eine Repressalie sei eine Sanktion gegen einen Rechtsbruch. Die Vornahme völkerrechtswidriger Kriegshandlungen gegen die Zivilbevölkerung von Alliierten stelle ebenso einen Rechtsbruch dar wie völkerrechtswidrige Kriegshandlungen des Gegners gegen die britische Zivilbevölkerung. Damit sei in beiden Fällen die Berechtigung für Repressalien gegeben.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Westerhoff vom 16. Mai 1983; VS-Bd. 12401 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ 1974 wurde von der Schweiz die Diplomatische Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts einberufen. Nach vier Sitzungsperioden in Genf wurden am 8. Juni 1977 zwei Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 angenommen und am 12. Dezember 1977 zur Zeichnung aufgelegt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 151.

Während der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten am 6. Mai 1983 in Brüssel wurde an „die ausdrückliche Zurückweisung eines französischen Vorschlags zur Aufrechterhaltung einer Repressalienmöglichkeit“ während der Verhandlungen von 1974 bis 1977 in Genf erinnert. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Westerhoff vom 16. Mai 1983; VS-Bd. 12401 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Mit Note vom 9. November 1982 stellte die niederländische Regierung die Frage, ob chemische Waffen unter die Genfer Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 fielen und wie die Einschätzung der übrigen NATO-Mitgliedstaaten dazu sei. Für sich selbst bejahte die niederländische Regierung diese Frage. Für die von der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 10. November 1982 übermittelte niederländische Note vgl. Referat 201, Bd. 125688.

¹⁰ Die USA und Großbritannien gaben bereits bei Unterzeichnung der Schlußakte der Diplomatischen Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des humanitären Kriegsvölkerrechts am 10. Juni 1977 in Genf Erklärungen ab, daß die zwei Tage zuvor verabschiedeten Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 auf den Einsatz von Nuklearwaffen nicht an-

waffen“ ausdehnen (Unteranlage 6 zu der als Anlage beigefügten Niederschrift über die Sitzung am 6.5.83¹¹). Damit wären C-Waffen expressiv verbis von den Schutzwirkungen der neuen Regeln des I. Zusatzprotokolls ebenso ausgenommen wie A-Waffen. Verschiedene Bündnispartner äußerten ernste Zweifel (KAN, DK, NL), ob die Erklärung nicht, zumindest was C-Waffen anbelangt, als ein Vorbehalt, d. h. als ein Ausschluß von zunächst vereinbarten Wirkungen, angesehen werden müsse. Hierfür gäbe es in der Tat gute Gründe. Die genannten Staaten sprachen sich im Ergebnis gegen eine Erweiterung der „Nuklearerklärung“ aus. Großbritannien stimmte den USA dagegen im Ansatz zu. Belgien gab erneut zu bedenken, ob man das Problem nicht in einer öffentlich weniger irritierenden Weise dadurch lösen könne, daß man davon spreche, die Zusatzprotokolle beträfen – vorbehaltlich darin niedergelegter Regeln des Völkergewohnheitsrechts – nur die konventionelle Kriegsführung (ohne ausdrücklich zu sagen, daß sie A-Waffen bzw. C-Waffen nicht beträfen). Ob dies wirklich ein Vorteil für eine politische Erörterung der Frage ist, blieb zweifelhaft.

Frankreich wiederholte seinen bekannten Standpunkt, wonach eine Nuklearerklärung ein unzulässiger Vorbehalt sei. Da Frankreich zur Erhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung auf Nuklearwaffen angewiesen sei, sehe man sich aus eben diesem Grunde nicht in der Lage, das I. Zusatzprotokoll zu zeichnen oder zu ratifizieren (für das II. Zusatzprotokoll betr. interne Konflikte deutete F nunmehr Bereitschaft zur Zeichnung an). Wir gaben zu Protokoll, daß zwischenzeitliche Änderungen in unserer Haltung nicht eingetreten seien (d. h. weiterhin die Abgabe einer „Nuklearerklärung“ gemäß BSR-Beschluß 1980¹² geplant sei).

Insgesamt hinterließ die Debatte den Eindruck, daß die Bündnispartner in dieser wichtigen Frage heute weiter voneinander entfernt sind als noch vor drei Jahren z. Z. des BSR-Beschlusses. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Dänemark und Norwegen inzwischen ratifiziert haben, ohne eine „Nuklearerklärung“ abzugeben, und daß beide Staaten ihre Haltung nur in den Denkschriften erläutert haben.¹³ Damit öffnet sich eine Schere zwischen Bündnispartnern, die sämtliche Massenvernichtungswaffen in eine ausdrückliche Erklärung einbeziehen wollen, und solchen, die eine ausdrückliche Erklärung auch nicht hinsichtlich

Fortsetzung Fußnote von Seite 714

wendbar seien. Vgl. dazu Punkt i) der britischen und Ziffer 1) der amerikanischen Erklärung; UNTS, Bd. 1125, S. 433 bzw. S. 434.

Zur Absicht der britischen und amerikanischen Regierung, auch bei der Ratifizierung der Zusatzprotokolle entsprechende Erklärungen abzugeben, und zum amerikanischen Wunsch, daß auch die übrigen NATO-Mitgliedstaaten entsprechend verfahren sollten, vgl. AAPD 1978, II, Dok. 328.

¹¹ Dem Vorgang beigefügt. Für den amerikanischen Formulierungsvorschlag vgl. VS-Bd. 12401 (500).

¹² Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 15. April 1980 teilte Ministerialdirektor Fleischhauer der Ständigen Vertretung bei der NATO am 28. April 1980 mit, die Bundesregierung beabsichtige, „bei der Ratifikation eine Erklärung abzugeben, die klarstellt, daß die in dem I. Zusatzprotokoll entwickelten Kampfführungsbestimmungen den Einsatz nuklearer Waffen nicht regeln“. Vgl. AAPD 1980, I, Dok. 133.

¹³ Norwegen ratifizierte die Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 am 14. Dezember 1981, Dänemark am 17. Juni 1982. Der Mitarbeiter im dänischen Außenministerium, Lehmann, erläuterte auf der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten am 6. Mai 1983 in Brüssel, in die dänische „Denkschrift sei der Hinweis aufgenommen worden, daß A-, B- und C-Waffen von den Zusatzprotokollen nicht erfaßt würden.“ Auch der norwegische Vertreter Bye wies darauf hin, daß Norwegen eine Interpretationserklärung abgegeben habe. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Westerhoff vom 16. Mai 1983; VS-Bd. 12401 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

der Nuklearwaffen abgeben wollen bzw. abgegeben haben, sondern nur in den Denkschriften darauf zu sprechen kommen.

3) Angesichts dieser Lage appellierten der Vorsitzende¹⁴ und ein Vertreter des Military Committee dringend an die Bündnispartner, erneut den Versuch zu machen, bündniseinheitliche Interpretationen und entsprechende Erklärungen zu erarbeiten. Angesichts integrierter Verbände und gemeinsamer Planung müßten Abweichungen im nationalen Verständnis nicht nur die reibungslose Durchführung von Bündnisoperationen in Frage stellen, sondern könnten überdies nach außen den gefährlichen Eindruck von Uneinigkeit hervorrufen.

Da die USA auch eine Reihe weiterer neuer Erklärungen vorgelegt haben und zwischenzeitlich auch andere Staaten ihre Erklärungen z.T. ergänzt und erweitert haben, haben wir angeregt, daß zunächst einmal das Sekretariat eine revidierte, auf den letzten Stand gebrachte Synopse aller von Bündnispartnern beabsichtigten Erklärungen vorlegt. Anschließend soll, voraussichtlich im September, in einer zweitägigen Sitzung in Brüssel der Versuch gemacht werden, bündniseinheitliche Texte zu den neu aufgeworfenen Fragen zu erarbeiten und – ad referendum – redaktionell zu verabschieden.¹⁵ Da trotz allseits bestätigter Unverbindlichkeit dieses Redaktionsversuchs Vorentscheidungen über die Substanz schwieriger Fragen betroffen sein werden, wird es nötig sein, bereits vor diesem Versuch erneut den BSR mit den Zusatzprotokollen zu befassen.

4) BMVg/VR¹⁶ und BMI drängen auf erneute Besprechungen im Ressortkreise zur Erarbeitung einer gemeinsamen ressorteinheitlichen Haltung. Das Auswärtige Amt kann sich diesem Wunsch nicht entziehen, wird jedoch alsbald an den BSR herantreten müssen. Wir haben bereits in der letzten Ressortbesprechung¹⁷

¹⁴ Rolf Hofstetter.

¹⁵ Vom 28. bis 30. September 1983 fanden in Brüssel erneut Konsultationen der NATO-Mitgliedstaaten über die Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterheld legte am 3. Oktober 1983 dar, daß ein gemeinsamer Text für eine „Nuklearerklärung“ erarbeitet und so gefaßt worden sei, „daß jedenfalls für die amerikanische Lesart chemische Waffen ebenfalls vom Anwendungsbereich der Zusatzprotokolle ausgeschlossen bleiben“. Keine Einigung sei über einen Repressalienvorbehalt erzielt worden Großbritannien habe sich von der Bundesrepublik nicht davon abbringen lassen, einen solchen Vorbehalt einzulegen, so daß weitere Erörterungen mit dem Ziel einer Harmonisierung der Standpunkte wohl „vorerst fruchtlos“ bleiben würden: „Was weitere ‚konventionelle Erklärungen‘ anbelangt, so bestand eine allgemeine Unwilligkeit, weitere Harmonisierungen dieser Erklärungen vorzunehmen. [...] Wir haben uns sowohl zur Erleichterung der innenpolitischen Auseinandersetzungen als auch wegen des Bildes der Allianz nach außen bemüht, zumindest in wichtigen Fragen eine gewisse Vereinheitlichung zu bewirken.“ Vgl. VS-Bd. 12401 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Völkerrechtsreferat.

¹⁷ Mit Blick auf die „NATO-Konsultationen über Ratifikation der Genfer Zusatzprotokolle und der Genfer Waffenkonvention“ fanden am 14. und 21. April 1983 Ressortbesprechungen statt. Am 14. April 1983 einigten sich die Ressorts auf eine Erklärung zum Stand des Ratifizierungsverfahrens in der Bundesrepublik, erörterten mögliche Interpretationserklärungen und vertagten die Themen „Fragen der C[hemie]W[affen] im Zusammenhang mit den Z[usatz]P[rotokollen]“; Ratifizierung der Waffenkonventionen“ auf den 21. April 1983. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Westerhoff vom 15. April 1983; B 80 (Referat 500), Bd. 1297.

Über die Ressortbesprechung am 21. April 1983 vermerkte Westerhoff am folgenden Tag, daß das Völkerrechtsreferat (VR) des Bundesministeriums der Verteidigung den Standpunkt eingenommen habe, daß „die Frage der Abgabe einer Nuklearerklärung überprüfungsbedürftig sei“, da die bisher zustimmende Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung gegen das Votum des zuständigen Referats zustande gekommen sei und „sich die seinerzeitigen Bedenken von VR in der Zwischenzeit erhärtet hätten“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterheld habe darauf hingewiesen, daß, falls „das seinerzeit Beschlossene neu aufgerollt werden solle“, eine neuer Beschluß des Bundessi-

angekündigt, daß das Auswärtige Amt als federführendes Ressort einen Entwurf der BSR-Vorlage erstellen und mit der Bitte um Zustimmung den anderen Häusern zusenden wird. Wir haben in diesem Zusammenhang gebeten, daß das BMVg die dort fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der völkerrechtlichen (VR) und der militärischen Seite (FüS) überbrückt, ehe es als Haus Stellung zur BSR-Vorlage bezieht. Ähnliches gilt im übrigen für das BMI. Dort muß sich erst herausstellen, ob die Unterstützung, die das BMVg/VR gegenwärtig von der für den Zivilschutz zuständigen Arbeitseinheit des BMI erfährt, vom BMI als Ganzem getragen wird. Schwierigkeiten bei der Abstimmung der BSR-Vorlage sind jedenfalls vorauszusehen.

5) Eine weitere Vorlage mit Vorschlägen für die Grundlinien der BSR-Vorlage erfolgt nach der für den 25.5.83 angesetzten Ressortbesprechung.¹⁸

Eine BSR-Vorlage würde alsdann im Juni erfolgen.¹⁹

Bertele

VS-Bd. 12401 (500)

Fortsetzung Fußnote von Seite 716

cherheitsrats herbeigeführt werden müsse. Eine Vorlage an den Bundessicherheitsrat solle auch zur Frage der Erfassung von Chemiewaffen durch die Zusatzprotokolle erstellt werden. Vgl. VS-Bd. 12401 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ In der Ressortbesprechung am 25. Mai 1983 vertrat das Bundesministerium des Innern die Auffassung, der Wortlaut der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 spreche für deren Erstreckung „auch auf Massenvernichtungswaffen. Die Bezugnahme auf einen behaupteten Konsens über ihren Ausschluß sei höchst zweifelhaft. Bei der Nuklearerklärung handle es sich um einen Vorbehalt. [...] Beim BMI liege die Priorität bei einem verstärkten Zivilschutz, was die Einbeziehung auch von Massenvernichtungswaffen erforderlich mache.“ Der Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung wies darauf hin, daß im Falle einer Erstreckung der Zusatzprotokolle auf Nuklearwaffen „eine Vielzahl militärischer Optionen hinfällig würde, da diese dann nicht mehr völkerrechtsmäßig seien“. Die Abschreckung sei „insgesamt nicht mehr glaubhaft, wenn nicht Folgeeinsätze (unter Inkaufnahme überproportionaler ziviler Kollateralschäden) rechtlich möglich“ blieben. Für die Frage der Anwendbarkeit chemischer Waffen wurde ein ebensolches Problem festgestellt. Der Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung legte dar, „daß es nach seiner Einschätzung unvorstellbar sei, sich in der Öffentlichkeit für die Möglichkeit des repressalienweisen Angriffs auf die Zivilbevölkerung einzusetzen. RL 500 hierauf: Die Kernfrage sei, ob wir uns die Möglichkeit erhalten müßten, bei C-Angriffen gegen unsere Zivilbevölkerung mit C-Angriffen auf gegnerische Kombattanten unter Inkaufnahme ziviler Kollateralschäden zu antworten.“ Das Auswärtige Amt wurde mit der Ausarbeitung einer Vorlage für den Bundessicherheitsrat beauftragt, „um für die nächsten NATO-Konsultationen im September vorbereitet zu sein“. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Westerhoff vom 27. Mai 1983; VS-Bd. 12401 (500); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt legte am 31. Oktober 1983 den Entwurf einer gemeinsamen Vorlage des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung für den Bundessicherheitsrat zum Humanitären Kriegsvölkerrecht vor und teilte mit: „Sämtliche Fragen betreffend die Zusatzprotokolle sind nunmehr in der NATO weitgehend unstreitig und abschließend behandelt. Der Ratifikation der Zusatzprotokolle durch die Bundesrepublik Deutschland stehen keine bündnispezifischen Bedenken mehr entgegen.“ Vgl. VS-Bd. 12413 (503); B 150, Aktenkopien 1983. Die gemeinsame Beschlußvorlage wurde dem Bundessicherheitsrat am 13. Dezember 1983 zugeleitet. Für die Vorlage vgl. VS-Bd. 12413 (503); B 150, Aktenkopien 1983.

Botschafter Röding, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-18002/83 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 663

Aufgabe: 13. Mai 1983, 12.30 Uhr¹

Ankunft: 13. Mai 1983, 13.08 Uhr

Betr.: Gespräch mit Primas von Polen

1) Primas Kardinal Glemp empfing mich am Nachmittag des 11. Mai zu Antrittsbesuch.² Der Primas begann das etwas über halbstündige Vier-Augen-Gespräch nach Austausch persönlicher Bemerkungen mit dem Ausdruck großer Sorge über die innere Situation des Landes.

Ich sei in einer für Polen sehr schwierigen Zeit gekommen. Sie dauere schon einige Jahre, und ein Ende sei nicht abzusehen. Es gebe allenthalben „so viele sorgenvolle Fragen, so viel Beunruhigung im Land“. In letzter Zeit sei auf seiten der Staatsführung zunehmende ideologische Verhärtung festzustellen, die anderen politischen Kräften im Volk keinen Raum lasse. Kardinal bestätigte Eindruck, daß sich Spielraum für Regierung Jaruzelski infolge von Moskau erwarteter strikter ideologischer Ausrichtung verengt habe. Damit werde Distanz zwischen Regierenden und Volk ausgeprägter. Auch soeben beendeter PRON-Kongreß³ berechtige nicht zu nennenswerten Erwartungen. Seine Beschlüsse seien im wesentlichen Formeln ohne Substanz.

Für die Kirche könne es in dieser Lage keinen Zweifel geben; sie könne sich niemals vom Volk trennen, sie müsse eindeutig auf der Seite des Volkes stehen. Bis in das Jahr 1982 habe sie noch gedacht, eine Art Mittlerrolle übernehmen zu können. Dies sei heute angesichts des von der Staatsführung eingeschlagenen ideologischen Kurses nicht mehr möglich. Andererseits müsse schwieriger gewordenes Gespräch aus Verantwortung für Volk weitergeführt werden, das innere Befriedung⁴ brauche und mit einer Regierung, die seine Geschicke lenkt,

¹ Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 24. Mai 1983 vorgelegen.

² Horst Röding war seit 2. März 1983 Botschafter in Warschau.

³ Über den Kongreß der im Sommer 1982 aus den Bürgerkomitees für Nationale Wiedergeburt hervorgegangenen Patriotischen Bewegung zur Nationalen Wiedergeburt (Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego) vom 7. bis 9. Mai 1983 in Warschau berichtete Botschafter Röding, Warschau, am 11. Mai 1983: „Eine Woche nach dem 1./3. Mai feierte das Regime mit dem ersten PRON-Landeskongreß die nationale Verständigung auf seine eigene spezifische Weise.“ Der Kongreß mit 1900 Delegierten habe einen „zwiespältigen Eindruck vorsichtiger inhaltlicher Öffnung und personalpolitischer Vergangenheitsorientierung“ hinterlassen: „Unter den Beschlüssen sind vornehmlich von Bedeutung eine Programm-Deklaration und ein Aktionsprogramm. In der Programm-Deklaration werden als Grundwerte der Bewegung die ‚sozialistischen Ideale‘, soziale Gerechtigkeit, Achtung der Arbeit, Demokratie, Dialog und Verständigung, Gesetz und Ordnung, Würde und Toleranz genannt. Das Aktionsprogramm nennt als Aufgaben die Konsolidierung des Staates, die Erhöhung des Einflusses der Gesellschaft auf die Staatsorgane, Überwindung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Krise, moralischer Wiederaufbau der Gesellschaft, Umweltschutz. [...] Die weiteren Resolutionen sind praktisch ohne Substanz: ein Appell an die Nation, ‚alles zu tun, um eine Aufhebung des Kriegsrechts möglich zu machen‘; ein Brief an die Auslandspolen mit dem Bekenntnis ‚Polen ist unsere Mutter‘; ein ‚Friedens-Appell‘ gegen Raketenstationierung und für das Bündnis mit der SU.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 654; VS-Bd. 13406 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Korrigiert aus: „Befriedigung“.

leben müsse. Gott habe die Polen schon in der Geschichte Geduld üben lassen; man könne nur bitten, daß er es auch jetzt und in Zukunft tue.

Der Papstbesuch⁵ sei ein wichtiges Ereignis, um dem Volk Aufrichtung zu geben. Mit ihm verbinde sich aber auch die Hoffnung auf befriedigende Entscheidungen der Staatsführung, insbesondere Freilassung politischer Gefangener. Gehe der Besuch nicht gut aus, so wäre dies „eine Katastrophe“. Kardinal bestätigte, daß sich dies auf die erhofften Reaktionen der Regierung beziehe, nicht auf den Ablauf der Pilgerreise. Diese werde überall im Lande sorgfältig vorbereitet, und man könne darauf vertrauen, daß die Bevölkerung den pastoralen Charakter der Veranstaltungen richtig aufnehmen und es nicht zu nennenswerten politischen Demonstrationen kommen werde.

Das Programm, auch für die offiziellen Kontakte mit der Regierung, sei weitgehend abgeschlossen. Weitere Verhandlungen mit Heiligem Stuhl werde es dazu nicht mehr geben; er selbst werde wohl vor dem Besuch noch einmal mit Jaruzelski sprechen.

Von mir auf die längerfristigen Hoffnungen angesprochen, die die Kirche mit dem Papstbesuch verbinde, bestätigte Primas Erwartung, daß er Ermutigung bringen und auch Bewußtsein stärken könne, daß Volk in Kirche die große Kraft habe, auf die es seine gesellschaftlichen und geistigen Aspirationen stützen könne. Die innere Haltung der Jugend sehe er mit Optimismus. Ein Teil sei zwar aufrührerisch, es gebe auch ein Alkohol- und ein Drogenproblem. Insgesamt aber sei die Jugend gut informiert und keineswegs ohne Perspektive. Auf meinen Hinweis, die Bundesregierung knüpfe an den Besuch des Papstes die Hoffnung auf positive Reaktionen der polnischen Regierung, weil diese es dann⁶ den Verbündeten erleichtern würden, den Dialog fortzuführen, an dem uns auch im Interesse der dauerhaften Verständigung zwischen den Völkern gelegen sei, äußerte sich der Primas sehr positiv über die karitative Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland.⁷ Man könne so weit gehen zu sagen, daß die Aussöhnung schon weitgehend Tatsache geworden sei. Das polnische Volk habe so viel Sympathie erfahren, daß sich dies aus seinem Bewußtsein nicht verdrängen lassen werde.

2) Äußerungen des Primas waren insgesamt von unverkennbar sorgenvollem Grundton durchzogen. Sie ließen auch noch bestehende Unsicherheit hinsichtlich Bereitschaft der Regierung zu befriedigenden innenpolitischen Schritten, wie insbesondere Aufhebung des Kriegszustandes⁸ und seiner Folgen mit Freilassung der Gefangenen erkennen. Unausgesprochen, aber mit dem Ausdruck „Katastrophe“ verdeutlicht, war die Sorge, daß sich der ideologische Griff nach dem Papstbesuch noch fester schließen und damit auch die Lage der Kirche noch schwieriger werden könnte.

Wenn sich Kirche von Papstreise Zuspruch und Ermutigung des Volkes verspricht, so können solche Hoffnungen auch ein Element in Erwartungen befrie-

⁵ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

⁶ Korrigiert aus: „an“.

⁷ Zur humanitären Hilfe für Polen vgl. Dok. 49, Anm. 45.

⁸ Zur Suspendierung des am 13. Dezember 1981 verhängten Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 3, Anm. 40.

digenden Einflusses sein⁹, die das Regime innenpolitisch mit dem Besuch verbindet. Es muß dann aber zu konkreten Schritten bereit sein, wie sie der Papst selbst erwartet.

Außenpolitisch erwartet Regierung, wie mir VAM Kucza am Tag vor Gespräch mit Primas sagte, neben allgemeinem Prestigegewinn „deutliche Aussage“ des Papstes zu Frieden und Abrüstung. Er meinte, möglicherweise werde Silvestrini noch zu Gesprächen hierüber nach Warschau kommen. Dies steht im Gegensatz zu Annahme des Primas in Gespräch. Dafür meldet Presse heute, der Kardinal werde am kommenden Montag¹⁰ nach Rom reisen.

[gez.] Rödning

VS-Bd. 12930 (203)

139

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

114-18018/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2194

Aufgabe: 13. Mai 1983, 20.14 Uhr¹
Ankunft: 14. Mai 1983, 02.28 Uhr

Betr.: Fortentwicklung der amerikanischen START-Position

Zur Unterrichtung

1) Die Empfehlungen der Scowcroft-Kommission zur Fortentwicklung der START-Position² sind von Präsident Reagan in seinem Schreiben an Abgeordnete und Senatoren vom 11. und 12.5. unterstützt worden.³ Das gilt vor allem für die Empfehlung, die Obergrenze für dislozierte Raketen (850 in der gegenwärtigen Verhandlungsposition) zu überprüfen, da sie mit der weiteren Emp-

⁹ So in der Vorlage.
¹⁰ 16. Mai 1983.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 15. Mai 1983 vorgelegen, der für Botschafter Ruth handschriftlich vermerkte: „Guter Bericht, bitte dies Wash[ington] sagen.“

² Zum Bericht der Scowcroft-Kommission vgl. Dok. 96, Anm. 9.

³ Mit Schreiben vom 11. Mai 1983 an Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses bzw. vom 12. Mai 1983 an die Senatoren Cohen, Nunn und Percy antwortete Präsident Reagan auf Schreiben überparteilicher Gruppen von Senatoren und Abgeordneten, über die Botschafter Hermes, Washington, am 4. Mai 1983 berichtete. Hermes teilte mit, daß diese „ein Junktim herstellen zwischen ihrer Entscheidung über die von der Administration verlangte Produktion von MX-Raketen und den rüstungskontrollpolitischen Vorstellungen der Administration“. So werde eine öffentliche Verpflichtung des Präsidenten vorgeschlagen, „die Verhandlungsposition der Administration bei den START-Verhandlungen neu zu formulieren und dabei die Vorschläge der MX-Kommission, vor allem zur Entwicklung und Stationierung einer kleinen mobilen ICBM mit einem Sprengkopf, zu berücksichtigen; mit der Entwicklung der SICM (Small Intercontinental Missile) sofort zu beginnen; in die START-Verhandlungen den Vorschlag einzuführen, für jeden neu stationierten Sprengkopf zwei außer Dienst zu stellen („build-down“-Konzept)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1962; Referat 220, Bd. 124495. Für den Wortlaut der Schreiben von Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 692–694 und S. 696f.

fehlung der Kommission, ein kleines ICBM-System, in Einklang gebracht werden müsse. Der Präsident führt aus, daß es mehrere Möglichkeiten gebe, diese weiteren Empfehlungen in die START-Position aufzunehmen. Die Kommission hatte empfohlen, Begrenzungen von Sprengköpfen mit im wesentlichen gleicher Zerstörungskraft (roughly equivalent yield) anzustreben.

2) Die Ressorts arbeiten intensiv daran, die START-Position fortzuentwickeln. Zwei Fragen stehen dabei im Vordergrund: ob die Obergrenze für die dislozierten Raketen erhöht werden oder ganz wegfallen soll sowie das Problem, wie bei Reduzierung von Sprengköpfen eine in etwa gleiche Zerstörungskraft erzielt werden kann. Aus Gesprächen im State Department und in der ACDA ergibt sich dabei folgender Stand:

Fest steht, daß die bisherige Obergrenze von 850 dislozierten Raketen aufgegeben wird. Ob das Kriterium dislozierte Raketen überhaupt beibehalten oder eine Obergrenze auf etwa 1100 bis 1200 Raketen angehoben werden soll⁴, darüber ist der Meinungsbildungsprozeß im Gange. Pentagon und JCS tendieren zur völligen Aufgabe des Kriteriums, weil damit Flexibilität bei der zukünftigen Gestaltung der Systeme und ihrer Anzahl gewährleistet wird; bei einem langfristigen Vertrag wolle man sich jetzt nicht auf eine bestimmte Zahl festlegen. Hinzu kommt ein Argument, das auf die mögliche Reaktion der Öffentlichkeit Rücksicht nimmt. Es lautet: Der Präsident habe bisher eine Verminderung der dislozierten Raketen um 50 Prozent angeboten; eine Erhöhung der Obergrenze könnte den irrigen Eindruck erwecken, als ob das Ziel der Verminderung eingeschränkt werde. Dabei sind sich die Experten natürlich darüber im klaren, daß es letztlich auf die Zahl der Sprengköpfe ankommt, deren Verminderung von ca. 7500 auf 5000 weiterhin angestrebt wird.

Befürworter einer gewissen Erhöhung der Obergrenze – vorwiegend im State Department – meinen demgegenüber, das Zählkriterium dislozierte Raketen solle beibehalten werden, da es bisher das wichtigste Element von Rüstungskontrollabkommen war und ein radikaler Bruch vermieden werden sollte. Im übrigen würde die Verhandelmbarkeit erhöht, da auch die SU von 1800 Systemen in ihrem Vertragsentwurf⁵ ausgingen. Im übrigen müßte für die Verifizierung ohnehin zumindestens indirekt auf dislozierte Raketen zurückgegriffen werden. Darüber hinaus wird geltend gemacht, daß bei INF Sprengköpfe auf Abschußstellen gezählt und der gleiche Ansatz für INF und START verfolgt werden solle.

Die weitere wichtige Empfehlung der Kommission, eine Verminderung der Sprengkraft (yield) auf ein etwa gleiches Niveau zu erzielen, führt in der Administration zu der Überlegung, das Kriterium Wurfgewicht (throw weight) schon jetzt einzuführen. Damit würde auf eine zweite Phase sowie wahrscheinlich auch auf die bestehenden Höchstgrenzen für schwere und mittlere ICBMS – wie sie in der amerikanischen START-Position enthalten sind – verzichtet.

Sprengkraft kann als solche allerdings nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Sie steht jedoch in einer bestimmten Relation zum Wurfgewicht, das wiederum anhand der Raketen festgestellt werden kann. Die Schwierigkeit ist, daß die SU

⁴ So in der Vorlage.

⁵ Zur sowjetischen Position bei den START-Verhandlungen vgl. Dok. 34, Anm. 18.

der USA an Wurfgewicht etwa zweieinhalbmal überlegen ist (SU: mehr als 5 Mio. kg, USA: weniger als 2 Mio. kg). Den Amerikanern ist klar, daß eine Art Gleichstand bei der Sprengkraft erst in einem sehr langen Prozeß erreichbar ist. Wichtig sei jedoch, daß gleiche Obergrenzen festgelegt würden, für einen gewissen Zeitraum würde die SU danach einen Vorteil bei der Sprengkraft behalten. Die USA könnten jedoch damit zunächst leben, weil ihre Sprengköpfe technisch verfeinert und im Umfang kleiner seien als die sowjetischen und sie daher nicht so viel Wurfgewicht brauchten. Im übrigen wird eingeräumt, daß die USA bei Bombern, deren Nutzlast schwer zu bestimmen sei, einen Vorteil hätten. In der ACDA glaubt man, daß eine Aufgabe des Phasenansatzes und der beiden Untergrenzen für schwere und mittlere ICBM die Verhandelbarkeit erhöhen werde. Zwar sei die Einführung des Kriteriums Wurfgewicht kompliziert, es greife jedoch nicht so ausdrücklich in die Struktur der sowjetischen ICBM ein, es lasse der SU eine gewisse Flexibilität – allerdings mit einem hohen Preis für ihre zahlreichen schweren und mittleren Systeme.

3) Ob über diese weitgehenden Überlegungen noch vor der nächsten Verhandlungsrunde, die am 8.6. beginnt⁶, entschieden werden kann, ist noch offen. Angestrebt wird eine NSC-Sitzung Anfang Juni. Jedenfalls dürfte der ursprüngliche Plan, einen amerikanischen Vertragsentwurf vorzulegen, zunächst aufgegeben werden, um erst einmal Klarheit über die weitere Grundsatzposition zu bekommen.

Die Aussichten für die nächste Verhandlungsrunde werden – unter Berücksichtigung der negativen Erfahrungen der letzten Runde – eher gedämpft eingeschätzt. Man glaubt nicht, daß die SU schon jetzt wirklich verhandeln werde. Das sowjetische Hauptinteresse liege bei INF. Andropow sei – noch – nicht so fest im Sattel, daß er schon weitreichende Entscheidungen, die auch Opfer für die SU erfordere, treffen könne. Offensichtlich zögerten die Sowjets auch deshalb mit echter Verhandlungsbereitschaft, weil sie sich noch nicht sicher seien, wer der nächste amerikanische Präsident sei. Andererseits dürfte die zu erwartende positive Entscheidung des Kongresses über das MX-System die amerikanische Verhandlungsposition stärken und der SU zu denken geben.

4) Der Scowcroft-Bericht hat mit seinem integralen Ansatz für Sicherheit und Rüstungskontrolle und seiner Suche nach einem überparteilichen Konsensus wichtige neue Anstöße gegeben, mit denen sich der Präsident persönlich, insbesondere in seinem Schreiben an die Abgeordneten und Senatoren, identifiziert hat. Nicht ohne Ironie schrieb die Washington Post am 13.5., daß der Präsident hinsichtlich des Engagements für Rüstungskontrolle seiner Administration nunmehr einen Schritt voraus sei.⁷ Der Kongreß, der in den letzten Wochen hohes Interesse für Rüstungskontrollpolitik gezeigt hat, dürfte – auch im Laufe der weiteren Bewilligungsentscheidungen für das MX-System⁸ – darauf achten, daß die Zusicherungen eingehalten werden.

[gez.] Wallau

VS-Bd. 11370 (220)

⁶ Zur vierten Runde der START-Verhandlungen vom 8. Juni bis 2. August 1983 in Genf vgl. Dok. 232.

⁷ Vgl. dazu den Artikel „Reagan Arms Control Actions Move MX Missile Closer to Reality“; THE WASHINGTON POST vom 13. Mai 1983, S. A13.

140

Aufzeichnung des Referats 200**200-350.31-321/83 VS-vertraulich****15. Mai 1983¹**

Betr.: Informelles Ministertreffen in Gymnich 14./15. Mai 1983²;
 hier: Stationierung von Mittelstreckenraketen

AM Pym warf die Frage auf, wie die MS einander bei der Öffentlichkeitsarbeit helfen könnten. BM meinte, dies solle bei bilateralen Gesprächen erfolgen, und nannte als Beispiel die Rede des französischen Präsidenten anlässlich der letzten bilateralen Konsultationen³ vor dem Bundestag.⁴ AM Ellemann-Jensen erklärte, eine Mehrheit im dänischen Parlament würde u. U. beantragen, die Stationierung zu verschieben. Die Regierung werde alles tun, um ihren Pflichten als loyaler Partner nachzukommen. Auch Neuwahlen seien in Erwägung.⁵ Unter diesen Umständen müsse man viel Geduld zeigen. AM Tindemans sagte, man warte auf die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen. Die christlichen Gewerkschaften in Belgien hätten eine EntschlieÙung gegen den Doppelbeschluss gefaÙt. In diesem psychologischen Krieg sei das von den Kollegen erarbeitete Material nützlich. AM Pym bemerkte, in der öffentlichen Debatte in Großbritannien würden die Gründe erläutert, warum man stationieren wolle. Allerdings müsse man wissen, daß Argumente rational seien, während die Haltung der Gegner emotional sei. Es gebe keine Argumente gegen die Stationierung, die durchschlagend seien. Letztlich werde das rationale Argument sich durchsetzen. BM

Fortsetzung Fußnote von Seite 722

⁸ Die Haushaltsausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses und des Senats bewilligten am 11. bzw. am 12. Mai 1983 625 Mio. Dollar für das MX-Programm. In der Presse wurde berichtet: „This includes \$560 million for engineering and \$65 million for flight testing the mammoth missile, which will carry 10 nuclear warheads.“ Vgl. den Artikel „President Backs Arms Build-Down“, THE WASHINGTON POST vom 13. Mai 1983, S. A1.

Am 24. Mai 1983 gaben das amerikanische Repräsentantenhaus und am folgenden Tag der Senat die Mittel zum Umbau der Silos für die Aufnahme der MX-Raketen und für einen ersten Testflug frei.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit am 16. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vom Bundesminister noch nicht genehmigt.“

² Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich vgl. auch Dok. 146.

³ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 20. Januar 1983 vgl. Dok. 19.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vom 20. Januar 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

⁵ Vgl. dazu den Resolutionsentwurf der Opposition im dänischen Parlament vom 6. April 1983; Dok. 106, Anm. 19.

Das dänische Parlament nahm am 26. Mai 1983 mit 83 gegen 70 Stimmen einen EntschlieÙungsantrag der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks an, mit dem die dänische Regierung verpflichtet wurde, „im Bündnis darauf hinzuwirken, daß Genfer Verhandlungen über Termin Jahresende 1983 hinaus verlängert und während dessen keine Vorbereitungen für Dislozierung westlicher Mittelstrecken[raketen] getroffen werden. Außerdem sollen britisch-französische Kernwaffen einbezogen werden. Verhandlungen müÙten zur Reduzierung sowjetischer SS-20-Raketen führen, so daß Dislozierung westlicher Mittelstreckenwaffen gegenstandslos werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 277 des Botschafters Jestaedt, Kopenhagen, vom 26. Mai 1983; Referat 204, Bd. 135238.

wies auf die verschiedenen Kampagnen gegen den Doppelbeschluß in den einzelnen Ländern hin. In der Bundesrepublik würden hauptsächlich zwei Argumente gebraucht:

- 1) Die USA machten keine ernstlichen Verhandlungsanstrengungen.
- 2) Die britischen und französischen Atomwaffen müßten einbezogen werden.

Bundesregierung hätte vor der Wahl⁶ gesagt, wir würden stationieren, wenn die Verhandlungen in Genf nicht zu Ergebnissen führen. Die Wähler haben nicht negativ darauf reagiert. Es sei ein Glücksfall, daß in drei Ländern, wo stationiert werden soll, Wahlen stattfinden.⁷ Wenn man sich klar vor der Wahl äußert, würde die schweigende Mehrheit dies honorieren.

AM Pym stimmte dem zu. Labour würde in GB für atomwaffenfreie Zone werben sowie für die Einbeziehung der britischen und französischen Atomwaffen.⁸ Dem müsse man energisch entgegenreten. AM Colombo meinte dazu, man solle den Akzent eher auf Verhandlungen setzen. AM Ellemann-Jensen sagte, daß atomwaffenfreie Zone nur in Schweden⁹ und Finnland¹⁰ propagiert würde. Er verwies auf Frage der sowjetischen Unterseeboote in der Ostsee¹¹ und vermu-

⁶ Zu den Wahlen zum Bundestag vom 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

⁷ Nach dem Rücktritt der Regierung des Ministerpräsidenten Fanfani am 29. April 1983 löste Präsident Pertini das italienische Parlament am 4. Mai auf. Die Neuwahlen fanden am 26./27. Juni 1983 statt.

Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

⁸ Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 9. März 1983 über den in der britischen Presse veröffentlichten „Entwurf eines außenpolitischen Wahlkampfpapiers der Labour Party“. Darin werde ausgeführt, „eine künftige Labour-Regierung werde einerseits auf Einbeziehung von Polaris in Genfer Abrüstungsverhandlungen sowie britische Teilnahme an diesen Verhandlungen drängen, andererseits [...] binnen einer Legislaturperiode eine nichtnukleare Verteidigungspolitik durchsetzen, d. h. sich der Installierung neuer Nuklearbasen oder Nuklearwaffen auf britischem Boden oder in britischen Gewässern widersetzen und alle bereits vorhandenen Anlagen und Systeme dieser Art abbauen, um ggf. Teil einer weit über GB hinausreichenden kernwaffenfreien Zone in Europa zu werden. [...] Dringendstes Anliegen einer Labour-Regierung aber müsse sein, die Dislozierung von Cruise und Pershing in GB oder auf dem westeuropäischen Festland zu verhindern.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 867; Referat 204, Bd. 124491.

Am 7. April 1983 übermittelte Ruhfus das entsprechende, am 29. März 1983 von der Labour Party verabschiedete „Campaign Document“. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1300; Referat 204, Bd. 135240.

⁹ Zum schwedischen Vorschlag vom 8. Dezember 1982 für eine kernwaffenfreie Zone in Europa vgl. Dok. 9, Anm. 45.

Gesandter Gescher, Stockholm, berichtete am 12. April 1983 von Äußerungen des schwedischen Außenministers Bodström, daß die schwedische Öffentlichkeit aufgrund der „Verschlechterung der Sicherheitslage und der erhöhten nuklearen Bedrohung“ verstärkt eine kernwaffenfreie Zone in Skandinavien fordere: „Es sei nicht mehr ausreichend, daß Dänemark und Norwegen in Friedenszeiten auf die Stationierung von Kernwaffen verzichteten. Sie dürften sich diese Option auch für den Ernstfall nicht offenhalten.“ Bodström habe darauf hingewiesen, daß alle sozialdemokratischen Parteien in den skandinavischen Staaten für eine kernwaffenfreie Zone seien. Vgl. den Schriftbericht; Referat 201, Bd. 125700.

¹⁰ Zur finnischen Haltung hinsichtlich einer kernwaffenfreien Zone in Europa teilte Botschafter Menne, Helsinki, am 1. Februar 1983 mit, daß die finnische Antwort vom Vortag auf den schwedischen Vorschlag vom 8. Dezember 1982 „zwar positiv“ sei, aber betont werde, daß seine Verwirklichung „in erster Linie von den betroffenen Ländern abhängen, deren Gebiet von der Zone berührt würde“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 94; Referat 221, Bd. 124583.

¹¹ Ein von der schwedischen Regierung im Oktober 1982 eingesetzter Ausschuß zur Untersuchung der Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch ausländische Unterseeboote kam am 26. April 1983 zu dem Ergebnis, „daß die Verletzungen im Harsfjaerden ebenso wie andere Verletzungen 1982 und zumindest in den allermeisten Fällen während der 80er Jahre von sowjetischen U-Booten ausge-

tete, daß die SU versuche, durch kontinuierliche Verletzung der Hoheitsgewässer eine neue Normalität zu schaffen. Es würde auch behauptet, dies sei die Rache für die Beschämung, die sie durch das Aufbringen des U-Boots bei Visby¹² ertragen mußte. Die einzige Alternative zu dieser kontinuierlichen Verletzung wäre die Versenkung eines U-Boots.

VS-Bd. 12908 (200)

Fortsetzung Fußnote von Seite 724

gangen sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 104 des Botschafters von Puttkamer, Stockholm; Referat 204, Bd. 135248.

Die schwedische Regierung legte mit Note vom 26. April 1983 Protest bei der sowjetischen Regierung gegen diese wiederholten Vorstöße in schwedische Hoheitsgewässer ein, den der sowjetische Botschafter in Stockholm, Pankin, am 5. Mai 1983 zurückwies. Puttkamer berichtete dazu, daß Ministerpräsident Palme auf einer Veranstaltung des Friedensforums der Arbeiterbewegung unter dem Eindruck des unmittelbar vorausgehenden Gesprächs mit Pankin ausgeführt habe, „daß die Glaubwürdigkeit der schwedischen Neutralität gefährdet sei, wenn sich Schweden gegen die fortgesetzten Verletzungen seines Territoriums nicht zur Wehr setzen würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 118 vom 10. Mai 1983; Referat 204, Bd. 135247.

- ¹² Am 27. Oktober 1981 lief ein sowjetisches U-Boot etwa 12 km vor der schwedischen Marine-Basis in Karlskrona – und damit innerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer – auf Felsgrund und wurde am folgenden Tag von einem schwedischen Fischerboot entdeckt. Referat 204 notierte am 3. November 1981: „Von schwedischer Seite wurde festgestellt, daß es unmöglich sei, in diese Gewässer aufgrund eines Irrtums oder eines Navigationsfehlers zu gelangen, da sie extrem schwierig und nur an Hand exakten Kartenmaterials zu befahren seien. [...] Der Vorfall hat auf die schwedische Öffentlichkeit wie ein Schock gewirkt und bereits eine innenpolitische Diskussion über das eklatante Versagen der schwedischen Küstenwacht und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reorganisation ausgelöst. Die von Experten immer wieder behauptete, von Regierungsstellen aber nie wirklich geglaubte rege sowjetische Spionagetätigkeit in sensiblen Bereichen der schwedischen Verteidigung ist damit bewiesen.“ Vgl. Referat 204, Bd. 124954.

141

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**213-321.15-1028/83 VS-vertraulich****15. Mai 1983**Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Deutsch-sowjetische Direktoren-Konsultationen in Moskau vom 10. und 11. Mai

hier: meine Haupteindrücke

Als Ergänzung zu den Protokoll-Aufzeichnungen von VLRI Dr. Arnot³ halte ich meine Haupteindrücke und die wesentlichen Punkte aus meinen Vier-Augen-Gesprächen fest.

1) Vorbemerkung

Während der genannten beiden Tage habe ich etwa fünf Stunden über bilaterale Fragen mit dem Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des SAM⁴, Bondarenko, und weitere fünf Stunden über multilaterale Komplexe mit den Vizeaußenministern Kompletow und Kapiza und Sonderbotschafter Mendelewitsch gesprochen. Außerdem standen weitere fünf Stunden bei gesellschaftlichen Anlässen (zwei Mittagessen und Bolschoi-Ballett) zur Verfügung. Der Erste Stellvertretende Außenminister Kornijenko, der bereits vor den Feiertagen⁵ in Urlaub gereist war (Rückkehr am 10. Juni 1983), ließ sich entschuldigen.

2) Themenschwerpunkte und Gesprächspartner

(1) Bilaterale Beziehungen

Ich habe mit Bondarenko folgende Themen behandelt:

- unsere Ost-West-Politik im Lichte der Regierungserklärung vom 4.5.1983⁶;
- den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers und Bundesministers in Moskau⁷;
- unsere bilateralen Beschwerden.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 21. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine hochinteressante und vorzügliche Aufzeichnung.“

² Hat Bundesminister Genscher am 22. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Konsultationen, so geführt, machen wirklich einen Sinn.“

Hat Staatssekretär von Staden am 24. Mai 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.

Hat dem Vertreter von Pfeffer, Ministerialdirigent Schauer, am 27. Mai 1983 vorgelegen.

Hat Pfeffer am 30. Mai 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 13. Juli 1983 vorgelegen.

³ Für die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot vom 13. Mai über das Gespräch des Ministerialdirektors Pfeffer mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am 10. Mai 1983 in Moskau und vom 7. Juni über die Gespräche mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Kapiza und Sonderbotschafter Mendelewitsch am 11. Mai 1983 vgl. Referat 213, Bd. 139317.

⁴ Sowjetisches Außenministerium.

⁵ In der UdSSR war der 9. Mai als „Tag des Sieges“ ein Feiertag.

⁶ Für den Wortlaut des außenpolitischen Teils der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 67–73.

⁷ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

(2) Sicherheitspolitik

Im Gespräch mit VAM Komplektow standen die

- Genfer INF-Verhandlungen im Vordergrund.

Sonderbotschafter Mendelewitsch konzentrierte sich ganz auf das Thema

- WP-Vorschlag eines „Nichtangriffs-Vertrages zwischen den Bündnissystemen“.⁸

Ich habe das Thema

- KSZE

aufgebracht.

Mit dem Vizeaußenminister Kapiza habe ich erörtert:

- die sowjetisch-japanischen Beziehungen,
- die sowjetisch-chinesischen Beziehungen,
- Kambodscha,
- Afghanistan.

Für das Thema Nahost mangelte es an einem zuständigen Gesprächspartner.

3) Gesprächsklima

Bondarenko gab sich sachlich bis freundlich, Mendelewitsch urban. Kapiza äußerte sich freimütig und kompetent. Der bei weitem schwierigste Gesprächspartner war Komplektow, mit dem allerdings auch das schwierigste Thema (INF) zu erörtern war. Nach frostigem Empfang schloß sich ein zweistündiges hartnäckiges Gespräch an, das sich nur wegen des angesetzten Mittagessens und mit Mühe beenden ließ.

Komplektow war ruppig und kämpfte ohne Bandagen. Offenbar wollte er einschüchtern. Nachdem ich ihm nichts schuldig geblieben war, schüttelte er mir beim Abschied minutenlang die Hand und meinte: „Es war eine Freude, Sie kennenzulernen. Wir müssen öfters miteinander sprechen. Es gibt eine Lösungsmöglichkeit für Genf. Letzten Endes glaube ich, daß wir uns verstanden haben. Ich meine wirklich, daß wir uns verstehen.“

4) Gespräch mit Bondarenko

(1) Bondarenko hörte sich nach meiner etwas weiter ausholenden Einleitung die Liste unserer 14 Gravamina verhältnismäßig ruhig an, nämlich

(1.1) Rückführung und Familienzusammenführung von Deutschen und Volksdeutschen aus der UdSSR⁹,

(1.2) Lage der Deutschen in der UdSSR¹⁰,

⁸ Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen vgl. Dok. 40 und Dok. 91, besonders Anm. 3.

⁹ Zum Rückgang der Ausreisegenehmigungen aus der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 19 und 20.

¹⁰ Ministerialdirektor Pfeffer führte am 10. Mai 1983 gegenüber dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, aus, die Deutschen in der UdSSR „hätten nicht die gleichen Möglichkeiten, ihre Eigenart zu entfalten, wie andere Nationalitäten in der Sowjetunion. Wir wüßten, daß es deutschsprachige Zeitungen und seit einiger Zeit ein deutschsprachiges Theater gebe; aber das Angebot deutscher Sprache in den Schulen sei unzureichend, und zwar auch in Gegenden, in denen es viele Deutsche gebe. [...] Wir betrieben keine Werbung für die Auswanderung von Personen deutscher Nationalität. Was wir wollten, wäre gerade das, was den Ausreisepressure mildern könnte.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139317.

- (1.3) Zusammenführung von Ehepartnern aus deutsch-sowjetischen Ehen¹¹,
- (1.4) Kriegsgräber¹²,
- (1.5) Polemik sowjetischer Vertreter auf Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland¹³,
- (1.6) Mehrfachvisen für Angehörige der deutschen Firmenvertretungen in Moskau¹⁴,
- (1.7) Einschränkung des Fernsprechverkehrs Bundesrepublik Deutschland–Sowjetunion¹⁵,
- (1.8) Reisebeschränkungen für deutsche Korrespondenten in Moskau¹⁶,

¹¹ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 26. Januar 1983 über Eheschließungen zwischen deutschen und sowjetischen Staatsangehörigen. 1982 habe es „in der Regel keine Probleme“ gegeben; nach Wartezeiten von bis zu vier Jahren seien 71 Ausreisen zu Ehepartnern in der Bundesrepublik genehmigt worden, und 58 offene Fälle seien bekannt, „in denen der sowjetische Ehepartner, teilweise mit ein- oder mehrmaliger Ablehnung seines Ausreiseantrages, auf die Genehmigung zur Ausreise wartet“. Schwierigkeiten gebe es offenbar, „wenn eine besondere berufliche Qualifikation des sowjetischen Ehepartners, wie z. B. bekannte Künstler oder Sportler, Wissenschaftler oder Akademiker, gegeben war. Auch ein gerade erst abgeleiteter Militärdienst blieb ein Hinderungsgrund.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 212, Bd. 133423.

¹² Die Bundesregierung wurde mit einstimmig angenommener Entschließung des Bundestags vom 30. April 1982 aufgefordert, Verhandlungen mit der UdSSR aufzunehmen, „um die Erfassung und Pflege deutscher Kriegsgräber in der Sowjetunion zu ermöglichen“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 121, S. 5926 bzw. S. 5929.

Vortragender Legationsrat Ziegler legte am 25. April 1983 dar, daß 1982 Kontakte zwischen dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) und dem Sowjetischen Roten Kreuz (SRK) aufgenommen worden seien: „Zwar gibt es bekanntlich keine deutschen Soldatenfriedhöfe aus der Kampfzeit. Jedoch sind Gräberstellen aus Gefangenenlagern erhalten. Zu den bereits bekannten zwei Friedhöfen in Lublino und Krasnogorsk bei Moskau hat das SRK drei weitere Gefangenenfriedhöfe in Morschansk, Kirsanow und Tambow [...] zum Besuch freigeben.“ Eine erste Reise von Angehörigen sei im Juli 1983 geplant. Vgl. B 80 (Referat 513), Bd. 1574.

¹³ Ministerialdirektor Pfeffer würdigte im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, den bilateralen Austausch und die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, merkte allerdings an: „Vertreter der Sowjetunion kritisierten in unserem Lande die Politik der Bundesregierung und ihrer Verbündeten sehr häufig und in scharfer Form. [...] Gegen eine kontroverse Argumentation, wie z. B. auf dem Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung, sei nichts einzuwenden. Sie könne sogar sehr nützlich sein. Eine andere Sache sei es jedoch, wenn in propagandistischen Veranstaltungen die Bundesregierung, ihre Verbündeten und vor allem die USA auf unserem Boden von amtlichen Vertretern der Sowjetunion polemisch angegriffen würden.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139317.

¹⁴ Ministerialdirektor Pfeffer legte dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am 10. Mai 1983 zu diesem Thema dar: „Nicht alle entsandten Mitarbeiter von deutschen Firmen in Moskau erhielten Mehrfach-Visen. Solche Visen bekämen nur die Chefs. So wie alle Mitglieder der sowjetischen Handelsvertretung in Köln von uns Zwei-Jahres-Visen bekämen, so sollten auch alle Angehörigen unserer Firmen Visen für die gleiche Dauer erhalten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139317.

¹⁵ Das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen gab am 11. Juni 1982 eine Mitteilung der Fernmeldeverwaltung der UdSSR weiter, „daß mit Wirkung vom 1.7.82 an die bestehenden Fernsprechleitungen um etwa 60 % reduziert werden müssen. Diese ‚Leistungsabschaltungen‘ sollen aus technischen Gründen notwendig sein, gelten für beide Verkehrsrichtungen und werden bis 1984 andauern.“ Vgl. das Schreiben an das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt; Referat 213, Bd. 133260.

Gesandter Huber, Moskau, teilte am 2. Juli 1982 mit, er habe den stellvertretenden Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Ussytschenko, darauf hingewiesen, daß die „Kommunikationsbeschränkung“ die Arbeitsmöglichkeiten sowohl für die Botschaft als auch für im Handel mit der UdSSR tätige Firmen und Korrespondenten verschlechtere und „nicht mit Schlußakte von Helsinki im Einklang stehe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2765; Referat 213, Bd. 133260.

¹⁶ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 25. Januar 1983 mit: „Feststellungen über verstärkte Zurückhaltung sowjetischer Funktionäre bei Gesprächen und Genehmigung von Reisen werden

- (1.9) Reisen in den nördlichen Teil Ostpreußens¹⁷,
- (1.10) Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen mit der Sowjetunion¹⁸,
- (1.11) Zugang zu unserer Botschaft in Moskau und zu unserem Generalkonsulat in Leningrad¹⁹,
- (1.12) Arbeitsbehinderungen des Generalkonsulats Leningrad²⁰,

Fortsetzung Fußnote von Seite 728

von hier akkreditierten deutschen und anderen westlichen Korrespondenten bestätigt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 371; Referat 213, Bd. 139304.

Ministerialdirektor Pfeffer hob im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am 10. Mai 1983 hervor, daß die sowjetischen Korrespondenten in der Bundesrepublik „ihrer Arbeit ganz ungehindert nachgehen“ könnten und die Bundesregierung hoffe, daß diese Möglichkeiten umgekehrt auch gewährt würden: „Wir schlugen deshalb vor, daß die Notifizierungspflicht für unsere Korrespondenten künftig entfällt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139317.

- 17 Am 13. Mai 1982 forderte der Bundestag einstimmig die Bundesregierung auf, die Gespräche mit der sowjetischen Regierung über die in Korb III der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vorgesehenen Erleichterungen für den Reiseverkehr fortzusetzen mit dem Ziel, eine Öffnung für Reisen in den nördlichen Teil Ostpreußens zu erreichen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 121, S. 6050–6054.

Am 29. April 1983 vermerkte Referat 213: „Nach den hier vorliegenden Informationen ist das gesamte Gebiet des nördlichen Ostpreußens mit militärischen Einrichtungen versehen. Eine Öffnung des ganzen Gebietes für den Reiseverkehr – wie im Falle des polnisch besetzten Gebietes des südlichen Ostpreußens – dürfte daher einstweilen kaum zu erreichen sein.“ Ein erster Schritte könne aber etwa „schon das Angebot zu Reisen nach Königsberg oder einige andere Städte und Plätze im nördlichen Ostpreußen sein“, selbst wenn dies nur über das sowjetische Reisebüro „Intourist“ möglich wäre. Vgl. Referat 213, Bd. 133260.

- 18 Die Bundesrepublik und die UdSSR verhandelten seit 1973 über ein Abkommen über den Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Handelssachen. Während der Konsultationen des Ministerialdirektors Blech mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, vom 29. November bis 1. Dezember 1978 wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß ohne formelle Absprachen in Rechtshilfesachen der Direktverkehr zwischen den Justizministern der Länder und den Justizministern der Unionsrepubliken aufgenommen werden sollte. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 371.

Ministerialdirektor Pfeffer erinnerte Bondarenko am 10. Mai 1983 daran, daß diese Absprache 1979 bestätigt worden sei, die sowjetische Regierung aber immer noch nicht mitgeteilt habe, „wann der Direktverkehr aufgenommen werden könne“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139317.

- 19 Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 2. Juli 1982 über „eine deutliche Verhärtung in der Handhabung der Zulassung zur Botschaft für Sowjetuniondeutsche, die noch keine Ausreiseerlaubnis haben“. So bestehe die sowjetische Miliz darauf, daß Botschaftsmitarbeiter die Besucher nicht mehr am Eingang der Botschaft erwarteten, „da schon dies eine Überschreitung der Befugnisse der Botschaftskompetenz sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2748; Referat 212, Bd. 133423.

Am 19. Mai 1983 protestierte Ministerialdirektor Pfeffer gegenüber dem sowjetischen Gesandten Te-rechow dagegen, daß am 16. Mai 1983 mehrere Personen „mit Brachialgewalt und in unwürdiger Form von sowjetischen Milizionären am Betreten der Botschaft gehindert worden“ seien: „Dieses Verhalten sei unvereinbar mit Art. 22 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 368 an die Botschaft in Moskau; Referat 213, Bd. 139319.

- 20 Generalkonsul Berninger, Leningrad, wies am 28. Januar 1983 darauf hin, „daß die Situation von Konsulatsangehörigen in Leningrad bei Anlegung eines internationalen Maßstabes unter vielfachen Aspekten als anomal anzusehen“ sei: „Eng begrenzter Bewegungsspielraum; Unerreichbarkeit wichtiger Städte des Amtsbezirks auf normalen Verkehrswegen (Autofahrt nach Riga, Flug nach Petrosawodsk nicht möglich etc.); umfangreiche und zeitraubende Auflistungen von in die SU verbrachten sog. Kunstgegenständen, zu denen beispielsweise alle Bücher gehören, die vor 1975 erschienen sind; prohibitive Telefongebühren bei Anrufen im Westen; [...] Nichtzulassung sowjetischer Besucher zu Bürogesprächen“. Nunmehr werde offenbar auch daran gedacht, die Konsulatsangehörigen dazu zu zwingen, Reisen innerhalb der UdSSR bei der sowjetischen Reiseagentur „Intourist“ zu buchen, wo „Flugkarten, Eisenbahnkarten, Hotelgutscheine etc. in Fremdwährung zu bezahlen sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 12; Referat 213, Bd. 139318.

(1.13) Respektierung der Bewegungsregelung für die sowjetischen Missionen in der Bundesrepublik Deutschland²¹,

(1.14) Konsularfälle Klemens O. Kuithan²² und Kiener²³.

Ich habe die Ausreisefrage an die Spitze gestellt, werbende Ausführungen dazu gemacht und zur Abkürzung sofort die sowjetischen Gegen-Argumente und unsere jeweiligen Entkräftigungen abgehandelt. Bondarenko quittierte diese Form der Präsentation mit der Bemerkung: Nun brauche er nicht mehr zu sprechen. In der Sache gab er nicht nach.

Er gab zu, daß er von den vorgetragenen Behinderungen des Generalkonsulats Leningrad zum ersten Mal höre, und versprach, dieser Sache nachzugehen.

Auf halbem Wege fragte Bondarenko, ob die Beschwerdeliste denn gar kein Ende nehme. Offenbar habe Herr Arnot aber auch alles zusammengetragen, was er finden konnte. Ich habe erwidert, wenn Herr Arnot dies nicht getan hätte, hätte ein anderer Beamter oder ich selbst die Liste zusammenstellen müssen. Wir brächten unsere Gravamina nicht vor, um die sowjetische Seite zu ennuyieren, sondern um im bilateralen Verhältnis möglichst viele Irritationen, gerade auch vor dem Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesministers in Moskau, abzubauen.

Bondarenko, dem am Ende wenig Zeit blieb, erwähnte von sich aus nur das Revaler Stadtarchiv.²⁴ Auf unsere Härtefälle replizierte er mit Bataschow.²⁵

²¹ Gesandter von Bredow vermerkte am 5. April 1982: „Das Bundeskabinett hat am 17.2. d.J. zustimmend zur Kenntnis genommen, daß die Bewegungs- und anderen Beschränkungen, denen die sowjetische Botschaft, die sowjetische Handelsvertretung Köln und das sowjetische Generalkonsulat Hamburg unterliegen, strikt gehandhabt werden. Grundlage der Bewegungsbeschränkungen ist, mangels spezieller deutsch-sowjetischer Vereinbarungen, der Grundsatz der Gegenseitigkeit“. Bredow führte weiter aus, daß bislang relativ großzügig verfahren worden sei, wenn die sowjetischen Vertretungen die Frist für schriftliche Reisenotifizierungen – im Normalfall 48 Stunden im voraus – unterschritten hätten. Stärker geachtet werden solle nun auch auf korrekte Angaben von Reiseweg und benutzten Verkehrsmitteln. Vgl. Referat 421, Bd. 141355.

²² Der deutsche Staatsangehörige Kuithan wurde am 2. Februar 1980 vor der Ausreise aus der UdSSR am Flughafen in Moskau festgenommen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 35 und Dok. 92. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot vermerkte am 18. Februar 1983, er habe den sowjetischen Botschaftsrat Popow am 24. November 1982 daran erinnert, „daß die Angelegenheit Kuithan noch immer ungeregt“ und nicht „durch Vergessen aus der Welt zu schaffen“ sei. Kuithan solle freie Ausreise aus der UdSSR gewährt werden: „Es komme uns nicht darauf an, daß sie durch die Vermittlung der Botschaft erfolge. Es sei uns recht, wenn er auf dem Wege ausreise, auf dem er in die SU gelangt sei (über Wien, vermutlich mit einem sowjetischen Paß). Das Minimum sei jedenfalls, daß unsere Botschaft in die Lage versetzt werde, Kuithan konsularisch zu betreuen.“ Vgl. VS-Bd. 13399 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

²³ Am 1. März 1983 wurde der Vertreter der Firma Carl Schenck AG in Moskau, Kiener, „auf dem Wege zu seinem Auto von fünf KGB-Beamten verhaftet und zu einem Verhör abgeführt“. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, gab am 2. März 1983 die Information von Kiener weiter, er sei „zunächst als Zeuge zu einem laufenden Verfahren vernommen worden. [...] Kurze Zeit später sei ihm dann eröffnet worden, daß er sich nicht mehr als Zeuge, sondern nunmehr als Angeklagter zu äußern habe. Herrn Kiener wird vorgeworfen, sowjetische Funktionäre wiederholt bestochen zu haben, und zwar mit Cassettenrecordern sowie mit Geld.“ Nach seiner Vernehmung sei Kiener auf freien Fuß gesetzt worden mit der Auflage, während des Ermittlungsverfahrens die UdSSR nicht zu verlassen. Ihm drohe eine Strafe im Rahmen von 7 bis 15 Jahren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 970; VS-Bd. 13399 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁴ Die sowjetische Regierung bemühte sich erstmals im Dezember 1956 und verstärkt seit Dezember 1977 um die Rückgabe des im Bundesarchiv in Koblenz aufbewahrten Revaler Stadtarchivs. In einer Vorlage für Bundesminister Genscher führte Ministerialdirektor Fleischhauer am 22. Mai 1980 aus: „Bei dem Stadtarchiv von Reval (estnisch ‚Tallinn‘) handelt es sich um das nach den Archiven von Lübeck und Danzig drittgrößte hansische Archiv.“ Eigentümerin der bis ins 13. Jahrhundert

Ich habe erwidert, daß Herr von Braunmühl mit dem Gesandten Terechow in Verbindung stehe und die Sache nur noch an einem Punkte zu haken scheine.²⁶ Wir seien an einer geräuschlosen Erledigung interessiert.

Bondarenko bat dann um Erläuterung der Regierungserklärung und hielt sich vor allem an den beiden Stellen auf, über die aus Moskau drahtlich berichtet wurde, nämlich:

„Wir haben Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis aller Staaten. Wir wissen um das historisch bedingte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Nichts rechtfertigt aber die Überrüstung der Sowjetunion, die die Sicherheit der Nachbarn bedroht und politischer Erpressung dient. ...

Zu diesen Belastungen gehört auch, daß die Sowjetunion Außenpolitik auf zwei Ebenen betreibt – Ebenen, die sich gegenseitig ausschließen. Wenn die sowjetische Führung gleichzeitig den weltrevolutionären Klassenkampf gegen die freie

Fortsetzung Fußnote von Seite 730

zurückreichenden Archivalien sei die Stadt Reval; das Archiv sei „im Juni 1944 aufgrund einer Absprache zwischen den zuständigen estnischen Stellen und der deutschen Zivilverwaltung in Estland zum Schutz vor Kriegsschäden und den anrückenden sowjetischen Truppen nach Deutschland verbracht worden. Das Archiv ist also nicht gewaltsam oder unter Druck von den deutschen Truppen mitgenommen worden.“ Unterdessen hofften die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck, daß die Bundesregierung sich für die Rückgabe ihrer in die UdSSR verbrachten Archive einsetzen werde. Während hier jedoch ein „kriegsrechtlicher Herausgabeanspruch der Bundesrepublik Deutschland“ bestehe, gelte dies umgekehrt nicht: „Ein auf Eigentum gegründeter völkerrechtlicher Herausgabeanspruch der SU im eigenen Namen oder im Wege des diplomatischen Schutzes für die Stadt Reval/Tallinn wäre uns gegenüber nur begründet, wenn die Bundesrepublik Deutschland die Annexion Estlands durch die SU anerkennen würde.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1818.

Am 12. Juli 1983 brachte der sowjetische Botschaftsrat Maximytschew erneut den sowjetischen Rückgabewunsch vor, wobei „es zwischen dieser Frage und der deutscherseits erwünschten Rückgabe der Hanse-Archive keinerlei Junktim geben dürfe. Sowjetischerseits stelle man sich daher zunächst eine Art Absichtserklärung vor, mit der die Bundesregierung ihre grundsätzliche Rückgabebereitschaft zum Ausdruck bringe.“ Anschließend könnten Expertengespräche stattfinden. Ministerialdirigent Berteles vermerkte am 19. Juli 1983, er habe Maximytschew gegenüber ein Junktim ebenfalls ausgeschlossen, aber deutlich gemacht, daß die Sachlage „ein Eingehen auf die sowjetischen Vorstellungen über das weitere Vorgehen leider ausschließe“. Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1473.

²⁵ Am 18. Februar 1983 legte Ministerialdirigent Berteles dar: „Am 17. Februar 1983 um 12.04 Uhr wurde in Köln der Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung Gennadij Arkadjewitsch Bataschow wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen.“ Bataschow habe seit Oktober 1981 zu einem in der Bundesrepublik lebenden Österreicher Kontakte unterhalten, „die eindeutig den Charakter einer nachrichtendienstlichen Verbindung hatten und auf die konspirative Beschaffung von geschützter westlicher Technologie gerichtet waren“. Da er zu den nichtprivilegierten Mitgliedern der sowjetischen Handelsvertretung gehöre, sei Bataschow „nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit (auch keine Amtsimmunität)“. Vgl. VS-Bd. 12375 (511); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl nannte dem sowjetischen Gesandten Terechow am 11. März 1983 die Namen von drei Personen, gegen die die Bundesregierung bereit sei, den inhaftierten Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung, Bataschow, auszutauschen. Vgl. den Vermerk von Braunmühl vom selben Tag; VS-Bd. 13378 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

Terechow übermittelte am 21. April 1983 die Antwort, die sowjetische Regierung sei „im Einvernehmen mit den tschechoslowakischen Behörden bereit, die in Prag inhaftierten Peter Plach und Georg Hohl gegen B. auszutauschen. Eine Einbeziehung von Frau Dr. Karin Schumann (die mit zwei unmündigen Kindern in der DDR einsitzt) in den Austausch sei ausgeschlossen“. Vgl. die Aufzeichnung von Braunmühl vom selben Tag; VS-Bd. 13378 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

Nachdem Braunmühl am 26. April 1983 auf Einbeziehung von Frau Schumann in den Austausch gedrängt hatte, antwortete Terechow am folgenden Tag: „Die DDR habe mitgeteilt, daß ein Ein-schluß von Frau Schumann in den Austausch „absolut ausgeschlossen“ sei.“ Die UdSSR biete daher an, zusätzlich zu Plach und Hohl zwei in der UdSSR wegen krimineller Delikte inhaftierte Personen freizugeben. Vgl. die Aufzeichnungen von Braunmühl vom 26. und 27. April 1983; VS-Bd. 13378 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

Welt führen will, sind stabile zwischenstaatliche Beziehungen auf Dauer nicht möglich.“²⁷

Ich habe mit Verlesung der Passagen gekontert, aus denen unser Wille zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion deutlich hervorgeht. Ich habe außerdem den Abschnitt aus der Ministerrede vor der OECD über Ost-West-Beziehungen²⁸ zitiert und den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesministers des Auswärtigen als besten Beweis für unseren Willen zur Fortsetzung des Dialogs herangezogen. Außerdem habe ich die Europäische Politische Zusammenarbeit als zusätzliche Sicherung für die Kontinuität unserer Politik genannt.

Von Bondarenko auf die INF-Frage angesprochen, habe ich noch einmal die psychologische Schockwirkung nachzuzeichnen versucht, welche die Dislozierung der SS-20 in Europa, aber auch in den USA hervorgerufen habe.

Zur KSZE wiederholte Bondarenko die bekannte sowjetische Position (RM39 revised tel quel annehmen²⁹). Ich habe die westliche Position dargestellt. Es seien noch Verbesserungen im Text notwendig. Unsere Wünsche seien maßvoll.³⁰ Hilfreich wären sowjetische Gesten im humanitären Bereich, nicht zuletzt wegen der psychologischen Wirkung auf die amerikanische Regierung, den amerikanischen Kongreß und die amerikanische Bevölkerung.

(2) Bondarenko fragte mich außerhalb der Sitzungen nach den Wahlen in Großbritannien.³¹ Sowjets rechnen offenbar fest mit dem Sieg von MP Thatcher. Er reagierte überrascht und erfreut, als ich ihm sagte, Frau Thatcher finde jede Nacht noch etwas Zeit, um Literatur zu lesen, darunter Dostojewskij.

Bondarenko erkundigte sich nach den Grünen. Ob sie im Bundestag sehr schwierig seien? Ich habe erwidert, der Bundestag habe seine normale Arbeit noch nicht wieder aufgenommen³², die Grünen seien untereinander ziemlich zerstritten.

Ich habe Bondarenko gefragt, weshalb Generalsekretär Honecker nach Kasachstan gereist sei.³³

²⁷ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 69.

²⁸ Auf der OECD-Ministerratstagung in Paris hob Bundesminister Genscher am 9. Mai 1983 die Bedeutung von Handel und wirtschaftlicher Kooperation für die „Gestaltung konstruktiver Beziehungen zwischen West und Ost“ hervor und sprach sich für den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten aus. Vgl. BULLETIN 1983, S. 434.

²⁹ Zur Annahme des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) durch die UdSSR am 6. Mai 1983 vgl. Dok. 129.

³⁰ Vgl. dazu die am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Ergänzungsvorschläge zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument (CSCE/RM.39 revised); Dok. 129, Anm. 12.

³¹ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

³² Zu den Wahlen zum Bundestag vom 6. März 1983 und zur Neukonstituierung des Bundestags am 29. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

Bundeskanzler Kohl gab am 4. Mai 1983 die Regierungserklärung ab, die im Anschluß sowie am 5. und 6. Mai 1983 erörtert wurde. Der Bundestag nahm danach seine Tätigkeit am 18. Mai 1983 wieder auf. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 295–312.

³³ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich im Rahmen eines Besuchs vom 3. bis 7. Mai in der UdSSR am 5./6. Mai 1983 in der Kasachischen SSR auf.

Diese Frage hatte der französische Botschafter in Moskau Arnaud bei einem für uns gegebenen Essen inspiriert. Arnaud äußerte mir gegenüber die Vermutung, es handele sich um einen taktischen Zug der Sowjetunion, der DDR oder beider, die Frage der Rußlanddeutschen nicht nur der Bundesrepublik Deutschland zu überlassen, sondern diese Frage selbst aktiv in folgendem Sinne aufzunehmen: Die Deutschen sind tüchtige, gleichberechtigte sowjetische Bürger, denen es gut geht und die gar nicht an Ausreise denken. Die These Arnauds scheint mir verfolgenswert.

Bondarenko gab keine Erklärung dazu, auch nicht, als ich ihm mit der Bemerkung nachhalf, in Kasachstan saßen ja viele Deutsche.

Bondarenko erwähnte in einem Tischgespräch, es gebe leider über den Zweiten Weltkrieg noch kein Buch im Range von Tolstoj's „Krieg und Frieden“. Er gab mir zu, daß Tolstoj dieses Werk über 50 Jahre nach den Ereignissen von 1812 geschrieben habe³⁴, das gleichrangige Buch über den Zweiten Weltkrieg sei danach also erst kurz vor der Jahrtausendwende zu erwarten. Bis dahin, so konnte ich mir als Andeutung auf die „Stern“-Veröffentlichung nicht versagen zu bemerken, würden wir hoffentlich nicht mit immer neuen zweifelhaften Tagebüchern³⁵ bedient werden. Bondarenko schwieg.

5) Gespräch mit Mendelewitsch

Ich habe das Thema KSZE vorgeschlagen. Mendelewitsch bat, zunächst den WP-Vorschlag für einen Nicht-Angriffs-Vertrag zu behandeln.

Die Diskussion über dieses Thema zog sich oder er zog es so lange hin, daß darüber die zur Verfügung stehende Zeit von 1 1/2 Stunden fast aufgebraucht war. Vor dem Termin mit Komplektow blieb uns deshalb nur noch ganz wenig Zeit für das Thema KSZE, auf das ich zurückkommen mußte. Es kam zur Gegenüberstellung der beiden Positionen wie im Gespräch mit Bondarenko.

Die Diskussion über den WP-Vorschlag brachte keine neuen Erkenntnisse. Immerhin bezeichnete Mendelewitsch meine Einwendungen als legitim, ja fair. Er wiederholte selbst die Frage nach dem Wert einer „Inflation“ von Gewaltverzicht-Verträgen.

Prozedural versuchte er uns immer wieder zu einem bilateralen Dialog in dieser Frage zu bewegen (zunächst: gemeinsame Studiengruppe, sodann: „wenigstens“ Fortsetzung des Gesprächs zwischen ihm und Botschafter Meyer-Landrut). Ich bin diesen Vorschlägen ausgewichen und habe Mendelewitsch gesagt, daß ich unsere Partner über dieses Gespräch unterrichten würde.

Unter vier Augen habe ich Mendelewitsch gesagt, solange unsere Fragen (vor allem: Welcher neue Nutzen? Welcher zusätzliche Schutz gegen faktische Gewaltanwendung (Afghanistan)? Welche Garantie gegen Erosion der erga-omnes-Wirkung?) nicht befriedigend beantwortet seien, bestehe im Verband der Zehn und Sechzehn keine Neigung zur Fortsetzung auch nur der internen Diskussi-

³⁴ Lew Nikolajewitsch Tolstoj begann 1864 mit der Arbeit an dem 1869 veröffentlichten Roman „Krieg und Frieden“. Ein erstes Fragment wurde 1865 unter dem Titel „Das Jahr 1805“ in der Zeitschrift „Russkij vestnik“ gedruckt.

³⁵ Zur Veröffentlichung der gefälschten „Hitler-Tagebücher“ in der Wochenzeitschrift „Stern“ vgl. Dok. 121.

on. Mendelewitsch meinte, wenn ich den Inhalt unseres Gesprächs an die übrigen weitergebe, so sei das schon etwas wert.

Er erkundigte sich sodann nach der Kontinuität unserer Politik. Ich habe ihn auf die Regierungserklärung und das tatsächliche Verhalten der Bundesregierung hingewiesen und folgendes hinzugefügt:

„Es ist unser nationaler Wille, die Beziehungen zur Sowjetunion konstruktiv weiterzuführen trotz und gerade wegen der turbulenten Zeiten, die uns auf dem Gebiet bevorstehen, das Herr Komplektow in Kürze mit mir behandeln möchte. Und wenn Ihnen diese Zusicherung nicht ausreichen sollte: Es gibt noch eine zweite Sicherung, nämlich die Europäische Politische Zusammenarbeit. Wir halten uns an den *acquis politique* der Zehn. Das ist die doppelte Sicherung. Sie sollten die EPZ auch einmal unter diesem, für die Sowjetunion günstigen Blickwinkel sehen.“ Mendelewitsch ergriff meine Hand und sagte: „Das ist bemerkenswert, was Sie da sagen. Das habe ich noch nie so bedacht oder gesehen. Das ist ja sehr, sehr gut.“

6) Gespräch mit Komplektow

Wie im SAM üblich als Gast gegen das Licht gesetzt, mußte ich Komplektows bittere Vorwürfe gegen uns und die USA wegen der Genfer Verhandlungen über mich ergehen lassen.

In 1 1/2 Jahren sei in Genf überhaupt kein Fortschritt, „nicht ein Millimeter“, erzielt worden. Die USA wollten keine echte Verhandlung. Die Amerikaner wollten nur stationieren. Die Zwischenlösung³⁶ sei unakzeptabel.

Ich hielt dem entgegen, die USA verhandelten ernsthaft. Wir wüßten das aus den Gesprächen mit Präsident Reagan, Außenminister Shultz, VM Weinberger. Die Fortschritte seien erheblich.

Bei den Definitionen sei man viel schneller vorangekommen als bei Beginn der SALT-Verhandlungen. Es gebe in Genf zwei Positionen. Außerdem gebe es Interviews. Auf die öffentliche Erklärung GS Andropows, in der er Sprengköpfe statt Systeme als Zählkriterium genannt habe³⁷, sei Präsident Reagan positiv eingegangen.³⁸

Komplektow wurde sehr heftig: Er wolle kein Gerede, sondern von mir wissen, ob wir die Zahl 162 (Systeme? Sprengköpfe?) auf beiden Seiten akzeptieren könnten. Die 162 französischen und britischen Systeme müßten angerechnet werden.

Ich habe erwidert, die Anrechnung der französischen und britischen Systeme komme nicht in Betracht. Er, Komplektow, kenne die Argumente, die Botschafter Ruth in extenso vorgetragen habe.³⁹ Ich habe die Frage angeschlossen, ob das Zählkriterium Sprengköpfe durch das Andropow-Interview mit einer finni-

³⁶ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

³⁷ Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 3. Mai 1983; Dok. 135, Anm. 13.

³⁸ Vgl. dazu die Ausführungen des Präsidenten Reagan auf einer Pressekonferenz am 4. Mai 1983 in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 636 f.

³⁹ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 24./25. Februar 1983 in Moskau über Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. Dok. 47, Anm. 13.

schen Zeitung wieder in Frage gestellt sei.⁴⁰ Komplektow: Er sei es „leid, von mir elegante Vorwürfe“ zu hören, er wolle die Lösung kennen, die wir anzubieten hätten. Es müsse Schluß mit dem Versteckspiel sein.

Meine Antwort: Unser Ziel sei die doppelte Null-Lösung. Wir würden an ihr festhalten. Komme sie vor Ende 1983 nicht zustande – und damit müsse man rechnen –, sollte man mit aller Kraft auf eine Zwischenlösung hinarbeiten. Von Versteckspiel könne überhaupt keine Rede sein. Die Sowjetunion kenne den Doppelbeschluß seit 1979. Wir fragten uns allerdings, ob sie ihn von Anfang an ernstgenommen habe.

Den genannten Inhalt einer Zwischenlösung, oder wie er es nennen wolle, müßten die Genfer Verhandlungen erbringen. Komme es zu einem ersten konstruktiven Schritt, könne man, wie bei SALT, Schritt für Schritt weitergehen. Botschafter Nitze habe Weisung des Präsidenten, in der am 17. Mai beginnenden neuen Verhandlungsphase⁴¹ ernsthafte sowjetische Vorschläge konstruktiv zu prüfen.

Mir gehe es nicht darum, Vorwürfe zu machen, obwohl ich mich heute meinerseits über Vorwürfe beklagen könnte. Nur eine ruhige Argumentation werde Lösungen hervorbringen. Ich bemühe mich um einen ruhigen Vortrag unserer Argumente und fände es im übrigen besser, meine Meinung auf angenehme als auf unangenehme Weise zu sagen.

Einen besonderen Ausbruch Komplektows rief meine Bemerkung hervor, daß, da Rüstungskontrolle vor allem auf Vertrauen beruhe, wir mit Besorgnis die Aktivitäten in den nordischen Gewässern⁴² beobachteten, die zu einem Vertrauensschwund führten, und zwar nicht nur in den nordischen Staaten, sondern über die Region hinaus. Das sei für die Rüstungskontroll-Verhandlungen nicht gut.

Was ich mit dieser Bemerkung, die nicht in den INF-Komplex gehöre, sagen wolle? Ob ich dies bewußt gesagt hätte? „Es ist alles Lüge.“

Ich hielt entgegen, wir hätten von unseren nordischen Bundesgenossen gehört, daß die schwedische Seite ein Boot unter Wasser fotografiert und klar identifiziert habe.

Ob ich die Fotos gesehen hätte?

Als ich die Frage verneinte, warf Botschafter Meyer-Landrut ein, schließlich habe man ein sowjetisches Boot sogar aufgebockt sehen können. Ich ergänzte, daß ich meine Bemerkung ganz bewußt und mit großem Ernst gemacht hätte, weil der Zusammenhang zwischen Vertrauen und Rüstungskontrolle fundamental sei.

Auf Komplektows Frage, wie lange ich ihn noch „quälen“ wolle: Wir hätten gestern mit Bondarenko häufig über das Prinzip der Gegenseitigkeit sprechen müssen, und ich hätte auseinanderzusetzen versucht, welche Sorge man sich in Europa und den USA wegen der Dislozierung der SS-20 mache. Diese Gedan-

⁴⁰ Zu den Antworten des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, auf Fragen von Vertretern finnischer gesellschaftlicher Organisationen am 10. Mai 1983 vgl. Dok. 135, Anm. 13.

⁴¹ Die fünfte Runde der INF-Verhandlungen in Genf begannen am 17. Mai 1983.

⁴² Zum Aufbringen sowjetischer U-Boote in skandinavischen Gewässern vgl. Dok. 140, Anm. 11 und 12.

ken seien wirklich quälend. Sie quälten uns und nun offenbar auch die sowjetische Seite. Deshalb müsse es zu einer Vereinbarung kommen. Wir hätten im Rahmen der Zehn und der Sechzehn oft über die sowjetischen Motive für ihre Mittelstrecken-Hochrüstung gerätselt. Da die Sowjetunion, davon seien wir überzeugt, diese Waffen nicht einsetzen wolle, und da sie wisse, daß die Atlantische Allianz ein Verteidigungsbündnis sei, kämen nur politische Motive in Frage. Wir hätten keine andere Antwort gefunden als die, daß die SS-20 zur Einschüchterung und zur Abkoppelung habe dienen sollen. Die Antwort der Atlantischen Allianz auf diese politische Motivation sei eine politische: die der Selbstbehauptung Europas. In dieser schwierigen internationalen Phase komme es uns im übrigen darauf an, die Gesamtbeziehungen zur Sowjetunion unbeschädigt zu halten.

Die Diskussion wogte noch einige Zeit hin und her. Erst bei der Verabschiedung hellte sich das Gesicht von Kompletow auf. Er verabschiedete sich auf die beschriebene Weise.

7) Gespräch mit Kapiza

Kapiza war beeindruckend. Ich hatte den Wunsch geäußert, er möge sich, da er gerade aus dem Fernen Osten zurückgekehrt sei⁴³, zur Lage äußern, wobei seine Einschätzung des sowjetisch-japanischen und des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses besonders interessierten. Bei der Schilderung des letzteren würde auch Kambodscha und Afghanistan zu behandeln sein. Kapiza hielt daraufhin einen einstündigen, mit Zahlen und Beurteilungen gespickten freimütigen Vortrag, den er genau nach dem gewünschten Schema abwickelte.

In meiner Erwiderung ging ich zunächst auf Kapizas Thesen ein,

- im Fernen Osten schnitten und berührten sich die Interessen der fünf Weltmächte, Sowjetunion, USA, China, Japan und Indien,
- da östlich von Afghanistan über zwei Milliarden Menschen konzentriert seien, werde sich die Weltgeschichte im Laufe der Zeit immer mehr von Europa in den Fernen Osten verlagern, in ein Gebiet, das zur Zeit in großer Gärung sei.

Ich fragte Kapiza, ob er bei der Aufzählung der Weltmächte Europa vergessen oder bewußt ausgelassen habe. Es sei zwar richtig, daß die Bevölkerungszahl eines Staates oder einer Staatengruppe Gewicht habe, vielleicht sogar Macht verkörpere, aber dieses Kriterium sei beileibe nicht das einzige, das zähle. In den europäischen Zehn sei das Schicksal von 270 Millionen Menschen zusammengefaßt. Diese 270 Millionen Menschen entsprächen sechs Prozent der Welt-

⁴³ Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kapiza hielt sich vom 10. bis 15. April 1983 in Japan auf. Über die Gespräche vom 11. bis 13. April 1983 in Tokio äußerte der Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium, Kato, Kapiza habe es „an Drohungen gegenüber Japan nicht fehlen lassen. [...] Es habe sich in amerikanische Aggressionen involvieren lassen und sei, wenn auch nur indirekt, an einigen unerklärten Kriegen beteiligt gewesen oder noch beteiligt.“ Was eine Stationierung von SS-20 im Fernen Osten angehe, so richte sich diese „nur gegen die amerikanischen Nuklearwaffen im Pazifik und im Indischen Ozean. Die Sowjetunion sei zu einem Abkommen bereit, in dem sie sich gegenüber Japan auf den Verzicht auf einen Ersteinsatz nuklearer Waffen und in dem Japan sich gegenüber der Sowjetunion auf die drei nichtnuklearen Prinzipien festlegen würde.“ Zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen habe Kapiza ausgeführt, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen würden stärker; die UdSSR habe zudem nichts gegen eine Verbesserung der chinesisch-japanischen Beziehungen einzuwenden. Vgl. den Schriftbericht; Referat 341, Bd. 127000.

bevölkerung. Diese sechs Prozent wirkten aber über ihren proportionalen Anteil an der Weltwirtschaft weit hinaus auf die Geschicke der Völkergemeinschaft ein. Produktivkraft, Anteil am Welthandel, Beitrag zur Entwicklungshilfe dieser sechs Prozent lägen zwischen 30 % und 40 %, berechnet auf die Völkergemeinschaft. Auch in intellektueller Potenz, in der Stetigkeit, Ausgewogenheit und Klarheit ihrer Außenpolitik nähmen diese zehn Länder eine Spitzenposition ein. Europa habe deshalb Asien viel zu bieten und sei an Asien außerordentlich interessiert. Das bewiesen u. a. die regelmäßigen Ministertreffen der Europäischen Gemeinschaft und der Zehn mit den ASEAN-Ländern. Das letzte Treffen habe, unter Vorsitz von Bundesminister Genscher auf der europäischen Seite, vor kurzem in Bangkok stattgefunden.⁴⁴ Auch die Beziehungen zu Japan würden intensiviert. Am Rande der OECD habe soeben ein Troika-Treffen der EPZ-Minister mit dem japanischen Außenminister stattgefunden.⁴⁵ Kapizas Bemerkung über die Gärung im Fernen Osten bewiese im übrigen, wie stabil die Lage in Europa sei, zum Nutzen aller. Von hier aus machte ich einen Exkurs in die Außenpolitik der EPZ.

Kapiza hörte, wie mir schien, an dieser Stelle besonders aufmerksam zu und bestätigte, daß Europa in Asien eine Rolle zu spielen habe.

Im Anschluß an seine Darstellung über die chinesisch-sowjetischen Beziehungen⁴⁶ habe ich für politische Lösungen in Afghanistan und Kambodscha plädiert. In Afghanistan würde sich die Sowjetunion bei Annahme einer politischen Lösung von einer großen wirtschaftlichen und militärischen Bürde befreien. Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion müßten bei einer politischen Lösung be-

⁴⁴ Zur Konferenz der Außenminister der ASEAN- und der EG-Mitgliedstaaten am 24./25. März 1983 vgl. Dok. 86.

⁴⁵ Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten beschlossen auf ihrer Tagung im Rahmen der EPZ am 1. März 1983, die Beziehungen zu Japan zu intensivieren. Auf Vorschlag des französischen Außenministers Cheysson sollte dies „in Form einer Troika“ erfolgen. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom selben Tag; Referat 200, Bd. 129520.

Am 9. Mai 1983 fanden am Rande der OECD-Ministerratstagung in Paris die ersten Ministerkonsultationen der EPZ-Troika mit Japan statt. Bundesminister Genscher hob die Bedeutung dieser „Welturaufführung“ hervor, ebenso der japanische Außenminister Abe, der darauf hinwies, daß im Dreieck Japan, Europa und USA „die Beziehungen zwischen Japan und Europa bisher weniger intensiv gewesen“ seien. Angesichts der internationalen Situation und der Tatsache, daß Europa „an politischem Gewicht gewonnen“ habe, sei eine Stärkung der Beziehungen wichtig, und Japan wolle „die Konsultationen sehr gern alle sechs Monate durchführen“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 200, Bd. 127834.

⁴⁶ Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kapiza informierte Ministerialdirektor Pfeffer am 11. Mai 1983 über eine Entspannung in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen, nachdem die chinesische Regierung ihre Rolle als „Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus“ aufgegeben und erkannt habe, „daß die Amerikaner für diesen Lakaienkurs nichts zahlten“. So habe sich die Lage an der chinesisch-sowjetischen Grenze entspannt, Kontakte hätten sich ebenso ausgeweitet wie der Handel, der 1982 300 Mio. Dollar betragen habe und im laufenden Jahr auf 800 Mio. Dollar steigen solle. Seit Oktober 1982 fänden auch politische Gespräche statt, „im März dieses Jahres die zweite Runde. [...] Die Sowjetunion sei der Auffassung, daß ein Nichtangriffspakt unterzeichnet werden könnte. Die Chinesen vertreten die Auffassung, daß man mit der Beseitigung von Hindernissen für die Beziehungen beginnen sollte. Die Sowjetunion sollte ihre Hilfe an Vietnam einstellen und es zum Abzug der Truppen aus Kambodscha bewegen. Die Sowjetunion solle ihre Truppen aus der Mongolei und aus Afghanistan zurückziehen. Die sowjetische Seite habe den Chinesen gesagt, daß diese Fragen nicht Gegenstand von Verträgen sein könnten. Die Sowjetunion und China seien nicht imperialistische Staaten, die über das Schicksal dritter Länder entscheiden könnten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139317.

rücksichtigt werden. Aber das sei nach unserer Ansicht auch schon vor der sowjetischen Intervention⁴⁷ (in diesem block- und atomwaffenfreien Land) der Fall gewesen.

Kapiza bat darum, seine Bemerkungen über die chinesisch-sowjetischen Beziehungen „nicht gerade zu veröffentlichen“. Die sowjetisch-chinesischen Verhandlungen seien vertraulich. Aber die Sowjetunion sehe sich moralisch berechtigt, mit uns darüber im diplomatischen Verkehr zu sprechen, weil die Chinesen manches in der Presse behandelten.

Da Kapiza um 17.00 Uhr zu Gromyko gerufen wurde, kam ich leider nicht dazu, ihm die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den chinesisch-vietnamesischen und den vietnamesisch-thailändischen Grenzzwischenfällen⁴⁸ zu stellen.

8) Die persönliche Betreuung durch Herrn und Frau Meyer-Landrut war ausgezeichnet, die politische Beratung durch den Botschafter und seinen Stab vorbildlich. Wir hatten vor den Konsultationen einen mehrstündigen Durchgang durch den gesamten bilateralen Teil mit allen zuständigen Herren der Vertretung, dann habe ich den Fortgang von Gespräch zu Gespräch und in den Gesprächen selbst laufend mit dem Botschafter adjustiert.

Die Vorbereitung des Besuchs und der Gesprächsführung durch Referatsleiter 213⁴⁹ verdient hohes Lob.

Pfeffer

VS-Bd. 13382 (213)

⁴⁷ Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

⁴⁸ Referat 341 legte am 4. Mai 1983 dar, daß seit Anfang April 1983 „eine quantitative und qualitative Zunahme der Zwischenfälle“ an der chinesisch-vietnamesischen Grenze gemeldet werde: „Es gibt Gründe anzunehmen, Peking habe die verschärfte Lage an der Grenze bewußt herbeigeführt, um den kambodschanischen Widerstand an der thailändisch-kambodschanischen Grenze zu entlasten und um auf vietnamesische Übergriffe auf thailändisches Gebiet zu reagieren in Übereinstimmung mit der noch im Februar 1983 von dem chinesischen Generalstabschef Yang Dezhi gegebenen Zusage, die VR China werde solchen Übergriffen nicht untätig zusehen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 125320.

⁴⁹ Alexander Arnot.

142

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson in Paris

16. Mai 1983¹

Deutsch-französischer Gipfel²;

hier: Gespräch des Bundesministers mit AM Cheysson am 16. Mai 1983 von etwa 15.00 bis 18.30 Uhr

1) EG-Fragen Follow-up von Gymnich und Reise StS Lautenschlager³, hierzu Vermerk D4.⁴

2) Spanien

Cheysson berichtete über seinen Besuch in Madrid.⁵ Er habe nach seinen Gesprächen mit dem König⁶, mit dem Ministerpräsidenten⁷ und dem Außenminister den Eindruck gewonnen, daß die Regierung trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten (sehr hohe Inflationsrate, eine der höchsten Arbeitslosenziffern in Europa⁸) das Heft in der Hand habe. Die Spanier hätten offenbar

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 17. Mai 1983 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 24. Mai 1983 vorgelegen.

² Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 16./17. Mai 1983 in Paris statt. Vgl. auch Dok. 143, Dok. 145 und Dok. 148.

³ Zur Beauftragung des Staatssekretärs Lautenschlager auf dem informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich am 14./15. Mai 1983, auf einer Rundreise durch die EG-Mitgliedstaaten deren Haltung zur EG-Finanzierung zu sondieren und ein Positionspapier für die EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1983 in Brüssel zu erarbeiten, vgl. Dok. 146.

⁴ Ministerialdirektor Fischer resümierte am 16. Mai 1983 das Gespräch des Bundesministers Genscher, des Staatssekretärs Lautenschlager und des Kabinettschefs der EG-Kommission, Schaub, mit dem französischen Außenminister Cheysson und Staatsminister Chandernagor am 16. Mai 1983 in Paris, das ausschließlich der EG-Finanzierung gewidmet gewesen sei. Zur Frage einer Erhöhung der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften habe Cheysson ausgeführt: „Ehe eine Finanzierungsregelung in Angriff genommen werden könne, müsse zunächst feststehen, wie die Gemeinschaft weiterentwickelt werde. Gegenwärtige Politiken müßten der Entwicklung angepaßt, neue Politiken eröffnet werden. Bei der gemeinsamen Agrarpolitik müßten die Grundprinzipien der gemeinschaftlichen Präferenz und der finanziellen Solidarität sowie der einheitlichen Preise strikter als in der letzten Zeit beachtet werden (Abbau des Währungsausgleichs, Belastung der Einfuhren von zollfreien Futtergetreiden u. a. m.). Der Mißbrauch gemeinschaftlicher Mittel müsse durch strengere Kontrollen behoben werden. Sozial- und Regionalpolitik müßten vom Gießkannenprinzip abgehen und kohärenten Politiken dienen. Das EWS sei weiterzuentwickeln. Die Rechte des Parlaments müßten beschnitten werden, indem der EP-Präsident nicht mehr allein für die Feststellung des Budgets verantwortlich sei. F sei auch zur Korrektur der Ungleichgewichte von GB und D bereit und werde die entsprechenden Kommissionsvorschläge prüfen.“ Abgelehnt werde „jedes phasenweise Vorgehen bei der Erhöhung der Eigeneinnahmen [...] nach einer ersten bescheidenen Erhöhung, die für die nächsten acht bis zehn Jahre ausreichen müße, sei die Prärogative der nationalen Parlamente für alle weiteren Erhöhungen zu erhalten.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178875.

⁵ Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 12./13. Mai 1983 in Spanien auf.

⁶ Juan Carlos.

⁷ Felipe González Márquez.

⁸ Im Politischen Halbjahresbericht Spanien vom 1. März 1983 wurde dazu ausgeführt, daß in Spanien im Dezember 1982 2,23 Mio. Menschen und damit „17 % der aktiven Bevölkerung“ arbeitslos gewesen seien. Die Inflationsrate liege bei 14,4 % und damit zwar knapp unter der Inflationsrate von 14,6 % des Vorjahres, aber „weit über dem EG-Durchschnitt“. Vgl. Referat 201, Bd. 125647.

auch ein besseres Verständnis für die Probleme gewonnen, die mit der Erweiterung der EG zusammenhängen.

Der König habe ihn über seinen kürzlichen Besuch in Algerien⁹ unterrichtet, der gut verlaufen sei. Cheysson betonte, daß die enge Verbindung zwischen Spanien und den Maghreb-Ländern auch für Europa von Vorteil sei.

Der *Bundesminister* berichtete über den Besuch des spanischen Ministerpräsidenten und Außenminister Moráns in Bonn.¹⁰

Cheysson bemerkte, daß Morán wegen der Gibraltar-Frage¹¹ einen sehr beunruhigten Eindruck gemacht habe. Die Politik der britischen Premierministerin¹² in diesem Punkt sei „feindlich“.

3) Afrika

Sorge mache ihm, Cheysson, vor allem die Lage in Nigeria, das in seinem nördlichen Territorium die Kontrolle verloren habe, vor allem an der Grenze zum Tschad hin.¹³ Gaddafi tue ein übriges, um dort Unruhe zu stiften.¹⁴ Frankreich sei deshalb sehr besorgt. Man müsse dennoch Libyen sehr vorsichtig behandeln. Weder Drohung noch Freundlichkeit helfe offenbar weiter.

Cheysson erkundigte sich sodann, wie sich der Bundesminister die weitere Zukunft der Kontaktgruppe Namibia vorstelle.

Der *Bundesminister* erwiderte, daß ab 23. Mai der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sich mit der Namibia-Frage befassen wolle.¹⁵ Wahrscheinlich würde sich die Sache über längere Zeit hinziehen. Eine große Anzahl von Au-

⁹ König Juan Carlos besuchte Algerien vom 9. bis 11. Mai 1983.

¹⁰ Zum Besuch des Ministerpräsidenten González und des spanischen Außenministers Morán vom 3. bis 5. Mai 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126 und Dok. 127.

¹¹ Zur spanischen Haltung in bezug auf Gibraltar vgl. Dok. 126, Anm. 12.

¹² Margaret Thatcher.

¹³ Botschafter Oldenkott, Lagos, berichtete am 29. April 1983 über Zusammenstöße nigerianischer und tschadischer Soldaten am 18., 20. und 24. April 1983 auf der Insel Kinsara im Tschadsee, die nach nigerianischer Auffassung zu Nigeria gehöre. Die Armee sei angewiesen worden, „mit allen Mitteln gegen Grenzverletzer vorzugehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 231; Referat 321, Bd. 141001. Nach Gesprächen zwischen Nigeria und Tschad vom 3. bis 5. Mai 1983 in Lagos gab Oldenkott am 26. Mai 1983 die Pressemitteilung des nigerianischen Außenministers Audu weiter: „Die Truppen beider Seiten hätten sich vollständig voneinander gelöst und seien auf die Inseln zurückgekehrt, die sie vor dem 18. April 1983 [...] bewohnt hätten; eine gemeinsame Grenzpatrouille sei wiedererrichtet und die Grenzen zwischen dem Tschad und Nigeria seien wieder geöffnet worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 281; Referat 321, Bd. 141001.

¹⁴ Botschafter Oldenkott, Lagos, berichtete am 16. Mai 1983 von „Vermutungen über subversive libysche Aktivitäten“ in der nigerianischen Öffentlichkeit, es lägen jedoch „keine gesicherten Erkenntnisse“ vor. Vgl. den Drahtbericht Nr. 269; Referat 321, Bd. 141001. Am 30. Mai 1983 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Williamsburg, mit, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Wisner, habe mit Sorge geäußert, „daß am 25. Mai aus Libyen 19 Kampfhelikopter und ein oder zwei Bomber nach Aouzou im Tschad eingeflogen worden seien. Goukounis Kräfte schickten z. Zt. Militärpatrouillen bis Faya Larg[e]a[u].“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; VS-Bd. 13581 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁵ Der VN-Sicherheitsrat nahm am 23. Mai 1983 die Debatte über Namibia auf und verabschiedete am 31. Mai 1983 einstimmig die Resolution Nr. 532, in der die fortgesetzte Besetzung Namibias durch Südafrika verurteilt wurde. Außerdem forderte der VN-Sicherheitsrat die südafrikanische Regierung zur Durchführung seiner Resolution Nr. 435 vom 29. September 1978 bezüglich der Unabhängigkeit von Namibia auf. VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar wurde beauftragt, mit den Beteiligten über einen Waffenstillstand zu verhandeln, um eine rasche Umsetzung der Resolution Nr. 435 zu gewährleisten. Für den Wortlaut der Resolution vgl. UN RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 11f.

Benministern, vor allem der afrikanischen Länder, würde zu diesen Sitzungen persönlich nach New York kommen. Es sei der Gedanke aufgetaucht, daß einer der fünf Außenminister¹⁶ im Sicherheitsrat das Wort ergreifen sollte.¹⁷ Man habe auch an den deutschen Außenminister gedacht. Er, Genscher, habe sofort klargemacht, daß dies für ihn nicht in Frage komme. Er sei über den Sachstand der amerikanisch-angolanischen Beziehungen¹⁸ nicht genügend informiert. Er habe sich noch nie in seinem Leben über eine Sache geäußert, die er nicht wirklich kenne.

Nach der Lage der Dinge könne nur der amerikanische Außenminister sich äußern. Crocker habe im übrigen die Rolle Mosambiks kürzlich positiv gewürdigt. Wir schätzten das ähnlich ein. Aber das Grundproblem bleibe dadurch unberührt. Seine größte Sorge sei, daß der Ruf der Kontaktgruppe angeschlagen werde oder schon angeschlagen sei. Wir hätten durch die Einrichtung der Kontaktgruppe in Afrika sehr viel Boden gewonnen (ganz ohne Truppen). Das sei dem gesamten Westen zugute gekommen. Die Sowjetunion habe in gleichem Maße Terrain verloren.

Die Haltung der Frontstaaten¹⁹ habe sich seitdem völlig verändert. Auch auf die SWAPO habe die Kontaktgruppe positiv gewirkt. Jetzt werde durch die lange Dauer der erzwungenen Passivität der Kontaktgruppe ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt. Sie müsse neue Autorität bekommen. Vielleicht wäre es gut, wenn alle fünf Außenminister nach New York führen. Der kanadische Außenminister wolle offenbar nach New York reisen, und zwar im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg²⁰, ohne im Sicherheitsrat das Wort ergreifen zu wollen.²¹

Wie weit die Amerikaner eigentlich mit Angola seien, übersehe er nicht. Schon allzu oft habe man gehört, sie seien kurz vor dem Ziel. Der Präsident Angolas

¹⁶ Claude Cheysson (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Allan MacEachen (Kanada), Francis Pym (Großbritannien) und George Shultz (USA).

¹⁷ Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 3. Mai 1983, die Mitglieder der Namibia-Kontaktgruppe (KG) hätten mit Blick auf die Sitzung des VN-Sicherheitsrats über Namibia die Vorbereitung eines Redeentwurfs sowie des Entwurfs für eine Resolution und die Teilnahme eines der Außenminister an der Debatte des VN-Sicherheitsrats erörtert. Dieser „könnte durch Grundsatzstatement der KG (key note) [...] Debatte konstruktiv zu beeinflussen versuchen. Die vier Partner der KG würden mit eigenen Beiträgen daran anschließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 870; Referat 320, Bd. 125293.

¹⁸ Zu den Gesprächen zwischen den USA und Angola vgl. Dok. 112, Anm. 27.

¹⁹ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

²⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

²¹ Am 15./16. Mai 1983 fand ein „Treffen der fünf Afrikabeauftragten“ in Bonn statt, bei dem sich Ausseil (Frankreich), Bergbusch (Kanada), Crocker (USA), Haas (Bundesrepublik) und Squire (Großbritannien) mit der bevorstehenden Debatte des VN-Sicherheitsrats über Namibia befaßten und auch mit Bundesminister Genscher zusammentrafen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau teilte dazu mit: „BM hat empfohlen, daß alle fünf Außenminister gleichzeitig in New York sein sollten [...]. Kommt es zu einem AM-Auftritt im SR, so ist nach Ansicht von BM in erster Linie AM Shultz als Hauptsprecher unter den Fünf berufen.“ Allerdings habe Crocker auf Terminprobleme hingewiesen und die Befürchtung geäußert, „gerade dies werde kontraproduzent wirken“. Nachdem deutlich geworden sei, daß auch der französische Außenminister Cheysson und sein britischer Amtskollege Pym nicht in New York sein könnten, sei beschlossen worden, daß der britische Vertreter bei der Debatte im VN-Sicherheitsrat als erster der fünf Mitglieder der Kontaktgruppe sprechen und „eine grundsätzliche und unter den Fünf unkontroverse Leitrede“ halten werde, „an die sich die anderen Vier später anlehnen, ohne an zusätzlichen eigenen Ausführungen gehindert zu sein“. Vgl. den Runderlaß Nr. 2976 vom 17. Mai 1983; Referat 320, Bd. 125293.

reise heute nach Moskau.²² Vielleicht wolle er Moskau in dieser Sache konsultieren.

Die größte Sorge mache, wie gesagt, die Erosion des Rufes der Kontaktgruppe, nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Debatte im Sicherheitsrat. Die Pariser Konferenz über Namibia habe vielleicht einen Vorgeschmack gegeben.²³

Cheysson: Das Problem sei zu wichtig, als daß man es als Nebensache behandeln dürfe. Er frage sich, ob Frankreich weiter mitmachen solle. Die Kontaktgruppe sei jetzt nicht viel mehr als ein Deckmantel für südafrikanisch-amerikanische Aktivitäten, die im übrigen getrennt und verschieden motiviert geführt würden. Der Zeitplan der USA sei nicht der Zeitplan Südafrikas.

Es sei offenbar der große Wunsch Reagans, die Kubaner zu beugen (plier). Angola verlange dagegen Kontrolle über Savimbi. Er, Cheysson, habe keine Vorstellung, wie lange man noch so weitermachen könne. Einige meinten allerdings, die Angolaner würden letzten Endes alles akzeptieren. Es könne aber auch sein, daß Angola in Stücke springe. Das wäre ein idealer Einstieg für die Sowjetunion. Er wisse nicht, was man tun könne, meine aber, daß man nicht so tun könne, als ob die Kontaktgruppe noch nützliche Arbeit leiste. Er selbst werde nicht nach New York reisen. Wenn er reisen würde, könnte er nämlich nicht das gleiche sagen wie Shultz. Nach seiner Einschätzung kämen die amerikanischen Forderungen eher aus dem Weißen Haus als aus dem State Department.

Der *Bundesminister* führte folgendes aus: Die Entwicklung der letzten Jahre in Afrika sei günstig verlaufen. Im großen und ganzen habe sie politisch-strategisch eine für den Westen günstige Wendung genommen. Alle Prophezeiungen, das südliche Afrika werde der Sowjetunion zufallen, hätten sich nicht bewahrheitet. Mosambik bewege sich eher auf eine unabhängige Position zu. Auch die Lage in Angola sei nicht so schlecht, wie viele glaubten. Seine Sorge sei, daß das große Vertrauen in den Westen, das sich entwickelt habe, wieder in Gefahr gerate. Die Sowjetunion spüre das. Sie betreibe mit einigen radikalen N+N-Staaten die UN-Sicherheitsratssitzung, um dort den Westen auf die Anklagebank zu setzen. Neben unserem besonderen Interesse an Namibia gehe es also um diese umfassende politisch-strategische Frage. Wir müßten deshalb die Entwicklung zu beeinflussen versuchen. Aus diesem Grunde sei er besorgt, daß Cheysson erwäge, die Kontaktgruppe zu verlassen. Ein Auseinanderfallen der Kontaktgruppe würde die Lage noch verschärfen. Außerdem würde dann eine zu-

²² Präsident dos Santos hielt sich vom 16. bis 20. Mai 1983 in der UdSSR auf.

²³ Über die VN-Konferenz zur Unterstützung des namibischen Volkes vom 25. bis 29. April 1983 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Paris, am 28. April 1983: „Afrikaner bringen in Gesprächen und in ihren Reden Sorge bis Erbitterung darüber zum Ausdruck, daß sich in der westlichen Namibia-Initiative nichts mehr bewege. US haben auch bei den weiter kooperationswilligen F[ront]L[inien]S[taaten] nicht das Gefühl zu schaffen vermocht, auch jetzt noch sei wegen der Bewegung in den US-Angola-Verhandlungen weitere Geduld am Platze. Vielmehr wird einfach nicht geglaubt, daß dort eine Vereinbarung in Reichweite sei. Das Junktim der 435-Ausführung mit dem Kubaner-Abzug wird – auch in vertraulichem Gespräch – von allen, und gerade auch von allen westlichen Partnern, abgelehnt.“ Unter diesen Umständen steigere der „Eindruck, ohnmächtig von einer für aussichtslos gehaltenen und zudem noch in den Einzelheiten geheimen US-Politik abzuhängen, [...] die Aufnahmebereitschaft für radikale und gezielt destruktive Aussagen“. So enthalte der Entwurf für ein Konferenzdokument „eine scharfe Verurteilung nicht nur des US-Junktims in der Kubaner-Frage, sondern auch der US-Politik gegenüber S[üd]A[frika] nach dem Motto ‚constructive engagement‘ und eine bisher in dieser Schärfe nicht gekannte Kritik an der Kontaktgruppe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 833; Referat 320, Bd. 138100.

sätzliche Kontroverse mit den USA eröffnet, was wir, da die Europäer wirklich genügend Meinungsverschiedenheiten mit Washington hätten, vermeiden müßten.

Er schlage deshalb folgendes vor: Wie beim Wirtschaftsgipfel in Montebello²⁴ sollten auch in Williamsburg die fünf Außenminister zusammentreffen und mit der gleichen Offenheit, mit der dieses deutsch-französische Gespräch geführt werde, mit Shultz sprechen.

Cheysson erklärte, dies sei eine ausgezeichnete Idee. Er bat den Bundesminister, in diesem Sinne mit dem amerikanischen Außenminister zu sprechen und sich dabei auf die heutigen Vereinbarungen mit Cheysson zu beziehen.²⁵

4) Satelliten-Fernsehen

Cheysson erklärte: Das deutsch-französische Abkommen über Fernsehsatelliten²⁶ sehe einen französischen und einen deutschen Satelliten vor. Bei Unterzeichnung der Vereinbarung habe man geglaubt, dies würde die endgültige technische Form sein. Inzwischen habe das Kabelfernsehen die Situation verändert. Jetzt brauche man leichtere Satelliten.²⁷ Frankreich stehe mit den Luxemburgern in Verhandlungen, um Luxemburg die Idee eines eigenen zweiten Satelliten auszureden, da ein einziger frankophoner Kanal sich gerade trage. Er könne etwa 1 Mrd. durch Reklame einspielen, etwa die gleiche Summe brauche man als Betriebskosten für einen Satelliten pro Jahr. Frankreich habe den Luxemburgern eine Beteiligung an dem deutsch-französischen Doppelsatelliten angeboten. Hier komme das Problem der deutschen Ausstrahlung hinzu.

²⁴ Der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello fand am 20./21. Juli 1981 statt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 218 und Dok. 220.

Zu den Gesprächen der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) über Namibia vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa vgl. AAPD 1981, II, Dok. 216.

²⁵ In einem von Ministerialdirigent Haas am 18. Mai 1983 an die Botschaft in Washington übermittelten Schreiben teilte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Shultz mit: „Die Kontaktgruppe hat nicht nur die Grundlage einer Namibia-Lösung gelegt, sondern zugleich der Glaubwürdigkeit der Politik des Westens im gesamten Afrika südlich der Sahara ein wertvolles Fundament verschafft. Die mit Rücksicht auf bilaterale Verhandlungen mit Angola seit vielen Monaten gewahrte Haltung des Abwartens hat diese Glaubwürdigkeit zunehmend gefährdet.“ Daher sei er, Genscher, sich mit seinem französischen Amtskollegen Cheysson einig gewesen, „daß die Fünf unverzüglich ein überzeugendes Signal ihrer gemeinsamen Entschlossenheit zur Verwirklichung des VN-Lösungsplans setzen sollten“. Dafür sollten sich die Außenminister der Kontaktgruppe während des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg treffen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 3048; Referat 320, Bd. 125293.

Zum Gespräch am 29. Mai 1983 vgl. Dok. 167, Anm. 18.

²⁶ Die Bundesrepublik und Frankreich schlossen am 29. April 1980 ein Abkommen über die technisch-industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Rundfunk-Satelliten. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1981, Teil II, S. 50–58.

Am 14. Juli 1982 folgte ein Industrievertrag zur Entwicklung und zum Bau der deutsch-französischen Rundfunk-Satelliten (TV-Sat/TDF 1) mit je drei Fernsehkanälen. Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 19. Januar 1983; Referat 414, Bd. 145336.

²⁷ Botschafter Herbst, Paris, teilte am 7. Mai 1982 mit, französischen Presseberichten zufolge gebe es Stimmen in der französischen Regierung, „die auf das deutsch-französische Projekt verzichten, d. h. das Prinzip eines Direktempfangs über Fernsehsatelliten zugunsten eines Telekommunikationssatelliten (Telecom I) in Frage stellen wollen, dessen Sendungen über kleine Empfangsstationen und anschließend über Kabel an die Empfänger geleitet werden“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1498; Referat 432, Bd. 132123.

Der frühere Bundeskanzler Schmidt sei in dieser Sache immer sehr zurückhaltend gewesen. Er, Cheysson, wisse nicht, wie die neue Bundesregierung zu dieser Sache stehe. Die ganze Angelegenheit habe ja einen technischen und einen politischen Aspekt. Technisch könne die Kanalzuteilung große Schwierigkeiten verursachen, politisch könne man keine zwei frankophonen Kanäle brauchen.

Der *Bundesminister* erwiderte, Bundeskanzler Schmidt sei in der Tat sehr zurückhaltend in dieser Sache gewesen. Innerhalb der Koalition habe es damals Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die FDP habe in dieser Frage der damaligen Opposition näher gestanden. Die neue Bundesregierung habe noch keine Entscheidung gefällt. Er vermute aber, daß die neue Regierung eher in der von Cheysson vermuteten Richtung entscheiden werde. Er teile Cheyssons Meinung, daß das deutsch-französische Gespräch hierüber rasch weitergeführt werden müsse.

5) Illegale Einwanderung nach Frankreich, vor allem aus Deutschland

Cheysson: Frankreich habe zur Zeit schwierige Beziehungen mit den Maghreb-Ländern. Die französische Regierung versuche, den Personenverkehr besser zu kontrollieren. Die Verhandlungen darüber seien kompliziert. Es gebe zur Zeit etwa 1 Mio. Gastarbeiter in Frankreich. Frankreich habe deren Rechte bestätigt. Die jetzige Zahl sei eine Höchstgrenze. In den Vierteln einiger Städte sei schon ein erhebliches Ungleichgewicht entstanden, weil sich dort Majoritäten aus den Maghreb-Ländern gebildet hätten. Es gebe auch schon Schulen, in denen Kinder aus diesen Ländern die französischen Kinder an Zahl überträfen.

Der *Bundesminister* warf ein, dieses Problem komme ihm bekannt vor.

Cheysson fuhr fort, Frankreich könne nicht mehr Ausländer aufnehmen. Die französische Regierung versuche, besonders die Illegalen nach Algerien zurückzuführen. Die algerische Regierung zeige in dieser Sache ziemlichen Mut. Leider strömten aus Deutschland Gastarbeiter nach Frankreich. Die Kontrolle an Landgrenzen sei schwieriger als auf Flughäfen oder in Häfen. Das gleiche Problem existiere auch an der belgisch-französischen Grenze. Er hoffe nicht, daß es zu Zwischenfällen komme. Man rechne damit, daß in jüngerer Zeit etwa 35 000 Gastarbeiter aus Deutschland nach Frankreich gekommen seien. Er bitte, keine Gastarbeiter aus Deutschland nach Frankreich abzuschieben.

Der *Bundesminister* erklärte, die genannte Zahl könne er sich nicht vorstellen. Aus Deutschland würden Ausländer nur in ihr jeweiliges Heimatland abgeschoben. Dabei seien wir sehr behutsam: Die Türken versuchten z. B. auf Züge gesetzt zu werden, um dann in Salzburg aussteigen und nach Deutschland zurückkehren zu können. Wir steckten sie deshalb alle in Flugzeuge mit Direktzielen in der Türkei. Bei dem von Cheysson beschriebenen Vorgang handele es sich wohl um freiwillige Abwanderungen. Das habe manchmal sprachliche Gründe. Staatsangehörige der Maghreb-Länder fühlten sich schon deshalb in Frankreich eher zu Hause als bei uns. Er wolle der Sache aber gerne nachgehen.

(Ein Beamter des Ministerbüros hat D2²⁸ nach der Sitzung erklärt, es gehe nur um Türken. Cheysson habe nicht sagen wollen, daß die Bundesregierung Türken nach Frankreich abschiebe, aber wegen der von der Bundesregierung

²⁸ Franz Pfeffer.

ins Auge gefaßten oder von den Türken vermuteten Maßnahmen²⁹ strömten viele Türken jetzt nach Frankreich. Er verband mit dieser Feststellung kein Petitum.)

6) Terrorismus-Bekämpfung; Spanien

Cheysson teilte mit, daß Spanien um noch engere Zusammenarbeit bei der Terrorismus-Bekämpfung (vor allem Basken) gebeten habe. Die polizeiliche Zusammenarbeit mit Frankreich sei inzwischen recht erfolgreich. Die Spanier würden gerne an den deutsch-französisch-italienisch-schweizerisch-österreichischen Anti-Terrorismus-Besprechungen teilnehmen.³⁰ Ob der Bundesminister dagegen etwas einzuwenden habe?

Minister *Genscher* stellte die Gegenfrage, nämlich welches die Haltung Frankreichs sei.

Cheysson entgegnete, er sei für Einbeziehung der Spanier. Die Spanier seien (inzwischen) sehr ernsthafte Leute.³¹

7) Die Minister führten im Anschluß ein etwa 20minütiges Vier-Augen-Gespräch.

Referat 010, Bd. 178875

²⁹ Zu einer möglichen neuen Ausländergesetzgebung in der Bundesrepublik vgl. Dok. 127, Anm. 29.

³⁰ Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 21. April 1983 aus einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium, Berdejo: „Die Idee einer spanischen Teilnahme in Beobachtereigenschaft an der für den 10. Juni 1983 geplanten Ministerkonferenz der Innen- bzw. Justizminister der EG zu Fragen der Terrorismusbekämpfung (TREVI-Zusammenarbeit) wurde von B. positiv aufgenommen. Dort könnten auch Vorbereitungen für eine spätere Konferenz der Innenminister über Terrorismusfragen in Madrid getroffen werden. Frankreich habe bekanntlich bei dem kürzlichen Besuch von Verteidigungsminister Hernu eine solche Konferenz befürwortet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 432; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

³¹ Spanien nahm an der Konferenz der für Fragen der inneren Sicherheit zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten (TREVI-Konferenz) am 10. Juni 1983 in Bonn teil. Vgl. dazu das Communiqué; BULLETIN 1983, S. 571.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

105-38.A/83

16. Mai 1983¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand am 16. Mai 1983 um 16.00 Uhr im Elysée-Palast in Paris²

Nach der Begrüßung schlug der Herr *Bundeskanzler* Mitterrand eine Verschiebung des Stuttgarter Europäischen Rats³ auf Samstag/Sonntag, den 18./19. Juni 1983, vor (Begründung: britische Wahlen am 9. Juni⁴).

Präsident *Mitterrand* verwies auf seinen Terminkalender (18. Juni, 18.00 Uhr, Zeremonie am Arc de Triomphe aus Anlaß des Jahrestags von de Gaulles Appell⁵ – Abflug nach Kamerun am 19. Juni abends⁶). Er könnte jedoch vom 17. mittags (ab 14.00 Uhr) bis 18. Juni ca. 15.30 Uhr (also einschließlich des Mittagessens) an ER teilnehmen.

Es wurde vereinbart, die Konferenz – vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Teilnehmer – auf die Zeit vom 17. Juni mittags bis 19. Juni mittags anzu-beraumen.⁷ Nach der Abreise Mitterrands werde Premierminister Mauroy die Leitung der französischen Delegation übernehmen. Die Tagesordnung solle so gestaltet werden, daß die Mitterrand besonders interessierenden Punkte in seiner Gegenwart behandelt werden können.

Zur Vorbereitung des Gipfels stünden noch eine normale Ratssitzung (24. Mai)⁸ und ein Sonderrat (13. Juni)⁹ zur Verfügung. Für das private Treffen BK–Mit-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 19. Mai 1983 gefertigt.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich zu den deutsch-französischen Konsultationen am 16./17. Mai 1983 in Paris auf. Vgl. dazu auch Dok. 142, Dok. 145 und Dok. 148.

³ Die Tagung des Europäischen Rats war für den 6./7. Juni 1983 vorgesehen.

⁴ Zur Bekanntgabe des Termins für Neuwahlen zum britischen Unterhaus vgl. Dok. 131, Anm. 29.

⁵ Am 18. Juni 1940 rief Charles de Gaulle über den britischen Radiosender BBC dazu auf, die Kapitulation Frankreichs abzulehnen und den deutschen Besatzern Widerstand zu leisten. Franzosen, die sich auf britischem Territorium befanden, wurden aufgefordert, sich in London zur Organisation des Widerstands zu sammeln. Für den Wortlaut des Appells vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 1, S. 3 f.

⁶ Staatspräsident Mitterrand besuchte Kamerun am 20./21. Juni 1983.

⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

⁸ Zur EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1983 in Brüssel vgl. Dok. 148, Anm. 27.

⁹ Die EG-Ministerratstagung am 13. Juni 1983 in Luxemburg befaßte sich mit einem von der Bundesregierung als EG-Ratspräsidentschaft vorgelegten Papier zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft, das insbesondere Verhandlungen über die Begrenzung der Unausgewogenheiten des Haushalts und eine Begrenzung der Ausgabendynamik vor allem in der Gemeinsamen Agrarpolitik vorsah. Einige Delegationen zeigten sich nicht damit einverstanden, die Aufstockung der eigenen Mittel der Europäischen Gemeinschaften von Einsparungen bei bestehenden Politiken abhängig zu machen: „Fortschritte in der Entwicklung der Gemeinschaft hätten vor rein haushaltsmäßigen Erwägungen eindeutigen Vorrang. Ferner sei eine Aufstockung der Mittel allein schon zur Fortführung der derzeitigen Gemeinschaftspolitiken notwendig.“ Vgl. den Bericht vom 14. Juni 1983 aus Brüssel; Referat 410, Bd. 130333.

Für das Papier der Bundesregierung vgl. den Runderlaß Nr. 3624/3625 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heinichen vom 8. Juni 1983; Referat 412, Bd. 130466.

terrand im Elsaß/Vogesen wurde der 19. Juli 1983 in Aussicht genommen. Die entsprechenden Vorbereitungen würden unter Berücksichtigung der Anregungen des Herrn Bundeskanzlers (kleinerer Ort, bescheidener Rahmen, evtl. Möglichkeit zum Wandern) von französischer Seite getroffen.¹⁰

Nachdem der Herr *Bundeskanzler* angeregt hatte, bei dem Gespräch unter vier Augen über die Außen- und Sicherheitspolitik, möglicherweise auch über die Chinareise Mitterrands¹¹ zu sprechen, unterstrich *Mitterrand* die Notwendigkeit, im Plenum¹² und in den weiteren Gesprächen (z.B. beim Frühstück am 17. Mai¹³) auch bilaterale Fragen (Handelspolitik, Agrarprobleme, Warenverkehr, möglicherweise auch währungspolitische und bilaterale militärische Fragen) zu behandeln. Als internationale Themen nannte er die allgemeine weltpolitische Lage, besonders innerhalb der NATO und „anderer westlicher Gremien“ (auch solcher, in denen Japan vertreten sei), ferner die Nord-Süd-Beziehungen, die Ost-West-Probleme und die Vorbereitung von Williamsburg¹⁴.

Mitterrand berichtete sodann über seine jüngste Chinareise und betonte, daß in den letzten zwei Jahren unter der Führung von Ministerpräsident Zhao Ziyang insbesondere eine Liberalisierung der Agrarpolitik zu verzeichnen sei. Man sei wieder zur Bewirtschaftung des Landes durch Familienhaushalte („cellules familiales“) zurückgekehrt, eine Produktionsmethode, die – im Gegensatz zu den Volkskommunen – bessere Erträge verspreche, weil die Bauern durch private („kapitalistische“) Verdienstmöglichkeiten einen stärkeren Anreiz hätten. Dadurch könnten sie besser leben, der Konsum steige an; bei den jüngeren Menschen bestehe aber auch die Tendenz, in die Städte zu ziehen, Reisen zu unternehmen und, wenn möglich, zu studieren. Er – Mitterrand – habe Gelegenheit gehabt, zwei Universitäten (Nanking und Shanghai) zu besuchen und vor Studenten zu sprechen. Allgemein zeichne sich ein wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg ab mit allen Gefahren, die eine zu schnelle Entwicklung mit sich bringe. Dagegen könne man wohl nicht von einer „echten politischen Liberalisierung“ sprechen, wenn auch die Sprache in bestimmten Kreisen viel freimütiger geworden sei: In Anwesenheit des Ministerpräsidenten habe er ein längeres Gespräch mit der Witwe des ehemaligen Staatspräsidenten Liu Shaoqi geführt, die während der Kulturrevolution inhaftiert gewesen sei¹⁵; sie habe ganz offen von ihrer Zeit im „faschistischen Gefängnis“ gesprochen. Eine derart unverblünte Ausdrucksweise sei ihm – Mitterrand – auch bei Deng Xiaoping im Zusammenhang mit den Ereignissen in Kambodscha aufgefallen, während sich weniger hochrangige Politiker viel vorsichtiger, sozusagen „literarischer“ geäußert hätten. Der Generalsekretär der KP Chinas, Hu Yaobang, scheine eher ein Technokrat zu sein. Das weitere Schicksal Deng Xiaopings hänge wahr-

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 19. Juli 1983 in Dabo in Lothringen zusammen.

¹¹ Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 3. bis 5. Mai 1983 in der Volksrepublik China auf.

¹² Zur Plenarsitzung am 17. Mai 1983 vgl. Dok. 148.

¹³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 17. Mai 1983 vgl. Dok. 145.

¹⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁵ Wang Guangmei wurde ebenso wie ihr Ehemann 1967 inhaftiert. Im Dezember 1978 wurde sie aus der Haft entlassen und im März 1979 rehabilitiert.

scheinlich, auch aufgrund seines Alters, von den neuen Führungskräften ab, die schwer zu kontrollieren seien.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers* nach den Beziehungen Chinas zur Sowjetunion und zu den USA antwortete *Mitterrand*, in bezug auf die beiden Supermächte hätten die Chinesen den Ausdruck „Hegemonismus“ verwendet. Aus kleineren Sprachnuancen könne man den Schluß ziehen, daß China in den USA keine Gefahr sehe. Mit Rußland unterhielten sie „Beziehungen von Staat zu Staat“, wie sie sich ausdrückten. Ein gewisses Mißtrauen gegenüber Reagan wegen dessen Taiwanpolitik sei zu verspüren gewesen, wenn man sich auch im klaren über die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte dazu, er habe in Washington ein längeres Gespräch mit Reagan über dieses Thema geführt.¹⁶ Er verstehe die Bedeutung Taiwans für die USA, erinnere sich aber noch genau an das Zögern Adenauers in den 50er Jahren, als auch im Deutschen Bundestag eine starke Strömung zugunsten Taiwans zu verzeichnen gewesen sei, die in dem Wunsch gipfelte, die Bundesrepublik möge mit diesem Land diplomatische Beziehungen anknüpfen.¹⁷ Adenauer habe damals gemeint, „dies sei nicht Sache der Bundesrepublik“, offensichtlich überzeugt davon, daß die Zukunft Chinas in der Volksrepublik liege. Angesichts des starken Zusammenhalts aller Chinesen wisse man im übrigen nicht, ob sich die Volksrepublik und Taiwan nicht „unter dem Tisch“ schon verständigt hätten. Er – BK – habe Reagan jedenfalls empfohlen, im gemeinsamen Interesse – auch Europas – „vernünftige Beziehungen“ zur Volksrepublik China zu unterhalten.

Mitterrand brachte dann das Gespräch auf die Vorbereitung von Williamsburg und fragte nach den Eindrücken, die der Herr Bundeskanzler hierzu in Washington gewonnen habe. Er selbst – *Mitterrand* – glaube zwar, daß Reagan den Akzent auf die Ost-West-Beziehungen – besonders Europa, d.h. Deutschland und Frankreich zu Rußland – legen werde. Dies werde ein wichtiges Element der Konferenz sein. Gott sei Dank werde der Ost-West-Handel dabei aber nur eine untergeordnete Rolle spielen. Was die Nord-Süd-Beziehungen betreffe, so hätten sich die Amerikaner zwar nie dafür begeistert, sie seien aber doch wohl bereit, ernsthaft darüber zu sprechen.

Mitterrand führte ferner – zu seinem Vorschlag über die Schaffung eines neuen Weltwährungssystems¹⁸ – aus, er halte eine „Regularisierung“ der Wäh-

¹⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

¹⁷ Die Regierung der Republik China bemühte sich seit 1949 um eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik. Die Bundesregierung blieb jedoch dabei, daß sie sich „in der Auseinandersetzung zwischen Formosa und Peking neutral verhalten solle“. Vgl. BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND CHINA, S. 53. Vgl. dazu ferner AAPD 1951, Dok. 94, und AAPD 1952, Dok. 188. Auf Empfehlung des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion setzte sich der CDU-Abgeordnete Majonica im Mai/Juni und erneut im September 1963 bei Bundesminister Schröder und Staatssekretär Carstens für die Errichtung einer Handelsvertretung in Taipeh ein. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 210 und Dok. 364.

¹⁸ Zu den Vorschlägen des Staatspräsidenten *Mitterrand* für eine Reform des internationalen Währungssystems vgl. Dok. 111, Anm. 25.

Am 9. Mai 1983 wiederholte *Mitterrand* seine Überlegungen für „ein neues Bretton Woods“ auf der OECD-Ministerratstagung in Paris. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 326.

Vortragender Legationsrat Karkow informierte am 18. Mai 1983, die Vorschläge hätten auf der

rungsbeziehungen für erforderlich, habe jedoch nie erwartet, daß dies innerhalb von sechs Monaten zu erreichen sei. Auch die Vereinbarungen von Bretton Woods¹⁹ seien erst nach einer dreijährigen Vorbereitungszeit zustande gebracht worden. Graf Lambsdorff habe darauf verwiesen, daß „heute die Disparitäten zu groß“ seien. Dies sei aber in den Jahren 1944/1945 ebenfalls so gewesen. In ein Weltwährungssystem eingebettet, könnten auch die Währungen Westeuropas ein stabileres Gleichgewicht gewinnen. Die jetzige Lage sei durch die starke Position des Dollars gekennzeichnet, die den Ankauf von Rohstoffen für Frankreich „ruinös“ gestalte. Wenn der Wert des Dollars aber sinke, steige die DM, was wiederum zu neuen Spannungen innerhalb des EWS führe. Er glaube, daß sich „alle wohler fühlen würden“, wenn es ein umfassenderes Währungssystem gebe. Er habe die Absicht, dieses Thema in Williamsburg zur Sprache zu bringen.

Der Herr *Bundeskanzler* bezog sich auf seine telefonische Unterrichtung Mitterrands über den Besuch in Washington und sprach seinerseits die Überzeugung aus, daß Reagan den Ost-West-Handel nicht zum zentralen Thema von Williamsburg machen werde. Er habe hierüber zweimal Briefe mit ihm ausgetauscht.²⁰ Reagan stehe zwar unter einem starken Druck im Senat, werde aber so vorgehen, wie Mitterrand es charakterisiert habe, und diesen Punkt nicht zum zentralen Thema machen. Man werde auf der Konferenz sicherlich über die Ost-West-Beziehungen im Hinblick auf Genf und auf Madrid sprechen. In bezug auf Genf sehe er – BK – wenig Probleme. Man müsse jetzt, nach der Wiederaufnahme der Gespräche, abwarten, ob die SU bereit sei, auf die neuen Vorschläge der USA einzugehen.²¹ Dies erscheine ihm fraglich. Nach seiner per-

Fortsetzung Fußnote von Seite 748

Tagung „eher skeptischen Widerhall“ gefunden: „Aus außenpolitischer Sicht muß der französische Vorschlag allerdings grundsätzlich ernstgenommen werden. Gerade im Hinblick auf Williamsburg könnte D erneut eine vermittelnde Rolle zufallen: Wir müßten dabei gegenüber F deutlich machen, daß kein wie auch immer geartetes Währungssystem wirtschaftspolitische Disziplin in den Teilnehmerländern ersetzen kann. Andererseits müßten wir die USA auch weiterhin drängen, ihr Budget-Defizit abzubauen und ggf. marktgerechten Devisenmarktinterventionen sowie einer engeren wirtschafts- und währungspolitischen Kooperation ernsthaft näherzutreten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 59; Referat 012, Bd. 124454.

¹⁹ Vom 1. bis 23. Juli 1944 fand in Bretton Woods (USA) eine Währungskonferenz der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Neuordnung des Weltwährungssystems statt, an der 44 Staaten teilnahmen. Im Abkommen von Bretton Woods vom 27. Dezember 1945 wurde die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2, S. 39–205.

²⁰ Am 18. Februar 1983 antwortete Bundeskanzler Kohl auf ein erstes Schreiben des Präsidenten Reagan vom 28. Januar 1983 zu den Themen für den Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg. Vgl. dazu Dok. 62.

Mit Schreiben vom 26. April 1983 bekräftigte Reagan sein Interesse an der Erarbeitung einer gemeinsamen Haltung zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und legte dar, welche Fortschritte er von den Arbeiten dazu im COCOM, in der OECD, in der NATO und in der Internationalen Energie-Agentur bis zum Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg erwarte. Kohl antwortete am 6. Mai 1983, er gehe davon aus, daß die Staats- und Regierungschefs in Williamsburg in der Lage wären „to confirm the results achieved in the various bodies, acknowledge the importance of this work to our common security interests and encourage our delegations to complete as soon as possible the work that is still unfinished“. Vgl. den mit Drahterlaß Nr. 659 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heinrich vom 11. Mai 1983 an die Botschaft in Paris übermittelten Briefwechsel; VS-Bd. 10895 (412); B 150, Aktenkopien 1983.

²¹ Am 17. Mai 1983 begann in Genf die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen. Am 19. Mai 1983 brachte die amerikanische Delegation einen neuen Entwurf für eine Zwischenlösung ein. Vgl. dazu Dok. 157.

sönlichen Meinung – für die er keine Beweise habe – werde die SU erst dann wirklich verhandeln, wenn die erste Pershing in der Bundesrepublik aufgestellt werde. Er sei der Ansicht, daß die SU nicht glaube, daß dies geschehen werde. Erst wenn sie vor den Tatsachen stehe, würden die wirklichen Verhandlungen beginnen. Offensichtlich schätze die SU die Friedensbewegungen für stärker ein, als sie in Wirklichkeit seien. Allerdings dürften sie auch nicht unterschätzt werden: Es sei eine wahre Psychose entstanden; auch vernünftige Menschen seien Opfer der Propaganda geworden, es werde Angst gezüchtet, und wer für die Parität auf dem Gebiet der Rüstung eintrete, werde als „kalter Krieger“ verschrien.

Er (BK) halte die Position Mitterrands hinsichtlich der Nichtanrechnung der französischen Raketen²² für verständlich. Leider sei die SPD als Partei von ihrem ursprünglichen Standpunkt abgewichen. Dies gelte nicht für die SPD-Wähler, die seiner Überzeugung nach, soweit sie der Arbeiterschaft angehörten, mehrheitlich an dem Doppelbeschluß festhielten. Unter den „Pseudo-Intellektuellen“ in der SPD herrsche dagegen eine weitgehende Desorientierung. Als Beispiel für die Leichtgläubigkeit bestimmter Kreise nannte der Herr Bundeskanzler den jüngsten „Stern“-Skandal um die angeblichen Hitler-Tagebücher.²³

Er selbst (BK) werde durchhalten und der SU zu verstehen geben, daß für ihn der Zeitplan und die Aufstellung der Pershing²⁴ bei einem Genfer Mißerfolg nicht Gegenstand weiterer Verhandlungen sein könnten. Mit den USA habe er fast jede Woche Kontakte. Was Madrid anlange, halte er es für einen „geschickten Zug“ der Russen, den Vorschlag der Neutralen und Nichtgebundenen akzeptiert zu haben.²⁵ Dadurch hätten sie die USA ins andere Lager verwiesen. Er (BK) halte zwar das Dokument für verbesserungsfähig, insgesamt gesehen sollte es jedoch angenommen werden. Hierfür sehe er zwei Gründe:

1) Er halte es für wichtig, daß die geplante KAE innerhalb von sechs Monaten anberaumt werden könne, weil etwa zur gleichen Zeit die ersten Stationierungen in der Bundesrepublik stattfinden würden. Die Bundesregierung sei sich bewußt, daß man stationieren müsse und werde. Sollte es – was er nicht glaube – zu einer Zwischenlösung kommen, so würde dies nur die Niederländer in ihrer Haltung ermutigen, an der Position der Bundesregierung würde dies nichts ändern. Im Falle zu erwartender Protestkundgebungen wäre es nützlich, gleichzeitig zeigen zu können, daß im Rahmen der KAE als zweiter Ebene weiter verhandelt werde. Er hielte es also für sehr gut, wenn im kommenden Januar/Februar die KAE-Konferenz in Stockholm einberufen würde.²⁶ Weigere die Sowjetunion sich, daran teilzunehmen, so läge der „Schwarze Peter“ bei ihr.

²² Staatspräsident Mitterrand lehnte am 2. Januar 1983 in einem Fernsehinterview eine Einbeziehung der französischen Nuklearsysteme in die INF-Verhandlungen in Genf ab, da die Sicherheit und Unabhängigkeit Frankreichs von ihnen abhängen. Es gebe keinen Zusammenhang mit der Situation der UdSSR und der USA. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (janvier-février), S. 3.

Der französische Außenminister Cheysson bekräftigte diese Haltung während des Besuchs in der UdSSR vom 16. bis 21. Februar 1983. Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 30.

²³ Zur Veröffentlichung der gefälschten „Hitler-Tagebücher“ in der Wochenzeitschrift „Stern“ vgl. Dok. 121.

²⁴ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

²⁵ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

Zur Annahme des Entwurfs durch die UdSSR vgl. Dok. 129.

²⁶ Zum Termin für die KAE vgl. Dok. 126, Anm. 18.

2) Das N+N-Dokument habe auch eine Bedeutung im Hinblick auf Länder wie Polen, die ČSSR und die DDR, denn es werde darin die Gründung eines Komitees für Menschenrechte in zwei Jahren vorgesehen. Infolgedessen könne zur Vorbereitung dieses MR-Komitees zwei Jahre lang über die Menschenrechte gesprochen werden, ohne daß der Vorwurf einer Einmischung in die Angelegenheiten anderer erhoben werden könne. Seines Erachtens messe man in den USA diesem Argument zu wenig Bedeutung zu. Man sollte in Williamsburg – vielleicht an einem der Abende – über Madrid sprechen und möglichst einmütig auf die genannten Argumente hinweisen.

Der Herr Bundeskanzler führte weiter aus, er sehe Schwierigkeiten innerhalb der NATO voraus: So habe er erfahren, daß die NATO-Parlamentarier für ihre nächste Konferenz in Kopenhagen, wo der 25. Jahrestag der Gründung der Versammlung begangen werden soll, ausgerechnet Olof Palme, einen so entschiedenen Gegner der NATO, als Festredner eingeladen hätten.²⁷ Man habe also damit zu rechnen, daß während der ersten Stationierungen vor dem NATO-Parlament eine Rede gegen diese Stationierung gehalten werde.

Auf die Frage *Mitterrands*, von wem diese Idee stamme, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, das Präsidium der Parlamentarierversammlung habe die Entscheidung getroffen.

Was die Vorstellungen Mitterrands zur Schaffung eines neuen Weltwährungssystems betreffe, habe er (BK) Mitterrands Vorschlag gelesen, der in Bonn sehr sorgfältig untersucht werde. Er stellte die Frage, ob dieser Vorschlag in Williamsburg erörtert werden solle, und brachte dann das Gespräch auf die Bedeutung der Beziehungen zwischen Europa und Japan. Er (BK) habe nicht den Eindruck, daß der japanische Ministerpräsident²⁸ zur Zeit seine Absichten innenpolitisch durchsetzen könne. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Unterschied zwischen Frankreich – das trotz seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten einen erheblichen Teil seiner Haushaltsmittel für Verteidigungszwecke ausbebe – und Japan, das zwar keine SS-20 in Sibirien haben möchte²⁹, aber kaum Mittel für die eigene Verteidigung einsetze³⁰, während es andererseits geschäftliche Vorteile aus diesem Sachverhalt ziehe.

Zu seinem für den 4. Juli 1983 geplanten Moskaubesuch³¹ – über den er mit Mitterrand hoffentlich noch ausgiebiger werde sprechen können – sagte der Herr Bundeskanzler, er habe die Absicht, dabei die Position der Bundesregierung nochmals deutlich zum Ausdruck zu bringen. Die Bundesrepublik sei nicht erpreßbar. In der Diskussion werde er sich „sehr hart“ zeigen, auch angesichts möglicher Drohungen in bezug auf Berlin und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Zweifellos würden die Sowjets versuchen, Druck auf ihn auszuüben; dies erwarte er in bezug auf den Zeitplan im Zusammen-

²⁷ Zur Einladung der Nordatlantischen Versammlung an Ministerpräsident Palme, Gastredner auf ihrer Tagung vom 9. bis 13. Juni 1983 in Kopenhagen zu sein, vgl. Dok. 108, Anm. 19.

²⁸ Yasuhiro Nakasone.

²⁹ Zur japanischen Haltung hinsichtlich einer Verlegung sowjetischer SS-20 in den Fernen Osten vgl. Dok. 157, Anm. 14.

³⁰ Zur Begrenzung der japanischen Verteidigungsausgaben vgl. Dok. 71, Anm. 19.

³¹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

hang mit der Stationierung der Pershings. Voraussichtlich würden die Russen erklären, die Zeit für die Verhandlungen sei zu kurz, sie müßte um ein bis zwei Jahre verlängert werden. Hier werde er (BK) nicht nachgeben, denn schon ein Jahr später wäre der richtige Zeitpunkt verpaßt. Zweitens sehe er voraus, daß die Russen ihm Angebote wirtschaftlicher Art machen könnten, wenn er auf dem Gebiet der Stationierung zu einer Änderung seiner Haltung bereit wäre. Auch in diesem Punkt werde er sich unnachgiebig zeigen wie beim Zeitplan, es sei denn, die Genfer Verhandlungen führten zum Erfolg.

Präsident *Mitterrand* brachte dann das Gespräch auf die wirtschaftlichen Probleme und fragte zunächst, wie der Herr Bundeskanzler die Aussichten Williamsburgs – nach Ottawa³² und Versailles³³ – beurteile.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auf die Notwendigkeit realistischer Erörterungen, was man bei Mrs. Thatcher, Mitterrand und ihm selbst voraussetzen könne.

Mitterrand ging sodann zu dem „heikelsten Dossier“ – wie er es nannte –, d. h. zu dem französischen Außenhandelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik, über und erläuterte anhand von Zahlenmaterial den derzeitigen Stand der Handelsbeziehungen, der verschiedene Aspekte aufweise:

- 1) Der Warenverkehr sollte in beiden Richtungen und nicht nur einseitig entwickelt werden.
- 2) Es gebe eine Reihe von „prohibitiven Maßnahmen“, über die man sprechen müsse.

In diesem Zusammenhang erwähnte er die über 20 000 deutschen Normen³⁴, denen auf französischer Seite nur etwa 400 gegenüberstünden. Die derzeitigen Mißstände müßten bereinigt werden.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, man sollte entsprechende Listen austauschen. Im übrigen sei er der Auffassung, daß der deutsche Markt für französische Waren in dem Maße interessanter würde, in dem die deutsche Wirtschaft eine Wiederbelebung erfahren werde.

Mitterrand bemerkte hierzu, eine Wiederherstellung des Gleichgewichts sei sicherlich mit steigendem Wachstum leichter; angesichts der Schwäche des französischen Produktionsapparats könne aber erst in drei bis vier Jahren mit einer spürbaren Besserung gerechnet werden. Bei einer Aufrechterhaltung des derzeitigen Zustands könnte „die politische Leidenschaft die Oberhand über die Vernunft gewinnen“. Das Außenhandelsdefizit müsse um 30, 35 oder 40 Milliarden Francs reduziert werden. Andernfalls würde die Inflationsrate wieder ansteigen, das Defizit sich vertiefen und die Währung schwächer werden.

³² Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. AAPD 1981, II, Dok. 218 und Dok. 220.

³³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. AAPD 1982, I, Dok. 180.

³⁴ Im November 1982 wurde in der französischen Presse wiederholt über protektionistische Maßnahmen berichtet. Die französische Tageszeitung „Le Monde“ informierte etwa darüber, daß die Bundesrepublik zwar eine Verfechterin des Freihandels sei, aber ca. 30 000 Deutsche Industrienormen (DIN) sowie Normen der Elektroindustrie ausländischen Firmen den Export in die Bundesrepublik erschweren würden. Hinzu komme das Reinheitsgebot für Bier, das ausländischen Brauereien den Marktzugang in der Bundesrepublik praktisch versperre. Vgl. den Artikel „R. F. A.: le royaume des normes“; LE MONDE vom 23. November 1982, S. 23.

Der Herr *Bundeskanzler* wandte ein, dies sei natürlich nicht das Ziel der Bundesregierung, und wiederholte seinen Vorschlag über einen Austausch der Listen. Es sei sicherlich „auf beiden Seiten gesündigt“ worden. Von beiden Seiten sollten Mitarbeiter mit den entsprechenden Arbeiten betraut werden. *Mitterrand* ging auf diesen Vorschlag ein und meinte, daß diese Untersuchungen wohl etwa drei Monate in Anspruch nehmen würden.

Mitterrand brachte das Gespräch erneut auf das Weltwährungssystem und bekundete seine Absicht, in Williamsburg über diesen Punkt zu sprechen.

Ferner unterstrich er, die Europäische Gemeinschaft sei zur Zeit „sehr schwach“; in Krisenzeiten träten die „speziellen Egoismen“ besonders stark zutage, z. B. im Bereich der Stahlindustrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft. Er fragte, ob unter der deutschen Präsidentschaft³⁵ Vorschläge zur Behebung dieser Schwierigkeiten zu erwarten seien.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er werde sich darum bemühen, wieder eine „geistige Komponente“ einzuführen. Ein halbes Jahr sei aber zu kurz zur Verwirklichung neuer Vorschläge. Unter der griechischen Präsidentschaft seien wohl keine wesentlichen Fortschritte zu erwarten. Die „finanziellen Perspektiven“ seien „das A und das O“ der Gemeinschaft. Diese Fragen könne man s. E. nur lösen, wenn man sie in Verbindung zur Erweiterung um Spanien und Portugal³⁶ bringe. Er (BK) sei sich bewußt, daß die Bundesrepublik neue Opfer werde aufbringen müssen. Keinesfalls sei er aber bereit, finanzielle Zusagen zu machen, wenn nicht gleichzeitig eine „Reorganisation der EG“ in Aussicht genommen werde. Eine Erhöhung der deutschen Leistungen unter Beibehaltung des alten Zustandes sei indiskutabel und für ihn innenpolitisch nicht durchzuhalten. Noch im Haushalt für das laufende Jahr müßten Kürzungen und Umschichtungen vom konsumptiven zum investiven Bereich vorgenommen werden. Die in den nächsten Tagen zu beschließenden Kürzungen beliefen sich auf 6,5 Milliarden DM und beträfen 30 Millionen Deutsche, vom Schüler bis zum Rentner.³⁷ Da auch der öffentliche Dienst betroffen werde, stehe eine entsprechende Kraftprobe bevor. Angesichts der zu erwartenden Spannungen könne er z. B. im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals nur dann mehr Mittel beantragen, wenn eine „vernünftige“ Verwendung sichergestellt sei.

Der Herr Bundeskanzler stellte sodann die Frage, ob der Beitritt Spaniens und Portugals wohl unter der französischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1984³⁸ zum Abschluß gebracht werden könne. Er (BK) habe in der vorletzten Woche mit González unter vier Augen darüber gesprochen.³⁹ Der spanische Ministerpräsident „vertrete seine Sache glänzend“. Er (BK) habe ihm gegenüber erläutert, er wünsche den Beitritt Spaniens in die EG aus politischen Gründen,

³⁵ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne, anschließend Griechenland bis 31. Dezember 1983.

³⁶ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 78, Anm. 12, und Dok. 126, Anm. 21.

³⁷ Zu den Beschlüssen des Kabinetts vom 18. Mai 1983 zum Bundeshaushalt 1984 und zur mittelfristigen Finanzplanung vgl. Dok. 126, Anm. 10.

³⁸ Frankreich übernahm die EG-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 1984.

³⁹ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González am 3. Mai 1983; Dok. 126.

sei jedoch nicht dafür, den Beitritt zum Abschluß zu bringen, bevor die strittigen Verhandlungspunkte geklärt seien. Man wolle die ungünstigen Erfahrungen mit Griechenland⁴⁰ im Fall Spaniens nicht wiederholen. Spanien müsse zuvor besonders auch mit dem Nachbarland Frankreich einig werden.

Mitterrand erinnerte an die noch offenen Fragen: Wein, Obst und Gemüse, Fischerei, die noch vor dem Beitritt geklärt werden müßten.⁴¹ Was das Persönliche betreffe, so seien seine Beziehungen zu González besser als die zu dessen Vorgänger⁴².

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß González sich ihm gegenüber sehr optimistisch geäußert habe. Hoffentlich habe er recht.

Mitterrand bekräftigte seine Bereitschaft, „ernsthaft mit González zu sprechen“. In wirtschaftlichen Dingen müsse man sich aber einer „klaren Sprache“ bedienen. Politisch sei er natürlich einverstanden mit Spaniens Beitritt.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte seine Hoffnung, daß der spanische Beitritt noch unter der französischen Präsidentschaft vollzogen werden könne; andernfalls wäre er sehr skeptisch über die weitere Entwicklung.

Mitterrand unterstrich abschließend die Notwendigkeit, der Europäischen Gemeinschaft einen neuen Elan zu geben. Bestehe der Wille hierzu nicht, so könnte die derzeitige „Schwerfälligkeit die Waagschale zum Umkippen bringen“, was „unheilvoll“ wäre und „zur Zerstörung der Europäischen Gemeinschaft und der Allianz der westlichen Länder führen“ könnte. Man müsse sich daher etwas einfallen lassen und darüber sprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, *Mitterrand* spreche aus, was er (BK) denke. Es habe in den letzten Tagen im Kabinett und auch in der Parteiführung heftige Diskussionen über diese Themen gegeben. Er habe dabei sowohl auf die politische Mission Europas, die ein weiteres Engagement rechtfertige, als auch auf die Notwendigkeit zu sparen hingewiesen. Man brauche eine klare – nicht nur verbale – Zusicherung, daß die Finanzpolitik der EG solider werde. Dies sei die entscheidende Voraussetzung für weitere Aktionen. Die jetzige Lage sei absolut unerträglich. Europa dürfe nicht zu einem „Geldkontor“ degradiert werden, wo jeder etwas einzahle in der Hoffnung, mehr herauszubekommen. Dies sei nicht das Europa Schumans, Adenauers und De Gasperis. In diesem Sinne habe er auch mit Mrs. Thatcher gesprochen.⁴³

Am Ende des Gesprächs, das bis 17.30 Uhr dauerte, teilte *Mitterrand* dem Herrn Bundeskanzler mit, daß er den ehemaligen Bundeskanzler Schmidt am 2. Juni 1983 empfangen werde.

Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl

⁴⁰ Vgl. dazu das griechische Memorandum vom 22. März 1982 an den EG-Ministerrat über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge des EG-Beitritts vom 1. Januar 1981; Dok. 126, Anm. 30.

⁴¹ Zur Frage einer Übernahme der EG-Fischereipolitik sowie einer Marktregelung für Obst, Gemüse und Olivenöl in den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 127, Anm. 19 und 20.

⁴² Leopoldo Calvo-Sotelo y Bustelo.

⁴³ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 21./22. April 1983 in London vgl. Dok. 109 und Dok. 111.

144

**Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-18040/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 547
Citissime

Aufgabe: 16. Mai 1983, 21.55 Uhr¹
Ankunft: 16. Mai 1983, 22.51 Uhr

Betr.: KSZE-Folgetreffen Madrid;
 hier: US-Haltung

1) Botschafter Kampelman (K.), Leiter der US-Delegation, kehrte gestern nach Konsultationen aus Washington zurück und unterrichtete mich – mit der Bitte um vertrauliche Behandlung – über folgendes:

1.1) Er habe am 11.5., von stellvertretendem AM Dam begleitet, Präsident Reagan, von dem er bisher noch nicht empfangen worden war, in größerem Beraterkreis (mit Clark, Meese, Baker u. a.) über Stand der hiesigen Verhandlungen² vorgetragen. Er habe dabei die gegenwärtige westliche Verhandlungsposition erläutert. Der Präsident habe aufmerksam zugehört; die Einzelheiten des hiesigen Folgetreffens schienen ihm bisher noch unbekannt gewesen zu sein. Er habe die jetzige, im Gegensatz zu den westlichen Zusatzforderungen vom November 1982³ wesentlich komprimierte Verhandlungsposition⁴ gebilligt.

1.2) AM Shultz habe er nach dessen Rückkehr aus dem Nahen Osten und von Paris⁵ am 12. berichtet. Dieser habe sich über die sowjetische Obstruktionshaltung verärgert gezeigt, die sich in allen bekannten und diskreten Kontakten zwischen Washington und Moskau offenbare. (Dobrynin wirke unter Andropow weniger wohlunterrichtet als unter Breschnew.)

1.3) Auf AM Shultz' Wunsch habe dieser, von Kampelman begleitet, am 13.5. 1983 mit dem Präsidenten Stand der KSZE-Verhandlungen erneut, diesmal in dessen im kleinen Kreis, erörtert. Bemerkenswert sei dessen Frage gewesen, wie die Annahme des N+N-Kompromißvorschlags vom 15.3.1983 RM.39 rev.⁶, durch

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk vorgelegen.

² Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), gab am 13. Mai 1983 als Eindruck aller KSZE-Delegationen weiter, „daß das Madrider Folgetreffen unmittelbar vor seiner entscheidenden Phase steht. [...] Westen geht aus dieser Woche mit gestärkter Position hervor. Das vom Westen geschlossen vertretene, begrenzte und maßvolle Verhandlungspaket wurde von den N+N positiv aufgenommen.“ Die sowjetische Annahme des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument (CSCE/RM.39 revised) sei „ein wichtiger Schritt in Richtung auf ein für den Westen annehmbares Schlußdokument; andererseits ist die Konferenz durch die Feststellung des Appells, die Verhandlungsmöglichkeiten seien nunmehr „praktisch erschöpft“, in eine kritische Lage geraten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 541; Referat 212, Bd. 133422.

³ Zu den Vorschlägen der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 9. November 1982 bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 49, Anm. 63.

⁴ Zu den am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 129, Anm. 12.

⁵ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 25. April bis 8. Mai 1983 im Nahen Osten auf und nahm am 9./10. Mai 1983 an der OECD-Ministerratstagung in Paris teil. Vgl. dazu Dok. 131.

⁶ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

einige westliche Verbesserungsforderungen angereichert, über die es jetzt zu verhandeln gelte, gegenüber der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten zu rechtfertigen sei. Er, K., habe die Fortschritte im einzelnen aufgeführt, die RM.39 rev. bereits heute schon enthalte und die er bei dem Londoner Abendessen der Vier am 22.4. genannt hatte.⁷ Zugleich habe er auf die westlichen Erklärungen beim Abschluß des Folgetreffens und auf die dann ebenfalls fälligen Wertungen durch die westlichen Regierungen in den Hauptstädten verwiesen. Diese könnten, wenn zuvor aufeinander abgestimmt, ein wichtiges Korrektiv zu sonst möglicher Kritik oder Euphorie bilden.

1.4) K. hat Präsident Reagan auch mitgeteilt, er habe Anlaß, dafür auf die rechtzeitige Erfüllung der amerikanischen Forderung nach „performance“⁸ durch die SU hoffen zu dürfen. Der Präsident schien hiervon befriedigt.

1.5) Im Pentagon habe er Bedenken der JCS gegen die Zonenformulierung im KAE-Mandat, wie in RM.39 rev. vorgesehen⁹, entkräften können. Die Festigkeit, mit der Klarstellungen in gegenwärtiger Zonenformulierung verfolgt würden, hinge demnach vom politischen Gesamtergebnis der Schlußverhandlungen ab.

2) Bewertung:

2.1) Es muß ermutigen, daß der Präsident sich angesichts des jetzigen Verhandlungsstands in Madrid zum ersten Mal mit dem KSZE-Thema eingehend zu beschäftigen scheint. Die jetzige westliche Verhandlungsposition begegnete keinem verspäteten Veto, sondern seinem Einverständnis. Seine Frage nach der möglichen Aufnahme eines Madrider Verhandlungsergebnisses in der amerikanischen Öffentlichkeit zeigt, daß er sich mit einem solchen zu beschäftigen beginnt. Es scheint sich nach K.'s Darstellung, was auch von Mitgliedern seiner Delegation unterstrichen wird, zu bestätigen, daß sein Vertrauensvorschuß in der Administration weit trägt. K. will einen substantiellen Erfolg in Madrid.

2.2) Nachdenklich muß nach wie vor K.'s Bestehen auf sowjetische „performance“ stimmen. Diese amerikanische Forderung nach sowjetischen Gesten sollten wir solange mittragen, wie die Nichterfüllung einem erfolgreichen Abschluß in Madrid als Folge zumindest einiger Teilerfolge in den Schlußverhandlungen über die Verbesserungen in RM.39 rev. nicht im Wege steht („keine performance als Vorbedingung“!). Hierüber wird mit den Amerikanern konkret und wohl auf hoher Ebene zu sprechen sein, sobald wir in den erhofften Schlußverhandlungen klarer sehen. Darüber jetzt sprechen zu wollen, könnte ihre generelle Abschlußbereitschaft beeinträchtigen und ihnen das Argument geben: „Wartet zunächst einmal ab!“¹⁰

[gez.] Kastl

VS-Bd. 12944 (204)

⁷ Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA mit den Leitern der jeweiligen KSZE-Delegationen in London vgl. Dok. 116.

⁸ Zur amerikanischen Forderung nach Verbesserungen in der sowjetischen Menschenrechtspolitik vgl. Dok. 131, Anm. 13.

⁹ Für die Formulierung vgl. Dok. 129, Anm. 9.

¹⁰ Gesandter Wallau, Washington, bestätigte am 18. Mai 1983 die Einschätzung der amerikanischen Haltung durch Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation). Angesichts der Tatsache, daß die Re-

145

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

105-40.A/83

17. Mai 1983¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in dessen Privatwohnung (Rue de Bièvre) in Paris am 17.5.1983 um 9 Uhr²

Nach der Begrüßung und der Festlegung des Termins für die private Begegnung zwischen Mitterrand und dem Herrn Bundeskanzler im Elsaß (19.7.1983)³ stimmten sich die beiden Gesprächspartner über ihre Erklärungen anlässlich der für 12 Uhr anberaumten Pressekonferenz⁴ ab (Sicherheitspolitik, Genf, Madrid usw.).

In diesem Zusammenhang brachte *Mitterrand* das Gespräch auf die für den 17./18.7.83 (?) nach Paris einberufene NATO-Sitzung⁵ und erläuterte, aus der Tatsache, daß die französische Regierung eingeladen habe, dürfe man nicht den Schluß ziehen, daß Frankreich wieder in die Organisation zurückkehren⁶ werde. In diesem Punkt werde er – Mitterrand – die Politik de Gaulles fortsetzen.

Zu Williamsburg⁷ führte er aus, daß er, sollten die USA von ihm verlangen, sich einer gemeinsamen Erklärung im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen⁸ anzuschließen, sich diesem Ansinnen widersetzen werde. Die französische Position in dieser Frage (Anrechnung der französischen Nuklearwaffen) sei hin-

Fortsetzung Fußnote von Seite 756

gierung die Auffassung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelmann, teile, „daß mit sowjetischen Gesten gewissermaßen erst in letzter Minute gerechnet werden kann und daß deshalb der Druck auf die Sowjetunion vom Westen geschlossen durchgehalten werden sollte“, sei es „wenig aussichtsreich, die Frage der sowjetischen ‚performance‘ als Vorbedingung gegenüber den Amerikanern in der gegenwärtigen Phase vertiefen zu wollen. Dobbins stellte uns gegenüber gestern klar, daß die vom Westen gemeinsam getragenen Verbesserungsforderungen zu RM 39 rev[is]ed für die USA keine ‚take it or leave it‘-Position darstellten und daß es vom Ausmaß sowjetischer Gesten abhängen werde, in welchem Umfang auf den Textverbesserungen beharrt werden müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2236; VS-Bd. 12944 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 24. Mai 1983 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik persönlich.“

² Bundeskanzler Kohl hielt sich zu den deutsch-französischen Konsultationen am 16./17. Mai 1983 in Paris auf. Vgl. dazu auch Dok. 142, Dok. 143 und Dok. 148.

³ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 19. Juli 1983 in Dabo in Lothringen zusammen.

⁴ Für den Wortlaut der Ausführungen des Staatspräsidenten Mitterrand auf der Pressekonferenz am 17. Mai 1983 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (mai-juin), S. 30–33.

⁵ Die NATO-Ministerratstagung in Paris fand am 9./10. Juni 1983 statt. Vgl. dazu Dok. 178 und Dok. 179.

⁶ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁸ Gesandter Wallau, Washington, teilte am 6. Mai 1983 mit, daß nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums „die USA planten, das INF-Thema in Williamsburg zu behandeln und mit einer Erklärung der sieben Staats- und Regierungschefs zu INF an die Öffentlichkeit zu gehen (high visibility)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2044; VS-Bd. 12053 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

reichend bekannt⁹, und er möchte durch die Unterzeichnung einer „kollektiven Erklärung“ auch nicht indirekt irgendwelche Zweifel daran aufkommen lassen. Sollten die USA drängen, so könnten sie eine eigene Erklärung abgeben, der sich gegebenenfalls andere Staaten anschließen könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* schlug eine andere Lösung vor: Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich Mrs. Thatcher in der gleichen Lage wie Mitterrand befinde, könnten alle in Williamsburg vertretenen Staats- und Regierungschefs jeweils eigene Erklärungen abgeben, die untereinander abgestimmt sein könnten.

Mitterrand unterstrich, daß dieser Punkt für ihn von grundsätzlicher Bedeutung sei. Nicht nur sei er gegen die Anrechnung der französischen Raketen in Genf, sondern er würde noch weitergehen: Sollte die Anrechnung zwischen den USA und der SU dennoch vereinbart werden, so würde er sich an eine solche Abmachung nicht halten.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, bei seinem Besuch in Washington¹⁰ habe er die Position Mitterrands gegenüber Reagan unterstützt, und zwar aus eigenem deutschen Interesse. Er (BK) hege bestimmt kein Mißtrauen gegenüber dem amerikanischen Präsidenten, aber durch die geographischen Gegebenheiten stelle sich die Lage unterschiedlich dar: Der US-Präsident befinde sich 3500 km vom Rhein entfernt, der französische nur 450 km. Bei seiner Entscheidung müsse der französische Präsident auch an Straßburg und an das nur 300 m davon entfernte Kehl denken. Wenn es auch gelegentlich „Familienstreit“ zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gebe, so ziehe man doch an einem Strang. Dagegen sei fraglich, ob alle amerikanischen Kongreßmitglieder überhaupt wüßten, wo Straßburg liege!

Vor einigen Tagen habe er ein Gespräch mit dem Oppositionschef Vogel über diese Fragen geführt. Es sei ihm (BK) unverständlich, warum dieser an seiner Meinung festhalte, daß die französischen Raketen mitgezählt werden sollten. Er habe versucht, ihm die deutsche Interessenlage zu erklären, ohne ihn von seiner „unglückseligen Position“ abbringen zu können.

Mitterrand brachte dann das Gespräch auf die wirtschaftlichen Probleme und führte dazu aus, viele Politiker und Journalisten hätten ihm Vorwürfe wegen seiner wirtschaftspolitischen Entscheidungen¹¹ gemacht. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die schlechte Verfassung, in der sich die französische Wirtschaft seit zehn Jahren befinde (keine Modernisierungen, keine Spitzenindustrien usw.). Von den zu Beginn seiner Amtszeit verstaatlichten sieben Industrieunternehmen seien sechs defizitär und fünf praktisch bankrott. Nur die „Compagnie Générale d'Électricité (CGE)“ und in geringerem Maße Saint-Gobain (Glasindustrie) erzielten Gewinne. Das Haushaltsdefizit betrage 3 % des BSP, die Inflationsrate sei von 14 % auf bisher 9,5 % – bis Ende 1983 8 % – gesenkt worden. Ende 1984 solle sie auf 6 % – oder möglicherweise auf 5 % – gebracht werden.

⁹ Zur französischen Haltung hinsichtlich einer Anrechnung der französischen Nuklearwaffen bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 143, Anm. 22.

¹⁰ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

¹¹ Zum Zehn-Punkte-Programm der französischen Regierung vom 25. März 1983 vgl. Dok. 74, Anm. 13.

Die EG befinde sich im Zustand der „Anarchie“. Es würden keine „großen Ideen“ mehr entwickelt. Dies gelte auch für die Weltwirtschaftsgipfel. Er (Mitterrand) sei „nicht so naiv“ zu glauben, daß man innerhalb von sechs Monaten ein neues Weltwährungssystem auf die Beine stellen könne¹², aber man sollte doch erkunden, ob Präsident Reagan bereit sei, wenn schon nicht ein neues System zu begründen, so doch mindestens darauf zu achten, daß die bestehenden Währungsunterschiede nicht zu groß würden. Ferner müßte man bei Reagan um Verständnis dafür werben, daß die bestehenden Nord-Süd-Probleme nicht durch Maßnahmen wie seinen „Karibik-Plan“¹³ gelöst werden könnten. Er (Mitterrand) sei bereit, über diese Punkte zu sprechen.

Die Männer der „Nachkriegsgeneration“ – die er persönlich gekannt habe – seien keine Genies gewesen, sie hätten aber zwei „große Ideen“ entwickelt: die „Schaffung Europas“ und das „Bündnis der freien Welt“.

Der Herr *Bundeskanzler* schlug vor, daß die Europäer über diese Probleme „in ruhigem Ton“ mit den Amerikanern sprechen sollten. Eine Allianz sei ja nicht eine „Einbahnstraße“, sondern müsse in beiden Richtungen funktionieren.

Was die Währungspolitik betreffe, so habe er Mitterrands Ideen zur Kenntnis genommen. Er könne sich dazu nicht äußern, da er kein Fachmann auf diesem Gebiet sei. Da die Dinge sich aber, wie Mitterrand selbst gesagt habe, nicht über Nacht regeln ließen, meine er, daß eine entsprechende Diskussion sich langsam entwickeln sollte. Er (BK) glaube allerdings, daß die Schwäche der europäischen Staaten gegenüber den USA auch selbst verschuldet sei: Den Zustand der EG halte auch er für erbärmlich. Wenn dieser sich bessere, werde sich auch die Position Europas gegenüber den USA bessern. Er meine, die Gründerstaaten sollten wieder die Initiative ergreifen. Die EG dürfe nicht zu einem „Geldkontor“ werden. Europa könne nicht ohne Visionen, ohne Ideen geschaffen werden. Man sollte nichts unversucht lassen, um einen neuen Anlauf zu nehmen. Er (BK) meine, die Zeit der französischen Präsidentschaft¹⁴ böte hierfür gute Chancen. Die Zeit bis zum Sommer dieses Jahres – Stuttgart¹⁵ – sollte zur Erzielung guter Fortschritte genutzt werden; in diskreter Weise, ohne die Griechen zu kränken¹⁶,

¹² Zu den Vorschlägen des Staatspräsidenten Mitterrand für eine Reform des internationalen Währungssystems vgl. Dok. 143, Anm. 18.

¹³ Am 18. März 1982 wurde im amerikanischen Kongreß der „Caribbean Basin Economic Recovery Act“ eingebracht. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoff vermerkte am 5. Mai 1982, darin seien „28 karibische und zentralamerikanische Staaten bzw. britische und niederländische Inselterritorien als potentielle Empfängerstaaten aufgeführt (einschließlich) Kuba, Grenada und Nicaragua, die nach US-amerikanischen Vorstellungen ausgeschlossen bleiben sollen“. Einer Presseerklärung des Präsidenten Reagan vom 17. März 1982 zufolge sollten jedoch „nur fünf Staaten in den Genuß von 93 % der zusätzlich beantragten Wirtschaftshilfe von US-Dollar 350 Mio. kommen“; El Salvador allein solle 128 Millionen US-Dollar erhalten. Dies sei bei den ersten Anhörungen im amerikanischen Kongreß auf „erhebliche Kritik“ gestoßen; auch gegen die „geplanten handelspolitischen Maßnahmen wie ein Freihandelsabkommen, das für die Dauer von zwölf Jahren die zollfreie Einfuhr karibischer Produkte einschließlich Zucker, aber mit Ausnahme von Textilien, auf den US-Markt vorsieht, Steuervergünstigungen für Investitionen bzw. steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten“ würden Einwände erhoben. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 136708.

Am 27. April 1983 erläuterte Reagan vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses erneut seine Vorstellungen. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 601–607.

¹⁴ Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

¹⁶ Am 1. Juli 1983 ging die EG-Ratspräsidentschaft von der Bundesrepublik auf Griechenland über, das diese Funktion bis zum 31. Dezember 1983 innehatte.

sollte die Zeit bis zum Beginn der französischen Präsidentschaft überbrückt werden; in der Zeit von Januar bis Sommer 1984 sollte dann Punkt um Punkt beschlossen werden.

Auf *Mitterrands* Bemerkung, in dieser Zeit fänden auch die Wahlen zum Europäischen Parlament¹⁷ statt, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, dies stelle noch einen weiteren Zwang zum Vorankommen dar.

Zu den deutsch-französischen Fragen meinte er, man müsse beweisen, daß man fähig sei, aufeinander zuzugehen. Er sprach sich anerkennend über die vor kurzem eingeleitete französische Wirtschaftspolitik aus. *Mitterrands* Bemerkungen über die französische Industrie trafen teilweise auch für die deutsche Industrie zu, die seit Ende der sechziger Jahre bequem geworden sei, nachdem sie zuvor viel erreicht habe. Die Japaner hätten ein besseres Gespür für die Erfordernisse der modernen Zeit gehabt. Da er (BK) selbst Probleme habe, verstehe er gut die Probleme der französischen Regierung, über die er auch mit Mauroy gesprochen habe, und er versuche, auch in der Bundesrepublik Verständnis dafür zu wecken. Es sei schwierig für eine sozialistische Partei, wenn sie nach einem Menschenalter wieder an die Regierung komme¹⁸, überall Kürzungen vornehmen zu müssen.

Mitterrand bemerkte, daß dies gegen die Ideale einer sozialistischen Politik verstoße, aber es sei schwierig, mehr umzuverteilen, wenn weniger produziert werde.

Der Herr *Bundeskanzler* führte weiter aus,

1) die Bundesregierung wisse um die Anstrengungen der französischen Regierung, und es sei keineswegs in ihrem Interesse, diese zu behindern. Die beste Hilfe für die französische Wirtschaft liege seines Erachtens in einem baldigen Aufschwung der deutschen Wirtschaft. Je schneller diese „wieder auf die Beine komme“, desto größer würden die Absatzchancen für französische Waren auf dem deutschen Markt.

2) Er (BK) nehme das Normenproblem¹⁹ sehr ernst. Man müsse es sofort anpacken. Er habe bereits am Vortage mit Mauroy darüber gesprochen. Man müsse darauf hinwirken, daß europäische Normen erarbeitet würden.²⁰

3) Bei den Währungsentscheidungen habe er sich von europäischen Erwägungen leiten lassen. Der Beschluß vom 21.3.83²¹ habe ihm in Deutschland viel Kri-

¹⁷ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. bzw. 17. Juni 1984 statt.

¹⁸ Nachdem am 21. Mai 1981 mit François Mitterrand erstmals seit 1954 wieder ein Mitglied der Sozialistischen Partei das Amt des Staatspräsidenten übernommen hatte, erhielt die Sozialistische Partei auch in den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 14. und 21. Juni 1981 die meisten Stimmen und konnte erstmals seit 1957 wieder den Ministerpräsidenten stellen.

¹⁹ Zur französischen Haltung hinsichtlich der Industrie-Normen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 143, Anm. 34.

²⁰ Mit Schreiben vom 31. Mai 1983 an Bundeskanzler Kohl unterbreitete Ministerpräsident Mauroy Vorschläge für Expertengespräche über die Normen im technischen Bereich. Kohl antwortete am 18. Juni 1983, daß er die Anregung unterstütze und bereits am 14. Juni eine deutsch-französische Expertengruppe in Bonn zusammengetreten sei. Kohl wies aber darauf hin: „Für die Normen-Fragen wird es letztlich befriedigende Lösungen nur dann geben, wenn wir die europäische Normung energisch vorantreiben.“ Für die Schreiben vgl. Referat 420, Bd. 130851.

²¹ Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 74.

tik eingebracht. Dies sei ihm aber gleichgültig gewesen, denn es sei sein Bestreben gewesen, eine deutliche Geste zu machen.

Was die zur Debatte stehenden gemeinsamen Projekte (Hubschrauber²² u. a.) betreffe, habe er die zuständigen Minister (Wörner, Stoltenberg, Lambsdorff) beauftragt, sie weiter zu behandeln. Wesentlich sei ihm dabei, daß es sich um echte gemeinsame Leistungen und nicht um Pläne handle, die nur auf dem Papier stünden. Dies gelte auch für das Airbus-Vorhaben, dessen Rentabilität zuvor nachgewiesen werden müsse.²³ Im Bereich des Fernmeldewesens habe die gemeinsame Verwirklichung eines Autotelefons s. E. gute Chancen.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen sprach der Herr Bundeskanzler schließlich die Bitte aus, daß Mitglieder der jeweiligen Regierungen bei Interviews usw. über diese Themen sich einer angemessenen Sprache bedienen möchten; damit wolle er jüngste Abweichungen von dieser Regel nicht unnötig dramatisieren.

Mitterrand sprach seine Genugtuung darüber aus, daß es den Landwirtschaftsministern am frühen Morgen gelungen sei, sich über die Agrarpreise zu einigen.²⁴

Er wies sodann darauf hin, daß Frankreich möglicherweise gegen Ende des Jahres vor schwierigen währungspolitischen Problemen stehen und Hilfe brauchen werde. Zwar werde der Unterschied in den beiderseitigen Inflationsraten bis dahin hoffentlich geringer sein, immerhin aber doch noch ca. 4,5 Punkte betragen. Er habe versucht, den Franzosen zu erklären, daß Abwertungen nichts Geheimnisvolles, Ehrenrühriges, sondern etwas durchaus Normales seien. Aber das Volk sei nun einmal diese Art von Eingriff in die Währung nicht gewohnt, da der Franc im ganzen 19. Jahrhundert – bis 1926 – nie abgewertet worden sei. Es müßte zu einer „Harmonisierung der Unterschiede“ kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, daß eine gute Ankurbelung der deutschen Wirtschaft die beste Hilfe für die französische Wirtschaft sein werde. In der

²² Zum Projekt eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers (PAH-2) vgl. Dok. 148, Anm. 22.

²³ Zum Projekt des „Airbus“ vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Die französische Regierung befürwortete einen Ausbau des Airbus-Programms über die bestehenden Versionen A 300 und A 310 hinaus, insbesondere den Bau des Typs A 320, ein Flugzeug mit 150 Sitzen für Kurz- oder Mittelstrecken. Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 27. April 1983 dar, daß sich die Bundesregierung am 24. März 1982 grundsätzlich für den Ausbau des Airbus-Sortiments entschieden habe. Angesichts der weltweiten Absatzflaute müsse allerdings die Entscheidung über den Flugzeugtyp „ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien getroffen werden. Ein ‚politisches Prestige-Flugzeug‘ darf es nicht geben. Gerade weil sich die Kosten-/Erlössituation schon beim laufenden Programm erheblich verschlechtert hat, sind an ein neues Flugzeug [...] besonders kritische Rentabilitätsmaßstäbe anzulegen.“ Vgl. Referat 420, Bd. 129866.

²⁴ Auf der EG-Ratstagung am 16./17. Mai 1983 in Brüssel einigten sich die Landwirtschaftsminister der EG-Mitgliedstaaten auf die Agrarpreise für 1983/84. Vortragender Legationsrat Karkow teilte am 18. Mai 1983 mit: „Mit einer durchschnittlichen Anhebung in ECU auf vier Prozent liegt die Preiserhöhung weit unter der der Vorjahre (zehn Prozent und mehr). Der häufig umstrittene positive deutsche Währungsausgleich wurde um 3,2 Prozentpunkte abgebaut, wobei ein Teil des Abbaus (1,1 Prozentpunkte) auf einer Neubewertung des britischen Pfundes und damit des ECU-Leitkurses beruht und somit nicht auch negativ auf das Einkommen der deutschen Landwirtschaft durchschlägt.“ Für die Bundesrepublik betrage die durchschnittliche Preisanhebung damit nur zwei Prozent, während Frankreich und Irland in nationaler Währung ein Plus von 9,5 Prozent und Italien eines von neun Prozent verzeichnen könnten. Vgl. den Runderlaß Nr. 58; Referat 012, Bd. 124454.

Bundesrepublik sei eine wenn auch nicht steile, so doch ganz allmähliche Aufwärtsbewegung zu verspüren.

Abschließend schilderte der Herr Bundeskanzler einige der zur Zeit in der Bundesrepublik anstehenden Probleme (Haushaltskürzungen, Rentenprobleme, demographische Entwicklung, Stellung der Frau usw.).

Das Gespräch endete gegen 10.30 Uhr.

Sammlung Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl

146

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 17. Mai 1983, 18.17 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 57 Ortez

Zum Treffen der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Gymnich am 14./15. Mai 1983²

Am 14./15. Mai 1983 fand unter Vorsitz des BM ein informelles Treffen der Außenminister der zehn Gemeinschaftsländer auf Schloß Gymnich statt. Alle Außenminister waren anwesend. Das Treffen fing ausnahmsweise bereits am Vormittag des ersten Tages an. Die Außenminister befaßten sich mit großer Intensität mit einer Vielzahl von Themen sowohl aus dem Bereich der Gemeinschaft wie der EPZ. Im Vordergrund standen die im Hinblick auf die Vorbereitung des Gipfels von Stuttgart³ besonders wichtigen Fragen der EG-Finanzierung sowie der deutsch-italienischen Initiative zu einer Europäischen Union.

Im einzelnen

1) EG-Finanzierung

AM diskutierten EG-Finanzierung und damit zusammenhängende Themen in zwei Gesprächsrunden.⁴ Diskussion war intensiv, umfassend und allseits deutlich von Verantwortung für weitere Entwicklung der EG getragen. Diskussion

¹ Durchdruck.

² Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich vgl. auch Dok. 140.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁴ Über die Erörterung der EG-Finanzierung beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich informierte Ministerialdirigent Ungerer Bundesminister Genscher, z.Z. Paris, am 16. Mai 1983 ausführlich. Der Präsident der EG-Kommission, Thorn, habe die Diskussion mit dem nachdrücklichen Hinweis eingeleitet, daß angesichts der Agrarpreisentwicklung die Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften bald ausgeschöpft seien und eine Entscheidung über ihre Erhöhung dringend sei. Während der britische Außenminister Pym Einsparungen bei den Agrarausgaben und eine „Lösung für die britische Entlastung“ als notwendig bezeichnet habe, um das britische Unterhaus überzeugen zu können, habe Genscher deutlich gemacht, daß aus Sicht der Bundesregierung „eine Erhöhung vor der Erweiterung nicht in Frage“ komme. Vgl. die Drahterlasse Nr. 260 bis 263; Referat 412, Bd. 130353.

nahm EGK-Vorschläge⁵ zum Ausgangspunkt. Wichtige, von den Ministern in diesem Zusammenhang behandelte Fragen waren die Erhöhung der Eigenmittel und die Frage des Zusammenhangs mit anderen Problemen, insbesondere der Süderweiterung⁶, der Dämpfung des Anstiegs der Agrarausgaben und des britischen Budgetausgleichs, zu der UK eigenes Papier⁷ vorlegte.

BM bezeichnete abschließend Diskussion als ersten Schritt auf dem Wege nach Stuttgart. Nächster Schritt stelle Ministerrat am 24./25. Mai dar. Dort solle auf Grundlage eines Positionspapiers Behandlung dieses Themas durch den Europäischen Rat so vorbereitet werden, daß Europäischer Rat sich auf Grundsätze und Leitlinien einigen könne. In Vorbereitung des Ministerrates am 24./25. Mai reist StS Lautenschlager in die europäischen Hauptstädte, um es der Präsidentschaft zu ermöglichen, aufgrund einer Liste von Fragen und den Antworten darauf ein Positionspapier zu erstellen.⁸

2) Deutsch-italienische Initiative zu einer Europäischen Union⁹

In mehrstündiger, intensiver Diskussion gelang es, in einer Reihe von Fragen, die insbesondere dem Europäischen Parlament am Herzen liegen¹⁰, Fortschritt-

⁵ Zum Vorschlag der EG-Kommission vom 6. Mai 1983 zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft vgl. Dok. 134, Anm. 9.

⁶ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 78, Anm. 12, und Dok. 126, Anm. 21.

⁷ Zu dem vom britischen Außenminister Pym beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich vorgelegten Papier mit Elementen für eine Interimslösung zum britischen Budgetausgleich für 1983 vermerkte Ministerialdirigent Ungerer am 16. Mai 1983, die Vorschläge seien „bei niemandem auf Gegenliebe“ gestoßen. Von verschiedenen Seiten sei ausdrücklich erklärt worden, „daß britisches Problem nur im Rahmen einer langfristigen Finanzierungs-lösung geregelt werden könne“. Vgl. Referat 411, Bd. 131244.

⁸ Staatssekretär Lautenschlager reiste „als Vertreter der deutschen Präsidentschaft zusammen mit Kabinettschef Schaub als Vertreter der EG-Kommission“ in die EG-Mitgliedstaaten und führte am 16. Mai Gespräche in Paris, am 17. Mai in Athen und Rom, am 18. Mai in Den Haag und Luxemburg, am 19. Mai in Dublin und London, am 20. Mai in Kopenhagen und am 21. Mai 1983 in Brüssel. Beantwortet werden sollten dabei Fragen nach der Haltung der EG-Mitgliedstaaten zum Vorschlag der EG-Kommission vom 6. Mai 1983 zur Erhöhung der Eigenmittel und den von den einzelnen Staaten damit verbundenen Bedingungen. Geklärt werden sollten außerdem die Frage, wie „der Haushaltsausgleich für die beiden Nettozahler (GB und D) erfolgen“ solle, die Frage nach dem Verfahren für einen Beschluß über die Erhöhung der Eigenmittel und nach weiteren Problemen „im Zusammenhang mit der Finanzierungsproblematik (Beitrittsverhandlungen, Acquis-Anpassung, kurzfristig wirksam werdende Agrareinsparungen)“ und schließlich, welche materiellen und prozeduralen Entscheidungsentwürfe dem Europäischen Rat in Stuttgart vorgelegt werden sollten. Für den Ergebnisbericht vom 23. Mai 1983 und den diesem beigefügten Fragenkatalog vgl. Referat 412, Bd. 130466.

Der Bericht wurde auf der EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1983 in Brüssel erörtert. Vgl. dazu Dok. 148, Anm. 27.

⁹ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 80.

¹⁰ Zur Haltung des Europäischen Parlaments zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 120, Anm. 18.

Mit Schreiben vom 4. Mai 1983 an die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten erinnerte Bundesminister Genscher daran, daß die Vertreter des Europäischen Parlaments am 25. April 1983 als Minimalposition vier Änderungswünsche zum vorliegenden Entwurf vorgebracht hätten: „Es handelt sich um: die Anhörung des Europäischen Parlaments vor der Ernennung des Präsidenten der Kommission; die Verbesserung und Erweiterung des Konzertierungsverfahrens; die Konsultation des Europäischen Parlaments vor dem Abschluß bestimmter internationaler Übereinkünfte der Gemeinschaft und vor dem Beitritt eines Staates zur EG; die Revisionsklausel.“ Im Vergleich zu früheren Forderungen des Europäischen Parlaments etwa zum Initiativrecht und zur Rolle des Parlaments im Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Gemeinschaften sowie bei den Verhandlungen und der Ratifizierung von Abkommen mit Drittländern seien „diese Wünsche in der Tat eine Minimal-

te zu erzielen. Die Mehrzahl der Partner, insbesondere aber AM Cheysson, zeigte sich sehr kooperativ. Dänemark allerdings hob nur in einem Falle seinen Vorbehalt auf.¹¹ Zu anderen Punkten schloß sich Griechenland dänischen Vorbehalten an.¹²

Zur Beschlußfassung im EG-Ministerrat einigten sich Minister auf einen wesentlich kürzeren Text, der die entscheidende Bedeutung der in den Verträgen von Paris¹³ und Rom¹⁴ vorgesehenen Verfahren für die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaften hervorhebt.¹⁵ Es ist damit zu rechnen, daß einige Mitgliedstaaten (F, UK, Irland) hierzu einseitige Vorbehaltserklärungen abgeben. Dänemark wird neuen Lösungsvorschlag prüfen. Griechenland beharrt vorläufig auf Aufnahme eines Hinweises auf Luxemburger Schlußfolgerungen von 1966 in den Text selbst.¹⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 763

position“. Die geplante „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ sei nicht denkbar ohne ein Kapitel über das Europäische Parlament, so daß dessen Unterstützung durch Eingehen auf diese Wünsche sichergestellt werden sollte. Für das mit Runderlaß Nr. 2715 des Ministerialdirektors Fischer übermittelte Schreiben vgl. Referat 420, Bd. 130292.

- ¹¹ Die Ministerialdirektoren Fischer und Pfeffer legten am 13. Mai 1983 dar, daß Dänemark zu insgesamt sechs Punkten des Entwurfs einer „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union“ Vorbehalte angemeldet habe: „Das dänische Problem reduziert sich jedoch nicht auf die genannten Vorbehalte. Die „Anti-Marketeers“, die im dänischen Parlament die Mehrheit haben, halten das Dokument insgesamt für zu weitgehend und lehnen es ab.“ Vgl. Referat 200, Bd. 127834.

Referat 200 vermerkte am 15. Mai 1983, daß der dänische Außenminister Ellemann-Jensen während des Außenministertreffens weiterhin Bedenken gegen eine Anhörung des Europäischen Parlaments bei Ernennungen zur EG-Kommission geäußert habe: „Es gehe hier um das interne Gleichgewicht der Institutionen.“ Generell habe er Vorbehalte gegen eine stärkere Einbeziehung des Europäischen Parlaments erhoben: „Wir würden das Leben der Gemeinschaft komplizieren, wenn wir die Kommission dem Parlament unterordneten.“ Vgl. Referat 420, Bd. 130292.

- ¹² Referat 200 legte am 19. April 1983 dar, Griechenland habe bei den Verhandlungen über eine Erklärung zur Europäischen Union insbesondere die Absicht abgelehnt, im EG-Ministerrat, in dem einstimmige Entscheidungen zur Regel geworden seien, „wieder häufiger Beschlüsse durch Abstimmungen“ zu fassen. Vorbehalte auf griechischer Seite bestünden zudem gegenüber dem Ziel einer „gemeinsamen Politik in immer mehr Bereichen der Außenpolitik“ und der Absicht, dem Europäischen Parlament das Programm der EG-Kommission zur Debatte vorzulegen. Vgl. Referat 420, Bd. 130292. Zur griechischen Haltung beim Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Mai 1983 auf Schloß Gymnich legte Referat 200 am 15. Mai 1983 dar, daß der griechische Außenminister Charalambopoulos die Vorbehalte aufrechterhalten und „wortreich“ darauf hingewiesen habe, daß Griechenland „häufig wegen abweichender Positionen kritisiert worden sei. In einer Reihe von sensiblen Punkten nähmen jedoch zahlreiche Länder der Gemeinschaft auch jeweils eigene Positionen ein“. Vgl. Referat 420, Bd. 130292.

- ¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 448–504.

- ¹⁴ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

- ¹⁵ Vgl. dazu Abschnitt 2.2.2. des Entwurfs einer „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union“, Dok. 113, Anm. 5.

Der Entwurf wurde in der Fassung vom 15. Mai 1983 auf die ersten beiden Absätze beschränkt. Der ursprünglich vorgesehene dritte Absatz zur Beschlußfassung des Ministerrats durch Abstimmung wurde gestrichen. Für den Entwurf vgl. Referat 200, Bd. 122731.

- ¹⁶ Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 111, Anm. 51.

Ministerialdirektor Pfeffer berichtete am 1. Juni 1983, während der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am Vortag habe ihm sein griechischer Amtskollege Katapodis „im bilateralen Gespräch versichert, daß er alles tun werde, um seinen Minister davon zu überzeugen, daß die Europäische Akte von Griechenland in der vorliegenden Form angenommen werden sollte. Er habe das Gefühl, der ‚einzig wirkliche Stolperstein‘ für Charalambopoulos sei die Frage der Mehrheitsentscheidungen.“ Vgl. VS-Bd. 12910 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

Vorbehalte bestehen jetzt nur noch seitens Dänemark und Griechenland. Alle anderen Staaten haben Text zugestimmt. BM wird mit dem Ziel, eine Einigung herbeizuführen, Fragen erneut auf EG-Ministerrat am 24.5. in Brüssel aufnehmen.

3) Fragen der Außenpolitik

Es fand, dem Charakter der Gymnich-Treffen entsprechend, ohne Schlußfolgerungen ein allgemeiner Meinungsaustausch zu folgenden Fragen statt: KSZE, Nahost, Afghanistan, China, Zentralamerika, Argentinien. Die Minister hatten ferner einen Meinungsaustausch über das Treffen in Williamsburg.¹⁷ Der BM unterrichtet seine Kollegen über das Troika-Treffen mit dem japanischen AM Abe am Rande des OECD-Ministerrates in Paris.¹⁸

Aus den Gesprächen der Minister ist hervorzuheben:

KSZE

Bestätigung bisherigen Kurses der Zehn. Sowjetische Haltung, mit der N+N-Dokument akzeptiert, jede Verbesserung jedoch abgelehnt wird¹⁹, sehen die Zehn als kontraproduzent an. Ein baldiger Abschluß erscheint möglich, wenn alle Beteiligten zügig, flexibel und erfolgsorientiert über die jetzt auf dem Tisch liegenden maßvollen gemeinsamen Verbesserungsvorschläge des Westens²⁰ verhandeln.

Nahost

Minister zeigten sich besorgt über Lage im Libanon (Aufflammen innerlibanesischer Auseinandersetzungen²¹) sowie über syrische Haltung zum israelisch-libanesischen Abkommen.²² In diesem Zusammenhang erörterten sie Versuche der Sowjetunion, im Nahen Osten Boden zurückzugewinnen. Die Europäer wer-

¹⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁸ Zum ersten Ministergespräch der EPZ-Troika mit dem japanischen Außenminister Abe am 9. Mai 1983 vgl. Dok. 141, Anm. 45.

¹⁹ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

Zur Annahme des Entwurfs durch die UdSSR vgl. Dok. 129.

²⁰ Zu den am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 129, Anm. 12.

²¹ Botschafter Eitel, Beirut, berichtete am 10. Mai 1983 über fortgesetzte „Kämpfe zwischen drusischen und christlichen Milizen in den Bergen östlich von Beirut“ sowie über Schießereien in den östlichen Vororten von Beirut. Vgl. den Drahtbericht Nr. 319; Referat 310, Bd. 135768.

Am 17. Mai 1983 wies Botschafter Wöckel, Damaskus, darauf hin, daß die libanesisische Regierung mit ihrer Zustimmung zum Abkommen mit Israel vom selben Tag „das zerbrechliche und so mühsam bewahrte christlich-arabische innere Gleichgewicht aufs schwerste gefährden“ würde. Ein israelischer Teilrückzug werde auch „nichts daran ändern, daß der Libanon in verschiedene Einfluß- und Besatzungszonen aufgeteilt bleibt: die israelische, die syrisch-palästinensische, das maronitische Kerngebiet und das Gebiet der internationalen Streitmacht“. Insofern könne „der Ausbruch eines begrenzten oder auch unbegrenzten Konflikts unter diesen Umständen im Libanon nicht ausgeschlossen werden“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 348; Referat 310, Bd. 135768.

²² Zur syrischen Haltung zu einem israelisch-libanesischen Abkommen vgl. Dok. 131, Anm. 4.

Zur Ablehnung des Abkommens vom 17. Mai 1983 durch Syrien vermerkte Ministerialdirektor Gorenflös am 20. Mai 1983: „Syrien macht geltend, daß es die lib[anesische] Souveränität verletze, arabischen Forderungen nach vollständigem Abzug der is[raelischen] Truppen nicht gerecht werde und syrische Sicherheitsinteressen gefährde. Das syrische Kabinett beschloß, alles zu tun, um eine Ausführung des Abkommens zu vereiteln. Die syrischen Medien sprachen von Schließung der syr[isch]-lib. Grenze und einem Wirtschaftsboykott.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135768.

den jede Initiative unterstützen, die geeignet erscheint, die von ihnen anlässlich des Europäischen Rates am 21./22.3. festgelegten Ziele²³ zu fördern, insbesondere die Wiederherstellung der vollen Souveränität der libanesischen Regierung über das gesamte libanesisches Territorium, was einen Rückzug der israelischen ebenso wie der syrischen und PLO-Truppen voraussetzt.

Die Zehn sehen das noch nicht in allen Einzelheiten bekannte Abkommen zwischen Israel und dem Libanon als einen Schritt in diese Richtung, der generelle Unterstützung verdient.

Zentralamerika

AM erörterten eingehend die Lage in Zentralamerika und äußerten sich sehr besorgt über die Entwicklung in der Region. Sie vertraten die Auffassung, daß ein Abbau der Spannungen am ehesten durch regionale Bemühungen zu erzielen sei. Deswegen unterstützten sie die diesbezüglichen Initiativen der Contadora-Gruppe.²⁴

Argentinien

BM berichtete über deutsche Demarche bezüglich der u. E. ungenügenden Aufklärung der verschwundenen Fälle deutscher Staatsangehöriger durch die argentinische Regierung.²⁵ Der Versuch des Regimes, die Vergangenheit zu legitimieren, dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden.²⁶

China

BM berichtete, daß er anlässlich kürzlicher Vorsprache des hiesigen chinesischen Botschafters²⁷ vorgetragen habe, daß die Zehn bereit seien, mit China politische Konsultationen aufzunehmen.²⁸ Diese sollten nach unseren Vorstellungen ein-

²³ Zur Erklärung des Europäischen Rats vom 21./22. März 1983 zum Nahen Osten vgl. Dok. 78, Anm. 22.

²⁴ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 124, Anm. 12.

Im Anschluß an das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich gab Bundesminister Genscher am 15. Mai 1983 „im Namen der Zehn“ eine nichtoffizielle Erklärung zu Mittelamerika ab, die am 31. Mai 1983 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Martius an eine Reihe diplomatischer Vertretungen übermittelt wurde. Genscher drückte die Erwartung der EG-Mitgliedstaaten aus, „daß die Spannungen in dieser Region mit friedlichen Mitteln unter Beteiligung der Betroffenen gelöst werden müssen“, und bekräftigte die Unterstützung für die Bemühungen der Contadora-Gruppe. Weiter hieß es in der Erklärung: „Vor allen Dingen halten wir es für notwendig, daß politische Stabilität in den Staaten dieser Region durch wirtschaftliche Stabilität und die Überwindung von sozialer Ungerechtigkeit und Not erreicht werden kann.“ Vgl. den Runderlaß; Unterabteilung 33, Bd. 136689.

²⁵ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um die Aufklärung des Verbleibs von in Argentinien verschwundenen deutschen Staatsangehörigen vgl. Dok. 122.

²⁶ Am 28. April 1983 veröffentlichte die argentinische Militärregierung den „Abschlußbericht über den Kampf gegen Subversion und Terrorismus“, in dem sie die in Argentinien verschwundenen Personen für tot erklärte, sofern sie nicht untergetaucht seien. Vgl. dazu den Artikel „Argentinien Militärrjunta erklärt ‚Verschwundene‘ offiziell für tot“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. April 1983, S. 2. Dazu erklärten die EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6. Mai 1983, daß dies „in keinem Fall als eine ausreichende und endgültige Antwort auf die zahlreichen Vorstellungen der Zehn“ angesehen werden könne. Die Forderung an die argentinische Regierung nach zufriedenstellenden Auskünften zum Verbleib der Vermissten bleibe bestehen. Vgl. BULLETIN DER EG 5/1983, S. 85.

²⁷ An Zhiyuan.

²⁸ Über das chinesische Interesse an Kontakten mit der EPZ berichtete der belgische Außenminister Tindemans auf der EG-Ministerratstagung am 25./26. April 1983 in Luxemburg. Ministerialdirigent Schauer legte am 4. Mai 1983 dar, daß die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten beschlossen hätten, eine „grundsätzlich positive Antwort zu geben, die Kontakte jedoch vorsichtig und ohne Ei-

mal pro Präsidentschaft durch den Politischen Direktor mit dem chinesischen Botschafter durchgeführt werden.²⁹ Bei gutem Willen rasch operativ umsetzbar.³⁰

Afghanistan

Es bestand allgemeine Skepsis hinsichtlich vom UNO-Beauftragten Córdovez sowie Staatspräsident Zia verbreiteten Optimismus bezüglich sowjetischer Bereitschaft, sich auf dem Verhandlungswege aus der afghanischen Verstrickung zu lösen.³¹ In diesem Zusammenhang wies Außenminister Cheysson auf innere Logik aller Kolonialkriege hin. Beginnender Rückzug der Kolonialmacht habe noch stets deren im Lande unbeliebte Parteigänger verunsichert, den Widerstand ermutigt und im Endeffekt weitere Truppenverstärkungen notwendig gemacht.

Karkow³²

Referat 012, Bd. 124454

Fortsetzung Fußnote von Seite 766

le vorzubereiten“. Schauer wies darauf hin, daß mit einer „kritischen Beurteilung“ von seiten der UdSSR gerechnet werden müsse, denn diese halte „die EPZ im Grunde für ein illegitimes Kind der EG, die sie strikt auf die Funktion eines Wirtschaftsbündnisses beschränkt sehen möchte (und deshalb immer noch ‚EWG‘ nennt)“. Außerdem werde sie die „Aufnahme periodischer politischer Abstimmungen zwischen EPZ und VR China [...] als weiteres Indiz für eine anti-sowjetische Einkreisungsstrategie darstellen (und wohl auch subjektiv so begreifen), darüber hinaus als neuerliches unbefugtes Ausgreifen eines Wirtschaftsbündnisses über Europa hinaus im fremden Interesse (nämlich dem der amerikanischen China-Politik)“. Vgl. Referat 200, Bd. 129525.

²⁹ Am 4./5. Mai 1983 beschloß das Politische Komitee im Rahmen der EPZ, „daß zunächst der Politische Direktor der jeweiligen Präsidentschaft den chinesischen Botschafter einmal pro Semester über die aktuellen Fragen der EPZ unterrichtet“. Referat 341 legte zur Umsetzung dieses Beschlusses dar, daß Bundesminister Genscher am 13. Mai 1983 den chinesischen Botschafter An Zhiyuan unterrichtet habe, der signalisiert habe, „daß die chinesische Seite auf eine Anhebung der Konsultationsebene hofft“. Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 200, Bd. 127834.

³⁰ Am 3. Juni führte Ministerialdirektor Pfeffer ein erstes Gespräch mit dem chinesischen Botschafter An Zhiyuan über die Europäische Politische Zusammenarbeit, in dem auch die INF-Verhandlungen in Genf und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid thematisiert wurden. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Pfeffer vom selben Tag; Referat 200, Bd. 134838.

³¹ Zu den afghanisch-pakistanischen Gesprächen unter VN-Vermittlung vgl. Dok. 120, Anm. 24.

³² Paraphie vom 19. Mai 1983.

Botschafter Lahusen, z.Z. Kapstadt, an das Auswärtige Amt

114-18066/83 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 118

Aufgabe: 18. Mai 1983, 13.20 Uhr¹

Ankunft: 18. Mai 1983, 15.16 Uhr

Betr.: Mein Antrittsbesuch bei AM Botha am 18.5.1983²

Zur Unterrichtung

Zu Beginn unserer Unterhaltung habe ich weisungsgemäß die Grüße des Herrn Bundesministers ausgerichtet und Botha gesagt, daß er in Europa immer willkommen sei.

AM Botha bedankte sich und trug mir seinerseits Grüße für den Herrn Bundesminister auf. Er ging auf Reisepläne aber nicht ein³, sondern gab in längeren, teilweise impulsiv vorgetragenen Ausführungen seiner Unzufriedenheit über den Stand der deutsch-südafrikanischen Beziehungen Ausdruck. Selbstverständlich habe er nicht angenommen, daß die neue Bundesregierung drastische Kursänderungen vornehmen werde, sondern daß unser Verhältnis so fortgeführt werde wie bisher, mit der Aussicht auf Besserung. Nun habe sich unsere Haltung aber leider übel entwickelt. Das von der Bundesregierung inszenierte Treffen der Interessengemeinschaft mit der SWAPO in Harare⁴ sei ein unerhörter Vorgang. Wir hätten damit praktisch SWAPO als Regierung von Namibia anerkannt, dies sei offensichtlich unsere politische Wahl. Darüber hinaus

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 24. Mai 1983 vorgelegen, der Ministerialdirigent Haas um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat Holl am 26. Mai 1983 vorgelegen.

² Botschafter Lahusen übergab am 25. April 1983 sein Beglaubigungsschreiben an Präsident Viljoen. Vgl. dazu BULLETIN 1983, S. 420.

³ Der südafrikanische Außenminister Botha besuchte die Bundesrepublik am 29./30. November 1983. Vgl. dazu Dok. 364.

⁴ Vortragender Legationsrat Holl vermerkte am 29. März 1983, daß die Bundesregierung „in Fortsetzung eines am Rande der Genfer Namibia-Konferenz (Januar 1981) von uns geknüpften Gesprächsfadens zwischen SWAPO und [Interessen]G[emeinschaft deutschsprachiger Südwester] [...] das Projekt eines Treffens zwischen den beiden wichtigen politischen Gruppierungen als ‚vertrauensbildende Maßnahme‘ weiterverfolgt“ habe. Nach einem Treffen am 24. September 1982 in der Residenz des Botschafters Herbst in Paris bestehe nun Aussicht auf ein weiteres Treffen in Harare. Vgl. VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 6. April 1983 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau der Botschaft in Kapstadt mit, daß „die Begegnung mit SWAPO völlig diskret behandelt“ und „nur ‚bei Gelegenheit‘ des Harare-aufenthalts“ der IG vom 3. bis 7. Mai 1983 stattfinden werde: „Bei IG soll aber kein Zweifel daran aufkommen, daß ein ausführlicher Gedankenaustausch der gesamten IG-Delegation mit der SWAPO-Führung eine Bedingung unserer Einladung ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1977; VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

Über das insgesamt fünfstündige Gespräch der IG mit einer SWAPO-Delegation unter der Leitung von deren Vorsitzendem Nujoma am 4. Mai 1983 in der Botschaft der Bundesrepublik teilte Vergau, z.Z. Harare, am folgenden Tag mit: „Aus unserer Sicht war das Treffen hilfreich, da SWAPO hier den Willen zur fairen Zusammenarbeit mit den Namibia-Deutschen klarer denn je manifestiert hat und bei der IG die Einsicht, daß man mit diesem Partner reden kann und muß, weiter gefestigt worden ist.“ Beide Seiten sähen „im Kubaner-Junktum keine überzeugende Vertretung ihrer Interessen“. Ihnen sei jedoch bewußt, daß die Gemeinsamkeit „eher in diesen negativen Positionen klar ist“; dagegen bedürfe es „im Bereich der Planung positiver künftiger Politik noch vieler Klärungen und Kompromisse“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 170; Referat 320, Bd. 125293.

hätten wir die IG durch Zahlung eines hohen Geldbetrages dazu bewogen, sich in die Arme der SWAPO zu stürzen.⁵ Unter dem früheren Bundeskanzler⁶ wäre derartiges wohl nicht passiert. Botha versah die Schilderung dieses Vorgangs mit Seitenhieben gegen das Auswärtige Amt. SWAPO sei, wie er wisse, eine kommunistische Tarnorganisation, Nujoma ein Agent Moskaus. Ohne sowjetische Hilfe könne sich SWAPO nicht halten. Seine Regierung werde aber kein weiteres Anwachsen des sowjetischen Einflusses in Afrika zulassen, selbst wenn dies zu einer erheblichen Verschlechterung des Verhältnisses mit Ländern wie USA führen sollte. Er habe dem amerikanischen Botschafter⁷ gerade erst erklärt, wenn die amerikanische Politik des „constructive engagement“⁸ für Washington eine zu schwere Last sei, solle man sie ruhig über Bord werfen. Seine Regierung sei auch nicht bereit, weitere Ermahnungen westlicher Mächte entgegenzunehmen hinsichtlich dessen, was sie tun oder lassen solle. Sie wolle nicht mehr unter Druck gesetzt werden, ohne daß im geringsten anerkannt werde, was inzwischen hier im Lande alles geschehen sei. Tatsächlich habe seine Regierung, um Reformen durchzusetzen, bereits mit einem wesentlichen Teil der Afrikaner-Bevölkerung gebrochen. Was wollten wir eigentlich noch? Wünschten die westlichen Freunde statt der gegenwärtigen gemäßigten südafrikanischen Regierung eine Rechtsregierung? Das sei die Alternative. Botha führte auch an, daß Sprecher der neuen Bundesregierung sich sehr abfällig über SA⁹ geäußert hätten. Man müsse die Vorgänge in Afrika realistisch, ausgehend von den

⁵ Am 29. Januar 1982 ermächtigte Ministerialdirektor Gorenflös das Generalkonsulat in Kapstadt, der Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester (IG) einen Betrag von 50 000 DM auszusahlen, dabei aber „eindeutig klarzustellen, daß es sich um eine einmalige und streng vertraulich zu behandelnde Zuwendung handelt. Zugleich ist zu betonen, daß es sich nicht um eine Budgethilfe zu beliebigen IG-Zwecken handelt. Vielmehr gehen wir davon aus, daß die Mittel mit dem Ziel eingesetzt werden, die internationalen Bemühungen um Ausführung von SR 435 zu fördern und mitzuhelfen, die Voraussetzungen für eine international akzeptable Lösung der Namibia-Frage zu verbessern.“ Dazu gehörten auch vertrauensbildende Kontakte mit der SWAPO. Vgl. den Drahterlaß Nr. 7; VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1982.

Ministerialdirigent Haas ermächtigte die Botschaft in Pretoria am 10. August 1982 erneut zur Auszahlung von 50 000 DM an die IG als „einmalige und streng vertraulich zu behandelnde Zuwendung“. Das Auswärtige Amt habe den „Eindruck gewonnen, daß sich die IG offener und eindeutiger als bisweilen in der Vergangenheit zu SR 435 bekenne“ und „zu einer Wiederholung und Verstärkung von vertrauensbildenden Kontakten mit SWAPO bereit“ scheine. Vgl. den Drahterlaß Nr. 121; VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1982.

Am 7. Dezember 1982 erfolgte die Freigabe von weiteren 50 000 DM für die IG. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau teilte der Botschaft in Pretoria dazu mit: „In diesem Zusammenhang sollte das [...] Gespräch über einen (vom AA finanzierten) Informationsbesuch einer IG-Gruppe in Simbabwe wieder aufgenommen werden“. Dabei sei es ein „wesentliches Anliegen, daß auch diese Gelegenheit zu einem Gespräch mit SWAPO genutzt wird“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 213; VS-Bd. 13580 (320); B 150, Aktenkopien 1982.

⁶ Helmut Schmidt.

⁷ Herman W. Nickel.

⁸ Der Leiter der Abteilung für Afrika-Studien an der Georgetown University, Crocker, konstatierte 1981 in einem Aufsatz zur amerikanischen Politik gegenüber Südafrika: „Constructive engagement was never seriously attempted.“ Crocker plädierte dafür, dies zu ändern. Vgl. Chester A. Crocker, „South Africa: Strategy for Change“, in: FOREIGN AFFAIRS, Bd. 59 (1980/81), S. 326.

Am 15. Februar 1983 bekräftigte Crocker als Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium vor dem Afrika-Unterausschuß des Kongresses, es sei im Interesse der USA, sich für die friedliche Lösung der Konflikte im südlichen Afrika einzusetzen: „This is the fundamental principle behind our policy of constructive engagement in the search for a more stable, secure, prosperous, and democratic southern Africa.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 83 (1983), Nr. 2073, S. 50.

⁹ Südafrika.

Tatsachen beurteilen, nicht aufgrund von Illusionen und Ideologien. In Wahrheit sei Afrika ein sterbender Kontinent, dem niemand wirklich helfe. Botha äußerte sich u. a. sehr negativ über seine persönlichen Eindrücke von seinen sechs mosambikanischen Gesprächspartnern bei der kürzlichen Begegnung in Komatipoort.¹⁰ Fünf der sechs seien keine Mosambikaner gewesen, sondern Portugiesen oder Inder, alle aber abhängig von Moskau, daran werde sich auch nichts ändern.

Ich habe Botha erwidert, unsere Afrikapolitik werde auch nach dem Regierungswechsel kontinuierlich weitergeführt. Angesichts eines vielfältigen Geflechts von Interessen (Sicherheit, Wirtschaft und andere) sowie unserer Mitgliedschaft in EG, NATO und VN hätten wir nicht sehr viel Spielraum für Änderungen. Hinzu komme, daß unsere SA-Politik seit einiger Zeit zunehmend in deutschen innenpolitischen Auseinandersetzungen diskutiert werde. Die deutsche Namibiapolitik, insbesondere unsere Einstellung zu SWAPO, hätte sich nicht geändert, insbesondere nicht zu Lasten Südafrikas.¹¹ Auch für uns sei es eines unserer hervorragenden politischen Ziele, einer weiteren Ausbreitung sowjetischen Einflusses in Afrika, der auch für uns gefährlich wäre, entgegenzuwirken. Mir sei bekannt, daß es vor dem Hintergrund einer alten guten, von viel Sympathie getragenen Beziehung zwischen unseren beiden Ländern auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten gebe. Ich sähe eine meiner Hauptaufgaben darin, die deutsche und die südafrikanische Situation im jeweils anderen Land ausgehend von den Tatsachen und der Interessenlage verständlich zu machen.

Botha war sehr bemüht, auch nur den Anschein zu vermeiden, als seien seine teilweise recht temperamentvollen Ausführungen in irgendeiner Weise gegen mich persönlich gerichtet. Er glaube im Gegenteil, daß seine Regierung und ich gut würden zusammenarbeiten können. Er bot mir die uneingeschränkte Hilfe seines Ministeriums an. Er lud mich ein, verschiedene besonders reizvolle Sehenswürdigkeiten Südafrikas und Namibias zu besuchen. Wenn ich dies wünsche, könne ich auch jederzeit mit einem oder zwei Begleitern das Kampfgebiet im Norden Namibias besichtigen.

Ich habe mich für sein Angebot und seine Einladungen bedankt.

[gez.] Lahusen

VS-Bd. 13581 (320)

¹⁰ Der südafrikanische Außenminister Botha führte am 5. Mai 1983 ein Gespräch mit dem mosambikanischen Außenminister Chissano in Komatipoort.

¹¹ Am 3. Juni 1983 berichtete Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, von seinem Antrittsbesuch beim südafrikanischen Ministerpräsidenten. Botha habe anerkannt, daß sich die Afrika-Politik der Bundesregierung nicht geändert habe, er sich aber „von seinem Mißtrauen gegenüber unserer Afrika-Politik, wie sie vom Auswärtigen Amt betrieben werde, nach wie vor nicht freimachen könne“. Botha habe außerdem „von der ‚doppelten Moral‘ des Westens in der Afrika-Politik“ gesprochen und zur Namibia-Frage ausgeführt: „Von der Einschaltung des VN-G[eneral]S[ekretärs] verspreche er sich nicht viel. Zu den entscheidenden Fragen (Kubaner-Abzug, Aufgabe der Alleinvertretungsforderung für SWAPO, Finanzierung der Schulden Namibias) werde er kaum Beiträge leisten können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 138; VS-Bd. 13581 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

148

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 1000****Cito****Aufgabe: 18. Mai 1983, 16.51 Uhr¹****Ankunft: 18. Mai 1983, 18.42 Uhr**

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen der Staats- und Regierungschefs in Paris am 16. und 17. Mai 1983²;

hier: Protokollnotizen der Botschaft über die Plenarsitzung am 17.5.1983

Auf besonderen Wunsch Kanzleramtes werden anbei Protokollnotizen der Botschaft über die Plenarsitzung übersandt, die ausnahmsweise von der Botschaft gefertigt wurden, aber natürlich nicht mit den Ressorts abgestimmt werden konnten.

Botschaft erinnert an die Absprache mit dem Elysée, daß über die Plenarsitzungen der deutsch-französischen Gipfel keine Wortprotokolle geführt werden, um den vertraulichen und offenen Charakter der Aussprache nicht zu gefährden.

[gez.] Herbst

Folgt Anlage

1) Präsident Mitterrand eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis auf die Tradition dieser Treffen. Das gegenwärtige finde unter besonders schwierigen äußeren Bedingungen statt. In den bilateralen Fragen sei vielfach Einvernehmen hergestellt worden, doch könne ein solches Treffen nicht alle Fragen lösen, besonders nicht solche, die nicht von D und F abhängen.

Die Beziehungen zwischen Ost und West und das militärische Gleichgewicht hätten einen großen Raum eingenommen. Für beide Länder seien die Optionen wesentlich die gleichen: Sie wollten Frieden und gute Beziehungen in ganz Europa. Die starke sowjetische Rüstung bedrohe die Sicherheit auf unserem Kontinent.

Ein zweiter Schwerpunkt der Besprechungen seien die West-West-Beziehungen gewesen, in erster Linie die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten weniger als zwei Wochen vor Williamsburg.³ Hier gäbe es unermesslich viele Probleme, darunter die Harmonisierung der Wirtschaft, der Finanzen und des Handels der sieben größten Industrieländer. Wir stünden außerdem vor einer neuen Periode der Nord-Süd-Beziehungen.

Auch die aktuelle Lage der Gemeinschaft sei ausführlich erörtert worden. Kanzler und Präsident seien beunruhigt, daß sich viele Länder der Gemeinschaft überwiegend um ihre Einzelprobleme kümmerten. Man müßte den Handel aus-

¹ Das Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7, 26 und 54.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 142, Dok. 143 und Dok. 145.

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

weiten und die Gemeinschaftsarbeit beschleunigen. Die Gemeinschaftsländer selbst müßten den Schwung der früheren Jahre wiederfinden.

Unter den bilateralen Problemen sei vor allem die Sicherheitspolitik behandelt worden. Beide Länder seien Mitglieder der gleichen Allianz. Auch in der Gemeinschaft sollten Deutschland und Frankreich solidarisch auftreten. Dort, wo sie Konkurrenten seien, sollten sie ihre Haltung harmonisieren.

Der Außenhandel sei von den Ministern besonders behandelt worden. Frankreich könne Deutschland nicht daraus einen Vorwurf machen, daß es in allen Bereichen gut produziere und gut verkaufe. Die Produktionsskala der französischen Industrie sei nicht ganz so komplett. Die Verantwortung für Strukturmängel wolle Frankreich bei sich selbst und nicht bei anderen suchen. Es gehe darum, die Volkswirtschaften in das richtige Verhältnis zueinander zu bringen. Die Struktur-Probleme Frankreichs seien meist über zehn Jahre alt.

Die sozialistische Regierung sei mit dem Anspruch angetreten, den Franzosen mehr soziale Gerechtigkeit zu geben. Die Wirtschaftskrise mache die Einhaltung dieses Versprechens schwierig. Man brauche wohl noch drei Jahre Zeit, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Besonders schädlich sei die zu hohe Inflationsrate, die seine Regierung von der früheren geerbt habe. Man habe sie gegenüber dem Vorjahr von 14 auf 9,5 Prozent herunterdrücken können, wolle am Ende des Jahres acht Prozent und im nächsten Jahr fünf Prozent erreichen. Wenn dies gelänge, würden sich viele unserer Probleme leichter lösen lassen. Die Bekämpfung der Inflation sei schwierig, wolle man die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter steigen lassen.

Frankreich brauche die Solidarität seiner Partner. Protektionismus sei unerwünscht, doch müsse man sich über die Auswirkungen und die Handhabung der Normen in der Bundesrepublik Deutschland unterhalten. Die Materie sei sehr kompliziert, nur wenige Menschen kennten sich da aus. Bundeskanzler Kohl habe vorgeschlagen, europäische Normen einzuführen.

Mitterrand übte schließlich Kritik an der amerikanischen Politik, Haushaltsdefizite auf Kosten anderer auszugleichen. Er meinte, die EG könnte die erste Handelsmacht der Welt sein, wenn sie eine klare Gemeinschaftspolitik betreibe. Bisher verstünden es die Vereinigten Staaten geschickt, mit jedem Land der Gemeinschaft einzeln zu verhandeln.

Unsere Minister sollten sich ehrlich aussprechen und sich nicht gegenseitig beschuldigen, wie das hier und dort geschehen sei, wobei die gegenseitige Kritik sich wohl inzwischen die Waage halte.

2) Bundeskanzler Kohl dankte für den freundschaftlichen Empfang. Er habe es heute früh sehr genossen, beim Präsidenten zu Hause zu sein, da, wo er lebe, und dann auch noch einen kurzen Einkaufsspaziergang zu machen. Das habe den Menschen in Paris mehr über die Gemeinsamkeit ausgesagt, was ja nicht bedeute, daß wir die Probleme deswegen gering achteten.

Wir hätten einmal mehr dankbar verzeichnet, daß wir in den entscheidenden und existenziellen Fragen der Sicherheitspolitik übereinstimmen – aus unterschiedlichen Standorten kommend, aber mitten im gemeinsamen Europa lebend. Für uns sei das Jahr 1983 ein schicksalhafteres Jahr, auch im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen. Wir wünschten mit den Franzosen gemeinsam, daß Genf

erfolgreich sei, wir würden sicher am Rande der Williamsburger Konferenz zu besprechen haben, wie jede nur denkbare Chance ausgenutzt werden könnte, um in Genf Fortschritte zu erzielen. Er sage dies ohne jede Illusion, denn wir wüßten, was bei einer realistischen Betrachtung die Jahre 1983/84 auch im zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses für uns bereithalten. Angesichts der großen Probleme, die sich für uns in diesem Zusammenhang stellten, sei es wichtig für uns zu wissen, daß unsere Nachbarn und Freunde unsere Position verstehen, sie mittragen und unterstützen. Wir täten dies für unser eigenes Land, aber natürlich auch für die Allianz.

Am Morgen habe er mit dem französischen Präsidenten im Rückblick auf die Gründer Europas und ihre Visionen von den zwei großen Ideen gesprochen, der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft – einer Gemeinschaft, die nie ein „Bankkonto“ war, sondern eine Vision der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Einheit des alten Kontinents.

Man habe kurz auch über Madrid gesprochen. Er wolle das hier erwähnen, weil es für uns sehr wichtig und er dankbar darüber sei, daß wir in dieser Frage völlig übereinstimmten. Es entspreche der großen Tradition Frankreichs – und er hoffe auch der seines Landes –, für Menschenrechte einzutreten. Das sei nicht nur irgendein Thema – es gehe um viele, aber auch um einzelne. Er wolle nur Sacharow⁴ erwähnen, aber er meine auch viele hunderttausend Deutsche, die in Rumänien, Polen, Sibirien lebten und in ihre alte Heimat zurückkehren wollten. Deshalb hoffe er, daß es in Madrid gelingen werde, die Dokumente noch zu verbessern. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, daß dort Dokumente herauskämen, die völlig unseren Ansprüchen genügten. Es werde in jedem Fall ein Kompromißdokument sein. Wichtig sei aber in einer sehr kritischen Phase der deutschen, der europäischen und der Weltpolitik – möglicherweise in der Phase der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik –, eine Plattform zu haben, auf der zwischen Ost und West diskutiert werden könne, und das wäre diese Europäische Konferenz in Stockholm. Er würde es nicht für gering achten, wenn wir ferner in zwei Jahren die Chance hätten, über Menschenrechtsfragen in Europa zu sprechen, ohne daß man uns sagen könne, wir mischten uns in fremde Angelegenheiten ein.⁵ Dies alles müßten wir auch unseren amerikanischen Freunden sagen, die zum Teil die Akzente noch anders sehen.

Zu seiner bevorstehenden Moskau-Reise⁶ versicherte der Bundeskanzler dem Präsidenten, daß wir „keine Politik zwischen den Stühlen“ machen würden.

⁷Zum Europäischen Rat in Stuttgart gab der Bundeskanzler bekannt, daß er nach Rückfragen in den europäischen Hauptstädten mit Präsident Mitterrand übereingekommen sei, die Tagung auf den 17., 18. und 19. Juni zu verschieben – sie werde am Freitag nachmittag beginnen und mit dem Mittagessen am Sonn-

⁴ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 126, Anm. 16.

⁵ Zu den im Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) enthaltenen Mandat für eine KAE in Stockholm und für ein Expertentreffen über Menschenrechte in Ottawa vgl. Dok. 85.

⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1001 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

tag enden.⁸ Der Präsident werde die meiste Zeit teilnehmen können und sich zeitweilig durch Premierminister Mauroy vertreten lassen. Die Entscheidung sei wegen der englischen Wahlen⁹ getroffen worden – man habe sich nicht ohne den britischen Premierminister¹⁰ treffen wollen, und er habe viel Verständnis dafür, daß man nicht drei Tage vor einer wichtigen Wahl für zwei Tage nach Stuttgart reisen kann. Er freue sich auch über die Zustimmung der italienischen Freunde, deren Wahlen acht Tage nach der Konferenz stattfänden.¹¹

Man werde Stuttgart sehr sorgfältig vorbereiten. Es läge uns daran, die Konferenz möglichst erfolgreich zu gestalten, auch im Hinblick auf die französische Präsidentschaft in der ersten Hälfte des kommenden Jahres.¹²

Was wir vor allem brauchten, habe er gestern gemeinsam mit dem Präsidenten wie folgt formuliert: Wir müssen einen neuen Anfang in Europa riskieren. Es fehle Europa z. Zt. an Inspiration. Er wolle keinem zu nahe treten, aber der Appell richte sich vor allem an die Gründer der Gemeinschaft, die jetzt eine besondere moralische Pflicht hätten, diesen neuen Anfang zu inspirieren. Wir Deutschen seien dazu bereit und uns auch im klaren darüber, daß wir auf diesem Weg nach Europa Opfer bringen müßten. Wir würden es auch immer dann tun, wenn es wirklich sinnvoll sei – d. h. etwa im Hinblick auf die Erweiterung. Eine entscheidende Voraussetzung sei aber auch, daß die finanzielle Regelung auf eine noch erträgliche, einsichtige, noch vernünftige Basis gestellt würde – der jetzige Zustand sei für uns nicht akzeptabel.

Überleitend auf die bilateralen Ministergespräche spielte der Bundeskanzler auf einige hitzige Auseinandersetzungen an und empfahl, zwar viel miteinander, aber weniger übereinander zu reden. Die Fachminister sollten sich, wie vom Präsidenten vorgeschlagen, künftig noch mehr als bisher konsultieren.

Beide Länder hätten zahlreiche Probleme. Wenn man über die französische Handelsbilanz spreche, könne man auch davon sprechen, daß eine Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger Beitrag auch für die Entwicklung der französischen Wirtschaft sei. Wir lebten in einer kritischen Zeit und müßten unsere eigenen Beiträge zu ihrer Überwindung leisten. Z. B. hätten wir zur Stabilisierung der währungspolitischen Lage der Gemeinschaft beigetragen.¹³ Er habe dafür zu Hause eine Menge Kritik bekommen, doch müßten sich Freundschaften gerade in schwierigen Zeiten bewähren.

Zur Frage der Normen bestätigte der Bundeskanzler, daß die Bundesregierung bereit sei, hier etwas zu tun. Aus deutscher Sicht begrüße er, daß wir nicht zu gemeinsamen deutsch-französischen Normen kommen wollen, sondern eine europäische Entwicklung anstreben. Falls sich in der Handhabung unserer Normen eine Spur oder eine Inspiration von Protektionismus verbergen wolle, dann sei das nicht unsere Politik. Es sei aber auch nicht ganz einfach für uns, die

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

⁹ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

¹⁰ Margaret Thatcher.

¹¹ Die Wahlen zum italienischen Parlament fanden am 26./27. Juni 1983 statt.

¹² Frankreich übernahm die EG-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 1984.

¹³ Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März 1983 vgl. Dok. 74.

Dinge zu verändern, weil die staatliche Autorität in diesem Bereich begrenzt sei. Wir sollten aufeinander zugehen. Er habe mit Premierminister Mauroy vereinbart, daß wir die Dinge sehr schnell auf den Weg bringen wollten.¹⁴

Über die gemeinsamen Projekte würden die Minister berichten. Er hoffe, daß man sie nach außen hin in einer Form darstellen könnte, die auch für den Bürger leicht erfaßbar sei. Natürlich habe man auch Probleme miteinander, aber es müsse möglich sein, sie im Geiste des Elysée-Vertrages¹⁵ und der Partnerschaft sehr offen anzusprechen. Über eines seien sich alle Regierungsmitglieder und auch die Parteien in Bonn einig, nämlich daß alle Probleme im Geiste der deutsch-französischen Freundschaft gelöst werden müssen.

3) Minister Cheysson berichtete über das Gespräch der vier Außen- und Verteidigungsminister über strategische Fragen, das dem Gipfel vorgeschaltet war.¹⁶ Seit dem letzten Gipfel habe man drei Arbeitsgruppen und eine Kommission eingerichtet¹⁷, die befriedigend arbeiteten. Verteidigungsminister Hernu habe über die Reformvorhaben der französischen Armee in den nächsten fünf Jahren berichtet.¹⁸ In der Rüstungskooperation sei man einen Schritt weitergekommen. Man habe sich darüber unterhalten, wie wohl die Sowjetunion in den kommenden Monaten reagieren werde, falls die Verhandlungen in Genf erfolglos blieben und der Doppelbeschluß eingeleitet werden müsse.

AM Cheysson berichtete weiter über das Treffen der Außenminister in Gymnich am letzten Wochenende.¹⁹ Neben Gemeinschaftsfragen sei dort auch das Nahost-Problem behandelt worden. Man habe die Lage erörtert, die nach Unterzeichnung des Abkommens zwischen Libanon und Israel²⁰ entstehen könnte. Die französische Haltung sei hier etwas skeptisch, vor allem, da die Syrer offenbar nicht mitmachen wollten.²¹

Er habe mit AM Genscher auch über Namibia gesprochen und über die großen Schwierigkeiten, in dieser Frage Fortschritte zu erzielen. Frankreich sei über die amerikanische Haltung beunruhigt und frage sich, welche Rolle die Kontaktgruppe in Zukunft noch spielen könnte.

¹⁴ Vgl. dazu den Briefwechsel des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mauroy vom 31. Mai bzw. 18. Juni 1983; Dok. 145, Anm. 20.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vom 22. Januar 1963 über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

¹⁶ In Ausführung des Beschlusses bei den deutsch-französischen Konsultationen am 26. Februar 1982 über einen vertieften Meinungsaustausch über Sicherheitsfragen fand am 21. Oktober 1982 erstmals ein Vierertreffen der Außenminister Cheysson und Genscher sowie der Verteidigungsminister Hernu und Wörner statt. Dabei wurden zwei jährliche Treffen jeweils in Verbindung mit den deutsch-französischen Konsultationen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 284.

¹⁷ Zur Konstituierung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Zusammenarbeit am 7. Dezember 1982 und zu Einrichtung von Arbeitsgruppen vgl. Dok. 110, Anm. 13.

¹⁸ Zum Entwurf des Programms für die französische Streitkräfteplanung in den Jahren 1984 bis 1988 vgl. Dok. 108, Anm. 13.

Das Programm wurde am 19. Mai 1983 von der französischen Nationalversammlung erörtert und gebilligt. Vgl. dazu JOURNAL OFFICIEL, ASSEMBLÉE NATIONALE 1983, S. 1216–1242, S. 1246–1292 und S. 1297–1299. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 8. Juli 1983 vgl. JOURNAL OFFICIEL, LOIS ET DÉCRETS, S. 2114–2121.

¹⁹ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Mai 1983 auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 140 und Dok. 146.

²⁰ Zum israelisch-libanesischen Abkommen vom 17. Mai 1983 vgl. Dok. 151, besonders Anm. 4.

²¹ Zur syrischen Haltung zu einem israelisch-libanesischen Abkommen vgl. Dok. 146, Anm. 22.

4) Verteidigungsminister Hernu berichtete über die Gespräche mit BM Wörner vom Morgen des 17.5. Man habe sich auf einen Kompromiß in der Rüstungszusammenarbeit geeinigt, die Rolle dieser Kooperation für die allgemeine Sicherheitspolitik studiert und erörtere z.Zt. eine größere Anzahl von Projekten. Hierbei gäbe es keine bilaterale Exklusivität: Alles spiele sich im europäischen und transatlantischen Rahmen ab. Die Diskussion um die gemeinsame Produktion eines Panzerabwehrhubschraubers für das Jahr 1990 habe in den letzten Monaten gute Fortschritte gemacht. Sofern erforderlich, werde man sich bemühen, vor Unterzeichnung eines Abkommens die parlamentarische Zustimmung zu erhalten.²²

5) Wirtschafts- und Finanzminister

Delors berichtete über seine Gespräche mit dem BM Stoltenberg und Graf Lambsdorff. Es sei hier vor allem um drei Themen gegangen:

- 1) Perspektiven der Weltwirtschaft und der nationalen Wirtschaften,
- 2) wirtschaftliche, finanzielle und monetäre Fragen der Europäischen Gemeinschaft,
- 3) Williamsburg.

Es sei über gewisse Anzeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den USA, der Bundesrepublik, Kanada und Großbritannien gesprochen worden. Man frage sich, ob es sich hier um ein Aufflackern handle oder um den Beginn einer dynamischen Entwicklung. Ein Problem bestehe weiter: die geringe Investitionsbereitschaft. Selbst bei einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung werde es sehr schwer sein, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Frankreich habe gewisse Erfolge beim Wirtschaftswachstum und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehabt, nicht jedoch bei der Bekämpfung der Inflation und des Handelsbilanzdefizits. Während in den 20 Jahren – von 1950 bis 1970 – die französische Inflationsrate insgesamt nur um etwa 50 Prozent gegenüber der deutschen angestiegen sei, sei sie von 1970 bis 1980 jedes Jahr um fünf bis neun Prozent schneller gewachsen. Wenn es nicht gelänge, sie zu stoppen, würde die Industrie abgewürgt. Das Außenhandelsdefizit Frankreichs gegenüber der Bundesrepublik habe 1982 38 Mrd. FF betragen. Davon seien 20 Mrd. strukturell, 18 Mrd. aber

²² Zur Rüstungszusammenarbeit mit Frankreich berichtete Botschafter Herbst, Paris, am 26. April 1983, daß ihr Erfolg „zu einem sehr hohen Erwartungshorizont“ geführt habe. Der bisherige Finanzumfang werde aber ab Mitte der 80er Jahre abnehmen und nur mit neuen Kooperationsvorhaben gehalten werden können: „Der Abbruch der Kampfpanzer-Zusammenarbeit 1982, die auf höchster politischer Ebene vereinbart war, jedoch aufgrund der unterschiedlichen Zulaufzeitpunkte (FR: 1990, D: 1996) keine deutsche parlamentarische Zustimmung fand, führte zu einer Verunsicherung auf beiden Seiten hinsichtlich der Vorbereitung derartiger Kooperationen.“ Eine von der Arbeitsgruppe für Rüstungszusammenarbeit begonnene Analyse der Zukunftsvorhaben habe wegen der noch laufenden französischen Programmplanung für 1984 bis 1988 nicht abgeschlossen werden können: „Herausgelöst wurde das Vorhaben ‚Panzerabwehrhubschrauber‘ intensiv behandelt. Hier wirken sich französische Umplanungen dahingehend aus, daß FR diesen Hubschraubertyp erst 1995, D jedoch, wie bisher gemeinsam vorgesehen, 1988/89 einführen will. Zusätzlich gibt es militärisch und technisch bedingte Gegensätze bei den Forderungen, die gravierenden Einfluß auf Zeitplan, Kosten und Kampfwert haben. Ein gemeinsames Konzept konnte bis Ende April 1983 nicht gefunden werden.“ Eine gute Zusammenarbeit gebe es bei Panzerabwehr-Flugkörpern, bei der Entwicklung eines Seeziel-Flugkörpers und bei der Abstimmung über die Anforderungen an ein Taktisches Kampfflugzeug, „deutsche Bezeichnung jetzt Jagdflugzeug (Jäger) 90, unter Beteiligung Großbritanniens und Italiens“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1248; Referat 202, Bd. 140665.

nicht. Diese seien u. a. entstanden durch eine Wettbewerbsverzerrung infolge der Währungsausgleichszahlungen. Die Lage wäre anders, wenn mehr landwirtschaftliche Produkte nach der Bundesrepublik Deutschland ausgeführt werden könnten.

Im wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Bereich der EG sei die deutsche Präsidentschaft des letzten halben Jahres²³ sehr erfolgreich gewesen. Der Rat habe die Auflegung einer neuen Kredittranche beschlossen.²⁴ Das Europäische Währungssystem sei konsolidiert (Kursanpassung), obgleich wir aber weiterhin aufpassen müssen, und man habe sich über das Gesellschaftsrecht geeinigt.²⁵

²⁶Delors stimmt mit BM Stoltenberg überein, daß man bei einer Erörterung zusätzlicher Ausgaben auch mögliche Einsparungen berücksichtigen müsse. Bei der Ausgabenplanung sei das Europäische Parlament etwas zu großzügig. Arbeitsmarkt und industrielle Zusammenarbeit seien Themen, die in Zukunft noch gründlicher erörtert werden müßten. Man könne auch nicht jedes Jahr monatelang über den britischen Finanzbeitrag diskutieren. Hier müßte endlich eine Regelung gefunden werden.²⁷ Wäre der Binnenmarkt in Ordnung, könne man auch besser eine gemeinsame Sprache nach außen finden.

²³ Die Bundesregierung hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²⁴ Ministerialdirektor Fischer legte am 13. Mai 1983 dar, daß sich der EG-Währungsausschuß am 11. Mai in Paris mit einem französischen Antrag vom Vortag auf eine „Gemeinschaftsanleihe von 4 Mrd. ECU (rd. 9 Mrd. DM) aus sog. „Ölfazilität“ befaßt und mit Blick auf die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 16. Mai 1983 ein positives Votum abgeben habe: „Französischer Antrag war von F[inanz]M[inister] Delors bereits bei jüngster EWS-Wechselkursrevision im März als voraussichtlich erforderlich angekündigt worden, um den beträchtlichen Devisenabfluß im Vorfeld des EWS-Realignment wieder auszugleichen und Erfolg frz. Stabilisierungsprogramms erforderlichenfalls zu unterstützen.“ Vgl. Referat 424, Bd. 130474.

Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 16. Mai 1983, daß der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister den französischen Antrag gebilligt habe und von einer Laufzeit des Darlehens von etwa sechs Jahren ausgehe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1774; Referat 424, Bd. 130474.

²⁵ Auf der EG-Ratstagung am 16. Mai 1983 in Brüssel verabschiedeten die Wirtschafts- und Finanzminister nach vierjährigen Beratungen eine Richtlinie über den Konzernabschluß, die ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Rechnungslegungsrechts war. Sie legte die Bedingungen fest, unter denen ein Unternehmen in Konzernabschlüsse einzubeziehen war, die Konsolidierungsverfahren sowie besondere Bestimmungen für mittelständische Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften (Holdings). Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1983, S. 20 f.

²⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1002 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁷ Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

Auf der Grundlage des Berichts des Staatssekretärs Lautenschlager über seine Sondierungen in den EG-Mitgliedstaaten zu den Finanzproblemen der Europäischen Gemeinschaften erörterte der EG-Ministerrat das Thema am 24. Mai 1983 in Brüssel. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte dazu mit, „daß alle Del[egationen] einen mehr oder weniger engen Zusammenhang zwischen der Lösung des brit[ischen] Problems und langfristigen Beschlüssen sahen“. Für die Mehrheit sei „bei den langfristigen Beschlüssen neben einer Senkung der Agrarkosten, einer besseren Gewichtung der Ausgaben [...] auch die Frage der Erhöhung der eigenen Einnahmen ein fester Bestandteil des Gesamtpakets“. Dabei sei für die Niederlande und Frankreich „nur die Erweiterung ein durchschlagender Grund für eine Erhöhung der eigenen Einnahmen“, während andere Delegationen auf „die drohende Erschöpfung der Eigenmittel, die zu einem ‚Wettlauf‘ um die begrenzten Mittel führen werde“, hingewiesen hätten. Zum Drängen des britischen Außenministers Pym auf eine rasche Lösung für die Beitragsrückerstattung für 1983 hätten die übrigen Delegationen auf die veränderte Situation hingewiesen und insbesondere hervorgehoben, „daß das E[uropäische] P[arlament] ohne gleichzeitige Grundsatzbeschlüsse über eine langfristige Lösung einer neuen Interimslösung nicht zustimmen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1862/1863 vom selben Tag; Referat 412, Bd. 130466.

Für Williamsburg seien sich Deutschland und Frankreich einig, daß Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen nicht im Zentrum der Diskussion stehen sollen. Die Amerikaner werden als Mittel zur Verhinderung der Wirtschaftskrise eine Ausdehnung des Freihandels anbieten, aber so könne man nicht alle Probleme lösen. Vor allem die amerikanische Hochzinspolitik behindere den Welthandel und mache es vielen Ländern der Dritten Welt so gut wie unmöglich, neue Kredite aufzunehmen. Die hohen Zinsen seien übrigens wegen der niedrigen Inflationsrate gar nicht gerechtfertigt, und man könne nur vermuten, daß sie aufrechterhalten würden, weil gewisse Finanzkreise nicht an die Aufrechterhaltung der niedrigen Inflationsrate glaubten. Die Rolle des Dollars sei zu groß, und zwar in Folge einer sehr großen Nachfrage. Das Kapitalangebot könnte dadurch vergrößert werden, daß die DTS²⁸ (Sonderziehungsrechte) ausgeweitet würden. In Williamsburg müsse man die Gründe für die Hochzinspolitik erforschen und versuchen, die Amerikaner zu überreden, auf den Devisenmärkten zu intervenieren. Man solle behutsam eine neue Währungsordnung ansteuern, die natürlich nicht für morgen sei. Nord-Süd-Probleme würden nicht nur in Williamsburg, sondern auch auf der nächsten UNCTAD-Sitzung²⁹ und von Weltbank und Weltwährungsfonds erörtert.

BM Graf Lambsdorff fügte den Ausführungen von Minister Delors lediglich hinzu, er könne ihnen zustimmen, da auch die Punkte erwähnt wurden „wo wir nicht einer Meinung sind“.

6) Verkehrsminister Fiterman zeigte sich befriedigt über seine Gespräche mit BM Graf Lambsdorff und PStS Schulte. Die Zusammenarbeit beim Airbus³⁰ sei befriedigend. Man habe sich über die Finanzierung des Verkaufs unterhalten, um Airbus gegenüber der Konkurrenz vergleichbar auszustatten.³¹ Der A320³² habe gute Marktchancen. Man wolle eine gemeinsame Verkaufskampagne starten. Ein Beschluß über die Herstellung sei noch vor Ende dieses Jahres möglich.

Als zweites Thema seien der Bahnverkehr in Europa allgemein und der Schnellbahnverkehr angesprochen worden. Es gäbe hier viele interessante technische Perspektiven, die Studien sollten fortgesetzt werden.³³ Fiterman warnte aber

²⁸ Droits de tirage spéciaux.

²⁹ Die sechste Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) tagte vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad. Vgl. dazu Dok. 208.

³⁰ Zum Projekt des „Airbus“ vgl. Dok. 11, Anm. 4.

³¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fischer-Dieskau äußerte sich am 7. Februar 1983 zu Kritik, die der „Präsident und Generaldirektor der Fa. Aérospatiale, General Jacques Mitterrand (ein Bruder des Staatspräsidenten), der auch Stv. Aufsichtsratsvorsitzender von ‚Airbus Industrie‘ ist“, bei den zuständigen französischen Regierungsstellen an der Haltung der Bundesrepublik gegenüber dem Projekt „Airbus“ geübt habe und die von der französischen Tageszeitung „Le Monde“ am 28. Januar 1983 öffentlich gemacht worden sei. Mitterrand habe ausgeführt: „Der Airbus-Absatz stecke in einer besorgniserregenden Krise [...]. Airbus Industrie müsse daher in die Lage versetzt werden, potentiellen Abnehmern konkurrenzfähige Finanzierungsbedingungen zu bieten. Der Wille dazu bestehe zwar in Frankreich, aber nicht in Großbritannien und, vor allem nicht in der Bundesrepublik Deutschland“ [...]. Verkäufe von insgesamt über 40 Flugzeugen stünden wegen restriktiver Haltung der Deutschen auf dem Spiel.“ Fischer-Dieskau wies darauf hin, daß in keinem der 40 Fälle – insbesondere gehe es um Lieferungen an Libyen, Brasilien, Libanon, Ägypten und Angola – begründete Vorwürfe gegen die Bundesrepublik erhoben werden könnten. Der französische Verkehrsminister Fiterman habe sich auch bereits „nachdrücklich von dem Artikel distanziert“. Vgl. Referat 411, Bd. 160426.

³² Zum Projekt eines für Kurz- oder Mittelstrecken bestimmten Airbus des Typs A320 vgl. Dok. 145, Anm. 23.

³³ Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit bei den Schnellbahnsystemen vgl. Dok. 71, Anm. 17.

davor, die Entscheidung „auf das Jahr 2000 zu vertagen“. Er erwähnte die in Versailles eingeleitete Zusammenarbeit der Technologiegruppe der sieben Industriestaaten³⁴, in der Deutschland und Frankreich sich des Themas „Schnellbahnen“ angenommen hätten.³⁵

7) Industrie- und Forschungsminister Fabius berichtete über seine Gespräche mit den BM Graf Lambsdorff, Riesenhuber und Schwarz-Schilling. Es sei vor allem über vier Punkte gesprochen worden:

– Energie

Mit der Unterzeichnung des Vertrages über eine deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Wiederaufbereitung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren durch DWK sei Ende dieses Monats zu rechnen.³⁶ Auch werde EDF³⁷ wegen des Exports von Strom aus französischen Kernkraftwerken nach der Bundesrepublik Deutschland mit deutschen EVUs Kontakt aufnehmen.³⁸

– Stahl und Erze

Frankreich sei für eine Verlängerung des EG-Abkommens zur Begrenzung der Stahlproduktion sowie für die Einhaltung der dort festgelegten Quoten.³⁹ Der Export deutscher Kokskohle nach Frankreich sollte eingeschränkt werden. Nickel werde von der Bundesrepublik Deutschland aus der Sowjetunion eingeführt, dabei habe Frankreich Absatzsorgen.

³⁴ Zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Technologie, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung auf dem Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. AAPD 1982, I, Dok. 180.

Die Arbeitsgruppe tagte erstmals am 20. August 1982 in Paris und legte Ende Januar 1983 ihren Bericht vor. Vgl. dazu Dok. 167, Anm. 14.

³⁵ Das Bundesministerium für Verkehr teilte am 26. Mai 1983 mit, nach den Gesprächen des Parlamentarischen Staatssekretärs Schulte mit dem französischen Verkehrsminister Fiterman am 16. Mai 1983 in Paris solle sich die Zusammenarbeit mit Frankreich bei den Schnellbahnsystemen in drei Arbeitsgruppen fortsetzen: „Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Personen- und Güterverkehrs auf Ebene der beiden nationalen Eisenbahngesellschaften; Zusammenarbeit der deutschen, belgischen und französischen Eisenbahnen zur Studie einer Schnellverkehrsstrecke Paris – Brüssel – Köln; Fortsetzung der sog. Attali-Gruppe (Weltwirtschaftsgipfel in Versailles 1982)“. Vgl. das Schreiben an Referat 423; Referat 202, Bd. 140665.

³⁶ Das Bundesministerium für Forschung und Technologie teilte am 23. Juni 1983 mit, der Aufsichtsrat der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) habe das mit dem französischen Kommissariat für Atomenergie am 12. April 1983 paraphierte Memorandum of Understanding „nicht gebilligt, sondern Neuverhandlung gefordert, da der bisherige Vertragstext noch nicht ausgewogen sei“. Vgl. das Fernschreiben Nr. 2675; Referat 432, Bd. 132123.

³⁷ Electricité de France.

³⁸ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 7. Dezember 1982 über den Rückgang des Elektrizitätsverbrauchs in Frankreich, der „vorwiegend eine Folge des geringeren Bedarfs der französischen Industrie“ sei, und die mangelhafte Auslastung der französischen Atomkraftwerke. So werde sich „allein der Verlust an nicht verkauftem Strom [...] für E[lectricité] d[e] F[rance] auf etwa 1,3 Mrd. Franken belaufen“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 3625; Referat 431, Bd. 129476.

Der französische Botschafter Morizet wies Bundesminister Riesenhuber am 21. Juni 1983 erneut auf das Interesse an Stromlieferungen in die Bundesrepublik hin. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie teilte dazu mit, Riesenhuber habe „im Hinblick auf die private Struktur der deutschen E[nergie]V[ersorgungs]U[nternehmen] und aus rechtlichen Gründen wenig Möglichkeit“ zur Einflußnahme gesehen. Vgl. das Fernschreiben Nr. 2675 vom 23. Juni 1983; Referat 432, Bd. 132123.

³⁹ Zur Stahlkrise in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 17, Anm. 28 und 29.

Am 17. Mai 1983 legte die EG-Kommission einen Vorschlag über die Verlängerung des Systems der Produktionsquoten vom 1. Juli 1983 bis Ende 1985 vor, in dem außerdem weitere Maßnahmen zur Umstrukturierungspolitik im Stahlbereich, u. a. die Einbeziehung weiterer Arten von Stahl in das Quotensystem, vorgesehen waren. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1983, S. 21 f.

- Beim Fernsprechverkehr sei es um das Autotelefon sowie um die Normung der Systeme von Fernsehsatelliten⁴⁰ gegangen. Minister Fabius kündigte an, er werde in Kürze in die Bundesrepublik reisen, um weitere Gespräche zu führen.⁴¹
- Ein weiteres Feld der Kooperation sei die Mikroelektronik, darunter nicht zuletzt das europäische Programm „ESPRIT“⁴², an dem sich Siemens, CII-HB⁴³ sowie ICL⁴⁴ beteiligen wollten.

8) BM Graf Lambsdorff betonte, bei der Industriepolitik sollte die Initiative bei den Unternehmen bleiben und nicht der EG-Kommission zugewiesen werden. Bei Stahl stimmte er zu, daß eine Verlängerung der Abkommen nach Art. 58⁴⁵ möglich sei, aber nur auf der Basis der vorgeschlagenen Quoten. Innerhalb der nächsten zwei Jahre sollten die Quoten überprüft werden. Für ihre Einhaltung sollte die Kommission sorgen. Während alle Länder der Gemeinschaft ihre Stahlproduktion reduziert hätten, hätte sie in einem Land zugenommen. Das sei nicht befriedigend. Andernfalls würden die Preise vollkommen zusammenbrechen.

9) Erziehungsminister Savary berichtete über sein Gespräch mit dem Bevollmächtigten der Bundesrepublik, Bürgermeister Koschnick. Man habe sich geeinigt, die „schwerfälligen und bürokratischen“ deutsch-französischen Gremien effizienter zu gestalten. In der Sprachenfrage gebe es auf beiden Seiten noch viel zu tun.⁴⁶ Beim Austausch im Hochschulbereich wolle man vor allem Natur- und Ingenieurwissenschaften fördern.

10) Außenhandelsministerin Cresson berichtete über ihre Gespräche mit Bundesminister Graf Lambsdorff, vor allem zum Thema Normen. Diese seien natürlich nicht allein an dem großen Handelsbilanzdefizit schuld, das weitgehend strukturell sei. Eine Diversifizierung der französischen Wirtschaft setze die Ein-

⁴⁰ Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Fernsehsatelliten vgl. Dok. 142, besonders Anm. 26 und 27.

⁴¹ Das Bundesministerium für Forschung und Technologie teilte am 23. Juni 1983 mit: „Minister Fabius hatte für die zweite Juli-Hälfte einen Besuch in Bonn geplant, was wegen des Urlaubs von BM Riesenhuber nicht zu realisieren ist.“ Riesenhuber habe aber ein Treffen am 27. September bzw. 6. oder 7. Oktober 1983 vorgeschlagen. Vgl. das Fernschreiben Nr. 2675; Referat 432, Bd. 132123.

⁴² Zum Europäischen Strategischen Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) vgl. Dok. 114, Anm. 5.

Die EG-Kommission legte am 10. Mai 1983 den Vorschlag für einen Beschluß des EG-Ministerrats zur Annahme des ersten, auf zehn Jahre angelegten ESPRIT-Programms vor, dessen Gesamtkosten in Höhe von 1,5 Mrd. ECU zu gleichen Teilen von den beteiligten Industrieunternehmen und den Gemeinschaften finanziert werden sollten. Für den Vorschlag vgl. Referat 414, Bd. 145316.

Am 25. Mai 1983 übermittelte die EG-Kommission dem Rat den Vorschlag für ein erstes Fünfjahresprogramm ab 1984. Gefördert werden sollten Projekte aus den Bereichen fortgeschrittene Mikroelektronik, fortgeschrittene Informationsverarbeitung, Software-Technologie und ihre Anwendungen, insbesondere Bürosysteme und Roboter. Vgl. dazu BULLETIN DER EG, Beilage 5/1983, S. 27–37.

⁴³ Compagnie Internationale pour l'Informatique Honeywell Bull.

⁴⁴ International Computers Limited.

⁴⁵ Nach Artikel 58 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 war die Hohe Behörde berechtigt, im Falle einer Krise aufgrund sinkender Nachfrage „mit Zustimmung des Rates ein System der Erzeugungsquoten einzuführen“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 461.

⁴⁶ Botschafter Herbst, Paris, führte am 26. April 1983 aus, daß Umfragen in der Bundesrepublik und Frankreich im Jahr 1980 ergeben hätten, daß 1 % der Franzosen deutsch und 2 % der Deutschen französisch sprächen: „Daß dies nicht ausreicht, bedarf keiner weiteren Darlegung.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1248; Referat 202, Bd. 140665.

fuhr deutscher Maschinen voraus. Der Ausgleich sollte aber vor allem durch den Import landwirtschaftlicher Produkte sowie einiger französischer Industrieprodukte erfolgen, die sich zur Zeit „an den Normen stoßen“. Bei den landwirtschaftlichen Produkten störten zur Zeit die Ausgleichsbeträge⁴⁷, die Vorschriften für die Bierherstellung⁴⁸ sowie Bestimmungen für den Fleischimport und den Import französischer Charcuterie-Waren. Beim Bier sei ein Gerichtsverfahren anhängig.⁴⁹

Zur Normendiskussion erklärte Madame Cresson, die Nützlichkeit dieser Bestimmungen werde nicht in Frage gestellt, solange es darum ginge, die Qualität der Erzeugnisse zu garantieren. Ähnliche Regelungen strebe man ja auch im europäischen Rahmen an, doch dauerten die Vorbereitungen dort jetzt schon über drei Jahre. Was man den deutschen Vorschriften vorwerfe, sei ihre Unverständlichkeit, die Langwierigkeit der Verfahren, die Weigerung der prüfenden Stellen, Verbesserungen vorzuschlagen, sowie die fehlende Möglichkeit, gegen ergangene Bescheide Berufung einzulegen.

⁴⁷ Am 26. April 1983 berichtete Gesandter Mühlen, Paris, daß sich „wieder einmal der ‚Bauernzorn‘ zu entladen“ begonnen habe. So sei es in der Bretagne am 23. April 1983 zur Vernichtung von Weinladungen und am 24./25. April 1983 zu „Requirierungen“ importierter Agrarwaren“ aus der Bundesrepublik gekommen. Die französische Presse informiere darüber mit einem „fast zustimmenden Unterton mit dem Hinweis auf die ‚skandalösen‘ oder ‚ungerechten‘ Währungsausgleichsbeträge, die ‚den Wettbewerb verzerren‘“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 799; Referat 411, Bd. 131236.

Der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Paye, erklärte am 9. Mai 1983 im Gespräch mit Staatssekretär Lautenschlager, daß die französischen Bauern für ihre Schwierigkeiten auf dem europäischen Markt „zu Recht oder Unrecht“ den Grenzausgleich verantwortlich machten: „Es sei in der Tat den Bauern schwer zu erklären, daß der französische Bauer zunächst eine Abgabe (Grenzausgleich) zahlen müsse, um auf das deutsche Preisniveau zu kommen, dann die Gemeinschaft durch riesige Erstattungen den Preis wieder herabschleuse, damit auf Weltmarktniveau exportiert werden könne. Die Dinge spitzten sich zu.“ Vgl. die Aufzeichnung von Lautenschlager vom 10. Mai 1983; VS-Bd. 13766 (014); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴⁸ Nach Paragraph 9 Absatz 1 des Biersteuergesetzes in der Fassung vom 14. März 1952 durfte zur Herstellung von untergärrigem Bier „nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden“. Diese Vorschrift galt nach Absatz 2 auch für die Bereitung von obergärrigem Bier, für dessen Herstellung aber auch „die Verwendung von anderem Malz und die Verwendung von technisch reinem Rohr-, Rüben- oder Invertzucker sowie von Stärkezucker und aus Zucker der bezeichneten Art hergestellten Farbmitteln zulässig“ war. Abweichungen waren gemäß Absatz 5 nur für „nachweislich zur Ausfuhr“ bestimmtes Bier zulässig. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil I, S. 150.

⁴⁹ Mit Schreiben vom 12. Februar 1982 informierte das Mitglied der EG-Kommission, Narjes, Bundesminister Genscher darüber, daß die EG-Kommission „die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Bestimmungen bezüglich Herstellung und Vermarktung von Bier auf ihre Vereinbarkeit mit den Vorschriften des EWG-Vertrags überprüft“. Sie sei zu der Auffassung gelangt, daß die Bestimmungen für andere EG-Mitgliedstaaten ein Handelshemmnis darstellten und die Bundesregierung daher gegen ihre Verpflichtungen aus dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 verstoße. Vgl. Referat 410, Bd. 130239.

Die Bundesregierung teilte der EG-Kommission am 6. Mai 1982 mit, daß sie deren Rechtsauffassung nicht teile, und bekräftigte mit Schreiben des Bundesministers Geißler vom 15. Dezember 1982 die Auffassung, daß das Reinheitsgebot für Bier nicht nur „nach Artikel 36 EWG-Vertrag gerechtfertigt“ sei, sondern „zum Schutze der deutschen Verbraucher auch erhalten werden“ müsse. Für die Mitteilung und das Schreiben vgl. Referat 410, Bd. 130239.

Mit Schreiben vom 25. August 1983 leitete der Präsident der EG-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik ein. Er übermittelte der Bundesregierung eine Stellungnahme mit der Aufforderung, die Vorschriften zur Bierherstellung „nicht auf in einem anderen Mitgliedstaat ordnungsgemäß hergestelltes und in den Verkehr gebrachtes Bier anzuwenden und infolgedessen dessen Inverkehrbringen im Bundesgebiet unter der Bezeichnung ‚Bier‘ zu gestatten“. Zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen wurde eine Frist von 30 Tagen eingeräumt. Vgl. Referat 410, Bd. 130239.

Schließlich erwähnte Frau Cresson den Import von Waren aus Entwicklungsländern, die in Deutschland nur geringfügig verändert und billig nach F exportiert würden, sowie den OECD-Konsens bei Exportkrediten⁵⁰.

11) BM Graf Lambsdorff meinte, Madame Cresson habe ihn dadurch in die Enge getrieben, daß sie ihn mit Exportfragen landwirtschaftlicher Produkte konfrontiert habe, über die sie weit besser informiert sei als er. Den Rechtsstreit über die Bierregelung würden wir wahrscheinlich verlieren. Hier ginge es um eine kurfürstliche Verordnung aus Bayern aus dem Jahre 1516⁵¹, die wir nicht beseitigen könnten. Künftig werde man dann also wohl auch anderes Bier als das dort vorgeschriebene in Deutschland verkaufen können. Bei den Normen sei eine schnelle Regelung kaum möglich, vor allem da sie weitgehend von privaten Stellen kontrolliert würden. Übrigens habe sich außer F noch kein Land darüber beschwert.

Zur Senkung der Zinsen für Exportkredite um zwei Prozent stellte BM Graf Lambsdorff die Frage, ob sich die französische Regierung darüber im klaren sei, daß dann auch die Subventionen erhöht werden müßten. Die von der Kommission geplanten Maßnahmen zur Einschränkung der Importe japanischer Videorecorder dürften nicht dazu führen, daß Kooperationsvorhaben deutscher Firmen mit japanischen Firmen eingeschränkt werden müßten, die noch dazu von der französischen Firma Thomson-Brandt erworben worden seien.⁵² Zum neuen „Export Administration Act“ der amerikanischen Regierung⁵³ meinte Graf Lambsdorff, wesentliche Teile desselben seien völlig unannehmbar.

⁵⁰ Zum Konsensus der OECD-Mitgliedstaaten vom 16. November 1981 über die Konditionen für staatlich geförderte Exportkredite vgl. Dok. 72, Anm. 16.

Die OECD-Mitgliedstaaten vereinbarten am 25./26. April 1983 eine Verlängerung des am 1. Mai 1983 auslaufenden Konsensus bis zum 1. Juli 1983, nachdem keine neue Einigung zustande gekommen war. Referat 422 vermerkte, daß vor allem die „Höhe der Mindestzinsen und künftiges Verfahren bei Anpassung der Zinssätze“ kontrovers geblieben seien: Während die USA, Kanada, die Schweiz und die skandinavischen Staaten für die Beibehaltung der bisherigen Zinssätze seien, träten die EG-Mitgliedstaaten „für fühlbare Senkung und Einführung eines systematischeren Konzepts für derzeitige und künftige Änderungen“ ein. Auch über amerikanische Vorschläge zur Verschärfung der Kreditkonditionen für eine Reihe von Staaten habe keine Einigung erzielt werden können. Auf wenig Gegenliebe sei zudem die amerikanische Forderung nach mehr Transparenz bei großen Geschäften mit der UdSSR gestoßen: „D würde sich einem solchen Vorschlag nicht grundsätzlich verschließen.“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 420, Bd. 129866.

⁵¹ In der von Herzog Wilhelm IV. von Bayern erlassenen Landesordnung vom 23. April 1516 war das Reinheitsgebot für Bier festgelegt, zu dessen Herstellung „allein Gersten, Hopfen und Wasser“ verwendet werden durfte. Für den Wortlaut vgl. SPECKLE, Streit, S. 86 bzw. S. 134.

⁵² Zur Einschränkung des Imports japanischer Videorecorder in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 3, Anm. 23, und Dok. 25, Anm. 16.

Bundesminister Graf Lambsdorff erinnerte den Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp, am 6. Mai 1983 daran, daß er der Absprache mit der japanischen Regierung zur „Exportmoderation für Videorecorder“ auf der EG-Ministerratstagung am 21./22. Februar 1983 in Brüssel nur unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß dadurch „europäische Fertigungen nicht behindert werden dürfen. [...] Zumindest zwei Unternehmen, die Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH und die Blaupunkt-Werke GmbH, sind mit ihren europäischen Partnern (Thomson-Brandt, Thorn-EMI) durch Mengenbegrenzungen und preispolitische Maßnahmen bei der japanischen Zulieferung von Bauteilen und -teilen erheblich betroffen. Die japanische Seite beruft sich dabei gegenüber diesen Unternehmen auf die von der EG-Kommission verlangten Zusagen.“ Fest stehe für ihn, „daß die Entwicklung der genannten joint ventures“, wobei ein Werk in Berlin liegt, gefährdet“ sei. Vgl. das Schreiben vom 6. Mai 1983 an Haferkamp; Referat 341, Bd. 127030.

⁵³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann teilte der Botschaft in London am 5. April 1983 mit, daß der amerikanische „Export Administration Act“ von 1979 der amerikanischen Regierung die Befugnis einräume, „den Export amerikanischer Güter und Lizenzen auch außerhalb des eigenen

⁵⁴Zu UNCTAD VI bemerkte er, daß die Industrieländer den Entwicklungsländern nicht allzu viel anzubieten hätten. Man müsse versuchen, hier eine gemeinsame Haltung einzunehmen.

12) Minister Mexandeau erwähnte zwei Punkte aus seinem Gespräch mit BM Schwarz-Schilling: das Autoradio, wo die Normen vereinheitlicht werden sollten – hierzu erwarte man deutsche Vorschläge – sowie das Satellitenfernsehen, wo es darauf ankomme, ein einheitliches europäisches Empfangssystem zu schaffen. Hier sei vor allem eine Einigung mit den Briten vordringlich. Unser Wunsch, deutsche Postsparbücher in Frankreich verwenden zu können⁵⁵, werde wohlwollend geprüft.

13) Europaminister Chandernagor wies darauf hin, daß sich in der Nacht zum 17.5. die Landwirtschaftsminister in Brüssel über die Agrarpreise und Ausgleichszahlungen geeinigt hätten⁵⁶, warnte jedoch davor, über diesen kurzfristigen Erfolg die langfristigen Probleme aus den Augen zu verlieren. Besonders über Obst und Gemüse müsse nun bald gesprochen werden.⁵⁷ Ein wichtiges Thema sei auch die bessere Verwendung der Eigenmittel der Gemeinschaft.

Fortsetzung Fußnote von Seite 782

Hoheitsgebiets zu kontrollieren“. Das Gesetz laufe am 30. September 1983 aus, und die Beratungen im amerikanischen Kongreß über seine Änderung oder Verlängerung hätten im März begonnen. Da die EG-Kommission wie die EG-Mitgliedstaaten das Gesetz und seine Handhabung „in verschiedenen Punkten für völkerrechtswidrig halten (u. a. Hoheitsakte mit extraterritorialer Wirkung ohne die erforderliche Zustimmung der betroffenen Drittstaaten, Retroaktivität solcher Maßnahmen mit der Folge entschädigungsloser Eingriffe in bestehende Privatverträge)“, sei am 23. März 1983 in Washington ein Memorandum der EG übergeben worden, um die amerikanische Regierung zu einer Revision zu veranlassen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 131; Referat 411, Bd. 131185.

Am 5. April 1983 brachte die amerikanische Regierung den Entwurf eines revidierten „Export Administration Act“ im Kongreß ein, der die Einwände der EG-Mitgliedstaaten weitgehend unberücksichtigt ließ. Für den Wortlaut vgl. Referat 424, Bd. 135850.

Botschafter Hermes, Washington, gab am 22. April 1983 Erläuterungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Handelsministerium, Brady, weiter, der hart formuliert habe, „Europa müsse erkennen, daß es der Administration ‚verdammt‘ ernst damit sei zu verhindern, daß die sowjetische Militärmacht durch westlichen Technologietransfer Unterstützung erhalte. Schließlich trage die USA die Hauptlast der Verteidigung Europas. Die Administration könne die Fortsetzung dieses Engagements im Kongreß nicht weiter mit Erfolg verteidigen, wenn sie nicht gleichzeitig sicherstelle, daß der illegale Technologietransfer an die Sowjetunion, auch durch europäische Unternehmen, aufhöre. [...] Zum Importbann bemerkte er, ausländische Exporteure, die gegen amerikanische Sicherheitskontrollen verstießen, hätten kein Recht, ihre Waren auf dem amerikanischen Markt abzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1823; Referat 424, Bd. 135850.

⁵⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1003 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁵⁵ In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Bundesministeriums für Post und Fernmeldeverkehr und des Auswärtigen Amts vom 3. Mai 1983 wurde dazu ausgeführt, daß die Deutsche Bundespost mit 16 europäischen Staaten einen Postspaarverkehr habe und wegen des zunehmenden Reiseverkehrs Interesse auch an einem Abkommen mit Frankreich bestehe, so daß die „fast 20 Mio. Postsparer [...] auch in Frankreich Geld aus ihrem Postsparbuch abheben“ könnten. Gründe für die französische Zurückhaltung in dieser Frage könnten „die weite Verbreitung des Schecks in Frankreich und das Bestreben sein, die Bargeldbestände an den Schaltern der Postämter möglichst niedrig zu halten“. Vgl. Referat 414, Bd. 145338.

⁵⁶ Zur Einigung über die Agrarpreise für 1983/84 auf der EG-Ratstagung am 16./17. Mai 1983 in Brüssel vgl. Dok. 145, Anm. 26.

⁵⁷ Zum Stand der Gespräche der EG-Mitgliedstaaten über eine Marktregelung für Obst, Gemüse und Olivenöl vgl. Dok. 127, Anm. 20.

Im Gespräch mit Staatsminister Mertes am 2. Mai 1983 erklärte der französische Europaminister Chandernagor „mit der ihm eigenen Deutlichkeit, ohne Regelung bei Obst und Gemüse und Erhöhung der 1 %-MWST-Grenze sei in Stuttgart ‚nichts zu holen‘. Er warnte davor, die Schwierigkeiten in F (auch in seiner Partei) falsch einzuschätzen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Kyaw vom 3. Mai 1983; Referat 431, Bd. 129481.

Viele Fragen der Industriepolitik könne man vielleicht besser in bilateralen Kontakten als in Brüssel lösen.

14) Der Bundeskanzler stellte in seinem Schlußwort fest, daß bei den Gesprächen gegenüber den pessimistischen Prognosen der Presse ein hohes Maß an Übereinstimmung erzielt worden sei. Es blieben die Probleme der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs, beides gemeinsame Ziele, die aber mit unterschiedlichen Methoden angestrebt würden. Vor den französischen Anstrengungen hätte er großen Respekt: Auch wir versuchten gerade, bei unserem Haushalt für 1984 6,5 Mrd. DM einzusparen.⁵⁸

Unter den erfolgversprechenden gemeinsamen Projekten erwähnte der BK den Panzerabwehrhubschrauber der zweiten Generation. Hier wolle man jetzt schnell handeln, aber nicht vergessen, das deutsche Parlament zu informieren, um die Schwierigkeiten zu vermeiden, die wir bei früheren Kooperationsprojekten gehabt hätten.

Der Bericht über den Airbus würde für Ende des Jahres erwartet. Der BK drückte seinen Wunsch aus, daß es zu dieser Produktion komme – sie müsse aber wirtschaftlich vernünftig sein.

Referat 202, Bd. 140665

Fortsetzung Fußnote von Seite 783

Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister befaßte sich am 25./26. Mai 1983 mit der Anpassung des Besitzstands für die Agrarprodukte aus dem Mittelmeerraum, ohne eine Übereinkunft zu erzielen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1983, S. 41 f.

⁵⁸ Zu den Beschlüssen des Kabinetts vom 18. Mai 1983 zum Bundeshaushalt 1984 und zur mittelfristigen Finanzplanung vgl. Dok. 126, Anm. 10.

149

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer**201-363.30-1884/83 geheim****19. Mai 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Nukleare Waffensysteme in der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Aufzeichnung vom 2.5.1983, Tgb.Nr. 1662/83 geheim
mit handschriftlichem Vermerk des Herrn StS⁴

I. Die Frage des Herrn Bundesministers, welche nuklearen Systeme sich im Bundesgebiet befinden und welche Reduzierungsmöglichkeiten sich dafür abzeichnen, läßt sich derzeit ohne Rückgriff auf Streng Geheim/ATOMAL eingestufte Unterlagen wie folgt beantworten:

1) Im Bundesgebiet befinden sich folgende nuklearfähigen Systeme, für die Sprengköpfe hier eingelagert sind:

- a) Kampfbomber (F-104; F-4; Tornado; Buccaneer; Jaguar)
- b) Kurzstreckenraketen (Pershing Ia)
- c) Gefechtsfeldraketen (Lance)
- d) Haubitzen (155 mm; 203 mm)
- e) Flugabwehrraketen (Nike)
- f) Atomare Sprengmittel (ADM).

Keines dieser Systeme hat Mittelstreckenreichweite. Es handelt sich also um Kurzstrecken- und Gefechtsfeldwaffen bzw. nach NATO-Terminologie um „Shorter Range INF“, „Short Range Nuclear Forces“ und „Battle Field Weapons“.

Die Systeme der Kategorien a), d) und e) sind „dual capable“; sie erfüllen in erster Linie eine konventionelle Rolle. Die P Ia und Lance konventionell einsetzen zu wollen, wäre derzeit noch nicht sinnvoll.

Die Bundeswehr bedient Systeme sämtlicher dieser Kategorien.

2) Gem. Ziffer 7 des Doppelbeschlusses haben die USA bereits als „integralen Bestandteil der TNF-Modernisierung“ 1000 nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen.⁵ „Weiterhin beschlossen die Minister, daß die 572 LRTNF-Gefechtsköpfe innerhalb dieses verminderten Bestands untergebracht werden sollen.“⁶

Dies kann etwa wie folgt bewirkt werden:

a) Für jeden der vorgesehenen 108 Pershing-II-Sprengköpfe kann mindestens ein P-Ia-Sprengkopf abgezogen werden. (Die Gesamtzahl dürfte mit Rücksicht auf einen gewissen Nachladebestand für P Ia höher liegen.)

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 20. Mai 1983 vorlegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 15. Juni 1983 vorgelegen.

⁴ Vgl. Dok. 125.

⁵ Zum Abzug vom 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen im Jahr 1980 vgl. Dok. 28, Anm. 18.

⁶ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 36.

b) Ferner werden in den nächsten Jahren (bis 1992) voraussichtlich mehrere Hundert nuklearer Gefechtsköpfe von Nike-Raketen entbehrlich werden, weil dieses Waffensystem sukzessive weitgehend denuklearisiert werden soll. Wie weit und nach welchem Fahrplan dies wirklich möglich sein wird, hängt stark vom Einführungsrythmus des teuren (konventionellen) Nachfolgemusters Patriot und dessen erwarteter späterer Leistungssteigerung ab. Eine vollständige Denuklearisierung der Luftabwehr gilt bis auf weiteres als bedenklich, weil dem WP sonst die Option von massiven Einflügen in großer Höhe wieder eröffnet werden würde.

d) Ein gewisser Abbau bietet sich des weiteren angesichts ihrer Freigabeproblematik bei ADM an; denn ihr Einsatz wäre im Bundesgebiet allenfalls sinnvoll, wenn er grenznah (d. h. aber von Anfang eines Konflikts an) an im Frieden vorbereiteten Einsatzorten erfolgen würde. Eine solche Vorbereitung ist aber politisch bisher stets unakzeptabel gewesen.⁷

c) Schließlich mag sich aus strategischen wie praktischen Gründen eine Verminderung des Bestandes an nuklearen Granaten empfehlen:

- Es ist zwar auch Aufgabe der nuklearen Artillerie, zur Gesamtabschreckung beizutragen, das entsprechende östliche Potential im Konfliktfall zu neutralisieren und den Gegner zur Auflockerung seiner Angriffsformationen zu veranlassen; gleichwohl könnten wir wenigstens im Mittelabschnitt der NATO die Zahl der nuklearfähigen Haubitzen reduzieren. Dadurch würde nämlich nach Osten wie in Richtung Washington signalisiert, daß wir das Szenario eines anhaltenden, kriegsführungsorientierten nuklearen Gefechts („repeated nuclear exchange at the same level“) nicht für strategiekonform (MC 14/3)⁸ halten, sondern an dem der Kriegsbeendigung dienenden Konzept baldiger „deliberate further escalation“ über das Gefechtsfeld hinaus festhalten.
- Im übrigen bahnt sich als Folge der Nichteinführung der Neutronenwaffe⁹ ohnedies eine unwillkürliche Denuklearisierung der NATO-Artillerie an; denn für die neu einzuführenden amerikanischen Haubitzen taugen die vorhandenen Atomgranaten nicht; die für die neuen Haubitzen vorgesehenen Atomgranaten können jedoch in Europa nicht eingelagert werden, weil sie als Neutronensprengköpfe konzipiert worden sind.

II. 1) Der Stand der computergestützten Analysen der HLG erlaubt es bisher nicht, konkrete Zahlenangaben für evtl. Reduzierungen im Gefechtsfeld- und Kurzstreckenbereich zu machen, zumal sich auch eine Verlagerung innerhalb dieser Bereiche (z. B. durch Reichweitensteigerung der Gefechtsfeldraketen und Vermehrung der Kurzstreckenraketen) anbieten könnte. Schließlich gibt es im

⁷ Zu einem Einsatz von „Atomic Demolition Munition“ (ADM) vom Boden der Bundesrepublik aus äußerte sich Bundesminister Schmidt in der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 8./9. Juni 1970 in Venedig. Schmidt erklärte, wegen der dichten Besiedlung der Bundesrepublik müßten besonders strenge Vorbedingungen erfüllt sein. Ein durchgehender ADM-Gürtel an der innerdeutschen Grenze komme politisch nicht in Betracht. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 260.

Zur Diskussion über die Lagerung von ADM in der Bundesrepublik vgl. auch AAPD 1973, II, Dok. 260.

⁸ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 16.

⁹ Zum Verzicht des Präsidenten Carter auf eine Produktion der Neutronenwaffe im Frühjahr 1978 vgl. Dok. 57, Anm. 5.

Mittelabschnitt der NATO derzeit weniger als 70 Lance-Systeme und würde es nach der evtl. vollständigen¹⁰ Nachrüstung nur noch 72 PI-Systeme geben.

2) Ebenso sorgfältiger Prüfung bedarf es h.E. noch, ob Reduzierungen, welche die NATO unter operativen Gesichtspunkten durchführen (und möglichst bald öffentlichkeitswirksam machen) will, in Ost-West-Verhandlungen eingebracht werden sollten (Erfolgsaussicht angesichts der sowjetischen Überlegenheit im INF-Bereich insgesamt? Zeithorizont? Erneuerung einer Doppelbeschluß-Situation? Verhandlungsform?).

i.V. Schauer

VS-Bd. 12047 (201)

150

Drahterlaß des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.90 USA-1898/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 20. Mai 1983¹

Fernschreiben

Cito

Betr.: Deutsch-amerikanische Besprechung zur Out-of-area-Problematik² am 18. Mai 1983³

I. 1) Am 18. Mai 1983 fand im BMVg eine deutsch-amerikanische Besprechung zur Out-of-area-Problematik statt. Zu ihr war fünfköpfige US-Delegation unter Leitung von Arnold Raphel, Stv. Leiter des Bureau for Politico-Military Affairs

¹⁰ Die Wörter „evtl. vollständigen“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

¹ Durchschlag als Konzept.

Der Drahterlaß an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie die Botschaften in London und Washington wurde von Vortragendem Legationsrat Boden konzipiert.

² Referat 201 rekapitulierte 27. Mai 1983 die Hintergründe für den „Aufbau einer neuen Schnellein- greiftruppe (Rapid Deployment Force)“ durch die USA, für die Anfang 1983 in Florida ein neues strate- gisches Oberkommando eingerichtet worden sei. Von ihren Bündnispartnern erwarteten die USA dabei Unterstützung entweder in Form direkter militärischer Beiträge, kompensatorische Maßnah- men zum Ausgleich eines Abzugs von US-Truppen im Falle einer Krise, die Gewährung von Über- flug- und Zwischenlanderechten oder andere nichtmilitärische Maßnahmen wie etwa Wirtschafts-, Infrastruktur- und Ausbildungshilfe an Länder in Südwestasien. Vgl. VS-Bd. 12006 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), informierte am 6. April 1983 über die amerikanische Absicht, „eine Delegation in wichtige NATO-Hauptstädte (key capitals) zu entsenden, um in bilateralen Ge- sprächen eine Klärung offener Fragen zur Out-of-area-Thematik zu erreichen“, nachdem die Beratun- gen in den NATO-Gremien über Einsätze von NATO-Streitkräften außerhalb des Vertragsgebiets „nicht den erwünschten Erfolg gebracht hätten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 628; VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 6. Mai 1983 berichtete Böcker, daß sich die amerikanische Delegation am 18. Mai 1983 „in erster Linie mit den umfassenden politischen Zielen (objectives)“ von Out-of-area-Einsätzen befassen wol- le. Sie hoffe auf Gespräche auf Abteilungsleiterebene, „um sicherzugehen, daß Entscheidungen ge- troffen werden können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 845; VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

im State Department, und George Bader, Abteilungsleiter im Pentagon, ange-
reist, die zuvor Gespräche zum gleichen Themenkreis in London⁴ und Den Haag⁵
geführt hatte. Deutscher Delegationsleiter war Generalmajor Tandecki. Das AA
war durch Dg20⁶ vertreten. StS Rühl gab den amerikanischen Gästen im BMVg
ein Mittagessen.

- 2) Die US-Delegation bezeichnete es in vierstündiger Aussprache als ihr Ziel,
 - ihr Out-of-area-Konzept⁷ näher zu erläutern,
 - sich mit der deutschen Seite abzustimmen und bei uns noch bestehende Be-
denken abbauen zu helfen.
- 3) US-Seite erläuterte politische Leitlinien ihres Out-of-area-Konzepts wie folgt:
 - Überragende Absicht und zugrundeliegendes Prinzip sei es, Stabilität und
Sicherheit in Südwestasien (SWA) zu festigen;
 - diesem Zweck diene der Aufbau einer auf sieben Divisionen (ca. 200 000 Mann)
angelegten Rapid Deployment Force (RDF).⁸ Sie solle die befreundeten Natio-
nen in der Region ermutigen und etwaige Feinde abschrecken. Die Abschrek-
kung sei oberstes Ziel („our intention is never to use the RDF“);
 - je geschlossener der Westen zu diesem Konzept stehe, desto größer sei sein
Abschreckungswert. Umfassende und rechtzeitige Konsultation der NATO-
Verbündeten sei schon von daher Selbstverständlichkeit;
 - Einsatz der RDF werde nur bei Einverständnis und Einwilligung betroffener
Staaten in Frage kommen;

⁴ Botschafter Ruhfus, London, informierte am 13. Mai 1983 über die Gespräche der amerikanischen
Delegation im britischen Außenministerium am 9. Mai und im britischen Verteidigungsministerium
am 10./11. Mai 1983. Die britischen Gesprächspartner hätten die amerikanischen Überlegungen im
Prinzip unterstützt, aber davor gewarnt, „Forderungen nach kompensatorischen Maßnahmen der
Verbündeten [...] in unrealistischer Höhe“ zu erheben, und „auf die Konsequenzen für die NATO-
Verteidigungsplanung, insbesondere für die Verteidigungsplanung in Europa sowie auf die opera-
tionellen Folgerungen für die Allianz als Ganzes hingewiesen“. So sei denkbar, daß die UdSSR einen
Einsatz außerhalb des NATO-Gebiets provoziere, „um die Amerikaner dort zu binden, während
sie in Wirklichkeit in Europa vorgehen“ wolle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 774; VS-Bd. 11983 (201);
B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Über die Gespräche in Den Haag am 16. Mai 1983 äußerte der Mitarbeiter im amerikanischen Au-
ßenministerium, Raphael, nach seiner Rückkehr gegenüber Botschafter Hermes, Washington, die Nie-
derlande seien „vor allem wegen der Gefahr einer horizontalen Eskalation eines evtl. Konflikts in Süd-
westasien besorgt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2517 von Hermes vom 3. Juni 1983; VS-Bd. 11984 (201);
B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Hans Schauer.

⁷ Am 22. April 1983 legte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), dar: „Die Allianz hatte auf amerikani-
sches Drängen seit 1980 regelmäßig [...] zum Ausdruck gebracht, daß ‚militärische Aggressionen‘
in Gebieten außerhalb der NATO die vitalen Interessen von Bündnispartnern bedrohen können, daß
dies den Einsatz ‚out of area‘ militärischer Streitkräfte einzelner Mitgliedsstaaten“ bzw. die Unterstüt-
zung solcher Einsätze durch die NATO-Mitgliedstaaten notwendig machen könne. Daher müßten
„die Auswirkungen und die zu ziehenden Folgerungen dieser Dislozierungen auf die Sicherheit und
Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses gemeinsam in den zuständigen Gremien des Bündnisses ge-
prüft werden“. Wieck empfahl, im bilateralen Gespräch mit den USA die bisher von der NATO for-
mulierten politischen Grundsätze für den Einsatz verbündeter Streitkräfte zu betonen, nämlich:
„nur a) zur Abschreckung oder zur Verteidigung gegen Angriffe (der SU oder Verbündeter der SU
mit aktiver sowjetischer Unterstützung) auf die Unabhängigkeit von Staaten der [dritten] Welt],
namentlich in S[üd]W[est]A[sien]; b) auf Verlangen dieser Staaten; c) wenn neben der Unabhängig-
keit noch weitere ‚vitale Interessen‘ des Westens (z. B. Ölversorgung) bedroht sind“. Vgl. den Draht-
bericht Nr. 760; VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Zum Aufbau einer „Rapid Deployment Force“ durch die USA vgl. Dok. 10, Anm. 16.

- an De-facto-Ausdehnung des NATO-Vertragsbereichs⁹ sei nicht gedacht;
 - Befürchtung, Maßnahmen für die Sicherheit in SWA¹⁰ könnten auf Kosten der Abschreckung in Europa gehen, sei nicht gerechtfertigt, beides sei komplementär. Sicherheit der Verbündeten insgesamt werde durch das out-of-area-Konzept vergrößert;
 - im Rahmen des Sicherheitskonzepts für SWA seien militärische Maßnahmen nur eine Komponente. Politische, diplomatische und wirtschaftliche Mittel seien weiter von erstrangiger Bedeutung;
 - dieses Out-of-area-Konzept sei nicht an Präsident Reagan gebunden: Es sei unter Carter seit Januar 1980 entworfen worden und werde auch für folgende Administrationen verpflichtend bleiben.
- 4) Vertreter des Pentagon gaben folgende Erläuterungen zur militärischen Seite des Konzepts:
- Bei der Bedrohung SWA betrachte man die Gefahr eines direkten sowjetischen Eingreifens als die am wenigsten wahrscheinliche Variante. Akuter seien innere Unstabilitäten oder Ausbruch unterregionaler Konflikte;
 - sieben Divisionen RDF stellten glaubhafte Abschreckung auch gegenüber den im Norden dislozierten 29 Divisionen der SU dar;
 - man werde für die RDF in der Regel keine neuen Kampfeinheiten schaffen, sondern auf schon vorhandene zurückgreifen;
 - gegenwärtig könnten zwei Armeedivisionen innerhalb von sechs Wochen nach SWA verlegt werden. Für 1988 werde als Ziel Verlegung von fünf Armeedivisionen innerhalb von acht Tagen angestrebt;
 - bis 1988 plane man für die RDF und andere Maßnahmen zur Sicherheit SWA Ausgaben in Höhe von 13,6 Mrd. US-Dollar (zusätzlich zu den hierfür seit 1980 schon aufgewendeten 4,8 Mrd. Dollar);
 - man ziehe aus politischer Rücksichtnahme auf einen möglichst geringen Grad an „Sichtbarkeit“ in der Region: deshalb Verzicht auf größeres Oberkommando und Beschränkung auf den Ausbau bestimmter Infrastrukturen sowie des Kommunikationsnetzes vor Ort;
 - alle möglichen Einsatzplanungen für die RDF gingen von Gebot höchster Flexibilität aus. Ein bestimmtes Krisen-Szenario sei jedoch nicht vorhersehbar, was vorherige Abstimmung hierzu fast unmöglich mache.
- 5) Eher allgemein äußerte sich US-Seite zu Leistungen, die von den Verbündeten erwartet werden. Als Kategorien wurden genannt:
- direkte militärische Beiträge derjenigen Partner, die dies politisch wünschten und militärisch hierzu in der Lage seien;
 - angemessene Beiträge aller anderen im Rahmen der Arbeitsteilung. US-Seite vermied hierzu präzise Aussagen und ließ erkennen, daß entsprechende Anforderungen (z.B. Kompensationen für Verbände, die der RDF zugeteilt werden) durch zuständige NATO-Militärstellen an die Nationen gerichtet wür-

⁹ Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹⁰ Südwestasien.

den. Hierbei sei Rücksicht auf vorhandene finanzielle Spielräume durchaus angebracht („allies should fill the gap as much as they can“);

- Unterstützung bei Transit und Überflugrechten.

Als eine besondere Kategorie von nichtmilitärischen arbeitsteiligen Maßnahmen, für die deutsche Beiträge in Frage kommen könnten, wurden genannt:

- Besuche im RDF-Oberkommando in Florida,
- Entsendung von Beobachtern zu Übungen der RDF,
- Beteiligung an Infrastruktur-Maßnahmen in der Region (z. B. Hafenausbau),
- Unterstützung des Ziels, eine standardisierte militärische Ausrüstung in Ländern der Region SWA zu erreichen,
- Zurverfügungstellen von deutschem Schiffsraum im Krisenfälle.

6) Die deutsche Seite äußerte sich auf Grundlage des BSR-Beschlusses vom 3.11.1982.¹¹ Sie stellte zahlreiche Fragen, verwies u. a. auf schon geleistete politische und wirtschaftliche Beiträge zur Stabilisierung der Region, wiederholte ihre Bedenken gegen ein zu stark militärisch betontes Out-of-area-Konzept (u. a. keine zu starke militärische Präsenz in der Region!), stellte klar, daß zusätzliche militärische Leistungen in der Größenordnung, wie sie zur Zeit von den NATO-Militärbehörden im Rahmen des „Kompensations“-Konzepts gegenüber deutscher Seite geltend gemacht würden (u. a. Stellung von 73 000 Reservisten für Unterstützungsaufgaben), aus Haushaltsgründen nicht erbracht werden könnten, und erklärte sich zu arbeitsteiligen Maßnahmen, soweit sie einen Einsatz der Bundeswehr in der Region nicht implizierten, grundsätzlich bereit.

7) Im Ergebnis der Besprechung sagte deutsche Seite zu, eine Liste solcher Maßnahmen zu erstellen, die zur Stärkung der Sicherheit in SWA schon erbracht worden sind oder in Zukunft zu diesem Zweck eventuell erbracht werden können.¹²

II. Trotz einer insgesamt konstruktiven Haltung und auch eines gewissen Verständnisses für unsere Haushaltslage ließ US-Seite in der Substanz ein Abrücken von der bisher uns gegenüber eingenommenen Position nicht erkennen. Zwar ist sie sich bewußt, daß wir in absehbarer Zeit den Forderungen vor allem im Bereich der Kompensationen umfassend nicht nachkommen können. Gleichwohl messen US grundsätzlicher Anerkennung dieser Forderungen im

¹¹ Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vermerkte Referat 201 am 27. Mai 1983, darin werde „grundsätzlich Solidarität mit den USA bei Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen – besonders in S[üd]W[est]A[sien]“ ausgedrückt. Gleichzeitig werde „auf das Erfordernis rechtzeitiger Konsultationen sowie auf Grenzen unseres möglichen Engagements (keine Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebiets)“ hingewiesen sowie die „auf Förderung von Unabhängigkeit und echter Blockfreiheit gerichtete Dritte-Welt-Politik“ der Bundesregierung unterstrichen. Vgl. VS-Bd. 12006 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Am 3. Juni 1983 berichtete Botschafter Hermes, Washington, die amerikanische Delegation sei „mit den Gesprächen in Europa, insbesondere mit denen in Bonn, sehr zufrieden gewesen. Den deutschen Vorschlag, die einzelnen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aktivitäten der Verbündeten in Südwestasien in einer Liste zu erfassen, habe man inzwischen operativ aufgegriffen und den amerikanischen Botschaften in den verbündeten Hauptstädten entsprechende Weisung erteilt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2517; VS-Bd. 11984 (201); B 150, Aktenkopien 1983. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann übermittelte dem Attaché an der amerikanischen Botschaft, Reed, am 12. August 1983 „eine Aufstellung deutscher ziviler und militärischer Leistungen zur Gewährleistung der Stabilität in Südwestasien“. Vgl. VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Zusammenhang mit ihrem Out-of-area-Konzept große politische Bedeutung bei. Wir haben Bereitschaft der US-Seite zu sachlicher Vertiefung des Out-of-area-Dialogs mit uns begrüßt, zugleich jedoch deutlich gemacht, daß wir bei unseren Leistungen über den im BSR-Beschluß vom 3.11.1982 gesteckten Rahmen nicht hinausgehen können.

Schauer¹³

VS-Bd. 11983 (201)

151

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libanesischen Außenminister Salem

21. Mai 1983¹

Arbeitsbesuch des libanesischen Außenministers Elie Salem in Bonn am 21.5.1983²

BM empfing den libanesischen Außenminister Elie Salem am 21.5.1983 zu einem zweistündigen Gespräch.

Nach der Begrüßung durch *BM* drückte *AM Salem* den Wunsch nach Intensivierung der deutsch-libanesischen Beziehungen aus. Als Wissenschaftler³ sei er voller Bewunderung für deutsche Literatur und Philosophie. Auf politischem Gebiet hoffe er auf eine größere Rolle der Bundesrepublik im Nahen Osten und auch bei der Lösung des Libanon-Problems. Libanon brauche Unterstützung. Das demokratische Experiment im Libanon, in dem mehrere Gemeinschaften zusammen leben, dürfe nicht fehlschlagen.

¹³ Paraphe vom 20. Mai 1983.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler gefertigt und an „Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung“ geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Horstmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen und Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte.

Hat Jansen am 27. Mai und Ischinger am 30. Mai 1983 vorgelegen.

² Botschafter Eitel, Beirut, kündigte am 19. Mai 1983 telefonisch den Besuch des libanesischen Außenministers an. Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am selben Tag, daß Salem am 20. Mai 1983 in Rom mit dem italienischen Außenminister Colombo zusammentreffen und Gespräche im Vatikan führen werde. Außerdem sei ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Cheysson vorgesehen: „Zweck der Reise: 1) Politische Unterstützung des Libanon in der derzeitigen Lage nach Unterzeichnung des Abkommens mit Israel; 2) Bitte um evtl. Vermittlung in Damaskus.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135766.

³ Vor seiner Ernennung zum libanesischen Außenminister am 7. Oktober 1982 war Elie Salem als Professor für politische Wissenschaften und Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät an der American University of Beirut tätig. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 453 des Botschaftsrats Altenburg, Beirut, vom 15. Oktober 1982; Referat 310, Bd. 135715.

Auf das am 17.5.1983 unterzeichnete Abkommen zwischen Libanon und Israel⁴ übergehend, bemerkte AM Salem, daß es sicherlich Schwächen habe, aber das beste sei, das z.Zt. erreichbar sei. Nichts sei perfekt. Wichtig sei, daß die Souveränität Libanons habe gewahrt werden können.

Syrien habe keinen Anlaß zur Kritik.⁵ Seine Sicherheit werde nicht berührt. Syriens Haltung sei im übrigen die Position der Sowjetunion. Die SU wolle keinen Erfolg der USA im Libanon und im Nahen Osten. Sie beanspruche ein Mitspracherecht.⁶

Es gehe für Libanon gegenwärtig um Leben und Tod. Deutschland wisse, was eine solche Krise bedeute. Libanon verlasse sich auf seine Freunde USA, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland, um aus dem gegenwärtigen „Schlamassel“ herauszukommen.

AM Salem übergab sodann den Abkommenstext und erläuterte die wichtigsten Bestimmungen.

Er hob besonders hervor, daß anstelle von bisher bis zu 50 000 israelischen Soldaten sich künftig maximal 50 Israelis als Mitglieder des gemeinsamen Überwachungsteams (joint supervisory teams) zusammen mit Libanesen und Amerikanern in der Sicherheitszone aufhalten dürften. Diese minimale Präsenz sei zusammen mit der Verpflichtung, in sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Abkommens in Verhandlungen über die künftigen Beziehungen eintreten zu müssen, der Preis für den Rückzug der israelischen Truppen. Libanon habe diesen Erfolg ohne einen Friedensvertrag erreicht. Wenn Präsident Assad verlange, Libanon solle bis zur Befreiung der Golan-Höhen kämpfen, so sei dies ein unbilliges Verlangen.

Er gehe davon aus, daß der Libanon in naher Zukunft Verhandlungen mit Syrien über den Truppenabzug beginnen werde. Libanon wolle ein Abkommen mit Syrien, das den syrischen Interessen Rechnung trage. Die Gespräche mit Syrien müßten in einigen Wochen, spätestens in vier Wochen beginnen. Er hoffe, daß Syrien sich von der SU lösen könne.⁷

⁴ Nachdem das israelische und das libanesische Parlament am 16. Mai 1983 das am 15. Mai 1983 vereinbarte Abkommen zwischen Israel und dem Libanon über die Beendigung des Kriegszustands, die gegenseitige Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie den Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Libanon gebilligt hatten, wurde es am 17. Mai 1983 in Kirjat Schmoneh und Chalde unterzeichnet. Für den Wortlaut einschließlich der Anlage über Sicherheitsvereinbarungen und der Zusatzvereinbarungen vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1309–1322.

⁵ Zur syrischen Haltung zu einem israelisch-libanesischen Abkommen vgl. Dok. 146, Anm. 22.

⁶ Am 20. Mai 1983 berichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, in der UdSSR mehrten sich „Reaktionen offiziöser und offizieller Sprecher, die als klare Ablehnung des Übereinkommens auch durch die SU zu bewerten“ seien. Es sei damit zu rechnen, daß die sowjetische Regierung versuchen werde, über ihre libanesischen „Gesinnungsfreunde die Verwirklichung der vorgesehenen israelisch-libanesischen Regelungen zu verhindern. Nach der hiesigen Diktion erlangt das israelisch-libanesische Abkommen inzwischen schon fast Camp-David-Rang mit seinem angeblich spalterischen Effekt unter den Arabern und vor allem mit seiner Konsequenz, daß die Sowjets von der Beteiligung an einer weiteren Friedensregelung ausgeschlossen sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2146; Referat 310, Bd. 135768.

⁷ Auf einen Bericht des Bundesministers Genscher über sein Gespräch mit dem libanesischen Außenminister antwortete der amerikanische Außenminister Shultz am 24. Mai 1983, Salems „reference to the next four weeks as the critical period might be a bit too limited. President Assad, in our experience, is a patient and persistent bargainer. He is now testing the strength of Lebanon's internal

Wenn die syrischen Truppen im Libanon blieben, würde auch Israel sich nicht zurückziehen. Dann würde ein Kollaps des ganzen, mühselig erzielten Arrangements mit Israel eintreten.

BM erkundigte sich danach, ob der syrische Abzug von einer syrischen oder sowjetischen Entscheidung abhängige. Die Frage sei, ob Syrien die Kraft habe, sich aus der starken sowjetischen Umklammerung lösen zu können. Man müsse das Problem bei den Ursachen anpacken. Das Problem werde mit jedem Tag schwieriger. Die syrische Haltung versteife sich immer mehr. Darüber hinaus frage er sich, wie die Haltung der einflußreichen Araber sei. Er habe mit großer Befriedigung von der positiven Stellungnahme des Golfkooperationsrates⁸ Kenntnis genommen. Welche Haltung nehme Saudi-Arabien nach den Gesprächen mit Assad⁹ ein?

AM Salem erwiderte, daß die SU viel Einfluß in Syrien habe, aber Assad sei keine Marionette. Assad sei ein harter Taktiker. Er werde eine unabhängige Entscheidung treffen. Er benutze die Sowjets. Ungeachtet seiner engen Beziehungen zur SU habe er gute Beziehungen zu den konservativen arabischen Staaten, insbesondere Saudi-Arabien und Marokko, aufrechterhalten und auch den Draht nach Washington nicht abreißen lassen. In Saudi-Arabien sei Prinz Abdullah mit der Koordinierung der Beziehungen mit Syrien beauftragt.

Syrien habe Libanon „gekidnappt“ und wolle jetzt einen Preis für den Abzug: von Libanon Sicherheit und von Saudi-Arabien Bargeld, von den anderen gemäßigten Arabern Anerkennung seiner Rolle, von den USA die Golan-Höhen.

Assad wäge noch das Für und Wider ab. Er habe sich noch nicht entschieden. Er stelle Maximalforderungen und wolle maximale Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Beispielsweise wolle er nicht Habib als Vermittler in Damaskus, sondern Shultz und die EG-Staaten.¹⁰

Fortsetzung Fußnote von Seite 792

consensus as well as its Arab support in order to be in a position to judge what demands he is able to make in connection with Syria's eventual withdrawal. [...] Neither President Assad nor Foreign Minister Khaddam raised the Golan problem with me during my visit to Damascus, but other Arab Governments have suggested that the U.S. position on Golan may be an important inducement to Syria.“ Nach Ansicht der amerikanischen Regierung gelte die Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 auch für die Golan-Höhen, aber: „I should caution that near term active consideration of the Golan issue seems remote“. Vgl. Referat 310, Bd. 135768.

⁸ Der Golfkooperationsrat auf Ministerebene tagte am 18./19. Mai 1983 in Riad. Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, berichtete am 24. Mai 1983, eine ausdrückliche Billigung des israelisch-libanesischen Abkommens vom 17. Mai 1983 werde nicht ausgesprochen, „wohl aber ‚Respekt vor der auf dem in der Verfassung vorgesehenen Wege zustande gekommenen Entscheidung des Libanon‘. [...] Beide Länder werden gelobt für ihren Einsatz zugunsten der Palästinenser. Im Unterschied zur saudischen Erklärung wird als Ziel aller arabischen Bemühungen wieder ‚die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates im eigenen Land‘ genannt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 293; Referat 310, Bd. 137545.

⁹ Am 10. Mai 1983 teilte Botschafter Wöckel, Damaskus, mit: „Nach dem Kurzbesuch von Shultz in Saudi-Arabien haben sich Präsident Assad und AM Khaddam 24 Stunden in Riad aufgehalten. Auf die Gunst der Saudis scheinen Amerikaner gleichermaßen wie Syrer zu setzen. Angesichts dieses Werbens von entgegengesetzten Seiten wird sich Saudi-Arabien wahrscheinlich mehr denn je außerstande sehen, das Geschehen direkt zu bestimmen. Es wird sich allenfalls, aus dem Hintergrund operierend, um Annäherung der Standpunkte bemühen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 326; Referat 310, Bd. 135768.

¹⁰ Botschafter Wöckel, Damaskus, berichtete am 19. Mai 1983, daß die syrische Regierung einen Besuch des Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Habib, abgelehnt habe: „Man habe mit Habib nichts zu besprechen, insbesondere als Habib einer der den Arabern und

Sodann berichtete AM Salem über sein letztes Treffen mit Assad.¹¹ Er habe Assad gesagt, daß er nicht über Ideologie, sondern über die Sache mit ihm sprechen wolle.

Zur Charakterisierung von Assad merkte er an, daß dieser sich sehr esoterisch gebe. Seine Sprache habe stets eine doppelte Bedeutung. Er sei nicht sicher, ob AM Shultz ihn richtig verstanden habe.¹² Beide seien zu verschieden. Shultz sei sehr „germanisch“, direkt und ohne Umschweife. Assad rede lange drumherum.

Jetzt gebe es mehrere Möglichkeiten der Hilfe für Libanon. Eine schwierige Lage würde entstehen, wenn die USA mit ihren Bemühungen in den nächsten Wochen und Monaten scheitern würden. Um so mehr komme es darauf an, daß jetzt auch die EG-Staaten sich aktiv einschalteten und eine Vermittlerrolle in Damaskus übernähmen.

AM Salem äußerte sich sehr positiv über die Europäische Gemeinschaft, die in den 60er Jahren eine wichtige Rolle im Libanon gespielt habe. Er bitte uns, sein Petitum am nächsten Wochenende zum Gegenstand der Gespräche mit AM Shultz in Williamsburg¹³ zu machen.

Auf Frage von BM präzierte AM Salem seine Bitte um Unterstützung dahin, daß der Libanon mit den USA zusammenarbeiten müsse. Er denke nicht an eine unabhängige Rolle der EG. Das wäre ein falsches Signal gegenüber der SU und Syrien. Es dürfe daher keine Initiative gegen die USA geben.

BM antwortete, daß die EG nie den Ehrgeiz gehabt habe, eine dritte Position unabhängig von den USA zu beziehen. Wir könnten die US-Politik nur flankierend unterstützen und die USA zu überzeugen versuchen, wenn dies aus unserer Sicht nötig sei. Wir hätten nicht die Absicht, in ein Konkurrenzverhältnis zu den USA einzutreten.

AM Salem ergänzte seine Vorstellungen dahin, daß die Zehn vielleicht zur Gesichtswahrung für Syrien akzeptabler seien als die USA. Sie stünden etwas außerhalb des Globalkonflikts zwischen den USA und der SU.

BM gab zu bedenken, das Problem bestehe gegenwärtig darin, daß die Syrer nicht, wie Salem meine, von ihrer Position „heruntersteigen“ wollten, sondern im Gegenteil noch „hinaufzusteigen“ schienen.

AM Salem fuhr fort, er denke besonders an ein enges Zusammengehen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. AM Cheysson habe ihm vor einiger Zeit zugesichert, daß er bereit sei, auf Assad einzuwirken.¹⁴ Jetzt sei die Zeit dazu gekommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 793

ihrer Sache am feindlichsten gesinnten amerikanischen Politiker sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; Referat 310, Bd. 137542.

¹¹ Der libanesische Außenminister Salem führte am 12./13. Mai 1983 Gespräche mit Präsident Assad in Damaskus.

¹² Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7. Mai 1983 in Damaskus auf.

¹³ Zur Erörterung der Lage im Nahen Osten am Rande des des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg vgl. Dok. 161.

¹⁴ Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 6. bis 8. April 1983 anlässlich einer Botschafterkonferenz in Beirut auf. Über seine Gespräche am Rande der Konferenz teilte Cheysson den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten am 8. April 1983 mit, „daß er sowohl von Präsident Assad sowie von AM Khaddam förmliche Zusagen dafür habe, daß sich die Syrer zurückziehen würden, wenn Israel seine Truppen aus dem Libanon abzüge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 240; Referat 310, Bd. 135767.

BM warf ein, daß Frankreich eine Menge tun könne, wir einiges. Er kenne Assad recht gut. Er könne alles bestätigen, was der AM über Assad gesagt habe.

Er sehe seine EG-AM-Kollegen am Dienstag, den 24.5. in Brüssel anlässlich der Ratstagung und werde mit ihnen oder mit F und I gesondert den libanesischen Wunsch besprechen.¹⁵

BM erkundigte sich nach der Substanz der von uns erwarteten Operation.

AM Salem antwortete, AM Shultz habe nach seiner 10tägigen Pendelmission¹⁶ großen Erfolg gehabt. Shultz genieße hohes Ansehen im Libanon, in Israel und der arabischen Welt. Die Zeit sei knapp, um Syrien zu überzeugen, nicht mehr als ein Monat. Sonst werde Israel es sich vielleicht wieder anders überlegen und sich vielleicht einseitig auf eine Sicherheitslinie zurückziehen. Inzwischen könne auch die libanesisische Einheit wieder zerbröckeln. Er bitte daher um ein koordiniertes Vorgehen der EG in Damaskus.

Er fügte hinzu, daß es im Falle eines Fehlschlages auch keine Chance mehr gebe, das Palästinenserproblem zu lösen. Dann werde sich die sowjetische Linie im Nahen Osten mehr und mehr durchsetzen. Libanon habe gegenwärtig eine sehr schwierige Phase durchzustehen.

BM knüpfte an Salems Bemerkung über die SU an. Er habe AM Shultz am Rande der OECD-Tagung gefragt, ob die USA mit der SU im Gespräch sei.¹⁷ Er, BM, glaube nicht, daß die SU hilfreich sei, aber die SU müsse wissen, daß die Lösung des Libanon-Problems wichtig für das Verhältnis SU–USA sei. Das Libanon-Problem sei vielleicht noch von allen Konfliktherden am leichtesten zu lösen, weil es in globaler Hinsicht nicht so prestigebelastet sei. Hier könne die SU noch am ehesten ein konstruktives Zeichen setzen. Die USA ihrerseits hätten Einfluß auf Israel. Wenn er Einfluß im Libanon gehabt hätte, hätte er sich wahrscheinlich genau so wie die libanesisische Regierung verhalten. Man müsse an Rechten alles nehmen, was zu erhalten sei (vgl. unsere Haltung in der Deutschlandfrage). Man könne alles akzeptieren, was den weiteren Weg nicht verbaue. BM bewertete das Arrangement des Libanon mit Israel als richtig.

Die Frage sei, wie man Syrien ins Spiel bringen könne. Er erkundigte sich auch nach dem Verhalten der PLO.

AM Salem erwiderte, daß die Aussage des BM ein sehr wichtiger Punkt sei. Er teile die Auffassung des BM, daß die Großmächte im Libanon nicht allzu viel

¹⁵ Über die Beratungen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zur Lage im Nahen Osten am Rande des EG-Ministerrats am 24./25. Mai 1983 in Brüssel teilte Bundesminister Genscher am 25. Mai 1983 der Presse mit, die EG-Mitgliedstaaten hätten „ausdrücklich ihr Eintreten für die Unabhängigkeit, die Souveränität, die territoriale Integrität und die Einheit des Libanon“ bekräftigt. Ebenso hätten sie ihre Unterstützung für die libanesisische Regierung zugesagt, „die die Legalität und die libanesisische Legitimität verkörpert und die daran arbeitet, die Autorität des Staates ohne Einschränkungen dadurch wiederherzustellen, daß alle fremden Truppen, deren Präsenz von ihr nicht ausdrücklich gebilligt wird, abziehen“. Eine förmliche Erklärung aller EG-Mitgliedstaaten habe nicht abgegeben werden können, weil Griechenland „eine davon in bestimmten Punkten abweichende Auffassung“ bereits öffentlich geäußert habe. Vgl. den Runderlaß Nr. 3223; Referat 310, Bd. 137545.

¹⁶ Zur Vermittlungsmission des amerikanischen Außenministers Shultz vom 25. April bis 8. Mai 1983 im Nahen Osten vgl. Dok. 131, Anm. 3.

¹⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz sowie den Außenministern Cheysson (Frankreich) und Pym (Großbritannien) am Rande der OECD-Ministerratstagung am 9./10. Mai 1983 in Paris vgl. Dok. 131.

Prestige investiert hätten. Die SU habe durchaus die Möglichkeit, sich zu bewegen. Man müsse diese Gesichtspunkte an die SU und USA heranbringen.

BM erwiderte, daß er mit Shultz darüber in Williamsburg sprechen werde.

AM Salem fuhr fort, er habe gestern, am 20.5., von der US-Botschaft in Rom aus mit *AM Shultz* telefoniert. Shultz habe ihm gesagt, daß er Dobrynin von Zeit zu Zeit sehe. Shultz wolle die SU aber aus dem Nahen Osten heraushalten. Er glaube nicht an eine Kooperation der SU.

BM faßte seine Position zu einer möglichen Rolle der SU im Nahen Osten dahin zusammen:

Es gebe einige Stimmen im Westen, die meinten, man solle mit der SU im Nahen Osten zusammenarbeiten.

Auch einige Araber, z.B. die Saudis, überlegten, ob es nicht besser sei, die Sowjets in die Friedensbemühungen mit einzubeziehen.

Er sei immer der Meinung gewesen, daß eine Beteiligung der SU falsch sei. Eine dauerhafte Friedenslösung liege gegenwärtig nicht im Interesse Moskaus. Die SU brauche vielmehr Instabilität im Nahen Osten.

Dies sei eine Sache. Die andere sei, wie könne man es der SU klarmachen, daß sie Verantwortung tragen müsse, ohne beteiligt zu sein? Wir müßten ihr klarmachen, daß sie kein Störfaktor im Libanon und im Nahen Osten sein dürfe, wenn sie ein gutes Verhältnis zum Westen haben wolle. Wenn sie sich vernünftig zum Abzug der Syrer aus Libanon verhalte, nehme sie eine positive Position ein, wenn nicht, dann sei dies eine negative Position. Dobrynins Gespräche in Washington seien daher wichtig. Dobrynin sei so wichtig, daß er fast eine „Außenstelle“ des sowjetischen Außenministeriums in Washington sei.

AM Salem erwähnte in diesem Zusammenhang, daß auch Botschafter Soldatow in Beirut ein hochrangiger Diplomat sei, der dort seit sechs Jahren auf Posten und praktisch der Beauftragte der Sowjets für den ganzen Nahen Osten sei. Was der *BM* zur Rolle der Sowjets im Nahen Osten gesagt habe, sei sehr klar und überzeuge ihn.

Zur Frage der PLO: Diese spiele keine unabhängige Rolle. Sie werde sich nur bewegen, wenn auch Syrien sich bewege. Mehr denn je gelte heute, daß, wenn man mit Syrien verhandle, man gleichzeitig auch mit der PLO verhandle. Der Abzug der PLO hinge völlig von Syrien ab.

BM erkundigte sich sodann nach dem Verhalten anderer arabischer Staaten zum Abkommen.

AM Salem gab folgende Einschätzung („eine undiplomatische Antwort“): Irak unterstütze das Abkommen wegen des schlechten Verhältnisses zu Syrien.¹⁸

König Hussein sei sowohl besorgt als auch befriedigt. Befriedigt, weil die Glaubwürdigkeit der USA wieder zugenommen habe, von der er abhängе. Mit dem zweiten Auge schaue er nach der Westbank, wo er Erfolg brauche.

¹⁸ Am 29. Mai 1983 resümierte Botschaftsrat I. Klasse Arndt, Bagdad, die irakische Haltung: „keine Billigung des Abkommens, aber auch keine Ablehnung. In vorliegender Form mit den erheblichen Souveränitätseinschränkungen des Libanon sei das Abkommen nicht akzeptabel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 390; Referat 310, Bd. 135768.

Kuwaits Haltung sei wegen der zahlreichen Palästinenser zwiespältig. Libanon sei Herr in seinem Haus, aber solle sich mit Syrien arrangieren.

König Fahd von Saudi-Arabien unterstütze das Abkommen. Der Golf-Kooperationsrat habe die positive Stellungnahme nicht ohne den Segen Saudi-Arabiens abgeben können. Andererseits sei die Unterstützung der Saudis lauwarm.¹⁹

Libyens Haltung sei irrational („standard behaviour of Gaddafi“).

Marokko und Tunesien seien sehr hilfreich, Algerien im großen und ganzen verständnisvoll (der Präsident²⁰ hilfreich, der AM²¹ doppelzüngig).

Insgesamt setzten sich 90 % der Araber für den Libanon ein. Libanon befinde sich in einer sehr starken Position. Hassan II. von Marokko habe vorgeschlagen, die drei AM der Maghrebländer²² nach Damaskus zu entsenden. Er, Salem, habe den Marokkanern gesagt, daß sie sich vorher mit den USA abstimmen sollten.

Nach diesem Überblick kam AM Salem auf die Frage zurück, was die EG tun könne.

Er legte zunächst dar, welche Anreize es für Assad gebe, seine Haltung zu modifizieren:

1) Eine Lösung der Libanon-Frage werde sich positiv in der arabischen Welt für Syrien auswirken.

2) Als Gegenleistung werde Syrien Berücksichtigung seiner Interessen finden und einen „guten Vertrag“ erhalten. Libanon wünsche gute Beziehungen mit Syrien auf allen Gebieten, insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Er sei bereit, einen Preis für den syrischen Rückzug zu zahlen, so wie er dies auch gegenüber Israel getan habe.

3) Der Rückzug Syriens sei die einzige Garantie für den israelischen Rückzug, der im Interesse der arabischen Welt liege und einen Gewinn für Syrien bedeute.

4) Syrien könne durch eine Deblockierung des Libanon-Problems eine größere Rolle bei der Lösung des Kernproblems des Nahost-Konfliktes spielen.

Das Golan-Problem sei kein Hindernis für eine Libanon-Lösung, da es für Assad jetzt nicht prioritär sei und vorwiegend taktische Bedeutung habe.

Auf Frage von D³²³ bemerkte AM Salem, daß Prestigefragen für Assad sehr wichtig seien. Andererseits sei Assad Realpolitiker.

Internationaler Druck auf Assad sei sehr wichtig, um ihn zum Einlenken zu bringen. Eine unterstützende Erklärung der EG für Libanon würde sehr hilfreich sein. Hochrangige Besuche aus den EG-Staaten und den USA könnten

¹⁹ Ministerialdirektor Gorenflos gab am 20. Mai 1983 die Einschätzung: „Die Hoffnung der USA, daß die gemäßigten arabischen Staaten, vor allem Saudi-Arabien, Syrien zum Einlenken bewegen könnten, erscheint optimistisch. Zwar erhält Syrien von Saudi-Arabien eine Finanzhilfe, die auf 1 bis 1,7 Mrd. US-\$ p[er] a[nnum] geschätzt wird. Doch ist mehr als zweifelhaft, ob die Saudis wirklich wirksamen Druck ausüben werden. Darüber hinaus ist auch fraglich, ob eine ‚Scheckdiplomatie‘ Erfolg verspricht, wenn das syrische Regime seine Sicherheitsinteressen als gefährdet ansieht.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135768.

²⁰ Chadli Bendjedid.

²¹ Ahmed Taleb Ibrahim.

²² M'Hamed Boucetta (Marokko), Béji Caid Essebsi (Tunesien) und Ahmed Taleb Ibrahim (Algerien).

²³ Walter Gorenflos.

dazu beitragen, Assads Gesicht zu wahren. Assad würde dies schmeicheln und ihm das Gefühl geben, daß er nicht isoliert sei. Er, Salem, hoffe, daß man in Williamsburg einen koordinierten Plan aufstellen werde. Assad werde zwar etwas Lärm machen, aber nach zwei bis drei Wochen werde er nach seiner Auffassung nachgeben. Äußerer Druck und psychologisches Einfühlungsvermögen könnten ihn schließlich dazu bringen.

BM bemerkte dazu, daß es möglicherweise schwierig für Assad sei, sich mit dem Abkommen abzufinden. Die Sicherheitsfrage könne nach seiner Meinung noch am ehesten gelöst werden.

AM Salem antwortete, daß hinsichtlich der Sicherheit Syrien und Israel beide das Gleiche wollten. Assad wolle beispielsweise wie die Israelis in die libanesischen Armee hineinreden, fordere Verbindungsoffiziere, Libanon solle keine Basis gegen Syrien sein etc. Assad glaube, daß Libanon eine Art Wurmfortsatz von Syrien sei. Libanon habe Syrien seit dem Weltkrieg II wirtschaftliche Privilegien eingeräumt. Viele Fragen könnten mit Syrien geregelt werden. Libanon sei bereit, auch mit Syrien Arrangements zu treffen. Assad wolle möglicherweise nicht spiegelbildliche Arrangements, damit es nicht so aussehe, als folge Syrien Israel. „We are ready to play the game.“ Salem wiederholte, daß die Zeit begrenzt sei. Die Lösung der Libanon-Frage sei der Schlüssel zur Lösung aller anderen Nahost-Fragen.

Er, Salem, habe um ein Vier-Augen-Gespräch mit Assad (ohne Khaddam) gebeten. Er habe Assad gefragt, was Libanon tun müsse, um ihn zufriedenzustellen. Assad sei darauf eingegangen und habe sich sehr interessiert für den Inhalt eines möglichen Abkommens gezeigt. Daraus schließe er, daß Assad noch nicht das letzte Wort gesprochen habe. Bezeichnend sei allerdings dessen doppelbödige Denkweise: Er wolle nach seinem Eindruck ein Abkommen, das nach außen so aussehe, als ob es gegen Israel gerichtet sei, es in Wirklichkeit aber nicht sei. Unter vier Augen spreche er ganz anders als in der Öffentlichkeit. In den Jahren nach dem letzten Nahost-Krieg 1973²⁴ habe Assad sich ähnlich verhalten, aber schließlich doch das von Kissinger vermittelte Entflechtungsabkommen abgeschlossen.²⁵

BM äußerte die Befürchtung, daß eine Verbindung des Abzugs aus dem Libanon mit der Golan-Frage dazu führen werde, daß die Syrer im Libanon blieben.

AM Salem wiederholte, daß der Golan ein taktisches Spiel sei. Solange der Golan bei Israel bliebe, könne Assad den Konfrontationskurs gegenüber Israel beibehalten und daraus seinen Anspruch auf Führung der arabischen Welt herleiten.

²⁴ Am 6. Oktober 1973, dem israelischen Feiertag Jom Kippur, begannen am Suez-Kanal ägyptische Angriffe auf das Sinai-Gebiet sowie syrische Angriffe auf israelische Stellungen auf den Golan-Höhen. Nachdem erste Bemühungen um einen Waffenstillstand am 22./23. Oktober 1973 erfolglos geblieben waren, wurde am 11. November 1973 eine ägyptisch-israelische Vereinbarung über einen Waffenstillstand unterzeichnet. Vgl. dazu den Artikel „Israel und Ägypten unterzeichnen Waffenstillstand“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. November 1973, S. 1.

²⁵ Am 31. Mai 1974 unterzeichneten Israel und Syrien in Genf eine Vereinbarung über Truppenentflechtung. Sie sah außer einem Waffenstillstand den Rückzug der beiderseitigen Truppen auf festgelegte Linien, den Austausch der Kriegsgefangenen sowie die Bergung der Gefallenen vor. Ein zusätzliches Protokoll regelte die Aufgaben der VN-Truppe zur Überwachung der Truppenentflechtung. Für den Wortlaut des Abkommens und des Protokolls vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 329 f.

BM faßte zusammen: Er wolle

1) in Brüssel mit seinen EG-Kollegen über den libanesischen Wunsch sprechen und

2) in Williamsburg mit AM Shultz.

Wenn Libanon das Gefühl habe, daß die EG helfen könne, seien wir gern dazu bereit. Er wolle auch überlegen, ob er nach Syrien reisen werde. Er müsse aber von vornherein auf unsere begrenzten Mittel hinweisen. In der Sache selbst könnten wir nichts tun. Wir könnten aber versuchen, eine günstige politische Landschaft zu schaffen, die es Assad erleichtere, seine Haltung zu modifizieren.²⁶

AM *Salem* bezeichnete diesen Vorschlag als ausgezeichnete Idee.

Libanon sei bereit, mit Syrien über friedliche Beziehungen zu sprechen, nicht aber über seine Souveränität. Im übrigen sei er bereit, auf das „peculiar game“ in der arabischen Welt einzugehen. Dazu brauche er unsere Unterstützung.

BM versicherte, daß der Libanon viel Sympathie in Deutschland und im deutschen Volk genieße. Unser Wunsch sei es, daß im Nahen Osten Stück für Stück Stabilität geschaffen werde.

Referat 010, Bd. 178877

²⁶ Im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1983 in Brüssel erteilte Ministerialdirektor Gorenflos der Botschaft in Damaskus Weisung zu einer Demarche bei der syrischen Regierung. Diese solle „mangels Beschlusses der Zehn nicht förmlich, sondern im Sinne einer Diskussion über die Notwendigkeit auch eines syrischen Truppenabzugs durchgeführt werden. [...] Wenn bei der Lösung des Libanonproblems Fortschritte nicht erzielt werden, dann würde es auch keine Fortschritte bei der Lösung der Kernfrage des Nahost-Konflikts, der Palästinenserfrage, geben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 70 vom 26. Mai 1983; Referat 310, Bd. 137545.

Am 26. Mai 1983 übermittelte Botschafter Wöckel, Damaskus, den gemeinsamen Bericht der Vertretungen der EG-Mitgliedstaaten mit der Einschätzung: „The Heads of mission of the Ten in Damascus are of the opinion that at present any European demarche with the Syrian government aiming at their approval of the Israeli-Lebanese agreement or at a Syrian troop withdrawal from Lebanon would be of no avail.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 387; Referat 310, Bd. 137542.

152

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

214-320.10 POL-1084/83 VS-vertraulich

21. Mai 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Polen;

hier: Unsere Haltung zu dem Ergebnis der amerikanischen „Poland Review“⁴

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Billigung des Vorschlags unter 4) und Abstimmung im
Zehnerkreis am Dienstag, 24.5., mittags⁵

1) Deputy Assistant Secretary Palmer trug auf der speziell einberufenen NATO-Ratssitzung vom 19.5.1983 den wesentlichen Inhalt der vom US-Präsidenten gebilligten „Poland Review“ in Form von zirkulierten „speaking notes“ vor. Gegenüber dem ursprünglichen, am 11.5.1983⁶ in Paris im Viererkreis präsentierten amerikanischen Plan⁷ enthalten die „speaking notes“ ein größeres Maß an Flexibilität, das einen erheblichen Teil der von D, GB und F in London geäu-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil und Legationsrat I. Klasse Bußmann konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 21. Mai 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 22. Mai 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 24. Mai 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 24. Mai 1983 vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 25. Mai 1983 vorgelegen.

⁴ Zur Ankündigung einer Überprüfung der amerikanischen Politik gegenüber Polen („Poland Review“) vgl. Dok. 49 und Dok. 82.

Zu den Hintergründen teilte Botschafter Hermes, Washington, am 17. Mai 1983 mit, Präsident Reagan habe „gegenüber Polen seit dem Jahreswechsel an sich keinen akuten Entscheidungsbedarf“ gesehen, sich aber einem gewissen Druck durch amerikanische Medien und aus dem Kongreß ausgesetzt gefühlt, „mit noch größerem Nachdruck aufzutreten“. Die „Poland Review“ entspreche in ihrer „Verknüpfung von menschenrechtlichen Zugeständnissen und der Aufnahme von Umschuldungsgesprächen/Verhandlungen bzw. der Aufhebung einzelner Sanktionen der bisherigen Politik der Administration; der Präsident möchte verhindern, daß der Westen wie in der Vergangenheit die Entwicklung in einem osteuropäischen Land nach Ablauf einer gewissen Zeit akzeptiert und die westlichen Sanktionen sich sozusagen von selbst erledigen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2224; VS-Bd. 13406 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Am 24. Mai 1983 trafen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten anlässlich der EG-Ministerrats-tagung in Brüssel zusammen.

⁶ Korrigiert aus: „13.5.1983“.

⁷ Ministerialdirigent Schauer, z.Z. Paris, berichtete am 11. Mai 1983, bei seinem Treffen mit den Politischen Direktoren Andréani (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) am selben Tag habe Burt über die künftige amerikanische Politik gegenüber Polen informiert und die Aufzeichnung „Western policy toward rescheduling Polish debt and economic normalization“ übergeben. Kern der amerikanischen Überlegungen sei „ein schrittweises Vorgehen, das Fortschritte im Menschenrechtsbereich mit graduellen wirtschaftlichen Zugeständnissen verbinde“. Die amerikanischen Überlegungen, die NATO bereits am 13. Mai und den Pariser Club am 16. Mai 1983 mit der „Poland Review“ zu befassen, hätten jedoch Andréani, Bullard und auch er, Schauer, abgelehnt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 958; VS-Bd. 12951 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

Berten Überlegungen⁸ berücksichtigt, ohne den Kern der amerikanischen Vorstellungen aufzugeben: den Polen vor dem Papstbesuch⁹ mitzuteilen, was der Westen erwartet und was er bei Erfüllung dieser Erwartungen in schrittweisem Vorgehen zu tun bereit ist.¹⁰

2) Wir hatten zu den amerikanischen Vorschlägen in drei wesentlichen Substanzpunkten Übereinstimmung festgestellt (1. weiteres Einsetzen für Lockerungen in Polen: Freilassung der Gefangenen, Rückkehr der entlassenen Arbeiter an ihre Arbeitsplätze, Bemühungen um nationalen Konsensus, Gewerkschaftspluralismus¹¹, 2. kein Entgegenkommen gegenüber Warschau vor dem Papstbesuch, 3. Nutzung künftiger Verhandlungen mit Polen zur Förderung der vorgenannten Lockerungen) und zwei Bedenken geltend gemacht (1. Erfüllung der Wünsche des Papstes könnte vereitelt werden, wenn der Westen sie vor dem Papstbesuch förmlich zu seinen Bedingungen erklärt, 2. ein Schema starrer Verknüpfungen zwischen westlichen und polnischen Schritten ist als Druckinstrument ungeeignet).¹²

Die Amerikaner wollen sich jetzt darauf beschränken, den Polen die Hoffnung auf eine erfolgreiche Durchführung des Papstbesuches und die Freilassung der meisten Gefangenen auszudrücken und für diesen Fall die Bereitschaft zu Gesprächen über die Umschuldung (zunächst) für 1981¹³ anzukündigen. Für die

⁸ Zum „auf britische Initiative zustande gekommenen Treffen der stellvert[etenden] Politischen Direktoren“ am 18. Mai 1983 in London teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. London, am selben Tag mit, daß die amerikanischen Überlegungen zur Politik gegenüber Polen „in wesentlich flexiblerer Form“ präsentiert worden seien: „Die drei Europäer begrüßten übereinstimmend die amerikanische Bereitschaft zur Bewegung [...]. Sie äußerten jedoch große Bedenken gegen das amerikanische Papier und das darin enthaltene zu rigide Schema von Schritten und Antwortschritten sowie die damit verbundene Fehleinschätzung der Hebelwirkung möglicher westlicher Schritte. Einvernehmlich warnten die drei Europäer davor, den Polen vor dem Papstbesuch einen Katalog von Bedingungen zu präsentieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 799; VS-Bd. 13406 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 197 und Dok. 216.

¹⁰ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 19. Mai 1983 die „Talking Points Used by U. S. Deputy Assistant Secretary of State Mark Palmer at May 19 N[orth]A[tlantic]C[ouncil]“ zur amerikanischen „Poland Review“. Palmer habe darauf hingewiesen, „daß die USA wenig Bewegungsspielraum in ihrer Position sähen und sich unter starkem Zeitdruck fühlten. [...] Die Polen drängten sie jetzt sehr, ihnen zu sagen, mit welcher amerikanischen Politik sie rechnen könnten. Es sei in den Augen der amerikanischen Regierung eine Tragödie, wenn sie diese Chance mangels Einigkeit in der Allianz nicht nutzen könnten.“ Die Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten hätten jedoch mehrheitlich die Auffassung vertreten, „daß ein Tätigwerden vor dem Papstbesuch nicht sinnvoll sei. Es müsse der Eindruck vermieden werden, als ob der Papst ein ‚messenger de l'Occident‘ sei (Belgien)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 951; VS-Bd. 13406 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sicher nicht zu verwirklichen, nach den letzten Kommentaren aus Moskau (vgl. Anl. S. 2).“ Vgl. Anm. 31.

¹² In einer ersten Einschätzung der amerikanischen „Poland Review“ teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil den Botschaften beim Heiligen Stuhl in Rom, in Moskau und in Warschau am 16. Mai 1983 mit, die Bundesregierung sehe die „Notwendigkeit, daß polnischer Kirche jetzt Chance erhalten bleiben müßte, im Vorfeld Papst-Besuch auf polnische Regierung mit dem Ziel einzuwirken, Erleichterungen (Entlassungen bzw. Wiedereinstellung von Gewerkschaftlern) zu gewähren. Vorherige Bekanntgabe harter amerikanischer Bedingungen könnte darauf hinauslaufen, daß wir in Polen hardliner stärken und damit der Kirche in dieser Situation in den Rücken fallen. Bekanntgabe könnte außerdem Moskau zusätzliche Argumente an die Hand geben, auf Absage des Papst-Besuches zu drängen oder zumindest keine Zugeständnisse zu machen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2942; VS-Bd. 13406 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

¹³ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 104, Anm. 13.

künftigen Bewegungen halten sie an einem schrittweisen Vorgehen fest, wollen jedoch auf starre Verknüpfungen verzichten.

Der Tenor der Stellungnahmen im NATO-Rat war durch Skepsis, insbesondere bezüglich der Opportunität des Zeitpunkts des amerikanischen Schritts gegenüber den Polen, gekennzeichnet.

Nächste Woche soll eine weitere NATO-Ratssitzung stattfinden, in der die Verbündeten mitteilen sollen, ob die USA sich gegenüber den Polen auf die Zustimmung ihrer Bündnispartner stützen können. Die Amerikaner haben uns, GB und F um vorherige Stellungnahmen gebeten.

Die Amerikaner wollen die Mitteilung an die Polen auf der Ebene Eagleburger – polnischer Geschäftsträger¹⁴ unbedingt noch vor Williamsburg¹⁵ machen.

Eine Darstellung und Bewertung der amerikanischen Vorschläge im einzelnen ist als Anlage beigefügt.

3) Für das weitere Vorgehen ist folgendes abzuwägen:

a) Negativ ist festzuhalten:

- Die amerikanische Konsultationsmethode (Alleingang bei den Sanktionen¹⁶, Blockierung einer Bewegung bei den Umschuldungen durch Hinweis auf die „Polen-Review“, Präsidentenentscheidung ohne jede inhaltliche Abstimmung, eiligstes Festlegen der Verbündeten auf die neue amerikanische Linie) ist höchst unbefriedigend;
- das ganze Schema ist weiterhin zu starr und überschätzt die westliche Hebelkraft¹⁷;
- der Zeitpunkt des Schritts gegenüber den Polen bleibt problematisch;
- es ist fraglich¹⁸, ob gerade das amerikanisch-polnische Verhältnis die geeignete Schiene für eine Auflockerung der Beziehungen des Westens zu Polen bei Förderung der westlichen Anliegen ist;
- es muß vermutet werden, daß das amerikanische Vorgehen auch dem Zweck dient, die europäischen Partner für den Fall negativer Entwicklungen in Polen an einer restriktiven Linie festzuhalten.

b) Andererseits ist zu berücksichtigen:

- Gemessen an der bisherigen amerikanischen Tendenz, über die Polenfrage Entwicklungen in weiten Bereichen des Ost-West-Verhältnisses überhaupt zu blockieren, ist die neue Linie ein wesentlicher¹⁹ Fortschritt;
- amerikanische Versicherungen, daß diese Linie innenpolitisch nicht leicht durchsetzbar war, sind glaubhaft²⁰;

¹⁴ Zdzisław Ludwiczak.

¹⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁶ Zu den amerikanischen Sanktionen vom 23. Dezember 1981 gegen Polen und vom 29. Dezember 1981 gegen die UdSSR vgl. Dok. 107, Anm. 12.

¹⁷ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt: „(die in Moskau ansetzen müßte)“.

¹⁸ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

¹⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden in spitze Klammern gesetzt.

²⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja: insoweit es sich um Reagans Hausmacht + die liberale [Polen]-Lobby handelt.“

- das Signal, daß Präsident Reagan eine Bewegungsmöglichkeit eröffnet hat, ist für die Polen von besonderem Gewicht;
- wenn die Bewegung gegenüber Polen einmal in Gang gesetzt ist, wird sie sich ohnehin nicht in dem engen Schema des amerikanischen Papiers halten lassen und wird stärker von den Europäern beeinflußt werden können als die Ausgangsposition.

c) Im Ergebnis ist festzuhalten:

- Die Amerikaner scheinen fest entschlossen, ihren Schritt gegenüber den Polen in jedem Falle zu tun, mit oder ohne Verbündete.
- Wenn wir uns versagen, wird dies im Verhältnis zu Polen wenig ändern, aber das europäisch-amerikanische Verhältnis stark²¹ belasten. (Unsere NATO-Vertretung hat aufgrund von Sondierungen unter den Verbündeten am 20.5. per Elcrovox²² ernst und eindringlich vor den negativen Folgen eines Alleinlassens der Amerikaner in dieser Frage für den ganzen Komplex der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit im Bündnis gewarnt.)
- Deshalb sollten wir den Amerikanern grundsätzlich grünes Licht geben, unsere Zustimmung aber durch klare Kriterien eingrenzen.

d) In Paris und London ist den Außenministern vorgeschlagen worden, zunächst am 24.5. bei einem EPZ-Mittagessen eine Abstimmung der Zehn zu suchen. Paris und London erwarten, daß BM das Thema einführt, trotz dänischer Bedenken (Behandlung sei verfrüht).

Danach wollen Franzosen und Briten, wie in London verabredet, ebenso wie wir in Washington ihre Stellungnahmen mitteilen.

In der Sache beabsichtigt man in Paris, den Amerikanern zu sagen: keine Einwendungen gegen einen Schritt allein im amerikanischen Namen. In London ist vorgesehen, den Amerikanern grünes Licht für eine auf die erste Phase des amerikanischen Papiers (Gespräche über Umschuldung 1981 bei erfolgreichem Papstbesuch und Freilassung der meisten Gefangenen) beschränkten Schritt zu geben, mit dem Vorbehalt, daß bei negativer Entwicklung in Polen eine neue, im Bündnis zu beratende Situation entsteht. Dabei sollen die Amerikaner eine „schweigende Zustimmung“ ihrer Bündnispartner andeuten können.²³

4) Vorschlag:

Wir sollten im Zehnerkreis mitteilen, daß wir an eine Stellungnahme gegenüber Washington etwa im Sinne der folgenden Punkte denken:

a) Wir würden es aus den im NATO-Rat dargelegten Gründen vorziehen, wenn den Polen vor dem Papst-Besuch keine Mitteilung gemacht wird.²⁴

²¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

²² Bei „Elcrovox“ handelte es sich um die in der NATO verwendeten Sprachverschlüsselungsgeräte.

²³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 25. Mai 1983, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Palmer, habe mitgeteilt, daß Großbritannien „im Gegensatz zu uns den ersten von den Amerikanern vorgesehenen Schritt“ billige. Die britische Regierung habe „sich im übrigen aber ähnlich wie wir eingelassen. Die Briten hätten festgestellt, daß sie das amerikanische Szenario, vom ersten Schritt abgesehen, als ‚illustrative‘ ansähen. Die Umschuldung hätten sie als im westlichen Interesse liegend bezeichnet.“ Eine französische Stellungnahme habe noch nicht vorgelegen. Vgl. den Drahtbericht 2351; VS-Bd. 13407 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁴ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

b) Wenn die amerikanische Regierung den Polen die Voraussetzungen für eine Lockerung der amerikanischen Sanktionen gegenüber Polen mitzuteilen wünscht, so ist dies eine allein in amerikanischer Verantwortung liegende Angelegenheit.²⁵

c) Wenn die amerikanische Regierung an dem Wunsche festhalten sollte, den Polen noch vor dem Papst-Besuch darüber hinausgehend mitzuteilen, daß die USA auch in den zur gemeinsamen Allianz-Position gehörenden Bereichen, vor allem hinsichtlich der Umschuldung, unter Umständen zu einer Bewegung bereit sein könnten, so könnten wir uns damit einverstanden erklären.²⁶ Wir würden es jedoch für wichtig halten, daß eine solche Mitteilung nicht in die Form von Bedingungen oder Verknüpfungen gekleidet wird.²⁷

d) Wir hätten keine Bedenken, wenn die USA in diesem Zusammenhang darauf hinweisen würde, sie nähmen an, daß auch ihre Alliierten bei entsprechend günstiger Entwicklung bereit sein würden, Umschuldungsgespräche zu führen.²⁸ D 4²⁹ hat dem Vorschlag zugestimmt.³⁰

i.V. Braunmühl

Anlage

1) Analyse der amerikanischen Strategie

a) Bedingungen und Angebote

Der ursprüngliche Vier-Stufen-Plan sieht ein striktes Quid-pro-quo-Verfahren vor, bei dem ein Übergehen zur nächsthöheren Stufe die Erfüllung z. T. präziser Auflagen voraussetzt:

Relativ kleine Schritte im Umschuldungsprozeß

auf Stufe 1: Gesprächsaufnahme nach dem 1.7.1983, Überprüfung der Erfüllung der 1981er Umschuldung, Zahlungsplan für nichtumgeschuldete 1981er

²⁵ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

²⁶ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

²⁷ Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

²⁸ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

²⁹ Per Fischer.

³⁰ Am 24. Mai 1983 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl eine dem Vorschlag entsprechende Stellungnahme zur amerikanischen „Poland Review“ an die Botschaft in Washington. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3187; VS-Bd. 13407 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Der Ständige NATO-Rat beriet am 30. Mai 1983 erneut über die amerikanischen Vorschläge. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am selben Tag mit, es habe keine Übereinstimmung erzielt werden können, wobei Großbritannien, Italien, Kanada und Portugal das größte Verständnis für die amerikanischen Überlegungen geäußert hätten. Insgesamt sei aber deutlich geworden, „daß die Allianz-Partner noch keine gemeinsame Haltung zur Adjustierung ihrer Beziehungen zu Polen haben“. Jedoch habe weitgehend Konsens bestanden, „den Polen lieber mit einer einheitlichen Allianzhaltung gegenüberzutreten und dafür eher eine gewisse Verzögerung in Kauf zu nehmen, als nach hastigen Beratungen und ohne Einigkeit zu erzielen jetzt bei den Polen zu demarchieren“. Die Situation in Polen sei im Fluß: „Deshalb sei es insbesondere ratsam, keine ‚rigide Verknüpfung‘ zwischen westlichem Verhalten und Entwicklung der polnischen innenpolitischen Situation zu verlangen (no linkage)“, insbesondere und vor allem keine Beziehung zwischen der Polen-Review und dem Papstbesuch herzustellen. Auch eine Demarche ohne Konditionen, aber im zeitlichen Verlauf zum Papstbesuch, könne als indirekte Verknüpfung mit dem Papstbesuch angesehen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1039; VS-Bd. 13407 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Forderungen, Bereitschaftserklärung zu Umschuldungen 1982er Forderungen (unter der Voraussetzung polnischer Zustimmung zu o. g. Verfahren);

auf Stufe 2: Reaktivierung der Gläubiger Polens, Umschuldungsverhandlungen 1982er Forderungen (Voraussetzung: Zahlung der nicht umgeschuldeten Forderungen aus 1981, Anzahlung auf Zinsforderungen aus der 1981er Umschuldung);

auf Stufe 3: Umschuldungsverhandlungen für 1983er Forderungen (Voraussetzung: Einhaltung der 1981er und 1982er Abmachungen);

auf Stufe 4: Aufnahme normaler wirtschaftlicher Beziehungen (Meistbegünstigung, neue Kredite (!) etc.);

werden von der Erfüllung folgender Bedingungen im innenpolitisch-menschenrechtlichen Bereich abhängig gemacht:

auf Stufe 1: ruhiger, von Regierung ungestörter Verlauf der Papst-Reise, Entlassung der großen Mehrheit politischer Gefangener aller Kategorien (bilateral wollen die USA „bescheidene“ Fischereikonzessionen in nationalen Gewässern gewähren);

auf Stufe 2: Wiedereinstellung aller politischen Gefangenen, Beendigung ihrer und Wałęsas Bedrohung, Fortschritte bei einem allseitig beschlossenen Wirtschaftsreform-Paket (Einsetzung von Arbeiterräten mit tatsächlicher Arbeiterbeteiligung im Wirtschaftsmanagement, garantierte Unterstützung privater Landwirtschaft);

auf Stufe 3: weiterer Fortschritt in Menschenrechtsfragen und Wirtschaftsreform;

auf Stufe 4: Wiedereinführung des Rechts, freie Gewerkschaften zu bilden.³¹

Die „speaking notes“ vom 19.5. verzichten nunmehr darauf, Entgegenkommen in der Umschuldungsfrage für die Polen erkennbar mit der strikten Erfüllung politischer Bedingungen zu verknüpfen. Letztere sollen gegenüber den Polen in einen größeren Rahmen erwünschter Verbesserungen (erfolgreicher Papst-Besuch, beschleunigte Entlassung größerer Mehrzahl politischer Gefangener) gestellt werden. Außerdem solle Bereitschaft geäußert werden, eigene Schritte in dieser so verbesserten Atmosphäre zu unternehmen. Stufe 4 taucht als solche in den „notes“ nicht mehr auf, bleibt aber als Ziel im Gesamtkonzept erhalten. Als Schlüsselemente – für die bündnisinterne Diskussion – werden angesehen:

(1) Die Einhaltung des Stufenplanes.

(2) Die Anpassungsfähigkeit der Strategie an die tatsächliche Entwicklung (evtl. Beschleunigung bzw. einseitige oder multilaterale Beendigung des Prozesses: „fall-safe-points“).

(3) Gemeinsames Vorgehen und Wille, Umschuldung nur nach multilateraler Abstimmung vorzunehmen.

³¹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das übersteigt b[is] a[uf] w[eiteres] die pol[itisches] Möglichkeiten jeder poln[ischen] Föhr[un]g, weil es von Moskau nicht geduldet wird. Durch diese Forderung blockiert sich d. Westen selbst. Födrn kann man eine liberalere Gewerkschaftspolitik.“

b) Amerikanische Erwartungen gegenüber Bündnispartnern

USA hatten zunächst beabsichtigt, NATO-Rat am 13.5. und Pariser Club³² am 16.5. mit der Entscheidung über die „Poland Review“ in der ursprünglichen Form zu befassen. Die Neutralen sollten vor der Sitzung des Clubs, Polen noch vor dem Papst-Besuch informiert werden, wobei die im Menschenrechtsbereich zu erfüllenden Bedingungen bekanntgegeben werden sollten.

Nachdem GB, F und wir in den Vierer-Gesprächen am 11.³³ und 18.5.1983³⁴ unsere erheblichen Bedenken gegen die amerikanische Strategie geltend gemacht hatten, präsentierten die USA im NATO-Rat vom 19.5. ihre Vorstellungen in flexiblerer Form, ohne allerdings auf die grundsätzliche Durchsetzung ihrer Vorstellungen zu verzichten:

Sie erwarten von den Bündnispartnern, daß sie gleichzeitig mit den USA der polnischen Seite die o.g. Rahmenbedingungen für die Einleitung erster Schritte zur Normalisierung erläutern (jedoch nur den ersten Schritt im Detail).

Rasches Handeln sei geboten, um die Solidarität in der NATO und im Pariser Club zu erhalten. USA hoffen, daß Verbündete bei einem baldigen weiteren NATO-Rat der Gesamtstrategie und den Einzelheiten auf der ersten Stufe zustimmen können. Zumindest wünschen sie unser Einverständnis, daß sie die polnische Seite vor dem Papst-Besuch mit den „Rahmenbedingungen“ bekanntmachen, den ersten Schritt einleiten und erklären, daß dies mit Zustimmung der Verbündeten geschehe. Im Viererkreis sagte Palmer am 18.5., daß Eagleburger schon in der kommenden Woche den polnischen Geschäftsträger in Washington unterrichten will.

2) Unsere Wertung

a) Das Ergebnis des „Poland Review“ ist enttäuschend, weil den weitgehenden amerikanischen Forderungen nach polnischem Entgegenkommen in sensiblen innenpolitischen Fragen nur ein marginales Entgegenkommen auf westlicher Seite im wirtschaftlichen Bereich gegenübersteht. Dieses amerikanische Konzept enthält in der De-facto-Verknüpfung von Vorbedingungen und möglichen bescheidenen Gegenleistungen keine für die polnische Führung gegenwärtig akzeptablen Bedingungen, erst recht aber keine ökonomischen Anreize, um eine im Bereich der polnischen innenpolitischen Manövrierfähigkeit liegende Lockerung zu stimulieren. Die zu erfüllenden Bedingungen stehen aus polnischer Sicht in keinem vernünftigen Verhältnis zu dem Nutzen, den Polen aus den angebotenen Umschuldungsverhandlungen erwarten kann.

Der amerikanische Vorschlag übersieht, daß

- die Verweigerung von umfassenden Umschuldungsverhandlungen weniger der polnischen Seite schadet als vielmehr dem Westen (Moratorium ohne Gegenleistung, Gefährdung der Gläubiger-Solidarität, verstärkter Trend zu polnischer wirtschaftlicher Abhängigkeit von der SU); so hat Polen allein aus

³² Dem „Pariser Club“ der 16 Gläubigerländer Polens gehörten neben der Bundesrepublik an: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien und die USA.

³³ Korrigiert aus: „13.“

³⁴ Korrigiert aus: „17.5.1983“.

dem 1981 mit uns abgeschlossenen bilateralen Umschuldungsabkommen³⁵ zum gegenwärtigen Zeitpunkt in bar rund 190 Mio. DM (Barquote und Konsolidierungszinsen) zu zahlen;

- Polen den geforderten hohen Preis nur dann zu zahlen bereit sein kann, wenn Aussicht auf Beendigung der westlichen Isolierung insgesamt besteht, insbesondere mit neuen Krediten, Halbfertigwaren und Ersatzteilen aus dem Westen gerechnet werden kann;
- der Spielraum der Regierung Jaruzelski in jüngster Zeit wieder enger geworden ist (unverhüllte Aufforderung aus Moskau, gegen Pluralismus vorzugehen³⁶, Schwäche von PRON³⁷, Machtkämpfe mit Orthodoxen im Vorfeld des 12. ZK-Plenums³⁸);
- Möglichkeiten zur Gewährung von Erleichterungen für die polnische Regierung nur in engem Zusammenhang mit einem positiven Verlauf der Papst-Reise bestehen, danach der Druck der Orthodoxen und der SU mangels Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit (abflauendes Interesse nach dem Höhepunkt „Papst-Besuch“, Sommerpause) wieder zunehmen wird;
- ein Bekanntwerden der Bedingungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt orthodoxe Kräfte in ihrer Auffassung bestärken würde, daß Westen in Polen eine Änderung des sozialistischen Systems herbeizwingen wolle und die Zusammenarbeit mit ihm ein irgendwie geartetes Entgegenkommen nicht lohne. Damit könnten letztlich der SU weitere Argumente an die Hand gegeben werden, auf die Absage des Papst-Besuches zu drängen. Die Möglichkeiten der Kirche, mit Blick auf den Papstbesuch auf die polnische Regierung einzuwirken, würden sich weiter reduzieren.

b) Unsere bisherige Polenpolitik im westlichen Verbund war richtig. Die Ausdauer unserer festen, aber nicht überzogenen Linie hat die polnische Führung beeindruckt und dürfte in gewissem Umfang hardliner gebremst haben. Wir haben ein Interesse daran, das auch nach der Unterdrückung der „Solidarität“ vorhandene Reformpotential in Polen und dem Land die Freiheit zu erhalten, die es immer noch vorteilhaft von anderen WP-Ländern unterscheidet.

³⁵ Für das Regierungsabkommen vom 8. Oktober 1981 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Regelung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Referat 422, Bd. 121354.

³⁶ Botschafter Rödiger, Warschau, berichtete am 11. Mai 1983: „Die dem sowjetischen KGB nahestehende Zeitschrift ‚Neue Zeiten‘, die auch in Polen in polnischer Sprache erscheint, brachte unter dem Titel ‚Wenn man die Orientierung verliert‘ einen massiven Angriff auf den polnischen ‚Pluralismus‘ und die parteipolitische Richtung der PVAP-Führung [...]. Kompromißloser ideologischer Kampf wird gefordert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 652; Referat 214, Bd. 133028.

³⁷ Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego („Patriotische Bewegung der Nationalen Wiedergeburt“).

³⁸ Das XII. ZK-Plenum der PVAP fand am 31. Mai 1983 statt. Über die innerparteilichen Auseinandersetzungen im Vorfeld berichtete Gesandter Graf von Brühl, Warschau, am 20. April 1983, in der Presse sei „kaum mehr verschlüsselt eingeräumt“ worden, „wie schwer es der Führung fällt, ihre Konzepte in der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage gegen den Widerstand der in den Apparaten verschanzten Interessenten des Status quo und quo ante voranzubringen, nachdem diese zunehmend geschickter mit ideologisch abgesicherten und demagogisch eingefärbten Schlagworten wie ‚Verteidigung der Arbeiterinteressen‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ an der Basis Resonanz zu finden verstehen.“ Jaruzelski stehe damit vor einem Dilemma: Zwar könne ihm die „Negativ-Koalition im Parteiparat, die – auch nach dem Sommer 1980 – nichts gelernt und nichts vergessen hat“, vorerst wohl nicht gefährlich werden, aber er finde auch „keine ausreichende Basis in der Partei, um auch nur die noch verbliebenen Rudimente seines Reformkonzeptes zu verwirklichen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 547; Referat 214, Bd. 133026.

Polen sieht sich gegenwärtig verstärktem sowjetischem Druck ausgesetzt. In dieser delikaten Situation vor dem Papst-Besuch gilt es zu vermeiden, daß unser Handeln zum Vorwand genommen wird, den Druck zu erhöhen, womit auch die Papst-Reise in Gefahr geriete.

Deshalb muß der Eindruck vermieden werden, als würden von Jaruzelski im Zusammenhang mit dem Papst-Besuch geplante Erleichterungen in Erfüllung westlicher Bedingungen gewährt.

Wichtig ist, den geeigneten Übergang von einer kurzfristigen zu einer längerfristigen Politik gegenüber Polen zu finden. Sie wird auf Öffnung, Kontakte und Zusammenarbeit hinauslaufen müssen, muß jedoch sorgfältig vorbereitet und im Bündnis zuvor unter den Zehn abgestimmt werden. Überstürzte Maßnahmen könnten sich als kontraproduzent erweisen.

VS-Bd. 13407 (214)

153

Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik an die KSZE-Delegation in Madrid

**221-373.21-1090/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Plurez**

Aufgabe: 24. Mai 1983¹

Betr.: MBFR – KAE

Bezug: DB 554 vom 18.5. VS-v, Az.: 341.742-2378/83 VS-v²

1) DB bestätigt unseren Eindruck verbreiteten amerikanischen Desinteresses an einer KAE ungeachtet unserer jahrelangen Bemühungen bis hinauf zur Ebene des Bundesministers, das Problembewußtsein in Washington zu fördern. Col. Hansen selbst hat bereits in der Vergangenheit mehrfach versucht, unsere Bemühungen zu unterstützen, und nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr in Washington ein Papier zirkuliert, in dem vor dem Hintergrund gemeinsa-

¹ Durchschlag als Konzept.

² Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), informierte über ein Gespräch des Gesandten Graf zu Rantzau mit den Mitgliedern der amerikanischen KSZE-Delegation, Hansen und McDonald, das die Schlußfolgerung nahelege, daß es „bei den verschiedenen Stellen in Washington, die sich mit diesen Fragen befassen, kein Gesamtkonzept zur Rüstungskontrolle und Abrüstung im konventionellen Bereich“ und insbesondere noch keine Vorstellungen zu einer KAE gebe: „Vielleicht (auch) um diesen Mangel zu vertuschen, wird versucht, a) die KAE doch noch in Frage zu stellen, und zwar mit dem Argument, eine KAE werde die erfolgversprechenden Ansätze einer Bewegung bei MBFR zerstören; b) zumindest den Beginn einer KAE hinauszuzögern [...]. Hansen gab sich besonders besorgt über einen Versuch seines unmittelbaren Vorgesetzten bei ACDA, „die KAE mit MBFR“ zu töten.“ Hansen wolle dem mit einem „Fernschreiben mit weit gefaßtem Verteiler entgegenreten“ und habe deshalb die Vorstellungen der Delegation aus der Bundesrepublik zu KAE und MBFR sondieren wollen. Vgl. VS-Bd. 13369 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

mer Sicherheitsinteressen für die KAE geworben wurde. Offensichtlich ist auch dieser Versuch ohne nachhaltigen Erfolg geblieben.

2) Dessen ungeachtet sollten alle sich bietenden Möglichkeiten genutzt werden, um in Washington zur Gedankenklärung beizutragen und amerikanische Befürchtungen im Hinblick auf eine KAE³ zu zerstreuen.

- Im Gespräch mit Amerikanern sollten wir für eine nüchterne Abwägung der mit den komplementären Verhandlungsansätzen MBFR und KAE verbundenen Chancen und Risiken eintreten (vgl. hierzu DE vom 18.5. Nr. 3041⁴ wie auch die hier voll geteilten Überlegungen des Bezugsberichts).
- Wir halten es für eine Aufgabe von zunehmender sicherheitspolitischer Bedeutung, MBFR und KAE in ein Gesamtkonzept des rüstungskontrollpolitischen Managements für Europa einzuordnen, das langfristig die Ziele militärischer Transparenz, Vertrauensbildung und Rüstungsminderung und -begrenzung im konventionellen Bereich zu verwirklichen sucht. Gerade bei Verhandlungsergebnissen im nuklearen Bereich sind verstärkte Anstrengungen notwendig, um die vom Mißverhältnis der klassischen Streitkräfte ausgehenden Gefahren der Destabilisierung einzudämmen.
- Dabei stellen wir im Hinblick auf die KAE die gegensätzlichen Zielvorstellung von West und Ost und die Imponderabilien, die sich aus der Zusammensetzung des Forums ergeben, realistisch in Rechnung. Gerade deshalb halten wir schrittweises Vorgehen für geboten. Im Interesse der Steuerbarkeit des Verhandlungsprozesses muß sich der Westen alle Möglichkeiten offenhalten.
- Wir sehen auch längerfristig eine Zukunft für MBFR als dem Forum, in dem das westliche Bündnis die ihm aufgrund der realen Lage in Europa zukommende Rolle sichtbar auch im Ost-West-Dialog spielen kann. Allerdings hal-

³ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 12. Mai 1983, während eines Arbeitsessens habe „J[oint] C[hiefs of] S[taff]-Vertreter (McDonald) Wert der KAE“ mit dem Argument bezweifelt, „die Konferenz könne bei Politikern, Medien und Öffentlichkeit zu große Erwartungen wecken und zu einem falschen Sicherheitsgefühl („warm and cosy bed feeling“) führen, welches sich in nachlassenden Verteidigungsanstrengungen („lulling in“) und verminderter Verteidigungsfähigkeit auswirken würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 534; Referat 221, Bd. 124579.

⁴ Botschafter Ruth wies darauf hin, daß die Bundesregierung sich bereits 1980 in der NATO für eine Verhandlungsstrategie eingesetzt habe, „die von der realistischen Erkenntnis ausgeht, daß West und Ost mit einer KAE gegensätzliche Zielvorstellungen verbinden: der Westen Stabilisierung der militärischen Lage im gesamteuropäischen Maßstab durch konkrete und verifizierbare Absprachen, der Osten „militärische Entspannung“ und Hinwendung zu einem europäischen Sicherheitssystem, das nicht auf dem durch die Bündnissysteme verbürgten militärischen Gleichgewicht, sondern auf gegenseitig deklarierten friedlichen Absichten aufbaut.“ Ziel müsse es sein, „daß die Eigen-dynamik des Verhandlungsprozesses sich wie auch bei der KSZE im Sinne der westlichen und nicht der östlichen Zielsetzungen entfaltet“. Dafür sei eine gemeinsame Verhandlungsstrategie notwendig, nämlich eine „gemeinsame Definition sicherheitspolitischer Zielsetzungen“, Überlegungen für deren schrittweise Verwirklichung und für entsprechende gemeinsame Verhandlungspositionen sowie „vor allem Sicherstellung der Zusammenarbeit der Bündnispartner in allen Stadien des Verhandlungsprozesses“. Weiter führte Ruth aus: „Wenn wir den Nachweis erbringen wollen, daß Rüstungskontrollergebnisse trotz Stationierung möglich sind, wäre es falsch, den Erwartungshorizont im Hinblick auf eine KAE herunterzuschrauben. Von Etikettenschwindel kann keine Rede sein: Wir haben stets auch gegenüber der Öffentlichkeit zwischen VBM als vereinbartem Ziel einer ersten Verhandlungsphase und der langfristigen Zielvorstellung eines ausgewogeneren Kräfteverhältnisses im konventionellen Bereich deutlich unterschieden.“ Vgl. den Drahterlaß an die KSZE-Delegation in Madrid; Referat 221, Bd. 124579.

ten wir Rüstungsreduzierungen und Begrenzungen über den gegenwärtig vom Westen vorgesehenen Rahmen hinaus ohne Veränderung der geographischen Rahmenbedingungen nicht für möglich. Bei einer Erweiterung dieser Rahmenbedingungen könnte eine Koordinierung der Verhandlungsansätze KAE und MBFR im Sinne einer Unterordnung unter ein gemeinsames Dach der KSZE-Schlußakte⁵ sinnvoll sein.

Holik⁶

VS-Bd. 11529 (221)

154

Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt

114-18167/83 geheim

Fernschreiben Nr. 347

Citissime nachts

Aufgabe: 24. Mai 1983, 22.45 Uhr¹

Ankunft: 24. Mai 1983, 22.35 Uhr

Brüssel Euro: Für BM²

Betr.: Besuch Ministerpräsident Strauß in Bukarest³

Bezug: Telefonische Weisung Ministerbüro

Obleich bayerische Staatskanzlei sich nicht wegen Besuch mit Botschaft in Verbindung setzte, noch Weisung des Amtes vorlag⁴, habe ich Ministerpräsident Strauß, der mit längerer Verspätung in Bukarest eintraf und von Außenminister Stefan Andrei empfangen wurde, am Flughafen begrüßt.

Vor Abendessen MP Strauß–Außenminister Andrei konnte mir Herr Strauß noch kurz mitteilen, daß er über Ergebnisse der letzten Verhandlungen, die Herr H. geführt habe⁵, unterrichtet sei.

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁶ Paraphe vom 24. Mai 1983.

¹ Hat dem Bereitschaftsdienst am 24. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorlage sofort zu Dienstbeginn 25.5.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil und Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1983 in Brüssel auf.

³ Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich am 23./24. Mai 1983 in Rumänien auf.

⁴ Zu den Wörtern „noch Weisung des Amtes vorlag“ vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil handschriftlich: „Trifft nicht zu!“

⁵ Der Beauftragte des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, führte am 9. Mai 1983 „mit seinem rumänischen Gesprächspartner Andronic die periodisch vorgesehenen Abrechnungsgespräche über die Familienzusammenführung“. Ministerialdirigent Bertele faßte am 11. Mai 1983 Informationen von Hüsch zusammen, denen zufolge die rumänische Regierung zum Abschluß folgender Vereinbarung bereit sei: „Kopfquote“ DM 7800,– pro Person; jährliche Ausreisezahl: 10 500 bis 11 000 Perso-

Am folgenden Morgen begab sich MP Strauß zu Präsident Ceaușescu nach Snagov, führte ab 10.00 Uhr ein mehrstündiges Gespräch und nahm das Mittagessen mit dem Präsidenten ein. Er verließ Bukarest gegen 16.30 Uhr mit selbstgesteuerter Maschine.

MP Strauß lud mich zum Frühstück ein, ließ sich von mir über Lage Rumänien berichten und unterrichtete mich kurz vor seiner Abfahrt über sein Gespräch mit Ceaușescu.

Bei Erörterung weltpolitischer Fragen habe Ceaușescu keine neuen Gedanken vertreten.

Ceaușescu habe moniert, daß deutsche Seite vor Verkündung des Dekretes⁶ Abmachungen Schmidt–Ceaușescu⁷ nicht eingehalten habe: Einstellung jährlicher Zahlung von 32 Mio. DM zur Zinsverbilligung, Nichtgewährung eines substantiellen Regierungskredits und Einstellung der Hermesgarantien.⁸ Polen sei viel besser behandelt worden als Rumänien. Er, Strauß, habe richtiggestellt, daß Kreditzusage seitens Bundesregierung doch wohl nachweislich nicht er-

Fortsetzung Fußnote von Seite 810

nen; Laufzeit der Vereinbarung; fünf Jahre. [...] Rumänische Seite möchte eine Vereinbarung auf dem ‚Kanal Hüsche‘ als ‚technische Vereinbarung‘ so schnell wie möglich abschließen. Später könnte, falls deutsche Seite dies wünsche, noch eine politische Erklärung nachgeschoben werden.“ Vgl. VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

In einer Ministerbesprechung bei Bundeskanzler Kohl am 11. Mai 1983 wurde beschlossen, Hüsche solle „in der von ihm erwarteten Weise mit den Rumänen abzuschließen versuchen“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

In Gesprächen am 20./21. Mai 1983 in Bukarest schlossen Hüsche und Andronic eine Konvention, der zufolge die rumänische Seite im Zeitraum vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1988 jährlich 11 000 rumänischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit die Ausreise ermöglichen sollte, wobei die Bundesregierung „eine Gesamtschädigung für jede Person in Höhe von 7800 DM“ zahlen würde. Außerdem wurde festgelegt: „Die rumänische Seite sichert zu, daß sie über die Auswanderungsanträge von Bürgern deutscher Volkszugehörigkeit unabhängig von deren ausbildungsmäßiger und beruflicher Qualifikation entscheiden wird und von den betroffenen Personen oder der deutschen Seite keine weiteren Zahlungen gefordert werden.“ Staatssekretär von Staden übermittelte die Vereinbarung am 24. Mai 1983 an Bundesminister Genscher, z. Z. Brüssel, und empfahl, „die (geheime) Vereinbarung durch ein öffentliches Kommuniqué zu festigen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 135; VS-Bd. 12382 (Referat 513); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zum rumänischen Dekret vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung der Ausbildungskosten durch Ausreisewillige vgl. Dok. 52, Anm. 4.

⁷ Zu den im Rahmen des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 52.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze informierte die Botschaft in Bukarest am 30. Mai 1983 darüber, daß die Äußerungen des Präsidenten Ceaușescu über die Nichteinhaltung finanzieller Zusagen des Bundeskanzlers Schmidt durch die Ressorts überprüft worden seien. Im Vorfeld des Besuchs von Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien habe der Berater des rumänischen Präsidenten, Pungan, in Gesprächen mit Staatssekretär van Well am 19. und 23. Dezember 1977 „Wunsch nach Gewährung Regierungskredits in Höhe von 1 bis 1,5 Mrd. DM zu konzessionären Bedingungen mit Nachdruck vorgetragen. StS van Well hatte dies als ‚nicht realistisch‘ abgelehnt, zugleich aber auf Bereitschaft zu besonderen Finanzleistungen im Zusammenhang mit Ausreisefrage verwiesen.“ Lediglich ein Sonderbürgschaftsrahmen für Großprojekte könne eingeräumt werden. Pungan habe daraufhin erklärt, „seine Regierung werde Teil der Ausgleichszahlungen für Familienzusammenführung intern als Zinsverbilligung für kommerzielle Exportkredite zur Ausfüllung des 700 Mio.-Bürgschaftsrahmens einsetzen“. Henze teilte weiter mit: „Offenbar liegt hier Wurzel für – unzutreffende – rumänische Darstellung, Bundesregierung habe sich zur Zahlung jährlicher Zinssubventionen verpflichtet (32 Mio. DM).“ Diese Zahl tauche weder in den Akten des Auswärtigen Amts noch in denjenigen der übrigen beteiligten Ressorts auf. Falls die Botschaft auf den Sachverhalt angesprochen werde, solle sie klarstellen, „daß Abmachung Schmidt–Ceaușescu über Zahlung von Zinssubventionen oder Gewährung zinsgünstigen Regierungskredits nicht besteht“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 733; VS-Bd. 10921 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

folgt sei und Zahlung von 32 Mio. jährlich zur Zinsverbilligung für Nichtregierungskredite gedacht gewesen, die Rumänien nicht in Anspruch genommen habe. Über Frage Hermesgarantien werde er die Bundesregierung unterrichten. Ich habe dazu MP Strauß über Automatismus der Einstellung Hermesgarantien, wenn Staaten Umschuldungsantrag stellen müssen⁹, informiert. Ceaușescu habe zugesagt, daß Dekret auf deutsche Auswanderer nach soeben abgeschlossenenem Vertrag nicht mehr angewandt würde. Rumänien wolle ja im Grund gar nicht unser Geld, wenn diese Deutschen, die fleißige und intelligente Menschen seien, bereit wären, im Lande zu bleiben. Auf Einwand von MP Strauß, daß es Deutsche in vielen Staaten Europas gäbe, die aber alle in ihrer Heimat bleiben wollten, aber gerade die Rumäniendeutschen nicht, habe Ceaușescu mit Produktionsziffern geantwortet, um nachzuweisen, um wieviel es ihnen heute besser gehe als früher.

Ceaușescu habe deutlich zu verstehen gegeben, daß er nunmehr mit größerer wirtschaftlicher Hilfe von unserer Seite rechne. Er könne nicht verstehen, daß es Bundesregierung nicht möglich sei, deutsche Firmen zu Kooperationsunternehmen mit Rumänien zu bringen. Auch aus Projekt Temeschwar¹⁰ sei bisher nichts geworden. Daraufhin habe er ihn eingehend über das Funktionieren unserer Wirtschaft in der Bundesrepublik unterrichtet, der die Bundesregierung keine Unternehmungen vorschreiben könne.

Er habe Ceaușescu ein Symposium mit deutschen Wirtschaftlern zugesagt, zu dem er maßgebliche rumänische Persönlichkeiten einladen wolle. Bei dieser Gelegenheit sollten alle Beschwerden deutscher Unternehmen zur Sprache gebracht werden, die sie davon abhielten, sich in Rumänien niederzulassen.

Rumänien erwarte auch eine positive Haltung unsererseits in der Umschuldungsfrage und eine Intensivierung der Beziehungen auf allen Gebieten.

Die Gespräche fanden in entspannter und sehr freundschaftlicher Atmosphäre statt. Ceaușescu habe sich von seiner besten Seite gezeigt und den Wunsch nach Zusammenarbeit mit uns stark betont. Er, Strauß, habe allerdings den Eindruck, daß wir mit den durch Herrn H. vertraglich festgelegten Zahlungen noch nicht aus dem Schneider seien und eine Reihe von Folgekosten, die noch nicht berücksichtigt seien¹¹, auftreten würden. Eigentlich habe Herr H. ja, wie er unterrichtet sei, seine Unterschrift nur ad referendum geben sollen, aber offensichtlich seine Vollmacht überschritten und fest abgeschlossen.

Wegen Empfang zum Verfassungstag¹², an dem MP Strauß zu seinem Bedauern wegen familiärer Verpflichtungen nicht teilnehmen konnte, mußte ich darauf verzichten, ihn zum Flughafen zu begleiten, wofür er mich als durchaus

⁹ Zur Einstellung der Hermes-Bürgschaften für Geschäfte mit Rumänien vgl. Dok. 90, Anm. 4.

¹⁰ Zum Projekt einer industriellen deutsch-rumänischen Zusammenarbeit in Temeschwar vgl. Dok. 90, Anm. 7.

¹¹ Der Passus „und eine Reihe ... berücksichtigt seien“ wurde von Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch nach Rückfrage bei der Botschaft in Bukarest und Korrektur durch Botschafter Jovy, Bukarest, handschriftlich eingefügt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 221 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Keil vom 25. Mai 1983 und den Drahtbericht Nr. 348 von Jovy vom selben Tag; VS-Bd. 13414 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Botschafter Jovy, Bukarest, hatte am 24. Mai 1983 um 18 Uhr zu einem Empfang anlässlich des Jahrestags der Verabschiedung des Grundgesetzes eingeladen. Vgl. dazu den Vermerk der Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch vom selben Tag; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

entschuldigt ansah. Er teilte mir noch seine Absicht mit, den Herrn Bundesminister selbst über seinen Rumänienbesuch zu unterrichten.¹³

[gez.] Jovy

VS-Bd. 13414 (214)

155

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Abramowitz

221-372.23-1175/83 geheim

26. Mai 1983¹

MBFR;

hier: Vorsprache Botschafter Abramowitz beim Herrn Bundesminister am 26.5.83

Nach Begrüßung durch den Herrn Bundesminister (BM) trägt Botschafter *Abramowitz* vor: AM Shultz habe ihn gebeten, BM vertraulich und unauffällig über das Ergebnis einer Beratung im NSC auf Kabinettebene zu MBFR zu unterrichten. Der NSC halte den Zeitpunkt für gekommen, die sowjetischen Absichten im Hinblick auf MBFR auf die Probe zu stellen. Falls wir und die Briten einverstanden seien, werde Shultz in den nächsten Tagen Dobrynin folgende Punkte vortragen:

- The US noted with interest that the latest Eastern proposals² confirmed the interest of the Soviet leadership in reaching the agreed common ceiling of

¹³ Der bayerische Ministerpräsident Strauß unterrichtete Bundesminister Genscher am 25. Mai 1983 telefonisch über das Gespräch mit Präsident Ceaulescu am Vortag in Bukarest. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz notierte am selben Tag, nach Auskunft von Genscher habe Strauß mitgeteilt, „er habe sich für legitimiert angesehen, C[eaulescu] zu erklären, daß wir die Umschuldung vornehmen würden und daß als Folge hiervon wieder Hermes-Bürgschaften gewährt werden könnten. Eine Zusage zur Kreditfrage habe er nicht geben können, er habe sich aber bereit erklärt, sich dafür einzusetzen, ebenso für die Quartalszahlungen.“ Vgl. VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 31. Mai 1983 gefertigt und am 1. Juni über Botschafter Ruth an das Ministerbüro „mit der Bitte übersandt, die Zustimmung des Herrn Ministers einzuholen“.

Hat Ruth am 1. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 1. Juni und erneut am 15. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 2. Juni 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. Februar 1983 vgl. Dok. 51.

In der informellen Sitzung am 24. Mai 1983 bezeichnete der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow, diese Vorschläge als „den besten Weg aus der verfahrenen Verhandlungssituation [...]. Sie seien einfach, praktisch und relativ leicht durchzuführen. Auch böten sie eine reale Möglichkeit, Schwierigkeiten und fruchtlose Diskussionen zu überwinden.“ Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), berichtete weiter, die an der Sitzung teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staa-

900 000 soldiers and airmen, with a subceiling of 700 000 ground forces. The US also noted with interest that these proposals endorse the principle that post-reduction levels, as well as reductions, should be verified and that reductions to parity by all direct participants should be negotiated within a single agreement.

- If the East is willing to accept the entire package of associated measures for verification which the West has proposed³, there is flexibility in the US position on data agreement prior to reductions.
- Large asymmetrical reductions to parity will be involved in any MBFR agreement, and at some stage verification must lead to data agreement or data will be confronted as a treaty compliance issue.

Der NSC sei davon ausgegangen, daß ein ernsthafter Versuch um Fortschritte bei MBFR zwar Risiken mit sich bringe, daß aber der potentielle Nutzen überwiege:

- bescheidene Verbesserungen im konventionellen Kräfteverhältnis,
- Warnzeitgewinn,
- Bekräftigung des rüstungskontrollpolitischen Engagements des Bündnisses,
- Instrument gegenüber dem Kongreß.

Eine Fortsetzung der gegenwärtigen westlichen Linie in der Datenfrage würde die Verhandlungen in die Sackgasse führen. Zwischen Daten und Verifikation bestehe ein enger Zusammenhang, der zuerst von deutscher Seite herausgearbeitet worden sei. Wenn die SU zu ausreichenden Zugeständnissen bei der Verifikation bereit sei, könnte dies die Lösung des Datenproblems erleichtern. Deshalb müsse die Konzessionsbereitschaft der Sowjets auf die Probe gestellt werden. Der vertrauliche Kanal Shultz/Dobrynin eigne sich für ein Signal der Flexibilität, ohne eine Erosion der westlichen Datenposition zu riskieren. Zum weiteren Vorgehen: Bei positiver Antwort müsse trilateral über einen strukturierten Vorschlag für eine Verhandlungsinitiative beraten werden, der zur gegebenen Zeit in die Allianzberatungen einzuführen sein werde. Bei negativer sowjetischer Antwort lege Washington Wert darauf, eine Beeinträchtigung der Verhandlungen in Wien zu vermeiden.

Shultz werde BM in Williamsburg auf die Sache ansprechen.⁴ Wegen „leak“-Gefahr in Washington wäre man für eine baldige deutsche Entscheidung dankbar. Abramowitz beabsichtige, Außenminister Pym im gleichen Sinne zu unterrichten, habe jedoch wegen der Wahlen⁵ noch keinen Termin bekommen. Vorherige Kontakte mit anderen Bündnispartnern seien zunächst nicht vorgesehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 813

ten hätten aber weiterhin den Standpunkt vertreten, daß „Inspektionen unannehmbar seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 222; VS-Bd. 11478 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zum Verifikationsvorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 18. November 1982, der als Annex II zum westlichen Abkommensentwurf vom 8. Juli 1982 vorgelegt wurde, vgl. AAPD 1982, II, Dok. 327.

⁴ Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz hielten sich anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg auf. Am 3. Juni 1983 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik, das geplante Gespräch habe nicht stattgefunden. Die Überlegungen zu einer MBFR-Initiative hätten „deshalb nicht behandelt“ werden können. Vgl. VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

BM stellte fest, MBFR sei für uns wichtiger Teil der Rüstungskontrolle, nicht der Abrüstung. Unter den gegebenen geographischen Rahmenbedingungen müsse man besonders gründlich prüfen, wie sich jeder Schritt bei MBFR auf Ost und West, auf die im Raum der Reduzierungen gelegenen Teilnehmer und die außerhalb auswirke. Deshalb hielten wir die Arrondierung von MBFR durch eine KAE für so wichtig, auch im Zusammenhang mit der Verifizierungsfrage: Je größer das Territorium, auf dem Verifikation stattfinden könne, um so besser.⁶

Zur vorgesehenen amerikanischen Initiative erklärte *BM*, er würdige sehr die Bemühungen des NSC, um ein Verhandlungsergebnis näherzubringen. In der Sache sei die entscheidende Frage, welche sowjetischen Zugeständnisse bei der Verifikation westliche Zugeständnisse bei den Daten aufwiegen könnten. Dies müsse sehr genau geprüft werden.

Zur Form der Präsentation: Unterstellt, die Sowjets reagierten negativ, müßte der Westen auf konstruktives Vorgehen in den Verhandlungen selbst verzichten. Die Entscheidung darüber läge also in sowjetischer Hand.⁷

BM bemerkte, der Hinweis auf den Kongreß stimme ihn bedenklich. Er habe noch nie Verhandlungen geführt, um dem Bundestag gefällig zu sein. Wenn wir Initiativen an dem Ziel orientierten, einigen Parlamentariern einen Gefallen zu tun, setzten wir uns gegenüber der SU an den kürzeren Hebel.

Auf Frage *BM*, wie er die erwartete sowjetische Reaktion einschätze, meinte *Abramowitz*, die Sowjets würden interessiert, aber zumindest anfangs nicht eindeutig antworten. Bei negativer Antwort sollten die Verhandlungen keineswegs in eine Krise geraten und westliche Initiativen nicht ausgeschlossen werden. Der Administration gehe es nicht darum, dem Kongreß gefällig zu sein. Die Nützlichkeit einer Initiative gegenüber dem Kongreß sei nur eine zusätzliche Erwägung.

Daten seien kein Zweck an sich. Auf Einwand *BM*, nur über einvernehmlich geklärte Daten könne man Gleichgewicht sicherstellen, stimmte *Abramowitz* zu, meinte jedoch, die Dateneinigung müsse nicht unbedingt ganz am Anfang des Prozesses stehen.

BM stellte zusammenfassend fest, wir hielten hochrangige amerikanisch-sowjetische Kontakte für außerordentlich wichtig und hätten die Administration stets dazu ermutigt. In diesem Sinne würden wir auch die neuen amerikanischen Überlegungen prüfen. Wir begrüßten den Ansatz der amerikanischen Vorschlä-

⁶ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Einordnung von MBFR und KAE in ein Gesamtkonzept zur Rüstungskontrollpolitik vgl. Dok. 153.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik nahm am 25. Mai 1983 zu der amerikanischen Überlegung Stellung, daß die UdSSR bei den MBFR-Verhandlungen vor die Entscheidung gestellt werden sollte, „ob sie einer Lösung des zentralen Daten/Verifikationsproblems zustimmt, die dem westlichen Verhandlungsziel datenmäßig abgesicherter Parität entspricht, ihr aber Gesichtswahrung ermöglicht“. Jedoch müsse das „probing of Soviet intentions“ [...] auf dem Forum der Verhandlungen erfolgen: durch eine überzeugende neue Verhandlungsinitiative, mit der das Bündnis ein Gegenprogramm zu den östlichen Vorschlägen offensiv präsentiert. Wenn wir uns darauf beschränken, den Sowjets vertraulich Bedingungen für unser Eingehen auf ihre Vorschläge zu nennen, begeben wir uns in die Defensive. Abgesehen davon würde eine negative sowjetische Reaktion einer glaubwürdigen westlichen Verhandlungsinitiative in Wien den Boden entziehen.“ Vgl. VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

ge.⁸ Er sei froh, mit Shultz in Williamsburg über diese Frage sprechen zu können, und wäre dankbar, wenn in Washington der KAE-Zusammenhang nicht übersehen würde.

VS-Bd. 14121 (010)

156

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Botschafter Navab-Motlagh

311-321.21 IRN

26. Mai 1983¹

Der *Botschafter*, der nach seiner Rückkehr von einer Dienstreise nach Teheran um dieses Gespräch gebeten hatte, überbrachte die persönlichen Grüße des Außenministers², den er in Teheran mehrmals gesprochen habe. Er berichtete weiter, während seiner Besuche beim Staatspräsidenten³, beim Ministerpräsidenten⁴, beim Außenminister und bei anderen Kabinettsmitgliedern habe er Eindrücke gewonnen, über die er dem Bundesminister zu berichten sich verpflichtet fühle:

Nach der Revolution⁵ habe Iran der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Stellung eingeräumt. Diese gelte für alle Gebiete. Man habe deutsche Unternehmen bevorzugt, sich bemüht, bestehende Probleme (KWU⁶) beizule-

⁸ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. Juni 1983 handschriftlich: „Holik gesagt.“

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat 311 gefertigt und am 27. Mai 1983 an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

² Ali Akbar Velayati.

³ Zayed Ali Khamenei.

⁴ Mir Hossein Mussawi.

⁵ In Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen Schah Mohammad Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 340 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 103.

⁶ Die Kraftwerk Union AG (KWU) und die Atomic Energy Organisation Iran (AEOI) schlossen am 1. Juli 1976 einen Vertrag über die Errichtung von zwei Kernkraftwerken in Bushehr mit einem Auftragswert von ca. 7,8 Mrd. DM. Nach der Ausrufung der Islamischen Republik Iran am 1. April 1979 kam es zu Zahlungsverzögerungen, so daß die KWU den Vertrag mit Wirkung vom 1. Juni 1979 kündigte. Am 2. Mai 1980 teilte der Vorstandsvorsitzende der KWU, Barthelt, Staatssekretär Lautenschlager mit, daß Versuche, „Verhandlungen über die sich aus der Kündigung des Vertrages ergebenden Fragen aufzunehmen, am Verhalten der persischen Seite gescheitert“ seien. Die Firma habe sich daher auch wegen der drohenden Verjährung ihrer Ansprüche genötigt gesehen, „das im Vertrag vorgesehene Schiedsgericht bei der Internationalen Handelskammer Paris anzurufen“. Vgl. Referat 431, Bd. 129492.

Am 5. August 1982 legte Ministerialdirektor Fischer dar, ein zwischen KWU und AEOI am 23. März 1982 erzielter Vergleich sei am 18. Juni 1982 vom Schiedsgericht bestätigt worden. Er beinhalte die „Lieferung von Materialien und Komponenten an den Iran, soweit sie sich in der Bundesrepublik Deutschland befinden. Der Antrag der KWU auf Erteilung einer Exportgenehmigung bezieht sich

gen, bzw. man bereite ihre Lösung vor (Gespräche mit der Pharmaindustrie am 5.6.1983⁷). Die Besuche der iranischen Außenminister in Bonn⁸ als einziger europäischer Hauptstadt hätten Signalwirkung haben sollen. Das Goethe-Institut arbeite weiter, so wie es der Außenminister dem Bundesminister versprochen habe.⁹ Kürzlich habe er auch mit dem Leiter der Kulturabteilung¹⁰ über eine Belebung der kulturellen Beziehungen aufgrund des Kulturabkommens gesprochen.¹¹

In Teheran sei aber Enttäuschung eingetreten, weil man den Eindruck habe, daß diese Avancen nicht honoriert würden. Der Staatspräsident hätte ihn ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 816

auf diesen Teil des Vergleichs [...]; gegenseitige Freistellung der Parteien von allen erhobenen Ansprüchen auf Zahlung; Regelung für das in der Bundesrepublik Deutschland verbleibende angereicherte Uran“. Fischer kam zu dem Schluß, daß einer Exportgenehmigung nicht widersprochen werden könne, denn der Iran sei „Partei des NV-Vertrags und hat hinsichtlich der Safeguards ein Abkommen gemäß INFCIRC 253 mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Wien, abgeschlossen“. Vgl. Referat 431, Bd. 129492.

- ⁷ Bereits am 9. Juli 1980 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, über die Einsetzung von Vertretern des iranischen Gesundheitsministeriums in Managementfunktionen bei Pharmafirmen und darüber, daß „in einigen Fällen bereits in massiver Weise in Führung eingegriffen worden“ sei, etwa durch die Sperrung der Bankkonten der Firma Merck. Vgl. den Drahtbericht Nr. 651; Referat 422, Bd. 140124.

Am 22. Juli 1982 teilte Strenziok mit, daß die Vertreter der Firma Bayer sich erheblichem Druck ausgesetzt sähen, ihre Anteile an der iranischen Tochterfirma Aliaf „kostenlos in iranische Hände zu geben. In der Hauptversammlung der Aliaf am 11.7.1982 wurde den iranischen Bayer-Vertretern angedroht, sie würden umgebracht, wenn sie bestimmten, von der iranischen Seite vorgeschlagenen Unternehmensentscheidungen nicht zustimmen würden.“ Zur Bereitschaft der Firma Bayer, ihre Anteile zu verkaufen, sei erklärt worden, „es sei unüblich, solche Anteile zu kaufen, es gäbe genügend Beispiele, daß solche Anteile der iranischen Seite als Geschenk übertragen worden seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 481; Referat 422, Bd. 140124.

Die von Enteignungen im Iran betroffenen Pharmafirmen bemühten sich in der Folgezeit um Konsultationen mit der iranischen Regierung. Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran, informierte am 27. April 1983 über einen Vorschlag des iranischen Gesundheitsministeriums zu Verhandlungen mit den Firmen Boehringer Ingelheim und Schering im Mai, mit der Firma Merck im Juni sowie mit den Firmen Hoechst und Bayer im Juli 1983, wobei „die deutschen Unternehmen generell Iran als Verhandlungsort aus verständlichen Gründen“ abgelehnt hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 327; Referat 422, Bd. 140124.

- ⁸ Der iranische Außenminister Mussawi traf am 8. Oktober 1981 bei einem Zwischenaufenthalt in Bonn mit Bundesminister Genscher zu einem Gespräch zusammen, sein Nachfolger Velayati am 5. Februar 1982. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 292, bzw. AAPD 1982, I, Dok. 43.

- ⁹ Nachdem der iranische Außenminister Velayati Bundesminister Genscher am 5. Februar 1982 versprochen hatte, die beabsichtigte Entsendung eines Beauftragten der iranischen Regierung in das Goethe-Institut in Teheran zu überdenken, revidierte die iranische Regierung diese Zusage nach der Abschiebung von 26 iranischen Studenten aus der Bundesrepublik am 15. Oktober 1982. Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 18. Oktober 1982, am Vortag seien „im Goethe-Institut der neue iranische ‚Leiter‘ nebst einem der abgeschobenen Studenten“ erschienen; der Beauftragte habe jedoch zugesagt, er werde die iranische Regierung „vor drastischen Maßnahmen gegen das Institut warnen“. Dagegen sei dem Archäologischen Institut mitgeteilt worden, daß „im Zuge einer grundsätzlichen Revision der beiderseitigen kulturellen Beziehungen das Institut seine Tätigkeit sofort einzustellen habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 697; Referat 311, Bd. 137720.

- ¹⁰ Lothar Lahn.

- ¹¹ Vortragender Legationsrat Henatsch legte am 28. Juni 1983 dar, daß es sich bei den Bemerkungen des iranischen Botschafters Navab-Motlagh in den Gesprächen mit Ministerialdirektor Lahn bzw. mit Bundesminister Genscher am 26. Mai 1983 über eine „Belebung bzw. Ergänzung des ‚deutsch-iranischen Kulturabkommens‘ [...] wohl nicht um feingespinnene Hinweise zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein Kulturabkommen handele, sondern eher um Unkenntnis über die Nichtexistenz eines solchen Abkommens seitens des Botschafters.“ Die Bundesregierung solle hinsichtlich eines Kulturabkommens „nicht initiativ werden“. Vgl. Referat 311, Bd. 137767.

fragt, was denn die Deutschen gegen Iran hätten. Ihm seien wenig Argumente eingefallen, um diese Ansicht zu entkräften. Sie fände sich auch bei vielen anderen Kabinettsmitgliedern und schade den Beziehungen.

Der Botschafter sagte, er möchte den Anlaß des Gesprächs benutzen, um einige Beispiele für Störfaktoren zu nennen, die die Beziehungen besonders beeinträchtigten:

a) Das Generalkonsulat Berlin habe seit vier Jahren keinen Status.¹² Man prüfe daher in Teheran, ob es nicht geschlossen werden solle. Er habe sich gegen eine Auflösung eingesetzt, weil diese eine Minderung der Gesamtbeziehungen zu uns darstellen würde. Es sei aber schwer, das Konsulat weiter zu betreiben, wenn niemand mehr konsularischen Status habe.

b) Die Handelsbilanz sei sehr unausgeglichen, da Deutschland zu wenig in Iran kaufe.¹³

c) In den letzten Tagen seien wieder zivile Siedlungen von den Irakern bombardiert worden.¹⁴ Iran bitte, daß die Bundesregierung sich gegen den Beschuß oder die Bombardierung ziviler Ziele ausspreche.

d) Die Weigerung, den Ehefrauen iranischer Studenten in der Bundesrepublik den Aufenthalt zu genehmigen, überschatte die Beziehungen in besonderem Umfang. Es handle sich nur um etwa 40 Fälle, also eine nicht ins Gewicht fallende Zahl.¹⁵

e) Dagegen würden etwa iranische Frauen, die, wenn sie in Frankfurt ankommen, das Kopftuch abnehmen und erklären, sie könnten es in Iran nicht länger aushalten, sofort eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit teilte der Botschaft in Teheran am 22. April 1983 mit, daß der iranische Generalkonsul Sabet „bisher nicht die offizielle Zulassung als Generalkonsul in Berlin (West) von den dafür zuständigen Alliierten erhalten hat. Das State Department hat den entspr[echenden] Antrag der iran[ischen] Regierung bisher unbeantwortet gelassen, da es Bedenken gegen die Person des S. hat. Das Ausw[ärtige] Amt hat keine Möglichkeit, auf die Entscheidung der Alliierten einzuwirken.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 126; Referat 311, Bd. 137763.

¹³ Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran, gab am 25. April 1983 Äußerungen des Staatssekretärs im iranischen Außenministerium, Kazempour Ardebili, weiter, daß „die Bundesrepublik Handels- und Wirtschaftspartner Nr. 1 des Iran bleiben“ solle. Allerdings „müsse das jetzt bestehende Ungleichgewicht zugunsten der Bundesrepublik abgebaut werden. Vor allem wären größere Lieferungen iranischen Öls an die Bundesrepublik erwünscht. Deutsche Wirtschaftsprobleme (Arbeitslosigkeit) könnten u. a. auch durch Intensivierung der deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen gelöst werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 316; Referat 331, Bd. 137762.

¹⁴ Am 27. April 1983 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran: „Nach Dezful, das am Mittwoch und Freitag der vergangenen Woche mit Raketen beschossen wurde und 60 Tote und annähernd 300 Verwundete zu beklagen hatte, wurde am 25. April der Ort Pol-e Dokhtar beschossen, wo ebenfalls erheblicher Sachschaden entstand und zahlreiche Verwundete gemeldet wurden.“ Die offenkundige Bestürzung der iranischen Regierung hänge „nicht mit der Zahl der Betroffenen zusammen, sondern muß wohl damit erklärt werden, daß der Krieg für die Iraner nunmehr eine neue Dimension bekommen hat. Der Kampf auf dem Schlachtfeld [...] wurde als den Regeln entsprechend akzeptiert, [...] einschließlich des glorreichen Heldentods. Mit dem Raketenbeschuß bekam das Kriegsgeschehen einen moderneren, abstrakteren Charakter, der den Iranern offensichtlich unheimlich ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 328; Referat 311, Bd. 137770.

¹⁵ Der iranische Botschafter Navab-Motlagh übermittelte Ministerialdirektor Lahn am 16. Mai und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 17. Mai 1983 eine Liste iranischer Studenten in der Bundesrepublik, deren Ehefrauen bislang kein Einreisevisum bzw. keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatten. Im Schreiben an Lahn äußerte er die Hoffnung auf eine Sonderregelung, die dazu beitragen könne, „daß künftige konstruktive Gespräche nicht länger durch dieses Problem belastet werden“. Vgl. Referat 311, Bd. 137767.

Der Botschafter belegte dann anhand einiger Beispiele, daß solche Aufenthaltsgenehmigungen mit einer bis zu zweijährigen Dauer sogar in Pässe eingetragen würden, deren Gültigkeitsdauer sehr viel kürzer sei. Die Behauptung der Antragsteller, sie seien gegen das iranische Regime, genüge. Es bräuchte nicht einmal Asylantrag gestellt werden.

Der *Bundesminister* erwiderte, er begrüße es, daß der Botschafter um dieses Gespräch gebeten und ihm die Probleme freimütig vorgetragen habe. Er habe verstanden, daß die iranische Regierung eine weitere positive Entwicklung der Beziehungen wünsche. Der Botschafter habe mit Recht Schritte erwähnt, die auch wir in dieser Richtung unternommen hätten. Wir hätten damit dafür gesorgt, daß die Substanz unserer Beziehungen nicht beschädigt würde. Die Bundesregierung lasse sich stets von der Absicht leiten, die Beziehung zur Islamischen Republik Iran positiv zu entwickeln.

Er habe von Anfang an klargemacht, daß die Bundesregierung den Weg Irans respektiere. Die Gespräche mit den iranischen Außenministern seien von ihm in der Absicht geführt worden, einen Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zu leisten.

Die Monita des Botschafters wolle er in drei Bereiche gliedern:

- Generalkonsulat Berlin: Zu dieser Frage könne er z. Zt. nichts sagen. Er werde sich darum kümmern.
- Ehefrauen von Studenten: Es gehe hier offenbar um Prinzipien unserer Ausländerpolitik, die sich nicht ändern lassen¹⁶, aber auch möglicherweise um Übertreibungen der Bürokratie, gegen die man kämpfen müsse. Das Auswärtige Amt werde sich dieser Frage widmen.¹⁷ Dies gelte auch für die Frage, wie man „am schnellsten zu einer zweijährigen Aufenthaltsgenehmigung“ kommen könne. Er hoffe, daß sich dieser Usus nicht herumspreche. Wir würden dies sorgfältig nachprüfen.
- Die Bundesregierung verurteile die Anwendung von Gewalt. Wir träten nicht nur für einen Waffenstillstand ein, sondern vor allem für den Schutz der Zivilbevölkerung. Dies hätten wir auch wiederholt zum Ausdruck gebracht.

¹⁶ Am 19. Mai 1983 informierte das Bundesministerium des Innern das Auswärtige Amt über die Ergebnisse einer Besprechung vom 4./5. Mai 1983 mit den Ausländerreferenten der Länder, die übereinstimmend die Auffassung vertreten hätten, „daß an der gegenwärtigen Regelung des Familiennachzuges zu ausländischen Studenten uneingeschränkt festgehalten werden sollte“. Das Bundesministerium des Innern teile diese Auffassung: „Der Beschluß der Bundesregierung vom 2. Dezember 1981 zur sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzuges zu Ausländern aus Nicht-EG-Staaten sieht ausdrücklich vor, daß Familienangehörige von Ausländern, die sich in der Bundesrepublik Deutschland zur Aus- oder Fortbildung aufhalten, vom Familiennachzug ausgeschlossen sind.“ Die vom Auswärtigen Amt angeführten außenpolitischen Gründe für eine Ausnahmeregelung seien „keineswegs unberücksichtigt geblieben“, jedoch: „Aus grundsätzlichen verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Erwägungen kann es nicht in Betracht gezogen werden, Ausländer allein aufgrund einer bestimmten Religionszugehörigkeit gegenüber anderen zu bevorzugen [...]. Das Ansinnen Irans, ausgerechnet iranische Studenten von den Familiennachzugsbeschränkungen auszunehmen, wird von den Ländern als Zumutung betrachtet.“ Vgl. Referat 331, Bd. 137767.

¹⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus legte am 25. Mai 1983 den Entwurf eines Drahterlasses an die Botschaft in Teheran vor, in dem das Auswärtige Amt sich unter der Voraussetzung, daß von den etwa 6000 iranischen Studenten in der Bundesrepublik nur 60 bis 80 verheiratet seien, bei den Ausländerämtern der Länder für eine Einreisegenehmigung für die Ehefrauen einzusetzen bereit sei. In einer beigelegten Aufzeichnung vom selben Tag führte Müller-Chorus aus, daß das Bundesministerium des Innern jedoch die Mitzeichnung eines solchen Erlasses verweigert habe. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 137767.

Der Bundesminister bat den Botschafter, sich dafür einzusetzen, daß deutsche Geschäftsleute ungehindert aus Iran ausreisen könnten.¹⁸

Schließlich fragte er den Botschafter, was sonst zur Entwicklung der Beziehungen getan werden könnte.

Der *Botschafter* erwiderte, in der Frage Glaser habe er ausführlich mit dem Außenminister gesprochen. Dieser hätte ihm zugesichert, sich persönlich für Glaser einzusetzen.¹⁹

Zur Frage der Verbesserung der politischen Beziehungen erinnerte er an die Einladung, die er im Februar Staatsminister Mertes überbracht habe.²⁰ Das bilaterale Verhältnis benötige vor allem eine breitere politische Basis. Iran wünsche eine Erwidierung der iranischen Besuche. Persönliche Beziehungen könnten dazu dienen, die gegenseitigen Probleme besser zu verstehen und zu lösen, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu beleben, auszubauen und konstruktiver zu gestalten.

Er wolle noch ein Thema ansprechen, das Schicksal der iranischen Rüstungsindustrie. Er wisse, daß gegenwärtig eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet nicht möglich sei.²¹ Iran würde aber gerne jetzt schon mit

¹⁸ Botschafter Petersen, Teheran, berichtete am 17. März 1983: „Seit November 1981 wird der deutsche Staatsangehörige Klaus Glaser, Geschäftsführer der Schenker-Tochter Iransped, in Iran festgehalten, weil angeblich die Fa. Iransped Schulden aus gesetzwidrigen finanziellen Manipulationen bei der iranischen Regierung hat. Diese Art der ‚Geiselnahme‘ hat ein Stadium erreicht, das die Botschaft zu der Bitte veranlaßt, die Frage unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 211; Referat 311, Bd. 137763.

Am 16. April 1983 wies Legationsrat I. Klasse Schlegel im iranischen Außenministerium darauf hin, daß „dieser Fall langsam die Form eines Skandals annehme. [...] Besonders unverständlich sei, daß die iranische Seite nach nunmehr fast zwei Jahren immer noch nicht konkretisiert habe, was man der Fa. Iransped, geschweige denn Herrn Glaser, eigentlich vorwerfe. Das bisherige iranische Verhalten, immer wieder Ausflüchte zu machen, feste Zusagen und Versprechungen nicht einzuhalten, selbst wenn sie in Form von Verbalnoten sogar schriftlich fixiert sind, stelle das gegenseitige Vertrauensverhältnis auf eine harte Probe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 296 des Botschaftsrats I. Klasse Rapke, Teheran, vom 18. April 1983; Referat 311, Bd. 137763.

¹⁹ Am 15. Juli 1983 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit, der iranische Botschafter Navab-Motlagh habe in einem Telefonat ausgeführt, daß der iranische Außenminister Velayati mittlerweile an Ministerpräsident Mussawi geschrieben und auf Ausreisegenehmigung für den inhaftierten Mitarbeiter der Firma Iransped, Glaser, gedrängt habe: „Das ganze Außenministerium kümmere sich intensiv, ja, wie der Botschafter [...] sagte, leidenschaftlich um diesen Fall.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137763.

Schlagintweit legte am 15. November 1983 dar: „Keine der Bemühungen hat zum Erfolg geführt.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137763.

²⁰ Im Gespräch mit Staatsminister Mertes wies der iranische Botschafter Navab-Motlagh am 2. Februar 1983 darauf hin, daß nach iranischer Auffassung die bilateralen Beziehungen, „die ihren Schwerpunkt zur Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet hätten, auch politisch besser fundiert werden sollten. Er sei daher beauftragt, StM Mertes oder einen der beiden Staatssekretäre des Auswärtigen Amts nach Iran einzuladen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 011, Bd. 128829.

²¹ Vortragender Legationsrat Runge teilte der Botschaft in Teheran am 11. Juli 1983 mit, daß die Bundesregierung Vorwürfe über mangelnde Rüstungszusammenarbeit „als grundlos betrachte. Sie habe seit Anfang 1981 ohne Unterbrechung in großzügiger Weise Genehmigungen für Lieferungen, die der Genehmigungspflicht unterliegen, erteilt. Dies gelte auch für Lieferungen der Fa. Fritz Werner (Ersatz- und Verschleißteile für Munitionsanlagen). Dabei sei sie im Rahmen unserer allgemein geltenden Grundsätze und unserer unparteiischen Haltung im Golfkonflikt bis an die Grenze des Vertretbaren gegangen. Lieferungen von Kriegswaffen seien jedoch nicht genehmigt worden, da unsere verbindlichen restriktiven Grundsätze dies nicht zuließen.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 137764.

uns über die Zeit nach dem Krieg sprechen, damit keine Möglichkeiten verbaut würden.

Schließlich wolle er noch einmal das Thema deutscher Käufe in Iran ansprechen. Wenn wir mehr Öl aus Iran bezögen, würden wir Iran in die Lage versetzen, auch mehr von uns zu kaufen.

Der *Bundesminister* erwiderte, sobald es mit unserer Wirtschaft aufwärts gehe, würden wir auch mehr Öl benötigen. Man müsse die Wurzeln unseres verminderten Energiebedarfs sehen.

Der Bundesminister bat den Botschafter, dem Außenminister zu übermitteln, er habe dieses Gespräch und die Darlegung der iranischen Auffassungen über die Möglichkeiten und die Hemmnisse der bilateralen Beziehungen begrüßt. Um letztere werde er sich kümmern und soweit wie möglich Abhilfe schaffen. Die iranischen Absichten deckten sich mit unseren eigenen Intentionen.

Er verstehe, daß die iranische Seite in einem Besuch in Teheran ein Zeichen unseres guten Willens und einen Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen sehe. Er werde dem Botschafter sehr bald sagen, wer einen Besuch abstatten werde und wann das sein könne.²²

Man müsse sich damit befassen, wie die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ausgeweitet werden könnten, auch hinsichtlich der Handelsbilanz.

Er bitte, sich in Erinnerung zu rufen, daß er Iran von Anfang an besonderes Interesse geschenkt und viel dafür getan habe, daß bei uns und bei unseren Verbündeten die Bereitschaft gestärkt wurde, die Entwicklung in Iran als Ausdruck des Willens des iranischen Volkes zur Identität zu würdigen.

Abschließend regte der Minister an, die Presse zu unterrichten und ihr zu sagen, Gegenstand des Gesprächs seien der Stand, die Entwicklung, aber auch die Probleme der bilateralen Beziehungen gewesen. Der Botschafter habe die Auffassung seiner Regierung übermittelt, daß die Beziehungen auf allen Gebieten – Politik, Kultur und Wirtschaft – entwickelt werden sollten. Die Bundesregierung lasse sich von der gleichen Absicht leiten. Eine Verstärkung der bilateralen Besuchskontakte sei in Aussicht genommen.

Referat 010, Bd. 178876

²² Vom 17. bis 22. September 1983 hielt sich Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, anläßlich der Internationalen Handelsmesse in Teheran im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 278.

157

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-371.80 SCG/INF-1082/83 geheim****26. Mai 1983¹**Herrn Staatssekretär²

Betr.: INF-Verhandlungen;

hier: Vertrauliche Sitzung der Fünf („Quint“) mit USA im Anschluß an
 NATO-Ratsunterrichtung durch Botschafter Nitze am 20.5.1983 in
 Brüssel³

Bezug: DE Nr. 3168 vom 24.5.1983⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Im Mittelpunkt der auf unser Drängen im Anschluß an die Ratsunterrichtung von den USA einberufenen Sitzung der Quint stand ein von allen Seiten sehr freimütig geführter, detaillierter Meinungsaustausch über die Frage des geographischen Parameters eines Abkommens (Problem: „global/regional“) sowie die Weiterentwicklung der westlichen Position im Bereich der INF kürzerer Reichweite (SRINF).

Andere Themen waren:

- Japanische Haltung zu INF (bilaterale britische und amerikanische Konsultationen)
- Andropow-Äußerungen vom 3.5.1983 (Drittstaatenproblematik)⁵
- Überprüfung der amerikanischen START-Position nach Vorschlägen der Scowcroft-Kommission und „build-down“-Vorschlägen amerikanischer Senatoren⁶.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth und von Legationsrat I. Klasse Erath konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 27. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Subceiling-Frage ist mir immer noch nicht ganz klar. Gibt es dazu eine Aufzeichnung? (Sonst bl[ut]te Vortrag.)“

³ Der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, berichtete in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 20. Mai 1983 über den Stand der seit 17. Mai 1983 laufenden fünften Verhandlungsrunde in Genf. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am selben Tag mit, Nitze habe die ablehnende sowjetische Haltung zu dem am 19. Mai 1983 eingebrachten amerikanischen Vertragsentwurf für eine Zwischenlösung hervorgehoben: „Die negative Haltung zur Zwischenlösung werde von der sowjetischen Delegation wie folgt begründet: a) Sie sei schlechter als die Null-Lösung, da sie zu einem Aufwuchs amerikanischer INF in Europa führe. b) Sie sei nicht mit den bekannten sowjetischen Kriterien für ein Abkommen vereinbar (Einschluß von Drittstaatensystemen, keine Beschränkung für Stationierung in östlicher SU, Einschluß von Flugzeugen, Beachtung des Grundsatzes von ‚Gleichheit‘ und ‚gleicher Sicherheit‘).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 961; VS-Bd. 12053 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Botschafter Ruth informierte eine Reihe von Auslandsvertretungen über Ergebnisse der vertraulichen Sitzung der fünf Stationierungsländer für amerikanische Mittelstreckensysteme mit den USA („Quint“) zu den amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen und kündigte eine ausführlichere Aufzeichnung „per Kurier“ an. Vgl. VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1983

⁵ Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 3. Mai 1983 vgl. Dok. 135, besonders Anm. 11.

⁶ Zum Bericht der Scowcroft-Kommission und zum „build down“-Konzept vgl. Dok. 139, Anm. 3.

Am 11. Mai 1983 berichtete Botschafter Hermes, Washington, daß die Senatoren Cohen und Nunn

Es folgt zusammengefaßte Darstellung des Verlaufs der o. a. Sitzung:

1) Geographischer Parameter (globale/regionale Obergrenze)

a) Ich wies eingangs darauf hin, daß angesichts des eingebrachten neuen amerikanischen Vertragsentwurfs⁷ und des Beginns der fünften Runde am 17.5. dieses Treffen für uns nicht nur eine Frage der Form, sondern der Substanz sei. Wir hätten es vorgezogen, wenn eine volle SCG-Sitzung zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen wäre.⁸

Zu der zentralen Bestimmung des neuen US-Entwurfs (Art. III) führte ich dann folgendes aus:

Art. III Abs. 1(A) stellt als Zählkriterium auf „Gefechtsköpfe (GK) auf dislozierten Abschußgestellen“ („deployed launchers“) ab. Da USA eine Stationierung nur in Europa vorsehen und die Stationierungsorte im ebenfalls am 19.5. eingebrachten Entwurf eines Memorandums of Understanding (MOU) aufgeführt sind⁹, bedeutet diese Regelung, daß das sowjetische Gesamtpotential einschließlich der in Fernost stationierten Systeme zahlenmäßig durch das in Westeuropa stationierte US-Potential ausgeglichen werden soll. Mit anderen Worten: Westeuropa trägt die Gesamtlast für den Ausgleich des sowjetischen Potentials in Europa und Asien. Eine solche Regelung entspricht weder den im Bündnis festgelegten Grundsätzen¹⁰, noch ist sie politisch tragbar: Wir wollen keinen Export der SS-20-Bedrohung von Europa nach Asien, aber genausowenig können Asiens Sicherheitsprobleme allein in Westeuropa gelöst werden. Deshalb halten wir an einer Verbindung von globaler Regelung mit einem europabezogenen subceiling fest. Eine solche Verbindung

– zwänge¹¹ die SU zur Verschrottung der reduzierten Systeme

Fortsetzung Fußnote von Seite 822

im Senat einen Resolutionsentwurf eingebracht hätten, „der Reduzierungen von nuklearen Sprengköpfen als integralen Bestandteil von Modernisierungen vorsieht: Für jeden neuen modernen Sprengkopf sind zwei alte Sprengköpfe zu beseitigen. Diese Formel will die Notwendigkeit, alte, destabilisierende, nicht überlebensfähige Sprengköpfe durch unverwundbare Sprengköpfe zu erneuern, mit dem Ziel verbinden, Reduzierungen zu erreichen“. Weitere Elemente des „build-down“-Konzepts seien: „Jede Seite bestimmt selbst, wie sie ihre nuklearen Systeme zusammensetzt (freedom to mix, trade offs); Zählregeln und Durchführungsbestimmungen können von den SALT-Vereinbarungen übernommen werden; Verifikationsregeln müssen vereinbart werden [...]; verschiedene Kategorien, z. B. Gefechtsfeldwaffen und strategische Waffen, sind getrennt zu behandeln (d. h. die Modernisierung eines strategischen Megatonnen-Sprengkörpers kann nicht durch Aussonderung von zwei Artilleriegeschossen erreicht werden.“ Die Senatoren versprachen sich von dem Konzept „ein Überholen der Freeze-Idee durch garantierte Verminderung von Sprengkörpern und damit Verbesserung glaubwürdiger Abschreckung auf geringerem Niveau, Verdeutlichung ernsthafter Bereitschaft zu nuklearer Rüstungskontrolle mit einer einfachen, politisch griffigen Formel“. Der Resolutionsentwurf sei inzwischen von 45 Senatoren als Miteinbringern unterzeichnet worden und habe „damit politisches Gewicht im Kongreß erhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2127; Referat 220, Bd. 124517.

⁷ Für den amerikanischen Entwurf vom 17. Mai 1983 für eine Zwischenlösung, der am 19. Mai 1983 bei den amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen vorgelegt wurde, vgl. VS-Bd. 11368 (220).

⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Wegen Verhinderung von Burt wurde Sitzung von dessen Stellvertreter Dobbins geleitet.“

⁹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Im Entwurf sind die Stationierungsorte natürlich noch offengelassen. Das MOU stellt einen integralen Teil des Vertrags dar.“

¹⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Im Bericht der Special Group vom 28.9.79 sowie im Integrated Decision Document (IDD), das die Grundlage für den Doppelbeschluß bildet, wird eine Verbindung von globaler Regelung mit europabezogenem subceiling empfohlen.“

¹¹ Korrigiert aus: „zwingen“.

- und verhindert die Verlagerung der Bedrohung in die eine oder andere Richtung.

b) Nach eingehender Erörterung unserer Standpunktes nahmen andere Diskussionsteilnehmer wie folgt Stellung:

GB: Unser Vorstoß hat einen nützlichen Gedankenprozeß in Gang gesetzt. Letztlich ist ein Abkommen ohne eine solche Verbindung von globaler Regelung mit regionaler Untergrenze sowie Einbeziehung der Flugzeugproblematik nicht denkbar. Folgendes muß jedoch bedacht werden:

- Die Einführung eines komplementären europabezogenen subceiling bzw. entsprechender kollateraler Beschränkungen sollte unter Berücksichtigung der gesamten Verhandlungsentwicklung erfolgen (Frage des „timing“).
- Die Forderung nach de-jure-gleichen globalen Obergrenzen darf nicht aufgegeben werden.

IT: Der Vorschlag eines komplementären europabezogenen subceiling stellt de facto eine Konzession an die SU dar. Man muß sich über das Konzept als solches jetzt verständigen. Die Frage der Einbringung muß noch überdacht werden. Sie hängt vom Verhandlungsverlauf ab.

B: Es gibt gewissen Widerspruch zu unserem Argument der Mobilität und der Reichweite der SS-20. Regionaler subceiling scheint ein neuer Gedanke zu sein. Keine abschließende Stellungnahme zum jetzigen Zeitpunkt.

USA:

- Sehr schwieriges Problem für USA.
- Es trifft zu, daß unsere Position in SG-Papieren und IDD¹² verankert ist, aber die Allianz hat sich in der Zwischenzeit weiterbewegt (Null-Lösung). Deshalb können diese Papiere nicht als letztes Wort angesehen werden.
- Das Konzept steht im Widerspruch zu unserer Argumentation hinsichtlich der Mobilität und Reichweite der SS-20.
- Ein regionaler subceiling wäre keine Rüstungskontrollregelung, sondern lediglich eine VBM.
- Für Japan wäre dies wohl unannehmbar. USA können keiner Lösung zustimmen, der Japan nicht zustimmt.
- Da außerhalb Europas stationierte US-INF nicht in Reichweite lohnender sowjetischer Ziele wären, würde unser Konzept zu einer De-facto-Benachteiligung der USA gegenüber der SU führen; dies könne von USA nur schwer akzeptiert werden.

Ich führte anschließend zu diesem Punkt folgendes aus:

- Es geht hier um eine Frage von politischer Bedeutung, nämlich um das Verständnis und die Unterstützung unserer Bevölkerung für den Doppelbeschluß.
- Wir drängen nicht darauf, daß die USA jetzt einen entsprechenden Vorschlag am Verhandlungstisch machen. Es geht darum, sich jetzt intern auf den Augenblick vorzubereiten, wo diese Frage in Genf zur Sprache kommt.

¹² Integrated Decision Document.

Für das „Revised Draft Integrated Decision Document: NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization and Arms Control“ vom 10. November 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201).

- Wir halten an einer globalen Regelung fest wegen der Mobilität und Reichweite der SS-20 und um den Export der Bedrohung nach Asien zu verhindern. Deshalb kann keine Rede davon sein, daß die komplementäre Einführung europabezogener Beschränkungen mit unserer bisherigen Argumentation in Widerspruch steht.
Genausowenig wie wir die Verlagerung der Raketen nach Fernost wollen, kann Westeuropa zugemutet werden, allein die Bürde für den Ausgleich der weltweiten SS-20-Bedrohung zu tragen.
- Unsere Position bedeutet nichts anderes als De-jure-Gleichheit und Parität zwischen den USA und der SU auf weltweiter und europabezogener Ebene. Was nicht geht und vom Doppelbeschluß nie angestrebt wurde, ist ein west-europäisch-sowjetisches Gleichgewicht.

2) Behandlung der INF kürzerer Reichweite (SRINF)

Dobbins sprach dieses Thema an und erklärte, es sei an der Zeit, über die Frage der Herstellung der Reziprozität auf amerikanischer Seite jetzt eine Entscheidung zu treffen. Die USA seien bereit, auch für amerikanische den sowjetischen SS-12/22 und SS-23 vergleichbare SRINF kollaterale Beschränkungen zu akzeptieren. Es stelle sich die Frage, ob und wie man diese Bereitschaft öffentlich behandeln solle.

Ich begrüßte diese amerikanische Bereitschaft. In der Öffentlichkeit könne man natürlich nicht sagen, daß man eine bisher einseitige Position jetzt zugunsten der Reziprozität aufgegeben habe. Nach unserer Auffassung müßte auch geprüft werden, wie die amerikanischen Gefechtsköpfe auf „deutschen“ PI behandelt werden sollen. Wir würden hierzu ein Papier vorbereiten.

UK und B schlugen vor, daß die USA von vornherein von kollateralen Beschränkungen für GK¹³ (und nicht von Trägern) sprechen. Damit vermeide man die Drittstaatenproblematik (wegen der in deutscher Hand befindlichen Trägerraketen).

Dobbins erklärte, die USA zögen es vor, von amerikanischen und sowjetischen SRINF-Systemen zu sprechen. Die US-Regierung sei gegenwärtig nicht bereit, über die deutschen PI mit der SU zu reden. In dieser Phase der Verhandlungen sei es unnötig und gefährlich, der SU einen zusätzlichen Anlaß zu geben, die Drittstaatenfrage ins Rampenlicht zu bringen.

Ich erklärte demgegenüber, daß wir im Gegensatz zu GB und F keine Nuklearwaffen, d.h. keine Sprengköpfe besäßen. Dieser Unterschied sei so wesentlich, daß wir die amerikanischen Befürchtungen nicht teilten. Wir seien aber mit der amerikanischen Formel zum gegenwärtigen Zeitpunkt einverstanden und befürworteten eine allgemein gehaltene Weisung an Botschafter Nitze, die ihn ermächtige, sich mit einer Erörterung der reziproken Einbeziehung sowjetischer und amerikanischer SRINF einverstanden zu erklären.

3) Japanische Haltung zu INF

Dobbins und Gillmore berichteten über jüngste bilaterale Konsultationen in Tokio:

¹³ Gefechtsköpfe.

UK: Japanische Haltung sei, daß ein INF-Abkommen die japanischen Sicherheitsinteressen nicht außer acht lassen dürfe. Deshalb unterstütze japanische Regierung die Forderung nach einer globalen Regelung.¹⁴

Zu dem von britischer Seite eingeführten Gedanken einer Verbindung von globaler Obergrenze mit regionalem subceiling habe japanische Seite keine ausdrückliche Stellung bezogen. Er habe aber Eindruck gewonnen, daß japanische Regierung letztlich mit einer Regelung einverstanden sein könnte, die die Zahl der in Asien stationierten Systeme wenigstens einfriert.

USA:

- Deutlich sei Bemühen Japans, mit Europa zu einem engeren Dialog zu kommen. USA fühlten sich dabei als Mittler! Die SS-20-Frage sei sowohl Stimulans wie Testfall für diesen Dialog.
- Japan befürchte Entwicklung in Richtung einer regionalisierten asiatischen nuklearen Kräftegleichung. Deshalb wünsche man Zusammenführung von INF und START-Verhandlungen. Japanische Regierung zöge es wohl vor, wenn es nicht zur Vereinbarung eines Zwischenergebnisses käme!

Ich machte deutlich, daß man bei aller notwendigen Rücksichtnahme auf berechnete japanische Interessen nicht vergessen dürfe, daß der Doppelbeschluß in erster Linie wegen der Bedrohung Westeuropas gefaßt worden sei. Ein Abkommen in der Form einer Verbindung zwischen weltweiter und europabezogener Regelung sei auch in Japans Interesse. Die Alternative dazu sei der unkontrollierte weitere SS-20-Aufwuchs in Europa und in Asien.

4) Andropow-Äußerung zu Zählkriterium „GK“

Es bestand Übereinstimmung, daß die sowjetische Bereitschaft, nunmehr neben Trägern auch „GK“ als Zählkriterium zu akzeptieren, insofern ein Fortschritt darstelle, als die SU damit eine westliche Forderung übernommen habe. Andererseits wurde festgestellt, daß diese sowjetische Positionsveränderung zum Ziel hat, die Drittstaatenfrage und insbesondere die französischen und britischen Modernisierungsprogramme noch stärker als bisher zur Schlüsselfrage der Verhandlungen zu machen.

Ich betonte, daß wir in unserer Argumentation unbedingt eine Perspektive für die rüstungskontrollpolitische Behandlung dieser Systeme außerhalb des INF-Rahmens anbieten müßten. Es reiche nicht, die Existenz dieser Systeme zu leugnen oder die Möglichkeit, daß jemals in geeigneter Weise über diese Waffen verhandelt werde, auszuschließen.

¹⁴ Über die britisch-japanischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 27./28. April 1983 in Tokio berichtete Botschafter Blech, Tokio, am 6. Mai 1983, der INF-Prozeß habe im Mittelpunkt gestanden: „Britische Seite habe erklärt, daß für sie schon wegen der Mobilität der SS 20 nur ein globaler Ansatz in Frage komme. [...] Eine bloße Verlegung der im europäischen Teil der SU gelegenen Systeme nach F[ern]O[st] komme daher nicht in Betracht.“ Die japanische Delegation habe vor allem auf die Auswirkungen auf die japanische Öffentlichkeit hingewiesen: „Wenn man bei INF zu Ergebnissen komme, ohne daß es auch positive Resultate für die Lage in FO gäbe, laufe man Gefahr eines Meinungsumschwungs in Japan. Man würde sich dann in dem Argwohn, daß – wenn es hart auf hart komme – „Blut dicker sei als Wasser“, d. h. daß die atlantischen Beziehungen vor den pazifischen rangierten und Japan letztlich das Nachsehen habe, bestätigt sehen; das Vertrauen in das Bündnis mit den USA könnte dann nachhaltig erschüttert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 418; Referat 220, Bd. 124491.

Gillmore stimmte dem zu und erklärte mit Bitte um absolute Vertraulichkeit, er bemühe sich um eine Verbesserung der britischen Argumentation in der bezeichneten Richtung. Er habe diese Frage mit französischen Kollegen bereits konsultiert. Was die britischen Modernisierungsvorhaben anlange, so werde die britische Regierung sich über die qualitativen Veränderungen der GK (Chevaline-Programm)¹⁵ nicht in eine öffentliche Debatte einlassen. Im übrigen gelte das Argument weiter, daß selbst bei Einführung der geplanten Trident-II-Raketen¹⁶ Mitte der 90er Jahre das britische GK-Potential ganze 8 % des sowjetischen strategischen Potentials ausmachen werde.

5) Zur Frage der Behandlung der INF-Flugzeuge verteilte ich ein Arbeitspapier, daß die interne Prüfung eines Vorschlags anregt, für F-111-Flugzeuge auf US-Seite sowie Badger und Blinder auf sowjetischer Seite Verhandlungen über paritätische Obergrenzen anzubieten.¹⁷

6) Amerikanische START-Position

Die Überprüfung der amerikanischen START-Position aufgrund der Empfehlungen der Scowcroft-Kommission und der Vorschläge zu einem „build-down-Konzept“ (Vernichtung zweier alter GK bei Dislozierung eines neuen) aus dem Kongreß dauert an. R. Lehmann (Pentagon) erklärte, daß es kein einheitliches präzises „build-down-Konzept“ gebe. Die Administration pflege gegenwärtig insbesondere mit den Senatoren Cohen und Nunn einen intensiven und hilfreichen Meinungsaustausch in dieser Frage.

Das Konzept brauche einen Rüstungskontrollrahmen wie z.B. START.¹⁸ Darüber hinaus sei eine rigorose Anwendung dieses Gedankens sehr problematisch, wenn man bedenke, daß 75 % der amerikanischen Nuklearsysteme 15 Jahre und älter, 75 % der sowjetischen Systeme aber nicht älter als fünf Jahre alt seien.

Ruth

VS-Bd. 11368 (220)

¹⁵ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Umrüstung der Polaris-U-Boot-Raketen von 3 auf 6 nicht einzeln lenkbare GK (MRV). Nach SALT-Kriterien werden diese wie ein GK behandelt.“

¹⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Diese Rakete hat einen MIRV-GK.“

¹⁷ Für das Papier „Treatment of INF aircraft“ vgl. VS-Bd. 11368 (220).

¹⁸ Zur Neuformulierung der Instruktionen für die amerikanische START-Delegation im Lichte des Berichts der Scowcroft-Kommission vgl. Dok. 175, Anm. 4.

158

**Botschafter Wieck, Brüssel (NATO),
an Bundesminister Genscher**

114-18214/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1014
Citissime

Aufgabe: 26. Mai 1983, 20.04 Uhr
Ankunft: 26. Mai 1983, 20.27 Uhr

Herrn Bundesminister des Auswärtigen
 Beteiligung erbeten: StS von Staden, Referat 010¹, Herrn D 2², Referat 201³

Betr.: Haushaltsprobleme der Allianz
 hier: Politische Bedeutung der deutschen Haltung in Einzelfragen⁴

Bezug: Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Dr. Wieck am 25.5.1983
 in Brüssel⁵

I. Nachfolgend gebe ich einen Überblick der Probleme, die für das Gespräch mit
 BM Stoltenberg in Betracht kommen.⁶

Wir haben in der Allianz sehr viel Verständnis dafür gefunden, daß die Konso-
 lidierung des Haushalts⁷ von besonderer Bedeutung auch für das Bündnis ist.
 Auf der anderen Seite sind wir aufgrund des Einspruches des BMF nicht nur,
 wo es aus übergeordneten Erwägungen notwendig war, sondern auch in Fällen
 geringer Bedeutung in die Isolierung geraten. In einer Reihe dieser Fälle stieß
 die Haltung der Bundesregierung auf keinerlei Verständnis. Sie hat, weil zu ri-
 gide, unserer Position Schaden zugefügt, der bei richtiger Abwägung der Prio-
 ritäten und der finanziellen Auswirkungen vermeidbar gewesen wäre.

II. Im einzelnen

Wir sind in vier Fällen, die von großer politischer, militärischer und finanziel-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Mai 1983 vorgelegen.

² Franz Pfeffer.

³ Hat Vortragendem Legationsrat Kirstein am 27. Mai 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an
 Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, die Vortragenden Legationsräte Seibert und Boden
 sowie Legationsrat I. Klasse Wagner verfügte.

Hat Hofmann am 27., Seibert und Wagner am 30. und Boden am 31. Mai 1983 vorgelegen.

⁴ Am 4. März 1983 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO): „In den letzten Monaten häufen sich
 die Fälle, in denen das Funktionieren der Allianz im administrativen Bereich durch rigorose Ver-
 handlungspositionen der deutschen Seite erheblich erschwert wird. Diese Situation beeinträchtigt
 das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis. Die aus Bonn eingehenden Weisungen in
 verschiedenen Fällen zwingen trotz zum Teil geringer sachlicher und finanzieller Relevanz häufig
 dazu, eine isolierte Haltung einzunehmen, die – wie die Erfahrung gezeigt hat – erst aufgegeben wird,
 nachdem ein vermeidbarer Gesichtverlust entstanden ist. Um dieser unvertretbaren Entwicklung
 der letzten Zeit entgegenzuwirken, sehe ich nur die Möglichkeit, daß die Allianz berührende Fragen
 bereits in den Ressortbesprechungen nicht allein unter prinzipiellen sachlichen und finanziellen
 Aspekten, sondern auch unter Berücksichtigung der Allianzinteressen gesehen werden.“ Vgl. den
 Drahtbericht Nr. 403; Referat 201, Bd. 125663.

⁵ Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der EG-Ministerratstagung am 24./25. Mai 1983 in
 Brüssel auf.

⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Kirstein hervorgehoben. Dazu vermerkte er
 handschriftlich: „Dazu hatten wir auf Anforderung! StS Themenliste gemacht.“

⁷ Zu den Beschlüssen des Kabinetts vom 18. Mai 1983 zum Bundeshaushalt 1984 und zur mittelfri-
 stigen Finanzplanung vgl. Dok. 126, Anm. 10.

ler Tragweite sind, ohnehin gezwungen, eine ablehnende Haltung einzunehmen, wenn wir auch praktisch durch keinen anderen Mitgliedstaat unterstützt werden.

Es handelt sich um:

(1) Unsere Weigerung, den Master Restationing Plan (MRP)⁸ zu akzeptieren, dessen Verwirklichung ohne jeden Zweifel die für uns elementar wichtige Vorvertheidigung⁹ erheblich stärken würde (zur Zeit noch bilaterale Angelegenheit¹⁰).

(2) Die Infrastruktur. Hier haben wir als einziger Mitgliedstaat über lange Zeit hindurch zusätzliche Mittel für erforderliche militärische Ausgaben abgelehnt. In der jetzt anstehenden Mid-term Review werden wir unter starkem Druck der MNCs¹¹ und besonders von amerikanischer Seite bereit sein, 150 Mio. Rechnungseinheiten (mal 7,58 = 1,138 Mrd. DM; deutscher Anteil 26,5% = zusätzlich 302 Mio. DM) für die Infrastrukturperiode 1980 bis 1984 bereitzustellen.¹² Wir können uns jedoch nicht damit einverstanden erklären, einem höheren Betrag (z. B. MNC – nur US-Forderung 400 Mio. IAU) zuzustimmen, welcher von vielen für unabweisbar angesehen wird.¹³

⁸ Zum Master Restationing Plan vgl. Dok. 99, Anm. 4.

⁹ Zum Konzept der „Vorvertheidigung“ vgl. Dok. 108, Anm. 12.

¹⁰ Oberst i. G. Oldigs, Washington, teilte am 16. Mai 1983 mit, daß das amerikanische Verteidigungsministerium erneut auf die Bedeutung des Master Restationing Plan (MRP) hingewiesen habe. Der amerikanische Kongreß werde die dafür benötigten Mittel aber „nur bewilligen, wenn deutsche Beteiligung sichergestellt sei“. Derzeit werde nur eine grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung erwartet, über die Höhe ihres finanziellen Beitrags könne später verhandelt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2201; Referat 201, Bd. 125670.

¹¹ Major NATO Commands.

¹² Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), informierte am 6. April 1983 über den soeben vorgelegten „Entwurf des Berichtes des Infrastrukturausschusses an den NATO-Rat zu Mid-term Review“, in dem „der Stand der Implementierung und die Auswirkungen der Inflation auf das Infrastrukturprogramm dargestellt“ würden. Er enthalte außerdem „den Betrag von 666 Mio. [International] Accounting Units, den die MNCS angeben, um die in der laufenden Tranchengruppe zusätzlich für erforderlich gehaltenen Projekte programmieren zu können. Um allen Erfordernissen Rechnung zu tragen, müßten rd. 980 Mio. IAU bereitgestellt werden. [...] Die Empfehlung an den NATO-Rat (permanent session) lautet, den Ministern einen Betrag zwischen 150 Mio. IAU und 400 Mio. IAU im Rahmen der Mid-term Review als Erhöhung zu empfehlen.“ Allerdings hätten vier Mitgliedstaaten, darunter die Bundesrepublik, eine Erhöhung von 150 Mio. IAU bereits als äußerste mögliche Erhöhung angegeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 618; VS-Bd. 12072 (201); B 150, Aktenkopien 1983. Das Bundesministerium der Finanzen teilte dazu am 11. April 1983 mit: „Aus der zwischen BMF und BMVg abgestimmten Vorlage an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vom 18.11.1982 geht hervor, daß die Bundesregierung einer Erhöhung des laufenden NATO-Infrastrukturprogramms 1980 bis 1984 allenfalls bis zur Höhe von 150 Mio. IAU und nur unter der Voraussetzung zuzustimmen bereit ist, daß die NATO und die übrigen Bündnispartner auf weitere finanzielle Forderungen zugunsten des laufenden NATO-Infrastrukturprogramms verzichten.“ Einem Bericht, in dem diese Obergrenze nicht ausdrücklich anerkannt werde, könne daher nicht zugestimmt werden. Vgl. das Fernschreiben Nr. 79; Referat 201, Bd. 125693.

¹³ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 25. Mai 1983 über die Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vom Vortag. Nachdem er verdeutlicht habe, daß die Zustimmung der Bundesregierung zu einer Erhöhung der Infrastrukturmittel um 150 Mio. International Accounting Units (IAU) „eine schwere Entscheidung“ gewesen sei und keine weiteren Möglichkeiten bestünden, habe der amerikanische Vertreter darauf hingewiesen, daß der Mittelbedarf der NATO-Infrastruktur „auch durch eine Erhöhung von 300 Mio. IAU nicht annähernd befriedigt werden könne. Er persönlich hoffe, daß die Allianz wenigstens 200 bis 250 Mio. IAU zulegen könne.“ Angesichts der Haltung der übrigen NATO-Mitgliedstaaten sei damit zu rechnen, daß die amerikanische Ständige Vertretung nach Washington berichten werde, „daß eine Aussicht auf eine Erhöhung über 150 Mio. IAU hinaus nur besteht, wenn es Minister Weinberger gelingt, Bundesminister

(3) Die Rapid Deployment Force (Einsatzmöglichkeit der Amerikaner außerhalb des NATO-Vertragsgebietes)¹⁴: Hier sind wir es, die den Amerikanern mit aller Deutlichkeit gesagt haben und weiter sagen müssen¹⁵, daß ihre Vorstellungen sich auch nicht annähernd verwirklichen lassen: Wir sind weder personell noch finanziell in der Lage, auch nur einen kleineren Teil der geforderten 80 000 Reservisten¹⁶ zur Verfügung zu stellen.

(4) Die Beratungen der sog. Ministerial Guidance für 1983¹⁷: Hier haben wir zwar die 3%-Klausel, die auf dem NATO-Gipfelbeschuß in London 1977¹⁸ beruht¹⁹, bestätigt. Wir haben uns jedoch in isolierter Position geweigert, eine Bemühung zum nächstmöglichen Zeitpunkt von 4 %, die keinen Charakter der Verbindlichkeit²⁰ hat, zu akzeptieren. Wir haben uns auch gegen die Formulierung gewandt, die 1981 von der damaligen Bundesregierung angenommen worden war.²¹ Daraufhin wurde eine Kompromißformel eingeführt, die hinter der Formel von 1981 zurückbleibt. Auch diese ist von uns zur Zeit unter Vorbehalt gestellt.²² Die anderen Partner bestehen – auch aus eigenen Gründen – im Interesse der Allianz auf einer Bemühensformel.²³

Fortsetzung Fußnote von Seite 829

Wörner bilateral zu einer höheren Summe zu bewegen“. Belgien, Dänemark, Italien, die Niederlande und Portugal „würden dem deutschen Beispiel folgen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 984; Referat 201, Bd. 125693.

¹⁴ Zum Aufbau einer „Rapid Deployment Force“ durch die USA vgl. Dok. 10, Anm. 16. Vgl. dazu ferner Dok. 150.

¹⁵ Der Passus „Hier sind wir es ... sagen müssen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht nur wir.“

¹⁶ Die Wörter „80 000 Reservisten“ wurden hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „73 000“.

¹⁷ Zur „Ministerial Guidance“ für 1983 vgl. Dok. 79.

¹⁸ Korrigiert aus: „1978“.

Zur NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11. Mai 1977 in London vgl. AAPD 1977, I, Dok. 121 und Dok. 141.

¹⁹ Vgl. dazu Ziffer 16 der in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in London verabschiedeten „Ministerial Guidance“ 1977; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 351 f.

²⁰ Korrigiert aus: „Charakter, Verbindlichkeit“.

²¹ In Ziffer 16 des Communiqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel wurde die Drei-Prozent-Formel bestätigt. Darüber hinaus wurden jedoch weitere Bemühungen zur Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungskräfte zugesagt und darauf hingewiesen, daß auch die Qualität der Verteidigungsanstrengungen zu berücksichtigen sei. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 33. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 354.

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann legte am 11. Mai 1983 dar: „Im vorliegenden Entwurf der Ministerrichtlinie 1983 wird a) die 3%-Bemühensklausel zwar im Wortlaut übernommen; b) die Aufforderung, unabhängig davon Streitkräfteverbesserungen anzustreben, wird jedoch mit der Tatsachenfeststellung verknüpft, daß ein Wachstum der Verteidigungsausgaben um real 3 % jährlich in einigen Staaten nicht ausreichen würde, um auch nur ihre jetzige Streitkräftestruktur zu erhalten.“ Das Bundesministerium der Verteidigung habe nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), angewiesen, die 3%-Bemühensformel von 1981 „um den (h. E. banalen) Zusatz zu ergänzen: ‚with the understanding that this figure is merely one yardstick for the assessment of a country’s contribution to the common defence effort‘“. Außerdem sei die Aufforderung zu Streitkräfteverbesserungen zu streichen; „es gehe nicht an, ausdrücklich zu bescheinigen, daß 3 % zusätzlich ohnedies zu wenig wären“. Vgl. VS-Bd. 12029 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

²³ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 16. Mai 1983, daß die Bundesrepublik mit ihrem Standpunkt „nahezu isoliert“ sei, weil die Weigerung, eine Bemühensklausel zu höheren finanziellen Leistungen anzunehmen, „hinter den Beschlüssen der [Ministerial]Guidance 1981 zurückbleibt und darüber hinaus noch den Bündnispartnern (NOR, TUR, US, UK) Schwierigkeiten gegenüber ihren Parlamenten verursacht, die – aus welchen Gründen auch immer – bereit und in der Lage

Besonders unerfreulich war unsere Position in einer Reihe von Fällen, deren finanzielle Auswirkungen unbedeutend waren. Hier haben wir aus mehr formellen Überlegungen heraus die Bildung eines Konsensus entweder stark hinausgezögert oder bis heute unterbunden. Hier handelt es sich um:

(1) Die geringfügige Erhöhung der Aufwandsentschädigung des Generalsekretärs und einer kleinen Zahl hoher NATO-Funktionäre (jährliches Finanzvolumen 540 000 BF gleich 27 000 DM, dt. Anteil 16,2% gleich 4347 DM). Nach intensiven und langwierigen Bemühungen bis hin zu StS-Ebene konnte dieser Fall letztlich gelöst werden.²⁴

(2) Tagegelder des NATO Appeals Board²⁵ (drei Personen ehrenamtlich), der nur einige Male im Jahr zusammentritt, ist bis heute nur wegen unserer Weigerung ungelöst; die beantragte und von uns abgelehnte Erhöhung des Sitzungsgeldes beträgt 75 DM pro Tag.²⁶

(3) Fall eines britischen, aus dem Dienst des SHAPE Technical Center ausgeschiedenen Physikers.²⁷ Wegen unserer Weigerung wurde eine Härtezahlung (ex gratia) verweigert (Gesamtvolumen 60 000 DM, davon dt. Anteil 16,1% gleich 9660 DM).²⁸ Darüber hinaus schwebt die grundsätzliche Frage von Ex-gratia-Zahlungen weiter. Auch hier gibt es nach wie vor Widerstand des BMF.²⁹

Fortsetzung Fußnote von Seite 830

sind, über das Drei-Prozent-Ziel hinaus mehr für die gemeinsame Verteidigung zu leisten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 908; VS-Bd. 12072 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

24 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), bat am 14. März 1983 darum, mit dem Bundesministerium der Finanzen die Frage der Aufwandsentschädigungen für zivile Bedienstete der NATO erneut zu erörtern. Die Weisung, einem Inflationsausgleich von nur 50% anstelle der vorgesehenen 75% des vergangenen Drei-Jahres-Zeitraums zuzustimmen, werde die Bundesrepublik „in große Schwierigkeiten bringen“. Sie verweigere sich hier einem Konsens, „der eine Mehrbelastung des Haushalts von jährlich nur rund DM 1450,- zur Folge hat“ und dem andere NATO-Mitgliedstaaten „mit schwerer wiegenden Budgetschwierigkeiten“ bereits zugestimmt hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 459; Referat 201, Bd. 125663.

Am 30. März 1983 stimmte das Bundesministerium der Finanzen der vorgeschlagenen Lösung zu. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann vom 31. März 1983; Referat 201, Bd. 125663.

25 Die Wörter „Tagegelder des NATO-Appeals Board“ wurden von Vortragendem Legationsrat Kirstein hervorgehoben. Dazu Häkchen und handschriftliche Bemerkung: „BMF noch unentschieden, entscheidet in nächsten Tagen vermutlich positiv.“

26 Das Bundesministerium des Innern nahm mit Schreiben vom 5. April 1983 zu einer Erhöhung der Sitzungsgelder für den NATO-Berufungsausschuß Stellung. Der geltende NATO-Satz von 6000 Belgischen Francs entspreche etwa 300 DM und sei damit „höher als die Sätze bei ESA, OECD und WEU. Eine weitere Erhöhung ist daher keineswegs angebracht. Sie hätte Präcedenzwirkung auch für diese Organisationen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125662.

Am 19. Mai 1983 teilte das Bundesministerium des Innern dem Auswärtigen Amt sowie den Bundesministerien der Finanzen und der Verteidigung mit, daß es an seiner ablehnenden Haltung festhalte, aber nicht widersprechen werde, wenn „politische Überlegungen (deutsche Isolierung) oder Haushaltsgesichtspunkte (Geringfügigkeit der Ausgaben) die Hinnahme der Erhöhung bei der NATO geraten erscheinen“ ließen. Vgl. das Fernschreiben Nr. 3332; Referat 201, Bd. 125662.

Das Bundesministerium der Finanzen stimmte der Erhöhung der Sitzungsgelder am 31. Mai 1983 „aus übergeordneten allianzpolitischen Gründen“ schließlich zu. Vgl. das Fernschreiben Nr. 371 an das Auswärtige Amt; Referat 201, Bd. 125662.

27 Die Wörter „britischen“ und „Physikers“ wurden von Vortragendem Legationsrat Kirstein hervorgehoben. Dazu Häkchen und handschriftliche Bemerkung: „T[...]“

28 Am 18. März 1983 teilte Ministerialdirektor Pfeffer der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit, der Fall T. sei wiederholt mit dem Bundesministerium der Finanzen und auch auf der Ebene der Staatssekretäre erörtert worden mit dem Ergebnis, daß „einer Ex-gratia-Zahlung an Herrn T[...] und einer Befassung des Militärhaushaltsausschusses nicht zugestimmt werden kann.“ Zur Begründung wurde ein Schreiben des Staatssekretärs Obert, Bundesministerium der Finanzen,

(4) Anhebung des Militärhaushalts (MBC³⁰) von 15,5 auf 16,5 Mrd. BF.³¹ Unser Anteil an der nach längerem Widerstand des BMF schließlich bewilligten Erhöhung beträgt rd. 194 Mio. BF gleich 9,7 Mio. DM.³²

(5) Unsere Weigerung, die Ausstattung der Büroräume des Vorsitzenden des Militärausschusses (zur Zeit aus nationalen Mitteln finanziert) in Zukunft aus Mitteln des Militärhaushalts (Gemeinschaftsfinanzierung, deutscher Anteil ohne Frankreich 19,42%) zu finanzieren.³³ Auch hier handelt es sich um ein finanziell nicht ins Gewicht fallendes Volumen. Zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt werden nicht benötigt.³⁴

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12013 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 831

an Staatssekretär von Staden übermittelt, in dem hervorgehoben wurde, daß der britische Physiker T. von 1965 bis 1981 „aufgrund mehrerer aufeinanderfolgender, zeitlich befristeter Dienstverträge als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig“ gewesen sei: „Die bei der NATO geltende Regelung über die Gewährung einer Entschädigung bei Verlust des Arbeitsplatzes sieht nur bei vorzeitiger Beendigung eines zeitlich befristeten Dienstvertrages eine Leistung vor, und auch nur dann, wenn das Dienstverhältnis aus Gründen beendet wird, die in der Interessensphäre der NATO liegen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1660; Referat 201, Bd. 125662.

²⁹ Das Bundesministerium der Finanzen erklärte sich am 2. November 1983 unter Zurückstellung bisheriger Bedenken „damit einverstanden, daß im Sinne einer Regelung außerhalb des Dienstrechts“ gegebenenfalls eine „Ex-gratia-Zahlung an Herrn T. in Höhe von höchstens sechs Monatsgehältern“ erfolgen könne. Vgl. das Schreiben an das Auswärtige Amt; Referat 201, Bd. 125662.

³⁰ Military Budget Committee.

³¹ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 3. Februar 1983 darüber daß sich die bislang angemeldeten militärischen Forderungen für 1984 auf 19,44 Mrd. Belgische Francs beliefen. Der Militärhaushaltsausschuß der NATO habe sich mit diesen Forderungen noch nicht befaßt, werde sie aber in dieser Höhe wohl als nicht akzeptabel erachten: „Die USA werden sich für eine planning figure zwischen 17 und 18 Mrd. BF einsetzen. Während Belgien wahrscheinlich eine planning figure von nur 16 Mrd. BF vorschlagen wird, hält UK 16,5 Mrd. BF als Mindestbetrag für unbedingt erforderlich.“ Wieck plädierte dafür, von dem letztgenannten Betrag auszugehen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 197; Referat 201, Bd. 125663.

³² Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Kirstein mit Häkchen versehen.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 15. April 1983, daß der Militärhaushaltsausschuß der NATO gegen die Bundesrepublik und Belgien beschlossen habe, daß 16,5 Mrd. Belgische Francs für die Arbeit der militärischen Hauptquartiere notwendig seien. Wieck teilte weiter mit, die „extreme deutsche Haltung“ werde zunehmend zur Belastung. Ihm sei entgegengehalten worden: „Ein Ausschuß, der sich aus Vertretern souveräner Staaten zusammensetze, sei nur dann arbeitsfähig, wenn alle Staaten sich kompromißbereit und solidarisch verhalten. Die Absicht, nationale Interessen gegen die Mehrheit der anderen Staaten durchsetzen zu wollen, sei gegen Geist und Buchstaben des NATO-Vertrags.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 690, Referat 201, Bd. 125663.

Am 20. April 1983 teilte das Bundesministerium der Finanzen mit, daß es zu einer Erhöhung der entsprechenden Mittel im Bundeshaushalt 1984 bereit sei, um „damit die deutsche Zustimmung zu einer ‚planning figure‘ von 16,5 Mrd. BF zu ermöglichen“. Vgl. das Schreiben an das Bundesministerium der Verteidigung; Referat 201, Bd. 125663.

³³ Mit Schreiben vom 5. Januar 1983 wandte sich das Bundesministerium der Finanzen gegen die vom Bundesministerium der Verteidigung befürwortete Finanzierung einer Residenz für den Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses aus Mitteln des NATO-Militärhaushalts: „Bei der derzeitigen Haushaltslage ist es ausgeschlossen, daß die gemeinsam finanzierten Militärhaushalte ohne zwingenden Grund mit zusätzlichen Ausgaben belastet werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125663.

Das Bundesministerium der Verteidigung bat das Bundesministerium der Finanzen am 15. April 1983 um Überprüfung dieser Haltung. Für das Schreiben vgl. Referat 201, Bd. 125663.

³⁴ Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat Kirstein handschriftlich: „Neu, in Schwebel. Es steht Bericht der Vertretung aus.“

Am 1. Juni 1983 teilte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), mit, der Beschluß der Generalstabschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 29. November 1982 zur Finanzierung einer Residenz für den

159

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer**422-411.10 SAR-512/83 geheim****27. Mai 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn BundesministerBetr.: Rüstungsexport nach Saudi-Arabien³*Fortsetzung Fußnote von Seite 832*

Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses sei „einmütig“ getroffen worden. Wieck sprach sich aus Gründen der Bündnissolidarität gegen „ein Ausscheren deutscherseits aus dieser gemeinsamen Haltung“ aus: „Die Bereitschaft, in dieser Frage unseren guten Willen zu beweisen, würde es uns andererseits erleichtern, dort eine härtere Haltung einzunehmen, wo aus gerechtfertigten Gründen unverhältnismäßig viel höhere Mehrleistungen mit Entscheidungheit abgewiesen werden müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1066; Referat 201, Bd. 125663.

¹ Datum der Weiterleitung der Vorlage an das Büro Staatssekretäre.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 11. Mai 1983 konzipiert und am 13. Mai 1983 von Ministerialdirektor Fischer mit der Bitte um Mitzeichnung an Ministerialdirektor Gorenflos geleitet.

Am 25. Mai 1983 erhielt Fischer die Vorlage „ohne Mitzeichnung mit Schreiben von D3 zurück“. Vgl. VS-Bd. 10920 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

Gorenflos führte am 25. Mai 1983 für Fischer aus: „Ich kann die Bezugsvorlage in dieser Form leider nicht mitzeichnen. [...] Meine Bedenken beruhen wesentlich darauf, daß die Aufzeichnung keine hinreichenden Überlegungen enthält, wie wir den bei einer vollständigen Ablehnung der saudischen Wünsche und Erwartungen drohenden politischen und wirtschaftlichen Schaden abfangen können. Ich teile die Auffassung, daß die Lieferung des Leopard II, unseres modernsten Panzers, an Saudi-Arabien aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht in Betracht kommt. Wir sollten aber ernsthaft prüfen, ob wir den Saudis anderes Gerät liefern können, das wesentlich Verteidigungszwecken dient.“ Bei der vorgeschlagenen Erörterung dieser Frage im Kabinett und im Bundessicherheitsrat „müßte wohl auch die grundsätzliche Frage behandelt werden, wo künftig die Grenze für Lieferungen an uns nahestehende und befreundete Staaten, die legitime Sicherheitsinteressen haben, zu ziehen ist. [...] Nach meinem Eindruck sollten wir versuchen, das Kriterium, inwieweit der Verteidigungszweck einer Waffe überwiegt, in den Vordergrund zu stellen.“ Vgl. VS-Bd. 10920 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

Die Aufzeichnung wurde nach Mitzeichnung und mit Änderungen durch Gorenflos am 27. Mai 1983 an das Büro Staatssekretäre geleitet. Vgl. dazu Anm. 26.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 26. Oktober 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 422 verfügte.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich stimme dem Votum in Ziffer III zu.“

Hat Staatssekretär von Staden am 27. Mai 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich stimme dem Votum zu Ziffer III zu, da der Entscheidungsvorschlag dem Grunde nach der von der Bu[ndes]Reg[ie]rung beschlossenen Politik entspricht u. es demzufolge richtig erscheint, hierüber auch gegenüber den Saudis Klarheit zu schaffen.“

³ Die saudi-arabische Regierung zeigte sich seit 1979 interessiert an der Lieferung von Panzerfahrzeugen der Typen „Gepard“, „Leopard I“, „Leopard II“ und „Marder“ und bekräftigte insbesondere im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 ihre Lieferwünsche. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 53 und Dok. 117–119.

Auf eine erneute Anfrage vom 6. März 1982 stellte Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, am 16. Mai 1982 eine baldige Antwort in Aussicht. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 154.

Nach einem Gespräch mit Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher zur Frage der Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien bat Staatssekretär Lautenschlager Ministerialdirektor Fischer am 21. April 1983 um einen Briefentwurf an Bundeskanzler Kohl, in dem ein Gespräch mit den zuständigen Bundesministerien beim Bundeskanzler vor Befassung des Bundessicherheitsrats vorgeschlagen werden sollte. Außerdem bat Lautenschlager Fischer darum, zusammen mit Ministerialdirektor Gorenflos für das Gespräch bei Kohl „eine wertende Stellungnahme mit Vorschlag zur Gesprächsführung auszuarbeiten“. Vgl. VS-Bd. 10920 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

Bezug: Vorlage vom 22.4.1983 – 422-411.10 SAR (Anlage nur bei Original)⁴

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu III.

I. Sachstand

1) Die Firmen Krauss-Maffei und Krupp MaK haben eine Voranfrage nach Aussicht auf Genehmigung für die Lieferung von 300 Panzern Leopard II, 150 Flugabwehrsystemen Gepard, gepanzerten Truppentransportern sowie Pionier- und Bergepanzern nach Saudi-Arabien gestellt.⁵

Gleichzeitig hat Scheich Salem bin Hadlem im Auftrag des saudischen Verteidigungsministers Prinz Sultan den saudischen Wunsch nach einer positiven Entscheidung der Bundesregierung über die Lieferung von Kriegswaffen wiederholt. Sie haben Antwort innerhalb einiger Wochen zugesagt.⁶

2) Der Wert der in der Voranfrage der Firmen genannten Lieferungen dürfte 5 Mrd. DM weit übersteigen (nach Firmenangaben beträgt er etwa 10 Mrd. DM).

(Wert eines Leo II etwa 4,5 Mio. DM) (300 Leo etwa 1,35 Mrd. DM), eines Gepard-Systems auf dem Chassis des Leo II etwa 11–12 Mio. DM (150 Gepard etwa 1,65 Mrd. DM), Gesamtwert der übrigen Lieferungen (Fahrzeuge, Werkstätten) wegen fehlender Angaben über den Umfang nicht bekannt.

3) Die saudische Regierung möchte außerdem etwa 150 Hubschrauber, davon einen Teil als Kriegswaffe (mit Geschütz oder Panzerabwehrwaffen ausgerüstet) kaufen. Zu dem Auftrag, um den sich auch die Fa. MBB bewirbt, gehört auch eine umfangreiche Infrastruktur (Wartungsanlagen, Landeplätze). Der Wert dieses Auftrags beträgt etwa 2 Mrd. DM. Zur Zeit bereitet die saudische Regierung mit Unterstützung der deutschen IABG (Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft weitgehend im Bundeseigentum) ein System für die Evaluierung der Angebote vor.

4) Hauptwaffenlieferanten für Saudi-Arabien sind bisher

USA: Luftwaffe, F: Marine, Panzer, GB: Heereswaffen.

Ein Teil der bisher von F und USA gelieferten etwa 600 Panzer ist veraltet. Schwierige Bedingungen schränken die Einsatzbereitschaft ein. Die saudische

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Ministerialdirigent Loeck legte Entwürfe für Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundeskanzler Kohl sowie die Bundesminister Graf Lambsdorff und Wörner vor mit dem Vorschlag, die Frage der Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien vor Behandlung durch den Bundessicherheitsrat zunächst in einem Gespräch zu viert zu erörtern. Außerdem teilte Loeck mit: „Eine Vorlage mit Gesprächsunterlagen für das Ministergespräch wird vorbereitet.“ Beigelegt waren außerdem Zwischenbescheide an die Firmen Krauss-Maffei AG und Krupp MaK Maschinenbau GmbH auf deren Anfrage vom 29. März 1983. Vgl. VS-Bd. 10920 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Für die Schreiben der Firmen Krupp MaK Maschinenbau GmbH bzw. Krauss-Maffei AG vom 29. März 1983 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 10920 (422).

⁶ Am 14. April 1983 antwortete Bundesminister Genscher Scheich Salem bin Hadlem auf dessen Frage, wann die saudi-arabische Regierung mit einer Antwort auf ihre Rüstungswünsche rechnen könne, er habe schon früher dem damaligen Kronprinzen Fahd gesagt, „daß manche Erklärungen abgegeben worden seien, die über das praktisch Durchsetzbare hinausgingen“. Diesen Fehler wolle die jetzige Bundesregierung nicht wiederholen, „sondern eine gesicherte Meinungsbildung erreichen, die dann auch eingehalten werden könne. [...] Er bitte deshalb noch um etwas Geduld.“ Auf den Hinweis, daß Saudi-Arabien „seine militärische Planung festlegen“ müsse, und auf die Frage nach der voraussichtlichen Länge der Wartezeit – Wochen oder Monate – antwortete Genscher: „Wochen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Seite plant jetzt anscheinend die Ausrüstung zumindest einiger Elite-Einheiten mit modernen, leistungsfähigen Panzern. Der Leo II gilt zur Zeit als einer der leistungsfähigsten Panzer; einziger Konkurrent ist der amerikanische M1, dessen Technik zur Zeit jedoch noch anfälliger gegen Störungen ist und der einen höheren Treibstoffverbrauch hat (Antrieb durch Turbine). Die saudische Regierung hat die amerikanische Regierung um Überlassung des M1 zu Testzwecken gebeten. Die amerikanische Regierung wird nach Aussage eines Sprechers des State Department diesen Wunsch erfüllen; eine Entscheidung über einen späteren Export wurde noch nicht getroffen.

Zur Wartung und zunächst auch zum Betrieb der neuen Panzer wäre Saudi-Arabien auf Hilfe befreundeter Staaten angewiesen (Hinweise auf türkische Kräfte für die Wartung, pakistanische Soldaten für den Betrieb).

5a) Vergleichbare Wünsche anderer arabischer Staaten nach deutschen Waffenlieferungen sind aus den VAE (Leo II, TPz 1)⁷ Bahrain (Kettenfahrzeug Marder, TPz 1)⁸ und möglicherweise Kuwait (Leo II) bekannt.

b) Außerhalb dieser Länder ist bisher kein Interesse für den Leo II erkennbar, der nach Ausrüstung, Gewicht und Preis im größeren Maß für den Einsatz in Europa (und Nordamerika) konstruiert worden ist als der französische Panzer AMX 32 oder der britische Chieftain. Bei dem Luftabwehrsystem Gepard gibt es dagegen eine leichtere und preiswertere, besonders für den Export entwickelte Version, bei der das eigentliche System (Radar und Geschütz) nicht auf das

⁷ Nachdem ein Antrag der Firma Krauss-Maffei AG um Zustimmung, ein Fahrzeug des Typs Transportpanzer 1 (TPz 1) aus den Beständen der Bundeswehr den Streitkräften der Vereinigten Arabischen Emirate leihweise zur Verfügung zu stellen, im Sommer 1982 noch abgelehnt worden war, beauftragte Ministerialdirektor Fischer am 10. Februar 1983 einen Antrag der Firma Thyssen Industrie AG Henschel auf Lieferung von gepanzerten Radfahrzeugen desselben Typs mit der Begründung, daß diese Fahrzeuge „aufgrund ihrer schwachen Panzerung für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld nicht geeignet“ seien und „der Wunsch der VAE nach Vorführung des Kampfpanzers Leo II (KWKG-pflichtig) vor kurzem wie im Falle Saudi-Arabiens abgelehnt werden mußte“. Vgl. Referat 424, Bd. 135839.

In einer Vorlage für den Bundessicherheitsrat vom 26. Mai 1983 wurde dazu ausgeführt, daß für eine Genehmigung die freundschaftlichen Beziehungen ebenso wie die Tatsache sprächen, daß der Folgeauftrag über die Lieferung von 100 bis 150 TPz 1 wirtschaftlich „von erheblicher Bedeutung“ für Thyssen-Henschel sei. Angesichts der geringen Kampfkraft des Panzers werde das Kräftegleichgewicht im Nahen Osten nicht verändert: „Insgesamt überwiegen die für eine Genehmigung sprechenden außen- und bündnispolitischen Argumente für die Lieferung des TPz 1.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135839.

Botschafter Weindel, Abu Dhabi, berichtete am 26. Juni 1983: „VAE-Generalstabschef Al Badi hat offizielle Mitteilung der Freigabe eines TPz 1 zur Demonstration gepanzelter Fahrzeuge im Juli 1983 in den VAE mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Dabei hat Al Badi nochmals weiterhin bestehendes starkes Interesse der VAE an Leopard unterstrichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 101; Referat 424, Bd. 135839.

⁸ Am 23. März 1983 informierte die Firma Thyssen Industrie AG Henschel das Auswärtige Amt darüber, daß Bahrain den im Vorjahr abschlägig beschiedenen Antrag auf Lieferung von 112 Schützenpanzern des Typs „Marder“ sowie 12 Transportpanzern des Typs TPz 1 wiederholt habe. Für das Schreiben vgl. Referat 424, Bd. 135782.

In einer Aufzeichnung für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 14. Juni 1983 beauftragte Referat 422 eine Genehmigung der Lieferung der Transportpanzer mit der Begründung: „Eine Versagung der Genehmigung könnte Zweifel an unserem Interesse an der Stabilität der Region wecken und damit unsere Beziehungen zu Bahrain beeinträchtigen.“ Zu verweisen sei auch auf die Gleichbehandlung mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dagegen überwogen beim Schützenpanzer die Gründe gegen eine Lieferung: „Der Marder ist ein mittelschwerer Panzer. Mit der Genehmigung würde eine neue Kategorie von Rüstungsgütern für den Export in Länder außerhalb der NATO freigegeben.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135782.

Chassis des Leo, sondern des Radfahrzeugs TPz 1 montiert wird (Wildcat). Hier besteht bereits Interesse Thailands an der Lieferung.⁹

6) Das saudische Verteidigungsministerium gehört zu den größten ausländischen Auftraggebern für deutsche Baufirmen. Saudi-Arabien war 1982 mit 8,5 Mrd. DM unter den OPEC-Ländern größter Abnehmer deutscher Exporte (in Klammern Zahlen für Ausfuhren in die gesamte OPEC und für gesamte deutsche Ausfuhren):

Anteil an deutschen	1981	1,6 %	(8,8 %)
Gesamtausfuhren:			
	1982	2,0 %	(8,9 %)
	1983 (Jan.–März)	1,9 %	(7,8 %)
Zuwachs:			
	1981	+16,1 %	(+52,9 % / +8,1 %)
	1982	+37,9 %	(+ 9,1 % / +7,8 %)
	1983 (Jan.–März)	+ 0,1 %	(-16,1 % / -1,9 %)

II. Bewertung

A. Rechtlich

Nach § 6 Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) muß eine Genehmigung versagt werden, wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg verwendet werden.¹⁰

Diese Gefahr besteht bei Saudi-Arabien unter den heutigen Umständen nicht. Es hat sich bisher nur einmal in der Frühzeit an der bewaffneten Auseinandersetzung im Nahost-Konflikt unmittelbar beteiligt. Es gibt auch keine Hinweise darauf, daß es Waffen an die Konfliktparteien überlassen hätte. Bekannt ist bisher nur eine Meldung über Lieferung von alten Feldhaubitzen an den Irak im irakisch-iranischen Konflikt.¹¹ Nach Angaben der Firmen ist die saudische Regierung bereit, in einer Endverbleibsklausel zu erklären, daß die Waffen nur zur Verteidigung und nur auf saudischem Territorium eingesetzt werden.

⁹ Vortragender Legationsrat Schöning vermerkte am 25. Januar 1983, daß die Firma Krauss Maffei AG laut eigener Auskunft „in Verhandlungen mit Thailand wegen der Lieferung von 24 Flugabwehr-Radpanzern Wildcat [...] mit 30 mm-Mauserkanonen“ im Wert von insgesamt ca. 200 Mio. DM stehe: „Die Zustimmung der Bundesregierung zum Export von 10 Transportpanzern TPz 1 als Auslandsgeschäft nach Venezuela lasse K[rauss]M[affei] auch auf Exportgenehmigung für Wildcat (gleiches Fahrgestell wie TPz) hoffen.“ Schöning teilte weiter mit, er habe die Firma wissen lassen, „daß mit einer Zustimmung zum Export von Wildcat in Länder der Dritten Welt nicht gerechnet werden kann“. Vgl. Referat 424, Bd. 135834.

¹⁰ Für den Wortlaut von Paragraph 6 des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 445.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze informierte am 10. Mai 1983 über Meldungen, denen zufolge Feldhaubitzen des Typs FH 70 aus deutsch-britisch-italienischer Koproduktion, die von Großbritannien mit Zustimmung der Bundesregierung nach Saudi-Arabien exportiert würden, in den Irak weitergeliefert würden. Der britische Botschaftsrat Perry habe dazu mitgeteilt, der Vertrag mit Saudi-Arabien über die Lieferungen der FH 70 enthalte eine Endverbleibsklausel. Die ersten Feldhaubitzen dieses Typs seien im Januar 1983 geliefert worden und befänden sich vereinbarungsgemäß in Saudi-Arabien. Jedoch sei der britischen Regierung bekannt, „daß Saudi-Arabien alte Kanonen oder Haubitzen des Kalibers 155 mm, die durch die FH 70 ersetzt werden sollten, nach Irak liefere. Diese Waffen seien nicht britischen Ursprungs.“ Vgl. VS-Bd. 10918 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

Unter dem jetzt herrschenden Regierungssystem in Saudi-Arabien hätte die Bundesregierung kaum Anlaß zu zweifeln, daß die saudische Regierung sich an diese Zusage halten würde. Hinweise auf eine zu erwartende Änderung des Regierungssystems gibt es nicht.

Da somit keine Gefahr für die Verwendung der Waffen zu friedensstörenden Handlungen besteht, liegt kein zwingender Grund für die Versagung einer Genehmigung nach § 6 KWKG vor. Ein Anspruch auf Genehmigung besteht nicht.

B. Politische Wertung

1) Außenpolitisch

Wir haben ein erhebliches außen- und bündnispolitisches Interesse an der inneren und äußeren Stabilität Saudi-Arabiens:

- Saudi-Arabien hat, vor allem nach der Revolution im Iran¹², die Funktion der Ordnungsmacht in einer Region, die wegen ihrer strategischen Lage und als Öllieferant überragende Bedeutung für das westliche Bündnis hat. Es ist außerdem eine der Führungsmächte im arabischen Lager und hat nach dem Ausfall Ägyptens¹³ zusätzliche Bedeutung als Vormacht der gemäßigten Staaten bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts. Schließlich ist es mit etwa 50 % der OPEC-Ölexporte führender Staat in der OPEC und stets wichtigster Gegenspieler der radikalen Länder gewesen; dabei hat es aus – eigenem Interesse – eine den Interessen westlicher Industrieländer an wirtschaftlicher Stabilität Rechnung tragende Politik verfolgt.
- Es muß offenbleiben, ob die Lieferung von Leo II und Gepard-Systemen tatsächlich die Stabilität Saudi-Arabiens stärkt. Politisch entscheidend ist, daß die saudische Seite einen Zusammenhang zwischen der Versorgung der Streitkräfte mit modernen Waffensystemen und der äußeren und inneren Stabilität sieht und bereit ist, hierfür erhebliche Mittel aufzuwenden.

Bei Abwägung unserer außenpolitischen Interessen in der Nahost-Region läßt sich aber kein überragendes Interesse feststellen, zur Stabilität Saudi-Arabiens durch Waffenlieferungen beizutragen¹⁴.

- Selbst wenn anzunehmen ist, daß Waffenlieferungen angesichts des bisherigen saudischen Verhaltens bei einer Verpflichtung, die Waffen nur zu Verteidigung auf eigenem Territorium einzusetzen, nicht zu einer unmittelbaren Bedrohung Israels führen würden, ist doch eine starke Belastung des deutsch-israelischen Verhältnisses und außerordentlich scharfe Kritik Israels zu erwarten. Israel würde solche Waffenlieferungen als einseitige Parteinahme im Nahost-Konflikt bewerten. Bemühungen über Jahrzehnte um einen Auf- und Ausbau der Beziehungen zu Israel, die uns auch ermöglicht haben, einen Beitrag in der Diskussion über Lösungsmöglichkeiten für den Nahost-Konflikt zu leisten, würden einen schweren Rückschlag erfahren. Darüber hin-

¹² In Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen Schah Mohammad Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 340 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 103.

¹³ Zur Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga vgl. Dok. 12, Anm. 5.

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich eingefügt: „jedenfalls mit Leopard II, sonst sehr wohl.“ Vgl. dazu Anm. 26.
Das Wort „sehr“ wurde von Staatssekretär von Staden eingeklammert.

aus müssen wir davon ausgehen, daß die israelische Kritik von jüdischen Kreisen in der westlichen Welt aufgenommen und dabei auch die Erfahrungen aus der deutschen Geschichte wieder herausgestellt werden. Diese Kritik könnte über ihren Anlaß hinaus wirken, unser Verhältnis zur Öffentlichkeit der westlichen Bündnispartner belasten und damit dem Zusammenhalt des Bündnisses abträglich sein. Sie dürfte außerdem von östlicher Seite zu Angriffen gegen die Bundesregierung und ihre Sicherheitspolitik genutzt werden.

- Besuche des BK in Israel und in mehreren arabischen Ländern¹⁵ würden in unerträglicher Weise belastet.
- Bei der Verabschiedung der Grundsätze für den Rüstungsexport¹⁶ durch den BSR war auf Ihren Vorschlag im Protokoll¹⁷ vermerkt worden, daß „bei Abwägung unserer Gesamtinteressen auch die geschichtliche Verantwortung der Deutschen gegenüber dem jüdischen Volk berücksichtigt wird“. Die Lieferung von schweren Waffen könnte von arabischer Seite als Signal falsch verstanden werden, die arabische Haltung im Nahost-Konflikt verhärten und damit Israels Position verschlechtern.
- Israel könnte Waffenlieferungen zum Anlaß nehmen, Kompensationen zu verlangen. Diese könnten in engerer Zusammenarbeit im Rüstungsbereich oder zusätzlichen finanziellen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland bestehen. Lehnen wir ab, verschlechtern wir unser Verhältnis zu Israel noch mehr. Sagen wir zu, ist Kritik von arabischer Seite, vor allem von den Ländern zu erwarten, die die saudische Haltung im Nahost-Konflikt ablehnen, so daß Belastungen unserer Beziehungen zu einigen arabischen Ländern nicht ausgeschlossen werden können. Diese könnten sich noch verstärken, wenn wir Wünsche dieser Länder nach Waffenlieferungen ablehnen.
- Insgesamt würden wir bei Erfüllung der saudischen Lieferwünsche Gefahr laufen, uns nicht weniger schwerwiegenden außenpolitischen Rückschlägen auszusetzen als bei den Waffenlieferungen an Israel 1964, die dazu führten, daß die arabischen Länder die Beziehungen zu uns abbrechen.¹⁸
- Waffenlieferungen an Saudi-Arabien werden wahrscheinlich auf Kritik in der Bundesrepublik stoßen (dabei kann und muß offenbleiben, ob sie von der Mehrheit der Bevölkerung oder nur von einer Minderheit abgelehnt werden). Diese Kritik kann

¹⁵ Die Wörter „und in mehreren arabischen Ländern“ wurden von Ministerialdirektor Gorenflos gestrichen. Dazu Fragezeichen. Vgl. dazu Anm. 26.

¹⁶ Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

¹⁷ Für das Ergebnisprotokoll vom 5. März 1982 über die Sitzung des Bundessicherheitsrats vom 3. März 1982 vgl. VS-Bd. 15141 (201).

¹⁸ Ab Sommer 1964 wurde die Bundesregierung zunehmend auf Waffenlieferungen an Israel angesprochen, darunter die Lieferung von 150 Panzern aus amerikanischer Produktion, die unter dem Decknamen „Frankreich/Kolonien“ abgewickelt wurde. Am 26. Oktober 1964 gelangten erstmals Meldungen über die Waffenlieferungen an die Öffentlichkeit. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 289 und Dok. 315. Vgl. dazu ferner AAPD 1965, I, Dok. 1, Dok. 2, Dok. 39 und Dok. 40.

Nach der Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel brachen am 12. Mai 1965 der Irak, am 13. Mai die VAR, Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien, am 14. Mai Algerien, der Libanon und Jemen sowie am 16. Mai 1965 der Sudan die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 203.

- unsere Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen konservativen arabischen Staaten belasten, da sie Zweifel wecken könnte, ob der Wunsch der Bundesregierung nach guten Beziehungen zu Saudi-Arabien und Stabilität dieser Länder von der Bevölkerung mitgetragen wird; sie kann außerdem saudische Gefühle durch eine erneute Diskussion der Rüstungslieferungen erheblich verletzen;
- die Lage im westlichen Bündnis belasten, weil sie zum Anlaß für Kritik an der Sicherheitspolitik der Bundesregierung insgesamt genommen werden und damit die Diskussion über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses zusätzlich erschweren kann.
- Ein überragendes außenpolitisches Interesse wird auch nicht durch eine mögliche negative Reaktion der saudischen Seite auf die Verweigerung der Lieferung begründet. Es ist möglich, daß die bilateralen Beziehungen vorübergehend schwieriger werden. Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß es sich bei der erneut vorgetragenen saudischen Bitte um ein nicht abgestimmtes Vorgehen des saudischen Verteidigungsministers handelt, das sich aus einer gewissen Rivalität zur Nationalgarde (unter dem Oberbefehl des Kronprinzen Abdullah) erklärt. Hierfür könnte auch sprechen, daß der saudische Verteidigungshaushalt (29,6 % des Gesamthaushalt) als Folge sinkender Ölproduktion und -preise um 17 % gekürzt wurde, so daß fraglich ist, ob ein so großes Projekt über mindestens 2 Mrd. Dollar zur Zeit überhaupt begonnen wird.¹⁹ Auf jeden Fall ist eine dauerhafte Belastung der Beziehungen nicht zu erwarten, solange Saudi-Arabien seine Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin auf gute Beziehungen zum westlichen Bündnis aufbaut. In diesem Bündnis ist die Rolle der BR Deutschland zu gewichtig, um eine dauerhafte Belastung der deutsch-saudischen Beziehungen zuzulassen. Die Bundesregierung hat im übrigen durch die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit²⁰ gezeigt, daß sie an der Stabilität Saudi-Arabiens interessiert ist.

Insgesamt sprechen somit politische Gründe gegen die Lieferung schwerer Waffen an Saudi-Arabien.

2) Rüstungsexportpolitik

a) Mit der Erfüllung der saudischen Wünsche würden zum ersten Mal Panzer und Luftabwehrsysteme, die nicht aus Koproduktionen stammen, sondern eine deutsche Entwicklung sind, an Länder geliefert, die weder der NATO angehören noch NATO-Ländern gleichgeordnet sind.

Das würde weltweit als radikaler Wechsel der deutschen Rüstungsexportpolitik verstanden und dürfte erhebliche Wünsche anderer Länder auslösen. Gleichzeitig könnte bei verbündeten Ländern, die den Rüstungsexport als wichtiges

¹⁹ Zu dem Passus „Es ist aber nicht auszuschließen ... begonnen wird“ vermerkte Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich: „Dies ist spekulativ. Abt[eilung] 3 hat keine Informationen, die dies bestätigen.“

²⁰ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 14. April 1983 hob der Sondergesandte des saudiarabischen Verteidigungsministers, Scheich Salem bin Hadlem, hervor: „Auf dem Sicherheitsgebiet gebe es eine gute Zusammenarbeit mit GSG 9, die einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit darstelle“ und mit der die saudiarabische Regierung „sehr zufrieden“ sei. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Vgl. dazu auch AAPD 1979, I, Dok. 23 und Dok. 34.

Element der Verbesserung ihrer Außenhandelsbilanz und der Arbeitsbeschaffung sehen (vor allem F, GB und I) Sorge vor zusätzlicher deutscher Konkurrenz auf dem Weltmarkt hervorgerufen werden. Das gilt vor allem für F, dessen Rüstungsexport etwa 5 % des Gesamtexports beträgt.

Die Bundesregierung könnte unter Hinweis auf die besondere Rolle Saudi-Arabiens im arabischen Lager, im Nahost-Konflikt und in der OPEC sowie auf besonders enge Beziehungen zu Saudi-Arabien erklären, daß es sich bei der Lieferung um einen Einzelfall handelt und die Rüstungsexportpolitik nicht allgemein geändert wird. Damit ließen sich – wenn auch mit der Möglichkeit vorübergehender Belastungen der bilateralen Beziehungen zu einigen Staaten – entsprechende Wünsche in einer Reihe von Fällen ablehnen. Bei einigen Ländern dürfte das jedoch kaum möglich sein, wenn unsere Politik folgerichtig bleiben soll. Das gilt vor allem für ASEAN-Länder (Interesse Malaysias Panzer, Marder²¹, Wunsch Thailands nach Lieferung des Wildcat) (s. zu I. 6 b).

Unter den arabischen Ländern kämen die anderen Golfstaaten und Ägypten in Betracht. Ein mögliches israelisches Interesse am Ausbau der Kooperation im Rüstungsbereich wurde bereits erwähnt. Auch einige lateinamerikanische Länder könnten Anspruch auf Gleichbehandlung erheben.

b) Wenn die beantragten Lieferungen ab 1985 in drei Jahren durchgeführt würden, würden allein diese Lieferungen etwa 0,4 % unserer Gesamtausfuhren (bei einem angenommenen jährlichen allgemeinen Exportzuwachs von 7 % nominal) ausmachen. Nimmt man die Kriegswaffen-Ausfuhren in die übrigen Länder hinzu, wobei unterstellt wird, daß sie im gleichen Maß wie die allgemeinen Ausfuhren wachsen, dann würde der Anteil der Rüstungsexporte an den Gesamtausfuhren 1985 über 0,5 %, allerdings noch knapp unter 1 % liegen (ohne Ausfuhren im Rahmen der internationalen Gemeinschaftsprogramme) (Durchschnittswert 1980–1982: 0,3 %). Auch diese Erhöhung könnte als Änderung der Rüstungsexportpolitik verstanden werden. Es kommt hinzu, daß sich das Verhältnis von Ausfuhren in NATO und vergleichbare Länder zu Ausfuhren in die Dritte Welt weiter zugunsten der letzteren verschieben würde (1980–1982 NATO und vergleichbare Länder: 38,7 %, Dritte Welt: 61,3 %).

Damit überwiegen auch im Rahmen der Rüstungsexportpolitik die Gründe gegen eine Lieferung.

²¹ Ministerialdirektor Fischer legte am 16. Juni 1983 dar, daß die Firma Thyssen Industrie AG Henschel ihren bereits im Januar 1981 gestellten und im Juni 1982 zurückgezogenen Antrag auf Ausfuhrgenehmigung für 102 Panzer des Typs „Marder“ nach Malaysia im März 1983 erneuert habe: „Es handelt sich um: 40 Transportpanzer (mit der Möglichkeit zusätzlicher Ausrüstung mit einem Turm für 20 mm-Kanone), 8 Bergepanzer, 54 Kampfpanzer mit 105 mm-Kanone“. Vgl. Referat 010, Bd. 178935. Fischer führte am 16. Juni 1983 außerdem aus, daß das Interesse der Bundesregierung an der „regionalen Sicherheit und Stabilität“ der ASEAN für eine Genehmigung spreche, zumal Malaysia „mit seinen unmittelbaren Nachbarn in Frieden“ lebe. Jedoch sprächen Gründe der Rüstungsexportpolitik gegen eine Genehmigung: „Bisher ist die Ausfuhr von vollständig bewaffneten Panzern in Länder der Dritten Welt in keinem Fall genehmigt worden [...]. Mit der Zustimmung zu dieser Lieferung erhielte unsere Rüstungsexportpolitik eine völlig neue Dimension. Die Qualifizierung als ‚restriktiv‘ würde schwieriger zu rechtfertigen sein. Eine Ausfuhrgenehmigung für die Panzer könnte im In- und Ausland als grundsätzliche Änderung unserer Rüstungsexportpolitik verstanden werden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135813.

Am 1. September 1983 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze der Botschaft in Kuala Lumpur mit, daß die Zustimmung des Bundessicherheitsrats am 30. August 1983 erfolgt sei. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 5506; Referat 424, Bd. 135813.

3) Wirtschaftliche Bewertung

a) Die Lieferung hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherung von Arbeitsplätzen in einer Reihe von Betrieben, die sich über viele Regionen der BR Deutschland verteilen und in nicht unerheblichem Maß Betriebe (Krupp MaK, Blohm & Voss (Panzerwanne), Thyssen Henschel) und Regionen wie z. B. Kiel (Schwierigkeiten der Werftindustrie) und Nordhessen (Zonenrandgebiet) erfassen würde, die unter erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden. Die durch Haushaltsschwierigkeiten erforderliche Streckung von Bundeswehr-Aufträgen hat bei der Rüstungsindustrie zusätzliche Probleme geschaffen. Die interessierten Firmen führen als weiteres Argument an, daß sie nur durch Exportaufträge dieser Art die im Interesse der Bundeswehr geschaffene Entwicklungskapazität aufrechterhalten können.

Binnenwirtschaftlich ist der Auftrag somit von Bedeutung. Die Zahl der damit erhaltenen Arbeitsplätze ist nicht bekannt.

b) Die unmittelbaren Auswirkungen auf den Export und damit die Außenhandelsbilanz wurden bereits unter II. B 2b) erwähnt. Bemühungen um Steigerungen unserer Ausfuhren dürften in den kommenden Jahren größeres Gewicht erhalten, da unsere Lage auf den Weltmärkten schwieriger wird (hohe Verschuldung wichtiger Schwellenländer, Probleme der OPEC-Länder, nachlassende Kaufkraft der Staatshandelsländer, verschärfte Konkurrenz durch andere Industrieländer und Schwellenländer). Einen länger wirkenden Einfluß auf die Außenhandelsbilanz würde nur eine allgemeine Änderung der Rüstungsexportpolitik haben, die jedoch auch im Hinblick auf die Konkurrenz befreundeter Länder Probleme aufwerfen würde.

c) Es muß offenbleiben, ob die Lieferung von Kriegswaffen, wie von Rüstungsfirmen und einigen anderen Firmen behauptet wird, insgesamt die Stellung der deutschen Exporteure auf dem saudischen Markt verbessern würde. Die Bedeutung des saudischen Verteidigungsministeriums für Bauaufträge (s. I. 3²²) und die starke Konkurrenz in diesem Bereich läßt zumindest hier negative Einflüsse bei einer Versagung der Lieferung nicht ausgeschlossen erscheinen. Bei den übrigen Exporten dürften aber die technischen und finanziellen Bedingungen größeres Gewicht haben.

Die Auswirkungen einer negativen Entscheidung dürften in starkem Maß davon abhängen, ob die Bundesregierung der saudischen Seite die Gründe für diese Entscheidung verständlich machen kann.

Insgesamt überwiegen im wirtschaftlichen Bereich die Gründe für eine positive Entscheidung.

4) Außenpolitische Gründe und Gründe der Rüstungsexportpolitik sprechen gegen die Lieferung. Da die wirtschaftlichen Folgen einer negativen Entscheidung begrenzt sind, können wirtschaftliche Gründe nur ein geringes Gewicht haben. Das entspricht auch der Rangordnung in Ziff. 9 der Grundsätze für den Rüstungsexport, wonach beschäftigungspolitische Gründe „keine ausschlaggebende Rolle spielen dürfen“.

²² Korrigiert aus: „I. 7“.

Insgesamt überwiegen damit eindeutig die Gründe für eine Versagung der Liefergenehmigung.

5) Es besteht ein außen- und bündnispolitisches Interesse, mögliche Verstimmungen auf saudischer Seite zu vermeiden oder gering zu halten. Daher sollte wie folgt vorgegangen werden:

a) Der saudischen Seite sollte die negative Antwort²³ möglichst bald übermittelt werden; damit könnte auch eine neue öffentliche, den bilateralen Beziehungen abträgliche Diskussion vermieden werden.

b) Die Antwort sollte der saudischen Regierung auf angemessene Weise überbracht werden; da der saudische Wunsch durch Scheich Salem bin Hadlem vorgetragen wurde, sollte die Antwort durch eine hochrangige, von dem Bundeskanzler und Ihnen beauftragte Persönlichkeit überbracht werden.

c) Die Firmenfragen sollten erst danach beantwortet werden.

d) Der saudischen Seite sollte zu erkennen gegeben²⁴ werden, daß die Bundesregierung weiter bereit ist, einen Beitrag zur Sicherheit Saudi-Arabiens zu leisten und dazu auch Wünsche nach Waffenlieferungen unterhalb der Schwelle des Leo II wohlwollend zu prüfen. In Betracht kommen Waffensysteme, die wegen ihrer begrenzten Kampfkraft²⁵ überwiegend defensiver Natur sind oder sich vornehmlich zum Schutz innerer Einrichtungen eignen, wie z.B. Luftabwehrsysteme oder leicht bewaffnete Truppentransportfahrzeuge, falls Saudi-Arabien daran Interesse zeigt. Dazu könnte vorgeschlagen werden, daß der saudische Bedarf und die deutschen Liefermöglichkeiten in Gesprächen zwischen deutschen und saudischen Experten geprüft werden.

III. Es wird vorgeschlagen,

- möglichst umgehend in einem Ministergespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers und Beteiligung der BM Graf Lambsdorff und Dr. Wörner die Frage der Liefergenehmigung zu besprechen und dabei für eine Ablehnung der saudischen Wünsche nach Lieferung des Leo II zu votieren,
- anschließend eine Entscheidung des BSR herbeizuführen und dabei die unter Punkt 5d) vorgesehene Prüfung von Alternativmöglichkeiten grundsätzlich zu beschließen,
- auf dieser Basis die saudische Seite möglichst bald durch eine hochrangige, vom Bundeskanzler und Ihnen beauftragte Persönlichkeit zu unterrichten.

D 3 hat mitgezeichnet²⁶.

Per Fischer

Referat 424, Bd. 135823

²³ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich eingefügt: „hinsichtlich des Leopard“. Vgl. dazu Anm. 26.

²⁴ Die Wörter „zu erkennen gegeben“ wurden von Ministerialdirektor Gorenflos gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „gesagt“. Vgl. dazu Anm. 26.

²⁵ Die Wörter „wegen ihrer begrenzten Kampfkraft“ wurden von Ministerialdirektor Gorenflos gestrichen. Vgl. dazu Anm. 26.

²⁶ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich eingefügt: „mit handschriftlichen Änderungen“.

Für die Änderungen von Gorenflos vgl. Anm. 14, 15 und 23–25.

160

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Williamsburg

28. Mai 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone am 28. Mai 1983, 16.00 bis 16.30 Uhr, in Williamsburg²

Teilnehmer:

Außenminister Abe; Handels- und Industrieminister Yamanaka; Abgeordneter Fujinami, Deputy Chief Cabinet Secretary; Kato, Leiter der Europaabteilung im japanischen Außenministerium; Kurokawa, Referatsleiter Westeuropa, als Dolmetscher;

Außenminister Genscher, Ministerialdirektor Teltschik.

Ministerpräsident *Nakasone* sprach dem Bundeskanzler seine herzliche Gratulation zum Wahlsieg³ aus. Sein großer Wunsch sei es zu erfahren, worin das Geheimnis dieses Wahlsieges liege.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die Glückwünsche und sprach dem japanischen Ministerpräsidenten sein Mitgefühl für das schwere Erdbebenunglück in Japan⁴ aus. Im übrigen freue er sich auf seinen Besuch in Japan im Herbst dieses Jahres und hoffe, daß der Termin bald vereinbart werden könne.⁵

Ministerpräsident *Nakasone* erwiderte, daß auch er sich auf die Fortsetzung des Gespräches in Japan freue. Williamsburg sei eine erste willkommene Gelegenheit dazu. Er verwies dann auf Außenminister Genscher, der eine Auszeich-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 9. Juni 1983 gefertigt und am 10. Juni 1983 „zur Unterrichtung“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg gesandt.

Hat York am 13. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Referat 341 „m[it] d[er] Bitte um Übernahme“ und die Übermittlung von Kopien an das Ministerbüro, an Ministerialdirektor Gorenflös und Ministerialdirigent Peckert, die Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer, Botschafter Ruth sowie die Referate 412 und 200 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. Juni 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178876.

² Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Nakasone hielten sich anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg auf. Vgl. dazu Dok. 167.

³ Zu den Wahlen zum Bundestag vom 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

⁴ Am 25. Mai 1983 kam es nach einem schweren Seebeben vor der Küste im Nordwesten Japans zu einem Tsunami, bei dem eine Schulkasse sowie Hafenarbeiter und Fischer ums Leben kamen. Vgl. dazu den Artikel „Vor allem die Flutwelle, die Tsunami“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Mai 1983, S. 9.

⁵ Am 2. Mai 1983 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente der Botschaft in Tokio mit, daß Bundeskanzler Kohl für einen bereits seit längerem geplanten Japan-Besuch den Termin vom 31. Oktober bis 4. November 1983 ins Auge gefaßt habe, so daß er auch an der Eröffnung des neuen Kulturinstituts in Kyoto teilnehmen könne. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 153, Referat 341, Bd. 126981. Zum Besuch vom 31. Oktober bis 4. November 1983 vgl. Dok. 322 und Dok. 323.

nung verdiene, weil er einer der wenigen sei, der an allen Gipfeln⁶ teilgenommen habe.

Der *Bundeskanzler* fragte, welcher Preis denn dem Außenminister verliehen werden sollte, vielleicht sollte es ein japanisches Suzuki-Motorrad sein?

Nach diesen einleitenden Bemerkungen gab Ministerpräsident *Nakasone* seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Weltwirtschaftsgipfel Williamsburg zu einem Erfolg gebracht werden könne.

Er hoffe dies auch, erklärte der *Bundeskanzler*. Für ihn seien zwei Themen besonders wichtig:

erstens die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Wiederbelebung der Wirtschaft und zweitens der freie Welthandel, über den man aber nicht nur sprechen solle, sondern der praktiziert werden müsse. Der *Bundeskanzler* berichtete über die großen Anstrengungen, die die Bundesregierung für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft unternehme, insbesondere zum Abbau der Haushaltsdefizite.

Ministerpräsident *Nakasone* erklärte, daß er mit hohem Respekt die sehr mutigen Maßnahmen der Bundesregierung in der Haushaltspolitik⁷ verfolge. Auch in Japan sei eine Finanzreform eingeleitet worden, um die Nachfrage und damit die Wirtschaft zu beleben. Dabei spielten die zu hohen Zinsen eine zentrale Rolle. Er hoffe auf eine enge Zusammenarbeit, insbesondere auch im Zusammenhang mit GATT.

In Asien wachse jedoch die Besorgnis über die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Dies träfe im besonderen Maße auf Japan zu. Er sei deshalb an einer gemeinsamen Lösung sehr interessiert.

Der *Bundeskanzler* umriß die deutsche Position zur Frage der Genfer Verhandlungen über die landgestützten Mittelstreckenraketen. Er verwies darauf, daß für die Bundesrepublik Deutschland zwei außenpolitische Prinzipien konstitutiv seien: Die Bundesrepublik sei ein fester Bestandteil der Atlantischen Allianz. Diese Allianz sei zuallererst eine Ideengemeinschaft und erst in zweiter Linie eine Verteidigungsorganisation. Dies müsse wieder im besonderen Maße unterstrichen werden, weil in der Bundesrepublik Deutschland die Wehrpflicht bestünde, die auch einer ideellen Begründung bedarf.

Das zweite außenpolitische Prinzip betreffe das Ziel der Europäischen Union. Als geteiltes Land an der Nahtstelle zwischen Ost und West sind die Deutschen auf die Einigung Europas in stärkerem Maße angewiesen als alle anderen. Die Bundesrepublik Deutschland bleibe jeder Erpressung von Seiten der Sowjetunion in besonderem Maße ausgesetzt. Für Japaner sei das Problem der Teilung schwer vorstellbar. Sie ginge aber in Deutschland mitten durch die Familien. Jede internationale Krise wirke sich in der Bundesrepublik Deutschland wie auf einem Seismographen aus. Von seinem Dienstzimmer in Bonn seien die

⁶ Bundesminister Genscher nahm bereits an der ersten Konferenz der Staats- und Regierungschefs aus sechs Industriestaaten vom 15. bis 17. November 1975 auf Schloß Rambouillet teil. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 346 und Dok. 348–350.

⁷ Zu den Beschlüssen des Kabinetts vom 18. Mai 1983 zum Bundeshaushalt 1984 und zur mittelfristigen Finanzplanung vgl. Dok. 126, Anm. 10.

sowjetischen Panzer nur vier Fahrstunden weit entfernt. Dies sei einer der Gründe dafür, warum wir auf Freunde angewiesen seien.

Die Bundesregierung stehe nach wie vor fest zum Doppelbeschluß des Bündnisses in beiden Teilen: Niemand sei raketensüchtig. Im Gegenteil! Die Bundesregierung wolle ernsthafte und seriöse Verhandlungen, um eine Reduzierung der sowjetischen SS-20-Raketen zu erreichen. Die Null-Lösung bleibe das optimale Ziel. Auf dem Wege dorthin müßten jedoch Zwischenlösungen möglich bleiben.

Er sehe nach wie vor eine sehr ernsthafte Chance für ein Verhandlungsergebnis. Er könne jedoch nicht ausschließen, daß die Sowjetunion erst dann seriös verhandeln werde, wenn sie feststellen müsse, daß die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa beginnt. Die Sowjetunion werde bis zu diesem Zeitpunkt zu pokern versuchen. Es bleibe deshalb von elementarer Bedeutung, daß der beschlossene Zeitplan für die Stationierung⁸ eingehalten werde, sonst bestünde die Gefahr, daß alles wegschwimme.

Das gleiche gelte für die Stationierung der Pershing II. Die Sowjetunion übe auf die Bundesrepublik Deutschland einen ungeheuren Druck nach dem Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche aus. Die Bundesregierung werde diesem Druck standhalten. Aber unsere Freunde müssen unsere Lage verstehen und erkennen, daß wir dies alles nicht nur für uns selbst tun würden. Sollte die Bundesregierung eine notwendig werdende Stationierung verweigern, werden es auch die anderen tun.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß er entschieden die japanische Position in der Frage der Mittelstreckenwaffen unterstütze und vertrete. Die sowjetischen SS-20-Raketen müßten verschrottet und dürften nicht nur verlegt werden. Die japanische Regierung könne sich auf die Bundesregierung verlassen, daß sie an dieser Position festhalten werde. Sie müsse jedoch ebenso erwarten, daß auch unsere Freunde die Position der Bundesrepublik unterstützen.

In diesem Zusammenhang wolle er auch ein Wort an den Handelsminister richten. Sollte die Bundesregierung die Entscheidung für die Stationierung treffen müssen, dann wäre es gut, wenn dies Japan beim Handel nicht ganz vergessen würde.

Ministerpräsident *Nakasone* erklärte, daß er von der Entschlossenheit des Bundeskanzlers tief beeindruckt sei und ihm seine Hochachtung aussprechen müsse. Für ihn habe sich nach den Ausführungen des Bundeskanzlers der Besuch in⁹ Williamsburg schon gelohnt. Er wolle darauf hinweisen, daß Japan sich dem Westen als zugehörig empfinde und sich als Teil einer Mannschaft verstehe,

⁸ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4. Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 26. Mai 1983, daß die amerikanische Botschaft Informationen für die „konkrete zeitliche Planung nach jüngstem Stand für die Durchführung der Nachrüstung in den fünf Stationierungsländern“ übermittelt habe. Für die Bundesrepublik seien folgende Daten vorgesehen: „im September: Beginn des Baus der GLCM-Basis; Beginn der Zuführung von Pershing II-Raketen; im November: Eintreffen der ersten nuklearen Sprengköpfe der PII; im Dezember: Herstellung der Einsatzbereitschaft der ersten PII-Batterie (Initial|Operational|Capability). Diese Terminierung entspricht unserem den Amerikanern übermittelten Wunsch, mit der Dislozierung nicht vor September zu beginnen.“ Zudem entspreche sie dem Wunsch der Bundesregierung, „daß die INF-Dislozierung in der BR Deutschland, Großbritannien und Italien zeitlich parallel, d. h. innerhalb von vier Wochen, beginnt“. Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Korrigiert aus: „nach“.

wenn auch nicht im absoluten Sinne. Er habe für die Position des Bundeskanzlers großes Verständnis. Besonders entscheidend sei jetzt der Zusammenhalt des Westens und die Einheit. Dies müsse auch im Rahmen des Gipfels unterstrichen werden.

Der *Bundeskanzler* wies noch einmal auf die kritische Lage in den nächsten zehn Monaten in der Bundesrepublik hin. Die Bundesregierung müsse mit einer gewaltigen Propaganda und einer großen Desorientierungswelle rechnen. Es liege ihm deshalb sehr daran, einen engen Kontakt mit Ministerpräsident Nakasone aufrechtzuerhalten. Er biete ihm an, bei auftretenden Problemen sofort in Kontakt zu treten. Es wäre wichtig, die Unterhaltung miteinander nicht über Zeitungen zu führen, wie er es gerade mit der Washington Post erlebt habe.¹⁰ Die Sowjetunion verfüge über eine lange Tradition im Umgang mit sogenannten nützlichen Idioten. Solche gebe es sicherlich auch in Japan. Meldungen in Zeitungen müßten deshalb nicht immer der Wahrheit entsprechen. Die Verhandlungen in Genf stellen eine Existenzfrage dar. Wenn jetzt Fehler unterliefen, brauche man sich nicht länger über Handelsfragen zu unterhalten.

Ministerpräsident *Nakasone* erklärte, daß er die Meinung des Bundeskanzlers uneingeschränkt teile. Er sei sehr froh über die entschlossene Haltung des Bundeskanzlers, wie er überzeugt sei, daß ohne eine solche Entschlossenheit die Verhandlungen in Genf nicht erfolgreich sein könnten. Er hoffe, daß der Bundeskanzler nach Japan kommen werde. Er halte es für nicht ausgeschlossen, daß sich bis dahin verschiedene Entwicklungen ergeben könnten. Beispielsweise könnte die Sowjetunion die Verhandlungen unterbrechen. Darüber sollte man jedoch nicht erschrecken.

Was den Gipfel betreffe, sollte man auch über alle Wirtschaftsfragen sprechen, über die Nord-Süd-Probleme, und nach Möglichkeit einen gemeinsamen Standpunkt erreichen. Der Ministerpräsident bedankte sich für das sehr offene Gespräch, das er mit dem Bundeskanzler führen konnte.

Dies solle so bleiben, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er empfinde große Genugtuung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Parteien. Er unterstütze vor allem die Absicht, daß sich im Winter junge Parlamentarier beider Länder treffen wollen.

¹⁰ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 24. Mai 1983, in einem Artikel des Korrespondenten der Tageszeitung „Washington Post“, Drozdziak, vom Vortag werde „unter Berufung auf Beamte des Bundeskanzleramts und des Auswärtigen Amtes“ mitgeteilt, „daß Bundeskanzler Kohl während des Williamsburg-Gipfels auf neue Zusicherungen amerikanischer Flexibilität bei den INF-Verhandlungen hoffe, um bei seinem Besuch in der Sowjetunion Generalsekretär Andropow eine positive Botschaft übermitteln zu können. Zur deutschen Haltung zu einem Ergebnis, das den Kriterien des ‚Waldspazierganges‘ entspreche, zitiert Drozdziak einen ‚Senior Minister‘ mit den Worten: ‚The walk-in-the-woods-deal was certainly something we could live with.‘“ Hermes führte weiter aus, daß, wenn diese Aussage richtig wiedergegeben sei, diese geeignet wäre, „hier Besorgnis über eine Fortentwicklung der deutschen Haltung zum Waffenmix (Pershing II und Marschflugkörper) auszulösen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2325; Referat 201, Bd. 125685.

Vgl. den Artikel von William Drozdziak, „Kohl Seeks Signal of Flexible U.S. Arms Stance to Take to Moscow“, THE WASHINGTON POST vom 23. Mai 1983, S. A1.

Im Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 3. Juni 1983 sprach Kohl den Bericht an, der „nicht legitimiert gewesen sei“. Er habe im Beisein des Staatssekretärs Boenisch, Presse- und Informationsamt, mit Mrs. Graham, der Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Washington Post Company, gesprochen: „Der Artikel habe jedoch den Gesprächsinhalt nicht richtig wiedergegeben.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11355 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Ministerpräsident *Nakasone* wies darauf hin, daß er vor 15 Jahren bei einem Besuch in Bonn Minister Stoltenberg kennengelernt habe und ihm damals gesagt worden sei, daß dies ein Politiker mit großer Zukunft sei. Deshalb unterstütze er nachdrücklich das geplante Treffen der jungen Parlamentarier.

Referat 010, Bd. 178876

161

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg

010-1434/83 VS-vertraulich

28. Mai 1983¹

Betr.: Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg²;

Gespräch der Außenminister während des Abendessens am 28.5.1983;

hier: Dolmetscher-Aufzeichnung

AM Shultz: Sollte es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Syrien und Israel kommen, so wäre SU diesmal unmittelbar einbezogen. Zwar kämen Syrer und Sowjets schlecht miteinander zurecht – Syrer empfänden Mangel an Achtung von sowjetischer Seite –, dennoch sei Lage gefährlich, und Israel werde für Konfliktfall von US unterstützt.

F³: Trotz hoher personeller Präsenz der SU in Syrien, die wohl in erster Linie als Warnung an Israel gedacht sei, bereite größere Sorge die sich zuspitzende Gefahr eines Bürgerkrieges im Libanon.

Auf Frage japanischen Außenministers⁴ nach Lage in Gaza erwiderte US AM: Gaza und Westbank, also insgesamt das Schicksal der Palästinenser, sei Wurzel des Problems. Diese Frage sei nie genügend wichtig genommen worden.

F pflichtete bei: Nach Truppenabzug, auf den gemeinsame Anstrengungen sich konzentrieren sollten, müsse man sich den Palästinensern zuwenden.

GB⁵: Auch ihm bereite Lage der PLO, deren derzeitige Spaltung⁶ und das Nicht-

¹ Ablichtung.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache].“

² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 167.

³ Claude Cheysson.

⁴ Shintaro Abe.

⁵ Francis Pym.

⁶ Botschafter Wöckel, Damaskus, informierte am 17. Mai 1983 über „Gerüchte über Unruhen im militärischen Flügel der Fatah-Bewegung in der libanesischen Bekaa-Ebene“. Offenbar sei es dort zu „meutereiähnlichen Unruhen“ gekommen: „Eine Gruppe von Abweichlern hatte am 15. Mai ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem Arafat eine Verletzung der Charta von al-Fatah vorgeworfen wird. Diese Abweichlergruppe steht unter Führung von Abu Saleh, der bereits im Januar aus dem Zentralkomitee von Fatah ausgeschlossen worden war. Abu Saleh soll sich der Unterstützung Libyens sowie des berühmten Abu Nidal erfreuen. Ihm werden außerdem enge Beziehungen zur Sowjetunion nachgesagt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 349; Referat 310, Bd. 137529.

Wöckel berichtete am 30. Mai 1983, es sei am 28. Mai „in sechs Versorgungslagern der Fatah-Be-

Zustandekommen einer Verständigung mit Hussein⁷ größte Sorge. Araber fühlten sich mehr und mehr durch zunehmend aggressive israelische Haltung verletzt und verärgert. Westen wolle zwar irgendwie hilfreich sein; aber Araber hätten Vertrauen in Westen verloren. Seines Erachtens würden Araber Truppenabzug vornehmen, falls Israel dies auch tue.

US: Araber hätten Vertrauen in Westen, ja auch Selbstvertrauen verloren und könnten sich nicht überwinden, mit Israel zu reden.

F: Er halte nicht für ausgeschlossen, daß Syrer eines Tages, parallel zu Chalde-Verhandlungen⁸, auch eigene Verhandlungen aufzunehmen bereit wären, dabei quasi ihren Haddad präsentierten, ihre Grenzzone und ihre Überflugrechte forderten.

US: Auf Frage AM Kanada⁹, ob nicht SU Syrer an Abzug zu hindern trachten würde: SU müsse im Falle syrischen Konflikts mit Israel größeren Gesichtsvorlust gewärtigen, da nun eigenes Personal Gerät bedienen würde. Um so mehr müsse allseits auf Abzug gedrängt werden.

GB: Er stimme zu, jedoch besorge ihn, daß US hier ein Motiv sehen wolle, Israel zunächst weiter aufzurüsten.

F: Er sei überzeugt, SU sei sich Gefahr einer israelischen Aktion für eigene (sowjetische) Position bewußt. Zugleich dürfe man SU Ambitionen über Syrien hinaus auf gesamten Mashrek nicht unterschätzen. Beweis sei z. B. SU Zurückhaltung gegenüber Irak, da SU die syrische Empfindlichkeit gerade gegenüber dem „ketzerischen“ Baath-Bruder-Regime im Irak wohl bewußt sei. Ferner habe Syrien, insbesondere Präsident Assad, gewiß Willen zur Eigenständigkeit gegenüber SU, bleibe aber schon wegen sowjetischer Kontrolle über gesamtes inneres Sicherheitssystem Syriens völlig abhängig.

Iran – Irak

Es bestand Übereinstimmung, daß möglicherweise beiderseits Wunsch zu Konfliktbeilegung bestehe, jedoch keine Seite recht wisse, wie man vorankommen könne.

Iran

Frankreich, Deutschland, Italien und Japan berichteten von deutlichen Angeboten Irans auf Verbesserung der Beziehungen.¹⁰ GB betonte Gefahr eines Übergreifens iranisch-islamischen fundamentalistischen Gedankenguts auf arabische Staaten. Je länger arabische Völker sich durch Israel gedemütigt und durch den Westen vernachlässigt fühlten, desto leichter könnten heute bestehende gemäß-

Fortsetzung Fußnote von Seite 847

wegung zu gewaltsamer Übernahme durch ‚Offiziere‘ gekommen, die zu der neugebildeten Splittergruppe um Jihad Saleh und Said Mussa ‚übergetreten‘ sein sollen“. Es sei davon auszugehen, daß dies „nur mit Wissen und Wollen – wenn nicht sogar unter aktiver Teilnahme – der syr[ischen] Führung“ möglich gewesen sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 403; Referat 310, Bd. 137529.

⁷ Zu den Gesprächen der jordanischen Regierung mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 31. März bis 4. April 1983 vgl. Dok. 73, Anm. 17.

⁸ Zu den Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon über den Abzug fremder Truppen vgl. Dok. 73, Anm. 12.

⁹ Allan J. MacEachen.

¹⁰ Zu den iranischen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik vgl. Dok. 156.

Bigte arabische Regierungen von islamischen Kräften gestürzt werden. Von anderer Seite hier vorgetragene iranische Offerten habe GB bislang nicht erhalten.

Es bestand Einvernehmen, daß Iran sich bemühe, seine Isolierung zu durchbrechen (BM: vermutlich gerade weil religiöse Fundamentalisten ihren Hauptgegner doch zunehmend im Gottlosen, also in SU, erkennen und sich also eher dem Westen zuwenden), und daß es daher geboten sei, die iranischerseits ausgestreckte Hand jedenfalls nicht zurückzustoßen. Motive hinter iranischen Signalen seien noch unklar, aber gerade in positiver Reaktion auf Öffnung könne man diese näher kennenlernen.

Asien (Kambodscha, ASEAN, China)

AM Japan berichtete: Die Sorge über wachsenden SU-Einfluß in der Region habe ASEAN fester zusammengeschlossen. Japan unterstütze ASEAN weiterhin und habe seine Hilfe an Vietnam bis zu dessen Abzug aus Kambodscha¹¹ eingefroren.

ASEAN dränge auch seinerseits auf Verstärkung der Unterstützung, wobei wirtschaftlich mehr auf Japan, militärisch mehr auf US gehofft werde.

Die vietnamesische Invasion Kambodschas sei nun, mit Einbruch der Regenzeit, vorerst zwangsläufig zu einem Halt gebracht. Dennoch könne wegen dahinterstehenden SU und China Bemühungen auch während der Regenzeit nicht mit Fortschritt in Richtung auf Lösung gerechnet werden.

Japanisch-chinesische Beziehungen seien trotz der unterschiedlichen Systeme gemäß beiderseitigem Wunsch gut und würden enger. So erhalte Japan auch gute Informationen von China, z. B. über verbesserte Beziehungen China/SU auf Partei- und Regierungsebene. Man müsse bemüht bleiben, China beim Westen zu halten und nicht zu SU abdriften zu lassen. China fürchte im übrigen SU-Aufrüstung in seiner Region.

Japan glaube nicht, daß China seine Beziehungen zu US ernsthaft gefährden wolle. Es bestünde lediglich gewisse Spannung. Beziehungen Japans zu Südkorea seien gut; Nordkorea habe bisher auf Signale nicht reagiert; Japan bleibe bemüht.

Beziehungen China–Südkorea gebe es noch nicht, aber China zeige sich konzessionsbereit. Im Falle der Flugzeugentführung habe China so sehr auf Rückführung der Maschine gedrängt, weil hohe Beamte und Geheimdokumente an Bord waren. Der Fall sei ja aber gut beigelegt worden.¹²

¹¹ Referat 340 vermerkte am 22. April 1983: „Weiterhin stehen vietnamesische Truppen in Stärke von 150 000 bis 180 000 Mann in Kambodscha.“ Die kambodschanischen Kräfte seien durch die vietnamesische Offensive im März/April 1983 „geschwächt, aber wohl nicht entscheidend geschlagen [...]. Für Mai 1983 kündigte Vietnam erneut einen Teilrückzug seiner Truppen aus Kambodscha an.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127378.

Die vietnamesische Regierung gab am 31. Mai 1983 die Rückkehr einer Infanteriedivision und sechs angegliederter Regimenter aus Kambodscha bekannt. Vgl. dazu den Artikel „Hanoi: Truppenabzug aus Kambodscha beendet“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. Juni 1983, S. 12.

¹² Am 5. Mai 1983 wurde eine Passagiermaschine der chinesischen Zivilen Luftfahrtbehörde mit 105 Personen an Bord entführt und landete auf dem amerikanischen Stützpunkt Chunchon in der Republik Korea. Vgl. dazu den Artikel „Chinesisches Passagierflugzeug offenbar nach Südkorea entführt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Mai 1983, S. 1.

Nach „den ersten direkten Verhandlungen seit drei Jahrzehnten“ kamen die chinesische und die südkoreanische Regierung überein, daß die sechs Flugzeugentführer nicht ausgeliefert, sondern in

F ergänzte: Man müsse sich bewußt sein, daß Lage in Kambodscha direkte Auswirkung der sowjetisch-chinesischen Spannungen sei. Seines Erachtens – so schließe er aus Worten Gromykos über China¹³, wie umgekehrt aus fast gleichlautenden Äußerungen von Chinesen über SU – sei keine tiefgreifende Verbesserung SU/China-Beziehungen in Sicht. Da China in Kambodscha die Roten Khmer unterstütze – die einzig zählende Kraft –, könne Vietnam, selbst wenn es wollte, nicht abziehen. Es vermöge aber auch den Widerstand im Land nicht zu brechen. So werde Lage in Kambodscha sich noch lang erhalten.

Sowohl Präsident Mitterrand wie er selbst seien während ihrer Reisen nach China¹⁴ tief beeindruckt gewesen vom neuen Wirtschaftsprogramm Chinas¹⁵, das sehr realistisch auf Modernisierung ausgerichtet sei. China sei – wie z. B. auch Vietnam und SU – eines jener autoritär strukturierten Länder, in denen die alte Generation an der Macht bleibt. Was mit Antritt neuer Generationen geschehe, sei heute nicht abzuschätzen.

Es bestand Einvernehmen, daß eine fortgesetzte Politik der Stabilisierung der ASEAN-Staaten sowie ordentliche, geregelte Beziehungen zu China im Interesse der Sieben liegen.

Libanon

Ausführungen von AM Colombo (beim Kaffee), in denen er Thema Libanon vertieft aufgreifen wollte, wobei er insbesondere auf Einbeziehung Syriens in Gesamtprozeß, in Verhandlungen, in Dialog abstellte, wurden nach Einleitung abgebrochen, da Abendveranstaltung durch US-Präsidenten¹⁶ beendet wurde.

Siebourg

VS-Bd. 14122 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 849

der Republik Korea vor Gericht gestellt würden. Das Flugzeug sowie die Passagiere und Besatzungsmitglieder sollten in die Volksrepublik China zurückgebracht werden. Vgl. die Meldung „Abkommen China – Südkorea: Luftpiraten in Seoul angeklagt“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 9. Mai 1983, S. 7.

¹³ Der französische Außenminister Cheysson teilte den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten in Moskau am 18. Februar 1983 über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister mit, Gromyko habe „die sowjetisch-chinesischen Beziehungen in einem wesentlich düsteren Licht dargestellt, als er dies bei seinem Besuch in Bonn getan habe. Er habe jegliche Entwicklung dieser Beziehungen als äußerst minimal bezeichnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 812 des Gesandten Huber, Moskau, vom 19. Februar 1983; Referat 213, Bd. 133210.

¹⁴ Staatspräsident Mitterrand und der französische Außenminister Cheysson besuchten die Volksrepublik China vom 3. bis 5. Mai 1983.

¹⁵ Die chinesische Regierung billigte am 4. Dezember 1982 den Bericht des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang vom 30. November 1982 über den Fünfjahrplan für 1981 bis 1985, der eine Steigerung des Brutto sozialprodukts um 21,7% vorsah. Vgl. dazu BEIJING RUNDSCHAU 1982, Nr. 51, S. 10–39, und BEIJING RUNDSCHAU 1983, Nr. 1, S. 8.

¹⁶ Ronald W. Reagan.

162

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Williamsburg

105-44.A/83 VS-vertraulich

30. Mai 1983¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand anlässlich eines Frühstücks im Lightfoothouse in Williamsburg am 30.5.1983²;

hier: Dolmetschervermerk

Zunächst tauschten die beiden Gesprächspartner einige Eindrücke über den bisherigen Verlauf der Gipfelkonferenz aus, wobei *Mitterrand* die „Lebhaftigkeit“ Reagans hervorhob, die wohl auf den beginnenden amerikanischen Wahlkampf³ zurückzuführen sei, für den er nicht „alle Trumpfkarten“ in der Hand habe.

Im Zusammenhang mit der Sicherheitserklärung⁴ bekräftigte der *Bundeskanzler* sein Verständnis für die Position Mitterrands, die er für logisch halte. Im übrigen habe sich der „ganze Zorn“ auf der Konferenz gegen die Haltung Trudeaus gerichtet, der offensichtlich eine „andere Politik“ wolle. Er sei bestürzt gewesen über den illusionären Beitrag Trudeaus, der sich vielleicht dadurch

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 4. Juni 1983 gefertigt.

Am 13. Juni 1983 sandte Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, die Aufzeichnung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“.

Hat Ploetz am 14. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 15. Juni 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand hielten sich anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg auf. Vgl. dazu Dok. 167.

³ Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 6. November 1984 statt.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle, vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.

Am 31. Mai 1983 berichteten die „aus Williamsburg mit Verspätung eintreffenden Direktoren Bullard (GB), Andréani (F) und Bottai (I)“ auf der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ über das Zustandekommen der Erklärung: „Bullard (GB) erklärte, der Abstimmungsprozeß sei außerordentlich schwierig gewesen. [...] Die Kanadier hätten sich gegen eine zu starke Stützung amerikanischer Verhandlungsvorschläge in Genf gewandt und auch Schwierigkeiten wegen des Ausschlusses der französischen und britischen Systeme gemacht. Die japanische Unterschrift unter das Dokument müsse man als einen Meilenstein betrachten.“ Andréani führte aus, „französische Seite habe zunächst große Vorbehalte gegen eine solche Erklärung gehabt, und zwar aus folgenden Gründen: 1) Die Weltwirtschaftsgipfel dürften nicht zu hauptsächlich politischen Gipfeln denaturieren. [...] 2) Die japanische Solidarität sei ein Aktivum. Paris habe aber das Gefühl, daß Japan zu weit in diese Richtung gehe oder gedrängt werde [...]. 3) Frankreich habe sich immer dagegen gewandt, zu unmittelbar und detailliert in den INF-Entscheidungsprozeß einbezogen zu werden [...]. Frankreich trete für das militärische Gleichgewicht ein, könne aber z.B. keinen spezifischen Vorschlägen (wie z.B. der doppelten Null-Lösung oder einer wie immer gearteten Zwischenlösung) ausdrücklich zustimmen. F sei auch der Meinung, daß die Sieben ‚keine NATO-Sprache benutzen‘ sollten. Der Text, der in Williamsburg schließlich verabschiedet worden sei, enthalte jedoch nichts mehr, was die dargelegte französische Position tangiere. Deshalb habe Frankreich zugestimmt.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 1. Juni 1983; VS-Bd. 12910 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

erkläre, daß Kanada bisher von sowjetischer Seite nie direkt bedroht gewesen sei. Dies könnte sich ändern, wenn die SU künftig auf den Norden Kanadas gerichtete Raketen in Kamtschatka stationieren würde. Möglicherweise spielten bei der Haltung Trudeaus auch historisch bedingte Animositäten und der Wunsch nach einer gewissen Distanzierung gegenüber den USA eine Rolle. Er (BK) habe mit Trudeau bereits in Bonn längere Zeit über die zur Debatte stehende Frage gesprochen.⁵ Ganz allgemein habe er den Eindruck, daß Trudeau einem bestimmten politischen „Jet-Set“ zuneige, das zwar gern viele Ratschläge erteile, ohne jedoch selbst den Kopf für die entwickelten Vorstellungen hinhalten zu müssen. Es handele sich hierbei um eine Erscheinung, die etwa der Rolle des internationalen Hochadels im 19. Jahrhundert entspreche.

Mitterrand verwies nochmals auf den Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Fassung der Sicherheitserklärung; letztere sei wesentlich klarer.

Der *Bundeskanzler* schloß sich diesem Standpunkt an und unterstrich die Notwendigkeit, sich den Sowjets gegenüber – ohne unnötiges Säbelrasseln – einer deutlichen Sprache zu bedienen. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Probleme einer fehlgeleiteten Friedenssehnsucht, die u. a. auch zu einer weit verbreiteten Ablehnung des Militärdienstes in der Bundesrepublik geführt haben: Bezeichnenderweise seien die Militärdienstverweigerer vor allem unter den Kindern der Oberschicht und nicht in den Arbeiter- und Bauernfamilien zu finden.

Mitterrand äußerte sein Erstaunen darüber, daß man sich bei der Darstellung der deutschen Position – um zu sagen, daß die Pershings installiert werden müßten – einer so „gewundenen Sprache“ (frz. langage détourné) bediene.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er selbst habe den Doppelbeschluß nicht „erfunden“. Wenn er sagte, er sei gegen die Null-Lösung, würden bestimmte Kreise daraufhin behaupten, er sei gegen die Abrüstung. Infolgedessen werde jetzt die Argumentation umgekehrt: Man erkläre die Null-Lösung zum Wunschziel, sei sich aber im klaren darüber, daß dies eher eine Vision sei, deren Verwirklichung eine lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Daher sei zunächst eine Zwischenlösung anzustreben.

Mitterrand erinnerte an den Verlauf der Eskalation zwischen den beiden Supermächten auf dem Gebiet des Rüstungswesens – er verwandte in diesem Zusammenhang den Ausdruck „Papageienleiter“ –, wobei die nächste Phase die Installierung der ersten Pershing II Ende 1983 sei, falls die Genfer Verhandlungen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führten.

Der *Bundeskanzler* machte einige Angaben zu dem für die Bundesrepublik ins Auge gefaßten Zeitplan⁶ und betonte, daß er für den Oktober 1983 Massendemonstrationen mit 200 000 bis 300 000 Teilnehmern erwarte. Wesentlich erscheine ihm, daß diese Kundgebungen nicht an den geplanten Standorten stattfänden, sonst werde „Gewalt auf Gewalt“ stoßen. Er werde in keinem Fall zurückweichen.

⁵ Bundeskanzler Kohl traf am 12. November 1982 mit Ministerpräsident Trudeau zusammen.

⁶ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 160, Anm. 8.

Auch *Mitterrand* war der Meinung, daß Demonstrationen an den Standorten weitaus gefährlicher wären als in den Städten, wo ihnen eher etwas „Abstraktes“ anhafte. Sollten sie sich aber an die Standorte verlagern, so wäre dies Wasser auf die Mühlen Andropows.

Der *Bundeskanzler* machte sodann längere Ausführungen zur Westorientierung der Bundesrepublik, die s. E. die entscheidende Veränderung in Europa in diesem Jahrhundert darstelle. In dieser Hinsicht seien in der Weimarer Zeit sehr schwerwiegende Fehler begangen worden, die zu Zwiespältigkeiten in der deutschen Politik geführt hätten. Zunächst in Rapallo⁷ eine nach Osten gewandte Politik und zwei Jahre später in Locarno⁸ eine Orientierung nach Westen, die in Paris vielleicht zu wenig verstanden worden sei. Adenauer habe klar erkannt, daß der Frieden und die Existenz der Deutschen nur gesichert werden können, wenn sie „fest auf einem Stuhl und nicht zwischen zwei Stühlen“ säßen.

Das Schlimme an der Politik der jetzigen SPD-Führung sei die Änderung ihres Standpunktes. Es bestehe seiner (BKs) Ansicht nach kein Widerspruch zwischen einer klaren Position im Westen und guten Beziehungen zur Sowjetunion. Ganz im Gegenteil: Die Sowjets seien Realisten, auch in bezug auf ihre Sicherheitsinteressen. Sie hätten keine natürliche Westgrenze, nur einen „cordon sanitaire“, der heute leider Leipzig und Dresden mit umfasse. Wenn ihnen klargemacht werden könnte, daß von Frankreich und Deutschland keine Bedrohung für sie ausgehe, hätte man eine Chance. Was die Ideologie betreffe, so befänden sie sich ohnehin auf der „Verliererstraße“.

Mitterrand, der diesen Ausführungen mit besonderer Aufmerksamkeit gefolgt war, wies seinerseits auf die „Schwerpunktverlagerung“ in Deutschland hin – von Preußen nach dem Westen.

Der Herr *Bundeskanzler* legte im Anschluß daran dar, wie sich auch im religiösen Bereich eine Verschiebung vollzogen habe. Während früher die deutsche Bevölkerung zu 3/4 aus Protestanten und 1/4 aus Katholiken bestanden habe, habe sich für die Bundesrepublik die Situation entscheidend verändert. Inzwischen gebe es hier seit vier Jahren eine – wenn auch geringfügige – katholische Mehrheit.⁹ Entscheidender noch als die Glaubenszugehörigkeit sei s. E. die Frage, ob eine führende politische Persönlichkeit aus dem Gebiet südlich oder nördlich des Limes stamme. Was Berlin betreffe, so handele es sich um einen menschlichen „Schmelztiegel“, der dem Rhein näher stehe als die Ostgebiete.

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags von Rapallo vom 16. April 1922 vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

⁸ Für den Wortlaut der Verträge von Locarno vom 16. Oktober 1925 – des Vertrags zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien über die Garantie des territorialen Status quo zwischen Deutschland und Belgien bzw. Deutschland und Frankreich; der Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien bzw. Deutschland und Frankreich sowie der Schiedsverträge zwischen Deutschland und Polen bzw. Deutschland und der Tschechoslowakei – mit Anlagen vgl. REICHSGESETZBLATT 1925, Teil II, S. 976–1009.

⁹ Während das Statistische Jahrbuch 1973 noch 29 201 000 Mitglieder der Evangelischen Kirche in der Bundesrepublik für das Jahr 1971 verzeichnete, denen 27 441 000 Katholiken gegenüberstanden, wies das Statistische Jahrbuch 1978 für das Jahr 1976 erstmals eine knappe Mehrheit von 26 998 000 Katholiken gegenüber 26 942 000 evangelischen Christen aus. Laut Statistischem Jahrbuch 1982 gehörten 1980 noch 26 710 000 Personen der Katholischen Kirche an, der Evangelischen Kirche nur noch 26 104 000. Vgl. dazu STATISTISCHES JAHRBUCH 1973, S. 108 f., STATISTISCHES JAHRBUCH 1978, S. 87 f., und STATISTISCHES JAHRBUCH 1982, S. 88 f.

Locarno sei jetzt eine lebendige Wirklichkeit. Der BK machte sodann einige Ausführungen zum besseren Verständnis der Persönlichkeit Egon Bahrs, der ein – zwar „rot angestrichener“ – Deutsch-Nationaler, aber kein „verkappter Kommunist“ sei.

Mitterrand erklärte, er habe die Äußerung, wonach man, „um nach Washington zu kommen, über Moskau gehen müsse“, immer für falsch gehalten. Er meine vielmehr, daß man, um nach Moskau zu kommen, den Weg über Washington wählen müsse. Seiner Auffassung nach sei eine echte Entspannung erst in drei bis vier Jahren zu erwarten. Wesentlich sei es, daß man inzwischen an seiner Position festhalte.

Der *Bundeskanzler* regte an, bei dem Treffen im Elsaß¹⁰ den Meinungsaustausch über die Bedeutung des Limes noch weiter zu vertiefen. Man sollte die Zeit nutzen, um „soweit machbar neue Pfähle im gemeinsamen Interesse und im europäischen Interesse zu setzen“. Vielleicht sei die jetzige persönliche Konstellation eine glückliche Fügung!

Das Gespräch dauerte von 8 Uhr bis 8.50 Uhr.

VS-Bd. 14112 (010)

163

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceaușescu in Snagov

214-542.40 RUM-1256/83 geheim

31. Mai 1983¹

Gespräche BM mit Präsident Ceaușescu in Snagov bei Bukarest, am 31. Mai 1983, 12.30 bis nach 16.00 Uhr²;

hier: Ausreise und wirtschaftliche Zusammenarbeit

In dem Gespräch, an dem Außenminister Andrei, Dg21³ und der rumänische Dolmetscher Georgescu teilnahmen, wurde das o.a. Thema als erstes behandelt.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 19. Juli 1983 in Dabo in Lothringen zusammen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 3. Juni 1983 gefertigt und am 6. Juni 1983 als Anlage 1) zusammen mit Aufzeichnungen über „2) Gespräch mit Präsident Ceaușescu bei der Schifffahrt über außenpolitische Fragen, 3) Gespräch mit Präsident Ceaușescu beim Mittagessen über Ost-West-Beziehungen und sowjetische Politik, 4) Gespräch mit dem Präsidenten beim Mittagessen über Nahost, 5) Gespräch mit dem Präsidenten beim Mittagessen über die Deutsche Frage, 6) Delegationsgespräch mit AM Andrei, 7) Formalisierung der Abreden“ an Bundesminister Genscher geleitet mit der Bitte „um Freigabe zur Verteilung (be-s[on]ders) bei Ziff[er] 3) – falls nicht Verteilung unterbleiben soll.“

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundesminister Genscher besuchte Rumänien am 31. Mai und 1. Juni 1983.

³ Gerold Edler von Braunmühl.

BM übermittelte Grüße des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers, die *Ceaușescu* erwiderte.

Nach einführenden Bemerkungen, in denen BM und Ceaușescu auf die Probleme in den bilateralen Beziehungen und im internationalen Bereich hinwiesen und ihren Willen betonten, alle Probleme in konstruktivem Geiste anzugehen mit dem Ziele, Lösungen zu finden, wandte sich BM, von Präsident Ceaușescu aufgefordert, als erster zu sprechen, den bilateralen Beziehungen zu.

BM knüpfte an das Treffen mit Andrei am Tegernsee am 13. April 1983⁴ an, das zur Klärung der anstehenden Fragen beigetragen habe.

BM betonte, daß wir den Beziehungen zu Rumänien besonderes Gewicht beimessen. Das habe auch historische Gründe: Wir hätten nicht vergessen, daß Rumänien als erstes Land nach dem Kriege die Tür zu uns wieder geöffnet habe.⁵ Inzwischen habe eine Reihe von Ereignissen die Richtigkeit dieses Weges bestätigt. (Ceaușescu warf ein: Man habe die Tür offenbar zu weit geöffnet, so daß sich zu viele Menschen hindurchgedrängt hätten.) Auch bei den internationalen Fragen hätten wir übereinstimmende oder weiterführende Einstellungen beider Seiten feststellen können. Die im bilateralen Bereiche aufgetretenen Probleme würden wir gerne im Geiste der Freundschaft überwinden. Inzwischen hätten die Beauftragten hinsichtlich der Ausreise deutschstämmiger Rumänen eine Übereinkunft erzielt.⁶ Wir hätten im Interesse der Förderung der Beziehungen dazu beigetragen, daß die Probleme bei der Ausreise in unserer Öffentlichkeit nicht übermäßig großen Raum eingenommen hätten. Mit besonderer Befriedigung hätten wir festgestellt, daß in der Vereinbarung der Beauftragten die Nicht-Anwendung des Dekretes⁷ auf deutsche Ausreisewillige stipuliert worden sei. Das sei ein wichtiger Punkt für die Gestaltung der Beziehungen. (Der Präsident widersprach nicht.) In der Vereinbarung der Beauftragten finde sich ein Hinweis auf die Vereinbarungen, die auf höherer Ebene getroffen worden seien, was sich auf die sogenannten Quartals-Zahlungen beziehe.⁸ Man werde die Vereinbarung über die Quartals-Zahlungen also fortführen müssen.

BM stellte fest: Nachdem er diesen Bereich behandelt habe, wolle er sich jetzt einem anderen Gebiete zuwenden, nämlich den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Hier sei ein ganzer Fächer zu besprechen:

- Das auslaufende Kooperationsabkommen sollte im gegenseitigen Interesse um weitere zehn Jahre verlängert werden.⁹ Damit werde der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine wichtige Perspektive gegeben.

⁴ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 13. April 1983 vgl. Dok. 90 und Dok. 91.

⁵ Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

⁶ Zu der vom Beauftragten des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, und dem rumänischen Handelsrat Andronic am 21. Mai 1983 abgeschlossenen Vereinbarung vgl. Dok. 154, Anm. 5.

⁷ Zum rumänischen Dekret vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung der Ausbildungskosten durch Ausreisewillige vgl. Dok. 52, Anm. 4.

⁸ Zu den Quartals-Zahlungen bzw. „Zinssubventionen“ vgl. Dok. 90, Anm. 6.

⁹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1351f.

– Der Stand der Umschuldungsfrage belaste uns gemeinsam. Hier bestünden drei Problemkreise:

- (1) das bilaterale Umschuldungsabkommen für 1982¹⁰;
- (2) der deutsche Beitritt zur multilateralen Umschuldungsvereinbarung für 1983¹¹;
- (3) eine daran anschließende bilaterale Umschuldungsvereinbarung für 1983.

Eine Regelung aller drei Punkte sei notwendig, um die Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen zu ermöglichen und zu erleichtern.

Wir seien bereit, das bilaterale Umschuldungsabkommen für 1982¹² sofort abzuschließen.¹³ Er könne außerdem unsere Bereitschaft dazu erklären, der multilateralen Umschuldungsvereinbarung für 1983 beizutreten.¹⁴ Wir seien auch bereit, als Konkretisierung ein bilaterales Umschuldungsabkommen für 1983 abzuschließen.¹⁵

Damit würden die finanziellen Beziehungen auf eine solide Grundlage gestellt. Deshalb bestehe ein beiderseitiges Interesse, daß diese Punkte jetzt sofort in Angriff genommen würden. Der Abschluß der Umschuldungsvereinbarungen sei ein wichtiger Beitrag zur Wiederherstellung der rumänischen Kreditfähigkeit.

Auf Bitte von BM, zu diesem Teil seiner Ausführungen Stellung zu nehmen, erklärte Ceașescu:

Fortsetzung Fußnote von Seite 855

Das Abkommen wurde mit Notenwechsel vom 27. Juni 1983 um zehn Jahre verlängert. Für die Noten vgl. Referat 421, Bd. 141271.

¹⁰ Zu den Verhandlungen über ein bilaterales Umschuldungsabkommen mit Rumänien für 1982 vgl. Dok. 90, Anm. 18.

¹¹ Zum rumänischen Wunsch nach Umschuldung der 1983 fällig werdenden Verbindlichkeiten vgl. Dok. 90, Anm. 9.

Am 18. Mai 1983 unterzeichneten elf Gläubigerstaaten im Rahmen des Pariser Clubs ein Protokoll über die Umschuldung dieser Verbindlichkeiten. Für den Wortlaut vgl. Referat 422, Bd. 140144. Regierungsdirektor Graf von Korff-Schmising, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Paris, berichtete am 19. Mai 1983, die Bedingungen seien zum Teil „erheblich hinter von Rumänien gewünschten Konditionen“ zurückgeblieben: „Gläubigerländer und IWF stimmten überein, daß weitergehende Entlastung rumänischer Zahlungsbilanz 1983 in konvertiblen Währungen vor Hintergrund für 1983 erwarteten Überschusses in Handelsbilanz von 1,6 Mrd. Dollar und in Leistungsbilanz von 800 Mio. US-Dollar nicht erforderlich.“ Da die Bundesrepublik wegen des noch ausstehenden bilateralen Umschuldungsabkommens für 1982 nur durch Beobachter vertreten gewesen sei, enthalte das Umschuldungsprotokoll eine Klausel, „wonach Bundesregierung getroffenen multilateralen Schuldenregelungen durch schriftliche Erklärung gegenüber Vorsitzendem Pariser Clubs beitreten kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 327; Referat 422, Bd. 140144.

¹² Korrigiert aus: „1983“.

¹³ Das Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien zur Konsolidierung der rumänischen Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Krediten deutscher Banken für 1982 wurde am 1. Juli 1983 unterzeichnet. Für das Abkommen vgl. Referat 422, Bd. 140144.

¹⁴ Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte dem Vorsitzenden des Pariser Clubs, Camdessus, am 29. Juni 1983 den Beitritt der Bundesregierung „zu der am 18. Mai 1983 vereinbarten multilateralen Konsolidierungsvereinbarung mit Rumänien“ mit. Vgl. das Fernschreiben; Referat 422, Bd. 140144.

¹⁵ Am 1. September 1983 wurde in Bukarest ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien zur Konsolidierung der rumänischen Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Krediten deutscher Banken paraphiert. Für das Abkommen vgl. Referat 422, Bd. 140144. Ministerialrätin Schlitzberger, Bundesministerium der Finanzen, teilte am 1. September 1983 mit, eine Unterzeichnung habe wegen offener Forderungen der Firma Otto Wolff AG in Höhe von rund 5,2 Mio. DM nicht erfolgen können. Für das Schreiben vgl. Referat 422, Bd. 140144.

Auch er wolle ganz offen sprechen: In diesem Jahre jähre sich die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zum 16. Male. Rumänien habe den damaligen Schritt begrüßt, der nicht einfach gewesen sei, da Rumäniens Freunde dafür gewesen seien, noch zu warten. Er entsinne sich der ausführlichen Gespräche mit dem damaligen deutschen Außenminister der Großen Koalition am Schwarzen Meer.¹⁶ In diesen Gesprächen habe sein Gesprächspartner sehr viele Verpflichtungen auf sich genommen, die in großem Maße von seiten Deutschlands nicht verwirklicht worden seien. Der Handelsaustausch habe sich eine Zeit lang gut entwickelt; Deutschland sei einmal auf dem zweiten Platz der rumänischen Handelspartner gewesen, jetzt sei es auf den vierten oder fünften zurückgefallen. Rumänien habe die deutschen Maßnahmen von 1981 und 1982, die im Widerspruch zu den getroffenen Vereinbarungen gestanden hätten, nicht verstanden. Dazu gehöre die Aufhebung der Hermes-Garantien¹⁷, obwohl die Gewährung solcher Garantien ein Teil der eben von BM erwähnten Vereinbarung gewesen sei. Auch andere Verpflichtungen seien nicht realisiert worden, wie die Zusammenarbeit bezüglich der Errichtung von Betrieben in Timisoara und Sibiu.¹⁸ So habe man in Bukarest den Eindruck gewonnen, daß Deutschland nicht mehr an der Verwirklichung der getroffenen Vereinbarungen interessiert sei.

Hier unterbrach *BM* und erklärte, er müsse nun auch einmal in die Vergangenheit blicken. Der Präsident werde sicher beobachtet haben, daß ihm die Entwicklung der deutsch-rumänischen Beziehungen stets besonders am Herzen gelegen habe. Er habe Rumänien schon als Innenminister besucht¹⁹, was damals etwas ungewöhnlich gewesen sei. Rumänien sei das Land, das er von allen sozialistischen Ländern am meisten besucht habe. Natürlich sei auch uns aufgefallen, daß der wirtschaftliche Austausch in den letzten Jahren sich nicht mehr so günstig entwickelt habe, wie wir erwartet hätten. Dies habe viele Gründe: Einige lägen nicht in unserer Hand, wie die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftslage. An anderen seien wir und Rumänien beteiligt. Die Finanz- und Kredit-Lage Rumäniens habe Auswirkungen auf die Möglichkeit gehabt, Kredite zu geben. Deshalb habe er Außenminister Andrei in Tegernsee gesagt, daß der Abschluß der Umschuldungsvereinbarung nicht nur Bedeutung für die Umschuldung habe, sondern auch die Möglichkeit eröffne, Rumänien wieder Hermes-Bürgschaften zu geben. Wir hätten festgestellt, daß Rumänien sein Defizit abgebaut und 1982 mit einem Überschuß abgeschlossen habe.²⁰ Allerdings sei dieses positive Ergebnis durch eine negative Entwicklung erreicht wor-

¹⁶ Bundesminister Brandt hielt sich vom 3. bis 8. August 1967 in Rumänien auf und traf am 5. August 1967 mit dem Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei, Ceaușescu, auf dessen Landsitz am Schwarzen Meer zusammen. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 293.

¹⁷ Zur Einstellung der Hermes-Bürgschaften für Geschäfte mit Rumänien vgl. Dok. 90, Anm. 4.

¹⁸ Zum Projekt einer industriellen deutsch-rumänischen Zusammenarbeit in Temeschwar vgl. Dok. 90, Anm. 7.

¹⁹ Bundesminister Genscher besuchte Rumänien vom 7. bis 10. April 1971 als erster Innenminister „eines außerhalb des kommunistischen Lagers stehenden Landes“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1207 des Botschafters Strätling, Bukarest, vom 13. April 1971; B 42 (Referat II 5), Bd. 267.

²⁰ Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 7. April 1983, daß Rumänien 1982 „einen beachtlichen Leistungsbilanzüberschuß (655 Mio. Dollar)“ erwirtschaftet habe. Es befinde sich jedoch weiter in einer Zahlungskrise „deren Talsohle noch nicht erreicht ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 238; Referat 422, Bd. 140067.

den, nämlich den Rückgang unserer Exporte nach Rumänien.²¹ Wir hofften daher, daß die Hebung der rumänischen Transfer-Kraft zu einer neuen Aufwärtsentwicklung des Handelsaustausches führe. Wir täten nichts lieber als exportieren. Aber wir hätten auch ein Interesse daran, daß Rumänien durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit uns seine unabhängige Politik konsolidieren und fortsetzen könne.

Ceaușescu erinnerte daran, daß er mit Willy Brandt 1973²² einige besondere Vereinbarungen abgeschlossen habe.²³ Er erwähnte die Errichtung von Betrieben gemeinsam mit VW in Timisoara. Diese seien nicht verwirklicht worden, hätten aber auch zu keinen Ausgaben geführt.²⁴ Das zweite Projekt, der gemeinsame Bau eines Flugzeugs mit VFW²⁵, sei ebenfalls gescheitert.²⁶ Hier sei

²¹ Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 10. Januar 1983 dar: „Unsere Ausfuhren nach Rumänien sind 1982 um ca. 38 % zurückgegangen, auch unsere Einfuhren waren mit ca. 12 % rückläufig.“ Insgesamt sei der bilaterale Warenaustausch seit 1979 real auf etwa die Hälfte gesunken: „Als positiver Nebeneffekt hat sich bei dieser Bilanzkürzung allerdings ein rumänischer Handelsbilanzüberschuß von ca. 400 Mio. DM ergeben, der angesichts der hohen Außenverschuldung Rumäniens zu begrüßen ist.“ Vgl. Referat 422, Bd. 144067.

²² Korrigiert aus: „1974“.

²³ Staatsratsvorsitzender Ceaușescu hielt sich vom 26. bis 30. Juni 1973 in der Bundesrepublik auf. Am 29. Juni 1973 wurden Abkommen über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung sowie über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1351 f., S. 1482 f. und S. 1485.

Ferner wurden unterzeichnet: ein Sozialversicherungsabkommen, ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie eine Vereinbarung über die wechselseitige Errichtung von Bibliotheken. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 698-702, S. 919 f. und S. 921 f.

Außerdem wurde ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 602-615.

Für die Gespräche mit Bundeskanzler Brandt vgl. AAPD 1973, II, Dok. 202, Dok. 203 und Dok. 209.

²⁴ Staatsratsvorsitzender Ceaușescu hielt sich am 28. Juni 1973 in Wolfsburg auf und informierte Bundeskanzler Brandt am folgenden Tag über die geplante Zusammenarbeit mit der Volkswagen Werk AG. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 209.

Referat 421 resümierte am 27. Januar 1982: „Nach Mitteilung der VW AG ist das rumänische Interesse an der Fertigung von VW-Fahrzeugen (geplantes joint venture: 49 % VW, 51 % Rumänien) in den Hintergrund getreten, nachdem die Lizenzfertigung des Renault aufgenommen und die Kooperation mit Citroen vereinbart wurde. Rumänien sei nunmehr an dem Bezug von Dieselmotoren zum Einbau in die Dacia-Citroen-Fahrzeuge interessiert. Hierauf möchte sich die VW AG aber nicht einlassen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133075.

²⁵ Während der Besichtigung des Flugzeugwerks VFW-Fokker in Bremen am 29. Juni 1973 durch Staatsratsvorsitzenden Ceaușescu wurde ein Rahmenabkommen zwischen VFW-Fokker und den staatlichen rumänischen Flugzeugwerken Grupul Aeronautic geschlossen. Vgl. dazu den Artikel „Bonn und Bukarest für mehr Zusammenarbeit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Juni 1973, S. 3.

²⁶ Am 2. Juli 1977 wurde in Bukarest eine gemischte deutsch-rumänische Gesellschaft zur Lizenzfertigung des Verkehrsflugzeugs vom Typ „VFW-614“ gegründet, an der die Firma VFW-Fokker einen Anteil von 45 % hielt. Im Laufe der folgenden Monate geriet die Firma VFW-Fokker jedoch in wirtschaftliche Schwierigkeiten, so daß im Rahmen eines Sanierungsplans die Einstellung der Produktion der „VFW-614“ zum Jahresende 1977 beschlossen wurde. Am 2. Februar 1978 informierte der rumänische Stellvertretende Außenminister Oprea Bundeskanzler Schmidt über die Bereitschaft des Unternehmens, „die Serienfertigung wieder aufzunehmen. Allerdings seien die Eigner nicht in der Lage, die damit verbundenen finanziellen Probleme zu lösen. Diese lägen vor allem darin, Bürgschaften für die Kredite zu erhalten, die bei einer Wiederaufnahme der Serienfertigung erforderlich seien. Deshalb solle sich die Bundesregierung engagieren.“ Schmidt erklärte sich auch mit Blick auf die Sicherung von Arbeitsplätzen zu Engagement bereit, machte dies jedoch davon abhängig, daß „die Gesellschafter einen substantiellen Beitrag zur Finanzierung leisten, sich also am finanziellen Risiko beteiligen. Dies sei notwendig, weil die Bundesregierung keine weiteren finanziellen Lasten

Rumänien erhebliche Verpflichtungen eingegangen und habe einige zig Millionen DM verloren. Sicher gebe es in der Entwicklung der Beziehungen auch einige negative Punkte auf rumänischer Seite. Er könne aber die Auffassung von BM nicht teilen, daß die Hermes-Garantien infolge einer Verschlechterung der Finanzlage Rumäniens aufgehoben worden seien. Diese Garantien seien langfristig vorgesehen gewesen. Wenn die Garantien nicht aufgehoben worden wären, dann wäre die schlechte Lage in Rumänien nicht entstanden. Hier bestehe auch kein Zusammenhang mit dem rumänischen Dekret, das erst später gekommen sei. Er wolle jedoch kein Problem daraus machen. (BM stimmte zu.) Es komme darauf an, daß die Bundesregierung bereit sei, Wege zu finden, um die gemeinsame Entwicklung der Beziehungen zu fördern. Dies sei das Problem, nicht die Frage, ob es bei der Ausreise deutschstämmiger Rumänen eine größere oder eine kleinere Zahl gebe. Normal wäre es, wenn Deutschland die Deutschstämmigen in Rumänien nicht ermutigte, das Land zu verlassen.

BM stellte fest, daß wir dies auch nicht täten. Die vergangenen Gespräche über deutsche Investitionen in Rumänien, z. B. in Temeschwar, hätten gerade dem Ziele gedient, es für die Deutschen in Rumänien attraktiver erscheinen zu lassen, im Lande zu bleiben. Denen, die jedoch zu uns kommen wollten, wollten wir den Weg dazu ebnen. Das stehe auch hinter der Vereinbarung der Beauftragten. Er erkläre förmlich im Namen der Bundesregierung die Bekräftigung dieser Vereinbarung. Für uns sei alles wichtig, was darin stehe, einschließlich der Nicht-Erhebung weiterer Zahlungen für die betroffenen Menschen. Wir sollten in der Tat diese Verständigung nutzen, um die künftige Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu fördern.

Ceaușescu stimmte dem zu. Er begrüße die deutsche Bereitschaft zur Verlängerung des Kooperationsabkommens um zehn Jahre. Er nehme zur Kenntnis, was BM zur Umschuldung gesagt habe. Er könne von sich aus erklären, daß Rumänien für 1984 keinen Umschuldungsantrag stellen werde. Außerdem werde Rumänien künftig seine Schulden früher, innerhalb eines Jahres, zurückzahlen. – BM bemerkte hierzu: Wenn dies möglich sei, würde es zusätzliche Impulse geben. (Anmerkung: Andrei bestätigte später nochmals gegenüber BM, daß diese Erklärung des Präsidenten von grundsätzlicher Bedeutung sei.)

Ceaușescu fuhr fort: Man müsse jetzt an die Verwirklichung der besprochenen Projekte in Timisoara und Sibiu herangehen. Außerdem sollte man an eine breitere Zusammenarbeit auf Drittmärkten denken. Man habe einige Projekte im Ausland errichtet und deutsche Firmen beteiligt. Diese Beteiligung habe auf Barzahlungsbasis stattgefunden, wogegen Rumänien die Projekte auf Kredit-Basis errichtet habe. 1973 sei für die beiderseitige Beteiligung an Projekten auf Drittmärkten vorgesehen worden, daß deutsche Kredite auf lange Zeit und zu günstigen Zinssätzen gegeben würden. Rumänien habe an der Ausführung deutscher Projekte beteiligt werden sollen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 858

tragen könne“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ 21-30 100 (56), Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1978.

Referat 421 legte am 27. Januar 1982 dar: „Ende 1978 erklärte VFW-Fokker die Transfer-Verhandlungen für gescheitert, da die rumänische Seite die [...] vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht akzeptieren wollte.“ Seitdem sei das Projekt nicht weiterverfolgt worden. Vgl. Referat 214, Bd. 133075.

Rumänien sei bereit, von sich aus alles zu tun, damit Deutschland wieder auf den zweiten Platz im rumänischen Außenhandel gelange. Dies setze die Wiedereinsetzung der Hermes-Kredite „mit kleinen Zinssätzen“ voraus, wobei die Zins-Differenzen jährlich an Rumänien überwiesen würden. Von den vereinbarten Beträgen seien 36 bis 40 Mio. DM nicht ausgezahlt worden.

Ceașescu faßte seine Ausführungen in folgender „Schlußformulierung“²⁷ zusammen:

- Die Vereinbarung zwischen den Beauftragten gelte.
- Gelöst werden müßten jetzt:
 - (a) die Frage der Hermes-Garantien;
 - (b) die Zahlung der Zins-Differenzen, und zwar die Nachzahlung der bisher nicht ausgezahlten Beträge für die Vergangenheit und die Weiterzahlung für die Zukunft.
- Wiederaufgenommen werden sollten die Zusammenarbeit hinsichtlich der Betriebe in Timisoara und Sibiu, die vereinbart, aber bisher nicht verwirklicht worden sei, sowie „andere Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“.
- Insgesamt solle man sich vornehmen, das alte Niveau des Handelsaustausches wieder zu erreichen und das Handelsvolumen bis 1985 um 50 % zu steigern.

BM erwiderte:

- Bei der Zusammenarbeit auf Drittmärkten gebe es Fortschritte, z. B. hinsichtlich eines kürzlich vereinbarten Projektes in Indien, an dem bei uns Lurgi beteiligt sei.²⁸ Es könnten auch weitere Anstrengungen unternommen werden. Demnächst würden diese Fragen in der Gemischten Kommission beraten.²⁹ Wir würden alles tun, um Aspekte für neue Projekte der Zusammenarbeit auf Drittmärkten zu gewinnen.
- Hinsichtlich Temeschwar sei es bisher nicht zur Inanspruchnahme des 1978 vereinbarten Bürgschaftsrahmens³⁰ gekommen. Dies habe daran gelegen, daß die Firmen nicht so interessiert werden konnten, wie es die Regierungen gewünscht hätten. Man müsse sich jetzt klar darüber werden, was geschehen könne, um das Projekt zustandezubringen. Man müsse sehen, ob man

²⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 6. Juni 1983 zur „Formalisierung der Abreden in den Bereichen der Ausreise und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“, es sei ein Papier über die Bestätigung der Ausreisekonvention vom 21. Mai 1983 übergeben worden, ebenso eine Aufzeichnung, in der die Ausführungen des Bundesministers Genscher zu den Zusagen im wirtschaftlichen Bereich niedergelegt seien. Zu den Zinszahlungen habe Genscher ausgeführt, „daß hier noch geringe Abzüge wegen der Zahlungen aufgrund des Dekrets, die verrechnet werden müßten, notwendig seien. Im übrigen stellte er fest: ‚Ich erkläre hiermit, daß der ausstehende Betrag gezahlt wird.‘“ Eine von rumänischer Seite gewünschte schriftliche Formalisierung sei unter Hinweis auf diese klare Aussage abgelehnt worden. Vgl. VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁸ Bereits am 6. August 1982 äußerte sich Ministerialdirektor Fischer gegenüber dem rumänischen Botschafter Rambu positiv über „das jüngste Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit, nämlich die Kooperation der Firma Lurgi mit Usinoexportimport bei der Errichtung einer Pelletieranlage in Indien“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jacob vom 9. August 1982; Referat 421, Bd. 141277.

²⁹ Die Gemischte Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit trat am 5. Dezember 1983 in Bukarest zusammen. Für das Protokoll vgl. Referat 421, Bd. 141272.

³⁰ In Gesprächen des Staatssekretärs van Well mit dem Berater des rumänischen Präsidenten, Pungan, vom 5. bis 7. Januar 1978 wurde die Bereitstellung eines Bürgschaftsplafoonds von 700 Mio. DM vereinbart. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11.

die Firmen interessieren könne. Wir seien bereit, die auf rumänischer Seite Verantwortlichen zu einer Begegnung mit den in Betracht kommenden Leuten der deutschen Wirtschaft nach Deutschland einzuladen. Die Bundesregierung werde sich an einem solchen Zusammentreffen beteiligen und ihr Interesse am Zustandekommen der Investitionen deutlich machen.³¹ Für das Projekt sei 1978 ein Bürgschaftsrahmen bis 700 Mio. DM für fünf Jahre bereitgestellt worden. Wir seien bereit, die diesbezügliche Vereinbarung ab 1. Juli 1983 für weitere fünf Jahre zu verlängern.³²

- Zur Frage der von dem Präsidenten so genannten „Zins-Subventionen“ sei zu sagen, daß er hierüber mit der Bezeichnung „Quartals-Zahlungen“ bereits gesprochen habe. Sie stünden im Zusammenhange mit der Ausreisevereinbarung.³³ Über die Höhe gebe es keine Meinungsverschiedenheiten (dem stimmte Ceașescu ausdrücklich zu). Wir seien bereit, diese Quartals-Zahlungen zu verlängern. Wir würden es jedoch nicht für gut halten, sie als „Zins-Subventionen“ zu bezeichnen. Die Hauptsache sei jedoch, daß wir zur Weiterzahlung bereit seien. Dies gelte für die Laufzeit, die für alle jetzt getroffenen Vereinbarungen vorgesehen sei, nämlich fünf Jahre: wie für die Ausreisekonvention und den Bürgschaftsrahmen, so auch für die Quartalszahlungen. – Ceașescu bezeichnete dies als „gut“. Dies würde nach seinem Verständnis bedeuten, daß die Weitergewährung der „Hermes-Garantien mit kleinem Zinssatz“ klargestellt sei. Was die deutschen Firmen von Investitionen abgehalten habe, sei die Finanzierbarkeit der Projekte gewesen. Man habe gute Beziehungen zu den deutschen Firmen; er könne gleich fünf Firmen nennen.

BM wies darauf hin, daß der Sonder-Bürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM, der auch in der Vereinbarung von 1978 genannt sei, sich ausschließlich auf Investitionen im Zusammenhange mit dem Projekt Temeswar beziehe. Die Zinsen seien dabei die normalen. Aber unabhängig davon würden wir die Quartals-Zahlungen leisten. – Ceașescu: „Sie sind also bereit, Quartals-Zahlungen für weitere fünf Jahre zu leisten wie in der Vergangenheit?“ – BM: „Ja“. – Auf Frage Ceașescus, ob wir auch die einbehaltenen Beträge für die Vergangenheit zah-

³¹ Am 8. August 1983 übermittelte die rumänische Botschaft dem Bundesministerium für Wirtschaft eine aktualisierte Liste mit 14 Projekten, die in Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der Bundesrepublik in Temeswar verwirklicht werden sollten. Nachdem sich in einer Ressortbesprechung im Bundesministerium für Wirtschaft mit Vertretern der an Rumänien interessierten Unternehmen am 22. September 1983 gezeigt hatte, daß kein Interesse an einer Beteiligung an den vorgeschlagenen Projekten bestand, erklärte sich die rumänische Seite bereit, „bei der Projektplanung deutsche Gegenvorschläge zu berücksichtigen und von ihrer ursprünglichen – für deutsche Firmen nicht attraktiven – Konzeption hinsichtlich Industriezweigen, Betriebsgröße und Art der Zusammenarbeit abzugehen“. Vor diesem Hintergrund schlug Ministerialdirektor Fischer Bundesminister Genscher am 23. Dezember 1983 vor, dem Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, zu schreiben und ihn „unter Hinweis auf die modifizierten rumänischen Vorstellungen um einen Appell an die in Betracht kommenden deutschen Unternehmen [zu] bitten, sich dem ergänzten rumänischen Kooperationsangebot nicht weiterhin zu entziehen“. Vgl. Referat 421, Bd. 141274.

³² Am 28. Juni 1983 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt der Botschaft in Bukarest mit: „Inzwischen hat sich Interministerieller Ausschuß für Ausfuhrbürgschaften mit Fragen der Verlängerung des am 30.6.1983 auslaufenden Sonderbürgschaftsplafonds für Temeswar befaßt, positive Entscheidung wird voraussichtlich bis Ende Juni fallen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 281; Referat 421, Bd. 141269.

³³ Zur Erläuterung des Zusammenhangs der „Zinssubventionen“ mit der Ausreisevereinbarung vgl. Dok. 154, Anm. 8.

len würden, bestätigte *BM* dies im Prinzip, wobei er jedoch auf die Notwendigkeit einer Verrechnung wegen der Leistungen aufgrund des Dekretes hinwies.

Ceaușescu kam auf das Problem der Beteiligung deutscher Firmen zurück und schlug vor, die Finanz- und Wirtschaftsminister mit einer Klärung zu beauftragen, wie solche Kredite gewährt werden könnten, die den Firmen die Investitionen ermöglichen. *BM* merkte an, daß Rumänien selbst eine Menge beitragen könne, wenn es die Firmen durch möglichst flexible Arbeitsbedingungen in Rumänien interessiere. *Ceaușescu* meinte dagegen, Rumänien sei bereits zu flexibel gewesen. Im übrigen verwies er auf das Kooperationsprojekt von Renk-Reschiza³⁴, das mit gutem Ergebnis arbeite.

Nach Aufbruch zu der Schifffahrt³⁵ kam *Ceaușescu*, der von Andrei darauf hingewiesen worden war, auf die Gewährung von Bürgschaften für Koks zu sprechen.

BM stellte fest: Wir hätten bisher über die Verlängerung des Bürgschaftsrahmens von 700 Mio. DM für Temeswar gesprochen, jetzt schneide der Präsident etwas anderes an, nämlich die Wiedereröffnung neuer Deckungsmöglichkeiten für normale Export-Geschäfte. Wir seien bereit, dafür einen Bürgschafts-Plafond von 300 Mio. DM zur Verfügung zu stellen. Dies habe nichts mit dem anderen Plafond von 700 Mio. DM zu tun. Der 300 Mio. Plafond gelte für normale Ausfuhrsgeschäfte. Für Koks oder Koks-Kohle könne er nach unseren Bestimmungen jedoch nicht in Anspruch genommen werden. *Ceaușescu* fragte, ob wir nicht eine Ausnahme machen könnten. Bei uns lägen doch Koks und Kohle auf Halden und seien nach einem Jahr nicht mehr vollkommen brauchbar. Rumänien wünsche hier nur Garantien im Rahmen eines Jahres. *BM* erwiderte: Für den Export von Koks und Kokskohle könnten wir im Rahmen des genannten Bürgschaftsplafonds von 300 Mio. DM Bürgschaften nur für 180 Tage geben.³⁶ Darauf *Ceaușescu*: „In Ordnung; einverstanden.“

Bei der Schifffahrt fragte *BM*, ob Andrei mit seinem Besuch in Washington³⁷ zufrieden gewesen sei; Shultz habe sich ihm gegenüber positiv über die Gespräche mit Andrei geäußert.³⁸ *Andrei* wies darauf hin, daß einige Klärungen

³⁴ Zu diesem Projekt vermerkte Referat 421: „1973 beteiligte sich die deutsche Renk AG mit 9,8 Mio. DM zu 49 % an dem neu gegründeten rumänisch-deutschen Gemeinschaftsunternehmen Renk-Reșița.“ Dieses produziere und vertreibe Zahnräder sowie Getriebe und werde „von der gesamten interessierten deutschen Industrie als Testfall für weitere Investitionen und Kooperationen mit Rumänien“ betrachtet. Vgl. die Aufzeichnung vom 27. Januar 1982; Referat 214, Bd. 133075.

³⁵ Bundesminister Genscher und Präsident *Ceaușescu* unternahmen eine Schifffahrt auf dem Snagov-See.

³⁶ Zur Haltung der Bundesregierung zum rumänischen Wunsch nach Krediten für Kokslieferungen vgl. Dok. 90, Anm. 26.

³⁷ Über den Besuch des rumänischen Außenministers Andrei vom 16. bis 18. Mai 1983 in den USA berichtete Botschafter Hermes, Washington, am 19. Mai 1983, im Mittelpunkt habe die Frage gestanden, „wie Rumänien durch einen Verzicht auf die weitere Anwendung des Ausbildungskosten-gesetzes (Dekret 402) die Gefahr des Verlustes der Meistbegünstigungsklausel für seine Exporte in die USA abwenden könnte“. Nach schwierigen Verhandlungen über einen nicht zu veröffentlichenden Briefwechsel zwischen den Präsidenten Reagan und *Ceaușescu* hätten sich beide Seiten schließlich „auf eine Formulierung geeinigt, die besage, daß Rumänien die im Dekret 402 vorgesehene Rückerstattung der Ausbildungskosten nicht mehr von Personen verlangen werde, denen die Auswanderung erlaubt werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2259; VS-Bd. 13415 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

³⁸ Bundesminister Genscher traf anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen.

notwendig gewesen seien, die er aufgrund seiner Instruktionen vorgenommen habe. *Ceaușescu* bestätigte: *Andrei* habe in Washington aufgrund des von ihm erteilten Mandats gesprochen.

Anschließend wurden internationale Fragen behandelt, die gesondert festgehalten werden.³⁹

Beim Abendessen erkundigte sich *Andrei* bei BM nochmals nach der Möglichkeit von „günstigeren Kreditbedingungen“. BM erwiderte: Man muß hier mit Aufrichtigkeit vorgehen. Solche Kreditvergünstigungen gebe es nicht und werde es nicht geben. Darauf zu bestehen, könnte alles in Frage stellen. Darüber könnten wir nicht einmal reden. Dies komme unter keinen Umständen in Betracht.⁴⁰

Am Rande des Besuches fragte BM den rumänischen Außenminister nach dem Stand hinsichtlich der jüdischen Auswanderer.⁴¹ *Andrei* erklärte: Dieses Problem sei erledigt. Mit Israel habe man keine Probleme mehr.

VS-Bd. 14115 (010)

³⁹ Während der Schifffahrt auf dem Snagov-See am 31. Mai 1983 erörterten Bundesminister Genscher und Präsident Ceaușescu den Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg, die Ost-West-Beziehungen, besonders die INF-Verhandlungen in Genf sowie das Problem eines Schlußdokuments für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Genscher führte aus, die Bundesregierung wäre „Rumänien sehr dankbar, wenn es der SU deutlich machte, daß unsere maßvollen westlichen Verbesserungsvorschläge nicht vom Tisch gewischt werden sollten. [...] Ceaușescu erklärte: Rumänien könne zwei oder drei der westliche Vorschläge akzeptieren. Man habe sich vorgenommen, mit den sowjetischen Freunden zu reden, um eine Lösung zu finden. Rumänien habe auch Schwierigkeiten, wolle aber zum Abschluß kommen, auch um eine Abrüstungskonferenz einzuberufen. Eine etwas bessere oder schlechtere Formulierung löse nichts.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Das Gespräch über außenpolitische Fragen wurde beim Mittagessen in Snagov fortgesetzt, wobei zunächst erneut die INF-Verhandlungen im Mittelpunkt standen. Ceaușescu bekräftigte das bereits während der Schifffahrt erläuterte rumänische Interesse an einem Ergebnis: „Man müsse ein reelles Niveau der Konzessionen im Auge behalten. Einseitige Abrüstung sei weder für die eine noch für die andere Seite akzeptabel. Europa müsse interessiert daran sein, die Raketen wegzubekommen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Vgl. außerdem Dok. 164.

⁴⁰ Bundesminister Genscher und der rumänische Außenminister *Andrei* erörterten am Abend des 31. Mai 1983 in Bukarest die Formalisierung der bilateralen Absprachen zur Ausreisefrage und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, den rumänischen Wunsch nach Intensivierung des Meinungsaustauschs zwischen Auswärtigem Amt und rumänischem Außenministerium und „einen möglichst schnellen Abschluß in Madrid“. *Andrei* kündigte für den 3. Juni 1983 in Madrid einen rumänischen Vorschlag an, demzufolge Ergänzungsvorschläge der westlichen Staaten vom 3. Mai 1983 für das Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz „in Betracht gezogen würden und ein größerer Teil davon angenommen werde. [...] Schließlich glaube man, daß auch eine Lösung für das Problem der Störungen von Radiosendungen gefunden werden könne. Rumänien störe ohnehin keine Sendungen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴¹ Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete am 9. März 1983, daß laut Auskunft des israelischen Außenministeriums bislang noch kein Fall aufgetreten sei, in dem jüdischen Ausreisewilligen von rumänischen Behörden die Ausreisegenehmigung mit Blick auf die Rückzahlung der Ausbildungskosten verweigert worden sei. Es seien zwar in einigen Fällen Zahlungsaufforderungen ergangen, die Betroffenen hätten dann aber nach einer „Absichtserklärung [...] ohne weitere Auflagen ausreisen“ können. Allerdings werde damit gerechnet, „daß die seit Februar gültigen Durchführungsbestimmungen in Fällen, wo der Ausreiseantrag erst jetzt gestellt wird, rigoros angewendet werden dürften“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 237; Referat 214, Bd. 139541.

164

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceaușescu in Snagov

214-542.40 RUM VS-NfD

31. Mai 1983¹

Gespräche BM mit Präsident Ceaușescu in Bukarest am 31. Mai 1983 (beim Mittagessen in Snagov)²;
hier: Deutsche Frage

Am Ende einer Erörterung des Nahost-Themas³ meinte *Ceaușescu*, daß BM den Einfluß der Bundesrepublik Deutschland unterschätze, in Nahost wie auch in Europa. Das Interesse der Bundesrepublik Deutschland müsse die Förderung der Entspannung sein, dies auch in der Perspektive einer Wiedervereinigung Deutschlands.

BM erwiderte, wir sähen unsere nationale Frage als eine europäische Aufgabe. Er werde Ende des kommenden Monats im Deutschen Bundestag sprechen und dabei klarmachen, daß wir uns erstmals in der Geschichte bei unseren internationalen Interessen in Übereinstimmung mit allen europäischen Nachbarn befänden. Wir würden Fortschritte als Deutsche nur erzielen, wenn wir Fortschritte als Europäer erzielen.

VS-Bd. 14115 (010)

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 3. Juni 1983 gefertigt.

Zur Vorlage bei Bundesminister Genscher am 6. Juni 1983 vgl. Dok. 163, Anm. 1.

² Bundesminister Genscher besuchte Rumänien am 31. Mai und 1. Juni 1983.

³ Im Gespräch mit Präsident Ceaușescu beim Mittagessen in Snagov am 31. Mai 1983 wies Bundesminister Genscher auf die Gefahr einer Eskalation des Bürgerkriegs im Libanon hin, „der die Gefahr einer äußeren Einmischung nach sich ziehe. Es käme darauf an, die Autorität des libanesischen Präsidenten zu stärken und die Souveränität des Landes wiederherzustellen.“ Ein syrischer Truppenabzug sei „der einzige Weg, um Israel zu veranlassen, das Land zu verlassen“. Ceaușescu vertrat die Ansicht: „Die Amerikaner hätten einen großen Fehler gemacht, als sie bei den Verhandlungen mit Israel und dem Libanon Syrien und die PLO nicht ernstgenommen hätten. [...] Syrien habe sich verlassen gefühlt. Dies habe mit zu seiner jetzigen Haltung geführt, die von der SU natürlich unterstützt werde. [...] Syrien wünsche eine Beteiligung der PLO an den Verhandlungen. Das sei im Reagan-Plan nicht akzeptiert worden. Wenn dies nicht korrigiert würde, werde der Reagan-Plan nicht weiterführen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

165

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-18300/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 1. Juni 1983, 11.15 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1061

Ankunft: 1. Juni 1983, 12.58 Uhr

Betr.: Ministertreffen der Eurogroup am 31. Mai 1983;

hier: Aussprache der Verteidigungsminister

I. 1) Die Verteidigungsminister der Eurogroup-Länder führten unter Vorsitz des norwegischen Verteidigungsministers² bei dem traditionellen Abendessen in kleinstem Kreise am 31. Mai 1983 (Minister und Ständige Vertreter im NATO-Rat)³ einen intensiven Meinungsaustausch über folgende Themen:

(1) INF,

(2) Out-of-area-Problematik⁴,(3) Amerikanische Vorstellungen für eine neue Strategie, gestützt auf im Welt-raum stationierte Abwehrsysteme gegen Raketen (war of the stars)⁵,

(4) Verteidigungsanstrengungen (Budget-Fragen).

2) Wegen der Wahlkampagnen in ihren Ländern konnten die Verteidigungsminister Großbritanniens⁶ und Italiens⁷ nicht teilnehmen.⁸ Ohne Angabe von Gründen blieb der MP Papandreou (der auch das Verteidigungsportfolio innehat) der Eurogroup- und DPC-Sitzung⁹ fern.

3) Die Aussprache stand eindeutig unter dem Eindruck der jüngsten bilateralen Gespräche zwischen Verteidigungsminister Wörner und dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger.¹⁰

Die Minister betonten die Bedeutung der sicherheitspolitisch entscheidenden Phase der INF-Entwicklung und wiesen auf die negativen Auswirkungen der

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 1. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann nach Rückkehr am 6. Juni 1983 vorgelegen.

² Anders Christian Sjaastad.

³ Der Aussprache ging eine Sitzung der Eurogroup auf der Ebene der Verteidigungsminister voraus. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Öffentlichkeitsarbeit und Fragen der transatlantischen Rüstungszusammenarbeit, vor allem amerikanische Beschränkungen für Rüstungslieferungen aus den europäischen NATO-Mitgliedstaaten, der Technologietransfer in Staaten des Warschauer Pakts und die Nutzung von Zukunftstechnologien zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1057 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 1. Juni 1983; VS-Bd. 10849 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Zur Frage des Einsatzes von Streitkräften der NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets vgl. Dok. 150.

⁵ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; Dok. 81.

⁶ Michael Haseltine.

⁷ Lelio Lagorio.

⁸ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni, die zum italienischen Parlament am 26./27. Juni 1983 statt.

⁹ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel vgl. Dok. 166, Dok. 168 und Dok. 174.

¹⁰ Der amerikanische Außenminister Weinberger hielt sich vom 29. bis 31. Mai 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Wörner am 31. Mai 1983 vgl. VS-Bd. 11316 (220).

prekären Budget-Lage in allen Ländern hin. Die jüngste, die Regierung bindende Entscheidung des dänischen Parlaments zur INF-Frage¹¹ wurde als Rückschlag bewertet. Der dänischen Seite sowie den anderen gegenüber der INF-Frage sich zum Teil distanziert verhaltenen Regierungen wurde dringend nahegelegt, die Kohäsion des Bündnisses, seine Solidarität in dieser Frage nicht zu beeinträchtigen und deshalb keine öffentlichen Kontroversen auszulösen und deshalb auch von abweichenden Voten (Fußnoten und dergleichen) bei den bevorstehenden DPC-¹² und NADC¹³-NATO-Rats-Kommunikés¹⁴ abzusehen. Allenfalls könnten Erklärungen zu den vertraulichen Sitzungsprotokollen oder Ergebnisprotokollen aufgenommen werden.

II. Weitere Fragenkomplexe

1) Hinsichtlich der Entwicklung der amerikanischen Vorstellungen zu den Out-of-area-Problemen stellten Bundesminister Wörner sowie der britische Ständige Vertreter¹⁵ eine zunehmende Differenzierung auf seiten der amerikanischen Regierung und ein schrittweises Abrücken von der bisherigen Planung auf der ausschließlichen Grundlage des unwahrscheinlichen, ja im Prinzip auch gar nicht möglichen Falles einer isolierten sowjetisch-amerikanischen militärischen Auseinandersetzung in Südwestasien (worst case study) fest. Damit entspanne sich möglicherweise der Druck auf Europa, nicht realisierbare und nicht realistische Kompensationen im Falle des Einsatzes der amerikanischen strategischen Reserven im Mittleren Osten vorzunehmen. Als Beispiel wies BM Wörner darauf hin, daß Verteidigungsminister Weinberger ihm gegenüber wie auch in der Pressekonferenz in Bonn dementiert habe, daß die USA die Kompensationsforderung von 80 000 Soldaten an uns gerichtet hätten oder dies zu tun beabsichtigen.¹⁶

2) Gegenüber den amerikanischen Vorstellungen für eine langfristig denkbare Ablösung der Strategie der nuklearen Abschreckung durch eine auf die wirksame Abwehr von Raketen mit im Weltall stationierten Systemen gestützte Defensivstrategie nahmen alle Teilnehmer eine außerordentlich skeptische Haltung ein und unterstützten den deutschen Standpunkt, die Untersuchungen und Überlegungen der amerikanischen Seite nicht unnötig in die öffentliche Debatte zu bringen. Dies sei offenbar jetzt auch amerikanische Auffassung.

3) Unter Hinweis auf die im Interesse der wirtschaftlichen Wiederbelebung und der Wiederherstellung ausgewogener Haushalte bzw. für den Abbau der staat-

¹¹ Zur Entschließung des dänischen Parlaments vom 26. Mai 1983 vgl. Dok. 140, Anm. 5.

¹² Für den Wortlaut des Kommunikés der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 81–84. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 386–389.

¹³ NATO Air Defense Committee.

¹⁴ Für den Wortlaut des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 85–92. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 391–398.

¹⁵ John Graham.

¹⁶ Vor der Presse stellte Bundesminister Wörner am 31. Mai 1983 klar, daß es keine Anforderung der USA gebe, „die Bundesrepublik solle 80 000 Reservisten bereitstellen, um damit US-Soldaten zu ersetzen, die möglicherweise von Washington zum Einsatz im Nahen Osten oder anderen Krisengebieten aus Europa abkommandiert werden könnten“. Weiter hieß es: „Entsprechende Berichte bezeichnete Weinberger als „irrig“.“ Vgl. den Artikel „Westen erwägt Verzicht auf Pershing II“; SÜD-DEUTSCHE ZEITUNG vom 1./2. Juni 1983, S. 1.

lichen Schuldenlasten erforderlichen Politik des knappen Budgets appellierte Verteidigungsminister Wörner an alle europäischen Partner, von Eingriffen in die Substanz und Struktur der Streitkräfte abzusehen. (Diese Bemerkungen waren in erster Linie an die Adresse der Belgier¹⁷ und Niederländer¹⁸ gerichtet, die sich mit strukturellen Eingriffen in die Substanz ihrer Streitkräfte beschäftigen.) Struktur und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte müßten auch in Zeiten finanzieller Enge erhalten und über die Runden gerettet werden.

Im Hinblick auf die Nutzung neuer Technologien unterstrich der Bundesminister die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Strategie der Abschreckung, in deren Rahmen auch alle Bemühungen um Verbesserungen in konventionellem Bereich zu sehen seien.

III. Bundesminister Wörner berichtete auf Bitten des norwegischen Vorsitzenden über seine jüngsten Besprechungen mit Verteidigungsminister Weinberger. Der Bundesminister stellte fest, daß der Besuch sehr erfolgreich verlaufen sei und daß der amerikanische Verteidigungsminister, der in der eigenen, aber auch in der europäischen Öffentlichkeit oft fälschlicherweise dämonisiert werde, eine feste, aber flexible Haltung zum Doppelbeschluß eingenommen und in den Fragen der Verhandlungen wie auch bei den Planungen für die Durchführung der Modernisierung Verständnis für die europäischen Belange gezeigt habe.

Weinberger habe sich aber auch im Blick auf die Stimmung im Kongreß kritisch zur Entwicklung der Verteidigungshaushalte in Europa geäußert und äußerste Anstrengungen nahegelegt. Er habe ausdrücklich alle Verbesserungsanstrengungen im konventionellen Bereich auch in den Rahmen der geltenden Strategie der Abschreckung gestellt, die allein in der Lage sei, der sowjetischen Seite das Risiko der Selbstvernichtung glaubwürdig vor Augen zu führen. Konventionelle Abschreckung könne mißdeutet werden und die Annahme bei der sowjetischen Führung aufkommen lassen, daß ein konventioneller Angriff nicht mehr mit dem Risiko der nuklearen Eskalation zu rechnen habe. Der Verzicht auf die nukleare Option mache den Konfliktausbruch wahrscheinlicher.

IV. Die Begegnung der Verteidigungsminister im Eurogroup-Rahmen war von der großen Sorge um die Solidarität des Bündnisses während der nächsten Mo-

¹⁷ Zu geplanten Kürzungen der an der integrierten NATO-Luftverteidigung beteiligten belgischen und niederländischen Luftstreitkräfte vgl. Dok. 7.

Am 26. Mai 1983 informierte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), daß der belgische Vertreter im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO die Haltung seiner Regierung erläutert habe: „Nicht nur wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage, sondern vor allem wegen der – verglichen mit den Verteidigungsmehraufwendungen der Allianz – überproportional gestiegenen Kosten von Waffensystemen und ihrer Modernisierung könnten kleine Länder wie Belgien nicht mehr alle militärischen Aufgaben wie früher übernehmen. Vor der Wahl, Leistungseinbußen bei allen Aufgaben hinzunehmen oder Schwerpunkte zu bilden, habe Belgien sich entschieden, wenigstens die wichtigsten Aufgaben unvermindert zu erfüllen und dafür drastische Einsparungen an anderer Stelle in Kauf zu nehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1010; VS-Bd. 12022 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 26. Mai 1983, daß die niederländische Verteidigungspolitik Gegenstand der Erörterungen im Defense Requirements Committee (DRC) der NATO gewesen sei. Von niederländischer Seite sei dazu festgestellt worden, daß wirtschaftliche Probleme dazu zwängen, die Rüstungsprogramme zu überprüfen: „Bisher sei nur eine Entscheidung unumgänglich geworden: die Außerdienststellung von sechs Maritime Patrol Aircraft des Typs ‚Bréguet Atlantic‘. [...] Die übrigen Kürzungsabsichten würden der NATO mitgeteilt, sobald hierüber Klarheit bestehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1009; VS-Bd. 11974 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

nate, um Belastungen durch sowjetische Drohungen, sowjetisches Werben und sowjetische taktisch-diplomatische Züge gekennzeichnet. In dieser Hinsicht machte besonders die hinhaltende Taktik der dänischen Minderheitenregierung¹⁹ gegenüber der sie auch bindenden INF-Resolution des dänischen Parlaments Sorge. Dem dänischen Verteidigungsminister²⁰ wurden die ungünstigen Nebenwirkungen der Haltung seiner Regierung zu der Entschließung deutlich vor Augen geführt, u. a. von dem luxemburgischen Verteidigungsminister²¹. Wörner wies den dänischen Verteidigungsminister darauf hin, daß die einzelnen operativen Forderungen der Resolution der sowjetischen Seite in die Hand „spielten“ – und zwar aus Furcht, nicht aber mit begründeter Hoffnung auf Wandlung der sowjetischen Haltung zum Guten.²²

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10849 (209)

¹⁹ Zur Regierungsbildung in Dänemark am 10. September 1982 vgl. Dok. 106, Anm. 18.

²⁰ Hans Engell.

²¹ Émile Krieps.

²² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), zog am 7. Juni 1983 folgendes Resümee: „Wie für die Sitzung im Dezember 1982 gilt auch für diese Sitzung, daß die Dreiteilung der Ministersitzung sich bewährt hat. Die Aussprache der Minister beim Dinner wurde intensiv genutzt [...]. In der offenen Sitzung konnten die operative Arbeit und das Kommuniqué abgehandelt werden“. Die geschlossene Sitzung habe Gelegenheit zur Einbringung grundsätzlicher Themen geboten: „Es gilt aber auch, daß die geschlossene Sitzung hinsichtlich der nicht vollständigen Teilnahme der Minister wiederum Anlaß zu kritischen Betrachtungen gab. Die Nachmittagssitzung ist die unerläßliche Verbindung zwischen operativer und politischer Ebene. Diese direkte Verbindung und der informelle und pragmatische Charakter ist – neben dem Dinner – von essentieller Bedeutung für die Eurogroup. Auch hier gilt, daß die Strukturen trotz aller Belastungen erhalten werden müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1125; Referat 209, Bd. 125510.

166

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-18318/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1071

Aufgabe: 1. Juni 1983, 20.28 Uhr¹
Ankunft: 1. Juni 1983, 21.12 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz in Brüssel am 1./2. Juni 1983²;
hier: Verlauf des geschlossenen Sitzungsteils

1a) Der scheidende Vorsitzende des Militärausschusses, Admiral Falls (CDN), stellte in seinem Bericht fest, daß die Finanzierbarkeit der Verteidigung zum dominierenden Thema geworden sei. Immer mehr gerieten Philosophie, Strategie, Taktik und alle anderen Aspekte der Verteidigungspolitik des Bündnisses in Widerspruch zu den verfügbaren Ressourcen. Am gravierendsten zeige sich dies bei Infrastruktur, Luftverteidigung und C3³. Wegen der finanziellen Engpässe lasse sich auch das Konzept SACEURs, die zweite Angriffswelle konventionell ausschalten zu können, nicht realisieren. Statt also die nukleare Schwelle so anzuheben, daß die Notwendigkeit eines nuklearen Ersteinsatzes der NATO entfalle, drohe die Schwelle weiter zu sinken. Und dies zu einer Zeit, in der die nuklearen Waffen in der Öffentlichkeit zunehmend in Frage gestellt würden. Neben Anhebung der Verteidigungsaufwendungen seien mehr Standardisierung und mehr Spezialisierung unumgänglich. Hinsichtlich der nuklearen Waffen bestehe ohnedies bereits ein Maß an Spezialisierung bzw. Souveränitätsverzicht. Vielleicht könnten sich (kleinere) Partner auch dazu durchringen, einen oder den anderen Aspekt ihrer konventionellen Verteidigung einem anderen Partner anzuvertrauen.

b) BM Dr. Wörner ging auf die Darlegungen von Admiral Falls kritisch ein: Die Bundesregierung befürworte eine starke konventionelle Komponente der Verteidigung unter Ausnutzung neuer Technologien, und zwar auch, um die nukleare Schwelle nicht absinken zu lassen. Ein anderes sei es jedoch, die nukleare Abschreckung durch eine konventionelle ablösen zu wollen. Einer solchen Tendenz könnten wir nicht folgen. Die Komponenten der Triade⁴ ließen sich

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 6. Juni 1983 vorgelegen.

² Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel vgl. auch Dok. 168 und Dok. 174.

³ Am 6. Mai 1983 gab die Botschaft in Washington einen Überblick über das amerikanische Modernisierungsprogramm für die strategischen Waffen: „Höchste Priorität [...] hat die Verbesserung von ‚Command, Control and Communication – C3‘. Schon jetzt besteht nach Meinung der Administration ein erhebliches Mißverhältnis zwischen ‚Hardware‘, d. h. den vorhandenen, für offensive Zwecke geeigneten strategischen Waffensystemen und den für ihre Führung und Schutz notwendigen C3-Systemen. Bei einem eventuellen sowjetischen Angriff könnte durch Ausschaltung der unzureichenden C3-Systeme ein Großteil der für einen Zweitschlag geeigneten offensiven Systeme obsolet gemacht werden. Verbesserungen werden vor allem in folgenden Bereichen angestrebt: Ausbau des bodengestützten Fernmeldesystems [...]; Ausbau des Satellitensystems [...]; Härtung von strategischen Bombern und C3-Relaisflugzeugen gegen E[lectro]M[agnetic]P[ulse]-Effekte; Einführung des ‚Extremely Low Frequency – ELF‘ Nachrichtensystems ab 1985 zur Sicherstellung der Verbindungen mit strategischen U-Booten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1281; Referat 201, Bd. 125654.

⁴ Konventionelle Waffen sowie strategische und taktische Nuklearsysteme bildeten die drei Komponenten der NATO-Verteidigungsstrategie. Zur Ausprägung dieser „Triade“ im Rahmen der „Ministerial Guidance“ von 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 123.

nicht gegenseitig austauschen. In ihrer Abschreckungsrolle seien nukleare Waffen unverzichtbar, auch wenn es gelte, die Abschreckung im Falle ihres Versagens wiederherzustellen. Die NATO dürfe daher weder de jure noch de facto auf die Option des nuklearen Ersteinsatzes verzichten. Anderenfalls liefe die Sowjetunion als Aggressor lediglich das Risiko, auf dem Schlachtfeld nicht zu siegen, während bei uns das Überleben auf dem Spiele stünde. Das nukleare Risiko für die Sowjetunion müsse erhalten bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls werde keine Änderung der Strategie der flexiblen Reaktion⁵ hinnehmen.⁶

2) Out-of-area-Problematik⁷

Die Diskussion hierzu wurde nicht vertieft, da die South West Asia Impact Study⁸ erst zur nächsten DPC-Konferenz⁹ abgeschlossen sein dürfte. Auch SecDef¹⁰ Weinberger wies lediglich darauf hin, daß die Studie Eventualfälle in jedem Bereich der Dritten Welt im Auge behalten müsse.

NL und DK mahnten, das NATO-Vertragsgebiet¹¹ nicht über Out-of-area-Planungen auf kaltem Wege auszudehnen. Lagorio (IT) hielt fest, daß es bei Einsätzen außerhalb des Gebiets keinen Automatismus geben dürfe. Rom behalte sich seine souveräne Entscheidungsgewalt im Einzelfalle vor. Wichtiger als Allianzconsultationen dürften sich im Ernstfall bilaterale amerikanische Konsultationen mit den hilfsbereiten Partnern erweisen.

3) Belgischer Verteidigungsbeitrag

a) Zunächst appellierten BM Dr. Wörner, seine amerikanischen und türkischen¹² Kollegen sowie GS Luns und der CMC¹³ an Belgien, zumindest das gemeinsame Luftverteidigungssystem nicht zu Fall zu bringen.¹⁴ Der vorgesehene er-

⁵ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 16.

⁶ Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesministers Wörner vgl. den Drahtbericht Nr. 1176 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 15. Juni 1983; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zur Frage des Einsatzes von Streitkräften der NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets vgl. Dok. 150.

⁸ Referat 201 vermerkte am 12. Juli 1983, daß die NATO-Militärbehörden seit Januar 1982 die Auswirkungen der militärischen Planungen der USA für Südwestasien (SWA) auf die Verteidigungsfähigkeit der NATO untersuchten („South West Asia Impact Study“). Die Studie „beschränkt sich dabei auf die Untersuchung des sogenannten ‚worst case‘, d. h. Einsatz der Rapid Deployment Force (RDF) im Umfang von sieben Divisionen (Planungsstand 1987) und anschließender Krise in Europa. Das amerikanische Konzept selbst für SWA wird nicht untersucht. [...] Nach derzeitigem Stand der Untersuchungen sind als besonders schwerwiegende Folgen eines RDF-Einsatzes hervorzuheben: die Undurchführbarkeit der maritimen Vorverteidigung in der Norwegensee und die erhöhte Bedrohung der transatlantischen Verbindungen; die Reduzierung der amerikanischen Verstärkungskräfte für Europa um ca. 41 % bei den Land- und ca. 30 % bei den Luftstreitkräften; der Verlust der amphibischen Verstärkungskräfte für die Nord- und Südflanke.“ Nach bisherigem Stand der Arbeiten „läßt sich bereits jetzt feststellen, daß die vorgenannten Defizite im Kräfteredispositiv der NATO nicht ausgleichbar sind“. Vgl. VS-Bd. 11984 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 380.

¹⁰ Secretary of Defense.

¹¹ Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹² Umit Haluk Bayülken.

¹³ Chairman of the Military Committee.

¹⁴ Zu den geplanten Kürzungen der an der integrierten NATO-Luftverteidigung beteiligten belgischen Luftstreitkräfte vgl. Dok. 165, Anm. 17.

satzlose Rückzug aus den Nike- und Hawk-Gürteln hätte verheerende Folgen für die Gesamtverteidigung, zumal die LV¹⁵ ohnedies bereits ihr schwächster Punkt sei. Außerdem würde einseitiges belgisches Ausscheren Moskau signalisieren, daß die NATO-Solidarität am Abbröckeln sei.

GS Luns warf Belgien vor, sich ärmer zu stellen, als es im Allianzvergleich sei. Das Pro-Kopf-Einkommen der Belgier liege noch immer über dem amerikanischen und um 2000 Dollar über dem Bündnisdurchschnitt. Trotzdem habe B 1982 hinsichtlich der Verteidigungsausgaben ein Minuswachstum von 6 Prozent gehabt, 1983 werde ein weiteres Minus von 2,3 Prozent und anschließend für drei Jahre ein Nullwachstum erwartet. Der belgische VM erklärte, er habe angesichts der Wirtschaftslage und disproportional gestiegener Personalkosten keine andere Wahl, als die Rollen Belgiens in der gemeinsamen Verteidigung zu reduzieren. Jedenfalls werde Brüssel auf die Beschaffung von Patriot verzichten und bis Mitte 1984 zwei seiner sechs Nike-Einheiten außer Dienst stellen. Hingegen sei Belgien bereit, die übrigen Nike- und alle Hawk-Einheiten vorläufig, d. h. bis zur Fertigstellung der LV-Studie von SHAPE, einsatzbereit und an den gegenwärtigen Standorten zu belassen.

(Auf Vorschlag von BM Dr. Wörner soll diese bis Jahresende fertiggestellt werden.) Minister Vreven kündigte an, daß B auch auf anderen Gebieten, z. B. Infrastruktur, den Umfang seiner bisherigen Beteiligung überprüfen müsse.

4) INF

a) Weinberger erläuterte die Erklärung von Williamsburg¹⁶ hierzu und versicherte, daß Präsident Reagan sich mit aller Entschlossenheit für ein konkretes Ergebnis in den Genfer Verhandlungen, das auf beiden Seiten weniger Mittelstreckenraketen vorsehe, persönlich einsetze. (BM Dr. Wörner bestätigte dies aus eigenem Wissen.) Washington seien die Schwierigkeiten der Stationierungsländer bewußt. Es appelliere an die anderen Partner, die Probleme der Stationierungsländer nicht noch zu vergrößern.

b) Der dänische VM¹⁷ berichtete über die jüngste Debatte über den Doppelbeschluß im dänischen Parlament. Die mehrheitlich gegen das Votum der Regierung angenommene Resolution¹⁸ sehe zwar ein Stationierungsmoratorium während des Verhandlungsverlaufs und die Einbeziehung der sog. Drittstaatsensysteme vor. Opposition und Regierung hätten jedoch erklärt, daß diese Resolution sich im Rahmen des Doppelbeschlusses halte. Daher könne ihn DK auch weiterhin generell unterstützen. Allerdings verlange Kopenhagen eine Fußnote im Kommuniké, mit der auf die Debatte zur Entschließung im dänischen Parlament hingewiesen werde. Dem widersetzten sich scharf SecDef Weinberger, BM Dr. Wörner und der britische Delegationsleiter¹⁹: Er könne selbst einem indirekten Hinweis auf die Einbeziehung britischer Systeme nicht zustimmen.²⁰

¹⁵ Luftverteidigung.

¹⁶ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.

¹⁷ Hans Engell.

¹⁸ Zur Entschließung des dänischen Parlaments vom 26. Mai 1983 vgl. Dok. 140, Anm. 5.

¹⁹ John Graham.

²⁰ In der Plenarsitzung der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1. Juni 1983 in Brüssel bat der dänische Verteidigungsminister Engell, folgenden Text in das Kom-

c) BM Dr. Wörner führte zu INF insgesamt folgendes aus:

- Falls wir sowjetisches Einlenken in Genf wünschten, dürften wir Moskau nicht alle zwei bis drei Wochen neue Hoffnung geben, die Nachrüstung auf anderem Wege verhindern zu können. Die Bundesregierung halte daher unerschütterlich an beiden Teilen des Doppelbeschlusses fest. Sie sei nicht nur entschlossen, eventuell zu stationieren, sondern auch so, wie zeitlich vorgesehen.
- Wir könnten keinesfalls ein sowjetisches Monopol an Mittelstreckenraketen akzeptieren. Wenn es sowjetische, aber keine amerikanischen Mittelstreckenraketen geben würde, wäre ein Schritt zur Abkoppelung Europas von den USA getan.

Die britischen und französischen Systeme stellten keine Angriffsdrohung gegenüber der Sowjetunion dar, sondern seien Ultima ratio nationaler Verteidigung, die sich nicht auf die Bundesrepublik Deutschland erstreckte. Daher sei es auch ein Anliegen der deutschen Sicherheitspolitik, daß die Drittstaatsensysteme in Genf nicht angerechnet werden.

5) Ballistic Missile Defence (BMD)

Weinberger räumte ein, ein ungutes Gefühl zu haben, weil er seine Kollegen während der NPG-Konferenz in Vilamoura am 23.3.1983²¹ von Reagans Rede über die Vision eines Raketenabwehrsystems²² noch nicht hatte unterrichten können (not yet authorized). Bei BMD handele es sich um ein Ziel, das wohl erst um die Jahrhundertwende erreichbar sei, zumal es gegenwärtig noch keine Computer der erfordernten Leistungsfähigkeit bzw. Rechengeschwindigkeit gebe. Ein BMD solle auch zum Schutz von NATO-Europa wirksam gemacht werden. Einen Widerspruch zwischen einer Defensivdoktrin im interkontinental-strategischen Bereich und der NATO-Strategie wollte Weinberger nicht sehen.

Keiner der Minister reagierte hierzu.

Fortsetzung Fußnote von Seite 871

muniqué aufzunehmen: „As regards the INF text in this communique and in Ministerial Guidance the Danish Minister for Defence called attention to the debate and motion on May 26 in the Danish parliament.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1072 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Der Vorschlag wurde am folgenden Tag beraten. Wieck teilte dazu mit, daß Bundesminister Wörner seinen dänischen Amtskollegen gebeten habe, „Verständnis für die anderen Länder im Bündnis zu haben. In der Bundesrepublik Deutschland seien schon jetzt die meisten Nuklearwaffen in Europa stationiert. Die Bundesrepublik Deutschland werde gegebenenfalls auch den größten Anteil an der INF-Stationierung auf sich nehmen. In Dänemark seien weder jetzt Nuklearwaffen stationiert, noch sei dies künftig vorgesehen. Die Bundesregierung müsse auch die Haltung der Opposition berücksichtigen. Hier gebe es Anzeichen, daß sich die Opposition vom Doppelbeschluß abwende. Ein Signal wie die dänische Erklärung würde diese Bewegung unterstützen. [...] Ein Land, das eine derartige Resolution einbringe, vergrößere die Last für die übrigen Alliierten.“ Wieck fuhr fort, daß Engell Verständnis für die Einwände geäußert habe. Die dänische Regierung habe „jedoch keine Handlungsfreiheit, sondern sei durch den Parlamentsbeschluß gebunden. Er müsse auf der Fußnote bestehen, sie sei eine ‚capital question‘ für die da[enische] Regierung.“ Auch nach nochmaliger Rücksprache mit seiner Regierung habe sich Engell nicht in der Lage gesehen, auf die Erklärung zu verzichten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1080 vom 2. Juni 1983; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Im Kommuniké lautete die entsprechende Passage: „The Danish Minister of Defence repeated Danish Government support for the double track decision but at the same time he presented to his colleagues the motion passed by the Folketing on 26 May.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 84. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 389.

²¹ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vgl. Dok. 77.

²² Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. Dok. 81.

6) Amerikanisches Verteidigungsbudget

Weinberger zeigte sich hinsichtlich der Durchsetzbarkeit des „NATO-Nachtragshaushalts“ auch im Senat optimistisch.²³ Die Gefahr eines Wiederauflebens isolationistischer Kräfte im Kongreß bleibe jedoch akut. Schon deshalb sei eine positive Haltung der Europäer zu Kompensationen für evtl. Out-of-area-Einsätze der Amerikaner außerordentlich wichtig.

Weinberger beteuerte, daß Mannschaftsstärke und Kampfkraft der US-Streitkräfte in Europa trotz Schließens einiger Installationen unverändert bleiben werden.

7) Spanien

Der spanische VM Serra gab eine Erklärung ab, die teilweise wie eine psychologische Vorbereitung auf den evtl. Rückzug Spaniens aus dem Bündnis klang.

Spanien sei ein Freund aller vertretenen Staaten und ein Verteidiger westlicher Werte, ob es sich nun im Bündnis befinde oder nicht. Die militärische Struktur der spanischen Streitkräfte und die nationalen Prioritäten für sie seien schwer mit einer Bündnisrolle vereinbar. Serra bat um Geduld, um Spanien Zeit zur Überwindung der Folgen seiner Isolation zu geben. Indirekt forderte er schließlich dazu auf, dem spanischen Volk durch Solidarität (d. h. beim EG-Beitritt²⁴) zu helfen, zum Verbleib in der NATO eine positive Einstellung zu finden. Serra kündigte an, die besondere Position Spaniens auch im Communiqué verankern zu wollen.²⁵

8) Friedensbewegung

Der luxemburgische VM²⁶ forderte die Nachrichtendienste dazu auf, harte Be-

²³ Zu den Kürzungen des vorläufigen amerikanischen Verteidigungshaushalts durch den amerikanischen Kongreß am 20. Dezember 1982 vgl. Dok. 20, Anm. 20 und 21.

Brigadegeneral Steinkopff, Washington, teilte am 26. Mai 1983 mit, daß sich nach dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses auch der Bewilligungsausschuß des Senats positiv zum Nachtragsantrag für den amerikanischen Verteidigungshaushalt geäußert habe. „Damit ergibt sich folgender Sachstand: 1) Wartime Host Nation Support (WHNS): Beide Committees haben der Forderung der Administration nach 9,67 Millionen Dollar für das Programm zugestimmt. [...] 2) POMCUS Sets 5 und 6: Das H[ouse]A[ppropriations]C[ommittee] stimmte der Forderung nach 5 Millionen Dollar zur Ausbildung von Ortskräften in Belgien und den Niederlanden, die später das ausgelagerte Gerät warten sollen, zu, versagte aber – ebenso wie das S[enate]A[ppropriations]C[ommittee] – die grundsätzliche Zustimmung zur Auffüllung der Sets 5 und 6. [...] 3) Specialty Metals Clause: SAC und HAC haben sich für die Beseitigung der Klausel ausgesprochen. 4) Pershing II: Sowohl SAC als auch HAC haben der Bereitstellung von 453,6 Millionen Dollar für die Beschaffung von Pershing-II-Raketen zugestimmt. Das sind 25 Millionen Dollar weniger, als von der Administration gefordert.“ Steinkopff kam zu dem Schluß: „Man kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß die Programme, für die beide Appropriation Committees gleichlautende Empfehlungen abgegeben haben, so auch von Senat und Repräsentantenhaus genehmigt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2385; Referat 201, Bd. 125655.

²⁴ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 126, Anm. 21.

²⁵ Auf Wunsch Spaniens wurde folgende Passage in das Communiqué der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel aufgenommen: „The Spanish Minister of Defence informed the Defence Planning Committee of the present state of the review that the Spanish Government is undertaking, regarding its participation in the Alliance, pending which he reserved his Government's position on the Communiqué. At the same time, however, the Spanish Minister stated that his Government shares in the Communiqué in so far as it may reflect positions in the relations of Spain with the member countries of the Alliance.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 81 und 84. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 386 und 388.

²⁶ Émile Krieps.

weise für die Unterstützung der sog. Friedensbewegung aus sowjetischen und sonstigen kommunistischen Quellen beizubringen, damit den idealistischen Pazifisten die Augen geöffnet werden könnten.

Derzeit leisteten die Friedensbewegungen jedenfalls im Ergebnis eine Arbeit im Interesse Moskaus. Möglicherweise gefährdeten sie die Aufrechterhaltung der Verteidigung (und damit den Frieden) letztlich stärker als der Osten.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12018 (201)

167

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 2. Juni 1983, 13.09 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 65 Ortez

Zum Wirtschaftsgipfel Williamsburg vom 28. bis 30. Mai 1983

I. Wirtschaftlicher Teil

A. Allgemeine Bewertung

1) Ausgedehnte wirtschaftspolitische Diskussion der Staats- und Regierungschefs und – ab Sonntag nachmittag (29.5.) in Plenarsitzung – der Außenminister sowie der Finanz- bzw. Wirtschaftsminister war trotz Sorge über anhaltende Arbeitslosigkeit von zuversichtlicher Grundstimmung geprägt. Gleichzeitig aber auch von großem Ernst getragene Erörterung der Hauptrisiken für eine dauerhafte Erholung (US-Realzinsen, US-Budget-Defizite, Protektionismus, Verschuldung); insbesondere US-Real-Zinsen und US-Budget-Defizite von fast allen übrigen Teilnehmern deutlich angesprochen. Im Währungsbereich Einigung – nicht zuletzt dank Vermittlung des BK und BMF² – über Auftrag an Finanzminister, Bedingungen für Verbesserung internationalen Währungssystems festzulegen und in diesem Zusammenhang auch Rolle internationaler Währungskonferenz zum geeigneten Zeitpunkt zu prüfen. Antiprotektionistische Verpflichtung fiel deutlich aus und ist mit Aufruf zum progressiven Abbau von Handelsschranken im Zuge des Aufschwungs verknüpft. Für ihre Zustimmung zur Aufnahme des Gedankens an eine internationale Währungskonferenz³ konnten die USA Zustimmung zur Idee weiterer Liberalisierungsverhandlungen im GATT und zu Konsultationen über den Vorschlag einer neuen GATT-Runde erreichen – auch dies dank Vermittlung des BK. Einigkeit der Teilneh-

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

² Gerhard Stoltenberg.

³ Zum französischen Vorschlag einer Konferenz zur Reform des internationalen Währungssystems vgl. Dok. 143, Anm. 18.

mer, daß Lösung der Verschuldungsprobleme Strategie erfordert, die auf Strukturanpassung, angemessener externer Finanzierung, Marktöffnung und wirtschaftlicher Erholung beruht. In ausführlichem Nord-Süd-Absatz Verpflichtung der Teilnehmer, nicht nur für Marktöffnung, sondern auch für Fluß von Finanzmitteln, insbesondere ODA⁴ für ärmere EL, sowie für Nahrungsmittel- und Energieproduktion Sorge zu tragen. Allgemeine Dialogbereitschaft der Gipfelteilnehmer kommt besonders durch Antwort auf die Botschaften des Blockfreien-Gipfels von New Delhi⁵, die G77-Ministertagung von Buenos Aires⁶ sowie durch konstruktive Aussagen zu UNCTAD VI⁷ deutlich zum Ausdruck. Zu den übrigen Themen Technologie, Energie, West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen (standen nicht im Vordergrund) und Umwelt vgl. im einzelnen Abschnitt B.

2) Im Kontrast zu dem teilweise zurückhaltenden Medienbild hat Konferenz in positiver Weise die ihr gestellte Aufgabe erfüllt. Aussprachen waren offen, maßvoll im Ton, ohne kontroverse Themen auszusparen. Die „Erklärung von Williamsburg zur wirtschaftlichen Gesundung“⁸ ist knapp gehalten, notgedrungen generell, sie enthält jedoch die in der jetzigen Situation notwendige „Botschaft des Vertrauens“ – gestützt auf das vom BKA ausdrücklich gewünschte Bekenntnis zur Gemeinsamkeit der Werte –, die auch auf die EL ausgedehnt wurde. Im übrigen ist es den USA gelungen, die besondere Rolle Präsident Reagans als Gastgeber – z.B. bei der Präsentation der Gemeinsamen Schlußerklärung⁹ – medienwirksam herauszustellen. Die gesellschaftlichen Veranstaltungen und die zahlreichen Begegnungen am Rande ergänzten die Arbeitssitzungen am Sonntag morgen (Delegationschefs), am Sonntag nachmittag und am Montag morgen (jeweils Plenarsitzungen, d.h. Delegationschefs, Minister, Persönliche Beauftragte).

B. Bewertung im Einzelnen

1) Allgemeine Wirtschaftspolitik

Makroökonomische Diskussion nahm großen Teil der Sonntagssitzungen ein. Trotz Sorge über Arbeitslosigkeit zuversichtliche Grundstimmung gründete sich auf positive Indikatoren (Sinken von Inflation und Zinsen, Produktivitätsverbesserung). BK plädierte, wie fast alle anderen Delegationen, mit großer Deutlichkeit für weitere Realzinssenkungen in den USA, um den Aufschwung und seine Überführung in Phase dauerhaften, nichtinflationären Wachstums nicht

⁴ Official Development Assistance.

⁵ Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi vgl. Dok. 82, Anm. 80.

⁶ Vom 5. bis 9. April 1983 fand in Buenos Aires die fünfte Konferenz der Außen- und Handelsminister der „Gruppe der 77“ statt. In ihrer Schlußerklärung forderten sie die Industriestaaten auf, „gemeinsam mit den Entwicklungsländern Maßnahmen zur Belebung der Weltwirtschaft zu ergreifen, Refinanzierungsprogramme für die verschuldeten Länder der Dritten Welt einzuleiten und stabile Rohstoffpreise sowie einen ständigen Kapitalfluß in die Dritte Welt zu gewährleisten“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, Z 83.

⁷ Die VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) tagte vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad. Vgl. dazu Dok. 208.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 30. Mai 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 334–336.

⁹ Präsident Reagan verlas am 30. Mai 1983 im William and Mary College in Williamsburg vor der Presse die Erklärung zur wirtschaftlichen Gesundung. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 795 f.

zu gefährden. Zusammenhang hoher Realzinsen mit Budgetdefiziten von amerikanischer Seite nicht grundsätzlich bestritten, aber relativiert, z.B. mit Hinweis auf neue Wachstumsschätzungen (plus sechs Prozent Verlaufswachstum am Jahresende).

2) Währung

Wie erwartet und von uns begrüßt, enthält Schlußerklärung Verpflichtung zu engerer wirtschafts- und währungspolitischer Kooperation mit dem Ziel der Wechselkursstabilisierung im Rahmen der bereits in Versailles vereinbarten sogenannten multilateralen Überwachung.¹⁰ Von den Finanzministern den Chefs vorgelegte Erklärung über zukünftiges Verfahren und präzise Inhalte der multilateralen Überwachung ist integraler Bestandteil der Schlußerklärung (als Annex). Auch relativ unverbindliche Verpflichtung zu koordinierten Devisenmarktinterventionen ist – in Anknüpfung an die Ergebnisse der in Versailles initiierten sogenannten Interventionsstudie¹¹ – in Schlußerklärung enthalten. Gegen anfänglichen amerikanischen Widerstand wurde – nicht zuletzt dank Vermittlung des BK und BMF – Auftrag an die Finanzminister vergeben, Bedingungen für Verbesserung des internationalen Währungssystems festzulegen und in diesem Zusammenhang auch Rolle internationaler Währungskonferenz zum geeigneten Zeitpunkt zu prüfen. Damit wurde moderat vorgetragene Anliegen Frankreichs entsprochen.

3) Handel/Verschuldung

Begrüßenswert, daß antiprotektionistische Verpflichtung deutlich ausfiel und unserem Wunsch entsprechend mit Bekenntnis zu progressivem Abbau von Handelsschranken im Zuge des Aufschwungs verknüpft wurde. In der Diskussion im übrigen mehrfach deutliche Kritik an geplanter Ausdehnung des US-Export Administration Act¹², u. a. durch BM Graf Lambsdorff. Für Zustimmung zur Aufnahme des Gedankens an eine internationale Währungskonferenz konnten die USA Zustimmung zur Idee weiterer Liberalisierungsverhandlungen im GATT und zu Konsultationen über Vorschlag einer neuen GATT-Runde erreichen. Auch BK sprach sich für Gleichgewichtigkeit beim Währungs- und Handelsteil der Schlußerklärung aus.

Einigkeit der Teilnehmer, daß Lösung der internationalen Verschuldungsprobleme Strategie erfordert, die auf Strukturanpassung, angemessener externer Finanzierung, Markttöffnung und wirtschaftlicher Erholung beruht. Teilnehmer unterstützten auch engere Kooperation und rechtzeitigen Informationsaustausch zwischen internationalen Institutionen wie IWF, Weltbank und GATT.

4) Nord-Süd-Beziehungen

Thema erhielt entsprechend unserem Wunsch, der von Mehrheit geteilt wurde, eigenen Stellenwert. Bemerkenswert Verpflichtung der Teilnehmer, nicht nur

¹⁰ Vgl. dazu die Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Juni 1982 über Verpflichtungen im Währungsbereich; EUROPA-ARCHIV 1982, D 327. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 180.

¹¹ Der Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles bat den Internationalen Währungsfonds (IWF), eine Studie über die Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit Interventionen in den Währungsmarkt anzufertigen. Die Arbeitsgruppe „Exchange Market Intervention“ des IWF legte im März 1983 ihren Bericht vor. Für den Bericht vgl. Referat 412, Bd. 130540.

¹² Zum amerikanischen „Export Administration Act“ von 1979 vgl. Dok. 148, Anm. 53.

für Marktöffnung, sondern auch für Fluß von Finanzmitteln, insbesondere ODA für ärmere EL, sowie für Nahrungsmittel und Energieproduktion Sorge zu tragen. Begrüßenswert auch Verpflichtung aller, IDA mit Mitteln in vereinbarter Höhe auszustatten.¹³ Allgemeine Dialogbereitschaft kommt insbesondere durch Antwort auf die Botschaften des Blockfreien-Gipfels von New Delhi bzw. auf die G77-Ministertagung von Buenos Aires sowie durch konstruktive Aussage zu UNCTAD VI deutlich zum Ausdruck. Bedeutung des Gipfels von Williamsburg liegt daher nicht zuletzt darin, daß Botschaft des Vertrauens erkennbar auf EL ausgedehnt wurde, woran wir wesentlichen Anteil hatten.

5) Technologie

Thema nahm bei Montagvormittag-Sitzung relativ breiten Raum ein. In Schlußerklärung Einigkeit der Teilnehmer über Fortschritte bei den 18 Projekten aus dem in Versailles initiierten Technologiebereich.¹⁴ Weiterer Bericht für 1984 vorgesehen.

6) Energie

Auf kanadischen Wunsch wurde in Schlußerklärung auch Passage über Energiepolitik eingefügt, in¹⁵ der Elemente Energieeinsparung, alternative Energiequellen sowie Kontakte zwischen Ölförder- und Verbraucherländern ausdrückliche Erwähnung finden.

7) West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen

WOW ebenfalls am Montag vormittag auf der Grundlage eines Kurzberichts von AM Shultz diskutiert. Kurze Aussprache bewegte sich auf der von uns vertretenen Linie: Teilnehmer nahmen Tätigkeiten in den zuständigen Organisationen¹⁶ zustimmend zur Kenntnis und befürworteten Fortsetzung geeigneter Arbeiten.

8) Umwelt

Begrüßenswert, daß Schlußerklärung Passage über verstärkte Zusammenarbeit beim Umweltschutz, bei besserer Nutzung natürlicher Hilfsquellen und bei Gesundheitsforschung enthält. BK hat sich hierfür vor allem am Rande der offiziellen Sitzungen eingesetzt.

¹³ Zur Finanzierung der Investitionsprogramme der International Development Agency (IDA) vgl. Dok. 133, Anm. 36.

¹⁴ Die auf dem Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 eingesetzte Arbeitsgruppe für Technologie, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung unter der Leitung des Sonderberaters des französischen Staatspräsidenten, Attali, legte Ende Januar 1983 ihren Bericht vor, der im März 1983 veröffentlicht wurde. Der Bericht schlug 18 Kooperationsbereiche vor, „wobei es hauptsächlich um die Koordinierung bereits laufender Aktivitäten“ gehe. Für die Bundesrepublik von Interesse seien folgende Projekte: „Photovoltaische Nutzung der Sonnenenergie; kontrollierte Kernfusion; Photosynthese; Schnelle Brutreaktoren; [...] Aquakultur; Fernerkundung vom Weltraum aus; [...] fortgeschrittene Robotertechnik; Auswirkungen neuer Technologien auf klassische Industriezweige; neue Werkstoffe und Normen; gesellschaftliche Akzeptanz neuer Technologien; Biowissenschaften; Hochenergiephysik; Erforschung des Sonnensystems.“ Hinzu komme das gemeinsam mit Frankreich geleitete Vorhaben einer Schnellbahn. Bereiche, an denen die Bundesrepublik kein Interesse habe, wie etwa Lebensmittel- und Biotechnologie, „sind von der Nähe zum Markt geprägt und sollen Domäne der Wirtschaft bleiben“. Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Rupprecht vom 24. Mai 1983; Referat 412, Bd. 130540.

¹⁵ Korrigiert aus: „die“.

¹⁶ Zu den von der OECD, der NATO und im Rahmen von COCOM anzufertigenden Studien vgl. Dok. 72.

¹⁷II. Politischer Teil

A. Allgemeine Bewertung

1) Der politische Gedankenaustausch nahm gegenüber früheren Wirtschaftsgipfeln einen besonders breiten Raum ein. Ihm blieben – abgesehen von dem festlichen Abschlußdinner – alle Essen und die Vormittagssitzung der Außenminister am 29.5. und teilweise auch die Plenarsitzung am Nachmittag des 29.5. vorbehalten. Im Mittelpunkt der politischen Aussprache standen die West-Ost-Beziehungen, einschließlich Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere die INF-Verhandlungen in Genf. Die Außenminister diskutierten ausführlich die Lage in Afrika, insbesondere Namibia.¹⁸ Die fünf Außenminister der Kontaktgruppe kamen überein, die Konsultation anlässlich des bevorstehenden NATO-Ministertreffens im Juni in Paris fortzusetzen.¹⁹ Die Lage im Nahen Osten, Iran, Ost- und Südostasien sowie Zentralamerika waren Gegenstand eines ausführlichen Meinungsaustausches.²⁰

In einer politischen Erklärung unterstrichen die Staats- und Regierungschefs ihr aufrichtiges Bemühen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie ihre Bereitschaft, auf der Grundlage ausreichender militärischer Stärke mit der SU zusammenzuarbeiten.²¹

Mit dieser Botschaft der Einigkeit und Geschlossenheit beantworteten die sieben Teilnehmer des Wirtschaftsgipfels die jüngste Drohung für den Fall notwendig werdender westlicher Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa²² und die sowjetischen Versuche, ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der westlichen öffentlichen Meinung zu verhindern.

2) Der informelle Gedankenaustausch über weltpolitische Fragen war besonders lohnend und fruchtbar:

- Teil des gegenseitigen Kennerlernens, Vertiefung der persönlichen Kontakte (einige der Staats- bzw. Regierungschefs und Außenminister nahmen erstmals

¹⁷ Beginn des mit Drahterlaß Nr. 66 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁸ Die Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), MacEachen (Kanada) und Shultz (USA) sowie der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, erörterten den Stand der Namibia-Verhandlungen am 29. Mai 1983 im Rahmen eines Abendessens in der „King's Army Tavern“ in Williamsburg. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 7/9 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau, z. Z. Williamsburg, vom 30. Mai 1983; Referat 320, Bd. 125293.

Zu dem Gespräch übermittelte Vergau am 30. Mai 1983 folgende amerikanische Informationen: „Das Namibia-Gespräch sei wegen des vorangegangenen Tauziehens in Rüstungsfragen in eine ungünstige Atmosphäre gefallen. AM Shultz sei über die unverändert kritische Haltung der anderen Vier in der Junktimfrage enttäuscht, wenn nicht befremdet. Hinsichtlich der Franzosen sei man wie nach Paris auch jetzt ratlos, worauf Cheysson eigentlich abziele. [...] Die Erklärung könne auch kaum bei der PSF gesucht werden. Spreche man mit dem für Afrikafragen entscheidenden Mann in der PSF-Führung (Jean Bernard Curial), so ergebe sich Verständnis für das US-Konzept und Interesse, daß es zum Erfolg führen möge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; VS-Bd. 13581 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁹ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

Zum Treffen der Außenminister der Namibia-Kontaktgruppe am 8. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 177, Anm. 10.

²⁰ Vgl. dazu das Gespräch der Außenminister während des Weltwirtschaftsgipfels am 28. Mai 1983 in Williamsburg; Dok. 161.

²¹ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.

²² Vgl. dazu die Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28. Mai 1983; Dok. 169, Anm. 5.

an einem Wirtschaftsgipfel teil). BK hob die offene und zwanglose Gesprächsatmosphäre – durch den *genius loci* des „colonial“ Williamsburg gefördert – besonders hervor.

- In schwieriger weltpolitischer Lage wurden die Übereinstimmung in der Beurteilung wichtiger weltpolitischer Fragen und der Wille zu enger Zusammenarbeit öffentlich wirksam herausgestellt.

3) BK führte am Rande des Gipfels bilaterale Gespräche mit Präsident Reagan²³, Präsident Mitterrand²⁴, MP Trudeau, MP Thatcher²⁵ und MP Nakasone²⁶. An den Gesprächen mit Präsident Reagan und MP Nakasone nahm auch BM teil.

B. Bewertung im einzelnen

Die politische Erklärung zu Abrüstung und Rüstungskontrolle bekräftigt das westliche Interesse an Dialog und Zusammenarbeit sowie den nachdrücklichen Willen, in den anstehenden Verhandlungen bald zu positiven Ergebnissen zu kommen. Sie enthält einen dringenden Appell an die SU:

- Mit dem Westen zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, ein möglichst niedriges Rüstungsniveau zu erreichen.
- Konstruktiv auf das breit gefächerte westliche Angebot zu Abrüstung und Rüstungskontrolle einzugehen.
- Alle Versuche aufzugeben, ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der westlichen öffentlichen Meinung zu verhindern.

Darüber hinaus sind folgende Elemente hervorzuheben:

- Demonstrative Bekräftigung der sicherheits-, abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Positionen des Bündnisses, insbesondere zu INF, auch durch F (das zwar den Doppelbeschluß nicht formell mitbeschlossen hat, ihn aber politisch mitträgt) und Japan.

Ferner: Betonung des westlichen Interesses an einer Konferenz über Abrüstung in Europa.

²³ Bundeskanzler Kohl traf am 30. Mai 1983 in Williamsburg mit Präsident Reagan zusammen. Botschafter Hermes, Washington, informierte am 2. Juni 1983, Reagan habe ausgeführt, „daß der Kongreß bei der Bewilligung der Mittel im Verteidigungshaushalt eine deutsche Beteiligung für den Unterhalt der amerikanischen Truppen in der BR Deutschland erwarte. Es handle sich bei den Ausgaben um ‚Konstruktionen‘ und einen Betrag von etwa 10 Mrd. Dollar. Es sei daher wichtig, daß die Bundesregierung eine eigene finanzielle Beteiligung vorsehe.“ Hermes fuhr fort, daß nach Auskunft des amerikanischen Verteidigungsministeriums „der Präsident einen deutschen Beitrag zu [Master]R[estationing]P[lan], nicht dagegen zu den Unterhaltskosten der amerikanischen Stationierungstruppen schlechthin angesprochen habe. Gleichzeitig wurde uns gegenüber bestätigt, daß ein deutscher Beitrag im Haushaltsjahr 1985 erhofft werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2486; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 162.

²⁵ Bundeskanzler Kohl sprach am 28. Mai 1983 in Williamsburg mit Premierministerin Thatcher über die Ost-West-Beziehungen, die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik, die Frage eines besseren Marktzugangs in Japan, den Beitritt Portugals und Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften, die Finanzierung des EG-Haushalts und die amerikanische Außenhandelspolitik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14122 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 28. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 160.

- Klares Bekenntnis zur Gesamtkonzeption des Bündnisses: Verteidigungsfähigkeit, Gleichgewicht und gleichzeitige Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit.
- Die Gipfelteilnehmer sehen ihre gemeinsame Sicherheit als unteilbar an und sehen sie im globalen Zusammenhang.
- Keine Einbeziehung der französischen und britischen Systeme in die Genfer INF-Verhandlungen.
- Entschlossenheit der beteiligten Länder, Ende 1983 die amerikanischen Systeme zu stationieren, falls dies notwendig werden sollte.

C. Zu den weiteren thematischen Schwerpunkten

1) West-Ost-Beziehungen

Übereinstimmung (auch Japan) in der Bekräftigung der Konzeption: Verteidigungsfähigkeit, Gleichgewicht und gleichzeitige Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit. Sowjetischen Versuchen, Europa (und Japan) von den USA zu trennen und zwischen die europäischen Partner einen Keil zu treiben, muß der Westen mit Stärke und Geschlossenheit entgegentreten.

Abstimmung vor Moskau-Besuch des Bundeskanzlers²⁷ und Darlegung unserer Zielvorstellungen. Wir werden

- unseren fortbestehenden Wunsch nach konstruktiven Beziehungen deutlich machen, unsere Position zum zentralen Thema der INF-Verhandlungen klar herausstellen;
- klarstellen, daß wir als Bestandteil des Westens keinem Druck weichen werden.

2) Naher Osten

Besorgnis über Verschärfung der Lage zwischen Israel und Syrien²⁸ und darüber, daß SU Lage zur Stärkung ihrer Position in der Region ausnutzt. Unterstützung der libanesischen Führung bei Bemühen, Souveränität und Integrität des Libanon wiederherzustellen. Bereitschaft der Europäer, in enger Abstimmung mit den Amerikanern hilfreich sein zu wollen.

3) Iran

Einigkeit, auf Bemühungen der iranischen Regierung um eine Verbesserung der Beziehungen zu westlichen Staaten positiv zu reagieren.

²⁷ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²⁸ Zur syrischen Haltung zu einem israelisch-libanesischen Abkommen vgl. Dok. 146, Anm. 22. Am 26. Mai 1983 kam es zu einem Zwischenfall im syrischen Luftraum. Zu den Hintergründen teilte Brigadegeneral Steinkopf, Washington, aus amerikanischen Informationen mit: „Der Luftzwischenfall am 26.5. – syrische Flogger G hatten ein israelisches Aufklärungsflugzeug über dem Ostlibanon mit Raketen angegriffen, ohne jedoch zu treffen; das israelische Flugzeug hatte das Feuer nicht erwidert – sei der erste seit Sommer 1982 gewesen.“ Ferner führten die syrischen Streitkräfte derzeit Manöver auf syrischem Territorium aus. Von amerikanischer Seite sei dazu bemerkt worden: „Man könne die Rahmenübung [...] nicht als sehr ungewöhnlich ansehen, wenngleich man natürlich wisse, daß Übungen generell als Indikator erhöhter Einsatzbereitschaft gewertet werden müßten.“ Auf israelischer Seite habe man „einige wenige vorsorgliche Mobilmachungsmaßnahmen beobachtet. Die Golan-Front sei bereits vor zwei Wochen durch kleinere Truppenteile aus fünf verschiedenen Brigaden verstärkt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2427; Referat 310, Bd. 135768.

4) China

Übereinstimmung, die Beziehungen zu VR China zu pflegen als Beitrag zu weltweiter Stabilität.

5) Südostasien

Ausführliche Darlegung der japanischen Einschätzung: Besorgnis der ASEAN-Staaten über wachsenden sowjetischen Einfluß in der Region. Einigkeit, gemeinsam zu überlegen, wie durch weitere Hilfe an ASEAN-Staaten zur Stabilität der Region beigetragen werden kann.

6) Zentralamerika

AM Shultz erläuterte intensive amerikanische Bemühungen um Stabilität in der Region.

Vgl. auch Infofunk-Meldungen Nr. 2220 d/1-2-3, 2224 d/0 und 1148 d/0 vom 30.5.1983 sowie Nr. 2237 /1-2 und 2235 d/1-2-3-4-5 vom 31.5.1983.

Karkow²⁹

Referat 012, Bd. 124454

168

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-18329/83 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 1089

Citissime

Aufgabe: 2. Juni 1983, 20.30 Uhr¹

Ankunft: 2. Juni 1983, 20.38 Uhr

Herrn Bundesminister Wörner vorzulegen; Staatssekretär von Staden vorzulegen; Herrn D 2² vorzulegen; Herrn D 2 A³ vorzulegen; BMVg – FÜS III

Betr.: Schwächen der Solidarität der Bündnispartner bei der INF-Politik

1) Bei der Frühjahrstagung der Verteidigungsminister des Bündnisses (DPC 1./2. Juni 1983)⁴ haben sich erneut Risse in der Solidarität der Bündnispartner in der Unterstützung des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 (INF) gezeigt.

Die dänische Regierung mußte unter dem Druck einer Mehrheitsentschließung des Folketing⁵ die Allianz mit INF-Positionen vertraut machen, die eine Schwächung der Verhandlungsposition in Genf (Anrechnung der britischen und fran-

²⁹ Paraphe vom 2. Juni 1983.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 7. Juni 1983 vorgelegen.

² Franz Pfeffer.

³ Friedrich Ruth.

⁴ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel vgl. auch Dok. 166 und Dok. 174.

⁵ Zur Entschließung des dänischen Parlaments vom 26. Mai 1983 vgl. Dok. 140, Anm. 5.

zösischen Systeme) und eine Störung des Modernisierungsprozesses (Aussetzung der Modernisierung während der Verhandlungen) darstellen.⁶

Der griechische Ministerpräsident und Verteidigungsminister⁷ hat durch seinen Ständigen Vertreter⁸ bei der niederländischen Delegation und wohl auch bei den Dänen sondieren lassen, ob nicht die drei Länder gemeinsam in die INF-Beratungen der Minister einen Moratoriumsvorschlag einbringen sollten. Dies wurde verhindert⁹, aber setzt doch ein Zeichen. Der griechische Vorbehalt zu den INF-Passagen wurde darüber hinaus als Fußnote in das DPC-Kommuniqué¹⁰ aufgenommen.

Der portugiesische Verteidigungsminister¹¹ wies in bilateralen Gesprächen auf die Gefahr hin, daß die sozialistische Mehrheit im portugiesischen Parlament bei nächsten INF-Beratungen gleichfalls Vorstellungen, wie sie im dänischen Parlament angenommen wurden oder von Papandreou vertreten werden, in die portugiesische Politik einführen könnte.

Die Gefahren dieser Entwicklung für die weiteren Verhandlungen in Genf und für die Modernisierungsmaßnahmen selbst liegen auf der Hand. Mit ähnlichen Tendenzen wird beim Frühjahrstreffen der Außenminister am 9./10. Juni in Paris¹² zu rechnen sein.

Bei den abschließenden Beratungen des DPC-Kommunikés konnte größerer Schaden abgewendet werden. Durch die Wiederholung bei der Außenministerkonferenz und deren Kommuniqué¹³ könnte aber doch in gewissem Umfang ein negativer Trend gesetzt werden.

2) Es drängt sich der Gedanke auf, auf hoher politischer Ebene bei den in Frage stehenden Regierungen die Notwendigkeit atlantischer Solidarität und europäischer Kohäsion im Bündnis in Erinnerung zu rufen und in den betreffenden Hauptstädten – evtl. parallel mit anderen Bündnispartnern – auf den Verzicht von abweichenden Voten beim Außenminister-Kommuniqué zu drängen.¹⁴

⁶ Zum dänischen Wunsch nach einem Hinweis auf die Entschließung des dänischen Parlaments vom 26. Mai 1983 im Kommuniqué des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 vgl. Dok. 166, Anm. 20.

⁷ Andreas Papandreou.

⁸ Stylianos Wassilikos.

⁹ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 2. Juni 1983: „Am Rande der Sitzung war zu erfahren, daß sich der griechische MP Papandreou telefonisch darum bemüht hatte, gemeinsam mit NL und DK den Vorschlag einzubringen, den Modernisierungsanteil des INF-Beschlusses auszusetzen. Der niederländische Verteidigungsminister lehnte dies jedoch ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1080; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Griechenland äußerte Vorbehalte zu den Ziffern 3 und 16 des Kommunikés des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel, in denen sich die Verteidigungsminister zur Durchführung des Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 bekannten und ihren Willen zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme ab Ende 1983 bekräftigten. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 81 und 84. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 386 und 388.

¹¹ Diogo Pinto de Freitas do Amaral.

¹² Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

¹³ Für den Wortlaut des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 85–92. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 391–398.

¹⁴ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Dafür bietet sich die super-restricted Session am 9.6. an.“

In erster Linie wären solche Demarchen auf hoher politischer Ebene unter Betonung auch der Rückwirkungen auf das bilaterale Verhältnis in Kopenhagen¹⁵ und Athen¹⁶ zu machen. Die Haltung des niederländischen Außenministeriums in der INF-Frage scheint nach meinem Eindruck in größerer Konformität mit der Allianz-Solidarität zu liegen als die des niederländischen Verteidigungsministers¹⁷ selbst, der sich allerdings bei den Beratungen über diese Frage zwar zurückhaltend, aber nicht negativ verhalten hat. Gleichwohl empfehle ich auch ein klärendes Gespräch im Haag.

Mit Respekt und Anerkennung ist die Haltung des spanischen Verteidigungsministers¹⁸ aufgenommen worden, dessen Zusatzerklärung zum Kommuniqué¹⁹ vor dem Hintergrund der noch andauernden innerspanischen Überprüfung der möglichen militärischen Rolle Spaniens im Bündnis²⁰ zu sehen ist und nicht mit der INF-Frage in Verbindung steht. Mit dem Bezug auf die Gespräche Spaniens mit anderen Bündnispartnern gilt die positive Bonn-Erklärung des spanischen Ministerpräsidenten²¹ als bestätigt.

3) Ergänzend zu meiner Anregung für die Demarchen auf hoher politischer Ebene in Kopenhagen und Athen weise ich auf folgende Einzelheiten hin:

(1) Bundesminister Wörner hat bei der Kommuniqué-Debatte keinen Zweifel daran aufkommen lassen, eine wie ablehnende Haltung aus deutscher Sicht gegenüber dem Inhalt der Folketing-Resolution einzunehmen und wie abträglich eine Bezugnahme auf diese Resolution in Verbindung mit dem Kommuniqué zu beurteilen ist.²² Mit dem Ziel der Schadensbegrenzung war es dann aber auch der deutsche Verteidigungsminister, der gegen Ende einer unerfreulichen Auseinandersetzung im DPC den Vorschlag machte, es bei der von dänischer Seite schließlich vorgeschlagenen Formulierung zu belassen und die Bedeutung dieser Angelegenheit nach außen hin herunterzuspielen. Die dänische Seite hat diese deutsche Einlassung, die dann von allen übernommen wurde, als sehr hilfreich eingeschätzt und mit Dankbarkeit gegenüber dem Bundesminister der Verteidigung quittiert. Vor diesem Hintergrund wird eine Demarche auf hoher Ebene in Kopenhagen wohlwollende Aufnahme und ein verständnisvolles Echo finden können. Wie ich höre, erwägt auch die britische Seite eine solche Demarche.²³

15 Zu diesem Wort vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Dän[ischer] Ges[andter] sagte mir am 6.6. dazu, dän. R[e]g[ie]rung müsse im N[orth]A[t]lantic[C]ouncil-Kommuniqué auf gleicher Fußnote bestehen.“

16 Zu diesem Wort vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Aussichtslos.“

17 Jacob de Ruiter.

18 Narcís Serra y Serra.

19 Zum spanischen Vorbehalt im Kommuniqué der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel vgl. Dok. 166, Anm. 25.

20 Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 126, Anm. 7.

21 Zum Besuch des Ministerpräsidenten González vom 3. bis 5. Mai 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126.

22 So in der Vorlage.

23 Der Passus „erwägt auch ... solche Demarche“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wird nicht weiterverfolgt. Abstimmung zuvor am 8.6. im Vierer-Kreis.“

2) Die erneute Aufnahme des bekannten griechischen Vorbehalts zu den INF-Passagen im Kommuniqué muß deshalb enttäuschen, weil die europäischen Partner bei der Verabschiedung des Eurogroup-Kommunikés am 31.5.1983²⁴ mit Blick auf griechische Sensibilitäten von der Aufnahme eines INF-Absatzes in das Eurogroup-Kommuniqué abgesehen hatten in der Erwartung, daß Griechenland nun bei den DPC- und AM-Treffen von Vorbehalten Abstand nehmen würde.²⁵ Das ist nicht eingetreten, im Gegenteil, Papandreou hat von Athen aus sogar noch Initiativen zu einer Verschärfung der griechischen Haltung unternommen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12053 (201)

169

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze

220-371.76 INF 1220/83 VS-vertraulich

3. Juni 1983¹

Gespräch Bundesminister/Botschafter Nitze am 3.6.83, 8.30 bis 9.45 Uhr²

Anwesend: Botschafter Ruth, VLR I von Ploetz, VLR I Weber; Mr. Thielmann (US-Botschaft).

Botschafter *Nitze* berichtete über den Stand der Verhandlungen in Genf: Die amerikanische Seite erläutere derzeit die Änderungen im Vertragsentwurf³ nach der Einigung im Bündnis auf ein Zwischenergebnis. Die sowjetische Seite

²⁴ Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 31. Mai 1983 vgl. Dok. 165.

Für den Wortlaut des Kommunikés vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 384 f.

²⁵ Der Passus „in der Erwartung ... nehmen würde“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „GR gab keinen Anlaß zu dieser Hoffnung.“

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 3. Juni 1983 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung“ geleitet.

Hat Staden am 7. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 10. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 4. Juli 1983 vorgelegen, der den „R[ücklauf] v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Ruth verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 4. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron am 9. Juli 1983 vorgelegen.

² Der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, hielt sich am 2./3. Juni 1983 in der Bundesrepublik auf. Im Anschluß an das Gespräch mit Bundesminister Genscher empfing Bundeskanzler Kohl Nitze zu einem Informationsaustausch. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11355 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zum amerikanischen Entwurf vom 27. Januar 1983 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 34, Anm. 19.

Am 19. Mai 1983 brachte die amerikanische INF-Delegation in Genf einen Entwurf für eine Zwischenlösung ein. Vgl. dazu Dok. 157.

habe einen Zusatz eingebracht, der die Bereitschaft Andropows berücksichtige, als Zählkriterium Sprengköpfe zugrunde zu legen.⁴ Die sowjetische Position in dieser Frage sei unklar, der Text des Zusatzes nicht sauber formuliert.

Im Mittelpunkt der sowjetischen Position stehe unverändert die Forderung nach Kompensation für die britischen und französischen Systeme. Die sowjetische Seite habe erläutert, wie sie sich die Anpassung an mögliche Veränderungen bei diesen britischen und französischen Systemen vorstelle:

- In einem festzulegenden Zeitraum (zwei bis fünf Jahre) soll die Sowjetunion ihre Raketen auf den Umfang der britischen und französischen Raketen reduzieren (d. h. 162 Raketen);
- nach Ablauf dieser Periode soll neu konsultiert werden, ob der festgelegte Umfang noch dem Umfang der britischen und französischen Potentiale entspricht;
- in der Zeit danach soll die Sowjetunion das Recht haben, Sonderkonsultationen zu verlangen und den Umfang ihrer SS-20-Raketen an die britischen und französischen Entwicklungen anzupassen; regelmäßige Anpassungskonsultationen sollen in bestimmten, festzulegenden Zeitabschnitten (zwei bis fünf Jahre) stattfinden.

Der *Bundesminister* wies darauf hin, daß das Problem der Anrechnung britischer und französischer Systeme im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehe. *Nitze* bestätigte, daß dies auch für die Verhandlungen gelte. Daneben sei von besonderer Bedeutung die Fortentwicklung der sowjetischen Drohungspolitik. Neuerdings konzentrierten sich die Sowjets auf die Androhung der Stationierung von INF kürzerer Reichweiten (SRINF) auf dem Territorium der Staaten des Warschauer Pakts.⁵ SU habe bereits mit ihren Verbündeten Einvernehmen hergestellt über die Notwendigkeit von Dislozierungen.⁶ Bei der Beurteilung dieser Frage müsse man daran denken, daß die Sowjetunion schon seit langem ein Programm für die Modernisierung der SRINF habe. Dies gelte etwa für die Ersetzung der sowjetischen FROGs⁷ in der DDR.⁸ (In diesem Zusammenhang berichtete Nitze, daß Prof. Ehmke mitgeteilt habe, daß die Sowjetunion und Ungarn⁹ bereits Einigung über die Stationierung von SS-22 erzielt hätten.) Neben den neuen Systemen SS-21, -22 und -23 sei die Sowjetunion auch dabei, Varianten der SS-20 zu testen, und entwickle bekanntlich ihre eigenen Marschflugkörper.

⁴ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 3. Mai 1983 in Moskau sowie seine Äußerungen gegenüber Vertretern finnischer gesellschaftlicher Organisationen; Dok. 135, besonders Anm. 11 und 13.

⁵ Am 28. Mai 1983 kündigte die sowjetische Regierung eine Revision ihrer Bereitschaft zu einem Moratorium bei der Dislozierung von SS-20 an, sollte es zu einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme kommen. Ferner werde es sich als notwendig erweisen, „in Absprache mit den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auch andere Maßnahmen zur Stationierung zusätzlicher Mittel zu verwirklichen, um das notwendige Gegengewicht zu der zunehmenden Anhäufung von vorgeschobenen Kernwaffen der USA in Europa und nuklearen Rüstungen der anderen NATO-Länder zu schaffen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 496.

⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

⁷ Free Rocket Over Ground.

⁸ Zur Modernisierung sowjetischer Nuklearsysteme kurzer Reichweite vgl. Dok. 44.

⁹ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die anderen Warschauer-Pakt-Staaten“.

Was die Verhandlungsatmosphäre angehe, wolle er zwischen Methode am Verhandlungstisch und den persönlichen Beziehungen zwischen ihm selbst und Kwisinskij unterscheiden. Die förmlichen Verhandlungen seien gegenwärtig durch die Taktik der brutalen Drohungen und die Absicht gekennzeichnet, derzeit keine Fortschritte zuzulassen.

Der *Bundesminister* fragte nach der voraussichtlichen Entwicklung 1983.

Nitze stellte fest, daß er mit Kwisinskij Einigung erzielt habe, die gegenwärtige Runde am 14. Juli zu beenden und die Verhandlungen am 15. September wieder zu beginnen. Kwisinskij habe gesagt, dies werde die kritische Runde. Er, *Nitze*, rechne mit zweimonatiger Dauer.¹⁰

Botschafter *Ruth* wies darauf hin, daß die im September beginnende Runde von entscheidender Bedeutung sein werde. Angesichts der Behauptung, daß die Zeit für die Verhandlungen nicht genutzt worden sei, solle man sich überlegen, ob dieser Termin nicht vorverlegt werden könne. *Bundesminister* stimmte diesem Gedanken zu. *Nitze* erklärte die Bereitschaft dazu, wenn dies nützlich erscheine.¹¹

Der *Bundesminister* wies darauf hin, daß naturgemäß der Besuch des Bundeskanzlers in Moskau¹² und die zu erwartenden Klarstellungen für die Entwicklung dieses Jahres wichtig sein werden.

Der *Bundesminister* fragte nach der Einschätzung *Nitzes* über den Zusammenhang zwischen INF und START.

Nitze betonte, nach seiner Überzeugung wäre es ein Fehler, INF und START zusammenzulegen, bevor die Stationierung begonnen habe. Der frühere Bundeskanzler¹³ habe ihn davon überzeugt, daß die besondere Behandlung der INF-Potentiale wichtig sei. In der Bundesrepublik Deutschland habe man Verständnis für die INF-Problematik, nicht aber für SALT. Wenn man INF und START zusammenlege, werde INF in der Kompliziertheit von SALT aufgehen. Die Forderung nach Zusammenlegung sei nach seiner Auffassung auch motiviert durch den Wunsch, nicht stationieren zu müssen. Nach begonnener Stationierung stelle sich das Problem anders. Dies sei seine persönliche Meinung. Die US-Regierung wolle keine Zusammenlegung; das Problem sei aber nicht für die Zeit nach der Dislozierung erörtert worden.¹⁴

Der *Bundesminister* unterstrich, daß dies einer der Fluchtwege für die SPD sei. Die Forderung mache derzeit nur dann Sinn, wenn man die Absicht habe, die Stationierung zu verschieben. Er weise immer darauf hin, daß die Konzentrierung auf die INF-Problematik bedeute, die sonst zu erwartende Komplizierung zu vermeiden. Deshalb sei die gesonderte Behandlung von INF die beste Gewähr dafür, möglichst bald ein Ergebnis zu erzielen. Aus diesem Grunde solle man INF und START nicht zusammenlegen.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

¹¹ Der Passus „Bundesminister stimmte ... nützlich erscheine“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

Die sechste Runde der INF-Verhandlungen begann am 6. September 1983 in Genf.

¹² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹³ Helmut Schmidt.

¹⁴ Der Passus „Dies sei ... erörtert worden“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

Der Bundesminister erkundigte sich nach dem Waldspaziergang vom Juli 1982 zwischen Nitze und Kwizinskij.¹⁵ Dieser Vorgang werde von vielen in der SPD derzeit als das Nonplusultra möglicher Verhandlungsergebnisse betrachtet. Hier handele es sich um einen weiteren Fluchtweg der SPD. Die SPD sage, die Amerikaner hätten diese Möglichkeit als erste abgelehnt. Sein Verständnis sei es gewesen, daß die Sowjetunion als erste Nein gesagt habe.

Nitze: Er habe über dieses Thema beim Abendessen mit Dr. Vogel und Prof. Ehmke gesprochen. Er habe dabei folgendes erläutert: Zum Abschluß der „privaten“ Sondierungen sei ein Arbeitspapier zusammengestellt worden, das beide ihren Regierungen vorlegen wollten. Kwizinskij habe gesagt, daß er nicht wisse, wie Moskau reagieren werde. Er schlage deshalb vor, daß Nitze und die Vereinigten Staaten keine weitere Stellungnahme zu diesem Papier abgeben, bevor er nicht durch Sokolow, Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Washington, eine Reaktion Moskaus erhalten habe. Diese Reaktion sei ausgeblieben.

In der Zwischenzeit habe die Zahl der beteiligten Personen in Washington zugenommen. Die Kenntnis des Nitze-Kwizinskij-Papiers sei zunächst auf ganz wenige Personen beschränkt gewesen (Reagan, Clark, Shultz, Rostow, Vessey hätten davon gewußt)¹⁶, und in den ersten vier Wochen sei die Reaktion grundsätzlich positiv gewesen. Es sei dann Richard Perle gewesen, der gegen die Nitze-Kwizinskij-Position Stellung genommen habe. Am Ende der Diskussion in Washington habe die Forderung gestanden, in zwei Punkten Verbesserungen zu erzielen, nämlich:

- kein Verzicht auf die Pershing II,
- Senkung der Obergrenze im Fernen Osten von 90 auf 75 Raketen.

In Vorbereitung auf das Gespräch Shultz/Gromyko am 28.9.82 in New York¹⁷ habe Außenminister Shultz mit ihm verabredet, er werde Nitze in Genf unterrichten, falls sich Gromyko zu dem Papier äußere. Shultz sollte in diesem Fall sagen, die USA widersprechen in den zwei Punkten, aber seien mit dem Kanal einverstanden. Falls Gromyko Thema nicht anspreche, sollte Shultz es nicht aufnehmen.¹⁸ Gromyko habe aber keine Stellung bezogen, und Shultz habe nur den Wunsch geäußert, den persönlichen Kanal Nitze/Kwizinskij weiter zu benutzen.

Am 30. September 1982 habe dann ein weiterer Nitze/Kwizinskij-Waldspaziergang stattgefunden. Kwizinskij habe ihm sofort gesagt, er habe schlechte Nachrichten, und habe ihm die von Moskau mitgegebenen harten Instruktionen gezeigt. Moskau habe die Nitze/Kwizinskij-Position mit folgenden Gründen abgelehnt:

- sie enthalte keine Kompensation für britische und französische Systeme,
- eine Begrenzung sowjetischer Systeme in Fernost sei nicht akzeptabel,

¹⁵ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegationen, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22 und Dok. 93.

¹⁶ Der Passus „(Reagan ... gewußt)“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

¹⁷ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. AAPD 1982, II, Dok. 252.

¹⁸ Der Passus „Shultz sollte ... nicht aufnehmen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

- Flugzeuge müßten radikal reduziert werden,
- die Absprache widerspreche dem Prinzip der gleichen Sicherheit.

Der *Bundesminister* fragte nach der Einbeziehung von Flugzeugen.

Nitze: Im Nitze-Kwizinskij-Papier sei vorgesehen gewesen, auf beiden Seiten 150 INF-Flugzeuge, auf US-Seite¹⁹ des Typs F-111, auf sowjetischer Seite Backfire, Badger und Blinder, zuzulassen. Die Obergrenze habe sich auf Europa bezogen. Außerdem sei festgestellt worden, daß die Einbeziehung des Backfire die Behandlung dieses Flugzeugtyps bei START nicht präjudiziere.

Kwizinskij habe nach seiner Rückkehr zu erkennen gegeben, daß die sowjetischen Militärs kein besonderes Problem mit dieser Regelung gehabt hätten. Kwizinskij habe das Gefühl, daß es möglich sein werde, auf dieser Linie eine Einigung auszuarbeiten. Das Flugzeugproblem sei jedenfalls nach seiner, Nitzes, Überzeugung kein unüberwindliches Verhandlungshindernis.

Der *Bundesminister* stellte fest, daß die angedrohte Stationierung von SRINF in der DDR und anderen Staaten niemanden besonders beeindrucken werde, weil die sowjetische Überkapazität bereits vorhanden²⁰ sei.

Ein anderer Punkt, der ihm größere Sorge mache, sei in dem Spiegel-Interview Andropows²¹ deutlich geworden, nämlich die Androhung, Waffen mit gleich kurzer Vorwarnzeit in Reichweite der USA einzusetzen. (Bundesminister wies auf den Abzug amerikanischer Systeme aus der Türkei, GB²² und Italien nach der Kuba-Krise²³ hin.)

Nitze erwiderte, dies sei die Position gewesen, die die Sowjetunion im letzten Jahr eingenommen habe. Dabei sei auch die Möglichkeit der Stationierung von Raketen auf Kuba angedeutet worden.

In diesem Zusammenhang machte Nitze detaillierte Ausführungen über die Kuba-Krise von 1962²⁴. Seinerzeit sei eine Übereinkunft erzielt worden, daß die Sowjetunion keine offensiven Systeme auf Kuba stationieren werde. Die amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Türkei, Italien und Großbritannien seien nicht Teil dieser Absprache gewesen.²⁵ Präsident Kennedy habe Außenminister Rusk und Nitze schon vor der Kuba-Krise beauftragt, die Mittelstreckenraketen aus Europa herauszuholen. Es sei jedoch unmöglich gewesen, Italien und die Türkei zu überreden, dies zuzulassen. Präsident Kennedy sei darüber verärgert gewesen. Während der Krise habe Robert Kennedy dem sowjetischen Botschafter mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten die Absicht hätten, unabhängig von der Kuba-Krise Raketen aus Italien und der Türkei abzuzie-

¹⁹ Die Wörter „auf US-Seite“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

²⁰ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „erkennbar“.

²¹ Zum Interview mit des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ vom 25. April 1983 vgl. Dok. 131, Anm. 21.

²² Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

²³ Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 120, Anm. 8.

²⁴ Korrigiert aus: „1961“.

²⁵ Zu amerikanischen Überlegungen, Raketen aus Italien und der Türkei abzuziehen, vgl. die Ausführungen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, vom 17. Oktober 1962 vor dem Ständigen NATO-Rat in Paris; AAPD 1962, III, Dok. 404.

hen. Er habe aber ausdrücklich festgestellt, daß dies nichts mit der Lösung des Kuba-Problems zu tun habe.²⁶ Entsprechende Weisung habe der Präsident schon vor der Kuba-Krise gegeben.²⁷ (Dies sei ausführlich und akkurat²⁸ in dem Buch Kennedys über die Kuba-Krise²⁹ dargelegt.) Er, Nitze, erinnere sich, daß Stevenson dafür plädiert habe, die amerikanischen Abzüge in die Absprache mit der Sowjetunion aufzunehmen. Dem sei aber nicht stattgegeben worden.

Der *Bundesminister* sagte, er habe die Sorge, daß die Sowjetunion sagen könne, wir stellen in Kuba auf, es sei denn, die Vereinigten Staaten verzichten auf die Nachrüstung. Uns komme es darauf an, daß sich Kuba in dieser Version nicht wiederholt. Die Bundesrepublik sei am sowjetisch-amerikanischen Kuba-Arrangement nicht beteiligt, und wenn sie als souveräner Staat entscheide, daß sie amerikanische Mittelstreckenwaffen benötige, könne die Sowjetunion dies nicht als Verstoß gegen irgendwelche Abmachungen erklären. Sollte die Sowjetunion jedoch darauf zurückkommen, zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit Raketen in Kuba zu stationieren, dürfe nicht wieder eine Situation entstehen, in der als Gegenleistung für die Nicht-Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba die Vereinigten Staaten hier nicht stationieren würden.

Botschafter *Nitze* bemerkte, daß er diese Position völlig verstehe.

Der *Bundesminister* nahm abschließend zu der sowjetischen Zielsetzung bei INF Stellung. Das überragende Ziel sei es, Europa von den Vereinigten Staaten zu trennen. Die Sowjetunion würde ihr Ziel erreichen, wenn es über die INF-Problematik zu einer Vertrauenskrise zwischen Europa und den Vereinigten Staaten käme. Dies würde der Fall sein, wenn beispielsweise wir sagten, wir sind bereit zu stationieren, und die Vereinigten Staaten würden mit Rücksicht auf sowjetische Drohungen auf die Stationierung verzichten. Nach seiner Überzeugung müßte damit gerechnet werden, daß die Sowjetunion in den nächsten Monaten den Druck auf die Vereinigten Staaten verstärke.

Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland werde vermutlich mehr die Karte der nationalen Versuchung gespielt werden. Es sei vorstellbar, daß weitgehende Entwicklungsmöglichkeiten im deutsch-deutschen Verhältnis angedeutet werden und daß die Stationierung und die Vereinigten Staaten dafür verantwortlich gemacht werden, daß diese Angebote nicht verwirklicht werden können.

Nach seiner Auffassung werde jedoch der Druck auf die Vereinigten Staaten massiver sein. Auch deshalb sei er über die amerikanische Freeze-Resolution³⁰ nicht glücklich. Die Sowjetunion werde die darin zum Ausdruck kommende Stimmung nutzen. Das Problem liege darin, daß die amerikanische Bevölkerung mit der Existenz der sowjetischen ICBMs leben gelernt habe. Dieses Waffensystem sei so weit entfernt, daß man sich davon nicht wirklich bedroht fühle. Mit der Drohung einer Stationierung auf Kuba werde eine abstrakte Gefahr

²⁶ Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Justizministers Kennedy mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin am 27. Oktober 1962 in Washington; FRUS 1961–1963, XI, S. 270 f.

²⁷ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

²⁸ Die Wörter „und akkurat“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt.

²⁹ Vgl. Robert F. KENNEDY, *Thirteen Days. A Memoir of the Cuban Missile Crisis*, New York 1969.

³⁰ Zur Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 4. Mai 1983 vgl. Dok. 131, Anm. 27.

konkret. Darin liege das Risiko. Jedenfalls sei sicher, daß wir in den Vereinigten Staaten und hier mit einem heißen Sommer rechnen müssen.

Was uns angeht, so seien wir entschlossen, die Position des Bündnisses in der Öffentlichkeit und gegenüber der Sowjetunion mit aller Klarheit zu vertreten. Hierin liege die einzige Chance, daß es in Genf zu einer wirklichen Bewegung komme. Um diese Position des Bündnisses klarzustellen, habe er heute einen Artikel publiziert, in dem er auch daran erinnere, was er 1979 zu der damals gefaßten Entscheidung gesagt habe.³¹ Die SPD sage, daß über die Stationierung noch nicht entschieden sei. In seinem Artikel belege er dagegen, daß die Entscheidung über die Stationierung eindeutig im Doppelbeschluß gefallen sei.

Botschafter *Nitze* wies darauf hin, daß die Sowjetunion in jüngster Zeit weniger Gewicht auf eine mögliche Dislozierung in der Nähe der Vereinigten Staaten gelegt habe. Das bedeute nicht, daß nicht die Möglichkeit bestehe, eine Taktik anzuwenden, wie der Minister sie beschrieben habe. Allerdings glaube er, daß keine sowjetische Absicht bestehe, auf Kuba oder in Nicaragua landgestützte Systeme zu dislozieren, vielmehr werde es sich darum handeln, sowjetische Systeme seegestützt in die Nähe der Vereinigten Staaten zu bringen.

Botschafter *Ruth* wies auf die Bedeutung des Zusammenhangs globaler Obergrenzen/regionale Begrenzung hin. Botschafter *Nitze* erwiderte, daß dieses Thema noch nicht konkret im Zusammenhang mit Artikel 3 des Entwurfs für ein Zwischenergebnis erörtert worden sei. Das Problem selbst müsse jedoch geklärt werden.

Der *Bundesminister* unterstrich die Bedeutung der engen Konsultationen und in diesem Zusammenhang der Gespräche Botschafter *Nitzes* in Bonn. Die amerikanische Seite müsse dem Eindruck entgegenwirken, sie verhandle in Genf nicht ernsthaft. Es komme darauf an, daß ihre Bemühungen unter Wahrung der Vertraulichkeit stärker sichtbar werden.

Der Bundesminister schloß mit einem Ausblick auf die Gespräche mit GS Andropow in Moskau. Botschafter *Nitze* äußerte die Auffassung, daß die Gesprächsführung Andropows vermutlich einerseits Drohungen und andererseits Ausblicke auf eine Zukunft der Kooperation (falls der Bundeskanzler seine Meinung zu ändern bereit wäre) enthalten werde. Die Frage sei, wieviel „carrot“ werde in dem von der Sowjetunion vorgeführten „stick“ sein.

Botschafter *Nitze* unterrichtete den Bundesminister, daß er auf Einladung des Bundeskanzlers beabsichtige, am 23. Juni wieder in Bonn zu sein. (Inzwischen wurde der Termin auf den 30. Juni, 16.00 Uhr, festgelegt.³²)

VS-Bd. 11355 (220)

³¹ Vgl. Hans-Dietrich Genscher, Zum NATO-Doppelbeschluß. Mittelstreckenraketen – Schlüssel zur Abrüstung in Moskau, in: BULLETIN 1983, S. 521–524.

³² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, vgl. Dok. 193.

170

Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag an die Botschaft in Moskau

**613 (621)-624.21-31/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 419**

Aufgabe: 3. Juni 1983, 21.57 Uhr¹

Betr.: DB Nr. 2120 vom 19.5.83 – RK 320.00/1² und

DE Nr. 369 vom 24.5.83 – 613 (621)-624.21-31/83 VS-v³

BM Genscher empfing am 3.6.83 die Adoptivtochter Prof. Sacharows, Frau Jankelewitsch, die von ihrem Ehemann und Frau Gerstenmaier begleitet wurde. Herr Jankelewitsch schilderte die gegenwärtige Situation im wesentlichen wie folgt:

Die sowjetischen Behörden prüften den Ausreiseantrag seines Schwiegervaters⁴ schon seit Anfang April, ohne zu entscheiden. Sie würden allerdings die Tatsache, daß Prof. Sacharow Geheimnisträger war, angeblich nicht mehr als Ausreisehindernis betrachten. Ehepaar Sacharow könne aber nicht endlos auf Genehmigung warten. Prof. Sacharow sei seit drei Jahren herzkrank, ohne medizinisch betreut zu werden. Seine Frau habe kürzlich einen Herzinfarkt erlitten. Sie betriebe ihre und ihres Mannes Aufnahme in Krankenhaus der Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Herr Jankelewitsch bat Bundesregierung zu versuchen, bei Beschleunigung des Ausreiseverfahrens zu helfen. Zwar hätten sich auch andere Länder (Norwegen, Schweden, Österreich) unabhängig voneinander um Sacharow bemüht, die Bundesregierung hätte aber vielleicht größere Möglichkeiten.

BM erwiderte, daß sich Bundesregierung seit langem und intensiv mit der Frage befasse. Er verwies auf Einladung des Präsidenten der DFG, die auf Vermitt-

¹ Durchdruck.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 3. Juni 1983 zur Mitzeichnung vorgelegen.

² Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete, daß der Frau des sowjetischen Atomphysikers Sacharow, Jelena Bonner, eine Einladung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu einem Forschungsaufenthalt übergeben worden sei. Bonner habe die Ausreisemöglichkeit für sich und ihren Mann jedoch pessimistisch beurteilt: „Ihr unmittelbares Ziel, wofür sie jetzt kämpfe, gelte nicht so sehr der Ausreise aus der Sowjetunion, sondern der Tatsache, daß sowohl sie als auch ihr Mann medizinische Betreuung bräuchten, die in Gorki nicht ausreichend gewährleistet sei, so daß die Rückkehr nach Moskau und klinische Behandlung in hiesigem Krankenhaus unbedingt erforderlich seien.“ Sie habe ferner ausgeführt, daß sie bereits den zweiten Herzinfarkt gehabt habe und nicht reisefähig sei. Auch gehe es Sacharow gesundheitlich schlecht: „Er könne z. B. nicht selber einkaufen, sich verpflegen, habe außer ihr aber niemand, der dies ansonsten machen könne. Frau Sacharow hat deshalb von den hiesigen zuständigen sowjetischen Stellen gefordert, daß auch ihr Mann nach Moskau verbracht wird und sie hier beide in einer Klinik ärztlich betreut werden. Sie hat sich bereit erklärt, während ihres gemeinsamen Aufenthalts in Moskau keinen Kontakt mit Ausländern zu haben.“ Vgl. VS-Bd. 13380 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag übermittelte der Botschaft in Moskau den Text eines Schreibens des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Seibold, vom 20. Mai 1983 an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Alexandrow, mit dem dieser über die Einladung an den sowjetischen Atomphysiker Sacharow zur Übernahme einer Gastprofessur in der Bundesrepublik informiert wurde. Vgl. VS-Bd. 12455 (612/613); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 126, Anm. 16.

lung des AA zurückgehe.⁵ Darüber hinaus werde Angelegenheit bei bevorstehendem Moskau-Besuch des Bundeskanzlers⁶ von deutscher Seite selbstverständlich angesprochen. Offen sei, ob sich die Bundesregierung vorher auch noch schriftlich an Moskau wenden werde. Dies werde je nach Verlauf der weiteren Entwicklung entschieden.

BM verwies sodann ausdrücklich auf Vertraulichkeit, mit der Bundesregierung Sache bisher behandelt habe, und bat Gäste, sich ihrerseits ebenfalls daran zu halten. Damit werde der Sache seiner Meinung nach besser gedient, als wenn sie öffentlich zu einer Prestigefrage hochgespielt werde. Er stellte es der Beurteilung durch das Ehepaar Jankelewitsch anheim, ob es die bloße Tatsache des Gesprächs beim Bundesaußenminister der Presse mitteilen wolle.⁷

Zur Frage von Herrn Jankelewitsch, ob es nicht hilfreich wäre, Angelegenheit auch bei den KSZE-Verhandlungen in Madrid anzusprechen, meinte BM, daß die besseren Möglichkeiten zur Zeit in Moskau lägen. Es könne davon ausgegangen werden, daß dort die Frage der Ausreise des Ehepaares S. von deutscher Seite mit großem Nachdruck weiterhin verfolgt werde.

Herr Jankelewitsch stimmte dem Vorschlag des BM zur Vertraulichkeit uneingeschränkt zu und bedankte sich sehr für die Bemühungen der Bundesregierung.

Es wird anheimgestellt, Frau Bonner entsprechend zu unterrichten, falls sich Gelegenheit ergeben sollte.

Freitag

VS-Bd. 12455 (612)

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag vermerkte am 1. Juni 1983, daß das Ehepaar Sacharow die Botschaft in Moskau vertraulich über ihren Ausreisewunsch in Kenntnis gesetzt habe: „Ziel des Ehepaares sind die USA. Die Übermittlung einer Einladung in die USA wurde aber von der Familie Sacharow aus politischen Gründen nicht für opportun gehalten. Eine Einladung aus Norwegen lag bereits vor; eine Einladung aus Österreich folgte kurz darauf. Familie Sacharow gab aber zu verstehen, daß sie eine Einladung aus der Bundesrepublik Deutschland für politisch nützlicher und gewichtiger halte. Auch der Gesichtspunkt, die UdSSR in die Lage zu versetzen, unter mehreren Aufnahmeländern auswählen zu können, spielte bei den Überlegungen der Familie Sacharow eine Rolle. [...] Das Auswärtige Amt hat daraufhin veranlaßt, daß Prof. Seibold, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, mit Schreiben vom 16. Mai 1983 Herrn Prof. Sacharow zu einer Gastprofessur an ein Physikalisches Institut in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen hat.“ Vgl. VS-Bd. 12455 (612); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁷ Das Ehepaar Jefrem und Tatjana Jankelewitsch unterrichtete die Presse im Anschluß an das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 3. Juni 1983. Vgl. dazu den Artikel „Sacharow ist jederzeit zur Ausreise bereit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Juni 1983, S. 3.

171

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-371.76 INF-1/83 streng geheim****7. Juni 1983**

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister² mit der Bitte um Billigung von II vorgelegt

Betr.: INF;

hier: Behandlung der Pershing II

I. 1) Der Waldspaziergang Nitze/Kwizinskij vom Juli 1982³ hat die Pershing II als Verhandlungsgegenstand mit besonderem Gewicht ausgewiesen. Der sowjetische Verhandlungspartner ist auf das Ergebnis des Waldspaziergangs vor allen Dingen wegen des Verzichts auf die Stationierung der Pershing II eingegangen.

2) Als Gegenleistung war Kwizinskij zu folgendem bereit:

- Vereinbarung einer gleichen Obergrenze für die verbleibenden sowjetischen und amerikanischen landgestützten Systeme in Reichweite Europas;
- Anerkennung des amerikanischen Rechts auf Stationierung von Cruise Missiles;
- Nichtanrechnung britischer und französischer Systeme;
- Begrenzung der SS-20 in Fernost;
- damit impliziert die Bereitschaft zur Vernichtung der im Westen reduzierten Raketen.

3) Der Waldspaziergang erhält seine verhandlungsgeschichtliche Bedeutung dadurch, daß er von beiden Teilnehmern als mögliches Verhandlungsergebnis betrachtet wurde. Er war nicht Ausgangspunkt von Verhandlungen. Der Verzicht auf die Pershing-II-Stationierung hatte damit die Bedeutung eines das Verhandlungsergebnis ermöglichenden westlichen bargaining chips.

4) Die amerikanische Regierung war zunächst bereit, dieses Ergebnis ernsthaft zu prüfen. Nach Aussage Nitzes war es dann Richard Perle vom amerikanischen Verteidigungsministerium, der die Ablehnung des Ergebnisses des Waldspaziergangs mit Hinweis auf den Pershing-II-Verzicht erwirkte. Dennoch bleibt, wie

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 7. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Fragestellung ist sehr berechtigt. Aber der Gegenstand ist auch äußerst sensitiv. Deshalb muß der Zeitpunkt genau überlegt werden – vor, nach Moskaureise? Es wäre schön, wenn über diese vitalen Fragen ein Gespräch bei Ihnen in Ruhe stattfinden könnte (D 2 A, D 2, Dg 20).“

² Hat Bundesminister Genscher am 7. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 16. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich auf einem Begleitvermerk notierte: „Bei einer Besprechung mit D 2 A ist BM damit einverstanden, daß D 2 A die vorgeschlagene Sondierung mit Gen[eral] Tandecki aufnimmt.“

Hat Ploetz am 22. August 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 23. August 1985 vorgelegen.

Hat Ruth am 23. August 1985 erneut vorgelegen.

³ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegationen, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

zahlreiche Presseberichte zeigen, das Nitze-Kwizinskij-Ergebnis auch in Washington im Gespräch.

5) Wir müssen m. E. unter allen Umständen vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als ob das Festhalten an der Stationierung der Pershing II allein auf das Drängen der Bundesregierung zurückgehe. Deshalb halte ich es für notwendig, eine eigene deutsche Position zu dieser Frage zu entwickeln. Ich weiß, daß im Verteidigungsministerium Überlegungen in diese Richtung ebenfalls im Gang sind.

6) Nach meiner Information wäre es möglich, kurzfristig die Vorkehrungen für eine vorläufige Cruise-Missiles-Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland zu treffen, so daß eine negative Singularisierung, d. h. Aussteigen aus dem Stationierungsbeginn am Ende dieses Jahres, nicht die Konsequenz eines Pershing-Stationierungsverzichts sein müßte.

7) Eine diesen Stationierungsverzicht beinhaltende Position der Bundesregierung müßte

- in großer Vertraulichkeit vorbereitet werden;
- zu gegebener Zeit mit den Amerikanern abgesprochen werden;
- ausschließlich für eine Endrundenverhandlung zum günstigsten Zeitpunkt vorgesehen (September/Oktobre) werden;
- bei Ablehnung durch die Sowjetunion öffentlichkeitswirksam dargestellt werden können;
- substantielle Reduzierungen der Sowjetunion bei SS-20-Raketen erwirken;
- den Beginn der Cruise-Missiles-Stationierung auch bei uns ab Ende 1983 voraussetzen.

II. Ich bitte mich zu ermächtigen, mit General Tandecki folgende mögliche Position zu sondieren:

1) Prüfung der Frage, wie eine vorgezogene Cruise-Missiles-Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland aussehen könnte;

2) Festlegung des auf Europa bezogenen SS-20-Niveaus, das bei einer Gegenrüstung mit Cruise Missiles politisch tragbar wäre. (M. E. könnte dieses Niveau bei 50 SS-20-Raketen mit 150 Sprengköpfen liegen.)

3) Verhandlungsposition:

- Bereitschaft der Sowjetunion zu radikaler Reduzierung der SS-20 mit Festlegung auf Vernichtung der reduzierten Systeme;
- Vereinbarung gleicher Obergrenzen für amerikanische und sowjetische Sprengköpfe auf Flugkörpern;
- Verpflichtung, die verbleibenden INF-Flugkörper in die START-Verhandlungen einzubeziehen;
- Bereitschaft der Sowjetunion, im Fernen Osten eine Obergrenze auf niedrigerem Niveau als heute zu akzeptieren;
- Vereinbarung einer globalen sowjetisch-amerikanischen Obergrenze, entstehend aus der Gesamtsumme der verbleibenden sowjetischen Flugkörper;
- Bereitschaft der Vereinigten Staaten,

- die Stationierung der Pershing II in Europa zurückzustellen,
- die Option aber durch Bereithaltung von Pershing II in den Vereinigten Staaten offenzuhalten und diese Option im Rahmen der globalen Obergrenze in die START-II-Verhandlungen einzubeziehen;
- Vereinbarung einer Begrenzung der landgestützten INF kürzerer Reichweiten;
- Modernisierung der aus Europa nicht abgezogenen Pershing I ohne Reichweitenerhöhung;
- Nichtanrechnung der britischen und französischen Systeme, jedoch mit der Perspektive, sie zu gegebener Zeit im START-Rahmen zu erörtern.

Ruth

VS-Bd. 11355 (220)

172

**Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation),
an Staatssekretär von Staden**

114-18413/83 geheim
Fernschreiben Nr. 642
Citissime

Aufgabe: 7. Juni 1983, 22.20 Uhr
Ankunft: 7. Juni 1983, 23.31 Uhr

Nur für Staatssekretär¹

Betr.: KSZE-Folgetreffen Madrid;
 hier: Verhandlungsstand am Vorabend des NATO-Treffens der Außenminister am 9./10.6.83

I. Zur Behandlung des KSZE-Themas in Paris schlage ich vor:

1) Bei Abendessen der vier Außenminister am 8.² und auf Treffen der NATO-AM am 9./10.6.1983³ sollte sich aus verhandlungstaktischen Gründen unser Drängen nach Flexibilität nicht an amerikanische, sondern an sowjetische Adresse richten. Auch wenn BM vielleicht schon in Williamsburg⁴ am Rande hiervon AM Shultz zu sprechen Gelegenheit hatte, würde sich Wiederholung der Feststellung empfehlen, daß sich ernste Zugeständnisse, zu denen sich nicht nur

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 8. Juni 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 212 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 8. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze vorgelegen.

² Zum Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Shultz (USA) sowie des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, in Paris vgl. Dok. 173 und Dok. 175.

³ Zur NATO-Ministerratstagung in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

Verbündete, sondern auch USA durchgerungen haben, voll ausgezahlt hätten: Osten befinde sich in Defensive und Isolation, in der er kaum verharren könne. Realismus und Flexibilität, die US-DL⁵ hier an den Tag legte, trügen zu eindrucksvoller Geschlossenheit und damit zu starker Verhandlungsposition des Westens bei. Amerikanischen Wunsch nach sowjetischer „performance“ unterstützten wir, da er menschlich überzeugend und für Abschluß des Madrider Treffens vielleicht hilfreich sei; Schicksal des Treffens dürfe aber nicht von vielleicht negativem Schicksal der „performance“ abhängen.

2) Eine mögliche spanische Initiative⁶ kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht mit der NATO in Verbindung gebracht wird. Eine Diskussion bei Vierer-Essen am 8., die auf kritischen Widerstand von GB stoßen kann, wie eine unter den 16 auf dem Treffen am 9./10. würde gewiß bekanntwerden. Daher empfiehlt es sich, AM Shultz unter vier Augen mit Gedanken an spanische „Vermittlung“ vertraut zu machen und darauf hinzuweisen, daß der Druck auf die SU verstärkt, eine Initiative von anderer Seite, mit der wir über kurz oder lang zu rechnen hätten, dagegen verhindert würde.

3) Bilaterale Gespräche mit AM Morán und Cheysson könnten zur weiteren Klärung und Absicherung spanischer Initiative beitragen.

II. Hiesiges Treffen wird jetzt von folgenden Faktoren bestimmt:

1) Verhandlungsposition des Westens hat diesen zunächst in günstige taktische Lage versetzt: Umfang, Form und Inhalt seiner Verbesserungsvorschläge⁷ wie seine Versicherung, über sie flexibel verhandeln zu wollen, brachten ihm Verständnis, ja auch Unterstützung anderer Delegationen ein. Wie der Westen drängen auch N+N-Delegationen auf kurze Endrunde der Verhandlungen. In rumänischer Kehrtwendung letzter Woche⁸ zeichnet sich nun Umriss möglichen Kompromisses ab:

⁵ US-Delegationsleiter.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit informierte am 5. Juni 1983, daß in der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 31. Mai/1. Juni 1983 von belgischer Seite zu einem Besuch des belgischen Außenministers in Spanien folgendes mitgeteilt worden sei: „Spanischer AM Morán habe Tindemans gesagt, daß für den Fall festgefahrener Verhandlungen mit spanischer Initiative zu rechnen sei. Über Form und Inhalt einer solchen Initiative sei zwar noch nicht entschieden, man denke jedoch an bilaterale Gespräche des spanischen MP mit allen drei Teilnehmer-Gruppen, um an diese zu appellieren.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 19/20 an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten; VS-Bd. 12910 (200); B 130, Aktenkopien 1983.

Am 8. Juni 1983 meldete Botschafter Brunner, Madrid, daß Morán ihn über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister am 30./31. Mai 1983 in Moskau unterrichtet habe, in deren Verlauf er auch die Aussichten eines spanischen Vermittlungsvorschlags sondiert habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 643; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zu den am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 129, Anm. 12.

⁸ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 3. Juni 1983, daß der Leiter der rumänischen KSZE-Delegation, Şandru, in der Plenarsitzung erklärt habe, „es müsse alles getan werden, das Folgetreffen ohne weiteren Verzug zu beenden [...]. Um Abschluß zu erleichtern, werde Rum[änien] seine Änderungsvorschläge nicht mehr einbringen. Dafür sollten Vorschläge von West[en] und M[alta] jedoch geprüft werden. Sie stellten keine grundlegenden Probleme oder ungewöhnlichen Hindernisse dar. Rum. widersetzte sich nicht Expertentreffen menschliche Kontakte; die beiden Adjektive (Anm.: ‚genuine and positive‘) könnten wegfallen; beim entsprechenden Expertentreffen sollten Menschenrechte in allen Staaten geprüft werden; Info-Verbreitung über Rundfunk sollte verbessert werden, vorausgesetzt, es geschehe wahrheitsgetreu, objektiv und im Geiste der Annäherung zwischen den Völkern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 627; Referat 212, Bd. 133422.

1.1) Annahme westlichen Vorschlags, Expertentreffen über menschliche Kontakte schon vor nächstem KSZE-Folgetreffen abzuhalten, stärkt USA in ihrem Bestehen auf Einbeziehungen entsprechenden Textes in RM.39 rev.⁹; es schwächt Argumente derjenigen, die meinen, höchstens die Wiedergabe des Vorschlags in einer dem Schlußdokument beizufügenden Erklärung des Tagespräsidenten sei für die SU zumutbar.

1.2) Annahme westlichen Vorschlags, qualifizierende Adjektive im „Monitoren-Satz“ zu streichen, stärkt ebenfalls diejenigen, die diesen Vorschlag wichtig nehmen. (Mit F-DL¹⁰ frage ich mich allerdings, ob verbleibender Rumpfsatz wert ist, aufrechterhalten zu werden, denn seine Anwendung auf Lage der Dissidenten im WP läßt sich nur unter verbalen Verrenkungen nachweisen; westlicher Verzicht dagegen könnte als Konzession Druck auf SU erhöhen, westliche Restforderung anzunehmen. US-DL denkt dagegen an Streichung lediglich des einen Adjektivs „positive“ unter Belassung des anderen „genuine“.)

1.3) Rumänischer Kommentar zu Text des RM.39 rev. über Tagesordnung Expertentreffen über Menschenrechte erleichtert es Westen, auf Forderung nach Änderung vieldeutigen Satzteils „in their states“ zu verzichten: Geplante interpretative Intervention des CDN-DL¹¹, fraglichen Satzteil in rumänischem Sinne weitläufig auszulegen, mag ausreichen.

1.4) Rumänische Zusatzforderungen zu westlichem Vorschlag über Informationsfluß („jamming“) lassen es angeraten erscheinen, westlichen Vorschlag fallenzulassen. Hierzu ist US-DL bereit.

Westliche Delegationen stehen nach wie vor hinter ihrer Verhandlungsposition. Vor allem US, GB und NL zeigen langen Atem und hätten im Grunde nichts gegen weiteres Aussitzen oder Vertagung des Treffens bis in den Herbst, wenn sich SU nicht rühren sollte. Andere Delegationen, darunter wir, fürchten dagegen, daß in nächsten Wochen Zeit gegen uns arbeiten würde: Sowjetische Bereitschaft zu Konzessionen wird abnehmen und nicht zunehmen; gegenwärtiger Rückhalt der N plus N kann Furcht vor Scheitern des Treffens weichen und sie zu Kurzschlußhandlungen treiben. Diesen Überlegungen verschließt sich nicht US-DL Kampelman.

2) SU, von anderen WP-DL unterstützt, verweigert weiterhin Verhandlungen. Dahinter mag Weisungsmangel oder die Absicht stecken, N plus N und Westen zu zermürben. Um Madrider Treffen aus anhaltendem Patt zu lösen – Folge westlicher Verhandlungsforderung über Verbesserungswünsche und östliche Verhandlungsverweigerung –, konzentrieren sich Delegierte mehr und mehr auf den Ausweg, Kompromiß nicht in Verhandlungen zu suchen, sondern in ultimativem Kompromißangebot von dritter Seite.

Ungeachtet sowjetischer Starrheit angesichts westlicher Verbesserungsvorschläge dauert Dialog zwischen Kampelman und Kowaljow (SU) über „performance“¹² an. Kampelman zeigte sich mir gegenüber unverändert hoffnungsvoll,

⁹ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Abschlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

¹⁰ Gilles Curien.

¹¹ Robert Louis Rogers.

¹² Zu den Kontakten zwischen dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegationen, Kampelman, und

einige herausragende Härtefälle unter der Hand einvernehmlich mit zuständigen sowjetischen Stellen aus der Welt schaffen zu können (z.B. Pfingstler¹³, Schtscharanskij¹⁴, Orlow¹⁵!). Deren Behandlung schleppe sich hin, werde oft auch widersprüchlich wiedergegeben, insgesamt schreite er aber voran.)

3) N+N-Delegationen sind ratlos, einige sprechen von notwendigem neuen Vermittlungsversuch oder von Vorschlag der Vertagung. Einheit der Gruppe ist durch persönliche und sachliche Differenzen erschüttert. Eine gemeinsame Initiative wie die der acht N+N-Delegationen vom 15.3.83 (RM.39 rev.) ist heute unwahrscheinlich. Einer Einzelinitiative der CH würde Glaubwürdigkeit gegenüber WP fehlen, da CH auf westliche Positionen offen festgelegt ist. Bei einer Initiative anderer N+N-Delegationen könnten wir nicht ausschließen, daß sie westliche Minimalwünsche ungenügend berücksichtigten – aus Rücksicht auf SU (SF¹⁶), aus Unterschätzung sowjetischer Konzessionsfähigkeit und Überschätzung der westlichen (z. B. S, A, YU).

(Sonderproblem Malta, dessen drei Zusatzvorschläge¹⁷ für Westen unannehmbar sind, behandelt dieser mit M-DL¹⁸ behutsam weiter.)

4) Westliches, aber auch Augenmerk einiger N+N-Delegationen richtet sich mehr und mehr auf mögliche Vermittlerrolle Spaniens. AM Morán hatte diese am 8.2.

Fortsetzung Fußnote von Seite 897

dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kondraschow, über die Lösung humanitärer Härtefälle in der UdSSR vgl. Dok. 55.

13 1978 hatten mehrere Familien, die zu den christlichen Pfingstkirchlern gehörten, Zuflucht in der amerikanischen Botschaft gefunden. Seit Anfang 1983 bemühte sich die amerikanische Regierung verstärkt um eine Ausreise der Familien. Vgl. dazu SHULTZ, Turmoil, S. 167–171.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 21. Juli 1983 mit, daß nach einer bereits ausgestiegenen Familie eine weitere Gruppe von 15 Pfingstkirchlern am 18. Juli 1983 die UdSSR habe verlassen dürfen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3255, Referat 213, Bd. 139289.

14 Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Schtscharanskij vgl. Dok. 49, Anm. 35.

Am 9. Mai 1983 berichtete Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), daß Avital Schtscharanskaja sich am 5./6. Mai 1983 in Madrid aufgehalten und Gespräche mit mehreren westlichen KSZE-Delegationen geführt habe: „Auf ihre Bitte habe auch ich sie empfangen und ihr unsere grundsätzliche Haltung erläutert, insbesondere unseren Wunsch nach Fortsetzung KSZE-Prozesses, um allmähliche Verbesserungen in einer Vielzahl ungenannter humanitärer Einzelfälle zu erzielen. Fortsetzung dieses Prozesses von Lösung bestimmter Einzelfälle abhängig zu machen, würde den Betroffenen nicht helfen und könne den vielen Namenlosen eine letzte Hoffnung nehmen. Frau S[chtscharanskaja] äußerte Bitte, daß sich BK Kohl bei bevorstehendem Moskaubesuch gegenüber GS Andropow, ebenso wie im Juni 1981 BK Schmidt gegenüber GS Breschnew, für ihren Mann wende.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 521; Referat 213, Bd. 139300.

15 Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Orlow vgl. Dok. 55, Anm. 9.

16 Suomi Finnland.

17 Am 12. Mai 1983 übermittelte Malta den Delegationen der KSZE-Folgekonferenz Änderungsvorschläge zum Entwurf der Neutralen und Nichtgebundenen Teilnehmerstaaten vom 15. März 1983 (CSCE/RM.39 revised). Danach wünschte Malta die ausdrückliche Einbeziehung des Mittelmeerraums in den geographischen Geltungsbereich einer KAE. In der Erklärung zu „Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“ sollte außerdem die Reduzierung der Streitkräfte als zusätzliches Ziel aufgenommen werden. Schließlich forderte Malta die Vereinbarung eines Expertentreffens über Fragen der Sicherheit im Mittelmeerraum. Die Vorschläge waren Gegenstand der Redaktionsgruppensitzung der KSZE-Folgekonferenz am 2. Juni 1983. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), teilte am selben Tag mit: „In Abstimmung mit N+N-Delegationen verfolgte Westen doppeltes Ziel: Einmal DL-M Argumente zu liefern, um maltesische Regierung zu entmutigen, auf Forderungen zu bestehen; zum anderen SU an Notwendigkeit von Schlußverhandlungen zur Erreichung des Konsenses zu erinnern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 621; Referat 212, Bd. 133441.

18 Evarist Saliba.

83 im Grundsatz angekündigt¹⁹; seither wartet er auf Stunde Spaniens. E-DL²⁰ sagt mir, MP González sei nach NATO-AM-Treffen und vor seinem Besuch in Washington²¹ in der Woche vom 13. bis 17.6. zu einer Initiative bereit. Dieser denke an einen Kompromißvorschlag, der in seinem Inhalt etwa dem unter 1.1²² skizzierten entsprechen würde und in der Form seiner Präsentation mit US, uns und vielleicht²³ F abzustimmen sei. US-DL, mit dem ich diese Möglichkeit verfolge, hat AM Shultz hierüber nicht berichtet. Mit mir sähe er aber in einem Schritt, der vom Regierungschef des Gastlandes ausginge, wenn auch nicht erfolgssichere, aber vielleicht wirkungsvolle Möglichkeit, SU unter weiteren politischen Druck zu setzen, damit diese westlichem Kompromiß unter Gesichtswahrung zustimmen könne.²⁴ (Nach Kampelmans Auffassung würde Druck erhöht, wenn für Fall eines sowjetischen Nein längere Vertagung des Treffens angedroht würde. Hiergegen erhob ich Bedenken.)

F und meiste westliche Delegationen kennen spanische Initiative nur in Umrissen, sehen in ihr jedoch ebenfalls möglichen Ausweg. (GB ist skeptisch: Gibraltar²⁵, sozialistische Regierung in Madrid, Zweifel an spanischem Geschick!)

5) Zum KAE-Mandat sagte mir Kampelman nach Rückkehr aus Washington, im Joint Chiefs of Staff treffe er weiterhin auf Bedenken gegen Fußnote²⁶, gegen „such“ für „those activities“ in Ziffer 4²⁷ sowie gegen Beginn der KAE im November.²⁸ Erste beiden Bedenken hoffe er ausräumen zu können, für Verschiebung des Beginns der KAE (Vorbereitungstreffen im November statt Oktober, Beginn des Haupttreffens statt November Ende Januar) spreche Notwendigkeit ausreichender Vorbereitung und Tatsache, daß SU hiergegen keine Einwän-

19 Botschafter Brunner, Madrid, informierte am 8. Februar 1983, der spanische Außenminister Morán habe am selben Tag zur spanischen KSZE-Politik in einem Radiointerview erklärt, „daß seine Regierung mehr suche als die Rolle des Gastgebers, vielmehr sich um die Herstellung von Kontakten bemühen wolle, die der Konferenz zum Erfolg verhelfen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 111; Referat 212, Bd. 133487.

20 Juan Luis Pan de Soraluce.

21 Ministerpräsident González hielt sich vom 20. bis 22. Juni 1983 in den USA auf.

22 Die Wörter „unter 1.1“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dort zwei Alternativen!“

23 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sicher F.“

24 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze handschriftlich: „Spanien will mit ganzer NATO abstimmen.“

25 Zur Gibraltar-Frage im Zusammenhang mit einem spanischen EG-Beitritt vgl. Dok. 126, Anm. 12.

26 Zur Erklärung des Begriffs „angrenzendes Seegebiet“ im Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 129, Anm. 9.

27 In Ziffer 4 des Abschnitts über die KVAE im Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) hieß es: „In bezug auf das angrenzende Seegebiet und den angrenzenden Luftraum werden diese Maßnahmen auf die dort stattfindenden militärischen Tätigkeiten aller Teilnehmerstaaten anwendbar sein, soweit diese Tätigkeiten die Sicherheit in Europa berühren und einen Teil solcher Tätigkeiten im gesamten oben erwähnten Europa bilden, die anzukündigen sie vereinbaren werden.“ Vgl. Referat 212, Bd. 153477.

28 Im Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) hieß es in Ziffer 3 des Abschnitts über die KVAE: „Die erste Etappe der Konferenz wird ab 15. November 1983 in Stockholm abgehalten.“ Vgl. Referat 212, Bd. 153477.

de habe. (Dies bestätigt finnischer Kollege²⁹.) Ich behielt unsere Antwort darauf vor.

[gez.] Kastl

VS-Bd. 13368 (212)

173

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-18437/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 9. Juni 1983, 12.06 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1167

Ankunft: 9. Juni 1983, 12.51 Uhr

Citissime

Betr.: Vierertreffen der Außenminister über Berlin- und Deutschlandfragen am 8.6.1983 in Paris²

1) Gesamteindruck

Das Vierertreffen (Gastgeber: französischer AM Cheysson) war wie gewohnt von den Politischen Direktoren und Berlin-Experten vorbereitet worden. Die Minister billigten die Berlin- und Deutschlandpassage für das NATO-Kommuniqué.³ Sie nahmen von der Lagebewertung Berlin durch die Bonner Vierergruppe⁴ zustimmend Kenntnis und ließen sich über die innere und die wirtschaftliche Lage der DDR, den Stand der innerdeutschen Beziehungen sowie die Beziehungen der Drei Mächte zur DDR unterrichten.

2) Das Treffen im einzelnen

2.1) Die Lagebewertung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die Lage in und um Berlin ist ungeachtet andauernder Spannungen im Ost-West-Verhältnis insgesamt weiterhin ruhig. Das Arbeitsklima zwischen den Alliierten und der SU in Berlin ist weiterhin korrekt. Die Zunahme von Luft-

²⁹ Richard Müller.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Derix am 10. Juni 1983 vorgelegen.

² Zum Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Shultz (USA) sowie des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, vgl. auch Dok. 175.

³ Vgl. dazu Ziffer 13 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 90. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 396.

⁴ Am 24. Mai 1983 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl den von der Bonner Vierergruppe am 20. Mai 1983 gebilligten Bericht über die Lage Berlins vor und faßte die Ergebnisse folgendermaßen zusammen: „Kontinuität der insgesamt ruhigen Lage in und um Berlin trotz anhaltend schwieriger Ost-West-Beziehungen; keine größeren Probleme, die den Zugang von und nach Berlin in Frage stellen; unveränderte Haltung der DDR in der Mindestumtauschfrage und Hinweis auf die Absage des Honeckerbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr; vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung Berlins und des Bundesgebietes“. Vgl. Referat 210, Bd. 132649.

raumreservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin⁵ durch die SU bedarf indessen besonderer Aufmerksamkeit. Die Alliierten Missionen in Berlin wurden beauftragt, die Entwicklung sorgfältig zu beobachten.

Die Direktoren erörterten die Haltung der SU und der DDR zu Berlinfragen im Lichte der west-östlichen Auseinandersetzungen über die eventuelle Aufstellung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Sie stimmten darin überein, daß es ungeachtet verschiedener Äußerungen der SU und der DDR⁶ bisher keine konkreten Anhaltspunkte dafür gibt, daß die SU und die DDR ihre Berlinpolitik zu ändern beabsichtigen. Die Bonner Vierergruppe wurde beauftragt, die Lageentwicklung unter diesem Aspekt weiterhin mit besonderer Sorgfalt zu verfolgen.

2.2) Der Antrag der US-Gesellschaft Direct Air auf Zulassung zusätzlicher Verbindungen nach Berlin⁷ wurde ausführlich erörtert. Es wurde Einigung erzielt, daß eine baldige Bescheidung der Direct-Air-Anträge wünschenswert wäre.

2.3) Die Aussprache über die wirtschaftliche Lage der DDR führte zu dem Ergebnis, daß die Situation der DDR angespannt bleibt, sich aber in gewissem Maße durch Importbeschränkungen bei gleichzeitiger Steigerung der Exporte stabilisiert hat. Die DDR konnte ihre Außenverschuldung weiter abbauen.

2.4) Hinsichtlich der inneren Lage der DDR bestand Übereinstimmung, daß das Regime trotz weitgehender Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen einer Reihe von Schwierigkeiten (fehlende Effektivität des Wirtschaftssystems, kritische Diskussion von Friedensfragen außerhalb der offiziellen Linie, ungelöste Grundfrage im Verhältnis Staat–Kirche) das Heft unverändert fest in der Hand hält. Die Bildung und Entwicklung unabhängiger Friedensgruppen verdient besondere Aufmerksamkeit.

⁵ Zur sowjetischen Politik bezüglich der Luftkorridore von und nach Berlin vgl. Dok. 95.

⁶ Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, informierte am 4. Juni 1983 über ein Gespräch mit dem Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in Potsdam vom Vortag. Zu den möglichen Auswirkungen der Dislozierung amerikanischer Mittelstreckensysteme auf die Lage in Berlin habe Schmidt erklärt, „ungeachtet der aus einer Stationierung entstehenden schweren Belastung rechne er hier nicht mit Veränderungen. Die Berlin-Politik sei eine allerdings wesentlich sowjetische Politik, und natürlich sei es ganz unvermeidlich, daß im Zusammenhang mit einer Stationierung auch hinsichtlich Berlins – einem der besonders empfindlichen Punkte der westlichen Position – Überlegungen angestellt würden. Grundsätzliche Änderungen der bisher an Stabilität ausgerichteten sowjetischen Berlin-Politik halte er aber für unwahrscheinlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; Referat 220, Bd. 124522.

Am 6. Juni 1983 erklärte der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt, gegenüber Staatsminister Mertes zu einem möglichen Junktim zwischen der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa und der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen, daß die DDR die Lage „nüchtern und real“ sehe: „Sie sei bereit, den mit Abschluß des Grundlagenvertrages beschrittenen Weg fortzusetzen und das Erreichte zu bewahren. Von Junktim könne keine Rede sein.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 201, Bd. 125685.

⁷ Am 29. November 1982 wurde in der Presse berichtet, daß das amerikanische Luftfahrtunternehmen DirectAir am 2. Oktober 1982 bei den Drei Mächten einen Antrag gestellt habe, der einen Flugverkehr zwischen Berlin-Tegel und Dortmund, Münster, Mannheim, Kassel, Paderborn und Friedrichshafen sowie in der Sommersaison zur Nordseeinsel Borkum vorsehe. Vgl. dazu den Artikel „Pläne für Berliner Regionalflugverkehr verlieren sich im Dschungel der Behörden“, DER TAGESSPIEGEL vom 29. November 1982, S. 38.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schmidt vermerkte am 29. April 1983, daß nach Auskunft der Drei Mächte „die Prüfung des Antrags in den Hauptstädten noch nicht beendet und deshalb auch noch keine Weisung an die Attachés ergangen sei. Auch über einen Zeitpunkt der Entscheidung konnte keine Auskunft gegeben werden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132618.

2.5) Wir berichteten über den Stand der innerdeutschen Beziehungen und die Absage des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland für dieses Jahr⁸. Wir wiesen darauf hin, daß die Politik der Bundesregierung unverändert darauf gerichtet ist, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten weiterzuentwickeln, um solche Fragen, die lösbar sind, im Interesse der Menschen auf beiden Seiten zu regeln. Die Unterstützung des Bündnisses für diese Politik der Bundesregierung hat in der Deutschlandpassage des Schlußkommuniqués ihren Niederschlag gefunden.

2.6) Die Alliierten gaben eine kurze Übersicht über den Stand der Beziehungen ihrer Länder zur DDR. Nennenswerte Entwicklungen waren dabei nicht zu verzeichnen.

USA–DDR

Beziehungen weitgehend stagnierend. Kein Fortschritt in den Entschädigungsverhandlungen (nächste Gesprächsrunde 28.6.1983). Hinsichtlich der Jewish Material Claims hat die DDR eine gewisse Flexibilität erkennen lassen.⁹

GB–DDR

Beziehungen korrekt, aber von geringer Substanz. Im Umfeld der Leipziger Frühjahresmesse Unterzeichnung eines wirtschaftlichen Kooperationsprogramms.¹⁰ Verschiebung des Besuchs von StM Rifkind in der DDR¹¹ wegen britischer Wahlen¹².

F–DDR

Paris hat Besuch von AM Cheysson in Berlin (Ost) ins Auge gefaßt, nachdem DDR-AM Fischer vor zwei Jahren Paris besucht hat.¹³ Genauer Zeitpunkt ist noch nicht bestimmt („vielleicht noch in diesem Jahr“).¹⁴ Rückgang des beider-

⁸ Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 123.

⁹ Seit Januar 1982 verhandelten die USA und die DDR über eine Regelung gegenseitiger Entschädigungsansprüche. Zum Stand notierte Referat 210 am 28. November 1983, daß in drei Verhandlungsrunden „nur wenig Fortschritt“ erzielt worden sei: „Die USA beanspruchen Schadensersatzleistungen in Höhe von 78 Mio. Dollar zuzüglich Zinsen, um Forderungen amerikanischer Firmen und einzelner Bürger aufgrund der Verstaatlichung ihres in der DDR gelegenen Eigentums zu befriedigen. Parallel hierzu laufen Verhandlungen zwischen der ‚Conference on Jewish Material Claims‘ in New York und der DDR über Wiedergutmachungsansprüche in Höhe von 100 Mio. Dollar. Unter Verneinung jeglicher Wiedergutmachungspflicht für jüdische Opfer im NS-Deutschland bietet die DDR lediglich an, als symbolische Geste eine Million Dollar zu zahlen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132598.

¹⁰ Am 12. März 1983 vereinbarten Großbritannien und die DDR ein „Programm über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“. Vgl. dazu den Artikel „Gute Entwicklung der Zusammenarbeit“, NEUES DEUTSCHLAND vom 14. März 1983, S. 3.

¹¹ Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Rifkind, hielt sich vom 4. bis 6. Oktober 1983 in der DDR auf.

¹² Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt. Dabei errang die Konservative Partei 397 Mandate, Labour 209, die Allianz von Liberalen und Sozialdemokraten 23, die schottischen und walisischen Nationalisten je 2 sowie die Ulster-Unionisten 21. Am 11. Juni 1983 wurde die neue Regierung unter Premierministerin Thatcher gebildet.

¹³ Der Außenminister der DDR, Fischer, besuchte Frankreich vom 9. bis 11. November 1981.

¹⁴ Der für den 1./2. Dezember 1983 geplante Besuch des französischen Außenministers Cheysson anlässlich der Einweihung des französischen Kulturinstituts in Ost-Berlin mußte aus gesundheitlichen Gründen verschoben werden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1748 des Ministerialdirigenten Hellbeck, Ost-Berlin, vom 29. November 1983; Referat 210, Bd. 132590. Cheysson besuchte die DDR am 26./27. Januar 1984.

seitigen Handelsvolumens. Französische Bilanz weist gegenüber der DDR leichtes Defizit auf.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 13355 (210)

174

Botschaftsrat Ehni, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-18450/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1140

Aufgabe: 9. Juni 1983, 17.31 Uhr¹
Ankunft: 9. Juni 1983, 18.11 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz vom 1./2.6.83²;
hier: Nachbereitung

Zur Unterrichtung

1) Soweit bisher im NATO-Hauptquartier festzustellen war, wird der Verlauf der DPC-Ministerkonferenz als erfreulich angesehen. Angesichts einer Reihe anstehender schwieriger Probleme und der Notwendigkeit, mit Eintritt in die vielleicht kritische Phase des NATO-Doppelbeschlusses unverminderte Bündnissolidarität zu bewahren, scheint die deutsche Verhandlungsführung wesentlich mit zum positiven Sitzungsverlauf beigetragen zu haben.

2) Die deutsche Position ist glaubwürdig vertreten worden, ohne daß wichtige Elemente aufgegeben oder übergangen werden mußten. Im Gegenteil konnte ein gewisses Verständnis für unsere Probleme geweckt werden, da wir auch unsererseits anderen Partnern ihre Position nicht versagt haben (Bsp. Drei-Prozent-Formel oder weitere Bemühungen³, belgisches Luftverteidigungspro-

¹ Hat den Legationsräten I. Klasse Wagner und Adamek am 10. Juni 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann nach Rückkehr am 13. Juni 1983 vorgelegen.

² Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel vgl. auch Dok. 166 und Dok. 168.

³ Zur Frage einer Erhöhung der Verpflichtung der NATO-Mitgliedstaaten, ihre Verteidigungsausgaben um jährlich 3 % zu steigern, vgl. Dok. 158.

Bundesminister Wörner erklärte in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1. Juni 1983 in Brüssel, daß die Bundesrepublik trotz schwieriger wirtschaftlicher und finanzieller Lage die Drei-Prozent-Formel akzeptiere. Er zog die Vorbehalte zur „Ministerial Guidance 1983“ zurück, wies aber darauf hin, daß die Bundesrepublik „keine höheren Zuwachsraten als drei Prozent bei den Verteidigungsausgaben erwarten könne. Daher würde eine derartige Formel bedeuten, daß etwas versprochen würde, was nicht gehalten werden könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1072 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 1. Juni 1983; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 2. Juni 1983 verabschiedete der Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO die „Ministerial Guidance 1983“. In Ziffer 10 des Communiqués der Ministersitzung wurde die Verpflichtung zur jährlichen Steigerung der Verteidigungsausgaben um 3 % bestätigt. Weiter hieß es: „In the light of the growing disparity between the forces of NATO and the Warsaw Pact, the Allies have also agreed to continue to do their utmost to make available all the resources needed to provide the

blem⁴, dänische Situation bei INF⁵). Dieses konstruktive Auftreten hat nicht nur unseren nationalen Interessen genützt, weil wir die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit unzweideutig verständlich gemacht haben. Die ebenso glaubwürdig dargestellten Bemühungen im Rahmen des Möglichen haben auch der Erhaltung der Bündnissolidarität gedient. Unsere Haltung dürfte die Erwartung geweckt haben, daß wir bei weiterer Wahrung unserer Interessen in der Lage sind, im Bündnis eine moderierende Rolle zu spielen.

3) Aus hiesiger Sicht scheinen folgende Aspekte noch erwähnenswert:

a) Obwohl es keine eigentliche Strategiediskussion gegeben hat, zeigten sich mehrfach unterschiedliche Interpretationen vor allem der Auswirkungen konventioneller Stärkung und moderner Technologie auf die Bündnisstrategie. Im Grunde liegt hierzu eine von allen Verteidigungsministern getragene Antwort vor (NPG Study 47, Oktober 76/April 77⁶), die auch heute noch gültig ist. Auffassungsunterschiede über die Lage der „nuklearen Schwelle“ (bis hin zum „de facto no first use“) scheinen z. T. nur aus ungenauer Ausdruckweise zu resultieren, z. T. aber auch in abweichender Einschätzung des konventionellen Triadenelements zu liegen. Nicht erkennbar war, ob alle Seiten zwischen der Notwendigkeit unterscheiden, Eskalationszwang aus militärischer Schwäche heraus zu vermeiden oder möglichst weit hinauszuschieben, und zwischen der Möglichkeit, aus politischen Gründen zu eskalieren, ohne daß die konventionelle Verteidigung schon erschöpft ist.

b) In der INF-Problematik kann die Haltung des dänischen Verteidigungsministers⁷ bei der Abfassung des Kommuniqués⁸ nicht darüber hinwegtäuschen, daß erstmals ein Partner, der den Doppelbeschluß bisher getragen hat, dafür nicht mehr über die parlamentarische Grundlage verfügt. Dies ist eine Situation neuer politischer Qualität, die bei uns schwer überschaubare innenpolitische Reaktionen verursachen kann, wenn sie vom Bündnis einfach hingenommen wird und sich möglicherweise auch bei weiteren Partnern wie Belgien, Niederlande oder Portugal zeigen könnte. Aus hiesiger Sicht müßten Demarchen durch uns und andere bei der dänischen Regierung erfolgen, zumal wir durch jede Stationierung besonders betroffen sind und jedes Ausscheren eines Partners aus seiner Pflicht zu Solidarität und Risikoteilung uns zusätzlich belastet.⁹

Fortsetzung Fußnote von Seite 903

requisite strengthening of their deterrent and defence forces.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 83. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 387.

⁴ Zu den geplanten Kürzungen bei den an der integrierten NATO-Luftverteidigung beteiligten belgischen Luftstreitkräften vgl. Dok. 165, Anm. 17.

⁵ Zur Entschließung des dänischen Parlaments vom 26. Mai 1983 vgl. Dok. 140, Anm. 5.

⁶ Für Teil I der Studie der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vom 1. Oktober 1976 über die militärischen Auswirkungen neuer Technologien auf den taktischen Einsatz von Nuklearwaffen, der der Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 17./18. November 1976 in London vorlag, vgl. VS-Bd. 11263 (201). Vgl. dazu auch AAPD 1976, II, Dok. 339.

Nach Abschluß von Teil II der Studie über die politischen Auswirkungen am 4. April 1977 waren beide Studien Gegenstand der Erörterungen der NPG-Ministerkonferenz am 8./9. Juni 1977 in Ottawa. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 155.

⁷ Hans Engell.

⁸ Zum dänischen Vorbehalt im Kommuniqué der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 vgl. Dok. 166, Anm. 20.

⁹ Zu diesem Satz handschriftlicher Vermerk: „Nein, muß auf Ministerebene verhandelt werden.“

c) Die spanische Haltung im Zusammenhang mit dem Kommuniqué¹⁰ unterstrich die grundsätzliche Einschätzung, daß sich Spanien sicherheitspolitisch, aber ebenso wirtschaftlich, dem Westen zugehörig fühlt. Spanien dürfte aber voraussetzen, daß die Übernahme bündnispolitischer Verpflichtungen (z. B. Risiko- und Lastenteilung) auch zu einer aufgeschlosseneren Haltung einiger europäischer Partner in der Frage des EG-Beitritts¹¹ führt. Dabei kann Spanien die engen Beziehungen zu den USA, die fast schon als historisch gewachsen gelten können, und die nationalen Sicherheitsinteressen Spaniens ausreichend abdecken, nicht nutzen. Angesichts der wenig entgegenkommenden Haltung aller anderen in Frage kommenden Partner (F, UK, Südflankenstaaten) und der guten Beziehungen zu uns wird Spanien besonders unsere Unterstützung suchen. Es wird darum gehen, zu vermeiden, daß in Spanien der Eindruck entsteht, den Stuhl vor die Tür gesetzt zu bekommen. Davon wird letztlich der Ausgang des Referendums zum NATO-Beitritt¹² beeinflußt werden, da er wesentlich von der Formulierung der Fragestellung durch die Regierung abhängen dürfte.

d) Die Aussprache über die Out-of-area-Frage¹³ brachte zwar keine zählbaren oder meßbaren Fortschritte, führte aber andererseits nicht zu einer Verhärtung der Standpunkte oder zu einer Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Partnern. Zu diesem Ergebnis, das die Bündnisolidarität wahrte und aus hiesiger Sicht unter den gegebenen Voraussetzung positiv bewertet wird, trugen mehrere Gründe bei.

Zum einen lagen die abschließenden Erkenntnisse der SWA Impact Study¹⁴ und vor allem die hieraus resultierenden sensitiven Kompensationsforderungen noch nicht vor, zum anderen wurde durch die zahlreichen bilateralen Gespräche, die vor der DPC-Konferenz stattgefunden hatten, das Verständnis für die beiderseitigen Standpunkte geweckt bzw. vertieft. Schließlich bestätigten sich die Anzeichen, daß innerhalb der US-Regierung eine zunehmende Differenzierung in der Betrachtungsweise Platz greift. Während von militärischer Seite an den bisherigen Maximalvorstellungen festgehalten wird, ist von politischer Seite ein schrittweises Abrücken von der bisherigen Planung auf der Grundlage eines unwahrscheinlichen, im Prinzip auch gar nicht möglichen Falles einer von NATO-Europa isolierten militärischen sowjetisch-amerikanischen Auseinandersetzung in SWA festzustellen.

Es liegt im wohlverstandenen Interesse der europäischen NATO-Partner und vor allem im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, die angedeutete flexiblere Haltung der politischen Seite der Administration zu stützen, wenn möglich zu stärken. Voraussetzung ist allerdings, daß ein Einvernehmen in der sicherheitspolitischen Zielsetzung der SWA-Planung hergestellt wird.

¹⁰ Zum spanischen Vorbehalt im Kommuniqué der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 vgl. Dok. 166, Anm. 25.

¹¹ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 126, Anm. 21.

¹² Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 126, Anm. 7.

¹³ Zur Frage des Einsatzes von Streitkräften der NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets vgl. Dok. 150.

¹⁴ Zur Untersuchung der Auswirkungen der militärischen Planungen der USA für Südwestasien auf die Verteidigungsfähigkeit der NATO („South West Asia Impact Study“) vgl. Dok. 166, Anm. 8.

Für die weitere Behandlung der SWA-Frage sollte der bisher eingeschlagene Weg, bilateral nur die Bereiche „indirect participation“ sowie „facilitation of transit“ zu klären, Kompensationsforderungen hingegen im Bündnis zur Sprache zu bringen, konsequent eingehalten werden. An der Tatsache, daß die SWA Impact Study und die hieraus erwachsenden Kompensationsforderungen auf dem Worst-case-Szenario von sieben Division aufbauen, wird sich nichts ändern lassen. Es wird vielmehr darauf ankommen, bei dem im MC und DPC anstehenden Stellungnahmen zu dieser Studie zunächst einen entsprechenden Vorbehalt zu dem gewählten Szenario einzubringen, der es uns im Verlauf der weiteren Behandlung von Kompensationsforderungen im Bündnis erlaubt, unsere eigenen Kompensationen auch an „lesser than worst cases“ auszurichten. Ein mit DMV/MC NATO¹⁵ abgestimmter Vorschlag wird hierzu in Kürze vorgelegt.

e) Ungeachtet des bei der DPC Sitzung erreichten Kompromisses, die Infrastrukturmittel für das laufende Fünf-Jahres-Programm um 150 Mio. IAU¹⁶ aufzustocken¹⁷, werden die Vereinigten Staaten, unterstützt durch UK, NO und TU, weiter versuchen, zusätzliche Mittel für die gegenwärtige Slice-Gruppe zu erhalten. In der Argumentation wird vermutlich die erhoffte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Vordergrund stehen. Mit einem entsprechenden Vorstoß ist noch vor der nächsten DPC-Sitzung¹⁸ zu rechnen. Angesichts dieser Lage empfiehlt es sich, unsere bisher eingeschlagene Richtung konsequent zu verfolgen, zumal auch andere Allianzpartner (insbesondere DA, CA, IT und BE) dazu neigen, das Finanzierungsdefizit der laufenden Slice-Gruppe bei der Festsetzung der Höchstgrenze der nächsten Slice-Gruppe zu erörtern.

4) Der Entwurf dieses Drahtberichts ist mit Botschafter Dr. Wieck besprochen worden.

[gez.] Ehni

VS-Bd. 12018 (201)

¹⁵ Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuß der NATO.
Ernst-Dieter Bernhard.

¹⁶ International Accounting Unit.

¹⁷ Zur Frage einer Erhöhung der Infrastrukturmittel der NATO vgl. Dok. 158, besonders Anm. 12 und 13.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 1. Juni 1983, daß NATO-Generalsekretär Luns in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am selben Tag eine Erhöhung der Infrastrukturmittel der NATO um 300 Mio. International Accounting Units (IAU) vorgeschlagen habe. Bundesminister Wörner habe demgegenüber ausgeführt, daß eine Anhebung um 150 Mio. IAU „leider die Obergrenze für Deutschland im gegenwärtigen Zeitpunkt“ sei. Er habe sich jedoch bereit erklärt, „bei einer eventuellen Besserung der wirtschaftlichen Situation erneut über die NATO-Infrastruktur zu reden“. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe „mindestens 300 Mio. IAU für erforderlich“ gehalten, das Angebot der Bundesrepublik aber „mit Bedauern“ akzeptiert: „Bei verbesserter wirtschaftlicher Situation sollte erneut unter Berücksichtigung der militärischen Forderungen und des wirtschaftlichen Nutzens für die Allianzpartner, möglichst schon im Herbst 1983, beraten werden. GB schloß sich dem an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1067; Referat 201, Bd. 125693.

¹⁸ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 380.

175

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-18452/83 geheim

Fernschreiben Nr. 1184

Aufgabe: 9. Juni 1983, 20.41 Uhr¹

Ankunft: 9. Juni 1983, 22.06 Uhr

Betr.: Abendessen der vier Außenminister am 8. Juni 1983 in Paris²

I. Themen

Die vier Minister behandelten die Themen:

- START und INF, Gewaltverzicht;
- KSZE-KAE;
- Polen;
- Zentralamerika;
- Spanien in der NATO;
- Kommuniké-Fragen.

Pym (GB) ließ sich wegen Wahlkampf³ durch Bullard vertreten.

II. START und INF, Gewaltverzicht

Shultz erklärte, daß Präsident Reagan am 8. Juni 1983 neue amerikanische START-Vorschläge bekanntgegeben habe.⁴ Der endgültige Text, an dessen Vorfassungen er, Shultz, mitgearbeitet habe, liege noch nicht vor. Die Grundgedanken beruhten auf den Vorschlägen der Scowcroft-Kommission⁵, die folgende Empfehlungen gemacht habe:

- Bau und Dislozierung von 100 MX.
- Entwicklung der „Midgetman“, einer kleinen, festverbunkerten Interkontinental-Rakete mit nur einem Sprengkopf. Konzeptionell solle die „Midgetman“ von der destabilisierenden MIRV-Entwicklung wegführen. Die rüstungskontrollpolitische Limitierung von Raketen habe ja leider den gewaltigen Anstieg der Gefechtsköpfe nicht bremsen können.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 29.

² Zum Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Shultz (USA) sowie des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, vgl. auch Dok. 173.

³ Zu den Wahlen zum britischen Unterhaus am 9. Juni 1983 vgl. Dok. 173, Anm. 12.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 831–833. Referat 220 legte dazu dar, die Änderungen beträfen zum einen die Erhöhung der Obergrenze für Raketen von bisher 850 „auf eine nicht fixierte Zahl“: „Dadurch wird die Möglichkeit zur Entwicklung und Stationierung der von der Scowcroft-Kommission vorgeschlagenen, relativ unverwundbaren kleinen ICBM geschaffen.“ Damit habe die amerikanische Seite sich der von der UdSSR vorgeschlagenen „Obergrenze für Raketen und strategische Bomber von 1800“ angenähert. Zum anderen seien die Obergrenzen für schwere und mittlere ICBM betroffen: „Hier haben die USA nunmehr die Bereitschaft zu einem flexiblen Angebot erklärt, das gemacht wird, sobald die SU zu erkennen gibt, in welche Richtung sie in dieser Frage zu gehen wünscht“. Unverändert bleibe dagegen „die für die Zahl der beiderseitigen Gefechtsköpfe vorgesehene Obergrenze von 5000 mit einem subceiling für GK auf landgestützten ICBM von 2500.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 16. Juni 1983; Referat 220, Bd. 124532.

⁵ Zum Bericht der Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) vom 6. April 1983 vgl. Dok. 96, Anm. 9.

Die neue amerikanische Position enthalte folgende Hauptpunkte:

- (1) Gefechtsköpfe sollen auf 5000 begrenzt werden. (Vorschlag bleibt.)
- (2) Die Obergrenze für Raketen (früherer amerikanischer Reduzierungsvorschlag: 850) werde erhöht werden.

Eine Zahl könne er noch nicht nennen. Rowny werde jedenfalls die Instruktion erhalten, eine höhere Zahl anzubieten. Auf diese Weise könne man dem sowjetischen Gegenvorschlag (1800, allerdings einschließlich Bomber) entgegenkommen.

Einige hätten die Frage gestellt, warum man überhaupt noch eine Launcher-Begrenzung brauche, wenn man die Gefechtsköpfe limitiere. Es wäre aber ein Fehler, die Raketen nicht zu begrenzen. Beide Seiten müßten auch gemäß diesem Kriterium reduzieren.

Ein wichtiges drittes Kriterium sei das Wurfgewicht. Hier habe die Sowjetunion einen sehr großen Vorsprung, der durch Verbesserung der Präzision immer unangenehmer werde.

Die USA würden zur Reduzierung des Wurfgewichts ein flexibles Angebot machen. Die Reduzierung auf 5000 Sprengköpfe würde natürlich das Wurfgewicht auf sowjetischer Seite bereits verringern. Die USA hielten zur weiteren Reduzierung des Wurfgewichts daran fest, daß für schwere Raketen ein subceiling von 110 gelten solle. Die USA würden es aber der sowjetischen Seite freistellen, einen spezifischen Reduzierungsvorschlag für das Kriterium Wurfgewicht zu machen.

Um es zusammenzufassen:

- (1) Durch die Bereitschaft zur Anhebung des ceiling für launchers nähere sich die amerikanische Seite der sowjetischen Position.
- (2) Der Vorschlag für die Begrenzung der Sprengköpfe (5000) bleibe der gleiche.
- (3) In der Frage des Wurfgewichts zeige die USA nun, wie beschrieben, größere Flexibilität.

Shultz erwähnte, der „build-down-Gedanke“⁶ werde von der Administration geprüft. Dieser Gedanke sei schwer in die Praxis umzusetzen. Er werde nicht in Rownys neuer Instruktion figurieren.

Über die gesamte START-Materie werde demnächst der NATO-Rat im Detail informiert.⁷

⁶ Zum „build down“-Konzept amerikanischer Senatoren und Abgeordneter vgl. Dok. 157, Anm. 6. Botschafter Hermes, Washington, informierte am 2. Juni 1983: „Das build down-Konzept der Senatoren Cohen und Nunn, dem der Präsident öffentlich eine – qualifizierte – Unterstützung gegeben hat, bereitet den Ressorts außerordentlich große Schwierigkeiten. Wie wir hörten, haben die Ressorts für die Sitzung des NSC am 7.6. ein Papier mit mehreren Optionen für eine build-down-Formel vorgelegt. Einig sei man sich, daß ein solches Konzept nicht neben die START-Vorschläge treten, sondern irgendwie in die START-Position einbezogen werden solle. Die Cohen-Nunn-Formel eines Verhältnisses zwischen Abbau und Modernisierung von 2 zu 1 sei nicht akzeptabel. [...] Angesichts der Schwierigkeiten denkt man innerhalb der Administration auch an optische Auswege. So könne darauf hingewiesen werden, daß die drastische Reduzierung von Sprengköpfen und Wurfgewicht bereits eine Art build-down darstelle. Ob ein solcher Ausweg den Initiatoren des Konzepts ausreicht, erscheint jedoch zweifelhaft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2488; VS-Bd. 12946 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am 15. Juni 1983 durch den Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, vgl. Dok. 183, Anm. 5.

Es sei zu registrieren, daß der sowjetische Unterhändler⁸, im Gegensatz zur vorhergehenden Propaganda-Kampagne, bei seiner Ankunft in Genf am vergangenen Montag⁹ eine „verhältnismäßig versöhnliche“ Erklärung zu START abgegeben habe.

Cheysson stellte die Frage, welche Haltung von der Sowjetunion in der INF-Frage zu erwarten sei. Moskau müsse doch immer mehr zu der Überzeugung kommen, daß die Dislozierung, auch der Pershing II, stattfinden werde.

Der Bundesminister erklärte, es lohne sich in der Tat, das Verhältnis dieser beiden Verhandlungen zueinander zu untersuchen. Die für uns besonders wichtigen INF-Verhandlungen würden durch die Haltung der westlichen Regierungen entschieden werden. Dabei sei die Sicherheitserklärung von Williamsburg¹⁰ von großer Bedeutung. Das Ergebnis der NATO-Außenministerkonferenz in Paris¹¹ dürfe nicht weniger klar und nicht weniger fest sein als die Haltung der Sieben. Es komme auf die Nervenkraft der beteiligten Regierungen in den folgenden Monaten an. Auch der Besuch des Bundeskanzlers in Moskau¹² werde dazu einen Beitrag leisten. Die neuen amerikanischen START-Vorschläge entlasteten uns innenpolitisch. Der Gedanke des „build-down“ werde in der INF-Debatte eine Rolle spielen. Es wäre gut, wenn im Zusammenhang mit der INF-Dislozierung eine gewisse Zahl von taktischen Sprengköpfen abgezogen würde. Wenn das geschehe, müsse der Abzug allerdings viel besser „verkauft“ werden als der Abzug der 1000 Sprengköpfe 1980.¹³ Unsere damalige Öffentlichkeitsarbeit habe versagt. Man müsse das Geschehen auf allen Verhandlungsbühnen im Zusammenhang sehen: die neuen amerikanischen START-Vorschläge; die schon vor einiger Zeit entwickelte Flexibilität bei INF; die neuen Überlegungen für MBFR¹⁴ und die westlichen Anstrengungen für einen positi-

⁸ Wiktor Pawlowitsch Karpow.

⁹ 6. Juni 1983.

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.

¹¹ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

¹² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹³ Korrigiert aus: „1981“.

Zum Abzug von 1000 amerikanischen nuklearen Gefechtsköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

¹⁴ Zu Überlegungen für eine amerikanische MBFR-Initiative vgl. Dok. 155.

Botschafter Ruth, z.Z. Paris, vermerkte am 8. Juni 1983, daß die amerikanische MBFR-Initiative Gegenstand von Gesprächen mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, und dem Mitarbeiter im britischen Außenministerium, Gillmore, gewesen sei: „Britten stimmen ebenso wie wir im Grundsatz dem amerikanischen Vorhaben zu, in einem vertraulichen Gespräch auf der Ebene Shultz/Dobrynin die Ernsthaftigkeit der Sowjets bei MBFR auf die Probe zu stellen. [...] Wir legten großen Wert darauf, daß das sowjetisch-amerikanische Gespräch nur den einleitenden Schritt einer gemeinsamen Initiative des Bündnisses darstellen könne, mit der die Verhandlungsbereitschaft des Ostens auf dem eigentlichen Verhandlungsforum in Wien auf die Probe gestellt würde.“ Zur Illustrierung der Vorstellungen der Bundesregierung für eine Verhandlungsinitiative des Bündnisses sei ein Arbeitspapier mit Elementen für einen solchen Schritt zirkuliert worden. Vgl. die Aufzeichnung sowie das beigelegte Arbeitspapier; VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Der amerikanische Außenminister führte am 17. Juni 1983 in Washington mit dem sowjetischen Botschafter ein Gespräch über MBFR. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik notierte am 20. Juni 1983, daß nach Auskunft des Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation, Abramowitz, Shultz „sich auf der Basis der in Paris mit uns und den Briten abgestimmten Gesprächsunterlage [...] geäußert und diese Gesprächsunterlage den Sowjets übergeben“ habe. Dobrynin habe zugesichert, über das Gespräch nach Moskau zu berichten: „Abramowitz hat die westliche Ad-hoc-Gruppe in

ven Abschluß der KSZE in Madrid. Alle diese westlichen Bemühungen, die durch Selbstvertrauen gekennzeichnet seien, müßten offensiv herausgestellt werden.

Shultz stimmte zu und fügte der Liste noch die CBMs an (strategischer Bereich¹⁵; INF-Bereich¹⁶; Verbesserung des heißen Drahts zur Krisenbewältigung¹⁷, z.B. für den Fall nuklearer Erpressung durch Terroristen. Zum letzten Punkt sei sowjetisches Interesse vorhanden).

Shultz unterrichtete, daß am 9. Juni 1983 ein amerikanisches Weißbuch über die Geschichte der westlichen Bemühungen zur Rüstungskontrolle (von 1945 bis heute) veröffentlicht und verteilt werde.¹⁸ Dies sei ein sehr handliches Referenz-Buch, das hoffentlich auch die Öffentlichkeit beeindrucken werde.

Bundesminister führte folgendes aus: Die westliche Position sei besser als noch vor einem Jahr. Er sei nicht sicher, ob der Druck in Europa gegen die Dislozierung so groß sein werde, wie einige befürchteten. Natürlich bleibe es das Ziel der SU, in der INF-Frage einen Keil zwischen Europa und die USA zu treiben. Nach der Rückkehr vom Besuch in Moskau werde man hierzu wohl mehr wissen.

Was die DDR angehe, so bemühe sie sich, den Faden zu uns auf keinen Fall abreißen zu lassen. Die Erklärung Honeckers, sein Besuch in der Bundesrepublik Deutschland sei verschoben und nicht aufgehoben, sei charakteristisch.¹⁹ Das ganze Verhalten der DDR deute auf folgendes hin: Auch nach der Dislozierung, mit der Ost-Berlin rechne, muß das Leben nach Einschätzung der DDR-Füh-

Fortsetzung Fußnote von Seite 909

Wien nicht über das Gespräch Shultz/Dobrynin unterrichtet.“ Vgl. VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktienkopien 1983.

¹⁵ Zu den amerikanischen Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen bei den START-Verhandlungen vgl. Dok. 96.

¹⁶ Zu den amerikanischen Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 34, Anm. 19.

¹⁷ Präsident Reagan kündigte in seiner Rede vor dem Los Angeles World Affairs Council am 31. März 1983 Vorschläge an, um die Gefahr eines unbeabsichtigten oder irrtümlichen Nuklearkrieges zu verringern. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 481.

Am 11. April übermittelte der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger dem amerikanischen Kongreß den Bericht „Direct Communications Links and Other Measures to Enhance Stability“. Dazu notierte Botschafter Ruth am 13. April 1983, vorgesehen seien vier Maßnahmen: „technische Verbesserung des bestehenden ‚heißen Drahts‘ zwischen Kreml und Weißem Haus (Ausbau der Telex-Verbindung zur Bildschirm-Textübermittlung); Einrichtung einer direkten Kommunikationslinie zwischen sowjetischem Verteidigungsministerium und Pentagon; Modernisierung der Kommunikationsverbindungen zwischen Regierungsstellen des Gastlandes und der jeweiligen Botschaft der anderen Seite; Verhandlungen über ein multilaterales Abkommen über Konsultationen der Vertragspartner im Fall besonderer nuklearer Krisensituationen, d.h. bei Gefahr eines Mißbrauchs von Nuklearmaterial durch ‚terroristische Gruppen‘.“ Vgl. VS-Bd. 11335 (220); B 150, Aktienkopien 1983.

Für den Bericht von Weinberger vgl. Referat 220, Bd. 128641. Vgl. dazu ferner Dok. 240.

¹⁸ Vgl. SECURITY AND ARMS CONTROL. The Search for a More Stable Peace, hrsg. von Norman Howard und Colleen Sussman, Washington 1983.

¹⁹ Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 123.

Am 24. Mai 1983 wurde in der Presse gemeldet, Honecker habe in einem Interview mit einer japanischen Zeitung zur Absage festgestellt, „im Interesse beider deutscher Staaten und Europas sollten beide Seiten aufgrund der Erfahrungen der deutschen Geschichte darauf hinwirken, daß beide deutschen Staaten vernünftig zusammen leben und zusammen arbeiten. Warten wir also die weitere Entwicklung ab. Aufgeschoben bedeutet nicht aufgehoben.“ Vgl. den Artikel „Honecker: Besuch nur aufgeschoben“; DIE WELT vom 24. Mai 1983, S. 1.

rung weitergehen, die Zusammenarbeit mit uns eingeschlossen. Ost-Berlin signalisiere uns das auf allen Kanälen.

Bullard (GB) äußerte Befriedigung darüber, daß es nun neue amerikanische START-Vorschläge gebe. START sei etwas zu stark durch das INF-Problem in den Hintergrund gedrängt worden. Die öffentliche Kampagne von Labour²⁰ gegen die INF-Dislozierung, die im Wahlkampf gegen Labour wirke, werde leider durch das Verhalten einiger Verbündeter gestört. Die britische Regierung sei besonders ärgerlich über Papandreu's öffentliche Äußerung, die britischen und französischen Systeme sollten einbezogen werden. Aber auch die Haltung der Dänen sei alles andere als hilfreich.²¹ Zur Ausdünnung der taktischen Nuklearwaffen sollte die HLG möglichst bald zu Vorschlägen kommen. Die Öffentlichkeitsarbeit zu INF würde, wie schon der Bundesminister ausgeführt habe, durch den Teilabzug von taktischen Nuklearwaffen erleichtert.

Cheysson erkundigte sich, ob die USA am subceiling für landgestützte interkontinentale Raketen festhalte.

Shultz bejahte dies, fügte jedoch hinzu, wenn die SU über das Wurfgewicht eine Lösung finden wollten, so seien die USA bereit, sich einen entsprechenden Vorschlag anzusehen. Dies sei ein weiteres Element amerikanischer Beweglichkeit.

Cheysson erklärte, wenn es der SU tatsächlich gelänge, über die öffentliche Meinung den westlichen Regierungen die Durchführung der beschlossenen INF-Entscheidung zu verwehren, so wäre das der größte sowjetische Sieg seit 1945. Wenn – hoffentlich auf dem Wege einer Zwischenlösung – auf beiden Seiten eine bestimmte Anzahl von INF-Systemen stehe, sei die Balance wieder hergestellt. Dann würden Fortschritte bei den Interkontinentalwaffen wieder in den Vordergrund treten.

Der Bundesminister erklärte, der Kampf um die Herzen und Hirne unserer Bevölkerung, die er schon beim letzten NATO-Ministertreffen²² angesprochen habe, werde weitergehen. Dabei spielten auch andere Themen als die bisher besprochenen eine Rolle. Bei uns z. B. werde das Thema Gewaltverzicht in der öffentlichen Diskussion bleiben. Die Menschen wüßten, daß es den Gewaltverzicht in der Charta der UN²³, in der Schlußakte von Helsinki²⁴ und in den bilateralen Verträgen²⁵ gebe, aber sie konstatierten gleichzeitig, daß der Gewaltverzicht

²⁰ Vgl. dazu das Wahlkampfpapier der britischen Labour Party vom 29. März 1983; Dok. 140, Anm. 8.

²¹ Zur dänischen Haltung zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 168.

²² Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 344–346.

²³ Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

²⁴ Vgl. dazu Punkt II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

²⁵ Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.

Vgl. dazu ferner Artikel II Absatz 2 des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.

Im Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesre-

nicht von allen eingehalten werde. Deshalb fänden sie das Angebot des Warschauer Pakts²⁶ prüfenswert. Die Frage werde bei dem bevorstehenden Evangelischen Kirchentag²⁷ zur Debatte stehen. Wir müßten darauf treffend antworten, und zwar im folgenden Sinne: Es sei richtig, daß der Gewaltverzicht in verschiedenen Instrumenten vereinbart sei. Wenn er nun zu einem weiteren Male vorgeschlagen werde, dann müßten wir darauf bestehen, daß die neuerliche Vereinbarung wirklich den Gewaltverzicht in der Praxis fördere, auch innerhalb des WP-Systems, also z.B. gegenüber Polen, das nicht weiter bedroht werden dürfe. Die Gewalt müsse außerdem dort eingestellt werden, wo sie jetzt angewandt werde, d.h. in Afghanistan. Wir müßten auch diese Diskussion offensiv führen und dürften der Sowjetunion nicht die Rolle des Friedensengels überlassen.

Shultz gab zu verstehen, daß er diese Antwort für richtig halte. Shultz kehrte sodann noch einmal zu den Genfer Verhandlungen zurück. Wenn wir einig und fest blieben, könnten wir ans Ziel gelangen. Die SU werde durch faktische Entwicklungen am ehesten vorwärts gebracht. Er meine hier Daten wie das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 6. März 1983²⁸, das vorhersehbare Ergebnis der britischen Wahlen, die Sicherheitserklärung von Williamsburg unter Ein-schluß Japans.

Im übrigen meine er, daß man die mutmaßliche Entwicklung der sowjetischen Haltung in Genf öffentlich nicht mehr qualifizieren sollte. Es sei nicht sinnvoll zu sagen, wir seien optimistisch oder pessimistisch oder optimistisch-realistisch. Damit sage man mehr, als man über die sowjetische Haltung wisse, und erwecke mal mehr, mal weniger Hoffnungen in der eigenen Öffentlichkeit. Anstatt über die sowjetische Haltung zu spekulieren, sollten wir immer wieder unsere klaren und flexiblen Positionen an den verschiedenen Verhandlungstischen betonen und den Bevölkerungen damit zeigen, daß der Schlüssel zum von uns gewünschten Erfolg in Moskau liege.

²⁹III. KSZE-KAE

Bundesminister berichtete über sein Gespräch mit Ceauşescu in Bukarest.³⁰ Er habe Ceauşescu klar gesagt, daß der Westen eine Substanzdiskussion über seine moderaten Vorschläge und deren Annahme erwarte. Ceauşescu sei auf diesen Teil des Gesprächs vorbereitet gewesen, weil er diesen Punkt über den rumänischen Botschafter in Bonn³¹ vorab avisiert habe. Ceauşescu habe sofort gesagt, daß er seine Delegation in Madrid entsprechend anweisen werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 911

publik und der DDR war der Gewaltverzicht Gegenstand des Artikels III. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423.

Schließlich vereinbarten die Bundesrepublik und die ČSSR Artikel III Absatz II des Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen, sich der Drohung mit bzw. der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 991.

²⁶ Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen vgl. Dok. 40 und Dok. 91, besonders Anm. 3.

²⁷ Der 20. Deutsche Evangelische Kirchentag fand vom 8. bis 12. Juni 1983 in Hannover statt.

²⁸ Zum Ergebnis der Wahlen zum Bundestag vom 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

²⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 270 übermittelten zweiten Teil des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³⁰ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 31. Mai und 1. Juni 1983 in Rumänien vgl. Dok. 163 und Dok. 164.

³¹ Ion Râmbu.

(Cheysson warf ein, die Wirkung in Madrid sei sofort spürbar gewesen.³²) Ähnlich wie die Rumänen, so fuhr BM fort, dächten wahrscheinlich die meisten Verbündeten der SU. Ob sich wegen dieser rumänischen Position etwas bewegen werde, bleibe abzuwarten. Unsere Position sei jedenfalls noch besser geworden: Wir hätten die N+N-Staaten und ein sozialistisches Land auf unserer Seite, und die SU sei in einer noch defensiveren Position. Sie müsse weiter zur Annahme gedrängt werden.

Bullard (GB) erklärte: Die rumänische Positionsverschiebung sei in der Tat günstig, aber doch wohl nur ein „Solo-Zug“. Für britische Seite seien verschiedene Lösungen akzeptabel: ein Kompromiß-Abschluß in Madrid, eine Unterbrechung bis zum Herbst, sogar ein Belgrad-ähnliches³³ Dokument. In drei bis vier Wochen sei jedenfalls eine Entscheidung in eine dieser Richtungen fällig.

Cheysson sprach sich dezidiert dafür aus, daß wir „jetzt in Madrid zum Schluß“ kommen und den Beginn der KAE-Konferenz noch in diesem Jahr erwirken sollten. Das sei ganz wichtig im Dislozierungsjahr, in dem die westliche Anspannung maximal sein werde.

Der Bundesminister erklärte, er habe die gleiche Meinung immer schon vertreten. Daß er und Cheysson recht hätten, erhelle aus folgendem: Die Sowjetunion lasse neuerdings erkennen, nach ihrer Ansicht brauche die KAE erst im Frühjahr 1984 zu beginnen. Offenbar befürchte sie, daß die Eröffnung der KAE-Konferenz parallel zur Stationierung für sie ungünstig sei. Sie habe also unsere Strategie erkannt und schätze die psychologischen Effekte genau so ein wie wir. Deshalb müßten wir die SU jetzt zur Annahme bringen. Wenn es nicht zum positiven Abschluß komme, dürfe das nur an den Sowjets liegen.

Shultz bemerkte, seine etwas abweichende Meinung sei bekannt. Die Menschenrechtsfrage sei von großer Bedeutung. Selbst wenn es zuträfe, daß die Sowjetunion den Abschluß in Madrid und den Zusammentritt der KAE-Konferenz in diesem Jahr nicht wünsche, könnten wir dennoch Text nicht so annehmen, wie er sei, nur um die Sowjetunion über die Hürde zu bringen. Er glaube aber, daß die Sowjetunion noch zulegen werde, sowohl im Text wie in der „performance“. Kampelmans Diskussion mit Kowaljow³⁴ schreite fort. Es sei sowjetische Manier, oft erst im letzten Moment die entscheidenden Konzessionen zu machen.

IV. Polen

Shultz führte folgendes aus: Die drei europäischen Länder hätten die USA darum gebeten, vor dem Papst-Besuch³⁵ vorsichtig zu sein und nichts zu unternehmen, was den Besuch stören könne.³⁶ Die USA hätten sich dieser Linie an-

³² Vgl. dazu die Erklärung der rumänischen KSZE-Delegation am 3. Juni 1983 in Madrid; Dok. 172, Anm. 8.

³³ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 88.

³⁴ Zu den Kontakten zwischen dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegationen, Kampelman, und dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kondraschow, über die Lösung humanitärer Härtefälle in der UdSSR vgl. Dok. 172.

³⁵ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

³⁶ Vgl. dazu die Erörterung der amerikanischen „Poland Review“ auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 19. Mai 1983 in Brüssel; Dok. 152.

geschlossen, nicht zuletzt, um die Einigkeit zu wahren. Nach dem Papst-Besuch werde man erneut konsultieren müssen. Vielleicht werde der Besuch einige Ergebnisse („meaningful changes“) bringen, z. B. eine erweiterte Rolle der Kirche im Erziehungs- und Medienbereich. Unsere Position müsse konsequent bleiben, und die Verbündeten müßten alle Äußerungen und Avancen gegenüber Polen ganz eng koordinieren. Über den weiteren Verlauf der polnischen Entwicklung könne man nur spekulieren.

In der amerikanischen Innenpolitik spielten die Polen eine erhebliche Rolle. Es handele sich um die größte polnische „community“ außerhalb Polens. Viele von ihnen wollten zum Papst-Besuch nach Polen reisen. Die bilateralen polnisch-amerikanischen Beziehungen verschlechterten sich immer mehr.

V. Zentralamerika

Shultz bot eine Zusammenfassung der amerikanischen Haltung an, von der er wisse, daß sie Grund für Differenzen mit einigen europäischen Verbündeten sei. Zentralamerika, Anhängsel an die nordamerikanische Landmasse, werde von der Sowjetunion für einen gezielten Vorstoß benutzt. Das sei außerordentlich unangenehm (very distasteful). Der amerikanische Präsident sei persönlich stark engagiert. Es bestehe kein Zweifel, woher die nach Nicaragua gelieferten Waffen hauptsächlich kämen, nämlich, wenn auch über verschiedene Wege, aus der Sowjetunion. In den letzten Wochen seien, auf dem direkten Weg, vier sowjetische Schiffe mit Waffenlieferungen in Nicaragua gelöscht worden.

Nach Meinung der amerikanischen Regierung habe die Regierung Nicaraguas die eigentliche Anti-Somoza-Revolution vollständig überflutet (submerged). Das Hauptziel sei, die Waffenlieferungen zu stoppen. Die Opposition im Lande wachse. Die USA hätten nicht die Absicht, die Regierung von Nicaragua zu stürzen.

Washington versuche, der Regierung von El Salvador zu helfen, sich selbst zu behaupten. Das Guerilla-Führungszentrum für El Salvador habe seinen Sitz in Nicaragua.

Das größte Risiko sei, daß die Entwicklung auf Panama (Kanal!) und Mexiko übergreife. Die Kubaner hätten Tausende von Mann in Nicaragua. Es sei unklar, ob diese als geschlossene Truppenverbände organisiert seien. Jedenfalls ließen sie sich schnell in solche verwandeln. Die amerikanische Wirtschaftshilfe für Zentralamerika übersteige die Militärhilfe um ein Dreifaches. Washington wolle alle Demokratisierungstendenzen unterstützen. Eine regionale Lösung wäre die beste. Nicaragua wünsche sie nicht, sondern versuche, mit den schwächeren Nachbarländern einzeln umzugehen. Der Sonderbotschafter für Zentralamerika, Mr. Stone, der ihm unterstehe, sei ein vorzüglicher Mann. Er befinde sich zur Zeit auf einer Fact-finding Tour.³⁷ Die Contadora-Gruppe³⁸ begrüße dies.

³⁷ Der Sonderbotschafter der amerikanischen Regierung für Mittelamerika, Stone, besuchte am 2. Juni El Salvador, am 4. Juni Costa Rica, am 5. Juni Panama, am 6. Juni Kolumbien, am 7. Juni Venezuela, am 8. Juni Honduras, am 10. Juni Nicaragua, am 11. Juni Guatemala und am 12. Juni 1983 Belize und Mexiko.

³⁸ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 146, Anm. 24. Vom 28. bis 30. Mai 1983 fand in Panama-Stadt ein weiteres Treffen der Außenminister Amado (Panama), Lloreda (Kolumbien), Sepúlveda (Mexiko) und Zambrano (Venezuela) mit den Außenministern Volio (Costa Rica), Chávez Mena (El Salvador), Castillo (Guatemala), Paz Barnica (Honduras) und d'Escoto (Nicaragua) statt. Botschafter Wellhausen, Panama-Stadt, berichtete am 31. Mai

Bundesminister stellte die Frage, ob Shultz im Zusammenhang mit der INF-Frage Gegenzüge der Sowjetunion in Zentralamerika erwarte.

Shultz erwiderte, die Sowjetunion könne dort nicht mehr tun, als sie schon tue. Wenn jemand eine sowjetische Raketendislozierung in diesem Raum erwarte, erinnere er an die Kuba-Krise³⁹.

Der Bundesminister führte aus, es dürfe keinesfalls zu einem Quidproquo in der INF-Frage unter Einbeziehung Zentralamerikas kommen. In der Kuba-Krise sei es zum Abzug amerikanischer Raketen aus der Türkei, aus Großbritannien und Italien gekommen. (Shultz bestritt Verbindung mit der Kuba-Krise.) Bundesminister fuhr fort, der Abzug sei vielleicht schon vorher erwogen gewesen. Es sei jedenfalls kein Zufall, daß die Sowjetunion die Lage in Zentralamerika in dem Augenblick verschärfe, in dem die Dislozierung in Europa fällig werde. Sie versuche offenbar ganz bewußt, in der Nähe der USA einen Krisenherd zu schaffen.

Wir versuchten, die Demokratien in Zentralamerika zu unterstützen, so z.B. Costa Rica.⁴⁰ Die schwierigere Frage sei, ob wir die Lage in Nicaragua beeinflussen könnten.

Shultz dankte für jeglichen Versuch, Costa Rica und El Salvador zu helfen. Er bat auch darum, Guatemala in unsere Überlegungen einzubeziehen. Er ermutigte Versuche der Einwirkung auf Nicaragua. Auf die Frage des Bundesministers nach der Stimmung in Nicaragua: Es gebe eine erhebliche Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber der Regierung. Auch die Kirche stehe jetzt gegen sie. Die Regierung sei militärisch nicht in Gefahr, da sie über enorme Truppen verfüge und durch die Kubaner gestützt werde. Leider fließe noch viel Geld aus westlichen Ländern nach Nicaragua. Die USA versuchten, ihren Handel einzuschränken (Zucker).⁴¹ Gestern seien die konsularischen Vertretungen Nicaraguas in den USA (nicht die Botschaft) geschlossen worden.⁴²

Fortsetzung Fußnote von Seite 914

1983: „In vierstündigem Plenum der neun Minister diskutierten vor allem AM Nicaraguas und Honduras strittig. Jedoch wird als Fortschritt betrachtet, daß Meinungsaustausch in Gegenwart und unter Beteiligung aller übrigen Minister stattfand.“ Als Problembereiche seien definiert worden: „a) der konzeptionelle Rahmen; b) politische und Sicherheitsprobleme; c) wirtschaftliche und soziale Ziele; d) Mechanismen für Durchführung und Kontrolle erreichter Übereinkünfte. Die Diskussion befaßte sich also besonders mit Prozedurfragen. Als Fazit wurde festgestellt, daß vor allem Nicaragua und Honduras im Gespräch bleiben müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 49; Unterabteilung 33, Bd. 136684.

Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 569 f.

³⁹ Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 120, Anm. 8.

⁴⁰ Zur Situation in Costa Rica vermerkte Ministerialdirektor Gorenflos am 18. Mai 1983: „Das unbewaffnete, demokratische Costa Rica fürchtet um seinen Bestand. Verzweifelt wehrt es sich dagegen, als Basis für antisandinistische Gruppen (Pastora) herzuhalten, dafür nicaraguanische Aggressionen einzuhandeln und nach und nach Tummelplatz von Agenten und Terroristen aller Art zu werden, während die Rezession das Land aufs schwerste belastet. [...] Wir setzen intensive EH-Unterstützung für Cos[ta Rica] fort. BM war in San José, mehrere andere Ministerbesuche dort. Sondermission des BMZ noch in diesem Monat [...], Unterzeichnung EH-Rahmenvertrages über DM 19 Mio.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 136678.

⁴¹ Präsident Reagan verkündete am 10. Mai 1983 eine Reduzierung der Importquoten für Zucker aus Nicaragua. Ferner erklärte er, die freiwerdenden Kontingente auf Costa Rica, El Salvador und Honduras umzuverteilen. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 685 f.

⁴² Am 8. Juni 1983 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit: „Die Administration hat auf die am 6.6.1983 verfügte Ausweisung dreier amerikanischer Diplomaten aus Nicaragua unter dem Vorwurf der Vorbereitung von Mordkomplotten gegen Mitglieder der sandinistischen Regierung schnell

In El Salvador verfüge die Regierung nicht über die militärische Stärke, die man ihr wünschen müßte. Sie stehe in einem schwierigen Kampf mit den Guerillas, die große Teile der Straßenverbindungen beherrschten. Das wirke sich negativ auf die Wirtschaft aus. Das Bruttosozialprodukt sei stark gesunken.

Amerikanische Truppen könnten die Lage sofort in Ordnung bringen, wenn man so verführe wie in der Vergangenheit, aber die USA wollten dies nicht.

Cheysson bemerkte, er verstehe die amerikanische Sorge wegen des Sicherheitsproblems vor der eigenen Haustüre. Bundesminister bemerkte, der mögliche Domino-Effekt (Panama und Mexiko) könnte große Probleme mit sich bringen. Cheysson dazu: Die Domino-Gefahr habe sich erst im Laufe der Zeit entwickelt.

VI. Spanien in der NATO⁴³

Cheysson stellte die Strategie von González dar. Der spanische MP wolle das Land in der NATO halten. Ein Referendum würde z. Zt. negativ ausgehen. Deshalb brauche er Zeit.

Alle stimmten zu, daß Spanien wegen der Integration nicht gedrückt werden solle.

Bundesminister wies darauf hin, daß wir die spanische Bewußtseinslage positiv beeinflussen könnten durch Fortschritte beim Eintritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft.⁴⁴ Cheysson erklärte, er sehe sich mit seinem spanischen Kollegen⁴⁵ so oft wie mit den EG-Partnern. Man müsse der spanischen Regierung in der Tat durch Zusammenarbeit in Europa das Leben erleichtern.

VII. Kommuniqué-Probleme

Bundesminister betonte, es gehe nicht an, daß immer mehr Mitgliedsländer Fußnoten verlangten.⁴⁶

Nach Diskussion waren die vier Minister einig, daß man Dänemark energisch bitten sollte, von einer Fußnote zu INF im Text des Außenminister-Kommunikés Abstand zu nehmen. Hauptargument: die Folketing-Resolution sei bereits im DPC-Kommuniqué erwähnt.⁴⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 915

und hart reagiert: Sie ordnete gestern (7.6.1983) die Schließung aller sechs von Nicaragua in den USA unterhaltenen Konsulate (New York, San Francisco, Miami, New Orleans, Houston und Los Angeles) bis spätestens 8.6.1983 sowie die Ausweisung aller 21 in diesen tätigen nicaraguanischen Konsularbeamten an. Die Leiter der Konsulate müssen die USA bis heute (8.6.), die übrigen Mitarbeiter bis 10.6.1983 verlassen. [...] Die beiderseitigen Ausweisungen markieren den vorläufigen Tiefstand der amerikanisch-nicaraguanischen Beziehungen seit Amtsantritt der sandinistischen Regierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2578; Referat 331, Bd. 136370.

⁴³ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 126, Anm. 7.

⁴⁴ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 126, Anm. 21.

⁴⁵ Fernando Morán López.

⁴⁶ Zu den griechischen Vorbehalten im Kommuniqué des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel vgl. Dok. 168, besonders Anm. 9.

Im Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris behielt sich Griechenland zu vier Textstellen, welche den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979, den Einsatz chemischer Waffen in Südostasien durch die UdSSR und die Überprüfung der Grundlagen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen betrafen, seine Position vor. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUE 1981-1985, S. 86 und S. 88-90. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 86-88.

⁴⁷ Zum dänischen Vorbehalt im Kommuniqué der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 vgl. Dok. 166, Anm. 20.

Dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 wurde folgender Satz

Spanien soll sich nach dem Vorschlag von Shultz wie beim letzten Kommuniké⁴⁸ äußern dürfen (allgemeiner Vorbehalt, der besser ist als spezifische Fußnoten).⁴⁹

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 12951 (204)

176

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar

VS-vertraulich

10. Juni 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Pérez de Cuéllar, am Freitag, dem 10. Juni 1983, 11.15 bis 13.30 Uhr²

Anwesend bei dem Gespräch waren: StS von Staden, Botschafter van Well, Untergeneralsekretär Dr. Fleischhauer, zwei weitere Berater des Generalsekretärs, MDg. Dr. Zeller, Botschafter Dr. Weber.

Fortsetzung Fußnote von Seite 916

hinzugefügt: „The Danish Minister of Foreign Affairs repeated Danish Government support for the double-track decision but at the same time he presented to his colleagues the motion passed by the Folketing on 26th May.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 397.

⁴⁸ Im Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel hieß es: „The Minister for Foreign Affairs of Spain has informed the council of the Spanish Government's purpose regarding the Alliance and reserved his Government's position on the present communiqué.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 66. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 89.

⁴⁹ Im Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris wurde folgender Passus aufgenommen: „The Minister for Foreign Affairs of Spain informed the North Atlantic Council of the present state of the review that the Spanish Government has undertaken regarding its participation in the Alliance, pending which he reserved his government's position on the present Communiqué. At the same time, however, the Spanish Minister expressed that his Government shares in the Communiqué in so far as it reflects positions already expressed by Spain in her relations with the member countries of the Alliance.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 397.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 13. Juni 1983 gefertigt und am selben Tag „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und des Herrn Staatssekretärs“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Ferner teilte er mit: „Der Bundeskanzler hat diesem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat York am 14. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Eine Kopie für 010. 2) H[errn] Staatssekretär vorzulegen.“ Ferner regte er an, Kopien der Gesprächsaufzeichnung an Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigentin Finke-Osiander zu leiten. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12958 (230/231/232); B 150, Aktenkopien 1983.

² VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 9. bis 13. Juni 1983 in der Bundesrepublik auf.

Bundeskanzler eröffnet das Gespräch mit der Bemerkung, daß Gipfel Williamsburg³, ER Stuttgart⁴ und sein bevorstehender Besuch in Moskau⁵ zeigten, wo die augenblicklichen Schwerpunkte unserer Außenbeziehungen liegen.

Er wolle dem Generalsekretär bestätigen, was er ihm schon in New York gesagt habe⁶, daß wir das uns Mögliche tun wollten, um ihn in seiner Arbeit zu unterstützen. Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die Regierungserklärung vom 4. Mai.⁷

Sein letztes Gespräch mit dem Generalsekretär habe er mit dem Thema Afghanistan abgeschlossen. Er rege an, daß der Generalsekretär ihn hierzu über den letzten Stand unterrichte. Ein weiteres wichtiges Thema könnten die Abrüstungsgespräche in Genf sein.

Generalsekretär verbindet mit seinem Dank für dieses Gespräch den Dank für die deutsche Rolle bei den Vereinten Nationen und die ihm durch uns gewährte Unterstützung in allen seinen Aktivitäten.

Aus seiner Sicht sei der bevorstehende Moskau-Besuch des Bundeskanzlers ein wichtiger Beitrag zur Verminderung der Spannungen zwischen Ost und West.

Zu Afghanistan: Es sei bekannt, daß sein Vorgänger⁸ und er selbst in dieser Frage sehr direkt involviert seien. Er selbst habe als Persönlicher Beauftragter GS Waldheims in dieser Frage gearbeitet und als solcher Afghanistan fünf oder sechs Mal besucht. Jetzt seien die Gespräche hierüber in Genf in ein konkreteres Stadium getreten.⁹ Man spreche dort auf der Grundlage eines umfassenden Entwurfs mit der Hoffnung auf Zustimmung der Beteiligten.

Es gehe im wesentlichen um vier Elemente: den Rückzug der sowjetischen Truppen, die Nichteinmischung Dritter von außen, die Hoffnung, daß auch der Iran dem Abkommen beitrete, sowie die Rückkehr aller Flüchtlinge.¹⁰

Diese Fragen seien auf das engste miteinander verbunden, und auch wenn man nicht unmittelbar über einen Zeitrahmen spreche, so gehe es selbstverständlich maßgeblich um den Zeitpunkt des Beginns eines Rückzugs der sowjetischen

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁶ Bundeskanzler Kohl traf am 16. November 1982 mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar in New York zusammen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 310.

⁷ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl vor dem Bundestag zu den Vereinten Nationen vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 72.

⁸ Kurt Waldheim.

⁹ Zu den afghanisch-pakistanischen Gesprächen unter VN-Vermittlung in Genf vgl. Dok. 120, Anm. 24.

¹⁰ Eine weitere Runde der afghanisch-pakistanischen Gespräche unter VN-Vermittlung fand vom 12. bis 24. Juni 1983 in Genf statt. Botschaftsrat I. Klasse von Studnitz, New York (VN), informierte am 30. Juni 1983, der Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für Afghanistan, Córdovez, habe ihm zum Ergebnis mitgeteilt: „Als Positivum der Verhandlungsrunde sei festzuhalten, daß neuerliche Textverbesserungen erzielt werden konnten und der Text nunmehr als praktisch abgeschlossen zu bezeichnen sei. Wesentlich sei jedoch, daß die politische Entscheidung, d.h. vor allem die Nennung eines Zeitrahmens, nach wie vor ausstehe.“ Hier stünden sich die gegensätzlichen Verhandlungstaktiken der UdSSR und von Pakistan gegenüber: „Die Sowjets wollten ganz offensichtlich diese entscheidende Konzession erst in letzter Minute herausrücken, während Pakistan diese Konzession als Zeichen des guten Willens schon jetzt verlange.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1424; Referat 340, Bd. 136786.

Truppen und um den Zeitpunkt, zu dem dieser Rückzug abgeschlossen werde. Er hoffe sehr, mit den Pakistanis Übereinkommen zu erzielen, daß diese sich nicht weiterhin in die internen Angelegenheiten Afghanistans einmischten. Wenn er jetzt eine positive Antwort von seiten der afghanischen Regierung bekomme, so würde er dann seine Haltung über diese Gespräche als optimistisch bezeichnen können. Bis dahin begnüge er sich mit der Aussage, daß man sich in die richtige Richtung bewege.

Er habe über Afghanistan auch bei seinem Moskau-Besuch im März¹¹ gesprochen. GS Andropow habe ihm gesagt, daß die sowjetischen Truppen sich zurückziehen würden, sobald fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes aufgehört habe. Er habe ihm auch die sowjetische Unterstützung für die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine friedliche Beilegung des Konflikts zugesichert.

Viele blieben skeptisch. Dazu könne er nur sagen, daß die Initiative der Vereinten Nationen die einzig wirkliche Bemühung sei, um den Konflikt mit politischen Mitteln zu Ende zu bringen. Es sei viel leichter, kräftige Erklärungen abzugeben und gleichzeitig der Sowjetunion zu erlauben, sich weiterhin im Lande festzusetzen.

Auch Außenminister Shultz habe ihm Unterstützung gewährt. Vertraulich wolle er sagen, daß Shultz einen Brief an AM Gromyko geschrieben habe, in dem er die VN-Bemühungen unterstütze, dabei allerdings auch die amerikanische Haltung deutlich mache. Das betreffe insbesondere den Rückzug der sowjetischen Truppen. Jedoch sei es für die Vereinigten Staaten auch von großer Bedeutung, welche Zusammensetzung eine afghanische Regierung habe. Ein window dressing solle vermieden werden.

Hierzu habe er AM Shultz gesagt, daß alle Regierungen seit dem Sturz des Königs¹² kommunistisch oder kommunistisch beeinflußt gewesen seien.

Er, der Generalsekretär, glaube, am 16. Juni mehr sagen zu können: Er werde dann den Bundeskanzler vor dessen Moskau-Reise über Botschafter van Well unterrichten.

Bundeskanzler dankt für die Ausführungen des Generalsekretärs. Er habe mit diesem Thema beginnen wollen, weil ihm das, was die VN hier tun, überaus sympathisch sei. Er wünsche dem Generalsekretär Erfolg in dieser der Aufgabenstellung der Vereinten Nationen sehr entsprechenden Initiative. Zum anderen würden wir hierdurch indirekt berührt. Wenn uns diese Invasion Afghanistans durch die sowjetischen Truppen¹³ besonders berührt hat und wir sie nicht verstehen konnten und können, so auch deshalb, weil sie bei uns Zweifel an der Rationalität sowjetischen Vorgehens geweckt hätte. Dies sei für uns eine ganz wichtige Frage. Nach unserem Verständnis sei die Invasion unnötig gewesen, da über Afghanistan eine sowjetische De-facto-Hegemonie bestanden habe. Und natürlich ist dieser Zustand für den, der die russische Poli-

¹¹ VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 27. bis 29. März 1983 in der UdSSR auf.

¹² Am 17. Juli 1973 kam es in Afghanistan zu einem Militärputsch, in dessen Verlauf König Zahir Schah abgesetzt und die Republik ausgerufen wurde. General Daud Khan übernahm die Ämter des Präsidenten, Ministerpräsidenten, Außen- und Verteidigungsministers.

¹³ Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

tik kennt, die von der sowjetischen fortgesetzt wird, kein neuer Zustand. Schon am Rande des Berliner Kongresses¹⁴ habe die Afghanistan-Frage und der russische Einfluß in Afghanistan eine Rolle gespielt.

Um so mehr waren wir von der Tatsache der Invasion schockiert. Rationalität, Berechenbarkeit sowjetischer Politik ist für uns eine Existenzfrage. Bundeskanzler berichtet über die Reaktion der damaligen Opposition auf die Invasion Afghanistans und ihrer maßgeblichen Beteiligung an der Entscheidung, nicht zur Olympiade zu gehen.¹⁵ Er bewertet dabei die Reaktion anderer europäischer Staaten. Wegen der Sympathie, die Afghanistan bei uns genießt, und wegen der Auswirkungen auch für uns sind die Gefühle in unserer Bevölkerung hinsichtlich Afghanistans nach wie vor sehr lebendig. Dies gelte auch für die junge Generation.

Auf die Vorgänge in Polen übergehend, die sich unmittelbar vor unserer Haustür abspielten, äußert Bundeskanzler unsere Gefühle der Verbundenheit, die sich aus der Geschichte ergeben. Wir versuchten, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen und gute, freundschaftliche Beziehungen zum polnischen Volk herzustellen. Bundeskanzler berichtet von Reaktionen der Teilnehmer einer Vertriebenenwallfahrt in Ellwangen, an der er teilgenommen hat.¹⁶ Seit Verhängung des Kriegszustandes in Polen¹⁷ seien bei uns in der Bundesrepublik Deutschland über 300 Mio. DM für Spenden an Polen gesammelt worden.

Wenn sich in Afghanistan etwas bewege, so könne man dies auch als ein Signal verstehen, das sich indirekt auf Polen auswirken könne. Die augenblicklichen Verhältnisse in Polen entwickelten sich nicht sehr günstig, sowohl wirtschaftlich wie auch menschlich. Er hoffe sehr, daß der Papst-Besuch¹⁸ sich günstig auswirke. Er bittet den Generalsekretär, ihm zu sagen, wie die Lage in Polen sich von New York aus gesehen darstellt.

Generalsekretär berichtet, daß er Probleme mit Polen habe. Ihm sei die Entsendung eines persönlichen Vertreters nach Polen, im Zusammenhang mit der Resolution über Menschenrechte in Polen, verweigert worden.¹⁹

¹⁴ Der Berliner Kongreß zur Beilegung der Balkan-Krise fand vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 statt.

¹⁵ Zur Empfehlung der Bundesregierung, keine Sportlerinnen und Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu entsenden, vgl. Dok. 98, Anm. 5.

¹⁶ Die Wallfahrt der Heimatvertriebenen und Aussiedler in Süddeutschland auf dem Schönenberg bei Ellwangen fand am 15. Mai 1983 statt.

¹⁷ Zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 9, Anm. 54.

¹⁸ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

¹⁹ Mit Resolution Nr. 1982/26 vom 10. März 1982 bat die VN-Menschenrechtskommission (MRK) VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, die Menschenrechtslage in Polen zu untersuchen und der nächsten Tagung der MRK zu berichten. Für den Wortlaut vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982, S. 143 f.

Referat 231 hielt am 28./29. März 1983 fest, daß Pérez de Cuéllar im Dezember 1982 den VN-Sonderbeauftragten für Zypern, Gobbi, zum Berichterstatte für Polen ernannt habe, der auf der 39. Tagung der MRK vom 31. Januar bis 11. März 1983 in Genf einen Bericht vorgelegt habe, der sich vor allem „auf VN-Dokumente, Presseberichte und sonstige Informationen, insbesondere von Menschenrechtsorganisationen“, stütze: „Der Bericht weist auf Verletzungen von Menschenrechten hin, macht aber den Vorbehalt, daß eine nähere Überprüfung einen Besuch in Polen vorausgesetzt hätte.“ Vgl. Referat 231, Bd. 127942.

Die innere Lage in Polen sei undeutlich; das gelte auch für die Position Jaruzelskis. Es gebe härtere Elemente als Jaruzelski in Polen, auch im Außenministerium.

Ihm persönlich, als einem früheren Botschafter seines Landes in Polen²⁰, gehe die Lage in diesem Land sehr nahe. Auch als überzeugter Katholik hoffe er sehr, daß der Papst-Besuch erfolgreich werde. Es wäre schlecht, wenn es dem Papst verweigert würde, mit Wałęsa zusammenzutreffen.

Bundeskanzler berichtet, daß auch ihm widersprüchliche Nachrichten über die Lage in Polen vorlägen. Von Seiten der Kirche höre er sehr pessimistische Einschätzungen. In der polnischen Kirche gebe es unterschiedliche Strömungen. Dabei steuerten die Bischöfe offensichtlich einen etwas diplomatischeren Kurs gegenüber der Regierung, wohingegen sich der niedrige Klerus dem Regime gegenüber härter verhielte bis hin zu Gruppen, die für eine offene Konfrontation mit dem Regime eintreten würden.

Die Entwicklung in Polen würde sich auch auf die Entwicklung in der DDR auswirken. Das DDR-Regime sehe Hilfsmaßnahmen für Polen mit einigem Unbehagen, schon deshalb, weil dadurch das Feindbild von den Westdeutschen in Polen abgebaut würde.

Wenn sich das Verhältnis zwischen Regierung und Kirche in Polen verschlechtere, so würde dies auch Auswirkungen auf die DDR haben. In diesem Jahr allerdings pflege die DDR besonders enge Beziehungen zu den Kirchen (Luther-Jahr!²¹). DDR-Führung feiere Luther, als ob dieser ein Mitglied ihres Staatsrates gewesen sei.

Für die Bundesregierung sei wichtig, daß wir alles tun müßten, damit Deutsche in ihren Beziehungen untereinander nicht noch weiter auseinanderdriften. Wir halten an der Einheit der Nation fest, auch wenn wir wüßten, daß sich Deutschlands Einheit in absehbarer Zeit nicht verwirklichen ließe. Und selbstverständlich würden wir keine Änderung durch Gewalt herbeiführen wollen. Hier gehe es um geschichtliche Zeiträume. Bundeskanzler stellt die Folgen der Teilung für deutsche Familien dar.

Dabei wäre es eine Illusion, zu glauben, daß die deutsch-deutschen Beziehungen besser sein könnten als die Ost-West-Beziehungen insgesamt. Der Gesamtzustand der Ost-West-Beziehungen wirke sich unweigerlich auf die deutsch-deutschen Beziehungen aus. Aus eben diesem Grunde hätten wir auch besonderes Interesse an Fortschritten in Genf und sagten dies auch unseren amerikanischen Freunden.

Dabei stehen wir ganz klar zum NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen: Wir tun alles, um die Verhandlungen zu fördern; wir sind aber bereit zu stationieren, wenn es nicht zu konkreten Ergebnissen kommt. Wir sind keineswegs raketensüchtig, sondern tun unsere Pflicht, weil dies für uns existentiell ist. Dabei wäre es für alle besser, wenn es zu einer verhandelten und vereinbarten Zwischenlösung kommt. Dies werde ein wichtiger Punkt seiner Gespräche in Moskau sein. Bundeskanzler äußert, daß er im Grunde optimistisch

²⁰ Javier Pérez de Cuéllar war von 1969 bis 1971 erster peruanischer Botschafter in der UdSSR und zugleich als Botschafter in Polen akkreditiert.

²¹ Zum Luther-Jahr in der DDR vgl. Dok. 106, besonders Anm. 24 und 25.

sei, wobei man Hinweise für die Vermutung habe, daß die Verhandlungen erst in Gang kommen, wenn wir mit der Stationierung begonnen haben.

Unter Hinweis auf seine Erklärung vor dem Bundestag²² äußert der Bundeskanzler seine Befürchtung, daß die Sowjetunion die öffentliche Meinung bei uns in Europa falsch einschätzen könnte. Aller Voraussicht nach werde es bei uns zwar massive Demonstrationen gegen die Stationierung geben. Die Regierung werde aber tun, was sie versprochen hat. Dabei gehe es ihr stets um die Erreichung eines Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau.

Bundeskanzler verweist hierbei auf die Rede Präsident Mitterrands vor der NATO-Tagung in Paris²³ und die enge deutsch-französische Übereinstimmung in dieser Frage. Nach dem Ergebnis der britischen Wahlen²⁴ sei es auch sicher, daß GB die gleiche Richtung verfolge. Auch MP Lubbers unterstütze diese Position voll und ganz; dies sei eine bemerkenswerte Entwicklung in den Niederlanden.

Nach einer Bemerkung über die Rolle Andropows in der Sowjetunion und zu gewissen Unsicherheiten, die sich auch hier in der Beurteilung aufgetan hätten (Rolle der Militärs), erläutert der Bundeskanzler unsere Haltung auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid. Uns gehe es um einen Abschluß und um die Eröffnung einer KAE im Herbst oder im Frühjahr. Es sei wichtig, daß es diese Plattform zum Sprechen über Abrüstungsfragen geben werde. Er sei daher auch sehr befriedigt, daß Präsident Reagan sich dieser Position angeschlossen hat.

Auch wir wünschten eine bessere Ausgestaltung des Schlußdokuments in Menschenrechtsfragen.²⁵ Dabei gehe es nicht nur um berühmte Namen wie Sacharow²⁶, sondern um die Menschenrechtsslage insgesamt und für uns im besonderen auch um die vielen Tausende von Deutschen in Osteuropa und der Sowjetunion, die in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen wollten.

Generalsekretär äußert sich befriedigt, daß der Bundeskanzler auch die Beziehungen zur DDR angesprochen habe. Er werde die DDR im Juli besuchen.²⁷ Er hoffe sehr, daß der Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten in Gang gehalten werde.

Er stimmt den Ausführungen des Bundeskanzlers zur Bedeutung der globalen Ost-West-Beziehungen zu. Er bedauere es allerdings sehr, daß die Ost-West-Fragen alle internationalen Fragen so maßgeblich bestimmen würden. Wenn

²² Für den Wortlaut des außenpolitischen Teils der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 67–73.

²³ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

Am 8. Juni 1983 äußerte sich Staatspräsident Mitterrand in einem Fernseh-Interview u. a. zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere den INF-Verhandlungen in Genf, sowie zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg. Für das Interview vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (mai-juin), S. 85–87 (Auszug).

²⁴ Zu den Wahlen zum britischen Unterhaus am 9. Juni 1983 vgl. Dok. 173, Anm. 12.

²⁵ Die neutralen und nichtgebundenen Staaten legten am 15. März 1983 den Entwurf für ein Abschlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (CSCE/RM.39 revised) vor, zu dem die westlichen Teilnehmerstaaten am 3. Mai 1983 Änderungsvorschläge unterbreiteten. Vgl. dazu Dok. 85 bzw. Dok. 129, Anm. 12.

²⁶ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 170.

²⁷ VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 29. Juni bis 2. Juli 1983 in der DDR auf.

es nur auf die Beziehungen der Supermächte untereinander ankomme, so seien die Vereinten Nationen überflüssig, und seine Aufgabe würde dadurch unmöglich gemacht.

Er nennt als Beispiel hierfür die Lage in Zentralamerika. Eine Lösung der damit zusammenhängenden Fragen sei unmöglich, wenn man sie im Ost-West-Kontext, im Kontext der Beziehungen Sowjetunion/USA suchen würde. Die Gefahr sei durchaus gegeben, daß dies so kommt. Eine Lösung müsse jedoch im regionalen Rahmen gefunden werden. In diesem Zusammenhang sei die Initiative der Contadora-Gruppe von besonderer Bedeutung.²⁸ Die Supermächte müßten herausgehalten werden. Es gehe jetzt darum, die Initiative der Contadora-Gruppe nachdrücklich zu unterstützen. Nur wenn sie keinen Erfolg zeitigen würde, könne man daran denken, die Vereinten Nationen und den Generalsekretär ins Spiel zu bringen. Wenn es zu einer Initiative kommen sollte, so würde er diese als Generalsekretär ergreifen.

Generalsekretär unterstreicht die große Bedeutung der europäischen Gruppe bei den Vereinten Nationen. Ihre Arbeit würde dabei helfen, zu verhindern, daß alle Probleme im Ost-West-Kontext gesehen würden.

Ermutigend für ihn ist auch, daß China die Vereinten Nationen entdeckt hätte.

Er bedauert, daß die Signatarmächte der Charta der Vereinten Nationen²⁹ die Charta nicht als ihre zweite Verfassung ansehen würden, was sie eigentlich sollten. Er verweist auf den Charakter der VN als einer Organisation von Staaten. In diesem Zusammenhang berichtet er von seinem Verständnis der Rolle des Generalsekretärs, die zu stärken sei. Wenn er hilfreich sein wollte, so könne er nicht auf ein spezifisches Mandat des Sicherheitsrates warten. Selbstverständlich würde er auch bei eigenen Initiativen den Sicherheitsrat informieren. Bei der Konstruktion der Vereinten Nationen seien der Generalsekretär und der Internationale Gerichtshof die einzigen wirklich unparteiischen Organe der Vereinten Nationen. Auch in diesem Zusammenhang wolle er uns für unsere Unterstützung danken. Auch Afghanistan sei eine eigene Aktion des Generalsekretärs, nicht eine Aktion auf Grund eines Mandats des Sicherheitsrates.

Bundeskanzler äußert seine Unterstützung für dieses Konzept. Wir betrachten die Welt keineswegs ausschließlich unter Ost-West-Gesichtspunkten, auch wenn wir einer der Hauptbetroffenen des Ost-West-Gegensatzes seien.

In Williamsburg habe die Nord-Süd-Dimension eine wichtige Rolle gespielt.

Die Äußerungen des Generalsekretärs über Europa könne er unverändert auf dem Europäischen Rat in Stuttgart sagen. Für die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft sei die Vorstellung von einem politischen Europa vorrangig gewesen. Dies in der richtigen Erkenntnis, daß die politische Einigung Europas die Voraussetzung dafür sei, daß Europa jetzt und im nächsten Jahrhundert überhaupt noch etwas zu sagen habe. Wir hätten hier nicht allzuviel Zeit.

Die Gemeinschaft habe gut bei gutem wirtschaftlichen Wachstum funktioniert; Gegensätze habe man mit Geld ausgleichen können. Jetzt, wo die Arbeitslosigkeit

²⁸ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 175, Anm. 38.

²⁹ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

keit in Europa steigt, wo alle Staaten in das soziale Netz schneiden müßten, wo die Finanzdecke knapper werde, müßten wir uns in den nächsten zwei Jahren entscheiden, was wir eigentlich in und mit Europa tun wollten. Sei die Gemeinschaft eine bloße Freihandelszone, sei sie ein Bankkonto, von dem man mehr abheben wolle, als man eingezahlt habe? Jedenfalls sei dies nicht seine Konzeption von Europa.

Er hoffe sehr, daß die Verhandlungen über die Erweiterung der Gemeinschaft³⁰ unter französischer Präsidentschaft³¹ abgeschlossen werden könnten. Ohne die iberische Halbinsel sei die Gemeinschaft ein Torso. Sie sei es freilich ohnehin, denn natürlich gehöre auch Osteuropa zu Europa. Zur Erweiterung könne es erst kommen, wenn zuvor andere Dinge geklärt worden seien. Dazu gehöre vorrangig die Finanzfrage; die Gemeinschaft könne nicht mehr ausgeben, als sie hat. Das lasse sich auch national nicht vertreten. Man könne nicht 6,5 Mrd. DM national einsparen müssen, Maßnahmen national verfügen, von denen 30 Mio. Deutsche betroffen würden, und dann in Brüssel mit der Ausgabenwirtschaft fortfahren wie bisher. Dies sei eine sehr einfache Erkenntnis, die sich freilich nur schwer umsetzen lasse.

Besonders zu beklagen sei der Mangel an europäischer Vision. In der Genscher-Colombo-Initiative³² habe man das wieder aufnehmen wollen. Freilich komme man nur sehr langsam voran. Wir blieben aber am Ball. Dabei solle man nicht allzu pessimistisch sein. Denn gewiß könne man in 30 Jahren nicht eng zusammenfügen, was in 300 Jahren auseinandergebracht wurde. An historischen Maßstäben gemessen haben wir in der Gemeinschaft gute Fortschritte gemacht.

Dabei sei es evident, daß wir Deutsche Europa mehr brauchten als andere. Die Frage der deutschen Einheit z. B. könne nicht auf nationaler Ebene gelöst werden. Wir könnten auch nicht Verantwortung in der Welt, in Asien, Afrika und Lateinamerika ohne Europa wahrnehmen. Er begrüße es sehr, daß der Beitritt der Länder der iberischen Halbinsel den Horizont Europas nach Lateinamerika hin erweitere.

Generalsekretär berichtet, daß MP Gandhi in einem privaten Gespräch mit ihm über die Aussichten ihres Vorschlages eines Gipfeltreffens³³ im Zusammenhang

³⁰ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 78, Anm. 12, und Dok. 126, Anm. 21.

Die 13. Ministertagung mit Portugal fand am 25. Mai 1983 in Brüssel statt. Dazu teilte Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), mit, daß die Europäischen Gemeinschaften Erklärungen zu den Kapiteln Patente und Fischerei übergeben hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1875; Referat 410, Bd. 130298. Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), berichtete am 27. Juni 1983, daß die Europäischen Gemeinschaften auf der Sitzung der Stellvertreter im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Portugal Erklärungen über die Rechtsangleichung und zum Umweltschutz vorgelegt hätten: „PTG übergab zu diesen Themen ebenfalls Erklärungen, in denen es sich mit Standpunkt der Gem[einschaft] einverstanden erklärt [...]. Damit ist zum Abschluß unserer Präs[identschaft] noch schöner Erfolg gelungen: Die Verhandlungskapitel Rechtsangleichung sowie Umwelt- und Verbraucherschutz konnten abgeschlossen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2294; Referat 410, Bd. 130298.

³¹ Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

³² Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 80.

³³ Mit Schreiben vom 8. April 1983 an Bundeskanzler Kohl unterrichtete Ministerpräsidentin Gandhi über die Ergebnisse der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi: „The need of the hour is to dispel the present atmosphere of gloom and

mit der nächsten VN-Generalversammlung³⁴ gesprochen habe. Ihr sei sehr an dieser Idee gelegen, da es für sie in diesem Zusammenhang auch um ihr Image als PM und als Vorsitzende der Blockfreien gehe. Sie wünsche besonders eine positive Antwort aus Europa. Bis jetzt liege ihr nicht eine einzige spezifische positive Äußerung vor. Sie meine, wenn der erste ins Wasser gehe, würden die anderen folgen.

Bundeskanzler glaubt, daß dieser Eindruck falsch ist. Er habe niemanden getroffen, der über diesen Vorschlag der indischen Premierministerin glücklich sei. Und zwar gehe es hier nicht um eine prinzipielle Frage, sondern um eine Frage des Zeitpunktes. In Williamsburg habe man am Rande über diesen Vorschlag in diesem Sinne gesprochen. Er, der Bundeskanzler, fürchte, daß der Zeitpunkt in der Tat nicht sehr glücklich gewählt sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Verhandlungen in Genf.

Die entscheidende Gipfelbegegnung sei bei Lage der Dinge die zwischen dem sowjetischen Generalsekretär und dem amerikanischen Präsidenten. Er habe sich für ein derartiges Treffen immer wieder auch gegenüber US-Präsident Reagan ausgesprochen. Sein Eindruck sei, daß Präsident Reagan auch zu einem solchen Treffen bereit sei. Der Zeitpunkt auch hierfür sei zu früh. Ein solches Treffen müsse sehr sorgfältig vorbereitet werden. Wenn es scheitert, dann würde es eher nachteilige Folgen haben. Der Bundeskanzler vermutet, daß nächstes Frühjahr am ehesten ein geeigneter Zeitpunkt sei.

Auf den Vorschlag von MP Gandhi zurückkommend, bemerkt der Bundeskanzler, daß die Interessenlage von Neu Delhi und von uns wie von den USA aus gesehen nicht identisch sei. Ein Treffen im Herbst laufe Gefahr, von Andropow als Propagandaforum für die Raketenfragen genutzt zu werden. Dem müsse man hinzufügen, daß auch für die SU Propaganda nur dann nütze, wenn sie erfolgreich sei.

Generalsekretär deutet an, daß MP Gandhi sehr hartnäckig in der Verfolgung ihrer Ideen sei.

Bei dem dann folgenden Mittagessen werden Fragen der Abrüstung besprochen. *Bundeskanzler* erläutert, daß durch die Entwicklung der konventionellen

Fortsetzung Fußnote von Seite 924

sense of helplessness. Urgent, even dramatic, action is needed to rebuild confidence. We felt that it would be useful for the Heads of State or Governments of the members of the United Nations to meet in New York for a few days at the time of the 38th Session of the General Assembly. The idea is to give fresh thought to ways and means of tackling the major problems of the day. These problems are complex and we do not expect spectacular results. But the least we can hope to achieve at such a high-powered gathering, is a reduction in international tension and the initiation of a process that would improve the political climate and make it more conducive to the solutions of problems. It will be a collective manifestation of our political will to grapple with our problems instead of letting the problems overwhelm us.“ Vgl. den Runderlaß (Coreu) vom 20. April 1983; Referat 340, Bd. 127100. Der Vorschlag war Gegenstand der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 12./13. April 1983 in Bonn. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit faßte die Diskussion folgendermaßen zusammen: „Aussprache über Vorschlag der indischen Ministerpräsidentin, anläßlich nächster VN-GV in New York ein Gipfeltreffen auf ‚Weltbasis‘ abzuhalten, außerordentlich skeptisch. Keiner der Zehn vermöchte in dem Gedanken eines Treffens von über 150 Staats- und Regierungschefs einen Vorteil zu sehen. PK einigte sich auf ‚wait and see attitude.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 15; VS-Bd. 12911 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

³⁴ Die 38. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 statt.

Waffen das allgemeine Gewaltverbot der Vereinten Nationen³⁵ (nukleare und konventionelle Waffen) wieder allergrößte Aktualität gewonnen hat.

Auf seine Bitte erläutert der *Generalsekretär* seine Aktivitäten in der Nahost-Frage. Dies sei eines der denkbar schwierigsten Probleme. Am 10. Juli habe der Sicherheitsrat über die künftigen Aufgaben der VN-Streitmacht im Libanon zu entscheiden.³⁶ Er wisse noch nicht, welche Vorstellungen die Regierung des Libanon hierzu habe. Im besten Fall könnten die VN-Truppen den Schutz palästinensischer Lager übernehmen, wobei hier deutlich die Skepsis des Generalsekretärs über die Effektivität zum Ausdruck kam. Die USA wollten, daß die VN eine sehr viel wichtigere Aufgabe übernähmen. Sie träfen aber hier auf den Widerstand Israels, den sie nicht überwinden könnten. Das Mißtrauen Israels in die Vereinten Nationen, auch in die Arbeit des Generalsekretärs und der Friedensstreitkräfte, sei groß. Sie wollten verhindern, daß VN-Streitkräfte in den Nahost-Konflikt zu sehr involviert würden.

Sein Ansatzpunkt sei es, zunächst einen Kanal zu eröffnen, den die Syrer benutzen könnten, wenn sie dies wollten. Vielleicht gehe es den Syrern wirklich darum, einen Ausweg zu finden und dabei gleichzeitig ihr Gesicht zu wahren. Dabei bleibe die Frage, welche Absichten die Sowjetunion in der Region verfolge. Könne sie wirklich an einer Regelung im Libanon zu amerikanischen Bedingungen interessiert sein? Worum gehe es den Syrern? Etwa darum, die Sowjetunion in Nahost ins Spiel zu bringen?

Er bedauert sehr, daß die USA die Chancen nicht ergriffen hätten, die ihnen ein gesprächsbereiter und ehemals stärkerer Arafat geboten habe. Jetzt schwinde auch diese Chance.

Den Fortgang des Iran-Irak-Konflikts bezeichnet der Generalsekretär als unvorhersehbar. Olof Palme sei mit seiner Mission als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs noch am wenigsten erfolglos gewesen.³⁷ Vielleicht seien die Iraner am ehesten noch bereit, sich auf die VN zu stützen. Er sei jedenfalls einem iranischen Wunsch nachgekommen, ein VN-Team zur Evaluierung der Verluste bei der Zivilbevölkerung in einer Stadt in den Iran zu schicken.³⁸

³⁵ Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

³⁶ Zur Einsetzung der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 39, Anm. 8. Am 18. Juli 1983 beschloß der VN-Sicherheitsrat, das Mandat der UNIFIL um weitere drei Monate bis 19. Oktober 1983 zu verlängern. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 536 (1983) vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 3.

³⁷ Der ehemalige Ministerpräsident Palme führte als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs Waldheim 1981 Gespräche zur Erkundung von Möglichkeiten für eine politische Lösung des irakisch-iranischen Kriegs. Botschafter Thomas, Stockholm, übermittelte dazu am 4. März 1981 die Information aus dem schwedischen Außenministerium, daß Palme mittlerweile drei Reisen nach Bagdad, Teheran und New York unternommen habe. „Die erste Mission sollte Vertrauensbasis schaffen; bei der zweiten Mission wurden die ‚drei Prinzipien‘ zur Konfliktbeilegung eingeführt (kein Territorialgewinn, Nichteinmischung, freie Schifffahrt); bei der dritten Mission wurde die Anwendung der Prinzipien auf die strittigen Sachfragen erörtert.“ Dabei habe sich die dritte Mission als die schwierigste erwiesen: „Zwar haben beide Konfliktparteien ihr Interesse an Fortsetzung der Gespräche mit Palme erklärt, jedoch klaffen die Standpunkte unvereinbar auseinander.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; Referat 311, Bd. 137716.

³⁸ Zur Beschießung von Städten im Iran durch irakische Streitkräfte vgl. Dok. 156, Anm. 14. Am 23. Juni 1983 informierte Botschafter van Well, New York (VN), daß VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar im Sicherheitsrat den Abschlußbericht der Beobachtergruppe erläutert habe: „Mandat der Vier-Mann-Delegation (drei Militärs und ein Zivilangehöriger des VN-Sekretariats) war,

Vielleicht sei dies ein Einstieg für weitere Aktivitäten des VN-Generalsekretärs. Die Iraner sehen sehr deutlich, daß sie isoliert seien. Dabei wolle er freilich nicht behaupten, daß irgendwelche Hoffnung auf eine mit Hilfe der VN beförderten Lösung bestehe.

Bundeskanzler berichtet von ihm vorliegenden Meldungen über Versuche, den Konflikt innerhalb der arabischen Familie anzugehen. Dabei spiele Geld aus der Arabischen Halbinsel eine große Rolle. Auch hätten selbstverständlich die Golfanrainer das allergrößte Interesse an einer Beendigung des Konflikts.

Der *Generalsekretär* berichtet von der seiner Einschätzung nach nicht schlechten Atmosphäre auf UNCTAD VI.³⁹ Die Rede von BM Graf Lambsdorff⁴⁰ wie auch die einiger anderer westlicher Vertreter seien in Belgrad gut aufgenommen worden.

Die Sorge über einen zu schwachen wirtschaftlichen Erholungsprozeß in der Welt sei bei den Ländern der Dritten Welt allerdings groß. Sie meinten daher nachdrücklich, daß auch kurzfristig etwas geschehen müsse. Der Vorschlag von global negotiations⁴¹ habe die westlichen Länder etwas eingeschüchtert. Vielleicht könne man etwas weniger Ehrgeiziges tun. Auf jeden Fall sei es wichtig, daß am Ende der Konferenz die Staaten so vertreten seien, daß auch politische Beschlüsse gefaßt werden könnten. Es wäre sehr wichtig, daß man insbesondere von amerikanischer Seite auf der UNCTAD eine ermutigende Erklärung hören könnte.

Bundeskanzler berichtet, daß in Williamsburg der einzige, aber auch gravierende Dissenspunkt zwischen Europäern und Amerikanern die Frage der Zinshöhe gewesen sei. Er hoffe sehr, daß die Amerikaner hier die Anliegen der Europäer verstanden hätten.

Zu Namibia berichtet der *Generalsekretär* von einer Sicherheitsratsresolution, die ihn zu einem Bericht bis Ende August auffordert.⁴² Er habe sogleich Kontakt mit Südafrika aufgenommen. Dabei gehe es noch um zwei Probleme: das Wahlsystem und die Zusammensetzung der VN-Streitkraft in Namibia.

Gewiß sei die Frage der Präsenz der Kubaner in Angola mit der Namibia-Frage verbunden. Er habe bei seinen Gesprächen gefunden, daß auch dos Santos die Kubaner gerne los hätte, zumal da sie ihn sehr teuer zu stehen kommen. Gleichzeitig garantierten sie aber die Sicherheit Angolas. Wie könne also dos Santos

Fortsetzung Fußnote von Seite 926

Übersicht über Schäden an zivilen Zielen in beiden Ländern zu gewinnen und nach Möglichkeit Munitionsart anzugeben, mit denen Schäden verursacht worden sind. Es sei nicht Aufgabe der Mission gewesen, die Zahl der Opfer oder die Höhe des angerichteten Schadens festzustellen. Bericht der Mission, die sich vom 21. bis 26.5. in Iran und vom 28. bis 30.5. in Irak aufgehalten hat, beschreibt auf mehr als zwei Dritteln seines Texts Schäden in den insgesamt zwölf besuchten iranischen Städten“. Die in dem Bericht beschriebenen „Schäden in irakischen Städten (insgesamt wurden sieben Städte besucht) gehen in der Mehrzahl der Fälle auf Kriegshandlungen zu Beginn des Krieges (Herbst 1980) zurück und sind auch weniger schwer als auf iranischer Seite.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1363; Referat 311, Bd. 137770.

39 Die VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) tagte vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad. Vgl. dazu Dok. 208.

40 Für die Rede des Bundesministers Graf Lambsdorff am 7. Juni 1983 auf der VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad vgl. Referat 402, Bd. 133913. Für eine Zusammenfassung vgl. UNCTAD PROCEEDINGS 1983, Bd. II, S. 82–84.

41 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 25, Anm. 21.

42 Zur Resolution Nr. 532 (1983) des VN-Sicherheitsrats vom 31. Mai 1983 vgl. Dok. 142, Anm. 15.

die Kubaner gehen lassen, ehe die Bedrohung der Sicherheit seines Landes durch Südafrika vom Süden her nicht aufgehört habe. Wenn es zu einer Namibia-Lösung kommt, so würde dies zu einer großen Entspannung im südlichen Afrika führen.

Auch Machel sei über die sowjetische Unterstützung enttäuscht; desgleichen Angola.

Es sei jetzt wirklich der Augenblick, zu einer Entspannung im südlichen Afrika beizutragen.

Bundeskanzler erkundigt sich nach den Garantien für einen Abzug der Kubaner.

Generalsekretär antwortet, daß dies durch eine Erklärung der Angolaner und der Kubaner geschehen könnte. Sehr viel wichtiger seien die wirtschaftlichen Zwänge, unter denen Angola stehe, und die Lösung der politischen und Sicherheitsprobleme.

In vorübergehender Abwesenheit des Bundeskanzlers führt StS von Staden das Gespräch zu diesem Punkt fort. Die Amerikaner hätten eine Parallelität des Vorgehens im Auge. Wir hätten uns nie mit einem Junktim einverstanden erklärt. Aber selbstverständlich gebe es hier ein wichtiges politisches Problem.

Generalsekretär spricht das bevorstehende Treffen Südafrika/Angola auf den Kapverden-Inseln an.⁴³

StS von Staden bezeichnet die Namibia-Frage als einen wichtigen Punkt für das bevorstehende Gespräch von BM Genscher mit dem Generalsekretär.⁴⁴

Auf Nahost zurückkommend, erkundigt er sich nach der Meinung des Generalsekretärs zu Zehner-Aktivitäten in Nahost. Die Libanesen seien daran interessiert und meinten, daß die Europäer etwas tun sollten. Sie seien aber wohl etwas zu optimistisch hinsichtlich der syrischen Haltung.

Für den *Generalsekretär* wäre ein geteilter Libanon eine ständige Quelle von Spannungen in Nahost. Uns bleibt wenig Zeit. Wenn die amerikanische Wahlkampagne anläuft⁴⁵, werde es für die Vereinigten Staaten noch schwieriger, auf Israel Einfluß zu nehmen.

StS von Staden bemerkt, daß eine vorherige Lösung der Libanon-Frage Voraussetzung dafür sei, daß die Hauptprobleme der Nahost-Frage überhaupt wieder aufgenommen werden können. Kernpunkt sei dabei die Palästinenser-Frage.

VS-Bd. 12958 (230/231/232)

⁴³ Zu den Gesprächen zwischen Angola und Südafrika über eine Lösung des Konflikts im südlichen Afrika vgl. Dok. 56, Anm. 6.

⁴⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 10. Juni 1983 vgl. Dok. 177.

⁴⁵ Am 6. November 1984 fanden die amerikanischen Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

177

Gespräch des Bundesministers Genscher mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar

230-382.03/7 VS-NfD

10. Juni 1983¹

Gespräch zwischen BM Genscher und GS Pérez de Cuéllar am 10. Juni 1983²

BM unterstrich einleitend die Bedeutung, die wir dem Besuch des Generalsekretärs, der Rolle der Vereinten Nationen für die internationale Stabilität und Zusammenarbeit und unserer Mitarbeit in den Vereinten Nationen beimessen. Er fragte den Generalsekretär, welche Themen er ansprechen wolle.

GS verwies auf die Themen, die er mit dem Bundeskanzler³ und dem Bundespräsidenten⁴ erörtert habe.

BM bat den *GS*, ihn über Zentralamerika zu unterrichten. Er wolle seinerseits dem *GS* über die Sitzung der Kontaktgruppe berichten.

GS unterstrich die zentrale Rolle, die gegenwärtig der Aktivität der Contadora-Gruppe⁵ zukomme, um die Lösungsbemühungen im regionalen Rahmen zu halten, nachdem eine Einschaltung der OAS wegen des offenkundigen Mißtrauens von Nicaragua nicht in Betracht komme. Die Tatsache, daß es im Rahmen der Bemühungen der Contadora-Gruppe gelungen sei, das bilaterale Gespräch zwischen Nicaragua und Honduras einzuleiten, sei in sich selbst wichtig. Der Sicherheitsrat habe den *GS* beauftragt, die Tätigkeit der Contadora-Gruppe zu verfolgen.⁶ Diese habe ihn über ihr Treffen in Panama unterrichtet. Sollten die Bemühungen der Contadora-Gruppe fehlschlagen, wäre er, der *GS*, bereit, sich einzuschalten. Die gegenwärtige Lage sei insgesamt nicht allzu ermutigend: Die Kämpfe gingen weiter. Die gegenseitigen Beschuldigungen zwischen Nicaragua und den USA hätten zu einer weiteren Eskalation geführt (Diplomatenausweisungen⁷). Angesichts der bedrohlichen Situation erschienen ihm die Bemühungen der Contadora-Gruppe nicht genügend intensiv.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigentin Finke-Osiander am 14. Juni 1983 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte, Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, an das Ministerbüro geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 230, Bd. 128037.

² VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 9. bis 13. Juni 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 10. Juni 1983 vgl. Dok. 176.

⁴ Bundespräsident Carstens empfing VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am Nachmittag des 10. Juni 1983 zu einem dreißigminütigen Gespräch. Dabei wurden die Lage in Mittelamerika, die Ost-West-Beziehungen, Afghanistan und die Vertretung der Bundesrepublik im VN-Generalsekretariat erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 230, Bd. 128037.

⁵ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 175, Anm. 38.

⁶ Auf Antrag von Nicaragua befaßte sich der VN-Sicherheitsrat zwischen dem 9. und 19. Mai 1983 mit der Situation in Mittelamerika und verabschiedete am 19. Mai 1983 die Resolution Nr. 530 (1983). Darin wurden die Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts begrüßt und alle interessierten Staaten zur Zusammenarbeit mit der Contadora-Gruppe aufgerufen. VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar wurde gebeten, den VN-Sicherheitsrat über die weitere Entwicklung zu unterrichten. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 10.

⁷ Zur Ausweisung amerikanischer Diplomaten aus Nicaragua bzw. nicaraguanischer Diplomaten aus den USA vgl. Dok. 175, Anm. 42.

BM unterstrich, daß wir die Contadora-Gruppe von Anfang an unterstützt hätten. Ebenso könne der GS mit unserer Unterstützung rechnen.

Angesichts der Sorge der lateinamerikanischen Staaten vor einem Übergewicht der USA in der Region einerseits und der Befürchtung der USA andererseits vor dem Entstehen der Einflußzone einer anderen Großmacht frage er sich, ob nicht eine stärkere Rolle der EG in der Region für größere wirtschaftliche Stabilität hilfreich sein würde. Die EG wäre einerseits ein geeigneter Partner für gleichberechtigte Zusammenarbeit und würde andererseits sicherlich nicht das Mißtrauen der USA auf sich ziehen.

GS pflichtete dieser Überlegung bei. Die Caribbean Basin Initiative⁸ sei finanziell zu begrenzt (Tropfen auf den heißen Stein). Einige EG-Staaten verfügten über eine Präsenz in der Region, die eine gute Basis für eine größere Rolle der EG bieten würde.

BM betonte, daß wir die Austragung eines Interessenkonflikts in der Region vermeiden wollten, der auch uns berühren würde.

Er schlug vor, zu Namibia überzugehen. *Dg* 32⁹ gab zunächst ein Resümee der Sitzung der Kontaktgruppe in Paris.

BM betonte Bedeutung des Tagungsorts Paris angesichts von Spekulationen über ein Ausscheiden Frankreichs. Die Kontaktgruppe habe ihn (*BM*) beauftragt, dem Generalsekretär sowohl ihre kollektive wie individuelle Unterstützung anzubieten, sofern ihm das nützlich erscheine.¹⁰ Die Fünf bewerteten das Ergebnis der Sicherheitsratstagung¹¹ positiv und würdigten den wesentlichen Beitrag des Generalsekretärs dazu. Wir begrüßten, daß die Rolle der Fünf nicht beeinträchtigt worden sei. Wir hielten das dem Generalsekretär erteilte Mandat für sehr wichtig. *AM* Shultz sei von seiner ersten Begegnung mit Nujoma¹² positiv beeindruckt gewesen.

⁸ Zum Hilfsprogramm der USA für die karibischen und mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 145, Anm. 13.

Am 29. Juli 1983 billigte der Kongreß den „Caribbean Basin Economic Recovery Act“, der von Präsident Reagan am 5. August 1983 unterzeichnet wurde. Gesandter Wallau, Washington, informierte am 23. August 1983, daß das amerikanische Außen- und das Handelsministerium am Vortag gemischte Delegationen nach Mittelamerika und in die Karibik entsandt hätten; „um festzustellen, welche der 28 betroffenen Staaten die zahlreichen Kriterien erfüllen, die für die Gewährung der Zollfreiheit vorausgesetzt werden“. So seien Staaten ausgeschlossen, die kommunistisch seien und die Bedingungen für die Behandlung von enteignetem amerikanischen Vermögen nicht akzeptierten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3685; Unterabteilung 33, Bd. 146693.

⁹ Wilhelm Haas.

¹⁰ Ministerialdirigent Haas, z. Z. Paris, berichtete am 8. Juni 1983, daß die Außenminister Cheysson (Frankreich), MacEachen (Kanada) und Shultz (USA) sowie der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, Bundesminister Genscher am selben Tag gebeten hätten, VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar über die Beratungen der Namibia-Kontaktgruppe zu unterrichten: „KG wird sich mit Plänen für Hilfe bei wirtschaftlichem Aufbau eines unabhängigen Namibia befassen. In Überlegungen sollen auch Hilfsmaßnahmen der Weltbank und des Europäischen Entwicklungsfonds einbezogen werden; KG nimmt zur Kenntnis, daß US in Kürze angolische Vorschläge zu Kubanerrückzug erwarten, die dann Südafrika übermittelt werden sollen. Gleich danach wird KG beraten, wie sie in gemeinsamen oder abgestimmten bilateralen Demarchen S[üd]A[frika] bewegen kann, diese Vorschläge anzunehmen und Weg zur Implementierung von Res[olution] 435 freizumachen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1163; Referat 320, Bd. 125294.

¹¹ Zur Namibia-Debatte im VN-Sicherheitsrat und zur Resolution Nr. 532 (1983) vom 31. Mai 1983 vgl. Dok. 142, Anm. 15.

¹² Ministerialdirigent Haas, z. Z. Paris, berichtete am 9. Juni 1983, daß der amerikanische Außenmi-

Die Amerikaner hätten über den Stand ihrer Gespräche mit Angola berichtet.¹³ Sie rechneten in Kürze mit angolanischen Vorschlägen. Nach deren Vorliegen beabsichtigten die Fünf, gegenüber Südafrika auf die baldige Durchführung der Sicherheitsrats-Resolution 435¹⁴ hinzuwirken.

Wir begrüßten den Auftrag an die fünf Afrika-Direktoren¹⁵, Vorschläge für gemeinsame wirtschaftliche Hilfe an Namibia nach der Unabhängigkeit auszuarbeiten. Dies entspreche von uns schon früher eingebrachten Überlegungen. Wir seien daran interessiert, daß Namibia ein Modell für friedliche Konfliktlösung werde. Gemeinsame wirtschaftliche Hilfeleistung würde Bereitschaft bekräftigen, Verantwortung auch über den Tag der Unabhängigkeit hinaus zu übernehmen.

GS dankte für Unterrichtung. Er berichtete seinerseits, daß er sich gegenüber dem südafrikanischen Botschafter¹⁶ gegen die Auflagen verwahrt habe, die die südafrikanische Seite mit seinem Besuch verknüpft habe. Zunächst einmal habe er noch nicht über seinen Besuch entschieden. Er beabsichtige nicht, nach Namibia zu reisen. Er sei gegebenenfalls in Pretoria bereit, mit jedem zusammenzutreffen, der dies wünsche, um seine Unparteilichkeit zu verdeutlichen.

Er werde sich am Dienstag¹⁷ nach Rückkehr nach New York von USG¹⁸ Ahtisaari über seine Gespräche mit afrikanischen Staaten berichten lassen.

Er begrüße die Unterstützungszusage der Fünf. Über das Wie werde er mit den Botschaftern in New York¹⁹ Kontakt halten. Die zentrale Frage bleibe, wie Südafrika beeinflußt werden könne. Hierfür sei die Hilfe der Fünf vor allem nötig.

GS hob hervor, daß AM Shultz und Nujoma gegenseitig von ihrer Begegnung positiv beeindruckt gewesen seien.

Auch über Namibia hinaus könnten westliche Staaten im südlichen Afrika wichtige konstruktive Rolle spielen. Mosambik und Angola seien enttäuscht über

Fortsetzung Fußnote von Seite 930

nister beim Treffen der Namibia-Kontaktgruppe am 8. Juni 1983 in Paris über sein Gespräch mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, am 26. Mai 1983 in New York ausgeführt habe, dieser habe „über die wirtschaftliche Zukunft Namibias und den Bedarf an internationaler, vor allem technischer Hilfe“ gesprochen. Shultz habe vorgeschlagen, „daß sich die K[ontakt]G[ruppe] hierüber Gedanken mache.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1163; Referat 320, Bd. 125294.

¹³ Zu den amerikanisch-angolanischen Gesprächen vgl. Dok. 112, Anm. 27.

Ministerialdirigent Haas, z. Z. Paris, faßte die Äußerungen des amerikanischen Außenministers Shultz beim Treffen der Namibia-Kontaktgruppe am 8. Juni 1983 in Paris folgendermaßen zusammen: „US erwarte in Kürze (Crocker sprach von ein bis zwei Wochen) grünes Licht aus Luanda zu dem in Washington mit ‚Kito‘ verhandelten Papier über Kubanerrückzug. Sobald die US ein ‚credible Cuban troops withdrawal programme‘ in der Hand hätten, würden sie ihr Gewicht in Pretoria zur Geltung bringen und die südafrikanische Gegenleistung, d. h. die Zustimmung zur Res[olution] 435, einfordern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1163; Referat 230, Bd. 125294.

¹⁴ Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 56, Anm. 8.

¹⁵ Jean Ausseil (Frankreich), Eric J. Bergbusch (Kanada), Chester A. Crocker (USA), Wilhelm Haas (Bundesrepublik) und Clifford W. Squire (Großbritannien).

¹⁶ Kurt von Schirnding.

¹⁷ 14. Juni 1983.

¹⁸ Under-Secretary-General.

¹⁹ Luc de la Barre de Nanteuil (Frankreich), Jeanne J. Kirkpatrick (USA), Gérard Pelletier (Kanada), John Thomson (Großbritannien) und Günther van Well (Bundesrepublik).

sowjetische Hilfe. Südafrika müsse überzeugt werden, daß eine normale Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn in seinem Interesse läge.

BM stimmte dem zu. Die Länder im südlichen Afrika würden nicht dazu kommen, ihre Angelegenheiten zu regeln, solange der Konflikt andauere. Es gebe eine Menge Leute, die Südafrika als Vorhut des freien Westens sähen und die Instabilität rundum als Bestätigung dafür nähmen. Wir meinten, daß die Frontlinienstaaten²⁰ eine außerordentlich verantwortungsvolle Haltung zeigten. Die SWAPO-Führer hätten nicht immer ihre heutige Haltung vertreten. Sie hätten sich bewegt unter dem Einfluß afrikanischer Staaten. Der Westen habe in der Tat die Chance, mit den Staaten im südlichen Afrika zusammenzuarbeiten. Wir betrachteten sowjetische Waffenlieferungen mit Sorge. Wir wollten lieber mit der Sowjetunion in friedlicher Entwicklungshilfe konkurrieren.

BM bat den *GS* um Unterrichtung über seine Eindrücke in Belgrad (UNCTAD VI).²¹

GS erwiderte, er habe nur den Anfang miterlebt. Er habe jedoch positive Informationen über das Konferenzklima. Die etwas schärferen Ausführungen von *MP Gandhi* ständen nicht im Widerspruch dazu, da sie in einem Vortrag außerhalb des Konferenzrahmens gemacht worden seien.²²

Er halte den Vorschlag von Bundesminister Graf Lambsdorff für gut, am Ende von UNCTAD VI eine hochrangige Begegnung vorzusehen, um politische Entscheidungen zu treffen. Dieser Vorschlag habe bei den Entwicklungsländern ein großes und positives Echo gefunden. Die USA hätten ihre Erklärung noch nicht abgegeben. Sie beabsichtigten, Mr. Dam zu entsenden.²³ Er (*GS*) habe *AM Shultz* telefonisch gebeten, eine hochrangige US-Vertretung am Konferenzabschluß sicherzustellen.

BM betonte, daß wir uns in Williamsburg²⁴ dafür eingesetzt hätten, positiv auf UNCTAD VI einzugehen. Wir seien nicht sehr glücklich, daß die Impulse von

²⁰ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

²¹ Die VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) tagte vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad. Vgl. dazu Dok. 208.

²² Ministerialdirigent Sulimma, z. Z. Belgrad, berichtete am 10. Juni 1983: „Am 8. Juni 1983 hielt indische Premierministerin Frau Gandhi Vortrag (Prebisch Lectures) zum Thema ‚Frieden und Entwicklung‘. Rede war in Ton und Inhalt überraschend scharf, bisweilen sogar aggressiv und in der Situationsanalyse von großer Einseitigkeit. Gegenwärtige Weltwirtschaftskrise habe ihre Ursache in IL. [...] IWF und Weltbank dienten primär zur Durchsetzung der IL-Interessen. [...] Der Handelspolitik der IL warf sie einen doppelten Standard vor. Wenn die IL ihre Landwirtschaft schützten und subventionierten, fände man Gründe, um Ausscheren aus der GATT-Disziplin zu begründen. Wenn dagegen EL ihre Exporte subventionierten und Anreize gewährten, würden sie kritisiert.“ Sie sei alarmiert „wegen anhaltend starker Tendenz, EL zu dominieren, sowie wegen der neuen Methoden und Formen des Kolonialismus“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 253; Referat 402, Bd. 133913.

²³ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Dam legte am 13. Juni 1983 auf der VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad die Haltung der USA dar. Ministerialdirigent Sulimma, z. Z. Belgrad, zog am 14. Juni 1983 folgende Bilanz: „Dam wiederholte im wesentlichen bekannte amerikanische Positionen. Seine nüchternen Formulierungen zeigen wenig Raum für etwaige bevorstehende amerikanische Konzessionen, aber deutlich die von den USA ins Auge gefaßten Grenzen für konsensfähige Resolutionen bei UNCTAD VI.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 267; Referat 402, Bd. 133913. Für eine Zusammenfassung der Rede vgl. UNCTAD PROCEEDINGS 1983, Bd. II, S. 177–179.

²⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

Cancún²⁵ steckengeblieben seien. Als ermutigend habe er empfunden, daß sich das Außenministertreffen der NATO²⁶ ausführlich mit den Entwicklungsländern befaßt habe. Dies sei nicht selbstverständlich und aus deutscher Sicht zu unterstützen. Er frage sich oft, warum die Entwicklungsländer nicht mehr täten, um Entwicklungshilfe zu ermutigen. Wenn gelegentlich gesagt würde, daß die einen mehr Waffen lieferten, die anderen mehr Hilfe leisteten, würde dies die Öffentlichkeit bei uns positiv beeinflussen, die unter dem Eindruck stehe, die Hilfeleistenden würden häufig auch noch beschimpft.

GS wies darauf hin, daß er in Belgrad die Notwendigkeit unterstrichen habe, daß die Entwicklungsländer ihre eigenen Probleme lösen, bevor sie um Hilfe bitten.

Die Frage der Waffenlieferungen sei allerdings auch ein westliches Problem, auf das er Präsident Mitterrand angesprochen habe.²⁷ Er teile die Meinung, daß die Entwicklungsländer wirtschaftliche Hilfe und nicht Waffen brauchten. Er sei schockiert gewesen festzustellen, daß Peru Mirage-Flugzeuge kaufe, obwohl es die Millionen dringend für anderes brauchen würde.

BM wies darauf hin, daß wir uns eher in der Lage befänden, erklären zu müssen, weshalb wir nicht Waffen verkaufen wollen.

Auf Bitte des BM gab GS Lage-Beurteilung zu Kambodscha.

Angesichts der natürlichen asiatischen Freundlichkeit seien Ergebnisse der Reisen des vietnamesischen Außenministers Co Thach mit Vorsicht zu bewerten.²⁸ Der thailändische Vorschlag einer demilitarisierten Zone von 30 km²⁹ habe sicherlich keine Aussicht auf Annahme. Co Thach sei aber ein sehr geschickter Diplomat, von dem man eventuell einen Gegenvorschlag erwarten könne. Dies würde zumindest die Eröffnung eines Dialogs ermöglichen. Die Haltung der ASEAN-Staaten sei auch nicht völlig einheitlich. Die Thailänder würden unterstützt von Malaysia und Singapur. Indonesien und die Philippinen neigten zu einer etwas flexibleren Haltung gegenüber den Vietnamesen.

Die humanitäre Lage habe sich wesentlich verbessert. Dies betreffe sanitäre Einrichtungen und die Ernährungssituation. Politisch müßte etwas geschehen. Die kambodschanische Koalition sei sehr fragil. Sihanouk sei schwer kalkulierbar, wie sein Vorschlag einer Koalition mit Heng Samrin zeige.³⁰ Die Lage sei deshalb schwer zu beurteilen.

²⁵ In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

²⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 178 und Dok. 179.

²⁷ Staatspräsident Mitterrand und VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar trafen am 30. März 1983 in Paris zusammen.

²⁸ Der vietnamesische Außenminister Co Thach hielt sich vom 6. bis 8. Juni 1983 auf den Philippinen und am 9. Juni 1983 in Thailand auf.

²⁹ Während seines Aufenthalts in Thailand am 9. Juni 1983 erörterte der vietnamesische Außenminister Co Thach mit seinem thailändischen Amtskollegen Savetsila u. a. einen Vorschlag Thailands, die vietnamesischen Truppen in Kambodscha aus einer Zone von 20 Meilen Tiefe von der thailändischen Grenze abzuziehen. Vgl. dazu den Artikel „Vietnam and Thailand Confer and Ease Strain“; THE NEW YORK TIMES vom 10. Juni 1983, S. A 6.

³⁰ In der Presse wurde berichtet: „Der frühere kambodschanische Staatschef Sihanouk hat sich in einem Interview für die Bildung einer Koalitionsregierung der nationalen Einheit Kambodschas eingesetzt. Ihr sollten auch Vertreter der jetzigen, von den Vietnamesen gestützten Regierung Heng Samrin angehören, sagte Sihanouk. Eine solche Koalition sollte zeitweilig die Macht ausüben, um

Außenminister a.D. Pahr sei Vorsitzender des Interimsausschusses geblieben. Er werde Vietnam, China und Laos besuchen. Lediglich das Heng-Samrin-Regime bleibe von seinen Reisen ausgespart.

Erschwert werde die Lagebeurteilung durch das im Hintergrund stehende China/Vietnam-Problem. China wolle das Kambodscha-Problem nicht von den Schultern Vietnams nehmen. Es sei unmöglich, diese Frage mit den Chinesen zu diskutieren. Sie weichen dem Gespräch aus.

BM betonte, daß wir uns stark an der Haltung der ASEAN-Staaten orientieren. Wir seien uns dabei bewußt, daß die Auffassungen und die Interessenlage der fünf Länder nicht voll deckungsgleich seien.

Die EG pflege gute Beziehungen zu ASEAN. Wir hätten uns auch um ein Kooperationsabkommen bemüht, das bisher jedoch nicht zustande gekommen sei. Wir hielten regionale Zusammenschlüsse für einen guten Beitrag zur Stabilität der Region und eine Möglichkeit für kleinere Länder, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu erhalten. Er würde sich etwas Vergleichbares für Zentralamerika wünschen. Auch die ASEAN-Staaten hätten schwere politische Differenzen überwinden müssen. Sie hätten jedoch die Vorteile der Zusammenarbeit erkannt.

Er halte auch die Lusaka-Konferenz für ein interessantes Modell, das aber erst funktionieren werde, wenn der Konflikt im südlichen Afrika gelöst sei. Wenn Südafrika über die nächsten fünf bis acht Jahre hinaussehen würde, würde es das Interesse erkennen, mit den Nachbarn zusammenzuarbeiten, um dort einen Gürtel der Stabilität zu schaffen. Leider definierten die Südafrikaner ihre Interessen im Augenblick viel zu kurzfristig.

GS stimmte dem insbesondere im Hinblick auf Zentralamerika zu.

Abschließend bat *Bundesminister* den Generalsekretär, uns als aktives Mitglied der Vereinten Nationen zu erkennen, das Vertrauen in die Organisation setze. Wir wollten die Stärkung der Organisation und ihrer Organe. Wir wollten einen starken Generalsekretär und dessen Rolle stützen.

Referat 230, Bd. 128037

Fortsetzung Fußnote von Seite 933

einen Waffenstillstand schließen und freie Wahlen organisieren zu können. Der Prinz [...] unterstrich, daß er nur in eigenem Namen spreche.“ Vgl. den Artikel „Sihanouk für Koalition mit Heng Samrin“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 1./2. Juni 1983, S. 12.

178

Botschafter Wieck, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-18459/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 10. Juni 1983, 02.09 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1193

Ankunft: 10. Juni 1983, 03.17 Uhr

Cito

ChBK, Chef Bundeskanzleramt² vorzulegen; BMVg, Bundesminister³ vorzulegen; Madrid auch KSZE-Leiter Delegation⁴ o.V.i.A.

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz Paris 9. bis 10. Juni 1983;

hier: Aussprache der Minister im kleinsten Kreis (1 plus 1⁵) am 9. Juni 1983;

allgemeine Ergebnisse; Rede AM Shultz

Zur Unterrichtung

I. 1) Bei der Aussprache der Außenminister im kleinsten Kreise standen die mit dem Doppelbeschluß von 1979 in Zusammenhang stehenden Fragen der Verhandlung mit der Sowjetunion und der Modernisierung im INF-Bereich im Vordergrund. Die Minister beschlossen, das Kommuniqué⁶ in seiner Struktur so zu verändern, daß vor die üblichen Teile des Kommuniqués ein besonderer Absatz mit der INF-Zielsetzung des Bündnisses in diesem Jahr und deren Bedeutung für die Wahrung des Friedens vorangestellt werden soll. Damit soll ein Signal an die eigene Öffentlichkeit und ein weiterer Beweis der Entschlossenheit des Bündnisses gegeben und die Sowjetunion zu einer realistischen Einschätzung und somit zu substantiellen Verhandlungen bewegt werden.

2) Wegen der Wahlen⁷ konnte der britische Außenminister⁸ Pym nicht teilnehmen, wegen der Neubildung der Regierung in Portugal auf Grund der jüngsten Wahlen⁹ weder der bisherige portugiesische Außenminister¹⁰, noch der am 9.6. eingeschworene neue Außenminister¹¹.

3) An der Aussprache beteiligten sich alle Außenminister bzw. Ständigen Vertreter.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann nach Rückkehr am 20. Juni 1983 vorgelegen.

² Waldemar Schreckenberger.

³ Manfred Wörner.

⁴ Jörg Kastl.

⁵ Außenminister plus Ständige Vertreter.

⁶ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 85–92. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 391–397.

⁷ Zu den Wahlen zum britischen Unterhaus am 9. Juni 1983 vgl. Dok. 173, Anm. 12.

⁸ Korrigiert aus: „Verteidigungsminister“.

⁹ Am 25. April 1983 fanden in Portugal Wahlen zum Parlament statt. Am 9. Juni 1983 trat die neue Regierung aus Sozialistischer Partei und Sozialdemokratischer Partei unter Ministerpräsident Soares ihr Amt an.

¹⁰ Vasco Futscher Pereira.

¹¹ Jaime José Matos da Gama.

4) In diesem und in den nachfolgenden Drahtberichten¹² übermittle ich die wesentlichen Aussagen der Außenminister während der Aussprache im kleinsten Kreise.

II. Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz

Der amerikanische AM zeichnete ein positiv gestimmtes Bild von der Lage der Allianz, die sichtbare Zeichen der Einmütigkeit, Kohäsion und Entschlossenheit gegeben habe. Er knüpfte daran die Erwartung, daß sich dieser innere Konsolidierungsprozeß günstig auf die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses auswirken werde. Im Hinblick darauf, daß die Probleme und Fragen des Bündnisses nicht losgelöst von den anderen internationalen Entwicklungen gesehen werden können, ergänzte AM Shultz seine Lagebeurteilung bezüglich der Allianz durch eine Prognose der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im Weltmaßstab. Er meinte, daß die Erwartung einer günstigeren weltwirtschaftlichen Entwicklung begründet sei. Das zeichne sich an mehreren Ländern, u. a. an den USA, ab. Für die Weltwirtschaft, die der Industrieländer insbesondere, sei aber auch die Entwicklung in der Dritten Welt von großer Bedeutung. Die Länder der Dritten Welt, insbesondere die armen Länder dieses Bereichs, brauchten wirtschaftliche Unterstützung durch die Industriestaaten. Diese Hilfe sei nicht als Almosenleistung der Reichen an die Armen anzusehen, sondern eine Hilfe in unserem eigenen Interesse, weil Industrie- und Entwicklungsländer eine Einheit darstellten. Die Bemühung zur weiteren Minderung der Inflation und eine entschlossene Politik zur Aufrechterhaltung der offenen Märkte sei lebensnotwendig für Industrie- und Entwicklungsländer. Sie entspreche auch den Motiven und Zielen des Bündnisses.

AM Shultz ging dann auf Ost-West-Fragen ein und unterstrich die Notwendigkeit, gegenüber der Sowjetunion Stärke aufzubringen und Entschlossenheit sowie Durchhaltevermögen unter Beweis zu stellen. Die Sowjetunion müsse erkennen, daß sie den Westen nicht auseinanderdividieren könne und daß es keine Alternative zur substantiellen Verhandlung mit uns gebe. AM Shultz meinte, daß aber noch keine überzeugenden Anzeichen dafür zu erkennen seien, daß diese Einsicht die sowjetische Außenpolitik wesentlich beeinflusse. Der Westen müsse deshalb seinen bisherigen Kurs einmütig fortsetzen.

AM Shultz schilderte dann unter Hinweis auf die am 9. Juni erfolgte Veröffentlichung eines amerikanischen Weißbuches über Rüstungskontrollpolitik (Security and Arms Control)¹³ die Vielfalt der bestehenden Abrüstungs- und Rüstungsgremien und die Vielzahl der amerikanischen sowie westlichen Initiativen (INF, START, MBFR, Abrüstungsausschuß Genf mit Schwerpunkt der Behandlung der chemischen Waffen¹⁴, vertrauensbildende Maßnahmen¹⁵, nuklearer Nicht-

¹² Für den Drahtbericht Nr. 1194 des Botschafters Wieck, z. Z. Paris, vom 10. Juni 1983 vgl. Dok. 179.

Die Erklärungen der übrigen Außenminister bzw. Ständigen Vertreter übermittelte Wieck mit den Drahtberichten Nr. 1195, Nr. 1196 und Nr. 1197 vom 10. Juni 1983. Vgl. dazu VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹³ Vgl. SECURITY AND ARMS CONTROL. The Search for a More Stable Peace, hrsg. von Norman Howard und Colleen Sussman, Washington 1983.

¹⁴ Zu den Verhandlungen im VN-Abrüstungsausschuß in Genf über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 225 und Dok. 233.

¹⁵ Zu den amerikanischen Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen bei den INF- bzw. START-Verhandlungen vgl. Dok. 34, Anm. 19, und Dok. 96.

verbreitungsvertrag¹⁶, wobei er auf vertrauliche amerikanisch-sowjetische Gespräche¹⁷ hinwies, Verifikation). Wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Allianz hob er INF und START hervor und schilderte als wesentliche Punkte der neuen amerikanischen Vorschläge, die Präsident Reagan am 8. Juni in Washington in großen Zügen bekanntgegeben hat¹⁸ und über die Botschafter Rowny den Nordatlantikrat am 15. Juni im einzelnen unterrichten wird¹⁹, in folgender Weise:

Mit dem Ziel, die START-Position auf eine breite politische Basis in den Vereinigten Staaten zu stellen (bipartisan approval) habe die amerikanische Regierung in Verbindung mit der Auswertung des Scowcroft-Kommissionsberichts²⁰ (Einbau von 100 MX-Raketen in Minuteman-Silos, Entwicklung einer kleineren mit einem Sprengkörper versehenen beweglichen interkontinentalen strategischen Rakete (Midgetman-Rakete)) einige rüstungskontrollpolitische Änderungen der amerikanischen START-Position herbeigeführt. Neben der bei Rüstungskontrollverhandlungen üblichen Formel der gleichen Anzahl von Waffensystemen für beide Seiten besitze auch das Prinzip der Stabilität in der Rüstungsentwicklung eine große Bedeutung. Die Konzentration auf Abschußvorrichtungen wie bei SALT I und II habe Schwächen herbeigeführt, weil auf dem Wege über die Ausstattung der Rakete mit mehreren unabhängigen Sprengkörpern ein Ungleichgewicht hergestellt werden könne. Darüber hinaus gebe es auf dem Wege über technische Entwicklungen Möglichkeiten, die Wirkung von Raketen zu verbessern, so daß auf dem Wege über die Festlegung der Zahl der Abschußgeräte allein keine Stabilität garantiert werden könne. Die neue Position beziehe folglich Abschußgeräte, Zahl der Sprengköpfe und das Wurfgewicht (throw weight) mit in die amerikanische Position ein. Die Zahl der Abschußgestelle (bisher 850) werde erhöht, u. a. durch Einbeziehung der Bomber (350). (Die sowjetische Position mit 1800 Abschußgeräten umfaßt schon Bomber.) Der Hinweis von Andropow, in Verbindung mit INF auf das Kriterium der Sprengköpfe einzugehen²¹, wurde von AM Shultz als ein Schritt in die richtige Richtung interpretiert. Er wies auch darauf hin, daß die Überlegenheit der Sowjetunion im Wurfgewicht (3:1) noch nicht eine Überlegenheit in sich selbst dar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 936

Vgl. dazu ferner die amerikanischen Vorschläge vom 11. April 1983 zur Verhinderung der versehentlichen Auslösung eines Atomkriegs; Dok. 175, Anm. 17.

16 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

17 Nach ersten Gesprächen im Dezember 1982 fand vom 14. bis 16. Juni 1983 in Moskau die zweite Runde der amerikanisch-sowjetischen Konsultationen über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen statt. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte dazu am 21. Juni 1983 mit, daß Hauptthema das sowjetische Anliegen gewesen sei, „den Londoner Club der nuklearen Hauptlieferländer wieder ins Leben zu rufen. Dem sei von amerikanischer Seite entgegengehalten worden, daß ein derartiges kartellartiges Gremium auf politische Schwierigkeiten stoßen würde.“ Meyer-Landrut fügte hinzu, daß die Konsultationen im November 1983 in Washington fortgesetzt werden sollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2682; Referat 431, Bd. 129492.

18 Zur Erklärung des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 175, besonders Anm. 4.

19 Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, vgl. Dok. 183, Anm. 5.

20 Zur Fortentwicklung der amerikanischen Position bei den START-Verhandlungen im Anschluß an den Bericht der Scowcroft-Kommission vom 6. April 1983 vgl. Dok. 139.

21 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 3. Mai 1983 in Moskau; Dok. 135, Anm. 11.

stelle. Beispielsweise habe das Wirkungsvolumen (yield) bei Minuteman-Raketen ungeachtet der Aufrechterhaltung des Wurfgewichts aufgrund weiterer technischer Entwicklung um den Faktor 3 zugenommen. Die neue amerikanische Position zeichne sich durch Flexibilität aus. Eine Reihe weiterer Erwägungen (das Prinzip des build-down-Vorgehens, d.h. für jede neue Rakete zwei alte abzubauen) sei aber noch nicht in die amerikanische Position mit eingeflossen. Luftgestützte Marschflugkörper seien einbezogen, seegestützte noch nicht.

In bezug auf die Sowjetunion sei es nach amerikanischer Auffassung wichtig, sehr sorgfältig die eigenen Einlassungen gegenüber der Sowjetunion zu bestimmen, die eigene Stärke nicht zu vernachlässigen sowie Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, falls die andere Seite auf Vorschläge eingehe. Es sei auch notwendig, die Verhandlung und das Gespräch mit der Sowjetunion nicht auf Rüstungskontroll- und Abrüstungsangelegenheiten zu beschränken. Das sei nicht genug. Man müsse sowohl die bilateralen Themen (wirtschaftliche Beziehungen im strategischen Bereich, Beziehungen zwischen der Bevölkerung, den Menschen) sowie auf die regionalen Themen (Osteuropa, Afghanistan, Südost-Asien) ausdehnen. Die Belastung der Beziehungen sei durch die sowjetische völkerrechtswidrige und durch nichts zu rechtfertigende sowjetische Invasion in Afghanistan²² und die Drohungen und den Druck auf Polen ausgelöst worden.

AM Shultz bezeichnete die CSCE-Verhandlungen als außerordentlich wichtig. Die Vereinigten Staaten suchten einen erfolgreichen Abschluß. Die sowjetische Seite habe ihre Karten überspielt, sie müsse jetzt einige Schritte auf uns zugehen. In bezug auf Polen wolle man den Besuch des Papstes²³ abwarten und zu einer Beurteilung der Frage kommen, welche Änderungen eingetreten seien. Dann könne man sich bewegen.

Der Druck auf die Sowjetunion, aus Afghanistan abzuziehen, müsse aufrechterhalten werden. Es sei aber fraglich, ob man mehr als eine vage Hoffnung habe.

Abschließend hob Shultz erneut die Bedeutung der Rückgewinnung wirtschaftlichen Wachstums in realen Werten, die Interdependenz der industrialisierten Länder mit der Dritten Welt und die Notwendigkeit hervor, in den verschiedenen Verhandlungen mit der Sowjetunion einen festen Standpunkt einzunehmen. Der Westen müsse stark sein, aber auch vernünftig verhandeln, dann bestehe Aussicht auf Erfolg, sofern die Sowjetunion mitmache.

III. Fortsetzung der Berichterstattung über die Ministeraussprache folgt.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12006 (201)

²² Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

²³ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

179

Botschafter Wieck, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-18460/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1194
Cito

Aufgabe: 10. Juni 1983, 03.41 Uhr¹
Ankunft: 10. Juni 1983, 04.55 Uhr

ChBK, Chef Bundeskanzleramt² vorzulegen; BMVg, Bundesminister³ vorzulegen; Madrid auch KSZE-Leiter Delegation⁴ o.V.i.A.

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz Paris 9. bis 10. Juni 1983;
hier: Aussprache der Minister im kleinsten Kreis (1 plus 1⁵) am 9. Juni 1983; Rede Bundesaußenminister Genscher

Zur Unterrichtung

Erklärung von Bundesminister Genscher: Bundesminister Genscher, der als zweiter Außenminister bei der Aussprache im kleinsten Kreise das Wort ergriff, unterstrich seine Übereinstimmung mit der Erklärung von AM Shultz⁶, daß den Fragen der Weltwirtschaft und des wirtschaftlichen Wachstums besondere Bedeutung auch im Zusammenhang mit den Aufgaben des Bündnisses zukomme. Die wirtschaftliche Entwicklung, so fuhr BM Genscher fort, ist von entscheidender Bedeutung für die politische Stabilität und für unsere Fähigkeit, die für die Verteidigung notwendigen Mittel zu erarbeiten.

BM Genscher schloß sich ebenfalls den Ausführungen von AM Shultz über die Interdependenz zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern an. Was wir in diesem Zusammenhang zur Fortführung der wirtschaftlichen Entwicklung und Herstellung solider Stabilität in der Dritten Welt tun, sollte man nicht als Geschenkpoltik betrachten, sondern als Ausfluß unserer eigenen Sicherheitspolitik, nämlich die Länder der Dritten Welt instand zu setzen, unabhängig und gegen kommunistischen Einfluß immun zu bleiben. Dies habe hohe wirtschaftspolitische und sicherheitspolitische Bedeutung. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Überlegungen zur Vorbereitung von Maßnahmen im Sinne der Out-of-area-Problematik⁷ sehen.

BM Genscher wandte sich dann der INF-Problematik zu: Die Frühjahrssitzung der AM des Bündnisses sei die letzte vor Beginn der Stationierung.⁸ Sie sei die

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann nach Rückkehr am 13. Juni 1983 vorgelegen.

² Waldemar Schreckenberger.

³ Manfred Wörner.

⁴ Jörg Kastl.

⁵ Außenminister plus NATO-Botschafter.

⁶ Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz auf der NATO-Ministerratstagung am 9. Juni 1983 im kleinsten Kreis vgl. Dok. 178.

⁷ Zur Frage des Einsatzes von Streitkräften der NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets vgl. Dok. 150.

⁸ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 160, Anm. 8.

erste Außenministerkonferenz seit längerem in Paris.⁹ Dies manifestiere die Solidarität aller Bündnispartner. Von dieser Konferenz müsse ein Signal ausgehen, ein vielleicht undiplomatisch verfaßtes, aber klares Signal. (In diesem Zusammenhang kam es später zu der Diskussion über die Frage, ob neben dem Kommuniqué¹⁰ eine gesonderte Erklärung der INF-Problematik abgegeben werden sollte. Wegen der Haltung einiger Bündnispartner zu INF wurde eine Form in Aussicht genommen (Präambel zum Kommuniqué), die diese Problematik umgeht.) AM Genscher würdigte dann die vielfältigen Abrüstungs- und Kontrollinitiativen des Westens (INF, KSZE und KAE, MBFR) und meinte, daß die Entwicklung der neuen amerikanischen Initiative bei START¹¹ ein wichtiges Signal, eine neue Demonstration der Fähigkeit und der Entschlossenheit des Westens zum Dialog mit der SU sei. Auch bei MBFR, so fügte AM Genscher hinzu, sei an eine neue Initiative zu denken.

Nach positiver Beurteilung der vertrauensbildenden Maßnahmen im Ost-West-Verhältnis bewertete BM Genscher die Lage bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wie folgt: Die neutralen und ungebundenen Teilnehmer und sogar Rumänien unterstützten die maßvollen Initiative des Westens zu dem revidierten Dokument der N+N-Länder (RM.39 rev.).¹² Jetzt müsse, so fügte BM Genscher hinzu, die SU Bewegung zeigen.

Die deutsche Seite halte einen befriedigenden KSZE-Abschluß für möglich und damit auch das Zustandekommen der Konferenz über Abrüstung in Europa, die gleichzeitig mit dem Beginn der Dislozierung der Mittelstreckenraketen eröffnet werden sollte.

Wenn wir dem sowjetischen Druck in der INF-Frage nicht standhalten, dann hat die Allianz in ihrer Bewährung versagt. Wenn wir aber durchhalten, dann wird die Sowjetunion auch an den Verhandlungstisch kommen.

Es gibt politische Parteien im Westen, die den Eindruck vermitteln wollen, daß über die Dislozierung noch entschieden werden müsse. Das ist falsch. Im letzten Satz des INF-Beschlusses vom Dezember 1979 ist das geregelt.¹³ Das muß immer wieder klargemacht werden. Wenn die Sowjetunion die Durchführung der Modernisierung beeinflussen will, dann muß sie in Genf substantiell verhandeln.

Unser Signal aus Paris sollte in folgendem bestehen:

- (1) Der Westen bleibt in der Sache entschlossen.
- (2) Der Westen will verhandeln und bekräftigt diese Verhandlungsbereitschaft.

⁹ Zuletzt fand eine NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 410.

¹⁰ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 85–92. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 391–397.

¹¹ Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Reagan vom 8. Juni 1983; Dok. 175, besonders Anm. 4.

¹² Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Abschlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

Zu dem am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Änderungsvorschlägen der westlichen Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 129, Anm. 12.

¹³ Vgl. dazu Ziffer 11B Satz 2 des Kommuniqués über die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, S. 37.

(3) Appell an die Sowjetunion, auf dieses Angebot positiv einzugehen. Damit liegt der Schlüssel für eine erfolgreiche Verhandlung in Moskau.

Auch bei der abschließenden Phase der KSZE-Folgekonferenz in Madrid geht es um ein im beiderseitigen Interesse liegendes positives Ergebnis und darum, die Konferenz über Abrüstung in Europa etwa zeitgleich mit dem Beginn der INF-Modernisierungsmaßnahmen zu eröffnen. Im Sinne der Dialogbereitschaft ist auch der Besuch von Bundeskanzler Kohl in Moskau¹⁴ und unsere positive Einstellung zu einer Gipfelbegegnung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nach angemessener Vorarbeit zu sehen.

Der Westen hat gemäß dem Doppelbeschluß von 1979 im Jahre 1980¹⁵ 1000 nukleare Sprengköpfe aus Europa abgezogen¹⁶ und daraus „nichts“ gemacht. Wir müssen diesen Abzug von Kernwaffen der Öffentlichkeit deutlich erklären und hinzufügen, daß mit der Dislozierung der INF-Systeme kein einziger Sprengkörper zusätzlich nach Europa kommt, sondern eine entsprechende Zahl von Sprengkörpern abgezogen wird. Es ist daran zu denken, von den hier gelagerten und nicht mehr benötigten weiteren Sprengkörpern eine bestimmte Zahl zusätzlich abzuziehen. Die Verdeutlichung dieser Zusammenhänge gegenüber unserer öffentlichen Meinung ist notwendig.

Bundesminister Genscher erläuterte dann die ablehnende Einstellung der Bundesregierung zu dem Konzept nuklearfreier Zonen in Teilen von Europa oder in Europa insgesamt.

Es ist nicht von Bedeutung, fügte er hinzu, ob in einem bestimmten Gebiet nukleare Waffen sind, es ist nur bedeutend, ob auf ein bestimmtes Gebiet Waffen gerichtet sind. Diese Waffen kann man mit dem Konzept nuklearfreier Zonen nicht beseitigen.

In der öffentlichen Meinung spielt, wie Bundesminister Genscher weiter ausführte, der Gewaltverzicht eine erhebliche politische und psychologische Bedeutung. Auf die entsprechenden Vorschläge der Warschauer-Pakt-Staaten¹⁷ eingehend, sagte Bundesminister Genscher:

Es gibt völkerrechtlich verpflichtende Festlegungen in diesem Bereich, die Charta der Vereinten Nationen¹⁸, die Helsinki-Schlußakte¹⁹ und bilaterale Vereinbarungen²⁰. Man kann sagen, wir brauchen keine neue Gewaltverzichtsfestle-

¹⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹⁵ Korrigiert aus: „1981“.

¹⁶ Zum Abzug von 1000 amerikanischen nuklearen Gefechtsköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

¹⁷ Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen vgl. Dok. 40 und Dok. 91, besonders Anm. 3.

¹⁸ Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

¹⁹ Vgl. dazu Punkt II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

²⁰ Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.

Vgl. dazu ferner Artikel II Absatz 2 des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.

Im Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesre-

gung. Das ist richtig. Man kann aber auch sagen, und das sollten wir tun, daß eine weitere Bekräftigung der bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Gewaltverzicht dann einen Wert habe, wenn damit bestehende Gewaltanwendung (Afghanistan) aufgehoben und dieser Gewaltverzicht gegenüber jedem Teilnehmerstaat, also auch innerhalb des Warschauer Paktes, gilt, und damit würde die Breschnew-Doktrin²¹ aufgehoben. Der Bundesminister empfahl, in dieser Frage eine offensive Debatte zu führen. Dies könne dazu beitragen, daß die Sowjetunion zu der Auffassung gelangt, daß der Friedenssicherung durch ausgewogene Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge und durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mehr gedient wird als durch den untauglichen Versuch, militärische Überlegenheit herzustellen. Der Westen wird eine solche Überlegenheit nicht zulassen.

Schließlich setzt sich der Bundesminister nochmals für eine kurze, überzeugende Darstellung unserer Ziele insbesondere auf dem INF-Gebiet im Abschlußkommuniqué ein.

Berichterstattung über die weitere Aussprache der Minister im kleinsten Kreise am 9. Juni erfolgt.²²

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12006 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 941

publik und der DDR war der Gewaltverzicht Gegenstand des Artikels III. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423.

Schließlich vereinbarten die Bundesrepublik und die ČSSR Artikel III Absatz II des Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen, sich der Drohung mit bzw. der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 991.

²¹ Zur Breschnew-Doktrin vgl. Dok. 40, Anm. 15.

²² Die Erklärungen der übrigen Außenminister bzw. Ständigen Vertreter übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), mit den Drahtberichten Nr. 1195, Nr. 1196 und Nr. 1197 vom 10. Juni 1983; VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

180

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz an
Vortragenden Legationsrat Jansen, z.Z. Brüssel**

02-310.33-128/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 148
Citissime nachts

Aufgabe: 13. Juni 1983, 20.49 Uhr¹

Bitte nur ein Exemplar anfertigen und VLR Dr. Jansen zur Weiterleitung an BM übermitteln.

Betr.: Heutige Sitzung der von Egon Bahr geleiteten Studiengruppe
„Internationale Sicherheit“ der DGAP²

Folgt Übersicht über die Diskussion:

I. Äußerungen Egon Bahrs:

1) Man brauche zwei bis drei Monate, um ein INF-Abkommen nach der politischen Einigung technisch unterschriftsreif zu machen. Die jetzige Verhandlungsrunde in Genf³ sei also entscheidend, die nächste am 15. September beginnende⁴ käme bereits zu spät. Wenn es bis zum 15. Juli keine Verständigung gäbe, seien Verhandlungen also gescheitert. Man habe beim NATO-Doppelbeschluß im Dezember 1979 an vier Verhandlungsjahre gedacht: Ein halbes Jahr ging durch das sowjetische Verhalten verloren, eineinhalb Jahre durch das amerikanische.

2) Er halte es für blanke Illusion, man könne nach Stationierung einfach weiterverhandeln:

- Dies berücksichtige nicht die sowjetische Psychologie: SU werde mindestens ein halbes Jahr „schmollen“.
- Verhandlungen gingen auf anderer Basis weiter: Pershing- und Cruise-Missiles-Stationierung auf unserer Seite, Vorverlegung SS-22 usw. auf sowjetischer Seite. Bündnis müßte sich also über neuen Verhandlungsansatz einigen, der Stationierung SS-22, SS-21 und -23 einbezieht.
- 1984 sei Wahljahr in den USA⁵, Ratifizierung eines INF-Abkommens sei mit im Wahlkampf nicht möglich.

„Deshalb bin ich erschrocken, wenn Weinberger jetzt sagt, erst nach Stationierung werde SU verhandeln.⁶ Es hätte NATO-Beschluß nicht gegeben, wenn uns USA gesagt hätten, ernsthaft werde erst nach Stationierung verhandelt.“

¹ Durchdruck.

² Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.

³ Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen fand vom 17. Mai bis 14. Juli 1983 in Genf statt.

⁴ Die sechste Runde der INF-Verhandlungen begann am 6. September 1983 in Genf.

⁵ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁶ Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger führte am 30. Mai 1983 bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn aus: „Wenn wir jetzt, noch vor der von der NATO geplanten Dislozierung von Mittelstreckenraketen oder vor der Modernisierung der strategischen Nu-

3) Es gäbe unterschiedliche Darstellungen, wer zuerst den Nitze-Kwizinskij-Vorschlag⁷ abgelehnt habe. Doch falls SU zuerst abgelehnt haben, wie USA offiziell behaupten, warum schlugen Amerikaner dann nicht diese Lösung nochmals vor?

4) Zur Frage: „Müssen wir stationieren, wenn kein Ergebnis?“ könne er nur sagen: Nicht alles, was legitim sei, sei auch klug. Er warne, aus Stationierung eine Prinzipienfrage zu machen nach dem Motto: Egal, ob klug oder nicht, wir halten uns an die NATO-Beschlüsse.

5) Wäre SU daran interessiert, Europa abzukoppeln, hätte sie auf die beiderseitige Null-Lösung eingehen müssen. Schon daraus sähe man, daß SU eben nicht an Abkopplung gelegen ist, sondern an ihrer eigenen Sicherheitslage gegenüber USA. Ihr Interesse sei, nicht von US-Nuklearwaffen, die außerhalb amerikanischen Territoriums stationiert seien, getroffen werden zu können. Aufgabe der Genfer Verhandlungen sei es damit, festzustellen, was SU dafür zu bezahlen bereit sei.

Unausgesprochen wird aus dieser Äußerung klar, daß Bahr sich ein Verhandlungsergebnis auf der Basis einer einseitigen Null-Lösung vorstellt. Die Frage ist dann nur, wie viele SS-20 die SU für diese einseitige Null-Lösung aufzugeben bereit ist.

An anderer Stelle sagte Bahr hierzu, ihm sei jedes Ergebnis lieber als kein Ergebnis, weil kein Ergebnis bedeute, daß beide Seiten weitermachen könnten, wie sie wollten, während ein Ergebnis beide Seiten binde. Man könne doch nicht vor der Erkenntnis weglaufen, daß unsere Öffentlichkeit bei Scheitern in Genf jegliche Hoffnung auf Rüstungskontrolle verliere und ein ständiges Weiterrücken auf allen Ebenen vor sich sähe. Was das bedeute, brauche er wohl hier nicht auszumalen.

6) SU habe ihre Interkontinentalraketen ausschließlich als Gegengewicht gegen die amerikanischen Interkontinentalraketen. Gegen die französisch-britischen Systeme dienten die SS-4 und SS-5 und sollen in Zukunft nun die SS-20 dienen. Die ICBMs seien für diesen Zweck zu teuer. Daraus sei ersichtlich, daß eine Null-Null-Lösung für SU nicht akzeptabel sei.

II. Ausgewählte Äußerungen anderer Teilnehmer:

1) Botschafter Ruth erläuterte die Verhandlungslage in Genf. Er zog die Schlußfolgerung, daß Abkommen in relativ kurzer Zeit möglich sei, falls SU den politischen Beschluß dazu fasse.

2) General Tandecki bemerkte, SU habe Entscheidung noch nicht getroffen, ob sie durch Abkommen oder durch politische Druckausübung in den Stationierungsländern ihr Ziel erreichen wolle. Sie weigere sich in Genf sogar, den An-

Fortsetzung Fußnote von Seite 943

klearstreitkräfte der Vereinigten Staaten Halt machen würden, dann würden wir damit den Sowjets ein deutliches Signal geben. Wir würden ihnen damit sagen, daß sie keinen Grund hätten, mit uns zu einer Übereinkunft zu gelangen, ihre Waffen zu verringern, weil wir einseitig auf die Waffen verzichtet hätten, die sie am meisten fürchten.“ Vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI (1983), S. 76.

⁷ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegationen, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

dropow-Vorschlag der Zählung nach Sprengköpfen⁸ in ihren Abkommensentwurf einzubringen, bevor USA nicht der Einbeziehung der britisch-französischen Systeme und der Beschränkung des Abkommens auf Europa zustimmten. Am Verhandlungstisch in Genf sei es also eindeutig, daß die SU und nicht die USA zurückhalte.

3) StM Mertes betonte, die SS-20-Aufrüstung sei ohne Ankündigung, ohne Grenzen, ohne Vereinbarung erfolgt. Er betonte, daß SU die britisch-französischen Systeme erst später in die INF-Verhandlungen aus taktischen Gründen eingeführt hat (hierüber bestand in Diskussionsrunde Einigkeit). Er erhebe den Vorwurf mangelnder sowjetischer Verhandlungsbereitschaft.

4) Ich griff diese letzte Äußerung auf: Man stelle immer nur die Frage nach der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft und unterstelle damit, daß SU ernsthaft Verhandlungsergebnis anstrebe. Gerade dies aber sei keineswegs selbstverständlich:

- Sowjetische Führung sähe möglicherweise eine Chance, Stationierung durch innenpolitischen Widerstand bei uns zu verhindern. Auf diese Chance könne sie überdies risikolos setzen, da selbst Weinberger betonte, man könne aufgestellte Systeme auch wieder wegnehmen. Käme es also SU darauf an, die Pershing II wegzuverhandeln, so könnte sie dies auch noch 1984 tun.
- SU habe bisher nicht erkennen lassen, daß sie an irgendeinem Abkommen interessiert sei, das nicht einseitige Null-Lösung beinhalte. Eine „Zwischenlösung“ bedeute politisch für SU, daß sie Aufstellung von Raketen bei uns legitimiere und uns helfe, den sicherheitspolitischen Konsensus in unserem Lande wiederherzustellen; sie trage damit zur inneren Stabilität der NATO bei. Man müsse sich fragen, ob eine Reduzierung der westlichen Stationierung und selbst eine Aufgabe der Pershing II für die SU interessant genug sei, diesen politischen Preis zu bezahlen und ihr eigenes Nukleardispositiv zu beschränken.

Ein sowjetisches Interesse, sich auf ein Zwischenabkommen einzulassen, könne nach meiner Einschätzung nur aus einem übergeordneten Interesse an der globalen Beziehung SU–USA kommen.

5) Diese Gedanken wurden von mehreren Teilnehmern aufgegriffen. Professor Czempiel sagte, es sei in der Tat die entscheidende Frage, was die SU zu einem Kompromiß bewegen solle. Der Doppelbeschluß enthalte mit der Nachrüstung nur einen „Sanktionsteil“. Es fehle ihm der Teil, der SU zu Kompromiß positiv anreize.

6) Botschafter Diehl betonte, wir hätten zuerst handeln, dann verhandeln sollen. Wie die Lage jetzt sei, müsse man zupacken, wenn das Ergebnis auch nur halbwegs tragbar sei. Es sei eine furchtbare Vorstellung, daß diese enervierenden Verhandlungen fünf Jahre weitergehen sollten.

7) Professor Kaiser stimmte dem zu. Man solle in der Tat auf jedes einigermaßen tragbare Ergebnis springen. Aber gerade weil der politische Schaden ohne Abkommen so groß ist, sei es ungewiß, ob SU ein Ergebnis wolle.

⁸ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 3. Mai 1983 in Moskau sowie seine Äußerungen gegenüber Vertretern finnischer gesellschaftlicher Organisationen; Dok. 135, Anm. 11 und 13.

III. SS-21 (120 km), SS-23 (300 km), SS-22 (1000 km)⁹

Tandecki sagte, SS-21 werde bereits in DDR eingeführt, SS-23 werde eingeführt werden. Beide Systeme seien organisch zugehörig zu sowjetischen Divisionen im Vorfeld.

Die SS-22 dagegen sollte ursprünglich wie die Scaleboard, die sie ersetzt, in SU bleiben. Durch Vorverlagerung könne sie von DDR aus große Teile Frankreichs und Großbritanniens erreichen.

Stratmann (SWP¹⁰) betonte, Kurzstrecken-Trägersysteme seien bereits im Vorfeld der SU stationiert, die Sprengköpfe müßten aus SU herbeigebracht werden, aber es gebe wohl auch schon Sprengköpfe im Vorfeld. Die sowjetischen Divisionen in Zentral- und Osteuropa sind also schon nuklearisiert, SS-21 und -23 bedeuten nichts Neues. Objektiv sei deshalb Besorgnis der DDR vor Nuklearwaffen auf ihrem Territorium nicht gerechtfertigt.

Bahr sagte: Er habe vor Jahren schon gefordert, man müsse verhindern, daß man über die SS-20 verhandle und währenddessen SU diese Verhandlungen durch die SS-22 unterlaufe.

Wenn Andropow auf Stationierung SS-21, -22 und -23 hinweise, so sei dies keine Drohung, sondern eine Ankündigung wie in unserem Falle die Ankündigung der Stationierung von Pershing II. Dies sei im Sinne der Berechenbarkeit. Im übrigen sei das Ganze nichts Neues, schon Breschnew habe vor zwei Jahren erklärt, die SU würde Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn USA Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa stationieren.¹¹

Seitz¹²

VS-Bd. 11605 (02)

⁹ Zur Modernisierung sowjetischer Nuklearsysteme kurzer Reichweite vgl. Dok. 44.

¹⁰ Stiftung Wissenschaft und Politik.

¹¹ Zu Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und weiterer Vertreter der sowjetischen Regierung über sowjetische Gegenmaßnahmen im Falle einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. AAPD 1982, II, Dok. 337.

¹² Paraphe vom 13. Juni 1983.

181

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**212-341.74 SPA VS-NfD****16. Juni 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Madrider KSZE-Folgetreffen;

hier: Spanischer Vermittlungsvorschlag

Bezug: DB Madrid Nr. 687 vom 16. Juni 1983 (= Delegationsbericht Nr. 939)³Anlg.: 5⁴

Zweck der Vorlage: Zur Billigung des am Ende vorgeschlagenen Verfahrens und der anliegenden Texte für den Europäischen Rat in Stuttgart⁵ sowie für eine Presseerklärung von BM am 17.6.1983

I. 1) Wie Botschafter Kastl mit Bezugs-DB (Anlage 1) am 16.6. mitteilt, wird in Madrid am 17.6. mit dem spanischen Vermittlungsvorschlag durch MP González gerechnet, der seit einigen Tagen erwartet wird. Danach beabsichtigt González, den Delegationsleitern aller 35 Teilnehmerstaaten den spanischen Vorschlag am 17.6. mittags zu unterbreiten.

2) Der Inhalt, der mit einigen westlichen Delegationen diskret vorabgestimmt worden ist, entspricht dem Kern dessen, was sich in den innerwestlichen Gesprächen der letzten Wochen als noch wünschenswerte Verbesserungen des N+N-Vermittlungsvorschlages vom 15.3.1983 (RM.39 rev.) herauskristallisiert hat.⁶

3) Zum Inhalt im einzelnen

a) In dem Satz „The participating States express their determination to encour-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze und Legationsrat I. Klasse Wrede konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 212 verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „BM hat auf an[liegendem] Vorab-Ex[emplar] gez[eichnet].“

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 20. Juni 1983 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär von Staden am 16. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten bald positiv reagieren. Sonst versucht Morán noch, am 4./5.7. einen Preis von uns herauszuschlagen.“

³ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), kündigte für den folgenden Tag einen spanischen Vermittlungsvorschlag für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid an: „Das spanische Kompromißpaket soll die Verhandlungen über die westlichen Vorschläge ersetzen, welche die SU noch bis gestern beharrlich verweigert hat. Es stellt den Kern dessen dar, wozu sich der Westen, vor allem US, in Verhandlungen, hätten sie stattgefunden, letzten Endes bereitgefunden hätte. Mit Widerspruch aus westlichen Delegationen ist kaum zu rechnen, im Gegenteil, mit rascher Zustimmung.“ Das Paket ähnele ferner dem, „was die N+N-Delegationen in den letzten Wochen gesprächsweise als mögliches Endergebnis skizziert hatten. Sie werden sich in der Sache mit dem spanischen Vorschlag leicht tun.“ Die Antwort der UdSSR sei dagegen völlig offen. Vgl. Referat 212, Bd. 133487.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 3, 11, 12, 19–21 und 23.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁶ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März 1983 für ein Abschlusdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

Zu dem am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Änderungsvorschlägen der westlichen Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 129, Anm. 12.

age genuine and positive efforts to implement the Final Act.“ wird die Streichung nur des Wortes „positive“ vorgeschlagen.

Ursprüngliche westliche Forderung: Streichung auch des anderen Adjektivs „genuine“.

US-Delegationsleiter Kampelman hat gegenüber Botschafter Kastl die Streichung nur von „positive“ als ausreichend bezeichnet. Uns erschien dieser Satz, der die Helsinki-Monitorgruppen im Osten bekräftigen soll, von Anfang an wenig aussagekräftig und daher nicht wesentlich.

b) Einberufung eines Expertentreffens „Menschliche Kontakte“ im April 1986 nach Bern, wobei offen bleiben soll, ob die Einigung hierüber im Schlußdokument selbst oder in einem „Chairman’s Statement“ (Erklärung des Tagespräsidenten des Madrider Plenums, protokolliert im „Journal“) festgehalten wird. Letztere Lösung ist in den Kulissen des Madrider Treffens in letzter Zeit als gesichtswahrender Ausweg für die SU erörtert worden; das Verfahren wurde bereits früher geübt.

c) Zum KAE-Mandat wird González vorschlagen:

- Beginn des Vorbereitungstreffens am 25.10.1983 in Helsinki (bisher in RM.39 rev. vorgesehen für 11.10.1983).
- Beginn der eigentlichen Konferenz nunmehr am 17. Januar 1984 in Stockholm (bisher in RM.39 rev. vorgesehen für 15. November 1983).⁷

Spanische Begründung: geringfügige Verschiebung, da Madrider KSZE-Folgetreffen nicht, wie seinerzeit von den N+N in RM.39 rev. avisiert, am 27.4. 1983 geendet hat.

Unser Ziel bleibt, die KAE noch in diesem Jahr, zeitgleich mit dem Beginn der Nachrüstung, einzuberufen. Die Bundesregierung tritt dafür ein, gerade in der bevorstehenden kritischen Phase der Ost-West-Beziehungen alle Möglichkeiten zu nutzen, um greifbare Ergebnisse im Rüstungskontrolldialog zu erzielen. Ein Zusammentreten der Konferenz selbst wäre unter diesem Gesichtspunkt mehr als die Abhaltung eines Vorbereitungstreffens.

Falls sich jedoch als Ergebnis der spanischen Initiative (einschließlich des spanischen Vorschlags der Verschiebung des Beginns der KAE-Hauptkonferenz auf Januar 1984 und Vorbereitungstreffen am 25. Okt. 1983) ein Erfolg in Madrid abzeichnen sollte, wären wir bereit, unsere Position in dieser Frage zu überprüfen.⁸

⁷ Der Passus „Beginn des Vorbereitungstreffens ... 15. November 1983“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M. E. akzeptabel“.

⁸ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „[richtig]“.

Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 10. Juni 1983, daß die Delegationen wegen der Ungewißheit über den Abschluß der KSZE-Folgekonferenz zunehmend die Frage nach dem Beginn einer KAE erörterten: „1) DL-SF antwortete mir, technisch könnte seine Regierung Termin im Oktober bewältigen. Um Tagesordnung gründlich vorbereiten zu können, die reibungslose Vorbereitungskonferenz sichere, werde deren Verschiebung auf 15. November 1983 nicht auf finnischen Widerspruch treffen. 2) DL-S (Skala) sagte Gesandtem, S sei auch heute noch in der Lage, KAE am 15.11.83 zu beginnen. Allerdings wäre aus vielerlei Gründen, besonders aber technischen (z.B. Umbauten im vorgesehenen Konferenzgebäude ‚Neues Parlament‘), ein Beginn im Februar 1984 besser. 3) Auch US (Hansen) wünschen Verschiebung auf Januar/Februar 1984 wegen der Notwendigkeit sorgfältiger Vorbereitungen im Bündnis. Bei Abschluß in Madrid im April/Mai 83 hätte KAE am 15.11.83 beginnen können. Unter heutigen Umständen sei statt dessen Vorbereitungstreffen zu

- In englischer Sprachfassung des KAE-Mandats soll das Wort „such“ im folgenden Satz entfallen: „whenever these activities ... constitute a part of such activities taking place within the whole of Europe as referred to above, which they will agree to notify.“

In englischer Sprache war dieses Wort „such“ mißverständlich, da der Bezug nicht ganz klar war. Aus unserer Sicht stellt die Streichung von „such“ eine Verbesserung dar.

- 4) Nicht berücksichtigt in spanischer Initiative sind folgende westlichen Verbesserungswünsche zu RM.39 rev.:

- a) Zwei Präzisierungen im Text zum Expertentreffen „Menschenrechte“:

Anstatt „They decide to convene a meeting of experts of the participating states on questions concerning respect, in their states, for human rights ...“ sollte es heißen: „in those states“. Anstatt „the meeting ... will draw up conclusions and recommendations“ sollte gesetzt werden: „the meeting may draw up ...“.

Für uns war stets entscheidend, daß das Treffen stattfindet; die Präzisierungswünsche erschienen uns entbehrlich, weil ein eher vager Text dem Westen mehr Spielraum zur öffentlichkeitswirksamen Darlegung seiner Konzeption bieten wird.⁹

- b) Ein Text zur Einstellung von Rundfunkstörungen. Schon in der Genfer KSZE-Phase 1972–75 war ein klarer Text nicht durchzusetzen. Deshalb auch hatten die N+N keinen Text in ihren Entwurf aufgenommen. Bei den westlichen Delegationen sank das Interesse an einem Text gegen Rundfunkstörungen, nachdem Rumänien am 3.6. grundsätzliche Annahmefähigkeit mit für den Westen unannehmbaren Zusätzen erklärt hatte¹⁰ („korrekte“ Berichterstattung, d. h. „Förderung der zwischenstaatlichen Beziehungen, des Friedens und der Zusammenarbeit“).¹¹

- c) Eine Änderung im Text über Gewerkschaftsfreiheit.¹²

Fortsetzung Fußnote von Seite 948

diesem Zeitpunkt vorzuziehen. 4) SU-Äußerungen (General Michajlow) deuten auf Bereitschaft hin, Vorbereitungstreffen für November/Dezember 83 und Haupttreffen für Anfang 84 hinzunehmen, da auch sie angeblich noch Zeit für die Hausaufgaben bräuchten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 664; VS-Bd. 13369 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „[richtig]“.

¹⁰ Zur Erklärung der rumänischen KSZE-Delegation am 3. Juni 1983 in Madrid vgl. Dok. 172, Anm. 8.

¹¹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Einzelheiten zu b): siehe Anlage [2].“

In Anlage 2 wurde zu diesem Absatz erläutert: „Der Westen versuchte, einen ursprünglich österreichischen Text zu Radiostörungen durchzubringen. Er lautet: ‚They recall the recognition in the Final Act of the importance of the dissemination of information from the other participating States and its contribution to the interest of mutual understanding among peoples. They renew their hope for a continuation in the expansion of such information broadcast by radio and where appropriate will seek means to promote this aim.‘ Uns erscheint dieser Text zu unpräzise und ohne erkennbaren Bezug zu Rundfunkstörungen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133487.

¹² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Einzelheiten zu c): siehe Anlage [2].“

In Anlage 2 wurde zu diesem Absatz erläutert: „DL-US (nur von NL und GB unterstützt – keine gesamtwestliche Forderung!) beabsichtigte im bilateralen Kontakt mit SU in Ziffer 13 zu Prinzipien (Gewerkschaften) – wo es heißt: ‚They note that these (trade union) rights will be exercised in compliance with the law of the State and in conformity with the State’s obligations under international law‘ – die Streichung des Wortes ‚and‘. Zweck sollte sein, den Vorbehalt der innerstaatlichen Gesetzgebung durch den Völkerrechtsvorbehalt zu überlagern. Dies ist aber auch ohne die Streichung von ‚and‘ schon gegeben, vor allem im deutschen Text. Inzwischen hat Kampelman diesen

II. Lagebewertung

1) Für uns ist der spanische Vermittlungsvorschlag annehmbar. Er berücksichtigt insbesondere den westlichen Wunsch nach einem Expertentreffen „Menschliche Kontakte“.

2) Ob für USA der Vorschlag akzeptabel ist, muß sich erst noch zeigen. Kampelman hat an ihm mitgewirkt, mit Wissen welcher Personen in Washington ist uns unbekannt.¹³ Die Mitwirkung des amerikanischen Delegationsleiters in Madrid, der uns in die Vorgespräche über die spanische Initiative als Präsidentschaft¹⁴ mit einbezog, sowie der kurze zeitliche Abstand zwischen dem Appell von MP González und dem Europäischen Rat rechtfertigen es, die einmalige Chance einer schnellen Zustimmung aller Zehn auf höchster Ebene ohne weitere Vorabstimmung mit Washington wahrzunehmen. Wir müssen uns hier auf den amerikanischen Delegationsleiter verlassen, der in Washington politischen Rückhalt hat.

3) Für unsere anderen westlichen Partner ist der Inhalt des spanischen Vermittlungsvorschlages insgesamt wohl akzeptabel, selbst wenn einige Partner die eine oder andere westliche Zusatzforderung zu RM.39 rev. vermissen werden. In den Madrider Delegationsgesprächen hatte sich in den letzten Wochen bereits eine Reduzierung auf die Kernforderung Expertentreffen „Menschliche Kontakte“ angebahnt.

4) Für N+N-Gruppe enthält der spanische Vorschlag Elemente, die auch die N+N selbst in einem eigenen Vermittlungsvorschlag präsentiert hätten. Maltas Reaktion ist unvorhersehbar.

5) Es ist allerdings offen, wie die Sowjetunion reagieren wird. Sie hat seit 6. Mai (erklärte Bereitschaft, RM.39 rev. ohne Änderungen anzunehmen)¹⁵ jegliche Verhandlung über die westlichen Ergänzungswünsche verweigert und erklärt, der Verhandlungsspielraum sei „praktisch ausgeschöpft“. Der spanische AM Morán hat Anfang Juni in Moskau Gromyko eine spanische Vermittlungsinitiative angekündigt; Gromyko hat erwidert, die sowjetische Reaktion werde vom Inhalt abhängen.¹⁶

Die Sowjetunion gerät unter Zugzwang, besonders dann, wenn alle anderen Länder den Vorschlag annehmen. Sie könnte zwar dazu neigen, die spanische Initiative als rein westlich inspirierte Initiative abzulehnen. Andererseits wird sie überlegen müssen, ob sie das Gastgeberland Spanien brüskieren will. Ferner würde ein glattes sowjetisches „Nein“ der Sowjetunion die Schuldzuweisung an den Westen für ein Scheitern des Treffens unmöglich machen. Außerdem macht der spanische Vorschlag der Sowjetunion die Gesichtswahrung leicht, da Moskau nicht mehr zu verhandeln braucht und der Text des N+N-Dokumentes RM.39

Fortsetzung Fußnote von Seite 949

Gedanken wohl fallengelassen, da US-Gewerkschaften nicht darauf bestanden.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133487.

¹³ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „Die spanische Aufforderung zum Abschluß könnte die Chancen erhöhen, daß die USA von der ‚performance‘ als Bedingung des Abschlusses ablassen.“

¹⁴ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁵ Zum sowjetischen Memorandum vom 6. Mai 1983 vgl. Dok. 129, besonders Anm. 4.

¹⁶ Zum Besuch des spanischen Außenministers Morán López am 30./31. Mai 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 172, Anm. 6.

rev. praktisch nicht ergänzt zu werden braucht (nur Streichungen)¹⁷. Ein Risiko besteht darin, daß die Sowjetunion „Ja, aber“ sagt und den spanischen Vorschlag mit Ausnahme des Treffens über Menschliche Kontakte akzeptiert. Dann wäre man in einem neuen abschließenden Verhandlungsstadium.

6) Fazit: Die zehn Staats- und Regierungschefs, die Adressaten des Appells des spanischen Ministerpräsidenten sind, sollten die Gelegenheit ihrer Anwesenheit in Stuttgart nutzen, um den spanischen Vermittlungsvorschlag sofort zu akzeptieren und ihrerseits die anderen KSZE-Teilnehmerstaaten zur Zustimmung aufzufordern. Dieses „Signal von Stuttgart“ könnte dem Europäischen Rat eine nachhaltige Resonanz geben.

Es wird daher vorgeschlagen:

(1) Der Europäische Rat erörtert die spanische Initiative und stimmt ihr in einer eigenen Erklärung (hilfsweise in seinen „Schlußfolgerungen“) mit einem Appell an die anderen KSZE-Teilnehmerstaaten zu. (Die Rückfallposition hierzu wäre: Begrüßung und Zusage der positiven Prüfung.) Im Gespräch Botschafter Kastls mit seinen F- und GB-Kollegen¹⁸ war Konsens nur für die Rückfallposition zu erreichen (Anlage 3 a).¹⁹

Textentwürfe für die Haupt- und die Rückfallposition sind als Anlage 3²⁰ und 4²¹ beigelegt.

(2) Die Bundesregierung könnte als Präsidentschaft die Stuttgarter Erklärung in allen Hauptstädten der KSZE-Teilnehmerstaaten übergeben.

(3) Der Bundesminister könnte²² unmittelbar nach der Meldung über den Vollzug der spanischen Initiative am 17. Juni vormittags in Madrid eine kurze Presseerklärung abgeben, in der er den spanischen Schritt begrüßt und ankündigt, daß

¹⁷ Die Wörter „(nur Streichungen)“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

¹⁸ Gilles Curien bzw. Anthony J. Williams.

¹⁹ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

Dem Vorgang beigelegt war ein von Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), mit den Leitern der französischen bzw. britischen KSZE-Delegationen, Curien und Williams, am 16. Juni 1983 abgestimmter Entwurf für eine Erklärung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart. Darin hieß es: „The solution proposed by Prime Minister González in his endeavour to reach a compromise does not cover all the issues the European Council has regarded as highly desirable. Nevertheless the European Council is ready to examine it with due care in the most positive spirit in order to work towards the necessary consensus on the Document by all participating States. It appeals to the Governments of the other participating States to do the same and thus to make possible the adoption of the substantial and balanced concluding document of the Madrid meeting.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133487.

²⁰ Dem Vorgang beigelegt. Der von Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), entworfene Text lautete: „The European Council welcomed the proposal made by the Spanish Prime Minister on June 17th, 1983, for concluding the Madrid CSCE Follow-up Meeting. Guided by the intention to cooperate towards an early conclusion of the Meeting, and thus to give a new impetus to the CSCE process, the Ten Heads of State and Government declare themselves ready to accept this proposal. They do so in a spirit of compromise, even though not all of the amendments proposed by them in Madrid are taken into account. They appeal to all other participating States also to accept the Spanish proposal in the interest of progress in East-West relations.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133487.

²¹ Dem Vorgang beigelegt. Die Rückfallposition lautete: „The European Council welcomed the proposal made by the Spanish Prime Minister on June 17th, 1983, for concluding the Madrid CSCE Follow-up Meeting. The Ten will examine this proposal in a constructive way and without delay. They appeal to the other participating States to do the same.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133487.

²² Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sollte“.

sich der Europäische Rat damit befassen werde. Ein Entwurf ist als Anlage 5²³ beigelegt.²⁴

Referat 221 hat mitgewirkt.

Pfeffer

Referat 212, Bd. 133487

182

Bundesminister Genscher an Bundesminister Stoltenberg

214-542.40 RUM-1361¹/83 geheim

16. Juni 1983¹

Sehr geehrter Herr Kollege²,

im Rahmen der Gespräche zwischen BK Schmidt und dem rumänischen Staatspräsidenten Ceaușescu wurde im Januar 1978 in Bukarest u. a. eine Vereinbarung in bezug auf Aussiedlung Deutscher getroffen, die vorsah, daß die Bundesrepublik Deutschland DM 160 Mio. zu vierteljährlichen Tranchen von je DM 8 Mio. an Rumänien zahlt (sogenannte Quartalszahlungen).³ Die Einzelheiten wurden in der Zuständigkeit des Auswärtigen Amts ausgehandelt und

²³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 212, Bd. 133487.

²⁴ Am 17. Juni 1983 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze: „Botschafter Kastl teilte mir soeben telefonisch mit: Premierminister González hat heute wie geplant die 35 Delegationschefs um 14.00 Uhr im Regierungssitz empfangen. Er hat die Vorschläge gemacht, wie von der Delegation berichtet und wie in der gestrigen Aufzeichnung des Referats 212 beschrieben.“ Joetze führte weiter aus, daß die KSZE-Delegationsleiter der zehn EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ den Entwurf der Botschafter Curien (Frankreich), Kastl (Bundesrepublik) und Williams (Großbritannien) vom Vortrag für eine Erklärung des Europäischen Rats neu gefaßt hätten: „Gegenüber dem gestern erhaltenen [...] Vorentwurf ist der jetzige Entwurf noch etwas vorsichtiger gefaßt (‘positive spirit’ statt ‘most positive spirit’).“ Vgl. Referat 212, Bd. 133487.

¹ Ablichtung.

² In einer gemeinsamen Aufzeichnung führten Ministerialdirigent Bertele und Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 13. Juli 1983 aus, daß zwischen den Bundesministerien der Finanzen und des Innern „Unklarheiten bezüglich der Verlängerung der Quartals-Zahlungen für Rumänien aufgetreten seien. Der Bundesfinanzminister habe erklärt, daß er diese Zahlungen nicht akzeptiere; der Bundesinnenminister habe darauf hingewiesen, daß diese Zahlungen außerhalb der von ihm an den Beauftragten erteilten Abschlußvollmacht lägen. [...] Im BMI scheint man davon auszugehen, daß mit den in der Ausreise-Konvention vorgesehenen Zahlungen auch die Quartals-Zahlungen künftig mitabgegolten seien. Daß Rumänien dadurch künftig weniger erhalten würde als in der Vergangenheit, scheint man für einen Verhandlungserfolg des im Kompetenz-Bereich des im BMI tätigen Beauftragten zu halten. Tatsächlich haben die Rumänen bei jeder Gelegenheit klargestellt, daß die im Rahmen des Gipfeltreffens Präsident Ceaușescu/BK Schmidt 1978 zugesagten deutschen Leistungen auch in Zukunft für sie Grundlage jeder Vereinbarung über die Ausreise bleiben.“ Vor diesem Hintergrund habe Bundesminister Stoltenberg um eine „verbindliche Darstellung zum Zustandekommen dieser Verpflichtung durch den Bundesaußenminister“ gebeten. Vgl. VS-Bd. 13415 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zu den im Rahmen des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien getroffenen Vereinbarungen vgl. Dok. 52.

durch einen Briefwechsel vom 7.1.1978 zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, van Well, und dem rumänischen Minister-Staatssekretär Pungan festgelegt (vgl. Anlage⁴). Die Vereinbarung hatte eine Laufzeit von fünf Jahren, ebenso wie die übrigen im Zusammenhang mit der Ausreise Deutscher aus Rumänien getroffenen Vereinbarungen. Sie laufen am 30. Juni 1983 aus. Die Abwicklung der Zahlungen wurde dem BMI übertragen und erfolgte auch aus dessen Haushalt. Sie gehörten jedoch nicht zu den Kompetenzen des „Beauftragten“ des Bundesministers des Innern und fielen auch nicht unter dessen Mandat zur Aushandlung und zum Abschluß einer neuen Vereinbarung über die Ausreise, die am 21.5.1983 in Bukarest für die Zeit vom 1. Juli 1983 bis zum 30. Juni 1988 abgeschlossen wurde.⁵

Diese neue Vereinbarung (genannt „Konvention“) sieht eine Erhöhung der Kopfgelder von 4000 DM auf 7800 DM pro Jahr bei Ausreiseziffern von 11000 pro Jahr vor. Weder die Konvention noch die Protokolle über die Gespräche des Beauftragten nehmen auf die Quartals-Zahlungen Bezug. Die Präambel der Konvention, die vom Beauftragten nicht „ad referendum“, sondern verbindlich abgeschlossen wurde, enthält jedoch eine Bezugnahme auf die Vereinbarungen von 1978, zu denen die Abrede über die Quartals-Zahlungen gehört, und macht diese dadurch zur Geschäftsgrundlage der Vereinbarung über die Ausreise:

„Aufgrund und im Sinne der auf der höchsten Ebene getroffenen Vereinbarungen auf dem Gebiete der Zusammenarbeit und zur Ausweitung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern und zur Fortsetzung der langjährigen Zusammenarbeit in Fragen der Auswanderung von Bürgern deutscher Volkszugehörigkeit aus Rumänien legen die deutsche und die rumänische Seite ...“

Die rumänische Seite hat bei allen einschlägigen Gesprächen über die künftige Behandlung der Ausreise-Frage, so z. B. bei meiner Begegnung mit dem rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee am 13. April 1983⁶, betont, daß für sie die Fortsetzung der 1978 auf höchster Ebene getroffenen Abmachungen Grundlage für jede künftige Regelung der Ausreise-Frage bleibt. Nach Abschluß der Konvention hat Präsident Ceauşescu gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß⁷ auf die Abmachungen BK Schmidt/Präsident Ceauşescu von 1978 über die Quartals-Zahlungen, die von rumänischer Seite als „Zinsverbilligungen“ bezeichnet werden, ausdrücklich hingewiesen und klargestellt, daß die Konvention über die Ausreise keine abschließende Regelung darstellt. Etwas anderes war auch nicht zu erwarten, denn die neue Konvention hätte, für sich allein genommen, im Vergleich zu den bisher geleisteten Zahlungen Rumänien einen Minderertrag erbracht (jährlich schätzungsweise bis zu nahezu DM 10 Mio.), da die Erhöhung der „Kopfquote“ den Wegfall der Quartalszahlungen nicht ausgleichen konnte.

Bei dem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler, Ihnen und BM Graf Lambs-

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Beraters des rumänischen Präsidenten, Pungan, vom 7. Januar 1978 an Staatssekretär van Well vgl. VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zu der vom Beauftragten des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, und dem rumänischen Handelsrat Andronic am 21. Mai 1983 abgeschlossenen Vereinbarung vgl. Dok. 154, Anm. 5.

⁶ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei vgl. Dok. 90 und Dok. 91.

⁷ Zum Besuch des Ministerpräsidenten Strauß am 23./24. Mai 1983 in Bukarest vgl. Dok. 154.

dorff auf der Flugreise nach Williamsburg am 28. Mai 1983⁸ habe ich, wie auch schon bei unserem Gespräch vom 11. Mai 1983 bei dem Herrn Bundeskanzler⁹, nochmals auf die Erfordernisse für eine künftige Gesamtregelung der Ausreisefrage, wie sie bei der Bestätigung der Ausreise-Konvention anlässlich meines Besuchs in Bukarest am 31.5.1983 zu treffen sei, hingewiesen.

Entsprechend dem erzielten Einvernehmen habe ich in Bukarest bei dem Gespräch mit Präsident Ceaușescu¹⁰ bestätigt, daß die Quartals-Zahlungen während der Laufzeit der Ausreise-Konvention in gleicher Höhe weiter gewährt würden. Die rumänische Forderung, auch die Quartals-Zahlungen zu erhöhen, habe ich jedoch abgelehnt.

Ich habe bei dieser Gelegenheit mit dem rumänischen Staatspräsidenten Einvernehmen darüber erzielt, daß die Leistungen im Zusammenhang mit der Ausreise von den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit getrennt zu behandeln seien.

Es ist daran zu erinnern, daß die Gesamt-Abrede mit Rumänien vor dem 2. Juni 1983 zu treffen war, da der amerikanische Präsident an diesem Tage dem Kongreß über die Frage der Weitergewährung der Meistbegünstigungsklausel an Rumänien Bericht zu erstatten hatte.¹¹ Dieses von amerikanischer Seite bestehenden Druckmittels wollten wir uns nicht begeben.

Unter den gegebenen Umständen wäre ich dankbar, wenn Sie den entsprechenden Haushaltsansatz des BMI um die notwendige Summe für das zweite Halbjahr 1983 sowie für die nachfolgende Laufzeit der Vereinbarung, d.h. bis zum 30.6.1988, aufstocken würden.¹²

⁸ Ministerialdirigent Bertele und Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkten am 13. Juni 1983, Bundesminister Genscher habe auf dem Flug zum Weltwirtschaftsgipfel nach Williamsburg am 28. Mai 1983 „in einem Gespräch mit BK, BM Stoltenberg und BM Graf Lambsdorff ohne Widerspruch darauf hingewiesen, daß die Quartals-Zahlungen weiter gewährt werden müßten“. Vgl. VS-Bd. 13415 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁹ Zu dem Gespräch bei Bundeskanzler Kohl, an dem die Bundesminister Genscher, Stoltenberg und Zimmermann sowie der Parlamentarische Staatssekretär Grüner, Bundesministerium für Wirtschaft, teilnahmen, vgl. die handschriftliche Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele vom 12. Mai 1983; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceaușescu in Snagov; Dok. 163.

¹¹ Zur Frage der Gewährung der Meistbegünstigung durch die USA vgl. Dok. 90, Anm. 20.

Am 3. Juni 1983 teilte Präsident Reagan dem Kongreß mit, daß nach Zusicherungen der rumänischen Regierung, im Zusammenhang mit der Ausreise keine Rückerstattung für die Ausbildungskosten zu verlangen, die Meistbegünstigung für weitere zwölf Monate gewährt werde. Für den Wortlaut der Mitteilung vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 817 f.

¹² Seit 28. Juni 1983 verhandelten in Neuss bzw. Köln der Beauftragte des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, und der rumänische Handelsrat Andronic über die Einzelheiten der Durchführung der Vereinbarung vom 21. Mai 1983. Eine Einigung blieb jedoch zunächst aus, da die rumänische Seite auf zusätzlichen Zahlungen der Bundesregierung für die Erstattung von Fahr-, Zoll- und anderen Kosten bestand. Vgl. den Drahterlaß Nr. 287 des Ministerialdirigenten Bertele; VS-Bd. 12383 (513); B 150, Aktenkopien 1983.

Bertele vermerkte am 8. Juli 1983: „Nach Mitteilung des BMI am 8.7.1983, 12.00 Uhr, ist in Bukarest zwischen dem Beauftragten des BMI, RA Dr. Hüsch, MdB, und seinem rumänischen Gesprächspartner Einigung über die noch nicht geregelten Modalitäten der Ausreise deutscher Volkszugehöriger auf Grund der am 1.7.1983 geltenden deutsch-rumänischen Vereinbarungen erzielt worden. BMI hat nunmehr die bisher zurückbehaltenen vier ‚Quartalszahlungen‘, insgesamt DM 32 Mio., an die rumänische Regierung überwiesen. Notwendige Abzüge (z. B. nachgewiesene Dekretkosten) werden über ‚Kopfquoten‘-Zahlungen verrechnet.“ Vgl. VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Der Herr Bundeskanzler hat Doppel dieses Schreibens erhalten.¹³

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 14115 (010)

183

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-371.80 START-1364/83 VS-vertraulich

20. Juni 1983¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: START-Verhandlungen

hier: Bewertung der neuen US-Vorschläge

(zugleich Antwort auf die Frage des Herrn StS auf anliegendem DB Nr. 2620 aus Washington³);

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Am 8. Juni 1983 hat in Genf die vierte START-Verhandlungsrunde begonnen. Am gleichen Tag gab Präsident Reagan verschiedene Änderungen der amerikanischen START-Position bekannt.⁴ Hierüber wurden die Verbündeten von Botschafter Rowny im NATO-Rat am 15.6.83 im einzelnen unterrichtet.⁵

¹³ Mit Schreiben vom 16. Juni 1983 übermittelte Bundesminister Genscher Bundeskanzler Kohl eine Kopie des Schreibens an Bundesminister Stoltenberg vom selben Tag mit der Bemerkung, „daß der Bundesminister der Finanzen sich bisher nicht bereit gefunden hat, die erforderlichen haushaltsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen“. Vgl. VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationssekretär Meister konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 21. Juni 1983 vorgelegen.

³ Dem Vorgang beigelegt. In dem Drahtbericht vom 10. Juni 1983 übermittelte Botschafter Hermes, Washington, weitere Informationen des amerikanischen Außenministeriums und des Nationalen Sicherheitsrats zur amerikanischen Position bei den START-Verhandlungen: „Die bisherigen Höchstgrenzen (subceilings) für mittlere und schwere sowjetische Raketen werden beibehalten. An eine Anhebung im Verhältnis zur höheren Anzahl von dislozierten Raketen (850 auf ca. 1200) sei nicht gedacht. Auch an der Bestimmung, daß von den verbleibenden 5000 Sprengköpfen höchstens 2500 landgestützt sein dürften, werde festgehalten; Gesprächspartner deutete jedoch an, daß sich im Laufe der Verhandlungen eine gewisse Flexibilität ergeben könne, falls die Sowjetunion ihrerseits Bewegung zeige. Zusammen geben diese beiden Begrenzungen eine erhebliche indirekte Reduzierung des sowjetischen Wurfgewichts auf ca. 2,5 Mio. kg.“

Die Wörter „2,5 Mio. kg“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „D. h. um wieviel %? Es kommt darauf an, ob man den Vorschlag als realistisch und ausgewogen ansehen kann. Darauf spitzt sich d[ie] Diskussion zu, ob ‚ernsthaft‘ verhandelt wird.“

⁴ Zur Erklärung des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 175, besonders Anm. 4.

⁵ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 15. Juni 1983, daß der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, im Ständigen NATO-Rat vier Prinzipien der amerikanischen Ver-

Insgesamt signalisieren die neuen Vorschläge ein starkes Interesse der USA an START-Fortschritten und deutliche Bereitschaft zur Flexibilität, wenn sie auch in der Sache den Sowjets nur begrenzt entgegenkommen. Die USA übernehmen damit die entsprechenden, kürzlich vorgelegten Empfehlungen der Scowcroft-Kommission⁶, die sich insbesondere auch dafür eingesetzt hatte, daß die USA Rüstungskontrollvereinbarungen mit der SU anstreben sollten, die gewährleisten, daß die Modernisierung der beiderseitigen strategischen Streitkräfte auf längere Sicht zu stabilitätsorientierten Strukturen führt.

II. Die von Präsident Reagan bekanntgegebene konkrete Änderung der amerikanischen START-Position besteht in der Erhöhung der vorgeschlagenen Obergrenze für land- und seegestützte Trägerraketen (bisher 850) auf eine nicht fixierte Höhe (inoffiziell werden 1100 bis 1400 Träger genannt). Dadurch wird die Möglichkeit zur Entwicklung und Stationierung der von der Scowcroft-Kommission vorgeschlagenen weniger verwundbaren kleinen ICBM geschaffen.⁷ Gleichzeitig wird einem vorgetragenen sowjetischen Anliegen Rechnung getragen. Bei Berücksichtigung der strategischen Bomber⁸ haben sich so die USA den Vorstellungen der SU erheblich angenähert (sowjetischer Vorschlag: Obergrenze für Raketen und strategische Bomber von 1800⁹).

Kern der amerikanischen Position bleibt die Forderung, die Zahl der Gefechtsköpfe auf land- und seegestützten strategischen Raketen auf 5000 zu begrenzen und dabei einen subceiling von 2500 für GK¹⁰ auf landgestützten ICBM vorzusehen. Damit wird von der SU auch weiter ein hartes Opfer verlangt (sie verfügt gegenwärtig nach vertraulichen US-Zahlen über insgesamt 7510 GK, davon 6180 landgestützt und 1330 seegestützt). Botschafter Rowny hat jedoch im NATO-Rat den auf langfristige Entwicklungen abstellenden Charakter dieses amerikanischen Vorschlags unterstrichen und darauf hingewiesen, daß auch bei der Sowjetunion – in Genf gemachten Angaben zufolge – der Trend in Richtung auf kleinere ICBM mit einer geringen Zahl von GK gehe. Der Botschaft Washington gegenüber wurde im State Department und im NSC-Staff ange-

Fortsetzung Fußnote von Seite 955

handlungsposition hervorgehoben habe: „1) Reduzierungen als Ziel, nicht nur Begrenzungen wie bei SALT; 2) Erhöhung von Stabilität und Abschreckung; 3) Gleichheit; 4) effektive Verifikation.“ Rowny habe ferner ausgeführt: „Die Scowcroft-Kommission habe folgende Grundlage der amerikanischen START-Position bestätigt: 1) Strategische Reduzierungen müßten in Richtung auf Erhöhung der Krisenstabilität gelenkt werden. 2) G[efechts]K[öpfe] müßten das Hauptzählkriterium sein. 3) Langsam fliegende Systeme müßten anders behandelt werden als ballistische Raketen, weil es sich bei ihnen eindeutig um Vergeltungswaffen handle.“ Zu den neuen amerikanischen Vorschlägen habe er bemerkt: „Durch Wegfall der Obergrenze für Raketen und unter Berücksichtigung der Grenze für strategische Bomber näherten sich die USA weitgehend der sowjetischen Position. Washington warte jetzt auf ein Signal von Moskau und sei dann zu weitergehenden Vorschlägen bereit. Die neue Position schaffe einen flexiblen Rahmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1179; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zum Bericht der Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) vom 6. April 1983 vgl. Dok. 96, Anm. 9.

⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Nach dem vorgesehenen Ablauf des SALT-Vertrages 1990.“

⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „(Vorgeschlagene amerikanische Obergrenze: 400).“

⁹ Zu sowjetischen Vorstellungen hinsichtlich eines START-Vertrags mit den USA vgl. Dok. 34, Anm. 18.
¹⁰ Gefechtsköpfe.

deutet, daß man bei der Gefechtskopfbegrenzung für landgestützte ICBM flexibel sein könne, wenn sich die SU ihrerseits bewege.

Präsident Reagan hat außerdem bekanntgegeben, daß die USA auch weiterhin an dem grundlegenden Ziel einer Begrenzung der Zerstörungskraft von Raketen festhalten, daß sie aber hinsichtlich der Ausgestaltung zur Flexibilität und zum Eingehen auf sowjetische Vorstellungen bereit sind. Die entsprechenden Vorschläge (subceiling für mittlere bis schwere ICBM von 210, subceiling für schwere ICBM von 110) bleiben zunächst unverändert. Ihre Verwirklichung würde der Sowjetunion ebenfalls ein starkes Opfer auferlegen (nach dem im Betreff genannten DB aus Washington führen die Obergrenzen zu einer Verminderung des Wurfgewichts der sowjetischen Raketen auf 2,5 Mio. kg; derzeitiger Bestand der SU über 5 Mio. kg, US-Bestand unter 2 Mio. kg). Rowny hat dazu aber in Brüssel ausgeführt, die USA seien zu einem flexiblen Angebot bereit, sobald die SU zu erkennen gebe, in welcher Richtung sie in dieser Frage zu gehen wünsche. Insbesondere komme es darauf an, ob sich die SU Freiheit hinsichtlich der künftigen Struktur ihrer strategischen Streitkräfte bewahren wolle – in diesem Falle komme z. B. eine Gesamtobergrenze für Wurfgewicht in Betracht, wie sie die USA bisher für eine zweite START-Phase angestrebt hätten –, oder sie lehnten weiterhin auf das Kriterium Wurfgewicht abstellende Regelungen ab; in diesem Falle müsse eine indirekte Lösung des Problems durch Einzelregelungen gesucht werden. Aus der amerikanischen START-Delegation verlautete während der NATO-Konsultation, daß die USA eine Reihe von Alternativvorschlägen in dieser Frage vorbereitet hätten.

III. Die Bedeutung der Änderung der amerikanischen START-Position liegt in zwei Bereichen:

a) Rüstungskontrollpolitisch trägt sie dem Grundgedanken der Scowcroft-Empfehlungen Rechnung, strategische Modernisierungen sollten durch entsprechende Vereinbarungen in Richtung auf stabilitätsorientierte Strukturen gelenkt werden. Demgemäß tritt nunmehr gegenüber der einschneidenden Reduzierung und Begrenzung von GK die Reduzierung und Begrenzung von Trägern sehr stark zurück.

Die Aufgabe der bisher vorgesehenen niedrigen Obergrenze von 850 Raketen entspricht der Erkenntnis, daß die kostensparende Anbringung von vielen GK auf wenigen Raketen den Anreiz zum Versuch eines Erstschlags fördert und deshalb destabilisierend wirkt.

Das mit der signalisierten Bereitschaft zur Flexibilität verbundene Festhalten an der Forderung nach Begrenzung der Zerstörungskraft von Raketen zielt auf Abbau des spezifischen Ungleichgewichts, das die USA als durch den Aufbau von über 600 zur Zerstörung von „hard targets“ fähigen schweren und mittelschweren Raketen der Typen SS-18 und SS-19 gegeben ansehen. Hier dürfte die Entscheidung zur Stationierung von 100 MX eine Schärfung auch des sowjetischen Verständnisses für das Problem der Verwundbarkeit landgestützter ICBM bewirken, was die SU zu einem Einlenken veranlassen könnte.

b) Verhandlungstaktisch hat die amerikanische Positionsveränderung vor allem Signalcharakter. Sie

- unterstreicht die Ernsthaftigkeit des amerikanischen START-Interesses und die Bereitschaft zur Flexibilität,

- enthält das Angebot, sich mit der SU über ein langfristiges Konzept strategischer Modernisierung und dessen Absicherung durch Rüstungskontrollvereinbarungen zu einigen.

Fortschritte hängen damit nunmehr von der Haltung der SU ab, die bei START bisher keine wesentliche Bewegung gezeigt und die Verhandlungen durch die Vorbedingung des amerikanischen Verzichts auf die INF-Nachrüstung praktisch blockiert hat.

Die erste sowjetische Reaktion (von TASS am 9.6.83 mit der Begründung, die USA hielten weiterhin an ihrem Überlegenheitsstreben fest, ausgesprochene Ablehnung der neuen amerikanischen Verhandlungsposition¹¹) war negativ. Die für die künftigen Entwicklungen im strategischen Bereich entscheidende sowjetische Auseinandersetzung mit der längerfristigen amerikanischen Offerte steht aber noch aus.

BMVg – Fü S III 5 – hat mitgezeichnet.

Hartmann

VS-Bd. 11370 (220)

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vgl. den Artikel „O zjavlenii prezidenta SŠA“; PRAVDA vom 10. Juni 1983, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. den Artikel „TASS zur Erklärung Präsident Reagans“; NEUES DEUTSCHLAND vom 11./12. Juni 1983, S. 5. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, meldete am 10. Juni 1983, daß die Stellungnahme von TASS „vollkommen negativ ausgefallen“ sei: „Anhebung der Obergrenze für ballistische Raketen und die damit verbundene Annäherung an die von der SU vorgeschlagene Obergrenze von 1800 Systemen wird nicht als Konzession, sondern als Verhärtung gewertet. Sie sei lediglich aus dem Plan motiviert, zwei neue ICBM zu entwickeln. Fälschlich behauptet TASS dabei, diese neuen ICBM sollten ‚in nächster Zeit‘ disloziert werden. [...] Die Ankündigungen aus Washington, man wolle das Problem des Wurfgewichts indirekt über die Zahl der Raketen angehen (von denen bei TASS allerdings nicht die Rede ist) zeigen der SU, daß sie verstärkt mit US-Forderungen nach sub-ceilings für schwere ICBM rechnen muß, während die USA sich gleichzeitig Platz für neue ICBM geschaffen haben.“ Typisch sei, „daß die hinter der Anpassung der amerikanischen Verhandlungsposition stehenden Überlegungen zur Erhöhung der strategischen Stabilität nicht erwähnt werden und zur Ablehnung der Vorschläge das gleiche Argument verwendet wird, das gegen die frühere US-Position benutzt wurde: Landgestützte ICBM sind das Fundament der strategischen Streitkräfte der SU.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2497; Referat 220, Bd. 124532.

184

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**201-363.31-2308/83 geheim****21. Juni 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Zeitpunkt der P-II-Stationierung im Bundesgebiet⁴;hier: Anfrage der SPD in DBT⁵-Debatte am 15.6.83Anlg.:¹⁶

I. 1a) In der sicherheitspolitischen Bundestagsdebatte am 15. Juni forderten die SPD-Abgeordneten Bahr und Ehmke wiederholt, dem DBT die Chance einzuräumen, vor dem Beginn der INF-Stationierung in der BR Deutschland die Stationierungsfrage erörtern zu können.⁷

Prof. Dr. Ehmke, der sich wenige Tage zuvor im BMVg über die Stationierungsplanung im Detail hatte unterrichten lassen, warnte die BReg eindringlich davor, das Hohe Haus in dieser Frage zu „täuschen“. Ehmke machte deutlich, daß er unter Stationierungsbeginn auch schon das Eintreffen von Großgerät und Raketen verstehen würde.

b) BM Dr. Wörner berief sich hierzu (wie MdB Bahr) auf seine schriftliche Versicherung gegenüber MdB Dr. Vogel, wonach eine „Stationierung“ nicht vor dem 15.11.1983 (dem Ende der nächsten Verhandlungsrunde in Genf) erfolgen werde.⁸

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert. Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 21. Juni 1983 zusätzlich handschriftlich: „GM Tandecki hat dringend darum gebeten, StM Möllemann möge nicht über die Aussage im Brief BM Wörner an MdB Vogel hinausgehen. Ziffer I. 2) dieser Aufz[eichnung] ist nur zur internen K[enntnis] bestimmt. Der Vorschlag unter II. 1) erscheint deshalb als beste Lösung, eine weitere Diskussion über die Interpretation ‚Stationierungsbeginn‘ zu vermeiden.“ Ferner vermerkte Pfeffer für Staatssekretär von Staden: „Ich wäre für umgehende Weiterleitung der 6. Ausfertigung an StM Möllemann dankbar.“ Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 21. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Da Herr StS nicht erreichbar, nach Rücksprache mit D2 und VLR I v[on] Ploetz 6. Ausf[ertigung] an StM Möllemann geleitet.“

² Hat Staatssekretär von Staden am 21. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Es bleibt, daß Verhandlungszeitplan u. Stationierungsfahrplan nicht richtig aufeinander abgestimmt sind. Dies halte ich für eine sehr ernste Frage, u. ich frage mich, ob die etwas formalistische Lösung, die hier skizziert wird, ausreicht, um dies Problem zu bewältigen.“

³ Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Legationsrats I. Klasse Ischinger vom 4. Juli 1983 vorgelegen. Ischinger verfügte außerdem den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 4. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 6. Juli 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 160, Anm. 8.

⁵ Deutscher Bundestag.

⁶ Dem Vorgang beigelegt war ein Schreiben des Bundesministers Wörner vom 14. Juni 1983 an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel zur Frage des Beginns der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik. Vgl. dazu VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Für den Wortlaut der Reden der SPD-Abgeordneten Bahr und Ehmke vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 698–706, S. 771–780 und S. 787–789.

⁸ Für die Rede des Bundesministers Wörner am 15. Juni 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 723–729.

Es handelt sich dabei um ein Schreiben Wörners an Vogel vom 14.6.83 (Anlg.), von dem Abt. 2 bis dahin keine Kenntnis hatte.

Darin heißt es,

- es entbehre jeder Grundlage, daß die Stationierung bereits ab 1.9.83 beginne;
- „im Sinne des (Doppel)beschlusses“ erfolge eine etwaige „Stationierung“ nicht vor dem 15.11.83.

c) Ehmke ließ es jedoch dabei nicht bewenden, sondern forderte den (abwesenden) Bundeskanzler auf, „zu erklären, daß mit der Stationierung nicht begonnen wird, bevor der Deutsche Bundestag entscheiden kann“. Die SPD erwarte diese Woche Antwort im Ausschuß, sonst werde die Frage erneut eingebracht.

2) Auf Arbeitsebene ist man sich im BMVg bewußt, daß die ohne Kenntnis des Führungsstabs gemachte Zusage Wörners („nicht vor 15. November“) mit der mit den USA abgestimmten Dislozierungsplanung im Widerspruch steht, die zuletzt (17.5.83) wie folgt präzisiert worden war:

- ab August 1983 Zulauf der ersten Waffen- u. Ausrüstungsteile der P II;
- ab Oktober 1983 Zulauf der ersten nuklearen Gefechtsköpfe;
- ab November 1983 erste Einsatzbereitschaft (I.O.C.⁹).

3a) Das BMVg hatte zunächst beabsichtigt, die entstandene Lage im BSR, der für den 22. Juni vorgesehen gewesen war, zur Sprache zu bringen mit dem Ziel, eine Sprachregelung sowohl für den DBT wie gegenüber den USA verabschieden zu lassen. (Diese hatten die Debatte lückenlos durch Botschaftsvertreter verfolgen lassen.)

b) Nunmehr hat BM Dr. Wörner die Angelegenheit an sich gezogen, um in einem Dreiergespräch BK/BAM/BMVg möglichst bald eine Entscheidung über das weitere Vorgehen zu erlangen.

II. 1) Falls die von Prof. Dr. Ehmke gestellte Frage (vgl. I. 1 c) im Auswärtigen Ausschuß am 22. Juni 1983 wiederholt wird und in diesem Zeitpunkt noch keine Sprachregelung im Dreiergespräch herbeigeführt worden ist, empfiehlt es sich h. E., lediglich darauf zu verweisen, daß die von Ehmke gestellte Frage an den Bundeskanzler persönlich gerichtet worden ist. Dem wolle der Vertreter des AA (voraussichtlich StM Möllemann) nicht vorgreifen.

2) Falls es zu dem im Interesse koordinierten Auftretens dringend notwendigen Dreiergespräch kommt, wird zu bedenken sein, daß

- der 15.11.83 sich als Zäsur anbietet, weil erst an diesem Tag auch formal feststehen wird, ob die Genfer Verhandlungen im stationierungsrelevanten Zeitraum ergebnislos geblieben sind;
- der Stationierungsbeginn sich nicht verheimlichen lassen dürfte, weil jede Bewegung an den beiden bekannten amerikanischen P-Ia-Standorten¹⁰ aufmerksam beobachtet werden wird;

⁹ Initial Operational Capability.

¹⁰ Als Standorte für die amerikanischen Mittelstreckensysteme vom Typ „Pershing II“ waren die Stationierungsorte der Pershing Ia bei Neu-Ulm, in Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd und in der Waldheide bei Heilbronn vorgesehen. Vgl. dazu den Artikel „Netzwerk Friedhof“, DER SPIEGEL, Nr. 6 vom 7. Februar 1983, S. 104–107.

- der DBT wohl aus Sicht aller fünf Parteien beanspruchen dürfte, den Stationierungsbeginn so rechtzeitig zu kennen, daß er die Angelegenheit erörtern kann, auch wenn dies nicht der Befriedigung eines Entscheidungsbedarfs dient;¹¹
- ein Abrücken vom amerikanischen Dislozierungsfahrplan (vgl. oben I. 2) die Einstellung des I.O.C. vor Jahresende unmöglich machen und in Washington Zweifel an der Haltung der BReg wecken dürfte.

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich als Lösung etwa folgende Regelung ab, welche auf einer engen Auslegung des Begriffs „Stationierung“ im Schreiben des BMVg vom 14.6.83 beruht:

- (1) Festhalten am Stationierungsfahrplan.
- (2) Zusage, den DBT rechtzeitig vor Beginn des Eintreffens der ersten nuklearen Gefechtsköpfe darüber zu unterrichten.
- (3) Zusage, daß „Stationierung im Sinne des Doppelbeschlusses“, nämlich Herstellen der Gefechtsbereitschaft der ersten P-II-Batterie, nicht vor 15.11.83 erfolgt.¹²

Pfeffer

VS-Bd. 12049 (201)

¹¹ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hauptsache: Entscheidung ist getroffen.“

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 22. Juni 1983 über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags am selben Tag, daß Staatsminister Möllemann mit Bezug auf das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 22. Juni 1983 an den SPD-Abgeordneten Vogel bekräftigt habe, „daß die Stationierung nicht vor dem 15.11.83 erfolgt“. Die Bundesregierung werde dem Bundestag „nach dem 15.11.83 einen Bericht über die dann gegebene Situation vorlegen. Auf Zwischenfrage von MdB Voigt, ob unter ‚Stationierung‘ auch ‚Systemteile‘ zu verstehen seien, ergänzte StM Möllemann, er gehe davon aus, daß dies gemeint ist.“ Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

185

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 21. Juni 1983, 17.24 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 72 Ortez

Zum Europäischen Rat in Stuttgart vom 17. bis 19.6.1983

I. Europäische Gemeinschaft

1) Entgegen manchen pessimistischen Vorhersagen gelang es der deutschen Präsidentschaft² und insbesondere dem Bundeskanzler als dem Vorsitzenden, im Zusammenspiel mit dem Bundesaußenminister in Stuttgart aufgrund intensiver Vorbereitungen und in schwierigen Verhandlungen nicht nur den befürchteten Fehlschlag zu vermeiden, sondern zu vorwärtsweisenden Beschlüssen zu gelangen. Sie werden die Gemeinschaft in den kommenden Monaten bis zum Europäischen Rat in Athen am 5./6.12.1983³, wahrscheinlich aber auch noch darüber hinaus, in einer Serie von Sonderratstagungen der Außen- und Finanzminister, zeitweilig einschließlich der Agrarminister, intensiv beschäftigen. Es besteht seit Stuttgart die begründete Aussicht, daß die Gemeinschaft die anstehenden, allerdings außerordentlich komplexen Fragen (Erhöhung der Eigenmittel⁴, EG-Erweiterung⁵, Sparmaßnahmen insbesondere bei der GAP⁶, Beseitigung von Haushaltsungleichgewichten⁷, Entwicklung neuer Politiken) in den Griff bekommen und den Weg für eine dynamische Fortentwicklung der EG zu ebnen vermag. Der zeitliche und sachliche Rahmen für dieses keineswegs leicht zu realisierende Programm wurde in Stuttgart abgesteckt.⁸ Der

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.

² Die Bundesregierung hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

⁴ Zur Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften aus Eigeneinnahmen vgl. Dok. 134, besonders Anm. 9.

⁵ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 126, Anm. 21, und Dok. 176, Anm. 30.

⁶ Vgl. dazu die Regelung der Agrarpreise für 1983/84 auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 16./17. Mai 1983 in Brüssel; Dok. 145, Anm. 24.

Zum Europäischen Rat vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart legte die EG-Kommission eine „Mitteilung über die neuen Leitlinien für die Entwicklung der Agrarpolitik“ vor. Darin hieß es: „Die Kommission empfiehlt dem Europäischen Rat, folgende Leitlinien für die weitere Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik zu billigen: Die Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik müssen gewahrt werden. Es muß eine behutsame Preispolitik geführt werden. Die Garantien müssen so abgestuft werden, daß diese Abstufung die Anreize für die Entstehung von Überschüssen über die Produktionschwellen hinaus nimmt.“ Die Kommission nahm ferner Stellung zu Ursachen und Folgen der Überproduktion, zur Frage der Währungsausgleichsbeträge sowie zur Entwicklung des Agrarhandels und resümierte die Agrarpreisrunde 1983/84. Vgl. BULLETIN DER EG 6/1983, S. 65–67.

⁷ Vgl. dazu die Überlegungen der Bundesregierung zur Beseitigung der Ungleichgewichte im EG-Haushalt; Dok. 134, Anm. 12.

⁸ Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 18. Juni 1983 betreffend eine Neubelebung der Gemeinschaft durch eine umfassende Aktion, ferner die Schlußfolgerungen vom 19. Juni 1983 über einen Ausgleich für Großbritannien für 1983 sowie die Schlußfolgerungen des Vorsitzes zur Arbeit des Europäischen Rats; EUROPA-ARCHIV 1983, D 414–419.

Druck der nahezu erschöpften Eigeneinnahmen der Gemeinschaft wird voraussichtlich zumindest positive Teilergebnisse erzwingen.

Die in Stuttgart gleichzeitig erfolgte Verabschiedung der Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union⁹ unterstreicht, daß die Staats- und Regierungschefs trotz aller Schwierigkeiten und unterschiedlicher Vorstellungen über das einzuschlagende Tempo und das Ausmaß der vorgesehenen Reformmaßnahmen dem Ziel der Europäischen Union verpflichtet und des engen Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Integration und Orientierung an den politischen Zielen der Römischen Verträge¹⁰ bewußt bleiben.

2) Die in den kommenden Monaten zu verwirklichende Paketlösung soll die Notwendigkeiten einer konsequenten Haushaltsdisziplin in der Gemeinschaft, insbesondere bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, genauso Rechnung tragen wie dem Erfordernis, die Gemeinschaft über neue Politiken (Forschung, Technologie, Innovation, Umweltschutz etc.) fortzuentwickeln und die – auch finanziellen – Voraussetzungen für die Süderweiterung zu schaffen. Auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse werden Ausmaß und Zeitplan des Gemeinschaftsbedarfs an eigenen Mitteln festgelegt. Über alle Fragen wird am Ende gemeinsam beschlossen.

Parallel zu diesen internen Anstrengungen der Gemeinschaft sind die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal fortzuführen. Zwar mußte der deutsche Vorschlag, die Absicht eines Abschlusses dieser Verhandlungen bis Mitte 1984 in die Schlußfolgerungen aufzunehmen, aufgrund des energischen Widerspruchs Mitterrands aufgegeben werden. Andererseits ist ausdrücklich ein Zusammenhang zwischen den Ratifizierungen der Beitrittsverträge wie der künftigen Finanzregelung festgesetzt worden. Diese Verbindung dürfte einen sachlichen Zwang erzeugen, der den Interessen der Beitrittskandidaten nach baldigem Abschluß der Verhandlungen letztlich noch dienlicher sein wird.

In seiner Pressekonferenz im Anschluß an den ER verwies der Bundeskanzler auf entsprechende Fragen nach dem Termin für den Abschluß der Beitrittsverhandlungen ausdrücklich auf die französische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1984. Den nicht zuletzt auf die Bundesrepublik Deutschland zukommenden Opfern stellte er die politischen und wirtschaftlichen Vorteile einer intakten Gemeinschaft gegenüber. Zusätzliche finanzielle Leistungen machte er nicht nur von mehr Haushaltsdisziplin und Sparmaßnahmen abhängig, sondern verwies hinsichtlich ihrer Rechtfertigung ausdrücklich auf die Süderweiterung.¹¹

Für die Zeit bis zur Verwirklichung der langfristigen Finanzregelung stellte sich in Stuttgart erneut die Frage weiterer Zwischenlösungen für den Ausgleich an GB. PM Thatcher vertrat ihre Forderungen mit der erwarteten Härte. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich nach sehr schwierigen Verhandlungen schließlich für 1983 auf einen politischen Betrag in Höhe von 750 Mio. ECU (ca. 1,7 Mrd. DM). Er liegt 100 Mio. ECU unter dem Betrag für 1982, ob-

⁹ Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427.

¹⁰ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

¹¹ Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl am 19. Juni 1983 vor der Presse in Brüssel vgl. BULLETIN DER EG 6/1983, S. 25 f.

wohl der geschätzte britische Nettosaldo 1983 höher sein dürfte. Eine deutsche Minderbeteiligung am GB-Ausgleich von 50 Prozent wurde erneut vorgesehen. Allerdings wurde von der Festlegung einer Risikoteilungsformel (für den Fall höherer oder niedriger als derzeit vorausgeschätzter britischer Belastung) diesmal abgesehen. Die Zahlen sollen in den Haushaltsentwurf für 1984 eingestellt werden. Es bleibt offen, ob 1984 noch eine weitere Zwischenlösung erforderlich sein wird. Letztlich ist auch der britische Haushaltsausgleich politisch im Zusammenhang mit der Bereitschaft von GB zu sehen, bei der Überprüfung der Gemeinschaftspolitik, einschließlich der Ausgabenstruktur des EG-Haushalts und damit auch der Frage einer Erhöhung der Eigeneinnahmen, positiv mitzuwirken. Hierauf wird nicht zuletzt das Europäische Parlament achten.

3) Im übrigen befaßte sich der ER mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage, mit Fragen der Beschäftigungspolitik, insbesondere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (hierzu begrüßte er besonders die unter deutscher Präsidentschaft verwirklichte Reform des Sozialfonds durch eine Konzentrierung von 75 Prozent seiner Mittel auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die es erlauben, zunächst rd. 4 Mrd. DM für derartige Aufgaben zu binden¹²), und forderte weitere Maßnahmen zur Stärkung des EG-Binnenmarkts sowie zur Entwicklung einer gemeinschaftlichen Verkehrspolitik. Auf deutsches Drängen unterstrich er die Dringlichkeit einer Einigung über die Stahlpolitik der Gemeinschaft (Verlängerung der Quotenregelung)¹³ und forderte auf der Grundlage eines deutschen Memorandums beschleunigte Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung (saurer Regen, Transport gefährlicher Stoffe u. a.)¹⁴. Er anerkannte die besonderen Probleme, die sich Grie-

¹² Am 2. Juni 1983 billigte der EG-Rat auf der Ebene der für Arbeit und Soziales zuständigen Minister in Brüssel eine Neuausrichtung des Europäischen Sozialfonds zur Finanzierung von Maßnahmen der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der Berufsbildung und der Beschäftigung. Sie kamen überein, „mindestens 75 % der verfügbaren Mittel des Fonds für Jugendliche unter 25 Jahren bereitzustellen [...]“. Bisher war ausgeschlossen, daß die Grundausbildung von Jugendlichen nach Ablauf der Schulpflicht aus dem Sozialfonds finanziert werden kann.“ Auf dieser Basis beschloß der Ministerrat auf einer weiteren Tagung am folgenden Tag, an der zusätzlich die für Bildungsfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten teilnahmen, eine „Gemeinschaftsstrategie für die Berufsbildungspolitik in den 80er Jahren sowie Leitlinien für die Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwachsenen- und Berufsleben“. Vgl. BULLETIN DER EG 6/1983, S. 17–19.

¹³ Zur Krise der europäischen Stahlindustrie und zur Einführung von Produktionsquoten vgl. Dok. 148, Anm. 39.

Der EG-Rat auf der Ebene der für Industrie zuständigen Minister bewilligte auf seiner Tagung am 21. Juni 1983 in Brüssel angesichts der noch ausstehenden Kommissionsentscheidung über die Umstrukturierung der europäischen Stahlindustrie und der Gespräche mit der Eisen- und Stahlindustrie über eine Aufteilung der Produktionsquoten nur eine Verlängerung der bestehenden Quotenregelung bis zum 31. Juli 1983. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1983, S. 37.

Am 29. Juni 1983 gab die EG-Kommission ihre Umstrukturierungspläne bekannt, die einen Kapazitätsabbau von mindestens 26,7 Mio t und eine damit verknüpfte Anpassung des Systems der Beihilfen vorsahen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1983, S. 7–11.

¹⁴ Mit Schreiben vom 27. Mai 1983 an das Auswärtige Amt sowie an die Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung, für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und für Forschung und Technologie übermittelte das Bundesministerium des Innern den Text eines Memorandums der Bundesregierung über Belange des Umweltschutzes, das zur Verteilung an die EG-Mitgliedstaaten bestimmt war. Vgl. Referat 415, Bd. 132159.

Der EG-Rat auf der Ebene der für Umweltfragen zuständigen Minister erörterte am 16. Juni 1983 in Luxemburg das Problem der Wasser- und Luftverschmutzung. Das Bundesministerium des Innern informierte am 20. Juni 1983, daß dabei eine Richtlinie zur Begrenzung von Kadmium in den Gewässern gebilligt werden konnte. Hinsichtlich des Bleis im Benzin hätten sich die Minister nach Überwindung der Bedenken von Frankreich und Italien „zu einer größtmöglichen Reduzierung der

chenland stellen¹⁵, und sprach sich für Lösungen zur Erleichterung seiner Integration im Gemeinschaftsrahmen aus.

Zu UNCTAD VI¹⁶ bekannten sich die Staats- und Regierungschefs zu Dialogbereitschaft, konstruktiver Zusammenarbeit und Verbesserung der Absatzchancen für Produkte der EL. Sie erwarten von der Konferenz einen Beitrag zur Wiederbelebung der Weltwirtschaft und Förderung der Entwicklung der Dritten Welt.

Auf deutsches Drängen beschloß der ER die Aufhebung der seinerzeit gegenüber Israel wegen dessen Intervention im Libanon¹⁷ beschlossenen Blockierung des 2. Finanzprotokolls.¹⁸ Um dies zu ermöglichen, enthielt sich GRI der Stimme.

II. Europäische Akte und Europäische Politische Zusammenarbeit

Ein Haupterfolg des ER war die Unterzeichnung der „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union“.

Darüber hinaus enthalten die Schlußfolgerungen des ER in ihrem EPZ-Teil Erklärungen zu Polen, der KSZE, Nahost und Mittelamerika.¹⁹ Im einzelnen:

1) Die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ wurde nach Beratung von den Regierungschefs am 19.6. unterzeichnet.

Wir werten die Verabschiedung der Feierlichen Deklaration, über deren Inhalt und Einzelwertung gesonderte Unterrichtung erfolgt²⁰, als einen in längerfristiger Sicht politisch besonders bedeutenden Erfolg unserer Präsidentschaft. Wichtig ist nicht nur die wesentliche Erweiterung des Aktionsfeldes, sondern die Erneuerung der politischen Dynamik des europäischen Einigungsprozesses, den wir als zentrales Ziel unserer Außenpolitik betrachten. F hatte noch auf dem ER eine Reihe von Änderungswünschen eingebracht, deren Berücksichtigung sich als möglich erwies. Zur Erleichterung ihrer Zustimmung gaben F, GB, IRL, DK und GRI einseitige Protokollerklärungen insbesondere zum Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 964

Belegehalte bei den jeweiligen Verwendungen“ bereit erklärt, „die ggfs. zur Verwendung bleifreien Benzins führen würde“. Sie billigten ferner Richtlinien zur Einhaltung der Emissionsbegrenzung von Industrieanlagen, zur grenzüberschreitenden Verbringung von Gefahrenstoffen und über Verpackungen für flüssige Lebensmittel. Grundsätzlich einig waren sich die Minister auch über die Notwendigkeit von Umweltverträglichkeitsprüfungen privater und öffentlicher Vorhaben. Vgl. Referat 415, Bd. 132159.

¹⁵ Zu den am 22. März 1982 bei der EG-Kommission in Brüssel vorgetragenen wirtschaftlichen Problemen Griechenlands vgl. Dok. 126, Anm. 30.

¹⁶ Die VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) tagte vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad. Vgl. dazu Dok. 208.

¹⁷ Zum israelischen Einmarsch in den Libanon vgl. Dok. 12, Anm. 7.

¹⁸ Referat 410 notierte am 7. September 1982: „Als Unterzeichnungstermin für das 2. Finanzprotokoll EG – Israel war der 14.6.1982 vorgesehen. Letzterer wurde von der Präsidentschaft in Abstimmung mit der EG-Kommission wegen der Ereignisse im Libanon ‚aus technischen Gründen‘ kurzfristig vertagt.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131097.

Das Protokoll über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EWG und Israel wurde am 24. Juni 1983 unterzeichnet. Es trat am 1. Januar 1984 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 335 vom 30. November 1983, S. 8–11.

¹⁹ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 419 f.

²⁰ Vortragender Legationsrat Klaiber übermittelte den diplomatischen und konsularischen Vertretungen sowie allen Arbeitseinheiten im Auswärtigen Amt am 28. Juni 1983 den Text der Feierlichen Erklärung des Europäischen Rats vom 19. Juni 1983 sowie zwei Darstellungen über das Zustandekommen der Erklärung und ihre Ergebnisse. Ferner übermittelte er eine Stellungnahme zu den Protokollerklärungen und Vorbehalten einiger EG-Mitgliedstaaten. Für den Schrifterlaß vgl. Referat 200, Bd. 122732.

schlußfassungsverfahren des Rats und zu den Bestimmungen über die erweiterte Zuständigkeit des EP ab. DK und GRI hielten ferner ihre Vorbehalte in Form einer Fußnote (DK) bzw. eines Hinweises (GRI) am Ende des Textes fest. B, I, LUX, NL und D bekannten sich in einer gemeinsamen Erklärung zur Anwendung des vertraglichen Mehrheitsprinzips im Rat. Sie hielten damit ihre bereits 1966 gegenüber F eingenommene vertragsgetreue Haltung („Luxemburger Dissens“²¹) aufrecht. Insgesamt ist es damit gelungen, die Substanz der (erstmalig von BM auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen im Januar 1981 in die politische Diskussion eingebrachten²²) deutsch-italienischen Initiative trotz gewisser Abschwächung zu erhalten und mit ihr eine konkrete Perspektive in Richtung auf die Europäische Union zu eröffnen.

2) Zu Polen bestand Einvernehmen unter den Partnern, angesichts des gegenwärtigen (16. bis 23.6.) Papstbesuchs²³ Zurückhaltung zu üben und vor allem den pastoralen Charakter der Reise des Oberhauptes der katholischen Kirche zu respektieren. Gleichzeitig erschien es den Zehn zu diesem Zeitpunkt aber unverzichtbar, ihre Solidarität mit dem polnischen Volk auszudrücken und ihre Forderung nach einer Politik der nationalen Aussöhnung in Übereinstimmung mit den Wünschen des polnischen Volks zu bekräftigen.

3) Der KSZE-Passus in den Schlußfolgerungen des ER geht auf die am Eröffnungstag des ER, 17.6., von MP Felipe González vorgelegte spanische Initiative zum Abschluß des KSZE-Folgetreffens in Madrid²⁴ ein. Die Zehn werden die Initiative des Gastgeberlandes Spanien mit Aufgeschlossenheit prüfen.

²⁵Im übrigen unterstreichen sie die Bedeutung, die einem erfolgreichen Abschluß in Madrid für die Gesamtheit der Ost-West-Beziehungen zukommt.

4) Die Beratungen des ER zu Nahost konzentrierten sich auf die Lage in und um den Libanon im Anschluß an die durch den Abschluß des israelisch-libanesischen Abkommens²⁶ geschaffene Lage. Die Zehn betrachten dieses Abkommen als einen Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der vollen Souveränität des Libanons über sein gesamtes Staatsgebiet, dem weitere Schritte folgen müssen. Ziel ihrer Politik bleibt eine umfassende Gesamtregelung des NO-Konflikts auf der Grundlage der von den Europäern mehrfach (insbes. in Venedig 1980²⁷) bekräftigten Prinzipien. Hierbei haben die Zehn betont, daß eine Lösung für den Libanon nur dann erreicht werden kann, wenn die legitimen Interessen aller Staaten und Völker der Region Berücksichtigung finden. Wir betrachten das Zustandekommen der NO-Erklärung in den Schlußfolgerungen des ER als Beweis für die Fähigkeit der Zehn, ungeachtet erheblicher nationaler Nuancen in wichtigen außenpolitischen Fragen zu einem Konsens zu finden. In-

²¹ Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 111, Anm. 51.

²² Bundesminister Genscher stellte auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart erstmals die Idee eines „Vertrags über eine Europäische Union“ vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 164 f. (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1981, I, Dok. 2.

²³ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

²⁴ Zum spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 181.

²⁵ Beginn des mit Runderlaß Nr. 73 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁶ Zum israelisch-libanesischen Abkommen vom 17. Mai 1983 vgl. Dok. 151, besonders Anm. 4.

²⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 13. Juni 1980 über den Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 383. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

haltlich knüpft die NO-Stellungnahme von Stuttgart an die NO-Erklärungen des vorangegangenen ER vom März d.J. in Brüssel²⁸ an, der gleichfalls den Libanon in den Vordergrund der Bemühungen um eine Lösung des NO-Konflikts gestellt hatte.

5) Zu Mittelamerika unterstützen die Zehn die Initiative der sog. Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela)²⁹, die mit der Forderung nach Abrüstung, Nichtangriffspakten, Verbot des Waffentransfers und demokratischen Strukturen auf eine Befriedung dieses Raums auf der Grundlage eines regionalen Ansatzes hinarbeitet. Sie setzen sich ferner für die Herstellung demokratischer Bedingungen und die strikte Beachtung der Menschenrechte ein.

Vgl. auch Infofunk Meldungen Nr. 2115 D/1-2-3-4 vom 18. Juni 1983 sowie 2122 D/1-2, 1087 D/1-2-3-4-5-6-7-8-9-10, 1085 D/1-2, 1086 D/1-2-3-4-5 und 1089 D/1-2 vom 20. Juni 1983.

[gez.] Steinkühler

Referat 012, Bd. 124454

186

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31-2371/83 VS-vertraulich

23. Juni 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch in Moskau⁴

Betr.: Zeitpunkt der P-II-Stationierung im Bundesgebiet

I. 1) Am 22.6.83 entschied der Herr BK, daß weder Pershing-II-Raketen noch Teile davon vor dem 15.11.1983 im Bundesgebiet stationiert werden sollen.

²⁸ Zu den Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vom 21./22. März 1983 über den Nahen Osten vgl. Dok. 78, Anm. 22.

²⁹ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 175, Anm. 38.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert. Ministerialdirektor Pfeffer ergänzte am 27. Juni 1983 handschriftlich: „Ich lege diese Aufzeichnung wegen des Vorschlags zu Ziffer II vor. Die Überlegungen in [Ziffer] I. 1-3) sind sicher von den Entscheidenden bedacht worden. (Keine Verteilung der D[urch]D[rucke].)“

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. Juni 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Legationsrats I. Klasse Ischinger vom 4. Juli 1983 vorgelegen. Ferner verfügte Ischinger den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201.

Hat Vortragendem Legationsrat Werndl am 4. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 5. Juli 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202-205.

Diese Entscheidung wurde nach Bekanntgabe durch StM Möllemann am 22.6.83 im Auswärtigen Ausschuß⁵ bereits am 23.6.83 zur Grundlage eines Entschließungsantrags der CDU/CSU und FDP, wonach die Stationierung in diesem Sinn erst erfolgt, nachdem der DBT⁶ nach dem 15.11.83 die dann bestehende Verhandlungslage beraten bzw. Stellung dazu bezogen hat.⁷

Der Stationierungszeitpunkt wurde damit auf ein bisher nicht vereinbartes, also fiktives Ende der nächsten Genfer Verhandlungsrunde (15.11.83)⁸ bezogen.

2) Wir müssen damit rechnen, daß die Sowjetunion daraus den Schluß zieht, daß die Nachrüstung aus Sicht der Bundesregierung neuerdings nur während einer Verhandlungspause, also nicht während der Verhandlungen im eigentlichen Sinn, beginnen dürfe.

Wenn Moskau diesen Schluß zieht, läge es unter Umständen im sowjetischen Interesse, sicherzustellen, daß das tatsächliche Ende der nächsten Verhandlungsrunde in Genf sich bis 1984 hinzieht, um so den „magischen Termin“ für den Beginn der Nachrüstung („Ende 1983“) mit allen sich daraus ergebenden Präjudizwirkungen für die Implementierbarkeit des Doppelbeschlusses verstreichen zu lassen.

Moskau kann – mit anderen Worten – eine Chance darin sehen, zu behaupten, daß die BReg sich im Prinzip zu einem (verlängerbaren?) Stationierungsmoratorium für die Dauer der nächsten INF-Verhandlungsrunde bekannt habe.

3) Wenn die sowjetische Führung dies so sieht, kann sie z.B. veranlassen, daß die sowjetische Delegation am 14. November einen neuen Vorschlag in Genf einbringt und sich bereit erklärt, darüber notfalls auch über die Feiertage des Dezember hinweg zu verhandeln. Das Dilemma, das sich für die amerikanische Verhandlungsführung (Aufstehen vom Tisch?) und die BReg sowie im DBT und in der dt. Öffentlichkeit daraus ergeben würde, liegt auf der Hand. Die SPD würde in dieser Situation sicherlich für ein weiteres Stillhalten („Verhandlungserfolg in Reichweite!“) plädieren und darauf hinweisen, daß die Entscheidung des BK am 22.6.83 ja ohnedies die Herstellung der Einsatzbereitschaft der ersten P-II-Batterie (I.O.C.⁹) noch im Jahre 1983 illusorisch gemacht habe. Nun komme es auf ein paar Wochen/Monate auch nicht mehr an.

II. Um zu verhindern, auf diese Bahn zu geraten, sollte der sowjetischen Führung beim bevorstehenden BK-Besuch in Moskau klargemacht werden, daß die INF-Dislozierung unmittelbar¹⁰ nach dem 15.11.83 bzw. der diesem Termin fol-

⁵ Zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vgl. Dok. 184, besonders Anm. 12.

⁶ Deutscher Bundestag.

⁷ Im Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 22. Juni 1983 hieß es: „1) Der Deutsche Bundestag erklärt seine Absicht, nach dem 15. November 1983 die Erklärung der Bundesregierung zum bis dahin erreichten Verhandlungsergebnis in Genf zu beraten und zu der Frage Stellung zu nehmen, ob Anlaß besteht, von der im Dezember 1979 beschlossenen Stationierung ganz oder teilweise abzugehen. 2) Der Deutsche Bundestag nimmt zustimmend von der Absicht der Bundesregierung Kenntnis, daß vor dieser Beratung des Bundestages weder Pershing-II-Raketen noch Marschflugkörper noch Teile davon stationiert werden.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/200 (neu).

Der Antrag wurde am 23. Juni 1983 im Bundestag angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 1089–1099.

⁸ Die sechste Runde der INF-Verhandlungen begann am 6. September 1983 in Genf.

⁹ Initial Operational Capability.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

genden Debatte im DBT unabhängig davon beginnen wird, ob die Verhandlungsrunde in diesem Zeitpunkt beendet ist, es sei denn, daß in diesem Zeitpunkt ein konkretes Verhandlungsergebnis vorliegt, das die Stationierung überflüssig macht.

Die BReg werde dem DBT unmittelbar¹¹ nach dem 15.11.83 auf jeden Fall die dann gegebene Verhandlungslage darstellen und daraus die vom Doppelbeschluß vorgesehenen Konsequenzen ziehen.¹²

D 2A i.V.¹³ hat mitgezeichnet.

Pfeffer

VS-Bd. 12049 (201)

187

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Ali

24. Juni 1983¹

Arbeitsbesuch des ägyptischen Außenministers Kamal Hassan Ali in Bonn 22. bis 24.6.1983;

hier: Gespräch BM – AM Ali am 24.6.83 von 9.30 bis 11.15 Uhr

BM hieß AM Ali sehr herzlich willkommen. Er bat um Verständnis, daß das Treffen mit AM Ali erst heute stattfinden könne, da er unvorhergesehen durch das Parlament abgehalten worden sei.

Sie hätten jedoch schon erste Gespräche nach der Ankunft auf dem Venusberg und anlässlich des Abendessens am 22.6. geführt.² Außerdem habe AM Ali be-

¹¹ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

¹² Gesandter Pabsch, Washington, informierte am 23. Juni 1983, daß der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Dobbins, mit Bezug auf den Beschluß des Bundestages vom selben Tag „äußerste Besorgnis“ geäußert habe: „Hierfür nannte er drei Gründe: 1) In allen Diskussionen in der SCG habe Einverständnis geherrscht, daß keine weiteren Zieldaten für die Stationierung und die Verhandlungen gesetzt werden sollten. 2) Der Stationierungskalender sei nach mehrmonatigen Diskussionen vereinbart worden. Der Beschluß der Fraktionen laufe dem Stationierungskalender eindeutig zuwider. 3) Es hätten keine Konsultationen stattgefunden. Sollte ein Regierungsbeschluß vorliegen, hätten Konsultationen erwartet werden können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2800; VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹³ Klaus Jürgen Citron.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 24. Juni 1983 gefertigt, der vermerkte: „Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung.“. Hat im Ministerbüro vorgelegen. Dazu Vermerk: „Vorbehaltlich Billigung des Herrn Bundesministers.“

² Über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Ali am 22. Juni 1983 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler am 29. Juni 1983: „Bei dem ersten kurzen Gespräch des BM mit AM Ali unterstrich der BM die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ägypten. [...] Beim Abendessen für

reits Gelegenheit gehabt, mit dem Bundespräsidenten³ und dem Bundeskanzler⁴ zu sprechen.

BM hob die freundschaftlichen Gefühle für Ägypten hervor, die in unserem Lande besonders tief seien.

AM Ali dankte für den warmen Empfang und für das Verständnis, das ihm hier hinsichtlich der Bemühungen Ägyptens im Friedensprozeß und der bilateralen Beziehungen entgegengebracht werde. AM Ali bat, folgende Themen zu erörtern: Ost-West-Beziehungen, Williamsburg⁵ und Europäischer Rat in Stuttgart⁶. Ferner Nahost, Libanon, die amerikanischen und europäischen Nahost-Bemühungen, irakisch-iranischer Konflikt, Afrika und die bilateralen Beziehungen.

BM zu den Ost-West-Beziehungen:

1983 sei das Jahr der Weichenstellung zwischen Ost und West, und zwar wegen der anstehenden Entscheidungen über Mittelstreckenraketen. Er glaube, daß die SU in diesem Jahr erkennen werde, daß sie mit ihrer Hochrüstung zu weit gegangen sei, als in ihrem Interesse liege.⁷ Die Aufstellung der SS-20 habe eine gegenteilige Wirkung gehabt. Der Westen habe lange Zeit den sowjetischen Rüstungsanstrengungen inaktiv zugesehen. Die SS-20 habe eine Bewußtseinsänderung verursacht. Dieses Thema beunruhige auch China und andere Länder des Fernen Ostens und Südasiens. In Bangkok habe ihn im März⁸ erstaunt, wie sehr die ASEAN-Gruppe sich bedroht fühle, vor allem gelte dies aber für Japan. Es sei eine Sensation gewesen, daß der japanische Premierminister⁹ in Williamsburg der Sicherheitserklärung¹⁰ zusammen mit den NATO-

Fortsetzung Fußnote von Seite 969

AM Ali wurde der Meinungsaustausch fortgesetzt. BM umriß bei dieser Gelegenheit noch einmal die Nahostposition der Bundesrepublik. Er würdigte, daß Ägypten stets um den Frieden bemüht und auf Mäßigung hingewirkt habe. Auch wies er darauf hin, daß der ER in Stuttgart seine Bereitschaft bekräftigt hätte, auf eine Wiederherstellung der vollen Souveränität des Libanon durch den Abzug aller fremden Truppen hinzuwirken. AM Ali schloß sich dieser Forderung an und betonte die Notwendigkeit, den Willen des libanesischen Volkes nach Abzug aller militärischen Truppen zu respektieren. Gleichzeitig erkannte er die Sicherheitsbedürfnisse aller beteiligten Parteien, und zwar nicht nur Israels, sondern auch Libanons und Syriens an. In diesem Zusammenhang unterstrich er die Bedeutung der Rückgabe der Golan-Höhen an Syrien durch Israel für den Friedensprozeß. Israel müsse mehr guten Willen zeigen. AM Ali sprach sich positiv über die Rolle der deutschen und europäischen Nahostpolitik aus.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 75; Referat 012, Bd. 124453.

³ Bundespräsident Carstens und der ägyptische Außenminister Ali sprachen am 23. Juni 1983 u. a. über die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens, den Nahost-Konflikt, den irakisch-iranischen Krieg und die Situation in Afghanistan. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135732.

⁴ Bundeskanzler Kohl traf mit dem ägyptischen Außenminister im Anschluß an dessen Gespräch mit Bundespräsident Carstens am 23. Juni 1983 zusammen. Ali machte vor allem Ausführungen zum Nahost-Konflikt, insbesondere zur Haltung Syriens gegenüber dem Libanon, die innere Entwicklung der PLO und deren Verhältnis zu Jordanien. Weitere Themen waren der irakisch-iranische Krieg und die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135732.

⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁷ So in der Vorlage.

⁸ Bundesminister Genscher hielt sich vom 22. bis 25. März 1983 anlässlich der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Bangkok auf. Vgl. dazu Dok. 86.

⁹ Yasuhiro Nakasone.

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.

Staaten zugestimmt habe. Dies zeige, wie sehr sich das Bewußtsein der Bedrohung in Japan entwickelt habe.

Als der Doppelbeschluß im Dezember 1979 gefaßt worden sei, hätten wir klargemacht, daß wir Cruise Missiles und die Pershing II aufstellen, aber Verhandlungen bevorzugen würden. Die SU habe es damals nicht für möglich gehalten, daß der Beschluß ausgeführt würde. Das sei ein Hauptgrund gewesen, weshalb die Verhandlungen bisher nicht zu einem Ergebnis gekommen seien. Fortschritte bei den Verhandlungen seien nur dann möglich, wenn die SU realisiere, daß wir aufstellen würden. Hier liege die Bedeutung des Besuchs des BK in Moskau Anfang Juli.¹¹ Es gelte, Fehleinschätzungen der sowjetischen Führung zu vermeiden.

Ungeachtet der Raketenfrage seien wir bemüht, die Ost-West-Beziehungen nicht zu verschlechtern. Wir seien interessiert daran, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu einem positiven Abschluß komme und ein Mandat für die KAE ausgesprochen werde. Dabei gehe es darum, daß vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural geschaffen würden. Wir seien auch daran interessiert, daß bei START und MBFR Fortschritte gemacht würden. Wir könnten keine Ergebnisse von der Sowjetunion erwarten, solange wir nicht Felder des gegenseitigen Vorteils schaffen würden.

Insgesamt wollten wir die Ost-West-Beziehungen weiter entwickeln. Dies gelte besonders für den wirtschaftlichen Bereich. Wirtschaftsbeziehungen hätten einen stabilisierenden Effekt. Für uns seien die Wirtschaftsbeziehungen nicht so wichtig. Unser Handelsaustausch mit der Sowjetunion betrage etwa die Hälfte unseres Handelsaustauschs mit der Schweiz oder mit Österreich. Wir müßten auch darauf achten, unsere Unabhängigkeit zu bewahren. Trotzdem bedeute der Standard der wirtschaftlichen Beziehungen, daß beide Seiten miteinander kooperieren wollen.

Von besonderer Bedeutung seien für uns die deutsch-deutschen Beziehungen, insbesondere auf menschlichem Gebiet. Dies sei ein Bereich der Ost-West-Beziehungen, wo wir materielle Zugeständnisse im Austausch für menschliche Beziehungen machen könnten. Hier liege der Grundunterschied zu den anderen Ost-West-Beziehungen. Wir seien ein geteiltes Land mit vielen familiären Bindungen. Für die DDR-Führung sei es nicht leicht, der Bevölkerung zu erklären, warum sie nach Osten, z.B. Kiew usw., aber nicht in den anderen Teil Deutschlands reisen könnte.

Ein besonderes Problem seien die Deutschen vor allem in der Sowjetunion und in Rumänien. In der SU lebten noch etwa 1,5 Mio. Deutsche, in Rumänien noch etwa 350 000, die lieber heute als morgen in die Bundesrepublik übersiedeln würden. Die Verhandlungen darüber seien sehr kompliziert.

Unsere Beziehungen im Ost-West-Verhältnis seien gekennzeichnet vom Willen der Verständigung, wo immer wir können. Wir sähen unsere Aufgabe darin, der Sowjetunion verständlich zu machen, welche Vorteile sie von einer Kooperation zu erwarten habe.

¹¹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

Die Wirtschaftsprobleme im Ostblock seien beträchtlich. Die SU habe sich in Abenteuer verstrickt, die sehr viel Geld kosteten (in Kuba, Afghanistan, Vietnam, Äthiopien und Angola, um nur einige Beispiele zu nennen). Noch teurer komme die SU Polen zu stehen. BM erinnerte in diesem Zusammenhang an ein Gespräch mit Gromyko, dem er gesagt habe, daß er der SU weniger eine Finnlandisierung Westeuropas als Osteuropas empfehle. Finnland sei ein Beispiel für fruchtbare Beziehungen mit der Sowjetunion, aber auch mit dem Westen.

AM Ali bedankte sich für diesen Überblick und bemerkte dazu, daß die sowjetische Haltung seit dem Libanonkrieg im vergangenen Jahr härter und härter geworden sei. Die Sowjetunion habe nach der israelischen Invasion¹² viele Rückschläge im Nahen Osten erlitten und an Glaubwürdigkeit in der Region verloren. Als Kompensation habe die Sowjetunion Syrien wieder aufgerüstet und in Syrien die SAM-5 installiert.¹³

Die SU habe während der Februartagung des PNC in Algier¹⁴ eine harte Linie eingenommen. Sie habe der PLO gesagt, daß eine Nahostlösung ohne die SU nicht möglich sei. Die SU habe der PLO die Botschaft zukommen lassen, daß sie ihr nicht erlaube, individuell ohne Syrien vorzugehen. Sonst werde die SU ein Veto einlegen. Die sowjetische Haltung sei auch der Grund, weshalb die Gespräche zwischen König Hussein und Arafat¹⁵ im letzten Augenblick gescheitert seien.

Die SU wolle jede Lösung im Nahen Osten verhindern. Aber die SU sei nicht in der Lage, eine Rückgabe der Golanhöhen an Syrien zu garantieren. Auch Libanon sei nicht in der Lage dazu, wohl aber könne er Konzession in sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht in Syrien machen. Die USA hätten versucht, das Golan-Problem gegenüber Syrien in Form eines Glückwunschtelegramms Präsident Reagans zum syrischen Nationalfeiertag¹⁶ offenzuhalten, in dem sie darauf hinwiesen, daß auch Golan unter die Sicherheitsratsresolution 242¹⁷ falle. Den Syrern genüge dies nicht. Nach ägyptischer Auffassung käme es ganz entscheidend darauf an, daß Israel Konzessionen in der Golan-Frage mache, da Assad sich sonst nicht bewegen werde.

Eine andere Alternative sei, daß alle fremden Streitkräfte im Libanon blieben. Als Folge davon würden die israelischen Verluste vermutlich zunehmen. Israel würde zurückschlagen. Eine Konfrontation in der Bekaa oder möglicherweise sogar auf dem Golan würde die Gefahr einer militärischen Eskalation heraufbeschwören.

Eine andere Gefahr würde darin bestehen, daß der Libanon endgültig geteilt würde.

¹² Zum israelischen Einmarsch in den Libanon vgl. Dok. 12, Anm. 7.

¹³ Zur Stationierung sowjetischer Raketen des Typs „SAM-5“ in Syrien vgl. Dok. 39, Anm. 23.

¹⁴ Zur 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 14. bis 22. Februar 1983 vgl. Dok. 58, Anm. 32.

¹⁵ Zu den Gesprächen der jordanischen Regierung mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 1. bis 4. April 1983 vgl. Dok. 73, Anm. 17.

¹⁶ Syrien begeht am 17. April, dem Jahrestag der Ausrufung der Syrischen Arabischen Republik 1946, seinen Nationalfeiertag.

¹⁷ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578f.

BM erkundigte sich nach der ägyptischen Auffassung zur Einbeziehung der Sowjetunion in den Friedensprozeß. Insbesondere arabische Länder hätten sich in letzter Zeit für eine Einbeziehung der SU eingesetzt. Er, *BM*, wolle gleich seine Antwort vorausnehmen. Nach seiner Auffassung sei die SU nur daran interessiert, die Spannungen in der Region aufrechtzuerhalten, um davon zu profitieren.

AM Ali stimmte mit dieser Einschätzung völlig überein. Ägypten habe vor 1973 seine Erfahrung mit der SU gemacht.¹⁸ Die SU werde im Nahen Osten nur so lange Einfluß haben, wie der Nahost-Konflikt noch nicht gelöst sei. Danach sei das Ende ihrer Einwirkungsmöglichkeiten gekommen.

BM präzierte seine Frage: Wenn die SU Spannungen haben wolle, wie solle sie dann mitarbeiten an einer Friedensverhandlung?

AM Ali erwiderte, daß wir nach dem letzten Nahost-Krieg 1973¹⁹ das Scheitern der Genfer Konferenz²⁰ aus bekannten Gründen erlebt hätten. Er halte eine Einschaltung der Sowjetunion in diesem Stadium der Friedensverhandlungen für nicht hilfreich („not welcome“). Dies schließe jedoch nicht aus, daß sie in einem späteren Stadium eingebunden werde, wenn es um die Indossierung von Ergebnissen gehe.

*D 3*²¹ erkundigte sich nach dem Verhältnis SU–Arafat.

AM Ali: Die SU unterstütze die radikalen PLO-Führer, die der syrischen Linie folgten. Syrien wolle keine Lösung. Arafat sei bereit gewesen, sich nach einem erfolgreichen Abschluß seiner Gespräche mit Hussein zu bewegen. Die PLO habe seinerzeit auch indirekte Kontakte mit den USA und den Israelis gehabt. Als Folge syrischen Drucks seien die Gespräche gescheitert. Dahinter habe die SU gestanden.

BM fragte, wie stark der Einfluß der SU auf Syrien sei.

AM Ali erwiderte: Die SU habe einigen Einfluß. Es gebe gegenwärtig etwa 3500 sowjetische Berater in Syrien. Der sowjetische Einfluß erstrecke sich weniger auf die Armeekommandeure, wohl aber auf die Staatsführung.

AM Ali meinte auf eine Frage von *D 3*, daß die Syrer zur Zeit jede positive Entwicklung im Nahen Osten blockierten.

¹⁸ Am 18. Juli 1972 gab Präsident Sadat bekannt, daß er die UdSSR aufgefordert habe, ihre Militärberater und Experten aus Ägypten abzuziehen. Botschaftsrat Vogeler, Kairo, berichtete am 19. Juli 1972, Sadat habe außerdem die „Übernahme aller militärischen Einrichtungen, die seit 1967 auf ägyptischem Boden errichtet wurden, in das ausschließliche Eigentum der ägyptischen Regierung unter Kontrolle und Verfügungsgewalt der ägyptischen Streitkräfte“ bekanntgegeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 609; B 36 (Referat I B 4), Bd. 529.

¹⁹ Zum arabisch-israelischen Krieg vom Oktober 1973 („Jom-Kippur-Krieg“) vgl. Dok. 151, Anm. 24.

²⁰ Am 21. Dezember 1973 wurde in Genf die Friedenskonferenz für den Nahen Osten auf Außenministerebene eröffnet, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie der VN-Generalsekretär teilnahmen. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf“; *DIE WELT* vom 24./25. Dezember 1973, S. 1.

Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations“; *INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE* vom 10. Januar 1974, S. 1 f.

²¹ Walter Gorenflös.

Was die PLO anbetreffe, werde es vermutlich eine Weile keine autonome Führung geben. Militärisch seien wir gegenwärtig Zeugen eines Showdown. Die SU habe kein Interesse daran, den gemäßigten Kräften innerhalb der PLO zu helfen. Auf der anderen Seite wolle die SU die Entwicklung aber nicht soweit eskalieren, daß sie außer Kontrolle gerate. Die SU glaube nicht, daß Syrien sich militärisch gegenüber den Israelis behaupten werde. Durch die Lieferung der SAM-5 habe sie die Schwelle einer militärischen Konfrontation anheben wollen.

D3 warf des weiteren die Frage nach der Zukunft der PLO auf.

AM Ali: Gestern hätten die Syrer alle Positionen der Arafat-treuen PLO-Einheiten in der Bekaa erobert. Dies bedeute, daß die militärische Fraktion in der PLO völlig unter syrischer Kontrolle sei. Arafat halte sich gegenwärtig mit etwa 3000 PLO-Kämpfern in Tripoli auf. Militärisch habe die PLO keine Bedeutung mehr („now he is in a very weak position“). Sein Einfluß habe auch in der arabischen Welt insgesamt abgenommen. Politisch habe Arafat alles verloren. Die Ägypter hätten Arafat nach dem Abzug aus Beirut²² geraten, seine Politik radikal zu verändern und sich auf die Verhandlungslinie zu konzentrieren. Arafat habe sich jedoch zugunsten der Aufrechterhaltung der Einheit seiner Organisation entschieden, was allerdings zur Folge gehabt habe, daß er kaum mehr Handlungsspielraum behalten habe.

Auf eine weitere Frage von D3 nach dem Verhalten Saudi-Arabiens bemerkte AM Ali, daß die Saudis sich seit der Staatsgründung 1925 niemals sehr tief mit Politik befaßt hätten. Eine Zeitlang hätten sie Außenpolitik mit Geld betrieben. Da aber auch die Saudis rechnen müßten, würde sich diese Politik nicht mehr wie bisher fortführen lassen. Ein Musterbeispiel für die Inflexibilität der Saudis sei ihr Verhältnis zu Syrien gewesen. Die Syrer hätten sie ständig erpreßt. Insgesamt habe Saudi-Arabien seit 1967 ca. 40 Milliarden US-Dollar an die Syrer gezahlt, an die Iraker etwa 36 Milliarden. Trotz dieser enormen Beträge habe Saudi-Arabien die politische Entwicklung in der Region nicht beeinflussen können. Saudi-Arabien habe immer nur reagiert, selten agiert. Eine Ausnahme sei der Fahd-Plan²³ gewesen. Das Disaster von Fes I²⁴ sei jedoch bekannt.

²² Am 18. bzw. 19. August 1982 billigten der Libanon bzw. Israel einen Plan des Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Habib, über den Abzug der palästinensischen Organisationen aus Beirut, der von Truppen Frankreichs, Italiens und der USA überwacht werden sollte. Referat 310 vermerkte am 31. August 1982 dazu, der Abzug verlaufe weitgehend reibungslos: „Nachdem bereits vorher eine Reihe hoher PLO-Funktionäre Beirut verließ, folgte Arafat am 30.8. zusammen mit weiteren führenden PLO-Mitgliedern. Er reist an Bord eines griechischen Schiffes zunächst zu einem offiziellen Besuch nach Athen, wird dann an dem für den 6.9. geplanten Gipfel der A[rabischen]L[iga] in Marokko teilnehmen und sich anschließend nach Tunis ins Exil begeben. Damit ist die politische Präsenz der PLO im Libanon zu Ende gegangen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135721.

²³ In einem Interview unterbreitete der saudi-arabische Kronprinz Fahd am 7. August 1981 Vorschläge für eine Lösung des Nahost-Konflikts. Für den Wortlaut des Interviews vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 521–523 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1981, II, Dok. 233.

²⁴ Am 25. November 1981 begann in Fes eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga, die noch am selben Tag unterbrochen wurde. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 3. Dezember 1981, sie sei „nach heftigen Auseinandersetzungen um den ‚Acht-Punkte-Plan‘ von Kronprinz Fahd gescheitert. Zum ersten Mal seit der Gründung der Arabischen Liga vor 36 Jahren ist eine arabische Gipfelkonferenz mit einem solchen Eklat zu Ende gegangen.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135645.

Im Gegensatz zu den Saudis verspreche Gaddafi viel, zahle jedoch nie. Er habe nur 150 Panzer an Iran geliefert (wahrscheinlich T55).

AM Ali führte auf Frage BM nach Gaddafi aus, daß dieser in Afrika ein wahrer „troublemaker“ sei. Er habe seine Hände beim Umsturzversuch in Ghana²⁵ im Spiel gehabt, er arbeite subversiv mit Südjemen und Äthiopien gegen Sudan zusammen. Er wolle Hissène Habré im Tschad stürzen. Den Aouzo-Streifen wolle er behalten.²⁶ Er stehe auch hinter der Eroberung von Faya Largeau durch die Rebellen.²⁷ AM Ali erinnerte an die Waffentransporte nach Kuba über Brasilien.²⁸ Er begrüßte die feste Haltung Frankreichs gegen Gaddafi, wie sie in der Erklärung von Präsident Mitterrand vor wenigen Tagen²⁹ zum Ausdruck gekommen sei.

Zur Stabilität des libyschen Regimes sagte AM Ali, daß Gaddafi der Armee mißtraue. Er baue daher die revolutionären Garden auf.

Auf dem OAU-Gipfel in Addis Abeba habe er einen ernsten Rückschlag erlitten.³⁰

AM Ali bemerkte zum Krieg zwischen Irak–Iran, daß sich die Haltung Irans verhärtet habe. Dazu habe die bessere wirtschaftliche Lage des Iran beigetragen. Demgegenüber habe Irak wirtschaftliche Schwierigkeiten. Frankreich komme Irak durch Umschuldung entgegen.

AM Ali meinte, daß es nach seiner Auffassung nach Khomeini eine gewisse Liberalisierung geben werde. Es sei schwierig, eine Prognose zu stellen, wer der Nachfolger werde.

²⁵ Botschafter Fischer, Accra, meldete am 20. Juni 1983: „Am Sonntag, den 19. Juni 1983 ist ein weiterer Putschversuch in Ghana fehlgeschlagen. [...] Um 10.40 Uhr erklärte im Radio ein Unbekannter in schwer verständlichem Englisch, das Rawlings-Regime sei gestürzt. Es habe Manna versprochen, aber nur Elend über das Volk gebracht. Die Revolution sei wirkungslos geblieben. [...] Um 17.40 Uhr wandte sich Chairman Rawlings (der wochenlang nicht mehr aufgetreten war) an die Nation, etwa zwei Minuten lang (hinter ihm zwei schwerbewaffnete Bodyguards). Anarchistischer Putsch mißlungen, Lage unter Kontrolle, ausführlicher Bericht später. [...] Bewertung: Ghanaische Verhältnisse. Soweit bekannt, deutsche Staatsangehörige nicht betroffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 287; Referat 321, Bd. 140932.

²⁶ Der „Aouzou-Streifen“ im nördlichen Tschad ist ein Gebiet von etwa 100 km Tiefe entlang der Grenze zu Libyen, das von diesem beansprucht wurde.

²⁷ Zu den Auseinandersetzungen im Tschad vgl. Dok. 142, Anm. 13 und 14.

Am 23. Juni 1983 nahmen Truppen des ehemaligen Präsidenten Goukouni Oueddei Faya Largeau nordöstlich von N'Djamena ein und zwangen die Streitkräfte des Präsidenten Habré zum Rückzug. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1372 des Flottillenadmirals Hoffmann, Paris, am 5. Juli 1983; Referat 311, Bd. 137798.

²⁸ Am 17. April 1983 beschlagnahmte die brasilianische Regierung vier libysche Transportflugzeuge, die laut Auskunft der Piloten „medizinische Hilfsgüter“ für Erdbebenopfer in Kolumbien an Bord hatten, tatsächlich jedoch Rüstungsgüter beförderten, die für Nicaragua bestimmt waren. Vgl. den Artikel „Waffen für Nicaragua beschlagnahmt“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. April 1983, S. 10. Botschafter Schoeller, Brasília, berichtete am 8. Juni 1983, daß die Flugzeuge von der brasilianischen Regierung am Vortag zur Rückführung nach Libyen freigegeben worden seien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 316; Referat 311, Bd. 127797.

²⁹ Staatspräsident Mitterrand erklärte am 21. Juni 1983 in der kamerunischen Nationalversammlung in Jaunde, daß Frankreich „ne saurait accepter [...] des actions inconsidérées qui signifieraient que le Tchad serait en permanence offert aux entreprises étrangères quelle qu'elles soient“. Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (mai–juin), S. 125.

³⁰ Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) fand vom 8. bis 12. Juni 1983 statt.

BM knüpfte an die Unterhaltung nach Ankunft *AM Ali* auf dem Venusberg und anlässlich des Abendessens über die Lage im Nahen Osten an. Er wiederholte seine tiefe Besorgnis über die Lage in der Region.

Auf die Frage des *BM* nach den Möglichkeiten der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft im Nahost-Konflikt antwortete *AM Ali*, daß die Bemühungen der USA unterstützt werden sollten. Die Nahostpassage der Schlußfolgerungen des ER von Stuttgart³¹ sei sehr hilfreich gewesen. Wichtig sei jetzt, über alle Kanäle zur Entschärfung der Lage zwischen Syrien und Israel beizutragen. Er fürchte sonst eine rapide Verschlechterung der Lage. Eine Explosion sei nicht ausgeschlossen. Israel müsse Zugeständnisse in der Golan-Frage machen. Die Golan-Höhen fielen unter Res. 242 und müßten Gegenstand von Verhandlungen sein. Syrien müsse Anreize erhalten, damit es sich in der Libanon-Frage bewege.

AM Ali und *BM* äußerten gemeinsam die Befürchtung, daß es sonst zu einer definitiven Teilung des Libanon kommen werde. *Ali* hielt es für wichtig, auf die Sowjets mäßigend einzuwirken, damit diese ihren Einfluß auf Syrien geltend machen. Der Bundeskanzler-Besuch in Moskau würde dazu genutzt werden.

BM erwiderte, daß Nahost zu den Themen in Moskau gehören werde.

BM berichtete sodann über den ER in Stuttgart. Der ER habe sich zu Libanon geäußert. Aber Nahost habe nicht im Zentrum der Diskussion gestanden. Man habe sich vor allem mit den schwierigen internen Problemen der EG befaßt. Der Haushalt müsse in Ordnung gebracht werden. Der Beitritt Spaniens und Portugals³² werfe wie schon der Beitritt Griechenlands³³ schwierige Fragen auf. Wir wollten gleichwohl den Beitritt. Innerhalb der EG gebe es verschiedene Strategien zu Überwindung der Schwierigkeiten (vgl. F und GR). Trotzdem sei es eindrucksvoll, wie sehr sich das europäische Bewußtsein entwickelt habe. Europa müsse nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eine Rolle in der Welt spielen. Wichtig sei die Beibehaltung enger Beziehungen mit den USA.

AM Ali stimmte dieser Aussage voll zu.

AM Ali unterrichtete *BM* im Hinblick auf den BK-Besuch in Israel³⁴ über die ägyptisch-israelischen Beziehungen. Ägypten habe trotz des Libanon-Konflikts die diplomatischen Beziehungen mit Israel aufrechterhalten. Der ägyptische Botschafter sei nach der Invasion jedoch aus Tel Aviv zurückgerufen worden. Botschafter Murtada werde in Kürze nach Israel zurückkehren, um sich zu verabschieden.³⁵ Ägypten habe sich in dieser Frage ähnlich verhalten wie die EG

³¹ Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vom 19. Juni 1983 über den Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420.

³² Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 126, Anm. 21, und Dok. 176, Anm. 30.

³³ Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

³⁴ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in Israel vgl. Dok. 245.

³⁵ Der ägyptische Botschafter Murtada wurde nach den Gewalttaten am 17./18. September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila am 20. September 1982 aus Israel zurückgerufen. Vgl. dazu den Artikel „Ägypten beordert Botschafter aus Israel zurück“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. September 1982, S. 6.

Am 23. Juni 1983 kündigte die ägyptische Regierung an, daß Murtada Ende des Monats wieder nach Tel Aviv zurückkehren werde: „Murtada werde allerdings nur kurz bleiben, weil er im Juli das Pensionsalter erreiche.“ Vgl. den Artikel „Ägyptischer Botschafter wieder nach Israel“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Juni 1983, S. 2.

hinsichtlich der Freigabe der Unterzeichnung des Zweite Finanzprotokolls mit Israel.³⁶ Ägypten habe in Abstimmung mit den USA die Rückkehr des Botschafters von einem Rückzugszeitplan der Israelis abhängig gemacht. Israel habe sich in dem Abkommen vom 17.5.83³⁷ zum Rückzug verpflichtet, der jetzt vor allem von den Syrern abhänge. Ägypten stehe diesbezüglich mit den anderen Arabern und auch mit Syrien in Verbindung.

Ägypten liefere die vertraglich festgelegte Menge Öl an Israel (2 Mio. t). Der Tourismus sei, wenn auch nur auf Sparflamme, aufrechterhalten worden. Israel beteilige sich an Messen in Ägypten.

Das Taba-Problem sei noch immer ungelöst. Israel verletze eindeutig das Abkommen über die Räumung der besetzten Gebiete bis 25. April 1982³⁸. Vertragswidrig baue Israel weiter in dem Gebiet. Das Taba-Problem vergifte die ganze Atmosphäre zwischen Ägypten und Israel. Ägypten werde die Annexion Tabas niemals akzeptieren.

Die Beziehungen zu Israel müßten in einem engen Zusammenhang mit den ägyptisch-arabischen Beziehungen gesehen werden.

BM meinte, daß die innenpolitische Lage in Israel sich in den nächsten Jahren ändern werde.

AM Ali stimmte zu. Solange Begin PM sei, gebe es aber kaum Hoffnung auf einen Wandel.

BM fragte, was es bilateral zu besprechen gebe. Wir möchten es ganz deutlich machen, wie sehr wir an der Vertiefung der bilateralen Beziehungen mit Ägypten interessiert seien. Wir hätten Beziehungen, wie sie besser nicht sein könnten.

AM Ali stimmte zu und würdigte den Stand der ausgezeichneten Beziehungen. Sie entwickelten sich zielstrebig.

Zu den einzelnen Punkten:

1) Das ägyptische Handelsbilanz-Defizit

AM Ali schlug vor, die Gemischte Kommission wieder zu beleben (die von dem früheren *AM Fahmi* vereinbart worden war³⁹). Die Kommission sollte auf Au-

³⁶ Zum 2. Finanzprotokoll zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Israel vgl. Dok. 185, Anm. 18.

³⁷ Zum israelisch-libanesischen Abkommen vom 17. Mai 1983 vgl. Dok. 151, besonders Anm. 4.

³⁸ Anhang I zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel bestimmte in Artikel I, daß Israel alle seine bewaffneten Kräfte und sein Zivilpersonal spätestens drei Jahre nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag aus dem Sinai zurückziehen werde. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 169. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238 f.

Vertragsgemäß räumte Israel das besetzte Sinai-Gebiet bis zum 25. April 1983 mit Ausnahme von Taba am nördlichen Ende des Golfs von Aqaba, auf das ein Gebietsanspruch erhoben wurde. Am 26. Oktober 1982 berichtete Botschafter Müller, Kairo, daß der ägyptische Außenminister Ali in einem Schreiben an den amerikanischen Außenminister Shultz „die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über die umstrittene Grenzzone bei Taba verlangt“ habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1447; Referat 310, Bd. 135702.

³⁹ Die konstituierende Sitzung der deutsch-ägyptischen Regierungskommission für Entwicklung und Wiederaufbau unter Vorsitz des Bundesministers Genscher und des ägyptischen Außenministers Fahmi fand am 4. Juli 1974 auf Schloß Gymnich statt. Vgl. dazu BULLETIN 1974, S. 838 f.

ßenministerebene zusammentreten. Man habe gute Erfahrungen mit Italien und anderen Ländern gemacht.

Zum Zeitpunkt meinte AM Ali auf Frage des BM, daß dieses Treffen bereits als erste Sitzung der Kommission auf AM-Ebene angesehen werden könne. Die nächste Kommissionssitzung könne im November/Dezember in Kairo stattfinden.

BM erwiderte, dies klinge gut. Wir könnten den genannten Termin in Aussicht nehmen.

AM Ali bedankte sich für die positive Reaktion.

2) Süderweiterung der EG

AM Ali: Die ägyptische Ausfuhr nach Westeuropa werde davon empfindlich berührt, insbesondere die Baumwollausfuhr.

3) Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in Drittländern. Ägypten habe Fachleute (Ali nannte je 20 000 Mediziner und Ingenieure) verfügbar.

Ägypten erhalte z. B. Mittel aus USA für Projekte im Sudan. Dies sei ein gutes Beispiel für die technische Zusammenarbeit.

BM antwortete, daß all diese Fragen in der Kommission besprochen werden könnten.

4) Minenräumung in Ägypten

Man brauche unsere Hilfe.

D3 erläuterte den Sachstand.⁴⁰ Die bisherigen Überlegungen seien auf die Beteiligung an der Räumungsplanung gerichtet. Eine pauschale Minenräumungshilfe komme nicht in Betracht, aber bei Vorlage konkreter Einzelprojekte könne geprüft werden, ob im Rahmen des jeweiligen Projekts evtl. auch Teilmittel für eventuell erforderliche Minenräumung vorgesehen werden könnten.

BM ergänzte, daß die Frage der Minenräumung eine Grundsatzfrage für uns sei. Andere Länder könnten ebenfalls Forderungen stellen⁴¹, wenn wir im Falle Ägyptens eine finanzielle Minenräumungshilfe leisten würden.

5) Beschlagnahme der Hubschrauber der Firma Friedrich Stetzler Pforzheim⁴²

AM Ali wurde ein Aide-mémoire übergeben.⁴³

⁴⁰ Referat 514 legte am 13. Juni 1983 dar: „In der 1981 von ägyptischer Seite aufgebraachten Minenräumungsfrage haben wir durch beratende Beteiligung an 1. Tagung ägyptischer Minenräumungskommission (März 1983) guten Willen zur Zusammenarbeit gezeigt, ohne uns materiell auf (völkerrechtlich nicht gebotenen) Minenräumungsbeitrag festzulegen. Evtl. Berücksichtigung ägyptischer Wünsche im Rahmen von FZ/TZ erfordert konkrete ägyptische Projektanträge, die bisher nicht vorliegen. Wir haben kein Interesse, Frage unsererseits aufzunehmen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135732.

⁴¹ Vgl. dazu das Ersuchen der libyschen Regierung vom 9. August 1980; Dok. 103, Anm. 12.

⁴² Botschafter Müller, Kairo, teilte am 8. Juli 1983 mit: „Firma Friedrich Stetzler ist Eigentümerin von zwei Hubschraubern, die sie an eine deutsch-ägyptische Gesellschaft zum Zweck von Off-shore-Einsätzen verchartert hat. Aufgrund gesellschaftsrechtlicher Auseinandersetzungen erfolgte die Beschlagnahme jener sowie fünf weiterer in den Dienst der deutsch-ägyptischen Flugbetriebsgesellschaft gestellter Hubschrauber. Die sieben Hubschrauber haben einen Gesamtwert von 7,5 Millionen D-Mark.“ Zwar habe ein Gericht in Giza am 5. Januar 1983 die Beschlagnahme annulliert, doch sei die Auslösung der Hubschrauber durch eine Gerichtsentscheidung in Hurghada wieder verhindert worden: „Entscheidung über die Anfechtung dieses Beschlusses wurde von der Gegenseite durch etliche prozeßrechtliche Kniffe erheblich hinausgezögert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 956; Referat 310, Bd. 135736.

⁴³ Vortragende Legationsrätin Zenker informierte am 12. Juli 1983 die Botschaft in Kairo, daß das dem ägyptischen Außenminister Ali übergebene Aide-mémoire eine „kurze, englischsprachige Zu-

AM Ali sagte gleichfalls Prüfung zu.

6) Kernkraftwerk El-Dabaa

D3 erläuterte den Sachstand⁴⁴ und bat um Berücksichtigung der KWU bei der Ausschreibung.

AM Ali antwortete, daß die deutsche Firma gute Konditionen geboten habe, aber der Zuschlag sei auch Sache des Preises. Die Atomindustrie sei eine der Hauptaufgaben in Ägypten bis zum Jahre 2000. Ägypten werde sechs Kernkraftwerke bauen. Ägypten könne durch die Kernenergie 5 Milliarden \$ sparen.

BM bedauerte nochmals, daß das Treffen mit AM Ali wegen der Debatte im Bundestag habe verschoben werden müssen. Er habe sich deshalb auch spontan mit dem nächsten Treffen Ende des Jahres einverstanden erklärt.

Referat 310, Bd. 135732

Fortsetzung Fußnote von Seite 978

sammenfassung“ des von Botschafter Müller, Kairo, mit Drahtbericht Nr. 956 vom 8. Juli 1983 dargestellten Sachverhalts enthalten habe: „Aide-mémoire wurde wenige Minuten vor Gesprächsbeginn gefertigt. Kopie konnte leider nicht mehr angefertigt werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 197; Referat 310, Bd. 135736.

⁴⁴ Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 13. September 1983, daß Ägypten zur Sicherung seines Energiebedarfs bis zum Jahr 2000 acht Kernkraftwerke bauen wolle. Nach dem Scheitern einer Auftragsvergabe über den Bau von zwei Kernkraftwerken an Frankreich habe Ägypten beide Projekte, darunter ein Meiler in El-Dabaa westlich von Alexandria, Anfang April 1983 international ausgeschrieben: „An der Ausschreibung werden sich USA, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland beteiligen. [...] KWU geht begründet davon aus, daß es kurzfristig nicht zu einer Auftragsvergabe kommt und frühestens erst mit einer Vergabe Ende 1984 gerechnet werden kann. Das Unternehmen hat allerdings vorsorglich bereits für die Lieferung eines Kernkraftwerks mit einer Kapazität von 1000 MW Antrag auf Ausfuhrbürgschaft gestellt. [...] Unter NV-Gesichtspunkten steht einer evtl. Exportgenehmigung im Einklang mit dem abgeschlossenen deutsch-ägyptischen Abkommen nichts im Wege. Ägypten ist Partei des NV-Vertrages.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129452.

188

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burns

25. Juni 1983¹

Gespräch BM/Botschafter Burns am 25.6.1983, 7.55 bis 8.20 h, Wohnung BM

Ferner anwesend: Botschaftsrat Barkley

Burns eröffnet Gespräch, das auf seinen Wunsch in einem Telefongespräch mit BM am Vorabend² verabredet worden war, mit der Feststellung, Washington sei „stunned and dismayed by actions recently taken by your government“.³ Er habe sein Bestes getan, um die Atmosphäre zu beruhigen. – Es sei ein fester Zeitplan für die Dislozierung⁴ ausgearbeitet worden, den die Bundesregierung ohne vorherige Konsultation geändert habe. Dies habe eine Vertrauenskrise hervorgerufen, um deren Dämpfung er sich bemüht habe. Die USA hätten in jeder Phase des Doppelbeschlusses konsultiert, die Bundesregierung habe in der Tat die Anregungen der Bundesregierung jeweils aufgegriffen.⁵ – Es gebe für die Bundesregierung interne politische Probleme, die gebe es aber auch in Washington. – Er habe von einem Brief gehört, der Vizepräsident Bush übergeben werden solle.⁶ Dies wäre ein *fait accompli*, das man unbedingt vermeiden solle. Zunächst solle man politisch konsultieren.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Juni 1983 gefertigt.

² Am 24. Juni 1983 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz Informationen des Bundesministers Genscher über ein Telefongespräch mit dem amerikanischen Botschafter am selben Tag fest: „Burns habe das Gespräch eingeleitet mit der Feststellung, in Washington herrsche große Betroffenheit wegen der gestern vom Bundestag getroffenen Entscheidung. Er, BM, habe unterbrochen und erklärt, er sei erstaunt und befremdet über die Erregung, die in dieser Sache gezeigt werde. Der Deutsche Bundestag habe gestern mit Mehrheit den Doppelbeschluß bekräftigt und festgelegt, daß über die Stationierung bereits 1979 entschieden worden sei. [...] Er habe gebeten, daß diejenigen, die sich eine Meinung bilden wollten, erst den Doppelbeschluß und anschließend den Beschluß des Deutschen Bundestages lesen würden.“ Ploetz fuhr fort, daß die Gesprächspartner auf Bitte von Burns verabredet hätten, das Gespräch am folgenden Tag fortzusetzen. Vgl. VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zur Entscheidung des Bundeskanzlers Kohl vom 22. Juni 1983 über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. Dok. 186.

⁴ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 160, Anm. 8.

⁵ So in der Vorlage.

⁶ In einem Schreiben vom 23. Juni 1983 an Präsident Reagan, das am 25. Juni 1983 dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush übergeben werden sollte, führte Bundeskanzler Kohl aus: „Der derzeitige Zeitplan für die Stationierungsvorbereitungen ist nicht in Harmonie mit dem Verhandlungskalender und dem Bewußtsein der Öffentlichkeit, daß das eine vom anderen abhängig ist. Die breite Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die den Doppelbeschluß trägt, empfindet es als Widerspruch, wenn schon Raketen oder Raketenteile vor dem voraussichtlichen Ende der nächsten Verhandlungsrunde in Deutschland eintreffen würden. Ich schlage Ihnen daher vor, den Stationierungszeitplan und den Verlauf der Verhandlungen so zu harmonisieren, daß vor Mitte November 1983 keine Pershing-II-Raketen auf deutschem Territorium eintreffen. Ich bin mir dabei durchaus bewußt, daß damit der Zeitpunkt für die erste Einsatzbereitschaft (I[nitial]O[perational]C[apability]) betroffen sein könnte. Entscheidend erscheint mir weniger die formale Erfüllung eines der Öffentlichkeit praktisch unverständlichen IOC, als vielmehr die garantierte Aufstellung der Raketen auf dem Boden

BM bittet darum, die Dinge in der richtigen Reihenfolge zu sehen. Im Doppelbeschuß sei von Dislozierung Ende 83 die Rede. Daran werde sich auf gar keinen Fall etwas ändern.

Er sei nach dem gestrigen Telefonat mit Burns viel besorgter als vorher: Es sei ihm völlig unverständlich, was er von Burns über die Reaktionen zum Beschluß des Deutschen Bundestages⁷ höre.

BM unterstreicht die folgenden Äußerungen: Wenn irgend ein kritisches Wort aus den USA zu diesem Beschluß laut werde, werde dies den Eindruck entstehen lassen, daß die USA nicht ernsthaft verhandelten. Denn der Doppelbeschuß werde durch den neuen Beschluß exakt bestätigt.

BM verweist darauf, daß alle Sozialdemokraten den Doppelbeschuß verlassen hätten, denn dies sei die Folge, wenn man die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme verlange. Diese Forderung finde sich in einem von dem früheren BK gebilligten SPD-Parteitagbeschuß.⁸

Burns kommt zurück auf seine Aussage, daß der Dislozierungszeitplan ohne Konsultation geändert worden sei.

BM stellt fest, daß der BK darüber reden wolle; eben dies sei der Sinn des Briefes.

Nachdem *Burns* sehr nachdrücklich dafür plädiert, ohne Brief zu reden, stellt *BM* fest, er nehme diesen Rat zur Kenntnis und werde ihn auch dem BK, mit dem er gleich telefonieren werde, ernsthaft zu erwägen geben. BK werde mit dem Vizepräsidenten⁹ sprechen, er selbst mit AM Shultz in Bangkok¹⁰.

Burns übergibt *BM* zur Lektüre ein kurzes Papier, das sich auf den Umbau von Fahrzeugen bezieht.

BM stellt fest, daß BK sich hierzu gegenüber dem Vizepräsidenten äußern werde. Auf Nachfrage von *Burns* fügt *BM* hinzu, es werde sich um eine in seinem Sinn positive Antwort handeln. Er kenne im übrigen den Zeitplan in dieser Sache nicht, dies sei Zuständigkeit des Bundesministers der Verteidigung. Daher wisse er auch nicht, ob wir zum 27.6. „Ja“ sagen könnten. Der entscheidende Punkt sei die Verbringung von Raketen und Sprengköpfen.

Burns hofft, daß immer eine freundschaftliche Diskussion möglich ist.

Fortsetzung Fußnote von Seite 980

der Bundesrepublik Deutschland noch in diesem Jahr. Daran darf natürlich nicht gerüttelt werden. Der zu erwartende politische Schaden bei mißverstandenen Vorbereitungen, die durch die Gegner der Nachrüstung ausgeschaltet werden könnten, steht nach meinem Verständnis in keinem Verhältnis zu einer eher geringen Verschiebung des IOC-Datums.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zum Beschluß des Bundestages vom 23. Juni 1983 über die INF-Stationierung vgl. Dok. 186, Anm. 7.

⁸ Die SPD verabschiedete auf ihrem Wahlparteitag am 21. Januar 1983 in Dortmund ihr Regierungsprogramm, in dem es hieß: „Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen müssen in die Abrüstungsverhandlungen einbezogen werden.“ Vgl. WAHLPARTEITAG DER SPD, S. 190.

⁹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 25. Juni 1983 in Krefeld vgl. Dok. 189.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 27. Juni 1983 vgl. Dok. 191.

BM hebt hervor, daß die Bundesregierung zu ihrer Auffassung stehen werde. Der SPD-Resolutionsentwurf¹¹ habe auf eine Freeze-Resolution des Kongresses¹² Bezug genommen; es sei daher nicht leicht gewesen, ihm zu widersprechen.

Da *Burns* erneut auf die Änderung des Dislozierungszeitplans zu sprechen kommt, stellt *BM* fest, daß es diesbezüglich keine Maßnahmen der Regierung gebe, sie wolle vielmehr darüber reden.

Burns verweist darauf, daß er andere Informationen von „verantwortlichen Leuten in der Regierung“ habe.

BM empfiehlt dem Botschafter, sich in zentralen Fragen der Außenpolitik an den Außenminister zu halten. Die Außenpolitik werde bei uns von diesem entschieden, natürlich zusammen mit dem BK.

Burns erklärt, er sei Zeuge eines vertraulichen Gesprächs Wörner/Weinberger gewesen, bei dem alle Details des Dislozierungszeitplans abgestimmt worden seien. Daher habe er sich an den Verteidigungsminister gewandt.

(Kurze Unterbrechung des Gesprächs, weil *BM* mit *BK* telefoniert.)

BM unterrichtet Botschafter, daß er sich telefonisch mit *BK* darauf verständigt habe, daß Vize-Präsident Bush am Samstag¹³ kein Brief übergeben werde. Vielmehr werde *BK* mit ihm sprechen und er, *BM*, seinerseits am Montag¹⁴ mit *AM Shultz* in Bangkok. Danach werde über das weitere operative Vorgehen entschieden werden. Zum Abschluß des Gesprächs unterstreicht *BM* noch einmal die Bedeutung, die in der Bestätigung des Doppelbeschlusses durch den Beschluß des Bundestages liegt.

VS-Bd. 14118 (010)

¹¹ Für den Antrag der SPD-Fraktion vom 15. Juni 1983 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/152.

Der Antrag wurde am 23. Juni 1983 im Bundestag abgelehnt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTTE, Bd. 124, S. 1089–1099.

¹² Zur Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 4. Mai 1983 vgl. Dok. 131, Anm. 27.

¹³ 25. Juni 1983.

¹⁴ 27. Juni 1983.

189

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Krefeld****Geheim****25. Juni 1983¹**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Vizepräsident George Bush in Krefeld am Samstag, dem 25. Juni 1983²

Dauer: etwa 1/2 Stunde

Bundeskanzler will das Gespräch da wieder aufnehmen, wo es am Vortag in Anwesenheit von PM Thatcher abgebrochen wurde.

Unsere Position ist unverändert. Wenn in Genf kein Wunder geschieht, so werden wir nachrücken müssen. Es werde dann stationiert wie geplant. An seiner Meinung habe sich nichts geändert. Es spreche vieles dafür, daß die Sowjetunion erst ernsthaft verhandele, wenn die ersten Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind. Die SU hoffe auf die Straße. Die sowjetischen Führer lebten aber in einer Diktatur und wüßten nicht, was Demonstrationen seien. Bei uns sei die Straße nicht bestimmend trotz der vermeidbaren Bilder vom heutigen Tage.³

Die Erfahrung mit den heutigen Demonstrationen sei interessant, auch hinsichtlich der Haltung der nordrhein-westfälischen Landesregierung.⁴

Dies sei aber nicht wesentlich.

Im Bundestag stimmten wir ab, aber nicht in dem Sinne, daß durch diese Abstimmung (über den Doppelbeschluß operativ) entschieden würde. Solche Abstimmungen seien häufig und entsprächen der Geschäftsordnung des Bundestages. Bis zum Dezember könne es noch zu zahlreichen Abstimmungen über den Doppelbeschluß kommen.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 27. Juni 1983 gefertigt und am folgenden Tag „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt. Ich bitte um restriktive Behandlung des Vermerks.“

Hat Ploetz am 28. Juni 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich am 25. Juni 1983 anlässlich der Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der Einwanderung Deutscher nach Amerika in der Bundesrepublik auf. Der Festakt fand im Seidenweberhaus in Krefeld statt. Vgl. dazu BULLETIN 1983, S. 645–648. Vgl. dazu auch KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 192–194.

³ Der Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Krefeld wurde von Kundgebungen und gewalttätigen Protesten begleitet. Vgl. dazu den Artikel „Krefeld und die Nachrüstung“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Juni 1983, S. 2.

⁴ Am 27. Juni 1983 wurde in der Presse berichtet: „Zu der Frage, ob die Angriffe auf die Wagenkolonne mit Bush, Carstens und Kohl hätten vermieden werden können, ist es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Bundeskanzler und der nordrhein-westfälischen Landesregierung gekommen. Kohl vertrat die Ansicht, das ‚unwürdige Schauspiel‘ hätte nicht sein müssen, wenn man es gewollt hätte.“ Dagegen seien die Zwischenfälle nach Darstellung des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor auf „unterschiedliche taktische Einschätzungen bei den Vorbereitungen für die Sicherheitsmaßnahmen“ zurückzuführen. Vgl. den Artikel „Schnoor wollte dem amerikanischen Gast nicht ein Abbild von Güstrow bieten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Juni 1983, S. 2.

Die Organisatoren von Demonstrationen gegen den Doppelbeschluß hätten sich für den Herbst ein genaues Programm zurechtgelegt. Es spitze sich auf den Oktober zu. Wir müßten mit zahlreichen Protesten rechnen: Kinder, Frauen, Arbeiter, Studenten. Die Organisatoren würden Leute von überall zusammenholen. Auch die Demonstranten, die heute in Krefeld demonstriert hätten, seien nicht aus der Stadt, sondern aus Berlin, auch aus Amsterdam zugereist. Man kann auch vermuten, wer diese Demonstrationen finanziert.

Für den Herbst ist zu erwarten, daß es auch zu sehr großen Kundgebungen kommt. Wir müssen das aber ertragen und werden das durchstehen. Auch unsere amerikanischen Freunde müßten dies ertragen.

Er werde dies sehr deutlich auch Andropow sagen.⁵ Die Pershing werden kommen, wenn es nicht eine zufriedenstellende Lösung in Genf gibt. Dabei stehen wir zum Zeitplan.⁶ Das in der Resolution⁷ genannte Datum vom 15. November sei natürlich willkürlich, jedoch nicht ganz. Es habe mit dem Verhandlungsverlauf in Genf zu tun, wie man ihn sich vorgestellt habe. Danach würden die Verhandlungen in Genf am 15. November abgeschlossen. Selbstverständlich sei offen, und niemand wisse, ob die Verhandlungsrunde dann nicht weitergehe. In der deutschen Öffentlichkeit sei man aber auf dieses Datum fixiert. Zu diesem Zeitpunkt finde auch der Sonderparteitag der SPD zum Doppelbeschluß statt.⁸ Die Entscheidung der SPD zum Doppelbeschluß sei auf dem letzten Parteitag vertagt worden.⁹ Damals schon habe Helmut Schmidt eine Minderheit seiner Partei auf seiner Seite gehabt. Jetzt sei diese Gruppe noch kleiner geworden. Es sei für ihn ausgeschlossen, daß es in der SPD eine Mehrheit für die Durchführung des Doppelbeschlusses gibt.

Ihm komme es darauf an, daß Bush die Vorgeschichte dieses Datums kenne. Im Bundestag habe es dazu einen Antrag von SPD und Grünen gegeben.¹⁰ Die Koalitionsfraktionen hätten diesen Antrag abgelehnt und einen eigenen Antrag eingebracht. Der Gedanke dieses Antrags sei, daß vor diesem Termin keine Raketen und vor allem keine Sprengköpfe zugeführt würden. Auch dies sei nichts Neues, sondern er habe diese Position von seinem Vorgänger¹¹ übernommen. Dabei sei er sich durchaus der logistischen Notwendigkeiten bewußt; so z.B., daß die Transportfahrzeuge der PI jetzt auf PII umgerüstet werden müßten.

⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁶ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 160, Anm. 8.

⁷ Zum Beschluß des Bundestags vom 23. Juni 1983 über die INF-Stationierung vgl. Dok. 186, Anm. 7.

⁸ Der Außerordentliche Parteitag der SPD fand am 18./19. November 1983 in Köln statt. Vgl. dazu Dok. 332, Anm. 19.

⁹ Auf ihrem Parteitag vom 19. bis 23. April 1982 in München faßte die SPD folgenden Beschluß: „Die SPD wird auf einem ordentlichen Parteitag im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen sie aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Frage der Stationierung zieht. Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt hat.“ Vgl. PARTEITAG DER SPD 1982, Bd. II, S. 910. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 127.

¹⁰ Für die Anträge der Fraktion der Grünen und der SPD-Fraktion vom 15. Juni 1983 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/150 bzw. Nr. 10/152. Die Anträge wurden am 23. Juni 1983 im Bundestag abgelehnt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 1089–1099.

¹¹ Helmut Schmidt.

Darüber würde BM Genscher mit AM Shultz in Bangkok sprechen.¹² Wenn notwendig, müsse auch BM Wörner mit Verteidigungsminister Weinberger sprechen.

Die Amerikaner würden zu diesen Fragen viel zu hören bekommen. Vieles sei bewußte Desorientierung. In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler auf den entsprechenden¹³ Workshop der SPD, an dem auch Botschafter Nitze und andere amerikanische Gäste teilnehmen.¹⁴ Der SPD gehe es in der Tat um eine Verschiebung des Zeitplanes. Die Bundesregierung verfolge jedoch keineswegs diese Position. Alles, was dabei von dritter Seite gesagt werde, könnten die Amerikaner vergessen. Das gelte auch für die Erläuterungen, die Prof. Ehmke, der jetzt nach Washington fahre, dort gebe.¹⁵ Er werde viel Konfusion erzeugen.

Er, der Bundeskanzler, könne Bush sagen, daß die Bundesregierung sich trotz der schwierigen Umstände durchsetzen werde. Wichtig sei, daß die Amerikaner uns vertrauten, so wie er, der Bundeskanzler, ihnen vertraue.

Viel Desorientierung gehe auch von der öffentlichen Szene bei uns aus. Viele Leute ließen sich dabei auch als nützliche Idioten ausnützen. Dies mache die Sache schwierig; so z.B. auch die Position der evangelischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland.

Vizepräsident *Bush* versichert, daß er nie Zweifel an der festen Haltung der Bundesregierung gehabt habe, beide Teile des Doppelbeschlusses durchzuführen. Die US-Seite nehme die Durchführung des Zeitplanes jedoch sehr ernst. Jede Abweichung bei der technischen Bereitstellung könne zu einer Abweichung im Zeitplan führen. Der ganze Ablauf sei sehr fein abgestimmt. Wenn bekannt werde, daß dieses oder jenes Teil nicht eingeführt werden könne, so würde dies so aussehen, als wolle man vom Zeitplan und damit von der Bündnisposition abweichen. Dies sei daher ein sehr wichtiger Punkt, und er bitte uns mit allem Nachdruck, dies sehr genau zu prüfen. Die Einzelheiten könne er nicht beurteilen, er sei kein Techniker.

Bundeskanzler: Unsere Position ist ganz fest, was das vereinbarte Datum für die Bereitschaft betreffe. Es gelte jedoch darüber zu reden, wie die notwendigen logistischen Maßnahmen politisch am günstigsten und geschicktesten getroffen werden könnten. So habe es wenig Sinn, den Umbau der Transportfahr-

¹² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 27. Juni 1983 vgl. Dok. 191.

¹³ Korrigiert aus: „das entsprechende“.

¹⁴ Der von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete IV. European-American Workshop on Current Security Issues fand am 23./24. Juni 1983 in Bonn statt. Vgl. dazu den Artikel „SPD stellt Washington Bedingungen“; GENERAL-ANZEIGER vom 25./26. Juni 1983, S. 2.

¹⁵ Der SPD-Abgeordnete Ehmke hielt sich vom 26. Juni bis 1. Juli 1983 in den USA auf. Über die Gespräche mit Vertretern der amerikanischen Regierung berichtete Botschafter Hermes, Washington, am 2. Juli 1983, daß Ehmke erklärt habe: „Die SPD sei für einen Vorschlag, der etwa dem ‚Waldspaziergang‘-Ergebnis entspreche; für die britischen und französischen Systeme sollte der SU eine Lösung im strategischen Bereich in Aussicht gestellt werden. Die Probleme, die mit den SS-20 im asiatischen Teil der SU verbunden seien, könnten nicht im europäischen Rahmen gelöst werden. [...] Wenn es zu einem Abkommen entsprechend dem ‚Waldspaziergang‘ komme, glaube er, daß die SPD einer begrenzten Stationierung zustimmen werde. Falls ein entsprechender amerikanischer Vorschlag im Herbst von der SU abgelehnt werde, sei die Entscheidung offen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2940; Referat 204, Bd. 129172.

zeuge, der zeitgerecht geschehen müsse, so vorzunehmen, daß es vor der Produktionsstätte zu großen Demonstrationen komme. Die Vorbereitung dürfe nicht nur unter rein technisch-ingenieurmäßigen Gesichtspunkten gesehen werden, man müsse dabei auch die politisch-psychologischen Auswirkungen im Auge haben.

Das gelte nicht nur für diesen Bereich. Er denke dabei auch an das, was in den amerikanischen Militärlagern im Oktober geschehe. So müsse man z.B. überlegen, im Oktober weniger Munitionszüge einzusetzen, dafür mehr im September und im November.

Die Bundesregierung werde die Angriffe auf ihre Politik entschieden zurückweisen; dabei sei es aber wichtig, klug vorzugehen, und man müsse sich noch etwas einfallen lassen. Die Demonstranten wollten Märtyrer und, so schlimm dies sei zu sagen, sie wollten Tote. Sie würden daher auch nicht vor brutalem Vorgehen zurückschrecken. Sie erhofften sich damit Sympathien in der öffentlichen Meinung bei uns zu gewinnen.

Bush äußert sein Verständnis für die Darlegung des Bundeskanzlers und seine Sympathie. Es bleibe allerdings dabei, daß die Hauptsorge der USA sei, den hochkomplizierten Vorbereitungsprozeß nicht in seinen wesentlichen Stadien zu stören. Es dürfe eben nicht dazu kommen, daß durch das Herausbrechen eines Teils der Vorbereitung der Zeitplan ins Rutschen gerate und damit auch das Datum für die Bereitschaft. Dies sei auch das Anliegen des Präsidenten¹⁶. Und das Verständnis für uns dürfe nicht zur Folge haben, daß die Bündnisposition ins Wanken gerate und andere unter Bezugnahme auf unser Vorgehen ihrerseits sagten, sie könnten dieses und jenes nicht tun.

Bundeskanzler bemerkt mit einigem Nachdruck und auch recht knapp, daß wir, wie schon gesagt, unsere Entscheidung aufrechterhielten. Es komme aber darauf an, psychologisch richtig vorzugehen. Wir seien bereit, die bei uns entstehenden Schwierigkeiten auszustehen; die Amerikaner müßten dies auch tun. Uns gehe es aber eben darum, die Schwierigkeiten zu minimieren. Sein Eindruck sei, daß viele bei uns die Lage zu dramatisch sehen würden, in Washington gebe es aber vielleicht zu viele, die die Lage zu wenig dramatisch sehen. Er liege in seiner Beurteilung etwa in der Mitte. Es sei wichtig, daß die Spezialisten unter diesen Gesichtspunkten noch einmal miteinander sprechen würden.

Bush bekräftigt erneut, daß, was immer geschehe, das Zieldatum nicht in Frage gestellt werden dürfe.

Bundeskanzler wirft ein, daß die wichtigste von ihm ausgehende Botschaft die sei, die er in zehn Tagen in Moskau zu geben habe. In Moskau werde er sich wie besprochen einlassen.

In Europa stünden die betroffenen Staaten zu dem Beschluß. Dies sei ganz wichtig. Auch Frankreich stehe politisch dazu. In den Niederlanden sei man von der Idee abgekommen, den Zeitplan zu verschieben.

Burt bezieht sich auf die Koalitionsresolution des Bundestages, wonach nicht nur Raketen, sondern auch Teile davon nicht vor dem 15. November stationiert werden dürften. Das amerikanische Verständnis von der Stationierung sei, daß

¹⁶ Ronald W. Reagan.

Teile der Raketen jedenfalls vor diesem Datum nach Deutschland verbracht werden müßten, zum Teil seien sie sogar schon da.

Bundeskanzler stimmt zu. Das wichtigste seien in diesem Zusammenhang die Sprengköpfe.¹⁷ Er sei zuversichtlich, daß eine Lösung sich finden ließe. Die Techniker müßten prüfen, was technisch möglich sei. Die Techniker dürften dabei aber nicht die Psychologie außer acht lassen, sonst würde es zu monströsen Ergebnissen kommen. Wichtig sei, daß alle, die mit diesen Fragen befaßt sind, über das nötige Fingerspitzengefühl verfügten. Jedenfalls müsse man miteinander darüber reden.

Burt berichtet von Gesprächen mit den Briten, denen es sehr daran gelegen sei, daß der Zeitplan nicht ins Rutschen gerate.

Bundeskanzler bittet, den gesamten Vorgang auch im Kontext zu sehen. Er erwähnt in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften und die Klage gegen die Stationierung von C-Waffen.¹⁸ Das Ganze sei Teil einer großen Kampagne, die sich nicht nur gegen einen Punkt richtet, sondern die ein ganzes Feld beackere. Er glaube, daß diese Kampagne keine Chance habe und daß wir das gemeinsame Ziel erreichen würden. Im Unterschied zu früheren Kampagnen dieser Art seien an ihr nicht nur Kommunisten beteiligt. Das mache die Sache für ihn schwieriger. Dies müsse man auch auf amerikanischer Seite im Auge haben.

VS-Bd. 14118 (010)

¹⁷ Der Passus „Burt bezieht sich ... die Sprengköpfe“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen vermerkte am 1. Juli 1983, daß Bundesminister Genscher Bundeskanzler Kohl am Vortag am Rande der Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg auf diesen Teil der Gesprächsaufzeichnung angesprochen habe. Kohl habe geantwortet, daß seine Äußerungen „fälsch wiedergegeben“ worden seien: „Er habe keineswegs zugestimmt, daß Teile der Raketen schon vor dem 15.11. nach Deutschland verbracht werden dürften. Auf gar keinen Fall sollten vor dem 15.11.83 Raketen und Sprengköpfe stationiert werden. Nach diesem Datum solle dies unverzüglich geschehen. Dies habe er Bush unzweideutig gesagt. Er habe außerdem MD Teltshik angewiesen, mit BMVg gemeinsam zu überlegen, wie Umrüstung von Fahrzeugen von PI auf PII in USA sichergestellt werden könne. Er sei entschlossen, aus den hier bestehenden Vertragsverpflichtungen auszusteigen, auch wenn dies mit Kosten verbunden sei. Dies gelte auch für Kosten der Überführung der Fahrzeuge nach und von den USA.“ Vgl. VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ Zur Klage des DGB Rheinland-Pfalz gegen die Lagerung chemischer Waffen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 108, Anm. 6.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe in Bangkok

VS-vertraulich

28. Juni 1983¹

Vier-Augen-Gespräch BAM Genscher–AM Abe, 28.6.1983, Dauer ca. 15 Min.²
(Dolmetscher: LRI Dr. Schulte für die deutsche, Herr Marmjama für die japanische Seite.)

AM Abe bat eingangs um Unterrichtung über deutsche Auffassung von der Weltlage und bevorstehenden Besuch BK Kohls und des BAM in Moskau.³ Bevor man hierüber spreche, wolle er auf Wunsch MP Nakasone jedoch eine Einzelfrage ansprechen, das Problem der Feindstaatenklausel in der Charta der VN.⁴ Seit Abfassung der Charta habe die Weltlage sich ganz wesentlich verändert. Mittlerweile sei die Arbeit der VN ohne die Tätigkeit der BR Deutschland und Japans in diesem durch die VN vorgegebenen internationalen Rahmen undenkbar geworden. Daher sei die Streichung der Feindstaatenklausel für Japan das Erstrebenswerteste. Falls sich dies jedoch, wie zu befürchten sei, als schwierig erweisen sollte, wolle man sich wenigstens bemühen, die betr. Klausel zum „to-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Schulte am 30. Juni 1983 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 4. Juli 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister m[it] d[er] B[itte] u[m] Zustimmung (S. 2). BM: Ja.“ Vgl. Anm. 9 und 10.

Mit Vermerk vom 7. Juli 1983 leitete Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz die Gesprächsaufzeichnung an das Büro Staatssekretäre weiter. In Ziffer 2) vermerkte er: „Der Minister bittet, daß die Frage der Feindstaatenklausel von den Abteilungen 2/5 geprüft wird und der Meinungsaustausch in dieser Frage gemäß dem japanischen Wunsch bei den deutsch-japanischen VN-Konsultationen im August 1983 fortgesetzt wird.“ Ferner verfügte er die „Wieder[V]orlage in] 3 Wochen (auch wg. Termin BM – Abe in N[ew] Y[ork].“

Hat Horstmann am 6. August 1983 vorgelegen, der die Wiedervorlage am 5. und 12. September 1983 verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „[Sch]inger] bitte beobachten.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 11. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Termin BM – Abe am 13.8. kam nicht zustande.“

Hat Horstmann am 12. September 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ischinger vermerkte: „Wurden irgendwelche anderen Absprachen (Termin-) getroffen?“

Hat Ischinger am 12. September 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Es gibt eine Botschaft BM [an] Abe mit Hoffnung auf baldige Konsultationen (Bente!).“

Hat Horstmann am 17. und 23. September 1983 erneut vorgelegen. Am 7. Oktober 1983 vermerkte er handschriftlich für Ministerialdirigentin Finke-Osiander: „Gibt es zu Ziff[er] 2 neue Entwicklungen?“

Hat Horstmann am 14. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[u] d[en] A[kten]. (Kons[ultationen] fanden statt; keine neuen Erkenntnisse.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178876.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 29. Juni 1983 anlässlich des Treffens der ASEAN-Mitgliedstaaten mit Vertretern Australiens, der Europäischen Gemeinschaften, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA in Thailand auf. Vgl. dazu Dok. 194.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁴ Für den Wortlaut der Artikel 53 und 107 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 466–469 bzw. S. 498 f.

Am 3. August 1983 notierte Referat 500: „Im Frühjahr dieses Jahres hatte die japanische Botschaft in Bonn angekündigt, daß der japanische Außenminister Abe beim Gipfel in Williamsburg gegenüber dem Bundesminister auf die Frage der Feindstaatenklauseln zu sprechen kommen werde. Offenbar ist das Thema in Williamsburg anschließend jedoch nicht behandelt worden.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1281.

ten Passus“ erklären zu lassen. In diesem Zusammenhang sei man besonders an der deutschen Auffassung zu diesem Problem interessiert und daran, ob die deutsche Seite einen Weg sehe – etwa durch Beschluß in der Vollversammlung – die o. a. Klausel zum de facto toten Passus erklären zu lassen.

BAM antwortete, BR Deutschland habe sich in der Vergangenheit zweimal mit der Feindstaatenklausel auseinandersetzen müssen, anläßlich der Vorbereitung der Londoner Schlußakte (vom 3.10.1954)⁵ sowie der der Ostverträge⁶. Natürlich sei es, wie AM Abe ausgeführt habe, keine neue Entwicklung, daß die FS-Klausel de facto tot sei. Aber bevor man sich in dem von der japanischen Seite erwähnten Sinne engagiere, sei sorgfältig abzuwägen, ob durch die dann zu erwartende Diskussion des Problems der Leiche FS-Klausel nicht neues Leben eingehaucht werde. Auf jeden Fall dürfe man sich durch Aufbringen der Frage der FS-Klausel nicht von anderen Ländern abhängig machen, besonders von solchen, die Japan und Deutschland gegenüber nicht sehr wohlwollend eingestellt seien. Es solle keine Lage entstehen, die zur Aufhebung des Todes führen könne.

Auch die deutsche Seite fühle natürlich, daß die Geschichte über die FS-Klausel hinweggeschritten sei. Ein Rückblick auf den Gipfel von Williamsburg⁷, wo Japan und Deutschland sich unter den dort versammelten sieben wichtigsten Industrieländern des Westens befunden hätten, zeige dies deutlich. Es stelle sich jedoch die Frage, ob man die juristische Ruine FS-Klausel, über die die Zeiten hinweggegangen seien, besser stehenlassen solle, als durch den Versuch, sie in die Luft zu sprengen, Gefahr zu laufen, die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die mehr oder weniger vergessene Existenz dieser Ruine zu lenken. Die Tatsache, daß hier ein unbefriedigender rechtlicher Zustand vorliege, bleibe jedoch unverändert bestehen.⁸

⁵ Für den Wortlaut der Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6978–6982.

⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

⁸ Mit Schreiben vom 6. September 1982 an Ministerpräsident Strauß legte Bundesminister Genscher die Gründe dar, die aus Sicht der Bundesregierung gegen eine Initiative zur Revision der Artikel 53 und 107 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 sprachen. Er verwies darauf, daß Änderungen der VN-Charta von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten und vom VN-Sicherheitsrat gebilligt werden müßten, so daß ein einziges Mitglied des letzteren eine Revision verhindern könne. Substantielle Eingriffe seien daher „von den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats, gestützt auf ihre starke Stellung nach Artikel 108 der Charta, bisher immer verhindert worden, um keine Präzedenzfälle zu schaffen“. Sie seien „nach wie vor gegen durchgreifende Strukturveränderungen, die die Rolle der Dritten Welt in der Organisation noch weiter stärken und die bei Kriegsende ausgehandelten politischen Gewichtungen zu ihrem Nachteil verschieben würden.“ Ferner sei zu bedenken, „daß unser Wunsch nach Streichung der Feindstaatenklauseln aus der Charta der Vereinten Nationen auch bei den drei westlichen Schutzmächten auf Bedenken stößt. Die Drei Mächte sehen in Artikel 107 der VN-Charta nämlich auch ein zusätzliches Mittel der Absicherung ihrer Rechtsposition in

BAM versprach, die Frage in Bonn prüfen zu lassen, um die japanische Seite dann eingehender über die deutsche Auffassung unterrichten zu können. Die Ausführungen, die er bei diesem Gespräch habe machen können, seien als Ausdruck seiner privaten Meinung zu diesem Problem zu verstehen.⁹

Auf eine Ergänzungsfrage des BAM erklärte AM Abe, beim Problem der FS-Klausel handele es sich um ein altes ureigenes Anliegen MP Nakasones. (Anmerkung des Dolmetschers: 1) Laut Auskunft meines japanischen Kollegen spricht man in seinem Ministerium stets von der „sogenannten Altfeindstaatenklausel“ und schreibt dieses Wort stets in Anführungszeichen; 2) „ureigenes Anliegen“: jap. „jiron“, das Wörterbuch bietet an „(ureigene) Theorie“.)

Als weiteren Grund für das Aufnehmen des FS-Klausel-Problems zum gegenwärtigen Zeitpunkt nannte Abe, daß die SU die Auffassung vertrete, die Klausel sei nicht tot. Daher bestehe die Gefahr, daß bei Veränderungen der internationalen Lage die SU irgendwann einmal im Sinne ihrer Ansicht aktiv werde, z. B. im Ausschuß für die Änderung der Charta.

Doch sehe auch Japan die von BAM angesprochenen Gefahren, die das Auslösen einer Diskussion über die FS-Klausel mit sich bringen werde, zur Genüge und sei sich der enormen Schwierigkeiten seines Vorhabens bewußt, das gründlichste Vorbereitungen erfordere.

Abschließend regte AM Abe an, den Meinungs austausch in dieser Frage bei den Konsultationen der Leiter der VN-Referate beider Länder im August fortzusetzen.¹⁰

Den bevorstehenden Moskau-Besuch BK Kohls bezeichnete er als Ereignis von höchster Bedeutung, auf das sich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt richte.

BAM Genscher erwiderte, die deutsche Seite wolle den Besuch dazu nutzen, jegliche Illusion der SU darüber zu beseitigen, sie könne den Westen spalten. Vor allem wolle man die Russen davon überzeugen, daß sie in Genf nur durch seriöses Verhandeln weiterkommen und weder Zuckerbrot noch Peitsche den Westen beeinflussen würden.

AM Abe bedankte sich dafür, daß die BR Deutschland sich dafür eingesetzt habe, auch in der Williamsburger Erklärung zur Abrüstung und Rüstungskon-

Fortsetzung Fußnote von Seite 989

bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin. Es geht den Drei Mächten dabei darum, gestützt auf Artikel 107 eine etwaige Befassung der Vereinten Nationen durch die Sowjetunion und die DDR mit Fragen, die sich aus dem Berlinstatus und den Zugangswegen ergeben könnten, ausschließen zu können.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1281.

⁹ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Horstmann hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

¹⁰ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Horstmann hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

Die deutsch-japanischen VN-Konsultationen wurden von Ministerialdirigentin Finke-Osiander und dem Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium, Kadota, am 24./25. August 1983 in Tokio geführt. Botschafter Blech, Tokio, berichtete am 30. August 1983: „Jap[anisches] A[ußen]Min[isterium] hatte – offensichtlich einem besonderen Wunsch PM Nakasones entsprechend – ein vorrangiges Interesse an unserer Auffassung zum Problem der Feindstaatenklausel der VN-Charta (da man D als befreundetes Land in ähnlicher Lage ansieht). Kadota nahm unsere [...] Argumentation mit Aufmerksamkeit zustimmend zur Kenntnis, auch wenn er jene Fakten nicht übersah, die uns in eine vergleichsweise günstigere Lage bringen (z. B. Londoner Schlußakte; Moskauer Vertrag). Es scheint, daß es den VN-Experten des Gaimusho, denen die Unrealisierbarkeit einer Charta-Änderung (es fiel das Wort von der ‚Büchse der Pandora‘) durchaus bewußt ist (und die daher von einer entsprechenden Initiative abraten), vor allem an Argumentationshilfe für entsprechende Diskussionen innerhalb der jap. Regierung) gelegen war.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 894; B 80 (Referat 500), Bd. 1281.

trolle¹¹ die Notwendigkeit anzusprechen, bei den INF-Verhandlungen von einer „globalen Basis“ auszugehen, ähnlich wie sie mitgeholfen habe, dies im NATO-Kommuniqué zur INF-Frage zu verankern¹². Damit seien die Sicherheitsinteressen Asiens in dankenswerter Weise berücksichtigt worden.

BAM hob hervor, die Bundesrepublik halte es bereits seit vor dem Beginn der Verhandlungen für besonders wichtig und setze sich dafür ein, daß diesen eine globale Dimension zuerkannt werde.¹³

Das Vierergespräch endete mit der Bitte AM Abes, den Meinungsaustausch über¹⁴ die FS-Klausel vertraulich zu behandeln.

Referat 010, Bd. 178876

191

Vortragender Legationsrat Jansen, z.Z. Bangkok, an das Auswärtige Amt

114-18711/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 5
Citissime

Aufgabe: 28. Juni 1983, 07.00 Uhr¹
Ankunft: 28. Juni 1983, 06.11 Uhr

Betr.: Dialogtreffen Bangkok²;
hier: Gespräch BM mit AM Shultz am 27.6.

1) BM traf am Nachmittag des 27.6. zu einstündigem Gespräch mit US-AM Shultz zusammen. Auf amerikanischer Seite nahmen Director Bureau of Political and Military Affairs, Howe, und Executive Assistant Seitz teil. BM wurde begleitet von VLR I Weber und VLR Jansen.

2) Auf Vorschlag BM wurde über bevorstehende Moskaureise³, Doppelbeschluß und Stationierungsfrage sowie über Stand KSZE gesprochen.

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.

¹² Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 85–92. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 391–397.

¹³ So in der Vorlage.

¹⁴ Korrigiert aus: „unter“.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 29. Juni 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BMVg persönlich“. Ferner vermerkte er: „Washington, NATO-Brüssel: Nur für Botschafter.“

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 29. Juni 1983 anlässlich des Treffens der ASEAN-Mitgliedstaaten mit Vertretern Australiens, der Europäischen Gemeinschaften, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA in Thailand auf. Vgl. dazu Dok. 194.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

AM Shultz bat zunächst dringend um Erläuterung der Entschließung des DBT vom 23.6.⁴, der US-Regierung verwundert (puzzled) habe.

BM führte aus, daß Bundeskanzler hierüber bereits am 25.6. in Krefeld mit VP Bush gesprochen habe.⁵ Er selbst habe Botschafter Burns in dieser Sache ebenfalls am 25.6. angesprochen und angekündigt, daß er Frage mit AM Shultz in Bangkok besprechen wolle.⁶

Entschließung sei vor folgendem Hintergrund zu sehen. Die nächste Verhandlungsrunde in Genf sei für die Zeit vom 15.9. bis 15.11. festgesetzt.⁷ Im Bundestag gebe es starke Tendenz, unmittelbar im Anschluß daran das Ergebnis der Genfer Verhandlungen zu diskutieren. Koalition und Opposition hätten hierzu verschiedene Ausgangspunkte. Für die Koalitionsparteien gelte, daß die Entscheidung über die Stationierung 1979 getroffen worden sei. Die Sozialdemokraten meinten demgegenüber, daß diese Frage noch einer Entscheidung bedürfe.

Die Bundesregierung beabsichtige, entweder am 15. oder 16.11. einen Bericht über den Verhandlungsstand in Genf abzugeben. Dieser Bericht habe zwei mögliche Inhalte: Entweder seien konkrete Ergebnisse in Genf nicht erreicht worden, dann müsse am Beschluß von 1979 festgehalten werden. Oder es sei ein Ergebnis erzielt worden, so daß der Beschluß von 1979 dann dementsprechend vollzogen werden müsse. Die Koalitionsparteien würden in beiden Fällen der Regierung zustimmen. Hierüber herrsche in Regierung und Koalition vollständiges Einvernehmen. Die Haltung der SPD sei ablehnend. Sie wolle, daß der Bundestag einer Freeze-Resolution, wie der des amerikanischen Repräsentantenhauses⁸, zustimme.⁹

Die Koalition habe dies abgelehnt. Er wolle auch jetzt deutlich sagen, daß sich die Haltung der Bundesregierung in keiner Weise geändert habe. Allerdings wollten wir weder Sprengköpfe noch Raketen vor dem 15.11. in die Bundesrepublik Deutschland verbracht sehen, um uns nicht der Behauptung auszusetzen, die Amerikaner verhandelten nicht ernsthaft. Diese Vorstellung der Bundesregierung betreffe allerdings nicht die notwendigen übrigen technischen Vorbereitungen. Hierüber wolle die Bundesregierung mit der amerikanischen Seite konsultieren, um gemeinsam zu sehen, wie der Zeitplan bis Ende 1983 eingehalten werden könne. Diese Frage wolle er selbst bei seinem im Juli vorgesehenen Besuch in Washington besprechen.¹⁰ Wichtiger noch sei allerdings, daß

⁴ Zum Beschluß des Bundestags über die INF-Stationierung vgl. Dok. 186, Anm. 7.

⁵ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush vgl. Dok. 189.

⁶ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burns vgl. Dok. 188.

⁷ Die sechste Runde der INF-Verhandlungen fand vom 6. September bis 23. November 1983 in Genf statt.

⁸ Zur Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 4. Mai 1983 vgl. Dok. 131, Anm. 27.

⁹ Vgl. dazu den Antrag der SPD-Fraktion vom 15. Juni 1983; BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/152.

Der Antrag wurde am 23. Juni 1983 im Bundestag abgelehnt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 1089–1099.

¹⁰ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 10./11. Juli 1983 in den USA vgl. Dok. 210–212 und Dok. 214.

der Besuch von BM Wörner im Juli in den USA hierzu genutzt werde.¹¹ Entscheidend sei, daß die technischen Vorbereitungen jetzt weitergeführt würden. Dies gelte für die Infrastrukturmaßnahmen. Eine Verbringung der Raketen und Sprengköpfe halte er auch für einen Zeitraum unmittelbar nach dem 15.11. für möglich. US könne davon ausgehen, daß sich an der deutschen Absicht rechtzeitiger Stationierung nichts geändert habe.

AM Shultz wies darauf hin, daß die technische Frage, ob eine Verbringung von Raketen und Sprengköpfen ohne größeren Zeitverlust nach dem 15.11. möglich sei, um die Stationierung noch 1983 möglich zu machen, für US unklar und prüfungsbedürftig sei. In den USA gebe es hierzu ein Gefühl, als ob man ohne Konsultationen übergangen worden sei. BM wies darauf hin, daß BK am 25.6. mit VP Bush konsultiert habe und er selbst dies heute tue. Vor allem sehe er nicht ein, warum Raketen und Sprengköpfe nicht unmittelbar nach dem 15.11. in die Bundesrepublik verbracht werden könnten, vorausgesetzt, die technischen Vorbereitungen würden wie vorgesehen weitergehen. Es gebe durchaus die Möglichkeit, die Dinge zu beschleunigen. Er habe Botschafter Burns im übrigen gesagt, daß es nicht gut sei, wenn nun kritische Geräusche aus den USA kämen. Dies würde die Leute bei uns auf den Plan rufen, die nur zu gerne behaupteten, die USA wollten nicht ernsthaft bis zum 15.11. verhandeln. Er wiederhole, Bundesregierung und Regierungskoalition stünden zur Entscheidung von 1979. Er sei bereit, dies bei seinem vorgesehenen Besuch in Washington erneut zu bekräftigen.

3) Zur Moskaureise erläuterte BM, daß Signale unklar seien. Es gebe sowohl verbende als auch drohende Untertöne. Hauptzweck des Besuches sehe er darin, der sowjetischen Seite Klarheit zu verschaffen, daß Bundesregierung entschlossen sei zu stationieren, falls in Genf kein Ergebnis erzielt werde. Er sei im übrigen davon überzeugt, daß bei der Stationierung das deutsch-sowjetische Verhältnis nicht tiefgreifend berührt werde. Entsprechende Erfahrungen habe die Bundesregierung in den fünfziger Jahren bei der Einführung der taktischen Nuklearwaffen und beim Beschluß von 1979 gemacht. Er sei davon überzeugt, daß die SU sich bewege, falls ihr unmißverständlich deutlich werde, daß der Westen konsequent bleibe. Vielleicht reiche schon der Besuch in Moskau aus. BK und BM würden alles tun, damit keinerlei Zweifel entstehen könnten. Deshalb

¹¹ Bundesminister Wörner hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1983 in den USA auf. Am 20. Juli 1983 führte er ein Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger über die Verbesserung der Luftverteidigung, die Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit, die INF-Verhandlungen und über neue Standorte für amerikanische Truppen in der Bundesrepublik („Master Restationing Plan“). Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3197 des Gesandten Wallau, Washington, vom selben Tag; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

Ebenfalls am 20. Juli 1983 sprach Wörner mit dem stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, u. a. über die Möglichkeit neuer amerikanischer Vorschläge für die INF-Verhandlungen in Genf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3207 von Wallau vom 21. Juli 1983; VS-Bd. 12929 (203), B 150, Aktenkopien 1983.

Mit dem amerikanischen Außenminister traf sich Wörner am 21. Juli 1983. Über das Gespräch berichtete Wallau am folgenden Tag, daß Shultz versichert habe, die amerikanische Position bei den INF-Verhandlungen sei jene, „die mit der deutschen Seite und den anderen Alliierten abgesprochen worden sei. [...] Es sei nicht seine Art, hinter dem Rücken der Deutschen andere Vorschläge zu sondieren. Ein solches Verhalten würde die SU entzücken.“ Die USA seien gegenüber Vorschlägen der Bundesregierung offen: „Man schätze nur nicht, deutsche Überlegungen den Zeitungen entnehmen zu müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3215; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

legten beide großen Wert darauf, neben Andropow und Gromyko auch mit anderen Politbüromitgliedern wie mit Ustinow zu sprechen. Bundesregierung gehe gestärkt durch INF-Erklärung von Williamsburg¹² und auch durch die Demonstration europäischer Einheit auf dem Stuttgarter Gipfel¹³ nach Moskau. Auch die Unterstreichung der Notwendigkeit der Stationierung in der Morgensitzung vom heutigen Tag in Bangkok sei wegen der Ängste, die in den ASEAN-Staaten und in Japan bestünden, wichtig.

Die geänderte Haltung der SU zu MBFR¹⁴ sei im übrigen ein besonders gutes Beispiel. Die westliche Beständigkeit und Hartnäckigkeit habe schließlich zu Bewegung des Ostens geführt, nachdem jahrelang für die Bundeswehr ein Sonderstatus verlangt worden sei.

4) Zum Stand der KSZE erläuterte BM seinen Brief vom 27.6. an Gromyko¹⁵, den er auch öffentlich machen wolle. Es müsse deutlich werden, bei wem der Ball im Tor sei. Er glaube, daß durchaus die Unterstützung einiger WP-Staaten für den Abschluß der KSZE zu bekommen sei. Er denke vor allem an Rumänien.

¹² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

¹⁴ Botschaftsrat I. Klasse Wentker, Wien (MBFR-Delegation), übermittelt am 21. Juni 1983 den Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten für ein MBFR-Abkommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 261/262; VS-Bd. 11517 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Der Entwurf wurde in der Plenumsitzung am 23. Juni 1983 eingebracht. Am selben Tag vermerkte Botschafter Ruth, daß darin ein „Übergang zum Konzept eines umfassenden Ein-Phasen-Abkommens für Reduzierungen, Höchststärken und Begleitende Maßnahmen“ zu erkennen sei: „Wichtig ist dabei die förmliche Ausrichtung des Textentwurfs auf die Herstellung der Parität beim Personal der Land- und Luftstreitkräfte, die bisher immer nur als Verhandlungs-Fernziel einer II. Phase angesprochen war“. Eine vorherige Einigung über die Streitkräftedaten enthalte der Entwurf nicht. Vielmehr sollten sich beide Seiten auf die Herstellung von kollektiven Höchststärken für die Land- und Luftstreitkräfte von 900 000 Mann verpflichten. Hinsichtlich der Verifizierung sehe der Entwurf vor: „Für die Überprüfung der Reduzierungen läßt der Osten wie bisher nur nationale technische Kontrollmittel (NTM) gelten, neu ist nur die Übernahme einer ‚Nichtbehinderungs-Verpflichtung‘ (Art. 12). Eine Einladung von Beobachtern zu den ‚Verminderungen (Abzügen) der größten Kontingente‘ ist nur auf freiwilliger Basis vorgesehen (Art. 11). Für die Verifikation der Einhaltung der Reststärken schlägt der Osten wie bisher Informationsaustausch (Art. 14), NTM, bi- oder multilaterale Konsultationen (Art. 20) vor, übernimmt den westlichen Vorschlag einer ständigen Konsultationskommission (Art. 21) und geht erstmals – unter teilweiser Übernahme westlicher Formulierungen – auf Verdachtskontrollen vor Ort auf Antrag und mit Begründung ein (Art. 19).“ Vgl. VS-Bd. 11517 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁵ Mit Schreiben vom 25. Juni 1983 an den sowjetischen Außenminister Gromyko, das am 27. Juni 1983 übergeben wurde, legte Bundesminister Genscher dar, daß zu einem erfolgreichen Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid „nur noch ein kleiner Schritt“ fehle. Spanien habe am 17. Juni 1983 „einen Kompromißvorschlag gemacht, um den Stillstand in Madrid zu überwinden und einen erfolgreichen Abschluß zu ermöglichen. Die große Mehrheit der Teilnehmerstaaten hat diesem spanischen Kompromißvorschlag inzwischen zugestimmt. Die westlichen Staaten haben mit ihrer Zustimmung im Interesse eines Erfolges auf einige ihnen wichtige Forderungen verzichtet. Das wichtigste Anliegen, um das es jetzt noch geht, ist die Einberufung eines Expertentreffens über menschliche Kontakte.“ Genscher appellierte an die UdSSR, „nicht bei den bisherigen Positionen stehen zu bleiben, sondern ihren Beitrag zu einem für alle akzeptablen Kompromiß in Madrid zu leisten. Dies würde es auch ermöglichen, eine Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa einzuberufen, für deren möglichst baldiges Zusammenkommen sich die Bundesregierung seit jeher eingesetzt hat.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3996 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl an die Botschaft in Moskau; Referat 212, Bd. 133485.

Inhaltsgleiche Schreiben, die am 28. Juni 1983 übergeben werden sollten, richtete Genscher an die Außenminister Chňoupek (CSSR), Fischer (DDR), Mladenow (Bulgarien), Olszowski (Polen), Puja (Ungarn) und Andrei (Rumänien). Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4002 des Vortragenden Legationsrats Dreher vom 26. Juni 1983; Referat 212, Bd. 133410.

AM Shultz stimmte dem zu. Hinter der spanischen Initiative¹⁶ stehe jetzt ein erhebliches Gewicht. Die SU werde allerdings bis zum letzten Augenblick intransigent bleiben. Das müsse man aushalten. Auch die USA hätten Abstriche machen müssen.

5) BM fragte, ob AM Shultz ihm etwas für Moskau auf den Weg geben wolle. Shultz bat, genau darauf hinzuhören, was sowjetische Spitzen über USA vorbringen würden. Natürlich werde es die bekannten Anklagen geben, aber es wäre interessant zu hören, was Sowjets zum Dialog sagen würden. Er habe in letzter Zeit verschiedentlich mit Dobrynin gesprochen: über Menschenrechte, regionale Angelegenheiten, Rüstungskontrolle und über bilaterale Angelegenheiten. Er glaube, daß alle diese Punkte zusammen zu einem konstruktiven Dialog führen könnten. Ob dies wirklich beabsichtigt sei, halte er im Augenblick für zweifelhaft, da Sowjets sich auf Feindbild gegenüber den USA anscheinend festgelegt hätten.

Vielleicht könne BM AM Gromyko sagen, daß er vollen Text der Rede Gromykos vor dem Obersten Sowjet¹⁷ gelesen habe. Dort heiße es zu Beginn der Ausführungen, daß die Dinge immer schwieriger würden. Dies betreffe fast alles, von der Tiefe der See bis zum höchsten Weltraum. Er habe bei der Lektüre lachen müssen, denn diese Sicht der Dinge komme ihm auch sehr bekannt vor. Auf die Frage von BM, ob Shultz selbst eine Moskaureise plane, meinte dieser, daß im Augenblick kein rechter Grund erkennbar sei.

6) Abschließend besprachen die Minister den Termin der geplanten Washington-Reise BM. Shultz bat, den 11.7. ins Auge zu fassen, da wegen seiner ausgedehnten Asien-Reise¹⁸ ein früherer Termin unsicher wäre.

7) Bei einem erneuten Zusammentreffen zwischen BM und AM Shultz am Abend brachte AM Shultz seine Befriedigung über das Gespräch und die von BM gegebenen Klarstellungen zum Ausdruck. Durch das Gespräch sei ihm bestätigt worden, daß für Bundesregierung die Entscheidung über die Stationierung im Dezember 1979 getroffen worden sei.

[gez.] Jansen

VS-Bd. 14118 (010)

¹⁶ Zum spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 181.

¹⁷ Für den Wortlaut des Berichts des sowjetischen Außenministers Gromyko am 16. Juni 1983 vor dem Obersten Sowjet in Moskau („Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion“) vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 18. Juni 1983, S. 5 f.

¹⁸ Der amerikanische Außenminister hielt sich am 26. Juni auf den Philippinen, vom 26. bis 29. Juli in Thailand, vom 30. Juni bis 2. Juli in Indien und vom 2. bis 4. Juli 1983 in Pakistan auf. Anschließend bereiste er am 4./5. Juli Saudi-Arabien, am 5. Juli den Libanon, am 5./6. Juli Syrien, am 6./7. Juli Israel sowie am 7. Juli 1983 Jordanien und Ägypten.

192

Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius an die Botschaft in Washington

331-350.00 LA-516I/83 geheim
Fernschreiben Nr. 722

Aufgabe: 29. Juni 1983, 18.21 Uhr¹

Betr.: US-Irritationen über Zehnerhaltung in Zentralamerika

Bezug: DB Nr. 2711 vom 16.6.83 Pol 320.00 LA – VS-v²

1) AM Shultz schrieb am 17.6. an BM zur Haltung der Bundesregierung und der Zehn zu Zentralamerika. Wortlaut folgt als Anlage.

2) Äußerung der Zehn in Conclusions von Stuttgart (Wortlaut liegt dort vor, vgl. Plurez Nr. 3833 vom 20.6.83³) scheint erneut auf wenig Begeisterung im State Department gestoßen zu sein. Jedenfalls hat US-Botschaft hier auf Arbeitsebene nachgefragt, dabei gewisse Sorge über die Formulierung (They are convinced that the problems of Central America cannot be solved by military means ...) zum Ausdruck gebracht und herauszufinden gesucht, wie die Meinungsbildung im PK, bei der Diskussion der AM und anschließend der Staats- und Regierungschefs ablief. Darüber gibt die Präsidentschaft⁴ keine Auskunft. Der US-Botschaft wurde aber gesagt, daß BM das Schreiben von Shultz erhalten hat und beantworten wird. (Antwort liegt BM vor⁵, konnte wegen ASEAN-Reise⁶ noch nicht abgesandt werden. Evtl. wird BM stattdessen auch bei Gespräch in

¹ Durchdruck.

² Botschafter Hermes, Washington, übermittelte Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach der amerikanische Außenminister Shultz ein Schreiben an Bundesminister Genscher richten wolle. Darin werde er zur Erklärung von Genscher vom 15. Mai 1983 vor der Presse über die Situation in Mittelamerika Stellung nehmen. Das amerikanische Außenministerium sei von der panamaischen Regierung auf diese Erklärung aufmerksam gemacht worden; dieser sei der Text von der Botschaft der Bundesrepublik in Form eines Aide-mémoires übergeben worden: „Die offizielle Form dieser Kommunikation, deren Inhalt hier als problematisch empfunden werde, habe im State Department Irritation hervorgerufen.“ Zur Erklärung selbst werde bemerkt, „daß das Abheben auf die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in der Region als Ursachen der bestehenden Spannungen ohne Erwähnung der direkten sowjetischen, kubanischen und nicaraguanischen (El Salvador) Einflußnahme als unausgewogen empfunden werde“. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 136689.

³ Für den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Martius vgl. Referat 200, Bd. 122748.

Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vom 19. Juni 1983 über Mittelamerika vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420.

Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. ferner Dok. 185.

⁴ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁵ Am 23. Juni 1983 legte Ministerialdirektor Gorenflos Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher den Entwurf eines Antwortschreibens auf das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Juni 1983 vor. Dazu vermerkte er: „AM Shultz wollte offensichtlich eine Stuttgarter Zehnererklärung zu Zentralamerika im letzten Moment verhindern. Der ursprünglich nach langen Beratungen in der EPZ-Arbeitsgruppe Lateinamerika und im PK vorbereitete Text enthielt keinen Passus zu der Frage der militärischen Intervention. Der Wortlaut der in Stuttgart verabschiedeten Schlußfolgerungen [...] war das Maximum des Erreichbaren, kann aber nun auch als gegen die Vereinigten Staaten gerichtet interpretiert werden. Presse- und Agenturmeldungen zufolge soll der Wortlaut von Stuttgart in Washington nicht mit Begeisterung aufgenommen worden sein.“ Vgl. VS-Bd. 13593 (331); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 29. Juni 1983 anlässlich des Treffens der ASEAN-Mitgliedstaaten mit Vertretern Australiens, der Europäischen Gemeinschaften, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA in Thailand auf. Vgl. dazu Dok. 194.

Washington mit AM Shultz mündlich antworten.⁷ Wortlaut kann daher noch nicht übermittelt werden.) Vertreter US-Botschaft wurde ferner erklärt, daß die Zehn in Stuttgart das Empfinden hatten, sich zur Contadora-Initiative⁸ unterstützend äußern zu sollen, und die Conclusions von Stuttgart Summe der Ansichten der Zehn darstellten, die Wortlaut einstimmig beschlossen hätten.

Wir haben dann noch Verwunderung darüber durchblicken lassen, daß Ausdruck amerikanischer Besorgnis ausgerechnet am 17.6., also unmittelbar vor Stuttgart mitgeteilt wurde, nachdem Presseerklärung von BM vom 15.5. (nach Ministertreffen in Gymnich) am 31.5. nach ZA⁹ und Washington übermittelt worden¹⁰ und auch US-Botschaft in Bonn bekannt war und BM ähnliches am 2.5. (nach Gespräch mit kubanischem AM¹¹) und am 3.6. (nach Gespräch mit kolumbianischem Expräsidenten Pastrana¹²) vor Presse gesagt habe. Auch dieses sei der Botschaft bekannt gewesen.

Hintergrund für wiederholte Unterstützung der Contadora-Initiative seien wiederholte Anregungen dieser und der beteiligten ZA-Staaten, Europa möge Contadora „moral support“ geben.

2) Vermutlich werden Amerikaner Dg33 in Washington darauf ansprechen.¹³ Es wird daher gebeten, ihn nach Eintreffen entsprechend zu unterrichten.

Folgt Wortlaut des Schreibens von Shultz an BM:

Dear Hans-Dietrich,

I am sorry that we were not able to discuss developments in Central America during our meetings in Paris last week.¹⁴ But several important meetings, including the upcoming European Council Summit in Stuttgart, will be dealing with this issue and I must tell you frankly that I am concerned that our views do not coincide as closely as they might. I wish in this message to state our approach to several important issues and hope that you will let me know if we in fact disagree.

The reasons for my concern are statements stemming, in part, from a May 15 EC Press Conference which also have been distributed in Latin America as the official view of the European Community. I refer particularly to the statement blaming current uncertainty in the region primarily on long-term socio-economic

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 11. Juli 1983; Dok. 211.

⁸ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 175, Anm. 38.

⁹ Zentralamerika.

¹⁰ Zur mit Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Martius übermittelten Presseerklärung des Bundesministers Genscher im Anschluß an das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 146, Anm. 24.

¹¹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca vgl. Dok. 124.

Zur Stellungnahme von Genscher vor der Presse vgl. den Artikel „Kubas Außenminister in Bonn“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Mai 1983, S. 1.

¹² Der ehemalige Präsident Kolumbiens, Pastrana, hielt sich vom 3. bis 8. Juni 1983 in der Bundesrepublik auf.

¹³ Ministerialdirigent Kullak-Ublick besuchte vom 19. Juni bis 5. Juli 1983 Venezuela, Costa Rica, Nicaragua, Honduras, El Salvador sowie Guatemala und führte anschließend Gespräche im amerikanischen Außenministerium in Washington. Vgl. dazu den Vermerk von Kullak-Ublick vom 1. Juni 1983; Referat 204, Bd. 135227.

¹⁴ Bundesminister Genscher traf während der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Vgl. dazu Dok. 178 und Dok. 179.

factors, with no mention of outside interference which is so damaging to the efforts of several nations to reconcile opposing forces, within States and between States.

We strongly agree with you that without economic and social progress, the welfare of the people cannot be significantly improved. The President¹⁵ proposed his Caribbean Basin Initiative¹⁶ in order to promote economic wellbeing in that area. And in the past three years, US economic assistance to Central America has grown from Dollar 180 million in 1980 to our present request before Congress for Dollar 468 million in 1983.

In El Salvador for instance, we support economic reforms. The land reforms now have more than 490 000 beneficiaries – about one Salvadorian in ten. We have also supported nationalization of the banking system and government control of coffee and sugar, both programmes designed to break the stranglehold of the old elite. Despite our efforts to help promote economic and social progress in Central America, the guerrillas in El Salvador have actively opposed the programme through the use of violence. Such activity deprives large numbers of people of basic needs including light, potable water, hospital facilities and employment.

In Nicaragua, the Sandinistas gave up US economic assistance with full knowledge. It was only after repeated warnings that President Carter suspended disbursements in late 1980, in line with a Congressional stipulation that aid would be cut off if Nicaragua persisted in exporting violent revolution.¹⁷ We have offered to resume aid should the Sandinistas choose to promote the welfare of their citizens rather than export revolution. Instead of being true reformers, they are political opportunists, backed by Cuba and the Soviet Bloc, dedicated to implanting their system throughout the region.

Our response to decades of inequity and indifference, is to support democracy, reform and human freedom. Consequently, we have committed ourselves to bolster human democratic systems where they exist and to help countries achieve democratic institutions as quickly as possible.

I hope the views will be taken into account as the European Council considers its policy regarding Central America.

Sincerely,
George P. Shultz

Martius¹⁸

VS-Bd. 13593 (331)

¹⁵ Ronald W. Reagan.

¹⁶ Zum geplanten Hilfsprogramm der USA für die karibischen und mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 177, Anm. 8.

¹⁷ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 13. Februar 1981 mit: „Nicaragua hat von zugesagten 75 Mio. Dollar EH aus dem Haushaltsjahr 1980 bisher 60 Mio. erhalten. Auszahlung der verbleibenden 15 Mio. Dollar wurde nach Amtsübernahme der neuen Regierung suspendiert. Da Vergabe der Hilfe vom vorigen Kongreß davon abhängig gemacht worden war, daß Nicaragua terroristische Aktivitäten in der Region nicht unterstützt, ist wegen der nunmehr als nachgewiesen geltenden Zusammenarbeit der nicaraguanischen Regierung mit den Aufständischen in El Salvador (Duldung von Waffentransporten) mit weiterer wirtschaftlicher Unterstützung Nicaraguas durch die USA bis auf weiteres nicht zu rechnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 602; Referat 331, Bd. 127455.

¹⁸ Paraphe vom 29. Juni 1983.

193

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, und dem
Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman**

220-371.76 INF-1488/83 VS-vertraulich

30. Juni 1983¹

Gespräch Bundeskanzler/Botschafter Nitze und Botschafter Kampelman am 30.6. von 16.00 bis 17.15 Uhr;
hier: INF

Gesprächsteilnehmer: Bundeskanzler, MD Dr. Teltschik, MD Dr. Pfeffer, Botschafter Dr. Ruth, VLR I Weber; Botschafter Nitze, Botschafter Kampelman Botschafter Burns, Botschaftsrat Barkley.

Der *Bundeskanzler* begrüßte die amerikanischen Vertreter und leitete das Gespräch mit einem Hinweis auf seinen Besuch beim EG-Parlament in Straßburg am Vormittag des 30. Juni² ein.

Der Bundeskanzler leitete zu seinem bevorstehenden Besuch in Moskau³ über. Er werde in Moskau keine Verhandlungen führen. Es handele sich um ein Arbeitsgespräch, das aber naturgemäß von großer politischer Bedeutung sei. Diese Bedeutung ergebe sich u. a. daraus, daß wir ein der Sowjetunion benachbarter westlicher Staat und Stationierungsland seien. Durch die Lage Berlins und die Teilung Deutschlands seien wir besonders exponiert. Die Versuchung der Sowjetunion, Druck auf uns auszuüben, sei deshalb besonders groß. Andererseits wisse die Sowjetunion, daß wir fest mit dem Westen verbunden sind und daß die Beziehungen zwischen Washington und Bonn sehr gut sind. Die Sowjetunion habe Schwierigkeiten mit der richtigen Einschätzung der Vorgänge in einem freien Land. So sei zu befürchten, daß sie das, was in Krefeld geschah⁴, mit der Lage in der Bundesrepublik Deutschland verwechsle. Was dort geschehen sei, habe aber mit der Lage in der Bundesrepublik Deutschland nichts zu tun. Es habe sich um bedauerliche Ausschreitungen des Pöbels gehandelt, dies hätte nicht geschehen müssen, wenn der Innenminister von Nordrhein-Westfalen⁵ nicht versagt hätte.⁶

Der Bundeskanzler sagte, daß er bei seinem Besuch in Moskau mit sowjetischen Äußerungen nach dem Prinzip Zuckerbrot und Peitsche rechne. Drohungen seien denkbar im Blick auf Berlin, die DDR, die Frage der menschlichen Erleichterungen und die Stationierung neuer Waffen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 1. Juli 1983 gefertigt.

² Zur Sondersitzung des Europäischen Parlaments am 29./30. Juni 1983 vgl. Dok. 198.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁴ Während des Aufenthalts des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 25. Juni 1983 in Krefeld kam es zu Kundgebungen und gewalttätigen Protesten. Vgl. dazu den Artikel „Krefeld und die Nachrüstung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Juni 1983, S. 2.

⁵ Herbert Schnoor.

⁶ Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundeskanzleramt und der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vgl. Dok. 189, Anm. 4.

Als „Zuckerbrot“ seien denkbar:

- der Vorschlag, den Zeitplan für die Stationierung⁷ aufzuschieben als Gegenleistung zur Ausreisegenehmigung für eine bestimmte Zahl Deutscher in der Sowjetunion,
- das Angebot, eine ganze Batterie SS-20-Raketen zu verschrotten, unter der Voraussetzung, daß der Beginn der Stationierung um einen bestimmten Zeitraum verschoben werde.

Ein Angebot entlang der zweiten Version sei relativ einfach. Er werde darauf hinweisen, daß er nicht beabsichtige, in Moskau zu verhandeln, und deshalb vorschlage, daß die Sowjetunion ihre Überlegung so schnell wie möglich in Genf auf den Verhandlungstisch lege.

Die erste Version sei schwierig, weil es sich hier um die Gleichung Stationierungsmonate gegen Menschen handle. Es sei keine Frage, daß ein solches Angebot nicht akzeptabel sei, weil seine Annahme Grundpositionen der Bundesrepublik Deutschland verändern würde. Er werde in einem solchen Falle hart argumentieren, verkenne aber nicht die schwierige psychologische Lage. Es werde wichtig sein, daß wir, falls ein solcher Vorschlag kommt, sofort in engen Kontakt treten und einhellig reagieren.

Im übrigen werde er in Moskau klarmachen, daß beim Ausbleiben eines konkreten Ergebnisses in Genf zum vorgesehenen Zeitpunkt mit der Stationierung begonnen werde.

Für uns sei klar, daß zur Stationierung es keiner neuen Entscheidung bedürfe. Andererseits müßten wir damit rechnen, daß im Parlament von September bis Dezember jede Woche über das Thema debattiert werde. Dies könne und wolle er nicht verhindern.

Botschafter *Nitze* berichtete, daß er am Vorabend bei einem Abendessen drei Stunden lang mit Kwizinskij gesprochen habe. In der Substanz sei man in diesem Gespräch nicht weit gekommen. Immerhin habe sich Kwizinskij zum Besuch des Bundeskanzlers in Moskau geäußert. Kwizinskij habe gesagt, daß er damit rechne, daß der Bundeskanzler die amerikanische Position voll unterstütze (der Bundeskanzler warf hier ein, daß auch er davon ausgehe). Er könne sich deshalb nicht vorstellen, daß für die Gespräche viel Zeit nötig sei. Nitze sagte, er habe erwartet, daß Kwizinskij mehr aus dem Bereich der Sparte Zuckerbrot andeuten werde. Es sei aber deutlich geworden, daß er für die Gespräche in Moskau nur eine harte Argumentation gegen die Dislozierung erwarte.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß dies nicht unser Eindruck sei. Wir erwarteten nach unseren Informationen beides. Er, der Bundeskanzler, jedenfalls sei auf beides vorbereitet und werde in jedem Falle seine Pflicht tun. Wichtig sei es, die psychologische Wirkung der Stationierung auf die DDR zu bedenken. In der DDR herrsche die Befürchtung, daß mit der Stationierung die Teilung Deutschlands noch mehr zementiert werde. Er, der Bundeskanzler, sei nicht dieser Auffassung, und auch die Regierung der DDR müsse ein Interesse daran haben, die Abschließung zu vermeiden, weil sonst der polnische Virus sich leicht

⁷ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 160, Anm. 8.

auch in der DDR ausbreiten könne. Es sei für ihn wichtig, daß von unserer Seite das Mögliche getan werde, um auch unsererseits negativen Wirkungen der Stationierung auf die Beziehungen zur DDR entgegenzuarbeiten.

Botschafter *Nitze* sagte, daß der Hauptgrund für das Essen mit Kwizinskij seine Absicht gewesen sei, herauszufinden, ob es irgendeinen Weg gebe, in den Verhandlungen Fortschritte zu machen. Es habe sich aber gezeigt, daß dies sehr schwierig sei. Kwizinskij habe wenig Bewegungsspielraum in Substanzfragen. Er habe eine Reihe geringfügiger Ergänzungen zum sowjetischen Vertragsentwurf⁸ gemacht, die aber die Substanz nicht verändert hätten. Er, *Nitze*, könne deshalb hinsichtlich der Möglichkeiten, zu Fortschritten zu gelangen, nicht optimistisch sein.

Trotzdem tue er, was nur möglich sei, um die Verhandlungen voranzubringen. So habe er am 29.6. auf Weisung Washingtons Kwizinskij mitgeteilt, daß er autorisiert sei zu sagen, daß der Vorschlag auf Begrenzung von INF kürzerer Reichweiten (SRINF)⁹ reziprok gelten solle, d.h., daß auch entsprechende amerikanische Systeme in die Begrenzungen einbezogen werden. Kwizinskij habe dies zur Kenntnis genommen, dabei allerdings bemängelt, daß die amerikanische Seite keine förmliche Ergänzung des Vertragsentwurfs vorgenommen habe.

Nitze sagte, er habe versucht, in Genf das Gespräch auf die sowjetische SS-23 zu bringen (Reichweite etwa 500 km), die in dem sowjetischen Vorschlag für eine Begrenzung von LRINF nicht enthalten sei. Er habe vorgeschlagen, über die Reichweite dieses Systems zu diskutieren und dann zu entscheiden, ob es in eine bestimmte Kategorie gehöre oder nicht. Kwizinskij habe darauf nicht reagiert, doch sei immerhin bemerkenswert, daß er die Existenz der SS-23 nicht bestritten habe.

Botschafter *Nitze* führte weiter aus, daß er autorisiert sei, mit Botschafter Kwizinskij über Verifikationsfragen zu sprechen. Er beabsichtige damit, ein Problem schon jetzt zu erörtern, das in jedem Falle gelöst werden müsse. Es gehe ihm darum sicherzustellen, daß im Falle eines Verhandlungsdurchbruchs ein Ergebnis nicht durch das Verifikationsproblem blockiert werde. Leider sei die sowjetische Seite vorläufig nicht bereit, darauf einzugehen. Bei den anderen Substanzproblemen habe sich bisher nichts mehr bewegt. Es handele sich um folgende Fragen:

- Anrechnung der britischen und französischen Systeme,
- globale Obergrenzen und Einfrieren im Fernen Osten; Kwizinskij sei nicht autorisiert, hierüber zu sprechen.

Die sowjetische Seite habe klargemacht, daß sie derzeit nicht bereit sei, vertraglich der Stationierung westlicher Systeme zuzustimmen. Er, *Nitze*, habe gefragt, wozu die Sowjetunion denn bereit sei, wenn der Westen nicht disloziere, ob sie dann anbiete, auf 54 SS-20 zu reduzieren. Kwizinskij habe sich auf diese Diskussion nicht eingelassen. Er, Botschafter *Nitze*, habe bemerkt, daß kein Prinzip absolut gültig sei. Das müsse auch für das sowjetische Prinzip gelten, daß die Sowjetunion keine westlichen Systeme vertraglich akzeptiere. Er wolle fragen, ob die Sowjetunion ein Abkommen auch ablehne, wenn ein einziger westli-

⁸ Zum sowjetischen Entwurf vom 25. Mai 1982 für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 1, Anm. 19.

⁹ Vgl. dazu den amerikanischen Entwurf vom 19. Mai 1983 für eine Zwischenlösung; Dok. 157.

cher Marschflugkörper stationiert werde. Kwizinskij habe darauf nicht geantwortet.

Der *Bundeskanzler* fragte, ob er glaube, daß die Sowjetunion bereit sein könne, auf die Formel des Waldspaziergangs¹⁰ zurückzukommen.

Nitze antwortete, er hoffe dies, könne aber keine Voraussage machen. Sollten die Sowjets etwa sagen, daß die Obergrenze für sowjetische Systeme im Fernen Osten nach der Formel zu niedrig liege, werde er antworten, nach amerikanischer Auffassung müsse der freedom to mix zwischen Pershing II und Cruise Missiles erhalten bleiben.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß es wichtig sei, jetzt und in kommenden Monaten ruhig zu reagieren und sowjetischem Druck nicht nachzugeben. Er habe vor, mit Festigkeit auch auf sowjetischen Druck in Bereichen zu reagieren, die nichts mit den Verhandlungen zu tun haben. Es sei wichtig, daß er selbst innerhalb seiner Partei keine Probleme mit dem Doppelbeschluß habe. Das sei mit anderen christlichen Parteien anders. Es sei bemerkenswert, daß nicht einmal die Studenten in der CDU Schwierigkeiten machten. Was in Krefeld geschehen sei, sei ärgerlich und beschämend. Es sei aber auch insoweit nützlich gewesen, als das, was dort geschehen sei, von vielen besorgten Menschen nicht gewollt werde.

Botschafter *Nitze* sagte, daß er in Genf so ernsthaft wie nur möglich verhandle. Er wolle auf die kürzliche Bundestagsdebatte zu sprechen kommen, bei der die Resolution der Koalitionsfraktionen verabschiedet worden sei.¹¹ Er verstehe die Gründe für die Debatte. Andererseits müsse es die Verhandlungen negativ beeinflussen, wenn diese Debatte oder die Resolution eine Auswirkung auf den Stationierungsfahrplan habe.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß er die Meinung *Nitzes* teile. Entscheidend sei der Schlußtermin. Als er das Amt des Bundeskanzlers übernommen habe¹², sei der Novembertermin schon in der Welt gewesen. Dies sei auf dem letzten Parteitag der SPD geschehen. Dort sei auch die Meinung vertreten worden, und Bundeskanzler Schmidt habe dies mitgetragen, daß im November ein Parteitag stattfinden solle und daß dann entschieden werden müsse, ob stationiert wird oder nicht.¹³ Er habe vor der Übernahme des Amts des Bundeskanzlers den Stationierungszeitplan nicht gekannt. Als Oppositionsführer habe er sich immer auf die von der NATO verwandte Formel Ende des Jahres festgelegt. Erst als er Einsicht in die Akten bekommen habe, habe er feststellen müssen, daß in den Akten vom September, von der SPD von November gesprochen werde. Den Autoren der SPD-Resolution¹⁴ sei die Aktenlage bekannt gewesen. Sie hätten versucht, die Position des Bundeskanzlers auszuhebeln. Er, der Bundeskanz-

¹⁰ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegationen, *Nitze* und *Kwizinskij*, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

¹¹ Zum Beschluß des Bundestags vom 23. Juni 1983 über die INF-Stationierung vgl. Dok. 186, Anm. 7.

¹² Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

¹³ Vgl. dazu den Beschluß des SPD-Parteitags vom 19. bis 23. April 1982 in München; Dok. 189, Anm. 9.

¹⁴ Für den Antrag der SPD-Fraktion vom 15. Juni 1983 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/152.

Der Antrag wurde am 23. Juni 1983 im Bundestag abgelehnt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 1089–1099.

ler, sei jedoch fest davon überzeugt, daß es sich um lösbare technische Probleme handele. Dies müsse auch für den Umbau der erector launchers gelten. Wichtig sei, daß das Datum Ende des Jahres eingehalten werde, d. h., daß die Dinge im Dezember verfügbar sind. Es sei nunmehr wichtig, daß die Vereinigten Staaten mithelfen, die offenen Fragen zu lösen. Das Ziel sei klar. Es sei wichtig, daß den Gegnern des Doppelbeschlusses keine Munition geliefert werde. Dies sei auch der Sinn der für November geplanten Debatte.

VS-Bd. 14120 (010)

194

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 30. Juni 1983, 19.05 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 76 Ortez

Zum Dialogtreffen mit den ASEAN-Staaten in Bangkok am 27. bis 28.6.1983

I. An dem jährlichen Treffen der ASEAN-Außenminister mit ihren Dialogpartnern (USA, Japan, Australien, Neuseeland, Kanada und Europäische Gemeinschaft)² nahm Bundesminister in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident³ teil. Erstmals waren die Zehn gegenüber ASEAN durch die Troika vertreten: BM wurde vom dänischen Außenminister Ellemann-Jensen und dem griechischen Vizeaußenminister Karolos Papoulias begleitet. Für die Kommission nahm Kommissar Sir Ivor Richard teil. BM wurde von deutschen Wirtschaftsvertretern begleitet, die sich über Investitionsmöglichkeiten in den ASEAN-Staaten informierten.

II. Die Teilnahme an der Bangkok-Konferenz war in mehrfacher Hinsicht bedeutsam:

1) Wir konnten die Stimme Europas in der asiatisch-pazifischen Region zur Geltung bringen und konnten unsere Haltung zu den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Problemen gegenüber befreundeten Partnern der Dritten Welt darlegen. Außer mit ASEAN-Außenministern traf Bundesminister zu getrennten

¹ Durchdruck.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach notierte am 8. März 1983: „Die ASEAN, 1967 gegründet, hatten seit 1977 (ASEAN-Gipfel in Kuala Lumpur) den hochrangigen Dialog mit den Regierungschefs von Japan, Australien und Neuseeland eröffnet. Seit 1979 nehmen an diesen sogenannten ‚Dialogtreffen‘, die jetzt jährlich auf der Ebene der Außenminister stattfinden, auch die USA und die EG teil. Die Treffen laufen jährlich in der letzten Juniwoche in dem jeweiligen Land der ASEAN-Präsidentschaft nach folgendem Schema ab: zweitägiges ASEAN-Außenministertreffen (nur 5 ASEAN); sodann anschließende Einzelbegegnungen der ASEAN-Außenminister mit dem jeweiligen Außenminister der Dialogpartner (5 + 1); schließlich Treffen der fünf ASEAN AM mit den 5 Dialogpartnern (5 + 5).“ Vgl. Referat 342, Bd. 144449.

³ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Gesprächen mit dem US-Außenminister⁴, dem japanischen AM⁵ und dem neuseeländischen AM⁶ zusammen.

2) Europapolitisch trug die Reise dazu bei, das interregionale Sonderverhältnis EG–ASEAN zu unterstreichen und die Troika-Formel erneut in einem internationalen Rahmen anzuwenden. Im März des Jahres vorangegangenes, erfolgreiches viertes EG-ASEAN-Treffen unter Vorsitz BM⁷ und anerkannte Rolle des BM als Anwalt enger EG-ASEAN-Beziehungen gaben positiven Hintergrund für unsere Mitwirkung bei der Konferenz ab. BM konnte erneut deutlich machen, welch hohen Rang Europa seinem Verhältnis zu den ASEAN beimißt. BM: „Modellfall einer komplementären Zusammenarbeit.“⁸

3) Ausgezeichnetes bilaterales Verhältnis zu Thailand erhielt neue Impulse. Das hohe Niveau der Beziehungen fand auch seinen Ausdruck in einem Ordensaustausch der Außenminister.⁹ Besonders gewürdigt wurde das Interesse der den Bundesminister begleitenden deutschen Wirtschaftsdelegation an Investitionen in Thailand und in der Region. Der Bundesminister nahm zeitweilig an einem Investitionssymposium der deutsch-thailändischen Handelskammer teil.¹⁰

III. Dialogtreffen vollzog sich in großer Runde aller anwesenden Außenminister sowie in bilateralen Einzeldialogen der Partnerstaaten mit den ASEAN.

1) Bei großer Dialogrunde standen die Lage in Südostasien, weltpolitische Themen (Nahost, Afghanistan, Polen, Ost-West-Beziehungen, Sicherheit und Abrüstung) sowie Nord-Süd-Fragen im Zeichen der laufenden UNCTAD-Konferenz¹¹ im Vordergrund. ASEAN legten ausführlich bekannte Positionen zur Kambodschafrage dar. Ihr Appell, mit geduldiger und konsequenter, langfristig angelegter, aber gleichzeitig flexibler Politik Vietnam zu veranlassen, seine Be-

⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 27. Juni 1983 in Bangkok vgl. Dok. 191.

⁵ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe am 28. Juni 1983 in Bangkok vgl. Dok. 190.

⁶ Bundesminister Genscher und der neuseeländische Außenminister Cooper führten am 28. Juni 1983 in Bangkok ein Gespräch, in dessen Mittelpunkt das Interesse Japans an Fragen der Sicherheitspolitik, der Zugang Neuseelands zum EG-Markt und die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den ASEAN-Mitgliedstaaten standen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178877.

⁷ Zur Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 24./25. März 1983 in Bangkok vgl. Dok. 86.

⁸ Vgl. die Erklärung des Bundesministers Genscher in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident am 28. Juni 1983 in Bangkok; Referat 342, Bd. 144448.

⁹ Bundesminister Genscher wurde am 27. Juni 1983 von Ministerpräsident Prem Tinsulanonda mit der Sonderstufe des Ordens von der Krone Thailands ausgezeichnet. Vgl. dazu die Presseinformation Nr. 1196/83 des Auswärtigen Amts; Referat 342, Bd. 144448.

¹⁰ Botschafter Lankes, Bangkok, informierte am 17. Juli 1983, daß im Rahmen eines Begleitprogramms am 27./28. Juni 1983 in Bangkok auch ein Symposium über Investitionen stattgefunden habe: „In den Gesprächen wurde wiederholt die Tendenz der deutschen Wirtschaftler spürbar, lediglich als Anbieter aufzutreten, ohne genügend auf die starke Wettbewerbssituation und die Besonderheiten der expansiven Märkte Thailands und ASEANs im allgemeinen einzugehen, die intensive Werbung und Marktpflege erfordern. In diesen Zusammenhang gehört das enttäuschende Eingehen der deutschen Industrie auf die Einladung des Bundesministers, ihn auf der Reise zu begleiten. Seine Frage auf dem Symposium, ob die deutsche Wirtschaft ihre Chancen gut genutzt habe, ist bezeichnenderweise unbeantwortet geblieben.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 806; Referat 342, Bd. 144448.

¹¹ Die VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) tagte vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad. Vgl. dazu Dok. 208.

satzungstruppen zurückzuziehen¹², fand Zustimmung. Der Dialogkonferenz vorangegangenes Kommuniqué des ASEAN-Ministertreffens¹³ hatte in diesem Sinn bereits Signale an die Adresse Hanoi gerichtet.

Bei Aussprache über die internationalen Themen fanden vor allem die Ausführung von AM Shultz¹⁴ und diejenigen von Bundesminister Genscher¹⁵ Beachtung, der die europäische Sicht des Ost-West-Verhältnisses gab. Japanischer AM Abe sprach über die internationale Wirtschaftslage.

2) Bei dem bilateralen Einzeldialog EG–ASEAN standen erneut Kambodscha, das Flüchtlingsproblem und humanitäre Fragen sowie UNCTAD VI im Vordergrund. BM bekräftigte für die EG europäische Unterstützung der ASEAN-Position in der Kambodscha-Frage. ASEAN-Klagen über Gefahr eines Scheiterns von UNCTAD VI begegnete BM mit Vorschlag eines sofortigen gemeinsamen Treffens der EG- und ASEAN-Vertreter in Belgrad mit dem Ziel einer Bestandsaufnahme und gemeinsamer Prüfung von Lösungsmöglichkeiten. Dieser Vorschlag wurde angenommen.¹⁶

3) Einzelgespräche mit den AM Shultz, Abe, Cooper, Rómulo¹⁷ und Ghazali Shafie erbrachten wertvolle Aufschlüsse und wurden zur Erörterung anstehen-

¹² Zum Teilabzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha vgl. Dok. 161, Anm. 11.

¹³ Für den Wortlaut des Kommuniqués über die ASEAN-Ministertagung am 24./25. Juni 1983 in Bangkok vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 525–531.

¹⁴ Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. Bangkok, berichtete am 28. Juni 1983 über die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz auf dem „Dialogtreffen“ am 27./28. Juni 1983 in Bangkok. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 7; Referat 342, Bd. 144448.

¹⁵ Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. Bangkok, informierte am 28. Juni 1983: „BM unterstrich die Bedeutung der weltwirtschaftlichen Erholungstendenzen. Auf der AM-Konferenz des NATO-Bündnisses habe die Wirtschaftslage der Mitgliedstaaten und der Dritten Welt eine Rolle gespielt. In Williamsburg habe Einigkeit darüber bestanden, daß die innere Stabilität der Teilnehmer auch abhängig von ihrer wirtschaftlichen Stärke. Erfolgreiche und prosperierende Wirtschaft erleichtere es, Bevölkerung davon zu überzeugen, daß es nötig sei, unser Gesellschaftssystem zu verteidigen. Beim Europäischen Rat in Stuttgart hätten Finanzregelungen, innere Reformen und die Erweiterung der Gemeinschaft im Vordergrund gestanden. Zum Ost-West-Verhältnis sagte BM im Anschluß an AM Shultz, daß im Augenblick ein breites Verhandlungsspektrum bestünde, daß man aber noch kein Urteil über die Erfolgsaussichten abgeben könne. Der Erfolg bei den Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung und -kontrolle hänge von unserer Festigkeit und Entschlossenheit ab, die Beschlüsse über die Nachrüstung auch zu implementieren. Damit würden die sowjetischen Hoffnungen, die auf eine Abkopplung Europas von den USA gerichtet sind, scheitern. Auf Polen eingehend, sagte BM, die Antwort auf Stalins berühmte Frage, wieviel Divisionen der Papst habe, habe das polnische Volk soeben nach drei Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft in eindrucksvoller Weise erteilt. Zu SS-20 sagte BM, dieses Waffensystem bedrohe nicht nur Europa, sondern auch Asien. Es ziele darauf ab, die Verbündeten und Freunde der USA von diesen abzukoppeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; Referat 342, Bd. 144448.

¹⁶ Ministerialdirigent Sulimma, z. Z. Belgrad, berichtete am 29. Juni 1983: „Auf Wunsch Dialogtreffens EG – ASEAN in Bangkok fand – aus Gründen Konferenzkalenders – bereits am 28.6. abends Treffen Delegationsleiter UNCTAD VI EG und ASEAN in Belgrad statt. Gedankenaustausch erbrachte in erster Linie Bewertung gegenwärtiger Konferenzlage und Klärung der Standpunkte beider Seiten in wichtigen Fragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 360; Referat 342, Bd. 144448.

¹⁷ Am 30. Juni 1983 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach die Botschaft in Manila, daß sich Bundesminister Genscher und der philippinische Außenminister Rómulo während des „Dialogtreffens“ in Bangkok zu einem Mittagessen getroffen hätten. Themen seien die Absage des geplanten Besuchs von Genscher auf den Philippinen gewesen, ferner der Besuch des vietnamesischen Außenministers Co Thach vom 6. bis 8. Juni 1983 in Manila, die Rolle der UdSSR und der Volksrepublik China in Südostasien sowie der Haftfall eines deutschen Staatsangehörigen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4147; Referat 342, Bd. 144448.

der weltpolitischen Fragen am Vorabend des Bundeskanzler- und BM-Besuches in Moskau¹⁸ genutzt.

IV. Die Dialogtreffen der ASEAN sind Veranstaltungen eigener Art. Sie haben sich einen festen Platz auf der internationalen Agenda – auch für den europäischen Ratspräsidenten – erworben. Ihre Bedeutung liegt in dem Zusammenwirken zwischen Europa und dem asiatisch-pazifischen Raum. Die höchstentwickelten Industriestaaten des Westens und Japan treffen sich mit einer Wachstumsregion marktwirtschaftlich orientierter, gemäßigter Entwicklungs- und Schwellenländer zu einem intensiven Meinungsaustausch auf der Grundlage gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Orientierungen und Interessen.

Vgl. auch Infotext-Meldungen Nr. 1131 d/0, 1130 d/0 und 1133 d/0 vom 27.6.83, 1135 e/1-2-3, 1140 d/0 und 2179 d/0 vom 28.6.83 sowie 2189 d/0 vom 29.6.83.

Steinkühler¹⁹

Referat 012, Bd. 124454

¹⁸ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹⁹ Paraphrase vom 30. Juni 1983.

195

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt,
und dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze**

220-371.76 INF-1502/83 VS-vertraulich

1. Juli 1983¹

Gespräch BM mit Assistant State Secretary Burt und Botschafter Nitze am 1.7.1983, 12.15 Uhr bis 13.20 Uhr

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Burt, Nitze, Dobbins, Thielmann.

Teilnehmer auf deutscher Seite: D 2², D 2 A³, LMB⁴, RL 220⁵.

Nach Willkommen durch BM erläutert *Burt*, er komme von einem Gespräch mit BM Wörner, das der Klärung der Situation nach der Bundestagsentschließung vom 23.6.1983⁶ gedient habe.

Washington halte es für politisch wichtig, dem Rechnung zu tragen, was die deutsche Seite als notwendig ansehe. Dies sei dem Bundeskanzler bereits mitgeteilt worden. Involvierte technische Details müßten auf Expertenebene geregelt werden. Ein in Washington erwogener Gedanke sei, in Bonn eine ständige Gruppe einzurichten mit der Aufgabe, den Stationierungsplan⁷ und seine Verwirklichung laufend zu prüfen. Eine solche Gruppe, bestehend aus Mitgliedern des britischen Außen- und Verteidigungsministeriums und Vertretern der US-Botschaft, gebe es bereits in London. An der Spitze stünden Gillmore und das Gegenstück zu General Tandecki, das Tagesgeschäft werde unterhalb dieser Ebene abgewickelt. In dieser Gruppe würden auch Vorbereitungen für alle Eventualitäten bei der Stationierung getroffen. StS Rühl werde in den nächsten Tagen nach Washington kommen, dann werde man die jetzt notwendigen Maßnahmen im einzelnen besprechen. Auf Frage BM: Seitens der Botschaft könne der politische Botschaftsrat⁸ dieser Gruppe angehören.⁹

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 4. Juli 1983 an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen. Vorgeschlagener Verteiler: D 2, D 2 A und Reflerat] 220.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 5. Juli 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Franz Pfeffer.

³ Friedrich Ruth.

⁴ Hans Friedrich von Ploetz.

⁵ Rüdiger Hartmann.

⁶ Korrigiert aus: „22.6.1983“.

Zum Beschluß des Bundestags über die INF-Stationierung vgl. Dok. 186, Anm. 7.

⁷ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 184.

⁸ Richard C. Barkley.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 22. Juli 1983, daß die „Technische Arbeitsgruppe“ am 21. Juli 1983 im Bundesministerium der Verteidigung erstmals zusammengekommen sei. Ihr gehörten außer Oberst i. G. Glatt und ihm, Hofmann, noch jeweils ein Vertreter des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums des Innern und der amerikanischen Botschaft sowie zwei Offiziere der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik an: „Die Gruppe will sich unter strengster Wahrung der Geheimhaltung ihrer Absprachen bzw. ihres Informationsaustausches mindestens einmal monatlich treffen [...], um nach Vorbild der entsprechenden britisch-amerikani-

Burt erklärt, das Datum 15. November könne einige technische Probleme verursachen. Entscheidend sei die Einhaltung des Stationierungsbeginns Ende des Jahres.

BM betont, die technischen Probleme müßten lösbar sein. Es handele sich darum, eine politische Entscheidung zu verwirklichen. An unserer Entschlossenheit zur Einhaltung des planmäßigen Stationierungsbeginns könne kein Zweifel bestehen. Zwischen dem 15. November und dem Jahresende lägen sechs Wochen, die Techniker müßten die Voraussetzungen für eine Stationierung innerhalb dieses Zeitraums schaffen. Nunmehr seien die Daten jedenfalls völlig klar.

Burt weist auf ein mögliches politisches Problem hin: Was geschehe, wenn die *SU* den Verhandlungstisch nicht verlasse? Könne dann auch nicht stationiert werden?

BM erklärt, es habe im Bundestag einen Vorschlag für eine Entschließung gegeben, daß die Stationierung nicht vor Abschluß der nächsten Verhandlungsrunde beginnen dürfe.¹⁰ Dies sei völlig unakzeptabel, lade die *SU* geradezu zu Verhandlungen in Permanenz ein und führe somit zu einem Verhandlungs-Freeze. Deshalb habe er auf dem Datum vom 15.11.1983 bestanden, unabhängig davon, ob weiter verhandelt werde oder nicht. Dies sei der Tag, an dem mit der Stationierung begonnen werde.

Burt erkundigt sich, ob die Bundestagsdebatte auch dann stattfinde, wenn weiterverhandelt werde. *BM* erklärt, das Datum werde jetzt festgesetzt und der 10. oder 11. November sein, d.h. also vor dem 15.11. liegen. *Burt* bezeichnet dies als sehr wichtig.

BM erklärt, dies sei von Anfang an die Absicht gewesen. Auf Frage *Burts*, wann dies bekanntgegeben werde, erklärt *BM*, dies geschehe, sobald entsprechende Fragen gestellt würden. Die Presse habe noch nicht bemerkt, daß der 15.11. in eine sitzungsfreie Woche falle. Die Bundesregierung wünsche keine Sondersitzung des Bundestages. Das bedeute, daß die Sitzung am vorletzten oder letzten Tag der letzten Sitzungswoche stattfinde, und das sei eben der 10. oder 11. November.¹¹

Burt fragt, ob es zutreffe, daß die Debatte nicht zu einer neuen Entscheidung führen solle.

BM erläutert, Bundesregierung werde einen Bericht über die Entwicklung der Verhandlungen in Genf und den Verhandlungsstand geben. Unterstelle man, daß kein konkretes Ergebnis vorliege, werde die Bundesregierung sagen: Dieser Stand gibt keinen Anlaß, die Stationierungsentscheidung vom Dezember 1979¹² zu ändern. Dann werde die Regierungsmehrheit zustimmend von dieser Auffassung der Bundesregierung Kenntnis nehmen. Anders sei es, wenn z.B.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1007

schen Gruppe sozusagen als ‚Frühwarnsystem‘ den Stationierungsfahrplan zu koordinieren und zu überwachen; Informationen über damit zusammenhängende Fragen auszutauschen; evtl. Sprachregelungen zu erarbeiten.“ Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Vgl. dazu den Antrag der SPD-Fraktion vom 15. Juni 1983; BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/152.

¹¹ Die Bundestagsdebatte über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf und die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses fand am 21./22. November 1983 statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2592.

¹² Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 10.

Botschafter Nitze am 30.10.1983 mitteile, daß man sich auf eine Obergrenze von 80 GK¹³ für beide Seiten geeinigt habe. Dies würde dann die Bundesregierung dem Bundestag mitteilen und erklären, daß eine dementsprechend verminderte Anzahl von Nachrüstungssystemen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werde.

Burt bemerkt, das erstgenannte Ergebnis sei das wahrscheinlichere, und erkundigt sich, ob der Bericht der Bundesregierung den Inhalt des Berichts der SCG berücksichtigen würde, der den Regierungen in einem solchen Falle vorgelegt werden würde.

BM erläutert, der Bericht der Bundesregierung müsse für die Öffentlichkeit verständlich sein. Er werde die Geschichte des Doppelbeschlusses darstellen, den Verhandlungsverlauf schildern und zu der Feststellung kommen, daß trotz aller Anstrengungen der USA bis dahin kein konkretes Ergebnis im Sinne des Doppelbeschlusses habe erreicht werden können.

Burt teilt mit, in Washington werde bereits an einer bis ins einzelne gehenden Geschichte der Verhandlungen gearbeitet, die nachweise, daß die USA in jedem Bereich auf Fortschritte gedrängt, die Sowjetunion sich jedoch konstant einem Abkommen widersetzt habe.

BM bemerkt, zu berücksichtigen sei auch, daß die Außenminister Shultz und Gromyko sich zwischenzeitlich wenigstens noch einmal treffen würden¹⁴, zumindestens bei der VN-GV in New York¹⁵. Auch das müsse im INF-Zusammenhang herausgestellt werden. Die Bundesregierung werde im September mit der „dramaturgischen Vorbereitung“ dieser Bundestagssitzung beginnen. Am 25.9. seien Wahlen in Hessen und Bremen, vor diesem Termin werde es nochmals zu einer großen öffentlichen Diskussion über die Stationierung kommen. Danach werde Gromyko nach New York reisen.¹⁶ Er, *BM*, werde ihn sehen und sich hierbei voll auf das INF-Thema konzentrieren.¹⁷ Die Bundesrepublik verhandle zwar nicht über INF, aber für uns sei wichtig, nachweisen zu können, daß auch wir äußerste Anstrengungen zur Einwirkung auf die SU gemacht hätten.

Burt bezeichnet dies als eine sehr gute Strategie und schlägt einen laufenden bilateralen Kontakt vor mit dem Ziel, Washington zu jeder von uns für nützlich gehaltenen Hilfe in die Lage zu versetzen. Erst am 30.6. sei in einer Sitzung, an der Dam als amtierender AM und Eagleburger teilgenommen hätten, vereinbart worden, daß die USA so flexibel wie möglich auf die Wünsche der Bundesregierung eingehen sollten. Dies gelte sowohl für öffentliche Erklärungen als auch für die Verhandlungen. Die Bundesregierung solle nicht zögern, die

¹³ Gefechtsköpfe.

¹⁴ Der amerikanische Außenminister Shultz und sein sowjetischer Amtskollege Gromyko trafen am 8. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zusammen. Vgl. dazu Dok. 262, Anm. 11.

¹⁵ Die VN-Generalversammlung begann am 20. September 1983 in New York.

¹⁶ Zur Absage der Reise des sowjetischen Außenministers Gromyko zur VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 273, Anm. 8.

¹⁷ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 8. September 1983 in Madrid zusammen. Vgl. dazu Dok. 262.
Nach der Absage der Reise von Gromyko zur VN-Generalversammlung in New York führten Genscher und der sowjetische Außenminister am 15./16. Oktober 1983 Gespräche in Wien. Vgl. dazu Dok. 303–305.

USA zu unterrichten, wenn sie entsprechende Ideen und Wünsche habe. D2A wirft ein, daß er im Anschluß an BM-Besuch in Washington einen Tag länger zu bleiben beabsichtige, um derartige Fragen zu besprechen.¹⁸

Burt bemerkt, auch andere Abrüstungsverhandlungen seien in diesem Zusammenhang von Bedeutung. US-Botschaft habe Weisung, uns eine Unterlage zu START zu übergeben.

BM erklärt, er vermute, daß die sowjetischen Gesprächspartner beim bevorstehenden Besuch in Moskau¹⁹ zu einem ihrer Hauptpunkte die Frage machen würden, ob die britischen und französischen Systeme bei START Berücksichtigung fänden. Ihr Argument werde sein, wenn wir eine Berücksichtigung dieser Systeme bei INF ausschließen, würden wir uns dann für ihre Berücksichtigung bei START einsetzen? Dabei würden die Sowjets fragen, ob wir nicht auch glauben, daß man die INF- und START-Verhandlungen zusammenlegen müsse.

Botschafter *Nitze* wirft ein, die Sowjets hätten ihn bereits gefragt, ob er eine Berücksichtigung der Drittstaatsysteme in START befürworte. Der Anknüpfungspunkt sei seine Feststellung gewesen, daß die britischen und französischen SLBM nicht in die INF-Verhandlungen gehörten, ebensowenig wie die sowjetischen SLBM bei den INF-Verhandlungen zur Diskussion stünden. Er habe die Frage verneint; die SU könne aber nicht davon abgehalten werden, die Frage der Drittstaatsysteme bei START aufzubringen. Für die USA gebe es jedoch wichtige Gründe, eine Kompensation von Drittstaatsystemen in START abzulehnen.²⁰

Burt bemerkt, das Problem bestehe darin, daß alle westlichen Argumente für die Nichteinbeziehung der Drittstaatsysteme irgendeinen Fehler hätten. Deshalb müsse man sich immer fragen, welches das geeignetste Argument für ein bestimmtes Auditorium sei. Er könne sich vorstellen, daß ein Argument von Vizepräsident Bush für Moskau geeignet sei: nämlich, daß die Sowjetunion über etwa 4000 nichtstrategische Systeme verfüge, die sie gegen Großbritannien und Frankreich einsetzen könne, denen nur etwas mehr als 200 britische und französische Systeme gegenüberstünden.

Botschafter *Nitze* wirft ein, die Sowjets erklärten in Genf, sie seien gegenwärtig nicht an einer Vereinigung von INF und START interessiert, schlossen aber ein solches künftiges Interesse nicht aus.

¹⁸ Bundesminister Genscher hielt sich am 10./11. Juli 1983 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 210–212 und Dok. 214.

Zu den deutsch-amerikanischen Abrüstungsgesprächen am 12. Juli 1983 in Washington vgl. Dok. 213.

¹⁹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²⁰ Botschafter Hermes, Washington, informierte am 30. Juni 1983: „Zu der Frage einer rüstungskontrollpolitischen Erfassung von Drittstaatsystemen außerhalb von INF sind Gesprächspartner im State Department und ACDA sehr zurückhaltend. Eine offene Anrechnung bei START ist ausgeschlossen; dem stehen nicht nur bündnispolitische Gesichtspunkte, nämlich Rücksicht auf die Bedenken Frankreichs und Großbritanniens, entgegen, sondern auch das Prinzip der Gleichheit, wie es im Jackson Amendment formuliert ist. Auch eine indirekte Kompensierung erscheint heute – anders als noch 1972 – äußerst schwierig. Die offizielle Haltung ist, daß in früheren bilateralen Rüstungskontrollabkommen die Sowjetunion zwar versucht habe, Kompensationen für britische und französische Systeme zu erlangen, die Vereinigten Staaten dies jedoch nachdrücklich zurückgewiesen hätten und die Sowjetunion trotzdem Rüstungskontrollabkommen abgeschlossen habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2904; VS-Bd. 12053 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Burt bemerkt, die Frage der Zusammenlegung der beiden Foren könne sich in Zukunft stellen. Man solle aber diese Frage nicht unter dem Gesichtspunkt diskutieren, daß dadurch eine Lösung der Drittstaatenfrage erleichtert werde. Dies würde nur zu Schwierigkeiten mit GB und F führen.

D2A erklärt, gegenwärtig könne man nur folgendes sagen: Die Drittstaatsensysteme gehörten nicht in den INF-Zusammenhang. Außerdem müsse zwischen USA und der Sowjetunion Gleichheit bestehen. Wichtig sei, daß Großbritannien und Frankreich eine rüstungskontrollpolitische Einbindung ihrer Systeme nicht für immer ausschließen.

BM erklärt, Gromyko gerate in große Verlegenheit, wenn man ihn frage, ob die SU Großbritannien und Frankreich Rüstungskontrollverhandlungen angeboten habe. Auf diese Frage habe er nie geantwortet. Für die Sowjets sei das Drittstaatenargument ein taktisches Mittel; sie wollten sich dieses Argumentes nicht dadurch berauben, daß sie entsprechende Verhandlungen vorschlugen.

Burt stimmt zu und erkundigt sich nach unserer Bewertung der Lage bei MBFR.

D2A erläutert, hier sei eine Entwicklung die Einbringung eines neuen östlichen Vorschlags in Wien.²¹ Damit sei der über Dobrynin gelaufene Kontakt²² erledigt. Eine zweite Entwicklung betreffe die Vorbereitung einer gemeinsamen neuen Position des Bündnisses.

BM bemerkt, daß er in Bangkok im gleichen Sinn mit AM Shultz gesprochen habe.²³

Burt erklärt, der neue östliche Vorschlag zeige ein gewisses Maß an Flexibilität hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Daten und Verifikation. Der Osten wolle mit seiner erhöhten Flexibilität bei der Verifikation erreichen, daß der Westen seine Forderungen nach Ausgangsdateneinigung fallen lasse. Sicher sei der östliche Schritt lange vorbereitet worden. Die angebotene Verifikation genüge jedoch für den Westen nicht, und dieser dürfe sich auch hinsichtlich der Frage der Ausgangsdaten nicht in eine Falle begeben.

D2A betont, die Vorbereitung einer neuen westlichen Verhandlungsposition müsse weitergehen, und schlägt ein Trilateral dafür vor.

Auf Frage Burts nach der Entwicklung in Madrid erklärt *BM*, die Rumänen hätten uns wissen lassen, daß bei dem WP-Treffen in Moskau praktisch ein Eingehen auf den spanischen Vorschlag²⁴ beschlossen worden sei.²⁵ *Burt* bezeichnet das als „good news“.

²¹ Zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 23. Juni 1983 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 191, Anm. 14.

²² Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin vgl. Dok. 175, Anm. 14.

²³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 27. Juni 1983 vgl. Dok. 191.

²⁴ Zum spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 181.

²⁵ Am 28. Juni 1983 fand in Moskau ein Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts statt, an dem auch die Außen- und Verteidigungsminister teilnahmen. Im Mittelpunkt standen Fragen der Rüstungskontrolle, insbesondere die Reaktion auf eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, sowie die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 501–505.

D2 fragt, ob es für die USA von Bedeutung sei, ob die Einigung über ein Expertentreffen menschliche Kontakte in das Abschlußdokument aufgenommen oder nur in einer Erklärung des Chairman erwähnt werde.

Burt erwähnt, diese Frage sei für die CSCE-Kommission des Kongresses²⁶ von Bedeutung.

BM erklärt, entscheidend sei, daß das Einverständnis publiziert werde. Die materielle Einigung, nicht die Form der Verkündung sei das Wichtige. *BM* wendet sich der Frage des Termins des Beginns der KAE mit der Bemerkung zu, die Verbreitung des katholischen Glaubens müsse man dem Papst und nicht den Buddhisten überlassen. In der vorliegenden Frage seien wir der Papst. Wenn wir als Stationierungsland für einen frühen Beginn der KAE seien, sollten die USA dem zustimmen.

Burt erkundigt sich, ob *BM* Anfang November meine.

BM bezeichnet dies als idealen Termin. Die Bundesregierung könne dann in der zu Beginn erwähnten Regierungserklärung den BT davon informieren, daß in wenigen Tagen die KAE in Stockholm beginnen werde.

Burt erklärt, er versteht das Argument noch nicht ganz: Ihm leuchtet zwar ein, daß uns daran liege, zum Zeitpunkt der Stationierung unsere Öffentlichkeit darauf hinweisen zu können, daß der Dialog mit der SU fortgehe. Aber die SU werde so auch in die Lage versetzt, die KAE im Hinblick auf den Stationierungsbeginn platzen zu lassen.

BM erwidert, gerade dies gebe uns ein zusätzliches Argument: Daß die SU dann nicht mehr zu Erörterungen über konventionelle Streitkräfte und CBMs bereit sei, unterstreiche die Notwendigkeit der Stationierung.

Burt erklärt, das sei zwar richtig, in der amerikanischen Öffentlichkeit fürchte man jedoch am meisten das Ende des Dialogs mit der Sowjetunion.

BM erwidert, in Deutschland sei das ganz anders.

BM erklärt, es komme darauf an, daß SU nicht sagen könne, sie habe den Beginn der KAE Ende 1983 gewollt, aber der Westen und die USA seien darauf nicht eingegangen.

Burt verweist darauf, daß der spanische Vorschlag einen Konferenzbeginn im Januar vorsehe.

BM erwidert, er habe nichts gegen den spanischen Vorschlag. Wenn aber die Sowjets ein anderes Datum vorschlägen, und zwar noch in diesem Jahr, wolle er nicht, daß der Westen nein sage.

Burt erinnert an die gemeinsame Position des Bündnisses, dem spanischen Vorschlag unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß auch die Sowjetunion darauf eingehe.

²⁶ Die 1976 eingerichtete Kommission des amerikanischen Kongresses für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unter Vorsitz des Abgeordneten Fascell hatte die Aufgabe, die Verwirklichung der KSZE-Schlußakte „unter besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen über die Zusammenarbeit im humanitären Bereich“ zu überwachen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Landrut vom 8. Juli 1977; Referat 212, Bd. 115101.

D2A erwähnt, daß Kampelman in seinem gestrigen Gespräch mit Bundeskanzler²⁷ Chancen für eine Annahme des spanischen Vorschlags durch die SU gesehen habe.

BM fügt hinzu, auch wenn die Sowjets dem Vorschlag nicht zustimmten, solle der Westen nicht dagegen Stellung nehmen.

Burt erklärt, es wäre lächerlich, wenn der Westen angesichts dieser Umstände über den Termin des Konferenzbeginns in ernsthaften Streit gerate.

BM stimmt zu und fragt nach der sachlichen Vorbereitung der KAE.

D2A erinnert an die von der NATO vorgenommenen Vorarbeiten; diese müßten jetzt so schnell wie möglich überprüft werden.

Burt stimmt zu; hierauf müsse sich die NATO im August konzentrieren.

BM weist auf die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung im EG-Rahmen hin. *BM* erklärt, er wolle jetzt etwas ankündigen, das er bei seinem Besuch in Washington aufzunehmen beabsichtige: Er habe den Wunsch gehabt, daß am Rande der OECD-Tagung ein Treffen der Troika mit AM Shultz stattfinde.²⁸

Burt wirft ein, die USA hätten das wohl gewußt, es habe jedoch zeitliche Schwierigkeiten gegeben.

BM fährt fort, ihm sei es nicht um ein langes Treffen gegangen, sondern er habe etwas institutionalisieren wollen. Aus dem gleichen Grunde habe er kürzlich ein Troika-Treffen mit dem japanischen Außenminister veranstaltet²⁹ und auch den dänischen und griechischen Außenminister zur Mitreise nach Bangkok veranlaßt.³⁰ Die Einrichtung der Troika sei insbesondere im Hinblick auf das nächste halbe Jahr sehr wichtig. Seit 1.7. hätten bekanntlich die Griechen den Vorsitz.

Burt erklärt, die USA seien nicht gegen die Troika, er selbst habe an zwei Troika-Treffen teilgenommen.³¹ Allerdings sei es überraschend gewesen, daß die Ebene der Troika-Treffen so schnell angehoben worden sei. Kontinuität sei sicher angesichts der Haltung der griechischen Regierung nützlich. Die USA müßten die Zusammenarbeit mit der Troika im Lichte der Ausführungen des *BM* prüfen; sie seien gewiß nicht gegen einen Dialog mit dieser Institution.

Zur KAE-Vorbereitung zurückkehrend, erklärt *Burt*, wichtig sei eine organisatorische Struktur der Vorbereitungen, die Ergebnisse ermögliche. Es rufe immer eine gewisse Nervosität in den USA hervor, wenn in Sicherheitsfragen von einer Arbeitsteilung EPZ–NATO gesprochen werde. *BM* betont, die NATO sei entscheidend. *D2A* ergänzt, VBMs müßten in der NATO behandelt werden, doch

²⁷ Der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, nahm am 30. Juni 1983 am Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, teil. Vgl. dazu Dok. 193.

²⁸ Zum Vorschlag der Bundesregierung zu einem Treffen der EPZ-Troika mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 127, Anm. 7.

²⁹ Zu den Ministerkonsultationen der EPZ-Troika mit Japan am 9. Mai 1983 in Paris vgl. 141, Anm. 45.

³⁰ Zum Treffen der ASEAN-Mitgliedstaaten mit Vertretern Australiens, der Europäischen Gemeinschaften, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA am 27./28. Juni 1983 vgl. Dok. 194.

³¹ Zu den Treffen der EPZ-Troika mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, *Burt*, am 30. September 1982 in New York und am 11. Februar 1983 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 9, Anm. 10, bzw. Dok. 49, Anm. 3.

sei eine Ergänzung der Arbeit im europäischen Rahmen zur Einbindung Irlands erforderlich.

Auf Frage *BM*s, was es aus Genf zu berichten gebe, führt Botschafter *Nitze* folgendes aus: Die Atmosphäre habe sich trotz aller seiner Anstrengungen nicht verbessert. Erst am 29.6.83 habe er während eines dreistündigen Abendessens mit *Kwizinskij* sämtliche Möglichkeiten für ein „opening“ zu erkunden versucht. Leider sei er aber nicht weitergekommen. Die Sowjets gingen davon aus, daß die Stationierung beginnen werde, und sie schienen darüber nicht einmal sehr unglücklich zu sein. Sie hätten angedeutet, daß dann für die NATO politische Probleme entstehen würden, die sie ausnutzen könnten. Er habe jedenfalls große Zweifel, ob die Sowjets 1983 ein Abkommen akzeptieren würden, das amerikanische Stationierungen erlaube. Deshalb werde der Westen wahrscheinlich mit den Stationierungen beginnen müssen. Wenn die SU auf innerwestliche Schwierigkeiten hoffe, denke sie einmal an Auseinandersetzungen innerhalb der Bundesrepublik zwischen CDU und SPD, dann an Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Nichtnuklearstaaten und Großbritannien und Frankreich, schließlich an Spannungen zwischen den europäischen Verbündeten und den USA. Auf eine amerikanische Bereitschaft, jetzt über Flugzeuge zu verhandeln, würde die SU zwar eingehen, aber ihrerseits sei sie nicht zu Verhandlungen über die im Fernen Osten stationierten Mittelstreckenraketen bereit. Die Sowjets deuteten die Möglichkeit an, die Zahl ihrer auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen noch weiter zu reduzieren als bisher, d. h. unter 162, unter der Bedingung, daß der Westen auf Nachrüstung verzichte. Die Sowjets könnten dabei bis auf eine Zahl in den 50ern heruntergehen. Er, *Nitze*, habe in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, ob es denn für die SU von derart prinzipieller Bedeutung sei, daß auch nicht eine einzige amerikanische Rakete in Europa stationiert werde. Die Frage sei nicht beantwortet worden.

Was die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite angehe, habe er weisungsgemäß die Bereitschaft der USA zum Ausdruck gebracht, für diese Systeme auf der Basis der Reziprozität kollaterale constraints zu akzeptieren. Dabei habe er die Notwendigkeit eines objektiven Kriteriums für die einzubeziehenden Systeme betont und die Frage aufgeworfen, welche Systeme auf sowjetischer Seite einbezogen würden, insbesondere, ob außer der SS-22 auch die SS-23 begrenzt werde.

Kwizinskij habe dies abgelehnt, im Gegensatz zu früher aber eingeräumt, daß es diese Waffe gebe. Offensichtlich wolle die SU sich freie Hand zur Stationierung der SS-23 bewahren. Was Sondierungen nach der Art des Waldspaziergangs³² angehe, sei *Kwizinskij* nicht ermächtigt, sich hierauf einzulassen. Deshalb sei es schwierig, auf diesem Wege Fortschritte zu erreichen. Auf Frage *BM*s, ob *Kwizinskij* etwas über die Beratungen des WP-Gipfels in Moskau gewußt habe: Hierüber sei K. nicht gut informiert gewesen. Dagegen habe der KGB-Vertreter in der sowjetischen Delegation darüber gut Bescheid gewußt. Es sei überhaupt erstaunlich, wie die Informationen zwischen diesen beiden sowjetischen Vertretern verteilt seien. Der KGB-Mann wisse z. B. nichts über die SS-23.

³² Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, *Nitze* und *Kwizinskij*, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

Burt erklärt, er wolle noch auf die Frage der sowjetischen „Antwort“ auf die Stationierung zu sprechen kommen. Dies sei ein Problem, das man mit Informationen und politisch angehen müsse. Das wesentliche Problem für den Westen sei, daß die westlichen Stationierungskritiker von jedem negativen Verhalten der SU im Zeitraum nach der Stationierung behaupten würden, es sei eine Gegenmaßnahme gegen die Stationierung und nur durch sie verursacht.

D2 wirft ein, der westlichen Öffentlichkeit bleibe der vage Charakter der sowjetischen Drohungen wohl nicht verborgen.

Burt erwidert, die SU habe selbst offenbar noch nicht entschieden, wie sie auf die Stationierung reagieren solle. Die Stationierung sei für die Sowjets ein schwerer politischer Rückschlag, man könne verstehen, daß sie dies nicht an die große Glocke hängen wollten.

BM dankt *Burt* und *Nitze* für den Besuch.

VS-Bd. 14120 (010)

196

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, in Wachtberg-Pech

2. Juli 1983¹

Unter Verschuß

Gespräch BM mit US-Delegationsleiter (KSZE) Kampelman am 2.7.1983 um 9.30 Uhr in Pech

Kampelman faßte seine Bewertung zum Stand in Madrid wie folgt zusammen:

Bevor eine Konferenz zu Ende gehe, gebe es oft eine Krise. Die Sowjets schienen dies zu brauchen. In Madrid wollen die Sowjets jetzt den Abschluß – und sie seien dazu bereit – zu für den Westen günstigen Bedingungen. Die USA werde gewisse Probleme mit dem Kongreß wegen der Form der Abrede über das Treffen über menschliche Kontakte (Chairman's Statement)² haben; man werde da-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 3. Juli 1983 gefertigt.

² In der Plenarsitzung am 8. Juli 1983 legte die Schweiz einen gemeinsam mit der UdSSR formulierten Textentwurf für eine Erklärung des Tagespräsidenten zum Expertentreffen über menschliche Kontakte vor, die dem Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid als Anlage beigefügt werden sollte. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), informierte am selben Tag: „SU kam dabei westlichen Vorstellungen über Modalitäten des Treffens entgegen, bestand jedoch darauf, im Text durch selektive Zitierung aus Schlußakte eine Verbindung zwischen Fortschritten bei den menschlichen Kontakten und Stand der Entspannung herzustellen. [...] Insbesondere in USA bestehen noch Vorbehalte gegen eine Erklärung des Tagespräsidenten wegen Befürchtung, daß damit Expertentreffen menschliche Kontakte gegenüber anderen in RM.39 rev[is]ed vorgesehenen Treffen abgewertet würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 812; Referat 212, Bd. 133422.

mit aber wohl zurechtkommen. (BM warf hier ein: Dafür sei die Publikation des Chairman's Statement wichtig.)

Zu den noch offenen Textfragen³ erklärte *Kampelman*:

- Treffen über menschliche Kontakte: Die Sowjets wollten hier eine Verbindung mit der Entspannung herstellen. Der Westen könne jedenfalls nicht akzeptieren, daß der Verlauf der Entspannung zur Bedingung für das Zusammen-treten des Treffens gemacht werde.
- KAE-Datum: Den Sowjets scheine es inzwischen auszureichen, daß das Vorbereitungstreffen noch 1983 stattfinde. Sie könnten dann sagen, die KAE beginne 1983, auch wenn die Hauptkonferenz erst im Januar 1984 beginne. Die USA wollten in dieser Frage am spanischen Vorschlag festhalten (der den Beginn des Haupttreffens für Januar 1984 vorsieht). Die Sowjets schienen im Augenblick hierzu keine Probleme aufzuwerfen, was sich aber nächste Woche wieder ändern könne.
- KAE-Mandat (Streichung des Wortes „such“ im englischen Text): Hier hätten die Sowjets nach Aussage ihres Militärexperten, General Michajlow, offenbar keine Probleme.
- Satz über die Monitoren (Ermutigung von „positiven“ und „echten“ Anstrengungen zur Verwirklichung der Schlußakte⁴): Hier wollten die Sowjets zumindest an dem Adjektiv „positiv“, die Amerikaner jedoch höchstens an dem Adjektiv „echt“ festhalten. Botschafter *Kastl* legte dar, daß nach deutscher Auffassung – wie auch nach dezidiert französischer Meinung – der Satz mit einem oder beiden Adjektiven nicht mehr im Sinne der westlichen Zielsetzung brauchbar sei und daher besser entfallen sollte. *Kampelman* dagegen möchte an dem Satz festhalten.

Zum Thema „humanitäre Gesten der Sowjetunion“ („performance“) schilderte *Kampelman* eingehend den Verlauf seiner vertraulichen Kontakte mit dem stellvertretenden sowjetischen Delegationsleiter (und KGB-Vertreter) *Kondraschow*.⁵ Mit dem sowjetischen Delegationsleiter *Kowaljow* habe er darüber nie gesprochen; bei einer Gelegenheit habe ihm *Kowaljow* jedoch knapp erklärt: Er wisse über die Gespräche Bescheid. Er selbst, *Kampelman*, habe den Sowjets zu Beginn gesagt, sie selbst sollten entscheiden, welche Personen sie als humanitäre Geste freiließen. *Kondraschow* sei dann auf *Schtscharanskij*⁶ zu sprechen gekommen, mit dem Bemerken, daß sich der amerikanische Präsident für ihn interessiere. *Kondraschow* habe behauptet, man habe den Brief von *Andropow* an *Marchais*⁷ besonders sorgfältig formuliert, um zu signalisieren, daß *Schtscharanskij* einen Begnadigungsantrag stellen müsse. *Kondraschow* habe zu ver-

³ Vgl. dazu den spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; Dok. 181.

⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁵ Zu den Kontakten zwischen dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, *Kampelman*, und dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, *Kondraschow*, über die Lösung humanitärer Härtefälle in der UdSSR vgl. Dok. 172.

⁶ Zum Fall des sowjetischen Dissidenten *Schtscharanskij* vgl. Dok. 172, Anm. 14.

⁷ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, *Andropow*, an den Generalsekretär der KPF, *Marchais*, vgl. Dok. 55, Anm. 6.

schiedenen Zeitpunkten eine konkrete Antwort auf seine Berichterstattung über die amerikanischen Wünsche in Aussicht gestellt, dann aber immer wieder darauf hingewiesen, daß er noch keine Mitteilung habe. Dann sei er schließlich mit einer Liste von Namen gekommen. Darauf habe auch Schtscharanskij gestanden, zu dem allerdings gesagt worden sei, daß seine Freilassung rechtlich erst im Februar 1984 möglich sei. Auf Kampelmans Hinweis, daß nach sowjetischem Recht die Begnadigung schon im September 1983 möglich sei, da die Berechnung mit dem Zeitpunkt der Inhaftierung beginne, habe Kondraschow die Berechtigung dieses Hinweises anerkannt und erklärt, er werde dies erneut prüfen lassen. Inzwischen sei das Gnadengesuch der Mutter Schtscharanskij⁸ vom Obersten Sowjet unter Hinweis auf die Schwere seines Verbrechens abgelehnt worden. Die Mutter bemühe sich jetzt, ihren Sohn zu einem eigenen Gnadengesuch zu veranlassen, das auch AM Shultz sowie Sacharow empfohlen hätten. Die Mutter Schtscharanskij fürchte jedoch, daß die Behörden ihr den Kontakt mit ihrem Sohn nicht gestatteten.

In den Textfragen seien sich Kampelman und Kondraschow in dieser Woche einig gewesen, daß man bis nächsten Freitag (8. Juli) fertig werden könne und zu diesem Zweck die Arbeiten über das Wochenende 2./3. Juli fortsetzen sollte. Am Freitag (1.7.) vormittag habe Kondraschow ihm (Kampelman) jedoch neue negative Mitteilungen zu den humanitären Gesten gemacht:

Zum Fall Rudenko⁹ habe Kondraschow gesagt: Moskau sei mit der Freilassung einverstanden, die ukrainischen Behörden seien jedoch dagegen, und Moskau wolle nicht gegen sie entscheiden. Ida Nudel¹⁰ könne nicht ausreisen. Bei Schtscharanskij habe man „Probleme“. Kampelman habe ihn darauf hingewiesen, daß er früher behauptet habe, seine Liste sei von der höchsten Autorität seines Landes gebilligt worden. Auf dieser Grundlage habe er, Kampelman, den Präsidenten und seinen Außenminister unterrichtet. Hier gehe es jetzt nicht nur um Madrid, sondern um die ganze Integrität der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Mit diesem Verhalten könnten die Sowjets die bisher schwerste Krise im Verhältnis zu Präsident Reagan erzeugen. Er werde unter diesen Umständen empfehlen, ein Schlußdokument in Madrid nicht zu unterzeichnen. Kondraschow habe geantwortet: Er habe nicht geglaubt, daß die Sache für die amerikanische Seite so ernst sei. Er werde sofort nach Moskau berichten. Eine Antwort werde aber ein paar Tage dauern. Kampelman habe ihm darauf erklärt: Er sei bereit, noch am Wochenende aus Bonn nach Madrid zurückzukeh-

⁸ Ida Milgrom.

⁹ Mykola Danilowitsch Rudenko, Gründungsmitglied der Ukrainischen Helsinki-Gruppe, wurde am 1. Juli 1977 zu sieben Jahren Arbeitslager strengen Vollzugs und fünf Jahren Verbannung nach Sibirien verurteilt. Vgl. dazu DOKUMENTY MCHG, S. 215–217 und S. 228–230. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 2. Juli 1983 mit, daß die Botschaft zum Fall Rudenko „über keine Informationen“ verfüge: „Auch Rückfrage bei Innenreferenten hiesiger amerikanischer Botschaft – selbstverständlich ohne Nennung des Anlasses – ergab keinerlei Aufschlüsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2946; Referat 213, Bd. 139296.

¹⁰ Ida Nudel wurde am 21. Juni 1978 wegen „Hooliganismus“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu vier Jahren Verbannung verurteilt. Vgl. dazu DOKUMENTY MCHG, S. 305. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 15. September 1982, daß nach Informationen der niederländischen Botschaft Nudel nach ihrer Entlassung im März 1982 keine Erlaubnis erhalten habe, „wieder in Moskau zu leben. Diese Anordnung gelte bis mindestens Juli 1983.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3955; Referat 213, Bd. 139294.

ren und die Textarbeiten fortzusetzen, wenn Kondraschow ihm am Samstagabend telefonisch bestätigen könne, daß er eine positive Antwort aus Moskau habe. Wenn aber die Antwort tatsächlich einige Tage dauere, werde er von Bonn nach Washington zurückkehren und erst wieder nach Madrid kommen, wenn ihm mitgeteilt würde, daß Kondraschow eine Antwort aus Moskau habe.¹¹

BM sprach in seiner Erwiderung Dank für die gute Zusammenarbeit aus, die uns zu dem heutigen positiven Stand in Madrid gebracht habe. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die neutralen und nichtgebundenen Staaten, wie schon in Helsinki¹² und Belgrad¹³, so auch jetzt in Madrid, in der Schlußrunde über das Abschlußdokument auf der westlichen Seite zu halten. Für uns haben nie Zweifel bestanden, daß die Sowjets schließlich auf den spanischen Vorschlag im Sinne einer Verhandlungsbereitschaft darüber eingehen würden. Dies sei jetzt beim Warschauer-Pakt-Gipfel¹⁴ beschlossen worden. In diesem Falle dürften auch die sonst streng auf Moskauer Linie liegenden anderen Warschauer-Pakt-Staaten einen Einfluß zugunsten einer Flexibilität in Madrid ausgeübt haben. Auch er glaube, daß die gestrige sowjetische Erklärung in Madrid sowjetisches Abschlußinteresse signalisiere.¹⁵ Hinsichtlich des Treffens über menschliche Kontakte sei wichtig, daß es stattfinde und daß dies öffentlich bekanntgegeben werde. Wo die Abrede darüber stehe, sei zweitrangig. Hier müsse Substanz vor Form gehen, solange die Verbindlichkeit sicher sei, was der Fall sei. Hinsichtlich des Termins für eine KAE sei wichtig, daß sie 1983 beginne. Wenn aufgrund des spanischen Vorschlags die Vorbereitungskonferenz 1983 beginne, seien wir einverstanden. Wir würden dann publizistisch dafür sorgen, daß die Parallelität mit dem möglichen Beginn der INF-Stationierung ins öffentliche Bewußtsein trete. Die Hauptkonferenz könne dann Anfang 1984 beginnen. Wenn die Sowjets jedoch noch einmal den Termin der Hauptkonferenz aufnehmen soll-

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze, z. Z. Madrid, berichtete am 1. Juli 1983, daß der Leiter der spanischen KSZE-Delegation, Pan de Soraluce, ihm mitgeteilt habe, er habe mit dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kondraschow, „ein Gespräch wegen der Einleitung der Schlußverhandlungen führen müssen. Dabei habe er fallenlassen, daß Kampelman Probleme wegen einer nicht eingehaltenen Zusage im Bereich der ‚performance‘ habe. K[ondraschow] sei auf die Bemerkung eingegangen: Er könne Kampelmans Reaktion nicht verstehen. Er habe Kampelman nur im Fall Schtscharanskij eine negative Auskunft erteilen müssen. In diesem Fall habe er aber von vornherein nur eine Bemühenszusage gemacht. Der Fall sei besonders schwierig. Alle anderen Fälle, die zwischen ihm und Kampelman erörtert worden seien, seien bzw. würden gelöst.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 766; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Nach dem Abschluß der vom 18. September 1973 bis 21. Juli 1975 in Genf stattfindenden zweiten Phase der KSZE (Kommissionsphase) fand in Helsinki vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

¹³ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 88.

¹⁴ Zum Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten am 28. Juni 1983 in Moskau vgl. Dok. 195, Anm. 25.

¹⁵ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 1. Juli 1983, daß der Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kowaljow, in der Plenarsitzung am selben Tag erklärt habe: „Die SU habe sich zunächst bereit erklärt, das Dokument RM 39 rev. in seiner vorliegenden Form anzunehmen. Danach habe jedoch E als Gastland einen Kompromißvorschlag zum umgehenden Abschluß des Treffens unterbreitet. Die SU-Delegation sei bereit, innerhalb des Rahmens dieser spanischen Initiative gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um gegenseitig annehmbare Möglichkeiten zu finden.“ Kastl fuhr fort: „Diesen Kernsatz seiner Erklärung wiederholte Kowaljow. Die SU-Delegation gehe davon aus, daß auch alle anderen Teilnehmerstaaten zur Übernahme der gleichen Verantwortung bereit seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 765; Referat 212, Bd. 133422.

ten, dann sollte eine Einigung in Madrid nicht an der Terminfrage scheitern. Wenn die Sowjets wüßten, daß wir in der Terminfrage flexibel seien, würden sie diese gar nicht zum Casus machen.

BM betonte, daß der Westen jetzt nicht den Eindruck erwecken dürfe, daß er einen Abschluß unmöglich mache, nachdem die Sowjets gestern in Madrid Bewegung gezeigt hätten. Er frage sich, was sich hinter den unglaublichen sowjetischen Hinweisen verberge, daß die Behörden in Moskau die ukrainischen Behörden nicht korrigieren wollten und daß eine Antwort an Kampelman mehrere Tage brauchen würde. Die Frage sei, ob die Sowjets aus dieser Sache eine „Karotte“ für uns beim bevorstehenden Moskau-Besuch machen wollten. BM erwähnte, daß uns erst nach der letzten Politbürositzung in Moskau mitgeteilt worden sei, daß der Termin mit Schtscherbizkij, auf den wir für den Fall eines Besuchs des BK in Kiew Wert gelegt hätten, zustande komme.¹⁶ Wir würden sehen, ob man uns in Moskau in dieser Sache auch an die ukrainischen Behörden verweisen werde.

BM erklärte sich bereit, daß wir diese Angelegenheit bei den Gesprächen in Moskau aufgreifen würden.¹⁷ *Kampelman* betonte, daß dies eine große Hilfe sein werde. *BM* schlug vor, daß wir die Angelegenheit in der Sowjetunion wie folgt ansprechen: Die Frage der humanitären Gesten spiele bei den Vereinigten Staaten für den Abschluß in Madrid eine besonders wichtige Rolle. Die USA verknüpften damit Erwartungen, die sie nicht ohne Grund hätten. Uns sei bekannt, daß dies auch für den Präsidenten persönlich eine wichtige Frage sei. In Moskau müsse man beachten, daß dies für den Präsidenten eine Angelegenheit sei, die auch für die Glaubwürdigkeit des Umgangs miteinander wichtig sei.

Kampelman und der ihn begleitende Deputy Assistant Secretary *Dobbins* fanden diese Präsentation sehr gut. *Kampelman* erwähnte, BK habe ihm gesagt, er werde sich für Sacharow einsetzen.¹⁸

BM betonte: Wir dürften uns bei allem nicht in die Lage bringen, daß die Konferenz in Madrid allein von dieser Frage abhängt. Das hielten die anderen Teilnehmer und auch die Allianz nicht aus.

BM wies darauf hin, daß die Sowjets in ihrer Behandlung des KSZE-Prozesses eine zusammenhängende Strategie verfolgten. Sie wollten signalisieren, daß das Leben nach der Stationierung der amerikanischen Raketen in Europa, die sie erwarteten, weitergehe. Dies sei auch für uns von Bedeutung. Die Sowjets hätten sich mit der SS-20-Rüstung in eine gefährliche Ecke manövriert. Sie sei

¹⁶ Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich seines Besuchs in der UdSSR vom 4. bis 7. Juli 1983 am 6./7. Juli 1983 in die Ukraine auf und führte u. a. ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP der Ukraine, Schtscherbizkij. Themen waren Fragen der Rüstungskontrolle, die wirtschaftliche Situation der Ukraine und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁷ Bundesminister Genscher schnitt die Frage humanitärer „Gesten“ durch die UdSSR am 5. Juli 1983 gegenüber dem sowjetischen Außenminister Gromyko an. Vgl. dazu Dok. 202. Er kam darauf im Gespräch mit Gromyko am 6. Juli 1983 während der Fahrt zum Flughafen zurück. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom selben Tag; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ Der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, *Kampelman*, nahm am 30. Juni 1983 am Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, *Nitze*, teil. Vgl. dazu Dok. 193.

einer der schwersten politischen Fehler der Sowjetunion seit dem Krieg gewesen. Umgekehrt habe für uns eine Gefahr der Entspannungspolitik darin bestanden, daß im Westen ein falsches Sicherheitsgefühl hätte Platz greifen können, das zu einem Nachlassen der Verteidigungsanstrengungen geführt hätte. Dann hätte am Ende der Entspannung eine sowjetische militärische Überlegenheit gestanden. Deshalb hätten wir während des Entspannungsprozesses Wert darauf gelegt, die militärischen Ausgaben nicht zu vermindern, sondern zu steigern. Die USA habe in der gleichen Zeit in ihren Verteidigungsanstrengungen nachgelassen. Dies habe ein falsches Signal gesetzt. Wir hätten die Administration Carter wegen des Verzichts auf den B1-Bomber¹⁹ ohne Gegenleistung kritisiert. BM schilderte seine Mission in Washington, mit der er erreicht habe, daß nach der Entscheidung Präsident Carters über die Neutronenwaffe wenigstens die Option auf die künftige Produktion offengehalten worden sei.²⁰ BM betonte, daß es wichtig sei, den KSZE-Prozeß weiterzuführen, aber zusammen mit einer kristallklaren Haltung in der Frage der Mittelstreckenraketen. Er hätte niemals so gedrängt, die Fortführung der Konferenz in Madrid sicherzustellen, wenn er den geringsten Zweifel an unserer Haltung in der Raketenfrage gehabt hätte. Wenn wir in der Öffentlichkeit nur von den Raketen redeten, dann würden wir als Leute erscheinen, die nur in Kategorien von Raketen dächten. Umgekehrt: Wenn wir nur von Madrid sprächen, würden wir den Eindruck erwecken, daß wir unsere Sicherheit vernachlässigten. Deswegen sei beides so wichtig.

Kampelman betonte, daß ein Schlußdokument von Madrid die erste Vereinbarung sei, die Präsident Reagan mit der Sowjetunion abschließen würde und die nach Afghanistan²¹ abgeschlossen würde.

Abschließend wurden die Daten eines möglichen Abschlußtreffens in Madrid auf Ministerebene besprochen.

BM stimmte Botschafter Kastl zu, daß ein Abschluß so früh wie möglich gefunden werden sollte. Die westliche Seite solle dabei keine Datenprobleme schaffen. Er selbst wäre bereit, auch seinen Urlaub im August zu unterbrechen. Die europäischen Außenminister würden sicher nach Madrid kommen, selbst in den Sommerferien. BM stimmte *Kampelman* zu, daß es wichtig sei, daß die westlichen Außenminister durch ihre Anwesenheit der Bedeutung von Madrid die richtige Interpretation geben. Die westlichen Außenminister sollten selbst dann nach Madrid kommen, wenn die WP-Außenminister nicht kämen. BM meinte jedoch, daß diese kommen würden, wenn auch die westlichen Außenminister kämen. BM hielt es für wahrscheinlich, daß Gromyko kommen werde,

¹⁹ Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1“ mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

²⁰ Nach der Unterrichtung der Bundesregierung am 30./31. März 1978 über die Entscheidung des Präsidenten Carter, den Bau einer Neutronenwaffe zu verschieben, reiste Bundesminister Genscher am 4. April 1978 zu Gesprächen mit der amerikanischen Regierung nach Washington. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 92–97.

Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

²¹ Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

wenn auch seine Datenvorgaben (12.–15. Juli oder die ersten zehn September-Tage) sicher ernstgemeint seien, da er in der Zwischenzeit Urlaub habe.²²

Zum Abschluß wurden die sowjetischen Schwierigkeiten bei den „humanitären Gesten“ noch einmal aufgenommen, wobei *Kampelman* bemerkte: Kondraschow habe angedeutet, daß die Probleme mit Gromyko zusammenhingen.

VS-Bd. 14119 (010)

197

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

3. Juli 1983

Unter Verschuß

Betr.: Gespräch BM mit Emissär, Pater O.¹ und Prälat H.² am 2.7.1983 um
16.30 Uhr in Pech

Der Emissär überbrachte Grüße; ein Besuch von BM sei im jetzigen Zeitpunkt als zu riskant angesehen worden³, man habe sich aber über das Interesse gefreut.

BM wies darauf hin, daß uns für die bevorstehenden Gespräche in Moskau⁴, mit den Zehn am 8.7.⁵ und in Washington am 11.7.⁶ sowie für die von uns zu treffenden Entscheidungen das Urteil der Kirche wichtig sei.

Emissär wies darauf hin, daß seine Mitteilungen in der generellen Linie die Auffassung des Papstes⁷ wiedergeben, mit dem er noch am Vortage gegessen habe, sowie im Detail die Einschätzungen von Kardinal Macharski (Krakau) so-

²² Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

¹ Alojzy Orszulik.

² Josef Heinrich Homeyer.

³ Staatssekretär Lautenschlager unterrichtete am 30. Juni 1983 Bundesminister Genscher darüber, daß der polnische Botschafter Olechowski ihm „das besondere Interesse seiner Regierung an der Wiederaufnahme politischer Kontakte“ mitgeteilt habe: „Dies gelte insbesondere für führende polnische politische Persönlichkeiten, mit denen Sie auch nach Verhängung des Kriegsrechts Kontakte gehabt hätten (z. B. Rakowski und Czyrek).“ Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁵ Am 8. Juli 1983 fand in Brüssel eine vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vereinbarte Sondertagung des EG-Ministerrats zur Vorbereitung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7/1983, S. 92.

⁶ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 10./11. Juli 1983 in den USA vgl. Dok. 210–212 und Dok. 214.

⁷ Johannes Paul II.

wie der Kardinäle Silvestrini (bei dem alle Informationen aufliefen) und – in allgemeinerer Form – Kardinal Casaroli.

Pater O. berichtete, daß in einer Sitzung der Gemeinsamen Kommission (Staat–Kirche) nach dem Papstbesuch⁸ die weitere Entwicklung besprochen worden sei. Der Staat sei durch die Generäle Milewski (in Vertretung von Barcikowski) und Straszewski, die Kirche durch den Bischof Dombrowski und ihn vertreten gewesen. Auf die Frage der Kirche, ob am 22.7. eine Aufhebung des Kriegsrechts und eine allgemeine Amnestie sowie eine Einstellung der politischen Prozesse gegen die Gruppe Fünf (KOR⁹) und die Gruppe Sieben (Solidarität) zu erwarten sei (die Einstellung der Prozesse habe der Primas¹⁰ schon früher Jaruzelski besonders nahegelegt, da sie die Versöhnung verhinderten, insbesondere da die für die Krise wirklich Schuldigen nicht vor Gericht gestellt würden), hätten die Regierungsvertreter geantwortet: Sie dächten über eine Aufhebung des Kriegsrechts¹¹ nach. Danach könnten dann die Konsequenzen, u. a. in Form einer Amnestie, gezogen werden. Sie hätten nicht gesagt, wie breit diese sein werden. Sie hätten gebeten, nicht zu insistieren, und hätten betont, daß sie den Wunsch zu diesen Schritten hätten, wenn die Umstände sie ermöglichten. Sie hätten gefragt, was die Kirche zu tun bereit sei in bezug auf den Untergrund und ob die Kirche Verantwortung übernehmen wolle für alles, was künftig passieren könne. Sie hätten sich zu Gesprächen bereit erklärt. Sie hätten auch betont, daß sie Reformen und eine Demokratisierung wünschten, daß sie aber die Mitarbeit der Kirche brauchten.

Der Emissär erklärte zu den vorab übermittelten Fragen folgendes:

- 1) Jaruzelski habe in den beiden Gesprächen mit dem Papst¹² keinerlei verbindliche Ankündigungen für die weitere Entwicklung in Polen gemacht.
- 2) Die Zurückhaltung der Demonstranten während des Papstbesuches gehe auf den mäßigenden Einfluß der Kirche zurück. Solidarität habe sich daran gehalten. Auf der anderen Seite hätten sich nach dem Eindruck von Kardinal Macharski auch die Sicherheitskräfte zurückgehalten, um negative Folgen von Zwischenfällen für Jaruzelski zu vermeiden; sie hätten sich offenbar nach den Interessen von Jaruzelski verhalten. Ob diese Zurückhaltung nach dem Papst-Besuch anhalte, sei nicht abzusehen. Als Folge des Besuches sei die Glaubensstärke und das nationale Bewußtsein der Bevölkerung gewachsen (so Casaroli). Gegen-

⁸ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. auch Dok. 216.

⁹ Komitet Obrony Robotników.

¹⁰ Józef Glemp.

¹¹ Referat 214 vermerkte am 25. Juli 1983: „Am 22.7. wurden das Kriegsrecht und damit spezielle Attribute des ‚Kriegszustandes‘ wie Sondergerichtsbarkeit, Militarisierung der Betriebe etc. aufgehoben; der Militärrat wurde aufgelöst, eine Teilamnestie erlassen (eine Art ‚Entlassung auf Bewährung‘ für alle Personen, soweit sie unter Kriegsrechtsdekret vom 12.12.1981 mit Gefängnisstrafen unter drei Jahren verurteilt wurden). Der ‚harte Kern‘ von K[omite]t O[brony] R[obotników], K[onfederacja] P[olski] N[iepodległej] und ‚Solidarität‘ (ca. 14 Personen) sieht Gerichtsverfahren entgegen. Gleichzeitig beschloß der Sejm eine Reihe von Maßnahmen, die teils auf den 31.12.1985 befristet, teils als Dauerregelungen gegen einen erneuten Zusammenbruch der staatlichen Ordnung konzipiert sind, ohne den Charakter einer umfassenden Notstandsregelung zu haben.“ Damit befinde sich Polen erneut „in einem Zwischenstadium, der ‚Nachkriegszeit‘.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133030. Für den Wortlaut des Beschlusses des polnischen Parlaments vom 21. Juli 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 153–155.

¹² Papst Johannes Paul II. und Ministerpräsident Jaruzelski trafen am 17. Juni in Warschau und am 22. Juni 1983 in Krakau zusammen.

über Sommer 1980 stünden die sozialen Probleme weniger im Vordergrund. Die schlimmen Erfahrungen hätten die Menschen zu mehr Geduld und Gehorsam gebracht (so Macharski).

3) Der Emissär fuhr unter Berufung auf Kardinal Macharski fort:

Nach dem Papst-Besuch werde die Mehrheit der Bevölkerung nicht zum Konflikt mit der Regierung neigen, der Episkopat auch nicht. Ob kleinere Minderheiten dazu neigten, sei schwer vorauszusagen. Allerdings sei Voraussetzung, daß die Behörden nicht provozierten. Wenn einschneidende Maßnahmen ergriffen würden, könne es schon zu heftigen Reaktionen kommen. Was Jaruzelski anginge, so scheine er weiterhin keinen wirklichen Dialog anzustreben. Vielmehr bemühe er sich nur um Gespräche mit kleineren Gruppen – als Alibi –, um behaupten zu können, daß ein Dialog stattfinde. Die Kirche dagegen wolle sich um die Stimmung des gesamten Volkes kümmern. Einer der Gründe für das zweite Gespräch des Papstes mit Jaruzelski sei das Interesse des Papstes gewesen, festzustellen, was Jaruzelski unter Dialog wirklich verstehe. Das Ergebnis sei nicht befriedigend gewesen. Für die Kirche ergebe sich die Gefahr, daß die Regierung sie als verlängerten Arm zur Zähmung des Volkes benutzen wolle. Damit wolle die Regierung Volk und Kirche auseinanderdividieren. Zu dieser Funktion als Ordnungsmacht werde sich die Kirche nicht hergeben.

Emissär, Pater O. und Prälat H. betonten, daß die Affäre Levi¹³ in bezug auf Wałęsa die „dumme Tat eines Einzelnen“, nicht die Strategie der Kirche sei. Auf die Frage von BM, ob Levi der Bauchredner von irgend jemandem sei, meinte der Emissär allerdings: Das sei die große Frage.

Pater O. meinte: Die polnischen Arbeiter dächten weiter an eine neue Gewerkschaft. Die offiziellen Gewerkschaften des Regimes seien weiterhin isoliert. Jedoch wachse als eigene Kraft die Selbstverwaltung in den Betrieben. Die Arbeiter kämpften hier klug um eigenen Einfluß und hätten teilweise Erfolg, z. B. in den beiden größten Warschauer Betrieben: der FSO¹⁴-Autofabrik und der Eishütte. In den Betrieben, in denen die Direktion kooperativ sei, finde man schnell eine Verständigung mit den Arbeitern. Wo jedoch die Direktion von den Parteifunktionären beherrscht sei, sei es schwierig. Die Parteifunktionäre bemühten sich, ihren alten Platz in den Fabriken zurückzuerobern. Die Gefahr von Streikausbrüchen bestehe gegenwärtig noch nicht.

¹³ In der Presse wurde berichtet, daß der geschäftsführende Chefredakteur der vom Heiligen Stuhl herausgegebenen Tageszeitung „Osservatore Romano“, Levi, am 24. Juni 1983 die Tatsache, daß Papst Johannes Paul II. den Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, erst nach einem zweiten Gespräch mit Ministerpräsident Jaruzelski am 23. Juni 1983 in Krakau empfangen habe, zum Anlaß für einen Leitartikel mit dem Titel „Ehre dem Opfer“ genommen habe: „Unter dieser Überschrift verabschiedete er den Revolutionär Wałęsa. In seinem Leitartikel – der gemeinhin mindestens die Meinung des Kardinalstaatssekretärs wiedergibt, wenn nicht gar die des Papstes – befand Levi zum Thema Wałęsa: ‚Wir können sagen, er hat seine Schlacht verloren.‘ Im höheren Interesse der Allgemeinheit sei es gelegentlich auch nötig, unbequeme Leute zu opfern.“ Vgl. den Artikel „Schock nach Glück“, DER SPIEGEL, Nr. 27 vom 4. Juli 1983, S. 87 f. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 28. Juni 1983, der Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, Silvestrini, habe ihm versichert, daß der Artikel von Levi „allein aus dessen persönlicher Feder geflossen sei und weder vom Heiligen Stuhl inspiriert wurde noch dessen Ansichten wiedergebe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 81; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Fabryka Samochodów Osobowych.

Pater O. betonte, daß die Kirche keine kirchliche Gewerkschaft zu gründen wünsche. Man habe dies im Januar beraten, aber abgelehnt: Solange die Notwendigkeit bestehe, die führende Rolle der Partei anzuerkennen, seien die Voraussetzungen für christliche Gewerkschaften nicht gegeben. Ab 1. Januar 1984 seien nach dem neuen Gewerkschaftsgesetz¹⁵ an sich mehrere Gewerkschaften pro Betrieb (Pluralität) zulässig. Aber in der Regierung spreche man bereits über eine Änderung des Gesetzes. Der Regierungssprecher habe erklärt, die Meinung der Partei sei gegen Gewerkschaftspluralität, das Gesetz sei jedoch gültig. Pater O. meinte mit Nachdruck, man solle die Regierung ermuntern, das Gesetz in diesem Punkte zur Ausführung kommen zu lassen, und warnen, daß eine Änderung des Gesetzes, das ursprünglich noch mit der Solidarität ausgehandelt worden sei, das Regime das letzte Vertrauen kosten werde.

4) Zur Institutionalisierung des Verhältnisses Staat/Kirche und Staat/Vatikan führte Pater O. aus: Vor dem Papstbesuch habe Barcikowski in der Sitzung der Gemeinsamen Kommission (Kirche–Staat) erklärt, daß bei gutem Verlauf des Papst-Besuches eine allgemeine Amnestie möglich sei und vertiefte Kontakte mit dem Vatikan entwickelt würden. Jetzt sage die Regierung: Sie habe für das Verhältnis zum Vatikan Vorschläge gemacht und warte auf die Antwort aus Rom. Dabei handle es sich um die Vorschläge von Außenminister Olszowski vom Januar. Der polnische Episkopat sei gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Polens zum Vatikan ohne ein Dokument von hohem Rang (nicht nur ein Protokoll), das auch die Beziehungen Staat–Kirche regele. Ein Gesetzesprojekt über diese Beziehungen, durch die ein Modus vivendi herbeigeführt werden solle, sei fast fertig. Dabei würden der Kirche – auch den gläubigen Laien – wichtige Rechte eingeräumt. Dieses Gesetz müsse jetzt noch durch das Parlament und werde wohl höchstens mit wenigen Änderungen angenommen werden. Diesem Gesetz könne man dann noch einige Bestimmungen über die Beziehungen Polens zum Vatikan hinzufügen.

Auf unsere Fragen zu den Schlußfolgerungen der Kirche für die westliche Polenpolitik nach dem Papst-Besuch führte der Emissär aus: Die polnische Regierung habe mit der Durchführung des Papst-Besuches großen Mut gezeigt. Die Akzeptierung der Reise sei für einen Ostblock-Staat ein großer Schritt. Eine schrittweise Auflockerung der westlichen Haltung gegenüber Polen, nicht ein Dammbbruch, sei jetzt genau das Richtige. Man müßte dabei, dies habe Kardinal Macharski betont, die Mentalität der polnischen Politiker sehen, die Minderwertigkeitskomplexe hätten. Wenn jetzt vom Westen lauthals Bedingungen geäußert würden, werde die polnische Regierung nicht mitspielen. Deshalb habe es auch eine so heftige Reaktion auf die Erklärungen der Vereinigten Staaten gegeben. Man sollte deshalb nicht mit jedem westlichen Schritt neue Bedingungen für den nächsten Schritt bekanntmachen. Vielmehr sollte man in kleinen Schritten jeweils die polnische Reaktion testen und dann den nächsten Schritt machen. Zu unserer Frage: „Ist unsere Einschätzung richtig, daß der Westen jetzt einen ersten Schritt auf Jaruzelski zugehen solle, aber weiteres Entgegenkommen von polnischer Entwicklung abhängig machen sollte?“ habe Kardinal Macharski „nachdrücklich“ unterstrichen: Dies sei genau das Richtige. Diese Auffassung, betonte der Emissär, gebe auch die Meinung seines „ober-

¹⁵ Zum Gesetz vom 8. Oktober 1982 über die Gewerkschaften in Polen vgl. Dok. 3, Anm. 40.

sten Dienstherrn“ wieder. Es gehe um kleine Schritte und ein Abtasten, wann der jeweils nächste Schritt möglich sei. So könne man auch „politisch etwas auf die Beine stellen“.

Zum kirchlichen Landwirtschaftsprojekt meinte der Emissär: Jaruzelski habe inzwischen zugestimmt.¹⁶ Dies könne man für heute „endgültig“ nennen, ob es aber mit Sicherheit morgen noch gelte, könne niemand voraussagen.

BM bedankte sich für die Mitteilungen, die für uns sehr wichtig seien. Er erwäge, einen Vertreter der polnischen Führung zu einem Besuch in Bonn zu ermuntern, um ihm unsere Einschätzung des Papstbesuches und unsere Erwartungen an die nächsten polnischen Schritte mitzuteilen. Dies müsse evtl. schon in den nächsten Tagen geschehen, damit die polnische Regierung vor dem 22. Juli, dem Stichtag für etwaige polnische Maßnahmen, Zeit zum Nachdenken habe. Er denke unter den ihm bekannten polnischen Politikern – Jaruzelski, Olszowski (die er beide ausschließe), Czyrek und Rakowski – am ehesten an Czyrek, mit dem er in Moskau bei den Beerdigungsfeierlichkeiten für Breschnew ein gutes Gespräch gehabt habe.¹⁷ Unter den Schritten, an die man auf westlicher Seite denken könne, komme als wichtige Maßnahme die Aufnahme der Umschuldungsverhandlungen¹⁸ in Betracht. Hier sehe er auch Bewegungsmöglichkeiten der USA. Er wolle am 11.7. in Washington mit Shultz, den er über die Moskau-Reise unterrichten werde, auch über Polen sprechen und dabei westliche Schritte bezüglich der Umschuldung, des IWF-Beitritts Polens¹⁹ und des Landwirtschaftsprojekts der polnischen Kirche erörtern. In der Tat dächten wir nicht an einen Dammbruch, aber an ein schrittweises Vorgehen, wobei jeder

¹⁶ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 104, Anm. 16.

Gesandter Graf von Brühl, Warschau, teilte am 7. Juni 1983 mit: „Wie Wirtschaftsreferent heute vom Prälaten Orszulik erfuhr, hat General Jaruzelski wider alles Erwarten in dem gestrigen Gespräch mit Kardinal Glemp grünes Licht für das Landwirtschaftsprojekt gegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 766; VS-Bd. 13412 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Zum weiteren Vorgehen legte Referat 411 am 23. Juni 1983 dar, daß das Hilfsprogramm über eine unabhängige Stiftung polnischen Rechts abgewickelt werden solle. Realisiert werden sollten zunächst fünf Pilotprojekte, um die Zusammenarbeit zwischen den kleinen Betrieben zu fördern und „neue Strukturen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Privatbauern“ zu schaffen. Vgl. Referat 421, Bd. 141267.

¹⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der PVAP, Czyrek am 14. November 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 304.

¹⁸ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 104, Anm. 13.

Am 6. Juli 1983 unterrichtete der Direktor der Dresdner Bank AG, von Othegraven, Vortragenden Legationsrat Jansen darüber, daß die Verhandlungen zwischen den betroffenen Banken und der polnischen Regierung in Zürich über die Umschuldung der 1983 fälligen Bankkredite vor dem Abschluß stünden: „Aus meiner Sicht wäre es nur zu begrüßen, wenn der Dialog und konkrete Umschuldungsgespräche zwischen den westlichen Regierungen und der polnischen Seite in Gang kämen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

¹⁹ Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 49, Anm. 49.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Braunmühl legte am 23. Juni 1983 dar, nach Auskunft des IWF ruhe das Beitrittsverfahren weiterhin, „vor allem wegen der negativen Haltung der USA“. Während allerdings noch im Frühjahr 1983 „Polen selbst nicht initiativ in Richtung auf eine Wiederaufnahme der Kontakte mit dem IWF gewesen“ sei, deute sich inzwischen eine Wendung an: Presseberichten zufolge erhoffe Polen sich eine Unterstützung namentlich der Bundesregierung für seine Beitrittsbemühungen. Braunmühl plädierte dafür, die Unterstützung dieses polnischen Wunsches zu einer der Fragen zu machen, „mit denen die Zehn die amerikanische Regierung von der Notwendigkeit einer Öffnung der Polen-Politik der Verbündeten zu überzeugen suchen“. Vgl. Referat 214, Bd. 133053.

Schritt eine Antwort finden solle, ohne daß dabei Erklärungen abgegeben würden.

BM wies darauf hin, daß ein möglicher erfolgreicher Abschluß des KSZE-Treffens in Madrid noch im Juli einen idealen Rahmen für Bewegung in Polen abgeben könne, da die polnische Führung dann so tun könne, als seien Auflockerschritte die Folge von Madrid, nicht die des Papst-Besuchs.

Pater O. äußerte sich skeptisch zu allen von BM erwähnten polnischen Führungspersönlichkeiten. Auch bei Czyrek habe man den Eindruck, daß er spiele, und wisse nicht, ob er loyal sei. Olszowski solle man in dieser Sache jedenfalls ausschließen; das würden einem auch die polnischen Militärs sagen. Pater O. meinte, daß sich vielleicht ein Gespräch mit dem neuen polnischen Botschafter Olechowski lohne. Der Emissär wies darauf hin, Kardinal Macharski habe gesagt, daß es für die Erörterung kleiner Schritte auch in der gegenwärtigen polnischen Führungsmannschaft Leute gebe. BM meinte: Er werde evtl. mit dem polnischen Botschafter sprechen und die Frage mit ihm aufnehmen. Es wäre jedoch wichtig, mit einem Abgesandten aus Warschau zu sprechen, der das persönliche Vertrauen von Jaruzelski habe und dessen Auffassung wiedergebe, ohne eine eigene politische Rolle spielen zu wollen. Erläuterungen dieser Art seien ihm für seine Gespräche in Washington wichtig.²⁰

Pater O. äußerte sich kritisch über die amerikanische Politik gegenüber Polen, die bei den Menschen in Polen wenig Verständnis finde. Man frage sich manchmal, ob man Objekt eines Spiels von USA und Sowjets sei. Reagan habe kürzlich aus einem an ihn gerichteten Brief zitiert, daß Polen wie ein Konzentrationslager sei.²¹ Es sei völlig unverständlich, wie der Präsident so etwas habe sagen können.

BM betonte abschließend: Die Mitteilungen und Einschätzungen seiner kirchlichen Besucher hätten uns in unserem Urteil bestätigt. Wir wollen durch das, was wir in bezug auf Polen täten, die Lage des polnischen Volkes nicht erschweren, sondern erleichtern. Dabei gehe es nicht nur um die Frage der Interessen unseres Landes, wie dies üblicherweise bei der Formulierung der Außenpolitik der Fall sei. Polen sei eine besondere Kategorie; hier gehe es um unsere innere Einstellung zu diesem Land. Die Ratschläge der polnischen Kirche und des polnischen Papstes würden auch weiterhin für unser politisches Verhalten wichtig

²⁰ Am 4. Juli 1983 teilte Staatssekretär von Staden dem polnischen Botschafter Olechowski mit: „Der Bundesaußenminister würde es [...] begrüßen, wenn er Gelegenheit hätte, sich im persönlichen Gespräch mit einem Vertreter der polnischen Führung über deren Urteil und Intentionen persönlich zu informieren. Es frage sich deshalb, ob ein Mitglied der polnischen Führung zu einem solchen ganz informellen und unprotokollarischen Gespräch nach Bonn kommen könne. Wegen des sehr informellen Charakters eines solchen Gesprächs sehe der Bundesaußenminister davon ab, eine Einladung an seinen polnischen Kollegen auszusprechen, denn dies würde den Charakter des Besuchs unvermeidbar verändern. Die Entscheidung darüber, ob sie die Gelegenheit eines solchen Gesprächs wahrnehmen wolle und wer dafür in Betracht käme, läge natürlich bei der polnischen Führung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 574 von Staden vom selben Tag an Bundesminister Genscher, z. Z. Moskau; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Ein Treffen zwischen Bundesminister Genscher und einem Vertreter der polnischen Regierung kam nicht zustande.

²¹ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 23. Juni 1983 in Chicago; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 906.

sein. Die kirchlichen Besucher könnten von vollkommener Diskretion in dieser Sache ausgehen.

Pater O. knüpfte an eine abschließende Bemerkung von BM über den bevorstehenden Moskau-Besuch an und erwähnte, daß ein polnischer Sicherheitsoffizier, der für den Papst-Besuch verantwortlich gewesen sei und Jaruzelski auch jetzt nach Moskau²² begleitet habe, mitgeteilt habe: Auch die Sowjetunion sei mit dem Verlauf des Papst-Besuches in Polen zufrieden, vor allem deshalb, weil der Papst seine Akzente ganz auf Polen und nicht auf die kommunistischen Nachbarländer ausgedehnt habe. Darauf habe sich auch die besondere Sorge des polnischen Regimes bezogen.

Braunmühl

VS-Bd. 14114 (010)

198

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 4. Juli 1983¹

Fernschreiben Nr. 77 Ortez

Zur Sondertagung des Europäischen Parlaments zum Abschluß der deutschen EG-Präsidentschaft, 29./30. Juni in Straßburg

1) Mit zweitägiger Sondertagung des EP am 29./30. Juni ging das Halbjahr des deutschen Vorsitzes in der EG zu Ende. EP hatte Sondertagung einberufen, um Berichte von Bundeskanzler² und Kommissionspräsident³ über den ER von Stuttgart⁴ und Bilanzrede des Bundesministers⁵ über das Halbjahr der deutschen Präsidentschaft zu hören und zu debattieren. Es anerkannte mit dieser ungewöhnlichen Geste auch die gute Zusammenarbeit zwischen EP und deutscher Präsidentschaft:

- Zu keiner Zeit vor uns hat Ratsvorsitz stärker an den Arbeiten des EP teilgenommen.

²² Ministerpräsident Jaruzelski hielt sich am 28. Juni 1983 anläßlich des Treffens der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau auf.

¹ Durchdruck.

² Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl vom 30. Juni 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 669–673.

³ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, am 29. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 428–432.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

⁵ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 29. Juni 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 674–679.

- BM hatte sich in der deutsch-italienischen Initiative „Europäische Akte“⁶ besonders für Ausbau der Stellung des EP eingesetzt.
- BK hatte EP schon im Februar besucht⁷ und zwei Tage vor dem Stuttgarter ER den EP-Präsidenten Dankert empfangen⁸.

2) BM, der unmittelbar von Teilnahme an AM-Treffen mit ASEAN in Bangkok⁹ nach Straßburg kam, zog in seiner Bilanzrede die wichtigen Stationen der deutschen Präsidentschaft nach: Einigung über die Gemeinsame Fischereipolitik¹⁰, Verabschiedung des Nachtragshaushalts 1983 mit der Entlastung für GB¹¹, Europäischer Rat in Brüssel mit gleichzeitiger Wechselkursanpassung im EWS¹², die Erhöhung des „Neuen Kreditinstruments“ auf 3 Mrd. ECU¹³, Gemeinschaftsanleihe für F von 4 Mrd. ECU¹⁴, die Beitrittsverhandlungen¹⁵, die Agrarpreisbeschlüsse¹⁶, den Wirtschaftsgipfel von Williamsburg¹⁷, die Reform des Europäischen Sozialfonds¹⁸, die Resultate im Binnenmarkt, Umweltschutz¹⁹ und Stahlpolitik²⁰, die Schwerpunkte der EPZ sowie die Ergebnisse des Stuttgarter ER, insbesondere die Unterzeichnung der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union²¹.

Stärkste Beachtung fand folgende Aussage:

„Die Zukunft der Gemeinschaft wird davon abhängen, ob von den Möglichkeiten

⁶ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union („Genscher-Colombo-Initiative“) vgl. Dok. 80.

⁷ Bundeskanzler Kohl nahm am 10. Februar 1983 an der Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg teil. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1983, S. 179 f.

⁸ Bundeskanzler Kohl sprach am 15. Juni 1983 mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Dankert. Themen waren die politische Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften, ihre Finanzierung, einschließlich eines Ausgleichs für Großbritannien, die EG-Regionalpolitik und die Süd-erweiterung. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178879.

⁹ Zum Treffen der ASEAN-Mitgliedstaaten mit Vertretern Australiens, der Europäischen Gemeinschaften, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA am 27./28. Juni 1983 vgl. Dok. 194.

¹⁰ Zur Einigung des EG-Ministerrats vom 25. Januar 1983 über eine Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik vgl. Dok. 9, Anm. 21.

¹¹ Zum Beschluß des Europäischen Rats auf seiner Tagung vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

Die EG-Kommission legte am 1. Juli 1983 den Vorentwurf eines zweiten Nachtragshaushalts für 1983 vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1983, 7/1983, S. 113.

¹² Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März 1983 vgl. Dok. 74. Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.

¹³ Der EG-Ministerrat auf der Ebene der für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Minister einigte sich am 18. April 1983 in einer Konzertierung mit Vertretern des Europäischen Parlaments auf eine Erhöhung der Mittel des Neuen Gemeinschaftsinstruments (NGI III), die es der EG-Kommission künftig ermöglichte, Anleihen zur Investitionsförderung aufzunehmen. Der EG-Ministerrat billigte diesen Beschluß einen Tag später. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1983, S. 21.

¹⁴ Zum Darlehen der Europäischen Gemeinschaften für Frankreich vgl. Dok. 148, Anm. 24.

¹⁵ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 126, Anm. 21, und Dok. 176, Anm. 30.

¹⁶ Zur Einigung über die Agrarpreise für 1983/84 auf der EG-Ratstagung am 16./17. Mai 1983 in Brüssel vgl. Dok. 145, Anm. 24.

¹⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁸ Zur Neuausrichtung des Europäischen Sozialfonds vgl. Dok. 185, Anm. 12.

¹⁹ Zu den Maßnahmen der EG-Mitgliedstaaten zum Schutz der Umwelt vgl. Dok. 185, Anm. 14.

²⁰ Zur Regelung der Produktionsquoten und zum Umstrukturierungsprogramm für die europäische Stahlindustrie vgl. Dok. 185, Anm. 13.

²¹ Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427.

zur Fortentwicklung der Feierlichen Erklärung Gebrauch gemacht wird. Sie wird davon abhängen, daß die einschränkenden Vorbehalte²² fallen. Sie wird davon abhängen, daß wir zu Mehrheitsentscheidungen im Rahmen der Verträge kommen. In einem künftigen Europa der Zwölf müßte ein Festhalten bestimmter Mitgliedstaaten an dem sog. Luxemburger Dissens²³ zur Selbstblockade der Gemeinschaft führen. Kraftanstrengungen wie in Stuttgart sind nicht beliebig wiederholbar. Problemstaus, wie wir sie jetzt zu bewältigen haben, sind auf die Dauer für die Gemeinschaft unerträglich. Man kann nicht zur gleichen Zeit Mitglied der Gemeinschaft und Bremse an ihrer Fortentwicklung sein.“

3) Bundeskanzler ging in seinem ER-Bericht weit über die Beschlüsse des Stuttgarter Gipfels hinaus und legte die Grundzüge der deutschen Europapolitik dar. Im Hinblick auf die zweite Direktwahl 1984²⁴ forderte er eine Europapolitik, die vor dem Votum der Wähler bestehen könne. Die wirtschaftlichen Engpässe dürften nicht den politischen Horizont in Europa verstellen, vielmehr verlangten gerade sie europäische Lösungen. Im Vorfeld seiner SU-Reise (4. bis 8. Juli)²⁵ erklärte er, die Europäische Gemeinschaft sei Träger unserer Friedens- und Entspannungspolitik, aber auch unserer Hoffnungen in der deutschen Frage. (Beide Reden im Bulletin Nr. 73 vom 2.7.)

4) Die vierstündige Aussprache²⁶ zeigte eine klare Trennlinie zwischen der Mitte-Rechts-Mehrheit, die unsere Präsidentschaftsbilanz positiv würdigte, und der linken Minderheit, die sie als unbefriedigend kritisierte. Unsere Zusammenarbeit mit dem EP wurde jedoch von fast allen Sprechern als vorbildlich gewürdigt. Die Feierliche Deklaration (deutsch-italienische Initiative) fand im EP stärkere Beachtung als in den Medien. Die Reaktion auf das Verhandlungsergebnis des Stuttgarter Gipfels blieb dagegen verhalten. Es ist deutlich, daß das EP eine Erschöpfung der Gemeinschaftsmittel befürchtet, bevor die Ergebnisse der in Stuttgart eingeleiteten umfassenden Verhandlung in Kraft treten. Das EP bedauerte daher, daß die Erhöhung der Eigeneinnahmen der EG nicht schon in Stuttgart verbindlich beschlossen wurde. Ferner besteht es darauf, die Ausgleichszahlung für 1983 an GB in die Gesamtregelung des künftigen Finanzierungssystems einzubeziehen. Eine entsprechende Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen.²⁷

5) Zusatz für die Vertretungen: Über 40 deutsche Auslandsvertretungen haben im ersten Halbjahr als Präsidentschaft Delegationen des Europäischen Parlaments empfangen und betreut. Viele Abgeordnete aller Fraktionen haben die ihnen dabei gewährte Hilfe als vorbildlich bezeichnet, besonders die von kleineren Vertretungen in tropischen Ländern.

²² Zu den Vorbehalten von fünf EG-Mitgliedstaaten zur Feierlichen Deklaration des Europäischen Rats vom 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

²³ Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 111, Anm. 51.

²⁴ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. bzw. 17. Juni 1984 statt.

²⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²⁶ Für die Aussprache des Europäischen Parlaments am 30. Juni 1983 in Straßburg vgl. VERHANDLUNGEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 1983/84, Nr. 1-301, S. 21–53.

²⁷ Für den Wortlaut der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 30. Juni 1983 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 205 vom 1. August 1983, S. 13.

Vgl. auch Infofunk-Meldungen Nr. 1148d/1-2-3 und 1154e/1-2-3-4 vom 30.6.83 sowie 2008d/1 vom 1.7.83.

Steinkühler²⁸

Referat 012, Bd. 124453

199

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2966

Citissime

Aufgabe: 5. Juli 1983, 08.27 Uhr¹

Ankunft: 5. Juli 1983, 07.13 Uhr

Betr.: Besuch BK/BM in der SU²;

hier: Delegationsgespräch 4.7.1983, 16.00 Uhr

Zur Unterrichtung

I. 1) Den Auftakt des politischen Dialogs mit der sowjetischen Führung bildete am 4.7.1983 ein ca. eineinhalbstündiges Gespräch der beiden Delegationen, geleitet von BK und MP Tichonow, im Katharinensaal des Kreml. Auf SU-Seite anwesend: Gromyko, Ustinow, Kostandow, ferner Semjonow, Samjatin, Tscherwow, Bondarenko.

Das Delegationsgespräch bestand im Austausch von Statements mit thematischen Schwerpunkten bilateraler Beziehungen (2/3) und INF (1/3). Es verlief in sachlicher und offener Atmosphäre. Beide Seiten waren bestrebt, Grundpositionen prägnant zu verdeutlichen und damit Rahmen für weitere Gespräche zu ziehen, und zugleich bemüht, langfristige Perspektiven für Fortentwicklung der Beziehungen aufzuzeigen. Dabei klangen von sowjetischer Seite entschiedene, aber auch werbende Töne an.

2) Die relative Kürze des Delegationsgesprächs und der Verzicht auf unmittelbar folgende Erörterungen der beiderseitigen Erklärungen haben Vorbild in früheren höchstrangigen Begegnungen und waren im konkreten Fall auch bedingt

²⁸ Paraphe vom 4. Juli 1983.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 5. Juli 1983 vorgelegen, der Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich um Rücksprache bat. Vgl. Anm. 3 und 15.

Hat Pfeffer am 8. Juli 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „T[ermin]: Fr[eitag], 8.7. vormittags auf Abruf.“ Ferner vermerkte er für Ministerialdirigent Schauer und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl: „Möglichst viel in Sprechzettel einfließen lassen.“

Hat Schauer am 8. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrat I. Klasse Wrede vermerkte: „Bitte bei Gesprächszetteln berücks[ichtigen].“

Hat Wrede vorgelegen.

² Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 200 und Dok. 202–205.

durch die Tatsache, daß MP Tichonow nicht der „geborene“ Sprecher der Führung in Fragen der Deutschland-, Rüstungskontroll- und Außenpolitik allgemein ist. Er hat mit seinem Eingangsstatement den thematischen Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen die politische Akzentsetzung dem Gespräch mit GS Andropow vorbehalten ist.

II. 1) MP Tichonow trug ein etwa 40minütiges vorbereitetes Statement vor. Es präsentierte bekannte sowjetische Positionen zum bilateralen Verhältnis und zur Mittelstreckenproblematik ohne Umschweife, in geläufigen Argumentationslinien und in insgesamt gemäßigtem Duktus. Es enthielt keine Überraschungen: Weder eine auf die Genfer Verhandlungen gezielte Initiative noch neue Drohungen oder konkrete Angebote.

2) Stichwort-Übersicht

2.1) SU führt Außenpolitik nicht im Zeichen der Weltrevolution, betreibt keinen Revolutionsexport. Stattdessen friedlicher Wettbewerb der Systeme. Zeit entscheidet, welches das bessere.

2.2) SU zielt nicht auf Abkopplung der Bundesrepublik Deutschland von USA – SU steht ihrerseits zu Freunden und Verbündeten.³

2.3) Moskauer Vertrag⁴ Ausdruck langfristiger bilateraler Interessen. SU steht zu ihm wie zu allem Positiven, das in Entspannungszeit erreicht. In letzter Zeit Anlaß zur Sorge, weil Stimmen aus der Bundesrepublik Deutschland territorial-politische Realitäten anzweifeln.⁵

2.4) Perspektive: Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen – große politische Bedeutung. In nächsten Jahren Großprojekte, an denen nicht nur große, sondern auch kleinere und mittlere Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland sich beteiligen können.⁶

Bilateral Handel verträgt keine diskriminierenden Maßnahmen. SU liefert Bundesrepublik Deutschland Waren (genannt Erdöl, Erdgas⁷, Edelmetalle), die nach westlichen Kriterien strategisch sind. Erwartung, daß Bundesrepublik Deutschland „sachliche Haltung“ einnimmt.

³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer: „Hierüber müssen wir sprechen.“

⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

⁵ Vgl. dazu die Äußerungen des Bundesministers Zimmermann vom 29. Januar 1983; Dok. 91, Anm. 12, und Dok. 104, Anm. 19.

Am 17. Juni 1983 fand in Hannover das Deutschlandtreffen der Schlesier statt. In der Presse wurde berichtet, daß der Vizepräsident des Bundestags, Stücklen, in einer Rede „Schlesien ausdrücklich in die Wiedervereinigungsproblematik“ einbezogen habe. Vgl. den Artikel „Schlesien bekräftigen Heimatrecht“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 20. Juni 1983, S. 6.

Vom 20. bis 23. Mai 1983 fand in Wien der Sudetendeutsche Tag statt. In der Presse hieß es: „Der Sprecher der Sudetendeutschen, der bayerische Staatssekretär Franz Neubauer, formulierte die These, was den Palästinensern recht sei, müsse auch den Sudetendeutschen billig sein: Nämlich die Anerkennung ihres Heimat- und Selbstbestimmungsrechts.“ Vgl. den Artikel „Wien: Bekenntnis zu den Sudetendeutschen“; DIE WELT vom 24. Mai 1983, S. 8.

⁶ Gesander Huber, Moskau, übermittelte am 17. Juni 1983 eine Liste mit laufenden bzw. schon vertraglich vorbereiteten und in Aussichten genommenen Großprojekten in der UdSSR. Der Schwerpunkt für eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik liege dabei im Anlagenbau. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2648; Referat 421, Bd. 141298.

⁷ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

2.5) Möglichkeit, Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über Rechtshilfe sowie Vereinbarung Kulturprogramm unter Berücksichtigung des „vierseitigen Abkommens über West-Berlin“⁸ wieder aufzunehmen (hierbei keine SU-Positionsänderung erkennbar).⁹

2.6) Ausreiseanträge von Sowjetbürgern deutscher Nationalität werden nach sowjetischen Gesetzen wohlwollend geprüft. Mehrheit der Ausreisewilligen allerdings bereits in der Bundesrepublik Deutschland.¹⁰

2.7) Geplante Dislozierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen – „Erstschlagwaffen“ – bewirkt radikale Änderung der strategischen Sicherheitslage der SU. USA verhandeln in Genf nicht einigungsorientiert (darüber hinaus keine weitere Polemik gegen USA).

SU-Mittelstreckenwaffen sind nur gegen bereits existente NATO-Mittel gerichtet. Sie bedrohen niemand und werden nicht zu politischem Druck ausgenutzt. Für derartige Behauptungen des Westens gibt es keine Beispiele.

SU wird Verletzung des Gleichgewichts in Europa nicht hinnehmen und – zusammen mit Verbündeten – Gegenmaßnahmen in bezug auf Stationierungsländer ergreifen, so gegen Bundesrepublik Deutschland und gegen USA selbst. Dies aber nicht Präferenz der SU – Wiederholung des SU-Vorschlags „vollständige Entnuklearisierung Europas“¹¹.

2.8) Plädoyer für Gewaltverzichtsvertrag gemäß Prager WP-Vorschlag¹², auf den Westen Antwort noch schuldig ist.

2.9) Madrider KSZE-Folge treffen erfolgreichem Abschluß nahe. SU hat Maximum an Konzessionsbereitschaft bewiesen. Delegationen beider Länder haben in wichtigen Fragen „gemeinsame Sprache“ gefunden.

2.10) Zu MBFR Hinweis auf jüngste östliche Vorschläge¹³, auf die gleichfalls westliche Antwort aussteht.

2.11) Beziehungen Bundesrepublik Deutschland–DDR mitentscheidend für Klima in Europa. SU für Normalisierung dieser Beziehungen auf Grundlage der allgemein gültigen Normen des Völkerrechts und der abgeschlossenen Verträge.

⁸ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

⁹ Zum Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen vgl. Dok. 141, Anm. 18.

Beide Seiten verhandelten seit 1973 auch über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973. Ungeklärt war vor allem die Beteiligung von Institutionen und Organisationen mit Sitz in Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 248, und AAPD 1978, II, Dok. 371.

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl resümierte am 21. Juli 1983: „Angesichts der sehr intensiven Überlegungen, die über viele Jahre hinweg auf eine mögliche Lösung beim wissenschaftlich-technischen Abkommen verwandt wurden, wird es kaum möglich sein, hier einen Ansatz zu entwickeln, der nicht bereits mit der sowjetischen Seite behandelt worden wäre.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133262.

¹⁰ Zur Entwicklung der Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 19.

¹¹ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten auf ihrer Tagung am 7. April 1983 in Prag; Dok. 91, besonders Anm. 3.

¹² Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen vgl. Dok. 40 und Dok. 91, besonders Anm. 3.

¹³ Zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 23. Juni 1983 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 191, Anm. 14.

Hier „neue Akzente“ der Bundesregierung – die aber nicht neu sind, weil schon früher versucht wurde, Souveränität und Unabhängigkeit der DDR zu ignorieren.

2.12) Zu „West-Berlin“: SU für „ruhige Entwicklung in dieser Region“. Voraussetzung strikte Einhaltung aller Bestimmungen des „vierseitigen Abkommens“.

III. 1) Der BK erwiderte in etwa 35minütiger freier Rede. Er ging auf alle von Tichonow angesprochenen Punkte ein und verdeutlichte zu ihnen unsere Grundsatzzpositionen. Mit starkem Engagement betonte er – auch als Realität in Nachkriegseuropa – den Willen der deutschen Nation zur Einheit, die existentielle Wichtigkeit unseres Verhältnisses zur SU und die Kontinuität der Politik der von ihm geführten Bundesregierung (Hinweis: DDR-Kredit¹⁴).

Zu INF bekräftigte der BK Unterstützung beider Teile des Doppelbeschlusses und der amerikanischen Verhandlungsposition in Genf. Er appellierte an die SU, sich in Genf zu bewegen. BK äußerte feste Überzeugung, daß Präsident Reagan einen entscheidenden Schritt tun wolle, er sei zu Treffen mit GS Andropow bereit.

2) Stichwort-Übersicht

2.1) Persönliche Kriegs- und Nachkriegserfahrungen – erster BK der Nachkriegsgeneration. Historische Grundlagen der Beziehungen. Für uns an Nahtstelle zwischen Ost und West Verhältnis zur SU als größtem osteuropäischem Nachbarn Entscheidung wichtig.

2.2) Grundlage der Beziehungen: Klarheit, Ehrlichkeit, Berechenbarkeit, Zuverlässigkeit. Deshalb uneingeschränktes Bekenntnis zu NATO und EG, aber auch zu Dialog und Ausgleich mit SU. Kontinuität unserer Politik.

¹⁴ Im Frühjahr 1983 führten der bayerische Ministerpräsident Strauß und der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, vertrauliche Gespräche über die Vergabe eines Bankenkredits, für den die Bundesregierung eine Bürgschaft übernehmen sollte. Die Gespräche endeten am 5. Juni 1983 mit der Einigung über einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM. In einem Schreiben an Strauß erklärte sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, im Gegenzug zu humanitären Erleichterungen bereit. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 470–475; KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 175–183; SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284–303.

Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, unterrichtete das Kabinett am 29. Juni 1983, daß sich die DDR „vor einigen Wochen“ an die Bundesregierung mit der Bitte um Vermittlung eines Finanzkredits in Höhe von 1 Mrd. DM gewandt und hierfür Sicherheiten angeboten habe: „Dabei sei wichtig, daß es sich nicht nur um einen wirtschaftlichen, sondern um einen politischen Vorgang handle, der im Gesamtzusammenhang der Beziehungen zu sehen sei. Die DDR habe erkennen lassen, daß auch sie diesen Zusammenhang sehe. Der Bundeskanzler habe dann ein Bankenkonsortium unter Führung der Bayerischen Landesbank mit den notwendigen Verhandlungen beauftragt. Diese Verhandlungen seien nunmehr abgeschlossen. Der Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM solle in zwei Tranchen von je 500 Mio. DM in angemessenem zeitlichen Abstand zu marktüblichen Konditionen abgewickelt werden. Die Bundesregierung solle für den Kredit eine Bürgschaft übernehmen. Ein finanzielles Risiko bestehe nicht; von Bedeutung sei jedoch das politische Risiko. Hier müsse aber Vertrauen gegen Vertrauen gesetzt werden. Er empfehle daher, dem Kredit und der Bürgschaft zuzustimmen. [...] Der Bundeskanzler verdeutlicht dabei, daß es sich zwar um eine sehr schwierige politische Entscheidung handle, die aber im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik gesehen und als Botschaft für die Menschen im anderen Teil Deutschlands verstanden werden müsse. Im übrigen stehe hinter der Entscheidung der gemeinsame politische Wille aller Parteiführungen. [...] Das Kabinett stimmt zu“. Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll vom 22. Juli 1983; VS-Bd. 13348 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

2.3) Positive Würdigung der bilateralen Beziehungen in Wirtschaft, Sport, Kultur. Würde begrüßen, wenn sich bei Verträgen, die seit Jahren nicht zum Abschluß gekommen sind, jetzt etwas bewegen ließe.

2.4) Europäische Realität nicht nur Nachkriegsentwicklung, die zur Teilung Deutschlands geführt hat, sondern auch fortbestehender Wille der deutschen Nation zur Einheit. Wir sind Realisten – vor der Geschichte langer Atem nötig. Wir haben Lektionen aus der Geschichte gelernt: Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik, kein Revanchismus, kein Krieg von deutschem Boden aus. Rechts-extremisten „medizinisches Problem“.

2.5) Beziehungen Bundesrepublik Deutschland–DDR „nicht normal“. Bundesregierung bestrebt, zur Normalisierung beizutragen. Gerade hier Kontinuität sichtbar: Kreditentscheidung. Unser Ziel: Zueinanderkommen der Menschen erleichtern.

2.6) Humanitäre Frage ganz wichtiger Punkt unserer Beziehungen zur SU. Mit stark zurückgegangenen Ausreisezahlen können wir uns aus Solidarität und Schicksalsgemeinschaft nicht abfinden. (BK ließ anklingen, daß er auf diesem Thema zurückkommen werde.)

2.7) Deutsch-sowjetische Beziehungen entschieden geprägt von internationaler Lage. Wir Teil der Allianz und Teil Europas. Wir nicht Dolmetscher zwischen SU und USA, haben aber gewissen Einfluß, den wir zum Ausgleich nutzen.¹⁵ Beispiele Williamsburg¹⁶ und Madrid.

2.8) Wir elementar an positivem Ergebnis in Genf interessiert. Einigung in diesem Jahr noch möglich – dies setzt voraus, daß beide Seiten sich bewegen. USA dazu bereit. Gipfel Reagan–Andropow nicht nur von uns, sondern von allen europäischen Staats- und Regierungschefs befürwortet.

Unser Ziel: stabiles Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau, mit möglichst wenig Waffen.

2.9) Dialog in kritischer Zeit besonders wichtig. Deshalb Fortsetzung auf höchster, auf jeder Ebene.

2.10) Bundesregierung verfügt über breite Mehrheit in allen Gruppen der Bevölkerung, getragen von Parteien, die ideologisch nahe Partner sind. Deshalb „Rücken frei“ zum Gespräch mit der SU.

Hoffnung auf langfristige Verbesserung der bilateralen Beziehungen und auf Einigung in den internationalen Fragen.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 212, Bd. 133485

¹⁵ Der Passus „haben aber ... Ausgleich nutzen“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer: „Ein ganz wichtiger Argumentationspunkt, den wir nutzen müssen. Unsere Eigenrolle innerhalb Allianz u[nd] EG muß erkennbar sein!“

Zu diesem Vermerk notierte Pfeffer handschriftlich: „Dialog auch wichtig, um den Meinungsaustausch mit unseren w[estlichen] Partnern um so informierter führen zu können.“

¹⁶ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

200

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in Moskau

Geheim

5. Juli 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Andropow am 5. Juli 1983, 11.30–13.00 Uhr, im Kreml²

Anwesend: Alexandrow, außenpolitischer Berater; Kurpakow, Dolmetscher; MD Horst Teltschik; Weiß, Dolmetscher.

GS *Andropow* bat einleitend um Verständnis, daß er aus gesundheitlichen Gründen am Vortrag nicht an den Gesprächen teilnehmen konnte.³ Er wolle sich dafür entschuldigen. Es wäre sein „inniger Wunsch“ gewesen, dabeisein zu können. Er freue sich, daß er in dem Wunsch des persönlichen Kennenlernens gegenseitiges Einvernehmen feststellen könne.

Es schloß sich eine kurze Unterhaltung über die jeweiligen Urlaubspläne an. GS *Andropow* wird seinen Urlaub am 1. September antreten. Der Bundeskanzler habe in dieser Frage einen klaren Vorteil, weil er seinen Urlaub früher antreten könne.

Nachdem die Presse das Gesprächszimmer verlassen hatte, verlas GS *Andropow* sein Statement:

Er freue sich über diese Begegnung und den persönlichen Kontakt. Es habe zwar schon einen Erfahrungsaustausch aus der Ferne gegeben⁴, dennoch bleibe der

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 7. Juli 1983 gefertigt und am selben Tag Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers“ übermittelt.

Hat Ploetz am 7. Juli 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher führten vom 4. bis 6. Juli 1983 Gespräche in Moskau. Am 7. Juli 1983 hielt sich Kohl zu Gesprächen mit Ministerpräsident Ljaschko und dem Ersten Sekretär des ZK der Ukrainischen Kommunistischen Partei, Schtscherbickij, in Kiew auf. Vgl. dazu Dok. 199 und Dok. 202–205. Vgl. dazu auch KOHL, *Erinnerungen 1982–1990*, S. 148–150.

³ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 4. Juli 1983 mit, der sowjetische Außenminister Gromyko habe ihn über folgendes informiert: „1) Jurij Wladimirowitsch Andropow werde heute – 4.7.83 – am Programm nicht teilnehmen können, er sei nicht gesund. Morgen werde er am Programm teilnehmen, dies stehe fest. Für heute bleibe es, wie geplant, bei einer Plenarsitzung, wobei auf sowjetischer Seite MP Tichonow den Vorsitz führe. Tichonow werde auch an dem offiziellen Essen, das wie geplant stattfinde, als Gastgeber auftreten und die Rede halten. Alle anderen Programmpunkte blieben unverändert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2949; Referat 213, Bd. 139312.

⁴ Mit Schreiben vom 17. Juni 1983 an Bundeskanzler Kohl nahm der Generalsekretär des ZK der KPdSU Stellung zu den INF-Verhandlungen in Genf. Andropow führte u. a. aus, daß die UdSSR für ein Abkommen sei; würden die USA jedoch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa aufnehmen, „so werden wir Gegenmaßnahmen treffen müssen – individuell und zusammen mit unseren Verbündeten“. Ein Abkommen sei erreichbar, wenn es auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beruhe. Die UdSSR sehe „das Endergebnis der Verhandlungen darin, daß sowohl bei den Trägern mittlerer Reichweite als auch bei nuklearen Ladungen darauf zwischen der NATO und der UdSSR Gleichheit bestehen sollte, und zwar auf einem Niveau, das bedeutend niedriger sein würde als heute. Dieses Niveau – darunter auch bei Sprengköpfen auf Raketen – würde merklich unter dem von 1976 liegen, als die UdSSR über SS-20 noch gar nicht ver-

persönliche Meinungs austausch wichtig. Er wolle ein vertrauliches Gespräch führen und die Probleme direkt ansprechen, auch wenn es dem Bundeskanzler und auch ihm unangenehm sein könne. Es gebe Dinge, die man nicht verschweigen solle.

MP Tichonow habe am Vortage im Namen der ganzen Regierung das sowjetische Verständnis von den Beziehungen zur Bundesrepublik dargelegt. Die sowjetische Führung messe diesen Beziehungen zur Bundesrepublik vorrangige Bedeutung bei.

Die Beziehungen zwischen beiden Völkern seien in der Geschichte vielfältig gewesen und hätten Großes erbracht. Es habe aber auch düstere Zeiten gegeben. Nach dem Krieg habe es wieder wertvolle Perioden gegeben. Die Zeit nach dem Moskauer Vertrag⁵ sei besonders fruchtbringend gewesen.

Er möchte aber hervorheben, daß sich die Beziehungen auch in Zukunft positiv entwickeln sollten. Dies entspreche dem Interesse beider Länder, dem Interesse Europas und diene dem Frieden.

GS Andropow schlug vor, ohne Umschweife darüber zu sprechen, wie man einer neuen Rüstungsspirale und einem Wettrüsten vorbeugen könne. Die sowjetische Führung habe die Politik der Bundesregierung und der NATO, die Erklärungen von Williamsburg⁶ und der NATO-Konferenzen⁷ sowie die Erklärungen des Bundeskanzlers vor dem Besuch in Moskau aufmerksam verfolgt. Sie hätten keinen Optimismus ausgelöst. Sie erwecken vielmehr den Eindruck, daß zwischen den NATO-Verbündeten bereits alles beschlossen, vorentschieden sei, die Stationierung wie die Konfrontation mit den sozialistischen Staaten. Worüber sollte eigentlich noch miteinander gesprochen werden?

In den Verhandlungen mit den USA habe die Sowjetunion den innigen Wunsch verfolgt, eine einschneidende Reduzierung der Nuklearpotentiale zu erreichen entsprechend dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit. Die Sowjetunion habe alles getan, die Überlegungen der USA zu berücksichtigen und zu einem Ergebnis zu kommen, das die Interessen beider Seiten berücksichtige.

Was aber wollen die Amerikaner? Sie wollen, daß die Sowjetunion ihre Raketen verschrotte, während bei der NATO nichts reduziert werden solle. Der Doppelbeschluß heiße einseitige Abrüstung für die Sowjetunion und gleichzeitig so-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1035

fügte.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 510 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vom 23. Juni 1983 an die Botschaft in Moskau; VS-Bd. 11355 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelte der Botschaft in Moskau am 30. Juni 1983 die Antwort von Kohl. Darin hieß es, daß der amerikanische Vorschlag vom 29. März 1983 einen Rahmen biete und die Zustimmung der NATO-Mitgliedstaaten habe: „Wir muten der Sowjetunion keine Beeinträchtigung ihrer legitimen Sicherheitsinteressen zu. Andererseits kann aber auch nicht von den westlichen Staaten verlangt werden, daß sie ihre eigenen legitimen Sicherheitsinteressen außer acht lassen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 555; VS-Bd. 11355 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.

⁷ Für den Wortlaut der Communiqués über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel und der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 81–92. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 386–397.

wjetisches Einverständnis mit der Aufrüstung der NATO im Mittelstreckenbereich. Eine bedeutende Kraft stellten die französischen und britischen Nuklearpotentiale dar. Sie betragen ein Drittel des gesamten Nuklearpotentials der NATO in Europa, das gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Es könne deshalb für die Sowjetunion nicht außer Betracht bleiben.

In Washington und Bonn werde immer gesagt, die Sowjetunion wolle ihr Monopol sichern. Richtig sei, daß die Amerikaner eine Monopolstellung erreichen und Waffen vor der Haustür der Sowjetunion stationieren wollen. Die Sowjetunion verfüge über kein vergleichbares Potential in der Nähe der USA. Sie wolle nicht mehr als ein Gleichgewicht der Mittelstreckenraketen der Sowjetunion mit den französischen und britischen Systemen.

Es sei eine einzigartige Argumentation, wenn die Bundesregierung behaupte, sie sei wehrlos und könne sich nicht auf die französischen und britischen Arsenale verlassen. Gleichzeitig habe auch die Bundesregierung in Williamsburg eine Erklärung unterschrieben, daß die Sicherheit des Bündnisses unteilbar sei; ebenso hätten Frankreich und Mrs. Thatcher unterschrieben, daß globale Sicherheit gelten müsse. Aber jetzt sage man, daß diese in einer Krise separat handeln würden. Woran solle sich jetzt die Sowjetunion halten?

Es zeige sich ein kurioses Bild: Der Westen wolle maximale Einschränkungen des sowjetischen Potentials erreichen, gleichzeitig erklärten die USA, sie gewährleisten nicht nur die Sicherheit der NATO, sondern müßten auch die Sicherheitsinteressen ihrer Freunde in Asien wahrnehmen. Wahrscheinlich seien damit China und Japan gemeint. Aber das Kräfteverhältnis in Asien sei ein besonderes Problem, das bei anderen Verhandlungen und mit anderen Verhandlungsteilnehmern besprochen werden müsse. Dagegen sollten die auf die Sowjetunion gerichteten Raketen Frankreichs und Großbritanniens nicht in den Gesamtzusammenhang gestellt werden. Sie gehörten angeblich auf eine andere Ebene. In dieser Argumentation des Westens sei für die Sowjetunion keine Logik erkennbar.

Bisher galten die zentralen strategischen Potentiale der USA als Hauptgarant für die Sicherheit der Bundesrepublik. Damit sei die Bundesrepublik keineswegs wehrlos.

Er wisse nicht, ob die Öffentlichkeit beruhigt werden solle oder es dem Selbsttrost diene, wenn gesagt werde, daß die Sowjetunion dann Zugeständnisse machen werde, wenn die Stationierung bereits begonnen habe. Dies sei jedoch ein Irrtum. Wenn stationiert werde, werde die Sowjetunion rechtzeitige und effektive Gegenmaßnahmen einleiten und ihre Prinzipien nicht aufgeben. So werde das Moratorium für die Aufstellung von SS-20⁸ aufgehoben und eine gewisse Menge an Langstrecken-Cruise-Missiles stationiert werden.

⁸ Auf dem XVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR am 16. März 1982 in Moskau kündigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, ein einseitiges Moratorium hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR an. Auch die Ersetzung von SS-4 und SS-5- durch SS-20-Raketen sollte gestoppt werden. Zudem teilte Breschnew die Absicht mit, unter bestimmten Bedingungen eine Reduzierung von Mittelstreckenraketen vorzunehmen. Für den Wortlaut der Rede vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 227–241. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 89 und Dok. 97.

Die Sowjetunion werde die Sicherheit ihrer Verbündeten gewährleisten und auf den vorderen Positionen des Warschauer Pakts und im westlichen Gebiet der Sowjetunion taktische Raketen erhöhter Reichweite installieren. Ferner würden Gegenmaßnahmen bezüglich des Territoriums der USA selbst getroffen.

Die USA handelten nach dem primitiven Prinzip: Je größer der Schaden für die Sowjetunion, desto größer sei der Nutzen für die USA. Am Ende werde es aber mehr Waffen geben und damit eine erhöhte Gefahr.

Die Frage nach der Fortsetzung der Genfer Verhandlungen im Fall der Stationierung der amerikanischen Raketen werde danach keine entscheidende Bedeutung mehr haben. Das strategische Gleichgewicht in Europa werde zerstört sein. Seien die Gegenmaßnahmen erst einmal in Gang gesetzt, werde es immer schwieriger, sie wieder zurückzunehmen.

Er müsse an den Bundeskanzler eine delikate Frage stellen: Welche Motive bewegen die Bundesrepublik, Stationierungspläne zu unterstützen, die auf die lebenswichtigen Zentren der Sowjetunion gerichtet seien?

Diese Pläne seien im Pentagon geboren und von Bundeskanzler Schmidt voreilig gefördert worden. Er scheine dies jedoch bereits zu bereuen.

Für die Sowjetunion seien die Motive der USA sehr verständlich: Sie wollten das nukleare Risiko für sich herabsetzen und deshalb in Europa stationieren. Die USA bereiten einen Erstschatz gegen die Sowjetunion vor und einen „Rückschlag“ auf Europa und wollen dabei selbst Zuschauer bleiben.

Die Stationierung erlaube den USA, die Politik der Bundesrepublik besser zu kontrollieren. Dies hätten sie immer angestrebt. Auch Frankreich sei zu verstehen, das den Vorteil darin sehe, daß die Bundesrepublik die Zielscheibe bilde, hinter der Frankreich nuklear aufrüsten könne. Die innere Logik dieser Überlegungen sei äußerst egoistisch und für den Frieden gefährlich.

Was wolle die Bundesregierung mit der Stationierung gewinnen? Mitteleuropa sei bereits von nuklearen Waffen übersättigt. Die SS-20 stelle nur ein Gegengewicht zu den nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa dar und sei nicht gegen die Bundesrepublik gerichtet.

Im Falle der Stationierung werde die Situation eine ganz andere werden: Die nukleare Gefahr für die Bundesrepublik würde sich um ein Vielfaches erhöhen, und die gegenseitigen Beziehungen würden sich komplizieren.

Die Deutschen in der BRD und DDR müßten sich durch einen dicken Staketenzaun von Raketen ansehen. Dies alles sei schwer begreiflich. Wäre es nicht besser, die Chance zu nutzen und ehrliche Vereinbarungen zu treffen, anstatt aufzurüsten? Abzurüsten sei der bessere Weg. Noch habe die Stationierung nicht begonnen. Noch sei eine Vereinbarung möglich. Noch gebe es „Reserven der Flexibilität“, die Waffensysteme Frankreichs und Großbritanniens könnten jedoch nicht übersehen werden.

Er habe sehr auf die Erklärung des Bundeskanzlers geachtet, daß die Bundesregierung das historisch bedingte Sicherheitsinteresse der Sowjetunion anerkenne.⁹ Es wäre jedoch gut, wenn sich diese Aussage in der praktischen Politik

⁹ Vgl. dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Mai 1983 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 69.

wiederfinden würde. Ebenso bekannt sei der Wunsch der Bundesregierung nach konstruktiven Beziehungen mit der Sowjetunion, wie sie von Adenauer eingeleitet worden seien.¹⁰ Die Sowjetunion schätze durchaus, was Adenauer in den letzten Jahren seiner Regierungszeit begonnen habe. Der Bundeskanzler könnte jedoch auf einer festeren Grundlage aufbauen, auf der Grundlage des Moskauer Vertrages, und die Beziehungen fortentwickeln. Dagegen könnte der Beitrag des Bundeskanzlers zur Geschichte tragisch werden, wenn er es vorziehe, an der Seite der Amerikaner zu gehen. Es sei seine Pflicht, dies alles darzulegen, in völliger Offenheit, aber zugleich mit dem guten Willen zur Zusammenarbeit.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für den offenen und direkten Meinungsaustausch. Er habe sich dies so gewünscht, und es entspreche auch seinen Vorstellungen vom Generalsekretär. Er schloß den Dank für die Einladung und für die Gastfreundschaft an und lud den Generalsekretär zu einem baldigen Gegenbesuch nach Bonn ein. Dort sei er ein gern gesehener Gast.

Generalsekretär *Andropow* bedankte sich für die Einladung.

Der *Bundeskanzler* nahm einleitend Bezug auf die historischen Bindungen zwischen beiden Nationen. Die Deutschen hätten aus ihrer Geschichte gelernt. Der Generalsekretär habe sicherlich einen Bericht über die Gespräche vom Vortage erhalten und wisse, daß er in seiner Tischrede vom Manuskript abgewichen sei und einige persönliche Bemerkungen darüber angefügt habe, was er persönlich unter Frieden verstehe, was Frieden für ihn bedeute und welche Erfahrungen seine Familie in beiden Weltkriegen machen mußte.¹¹

Zur Zeit befinde man sich in einer exzeptionellen Lage. Die Last der geschichtlichen Verantwortung ruhe auf dem Generalsekretär wie auf dem amerikanischen Präsidenten und in bestimmter Weise auch auf ihm als Bundeskanzler. Diese Verantwortung müsse gemeinsam getragen werden; es sei die Verantwortung für die Menschen, die weder von einer Ideologie noch von politischen Gegensätzen aufgehoben werden könne. Es sei die gemeinsame Verantwortung für unsere Kinder und Enkel. Deshalb sei es wichtig, daß man miteinander spreche, in Ruhe und mit aller Offenheit.

Der Bundeskanzler erläuterte im Anschluß seine Vorstellungen von der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Wie bereits MP Tichonow in seiner

Fortsetzung Fußnote von Seite 1038

Kohl wiederholte diese Äußerung am 9. Juni 1983 vor dem Bundestag. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 529.

Auch in seiner Tischrede am 4. Juli 1983 in Moskau bestätigte Kohl das „historisch begründete Sicherheitsinteresse der Sowjetunion“. Vgl. BULLETIN 1983, S. 708.

¹⁰ Im Rahmen des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR vereinbarten beide Seiten am 13. September 1955, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

¹¹ Am Ende seiner Tischrede am 4. Juli 1983 in Moskau fügte Bundeskanzler Kohl hinzu: „Ich habe über Friedenssehnsucht gesprochen. Vor Ihnen steht ein Bundeskanzler, der erste, der in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zur Nachkriegsgeneration gehört. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß ich am Ende des Krieges 15 Jahre alt war. In diesem Krieg ist mein einziger Bruder gefallen. Im Ersten Weltkrieg ist der Bruder meiner Mutter gefallen. Mein ältester Sohn dient jetzt als Soldat der Bundeswehr. Wir sind eine typische deutsche Familie – so wie unser Schicksal in diesem Jahrhundert war. So wie uns gibt es Millionen von Familien in der Sowjetunion, die das gleiche Schicksal teilen, die nächste Familienangehörige verloren haben im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Ich will dies so persönlich sagen, damit Sie alle verstehen: Wenn wir vom Frieden sprechen, meinen wir Frieden, weil wir wissen, was Krieg bedeutet. Ich möchte dies hier in Moskau klar und deutlich zum Ausdruck bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3002 des Gesandten Huber, Moskau, vom 6. Juli 1983; Referat 213, Bd. 139313.

gestrigen Eröffnungserklärung erwähnt habe, sei die Bundesrepublik Deutschland ein Teil der westlichen Welt, Mitglied der Allianz und der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesrepublik und die Sowjetunion trennen zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme. Die Deutschen wünschen, nach ihren Vorstellungen leben zu können, wie die Sowjets das auch für sich wünschen. Das sei ja auch die Grundidee der Schlußerklärung der Helsinki-Konferenz.¹²

GS *Andropow* stimmte dem zu.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Sowjetunion unser wichtigster Nachbar im Osten sei; er sage dies bewußt in dieser Klarheit, weil er wünsche, daß keine Zweifel aufkommen. Dies schließe selbstverständlich gute Beziehungen zu den anderen Warschauer-Pakt-Staaten ein; jedoch könne es keinerlei Art von Dreiecksverhältnis geben.

Er als Bundeskanzler wolle ein verlässlicher Partner sein, gerade auch deshalb, weil beide Seiten unterschiedliche Überzeugungen trennen würden. Er sei in der Lage, gute Abmachungen zu treffen. Er brauche nicht um Mehrheiten zu fürchten und habe auch keinerlei Probleme mit seiner Partei.

Ebenso wolle er ein berechenbarer Partner sein. Von ihm werde immer wieder gesagt, daß er der politische Enkel Adenauers sei. Adenauer habe ihm immer gesagt, daß die Deutschen nach den Erfahrungen der Nazizeit wieder verlässliche und berechenbare Partner sein müßten.

Deshalb sei es für ihn selbstverständlich, daß Verträge eingehalten werden müssen. Dies gelte für den Moskauer Vertrag wie für die Verträge mit Warschau¹³, Prag¹⁴ und der DDR¹⁵. Sie sollten aber nicht nur ein Stück Papier sein, sondern mit Leben erfüllt werden.

Es sei ihm bekannt, daß der Generalsekretär in historischen Dimensionen denke. Zu wenige jedoch würden die Geschichte kennen. Die Beziehungen zwischen beiden Völkern seien in der Geschichte immer fruchtbar gewesen. Ein lebendes Beispiel dafür sei der hier anwesende Mitarbeiter des Generalsekretärs, Alexandrow. (Der Generalsekretär wie Alexandrow nickten erfreut.)

Die Bundesregierung strebe langfristige Beziehungen mit der Sowjetunion an überall dort, wo es dafür Möglichkeiten gebe, in der Wirtschaft, in der Kultur usw.

Zur Zeit bewege uns alle das Thema der Sicherheit in Europa. Der Generalsekretär wisse, daß die Bundeswehr die Sowjetunion niemals angreifen werde. Eines sei ganz sicher: Von deutschem Boden werde kein Krieg ausgehen. Die Deutschen seien keine Selbstmörder, sowenig wie dies der Generalsekretär sei.

¹² Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Der Einsatz nuklearer Waffen bedeute die Apokalypse. Selbst der Einsatz konventioneller Waffen dürfe nicht mehr in Erwägung gezogen werden. Auch von Frankreich und Großbritannien werde kein Krieg ausgehen. Er kenne Mrs. Thatcher und Präsident Mitterrand sehr gut.

Ein Krieg werde auch nicht an irgendwelchen Grenzen Halt machen. Er wohne am Rhein. 300 Meter trennen Deutschland und Frankreich. Dies sei im Raketenzeitalter keine Entfernung mehr. Sicherheit sei heute unteilbar geworden. Er sei deshalb überzeugt, daß es möglich sein werde, auch mit Frankreich und Großbritannien zu einer Übereinstimmung in Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen zu kommen.

Was den Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg¹⁶ betreffe, so habe der Generalsekretär zwei Dinge unerwähnt gelassen, die ihn eigentlich optimistisch stimmen sollten. Es sei kein Handelskrieg mit der Sowjetunion beschlossen, sondern im Gegenteil eine vernünftige Formel für die wirtschaftliche Zusammenarbeit gefunden worden.

Ebenso sei das gemeinsame Interesse an einem Erfolg der Madrider KSZE-Folgekonferenz unterstrichen worden. Er selbst habe sich persönlich dafür eingesetzt. Die USA wie jetzt auch die Sowjetunion hätten sich bewegt. Er hoffe deshalb, daß es in den nächsten 14 Tagen zu einem Ergebnis kommen werde.

Im Januar sollte dann in Stockholm die Konferenz für Abrüstung (KAE) zusammentreten. Dies sei eine Hoffnung, die auch von seinen Freunden und Partnern geteilt werde. Im übrigen wolle er feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland keiner Kontrolle von irgendeiner Seite unterliege. Er sei frei und verfolge nur das Ziel, die richtige Politik zu betreiben.

In den Genfer Verhandlungen reiche die Zeit noch aus, um zu einem Ergebnis zu kommen. Aus vielen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten wisse er, daß die USA in Genf zu einem erfolgreichen Abschluß kommen wollten. Ebenso wisse er, daß sich Präsident Reagan mit Generalsekretär Andropow treffen wolle. Er habe das als Bundeskanzler von Anfang an unterstützt und gefördert. Er halte es für sehr wichtig, daß die zwei wichtigsten Männer miteinander reden. Eine solche Begegnung müßte selbstverständlich gut vorbereitet sein, ohne jede Propaganda, sonst sollte sie lieber nicht stattfinden.

GS Andropow nickte zustimmend.

Der Bundeskanzler bezeichnete den Generalsekretär als Patrioten. Dies gelte auch für Präsident Reagan. Er kenne ihn sehr gut. Er hoffe, den Generalsekretär selbst noch öfter sprechen zu können. Der Generalsekretär sollte aber auch mit Präsident Reagan zusammentreffen. Das Gespräch könne durchaus hart geführt werden. Dies verstehe der amerikanische Präsident. Reagan sei kein Intellektueller, sondern stünde mit beiden Füßen auf der Erde. Sicherlich habe er als Amerikaner auch seine Eigenheiten, aber die hätte er auch.

Zu den Genfer Verhandlungen selbst wolle er sagen: Die Sowjetunion habe ihre Mittelstreckenraketen und Gefechtsköpfe seit 1977 fast verdoppelt. Der Generalsekretär selbst habe im Mai auf die Bedeutung der Gefechtsköpfe hingewiesen.¹⁷

¹⁶ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁷ Zu den Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 3. Mai 1983 in Moskau vgl. Dok. 135, besonders Anm. 11.

Manche seien verwundert gewesen, daß er in seiner Regierungserklärung vom historisch bedingten Sicherheitsinteresse der Sowjetunion gesprochen habe. In diesem Punkt sehe er sich in der Kontinuität zu Konrad Adenauer, der diese geschichtliche Realität immer im Auge gehabt habe.

Der Generalsekretär müsse jedoch auch das Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigen. Wir verfügen über keine Mittelstreckenwaffen. Er wolle nicht über Zahlen sprechen. Die Kenntnisse darüber seien ziemlich gut. Wir seien nicht raketensüchtig. Die beste Lösung wäre, daß weder amerikanische noch sowjetische nukleare Mittelstreckenraketen aufgestellt würden.

Er sei sich jedoch darüber im klaren, daß dies ein Wunschtraum bleibe. Es müsse deshalb eine Zwischenlösung geben. Der Generalsekretär sollte prüfen, ob jetzt nicht die Zeit für eine solche Lösung gekommen sei. Die Bundesregierung werde zu ihren Beschlüssen stehen.

Der Generalsekretär sollte auch bedenken, daß Ende 1984 in den USA Präsidentschaftswahlen stattfinden werden.¹⁸ Er sei sich ziemlich sicher, daß Präsident Reagan wieder kandidieren werde und eine große Chance habe, wiedergewählt zu werden. Dies sei auch die Einschätzung vieler Demokraten. Reagan werde erneut mit Vizepräsident Bush antreten. Wenn Präsident Reagan nicht die volle Legislaturperiode bleibe, werde Bush als Präsident nachfolgen.

Der Bundeskanzler wies den Generalsekretär eindringlich darauf hin, daß mit Präsident Reagan und Vizepräsident Bush Bewegung möglich sei, wenn er sich auch selbst bewege. Niemand wolle den Generalsekretär hereinlegen.

GS *Andropow* fragte dazwischen, es wäre für ihn interessant zu wissen, ob der Bundeskanzler dies alles auch den Amerikanern sage.

Der *Bundeskanzler* bestätigte dies. Es bliebe ihm auch gar nichts anderes übrig, denn gerade die Bundesrepublik sei jetzt in einer besonders schwierigen Lage. Er wolle deshalb noch einmal wiederholen: Niemand im Westen wolle eine hinterhältige Politik gegenüber der Sowjetunion verfolgen.

Wenn es zu keiner Einigung komme, sollte der Generalsekretär wissen, daß in Bonn ein Mann sitze, den man in einer kritischen Situation anrufen könne. Er sei kein kalter Krieger. Außerdem habe seine Stimme schon seines Amtes wegen Gewicht. Dies bedeute jedoch nicht, daß er die Rolle eines Dolmetschers spielen wolle. Der Generalsekretär brauche keinen Dolmetscher. Als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sehe er seine internationale Arbeit vor allem auf Europa bezogen. Die Bundesregierung genieße das Vertrauen Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Italiens. Die Logik unserer westeuropäischen Freunde sei einfach zu verstehen: Sie wissen, daß es die Deutschen sind, die sich im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß der NATO in der schwierigsten Ausgangslage befinden. Sie sagen sich demnach, wenn die Deutschen ihre Interessen gut vertreten, dann seien auch die Interessen der Nachbarn der Bundesrepublik gut vertreten.

¹⁸ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

Im übrigen glaube er nicht daran, daß ein Staketenzaun von Raketen zwischen der DDR und der Bundesrepublik errichtet werde. Er wolle nur daran erinnern, daß er wenige Tage vor seiner Moskau-Reise eine Entscheidung getroffen habe, die viele verwundert habe. Er habe der DDR einen Kredit in der Größenordnung von 1 Milliarde DM eingeräumt.¹⁹ (Andropow gibt mit einem Kopfnicken zu erkennen, daß er über diesen Sachverhalt unterrichtet ist.)

Niemand habe ihm eine solche Entscheidung zugetraut, erklärt der Bundeskanzler. Warum aber habe er das getan? Er sei kein „SED-Fresser“. Für ihn sei die DDR eine Realität. Er könne nicht ausschließen, daß die Teilung Deutschlands seine Generation überdauern werde. Er wolle jetzt nicht mit dem Generalsekretär darüber streiten, was im Augenblick besser sei. Er gehe jetzt von der realen Lage aus, und die sei gefährlich. Er habe deshalb dem Kredit an die DDR zugestimmt, weil er an die Menschen in der DDR ein Signal geben wollte, daß die Bundesregierung nicht daran denke, die Grenze noch unüberwindbarer zu machen.

Er wolle aber den Generalsekretär bitten, die Gesamtlage noch einmal zu überdenken. Es komme jetzt ganz entscheidend auf die Verhandlungen in Genf an. Wenn sich in Genf etwas bewege, könne sich auch bei den Verhandlungen in Wien²⁰ und anderswo neue Bewegung entwickeln. Ihm als Bundeskanzler käme es jetzt vor allem darauf an, daß der Generalsekretär einen Eindruck über sein Denken gewinne.

Nach dieser Eingangserklärung des Bundeskanzlers ergab sich ein kurzer und heiterer Wortwechsel über die Eßgewohnheiten des Bundeskanzlers und des Generalsekretärs. GS *Andropow* erklärte, daß er jetzt nichts essen könne, wenn er aber nach Bonn komme, werde er dort alles essen.

GS *Andropow* erklärte zu den Ausführungen des Bundeskanzlers, daß er nichts Neues in dem erkennen könne, was der Bundeskanzler gesagt habe. Wenn er das Fazit beider Erklärungen ziehe, müsse er feststellen: Beide Seiten blieben bei ihren Positionen. Aber er wolle einen Punkt besonders unterstreichen: Weder der Bundeskanzler noch er seien an einer Verschlechterung der Beziehungen interessiert. Die Stationierung der amerikanischen Raketen in der Bundesrepublik werde aber unvermeidlich zu einer Verschlechterung der Beziehungen führen und den Moskauer Vertrag verwässern, von dem auch der Bundeskanzler so gut gesprochen habe.

Der Bundeskanzler sei ein erfahrener Politiker. Er müsse jedoch feststellen, daß in der Logik der Aussagen des Bundeskanzlers „verwundbare Breschen“ vorhanden seien. Wenn der Bundeskanzler ausführe, daß der Moskauer Vertrag mit Leben erfüllt werden solle, dann stünde dies im Gegensatz zur beabsichtigten Stationierung. Der Moskauer Vertrag habe in den gegenseitigen Beziehungen eine hervorragende Rolle gespielt. Jetzt sollen aber die Grundlagen des Moskauer Vertrages unterminiert werden. Die Aufstellung amerikanischer Raketen werde dem Moskauer Vertrag Schaden zufügen. Dies alles widerspreche der Logik.

¹⁹ Zur Gewährung eines Kredits an die DDR („Milliardenkredit“) vgl. Dok. 199, Anm. 14.

²⁰ Zur 30. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 19. Mai bis 21. Juli 1983 vgl. Dok. 224.

Was eine Begegnung mit Präsident Reagan betreffe, sei er der Meinung, daß man sich treffen müsse. Darüber könne es keine zwei Meinungen geben. Ein solches Zusammentreffen habe aber nur dann einen Sinn, wenn man Vertrauensmaßnahmen besprechen wolle.

Unabhängig davon, ob die Sowjets schlecht oder gut seien, müsse man doch zugeben, daß die sowjetische Regierung eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen vorgeschlagen habe, zum Beispiel den Verzicht auf den Ersteinsatz von nuklearen Waffen.²¹ Das Ziel dieser Vorschläge sei es, die Lage zu entspannen.

Die Amerikaner haben alle diese Vorschläge bisher ignoriert.

Die Warschauer-Pakt-Staaten haben auch ein Gewaltverzichtsabkommen vorgeschlagen²², aber auch dieser Vorschlag sei von der NATO und den Vereinigten Staaten ignoriert worden. Dieser Vorschlag solle aber die Lage nur zum Besseren wenden. Als Antwort hören wir immer, daß unsere Vorschläge nicht ausreichend seien. Dies könne möglich sein, aber die Sowjetunion schöpfe nicht alle Möglichkeiten von vornherein völlig aus.

Aber was hätten bisher die Vereinigten Staaten von Amerika getan? Sie hätten zum Beispiel vorgeschlagen, die Hotline zu vervollkommen.²³ Dies könne man sicherlich machen, aber als besonders entscheidend könne man diese Maßnahme nicht bezeichnen. Die Amerikaner hätten ferner vorgeschlagen, eine direkte telefonische Verbindung zwischen den Verteidigungsministerien einzurichten. Dies sei sicherlich auch ein guter Vorschlag, den man aufgreifen könne. Aber damit hätten sich die amerikanischen Vorschläge schon erschöpft. Dies reiche aber nicht für ein Zusammentreffen mit Präsident Reagan aus. Ein Zusammentreffen, das sich nur auf solche Vorschläge konzentrieren solle, würde nur die Illusion nähren, es habe Ergebnisse gegeben, doch die Wirklichkeit wäre eine andere.

Er selbst sage Ja zu einem Zusammentreffen mit Präsident Reagan, aber dies müsse sehr gut vorbereitet sein. Er habe mit großer Genugtuung gehört, daß die Stimme des Bundeskanzlers in Europa und bei den Amerikanern von Gewicht sei. Der Bundeskanzler solle deshalb den Amerikanern sagen, er sei für einen sowjetisch-amerikanischen Gipfel. Auf einem solchen Gipfel sollte aber nicht über die Einrichtung von Telefonleitungen gesprochen werden, sondern vielmehr über die grundlegenden Fragen. Wenn wir erkennen, daß dies auch die Absicht der Amerikaner sei, werde die Sowjetunion den Vorschlag zu einem Gipfeltreffen aufgreifen und selbst Verhandlungsvorschläge unterbreiten. Er frage sich häufig, wovor man in den Vereinigten Staaten Angst habe. Die Sowjetunion werde die Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesrepublik nie an-

²¹ Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 21. Dezember 1982 in Moskau; ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 21.

In einem „Appell an die Parlamente, die Regierungen, die politischen Parteien und die Völker der Welt“ erklärte die UdSSR am 22. Dezember 1982 erneut, daß sie „nicht als erste zum Einsatz von Kernwaffen greifen“ werde. Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 23. Dezember 1982, S. 1.

²² Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen vgl. Dok. 40 und Dok. 91, besonders Anm. 3.

²³ Vgl. dazu die amerikanischen Vorschläge zur Verhinderung der versehentlichen Auslösung eines Atomkriegs; Dok. 175, Anm. 17.

Zur Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen vgl. Dok. 240.

greifen. Ein Krieg liege ihm am fernsten von allem. Die Rüstung der Sowjetunion sei nur ein Teil der Gegenmaßnahmen gegenüber den Amerikanern. Sie selbst hätten andere Probleme, die sie besser oder schlechter lösen.

Es sei sinnlos, militärische Überlegenheit erreichen zu wollen. Der Bundeskanzler sollte den Amerikanern sagen, wenn sie 500 Raketen aufstellen, werde die Sowjetunion dies auch tun. Die Sowjetunion wolle jedoch keine neuen Raketen aufstellen. Sie habe vielmehr Vorschläge unterbreitet, die eine Reduzierung um das Zweifache enthalten.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß es für die Bundesregierung entscheidend sei, daß keine Seite Überlegenheit anstrebe. Die Bundesregierung habe den Vorschlag des Warschauer Paktes vom 6. Januar über ein Gewaltverzichtsabkommen nicht abgelehnt, sondern eine Reihe von Fragen dazu gestellt.²⁴ Der Gewaltverzicht bleibe der Kern der deutschen Politik. Er sei in wichtigen Verträgen verankert. Er verweise als Beispiel nur auf die UN-Charta²⁵ und auf die Schlußerklärung von Helsinki²⁶. Der Gewaltverzicht sei außerdem die entscheidende Substanz des Moskauer Vertrages, ohne ihn hätte er keinen Sinn. Auch im Artikel 1 des NATO-Vertrages²⁷ sei der Gewaltverzicht verankert. Die Mitglieder der NATO würden diesen Gewaltverzicht bei allen ihren Treffen immer wieder bestätigen.

Was bleibe also das Ziel eines solchen Vorschlages über ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt?

Generalsekretär *Andropow* warf ein, daß er einen Einwand erheben wolle: Wovor hätten eigentlich die Amerikaner Angst, wenn alles so klar geregelt sei, was den Gewaltverzicht betreffe, wie dies gerade der Bundeskanzler ausgeführt habe? Weil es aber diese Angst noch immer gebe, habe die Sowjetunion ein solches Abkommen vorgeschlagen.

Der *Bundeskanzler* fragte den Generalsekretär, warum die Sowjetunion die SS-20-Raketen denn stationiert habe.

Sie seien die Antwort der Sowjetunion auf die „Forward Based Systems“ und auf die französischen und britischen Raketen, antwortete der *Generalsekretär*. Frankreich und Großbritannien werden doch die Sowjetunion niemals angreifen, das sei doch undenkbar, erklärte der *Bundeskanzler*. Diese Raketen seien aber gegen die Sowjetunion gerichtet und nicht gegen die Deutschen, erwiderte Generalsekretär *Andropow*. Jedoch seien die sowjetischen SS-20 auf die Bundesrepublik gerichtet, warf der *Bundeskanzler* ein. Deshalb wollen wir den Abbau dieser Raketen Stück um Stück erreichen. Er teile diese Meinung. Auch sie seien dafür, erwiderte GS *Andropow*.

²⁴ Zum Fragenkatalog der Bundesregierung über den Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten vom 5. Februar 1983 für einen Gewaltverzichtsvertrag vgl. Dok. 49, Anm. 67.

²⁵ Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

²⁶ Vgl. dazu Ziffer II) der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

²⁷ Für den Wortlaut des Artikels 1 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

Der *Bundeskanzler* erinnerte an die Überlegungen, die der sowjetische und amerikanische Unterhändler in Genf im Rahmen eines Waldspazierganges angestellt hätten²⁸ und fragte den Generalsekretär, ob diese Überlegungen tot seien.

Der *Generalsekretär* erwiderte, daß der Waldspaziergang „kompromittiert“ sei. Anfänglich hätten sie an das Ergebnis dieses Waldspazierganges „geglaubt“, aber es sei nie offiziell bestätigt worden. Jetzt gebe es neue Vorschläge, man werde sehen, ob diese offiziell bestätigt werden.

Der *Bundeskanzler* bat den Generalsekretär, alle Möglichkeiten für eine Lösung der Probleme zu prüfen. Es treffe nicht zu, daß die Amerikaner mauern würden. Das Beispiel von den Verhandlungen in Madrid beweis das Gegenteil.

GS *Andropow* wies darauf hin, daß er nicht über die Folgekonferenz in Madrid gesprochen habe, um keine Diskussion darüber auszulösen. In Madrid habe es Kompromisse von vielen Seiten gegeben, insbesondere seitens der Sowjetunion, sonst wäre ein Ergebnis nicht möglich.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß ein Kompromiß nur von zwei Seiten zustande kommen könne. Ursprünglich bestand in Washington nur eine geringe Neigung, in Madrid zu einem Abschluß zu kommen. Er habe im April bei seinem Besuch in Washington²⁹ für den erfolgreichen Abschluß der Madrider Folgekonferenz geworben, und in der Folge hätten sich die Amerikaner auch bewegt. Er könne nur immer sagen, daß im Westen niemand den Kalten Krieg und die Errichtung neuer Schützengräben wolle. Im Gegenteil! Alle wollten Fortschritte im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

GS *Andropow* fragte den Bundeskanzler, ob er jemals gelesen habe, daß er, Andropow, und Tichonow den amerikanischen Imperialismus als Gesellschaftsordnung vernichten wollten? Dagegen habe Reagan mehrfach erklärt, daß der Kommunismus in die Abfallgrube der Geschichte geworfen werden solle.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß es müßig sei, sich gegenseitig die verschiedenen Äußerungen vorzuhalten. Er sei in der Lage, eine Reihe von sowjetischen Presseverlautbarungen zu verlesen, die alle von ideologischer Propaganda geprägt seien.

Notwendig sei aber, antwortete GS *Andropow*, daß die Äußerungen sehr präzise sein sollten. Was den ideologischen Streit betreffe, so werde ihn die Geschichte lösen. Letzterem könne auch Präsident Reagan zustimmen, erklärte der *Bundeskanzler*. In der Tat sollte es der Geschichte überlassen bleiben, welches System das beste für die Menschen sei. Der Nazismus habe seinen Ursprung in Deutschland. Dennoch werde es sicherlich keinem von ihnen gelingen, den anderen von seiner Ideologie zu überzeugen. Entscheidend bleibe aber der Respekt vor der Meinung des anderen. Man solle dem anderen nicht zumuten, was man selbst nicht zugemutet haben wolle. Dies habe schon seine Mutter zu ihm gesagt.

GS *Andropow* erwiderte, daß die Mutter des Bundeskanzlers eine weise Frau gewesen sei. Er schließe daraus, daß auch der Bundeskanzler sehr weise sei.

²⁸ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

²⁹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 14./15. April 1983 in den USA vgl. Dok. 98, Dok. 99, Dok. 101 und Dok. 102.

Zum Abschluß verwies GS Andropow auf das zweite Gespräch, das am Nachmittag gemeinsam mit den Außenministern geführt werden solle. Man habe jetzt im ersten Gespräch die aktuellste Frage behandelt und könne deshalb beim zweiten Gespräch andere Fragen diskutieren.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich zum Abschluß noch einmal für das offene und direkte Gespräch.

VS-Bd. 14116 (010)

201

Oberstleutnant i.G. Graf von Pfeil und Klein Ellguth, Bern, an das Auswärtige Amt

114-18828/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 275

Aufgabe: 5. Juli 1983, 14.51 Uhr¹
Ankunft: 5. Juli 1983, 16.07 Uhr

Betr.: Besprechung Bundesrat Chevallaz und Bundesminister Dr. Wörner in
Bern am 4.7.83 von 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr²

Zusammenfassendes Protokoll

1) Teilnehmer:

- a) Schweizer Delegation: Bundesrat Chevallaz, Korpskommandant Zumstein, Direktor Gruppe für Rüstungsdienste, Dipl. Ing. Grossenbacher.
- b) Deutsche Delegation: Bundesminister Dr. Wörner, Ministerialdirektor Schnell, Regierungsdirektor Dr. Trebesch, VgAtt³ Otl i.G. Graf von Pfeil.

2) Gesprächsverlauf

Nach der beiderseitigen Begrüßung begründete KK Zumstein die Entscheidung des Verteidigungsrates für den Lizenzbau des Leo⁴ mit den Argumenten

- M 1 habe noch nicht die gewünschte Kanone,
- sei erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgereift,

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 7. Juli 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung eines Durchdrucks an Ministerialdirigent Schauer „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

² Bundesminister Wörner hielt sich am 4. Juli 1983 in der Schweiz auf.

³ Verteidigungsattaché.

⁴ Oberstleutnant i.G. Graf von Pfeil und Klein Ellguth, Bern, teilte am 29. Juni 1983 mit: „1) Die Kommission für Landesverteidigung (Beratungsgremium des Eidgenössischen[Militär]D[epartments]) hat in ihrer Sitzung am Montag den Lizenzbau des Leo II empfohlen. 2) Mit einer Entscheidung des Bundesrates (Regierung) ist nicht vor Ende August, Anfang September zu rechnen. [...] Der Vorschlag der Lizenzproduktion verteuert zwar die Beschaffung des Leo II, aber sie hat den Vorteil [...], daß ein gewisser Zwang besteht, das Programm voll und ganz durchzuführen. Bei einem Kauf ‚von Stange‘ hätte die Gefahr bestanden, daß man sich mit einem oder zwei Tranchen begnügt hätte, weil andere dringliche Beschaffungsvorhaben hätten vorgezogen werden können. Es ist anzunehmen, daß der Bundesrat dem Vorschlag der Landesverteidigungskommission folgt und damit der Weg für die Einstellung des Leo II in das Rüstungsprogramm 84 beschritten werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 261; VS-Bd. 10889 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

- die Schweiz wolle nicht von einem Rüstungspartner abhängig sein; in den USA seien bereits Flugzeuge gekauft worden,
- Leo II sei beschaffungsreif,
- werde von der Truppe gefordert,
- Beginn der Beschaffungsphase mit Rüstungsprogramm 84,
- Entscheidung des Bundesrates Ende August/Anfang September 83,
- falls Bundesrat sich nicht für eine Beschaffung des M1 ab 86 als Alternativlösung entschließt, würden erste Vorbesprechungen im Parlament Dez. 83/Jan. 84 erfolgen.

Presse verhält sich momentan ruhig. Gelegentliche Aufwallungen nehme man kommentarlos hin.⁵

Direktor Grossenbacher stelle das Projekt Leo II aus Schweizer Sicht vor:

- Umfang 420 Panzer.
- Bei Lizenzbau 4,5 bis 5 Milliarden SFR.
- Auflage sei, daß der größere Teil des Geldes im Land bliebe. Bei Lizenzbau seien dies 60 Prozent, der Rest müsse kompensiert werden. Eine Beschaffung des M1 in den USA wäre über foreign sales oder commercial möglich gewesen. Die Kompensation sei überhaupt kein Problem.
- Im Falle des Leo II käme es also darauf an, die Zusätzlichkeit bei der Kompensation nachzuweisen.
- Die Lösung des Lizenzbaues sei aus Schweizer Sicht optimal, weil Schweizer Industrie beteiligt. Problematisch sei der Weiterbau über 1987 hinaus in Deutschland.
- Für deutsche Anteile bäte der Minister um Amtshilfe gegenüber der Industrie.
- Bundesrat Chevallaz erklärte, er habe Krauss-Maffei Lizenzbau und die damit verbundenen Bedingungen erklärt. Großen Wert lege er darauf, daß deutsche und Schweizer Produktion im Hinblick auf Kampfwertsteigerung und Änderungen nicht auseinander laufe.

Bundesminister Dr. Wörner versicherte, daß er und Chevallaz entschieden und die Industrie in diesem Punkte zu folgen hätte.

Nach dieser allgemeinen Einführung wurden folgende einzelnen Punkte vertieft.
Fabrikationsdauer

Dieser Punkt bereite Schweizer Seite Sorge, wenn auch nach 1987 Schweizer Seite notfalls hundert Prozent produzieren kann.

BM Dr. Wörner versicherte, daß die Auslastung über 87 für KM⁶ ihn einige Mü-

⁵ Botschafter Fischer, Bern, informierte am 26. August 1983: „Beschluß der Schweizer Regierung, insgesamt 420 deutsche Kampfpanzer Leopard II in den nächsten 15 Jahren zum Gesamtpreis von ca. 4,5 Milliarden SFR zu kaufen, ist von den Schweizer Medien und der Öffentlichkeit positiv aufgenommen worden. Hervorgehoben wird, daß es sich um den z. Zt. besten Panzer der Welt handle, der den Schweizer Bedingungen anders als das amerikanische Konkurrenzmodell voll gerecht werde. [...] Nicht sicher sei allerdings, ob das Parlament, das diesen Kauf zusammen mit dem Rüstungsprogramm billigen müsse, wegen des hohen Kaufpreises nicht doch noch Abstriche an der Zahl machen werde. Andererseits benötige die Schweiz mangels alternativer Verteidigungskonzeption modernste mechanisierte Gegenschlagsverbände.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 333; Referat 224, Bd. 135827.

⁶ Krauss-Maffei.

he koste, aber er selbstverständlich kein Interesse daran habe, ein in der Welt führendes Unternehmen auf dem Gebiet des Panzerbaues verkommen zu lassen. KM sei mit Leo-Projekt bis Ende der 90er Jahre befaßt, so daß das Fachpersonal gehalten werden könne. MD Schnell vertiefte diesen Punkt mit Hinweis auf Bau des

- Bergepanzers,
- Kampfwertsteigerung des Leo II bzw. Nachrüstung Leo I,
- Grundüberholungen,
- Depotinstandsetzung Gepard.

BM Dr. Wörner übergab Liste mit graphischer Darstellung des zeitlichen Ablaufes der o.a. Projekte. Damit sei sichergestellt, daß die Grundausrüstung der Industrie gegeben sei. Inwieweit zusätzliche Exporte des Leo in andere Länder die Situation verbessern können, bleibe dahingestellt.

Leo III

Bundesrat Chevallaz fragte nach evtl. Produktion Leo III. BM Dr. Wörner und MD Schnell nahmen dazu Stellung: Z.Z. sei die Konzeptphase verlängert worden. BM machte deutlich, daß er erst im nächsten Jahrtausend an neuen Panzer glaube.

Kompensation

Bundesrat Chevallaz bedankte sich für Ministerbrief.⁷ BM Dr. Wörner wies darauf hin, daß Lizenzbau Umfang der Kompensation reduziere, und nochmaliger Hinweis auf die bisherigen guten Erfahrungen bei Kompensation in den Niederlanden, Norwegen und Dänemark. Deutsche Industrie werde guten Ruf rechtfertigen. Schweiz werde an einzelnen Projekten bei Entwicklung und Bau sicher beteiligt, vorausgesetzt, Konkurrenzfähigkeit sei gegeben. Beispielsweise läge Skyguard gut im Rennen. MD Schnell plädierte für enge Zusammenarbeit mit dem Rüstungssektor mit dem Ziel, aufeinander zuzugehen und nicht Pfund gegen Pfund aufzuwiegen. BM Dr. Wörner unterstützte dieses Anliegen und versicherte nochmals, daß er alles tun werde, was diese Linie unterstütze, ohne daß er sich jetzt im einzelnen auf Projekte festlegen könne.

Bundesrat Chevallaz akzeptierte die vorgebrachten Punkte und meinte, daß man auf einem guten Wege sei. Anschließend fragte er nach PAH – deutsch-französisches Projekt.⁸ BM Dr. Wörner stellte PAH-2-Zusammenarbeit mit Frankreich kurz dar. MOU stehe kurz vor Unterzeichnung.⁹

⁷ Das Bundesministerium der Verteidigung wies Oberstleutnant i. G. Graf von Pfeil und Klein Ellguth, Bern, am 23. Juni 1983 an, dem schweizerischen Verteidigungsminister Chevallaz ein Schreiben des Bundesministers Wörner zu übergeben, in dem es hieß: „Ich möchte Ihnen hiermit versichern, daß aufgrund der bisher mit der deutschen Panzerbauindustrie beim Verkauf des Kampfpanzers Leopard I und II gemachten Erfahrungen Sie von einer Erfüllung der erteilten Kompensationszusage ausgehen können. Im Rahmen der Exportlieferungen des Leopard I an neun Länder, des Flakpanzers an Belgien und die Niederlande und des Leopard II an die Niederlande hat die deutsche Panzerbauindustrie umfangreiche Kompensationsverpflichtungen übernommen und stets zur Zufriedenheit der jeweiligen Abnehmerstaaten erfüllt. Dies gilt insbesondere für das Unternehmen Krauss-Maffei.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3551; Referat 224, Bd. 135827.

⁸ Zum Projekt eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers (PAH-2) vgl. Dok. 148, besonders Anm. 22.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 15. Juni 1983, daß Bundesminister Wörner am 8. Juni 1983 den Verteidigungsausschuß des Bundestags über das Kooperationsprojektun-

Bundesrat Chevallaz ließ Interesse an PAH erkennen, machte aber deutlich, daß die Schweiz wahrscheinlich eine andere Auslegung brauche. Untersuchungen und Vorstellungen durch die Firmen liefen z.Z. an.

Dir. Grossenbacher wies darauf hin, daß evtl. Beschaffung von Skyguard für Argumentation vor Bundesrat und Parlament von großem Nutzen sei und Bundesrat Chevallaz sehr helfen würde.

MD Schnell stellte klar, daß Entscheidungsschritte nicht vor Frühjahr 84 zu erwarten seien.

BM Dr. Wörner brachte zum Ausdruck, daß er sich bemühen werde, Skyguard zum Zuge zu bringen, sofern die Konkurrenzfähigkeit erhalten bliebe.

Amtshilfe

BM Dr. Wörner sicherte Amtshilfe des BMVg zu, so daß Übervorteilung bei den anstehenden Rüstungskäufen sowohl des EMD¹⁰ als auch des BMVg unterbunden würden. Enger Austausch der beteiligten Dienststellen sei sicherzustellen. BMVg habe genügend Mittel in der Hand, um Industrie zu kontrollieren.

Gegeneinladung

BM Dr. Wörner lud Bundesrat Chevallaz zu inoffiziell oder offiziell Besuch, je nach seinem Wunsch, nach Bonn ein.

Beide Minister äußerten ihre Zufriedenheit über das Gespräch. Bundesrat Chevallaz versicherte, daß seine Anliegen zufriedenstellend beantwortet seien. Er glaube nicht, daß es große Schwierigkeiten auf politischer Seite gäbe, wenn man auch nicht müßig sein dürfe. Die Freiheit habe ihren Preis, und von Opfersymmetrie wolle er nichts hören. Es seien klare Entscheidungen zu fällen im Parlament.

Zusatz VgAtt:

Wie ich abends beim Empfang der Amerikaner von allen Seiten hören konnte, habe das Gespräch der beiden Minister im EMD große Befriedigung ausgelöst. Es wird als Erfolg gewertet, und man hofft auf gute Zusammenarbeit. Diese Haltung war sowohl bei den verantwortlichen Zivilbeamten wie auch bei der Generalität festzustellen.

[gez.] Graf von Pfeil, Otl. i. G.

VS-Bd. 10889 (209)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1049

terrichtet habe. Demnach sei beabsichtigt, „ein deutsch-französisches Memorandum of Understanding zum Bau des PAH-2 noch in diesem Jahr zu unterzeichnen [...]“. Die Kooperation soll wie folgt verlaufen: Beide Länder entwickeln einen gemeinsamen Basishubschrauber; D realisiert damit Anfang der 90er Jahre den PAH-2 mit der Waffenanlage der zweiten Generation (drahtgelenkte Panzerabwehrflugkörper HOT und Luft-Luft-Flugkörper ‚Stinger‘), nachrüstbar mit Panzerabwehrflugkörper der dritten Generation (PARS 3) vom Typ ‚Fire and Forget‘; FR[anckreich] realisiert zeitlich etwas früher eine Schutz/Unterstützungshubschrauberversion mit Kanonen- und Luft-Luft-Flugkörperbewaffnung; und realisiert nach Verfügbarkeit des PARS 3 seinen Panzerabwehrhubschrauber.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135843.

⁹ Zur Unterzeichnung des Memorandum of Understanding über den Bau eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers vgl. Dok. 356, Anm. 38.

¹⁰ Eidgenössisches Militärdepartement.

202

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Moskau,
an das Auswärtige Amt**

114-18838/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2988

Aufgabe: 5. Juli 1983, 22.26 Uhr¹
Ankunft: 5. Juli 1983, 22.07 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister mit Außenminister Gromyko vom 5. Juli 1983
in Moskau (11.30 Uhr bis 13.20 Uhr)²

Das Gespräch verlief in ruhiger, angenehmer Atmosphäre. Gromyko erklärte es am Ende für außerordentlich nützlich. Als Themen wurden behandelt:

- 1) Stand der KSZE-Verhandlungen
- 2) Bilaterale Beziehungen mit der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Pakts, insbesondere zur DDR
- 3) Ausreisen und humanitäre Fragen

Auch in diesem Gespräch kam deutlich zum Ausdruck, daß die sowjetische Führung ihre langfristig angelegten Beziehungen zu uns intakt halten will.

Zur KSZE faßte Gromyko Abschluß auf AM-Ebene für Anfang September ins Auge.³ Zur Frage der „Performance“ taten die von BM im Anschluß an sein Gespräch mit Kampelman⁴ gezielt gemachten Bemerkungen offenbar ihre Wirkung. Gromyko betonte allerdings, SU lasse sich nicht unter Druck setzen (weshalb wir die Sache ganz vertraulich behandeln müssen). Zur Ausreiseproblematik und zu Härtefällen hielt sich Gromyko auf der Linie: wohlwollende Prüfung.

Bundesminister knüpfte an die positive Erklärung von Ministerpräsident Tichonow am 4. Juli an. Alle Teilnehmer hätten einen weiten Weg zurückgelegt. Der KSZE-Prozeß habe seine große Lebensfähigkeit erwiesen. Wir müßten jetzt eine neue Perspektive eröffnen. Wir glaubten, daß in Madrid die Haupthindernisse überwunden seien. Nun müßten wir die letzten Hürden nehmen und auf der Grundlage des spanischen Vorschlags⁵ zu einer Lösung kommen. Dies sollte in den nächsten Tagen möglich sein. Dabei müsse man alle Punkte des spanischen Vorschlags zusammensehen. Es wäre falsch, sich auf einen Punkt festzubeißen und ihn vorzuziehen. Er glaube, daß der formelle Abschluß noch im Juli möglich sei. Andere dächten an den September. Für uns sei das keine Glaubensfrage. Unsere Präferenz sei allerdings der Juli. Wir seien der Meinung, daß ein Abschluß auf Außenministerebene die sachliche Bedeutung der Konferenz unterstreichen würde. (Was den Beginn der KAE angehe, so könnten wir

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 6. Juli 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher begleitete Bundeskanzler Kohl vom 4. bis 7. Juli 1983 in die UdSSR. Vgl. dazu auch Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 203–205.

³ Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, am 2. Juli 1983 in Wachtberg-Pech vgl. Dok. 196.

⁵ Zum spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 181.

dem spanischen Vorschlag folgen. Wer den Beginn lieber früher sähe, würde bei uns Sympathien finden.)

Auf amerikanischer Seite gebe es gewisse Erwartungen in bezug auf humanitäre Gesten. Gromyko kenne sie. Die USA seien der Meinung, Anlaß zu haben, daß es zur Erfüllung dieser Gesten komme. Für den amerikanischen Präsidenten⁶ sei dies eine Frage, die den Umgang zwischen USA und SU berühre. Er nenne die Namen Schtscharanskij⁷, Sacharow, für den Einladungen vorlägen⁸, Ida Nudel⁹, Rudenko¹⁰ und Orlov¹¹. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Sowjetunion die Bedeutung dieser Frage richtig einschätzen würde. Die Bedeutung sei im Gespräch mit den Amerikanern vor seiner Abreise nach Moskau sehr deutlich geworden.

Die Bundesregierung sehe die Madrider Konferenz nicht isoliert. Sie sehe im positiven Abschluß vielmehr ein geeignetes Mittel, die Ost-West-Beziehungen insgesamt positiv zu beeinflussen. Sie glaube auch, daß dadurch günstige Einwirkungen auf andere Verhandlungen erzielt werden könnten. Den Ausführungen Tichonows vom Vortag sei zu entnehmen, daß die Sowjetunion wisse, welches hohe Maß an Anstrengungen wir aufgewendet hätten, um die Madrider Konferenz zu einem guten Ende zu bringen. Er, der Bundesminister, fühle sich auch persönlich für den Erfolg in Madrid und damit für die Einsetzung der KAE besonders verantwortlich.

Unsere Einschätzung des KSZE-Prozesses entspreche unserer Politik, mit der SU und den anderen WP-Staaten in schwieriger internationaler Phase die bilateralen Beziehungen nicht nur zu erhalten, sondern günstig zu entwickeln. Unser Verhältnis zur DDR sei durch klar erkennbares Bemühen in dieser Richtung gekennzeichnet. Zwar könne der in Aussicht genommene Besuch Honeckers zur Zeit nicht stattfinden¹², aber diese Tatsache werde von beiden Seiten nicht als nachteilig für die Beziehungen empfunden. Honecker habe sich in dem Sinn „aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ geäußert.¹³ Das entspreche auch unserer Auffassung.

Insgesamt sei festzustellen: Der Grundlagenvertrag¹⁴ wirke stabilisierend. Sogar in schwieriger Zeit gingen von unseren Beziehungen zur DDR eher gute Impulse für die Ost-West-Beziehungen aus. Das sei früher nicht so, sondern häufig umgekehrt gewesen.

⁶ Ronald W. Reagan.

⁷ Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Schtscharanskij vgl. Dok. 172, Anm. 14.

⁸ Zu Einladungen an den sowjetischen Atomphysiker Sacharow nach Österreich und in die Bundesrepublik vgl. Dok. 126, Anm. 16, und Dok. 170, Anm. 2 und 3.

⁹ Zum Fall der sowjetischen Dissidentin Nudel vgl. Dok. 196, Anm. 10.

¹⁰ Zum Fall des sowjetischen Dissidenten Rudenko vgl. Dok. 196, Anm. 9.

¹¹ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Orlov vgl. Dok. 55, Anm. 9.

¹² Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 123.

¹³ Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, gegenüber einer japanischen Zeitung; Dok. 175, Anm. 19.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Seine Besuche in Ungarn¹⁵, in der ČSSR¹⁶ und seine Gespräche in Bukarest mit Ceaușescu und Andrei¹⁷ seien konstruktiv verlaufen. In Kürze werde er Sofia besuchen.¹⁸

Was die Lage in der Volksrepublik Polen angehe, so hofften wir, daß die von der Regierung angekündigten Fortschritte gemacht würden. Wenn die polnische Führung uns ihre Auffassungen erläutern wolle, so wäre uns das willkommen.¹⁹

Über die Bedeutung des derzeitigen Besuchs in Moskau habe der Bundeskanzler gestern gesprochen. Er wolle Gromyko an die Unterredung in New York vom 5. Oktober 1982²⁰ erinnern.²¹ Damals habe er ihm unmittelbar nach der neuen Regierungsbildung²² gesagt, daß unsere Politik langfristig auf Entspannung und Zusammenarbeit in allen Bereichen angelegt sei. Inzwischen werde sich die sowjetische Seite überzeugt haben, daß dies so sei. Wir glaubten, daß sich die bilateralen Beziehungen in positiver Weise in die Perspektiven einordneten, die sich in Madrid abzeichneten.

Gromyko entgegnete wie folgt:

Die sowjetische Seite messe dem Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesministers in Moskau große Bedeutung bei. Sie habe die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers aufmerksam verfolgt, wonach die neue Bundesregierung ihre Politik gegenüber der SU und den anderen sozialistischen Staaten konsequent weiterbetreiben wolle. Er verstehe diese Erklärungen dahin, daß die neue Bundesregierung die gleiche Politik verfolge wie ihre Vorgängerin. Man habe in Moskau auch aufmerksam und positiv vermerkt, daß Repräsentanten der neuen Regierung die Einhaltung der Moskauer Verträge und der Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Staaten²³ unterstrichen hätten. Die Zeit seit dem Regierungswechsel reiche allerdings noch nicht aus, um sicher zu sein, daß es diese Kontinuität gibt. Die Zeit müsse erweisen, ob die Erklärung der Bundesregierung ihre wirklichen Absichten widerspiegeln. Was gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen sozialistischen Staaten angehe, so lägen sie im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. In den Kontakten mit den führenden Vertretern der sozialistischen Staaten unterstreiche die sowjeti-

¹⁵ Bundesminister Genscher hielt sich am 26./27. November 1982 in Ungarn auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 322.

¹⁶ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 1./2. Februar 1983 in der ČSSR vgl. Dok. 30 und Dok. 32.

¹⁷ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 31. Mai und 1. Juni 1983 in Rumänien vgl. Dok. 163 und Dok. 164.

¹⁸ Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 13. bis 17. Juli 1983 in Bulgarien vgl. Dok. 218 und Dok. 219.

¹⁹ Zu den Bemühungen des Bundesministers Genscher um ein Gespräch mit einem Vertreter der polnischen Regierung vgl. Dok. 197, Anm. 20.

²⁰ Korrigiert aus: „4. Oktober 1982“.

²¹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Rande der VN-Generalversammlung vgl. AAPD 1982, II, Dok. 258 und Dok. 263.

²² Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

²³ Außer mit der UdSSR und der DDR schloß die Bundesrepublik am 7. Dezember 1970 mit Polen einen Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen und am 11. Dezember 1973 mit der ČSSR einen Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f., bzw. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

sche Seite, daß solche guten Beziehungen, die auf der soliden Grundlage der Verträge aufbauen, dem Interesse der Beteiligten und dem Frieden in der Welt entsprächen.

Der Bundesminister habe die Beziehungen zur DDR besonders angesprochen. Das sei verständlich. Um dieses wichtige und breite Thema tiefgreifend zu erörtern, fehle jetzt die Zeit. Die SU sei für gute Beziehungen zwischen den beiden souveränen und unabhängigen deutschen Staaten, und zwar auf der Basis des Grundlagenvertrags. Über den Stand des möglichen Besuchs Honeckers sei Moskau auf dem laufenden.

In diesem Zusammenhang möchte er betonen, daß die Erklärungen, die ab und zu von einigen Repräsentanten in der Bundesrepublik Deutschland abgegeben würden, und manche Äußerungen in der Presse nicht dazu beitrügen, normale Beziehungen zu unterhalten oder die Beziehungen sogar zu verbessern. Das Gegenteil sei der Fall. Manchmal sei in diesen Erklärungen und Äußerungen der Geist des Revanchismus zu spüren. Der Bundesminister kenne sie wohl. Sie stammten zum Teil von Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Stellung hätten. Moskau hätte gehofft, die Bundesregierung werde ihnen sagen, daß sie in die falsche Richtung gingen. Das sei leider nicht geschehen.

²⁴Im übrigen brauche man die Welt und die DDR nicht zu überzeugen, daß in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland Deutsche lebten. Die SU und die Welt wüßten, daß es zwei souveräne und unabhängige deutsche Staaten gebe. Die sowjetische Position sei klar. Es sei zu hoffen, daß die Bundesregierung zu einer realistischeren Position komme und auf der Grundlage der Verträge vorangehe. Die SU unterhalte mit der DDR und den anderen sozialistischen Staaten die engsten Beziehungen, nämlich die zwischen Verbündeten. Mit der DDR sei sie in allen Bereichen organisch verbunden. Mit uns wolle sie gutnachbarschaftliche Beziehungen unterhalten. Er hoffe, daß die Bundesrepublik Deutschland dies zu schätzen wisse, und er gehe davon aus, daß unsere Bevölkerung dies wünsche. Die SU wünsche, daß wir unser Verhältnis zur DDR auf realer Grundlage ausbauten. Beide deutschen Staaten hätten eine objektive Rolle für den Frieden zu spielen.

Er sei einverstanden mit der vom Bundesminister dargelegten Bedeutung des KSZE-Forums. Sie habe Bedeutung für die internationale Lage und die Politik der einzelnen Staaten, aber auch als Beispiel dafür, daß man²⁵ durch Geduld und positives Herangehen positive Ergebnisse in Verhandlungen erzielen könne.

Er sage: Wenn es zu einem positiven Abschluß komme, was noch nicht der Fall sei. Er stimme auch mit dem Bundesminister darin überein, daß die Erwägungen der spanischen Seite in eine positive Richtung gingen. Die Lage habe sich dadurch verbessert.

Die sowjetische Seite glaube, daß die Bundesrepublik Deutschland an einem positiven Abschluß interessiert sei. Das gleiche könne man nicht über alle Teilnehmer sagen. Der Bundesminister habe einige humanitäre Fragen aufgegriffen. Sie seien in Madrid im Gespräch. Die USA hätten sie ins Spiel gebracht.

²⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2989 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁵ Korrigiert aus: „von“.

Die SU lehne kategorisch jeden Versuch ab, in diesen Fragen Einfluß oder Druck auf andere Staaten auszuüben. Hier komme es darauf an, daß die innere Gesetzgebung aller Staaten strikt eingehalten werde. Wenn Washington glaube, daß man nur Druck auf Moskau auszuüben brauche, um es zum Nachgeben zu bringen, so zeige dies unrealistisches Denken. Andere, die sich einschalteten, sollten die USA zu realistischerem Denken veranlassen. Derjenige, der nach Vorlage des spanischen Vorschlags den positiven Abschluß in Madrid zu blockieren suche, weil er als Bedingung auf der Einreise oder Ausreise einzelner Personen beharre, lüde eine schwere Verantwortung auf sich. Er gebe ein Beispiel. In der US-Botschaft habe sich längere Zeit eine Gruppe von sowjetischen Staatsbürgern befunden, die dorthin eingeschleust worden sei. Es habe sich um eine religiöse Gruppe gehandelt.²⁶ Die Bitte der USA, diese Gruppe ausreisen zu lassen, habe die sowjetische Seite immer wieder abgelehnt, und zwar aus prinzipiellen Gründen. Die sowjetische Seite habe nie Versprechungen gemacht, die Leute aber ausreisen lassen, nachdem sie die Botschaft verlassen hätten. Es gebe genug Menschen, um die sich die Amerikaner bemühten und welche die SU gerne ausreisen ließe. Aber sie tue das nicht, weil die USA dies wünschten. Derartige Bemühungen seien kontraproduzent. Nur die sowjetischen Behörden seien zuständig. Wenn sie jemanden nicht ausreisen ließen, so hätten sie wichtige Gründe dafür. Sie stützten sich dabei auf die Verordnungen und Gesetze des Landes. Wer an diesen Fragen den positiven Abschluß in Madrid, auf den die SU hoffe, scheitern ließe, nehme eine schwere Verantwortung auf sich. Es wäre gut, wenn sich die Arbeit in Madrid in den nächsten Tagen abschließen ließe. Aber offenbar sei das nicht möglich.

Wenn die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Frankreich auf der Ebene der Außenminister beim Abschluß vertreten wären, dann würde auch der sowjetische Außenminister kommen. Als konkreten Termin für seine, Gromykos, Beteiligung nenne er die ersten zehn Tage des September.

Der Bundesminister faßte zusammen: Übereinstimmung der Bedeutung des Madrider Abschlusses und Abschluß auf Außenministerebene. Wir hätten Präferenz für Juli.

Was die humanitären Fragen angehe, so habe er Gromykos Ausführungen dahingehend verstanden, daß sich die sowjetische Führung die innere Freiheit geben werde, positive Entscheidungen zu treffen, was sich unabhängig von den Erwartungen der USA als nützlich erweisen würde.

Obwohl wir dies nicht zur Kondition erhoben hätten, so würde auch unsere Öffentlichkeit begreifen, daß hier im Geiste der Schlußakte²⁷ gehandelt werde.

Auf das Verhältnis zur DDR zurückkommend, möchte er noch bemerken, daß es wichtig sei, ausführlich darüber zu sprechen. Wir hätten immer in dem Bewußtsein gehandelt, daß es grundsätzliche Fragen gebe, in denen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestünden. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR müßten sich die Frage stellen, ob sie die grundsätzlichen Probleme in den Vordergrund schieben oder das Mögliche tun sollten, um günstige Im-

²⁶ Zur Ausreise von Angehörigen der christlichen Pfingstkirchler vgl. Dok. 172, Anm. 13.

²⁷ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

pulse für die Ost-West-Beziehungen zu geben. Wir hätten uns für diesen zweiten Weg entschlossen und strebten z. B., was die Schlußakte von Helsinki angehe, gegenseitige Meistbegünstigung an. Honecker habe sich bei der Leipziger Messe auch dahin geäußert, daß man sich auf das Mögliche konzentrieren solle.²⁸ Deshalb habe die Bundesregierung in jüngster Zeit eine wichtige Entscheidung getroffen, um zu unterstreichen, daß wir mit der DDR zusammenarbeiten wollten.²⁹

Die Gespräche von Graf Lambsdorff in Moskau³⁰ hätten erneut unser langfristiges Interesse im Wirtschaftsbereich gezeigt. Die stabilisierende Wirkung der Wirtschaftsbeziehungen könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Er habe gestern mit Aufmerksamkeit die Erwähnung von ausstehenden Abkommen durch Tichonow aufgenommen. Wir würden es begrüßen, wenn ein Abschluß in absehbarer Zeit möglich wäre. Wenn der Hinweis des Ministerpräsidenten auf das Vier-Mächte-Abkommen³¹ bedeute, daß jetzt die notwendigen Klärungen wegen Berlin möglich seien, würden wir das begrüßen. Wir hätten diese offene Frage nicht erwähnt, um dieses Thema nicht öffentlich anzuschlagen, das womöglich noch nicht reif sei. Wir seien in dieser Sache offen. Falls Fortschritte hier nicht möglich seien, müßten wir sie an anderer Stelle suchen.

Gromyko stellte die Frage, ob das wissenschaftlich-technische Abkommen von 1973 usw.³² gemeint sei, was der Minister bejahte.

Der Bundesminister kam noch einmal auf die Erklärung des Bundeskanzlers zu den Ausreisen und Familienzusammenführungen zurück, die für uns eine große Rolle spielten. Die Zahl der Ausreisen³³ habe sich nicht wie gewünscht entwickelt. Er bitte hier wohlwollend und unbürokratisch vorzugehen. Gromyko warf ein, die Sowjetunion führe einen wirksamen Kampf gegen den Bürokratismus, was der Minister mit der Bemerkung quittierte, der Bürokratismus sei eine besondere Stärke der SU. Er, der BM, glaube, daß die sowjetische Seite auch manches erreichen würde, wenn sie den Deutschen in der SU die Einbeziehung in den Kulturaustausch, die Erleichterung des religiösen Lebens, einfacheren Postverkehr und mehr Reisefreiheit gestatten würde. Dann würde sich manches Problem von selbst lösen.

²⁸ Die Leipziger Frühjahrsmesse fand vom 13. bis 19. März 1983 statt. Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vgl. den Artikel „Honecker schlägt sanfte Töne an“; DIE WELT vom 14. März 1983, S. 10.

²⁹ Zur Gewährung eines Kredits an die DDR („Milliardenkredit“) vgl. Dok. 199, Anm. 14.

³⁰ Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich vom 24. bis 28. Juni 1983 in der UdSSR auf. Am 27. Juni 1983 führte er in Moskau ein Gespräch mit Ministerpräsident Tichonow und dem sowjetischen Außenhandelsminister Patolitschew. Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Moskau, teilte am selben Tag mit, die sowjetische Seite habe deutlich gemacht, daß der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen „sehr wesentlich von der allgemeinen politischen Lage abhängt“, insbesondere „von der bevorstehenden Entscheidung in der Raketenfrage“. Hinsichtlich der konkreten Zusammenarbeit habe sie erklärt, „daß UdSSR bei Verweigerung westlicher Hilfe letztlich ihre Projekte auch allein durchführen könnte“. Zugleich aber habe sie ihr Interesse an einer Kooperation betont. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2827; Referat 421, Bd. 141298.

³¹ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

³² Zu den noch ausstehenden Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 199, Anm. 9.

³³ Zur Entwicklung der Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 19.

Gromyko replizierte, die sowjetische Seite tue sehr viel mehr für die Deutschen in der SU, als wir glaubten. Diese Bürger seien zufrieden mit dem, was für sie geschehe. Die zentrale Führung sei mit dem Stand der Frage vertraut, aber es gebe immer Unzufriedene. Man dürfe sich nicht nach dem Urteil einzelner Briefschreiber richten.

Der Bundesminister bestand darauf, die Zahlen der Ausreisen seien stark rückläufig. Für die Öffentlichkeit, nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Welt – er erwähne z. B. das jüdische Ausreiseproblem –, sei dies von großer Bedeutung. Wir müßten unsere Öffentlichkeit immer wieder von der Nützlichkeit unserer Zusammenarbeit mit der SU überzeugen.

Gromyko entgegnete, man befasse sich mit allen Anträgen und Bitten. Beim letzten Besuch in Bonn sei eine Liste aufgegeben worden, aus der trotz der kurzen seither verflossenen Zeit schon mehrere Fälle positiv gelöst worden seien.³⁴ Die Kurve der Ausreisen könne nicht immer nach oben gehen. Selbst das Wasser von Ozeanen sei begrenzt. Man werde sich des Themas jedoch wohlwollend annehmen.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14116 (010)

³⁴ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Während des Besuchs übergab Staatssekretär Lautenschlager am 16. Januar 1983 dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Kornijenko mehrere Listen mit besonders dringenden Fällen von Ausreisewünschen Deutschstämmiger aus der UdSSR. Vgl. dazu den handschriftlichen Vermerk von Lautenschlager vom 17. Januar 1983 auf der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 14. Januar 1983; Referat 213, Bd. 133281.

203

Botschafter Ruth, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt

114-18841/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2986
Citissime

Aufgabe: 5. Juli 1983, 21.33 Uhr
Ankunft: 5. Juli 1983, 23.15 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister – Außenminister Gromyko am 5.7.83 von
11.30 Uhr bis 13.30 Uhr¹;
hier: INF

Im Rahmen des zweistündigen Gesprächs brachte Gromyko als letztes Thema INF zur Sprache.

Gromyko führte aus, daß es sowjetischer Aufmerksamkeit nicht entgangen sei, daß Bundeskanzler und Bundesminister den Eindruck entstehen lassen wollten, die Vereinigten Staaten verhandelten mit allem Ernst. Die Sowjetunion akzeptiere diese Beurteilung nicht. Die Vereinigten Staaten schlugen in Genf die Zeit tot, um Ende dieses Jahres stationieren zu können. Niemand könne die Sowjetunion überzeugen, daß in Genf ernsthaft verhandelt werde. Andererseits könne von der Sowjetunion auch nicht erwartet werden, daß sie ein Verhandlungsergebnis akzeptiere, das auf einseitigen Vorteil der NATO und auf Nachteil der Sowjetunion und des Warschauer Pakts abziele. Er müsse feststellen, daß weder die amerikanische Verhandlungsposition noch die deutschen Erklärungen ihn davon überzeugt hätten, daß die amerikanischen Verhandlungsbemühungen ernsthaft seien.

Der Bundesminister erwiderte, daß die westlichen Positionen unter den Bündnispartnern gemeinsam vorbereitet und daß die Verhandlungen im Bündnis begleitet und Positionen entwickelt werden. Deshalb wäre der Vorwurf, daß in Genf nicht ernsthaft verhandelt werde, ein Vorwurf an unsere eigene Adresse. Es könne aber gar nicht unser Interesse sein, daß in Genf nicht ernst verhandelt werde. Wir hätten nichts lieber als ein baldiges Ergebnis.

Er, der Bundesminister, wolle nicht verbergen, wie sehr wir uns durch die SS-20-Rüstung der Sowjetunion bedroht fühlten. Dies sei eine Bedrohung Europas. Wir verstünden uns hier als nichtatomares Land, das im Nichtverbreitungsvertrag² auf den Besitz atomarer Waffen verzichtet hat und das der Bedrohung von Waffen ausgesetzt sei, die auf sowjetischem Gebiet stehen.

Den Teil des Doppelbeschlusses, der den Beginn der Nachrüstung ab Ende des Jahres vorsieht, wenn konkrete Verhandlungsergebnisse ausbleiben, hätten wir immer nur als zweitbeste Lösung betrachtet. Uns wäre es lieber, wenn die Bedrohung, die von den sowjetischen Raketen ausgehe, durch Verhandlungen beseitigt würde. Diese Bedrohung sei ein europäisches Problem, nicht in erster Linie ein Problem der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten würden nach

¹ Bundesminister Genscher begleitete Bundeskanzler Kohl vom 4. bis 7. Juli 1983 in die UdSSR. Vgl. dazu auch Dok. 199, Dok. 200, Dok. 202, Dok. 204 und Dok. 205.

² Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

dem Beschluß des Bündnisses in Europa stationieren, weil dies unserem Verständnis von gleicher Sicherheit der Bündnispartner der NATO entspreche.

Er, der Bundesminister, wolle darauf hinweisen, daß die Nachrüstung, wenn sie voll ausgeführt werde, weil ein konkretes Verhandlungsergebnis ausbleibe, den schon jetzt entstandenen Umfang der sowjetischen Rüstung bei den landgestützten Mittelstreckenraketen nicht aufholen werde. Es handele sich um eine zahlenmäßig begrenzte Nachrüstung, die Nachrüstung, die den Erfordernissen der für uns vitalen Sicherheitsgarantien durch die Vereinigten Staaten entspreche. Für uns wäre es das beste, wenn es nicht zur Nachrüstung kommen müßte, weil die Sowjetunion ihre Raketen beseitige. Die von den Vereinigten Staaten mit unserer Unterstützung am Verhandlungstisch gezeigte Flexibilität mache ein Zwischenergebnis möglich, bei dem der Weg für die beste Lösung offengehalten werde. Der Bundesminister appellierte an Gromyko, die von gutem Willen getragenen westlichen Vorschläge sorgfältig zu prüfen. Die Sowjetunion könne die Verhandlungen deblockieren, wenn sie bereit sei, ihre Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme fallen zu lassen. Die Sowjetunion selbst habe früher diese britischen und französischen Systeme nicht als zum Mittelstreckenbereich gehörig, sondern als strategisch bezeichnet.

Im übrigen wolle er die Sowjetunion auffordern, im Blick auf die unterschiedlichen Meinungen zum bestehenden Kräfteverhältnis bereit zu sein, die amerikanisch-sowjetische Arbeitsgruppe in Genf für den Zahlenvergleich schnellstens zu aktivieren. Ein Ergebnis bei diesem Vergleich werde die Verhandlungen außerordentlich erleichtern.

Die Bundesregierung sei im übrigen an einem ausgewogenen Verhandlungsergebnis interessiert, weil ein solches Ergebnis positive Wirkungen auf das Ost-West-Verhältnis insgesamt haben werde. Es sei wichtig, daß die Verhandlungen so intensiv und konsequent wie möglich geführt werden. Sie müßten auch dann weitergehen, wenn bis zum Herbst und zum Beginn der Stationierungen Ergebnisse noch nicht erzielt worden seien.

Gromyko antwortete, er habe den Darlegungen des Ministers aufmerksam zugehört. Der Minister habe die Position der Bundesregierung wiederholt und bekräftigt. Die sowjetische Regierung könne damit nicht übereinstimmen. Der amerikanische Verhandlungsvorschlag³ sei keine Grundlage für ernsthafte Verhandlungen.

Auch damit sei die Sowjetunion nicht einverstanden, daß die britischen und französischen Systeme ignoriert werden. Die Sowjetunion könne sie nicht als Geschenk für die NATO betrachten und auf ihre Anrechnung verzichten. Die Sowjetunion könne auch nicht annehmen, daß solche Waffensysteme wie Flugzeuge nicht angerechnet werden, wie dies von Washington verlangt werde.

Gromyko bezog sich auf die Vorschläge Andropows⁴, die dem Ziel dienten, eine Grundlage zu schaffen für eine Vereinbarung und die Aussicht dafür zu erhö-

³ Zum amerikanischen Vorschlag vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 75.

⁴ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 21. Dezember 1982 in Moskau, Dok. 2, Anm. 13.

Vgl. dazu auch die Rede von Andropow am 3. Mai 1983 in Moskau sowie seine Äußerungen gegenüber Vertretern finnischer gesellschaftlicher Organisationen; Dok. 135, Anm. 11 und 13.

hen. Eine entsprechende Bereitschaft, Verhandlungen in Genf zu fördern, sehe er in Washington nicht.

Vorläufige Bewertung:

Gromyko wollte offensichtlich vor allem die sowjetische Kritik an der amerikanischen Verhandlungsführung zu Protokoll geben. Von dieser Kritik abgesehen, war das Gespräch auf beiden Seiten deutlich, aber ohne Schärfe. Gromyko hat die Notwendigkeit und Bedeutung der Verhandlungen zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Bemerkenswert ist auch, daß er dem Bundesminister nicht widersprach, als dieser darauf hinwies, daß die Verhandlungen im Herbst auch nach der Stationierung weitergehen sollten. Es war offenkundig, daß Gromyko das Gespräch in der Überzeugung führte, daß es auch im sowjetischen Interesse liege, daß der laufende Dialog fortgesetzt wird.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14116 (010)

204

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-18844/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 6. Juli 1983, 01.11 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 2992

Ankunft: 6. Juli 1983, 05.47 Uhr

Citissime

Betr.: Besuch BK–AM in der SU²;

hier: Gespräch mit GS Andropow im kleinen Kreise

5.7.1983, 15.10 Uhr bis 16.00 Uhr

I. Am zweiten Zusammentreffen des BK mit GS Andropow, das sich – unterbrochen durch Mittagspause – an das Vier-Augen-Gespräch anschloß, nahmen teil:

- auf sowjetischer Seite: GS Andropow, AM Gromyko, GS-Berater Alexandrow, Botschafter Semjonow;
- auf deutscher Seite: BK, BM, MD Teltschik, Botschafter Meyer-Landrut.

Das Gespräch dauerte etwa 50 Minuten und fand in ruhiger, offener und konstruktiver Atmosphäre statt.

II. BK eröffnete das Gespräch mit folgenden Themen:

1) Beziehungen Bundesrepublik Deutschland–DDR

Unter den gegebenen Umständen, insbesondere angesichts der fortbestehenden

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 6. Juli 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Jansen und Horstmann verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Jansen am 6. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Ischinger am 13. September 1983 erneut vorgelegen.

² Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 199, Dok. 200, Dok. 202, Dok. 203 und Dok. 205.

deutschen Teilung, sei unser Ziel, den Menschen zu helfen und zu einem vernünftigen Zusammenleben mit der DDR zu kommen. Deshalb sähen wir dem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker entgegen, um Detailfragen zu besprechen und nach Möglichkeit zu lösen.³

Honecker habe selbst gesagt, man solle Dinge tun, die jetzt in Angriff genommen werden können, auch wenn die Grundsatzfragen problematisch blieben.⁴ Damit seien wir einverstanden.

Es gäbe neu aufgekommene Fragen zu regeln, so den Umweltschutz.⁵ Das Waldsterben sei z. B. dabei, zu einer Katastrophe zu werden.⁶ Wir wüßten nicht, welches die Ursachen sind. Sicher aber sei, daß das Problem nur gelöst werden könne in Zusammenarbeit mit Österreich, der ČSSR, Polen und der DDR, die sämtlich mit diesem Problem konfrontiert seien. Wichtig sei, daß man international zusammenarbeite.⁷

2) Deutsch-sowjetische Beziehungen

Aus diesem Themenkreis wolle er heute zwei Fragen anschnitten:

- Die Frage der ausstehenden Verträge.⁸ Wir fragten uns, nachdem das Thema gestern angeschnitten worden sei, ob sich hier etwas bewege. Problem sei die Berlin-Einbeziehung – wir kennten dazu die Position der SU.
- Fragen humanitären Charakters. Die Ausreisezahlen seien in den letzten Jahren stark zurückgegangen.⁹ Dies besorge uns. Er habe eine Liste von Härtefällen mitgebracht und wäre dankbar, wenn sie der sowjetischen Seite übergeben und von ihr wohlwollend behandelt werden könnte.¹⁰ Darüber hinaus gehe es um Besuchsreisen und Kontakte dieses Personenkreises. Eine Reihe von

³ Zum geplanten Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 123 und Dok. 175, Anm. 19.

⁴ Vgl. dazu die Äußerung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 13. März 1983; Dok. 202, besonders Anm. 28.

⁵ Zu den Bemühungen der Bundesrepublik um eine Lösung von Umweltfragen im Grenzgebiet zur DDR und zur ČSSR vgl. Dok. 30, Anm. 26.

Nach einem ersten Gespräch am 1. Februar 1983 lud die Bundesregierung die DDR am 1. August 1983 zu einem weiteren Expertengespräch über die Reinhaltung der Elbe nach Hamburg ein. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 129 des Bundesministeriums des Innern vom selben Tag; Referat 210, Bd. 132688.

Die Gespräche fanden vom 3. bis 5. Oktober 1983 statt. Dabei „erläuterte die Delegation der Bundesrepublik Deutschland ausführlich die Schadstoffbelastung der Elbe und ihre nachteiligen Auswirkungen im Unterelberaum und beantwortete entsprechende Fragen. Die DDR-Delegation stellte ihre Maßnahmen zur Reinhaltung der Elbe dar.“ Vgl. dazu das Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern vom 31. Oktober 1983; Referat 210, Bd. 132688.

⁶ Zum „Waldsterben“ vgl. Dok. 32, Anm. 26.

Das Kabinett kam am 13. Juli 1983 überein, künftig „regelmäßig, etwa alle drei Monate, umweltpolitische Probleme“ zu erörtern. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die gesetzlichen „Grundlagen zur Einführung bleifreien Benzins ab. 1. Januar 1986 in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen“. Vgl. die Vorlage des Bundesministeriums des Innern vom 15. Juli 1983 zur Kabinettsitzung am 20. Juli 1983; Referat 415, Bd. 132203.

⁷ Vgl. dazu den Vorschlag für eine multilaterale Umweltkonferenz; Dok. 30, Anm. 27.

⁸ Zu den noch ausstehenden Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 199, Anm. 9.

⁹ Zur Entwicklung der Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 19.

¹⁰ Am 30. Juni 1983 legte Ministerialdirektor Pfeffer zur Übergabe an die sowjetische Regierung Listen mit dringenden Fällen der Familienzusammenführung und Besuchsreisen vor. Weitere Listen betrafen inhaftierte sowjetische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit und weitere ausreisewillige sowjetische Staatsangehörige. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 133280.

Einzelfällen, die wir als wichtig betrachteten, habe heute der BM gegenüber AM Gromyko angesprochen. Ein Fall, der für uns große psychologische Bedeutung habe, sei allerdings noch nicht angeschnitten worden: der Fall Rudolf Heß.¹¹ In unserer Öffentlichkeit herrsche Unverständnis über die fortdauernde Haft. Heß sei ein alter Mann, krank und wohl auch geistig nicht mehr klar. Die SU möge hier eine Lösung im Geist der Menschlichkeit ermöglichen.

II. 1) GS Andropow antwortete BK zunächst mit allgemeinen Ausführungen über die Beziehungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Sowjetunion. Mit Genugtuung habe er die Äußerungen des Bundeskanzlers vernommen, daß die von ihm geführte Bundesregierung sich auf den Moskauer Vertrag¹² stütze und diesen nach Geist und Buchstaben erfüllen wolle. Dieser Vertrag habe große Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, weil er von territorial-politischen Realitäten ausgehe und nicht zuletzt auf Sicherheit und Friedenserhaltung ausgerichtet sei.

Realistischerweise müsse man sagen, daß der Vertrag nicht alle Probleme beseitigt habe. Doch habe er eine Grundlage für gemeinsame Sprache und für die gemeinsame Lösung von Problemen geschaffen. Dies sei ein Gut, das in der sich komplizierenden Lage der Gegenwart nicht verlorengehen solle.

Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Periode könnten wohl schon in den nächsten Monaten deutlich werden. Die SU sei dafür, daß daraus keine Nachteile für die Beziehungen der beiden Staaten entstünden. Natürlich hänge dies, wie der BK wisse, nicht von der SU allein ab. Die SU beabsichtige nicht, die Bundesrepublik Deutschland von den USA abzutrennen, Komplikationen zu schaffen und die NATO zu unterminieren. Die Sowjets seien Realisten, sie wollten gute und normale Beziehungen zu allen westlichen Ländern einschließlich der USA und wollten nicht das eine Land gegen das andere ausspielen. Die SU rechne aber damit, daß die Bundesregierung dafür Sorge trage, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht unter Einfluß anderer (Staaten) geraten, und daß sie eine unabhängige Politik verfolge.

Der BK habe selbst gesagt, die Bundesrepublik Deutschland liege in der Mitte Europas und in unmittelbarer Nachbarschaft zu den sozialistischen Ländern. Sie habe deshalb eigene Interessen, die die Bundesregierung verfechten müsse. Die SU habe dafür durchaus Verständnis und unterstütze eine solche Politik.

Der BK habe gesagt, die SU solle aktiver und flexibler in Genf verhandeln. Er verstehe diesen Appell, weil es hier um Verhandlungen zwischen SU und USA gehe. Aber warum trete die Bundesrepublik Deutschland nicht selbst in Wien¹³ aktiver auf und entwickle Initiativen in dieser – vielleicht weniger wichtigen, aber doch bedeutsamen Frage?

Kurz: Bilaterale Beziehungen seien eine Sache, gegründet auf Gegenseitigkeit, für eine konstruktive Entwicklung seien Anstrengungen beider Seiten erforderlich.

¹¹ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Haftentlassung von Rudolf Heß aus humanitären Gründen vgl. Dok. 121, Anm. 11.

¹² Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

¹³ Zur 30. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 19. Mai bis 21. Juli 1983 vgl. Dok. 224.

2) Der Umweltschutz sei eine wichtige und schwere Frage sowohl für die Bundesrepublik Deutschland wie für die SU. Die SU sei für Vorschläge und Initiativen offen – man verfüge hierzulande zwar über viel mehr Waldbestand als in der Bundesrepublik Deutschland, doch auch hier beginne man die Probleme des Waldsterbens zu spüren. Die Sorge des BK sei jedenfalls berechtigt.

Über das Problem der C-Waffen sei international lange geredet worden – dies sei nur eine Assoziation. Nunmehr solle man auf dem Gebiet des Umweltschutzes international etwas tun.

3) Zur Wiederaufnahme der schwebenden Verträge sehe die SU keine prinzipiellen Probleme. Aber man solle versuchen, diese Verträge in Einklang zu bringen mit dem Vierseitigen Abkommen über West-Berlin¹⁴, das auf keinen Fall verletzt werden dürfe. Sei dieser Einklang hergestellt, dann stehe einem endgültigen Abschluß nichts im Wege.

An diesem Punkte warf AM Gromyko ein, die westdeutsche Seite habe bisher bei den anstehenden Fragen Lösungen nur unter Verletzung des Vierseitigen Abkommens vorgeschlagen.

4) Hinsichtlich der Ausreisen könne der BK die SU nicht beschuldigen, sie hätte nichts unternommen. Immerhin habe es rund 75 000 Ausreisen gegeben. Zur Zeit gehe es um Vorbereitung der Ausreise von weiteren 500 Personen, die die entsprechende Genehmigung bereits erhalten hätten.

Nicht ausreisen dürften Geheimnisträger, dies sei aber selbstverständlich und nicht auf die Deutschen bezogen. Dabei gebe es Fälle, wo die Ausreise gänzlich unmöglich sei, und andere, wo der Hinderungsgrund nur für eine bestimmte Zeit gelte.

Insgesamt könne man sagen, daß die meisten Ausreisewilligen wohl schon ausgereist seien. Natürlich würden neue Fälle kommen. Wenn diese ruhig ihre Anträge stellten, würden diese geprüft und entschieden.

5) Was weitere Wünsche nach Austausch und Kontakt betreffe, so gebe es keine grundsätzlichen Hindernisse, und man prüfe von Fall zu Fall. So hätten z.B. das Kiewer Paton-Institut und andere wissenschaftliche Institutionen direkte Kontakte mit deutschen Instituten. Die SU sei sehr dafür.

6) Zum Fall Heß müsse er nun seinerseits den BK um Verständnis bitten. Der BK sage, dieser Mann entstamme einer anderen Generation, und in der Bundesrepublik herrsche kein Verständnis, daß er noch im Gefängnis einsitze.

Oft werde gesagt, man verstehe in der SU nicht die öffentliche Meinung im Westen, etwa in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland. Wie aber stehe es um die sowjetische öffentliche Meinung? Hier würde niemand verstehen, wenn Rudolf Heß freigelassen würde, denn dies würde assoziiert mit 20 Mio. Toten. Eine Freilassung von Heß würde einen Sturm des Protestes und des Zorns hervorrufen, deshalb könne die SU auf diesen Wunsch nicht eingehen.

IV. 1) Der BK unterstrich erneut die große Bedeutung der Ausreisen für uns. Für die SU sei dies keine große Zahlendimension, für uns aber eine Grundfra-

¹⁴ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

ge der Solidarität unseres Volkes. Im ersten Halbjahr dieses Jahres seien nur 500 Personen ausgereist, im entsprechenden Zeitraum 1982 etwa 1200.

Er selbst sei kürzlich im Lager Friedland gewesen¹⁵ und habe dort bestätigt gefunden, dies sei nicht Politik, dies sei nicht Wirtschaft, sondern eine rein menschliche Frage.

2) GS Andropow erwiderte, wenn es nur um Anträge gehe, so sei dies richtig, es sei keine Politik. Diese würden geprüft, und man stimme zu oder lehne ab. Wenn aber Druck ausgeübt werde, dann sei dies Politik, je weniger Druck ausgeübt werde, desto besser sei es für die Sache.

3) Der BK wandte ein, im Fall Heß üben wir selbstverständlich keinen Druck aus, auch liege uns fern, Nazis zu schützen – wir zahlten ja noch heute für deren Politik. Hier aber gehe es um einen einzelnen Gefangenen, der bereits 42 Jahre im Gefängnis sitze.

4) Der BM kam auf die schwebenden Verträge zurück und regte an, es soll auf Arbeitsebene geprüft werden, wie man zu praktischen Lösungen kommen könne.

GS Andropow stimmte zu, die Gespräche wieder aufzunehmen.

V. Der Bundeskanzler lud GS Andropow zur Fortsetzung des Dialogs in die Bundesrepublik Deutschland ein.

GS Andropow nahm die Einladung grundsätzlich an, Termine könne man allerdings jetzt noch nicht festlegen.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 14116 (010)

¹⁵ Bundeskanzler Kohl besuchte am 10. Dezember 1982 das Grenzdurchgangslager Friedland. Vgl. dazu den Artikel „Leben in Freiheit ist auch Risiko“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Dezember 1982, S. 3.

205

Botschafter Ruth, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt**VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 2994****Citissime****Aufgabe: 6. Juli 1983, 09.28 Uhr¹****Ankunft: 6. Juli 1983, 09.13 Uhr**

Betr.: Gespräch Bundeskanzler/Bundesminister mit Verteidigungsminister
Ustinow am 5.7.83 von 16.30 Uhr bis 19.00 Uhr im Kreml²

I. Das 1 1/2stündige Gespräch mit Verteidigungsminister Ustinow im Kreml war der letzte offizielle Programmpunkt des Besuchs in Moskau. Minister Ustinow kam in Begleitung von Generalstabschef Ogarkow, dem stellvertretenden Generalstabschef Achromjew und Generaloberst Tscherwow. Auf deutscher Seite nahmen außer Bundeskanzler und Bundesminister Botschafter³, Teltschik, Pfeffer und Ruth teil.

II. Der Bundeskanzler leitete das Gespräch ein. Er begrüßte die Möglichkeit zu einem offenen Gespräch mit dem Verteidigungsminister. Es komme ihm darauf an, daß sich beide Seiten kennenlernten. Der Bundeskanzler nahm Bezug auf die Geschichte dieses Jahrhunderts.

Wir hätten aus dieser Geschichte gelernt.

Ustinow erwiderte, auch die Sowjetunion kenne die Geschichte. Man hätte sich in Deutschland an die Worte Bismarcks erinnern sollen, „geht nicht nach Osten“.

Der BK erinnerte daran, daß er als Historiker Bismarck sehr genau kenne. Zur Eingangserklärung zur Sache gab der Bundeskanzler dem Bundesminister das Wort.

BM wies auf die Bedeutung des Jahres 1983 hin und auf die Notwendigkeit, die zweite Hälfte positiv zu nutzen. In Madrid bestehe die Hoffnung auf die Einsetzung einer KAE. Auch die Verhandlungen in Wien⁴ seien in Bewegung geraten. Das Interesse richte sich aber naturgemäß vor allem auf die sowjetisch-amerikanischen INF-Verhandlungen in Genf. Der BM stellte unsere Überlegungen entsprechend seiner Gesprächsführung beim Meinungsaustausch mit Gromyko dar. Er wies insbesondere darauf hin, daß GS Breschnew noch 1980 am gleichen Tisch gesagt habe, daß die britischen und französischen Systeme nicht Gegenstand der INF-Verhandlungen sein sollten.⁵ Die Forderung, diese Systeme

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 6. Juli 1983 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 213 verfügte.

Hat Vortragender Legationsrätin Wannow am 6. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Barker am 6. Juli und erneut am 7. Juli 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dieser DB ist nachträglich hochgestuft worden. Alle Empfänger von Kopien im Hause sind verständigt. Alle Adressaten des DB und B[otschaft] Moskau sind durch Drahterlaß um Hochstufung gebeten worden.“

² Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–204.

³ Andreas Meyer-Landrut.

⁴ Zur 30. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 19. Mai bis 21. Juli 1983 vgl. Dok. 224.

⁵ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

me anzurechnen, blockiere die Verhandlungen. Hier liege der Schlüssel für eine Belegung in Genf. Beim „Waldspaziergang“⁶ hätten diese Systeme auch keine Rolle gespielt. In Ergänzung der Darstellung des Gefühls der Bedrohung durch die SS-20 in Europa berichtete der BM über seine Erfahrung mit den ASEAN-Staaten. Auch sie seien zunehmend besorgt. Ein Gleiches gelte für die Japaner. Diese Völker blickten alle mit großen Erwartungen nach Genf.

Wir hätten im Wahlkampf⁷ zugesichert, alles zu tun, um ein gutes Ergebnis zu erreichen.

Ustinow entgegnete, er wolle ganz offen sprechen.

In der Sache konzentrierte sich Ustinow auf folgende Punkte:

1) Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung von SALT II habe Carter in Wien klargestellt, daß Gleichgewicht bestehe.⁸ Er habe gesagt, daß volle Parität erreicht sei. Zu dieser Zeit habe die Sowjetunion bereits 57 SS-20-Raketen gehabt, die offensichtlich Teil der Gleichgewichtsrechnung gewesen seien. Kurz danach habe die NATO den Doppelbeschluß gefaßt mit der Behauptung, es bestehe bei den Mittelstreckenraketen Ungleichgewicht.

BK und BM wiesen darauf hin, daß sich Carter bei seiner Feststellung auf die interkontinentalstrategischen Systeme bezogen habe und daß er keineswegs die entsprechende Mittelstreckenrüstung der Sowjetunion in diese Gleichung einbezogen habe. Auf Frage des BK, wie viele SS-20 die Sowjetunion heute habe, beschränkte sich Ustinow auf die Antwort „mehr“.

2) Ustinow sagte, die Sowjetunion habe ständig Verhandlungsvorschläge gemacht, die vom Westen abgelehnt worden seien:

- bei den INF-Verhandlungen⁹,
- bei den chemischen Waffen¹⁰,
- bei den Verhandlungen über einen Teststopp¹¹.

Einer der wichtigsten Vorschläge sei der des Moratoriums bei den Mittelstreckenraketen gewesen.¹² Auch hier habe der Westen nicht reagiert.

⁶ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinski, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

⁷ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt. Vgl. dazu Dok. 63, Anm. 2.

⁸ Am 18. Juni 1979 unterzeichneten Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien den Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

⁹ Zur sowjetischen Position bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 135.

¹⁰ Am 15. Juni 1982 forderte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York ein Verbot chemischer Waffen und kündigte an, die UdSSR werde im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf hierzu ein Dokument „Basic Provisions of a Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of CWs and on their Destruction“ vorlegen. Für den Wortlaut der Rede vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 12th Special Session, S. 195–203. Für den deutschen Wortlaut vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 180–193. Für den Wortlaut des Dokuments vom 21. Juli 1982 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XX, S. 358–362.

¹¹ Am 9. Dezember 1982 nahm die VN-Generalversammlung eine Resolution an, in der der Abrüstungsausschuß (CD) in Genf aufgefordert wurde, Verhandlungen über ein vollständiges Verbot von Atomtests aufzunehmen. Angehängt war ein sowjetischer Entwurf für ein Teststoppabkommen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 37/85 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXI, S. 291–293.

¹² Zum sowjetischen Vorschlag vom 16. März 1982 vgl. Dok. 200, Anm. 8.

3) Der Kernpunkt der Ausführungen Ustinows war die Darlegung des sowjetischen Verhandlungsvorschlags und insbesondere die Forderung nach Anrechnung der britischen und französischen Systeme. Die Sowjetunion sei bereit, ihre SS-20 auf den Umfang der britischen und französischen land- und seegestützten Raketen (162) zu reduzieren und die reduzierten zu „demonstrieren“. Mit Nachdruck und mehrfach hat Ustinow erklärt, daß die Sowjetunion für sich keine niedrigere Zahl als die der britischen und französischen Raketen akzeptieren werde. Die Existenz der britischen und französischen Systeme sei eine Realität.

BK und BM haben nachdrücklich unsere Position zum Thema der britischen und französischen Systeme dargestellt. Sie unterstrichen,

- daß unsere Sicherheit von der Nukleargarantie der Vereinigten Staaten abhängt;
- daß die Sowjetunion selbst 1980 die britischen und französischen Systeme noch nicht in ihre Betrachtungen zum Mittelstreckenbereich einbezogen habe¹³;
- daß es undenkbar sei, daß die britischen und französischen Systeme von der Sowjetunion als echte Bedrohung empfunden würden (BK erläuterte die historische Begründung für die Force de frappe);
- daß die britischen und französischen Systeme nicht mehr als drei Prozent der sowjetischen ausmachten;
- daß im „Waldspaziergang“ diese Systeme nicht einbezogen seien.

Ustinow unterstrich mehrfach und mit großem Nachdruck, daß es kein Ergebnis geben werde, das die Existenz der britischen und französischen Systeme nicht berücksichtige.

BM wies darauf hin, daß die britischen und französischen Systeme bei INF keinen Platz haben, sondern strategische Waffen seien. Irgendwann müßten sie sicher irgendwo berücksichtigt werden.

4) Ustinow behauptete, die Geschichte zeige, daß die Vereinigten Staaten immer den ersten Rüstungsschritt in der Spirale getan hätten. Dies habe mit der Atombombe angefangen. Man müsse auch bedenken, daß diese Bombe eingesetzt worden sei.¹⁴

BK wies darauf hin, daß ja wohl kein Zweifel daran bestehe, daß die Sowjetunion heute über ein umfangreiches Nukleararsenal verfüge. Bei der Beurteilung der Entwicklung der ersten Atombombe dürfe man nicht vergessen, daß diese im Krieg gegen Deutschland und Japan entstanden sei und durchaus mit dem Einverständnis der Sowjetunion. Es komme aber darauf an, mit der Situation, wie sie heute besteht, fertigzuwerden.

5) Zu dem Stichwort „Waldspaziergang“ sagte Ustinow: Je weniger Waldspaziergänge und je mehr protokollierte Gespräche am Verhandlungstisch, desto besser sei es für eine Vereinbarung.

¹³ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

¹⁴ Am 6. bzw. 9. August 1945 wurden von der amerikanischen Luftwaffe je eine Atombombe auf die japanischen Städte Hiroshima bzw. Nagasaki abgeworfen.

6) Ustinow behauptete, daß auf amerikanischer Seite Erstschlagsstrategien und Selektivschläge sowie Szenarien für begrenzte Kriegsführung entwickelt würden. Dabei bezog er sich u. a. auf Äußerungen General Rogers'.¹⁵ BK wies darauf hin, daß es doch offenkundig sei, daß ein nuklearer Konflikt nicht begrenzt werden könne. Ein nuklearer Konflikt würde keiner Seite etwas bringen. Die Vereinigten Staaten dächten nicht daran, einen nuklearen Krieg zu beginnen. Eine nukleare Erstschlagspolitik werde weder von den Vereinigten Staaten noch von der NATO verfolgt. Ustinow antwortete, bei der NATO wisse er dies nicht, bei den Vereinigten Staaten habe er jedoch seine Zweifel.

7) Ustinow wiederholte, unterstützt von Ogarkow, das sowjetische Argument, daß 1976, als noch keine SS-20 stationiert gewesen sei, der Westen von einem Gleichgewicht ausgegangen sei. Die Zahl der Raketen habe sich seither nicht verändert. Um diese Behauptung zu stützen und zur Illustration des sowjetischen Verständnisses vom Kräfteverhältnis Ost/West, überreichte Ogarkow eine vorbereitete Tabelle in deutscher Sprache, die den Stand von 1976 mit dem Verhandlungsvorschlag der Sowjetunion vergleicht. Danach hätte 1976 Gleichgewicht bestanden.¹⁶ Nach Annahme des in der Tabelle unterstellten sowjetischen Vorschlags wäre die NATO sogar überlegen. (Bemerkenswerterweise wird dieses Kräfteverhältnis dadurch erreicht, daß nur für Raketen, nicht für Flugzeuge Parität unterstellt wird. Hierzu folgt Zusatzunterrichtung.¹⁷)

¹⁵ Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, für eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte der NATO vgl. Dok. 66, Anm. 6.

¹⁶ Botschafter Ruth bat die Botschaft in Washington am 7. Juli 1983, den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, von der Übergabe der Listen zu unterrichten: „Die Liste besteht aus zwei Teilen: a) Stand von 1976; b) ‚nach dem Vorschlag der UdSSR‘. Tabelle zu a): insgesamt UdSSR 1029, NATO 1035. Raketen mittlerer Reichweite: UdSSR (SS-4, SS-5) 551, NATO 130. Flugzeuge: UdSSR 478, NATO 905. Zu b): insgesamt: UdSSR 627, NATO 857. Raketen mittlerer Reichweite: UdSSR 162, NATO 162. Flugzeuge: UdSSR 465, NATO 695. Ladungen: UdSSR 1681, NATO 3056.“ Der Liste b) sei folgende Fußnote beigelegt gewesen: „Die UdSSR ist dafür, die Anzahl der Flugzeuge [je]der Seite anzugleichen.“ Ruth fuhr fort: „Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß die Sowjetunion auf westlicher Seite mindestens die britischen und die französischen Systeme hinzurechnet und daß dies nicht akzeptabel ist. Außerdem bezieht sich der Vorschlag auf Europa. Bemerkenswert scheint uns jedoch vor allem die Fußnote zu dem Vorschlag der UdSSR und in der Tabelle selbst, weil darin Flugzeuge nicht mehr im Kontext der Obergrenze von 300 Systemen in Europa aufgeführt werden.“ Er zog den Schluß, „daß sich mit dieser Tabelle auf sowjetischer Seite Bereitschaft zu Bewegung in Richtung auf gesonderte Regelung für Raketen und Flugzeuge andeutet.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4268; VS-Bd. 11310 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁷ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, bezeichnete am 7. Juli 1983 die sich aus der Tabelle ergebende Möglichkeit zu getrennten Verhandlungen über Raketen und Flugzeuge „als in der Logik der Entwicklung der sowjetischen Politik“ liegend: „Diese zielte vor Beginn der START-Verhandlungen auf eine möglichst umfassende Reduzierung amerikanischer Systeme, nicht aber solche der Drittstaaten, z. B. aller Arten von CM, sogar von ALCM, die vorher am engsten in die SALT-Vereinbarungen eingebunden waren. Bei Beginn von START ließ die SU ihren Wunsch auf Erfassung von ALCM und SLCM durch INF fallen und verlagerte diese Materie zu START. Im Verlauf des Jahres 1982 verlagerte sie auch das Schwergewicht ihrer Gleichgewichtsargumentation immer stärker weg von der Behauptung bereits bestehenden Gleichgewichts (986:975 Systeme) zur Behauptung eines noch herzustellenden Gleichgewichts von 162 (Raketen). Diese Bewegung insgesamt ergibt eine ‚Europäisierung‘ des sowjetischen INF-Ansatzes bei gleichzeitiger Konzentration auf Raketen.“ Um in Zukunft flexibel zu erscheinen, sei es daher denkbar, daß die UdSSR „die Verbindung des Raketen- mit dem Flugzeug-(FBS)-Problem weiter lockert und sogar löst, so daß dann zunächst keinerlei amerikanische Systeme mehr involviert würden. Der Streit um die Drittstaatenfrage würde damit allerdings verschärft. Umgekehrt würde das Problem des Schutzes der europäischen Nichtnuklearstaaten in einem von den Sowjets so ‚europäisch‘ angelegten Rahmen plastischer.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3025; VS-Bd. 13395 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

8) Ustinow warb dafür, sich den sowjetischen Vorschlag mit Anrechnung britischer und französischer Systeme noch einmal gründlich zu überlegen und dies mit den Bündnispartnern zu besprechen. Angesichts des fortgeschrittenen Jahres schlug er – fast in einem Nebensatz – vor, wenigstens die Realisierung des Doppelbeschlusses aufzuschieben.

BK erwiderte darauf, daß sich in Genf etwas bewegen müsse. Noch sei Zeit dazu. Die Position der Europäer, bei denen Stationierung vorgesehen sei, sei ganz klar:

- ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel, zu einem Ergebnis zu kommen;
- Stationierungsbeginn, wenn es nicht gelingt, ein Ergebnis zu erreichen.

Der BM wies darauf hin, daß wir uns als Realisten auf ein Zwischenergebnis einstellen müßten. Wir seien bereit, falls die Sowjetunion ihre Rüstung reduziere, unseren Nachrüstungsbedarf auf das gleiche Niveau zu vermindern.

Ustinow wand daraufhin ein, daß die Sowjetunion kein Ergebnis billigen werde, das auf die Stationierung amerikanischer Systeme hinauslaufe. Wenn die NATO nicht auf die sowjetischen Vorschläge eingehe, werde die Sowjetunion weitere Raketen aufstellen, wie viele, könne er nicht sagen.

Der BK stellte fest, daß Verteidigungsminister Ustinow durch seine Ausführungen immer wieder gezeigt habe, daß er offensichtlich ein falsches Bild von den Amerikanern habe. Dies gelte insbesondere für das Bild von Präsident Reagan. Er, der BK, sei froh, sich durch das heutige Gespräch ein persönliches Bild vom sowjetischen Verteidigungsminister machen zu können. Dieses Bild sei erheblich sympathischer als das Bild, das sein Auftreten im Fernsehen vermittele. Daran sehe er, wie wichtig es sei, daß sich Politiker persönlich kennenlernten.

Abschließend bedankte sich der BK für das offene Gespräch. Er hoffe, daß es fortgesetzt werden könne. Ustinow erwiderte, daß er die Meinung teile, daß das Gespräch offen und angenehm war. Er hoffe auf seine Fortsetzung.

III. Vorläufige Bewertung

- 1) Das Gespräch brachte keine Veränderung in den Positionen zur Substanz.
- 2) Zur Methode der Reduzierung auf 162 Systeme verwandte russischer Dolmetscher das Wort „demonstrieren“. Ob das Verlegen bedeutet, wie es bisherige sowjetische Position war, (oder Verschrotten), blieb unklar.¹⁸

¹⁸ Gesandter Huber, Moskau, ergänzte dazu am 6. Juli 1983: „1) Das vom sowjetischen Dolmetscher für die Beschreibung des von der SU vorgeschlagenen Reduzierungsmodus der SS-20 verwendete deutsche Verb war ‚demonstrieren‘ [...]. Nach dem Verständnis von Botschafter Meyer-Landrut, der von Mitarbeiter vor Abreise nach Kiew gefragt wurde, heißt das von Ustinow im Original verwendete Verb in direkter Übersetzung ‚abhacken‘. 2) Nach Auffassung der Botschaft, die sich insbesondere auf den früheren Sprachgebrauch von Generaloberst Tschernow stützt, benutzen die Sowjets mit Absicht ein Verb, das sowohl zur Verschrottung wie zur Verlagerung der SS-20 führen kann. [...] 4) Eine klare Aussage fehlt dazu bisher. Wenn die SU sich bereit erklären würde, die zur Erreichung der Obergrenze von 162 zu ‚reduzierenden‘ SS-20 zu verschrotten, dann bezöge sich dies aber nur auf die SS-20 in Europa und in Sibirien bis zum 80. Längengrad. Das regionale Reduzierungskonzept der SU wäre damit also nicht aufgehoben. Diese Art von ‚Verschrottung‘ wäre auch noch kein völliger ‚Freeze‘ der östlich dieser Region dislozierten SS-20, wie ihn der ‚Waldspaziergang‘ vorgesehen haben soll, da die Produktion und Dislozierung neuer SS-20 dort nicht verboten wäre. 5) Die genaue Wortbedeutung könnte wohl nur in Genf geklärt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3010; VS-Bd. 12053 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

3) In den Ausführungen Ustinows war kein Hinweis auf mögliche Bewegung in Genf zu erkennen. Ustinow vertrat orthodox die gegenwärtige sowjetische Verhandlungsposition. Die Begründung für diese Position fußte im wesentlichen auf der Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme.

4) Ustinow beschränkte seine Drohung auf den Weiterbau der SS-20-Raketen und Aufhebung des Moratoriums. Auf die Drohung mit der Aufstellung von Systemen in Mitgliedsländern des Warschauer Pakts ging er nicht ausdrücklich ein.

5) Ustinow spielte in dem Gesamtrahmen der hiesigen Gespräche offenkundig die Rolle des orthodoxen und unflexiblen Vertreters der militärischen Interessen der Sowjetunion. Im Gespräch mit ihm war eine Bereitschaft zur Flexibilität nicht zu erkennen.

6) BK und BM haben die deutsche und westliche Position in aller Deutlichkeit vertreten, es war zu erkennen, daß Ustinow die Verbindlichkeit dieser Position verstanden hat.

7) Beide Seiten haben das Gespräch und die offene Gesprächsführung als besonders nützlich bezeichnet und Fortsetzung für wünschenswert erklärt. Auch Ustinow geht damit offenkundig von dem in der Fortsetzung des Dialogs liegenden Wert aus.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 13381 (213)

206

Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-18864/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 786
Citissime

Aufgabe: 6. Juli 1983, 22.20 Uhr¹
Ankunft: 6. Juli 1983, 23.07 Uhr

Betr.: KSZE-Folgetreffen Madrid;
hier: Sowjetische „performance“ als amerikanische Vorbedingung eines Abschlusses in Madrid

Bezug: Drahtberichte aus Moskau Nr. 2988 und 2989 vom 5.7.1983 – 213 VS-v²

I. Trotz gewohnter taktischer Winkelzüge zeigt sowjetische Delegation auffällige Eile, hier bald Textverhandlungen über Schlußdokument abzuschließen. Dies steht im Widerspruch zu Gromykos skeptischer Beurteilung des hiesigen Verhandlungsstandes. Der Widerspruch läßt sich auflösen, wenn man Gromykos

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze vorgelegen.

² Für die Drahtberichte des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Moskau, vgl. Dok. 202.

Antwort auf die Aussage des BM zu den noch ausstehenden sowjetischen humanitären Gesten³ mißtrauisch auslegt. Folgende Sätze können Verdacht erregen:

1) „Andere, die sich einschalteten, sollten die USA zu realistischerem Denken veranlassen.“

2) „Derjenige, der nach Vorlage des spanischen Vorschlags⁴ den positiven Abschluß in Madrid zu blockieren suche, weil er als Bedingung auf der Einreise oder Ausreise einzelner Personen beharre, lüde eine schwere Verantwortung auf sich.“

3) „Wer an diesen Fragen den positiven Abschluß in Madrid, auf den die SU hoffe, scheitern ließe, nehme eine schwere Verantwortung auf sich.“

Aus diesen Sätzen läßt sich keine Bereitschaft der SU herauslesen, die Botschafter Kampelman gegebenen Zusagen in den bekannten humanitären Einzelfällen einzulösen. Im Gegenteil, in ihnen zeichnet sich der sowjetische Versuch ab, durch Nichterfüllung der amerikanischen Forderungen die USA vor die Wahl zu stellen, auf die Forderungen zu verzichten und damit ihr Gesicht zu verlieren oder sich von den Verbündeten zu isolieren und damit die Schuld für ein Scheitern von Madrid auf sich zu laden. Diese Konsequenz entspräche dem alten sowjetischen Ziel, die USA von Europa, einschließlich der N+N, zu trennen. Der Vorteil, den die USA⁵ aus dieser Konsequenz zöge, wöge sogar den Vorteil auf, den sie durch Erfüllung der amerikanischen „performance“-Forderungen⁶ aus dem Zustandekommen der KAE zu ziehen hoffen mag. Lediglich die Tatsache, daß Gromyko schwieg, als der BM den Nutzen positiver sowjetischer Entscheidungen, „unabhängig von den Erwartungen der USA“, vor allem auch in der deutschen Öffentlichkeit unterstrich, nährt die Hoffnung, daß die Bemerkungen des BM letztlich „offenbar ihre Wirkung taten“.

II. Botschafter Kampelmans Vertreter⁷ sagte mir heute, seine Administration werte die „Schwierigkeiten“, die Kondraschow am 1.7.1983 bei der Ausreise Schtscharanskis vorgeschoben habe, als Rücknahme einer feierlichen Zusage, die für Präsident Reagan bestimmt war. Dies müsse die Glaubwürdigkeit der SU in Frage stellen. Würde die SU nicht einlenken, würde es der Administration unmöglich, jedweder Einigung in Madrid zuzustimmen. Darüber hinaus würde das gesamte amerikanisch-sowjetische Verhältnis belastet. Ich machte den amerikanischen Gesandten auf die unter I. genannten Konsequenzen aufmerksam. Er hat diese klar vor Augen, sieht aber keine Möglichkeit, ihnen auszuweichen.

³ Zu den Kontakten zwischen dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegationen, Kampelman, und dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kondraschow, über die Lösung humanitärer Härtefälle in der UdSSR vgl. Dok. 172.

⁴ Zum spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 181.

⁵ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „SU“.

⁶ Der Passus „durch Erfüllung ... ‚Performance‘-Forderungen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze eingeklammert.

⁷ Terrence A. Todman.

III. Sollten die USA auf der Einlösung der sowjetischen Zusage, Schtscharanskij freizulassen, trotz weiteren sowjetischen Hinhaltens beharren und hierüber die Zukunft des KSZE-Prozesses aufs Spiel setzen, würden sie die Einheit des Bündnisses auf eine unzumutbare Kraftprobe stellen. Nicht nur wir, auch die übrigen Verbündeten und unter ihnen auch die Verfechter einer harten Linie gegenüber dem Osten, haben den Amerikanern immer wieder gesagt: „Wir zeigen Verständnis für euren Wunsch nach sowjetischer ‚performance‘ und wünschen euch Erfolg; als eine Vorbedingung eines Abschlusses in Madrid müssen wir sie aber ablehnen.“ So denken auch die N+N-Staaten. Käme es wegen der „performance“ zu einer Krise in Madrid, müßten die Verbündeten zwischen der Solidarität mit den US in dieser untergeordneten Einzelfrage und der Zukunft des KSZE-Prozesses wählen. Hierfür hätte unsere Öffentlichkeit keinerlei Verständnis. Diese würde vielmehr in der kritischen Phase der Stationierungsdiskussion höchst unerwünschte Schlüsse auf die mangelnde Ernsthaftigkeit der amerikanischen Bereitschaft ziehen, sachgerechte und ausgewogene Abmachungen mit der SU anzustreben.

IV. AM Morán verfolgt die hiesige Entwicklung seit der Initiative seines Premierministers González vom 17.6. mit wachsender Ungeduld und Skepsis, und dies besonders wegen der seit dem 1.7. erkennbaren amerikanischen Haltung, die hiesigen Verhandlungen wegen der unbefriedigenden Behandlung des Schtscharanskij-Falles zu sabotieren. Mein spanischer Kollege⁸ befürchtet, sein Minister könnte sehr bald einen erneuten, diesmal aber nicht mit den westlichen Verbündeten abgestimmten Vorstoß namens des Gastlandes unternehmen, um das hiesige Treffen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

V. Im Lichte der Eindrücke, die der BM aus dem Gespräch mit Gromyko gewonnen hat, das der „performance“ gewidmet war, wird er auf dem EG-Ministerrat am 8. in Brüssel⁹ mit einigen seiner EG-Kollegen erörtern können, wie der keineswegs unwahrscheinlichen Krise des hiesigen Treffens und der sich hieraus ergebenden Belastung des westlichen Bündnisses vorgebeugt werden kann. AM Cheysson hat AM Shultz in einer Botschaft am 4.7.¹⁰ bereits gesagt, er lehne die sowjetische „performance“ als Vorbedingung ab. Die AM Tindemans und Colombo bieten sich aus hiesiger Sicht ebenfalls als Gesprächspartner für das heikle Thema an. Sein Besuch in Washington am 11.7.¹¹ wird ihm ferner Gelegenheit geben, Präsident Reagan und Außenminister Shultz auf die erheblichen Gefahren hinzuweisen, die sich aus einem weiteren Beharren auf Lösung eines einzelnen Härtefalles im Rahmen der sonst offenbar befriedigenden sowjetischen „performance“ für den Westen ergeben können. Er wird feststellen können, ob die Administration diese Frage ebenso ernst nimmt wie Botschafter Kampelman. Es wäre schwer zu verstehen, wenn sie das Risiko einginge, vor der Öffentlichkeit das Scheitern von Madrid damit erläutern zu müssen, daß

⁸ Juan Luis Pan de Soraluce.

⁹ Am 8. Juli 1983 fand in Brüssel eine vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vereinbarte Sondertagung des EG-Ministerrats zur Vorbereitung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7/1983, S. 92.

¹⁰ Die Wörter „Botschaft am 4.7.“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Neu.“

¹¹ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 10./11. Juli 1983 in den USA vgl. Dok. 210–212 und Dok. 214.

ihr Unterhändler von einem KGB-Agenten dupiert worden ist. Es ist auch fraglich, ob der Kongreß, und vor allem die Fascell-Kommission¹², hierfür Verständnis hätte. Die Administration muß davor bewahrt werden, sich in eine Sackgasse zu manövrieren.¹³

[gez.] Kastl

VS-Bd. 13368 (212)

207

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt

010-1858/83 VS-vertraulich

7. Juli 1983¹

Gespräch BM mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt, am 7. Juli 1983 von 16.05 Uhr bis 16.40 Uhr im AA

BM empfing Herrn Moldt auf dessen Wunsch, den er damit begründet hatte, das Antwortschreiben AM Fischers auf die Botschaft BMs vom 26.6. zum Madrider KSZE-Folgetreffen übergeben zu wollen.²

¹² Zur Kommission des amerikanischen Kongresses für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 195, Anm. 26.

¹³ Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 10. Juli 1983, daß der Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kowaljow, in einem Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, am 8. Juli 1983 den Eindruck vermittelt habe, „daß sich SU bemühe, Rücknahme vom 1.7. wieder zurückzunehmen“. Am 10. Juli 1983 habe daraufhin Kampelman ihm sowie den Leitern der britischen und französischen KSZE-Delegationen, Williams und Curien, mitgeteilt, daß er dem amerikanischen Außenminister Shultz die „Annahme spanischen Vorschlags einschließlich schweizerisch-sowjetischen Kompromißentwurfs der Erklärung zu menschlichen Kontakten empfehlen“ werde: „Ferner werde er Shultz raten, SU-Botschafter Dobrynin einzubestellen und diesem zu sagen: USA gingen von der festen Annahme aus, daß SU alle feierlichen Zusagen einhalte. Sollte sich das Gegenteil herausstellen (K[ampelman]: Dies lasse sich erst in drei Monaten sagen), behielten sich USA vor, entsprechende Konsequenzen zu ziehen (diese Konsequenzen würden bilaterales Verhältnis US – SU berühren, nicht aber multilaterale Problematik der KSZE).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 813; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 7. Juli 1983 gefertigt.

² Zu dem am 28. Juni 1983 übergebenen Schreiben des Bundesministers Genscher an den Außenminister der DDR, Fischer, vgl. Dok. 191, Anm. 15.

In der am 7. Juli 1983 übergebenen Antwort führte Fischer aus, daß es für die DDR „selbstverständlich“ sei, in einer Situation, „die durch eine Politik der Hochrüstung und Konfrontation gefährlich zugespitzt wird, [...] nach besten Kräften dazu beizutragen, die zwischenstaatlichen Beziehungen, vor allem auch den multilateralen KSZE-Prozeß, in die Geleise der Entspannung zurückzuführen. Nach Auffassung der Deutschen Demokratischen Republik würde der Abschluß in Madrid mit einem substantiellen Schlußdokument sowie die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und über Abrüstung in Europa die gesamte Situation günstig und vielleicht auch nachhaltig beeinflussen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178875.

Auf Frage von Moldt erläuterte *BM* zu den Moskauer Gesprächen³: Es habe sich um eine sehr wichtige Reise gehandelt, die Gespräche seien durch das Wort interessant⁴ nicht ausreichend gewürdigt. Er sei von ihrer Ernsthaftigkeit beeindruckt und habe sich nicht nur aus Höflichkeit nach Rückkehr positiv geäußert.⁵ Die sehr breit angelegten Gespräche – von Tichonow und Gromyko über Andropow bis zu Ustinow und zwei weiteren Sowjetmarschällen – seien sehr ernsthaft gewesen. Der Meinungsaustausch sei, wie er hoffe, schon in sich eine vertrauensbildende Maßnahme für weiterführende Überlegungen.

Auf Frage von Moldt bestätigte *BM*, daß es um mehr als nur die Raketenfrage gegangen sei. Er habe sich stets dagegen⁶ verwahrt, das West-Ost-Verhältnis hierauf zu verkürzen. Der Meinungsaustausch habe eine positive Bewertung der bilateralen Beziehungen, und zwar nicht nur im Wirtschafts-, sondern auch im politischen und humanitären Bereich ergeben. Er habe die Gelegenheit benutzt, auch eine Bilanz unserer Beziehungen zu den anderen WP-Staaten zu geben, beginnend mit der DDR (nicht nur aus geographischen Gründen), und unser Interesse dargelegt an guten Beziehungen zu diesen Staaten.

Der Meinungsaustausch zum KSZE-Folgetreffen sei ebenfalls positiv zu bewerten.

Es komme nun darauf an, in diesem wichtigen Jahr 1983, das nach seiner Meinung ein Jahr der Weichenstellung sei, zu sehen, was in der zweiten Jahreshälfte noch getan werden könne. Wir würden unsere Eindrücke aus den Gesprächen auch anderen vermitteln.

Zum Presseecho, das heute viele negative Töne enthalte, sei zu bemerken, daß die Kommentierung vielfach von der – falschen – Annahme ausgehe, daß wir über die SS-20 hätten verhandeln wollen. Dies sei nicht der Sinn des Besuchs gewesen. Wichtig sei hingegen, daß zum ersten Mal die neue Bundesregierung mit der neuen Führung in Moskau gesprochen habe. Er habe Gromyko daran erinnert, daß er am 5. Oktober 1982⁷ in New York erklärt habe, daß die Außenpolitik der Bundesregierung von Kontinuität gekennzeichnet sein werde.⁸ Es sei wichtig gewesen, dies auch im Gespräch in Moskau deutlich zu machen und Gewißheit zu vermitteln, daß auf beiden Seiten – über die selbstverständliche Entschlossenheit hinaus, die Verträge einzuhalten – Interesse an einer langfristig positiven Entwicklung der Beziehungen bestehe. Dies habe durch konkrete Schritte belegt werden können; hierzu habe sich auch das Verhältnis zur DDR angeboten, aber auch zu anderen WP-Staaten. Die Raketenfrage sei natürlich eingehend besprochen worden.

Unseren Partnern würden wir deutlich sagen, daß aus dem vom ursprünglichen Programm abweichenden Verlauf des ersten Tages keine falschen Schlüsse gezo-

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁴ Korrigiert aus: „interessiert“.

⁵ Bundesminister Genscher äußerte sich am 6. Juli 1983 gegenüber dem ZDF und am 7. Juli 1983 gegenüber dem NDR positiv zu Verlauf und Ergebnissen des Besuchs vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR. Für die Niederschrift der Interviews vgl. Referat 013, Bd. 179050.

⁶ Korrigiert aus: „daran“.

⁷ Korrigiert aus: „4. Oktober 1982“.

⁸ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Rande der VN-Generalversammlung vgl. AAPD 1982, II, Dok. 258 und Dok. 263.

gen werden dürften; man solle sich auf die Führung in Moskau in den nächsten Jahren einrichten und nicht auf einen Wechsel warten!

BM erwähnte, daß er am 8.7.1983 seine EG-Kollegen⁹ und am 11.7.1983 die US-Regierung¹⁰ unterrichten werde.

BM bejahte die Frage Moldts, daß wir an einer Begegnung Andropow/Reagan interessiert seien: BK habe dies auch in seiner Tischrede gesagt.¹¹

Moldt seinerseits konnte keine DDR-Wertung des Besuchs mitteilen, er verfüge bisher nur über unkommentierte informative Berichterstattung. Allgemein könne nur begrüßt werden, daß es in einer Situation wie der gegenwärtigen möglich sei, das zu sagen, was zu sagen sei. Die Bundesregierung werde sicher in der Lage sein, den USA die sowjetischen Auffassungen zu übermitteln, hieran bestehe auch in der DDR Interesse. Dabei sei klar, daß die Bundesregierung keine Vermittlerrolle einnehme, sondern nur direkte Informationen mitteilen werde.

BM bestätigte dies, eine „Botschaft“ werde nicht übermittelt.

Moldt verwies zu den Sachfragen auf bekannte Positionen der DDR. Auch sei die Besorgnis der DDR bekannt im Hinblick auf die mögliche Stationierung in Westeuropa. Die Bundesrepublik und die DDR würden hauptbetroffen sein – die DDR, was die militärischen Konsequenzen angehe. Es werde nicht leichter werden, sondern schwieriger.

BM forderte, sich darauf zu konzentrieren, was in den nächsten Monaten anstehe. Zu seiner Frage, ob vom WP-Gipfel¹² etwas Neues zu berichten sei, verneinte *Moldt*: Wesentlich sei die noch einmal unterstrichene Bereitschaft zur Verwirklichung der früheren östlichen Vorschläge, besonders – wie bereits in der Prager Erklärung¹³ gesagt – eines Einfrierens der Mittelstreckenwaffen in Verbindung mit dem Verzicht auf Ersteinsatz. Dies würde eine günstigere Ausgangsposition für Verhandlungen eröffnen.

BM stellte fest, dies erkläre die Gedankenführung eines sowjetischen Journalisten bei der PK in Moskau. Wir hätten wiederholt erklärt, wir träten für einen generellen Verzicht auf den Ersteinsatz jeglicher Waffen ein. Dies erübrige den Verzicht auf den Ersteinsatz bestimmter Waffenarten.

Moldt verwies ferner auf den Vorschlag eines Gewaltverzichtvertrages zwischen NATO und WP.

BM erwähnte unsere wiederholten – sehr abgewogenen – Stellungnahmen hierzu.

Moldt war nicht unterrichtet, ob AM Fischer am Abschlußtreffen in Madrid¹⁴

⁹ Am 8. Juli 1983 fand in Brüssel die erste EG-Sonderratstagung gemäß den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart statt.

¹⁰ Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 10./11. Juli 1983 in den USA vgl. Dok. 210–212 und Dok. 214.

¹¹ Für den Wortlaut der Tischrede des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juli 1983 in Moskau vgl. BULLETIN 1983, S. 706–710.

¹² Zum Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten am 28. Juni 1983 in Moskau vgl. Dok. 195, Anm. 25.

¹³ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) vgl. Dok. 40.

¹⁴ Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

teilnehmen wird; eine abgestimmte Stellungnahme des WP könne er nicht mitteilen.

Nach Übergabe des Briefes von AM Fischer stellte *BM* fest, daß er für den Fall eines günstigen Abschlusses – von dem er ausgehe – dafür eintreten werde, daß möglichst viele AM nach Madrid kommen. Er selbst werde sich durch die Abwesenheit einiger Minister nicht entmutigen lassen, ähnlich wie er es auch mit dem Eröffnungstreffen¹⁵ gehalten habe. Er wisse, daß er nicht als einziger AM nach Madrid gehen werde. Er würde gerne AM Fischer am Rande treffen, wenn er in Madrid sei.¹⁶ Unabhängig davon liege ihm daran, die traditionellen Gespräche in New York nicht zu unterbrechen.¹⁷ Wir seien gerade mit unserem Terminkalender befaßt.

Moldt sagte zu, auch zu den Terminfragen schnell zu berichten.

Auf den Hinweis¹⁸ *Moldts*, daß Fortschritte leider nicht bei den „immensen“ Fragen erzielt würden, forderte *BM*, Fortschritte wie die bei der KSZE nicht zu unterschätzen. In der großen Frage werde man sich gewiß in Moskau Gedanken machen über das von unserer Seite Gesagte.

Auf den Hinweis *Moldts*, wir würden sicher auf Washington einwirken, erklärte *BM*, er habe auch Gromyko erläutert, daß wir die USA nicht beschuldigen könnten, nicht ernsthaft in Genf zu verhandeln. Wir würden uns sonst selbst beschuldigen, denn wir gestalteten die Verhandlungsführung selbst mit.

Wir hätten im übrigen ein positives Echo über Zwischenergebnisse erwartet. Vielleicht sei das, was mit Flexibilität gemeint sei, noch nicht richtig eingeschätzt worden.

Moldt erklärte, die Dinge seien sehr schwierig, solange die USA keine Bewegung im Hinblick auf britische und französische Systeme zeigten.

BM verwies darauf, daß er Ustinow in Erinnerung gerufen habe, daß die sowjetische Führung 1980 in Moskau ausdrücklich erklärt habe, bei diesen Systemen handle es sich um strategische Systeme, sie hätten mit dem Mittelstreckenproblem nichts zu tun.¹⁹ Dies sei für ihn ein Schlüsselergbnis gewesen.

Die Replik *Moldts*, sie seien aber auch bei strategischen Systemen nicht berücksichtigt worden, quittierte *BM* mit dem Hinweis, sie seien dort nicht von der SU aufgebracht worden.

BM und *Moldt* einigten sich abschließend auf beiliegende Presseerklärung.²⁰

VS-Bd. 14112 (010)

¹⁵ Bundesminister Genscher nahm am 13. November 1980 an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid teil.

¹⁶ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 9. September 1983 in Madrid vgl. Dok. 263.

¹⁷ Bundesminister Genscher und der Außenminister der DDR, Fischer, trafen am 29. September 1983 am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 286, Anm. 16.

¹⁸ Korrigiert aus: „Den Hinweis“.

¹⁹ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

²⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für die Presseerklärung Nr. 1208/83 vgl. VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

208

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 7. Juli 1983, 13.55 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 79 Ortez

Betr.: Zur UNCTAD VI vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad

UNCTAD VI, wichtigstes Ereignis des Nord-Süd-Dialogs im Jahr 1983, ging nach vierwöchiger Dauer in frühen Morgenstunden 3. Juli 1983 mit Verabschiedung von 25 Resolutionen – davon 21 im Konsensus – sowie Erklärung zur Weltwirtschaftslage² zu Ende.

Die wichtigsten Ergebnisse von UNCTAD VI:

Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industrieländer waren bei UNCTAD VI herausragende Ergebnisse nicht zu erwarten. In wichtigsten Sachgebieten wurden jedoch jeweils gewisse Fortschritte erzielt. Im Rohstoffbereich ist besonders wichtig die Absichtserklärung, Gemeinsamen Fonds³ zum 1.1.1984 in Kraft zu setzen. Beim Handel stand im Vordergrund Abbau bestehender Einfuhrbeschränkungen (roll back). Bei Währung und Finanzen kam es zu gewissen zeitlichen Hinweisen auf die Erreichung des 0,15%-Ziels für LLDCs (1985 oder sobald wie möglich danach).

Ergebnisse im einzelnen:

a) Weltwirtschaftslage

Gemeinsame Erklärung zur Weltwirtschaftslage kam erst nach heftigen Auseinandersetzungen zustande. G 77⁴ verteidigte zunächst unnachgiebig in Bue-

¹ Durchdruck.

² Für den Wortlaut der Erklärung der VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung vom 3. Juli 1983 über die Lage der Weltwirtschaft vgl. UNCTAD PROCEEDINGS 1983, Bd. I, S. 6–8.

³ In einer Kabinettsvorlage führte das Bundesministerium für Wirtschaft am 18. November 1982 aus: „Am 27. Juni 1980 wurde in Genf im Rahmen der UNCTAD unter Beteiligung der EG und ihrer Mitgliedstaaten Einigung über den Abschluß des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe erzielt. Das Übereinkommen wird in Kraft treten, wenn mindestens 90 Staaten mit einem Mindestanteil von 2/3 der Pflichtbeiträge und 50% der freiwilligen Beiträge dem Übereinkommen beigetreten sind. Das Übereinkommen liegt seit dem 1. Oktober 1980 am Sitz der UNO in New York zur Zeichnung aus. Der Fonds sollte ursprünglich am 1. April 1982 in Kraft treten. Da aber zu diesem Zeitpunkt die notwendigen Voraussetzungen noch nicht erfüllt waren, wurde der Termin auf den 1. Oktober 1983 verschoben. Die Bundesrepublik Deutschland hat nach einem im Umlaufverfahren herbeigeführten Regierungsbeschluß (22.12.1980) das Übereinkommen am 10. März 1981 gezeichnet. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen bedarf der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften.“ Vgl. Referat 402, Bd. 134026.

⁴ Zu den Teilnehmergruppen der VN-Konferenzen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) informierte das Bundesministerium für Wirtschaft am 10. Mai 1983: „Verhandelt wird weitgehend in geographischen Gruppen. Die Gruppe 77 (jetzt 125 Mitglieder = Entwicklungsländer ohne Israel, aber mit Jugoslawien, Rumänien und Malta) ist der Zusammenschluß der Entwicklungsländer; die Gruppe B umfaßt die marktwirtschaftlichen Industrieländer (IL), die Gruppe D die sozialistischen Länder Osteuropas. China gehört keiner Gruppe an.“ Vgl. die Verhandlungsleitlinien zur VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI); Referat 402, Bd. 133781.

nos Aires⁵ festgelegten Standpunkt: Lösung der weltweiten Krise durch Sofortprogramm (Wiederbelebung der Weltwirtschaft durch die Finanzierung von Entwicklungsanstößen in der Dritten Welt) sowie grundlegende Strukturreformen mit Ziel einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Gruppe B (westliche IL) drängte demgegenüber auf eine nüchterne Darstellung gegenwärtiger Situation und Herausstellung der ersten Anzeichen für einen Konjunkturaufschwung, Belgrad sollte eine Botschaft des Vertrauens in wirtschaftliche Zukunftsaussichten beschließen. Schließlich vereinbarter Text enthält nach wie vor angreifbare wirtschaftliche Aussagen. Wir gaben deshalb, wie andere EG-Mitgliedstaaten, interpretative Erklärung ab.⁶

b) Rohstoffe

- Es wird angestrebt, den Gemeinsamen Fonds zum 1.1.1984 in Kraft zu setzen.⁷
- Die EG hat sich verpflichtet, für drei – von einer früheren OPEC-Zusage nicht erfaßte⁸ – LLDCs die Beiträge zum Gemeinsamen Fonds zu übernehmen.
- Eine Resolution zur kompensatorischen Finanzierung (einschl. Exporterlösstabilisierung) wurde gegen die Stimme der USA verabschiedet.⁹

Einigung im Rohstoffbereich beruht wesentlich auf dem Engagement von BM Graf Lambsdorff, der zusammen mit Handelsminister von Sri Lanka¹⁰ zum Koordinator für Rohstoff-Fragen bestellt worden war.

c) Handel

Im Vordergrund stand hier Abbau der bestehenden Einfuhrbeschränkungen, das sogenannte „roll back“.

Umstritten war Frage des Handels mit Dienstleistungen.¹¹ Die G 77 hat ausdrückliche Anerkennung einer Rolle des GATT nicht akzeptiert.¹²

⁵ Zur fünften Konferenz der Außen- und Handelsminister der Gruppe der 77 vom 5. bis 9. April 1983 vgl. Dok. 167, Anm. 6.

⁶ Am 3. Juli 1983 gaben die Delegationen der Bundesrepublik, Großbritanniens und Japans eine Erklärung ab, in der es hieß: „Our Governments subscribe to the view of the world economic situation recently expressed in the Declarations of the OECD Ministerial and Williamsburg Summit meetings. There are significant differences between that view and the analysis in the statement. This is hardly surprising. At a time of rapid transition from crisis to the beginnings of economic recovery, perceptions of the world economic situation are bound to differ. We are encouraged that, despite our differences, all the delegations of this Conference are agreed on a number of themes, particularly interdependence and the special needs of the poorest countries. Despite our problems with this particular text our Governments will remain true to these principles and will continue to pursue them in all possible ways.“ Vgl. die Anlage 2 zur Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 5. Juli 1983; Referat 402, Bd. 133883.

⁷ Vgl. dazu die Resolution Nr. 153 (VI) vom 2. Juli 1983; UNCTAD PROCEEDINGS 1983, Bd. I, S. 9 f.

⁸ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 22. Juni 1983, daß sich die OPEC-Mitgliedstaaten bereit erklärt hätten, die Beiträge von 32 der am wenigsten entwickelten Staaten (LLDC) zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe zu übernehmen; Norwegen habe die Übernahme der Beiträge von weiteren fünf Mitgliedern dieser Staatengruppe zugesichert. Es verblieben noch Togo, Äquatorial-Guinea sowie São Tomé und Príncipe, deren Beiträge in Höhe von ca. 3 Mio. DM von den Europäischen Gemeinschaften finanziert werden könnten. Vgl. dazu Referat 402, Bd. 133913.

⁹ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 157 (VI) vom 2. Juli 1983 vgl. UNCTAD PROCEEDINGS 1983, Bd. I, S. 12 f.

¹⁰ Lalith Athulathmudali.

¹¹ Am 10. Mai 1983 vermerkte das Bundesministerium für Wirtschaft: „Die EL wollen stärker an den Dienstleistungen (und deren Einkünften) beteiligt werden, wobei sie eine Vorzugsbehandlung fordern. Zu diesem Zweck sollen in der UNCTAD Studien durchgeführt und Empfehlungen ausgesprochen werden.“

d) Währung und Finanzen

– Verschuldung

G77 ließ für uns nicht akzeptable Forderungen, wie generellen Schuldenerlaß für alle LLDCs und sonstige Entwicklungsländer, fallen. Es bleibt bei Maßnahmen zur Schuldenerleichterung im Einzelfall. EL haben offenbar erkannt, daß generelle Schuldenregelungen nicht durchsetzbar sind und wohl auch ihrem Kreditstanding abträglich sein können.

– Währungspolitik

Wegen der Zuständigkeit des IWF konnte Gruppe B hier keine Aussagen akzeptieren, die den IWF präjudiziert hätten.¹³

– Entwicklungshilfe

In erster Linie wurden bisherige Ziele (0,7%-Ziel¹⁴ und 0,15%-Ziel¹⁵ für LLDCs) bekräftigt. Geberländer sichern nachhaltig verstärkte Anstrengungen zu.

– Multilaterale Entwicklungsinstitutionen

Das von EL angestrebte reale Wachstum von IDA VII¹⁶ gegenüber IDA VI¹⁷ konnten vor allem die USA, Großbritannien und wir nicht mittragen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1078

chen werden, mit denen gleichzeitig eine engere Kooperation zwischen EL und IL vorgezeichnet werden soll.“ Vgl. die Verhandlungsleitlinien zur VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI); Referat 402, Bd. 133781.

12 Am 3. Juli 1983 verabschiedete die VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad einstimmig die Resolution Nr. 159 (VI) vom 2. Juli 1983, zu der die Gruppe B eine einschränkende Erklärung abgab. Vgl. dazu UNCTAD PROCEEDINGS 1983, Bd. I, S. 14–16 und S. 55 f.

13 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 6. Juli 1983 zur Behandlung währungspolitischer Fragen auf der VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad: „Eine im Konsens verabschiedete ‚progressive‘ Resolution (Darstellung von Faktoren, die der IWF bei der Prüfung der Zweckmäßigkeit der Zuteilung von SZR berücksichtigen soll; Betonung der Bedeutung des Wirtschaftswachstums und nicht nur von nachfrageeinschränkenden Maßnahmen bei der Konditionalität) wurde durch eine weitgehende interpretative Erklärung der Gruppe B stark abgeschwächt. Nur so war es den USA möglich, im letzten Augenblick ihren Kurs zu ändern und von einer Nein-Stimme, die ein Scheitern der Konferenz zu provozieren drohte, Abstand zu nehmen. Die interpretative B-Gruppen-Erklärung macht deutlich, daß die westlichen IL den währungspolitischen Kernforderungen der EL geschlossen ablehnend gegenüberstehen.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133883.

14 Mit Resolution Nr. 2626 vom 24. Oktober 1970 rief die VN-Generalversammlung die Zweite Entwicklungsdekade aus und legte u. a. fest, daß die Entwicklungshilfe der Industrieländer jeweils mindestens 0,7 % des Bruttosozialprodukts betragen solle. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIII, S. 255–265.

15 Die VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder vom 1. bis 14. September 1981 in Paris beschloß ein Aktionsprogramm, in dem u. a. die Geberländer ihre Bereitschaft bekundeten, 0,15 % ihres Bruttosozialprodukts für die Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder aufzuwenden. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1981, S. 406–408.

16 Die Verhandlungen über die siebte Auffüllung der Kreditmittel für die International Development Agency (IDA VII) begannen am 22./23. November 1982 in Washington. Zum Stand führte Ministerialdirektor Fischer am 6. Juli 1983 aus, daß auch bei den laufenden Verhandlungen die Höhe der Mittel im Zentrum stünden: „Die Geschäftsführung wirbt für ein Volumen von 16 Mrd. US \$, das angeblich bis zu 60 % der Geber mitzutragen bereit wären. Wir halten diese Zahl nach wie vor für unrealistisch hoch; außer uns und GB könnten sich vor allem die USA nicht in dieser Höhe beteiligen, die bisher lediglich Bereitschaft für 9 Mrd. US \$ signalisiert haben. Unsere ressort-interne Linie ist, daß wir bereit sind, ein Volumen von 12 Mrd. US \$ unter Beibehaltung unseres bisherigen regulären Anteils von 12 % mitzutragen. Bei einem Volumen von über 12 Mrd. US \$ müßten wir unseren Anteil proportional senken.“ Vgl. Referat 400, Bd. 144114.

17 Zur sechsten Auffüllung der Kreditmittel durch die International Development Agency (IDA VI) vgl. Dok. 133, Anm. 36.

e) LLDCs

Vereinbart wurde Erreichung des 0,15%-Ziels „1985 oder sobald wie möglich danach“.

f) Sonstige Themen

Über Technologie, Schifffahrt, Binnen- und Insel-Entwicklungsländer und Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern konnten Konsensresolutionen verabschiedet werden.¹⁸

Beim Thema Ost-Süd-Wirtschaftsbeziehungen kam es nicht zu Einigung, weil Ostblockstaaten an Weigerung, 0,7 Prozent-Ziel für die Entwicklungshilfe anzuerkennen, festhielten.

Über Resolutionen betreffend Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen (Palästina sowie Namibia/Südafrika)¹⁹ wurde abgestimmt.

EG-Mitgliedstaaten enthielten sich in beiden Fällen (mit Ausnahme Griechenlands bei Palästina-Resolution).

Bewertung:

Schon vor Konferenzbeginn war deutlich, daß Bewegungsspielraum der westlichen IL angesichts ihrer schwierigen Wirtschaftslage sehr gering war.

Konkrete Ergebnisse von UNCTAD VI sind dementsprechend eher bescheiden. In allen Sachbereichen wurden zwar gewisse Fortschritte erzielt, zu entscheidenden Durchbrüchen ist es jedoch nicht gekommen.

G 77 konnte vor allem im Währungsbereich – sie strebte Wiederbelebung Weltwirtschaft durch Liquiditätszufuhr an EL an – nichts Entscheidendes, wie z. B. positive Aussage über die Zuteilung von Sonderziehungsrechten, erreichen. Daß Scheitern der Konferenz angesichts dieser Lage vermieden werden konnte, ist schon positiv zu bewerten und vor allem den gemäßigten, pragmatischen Kräften in der G 77 zu verdanken.

Diese pragmatischen Kräfte in der G 77 setzten sich schließlich mit der Einsicht durch, daß unter den gegebenen weltwirtschaftlichen Umständen keine günstigeren Ergebnisse zu erzielen waren. Man gab sich letztlich mit begrenztem Entgegenkommen der B-Gruppe in Einzelbereichen zufrieden. Bezeichnend ist die am Ende der Konferenz gemachte Aussage des Sprechers der G 77, daß man im Interesse der weiteren internationalen Zusammenarbeit akzeptiert habe, was zu erreichen war.

In B-Gruppe konnte EG ihr Gewicht angemessen zur Geltung bringen. Viele andere westliche Staaten orientierten sich weitgehend an Gemeinschaft.

Der persönliche Einsatz vom BM Graf Lambsdorff in letzten Konferenztagen insbesondere im Rohstoff- und Handelsbereich trug wesentlich dazu bei, daß die Konferenz nicht scheiterte.

¹⁸ Für die Resolutionen Nr. 137 (VI), Nr. 138 (VI), 139 (VI), Nr. 143 (VI) und Nr. 144 (VI) vom 2. Juli 1983 vgl. UNCTAD PROCEEDINGS 1983, Bd. I, S. 24–31 und S. 33 f.

¹⁹ Für die Resolutionen Nr. 146 (VI) und Nr. 147 (VI) vom 2. Juli 1983 vgl. UNCTAD PROCEEDINGS 1983, Bd. I, S. 34.

Vgl. auch Infofunk-Meldungen Nr. 2024 d/1-2-3 vom 4.7.1983

Steinkühler²⁰

Referat 012, Bd. 124453

209

Aufzeichnung des Botschafters Hansen, z.Z. Bonn

VS-NfD

8. Juli 1983¹

Vermerk für D4²

Betr.: Eventuelle Ausfuhr des Panzers Leopard II nach Saudi-Arabien (SA);
hier: Reaktion in Israel

1) Eine Lieferung des Panzers nach SA würde, worauf ich in meiner Berichterstattung mehrfach hingewiesen habe, eine sehr schwere, langfristige Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen bedeuten. Ein großer Teil unseres in den letzten Jahrzehnten in Israel mühsam aufgebauten Goodwill würde zerstört. Dies ist mir in zahlreichen Gesprächen mit Politikern von Regierungskoalition und Opposition, hohen Beamten des Außenministeriums und anderen Persön-

²⁰ Paraphe vom 7. Juli 1983.

¹ Durchdruck.

Hat Staatssekretär von Staden am 12. Juli 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Lautenschlager vermerkte: „[In] d[er] Sache einv[erstanden]. Zu 5) Bedenken – wegen leaks vom S[audi-]A[rabien]-Besuch.“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer und eines Durchdrucks an „D3 o[lder] V[ertreter]. Verschl[os]sen.“

Hat Lautenschlager am 12. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Ungerer am 13. Juli 1983 vorgelegen, der handschriftlich zur Weiterleitung an Fischer vermerkte: „N[ach] R[ückkehr]“.

² Hat Ministerialdirektor Fischer am 15. Juli 1983 vorgelegen.

Mit Begleitvermerk vom 18. Juli 1983 leitete Fischer die Aufzeichnung an Staatssekretär Lautenschlager und Bundesminister Genscher und vermerkte dazu: „Botschafter Dr. Niels Hansen hat in einem Vermerk an mich die Frage analysiert, welche Form die israelische Reaktion im Falle der Ausfuhr deutscher Panzer des Typs Leopard II oder anderer Typen nach Saudi-Arabien bzw. in andere Länder, die sich mit Israel im Kriegszustand befinden, haben würde. Der Vermerk, der den Staatssekretären von Staden und Lautenschlager vorgelegen hat (siehe handschriftliche Kommentare), wird als Anlage mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Die Überlegungen von Botschafter Hansen sollten in die bevorstehende Meinungsbildung zu diesem Problem einbezogen werden.“

Hat Lautenschlager am 20. Juli 1983 erneut vorgelegen.

Hat Genscher am 21. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 21. Juli 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über Lautenschlager an Fischer verfügte.

Hat Lautenschlager am 21. Juli 1983 erneut vorgelegen.

Hat Fischer am 22. Juli 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Loeck und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Fischer-Dieskau verfügte.

Hat Loeck am 22. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Fischer-Dieskau am 25. Juli 1983 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 10920 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

lichkeiten gesagt worden. Sie ergibt sich auch aus der einhelligen Reaktion der israelischen Medien auf den kürzlichen Artikel des „Spiegel“.³

Über die israelischen Reaktionen im einzelnen läßt sich nur spekulieren, etwa:

- Protest seitens der Regierung;
- massive Pressekampagne;
- Demonstrationen vor Botschaft, Goethe-Institut, Lufthansa usw.;
- Rücktritte vom Vorsitz bilateraler Institutionen (Botschafter a. D. Ben Natan hat mir dies als Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft angekündigt);
- Austritte aus der Freundschaftsgruppe der Knesset;
- Aufkündigung von Städtepartnerschaften;
- Einschränkung des israelischen Tourismus nach Deutschland usw.

Die Reaktionen würden nicht auf Israel beschränkt bleiben, sondern die Judenheit der Diaspora (insbesondere auch in den USA) mit umfassen.

2) Diese Vereisung der politischen und menschlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern würde andauern, vor allem weil

- man, wie die Erfahrung zeigt, Deutschland gegenüber nicht bereit ist, nach einer gewissen Zeit über als feindselig empfundene und die „Vergangenheitsbewältigung“ beeinträchtigende Gesten zur Tagesordnung überzugehen. Klassisches Beispiel ist die Untersagung der Zwischenlandung amerikanischer Flugzeuge mit militärischen Lieferungen an Israel in Bremen während des Jom-Kippur-Krieges 1973⁴, das uns – nicht nur in der Presse – immer wieder vorgehalten wird;
- sich eine Lieferung des Leo II wohl ohne die Entsendung und den Verbleib deutscher Fachleute nach/in SA nur schwer verwirklichen ließe. Die israelische Reaktion auf den Aufenthalt deutscher Raketenexperten in Ägypten in den frühen 60er Jahren⁵ ist ein warnendes Beispiel.

³ Vgl. den Artikel „Panzer-Export: ‚Was wir wünschen, wissen Sie‘“; DER SPIEGEL, Nr. 24 vom 13. Juni 1983, S. 19–21.

⁴ Am 16. Oktober 1973 informierten die USA die Bundesregierung darüber, daß zur Unterstützung Israels u. a. Waffen aus der Bundesrepublik nach Bremerhaven transportiert würden, um sie für den Weitertransport auf israelische Schiffe zu verladen. Nachdem bekannt geworden war, daß auch nach der am 22. Oktober 1973 von Israel und Ägypten erklärten Bereitschaft zu einem Waffenstillstand in Bremerhaven und Nordenham israelische Frachter mit amerikanischen Rüstungsgütern beladen werden sollten, forderte Staatssekretär Frank den amerikanischen Gesandten Cash am 24. Oktober 1973 auf, die amerikanische Regierung möge die Operation stoppen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 322 und Dok. 335.

⁵ In Ägypten waren seit Anfang der sechziger Jahre Wissenschaftler und Techniker im Flugzeug- und Raketenbau tätig, deren Tätigkeit im Sommer 1962 im Zusammenhang mit ersten Testflügen bekannt wurde. In der Folgezeit bemühte sich die Bundesregierung um eine Rückführung dieser Experten. Vgl. dazu AAPD 1962, II, Dok. 306 und Dok. 316, sowie AAPD 1963, I, Dok. 66, Dok. 133 und Dok. 147. Vgl. dazu auch AAPD 1964, I, Dok. 164, und AAPD 1964, II, Dok. 312 und Dok. 313. Im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel am 12. Mai 1965 teilte Bundeskanzler Erhard Ministerpräsident Eshkol mit, daß „ein großer Teil“ der außerhalb der NATO tätigen Rüstungsexperten in die Bundesrepublik zurückgekehrt sei bzw. noch zurückkehren werde. Er versicherte darüber hinaus, daß die deutschen Behörden „mit den gesetzlich dafür vorgesehenen Mitteln“ gegen Anwerbeversuche von Sachverständigen im militärischen Bereich vorgehen würden. Vgl. BULLETIN 1965, S. 665.

3) Es wäre eine Illusion zu glauben, daß wir Leo-Lieferungen nach SA durch Rüstungsexporte nach Israel (z.B. 120-mm-Panzerkanone) „kompensieren“ könnten, worüber im „Spiegel“⁶ und in der „Welt“⁷ Spekulationen angestellt wurden. Keine israelische Regierung – und erst recht nicht die Regierung Begin – wäre in absehbarer Zeit dazu bereit. Das gilt ebenso für die öffentliche Meinung – selbst dann, wenn die offizielle Reaktion (höchst unwahrscheinlicherweise) relativ milde ausfallen würde.

Derartige „Kompensationen“ zeichnen sich – von der psychologischen Dimension des Problems einmal abgesehen –, soweit ich dies zu beurteilen vermag, auch nicht ab. „Kompensationen“ könnten sich m.E. jedoch israelischerseits in anderen Bereichen (statt der „Duldung“ von Rüstungsexporten an arabische Länder etwa verstärkte Zurverfügungstellung einschlägigen „Know-hows“ o.ä.) ergeben.

4) Die – im wesentlichen bekannten – Hauptargumente der Israelis lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Israel ist längerfristig aufgrund seiner geographischen und demographischen Lage stark gefährdet: Es ist deshalb auf den „qualitative edge“ seiner Waffen vital angewiesen. Dieser wird zunehmend durch westliche Rüstungsexporte (z.B. F-16, AWACS, Exocet) gefährdet. Man zieht es in Jerusalem vor, daß die arabischen Staaten mit den – weniger effizienten – östlichen Waffen ausgerüstet sind.
- Durch Deutsche und im deutschen Namen sind sechs Millionen Juden vernichtet worden. Befände sich nur ein Teil von ihnen (oder ihrer prospektiven Nachkommen) in Israel, wäre die Sicherheitslage des Landes weniger prekär. Ausgerechnet die Deutschen sollten nicht zur Gefährdung Israels beitragen.
- SA hat in allen Kriegen gegen Israel aktiv und mit militärischen Kontingenten teilgenommen. Es befindet sich mit Israel im Zustand des „Heiligen Krieges“ („Djihad“). Es kann insoweit nicht als „gemäßigt“ gelten, was bei den jederzeit dort möglichen politischen Umwälzungen in noch stärkerem Maße zutreffen würde. Die politische Relevanz von SA wird nach israelischer Auffassung im übrigen im Westen überschätzt (z.B. mangelnde Einflußmöglichkeiten auf Syrien hinsichtlich des Rückzugs aus dem Libanon).
- Aus Westeuropa stammende Waffen für SA sind aus israelischer Sicht ungünstiger als diejenigen aus den USA (gegen deren Lieferung sich Jerusalem, wenn auch meist vergeblich, indessen ebenfalls mit Zähnen und Klauen gewehrt hat und weiterhin wehrt), da die europäischen Länder im Ernstfall – im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten – keine wirksamen Möglichkeiten besäßen, deren Einsatz gegen Israel zu verhindern.
- Man sieht zwar die Attraktivität eines Waffengeschäfts in der Größenordnung von 12 Mrd. DM (u.U. gekoppelt mit weiteren lukrativen Aufträgen im nichtmilitärischen Bereich) angesichts der hohen Arbeitslosenzahl. Man weiß jedoch, daß die jüngst dramatisch verbesserte deutsche Handels- und Leistungsbilanz (1982 Überschuß von 51 bzw. 7 Mrd. DM) Rüstungsexporte an die arabischen Ländern nicht erheischt.

⁶ Vgl. dazu die Meldung „Leos gegen Kanonen“; DER SPIEGEL, Nr. 28 vom 11. Juli 1983, S. 12.

⁷ Vgl. den Artikel „Saudis erneuern Wunsch nach Leo 2“; DIE WELT vom 13. Juni 1983, S. 1.

- Man kennt die – veröffentlichten – „Politischen Grundsätze der Bundesregierung“ vom 28. April 1982⁸ genau, in denen von unserer „bewährten restriktiven Rüstungsexportpolitik“ und davon die Rede ist, daß „die Lieferung von Kriegswaffen ... nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen (darf). Lieferungen in Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheiden deshalb grundsätzlich aus“ (Art. 13). „Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen“ (Ziffer 9). Zusammenfassend: Es würde als unverständlich und kränkend angesehen, wenn ausgerechnet bei SA mit einer Abweichung von der bisherigen Politik begonnen würde. Die „Politischen Richtlinien“ würden dann ohnehin weitgehend wertlos.

5) Das Problem hat erhebliche Relevanz für den bevorstehenden Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Israel (31.8. bis 4.9.).⁹ Wir müssen davon ausgehen, daß BK darauf – nicht nur in der Pressekonferenz – angesprochen wird. Seine Reaktion wird für den Erfolg des historischen Besuchs wesentliche Bedeutung haben. Sie sollte nicht nur ausweichend sein (etwa im Sinne der Ausführungen von PStS Grüner im Bundestag am 23.6.1983¹⁰). Sie sollte vielmehr – mit der Bitte um strikt vertrauliche Behandlung – deutlich machen, daß wir den Panzer nicht zu liefern beabsichtigen. Dies sollte am besten im kleinsten Kreis – oder im Vier-Augen-Gespräch mit Begin, sofern ein solches (was sehr zu begrüßen wäre) zustande kommt – geschehen.¹¹ Damit wäre auch besser gewährleistet, daß die Presse nichts erfährt.¹²

Wie wir denn überhaupt den Israelis immer wieder klarmachen müssen, daß die öffentliche Erörterung dieses heiklen Komplexes (z. B. Ausführungen von Botschafter Ben-Ari gegenüber der „Welt“ vom 30.6.83¹³) uns eine Ablehnung der saudischen Bitte – und den Saudis die Akzeptierung dieser Ablehnung – erschwert. In der Pressekonferenz könnte BK auf die mit Sicherheit zu erwartende einschlägige Frage etwa sagen, daß er sich vor seinem Besuch in SA¹⁴ nahegelegenderweise hierzu nicht äußern möchte, daß unsere restriktive Rüstungsexportpolitik jedoch nach wie vor Gültigkeit besitze.

6) Bei der Erörterung dieses Fragenkreises sollte den Israelis im übrigen in geeigneter Weise unsere Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht werden, daß wir hier immer wieder – sozusagen für künftige Pexierungen – kritisiert werden, statt uns dafür Achtung zu zollen, daß wir – praktisch als einziges relevantes Land – in Spannungsgebiete nicht liefern (eine Anerkennung, die frei-

⁸ Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 126.

⁹ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in Israel vgl. Dok. 245.

¹⁰ Der Parlamentarische Staatssekretär Grüner, Bundesministerium für Wirtschaft, nahm in der Fragestunde des Bundestags zum Thema der Rüstungslieferungen der Bundesrepublik an Saudi-Arabien Stellung. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 1040–1042.

¹¹ Dieser Satz sowie die Wörter „kleinsten Kreis“ und „Vier-Augen-Gespräch mit Begin“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das bleibt m. E. nicht vertraulich!“

¹² Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Fragezeichen hervorgehoben.

¹³ Vgl. den Artikel „Israel mahnt Bonn zu Zurückhaltung“, DIE WELT vom 30. Juni 1983, S. 1.

¹⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 299.

lich aus den unter Ziffer 5 dargelegten Erwägungen von israelischer Seite nicht öffentlich erfolgen sollte).

7) Dieser Vermerk gilt grundsätzlich, wenn auch im einzelnen (Land? Art der Rüstungsgüter? Umfang der Lieferungen? Koproduktion? usw.) in nuancierter Weise für die Ausfuhren anderer Rüstungsgüter und in andere Länder, die sich mit Israel im Kriegszustand befinden.¹⁵

gez. Hansen

VS-Bd. 10920 (422)

210

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington

220-371.76 INF-1579/83 geheim

11. Juli 1983¹

Gespräch BM–AM Shultz am 11. Juli 1983²;

hier: Gespräch im kleinen Kreis zum Thema INF und Madrid

Gesprächsteilnehmer: AM Shultz, Dam, Eagleburger, Burt und Howe; BM, Botschafter Hermes, Ruth.

Der *Bundesminister* führte aus, daß das Thema „Waldspaziergang“³ bei den Gesprächen⁴ eine Rolle gespielt habe. Verteidigungsminister Ustinow habe gesagt, als er darauf angesprochen worden sei: „Je weniger Waldspaziergänge und je mehr protokollierte Gespräche am Verhandlungstisch es gäbe, desto besser sei es für eine Vereinbarung.“ Dies bedeute, daß Ustinow die Sache nicht leugne, sondern daß er sie zurechtzurücken suche. Auf der Fahrt zum Flughafen habe der Bundesminister dem sowjetischen AM gesagt, daß die Eindrücke von der sowjetischen Haltung zum Nitze-Kwizinskij-Paket sehr verwirrend seien. Gromyko habe geantwortet: „Es habe nie ein Paket gegeben, sondern nur amerikanische Vorstellungen hierzu, denen Kwizinskij nie zugestimmt habe. Das habe Kwizinskij auch in Genf klargemacht.“⁵

¹⁵ Zu diesem Absatz handschriftlicher Vermerk: „Israelische Reaktion dürfte bei der Lieferung jeder Art von Kettenfahrzeugen identisch sein. Daraus erklärt sich Überlegung, Kettenfahrzeuge schwerer Art weltweit auszuschließen, um nicht arabische Staaten diskriminieren zu müssen.“

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 12. Juli 1983 gefertigt. Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 10./11. Juli 1983 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 211, Dok. 212 und Dok. 214.

³ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am

BM sagte, daß nach dem, was uns Nitze mitgeteilt habe, die Aussage Gromykos formal richtig sei.

Im Gespräch mit GS Andropow habe der Bundeskanzler an einen Hinweis auf Flexibilität des sowjetischen Gesprächspartners die Frage nach dem Waldspaziergang angeschlossen. Andropow habe geantwortet: „Der Waldspaziergang sei kompromittiert. Sowjetischerseits habe man anfänglich an das Ergebnis dieses Waldspaziergangs geglaubt, es sei aber nie offiziell bestätigt worden. Jetzt gebe es neue Vorschläge, man werde sehen, ob diese offiziell bestätigt würden.“

AM Shultz fragte, ob hier gemeint sei, daß die Sache nicht von amerikanischer Seite bestätigt worden sei.

Der BM bestätigte dies.

Er führte weiter aus:

1) Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Waldspaziergang seien nicht einfach zu verkraften. Die Opposition wisse dies, schweige aber zur Zeit dazu, weil es eine Angelegenheit der alten Regierung gewesen sei. Wäre sie in die Zeit der jetzigen Regierung gefallen, wäre Kritik geübt worden, und man würde sagen, daß man so mit einer Regierung umspringe, die sich zu eng an die Vereinigten Staaten anlehne.

2) Wann immer es neue Vorschläge geben werde, müßten wir dies wissen. Wir seien nicht gegen neue Vorschläge an sich, im Gegenteil, doch müsse dies eine Angelegenheit von uns gemeinsam sein. Die ganze Stärke der sowjetischen Propaganda konzentriere sich auf den Vorwurf, die Vereinigten Staaten verhandelten nicht ernsthaft. Wenn wir nicht klarstellen könnten, daß wir an der Entwicklung der Verhandlungsposition beteiligt seien, werde es schwierig sein, diese Kritik zurückzuweisen.

Bundeskanzler und Bundesminister seien dafür, alle Möglichkeiten für Ergebnisse zu ergreifen. Dazu sei es notwendig, unter uns eine Reihe von Fragen zu untersuchen auf der Ebene Ruth–Burt. Dazu gehöre die Frage der Flugzeuge und drei weitere Punkte, die geklärt werden müßten.⁶

Dem BM gehe es darum, auf die sowjetischen Äußerungen zum Waldspaziergang hinzuweisen, da sie offensichtlich nicht ohne Absicht gemacht worden seien. Wir könnten uns nicht voll erklären, was damit, insbesondere, was mit der Aussage Andropows gemeint sei. Es sei möglich, daß sie folgendes bedeute:

- Er sage nicht, das Gespräch Nitze–Kwizinskij habe es nicht gegeben.
- Er tue so, als hätten die Vereinigten Staaten die Sache nicht formalisiert und sie damit verhindert, während sie die Sowjetunion gewollt habe.
- Er wolle insinuiieren, daß neue Vorschläge auf dem Tisch liegen. Dabei ließ er offen, ob auf dem Tisch selbst oder am Rande des Tisches.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß wir keine Fragen zu den Äußerungen Andropows gestellt haben, weil wir nicht den Eindruck vermitteln wollten, als

Fortsetzung Fußnote von Seite 1085

6. Juli 1983 in Moskau vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom selben Tag; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zum Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, am 12. Juli 1983 in Washington vgl. Dok. 213.

müßten wir von der Sowjetunion Auskünfte erhalten, die wir von den Vereinigten Staaten bekommen sollten.

AM *Shultz* entgegnete, die SU habe den Waldspaziergang abgelehnt, bevor Nitze seinen Mund aufgetan habe. Die Bemerkungen Andropows seien merkwürdig. Was in Genf auf dem Tisch liege, sei die Position, wie sie vom Bündnis ausgearbeitet worden sei. Andere Vorschläge gebe es nicht. (Dies hat Eagleburger nach dem Gespräch Ruth gegenüber nachdrücklich bekräftigt.)

AM Shultz sagte, daß offenbar die sowjetische Position in der Frage der britischen und französischen Systeme⁷ unverändert sei.

BM sagte, daß wir die Gründe für die Ablehnung dieser sowjetischen Forderung eingehend dargelegt haben. Die sowjetische Seite habe hilflos reagiert, als er sie daran erinnert habe, daß sie noch 1980 die Behandlung der britischen und französischen Systeme bei INF ausgeschlossen hätte.⁸

BM leitete zum Thema Madrid über und fragte, wie die Vereinigten Staaten bei der Nachfolgekonferenz agieren wollten.

AM *Shultz* antwortete, daß manche dächten, daß man jetzt so weit gekommen sei, wie man in der Frage der humanitären Fälle kommen könne. Das bleibe abzuwarten. Er habe kein Problem mit dem sonstigen Ergebnis der Madrider Folgekonferenz.

Ein Termin um den 12. bis 15. Juli für den Abschluß sei jedoch zu früh. Sein Problem sei, daß in Washington im Juli drei Staatsbesuche erwartet würden, die am 28. Juli zu Ende gehen.⁹ Ein Treffen in Madrid müsse daher zwischen dem 28. Juli und Ende Juli eingezwängt werden.

BM sagte, daß es zweckmäßig sei, zwischen Einigung auf ein Schlußdokument und Abschlußkonferenz zu unterscheiden. Er wolle dazu zwei Dinge sagen:

1) Er rate den Vereinigten Staaten dringend, dem Konferenzergebnis rasch zuzustimmen. (AM Shultz warf eine zustimmende Bemerkung ein.)

2) Es sei wichtig, daß das Ergebnis von Madrid als Erfolg für den Westen dargestellt werde. Nur so sei es möglich, den KSZE-Prozeß dynamisch weiterzuentwickeln. Wenn wir sagten, das Ergebnis sei nichts wert, könnten wir die Haltung der SU nicht beeinflussen. Ein Expertentreffen über menschliche Kontakte sei aber wichtig, weil es dieses Problem zum Gegenstand der multilateralen Diskussion mache. In der Einigung auf eine KAE liege die Möglichkeit einer Öffnung der SU für vertrauensbildende Maßnahmen. Dies sei für die Sicherheit in Europa von größter Bedeutung.

AM *Shultz* erwiderte, er stimme dem zu. Er müsse jedoch sagen, daß das Schlußdokument von Helsinki¹⁰ Standards aufgestellt habe, denen die SU nicht ge-

⁷ Korrigiert aus: „Probleme“.

⁸ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

⁹ Vom 17. bis 22. Juli 1983 hielt sich der Emir von Bahrain, Isa bin Salman al-Khalifa, und vom 19. bis 23. Juli 1983 Präsident Gemayel in den USA auf. Ein für den 25. bis 27. Juli 1983 geplanter Besuch des Ministerpräsidenten Begin wurde am 19. Juli 1983 abgesagt.

¹⁰ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

recht geworden sei. Man könne nicht umhin festzustellen, daß es für die Vereinigten Staaten schwierig sei so zu tun, als gebe es in der SU die gegenwärtige antijüdische Kampagne nicht.

Der *BM* entgegnete, daß das Expertentreffen gerade die Möglichkeit gebe, diese Fragen zu prüfen. Wir brauchten das Treffen nicht, wenn wir meinten, daß diese Probleme bereits gelöst seien. Es sei von großer Bedeutung, daß gleich zwei Expertentreffen vereinbart werden sollen und daß sich auch die SU auf eine Diskussion auf diesen Treffen einlasse.

Er wolle auch darauf hinweisen, daß die Entwicklung in Polen ein Folgeproblem der Schlußakte von Helsinki sei. Die Wirkung des KSZE-Prozesses werde im Westen häufig unterschätzt.

BM fragte *AM Shultz*, wann Washington die Entscheidung über Madrid treffen werde, dies solle möglichst schnell geschehen.

Shultz wies darauf hin, daß der Präsident¹¹ entscheiden müsse. Dies werde heute oder morgen geschehen.¹²

Zum Schluß des Gesprächs fand noch ein Gedankenaustausch über die beim Präsidenten anzusprechenden Themen statt.

VS-Bd. 14120 (010)

¹¹ Ronald W. Reagan.

¹² Am 13. Juli 1983 informierte Botschafter Hermes, Washington: „Eagleburger teilte mir auf meine Frage mit, der Präsident habe im heutigen Gespräch (13.7.) mit *AM Shultz* und Botschafter Kampelman seine Zustimmung zu einem Abschluß in Madrid gegeben. Voraussetzung hierfür sei, daß sich alle Teilnehmerstaaten auf den spanischen Formulierungsvorschlag einigten. Eagleburger fügte hinzu, daß das bekannte besondere amerikanische Anliegen im Zusammenhang mit den Abschlußverhandlungen keinen Hinderungs- oder Verzögerungsgrund mehr darstelle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3083; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

211

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**114-18942/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 11. Juli 1983, 20.12 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 3057****Ankunft: 12. Juli 1983, 02.31 Uhr**

Betr.: Besuch BM Genscher in Washington am 11.7.1983²;
 hier: Gespräch mit AM Shultz beim Mittagessen

Zur Unterrichtung

Beim Mittagessen mit AM Shultz (amerikanische Teilnehmer: Dam, Eagleburger, Kampelman, McFarlane, Burt, Howe, Kornblum; deutsche Teilnehmer: außer mir Ruth, v. Braunmühl, Pabsch, v. Ploetz, Paschke, Siebourg) wurden folgende Themen angesprochen:

1) Vorbereitung KAE

BM schlug vor, daß zur Vorbereitung einer KAE möglichst bald Gespräche zwischen den westlichen Vier aufgenommen werden sollten. AM Shultz hielt solche Gespräche vor Aufnahme der Beratungen in der NATO für zweckmäßig und meinte, hierfür sollte ein Termin im August in Aussicht genommen werden. Kampelman ergänzte, im Pentagon arbeite man an der Ausarbeitung einer amerikanischen Position, da man das Gefühl habe, daß das 1980 erarbeitete Paket³ einer Überprüfung bedürfe. Ruth meinte, bei den Vorbereitungen sollten außer für die Manöverankündigung auch Zahlen für die Mitteilung von Truppenbewegungen in Erwägung gezogen werden.

2) Polen

Auf entsprechende Frage des BM erklärte AM Shultz, Voraussetzung für die Aufnahme von Umschuldungsverhandlungen⁴ sei für die US-Regierung weiterhin die Entlassung der politischen Gefangenen⁵; man warte darauf, ob sich hier im

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 12. Juli 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Vortragenden Legationsrat Horstmann verfügte.

Hat Ploetz am 13. Juli 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister, auch für Ch[ef]B[undes]K[anzleramt].“

Hat Ischinger am 17. Juli 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Verteilung unter Vorbehalt Genehmigung BM.“

Hat Ploetz am 18. Juli 1983 erneut vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 10./11. Juli 1983 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 210, Dok. 212 und Dok. 214.

³ Ministerialdirektor Blech notierte am 20. Januar 1981, der Ständige NATO-Rat habe am 8. Dezember 1980 einem Paket vertrauensbildender Maßnahmen für eine KAE zugestimmt. Es enthalte folgende Maßnahmen: weiterer Ausbau des militärischen Informationsaustauschs; jährliche Vorauschau aller notifizierungspflichtigen Aktivitäten; Ausweitung der Notifizierung militärischer Aktivitäten und der Vorankündigungsfrist auf 45 Tage; verbesserte Arbeitsbedingungen für Militärattachés; Beobachtung bestimmter vorangekündigter Aktivitäten; Erweiterung der Mittel zur Verifizierung der Implementierung; Ausbau der Kommunikationsmittel. Blech vermerkte dazu, daß der Katalog „nicht als Verhandlungsvorschlag für das Folgetreffen in Madrid bestimmt“ sei und deshalb nicht im Detail ausgearbeitet, „sondern nur in ihren wesentlichen Merkmalen umrissen“ sei. Vgl. VS-Bd. 11531 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

⁴ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 197, Anm. 18.

⁵ Botschafter Rödiger, Warschau, informierte am 28. Juni 1983, daß nach Angaben der katholischen Kirche in Polen verlässliche Zahlen über politische Gefangene nicht zu ermitteln seien. Es werde je-

Zusammenhang mit dem 22.7.⁶ etwas bewege. BM stimmte dem zu und bemerkte, daß, wenn der 22.7. gewisse Erleichterungen bringe, man erwägen müsse, vorsichtige Schritte des Entgegenkommens gegenüber der polnischen Regierung zu setzen. Nach dem 22.7. müsse man hierüber bald unter den Alliierten sprechen.

Auf die Frage von AM Shultz, welche Haltung die Bundesregierung gegenüber Erwägungen über die Gewährung landwirtschaftlicher Kredite⁷ in Polen einnehme, sagte BM, im Prinzip sei die Bundesregierung zur Unterstützung solcher Programme bereit. Man frage sich, in wessen Hände man ein solches Projekt legen solle – staatliche oder kirchliche.

AM Shultz meinte, er halte staatliche Einflußnahme auf solche Projekte für nötig. BM berichtete von einem Besuch eines Abgesandten des Kardinals Glomp und eines Beauftragten des Papstes bei ihm.⁸ Er meinte, ein Agrarkreditprojekt ließe sich am besten von Kirche zu Kirche verwirklichen, doch müßten die Regierungen darauf Einfluß haben. Auch auf westlicher Seite seien zu viele übertrieben idealistische Vorstellungen mit einem solchen Projekt verbunden. Es sei deshalb wichtig, gemeinsam mit kirchlichen Projektträgern die Konditionen einer Agrarhilfe zu definieren. Vielleicht sei es zweckmäßig, mit Pilotprojekten zu beginnen. Auch hierüber sollte man unter den Vier sprechen. AM Shultz schlug vor, daß der Bundesminister hierbei die Führung übernehme. BM stimmte dem zu, falls die Einladung hierzu von amerikanischer Seite ausgehe.⁹

3) Besuch AM Shultz in Ländern des Mittleren Ostens¹⁰

Auf eine entsprechende Frage des BM sagte AM Shultz, sein Treffen mit einer großen Gruppe afghanischer Rebellen am Khyber-Paß habe ihn sehr beeindruckt. Dort an der „Frontlinie“ sei klar, wer der Gegner sei.

Sowohl in Indien als auch in Pakistan habe er den starken Wunsch nach einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen festgestellt, was er begrüße. Von den Entwicklungsleistungen Indiens sei er beeindruckt, 90 Prozent der Investitionen auf diesem Gebiet würden von Indien selbst finanziert. Indien sei die größte Demokratie der Welt, die sich als durchaus lebenskräftig erwiesen habe und deshalb die Unterstützung des Westens verdiene.

Im Mittleren Osten sei die Haltung Syriens z.Z. das größte Hindernis für eine Lösung. Syrien versuche die derzeitige libanesische Regierung zu destabilisie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1089

doch die „fundierte Meinung“ vertreten, daß derzeit noch von etwa 2000 inhaftierten Personen ausgegangen werden könne. Nach offiziellen Angaben hätten sich am 20. Dezember 1982 noch 894 Personen wegen politischer Delikte in Haft befunden, am 15. Juni 1983 noch 202 und am 23. Juni 1983 noch 147 Personen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 855; Referat 214, Bd. 133028.

⁶ Zur Aufhebung des Kriegsrechts in Polen am 22. Juli 1983 vgl. Dok. 197, Anm. 11.

⁷ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 197, Anm. 16.

⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen.

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit einem päpstlichen Emissär und dem Leiter des Pressebüros des polnischen Episkopats, Orszulik, am 2. Juli 1983 in Wachtberg-Pech vgl. Dok. 197.

⁹ Der Passus „der Bundesminister hierbei ... Seite ausgehe“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Einladung hierzu von deutscher Seite ausgehe. BM stimmte zu.“

Zum Gespräch der Politischen Direktoren am 27. Juli 1983 vgl. Dok. 228.

¹⁰ Nach einem Aufenthalt in Asien vom 26. Juni bis 2. Juli 1983 reiste der amerikanische Außenminister Shultz vom 2. bis 4. Juli nach Pakistan, am 4./5. Juli nach Saudi-Arabien, am 5. Juli in den Libanon, am 5./6. Juli nach Syrien, am 6./7. Juli nach Israel sowie am 7. Juli 1983 nach Jordanien und Ägypten.

ren und seine Nachbarn einzuschüchtern. Er bedauere, daß es nicht zur Reise des BM nach Damaskus gekommen sei¹¹, die Haltung der Europäer im Mittleren Osten werde dort als hilfreich empfunden. Noch gebe er die Hoffnung nicht auf, daß Syrien sich zu einem Truppenabzug bewegen lasse, auch wenn er einschränken müsse, für diese Hoffnung z.Z. keine rechten Gründe zu haben.

Vor allen Dingen sei der Zeitrahmen nicht abzusehen.

4) Rumänien

Eagleburger fragte, ob die Bundesregierung ihre Probleme in bezug auf die Ausreise Deutscher als gelöst ansehe.¹² BM Genscher antwortete, er gehe hier von in der Tat aus, was Komplikationen in der Zukunft allerdings nicht ausschließe.

5) Namibia

BM Genscher sagte, bei der jüngsten Unterhaltung der AM in Paris über Namibia habe Crocker Mitteilung über die amerikanischen Gespräche mit Angola gemacht, die ermutigt hätten.¹³ Gebe es heute Grund zu mehr oder weniger Optimismus? Haben die Gespräche mit der sowjetischen Seite etwas erbracht? AM Shultz sagte, die Kontakte Crockers mit Iljitschow gäben ihm keinen Anlaß zu neuem Optimismus; nach seiner Rückkehr von der Nahostreise habe er jedoch noch keine Gelegenheit gehabt, sich mit den weiteren jüngsten Entwicklungen um Namibia zu befassen. Eagleburger ergänzte, daß die Diskussionen innerhalb der angolanischen Regierung über den künftigen Kurs sich günstig zu entwickeln schienen, bis der Diamantskandal¹⁴ sie unterbrochen habe. Diejenigen Kräfte, die eine Lösung im Sinne eines kubanischen Rückzugs erstrebten, schienen die Oberhand gewonnen zu haben.

Diese Entwicklung sei nun wieder in Frage gestellt.

6) Stahl

BM Genscher sagte, die amerikanische Entscheidung über die Beschränkung von Edeldahleinfuhren¹⁵ habe in Europa „ins Schwarze“ getroffen. Namentlich vor dem Hintergrund der Bekenntnisse von Williamsburg zur Bekämpfung des Protektionismus¹⁶ habe diese Entscheidung der US-Regierung irritiert. Er wäre

¹¹ Ein für den Herbst 1982 geplanter Besuch des Bundesministers Genscher in Syrien kam wegen Termenschwierigkeiten nicht zustande und wurde auf den 18./19. Dezember 1982 verschoben. Am 10. Dezember 1982 teilte Staatsminister Möllemann dem syrischen Botschafter Seifou mit: „BM bedauere sehr, daß der Besuch wegen der innenpolitischen Entwicklung in Bonn zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht stattfinden könne. Am 17.12. werde über die Vertrauensfrage des BK abgestimmt. Am Wochenende danach würden die Parteigremien zusammentreten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Fiedler vom 16.12.1982; Referat 310, Bd. 135728.

¹² Zur deutsch-rumänischen Vereinbarung vom 21. Mai 1983 vgl. Dok. 154, Anm. 5.

¹³ Zum Treffen der Außenminister der Namibia-Kontaktgruppe am 8. Juni 1983 in Paris vgl. Dok. 177, Anm. 13.

¹⁴ Am 6. September 1983 informierte die Botschaft in Lusaka, daß in Angola im ersten Halbjahr des Jahres eine „Diamanten- und Devisenschmuggelaffäre“ weite Kreise gezogen habe. So seien darin „bis Juli immer mehr hochrangige Partei- und Regierungsmitglieder“ verwickelt gewesen, „bis Präsident dos Santos durch ein Machtwort aus Staatsräson die Fahndungseinstellung verordnete“. Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 365; Referat 320, Bd. 138065.

¹⁵ Am 5. Juli 1983 verkündete Präsident Reagan Einfuhrbegrenzungen und die Erhebung von Zöllen für Edeldahleinfuhren in die USA für den Zeitraum von vier Jahren. Für den Wortlaut des Memorandums vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1015 f.

¹⁶ Vgl. dazu Ziffer 3 der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 30. Mai 1983 beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg; EUROPA-ARCHIV 1983, D 334 f.

dankbar, wenn sie im Geiste der in Williamsburg getroffenen Vereinbarungen revidiert werden könnte. AM Shultz entgegnete, er bezweifle, daß dies noch möglich sei, doch werde er die Sache gern noch einmal mit Präsident Reagan aufnehmen und rege an, daß auch BM Genscher dies tue. BM sagte, dies sei seine Absicht, auch wenn er diese Frage nicht in den Mittelpunkt rücken wolle. AM Shultz bezeichnete die zeitliche Nähe der Edeltahlentscheidung mit Williamsburg als unglücklich, doch hätten die Termine für die präsidentielle Entscheidung aufgrund des Handelsgesetzes festgelegt und seien nicht mehr zu verändern gewesen.

7) Zentralamerika

AM Shultz sagte, die Entwicklungen in Zentralamerika würden in Washington namentlich vom Präsidenten mit großer Besorgnis verfolgt. Jede Äußerung des Verständnisses und der Unterstützung aus Europa sei deshalb sehr willkommen; er rege deshalb an, daß BM dem Präsidenten die deutsche und europäische Haltung erläutere, insbesondere auch dann, wenn er das Stahlthema erwähnen sollte. BM sagte, er könne hier an das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan beim letzten Besuch in Washington¹⁷ anknüpfen. Napoleon Duarte sei heute und morgen in Bonn, wobei vorgesehen sei, ihm die Wiederentsendung eines deutschen Botschafters nach San Salvador „in absehbarer Zeit“ zuzusagen.¹⁸ Damit meine man einen Termin nach den Wahlen in El Salvador.¹⁹

Doch würde sich die Bundesregierung einer früheren Entsendung nicht verschließen, wenn Duarte dies wünsche. AM Shultz äußerte Verständnis für die deutschen Überlegungen, sagte aber, daß gerade in der schwierigen Zwischenphase vor den Wahlen die salvadorianische Regierung auf Unterstützung angewiesen sei. Dafür werde auch Präsident Reagan werben; jede Äußerung einer deutschen Unterstützung würde er dankbar aufnehmen.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14118 (010)

¹⁷ Bundeskanzler Kohl führte am 14./15. April 1983 Gespräche mit Präsident Reagan in Washington. Vgl. dazu Dok. 102.

Bei einem Mittagessen am 15. April erörterten Kohl und Reagan u. a. das Thema Mittelamerika: „BK erwähnte, daß er demnächst den Besuch von Napoleon Duarte erwarte. Der Präsident fragte, ohne seine Nase in deutsche Angelegenheiten stecken zu wollen, warum die Bundesrepublik eine Botschaft in Nicaragua unterhalte, nicht aber in El Salvador. BK sagte, er beabsichtige, Duarte die Botschaft als Geschenk mitzugeben. Der Präsident nahm diese Mitteilung mit Interesse auf. Das Thema wurde nicht weiter vertieft.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Weber vom 19. April 1983; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ Zur Frage der Entsendung eines Botschafters nach San Salvador vgl. Dok. 112, Anm. 21. Der Vorsitzende der Partido Demócrata Cristiano (PDC), Duarte, hielt sich vom 11. bis 13. Juli 1983 in der Bundesrepublik auf. In einem Gespräch am 12. Juli 1983 warf Bundesminister Genscher „die Frage nach der zeitlichen Opportunität der Wiederentsendung eines Botschafters“ auf: „Duarte bat dringend um möglichst baldige Entsendung, unabhängig vom Termin der Wahl. Die Demokratisierung sei längst eingeleitet, die Entsendung mithin als Zeichen politischer Zustimmung dringend. Die offizielle Verlautbarung zum Wahltermin (Declaración) werde schon in den nächsten Wochen erfolgen. BM entschied, daß nach Bekanntgabe des Wahltermins in ELS auch die Bekanntgabe über die Entsendung des neuen Botschafters erfolgen werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 135979.

¹⁹ Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador fanden am 25. März und 6. Mai 1984 statt.

212

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-18941/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3064
Citissime

Aufgabe: 11. Juli 1983, 21.20 Uhr¹
Ankunft: 12. Juli 1983, 03.37 Uhr

Betr.: Besuch BM Genscher in Washington am 11. Juli 1983²;
hier: Gespräch mit Präsident Reagan

An dem 35 Minuten dauernden Gespräch nahmen außer Präsident Reagan auf amerikanischer Seite VP Bush, AM Shultz, Sicherheitsberater Clark sowie Mee-se, Baker und Burt teil; auf deutscher Seite neben BM Frau Siebourg und ich.

Zu Beginn des Gesprächs teilte Präsident Reagan mit, VM Weinberger habe ihn davon unterrichtet, daß die Stationierung von Pershing II – entgegen früher bestehenden Zweifeln – nunmehr sicher nach Plan³ stattfinden könne.

BM unterrichtete sodann über seine und des Bundeskanzlers Gespräche mit der sowjetischen Führung in Moskau.⁴ BM wollte sich dabei auf die gewonnenen Eindrücke beschränken und nicht so sehr über die Substanz berichten, über die schon eine ausgiebige Unterrichtung stattgefunden hätte.

Der persönliche Eindruck, den der Bundeskanzler und er von Andropow gewonnen hätten, sei, daß Andropow für Jahre sein gegenwärtiges Amt innehaben könne. Es sei falsch, ihn als einen Interimsführer zu bewerten.

Von den Mitgliedern des Politbüros hätten an den Gesprächen Tichonow, Gromyko und Ustinow teilgenommen. VM⁵ Ustinow sei gegenüber früher sicherer, bestimmter und selbstbewußter aufgetreten.

Auch im Namen des Bundeskanzlers könne er Andropow Präsident Reagan als einen lohnenden Gesprächspartner empfehlen. Er, BM, sei überzeugt, insbesondere nachdem er den Präsident in Cancún⁶ und Williamsburg⁷ erlebt habe, daß er auch auf Andropow einen starken und nachhaltigen Eindruck machen werde.

Ziel der Moskauer Gespräche sei auf sowjetischer Seite sicher auch gewesen, Mißtrauen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland zu säen, indem der amerikanischen Verhandlungsführung in Genf der ernste Wille abgesprochen worden sei. Der Bundeskanzler und er hätten das deutlich zurückgewiesen und erklärt, daß ein Mißtrauen gegen die ernsthafte

¹ Hat Bundesminister Genscher am 13. Juli 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 10./11. Juli 1983 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 210, Dok. 211 und Dok. 214.

³ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 184.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁵ Verteidigungsminister.

⁶ In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

Verhandlungsführung der Amerikaner in Genf auch ein Mißtrauen gegen uns selbst sei.

Das deutsche Ziel bei den Moskauer Gesprächen sei gewesen:

- 1) Der sowjetischen Führung zu versichern, daß die deutsche Politik weiter auf Kooperation und Abrüstung gerichtet sei, und
- 2) keinen Zweifel bei der sowjetischen Führung darüber zu lassen, daß kein innerer und äußerer Druck die Bundesregierung von der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses abbringen werde.

Diese zwei Mitteilungen seien in Moskau verstanden worden. Das deutsche Gewicht in Moskau hänge heute und in Zukunft auch von unserem engen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ab. Das habe Andropow mit den Worten bestätigt: „Ich weiß, daß Ihr Wort in Washington und Westeuropa Gewicht hat.“

Die westliche Einheit werde auch weiter ihre Wirkung auf die sowjetische Politik nicht verfehlen. Moskau sei am Ausgleich mit dem Westen interessiert, allerdings zu den für die Sowjetunion bestmöglichen Bedingungen.

Wie der Präsident wisse, befürworteten der Bundeskanzler und er eine Gipfelbegegnung zwischen ihm und Andropow. Zur Vorbereitung sei ein Treffen zwischen AM Shultz und AM Gromyko nützlich, möglichst in Moskau; denn dort könne Shultz außer Gromyko auch Andropow, Ustinow und andere sowjetische Führer treffen, was für eine volle Gesprächsführung unerlässlich sei.

BM nahm sodann zu dem gegenwärtigen Stand der KSZE in Madrid Stellung.

Jetzt komme es darauf an, möglichst bald ein einheitliches westliches Ja zu den Verhandlungsergebnissen auszusprechen. Die USA sollten den Eindruck vermeiden, als verzögerten sie den Abschluß der Madrider Verhandlungen. Das bisherige Ergebnis sei durchaus positiv zu bewerten; aber noch wichtiger sei, daß der KSZE-Prozeß weiter in Bewegung gehalten werde.

Zu den INF-Verhandlungen in Genf übergehend, betonte BM, daß wir weiterhin auf engste Konsultationen bei allen amerikanischen Aktivitäten in Genf Wert legten. Zur Zeit sei die Sowjetunion mit einer Überprüfung ihrer Position beschäftigt. Nach den für sie enttäuschenden Wahlergebnissen in Bonn⁸ und London⁹ und auch in Rom¹⁰, wo es trotz der DC-Verluste eine entschiedene westliche Regierung geben werde, werde die Sowjetunion eine neue Verhandlungsposition beziehen müssen.

BM faßte dann die wichtigsten Anliegen an Präsident Reagan wie folgt zusammen:

Die USA sollten ihre Führungsrolle in Genf voll spielen, eine Gipfelbegegnung mit Generalsekretär Andropow ins Auge fassen, möglichst einer solchen Begegnung ein Treffen des amerikanischen und sowjetischen Außenministers voran-

⁸ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

⁹ Zu den Wahlen zum britischen Unterhaus am 9. Juni 1983 vgl. Dok. 173, Anm. 12.

¹⁰ Bei den Wahlen zum italienischen Parlament am 26./27. Juni 1983 erreichte die Democrazia Cristiana (DC) 32,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen (1979: 38,3 %), die Kommunistische Partei 29,9 % (1979: 30,4 %), die Sozialistische Partei (PSI) 11,4 % (1979: 9,8 %). Stimmengewinne konnten vor allem kleinere Parteien verbuchen. Neuer Ministerpräsident wurde der Vorsitzende der PSI, Craxi, der eine Regierung aus Vertretern von PSI, DC, Republikanischer Partei, Liberaler Partei und Sozialdemokratischer Partei bildete.

gehen lassen und schließlich den KSZE-Verhandlungen in Madrid zu einem baldigen Abschluß verhelfen.

Was die Wirkungen des KSZE-Prozesses angehe, sei in Polen schon eine Antwort auf die Frage gegeben worden, wieviele Divisionen der Papst habe. Aber auch in Japan und in den ASEAN-Ländern hätte die Sowjetunion in der letzten Zeit zunehmend Widerspruch und Widerstand provoziert.

Festigkeit und Gesprächsbereitschaft seien das Gebot der Stunde.

Als er mit der damaligen sowjetischen Führung 1980 in Moskau über INF gesprochen habe, seien das französische und britische Nuklearpotential außer Betracht gelassen worden, da es sich nach sowjetischer Ansicht um strategische Waffen gehandelt habe.¹¹ Bei den jüngsten Gesprächen in Moskau sei die sowjetische Führung eine Antwort schuldig geblieben, warum sie entgegen der damaligen Ansicht jetzt auf einer Einbeziehung des französischen und britischen Nuklearpotentials bestehe.

Präsident Reagan erklärte sich über den Verlauf und das Ergebnis der Gespräche des Bundeskanzlers und Bundesministers in Moskau sehr erfreut und beeindruckt von dem Beweis der in Moskau gezeigten westlichen Entschlossenheit und Stärke.

Was den Abschluß der KSZE-Verhandlungen in Madrid angehe, so wünsche auch er einen baldigen Abschluß.

AM Shultz warf ein, daß dem Präsidenten entsprechende Empfehlungen des State Department vorlägen.

Zu den Abrüstungsverhandlungen betonte Präsident Reagan, daß er es ernst meine. Daran dürfe es keinen Zweifel geben.

Zu einem möglichen Treffen mit Andropow wolle er festhalten, daß die amerikanischen Voraussetzungen für ein Gipfeltreffen sich mit den sowjetischen deckten: eine gut vorbereitete Begegnung, die Fortschritte bei der Lösung offener Fragen erwarten lasse.

BM betonte das Zeitelement. Es sei möglich, daß die Sowjets im Jahre 1984 eine Gipfelbegegnung wegen des dann in den USA stattfindenden Wahlkampfes¹² nicht mehr wollten.

BM bezog sich sodann auf ein Gespräch, das der Bundeskanzler mit dem Präsidenten bei dem April-Besuch in Washington über El Salvador geführt hätte.¹³ Heute und morgen sei Napoleon Duarte in Bonn, und der Bundeskanzler würde Duarte mitteilen, daß wir in absehbarer Zeit wieder einen Botschafter nach San Salvador schicken würden.¹⁴ Duarte werde sich dazu äußern, ob der Botschafter schon vor oder erst nach den Wahlen¹⁵ entsandt werden sollte. Bei

¹¹ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

¹² Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹³ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 15. April 1983 in Washington vgl. Dok. 211, Anm. 17.

¹⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der Partido Demócrata Cristiano (PDC), Duarte, am 12. Juli 1983; Dok. 211, Anm. 18.

¹⁵ Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador fanden am 25. März und 6. Mai 1984 statt.

dem letzten EG-Außenministerrat in Brüssel¹⁶ habe er seine Kollegen gebeten, sich so weit wie möglich in der Politik gegenüber El Salvador abzustimmen.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14118 (010)

213

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-18969/83 geheim
Fernschreiben Nr. 3077
Citissime

Aufgabe: 12. Juli 1983, 19.20 Uhr¹
Ankunft: 13. Juli 1983, 01.23 Uhr

Betr.: Rüstungskontrollpolitische Konsultationen von D2A in Washington am 12.7.;
hier: Gespräche mit Eagleburger, Burt und Howe am Vormittag des 12.7. über INF

Zur Unterrichtung

1) Zu Beginn der Gespräche hatte ich Gelegenheit, Eagleburger in Anwesenheit von Burt und Howe darzulegen, wie notwendig es sei, nach dem Moskau-Besuch des Bundeskanzlers² den Konsultationsprozeß mit den USA bilateral und in der SCG zu intensivieren, sowohl in der Frequenz als auch in der Substanz. Je mehr konsultiert werde, desto weniger bestehe die Notwendigkeit zu öffentlichen Äußerungen.³ Folgende Themen sollten konsultiert werden: regionale Obergrenzen mit separaten Untergrenzen, Flugzeuge, INF kurzer Reichweite, Drittstaatenproblematik mit einer rüstungskontrollpolitischen Perspektive, Behandlung des „Waldspaziergangs“⁴ sowie Verhältnis INF und START.

Unsere Vorschläge für engere Konsultationen, und Aufnahme der Erörterung über die dargelegten Substanzthemen haben zu einem beachtlichen Entgegen-

¹⁶ Die EG-Ministerratstagung fand am 21./22. Juni 1983 statt.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 13. Juli 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert, Ministerialdirigent Schauer und Legationsrat I. Klasse Adamek „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Seibert und Schauer am 14. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Adamek am 18. Juli 1983 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

³ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann durch Fragezeichen hervorgehoben.

⁴ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwi-zinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

kommen der Administration geführt, das im einzelnen in Gesprächen mit Burt und Howe vertieft wurde.

2) Burt sagte über die Verbesserung des Konsultationsprozesses folgendes zu:

- Entsprechend unserem Anliegen könnte die SCG alle zwei Wochen tagen⁵; dabei könne die formale SCG – wie bisher alle vier Wochen – (bisheriges Format mit Quint am Vortag) sowie eine informelle SCG⁶ unter Leitung seines Stellvertreters Dobbins zwischen den formellen Sitzungen tagen; an diesen Sitzungen könnten Fachleute aus den Hauptstädten teilnehmen (Format halber Tag Quint, halber Tag SCG).
- Burt sei bereit, häufiger nach Bonn zu kommen, z. B. nach den formellen SCG-Sitzungen, um die Substanz der oben angeführten Themen zu besprechen.
- Die Bonner Verbindungsgruppe zu technischen Fragen der Dislozierung⁷ habe eine wichtige Aufgabe; sie sei allerdings keine „steering group“ für INF.
- Ein politischer Kalender solle für die nächsten sechs Monate erstellt werden, der wichtige Daten umfassen soll, auf die man sich vorbereiten müsse; dazu gehörten auch Besuche und Reden.

Ich habe Burts Bereitschaft als besonders hilfreich bezeichnet. Die Verbesserung des Konsultationsprozesses soll in der nächsten SCG⁸ behandelt werden. Wir waren uns einig, daß sie dann der Öffentlichkeit gegenüber als Ergebnis deutscher Vorschläge dargestellt werden soll.⁹ Im übrigen habe ich mich – Burts Vorschlag entsprechend – bereit erklärt,¹⁰ häufiger nach Washington zu kommen und diese Besuche auch der Öffentlichkeit mehr sichtbar zu machen.

3) Zur Substanz der aufgeführten Themen äußerte sich Burt auf persönlicher Grundlage, da es dazu noch keine in der Administration koordinierte Stellungnahme gebe.

– Flugzeuge

Er neige zunächst zu einer allgemeinen Position: Zu erklären, daß die Administration bereit sei, das Problem der Flugzeuge anzusprechen und zu hören, was die Sowjetunion dazu zu sagen habe. Weitergehende Überlegungen bedürften sorgfältiger Abstimmung, die Burt nicht ausschloß.

Howe äußerte sich zu der von Ustinow an BK und BM übergebenen Tabelle¹¹, in der Flugzeuge gesondert aufgeführt sind, und meinte, daß er unsere Bewertung teile. Eine erste noch nicht abgestimmte Analyse ergebe, daß die Sowjets in der Zahl der westlichen Flugzeuge offenbar die britischen Vulkan-

⁵ Der Passus „die SCG ... tagen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Wahnsinn, außer bei Standort Genf“.

⁶ Die Wörter „informelle SCG“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann unterschlägelt.

⁷ Zur Einrichtung der „Technischen Arbeitsgruppe“ vgl. Dok. 195, Anm. 9.

⁸ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 26. Juli 1983 in Brüssel vgl. Dok. 226.

⁹ Der Passus „der Öffentlichkeit ... werden soll“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich eingefügt: „noch“.

¹¹ Zu der vom sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 5. Juli 1983 in Moskau übergebenen Tabelle vgl. Dok. 205, Anm. 16.

Bomber und die in Amerika stationierten FB-111 nicht aufgenommen hätten.¹² (Analyse folgt in Anlage 1)

Ich habe angekündigt, daß wir die Tabelle am 13.7. beim Briefing durch Botschafter Nitze in der NATO¹³ verteilen würden.

- Global – regional¹⁴

Burt sieht mit Interesse unserem in Abstimmung mit Großbritannien auszuarbeitendem Papier darüber entgegen.¹⁵ Es ist festzustellen, daß Washington seine bisherige Zurückhaltung zu revidieren beginnt.

- Zu Kurzstreckensystemen, insbesondere Behandlung von US-Gefechtsköpfen auf deutschen Pershing I, habe sich die Administration vorläufig darauf geeinigt, das Problem möglichst nicht anzusprechen. Zur Substanz erwäge man mehrere Optionen, nämlich Begrenzung der Raketen, der Sprengköpfe oder eine Art Nichterhöhungserklärung (Sprechzettel zu SRINF folgt als Anlage 2). Burt neigt offenbar zur letzten Option.

Ein Mitarbeiter deutete an, daß die SS-23 möglicherweise eine kürzere Reichweite habe, als man bisher angenommen habe.

- Bezüglich einer Zusammenlegung von START und INF meinte Burt, daß dies jetzt untunlich sei, nicht nur wegen der Komplizierung, sondern auch deshalb, weil manche in Europa dies zur Begründung eines Aufschubs der Dislozierung benützen würden und als eine Art Ausweg für die Drittstaatenproblematik ansähen.¹⁶ Eine bilaterale Erörterung wird nicht ausgeschlossen.
- Zur Drittstaatenproblematik bestätigte Burt, daß die Amerikaner mit Engländern und Franzosen im Gespräch seien, um eine Rüstungskontrollperspektive für die britischen und französischen Systeme zu erreichen. Außerordentlich wichtig sei es, die Harmonie unter den Verbündeten zu erhalten. Er bezweifle, daß Frankreich schon jetzt zu einer solchen rüstungskontrollpolitischen Perspektive bereit sei. START sei nicht das richtige Forum. Burt denke als eine Lösung daran, periphere Systeme, die in die jetzige Struktur nicht paßten, gesondert zu behandeln, dabei denke er z.B. an Backfire oder auch an sowjetische, in der Ostsee stationierte U-Boote.

Auf meine Frage der Entwicklung der Position zur Verifikation meinte Dobbins, daß demnächst in der Quint an die Stationierungsländer ein Papier verteilt werde. Ich wies auf die Bedeutung einer Verbesserung der Konsultationen bei START hin, insbesondere wegen des engen Zusammenhangs zu INF, der ja im Doppelbeschluß zum Ausdruck gekommen sei. Enge Konsultationen – auch über START – könnten öffentliche Kritik an Verhandlungen vermindern. Zusammenfassend erklärte ich meine Befriedigung darüber, daß die Amerikaner

¹² Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Häkchen.

¹³ Der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, unterrichtete den Ständigen NATO-Rat in Brüssel über den Verlauf der fünften Runde der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen vom 17. Mai bis 14. Juli 1983 in Genf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1381/1382 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO) vom 13. Juli 1983; VS-Bd. 12053 (201); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 1385 von Wieck vom selben Tag; VS-Bd. 13395 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Zur Frage des geographischen Geltungsbereichs eines INF-Abkommens vgl. Dok. 157.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann mit Häkchen versehen.

¹⁶ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „[richtig]“.

bereit seien, zur Substanz aller Themen zu sprechen, einschließlich des Themas „Waldspaziergang“, dessen Elemente nun einmal in der Welt seien.¹⁷

4) Aus dem Gespräch mit Howe ist festzuhalten:

- Auf seine Frage, ob die Glaubwürdigkeit der INF-Verhandlungsposition eine neue Bewegung erfordere, sagte ich, daß das Zwischenabkommen einen Rahmen setze; notwendig sei, diesen Rahmen mit Substanz aufzufüllen. Auf persönlicher Basis sagte ich, daß die oben aufgeführten Elemente, wie Flugzeuge, Kurzstreckensysteme, global-regional unter uns gelöst werden müßten. (Ich erwähnte, daß keine Zahlen eingeführt werden sollten, bevor das Problem global-regional nicht unter uns gelöst sei.) Ein Paket dieser Elemente sollte dann zu einem geeigneten Zeitpunkt in Genf eingeführt werden. Ein solcher Paketansatz habe mehr Wirkung als eine schrittweise Einführung.

Zu START erläuterte Howe kurz die jüngsten amerikanischen Vorschläge¹⁸ und betonte, daß Rowny erhebliche Flexibilität eingeräumt bekommen habe. Neuer Punkt bei der Erläuterung war, daß die USA vorgeschlagen haben, luftgestützte Marschflugkörper auf Bombern auf 20 zu begrenzen, d.h. eine geringere Anzahl als bei SALT. Die ursprünglich vorgesehene zweite Phase für START sei entfallen. Auch die Sowjets hätten sich etwas bewegt und hätten zum ersten Mal Begrenzungen für gemirvte Systeme genannt, die in etwa den Reduzierungen auf 1800 Systemen entspreche. 120 Bomber mit luftgestützten Marschflugkörpern sollten als gemirvte Systeme gelten.

¹⁹Zu MBFR habe ich unsere Vorstellungen zu dem Zeitplan der nächsten Monate erläutert. Eine trilaterale Konsultation im August (Ort noch offen), Beratung in der NATO und wenn möglich Einführung im Oktober in Wien.

Howe deutete an, daß die Überlegungen zu MBFR in Washington noch nicht abgeschlossen seien.

[gez.] Ruth

Anlage 1

[...]²⁰

¹⁷ Am 12. Juli 1983 führte Botschafter Ruth in Washington auch ein Gespräch mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane. Dazu vermerkte er am 14. Juli 1983: „McFarlane bat um meine persönliche Reaktion zu folgendem Szenario: Angenommen, die Vereinigten Staaten würden der SU das im Waldspaziergang skizzierte Ergebnis, d.h. mit Verzicht auf Pershing II, vorschlagen. Würde bei einer Ablehnung dieses Vorschlags durch die SU die Bundesregierung bereit und in der Lage sein, die Pershing II wie geplant zu stationieren? Ich habe auf persönlicher Basis wie folgt reagiert: Nach meiner Auffassung könne kein Zweifel daran bestehen, daß der Beschluß zur Stationierung von Pershing II bestehen bleibe, wenn ein dem Waldspaziergang entsprechendes Angebot der Vereinigten Staaten von der SU abgelehnt werde. Unsere Auffassung sei, daß der Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses verwirklicht werde, es sei denn, er könne im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse überprüft und entsprechend angepaßt werden.“ Vgl. VS-Bd. 11355 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ Zum amerikanischen Entwurf vom 7. Juli 1983 für ein START-Abkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 232, besonders Anm. 6.

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3078 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁰ Dem Vorgang beigelegt war eine britische Analyse der zwei Tabellen, die vom sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 5. Juli 1983 in Moskau übergeben worden war. Vgl. VS-Bd. 12053 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Anlage 2

[...] ²¹

VS-Bd. 12053 (201)

214

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

13. Juli 1983¹

Betr.: Gespräch BM mit zwei US-Ärzten und einem Vertreter des State Departments am 11.7.1983 von 16.20 Uhr bis 16.40 Uhr in der Suite BMs im Watergate Hotel Washington²

1) BM empfing die beiden Ärzte auf Bitte von AM Shultz, um ihnen für Fragen zum Gesundheitszustand von GS Andropow zur Verfügung zu stehen.

2) BM vermerkte folgendes:

Uns sei gesagt worden, daß A. den BK am 4.7. nicht empfangen und ihm auch nicht das Abendessen geben könne aus gesundheitlichen Gründen.³ Offiziell sei uns kein näherer Grund angegeben worden, unser Botschafter⁴ habe von einer Nierenkolik gehört.

BM verglich seinen Eindruck von A. im November 1982⁵ mit dem beim Moskau-Besuch im Juli 1983:

- Im November habe er wie ein Mann gewirkt, der sein Leben hinter dem Schreibtisch verbracht habe, d.h. nicht vor Kraft strotzend, aber geistig voll klar und alles wissend. Seine Gesprächsführung sei dementsprechend sehr klar gewesen. Ähnliches könne über viele Leute in Führungspositionen der Politik oder Wirtschaft gesagt werden: Sie sehen nicht gerade wie Athleten aus, seien aber voll in der Lage, ihre Aufgabe noch eine Reihe von Jahren zu erfüllen.

²¹ Dem Vorgang beigelegt war der Sprechzettel des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, über die nuklearen Kurzstreckensysteme. Vgl. VS-Bd. 12053 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Ablichtung.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 10./11. Juli 1983 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 210–212.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁴ Andreas Meyer-Landrut.

⁵ Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher hielten sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 302.

- Für Juli 1983 würde er dasselbe sagen. A. sei sicher von einer gewissen Schwäche gezeichnet gewesen. (BM schob ein, daß er selbst aus eigener Erfahrung wisse, wie eine Nierensteinerkrankung schwächen könne.) Die Schwäche könne vorübergehender Natur sein als Folge der Nierenkolik.

Die geistige Flexibilität und die Kenntnis A.'s seien wie im November 1982 eindrucksvoll gewesen und hätten sich nicht verändert.

Vielleicht seien die Hände A.'s etwas schwach gewesen, wohl die rechte Hand, was 1982 nicht aufgefallen sei. Ferner habe A. Bewegungen im Raum vermieden: Begrüßung und Verabschiedung durch einen (auf Frage: normalen) Händedruck hätten jeweils am Stuhl A.'s stattgefunden. Vielleicht habe dies aber auch nur mit seiner Art, sich zu geben, zu tun.

Zusammenfassend:

BM und BK seien übereinstimmend zur Auffassung gekommen, daß man sich darauf einzurichten habe, mit diesem Mann auf absehbare Zeit zu tun zu haben. Dies hätten sie auch dem Präsidenten⁶ gesagt. Zu berücksichtigen sei auch, daß ein System wie das sowjetische führenden Persönlichkeiten wesentlich mehr Möglichkeiten der persönlichen Schonung gebe als das westliche. Ob A. einen Wahlkampf westlichen Musters durchstehen könnte, bezweifelte BM.

Auf Frage, ob man A. noch zehn Jahre gebe, meinte BM: fünf bis sechs. Dies wurde von den Ärzten sehr positiv (wonderful!) aufgenommen: Dies entspreche ihrem eigenen Urteil, nicht aber dem – negativeren – zahlreicher Laien in Washington.

Auf weitere Fragen, die auf möglicherweise beobachtete Besonderheiten abzielten, konnte BM nichts Auffälliges berichten.

Zur Frage nach der Einstellung von A.'s Umwelt zu ihm (Vorurteile wegen Krankheit?) teilte BM seinen Eindruck mit, die anderen Mitglieder der sowjetischen Führung, die er gesprochen habe, respektierten A. ganz deutlich als Nr. 1.

Zur Frage, wie lange A. an Sitzungen teilnehmen könne, verwies BM auf die lange Kette von Gesprächen und Begegnungen bei der Beerdigung Breschnews. Aber auch jetzt könne A. sich kaum eine Ruhepause gegönnt haben zwischen dem Gespräch mit BK am Morgen und dem Gespräch im erweiterten Kreis am Nachmittag, denn offensichtlich habe Gromyko mit ihm in der Zwischenzeit konferiert.

Auf weitere Fragen: A. habe die Gesprächsführung fest in der Hand und alleine bestimmt.

Irgendwelche medizinischen Einrichtungen etc. seien nicht aufgefallen.

Ploetz⁷

VS-Bd. 14116 (010)

⁶ Ronald W. Reagan.

⁷ Paraphie vom 19. Juli 1983.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann

13. Juli 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundesministers mit BM Dr. Warnke am 12. Juli 1983 (17.00 h–18.00 h) im Gästehaus Venusberg

Weitere Teilnehmer: StS Dr. Lautenschlager und StS Lengl.

1) BM Warnke verdeutlicht die Politik des BMZ, gegenüber dem BMF die gegenwärtigen Baransätze zumindest zu halten; besonders problematisch würde die Situation, wenn die Verpflichtungsermächtigungen zu sehr gekürzt würden (mittelfristiger Effekt).

Rahmenplanung des BMZ solle der Regierungserklärung entsprechen („Freunde als Freunde behandeln“²),³ Neuzusagen seien nur schwer zu vertreten, wenn zum Beispiel Tansania noch ein Betrag (248 Mio. DM) aus offenen Verpflichtungsermächtigungen zustehe.

StS L.⁴ nennt als politisches Hauptproblem, daß wir nicht von „100 auf 0 herunterzuschalten“ könnten. BM Warnke zeigt hierfür Verständnis. BM unterstreicht diesen Gesichtspunkt. Einschränkung der Hilfe ist vertretbar, „Abschaltung“ einzelner Entwicklungsländer dagegen sollten wir aus außenpolitischen Gründen nicht in Erwägung ziehen.

2) BM ist an besonders enger Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und BMZ interessiert. Zusammenarbeit könne u. a. gefördert werden durch: Einladung von BMZ-Angehörigen zu Botschafter-Konferenzen mit entwicklungspolitischem Bezug, verstärkte gegenseitige Unterrichtung auf Leitungsebene.

BM ist mit einer Verminderung der Neuzusagen, z. B. gegenüber Tansania, einverstanden, wenn bisherige Zusagen nicht belegt werden könnten. Die Zusammenarbeit dürfe allerdings nicht abgeschaltet werden, das Gespräch müsse

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 13. Juli 1983 an Regierungsdirektor Osterhaus, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178879.

Mit Schreiben vom 21. Juli 1983 sandte Regierungsdirektor Leuckart von Weisdorf, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ploetz „die von Herrn BM Dr. Warnke und Herrn St[aa]tssekretär Lengl gebilligte Fassung der Gesprächsniederschrift vom 13.7.1983 zurück.“ Die entsprechenden Änderungen seien deutlich gemacht. Vgl. Anm. 3, 11, 13 und 21–23.

Hat Ploetz am 21. Juli 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Lautenschlager vermerkte: „Bestehen gegen die Änderungen Bedenken?“

Hat Lautenschlager am 22. Juli 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe meine wenigen Anmerkungen.“ Vgl. Anm. 14–16.

Hat Ploetz am 29. Juli 1983 erneut vorgelegen. Vgl. Referat 010, Bd. 178879.

² Bundeskanzler Kohl führte am 4. Mai 1983 vor dem Bundestag aus: „Auch für uns sind Entwicklungsländer längst unentbehrliche Partner. Viele haben sich in schwierigen Zeiten als unsere Freunde erwiesen. Sie können damit rechnen, daß auch wir sie als unsere Freunde unterstützen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 71.

³ Dieser Satz wurde von Bundesminister Warnke und Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gestrichen.

Diese Änderung wurde von Staatssekretär Lautenschlager mit Häkchen versehen.

⁴ Hans Werner Lautenschlager.

aufrechterhalten werden. Das gelte auch für andere EL. Natürlich müsse dabei auf eine sinnvolle Verwendung der Mittel Wert gelegt werden.

BM spricht sich entschieden gegen vollständige Streichungen bei Elfenbeinküste, Kamerun, Uganda und Ghana aus.

BM Warnke meint, daß für Elfenbeinküste und Kamerun Neuzusagen möglich seien. Zu Uganda erläutert StS Lengl, daß Neuzusagen für 1984 schwierig seien.⁵ StS L. wiederholt unsere Bitte, bald Regierungsverhandlungen mit Uganda (1983) anzuberaumen.⁶ BM und BM Warnke stimmen darüber überein, daß Obote pragmatische Schritte in westlicher Richtung macht. Man solle einen gewissen (kleineren) Betrag vorsehen.⁷

3) BM spricht Äthiopien an.⁸ StS Lengl verweist darauf, daß 1984 keine Neuzusagen gemacht werden könnten, es gebe noch 17 Mio. DM offene Verpflichtungen, außerdem stelle sich das Problem der deutschen Schule.⁹ BM Warnke hält Äthiopien gerade auch wegen der extremen ideologischen Ausrichtung für keinen geeigneten Fall, Neuzusagen zu machen. BM und StS L. verweisen auf unser Interesse, gemeinsam mit anderen westlichen Partnern (insbesondere den Amerikanern) Äthiopien die westliche Perspektive zu erhalten.

BM Warnke entscheidet, daß 7 Mio. TZ für Äthiopien zur Verfügung gestellt werden.

4) Bundesminister verweist auf seine Bemühungen um Berlin-Klausel bei Vertragsbeziehungen mit Mosambik¹⁰ und bittet, daß man mit Mosambik in Regierungsverhandlungen eintritt. BM Warnke zeigt sich irritiert über Berichtserstattung der Botschaft Maputo, die nicht klar erkennen lasse, ob verhandelt werden soll.¹¹

StS Lengl bemängelt die mangelnde Absorptionsfähigkeit von Mosambik für Projekte. Bundesminister verweist auf Möglichkeit der Warenhilfe sowie der Mög-

⁵ Zur Entwicklungshilfe für Uganda vgl. Dok. 136, Anm. 7.

⁶ Mit Schreiben vom 23. Juni 1983 bat Staatssekretär Lautenschlager Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, erneut um die baldige Aufnahme der Regierungsverhandlungen mit Uganda über Entwicklungshilfe: „Nach meiner Kenntnis sind wir inzwischen nahezu das einzige bedeutende Geberland, das Uganda die Fortführung der Wirtschaftshilfe versagt.“ Zwar würden Rückschläge in den Bereichen innere Sicherheit und Menschenrechte nicht verkannt: „Es ist jedoch gerade unser dringendes Interesse an mehr Sicherheit und Rechtsschutz in Uganda, das uns veranlassen sollte, die Regierung Obote durch die Aufnahme der Regierungsverhandlungen zu ermutigen und durch tatkräftige wirtschaftliche Zusammenarbeit in ihren Anstrengungen in dieser Richtung zu stärken.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138025.

⁷ Die deutsch-ugandischen Regierungsverhandlungen über Entwicklungshilfe fanden vom 28. Oktober bis 3. November 1983 in Kampala und vom 19. bis 21. Dezember 1983 in Bonn statt.

⁸ Zur Entwicklungshilfe für Äthiopien vgl. Dok. 136, Anm. 9.

⁹ Zur Beschlagnahmung der Deutschen Schule in Addis Abeba vgl. Dok. 16.

¹⁰ Während seines Besuchs am 21./22. Juni 1982 in der Bundesrepublik stimmte der mosambikanische Außenminister Chissano grundsätzlich der Einbeziehung von Berlin (West) in bilaterale Abkommen zu. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 188.

Mit Notenwechsel vom 30. Juli 1982 wurde daraufhin eine Vereinbarung über die Lieferung von 3000 t Weißmais geschlossen, die eine Berlin-Klausel nebst „einer schriftlichen, einmaligen, einseitigen und für die Zukunft geltenden Klarstellung“ der Bedeutung des Begriffs „Land Berlin“ enthielt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer vom 2. August 1982; Referat 320, Bd. 138093.

¹¹ Der Passus „die nicht ... werden soll“ wurde von Bundesminister Warnke und Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gestrichen. Diese Änderung wurde von Staatssekretär Lautenschlager mit Häkchen versehen.

lichkeit zur Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und bei der Infrastruktur. StS L. verdeutlicht, daß wir die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften mit Mosambik wegen Berlin blockiert hatten. Sämtliche europäischen Partner seien der Meinung, auch in Mosambik durch entwicklungspolitische Zusammenarbeit die westliche Position zu stärken. Wir sollten Mosambik diese Perspektive – auch im europäischen Interesse – nicht verbauen.

Es wird Einigung darüber erzielt, daß eine Delegation des BMZ nach Mosambik reist, um über Projekte für Altverpflichtungen (60 Mio. DM FZ, 10 Mio. DM TZ)¹² zu verhandeln.¹³ Nicht ausgeschlossen bleiben¹⁴ Neuzusagen in Abhängigkeit von guter Projektrealisierung bei den Altverpflichtungen (ggfs.¹⁵ Aufnahme in die Afrika-Reserve¹⁶ 1984).¹⁷

5) Da auch in Guinea-Bissau die Berlin-Klausel-Frage zu unserer Zufriedenheit gelöst wurde¹⁸, einigen sich die beiden Minister darauf, Guinea-Bissau analog zu Mosambik zu behandeln.

6) StS L. drängt darauf, daß Portugal auch 1984 zumindest eine Neuzusage als eine Art „Vorbeitrittshilfe“ gegeben wird. BM Warnke und StS Lengl weisen auf die Summe von 477 Mio. DM nicht abgeflossener Mittel hin.

BM entscheidet, daß der uns bekannte neue portugiesische Finanzminister¹⁹ möglichst bald angesprochen wird. BM Warnke erklärt sich grundsätzlich für eine Neuzusage 1984 für Portugal bereit (Volumen kleiner als bisher).

7) BMZ und AA betonen Interesse an EZ²⁰ mit China. BM erklärt sich damit einverstanden, daß wir uns gemeinsam beim Haushaltsausschuß für die zusätzliche Stelle eines EH-Referenten an der Botschaft Peking bemühen.

8) BM Warnke unterstreicht gemeinsam mit StS Lengl Bedeutung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Namibia vor der Unabhängigkeit. Mit

¹² Ministerialdirigent Montfort notierte am 25. November 1983: „BM Offergeld hatte im September 1982 70 Mio. DM zugesagt. Bis heute sind davon 5 Mio. abgeflossen, und das erst seit vier Wochen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138093.

¹³ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Warnke und Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, eingefügt: „Keine Aufnahme in Rahmenplanung 1984.“ Diese Änderung wurde von Staatssekretär Lautenschlager mit Häkchen versehen.

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „aber“.

¹⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „daher“.

¹⁶ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „bei Rahmenplanung“. Zu den Änderungen von Lautenschlager vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich: „BM Warnke ist einverst[anden] mit dieser Änderung.“

¹⁷ Vom 16. bis 22. November 1983 fanden zwischen der Bundesrepublik und Mosambik in Maputo Regierungsverhandlungen über Entwicklungshilfe statt. Botschafter Buchrucker, Maputo, teilte am 24. November 1983 mit, daß das politische Ergebnis „negativ“ sei: „13 Monate nach Zeichnung der Berlin-Klausel durch Mosambik und dem Beginn der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ist die FRELIMO-Regierung durch unser Verhalten verwirrt und enttäuscht.“ Die Gründe hierfür lägen in fehlenden Neuzusagen für 1984 sowie in Verzögerungen seitens der Bundesregierung, die in „überraschender und unverständlicher deutscher Kehrtwendung bei Auswahl der FZ-Projekte“ gipfelten. Das Wort Erpressung war gefallen, die mos[ambikanische] Seite an empfindlicher Stelle getroffen: dem Gefühl, bevormundet und nicht als gleichrangiger Partner akzeptiert zu werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 203; Referat 320, Bd. 138094.

¹⁸ Zur Entwicklungshilfe für Guinea-Bissau und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. Dok. 136, Anm. 8.

¹⁹ Ernâni Lopes.

²⁰ Entwicklungszusammenarbeit.

der Industrie- und Handelskammer habe man einen guten Projektträger gefunden.²¹ BM verweist darauf, daß Hilfe vor der Unabhängigkeit nur dann zugestimmt werden kann, wenn die politische Neutralität des namibischen Trägers eindeutig sichergestellt ist. Als Beispiel für einen Projektträger auf deutscher Seite nennt er die Otto-Benecke-Stiftung.²²

9) BM Warnke weist auf die Notwendigkeit einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Homelands hin.²³ BM verweist auf unsere europäische und Fünferposition, daß wir die Unabhängigkeit der Homelands in keiner Form anerkennen können.²⁴ Partnerorganisation, die sich in Abhängigkeit von Regierungsstellen der Homelands befinde, könne nicht akzeptiert werden.

10) BM Warnke zeigt sich aufgeschlossen, unsere EZ mit Zentralamerika von Fall zu Fall zu prüfen. BM unterstreicht, daß Nicaragua nicht auf „0“ heruntergefahren werden sollte. Man sollte eine kleine Summe vorsehen, auch im Hinblick auf El Salvador. BM Warnke zeigt Verständnis.

11) Türkei

StS L. unterrichtet BM Warnke und StS Lengl davon, daß der Türkeibrief abgesandt wurde.

12) In Abwesenheit von BM (der ab 18.15 h einen Termin beim BK wahrnehmen mußte) wurde angesprochen:

- Seychellen: StS L. unterstrich unser Interesse, die Seychellen aus politisch-strategischen Erwägungen in bescheidenem Umfang zu unterstützen.
- China: BM Warnke und StS Lengl schlossen für die nächste Zeit (ca. drei Jahre) FZ aus; BM Warnke: Dies sei möglicherweise eine Frage für die Europäische Gemeinschaft. Alle drei Gesprächspartner waren sich über die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit China einig; BM Warnke/StS Lengl betonten stärker TZ- und Stipendienbereich, StS L. bat, Mischfinanzierung zu prüfen.
- BM Warnke erläutert, daß seine Reiseplanung für Zaire noch nicht abgeschlossen ist.²⁵ Er wird – wie geplant – auch Simbabwe besuchen, und dabei wird sich auch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit regeln.²⁶

Horstmann

Referat 010, Bd. 178879

²¹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 29. Juli 1983 gestrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM Warnke bittet, diesen Satz zu streichen und den Satz am Ende von Zi[ffer] 8 zu lassen.“ Vgl. Anm. 22.

Zur Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia vgl. Dok. 136, Anm. 13.

²² An dieser Stelle wurde von Bundesminister Warnke und Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, eingefügt: „StS Lengl erklärt, daß auf namibischer Seite ein tragfähiger Partner gefunden wurde, die namibische Industrie- und Handelskammer.“

Zu dieser Änderung vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Einv[er]standen], aber Wiederholung (Ziffer 8 Satz 2)?“ Vgl. Anm. 21.

²³ Der Passus „weist auf ... Homelands hin“ wurde von Bundesminister Warnke und Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, eingefügt.

Diese Änderung wurde von Staatssekretär Lautenschlager mit Häkchen versehen.

²⁴ Zur Frage der Entwicklungszusammenarbeit mit südafrikanischen Homelands vgl. Dok. 136, Anm. 14.

²⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Venzlaff unterrichtete die Botschaft in Kinshasa am 20. Juli 1983, daß der für den 2. bis 6. August 1983 geplante Besuch des Bundesministers Warnke abgesagt

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt**114-18970/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 13. Juli 1983, 08.30 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 89****Ankunft: 13. Juli 1983, 10.00 Uhr**Betr.: Zweite Polenreise des Papstes²;

hier: Bewertung durch Kardinalstaatssekretär Casaroli

Bezug: DE Plurez Nr. 4031 vom 28.6.1983 – 214-320.10 POL-1461/83 VS-v³DB Nr. 81 vom 28.6.1983 VS-v⁴

I. 1) Kardinalstaatssekretär Casaroli empfing mich auf meine Bitte am 11.7. zu einem einstündigen Gespräch, das ich mit der Bemerkung einleitete, die Bundesregierung habe die Reise des Papstes nach Polen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und prüfe nun zusammen mit ihren Verbündeten, welche Schlußfolgerungen aus Verlauf und Ergebnis der Reise zu ziehen seien. Hierbei wären für meine Regierung zwei Fragen von besonderem Interesse:

- Was haben der Papst und General Jaruzelski in ihrem zweiten Treffen⁵ besprochen?
- Welche Schlußfolgerungen seien vom Papst und den polnischen Bischöfen, die am 30. Juni 1983 zu Besuch nach Rom kamen, hinsichtlich der von der Kirche einzuschlagenden Linie gezogen worden?

Fortsetzung Fußnote von Seite 1105

worden sei: „Reiseabsicht wurde wegen Abwesenheit Präsident Mobutus und Minister Kamanda aufgegeben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 111; Referat 320, Bd. 138034.

²⁶ Bundesminister Warnke hielt sich vom 1. bis 5. August 1983 in Simbabwe auf. Beide Seiten vereinbarten, daß Regierungsverhandlungen über die Entwicklungshilfe vom 12. bis 14. September 1983 stattfinden sollten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 281 des Wirtschaftsreferenten Louis, Harare, vom 5. August 1983; Referat 320, Bd. 138134.

¹ Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 13. Juli 1983 vorgelegen.

² Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu auch Dok. 197. Zuvor besuchte er Polen vom 2. bis 10. Juni 1979.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl bat Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), „im Vatikan an möglichst hoher Stelle vorzusprechen und darum zu bitten, uns Einschätzung des Papstes über Lage in Polen und voraussichtliche weitere Entwicklung im Lichte des Papst-Besuches zu geben“. Die Bundesregierung wolle Polen jetzt ein positives Signal geben und denke daran, „nach Abstimmung mit unseren Partnern, unsere Bereitschaft zur Aufnahme von Gesprächen über die Umschuldung mitzuteilen. Dabei kommt es uns aber sehr darauf an, daß bis zur tatsächlichen Aufnahme der Gespräche die Gefangenen amnestiert werden bzw. die große Mehrheit freigelassen wird.“ Vgl. VS-Bd. 13407 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete, daß der Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, Silvestrini, die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten über den Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen unterrichtet habe: „Die Reise habe ihren großen Wert in sich selber gehabt sowie darin, daß es dem Papst möglich gewesen sei, die Menschen in Polen in ihrem Glauben sowie in ihrer Forderung nach persönlichen und sozialen Freiheiten zu bestärken. Wichtig sei darüber hinaus, daß der Papst und General Jaruzelski miteinander gesprochen und ihre gegenseitigen Positionen hätten darlegen können, selbst wenn zwischen diesen Positionen eine große Kluft herrsche. Jaruzelski habe sich in den Gesprächen in erster Linie als ein polnischer Nationalist und weniger als ein Kommunist erwiesen.“ Vgl. VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Papst Johannes Paul II. und Ministerpräsident Jaruzelski trafen am 22. Juni 1983 in Krakau zusammen.

2) Casaroli erwiderte, das zweite Gespräch zwischen dem Papst und Jaruzelski sei absolut unter vier Augen geführt worden. Er habe aber vom Papst über dieses Gespräch folgende Mitteilungen erhalten:

Der Papst habe Jaruzelski erläutert, daß bei seinen Besuchen in anderen Ländern kein zweites Treffen mit dem Regierungschef stattfinde. In diesem Fall sei eine Ausnahme möglich, weil beide Polen seien. Er wolle das Gespräch infolgedessen nicht so sehr als Papst, sondern als Pole führen.

Jaruzelski habe dargelegt, daß ihm die Entscheidung vom 13. Dezember 1981⁶ schwergefallen sei, daß sie aber unvermeidlich war, wenn Schlimmeres verhütet werden sollte. Ebenso seien die Verhaftungen oppositioneller Kräfte und die Auflösung der Gewerkschaft „Solidarność“ notwendig gewesen. Jaruzelski habe sich bemüht darzulegen, daß er aus patriotischen Motiven gehandelt habe.

Der Papst habe hierauf erwidert, daß alle drei Maßnahmen seiner Ansicht nach falsch gewesen seien. Auch wenn einzuräumen sei, daß Polen sich in einer schwierigen geopolitischen Lage befinde, so hätte man doch die Verhängung des Kriegsrechts und die Verhaftung Oppositioneller vermeiden müssen. Im übrigen täusche sich Jaruzelski, wenn er glaube, einen Ausweg aus der Krise ohne Dialog mit den gesellschaftlichen Kräften des Landes, insbesondere mit einer freien Gewerkschaft, finden zu können.

3) Auf meine Frage, ob der Papst Jaruzelski aufgrund des Gesprächsverlaufs zubillige, bei der Verhängung des Kriegsrechts guten Glaubens gehandelt zu haben, gab Casaroli keine eindeutige Antwort. Er führte aus, daß der Papst generell vermeide, politische Urteile abzugeben. Mit seinen drei Hinweisen gegenüber Jaruzelski habe er seine moralischen Positionen darlegen und nicht politische Stellungnahmen abgeben wollen. Allerdings habe ihm der Papst gesagt, das Gespräch mit Jaruzelski sei besser verlaufen, als er es erwartet habe.

4) Casaroli fügte in diesem Zusammenhang hinzu:

Nach seinem eigenen Eindruck während der Reise komme es nicht allein darauf an, ob Jaruzelski bei Verhängung des Kriegsrechts guten Willens gewesen sei. Selbst wenn man ihm dies zubilligen wolle, sei doch zu berücksichtigen, daß Jaruzelski sich in der polnischen Bevölkerung mit der Verhängung des Kriegsrechts breite Verachtung zugezogen habe. Er sei zu einem „negativen Symbol“ geworden. Es werde ihm schwerfallen, diesen Makel wieder loszuwerden. Die Krise in Polen sei außerdem deshalb so schwer zu überwinden, weil große Teile der Jugend demoralisiert seien und keinen Sinn darin erblicken könnten, sich für ihr Land unter dem gegenwärtigen System anzustrengen.

5) Hinsichtlich der gegenüber Polen einzuschlagenden Linie äußerte Casaroli, man könne dieses Problem nicht ohne die Grundsatzfrage erörtern, wie man die weitere Entwicklung der kommunistischen Welt einschätze und wie man den Kommunisten glaube begegnen zu sollen. Daß es in der Ideologie keine Kompromisse geben könne, stehe außer Zweifel. In der praktischen Politik könne man entweder auf eine totale Opposition hinsteuern, eventuell um den Preis eines neuen Krieges. Oder man könne versuchen, durch eine Politik der klei-

⁶ Zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen vgl. Dok. 9, Anm. 54.

nen Schritte eine Änderung der Verhältnisse in den kommunistischen Ländern von innen heraus zu fördern.

Casaroli betonte, der Heilige Stuhl könne den westlichen Regierungen keine Empfehlungen für ihr politisches Handeln geben, zumal der Papst sich politischer Urteile enthalten wolle. Persönlich aber wolle er folgende Überlegungen aussprechen:

Der Westen sollte in seiner Haltung zu Polen geschlossen bleiben und seine Politik so führen, daß die polnische Regierung zu Entgegenkommen ermutigt werde. Die polnische Regierung habe auf die eine oder andere Weise in Aussicht gestellt, das Kriegsrecht aufzuheben⁷, die Gefangenen freizulassen und den Dialog mit einer unabhängigen Gewerkschaft wiederaufzunehmen. Wenn die Regierung damit beginne, auf einem der drei Gebiete einen Schritt nach vorn zu machen, sollte der Westen durch eine positive, praktische und angemessene Antwort zu verstehen geben, daß sich die polnische Regierung auf dem richtigen Wege befinde.

Es wäre gut, wenn der Westen das politische Gespräch mit der polnischen Regierung wieder aufnehmen bzw. fortsetzen würde. Dieser politische Kontakt besitze seinen Wert neben und unabhängig von der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen.

6) Auf meine Frage nach den Absprachen zwischen Papst und polnischen Bischöfen zum weiteren Vorgehen ging Casaroli nur zögernd und ausweichend ein. Johannes Paul II. und polnischer Episkopat seien sich (mit Ausnahme vielleicht von einem oder zwei Bischöfen) in der Beurteilung der Lage in Polen einig und zögen an einem Strang. Gewiß gebe es Unterschiede im Temperament; Primas Glemp sei zurückhaltender als der Papst. Doch es sei im ganzen die Linie des Papstes, den polnischen Episkopat und an seiner Spitze Primas Glemp in dem, was in Polen beschlossen werde, zu unterstützen.

II. Die Äußerungen Casarolis lassen nach meinem Eindruck erkennen, daß zwischen ihm und Johannes Paul II. gewisse Nuancen in der Beurteilung der polnischen Situation bestehen. Der Papst hat sich auf seiner Reise nicht gescheut, seine ethischen Überzeugungen, auch wenn sie politische Implikationen haben, unbeirrt auszusprechen, Casarolis Linie ist stärker von der Überlegung bestimmt, das in der vatikanischen Ostpolitik Erreichte behutsam weiterzuführen. Er scheint die Risikoschwelle im Verhältnis zu Moskau etwas niedriger anzusetzen als Johannes Paul II. Diese Nuancen haben freilich die Kontinuität der vatikanischen Politik gegenüber Osteuropa bisher nicht beeinträchtigt.

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 12930 (203)

⁷ Zur Aufhebung des Kriegsrechts am 22. Juli 1983 vgl. Dok. 197, Anm. 11.

217

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-18981/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1383

Aufgabe: 13. Juli 1983, 22.00 Uhr¹
Ankunft: 13. Juli 1983, 22.41 Uhr

Betr.: Menschenrechte in der Sowjetunion;
hier: Stoessel-Mission² vor dem Rat am 13.7.1983

Bezug: DE Nr. 4383/4384 vom 13.7.1983, AZ: 212-341.31/213-504 SOW VS-NfD³

Zur Unterrichtung

I. Gesamteindruck

1) Nach Stationen in Hauptstädten verschiedener Bündnispartner (u. a. Paris, Rom, Den Haag, Madrid, Bonn, London⁴) trug Botschafter Stoessel als Leiter der Mission von Präsident Reagan am 13. Juli 1983 dem Rat die Botschaft des amerikanischen Präsidenten zur Situation der Menschenrechte in der Sowjetunion vor. Das Auftreten der Stoessel-Mission in der Zentrale der Nordatlantischen Allianz und die erste Reaktion der Bündnispartner müssen als ein Erfolg gewürdigt werden. Stoessel trug die Botschaft ruhig, präzise und eindrucksvoll vor. Die sich daran anschließenden Darlegungen der Ständigen Vertreter (alle außer Türkei, Portugal, Island und Griechenland) waren trotz gewisser Nuancierungen grundsätzlich positiv. Stoessel nimmt von Brüssel einen zufriedenstellenden Gesamteindruck mit nach Washington.

2) Stoessel wird die vorläufigen Antworten und Darlegungen der Bündnispartner, die er in den verschiedenen Hauptstädten sowie in Brüssel gehört hat, dem amerikanischen Präsidenten vorlegen. Dann werden die Amerikaner ihre Initiative, insbesondere die fünf Punkte, im Lichte der Haltung der Bündnispart-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk notierte am 5. Juli 1983: „Auf Wunsch des Weißen Hauses wird eine ‚Presidential Mission‘ unter Leitung des früheren Stellvertretenden Außenministers Stoessel eine Europareise [...] unternehmen und ein an die jeweiligen Regierungschefs gerichtetes Schreiben von Präsident Reagan überbringen.“ Diese Mission gehe „offenbar auf Druck des Kongresses und jüdischer Organisationen auf Präsident Reagan zurück, die zunehmend besorgt sind über die Menschenrechtslage in der Sowjetunion (Behandlung von Dissidenten, drastischer Rückgang der Ausreise sowjetischer Bürger jüdischer, deutscher und armenischer Abstammung). Unserer Botschaft wurde zur Stoessel-Mission erklärt, sie stehe nicht im Zusammenhang mit letzten Verhandlungen auf der Madrider KSZE-Folgekonferenz.[...] Das State Department hat gegenüber der Botschaft betont, daß es der Stoessel-Mission keine Publizität geben möchte.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133501.

³ In dem am 12. Juli 1983 konzipierten Drahterlaß informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel über das Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, Stoessel, am Vortrag, bei dem dieser ein Schreiben von Reagan an Bundeskanzler Kohl und ein Non-paper „Soviet Human Rights Performance and Possible Actions to Intensify Monitoring and International Efforts to Improve that Performance“ übergeben habe. Außerdem übermittelte Arnot Elemente für eine Stellungnahme in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 13. Juli 1983. Vgl. Referat 213, Bd. 133272.

⁴ Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, Stoessel, hielt sich am 5. Juli in Paris, am 6. Juli in Rom, am 8. Juli in Den Haag, am 9. Juli in Madrid, am 11. Juli in Bonn und am 12. Juli 1983 in London auf.

ner zunächst intern beraten und danach dieses Ergebnis mit den Allianzpartnern erneut konsultieren.

II. Zusammenfassung

1) Im Mittelpunkt der Ausführungen von Stoessel standen die Frage, wie sich die Bündnispartner zur Frage der Menschenrechte bei Beendigung des Madrider KSZE-Folgetreffens verhalten sollten, sowie die bekannten fünf Punkte:

- (1) Fortsetzung der Konsultationen, evtl. ein neues Konsultationsforum.
- (2) Frage der Listen.
- (3) Zusammenarbeit westlicher Botschaften in Moskau.
- (4) Behandlung von Menschenrechtsfragen in bilateralen und multilateralen Treffen mit den Sowjets.
- (5) Öffentlichkeitsarbeit.

2) Es bildete sich ein Konsens im Rat heraus, daß es zur erfolversprechenden Förderung der Menschenrechte in Osteuropa auf eine sorgfältig abgewogene Mischung von stiller Diplomatie und behutsamer Öffentlichkeitsarbeit ankomme, wobei das Schwergewicht der Interventionen der Ständigen Vertreter auf dem Aspekt der „stillen Diplomatie“ lag.

3) Zur Behandlung der Menschenrechtsfrage bei Beendigung des Madrider KSZE-Folgetreffens bestand Übereinstimmung, dieses Thema solle nach vorheriger Harmonisierung und Koordination durch die Allianzpartner von den in Madrid anwesenden Außenministern⁵ in deren jeweiligen Reden angesprochen werden (auch in Pressekonferenzen). Der Gedanke einer gemeinsamen Erklärung wurde von Stoessel ausdrücklich verneint.

4) Von verschiedenen Ständigen Vertretern wurde der Aspekt der Universalität der Menschenrechte angesprochen: Die Menschenrechte dürften nicht nur im Ost-West-Verhältnis oder in der Sowjetunion bzw. den Staaten Osteuropas eine prominente Rolle spielen, sondern müßten universal bzw. global betrachtet werden. Das Thema eigne sich für eine bloße Verwendung als politisches Instrument in den Ost-West-Beziehungen nicht.

5) Schließlich wurde deutlich, daß die Bündnispartner für die weitere Behandlung der prozeduralen Vorschläge der Amerikaner (fünf Punkte) grundsätzlich offen sind. Es bestand allerdings Übereinstimmung, für weitere Einzelkonsultationen und Abstimmung die bereits bestehenden Gremien (z.B. Ostexpertengruppe) der Allianz zu nutzen und keine neuen Foren oder gar Organisationen zu schaffen.

6) Ich konzentrierte meine Ausführungen auf die uns Deutsche im besonderen betreffenden Aspekte im Verhältnis zur Sowjetunion und wies u. a. auf die Zahl der Deutschstämmigen und die Ausreiseproblematik⁶ hin. Die Menschenrechte seien für uns nicht nur im Hinblick auf die Sowjetunion und die anderen Staaten Osteuropas zu sehen, sondern auch im deutsch-deutschen Verhältnis.

⁵ Vom 7. bis 9. September 1983 fand in Madrid das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz statt.

⁶ Zur Entwicklung der Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 19.

Zur Frage der Verhandlung der Menschenrechte beim Abschluß in Madrid führte ich aus, es sei wünschenswert, daß die Außenminister in ihren Schlußerklärungen auch zur Menschenrechtsfrage Stellung nähmen. Zur Frage der Abstimmung der verschiedenen Schlußerklärungen durch die Minister wies ich auf unsere Vorarbeiten im Rahmen der EPZ (key notes) hin. Der KSZE-Prozeß müsse in allen seinen Hauptfeldern, also auch bei den Menschenrechten weitergeführt werden. Hinsichtlich der Frage weiterer westlicher Konsultationen trat ich entsprechend Bezugsweisung für die Nutzung bestehender Allianzstrukturen und -prozeduren ein (Regionalexperten, Implementierungsberichte zur KSZE-Schlußakte).

III. Im einzelnen

1) In seiner einführenden Erklärung legte Stoessel dar, die Menschenrechte würden in der Sowjetunion zur Zeit weniger denn je beachtet. Es gebe eine deutliche Unterdrückung von Menschenrechtsaktivisten in der Sowjetunion (Helsinki-Monitoren, religiöse Gruppen, insbesondere Juden, deren Ausreise in 1983 auf dem niedrigsten Niveau seit 1967 stehe, Sacharow⁷, Armenier, Deutschstämmige). Die Ausreise der Pflingstler-Familie⁸ sei eine Ausnahme gewesen.

Als Foren zur Kritik der sowjetischen Einstellung zu den Menschenrechten böten sich an: der KSZE-Rahmen, insbesondere das KSZE-Folgetreffen Madrid, die Vereinten Nationen, bilaterale Gespräche westlicher Bündnispartner mit den Sowjets. Die Allianzpartner könnten sich in folgenden Gremien abstimmen: Ständiger Rat, Politischer Ausschuß bei der Abfassung des halbjährlichen KSZE-Implementierungsberichts, Politischer Ausschuß auf der Ebene der Ost-europa- und Sowjetunion-Experten mit deren halbjährlichen Berichten.

Hinsichtlich des Abschlusses des KSZE-Folgetreffens von Madrid trug Stoessel den amerikanischen Wunsch nach Koordinierung der Abschlußerklärungen vor. Auch der Öffentlichkeitsaspekt müsse Berücksichtigung finden. Wortlaut der Erklärung Stoessel dazu füge ich als Anlage 1 bei.

Nach Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens müßten noch mehr Anstrengungen zur Koordination der westlichen Haltung unternommen werden. Es dürfe nach Madrid keine Pause eintreten. Die KSZE-Expertentreffen von Ottawa und Bern⁹ würden eine nützliche Funktion erfüllen.

Anschließend trug Stoessel die bekannten fünf Punkte vollständig vor. Wortlaut dieser Ausführungen füge ich als Anlage 2 bei.

Schließlich führte Stoessel aus, die USA seien für Anregungen und Vorschläge der Bündnispartner offen. Sie würden eine erneute Befassung mit der Materie begrüßen.

2) Vorsitzender, Generalsekretär Luns, gab zunächst die grundsätzlich positive Haltung des Rates zu verstehen.

⁷ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 170.

⁸ Zur Ausreise von Angehörigen der christlichen Pflingstkirchler vgl. Dok. 172, Anm. 13.

⁹ Im Schlußdokument des Madrider KSZE-Folgetreffens vom 6. September 1983 vereinbarten die Teilnehmerstaaten die Durchführung von Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie über menschliche Kontakte, die vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa bzw. vom 15. April bis 26. Mai 1986 in Bern stattfinden sollten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 und D 554.

3) Ich wies insbesondere auf den Aspekt der „stillen Diplomatie“ hin. Außerdem gab ich Zahlen zu den Deutschstämmigen in der Sowjetunion (auch im Vergleich zu den Juden) und die Ausreisearzahlen der letzten Jahre bekannt.

Ich trat für die Harmonisierung der Abschlusserklärungen der verschiedenen Minister in Madrid ein. Zur weiteren Behandlung der Menschenrechtsmaterie als Konsultationsthema der Allianz trat ich für Nutzung der bestehenden Strukturen (z.B. Regionalexpertentreffen Osteuropa und Sowjetunion sowie Beratung des halbjährlichen KSZE-Implementierungsberichtes) ein.

4) Britischer Ständiger Vertreter¹⁰ erklärte sich ebenfalls mit der Harmonisierung der Abschlusserklärungen in Madrid einverstanden. Zu den fünf Punkten Stoessels teilte er lediglich mit, London prüfe sie noch. Als Konsultationsgremium erwähnte er das Regionalexpertentreffen Osteuropa und Sowjetunion. Er zeigte Zurückhaltung gegenüber der Einrichtung eines neuen Ad-hoc-Forums.

Wert legte britischer Ständiger Vertreter auf die Aussage, Großbritannien wünsche keine Verknüpfung der Menschenrechtsfrage mit anderen Themen („no linkage“). Im übrigen könne Großbritannien in der Frage der Menschenrechte nicht als Vermittler oder Verhandler auftreten.

5) Kanadischer Ständiger Vertreter¹¹ trat für Nutzung der Expertentreffen im Rahmen der KSZE (Ottawa, Bern) ein. Er war auch mit der gemeinsamen Nutzung von Listen einverstanden, wies in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, daß es sich für Kanada in erster Linie um Familienzusammenführung und um – unter Erwähnung meiner Intervention – niedrige Zahlen handele. Öffentlichen Erklärungen, so kanadischer Ständiger Vertreter, sei nur marginaler Erfolg im Umfang mit der Sowjetunion beschieden. Mit der Beauftragung der westlichen Botschaften in Moskau mit Koordinationsfragen war er einverstanden.

6) Italienischer Ständiger Vertreter¹² führte aus, Rom prüfe noch im einzelnen die fünf von Stoessel vorgetragenen Punkte. Er trat für die Nutzung schon existierender Allianzmöglichkeiten und -gremien zur Abstimmung ein, erwähnte als Möglichkeit die Einrichtung einer Datenbank mit Fällen von Menschenrechtsverletzungen und legte schließlich dar, man solle sich mit der Kritik nicht nur an die Sowjetunion, sondern auch an andere Länder, z.B. an Chile, wenden. Italienischer Ständiger Vertreter machte allerdings deutlich, daß Italien in dieser Angelegenheit nicht in erster Linie betroffen ist, da Italien z.B. keine Ausreisewünsche an die Sowjetunion habe und kein Aufenthaltsland sei.

7) Norwegischer¹³, dänischer¹⁴, niederländischer¹⁵, belgischer¹⁶, spanischer¹⁷ und luxemburgischer¹⁸ Ständiger Vertreter trugen mit verschiedener Akzent-

¹⁰ John Graham.

¹¹ James Hutchings Taylor.

¹² Sergio Romano.

¹³ Kjeld Vibe.

¹⁴ Anker Svart.

¹⁵ Jaap de Hoop Scheffer.

¹⁶ Juan Cassiers.

¹⁷ Jaime de Ojeda y Eiseley.

¹⁸ Pierre Wurth.

setzung folgende Argumente und Überlegungen vor: Ja zur Harmonisierung und Abstimmung der jeweiligen Abschlusserklärungen in Madrid. Einsatz der „stillen Diplomatie“ zur Einwirkung auf die Sowjetunion. Vorsichtige und behutsame Nutzung des Öffentlichkeitsaspektes. Keine Verknüpfung mit anderen Ost-West-Themen, z.B. Rüstungskontrolle. Zur Fortführung der westlichen Konsultationen: Nutzung der schon existierenden Allianzgremien und -strukturen sowie der in Aussicht genommenen Expertentreffen im KSZE-Rahmen (Ottawa, Bern). Keine NATO-Presse-Erklärung zum Abschluß von Madrid, weder von Madrid noch in Brüssel.

8) Französischer Ständiger Vertreter¹⁹ machte allgemeine und prinzipielle Ausführungen zur Frage der Menschenrechte und unterschied damit konkludent die souveräne Rolle, die Frankreich auch in diesem Bereich für sich in Anspruch nimmt. Die Menschenrechte bleiben nach wie vor Motor der französischen Außenpolitik. Sie müßten nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern im gegenwärtigen Zeitpunkt insbesondere gegenüber Polen geltend gemacht werden.

Bei der Frage der Konsultationen lehnte er Einrichtung neuer Gremien ab. Hinsichtlich des Abschlusses von Madrid trat er dafür ein, daß die jeweiligen Positionen der Teilnehmer („spécificité“) erhalten bleiben müßten.

²⁰Insgesamt könne er der Wertung zustimmen, daß die Reise des Beauftragten des amerikanischen Präsidenten nützlich gewesen sei.

9) In seiner abschließenden Erklärung dankte Stoessel für das seiner Mission entgegengebrachte Interesse und faßte wie folgt zusammen:

Die Verschlechterung der Menschenrechtssituation in der Sowjetunion sei nicht nur im Zusammenhang der Ost-West- oder der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu sehen. Vielmehr gebe es Hinweise, daß etwa in 1979 eine Grundsatzenscheidung der KPdSU zur restriktiven Behandlung der Menschenrechtsthematik seitens der Sowjetunion getroffen worden sei. Auch sei ein erneutes Aufflammen des endemisch stets vorhandenen Antisemitismus in der Sowjetunion zu beobachten.

So könnten interne Gründe als auch die Entwicklung der politischen Großwetterlage zur Erklärung der gegenwärtigen Menschenrechtssituation in der Sowjetunion herangezogen werden.

Stoessel betonte, die USA würden keine Verknüpfung („no linkage“) zwischen den verschiedenen politischen Materien herstellen. Es müsse aber gesehen werden, daß es einen politischen Zusammenhang gebe, der das allgemeine Klima beeinflusse. Es sei im Einzelfall schwierig zu entscheiden, welche Materie von welcher anderen beeinflusst werde.

10) Stoessel stimmte schließlich zu, daß eine geschickte und behutsame Mischung von stiller Diplomatie und Öffentlichkeitsarbeit am besten dazu beitrüge, auf die Sowjetunion einzuwirken. Auf öffentliche Erklärungen könnte jedoch nicht ganz verzichtet werden.

¹⁹ Jean-Marie Mérillon.

²⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1384 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Die USA dächten an keine gemeinsame Allianzzerklärung zum Abschluß von Madrid. Die verschiedenen Teilnehmerstaaten sollten allerdings entsprechend abgestimmte Hintergrundsunterrichtung der Medien vornehmen.

[gez.] Wieck

Anlage 1

[...] ²¹

Anlage 2

[...] ²²

VS-Bd. 12958 (230)

218

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia

214-321.11 BUL-1697/83 geheim

14. Juli 1983¹

Gespräch BM mit dem bulgarischen Staatsrats- und Parteivorsitzenden Schiwkow am 14.7.1983, 12.00 Uhr, in Sofia-Bojana²

Auf bulgarischer Seite nahm AM Mladenow teil.

BM überbrachte Grüße des BK.

Der *Präsident* erwiderte die Grüße. Er würdigte die persönlichen Verdienste von BM um die Entwicklung der deutsch-bulgarischen Beziehungen und drückte die Hoffnung aus, daß sich BM auch künftig für diese Beziehungen einsetze. Der Präsident betonte: Er sei ein Optimist und hoffe, daß sich die Beziehungen auch bei der gegenwärtigen Lage fruchtbringend weiterentwickeln ließen. Mla-

²¹ Dem Vorgang beigelegt war die Erklärung des Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, Stoessel, am 13. Juli 1983 im Ständigen NATO-Rat in Brüssel über die Koordinierung der Erklärungen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Vgl. VS-Bd. 12958 (230); B 150, Aktenkopien 1983.

²² Dem Vorgang beigelegt war die Erklärung des Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, Stoessel, am 13. Juli 1983 im Ständigen NATO-Rat in Brüssel über fünf mögliche Aktionsfelder zur Fortsetzung der westlichen Menschenrechtspolitik gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten nach Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Vgl. VS-Bd. 12958 (230); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 15. Juli 1983 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 19. Juli 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1983 in Bulgarien auf. Vgl. dazu auch Dok. 219.

denow habe ihn über die Gespräche beider AM³ unterrichtet, aus denen sich die Erwartung ergebe, daß die internationale Lage und die Veränderungen in der Bundesrepublik keinen negativen Einfluß auf die bilateralen Beziehungen haben würden. Dies sei sehr ermutigend.

BM dankte, daß der Präsident ihn auch bei seinem jetzigen Besuch wieder empfangen habe, und betonte, daß ihm die Beziehungen mit Bulgarien sehr am Herzen lägen. Er sage dies für die ganze Bundesregierung. Er erwähnte das Gespräch mit Mladenow auf dem Frankfurter Flugplatz z.Z. des Regierungswechsels⁴, bei dem er darauf hingewiesen habe, daß auch die neue Bundesregierung die Politik der Zusammenarbeit und Entspannung mit Bulgarien und den anderen sozialistischen Staaten konsequent fortsetzen werde. Heute könne man feststellen, daß er damals nicht zu viel gesagt habe.

BM wies auf die günstigen Voraussetzungen für die deutsch-bulgarischen Beziehungen hin, die in den freundschaftlichen Gefühlen lägen, die Deutsche und Bulgaren traditionell füreinander hätten. Es gebe aber auch keine ernsthaften Probleme in den Beziehungen. Dies sagen zu können, sei schon eine ganze Menge, wenn man bedenke, daß beide Staaten unterschiedlichen Bündnis-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen angehörten.

BM äußerte sich überzeugt, daß die positive Entwicklung der deutsch-bulgarischen Beziehungen auch günstige Wirkungen auf das Verhältnis zu den anderen sozialistischen Staaten habe. Er sei mit guten Gefühlen aus Moskau zurückgekommen, wo man sehr ernsthafte Gespräche geführt habe.⁵ Gromyko habe ihm auf der Fahrt zum Flughafen gesagt: „Die Gespräche seien nützlich und notwendig gewesen“, wenn wir auch den Graben in der aktuellen Frage, der uns trenne, nicht hätten zuschütten können. BM meinte: Man könne nicht gleichzeitig alle Gräben zuschütten. Die Bemerkung des Präsidenten, daß er trotz aller Probleme optimistisch sei, entspreche unserer Einschätzung.

Wir hätten keine Illusionen über die Probleme in der Welt. Wir seien aber auch keine notorischen Pessimisten, die keinen Blick mehr für positive Entwicklungen hätten. 1983 werde ein sehr bedeutsames Jahr sein, in dem Weichen gestellt würden. Die Bundesregierung habe von Anfang an in diesem Bewußtsein verantwortlich und konstruktiv gehandelt, in bezug auf die Ost-West-Beziehungen insgesamt und bei der Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen mit den einzelnen sozialistischen Ländern.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Sofia, berichtete am 14. Juli 1983: „BM führte am 13.7. nach Ankunft um 19.30 Uhr und erneut am 14.7.83 um 9.00 Uhr Gespräche unter vier Augen mit seinem bulgarischen Kollegen.“ Dem habe sich ein Gespräch im Kreis der Delegationen angeschlossen, bei dem beide ihre Vier-Augen-Gespräche zusammengefaßt hätten. Genscher habe ausgeführt: „Die Minister hätten die Bedeutung der Madrider Konferenz und die positiven Auswirkungen, die sich daraus auch für andere Verhandlungen ergeben könnten, gewürdigt. Jetzt sei es wichtig, alle Anstrengungen zu unternehmen, um auch die Mittelstreckenwaffen-Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis zu führen. [...] Er, BM, habe die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit den anderen sozialistischen Staaten erläutert. Er habe die Bedeutung einer positiven Entwicklung unserer Beziehungen zur DDR nicht nur für beide deutsche Staaten, sondern für das Ost-West-Verhältnis insgesamt unterstrichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 387; Referat 214, Bd. 132996.

⁴ Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

In diesem Sinne seien wir auch interessiert gewesen, aus der Besuchsabsage von Honecker⁶ keine Belastungen entstehen zu lassen. Seine Feststellung „aufgeschoben ist nicht aufgehoben“⁷, vermittele uns den Eindruck, daß die Führung der DDR dies auch so sehe. In diesem Zusammenhang sei auch die wichtige Entscheidung der Bundesregierung über die Verbürgung des Kredits an die DDR⁸ zu sehen. Hier handele es sich nicht nur um ein nüchternes Finanzgeschäft, sondern um einen politischen Vorgang von großer Bedeutung. Unsere Entscheidung solle signalisieren, daß wir die Beziehungen zur DDR für wichtig hielten und sie positiv weiterentwickeln wollten.

Auch Moskau hätten wir die Absicht deutlich gemacht, daß wir langfristig und positiv mit der Sowjetunion zusammenarbeiten wollten.

BM drückte die Hoffnung aus, daß in diesen Tagen das KSZE-Treffen in Madrid zu einem guten Ende kommen werde. Das sei außerordentlich wichtig. Das Schlußdokument⁹ werde die erste internationale Vereinbarung zwischen Ost und West sein, an der sich die Reagan-Administration beteilige. Dies unterstreiche die von uns immer vertretene Auffassung, daß der amerikanische Präsident wie wir an der Zusammenarbeit interessiert sei. Er, BM, habe keinen Zweifel, daß der positive Abschluß in Madrid gerade in dieser Zeit eine stabilisierende Wirkung auf das Ost-West-Verhältnis haben werde. Die Einsetzung einer KAE bedeute einen großen Schritt nach vorn. Die öffentliche Meinung in Ost und West sei kaum mehr in der Lage, voll zu erkennen, welche Wirkungen von solchen Ereignissen ausgingen. Leider sei die Neigung ausgeprägt, negative Entwicklungen zu dramatisieren und positive zu unterschätzen. Wir würden es begrüßen, wenn der Abschluß in Madrid auf Ministerebene stattfinde. Er, BM, werde auf jeden Fall teilnehmen. Er sei auch schon bei der Eröffnung dagewesen.¹⁰ Auf die Frage des Präsidenten nach dem Abschlußtermin meinte BM: Wenn es nach uns gehe, noch im Juli. Aber dies sei für uns keine Frage der Religion; man könne notfalls auch im September abschließen. Gromyko habe ihm gesagt, er stehe in den ersten zehn Tagen des September zur Verfügung. Im Juli halte er einen Abschluß kaum noch für möglich. Er, BM, habe geantwortet, je früher ein Abschluß, desto besser. BM wies darauf hin, daß sich hier auch die Möglichkeit für ein Treffen des sowjetischen und amerikanischen AM¹¹ bieten würde.

BM erwähnte, daß er den Besuch in Moskau zum Anlaß genommen habe, anschließend in Washington für eine Begegnung zwischen USA und SU auf hoher Ebene zu werben.¹² Er habe Shultz geraten, nach Moskau zu gehen, um eine

⁶ Zur Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 123.

⁷ Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, gegenüber einer japanischen Zeitung; Dok. 175, Anm. 19.

⁸ Zur Gewährung eines Kredits an die DDR („Milliardenkredit“) vgl. Dok. 199, Anm. 14.

⁹ Zum Stand der Verhandlungen auf dem KSZE-Folgekonferenz in Madrid über ein Schlußdokument vgl. Dok. 223.

¹⁰ Bundesminister Genscher nahm am 13. November 1980 an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid teil. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 322.

¹¹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko am 8. September 1983 in Madrid vgl. Dok. 262, Anm. 11.

¹² Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 10./11. Juli 1983 in den USA vgl. Dok. 210–212 und Dok. 214.

Begegnung zwischen Präsident Reagan und GS Andropow vorzubereiten. Wir hätten darauf hingewiesen, daß es falsch wäre, die gegenwärtige sowjetische Führung nur als Übergangsführung zu betrachten und auf die nächste Regierung zu warten. Man müsse sich nach unserer Auffassung darauf einrichten, daß man es mit der jetzigen Führung in Moskau zu tun habe und deshalb mit ihr sprechen müsse. Für uns alle gebe es politische und physische Gründe der Endlichkeit. Wenn einer auf den anderen warte, komme man nicht weiter. Die beiden führenden Männer müßten sich über die langfristigen Absichten ihrer Regierungen informieren und einander ungeschminkt sagen, was sie für richtig und was sie für falsch hielten.

BM betonte: Madrid sei nicht der einzige Lichtblick. Eine nüchterne Betrachtung der MBFR-Gespräche in Wien zeige, daß auch dort Bewegung möglich sei. Die SU habe dort Vorschläge gemacht, die uns nicht in allen Punkten gefielen¹³; einige Punkte könnten wir nicht akzeptieren. Aber die Vorschläge enthielten auch Punkte, die auf die Vertragsvorschläge des Westens¹⁴ eingingen. Er glaube, daß die Aussicht auf eine KAE auch die Gespräche in Wien erleichtern werde.

Bezüglich der von Gromyko als „aktuelle Frage“ bezeichneten Mittelstreckenraketenproblematik wolle er, BM, sehr offen seine Meinung sagen: Es habe eine Zeit gegeben, wo wir die Existenz sowjetischer Mittelstreckenraketen ohne amerikanische Mittelstreckenraketen ertragen hätten. Er meine die SS-4 und SS-5. Dies sei eine Zeit gewesen, in der die USA eine deutliche Überlegenheit an strategischen Waffen gehabt habe. Dann sei diese deutliche Überlegenheit der USA im strategischen Bereich beseitigt worden, und es sei zum Gleichgewicht in diesem Gebiet gekommen. Dies hätten Präsident Carter und GS Breschnew in Wien konstatiert.¹⁵ Aber ungeachtet dieser Tatsache habe die SU eine neue Qualität von Mittelstreckenraketen geschaffen. Der NATO-Doppelbeschluß sei die Antwort auf diese Entwicklung gewesen.

Nach Verhandlungsaufnahme in Genf¹⁶ sei man sehr schnell zur Substanz vorgedrungen. Beide Seiten hätten sehr erfahrene Unterhändler eingesetzt. Nach unserer Meinung sei es durchaus möglich, konkrete Ergebnisse bis zum November zu erreichen, also dem Zeitpunkt, wo der Stationierungsbeginn unabweisbar werde, wenn bis dahin konkrete Ergebnisse ausstünden.

BM wies darauf hin, daß die sowjetische Haltung sich seit 1980 in der Frage der Drittstaatsysteme geändert habe, worüber wir in Moskau offen gesprochen hätten. Damals habe die sowjetische Seite sehr klar betont, daß die französischen und britischen Systeme mit den Mittelstreckenwaffenverhandlungen nichts zu tun hätten, weil sie strategische Systeme seien.¹⁷ Dies treffe zu und

¹³ Vgl. dazu den Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 23. Juni 1983 für ein MBFR-Abkommen; Dok. 191, Anm. 14.

¹⁴ Zum Entwurf vom 8. Juli 1982 der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 51, Anm. 7.

¹⁵ Am 18. Juni 1979 unterzeichneten Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien den Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

¹⁶ Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356.

¹⁷ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

sei auch heute noch unsere Meinung. Wir hätten in Moskau deutlich gesagt, daß die Konzentration auf die britischen und französischen Systeme die Verhandlungen blockiere. Auch beim Waldspaziergang der beiden Unterhändler Nitze und Kwizinskij¹⁸ seien die britischen und französischen Systeme nicht einbezogen worden. Es wäre gut, wenn die SU zu dieser realistischen Haltung zurückkehre. Man werde jetzt sehen müssen, ob sich in den nächsten Wochen und Monaten Anknüpfungspunkte ergeben würden. Da werde man sich z.B. auch über Begrenzung bei Flugzeugen unterhalten müssen. Bei dem, was Nitze und Kwizinskij festgehalten hätten, seien z.B. auch die sowjetischen Sicherheitsinteressen im Osten berücksichtigt worden. Es sei ein interessantes Spiel, Erwägungen darüber anzustellen, wann man was diskutiert habe und wer in Genf etwas zuerst vorgeschlagen und wer etwas zuerst abgelehnt habe. Wir bewerteten sehr positiv, daß Andropow in Moskau die damaligen Gespräche (Waldspaziergang) nicht in Abrede gestellt habe. Vielmehr habe er gesagt: Damals habe man darauf vertraut, sei aber enttäuscht worden, weil die Gespräche nicht honoriert worden seien. Aus amerikanischer Sicht stelle sich das umgekehrt dar. Wir seien nicht wild darauf, daß bei uns Raketen stationiert würden. Wir seien aber auch der Meinung, daß schon eine Zwischenlösung mit weniger Raketen bei uns und im Osten ein Segen für die Menschheit wäre. Alle Menschen guten Willens seien jetzt aufgerufen, zur Arbeit zu gehen.

Der *Präsident* dankte BM für seine Ausführungen und stellte fest: BM sei in Moskau gewesen; dort habe er auf der hohen Warte gestanden, von der aus man die ganze Welt sehe. Er glaube kaum, daß er, Schiwkow, in dieser Sache nützlich sein könne. Die bulgarische Führung sei von der SU über die Moskauer Gespräche von BK und BM nicht unterrichtet worden. Man wisse nur, was von sowjetischer und deutscher Seite über die Presse mitgeteilt worden sei.

Schiwkow wandte sich dann den deutsch-deutschen Beziehungen zu und begrüßte die von BM dargelegte Linie für gute Beziehungen zur DDR. Er berichtete über den kürzlichen Besuch einer bulgarischen Partei- und Regierungsdelegation unter seiner Führung in der DDR.¹⁹ Aus seinen Eindrücken wolle er zwei Punkte hervorheben:

- Die DDR unternehme die größten Anstrengungen, um ihre Schulden im Westen abzutragen und ihre Lage zu verbessern. Von dem Kredit, der die Lage sicherlich erleichtern werde, sei damals noch nichts bekannt gewesen.
- Die DDR habe dabei keine Maßnahmen zur Schmälerung des Lebensstandards der Bevölkerung getroffen. Man habe allerdings festgestellt, daß das Angebot an Massenbedarfsgütern zurückgegangen sei. Honecker habe ihm seine Ideen über die Verbesserung der Versorgung mit Massenbedarfsgütern dargelegt. Hochwertige Waren exportiere die DDR in den Westen. Früher seien viele Bulgaren zum Einkaufen in die DDR gefahren; jetzt kämen Bürger aller sozialistischen Staaten zum Einkaufen nach Bulgarien, das in der Qualität führend geworden sei.

¹⁸ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

¹⁹ Staatsratsvorsitzender Schiwkow hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1983 in der DDR auf.

Schiwwow berichtete auch über den Besuch einer bulgarischen Delegation beim Komsomol-Kongreß sozialistischer Länder in der DDR²⁰, bei dem die Gastfreundschaft und die positive Anteilnahme der Bevölkerung beeindruckt haben. Er schloß daraus, daß die Führung der DDR ernsthafte Erfolge mit ihrer Arbeit bei den Massen erzielt habe.

Zur internationalen Lage führte Schiwwow aus: Daß zwischen Ost und West einzelne Gräben bestünden, sei bei der Verschiedenheit der sozialen Systeme und der Existenz eines gewissen Wettbewerbs normal und für die Entwicklung sogar notwendig. Wichtig sei aber, daß es nicht zur Konfrontation komme. Heute ständen wir jedoch vor dem Abgrund. Schiwwow benutzte das Bild von der Arche Noah, in die alle einsteigen müßten, Wölfe wie Lämmer, um sich vor dem Unheil zu retten. Die Frage der Gesellschaftsordnungen werde die Geschichte lösen. Ihn interessiere etwas anderes: Der letzte Weltkrieg sei von deutschem Boden ausgegangen und habe auf deutschem Boden geendet. Wenn jetzt Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden aufgestellt würden, sei die Frage wichtig, wie viele Minuten, etwa sechs, sieben oder acht, sie bis in die SU brauchten oder wieviele (vielleicht vier Minuten) bis Bulgarien oder wieviele Minuten oder Sekunden bis zur DDR. Dann stelle sich die Frage, wieviele Minuten oder Sekunden Raketen von der DDR bis in die Bundesrepublik benötigten. Der nächste Krieg werde in der DDR und der Bundesrepublik beginnen und enden. Danach würden auch andere, die SU und die USA, in Mitleidenschaft gezogen. Auf bulgarisches Territorium seien heute 800 Raketen gerichtet. Als Vorsitzender des Verteidigungsrates wisse er dies genau. Schon jetzt könne man voraussagen, daß nach zwei Jahren der Raketenbestand verdoppelt sein werde.

Mit emotionalem Nachdruck fuhr Schiwwow fort: In Moskau sei klar und kategorisch entschieden worden, was geschehen werde, wenn die amerikanischen Raketen aufgestellt würden. Dann würden auch auf östlicher Seite Raketen aufgestellt: An erster Stelle in der DDR; in welchen anderen Staaten, werde sich dann ergeben. Im Pentagon wisse man genau, daß man im Warschauer Pakt die bestehende Balance wiederherstellen werde. Was sei also zu tun? Man stehe vor einem außergewöhnlichen und globalen Problem. Die USA entwickelten jetzt auch supermoderne strategische Raketen. Das Pentagon wisse genau, daß die SU solche Raketen auch aufstellen könne.

Hier entstehe ein Problem, das sich nicht mehr steuern lasse. Es entwickle eine außerordentliche Beschleunigung. In den USA werde ein Programm nach dem anderen entwickelt. Bei der gegenwärtigen wissenschaftlichen Revolution müßten die Programme alle zwei Jahre erneuert oder ersetzt werden. Dabei würden immer mehr Finanzkräfte beschäftigt, die an einer solchen Entwicklung interessiert seien. Die Entwicklung greife auch auf konventionelle und chemische Waffen über. Man müsse dies stoppen und sich an den Verhandlungstisch setzen.

Der Präsident hielt BM vor: Die USA würden uns (die Bundesrepublik) nicht mehr fragen. Zwar habe man noch in Williamsburg ein gemeinsames Doku-

²⁰ Am 22./23. Mai 1983 fand in Potsdam ein „Friedenstreffen der Jugend sozialistischer Länder“ statt.

ment unterzeichnet²¹: Jetzt würden die Amerikaner jedoch die Raketen bei uns aufstellen und uns nicht mehr fragen. Auch in Madrid fragten sie uns nicht mehr: Sie würden auch jetzt neue Vorwände finden, um ein Ergebnis herauszuzögern. Die Bundesrepublik sei doch die größte Kraft im Westen nach den USA. Es müsse von ihr erwartet werden, daß sie helfe, die Menschheit zu retten. Er wolle offen sagen: Der Knopf sei weder in der Bundesrepublik noch in der DDR: Andere würden ihn drücken. Wir müßten dies unterbinden.

Schiwwow wies darauf hin, daß es in Bulgarien keine nuklearen Waffen gebe, die Türkei und Griechenland solche Waffen dagegen hätten. Bulgarien habe sich für die Lösung einer nuklearwaffenfreien Zone auf dem Balkan eingesetzt und bestehe auf Realisierung dieses Plans.²² Wenn jedoch die Umstände es nötig machten, werde auch Bulgarien an einer Gegenaktion teilnehmen. „Was können wir tun? Wir müssen uns retten!“ Noch liefen keine Verhandlungen darüber, doch wenn man vor vollendete Tatsachen gestellt werde, dann werde man das Nötige tun, um sich zu retten. Deshalb sollten alle beizeiten die Arche Noah betreten.

Der Präsident fügte hinzu: Die Bulgaren seien keine Fatalisten, sondern historisch von Optimismus geprägt. Er glaube, daß man die Menschheit vor der nuklearen Katastrophe bewahren könne. Im Dialog mit den sozialistischen Partnern spreche man darüber. Die SU berate sich mit Bulgarien; sie unternehme nichts, ohne sich „mit uns“ zu beraten. Aber die Amerikaner hätten eine sehr gefährliche Lage herbeigeführt. Es gehe nicht um Reagan, sondern um die Begleitung um Reagan, die ihre eigene Art habe und das Schicksal der Menschheit in der Hand halte.

Zu der von BM angeschnittenen Frage eines Treffens zwischen Reagan und Andropow meinte Schiwwow: Andropow könne sich sozusagen „als Mann Gottes“ mit Reagan treffen.

Er, Schiwwow, sei jedoch entschieden dagegen, daß sich Andropow als Vertreter der SU und der sozialistischen Länder mit ihm treffe, obwohl er an sich von der Notwendigkeit solcher Treffen überzeugt sei. Was solle aber Andropow mit Reagan besprechen? Er wolle ihn doch offenbar nur treffen, um zu begrüßen, was die Amerikaner täten. Was sonst könne er erreichen? Es müßten reale Möglichkeiten in bezug auf konkrete Fragen gegeben sein. Nur dann habe ein Treffen Sinn. Tatsächlich gehe jedoch die Beschleunigung des Konfliktkurses wei-

²¹ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f. Vgl. dazu auch Dok. 167.

²² In einer Erklärung vom 20. Oktober 1981 lud Staatsratsvorsitzender Schiwwow die Staats- und Regierungschefs der Balkanstaaten für 1982 zu einem Gipfeltreffen nach Sofia ein, um über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone zu sprechen. Vgl. dazu den Artikel „Schiwwow für eine atomfreie Zone“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 22. Oktober 1981, S. 4.

Der bulgarische Außenminister Mladenow setzte sich bei Bundesminister Genscher wiederholt für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan ein, so am 22. September 1981 am Rande der VN-Generalversammlung in New York und im Gespräch am 27. Januar 1982 in Wachtberg-Pech. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1989 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. New York, vom 23. September 1981; Referat 010, Bd. 178848. Vgl. außerdem AAPD 1982, I, Dok. 31.

Während seines Besuchs vom 6. bis 9. Juni 1983 in der Türkei wiederholte Schiwwow den bulgarischen Wunsch nach einer atomwaffenfreien Zone. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 304; Referat 221, Bd. 128680.

ter. Reagan habe in England zu einem Kreuzzug aufgerufen.²³ In den USA werde jetzt diese Kreuzzugs-idee revidiert. Jetzt wolle Reagan als Friedenshüter auftreten. Das sei doch nur für die Öffentlichkeit bestimmt. Er versuche, die Unzufriedenen, besonders die Europäer, zu besänftigen. Seine Taten sähen jedoch anders aus. Im übrigen müsse man folgendes bedenken: Die Bundesrepublik Deutschland sei ein starker Staat. Reagan möge Reagan sein. Wenn eines Tages die US-Konzerne zur Auffassung gelangten, daß sie alles erreicht hätten, würden sie vielleicht Reagan eliminieren. Was dann? Die Bundesrepublik Deutschland müsse ihre eigene Stimme behalten. Er wolle nicht, daß er, Schiwkow, als Anwalt der SU und BM als Anwalt der USA auftrete. Unter allen Umständen habe Deutschland immer eine Stimme gehabt. Jetzt sehe man keinen Unterschied zwischen Deutschland und den USA mehr.

BM entgegnete: Was der Präsident über die langfristigen Lösungen, auch hinsichtlich der deutschen Frage, gesagt habe, zeige, daß er ein Realist sei. Realismus bestimme auch uns in unserem Handeln. Die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen sei wichtig für alle.

Zur Frage des Doppelbeschlusses wies BM darauf hin, daß es die US-Raketen, von deren Warnzeit der Präsident gesprochen habe, noch gar nicht gebe. Die sowjetischen Raketen jedoch gebe es. Alles, was in der SU stationiert sei, könne uns vernichten, ohne daß bei uns eine einzige Rakete stationiert sei. Die SS-20-Rüstung sei ein fundamentaler Fehler der sowjetischen Politik gewesen. Wir hätten 1979 entschieden, den Teufelskreis zu durchbrechen, der darin bestehe, daß einer etwas tue, nämlich die SS-20 aufstellen, und der andere etwas dagegen tue, nämlich die Pershing II und Cruise Missiles stationiere. Deshalb hätten wir die Verhandlungen vorgeschlagen, die jetzt in Genf geführt würden, und deshalb hätten wir den Willen, sie zu einem guten Ergebnis zu führen. Wenn diese Verhandlungen nicht länger mit der Frage der britischen und französischen Systeme belastet würden, stehe ein Ergebnis vor der Tür.

Zu den Bemerkungen des Präsidenten über amerikanische Reden meinte BM, in Moskau würden auch nicht nur Kinderlieder gesungen. Auch er selbst, BM, habe schon einmal eine Rede gehalten, die er nachher nicht noch einmal so gehalten hätte. Das sei Schiwkow sicher auch schon so gegangen. Man dürfe auf östlicher Seite den amerikanischen Präsidenten nicht falsch einschätzen. Er sei ein Mann mit großer Lebenserfahrung. Nach seiner (BM) Meinung komme es dem Präsidenten darauf an, noch in seiner Regierungszeit das West-Ost-Verhältnis in einen positiven Zustand zu bringen. Zu den von Schiwkow genannten Voraussetzungen für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen wolle er, BM, offen sagen: Niemand im Westen wünsche sich ein Propaganda-Treffen. In einem solchen Fall wäre die Lage danach schlimmer als vorher. Als er, BM, am Montag²⁴ bei Reagan gewesen sei und die Eindrücke aus den Gesprächen mit Andropow geschildert habe und danach den Rat erteilt habe, der Präsident sollte eine Begegnung mit Andropow suchen, habe Reagan geantwortet: Dies sei auch seine Meinung; aber natürlich müsse ein solches Treffen sorgfältig

²³ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 8. Juni 1982 vor beiden Häusern des britischen Parlaments in London; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 742–748. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 417–422 (Auszug).

²⁴ 11. Juli 1983.

vorbereitet werden, und es müsse etwas dabei herauskommen. BM erwähnte, daß er sich auch für ein Treffen zwischen Shultz und Gromyko eingesetzt habe. Es gebe intensive Gespräche zwischen Shultz und Dobrynin in Washington.²⁵ Aber die Intervalle zwischen den Besuchen und den Gesprächen müßten kürzer werden, weil die Zeit dränge.

Zu den skeptischen Anmerkungen Schiwkows über angebliche amerikanische Verzögerungsbemühungen in Madrid meinte BM: Schiwkow werde schnell in die Lage kommen, sein Urteil zum Positiven revidieren zu können. Die USA werden bereit sein, dem spanischen Vorschlag²⁶ zuzustimmen, wenn alle anderen ihm auch zustimmen. In den nächsten Tagen werde es darauf ankommen, daß alle rund um den Tisch eine positive Haltung einnehmen. Dann müßten alle zusammen auf die „Weltmacht Malta“ einwirken.²⁷

Schiwkow warf ein: Die Bulgaren seien Freunde von Mintoff, wenn auch westliche Zeitungen geschrieben hätten, daß Bulgarien ihn umbringen wollte. Schiwkow nutzte den Anlaß weiter zu einer Bemerkung über den Papst²⁸: Eine westliche Zeitung habe geschrieben: Hätten Bulgaren auf den Papst geschossen, hätten sie ihn auch getroffen. Tatsächlich gebe es keinen Fall, wo Bulgaren daneben geschossen hätten, und keine Frau, die ein Bulgare geliebt und nicht zu Ende geliebt habe.

Zu Madrid zurückkommend, betonte BM seine Zuversicht, daß das KSZE-Treffen jetzt positiv abgeschlossen werde. Nun müsse man alle Anstrengungen unternehmen, damit von Madrid positive Impulse auf die anderen Verhandlungen ausgingen. Die östliche Seite könne sicher sein, daß auf der westlichen Seite ehrlicher Wille bestehe. Wir seien nicht raketengierig. Es müßten jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, um die Mittelstreckenraketen-Verhandlungen zum Erfolg zu führen.

Schiwkow bemerkte, ohne auf die letzten Überlegungen von BM einzugehen: Das Wichtigste sei, die deutsch-bulgarischen Beziehungen seien gut. Er bitte, den BK zu grüßen. Er hoffe, eines Tages auch mit ihm zusammenzutreffen, nachdem Herr Kohl Bundeskanzler geworden sei.

Auf die Frage von BM nach den Eindrücken des Präsidenten aus seinem jüngsten Besuch (WP-Gipfel²⁹) in Moskau, erklärte *Schiwkow*: Das wichtigste Ergebnis sei, daß man fest übereingekommen sei, nicht zu zögern und niemals zuzulassen, daß in irgendeinem Falle die bestehende militärische Parität gestört werde. Hier werde man keine Opfer scheuen. Noch sei es, wie auch im Abschlußdokument der Tagung zum Ausdruck gekommen sei, nicht zu spät.

²⁵ Zu den vertraulichen Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin vgl. Dok. 175, Anm. 14.

²⁶ Zum spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 181.

²⁷ Zu den maltesischen Vorschlägen vom 12. Mai 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 172, Anm. 17.

²⁸ Zur möglichen Beteiligung bulgarischer Staatsangehöriger bei dem Attentatsversuch auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 vgl. Dok. 11, Anm. 14.

²⁹ Zum Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten am 28. Juni 1983 vgl. Dok. 195, Anm. 25.

Die sozialistischen Staaten würden sich auch in der Zukunft ehrlich für die Entspannung einsetzen.

Als „persönliche Meinung“ fügte Schiwkow hinzu: In der heutigen Lage könne man die Entspannung nicht mehr zerstören. Man könne zu einer Konfrontation, sogar einer scharfen Konfrontation kommen. Niemand könne jedoch das Rad der Geschichte zurückdrehen, es sei denn, man beginne ein Abenteuer, und dies „möchten wir verhindern“. Auch eine ökonomische Blockade sei nicht möglich, nicht einmal für die USA, geschweige denn für ein europäisches Land. Die Europäer seien für die Entfaltung von Handel und Zusammenarbeit. Sie würden es sich nicht von den USA verbieten lassen, Handel mit dem Osten zu betreiben. Die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft sei eine Gesetzmäßigkeit. Auch Reagan und seine Konsultanten könnten das nicht ändern. Man könne Menschen einsperren, aber nicht Waren. Die Amerikaner selbst wollten den Handel nicht unterbrechen. Bulgarien habe jetzt von Brasilien Sojabohnen gekauft und müsse nun den USA erklären, warum man sie nicht dort gekauft habe. Bulgarien habe von den Amerikanern Bilder aus Satellitenaufnahmen bekommen, aus denen man ersehen könne, was unter bulgarischem Boden liege. Dafür habe man bezahlt. Es habe sich erwiesen, daß die Kupfervorkommen größer seien als die Angaben auf den Karten. Die Aufnahmen über den Schwarzsmeersockel hätten die Amerikaner dagegen nicht hergegeben. Es handele sich dabei um die US-Firma Hammer. Man habe jetzt von der SU Bilder bekommen. Wenn man wisse, was unter der Erde sei, sei es auch kein Problem zu wissen, was auf der Erde sei. In der Technologie könne ein Land heute vielleicht einen Vorsprung von drei, vier oder fünf Jahren erhalten. Die anderen Länder würden sich jedoch anpassen. Die amerikanische Sanktionspolitik³⁰ habe nur die Anstrengungen stimuliert, den Sozialismus besser zu machen. Man wolle jetzt die Vorteile des Sozialismus beweisen. BM möge Reagan sagen: Er, Schiwkow, sei bereit, ihm etwas zu spendieren, denn seine Politik sei ein Goldregen für Bulgarien gewesen. Sie habe bewirkt, daß man in der bulgarischen Industrie heute keine Probleme mehr haben werde. Das Gespräch endete mit freundschaftlichen und humorigen Abschlußbemerkungen; es wurde beim Mittagessen fortgesetzt.

VS-Bd. 14112 (010)

³⁰ Zu den amerikanischen Sanktionen vom 23. Dezember 1981 gegen Polen und vom 29. Dezember 1981 gegen die UdSSR vgl. Dok. 107, Anm. 12.

219

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl,
z. Z. Varna, an das Auswärtige Amt**

114-19026/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2

Aufgabe: 17. Juli 1983, 10.00 Uhr¹
Ankunft: 17. Juli 1983, 11.45 Uhr

Betr.: Besuch BM in Sofia 13. bis 15. Juli 1983²;
hier: Bewertung der Gespräche

1) Insgesamt haben die Gespräche in Sofia unsere Einschätzung der Lage bestätigt, wie sie sich besonders auch aus dem Moskau-Besuch³ ergeben hatte. Erwartungsgemäß wurde in Sofia die Stimme des kleineren Bündnispartners deutlich, der in den Sicherheitsfragen auf die Linie seiner Führungsmacht festgelegt ist und der vielleicht nicht zuletzt deswegen ein besonders starkes Interesse an der Fortsetzung der Entspannungspolitik hat und große Erwartungen auf die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im West-Ost-Verhältnis setzt.

2) Noch deutlicher als die sowjetischen Gesprächspartner von BK und BM zeigte die bulgarische Führung Interesse an der Fortsetzung und dem Ausbau der bilateralen Beziehungen und an der Kontinuität unserer auf Entspannung, Zusammenarbeit und Abrüstung gerichteten Politik. Es war erkennbar, daß man sich hierzu im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel in Bonn⁴ Fragen gestellt hatte, die aber inzwischen als positiv beantwortet gelten können. Eine Kritik an neuen deutschlandpolitischen Akzenten klang in den Gesprächen nicht an. Unsere Bemühungen um ein gutes Verhältnis zur DDR wurden in voller Berücksichtigung der Rolle dieses Verhältnisses für die West-Ost-Beziehungen anerkannt. Die Bedeutung des Milliardenkredits⁵ hat sicher auch hier einen stärkeren Eindruck gemacht als die eine oder andere Redewendung. Interessant war auch, daß man uns weder direkt noch indirekt eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zu Bulgarien oder anderen sozialistischen Staaten im Falle der Nachrüstung in Aussicht stellte. Das wirtschaftliche Interesse an der Kontinuität trat deutlich hervor. Auch bulgarisches Selbstbewußtsein über die wachsende Leistungsfähigkeit in diesem Bereich war erkennbar. (Früher kauften Bulgaren in der DDR, heute kaufen Bürger aller sozialistischen Länder in Bulgarien.)

3) Bemerkenswert war, daß sich die hiesige Spitze – auch gestützt auf den Hinweis mangelnder Information über die Moskauer Gespräche vom BK und BM –,

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 18. Juli 1983 vorgelegen, der für Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich vermerkte: „Von BM genehmigt.“

² Im Anschluß an seine Gespräche vom 13. bis 15. Juli 1983 hielt sich Bundesminister Genscher noch bis 17. Juli 1983 privat in Bulgarien auf. Zu dem Besuch vgl. auch Dok. 218.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁴ Zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

⁵ Zur Gewährung eines Kredits an die DDR („Milliardenkredit“) vgl. Dok. 199, Anm. 14.

von der Wiederholung weniger allgemeiner Thesen abgesehen, jeder Argumentation über die Vorgeschichte, die Begründung der Positionen und die Lösungsmöglichkeiten bei den Genfer INF-Verhandlungen entzog. Die volle innere Billigung der Moskauer Linie wäre jedenfalls kein Hinderungsgrund gewesen, in eine Diskussion über die differenzierteren Streitfragen einzutreten. Es war auffällig, wie Schiwkow die östliche Antwort auf eine westliche Nachrüstung wie eine in Moskau unumstößlich entschiedene Schicksalsfrage behandelte und die ganze Verantwortung für die Entwicklung in grob überzeichnender Form den Amerikanern zuwies. Hier zeigten sich deutlich die Grenzen bulgarischer Eigenständigkeit.

4) Echt schien die bulgarische Sorge vor einer Rüstungseskalation mit der zweifachen negativen Folge größerer, den Warschauer-Pakt-Partnern von der SU zudiktierter Kosten von Gegenmaßnahmen und einer stärkeren, den Spielraum der kleineren einengenden Dominanz des West-Ost-Geschehens durch die Konkurrenz beider Großmächte.

Ernst zu nehmen ist auch die von Schiwkow ausgedrückte bulgarische Überzeugung, daß der Bundesrepublik Deutschland eine Schlüsselrolle für eine Ost-West-Politik zufalle, in der das Element des Ausgleichs und der „plurale“ Charakter nicht zu kurz kommen. Es war deutlich, daß die Bulgaren hier besondere Hoffnungen auf den ihnen seit langem bekannten BM setzen und daß auch der Wunsch von Schiwkow nach einem baldigen Treffen mit BK in diesem Zusammenhang zu sehen ist.

5) Die Appelle an die Aufrechterhaltung einer eigenen Stimme der Deutschen im West-Ost-Verhältnis klang hier anders als in Moskau, wo man Abkoppelungsintentionen und Vorherrschaftswünsche als mitmotivierend vermuten muß. Den Bulgaren geht es dabei auch um den eigenen Freiraum. Einen Hinweis gibt der Satz Schiwkows: Er wünsche nicht, daß BM als Anwalt der USA auftrete und er als Anwalt der SU. Die Art der Kritik an unserer angeblichen Angleichung an die amerikanische Stimme ist dabei sicher zu einem guten Stück als (gegenüber Moskau) zitاتفähiges Lippenbekenntnis zu verstehen. Man erkennt in Sofia sicher nicht den deutschen Einfluß in Washington.

6) Insgesamt hat man den Eindruck, daß die Bulgaren – die damit im WP wahrscheinlich nicht allein stehen – hoffen, selbst möglichst ungeschoren über den Jahreswechsel 83/84 hinwegzukommen, und ihre Erwartungen in eine positive Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses in der Zukunft setzen, wobei es ihnen mehr darauf ankommen dürfte, daß sich die Großmächte in den Abrüstungsverhandlungen einigen, als daß ihr großer Bündnispartner sich unbedingt durchsetzt und der Westen nachgibt.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 14112 (010)

220

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny

220-371.80 START-1642/83 VS-vertraulich

20. Juli 1983¹

Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Rowny am 20. Juli 1983, 13.15 Uhr bis 14.30 Uhr

Anwesend: Botschafter Rowny; Herr Barkley, US-Botschaft; Herr Thielmann, US-Botschaft; D 2A²; LMB³; RL 220⁴.

BM begrüßt Rowny und fordert ihn zu Bericht über Stand der START-Verhandlungen auf.

Rowny führt aus: Die Verhandlungen bewegten sich zwar sehr langsam, jedoch in der Substanz vorwärts. Zwischen der vergangenen und der jetzigen Runde⁵ habe in den USA eine Überprüfung der Verhandlungsposition stattgefunden. Er selbst sei fünfmal mit dem Präsidenten zusammengetroffen. Der Präsident habe ihn zu einer sehr viel flexibleren Haltung ermächtigt. Die Flexibilität beziehe sich nicht so sehr auf die amerikanischen Verhandlungsziele als vielmehr auf die Wege, um sie zu erreichen. Die ihm gewährte Flexibilität übe er nunmehr aus. Die neuen amerikanischen Vorstellungen seien weitgehend in einen Vertragsentwurf eingegangen, den er am 7.7.1983 vorgelegt habe.⁶ Die SU habe auf die neue amerikanische Haltung bereits durch mehrere Schritte reagiert.⁷ Während die amerikanische Flexibilität zentrale Anliegen der SU anspreche, bezögen sich die sowjetischen Schritte nicht auf zentrale amerikani-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 21. Juli 1983 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 2. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Legationsrat I. Klasse Ischinger „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Ploetz am 2. August und Ischinger am 5. August 1983 vorgelegen.

² Friedrich Ruth.

³ Hans Friedrich von Ploetz.

⁴ Rüdiger Hartmann.

⁵ Die dritte Runde der START-Verhandlungen fand vom 2. Februar bis 31. März 1983 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 96.

Die Verhandlungen wurden am 8. Juni 1983 wiederaufgenommen.

⁶ Zum amerikanischen Entwurf für ein START-Abkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 232, besonders Anm. 6.

⁷ Botschafter Hermes, Washington, gab am 1. Juli 1983 amerikanische Informationen über Änderungen der sowjetischen START-Position weiter, „die sich auf seegestützte ballistische Raketen (SLBM) und luftgestützte Marschflugkörper (ALCM) beziehen“. Bislang habe die UdSSR „die Modernisierung bzw. den Ersatz von bestehenden SLBM verbieten wollen – was vor allem gegen die Entwicklung der amerikanischen Trident-II-Rakete gerichtet war. Jetzt zeige die Sowjetunion Bereitschaft, die sehr niedrige Obergrenze bei den U-Booten zu erhöhen und die Entwicklung einer neuen SLBM zu erlauben.“ Auch über luftgestützte Marschflugkörper wolle sie nun verhandeln: Vgl. den Drahtbericht Nr. 2923; Referat 220, Bd. 124532.

Am 13. Juli 1983 berichtete Hermes, daß die sowjetische START-Delegation in Genf am 7. Juli 1983 ihre Vorschläge durch „Zahlen für gemirvte Systeme“ ergänzt und darüber hinaus erklärt habe, „daß sie zu einer wesentlichen Verminderung von nuklearen Waffen (Sprengköpfe auf SLBM, ICBM, ALCM und Bombern) bereit sei, und zwar auf ein Niveau, das unter dem jetzigen amerikanischen Stand läge“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3105; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

sche Anliegen. Die amerikanischen Vorschläge gingen insbesondere auf zwei sowjetische Argumente ein:

- daß die bisherige US-Position eine völlige Umstrukturierung der sowjetischen strategischen Streitkräfte erfordere und damit zu deren „Kastrierung“ führe; die neuen amerikanischen Vorschläge wollten dieses Ergebnis vermeiden, auch wenn sie noch nicht sehr spezifisch seien.
- Bisher seien die USA von zwei Verhandlungsphasen ausgegangen und hätten in der ersten Raketen, in der zweiten Marschflugkörper behandeln wollen. Dieses Konzept sei wegen der sowjetischen Ablehnung aufgegeben worden, jetzt sollten alle im START-Zusammenhang zu behandelnden Waffen zusammen verhandelt werden.

BM weist darauf hin, daß Bundesregierung neue amerikanische Vorschläge begrüßt habe.⁸ Er wolle auf eine schon bei seinem Besuch in Genf⁹ Rowny gestellte Frage zurückkommen: Welche der beiden Verhandlungen sei für die SU wichtiger?

Rowny erwidert, INF-Verhandlungen seien für sie viel wichtiger. Dies zeige sich an der unterschiedlichen Intensität, die sie beiden Verhandlungen widme, sowie daran, daß sie Fortschritte bei START von Fortschritten bei INF abhängig mache. Nach einer Stationierung amerikanischer INF habe SU allerdings eine Überprüfung ihrer Haltung zu Reduzierungen bei START als möglich bezeichnet.

BM fragt, ob die SU den Vorschlag der Verschmelzung beider Foren in Genf gemacht habe.

Rowny erwidert, dies sei nicht der Fall gewesen, weder offiziell noch inoffiziell, er habe jedoch von außerhalb von Genf gefallenen entsprechenden sowjetischen Äußerungen gehört.

BM fragt, ob es entsprechende amerikanische Überlegungen gebe.

Rowny erwidert, sowohl er und Nitze als auch die amerikanische Regierung hielten eine Erörterung dieser Frage für verfrüht. Es gebe gute Gründe dafür, bei der von der NATO in Rom¹⁰ getroffenen Entscheidung für zwei Foren zu bleiben. Eine solche Trennung sei sachlich gerechtfertigt und könne schnellere Verhandlungsergebnisse ermöglichen. Zur Koordinierung beider Verhandlungen halte er mit Nitze ständigen engen Kontakt. Nach seiner Ansicht liege eine Verschmelzung beider Verhandlungen weder im amerikanischen noch im Interesse der Verbündeten.

BM führt aus, es gebe in der Bundesrepublik Stimmen, die eine Zusammenlegung beider Verhandlungen befürworteten. Die Bundesregierung weise dies im Hinblick auf den unterschiedlichen Zeitrahmen für beide Verhandlungen zurück. Bei INF müßten Ergebnisse schnell erreicht werden; eine Einbeziehung

⁸ Zur Reaktion der Bundesregierung auf die von Präsident Reagan am 8. Juni 1983 bekanntgegebenen amerikanischen START-Vorschläge vgl. Dok. 175 und Dok. 183.

⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 3. Februar 1983 anlässlich der Sitzung des VN-Abrüstungsausschusses (CD) in Genf auf und sprach am selben Tag mit dem Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

der INF-Materie in die START-Verhandlungen würde den dort zu behandelnden Sachverhalt ausweiten und Ergebnisse schwieriger machen. Man müsse folgern, daß es den Befürwortern einer Zusammenlegung in Wirklichkeit darum gehe, einen Grund für die Verschiebung des Stationierungstermins Ende 1983¹¹ zu liefern. Die Bundesregierung vertrete in dieser Frage eine klare Haltung und werde sie beibehalten: Wer eine Verschmelzung beider Foren fordere, mache Verhandlungsergebnisse bei INF nicht leichter, sondern schwerer erreichbar.

Rowny stimmt diesen Überlegungen zu. Eine Änderung der amerikanischen Haltung in dieser Frage würde ihn überraschen und schockieren, schon weil Präsident Reagan persönlich stark daran interessiert sei, daß die Ernsthaftigkeit seines Verhandlungswillens nicht in Zweifel gezogen werden könne. Gerade dieses persönliche Interesse habe den Präsidenten veranlaßt, *Rowny* mehr Flexibilität einzuräumen. Die Fülle der bei START zu bewältigenden Probleme sei im übrigen schon jetzt außerordentlich groß.

BM erkundigt sich, ob es sowjetische Äußerungen zu der Frage gebe, wie sich die SU im Falle einer INF-Stationierung bei START verhalten werde.

Rowny erwidert, die sowjetischen Unterhändler hätten diese Frage weder formell noch informell angeschnitten. Gegenteilige Presseberichte seien falsch. Die Sowjets hätten zwar klargestellt, daß aus ihrer Sicht zwischen der INF-Stationierung und den START-Verhandlungen ein Zusammenhang bestehe, sie hielten jedoch ihre Optionen offen.

BM erklärt, dies sei für ihn nicht überraschend. Bei den kürzlichen Besuchen in Moskau¹² und Sofia¹³ hätten die Gesprächspartner ausgeführt, daß im Falle einer Stationierung die INF-Verhandlungen kaum noch Bedeutung haben würden. Dies impliziere jedoch, daß die Verhandlungen fortgesetzt würden. Eine solche Feststellung sei das Minimum dessen, was der Osten sagen müsse; schwächer und vorsichtiger könne die östliche Reaktion gar nicht formuliert werden.

BM fährt fort, er wolle die Schwierigkeiten im Herbst – auch was die östliche Reaktion angehe – weder überschätzen noch verniedlichen. SU habe wohl auch die Option, im Zusammenhang mit einer Stationierung ihre kleineren Verbündeten stärker ins Obligo zu nehmen. Offenbar habe sie beim Moskauer Gipfeltreffen des Warschauer Pakts¹⁴ die auf sie zukommenden Lasten genannt, möglicherweise die Stationierung neuer nuklearer Bedrohungssysteme oder neuer Abwehrsysteme auf dem Territorium der Verbündeten, die die Verbündeten bezahlen müßten. Schiwkow habe so getan, als sei über eine Stationierung in der DDR und der ČSSR bereits entschieden, hinsichtlich der übrigen WP-Länder sei die Frage offen. Das übrige habe er offengelassen. Unverkennbar sei seine Sorge vor einer finanziellen Belastung Bulgariens gewesen. Offensichtlich habe die SU noch nicht entschieden und schwanke noch, welche Optionen sie wählen solle. Er, *BM*, halte es jedenfalls für denkbar, daß die SU die INF-

¹¹ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 184.

¹² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹³ Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 13. bis 17. Juli 1983 in Bulgarien vgl. Dok. 218 und Dok. 219.

¹⁴ Zum Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten am 28. Juni 1983 in Moskau vgl. Dok. 195, Anm. 25.

Stationierung benutzen würde, um Verteidigungslasten auf die Verbündeten abzuwälzen.

D2A weist auf interessante Parallelen des sowjetischen Verhaltens bei INF und START hin; in beiden Foren verlange SU eine Berücksichtigung der neu stationierten Systeme und drohe nicht mit einem Verhandlungsabbruch. Dies zeige, daß sich die SU eine Entscheidungsmarge offenhalte.

BM führte aus, nach den Gesprächen von Moskau und Sofia könne die sowjetische Führung nicht zweifeln, daß bei einem Scheitern der INF-Verhandlungen die Stationierung in der Bundesrepublik erfolgen werde. Analysiere man die von den östlichen Gesprächspartnern in Moskau und Sofia benutzten Argumente, so stünden zwei im Vordergrund. Das eine betreffe die britischen und französischen Systeme. Hier müsse man offensiver sein, den Spieß umkehren und an die Sowjetunion appellieren, die INF-Verhandlungen nicht länger mit der Forderung nach Berücksichtigung dieser Systeme zu blockieren, zumal sie in der Vergangenheit selbst für richtig gehalten habe, daß die britischen und französischen Nuklearwaffen nicht im INF-Rahmen berücksichtigt würden.¹⁵ Das zweite Argument betreffe speziell die Bundesrepublik und bestehe in einem Appell an unsere moralische Verantwortung: Von deutschem Boden seien der Zweite – und auch der Erste – Weltkrieg ausgegangen, deshalb dürften jetzt auf deutschem Boden keine Waffen stationiert werden, die eine Bedrohung für die sowjetische Bevölkerung bedeuteten. Diesem Argument sei er – unabhängig von der Kriegsschuldfrage im Ersten Weltkrieg, die wir anders sähen – sowohl gegenüber Gromyko als auch in Sofia mit dem Hinweis entgegengetreten, daß heute der Grundsatz gleicher Sicherheit gelten müßte, d.h., die Bundesrepublik Deutschland dürfe nicht in ihrem Sicherheitsstandard diskriminiert werden. Der entscheidende Punkt sei, daß die sowjetischen Raketen von sowjetischem Boden die Bundesrepublik erreichen könnten; es wäre nicht mit dem Grundsatz gleicher Sicherheit vereinbar, wenn die Bundesrepublik auf diese sowjetische Bedrohung nicht entsprechend reagieren dürfe.

Rowny weist darauf hin, daß die USA das sowjetische Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit ablehnten und strikt für das Prinzip der Gleichheit eintreten. Mit der Berufung auf „gleiche Sicherheit“ nähmen die Sowjets für sich das Recht auf Überlegenheit gegenüber allen anderen Staaten in Anspruch. Die amerikanische Berechtigung zum Beistand an ihre Verbündeten mittels INF-Stationierungen stütze sich auf Artikel 5 des Nordatlantikpaktes.¹⁶

BM betont, dies sei für uns keine Frage der Verhandlungen, sondern politische Argumentation. 1981 habe Breschnew bei seinem Besuch in Bonn¹⁷ argumentiert, die SS-20 könnten die USA nicht erreichen und bedrohten diese daher nicht. Zugleich habe er der Bundesregierung vorgeworfen, ihr Territorium für gegen die SU gerichtete amerikanische Waffen zur Verfügung zu stellen. Er, *BM*, habe damals erwidert, ihn freue für die USA, daß diese durch die SS-20

¹⁵ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

¹⁶ Für den Wortlaut des Artikels 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334–340.

nicht erreicht werden könnten. Sein eigenes Problem sei jedoch, daß sein Wohnsitz Bonn für diese Waffen erreichbar sei, und dieser Bedrohung müsse er mit Hilfe der USA begegnen. Das Argument Breschnews zeige die sowjetische Haltung: Jeder Staat habe Anspruch auf Sicherheit, manche hätten jedoch Anspruch auf eine spezielle Sicherheit, und dies gelte insbesondere für die SU.

BM erkundigt sich, von wem Karpow seine Instruktionen erhalte.

Rowny erwidert, die Instruktionen kämen zweifellos aus dem Außenministerium, d.h. letztlich von Gromyko. Der Umfang der Beteiligung anderer Stellen sei allerdings wenig klar. Das Militär spreche natürlich ein gewichtiges Wort mit. Der sowjetischen START-Delegation gehöre ein Vertreter des Verteidigungsministers an, der kein Offizier sei, doch über große Erfahrung verfüge.

Auf die Frage, wie er die mögliche Dauer der Verhandlungen einschätze, erwidert *Rowny*, für eine Einigung in den zentralen Fragen – wie sie für ein Gipfeltreffen mit Präsident Reagan oder AM Shultz nötig wäre – würden zwei bis drei Monate benötigt. Die anschließende Ausarbeitung der Details würde etwa vier bis fünf Monate in Anspruch nehmen. Wenn der politische Wille vorhanden wäre, könnte also in ungefähr einem Jahr ein Vertrag vorliegen. Man müsse aber bezweifeln, ob der politische Wille auf sowjetischer Seite vorhanden sei. Das sowjetische Interesse bleibe auf die Abtrennung Europas von den Vereinigten Staaten gerichtet. Hierfür werde SU auch weiterhin die INF-Frage nutzen, so daß in den nächsten Monaten nicht mit einem Durchbruch bei START zu rechnen sei. Dementsprechend behaupte die SU in der Öffentlichkeit, daß die USA nicht ernsthaft verhandelten. Nach einer politischen Lösung der zentralen Fragen wäre der Zeitbedarf für die Fertigstellung eines Abkommens nicht mehr groß, da eine Vielzahl von Fragen bereits in den SALT-Verhandlungen geklärt worden sei.

BM stimmt zu, daß das übergeordnete strategische Ziel der SU in der Trennung Europas von den USA bestehe. Deshalb werde sowjetische Reaktion auf die Stationierung auch nicht so hart ausfallen, wie sie jetzt angekündigt werde. Wer Europa von den USA trennen wolle, dürfe es nicht an die Seite der USA drängen. Die entscheidende Phase der INF-Verhandlungen beginne im September. Die Bundesregierung habe sich jetzt auf den 15. November 1983 als Stationierungsbeginn festgelegt.¹⁸ Diese Festlegung sei das richtige Druckmittel, um ein sowjetisches Filibuster in den Verhandlungen zu vermeiden.

Man könne sich bereits jetzt das Szenario für den Herbst vorstellen: Ende Oktober werde es heißen, in Moskau werde an einem sensationellen Angebot gearbeitet, wir müßten den Tauben im Politbüro helfen, die Falken zu überwinden und deshalb den Stationierungstermin hinausschieben. Dieses Szenario habe er, BM, Schiolkow dargestellt und hinzugefügt, der Ordnung halber wolle er schon jetzt mitteilen, daß am 15.11.1983 auf jeden Fall mit der Stationierung begonnen werde.

Rowny weist auf die gleichgerichtete amerikanische Haltung in der Frage der MX-Stationierung¹⁹ hin und berichtet, er habe kürzlich amerikanischen Kon-

¹⁸ Zur Entscheidung des Bundeskanzlers Kohl vom 22. Juni 1983 vgl. Dok. 186.

¹⁹ Vgl. dazu die Empfehlungen der Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) vom 6. April 1983; Dok. 139.

großabgeordneten gegenüber folgenden Standpunkt vertreten: Er könne nicht versprechen, daß es im Falle der MX-Stationierung ein START-Abkommen geben werde. Er könne jedoch sicher sagen, daß es kein START-Abkommen geben werde, falls die MX-Entscheidung nicht getroffen werde.²⁰

BM erwähnt, daß der MX-Entscheidungsprozeß von der deutschen Öffentlichkeit eingehend verfolgt werde, und erläutert, daß eine negative MX-Entscheidung des amerikanischen Parlaments von den Kritikern der Stationierung als Argument gegen die deutsche Regierungsmehrheit und gegen eine INF-Stationierung in der Bundesrepublik benutzt worden wäre.

BM dankt Rowny für seinen Besuch, der nicht nur wegen des Gesprächsinhalts, sondern auch wegen der Wirkung auf die Öffentlichkeit für uns sehr wichtig sei. Enge Konsultationen nicht nur bei INF, sondern auch bei START, trügen wesentlich dazu bei, unsere Öffentlichkeit von der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Bemühungen um Ergebnisse von Rüstungskontrollverhandlungen zu überzeugen. BM verständigt sich mit Rowny über eine Pressesprachregelung (Anlage²¹).

VS-Bd. 14121 (010)

²⁰ Am 27. Juli 1983 stimmten das amerikanische Repräsentantenhaus und der Senat über das Gesetz für den Verteidigungshaushalt 1984 (Defense Authorization Bill) ab. Gesandter Wallau, Washington, teilte am 29. Juli 1983 mit: „Bezüglich der Mittel für die Produktion der ersten MX-Raketen haben Haus und Senat verschiedene Versionen verabschiedet. Das Haus billigt im Grundsatz die Produktion von 21 Raketen [...]. Demgegenüber hat der Senat grundsätzlich der Produktion von 27 MX-Raketen zugestimmt. Es obliegt nunmehr dem Vermittlungsausschuß, eine gemeinsame Fassung zu erarbeiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3325; Referat 201, Bd. 125655.

²¹ Dem Vorgang beigelegt. Für die Information Nr. 1220/83 des Pressereferats des Auswärtigen Amtes vgl. VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

221

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsow in Bischofsgrün

214-321.11 JUG-1730/83 geheim

25. Juli 1983¹

Gespräche BM mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsow am 25. Juli 1983, um 9.30 Uhr, in Bischofsgrün²;

hier: Mittelstreckenwaffenverhandlungen, Ost-West-Verhältnis und sowjetische Politik

Mojsow bat, daß BM als erstes Thema die Mittelstreckenwaffenfrage aufnehme und unsere Haltung erläutere, wobei er darauf hinwies, daß BM ja in der Angelegenheit tätig sei, „um zu verhindern, daß der blaue Himmel über uns düster wird“.

BM führte aus: Die Mittelstreckenwaffenverhandlungen hätten einen erfolgversprechenden Anfang gehabt, da man sofort zur Substanz vorgedrungen sei und in relativ kurzer Zeit alle entscheidungswesentlichen Elemente analysiert und definiert habe. Seit einiger Zeit seien die Verhandlungen jedoch blockiert, weil die SU die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme verlange. Dieser Forderung sei aus vielerlei Gründen zu widersprechen:

- 1980 hätten Breschnew und Gromyko beim Besuch von BK und BM in Moskau erklärt, daß die britischen und französischen Systeme strategische Waffen seien und in den Mittelstreckenwaffenverhandlungen nichts zu suchen hätten.³
- Noch 1982 habe sich Kwizinskij beim „Waldspaziergang“⁴ einverstanden erklärt, daß diese Systeme nicht berücksichtigt würden.
- Die Einbeziehung dieser Systeme sei nicht nur wegen des britischen und französischen Widerspruches nicht möglich, sondern auch wegen des Verhältnis-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 26. Juli 1983 gefertigt.

Hat Staatssekretär von Staden am 30. Juli 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Ihre Gesprächsführung stellt das beste Plädoyer dar, das mir in der gegenwärtigen Diskussion bekannt ist. Ihr Duktus sollte deshalb durch [Abteilung] 2/2A exzerpiert und weiter gestreut werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Z.B.: Bo[tschaft] Wash[ington], Lond[on], Paris, Moskau, Warschau, Budapest, Bukarest, Sofia, NATO, VN, VN Genf, 012, 013.“

Hat Genscher am 1. August 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. August 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Braunmühl verfügte.

Hat Staden am 2. August 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Braunmühl „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte.

Hat in Vertretung von Braunmühl Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 3. August 1983 vorgelegen.

² Der jugoslawische Außenminister Mojsow hielt sich am 24./25. Juli 1983 in Bayreuth und Bischofsgrün auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. auch Dok. 222.

³ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

⁴ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

ses beider Supermächte zueinander. Die gesamte SALT-Strategie gehe vom Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten aus. Wenn die britischen und französischen Systeme angerechnet würden, wäre die USA im Verhältnis zur SU zweiter. Das Grundprinzip für die USA sei jedoch, „second to none“ zu sein.

Auf Frage von *Mojsow* nach den Gründen für die „Wende“ in der sowjetischen Haltung meinte *BM*: Man könne darüber nur Vermutungen anstellen, wahrscheinlich hätten die Sowjets mehrere Motive:

- Sie wollten wohl erzwingen, daß ihre Sicherheitsbedürfnisse im Osten anerkannt würden, d. h., daß sie gegenüber China eine bestimmte Anzahl von Systemen garantiert erhielten.
- Außerdem hätten die Sowjets festgestellt, daß es in Westeuropa, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich bei der SPD, starke Kräfte gebe, die eine Anrechnung der britischen und französischen Systeme unterstützten.
- Der Hinweis auf die britischen und französischen Systeme sei verhandlungstaktisch besonders komfortabel. Die Sowjets könnten jederzeit durch Wegnahme dieser Forderung einen Verhandlungsabschluß ermöglichen. Die gesamte Verhandlungsstruktur bleibe unverändert, wenn die Sowjets kurz vor Stationierungsbeginn sagten, man könne über die britischen und französischen Systeme bei anderer Gelegenheit sprechen.

Es komme jedoch darauf an, den toten Punkt zu überwinden. Dafür seien alle Anstrengungen notwendig. Er, *BM*, sei zuversichtlicher als mancher andere. Als es seinerzeit in Madrid um die weitere Entwicklung gegangen sei, hätten viele auch gesagt, daß mit einem positiven Abschluß nicht zu rechnen sei. Jetzt habe man gesehen, daß es gehe. USA und SU seien an dem positiven Ergebnis in Madrid beteiligt. Dies zeige, daß in der gegenwärtigen Phase Amerikaner und Sowjets bereit seien, an Vereinbarungen über wichtige politische und sicherheitspolitische Fragen teilzunehmen. Über die Substanz des Ergebnisses hinaus sei der Erfolg in Madrid aus diesen Gründen eine für das West-Ost-Verhältnis insgesamt wichtige Entwicklung.

BM wies darauf hin, daß wir darüber hinaus durch unsere Beziehungen zu anderen Staaten des Warschauer Paktes positive Signale gegeben hätten, insbesondere auch gegenüber der DDR. Außerdem hätten wir in großer Offenheit unsere Bereitschaft erklärt, über die Frage des Gewaltverzichtes zu sprechen.

BM betonte: Jetzt müsse die Zeit bis Anfang November genutzt werden, um die Dinge voranzubringen. In Madrid hätten wir einen Abschluß im Juli bevorzugt, um früher ein Treffen zwischen Shultz und Gromyko herbeizuführen. Jetzt werde das Ministertreffen in Madrid eben Anfang September stattfinden.⁵ Er glaube, daß die Gespräche, die *BK* und er in Moskau geführt hätten⁶, dem Verhandlungsabschluß förderlich gewesen seien.

BM fuhr fort: In Moskau sei es uns darum gegangen, der SU zwei Botschaften zu übermitteln:

⁵ Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

- Wir wollten langfristig und vertrauensvoll mit der SU und ihren Partnern zusammenarbeiten.
- Wenn es bis November kein konkretes Verhandlungsergebnis in Genf gebe, werde bei uns unwiderruflich stationiert werden. Damit hätten wir die SU vor der Fehleinschätzung bewahren wollen, daß sie durch inneren oder äußeren Druck die getroffenen Entscheidungen bei uns ändern könne.

BM unterstrich seine Auffassung, daß die ganze SS-20-Rüstung eine der gigantischsten Fehlinvestitionen seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen sei. Die SU habe vorübergehend Übergewicht erreicht. Jetzt führe sie damit die Lage herbei, daß in Westeuropa Raketen stationiert würden, welche die SU erreichen könnten, was vorher nicht der Fall gewesen sei. Die SU habe auch viele Länder in Ost-Asien dadurch unruhig gemacht: Die ASEAN-Staaten fühlten sich bedroht. Japan habe sich dreißig Jahre lang geweigert, Erklärungen zur Frage der Sicherheit mitabzugeben; in Williamsburg hätten die Japaner ohne jeglichen Druck sofort der gemeinsamen Erklärung⁷ zugestimmt. China fühle sich in besonderer Weise betroffen. Ohne die SS-20 hätten die Sowjets sich viel Geld und zahllose Probleme erspart. Dies festzustellen, reiche jedoch nicht aus, wenn man nicht Objekt der Politik sein wolle. Deshalb müßten jetzt, wiederholte BM, alle Anstrengungen zur Überwindung des toten Punktes gemacht werden. Dies sollte in der Folge von Madrid auch möglich sein.

BM kam auf den „Waldspaziergang“ zu sprechen, über den zur Zeit viel philosophiert werde. Interessant sei, daß Moskau behaupte, Washington habe dieses Modell abgelehnt, während Washington umgekehrt sage, die Sowjets hätten es verworfen. Man werde jetzt abwarten müssen, welche Elemente man aus dem damaligen Kompromißvorschlag für eine künftige Regelung verwenden könne. Das Wichtigste sei, was er anfangs erläutert habe, nämlich die Nichtanrechnung der britischen und französischen Systeme und auf der anderen Seite die Akzeptierung einer bestimmten Zahl von Systemen im Osten, die Europa nicht erreichen könnten, aber sowjetische Sicherheitsinteressen im Osten abdeckten. Nitze habe sich mit 90 SS-20-Systemen im Osten einverstanden erklärt. Im Zusammenhange mit dem „Waldspaziergang“ werde jetzt viel über die Pershing II diskutiert. Die meisten, die darüber sprächen, seien nicht ganz sachkundig. Wir hätten 1979 einen Waffenmix festgelegt: 464 CM und 108 Pershing II.⁸

Er wolle einmal die Frage offenlassen, welches die Waffe der Zukunft sei. Die USA habe im Bereiche der Marschflugkörper einen enormen technischen Vorsprung. Bei der Pershing II hätten wir die Zahl 108 nicht willkürlich gefunden. Es müßten so viele Pershing II sein, daß Eindruck auf die SU gemacht werde, aber nicht so viele, daß sie für einen Erstschatz auf die SU ausreichten, womit der defensive Charakter dieser Waffendislozierung unterstrichen werde. Wenn das Ziel erreicht werde, daß die SU im Herbst signifikant reduziere, bedeute dies, daß wir unter Aufrechterhaltung der Prozentsätze in absoluten Zahlen ebenso erheblich reduzieren würden. D.h., für beide Seiten werde die Frage „Per-

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1983, D 333 f.

⁸ Vgl. dazu den Beschluß der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 12. Dezember 1979; Dok. 2, Anm. 10.

shing II, ja oder nein“ um so unwichtiger, je mehr man vermindere. Die Frage, ob der Waffennix bleibe, wie er sei, sei nicht die zentrale Frage. Andere Elemente seien wichtiger.

Als besonders wichtig bezeichnete es BM, daß man im Ost-West-Verhältnis ein gutes Klima aufrechterhalte bzw. das Klima verbessere, damit die Verhandlungen entsprechend eingebettet werden könnten. Hier sei es sehr wichtig, daß es nicht an anderer Stelle zu Konfrontationen komme, sei es in Nahost oder in Zentralamerika.

Mojssov dankte für die ausführliche und interessante Analyse. Er fragte, welche Gründe wir für die 1976 im Politbüro in Moskau auf Vorschlag des sowjetischen Verteidigungsministeriums getroffene Entscheidung zugunsten der SS-20-Rüstung sähen, die auch nach seiner Auffassung ein großer Fehler gewesen sei.

BM wies auf das sowjetische Abkoppelungsziel hin. Die SU betriebe nach Westen eine politisch offensive Rüstung; im Osten sei der Charakter der sowjetischen Rüstung angesichts einer Milliarde Chinesen vielleicht nicht im gleichen Sinne als politisch offensiv einzuschätzen.

Mitte der siebziger Jahre habe es von den USA aus eine Reihe mißverständlicher Signale an die SU gegeben. Die USA hätten die Rüstungsausgaben drastisch vermindert und u. a. die Produktion des B-1-Bombers ohne Gegenleistung eingestellt.⁹ Dadurch scheine sich in Moskau insgesamt der Eindruck gebildet zu haben, der Westen würde eine Rüstung wie die der SS-20 ohne Reaktion hinnehmen.

Mojssov fragte, ob nach unserer Auffassung die SU wirklich gemäß dem Modell des „Waldspazierganges“ bereit sein könnte, die zu reduzierenden Raketen (*Mojssov* sprach von 350 insgesamt, davon 150 im Osten) nach einem Abkommen zu vernichten. Der im „Waldspaziergang“ zugrunde gelegte Bestand im Osten der SU sei inzwischen längst überholt. Die Japaner gingen von 104 Systemen im Osten aus.

Jugoslawien, das als ungebundenes Land am Raketenwettrüsten nicht teilnehme, beobachte mit großer Aufmerksamkeit, was hier vor sich gehe. Es begrüße alle Vorschläge, die zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung bei diesen Systemen führen könnten, und alle Vorschläge, die der Entspannung dienten. Am liebsten wäre es Jugoslawien, wenn es gar keine Raketen dieser Art gäbe. – *BM* stimmte zu: Dies sei auch unsere Meinung. – Aber wenn irgendein Zahlenspiel nützlich wäre, um diese Raketenrüstung zu begrenzen und eine Konfrontation zwischen beiden Blöcken zu vermeiden, werde Jugoslawien dies begrüßen. Denn Gefahr drohe nicht nur den Blöcken, sondern allen. – *BM* stimmte zu. – Jugoslawien sei sehr erfreut darüber, daß es im West-Ost-Gespräch inzwischen günstigere Töne gebe. Es sei zu einer Wende des sowjetischen Verhaltens bei der KSZE in Madrid gekommen. Zunächst habe die SU den Vorschlag von González abgelehnt, dann habe sie ihn doch angenommen.¹⁰ Man

⁹ Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1“ mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

¹⁰ Zum spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 181.

Zur sowjetischen Haltung zum spanischen Vorschlag vgl. Dok. 196, Anm. 15.

Der Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kowaljow, stimmte am 15. Juli 1983 dem Vorschlag

hören, daß die Sowjets daran dächten, auch die Forderung aufzugeben, die britischen und französischen Systeme in Genf einzubeziehen. Er selbst habe immer geglaubt, daß diese sowjetische Forderung taktischer Natur sei. Auf Frage von BM fügte M. hinzu, daß man aus verschiedenen Quellen nach dem Marchais-Besuch in Moskau¹¹ gehört habe, die Sowjets hätten Marchais gesagt, sie würden auf der Anrechnung der französischen und britischen Systeme nicht bestehen. Die Idee scheine zu sein, daß diese Systeme „nachträglich mitkalkuliert“ würden. In diesem Zusammenhange erwähnte M., daß die Möglichkeiten, den „Waldspaziergang“ als Lösungsmodell heranzuziehen, wieder verschiedentlich diskutiert werden.

M. betonte: Jugoslawien schätze es hoch ein, wie die Bundesregierung Gespräche mit der SU und den anderen sozialistischen Staaten führe und welche Gesten sie mache. Dies alles seien gute Zeichen: „Gott gebe, daß es so weitergeht.“ Aber er glaube nicht, daß die Erfolgchancen höher als 50 % seien. Trotz aller Andeutungen sagten die Sowjets, sie würden die Dislozierung der ersten Pershing II als Verletzung des Gleichgewichtes betrachten und hart darauf antworten. BM habe sehr richtig das Ziel der SU (Abkoppelung) beschrieben. Dies aber bleibe das Ziel der SU. Er habe gehört, daß gewisse Kreise in der SU den Politbürobeschuß von 1976 bedauerten. Sie sagten, das Politbüro habe diesen Beschluß 1976 leichtfertig gefaßt. Objektiv und historisch betrachtet sei dieser Beschluß sicherlich ein Fehler, aber in der Politik würden Fehler zwar gemacht, selten jedoch zugegeben. Denn wenn Fehler zugegeben würden, dann müßten die verantwortlichen Politiker ausgewechselt werden. Trotz der Fehlentscheidung der SU für die SS-20-Rüstung und trotz der Folgen bleiben die Ziele der SU dauerhafte Ziele. Jugoslawien wisse einiges über die Strategie der SU über die Ausbreitung des „realen Sozialismus“ über die Welt. Dies gehe durch „physische Stärkung der Waffengewalt“ und Anwesenheit in der Welt überall dort, wo es möglich sei. Nach dem Abschluß von Helsinki 1975¹² habe die SU in diesen Bereichen viel erreicht: in der Rüstung und in der Ausbreitung ihrer Präsenz in der Welt.

M. erwähnte, daß Gromyko kürzlich den Zustand zwischen den beiden Blöcken in sehr dramatischer Weise geschildert habe; dabei habe er jedoch hinzugefügt, die Sowjets seien keine Fatalisten, man werde einen Ausweg finden.

M. warnte vor der Versuchung, die Probleme durch eine Verlegung der sowjetischen Raketen in den Fernen Osten zu lösen. Er erinnere sich an Gespräche im Frühjahr und Sommer 1936, als Frankreich und Großbritannien geglaubt hätten, Hitler nach Osten abdrängen zu können. Dann sei die Wende gekommen: Hitler habe einen Kompromiß mit dem Osten vereinbart und auf den Westen losgeschlagen. Wenn man jetzt glauben sollte, die Sowjets würden die Raketen nach Osten verlegen, um damit China zu bedrohen, nicht den Westen, wäre dies ein Fehler; denn die Bedrohung des Friedens in der Welt bleibe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1135

einschließlich der vereinbarten Änderungen zu. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 844 des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), vom 16. Juli 1983; Referat 212, Bd. 133422.

¹¹ Der Generalsekretär der KPF, Marchais, hielt sich am 11./12. Juli 1983 in der UdSSR auf.

¹² Am 1. August 1975 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der 35 Teilnehmerstaaten in Helsinki die KSZE-Schlußakte.

BM wies darauf hin, daß das Kwizinskij-Nitze-Modell im Westen amerikanische und sowjetische Mittelstreckensysteme von je 75 und im Osten sowjetische Systeme von 90 vorgesehen habe; der gesamte Rest der sowjetischen Raketen habe nach dem Modell vernichtet werden sollen. Wir hätten nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir keine Vereinbarung unterzeichneten, bei der auch nur eine einzige sowjetische Rakete, die heute gegen Europa gerichtet sei, nach Osten verbracht werden könne. Es gebe zwei Bedingungen für eine Vereinbarung bezüglich der östlichen Seite:

- Es werde nur ein Abkommen geben, nach dem die zu reduzierenden Raketen zerstört werden müßten.
- Das sowjetische Potential im Osten sei zu hoch und müsse deshalb reduziert und auf reduziertem Niveau eingefroren werden.

BM fuhr fort: Das bedeute, daß wir bei den Verhandlungen in Genf die Interessen Chinas, Japans und der ASEAN-Staaten mit wahrnehmen. Wir hätten der SU von Anfang an erklärt – und dies sei eine deutsche, nicht eine amerikanische Forderung gewesen –, daß wir nur eine globale Regelung akzeptieren könnten. Wir wollten nicht, daß das sowjetische Bedrohungspotential vom Westen in den Osten gebracht werde. Dies würde uns nur eine Atempause, nicht aber Sicherheit geben. – *Mojsow* stimmte zu. Die Sowjets hätten ihre Raketen im Osten allerdings weiter vermehrt; es werde davon gesprochen, daß sie diese Raketen dort nicht nur gegen China, sondern auch gegen die USA brauchten. – *BM* wies außerdem auf die Möglichkeit hin, daß die SU Raketen, die sie in den Osten verlegt habe, wieder zurückverlegen könne. Auch deshalb werde es eine Vereinbarung dieser Art nicht geben. – *Mojsow* stimmte zu, brachte aber seine Befürchtung zum Ausdruck, daß die Sowjets mit einer Vernichtung ihrer Raketen nicht einverstanden sein würden und daß aus diesem Grunde eine Vereinbarung doch nicht erreicht werden könne. Was werde dann geschehen? –

BM wies darauf hin, daß die SU sich in einer schwierigen Lage befinde. Sie könne Europa durch neue Maßnahmen nicht ernsthaft bedrohen: Militärisch nicht, da die Zahl der SS-20 von heute ausreichte, um Westeuropa zu vernichten. Eine weitere Erhöhung führe zum „over-kill“, nicht mehr. Es gebe eine Schwelle der Bedrohung, jenseits derer eine zusätzliche Bedrohung keine zusätzliche Gefahr mehr bedeute, da es nicht mehr als 100% gebe. Außerdem seien wir uns mit Jugoslawien einig, daß die SU Europa politisch und militärisch von den USA abkoppeln wolle, um es dann zu dominieren. Hier komme sie jedoch in einen Zielkonflikt: Wenn sie die Daumenschrauben zu stark anziehe, bringe sie Europa und die Amerikaner enger zueinander. – *Mojsow*: Wie es schon passiert ist.

BM fuhr fort: Deshalb sei das Bild der sowjetischen Europapolitik heute diffus. Die Sowjets wüßten nicht, wofür sie sich entscheiden sollten. Das sei das Ergebnis ihres Fehlers mit der SS-20-Rüstung.

Niemand werde einen Fehler zugeben, aber man müsse einen Ausweg finden. Hier kenne die SU die Koordinaten unseres Handelns genau: Wenn es kein Verhandlungsergebnis in Genf gebe, werde es die unveränderte Nachrüstung geben. Verlegungen würden nicht akzeptiert, die zu reduzierenden Raketen müßten vernichtet werden. Wir hätten den Japanern und Chinesen gesagt, auf ihre Kosten werde es keine Vereinbarung geben, da eine solche am Ende auf uns zurückschlagen würde.

Mojsow erwähnte Informationen, nach denen Andropow beim Moskau-Besuch von BK und BM angekündigt habe, die SU werde als Antwort auf die Aufstellung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik Deutschland Raketen in osteuropäischen Staaten stationieren, erst in der DDR, dann in anderen Ländern. Dies sei militärisch nicht entscheidend, da es gleichgültig sei, ob die sowjetischen Raketen in Minsk oder in Dresden stünden. Deshalb würde es sich um eine psychologische Entscheidung handeln. Es würde dann öffentlich festgestellt, daß nukleare Waffen in beiden deutschen Staaten aufgestellt würden.

Auf Frage von *BM*, welchen Einfluß die anderen WP-Staaten auf mögliche sowjetische Reaktionen auf die westliche Nachrüstung hätten, meinte *Mojsow*: überhaupt keinen. Sie würden alles annehmen, was das Oberkommando des WP beschließe. Sie bereiteten sich bereits darauf vor. Selbst wenn nur Marschflugkörper aufgestellt würden, entsprechend dem „Waldspaziergang“, könne es zur Aufstellung neuer sowjetischer Raketen kommen. Jugoslawien habe gemeinsame Grenzen mit drei WP-Staaten und wisse, daß dort schon jetzt Raketen aufgestellt würden, nämlich SS-4 und SS-5, nicht SS-20. Dies sei aber erst eine Einleitung. Jugoslawien hoffe, daß sich, wenn auch eine Wende noch nicht ersichtlich sei, bis zum Jahresende ein Kompromiß zwischen SU und USA finden lasse. Dies würde eine Änderung der Politik der SU erfordern, eine positive Änderung, die Jugoslawien begrüßen würde.

VS-Bd. 11355 (220)

222

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsow in Bischofsgrün

VS-NfD

25. Juli 1983¹

Gespräche BM mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsow am 25. Juli 1983, 9.30 Uhr, in Bischofsgrün²;

hier: Nord-Süd-Fragen und weltweite Konflikte

Mojsow berichtete, daß sich die Blockfreien in New Delhi viel mit dem Ost-West-Verhältnis befaßt hätten.³ Aus Sorge wegen des nuklearen Wettrüstens, das die ganze Welt bedrohe, sei es zu der ersten Initiative Indira Gandhis als Koordinator der Blockfreien gekommen. Sie habe sich Ende März an 40 Staats- und

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 26. Juli 1983 gefertigt und am folgenden Tag zusammen mit einer weiteren Aufzeichnung über den bilateralen Beziehungen behandelnden Teil des Gesprächs an das Ministerbüro „mit der Bitte um Freigabe“ geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178876.

² Der jugoslawische Außenminister Mojsow hielt sich am 24./25. Juli 1983 in Bayreuth und Bischofsgrün auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. auch Dok. 221.

³ Zur Konferenz der Regierungschefs der blockfreien Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi vgl. Dok. 82, Anm. 80.

Regierungschefs aus Ländern in den Blöcken oder anderen, in Delhi nicht anwesenden Ländern gewandt und den Vorschlag gemacht, der auch in die Abschlusserklärung von New Delhi eingegangen sei⁴, daß es nützlich wäre, wenn die Staats- und Regierungschefs der VN-Mitglieder in New York am Rande der GV⁵ in informellen Kontakten aufeinander zuzugingen mit dem Ziele, eine Beruhigung in der internationalen Lage eintreten zu lassen.⁶ Als Frau Gandhi kürzlich in Jugoslawien gewesen sei⁷, habe sie die Meinung geäußert, daß es keine schlechten Chancen für die Anwesenheit einer großen Anzahl von Staats- und Regierungschefs in New York gebe. Die Antwort der beiden Großmächte sei zwar evasiv, so daß sie als negativ oder nichts bedeutend ausgelegt werden könnte, aber selbst bei Abwesenheit der USA und der SU auf dieser Ebene könnte die Anwesenheit einer großen Anzahl von Staats- und Regierungschefs aus West und Ost Anreize für eine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses geben. Deshalb habe das jugoslawische Staatspräsidium soeben beschlossen, daß Präsident Spiljak nach New York reisen werde. Damit wolle man Indien und anderen einen Ansporn geben. Frau Gandhi habe das Versprechen einer Reihe von Staats- und Regierungschefs zur Teilnahme in New York. Auf seine Frage, ob auch der Bundespräsident nach New York komme, wovon man gehört habe, stellte BM klar, daß der Bundespräsident am Ende seines USA-Besuches⁸ auch nach New York kommen werde, daß dies aber nicht im Zusammenhang mit dem Vorschlag von Frau Gandhi stehe und auch zeitlich später sein werde. Außerdem würde eine Teilnahme an politischen Gesprächen der vorgeschlagenen Art bei uns konstitutionell nicht Sache des Bundespräsidenten, sondern des BK sein.

Mojssov wies darauf hin, daß Frau Gandhi Ende September/Anfang Oktober nach New York kommen werde. Nach jugoslawischer Meinung wäre es sehr nützlich, wenn die Staats- und Regierungschefs aus unbundenen Ländern ihren Kollegen aus West und Ost ihre Sorgen bezüglich des Wettrüstens und der Entwicklungsfragen mitteilen könnten.

Zu den Entwicklungsfragen selbst führte *Mojssov* aus: Wir seien zur Zeit in Europa so mit dem Zählen von Raketen beschäftigt, daß wir die Gefahren vergäßen, die sich aus den Entwicklungsproblemen ergeben. Frau Gandhi habe auf der UNCTAD-Konferenz in Belgrad⁹ sehr richtig erklärt, daß Entwicklung heute nur ein anderes Wort für Frieden sei. Die UNCTAD-Konferenz habe wie ein Barometer gezeigt, daß die Sorge um die Entwicklungspolitik in den Ländern des Nordens zurückgedrängt sei. In Belgrad habe es sich als sehr schwierig erwiesen, einen Konsens auf einem für die Staaten des Nordens akzeptablen niedrigsten Niveau zustande zu bringen. Man sei Graf Lambsdorff dankbar, daß er

⁴ Vgl. dazu Ziffer 189 der Schlußdeklaration der Konferenz der Regierungschefs der blockfreien Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi; EUROPA-ARCHIV 1983, D 353.

⁵ Die 38. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 statt.

⁶ Vgl. dazu das Schreiben der Ministerpräsidentin Gandhi vom 8. April 1983 an Bundeskanzler Kohl; Dok. 176, Anm. 33.

⁷ Zum Aufenthalt der Ministerpräsidentin Gandhi am 8. Juni 1983 in Belgrad vgl. Dok. 177, Anm. 22.

⁸ Bundespräsident Carstens hielt sich vom 3. bis 14. Oktober 1983 in den USA auf.

⁹ Zur VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad vgl. Dok. 208.

zweimal in Belgrad gewesen sei und viel Verständnis gezeigt sowie geholfen habe, wenigstens einen Konsensus auf niedrigstem Niveau zustande zu bringen. UNCTAD habe gezeigt, daß es eine große Disharmonie zwischen den Erwartungen der Entwicklungsländer und dem Erreichten gebe. Wenn es in der Ost-West-Diskussion letzten Endes noch gelingen könnte, einen Kompromiß zu finden, so sei die Erreichung eines Kompromisses in der Nord-Süd-Diskussion viel qualvoller. In der Welt herrsche die Regel des heiligen nationalen Egoismus. Auch im Westen, bei den Zehn sowie in den USA, sehe man Zeichen dafür. Es sei höchste Zeit, im Schatten der Raketen auch die Gefahren im Nord-Süd-Verhältnis zu sehen. Jugoslawien, Indien und andere Länder der Grundströmung der Blockfreien hätten in New Delhi große Anstrengungen unternommen, damit eine realistische Linie vereinbart werde. Castro sei mit einem dicken Buch über die Nord-Süd-Beziehungen¹⁰ gekommen, die er habe radikalisisieren wollen; er wollte das Nord-Süd-Verhältnis den Ost-West-Beziehungen unterordnen. Dies habe man vereitelt. Man habe eine Plattform des Dialoges und des Bemühens um einen Konsensus mit dem Norden gefunden, nicht eine Plattform der Konfrontation. Dies sei bei der Konferenz der 77 in Buenos Aires¹¹ bestätigt worden. Schon die Titel der in New Delhi und Buenos Aires verabschiedeten Papiere zeigten, was die Plattform bedeute:

- in New Delhi: gemeinsame Aktion für globale Prosperität;
- in Buenos Aires: Botschaft über Dialog und Konsensus.

D.h. die Papiere drückten den Wunsch der Entwicklungsländer aus, sich auf einen gemeinsamen Dialog für gemeinsame Interessen an gemeinsamer Prosperität festzulegen.

Mojsov meinte, es wäre falsch, wenn der gute Wille der Gemäßigten in der Blockfreien-Bewegung von einigen Industrieländern als Zeichen der Schwäche gedeutet würde. Man habe in bezug auf die Erklärung von Buenos Aires Töne gehört, daß die Zähne der Entwicklungsländer stumpf geworden seien und man sich deshalb nicht mehr um sie zu kümmern brauche. Wenn es zu einer Radikalisierung der Entwicklungsländer käme, könnte dies bei einer Verschärfung des Ost-West-Verhältnisses mißbraucht werden, deshalb sei es so wichtig, globale Gespräche über alle diese Fragen zu führen. Nach Williamsburg¹², Buenos Aires und den sehr beschränkten Ergebnissen von Belgrad sei es höchste Zeit, den globalen Dialog¹³ aufzunehmen. Er bitte, dies als Meinung nicht nur Jugoslawiens, sondern der ganzen BF-Bewegung¹⁴ der Bundesregierung mitzuteilen. Damit sei auch die Frage beantwortet, welches die wichtigsten Aktionen der Blockfreien in den nächsten Jahren sein würden.

¹⁰ Vgl. Fidel CASTRO, La crisis económica y social del mundo, sus repercusiones en los países subdesarrollados, sus perspectivas sombrías y la necesidad de luchar si queremos sobrevivir. Informe a la VII Cumbre de los Países No Alineados, Havanna 1983 (deutsch: Wenn wir überleben wollen. Die ökonomische und soziale Krise der Welt, ihre Auswirkungen auf die unterentwickelten Länder, ihre düsteren Perspektiven und die Notwendigkeit zu kämpfen, wenn wir überleben wollen. Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen, Dresden o. J.)

¹¹ Zur Konferenz der Außen- und Handelsminister der Gruppe der 77 vom 5. bis 9. April 1983 vgl. Dok. 167, Anm. 6.

¹² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

¹³ Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 25, Anm. 21.

¹⁴ Blockfreien-Bewegung.

Die Blockfreien würden sich

1) dafür einsetzen, daß im Dialog zwischen Ost und West Lösungen für die Raketen-Frage gefunden würden, damit man zur Entspannungspolitik zurückkehren könne; man werde in diesem Sinne alle Vorschläge unterstützen, von wem sie auch kämen, die in diese Richtung wiesen;

2) für einen Beginn der Global-Gespräche einsetzen über alle Fragen betreffend Wirtschafts- und Finanzpolitik, Rohstoffe, Protektionismus u.a. Fragen des internationalen Handels sowie des monetären Systems und des Finanzsystems; man müsse über das Problem der Verschuldung sprechen, die in einigen Jahren eine Trillion Dollar erreichen werde;

3) um die Lösung lokaler Konflikte bemühen:

(a) Die Eskalation des Konfliktes zwischen Iran und Irak sei besonders besorgniserregend. Jugoslawien habe wieder ohne jeden Erfolg zu vermitteln versucht. Man hoffe trotzdem, daß die faktische militärische Lage die Front so stabilisieren werde, daß sich in einigen Monaten Verhandlungsbereitschaft zeige. Bei einer Verschärfung des Ost-West-Konfliktes müsse man die Möglichkeit von Zuspitzungen im Persischen Golf und im Indischen Ozean sehen.

(b) Jugoslawien setze sich für eine Lösung des Palästina-Problems ein. Der 8. Ausschuß der Blockfreien-Bewegung könne sich mit der Palästina-Frage beschäftigen, falls sich wieder Möglichkeiten zeigten, was leider zur Zeit nicht der Fall sei, weil zu allen anderen Trennungen im Nahen Osten jetzt auch die Trennung der Palästina-Bewegung¹⁵ gekommen sei.

(c) Besondere Aufmerksamkeit widme man dem Namibia-Problem. Jugoslawien habe dieses wieder vor dem Sicherheitsrat angesprochen¹⁶, damit es bei den Vereinten Nationen bleibe und nicht in irgendeinem „Waldspaziergang“ aufgenommen werde. Wenn diese Frage nach erprobten Rezepten in sowjetisch-amerikanische Gespräche eingebunden werden sollte, dann werde es zu Konzessionen und Gegen-Konzessionen kommen, und man wisse, wie es dann weitergehe. Das Namibia-Problem sei reif für eine Lösung. Jugoslawien hoffe, daß eine Namibia-Lösung zu einem Beginn der Aufknotung weiterer Konflikte in Afrika führen werde.

(d) Die Entwicklung in Zentralamerika sei besorgniserregend. Sie nähere sich dem klassischen Konflikt zwischen den Großmächten im Zusammenhang mit einem im Grunde marginalen Problem. Die Lösung der Probleme in Zentralamerika und im Pazifik sei für die USA eine Prestige-Frage. Der amerikanische Drang, alles auf amerikanische Weise lösen zu wollen, führe zur Radikalisierung der Länder in der Region. Wenn es aber irgendwo zu einer Radikalisierung komme, böten sich immer Möglichkeiten für die östliche Großmacht, diese auszunutzen. Deshalb sei Zentralamerika eine Art Testboden dafür, ob es zu einer Annäherung in Gesprächen zwischen Ost und West kommen könne. Viel-

¹⁵ Zu den internen Auseinandersetzungen der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vgl. Dok. 161, Anm. 6.

¹⁶ Vom 23. Mai bis 1. Juni 1983 beschäftigte sich der VN-Sicherheitsrat auf Antrag von Mauritius für die Gruppe Afrikanischer Staaten und von Indien für die Bewegung der Blockfreien mit dem Namibia-Konflikt. Einem Aufruf der Konferenz der Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi folgend, nahm der jugoslawische Außenminister Mojsov an den Sitzungen teil. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1983, S. 1047.

leicht hätten Shultz und Gromyko deshalb auf einen Abschluß in Madrid erst im September bestanden, weil sie sehen wollten, wie es bis dahin in Zentralamerika weitergehe.

Mojsow resümierte: Die wichtigsten Probleme seien:

- 1) Fortschritte bei der Abrüstung und Rückkehr zur Entspannung.
- 2) Rückkehr zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für die Entwicklungsprobleme.
- 3) Fortschritte bei der Lösung lokaler Konflikte, um den Großmächten nicht die Möglichkeit zu geben, in immer weitere Gebiete vorzustoßen.

BM dankte *M.* für seine Ausführungen und erwiderte: Unsere Haltung zum Ost-West-Verhältnis sowie zu Entspannung und Abrüstung habe er schon erläutert. Er glaube, daß es auf diesem Gebiete und hinsichtlich der Notwendigkeit, zu konkreten Abrüstungsvereinbarungen zu kommen, keine Meinungsverschiedenheiten gebe.

Die konkrete Forderung Jugoslawiens nach Aufnahme der globalen Verhandlungen unterstützten wir ohne jede Einschränkung. *BM* erinnerte daran, daß er sich in Cancún¹⁷ dafür eingesetzt habe, den Startschuß für die Global-Verhandlungen zu geben. Er werde in seiner VN-Rede an die damals übernommene Verpflichtung aller Cancún-Teilnehmer erinnern.¹⁸ Stabilität in der Welt könne durch steigende Rüstungsexporte in die Dritte Welt kaum erreicht werden. Hier gehe es darum, Fortschritte bei der Entwicklung innerer Stabilität zu schaffen.

BM betonte, wir hätten die Erklärung der 77 von Buenos Aires nicht als „zahnlose“ Erklärung aufgefaßt, sondern als Bereitschaft zu Kompromiß und Kooperation und als Signal gegen Konfrontation. Unsere Haltung zur Entwicklungspolitik sei eine Seite der Medaille, auf deren anderer Seite unsere Haltung zur Blockfreien-Bewegung stehe. Wir wollten Jugoslawien sehr ermutigen, seinen Weg weiterzugehen, auf dem es bei uns aufgeschlossene Resonanz finden werde.

Zu den Konfliktherden meinte *BM*: Man könnte der Liste von *M.* noch Afghanistan und Kambodscha anfügen.

Bei Namibia zeichneten sich Lösungskonturen ab. Hier gehe es um eine Frage des Verhaltens von Südafrika. Alle Lösungselemente lägen auf dem Tisch und könnten bei konstruktiver Haltung aller Beteiligten verwirklicht werden.

Schwieriger sei die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Die innere Zerrissenheit im arabischen Lager sei schlimm. Sie gebe all denen Argumente, die das Nord-Süd-Problem eigentlich gar nicht lösen wollen.

Aus gutem Grund habe *Mojsow* Zentralamerika breite Aufmerksamkeit geschenkt. Dies sei für ihn zur Zeit ein Hauptsorgenpunkt. Die Entwicklung in bestimmten Ländern Zentralamerikas bedeute natürlich für die USA mehr als eine Prestigefrage. Es gehe hier um eine echte Frage der nationalen Sicherheit

¹⁷ In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

¹⁸ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 29. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1983, S. 929–934.

der USA. Man müsse in Moskau wissen, daß die einmal in Aussicht genommene beiderseitige Zurückhaltung sich in Zentralamerika bewähren müsse. Die USA müsse lernen, daß die zentralamerikanischen Staaten unabhängig seien und nicht dominiert werden wollten, auch nicht wirtschaftlich. Wir unterstützten sehr die Bemühungen der Contadora-Gruppe¹⁹, da hier Lösungsversuche aus der Region heraus unternommen würden. Er müsse jedoch offen sagen: Dies sei nicht die Lösung als solche. Die Frage sei, wie man in Zentralamerika durch Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten Stabilität schaffen könne. Er glaube, daß die Zehn hier eine wichtige Aufgabe übernehmen könnten. Die EG sei nicht eine Vereinigung von Ländern, die Vorherrschaft wollten und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischten. Die wirtschaftliche Kooperation mit uns könne viel zur Stabilität und äußeren Unabhängigkeit der Staaten Zentralamerikas beitragen. Die Wirtschaftshilfe sei notwendig, auch hinsichtlich der Sorge, daß wirtschaftliche Hilfe, die einseitig aus dem Norden komme, zu wirtschaftlicher Abhängigkeit führen könne. Er, BM, werde sich in der EG sehr nachdrücklich für eine solche Kooperationsbereitschaft der Zehn einsetzen. Wir hofften ebenfalls, daß die vor uns liegenden Wochen zu einer positiven Klärung in Zentralamerika führen würden. Wir wollten nicht, daß die positiven Ansätze für Europa dadurch vernichtet würden, daß es in Zentralamerika zu einer Konfrontation komme. BM stimmte Mojssov zu, daß eine solche Konfrontation mit Sicherheit Rückwirkungen auf Europa haben würde.

Referat 010, Bd. 178876

¹⁹ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 175, Anm. 38.

Am 17. Juli 1983 verabschiedete die Contadora-Gruppe in Cancún Leitlinien für ein Programm zur Beilegung des Konflikts. Sie sahen u. a. „den Abschluß von Abkommen und die Übernahme politischer Verpflichtungen vor, die im regionalen Rahmen zu folgenden Ergebnissen führen sollen: effektive Rüstungskontrolle, Abzug der ausländischen Berater, Bildung von entmilitarisierten Zonen; Verbot der Benutzung des Territoriums eines Staates zu politischen oder militärischen Handlungen, die auf die Destabilisierung eines anderen Staates abzielen; Ausmerzungen von Waffenhandel und Waffenschmuggel und Verbot anderer Formen der Aggression oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten irgendeines Landes der Region“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 572.

223

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 25. Juli 1983¹

Fernschreiben Nr. 85 Ortez

Zum Stand des Madrider KSZE-Folgetreffens

1) Konferenzstand

34 Teilnehmerstaaten – bis auf Malta – haben sich am 15.7.1983 auf ein Schlußdokument² geeinigt. Die Zustimmung Maltas ist nach dem Konsensprinzip unumgänglich. Malta macht sie von drei Sonderforderungen (s. 3) am Ende) abhängig.³ Nach den bisherigen Erfahrungen wird es diese zäh vertreten und ohne wenigstens teilweisen Erfolg kaum abschlußbereit sein. Daher kann für die formale Annahme des Schlußdokuments ein genauer Termin noch nicht genannt werden.

Als Datum für den feierlichen Abschluß hat das Madrider Plenum den 7. bis 9. September vereinbart unter der Bedingung, daß vorher der endgültige Konsensus zustande kommt. Für die meisten Teilnehmerstaaten, jedenfalls für alle wichtigen, werden die Außenminister die Schlußerklärungen abgeben. Sie dürften richtungsweisende Funktion für die Weitergestaltung der West-Ost-Beziehungen haben. Auch die Teilnahme des Generalsekretärs der Vereinten Nationen⁴ ist im Gespräch.

Diese Ausgestaltung entspricht der Bedeutung des Ergebnisses: Es würde sich um den ersten politisch bedeutsamen Abschluß zwischen Ost und West seit langer Zeit handeln.

2) Zusammenfassung, Bewertung, Ausblick

Verlauf und Ergebnis des Madrider Folgetreffens rechtfertigen es, von einem erheblichen Erfolg des Westens zu sprechen.

Der Madrider Abschluß trägt zu einem kooperativen Klima in den Ost-West-Beziehungen bei und könnte sich günstig auf laufende Rüstungskontrollverhandlungen auswirken. Die USA haben sich in entscheidenden Momenten den europäischen Wünschen und Interessen, für die wir uns nachdrücklich eingesetzt haben, nicht verschlossen. Dem Osten wird klarzumachen sein: Die gewünschte Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses würde entscheidend dadurch beeinflußt, daß der Osten die von ihm zu verantwortenden Belastungen der internationalen Lage ausräumt, zur vollen Beachtung aller Bestimmungen

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

² Für das Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid in der am 13. Juli 1983 von der Interministeriellen Arbeitsgruppe KSZE übermittelten Fassung vgl. Referat 212, Bd. 133439.³ Zu den maltesischen Vorschlägen vom 12. Mai 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 172, Anm. 17.⁴ Javier Pérez de Cuéllar.

der Schlußakte von Helsinki⁵ zurückfindet und die in Madrid eingegangenen zusätzlichen Verpflichtungen besonders auch in der menschlichen Dimension verwirklicht.

Während der Verhandlungen sind unsere Partner in EPZ und NATO besonders für praktische Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland und Europa eingetreten. Sie haben damit ein spezifisch deutsches Anliegen unterstützt. Das Madrider Schlußdokument, insbesondere in den Bestimmungen zum sog. Korb III, enthält neue Grundlagen, die unser Eintreten gegenüber den Ländern des Ostens für mehr Freizügigkeit, für Familienzusammenführung und menschliche Kontakte stützen. Zu gegebener Zeit ergeht Weisung zum operativen Gebrauch der Schlußakte und des Madrider Schlußdokuments in den bilateralen Beziehungen.

Das den westlichen Kriterien voll entsprechende Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) ergänzt sinnvoll den Rüstungskontrolldialog zwischen West und Ost.

Mit dem Schlußdokument werden bestehende Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten aus der Schlußakte bekräftigt, verdeutlicht und ausgebaut. Der KSZE-Prozeß, den die Länder Europas und Nordamerikas gemeinsam als Modell für die Sicherung des Friedens und die Verstärkung der Zusammenarbeit geschaffen haben, erfährt neue Impulse, dringend notwendig angesichts des von Konflikten und Spannungen gekennzeichneten Verhältnisses zwischen Ost und West. Die Fortsetzung des KSZE-Prozesses bringt Verbesserungen für das tägliche Zusammenleben der Menschen über Systemgrenzen hinweg und wird auf künftigen Folgetreffen Fortschritte erlauben, die jetzt noch nicht zu erreichen waren. Der KSZE-Prozeß bleibt das multilaterale, nicht nur auf die Großmächte beschränkte Forum für den Ost-West-Dialog und bietet die geeignete Plattform, um vom Osten mit einem argumentativen Dialog und durch beständig aufrechtzuerhaltenden Implementierungsdruck die Erfüllung der in Helsinki und in Madrid eingegangenen Verpflichtungen zu fordern.

Ein Kommentar in der Prawda von 18. Juli (Bekräftigung des sowjetischen Menschenrechtsverständnisses, Auflistung angeblicher westlicher Menschenrechtsverstöße)⁶ zeigt, daß die sowjetische Führung hier druckempfindlich bleibt. Er ist eine indirekte Bestätigung des vom Westen in Madrid erzielten Erfolges.

3) Verlauf des Folgetreffens und Entstehung des Schlußdokuments

Seit Beginn des Madrider KSZE-Folgetreffens am 11. November haben Initiativen und Konzepte des Westens, in EPZ und NATO erarbeitet und jeweils geschlossen vertreten, das Forum geprägt. Es wurde zur öffentlichkeitswirksamen Kritik an den Verletzungen der Schlußakte durch die Länder des Ostens (insbesondere die Militärinvasion der SU in Afghanistan, die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und die Menschenrechtsverletzungen in einer Reihe osteuropäischer Staaten) genutzt, besonders nachhaltig Anfang Februar 1982, als 16 westliche und neutrale Außenminister, darunter BM und Außenminister

⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁶ Vgl. den Artikel „O pravach čeloveka – podlinnych i mnimych“; PRAVDA vom 18. Juli 1983, S. 5.

Haig, persönlich in Madrid die Sowjetunion zur Beachtung der Schlußakte von Helsinki aufforderten.⁷

Der Entwurf des Schlußdokuments beruht auf westlichen Wertvorstellungen und berücksichtigt wesentliche westliche Vorschläge. Dies ist auch der engen Zusammenarbeit mit der Gruppe der neutralen und ungebundenen Staaten zu verdanken, deren Vermittlung zwischen West und Ost, zuletzt vor allem durch ihren Vermittlungsvorschlag vom 15.3.1983⁸, zum Erfolg in Madrid beigetragen hat.

Nachdem der Westen am 3. Mai 1983 einige wenige Verbesserungswünsche zu diesem Entwurf der Neutralen vorbrachte⁹, sperrte sich die Sowjetunion sechs Wochen lang gegen jede Änderung des von ihr immerhin akzeptierten Vorschlags der Neutralen.¹⁰ Am 17.6.1983 unterbreitete dann der Gastgeber Spanien einen Vermittlungsvorschlag¹¹, der die verbliebene wesentliche Forderung des Westens, nämlich die Einsetzung eines Expertentreffens über menschliche Kontakte, enthielt. BM appellierte in Briefen an alle Außenminister des Warschauer Pakts, den spanischen Vorschlag anzunehmen.¹² Endlich gingen dann die Sowjetunion und ihre östlichen Partner drauf ein, so daß sich das Verhandlungspatt lösen ließ.¹³

Auch gegenüber Präsident Reagan setzte sich der BM bei seinem Besuch am 11.7.1983 in Washington¹⁴ für die Annahme des spanischen Vorschlags ein. Die USA stimmten am 15.7.1983 dem Abschluß in Madrid auf der Grundlage der spanischen Initiative zu, ohne humanitäre Leistungen der Sowjetunion zur zusätzlichen Abschlußbedingung zu erklären.¹⁵ Gemeinsam mit den USA hat die Bundesregierung die SU auf Entgegenkommen in diesem Bereich gedrängt, so der Bundeskanzler und BM bei ihrem Besuch in Moskau¹⁶. Sie erwartet, daß die SU – nach einigen bereits gegebenen Zeichen, wie z.B. die Freilassung der Familien Waschtschanko und Tschmychalow, die beide der Pfingstgemeinde angehören¹⁷ – weitere solche Gesten macht.

⁷ Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten sowie der neutralen und nichtgebundenen Staaten wiedereröffnet. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 52.

⁸ Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten für ein Abschlußdokument der KSZE-Folgekonferenz (CSCE/RM.39 revised) vgl. Dok. 85.

⁹ Zu dem am 3. Mai 1983 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegten Änderungsvorschlägen der westlichen Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 129, Anm. 12.

¹⁰ Vgl. dazu das sowjetische Memorandum vom 6. Mai 1983; Dok. 129, besonders Anm. 4.

¹¹ Zum spanischen Vermittlungsvorschlag für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 181.

¹² Zu den Schreiben vom 27. bzw. 28. Juni 1983 vgl. Dok. 191, Anm. 15.

¹³ Zur Zustimmung der sowjetischen KSZE-Delegation am 1. Juli 1983 zum spanischen Vermittlungsvorschlag vom 17. Juni 1983 für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 196, Anm. 15.

¹⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan vgl. Dok. 212.

¹⁵ Präsident Reagan gab am 15. Juli 1983 in Washington bekannt, daß die USA das Schlußdokument unterzeichnen werde. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1040 f.

In der Plenarsitzung am selben Tag billigten die KSZE-Teilnehmerstaaten mit Ausnahme Maltas in Madrid den Text des Schlußdokuments. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 842 des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), vom 16. Juli 1983; Referat 212, Bd. 133422.

¹⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹⁷ Zur Ausreise von Angehörigen der christlichen Pfingstkirchler vgl. Dok. 172, Anm. 13.

Nunmehr sind noch die drei maltesischen Sonderforderungen zu behandeln:

- Absichtserklärung der Teilnehmerstaaten, ihre Streitkräfte im Mittelmeerraum zu reduzieren,
- Einbeziehung des Mittelmeers in das Mandat der KAE,
- Expertentreffen über Sicherheit im Mittelmeer.

4) Inhalt des Schlußdokuments im einzelnen

Das Schlußdokument sieht u. a. vor:

- die gravierenden Verletzungen von Prinzipien der Schlußakte werden zur Sprache gebracht und deren strikte Anwendung und Beachtung gefordert,
- das Menschenrechtsprinzip der Schlußakte wird ausdrücklich bekräftigt,
- ein Expertentreffen über Menschenrechte in Ottawa (Mai 1985)¹⁸,
- das oben genannte Expertentreffen über menschliche Kontakte in Bern (April 1986)¹⁹, es wird in einer sog. „Erklärung des Vorsitzenden“ gleichzeitig mit dem Schlußdokument und ebenso verbindlich veröffentlicht,
- Verbesserungen in dem Verfahren zur Familienzusammenführung (u. a. Entscheidungen über Anträge grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten, Nichtdiskriminierung von Antragstellern, Information über Antragsprozeduren, Gebührensenkung, Maßstab das durchschnittliche Monatseinkommen, erneute Antragstellung möglich),
- ungehinderter Zugang zu den diplomatischen Vertretungen: erstmalig eine Verpflichtung in diesem Bereich,
- Vereinbarungen über Religionsfreiheit und Kontaktmöglichkeiten der Kirchen: vom Vatikan sehr begrüßt,
- Regeln zur Bekämpfung des Terrorismus,
- Gewerkschaftsfreiheit (erstmalig in einem KSZE-Dokument),
- Arbeiterleichterungen für Journalisten,
- Veröffentlichung des Schlußdokuments in allen Teilnehmerstaaten,
- weiteres Folgetreffen in Wien (November 1986)²⁰ und die ²¹Verpflichtung, künftig Folgetreffen regelmäßig stattfinden zu lassen,
- Kulturforum 1985 in Budapest²²,
- Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE): Die SU ist nunmehr bereit, ihr gesamtes europäisches Territorium in den Anwendungsbereich der von dieser Konferenz zu beschließenden vertrauensbildenden Maßnahmen einzubeziehen. Beginn der KAE im Januar 1984 (Stockholm) würde bei gleichzeitig eventuell erforderlich werdender INF-Stationierung beweisen, daß Ost-West-Dialog auch im Rüstungskontrollbereich weitergeht. Das KAE-Vorbereitungstreffen beginnt noch 1983, am 25.10.²³

¹⁸ Das Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten fand vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 statt.

¹⁹ Das Expertentreffen über menschliche Kontakte fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 statt.

²⁰ Die dritte KSZE-Folgekonferenz fand vom 4. November 1986 bis zum 19. Januar 1989 statt.

²¹ Beginn des mit Runderlaß Nr. 86 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²² Das Kulturforum im Rahmen der KSZE fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 statt.

²³ Zur KVAE-Vorbereitungskonferenz vom 25. Oktober bis 11. November 1983 in Helsinki vgl. Dok. 345.

Die positive Beurteilung des mit dem Schlußdokument Erreichten wird von den Partnern in der EPZ und in der NATO, insbesondere auch von Präsident Reagan (in seiner Erklärung vom 15.7.1983) geteilt.

5) Deutscher Beitrag zum Madrider Treffen

Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, das in Belgrad 1978²⁴ beschlossene Madrider Treffen trotz der schweren Verletzungen der Schlußakte stattfinden zu lassen. Wir haben in EPZ und NATO die Konzeption des Treffens mitgestaltet. Insbesondere gelang es, Frankreich davon zu überzeugen, das KAE-Konzept in die KSZE einzubringen und damit eine Voraussetzung des jetzigen Verhandlungserfolges zu schaffen. Wir haben Frankreich nachdrücklich dabei unterstützt, das KAE-Konzept im Westen und bei den Neutralen durchzusetzen.

Zum Teil gegen den Widerstand anderer Partner hat die Bundesregierung an der Fortsetzung des Madrider Treffens festgehalten.

Der Bundeskanzler und BM haben wiederholt gegenüber Regierungen in West und Ost auf baldigen positiven Abschluß der Madrider Konferenz gedrängt und bei geeigneten Anlässen dazu auch in öffentlichen Erklärungen aufgerufen.

Für die Teilnahme möglichst aller wichtigen Außenminister der Teilnehmerstaaten aus West und Ost am feierlichen Abschluß in Madrid hat sich die Bundesregierung erfolgreich verwandt.

6) Medienecho

Die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Wochen bis zur Einigung in Madrid eine zusehends umfassendere Berichterstattung in allen Medien erhalten.

Weitgehend überwiegt die Einschätzung, daß der Abschluß in Madrid ein Erfolg des Westens ist.

Die westlichen Medien würdigen darüber hinaus den bedeutenden Beitrag der deutschen Regierung zum erfolgreichen Abschluß des Folgetreffens.

Vgl. auch Infofunk-Meldung Nr. 2201 d/0 vom 22.7.1983.

Steinkühler²⁵

Referat 012, Bd. 124453

²⁴ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 88.

²⁵ Paraphe vom 25. Juli 1983.

224

**Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-19126/83 geheim
Fernschreiben Nr. 334

Aufgabe: 25. Juli 1983, 14.55 Uhr¹
Ankunft: 25. Juli 1983, 18.23 Uhr

Betr.: MBFR;

hier: Abschlußbericht der 30. Runde (19.5. bis 21.7.83)

Zur Information

I. Gesamteindruck

Mit Vorlage seines Entwurfs eines „Abkommens über die gegenseitige Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa“ vom 23.6.83² hat der Osten denjenigen seiner drei Vorschläge vom 17.2.83³, der sich auf Verminderungen und Begrenzungen der Streitkräfte aller direkten Teilnehmer bezieht, genauer umschrieben. Damit ist eine neue Verhandlungssituation geschaffen,

- in der zwei miteinander vergleichbare Ansätze zu einem Gesamtabkommen vorliegen und
- in deren Mittelpunkt die bisherigen Kardinalfragen Dateneinigung und Verifikation, dazu aber auch die der Reduzierungsmodalitäten, stehen werden,
- die zu einer zunehmenden Verlagerung der Gespräche auf operative Detailfragen führen dürfte.

Der Westen wird in Bälde zu entscheiden haben, wie er unter Zugrundelegung seiner Gesamtposition diese Entwicklung zur Förderung der Verhandlungen nutzen kann.

II. Rundenverlauf

1) In der ersten Hälfte der Runde konzentrierte sich der Westen darauf, das Rational seines Vertragsentwurfs vom 8.7.82⁴ zu erläutern, ihm die entscheidenden Mängel der östlichen Vorschläge kritisch gegenüberzustellen und die in den Vorschlägen vom 17.2.83 signalisierte Beweglichkeit des Ostens in der Verifikationsfrage abzutasten.

Der Osten kritisierte weiterhin die westliche Position als unrealistisch und überspannt und wies darauf hin, daß es außer Daten und Verifikation auch noch andere Bereiche mangelnder Übereinstimmung gäbe, nämlich den Einschluß von Rüstungen, eine feste Obergrenze für Luftstreitkräftepersonal und das Verbot von Ausnahmen.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 26. Juli 1983 vorgelegen.

² Zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 191, Anm. 14.

³ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 51.

⁴ Zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 51, Anm. 7.

2) Nach Einführung seines Vertragsentwurfs am 23.6.83 beschränkte sich der Osten weitgehend auf dessen Erläuterung und die Beantwortung von 34 in der AHG abgestimmten westlichen Fragen zu diesem Entwurf.⁵ Die Fragen zur Verminderungsphase beantwortete er unter Hinweis auf die Schwierigkeit der Beantwortung bisher nicht.

3) Einige der bisher erteilten Antworten sind für die Klärung östlicher Vorstellungen zur Verifikation von Interesse und lassen auf weitere östliche Flexibilität schließen, sind für eine umfassende Bewertung jedoch noch nicht ausreichend.

III. Gesamtbewertung

(Vergleiche ergänzend DB 267/83 vom 23.6.83, Del.Ber. Nr. 63/83⁶, sowie die NATO-weit verteilte eingehende Analyse der AHG.)

1) Der östliche Abkommensentwurf und die dazu gegebenen Erläuterungen lassen östliches Bemühen erkennen, dem Westen verbal und konzeptionell soweit entgegenzukommen, als dies mit der östlichen orthodoxen Position vereinbar ist.

So hat der Osten z.B. die Formel vom „significant share“ übernommen und damit nahezu volle Kollektivität zugestanden. Durch die Ablehnung getrennter amerikanischer und sowjetischer Höchstgrenzen steht die 50-Prozent-Klausel nun in einem anderen Zusammenhang und bildet die einzige Möglichkeit einer direkten Begrenzung der sowjetischen Streitkräfte. Von wesentlicher Bedeutung aber ist, daß der Osten zum ersten Mal die Notwendigkeit von Inspektionen im MBFR-Rahmen anerkennt und ein Verifikationspaket vorgelegt hat, das – wenn auch inhaltlich in unzureichendem Maße – dem westlichen weitgehend entspricht. Es sieht folgendes vor:

- Inspektionen vor Ort, allerdings nur bei Verdacht der Überschreitung der vereinbarten Höchststärken und auf entsprechenden Antrag, den die zu inspizierende Seite mit Begründung ablehnen kann. Hierzu hat der Osten auf Fragen erläutert, daß ein Inspektionsantrag normalerweise positiv beschieden würde und die Ablehnung die Ausnahme sei.
- Ständig mit Beobachtern besetzte Durchlaufpunkte, deren Zahl auf drei bis vier für jede Seite begrenzt wird. Verbände, Einheiten und Teileinheiten aller direkten Teilnehmer, die den Reduzierungsraum betreten oder verlassen, müssen diese Durchlaufpunkte benutzen.
- Nichtbeeinträchtigung der nationalen technischen Mittel.
- Informationsaustausch, wobei der Osten bei der Beantwortung der westlichen Fragen Flexibilität bei der erforderlichen Festlegung von Inhalt und Umfang des Informationsaustauschs angedeutet hat.

⁵ Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten in der informellen Sitzung am 28. Juni 1983 einen Katalog mit Fragen zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten für ein MBFR-Abkommen vom 23. Juni 1983. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 282/283 des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vom 1. Juli 1983; VS-Bd. 11478 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), legte eine Bewertung des Entwurfs der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten für ein MBFR-Abkommen vom 23. Juni 1983 vor. Vgl. VS-Bd. 11517 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

- Bildung einer Gemischten Kommission für die Dauer des Abkommens. In ihr sollen Fragen der Vertragserfüllung erörtert und die hierzu sachdienlichen Informationen ausgetauscht werden.

2) Selbst wenn es gelänge, ein ausreichendes Bündel von Maßnahmen mit dem Osten auszuhandeln, wäre immer noch die Schwierigkeit zu überwinden, daß der Osten – um erneuten Streit über Ausgangsdaten zu vermeiden – das Wirksamwerden solcher Maßnahmen erst mit Erreichung der kollektiven Höchststärken vorsieht. Für die Überprüfung des Verminderungsprozesses selbst sieht der Osten neben der Nichtbeeinträchtigung der nationalen technischen Mittel sowie dem Bestehen der Gemischten Kommission von Anfang an als neue, bedingt kooperative Maßnahme nur vor, daß jede Seite auf freiwilliger Grundlage Beobachter der anderen Seite zu den Verminderungen der größten Kontingente der einheimischen und der Stationierungsstreitkräfte einladen kann. Wenn tatsächlich voll angewandt, kann diese Maßnahme eventuell vertrauensbildend wirken. Eine Verifizierung des gesamten Reduzierungsvorgangs ist mit ihr jedoch nicht möglich. Wie weit sich diese Maßnahme ausbauen läßt, muß im Verlauf weiterer Verhandlungen noch ausgelotet werden.

IV. Schlußfolgerung

1) Der Osten hat bei Einbringung seines Vertragsentwurfs unterstrichen, daß er keine „Take-it-or-leave-it“-Position einnehme, sondern einen Beitrag zur Konkretisierung der Verhandlungen leisten wolle. Daraus ließe sich auf eine gewisse Beweglichkeit in den Kernproblemen der Verhandlungen schließen.

Die östliche Initiative sollte nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Bemühens um Beeinflussung der westlichen öffentlichen Meinung gesehen werden. In seiner Öffentlichkeitsarbeit hat der Osten bisher wenig Kapital aus seiner Bewegung in Wien zu schlagen versucht.

Aus Sicht der Delegation handelt es sich auch um einen Versuch, die Verhandlungen vom Eise zu bringen, den der Westen sich für eine eigene Initiative im dort geplanten Sinne⁷ zu Nutzen machen sollte. Beharren des Westens auf unveränderten Positionen würde es wahrscheinlich unmöglich machen, die östliche Position in der Verifikationsfrage mit Erfolg weiter auszuloten. Der Osten wird aller Voraussicht nach seine jetzt auf den Tisch gelegte Position beibehalten, bis der Westen in einer Weise geantwortet haben wird, die die Verhandlungen weiterführen kann.

2) Wir sollten uns in den Verhandlungen weiterhin darauf konzentrieren, das zentrale Problem kooperativer und effektiver Verifikation zu lösen. Wäre dieses Ziel erreicht, müßte die Frage der Verminderungsphase angepackt werden. Erst nach deren Lösung dürfte es Sinn haben, die verbleibenden Streitfragen aufzugreifen.⁸

3) In dem jetzigen Verhandlungsstadium lassen insbesondere drei Gründe die dortigen Initiativ-Überlegungen zur Herbeiführung einer politischen Allianzentscheidung über die Art der Weiterführung der Verhandlungen ab Herbst 1983 notwendig wie auch zeitlich dringlich erscheinen:

⁷ Vgl. dazu den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983; Dok. 237.

⁸ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Neubert hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“

- Die durch die diesjährigen östlichen Vorschläge gegebenen Impulse sollten für die Verhandlungen genutzt werden.
- Der Westen sollte Verhandlungsinitiative wiedergewinnen.
- Die westliche Verhandlungsposition sollte unter Wahrung der Zielvorstellungen der gegenwärtigen Situation angepaßt werden, um sie sowohl in den Verhandlungen als auch in der Öffentlichkeit optimal vertreten zu können.

4) Die dortigen Initiativ-Überlegungen stellen in hiesiger Sicht ein wirksames Instrumentarium dar, um die östliche Seite im Daten-/Verifikationsbereich zur Konkretisierung ihrer Aussage zu bewegen. Die hierbei mögliche Konzentration der westlichen Verhandlungsführung auf das Verifikationsproblem macht es für den Westen – ebenfalls aus der Beurteilung vor Ort – jedoch erforderlich, seine Verifikationsposition in ihren Inhalten, konzeptionell und in den Einzelheiten zu durchdenken und zu vervollständigen.

Wir werden uns darauf einzustellen haben, daß der Verifikationskomplex in Zukunft hier in Wien in sehr viel detaillierterer Form zur Sprache kommen und verstärkte Anforderungen an Begründung und Argumentation stellen wird. Wir sollten diesem Erfordernis bei der Vorbereitung entsprechende Aufmerksamkeit widmen.

Bei Ausgestaltung der westlichen Position sollte im Auge behalten werden, daß sie nicht als „take it or leave it“ abgefaßt wird. Für den Fortgang der Verhandlungen ist von entscheidender Bedeutung, daß sie prozedurale und substantielle Flexibilitätsspielräume offenläßt, um dem östlichen Verhandlungsspielraum etwas entgegenhalten zu können. Wichtigstes Kriterium in diesem Zusammenhang sollte sein, welche Positionen für uns unabdingbar und in welchen Bereichen Bewegungsmöglichkeiten vorhanden sind.⁹

[gez.] Boss

VS-Bd. 11473 (221)

⁹ Am 25. Juli 1983 informierte Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation): „Zum Rundenende fand in der AHG der übliche Gedankenaustausch über Verhandlungsstand und weiteres Vorgehen statt. [...] NL, CDN, N, DK (auf persönlicher Basis) und wir befürworteten einen substantiellen weiterführenden westlichen Schritt, da nur ein solcher weitere östliche Flexibilität und damit Fortschritte in den Verhandlungen herbeiführen könne. US-DL beschränkte sich auf die Aussage, der Westen müsse in der Pause entscheiden, ob er einen solchen Schritt tun wolle. Selbst wenn dies nicht der Fall sei, müsse er aus taktischen Gründen auf irgendeine Weise auf die diesjährigen östlichen Vorschläge antworten. UK und I wandten sich nachdrücklich gegen einen substantiellen Schritt in der nächsten Runde. Vielmehr solle man sich auf die Kritik der offensichtlichen Schwächen der östlichen Position (Daten, Verifikation) konzentrieren. Die östliche MBFR-Position sei durch die ur-eigenen, globalen Interessen der SU bestimmt und lasse sich bestenfalls marginal durch westliche Verhandlungsschritte beeinflussen. Bei allen Sprechern bestand Übereinstimmung darüber, daß eine westliche Reaktion auf die östlichen Vorschläge, sei sie taktischer oder substantieller Natur, baldmöglichst, spätestens zum 10. Jahrestag des Beginns der MBFR-Verhandlungen am 30.10.83, erfolgen solle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 333; VS-Bd. 11467 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

225

Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), an das Auswärtige Amt

114-19142/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1446

Aufgabe: 26. Juli 1983, 10.55 Uhr¹
Ankunft: 26. Juli 1983, 11.35 Uhr

Betr.: Chemische Waffen;

hier: US-Informations-Briefing mit General Watson, Unterabteilungsleiter für chemische Waffen bei der Heeresführung im Pentagon

Zur Unterrichtung

1) Die US-Delegation veranstaltete am 21.7.1983 ein Briefing mit Brigadegeneral Watson, dem für chemische Waffen zuständigen Unterabteilungsleiter der Heeresführung im Pentagon, zu dem die Botschafter und die mit den CW-Verhandlungen² befaßten Mitglieder der westlichen Delegationen eingeladen waren. General Watson führte das Briefing unter Beteiligung von Botschafter Fields und höheren Offizieren der Delegation, des Chemical Weapons Corps und des Joint Chiefs of Staff durch.

Das Briefing konzentrierte sich auf die Darstellung der sowjetischen Modernisierung der chemischen Kriegsführungskomponente und auf die amerikanische Unterlegenheit auf diesem Gebiet. Seit der Entscheidung der US-Regierung, die Produktion chemischer Waffen einzustellen³, habe die SU systematisch an dem Ausbau ihrer eigenen CW-Kapazität gearbeitet. Sie verfüge über 85 000 für den Einsatz von C-Waffen ausgebildete und ausgerüstete Soldaten. Die taktischen Raketen vom Typ FROG 7 und Scud B könnten von der DDR jeden Punkt in der Bundesrepublik Deutschland erreichen. Die Entwicklung wirksamer Schutzkleidung gegen CW-Einsätze und die Fähigkeit zur raschen Dekontamination steigerten die Einsatzfähigkeit der sowjetischen CW-Truppen. Es könne kein Zweifel bestehen, daß sowjetische CW-Fähigkeit als ein Instrument offensiver Kriegsführung angelegt sei. Das Politbüro habe Richtlinien für den CW-Einsatz erlassen. C-Waffen kämen in erster Linie zur Bekämpfung wichtiger logisti-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.

Hat Attaché Haber vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann sowie die Legationsräte I. Klasse Adamek und Wagner verfügte.

Hat Hofmann am 3. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS v[on] Staden hat dazu aufgefordert, dies bei Beantwortung der Grünen-Anfragen zu benutzen.“

Hat Adamek und Wagner am 3. Juli 1983 vorgelegen.

Hat Haber erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Habe BMVG – Fü S 2 hierauf hingewiesen.“

² Zu den Verhandlungen im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf über ein Abkommen zum Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 76, Anm. 28.

³ Nach einer Überprüfung der amerikanischen Politik auf dem Gebiet der biologischen und chemischen Waffen durch den Nationalen Sicherheitsrat bat Präsident Nixon am 25. November 1969 den amerikanischen Senat um Ratifizierung des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Krieg. Ferner erklärte er, auf die Anwendung biologischer sowie auf den Ersteinsatz von chemischen Waffen zu verzichten. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 969 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 134 f.

scher Ziele in Betracht, und es müsse damit gerechnet werden, daß ein Überraschungsangriff durch die SU unter massivem Einsatz von C-Waffen erfolge.

Die amerikanische Regierung sei insbesondere über die jüngsten Bemühungen der sowjetischen Seite besorgt, ihr CW-Potential zu modernisieren und weiter auszubauen. Die amerikanische Seite habe demgegenüber kein vergleichbares CW-Potential, so daß mangels eines ausreichenden Abschreckungsfaktors die sowjetische CW-Fähigkeit eine außerordentlich ernste Bedrohung darstelle. Die dramatische Unterlegenheit der USA auf dem Gebiet der C-Waffen mache den außerordentlichen Impetus der amerikanischen Delegation in Genf verständlich, den Verhandlungsprozeß über ein künftiges CW-Abkommen zu beschleunigen.

2) Über ein am 22.7.1983 geführtes Gespräch mit General Watson in unserer Delegation, das dem Tenor des Briefing folgt und im übrigen die von den Amerikanern angenommene CW-Bedrohung noch detaillierter und präziser beschreibt, habe ich den in der Anlage befindlichen Gesprächsvermerk angefertigt.

3) Bewertung

Sowohl das Briefing als auch das mit General Watson geführte Gespräch vermittelten hinsichtlich des amerikanischen Verhandlungseingagements für ein künftiges CW-Abkommen einen gespaltenen Eindruck. Ungeachtet des rüstungskontrollpolitischen Ansatzes, der die jüngste Senatsentscheidung über die Bewilligung der Mittel für die Modernisierung der chemischen Waffen⁴ begleitet hat, scheinen in der Administration die Kräfte zu wachsen, die dem Abschluß eines CW-Abkommens eine geringere Priorität einräumen als dem Aufbau einer ausreichenden CW-Abschreckungskomponente. Neue nachrichtendienstliche Erkenntnisse über die Entwicklung und Produktion von C-Waffen in der SU lassen in diesen Kreisen zunehmend Zweifel aufkommen, ob die SU die Verhandlungen im Abrüstungsausschuß bona fide führt. Aus dieser Einschätzung resultiert wiederum ein abnehmendes US-Interesse an einer Beschleunigung des Verhandlungsprozesses. Obwohl der Besuch von General Watson so angelegt war, daß er den Verhandlungswillen der USA unterstreichen sollte, überwog doch die Darstellung der sowjetischen CW-Bedrohung, der in erster Linie durch Modernisierung der US-CW-Komponente und erst in zweiter Linie durch Verhandlungen entgegengetreten werden muß, auch wenn dies nicht offen ausgesprochen wurde. Es ist zu fragen, wieweit die USA tatsächlich noch bereit sind, ernsthaft zu verhandeln. Unsere Delegation beobachtete in diesem Zusammenhang ein britisch-amerikanisches Zusammenspiel, innerhalb der westlichen Gruppe keinen besonderen Abschlußwillen zu demonstrieren und unsere Bemühungen um eine verbesserte Koordination⁵ zu unterlaufen. Die britische De-

⁴ Mit Schreiben vom 4. März bzw. im Gespräch am 9. März 1981 in Washington informierte der amerikanische Außenminister Haig Bundesminister Genscher über die grundsätzliche Entscheidung, beim amerikanischen Kongreß Mittel für die Modernisierung des Chemiewaffenpotentials, insbesondere für die Produktion binärer chemischer Waffen, zu beantragen. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 62. Bei den Verhandlungen über den amerikanischen Verteidigungshaushalt für 1984 lehnte das Repräsentantenhaus Mitte Juni 1983 den Antrag der Regierung auf Bereitstellung von Mitteln für die Herstellung binärer chemischer Waffen ab. Am 14. Juli 1983 teilte Gesandter Pabsch, Washington, mit, daß der Senat dagegen dem Antrag mit einer Stimme Mehrheit zugestimmt habe und ein Vermittlungsverfahren eingeleitet werde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3108; Referat 222, Bd. 126950.

⁵ Am 21. Juli 1983 berichtete Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), daß er sich in der „auf unsere Initiative einberaumten Sitzung der Botschafter zur Erörterung der Möglichkeiten einer verbesserten Koordinierung der westlichen Positionen im Verhandlungsprozeß

legation rechtfertigte ihr Verhalten uns gegenüber vertraulich damit, daß sie die amerikanische Bedrohungsanalyse voll teile und daß eine Veränderung der Ausgangsposition zu Überlegungen führen könne, sich alle Optionen – einschließlich der Bewaffnung mit C-Waffen – offenzuhalten. Bei dieser Sachlage scheint es mir geboten, bei der nächsten Vierer-Konsultation⁶ zu klären, wie weit die Grundvorstellungen unter den Vier über den Abschluß eines CW-Abkommens noch identisch sind.

Folgt Anlage

Aktenvermerk vom 25.7.1983

Am 22.7.1983 suchte mich Brigadegeneral Watson, Unterabteilungsleiter für den Bereich chemische Waffen bei der amerikanischen Heeresführung im Pentagon zu einem einstündigen Gespräch auf. Er wurde von einem Vertreter der amerikanischen Delegation (Busby) begleitet. Watson hat einen etwa einwöchigen Aufenthalt in Genf zu ähnlichen Gesprächen mit der Mehrzahl der anderen westlichen CD-Delegationen und zahlreichen Delegationen anderer Regionalgruppen genutzt.

Offensichtlicher Zweck des Besuches war, uns vertraulich über die gestiegenen Besorgnisse der USA betreffend verstärkter CW-Rüstung der Sowjets zu unterrichten und mit Auskünften über diese neue sowjetische Rüstungswelle die Pläne des Pentagons für eine Wiederaufnahme von CW-Produktionen und die entsprechende Mittelbeschaffung im Kongreß zu rechtfertigen. Watson ließ erkennen, daß eine stärkere Unterstützung gerade der europäischen Alliierten für das amerikanische Beschaffungsprogramm ein Schlüssel zu seiner Durchsetzungsfähigkeit im Kongreß sei.

Nach Watsons Darlegung hat sich der Ausbau der sowjetischen CW-Kapazität in den letzten Jahren dramatisch beschleunigt. Für die Jahre seit 1981 sprach er von exponentiellen Zuwachsraten. Der Ausbau erfolge auf der ganzen Linie. Die bekannten Fabriken der Sowjets würden erweitert, es würde der Bau neuer Fabrikhallen beobachtet. Im Forschungsbereich werde – wie man anhand der ausgeführten Tests nachweisen könne – mit zahllosen neuen Substanzen experimentiert. Ein großer Teil der Substanzen sei für den europäischen Kriegsschauplatz gedacht. Besondere Sorge bereiteten neue Forschungsserien im Bereich der Mikrotoxine und bei Stoffen, die die bisher eingeführten amerikanischen Schutzkleidungen unwirksam machten und durch das Kautschukmaterial dieser Anzüge auf die Haut einwirkten und sie penetrierten. Obwohl die Amerikaner z. Z. noch mit Intelligence-Zahlen von 20 000 Spezialfahrzeugen für CW-Kriegsführung⁷ arbeiteten, ließen die neueren internen Berechnungen ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1154

über ein künftiges CW-Abkommen am 20.7.1983“ erneut für eine bessere Koordinierung ausgesprochen habe, um die Verhandlungen zu beschleunigen. Er habe darauf hingewiesen, „daß die Glaubwürdigkeit des Rüstungskontrollprozesses erschüttert würde, wenn auf dem Gebiet der chemischen Waffen, das wie kein anderes Erfolgsaussichten verspreche, die Uneinigkeit der westlichen Gruppe CW öffentlich zutage trete“. Die Reaktion der Kollegen habe „von voller, nachdrücklicher Zustimmung (B, KAN, JAN, I, mit Einschränkungen AUS) bis zu höflicher Zustimmung (F und GB)“ gereicht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1413; Referat 222, Bd. 126958.

⁶ Zum Gespräch der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 27. Juli 1983 vgl. Dok. 228.

⁷ Der Passus „von 20 000 ... CW-Kriegsführung“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

muten, daß es sich bereits um 32000 Fahrzeuge handele. Sämtliche neugefertigten Waffensysteme für die sowjetische Armee (Panzer, Lastwagen etc.) seien CW-sicher mit Filtern ausgestattet und erübrigten damit das vormarschhemmende und demoralisierende Anlegen von Schutzkleidung. Die SU fahre auch während der Phase der CW-Verhandlungen in Genf unverändert fort, sämtliche Heeresseinheiten bis zur unteren Ebene mit CW-Kapazität auszustatten. Auch die sowjetischen Manuale für die CW-Kampfführung seien völlig unverändert geblieben. Die Amerikaner gingen fest davon aus, daß die Sowjets chemische Waffen in großem Maßstab unmittelbar bei der Eröffnung jedes möglichen konventionellen Konflikts in Europa einsetzen würden. Sie seien hierfür bereits jetzt in überwältigender Weise ausgestattet.

⁸Die Amerikaner hätten dem z. Z. nichts gegenüberzusetzen. Die veraltete Munition decke auch numerisch nur zehn Prozent des Bedarfs ab. Hiervon seien etwa zehn Prozent, wie bekannt, in der Bundesrepublik Deutschland gelagert. Dies sei mithin nur ein Prozent des Bedarfs für eine erfolgreiche Bekämpfung eines sowjetischen Angriffs.⁹ Entsprechend sei der geringe Abschreckungswert zu veranschlagen. Allerdings sei entgegen umlaufenden Gerüchten die in der Bundesrepublik gelagerte Haubitzenmunition (Reichweite ca. 16 km), die er unlängst bei einer detaillierten Rundreise besichtigt habe, noch in hervorragendem und auch für die Zivilbevölkerung gegenwärtig ungefährlichen Zustand.

General Watson entwickelte dann im einzelnen die uns bekannte Beschaffungsplanung einschließlich der Bombe Big Eye. Falls sich der Beschluß des Senats, der unerwartet knapp ausgefallen sei (Berechnungen der Administration noch am Abstimmungstage hätten einen Überhang von vier positiven Stimmen aufgezeigt), in der Vermittlungs-Konferenz¹⁰ durchhalten lasse, würde sich eine etwa einjährige Verschiebung des gesamten Programms ergeben. Dies sei außerordentlich bedenklich, müsse aber notfalls hingenommen werden. Jedoch seien weitere Verschiebungen wichtiger Produktionsentscheidungen überaus schwer aufzufangen und erhöhten das Risiko in nicht mehr vertretbarer Weise.

Nach Ausführung von Watson sei ein wesentliches Hindernis für einen raschen Wiederaufbau der erforderlichen amerikanischen Abschreckungskapazität die Haltung der Europäer. Er bedauerte, daß es in der NATO nicht möglich sei, eine volle Diskussion der CW-Problematik herbeizuführen. Die traurige Erfahrung der Amerikaner sei, daß die europäischen Alliierten die Diskussion laufend bereits auf unterer Arbeitsebene abblockten, so daß die immer weiter wachsende Gefährdung nicht einmal auf der hohen politischen Entscheidungsebene zur Kenntnis genommen werden könne. Watson bestritt energisch, daß

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1447 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁹ Der Passus „für eine erfolgreiche ... sowjetischen Angriffs“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁰ Am 4. August 1983 erzielte der Vermittlungsausschuß beider Häuser einen Kompromiß über den amerikanischen Verteidigungshaushalt für 1984. Gesandter Pabsch, Washington, berichtete am 8. August 1983: „Die Einigung umfaßt die grundsätzliche Bewilligung von 18,1 Mio. Dollar für die Produktion von 155-mm binärer Munition sowie von 96,5 Mio. Dollar für den Bau von Produktionsanlagen für binäre Munition.“ Gleichzeitig seien aber Zusatzbestimmungen erlassen worden: „Danach wird ein Zusammenbau der Komponenten binärer Munition vor dem 1. Oktober 1985 verboten und ist auch danach nur erlaubt, falls der Präsident dem Kongreß bescheinigt, daß der Zusammenbau wesentlich für das nationale Interesse ist.“ Außerdem müsse dann für jedes neue Geschöß „ein Stück bestehender chemischer Munition vernichtet werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3472; Referat 222, Bd. 126950.

das NATO-Dokument MC 14/3¹¹ und die zugehörigen weiteren Dokumente das Konzept einer CW-Abschreckung durch C-Waffen nicht mehr enthielten. Nach Auffassung der amerikanischen Armee könne die Gefahr eines sowjetischen CW-Angriffs oder der Abblockung eines CW-Angriffs im frühen Stadium nur mit chemischen Waffen entgegengetreten werde. Der Glaube, daß eine Abschreckung mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen möglich sei, sei völlig antiquiert und gefährlich. Der Großteil der hierfür reichweitenmäßig in Frage kommenden taktischen Waffen stamme aus den Jahren 1946 bis 1948. Diese Waffen seien praktisch für den angestrebten Zweck überhaupt nicht mehr einsatzfähig. Die Auffassung, daß die Abschreckung hiermit noch sinnvoll sein könne, vernachlässige den dynamischen Ausbau der sowjetischen taktischen Atomwaffen, die mit fünf neuen Typen ein außerordentlich flexibles Instrument darstellten, das jede nukleare Eskalierung der NATO auf Gefechtsfeldebene unwirksam mache. Hier sei die Eskalationsdominanz in einer erschreckenden Weise abhanden gekommen.

Nachdrücklich bezweifelte General Watson, unterstützt von Busby, die Aufrichtigkeit des Verhandlungswillens der Sowjets im CW-Bereich. Es sei schlechterdings nicht erkennbar, worauf für die Sowjets ein incentive in diesem Bereich gründen könne. Ihre Überlegenheit, die von Tag zu Tag wachse, sei derartig eklatant und die strategische Bedeutung des CW-Instruments im Rahmen der sowjetischen Gesamtstrategie derartig hoch zu veranschlagen, daß es sich hier ausschließlich um ein propagandistisch-taktisches Manöver handle. Die amerikanische Delegation käme auch wegen der Passivität der sowjetischen Verhandler, die seit dem Frühjahr 1983 zu beobachten sei, immer mehr zu dem Schluß, daß die Entscheidungen in Moskau bereits zugunsten einer Stagnation bzw. eines völligen Einschlafens der Verhandlungen gefallen seien. Die sowjetischen Scheinverhandlungen hätten im wesentlichen den Zweck, die Europäer von einer gemeinsamen neuen CW-Strategie mit den Amerikanern abzuhalten und eine Stationierung von CW in Europa zu verhindern. In dieser Optik habe auch die Gewährung von Verhandlungskonzession an die Sowjets im CW-Bereich keinerlei Funktion mehr. Es sei bedauerlich, daß die sowjetischen Verhandlungsgesten noch verstärkt dazu beitrügen, den europäischen Regierungen die Einsicht in eine zu bestimmtem Zeitpunkt notwendige Stationierung neuer chemischer Waffen in Europa zu verwehren. Mit der deutlich erkennbaren Unwilligkeit der europäischen Regierungen, den Abschreckungswert von CW zu erhöhen, habe sich die Administration gerade auch bei dem erfolglosen Versuch auseinandersetzen müssen, das Repräsentantenhaus für die neuen Beschaffungsprogramme zu gewinnen.

General Watsons eindringlich vorgetragene Argumente gewannen an Effektivität durch seinen besonders ruhigen und sachlichen, militärisch-disziplinierten Vortrag.

[gez.] Wegener

VS-Bd. 12069 (201)

¹¹ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 16.

226

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an Auswärtiges Amt

114-19156/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1441
Citissime

Aufgabe: 26. Juli 1983, 19.30 Uhr¹
Ankunft: 26. Juli 1983, 19.52 Uhr

Betr.: Sitzung der Besonderen Beratungsgruppe (SCG) am 26.7.1983

Bezug: DB Nr. 1431 vom 26.7.1983, AZ: I-371.80/31-2726/83 VS-v²

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Nachdem die Frage der Fortentwicklung der westlichen Verhandlungsposition im Mittelpunkt der Diskussion der gestrigen vertraulichen Sitzung der Quint stand (vgl. Bezugsbericht), wurden in der heutigen SCG-Sitzung vor allem die mußmaßliche Strategie der SU im Herbst sowie mögliche westliche Reaktionen hierzu erörtert.

2) USA informierten mit Lichtbildvortrag über den Stand der Dislozierung der sowjetischen INF-Systeme kürzerer Reichweite (SRINF) sowie der Systeme mit kurzer Reichweite (SRNF). Hierzu erfolgt gesonderter Drahtbericht.³

3) Vor dem Hintergrund dieser sehr detaillierten Information und den vergleichsweise beschränkten Möglichkeiten für die SU, die bereits vorhandene Bedrohung in militärisch bedeutsamer Weise zu steigern, wies ich darauf hin, daß es im Blick auf den Herbst darum gehe, eine Entdramatisierung der Androhung sowjetischer militärischer Gegenmaßnahmen für den Fall des Dislozierungsbeginns im Westen zu erreichen.

II. Im einzelnen

1) Burt unterstrich eingangs die Notwendigkeit, in der jetzt kommenden kritischen Phase Solidarität und Kohärenz der Bündnisposition zu wahren. Jedes

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen.

² Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete über die Sitzung der Stationierungsländer für amerikanische Mittelstreckensysteme mit den USA („Quint“) am 25. Juli 1983, in deren Mittelpunkt „Substanz und Taktik des westlichen Vorgehens in der am 6. September beginnenden 6. Runde“ der INF-Verhandlungen in Genf stand: „Ich schlug vor, aus den Sachpunkten ‚komplementärer regionaler Subceiling, Flugzeugregelung und SRINF‘ ein Paket zu schnüren und dieses zum am günstigsten erscheinenden Zeitpunkt möglichst öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Eine Einigung über das weitere Vorgehen konnte nicht erzielt werden. IT und NL unterstützten meine Argumentation. UK äußerte Bedenken. Burt verhielt sich weitgehend rezeptiv. Er betonte die Notwendigkeit, ‚noch etwas in der Hand‘ zu behalten. Frage der öffentlichen Behandlung des ‚Waldspaziergangs‘ wurde von USA, IT und B aufgeworfen. Ich habe auf der Basis der Sprachregelung der Bundesregierung und der vorliegenden öffentlichen Äußerungen unsere mit dem Doppelbeschluß konsistente Position dargestellt“. Vgl. VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 26. Juli 1983, daß es nach amerikanischen Informationen außerhalb der UdSSR in den Warschauer-Pakt-Staaten zwölf Lagerstätten für sowjetische nukleare Gefechtsköpfe gebe: zwei in der DDR, jeweils drei in Bulgarien, der CSSR und Polen sowie einer in Ungarn. Weitere Informationen hätten die Stationierung der Kurzstreckensysteme Scud/SS-23 und FROG/SS-21 betroffen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1443; VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Anzeichen von Schwäche werde unweigerlich die westlichen Schwierigkeiten bei der Implementierung des Doppelbeschlusses vergrößern.

Die USA nähmen die Herausforderung am Verhandlungstisch sehr ernst. Was die sowjetische Strategie für den Herbst anlange, so sehe man drei hauptsächliche Gefahrenbereiche:

- (1) Forderung nach einer Überprüfung (review) des Doppelbeschlusses, auch ohne daß ein konkretes Verhandlungsergebnis vorliegt;
- (2) Forderung nach einem zeitlichen Aufschub der Stationierung (Moratorium);
- (3) Forderung nach einem Abweichen von wesentlichen Elementen der westlichen Position wie etwa PII-Stationierung oder Nichtberücksichtigung der Drittstaatsysteme.

Burt legte eingehend die militärischen und politischen Gründe dar, die für eine Aufrechterhaltung des Waffenmix sprechen:

(4) Militärisch: breite militärische Optionen; Erhöhung der sowjetischen Schwierigkeiten bei Raketenabwehr.

(5) Politisch:

- Bestehen auf Gleichheitsgrundsatz,
- Abwehr eines sowjetischen *droit de regard* gegenüber westlichen Verteidigungsentscheidungen,
- keine Singularisierung Italiens,
- Vermeidung des Eindrucks, als sei die PII auch ohne Verhandlungsergebnis verzichtbar.

2) Ich hob in meiner Stellungnahme die Bedeutung der westlichen Glaubwürdigkeit für den weiteren politischen Ablauf im Herbst hervor. Es komme entscheidend darauf an, westliches erfolgsorientiertes Verhandeln zu belegen und sowohl die westliche Verhandlungsposition wie die Nachrüstungsentscheidung argumentativ darzulegen.

Das Bündnis habe weder die Stationierung der PII noch der CM um ihrer selbst willen beschlossen, sondern lediglich als Antwort auf eine bestehende sowjetische Bedrohung. Es gelte gleichfalls in den Vordergrund zu rücken, daß das Bündnis sich im Doppelbeschluß für den Fall eines konkreten Verhandlungsergebnisses zu einer Überprüfung des Nachrüstungsbedarfs verpflichtet habe.

Der norwegische Vertreter unterstützte meine Ausführungen und betonte, daß das Bündnis in der gegenwärtigen Phase nicht den Eindruck erwecken dürfe, als habe man den Glauben an eine zeitgerechte Verhandlungslösung bereits aufgegeben.

3) Hinsichtlich der sowjetischen Optionen für den Herbst hielt Burt eine sowjetische Forderung nach einem Stationierungsmoratorium, gekoppelt mit einem neuen Verhandlungsvorschlag, für am wahrscheinlichsten.

Denkbare sowjetische Positionsveränderungen:

- Abgehen von Forderung nach gleichzeitiger Reduzierung von INF-Flugzeugen,
- Angebot eines Freeze für SS-20 in Asien,

- einseitige sowjetische SS-20-Reduzierung als Gegenleistung für zeitlichen Stationierungsaufschub (Build-down-Konzept),
- Neuformulierung des Drittstaatenarguments: (Außerachtlassung etwa der französischen Systeme, Forderung nach Anrechnung von Drittstaatsystemen bei START),
- Forderung, INF-Systeme nur im Herkunftsland (in USA) zu stationieren.

In der anschließenden Diskussion über dieses Thema wies ich nochmals darauf hin, daß uns gegenüber in Moskau die Aufhebung des einseitigen sowjetischen SS-20-Dislozierungsmoratoriums als eine der mutmaßlichen Sanktionen präsentiert wurde.⁴

Es bestand Übereinstimmung, daß sich im Herbst die Diskussion auf die Frage der Verschiebung der Stationierung zuspitzen dürfte. Burt erklärte, daß es nach amerikanischer Auffassung am besten sei, wenn man in der öffentlichen Argumentation auf folgende Grundlinien abstelle:

- die SU will ihre SS-20-Bedrohung aufrechterhalten,
- den USA das Recht auf einen Ausgleich absprechen,
- jegliche Verschiebung der Stationierung erschwert eine vereinbarte Reduzierung,
- was stationiert wird, kann auch wieder abgebaut werden.

4) Die eingehende Information zu sowjetischen SRINF-Dislozierungen (hierzu folgt gesonderter DB) erbrachte, daß SU auf diesem Gebiet noch zwei Optionen hat:

- Verlegung der SS-12/22 (Reichweite 925 km) in die NSWP-Staaten⁵,
- Dislozierung der SS-23 (Nachfolgemodell der Scud B; Reichweite ca. 500 km) in NSWP-Staaten.

Die von Ostblock-Vertretern immer wieder aufgestellte Behauptung, in den NSWP-Staaten seien keine nuklearen GK gelagert, wurde durch das amerikanische Briefing klar widerlegt.

5) US-Darlegung zum sowjetischen Marschflugkörper-Programm erbrachte folgendes:

- SU begann Entwicklungsprogramm Mitte der 70er Jahre,
- 1981: Beginn der Flugerprobung,
- 1984: vermutliche Indienststellung.

Derselbe Typ wird auch als seegestütztes und luftgestütztes System entwickelt.

6) Verifikation

US-Delegation hat in Genf SU-Delegation darüber informiert, daß US-Vertragsentwurf Bestimmung enthalten wird, wonach Verschlüsselung oder sonstige Beeinträchtigung des Empfangs von Testdaten verboten sein soll. Ferner werden USA „Vor-Ort-Inspektionen“ verlangen.

⁴ Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 gegenüber Bundeskanzler Kohl in Moskau; Dok. 200.

⁵ Nicht-sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

USA haben in Genf Bildung einer Verifikations-AG angeregt. SU ging darauf jedoch mit dem Argument nicht ein, zunächst müsse geklärt werden, was denn zu verifizieren sei.

USA würden gegenwärtig noch an Ausarbeitung des geplanten Verifikationsannexes arbeiten. Vor Einbringung in Genf werde darüber konsultiert.

7) Unserem Vorschlag entsprechend sind Amerikaner zu halbmonatig stattfindenden SCG-Sitzungen bereit.

SCG-Kalender für Herbst sieht wie folgt aus:

	Vorsitzender
Freitag, 2. September 1983 ⁶	Dobbins
Montag, 12. September 1983 ⁷	Burt
Freitag, 7. Oktober 1983 ⁸	Burt
Donnerstag, 20. Oktober 1983 ⁹	Dobbins
Donnerstag, 10. November 1983 ¹⁰	Burt
Dienstag, 22. November 1983 ¹¹	Dobbins
Donnerstag, 8. Dezember 1983 ¹²	Burt.

Burt hat vorgeschlagen, SCG-Sitzungen auch in den Hauptstädten der Dislozierungsländer abzuhalten.

Ich habe mich bereit erklärt, zu prüfen, ob die Sitzung am 7. Oktober 1983 in Bonn stattfinden kann.

Für das Treffen vorher ist London, für das nach uns Rom vorgeschlagen.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11368 (220)

⁶ Die Special Consultative Group (SCG) trat erst am 3. September 1983 in Brüssel zusammen. Vgl. Dok. 250.

⁷ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) in London vgl. Dok. 251, Anm. 6.

⁸ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) vgl. den Runderlaß Nr. 6527/6528 des Botschafters Ruth vom 7. Oktober 1983; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) in Brüssel vgl. den Drahtbericht Nr. 1916 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vom 20. Oktober 1983; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) in Rom vgl. Dok. 336, Anm. 7.

¹¹ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) in Brüssel vgl. den Drahtbericht Nr. 2113 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 22. November 1983; VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) in Brüssel vgl. den Drahtbericht Nr. 2250 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vom 8. Dezember 1983; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

227

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

410-420.10 TUR

28. Juli 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: EG–Türkei;

hier: Türkische Erwägungen zu EG-Beitritt

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Vorschlag gem. Ziffer 9

1) Im Vorfeld der Parlamentswahlen in der Türkei im November d. J.⁴ verdichten sich die Anzeichen, daß die neue, aus den Wahlen hervorgegangene Regierung alsbald nach Amtsantritt die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft beantragen könnte. Unsere Position hierzu sollte rechtzeitig festgelegt und, soweit möglich, mit unseren Partnern in der Gemeinschaft und im Bündnis abgestimmt werden. Britische Botschaft in Bonn ist schon mehrfach an das Auswärtige Amt herangetreten, um eine gemeinsame Position zu entwickeln, auf Grund derer der befreundeten Türkei die Bedenken, die gegen die EG-Mitgliedschaft bestehen, nahegebracht werden sollten.

2) Die Türkei ist mit der Europäischen Gemeinschaft durch das Assoziierungsabkommen vom 12.9.63⁵ verbunden. Es ist im Ansatz günstiger ausgestaltet als alle anderen vergleichbaren Abkommen der Gemeinschaft mit Drittstaaten und umfaßt neben der Handelsliberalisierung und Finanzhilfe, auf die sich die Kooperationsabkommen der Gemeinschaft im Regelfall beschränken, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und eine Beitrittsperspektive. Nach Portugal und Spanien ist die Türkei somit das einzige Land, dem noch vertraglich der Beitritt in Aussicht gestellt ist: Art. 28 des Assoziierungsabkommens sieht vor, daß die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen, sobald das Funktionieren des Assoziierungsabkommens es in Aussicht zu nehmen gestattet, daß die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Bildung der Gemeinschaft vollständig übernimmt.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kaufmann-Bühler konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 3. August 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an „D2 o[der] V[ertreter]“ und an Ministerialdirektor Fischer verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „B[itte] gem[ainsame] R[ücksprache].“

³ Hat Bundesminister Genscher am 6. August 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 8. August 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 410 verfügte.

Hat im Büro Staatssekretäre am 8. August 1983 vorgelegen. Dazu handschriftlicher Vermerk: „T[ermin]: Do[innerstag], 4.8. im Anschluß an D[ienst]B[esprechung].“

Hat Vortragendem Legationsrat Kaufmann-Bühler am 13. September 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Weisung an Ankara erteilt mit Schriffterlaß vom 12.8. 2) Frage des gemeinsamen d[eu]t[sch]-britischen Vorgehens (in Bonn bzw. London oder in Washington) mit Beamish – brit[ische] Botschaft – tel[efonisch] am 13.9. aufgenommen. Er wird an F[oreign] O[ffice] berichten und wieder auf uns zukommen.“ Vgl. die Kurzfassung der Aufzeichnung; Referat 410, Bd. 130432.

⁴ Die Wahlen zum türkischen Parlament fanden am 4. November 1983 statt.

⁵ Zum Abkommen zwischen der Türkei und der EWG zur Gründung einer Assoziation vgl. Dok. 38, Anm. 11.

Demgegenüber sieht Art. 237 EWG-Vertrag⁶ ganz allgemein vor, daß jeder europäische Staat beantragen kann, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Die Gemeinschaft hat dies in einer gemeinsamen Erklärung des EP, des Rates und der Kommission vom 5. April 1977⁷ dahin qualifiziert, daß Beitrittsverhandlungen nur unter der Voraussetzung geführt werden, daß die Beitrittskandidaten die Prinzipien der freiheitlichen, parlamentarischen Demokratie und die Achtung der Menschenrechte gewährleisten.

Der Türkei ist kein einseitig ausübbares Recht auf Beitritt, sondern nur eine konditionierte Prüfungszusage eingeräumt worden. Türkische Überlegungen, die davon ausgehen, die Wiederherstellung der Demokratie reiche als Voraussetzung für einen Beitrittsantrag aus, lassen unberücksichtigt, daß

- türkische Redemokratisierung hinter westlichem Demokratieverständnis und Redemokratisierung von Spanien und Portugal zurückbleibt und
- daß das Assoziierungsabkommen besondere Erfordernisse hinsichtlich des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes aufstellt.

3) Das Assoziationsverhältnis EG–Türkei ist seit der Übernahme der Regierung durch die Militärs in der Türkei im September 1980⁸, aber auch infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der Gemeinschaft in mehrfacher Hinsicht nachhaltig belastet:

Die politische Lage in der Türkei und damit verbunden die Menschenrechtsdiskussion im Westen hat zur Blockierung der finanziellen Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit der Türkei geführt (Widerstände vor allem bei DK und GR). Aufgrund interner Schwierigkeiten der Textilindustrie in der Gemeinschaft hat die Gemeinschaft 1982 und 1983 einseitig die rasch steigenden Textilimporte aus der Türkei begrenzen müssen (vor allem auf Betreiben von F und GB)⁹; im Gegenzug verhängte die Türkei Ende 1982 einen 15%igen Retorsionszoll auf bestimmte Importe aus der Gemeinschaft, der vor allem deutsche Stahllieferungen trifft.¹⁰ Die Süderweiterung¹¹ wird die traditionellen Exportchancen der Türkei im Agrarbereich beeinträchtigen; ohnehin betrachtet die Türkei die ihr eingeräumten Präferenzen durch die Zugeständnisse der Gemeinschaft an die AKP-Staaten¹² als bereits ausgehöhlt. Für die Bundesrepublik Deutschland

⁶ Für den Wortlaut des Artikels 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

⁷ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, der EG-Kommission und des EG-Ministerrats über Grundrechte vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 234.

⁸ Am 11./12. September 1980 kam es in der Türkei nach zahlreichen Anschlägen und Morden vor dem Hintergrund einer schlechten Wirtschaftslage zur Machtübernahme durch das Militär. Der neu gebildete Nationale Sicherheitsrat unter seinem Präsidenten Evren verhängte das Kriegerrecht und löste Parlament und Regierung auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269, und AAPD 1981, I, Dok. 6.

⁹ Zur Frage der Begrenzung von Textilimporten aus der Türkei in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 25, Anm. 26.

¹⁰ Zu den türkischen Importzöllen auf Waren aus den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 25, Anm. 24.

¹¹ Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei. Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 126, Anm. 21, und Dok. 176, Anm. 30.

¹² Vgl. dazu das AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie die Zusatzprotokolle und die am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur

steht die Freizügigkeitsfrage im Vordergrund.¹³ Arbeitsmarktlage und wachsende Schwierigkeiten bei der Integration von Türken lassen es nicht zu, der Türkei 1986 die volle Freizügigkeit einzuräumen.

4) Bereits am 25. März 1981 beschloß die türkische Regierung, den Antrag auf EG-Mitgliedschaft „vorzuverlegen“. In einer Besprechung bei Staatspräsident Evren am 1.3.83 soll eine weitere Vorentscheidung gefallen sein: Den Beratungen lag eine Studie der türkischen Planungskommission zugrunde, die die Notwendigkeit des EG-Beitritts im wesentlichen mit der geopolitischen Lage der Türkei, der Bedeutung des Landes für das Nahost-Problem, dem unbefriedigenden Funktionieren der Assoziierung und dem Wunsch nach paralleler Behandlung mit Griechenland begründete. Bezeichnend ist die Aussage, daß Griechenland die Möglichkeit erhalten habe, aus dem Gemeinschaftshaushalt mehr herauszuholen, als es hineingebe. In der Studie wird u. a. ein Programm zur Ausbildung des für den Beitritt erforderlichen Personals vorgeschlagen.

Mitglieder der türkischen Regierung (MP Ulusu, AM Türkmen, StM Pasin) sprachen sich wiederholt öffentlich für einen vorzeitigen EG-Beitritt aus. AM T. zog in einem Vortrag am 2.5.83 in Brüssel die Parallele zwischen EG- und NATO-Mitgliedschaft: Die Nichtmitgliedschaft in der EG könne die Zugehörigkeit zur NATO beeinträchtigen.¹⁴

5) Es ist ungewiß, ob ein türkischer Beitrittsantrag akut zu erwarten ist. Die Botschaft Ankara rechnet nach Abstimmung mit dem britischen Botschafter in Ankara¹⁵ nicht damit.¹⁶

Wir müssen uns aber jedenfalls auf die Möglichkeit einstellen, daß die eine oder andere Partei in der Türkei den EG-Beitritt in ihr Wahlprogramm und die aus den Wahlen des 4.11.83¹⁷ hervorgehende Regierung den Punkt in ihr Regierungsprogramm aufnimmt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1163

Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft; BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Vgl. dazu ferner das Zweite AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979 und die dazugehörigen Dokumente; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

¹³ Vgl. dazu die Bestrebungen der Bundesregierung hinsichtlich einer neuen Ausländergesetzgebung; Dok. 127, Anm. 29.

¹⁴ Der türkische Außenminister Türkmen hielt am 2. Mai 1983 auf Einladung des Königlichen Instituts für Internationale Beziehungen in Brüssel einen Vortrag zum Thema „La Turquie et l'Europe“. Für das Vortragsmanuskript vgl. Referat 410, Bd. 130432.

¹⁵ Robert Mark Russell.

¹⁶ Botschafter Oncken, Ankara, gab am 15. April 1983 folgende Einschätzung: „Mit türkischem Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft ist nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus Prestige-, d. h. politischen Gründen, zu rechnen. [...] Ich glaube aber nicht, daß die Türken mit einem formellen Beitrittsantrag so weit und so schnell vordrängen, daß sie die EG bereits heute zu einem harten Nein zwingen. Sie werden vielmehr versuchen, durch Äußerung Beitrittsabsicht die Gemeinschaft unter Druck zu setzen und einen Hebel gegen Griechenland zu schaffen, falls dieser benötigt werden sollte. Dies wiederum erfordert, daß die EG bei Behandlung des türkischen Petitions genügend flexibel operiert, um das Auslösen türkischer Trotzreaktionen, z. B. Verschärfung Ägäis-Konflikts, auszuschließen.“ Oncken kam zu dem Schluß, „daß sich EG-Probleme und bilaterale deutsch-türkische Gegensätze unnötig kumulieren. Bis Ende d. J. sollte in der Substanz ein Programm vorliegen, das es erlaubt, den Türken zum Ausgleich für Zurückstellung Antrags auf Vollmitgliedschaft Leistungen in den Gebieten EPZ und besondere Pflege bestimmter Bereiche Assoziationsabkommens anzubieten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 711; Referat 410, Bd. 130432.

¹⁷ Korrigiert aus: „6.11.83“.

6) Eine EG-Mitgliedschaft der Türkei ist weder wirtschaftlich noch politisch noch rechtlich eine realistische Alternative zu einer derzeit nicht zufriedenstellend funktionierenden Assoziierung. Weder die Türkei noch die EG sind auf absehbare Zeit in der Lage, einen türkischen EG-Beitritt zu bewältigen. Die Eingliederung Portugals und Spaniens wird die ohnehin in ihrer Funktionsweise notleidende Gemeinschaft auf Jahrzehnte vor größte Schwierigkeiten stellen. Anders als bei diesen beiden Ländern träfe ein türkischer Beitrittsantrag nicht auf einen geschlossenen und erklärten politischen Willen der MS zur Aufnahme der Türkei; noch viel weniger könnte die Türkei damit rechnen, daß wir wie bei den Ländern der iberischen Halbinsel die Rolle des politischen Fürsprechers übernehmen.

Für die Türkei wäre es deshalb vorteilhafter, nach Rückkehr zu einer demokratischen Regierungsform das Schwergewicht auf die Fortentwicklung des Assoziierungsabkommens zu legen. Es bietet langfristig gesehen durchaus erfolgversprechende Entwicklungschancen, um ausgewogene Beziehungen zu gewährleisten, die den Interessen der Türkei und der Gemeinschaft gerecht werden. Die Chancen hierfür werden unweigerlich wachsen, sobald die politischen Schwierigkeiten, die einer Normalisierung des Assoziationsverhältnisses bisher entgegenstanden, überwunden sind. Es wird dann alles getan werden müssen, um das Assoziierungsverhältnis nachhaltig wieder zu beleben. Für eine Aufbesserung des bestehenden Rahmens ist allerdings aus der Sicht der Fachressorts kein Raum.

7) Die Frage, wie der Türkei unsere Bedenken nahegebracht werden können, ist äußerst heikel. Wir sollten davon absehen, von uns aus eine Gemeinschaftsposition in dieser Frage herbeiführen. Es ist der griechischen Präsidentschaft¹⁸ nicht zuzumuten, in einer derart wichtigen Frage der Türkei entgegentreten zu müssen, und wir sollten es der Türkei ersparen, sich ausgerechnet von Griechenland eine Absage zu holen. Im Vordergrund sollte die Abstimmung mit einzelnen, ausgewählten Partnern in der Gemeinschaft stehen, wie dies mit GB bereits der Fall ist.

Ziel sollte es sein, daß die für die Türkei wichtigen westlichen Partner mit einer Stimme sprechen. Hierbei ist auch die Haltung der USA von Bedeutung. Nach der Berichterstattung aus Ankara vertritt der dortige US-Botschafter¹⁹ die Meinung, die Gemeinschaft könne nach Portugal und Spanien auch noch die Türkei verkraften. Daher sollte zunächst – gemeinsam mit GB – durch Gespräche in Washington bzw. über die Botschaften in London und Bonn versucht werden, die USA davon zu überzeugen, daß ein EG-Beitritt der Türkei für die Gemeinschaft keine Option ist. „Burden sharing“ kann nicht bedeuten, die Gemeinschaft zu einer Politik veranlassen zu wollen, die ihren Fortbestand in Frage stellen und ihre auch von den USA anerkannte Stellung eines Stabilitätsfaktors in Europa und in der Welt beeinträchtigen würde.

8) Für unser Vorgehen gegenüber der Türkei sollten u. a. folgende Leitlinien maßgebend sein:

- Bei der Türkei dürfen keine falschen Vorstellungen über die Aussichten eines Beitrittsantrages bestehen.

¹⁸ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁹ Robert Strausz-Hupé.

- Ein Beitrittsantrag sollte möglichst im Vorfeld abgelenkt werden. Da die Reaktion der Gemeinschaft türkischen Erwartungen nicht entsprechen kann, wären die Folgen Enttäuschung und die Versuchung, den Beitritt als Prestigeangelegenheit weiterzuverfolgen.
- Die hieraus resultierende Gefahr einer nachhaltigen Belastung der Beziehungen bis hin zu einer Abkehr der Türkei von Europa ist unter allen Umständen zu vermeiden.
- Daher ist ein Einwirken auf die Verantwortlichen in der Türkei unerlässlich.

Die Einwirkung auf die Türkei müßte folgende Elemente umfassen:

- Wir wollen einen Rat unter Freunden geben. Es geht uns darum, die Türkei als einen uns historisch seit langem verbundenen Partner vorzuwarnen und ihr die voraussichtliche Reaktion der Gemeinschaft nahezubringen. Bisheriges Schweigen der Gemeinschaft, die sich mit der Frage eines türkischen Beitrittsantrags nicht befaßt hat, sollte nicht als Ermutigung eines türkischen Beitrittsantrages mißverstanden werden.
- Wir verfolgen hierbei kein nationales Anliegen.
- Wir stellen die Westausrichtung der Türkei nicht in Frage, legen vielmehr auf ihre Konsolidierung und Vertiefung auch besonderen Wert. Mitgliedschaft der Türkei im Europarat, in der NATO, der OECD sind für uns wertvolle Grundentscheidungen der Türkei, zu denen wir auch stehen. Wir sind ferner bestrebt, im Rahmen des besonderen Konsultationsmechanismus EPZ/Türkei die politischen Kontakte mit der Türkei weiter zu vertiefen. Die Frage der EG-Mitgliedschaft ist aber, folgt man der Struktur des Assoziierungsabkommens, vor allem nach wirtschaftlichen Kriterien zu beurteilen, wenngleich auch eine politische Komponente hinzukommt.
- Wir bedauern, daß Assoziierung in den letzten Jahren nicht zufriedenstellend funktioniert hat. In der Gemeinschaft setzen wir uns für baldmöglichste Wiederbelebung der Assoziierung ein. Wir haben dies während der Präsidentschaft²⁰ getan und werden in unseren Bemühungen jetzt nicht nachlassen.
- Funktionierendes Assoziationsverhältnis ist nach dem Assoziierungsabkommen Voraussetzung eines etwaigen Beitrittsantrages. Wollte man Beitrittsantrag mit nicht funktionierender Assoziierung begründen, würde man ihm von vornherein jede rechtliche Basis nehmen. Mitgliedschaft ist kein Ersatz für Assoziierung.
- Beitritt mit langen Übergangsfristen wäre keine Alternative, da bereits in Beitrittsverhandlungen hinreichend konkret absehbar sein muß, wann die mit Übergangsfristen bezweckten Anpassungen vollendet sein werden. Beitritt von GB, DK und Irland²¹ hat gezeigt, daß wichtige Probleme nicht auf die Zeit nach dem Beitritt vertagt werden können, ohne Gemeinschaftstätigkeit insgesamt ernstlich zu beeinträchtigen. Erfahrungen erster EG-Erweiterung wirken sich sichtlich auf nur langsam vorankommende Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal aus.

²⁰ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²¹ Dänemark, Großbritannien und Irland traten mit Wirkung vom 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei.

- EG-Beitritt würde nachhaltige Einbußen innerer und äußerer Souveränität für die Türkei mit sich bringen (Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, unmittelbare Geltung des EG-Rechts).
- Es erscheint fraglich, ob sich Verfasser der Studie der türkischen Planungskommission über rechtliche Voraussetzungen eines türkischen EG-Beitrittsantrags und über Verpflichtungen türkischen Staates im Beitrittsfalle im klaren waren.

9) Es wird vorgeschlagen, einer Weisung an unseren Botschafter in Ankara²² auf folgender Linie zuzustimmen:

Möglichst auf der Grundlage einer gemeinsamen Position mit den wichtigsten westlichen Partnern der Türkei sollte versucht werden, mit o.a. Argumenten auf den Meinungsbildungsprozeß in der Türkei Einfluß zu nehmen, allerdings nur gesprächsweise und diskret. Wir sollten uns nicht zum Vorreiter machen, zumal wir anders als GB eigene Interessen (Freizügigkeitsproblem!) zu vertreten haben. Andererseits können wir die Dinge auch nicht einfach treiben lassen. Botschafter sollte – anders als britischer Botschafter – nicht Aufgabe durchführen, sondern wissen, daß unsere Bedenken auch bei anderen geeigneten bilateralen Kontakten vorgebracht werden. Einwirkung auf USA würde zuvor in Washington – möglichst gemeinsam mit GB – bzw. Bonn und London erfolgen.

Botschafter sollte nicht gehalten sein, eine förmliche Demarche zu unternehmen. Er sollte sich auf reaktives Handeln beschränken, um die Gefahren zu vermindern, die aus einer aktiven Handlungsweise für das deutsch-türkische Verhältnis entstehen könnten, und gesprächsweise bei geeigneter Gelegenheit in der Form der Frage oder des Zweifels unsere Bedenken einflußreichen Kreisen in der Türkei vermitteln, dabei die eigenen Schwierigkeiten der Gemeinschaft herausstellen (die ernste Gegengründe sind, aber nur von beschränkter Überzeugungskraft sein dürften), vor allem aber auch die Fragwürdigkeit in der eigenen Argumentation der Türkei, wie sie sich z.B. in der Studie der Planungskommission niederschlägt, aufzeigen. Sein Einwirken sollte als ein längerer Prozeß gedacht sein. Die Gespräche sollten außer der türkischen Regierung auch das Spektrum der neuentstehenden Parteilandschaft abdecken. Ziel sollte sein, bei den Verantwortlichen in der Türkei die Opportunität eines Beitrittsantrags in Zweifel zu ziehen. Dabei sollte der gegenwärtige Zustand der Assoziierung zwar bedauert, aber keinesfalls die Lesart der Türkei, die Assoziierung bringe nur Nachteile, widerspruchslös hingenommen werden. Hierzu wären im einzelnen Argumente in Zusammenarbeit mit den Ressorts zusammenzustellen.²³

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Per Fischer

Referat 410, Bd. 130432

²² Dirk Oncken.

²³ Mit Schriffterlaß vom 12. August 1983 übermittelte Ministerialdirektor Fischer der Botschaft in Ankara den Text seiner Aufzeichnung vom 28. Juli 1983. Dazu teilte er mit: „Die Aufzeichnung enthält in Nr. 9 eine Weisung an Sie, der der Bundesminister zugestimmt hat. Ich wäre Ihnen dankbar,

228

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk

204-321.00/SO-500/83 VS-vertraulich

28. Juli 1983¹

Betr.: Vierertreffen der Politischen Direktoren am 27.7.1983 in Bonn

Anlg: 2²

An dem Treffen, zu dem D 2 i. V. (MDg Schauer) eingeladen hatte, nahmen der Politische Direktor im State Department, Burt, die Stellvertretenden Politischen Direktoren James (GB) sowie Dejean de la Bâtie (F) teil.

Erörtert wurde die Lage in Polen und die weitere westliche Politik gegenüber Polen, insbesondere Umschuldung, IWF-Beitritt Polens, Wiederaufnahme politischer Kontakte und Landwirtschaftsprojekt der polnischen katholischen Kirche.

Im einzelnen:

1) Landwirtschaftsprojekt der polnischen Kirche³

Dg20 erläuterte anhand des beigelegten (und übergebenen) Non-papers⁴ ausführlich die Vorgeschichte und die Einzelheiten des Vorhabens. Er hob dabei hervor, daß dieses Projekt unabhängig und separat von der Frage der weiteren innenpolitischen Entwicklung in Polen gesehen werden sollte. Das Projekt dürfe nicht als politisches Instrument benutzt werden. Es diene der gezielten Verbesserung der Lage der polnischen Bevölkerung und solle den polnischen privaten Sektor stärken sowie das polnische Reformpotential erhalten. Das Vorhaben sei noch im Planungsstadium. Es werde auch von uns noch im einzelnen auf die – insbesondere finanzielle – Realisierbarkeit geprüft; wir stünden dem Projekt sehr positiv gegenüber (Hinweis u. a. auf Gespräch BM/AM Shultz⁵).

Die Diskussion ergab die generelle Bereitschaft der übrigen Drei, das Vorhaben zu prüfen, dessen im Non-paper erwähnte Einzelheiten ihnen weithin unbekannt waren. Die ersten Reaktionen der übrigen Drei waren eher zurückhaltend. James sprach sich vorbehaltlich einer detaillierten Prüfung für schrittweises Vorgehen aus. Insbesondere solle man die Realisierung der Versuchsprojekte genau verfolgen. Man müsse jederzeit die Möglichkeit haben, die eigene Haltung aufgrund der gemachten Erfahrungen zu überprüfen bzw. zu revidieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1167

wenn Sie diese Weisung – möglichst auf der Grundlage einer gemeinsamen Position mit den wichtigsten westlichen Partnern – in der dort bezeichneten Weise, d. h. als eine länger und breiter angelegte Einwirkung auf die türkischen Verantwortlichen, ausführen und von Zeit zu Zeit über die dabei erreichte Resonanz berichten würden.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130432.

¹ Durchschlag als Konzept.

² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4 und 13.

³ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 197, Anm. 16.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für das „Non-paper on the initiative of the Polish bishops aimed at establishing a Church-sponsored programme for private farms and trade in Poland“ vgl. VS-Bd. 12951 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 11. Juli 1983 in Washington vgl. Dok. 211.

Burt unterstrich, daß die beabsichtigte Stärkung des privaten Sektors von jeher ein Ziel der amerikanischen Politik gegenüber Polen gewesen sei. Er bezweifelte die Möglichkeit der Trennung des Projekts von der Politik. Die Unterstützung des Projekts werde als politisches Signal gewertet werden. Auch müsse man sich fragen, wie man verhindern könne, daß ein Erfolg des Vorhabens der polnischen Regierung zugute gehalten werde.

Burt plädierte für eine sehr sorgfältige Prüfung aller Aspekte, denn ein solches Projekt könne sehr bald sein eigenes Momentum entwickeln.

Als Ergebnis der Diskussion ist festzuhalten: Die Frage des Landwirtschaftsprojektes soll auf dem nächsten Vierertreffen der Politischen Direktoren am 15. August in Bonn erneut aufgenommen werden.⁶ Insgesamt bestand die Tendenz, bei der weiteren Behandlung des Themas über die Vierergruppe hinauszugehen (insbesondere Einbeziehung Italiens) und das weitere Follow-up einem Expertentreffen im September zu überlassen.

2) Umschuldung⁷

Dg20 leitete die Diskussion ein mit dem Hinweis auf Übereinstimmung der Vier, vor weiteren Schritten den Papstbesuch in Polen⁸ und die Freilassung von politischen Gefangenen (so auch US Poland-Review-Papier⁹) abzuwarten.

Dg20 gab eine ausführliche Analyse unserer Einschätzung der Lage in Polen: Der Verlauf des Papstbesuches habe weitgehend unseren Erwartungen entsprochen. Der Papst selbst habe ihn als nützlich bezeichnet. Die jetzige Aufhebung des Kriegsrechts und die Teilamnestie seien zu begrüßen¹⁰, hätten infolge der gleichzeitig beschlossenen Sonderbestimmungen nach unseren ersten Eindrücken jedoch nur geringe Veränderungen der rechtlichen und tatsächlichen Situation gebracht. Die Angaben über die Zahl der politischen Gefangenen schwankten.¹¹ Zudem handele es sich nicht um eine volle Amnestie, denn die politischen Gefangenen würden „auf Bewährung“ entlassen. Die Entwicklung habe die Erwartungen der polnischen Bevölkerung und des Westens bei weitem nicht vollständig erfüllt. Es sei jedoch ein Schritt in die richtige Richtung in Polen getan worden, und es sei der Augenblick gekommen, in dem der Westen sorgfältig prüfen müsse, ob und wie man Jaruzelski schrittweise zu weiteren Schritten ermutigen könne. Auch die Kirche sei der Auffassung, daß jetzt der Zeitpunkt für eine begrenzte Zusammenarbeit gekommen sei. Praktisch stelle sich jetzt vor allem die Frage der Umschuldung.

Dg20 legte die Gründe dar, die nach unserer Auffassung dafür sprechen, auf der Sitzung des Pariser Gläubiger-Klubs am 29.7. die Bereitschaft zur Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen zu erklären und den polnischen Unterhändler dazu einzuladen, u. a.:

⁶ Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 15. August 1983 vgl. Dok. 236.

⁷ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 197, Anm. 18.

⁸ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

⁹ Zu den amerikanischen Überlegungen zu einer Überprüfung der Politik gegenüber Polen („Poland Review“) vgl. Dok. 152.

¹⁰ Zur Aufhebung des Kriegsrechts in Polen am 22. Juli 1983 vgl. Dok. 197, Anm. 11.

¹¹ Zur Anzahl der in Polen noch aus politischen Gründen inhaftierten Personen vgl. Dok. 211, Anm. 5.

- vorrangiges westliches politisches und finanzielles Interesse an der Umschuldung;
- Gefahr, daß Gläubiger-Solidarität gesprengt wird (politische Bedeutung der Einigkeit mit den Neutralen).

Dg20 unterstrich die Bedeutung, die Einheit des Westens in der Umschuldungsfrage zu bewahren. Die Umschuldungsverhandlungen sollten auf technisch-finanzieller Basis geführt werden. Die Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen bedeute nicht eine Vergabe neuer kommerzieller Kredite an Polen.

Eine gleichzeitige Absprache, den polnischen IWF-Aufnahmeantrag¹² zu unterstützen, könne die Umschuldung Polens erleichtern. Er, Dg20, schlage vor, daß diese Frage auf dem nächsten Vierertreffen am 15. August erneut aufgenommen werde (die übrigen Drei widersprachen dem nicht). Vordringlich sei im Augenblick die Frage der Umschuldung.

Dg20 wurde in der Diskussion nachdrücklich von Dejean de la Bâtie und James unterstützt, während Burt zunächst für eine Verschiebung der Entscheidung über die Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen zumindest bis auf die Zeit nach dem 21. August plädierte.

Dejean de la Bâtie unterstrich mit großem Nachdruck das westliche Interesse an der Umschuldung. F werde sich am 29.7. für die Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen aussprechen. F sei gegen jedes „linkage“ zwischen einer solchen Entscheidung und der politischen Entwicklung in Polen. Unabhängig hiervon müsse aber festgestellt werden, daß die Lage in Polen besser geworden sei, auch wenn sie nicht allen unseren Erwartungen entspreche.

James hob hervor, daß es gute Gründe gebe, die Umschuldungsverhandlungen auf technischer Basis zu behandeln ohne „political fanfares“. Man könne zunächst die Umschuldungsgespräche in einem begrenzten und bescheidenen Umfang beginnen. Auf lange Sicht könne der Westen gewisse eigene Schritte nicht immer von bestimmten Ereignissen in Polen abhängig machen.

Wir müßten von einer „event-oriented policy“ wegkommen.

Burt bezweifelte, daß Umschuldungsverhandlungen auf rein technischer Grundlage möglich seien. Für die USA gebe es hierbei besondere politische Probleme:

- Gefahr der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit (default) Polens;
- innenpolitische Bedeutung der relativ großen polnisch-amerikanischen Bevölkerungsgruppe. Diese werde ohne Zweifel die Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen als eine wichtige politische Entscheidung ansehen.

Eine Entscheidung über die Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen bereits am 29.7. sei verfrüht. Die USA schlugen vor, die von der polnischen Regierung selbst gesetzte 30-Tage-Frist (bis 21.8.) für die Freilassung der politischen Gefangenen abzuwarten. Die Gefahr des Einbruchs der Gläubiger-Solidarität schätze er gering ein. Die USA hätten aus ihren Kontakten mit den Neutralen den Eindruck gewonnen, daß – wenn der Westen seine einheitliche Auffassung bewahre – eine gute Chance bestehe, daß die Neutralen am 29.7. nicht ausbrechen würden. Die USA würden daher am 29.7. vorschlagen, ein weiteres

¹² Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 197, Anm. 19.

Treffen des Gläubiger-Klubs Ende August/Anfang September einzuberufen und dann die Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen und die Einladung des polnischen Unterhändlers zu beschließen. Ein solcher Kompromiß müsse im Interesse der Allianzsolidarität möglich sein, zumal im Ferienmonat August ohnehin nicht viel geschehen werde. Die USA hätten der Bündniseinheit stets Priorität beigemessen. So hätten sie die aufgrund ihrer „Poland Review“ beabsichtigten Schritte gegenüber Polen mit Rücksicht auf die Haltung ihrer Bündnispartner bis nach dem Papstbesuch zurückgestellt. Die USA hofften auch jetzt, daß die Bündniseinheit in der Umschuldungsfrage gewahrt bleibe.

Dejean de la Bâtie und James und Dg20 sprachen sich gegen eine Verschiebung der Entscheidung über die Eröffnung von Umschuldungsverhandlungen bis nach dem 21. August aus. (Insbesondere Dejean de la Bâtie: Eine solche Verbindung sei für F. nicht akzeptabel.)

Im weiteren Verlauf der Diskussion bemühte sich Dg20 um einen Kompromiß, der es den USA doch noch ermöglichen würde, sich am 29.7. zu bewegen. Dies führte nach einer längeren Diskussion zu dem Ergebnis, das in den beigefügten Formulierungen¹³ festgehalten ist.

Dejean de la Bâtie, der auf persönlicher Basis den Kompromiß als akzeptabel bezeichnete, machte jedoch den Vorbehalt der notwendigen Zustimmung von AM Cheysson.¹⁴

3) Wiederaufnahme politischer Kontakte mit Polen

Auf die Frage von Dg20, wie die Frage der Wiederaufnahme politischer Kontakte mit Polen gesehen werde, meinte James, für 1983 seien keine bilateralen Ministerbesuche geplant. Dies schließe jedoch Kontakte auf höherer Beamtenebene nicht aus. Auch wolle er AM-Gespräche am Rande der VN-GV¹⁵ nicht ausschließen. Wichtig scheine ihm, daß man sich im Rahmen der NATO rechtzeitig über die Frage der Wiederaufnahme politischer Kontakte auf Ministerebene mit Polen verständige. Auch hierbei sei ein schrittweises, vorsichtiges Vorgehen angebracht. Ein Dammbruch müsse vermieden werden. Dies müsse im Bündnis deutlich gemacht werden.

Dejean de la Bâtie schloß Ministerbesuche in Warschau oder Paris vorerst aus. Auch an Kontakte auf höherer Beamtenebene sei derzeit noch nicht gedacht. Allerdings wolle auch er AM-Gespräch am Rande der VN-GV – entsprechend der bisherigen Übung – nicht ausschließen.

Burt vertrat im Hinblick auf die Wiederaufnahme politischer Kontakte eine stark restriktive Haltung. Auch wandte er sich gegen die Unterscheidung zwischen politischen Kontakten und solchen auf höherer Beamtenebene.

¹³ Dem Vorgang beigefügt waren drei Sprachregelungen für das Treffen des „Pariser Clubs“ am 29. Juli 1983 in Paris, für die „interne Haltung“ sowie gegenüber der Presse. Vgl. VS-Bd. 12951 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Referat 214 vermerkte am 29. August 1983: „Die Beratung der westlichen Gläubiger Polens am 29.7. 1983 in Paris hat zu folgenden Ergebnissen geführt: Grundsätzliche Bereitschaft, in Umschuldungsverhandlungen einzutreten und zu diesem Zweck im Herbst polnischen Regierungsvertreter zu treffen. Endgültige Entscheidung über Einladung an polnische Regierung soll erst Anfang September gefällt werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133030.

¹⁵ Die 38. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 statt.

Dg20 wies darauf hin, daß wir an Fachgespräche auf höherer Beamtenebene dächten, z.B. an Abrüstungsgespräche durch Botschafter Ruth¹⁶, im übrigen jedoch wohl Einvernehmen darüber bestehe, daß am Rande multilateraler Konferenzen Begegnungen stattfinden.

In der Frage der Befassung des NATO-Rats mit der Lage in Polen und unserer Politik gegenüber Polen sprachen sich James und Burt dafür aus, den NATO-Rat etwa im September damit zu befassen.

Am Rande des Vierertreffens warf Dg20 (auch unter Hinweis auf ein gewisses Drängen aus Kreisen der deutschen Wirtschaft nach Aufhebung der Sanktionen¹⁷) gegenüber Dejean de la Bâtie und James die Frage der EG-Sanktionen gegenüber der SU wegen Polen auf. Beide ließen ihre Neigung erkennen, die Maßnahmen im Dezember 1983 auslaufen zu lassen, vorher jedoch nichts zu unternehmen.

gez. Schenk

VS-Bd. 12951 (204)

¹⁶ Botschafter Ruth führte am 24. November 1983 in Warschau Abrüstungskonsultationen mit der polnischen Regierung. Vgl. dazu Dok. 346, Anm. 21.

¹⁷ Zur Beschränkung der Einfuhr von liberalisierten und kontingentierten Waren aus der UdSSR in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 49, Anm. 55.

Zu den amerikanischen Sanktionen vom 23. Dezember 1981 gegen Polen und vom 29. Dezember 1981 gegen die UdSSR vgl. Dok. 107, Anm. 12.

Mit Schreiben vom 18. Juli 1983 teilte Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, Staatssekretär Lautenschlager mit, daß sich offenbar die Lage in Polen normalisiere. Nachdem der amerikanische Außenminister Shultz erklärt habe, daß die USA unter diesen Umständen zur Aufhebung der Sanktionen bereit wären, böte sich auch der Bundesregierung die Gelegenheit, „die vorzeitige Aufhebung der gegenüber der UdSSR ergriffenen EG-Einfuhrbeschränkungen in die Wege zu leiten. [...] Eine deutsche Initiative hätten neben der wirtschaftlichen Komponente für unsere Unternehmen vor allem einen politischen Aspekt.“ Es würde nicht nur ein Zeichen für eine Verbesserung der Beziehungen zu Polen gesetzt, sondern auch vermieden, „daß die EG – nach Aufhebung der US-Sanktionen – die einzige Region in der Welt wäre, die weiterhin Sanktionen aufrechterhält“. Vgl. Referat 411, Bd. 131173.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Berg

210-321.00-1752/83 VS-vertraulich

29. Juli 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in die DDR³;
hier: Papiere der DDR-Regierung

Zur Unterrichtung

1) Das Auswärtige Amt erhielt am 29. Juli 1983 vom Bundeskanzleramt zwei „Papiere der DDR-Regierung“⁴, die Ministerpräsident Strauß in seiner Pressekonferenz am 27.7.1983⁵ mit dem Zusatz erwähnte, er habe sie von Generalsekretär Honecker erhalten.

2) Erste Bewertung:

2.1) Es handelt sich nach der Zuschrift um „Papiere der DDR-Regierung, die MP Strauß bei seinem Aufenthalt in der DDR von DDR-Seiten übergeben wurden“. Solange als Adressat dieser Papiere nicht der Bundeskanzler oder eine andere für die Beziehungen zur DDR zuständige staatliche Stelle der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen ist, kann nicht gesagt werden, wie und wem gegenüber die DDR sich mit ihren Erklärungen binden will.

2.2) Das erste Papier bezieht sich auf „Äußerungen und Gedanken“ des bayerischen Ministerpräsidenten. Die DDR trägt in den dann folgenden Punkten also nichts Eigenes heran, sondern reagiert auf Initiative, möglicherweise konkrete Wünsche, von MP Strauß. Es gliedert sich in eine Reihe von Bereitschaftserklärungen der DDR im bilateralen Verhältnis.

Papier Nr. 2 dagegen enthält eine Zustandsbeschreibung, und zwar ausschließlich des Grenzregimes der DDR.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 2. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich lege die Analyse mit dem Bemerkten vor, daß es [die] nationale Pflicht gebietet, post factum auch aus diesem Vorgang soviel herauszuholen wie möglich.“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer.

Hat Schauer am 4. August 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastrup verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Berg am 5. August 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eingang ohne Anlage.“

² Hat Bundesminister Genscher am 1. August 1983 vorgelegen.

³ Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 24. bis 27. Juli 1983 in der DDR auf und führte am 24. Juli 1983 ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Hubertusstock. Für das Gespräch vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 145–157.

⁴ Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 29. Juli 1983 zwei nicht unterzeichneter Papiere der DDR über deren Bereitschaft, die innerdeutschen Gespräche zu bestimmten Themen fortzusetzen, sowie zu „Fragen des Grenzregimes und des grenzüberschreitenden Verkehrs“. Vgl. VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zu den Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vor der Presse vgl. den Artikel „Strauß spricht von Zusagen Honeckers für Erleichterungen“, DIE WELT vom 28. Juli 1983, S. 1 und S. 8.

3) Die Bereitschaftserklärungen der DDR (Papier 1):

3.1) Konsultationen zu Fragen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung: Herr D2A⁶ ist unterrichtet.

3.2) Postpauschale⁷: Das Angebot auf 300 Mio. DM liegt immer noch weit (rund 100 %) über unseren internen Vorstellungen für ein oberstes Angebot. Die Erklärungen für einen verbesserten Postverkehr in die DDR sind an sich positiv. Hier haben wir eine schriftliche Festlegung, auf die wir uns berufen können (einschränkend aber s. Ziffer 1). Die Betonung „internationaler Normen“ im Papier der DDR widerspricht unserem Interesse, auch hier das besondere innerdeutsche Verhältnis deutlich zu machen. Die Ankündigungen im Zusammenhang mit der 300-Mio.-Forderung sollten letztere wohl schmackhafter machen. Unser wesentlich niedrigeres Angebot ist mit der Bedingung verbesserter Postzustellungen verbunden.⁸

3.3) Die Bereitschaft, „Verhandlungen über ein Kulturabkommen wieder aufzunehmen“ (wieder bedeutet: seit 1976⁹), ist weniger, als was Strauß von seinem Gespräch mit Honecker berichtete: Berlin-Klausel ist kein Hindernis mehr (dazu war schon anzumerken: war es auch nie, nach entsprechenden Abkommen mit SU und anderen¹⁰), bleibt auch zurück hinter dem, was Honecker Wischnewski im September 1982 sagte: Die Problematik Preußischer Kulturbesitz wird ausgeklammert.¹¹ Allerdings kann der Satz in dieser Kürze auch beide Komplexe im positiven Sinn umfassen.

3.4) Umwelt: Der Komplex Klärung der Röden¹² steht wie folgt: Die DDR ver-

⁶ Friedrich Ruth.

⁷ Am 21. April 1982 kündigte die DDR die bestehende Abmachung über die Pauschale für den gegenseitigen Post- und Fernmeldeverkehr. Die Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (BMP) und der Postverwaltung der DDR über eine neue Vereinbarung wurden am 5. Oktober 1982 in Ost-Berlin aufgenommen. Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung; Referat 210, Bd. 132625.

Die fünfte Runde der Verhandlungen fand am 27. Juni 1983 in Ost-Berlin statt. Die DDR erklärte sich bereit, ihre ursprüngliche Forderung von jährlich 430 Mio. DM auf 300 Mio. DM zu reduzieren. Das BMP legte ein neues Angebot vor, das ab 1. Januar 1983 jährliche Zahlungen in Höhe von 120 Mio. DM vorsah; die Regelung sollte eine Laufzeit von sechs Jahren haben. Zugleich wurde deutlich gemacht, daß „zwischen einer Erhöhung der Pauschale und den notwendigen Leistungsverbesserungen ein untrennbares Junktim“ bestehe. Vgl. das Protokoll; Referat 210, Bd. 132625.

⁸ Vortragender Legationsrat von Berg vermerkte am 3. August 1983, daß das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen in der sechsten Verhandlungsrunde mit der Postverwaltung der DDR am Vortag die Bereitschaft erklärt habe, das Angebot der Bundesregierung auf 150 Mio. DM zu erhöhen. Zugleich sei vorgeschlagen worden, „den Fernmeldeverkehr zu verbessern und hierfür Leitungssysteme in der DDR zu erneuern, so daß mehr innerdeutsche Fernsprechverbindungen automatisch geschaltet werden können“. Vgl. Referat 210, Bd. 132625.

⁹ Zu den Verhandlungen über ein Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 104, Anm. 34.

¹⁰ In einer Analyse der vom bayerischen Ministerpräsident Strauß am 27. Juli 1983 vor der Presse gemachten Ausführungen kam Vortragender Legationsrat von Berg am 28. Juli 1983 zu dem Schluß: „Kulturabkommen mit Berlin-Klausel nach der Frank-Falin-Formel haben wir mit der SU und anderen osteuropäischen Staaten abschließen können. Ihre Umsetzung in praktischen Kulturaustausch unter Einbeziehung Berlins ist jedoch nach wir vor streitig. Wir haben zur Zeit keine Hinweise, daß die DDR uns hier weiter entgegenkommen wird als die SU.“ Vgl. VS-Bd. 13348 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Für das Gespräch des Staatsministers Wischnewski, Bundeskanzleramt, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 13. September 1982 in Ost-Berlin vgl. AAPD 1982, II, Dok. 241.

¹² In einer Sitzung der Bundesministerien des Innern, der Finanzen und für innerdeutsche Beziehungen sowie des Bundeskanzleramts auf der Ebene der Staatssekretäre am 23. Februar 1983 wurde

langt 18 Mio. DM frei. Wir boten zuletzt 12 Mio. frei, 6 Mio. Verrechnungseinheiten. In der Sitzung der Grenzkommision am 26.7. erklärte unsere Delegation, sie sei beauftragt, so schnell wie möglich abzuschließen, sei aber nicht befugt, über die Finanzierung zu sprechen. Dies müsse auf anderer Ebene (Schalck-Bräutigam) geschehen. Unter vier Augen wurde am Rande der Sitzung der DDR erklärt, für uns käme eine andere finanzielle Lösung als unser Angebot nur dann in Betracht, wenn die DDR nicht darauf bestehe, daß nur frei gezahlt werde. Wir müssen darauf bestehen, daß ein Teil, und auch wenn nur ein symbolischer Teil, in Verrechnungseinheiten abgerechnet wird.

Die Bereitschaftserklärung der DDR gibt daher einen für uns nicht weiterführenden Verhandlungsstand wieder.¹³

Zu den übrigen Punkten: Elbe¹⁴, Werra¹⁵, kerntechnische Anlagen¹⁶, Rauchgasentschwefelung¹⁷ sagt uns die DDR nichts Neues.

3.5) Die Bereitschaft zu verkehrstechnischen Gesprächen: Autobahnerneue-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1174

beschlossen, der DDR die Bereitschaft der Bundesrepublik mitzuteilen, Gespräche über die Verbesserung der Gewässergüte des thüringisch-bayrischen Grenzflusses Röden aufzunehmen. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 323 des Ministerialdirigenten Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, vom 24. Februar 1983; Referat 210, Bd. 132689.

¹³ Am 12. Oktober 1983 schlossen die Bundesrepublik und die DDR eine Vereinbarung zur Gewässergüte der Röden. Darin verpflichtete sich die DDR zum Bau und zum Betrieb eines Abwasserbeseitigungssystems. An den Baukosten war die Bundesrepublik mit einer Summe von 18 Mio. DM beteiligt, die je zur Hälfte vom Bund und vom Freistaat Bayern getragen wurden. Vgl. dazu BULLETIN 1983, S. 969.

¹⁴ Zur Verschmutzung der Elbe vgl. Dok. 30, Anm. 26.

Nach einem ersten Expertengespräch am 1. Februar 1983 fand vom 3. bis 5. Oktober 1983 ein zweites Treffen in Hamburg statt. Ministerialrat Germelmann, Bundeskanzleramt, teilte am 31. Oktober 1983 mit, die DDR habe erneut den Standpunkt eingenommen, „sie bemühe sich im eigenen Interesse und im Rahmen ihrer volkswirtschaftlichen Möglichkeiten um Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung der Elbe. Diese kämen letztlich auch unserer Seite zugute. Da wir aber offenbar eine höhere Reduzierung der Schadstoffbelastung anstreben, zu der die DDR derzeit nicht in der Lage sei, müßten nach dem ‚Nutzungsprinzip‘ die erforderlichen Investitionen von uns getragen werden.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 1868; Referat 210, Bd. 132688.

¹⁵ Die Bundesrepublik und die DDR führten seit 1980 Expertengespräche über die Reduzierung der Versalzung der Werra durch drei Kali-Werke der DDR. Zum Sachstand vermerkte das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen am 21. Oktober 1982, daß die Gespräche mit einem gemeinsamen „Standpapier“ vom 28. Juli 1982 zu den technischen Lösungsmöglichkeiten vorläufig abgeschlossen worden seien. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 132684.

Die Gespräche wurden am 30. Mai 1983 in Helmstedt wiederaufgenommen. Offen waren seitens der Bundesrepublik neben der Entscheidung über die technische Lösung vor allem noch Fragen der Kostenaufteilung zwischen Bund und Ländern sowie der Formalisierung der Vereinbarung. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 178 des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 31. Mai 1983; Referat 210, Bd. 132684.

¹⁶ Am 6. August 1982 wies das Bundeskanzleramt die Ständige Vertretung in Ost-Berlin an, im Außenministerium der DDR „möglichst auf hoher Ebene“ Gespräche über Fragen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes vorzuschlagen. Gedacht sei an einen „Informations- und Meinungsaustausch auf fachlicher Ebene“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1222; Referat 210, Bd. 132680.

Die erste Runde der Gespräche fand am 25. Oktober 1983 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums des Innern vom 3. November 1983; Referat 210, Bd. 132681.

¹⁷ Mit Schreiben vom 10. März 1982 an das Bundeskanzleramt informierte das Bundesministerium des Innern (BMI) über seit längerem laufende Bemühungen, die von Kohlekraftwerken verursachten Luftverunreinigungen durch den Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen zu vermindern. Vgl. Referat 210, Bd. 132689.

Erste Gespräche über Rauchgasentschwefelung fanden am 22./23. Juni 1983 in Leipzig und Vockeroode statt. Vgl. dazu das Schreiben des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, vom 27. Juni 1983; Referat 210, Bd. 132689.

rung, Elektrifizierung¹⁸: Hier wird ebenfalls ein bekannter Sachstand wiedergegeben.

3.6) Die Bereitschaft der DDR, offizielle Beziehungen zwischen der Volkskammer und dem Deutschen Bundestag herzustellen, nimmt einen Gedanken auf, der bisher immer wieder auftauchte, aber, nach erster Bewertung, so konkret bisher noch nicht an uns herangetragen wurde.

3.7) Die Bereitschaft, bei Haftentlassungen die bisherige Verfahrensweise fortzusetzen, erscheint als Antwort auf Anfragen, die nach den praktischen Erfahrungen bis heute wohl keine Neuigkeit bedeutet.

4) Das zweite, zustandsbeschreibende Papier der DDR zu Fragen des Grenzregimes und des grenzüberschreitenden Verkehrs enthält selbstlobende Beschreibungen bestehender Verhältnisse, dabei konkrete Schilderungen (so zu dem kurzfristigen Demonstrations-Zeltlager von Atomkraftgegnern im Grenzgebiet Anfang Juli 1983¹⁹), in Teilen aber auch Darstellung von Verbesserungen („noch zügiger, freundlicher und entgegenkommender“), neuer Maßnahmen und klingt im ganzen wie ein Vollzugsbericht, der durchaus die Ahnung aufkommen läßt, daß hier auf eine konkrete Forderung hin rapportiert wird.

5) Im ganzen könnten die DDR-Papiere durchaus einen Eindruck stützen, daß mit ihnen Anregungen und Forderungen des bayerischen Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit der Vermittlung des Milliarden-Kredites²⁰ beantwortet werden, wobei das erste Papier die deutsch-deutsche Verhandlungssituation in positiver, z. T. die DDR-Interessen stützender Weise darstellt, aber nichts Neues dem hinzufügt, das zweite Papier als Vollzugs- und Erfüllungsbericht dient.

5) Im Bundeskanzleramt und im BMB wird der Strauß-Besuch bei Honecker zu einzelnen Sachgebieten kritisch, im ganzen aber positiv kommentiert, als wahrgenommene Möglichkeit zum deutsch-deutschen Dialog, der auch den bayerischen Ministerpräsidenten in der Deutschlandpolitik der Bundesregierung näher bringt.

Berg

VS-Bd. 13348 (210)

¹⁸ Referat 210 notierte am 17. Januar 1983: „Über die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken zwischen dem Bundesgebiet und Berlin wird seit Jahren diskutiert. Die DDR hat nach Vorschlägen zu Streckenausbaumaßnahmen 1974 erstmals 1980 Vorschläge zur Elektrifizierung von Transitstrecken gemacht. Wir haben unsere Vorstellungen auf die Strecke Berlin – Hannover konzentriert [...]. Am Werbellinsee erklärte die DDR ihre Bereitschaft, in Sondierungen einzutreten. Sie benannte später Staatssekretär Schalck als ihren Beauftragten. In einem Non-paper vom 14.4.82 hat die DDR ihre Vorstellungen übermittelt, die unsere 80%ige Beteiligung und Aufwendungen über zwei Milliarden DM für die Strecke Marienborn – Berlin vorsahen. Darauf haben wir zurückhaltend reagiert und einen Fragenkatalog übergeben (26.5.82). Die DDR hat darauf noch nicht geantwortet.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132613.

¹⁹ Am 2. Juli 1983 errichteten etwa 35 Atomkraftgegner im Landkreis Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) auf einem Geländestreifen, der zur DDR gehörte, ein Zeltlager. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Nach eigenen Angaben wollten die Demonstranten deutlich machen, daß es für die Menschen in der ‚Atomregion Lüchow-Dannenberg‘ bei einem kerntechnischen Unfall keine Rettung gäbe, da der Fluchtweg an drei Seiten durch die innerdeutsche Grenze abgeschnitten sei.“ Weiter hieß es, daß die DDR nicht eingegriffen, aber den Bundesgrenzschutz mehrfach zur Räumung des Zeltlagers aufgefordert habe. Vgl. den Artikel „Atomkraftgegner besetzen ‚DDR‘-Gebiet“; DIE WELT vom 4. Juli 1983, S. 4.

²⁰ Zur Gewährung eines Kredits an die DDR („Milliardenkredit“) vgl. Dok. 199, Anm. 14.

230

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Lanc auf Schloß Kleßheim

VS-NfD

1. August 1983¹

Gespräch BM mit dem österreichischen AM Lanc am 1.8.1983, Schloß Kleßheim bei Salzburg, 15.00 bis 17.00 h²;

hier: Internationale und bilaterale Fragen (ohne INF und Ost-West-Verhältnis, hierzu gesonderter Vermerk³)

1) Bilaterale Fragen

a) AM verwies auf Einladung an BK Kohl, die im Grundsatz angenommen sei. Österreichische Seite habe Verständnis dafür, daß Termin nicht vor dem Herbst realisiert werden könne. Das offizielle Einladungsschreiben werde Botschafter Pahr bei Amtsantritt⁴ übergeben.⁵

Vor den Wahlen⁶ sei es zu bedauerlichen Mißverständnissen anläßlich des Kohl-Besuchs in Österreich gekommen⁷, die auf Informationsprobleme in der Büro-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. August 1983 gefertigt und mit dem Vermerk „Von BM noch nicht genehmigt“ an Vortragenden Legationsrat Horstmann sowie Vortragenden Legationsrat Jansen und Legationsrat I. Klasse Ischinger „n[ach] R[ückkehr]“ weitergeleitet.

Hat Horstmann vorgelegen.

Hat Ischinger am 5. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage].“

Hat Jansen am 16. August 1983 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz teilte Staatssekretär von Staden am 13. Juli 1983 mit, Bundesminister Genscher habe „österreichischen Vorschlag, in der Ferienzeit ein Treffen mit AM Lanc im Salzburger Raum vorzusehen, aufgegriffen“. Als Ort sei Schloß Kleßheim vereinbart worden. Vgl. Referat 203, Bd. 140558.

³ Im Gesprächsteil über die INF-Verhandlungen und das Ost-West-Verhältnis erläuterte Bundesminister Genscher dem österreichischen Außenminister Lanc die Vorgeschichte und die „Grundphilosophie“ des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979. Erörtert wurden außerdem der Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Vorbereitung der KVAE in Stockholm. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Der österreichische Botschafter Pahr übergab am 30. August 1983 sein Beglaubigungsschreiben an Bundespräsident Carstens.

⁵ Für das Einladungsschreiben des österreichischen Bundeskanzlers Sinowatz vom August 1983 und die Antwort vom 24. November 1983, mit der Bundeskanzler Kohl die Einladung für das kommende Jahr „mit großer Freude“ annahm, vgl. Referat 420, Bd. 129953.

⁶ Am 24. April 1983 fanden Wahlen zum österreichischen Parlament statt, bei denen die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) mit 90 Sitzen zwar die meisten Mandate erhielt, aber die absolute Mehrheit verlor. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) gewann 81 Sitze und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 12 Sitze. Der nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Kreisky am 25. April 1983 von der SPÖ als Kanzlerkandidat nominierte bisherige Vizekanzler Sinowatz bildete am 18. Mai 1983 eine Koalitionsregierung mit der FPÖ.

⁷ Am 7. Dezember 1982 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg mit, daß Bundeskanzler Kohl am 13. Januar 1983 auf Einladung der ÖVP nach Wien reisen werde: „Der Herr Bundeskanzler möchte bei dieser Gelegenheit Bundespräsident Kirchschläger und Bundeskanzler Kreisky einen Höflichkeitsbesuch abstatten.“ Vgl. Referat 700, Bd. 152801.

Während das Treffen mit Kirchschläger zustande kam, fand Kreisky zu dem von Kohl angegebenen einstündigen Termin keine Zeit. In der Presse wurde dazu berichtet, Kreisky habe das knappe Zeit-

kratie zurückzuführen seien, die man bei Gelegenheit des Besuchs zu aplanieren hoffe.

b) Informationsaustausch über grenznahe Kernkraftwerke

AM bat um Aufnahme von Gesprächen über den Austausch von Informationen über grenznahe Kernkraftwerke, auch wenn bekannt sei, daß die beiden in Bayern geplanten Kernkraftwerke⁸ erst in ferner Zukunft gebaut würden. AM erläuterte den Hintergrund dieses Wunsches: Mit der ČSSR habe Österreich durch einen Vertrag eine Pflicht zu vertraulichen Informationen und Konsultationen vereinbart, mit Jugoslawien sei man im Gespräch. Auf italienischer Seite bestehe kein Bedarf. Mit dem Wunsch an die deutsche Seite wolle Österreich der Frage zuvorkommen, warum Forderungen nur an die östlichen Nachbarn gerichtet würden. AM bat um wohlwollende Prüfung des Wunsches, der im Rahmen von ECE-Konzepten liege.

c) Zusammenarbeit im Umweltschutz

Auf entsprechende Frage erläuterte AM, daß eine bilaterale Raumordnungskommission bestehe. Österreich halte es für wirkungsvoller, einzelne die Umwelt bedrohende Faktoren separat zu behandeln. Zum Beispiel gebe es trilaterale Gespräche D, A, CH über „Sauren Regen“.⁹ Hieran sei Wien sehr interessiert – Einwurf BMs: wir auch –, er selbst werde sich gern einschalten, wenn die Gespräche nicht zügig liefen.¹⁰

2) Internationale Handelsfragen

a) Zusammenarbeit in OECD

AM brachte Sorge zum Ausdruck, daß Zusammenarbeit der sieben Weltwirtschaftsgipfelpartner unter anderen Vorzeichen und mit anderen Inhalten im OECD-Rahmen fortgesetzt werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1177

fenster „als eine Art ‚Ultimatum‘ bewertet, auf das er demonstrativ mit einem Nein reagierte“. Vgl. den Artikel „Kohl in Wien: Österreich und Deutschland sind aufeinander angewiesen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Januar 1983, S. 2.

⁸ Vortragender Legationsrat Dahlhoff erinnerte das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit Schreiben vom 15. September 1983 daran, daß der österreichischen Botschaft im Herbst 1982 auf Anfrage mitgeteilt worden sei, „daß es keine konkreten Vorhaben zur Errichtung eines KKW in Pleitning bei Passau oder in Marienburg, Kreis Rosenheim, gebe und insbesondere keine Anträge auf Erteilung einer Errichtungsgenehmigung vorlägen. Beide Standorte seien im Standortsicherungsplan für Wärmekraftwerke vom 28.7.1978 als Teil des Energieprogramms für Bayern ausgewiesen. Hierbei handle es sich um vorsorgliche Maßnahmen“. Vgl. Referat 433, Bd. 132142.

⁹ Am 19. Mai 1983 legten die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz der VN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf einen Vorschlag für eine gemeinsame Strategie der Teilnehmerstaaten zur Umsetzung des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vor, die auf der ersten Sitzung des Exekutivorgans der Konvention vom 7. bis 10. Juni 1983 in Genf erörtert werden sollte. Für den Vorschlag vgl. Referat 415, Bd. 132185.

¹⁰ Am 14. August 1983 traf Bundesminister Zimmermann in Salzburg mit dem österreichischen Minister für Gesundheit und Umweltschutz, Steyrer, zusammen, um über „Maßnahmen gegen das Waldsterben und die für 1986 geplante Einführung von bleifreiem Benzin in Deutschland“ zu sprechen. Botschafter Noebel, Wien, teilte mit: „Außerdem wurden grenzüberschreitende Maßnahmen in folgenden Bereichen erörtert: Probleme Giftmüll (Sonderabfälle), Chemikalienkontrolle, Emissionsreduzierung, Einwegverpackungen, Waschmittel- und Umweltverträglichkeitsprüfungen.“ Es sei ein regelmäßiger Informationsaustausch vereinbart worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 367; Referat 433, Bd. 132142.

b) Verhältnis EG/EFTA

AM bedauerte das Entstehen technologischer Einfuhrsperren durch Ungleichbehandlung von Nicht-Mitgliedstaaten bei der Überwindung der Normenhürden.

Österreich, aber auch Schweiz und Schweden, hätte im übrigen das Gefühl, daß von EG-Seite das Gespräch mit anderen Staaten immer erst aufgenommen werde, wenn der interne Abstimmungsprozeß abgeschlossen und die Entscheidung gefallen sei. Hieraus entstehe regelmäßig eine Konfrontation, die EG verteidige den Beschluß, der Gesprächspartner kritisiere ihn. Für alle wäre es besser, hier – wie im Rahmen der OECD – keine Fakten zu schaffen, die andere hinzunehmen hätten.

Beispielsweise müsse die EG bei der Verkehrspolitik Interesse haben, mit Österreich als wichtigem Transitland des innergemeinschaftlichen Verkehrs zu gemeinsamen Konzepten zu kommen.

Viele Sorgen beruhten auch auf atmosphärischen Entwicklungen. Beispielsweise habe das EP eine Resolution über die Forderung nach Abbau der innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen mit der nach stärkeren Kontrollen an den Außengrenzen der Gemeinschaft verbunden.¹¹

Die Zweiteilung Europas sei genug, man solle eine weitere Teilung vermeiden. Es sei durchaus so, daß die Nicht-Mitgliedstaaten konstruktiv mitwirken wollten. Allerdings müßten sie vorher wissen, woran sie seien, auch um innenpolitisch rechtzeitig die Durchsetzung von Entscheidungen vorbereiten zu können. Wünschenswert sei also eine starke Einbindung der Drittstaaten in den Meinungsbildungsprozeß der EG vor Entscheidung; die Entscheidungen selber blieben natürlich reine EG-Sache.

BM erläuterte unsere grundsätzliche Haltung, allen Bestrebungen entgegenzutreten, aus der EG einen closed shop zu machen. Wir wollten nicht die Fehler der Vergangenheit auf breiter Basis wiederholen. Deshalb seien wir gegen neue nicht-tarifäre Handelshindernisse.

Zur erwähnten EP-Resolution bemerkte BM, daß sie auf Reduzierung der innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen abziele. Der Rest der Resolution diene dazu, dies unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit attraktiv zu machen, d.h. die Sicherheit an den Außengrenzen zu erhöhen. Eine praktische Regelung werde daraus aber kaum folgen, bei Räumen mit kontinentalem Zuschnitt müßten andere Formen der Kontrolle gefunden werden, es gebe hier eine gewisse Parallelität der Probleme in den USA.

Der erwünschte bessere Informationsfluß hänge zum Teil vom guten Willen der jeweiligen Präsidentschaft ab. Wir unsererseits würden das Mögliche gerne beitragen, auch wenn es darum gehe, guten Gedanken und Vorschlägen von außen Gehör zu verschaffen.

c) EG/EFTA-Gipfel

AM bedauerte, daß bisher kein EG/EFTA-Ministertreffen stattfand. Schweden habe jetzt als Vorsitzender der EFTA¹² stärkeres Interesse, die Schweiz sei re-

¹¹ Für den Wortlaut der Resolution des Europäischen Parlaments vom 9. Juni 1983 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 184 vom 11. Juli 1983, S. 110–114.

¹² Schweden hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 den Vorsitz des EFTA-Rats inne.

zeptiv, Norwegen am zurückhaltendsten. Schweden strebe jetzt einen EFTA-Gipfel im Frühjahr¹³ an, dem Österreich und die Schweiz aus Sorge vor unzureichenden Ergebnissen skeptisch gegenüberstünden. Vielleicht werde es auf ein 25-Punkte-Papier als Ergebnis hinauslaufen, das dann als Gesprächsunterlage für einen gemeinsamen EG/EFTA-Gipfel dienen könne.

Ein solcher Gipfel würde die Gemeinsamkeiten der Beteiligten herausstellen und das gemeinsame Bewußtsein, das langfristig notwendig sei, fördern. Allmählich übernehme eine neue Generation, die sich nicht mehr an Kriegs- und Besatzungszeit erinnere und auch den europäischen Enthusiasmus der 50er Jahre nicht kenne, die politische Verantwortung. Hier müsse auch durch solche Veranstaltungen das Bewußtsein für die demokratischen, freiheitlichen Gemeinsamkeiten unserer Staaten vermittelt werden.

BM verwies auf seine bekannte Haltung, daß die Rolle des Europarates desto wichtiger werde, je stärker die Integration der EG voranschreite, um zu verhindern, daß sich drei Europas bilden. *BM* versicherte *AM* unsere Unterstützung für alle Bemühungen in diese Richtung.

AM äußerte gewisse Skepsis über Wirkungsmöglichkeiten des Europarates, weil er in den die Menschen bewegenden Fragen kaum eigene Zuständigkeiten besitze.

BM versicherte, Impulse, die von Nicht-MS ausgingen, könnten mit großem Verständnis bei uns rechnen, wie auch bei den anderen EG-Staaten, vor allem den Gründungsmitgliedern der EG.

AM teilte Absicht mit, die anderen EFTA-Staaten zu konsultieren, und verwies im übrigen darauf, daß er mit seinem Kabinettschef¹⁴ Ende des Jahres einen persönlichen Vertrauten nach Straßburg entsenden werde.

3) Polen

a) Umschuldung¹⁵

AM war besorgt, daß Umschuldung von den drei amerikanischen Forderungen¹⁶ abhängig gemacht werden könnte, was zu ihrem weiteren Aufschub und indirekt zu einer weiteren Kreditgewährung an Polen führen könnte. Er verwies auf das große österreichische Kreditengagement (50 % des US-Volumens) und unterstrich österreichisches Interesse, noch in diesem Jahr zu einer Regelung zu kommen, was die Abkoppelung der Umschuldung von den drei US-Punkten dringend mache. Hierfür bitte er um deutsche Unterstützung.

BM verwies auf enge Konsultationen mit den USA und den anderen Verbündeten. Auch wir seien nicht sicher, ob ein Aufschieben der Umschuldung für die polnische Regierung oder für uns das größere Problem darstelle. Daher neigten wir dazu, den Schritt zu tun. Allgemein stellten wir uns, ähnlich wie die katho-

¹³ Die Ministertagung des EFTA-Rates am 2./3. Juni 1983 in Bergen nahm einen Vorschlag des Ministerpräsidenten Palme positiv auf, „im Jahre 1984 in Stockholm eine EFTA-Gipfeltagung abzuhalten“. Vgl. das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1983, D 340.

¹⁴ Hans Gustav Knitel.

¹⁵ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 228, besonders Anm. 14.

¹⁶ Vgl. dazu die amerikanischen Überlegungen zu einer Überprüfung der Politik gegenüber Polen („Poland Review“); Dok. 152.

liche Kirche Polens, zu der wir engste Kontakte unterhielten, die Frage, wie zu begründen sei, daß mit der SU ein Abkommen über Getreidelieferungen abgeschlossen werde¹⁷, während Polen kein Futtergetreide erhalte.

b) Landwirtschaftsprojekt der Kirche¹⁸

BM erläuterte das Projekt, für das wir im Westen so etwas wie die Federführung übernommen hätten. Wir seien daran interessiert, eine solche Aktion auf möglichst breite Basis zu stellen. Eine Teilnahme Österreichs wäre in diesem Sinne sehr willkommen, auch mit der Schweiz müsse gesprochen werden.

AM erläuterte bisherige Sammlungstätigkeit für Flüchtlinge, deren Ergebnis jeweils vom Staat verdoppelt worden sei. Die Mittel seien jetzt ausgeschöpft, nachdem zuletzt landwirtschaftliche Geräte beschafft worden seien. Hieran könne man vielleicht anknüpfen, er wolle sich hierzu mit seinen Mitarbeitern besprechen.

BM bot an, daß MD Dr. Fischer jederzeit für ein Gespräch mit seinem österreichischen Kollegen¹⁹ zur Verfügung stünde.

4) Internationale Fragen

a) Zentralamerika

AM äußerte Befürchtung, daß amerikanische ZA-Politik negative Rückwirkungen auf Europa haben könnte, insbesondere die Friedensbewegung, und die Raketenproblematik noch um Menschen- und Völkerrechtsfragen anreichern könnte. Insbesondere bei der Jugend sei ein sich verdichtendes Feindbild der USA als Friedensstörer und der Vergleich der USA mit der SU bei der Schaffung von Satelliten-Staaten aus Sicherheitsgründen zu besorgen.

BM verwies auf unsere Unterstützung der Contadora-Gruppe²⁰, weil wir Vorschläge zur Konfliktlösung aus der Region heraus für die geeignetsten hielten. BM verwies auf ASEAN. Das jüngste AM-Treffen in Panama²¹ wollte BM nicht so negativ bewerten wie die Medien. Immerhin spreche man miteinander, und die Lage sei nicht schlechter geworden. BM glaubte, daß die Europäer, besonders die EG, eine wesentliche Rolle spielen könnten. Sie habe kein Interesse an

¹⁷ Präsident Reagan unterbreitete der sowjetischen Regierung am 7. April 1983 das Angebot, ein neues Abkommen über Getreidelieferungen an die UdSSR auszuhandeln. Die UdSSR nahm das Angebot am 16. Mai 1983 an. In Verhandlungen in Wien vom 26. bis 28. Juli 1983 kam es zur Einigung auf ein Getreidelieferungsabkommen mit fünfjähriger Laufzeit, in dem sich die UdSSR zur Abnahme von jährlich neun Millionen Tonnen Weizen und Mais verpflichtete. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3403 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 29. Juli 1983; Referat 421, Bd. 141331. Das Abkommen wurde am 25. August 1983 in Moskau vom amerikanischen Landwirtschaftsminister Block und dem sowjetischen Außenhandelsminister Patolitschew unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. Referat 421, Bd. 141331.

¹⁸ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 197, Anm. 16.

¹⁹ Georg Reisch.

²⁰ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 222, Anm. 19.

²¹ Vom 28. bis 30. Juli 1983 trafen in Panama die Außenminister der mittelamerikanischen Staaten mit den Außenministern der Contadora-Gruppe zusammen. Botschafter Wellhausen, Panama-Stadt, informierte am 31. Juli 1983, das zum Abschluß veröffentlichte „Bulletin Informativo“ sei „sehr allgemein gehalten“. Es würden Fortschritte in den Verhandlungen konstatiert und erklärt, daß alle neun Außenminister die Erklärung von Cancún vom 17. Juli 1983 unterstützten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 75; Unterabteilung 33, Bd. 136684.

einer eigenen Einflußzone und könne durch starkes wirtschaftliches Engagement stabilisierend wirken. Aus Sicht der Staaten der Region erscheine die Zusammenarbeit mit Europa als der dritte Weg.

b) Nahost

BM erwartete hier in den nächsten Monaten keine Bewegungen in Richtung auf eine Lösung des zugrundeliegenden Problems, dem Schicksal der Palästinenser. Die Schwächung Arafats²² mache es nicht leichter, im Westen hätten viele daran mitgewirkt.

AM stimmte der Einschätzung der Palästinenser-Frage wie der aktuellen Lage zu. Er verwies darauf, daß die arabische Seite verstärkt danach frage, ob die Zehn sich nicht intensiver einschalten sollten. Er sei hier eher skeptisch.

BM bedauerte, daß die günstigen Rahmenbedingungen in den Israel benachbarten Ländern Ägypten und Jordanien und auch das verantwortungsvolle Verhalten der saudi-arabischen Führung nicht genutzt werden könnten, um wirkliche Friedensregelung zu finden. An einem Interesse der SU an einer solchen Regelung müsse man allerdings zweifeln.

BM erläuterte kurz die bevorstehende Reise BKs nach Israel²³, an der er selbst nicht teilnehmen werde. Gemeinsame Auslandsreisen von BK und BAM bildeten bei uns – seltene – Ausnahme.

c) Rumänien

BM verwies auf seine bevorstehenden Gespräche in Rumänien²⁴ und erläuterte AM auf dessen Bitte die Regelung der Aussiedlungsfrage²⁵.

5) AM-Besuch

BM lud AM zu baldigem offiziellen Besuch nach Bonn ein. AM nahm mit Dank an, war aber nicht sicher, ob nach der Besuchsbilanz der österreichische AM an der Reihe ist.²⁶

Beide Minister einigten sich, diese Frage zu prüfen; wer immer von beiden mit der Einladung an der Reihe sei, solle sie bald formalisieren.²⁷

²² Zu den internen Auseinandersetzungen der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vgl. Dok. 161, Anm. 6.

²³ Zur Verschiebung des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in Israel vgl. Dok. 245.

²⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 11. August 1983 in Rumänien auf und führte Gespräche mit Präsident Ceauşescu und dem rumänischen Außenminister Andrei in Neptun. Vgl. dazu Dok. 236, Anm. 4, und Dok. 243, besonders Anm. 9.

²⁵ Zur deutsch-rumänischen Vereinbarung vom 21. Mai 1983 vgl. Dok. 154, Anm. 5.

²⁶ Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er am 15. August 1983 handschriftlich: „Hierzu liegt BM Vorlage Abt. 2 v[om] 4.8. vor.“

²⁷ Ministerialdirigent Schauer legte am 4. August 1983 für Bundesminister Genscher dar, daß sich zuletzt der österreichische Außenminister Pahr am 2./3. November 1977 in der Bundesrepublik aufgehalten habe: „Formal gesehen wäre demnach eine Einladung der Österreicher an Sie an der Reihe. Berücksichtigt werden sollte aber auch, daß es seit jenem offiziellen Besuch 1977 zu einer Fülle informeller Begegnungen gekommen ist, die fast alle in Wien stattfanden“. Schauer schlug daher vor, „zunächst das Ergebnis der auch von den Österreichern zugesagten Prüfung abzuwarten, da beide Alternativen: eine Einladung an Sie nach Wien oder eine Einladung Außenminister Lanc's nach Bonn vertretbar sind“. Vgl. Referat 203, Bd. 140558.

Am 9. August 1983 lud Lanc Genscher zu einem offiziellen Besuch nach Österreich ein. Für das Schreiben vgl. Referat 203, Bd. 140558.

Genscher besuchte Österreich am 12./13. April 1984.

Abschließend einigten sich die beiden Minister auf eine Äußerung gegenüber der Presse, die beiliegendem Ticker des Pressereferats²⁸ zugrunde lag.

VS-Bd. 14114 (010)

231

Gesandter Pabsch, Washington, an das Auswärtige Amt

114-19313/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3462

Aufgabe: 8. August 1983, 16.20 Uhr¹
Ankunft: 8. August 1983, 22.27 Uhr

Betr.: Produzentenhaftungsprozeß amerikanischer Vietnam-Veteranen gegen DuPont und Dow Chemical Company;
hier: Bitte des Pentagon um Unterstützung

Bezug: DB 1828² vom 25.4.1983³
DE 484⁴ vom 27. oder 28.4.1983⁵ (zur Zeit nicht greifbar)

Bitte um Weisung

Eine Gruppe ehemaliger US-Soldaten, die im Vietnamkrieg eingesetzt waren, führt einen Produzentenhaftungsprozeß gegen die Hersteller des im Vietnamkrieg verwendeten Entlaubungsmittels Agent Orange, das die Kläger für bleibende Gesundheitsschäden verantwortlich machen. In diesem in der Öffentlichkeit starke Beachtung findenden Verfahren hat das Gericht die Vorlage ge-

²⁸ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für die Information Nr. 1233/83 des Pressereferats vom 1. August 1983 vgl. Referat 203, Bd. 140558.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Graeve am 11. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Bertele vermerkte: „Angelegenheit wurde mit Ref. 204 (Vortragender Legationsrat Pieck) besprochen. Rechtl[iche] Probleme bestehen nicht. Eingang wird daher von Ref. 204 mit der Maßgabe bearbeitet werden, daß, sofern im weiteren Fortgang sich juristische Probleme stellen sollten, Ref. 512 die Sache übernimmt.“

Hat dem Vertreter von Bertele, Ministerialdirigent Redies, am 14. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „512“. Vgl. Anm. 12.

² Korrigiert aus: „DE 1828“.

³ Botschafter Hermes, Washington, berichtete: „Das Pentagon benötigt in einer sehr dringenden vertraulichen Angelegenheit bis zum 2. Mai 1983 Angabe, ob folgende deutsche Wissenschaftler, mit denen es in den 60er Jahren in Verbindung gestanden hat, noch am Leben sind: Prof. Dr. Otto Klimmer, seinerzeit Pharmakologisches Institut der Universität Bonn; Prof. Dr. Wilhelm Neumann, seinerzeit Pharmakologisches Institut der Universität Würzburg; Dr. Wilhelm Sandermann, Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Holz- und Zellstoffchemie, Reinbek, Hamburg; Wolfgang Wirth, Direktor Pharmakologische Abteilung, Farbwerke Bayer, Elberfeld. Es wird gebeten, bei den Nachforschungen den Namen der anfragenden Stelle nicht zu nennen.“ Vgl. VS-Bd. 12425 (512); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Korrigiert aus: „DE 204“.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk teilte der Botschaft in Washington am 28. April 1983 mit: „Nach Auskunft der Institute leben Prof. Dr. Otto Klimmer, Dr. Wilhelm Sandermann und Direktor Wolfgang Wirth im Ruhestand. Prof. Wilhelm Neumann ist verstorben.“ Vgl. VS-Bd. 12425 (512); B 150, Aktenkopien 1983.

heimer Dokumente über die Entwicklung von Agent Orange durch die Administration angeordnet.

Das Pentagon prüft zur Zeit die Frage, ob die Vorlage der Dokumente erfolgen oder unter Berufung auf das Executive Privilege⁶ verweigert werden soll.

Die Formel für Agent Orange soll nach Angaben des Pentagon auf die deutschen Wissenschaftler: Prof. Dr. Otto Klimmer⁷, früher Pharmakologisches Institut der Universität Bonn; Dr. Wilhelm Sandermann⁸, früher Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Holz- und Zellstoffchemie, zurückgehen. Der im Dienst der US Army stehende Wissenschaftler Dr. Friedrich W. Hoffmann⁹ habe 1962 von ihnen eine Formel erhalten, die in den USA zur Formel für Agent Orange weiterentwickelt worden sei. Das Pentagon bittet, Prof. Klimmer und Dr. Sandermann zu befragen, ob sie darauf bestehen, daß die US-Regierung ihre Anonymität in bezug auf die Mitwirkung bei der Entwicklung von Agent Orange weiterhin schützt. Gegebenenfalls würde die Administration die Herausgabe der sie betreffenden Dokumente unter Berufung auf das Executive Privilege verweigern. Andernfalls würden sie gebeten werden, eine noch im einzelnen zu vereinbarende Erklärung zu unterzeichnen, mit der sie sich mit der Vorlage der Dokumente, in denen sie namentlich erwähnt werden, einverstanden erklären.

Auf die Frage nach den Konsequenzen eines Verzichts auf weiteren Schutz erklärte Gesprächspartner, daß kaum damit zu rechnen sein dürfte, daß die o.g. Wissenschaftler in dem Prozeß als Zeugen benötigt würden. Allerdings würden voraussichtlich die Prozeßparteien an sie herantreten und sie für ihre Zwecke

⁶ Unter Berufung auf das „Executive Privilege“ konnten der amerikanische Präsident bzw. Mitglieder der amerikanischen Regierung dem Kongreß oder Gerichten die Herausgabe geheimhaltungsbedürftiger Informationen verweigern.

⁷ Otto Rudolf Klimmer war von 1937 bis 1945 wissenschaftlicher Assistent bzw. ab 1944 Dozent am Pharmakologischen Institut der Universität Würzburg. Am 1. Mai 1937 trat er der NSDAP bei und habilitierte sich 1942 mit einer Arbeit über „Vergiftung durch Verbrennungsgase“. Von 1953 bis 1973 war Klimmer Leiter des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie an der Universität Bonn. Vgl. dazu KÜRSCHNERS DEUTSCHER GELEHRTEN-KALENDER 1954, Sp. 1175, bzw. KÜRSCHNERS DEUTSCHER GELEHRTEN-KALENDER 1987, S. 2290. Vgl. ferner Bundesarchiv, BDC, Zentrale Mitgliederkartei der NSDAP, Signatur 31XX L 0055.

⁸ Wilhelm Sandermann war von 1938 bis 1947 als Chefchemiker bei den Spangenberg-Werken in Hamburg beschäftigt und seit 1. Juli 1938 NSDAP-Mitglied. Er habilitierte sich 1941 an der TH Dresden. Seit 1947 war Sandermann Abteilungsleiter für Holzchemie, seit 1957 Direktor des Instituts für Holzchemie und Zellstoffchemie an der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Reinbek bei Hamburg. Vgl. dazu H. H. Dietrichs, Prof. Dr. phil Wilhelm Sandermann 60 Jahre, in: EUROPEAN JOURNAL OF WOOD AND WOOD PRODUCTS 28 (1970), Heft 4, S. 155–159. Vgl. dazu ferner Bundesarchiv, BDC, Zentrale Mitgliederkartei der NSDAP, Signatur 31XX O 0011. 1957 synthetisierte Sandermann als erster Tetrachlordibenzodioxin im Labor – den Stoff, der in Agent Orange enthalten war und 1976 beim Chemie-Unfall in Seveso freigesetzt wurde. Vgl. dazu Wilhelm Sandermann: Dioxin. Die Entdeckungsgeschichte des 2,3,7,8-Tetrachlordibenzo-p-dioxins (TCDD, Dioxin, Sevesogift), in: NATURWISSENSCHAFTLICHE RUNDschau 37 (1984), S. 173–178.

⁹ Friedrich Wilhelm Hoffmann war zunächst als Chemiker an der Universität Würzburg beschäftigt und seit Juli 1943 an der Technischen Versuchsanstalt der Luftwaffe in Berlin-Gatow. 1946 wurde er Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin und kam 1947 in die USA, wo er zunächst für das amerikanische Militär, später die CIA als Spezialist für Nervengase und sog. „Wahrheitsdrogen“ tätig war. Vgl. dazu Linda HUNT, Secret Agenda. The United States Government, Nazi Scientists and Project Paperclip, 1945 to 1990, New York 1991, S. 161. Vgl. dazu außerdem Egmont R. KOCH/Michael WECH, Deckname Artischocke. Die geheimen Menschenversuche der CIA, München 2002, S. 128.

einzuspannen suchen. Ferner würde ihre Mitwirkung bei der Entwicklung von Agent Orange, das jetzt als gefährliches, umweltschädigendes Gift gilt und dessen Einsatz in Vietnam angeprangert wird, in Presse und Medien erörtert werden. Sie hätten Anfragen von Journalisten zu erwarten und würden als Erfinder von Agent Orange in die Geschichte eingehen.

Trotz eigener negativer Einschätzung der Konsequenzen kann das Pentagon wohl nicht umhin, eine Stellungnahme der Betroffenen einzuholen, da seit Watergate¹⁰ die Berufung auf das Executive Privilege für jede Administration problematisch ist und die einzelnen Ressorts es wohl auch regierungsintern rechtfertigen müssen, wenn sie von diesem heiklen Instrument Gebrauch machen wollen.

Um weitere Veranlassung und baldige Weisung¹¹ wird gebeten.¹²

[gez.] Pabsch

VS-Bd. 12425 (512)

¹⁰ Am 17. Juni 1972 wurden fünf Personen verhaftet, die bei einem Einbruch in Büroräume der Demokratischen Partei im Watergate-Hotel in Washington Abhörmikrophone anbringen wollten. Bei den anschließenden Ermittlungen stellte sich heraus, daß sie Beziehungen zum Wahlkampfbüro des Präsidenten Nixon hatten. Am 27. Februar 1973 setzte der amerikanische Senat einen Untersuchungsausschuß ein, dessen Arbeit eine Verwicklung von Regierungskreisen in die „Watergate-Affäre“ immer deutlicher werden ließ. Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses sprach sich während seiner Sitzung vom 27. bis 30. Juli 1974 für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Nixon aus, u. a. wegen Behinderung der Justiz. Daraufhin gab Nixon am 8. August 1974 seinen Rücktritt bekannt.

¹¹ Vortragender Legationsrat Pieck teilte der Botschaft in Washington am 12. August 1983 mit, daß „Zurückhaltung bei Amtshilfe geboten“ erscheine, da die „Konsequenzen einer Involvierung deutscher Wissenschaftler im Prozeß von hier aus nicht zu übersehen“ seien: „Rolle der Bundesregierung sollte sich auf Ermöglichung direkten Kontakts zwischen US-Stellen und Wissenschaftlern beschränken.“ Die Wissenschaftler würden daher zunächst nur gefragt, ob ihre Anschriften an die amerikanischen Stellen weitergegeben werden dürften. Vgl. den Drahterlaß Nr. 903; VS-Bd. 12425 (512); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Vortragender Legationsrat Pieck bat Referat 512 am 19. August 1983 um Übernahme des Vorgangs, da „in erster Linie rechtliche Fragen zu klären“ seien: „Als deutsche Staatsbürger können die beiden Wissenschaftler erwarten, daß die Bundesregierung nicht ohne zureichende Gründe bei einer peinlichen oder zumindest doch, bei ihrem Alter, möglicherweise belastenden Befragung durch amerikanischen Dienststellen mitwirkt.“ Unklar sei, ob die Haltung des amerikanischen Verteidigungsministeriums von Rücksichtnahme auf die Wissenschaftler bestimmt sei oder dies nur vorgeschoben werde, um „die Geheimpapiere nicht auszuliefern“. Vgl. VS-Bd. 12425 (512); B 150, Aktenkopien 1983. Zur weiteren Stellungnahme des Auswärtigen Amtes vgl. Dok. 253.

232

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.80 START-1751/83 VS-vertraulich

9. August 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: START-Verhandlungen;

hier: Stand nach Abschluß der vierten Verhandlungsrunde (8. Juni bis 2. August 1983)

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Am 2. August 1983 ging in Genf die seit Anfang Juni laufende vierte START-Verhandlungsrunde zu Ende.

Die Runde war durch Bewegung auf beiden Seiten gekennzeichnet, wobei die wesentliche Initiative⁴ von den USA ausging. Sie führten am 7. Juli 1983 einen Vertragsentwurf ein, der wichtige, zu Beginn der Runde von Präsident Reagan angekündigte Änderungen des amerikanischen START-Konzepts⁵ enthielt.⁶ Diese neue, erheblich flexiblere amerikanische START-Position geht auf die Empfehlungen der überparteilichen Scowcroft-Kommission vom Frühjahr d. J.⁷ zurück und kommt zentralen sowjetischen Anliegen entgegen.

Die SU hat in der vergangenen Runde ihre eigene Position weiter präzisiert und in verschiedenen – für die USA allerdings nicht zentralen – Fragen Zugeständnisse gemacht.⁸

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationssekretär Bruns konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 11. August 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 18. August 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 24. August 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 24. August 1983 vorgelegen.

⁴ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt: „weil dies i[n] Vorwahlenzeiten d[en] Inter[essen] d[es] Präsidenten entspricht“.

⁵ Zur Erklärung des Präsidenten Reagan vom 8. Juni 1983 vgl. Dok. 175, besonders Anm. 4.

Zur geänderten amerikanischen Position bei den START-Verhandlungen vgl. Dok. 183.

⁶ Der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, erläuterte dem Ständigen NATO-Rat am 1. August 1983 den amerikanischen Entwurf vom 7. Juli 1983 für ein START-Abkommen mit der UdSSR. Auf die Frage nach einer Weitergabe des Textes an die übrigen NATO-Mitgliedstaaten antwortete er: „Später, jetzt wäre es zu früh“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1472/1473 des Gesandten Böcker, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 13396 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 19. August 1983 berichtete Botschafter Hermes, Washington, daß er Einsicht in den amerikanischen Entwurf erhalten habe, aber gebeten worden sei, angesichts dieser „Sonderunterrichtung“ auf schriftliche Notizen zu verzichten. Der Entwurf gliederte sich nach einer Präambel u. a. in Kapitel über Reduzierungen und Beschränkungen, Bestimmungen zur Verhinderung einer „schnellen Nachladefähigkeit“, noch offen gelassene Höchstgrenzen für nicht dislozierte Raketen und Abschußvorrichtungen zu Erprobungszwecken, Verbote „der weiteren Produktion der vorhandenen und Entwicklung von neuen schweren ICBM“ sowie von neuen Offensivwaffen und schließlich Vorschläge zur Verifikation. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3643; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zu den Empfehlungen der Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) vom 6. April 1983 vgl. Dok. 139.

⁸ Zu den sowjetischen Vorschlägen in der vierten Runde der START-Verhandlungen vom 8. Juni bis 2. August 1983 in Genf vgl. Dok. 220, Anm. 7.

Insgesamt haben die vorher auf der Stelle tretenden START-Verhandlungen in dieser Runde erheblichen Auftrieb bekommen. Ob ein baldiger Durchbruch erreicht wird, hängt jedoch von der Haltung der SU ab, insbesondere davon, ob sie weiterhin auf einer Lösung der INF-Thematik in ihrem Sinne als Vorbedingung für ein START-Abkommen beharrt. Die START-Verhandlungen werden am 5. Oktober 1983 fortgesetzt.⁹

II. Der gegenwärtige Stand der START-Verhandlungen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Amerikanische Position

- Die im ursprünglichen US-Konzept vorhandene Höchstgrenze von 850 für land- und seegestützte ballistische Raketen (ICBM und SLBM)¹⁰ wurde fallengelassen. Die neue, höher anzusetzende Grenze ist verhandelbar.

Die rüstungskontrollpolitische Bedeutung dieser Bewegung liegt vor allem in der Unterbrechung des durch SALT geförderten gegenwärtigen Entwicklungstrends, bei dem immer mehr und immer zielgenauere GK auf immer weniger Trägerraketen montiert werden. Dieser Trend wirkt in Richtung auf größere strategische Instabilität bei der landgestützten Komponente des strategischen Potentials, weil dadurch der Anreiz in einem Erstschlag gegen ICBM erhöht wird. Die Änderung der amerikanischen Position ermöglicht eine von den USA für die beginnenden 90er Jahre geplante Aufstellung von kleinen, relativ unverwundbaren, beweglichen ICBM mit einem GK. Sie kommt aber auch der SU entgegen, die auf einer höheren Anzahl von Trägern besteht.

- Die Höchstgrenze von 5000 für Gefechtsköpfe auf ICBM und SLBM bleibt als zentrales Element der US-Position bestehen; die zusätzliche Bedingung von maximal 2500 GK auf ICBM steht zur Disposition. Hierin äußert sich eine weitere wichtige Änderung der amerikanischen Haltung: Um Instabilität bei den ICBM zu begegnen, waren die USA bisher bestrebt, der SU hinsichtlich ihrer ICBM enge Fesseln anzulegen und sie möglichst zu einer Umstrukturierung ihres strategischen Potentials und einem stärkeren Aufbau der schwer verwundbaren seegestützten Komponente zu veranlassen. Dieses Konzept ist mit der hier genannten und mit der nachstehend aufgeführten Änderung aufgegeben worden.
- Zwei die sowjetischen ICBMs besonders beschränkende „collateral constraints“, d.h. Höchstgrenzen von 110 für „schwere“ ICBM¹¹ sowie von 210 für „schwere“ und „mittelschwere“ ICBM stehen ebenfalls zur Disposition.
- Anstelle dieser numerischen Höchstgrenze haben die USA als Alternative eine direkte globale Höchstgrenze für das Gesamtwurfgewicht (d.h. Nutzlast) der ballistischen Raketen vorgeschlagen. Die Höhe dieser Grenze ist verhandelbar. Es wird auch nicht mehr – wie in der ursprünglichen US-Position – eine Reduzierung bis auf das jetzige US-Niveau gefordert.¹²

⁹ Die fünfte Runde der START-Verhandlungen fand vom 5. Oktober bis 8. Dezember 1983 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 385.

¹⁰ Zur amerikanischen Position zu Beginn der START-Verhandlungen vgl. AAPD 1982, II, Dok. 228.

¹¹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Nur die SU verfügt über moderne ‚schwere‘ ICBM (SS-18).“

¹² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Derzeitiger Stand: SU ca. 6 Mio. kg, USA ca. 2 Mio. kg.“

- Schließlich haben die USA ihr bisheriges Zwei-Phasen-Konzept aufgegeben, wonach die aus amerikanischer Sicht besonders wichtigen ballistischen Raketen zuerst behandelt werden sollten, die die SU stärker interessierenden Marschflugkörper dagegen erst in der zweiten Verhandlungsphase. Alle für START relevanten Systeme – insbesondere auch seegestützte Marschflugkörper – können nun sofort und gleichzeitig verhandelt werden.
- Außerdem wird für strategische Bomber eine Höchstgrenze von 400, für deren Bewaffnung mit luftgestützten Marschflugkörpern größerer Reichweite (ALCM) eine Begrenzung von maximal 20 ALCM pro Bomber vorgeschlagen (dies ist restriktiver als die entsprechenden SALT-II-Bestimmungen, die 28 ALCM vorsahen). Die ALCM sollen nicht auf die GK-Obergrenze von 5000 angerechnet werden.

2) Sowjetische Position

- Die bereits vorgeschlagene Gesamthöchstgrenze von 1800 für strategische Trägersysteme (= ICBM, SLBM und schwere Bomber) wird mit folgenden Zwischengrenzen versehen:
 - für „gemirvte“ ICBM max. 680 Systeme,
 - für „gemirvte“ ICBM und SLBM max. 1080 Systeme,
 - für „gemirvte“ ICBM, SLBM sowie Bomber mit ALCM maximal 1200.

Für „nicht gemirvte“ Systeme (= Raketen mit nur einem GK, Bomber mit frei fallenden Bomben) bleibt demnach eine Zahl von 600 Systemen, die sich aus der Differenz zwischen der Obergrenze von 1200 und der Gesamthöchstgrenze von 1800 ergibt.

- Die Reduzierung auf vorstehende Grenzen soll in Phasen (1985, 1987) bis 1990 verwirklicht werden.
- Die auf den maximal 1800 Trägersystemen angebrachten GK („Waffen“ oder „Ladungen“ in sowjetischer Terminologie, d.h. unter Einschluß von Marschflugkörpern und Bomben) soll auf nicht näher spezifizierte Weise unter das jetzige US-Niveau verringert werden. Unklar ist, wie hoch die SU die Zahl der amerikanischen „Ladungen“ veranschlagt; in sowjetischen Veröffentlichungen war von ca. 13000 die Rede, die USA geben inoffiziell ca. 9500 an. Für die maximal 120 strategischen Bomber mit ALCM-Bewaffnung (die Zahl ergibt sich aus der Differenz zwischen der zweiten und dritten oben angeführten Zwischengrenze) soll eine Begrenzung von maximal 16 ALCM pro Bomber gelten (letzterer Punkt wurde von SU bisher nur informell erwähnt).

III. Der Verhandlungsstand wird aus hiesiger Sicht wie folgt bewertet:

1) Die neue amerikanische START-Position stellt eine wesentliche Bewegung in der Substanz dar. Die erhöhte Flexibilität der USA, insbesondere im Bereich der Obergrenze für Träger und GK der ICBM sowie bei Behandlung der „Wurfgewichts“-Thematik (in beiden Bereichen hat die SU erhebliche numerische Vorteile), erhöht die Verhandlungsaussichten.

2) Bei den neuen sowjetischen Vorschlägen handelt es sich um eine Präzisierung der eigenen bisherigen Verhandlungsposition. Da dies von amerikanischer Seite jedoch am Verhandlungstisch seit langem gefordert wurde, kann durchaus von einem sowjetischen Entgegenkommen gesprochen werden. Außerdem

hat die SU in zwei nachgeordneten, aber für die USA wichtigen Fragen Zugeständnisse gemacht: Sie hat zum einen auf ihre Forderung nach einem völligen ALCM-Verbot verzichtet und zum anderen die von ihr vorgeschlagenen Modernisierungsbeschränkungen für seegestützte Systeme gelockert. (Beides zielte auf eine einseitige Einschränkung bzw. Verhinderung geplanter amerikanischer Rüstungsprogramme für zielgenaue SLBM ab.)

3) Obwohl die vierte START-Verhandlungsrunde bisher die erste in der Substanz „ergiebig“ Runde war, haben beide Seiten die Initiativen der jeweils anderen Seite in der Öffentlichkeit skeptisch bewertet. Der sowjetische Chefunterhändler Karpow behauptete auf einer Pressekonferenz zum Abschluß der Runde sogar, daß überhaupt keine Fortschritte erzielt worden seien.¹³ Diese zurückhaltenden Reaktionen dürften in aus für beide Seiten unterschiedlichen Gründen mit der INF-Thematik zusammenhängen: Die SU bleibt weiter bestrebt, die USA als generell an Ergebnissen nuklearer Rüstungskontrollverhandlungen desinteressiert hinzustellen. Die USA sind offenbar gegenwärtig vor allem bestrebt, das Aufkommen zu hoher Erwartungen für START und damit ein unterschiedliches öffentliches Bild der beiden Genfer Verhandlungen zu vermeiden.

4) In der Substanz haben sich bei START jetzt zwei zentrale Fragen herausgebildet:

- Frage der Vereinbarung einer Höchstgrenze für GK auf ballistischen Raketen und Festlegung ihrer Höhe,
- Frage der Verringerung der Disparität beim Wurfgewicht ballistischer Raketen.

Von der Sache her sind in beiden Fragen keine Gründe ersichtlich, die ein sowjetisches Entgegenkommen ausschließen würden. Über das Prinzip einer Reduzierung auch der GK besteht vielmehr bereits heute Einigung; strittig ist hier allein die Höhe der zu vereinbarenden Höchstgrenze. Bei der Frage der Wurfgewichtsreduzierung ist die amerikanische Position inzwischen in einer Weise flexibel, die es der SU ermöglichen müßte, einem ihre Interessen wahrenenden Kompromiß zuzustimmen und sich nur auf die Frage der Höhe der Obergrenze zu konzentrieren.

Eine Lösung dieser beiden Fragen wäre gleichbedeutend mit einem Verhandlungsdurchbruch. Nach Aussagen Rownys wäre in einem solchen Falle ein START-Abkommen innerhalb von sechs Monaten abzuschließen.¹⁴

5) Die Sowjets haben jedoch bislang ein START-Abkommen von einem Verzicht der USA auf die INF-Nachrüstung abhängig gemacht. In der vergangenen Runde

¹³ Der Leiter der sowjetischen START-Delegation, Karpow, erklärte auf einer Pressekonferenz am 2. August 1983, die amerikanische Delegation spiele auf Zeitgewinn und ihre Haltung fördere nicht das Zustandekommen eines Abkommens. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI, S. 258.

¹⁴ Als dritte Frage, „ohne deren Lösung eine Einigung nicht vorstellbar sei“, nannte der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, am 1. August 1983 im Ständigen NATO-Rat den sowjetischen Versuch, „ballistische Raketen und ihre Gefechtsköpfe sowie strategische Bomber und ihre Bewaffnung unter einer gemeinsamen Zahl zu erfassen und damit Unvergleichbares gleichzusetzen“. Nach „Erzielung einer Vereinbarung über die Kernfragen“ sei der Abschluß eines Abkommens über die Verminderung strategischer Rüstungen innerhalb von sechs Monaten möglich. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1472 des Gesandten Böcker, Brüssel (NATO), vom 1. August 1983; VS-Bd. 13396 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

haben sie allerdings diese Haltung durch die Erklärung modifiziert, die sowjetische Bereitschaft einer Reduzierung auf 1800 strategische Einheiten sei abhängig von der Nichtdurchführung der Stationierung amerikanischer INF in Europa. Damit hat sich die SU die Option einer künftigen Berücksichtigung von stationierten INF-Systemen im START-Rahmen offengehalten. Offenbar hält die SU damit auch weiter an der Priorität der INF-Verhandlungen fest, so daß mit einem entscheidenden Weiterkommen bei START in der nächsten Runde nicht zu rechnen sein dürfte. Die schwebende Verhandlungslage bei INF dürfte vielmehr in den nächsten Monaten trotz objektiver Annäherungschancen zu einer eher abwartenden Haltung auf beiden Seiten führen. Allerdings erscheint eine baldige Weiterentwicklung der sowjetischen Position in der Frage der GK-Reduzierung (= numerische Präzisierung einer Gesamthöchstgrenze für GK) nicht ausgeschlossen.

Citron

VS-Bd. 11370 (220)

233

**Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim
Abrüstungsausschuß), an das Auswärtige Amt**

114-19331/83 geheim
Fernschreiben Nr. 1553

Aufgabe: 9. August 1983, 19.00 Uhr¹
Ankunft: 9. August 1983, 20.11 Uhr

Betr.: Chemische Waffen;

hier: Überlegungen zur Perspektive künftiger CW-Kriegsführung und deren Auswirkung auf die Verhandlungen über eine Konvention zur Ächtung chemischer Waffen

Zur Unterrichtung

Zu Beginn des Jahres 1983 stellte sich eine einmalige Konstellation im Hinblick auf ein künftiges CW-Abkommen ein. Sowohl auf seiten der USA als auch der SU wurde eine Bona-fide-Bereitschaft erkennbar, ein CW-Abkommen abzu-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Vortragender Legationsrat Pöhlmann leitete den Drahtbericht Nr. 1553/1554 mit Aufzeichnung vom 11. August 1983 an Referat 201 sowie an das Bundesministerium der Verteidigung und bat um Stellungnahme „zu den von der Delegation aufgeworfenen Fragen bezüglich der veränderten Qualität und Einsatzmöglichkeit chemischer Waffen“. Von dieser Prüfung hänge das weitere Vorgehen ab: „Angesichts des weitgehend hypothetischen Charakters der in den Drahtberichten enthaltenen Überlegungen wird nachdrücklich gebeten, diese Berichte nicht weiterzuverteilen.“

Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 16. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat Seibert vermerkte: „M. E. ist in erster Linie BMVg gefragt. Wir (201) insoweit, als es um Stellenwert der CW im Rahmen der Abschreckung geht.“

Hat Seibert vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, er habe Referat 222 „telefonisch“ unterrichtet, daß wir keine Erkenntnisse haben, die auf vermindertes am[erikanisches] Interesse an CW-Verbot schließen lassen“. Vgl. die Aufzeichnung; VS-Bd. 12069 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

schließen. Diese fand ihren Ausdruck in der Vorlage eines umfassenden amerikanischen Arbeitspapiers – CD/343 –, das von US-Vizepräsident Bush am 4.2. 1983 in Genf angekündigt wurde² und detaillierte Vorstellungen der USA zu allen Aspekten eines künftigen Abkommens enthielt.³ Die sowjetische Delegation leitete ausführliche Konsultationen mit einer Reihe von Schlüsseldelegationen ein, so auch mit uns, insbesondere aber mit der US-Delegation. Die von der amerikanischen und der sowjetischen Delegation gezeigte Ernsthaftigkeit und Dynamik kontrastierte positiv mit einem früheren Verhalten, das aus geschäftigen Initiativen zur technischen und rechtlichen Verkomplizierung der Materie bestand und ernste Zweifel an der Verhandlungsbereitschaft aufkommen ließ.

Gegenüber dem die Anfangsphase der Sitzungsperiode 1983⁴ begleitenden konstruktiven Ansatz haben sich in der Folgezeit subtile Verschiebungen ergeben, die eine merkwürdige Ambivalenz der Argumentation erkennen lassen.

Die Haltung der amerikanischen Seite wird durch einen Dualismus von rüstungskontrollpolitischen Bekenntnissen und sicherheitspolitischen Bedenken bestimmt. Einerseits scheint die Verhandlungsbereitschaft ungebrochen – wie die rüstungskontrollpolitische Initiative des Senats⁵ und gewisse – wohl noch nicht abschließende – Überlegungen der Administration zur Vorlage eines CW-Vertragstextes (vgl. zu letzteren DB 1382 vom 15.7.83 Pol 370.45-155/83 geheim⁶) zeigen, andererseits malt die amerikanische Delegation – unterstützt durch hohe Beamte und Offiziere des Pentagon – ein düsteres Bild der CW-Überlegenheit der SU, um die Erforderlichkeit der Modernisierung ihrer eigenen CW-Komponente verständlich zu machen (vgl. DB 1446 vom 26.7.83 Pol 370.45-155/83 VS-v⁷).

² Für den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI, S. 522–526 (Auszug).

³ Die USA legten am 10. Februar 1983 ihre Überlegungen zu einem Abkommen über das Verbot chemischer Waffen vor. Für den Wortlaut des Vorschlags „US Detailed Views on the Contents of a CWs Ban“ (CD/343) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI, S. 410–418.

⁴ Der Abrüstungsausschuß (CD) in Genf tagte vom 1. Februar bis 29. April 1983 und nahm am 14. Juni seine Tätigkeit wieder auf. Die Sitzungsperiode endete mit der Schlußsitzung am 30. August 1983.

⁵ Am 26. Juli 1983 berichtete Gesandter Wallau, Washington, daß der Auswärtige Ausschuß des amerikanischen Senats den Entwurf einer Resolution angenommen habe, mit der Präsident Reagan zu Vereinbarungen mit der UdSSR in folgenden Bereichen aufgefordert werde: „Erklärung eines sofortigen, gegenseitigen und verifizierbaren Moratoriums begrenzter Dauer für die Erprobung von Anti-Satellitenwaffen im Weltraum; sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein gegenseitiges und kontrollierbares Verbot von Erprobung, Produktion, Dislozierung und Gebrauch von jeglichen Anti-Satellitenwaffen; einen umfassenden Vertrag, der Versuche, Produktion und Verwendung jeglicher Waffensysteme im Weltraum verbietet, die dazu bestimmt sind, auf der Erde, in der Atmosphäre oder an Objekten im Weltraum Schäden anzurichten; die Vereinbarungen sollten nicht solche Unternehmungen im Weltraum begrenzen, die – wie das amerikanische Space-Shuttle-Programm – keine Waffen beinhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3264; Referat 220, Bd. 128647.

⁶ Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), gab Informationen seines amerikanischen Kollegen Fields weiter. Dieser habe sich „auf Wunsch der Senatoren Nunn, Tower, Warner und Vizepräsident Bush in den vergangenen Tagen in Washington aufgehalten, um am Rande der Senatsberatungen über amerikanisches CW-Produktionsprogramm Unterrichtung über den Stand der Genfer CW-Verhandlungen beizusteuern“. Fields habe berichtet, er habe in seinen Gesprächen die „Entscheidung durchsetzen können, daß Amerikaner noch vor Ablauf der jetzigen Sitzung den vollen Entwurf einer CW-Konvention in Vertragssprache einbringen werden“. Vgl. VS-Bd. 11554 (222); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Für den Drahtbericht des Botschafters Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), vgl. Dok. 225.

Die sowjetische Delegation zeigte sich zu wichtigen Fragen eines CW-Abkommens im Abrüstungsausschuß schließlich passiv und ist offensichtlich ohne Weisungen. Selbst ihr Interesse an der Aufrechterhaltung bilateraler Konsultationen erlahmte zusehends. Es ist nicht erkennbar, ob ihr Verhalten die zunehmend geringschätzige Einstellung zum multilateralen Verhandlungsprozeß reflektiert oder mit neuen Vorbehalten gegen den Abschluß eines CW-Abkommens zusammenhängt. Wir können gerade die letztere Hypothese nicht mehr ausschließen.

Das veränderte Stimmungsbild in Genf führt zu der Frage, ob sich neue Einschätzungen der Lage Bahn brechen, die schon jetzt Auswirkungen auf den Verhandlungsprozeß zeitigen. Nachstehend werden einige Überlegungen der Delegation dargelegt, die den Versuch darstellen, die schleppende Verhandlungsweise des Genfer Abrüstungsausschusses über ein CW-Abkommen zu erklären. Die Annahmen sind weitgehend hypothetischer Art. Die Schlüssigkeit der folgenden Überlegungen in der Verbindung mit einigen konkreten Anhaltspunkten und die Folgerungen daraus sind jedoch in einem Maße besorgniserregend, daß die Delegation es für gerechtfertigt hält, ihre Gedanken über das Projekt einer künftigen CW-Konvention dem Auswärtigen Amt im Zusammenhang mitzuteilen.

1) Gegenwärtig wird nur zögerlich in Genf über ein CW-Abkommen verhandelt. Der für die Sitzungsperiode 1983 zumindest auf essentiellen Teilgebieten erwartete Durchbruch ist ausgeblieben. Diese Entwicklung ist um so befremdlicher, als im Grunde genommen alle Aspekte einer künftigen CW-Konvention ausreichend intellektuell durchdacht sind und somit ein Erfolg unter Verwendung der vorliegenden Materialien möglich gewesen wäre. Statt dessen breitete sich Stagnation innerhalb der CW-AG aus. Die sowjetische Delegation war offensichtlich nicht mit ausreichenden Weisungen ausgestattet, während die amerikanische Delegation zwar eine Reihe von wesentlichen Initiativen zu Beginn der Sitzungsperiode 1983 unternommen hatte, aber bei der Verfolgung ihrer eigenen Vorstellungen innerhalb der Verhandlungen relativ zurückhaltend war. Das allgemeine ungünstige gesamtpolitische Klima zwischen den Supermächten bietet keine ausreichende Erklärung für die Stagnation des CW-Prozesses, da Verhandlungen über ein CW-Abkommen bisher eine abrüstungspolitische Sonderrolle eingenommen haben, die nicht den Schwankungen im Ost-West-Verhältnis unterzogen war.

Liegt eine weiterreichende Erklärung für die dilatorische Behandlung der Verhandlungen in der Veränderung des Verhandlungsgegenstandes? Sind die chemischen Waffen von heute oder von morgen noch von der gleichen Qualität wie zu Beginn der Verhandlungen in Genf? Hat sich die Geschäftsgrundlage der Verhandlungen geändert?

2) Die bisherige Geschäftsgrundlage für die Verhandlungen war die gemeinsame Einsicht, daß chemische Waffen

- a) eine besonders barbarische Waffenkategorie darstellen,
- b) schwierig einzusetzen sind,
- c) in Relation zu ihrem militärischen Nutzen außerordentlich kostenaufwendig sind und
- d) von begrenztem militärischem Einsatzwert sind.

Zu a) Die Erfahrungen auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges, das qualvolle Sterben der Opfer von Giftgaseinsätzen haben seit Ypern⁸ die Vorstellung von der besonderen Grausamkeit der chemischen Waffen geprägt. Die Entwicklung von Nervengas und die Einschätzung der möglichen Auswirkungen einer CW-Kriegsführung auf die eigene Truppe und auf die ungeschützte Zivilbevölkerung verdüsterten die Vorstellung von den chemischen Waffen und förderten die Bereitschaft der Staatengemeinschaft, nach dem Verbot des Einsatzes chemischer Waffen (1925)⁹ auch auf die Ächtung dieser Waffenkategorie durch eine entsprechende Konvention hinzuwirken.

Zu b) Die chemische Waffe war und ist nach der bisherigen Vorstellung eine kompliziert einzusetzende Waffe. Produktion, Lagerung und Einsatz erforderten außerordentliche Schutzvorkehrungen, wobei ein fehlerhafter Einsatz sowohl die eigene Truppe als auch die Zivilbevölkerung bedrohen kann.

Zu c) Im Verhältnis zu ihrem Nutzen war die chemische Waffe eine teure Waffe: Produktion, Lagerung und Einsatz erforderten hohe Kosten. Der wichtigste Kostenfaktor bestand jedoch in der Vernichtung der regelmäßig auszusondernenden CW-Bestände. Nach Darstellung von US-General Watson – Unterabteilungsleiter für chemische Waffen bei der Heeresführung im Pentagon – in einem geheimen Briefing am 21.7.1983 in Genf waren die hohen Kosten ein mitbestimmender Grund für die Entscheidung der Administration für die Produktion von binären Waffen.¹⁰ Nach seiner Aussage ist die Vernichtung einer CW-Rohrgranate zwanzigfach teurer als ihre Produktion.

Zu d) Der militärische Anwendungsbereich war limitiert. Das bisher vorherrschende Einsatzmittel – nämlich die Artillerie – konnte mit Hilfe des Flächenfeuers nur einen begrenzten Raum wirksam vergiften. Eine chemische Seekriegsführung schied aus, weil die Lagerung herkömmlicher (nicht binärer), supertoxisch lethaler CW-Munition an Bord ein unerträgliches Risiko für die Mannschaft bei feindlichen Treffern oder auch nur bei Kollisionen oder Unglücksfällen bedeutete und zu einer Beeinträchtigung der Kampfmoral geführt haben würde. Der eigentliche Wert von CW-Kampfmitteln bestand in der Aufrechterhaltung eines Abschreckungspotentials, um den Gegner von dem Einsatz chemischer Waffen abzuhalten. Bisher bildeten chemische Waffen kein ausreichendes Defensiv- oder Offensivpotential.

Die Vorstellung von der chemischen Waffe als einer grausamen, schwierig einzusetzenden, relativ teuren und begrenzt verwendbaren Waffe bildete den gemeinsamen Nenner insbesondere der beiden Großmächte USA und SU für ihr Interesse am Abschluß einer künftigen CW-Konvention.

¹¹³⁾ Es ist jedoch zu fragen, ob diese gemeinsamen Vorstellungen von den che-

⁸ Am 22. April 1915 setzte die deutsche militärische Führung bei Ypern erstmals Chlorgase gegen gegnerische Stellungen ein.

⁹ Vgl. dazu das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege; REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

¹⁰ Zur Modernisierung des amerikanischen Chemiewaffenpotentials, insbesondere zur Produktion binärer Waffen, vgl. Dok. 225, Anm. 4.

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1554 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

mischen Waffen noch bestehen bzw. ob die fortlaufende waffentechnische Entwicklung dieses Kampfmittels nicht die Perspektive eröffnet hat

- a) von „sauberen Waffen“,
- b) der vereinfachten Einsatzmöglichkeiten,
- c) des verbilligten Kampfmittels und
- d) der Erweiterung der militärischen Einsatzmöglichkeiten.

Sollten diese Perspektiven zutreffend sein, dann könnte dies zumindest zu Zweifeln an der Notwendigkeit der Beschleunigung der Verhandlungen über ein CW-Abkommen in Genf oder sogar zu einer bewußten Verzögerung der Verhandlungen führen, wenn man sich keiner Optionen begeben möchte, die evtl. aus den bisher noch nicht abzusehenden militärischen Einsatzmöglichkeiten resultieren. Die bisher bekannten Modernisierungsmöglichkeiten chemischer Waffen – die Produktion binärer Kampfstoffe, der Aufbau einer deep strike capability und die Entwicklung von incapacitants (d.h. nicht tödlich wirkender, sondern lähmender psychochemischer Kampfstoffe, die die Gehirn- und Körperfunktion des Opfers erheblich beeinträchtigen und es dadurch zu rational bestimmter Gegenwehr unfähig machen) – erlauben bereits jetzt schon den Ausblick auf eine künftige CW-Kriegsführung, die die herkömmlichen Vorstellungen von den chemischen Waffen überholt hat. Im Hinblick auf die weitere mögliche Entwicklung der chemischen Waffen ist zumindest theoretisch vorstellbar, daß die CW-Komponente in der Zukunft neben der konventionellen und nuklearen Komponente einen eigenständigen Stellenwert in der Abschreckung erhält, der u. U. sogar von höherem militärischen Nutzen sein könnte. Eine solche Vorstellung würde nicht nur Militärs zögern lassen, sich des Instrumentes chemischer Kriegsführung zu begeben, ohne die Konsequenzen des Besitzes eines solchen Instruments für die eigene Sicherheit ausreichend durchdacht zu haben.

Zu a) Die potentielle Entwicklung moderner Kampfstoffe relativiert die Grausamkeit des Einsatzes chemischer Waffen. Das Bild des qualvollen Sterbens der Soldaten auf dem Schlachtfeld des Ersten Weltkrieges weicht der – aus methodischen Gründen sei die Überspitzung erlaubt – Vision von infolge des Einsatzes von incapacitants einschlafenden Soldaten und Zivilisten, die nach ihrem Erwachen aus der Zeitung erfahren, welche Seite gesiegt hat. Diese verzerrte Darstellung, die aus Gründen des humanitären Kriegsvölkerrechts geradezu eine CW-Kriegsführung nahelegt, ist auch deshalb berechtigt, weil eine derart propagierte Verharmlosung neuer CW-Kampfmittel eher die Neigung zur Modernisierung der bestehenden bzw. zum Aufbau einer bis daher noch nicht bestehenden CW-Komponente fördert als die Bereitschaft, durch Verhandlungen eine Ächtung dieser Waffenkategorie anzustreben. Aus Kreisen des amerikanischen Kongresses hat die Delegation erfahren, daß man an der Entwicklung neuartiger, großräumig wirkender incapacitants arbeitet.

Zu b) Die Entwicklung der binären Waffen erlaubt eine Vereinfachung der Lagerung, des Transports und des Einsatzes chemischer Waffen. Aufwendige Schutzvorkehrungen entfallen, da die supertoxisch-lethale Wirkung erst nach dem Zusammenfügen von zwei nur schwach toxischen Stoffen nach dem Abfeuern des Geschosses entfaltet wird.

Zu c) Auf die im Zusammenhang mit der Entwicklung von binären Waffen zu erwartende Reduzierung der Kosten für die Aufrechterhaltung eines CW-Potentials wurde unter Ziffer 2c)¹² hingewiesen.

Zu d) Die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten von chemischen Waffen erweitern die Einsatzmöglichkeiten dieses Kampfmittels. Die Umstellung auf binäre Kampfstoffe, der Aufbau einer deep strike capability und der Einsatz von incapacitants schaffen neue Dimensionen der chemischen Kriegsführung.

Die binären Waffen sind risikolos auf Schiffen zu stationieren und gegen See- und Landziele einzusetzen. Die Ausrüstung der Marine mit chemischen Waffen eröffnet ein neues Kapitel der Seekriegsführung. Die Delegation wurde auf diesen Aspekt im Februar 1982 von Dr. Theodore Gold – Deputy Assistant to the United States Secretary of Defense for Chemical Matters – aufmerksam gemacht.

Die Schaffung einer deep strike capability durch Verbesserung der Trägersysteme erweitert den Einsatzraum. Chemische Waffen dürften in der Zukunft eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung logistischer Ziele tief im Hinterland des Gegners spielen, aber auch großflächig gegen kämpfende Truppen eingesetzt werden können. US-General Watson (s. Ziff. 2c)) rechnet damit, daß die Sowjetunion schon zu Beginn der Feindseligkeiten chemische Waffen in großem Umfang einsetzen wird.

Die Forschung nach neuen incapacitants, die großflächig eingesetzt werden können, dürfte ein weiterer wesentlicher Schritt auf der Suche nach neuen Einsatzmöglichkeiten sein.

4) Die veränderte Qualität bzw. die für die Zukunft noch weiterhin veränderbare Qualität der chemischen Waffen – wie unter Ziff. 3 dargelegt – führt nicht zwingend zu einer veränderten Einstellung der Parteien zu dem Projekt einer Konvention zur Ächtung chemischer Waffen. Jede Waffenkomponente kann den Gegenstand abrüstungspolitischer Behandlungen bilden. Das einzige Indiz für eine Veränderung des Abschlußwillens ist die schleppende, dilatorische Behandlung des Konventionsprojektes im Genfer Abrüstungsausschuß, die für eine Offenhaltung aller Optionen spricht. Diese schleppende Behandlung zeichnet sich sowohl in der mangelhaften Weisungslage der sowjetischen Delegation als auch in den Vorbehalten der US-Delegation uns gegenüber ab, die dem Projekt einer internen westlichen Harmonisierung divergierender Auffassungen mit dem Ziel der Beschleunigung des Verhandlungsprozesses entschieden und in ihren Motiven nicht durchschaubaren Widerstand entgegengesetzt hat. Aus der britischen Delegation wurde uns vertraulich zu verstehen gegeben, daß man sich alle Optionen – einschließlich der Wiedereinführung von chemischen Waffen – bewahren möchte.

Die veränderte Qualität der chemischen Kriegsführung braucht nicht nur Auswirkungen auf die Vorstellungen der Supermächte zu zeitigen. Dies kann gleichermaßen für Delegationen der Gruppe 21 gelten, wenngleich keinerlei Anhaltspunkte für eine derartige Annahme zur Zeit bestehen und diese Überlegung

¹² Durchgehend korrigiert aus: „3 c)“.

gegenwärtig rein hypothetischer Natur ist. Die von dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses Clement J.¹³ Zablocki bekannte, sinngemäße Äußerung, daß die chemischen Waffen die H-Waffe der armen Leute – gemeint sind die Entwicklungsländer – werden könnten, hat im Zusammenhang mit der Kosten-Verbilligung, der vereinfachten Aufrechterhaltung eines CW-Potentials, der erweiterten militärischen Einsatzmöglichkeiten und des Nichtbestehens eines vergleichbaren Non-Proliferations-Instrumentes eine erdrückende Perspektive.

5) Wenngleich der mangelnde Abschlußwille im Genfer Abrüstungsausschuß nicht endgültig nachweisbar ist, sind die Überlegungen, die zu der hypothetischen Annahme eines fehlenden Abschlußwillens geführt haben, ausreichend substantiiert, um die Frage nach unserer eigenen Auffassung in bezug auf die Ächtung chemischer Waffen zu stellen. Es wäre sicherlich verfrüht und verfehlt, zu Schlußfolgerungen für unsere eigene Verhandlungstaktik kommen zu wollen. Aus der Sicht der Delegation erscheint es jedoch angezeigt, sich durch ein weiteres systematisches Durchdenken der angesprochenen Fragen – insbesondere in Zusammenarbeit mit dem BMVg – über die Perspektiven künftiger CW-Kriegsführung und deren mögliche Konsequenzen auf die abrüstungspolitischen und kriegsvölkerrechtlichen Aspekte einer künftigen CW-Konvention sachkundig zu machen. Weiterhin wird eine eingehende Konsultation mit der US-Administration vorgeschlagen, um festzustellen, inwieweit unsere Grundsatzzpositionen zum Abschluß einer CW-Konvention noch übereinstimmen.¹⁴

[gez.] Wegener

VS-Bd. 12069 (201)

¹³ Korrigiert aus: „Clement S.“

¹⁴ Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorsicht.“

234

Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA

204-321.00 SO-549/83 VS-vertraulich

15. August 1983¹

Vierertreffen in Bonn am 15. August 1983 (Vormittagssitzung)²;
hier: Gesprächsvermerk zu 1) KAE, 2) INF, 3) START

MD Pfeffer eröffnete das Vierertreffen mit der Erörterung der Thematik zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Unsere Haltung erläuterte Botschafter Ruth.

(Burt hatte seine Teilnahme kurzfristig wegen der Affäre Bereschkow (Weigerung sowjetischen Diplomatensohnes in Washington zur Rückkehr in die SU³) absagen müssen. Für ihn erschien sein erster Stellvertreter John Kelly.)

1) KAE

Botschafter Ruth skizzierte unsere Vorstellungen zum zeitlichen und organisatorischen Rahmen der KAE⁴ (Vorbereitungstreffen in Helsinki im Oktober⁵, Hauptkonferenz in Stockholm im Januar⁶). Wichtig sei, daß der Westen seine Konsultationen optimal organisiere. Daher müsse man so früh wie möglich beginnen, über Verfahren und Substanz der KAE zu diskutieren. Dabei spiele die NATO eine bedeutende koordinierende Rolle. Zum Konsultationsprozeß biete das KSZE-Modell Madrid eine wichtige Orientierung. Die Substanzfragen müßten in der NATO behandelt werden. Die Delegationen in Helsinki und später in Stockholm sollten nach nationalen Weisungen auf der Basis gemeinsamer westlicher Positionen verfahren. Unsere Delegation werde von einem Botschafter

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pieck am 15. August 1983 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte um Billigung“ über Ministerialdirektor Pfeffer an Botschafter Ruth geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12952 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zur Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am Nachmittag des 15. August 1983 vgl. Dok. 236.

³ Am 10. August 1983 setzte sich Andrej Walentinowitsch Bereschkow, der 16jährige Sohn des sowjetischen Botschaftsrats in Washington, im PKW seiner Eltern von zu Hause ab und äußerte in Schreiben an Präsident Reagan sowie die Tageszeitung „The New York Times“ die Absicht, bei der Ende August bevorstehenden Rückversetzung seiner Eltern nach Moskau in den USA zu bleiben. Er kehrte am folgenden Tag nach Hause zurück. Vgl. dazu den Artikel „Soviet Runaway Teen-Ager Creates Washington Mystery“; THE NEW YORK TIMES vom 12. August 1983, S. A 1.

Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 23. August 1983, daß Andrej Bereschkow am 18. August 1983 ausgereist sei und damit „ein einwöchiges Tauziehen zwischen dem State Department und der sowjetischen Botschaft zu Ende“ sei: „Das State Department hatte sich mit seiner Forderung durchgesetzt, daß die Ausreise des Jungen nur nach vorherigem Gespräch mit ihm über seine freiwillige Rückkehr in die SU gestattet würde.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 2296; Referat 213, Bd. 133228.

⁴ Botschafter Ruth legte am 27. Juli 1983 eine Aufzeichnung über „Terminplanung, organisatorische Aspekte und politische Fragen“ der KVAE vor, zu der Staatssekretär von Staden handschriftlich vermerkte: „Eine der wichtigsten Aufgaben, vor der die deutsche Diplomatie je gestanden hat und bei der ihr, ob sie es will oder nicht, auch eine Schlüsselfunktion innerhalb der 10 und der 16 zu fallen wird. Wir können diese Sache nicht den USA bzw. den beiden Großmächten überlassen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 124579.

⁵ Das Vorbereitungstreffen zur KVAE wurde am 25. Oktober 1983 in Helsinki eröffnet. Vgl. dazu Dok. 345.

⁶ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

geleitet, der ferner dessen Vertreter sowie zwei weitere höhere Beamte des Auswärtigen Amts angehören sollten. Von militärischer Seite sei ferner die Beteiligung eines Brigadegenerals sowie zwei bis drei weiterer Offiziere geplant.

Bullard verwies auf das britische Papier zur KAE und sagte, die britischen Vorstellungen zum zeitlichen und organisatorischen Rahmen seien den unseren ähnlich.

Andréani stimmte Botschafter *Ruth* weitgehend zu. Er verwies auf den wachsenden Zeitdruck bei der westlichen Vorbereitung. Zum Rhythmus der Sitzungen bemerkte er, die im britischen Papier vorgeschlagenen Zehn-Wochen-Sitzungsperioden erschienen ihm zu lang. Der Westen brauche mehr Zeit für Konsultationen und nationale Vorbereitungen. Der schwedische Vorschlag der Teilung der Konferenz in zwei Arbeitsgruppen, eine für militärische und eine weitere für politische Fragen, sei nicht akzeptabel. Erwünscht sei ein einfacheres System, also eine Arbeitsgruppe. Man könne sodann Ad-hoc-Arbeitsgruppen bilden.

Kelly sagte, die Konsultationen sollten innerhalb der NATO geführt werden. Auch die USA seien gegen den schwedischen Vorschlag einer Teilung der Konferenz. Die US-Delegation werde von einem Botschafter geführt werden, die Delegation werde nach Bedarf durch Vertreter zuständiger Behörden, beispielsweise der ACDA, verstärkt werden. Fraglich sei noch, ob auch ein Vertreter der KSZE-Kommission des US-Kongresses⁷ teilnehmen werde.

Andréani sagte, der französische Delegationsleiter beim Vorbereitungstreffen werde vermutlich nicht identisch sein mit jenem bei der Hauptkonferenz.

Bullard meinte, der britische Delegationsleiter werde wahrscheinlich in Stockholm und Helsinki derselbe sein. Er halte uniformes Vorgehen in dieser Frage allerdings nicht für notwendig.

D2 fragte, welche Vorstellungen es zum Rhythmus der Konferenzsitzungen gebe.

Andréani erläuterte seine Bemerkung zur Länge der vorgesehenen Sitzungsperioden: Er plädiere für kürzere Perioden von fünf bis sechs Wochen bei fünf Sitzungstagen wöchentlich.

Kelly stimmte zu – auch er halte kürzere Sitzungsperioden bei mehr Sitzungstagen für besser, um genügend Zeit für Konsultationen zu haben. – Die USA neigten dazu, bei der Hauptkonferenz in Stockholm eine ständige Delegation einzurichten.

Botschafter *Ruth* sagte, dies gelte angesichts der zu erwartenden langen Konferenzdauer auch für uns.

Andréani meinte, Frankreich werde wahrscheinlich keine ständige Delegation in Stockholm unterhalten.

D2 stellte fest, maßgeblich für die Entscheidung der Regierungen dürfte die Einschätzung von der voraussichtlichen Konferenzdauer sein. Die Frage müsse offensichtlich von den nationalen Regierungen noch geprüft werden. – Zum Konsultationsprozeß meinte *D2*, es gebe drei geographisch verschiedene Konsultationsbereiche: Stockholm, Brüssel und die nationalen Hauptstädte.

⁷ Zur Kommission des amerikanischen Kongresses für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 195, Anm. 26.

Andréani meinte, der KAE-Konsultationsprozeß werde sich nicht wesentlich vom KSZE-Verfahren in Madrid unterscheiden.

Botschafter *Ruth* wandte ein, das KAE-Mandat⁸ enthalte eine militärische Komponente, die man in Brüssel klären müsse. Die KAE enthalte insoweit mehr Konsultationssubstanz als die KSZE.⁹

Bullard meinte, man müsse bald mit den Beratungen in der NATO beginnen.¹⁰

Kelly stimmte zu.

D2 führte aus, man werde bei der KAE nach den gleichen Regeln verfahren wie in Madrid. Nur werde der KAE-Prozeß durch die militärische Detailarbeit intensiver sein.

Kelly sagte, dies werde dazu führen, daß die KAE-Delegationen in Helsinki und Stockholm weniger Spielraum hätten.

Botschafter *Ruth* sagte, die nationalen Weisungen müßten bei der KAE detaillierter sein. Die KAE-Delegationen in Stockholm müßten pragmatisch vorgehen.

Andréani erläuterte seine Vorstellungen zu den „Zielen“ der KAE, wie im britischen Papier dargelegt. Er meinte, man solle einzelne Punkte noch einmal überprüfen, die wir im bisherigen KAE-Prozeß erörtert, aber wieder fallengelassen hätten. Er verwies auf die französischen Vorarbeiten – man solle die bisherigen Erfahrungen nutzen. Auch müsse man die Entwicklung seither, vor allem in Polen, in unsere Zielvorstellungen einbeziehen. Er habe keine Einwendungen gegen das NATO-Paket (CM (80) 63)¹¹; aber man solle versuchen, es anzureichern.

Bullard stimmte zu.

Botschafter *Ruth* meinte, eine Vorklä rung von KAE-Materie im Kreise der Vier könnte sich dann empfehlen, wenn es sich um ein komplexes Problem handle – dieses ließe sich dann leichter im NATO-Kreise einführen und behandeln.

⁸ Für den Wortlaut des Dokuments „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“, das am 15. Juli 1983 von den KSZE-Delegationen mit Ausnahme Maltas gebilligt und auf dem Außenministertreffen vom 7. bis 9. September 1983 zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz verabschiedet wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

⁹ Botschafter *Ruth* führte am 27. Juli 1983 zu den Zielen einer KAE aus: „Unser Interesse ist es, im Rahmen der KAE konkrete Maßnahmen, wie im Mandat definiert, anzustreben, die in ganz Europa einschließlich des europäischen Teils der Sowjetunion Anwendung finden und uns schrittweise ein größeres Maß an Transparenz im militärischen Bereich bringen. Dies würde einen sicherheitspolitisch wertvollen Gewinn an Warnzeit und einen außenpolitisch wünschenswerten Zugewinn an Vertrauen bedeuten. Wir sind der Auffassung, daß das Paket konkreter VBM-Vorschläge, das 1980/81 in der NATO erarbeitet worden ist, für eine erste Etappe der Verhandlungen [...] ausreicht.“ Vgl. Referat 221, Bd. 124579.

¹⁰ Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), teilte am 9. August 1983 mit, das Internationale Sekretariat der NATO habe zwei informelle Arbeitspapiere zu folgenden Themen angekündigt: „a) Ausarbeitung über mit C[onfidence and] S[ecurity] B[uilding] M[easures] zusammenhängende Fragen mit einem Annex, der die in der Allianz bisher erarbeiteten Papiere zum Inhalt hat; b) Zusammenstellung der zu behandelnden organisatorischen und prozeduralen Fragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1503; Referat 221, Bd. 124579.

Am 16. August 1983 berichtete Rantzau, daß sich der Politische Ausschuß der NATO am 23. August 1983 mit dem Papier über vertrauensbildende Maßnahmen befassen werde; das Papier über organisatorische Fragen werde Gegenstand einer Sitzung der „CSBM-Arbeitsgruppe am 26. August“ sein. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1518; Referat 221, Bd. 124579.

¹¹ Zu dem am 8. Dezember 1980 verabschiedeten „Draft package of confidence building measures in connection with the draft mandate“ vgl. Dok. 211, Anm. 3.

Bullard wandte ein, die Vorklärung im Kreise der Vier bedeute Überbürokratisierung. In den von Botschafter *Ruth* genannten Fällen solle man über die Hauptstädte konsultieren. Dem stimmten *Andréani* und *Kelly* zu.

Andréani kam nochmals auf das britische Papier zurück und meinte, dieses sei ein wenig zu defensiv angelegt. Wir sollten die Vorteile, die uns die KAE biete, offensiv nutzen und das meiste daraus machen. Dazu müßten wir die Initiative ergreifen. Wir müßten die Aufmerksamkeit unserer Öffentlichkeit auf das konventionelle Ungleichgewicht in Europa hinlenken und deutlich machen, daß über nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle bereits verhandelt werde. Damit würde sowjetischen Versuchen, die KAE zu Vorstößen im nuklearen Rüstungskontrollbereich zu nutzen, entgegengewirkt. Wegen der Haltung der Neutralen und Nichtgebundenen gebe es für den Westen keinen Anlaß zu Unruhe oder Besorgnis, wie Madrid bewiesen habe. Die auf der KAE zu verhandelnden vertrauensbildenden Maßnahmen sollten mit der Abrüstung verknüpft werden. Der Westen solle auf der KAE mit Blick auf die Öffentlichkeit eine offensive Debatte über Abrüstung und Verifizierung führen. Natürlich gebe es für den Westen nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Die Sowjetunion werde Themen wie „nuklearer Ersteinsatz“ oder „freeze“ auf die Tagesordnung bringen wollen. Hier solle der Westen ganz fest die Devise „first things first“ vertreten und mit vertrauensbildenden Maßnahmen und Verifizierung beginnen, dagegen sowjetische Vorschläge etwa zur Behandlung eines Gewaltverzichtabkommens erst ganz am Ende aufnehmen. Wir müßten uns klarwerden, was vertrauensbildende Maßnahmen seien, und dies gegenüber der SU auch entschieden vertreten. Eine vage Gewaltverzichtserklärung, die von der SU vermutlich vorgeschlagen werde, sei keine vertrauensbildende Maßnahme – sie sei weder konkret, noch fördere sie die Sicherheit.

D2 sagte, eine Analyse über die Haltung des Westens, des Ostens sowie der Neutralen und Nichtgebundenen könne von Nutzen sein. Das britische Papier solle bei den „Zielen“ weiter entwickelt werden, damit man ein Gesamtbild erhalte.

Botschafter *Ruth* sagte, wir wollten aus der KAE kein Propagandaforum machen. Wir wollten dort keine Diskussion von Kernwaffen. Wir gingen davon aus, daß die SU mit der KAE drei Ziele verfolge:

- Behandlung von Kernwaffen einschließlich atomwaffenfreier Zone,
- vertrauensbildende Maßnahmen nur mit wenig militärischer Relevanz und ohne Eingehen auf unsere Verifikationsforderungen,
- Trennung Europas von den USA und Kanada durch Behauptung unterschiedlicher Sicherheitsinteressen.

Wir müßten demgegenüber klarmachen, daß Europa nicht von Amerika zu trennen sei.

Einvernehmen unter den vier Direktoren, zu den KAE-Zielen innerhalb von zwei Wochen weitere Papiere zu liefern:

- Frankreich zur „Philosophie“ unserer Ziele¹²,

¹² Am 22. September 1983 übermittelte der französische Gesandte Bernière Ministerialdirektor Pfeffer ein Schreiben des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, in dem *Andréani* „les

- Großbritannien zur Haltung der N + N¹³,
- wir zu den Vorstellungen der Sowjetunion.

2) INF

Kelly trug zum Stand der INF-Verhandlungen vor. In der Administration werde jetzt die nächste Runde¹⁴ vorbereitet. Am 12.8. habe es eine Sitzung in Anwesenheit von Präsident Reagan und Sicherheitsberater Clark gegeben, wobei jedoch keine Entscheidungen gefallen seien. Bei der Überprüfung der US-Position gehe es um drei Bereiche (Flugzeugregelung, Europa-bezogene regionale Obergrenzen und SRINF-freeze).¹⁵ Man werde sich mit den Verbündeten rechtzeitig konsultieren. Die USA wollten jede Möglichkeit für einen Verhandlungserfolg erkunden. Washington habe kein Interesse an einer Wiederauflage des Vorschlags beim „Waldspaziergang“. ¹⁶ *Kelly* erläuterte die bekannten amerikanischen Bedenken. Es gebe auch keinen Anlaß, diesen Vorschlag wieder aufzunehmen, da ihn die SU seinerzeit abgelehnt habe. Bis zum Herbst werde die SU, um die westeuropäische Öffentlichkeit zu gewinnen, mit Drohungen für den Fall der INF-Stationierung und mit Flexibilitätsnachweisen in Genf versuchen, auf die europäische Öffentlichkeit Eindruck zu machen. Dem gegenüber müßte der Westen festbleiben. Die USA würden sich mit Italien im September konsultieren – Burt werde mit MP Craxi zusammentreffen. Eine Reise von Craxi nach Washington sei bisher nicht geplant.¹⁷

Botschafter *Ruth* erläuterte unsere Einschätzung zum „Heißen Herbst“, insbesondere auch die Haltung der SPD (Einbeziehung der britischen und französischen Systeme, Vorschlag einer Vertagung der Entscheidung über die Stationierung). Wir müßten unserer Öffentlichkeit mit Nachdruck klarmachen, daß die SU es sei, die den Rüstungskontrollprozeß blockiere. Die SU habe bei Scheitern der Genfer INF-Verhandlungen angekündigt, daß sie ihre SS-22-Raketen auch in osteuropäischen Ländern unter deren nationale Entscheidungsgewalt stationieren werde.¹⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 1200

objectifs que les occidentaux peuvent s'assigner dans le cadre d'une CDE“ darlegte. Vgl. Referat 221, Bd. 128667.

¹³ Für die am 30. August 1983 von der britischen Botschaft übergebene Aufzeichnung zur Haltung der neutralen und nichtgebundenen Staaten zur KAE vgl. VS-Bd. 13369 (212).

¹⁴ Die INF-Verhandlungen wurde am 6. September 1983 in Genf wieder aufgenommen.

¹⁵ Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 18. August 1983 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium über die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 11. August 1983: „Wider Erwarten sei es zu einer kontroversen, ergebnislosen Diskussion über die Frage gekommen, ob die Einführung weiterer Vorschläge bereits in der nächsten Verhandlungsrunde überhaupt opportun sei.“ Die Vertreter des Außenministeriums hätten sich dafür ausgesprochen, die Vertreter des Verteidigungsministeriums aber Gegenargumente geltend gemacht: „Die Joint Chiefs of Staff hätten sich gegen eine Einbeziehung von Flugzeugen in die Verhandlungen überhaupt ausgesprochen“. Präsident Reagan seien nunmehr Vorschläge vorgelegt worden, die offenbar „zwei Optionen zur Substanz“ enthielten: „Bereitschaft, über Flugzeuge überhaupt zu verhandeln; Bereitschaft, bei Stationierung einer kleineren Gesamtzahl als 572 Systemen PII und GLCM in einem Zahlenverhältnis entsprechend 108 zu 464 zu stationieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3638; VS-Bd. 11355 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinski, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

¹⁷ Ministerpräsident Craxi besuchte die USA vom 19. bis 21. Oktober 1983.

¹⁸ Vgl. dazu die Äußerungen des Ministerpräsidenten Tichonow und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, gegenüber Bundeskanzler Kohl am 4. bzw. 5. Juli 1983 in Moskau; Dok. 199 und Dok. 200.

Bullard sagte für die Zeit ab September in Großbritannien wachsendes öffentliches INF-Interesse voraus. Er halte eine Schlußdebatte im Unterhaus nach dem Modell der Bundestagsdebatte für möglich. Er fragte, ob die USA planten, bei Stationierung von SS-22 in Osteuropa über den bisher vorgesehenen Umfang der INF-Stationierung hinaus weitere Systeme in Westeuropa zu stationieren.

Kelly meinte, die USA müßten auf eine solche Entwicklung (Raketenstationierung in Osteuropa) wohl nicht sofort reagieren.

Botschafter *Ruth* führte aus, der Westen müsse auf eine solche neue Lage nicht militärisch, sondern politisch reagieren. Wir seien dabei nicht im Vorteil, und darauf zähle die SU. Wir müßten die SU in eine Lage bringen, die uns rüstungskontrollpolitisch günstig sei. Es sei durchaus nicht sicher, daß die SU im Herbst in Genf neue dramatische Kompromißvorschläge machen werde. Dies werde allenfalls dann geschehen, wenn die SU hoffen könne, mit neuen Vorschlägen die Pershing-II-Stationierung vermeiden zu können. Wir müßten der SU klarmachen, daß

- stationiert werde, wenn es in Genf zu keinem Ergebnis komme,
- wir unsere Haltung bezüglich der britischen und französischen Systeme nicht änderten.

Gegenüber unserer Öffentlichkeit sei es wichtig, daß wir uns auf eine ernsthafte westliche Verhandlungsposition berufen könnten. Bei den kommenden Auseinandersetzungen gehe es nicht nur um die INF-Stationierung, sondern um den Zusammenhalt des Bündnisses. Dieser Test gehe auch mit einer möglichen INF-Stationierung nicht zu Ende. Er regte an, daß Frankreich seine Position (Nichteinbeziehung der französischen Nuklearsysteme in die Genfer Verhandlungen) vor der Öffentlichkeit konkreter begründe.

3) START

Kelly führte aus, die fünfte START-Runde werde im Oktober beginnen.¹⁹ Bei der letzten Runde habe die SU gewisse Flexibilität gezeigt.²⁰ Die USA hätten Vorschläge eingeführt, um die Verhandlungen zu öffnen, beispielsweise zum Wurfgewicht. Insgesamt sei die sowjetische Reaktion nicht sehr ermutigend gewesen. Neue Entwicklungen habe es seit dem Bericht von Botschafter Rowny in der NATO²¹ nicht gegeben.

Botschafter *Ruth* meinte zum Thema „Verschmelzung beider Genfer Verhandlungen“²², daß eine solche Entwicklung nach Auffassung der Bundesregierung jetzt zu früh komme.

Kelly stimmte dieser Einschätzung zu.

VS-Bd. 12952 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1201

Vgl. dazu auch das vom sowjetischen Gesandten Terechow am 27. Juli 1983 im Bundeskanzleramt übergebene Non-paper zu den INF-Verhandlungen; Referat 201, Bd. 125686.

¹⁹ Die fünfte Runde der START-Verhandlungen fand vom 5. Oktober bis 8. Dezember 1983 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 385.

²⁰ Zur vierten Runde der START-Verhandlungen vom 8. Juni bis 2. August 1983 in Genf vgl. Dok. 232.

²¹ Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, am 1. August 1983 vgl. Dok. 232, Anm. 6 und 14.

²² Der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, antwortete am 5. August 1983 in Washington auf die Frage nach einer Zusammenführung der INF- und der START-Verhandlungen in Genf.

235

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**201-360.90 SOW-2945/83 geheim****16. August 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung

Betr.: Bedrohungspersonen der Sowjetunion bei Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern GLCM

Bezug: Bitte von 010 vom 20.7.83 um Bewertung der Aufzeichnung des BND vom 28.2.1983 (liegt bei)⁴Anlg.: 1) Bewertung BMVg, Fü S II 3, vom 10.8.83 – VS-vertraulich⁵2) Bewertung BMVg, Fü S III 5, vom 27.4.83 – Geheim⁶

I. Hiermit werden in Ablichtung die Bewertungen der BND-Aufzeichnung durch die BMVg-Referate Fü S II 3 (Wehrlage Ost) und Fü S III 5 (Rüstungskontrolle) vorgelegt.

II. Aufzeichnung des BND bzw. die Kommentare des BMVg dazu enthalten nicht nur Angaben über die Bedrohungspersonen der Sowjetunion und ihre Vorgehensoptionen, sondern auch einige bedeutsame Aussagen zur technischen Qualität der Pershing II und der GLCM:

1) Die Reichweiten von PII/GLCM machen es möglich, daß erstmals seit Mitte der 60er Jahre landgestützte nukleare Einsatzmittel der USA von Europa aus gegen Ziele tief in der Sowjetunion eingesetzt werden können.

2) Die erwartete Zielgenauigkeit der PII, die mit 20–40 m CEP (Circular Error Probable) angegeben wird, macht sie fähig, mit erheblich größerer Zuverlässigkeit (87 %) als selbst die Interkontinentalrakete Minuteman III (34 %) gegen „hard targets“ (wie Silos⁷ für ICBM⁸) eingesetzt zu werden. Drei von vier SS-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1202

„Paul [Nitze] and I talk about this frequently [...], and he and I agree – and it's a U.S. policy – that it is not in our interest or in our allied interest to merge these negotiations.“ Vgl. die von der Botschaft in Washington am 9. August 1983 übermittelte Niederschrift der Pressekonferenz; Referat 220, Bd. 124532.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 20. August 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 23. August 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 25. August 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Amtsinspektor Janocha am 26. August 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 30. August 1983 vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 11976 (201).

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 11976 (201).

⁷ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Abschlußbereiche“.

⁸ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „IRBM und MRBM“.

19-Abschußkomplexen (ca. 230 Silos) und einer von zwei SS-17-Abschußkomplexen (ca. 75 Silos) würden in Reichweite (1800 km) der PII bei deren Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Die PII ist weiterhin in der Lage, verbunkerte unterirdische Launch Control Centers dieser Abschußkomplexe auszuschalten.

3) Die GLCM sind für einen Einsatz gegen superharte Ziele wie Führungs- und Fernmeldeeinrichtungen (C 3⁹) oder ICBM-Silos wegen ihrer Verwundbarkeit und geringeren Treffgenauigkeit (realistisch geschätzter CEP von 100–150 m – nur bei genauester Zielkenntnis und Fehlerabgleich direkt vor dem Ziel theoretisch 30 m) wenig erfolgversprechend. Sie sind besser geeignet für weniger harte Ziele wie z. B. IRBM/MRBM-Abschußbereiche (Erfolgswahrscheinlichkeit 60 %) und besonders für großflächige ungehärtete Ziele wie Truppenansammlungen, Versorgungsdepots und Verkehrsanlagen.

4) Sowohl PII als – obwohl in geringerem Maße – derzeit auch GLCM sind von der Sowjetunion im Flug nur schwer zu bekämpfen. Erst wenn die Sowjetunion ein AWACS-ähnliches Frühwarnsystem nebst Raketenabwehr einer neuen Generation aufgebaut haben wird, wird die Eindringfähigkeit der GLCM auf etwa 30–40 % sinken. Die Vorwarnzeiten werden in der BND-Studie für die PII mit 7–8 Minuten bei einer Flugdauer von 10–13 Minuten, für die GLCM mit zwei Stunden bei 2 1/2 Stunden Flugzeit angegeben.

Das BMVg (Fü S III 5) geht bei der PII von einer Vorwarnzeit von 10–12 Minuten bei einer Gesamtflugzeit von 14 Minuten aus; dies entspricht den offiziellen amerikanischen Angaben.¹⁰

5) Das BND-Papier sieht von sowjetischer Warte aus wegen der o. a. Eigenschaften der PII und der GLCM eine „neue Qualität im strategischen Kräfteverhältnis“, zumal wenn die Ausschaltung der sowjetischen ICBM nicht durch Vernichtung einzelner Silos erfolgen müsse, sondern „viel rationeller über die Zerstörung der zentralen Einsatzzentren der ICBM-Komplexe“ oder durch die von sowjetischer Seite befürchtete Ausschaltung militärischer und politischer Führungszentralen.

III. 1) Die BND-Studie folgert nicht, daß – wie die Sowjets nach außen behaupten – die PII eine „Erstschlagwaffe“ sei; denn den 108 PII stehen allein an landgestützten Raketen rund 2000 sowjetische ICBM, SS-20 und SS-4/5 gegenüber. Selbst bei einer Zerstörung zentraler Einsatzzentren der ICBM-Potentiale könnten einzelne Flugkörper wohl noch unabhängig gestartet werden.¹¹

2) Von der Einführung von PII/GLCM wird vom BND Erhaltung der „Eskalationsdominanz“ erwartet, also der Fähigkeit, im Kriegsverlauf eine weitere Eskalation durch den Gegner mittels Androhung eigener, noch stärkerer Eskalation zu verhindern.

Es darf h. E. dabei jedoch nicht übersehen werden, daß diese „Eskalationsdominanz“ weniger von der GLCM als von der PII zu erwarten ist, da nur sie über-

⁹ Command, Control and Communication.

¹⁰ Zur Flugzeit der Pershing II vgl. Dok. 45.

¹¹ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Im übrigen: Ein Großteil der SU-ICBMs liegt außerhalb der Reichweite 1800 km (Verhältnis 1/3 : 2/3).“

raschend eingesetzt werden könnte und nur sie dem Gegner keine Reaktionsmöglichkeit vor Eintreffen des Sprengkopfes auf sowjetischem Territorium ließe. Daraus ergibt sich, daß die (typische Zweitschlagswaffe) GLCM die PII in der ihr im Rahmen der NATO-Strategie zugedachten Rolle nicht ersetzen kann.¹²

Pfeffer

VS-Bd. 11976 (201)

236

Drahterlaß des Ministerialdirektors Pfeffer

204-321.00 SO-552/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 5152 Plurez

Aufgabe: 16. August 1983, 16.41 Uhr¹

Betr.: Sitzung der vier Politischen Direktoren am 15. August 1983 nachmittags;
hier: KSZE, Polen und Krisenherde

Nach der Vormittagssitzung, in der KAE, INF und START behandelt wurden², lag der Schwerpunkt am Nachmittag auf den Themen KSZE, Polen und Krisenherde.

1) KSZE

D2 trug vor, welche Anstrengungen der Bundesminister unternommen habe (zuletzt Brief an Andreotti³ und Gespräche in Bukarest⁴) und unternehme, um den

¹² Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die skizzierten verschiedenen ‚Fähigkeiten‘ von PII und GLCMs machen ihre verschiedene Abschreckungswirkung aus. Die ‚zugedachte Rolle‘ ist ein weites Feld.“

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben an die Botschaften in London, Paris und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.

² Zur Vormittagssitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA vgl. Dok. 234.

³ In einem Schreiben an den italienischen Außenminister, das der Botschaft in Rom am 8. August 1983 übermittelt wurde, bat Bundesminister Genscher Andreotti darum, Italiens „privilegiertes Verhältnis“ zu Malta zu nutzen, um die maltesische Regierung zur Zustimmung zum Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu bewegen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4983 des Ministerialdirektors Pfeffer; Referat 212, Bd. 133480.

Gesandter Ruyter, Rom, teilte am 12. August 1983 mit, er habe das Schreiben dem Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Bottai, übergeben. Dieser habe erklärt, „die Italiener seien weiterhin in dieser Frage ständig in Kontakt mit Malta, sowohl in Valletta als auch in Madrid“. Ein Schreiben Andreottis an Ministerpräsident Mintoff mit dem Ziel, Malta zum Konsens zu bewegen, gehe noch am selben Tag ab. Bottai selbst „sei nicht sehr optimistisch, was den Erfolg all dieser Bemühungen angehe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 898; Referat 212, Bd. 133480.

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 11. August 1983 in Rumänien auf und führte in Neptun Gespräche mit Präsident Ceauşescu und dem rumänischen Außenminister Andrei. Ceauşescu kündigte dabei die „bevorstehende Entsendung eines Beauftragten zu Dom Mintoff an, um diesen zum Einlenken zu bewegen“, und „sprach sich dafür aus, Frage einer Verständigung der Mittelmeerländer bei der Beseitigung der Spannungen und der Abrüstung in Schlußansprache des Vorsitzen-

Widerstand Maltas zu überwinden. Es stehe viel auf dem Spiel. Deshalb müsse alles versucht werden, um Dom Mintoff dazu zu bringen, dem Konsensus der 34 beizutreten. D2 stellte die Frage, welche Anstrengungen die übrigen machten.

Bullard (GB) erklärte, GB sehe keine besonderen Möglichkeiten, Dom Mintoff umzustimmen. GB habe zu viele bilaterale Querelen mit Malta. Andréani (F) äußerte, französische Seite stehe in normaler diplomatischer Verbindung mit Dom Mintoff. Kelly (USA) meinte, er sei wie wir der Ansicht, daß Dom Mintoff zur Zustimmung gebracht werden müsse. Hier sehe er eine besondere Aufgabe für die europäischen Staaten. Vom Prinzip des Konsensus könne man jedenfalls nicht abgehen.

D2 bestand darauf, es sei eine Aufgabe für alle, die Komplikation lösen zu helfen und über alle nur möglichen Wege nachzudenken und sie zu beschreiten. Auf eine Diskussion über die Akzeptanz-Grenzen von Chairman's Statements wollten sich die übrigen nicht einlassen: Man müsse sehen, was die Schweden, Schweizer, Finnen, Rumänen womöglich zustande brächten.⁵

Die Außenminister-Konferenz vom 7. bis 9. September in Madrid, so fuhr D2 fort, sollte nach unserer Auffassung stattfinden, auch wenn Malta sich dem Konsens bis dahin nicht angeschlossen habe, und zwar aus folgenden Gründen: Auf diese Weise werde ein starker Druck ausgeübt, den Konsens im Vorfeld der Konferenz zu erzielen. Gelingt das nicht, biete die Konferenz selbst die Gelegenheit, eine Lösung der maltesischen Blockade zu erreichen. Wenn Malta sich sogar dem gesammelten Druck der Außenminister nicht beuge, wäre jedenfalls vor aller Welt und vor unseren Öffentlichkeiten auf Ministerebene deutlich gemacht, daß sich die 34 in dieser schwierigen Phase der Ost-West-Beziehungen auf ein Schlußdokument geeinigt hätten und nur durch das kleine Malta aufgehalten würden. Außerdem könnten die wichtigen bilateralen Begegnungen stattfinden.

Andréani (F) wandte zunächst ein, es liege doch ein großes Risiko darin, daß die Außenminister zusammenträfen, Malta nicht beidrehe, der Konsensus der 35 nicht zustande komme und die Konferenz als fehlgeschlagen angesehen werde. Kelly (USA) äußerte sich ähnlich. Bullard (GB) war ebenfalls skeptisch. Nach nochmaliger Intervention durch D2 erklärte Bullard, er halte persönlich bei näherem Hinsehen die Alternative (Absage der Außenministerkonferenz, Nachlassen des Drucks, unbefristetes Warten auf Malta) für schlechter als die Annahme der Einladung. Man müsse das Risiko eingehen und dann eben den „dramatischen Versuch“ machen, auf der Außenminister-Ebene zum Ziele zu kommen. Andréani (F) schloß sich der deutschen und britischen Linie an und fügte hinzu, Cheysson werde alles tun, um den KSZE-Prozeß intakt zu halten. Kelly

Fortsetzung Fußnote von Seite 1205

den der Madrider Konferenz einzubeziehen“. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 91 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 19. August 1983; Referat 012, Bd. 124453.

⁵ Botschafter Kastl, z. Z. Bonn, vermerkte am 16. August 1983, sein schweizerischer Kollege Brunner habe ihm soeben telefonisch mitgeteilt, daß von den neutralen und nichtgebundenen Staaten „ein vermutlich für Westen akzeptabler Kompromißtext einer Erklärung des Tagespräsidenten ausgearbeitet worden sei“. Allerdings habe sich bislang keiner der Regierungschefs bereit gefunden, „um, begleitet von einem KSZE-Fachmann eines anderen N + N-Staates, Herrn Mintoff in La Valletta den Entwurf des Kompromißtextes zu übergeben (MP Palme weigere sich, Mintoff zu sehen, Mojsev erkläre sich als krank, MP Sorsa habe bisher noch nicht geantwortet)“. Er hoffe jedoch, daß bald ein gemeinsamer Sprecher gefunden werde. Vgl. Referat 212, Bd. 133481.

meinte daraufhin vorsichtig, er könne sich nicht binden und „die Möglichkeit der Absage durch Shultz nicht ausschließen“.⁶ Eines sei jedoch sicher, daß ohne Konsens der 35 das Schlußdokument nicht verabschiedet und auch die Vorbereitungskonferenz der KAE nicht einberufen werden könne.⁷

2) Polen, insbesondere Landwirtschaftsprojekt⁸

D2 führte das Thema Polen mit der Feststellung ein, in der Umschuldungsfrage sei durch die Entscheidung im Gläubiger-Club vom 29.7.1983⁹ ein klarer Ablauf festgelegt, so daß wir die Frage heute nicht mehr zu beraten bräuchten. Polens Mitgliedschaft im IWF würde die Umschuldung nach unserer Ansicht erleichtern. Wir verstünden jedoch, daß die Partner diese Angelegenheit auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wollten, und maßten einer gemeinsamen Haltung auch hier erste Priorität zu. F und GB erklärten ausdrücklich, die IWF-Frage erscheine ihnen verfrüht.

F und GB führten aus, daß man sich von der ereignisorientierten Politik gegenüber Polen mehr und mehr lösen solle. Die Lage werde für längere Zeit mehr oder weniger stationär mit kleinen Schwankungen bleiben. Bullard schlug sogar vor, einen Zeitplan aufzustellen, nach dem wir unsere nächsten Schritte, *rebus sic stantibus*, tun sollten. Man sollte zu normalen Wirtschaftsbeziehungen zurückkehren. Er sehe im übrigen im Gegensatz zur Erklärung von Burt am 27. Juli¹⁰ einen großen Unterschied zwischen bilateralen Minister-Begegnungen mit dem polnischen AM in den Hauptstädten und solchen Begegnungen am Rande des KSZE-Ministertreffens von Madrid oder der UN-Generalversammlung in New York¹¹. Er werde seinem Außenminister¹² vorschlagen, den polnischen Außenminister am Rande von Madrid oder New York zu einem bilateralen Gespräch zu empfangen, wenn Olszowski dies wünsche. Andréani äußerte sich im gleichen Sinne. D2 erwähnte an dieser Stelle, die Polen hätten

⁶ Am 25. August 1983 kündigte der Leiter der spanischen KSZE-Delegation, Pan de Soraluce, die Einladung der spanischen Regierung zu dem geplanten Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vom 7. bis 9. September 1983 an, obwohl die maltesische Zustimmung zum Schlußdokument weiterhin ausstand. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. Referat 212, Bd. 133487.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl wies die Botschaft in Washington am 26. August 1983 an, dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, mitzuteilen: „Auch wir wollen am KSZE-Konsensprinzip festhalten. Die maltesische Blockierung werten wir allerdings als Mißbrauch des Konsensprinzips und Erpressungsversuch. [...] Die Anwesenheit von AM Shultz in Madrid würde das Engagement der USA für KSZE und KAE und die Solidarität des Westens wirkungsvoll unterstreichen und auch der spanischen Meinungsbildung für NATO-Mitgliedschaft zugute kommen.“ Außerdem werde ein Treffen der Außenminister „die Tür für einen Beitritt Maltas nicht schließen“. Vgl. den Drahterlaß 5398; Referat 212, Bd. 133490.

Gesandter Wallau, Washington, teilte am 27. August 1983 mit, daß die USA die Einladung der spanischen Regierung angenommen hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3770; Referat 212, Bd. 133490.

⁷ Am 6. September 1983 stimmte Malta dem Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu, nachdem der Vorsitzende eine im Konferenz-Journal dokumentierte Erklärung abgegeben hatte, „daß die Teilnehmerstaaten bestimmte Initiativen Maltas und anderer betroffener Staaten, die das Mittelmeer betreffen, unterstützen, „soweit sie dies für angemessen“ hielten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1037 des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation); Referat 212, Bd. 133422.

⁸ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 197, Anm. 16.

⁹ Zu den Beschlüssen des „Pariser Clubs“ vgl. Dok. 228, Anm. 14.

¹⁰ Zu den Ausführungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, in der Sitzung der vier Politischen Direktoren in Bonn vgl. Dok. 228.

¹¹ Die 38. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 statt.

¹² Geoffrey Howe.

bereits einen entsprechenden Fühler ausgestreckt, und der Bundesminister werde wohl mit O. in Madrid zusammentreffen.¹³ Kelly hatte sich vorher zurückhaltend zu hohen Kontakten geäußert.

D2 erkundigte sich sodann zum Landwirtschaftsprojekt nach den Überlegungen in den drei anderen Hauptstädten seit dem besonderen Vierer-Treffen zu dieser Frage vom 27. Juli 1983. Er unterstrich noch einmal die Chancen, die wir in diesem Projekt für die Erhaltung des Reformpotentials und die unmittelbare gezielte Hilfe an soziologisch wichtige Teile der polnischen Bevölkerung sähen. In Polen werde auch wegen der verhältnismäßigen Transparenz im Innern der Bevölkerung klarwerden, woher die Hilfe komme.

Die übrigen hatten keine über unser Non-Paper¹⁴ hinausgehende Information. Die Frage von D2, ob sie sich mit ihren Kirchen inzwischen in Verbindung gesetzt hätten, verneinten alle drei. F und GB hatten insbesondere Schwierigkeiten mit der Tatsache, daß man über den Grad der Unabhängigkeit der Stiftung und andere Einzelheiten noch im unklaren sei. D2 fragte Kelly nach der neu gegründeten interministeriellen Arbeitsgruppe in den USA.¹⁵ Kelly: Sie sei gegründet, aber bisher noch nicht zusammengetroffen. D2 plädierte dafür, nicht auf die Details des Projekts zu warten. Die Implementierung werde schwierig werden, so daß man rechtzeitig mit der gedanklichen Überlegung beginnen müsse. Das Gespräch jeder einzelnen Regierung mit der katholischen Kirche im eigenen Lande werde dazu beitragen, der polnischen Kirche den Rücken zu stärken und Mut zu machen. Auch könne der eine oder andere diskrete Rat weitergegeben werden. Der Bundesminister werde das Projekt am 19. oder 20. September in den EG-Rat einführen und damit auf weitere Länder ausweiten.¹⁶ Vorher sollte das schon ins Auge gefaßte Experten-Treffen der Vier stattfinden. Die übrigen drei erklärten, sie sähen durchaus die Chancen, die in dem Projekt lägen, wenn es richtig aufgezogen werde. Sie erklärten sich einverstanden mit einem Experten-Treffen im Vierer-Rahmen nach dem KSZE-Außenministertreffen

¹³ Bundesminister Genscher traf am 7. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid mit dem polnischen Außenminister Olszowski zusammen. Erörtert wurden die Lage in Polen und wirtschaftliche Fragen wie die Sanktionen gegen Polen und das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1043 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Madrid, vom 8. September 1983; Referat 411, Bd. 131239.

¹⁴ Für das Non-paper der Bundesregierung vom 27. Juli 1983 vgl. VS-Bd. 12951 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁵ Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 2. August 1983, daß in den USA eine interministerielle Arbeitsgruppe über das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen gegründet worden sei, nachdem Präsident Reagan „sehr interessiert“ an dem Projekt sei. Informationen aus dem Nationalen Sicherheitsrat zufolge solle die Arbeitsgruppe zunächst prüfen, „ob die SU eine Stärkung des Privatsektors im sozialistischen Polen hinnehmen werde und ob General Jaruzelski seine Kardinal Glomp gegebene Zusage einhalten könne und wolle. In praktischer Hinsicht prüfe die Gruppe, wie die amerikanische Wirtschaft und private Organisationen zu finanziellen oder Sachspenden herangezogen werden könnten; inwieweit staatliche Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden seien; in welcher Form Spenden weitergeleitet werden sollten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3361; Referat 411, Bd. 131238.

¹⁶ Bundesminister Genscher unterrichtete die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten anläßlich der Treffen im Rahmen der EPZ am 12. September in Athen und auf der EG-Ministerratstagung am 20./21. September 1983 in Brüssel über das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 411 vom 20. September 1983; Referat 421, Bd. 141410.

fen in Madrid¹⁷. Die Amerikaner wollen den Deputy Assistant Secretary Palmer mit einem wirtschaftlichen Berater entsenden, die Franzosen nach gleichem Modell verfahren. Bullard wird entweder den Vertreter des Leiters der Wirtschaftsabteilung im Foreign Office oder seinen Vertreter James mit einem nachgeordneten Beamten aus der jeweils anderen Abteilung schicken. D2 hat erklärt, die Zusammensetzung der Delegation sollte jeder Seite überlassen bleiben.

3) Ost-West-Beziehungen

D2 fragte nach der Entwicklung der US/SU-Beziehungen. Wir hätten mit Interesse Burts Congressional Testimony vom 1. August 1983¹⁸ gelesen.

Kelly bekräftigte, daß der Dialog mit der SU wieder ein erhebliches Ausmaß angenommen habe. Treffen von Shultz mit Gromyko seien am Rande von Madrid und New York in kurzem zeitlichen Abstand möglich.¹⁹ Die Thematik werde bei diesen Gesprächen umfassend sein mit den Hauptkomplexen Rüstungskontrolle und Abrüstung, regionale Krisenherde, humanitäre Fragen und Menschenrechte.

Auf die Frage, wo die US am ehesten Fortschritte vorhersähen, meinte Kelly, ohne zu zögern: in der Rüstungskontrolle, nicht bei den Krisenherden. Die zentralamerikanische Erhitzung im rüstungskontrollpolitisch besonders wichtigen Jahr 1983 sah er als eher zufällig an.

4) Chile

D2 hat mitgeteilt, wir unterstützten die italienische Initiative, durch die Botschafter der Zehn in Santiago sofort über eine Protest-Demarche gegenüber der chilenischen Regierung zu beraten.²⁰ Kelly (US) bemerkte, US-Pressespre-

¹⁷ Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8. September 1983 am Rande der Schlußsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 258.

¹⁸ Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, äußerte sich am 1. August 1983 vor dem Unterausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses für Europa und den Nahen Osten zur Intensivierung des Dialogs mit der sowjetischen Regierung, zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie zu den START- und INF-Verhandlungen in Genf und den MBFR-Verhandlungen in Wien. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN 1983, Heft 2079, S. 67–70.

¹⁹ Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 8. September 1983 in Madrid mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 262, Anm. 11. Seine Teilnahme an der am 20. September 1983 beginnenden VN-Generalversammlung sagte Gromyko ab. Vgl. dazu Dok. 273, Anm. 8.

²⁰ Nachdem beim ersten Tag des „nationalen Protestes“ in Chile im Mai 1983 bereits zwei Menschen ums Leben gekommen waren, vermerkte Referat 330 am 15. August 1983, bei der Niederschlagung der Demonstrationen anläßlich des vierten Tags des „nationalen Protestes“ am 11./12. August habe es „nach letzten amtlichen Angaben 24 Tote und zahlreiche Verletzte gegeben; 1200 Menschen sollen festgesetzt worden sein. Die Unruhen setzten sich am 13. August bei der Beisetzung mehrerer Opfer fort. Die Bundesregierung hat ihrer Bestürzung hierüber Ausdruck gegeben. Sie hat dem Vorschlag des italienischen Außenministers Andreotti zugestimmt, eine Konferenz der EG-Botschafter in Santiago einzuberufen, die über die Form eines gemeinsamen Protestes beraten soll.“ Vgl. Referat 330, Bd. 136563.

Botschaftsrat Ederer, Santiago de Chile, teilte am 18. August 1983 mit, daß die Vertreter der EG-Mitgliedstaaten sich gegen eine gemeinsame „Demarche am Ort“ ausgesprochen hätten, da in der jüngsten Vergangenheit bereits drei derartige Demarchen erfolgt seien: „Zu häufige Anwendung dieses Instruments bedeute Abwertung durch Abnutzung.“ Außerdem sei „energische Zurückweisung klar vorhersehbar“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 170; Referat 330, Bd. 136563.

cher hätten sich schon mehrfach zur Lage in Chile geäußert. F trat ebenfalls für öffentliche Stellungnahmen ein.²¹

²²5) Zentralamerika

Kelly erläuterte die amerikanische Zentralamerika-Politik. Sie sei durch vier Bemühungen gekennzeichnet:

- (1) Versuch einer Lösung in El Salvador (Stone-Mission²³),
- (2) Unterstützung der Contadora-Gruppe²⁴ (regionale Lösung),
- (3) Wirtschaftliche und soziale Stabilisierung (Langzeitaufgabe),
- (4) Militärischer Schild.

Die amerikanische Wirtschaftshilfe sei dreimal so hoch wie²⁵ die militärische. Man hoffe, daß die von Kissinger geleitete two-partisan-Kommission²⁶, der immerhin drei Gegner der Reaganschen Zentralamerika-Politik (darunter Bob Strauss) angehörten, in etwa sechs Monaten einen Gesamt-Vorschlag präsentieren werde, nachdem sie alle Staaten der Region, Nicaragua eingeschlossen, besucht habe. Die mit Honduras gemeinsam stattfindenden amerikanischen Manöver dienten einem doppelten Zweck:

- dem Training der honduranischen Truppen,
- der Signalgebung.²⁷

D2 führte aus, daß der Bundesminister in der Zeit vom 29. September bis 2. Oktober 1983 eine Konferenz der in Zentralamerika und der Karibik akkreditierten Botschafter in San José abhalten²⁸ und mit einem offiziellen Besuch Costa Ricas²⁹ verbinden werde.

Außerdem plane der Minister, die Außenminister der Contadora-Länder am Rande der UN-Generalversammlung in New York im September zu treffen, möglichst zusammen mit seinem griechischen und französischen Kollegen (Troika).³⁰

²¹ Die EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ gaben am 26. August 1983 eine Erklärung zu den Vorgängen in Chile am 11./12. August 1983 ab. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 54 f.

²² Beginn des mit Drahterlaß Nr. 5153 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²³ Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für Mittelamerika, Stone, besuchte vom 26. Juli bis 2. August 1983 Panama, Venezuela, El Salvador, Mexiko, Kolumbien und Nicaragua.

²⁴ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 230, Anm. 21.

²⁵ Korrigiert aus: „als“.

²⁶ Am 19. Juli 1983 gab Präsident Reagan die Einsetzung einer aus zwölf Personen bestehenden nationalen Zwei-Parteien-Kommission für Mittelamerika bekannt, als deren Vorsitzenden er den ehemaligen amerikanischen Außenminister Kissinger berief. Sie sollte bis zum 1. Dezember 1983 Vorschläge zur künftigen Mittelamerika-Politik der USA vorlegen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1054–1056.

²⁷ Vgl. dazu auch die Erläuterungen des Präsidenten Reagan am 26. Juli 1983 auf einer Pressekonferenz in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1082–1086.

²⁸ Zur Botschafterkonferenz in San José vgl. Dok. 293.

²⁹ Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 30. September bis 3. Oktober 1983 in Costa Rica vgl. Dok. 287.

³⁰ Der griechische Außenminister Charalambopoulos, sein französischer Amtskollege Cheysson und Bundesminister Genscher sowie der Präsident der EG-Kommission, Thorn, trafen am 29. September 1983 in New York mit den Außenministern Lloreda (Kolumbien), Ortega (Panama), Sepúlveda (Mexiko) und Zambrano (Venezuela) zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3808 (COREU) aus Athen vom 1. Oktober 1983; Unterabteilung 33, Bd. 136690.

Kelly (USA) begrüßte die Absicht des Bundesministers, nach Costa Rica zu reisen, besonders. Die USA hofften auf die Mithilfe der Europäer bei den Reformen in Zentralamerika. Bullard wies auf die wachsende Besorgnis in Europa über die Lage in Zentralamerika hin. Die Staats- und Regierungschefs der Zehn hätten sich in Stuttgart dazu erklärt³¹, und das werde nicht die letzte Zehner-Erklärung zu Zentralamerika gewesen sein. Es sei wesentlich, daß die US-Regierung nicht nur der eigenen Öffentlichkeit, sondern auch der europäischen plausibel darzustellen verstehe, welches die amerikanischen Absichten seien.

6) Tschad³²

D2 verlas, bevor er F und US das Wort erteilte, die deutsche Sprachregelung³³, die offenbar von Paris und Washington als hilfreich empfunden worden ist. Andréani gab einen Überblick über die französischen Operationen. F habe nichts weniger gewünscht, als in diesen Konflikt hineingezogen zu werden. Aber Libyen habe es dazu gezwungen, dem Hilfeersuchen der legitimen Regierung des Tschad zu entsprechen.³⁴ Auch die Frage der Glaubwürdigkeit der französischen Position habe auf dem Spiel gestanden. Zunächst habe sich Paris unbedingt auf Materiallieferungen beschränken wollen. Inzwischen seien mehrere hundert Fallschirmjäger auf „Trainings-Mission“ entsandt. Sie seien autorisiert, sich bei Angriff zu verteidigen. Dieser Schritt sei notwendig gewesen, um Libyen zu signalisieren, daß es nicht weitergehen dürfe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß weitere französische Schritte notwendig würden. Die Beurteilung der militärischen Lage sei außerordentlich schwierig. Es sei zu befürchten, daß Gaddafi aufs Ganze gehe. Welche Anstrengung nötig sei, um ihn zu stoppen, sei noch nicht abzuschätzen. Die Aktion sei in Frankreich nicht gerade populär. Was die UN-Bemühungen angehe, so plädiere F gegenüber dem Tschad dafür, keine zu starke Resolution im Sicherheitsrat erzwingen zu wollen, dann würde

³¹ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. Dok. 185.

³² Zu den Auseinandersetzungen im Tschad vgl. Dok. 187, Anm. 27.

Nachdem Streitkräfte des Präsidenten Habré Faya Largeau am 30. Juli 1983 zurückgewonnen hatten, teilte Botschafter Herbst, Paris, am 11. August 1983 mit: „Mit erheblicher Unterstützung regulärer libyscher Truppen ist es der ALN (Armée de la libération nationale) Goukouni Oueddeis am 10.8.1983 gelungen, Faya Largeau, dessen Einschließung ca. 48 Stunden zuvor abgeschlossen war, wieder einzunehmen. An libyschen Verbänden haben lt. Quai an den Kämpfen teilgenommen: 50 Flugzeuge, vier Infanteriebataillone, zwei Panzerkompanien und mehrere Artilleriebatterien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1561; Referat 321, Bd. 141045.

³³ Vortragender Legationsrat Ziefer übermittelte den Botschaftern in N'Djamena, Paris und Washington am 12. August 1983 eine Sprachregelung, die am Vortag an die Presse gegeben worden sei: „Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung im Tschad mit wachsender Besorgnis. Die durch militärisches Eingreifen Libyens verursachte Internationalisierung des Tschadkonflikts hat Frankreich, das sich fortlaufend und auch jetzt noch um eine Konfliktlösung auf diplomatischem Wege bemüht, keine Wahl gelassen, als dem dringenden Hilferuf der international anerkannten tschadischen Regierung auf der Grundlage bestehender Beistandsabkommen zu entsprechen. Auch die auf Bitte der tschadischen Regierung von den USA ergriffenen Maßnahmen zielen auf die Wiederherstellung der nationalen Integrität und der Stabilität des leidgeprüften Tschad.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5086; Referat 321, Bd. 141045.

³⁴ Am 10. August 1983 teilte Botschafter Herbst, Paris, mit, daß sich die französische Regierung zur Entsendung von bislang in der Zentralafrikanischen Republik stationierten Marineinfanteristen in den Tschad entschlossen habe: „Das Kontingent soll zunächst auf über 300 Mann aufgestockt werden. Verteidigungsminister Hernu hat dabei öffentlich deutlich gemacht, daß die französischen Soldaten lediglich Ausbilder sein werden und nicht an Kämpfen teilnehmen sollen.“ Die französische Regierung sehe darin „eine letzte Warnung an Gaddafi“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1553; VS-Bd. 12922 (202); B 150, Aktenkopien 1983.

der Tschad nämlich unterliegen. Der Tschad müsse sich vielmehr darauf beschränken, die sofortige Beendigung der Intervention von außen ohne ausdrückliche Verurteilung Libyens zu fordern (sonst sowjetisches Veto).³⁵

Kelly (US) würdigte die konstruktive französische Rolle. Die USA versuchten jetzt vor allem, durch Militärhilfe an den Sudan³⁶ zu helfen. Die Lage in der UN beurteile er wie F.

Andréani auf Frage nach politischen Lösungen: Verhandlungen zwischen Goukouni und Habré erschienen ausgeschlossen. OAU könnte eine Rolle spielen.³⁷

7) Afghanistan

Es bestand Einvernehmen, daß es darauf ankomme, auch in diesem Jahr in der UN-GV ein Resolutions-Abstimmungsergebnis zu erzielen, das nicht hinter dem des Vorjahres zurückbleibe. Bullard (GB) meinte, man laufe Gefahr, daß diese Abstimmungen zur Routine würden. Man müsse deshalb die Sprache der Resolution verstärken. Allerdings wolle GB darüber zunächst mit Pakistan sprechen.

F riet zu großer Vorsicht. Eine Verstärkung der Sprache könne sehr leicht zu einem Abbröckeln der Zahl der Ja-Stimmen führen. Diese Zahl hoch zu halten oder möglichst noch zu erhöhen, sei wichtiger als eine Textverschärfung.³⁸

8) Beziehungen mit dem Iran

D2 hat folgendes ausgeführt: Es sei eine gewisse Enttäuschung des Iran darüber festzustellen, daß es ihm nicht gelungen sei, engere wirtschaftliche Beziehungen mit Staaten des Ostblocks (z. B. DDR, Rumänien, Ungarn) herzustellen. Die sowjetisch-iranischen Beziehungen hätten in jüngster Zeit durch die Anti-Tudeh-Kampagne gelitten.³⁹ Das alles bedeute keine pro-westliche Wendung, und ein neues rapprochement SU – Iran sei durchaus vorstellbar. Es gebe aber gewisse Chancen für den Westen, die wir wahrnehmen sollten.

³⁵ Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 11. und 12. August 1983 über die Sitzung des VN-Sicherheitsrats zur Lage im Tschad und übermittelte einen von Tschad vorgelegten Resolutionsentwurf. Darin wurde das militärische Eingreifen Libyens verurteilt und Libyen zum sofortigen Rückzug seiner Truppen aus dem Tschad und zu Verhandlungen aufgefordert. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 1628 und 1636; Referat 321, Bd. 141045.

³⁶ Präsident Reagan informierte den amerikanischen Kongreß mit Schreiben vom 8. August 1983 über die Entsendung von zwei AWACS-Flugzeugen und als Geleitschutz acht F-15-Jagdflugzeugen in den Sudan. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1138.

³⁷ Am Rande der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Revolution im Kongo vom 14. bis 16. August 1983 in Brazzaville beauftragten die anwesenden Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Zaire am 16. August 1983 den OAU-Präsidenten Mengistu Haile Mariam, mit den Konfliktparteien im Tschad Kontakt aufzunehmen, um einen Waffenstillstand und den Abzug aller ausländischen Streitkräfte sowie ein Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Tschad durch fremde Staaten herbeizuführen. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 53 und 54 des Botschafters Hiller, Brazzaville, vom 16. August 1983; Referat 321, Bd. 141045.

³⁸ Am 23. November 1983 verabschiedete die VN-Generalversammlung die Resolution Nr. 38/29 zur Lage in Afghanistan. Botschafter van Well, New York (VN), teilte am selben Tag mit, es habe 116 Ja-Stimmen bei 20 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen gegeben und damit sogar zwei Ja-Stimmen mehr als im Vorjahr. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3126; Referat 340, Bd. 136785. Für den Wortlaut der Resolution vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXII, S. 238.

³⁹ Im Zusammenhang mit der Auflösung der kommunistischen Tudeh-Partei im Iran am 4. Mai 1983 wurden 18 Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Teheran ausgewiesen, nachdem in Äußerungen führender Mitglieder der Partei diese „als Werkzeug der sowjetischen Politik in Iran“ erschienen sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 350 des Botschaftsrats I. Klasse Rapke, Teheran, vom 5. Mai 1983; Referat 213, Bd. 133211.

Kelly (USA) betonte, die amerikanisch-iranischen Beziehungen seien eher schlechter geworden, und zwar wegen der Unterstützung terroristischer Akte durch den Iran, die sich gegen die USA und deren Freunde richteten. F beschränkte sich auf die Feststellung, die französisch-iranischen Beziehungen seien schlecht.

9) Zypern⁴⁰

Das Thema wurde zum Schluß von US unter großem Zeitdruck aufgebracht. Einziges Petitum: Unterstützung der Bemühungen des Generalsekretärs⁴¹, die das beste Vehikel seien, um die Leidenschaften wieder zu dämpfen.

10) Nahost

Das Thema konnte aus Zeitmangel nicht mehr behandelt werden.

11) NATO Informations-Office in Washington⁴²

Kelly brachte den Punkt vor, aber ohne zu drücken.

US hoffen, daß in den weiteren Diskussionen in Brüssel Fortschritte gemacht werden. F brachte seine bekannten Zweifel an. GB: Das Geld müsse aus den vorhandenen Mitteln genommen werden und dürfe keine wichtigeren Vorhaben unmöglich machen.

12) Nächstes Treffen der Politischen Direktoren am 29. September in New York.⁴³

Pfeffer⁴⁴

VS-Bd. 12952 (204)

⁴⁰ Am 13. Mai 1983 verabschiedete die VN-Generalversammlung eine Resolution, in der der Abzug aller Besatzungstruppen als wesentliche Grundlage für eine Lösung des Zypern-Konflikts bezeichnet und deren sofortiger Abzug gefordert wurde. Außerdem wurde die Intensivierung der Bemühungen des VN-Generalsekretärs um eine Konfliktlösung empfohlen und Sorge über fehlende Fortschritte in den Volksgruppengesprächen geäußert. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 37/253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXI, S. 270 f.

Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 25. Mai 1983, in der türkischen Öffentlichkeit werde die Möglichkeit erörtert, daß der Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, „Unabhängigkeit türkisch-zyprischen Staates ausrufen könne. [...] Denktasch jedenfalls heizt weiter an, z. B. durch Erklärung, daß die VN-Resolution null und nichtig erklärt werden müsse. Dies sei Voraussetzung für Neubeginn Kommunalverhandlungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 976; Referat 206, Bd. 150973.

⁴¹ Im Auftrag des VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar unterbreitete dessen Sonderbeauftragter für Zypern, Gobbi, dem zyprischen Außenminister Rolandis am 8. August 1983 in Nikosia neue Überlegungen zu Lösung des Zypern-Konflikts. Vgl. dazu die Meldung „Zyperns Präsident bricht seinen Urlaub ab“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. August 1983, S. 2.

⁴² Am 9. August 1983 vermerkte Referat 201: „Die Einrichtung eines NATO-Informationsbüros in Washington wurde 1982 beim NATO-Informationssymposium in Sunningdale (GB) von amerikanischer Seite vorgeschlagen.“ Aufgabe des Büros sollte es sein, die Informationsarbeit der amerikanischen Regierung insbesondere bei der Darstellung der Interessen der europäischen NATO-Mitgliedstaaten zu unterstützen. Frankreich habe sich im Juli 1983 gegen das Projekt ausgesprochen, da es „unvereinbar mit dem Prinzip der nationalen Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit“ wäre und zudem „als Ansatz zu einer eigenen Auslandsvertretung der NATO angesehen werden könnte“. Die übrigen europäischen NATO-Mitgliedstaaten hätten den Vorschlag bislang, „wenn auch eher vorsichtig“, unterstützt, wobei vor allem die Finanzierungsfrage ein Grund für die Zurückhaltung gewesen sei. Vgl. Referat 201, Bd. 125696.

⁴³ Das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA fand am 26. und 28. September 1983 in New York statt. Vgl. dazu Dok. 281, Anm. 9.

⁴⁴ Paraphie vom 16. August 1983.

237

Botschafter Ruth an die Botschafter Hermes, Washington, und Ruhfus, London

221-372.23-1795/83 geheim
Fernschreiben Nr. 5167 Plurez
Cito

16. August 1983¹
Aufgabe: 17. August 1983

Betr.: MBFR;

hier: BSR-Beschluß vom 13.7.83 über eine neue westliche Initiative

Enthält Weisung

Für Botschafter o. V. i. A.

1) Sie werden gebeten, in Washington in State Department und Pentagon auf der Ebene Dam bzw. Iklé, in London im Foreign Office auf der Ebene Acland unter Übergabe des als Anlage folgenden Papiers die vom BSR am 13.7.1983 gebilligte Position zu MBFR zu erläutern (s. Ziff. 2). Wir stehen seit dem Frühjahr mit US und UK über die Elemente einer neuen Initiative auf allen Ebenen in engem Kontakt und haben bei trilateralen Konsultationen in Paris am 8.6. 1983 entsprechendes Arbeitspapier übergeben.²

Zweck der Demarche soll es sein, auf politischer Ebene deutlich zu machen, daß die von uns angestrebte Initiative mit Billigung und auf Weisung des Bundeskanzlers vorgeschlagen wird.

2) Zur Erläuterung können Sie ausführen:

- Die östliche Verhandlungsposition in Wien ist in Bewegung geraten, wenn auch nicht in einem für den Westen befriedigenden Ausmaß.³ Die östlichen Vorschläge eröffnen konzeptionelle, taktische und politische Chancen, westliche Interessen wirksam zu fördern. Wir wollen diese Chance in der Substanz und zeitlich sinnvoll ausschöpfen.
- Wir halten es für notwendig und dringend, noch vor Ablauf des Jahres mit einer neuen westlichen Initiative wirksam und deutlich auf den Verhandlungsverlauf Einfluß zu nehmen. Dies nicht nur aus sachlichen und verhandlungstaktischen Gründen, sondern auch vor dem Hintergrund der politischen Gesamtsituation am Jahresende 1983.
- Der BSR hat am 13.7. unter Vorsitz des BK getagt und den Vorschlag für eine MBFR-Initiative gebilligt, deren Grundzüge in dem folgenden Papier ent-

¹ Durchschlag als Konzept.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

Hat dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundeskanzleramt zur Mitzeichnung vorgelegen.

² Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, und dem Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium, Gillmore, am 8. Juni 1983 vgl. Dok. 175, Anm. 14.

³ Vgl. dazu den Vertragsentwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 23. Juni 1983; Dok. 191, Anm. 14.
Zur Bewertung dieses Entwurfs vgl. Dok. 224.

halten sind. Daraus wird deutlich, wie stark das Interesse der Bundesregierung in einer neuen MBFR-Initiative ist.⁴

- Die Bundesregierung hofft, daß es auf dem nächsten trilateralen Treffen (in London am 13.9.⁵) gelingt, auf der Grundlage des folgenden Textes einen zu dritt abgestimmten Vorschlag (Draft Guidance) zur umgehenden Einführung in das Bündnis zu verabschieden. Wir halten es für politisch wichtig, eine westliche Initiative noch in der nächsten Verhandlungsrunde in Wien⁶ zu präsentieren.⁷

Ruth⁸

⁴ Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 17. August 1983, er habe weisungsgemäß dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, die Überlegungen der Bundesregierung vorgetragen. Burt habe ausgeführt: „In Washington würden unsere allgemeinen mit diesem Schritt verbundenen politischen Überlegungen geteilt. Die östliche Verhandlungsposition werde auch amerikanischerseits als unzureichend angesehen. Die Hauptschwierigkeit bleibe, eine befriedigende Lösung des Verifikationsproblems zu finden. In Washington werde ebenfalls an MBFR-Lösungsmodellen gearbeitet. Es würden mehrere Optionen überlegt, von denen eine der unseren ähnlich sehe. So weit wie die deutsche Seite sei man allerdings noch nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3600; VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Wallau übermittelte am 25. August 1983 ergänzende Informationen, denen zufolge sich das amerikanische Verteidigungsministerium „bisher mit Nachdruck jeder Weiterentwicklung der westlichen Verhandlungsposition, die über kosmetische Veränderungen hinausgehen würde“, widersetze. Dort werde argumentiert, Bewegung in den MBFR-Verhandlungen könnte „in Westeuropa ein falsches Signal setzen und sich negativ auf die Bereitschaft einiger westeuropäischer Staaten, wie z. B. Belgiens und der Niederlande, auswirken, ihre Verteidigungsausgaben und Truppenstärken auf dem erforderlichen Niveau zu halten, dies insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Friedensdiskussion. Die Einsetzung einer KAE in diesem Jahr vermindere die Notwendigkeit, gleichzeitig bei MBFR eine Verhandlungsinitiative zu lancieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3746; VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Am 6. September 1983 gab Gesandter Wallau, Washington, die Information aus dem amerikanischen Außenministerium weiter, daß der Nationale Sicherheitsrat am selben Tag über MBFR beraten, „aber keine Entscheidung zu den vorgeschlagenen Optionen für eine westliche Initiative für MBFR getroffen habe. Die Administration werde in Kürze eine Verschiebung der trilateralen Konsultation vom 13.9. auf Ende des Monats beantragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3920; VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Botschafter Hermes, Washington, teilte am 8. September 1983 mit, „das State Department hoffe, im Laufe der nächsten Woche einen neuen Termin für die trilaterale Konsultation in London noch in diesem Monat vorschlagen zu können“. Das amerikanische Verteidigungsministerium und Vertreter des Nationalen Sicherheitsrats hätten sich, anders als das Außenministerium, gegen eine neue MBFR-Initiative ausgesprochen. Offenbar seien sich deren Vertreter über den Stellenwert einer MBFR-Initiative für die Bundesregierung nicht im klaren: „Nach Meinung des Gesprächspartners könnte ein Schreiben des Bundeskanzlers an Präsident Reagan die notwendige Aufklärung vermitteln und für dessen Entscheidung möglicherweise den Ausschlag geben.“ Jedoch sei Eile geboten, da „die Sache dem Präsidenten bereits zur Entscheidung vorliegt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3980; VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Die 31. Runde der MBFR-Verhandlungen wurde am 29. September 1983 in Wien eröffnet.

⁷ Über die britische Reaktion berichtete Gesandter von Alten, London, am 19. August 1983, der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Wright, habe zugesagt, die Überlegungen der Bundesregierung „sorgfältig und mit einem ‚open mind‘“ zu prüfen: „Sie, die Briten, neigten vielleicht etwas mehr als wir dazu, die MBFR-Verhandlungen als eine Angelegenheit für sich und weniger als Bestandteil eines ‚Overall‘-Verhandlungskonzepts zu betrachten. Sie würden sich also gegen Konzessionen in diesem Bereich, um in anderen Vorteile zu erlangen, wenden, zumal hier sehr sensitive Probleme gemeinsamer Sicherheit berührt würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1290; VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Paraphe vom 16. August 1983.

Folgt Text Anlage

1) The Federal Government reaffirms its interest in negotiated results at the MBFR talks which take account of the central Western principles of parity, based on agreed data, and collectivity.

2) In view of the present state of the negotiations in Vienna and the development of East-West relations in the months ahead, a Western initiative at the talks in Vienna appears appropriate.

3) The Federal Government therefore advocates that a package of proposals be prepared within the Alliance for introduction into the negotiations before the end of this year.

4) The package of proposals should contain the following elements:

a) US-Soviet reductions outside a formal agreement and on the basis of mutual example on condition that the scope of the mutual reductions is laid down jointly by the United States and the Soviet Union and that a system of permanent exit/entry points is agreed between all participants in order to monitor withdrawals and prevent reintroduction.

b) After completion of these advance withdrawals, a numerically specified, collective commitment not to increase the number of ground and air force personnel could be entered into by both sides

– either on the basis of previously agreed data

– or on the basis of „official“ data submitted by both sides, provided that agreement is reached on measures for effective verification of the actual strengths.

The aim is to achieve agreement on starting data before formally agreed reductions are effected.

c) On the basis of the foregoing, an agreement on mutual reductions to achieve common collective ceilings for ground and air force personnel in a single phase of reductions, in this context the draft Western agreement of July 1982⁹ affords a suitable basis for negotiation.

d) Renewal of the Western proposal for working groups to be established¹⁰, whose first task should be a detailed comparison of the position of both sides on issues of substance and structure of a reduction agreement as well as on the problems of data and verification.¹¹

VS-Bd. 11499 (221)

⁹ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1982 vgl. Dok. 51, Anm. 7.

¹⁰ Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten schlugen am 8. April 1982 die Errichtung dreier Arbeitsgruppen zur Beratung allgemeiner Fragen, begleitender Maßnahmen und der Datenfrage vor. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 112.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik wies die Botschaft in Washington am 17. August 1983 ergänzend an, „amerikanischen Gesprächspartnern mitzuteilen, daß wir zur Herstellung eines Junktims zwischen den in Ziff[er] 4 des [...] übermittelten Papiers aufgeführten Elementen a), b) und c) bereit sind, d. h., daß amerikanisch-sowjetische Vorwegreduzierungen erst stattfinden können, wenn Einigung über den Gesamt Ablauf des Reduzierungsprozesses zur Herstellung der Parität erzielt ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5182; VS-Bd. 11499 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

238

Vortragender Legationsrat Pöhlmann an die Botschaft in Washington

222-370.27/02-1796/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 5212 Plurez

16. August 1983¹

Aufgabe: 19. August 1983, 11.05 Uhr

Betr.: VN-Waffenübereinkommen vom 10.10.1980²;
hier: Haltung der USA zu Protokoll III des Übereinkommens
(Brandwaffen)

Enthält Weisung in IV.

I. Auf der Sitzung der NATO-Rechtsexperten am 6. Mai 1983 erörterten die Bündnispartner auch ihre Haltung zu der Ratifizierung des von ihnen unterzeichneten „Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können“ (VN-Waffenübereinkommen). Dabei hielten die USA ihre bereits auf der Vorsitzung am 25.9.1981³ geäußerte Kritik an dem Protokoll III (Brandwaffen) zu dem VN-Waffenübereinkommen aufrecht. Wie ein amerikanischer Militärexperte erläuterte, wollen die amerikanischen Streitkräfte auf die durch Art. 2 Absatz 2 des Brandwaffenprotokolls verbotene Option eines Brandwaffeneinsatzes aus der Luft gegen militärische Ziele auch innerhalb einer Konzentration von Zivilpersonen grundsätzlich nicht verzichten. Die USA erwägen daher, entweder einen Vorbehalt gegen Art. 2 Absatz 2 des Brandwaffenprotokolls einzulegen oder das Protokoll bzw. das gesamte VN-Waffenübereinkommen nicht zu ratifizieren.⁴

II. Die amerikanische Position zum Brandwaffenprotokoll hatten mehrere Bündnispartner bereits 1981 entschieden kritisiert. Wir hatten unsere Bedenken auch bilateral am 4.11.1981 in Washington durch VLRI Dr. Citron vorgetragen.

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationssekretär Luy konzipiert.

Hat den Referaten 201 und 500 sowie dem Bundesministerium der Verteidigung zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Pöhlmann vom 19. August 1983 dem Vertreter des Botschafters Ruth, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron, vorgelegen, der dem Konzept zustimmte.

² Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen) und der dazugehörigen Protokolle I, II und III vgl. UNTS, Bd. 1342, S. 138–255.

³ Zur Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten am 25. September 1981 in Brüssel vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hilger vom 1. Oktober 1981; VS-Bd. 12457 (500); B 150, Aktenkopien 1981.

⁴ In der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten am 6. Mai 1983 nannte die amerikanische Delegation als weitere Möglichkeit, das VN-Waffenübereinkommen vom 10. Oktober 1980 insgesamt „so verzögert [zu] ratifizieren, bis Frage der Brandwaffen geklärt“ sei: „USA seien sich dabei der politischen Bedeutsamkeit einer vorsichtigen Behandlung gerade dieser Frage bewußt.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationssekretär Luy vom 16. Mai 1983; VS-Bd. 12391 (500); B 150, Aktenkopien 1983.
Zu der Sitzung vgl. auch Dok. 137, besonders Anm. 6.

III. Die Sitzung der NATO-Rechtsexperten am 29./30. September 1983 in Brüssel wird sich mit der Ratifizierung des VN-Waffenübereinkommens erneut befassen. Sie wird möglicherweise die letzte vor der Ratifizierung des Übereinkommens durch mehrere Bündnispartner sein.⁵ Im Hinblick auf die Vorbereitung und Festlegung der amerikanischen Position wird gebeten, im State Department folgendes vorzutragen:

1) Wir verstehen amerikanische Besorgnisse, daß Art. 2 Absatz 2 des Brandwaffenprotokolls einen Befehlshaber vor schwierige Ermessensentscheidungen stellen kann.

Wir verkennen auch nicht, daß u. U. Sprengwaffen oder kombinierte Spreng-/Brandwaffen größere Kollateralschäden verursachen können als reine Brandwaffen.

2) Wir bitten jedoch, dazu auch folgendes zu berücksichtigen:

- Wir gehen ebenso wie die USA davon aus, daß die Ermessensentscheidung des Befehlshabers nur auf Grundlage der für ihn zum Entscheidungszeitpunkt verfügbaren Informationen getroffen werden kann und muß.
- Das VN-Waffenübereinkommen stellt einen auf der VN-Waffenkonferenz⁶ erreichten Minimal-Konsens dar. Es erfaßt daher viele Waffen nicht, die größere Kollateralschäden verursachen können als die von dem Übereinkommen einbezogenen Waffen. Optionen der Kampfführung werden daher nicht übermäßig eingeschränkt. Gerade diese Tatsache sollte amerikanische Bedenken gegen das Übereinkommen und sein Brandwaffenprotokoll zerstreuen. Der damalige Minimal-Konsens war gerade durch aktive Einflußnahme der USA erzielt worden. Aus diesem Grunde wäre es heute um so weniger verständlich, wenn die USA nunmehr von ihrer damaligen Position völlig abgingen.

3) Unsere Bedenken richten sich weiterhin auf folgendes:

- Im Rahmen integrierter Einheiten würde das Auseinanderfallen von Kampfführungsgrundsätzen nach Nationalitäten große Probleme hervorrufen. Wir sollten daher eine möglichst einheitliche Bündnisposition zu dem VN-Waffenübereinkommen anstreben.
- Die Einsatzbeschränkungen des VN-Waffenübereinkommens gelten nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Den USA würden daher die durch das

⁵ Zur Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten vgl. Dok. 137, Anm. 15.

⁶ Nach Vorkonferenzen vom 28. August bis 15. September 1978 und vom 19. März bis 12. April 1979 in Genf fand die erste Session der VN-Waffenkonferenz „über Einsatzverbote und Anwendungsbeschränkungen bestimmter konventioneller Waffen, die unterschiedslos wirken oder unverhältnismäßig schwere Verletzungen hervorrufen“, vom 10. bis 28. September 1979 in Genf statt. Die zweite Session wurde am 15. September 1980 in Genf eröffnet und endete am 10. Oktober 1980. Referat 220 vermerkte am 14. Oktober 1980, die Konferenz, an der 85 Staaten teilgenommen hätten, habe folgendes Ergebnis erzielt: „Konsens über einen Rahmenvertrag (Konvention) und die Waffenprotokolle über ein Einsatzverbot von Geschossen, deren Primärwirkung auf Splintern beruht, die im menschlichen Körper durch Röntgenstrahlen nicht entdeckbar sind (Prot[okoll] I); Einsatzbeschränkungen und -verbote von Landminen und anderen Kampfmitteln (booby traps) (Prot. II); Einsatzbeschränkungen von Brandwaffen (Prot. III)“. Die Konvention enthalte die für alle Protokolle gemeinsamen Regeln. Sie beschränke den Anwendungsbereich „materiell auf internationale bewaffnete Konflikte i[m] S[inne] des Art. 2 der vier Genfer Konventionen einschließlich der in Art. 1 Abs. 4 des ersten Zusatzprotokolls (ZP I) definierten Befreiungskriege.“ Vgl. Referat 220, Bd. 116878.

Übereinkommen tangierten Kampfführungsoptionen nicht einseitig beschränkt.

- In der europäischen Öffentlichkeit würde die Einlegung eines Vorbehalts zum Brandwaffenprotokoll bzw. dessen Nichtratifizierung Unverständnis und Sorgen hervorrufen. Dem Osten, der – bis auf Polen – das VN-Waffenübereinkommen und seine Protokolle vorbehaltlos ratifiziert hat, würden unnötigerweise neue Argumente gegen die USA an die Hand gegeben.
 - Gerade der Schutz von Zivilpersonen gegen Brandbomben stellt das zentrale humanitäre Ergebnis des VN-Waffenübereinkommens dar. Die Blockfreien waren auf der Waffenkonferenz erst dann dazu zu bewegen, auf die Durchsetzung einer Kombattantenschutzklausel zu verzichten und eine sehr weitgehende Ausnahmeregelung für kombinierte Waffen zu akzeptieren, als die USA sich bereit erklärten, das für den Schutz der Zivilbevölkerung sehr bedeutsame Verbot des Lufteinsatzes innerhalb dichtbesiedelter Gebiete von Flammwaffen auf Brandwaffen generell zu erweitern. Ein Vorbehalt, der auf eine Infragestellung dieses Schutzes der Zivilbevölkerung hinausliefe, würde bei den Blockfreien den Eindruck hervorrufen, nachträglich um das zentrale Konferenzergebnis betrogen worden zu sein.
- 4) Die USA werden daher gebeten, ihre Position zum Brandwaffenprotokoll unter Berücksichtigung der vorgetragenen Erwägungen noch einmal zu überdenken.
- IV. Um Bericht über die amerikanische Reaktion wird gebeten, ggf. mit Hinweisen, ob und auf welcher Ebene auch in der ACDA und im Pentagon demarchiert werden soll.⁷

Pöhlmann⁸

VS-Bd. 11550 (222)

⁷ Gesandter Wallau, Washington, informierte am 26. August 1983 über ein Gespräch am Vortag mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Matheson, der „keine Chance für eine Änderung der gegenwärtigen amerikanischen Haltung sehe“. Matheson habe ausgeführt, daß zum einen die amerikanischen Streitkräfte nicht auf die „Option eines Brandwaffeneinsatzes aus der Luft gegen militärische Ziele auch innerhalb einer Konzentration von Zivilpersonen verzichten“ wollten; zum anderen „sei es nach dem vorliegenden Text in das Ermessen des Piloten gestellt zu entscheiden, ob ein militärisches Ziel innerhalb oder außerhalb einer Konzentration von Zivilpersonen liege. Diese psychologische Belastung der Soldaten sei nicht akzeptabel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3748; VS-Bd. 11550 (222); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 5. Oktober 1983 legte Legationssekretär Luy dar, er habe die Frage am 30. September 1983 vor der Tagung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten in Brüssel erneut mit der amerikanischen Delegation erörtert. Diese habe erklärt: „Für eine Änderung ihrer Position bestehe derzeit keine Aussicht.“ In der Sitzung selbst hätten die USA dann einen Vorschlag der Bündnispartner zu Beratungen der Militärexperten im Rahmen des Militärausschusses der NATO über die Brandwaffen aufgegriffen: „Wenn die militärische Lösung gefunden sei, könne die politische Entscheidung folgen.“ Vgl. VS-Bd. 11550 (222); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Paraphe vom 19. August 1983.

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 17. August 1983, 11.16 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 90 Ortez

Zur zweiten Weltrassismuskonferenz vom 1. bis 12.8.83 in Genf

Zum Abschluß der ersten VN-Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung² fand in Genf vom 1. bis 12.8.83 die zweite Weltrassismuskonferenz statt.

1) Zur Vorgeschichte

Auf der ersten Weltrassismuskonferenz 1978, ebenfalls in Genf³, waren Schlußdokumente verabschiedet worden, die eine indirekte Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus sowie die scharfe Verurteilung Israels wegen Rassendiskriminierung in den besetzten arabischen Gebieten enthielten.⁴ Alle neun Mitgliedstaaten der EG hatten daraufhin, gefolgt von weiteren westlichen Staaten, ihre Mitarbeit eingestellt und an der Endabstimmung nicht mehr teilgenommen. Die USA und Israel waren auf der Konferenz ohnehin nicht vertreten.

Vor allem aufgrund der Bezugnahme auf die Schlußdokumente der ersten Weltrassismuskonferenz⁵ hatten wir auf der 35. VN-GV (1980) der Resolution 35/33, mit der die zweite Weltrassismuskonferenz beschlossen wurde⁶, nicht zustimmen können.

Auf der 37. VN-GV (1982) war es gelungen, die ursprünglich vorgesehene Auf-

¹ Durchdruck.

² Am 2. November 1973 beschloß die VN-Generalversammlung, eine Periode von zehn Jahren, beginnend mit dem 10. Dezember 1973, als Dekade des Kampfes gegen den Rassismus und die Rassendiskriminierung auszurufen, und beauftragte den VN-Wirtschafts- und Sozialrat mit der Koordinierung des Programms für dieses Jahrzehnt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1975, S. 587–596.

³ Die erste Weltrassismuskonferenz fand vom 14. bis 25. August 1978 statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 246.

⁴ In Ziffer 19 der Erklärung der Weltrassismuskonferenz vom 25. August 1978 wurde u. a. ausgeführt: „The conference recalls with deep regret the cruel tragedy which befell the Palestinian people 30 years ago and which they continue to endure today – manifested in their being prevented from exercising their right to self-determination on the soil of their homeland, in the dispersal of hundreds of thousands of Palestinians, the prevention of their return to their homes, and the establishment therein of settlers from abroad, and in the practice of diverse forms of racial discrimination against Palestinians affecting all aspects of their daily lives in a manner which prevents their enjoyment of their elementary human rights on a basis of equality; the Conference [...] voices its hope that the Palestinian people will soon have the opportunity to exercise their inalienable right to self-determination in accordance with the relevant resolutions of the United Nations on the question of Palestine, and proclaims its solidarity with the Palestinian people in their struggle for liberation and against racial discrimination.“ Vgl. Referat 231, Bd. 120966.

⁵ Für die am 25. August 1978 verabschiedete „Declaration and Programme of Action“ der Weltrassismuskonferenz sowie die „Reservations and Declarations Submitted in Relation to the Declaration and Programme of Action“ vgl. Referat 231, Bd. 120966.

⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/33 der VN-Generalversammlung vom 14. November 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 354 f.

nahme des Nahost-Themas in die vorläufige Tagesordnung der zweiten Weltrassismuskonferenz⁷ zu verhindern. Dies trug wesentlich dazu bei, daß sich die westlichen Staaten – mit Ausnahme der USA – zu einer Teilnahme an der Konferenz entschlossen.⁸

2) Die zweite Weltrassismuskonferenz verabschiedete am 12.8.83 wie ihre Vorgängerin eine Deklaration und ein Aktionsprogramm.⁹ Trotz der Bemühungen im Vorfeld und während der Konferenz (insbesondere von Generalsekretär Jonah, Sierra Leone¹⁰) gelang es auch diesmal nicht, diese Schlußdokumente im Konsens zu verabschieden. Ein Konsens scheiterte vor allem daran, daß die afrikanische Gruppe, gedrängt von arabischen Staaten und mit Zustimmung der übrigen Ländergruppen mit Ausnahme der WEOG, eine Nahost-Passage in die Deklaration einführte. Diese enthielt zwar nicht mehr wie 1978 die indirekte Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus, sie enthielt auch nicht die im damaligen Text implizierte Infragestellung des Existenzrechts Israels und war insgesamt weniger scharf formuliert, sie verurteilte jedoch erneut die Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika und bedauerte die „Praktiken der Rasendiskriminierung“ in den besetzten arabischen Gebieten durch Israel. Bei den gesonderten Abstimmungen über die Nahost-Passage stimmten die EG-Staaten mit Ausnahme von GR mit Nein. Bei der Abstimmung über den Gesamttext der Deklaration stimmten die EG-Staaten – mit Ausnahme von GR (Ja) und IRL (Enthaltung) – mit Nein. Die Deklaration wurde mit 101:12:3 Stimmen angenommen. Auch beim Aktionsprogramm kam es zu einer Abstimmung (Annahme mit 101:0:10). Insbesondere das Kapitel über Apartheid enthielt trotz mancher Verbesserungen gegenüber dem Text von 1978 Formulierungen, denen westliche Länder, darunter wir mit den meisten EG-Staaten, nicht zustimmen konnten (z. B. zur Zulässigkeit des „bewaffneten Kampfes“). Über das Kapitel wurde ebenfalls gesondert abgestimmt (92:7:12, Mehrheit der EG-Staaten stimmte mit Nein, DK, NL, IRL, GR Enthaltung).

⁷ Für den Entwurf der Tagesordnung für die zweite Weltrassismuskonferenz, der der Resolution Nr. 37/41 der VN-Generalversammlung vom 3. Dezember 1982 beigelegt war, vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXI, S. 398.

⁸ Zur Teilnahme der Bundesrepublik an der Weltrassismuskonferenz vom 1. bis 12. August 1983 in Genf führte Ministerialdirigentin Finke-Osiander am 28. Juli 1983 aus: „Die Konferenz wird voraussichtlich sehr schwierig werden.“ Ein Fehlschlag wie 1978 sei möglich. Die Bundesrepublik habe sich mit weiteren Staaten darum bemüht, eine Einführung des Nahost-Themas in die Konferenz zu verhindern und so „eine Behandlung der Nahost-Frage unter dem Vorzeichen des Rassismus“ zu vermeiden: „Die Zehn haben in einer abgestimmten Demarchenaktion in ausgewählten Ländern der Dritten Welt für unsere Auffassung geworben [...]. Soweit Reaktionen der angesprochenen Länder vorliegen, waren diese zustimmend. Viele afrikanische Länder haben wie wir ein Interesse daran, über die eigentliche Rassismusproblematik, insbesondere Südafrika/Apartheid, zu sprechen und dieses Thema nicht durch die Nahostproblematik überlagern zu lassen.“ Vgl. Referat 231, Bd. 127937.

⁹ Für die Erklärung vom 12. August 1983 sowie das vierteilige Aktionsprogramm vgl. Referat 231, Bd. 127936.

¹⁰ Der Generalsekretär der Weltrassismuskonferenz, Jonah, erläuterte bei einem Besuch am 14. Januar 1983 im Auswärtigen Amt, „er wolle auf jeden Fall versuchen, eine Wiederholung des konfrontativen Verlaufs der ersten Weltrassismuskonferenz 1978 in Genf zu vermeiden [...]“. Er habe daher die Absicht, die Schlußdokumente der Konferenz soweit wie möglich bereits vor Abschluß der Konferenz zusammenzustellen, um sie möglichst von kontroversen Problemen freizuhalten. Die kontroversen Probleme wolle er lediglich in die „summary records“ aufnehmen“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 231 vom 20. Januar 1983; Referat 231, Bd. 127935.

3) Die Probleme Nahost und Südafrika bildeten somit erwartungsgemäß die schwierigsten Themen der Konferenz. Eine Aussage zum politischen Problem Nahost auf einer Konferenz über Rassismus sowie eine Verurteilung allein Israels neben Südafrika waren für uns und fast alle EG-Staaten nicht annehmbar. Da die Nahost-Passage gegenüber dem Text von 1978 jedoch deutlich entschärft war, konnten wir und die übrigen westlichen Delegationen bis zum Abschluß an der Konferenz teilnehmen. Trotz aller Kompromißbemühungen gingen auch bei den Aussagen zu Südafrika/Apartheid die Auffassungen weit auseinander. Auch deshalb wäre eine Verabschiedung der Schlußdokumente im Konsens kaum möglich gewesen.

Bei beiden Themen war der Westen, insbesondere die EG, gegenüber allen anderen Ländergruppen isoliert.

Die Sowjetunion versuchte, durch massive Obstruktion die Konferenz als Propagandainstrument zu nutzen und den Westen wieder zu einem Auszug zu provozieren. Sie hat bei diesem allzu offensichtlichen Versuch überzogen und zumindest bei den gemäßigten Ländern der Dritten Welt eine eher negative Reaktion hervorgerufen.

Die Zusammenarbeit der EG-Staaten war problemlos und gut. Griechische Präsidenschaft¹¹ hat sich trotz oft abweichender Auffassungen um effektive Koordination bemüht. Unsere Delegation hat sich ebenfalls aktiv für einheitliches Verhalten der EG-Delegationen eingesetzt.

Die Teilnahme der EG-Staaten und anderer westlicher Länder sowie ihre intensive Mitarbeit haben ihren Eindruck auf die Staaten der Dritten Welt nicht verfehlt und eine Mäßigung der Aussagen der Konferenz bewirkt.

Karkow¹²

Referat 012, Bd. 124453

¹¹ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹² Paraphe vom 17. August 1983.

240

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-370.70 USA-1828/83 VS-vertraulich

18. August 1983¹Herrn Staatssekretär²

Betr.: Rüstungskontrollpolitischer Dialog USA–SU;
hier: neue Ansätze

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) In jüngster Zeit mehren sich Anzeichen, daß die beiden Großmächte – neben den zentralen Verhandlungen START und INF – auch in anderen Bereichen der Rüstungskontrolle den Dialog suchen und intensivieren.³ Die wesentlichen Beispiele:

a) Vertrauensbildende Maßnahmen im nuklearstrategischen Bereich

Am 8. und 9. August 1983 fanden in Moskau amerikanisch-sowjetische Gespräche über Verbesserungen der bestehenden Mechanismen zur Krisenbewältigung („Heißer Draht“) statt. Die Initiative ging von amerikanischer Seite aus. Die am 31. März 1983 von Präsident Reagan angekündigten und am 12. April 1983 von VM Weinberger erläuterten Vorschläge⁴, die die bereits bei START und INF eingebrachten VBM-Maßnahmen⁵ ergänzen sollen, sehen im einzelnen vor:

- technische Verbesserung des „Heißen Drahtes“ zwischen Kreml und Weißem Haus⁶ (Ergänzung der Telex-Verbindung durch Faksimile-Übermittlung),

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und den Legationssekretären Bruns und Meister konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 24. August 1983 vorgelegen.

³ Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 11. August 1983: „Die hiesige amerikanische Botschaft glaubt in einer Reihe von Anzeichen einen Trend der sowjetischen Politik entdecken zu können, der auf einen Versuch hinausläuft, nach der puren Konfrontation des Frühjahres zu einem Verhältnis zu den USA zu gelangen, das die USA ostpolitisch wieder engagieren könnte.“ Huber bezeichnete die Indizien als „noch zu schwach, um selbst vorsichtige Schlüsse auf eine Trendwende zu erlauben“; erkennbar seien aber amerikanische Bemühungen, die Beziehungen zur UdSSR zu beleben, „wohl zur Abfederung der Nachrüstung“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3564; Referat 201, Bd. 125676.

⁴ Zu den amerikanischen Vorschlägen zur Verhinderung der versehentlichen Auslösung eines Atomkriegs vgl. Dok. 175, Anm. 17.

⁵ Zu den amerikanischen Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen bei den INF- bzw. START-Verhandlungen vgl. Dok. 34, Anm. 19, und Dok. 96.

Der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, teilte dem Ständigen NATO-Rat am 1. August 1983 mit, daß im amerikanischen Entwurf vom 7. Juli 1983 für ein Abkommen über die Verminderung strategischer Rüstungen zur Verifikation enthalten sei: „Prinzip der ‚cooperative measures‘ einschließlich Ortsinspektionen zur Ergänzung von ‚national technical means‘, Verbot der Behinderung von Verifikationsmaßnahmen, Verbot der Verschlüsselung von Telemetrie-Daten bei Raketenstarts. Auch im Bereich ‚nuklearer VBM‘ seien die USA nun flexibel; man habe es der SU überlassen, die VBM-Materie in einem separaten Abkommen oder im eigentlichen START-Vertrag zu lösen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1472 des Gesandten Böcker, Brüssel (NATO), vom 1. August 1983; VS-Bd. 13396 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Am 20. Juni 1963 vereinbarten die UdSSR und die USA die Einrichtung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 236–238.

- Einrichtung einer direkten Kommunikationslinie zwischen militärischen Dienststellen beider Seiten (Fernschreibverbindung),
- Verbesserung der Verbindungen der Botschaften beider Seiten mit ihren Hauptstädten (Einrichtung von Terminals für Satellitenverbindungen),
- Ausarbeitung einer multilateralen Konvention über Konsultationen der Vertragspartner im Fall besonderer nuklearer Krisensituationen, d.h. bei Gefahr eines Mißbrauchs von Nuklearmaterial durch „terroristische Gruppen“.

Die amerikanische Delegation hat zu allen vier Punkten Erläuterungen gegeben. Die sowjetische Seite hatte sich nach uns von den USA gegebenen Informationen weitgehend rezeptiv verhalten, aber zu Punkt 1 und auch zu Punkt 4 Interesse signalisiert. Es wurde grundsätzliches Einvernehmen erzielt, die VBM-Gespräche fortzusetzen (voraussichtlich Ende September/Anfang Oktober 1983 in Washington).⁷

b) Raketen-Abwehrsysteme

In seiner „Star Wars“-Rede vom 23. März 1983⁸ hatte Präsident Reagan – wenig beachtet – auch amerikanische Bereitschaft zu Gesprächen über die Begrenzung von Raketen-Abwehrsystemen (BMD = Ballistic Missile Defenses) bekundet. Diese vom ABM-Vertrag⁹ innerhalb des SALT-I-Vertragswerks 1972 geregelte Thematik ist durch technologische Entwicklungen auf beiden Seiten (z.B. Laser) in jüngster Zeit erneut aktuell geworden.

In einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 16. Juni 83¹⁰ hatte AM Gromyko seinerseits ein Treffen zwischen amerikanischen und sowjetischen Wissenschaftlern zur Erörterung der möglichen Folgen von BMD-Entwicklungen vorgeschlagen. Das Treffen sollte nach sowjetischen Vorstellungen in Stockholm stattfinden.¹¹

Die USA teilten der SU bereits zwei Tage später mit, daß sie zur Aufnahme von BMD-Gesprächen auf politischer Ebene bereit seien (ein Treffen von Wissenschaftlern wird von USA wegen der Gefahr propagandistischen Mißbrauchs abgelehnt). Nach amerikanischen Vorstellungen sollen die Gespräche im Rahmen

⁷ Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine Verbesserung des „Heißen Drahts“ wurden vom 11. bis 13. Januar 1984 in Washington fortgesetzt.

⁸ Zur Rede des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 81.

⁹ Am 26. Mai 1972 unterzeichneten Präsident Nixon und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag). Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 13–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

¹⁰ Für den Wortlaut des Berichts des sowjetischen Außenministers Gromyko am 16. Juni 1983 vor dem Obersten Sowjet in Moskau („Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion“) vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 349–370.

¹¹ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 29. Juni 1983, der Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. Juni 1983 zu einem amerikanisch-sowjetischen Wissenschaftlertreffen sei „vor dem Hintergrund des ‚Aufrufs an alle Wissenschaftler der Welt‘ zu sehen, der, unterschrieben von der Creme der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, in der Prawda vom 10.4.83 veröffentlicht worden war“. Unter Bezugnahme auf die „Star-Wars“-Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 hätten die Unterzeichner darin ausgeführt, „daß es keine wirksame Verteidigung gegen Nuklearwaffen gebe“ und diese Ansicht von führenden Wissenschaftlern aus 36 Staaten, darunter auch den USA, Großbritannien und Frankreich, geteilt würde: „Der Einsatz der Anti-Raketen-Waffen passe vor allem zur angreifenden Seite, die sich darum bemühe, die Macht des Antwort-Schlages zu verkleinern. Jedoch könne auch er den Antwortschlag nicht völlig verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2867; Referat 220, Bd. 124530.

bestehender bilateraler Verhandlungsgremien, z. B. bei START oder in der durch die SALT-Verträge eingerichteten „Ständigen Beratungskommission“ (= Standing Consultative Commission, SCC) durchgeführt werden.

Eine sowjetische Antwort steht noch aus.¹²

c) In diesem Zusammenhang ist auch eine Aufwertung der sowjetisch-amerikanischen Kontakte im Bereich der NV-Politik von Interesse, auf die Abteilung 4 bereits mehrfach hingewiesen hat. Das Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie bildete zwar bisher schon eine von der Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht berührte Enklave. Neuerdings fällt jedoch eine Intensivierung der Kontakte auf. So trafen sich vom 14. bis 16. Juni 1983 amerikanische und sowjetische Experten in Moskau¹³ zu bilateralen Konsultationen über Fragen der Vorbereitung der nächsten, für 1985 vorgesehenen Überprüfungskonferenz des NVV¹⁴ sowie Aspekte der friedlichen Nutzung der Kernenergie (Fragen der Exportkontrolle im Sinne der Londoner Richtlinien¹⁵, Stärkung des Sicherheitskontrollsystems der IAEA, Projekt einer VN-Konferenz zur friedlichen Kernenergienutzung = PUNE¹⁶, Arbeit des „Committee on the Assurance of Supply“ = CAS¹⁷).

Die nächsten bilateralen „non-proliferation“-Gespräche sollen bereits im November 1983 in Washington aufgenommen werden.

2) Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche sind Teil der derzeitigen vorsichtigen Bemühungen beider Seiten um eine Normalisierung ihrer Beziehungen. Ihre Fortführung und mögliche Intensivierung könnte auch zur Abfederung der INF-Stationierung beitragen.

Nachdem die USA schon bei START in der jüngsten Verhandlungsrunde¹⁸ erhebliche Flexibilität bewiesen haben, lassen die hier dargestellten Entwicklungen ein deutliches amerikanisches Interesse an einer Belebung des Dialogs mit der SU auf rüstungskontrollpolitischem und NV-politischem Gebiet erkennen. Auch wenn es sich dabei angesichts der überragenden Bedeutung der START-

¹² Am 19. Oktober 1983 gab Gesandter Wallau, Washington, die Information weiter: „Bisher habe die Sowjetunion die BMD-Pläne der USA im SCC noch nicht angesprochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4741; Referat 220, Bd. 124530.

¹³ Zu den amerikanisch-sowjetischen Experten-Gesprächen vgl. Dok. 178, Anm. 17.

¹⁴ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

Die erste Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag fand vom 5. bis 30. Mai 1975 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 146.

Es folgte eine weitere Überprüfungskonferenz vom 11. August bis 7. September 1980 am selben Ort.

¹⁵ Für die auf der Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5. November 1975 in London ad referendum angenommenen Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. AAPD 1975, II, Dok. 354.

¹⁶ Am 5. Dezember 1980 beschloß die VN-Generalversammlung „to convene in 1983 the United Nations Conference for the Promotion of International Co-operation in the Peaceful Uses of Nuclear Energy“. Vgl. die Resolution Nr. 35/112; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 198.

¹⁷ Der Ausschuß für Versorgungssicherheit der IAEA konstituierte sich am 29. September 1980 in Wien unter Beteiligung von etwa 40 Mitgliedstaaten der IAEA. Ziel war es, damit „unter Einbeziehung nuklearer Schwellenländer ein Forum zwischen Liefer- und Empfängerländern zu schaffen, in dem gemeinsame Ansätze für eine nukleare Export- und Kooperationspolitik diskutiert und ggf. formuliert“ werden sollten, und dabei auch die Staaten einzubeziehen, die den Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 nicht unterzeichnet hatten. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 6. Januar 1982; Referat 431, Bd. 145778.

¹⁸ Zur vierten Runde der START-Verhandlungen vom 8. Juni bis 2. August 1983 in Genf vgl. Dok. 232.

und INF-Thematik um Nebenschauplätze handelt, ist das amerikanische Bemühen um Beendigung der „rüstungskontrollpolitischen Eiszeit“ und um Verbreiterung des Dialogs mit der SU grundsätzlich positiv zu werten.

Durch die in diesem Rahmen angestrebte Verschärfung der Bedingungen für Nuklearexporte¹⁹ ergeben sich für uns Probleme, die zwischen uns und den USA gesondert behandelt werden müssen.²⁰ Die Fragen der nuklearen Exportpolitik eignen sich nicht dazu, in amerikanischen Bemühungen um Abfederung der INF-Stationierung gegenüber der Sowjetunion eingebracht zu werden.²¹

Referat 413 hat mitgezeichnet.

Hartmann

VS-Bd. 11316 (220)

¹⁹ Im Anschluß an die deutsch-amerikanischen Nuklearkonsultationen unter der Leitung von Staatssekretär Lautenschlager und dem amerikanischen Sonderbotschafter Kennedy am 13. April 1983 wurde von amerikanischer Seite eine Aufzeichnung „Common Supplier Policy on Comprehensive Safeguards“ übergeben. Ministerialdirektor Fischer führte am 1. Juni 1983 dazu aus: „Die Amerikaner beabsichtigen mit der Einführung von ‚comprehensive safeguards‘ das gleiche Ziel zu erreichen, das sie unter dem Wort ‚fullscope safeguards‘ subsumierten: Unterstellung aller nuklearen Aktivitäten eines Landes unter Kontrollen der IAEA, wobei hierunter auch die Verpflichtung fällt, noch zu errichtende Anlagen den Kontrollen der IAEA zu unterwerfen. Die Begründung für die Einführung von ‚comprehensive safeguards‘ lautet: ‚comprehensive application of IAEA safeguards on all their nuclear activities – of non nuclear weapon states – demonstrates a commitment not to use civil activities to assist nuclear explosive development‘.“ Die USA strebten einen Konsens der Lieferländer über ihr Verständnis von „comprehensive safeguards“ an und hätten ihre Aufzeichnung auch an Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande und die EG-Kommission übermittelt. Vgl. Referat 431, Bd. 129511.

²⁰ Ministerialdirektor Fischer legte am 10. August 1983 dar, daß Präsident Reagan in einem Schreiben vom 28. Juli 1983 an Bundeskanzler Kohl „nicht nur die Nachrüstungsfrage“ aufgreife, sondern auch ein baldiges Treffen der Hauptlieferländer von nuklearem Material vorgeschlagen habe: „Gegenstand des Treffens soll der amerikanische Vorschlag sein, bedeutende neue Nuklearexporte in Staaten, die nicht Partei des NV-Vertrages sind, nur noch dann zu genehmigen, wenn die Empfängerländer ihr gesamtes gegenwärtiges und zukünftiges Nuklearprogramm ausschließlich nicht-explosiven Zwecken widmen und von der IAEA kontrollieren lassen (‚comprehensive safeguards‘). [...] Die Annahme von ‚comprehensive safeguards‘ als Exportbedingung würde künftige deutsche Nuklearexporte, jedenfalls in Staaten, die nicht Partei des NV-Vertrages sind (gegenwärtig z. B. Argentinien, Brasilien, Spanien) beeinträchtigen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129511. Für den Wortlaut des Schreibens von Reagan vgl. den Drahterlaß Nr. 420 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel vom 8. August 1983 an die Botschaft in Paris; VS-Bd. 10896 (413); B 150, Aktenkopien 1983.

²¹ Mit Schreiben vom 31. August 1983 an Präsident Reagan legte Bundeskanzler Kohl zum Vorschlag „eines baldigen Treffens von Vertretern der nuklearen Hauptlieferländer, einschließlich der Sowjetunion, zu Fragen der nuklearen Exportpolitik“ dar, „daß in den vergangenen Monaten zwischen den interessierten westlichen Regierungen vielfältige Erörterungen über das Für und Wider der sowjetischen Initiative einer Neubelebung der Londoner Gruppe der nuklearen Hauptlieferländer“ stattgefunden, aber zu keiner gemeinsamen Haltung geführt hätten: „In diesem Stadium der Meinungsbildung unter den westlichen Staaten die Sowjetunion an einem Treffen der nuklearen Hauptlieferländer zu beteiligen, wird dazu führen, daß die Sowjetunion die Gelegenheit zu propagandistischen Manövern nutzt. Dies sollten wir zu vermeiden versuchen.“ Daher sollten die Gespräche zur nuklearen Exportpolitik zunächst bilateral fortgesetzt und durch solche „mit unseren anderen an diesen Fragen interessierten Freunden ergänzt werden“. Zudem müsse vermieden werden, „daß Fragen der zivilen Exportpolitik in die Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluß hineingezogen werden“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1004 des Vortragenden Legationsrats Frick vom 2. September 1983; VS-Bd. 13757 (014); B 150, Aktenkopien 1983.

241

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**213-321.00-1892/83 VS-vertraulich****23. August 1983¹**

Herrn Staatssekretär² mit der Bitte um Genehmigung und Weiterleitung an Chef BK³

Betr.: Schreiben von GS Andropow an den Bundeskanzler vom 12.8.83

Bezug: Bitte des Bundeskanzleramts um Stellungnahme des Auswärtigen Amts zum Schreiben des GS (Schreiben des Bundeskanzleramts an RL 014 vom 15.8.1983 – AZ 21-30 130 S 25 – De 2/13/83 VS-vertraulich⁴)

Anlg.: 1 (nur bei Original)⁵

I. Das Schreiben von GS Andropow an den Bundeskanzler vom 12.8.83 ist im wesentlichen eine Empfangsbestätigung des Schreibens des Bundeskanzlers vom 19. Juli 1983⁶. Der Ton ist verbindlich und freundlich und auch an den Stellen maßvoll, die Vorwürfe an die amerikanische Adresse enthalten. Das Schreiben des GS macht das sowjetische Interesse an der Fortführung der bilateralen Beziehungen mit uns deutlich. Die Bereitschaft zu regelmäßigen Kontakten und zur Fortführung des Meinungsaustauschs mit uns wird dabei besonders hervorgehoben.

Inhaltlich behandelt das Schreiben zwei Themenkreise, Rüstungskontrollfragen und die bilateralen Beziehungen. In der Substanz setzt es zu keinem der angesprochenen Einzelpunkte neue Akzente.

II. Im einzelnen

1) Die Aussagen Andropows zu INF sind wie folgt zu bewerten:

a) In der Substanz enthalten sie gegenüber der sowjetischen Haltung bei den Gesprächen in Moskau⁷ nichts Neues. Der Hinweis auf die Instruktionen für

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot und Vortragendem Legationsrat Vogel konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 23. August 1983 vorgelegen.

² Berndt von Staden.

³ Waldemar Schreckenberger.

⁴ Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg den russischen Text und eine inoffizielle Übersetzung des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 12. August 1983 an Bundeskanzler Kohl und teilte mit: „Der Bundeskanzler bittet um Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen und der Staatssekretäre sowie um baldige Stellungnahme des Auswärtigen Amtes.“ Vgl. VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁶ Mit Schreiben vom 19. Juli 1983 dankte Bundeskanzler Kohl dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, für die Gespräche vom 4. bis 7. Juli 1983 in Moskau „in einer menschlich angenehmen und guten Atmosphäre“ und teilte weiter mit: „Die angestrebte Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes halte ich für besonders wichtig. Ich beabsichtige hierzu, der sowjetischen Regierung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124498.

⁷ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

die nächste Verhandlungsrunde⁸ ist so gefaßt, daß er nicht als Zusage oder auch nur Inaussichtstellung einer sowjetischen Bewegung in den Verhandlungen interpretiert werden kann: Die Bekräftigung des „Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit“ wie auch die Verwendung des Wortes „erneut“ schließen eine solche Interpretation aus.

b) Die Vorwürfe an die Adresse der USA sind in der Sache nicht neu, im Ton maßvoll. Zusammen mit der indirekten Aufforderung an die Bundesregierung, auf die USA einzuwirken, entsprechen diese Äußerungen der bekannten sowjetischen Linie, zwischen Amerikanern und Europäern zu differenzieren und sich so ggfs. Unterschiede nutzbar zu machen.

c) Vor diesem Hintergrund ist der ausdrückliche Hinweis auf die nach wie vor bestehende Möglichkeit einer Vereinbarung nicht als Signal konkreter⁹ sowjetischer Flexibilität zu werten.

d) Drohungen für den Fall des Beginns der Stationierungen¹⁰ fehlen. Der Formel, daß die Zukunft der Ost-West-Beziehungen und der deutsch-sowjetischen Beziehungen „in vielem“ von der Lösung des INF-Problems abhängt, läßt sich entnehmen, daß die SU es nicht zu einer generellen Verschlechterung der Beziehungen kommen lassen möchte. In diesem Sinne ist auch die Bekundung des Interesses an weiteren regelmäßigen Kontakten am Ende des Schreibens zu deuten.

e) Insgesamt enthält das Schreiben zu INF eine in maßvollem Ton gehaltene Bekräftigung schon in Moskau dargelegter sowjetischer Positionen und eine eindeutige Bereitschaft zur Fortsetzung des Dialogs auch im Fall der Stationierung.

2) In den Ausführungen Andropows zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen fällt auf, daß Andropow das sowjetische Interesse an einem weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen in ungewöhnlicher Weise betont, indem er „dem BK darin zustimmt“, daß die gegenseitigen Interessen der beiden Länder „die Notwendigkeit“ eines solchen Ausbaus „diktieren“. Der zweite Satz zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen knüpft erkennbar an die gegenüber dem BK und BM Graf Lambsdorff durch die sowjetischen Gesprächspartner eröffneten Perspektiven einer deutschen Beteiligung an zahlreichen neuen sowjetischen Projekten in den Bereichen der Industrie und der Landwirtschaft¹¹ an, wenngleich konkrete Projekte in diesem Zusammenhang nicht genannt werden.

⁸ Die INF-Verhandlungen in Genf wurden am 6. September 1983 wieder aufgenommen.

⁹ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 184. Am 11. August 1983 vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer, daß „der ursprüngliche Fahrplan [...] durch die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 1983 hinfällig geworden“ sei. Die USA seien derzeit mit der Ausarbeitung eines neuen Zeitplans befaßt, der in der seit dem 21. Juli 1983 bestehenden technischen Arbeitsgruppe koordiniert werde: „Auf diese Weise wird sichergestellt, daß keine Raketenteile für die PII vor dem 15. November 1983 in der Bundesrepublik Deutschland eintreffen werden.“ Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Zu den Gesprächen des Bundesministers Graf Lambsdorff vom 24. bis 28. Juni 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 202, Anm. 30.

Es wird hiernach deutlich, daß Andropow bemüht war, unsere eigenen Vorstellungen für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen in den Vordergrund zu schieben und das sowjetische Interesse dahinter zurücktreten zu lassen. Dahinter könnte der Wunsch stehen, uns als den Hauptnutznießer darzustellen – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Raketendiskussion.

3) Die Äußerung Andropows zu den drei schwebenden Vereinbarungen mit der SU (wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Rechtshilfe, kultureller Austausch¹²) enthält keine neuen Elemente, geht insbesondere nicht über das hinaus, was Tichonow dem Bundeskanzler beim Moskau-Besuch sagte.

Zusammen gelesen mit dem (dem Bundeskanzleramt vorliegenden) Bericht der Botschaft Moskau über ihre Demarche in Sachen der drei schwebenden Vereinbarungen¹³ bestätigt Andropows Äußerung unseren Eindruck, daß die SU zur Zeit sich Fortschritte der Zusammenarbeit in den drei Bereichen nur unter voller Wahrung ihres berlinpolitischen Standpunktes vorstellt.

4) Der Satz in Andropows Brief zum Thema „Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes“ knüpft an die Ausführungen des Bundeskanzlers zu diesem Thema in seinem Schreiben an den GS vom 19.7.83 an.

Die vom Bundeskanzler hierzu in Aussicht gestellten Vorschläge könnten sich auf eine bilaterale oder auf eine multilaterale Zusammenarbeit mit der SU richten.

Besondere Probleme wirft die Anbahnung einer bilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf, die unseren Anliegen gerecht wird. Diese Probleme haben ihre Wurzel darin, daß auf unserer Seite das Umweltbundesamt in Berlin die für die Durchführung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zuständige Behörde wäre. Eine Zusammenarbeit gerade mit dieser Bundesinstitution lehnt die SU jedoch ab, da sie nach ihrer Auffassung rechtswidrig in Berlin errichtet wurde.¹⁴ Eine befriedigende Lösung der Frage der Einbeziehung des Umweltbundesamts bzw. seiner Mitarbeiter in eine deutsch-sowjetische bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes ist

¹² Zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 199, Anm. 9.

¹³ Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 17. August 1983 über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Ussytschenko, vom Vortag. Es hätten sich „1) [...] keinerlei Anzeichen dafür ergeben, daß auf sowjetischer Seite neue Überlegungen zu der Frage angestellt worden sind, wie eine effektive Einbeziehung von Berlin (West) in die seit langem schwebenden drei Vorhaben – wissenschaftlich-technisches Abkommen, Zwei-Jahres-Kulturprogramm und Rechtshilfe in Zivilsachen – erreicht werden kann. 2) Die sowjetische Haltung zu den von uns früher entwickelten Lösungsmöglichkeiten ist unverändert ablehnend.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3667; Referat 213, Bd. 133262.

¹⁴ Am 19. Juni 1974 stimmte der Bundestag der Errichtung des Umweltbundesamts als selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Sitz in Berlin (West) zu. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 22. Juli 1974 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 1505 f. Die DDR und die UdSSR betrachteten dies als Verstoß gegen das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971. Vgl. dazu die Erklärungen des Außenministeriums der UdSSR bzw. der DDR vom 20. Juli 1974; EUROPA-ARCHIV 1974, D 580–582. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 227 und 230.

indessen für uns ebenso unverzichtbar, wie für die sowjetische Seite angesichts ihrer erwähnten Auffassung schwierig.

Zwar wäre eine pragmatische bilaterale Zusammenarbeit in einzelnen Sachfragen des Umweltschutzes mit der SU nicht undenkbar. Sie würde aber unter bewußter Inkaufnahme einer möglichen Diskriminierung des Umweltbundesamts begonnen werden müssen.

Angesichts dieser Sachlage würde es sich anbieten, zunächst zu versuchen, eine multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes in die Wege zu leiten. Multilateral könnte eine Konferenz über die Ursachen des Waldsterbens und Methoden zur Luftreinhaltung für die Vertragsparteien der ECE-Luftreinhaltekonvention von 1979¹⁵ vorgeschlagen werden. Sie wäre mit der Dringlichkeit des Problems und der Notwendigkeit, die Arbeiten im Rahmen der Genfer ECE-Konvention über Luftreinhaltung zu beschleunigen, zu rechtfertigen. (Die nächste Tagung des Exekutivorgans der Konvention ist erst für 25. bis 28. September 1984 vorgesehen.) Eine solche Initiative wäre im Sinne

- der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975, in der es im Kap. 5 „Umwelt“ heißt: „werden die Teilnehmerstaaten jede geeignete Gelegenheit zur Zusammenarbeit im Umweltbereich wahrnehmen, insbesondere ... Bekämpfung der Luftverschmutzung.“¹⁶
- und des Entwurfs des Abschlußdokuments des Madrider KSZE-Folgetreffens 1983, Ziff. 13, in der die Fortsetzung der Bemühungen, z.B. bei der Luftreinhaltekonvention, empfohlen wird.¹⁷

Eine Formel für eine deutsche Einladung zu einer solchen Konferenz wird im AA in Anknüpfung an einen bereits im Frühjahr 1983 vom BM des Auswärtigen gemachten Vorschlag¹⁸ und im BKA z.Z. bearbeitet. Sie ist mit dem voraussichtlich mit der Federführung zu beauftragenden BMI und den zu beteiligenden weiteren Ressorts noch nicht behandelt worden. Besonders wichtig wäre die vorherige Abstimmung mit der EG und den EG-MS (und wohl auch mit dem ECE-GS¹⁹), ehe ein Vorschlag der östlichen Seite unterbreitet wird.

Das Problem der Teilnahme von Experten des Umweltbundesamtes würde sich im Verlauf einer solchen Konferenz ebenfalls stellen. Es könnte bei vorherrschendem Interesse der Beteiligten an der Abhaltung der Konferenz jedoch durch schriftlichen Routine-Protest mit Zurückweisung durch die Alliierten und uns relativ unauffällig behandelt werden, wie dies im UNEP²⁰- und ECE-Rahmen ständige Praxis ist.²¹

¹⁵ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 374–382.

¹⁶ Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 938.

¹⁷ Für Ziffer 13 des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ des Schlußdokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid in der am 13. Juli 1983 von der Interministeriellen Arbeitsgruppe KSZE übermittelten Fassung vgl. Referat 212, Bd. 133439.

¹⁸ Zu den Überlegungen des Bundesministers Genscher hinsichtlich einer internationalen Konferenz über das Waldsterben vgl. Dok. 30, Anm. 27.

¹⁹ Klaus A. Sahlgren.

²⁰ United Nations Environment Programme.

²¹ Mit Schreiben vom 9. Juni 1983 an den Vorsitzenden der ersten Sitzung des Exekutivorgans des

Eine multilaterale Zusammenarbeit würde eine künftige bilaterale deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes nicht ausschließen. Um eventuell auch zu einer solchen zu kommen, dürfte es sich angesichts der o.g. Probleme wegen des Umweltbundesamts empfehlen, zunächst weiter auszuloten, ob und inwieweit sowjetische Kompromißbereitschaft in der Berlin-Frage bei den anderen wegen dieses Problems noch blockierten Vereinbarungsvorhaben besteht, weil dort die gleiche Problematik der vollen Einbeziehung von Bundesinstitutionen in Berlin dem Abschluß von Vereinbarungen bisher im Wege gestanden hat. Ein etwaiges positives Ergebnis dabei könnte positive Wirkung auch auf das Problem des Umweltbundesamts haben. Die wiederholten sowjetischen Hinweise auf das Vier-Mächte-Abkommen²² – auch im Schreiben Andropows – geben insoweit jedoch eher Anlaß zu Pessimismus als zu Optimismus.

5) Zur Frage der Ausreisen Deutscher aus der SU ist das Schreiben Andropows auf der bisherigen Linie in der Sache völlig negativ.

III. Zum weiteren Procédere

Das Schreiben von GS Andropow verlangt von der Sache her keine Antwort. In den kommenden Wochen könnte es jedoch als Ausgangspunkt für eine Botschaft verwendet werden, die der Bundeskanzler aus der im Herbst bestehenden politischen Situation heraus an GS Andropow richtet.²³

IV. Zum Problem der Drittstaatenwaffen ist dem BM am 22.8.83 getrennt Entwurf für ein Schreiben an AM Gromyko vorgelegt worden.²⁴

Fortsetzung Fußnote von Seite 1230

Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, Sokolowskij, wies der stellvertretende Leiter der sowjetischen Delegation, Ornatskij, darauf hin, daß sich in der Delegation der Bundesrepublik ein Mitarbeiter des Umweltbundesamts in Berlin befinde. Die UdSSR werte dies als Versuch des Mißbrauchs der ECE für eine Legalisierung der widerrechtlichen Errichtung staatlicher Behörden in Berlin (West) durch die Bundesregierung. Für das Schreiben vgl. Referat 415, Bd. 132185.

Botschafter Arnold, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 10. Juni 1983 mit, die französische Delegation habe den „Protest als amtierende Schutzmacht mit Schreiben vom 9.6.“ zurückgewiesen; die Delegation aus der Bundesrepublik habe sich dieser Zurückweisung angeschlossen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1160; Referat 415, Bd. 132185.

²² Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

²³ Bundeskanzler Kohl antwortete dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, mit Schreiben vom 4. Oktober bzw. vom 28. Oktober 1983. Vgl. dazu Dok. 248, Anm. 36, und Dok. 319.

²⁴ Für den von Botschafter Ruth vorgelegten Entwurf vgl. Referat 220, Bd. 124523.

Mit Drahterlaß Nr. 5316 vom 24. August 1983 übermittelte Vortragender Legationsrat Jansen der Botschaft in Moskau das Schreiben des Bundesministers Genscher an den sowjetischen Außenminister. Genscher erinnerte Gromyko daran, „daß die sowjetische Regierung noch im Sommer 1980 bei unseren Gesprächen in Moskau festgestellt hat, daß sie die britischen und französischen Systeme als strategische Systeme betrachtet, die nicht in den Zusammenhang der Genfer Verhandlungen über sowjetische und amerikanische Mittelstreckenwaffen gehören“. Die Bundesrepublik habe zudem „auf die Herstellung und Verfügungsgewalt über Kernwaffen verzichtet. Sie tat dies in der Gewißheit, daß an der Stelle des Nuklearbesitzes für uns der Schutz durch die Nuklearmacht der Vereinigten Staaten steht. [...] Die Anrechnung britischer und französischer Systeme bei den INF-Verhandlungen, wie sie in Genf von der Sowjetunion gefordert wird, würde angesichts der vorhandenen sowjetischen Potentiale die Sicherheitslage in Europa drastisch zu unseren Ungunsten verändern.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

V. Referat 414 hat telefonisch zugestimmt; Referat 220 hat mitgewirkt. D 2 A²⁵ hat telefonisch zu II 1 a)–e) zugestimmt.²⁶

gez. Pfeffer

VS-Bd. 13381 (213)

242

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.25

23. August 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Sowjetischer Vertragsentwurf über das „Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum und aus dem Weltraum gegen die Erde“⁴

Bezug: BM-Vorlage 220-371.25 vom 19.8.1983⁵

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) Im Anschluß an die Ankündigung eines einseitigen Stationierungsmoratoriums für Anti-Satelliten-Waffen im Weltraum durch GS Andropow vom 18.8.1983⁶ hat die SU am 21.8.1983 einen Vertragsentwurf zur Rüstungskontrolle

²⁵ Friedrich Ruth.

²⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann sowie den Legationssekretären Bruns und Meister konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 21. August 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „6) ist entscheidend. Die USA müssen ihre Berührungsangst überkommen.“ Vgl. Anm. 17.

³ Hat Bundesminister Genscher am 4. September 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 5. September 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 5. September 1983 vorgelegen.

⁴ Der sowjetische Außenminister Gromyko übermittelte dem VN-Generalsekretär mit Schreiben vom 19. August 1983 den Entwurf eines Vertrags über das Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum und aus dem Weltraum gegen die Erde und forderte Pérez de Cuéllar dazu auf, das Thema auf die Tagesordnung der am 20. September 1983 beginnenden 38. VN-Generalversammlung zu setzen. Für den Wortlaut vgl. den Artikel „Predotvratit' militarizaciju kosmosa“; PRAVDA vom 22. August 1983, S. 4. Für den englischen Wortlaut vgl. Referat 220, Bd. 124513.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron legte den Entwurf einer Sprachregelung zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 18. August 1983 für ein einseitiges Stationierungsmoratorium für Anti-Satellitenwaffen im Weltraum vor. Vgl. Referat 220, Bd. 124513.

⁶ Am 19. August 1983 berichtete Gesandter Huber, Moskau, über ein Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit Senatoren der amerikanischen Demokratischen Partei am Vortag: „Er versuchte deutlich, die Demokratische Partei gegen die Administration auszuspielen, indem er von ihr verfolgte Anliegen (Weltraumabrüstung, Freeze) besonders ansprach.“ Weiter teilte Huber mit: „Mit der Verkündung einer neuen ‚einseitigen‘ Verpflichtung, nämlich, daß die SU nicht als erste irgendeinen Typ von Anti-Satelliten-Waffen im Weltraum stationieren werde, versucht die SU, dem Besuch einen besonderen Höhepunkt zu geben. Nach bewährtem Muster hat die

im Weltraum veröffentlicht. AM Gromyko hat in einem Schreiben an den VN-Generalsekretär⁷ gebeten, den Entwurf auf die Tagesordnung der 38. GV zu setzen. Damit legt die SU zum zweiten Mal einen Vertragsentwurf zu diesem Thema vor, nachdem AM Gromyko schon im August 1981 einen Vertragsentwurf zum „Verbot der Stationierung aller Arten von Waffen im Weltraum“ in die 36. GV eingeführt hatte.⁸

2) Inhalt des neuen Entwurfs ist die Verpflichtung der Vertragsstaaten:

- jegliche weltraumgestützte Waffen zur Vernichtung von Objekten auf der Erde, im Luftraum und im Weltraum weder zu erproben noch durch Beförderung in eine Erdumlaufbahn, Stationierung auf Himmelskörpern oder Stationierung in irgendeiner anderen Weise zu entfalten;
- Weltraumobjekte, die sich in einer Erdumlaufbahn oder auf Himmelskörpern befinden oder in irgendeiner anderen Weise im Weltraum stationiert sind, nicht als Mittel zur Vernichtung von Zielen auf der Erde, in der Luft oder im Weltraum zu verwenden;
- Weltraumobjekte anderer Staaten nicht zu vernichten, zu beschädigen, deren normales Funktionieren zu stören oder deren Flugbahn zu verändern;
- neue Satelliten-Abwehrsysteme (ASAT) weder zu erproben noch zu entwickeln und ihre bereits vorhandenen derartigen Systeme zu beseitigen;
- jegliche bemannten Raumschiffe zu militärischen Zwecken, darunter zur Satelliten-Abwehr, weder zu erproben noch zu verwenden.

Mit diesem Vertrag will die SU einen Beitrag dazu leisten, daß die „Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper ausschließlich zu friedlichen Zwecken erfolgt“.

3) Vergleich mit Entwurf von 1981

Der neue Vertragsentwurf geht über den Vorschlag von 1981 insofern hinaus, als er ausdrücklich die Entwicklung und Erprobung neuer ASAT-Systeme verbietet und auch die Beseitigung bestehender Systeme vorschreibt, während 1981 von der SU nur allgemein die Einhaltung internationaler Normen bei der Nutzung des Weltraums und ein Verbot der „Behinderung“ von Weltraumobjekten anderer Nationen gefordert wurde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1232

SU damit einen Bereich gewählt, in dem sie selbst sich als zurückliegend einschätzt und ein für sie fühlbares Opfer, wie etwa den Verzicht auf vom Boden aus startenden Anti-Satelliten-Waffen, bei denen sie seit Jahren Tests durchführt, gezielt vermieden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3699; Referat 220, Bd. 124498.

Zu dem Gespräch vgl. auch den Bericht der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS; EUROPA-ARCHIV 1983, D 509–511 (Auszug).

⁷ Javier Pérez de Cuéllar.

⁸ Am 12. August 1981 informierte Botschafter Ruth über ein Schreiben des sowjetischen Außenministers vom 10. August 1981, mit dem Gromyko VN-Generalsekretär Waldheim den Entwurf eines Vertrags zum Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum übermittelt und dazu aufgefordert habe, das Thema auf die Tagesordnung der VN-Generalversammlung vom 15. September bis 18. Dezember 1981 zu setzen: „Hintergrund dieser Initiative ist vermutlich auch die seit dem amerikanischen ‚space shuttle‘ verstärkte Sorge, trotz eigener Erfolge auf diesem Gebiet (Erprobung von Killer-Satelliten) in einem Rüstungswettlauf mit den Amerikanern in diesem hochtechnisierten Bereich letztlich nicht bestehen zu können.“ Vgl. Referat 220, Bd. 123113.

Für das Schreiben und den Vertragsentwurf vgl. <http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=A/36/192>.

Der neue Entwurf gibt ferner eine etwas genauere Definition des Begriffs „weltraumgestützte Waffen“. (Im Entwurf von 1981 war nur sehr allgemein von „allen Arten von Waffen im Weltraum“ die Rede, was erlaubt hätte, die für die Sicherheit des Westens äußerst wichtigen Aufklärungs-, Führungs- und Kommunikationssatelliten als Waffe zu behandeln und damit unter das vorgesehene Verbot zu stellen.)

4) Erste Bewertung des neuen Vertragsentwurfs

Der neue sowjetische Vertragsentwurf ist zwar im Vergleich zu dem primär propagandistische Ziele verfolgenden Entwurf von 1981 wesentlich konkreter und detaillierter, bleibt aber in zwei zentralen Aspekten vage. Diese betreffen die Frage, ob die SU zur Vernichtung ihrer eigenen vorhandenen Raketenabwehrsysteme bereit ist, und das Problem der Verifikation.

a) Bei den sowjetischen ASAT – der einzigen derzeit einsatzfähigen Anti-Satelliten-Waffe in der Welt – handelt es sich um ein bodengestütztes, nicht um ein weltraumgestütztes System. (Ein „Killer-Satellit“ wird mit einer SS-9-Rakete in eine Erdumlaufbahn gebracht, an das Ziel genähert und zur Explosion gebracht.) Auch das geplante, voraussichtlich 1985/86 einsatzbereite amerikanische Anti-Satelliten-System (eine von einem hochfliegenden F-15-Flugzeug abgefeuerte, das Ziel direkt ansteuernde Rakete) ist erdgestützt. Das im sowjetischen Vertragsentwurf besonders erwähnte Verbot der Erprobung und Entwicklung neuer Satelliten-Abwehrsysteme sowie der vorgesehene Abbau der bereits vorhandenen Systeme würde sich seinem Wortlaut nach auf alle, nicht nur auf weltraumgestützte ASAT beziehen. Da der Vertragsentwurf im übrigen aber auf weltraumgestützte Waffen und Aktivitäten abstellt, läßt sich nicht ausschließen, daß nur weltraumgestützte, nicht aber erdgestützte ASAT gemeint sind. Für eine solche restriktive Interpretation würde die bereits am 18.8.1983 erfolgte Bekanntgabe eines einseitigen Stationierungsmoratoriums für Anti-Satelliten-Systeme durch GS Andropow sprechen, die sich lediglich auf weltraumgestützte Systeme bezieht. Die USA haben daher in einer ersten Sprachregelung den sowjetischen Vertragsentwurf restriktiv interpretiert und es als unklar bezeichnet, ob sich das Erprobungsverbot und die vorgesehene Vernichtung auch auf erdgestützte ASAT beziehen.

AM Gromyko hat andererseits in seinem Schreiben an den VN-Generalsekretär zu dieser Frage ausgeführt, die SU trete „für eine radikale Lösung der Frage der Satellitenabwehrsysteme ein: den vollständigen Verzicht der Staaten auf die Entwicklung neuer Satelliten-Abwehrsysteme sowie die Beseitigung ihrer bereits vorhandenen Systeme“. Diese Formulierung legt eine extensive Interpretation nahe, wenn auch in diesem Schreiben die sowjetische Bereitschaft zur Beseitigung der bereits vorhandenen eigenen ASAT nicht zum Ausdruck kommt. Auch in den bisherigen sowjetischen Kommentaren wurde auf dieses propagandistisch wirkungsvolle Argument verzichtet.

Wenn die SU tatsächlich auch erdgestützte ASAT einbeziehen will und damit zur Opferung ihres eigenen ASAT-Potentials bereit ist, wäre dies ein angesichts ihres bisherigen Vorgehens im Bereich der Rüstungskontrolle ungewöhnlich weitgehender Schritt. Er ließe sich nur damit erklären, daß es ihr vor allem darum geht, eine Entwicklung des amerikanischen ASAT-Systems zur Einsatzfähigkeit zu verhindern, weil sie damit rechnet, ihren derzeitigen Vorsprung

nicht aufrechterhalten zu können. Ein wichtiger US-ASAT-Test steht kurz bevor.⁹

b) Die entscheidende Schwäche des sowjetischen Entwurfs ist, daß die SU zu der äußerst schwierigen Frage, wie die Einhaltung der vorgeschlagenen Verbote überwacht werden soll, nicht näher Stellung nimmt und die Verifikation allein auf nationale technische Mittel beschränken will. Eine Beseitigung von erdgestützten ASAT wäre auf diese Weise jedoch nicht überprüfbar. Weitere Verifikationsprobleme ergeben sich daraus, daß auch verschiedene nicht spezifisch als ASAT konstruierte Systeme, wie z. B. ABM-Raketen, ASAT-Fähigkeiten besitzen. Bei der Abhängigkeit der westlichen Sicherheit von einer relativ kleinen Anzahl von Aufklärungs-, Führungs- und Kommunikationssatelliten ist eine lückenlose Überprüfung der Einhaltung eines ASAT-Verbots jedoch unabdingbar.¹⁰ Die hier bestehenden, zum Teil noch ungelösten Probleme bedürfen gründlicher Klärung.

c) Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs sind politisch weniger von Interesse:

- Das geforderte Verbot einer Weltraumstationierung von Waffen „zur Vernichtung von Objekten auf der Erde, im Luftraum und im Weltraum“ bzw. das Verbot eines Mißbrauchs von „Weltraumobjekten“ ist lediglich eine zukunftsbezogene Forderung (z. B. im Hinblick auf mögliche weltraumgestützte Laser-Systeme, deren Realisierung jedoch noch in weiter Ferne liegt).
- Die im Vertragstext ebenfalls enthaltene Verpflichtung bezüglich der Unversehrtheit von Weltraumobjekten anderer Staaten ist ein bloßer Verweis auf geltendes Völkerrecht. Das in der VN-Charta verankerte Gewaltverbot¹¹ ist bereits in Artikel III des Weltraumvertrages vom 27.1.1967¹² in Bezug genommen. Daraus ergibt sich, daß ein Satellit auf Umlaufbahn im Weltraum gegenüber Eingriffen anderer Staaten einen Schutz genießt, der dem eines Schiffes auf hoher See verglichen werden kann.
- Das im Vertragstext vorgesehene Verbot der Erprobung oder Verwendung von „jeglichen bemannten Raumschiffen zu militärischen Zwecken“ macht erneut das definitorische Problem des Begriffs „Weltraumwaffe“ – wesentlicher Mangel des Entwurfs von 1981 – sichtbar.

⁹ In der amerikanischen Presse wurde berichtet, daß ein erster Test des amerikanischen Anti-Satelliten-Systems wahrscheinlich vor Ende August 1983 stattfinden solle. Vgl. dazu den Artikel „Weapon Against Satellites Ready [F]or Test“; THE NEW YORK TIMES vom 23. August 1983, S. C1 f. Der Test fand erst am 21. Januar 1984 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 26. Januar 1984; AAPD 1984.

¹⁰ Gesandter Wallau, Washington, teilte am 22. August 1983 mit, daß das amerikanische Außenministerium „auf schwierige Problematik bei Verifikation eventueller Zerstörung existierender sowjetischer ASAT-Systeme“ hinweise: „Angesichts der geringen Zahl westlicher Satelliten im Weltraum würden schon relativ wenige, verborgen gehaltene ASAT-Systeme ausreichen, vitale westliche Nachrichtenverbindungen und Aufklärungssysteme im Krisenfall zu zerstören.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3678; Referat 220, Bd. 124513.

¹¹ Vgl. dazu Artikel 2 Ziffer 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 436 f.

¹² Für den Wortlaut von Artikel III des Abkommens vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1971–1973.

Mit der wohl bewußt unklar gehaltenen Formulierung zielt die SU unmittelbar auf das amerikanische Space-Shuttle-Programm. Eine solche Vertragsbestimmung wäre deshalb für die USA unannehmbar.

5) Offensichtlich ist die SU gegenwärtig vor allem an der propagandistischen Wirkung ihres Vorschlags interessiert. Dafür spricht schon, daß sie nicht den bilateralen Kontakt mit den USA gesucht und beispielsweise die Wiederaufnahme der 1978/79 geführten ASAT-Verhandlungen¹³ vorgeschlagen, sondern den Entwurf in die VN eingeführt hat. Sie kann hierbei auch erwarten, daß ihre Initiative als ein positives Gegenstück zur „Star Wars“-Rede von Präsident Reagan¹⁴ gewertet wird.

6) Die sowjetische Initiative wird die bisherige Haltung der USA im Genfer Abrüstungsausschuß (CD), wo eine Arbeitsgruppe zur Thematik „Rüstungskontrolle im Weltraum“ angestrebt wird¹⁵, erschweren. Die USA haben sich in dieser Frage bisher restriktiv gezeigt.¹⁶ Es erscheint erforderlich, die amerikanische Seite bilateral und im Bündnisrahmen auf die Notwendigkeit einer flexibleren Haltung im CD hinzuweisen.¹⁷

Citron

Referat 220, Bd. 124513

¹³ Die USA und die UdSSR führten vom 8. bis 16. Juni 1978 in Helsinki, vom 23. Januar bis 16. Februar 1979 in Bern und vom 23. April bis 20. Juni 1979 in Wien Gespräche über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 112.

¹⁴ Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. Dok. 81.

¹⁵ Der Abrüstungsausschuß (CD) in Genf nahm am 16. Juni 1983 informelle Gespräche über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Abrüstung im Weltraum“ auf und setzte eine Kontaktgruppe zur Ausarbeitung eines Mandats ein. Aus der ersten Sitzung der Kontaktgruppe berichtete Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), am 24. Juni 1983: „Die G 21, die östl[ichen] Staaten und China verlangten ein klares Verhandlungsmandat mit dem Ziel, Abkommen auszuarbeiten, die zu einer Demilitarisierung des Weltraums führen würden.“ Die Gruppe der westlichen Staaten träten für ein Mandat ein, wonach lediglich „die bisherigen Vertragsinstrumente auf ihre Relevanz bzw. auf ihre ‚loopholes‘ untersucht“ werden sollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1261; Referat 220, Bd. 124513.

¹⁶ Am 4. August 1983 informierte Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), über „neue Mandatsentwürfe der G 21 und der sozialistischen Staaten“ vom Vortag, die an einen Entwurf der Gruppe der westlichen Staaten anknüpften, „ohne allerdings damit den äußerst starken und wohl auch unüberbrückbaren Bedenken der amerik[anischen] Delegation auch nur annähernd entgegenzukommen“. Der Leiter der amerikanischen Delegation, Fields, habe in einer Sitzung der westlichen Gruppe am Vortag in „einer scharfen, aber auch von einer gewissen Resignation in die Einsichtsfähigkeit der westlichen Gruppe gekennzeichneten Erklärung“ die Frage gestellt, „ob es denn immer noch nicht einsichtig sei, aus welchen auch die Sicherheitsaspekte der Allianz betreffenden Gründen die USA unter keinen Umständen zu Weltraumfragen Verhandlungen führen wollten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1521; Referat 220, Bd. 124513.

Botschafter Ruth bat die Botschaft in Washington am 19. August 1983, im amerikanischen Außenministerium darauf hinzuweisen, daß „ein sehr nachteiliger Eindruck entstehen“ würde, wenn die „restriktive amerikanische Haltung in Mandatsfrage an die Öffentlichkeit dringen und zu dem Eindruck führen würde, daß sich USA gegen jede ernsthafte Behandlung des Themas Rüstungskontrolle im Weltraum in dem dafür zuständigen Gremium (CD) sperren“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 994; VS-Bd. 11335 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁷ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 2.

243

**Vortragender Legationsrat Jansen
an Botschafter Hermes, Washington**

010-21601/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 954

23. August 1983¹
Aufgabe: 24. August 1983, 11.06 Uhr

Für Botschafter oder Vertreter²

Betr.: Schreiben Vizepräsident Bush an BM vom 11.8.83

VP Bush hat am 11.8.1983 das in Anlage 2 folgende Schreiben auf besonderem Wege³ an BM gerichtet.

Sie werden gebeten, das in Anlage 1 folgende Antwortschreiben BMs VP Bush unmittelbar zuzuleiten.

Höflichkeitsübersetzung folgt gesondert.

Jansen

Folgt Anlage 1

„Seiner Exzellenz dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn George Bush, Washington, D.C.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident,

für Ihren Brief vom 11.8.1983, in dem Sie mich über Ihre bevorstehende Reise nach Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Österreich⁴ unterrichten, danke ich Ihnen sehr. Ich halte Ihren Besuch in diesen Ländern gerade zu dem vorgesehenen Zeitpunkt für außerordentlich wichtig. Gerne gehe ich auf Ihren Wunsch ein, Ihnen meine Einsichten mitzuteilen. Mir scheint, wir müssen immer wieder deutlich machen – und dafür sind Besuche in Ländern des Warschauer Pakts besonders geeignet –, daß nicht die Frage der westlichen Nachrüstung der Schlüssel zu guten oder schlechten West-Ost-Beziehungen ist. Es ist wichtig, östlichen Gesprächspartnern und auch der europäischen Öffentlichkeit zu zeigen, daß wir einerseits unsere Sicherheit gewährleisten müssen, was wir auch in dem emotionalisierten INF-Bereich vorzugsweise durch konkrete Ergebnisse in den Genfer Verhandlungen anstreben, gleichzeitig aber wünschen, die Politik des Dialogs und der Kooperation mit den Staaten des Warschauer Pakts auf breiter Basis fortzuführen. Diese Botschaft wird gerade in Bukarest und

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger konzipiert und am 24. August 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „n[ach] R[ückkehr]“ geleitet.

Hat Ploetz am 30. August 1983 vorgelegen.

² Theodor Wallau.

³ Die Wörter „auf besonderem Wege“ wurden von Vortragendem Legationsrat Jansen handschriftlich eingefügt.

⁴ Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte vom 16. bis 18. September 1983 Jugoslawien und am 18./19. September 1983 Rumänien. Vom 19. bis 22. September 1983 hielt er sich – unterbrochen durch einen Aufenthalt in Wien am 21. September 1983 – zu Gesprächen in Ungarn auf.

Budapest gern aufgenommen werden. Die Politik Rumäniens und Ungarns ist darauf gerichtet, die Verbindungen – und zwar nicht nur die wirtschaftlichen – zum Westen zu erhalten und nicht erneut durch größere Abhängigkeit von Moskau gewisse Freiräume zu verlieren. Es lohnt sich nach meiner Ansicht, einfließen zu lassen, daß die SU mit der SS-20-Aufrüstung einen entscheidenden Fehler begangen hat, da sie militärisch nichts gewonnen und ihre politischen Ziele (Abkoppelung der Westeuropäer von den USA, Einschüchterung der Allianzpartner) nicht erreicht, sondern die Mehrzahl ihrer Nachbarn von Europa bis zum Fernen Osten gegen sich aufgebracht und deren Solidarisierung bewirkt hat. Diese Feststellung wird von den Osteuropäern in der Regel mit Stillschweigen quittiert.

Sie werden sicher aufmerksame Zuhörer finden, wenn Sie das vom Westen gemeinsam verfolgte Verhandlungsprogramm von KSZE/KAE über MBFR und START zu INF erläutern und klarstellen, daß die USA, unterstützt von ihren Verbündeten, in Genf mit großem Ernst und mit dem entschiedenen Willen, zu einem Ergebnis zu gelangen, verhandeln. Von besonderer Bedeutung ist eine eingehende Begründung unseres Standpunkts, daß die Anrechnung der britischen und französischen Systeme bei INF nicht in Betracht kommt und daß es an der Sowjetunion liegt, durch Aufgabe dieser Forderung, die sie erst nach 1982 erhoben hat, die Verhandlungen zu deblockieren. Es ist gewiß auch nicht überflüssig, immer wieder die Entschlossenheit des Westens zu betonen, ab Ende 1983 zu dislozieren, falls die Dislozierung nicht rechtzeitig durch ein entsprechendes Verhandlungsergebnis überflüssig gemacht wird. Ich habe in meinen Gesprächen dargelegt, daß der Westen daran festhält, daß der beiderseitige Verzicht auf landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen das für alle Beteiligten beste Ergebnis wäre. Falls die SU zu einem solchen Ergebnis jedoch noch nicht bereit sein sollte, wären wir auch bereit, ein ausgewogenes Zwischenergebnis zu vereinbaren, bei dem wir den Umfang der geplanten Dislozierung auf das mit der sowjetischen Seite vereinbarte Niveau reduzieren würden.

Nützlich ist sicher auch der Hinweis, daß der Westen sich nicht vom Verhandlungstisch entfernen wird, auch nicht nach Beginn einer möglichen Stationierung, und daß eine Verwirklichung der sowjetischen Drohung, zusätzlich sowjetische Nuklear-Systeme in den osteuropäischen Ländern zu dislozieren, ein bedauerlicher Schritt wäre – auch angesichts der bereits bestehenden sowjetischen Überlegenheit –, der uns aber von den gefaßten Beschlüssen nicht abbringen könnte. Sie werden von Ceauşescu hören, daß er auf rumänischem Boden nicht stationieren lassen wird.⁵ AM Mojsow hat mir vertraulich gesagt, auch die Ungarn lehnten eine Stationierung auf ihrem Boden ab.⁶

⁵ In einem Vier-Augen-Gespräch mit Bundesminister Genscher legte der rumänische Außenminister Andrei am 31. Mai 1983 in Snagov dar, „Rumänien habe sich geweigert, Gegenmaßnahmen im Falle der Stationierung der neuen amerikanischen Raketen mitzumachen. Man halte dies nicht für richtig in bezug auf die Verhandlungen. Auf Frage von BM nach dem Verhalten anderer WP-Staaten fügte Andrei hinzu, Rumänien habe als einziger WP-Staat diese Haltung eingenommen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 25. Juli 1983 auf der Fahrt von Bischofsgrün nach Coburg führte der jugoslawische Außenminister Mojsow zur „Frage der Aufstellung sowjetischer Raketen in den kleineren WP-Ländern“ aus, „Kádár habe sich gegen die Stationierung solcher Waffensysteme auf ungarischem Hoheitsgebiet ausgesprochen. Generell hätten die Satellitenstaaten

Ich weise immer wieder darauf hin, daß wir in der Special Consultative Group die amerikanischen Positionen mit erarbeiten und sie deshalb in voller Kenntnis mittragen. Ein entsprechender Hinweis von Ihnen würde Ihren Gesprächspartnern vor Augen führen, daß die westliche Einigkeit auch auf diesen vertrauensvollen Beratungen beruht, während sie selbst solche Beratungen in ihrem System entbehren müssen.

Es empfiehlt sich wohl auch zu betonen, daß der sowjetisch-amerikanische Dialog in jüngster Zeit wieder sehr dicht geworden ist und daß Sie mit Begegnungen zwischen Secretary Shultz und Außenminister Gromyko am Rande der KSZE-Folgekonferenz von Madrid und bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York rechnen.⁷ Ich erlaube mir die Anregung, daß Sie auch die Bereitschaft Ihres Präsidenten, nach entsprechender Vorbereitung mit GS Andropow zusammenzutreffen⁸, erwähnen.

Zur Polenkrise habe ich bei der Erläuterung der westlichen Haltung festgestellt, daß weder die Führung in Bukarest noch die in Budapest Verständnis für die menschenrechtliche Seite hat, wohl allerdings für die nationale Komponente im Verhältnis zur SU. Die nationale Komponente spielt besonders bei den von der rumänischen Führung beharrlich vertretenen Prinzipien der Nichteinmischung, der nationalen Gleichberechtigung und der Souveränität eine Rolle; hier trifft sich die rumänische mit der westlichen Linie.

Zu den Ländern, die Sie besuchen werden, möchte ich im einzelnen noch folgende Bemerkungen machen:

Rumänien

Bei meinen Gesprächen mit Ceauşescu und Andrei am 9. und 10. August in Neptun an der Schwarzmeerküste, über die wir das State Department genau informiert haben, nahmen die INF-Verhandlungen den breitesten Raum ein. Ich habe die oben beschriebenen Grundpositionen vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung, insbesondere der langjährigen amerikanischen Zurückhaltung und der Verantwortung der SU für die jetzige Situation des Ungleichgewichts ausführlich dargelegt und auf dieser Grundlage auch die Vorstellungen Ceauşescus zurückgewiesen, die auf einen zeitlichen Aufschub der Nachrüstung und einen räumlichen Stationierungsverzicht, der die Bundesrepublik Deutschland, die DDR, die ČSSR und „angrenzenden baltischen Gebiete der SU“ umfassen soll, gerichtet sind.⁹ Den Text eines Schreibens an AM Andrei

Fortsetzung Fußnote von Seite 1238

der Sowjetunion jedoch keine Möglichkeiten, auf sowjetische Entscheidungen Einfluß zu nehmen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 8. September 1983 in Madrid mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 262, Anm. 11.

Seine Teilnahme an der am 20. September 1983 beginnenden VN-Generalversammlung sagte Gromyko ab. Vgl. dazu Dok. 273, Anm. 8.

⁸ Am 28. Juli 1983 unterrichtete Präsident Reagan Bundeskanzler Kohl über seine Einschätzung der sowjetischen Haltung in den Verhandlungen zu Themen der Rüstungskontrolle und teilte mit: „And should progress in these and other areas provide prospects for real achievement through a personal meeting with the Soviet leaders, I will be prepared to take such a step.“ Vgl. das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel mit Drahterlaß Nr. 420 vom 8. August 1983 an die Botschaft in Paris übermittelte Schreiben; VS-Bd. 10896 (413); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 11. August 1983 in Rumänien auf und führte Gespräche mit Präsident Ceauşescu und dem rumänischen Außenminister Andrei in Neptun. Zum rumänischen Vorschlag, „auf neue Stationierungen von Mittelstreckenwaffen in Europa zu verzich-

vom 12.8.1983, in dem ich unseren Standpunkt in der INF-Frage noch einmal bekräftigte, füge ich bei.

Bei der Erörterung der internationalen Lage ging Ceaușescu auf die Lage in Schwarzafrika ein, das er kurz zuvor bereist hatte.¹⁰ Er beurteilt die von der schlechten Wirtschaftslage in Afrika ausgehenden Gefährdungen für die politische Stabilität insgesamt zutreffend. Allerdings sieht er im Tschad keine Einmischung Libyens.¹¹ Ich habe dem mit Nachdruck widersprochen und betont, Gaddafi müsse sich im Tschad zurückhalten. Da Rumänien mit Libyen nach Ceaușescus eigenen Worten sehr gute Beziehungen unterhält, möchte ich Ihnen empfehlen, die amerikanische Haltung zu dieser Frage bei Ihrem Gespräch ebenfalls vorzutragen. Im Nahen Osten scheint Rumänien nach wie vor um eine Vermittlerrolle bemüht zu sein.

Nach meiner Ansicht kann man den Rumänen gegenüber durchaus mit großer Offenheit die Grundsätze der westlichen Politik gerade auch im Verhältnis zur SU vertreten. Der rumänische Einfluß auf die SU ist zwar begrenzt, doch steht fest, daß Rumänien innerhalb des Warschauer Pakts Vorschläge wenigstens zur Sprache bringt, die sonst nicht einmal diskutiert würden. Es scheint Rumänien zuweilen sogar zu gelingen, Entscheidungen innerhalb des Warschauer Pakts zu blockieren.

Zum Problem der Familienzusammenführung, bei dem unsere beiden Regierungen so erfolgreich zusammengearbeitet haben¹², konnte ich feststellen, daß die rumänische Seite sich an die vor zwei Monaten mit uns getroffene Regelung¹³ hält; andererseits mußte ich energisch darauf drängen, eine seit einiger Zeit verstärkt zu beobachtende illegale Praxis, von Ausreisewilligen Gelder zu erpressen, abzustellen.¹⁴ Meiner Ansicht nach bleibt zu befürchten, daß in Ru-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1239

ten und eine anfänglich aus der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der ČSSR bestehende Nichtstationierungszone zu schaffen, die später – auch auf westliche Gebiete der SU – ausgedehnt werden könne“, erklärte Genscher, eine solche Zone wäre für die Bundesrepublik militärisch „ohne jede Bedeutung, da die SS-20 mit ihrer Reichweite von 4500 km uns trotzdem erreichen könne“. Vgl. den Runderlaß Nr. 5191 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann vom 17. August 1983; VS-Bd. 11356 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Erörtert wurden neben Fragen der Abrüstung die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, internationale Wirtschaftsfragen, humanitäre Fragen und die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 91 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 19. August 1983; Referat 012, Bd. 124453.

¹⁰ Präsident Ceaușescu besuchte vom 12. bis 14. Juli 1983 Äthiopien, vom 14. bis 18. Juli Simbabwe und vom 18. bis 20. Juli Mosambik. Im Anschluß an Gespräche in Sambia vom 20. bis 22. Juli hielt er sich am 22./23. Juli 1983 in Somalia auf.

¹¹ Zu den Auseinandersetzungen im Tschad vgl. Dok. 236, besonders Anm. 32.

¹² Vgl. dazu die Bemühungen auch der amerikanischen Regierung, die rumänische Regierung zur Aufhebung des Dekrets vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung der Ausbildungskosten durch Ausreisewillige zu bewegen; Dok. 163, Anm. 37.

¹³ Zur deutsch-rumänischen Vereinbarung vom 21. Mai 1983 vgl. Dok. 154, Anm. 5.

¹⁴ Im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 9. August 1983 in Neptun sprach Bundesminister Genscher „auch die Frage der Schmiergeldpraktiken“ an und wies Andrei auf Personen hin, „die die getroffenen Vereinbarungen über Familienzusammenführung unterminierten. Sie erschienen bei Ausreisewilligen, um ihnen zu sagen, ihr Antrag sei nur aussichtsreich, wenn sie eine bestimmte Summe bis zur Höhe über DM 30 000 zahlten. [...] Dieses Problem scheine eine größere Bedeutung im Banat als in Siebenbürgen zu haben. Er glaube, es sei im Interesse guter bilateraler Beziehungen, wenn die rumänischen Behörden unverzüglich diese Machenschaften unterbinden könnten.“ Genscher übergab dazu eine Liste mit vier Personen, die Zahlungsforderungen

mänien die Behandlung humanitärer Fragen und der Menschenrechte auch in Zukunft immer wieder Anlaß zur Sorge geben wird. Wir dürfen deshalb in unseren Bemühungen um eine verbesserte Durchsetzung der Menschenrechte in Rumänien nicht nachlassen.

¹⁵Ungarn

Ich habe bei meinen Gesprächen im November 1982 mit Kádár, Ministerpräsident Lázár und dem damaligen Außenminister Puja¹⁶ erneut den Eindruck gewonnen, daß Ungarn, trotz seiner Einbindung in den Warschauer Pakt, aus seinem historischen Eigenverständnis und aus den Gegebenheiten seiner Wirtschaftslage heraus ein aufrichtiges Interesse daran hat, eine Politik der Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern zu erhalten und über gegenwärtige Schwierigkeiten hinweg auszubauen. Es liegt im Interesse des Westens, diese Haltung Ungarns zu stützen und zu nutzen. Sie werden jedenfalls auf sehr aufgeschlossene Gesprächspartner stoßen. Die geäußerten ungarischen Reaktionen zur Außenpolitik werden allerdings kaum von der sowjetischen Linie abweichen.

Jugoslawien

Ihr Besuch in Jugoslawien wird wesentlich dazu beitragen, die Bereitschaft des Westens zur weiteren Zusammenarbeit mit diesem exponierten Land zu signalisieren. Dies ist in der augenblicklichen schwierigen Wirtschaftslage Jugoslawiens besonders wichtig. Von dem für Anfang September d.J. vorgesehenen Staatsbesuch von Bundespräsident Carstens in Jugoslawien¹⁷ versprechen wir uns eine ähnliche, über den bilateralen Bereich hinausreichende Wirkung.

Wir müssen alles tun, um die politische und wirtschaftliche Stabilität Jugoslawiens zu sichern, damit das Land auch in Zukunft in der Lage ist, seine unabhängige und auf wirkliche Blockfreiheit gerichtete Politik im europäischen wie im weltweiten Raum fortzusetzen. Dies war auch das Motiv für die gemeinsame wirtschaftliche Stützungsaktion vom Januar 1983.¹⁸

Mein Treffen mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov im Juli¹⁹ hat mich in meiner Einschätzung der jugoslawischen Politik und der Rolle des Landes für die Stabilität Europas bestärkt. Ich war beeindruckt durch die realistische Sicht Mojsovs bei der Beurteilung der internationalen Politik, einschließlich der Problematik der Genfer Mittelstreckenverhandlungen.

Österreich

Anfang August bin ich zum ersten Mal mit dem neuen österreichischen Außenminister zusammengetroffen und habe auch mit ihm ausgiebig die West-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1240

erhoben hatten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Keil, z. Z. Constanza, vom 9. August 1983; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁵ Beginn des mit Drahterlaß Nr. 955 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Bundesminister Genscher hielt sich am 26./27. November 1982 in Ungarn auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 322.

¹⁷ Bundespräsident Carstens besuchte Jugoslawien 5. bis 8. September 1983. Vgl. dazu Dok. 255.

¹⁸ Zu der am 19. Januar 1983 vereinbarten Stützungsaktion für Jugoslawien vgl. Dok. 3, Anm. 49.

¹⁹ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov am 25. Juli 1983 in Bischofsgrün vgl. Dok. 221 und Dok. 222.

Ost-Beziehungen erörtert.²⁰ Das Gespräch hat mir den Eindruck vermittelt, daß die Außenpolitik des befreundeten Österreich nach dem Regierungswechsel²¹ vom Prinzip der Kontinuität bestimmt ist. Österreich widmet der Pflege der traditionellen Verbindungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten besondere Aufmerksamkeit. Es bemüht sich, diese historisch gewachsene Brückenfunktion zwischen West und Ost in den Dienst des Abbaus von Spannungen in den West-Ost-Beziehungen zu stellen, wobei es stets den westlichen Wertvorstellungen verpflichtet bleibt. Es würde die österreichische Führung ermutigen, diese nützliche Politik fortzusetzen, wenn Sie ein Wort der Anerkennung und Würdigung fänden.

Ich hoffe, daß Ihnen diese Hinweise nützlich sind, und wünsche Ihnen für Ihre Reise viel Erfolg.²²

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Dietrich Genscher

Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland“

Folgt Text Brief BM an AM Andrei vom 12.8.1983:

„Sehr geehrter Herr Minister, lieber Kollege Andrei, nach meiner Rückkehr nach Bonn lassen Sie mich Ihnen auch auf diesem Wege noch einmal für die großzügige Gastfreundschaft danken, die Sie mir während meines Besuches in Ihrem Land haben zuteil werden lassen. Ich bitte Sie, den Ausdruck meines Dankes auch Herrn Staatspräsident Ceauşescu zu übermitteln.

Aus meiner Sicht waren die Gespräche in Neptun außerordentlich nützlich, sowohl für die Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen wie auch angesichts der aktuellen internationalen Lage. Besonders wichtig erschien mir unser Meinungsaustausch über die Genfer Mittelstreckenverhandlungen. Ich möchte hier noch einmal hervorheben, daß die Zeit bis zum 15. November 1983 unbedingt genutzt werden muß, um in Genf ein konkretes Verhandlungsergebnis zu erzielen. Das wird nur möglich sein, wenn die SU sich endlich bereit erklärt, die von ihr selbst früher nicht im INF-Zusammenhang gesehenen britischen und französischen Systeme bei den Genfer Verhandlungen unberücksichtigt zu lassen. Da diese Frage die Verhandlungen blockiert, müssen sich jetzt alle Anstrengungen darauf konzentrieren, dieses Hindernis zu beseitigen. Die Annahme, daß eine Verschiebung des Stationierungszeitraums nützlich wäre, müßte in die Irre führen. Ich halte mich für verpflichtet, noch einmal festzustellen, daß nach vierjährigen Verhandlungsbemühungen des Westens eine zeitliche Verschiebung nicht in Frage kommen kann. Das heißt: Sollte es nicht zu einer Einigung kommen, werden nach dem 15.11.1983 die amerikanischen Mittelstreckenraketen, wie vorgesehen, aufgestellt werden.

²⁰ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Lanc auf Schloß Kleßheim vgl. Dok. 230.

²¹ Zum Regierungswechsel in Österreich nach den Wahlen zum Parlament vom 24. April 1983 vgl. Dok. 230, Anm. 6.

²² Der amerikanische Vizepräsident Bush dankte Bundesminister Genscher am 6. September 1983 für seine Hinweise. Vgl. das Schreiben; VS-Bd. 13413 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

Ich bin trotz der schwierigen internationalen Lage zuversichtlich, daß es uns gelingen kann, in gemeinsamer Anstrengung aller Beteiligten, der großen Aufgabe der Sicherung des Friedens, des Abbaus der Spannungen und der Zusammenarbeit gerecht zu werden. Hierzu können unsere beiden Länder durch beharrliche Bemühungen beitragen.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Dietrich Genscher“

Folgt Anlage 2

„Dear Mr. Minister,

As you may be aware, I am planning a trip to Eastern Europe in September of this year. Although the trip has not been publicly announced, I now plan to visit Hungary and Romania. I will also be visiting Yugoslavia and Austria. I am aware that you travel frequently to Eastern Europe and that you have very recently been to Romania. I would be very grateful for any insights that you might care to pass along to me, with particular regard to my visits to Budapest and Bucharest. I would be particularly grateful if you could address the question of how best to emphasize our concerns regarding the Soviet Union when dealing with the leaders of Romania and Hungary.

With warm regards
George Bush“

VS-Bd. 14118 (010)

244

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-19595/83 geheim

Fernschreiben Nr. 3775

Citissime

Aufgabe: 29. August 1983, 15.50 Uhr¹

Ankunft: 29. August 1983, 21.58 Uhr

Bitte sofort Bundesminister bei Dienstbeginn vorlegen

Betr.: INF

hier: Gespräch Ruth/Burt am 29.8.1983²

Zum Auftakt meiner zweitägigen Konsultationen hatte ich ein Vier-Augen-Gespräch mit Richard Burt, das mir den Eindruck vermittelte, daß die ameri-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 5. September 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 6. September 1983 vorgelegen.

² Botschafter Ruth hielt sich am 29./30. August 1983 in den USA auf. Ein weiteres Thema seiner Gespräche war das amerikanische „build-down“-Konzept. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3807 von Ruth, z. Z. Washington, vom 30. August 1983; VS-Bd. 11523 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Ruth erläuterte außerdem das Strategiepapier der Bundesregierung zur KAE und argumentierte

kanische Regierung sowohl in der Frage der politischen Aktivität zum Beginn der nächsten Verhandlungsrunde³ als auch in der Frage der Substanz Überlegungen anstellt, die unseren Wünschen sehr entgegenkommen. Im einzelnen teilte mir Burt mit der Bitte um besonders vertrauliche Behandlung folgendes mit:

I. Stand der amerikanischen Überlegungen zur Substanz bei INF

1) Folgende drei Elemente wurden geprüft und liegen dem Präsidenten⁴ zur Entscheidung vor:

- a) Behandlung der Flugzeuge,
- b) Frage der Verbindung von global-regionalen Obergrenzen,
- c) Behandlung der Pershing II.

2) Zu diesen Punkten erwartet Burt folgende Entscheidungen:

a) Behandlung von Flugzeugen: Hier seien die Widerstände im Pentagon gegen eine Festlegung zu diesem Zeitpunkt so groß, daß mit einer Änderung der bisherigen amerikanischen Position nicht zu rechnen sei.

b) Global-regionale Obergrenzen: Burt rechnet damit, daß diese Frage positiv entschieden wird, d.h., daß die amerikanische Regierung bereit ist, regionale subceilings bei fortbestehenden globalen Obergrenzen zu akzeptieren.

c) Behandlung der Pershing II: Die amerikanische Regierung habe auf hoher Ebene entschieden, einen völligen Verzicht auf Pershing II nicht ins Auge zu fassen. Damit wolle die amerikanische Regierung auch deutlich machen, daß alle Spekulationen über amerikanische Vorschläge, die einen Verzicht auf Pershing II enthalten, gegenstandslos seien. Dem Präsidenten liege ein Vorschlag vor im Hinblick auf die Pershing-II-Zusagen, daß im Fall künftiger Reduzierungen der Anteil der Pershing II am reduzierten Umfang der westlichen LRINF nicht größer sein würde als der Anteil, den die Pershing II an der Dislozierungsentscheidung von 1979⁵ habe, d.h. nicht mehr als etwa 20 Prozent des Gesamtumfangs.

3) Zum Verfahren der Einführung der neuen Elemente in der amerikanischen Position gibt es nach Burt zwei Schulen:

a) Botschafter Nitze plädierte dafür, die Vorschläge zu regionalen subceilings und Pershing II schon am Anfang der neuen Runde konkret auf den Tisch zu legen;

b) diesem Gedanken stehe der andere Vorschlag gegenüber, die Einführung in zwei Stufen vorzunehmen:

- 1. Stufe: generelle Bereitschaft, über die beiden Fragen am Verhandlungstisch zu sprechen;
- 2. Stufe: Konkretisierung dieser Bereitschaft um Mitte Oktober und dann auch Vorlage eines mit Zahlen versehen Vorschlags.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1243

für eine neue Initiative bei den MBFR-Verhandlungen in Wien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3808 von Ruth, z. Z. Washington, vom 30. August 1983; VS-Bd. 11316 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Die INF-Verhandlungen wurde am 6. September 1983 in Genf wieder aufgenommen.

⁴ Ronald W. Reagan.

⁵ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 10.

Burt ist der Meinung, daß die zweite Version die bessere Chance habe, schließlich akzeptiert zu werden.

4) Burt geht davon aus, daß der Präsident über die genannten Fragen und über das zu wählende Verfahren noch in dieser Woche entscheiden werde.

Außenminister Shultz habe bei der Vorbereitung dieser Positionen und insbesondere in der Vorbereitung der Entscheidung des Präsidenten eine zentrale Rolle gespielt.

II. Orchestrierung der politischen Aktivitäten zum Beginn der neuen Runde

1) Burt teilte mit, daß man in der Vorbereitung der Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem Beginn der nächsten Runde weit fortgeschritten sei. Folgende Schritte seien vorgesehen:

a) Dem Präsidenten sei vorgeschlagen worden, nach Entscheidung über die Optionen an die Regierungschefs der NATO-Staaten, zumindestens aber an die Regierungschefs der Stationierungsländer, zu schreiben und den Inhalt seiner Entscheidung mitzuteilen. Dies werde vor der nächsten Sitzung der SCG am 2. September geschehen.

b) Sitzung der SCG am 2. September.⁶

c) Besuch Nitzes in Bonn am 4./5. September.⁷

d) Gespräch Shultz/Gromyko am Rande des KSZE-Treffens in Madrid⁸, bei dem von amerikanischer Seite die neuen Überlegungen erläutert werden sollen. Treffen Shultz mit Bundesminister.⁹

e) Behandlung des weiteren Vorgehens am 12.9. bei der nächsten Sitzung der SCG in London.¹⁰

2) Ich habe Burt darauf hingewiesen, daß wir seit längerem eine Stellungnahme des Präsidenten zur Eröffnung der neuen Runde angeregt haben. Burt sagte zu, diesen Vorschlag in den Überlegungen zur Orchestrierung aufzunehmen.

3) Burt teilte ferner mit, daß hier die Möglichkeit eines Besuchs von Außenminister Shultz in Bonn im Zusammenhang mit einer weitergehenden Reise geprüft werde. Die wichtigste Frage, die hierzu noch zu prüfen sei, sei die des Zeitpunkts. Ins Auge gefaßt sei der Monat Oktober.

4) Burt nahm dankbar zu Kenntnis, daß wir mit der Vorbereitung der SCG am 6./7. Oktober in Bonn¹¹ begonnen haben. Diese Sitzung könne für die Präsentation der westlichen Position von besonderer Bedeutung sein.

⁶ Die Special Consultative Group (SCG) der NATO trat erst am 3. September 1983 in Brüssel zusammen. Vgl. Dok. 250.

⁷ Der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, hielt sich am 4./5. September 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 251 und Dok. 252.

⁸ Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 8. September 1983 in Madrid mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 262, Anm. 11.

⁹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 8. September 1983 in Madrid vgl. Dok. 258, Anm. 4.

¹⁰ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 12. September 1983 in London vgl. Dok. 251, Anm. 6.

¹¹ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 7. Oktober 1983 vgl. den Runderlaß Nr. 6527/6528 des Botschafters Ruth vom selben Tag; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

III. Bewertung

1) Nach dem Gespräch mit Burt bin ich davon überzeugt, daß die amerikanische Regierung die Bedeutung der nächsten Runde und der politisch wirksamen Vorbereitung des Verhandlungswiederbeginns klar erkennt und entschlossen ist, dazu einen positiven Beitrag zu leisten.

2) Die substantiellen Überlegungen der Amerikaner entsprechen unseren eigenen Vorstellungen, insbesondere was den regionalen subceiling angeht. Dies geht im wesentlichen auf unsere Vorschläge in der SCG¹² zurück.

3) Die amerikanischen Vorstellungen zur Behandlung der Pershing II scheinen mir angemessen und nützlich zu sein, weil sie deutlich machen, daß die Pershing II von Reduzierungen nicht ausgenommen sein wird.¹³

4) Die amerikanischen Intentionen zur Aktivierung der bilateralen und multilateralen Abstimmung sind zu begrüßen.

5) Wir hatten uns gewünscht, daß die Frage der Flugzeuge schon jetzt positiv in dem Sinne entschieden wird, daß sich die Amerikaner zu einer parallelen Verhandlung bei INF bereit erklären. Diese Möglichkeit ist für die Zukunft nicht auszuschließen. Wir werden in dieser Frage mit den Amerikanern in Verbindung bleiben müssen. In diesem Zusammenhang wurde mir hier gesagt, daß sich die Briten kritisch¹⁴ zur Frage der Einbeziehung von Flugzeugen geäußert hätten und daß dies es den Befürwortern der von uns vertretenen Linie erschwert habe, auch in dieser Frage eine positive Entscheidung durchzusetzen. Im übrigen gehe die Ablehnung einer Einbeziehung der Flugzeuge in die INF-Verhandlungen derzeit vor allem vom Pentagon aus.

Im Lichte der positiv zu wertenden Vorbereitung der Amerikaner auf den Beginn der Verhandlungsrunde schlage ich vor, daß auch wir eine Erklärung der Bundesregierung zum Wiederbeginn der Verhandlungen veröffentlichen. Es ist zu prüfen, ob dies nicht auch den übrigen Stationierungsländern nahegelegt werden sollte.¹⁵

[gez.] Ruth

VS-Bd. 12054 (201)

¹² Vgl. dazu auch die Ausführungen des Botschafters Ruth in der Sitzung der Stationierungsländer für amerikanische Mittelstreckensysteme mit den USA („Quint“) am 20. Mai 1983 in Brüssel; Dok. 157.

¹³ Der Passus „der Pershing II ... ausgenommen sein wird“ wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „u[nd] Waffennix erhalten bleibt“.

¹⁴ Die Wörter „Briten kritisch“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zu Recht, bei uns sind eben alle dual capable!“

¹⁵ Bundesminister Genscher regte im Gespräch mit den Außenministern Andreotti (Italien), Cheyson (Frankreich) und Howe (Großbritannien) am 30. August 1983 in Brüssel entsprechende Erklärungen der britischen und italienischen sowie der Bundesregierung an. Vgl. dazu Dok. 247.

245

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

30. August 1983¹Betr.: Israel-Reise BKs²

1) 29.8.1983

a) 15.10 h Telefonat BM mit BK:

BK ist mit BMs Vorschlag einverstanden, daß dieser am späteren Nachmittag mit AM Shamir telefoniert.

b) 16.45 h Telefonat BM–Botschafter Hansen:

Hansen unterrichtet BM über Lage in Jerusalem und seine Beurteilung.³ Er plädiert für Durchführung des Besuchs.

c) 17.00 h Telefonat BM–AM Shamir:

BM fragt nach israelischer Absicht in bezug auf BK-Besuch, insbesondere, ob Zeitpunkt geeignet ist, wenn PM zurücktritt. BM verweist auf unsere Sorge, daß Besuch von innenpolitischer Lage überschattet werden könnte, und erwähnt als Anlaß des Anrufs den Wunsch, festzustellen, ob es im beiderseitigen Interesse läge, diesen – wenn nicht historischen – so doch sehr wichtigen Besuch zu verschieben.

Shamir: Israelische Seite wolle das Beste tun, um Besuch zu einem großen Erfolg zu machen; sie würde Verständnis dafür haben, wenn wir Besuch unter gegebenen Umständen nicht jetzt durchführen wollten, bitte dann aber um rechtzeitige Unterrichtung. Die innenpolitische Lage bezeichnet Shamir als unklar. Begin werde seine Entscheidung am 29.8. abends oder am 30.8. vormittags

¹ Hat den Vortragenden Legationsräten Jansen und Horstmann am 31. August bzw. 5. September 1983 vorgelegen.

² Am 13. Juli 1983 teilte das Presse- und Informationsamt mit, daß Bundeskanzler Kohl auf Einladung des Ministerpräsidenten Begin vom 31. August bis 4. September 1983 Israel besuchen werde. Vgl. dazu BULLETIN 1983, S. 720.

Nachdem Ministerpräsident Begin in einem Koalitionsgespräch am 28. August 1983 die Absicht geäußert hatte, von seinem Amt zurückzutreten, vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler, am 29. August 1983, Botschafter Hansen, Tel Aviv, habe um 11.15 Uhr telefonisch mitgeteilt, daß eine endgültige Entscheidung zwar noch nicht gefallen sei: „Herr Hansen geht jedoch davon aus, zumindestens nach allen verfügbaren Informationen von heute morgen, daß der Beschluß Begins von niemandem mehr rückgängig gemacht werden könne. Als Nachfolger stehe vor allem Shamir im Gespräch.“ Die israelische Regierung habe jedoch den Wunsch geäußert, „daß der Bundeskanzlerbesuch ungeachtet des Rücktritts Begins stattfinden möge. [...] Herr Hansen geht davon aus, daß Begin den Besuch auch als Caretaker voll wahrnimmt. [...] Eine neue Lage würde entstehen, wenn der neue designierte Premierminister anstelle Begins den Besuch wahrnehmen würde.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135750.

³ Ministerialdirektor Gorenfloß notierte am 29. August 1983: „Der israelische Gesandte Eylon teilte mir soeben (16.00 Uhr) telefonisch im Auftrag seiner Regierung offiziell mit: Die israelische Seite halte an dem Besuch fest und erwarte, daß er, ungeachtet der innenpolitischen Vorgänge in Israel, wie geplant durchgeführt werde.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135750.

bekanntgeben. Falls es zu Neuwahlen komme, werde dies Monate dauern. Auch eine Regierungsneubildung ohne Neuwahlen könne lange dauern.

BM: Er werde später mit BK, der ihn um Anruf bei Shamir gebeten habe, telefonieren und dann erneut Shamir anrufen, entweder am Abend oder am Dienstag früh⁴.

d) 17.55 h BM unterrichtet beide StSe⁵ über sein Gespräch mit Shamir:

BM hat das Gefühl, daß BK reisen sollte, teilt aber Sorge der Direktorenrunde, daß Begin sich nicht an seine Pflichten als Gastgeber hält (z.B. Empfang am Flughafen). Ein Empfang durch Shamir als designiertem Nachfolger Begins, den StS v. St. für möglich hält, würde BM nicht stören, wohl aber Empfang durch sonstigen stellvertretenden PM. StS L. plädiert für Reise, solange Israels nicht massiv abraten. BM schränkt ein: Es sei denn, der Wahlkampf sei schon im Gange.

e) 19.35 h Anruf Fiedler bei mir:

Ben-Ari habe Teltschik angerufen, Jerusalem hoffe auf Besuch, werde aber Verständnis für Verschiebung haben.

f) Später Anruf Botschafter Hansen bei mir:

Es gebe Spekulationen, daß Begin Entscheidung bis zum Sonntag⁶ hinauszögern wolle. – Besuch könne nicht als Einmischung in den Wahlkampf angesehen werden. Israelische Gesprächspartner, besonders aus der Koalition, gingen von Durchführung des Besuchs aus, zumal er von uns so stark aufgebaut worden sei.

h) 19.50 h Anruf BM bei mir:

Er wolle am Dienstag um 8.00 h mit Shamir telefonieren. – Aus Telefongespräch mit BK teilt BM mit, daß Reise bei Rücktritt Begins verschoben werde, andernfalls stattdfinde.

2) 30.8.1983

a) 8.10 h Telefonat BM mit Shamir:

Shamir ist zu seinem Bedauern nicht in der Lage, etwas über die Entscheidung Begins zu sagen, sie solle um 11.00 oder 12.00 h fallen.

BM verweist darauf, daß er um 8.30 h mit BK sprechen werde und bittet Shamir um seinen Rat als Freund.

Shamir bezeichnet Lage als sehr unklar: Wenn der Kanzler sich entscheidet zu reisen, wird er mit allen Ehren empfangen werden, und israelische Seite wird ihr Möglichstes tun, das Programm voll durchzuführen, das man noch einmal mit Begin durchgegangen sei. Aber vielleicht werde der Besuch nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die einem solchen wichtigen, fast historisch zu nennenden Besuch zukomme. Es könne sein, daß Begin zurücktritt: Dann werde eine sehr außergewöhnliche Situation entstehen. Wenn die deutsche Seite – in Betracht dieser Lage – entscheidet, den Kanzlerbesuch zu verschieben, werde

⁴ 30. August 1983.

⁵ Hans Werner Lautenschlager und Berndt von Staden.

⁶ 4. September 1983.

das von der Regierung verstanden, und auch die Öffentlichkeit werde Verständnis dafür haben. Aber die Entscheidung sei unsere Sache. Shamir bedauert, nicht mehr sagen zu können.

BM fragt Shamir zu Agenturmeldungen und seinen Nachfolgechancen. Shamir will sich dazu nicht äußern. BM kündigt an, Shamir nach seinem Gespräch mit BK erneut anzurufen.

b) 8.30 h Telefonat BM mit BK:

Zunächst unterrichtete ich BK über Wortlaut der Äußerungen Shamirs. BM bewertet sie gefühlsmäßig dahin, daß ein kleines Übergewicht für Verschiebung besteht. BM und BK vereinbaren, daß Abflug der Journalisten zunächst auf 15.00 h verschoben wird und daß bei Rücktritt Begins der Besuch gemeinsam mit der israelischen Seite verschoben werden soll. Botschafter Hansen soll Lage intensiv beobachten und berichten.

c) Anschl. mein Telefonat mit Hansen zur Unterrichtung:

(Hansen ruft um 10.00 h Teltschik an, um Zwischenbericht zu geben.)

d) 11.00 h Anruf Hansen bei mir:

Im Präsidialamt wird mit Entscheidung gegen 12.00 h gerechnet; Tendenz scheine auf Rücktritt zu gehen.

e) 12.30 h Anruf Hansen bei mir:

Rücktritt sei fest beabsichtigt (Ben-Ari: definitiv), Entscheidung sei jedoch nicht veröffentlicht. Ben-Ari werde mit Teltschik sprechen.

f) 13.10 h Anruf Teltschik bei mir:

Ben-Ari gehe davon aus, daß Rücktritt definitiv erfolge und sehe nicht als sicher an, daß Begin Caretaker werde.

In der Koalitionsrunde, in der BK unterrichtet habe, sei einhellige Meinung gewesen, daß die Reise im Falle des Rücktritts verschoben werden sollte (für die FDP Mischnick und Wolfgramm anwesend).

g) 13.20 h Anruf Ben-Ari bei mir:

Unter Bezugnahme auf Anruf BMs in Jerusalem übermittelt Ben-Ari Einvernehmen Shamirs mit von BM vorgeschlagener gemeinsamer Sprachregelung: Aufgrund des Rücktritts Begins sei im beiderseitigen Einvernehmen beschlossen worden, den Besuch aufzuschieben und ein neues Datum zu suchen.

Er bittet dringend darum, von dieser Sprachregelung erst Gebrauch zu machen, wenn der Rücktritt von einer amtlichen Stelle Israels uns gegenüber öffentlich bestätigt sei.⁷

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 30. August 1983: „Botschafter Hansen teilte um 14.10 Uhr zum Stand der Regierungskrise in Israel mit: Der Rücktritt Begins stehe fest, jedoch sei der Vollzug um einige Tage verschoben worden, um seinem Nachfolger Gelegenheit zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung zu geben.“ Bundeskanzler Kohl habe „daraufhin entschieden, die Reise zu verschieben“. Vgl. Referat 310, Bd. 135750.

Zu den Hintergründen teilte Hansen am 30. August 1983 um 17.15 Uhr mit, die für diesen Tag erwartete Erklärung zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Begin sei offenbar deshalb nicht erfolgt, weil „es nicht gleich im ersten Anlauf gelungen [sei], sich auf Shamir als Nachfolger zu einigen“. Insofern habe Begin seine Rücktrittsabsicht zwar bestätigt, „den Zeitpunkt für die Formulierung des Rücktritts selbst jedoch noch offengelassen. [...] Die Gründe für Begins Rücktritt sind komplex

Ich unterrichte BM.

H. Jansen gibt folgende Formulierung BMs durch: Mit Rücksicht auf die durch den Rücktritt des israelischen PMs eingetretene Lage wird in beiderseitigem Einverständnis der vorgesehene Besuch des BK in Israel verschoben und ein neues Datum gesucht.

Ich unterrichte BK-Amt, BStS, D3⁸ und Pressereferat. D3 übernimmt Unter-
richtung von Hansen.

h) ca. 15.00 h Anruf Teltschik: Ben-Ari hat Text freigegeben.

i) 15.25 h Anruf Fiedler: Hansen habe bestätigt.

j) 16.00 h Pressekonferenz von Regierungssprecher Boenisch.⁹

Ploetz¹⁰

Referat 010, Bd. 178876

Fortsetzung Fußnote von Seite 1249

und vielschichtig. Sie resultieren aus eine Reihe von Enttäuschungen und Fehlschlägen, die für sich betrachtet nicht gewichtig genug erscheinen, in ihrer Häufung jedoch die physische und psychische Widerstandskraft des Ministerpräsidenten überfordert haben.“ Zuletzt sei Begin durch die „bösen und verletzenden persönlichen Vorwürfe von Arbeits- und Sozialminister Uzan (Tami) nach der turbulenten Kabinettsitzung vom 21.8.“ getroffen worden, der wörtlich erklärt habe: „Niemand führt die Regierung, Begin kann nicht mehr Tomaten von Erbsen unterscheiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 831 aus Tel Aviv; Referat 310, Bd. 135750.

⁸ Walter Gorenflos.

⁹ Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt, verlas in der Pressekonferenz am 30. August 1983 die mit der israelischen Regierung abgestimmte Erklärung und teilte auf die Frage nach den Vorstellungen zu einem neuen Besuchstermin mit, er gehe davon aus, „daß beide Seiten daran interessiert sind, den Besuch noch in diesem Jahr nachzuholen“. Vgl. Pressekonferenz Nr. 101/83; Referat 310, Bd. 135750.

Bundeskanzler Kohl besuchte Israel vom 24. bis 26. Januar 1984. Für die Gespräche mit Ministerpräsident Shamir am 24., 25. und 26. Januar 1984 in Jerusalem vgl. AAPD 1984.

¹⁰ Paraphie vom 30. August 1983.

246

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Botschafter An Zhiyuan

341-322.00 CHN-721/83 VS-vertraulich

31. August 1983¹

Chinesischer Botschafter (Bo.) spricht als zweiten Punkt seiner Darlegungen unter Bezug auf das letzte Gespräch mit dem BM (am 21.7.1983) die Beziehungen der VR China zum Vatikan² an.

Er habe die Ausführungen des BM³ nach Peking berichtet und bereits eine Weisung erhalten. Die chinesische Regierung habe nicht zum ersten Mal durch die Bundesregierung diese Nachricht erhalten, sondern sie sei ihr auf verschiedenen Wegen bereits früher übermittelt worden. Bei allen Gelegenheiten habe die chinesische Regierung ihre Haltung mit Klarheit dargelegt:

Der erste notwendige Schritt sei, daß der Vatikan die Beziehungen mit Taiwan abbreche. Dieses sei auch dem BM klar, er (Bo.) habe es beim letzten Gespräch erwähnt. China fordere vom Vatikan, in keiner Form „Machenschaften“ einer Zwei-China-Politik oder „ein China – ein Taiwan“ weiterzuverfolgen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blau am 1. September 1983 gefertigt.

Hat Ministerialdirektor Gorenflos vorgelegen, der die Aufzeichnung am 1. September 1983 über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung“ leitete.

Hat Staden am 1. September 1983 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 2. September 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 341 „m[it] d[er] Bitte um Verteilung vorbehaltlich Genehmigung BM“ verfügte.

Hat im Büro Staatssekretäre am 2. September 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13606 (341); B 150, Aktenkopien 1983.

² Am 5. Januar 1983 sprach der Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, Silvestrini, Botschafter Gehlhoff auf das Interesse des Heiligen Stuhls an der Herstellung normaler Beziehungen zur Volksrepublik China an und bat um Unterstützung „durch die Vermittlung eines Gesprächskontakts“. Die Bereitschaft, die bestehenden Beziehungen zur Republik China (Taiwan) „in ein niedrigeres, nicht-diplomatisches Verhältnis umzuwandeln“, sei gegeben. Allerdings wäre es für den Heiligen Stuhl wichtig, daß tatsächlich eine Normalisierung der Beziehungen mit der Volksrepublik China zustande komme und für die katholische Kirche dort „ein gewisses Maß an freier Betätigungsmöglichkeit gegeben sei“. Dabei sei klar, daß sie „von Bischöfen und Priestern chinesischer Nationalität geleitet werden würde. [...] Unverzichtbar sei allerdings, daß die Bischöfe und die Priester den Primat des Papstes anerkennen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 6 von Gehlhoff, Rom (Vatikan), vom 6. Januar 1983; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 14. Juli 1983 bat Silvestrini darum, den chinesischen Botschafter An Zhiyuan „auf den Wunsch des Heiligen Stuhls nach einem direkten Gesprächskontakt“ hinzuweisen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 92 von Gehlhoff vom 15. Juli 1983; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Botschafter An Zhiyuan am 21. Juli 1983 teilte Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler der Botschaft beim Heiligen Stuhl am 26. Juli 1983 mit, Genscher habe ausgeführt: „Er wolle Gelegenheit benutzen, um sich einer besonderen Mission zu entledigen, um deren Übermittlung wir gebeten worden seien, u[nd] zw[ar] von oberster Stelle im Vatikan. [...] Der Heilige Stuhl sei an einem direkten Gesprächskontakt zur chinesischen Regierung interessiert. Nach den Vorstellungen des Vatikans würde dieser Gesprächskontakt absolut vertraulich und für keine Seite bindend sein. Er könnte an jedem Ort stattfinden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 30; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

Die zweite Forderung an den Vatikan sei, aufzuhören, in irgendeiner Form die Souveränität der chinesischen Kirche zu verletzen (Dolmetscher korrigierte „chinesische Souveränität“ in „Souveränität der Kirche“) und sich in innere kirchliche Angelegenheiten einzumischen. Der Vatikan solle Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Selbstverwaltung der chinesischen Kirche respektieren. Die chinesische Kirche müsse die gleiche Stellung haben wie der römische Heilige Stuhl. Auf Frage von *BM*, was das heiße, er verstehe das nicht, erläutert *Bo.*, die chinesische katholische Kirche müsse eine gleichberechtigte Stellung wie der Heilige Stuhl haben, d.h. Respektierung ihrer Eigenständigkeit und Selbständigkeit, keine Leitung durch oder Unterordnung unter den Heiligen Stuhl. Der Vatikan habe die chinesische Position bisher nicht respektiert, sondern ergreife weiterhin Maßnahmen, unternehme Aktivitäten, die gegen die Position der Chinesen verstießen.

Daher, so *Bo.*, seien im Moment keine Voraussetzungen für Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl gegeben; die Verantwortung dafür liege nicht auf chinesischer Seite.

Da *BM* ein alter Freund sei, habe er die politische Haltung seiner Regierung so ausführlich dargelegt.

BM sagt, er könne dies nur zur Kenntnis nehmen und so, wie es gesagt wurde, an den Vatikan weiterleiten. *Bo.* überläßt dies *BM*.⁴

VS-Bd. 13606 (341)

⁴ Vortragender Legationsrat Spohn übermittelte die Gesprächsaufzeichnung am 5. September 1983 an die Botschaft beim Heiligen Stuhl und bat darum, „Ihren Gesprächspartner entsprechend zu unterrichten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 35; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 16. September 1983, der Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, Silvestrini, habe sich für die Bemühungen des Bundesministers Genscher bedankt und resümiert: „Es scheine jedenfalls klar zu sein, daß das Fortbestehen diplomatischer Beziehungen mit Taiwan die Aufnahme von Gesprächen über die inhaltliche Gestaltung künftiger Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der VR China blockiere.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 114; VS-Bd. 12930 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

247

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen**010-2300/83 geheim****31. August 1983**

Betr.: Gespräch BM mit AM Andreotti, AM Cheysson und AM Howe
am 30. August 1983 in Brüssel;
hier: Gespräch im kleinen Kreis zum Thema INF

1) Am Rande des EG-Sonderrats am 30.8.1983 in Brüssel¹ traf BM zunächst zu einem Vier-Augen-Gespräch mit AM Cheysson zusammen.

Auf die Frage nach der französischen Haltung zur Einbeziehung der Drittstaatsensysteme erläuterte AM Cheysson, daß die französische Regierung bei der diesjährigen Generalversammlung der VN entweder durch Präsident Mitterrand oder ihn selbst folgendes erklären werde: Falls es zu signifikanten Reduzierungen bei den START-Verhandlungen komme, sei Frankreich bereit, an einer Konferenz der fünf Atommächte zur Frage der nuklearen Rüstungsbeschränkung teilzunehmen. Unter bestimmten Voraussetzungen könne er sich ein Quotensystem vorstellen.²

2) Anschließend fand das mit AM Andreotti und AM Howe verabredete Gespräch statt. AM Cheysson hatte BM gebeten, hinzugezogen zu werden. Die übrigen Außenminister stimmten dem zu.

Das Gespräch wurde im deutschen Delegationszimmer des Charlemagne geführt.

BM eröffnete die Runde, indem er auf die Notwendigkeit engster Abstimmung in der INF-Frage unter den Stationierungsländern in dieser Phase hinwies. Insoweit nehme Cheysson gewissermaßen als „Beobachter“ teil.

Die Sowjetunion habe in diesem Jahr zwei Schritte unternommen. Vor einigen Monaten habe sie sich zur Zählung und Anrechnung von Sprengköpfen und nicht nur von Systemen bereit erklärt.³ Die jüngste Andropow-Erklärung sei ein weiterer Schritt, da nicht nur von der Reduzierung von SS-20, sondern von ihrer Zerstörung ausgegangen werde und eine ganz oder teilweise Verlegung nach dem Osten aus dem Spiel sei.⁴

¹ Am 30. August 1983 fand in Brüssel die dritte der vom Europäischen Rat vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart beschlossenen Sonderratstagungen unter Beteiligung der Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister der EG-Mitgliedstaaten statt, um die von der EG-Kommission am 29. Juli 1983 vorgelegten Berichte „Stärkung der Effizienz der Strukturfonds der Gemeinschaft“ und „Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik“ zu prüfen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1983, S. 92f. Für die Berichte vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/83 und Beilage 4/83.

² Zur Erklärung des Staatspräsidenten Mitterrand am 28. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 327.

³ Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 3. Mai 1983; Dok. 135, Anm. 11.

⁴ In einem Interview mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ äußerte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 27. August 1983, „daß die Hauptmethode bei der Reduzierung nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa ihre Demontage, ihre Vernichtung sein soll“. Die sowjetische Regierung sei bereit, die Mittelstreckensysteme im europäischen Teil der UdSSR bis auf einen der Zahl der Nuklearsysteme in Frankreich und Großbritannien gleichen Stand zu zerstören. Die Sorge,

Es bleibe jetzt die Forderung auf Anrechnung der britischen und französischen Systeme bei den INF-Verhandlungen. Er habe in seinem kürzlichen Schreiben an Gromyko, das den AM vorliege, noch einmal deutlich gemacht, daß die genannten Drittstaatsysteme nicht in Genf berücksichtigt werden dürften.⁵ Es sei wichtig, daß diese Auffassung auch weiterhin mit Nachdruck vertreten werde. Die Bundesregierung vertrete diesen Standpunkt, obwohl dies nicht immer einfach sei, da zum einen die SPD diese sowjetische Forderung übernommen habe und die sowjetische Argumentation in der Öffentlichkeit Gehör finde, obwohl sie natürlich widerlegbar sei.

Seine Bitte an die Kollegen sei, die gemeinsame westliche Haltung in dieser Frage auch öffentlich deutlich herauszustellen. Gromyko sei nächste Woche in Paris⁶, vielleicht sei dies eine Gelegenheit, von französischer Seite hierzu eine sehr klare Aussage zu machen. Es wäre gut, wenn in dieser Zeit auch aus London zu hören wäre, daß eine Einbeziehung der britischen Systeme in die Verhandlungen nicht in Frage komme.

BM wies insbesondere auf folgende denkbare Situation hin: Er halte es für möglich, daß die Sowjets sich in dieser Frage plötzlich bewegten und sich einverstanden erklärten, die Anrechnung nicht bei den INF-Verhandlungen vorzunehmen, den Westen aber mit der Frage überraschen würden, wo eine solche Anrechnung erfolgen könnte. Auf diese Situation müsse der Westen eingestellt sein und eine geeignete Antwort geben können. Die Bundesregierung sei deshalb interessiert, von ihren Partnern zu hören, welche Überlegungen sie für eine solche Situation anstellten. Dies gehöre zu dem Abstimmungsprozeß, von dem er gesprochen habe.

In diesen Tagen sei Botschafter Ruth in Washington.⁷ Sein erster Bericht klinge optimistisch. In Washington rechne man noch in dieser Woche mit Entscheidungen für die Fortführung der Verhandlungen am 6.9. in Genf.⁸ Botschafter Nitze komme am 4.9. nach Bonn.⁹ Es sei davon auszugehen, daß er für Genf mit Instruktionen versehen sei.

In Washington würden in dieser Woche drei Elemente behandelt:

- Behandlung der Flugzeuge,
- die Frage der Verbindung von global-regionalen Obergrenzen,
- Behandlung der Pershing II.

Zur Frage der Behandlung von Pershing II sei BM der Meinung, daß eine mögliche Reduzierung im Westen beide Waffensysteme, nämlich Marschflugkörper und PII umfassen müsse, so daß der Waffenmix erhalten bleibe. Mit einer solchen Position könne die Option der US für die PII aufrechterhalten bleiben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1253

diese Raketen würden nach Osten verlegt werden, sei „völlig grundlos“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 513.

⁵ Zum Schreiben des Bundesministers Genscher vom 24. August 1983 vgl. Dok. 241, Anm. 24.

⁶ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich am 9./10. September 1983 in Frankreich auf.

⁷ Botschafter Ruth führte am 29./30. August 1983 Gespräche in Washington. Vgl. dazu Dok. 244.

⁸ Am 6. September 1983 wurden in Genf die INF-Verhandlungen wieder aufgenommen.

⁹ Der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, hielt sich am 4./5. September 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 251 und Dok. 252.

In der Frage der global-regionalen Obergrenzen sei damit zu rechnen, daß regionale sub-ceilings bei fortbestehenden globalen Obergrenzen von amerikanischer Seite schließlich akzeptiert würden.

BM wies darauf hin, daß auch die öffentliche Behandlung der Verhandlung von entscheidender Bedeutung sei. Wir hätten deshalb der amerikanischen Regierung geraten, bei der Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen in einer öffentlichen Erklärung von Präsident Reagan deutlich zu machen, daß der Westen ein Ergebnis wolle. Es wäre gut, wenn aus London, Rom und Bonn parallele Erklärungen zu hören wären, die den ernsthaften Verhandlungswillen unterstreichen würden.

Die Bundesregierung vertrete nachhaltig die Auffassung, daß das Rennen in Genf noch nicht entschieden sei. Je früher die Sowjetunion sich davon überzeuge, daß der Westen es mit der Stationierung ernst meine, um so leichter sei ein Ergebnis zu erzielen. In der jetzigen Phase sehe es so aus, als ob die SU noch etwas anderes glaube.

BM wolle auch gegenüber Kollegen noch einmal mit Nachdruck klarmachen: Falls es in Genf nicht zu einem Ergebnis komme, werde ab 15.11.1983 stationiert. Die Bundesregierung werde den Doppelbeschluß auf Punkt und Komma erfüllen. Dies sei auch der Grund für seine drastische und schnelle Äußerung zum Brief des griechischen AM, der vorgeschlagen habe, die Genfer Verhandlungen um sechs Monate zu verlängern.¹⁰ Beim EPZ-Ministertreffen am 12.9.83 in Athen¹¹ wolle er sich zu diesem Thema nicht äußern. Der EPZ-Rahmen sei hierfür ungeeignet. Er sehe im übrigen Schwierigkeiten voraus, wenn klassische NATO-Themen in der EPZ erörtert würden. Dies hätte im übrigen auch einen antim Amerikanischen Effekt. Falls Griechenland zur Behandlung dieses Themas auffordere, sei er bereit, jederzeit hierüber in der NATO zu sprechen. Dort gehöre die Frage hin.

AM Andreotti stimmte BM hierin zu. Es handele sich hier um eine NATO-Materie, die auch im NATO-Rahmen behandelt werden müsse. Er habe dem griechischen AM entsprechend geantwortet.¹²

AM Cheysson betonte seinerseits, daß dies keine für die EPZ geeignete Frage sei. Seine Antwort sei entsprechend ausgefallen. Zur Substanz habe er mitge-

¹⁰ Der griechische Außenminister Charalambopoulos unterbreitete seinen Vorschlag in am 17. August 1983 übergebenen Schreiben vom 13. August 1983 an Bundesminister Genscher sowie die Außenminister der übrigen EG-Mitgliedstaaten. Botschafter Ruth übermittelte den Wortlaut des Schreibens zusammen mit der Antwort von Genscher am 18. August 1983 an die Botschaft in Athen. Genscher führte in der Antwort aus, daß er dem Vorschlag zur Verschiebung des Beginns der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme nicht folgen könne: „Meine Regierung steht ohne Vorbehalt hinter beiden Teilen des Doppelbeschlusses. Ich bin fest davon überzeugt, daß nur auf dieser Grundlage ein konkretes Verhandlungsergebnis erreicht werden kann. Dazu gehört auch die Einhaltung des im Dezember 1979 beschlossenen Zeitrahmens. Jede Abweichung hiervon müßte die Chance, zu einem frühen Zeitpunkt zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen, gefährden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5208 des Botschafters Ruth; Referat 220, Bd. 124523.

¹¹ Zur Tagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 266.

¹² Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, informierte am 25. August 1983, der italienische Außenminister Andreotti habe ihm gegenüber ausgeführt, er habe dem griechischen Außenminister Charalambopoulos mitgeteilt, „daß die Haltung der neuen italienischen Regierung zu den INF-Verhandlungen in Genf und zur Stationierung der Cruise Missiles in Sizilien sich auch nicht in Nuancen von der Haltung der Vorgängerregierungen unterscheide“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 934; Referat 220, Bd. 124523.

teilt, daß jede Verschiebung der Stationierung schwere Nachteile mit sich bringen würde. Dies habe er im übrigen auch in einer öffentlichen Erklärung im Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung unterstrichen.¹³

AM Howe unterstrich, daß er die gleiche Position einnehme. Da der Brief in seiner Ferienzeit eingegangen sei, habe er nicht selbst geschrieben. Jedoch sei der griechische Botschafter¹⁴ unterrichtet worden, daß jede Verschiebung die Chancen auf ein Verhandlungsergebnis verschlechtern würde.¹⁵

Er halte es für außerordentlich nützlich, daß BM Genscher dieses Treffen arrangiert habe. Engste Abstimmung sei hochwillkommen und nötig. Er halte es für einen guten Gedanken, daß die europäischen Regierungen zu Beginn der Verhandlungen eine Erklärung parallel zur Erklärung des amerikanischen Präsidenten veröffentlichen sollten. Dies sei deshalb besonders wichtig, weil es offensichtlich sei, daß die Sowjets versuchten, den Westen zu spalten. GS Andropow habe auch an PM Thatcher geschrieben.¹⁶ Offenbar habe die SU noch Hoffnung, die Nachrüstung auch bei einem schlechten Ergebnis in Genf verhindern zu können. Deshalb sei es wichtig, daß die Europäer die geplante Erklärung von Präsident Reagan unterstützten und sich eindeutig an die amerikanische Seite stellten.

Die SU verfolge eine doppelte Verhandlungsstrategie. Einerseits wolle sie die europäische Öffentlichkeit beeinflussen. Darüber hinaus versuche sie aber auch, sich Vorteile für die Genfer Verhandlungen zu sichern. Es komme also darauf an, zur richtigen Zeit die richtigen Angebote zu machen. Zu der von BM Genscher erwähnten Frage der Einbeziehung der Flugzeuge halte er es für notwendig, genau zu überlegen, zu welchem Zeitpunkt ein solches Angebot erfolgen müsse. Diesbezüglich wolle Großbritannien weitere Informationen der amerikanischen Regierung abwarten, um dann gemeinsam reagieren zu können.

Die Erklärung von GS Andropow sei in London generell begrüßt worden. Nun komme es darauf an, ihren Inhalt genauer zu prüfen. Es sei wichtig, hier eine lückenlose Abstimmung zwischen Amerikanern und Europäern herbeizuführen.

¹³ Zu den Ausführungen des französischen Außenministers Cheysson vom 23. August 1983 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (juillet-août), S. 62f.

Für das Antwortschreiben von Cheysson an den griechischen Außenminister Charalambopoulos, dessen Text der französische Botschafter Morizet mit Schreiben vom 29. August 1983 an Bundesminister Genscher übermittelte, vgl. Referat 220, Bd. 124523.

¹⁴ Nikolaos Kyriazidis.

¹⁵ Gesandter von Alten, London, teilte am 19. August 1983 mit, daß in Abwesenheit des britischen Außenministers Howe der griechischen Botschaft in London am Vortag eine vorläufige Antwort auf das Schreiben des griechischen Außenministers Charalambopoulos gegeben worden sei: „Man sehe griechische Initiative als nicht hilfreich an und habe kein Verständnis dafür, daß ein Nichtstationierungsland einen derartigen Vorschlag unterbreite, der, würde er bekannt, Position der Allianz erheblich beeinträchtigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1292; Referat 220, Bd. 124523.

¹⁶ Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 31. August 1983, daß Premierministerin Thatcher am 28. August 1983 ein Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU erhalten habe, in dem Andropow seine Vorschläge vom Vortag zu den INF-Verhandlungen erläutere. Die Antwort solle laut Auskunft des britischen Außenministeriums „mit Verbündeten, vor allem auch mit uns, bei SCG-Treffen am 2.9. in Brüssel abgestimmt werden“. Vorab hätten die britischen Gesprächspartner dazu ausgeführt: „Sämtliche Rechenexempel, bei denen SU SS-20-Gefechtsköpfe mit derzeitigen britischen und französischen Gefechtsköpfen aufrechne, spiegelten den falschen Eindruck vor, als ob diese Gefechtsköpfe mit den gemirvten sowjetischen Sprengköpfen qualitativ gleichwertig und deshalb vergleichbar seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1334; Referat 201, Bd. 125686.

BM stellte AM Howe hierauf folgende Frage:

Welche Meinung wird in London vertreten, wenn die Sowjetunion sich einverstanden erklärt, die Drittstaatensysteme nicht bei den INF-Verhandlungen zu behandeln, aber im Gegenzug fragt, wo sollen diese Systeme verhandelt werden?

AM Howe entgegnete, Hauptpunkt sei die Parität zwischen US und SU.

BM sagte, die Behandlung der Drittstaatensysteme bei INF sei in der Tat inakzeptabel. Wenn diese Systeme nicht bei INF behandelt würden, wo dann? Was antworte die britische Regierung auf eine solche Frage?

AM Howe entgegnete, dies müsse genauer geprüft werden.

AM Cheysson fiel hier lebhaft in das Gespräch ein und führte folgendes aus: Präsident Mitterrand vertrete die Auffassung, wenn die Großmächte bereit seien, ihre strategischen Arsenale zu reduzieren, sei Frankreich bereit, eine Diskussion über die Reduzierung der nuklearen Waffen unter den fünf Atommächten, die im übrigen auch die Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat seien, zu führen. Für Frankreich sei entscheidend, daß die Supermächte ihre nuklearen Arsenale so weit abbauten, daß die Overkill-Kapazität abgebaut werde. Allerdings sei die Atomwaffe nur eine Waffe im Arsenal. Es gebe auch andere. Auch diese müßten bei den Berechnungen einbezogen werden. Die Experten sagten, 50 % der Atomarsenale bildeten die Overkill-Kapazität. Hier wolle er ein Fragezeichen machen. Die französische Haltung hierzu sei, falls die strategischen Potentiale abgebaut würden, müßten auch die übrigen Waffen einer Prüfung unter den fünf Atommächten zugänglich sein.

AM Howe wies darauf hin, daß PM Thatcher eine ähnliche Haltung in der Frage der Reduzierung strategischen Potentials vertrete. Mit solchen Vorschlägen müsse man allerdings sehr vorsichtig umgehen, um der SU nicht zu erlauben, ein solches Forum auf die Diskussion über die britischen und französischen strategischen Systeme zu reduzieren. Dies würde dann auf eine Festschreibung sowjetischer Überlegenheit hinauslaufen.

AM Andreotti kam auf den Brief des griechischen AM zurück. In seiner Antwort habe er darauf hingewiesen, daß nur, wenn die SU vernünftige Vorschläge in Genf unterbreite, eine Lösung möglich sei. Im übrigen behielte die italienische Regierung ihre bekannte Haltung bei.

Auch die italienische Regierung wolle gerne wissen, wo ggf. die Diskussion über die britischen und französischen strategischen Systeme geführt werde. Dies sei eine wichtige Frage psychologischer Natur. Zu den Ausführungen von AM Cheysson zu einer Diskussion im Kreis der fünf Atommächte möchte er auf eine Gefahr hinweisen. Die Idee eines Direktoriums erwecke bei manchen Staaten gewisse Verdächtige. Dies gelte vor allem für die Staaten, die den Nichtverbreitungsvertrag¹⁷ unterzeichnet hätten. Es seien also auch Prestigefragen berührt.

Entscheidend sei jetzt, daß der Westen fest bliebe. Die feste Haltung, die wir eingenommen hätten, sei nützlich gewesen und habe auch die SU zu gewissen Bewegungen veranlaßt. Nun sollten wir untereinander diskutieren, was unsere

¹⁷ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

zukünftige Haltung sein wird. Vor allem gelte es, wachsam gegenüber Lockangeboten zu bleiben. Er habe die zehn amerikanischen Senatoren gesehen, die vor kurzem in Moskau gewesen seien.¹⁸ Einer habe ihm gesagt, eine Verschiebung um sechs Monate sei zu viel, aber drei Monate seien schon eher denkbar. Er habe auch hier deutlich gemacht, daß wir nicht in eine schiefe Lage kommen dürfen. BM warf hier ein: Einmal verschoben, immer verschoben. Die anderen AM stimmten dem zu.

BM nahm die Überlegungen von AM Cheysson auf. Wenn eine Erklärung von französischer Seite käme, daß die fünf Atomkräfte über die Frage der Beschränkung der strategischen Systeme sprechen sollten, würde dies von der Bundesrepublik Deutschland begrüßt werden. Die Bundesregierung könne natürlich nicht dazu Stellung nehmen, wo dieses Thema behandelt werden sollte. Sie sei allerdings immer der Meinung gewesen, daß aus dem NV-Vertrag sich eine Verpflichtung zu Verhandlungen über Abrüstung ergebe. Er wolle noch einmal unterstreichen und darauf hinweisen, daß, wenn die SU den Vorschlag mache, die britischen und französischen Systeme an anderer Stelle zu behandeln, der Westen hierauf vorbereitet sein müsse. Falls Frankreich bereits vorher die angekündigte Erklärung abgebe, sei dies um so besser.

Zu der in Genf einzuschlagenden Verhandlungstaktik führte BM aus, daß in Washington zur Zeit überlegt werde, ob die Verhandlungen am 6.9. zunächst mit einer allgemeinen Erklärung der Verhandlungsbereitschaft eröffnet werden sollten mit der Folge, daß über die Substanz später gesprochen werde. Er meine, daß konkrete Vorschläge nicht zu spät kommen dürften. Vielleicht nicht am ersten Tag, aber auch nicht zu spät, damit nicht im November der Eindruck entstünde, der letzte Vorschlag sei ein reiner Propagandavorschlag, der das Scheitern der Verhandlungen kaschieren solle. Er wolle noch einmal klarmachen, die Bundesregierung wolle keine Verschiebung der Stationierung; denn einmal verschoben bedeute auf immer verschoben.

AM Howe unterstrich hierzu sein volles Einverständnis.

Zu der Frage des Nichtverbreitungsvertrages gebe es in diesem Kreis gegensätzliche Auffassungen. AM Cheysson warf hier ein, keine Gegensätze, sondern unterschiedliche Annäherungen an das Problem.

AM Howe replizierte, deshalb sei es wichtig, daß hierüber miteinander gesprochen werde. Im übrigen gehe es natürlich darum, die Öffentlichkeit und die öffentliche Wirkung im Blick zu behalten; besonders wichtig sei aber, daß die Realität der Sicherheitspolitik nicht aus dem Auge verloren werde und daß nicht mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit Positionen der Sicherheitspolitik geopfert würden.

AM Andreotti wies auf die Wichtigkeit eines Forums wie die KSZE hin, um auch Fragen der Sicherheit in diesem Rahmen behandeln zu können.

AM Cheysson warf ein, über Genf dürfe in Madrid nicht gesprochen werden. Hierfür sei allein die NATO der richtige Platz.

¹⁸ Zum Gespräch von Senatoren der amerikanischen Demokratischen Partei mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 18. August 1983 vgl. Dok. 242, Anm. 6.

AM Howe sagte, die Generalversammlung der VN sei ein geeignetes Forum, Erklärungen im September abzugeben.

BM stimmte dem nachhaltig zu. Wenn GB eine ähnliche Passage wie F in seine Erklärung aufnehmen könne, wäre dies eine sehr gute Sache.

AM Howe sagte zu, hierüber nachzudenken.¹⁹

AM Andreotti bat, für die KAE in Stockholm²⁰ eine enge Konzertierung herbeizuführen, da der Westen sonst immer in der Defensive sei.

BM kündigte an, daß noch in dieser Woche ein deutsches Konzept für die KAE im NATO-Rahmen zirkuliert werde.²¹

Die AM besprachen anschließend die Nützlichkeit einer Teilnahme an der von Indira Gandhi vorgeschlagenen Gipfelkonferenz am Rande der VN-Generalversammlung.²² AM Howe zeigte sich eher skeptisch. Die Frage sei in London noch nicht entschieden.

AM Cheysson berichtete, daß PM Gandhi Präsident Mitterrand in dieser Sache regelrecht verfolge. Schon zum Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg²³ habe sie versucht, über Präsident Mitterrand eine Einladung bei Präsident Reagan zu erhalten. Die Idee des Gipfeltreffens in New York sei eine Fortentwicklung ihres Wunsches, zum Weltwirtschaftsgipfel hinzugezogen zu werden. Aus Athen höre er, daß MP Papandreou als Präsident der EG²⁴ nach New York gehen wolle. Die Griechen würden die Frage beim EPZ-Ministertreffen am 12.9. in Athen auf den Tisch legen.

Von BM noch nicht genehmigt.

Jansen

VS-Bd. 14120 (010)

¹⁹ Vgl. dazu die Ausführungen des britischen Außenministers Howe am 28. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 327.

²⁰ Die KVAE wurde am 17. Januar 1983 in Stockholm eröffnet.

²¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik übermittelte dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundeskanzleramt am 16. bzw. 19. August 1983 den Entwurf für ein Strategiepapier zur Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa mit dem Hinweis, daß die „Einführung in die NATO-Diskussion zur Vorbereitung der KAE bis Ende August vorgesehen“ sei. Vgl. Referat 201, Bd. 125700.

Die mit dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmte Fassung des Strategiepapiers wurde am 23. August 1983 von Botschafter Ruth an Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher geleitet mit dem Hinweis, daß die Vorlage eines solchen Papiers bei der NATO in Brüssel bis Ende August angekündigt sei. Für das Papier mit Begleitschreiben vgl. Referat 221, Bd. 128663.

Das Strategiepapier wurde am 29. August 1983 in der NATO eingeführt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1542 des Botschaftsrats I. Klasse Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), vom 30. August 1983; Referat 221, Bd. 124579.

²² Zum Vorschlag der Ministerpräsidentin Gandhi vom 8. April 1983 vgl. Dok. 176, Anm. 33.

²³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

²⁴ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

248

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**201-363.31-3093/83 VS-vertraulich****31. August 1983¹**Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Billigung²

Betr.: Denkbare politische Maßnahmen für die zweite Hälfte 1983

Bezug: 1) StS-Vorlage vom 18.7.1983

2) Hausbesprechung bei Ihnen am 27.7.1983³Anlg.: StS-Vorlage vom 18.7.1983 mit Non-Paper⁴Ergebnisvermerk der Hausbesprechung vom 28.7.1983 (nur Original)⁵

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 2. September 1983 vorgelegen, der das Wort „Billigung“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „1) Wer entwirft d[ie] Rede d[es] B[undes]Präs[identen] vor d[em] Kongreß? Wann kann man sie sehen? 2) Eine große Lücke! Diskussion mit Kirche u. evtl. auch Friedensbewegung fehlt. Auch sie muß systematisiert werden!“

Hat Ministerialdirigent Schauer am 5. September 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Pfeffer am 14. September 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich zu den Bemerkungen von Staden vermerkte: „Zu 1) [Referat] 204; schon abgegangen. Gegenentwurf liegt bei H[errn] Schenk, der ihn dem StS n.R. vorlegen wird. 201: Zu 2) Bitte Einfügungen gemäß StS-Anmerkungen. Wann findet das nächste Gespräch statt?“

Hat Vortragendem Legationsrat Seibert erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Habe BK-Amt (Gröning) angesprochen.“ Gröning werde das Auswärtige Amt „am 19.9. od[er] 20.9. über Vorstellungen BK“ unterrichten.

³ Korrigiert aus: „28.7.1983“.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Ministerialdirigent Schauer informierte am 18. Juli 1983 über „ein ‚brainstorming‘ unter Vertretern des BK-Amts (MD Teltschik), AA und BMVg (Fü S III)“ am 13. Juli 1983 im Bundeskanzleramt, an dem Ministerialdirektor Pfeffer sowie die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Citron und Hofmann teilgenommen hätten. Es habe sich mit der Politik der Bundesregierung zur innen- und außenpolitischen Abschilderung der Nachrüstung befaßt. Das Ergebnis sei in einem beigelegten Non-paper zusammengestellt worden, „das alsbald in einer weiteren Besprechung auf Einladung von MD Teltschik präzisiert werden soll. Fragen der Öffentlichkeitsarbeit und der Inneren Sicherheit waren ausgeklammert worden, weil es dafür eigene Arbeitskreise gibt.“ Vgl. VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Für das Non-paper vom 13. Juli 1983, das Oberstleutnant i. G. Olshausen, Bundeskanzleramt, am 15. Juli 1983 „im Auftrag von Herrn Teltschik“ zur „persönlichen Unterrichtung“ an Pfeffer übermittelte, vgl. VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Legationsrat I. Klasse Cuntz resümierte am 28. Juli 1983 die Ergebnisse einer Hausbesprechung bei Staatssekretär von Staden vom Vortrag über die Politik der Bundesregierung „zur innen- und außenpolitischen Abschilderung der INF-Nachrüstung“. Staden habe festgestellt, „daß die Schwerpunkte der Bemühungen Osteuropa gelten müßten. Wichtige Schritte seien der Kredit an die DDR, die KAE-Vorkonferenz, ein neuer Anstoß für MBFR und vor allem eine sowjetisch-amerikanische Gipfelbegegnung, die von großer Wirksamkeit sein könnte.“ Staatssekretär Lautenschlager habe darauf hingewiesen, daß es auch wichtig sei, „daß beim Europäischen Rat in Athen ein Konsens unter unserer Mitwirkung zustande komme und eine EG-Krise vermieden werde. Der ‚Herbst‘ sei nicht nur ein deutsch-amerikanisches Problem.“ Zur innenpolitischen Dimension habe Staden ausgeführt: „Man müsse vermeiden, daß es nach den Großveranstaltungen der Friedensbewegung ein Loch gebe. Es gehe darum, die Friedenspolitik der B[undes]Reg[ierung] offensiv darzustellen, wenn die Friedensbewegung nach den Großveranstaltungen ihre Kraft erschöpft habe.“ Es sei beschlossen worden, für das Mitte August geplante erneute „brainstorming“ im Bundeskanzleramt „eine kommentierte Liste der außenpolitischen Maßnahmen zu verfertigen“. Vgl. VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Hiermit lege ich weisungsgemäß ein konsolidiertes Papier zum Thema „Denkbare politische Maßnahmen für die zweite Hälfte 1983“ als Diskussionsgrundlage für die nächste Gesprächsrunde im BK-Amt vor.

D 2A⁶, D 3⁷ und D 4⁸ haben mitgewirkt und mitgezeichnet.

Pfeffer

Betr.: Denkbare politische Maßnahmen für die zweite Hälfte 1983

I. Allgemein

Doppelte Zielsetzung

Die Maßnahmen der Bundesregierung sollten vor allem nach zwei Seiten wirken:

- gegenüber der eigenen Öffentlichkeit,
- gegenüber dem Osten.

Wir müssen eine Fixierung auf die Nachrüstung vermeiden. Deshalb können auch ablenkende oder überlagernde Themen von Nutzen sein. Einige Maßnahmen werden in beiden Zielrichtungen wirken, andere mehr in der einen oder anderen Richtung.

Hauptaktionsbereiche

1) Öffentlichkeitsarbeit

Einer offensiven Darstellung der Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung kommt besonderes Gewicht in doppelter Zielrichtung zu.⁹

2) West-Ost-Beziehungen einschließlich Rüstungskontrolle und Abrüstung

Von großer Bedeutung sind Schritte im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung (insbesondere Weiterentwicklung der westlichen INF-Verhandlungsposition, Beginn der KAE und Anstoß für MBFR).

Außerdem kommt es darauf an, unsere Beziehungen zum Osten nicht auf das INF-Thema zu reduzieren, sondern bestehende Beziehungen intakt zu halten und fortzuentwickeln. Das gilt vor allem auch für unser Verhältnis zur SU. Die Besonderheiten des Polen-Problems sind zu berücksichtigen. Die herausragende Rolle der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion im Rahmen des West-Ost-Verhältnisses werden wir immer im Auge haben müssen.

3) Westpolitik

Die Westpolitik sollte Solidarität und Geschlossenheit der EG-Partner und NATO-Verbündeten deutlich machen (Vermeidung von Friktionen).

4) Dritte Welt-Politik

Im Bereich der Dritte-Welt-Politik wirkt in erster Linie entlastend, was die Aufmerksamkeit unserer Medien fesselt. Außerdem gilt es, sowjetische Versuche zu vereiteln, in der Raketenfrage die Dritte Welt auf die sowjetische Seite zu ziehen.

⁶ Friedrich Ruth.

⁷ Walter Gorenflos.

⁸ Per Fischer.

⁹ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]: Was macht die Infrastruktur d[er] Gruppe Sudhoff? (Anregung D 2A).“

II. Im einzelnen

1) Darstellung unserer Friedens- und Sicherheitspolitik

a) Die größte Wirkung verspricht eine offensive Darstellung der Regierungspolitik insbesondere in den zwei bis drei Wochen nach den Großveranstaltungen der Friedensbewegungen im Oktober.¹⁰ Gelegenheit zu dieser Darstellung bietet u. a. die Bundestagsdebatte über den Bericht der Bundesregierung zum Stand der Abrüstungsverhandlungen Mitte November.¹¹ Die Ausführungen zum Doppelbeschluß sollten als Teil unserer Friedenspolitik (Harmel-Bericht¹², Gleichgewichtspolitik, Rüstungskontrolle) erscheinen.

Im Herbst wird die SCG in 14tägigem Rhythmus INF-Konsultationen veranstalten.¹³ Diese sollten gegenüber der Öffentlichkeit positiv herausgehoben werden.

b) Einer überzeugenden Darstellung der Verhandlungsgeschichte, u. a. im Verteidigungs-Weißbuch, das nach bisheriger Planung Mitte Oktober vorgestellt werden soll¹⁴, kommt große Bedeutung zu.¹⁵

Der Koordinator für sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit im BPA, SRS¹⁶ Sudhoff, sollte durch rechtzeitige Unterrichtung über politisch wichtige Reisen und Daten in seiner Arbeit unterstützt werden.

Weitere Vorschläge:

- wöchentliche Treffen von Experten der Ressorts für diese Thematik je nach Bedarf beim Koordinator. Leitung in dessen Abwesenheit durch MD Limmer¹⁷,
- falls möglich: Einsetzung einer „Task Force“-Arbeitsgruppe aus je einem Beamten aus BPA, Bundeskanzleramt, Auswärtigem Amt, BMVg, die für die ständige Koordinierungsarbeit abgestellt werden.¹⁸

¹⁰ Der Passus „insbesondere ... im Oktober“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zu spät. Eine große Fernsehrede oder Debatte mit BK nach d[er] Oktoberwoche wäre richtig.“

¹¹ Die Bundestagsdebatte über den NATO-Doppelbeschluß und den Stand der INF-Verhandlungen in Genf fand am 21./22. November 1983 statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2592.

¹² Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹³ Zu den von September bis Dezember 1983 geplanten Sitzungen der Special Consultative Group (SCG) der NATO vgl. Dok. 226.

¹⁴ Das „Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ wurde am 20. Oktober 1983 veröffentlicht. Vgl. dazu Dok. 292, Anm. 10.

¹⁵ Der Passus „u. a. im Verteidigungs-Weißbuch ... Bedeutung zu“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Broschüre? Faltblatt? Fernsehauftritte?“

¹⁶ Stellvertretender Regierungssprecher.

¹⁷ Die Wörter „wöchentliche Treffen“ sowie der Passus „Leitung ... MD Limmer“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

¹⁸ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig], siehe S. 1.“ Vgl. Anm. 2.

Am 7. Oktober 1983 legte Ministerialdirigent Schauer dar, Referat 012 interpretiere den Hinweis von Staden „dahin, daß in unserem ständigen Dialog mit der Öffentlichkeit Kirche und Friedensbewegung stets zu beachten seien. StM Mertes hat sich mit der Erklärung der deutschen Bischöfe auseinandergesetzt. Der Bundesminister hat in einem Schreiben an die EKD auf deren Vorschläge geantwortet. Mit der überarbeiteten Neuaufgabe der Broschüre ‚Aufrüsten – Abrüsten‘ hat das AA er-

c) Der Gründungstag der VN am 24. Oktober¹⁹, der mit dem Beginn der jährlichen Abrüstungswoche²⁰ zusammenfällt, bietet einen besonders geeigneten Zeitpunkt für eine Fernsehansprache des Bundeskanzlers.²¹

BM Genscher wird aus Anlaß der zehnjährigen VN-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland²² am 24.9. vor der Deutschen Gesellschaft für die VN in Bonn sprechen.²³

2) West-Ost-Verhältnis

a) Abrüstung

(1) Die Weiterentwicklung der westlichen INF-Verhandlungsposition und ihre öffentliche Präsentation wird in Bündniskonsultationen vertraulich vorbereitet.

(2) Der weiterhin für den 7. bis 9. September vorgesehene Abschluß des KSZE-Folgetreffens in Madrid kann dazu genutzt werden, der Öffentlichkeit den bevorstehenden Beginn der KAE²⁴ als bedeutenden Schritt zur Intensivierung des sicherheitspolitischen West-Ost-Dialogs darzustellen.²⁵

(3) Ein neuer westlicher Anstoß für MBFR bedarf noch weiterer Abstimmung mit wichtigen Bündnispartnern und dann mit der Allianz (muß noch sehr vertraulich behandelt werden).²⁶

(4) D2A wird voraussichtlich im Oktober in Bonn mit dem Abrüstungsbeauftragten²⁷ der DDR zusammentreffen.²⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 1262

neut die Friedensbewegung in ihren jugendlichen Schichten angesprochen. Die mit der Sicherheitspolitik befaßten Beamten des Hauses sind ständig in die Presse- und Informationsarbeit eingeschaltet.“ Schauer kam zu dem Schluß: „Eine über das Bisherige hinausgehende Diskussion mit Kirchen und Friedensbewegung kann nicht allein Aufgabe des Auswärtigen Amtes sein. Eine darauf abzielende Systematisierung und Intensivierung der Auseinandersetzung bedürfte der Koordination über den Bereich der Bundesregierung hinaus [...], vor allem mit den politischen Parteien der Regierungskoalition. Anstöße für eine derartige Zusammenarbeit müßten in erster Linie von den Parteien ausgehen.“ Vgl. VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁹ Am 24. Oktober 1945 trat die VN-Charta vom 26. Juni 1945 in Kraft.

²⁰ Die alljährliche, am 24. Oktober beginnende „Woche für Förderung der Ziele der Abrüstung“ wurde von der VN-Generalversammlung für Abrüstung vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 beschlossen. Vgl. Ziffer 102 des Schlußdokuments; EUROPA-ARCHIV 1978, D 536.

²¹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

Am 24. Oktober 1983 gab Bundesminister Genscher Erklärungen zum Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen und zur Woche der Abrüstung ab. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1983, S. 1001 f.

²² Die Bundesrepublik wurde am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 310.

²³ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Aber in der Rede wird INF kaum erwähnt!“

Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vom 23. September 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 895–900.

²⁴ Das Vorbereitungstreffen für die KVAE fand vom 25. Oktober bis 11. November 1983 in Helsinki statt. Vgl. dazu Dok. 345.

Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

²⁵ Der Passus „der Öffentlichkeit ... darzustellen“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

²⁶ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine MBFR-Initiative vgl. Dok. 237.

²⁷ Korrigiert aus: „Aufrüstungsbeauftragten“.

²⁸ Zum Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Abrüstungsbeauftragten der DDR, Krabatsch, am 28. Oktober 1983 vgl. Dok. 324.

Geplant sind auch Gespräche mit sowjetischen Abrüstungsspezialisten im Frühjahr 1984, evtl. mit einem polnischen Abrüstungsfachmann.

D2A i.V.²⁹ zusammen mit Dg23 am 12./13.9. in Moskau zu VN-Konsultationen inkl. Abrüstungsthemen.³⁰

b) Politischer Dialog und Kontakte

(1) Intensivierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen

Wir befürworten ein Gipfeltreffen Reagan–Andropow und Begegnungen der Außenminister Shultz–Gromyko.

Zu überlegen wäre, inwieweit wir auf den amerikanischen Präsidenten einwirken können, um ihn von den anspruchsvollen Bedingungen abzubringen, die er für ein Gipfeltreffen stellt.³¹ Diesem Ziel könnten Gespräche des BM mit AM Shultz dienen, aber auch weitere Botschaften des Bundeskanzlers an den Präsidenten selbst.³²

(2) Unsere politischen Kontakte mit Staaten des WP

– Besuch AM Gromyko in Bonn

Der Termin für einen Besuch in Bonn ist noch offen. Der BM wird – wie jedes Jahr – Ende September mit AM Gromyko am Rande der VN-GV in New York zusammentreffen.³³ Kommt es zum Außenministertreffen in Madrid Anfang September, würde dort ebenfalls ein deutsch-sowjetisches Ministergespräch stattfinden.³⁴

Als weitere Außenministerkontakte kommen in Frage: Treffen mit Außenministern der ČSSR, Ungarns und Rumäniens Ende 83/Anfang 84.³⁵

²⁹ Klaus Jürgen Citron.

³⁰ Über die gemeinsam mit den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Citron und Schaad geführten „jährlichen deutsch-sowjetischen VN-Konsultationen“ am 12./13. September 1983 teilte Ministerialdirigentin Finke-Osiander, z. Z. Moskau, am 13. September 1983 mit, die Gespräche hätten im Zeichen der „Verschlechterung des internationalen Klimas“ gestanden. Bei der Erörterung des Themas Rüstungskontrolle habe der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Petrowskij, versucht, „die Schuld für fehlende Verhandlungsfortschritte einseitig den USA und ihren Verbündeten anzulasten: Verhandlungen würden vom Westen nur als ‚smoke screen‘ benutzt, um die geplanten Rüstungsmaßnahmen durchzusetzen.“ Es sei deutlich geworden, daß die UdSSR „die Rüstungskontrollthematik als zentrales Thema ihres Engagements bei der 38. G[eneral]V[ersammlung] nutzen wird, um, wie Petrowskij sagte, ‚moralischen Druck gegen die Politik der USA zu mobilisieren‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4106/4107; Referat 221, Bd. 124569.

³¹ Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 28. Juli 1983 an Bundeskanzler Kohl; Dok. 243, Anm. 8.

³² Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Thema für Staatsbesuch.“

³³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 30. September 1983 anlässlich der Eröffnung der VN-Generalversammlung in New York auf.

Der sowjetische Außenminister Gromyko sagte seine Teilnahme an der am 20. September 1983 beginnenden VN-Generalversammlung ab. Vgl. dazu Dok. 273, Anm. 8.

³⁴ Bundesminister Genscher führte am 8. September 1983 ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Madrid. Vgl. dazu Dok. 262.

³⁵ Bundesminister Genscher traf am 8. September 1983 mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chloupek in Madrid zusammen und führte am 29. September 1983 erneut ein Gespräch mit ihm am Rande der VN-Generalversammlung in New York. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ploetz vom 12. September 1983; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983. Zum Gespräch vom 29. September 1983 vgl. Dok. 300, Anm. 17.

Am 21. Dezember 1983 traf Bundesminister Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi zusammen. Vgl. Dok. 390.

Ein für den 8. bis 11. Januar 1984 geplanter Besuch des rumänischen Außenministers Andrei in

- Der Bundeskanzler könnte im Sinne der Kontinuität des Dialogs auf höchster Ebene nach dem Beginn der Stationierung eine Botschaft an GS Andropow richten.³⁶ Die Tatsache der Übermittlung der Botschaft und der Tenor des Textes könnten öffentlich bekanntgegeben werden.
- Nach der Bildung der deutsch-sowjetischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages³⁷ könnte diese einen Kontakt zum Obersten Sowjet aufnehmen. Deutsch-sowjetische Parlamentariertreffen sind allerdings mit der Frage der Einbeziehung von Berliner Abgeordneten belastet.³⁸
- In Betracht kämen ferner Fachministerbesuche sowie Kontakte auf der Ebene hoher politischer Beamter (politische Konsultationen, Rechts- und Konsularkonsultationen, Kulturkonsultationen sowie Intensivierung des Kulturaustausches).

c) Vereinbarungen mit dem Osten

- (1) Eine aktive Behandlung des Themas Gewaltverzicht im Herbst 1983 erscheint angesichts des starken amerikanischen und französischen Widerstands schwierig, obwohl das Bündnis den WP-Vorschlag³⁹ nicht ausdrücklich ablehnt, sondern eine Prüfung zugesagt hat. Wir sollten hier weiter unsere Gesprächsbereitschaft unter Nennung der Voraussetzungen in der Sache betonen.⁴⁰
- (2) Liegegebliebene Abkommen mit der Sowjetunion, die mit der Berlin-Problematik belastet sind, sollten im Gespräch mit der SU weiter behandelt werden (Moskau-Besuch BK⁴¹). Erste SU-Reaktion ist nicht ermutigend.⁴² Wir sollten deshalb Fortführung nicht forcieren, damit Gespräche nicht während der kritischen Zeit mit einem Fehlschlag enden.⁴³

Fortsetzung Fußnote von Seite 1264

der Bundesrepublik wurde verschoben. Bundesminister Genscher führte am 2./3. März 1984 Gespräche mit Andrei.

³⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden mit Fragezeichen versehen.

Mit Schreiben vom 4. Oktober 1983 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, appellierte Bundeskanzler Kohl an die sowjetische Regierung, bei den INF-Verhandlungen „die von ihr aufgerichtete Hürde der Einbeziehung der Systeme Großbritanniens und Frankreichs aus der Welt zu schaffen“. Weiter führte Kohl aus: „Ein Ergebnis bei den INF-Verhandlungen ist keine Frage der Zeit, sondern der politischen Verständigungsbereitschaft.“ Da nach seiner Überzeugung „alle politisch Verantwortlichen der beteiligten und der hauptbetroffenen Staaten“ einen Verhandlungserfolg wünschten, müsse ein Abschluß möglich sein. Jedoch werde die Bundesregierung ohne Verhandlungsergebnis zu ihren Verpflichtungen aus dem Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 stehen. Für das von Vortragendem Legationsrat Jansen am 5. Oktober 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ploetz, z. Z. Washington, übermittelte Schreiben vgl. Referat 010, Bd. 178877.

³⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Neukirchen vermerkte am 5. September 1983, daß die Fraktionen vereinbart hätten, die Parlamentariergruppen erst nach der Sommerpause des Bundestags zu bilden. Mit der Konstituierung sei „voraussichtlich Oktober/November“ zu rechnen. Vgl. Referat 213, Bd. 139278.

³⁸ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden mit Fragezeichen versehen.

³⁹ Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten zu einem Gewaltverzichtsabkommen vgl. Dok. 40 und Dok. 91, besonders Anm. 3.

⁴⁰ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Wir werden besser erläutern müssen, was wir unter Konkretisierung des [Gewalt]Verzichts verstehen.“

⁴¹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁴² Zur sowjetischen Reaktion auf den Wunsch der Bundesregierung nach Fortsetzung der Gespräche über ein Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 241, Anm. 12.

⁴³ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „[r]ichtig“.

Botschaft Moskau wurde – nach Zustimmung durch BM – am 5.8.83 angewiesen, über einen neuen Vorschlag zu einer Tagung des deutsch-sowjetischen gemischten Kulturausschusses mit dem Ziel eines Austausches von Listen über Kulturvorhaben nach dem Beispiel Ungarn⁴⁴ zu sondieren.⁴⁵

3) West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen

a) Unser Wille zur Fortentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zum Osten findet seinen Ausdruck in einer Reihe bereits in Vorbereitung befindlicher Vorhaben:

- 11. bis 16.11.1983 Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission unter Leitung des Bundesministers für Wirtschaft, der u. U. auch mit MP Tichonow sprechen wird.⁴⁶ Besonders günstiger Zeitpunkt;
- im Zusammenhang hiermit zwischen September und Dezember Treffen von sechs Fachgruppen für verschiedene Bereiche der wirtschaftlich-industriellen Zusammenarbeit.

Die Bundesregierung fördert vor allem durch die Gewährung der erforderlichen Ausfuhrbürgschaften die sich eröffnenden Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit. Das Volumen unseres Außenhandels mit der Sowjetunion ist sowohl 1982 als auch im ersten Halbjahr 1983 jeweils um ca. 6% gewachsen.

Unternehmenskooperation auf weiteren Gebieten, für die die sowjetische Seite Interesse ausgedrückt hat, wäre zu ermutigen.

b) Ein Abbau der im Anschluß an die Verhängung des Kriegsrechts in Polen⁴⁷ gegen Polen und die Sowjetunion verhängten Sanktionsmaßnahmen⁴⁸ bedarf der Abstimmung mit den Verbündeten.

⁴⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kullak-Ublick, z. Z. Budapest, übermittelte am 16. September 1981 als Ergebnis der ersten Tagung der Gemischten deutsch-ungarischen Kulturkommission, daß Listen mit Programmvorschlügen für 1982 und 1983 ausgetauscht worden seien: „In deutscher Liste waren zwei Berlin-Vorhaben enthalten.“ Der Abteilungsleiter im ungarischen Außenministerium, Oláh, habe dazu mündlich ausgeführt, daß mit Berlin genügend Direktkontakte bestünden, und „pflichtgemäß Zuständigkeit Bundesregierung de jure und de facto in Frage“ gestellt: „Anschließend fügte er hinzu, daß deutsche Vorschlagsliste einschließlich Berlin-Vorhaben dennoch akzeptiert werde.“ Der Listenaustausch sei auch in dem zum Abschluß der Gespräche unterzeichneten Memorandum vermerkt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 252; Referat 214, Bd. 139522.

⁴⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag legte am 8. August 1983 dar, daß zu den während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR angesprochenen „schwebenden Abkommen [...] auch das Zweijahresprogramm zum deutsch-sowjetischen Kulturabkommen vom 19.5.1973“ gehöre: „Die vorgeschlagene Einberufung des Gemeinsamen Ausschusses böte Gelegenheit, den Austausch von Listen über die beiderseitigen Kulturvorhaben anzustreben und von uns aus zu versuchen, ein Berlin-Vorhaben zu verankern ohne förmliches Zweijahresprogramm“. Nachdem die UdSSR eine förmliche Einbeziehung der Bundesinstitutionen in Berlin (West) in den Kulturaustausch konsequent mit der Begründung abgelehnt habe, das Deutsche Archäologische Institut und die Zweigstelle Berlin der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt hätten „dort ihren Sitz illegal“, könne die Listenlösung „einen praktischen Ausweg bieten, ohne daß beide Seiten von ihren Berlin-Positionen abgehen müßten“. Vgl. Referat 201, Bd. 125676.

⁴⁶ Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission in Moskau vgl. Dok. 303, Anm. 6. Zum Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit Ministerpräsident Tichonow am Rande der Tagung vgl. den Drahtbericht Nr. 5159 des Botschafters Kastl, Moskau, vom 16. November 1983; Referat 421, Bd. 141314.

⁴⁷ Zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 9, Anm. 54.

⁴⁸ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Aufhebung der Sanktionen gegen Polen und die UdSSR vgl. Dok. 228, Anm. 17.

Im einzelnen könnten, abgesehen von Umschuldungsverhandlungen mit Polen für 1982 und 83⁴⁹ – im Rahmen der Weiterentwicklung der westlichen Polenpolitik –, in der zweiten Jahreshälfte 1983 folgende Schritte angestrebt werden:

- Unterstützung des polnischen Beitritts zum IWF⁵⁰,
- Tagung der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission⁵¹,
- Aufhebung der gegen die Sowjetunion durch die EG verhängten Importsanktionen. Diese laufen allerdings am 31.12.83 ohnehin aus, und die Mehrheit der EG-Partner möchte sie anscheinend mit diesem Datum beenden.⁵²

4) Umweltkonferenz über Waldsterben

Die Bundesregierung könnte im eigenen Namen zu einer Konferenz über die durch die Säure-Luftverschmutzung verursachten Wald- und anderen Umweltschäden und ihre Bekämpfung einladen. Einzuladen wären die ECE-Mitgliedstaaten, die auch Vertragsparteien der ECE-Luftreinhaltekonvention⁵³ sind, und die Europäische Gemeinschaft.⁵⁴

Ebene: hohe Beamte, der – falls politisch möglich – Umweltminister

Ort: z. B. Hannover oder München⁵⁵

Termin: 1983 oder 1984⁵⁶

Federführung: BMI

Mitwirkung: AA, BML, BMFT, BMWi

Dieses Vorhaben ist noch nicht mit BK und Ressorts abgestimmt. Vorherige Konsultationen mit EG-Kommission und EG-Mitgliedstaaten und Informationen des ECE-GS⁵⁷ wären politisch erforderlich.⁵⁸

5) West-West-Verhältnis

(1) Besuch des Bundespräsidenten in den USA⁵⁹

Der Besuch des Bundespräsidenten in den USA – wirkungsvoll als Demonstra-

⁴⁹ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 228, besonders Anm. 14.

⁵⁰ Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 228.

⁵¹ Die deutsch-polnischen Regierungskommission zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit trat nach 1979 erstmals wieder am 31. Januar/1. Februar 1985 in Warschau zu ihrer fünften Tagung zusammen.

⁵² Der Passus „Unterstützung des polnischen Beitritts ... Datum beenden“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Referat 411 legte am 20. Juli 1983 dar, daß Griechenland von Beginn an nicht an den von den EG-Mitgliedstaaten beschlossenen Maßnahmen gegen die UdSSR teilgenommen habe und Dänemark die Sanktionen seit März 1983 nicht mehr anwende. Auch die irische Regierung überlege, „nach dänischem Vorbild die Maßnahmen einseitig nicht mehr anzuwenden“. Vgl. Referat 411, Bd. 131177.

⁵³ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 374–382.

⁵⁴ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer internationalen Konferenz über das Waldsterben vgl. auch Dok. 241.

⁵⁵ Zu dem Passus „Ebene ... oder München“ vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Gute Idee.“

⁵⁶ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Eher Anfang 84.“

⁵⁷ Klaus A. Sahlgren.

⁵⁸ Die multilaterale Umweltkonferenz fand vom 24. bis 27. Juni 1984 in München statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Juli 1984; AAPD 1984.

⁵⁹ Bundespräsident Carstens hielt sich anlässlich der 300-Jahrfeier der deutschen Einwanderung in Nordamerika vom 3. bis 14. Oktober 1983 in den USA auf.

tion westlicher Einheit und als medienwirksames Thema (vor allem Rede vor beiden Häusern des Kongresses⁶⁰ und offizieller Besuch bei den VN am 13.10.⁶¹).

(2) Deutsch-französischer Gipfel

Der nächste deutsch-französische Gipfel ist am 24./25. November in Bonn vorgesehen.⁶² Anzustreben wäre, daß die französische Unterstützung für die INF-Stationierung klar herausgestellt wird.

(3) EG und NATO

Europäische Gemeinschaft und Atlantisches Bündnis müssen den Zusammenhalt und die Solidarität von Partnern und Verbündeten auf die Öffentlichkeit ausstrahlen. Gelegenheit hierzu bieten vor allem der EG-Gipfel in Athen⁶³ sowie die NATO-Herbst-Ministerkonferenzen⁶⁴. Friktionen vermeiden, insbesondere Ausbruch einer EG-Krise im Zusammenhang mit Vorbereitung von Athen wegen unflexibler deutscher Verhandlungsposition.

6) Dritte Welt

Mit Blick auf unsere Öffentlichkeit käme es darauf an, hochrangige politische Besuche medienwirksam herauszustellen. Im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt sollten wir unsere der Friedenssicherung dienende, an einem militärischen Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene orientierte Sicherheitspolitik erläutern – vor allem auch gegenüber den in Reichweite der SS-20 liegenden südlichen und östlichen Anrainern der SU. Dabei sollte deutlich werden, daß diese Politik auch im Interesse der Förderung der Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt und echter Blockfreiheit liegt. Im übrigen sollten wir unsere auf Eindämmung bestehender und Verhinderung neuer Krisenherde gerichtete Stabilisierungspolitik fortsetzen. (Besonderer Problempunkt ist Mittelamerika.)

Folgende Einzelanregungen, die die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen könnten, sind anzuführen:

a) Bundeskanzler in Asien

Der Bundeskanzler wird vom 31.10. bis 4.11. nach Japan reisen⁶⁵, anschließend nach Indonesien⁶⁶. Zuvor sollte, wenn irgend möglich, bei einer Zwischenlandung in Indien ein Gespräch mit Frau Gandhi stattfinden.⁶⁷

⁶⁰ Der Passus „Rede ... des Kongresses“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 2.

Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Carstens vom 5. Oktober 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 1059–1063.

⁶¹ Bundespräsident Carstens hielt am 13. Oktober 1983 eine Rede vor der VN-Generalversammlung in New York. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1983, S. 1070–1072.

⁶² Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. November 1983 vgl. Dok. 356, Dok. 357, Dok. 359 und Dok. 361.

⁶³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen vgl. Dok. 375.

⁶⁴ Am 6./7. Dezember 1983 fand in Brüssel die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO statt. Vgl. dazu Dok. 380.

Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 376.

⁶⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Japan vgl. Dok. 322 und Dok. 323.

⁶⁶ Bundeskanzler Kohl führte am 5. November 1983 ein Gespräch mit Präsident Suharto in Jakarta. Vgl. Dok. 328.

⁶⁷ Bundeskanzler Kohl traf am 6. November 1983 mit Ministerpräsidentin Gandhi in Neu Delhi zusammen. Vgl. Dok. 329.

b) Beziehungen zu China

Die deutsch-chinesische Wirtschaftskommission soll im Oktober tagen.⁶⁸ Sie sollte möglichst pressewirksam gestaltet werden.

Zu denken ist auch daran, ob künftige Außenministerkonsultationen nicht nur mit Japan⁶⁹, sondern auch mit den Chinesen stattfinden sollten.

c) Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt

(1) Erneuerung der „Dialog-Perspektive“ (globale Verhandlungen) an die Dritte Welt; Rede des BM vor VN/GV am 29.9.1983.⁷⁰

(2) Stärkere öffentlichkeitswirksame Darstellung unserer Maßnahmen auf dem Gebiet der Rohstoffpolitik im Verhältnis zur Dritten Welt (Ratifizierung Gemeinsamer Fonds⁷¹, Ratifizierung von Kaffee-⁷² und Kakao-Abkommen⁷³, Erweite-

⁶⁸ Die dritte Tagung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission fand vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Peking statt. Vgl. dazu den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 12. Oktober 1983, der dem Auswärtigen Amt am 31. Januar 1984 übermittelt wurde; Referat 421, Bd. 141373.

⁶⁹ Während des Besuchs des Bundespräsidenten Lübke vom 6. bis 15. November 1963 in Japan vereinbarte Bundesminister Schröder mit dem japanischen Außenminister Ohira am 7./8. November 1963 regelmäßige Gespräche. Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 410.

⁷⁰ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 29. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1983, S. 929–934.

⁷¹ Zur Unterzeichnung des Internationalen Übereinkommens über den Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vom 27. Juni 1980 durch die Bundesrepublik am 10. März 1981 vgl. Dok. 208, Anm. 3. Eine Befassung des Kabinetts mit dem Ratifizierungsverfahren unterblieb 1982 wegen der Auflösung des Bundestags und der Neuwahlen am 6. März 1983. Am 18. Mai 1983 legte das Bundesministerium für Wirtschaft einen Gesetzentwurf vor, gegen den die Bundesministerien des Innern und der Justiz jedoch rechtliche Bedenken erhoben. Für den Entwurf der Kabinettsvorlage und die Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern vom 24. Mai 1983 vgl. Referat 402, Bd. 134026. Am 1. Dezember 1983 legte Referat 402 dar, das Ratifizierungsverfahren sei immer noch nicht eingeleitet: „Hierdurch droht uns der Verlust der eigenen Glaubwürdigkeit und außenpolitischer Schaden.“ Vgl. Referat 402, Bd. 134026.

⁷² Am 20. Juni 1983 beschloß das Kabinett im Umlaufverfahren den Beitritt zum Internationalen Kaffee-Übereinkommen 1983, das am 16. September 1982 vom Internationalen Kaffeerat ausgehandelt worden war und das am 30. September 1983 auslaufende Kaffee-Übereinkommen 1976 ersetzen sollte. Vgl. dazu die Mitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 21. Juni 1983; Referat 402, Bd. 133762.

Am 29. Juni 1983 teilte Botschaftsrat I. Klasse von Studnitz, New York (VN), mit, daß er das Übereinkommen unterzeichnet habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1409; Referat 402; Bd. 133762. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 354–408.

⁷³ Das am 19. November 1980 von der VN-Kakao-Konferenz angenommene Internationale Kakao-Übereinkommen von 1980 wurde von der Bundesrepublik am 31. März 1981 unterzeichnet. Da die Elfenbeinküste als größter Produzent und die USA als größter Verbraucher von Kakao sich dem Übereinkommen nicht anschlossen, wurde es am 1. August 1981 nur vorläufig in Kraft gesetzt mit dem Vorbehalt der EG-Mitgliedstaaten, daß es nach einem Jahr überprüft werden sollte. Am 25. April 1983 legte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in einer Kabinettsvorlage dar: „Das Übereinkommen hat sein Hauptziel, die Stabilisierung der Weltmarktpreise auf dem vereinbarten Niveau, nicht erreicht.“ Ein Rückzug der EG-Mitgliedstaaten sei aber „aus politischen Gründen nicht möglich“. Daher wurde die Ratifizierung des Übereinkommens empfohlen. Vgl. Referat 402, Bd. 133766.

Am 3. Juni 1983 teilte des Bundeskanzleramt mit, daß die Zustimmung des Kabinetts im Umlaufverfahren erfolgt sei und der Entwurf des Zustimmungsgesetzes dem Bundesrat zugeleitet worden sei. Für das Schreiben und den Gesetzentwurf vgl. Referat 402, Bd. 133766.

Für den Wortlaut des Abkommens mit Anlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 411–457.

zung des Exportstabilisierungssystems auf weitere LLDC⁷⁴, Aushandlung Zuckerabkommens⁷⁵, Verhandlung weiterer Rohstoffabkommen).

(3) Öffnung der Märkte und Abwehr des Protektionismus im Verhältnis zur Dritten Welt.

(4) Fortführung der Entwicklungshilfe, ausreichende Ausstattung der multilateralen Entwicklungsinitiativen, Schwerpunktbildung unserer Entwicklungshilfe zugunsten von Ernährungs- und Energieprojekten.

7) Folgende Themen, die teilweise auch im Non-Paper aufgeführt sind, erscheinen weniger geeignet:

a) Eine „Friedensnote“ der Bundesregierung begegnet Bedenken, da das Vorbild von 1966⁷⁶ nicht wiederholbar ist, eine innere Notwendigkeit nicht zu sehen ist und politisch bedeutsame Aussagen Allianzfragen aufwerfen würden.⁷⁷ Statt dessen „Friedensreden“ z. B. des BK und BM.

b) Gegen den indischen Vorschlag eines „Gipfeltreffens“ am Rande der 38. VN-GV⁷⁸ bestehen Bedenken, da u. a. die INF-Verhandlungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind, die Begegnungen aber jedenfalls vor den geplanten Demonstrationen stattfänden.⁷⁹ Der BK sähe sich in New York vor allem den Forderungen der Dritten Welt im Bereich der Abrüstung und der Wirtschaft ausgesetzt. Zudem ist die Neigung zur Teilnahme an dem Gipfel in westlichen Staaten bisher sehr gering.

Wir haben eine Teilnahme am Gipfeltreffen bisher von der Haltung der Großmächte abhängig gemacht.⁸⁰

c) Eine Rede des BK vor den VN, die auf alle Fälle vor der Aktionswoche der Friedensbewegung (Mitte Oktober) läge, würde ohne Teilnahme an dem von Frau Gandhi vorgeschlagenen Gipfeltreffen sicherlich Verstimmung auslösen.⁸¹

⁷⁴ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um die Erlösstabilisierung für Rohstoffexporte der Entwicklungsländer vgl. Dok. 133, Anm. 35.

⁷⁵ Das Internationale Zuckerübereinkommen (IZÜ) von 1977 hatte eine Laufzeit bis Ende 1984. Die EG-Mitgliedstaaten, die dem Übereinkommen nicht beigetreten waren, beauftragten am 27. Oktober 1981 in Luxemburg die EG-Kommission, bei der Internationalen Zuckerorganisation über ein verbessertes Zuckerübereinkommen zu sondieren. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten legte am 4. März 1983 dar, daß der Internationale Zuckerrat im November 1982 beschlossen habe, das Internationale Zuckerübereinkommen „schon jetzt zu verhandeln“. Das von der EG-Kommission am 28. Januar 1983 vorgelegte Verhandlungskonzept trage „den Realitäten des Zuckerweltmarktes Rechnung“ und sei auch in der Internationalen Zuckerorganisation verhandlungsfähig. Vgl. das Fernschreiben Nr. 1908; Referat 402, Bd. 133758.

Vom 2. bis 20. Mai 1983 fand in Genf eine Konferenz im Rahmen der UNCTAD zur Aushandlung eines neuen Zuckerübereinkommens statt. Die Zuckerkonferenz trat vom 12. bis 30. September 1983 zu ihrer zweiten Runde in Genf zusammen und beschloß eine weitere Verhandlungsrunde für den Zeitraum vom 6. bis 24. Februar 1984.

⁷⁶ Für den Wortlaut der „Friedensnote“ der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

⁷⁷ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „[richtig]“.

⁷⁸ Zum Vorschlag der Ministerpräsidentin Gandhi vom 8. April 1983 vgl. Dok. 176, Anm. 33.

⁷⁹ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „[richtig]“.

⁸⁰ Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar resümierte am 9. August 1983: „Es erscheint gegenwärtig so gut wie ausgeschlossen, daß die USA und die SU zu dieser Zeit zu einem Treffen – noch dazu unter der Ägide der Blockfreien – bereit sein werden. [...] Ein Treffen, bei dem die eigentlichen Schlüsselstaaten fehlen, büßt aber erheblich an Bedeutung – und Wirkung gegenüber der Öffentlichkeit – ein.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125676.

⁸¹ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „[richtig]“.

Statt dessen sollte die Fernsehansprache am Gründungstag der VN vorgesehen werden.

Zu berücksichtigen ist auch, daß der Bundespräsident am 13.10. anlässlich seines USA-Besuches zur Generalversammlung spricht. BM Genscher wird wie in den Vorjahren am 29.9. in der Generaldebatte der GV sprechen.

VS-Bd. 12054 (201)

249

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-360.53-3204/83 geheim

2. September 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer III

Betr.: Hilfsflüge der USA für die libanesische Armee aus Militärdepots in der Bundesrepublik Deutschland⁴

Anlg.: 1 Schreiben der US-Botschaft vom 2.9.1983⁵

I. Sachverhalt

Die amerikanische Botschaft unterrichtet das Auswärtige Amt mit beiliegendem Schreiben vom 2.9.1983, daß die US-Regierung die libanesische Armee mit „verschiedenen Arten“ von Munition zu versorgen beabsichtigt, die aus US-Beständen in einer Reihe europäischer Länder, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, entnommen werden soll. Dabei ist auch an US-Depots in Großbritannien und Italien gedacht. Es sei vorgesehen, in den nächsten 48 bis 72 Stunden eine beträchtliche Menge Munition von den US-Militärflughäfen Ramstein und Rhein-Main in den Libanon zu fliegen. Genauere Angaben könnten jetzt noch nicht gemacht werden; man wolle uns aber vollständig ins Bild setzen, sobald die entsprechenden Informationen vorliegen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 2. September 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Ministerbüros vom 2. September 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. September 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat im Büro Staatssekretäre am 5. September 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 6. September 1983 vorgelegen.

⁴ Vortragender Legationsrat Ehni führte am 31. Oktober 1983 zur Rechtslage aus: „Ohne deutsche Zustimmung dürfen die US-Streitkräfte auf und von ihren Basen in der Bundesrepublik Deutschland aus nur Maßnahmen treffen, die der gemeinsamen Verteidigung gegen einen Angriff auf das Gebiet eines der NATO-Partner in Europa oder Nordamerika oder auf Schiffe oder Flugzeuge eines der Partner im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses dienen.“ Daher seien „die US-Streitkräfte nicht berechtigt, ohne Genehmigung der Bundesregierung vom Bundesgebiet aus“ im Nahen Osten einzugreifen. Vgl. VS-Bd. 10847 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 10847 (209).

Wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit bitten die Amerikaner um möglichst schnelle Entscheidung der Bundesregierung, damit die Hilfsflüge noch an diesem Wochenende⁶ beginnen können.

Wie die amerikanische Seite mitteilte, beabsichtigt sie, auf Anfrage zu bestätigen, daß zur Unterstützung der libanesischen Armee Munitionslieferungen aus amerikanischen Beständen in Europa erfolgen.

II. Bewertung

Die Bundesregierung hat wie ihre europäischen Bündnispartner wiederholt anerkannt, daß die amerikanischen Stabilisierungsbemühungen im Nahen und Mittleren Osten im gesamtwestlichen Interesse liegen (so auch BSR-Beschluß vom 15.11.1982⁷).

Die geplante Maßnahme stimmt mit der Libanonpolitik der Bundesregierung und unserer Partner in der Europäischen Gemeinschaft überein, die legale libanesischen Regierung zu unterstützen.

Wir haben uns wiederholt dafür ausgesprochen, daß die libanesischen Regierung wieder in die Lage versetzt werden müsse, auf dem ganzen libanesischen Staatsgebiet ihre Hoheitsgewalt auszuüben. Dabei kommt der libanesischen Armee eine wichtige, stabilisierende Aufgabe zu.

Die libanesischen Armee hat sich bei der Säuberung West-Beiruts von schiitischen und nasseristischen Milizen – wider Erwarten – gut behauptet und ihre Aufgabe erfüllt. Sollte es nach der Räumung des Schufgebirges (südöstlich von Beirut) durch die Israelis erneut zu Kämpfen zwischen der drusischen und der christlichen Miliz kommen, wird eine weitere Feuerprobe auf die Armee zukommen.⁸

Im Interesse der Glaubwürdigkeit unserer Libanonpolitik, insbesondere unserer Libanonerkklärungen, in denen wir uns nachdrücklich für die volle Wiederherstellung der Souveränität des Libanon, seine Unabhängigkeit und Integrität ausgesprochen haben⁹, sollten wir der geplanten amerikanischen Maßnahme zustimmen.

Das amerikanische Ersuchen ging erneut sehr spät ein und enthält keine Detailinformationen. Positiv zu bewerten ist jedoch, daß die Bundesregierung nach

⁶ 3./4. September 1983.

⁷ Über den Beschluß des Bundessicherheitsrats notierte Vortragender Legationsrat Ehni am 31. Oktober 1983: „Die BR Deutschland ist bereit, sich kooperativ an Maßnahmen zu beteiligen, die im Zusammenhang mit R[apid]J[oint]D[eployment]T[ask]F[orce]-Planungen stehen. Diese Beteiligung kann u. a. umfassen: ‚Gewährung von Überflug- und Zwischenlanderechten für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten (in Fortführung einer schon bisher geübten Praxis: Einzelfallentscheidung bei konkretem amerikanischen Ersuchen). Im Einklang mit den Grundsätzen der Solidarität und Lastenteilung im Bündnis wird darauf zu achten sein, daß auch andere hierfür in Betracht kommende Bündnispartner der Durchführung entsprechender Maßnahmen auf ihrem Territorium zustimmen.“ Vgl. VS-Bd. 10847 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Nach dem Abzug der israelischen Armee am 3. September 1983 aus dem Schuf brachen Kämpfe zwischen christlichen und drusischen Milizen aus. Botschafter Eitel, Beirut, teilte am 5. September 1983 mit: „Die libanesischen Armee war und bleibt noch mit der Sicherung Beiruts ausgelastet. Sie ist daher allen Ankündigungen zum Trotz nicht ins Schufgebirge eingerückt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 636/637; Referat 310, Bd. 135769.

⁹ Vgl. dazu die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vom 21./22. März 1983 in Bonn zum Nahen Osten; EUROPA-ARCHIV 1983, D 248 f.

Vgl. dazu ferner die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart im Bereich der Politischen Zusammenarbeit; EUROPA-ARCHIV 1983, D 420.

der Intervention des Auswärtigen Amts im Falle der Tschad-Hilfsflüge¹⁰ förmlich unterrichtet und um Zustimmung gebeten wurde.

Aus den dargelegten Gründen sollten wir uns dem amerikanischen Ersuchen nicht verschließen. Wir sollten jedoch auf schneller und laufender Unterrichtung über Art und Menge der Lieferungen von US-Basen in der BR Deutschland bestehen. Auch sollten wir Informationen darüber erhalten, aus welchen anderen europäischen Ländern Hilfsflüge erfolgen. Für den Fall einer grundlegenden Änderung der Sachlage müssen wir uns die Möglichkeit einer weiteren Stellungnahme vorbehalten.

Im übrigen sollten wir die Amerikaner um größte Diskretion bitten, um Deutsche und deutsche Institutionen im Libanon nicht zu gefährden. Die Ausgangsländer der Lieferungen sollten daher auf keinen Fall genannt werden.

III. Es wird empfohlen, der amerikanischen Botschaft folgendes mitzuteilen:

- Die Bundesregierung erhebt keine Einwände gegen die geplanten Hilfslieferungen zur Unterstützung der libanesischen Armee.
- Sie geht davon aus, daß abgezogene Ausrüstung und Munition im Interesse der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses wieder ersetzt wird.
- Die Bundesregierung bittet um schnelle und umfassende Unterrichtung über Art und Umfang der Lieferungen und andere europäische Länder, aus denen Hilfsflüge erfolgen; auch als Grundlage für eine eventuelle weitere Stellungnahme.
- Die Bundesregierung bittet mit Rücksicht auf die im Libanon befindlichen Deutschen und deutschen Institutionen um möglichst diskrete Behandlung der Angelegenheit. Auf keinen Fall sollten Angaben über die Ausgangsländer der Transporte gemacht werden.
- Außerdem wäre die Bundesregierung dankbar, wenn sie in künftigen Fällen frühzeitig befaßt werden könnte.

IV. Abteilung 3 hat mitgezeichnet. Das BMVg hat auf Leitungsebene zugestimmt (StS Rühl nach Rücksprache mit BM Wörner). Das Bundeskanzleramt wird nach dem Votum des Auswärtigen Amts die Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers herbeiführen.¹¹

Pfeffer

VS-Bd. 10847 (209)

¹⁰ Ministerialdirigent Schauer notierte am 2. August 1983, das Auswärtige Amt habe auf Anfrage von der amerikanischen Botschaft am 30. Juli 1983 folgendes erfahren: „Von den 10 Mio. \$, die Präsident Reagan am 19.7. für die Tschad-Hilfe freigegeben habe, seien bisher Hilfsgüter im Werte von 6 Mio. \$ geliefert worden. Diese Güter seien ausschließlich von den USA direkt in den Tschad geflogen worden, mit Ausnahme von sieben Wasserwagen (water trailers), die aus POMCUS-Beständen in Deutschland genommen und von hier ausgeflogen worden seien. Die Wasserwagen hätten ohnehin ausgetauscht werden müssen.“ Nach Rechtsauffassung der Bundesregierung handele es sich „bei der amerikanischen Unterstützung des Tschad vom Bundesgebiet aus um eine typische ‚out-of-area‘-Aktion, welche nur nach Einholen deutscher Zustimmung hätte ausgeführt werden dürfen“. Da das Versäumnis primär „auf eine aus der Besatzungszeit im militärischen Bereich fortgeschleppte Routine“ zurückzuführen sei, gelte es, „eine gegenläufige Routine einzuführen“. Vgl. Referat 322, Bd. 141044.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann unterrichtete mit Schreiben vom 5. September 1983 die amerikanische Botschaft „im Anschluß an die telefonische Mitteilung“ des Vortragenden Lega-

250

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-19664/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1566
Citissime

Aufgabe: 3. September 1983, 19.06 Uhr
Ankunft: 3. September 1983, 19.36 Uhr

Bereitschaftsdienst AA: Bitte Ministerbüro benachrichtigen¹

Betr.: INF;

hier: Sitzung der SCG am 3.9.1983

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Sitzung der SCG am 3. September in Brüssel (Vorsitz: Dobbins) – ursprünglich für den 2. September angesetzt – war um einen Tag verschoben worden, weil Burt und Dobbins durch den Zwischenfall mit dem koreanischen Flugzeug in Washington² festgehalten waren.³ Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die sowjetische Haltung zu verurteilen sei. Die Rüstungskontrollverhandlungen, die fundamentalen westlichen Interessen entsprächen, dürften dadurch jedoch nicht beeinträchtigt werden.

Dobbins berichtete, daß in Washington noch keine Entscheidung über die Weiterentwicklung der amerikanischen Verhandlungsposition gefallen sei. Es sei vorgesehen, daß Nitze am 4. September von Präsident Reagan empfangen wer-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1273

tionsrats Seibert vom 3. September 1983, daß die Bundesregierung „keine Einwände gegen die geplanten Hilfslieferungen zur Unterstützung der libanesischen Armee“ erhebe. Allerdings solle die abgezogene Ausrüstung und Munition im Interesse der NATO ersetzt werden. Zudem erbitte die Bundesregierung eine rasche und umfassende Unterrichtung über Art und Umfang der Lieferungen, auch aus anderen europäischen Ländern, sowie die diskrete Behandlung der Angelegenheit. „In künftigen Fällen wäre die Bundesregierung für eine möglichst frühzeitige Befassung dankbar.“ Vgl. VS-Bd. 13560 (310); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Hat dem Bereitschaftsdienst am 4. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „VLR I von Ploetz unterrichtet. Ablichtung an RL 010 gegeben.“

² Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Flugzeug der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL vom Typ Boeing 747 mit 269 Menschen an Bord von sowjetischen Jagdflugzeugen im sowjetischen Luftraum abgeschossen. Ministerialdirigent Schauer und Ministerialdirektor Fischer unterrichteten die Delegation des Bundesministers Genscher, z.Z. Belgrad, am 5. September 1983 über den Erkenntnisstand: „Die Maschine befand sich auf dem Linienflug von New York über Anchorage nach Seoul. Aus bisher nicht geklärten Gründen war die Maschine weit vom Kurs abgekommen und hatte über zwei Stunden sowjetisches Territorium (die Halbinsel Kamtschatka und anschließend die Insel Sachalin, auf denen sich sowjetische militärische Anlagen befinden) überflogen. Die koreanische Maschine wurde beim Verlassen des sowjetischen Luftraums über Sachalin offenbar über dem offenen Meer getroffen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 258; Referat 213, Bd. 133215.

³ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 2. September 1983 mit, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Hawes, habe angekündigt, bei der verschobenen Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO sei wenig Neues zu erwarten, da „eine Entscheidung des Präsidenten über die auf der NSC-Sitzung vom 12.8. beratenen Optionen zur Fortentwicklung der amerikanischen INF-Position noch nicht gefallen sei“. Unklar sei, wie sich der Abschluß des südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR auf die INF-Verhandlungen auswirken werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3868; VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

de und daß der Präsident anschließend eine Erklärung zur Eröffnung der sechsten Verhandlungsrunde abgebe.⁴ Nitze werde jedoch noch keine neuen Instruktionen mit nach Genf nehmen. In der Sitzung im engeren Kreise mit den fünf Stationierungsländern⁵ unterstützten diese Länder unsere Haltung, daß eine neue westliche Initiative in den Verhandlungen möglichst bald kommen sollte, um zu demonstrieren, daß von westlicher Seite alle Anstrengungen unternommen werden, um noch in diesem Herbst ein Abkommen zu erreichen.

Einigkeit bestand auch über unsere Anregung, daß die Entscheidung über den Abzug taktischer Atomwaffen aus Europa so vorbereitet, bekanntgegeben und durchgeführt werden sollte, daß eine möglichst starke Wirkung auf die westliche öffentliche Meinung erzielt wird.

II. Im einzelnen

a) In der Sitzung im engeren Kreis (Quint) schilderte Dobbins die noch wachsende Empörung in den USA über das sowjetische Verhalten bei dem Flugzeugzwischenfall.⁶ Der Vorfall werde die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen belasten und auch den Charakter des Treffens zwischen Außenminister Shultz und Gromyko in Madrid⁷ beeinflussen. Es sei aber die feste Absicht Washingtons, an den Rüstungskontrollverhandlungen und am Außenministertreffen in Madrid festzuhalten.

Ich verwies auf die spontane, empörte Reaktion bei uns. Es sei zu begrüßen, daß das Treffen Shultz–Gromyko in Madrid gleichwohl stattfinde. Es sei auch richtig gewesen, die Sitzung der SCG nur zu verschieben und nicht ausfallen zu lassen und klarzumachen, daß unsere Bemühungen um konkrete Verhandlungsergebnisse nicht nachlassen werden.

b) Die Weiterentwicklung der westlichen Verhandlungsposition wurde zunächst ebenfalls im engeren Kreise erörtert. Dobbins konnte keinen Zeitpunkt angeben, zu dem die Entscheidung in Washington fallen wird. Zum weiteren Konsultationsprozeß meinte Dobbins, die Verbündeten würden wie bisher zunächst bilateral unterrichtet, sobald die Entscheidung in Washington gefallen sei. Bei einer anschließenden SCG-Sitzung solle dann der Konsensus hierüber herge-

⁴ Im Anschluß an ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 3. September 1983 teilte Präsident Reagan mit, daß die INF-Verhandlungen in Genf trotz des Abschusses des südkoreanischen Passagierflugzeugs am 1. September 1983 fortgeführt werden sollten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1226.

⁵ Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

⁶ Ministerialdirigent Schauer und Ministerialdirektor Fischer teilten der Delegation des Bundesministers Genscher, z. Z. Belgrad, am 5. September 1983 mit: „Präsident Reagan zufolge beweisen die Aufzeichnungen der Funksprüche der sowjetischen Jagdpiloten (das Band mit diesen Funksprüchen ließ der Präsident den Fraktionsführern des Kongresses vorspielen), daß das Flugzeug vorsätzlich abgeschossen worden ist. Spekulationen gehen dahin, der Befehl zum Abschluß sei vom Oberkommandierenden der sowjetischen Luftwaffe, Marschall Kutachow, ohne Unterrichtung der sowjetischen politischen Führung erteilt worden. Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Speakes, erklärte, die USA hätten unwiderlegbare Beweise dafür, daß der Jet zum Zeitpunkt des Abschusses eindeutig als Verkehrsflugzeug zu identifizieren war. Eine indirekte Bestätigung, daß die Sowjets das Flugzeug als Zivilflugzeug erkannt hatten, geht aus der Erklärung des Chefs des Hauptstabes der sowjetischen Flugabwehrstreitkräfte, Generaloberst Romanow, (laut TASS) hervor, das ausländische Flugzeug habe die internationalen Zivilflugbestimmungen grob verletzt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 258; Referat 213, Bd. 133215.

⁷ Zum Gespräch am 8. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 262, Anm. 11.

stellt werden. In der Substanz werde sich die amerikanische Entscheidung mit drei Punkten befassen:

- Einführung regionaler Obergrenzen unterhalb einer globalen Obergrenze,
- Behandlung von Mittelstreckenflugzeugen,
- Klarstellung, daß sich jede vereinbarte Reduzierung auch auf die PII-Raketen beziehen werde.

Ich erwähnte als weiteres Thema die Behandlung von SRINF. Wenn die SU eine Regelung dieses Problems von der Einbeziehung der deutschen Pershing Ia abhängig mache, so würde dies an uns nicht scheitern. Zum weiteren Zeitplan erklärte ich, die multilaterale Finalisierung der neuen westlichen Konkretisierung der Zwischenergebnisse sollte, wenn irgend möglich, bei der Sitzung der SCG in London am 12. September erfolgen.⁸

B, NL und IT unterstützten uns hierin ausdrücklich. GB erkannte ebenfalls grundsätzlich an, daß ein neuer westlicher Schritt bald erfolgen sollte, wies jedoch darauf hin, daß genügend Zeit für die Prüfung zur Verfügung stehen müsse.

c) Meine Anregung, die Entscheidung über den Abzug taktischer Atomwaffen aus Europa und die Durchführung dieser Entscheidung so zu gestalten, daß sie möglichst große Wirkung auf die westliche öffentliche Meinung entfalten, wurde positiv aufgenommen. Dobbins erklärte, Perle – der Vorsitzende der HLG – sei dafür sehr aufgeschlossen. Botschafter Glitman, der Vertreter von Botschafter Nitze, regte an, bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hinzuweisen, daß gleichzeitig mit dem Doppelbeschluß der Abzug von tausend taktischen Sprengköpfen beschlossen und inzwischen durchgeführt sei.⁹

d) Dobbins hob die gute Zusammenarbeit mit den Stationierungsländern bei der Behandlung von Demonstrationen gegen amerikanische Einrichtungen hervor. Die Demonstration in Ramstein, die gemessen an der großen Zahl der Teilnehmer am dortigen „Open House“ von einer verschwindend kleinen Zahl getragen worden sei, sei im Fernsehen groß herausgestellt worden.¹⁰ Inzwischen habe man aus den Erfahrungen gelernt. Es sei sichergestellt, daß die amerikanischen Stellen eng mit der örtlichen Polizei zusammenarbeiten.

Ich wies darauf hin, daß die Demonstration in Mutlangen, vor allem auch dank der besonnenen Haltung der amerikanischen militärischen Stellen, sehr viel weniger Aufsehen erregt hätte.¹¹

⁸ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO vgl. Dok. 251, Anm. 6.

⁹ Zum Abzug von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

¹⁰ Am 7. August 1983 fand auf der amerikanischen Luftwaffenbasis in Ramstein ein Flugtag mit ca. 300 000 Besuchern statt. In der Presse hieß es dazu: „Mehr als 160 Anhänger der Friedensbewegung sind am Sonntag wegen Protestaktionen gegen den Flugtag auf dem NATO-Flughafen Ramstein/Pfalz festgenommen worden. Bei einem symbolischen ‚Massensterben‘ von rund 60 Demonstranten aus Anlaß des US-Atombombenabwurfs auf Hiroshima kam es auf dem Flugplatzgelände zu Auseinandersetzungen zwischen Besuchern der Flugschau und Demonstranten. Demonstranten wurden von Besuchern beschimpft und auch tätlich angegriffen. Ihre Festnahme von einer mit Schlagstöcken bewaffneten Spezialeinheit der US-Streitkräfte wurde von Besuchern mit Beifall bedacht.“ Vgl. den Artikel „Flugtag in Ramstein mit Zwischenfällen“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 8. August 1983, S. 1.

¹¹ Vom 1. bis 3. September 1983 fand in Mutlangen die Blockade eines amerikanischen Raketendepots statt. In der Presse hieß es dazu: „Mit einer etwa dreistündigen Großkundgebung in Schwäbisch Gmünd und einer ‚Menschenkette‘ hat am Samstagabend die Friedensbewegung ihre dreitägige

Ergänzender Bericht über Voll-Sitzung der SCG folgt.¹²

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11368 (220)

251

Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze

220-371.76 INF-1946/83 VS-vertraulich

5. September 1983¹

Gespräch D 2A² – Botschafter Nitze bei von Gesandtem Woessner am 5.9.1983 gegebenen Mittagessen³

D 2A erkundigt sich, wie lange der Flugzeugzwischenfall⁴ nach Auffassung von Nitze eine Entscheidung über einen neuen Verhandlungsvorschlag durch Präsident Reagan⁵ verzögern würde. Wir hätten gehofft, eine solche Entscheidung werde noch vor dem Londoner SCG-Treffen fallen und könne dort bestätigt werden.⁶ Der Flugzeugzwischenfall habe diesen Zeitplan völlig umgestoßen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1276

Blockade des US-Depots im schwäbischen Mutlangen friedlich beendet. An der Kundgebung, bei der der saarländische SPD-Chef Oskar Lafontaine, der Tübinger Rhetorik-Professor Walter Jens, der Theologe Helmut Gollwitzer und Vertreter der bundesdeutschen und amerikanischen Friedensgruppen sprachen, nahmen laut Polizei und Stadt etwa 6000 Menschen teil.“ Vgl. den Artikel „Beteiligte werten Mutlangen als Erfolg“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. September 1983, S. 5.

¹² Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 3. September 1983, bei der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag seien die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 27. August 1983, mögliche Schritte der UdSSR in der am 6. September 1983 beginnenden sechsten Runde der INF-Verhandlungen in Genf und das weitere Programm der SCG erörtert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1567; VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 6. September 1983 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann gefertigt.

Hat Botschafter Ruth am 13. September 1983 vorgelegen.

² Friedrich Ruth.

³ Der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, hielt sich am 4./5. September 1983 in der Bundesrepublik auf.

⁴ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁵ Zu den amerikanischen Überlegungen zu neuen Vorschlägen für die am 6. September 1983 beginnende sechste Runde der INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 244.

⁶ Botschafter Ruth, z. Z. London, teilte am 12. September 1983 mit, in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, betont, „daß der US-Regierung die Fortführung des Rüstungskontrolldialogs nach der Zerstörung des koreanischen Flugzeugs durch die SU auch deshalb möglich gewesen sei, weil die meisten Bündnispartner zur solidarischen Reaktion bereit gewesen seien. Die amerikanische Überprüfung der Verhandlungsposition zeige die unveränderte Entschlossenheit der amerikanischen Regierung, zu einem Ergebnis zu kommen. Eine Entscheidung werde im übrigen erst nach

Nitze erwidert, er könne die Dauer der Verzögerung nicht abschätzen. Wenn wir einen neuen Verhandlungsvorschlag für notwendig hielten, könne er uns nur den persönlichen Rat geben, selbst die Initiative zu ergreifen. Auch wenn der Bundeskanzler in seinem bevorstehenden Gespräch mit ihm⁷ sich in diesem Sinne äußern sollte, würde es mehr als seines eigenen Berichts über diese Unterhaltung bedürfen, um entsprechende amerikanische Aktivitäten auszulösen. Auf Bitten *Nitzes* berichtet *D2A* kurz über den Inhalt seiner einschlägigen Gespräche in Washington Ende August.⁸ Die Bemerkung von *D2A*, gegen einen Vorschlag für INF-Flugzeuge gebe es in Washington offensichtlich Widerstände, nimmt *Nitze* zum Anlaß für folgende Bemerkungen: Es werde behauptet, daß das Pentagon gegen Flugzeug-Vorschlag sei. Dies treffe jedoch nicht zu. Er sei vor drei Tagen mit den Chiefs of Staff zusammengetroffen, und aufgrund des Gesprächs gehe er von einer völligen Übereinstimmung der Auffassungen aus. Die Chiefs hätten zwar zunächst Bedenken gegen eine Begrenzung der F-111 in Europa auf 150 oder auch eine etwas höhere Zahl geäußert. Er habe jedoch darauf hingewiesen, daß ohne ein Angebot zur Begrenzung von Flugzeugen eine Begrenzung der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Asien nicht zu erreichen sei. Ferner habe er klargemacht, daß ein Vorschlag für INF-Flugzeuge entsprechend den Modalitäten des Waldspaziergangs⁹ keine anderen amerikanischen nuklearfähigen Flugzeugtypen betreffe. Dies gelte auch für die F-16, deren Reichweite erheblich unter der der F-111 liege. Eine weitere Besorgnis der Chiefs habe der Frage gegolten, ob die in Europa stationierten sowjetischen Backfire einbezogen sein würden. Hier habe er darauf hingewiesen, daß dies bei einer Lösung entsprechend dem Waldspaziergang der Fall sein würde. Hier gebe es allerdings für Rowny ein Problem, weil die USA verlangten, sämtliche Backfire bei START zu berücksichtigen. Insgesamt habe das Gespräch mit den Chiefs nach seinem Eindruck jedoch vollständige Übereinstimmung in der Flugzeug-Frage ergeben.

Was einen neuen Vorschlag angehe, müsse befürchtet werden, daß der Präsident jetzt zu sehr von anderen Fragen in Anspruch genommen sei. Die Libanon-Krise stehe im Vordergrund, auch der Flugzeugzwischenfall und dessen inneramerikanische Rückwirkungen verlangten größte Aufmerksamkeit. Er selbst habe alles in seinen Kräften Stehende getan, damit eine Entscheidung für das Londoner SCG-Treffen herbeigeführt würde, jedoch vergebens.

D2A betont, es sei für den politischen Effekt eines neuen Verhandlungsschritts innerhalb der Bundesrepublik unbedingt erforderlich, daß er noch im September erfolge. Wir müßten einen solchen Verhandlungsschritt um unserer eigenen Verhandlungsglaubwürdigkeit willen tun, da wir anderenfalls den Kampf um die öffentliche Meinung verlieren würden. Unsere Chancen, diesen Kampf

Fortsetzung Fußnote von Seite 1277

Konsultationen mit den Bündnispartnern fallen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1423; VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation in Genf, Nitze, am 5. September 1983 vgl. Dok. 252.

⁸ Botschafter Ruth hielt sich am 29./30. August 1983 zu deutsch-amerikanischen Konsultationen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 244.

⁹ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinski, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

zu gewinnen, seien sehr gut, wenn wir richtig vorgehen. D2A erwähnt in diesem Zusammenhang seine Bemühungen um erweiterte britische und französische Erklärungen der Frage der Drittstaatenpotentiale.

Am Schluß des Gesprächs kommt *Woessner* auf die Frage eines Schreibens des Bundeskanzlers an Präsident Reagan hinsichtlich eines Verhandlungsschrittes zurück. *Nitze* erläutert, daß er aufgrund seiner Stellung nicht in der Lage sei, den D2A gegebenen Rat im Gespräch mit dem Bundeskanzler vorzubringen, da dies dann in die Gesprächsniederschrift der Botschaft aufgenommen werden müsse, auf diese Weise Washington zur Kenntnis komme und damit kontraproduzent wirken könne. D2A sagt zu, daß er die Frage mit dem Bundeskanzler aufnehmen werde. Ein solcher Brief würde auf folgende Fragen eingehen:

- Zeitfaktor, kein weiterer Verzug möglich;
- mögliche Elemente eines Verhandlungsschritts (Flugzeuge, regionaler subceiling, Reduzierung von PII), illustrative Zahlenangabe für subceiling;
- Hinweis, daß die Bundesregierung im Falle einer sowjetischen Forderung nach Einbeziehung der Gefechtsköpfe auf den deutschen PI einem Verhandlungsergebnis nicht im Wege stehen werde.

Nitze erwidert, es sei wichtig, in dem Brief zu unterstreichen, daß die genannten Elemente eine Ausfüllung des Zwischenergebnisses und kein neuer Schritt seien und daß sie mit den westlichen Kriterien für ein Zwischenergebnis im Einklang stünden. Im gleichen Sinne empfehle er, hinsichtlich der Reduzierung von PII die von uns benutzte Formulierung zu wählen, daß sich Reduzierungen der Nachrüstung nicht allein auf Marschflugkörper beschränken würden. Diese Formulierung drücke etwas auf der Hand Liegendes aus, sie sei deshalb Formulierungen, die den Eindruck einer beabsichtigten prozentualen Reduzierung der Elemente der Nachrüstung erweckten, vorzuziehen.¹⁰

VS-Bd. 11356 (220)

¹⁰ Vortragender Legationsrat Citron, z.Z. Madrid, notierte am 9. September 1983, die Absendung des Schreibens von Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan bezüglich einer neuen amerikanischen Initiative bei den INF-Verhandlungen in Genf sei „vom BK wohl wegen der bisher ungeklärten westlichen Haltung zum Abschluß der koreanischen Verkehrsmaschine zurückgestellt worden“. Citron riet Bundesminister Genscher, angesichts von dessen „erfolgreichen Bemühungen um eine gemeinsame westliche Position“ Kohl zu empfehlen, „den Brief an den Präsidenten nunmehr abzusenden“. Vgl. Referat 220, Bd. 124524.

Für das Schreiben vom 15. September 1983 vgl. Dok. 267.

Botschafter Ruth an Bundesminister Genscher, z.Z. Belgrad

220-371.76 INF-1881/83 geheim

Aufgabe: 5. September 1983, 20.23 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 260

Citissime nachts

Betr.: INF;

hier: Gespräch Bundeskanzler/Botschafter Nitze am 5.9.83²

Bitte umgehend Herrn Bundesminister³ unterrichten:

Bundeskanzler empfing Botschafter Nitze heute von 15 bis 16 Uhr. Gespräche haben außerdem mit BM Wörner⁴, MdB Dr. Dregger sowie den Herren Vogel, Ehmke, Bahr und mit mir⁵ stattgefunden.

Vorbehaltlich der Abfassung eines umfassenden Protokolls folgt Unterrichtung über den operativen Teil des Gesprächs Bundeskanzler/Nitze.

Nitze berichtete, daß in Washington eine Entscheidung über die Themen, die Ruth mit Burt erörtert hat⁶, noch nicht gefallen sei. Er könne deshalb keine Ausführungen über eine neue amerikanische Position machen.

Der Bundeskanzler stellte fest, daß er mit dem, was Botschafter Nitze in diesem Teil des Gesprächs zu berichten hatte, nicht zufrieden sei. Es sei unbedingt erforderlich, daß die Vereinigten Staaten erneut einen weiterführenden Vorschlag unterbreiten. Er könne keine dem entgegenstehenden Probleme erkennen. Wir seien uns so einig, wie sonst nie zuvor.

Es sei wichtig, daß wir jetzt psychologisch geschickt handelten. Er, der Bundeskanzler, könne verstehen, daß die amerikanische Regierung angesichts des bru-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 6. September 1983 vorgelegen.

² Der Leiter der amerikanischen INF-Delegation in Genf, Nitze, hielt sich am 4./5. September 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Hat Bundesminister Genscher, z.Z. Belgrad, am 5. September 1983 vorgelegen.

Genscher begleitete am 5./6. September Bundespräsident Carstens bei dessen Staatsbesuch vom 5. bis 8. September 1983 in Jugoslawien. Vgl. dazu Dok. 255.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelte Legationsrat I. Klasse Ischinger, z.Z. Belgrad, „zur Vorlage bei BM“ eine Aufzeichnung des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, über das Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation. Darin hieß es, Nitze habe bezüglich einer weiteren amerikanischen Initiative bei den INF-Verhandlungen in Genf mitgeteilt, „daß noch keine verbindliche Entscheidung in Washington gefallen sei“. Nitze habe „den Inhalt des Präsidenten-Briefes an BK, der Antwort auf BK-Brief vom 2.9. ist“, vorgetragen, insbesondere die fünf Bedingungen für ein INF-Abkommen: „gleiche Rechte, globale Geltung, Nachprüfbarkeit, Ausschluß von Waffen anderer Länder, keine Gefährdung der konventionellen Fähigkeiten der NATO“. Wörner habe geraten, „in Genf rechtzeitig eine Initiative zu ergreifen, um der SU nicht eine offensive Verhandlungsführung mit öffentlichkeitswirksamen Vorschlägen zu überlassen, mit der der Westen in die Defensive gedrängt werden könnte.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 257; VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Für das Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 5. September 1983 vgl. Dok. 251.

⁶ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, am 29. August 1983 in Washington vgl. Dok. 244.

talen Abschusses der koreanischen Linienmaschine⁷ nicht sofort einen Vorschlag einbringen wollten. Es dürfe aber nicht dazu kommen, daß die Vereinigten Staaten in Genf nur reagierten. Das Gesetz des Handelns müsse bei Nitze liegen. Die Sowjetunion sei jetzt in der Defensive. Wie lange dies dauere, sei schwer zu sagen. Möglicherweise werde in zwei Wochen der Alltag zurückkehren. Dann sei es erforderlich, daß Nitze in den Verhandlungen wieder Wortführer sei.

Er wolle auch klarmachen, daß die Bundesregierung ihre Verpflichtungen einhalte. Wenn es in Genf zu keinem Ergebnis komme, seien wir entschlossen zu stationieren.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß es notwendig sei, die Möglichkeiten zu prüfen, über die Ruth und andere mit der amerikanischen Regierung gesprochen haben.

Die Vereinigten Staaten dürften nicht nur reagieren, sondern müßten agieren. Er habe die Absicht, in diesem Sinne noch in dieser Woche an den Präsidenten zu schreiben.⁸ Auch der direkte Kanal mit dem Weißen Haus solle genutzt werden. Nitze nahm zu der Absicht des Bundeskanzlers, mit dem Präsidenten Verbindung aufzunehmen, wie folgt Stellung: Er halte eine solche Kontaktaufnahme für außerordentlich wichtig. Dabei werde es nützlich sein, darauf hinzuweisen, daß es sich bei einem nächsten westlichen Schritt nicht um eine Änderung der Politik handle, sondern um eine Ausfüllung der Details der bisherigen westlichen Position. Diese Ausfüllung sollte sich beziehen auf:

- das Verhältnis globale Obergrenze, regionaler subceiling,
- Einbeziehung von Flugzeugen, ohne die westlichen Kapazitäten zu beeinträchtigen,
- Behandlung der Raketen kürzerer Reichweite mit der Feststellung, daß amerikanische Gefechtsköpfe auf deutschen Pershing I kein Hindernis für Verhandlungsfortschritte sein werden,
- Feststellung, daß Reduzierungen sich sowohl auf Cruise Missiles als auch Pershing II auswirken müßten,
- Themen der Verifikation.⁹

Der Bundeskanzler bestätigte, daß er dem Präsidenten schreiben werde mit der Empfehlung, in diesem Sinne die amerikanische Position weiterzuentwickeln.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14120 (010)

⁷ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁸ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 15. September 1983 an Präsident Reagan vgl. Dok. 267.

⁹ Der Passus „das Verhältnis ... Verifikation“ wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

253

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Boehmer an die Botschaft in Washington

512-520.25-751/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1022

5. September 1983¹
Aufgabe: 6. September 1983, 17.37 Uhr

Betr.: Produzentenhaftung DuPont/Dow Chemical²

Bezug: DB Nr. 3566 vom 15.8.1983 – RK 512 VS-v³

DE Nr. 977 vom 26.8.1983 – 512-520.25-714/83 VS-v⁴

1) Nur zur dortigen Unterrichtung:

Gespräch mit Prof. Dr. Otto Klimmer am 2.9.1983 ergab folgendes:

Er habe Anfang der 60er Jahre zusammen mit Prof. Dr. Wilhelm Neumann⁵, Pharmakologisches Institut der Universität Würzburg, Direktor Wolfgang Wirth⁶, Pharmakologische Abteilung der Farbwerke Bayer, und Prof. Dr. Oettel⁷,

¹ Durchdruck.

² Zu einer möglichen Involvierung von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik in den Produzentenhaftungsprozeß gegen die amerikanischen Firmen DuPont und Dow Chemical vgl. Dok. 231.

³ Gesandter Wallau, Washington, berichtete, die Befragung der betroffenen Wissenschaftler sei dem amerikanischen Militärgeheimdienst übertragen worden. Unklar bleibe, „ob die Wissenschaftler sich seinerzeit darüber im klaren waren, zu welchem Zweck sie in Anspruch genommen wurden. Die Gespräche über die Formel wurden von ehemaligem deutschen Kollegen, der im Rahmen der ‚Operation Paperclip‘ in die USA verbracht worden war, geführt. Unter diesen Umständen fragt es sich, ob man den Wissenschaftlern, deren Alter und Gesundheitszustand nicht bekannt sind, Besuch eines Angehörigen der Military Intelligence des Typs unseres Gesprächspartners zumuten sollte. [...] Im übrigen könnten denkbare Schlagzeilen in amerikanischer Presse wie etwa ‚Agent Orange brainchild of German Scientists‘ auch zu innenpolitischen Diskussionen in Bundesrepublik Deutschland führen, zumal einer der Betroffenen Bediensteter einer Bundesanstalt war.“ Vgl. VS-Bd. 12937 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Boehmer unterrichtete die Botschaft in Washington, das Auswärtige Amt beabsichtige, „Angelegenheit zunächst mit Professor Klimmer zu besprechen“. Vgl. VS-Bd. 12425 (512); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Wilhelm Albert Neumann war von 1924 bis 1939 Privatassistent am Pharmakologischen Institut der Universität Würzburg. Mitglied des „Stahlhelm“ seit 1933, wurde er 1934 Mitglied der SA und trat 1937 der NSDAP bei. Nach der Habilitation war er seit 1939 planmäßiger Assistent am Pharmakologischen Institut in Würzburg, ab 1942 außerplanmäßiger Professor. Im Januar 1946 entlassen, war Neumann bis 1948 bei der Firma Heinrich Mack in Illertissen tätig. 1948 erhielt er die Lehrbefugnis zurück und wurde im folgenden Jahr zum ordentlichen Professor für Pharmakologie und Toxikologie in Würzburg ernannt. Von 1955 bis zum Tod 1965 war Neumann zudem Vorsitzender der Senatskommission der DFG zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe. Vgl. dazu Stefanie KALB, Wilhelm Neumann (1898–1965). Leben und Werk unter besonderer Berücksichtigung seiner Rolle in der Kampfstoff-Forschung, Diss. Universität Würzburg 2005.

⁶ Wolfgang Wirth war von 1927 bis 1935 Assistent am Pharmakologischen Institut der Universität Würzburg, wo er 1935 über „Experimentelle Studien zur Behandlung von Vergiftungen durch Blausäure-Einatmung“ habilitierte. Im Dezember 1933 trat Wirth der SA bei. 1936 wurde er Mitarbeiter im Heereswaffenamt in Berlin, für das er bereits zwischen 1926 und 1932 mehrfach als Beobachter an Kampfstoff-Feldversuchen in der geheimen Versuchsstelle der Reichswehr im sowjetischen Tomka teilgenommen hatte. 1938 übernahm er zusätzlich die Leitung der gastherapeutischen Abteilung und den Aufbau des Instituts für Pharmakologie und Wehrtoxikologie an der Militärärztlichen Akademie in Berlin, dessen Leitung er von 1941 bis 1945 innehatte. 1939 war er bei Menschenversuchen mit Senfgas (Lost) im KZ Sachsenhausen anwesend. Von 1948 bis 1963 arbeitete Wirth in der Pharmakologischen Abteilung der Bayer AG in Wuppertal-Elberfeld, seit 1954 als deren Leiter. Vgl. dazu Wolfgang WOELK, Der Pharmakologe und Toxikologe Wolfgang Wirth (1898–1996) und die Giftgasfor-

Pharmakologische Abteilung der BASF, einer bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft angesiedelten Kommission für gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe angehört. Im Rahmen dieser Kommission habe Prof. Oettel über das Auftreten des hochgiftigen Stoffes Dioxin bei der BASF berichtet. Dieser Stoff sei bei der Herstellung unkrautvernichtender Mittel unbeabsichtigt entstanden, habe tödliche Unfälle verursacht und sei so giftig, daß das Gebäude, in dem der Stoff entstanden sei, zunächst versiegelt und später abgerissen werden mußte.⁸ Über den Unfall bei der BASF sei damals Stillschweigen bewahrt worden, doch seien einige Wissenschaftler, die mit der Herstellung von Pflanzenvernichtungsmitteln befaßt waren, gesprächsweise über die Gefahren zur Warnung unterrichtet worden. So sei auch der deutsch-amerikanische Wissenschaftler Dr. Friedrich Hoffmann, der sich auf einer wissenschaftlichen Besuchsreise befunden habe, ohne Hinweis auf den Unfall bei der BASF warnend unterrichtet worden. – In der deutschen Industrie sei seitdem bei der Herstellung von Pflanzenvernichtungsmitteln besonders darauf geachtet worden, daß keine Spuren von Dioxin auftreten.

Es habe sich um denselben Stoff gehandelt, der später in Seveso, Italien, in viel gefährlicherer Weise aufgetreten sei.⁹ In der deutschen chemischen Industrie sei dieser Stoff niemals bewußt hergestellt worden. Offenbar sei er aber später in Amerika für militärische Zwecke weiter entwickelt und industriell hergestellt worden. Prof. Klimmer bezeichnete die Verwendung des Stoffes in Vietnam als barbarisch.

2) Es kann nicht im deutschen Interesse liegen, daß amerikanische Unterlagen über Dioxin oder Agent Orange, in denen die Namen deutscher Wissenschaftler genannt werden, einem amerikanischen Gericht und damit der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Es könnte sonst in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als hätten deutsche Wissenschaftler bewußt und gezielt der amerikanischen Seite chemische Erkenntnisse für militärische Zwecke zur Verfügung gestellt. Dies ist, wie sich aus dem unter 1) Gesagten ergibt, nicht der Fall gewesen. Es wird daher gebeten, der amerikanischen Seite mitzuteilen, daß die Bundesregierung und die beteiligten deutschen Wissenschaftler

Fortsetzung Fußnote von Seite 1282

schung im Nationalsozialismus, in: Ders./Frank Sparing/Karen Bayer/Michael Esch (Hrsg.), Nach der Diktatur. Die Medizinische Akademie Düsseldorf nach 1945, Essen 2003, S. 269–287; Ernst KLEE, Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945, Frankfurt/Main 2001, S. 298–303.

⁷ Heinz Oettel war 1933 bis 1935 außerplanmäßiger Assistent am Pharmakologischen Institut der Universität Berlin. Seit 1933 Mitglied der NSDAP und der SA, übernahm er 1936 die Vertretung des Lehrstuhls für Pharmakologie an der Tongji-Universität in Shanghai; seit 1941 leitete er die dortige Deutsche Medizinische Akademie. Von 1949 bis 1968 war Oettel Leiter des Gewerbehygienisch-Pharmakologischen Instituts bei der BASF. Vgl. Bundesarchiv, Bestand R 4901/25158. Vgl. ferner KÜRSCHNERS DEUTSCHER GELEHRTEN-KALENDER 1983, S. 3028.

⁸ In der Presse hieß es dazu: „Nach einem Dioxin-Unfall bei BASF in Ludwigshafen im Jahre 1953 erkrankten 55 Menschen an Chlorakne, 42 von ihnen wurden bis zur Unkenntlichkeit entstellt. 1958 erlitt ein Schlosser eine Dioxin-Vergiftung, neun Monate später starb er. Alle Kaninchen, die bei 15 Jahre währenden Tests in die vergiftete Fabrik geschickt wurden, starben. 1968 ließ BASF das Werk abreißen, weil selbst die Chemieprofis daran scheiterten, das Gebäude zu entgiften.“ Vgl. den Artikel „Blutender Berg“; DER SPIEGEL, Nr. 51 vom 19. Dezember 1983, S. 26.

⁹ Am 10. Juli 1976 ereignete sich in der chemischen Fabrik „Industrie Chimiche Meda Società Azionaria“ (ICMESA) in der Nähe von Seveso ein Unfall, durch den giftiges Tetrachlordibenzodioxin („Dioxin“), in die Umwelt entwich: „Als Folge der chemischen Verseuchung wurden rund 200 Personen in Spitäler eingeliefert [...]. Ein 115 ha großes Gebiet um Seveso, in dem rund 800 Personen lebten, wurde gänzlich evakuiert.“ Vgl. AdG 1976, S. 20458.

Wert darauf legen, daß die einschlägigen Papiere nicht herausgegeben werden, die Zurückhaltung der Papiere aber nicht mit deutschen Vorstellungen begründet werde.¹⁰

Boehmer

VS-Bd. 12425 (512)

254

Botschafter Buchrucker, Maputo, an das Auswärtige Amt

114-19668/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 130
Citissime

Aufgabe: 5. September 1983, 10.00 Uhr¹
Ankunft: 5. September 1983, 14.56 Uhr

Betr.: Spionagevorwurf und Ausweisung des Kanzlers der Botschaft Maputo
(3.9.83)

Bezug: DB VS-NfD 49 vom 19.7.83, gerichtet an Ref. 513 (VS-NfD)

Mit der Bitte um Weisung zu Ziffer 3 und 4

I. Zusammenfassung

Mosambiks AM Chissano verlangte 3.9. Ausreise Kzl. I. Werner Büttner innerhalb einer Woche.

Aufgrund Versetzungserlaß SP 103-02-110 SP 2520 vom 8.2.83 hatte Herr Büttner Abflug bereits für 7.10.83 gebucht. Notwendige Vorverlegung also vier Wochen.

Botschaft hält es für sehr wahrscheinlich, daß es sich bei der mos.² Entscheidung um eine Repressalie gegen Herrn Büttner handelt, der 18.7.83 einer dreiköpfigen DDR-Experten-Familie die Ausreise aus Mosambik in die Bundesrepublik Deutschland ermöglichte (siehe Bezugs-DB).

Botschaft wertet mos. Vorgehen als die für Mosambik unter gegenwärtigen Umständen mindesterforderliche Geste gegenüber DDR.

¹⁰ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 7. September 1983: „Ablehnende Antwort der Wissenschaftler wurde Gesprächspartnern übermittelt. Position der Bundesregierung wurde nicht erwähnt, da dies auf gegebener Ebene nicht zweckmäßig schien. Nach Auskunft des Gesprächspartners werden keine schriftlichen Erklärungen der Wissenschaftler mehr benötigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3941; VS-Bd. 12425 (512); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. dazu Anm. 7.

Hat Vortragendem Legationsrat Holl am 6. September 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vergau verfügte.

Hat Vergau und Ministerialdirigent Haas am 6. September 1983 vorgelegen.

² mosambikanischen.

II. Im einzelnen

1) Gesprächsverlauf

a) AM Chissano bestellte mich Samstag (3.9.) ein und beteuerte eingangs den Wunsch seiner Regierung, die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland weiterzuentwickeln und alles zu vermeiden, was die beginnende Zusammenarbeit belasten könnte. Aus diesem Grunde bäte er mich, meiner Regierung den delikaten Wunsch zu übermitteln, den Dritten Sekretär Werner Büttner so bald als möglich nach Deutschland zurückzurufen.

Die Gründe lägen in der Person des Herrn Büttner. Seiner Regierung ginge es im Interesse unserer Beziehungen darum, die Angelegenheit ohne jedes Aufsehen abzuwickeln. Daher wolle er weder Herrn Büttner zur Persona non grata erklären noch die Medien benachrichtigen. Herrn Büttners Rückversetzung könnte unter einem Vorwand geschehen, zumal er doch sowieso zur Versetzung anstände.

b) Ich erwiderte, diese Bitte, einen bewährten Mitarbeiter betreffend, überrasche mich. Ich bat um Erklärung, was er mit den in der Person des Herrn Büttner liegenden Gründen meine. Seine Antwort sei für meine Regierung wichtig, nicht nur zur Einschätzung dieses Vorgangs, sondern auch hinsichtlich der weiteren Verwendung im Dienste der Bundesregierung.

c) AM Chissano erklärte, er wolle es so formulieren: Herr Büttner habe in seiner diplomatischen Tätigkeit zu viel Eifer gezeigt. Der Sicherheitsdienst habe es allerdings anders ausgedrückt und Herrn Büttners Tätigkeit als Spionage eingestuft.

d) Ich erwiderte, den Vorwurf des Sicherheitsdienstes könnte ich nicht akzeptieren. Herr Büttner habe mein volles Vertrauen. Ich hätte in dem Jahr meines hiesigen Aufenthalts keinerlei Ereignisse oder Anzeichen im Zusammenhang mit Herrn Büttner in Erinnerung, die Anlaß zum Spionagevorwurf hätten geben können. Ich bäte um Angabe der Zeitspanne und des Zusammenhangs, in welchem der Spionagevorwurf erhoben werde. Darüber hinaus wollte ich den AM mit einer Besonderheit bei uns vertraut machen:

Die Bundesrepublik Deutschland habe infolge der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges die diplomatische und die geheimdienstliche Tätigkeit getrennt. Es sei institutionell ausgeschlossen, daß ein Diplomat der Bundesrepublik Deutschland von meiner Regierung mit einer geheimdienstlichen Tätigkeit betraut werde.

e) AM Chissano antwortete, er wolle meine Ausführungen nicht bezweifeln. Er wüßte aber aus seiner Zeit als Geheimdienstchef der FRELIMO, als er auch portugiesische Offiziere zur Mitarbeit gewann, daß den Anwerbungen des Geheimdienstes in der Praxis keine Grenzen gesetzt seien. Im übrigen wolle er nicht sagen, daß Herr Büttner für einen deutschen Nachrichtendienst gearbeitet habe.

Chissano zog ein mehrere Seiten umfassendes Papier aus der Tasche, überflog es und fügte hinzu, nach den Feststellungen des Sicherheitsdienstes habe Herr Büttner Informationen im wirtschaftlichen, polizeilichen, militärischen, politischen, ideologischen und im Sicherheitsbereich eingezogen, die über das für einen Diplomaten übliche Sammeln von Erkenntnissen hinausgingen. Man könnte

vielleicht gutwillig einräumen, Herr Büttner habe Erkundigungen eingezogen, um ein Buch über Mosambik zu schreiben. Aber damit reimten sich einige Vorwissenisse nicht.

Chissano fuhr fort: „Wenn ich z. B. Ihr Monatsgehalt erfahren wollte, würde ich Sie selbst fragen und nicht Ihre Sekretärin.“ Herr Büttner habe sich in innermosambikanische Angelegenheiten eingemischt und müsse das Land verlassen.

f) Ich antwortete, seine Vermutung treffe zu, daß Herrn Büttners Versetzung bevorstünde. Ich schlug daher vor, Herrn Büttner Anfang Oktober abreisen zu lassen, womit auch seinem Wunsch auf Vermeidung jeden Aufsehens am besten gedient wäre.

g) AM Chissano winkte höflich bedauernd ab: Herr Büttner müsse noch in der kommenden Woche das Land verlassen. Diese Konzession habe er bereits dem Sicherheitsdienst abgerungen, der Abflug mit dem nächsten Flugzeug verlangt habe. Jede Woche, die Herr Büttner verbleibe, werde die Angelegenheit zusätzlich belasten.

Ich erwiderte: Also Abflug Ende nächster Woche, Freitag, 9. September.

h) Ich fuhr fort, ich würde meiner Regierung berichten. Ich bedauerte diese Entscheidung um so mehr, als mir vor einer Woche anlässlich einwöchiger Ferien in der Provinz Cabo Delgado der Sicherheitsdienst in einer Art begegnet wäre, die von Unkenntnis der Rechte und Pflichten eines Diplomaten zeugte.

i) AM Chissano bat mich, ihn darüber bei einem nächsten Gespräch zu informieren. Er müsse zu einem Termin in die Präsidialkanzlei. (Präsident Pereira, Kap Verde, befand sich 3.9. in Mosambik.)

2) Hintergrund

a) Spionagevorwurf

Ich habe Herrn Büttner von meinem Gespräch mit AM Chissano in Kenntnis gesetzt. Herr Büttner erklärte auf mein Befragen, daß er sich keines Verhaltens bewußt sei, das den Spionagevorwurf rechtfertigen könnte. Ich habe keinerlei Anlaß, an dieser Aussage zu zweifeln. In einjähriger Zusammenarbeit habe ich Herrn Büttner als einen betont korrekten, zurückhaltenden und umsichtigen Beamten kennengelernt.

b) Heimschaffung der DDR-Experten

Herr Büttner wurde in seinem Einvernehmen³ von mir für den Einsatz am 18.7.83 bestimmt, weil er zur Versetzung anstand. Die Durchführung entsprach einem letzten vergleichbaren Tätigwerden der Botschaft im Jahre 1980, das damals zwar ohne Konsequenzen, aber sicher nicht unbemerkt blieb. Die Botschaft war sich des Risikos bewußt. Herr Büttner wurde am 18.7.83 von Herrn ROS⁴ Stoffel begleitet. Den Grenzbehörden erschien Herr Büttner⁵ gegenüber als Führer der Reisegruppe.

Die Ausreise der DDR-Experten-Familie ohne Ausreisegenehmigung verstieß gegen die mos. Gesetze. Objektiv hat dabei Herr Büttner Beihilfe geleistet. Die

³ Korrigiert aus: „Einnehmen“.

⁴ Regierungsobersekretär.

⁵ Korrigiert aus: „Bumfer“.

Einlassung, er und die Botschaft hätten bei Vorbereitung und Durchführung der Reise in Unkenntnis der wahren Identität der Mitreisenden und ihrer mangelnden Ausreisegenehmigung gehandelt, würde kaum überzeugen. AM Chissano ließ den Vorwurf der Fluchthilfe, der die Botschaft insgesamt impliziert hätte, unausgesprochen. Ich habe meinerseits nicht weiter auf Substanziierung der Vorwürfe insistiert.

3) Wertung und Vorschlag

Der wirkliche und vollständige Grund der Ausweisung kann zur Stunde nicht mit letzter Gewißheit bestimmt werden. Ich gehe davon aus, daß Herrn Büttners Ausweisung auf dessen Tätigwerden am 18.7.83 fußt.

a) Einerseits:

Spionagevorwurf gegen Kanzler Büttner ist meines Erachtens ohne jede Grundlage und unhaltbar.

AM Chissano hat ihn als Bericht des Sicherheitsdienstes zitiert und sich überwiegend auf die Kritik am Übereifer des Diplomaten gestützt. Die Formulierung würde auch die Verletzung der mos. Gesetze anlässlich der Fluchthilfe decken.

b) Andererseits:

AM Chissano bemühte sich im Gespräch mit mir um einen versöhnlichen Ton, äußerte mehrfach die Absicht zur Entwicklung guter Beziehungen mit uns und seinen Wunsch zur Vermeidung jeder Belastung. Die Ausweisung führt zu einer relativ geringen Verkürzung des Aufenthalts des Ausgewiesenen. Jede Publizität soll unterbleiben.

c) Nach Abwägung dieser Umstände wird die Botschaft, falls keine andere Weisung eingeht, der Ausweisung zum 9.9. ohne weitere Gegenvorstellungen Folge leisten. Vorgeschlagene Sprachregelung: Kanzler I. Klasse Büttner wurde einen Monat früher als vorgesehen zu Dienstantritt in die Zentrale zurückgerufen.⁶

⁷4) Folgerungen

Mosambiks Abhängigkeit von seinen osteuropäischen Partnern, vor allem im Sicherheitsbereich, ist eine Realität, die – falls überhaupt – nur langsam abgebaut werden kann. Wenn Mosambik die Fluchthilfe der Botschaft ungeahndet ließe, wäre mit dem Vorwurf der DDR zu rechnen, ihr Beraterbestand in Mosambik (rund 300, ohne Militärberater) sei nicht genügend geschützt. Dieser Vorwurf träfe Mosambik nach Entführung von 24 SU-Experten 21.8. durch die mos. Widerstandsbewegung⁸ besonders empfindlich.

⁶ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Holl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diesen Vorschlag hat Referat 103 sich in StS-Vorlage (Mitzeichnung 320) zu eigen gemacht.“

⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 131 übermittelten zweiten Teil des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁸ Legationsrat I. Klasse Koebel, Maputo, berichtete am 25. August 1983: „Nach einem am 24.8. herausgegebenen und heute in den mos[ambikanischen] Medien veröffentlichten Kommuniqué des mos. Verteidigungsministeriums haben bewaffnete Kräfte der R[esistência]N[acional]M[ocambicana] bereits am Sonntag, dem 21.8., die Einrichtungen einer staatlichen Mine in Morrua, Distrikt Ile, in der Sambesia-Provinz überfallen. Bei diesem Überfall wurden zwei sowjetische Geologen und zwei mos. Miliz-Angehörige getötet. Weitere 24 sowjetische Techniker wurden entführt. Techniker aus Portugal und der DDR, die ebenfalls in der Mine arbeiten, blieben unversehrt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 120; Referat 320, Bd. 138089.

Zur Entführung sowjetischer Experten in Mosambik vgl. auch Dok. 285.

Bislang hat die Botschaft in sieben Jahren seit Eröffnung⁹ drei solche Fälle abgewickelt. Für die Botschaft stellt sich die Frage, wie sie ähnlichen Verlangen von Deutschen aus der DDR in Zukunft nachkommen soll. Mit vermehrten Anträgen und erhöhter Wachsamkeit ist zu rechnen. Für Mitteilung über Erfahrungen aus anderen vergleichbaren Hauptstädten (Algier, Havanna) wäre die Botschaft dankbar.

Der Abschluß eines TZ-Rahmenabkommens wird geplant.¹⁰ Das führt zum Nebeneinander in Mosambik von west- und ostdeutschen Experten und der Diskriminierung letzterer hinsichtlich der Ausreisemöglichkeiten. Wir sollten die Möglichkeit prüfen, Mosambik offen auf diese Problematik anzusprechen und nach einer pragmatischen Lösung zu suchen.¹¹

5) Funktionsfähigkeit der Botschaft

Vorschlag zur Überbrückung Personallücke erfolgt mit gesondertem DB.¹²

6) Dienstantritt Kzler I. Klasse Büttner

Falls keine gegenteilige Weisung eingeht, wird Herr Büttner am 9.9.83 seinen geplanten Urlaub und am 4.10.83 seinen Dienst im AA antreten.¹³

[gez.] Buchrucker

VS-Bd. 13580 (320)

⁹ Die Bundesrepublik Deutschland und Mosambik nahmen mit Wirkung vom 3. Februar 1976 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 8.

¹⁰ Zur Entwicklungszusammenarbeit mit Mosambik vgl. Dok. 215, Anm. 10 und 17.

¹¹ Botschafter Buchrucker, Maputo, erinnerte am 28. Oktober 1983 daran, „daß ostdeutsche Entwicklungshilfe-Experten in Mosambik das Land nicht frei verlassen dürfen“. Er empfahl, im geplanten Abkommen über Technische Zusammenarbeit „eine zwischenstaatliche rechtliche Grundlage für das Tätigwerden der Botschaft bei Ausreise ostdeutscher Landsleute zu schaffen und so der Botschaft auch künftig die Möglichkeit zur Fortführung der bisherigen Praxis offenzuhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 179; Referat 320, Bd. 138094.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau unterrichtete die Botschaft in Maputo am 2. November 1983: „Wir teilen die Ansicht der Botschaft, daß uns die Schutzpflicht gegenüber deutschen Staatsangehörigen aus beiden Teilen unseres Landes in einem Staat mit ausgeprägter Ostbindung wie Mosambik vor große Schwierigkeiten stellt. Gleichwohl raten wir von dem Versuch ab, uns diese Aufgabe durch eine Modifizierung von Art[ikel] 5 des TZ-Rahmenabkommens zu erleichtern. Wir fürchten, daß wir durch einen solchen Versuch die unter erheblichen Schwierigkeiten erreichte Aufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Mosambik mit einem kaum lösaren Problem belasten und die bisherigen Ansätze der Vertrauensbildung zwischen beiden Ländern gefährden würden. [...] Uns ist bewußt, daß damit der Vertretung auch künftig die schwere Entscheidung über ihr Vorgehen im Einzelfall überlassen bleiben muß.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 75; Referat 320, Bd. 138094.

¹² Um die ständige Besetzung der Botschaft Maputo mit zumindest einem Beamten des gehobenen Dienstes zu gewährleisten, schlug Botschafter Buchrucker, Maputo, vor, die Abordnung der neuen Kanzlerin I. Klasse Lauer auf den nächstmöglichen Termin vorzuziehen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 132; B 103 (Referat 103), Bd. 918.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kleiner unterrichtete die Botschaft in Maputo am 7. September 1983: „1) Auswärtiges Amt ist mit der unter Ziffer 6 des Bezugsberichts Nr. 131 vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden. 2) Zur Überbrückung der dadurch entstehenden Vakanz wird Kanzlerin I Frau Marianne Lauer angewiesen, mit nächster Fluggelegenheit zum Dienstantritt nach Maputo zu reisen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 61; B 103 (Referat 103), Bd. 918.

255

Botschaftsrat I. Klasse Gerz, Belgrad, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 544****Citissime nachts****Aufgabe: 6. September 1983, 17.00 Uhr¹****Ankunft: 6. September 1983, 19.54 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch vom 5. bis 8.9.1983²;
 hier: zweite Gesprächsrunde BM mit AM Mojsov

Bezug: DB 542 vom 6.9.1983 – Prot 700 SS³

BM traf 6.9. mit AM Mojsov zu zweiter Gesprächsrunde zusammen, die knapp zwei Stunden einschließlich Mittagessen dauerte. Nachfolgender Gesprächsvermerk ist noch nicht von Minister genehmigt.

Mojsov eröffnete Gespräch mit Hinweis auf schwierige Situation in Madrid. Zur Zeit unternehme schwedischer Außenminister⁴ nochmals Versuch, maltesischen AM⁵ umzustimmen. Hierzu gab Mojsov BM Einblick in diesbezügliches Fernschreiben. Rumänien habe den Konsens akzeptiert, halte aber mit Bekanntgabe noch bis morgen, 7.9., zurück. Einwurf BM, taktisch sei es klüger, wenn Rumänien schon heute seine Zustimmung gebe, damit Malta nicht glauben könne, es könne sich hinter dem Rücken Rumäniens verstecken. M. nimmt an, daß bis zur Fortsetzung des gemeinsamen Fluges von Köln nach Madrid das Ergebnis

¹ Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.

Am 7. September 1983 leitete Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „ein korrigiertes Exemplar“ des Drahtberichts an das Ministerbüro „mit der Bitte um Freigabe“ weiter. Vgl. Anm. 11, 15, 16 und 20.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 9. September 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Horstmann und Jansen sowie Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Jansen am 9. September 1983 vorgelegen.

Hat Horstmann am 12. September 1983 vorgelegen.

Hat Ploetz am 21. September 1983 vorgelegen.

Hat Ischinger erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Braunmühl verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M[it] d[er] B[itte] um Verteilung vorbehaltl[ich] Genehmigung BM.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178876.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler unterrichtete am 14. September 1983: „Auf Einladung jugo[slawischen] Staatspräsidiums statteten der Bundespräsident und Frau Carstens vom 5. bis 8. September 1983 Jugoslawien einen Staatsbesuch ab. Der Bundespräsident wurde von BM Genscher begleitet, der gemeinsam mit jug. AM Mojsov am 6. September zum Abschluß KSZE-Folgetreffens nach Madrid weiterreiste, sowie, nach Abreise BM, von StM Dr. Mertes.“ Vgl. den Rundvermerk Nr. 94; Referat 012, Bd. 124453.

³ Botschaftsrat I. Klasse Gerz, Belgrad, berichtete am 6. September 1983: „BM kam 5.9., 16.00 Uhr, mit AM Mojsov zu einem ersten ca. einstündigen Gespräch zusammen, in dessen Mittelpunkt INF und Madrid standen. Erstes Zusammentreffen wurde durch ca. zehn-minütiges Vier-Augen-Gespräch abgeschlossen. Mojsov stellte eingangs fest, daß Verschärfung des internationalen Klimas einen erfolgreichen Abschluß in Madrid noch dringlicher gemacht hätte. Über Ausgang könne derzeit allerdings nur spekuliert werden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178876.

⁴ Lennart Bodström.

⁵ Alex Scerberras Trigona.

der z.Zt. noch fortdauernden Verhandlungen vorliege. Falls dieses Ergebnis negativ sei, könne BM sich ja nochmals mit AM Andrei in Verbindung setzen.⁶

Das Thema Abrüstung ansprechend, meinte Mojsov, daß Gespräche in Genf trotz aller Schwierigkeiten fortgesetzt werden müßten, aber auch in anderen Foren müsse Gespräch weitergehen. M. unterstrich Interdependenz, die zwischen Abrüstungsverhandlungen auf allen Ebenen bestehe. Hier müßten die anderen Länder durch ihr Engagement die Verhandlungen der beiden Großmächte in Genf positiv beeinflussen. Hinsichtlich Stockholm⁷ schlage er, M., Konsultationen zwischen BRD und Jugoslawien vor. Wir könnten dadurch aus erster Hand über Vorgehen der N + N in Vorbereitungsphase unterrichtet werden. Über den Ort der Konsultation könne man sich noch einigen.

Anschließend brachte Mojsov Palmes Vorschlag für eine nukleargefuchtsfeld-waffenfreie Zone entlang der Grenze zwischen beiden Blöcken⁸ und das Projekt einer kernwaffenfreien Zone (KWFZ) auf dem Balkan⁹ zur Sprache. Zum Palme-Vorschlag meine Mojsov, die Idee sei schon im Rapacki-Plan¹⁰ enthalten. Sie habe jedoch keine realistische Grundlage, weil sie den Beziehungen zwischen den Blöcken nicht entspreche. Er sei sich der negativen Reaktion der Bundesregierung und der NATO bewußt. Von einer anderen Seite betrachtet, habe die Idee jedoch möglicherweise einen realen Kern, nämlich das Bedürfnis, daß nicht nur zwischen den Blöcken, sondern auch mit anderen Staaten über die Probleme der taktischen Rüstung gesprochen werde. Taktische Kernwaffen gebe es in großer Menge auf beiden Seiten. Viele davon seien veraltet, trotzdem würden

⁶ Malta stimmte am 6. September 1983 dem Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu. Vgl. dazu Dok. 236, Anm. 7.

⁷ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

⁸ Zum schwedischen Vorschlag vom 8./9. Dezember 1982 für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone vgl. Dok. 9, Anm. 45.

Ministerpräsident Palme hielt sich vom 19. bis 22. Juni 1983 in Belgrad auf. Dazu berichtete Botschafter Grabert, Belgrad, am 30. Juni 1983, laut Mitteilung des jugoslawischen Außenministeriums habe Palme „ein bemerkenswertes Engagement in Frage kernwaffenfreier Zone gezeigt. Sowjetische Andeutungen, eigenes Territorium mit einzubeziehen, habe er als ermutigend bezeichnet. Palme habe die Einrichtung einer kernwaffenfreien Zone, so klein sie auch sei, schon deshalb einen Fortschritt genannt, weil von solchen Zonen dann Druck auf die Nuklearmächte ausginge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 361; Referat 221, Bd. 128680.

⁹ Zu Überlegungen für eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan vgl. Dok. 218, Anm. 22.

Referat 221 notierte am 12. Dezember 1983: „Rumänien (1957) und Sowjetunion (seit 1959) haben wiederholt Vorschläge für eine KWFZ Balkan gemacht. Jugoslawien unterstützt dies seit 1965 (Tito-Besuch in Moskau). Rumänien hat (4.2.1981) nach entsprechendem WP-Beschluß erneut Vorstoß unternommen. Bisher scheiterte der Vorschlag an Bedenken von Türkei und Griechenland. Griechischer MP Papandreu hat in einer Rede im Mai 1983 eine griechische Initiative für die KWFZ Balkan angekündigt und (17./18.5.1983) den anderen Balkan-Staaten Einladungen zu einem Expertentreffen in Athen vor Jahresende übermittelt. Damit macht sich erstmals ein NATO-Partner zum Fürsprecher für ein KWFZ-Konzept in Europa.“ Vgl. Referat 221, Bd. 124582.

¹⁰ Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki vor der VN-Generalversammlung in New York den Vorschlag, eine aus der Bundesrepublik, der ČSSR, der DDR und Polen bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte er seine Vorstellungen in einem Memorandum. Weitere modifizierte Versionen des Rapacki-Planes, in denen der Gedanke einer Verminderung der konventionellen Streitkräfte hinzutrat, wurden am 4. November 1958 und am 28. März 1962 vorgelegt. Für den Wortlaut der letztgenannten Fassung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 201–205. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, I, Dok. 143. Am 14. Dezember 1964 wiederholte Rapacki seine Vorschläge vor der VN-Generalversammlung in New York und empfahl die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Vgl. dazu auch AAPD 1964, II, Dok. 398, und AAPD 1965, I, Dok. 152.

sie auf beiden Seiten vervollkommen. Deshalb wäre es nützlich, wenn, so wie in Wien über eine Reduzierung der konventionellen Waffen verhandelt werde, auch Verhandlungen über eine Verminderung der taktischen Nuklearwaffen stattfänden. Die Wiederauflage der Idee einer KWFZ auf dem Balkan nannte Mojsov unter Hinweis auf die Erfahrungen Jugoslawiens als Balkanland propagandistisch. Selbst diejenigen, die sie¹¹ vorgeschlagen hätten, machten jetzt schon Rückzieher. Situation auf dem Balkan werde sich aber noch weiter verschlechtern, wenn es zwischen Großmächten über Mittelstreckenwaffen nicht zu einer Einigung komme. Deswegen unterstütze Jugoslawien die Idee im Sinne einer zukunftsweisenden Idee, eines psychologischen Slogans. Wesentlich realistischer seien Vorstellungen einer Zusammenarbeit auf dem Balkan auf dem Boden der Schlußakte von Helsinki¹². Jugoslawien stimme da dem Vorschlag Papandreous eines Gipfels mit vorangehenden Experten-Treffen zu.¹³

BM ging in seiner Antwort zunächst auf Verhältnis der verschiedenen Abrüstungsgespräche zueinander ein. Jedes dieser Gespräche habe seinen Sinn in sich, insgesamt jedoch könnten sie die Rahmenbedingungen für INF verbessern. Auch unsere Besuche bei östlichen Nachbarn und in Moskau hätten dem Ziel gedient, ein günstiges Klima für Genf zu schaffen. Wenn jetzt KAE beginne, seien erstmals alle Gebiete der Abrüstung erfaßt. Was KAE betreffe, hätten wir frühzeitig mit der Erarbeitung eines Konzepts begonnen, welches wir am 30.8. unseren Verbündeten unterbreitet hätten.¹⁴ Zur Zeit werde das Konzept beraten. BM nahm Vorschlag zur Konsultation zwischen Abrüstungsbeauftragten Jugoslawiens und der BRD über Struktur und Ziele der Konferenz¹⁵ an. Ein Termin für eine Begegnung in Jugoslawien oder in der Bundesrepublik Deutschland solle noch verabredet werden.¹⁶ Zusammenarbeit mit N+N sei für uns wichtig. Dies sei während des ganzen KSZE-Prozesses so gewesen. Hinsichtlich Palme-Vorschlag unterstrich BM, daß wir schon frühzeitig gesagt hätten, daß wir eine Fülle von Einwänden hätten und dem Vorschlag nicht zustimmen konnten. Viel realistischer sei es, sich auf die Abrüstungskonferenz zu konzentrieren. Offenkundig sei, daß die Frage des konventionellen Gleichgewichts nicht

¹¹ Der Passus „Anschließend brachte Mojsov ... diejenigen, die sie“ ging auf Änderungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl zurück.

¹² Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹³ Botschafter Thomas, Sofia, berichtete am 19. Mai 1983, daß Ministerpräsident Papandreou „zu einem ‚Expertentreffen‘ (ohne Angabe der Ebene) in Athen ‚bis Ende 1983‘“ eingeladen habe „mit dem Ziel der Erörterung der Möglichkeiten multilateraler Zusammenarbeit auf dem Balkan, insbesondere der Schaffung einer N[uklearwaffen]F[reien]Z[one]-Balkan“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; Referat 201, Bd. 125632.

Botschafter Grabert, Belgrad, unterrichtete am 27. Juni 1983: „Wie aus einer Tanjug-Meldung vom 24. Juni hervorgeht, hat Jugoslawien nunmehr offiziell seine Bereitschaft erklärt, an der für Ende des Jahres vorgesehenen Expertenkonferenz zur Erörterung der Zusammenarbeit auf dem Balkan teilzunehmen. [...] Aus der Verlautbarung geht hervor, daß das Schreiben auch den Vorschlag bejahe, die Möglichkeit der Einrichtung einer nichtnuklearen Zone auf dem Balkan zu erörtern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 336; Referat 221, Bd. 128680.

¹⁴ Zum Strategiepapier für die KVAE und seiner Einführung in die NATO vgl. Dok. 247, Anm. 21.

¹⁵ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl gestrichen: „dankend“.

¹⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

positiv beantwortet werden könne. Hierzu wies BM auf das Übergewicht der SU und ihren geostrategischen Vorteil hin. Hinzu komme die Schwäche unserer Verbündeten US und GB, daß sie eine¹⁷ Berufsmarine hätten. Dies schränke die Möglichkeit, Reserven im Spannungsfalle zu mobilisieren, beträchtlich ein. Konventionelle Stärke messe man nicht nur an dem, was man habe, sondern auch an dem, was man schnell haben könne. Er wolle schließlich gar nicht davon reden, daß die Seewege infolge der außerordentlichen Seerüstung der SU unsicherer geworden seien. Dieser Aspekt sei noch nicht genügend erkannt. Um so wichtiger sei es, sich im Rahmen der Abrüstungskonferenz auf die konventionelle Rüstung zu konzentrieren. Es gehe darum herauszufinden, welche Chancen in CBM lägen, welche Chancen im Gleichgewicht der Kräfte und welche in einer Rüstungskontrollzone vom Atlantik bis zum Ural. Bezüglich letzterer seien die Sowjets übrigens elastischer als Palme, da sie mit einer asymmetrischen Zone einverstanden seien. Man habe mit Recht auf die hohe Zahl atomarer Sprengköpfe auf europäischem Territorium hingewiesen. Der Westen habe bereits 1980 mit der Beseitigung von 1000 Sprengköpfen begonnen.¹⁸ Im Herbst werde die NATO eine erneute Reduktion vornehmen. Weder die frühere noch die jetzige Reduktion sei davon abhängig gemacht, daß die SU ebenfalls Sprengköpfe abziehe. Über die Frage der kernwaffenfreien Zone lasse sich kräftig diskutieren. Zunächst komme es darauf an, was man darunter verstehe. Für uns sei eine kernwaffenfreie Zone dadurch definiert, daß keine Kernwaffen dort lagerten und daß keine Kernwaffen dort hineinschießen könnten (von strategischen Interkontinentalwaffen abgesehen). Es komme darauf an, die Ursachen zu beseitigen. Hierzu gehöre die Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts, ein dichtes Netz an CBM und ein hohes Maß an Zusammenarbeit zwischen West und Ost, insbesondere in Europa. Er glaube, daß das Verständnis für die Situation wachse. Viele Leute fragten sich, was es der koreanischen Maschine genützt habe, daß sie nicht bewaffnet gewesen sei¹⁹, was es Afghanistan genützt habe, daß es eine schwache Armee habe. Wir dürften nicht Appetitmacher für Expansionsdrang sein. Aber er trage wohl mit diesen Äußerungen Eulen nach Athen in einem Land, das selbst einiges dazu tue, damit der Expansionsappetit gezügelt werde. Hier warf M. ein, Jugoslawien müsse um so mehr dafür tun, als es nur unter seinem Schirm²⁰ lebe. BM erwiderte, ein bißchen nütze Jugoslawien der Schirm der NATO auch. Es gäbe Mitglieder und Begünstigte der NATO. Zur zweiten Kategorie gehöre Jugoslawien. Abschließend faßte BM mit der Bemerkung zusammen, es komme jetzt darauf an, sich auf Genf zu konzentrieren. Auch von einem Zwischenergebnis werde sich schon eine veränderte Landschaft ergeben. M. stimmte dem zu.

M. eröffnete Gespräch bei Tisch mit bereits vorher gestellter Frage, warum Europa sich in Nahost z. Z. so zurückhalte. Ob es einen Grund dafür gäbe, daß

¹⁷ Korrigiert aus: „keine“.

¹⁸ Zum Abzug von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

¹⁹ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

²⁰ Die Wörter „nur unter seinem Schirm“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nicht unter dem Schirm der NATO“.

Europa nicht zur aktiven Rolle zur Zeit der Erklärung von Venedig²¹ zurückkehre. BM erwiderte, diese Erklärung sei unverändert gültig. Allerdings seien Europäer durch Vorgänge im arabischen Lager nicht gerade ermutigt. Europäer hätten sich sehr für eine Verbindung des Reagan-Vorschlags²² mit Vorschlag von Fes²³ eingesetzt. Mithin könne man aber jetzt darüber sprechen. Man habe es vorgezogen, zwei vorhandene Pläne in Übereinstimmung zu bringen statt die Situation durch neuen Plan zu komplizieren. Die europäische Grundposition sei nach wie vor dieselbe. ²⁴Viel hänge jetzt auch von der neuen Regierung in Jerusalem ab.²⁵ Shamir sei keine Taube, aber jemand, mit dem man reden könne. Die ökonomische Situation in Israel sei katastrophal. Ebenso die innere Lage einiger arabischer Länder. Der Krieg zwischen Iran und Irak verbrauche beträchtliche Kräfte. Bemühungen in Nahost seien übrigens eine klassische Aufgabe für eine französische Präsidentschaft, die am 1. Januar 1984 beginne. Mojsov wies auf die schlechte Resonanz hin, die die Vermittlungsbemühungen der Blockfreien nach der Konferenz in Neu Delhi²⁶ im Iran gefunden hätten. Er frage sich, ob nicht vielleicht die Bundesrepublik Deutschland, wie andere Staaten, die gleichzeitig Beziehungen zum Iran und Irak hätten, moralischen Druck auf die Kriegführenden ausüben könnten, damit der Konflikt nicht über Region hinausgreife. BM wies darauf hin, daß auch wir Kontakte zu beiden Seiten hätten, moralische Appelle aber wenig hülften. Von Bedeutung sei die Bedrohungsanalyse in den verschiedenen Staaten. Da sehe man Fundamentalismus, die SU und Israel, aber Israel nähme erst den dritten Platz in dieser Bedrohungsanalyse ein. BM wies nochmals auf die Bremswirkung finanzieller Engpässe hin. Im Vertrauen auf hohe Einnahmen aus Ölverkauf habe man ehrgeizige Projekte eingeleitet. Mit steigenden Öleinnahmen sei aber nicht mehr zu rechnen, da energiesparende Maßnahmen ihre Wirkung zeigten und ebenso die Maßnahmen der alternativen Energiegewinnung. Mojsov unterstrich wirtschaftliches Interesse, das Westen an Beendigung Krieges am Golf haben müsse. Auch Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehe kaum ohne Engagement Europas und der Welt.

Abschließend meinte M., er setze sich dafür ein, daß alle Länder sich darum bemühten, Ausweg aus derzeitigem Immobilismus zu finden. BM warf ein, Schlüssel zum Konflikt liege in Saudi-Arabien. M. ergänzte hierauf, Saudi-Arabien habe durch Krieg zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Den Irak als dominierende Macht und den iranischen Fundamentalismus.

²¹ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

²² Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 9, Anm. 17.

²³ Zum Friedensplan der Arabischen Liga für den Nahen Osten („Fes-Plan“) vgl. Dok. 9, Anm. 18.

²⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 545 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁵ 18 Tage nach Ankündigung seiner Rücktrittsabsichten trat Ministerpräsident Begin am 15. September 1983 zurück. Am 21. September 1983 wurde der israelische Außenminister Shamir von Präsident Herzog mit der Regierungsbildung beauftragt. Am 10. Oktober wurde die neue israelische Regierung vereidigt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 876 und Nr. 923 des Botschaftsrats I. Klasse Sikora, Tel Aviv, vom 18. September bzw. 11. Oktober 1983; Referat 310, Bd. 135748.

²⁶ Vom 7. bis 12. März 1983 fand in Neu Delhi die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten statt. Vgl. dazu Dok. 82, Anm. 80.

Am 28./29. April 1983 fand in Neu Delhi die Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

M. kam erneut auf INF-Problematik zurück und drückte seine Sorge bei allfälligem Mißerfolg aus. Was geschehe, wenn SU in Vietnam Raketen stationiere, damit auch die US-Flotte bedrohe? Jetzt sei Krieg in Kambodscha. Der Westen habe vielfach die einfache Vorstellung, daß alles, was in Asien geschehe, lediglich eine Widerspiegelung des russisch-chinesischen Gegensatzes sei. Und man nur händereibend abzuwarten brauche, was geschehe. BM erwiderte, die erste Auswirkung einer Stationierung in Vietnam sei s.E. eine engere Anbindung Vietnams an die SU. Er, BM, habe den Eindruck, daß die Rüstungsanstrengungen der SU in Asien für sie zum Bumerang geworden seien. Das Sicherheitsbewußtsein und das Sicherheitsbedürfnis der Japaner und der ASEAN-Länder sei durch die sowjetische Raketen-Rüstung erheblich gestiegen.

Abschließend wandte sich das Gespräch den Beziehungen China-SU zu. M. führte aus, daß es keine Veränderungen in letzter Zeit, allenfalls kosmetische, gegeben habe. In den Beziehungen China-SU müßten immer zugleich die Beziehungen zur USA mitgedacht werden. Chinesen seien schon immer mehr Praktiker als Ideologen gewesen. Nach Fehlschlag der Kulturrevolution schminkten sie sich auch. Die Normalisierung mit der Sowjetunion werde Jahre – wenn nicht Jahrzehnte – dauern. M. wies hierzu auf Erfahrungen im jugoslawisch-sowjetischen Verhältnis nach 1948²⁷ hin. Dabei müsse man allerdings bedenken, daß die Gegensätze zwischen China und SU wesentlich tiefer und grundlegender seien. In Peking erwarte man jetzt den sowjetischen Unterhändler.²⁸ Gestern habe China in der Presse das sowjetische Vorgehen in der Flugzeugkatastrophe scharf angegriffen. BM stimmte dem mit der Bemerkung „asiatische Solidarität“ zu. Hinsichtlich des jetzt von SU zu erwartenden Verhaltens meinte BM, daß SU noch vor Schlußsitzung in Madrid²⁹ sich würde erklären müssen und klare Informationslinien geben müsse. Mit besonderer Sorgfalt würden wir beobachten, wie die Verbündeten der SU die Angelegenheit kommentieren würden.

[gez.] Gerz

Referat 010, Bd. 178876

²⁷ Am 28. Juni 1948 erklärten die im Kommunistischen Informationsbüro („Kominform“) zusammengeschlossenen Kommunistischen Parteien den Ausschluß der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Im Anschluß daran kündigten die UdSSR und die Ostblockstaaten bis Ende 1949 ihre Handelsverträge mit Jugoslawien und verhängten eine Wirtschaftsblockade.

²⁸ Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kapiza hielt sich vom 8. bis 14. September 1983 in Peking auf.

²⁹ Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

256

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt**114-19716/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 6. September 1983, 17.55 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 3923****Ankunft: 7. September 1983, 00.22 Uhr**

Betr.: Abschluß eines koreanischen Verkehrsflugzeuges am 1.9.1983²;
 hier: Bewertung der amerikanischen Reaktion

Bezug: DB 3907 vom 5.9.1983³

Zur Unterrichtung

1) Reagan hat sich rhetorisch an die Spitze des Protests gegen die Sowjetunion gestellt, die Umsetzung antisowjetischer Stimmung in Konfrontation jedoch vermieden. Die Fortsetzung von Dialog und Zusammenarbeit auf dem zuletzt erreichten Stand, der durch die Rede von Landwirtschaftsminister Block bei Unterzeichnung des Getreidelieferabkommens am 25.8. in Moskau⁴ auffallend euphorisch markiert war, erscheint zwar zunächst ausgeschlossen. Auch ein Gipfeltreffen Reagan-Andropow scheint aus heutiger Sicht in weite Ferne gerückt. Jedoch bleibt die Basis für längerfristige Zusammenarbeit erhalten. Indem die Administration das Schwergewicht ihrer Reaktion auf ein koordiniertes internationales Vorgehen im Luftverkehrsbereich legte, hat sie auf den Zwischenfall spezifisch und verhältnismäßig reagiert.

2) Wichtig ist die Feststellung, welche Bereiche bei der amerikanischen Reaktion ausgespart bleiben bzw. in welchem Umfange sie trotzdem faktisch betroffen sind.

2.1) Die Rüstungskontrollverhandlungen werden nicht ausgesetzt. Die nächste INF-Runde beginnt, wie vorgesehen, heute (am 6.9.). Die für heute angesetzte Sitzung des NSC über die Fortentwicklung der MBFR-Position hat stattgefunden. Allerdings konnte die INF-Runde nicht, wie von verbündeter Seite erhofft, mit der Einführung neuer Vorschläge eröffnet werden, nachdem die Entschei-

¹ Hat Vortragender Legationsrätin Linsmayer am 7. September 1983 vorgelegen.

² Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeuges durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

³ Gesandter Wallau, Washington, berichtete, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe am 5. September 1983 den Vertretern der NATO-Mitgliedstaaten sowie Australiens, Japans, Neuseelands und der Republik Korea (Südkorea) Vorschläge für ein konzertiertes Vorgehen nach dem Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeuges durch die UdSSR am 1. September 1983 unterbreitet. Es würden Maßnahmen gegen die sowjetische Fluglinie Aeroflot vorgeschlagen, die damit gerechtfertigt würden, „daß die gewaltsame Absperrung des sowjetischen Luftraums (obstructive closing of airspace) eine Verletzung internationaler Abkommen darstelle“. Außerdem werde „für eine scharfe Resolution des ICAO-Rates auf der von Südkorea beantragten Sondersitzung am 15.9.“ geworben: „Ferner wird die Befassung der UNESCO (Untersuchung der wissenschaftlichen Aspekte), der ILO (Boykott sowjetischer Verkehrsmaschinen), des Menschenrechtsunterausschusses und der Welttourismus-Organisation (nächstes Treffen am 3.10. in New Delhi) vorgeschlagen.“ Neben der „Forderung nach voller Aufklärung, einschließlich der Gewährung des Zuganges zu der Abschlußstelle“, würden die USA beabsichtigen, von der UdSSR Entschädigung zu verlangen. Vgl. VS-Bd. 12940 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Zum amerikanisch-sowjetischen Abkommen vom 25. August 1983 über die Lieferung von Getreide vgl. Dok. 230, Anm. 17.

dungsfindung des Präsidenten zu INF mit dem Abschluß des koreanischen Flugzeugs zeitlich kollidierte. Es erscheint möglich, daß in Rüstungskontrollbereichen vergleichsweise schwächeren amerikanischen Eigeninteresses kurzfristig eine gewisse Verlangsamung des Entscheidungsprozesses insgesamt eintritt. Eine Entscheidung, über die Fortentwicklung der INF-Position vorläufig nicht zu entscheiden, wurde, wie man uns im State Department sagt, jedoch nicht getroffen. Die von verbündeter Seite für erforderlich gehaltene Bewegung wird um so mehr fortgesetzter Anstöße bedürfen.

2.2) Das KSZE-Ministertreffen in Madrid⁵ findet mit AM Shultz statt. Sein Gespräch mit AM Gromyko erhält jedoch durch Kürzung und Konzentration der Themen auf den Luftzwischenfall und die Einhaltung von Vereinbarungen im Menschenrechts- und Rüstungskontrollbereich durch die Sowjetunion einen scharfen Akzent und eine andere Richtung als bisher.⁶ Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Reise Shultz' nach Madrid nach dem Luftzwischenfall innenpolitisch nur unter dieser Voraussetzung möglich war.

2.3) Handelssanktionen wurden nicht getroffen. Insbesondere wird das Getreidelieferabkommen nicht suspendiert. Der Präsident, der sich seit dem Wahlkampf 1980⁷ – gegen die seinerzeitige Entscheidung Carters – konsequent für Getreidegeschäfte mit der Sowjetunion ausgesprochen hatte, kann und braucht von dieser Linie aus innenpolitischen Gründen nicht abzugehen. Mit der amerikanischen Zurückhaltung mit Sanktionen im Handelsbereich entfällt hier auch die Sorge, daß das amerikanische Verhalten zu Spannungen in der Allianz führen könnte. Die von Präsident Reagan in seiner gestrigen Fernsehansprache angekündigte Absicht, „we are redoubling our efforts with our allies to end the flow of military and strategic items to the Soviet Union“⁸, dürfte keine unüberwindlichen Probleme bieten.

3) Die gezielte amerikanische Reaktion konzentriert sich auf internationale Sanktionen im Bereich des Luftverkehrs, und weniger bedeutsam, auf die Suspendierung einiger bilateraler Vorhaben.

3.1) Die den befreundeten Regierungen gegen Aeroflot vorgeschlagenen gemeinsamen Sanktionen (Suspendierung der Start- und Landerechte; Beendigung von Interline Agreements; Verbot der Ausstellung von Flugscheinen und Transportdokumenten, an denen Aeroflot beteiligt ist; Verbot der Honorierung von Flugscheinen und Transportdokumenten, die andernorts von Aeroflot ausgestellt wurden) treffen die USA selbst nur in geringem Umfang. Die von dem Zwischenfall nicht selbst betroffenen europäischen Verbündeten werden hier naturgemäß stärker gefordert.⁹ Festzuhalten bleibt jedoch, daß das von der Ad-

⁵ Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

⁶ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko am 8. September 1983 in Madrid vgl. Dok. 262, Anm. 11.

⁷ Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter.

⁸ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1229.

⁹ Die Referate 421 und 423 vermerkten am 5. September 1983 in einer gemeinsamen Aufzeichnung: „Eine sofortige bzw. kurzfristige Suspendierung der Lande- und Überflugrechte der Aeroflot könnte nur als Repressalie gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der SU begründet werden. Die SU hat durch den Abschluß des südkoreanischen Verkehrsflugzeugs eine im Interesse aller Staaten geltende

ministration vorgeschlagene koordinierte Vorgehen in der Logik des internationalen Charakters des Zwischenfalls liegt und daß die USA mit der Suspendierung der Aeroflot-Rechte 1981¹⁰ hier bereits „vorgeleistet“ haben. Zu bedenken ist ferner, daß eine mangelnde Aktion in diesem Bereich die Administration vor die Notwendigkeit gestellt hätte, in anderen Bereichen schärfere Maßnahmen zu treffen, die das Ost-West-Klima möglicherweise empfindlicher belasten würden als die auf das sowjetische Vorgehen abgestimmten spezifischen Luftverkehrssanktionen.

3.2) Die Befassung des ICAO-Rates¹¹ und des Weltsicherheitsrates¹² ist ebenfalls als verhältnismäßige Reaktion zu werten. Nach Äußerungen von Gesprächspartnern im State Department liegen die Hoffnungen der Administration auf eine energische Unterstützung durch die von dem Zwischenfall nicht unmittelbar betroffenen europäischen Alliierten vor allem in diesem Bereich.

3.3) Die Suspendierung der Verhandlungen über das ausgelaufene Verkehrsabkommen¹³, das im wesentlichen einen Erfahrungsaustausch über Fragen des Landverkehrs vorsieht, ist eine marginale Sanktion. Inwieweit auch das ebenfalls ausgelaufene Schifffahrtsabkommen¹⁴ und das formal noch in Kraft befindliche, allerdings hinsichtlich der Start- und Landerechte für Aeroflot suspendierte Luftabkommen¹⁵ betroffen sind, ist derzeit noch nicht abzusehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1296

Norm verletzt und damit auch nicht unmittelbar betroffenen Staaten ein Recht gegeben, im Repressalienwege in völkerrechtliche Verträge einzugreifen, die sachlich dem Bereich zugehören, in dem die Völkerrechtsverletzung begangen wurde.“ Allerdings wurde von dieser Maßnahme abgeraten, da nach einem Eingriff in die Luftverkehrsbeziehungen mit der UdSSR „eine Gefährdung des Berlin-Luftverkehrs nicht auszuschließen“ sei und zudem das Transportmittel gefährdet würde, mit der die Ausreise Deutschstämmiger aus der UdSSR in die Bundesrepublik erfolge. Vgl. Referat 232, Bd. 135053A.

10 Die Suspendierung aller Flüge der sowjetischen Fluglinie Aeroflot in die USA war Teil der von Präsident Reagan am 29. Dezember 1981 verkündeten, gegen die UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erlassenen Sanktionen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1209. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 163.

11 Zur Sondersitzung des ICAO-Rats in Montreal am 15./16. September 1983 vgl. Dok. 261, Anm. 6.

12 Der VN-Sicherheitsrat befaßte sich am 2. September 1983 mit dem Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983. Botschafter van Well, New York (VN), teilte am 6. September 1983 mit, daß auch die Fortsetzung der Debatte im Sicherheitsrat durch die Isolierung der UdSSR gekennzeichnet gewesen sei, „die mit Ausnahme von Libyen durch alle Redner verurteilt wurden. Bemerkenswert waren verhältnismäßig harte Stellungnahmen der afrikanischen Länder, insbesondere Liberias und Nigerias. [...] Dramaturgische Höhepunkte heutiger SR-Sitzung waren einerseits die amerikanisch-japanische Vorführung von Tonbändern mit den Funkmeldungen der sowjetischen Abfangjäger gegenüber ihrer Bodenleitstelle sowie andererseits das in der zweiten sowjetischen Intervention am Nachmittag erfolgte Zugeständnis, die KAL 007 abgeschossen zu haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1776; Referat 213, Bd. 133215.

13 Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1973 zwischen der UdSSR und den USA über Zusammenarbeit im Transportwesen vgl. US TREATIES, Bd. 24, S. 1463–1471.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 18. Juli 1983 mit, „daß die amerikanische Regierung der sowjetischen Regierung vorgeschlagen hat, die bilateralen Zusammenarbeitsabkommen über Verkehr und Kernenergie, die am 19.6. bzw. am 21.6. ausgelaufen wären, zu verlängern. Gleichzeitig hat die amerikanische Regierung einige nicht näher erläuterte Modifikationen an den Abkommenstexten vorgeschlagen. Die sowjetische Reaktion auf das amerikanische Ansuchen steht noch aus.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1599; Referat 213, Bd. 133227.

14 Für den Wortlaut des Regierungsabkommens vom 29. Dezember 1975 zwischen den USA und der UdSSR über gewisse Meeresfragen sowie die Anhänge vgl. UNTS, Bd. 1020, S. 374–449.

15 Für den Wortlaut des Regierungsabkommens vom 4. November 1966 zwischen den USA und der UdSSR über zivilen Luftverkehr vgl. UNTS, Bd. 675, S. 4–42.

Während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 25. Juni 1973

3.4) Die Stornierung der Wiederaufnahme der 1978 abgebrochenen Verhandlungen über ein Kultur- und Wissenschaftsabkommen und das Absehen von einer Weiterverfolgung von Gesprächen über die Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und New York sind ebenfalls Schritte ohne starkes außenpolitisches Gewicht.

4) Innenpolitisch kommt Präsident Reagan zustatten, daß seine Ostpolitik – im Gegensatz zu derjenigen Carters, der nach eigener öffentlicher Bekundung von dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979¹⁶ „überrascht“ wurde – die Möglichkeit eines „barbarischen“ sowjetischen Vorgehens immer einkalkuliert hatte. Die Charakterisierung des sowjetischen Regimes als „evil empire“¹⁷ findet für Reagan und die Öffentlichkeit in dem Zwischenfall ihre Bestätigung. Jeder andere Präsident als Reagan wäre weit weniger in der Lage, den Protest des konservativen Lagers und Forderungen nach einer wesentlich schärferen Reaktion aufzufangen. Was innenpolitische Konsequenzen angeht, hat der Präsident in seiner Fernsehansprache vom 5. September sogleich seine Absicht klar gestellt, den Zwischenfall im Kongreß zur Durchsetzung seines Verteidigungsprogramms (insbesondere Bau der MX-Rakete¹⁸) zu nutzen. Die Aussichten sind hierfür jetzt günstiger als bisher. Forderungen im Kongreß nach Beweisen für eine aktivere Rüstungskontrollpolitik der Administration als Voraussetzung für die Zustimmung zur MX-Finanzierung dürften sich jetzt abschwächen. Auch der Friedensbewegung dürfte Wind aus den Segeln genommen sein. Reagan wird aus heutiger Sicht ein Rüstungskontrollabkommen für eine eventuelle Wiederwahl weniger brauchen als bisher.

[gez.] Wallau

VS-Bd. 12958 (230/231/232)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1297

in den USA wurde ein Protokoll zur Ausweitung des Luftverkehrs unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 174 f.

¹⁶ Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 17.

¹⁷ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vom 8. März 1983 bei der „Annual Convention of the National Association of Evangelicals“ in Orlando, Florida; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 364.

¹⁸ Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 220, besonders Anm. 20.

257

Botschafter Böcker, Bagdad, an das Auswärtige Amt**114-19737/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 7. September 1983, 13.15 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 646****Ankunft: 8. September 1983, 10.24 Uhr**

Betr.: Ausführungen des Präsidenten Saddam Hussein anlässlich der Übergabe des Beglaubigungsschreibens;
hier: Leopard II für Saudi-Arabien²

Bezug: DB Nr. 645 vom 7.9.83 – Pol 321.00³

Zur Unterrichtung

1) Wie im Bezugsbericht dargestellt, ging gegen Ende des Gesprächs Präsident Saddam Hussein auf das saudi-arabische Verhältnis zum Westen im allgemeinen und das deutsch-saudische Verhältnis im besonderen ein, wobei er zugleich die saudische Bitte um Lieferung von, wie er sagte, 600 Leopard II für die saudischen Streitkräfte erwähnte. Saddam Hussein sagte, die Saudis hätten sich ganz dem Westen verschrieben. Die Freunde Saudi-Arabiens, darunter auch der Irak, wünschten jedenfalls, daß die Position Saudi-Arabiens in der arabischen Welt nicht unnötig dadurch erschwert werde, daß man dieses Land einem beschämenden Gesichtsverlust aussetze, der in der arabischen Welt bekanntlich große Auswirkungen habe. Ein solcher Gesichtsverlust könne nicht ausbleiben, wenn Saudi-Arabiens Bestellung abgelehnt würde. Die Panzer, deren Qualität außer Frage stehe, seien für jeden informierten Kenner keine Gefahr für Israel: Hier machte er mit einem Unterton von Geringschätzung sinngemäß die Bemerkung, daß die (strukturelle) Kampfkraft der saudi-arabischen Streitkräfte ohnehin nicht ausreiche, um gegenüber einem Gegner wie Israel von Bedeutung zu sein. Auch die Leopard II würden daran nichts ändern. Sie würden jedoch gegenüber anderen Gegnern – hier spielte er wahrscheinlich auf den Iran oder Südjemen an – von Wert sein. Anders wäre im Verhältnis zu Israel die Sachlage nur, wenn Saudi-Arabien von uns etwa „Atombomben“ haben wolle.

Das Gespräch wurde auf Bitten des Protokollchefs beendet, weil der jordanische Botschafter⁴ bereits 40 Minuten wartete. Ich habe daher dem Protokollchef mit der Bitte um Weiterleitung an Saddam Hussein gesagt, von einem Hin und Her der Bundesregierung könne keine Rede sein. Die Bundesregierung ha-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler vorgelegen.

² Zur möglichen Lieferung von Panzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien vgl. Dok. 209.

³ Botschafter Böcker, Bagdad, berichtete, sein Antrittsbesuch bei Präsident Saddam Hussein habe ungewöhnlich lange gedauert: „Er machte längere Ausführungen zur Politik der Ungebundenheit Iraks als Mitglied der D[ritten]W[elt], dann gab er ein vereinfachtes, gelegentlich klischeehaftes Bild des irakisch-deutschen und arabisch-deutschen Verhältnisses.“ Nach ausführlichen Darlegungen zum irakisch-iranischen Krieg habe Saddam Hussein zum Schluß den möglichen Export von Panzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien angesprochen: „Ich habe nur an wenigen Stellen den Monolog des Präsidenten unterbrechen können. Wegen des auf Drängen des Protokollchefs plötzlich endenden Gesprächs bin ich nicht dazu gekommen, die Sachlage bezüglich des Leopard II darzustellen, sondern habe diese Stellungnahme anschließend dem Protokollchef mit der Bitte um Weitergabe an die Hand gegeben.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137747.

⁴ Faleh Abdel-Karim Tawil.

be wiederholt erklärt, daß eine Entscheidung in dieser Angelegenheit erst getroffen werde, wenn der Bundeskanzler seinen für Oktober vorgesehenen Besuch in Saudi-Arabien⁵ gemacht habe. (Dieser Besuchstermin war anscheinend in Bagdad nicht bekannt.)

2) Saddam Hussein dürfte recht haben, wenn er sinngemäß sagt, daß bei der strukturellen Schwäche der saudischen Streitkräfte der Leopard II – im Verhältnis zu Israel – zu keiner belangreichen Erhöhung der Kampfkraft Saudi-Arabiens führe. Er hat sicherlich ebenfalls recht, wenn er auf die Gefahr des Gesichtsverlusts hinweist. Was Saddam Hussein nicht sehen will, ist die Tatsache, daß die Israelis sich für ihre nationalen Ziele in einem Maße und mit einer Konsequenz engagieren, die den Arabern – mit Ausnahme vielleicht der Ägypter – fremd ist. So ist auch Saddam Hussein immer nur auf die westlichen Regierungen eingegangen, ohne die Öffentlichkeit als beeinflussenden Faktor anzuerkennen. Ferner fehlt Saddam Hussein offensichtlich das Verständnis dafür, daß es – vom westlichen Standpunkt gesehen – legitim ist, wenn Israel aus nationalen Gründen latente Ressentiments gezielt wiederbelebt oder verstärkt, um konkrete Erfolge wie beispielsweise die Lieferung des Leopard II zu verhindern.

Was Saddam Hussein nicht ausspricht, aber durchblicken läßt, ist die (nach meinen Erfahrungen mit Israelis und Arabern) von den meisten Arabern geteilte Besorgnis, daß der Westen nicht erkennt, daß es den Israelis im Falle des Leopard II nicht um die Panzer geht, die es ohnehin nicht fürchtet, sondern daß es eine ablehnende Entscheidung der Bundesregierung braucht, um den Arabern Israels Einfluß in Amerika und Europa und damit die eigentliche Quelle seiner Macht stets aufs neue zu demonstrieren, um dem arabischen Gefühl der Frustration und Ohnmacht immer wieder neue Nahrung zu geben.

Daß aber eine solche israelische Politik nicht zur Lösung des Nahost-Konflikts beitragen kann, wird von Freunden Israels gesehen, obwohl in Israel die Aufnahmebereitschaft für diesen Gedanken noch zu gering ist.

[gez.] Böcker

VS-Bd. 13560 (310)

⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 299 und Dok. 307.

258

Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Madrid**8. September 1983¹**

Mittagessen der AM der Zehn; 8.9.1983 in Madrid²;
hier: Aufzeichnung weitgehend nach Gedächtnis

BM führte Thema gemeinsamer Reaktion auf Flugzeugzwischenfall³ ein: Die Situation sei kritisch – wie stets, wenn in der Küche in Washington die dortigen Suppenköche eine Suppe zu brauen sich anschicken, ohne die erfahrenen europäischen Köche hinzuzuziehen. Die Aufgabe für die europäischen Köche sei nunmehr, darauf zu sehen, daß die Suppe nicht anbrennt.

Sein Eindruck – nach Gespräch mit Shultz⁴ sowie aus weiteren Informationen aus Washington – sei: In Washington drängen starke Kräfte auf massive Maßnahmen, von der Absage des Gesprächs Shultz–Gromyko in New York bis zum Abbruch der Genfer Verhandlungen⁵. Letzteres wäre ein Desaster für D und Europa.

Er habe Shultz klar gesagt, für die Europäer könne keine Rede von „Sanktionen“ oder „Bestrafung“ sein. Er schließe sich in diesem Punkt der Argumentation des norwegischen AM⁶ (Frühstück des Vortags⁷) an. Im Interesse von Europa

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg, z. Z. Madrid, am 8. September 1983 gefertigt.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 12. September 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Horstmann verfügte.

Hat Horstmann am 12. September 1983 vorgelegen.

² Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten hielten sich anlässlich des Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid auf.

³ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁴ Über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 8. September 1983 in Madrid berichtete Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Madrid, am selben Tag, im Zentrum hätten der Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 und die INF-Verhandlungen in Genf gestanden. Bei letzteren habe Genscher eine amerikanische Initiative empfohlen und die Notwendigkeit unterstrichen, „diesen Schritt nicht zu spät einzuführen, um in Genf nicht die Initiative zu verlieren“. Shultz habe darauf verwiesen, „daß der Präsident angesichts des Abschusses der koreanischen Maschine den Zeitpunkt für einen westlichen Schritt noch nicht gekommen sehe“. Genscher habe betont, entscheidend sei, daß die Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR trotz des Flugzeugabschusses weitergingen, und gebeten, „daß Shultz zumindest in New York am Rande der GV die Rüstungskontrollthematik mit Gromyko behandle, wenn er sich heute nicht in der Lage sehe, darüber zu sprechen. Die amerikanische Regierung dürfe auf keinen Fall den Eindruck erwecken, als ob sie das Rüstungskontrollgespräch verweigere.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1047; VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Am 6. September 1983 begann die sechste Runde der INF-Verhandlungen in Genf.

⁶ Sven Stray.

⁷ Am 7. September 1983 fand beim amerikanischen Außenminister Shultz, z. Z. Madrid, ein Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten statt, bei dem vor allem die Reaktionen auf den Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 erörtert wurden. Vortragende Legationsrätin Siebourg hielt am selben Tag fest, der norwegische Außenminister Stray habe dabei erklärt: „Jede Strafe müsse in Relation zur Tat stehen. Auf Abschluß stehe nach Strafgesetzbuch mindestens lebenslänglich Gefängnis. D.h., keine Strafe könne in diesem Falle je in rechter Relation zu dem Abschluß stehen. Man dürfe daher nicht von Bestrafung oder Sanktio-

und US sei zweierlei: Zum einen die SU zu zwingen, klar zu sagen, ob sie einer Konvention zum Verbot des Abschusses ziviler Flugzeuge zustimme. Zum anderen eine politische Aktion – möglicherweise im Zusammenhang mit der Eröffnung der Sitzung in Montreal am 15.9.⁸ –, also eine Einstellung der Flüge für die Dauer einer Woche oder bis Ende des Monats. Eine solche schnelle und auf kurze Zeit befristete Aktion würde erlauben, möglichst viele dafür zu gewinnen.

Ihm (BM) wäre es besonders lieb, könnten die Europäer sich darauf einigen, den Amerikanern für den heutigen Abend, nach dem Empfang des Königs⁹, eine Zusammenkunft vorzuschlagen, in der sie vorschlagen würden: eine auf ein oder zwei Wochen begrenzte Aktion und im übrigen Konzentrierung darauf, daß SU in Montreal öffentlich Farbe bekennet, ob sie gewillt ist, für die Zukunft solche Terror-Maßnahmen mit zu verbieten. Er sei sicher, dies würde auf breite Zustimmung in der Öffentlichkeit stoßen. Auch die Pilotenvereinigungen, die derzeit an eine 60 Tage währende Aktion zu denken scheinen¹⁰, werde man auf diese Weise vielleicht von diesem Plan abbringen können. Könne man sich hierauf einigen, so wäre das Thema damit aus der öffentlichen Diskussion genommen; die Zeitungen würden nicht mehr über Fähigkeit oder Unfähigkeit von Europa und US, sich zu einigen, sprechen, sondern sich wieder auf die Konferenz von Madrid konzentrieren. Andernfalls würde letzteres Thema weiterhin die Zeitungen beschäftigen, und die SU bleibe der lachende Dritte. Allen absehbaren Gegenargumenten der Kollegen, für die er Verständnis habe, halte er entgegen, Europa müsse in dieser Situation „mit der Weisheit des Alters“ gegenüber der „Neuen Welt“ auftreten.

*Italien*¹¹: Weitgehend Einverständnis. Wichtigkeit der Einbeziehung der N+N-Staaten.

*NL*¹²: Einverständnis mit symbolischer Aktion. Warnung vor Bindung an Sitzung in Montreal; Frage der Wiederaufnahme der Flüge bei Ergebnislosigkeit der Bemühungen in ICAO. Erneut Warnung vor rechtlichen Problemen, die allerdings bei gemeinsamer politischer Entscheidung reduziert werden könnten, jedoch Auswirkung auf künftige oder Zukunft bestehender Abkommen haben könnten. Zusammenfassend: Er werde Solidarität nicht durchbrechen, wenn er sich auch nicht mit vollem Herzen anschließen könne, wenn „dem Druck der amerikanischen Köche“ Folge geleistet werde. Allerdings sei auch zu berücksichtigen, daß Präsident Reagan sich erfreulich vage über Maßnahmen geäußert

Fortsetzung Fußnote von Seite 1301

nen sprechen; vielmehr müßten Schritte ergriffen werden, Vergleichbares für die Zukunft zu vermeiden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178878.

⁸ Zur Sondersitzung des ICAO-Rats am 15./16. September 1983 vgl. Dok. 261, Anm. 6.

⁹ Juan Carlos.

¹⁰ In der Presse wurde berichtet, die Internationale Pilotenvereinigung (International Federation of Airline Pilots' Associations, IFALPA) habe auf einer Tagung in London „einen 60 Tage langen Boykott für alle Flüge nach Moskau gefordert“ und von der UdSSR Garantien verlangt, „daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen“. Vgl. den Artikel „Piloten für Flugstop nach Moskau“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. September 1983, S. 2.

¹¹ Giulio Andreotti.

¹² Hans van den Broek.

habe¹³ und bei Ausbleiben einer Einigung stärker als wünschbar reagieren würde.

*Belgien*¹⁴: Weitgehende Übereinstimmung mit BM.

*Frankreich*¹⁵: Es gehe nicht um einen lächerlichen Boykott oder um Maßnahmen von drei Monaten, einem Monat oder einer Woche. Es gehe um die Substanz: 1973 hätten SU und US gemeinsam eine Konvention zum Schutz vor Abschluß ziviler Maschinen verhindert. Die französische Pilotenvereinigung sei aufgebracht über Beschlüsse der internationalen Pilotenvereinigung und über fortbestehende Unsicherheit. Die von den Amerikanern verlangte Reaktion fordere überdies Opfer von allen anderen, außer von ihnen selbst. Sie aber reduzierten ihre Weizenlieferungen nicht um eine Tonne.¹⁶

*GB*¹⁷: Übereinstimmung mit BM. Aktion in ICAO, und dies schnell und unverzüglich angekündigt. Unterschied zu deutscher Position: GB sei für Dauer von einem Monat. Wichtiger noch: breite Aktion. Wichtig ferner: Garantie der N+N-Staaten, daß sie nicht mit eigenen Flügen an die Stelle der abgebrochenen treten. Wichtig drittens: Entscheidung heute, damit Shultz beim morgigen Frühstück mit N+N-Staaten hierüber berichten könne. Schließlich: GB habe einen Staatsangehörigen sowie elf Staatsbürger von Hongkong verloren, was eigene Haltung rechtfertige. Übrige aber könnten gewiß folgendem zustimmen: 1) SU habe Prinzipien der Konvention von Chicago¹⁸ und der Charta der VN¹⁹ verletzt, ein Verbrechen gegen internationales Recht begangen. 2) Verpflichtungen²⁰ aus obigen Texten seien bindend erga omnes, wodurch internationale Maßnahmen jedenfalls angemessen seien.

*Irland*²¹: Weitgehende Übereinstimmung mit D und GB. Wichtig sei: Aktion als Zehn, damit andere sich anschließen. Schnelle, kurz befristete, symbolische Aktion. Eine Aussetzung der Überflugrechte z.B. seitens GB würde Irland betreffen.

*Luxemburg*²²: Er schließe sich inhaltlich zwar den eindrucksvollen Ausführungen von F an. Jedoch hätten die Ereignisse und die öffentliche Diskussion sich bereits so entwickelt, daß man nicht mehr in der Phase der Grundsatzüberlegungen sei, sondern vielmehr in der Phase der Entscheidung über vorgeschlagenes Vorgehen. Daher Übereinstimmung mit Ausführungen von BM dazu.

¹³ Vgl. dazu die Fernsehansprache des Präsidenten Reagan am 5. September 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1227–1230.

¹⁴ Leo Tindemans.

¹⁵ Claude Cheysson.

¹⁶ Vgl. dazu den Abschluß des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 25. August 1983 über die Lieferung von Getreide; Dok. 230, Anm. 17.

¹⁷ Geoffrey Howe.

¹⁸ Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 412–441.

¹⁹ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

²⁰ Korrigiert aus: „Verpflichtung“.

²¹ Peter Barry.

²² Der Staatssekretär im luxemburgischen Außenministerium, Helmingier, vertrat die luxemburgische Außenministerin Flesch.

*Dänemark*²³: Hinweis auf interskandinavische Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt. Bemühungen um Abstimmung im Sinne der Darlegungen von BM seien angelaufen.

*Griechenland*²⁴: GR Position sei, es könne keine Sanktionen geben, in diesem Falle ebenso wenig wie ganz allgemein gesprochen. Er stelle fest, Aussprache habe erwiesen, die Zehn ließen sich in drei Gruppen unterteilen, es bestehe somit kein Konsens.

BM: Seines Erachtens gebe es bestenfalls eine Unterteilung nach zwei verschiedenen Auffassungen, da NL und I sich notfalls seinem Vorschlag anschließen würden. Ob volle Übereinstimmung (wie AM GR behauptet hatte) zwischen GR und F bestehe, sei für ihn nicht schlüssig.

Man sei in Madrid zusammengekommen, um im²⁵ Bereich der Ost-West-Beziehungen die Position zu bekräftigen. SU habe hier vieles gegeben; der Westen könne nehmen. Er wolle vermeiden, daß nunmehr das Ergebnis von Madrid plötzlich die Demonstration der Uneinigkeit des Westens gegenüber einem skandalösen und kriminellen Akt sei. Dies müsse SU geradezu ermutigen. Man müsse das Bild des Westens vor der Welt bedenken.

Allen sei bekannt, daß US weitergehende Maßnahmen wünschten. Daher sei es ihm das liebste, man könne den Amerikanern den Vorschlag machen, am Abend ein Treffen der westlichen AM abzuhalten und gemeinsam zu beschließen: Anstreben einer Konvention zur Substanz; Aktion im Sicherheitsrat²⁶; symbolische Protestaktion von ein bis zwei Wochen Dauer. Solches Vorgehen würde Darlegung europäischer Position bedeuten, auf die dann US zu antworten hätte, und im übrigen könne man sich dann wieder auf das konzentrieren, wozu man nach Madrid gekommen sei und was man hier erreicht habe.

Frankreich: Er verstehe wohl, daß das Bild des Westens zur Debatte stehe. Er sehe sich isoliert und könne mit seinem Präsidenten²⁷ sprechen, der sich um der Solidarität willen dann möglicherweise gemeinsamer Aktion anzuschließen bereit sei. In der Sache halte er an dargelegtem Standpunkt fest. Hinweis auf die Gefahr größerer Schwierigkeiten bei Aushandlung von Überflugrechten über die SU. Aktion könne überdies am Ende Aeroflot mehr nutzen als schaden.

BM: Er wiederhole, man solle SU auf Zustimmung zu Ergänzung der Konvention von Chicago festnageln. Mit einer Aktion von 14 Tagen könne man eventuell auch die Pilotenvereinigung von der politischen Unterstützung ihrer Anliegen überzeugen und sich im übrigen hauptsächlich auf die gesetzliche Seite konzentrieren. Damit sei zugleich das Problem eines Konflikts zwischen Regierungen und Piloten gelöst und beseitigt.

Griechenland: Er werde US die Abhaltung eines Treffens nicht vorschlagen, da kein Konsens zustande gekommen sei.

²³ Uffe Ellemann-Jensen.

²⁴ Ioannis Charalambopoulos.

²⁵ Korrigiert aus: „zusammengekommen, im“.

²⁶ Zur Behandlung des Abschusses des Flugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL durch die UdSSR am 1. September 1983 im VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 256, Anm. 12, sowie Dok. 264, Anm. 6.

²⁷ François Mitterrand.

BM: Er sei hier als Mitglied der EG sowie der Allianz. Man könne sich doch darauf einigen, zu erklären, einige europäische Mitglieder der Allianz befürworteten ein Treffen, in dem über westliche Reaktion beschlossen werde. Auf diese Weise gehorche man nicht einem Befehl der US, sondern bringe europäische Vorschläge ein. Mit anderen Worten, wenn man sich als EG – die ohnehin keine Unterabteilung der NATO sei – nicht einigen könne, so könne man doch immerhin sagen, einige europäische Mitglieder der Allianz wünschten ein Treffen, um dort Vorschläge vorzulegen.

(An dieser Stelle verabschiedete sich BM wegen des bevorstehenden Treffens mit AM Gromyko.²⁸⁾)

VS-Bd. 14122 (010)

259

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

02-424.10

8. September 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Europäische Technologiepolitik

(Gespräch mit Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie)

Aus einem Gespräch mit Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über „europäische Technologiepolitik“ ist folgendes festzuhalten:

1) Der Fragenkomplex „europäische Technologiepolitik“ ist Gegenstand eines Meinungsbildungsprozesses innerhalb des BDI. Ursächlich dafür ist die Erkenntnis der Wettbewerbsverluste der deutschen und europäischen Industrie im Bereich der Spitzentechnologien, vor allem auf den Gebieten Mikroelektronik,

²⁸ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. September 1983 in Madrid vgl. Dok. 262.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Grewlich konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich empfehle ein Gespräch mit BM Graf Lambsdorff.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 18. September 1983 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat I. Klasse Seitz handschriftlich um Rücksprache bat.

Hat Amtsrat Kusnezow am 19. September 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungstab verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM bittet um Rücksprache.“

Hat im Büro Staatssekretäre am 19. September 1983 erneut vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe kurz mit dem BM gesprochen u[nd] über mein Gespräch mit BDI (Dr. Mann) unterrichtet.“

Informations- und Kommunikationstechnologie. Die deutsche informationstechnische Wirtschaft sei alarmiert; es setze sich zunehmend die Überzeugung durch, daß die Entwicklung und breite Nutzung der Informationstechnik den Rang einer nationalen, ja europäischen Aufgabe beanspruche. Die Verhandlungen in Brüssel über „neue Politiken“⁴ und vor allem über das Programm ESPRIT⁵ würden mit größtem Interesse, aber auch einer gewissen Skepsis verfolgt.

Das Programm ESPRIT als solches werde von der informationstechnischen Wirtschaft in der Bundesrepublik begrüßt; dieser Wirtschaftssektor sei im Grundsatz zu Forschungs- und Entwicklungskooperationen auf europäischer Ebene bereit, zumal man davon ausgehe, daß derartige Maßnahmen auch zu der dringend notwendigen Schaffung eines homogenen europäischen Binnenmarktes beitragen.

Teile der deutschen Industrie fürchteten aber, daß die Pläne der EG-Kommission in Wirklichkeit viel weiter gehen. Diese Denkschule betrachte „ESPRIT“ und ähnliche Programme als eine Art „trojanisches Pferd“, mit dessen Hilfe eine tiefgestaffelte, umfassende europäische Strategie für den gesamten Bereich der informationstechnologischen Industrien und anderer Spitzentechnologien in Gang gesetzt werden solle. Vertreter dieser Denkschule unterstellten, daß Kommissar Davignon derartige „euro-dirigistische“ Pläne habe.

2) Weitsichtige Persönlichkeiten in der Industrie hätten mittlerweile aber erkannt, daß man es sich mit dieser Form der „Dämonisierung“ der EG-Kommission zu einfach mache. Häufig verberge sich hinter den gerade auch von unserem Wirtschaftsministerium immer wieder gebetsmühlenartig vorgebrachten ordnungspolitischen Grundsatzüberzeugungen die mangelnde Bereitschaft, die tiefgreifenden Veränderungen in der weltwirtschaftlichen Wettbewerbslage zu erkennen und der konkreten Gefahr des Niedergangs der europäischen Industrie ins Auge zu sehen. Es sei einfacher, europäische Initiativen zu torpedieren, als zukunftsweisende Konzepte europäischer Zusammenarbeit im industriellen Bereich zu entwickeln. Bisher sei man europäischen Initiativen vor allem mit Desinteresse oder retardierend begegnet. Damit habe man aber auch Möglichkeiten einer frühzeitigen Einflußnahme verspielt. Jetzt gehe es darum, europäischen Vorschlägen gegenüber eine initiativ Haltung einzunehmen.

Das bedeute keineswegs, daß die deutsche Industrie den Vorschlägen der EG-Kommission oder ähnlichen Ideen aus Frankreich, die auf eine gesamteuropäische Mobilisierung der industriellen Kräfte im Bereich der Zukunftstechnolo-

⁴ Auf der Grundlage eines Vorschlags der EG-Kommission vom 20. Mai 1983 nahm der Rat der Ständigen Vertreter am 25. Juli 1983 eine Entschließung über Rahmenprogramme für die Tätigkeiten der Gemeinschaften im Bereich Forschung, Entwicklung und Demonstration und über das erste Rahmenprogramm 1984–1987 an. Außerdem lagen den EG-Mitgliedstaaten die Vorschläge der EG-Kommission vom 25. Mai 1983 für ein erstes Europäisches Strategisches Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT), vom 7. Juni 1983 für ein Fünfjahresprogramm im Bereich Energie und Energieforschung sowie zu den Aufgaben der Gemeinschaft im Bereich der Biotechnologie und vom 8. Juni 1983 für eine Gemeinschaftspolitik im Bereich des Fernmeldewesens vor. Vgl. den Bericht „Aussichten für die Erarbeitung neuer Politiken: Forschung und Entwicklung, Energie, neue Technologien“; BULLETIN DER EG, Beilage 5/1983.

⁵ Zum Europäischen Strategischen Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) vgl. Dok. 148, Anm. 42.

gien abzielten⁶, blindlings folge. Vielmehr müsse gerade die Hauptgeschäftsführung des BDI ihre Aufgabe darin sehen, alternative Konzepte zu entwickeln. Diese würden in vielen Fällen hinter den ehrgeizigen Vorstellungen der EG-Kommission zurückbleiben; gegenüber dem bisherigen Desinteresse bedeuteten sie aber eine völlig⁷ neue Entwicklung in der Haltung der deutschen Industrie gegenüber Europa.

3) Konkret könnte sich z.B. die Hauptgeschäftsführung des BDI folgenden Fragenbereichen widmen:

Wie können in der Gemeinschaft die Mitgliedstaaten, die Wirtschaft und die Forschung enger vorausschauend zusammenarbeiten? Wie kann ein weitsichtiger Dialog mit Öffentlichkeitswirkung eingeleitet werden mit dem Ziel, die Zukunftsangst zu mindern und den Leistungswillen zu stärken? Wie können in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft risikoorientierte Unternehmensgründungen gerade im Bereich der Spitzentechnologie wirksam gefördert werden? Wie kann eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen der Gemeinschaft im Bereich der Spitzentechnologien und ihrer Anwendungen begünstigt werden, d.h., wie kann erreicht werden, daß ein europäisches Unternehmensrecht geschaffen wird und die Steuer- und Sozialgesetze so harmonisiert werden, daß eine Zusammenarbeit der Unternehmen in Europa möglich ist? Hat das Problem der Schaffung eines funktionierenden Risikokapitalmarkts eine europäische Dimension? Was verbirgt sich hinter dem französischen Vorschlag der Schaffung spezieller „Agenturen“ zur Erleichterung industrie- und forschungspolitischer Zusammenarbeit? Ist die Idee einer auf die jeweils interessierten Mitgliedstaaten beschränkten Zusammenarbeit („géométrie variable“) eine Alternative zu gemeinsamen Politiken?

Ziel der Erarbeitung solcher Konzepte mit europäischer Dimension müsse es sein, möglichst große unternehmerische Flexibilität zu verbinden mit günstigen Rahmenbedingungen, zu denen vor allem die Entwicklung des Binnenmarkts, die liberale Außenhandelspolitik, aber auch Kooperationen im Forschungs- und die möglichst frühzeitige Einführung moderner Telekommunikationsnetze und fortgeschrittener telekommunikativer Dienste in Europa gehörten. Diese Fragenbereiche seien nicht als Programm des BDI zu verstehen, sie zeigten nur, in welche Bereiche man sich eindenken müsse, um zu einer initiativen Haltung der deutschen Industrie gegenüber dem Fragenkomplex einer europäischen Technologiepolitik zu gelangen.

4) Abschließend wurde von den BDI-Vertretern auf das „Memorandum der informationstechnischen Wirtschaft“ an die Bundesregierung vom 27. Juni 1983⁸ hingewiesen, das primär die Situation und Zukunft der Informationstechnik in

⁶ Vgl. dazu das Memorandum der französischen Regierung vom 12. September 1983 an den Rat der Europäischen Gemeinschaften zur gemeinsamen Industrie- und Forschungspolitik; EUROPA-ARCHIV 1983, D 695–701.

⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

⁸ Vgl. das „Memorandum der informationstechnischen Wirtschaft an die Bundesregierung. Situation und Zukunft der Informationstechnik in der Bundesrepublik Deutschland. Ausgehend von einer Seminartagung am 22./23. April 1983 in Winterscheid wurden die hier dargelegten Gedanken und Vorschläge von Vertretern der informationstechnischen Wirtschaft und von Wirtschaftsverbänden erarbeitet“, o. O. 1983.

der Bundesregierung zum Gegenstand hat, aber ausdrücklich auch das europäische Programm ESPRIT begrüßt.

Seitz

Referat 02, Bd. 178499

260

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

210-366.11-1965/83 geheim

8. September 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Live Oak⁴;

hier: Sitzung der Washington Ambassadorial Group auf Botschafterebene und Mandat für eine Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Live-Oak-Krisenpläne

Anlg.: 3 (nur beim Original)

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu der in Ziffer III dargelegten Linie

I. 1) Nachdem sich General Rogers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber von Live Oak (militärische Institution der Drei Mächte und der Bundesrepublik Deutschland zur Sicherung des militärischen Zugangs nach Berlin) bereits mit Schreiben vom 9. Mai 1983 an die Washington Ambassadorial Group (WAG) gewandt hatte (Anlg. 1⁵, Antwortschreiben der WAG in Anlage 2⁶), hat er nunmehr mit Schreiben an Assistant Secretary of State Burt (liegt hier noch nicht vor, wesentlicher Inhalt ergibt sich aus Anlage 3⁷) erneut gegenüber der WAG

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup und Legationsrat I. Klasse Burkart sowie von Vortragendem Legationsrat Ehni und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Wegen des Risikos einer Indiskretion wäre ich eher dafür, daß wir bei grundsätzlicher Zustimmung auf einen späteren Termin hinwirken (nicht am 24.10., sondern später, möglichst Anfang 1984). Falls Alliierte auf Termin bestehen, werden wir [uns] natürlich nicht entziehen.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 16. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für R[ücksprache] mit BK.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt. Durch Haltung Washingtons gem[äß] DB 4182 v[om] 17.9. ist Sache im Augenblick nicht aktuell.“ Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210.

Hat im Büro Staatssekretäre am 19. September 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Zur militärischen Eventualfallplanung der Drei Mächte für Berlin (Live Oak) vgl. auch Dok. 95.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 13359 (210).

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 8. Juli 1983 den Entwurf der Washingtoner Botschaftergruppe für ein Antwortschreiben an den Oberbefehlshaber Live Oak, Rogers. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3043; VS-Bd. 13359 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Gesandter Wallau, Washington, informierte am 24. August 1983, am Vortrag sei die Washingtoner Botschaftergruppe über ein Schreiben des Oberbefehlshabers Live Oak,

seine Auffassung bekräftigt, die Grundsatzdokumente und Krisenpläne von Live Oak, die überwiegend aus der Zeit Anfang der 60er Jahre datieren, entsprächen nicht mehr den heutigen politischen und militärischen Gegebenheiten. Sowohl das militärische und politische Umfeld wie auch das Ost-West-Kräfteverhältnis und die NATO-Strategie hätten sich seit Beginn der 60er Jahre grundlegend geändert. (Beim militärischen Live-Oak-Stab ist man darüber hinaus der Auffassung, daß Maßnahmen der SU gegen Berlin zu den denkbaren sowjetischen Reaktionen nach Beginn der INF-Stationierung zählten. Auf der Basis der veralteten Live-Oak-Pläne seien die Drei Mächte aber möglicherweise nicht in der Lage, in adäquater Weise zu antworten.)

General Rogers ist deshalb der Auffassung, daß eine Überarbeitung der Pläne noch in diesem Herbst in Angriff genommen werden müsse. Er hat zu diesem Zwecke eine Sitzung der WAG auf Botschafterebene für den 24. Oktober 1983 vorgeschlagen, an der er persönlich teilnehmen will. Bei diesem Treffen soll nach Unterrichtung der Botschafter über Live Oak eine Arbeitsgruppe gegründet sowie ein Mandat für diese Arbeitsgruppe zur Überarbeitung und Anpassung der Live-Oak-Krisenpläne an die veränderten politischen und militärischen Bedingungen beschlossen werden.

Botschaft Washington hat hierzu um Weisung für Anfang September gebeten.

2) Das Bundesministerium der Verteidigung hält eine Überprüfung der Live-Oak-Krisenpläne unter militärischen Gesichtspunkten für erforderlich.

Generalinspekteur Altenburg hat anlässlich seines Antrittsbesuches bei General Rogers die grundsätzliche Überprüfungsbedürftigkeit bejaht, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß eine solche Überprüfung der Sensibilität der Angelegenheit Rechnung tragen müsse und keinesfalls unter Zeitdruck und nicht nur unter militärischen Aspekten durchgeführt werden solle. Im übrigen hat er auf die Bedeutung der bei Live Oak im Gegensatz zur NATO gegebenen vollen militärischen Integration der französischen Streitkräfte⁸ hingewiesen.

3) Die Generalstabschefs der Drei Mächte⁹ haben den Vorschlag von General Rogers ebenfalls gebilligt.

4) Die Haltung der Drei Mächte, soweit diese uns bekannt ist, stellt sich wie folgt dar:

- Das State Department hat bisher eher zurückhaltend reagiert, wobei insbesondere Probleme wegen des Zeitpunkts (INF-Stationierung!) gesehen wer-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1308

Rogers, vom 18. August 1983 an den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, unterrichtet worden. Darin habe Rogers angeregt, am 24. August 1983 in der Washingtoner Botschaftergruppe über die Live-Oak-Pläne und deren geplante Modernisierung zu informieren. Wallau legte dar, eine „Überarbeitung der rund 20 Jahre alten Pläne“ sei sinnvoll, doch lasse sich die Einsetzung einer Arbeitsgruppe kaum geheimhalten: „Pressemeldungen, daß sich der Westen wegen der INF-Stationierung auf eine Berlin-Krise vorbereite, könnten unsere innenpolitische Diskussion über Sicherheitspolitik aber in unerwünschter Weise weiter anheizen. Deshalb sollten wir dem Vorschlag von General Rogers zwar grundsätzlich zustimmen, aber eine Verschiebung des Termins der von ihm angeregten W[ashington]A[m]bassadorial[G]roup-Sitzung auf Anfang 1984 vorschlagen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3707; VS-Bd. 13359 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 8. September 1983 übermittelte Botschafter Hermes, Washington, das Schreiben von Rogers vom 18. August 1983 an Burt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3973; VS-Bd. 12317 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

⁹ Jeannou Lacaze (Frankreich), John W. Stanier (Großbritannien) und John W. Vessey Jr. (USA).

den. Es sperrt sich offenbar nicht gegen eine WAG-Sitzung, plädierte jedoch ursprünglich für eine Ebene unterhalb der Botschafter (auf amerikanischer Seite: Deputy Assistant Secretary of State Niles) und trat für eine Überprüfung nur einzelner Krisenpläne ein.

- Die britische Seite steht dem Vorschlag positiv gegenüber und befürwortet eine weitergehende Überprüfung, die nicht nur einzelne Krisenpläne, sondern generell Zweck, Funktion und Struktur von Live Oak umfassen könnte. Sie ist bisher für das Treffen auf Botschafterebene eingetreten, hat jedoch nunmehr in der Bonner Vierergruppe zu erkennen gegeben, auch London sähe Probleme wegen des Zeitpunkts des Treffens. Da nach britischer Auffassung aber auch im Falle des Nichtzustandekommens des Treffens die Überprüfung der Krisenpläne nicht verzögert werden sollte, schlage London ein „schriftliches Verfahren“ vor, bei dem zunächst der Live-Oak-Stab gebeten werden soll, seine Vorstellungen detailliert der WAG vorzulegen. WAG-Sitzung soll auf kommendes Frühjahr verschoben werden. State Department stimmt dem nunmehr zu.
- Die französische Haltung ist noch nicht näher bekannt. Nach Informationen des BMVg zögert Paris. Der französische Sprecher in der Bonner Vierergruppe hat uns wissen lassen, daß aufgrund eines Gespräches von Verteidigungsminister Hernu mit General Rogers eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Verteidigungsministeriums und des Quai eingesetzt worden sei. Im übrigen wies auch der französische Sprecher auf den Aspekt der militärischen Integration Frankreichs hin.

II. 1) Aus politischer Sicht könnten Bedenken dagegen bestehen, die Überprüfung zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorzunehmen. Trotz der Geheimeinstufung kann nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die Einsetzung einer solchen Arbeitsgruppe in der Öffentlichkeit bekannt wird. Dies müßte jedoch im Zusammenhang mit der INF-Stationierung in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen lassen, die Alliierten überprüften vorsorglich ihre Krisenpläne für Berlin, weil sie sich auf eine eventuelle Berlin-Krise einstellten. Ein solcher Eindruck hätte für die öffentliche Diskussion über die INF-Stationierung einen sehr negativen Effekt. Auch würden hierdurch unsere Bemühungen um ein „Abfedern“ der Auswirkungen einer INF-Stationierung auf das Ost-West-Verhältnis für die östliche Seite eher unglaubwürdig oder könnten so dargestellt werden.

2) Für die Überprüfung der Krisenpläne spricht neben der oben dargelegten militärischen Wünschbarkeit die Überlegung, daß wir uns bei einer Ablehnung der Überprüfung im Falle einer tatsächlichen Krise auf den Zugangswegen nach Berlin, die zwar nicht wahrscheinlich sein dürfte, jedoch auch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, Vorwürfen von seiten der Drei Mächte und der Öffentlichkeit aussetzen würden, daß sich gerade die Bundesregierung Notstandsplanungen der Alliierten in einem so wichtigen Bereich wie dem Zugang der Drei Mächte nach Berlin und damit auch deren Funktion als Schutzmächte für Berlin in den Weg gestellt habe.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, daß die Verantwortung für die militärische Durchführung der Live-Oak-Pläne in erster Linie bei den Streitkräften der Drei

Mächte liegt. Wir können kein Interesse daran haben, bei den Alliierten den – unzutreffenden – Eindruck zu erwecken, daß wir ihr unverändertes Engagement für Berlin nicht mehr voll unterstützten.

III. Sofern die Drei Mächte dieses übereinstimmend wollen, sollten wir dem vorgeschlagenen Treffen zustimmen, sowie unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit in der einzusetzenden Arbeitsgruppe erklären.

Für den Fall, daß sich die Drei Mächte nicht auf das Treffen auf Botschafterebene verstehen sollten, können wir uns auch mit dem britischen Vorschlag (schriftliches Verfahren und Verschiebung des Botschaftertreffens auf Frühjahr) einverstanden erklären.

In beiden Fällen sollten wir darauf hinwirken, daß die Angelegenheit mit größter Diskretion behandelt und ihrer Sensibilität Rechnung getragen wird, d.h., daß die Überprüfung mit der gebotenen Sorgfalt und ohne Zeitdruck durchgeführt wird.

Diese Vorlage ist auf Arbeitsebene mit dem BMVg abgestimmt. Dieses beabsichtigt, den BM für Verteidigung¹⁰ über den Sachverhalt zu unterrichten und zu empfehlen, sich der Position des AA anzuschließen.¹¹

i. V. Schauer

VS-Bd. 13359 (210)

¹⁰ Manfred Wörner

¹¹ Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 16. September 1983 den der Botschaft am selben Tag übergebenen amerikanischen Antwortentwurf des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, auf das Schreiben des Oberbefehlshabers Live Oak, Rogers, vom 18. August 1983. Dazu teilte er mit, die Antwort entspreche dem britischen Vorschlag, das „Treffen des Live-Oak-Stabes mit der W[ashington]A[mbassadorial]G[rup] auf Botschafterebene zu verschieben und den Live-Oak-Stab zu bitten, eine umfassende Liste aller Änderungsvorschläge zu den Krisenplänen zu erstellen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4182; VS-Bd. 12317 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup unterrichtete die Botschaft in Washington am 5. Oktober 1983 über die Zustimmung der Bundesregierung zum Antwortentwurf. Angesichts der öffentlichen Debatte über die Ausführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 befürwortete die Bundesregierung eine Befassung der zuständigen Gremien zu einem späteren Zeitpunkt, was „den Beginn einer internen Bestandsaufnahme durch den Live-Oak-Stab“ indes nicht ausschließe. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6408; VS-Bd. 13359 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

8. September 1983¹

Eilt sehr!

Betr.: Abschluß koreanischen Verkehrsflugzeuges²;

hier: Überlegungen über westliche Retorsionsmaßnahmen in Madrid

1) D2³ teilte mir um 11.00 h mit, daß BM im Anschluß an die bisherigen Madrider Gespräche zu zehnt⁴ und zu sechzehnt⁵ sich nunmehr darum bemühen wolle, zunächst im Kreise der Zehn Einvernehmen über eine symbolische Repressalie in Form einer 14tägigen Suspendierung von Luftverkehrsrechten herzustellen. Dabei sei ihm, D2, noch nicht klar, ob nur die Verkehrsrechte von Aeroflot in den westlichen Staaten suspendiert werden sollten oder ob die Maßnahme gleichzeitig den Verkehr in beiden Richtungen erfassen würde.

2) Der Minister wolle für die weiteren Gespräche zu zehnt eine Problemskizze haben, die D2 und ich am Telefon wie folgt abstimmten:

a) Einigkeit, daß Kernfragen des Ost-West-Verhältnisses, insbesondere Abrüstung, durch Zwischenfall nicht berührt werden sollten.

b) Symbolische gemeinsame Solidaritätsgeste der 10 und der 16 solle deshalb auf Luftverkehrsbeschränkung ausgerichtet sein.

c) Dazu sollte folgendes Paket geschnürt werden:

(i) Aktion im Rahmen ICAO

– Nachhaltige Unterstützung des amerikanischen und südkoreanischen Wunsches auf Sondersitzung ICAO-Rat am 15. September 1983.⁶

¹ Hat den Vortragenden Legationsräten Horstmann und Jansen am 8. September 1983 vorgelegen.

² Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

³ Franz Pfeffer.

⁴ Zum Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 8. September 1983 in Madrid vgl. Dok. 258.

⁵ Zum Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 7. September 1983 in Madrid vgl. Dok. 258, Anm. 7.

⁶ In einer Sondersitzung befaßte sich der ICAO-Rat am 15./16. September 1983 in Montreal mit dem Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983. Oberregierungsrat Nierobisch, z. Z. Montreal, berichtete am 16. September 1983, daß der ICAO-Rat den „westlichen Resolutionsentwurf zum Abschluß koreanischen Flugzeuges nach einigem taktischen Finassieren seitens sozialistischer Staaten mit überwältigender Mehrheit von 26 Ja-, lediglich 2 Nein-Stimmen (SU, ČSSR) und 3 Enthaltungen (China, Algerien, Indien)“ verabschiedet habe: „Besondere Bedeutung ICAO-Ratsbeschlusses ergibt sich zum einen daraus, daß verabschiedete Resolution nicht nur Substanz der an sowjetischem Veto gescheiterten SR-Resolution unvermindert erhält, sondern in einigen Präambel-Paragraphen in Formulierungen implizierter Kritik an SU über SR-Resolution hinausgeht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 51; Referat 232, Bd. 135054.

Referat 231 resümierte am 21. September 1983, die Resolution des ICAO-Rats weise ICAO-Generalsekretär Lambert an, „eine Untersuchung über Flug und Zerstörung des koreanischen Flugzeugs in Gang zu setzen und dem Rat alsbald über die Tragweite der Konvention von Chicago zu berichten, soweit dies für den Zwischenfall vom 1.9.1983 von Bedeutung ist. Außerdem hat der Rat die Zivil-

- Unterstützung folgender Forderungen, die auch von Südkorea und USA aufgestellt werden:
 - volle Aufklärung des Zwischenfalls durch SU,
 - Entschuldigung und Entschädigung,
 - Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen,
 - unparteiische Untersuchung seitens ICAO, einschließlich Zugang zum Abschußort,
 - Garantie, daß Wiederholung unmöglich wird, u.a. durch Ergänzung vorhandener Regeln und technischer Instrumente.

(ii) Politisches Signal an SU (demonstrative Maßnahme)

- Suspendierung der Verkehrsrechte von Aeroflot, eventuell auch der Flüge westlicher Luftverkehrsgesellschaften (einschließlich Japans) in die SU für die Dauer von zwei Wochen (Beginn 15.9.1983, ICAO-Rat).
- Sinn: politische Geste und Veranlassung der SU zu positiver Reaktion (US-Maßnahmen 60 Tage, 14 Tage deshalb Minimum. Besser kurzdauernde Reaktion, aber rascher Beschluß, als langwierige Verhandlungen zwischen Alliierten über längere Dauer).
- Öffentliche Verkündung einschließlich diplomatischer Notifizierung an SU, verknüpft mit der Erwartung, daß SU in ICAO aktiv mitwirkt.

3) D 2 teilte um 12.15 h nach erneuter Befassung des BM mit meiner Frage, ob entsprechender Beschluß schon prophylaktisch mit Bundeskanzleramt, BMV und übrigen hinzuzuziehenden Ressorts (BMWi, BMF und BMVg) behandelt werden solle, mit, BM wünsche zur Zeit keine Aktion des AA. Wie mir D 2 um 15.30 h mitteilte, steht BM unmittelbar mit BK in Verbindung.

Fischer

VS-Bd. 14122 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1312

luftfahrt-Kommission der ICAO angewiesen, alsbald die Bestimmungen der Konvention von Chicago auf die Möglichkeit von Änderungen zu überprüfen, mit dem Ziel, derartige Zwischenfälle künftig auszuschließen, sowie Wege zur besseren Koordinierung der Kommunikationssysteme zwischen militärischen und zivilen Luftfahrtsstellen und der Luftverkehrskontrolldienste zu prüfen.“ Ferner solle vor Ende des ersten Quartals 1984 eine ICAO-Sondervollversammlung einberufen werden, um „ein grundsätzliches Gewaltverbot gegenüber Verkehrsflugzeugen, unter Vorbehalt des Selbstverteidigungsrechts, in der Konvention zu verankern“. Vgl. Referat 232, Bd. 135054.

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Madrid, an das Auswärtige Amt

114-19760/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1050
Citissime

Aufgabe: 8. September 1983, 22.35 Uhr¹
Ankunft: 9. September 1983, 00.06 Uhr

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Außenminister Gromyko am 8. September, 16.30 bis 17.30 Uhr²

In dem Gespräch wurden im wesentlichen zwei Themen behandelt:

- 1) Der Abschluß einer südkoreanischen Maschine³
- 2) INF-Verhandlungen

Zusammenfassung zu INF

AM Gromyko erklärte, daß nach seiner Ansicht die britischen und französischen Systeme in der strategischen Gesamtbalance gesehen werden müßten. Man könne sie sowohl als INF als auch als strategische Waffen ansehen. Wären sie bei SALT II angerechnet worden, gäbe es dieses Problem heute nicht. Gromyko ging jedoch nicht so weit, die Behandlung dieser Systeme bei START in Aussicht zu stellen.

Im einzelnen

- 1) Abschluß der südkoreanischen Maschine

Bundesminister bezog sich auf seine Rede vom 7.9.83.⁴ Der Abschluß des südkoreanischen Flugzeuges, aber auch die sowjetische Reaktion erfülle uns mit Sorge. Wir seien der Meinung, daß der Abschluß durch nichts gerechtfertigt werden könne. Nun komme es darauf an, wie man die Wiederholung eines solchen Ereignisses vermeiden könne. Wir seien der Auffassung, daß die Konvention von Chicago⁵ einer Ergänzung bedürfe, durch die die Anwendung militärischer Gewalt in Friedenszeit gegen zivile Flugzeuge unbedingt ausgeschaltet werde. Außerdem müsse man zu einer besseren Koordinierung zwischen den zivilen und militärischen Luft-Kontroll-Systemen kommen. Dieser Punkt müsse in der ICAO besprochen werden. SU könne wesentlichen Beitrag zur Beruhigung lei-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 9. September 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „n[ach] R[ückkehr“ und Vortragenden Legationsrat Jansen verfügte.

Hat Jansen am 9. September 1983 vorgelegen.

Hat Ploetz am 10. September 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Gromyko hielten sich anlässlich des Außenministertreffens vom 7. bis 9. September 1983 zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf.

³ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 585–589.

⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 412–441.

sten, wenn sie sich zu diesen Forderungen und denen der Südkoreaner⁶ positiv einstelle.

Gromyko erklärte, der Minister fuße auf der falschen amerikanischen Darstellung und basiere darauf seine Schlußfolgerungen und Vorschläge. Die SU brauche sich nicht zu rechtfertigen. Sie beschuldige vielmehr die USA, für diese verbrecherische Aktion gegen die SU verantwortlich zu sein.⁷ Dabei sei es gleichgültig, ob US-Dienststellen mit Deckung der US-Regierung gehandelt hätten. Die SU werde nicht zulassen, daß ihre Souveränität verletzt werde. Der Tod der Passagiere sei den USA zuzuschreiben. Ansprüche müßten gegen Washington geltend gemacht werden. Er hoffe, daß auch die Bundesregierung im Laufe der Zeit zu einem objektiveren Urteil kommen werde.

Gromyko äußerte sich vorsichtig zu den vom Bundesminister angesprochenen Korrekturen (ICAO) und betonte erneut, daß sich die SU an geltendes Völkerrecht, die geltende Ordnung gehalten habe, die auf der Souveränität der Staaten beruhten.

Bundesminister erwiderte, wir erlebten häufige Verletzungen unseres Luftraums. Wir würden niemals ein Flugzeug abschießen. Diese Haltung entspreche auch dem Geist der Schlußakte von Helsinki⁸. Angesichts der großen Unruhe, die entstanden sei (z. B. Pilotenstreiks⁹) müsse man die Konvention von Chicago ergänzen, um die Sicherheit des Luftverkehrs zu gewährleisten.

2) INF-Verhandlungen

Gromyko erklärte, nach dem zufriedenstellenden Abschluß des Madrider Treffens stehe nun die Eindämmung der Nuklear-Waffen zuoberst auf der Tagesordnung. Der amerikanische Außenminister habe heute mit ihm über diese Frage nicht konkret sprechen wollen, wahrscheinlich auf Weisung des Präsidenten¹⁰. Statt dessen habe Shultz sehr ausführlich über den Flugzeugzwischenfall gesprochen. Er, Gromyko, habe US-Seite verantwortlich gemacht. Das Gespräch sei nicht sehr liebenswürdig gewesen.¹¹

⁶ Zu den Forderungen der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 261.

⁷ Brigadegeneral Eichler, Moskau, gab am 2. September 1983 eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS wieder, die auch in Rundfunk und Fernsehen verbreitet worden sei. Demnach sei ein Flugzeug unbestimmter Zugehörigkeit ohne Navigationslichter in den sowjetischen Luftraum über der Halbinsel Kamtschatka eingeflogen und habe auf Funkrufe ebenso wenig reagiert wie auf die Versuche sowjetischer Abfangjäger, das Flugzeug zur Landung zu zwingen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3943; Referat 213, Bd. 133216.

In einer Presseerklärung vom 7. September 1983 räumte die sowjetische Regierung den Abschuß des Flugzeugs ein, bestritt aber, daß das „Luftraumverletzer-Flugzeug“, das ein militärisch sensibles Gebiet überflogen habe, als Zivilmaschine erkannt worden sei. Behauptet wurde, daß der von der normalen Flugroute abweichende Kurs auf Manipulationen amerikanischer Geheimdienste zurückgehe: „Zur selben Zeit – und das wird jetzt auch von der amerikanischen Seite zugegeben – befand sich in der Nähe der sowjetischen Grenze im gleichen Raum und in gleicher Höhe ein anderes, dem Luftraumverletzer ähnliches Aufklärungsflugzeug der amerikanischen Luftstreitkräfte vom Typ „RS 135“.“ Vgl. den Nachrichtenspiegel vom 7. September 1983; Referat 213, Bd. 133216.

⁸ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

⁹ Zum Aufruf der Internationalen Pilotenvereinigung, Flüge nach Moskau zu boykottieren, vgl. Dok. 258, Anm. 10.

¹⁰ Ronald W. Reagan.

¹¹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen am 8. September 1983 in Madrid berichtete Botschafter Hermes, Washington, am 27. September

Es sei der SU aufgefallen, daß die Bundesregierung aktive Anstrengungen unternehme, damit die Dislozierung der amerikanischen INF in Europa zustande komme. Nichts sei wichtiger als die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges. Ziel müsse es sein, die Kernwaffen ganz aus den Arsenalen zu entfernen. Deshalb verurteile die SU die Politik, neue schreckliche Arten von Kernwaffen nach Europa zu bringen. Diejenigen Staaten, die diese Politik begünstigten, nähmen eine große Verantwortung auf sich. Die sowjetische Seite wolle zu einer Vereinbarung kommen. Die USA nicht.

Bundesminister erklärte, wir beurteilten den Abschluß der KSZE-Konferenz ebenfalls positiv. Jetzt müsse man alles Vereinbarte in die Tat umsetzen und für die Menschen erlebbar machen. Die KAE-Verhandlungen müßten im positiven Geiste geführt werden. Es handele sich um eine Konferenz über neue Aspekte der Rüstungskontrolle.

Zu INF sei folgendes zu sagen: Noch seien zwei Monate Zeit. Wir begleiteten und unterstützten die ehrliche und flexible amerikanische Verhandlungsführung. Wir seien zur Stationierung bereit, es sei denn, das konkrete Verhandlungsergebnis mache die Stationierung überflüssig. Die sowjetische Seite könne einen bedeutenden Beitrag leisten, wenn sie zu ihrer Auffassung von 1980 zurückkehre, wonach französische und britische Systeme nicht bei INF anzurechnen sind (Breschnew und Gromyko 1980 in Moskau¹²). Wenn SU nicht mehr auf ihrer später eingeführten Forderung bestehen würde, wäre der Weg frei für eine Vereinbarung.

Gromyko bestritt, daß die sowjetische Führung 1980 die vom Bundesminister beschriebene Auffassung vertreten habe.

Bundesminister bestand auf deren Richtigkeit. Er habe die Protokolle noch einmal nachgelesen. Breschnew habe Gromyko recht gegeben, daß es sich bei den britischen und französischen Systemen um strategische Waffen handele. Gromyko lenkte daraufhin auf folgende Weise ein: Man könne diese Systeme als Mittelstrecken oder als strategische Systeme bezeichnen. Wenn sie unter den strategischen Systemen (SALT II) berücksichtigt worden wären, sähe die Sache jetzt anders aus. Aber SALT II sei nicht ratifiziert worden.¹³

Bundesminister: Für uns ist es wichtig, daß sie nicht im INF-Rahmen berücksichtigt werden können. Wann und wo sie zu berücksichtigen sind, müsse SU mit den USA, Frankreich und Großbritannien aufnehmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1315

1983: „Präsident Reagan habe Weisung erteilt, gegenüber Gromyko nur den Abschluß der koreanischen Maschine zur Sprache zu bringen, schließlich aber zugestimmt, daß Shultz das Thema Menschenrechtsfragen im weiteren Sinne, einschließlich einiger bekannter Ausreisefälle, erörtern sollte.“ Im Vier-Augen-Gespräch sei Gromyko in keiner Weise auf die Ausführungen von Shultz eingegangen: „Das Gespräch sei teilweise erhitzt verlaufen und habe während der der Menschenrechtsdiskussion sich anschließenden Auseinandersetzung über die auf dem folgenden Delegationsgespräch zu behandelnden Themen mehrmals kurz vor dem Abbruch gestanden. Gromyko habe auf der Erörterung des Themas ‚Krieg und Frieden‘, Shultz auf der Erörterung des KAL-Abschlusses bestanden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4368; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

¹³ Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Abkommens vom 18. Juni 1979 im amerikanischen Senat vgl. Dok. 96, Anm. 11.

Gromyko wiederholte: Wenn wir ein strategisches Abkommen hätten, in dem diese Systeme berücksichtigt wären und in dem der sowjetischen Seite entsprechende Systeme zugestanden würden, dann wäre alles in Ordnung. Aber ein entsprechendes Abkommen sei nicht zustande gekommen.

Bundesminister: Frankreich und Großbritannien sind souveräne Staaten, über deren Waffensysteme wir nicht bestimmen können. Die SU müsse ggfs. mit Frankreich und Großbritannien darüber sprechen. Wenn die SU sich wirklich von diesen Systemen bedroht fühle, müsse sie in Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien Lösungen suchen.

Gromyko: Die Bundesregierung müsse mit ihren Verbündeten sprechen und diese davon überzeugen, daß die französischen und britischen Systeme in der Gesamtbalance mit berücksichtigt werden müssen. Sie könne nicht für Frankreich und Großbritannien entscheiden, aber sie könne doch auf ihre Verbündeten einwirken. SU schlage nicht die Reduzierung der französischen und britischen Systeme vor, sondern deren Berücksichtigung in der Gesamtbalance, d. h., die USA müßten in der Gesamtbalance entsprechend weniger Kernwaffen haben. Wenn früher, vor Jahren, ein strategisches Abkommen zustande gekommen wäre und die französischen und britischen Systeme angerechnet worden wären und der sowjetischen Seite ein Äquivalent zugebilligt worden wäre, würde sich diese Frage jetzt nicht stellen. Man dürfe diese Systeme nicht isoliert betrachten. Man könne sie als INF (wegen ihrer Reichweite), aber auch als strategische Waffen ansehen (weil sie sowjetisches Territorium erreichen können). Sie hätten also zwei Gesichter, und beide seien schlecht.¹⁴

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14116 (010)

¹⁴ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 9. September 1983, in amerikanischen Presseberichten über das Gespräch des Bundesministers mit dem sowjetischen Außenminister am Vortag in Madrid werde hervorgehoben, daß Genscher Gromykos Bemerkung, „die französischen und die britischen nuklearen Systeme hätten zwei Gesichter; einerseits seien sie strategische Systeme, andererseits seien sie Mittelstreckenwaffen“, vor Journalisten als „remarkable in a positive sense“ gewertet habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4004; Referat 220, Bd. 124524.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 14. September 1983, in einer Pressekonferenz am selben Tag hätten der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Kornijenko und der sowjetische Erste Stellvertretende Generalstabschef Achromejew „das sowjetische Bestehen auf einer Anrechnung der Drittstaatsensysteme im Rahmen von INF als völlig unveränderbar“ dargestellt. Kornijenko habe erklärt, „BM Genschers Äußerungen seien weit von einer korrekten Zitierung von AM Gromyko entfernt. Genscher scheine den Eindruck gehabt zu haben, die SU könnte von ihrer Forderung nach Anrechnung der Drittstaatsensysteme abgehen. Ich sage Ihnen direkt, das ist Wunschdenken.“ (Kornijenko benutzte dieses Wort auf Russisch, Englisch und, nach einem Blick auf einen Spickzettel, auch auf Deutsch.)“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4138; Referat 220, Bd. 124524.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze notierte am 16. September 1983, „aus Anlaß der Kornijenko-Pressekonferenz und der westlichen Pressestimmen, der Bundesminister müsse Gromyko ‚mißverstanden‘ haben“, habe er seine Notizen über das Gespräch am 8. September nachgeprüft. Daraus sei ersichtlich, „daß Gromyko seine Ausführungen absichtlich gemacht hat und nicht etwa, weil er wegen des Hinweises des Bundesministers auf die Gespräche im Juli 1980 vorübergehend ‚ins Schleudern kam‘ [...]“; einen operativ gemeinten Hinweis gab („Sie können mit Ihren Verbündeten sprechen“); jedenfalls nicht nur kursorisch über die Frage gesprochen hat, sondern in großer Ausführlichkeit.“ Vgl. VS-Bd. 13364 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

263

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, in Madrid

010-2399/83 VS-vertraulich

9. September 1983¹

Gespräch BM mit AM Fischer (DDR) am Rande des Madrider KSZE-Folgetreffens² am 9.9.1983 von 9.15 bis 9.50 h in unseren Delegationsräumen

Anwesend: die beiderseitigen Leiter des Ministerbüros³ und die beiderseitigen Pressesprecher.

Nach einer einleitenden Erörterung des Standes des KSZE-Folgetreffens sowie der Vorbereitungen der KAE in Stockholm⁴ – in diesem Zusammenhang bezeichnete BM ein baldiges Treffen der beiderseitigen Abrüstungsbeauftragten⁵ für nützlich – sprach BM unter Verweis auf seine klaren Ausführungen in der Rede⁶ den Abschluß des KAL-Flugzeugs⁷ an. Wir würden zusammen mit anderen Staaten bei der Sondersitzung des ICAO-Rates in Montreal⁸ Vorschläge unterbreiten, um – auch in schwierigen Phasen – mehr Sicherheit zu schaffen.

Fischer nahm hierzu nur durch Bezugnahme auf seine eigene Rede⁹ Stellung (in der er sich den sowjetischen Angriffen gegen die USA angeschlossen hatte) und gab dann unter Verwendung einer ausführlichen schriftlichen Unterlage, die er teilweise wörtlich verlas, eine längere Erklärung ab, die er mit folgender Bemerkung einleitete:

Er wolle nicht zu Polemik reizen; BM – und durch ihn die zuständigen Stellen – sollten wissen, was die Führung seines Staates denke. Er wolle vortragen, was die beiden Seiten direkt in der einen oder anderen Weise beeinflussen könnten.

a) Die DDR begrüße die Fortsetzung der Außenministertgespräche in New York, die zur Tradition geworden seien; er nehme die Einladung zum Mittagessen an.¹⁰

b) In zugespitzter Lage komme der Dialogmöglichkeit große Bedeutung zu. Eine neue Runde des atomaren Wettrüstens müsse verhindert werden. Sie würde die Lage weiter komplizieren und die Gefahr eines Nuklearkrieges vergrößern.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 9. September 1983 gefertigt.

² Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

³ Hans Friedrich von Ploetz und Manfred Niklas.

⁴ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

⁵ Zum Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, am 28. Oktober 1983 vgl. Dok. 324.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. September 1983 in Madrid zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 585–589.

⁷ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁸ Zur Sondersitzung des ICAO-Rats am 15./16. September 1983 vgl. Dok. 261, Anm. 6.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Außenministers der DDR, Fischer, am 7. September 1983 in Madrid zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXI (1983), S. 612–614.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 29. September 1983 in New York vgl. Dok. 286, Anm. 16.

c) Die Stationierung neuer Raketen wird nicht ohne Folgen für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sein und bleiben. Die vorgesehene Stationierung, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, werde als Aufbau einer atomaren Erstschlagskapazität zur „Enthauptung der SU“ betrachtet und als Bedrohung des Bündnisses empfunden. Verstärkt werde die Besorgnis dadurch, daß die Gefährlichkeit dieser Rüstung mit der Theorie verbunden werde, daß die SU die Inkarnation des Bösen darstelle.

Es könne die Gefahr entstehen, daß doch noch einmal von deutschem Boden Krieg ausgehe. Die DDR sei sich mit der früheren und der neuen Bundesregierung¹¹ darin einig gewesen und einig, wie verschiedene Erklärungen beider Seiten und auch seine und BMs diesbezügliche Redepassagen beim KSZE-Folgetreffen erkennen ließen, daß dies nie wieder der Fall sein dürfe.

d) Die Stationierung bringe nicht mehr Sicherheit. Es sei eine Illusion zu glauben, man könne so Überlegenheit über die SU und den Sozialismus gewinnen: Sollte im Herbst in Westeuropa stationiert werden, wären unabdingbar unverzügliche Gegenmaßnahmen die Folge. Diese Aussage sei nicht als Drohung gemeint, BM solle es aber wissen. Die DDR wünsche dies nicht und tue alles dagegen, was sie vermöge. Aber: Die DDR stehe ganz zu ihrem Bündnis und werde es tun.

e) In der Prager Erklärung¹² seien wichtige Vorschläge gemacht worden, welche westliche Bedenken in Rechnung stellten. Ferner habe Andropow in seinem TASS-Interview Vorschläge gemacht.¹³ Alle diese Vorschläge könne nur ignorieren, wer um jeden Preis stationieren wolle.

Die DDR und die Bundesrepublik Deutschland seien als loyale Partner ihrer Bündnisse bekannt. Die DDR habe nicht die Absicht, sich in Bündnisangelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland einzumischen oder sie gar vom Bündnis abzuspalten.

Nur wenn sich die Dinge von der Konfrontation wegentwickelten, könnten sich die deutsch-deutschen Beziehungen weiter entwickeln, denn bei den anstehenden Fragen gehe es um das höchste Gut, den Frieden.

Die DDR appelliere daher an die Bundesregierung, ihre Haltung in der Raketenfrage zu überdenken. Noch sei es nicht zu spät für ein Ergebnis in Genf, wenn beide Seiten vom Grundsatz der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ausgingen.

f) Der Grundlagenvertrag¹⁴ bilde die Basis für die bilateralen Beziehungen. Nicht lösbare Fragen sollten beiseite gelassen, das Machbare hingegen getan werden. Es sei möglich, zügiger heranzugehen an die

– Weiterführung der Konsultationen über Rüstungskontrolle und Abrüstung;

¹¹ Zum Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

¹² Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) vgl. Dok. 40.

¹³ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 27. August 1983 zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 247, Anm. 4.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

- Verhandlungen über Kulturabkommen¹⁵;
- Verhandlungen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit;
- und viele andere Fragen.

Offen blieben die grundsätzlichen Fragen

- der Grenze;
- der Staatsbürgerschaft: Hier gehe es nicht um Änderung des GG, das Problem der Zweidrittel-Mehrheit sei bekannt, sondern um die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft;
- Salzgitter¹⁶;
- der Status der Vertretungen.

Diese Fragen seien latent da und blieben offen. Die DDR halte aber nichts davon, bekannte Forderungskataloge immer wieder vorzutragen. Man müsse aber die gegenseitige Interessenlage im Auge behalten.

Wichtiger sei die alles überragende Frage des Friedens. Man müsse von der Konfrontation wegkommen.

Zum Abschluß der Verlesung des Papiers wiederholte Fischer seine Eingangsbemerkung: Er wolle BM nicht reizen, er habe natürlich seine eigenen Auffassungen.

Fischer erklärte im übrigen, seinerseits nichts an die Presse geben, sondern diesen Teil des Gesprächs vertraulich behandeln zu wollen. BM könne es natürlich den Stellen zur Kenntnis bringen, die er für wichtig halte.

BM stellte fest, daß viele nach der Bedeutung des KSZE-Prozesses fragten, es gehe um seine Glaubwürdigkeit. Man werde genau beobachten, wie jeder Teilnehmerstaat die in Madrid eingegangenen Verpflichtungen¹⁷ verwirkliche. Unter Bezugnahme auf seine Rede, in der er die besondere Verantwortung beider Staaten unterstrichen habe, stellte BM fest, diese Verantwortung habe uns auch bei der Mitwirkung am KSZE-Prozeß, auch bei krisenhaften Entwicklungen, geleitet. Wir würden uns davon auch bei der Durchführung des Schlußdokuments und der KAE leiten lassen.

Und natürlich auch im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen über landgestützte sowjetische und amerikanische Mittelstreckenraketen. Hier setzten wir vielleicht den Akzent etwas anders: Wir konzentrierten uns auf das Er-

¹⁵ Zu den Verhandlungen über ein Kulturabkommen mit der DDR vgl. Dok. 104, Anm. 34. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 20. September 1983, bei den am selben Tag wiederaufgenommenen Verhandlungen über ein Kulturabkommen habe der stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, die Forderung „auf Rückführung von Kulturgütern, die sich früher auf dem heutigen Gebiet von Ost-Berlin bzw. der DDR befanden (vor allem, aber nicht ausschließlich Preußischer Kulturbesitz)“, erhoben. Dagegen habe er, Bräutigam, „mit Nachdruck unseren Standpunkt bekräftigt, daß von der DDR geltend gemachte Ansprüche auf Bestände der Stiftung Preußischer Kulturbesitz unbegründet sind und eine Erörterung dieser Frage für uns nicht in Betracht“ komme. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1381; Referat 210, Bd. 132728.

¹⁶ Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen wurde am 24. November 1961 in Salzgitter eingerichtet. Ihre Aufgabe war „die Erfassung von seit dem 13. August 1961 an der Zonen-grenze und in der DDR durch die SED-Regierung und ihre Organe begangenen Gewaltverbrechen“. Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 14 (1961), S. 246, Anm. 11.

¹⁷ Vgl. dazu das Abschließende Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

gebnis und redeten weniger davon, was wäre wenn. Nach unserer Meinung seien die Verhandlungen – entgegen der von manchen öffentlich vertretenen Auffassung – weit gekommen: In einem positiven Kontrast zu anderen Verhandlungsforen sei man sehr schnell zur Substanz vorgestoßen. Insofern sei in den verbleibenden Wochen durchaus Einigung herbeizuführen, wenn man dies wolle. Wir wollten es. Die US-Unterhändler verfügten über ein hohes Maß an Flexibilität. Es sei zu fragen, ob dies auch bei der anderen Seite der Fall sei.

Wir hätten die Erklärung Andropows darüber hoch eingeschätzt, was die SU mit den abzubauenen Raketen tun werde. Unser Standpunkt sei stets gewesen, daß wir unserer Verantwortung für den Weltfrieden nicht gerecht würden, wenn das Bedrohungspotential nur verlagert würde. Dies würde – angesichts der Mobilität der SS-20 – nur eine trügerische Sicherheit für uns selbst erzeugen. Außerdem würde eine Verlagerung in Fernost destabilisierend wirken. Es komme darauf an, die verhandelten¹⁸ Raketen abzubauen und die Aufstellung neuer Raketen zu vermeiden. Andropows Vorschlag anerkenne wenigstens teilweise, daß die SU ein Übergewicht besitze.

Die Kernfrage der Genfer Verhandlungen sei jetzt, ob die SU auf ihre Forderung nach Einbeziehung der britischen und französischen Systeme verzichte, mit der sie bisher einen Verhandlungserfolg blockiere.

BM nahm Bezug auf sein Gespräch mit Gromyko, das er als sehr substantiell und ernsthaft bezeichnete.¹⁹ BM verwies auf die deutsch-sowjetischen Gespräche in Moskau 1980, in denen Breschnew und Gromyko sehr klar gewesen seien: Bei den britischen und französischen Systemen handele es sich um strategische Waffen, die in Mittelstrecken-Verhandlungen nichts zu suchen hätten.²⁰ Wir hätten dem nur zustimmen können. – Gestern habe Gromyko ausgeführt, daß diese Waffen jedenfalls zwei Gesichter hätten, eines als strategische Waffen und eines als Mittelstreckenwaffen. Dies sei sehr interessant. Man werde abwarten müssen, welche Bedeutung diese Erklärung und einige andere Bemerkungen am Verhandlungstisch haben würden. Was hier in Madrid besprochen werde, könne ja nur der Erläuterung dienen.

Es komme darauf an, die verbleibenden Wochen zu nutzen. Wir hätten schon 1979 mit Zustimmung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages beschlossen, daß im Herbst 1983 mit der Stationierung begonnen werde, wenn bis dahin nicht konkrete Verhandlungsergebnisse vorlägen, die eine Überprüfung des Nachrüstungsbedarfs zuließen. Wir würden uns wünschen, daß Anlaß zu einer Änderung bestehe.

Auf die Ausführungen Fischers zu möglichen Reaktionen des Warschauer Pakts eingehend, erklärte BM, wir würden solche Reaktionen bedauern. Wir gingen aber nicht weiter. Nach unserer Auffassung sollte sich eine konstruktive Politik nicht so sehr mit der Frage befassen, was wäre wenn, sondern mit der Frage: Was kann ich tun? Die zentrale Frage sei, wie die SU die britischen und französischen Systeme in den nächsten Wochen behandeln wolle. BM bezeich-

¹⁸ Korrigiert aus: „verhandelnden“.

¹⁹ Zum Gespräch am 8. September 1983 in Madrid vgl. Dok. 262.

²⁰ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

nete Gromykos Ausführungen in diesem Zusammenhang noch einmal als sehr interessant.

Zu den bilateralen Beziehungen erklärte BM: Wir begrüßten jeden Fortschritt, der erzielt werden könne. BM nahm Bezug auf verschiedene eigene Erklärungen aus den vergangenen beiden Jahren, in denen er sich dafür ausgesprochen habe, das Machbare zu tun und nicht die schon bei Abschluß des Grundlagenvertrages unlösbaren Fragen in den Vordergrund stellen.

Der Grundlagenvertrag sei auch nach Auffassung der Bundesregierung verbindlich. Dies sei selbstverständlich. Es sei aber zu wenig. Hierüber sei schon bei den Koalitionsverhandlungen im Herbst 1982 eingehend gesprochen worden: Auch die neue Bundesregierung habe die Absicht, auf der Grundlage der Verträge eine konstruktive Politik zu führen. Damit besitze diese Linie im Deutschen Bundestag eine sehr breite Grundlage, denn auch die SPD unterstütze sie.

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sei für beide wichtig, es sei aber auch wichtig für die Lage in Europa.

BM meinte, zu den von Fischer genannten Themen im bilateralen Bereich wolle er noch einige hinzufügen, die Fischer vielleicht mit dem Sammelbegriff „und viele andere Fragen“ gemeint habe, z.B. Herabsetzung der Altersgrenze für Reisen in die Bundesrepublik und Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte beim Zwangsumtausch²¹. Sie seien nicht Gegenstand öffentlicher Forderungen, aus denen Prestigefragen gemacht würden.

Im bilateralen Bereich gebe es ein weites Feld für Bewegungen, ungeachtet ungelöster prinzipieller Fragen.

BM sagte zu, die bei uns für die bilateralen Beziehungen Verantwortlichen über die Ausführungen Fischers zu unterrichten.

Abschließend stellte BM fest: Das Madrider Treffen habe Bedeutung für beide Staaten: Sie sollten bei der Umsetzung des Beschlossenen vorangehen und den anderen ein Beispiel geben. Dies würde auch das Klima für Genf günstig beeinflussen.

Als Elemente für eine Pressesprachregelung schlug BM vor:

- Hinweis auf die Tradition der bilateralen Begegnungen aus Anlaß der Teilnahme an multilateralen Konferenzen (KSZE Helsinki, VN New York).
- Meinungsaustausch über den Stand der Abrüstungsverhandlungen und die Implementierung der Schlußakte von Helsinki²² sowie die Vorbereitung der KAE.
- Absicht alsbaldiger Konsultationen über Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen.
- Auch: Meinungsaustausch über den Stand der bilateralen Beziehungen.

VS-Bd. 14112 (010)

²¹ Korrigiert aus: „Zwangsaustausch“.

²² Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

264

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

010-2416/83 VS-vertraulich

12. September 1983

Betr.: Informelles NATO-AM-Treffen am Rande des Madrider KSZE-Folgetreffens¹ am 8.9.1983 von 22.50 bis 24.00 h

Vorbemerkung: Sitzung schloß sich an NATO-AM-Frühstück am 7.9. an.² Vorausgegangen war am 8.9. auch ein Mittagessen der EPZ-AM.³

Shultz leitete mit einigen allgemeinen Bemerkungen ein, um dann das Wort und die Leitung der Sitzung an BM abzugeben.

BM trug zunächst das Ergebnis der Erörterungen im Zehnerkreis vor:

1) Die meisten MS wollten im Rahmen der ICAO in Montreal⁴ Änderungen vorschlagen, um Sicherungen gegen den Gebrauch von militärischer Gewalt gegen Zivil-Passagiermaschinen vorzusehen und eine bessere Koordination zwischen ziviler und militärischer Flugsicherung zu gewährleisten.

2) Sie wollten ferner die koreanischen Forderungen⁵ unterstützen.

3) Die Diskussion im Sicherheitsrat solle fortgesetzt werden.⁶

4) Um der ersten Forderung Nachdruck zu verleihen, wollten die meisten eine Suspendierung der Aeroflot-Flüge in ihre Länder und ihrer eigenen Flüge in die SU für ein bis zwei Wochen vorsehen.

BM hob hervor, daß er nicht für die Zehn sprechen könne, da er weder deren Präsident⁷ sei noch ein Konsens erzielt worden sei.

Man wolle aber über eine Reaktion auf die sowjetische Provokation diskutieren, auch um zu vermeiden, daß das Madrider Treffen weiter überschattet werde, nicht etwa durch den KAL-Abschuß⁸, sondern von der Frage, ob sich die westlichen Staaten über eine Reaktion verständigen können.

¹ Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

² Vgl. dazu Dok. 258, Anm. 7.

³ Für das Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Madrid vgl. Dok. 258.

⁴ Zur Sondersitzung des ICAO-Rats am 15./16. September 1983 vgl. Dok. 261, Anm. 6.

⁵ Zu den Forderungen der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 261.

⁶ Zur Behandlung des Abstusses des Flugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL durch die UdSSR am 1. September 1983 im VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 256, Anm. 12.

Nachdem die für 9. September 1983 vorgesehene Sitzung des VN-Sicherheitsrats auf den 12. September 1983 verschoben worden war, informierte Botschafter van Well, New York (VN), an diesem Tag: „In dramatischer Sitzung des SR am 12.9. erhielt der schließlich von 17 westlichen bzw. prowestlichen Staaten eingebrachte Resolutionsentwurf die grundsätzlich für eine Annahme erforderliche Mehrheit von neun Staaten (Artikel 27 Absatz 3 VN-Charta), scheiterte aber an sowjetischem Veto. Neben SU gab lediglich Polen Nein-Stimme ab. Enthalten haben sich China, Guyana, Nicaragua und Simbabwe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1813; Referat 213, Bd. 133215.

⁷ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁸ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

Spanien sei besorgt, daß eine Beschlußfassung in Madrid erfolge. Dem könne dadurch Rechnung getragen werden, daß der NATO-Rat am Freitag⁹ in Brüssel zusammentrete. Wichtig sei, sich jetzt zu einigen. Dabei sei auch die Haltung der Piloten-Organisationen zu berücksichtigen.¹⁰ Es wäre gut, wenn die Regierungen die Sache in die Hand nähmen und eine Situation vermieden würde, in der das westliche Personal streike und das Passagieraufkommen von Aeroflot übernommen werde!

Beabsichtigt sei keine Sanktion, sondern ein Signal des Protests, das unsere Forderungen unterstütze, die am 15.9. bei der ICAO vorgelegt würden.

Anschließend äußerten sich die Bündnispartner wie folgt:

- Italien (Bottai): Italien stimme in vollem Umfang zu.
- Belgien (Tindemans): Belgien stimme ebenfalls zu.
- Luxemburg (StS Helming): Luxemburg stimme zu.
- Großbritannien (Bullard): GB stimme den ersten drei Punkten zu, hätte aber eine Präferenz für einmonatige Suspendierung des Luftverkehrs mit der SU.
- Norwegen (Stray): Norwegen unterstütze die vier Punkte BMs.
- Türkei (Türkmen): Es gebe nur Aeroflot-Flüge nach der Türkei. Er sei im Grundsatz einverstanden, habe aber die Sorge, daß ein Stopp von Aeroflot-Flügen zu Gegenmaßnahmen führe. Der gesamte Flugverkehr zwischen der Türkei und Westeuropa werde durch bulgarischen Luftraum abgewickelt. Eine türkische Entscheidung sei noch nicht getroffen.

BM glaubte, daß die SU bei einer zeitlichen Limitierung der Maßnahmen nichts unternehmen werde.

- Portugal (Matos da Gama): Portugal erhebe keinen Widerspruch. Auf Frage, wann und wo nach Ende der KSZE-Abschlußsitzung entschieden werden solle, meinte BM: Dies könne durch die Ständigen Vertreter in Brüssel am Freitag nachmittag auf Grundlage der in Madrid erzielten informellen Einigung erfolgen. Portugal war hiermit einverstanden.

Auf weitere Frage, ob auch Überflugrechte betroffen sein sollten, stellte BM fest, diese Frage sei bei den Zehn nicht erörtert worden.

- Frankreich (Cheysson): Es gehe darum, die Sicherheit des internationalen Flugverkehrs zu gewährleisten. Hier seien vier Punkte von besonderer Bedeutung (im wesentlichen eine Auffächerung des ersten Punktes von BM). Hierauf müsse man sich konzentrieren und könne auch weite Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erwarten.

Eine Suspendierung von Flügen werfe unlösbare rechtliche Probleme auf. Frankreich habe einen Luftverkehrsvertrag mit der SU¹¹ und wolle ihn nicht verletzen. Eine Suspendierung sei nicht möglich.

- Spanien (Morán): Es könne eine starke Verurteilung aussprechen, aber hier in Madrid dürfe heute nacht nichts entschieden werden. Das würde die Kon-

⁹ 9. September 1983.

¹⁰ Zum Aufruf der Internationalen Pilotenvereinigung, Flüge nach Moskau zu boykottieren, vgl. Dok. 258, Anm. 10.

¹¹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. Juni 1958 zwischen Frankreich und der UdSSR über Luftverkehr vgl. UNTS, Bd. 1578, S. 324–341.

ferenz torpedieren und wäre unhöflich gegenüber dem gastgebenden Staatsoberhaupt, das an der Abschlusssitzung teilzunehmen beabsichtige.¹² Er müsse daher Entscheidungen in dieser Nacht widersprechen.

- Griechenland (Charalambopoulos): Griechenland nehme dieselbe Haltung wie Frankreich ein und sei aus vielen Gründen gegen eine Suspendierung. Griechenland werde sich nicht an Maßnahmen beteiligen.
- Island (Hallgrímsson): Er stimme der Entscheidung der Alliierten zu und werde Aeroflot nicht zwischenlanden lassen. Der Abschluß sei ein Bruch der Dokumente von Helsinki¹³ und Madrid¹⁴.

- Niederlande (Politischer Direktor¹⁵): NL würde einen NATO-Konsensus nicht blockieren. NL erwarte, daß die Länder, die sich nicht beteiligten, und auch die N+N-Staaten nicht den Verkehr auf sich ziehen würden.

Auf Frage nach dem Verhalten der Pilotenorganisationen meinte BM, diese würden den Regierungen – jedenfalls in der Mehrheit – folgen, wenn diese die politische Führung übernehmen.

- Dänemark (Ellemann-Jensen): Wenn Schweden sich nicht beteilige, sei es schwierig für Dänemark, denn SAS werde von drei Ländern betrieben. Dänemark werde das Möglichste tun, aber man könne sich nach dem Nutzen eines Signals fragen, an dem nicht alle teilnähmen. Die SU habe nicht nur ein Flugzeug abgeschossen, sondern auch die Verbündeten gespalten. Es sei doch eine Tatsache, daß die gesamte westliche Politik auf die Erkenntnis gegründet sei, daß die SU lüge, morde und sich in jeglicher Weise fehlerverhalte. Warum sollten wir also Maßnahmen treffen?
- Kanada (Vize-AM¹⁶): Der Flugverkehr sei bereits suspendiert.¹⁷

Im übrigen sei auf die Chicagoer Konvention¹⁸ hinzuweisen, in der ein Land zur Gewährleistung der Sicherheit eines Flugzeugs verpflichtet werde, das sich in seinem Luftraum verirrt habe.

¹² Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation) berichtete am 9. September 1983, König Juan Carlos habe das letzte Plenum der KSZE-Folgekonferenz mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in der er die Bedeutung des KSZE-Prozesses gewürdigt habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1058; Referat 212, Bd. 133422.

¹³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹⁴ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

¹⁵ Adriaan Jacobovits de Szeged.

¹⁶ Marcel Massé.

¹⁷ Botschafter Strätling, Ottawa, berichtete am 6. September 1983: „Der kan[adische] AM MacEachen hat auf einer Pressekonferenz am 5.9.1983 die Aufhebung der Landrechte für die sowjetische Aeroflot in Mirabel-Montreal für eine Dauer von 60 Tagen als Retaliation für den sowjetischen Abschluß der koreanischen Verkehrsmaschine angekündigt. Die Maßnahme trat heute in Kraft. Ferner wurden die Verhandlungen über die offiziellen Landrechte sowjetischer Flugzeuge in Gander, Neufundland ausgesetzt. [...] Mit dem Ausschluß verliert Aeroflot (wöchentlich zwei Flüge Moskau – Mirabel) die einzige Landemöglichkeit in Nordamerika. Air Canada hat zu Beginn des Jahres aus wirtschaftlichen Gründen den Flugverkehr mit Moskau eingestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 386; Referat 232, Bd. 135053A.

¹⁸ Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 412–441.

BM regte an, daß auch noch mit Japan, Australien, Neuseeland, den ASEAN-Staaten und sonstigen interessierten Ländern zu reden sei.

AM Shultz stimmte den vier Punkten von AM Cheysson ebenso wie denen von BM zu, verwies auch auf die Möglichkeit einer internationalen Isolierung von Aeroflot durch Ausschluß vom internationalen Reservierungsverfahren und hielt den Gedanken für gut, mit der Suspendierung des Flugverkehrs am 15.9. zu beginnen. Er hielt an seiner Präferenz für eine längere Dauer fest, verschloß sich aber nicht dem Wunsch der Mehrheit, zwei Wochen vorzusehen. Shultz regte an, am Freitag morgen mit den N+N-Staaten zu sprechen.

Zur Vermeidung von Indiskretionen, worauf AM Morán besonderen Wert legte, schlug BM folgende Sprachregelung vor: Es habe ein Meinungsaustausch stattgefunden. Man werde für 9.9. um 18.00 h eine Sitzung des NATO-Rats in Brüssel einberufen.¹⁹ Inzwischen würden Kontakte zu Australien, Neuseeland, Japan, ASEAN und anderen Staaten aufgenommen.

Nicht für die Verwendung in der Öffentlichkeit, sondern nur intern hielt BM das Ergebnis der Sitzung wie folgt fest:

- Es bestehe volle Übereinstimmung darüber, die Forderung nach Vorschriften in der ICAO zu erheben, die eine Wiederholung ausschließen könnten, sowie die fünf Forderungen der koreanischen Regierung zu unterstützen.
- Einige Staaten hätten sich zur vorübergehenden Suspendierung des Flugverkehrs mit der SU entschlossen.²⁰

Ploetz²¹

VS-Bd. 14122 (010)

¹⁹ Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 9. September 1983, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag seien die beim informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 8. September 1983 in Madrid beschlossenen „Maßnahmen (Vorgehen in der ICAO, Unterstützung der südkoreanischen Forderungen)“ erörtert worden. Für eine „Suspendierung der Landrechte von Aeroflot und der Flüge westlicher Gesellschaften in die SU für die Dauer von zwei Wochen“ hätten sich nur die Vertreter Belgiens, der Bundesrepublik, Großbritanniens, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande und der USA ausgesprochen: „In der Frage, ob die heutigen Konsultationen des NATO-Rats zu einem gemeinsamen Beschluß führen sollten und wie diese Konsultationen gegenüber der Presse behandelt werden sollten, ließ sich auch nach langwieriger Debatte keine Übereinstimmung erzielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1611; VS-Bd. 13385 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁰ Referat 423 listete am 13. September 1983 auf, die USA hätten den Flugverkehr mit der UdSSR „permanent“ suspendiert, Portugal für 30 Tage und Italien für 15 Tage; Belgien, die Bundesrepublik, Dänemark, Großbritannien, Japan, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen sowie Spanien hätten sich für 14 Tage entschieden. Vgl. Referat 232, Bd. 135053A.

²¹ Paraphie vom 12. September 1983.

265

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Kaunda**VS-vertraulich****13. September 1983¹**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Sambia, Dr. Kenneth David Kaunda, am 13. September 1983 von 18.00 bis 19.20 Uhr im Bundeskanzleramt²

Teilnehmer:

Professor Lameck H. Goma, Außenminister; Standwell C.I. Mapara, Botschafter; Wilted J. Phiri, Diplomatischer Berater des Staatspräsidenten; Daniel Lisulu, Vorsitzender des Politischen und Rechtsausschusses des ZK der UNIP³.

Staatssekretär Dr. Lautenschlager; Ministerialdirektor Horst Teltschik; Botschafter Günter Wasserberg.

Der *Bundeskanzler* hieß den Präsidenten herzlich willkommen. Es sei ihm eine Freude, den Präsidenten kennenzulernen, dessen Weg er besonders aufmerksam verfolgt habe.

Präsident *Kaunda* bedankte sich für die Einladung und für den herzlichen Empfang. Er hoffe, daß er die Gelegenheit haben werde, den Bundeskanzler einmal in Sambia willkommen zu heißen, um ihm ein wenig des Dankes abstaten zu können für das, was die Bundesrepublik Deutschland für Sambia getan habe.

Präsident Kaunda erklärte, daß jeder Regierungswechsel⁴ Befürchtungen mit sich bringe. Er sei aus zwei Gründen besorgt gewesen: Seine Besorgnisse hätten sich auf die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen gerichtet, aber auch auf die Politik der Bundesregierung gegenüber Südafrika und im Bereich der Ost-West-Beziehungen. Heute müsse er jedoch feststellen, daß seine Befürchtungen sehr schnell weggewischt gewesen seien. Der Bundeskanzler habe ihn beruhigt, als er den Außenminister in seinem Amt bestätigt habe und mit seiner Erklärung, die Außenpolitik fortsetzen zu wollen. Er sei dafür sehr dankbar. Die bilateralen Beziehungen hätten sich sehr warmherzig entwickelt, die Zusammenarbeit sei sehr eng. Diese Zusammenarbeit konzentriere sich auf fünf Gebiete: auf den politischen, wirtschaftlichen, technisch-wissenschaftlichen, militärischen und sozialen Bereich. Dafür sei er sehr dankbar.

In seinem Gespräch mit dem Bundespräsidenten habe sich dieser im besonde-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 29. Dezember 1983 gefertigt und am 30. Dezember 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 2. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut, Ministerialdirektor Ruhfus und Ministerialdirigent Haas „z[ur] pers[önlichen] Unterrichtung“ verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Präsident Kaunda hielt sich vom 11. bis 16. September 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Korrigiert aus: „UNIT“.

United National Independence Party.

⁴ Zum Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

ren auf das Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bezogen.⁵ Dies sei in der Tat ein herausragendes Beispiel für die gute Zusammenarbeit. Es gebe viele Programme, mit Hilfe derer die Bundesrepublik Deutschland Sambia unterstütze.

Insbesondere die Steigerung der Ölpreise im Jahre 1973 haben Sambia die wirtschaftlichen Probleme sehr stark spüren lassen. Die gestiegenen Ölpreise haben die Kosten von 30 Millionen auf 250 Millionen US-Dollar steigen lassen. Dies habe ein gewaltiges Loch in die Wirtschaft Sambias gerissen.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß auch die Bundesrepublik Deutschland mit der Erhöhung der Ölpreise ihre Erfahrungen machen mußte. Auch für die Zukunft sei ein erneutes Ansteigen der Ölpreise nicht auszuschließen.

Präsident *Kaunda* wies darauf hin, daß besonders die industrielle Entwicklung im Norden seines Landes von dieser Entwicklung betroffen worden sei. Dazu komme, daß die Kupferpreise gesunken seien, gleichzeitig seien jedoch die Kosten für die Industriegüter aus dem Norden gestiegen. Jetzt gebe es kein Gleichgewicht mehr, darunter habe die Wirtschaft in Sambia besonders stark gelitten. In Sambia gebe es immer noch eine starke Monowirtschaft. Die Abhängigkeit von Kupfer sei nach wie vor sehr stark. Die Devisen seien geschwunden, und Sambia habe sich bisher nicht davon erholen können. Es könne keine Rohstoffe von außen kaufen. Die Industriekapazitäten seien nur zu 25 % ausgelastet. Die Arbeitslosigkeit steige weiter an.

Mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds habe man Arbeitsprogramme entwickelt. Im Rahmen des Pariser und Londoner Klubs sei eine Umschuldung erfolgt.⁶ Für die Hilfe, die er dabei von der Bundesrepublik Deutschland erfahren habe, sei er sehr dankbar. Es reiche jedoch nicht aus, Devisen vom Internationalen Währungsfonds zu erhalten. Notwendig sei eine Umstrukturierung der Wirtschaft von Sambia. Dafür brauche man jedoch auch die Hilfe der Bundesrepublik. Seine Gespräche mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft heute seien sehr ermutigend gewesen. Seine Bitte sei es, daß die Bundesregierung die Wirtschaft weiter ermutigen sollte.

Präsident *Kaunda* erklärte, daß er harte Maßnahmen ergriffen habe. Er habe eine Preiskontrolle eingeführt, die Regierungsausgaben wie die Subventionen gekürzt, und dies habe jedoch zu mehr Arbeitslosigkeit geführt. Diese Maßnahmen

⁵ Bundespräsident Carstens erörterte mit Präsident Kaunda am 12. September 1983 die bilateralen Beziehungen, Fragen der Deutschlandpolitik sowie die Lage im südlichen Afrika, insbesondere die Namibia-Frage sowie die Angola- und Südafrika-Politik der USA. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 138123.

⁶ Referat 422 notierte am 18. August 1983: „Multilaterale Umschuldungsvereinbarung vom 16. Mai 1983, die zwischen Sambia und den westlichen Gläubigerländern sowie Südafrika im Rahmen des Pariser Gläubigerklubs ausgehandelt wurde, sieht für die bis Ende 1982 aufgelaufenen Rückstände und 1983er Fälligkeiten aus Regierungsdarlehen (FZ) und regierungsverbürgten Handels- und Finanzkrediten folgende Regelung vor: Umschuldung von 90 % der Tilgungs- und Zinsleistungen; Rückzahlung nach fünf Freijahren innerhalb von fünf Jahren; Zahlung einer Barquote von 10 % während der Freijahre; einbezogen sind Forderungen aus mittelfristigen Krediten, bei Rückständen auch kurzfristige Forderungen; Wohlwollensklausel für Umschuldung der 1984er Fälligkeiten, falls Abkommen mit IWF fortbesteht und bestimmte, sich aus der Umschuldungsvereinbarung ergebende Verpflichtungen erfüllt werden.“ Diese Regelung erleichtere Sambias Schulden um ca. 217 Mio. Dollar, von denen der größte Anteil mit je rund 48 Mio. Dollar auf die Bundesrepublik und Großbritannien entfalle. Die multilaterale Umschuldungsvereinbarung bedürfe der Ausfüllung durch ein bilaterales Regierungsabkommen. Vgl. Referat 320, Bd. 138125.

mußte er sogar im Wahljahr⁷ durchführen. Er hoffe jedoch, daß die Bundesregierung Sambia weiterhin unterstützen könne. Er sei sehr froh darüber, daß heute ein gemeinsames Programm unterzeichnet werden konnte.⁸

Der *Bundeskanzler* versicherte dem Präsidenten, daß die Bundesregierung weiterhin daran interessiert sei, daß Sambia ein starkes Land sei und sich weiterentwickeln könne. Er sage dies nicht nur im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen, sondern auch im Zusammenhang mit der Rolle, die Sambia über seine Grenzen hinaus international spiele. Er sei deshalb sehr erfreut über den positiven Eindruck, den der Präsident in seinen Gesprächen mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft gewinnen konnte. Er wolle jedoch darauf hinweisen, daß auch die Bundesrepublik Deutschland erhebliche wirtschaftliche Probleme meistern müsse. Dies gelte insbesondere für den Abbau der Arbeitslosigkeit. Er hoffe jedoch, daß es mit Hilfe einer klugen Politik gelingen werde, die Schwierigkeiten zu überwinden. Er sei sich im klaren darüber, daß die Bundesrepublik Deutschland als wichtiges Industrieland eine wichtige internationale Verantwortung zu tragen habe. In diesen Tagen würde immer sehr viel vom Frieden gesprochen werden. Für ihn hänge der Friede entscheidend mit der sozialen Wohlfahrt eines Landes zusammen. Dies sei für ihn nicht nur eine Frage der Theorie. Für die Deutschen sei es eine wesentliche Erfahrung nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen, daß sie ohne Hilfe von außen den Wiederaufstieg nicht geschafft hätten. Er habe es nicht vergessen, daß die Hilfe von früheren Feinden gekommen sei. Diese Erfahrung wirke weiter. Deshalb sei die Politik der Bundesregierung, Hilfe für andere Staaten zu leisten, kein Akt der Höflichkeit, sondern eine Tat aus Überzeugung.

Es freue ihn aber besonders, erklärte der Bundeskanzler, daß der Präsident sein Urteil über die neue Bundesregierung schon nach wenigen Monaten ändern mußte. Besonders wolle er sich aber für die Unterstützung des Präsidenten in der Namibia-Frage bedanken. Ein langer und schwieriger Weg müßte noch gemeistert werden, denn viele der Probleme seien historisch gewachsen und könnten nicht in einer kurzen Zeit gelöst werden. In diesem Zusammenhang zog der Bundeskanzler einen Vergleich zur Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen. Er selbst käme von der deutsch-französischen Grenze. Es sei noch nicht allzu lange her, daß sich beide Völker als Erbfeinde verstanden hätten. Dies habe sich innerhalb der Spanne eines Lebens verändert. Seine Kinder⁹ könnten nicht verstehen, daß es jemals eine Erbfeindschaft geben konnte. Er habe erst in diesen Tagen mit Präsident Mitterrand, der sich als Sozialist verstehe, während er ein Christdemokrat sei, einen gemeinsamen Waldspaziergang gemacht.¹⁰

⁷ Am 27. Oktober 1983 fanden in Sambia Parlaments- und Präsidentenwahlen statt.

⁸ Staatssekretär Lautenschlager und der sambische Außenminister Goma unterzeichneten am 13. September 1983 zwei Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit mit einem Gesamtrahmen von 54,8 Mio. DM, die vor allem Projekte der ländlichen Entwicklung und des Infrastrukturausbaus betrafen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 93 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 14. September 1983; Referat 012, Bd. 124453.

⁹ Walter und Peter Kohl.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 19. Juli 1983 in Dabo in Lothringen. Vgl. dazu den Artikel „Das alte Försterhaus hat ausgedient“, DER SPIEGEL, Nr. 30 vom 25. Juli 1983, S. 20 f.

Präsident *Kaunda* erwiderte, daß er Gott danke für die aufrichtige Hilfe, die sein Land von der Bundesrepublik erhalte. Die Bundesrepublik sei ein wichtiges und starkes Land. Dies gelte nicht nur im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch in Fragen, die das südliche Afrika betreffen. Er danke ebenso Gott, wenn es jemanden gibt, der mit ihnen offen und ehrlich spreche. Die Erfahrungen Sambias im südlichen Afrika seien so erschreckend wie die der Deutschen im Rahmen der Ost-West-Beziehungen. Seine Landsleute hätten ihm die Gelegenheit gegeben, sein Land 19 Jahre zu führen. Seinem Volk sei es gelungen, in friedlicher Weise die Unabhängigkeit von Großbritannien zu gewinnen.¹¹ In Simbabwe, Mosambik und Angola sei dies jedoch gescheitert. Dort habe man nur mit Gewalt die Unabhängigkeit erreichen können, nachdem alle friedlichen Versuche gescheitert waren.¹²

Er habe beispielsweise schon 1966 an den portugiesischen Staatschef Salazar geschrieben und ihn aufgefordert, seinen Kolonien die Unabhängigkeit zu gewähren, wenn er gewaltsame Veränderungen und die Abhängigkeit von Kommunisten verhindern wolle. Er habe nie eine Antwort erhalten. Als Caetano in Portugal die Macht übernahm¹³, habe er einen erneuten Versuch unternommen. Doch auch dieser sei ohne Erfolg geblieben. In Simbabwe habe man mit Großbritannien verhandelt. Dennoch seien seine Befürchtungen eingetroffen. Dennoch verstünden sie sich als afrikanische Brüder, obwohl in Simbabwe Marxisten-Leninisten im Amte seien. Ihr Verständnis der Zusammengehörigkeit sei vergleichbar mit den Beziehungen zwischen Präsident Mitterrand und dem Bundeskanzler.

Gegenüber Angola hätte Präsident Reagan die Forderung erhoben, daß die Kubaner das Land verlassen sollten, erst dann werde auch Südafrika sich aus Angola zurückziehen. Er sei überzeugt, daß dos Santos auch aus eigenem Interesse die Kubaner aus seinem Land heraushaben wolle. Er zahle einen sehr hohen Preis für die Anwesenheit der Kubaner. Aber dos Santos könne den Abzug der Kubaner nicht verlangen, da er selbst über keine hinreichend große reguläre Truppe verfüge, die in der Lage sei, Südafrika Widerstand zu leisten. Deshalb unterstütze Sambia die Erklärung dos Santos' vom 26. August 1983, in der es hieße: Sobald sich Südafrika aus Angola zurückziehe und seine Unterstützung von Savimbi einstelle, werde der Rückzug der Kubaner erfolgen.¹⁴ Der Ball liege jetzt bei Präsident Reagan.

Der *Bundeskanzler* fragte Präsident Kaunda, welche Garantie es gebe, daß nach einem Rückzug der Südafrikaner auch die Kubaner das Land verließen.

¹¹ Sambia wurde am 24. Oktober 1964 unabhängig.

¹² Angola wurde am 11. November 1975, Mosambik am 25. Juni 1975 und Simbabwe am 18. April 1980 unabhängig.

¹³ Marcello José das Neves Alves Caetano wurde am 27. September 1968 Ministerpräsident.

¹⁴ In der Presse hieß es dazu, Präsident dos Santos habe beim Empfang des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar am 26. August 1983 in Luanda erklärt, die kubanischen Streitkräfte könnten unter folgenden Bedingungen schrittweise aus Angola abziehen: „South Africa ‚immediately and unconditionally‘ withdraw its troops from the territory they occupy in Angola. UN Security Council Resolution 435 on Namibian independence be implemented. There is a halt to all aggression against Angola. There is a halt to military aid to the ‚puppet Angolan gangs‘, a reference to the South African-backed rebel movement led by Jonas Savimbi that has been waging a growing campaign against the Luanda government.“ Vgl. den Artikel „Angolan Repeats 4 Conditions for Pullout of Cubans“, THE WASHINGTON POST vom 27. August 1983, S. A20.

Kaunda antwortete, daß er es wisse und sein Wort dafür gebe, daß dos Santos den Abzug der Kubaner wolle.

Der *Bundeskanzler* fragte, ob dos Santos dies dann auch durchsetzen könne.

Daran habe er keinen Zweifel, erwiderte Präsident *Kaunda*. Er kenne dos Santos sehr gut. Er sei bereit, dafür die Freundschaft mit der Bundesrepublik Deutschland zu verpfänden.

Der *Bundeskanzler* versicherte, daß er zwar glaube, daß dos Santos dies wolle, aber Zweifel hege, ob er es am Ende auch durchsetzen könne.

Präsident *Kaunda* wiederholte, daß es keinen Zweifel geben könne, wenn Südafrika sich aus Angola zurückziehe und seine Unterstützung für Savimbi einstelle, die Kubaner Angola verlassen werden. Im übrigen stelle sich im Falle von Südafrika auch ein anderes Problem, das Problem der Apartheid und der Unterdrückung der schwarzen Mehrheit. Er habe den südafrikanischen Regierungschef Vorster getroffen.¹⁵ Im Jahr darauf sei er auch mit dessen Nachfolger zusammengetroffen, um eine friedliche Lösung zu finden. Es habe bisher jedoch keinen Fortschritt gegeben. Vor kurzem habe er ihm geschrieben.¹⁶ Gegenüber Großbritannien hätten die Südafrikaner die Tatsache, daß die Afrikaner stärker als die Weißen seien, das Argument gegen die Unabhängigkeit der Afrikaner, als Argument gebraucht.¹⁷

Präsident Kaunda berichtete, daß sich heute in Südafrika viele Tragödien abspielten. Er fürchte, daß ein Punkt erreicht werden könnte, an dem eine Explosion unvermeidlich werde. Dies werde geschehen. „Ich hasse es.“ Nur der Westen könne helfen. Er sei von derselben Angst erfüllt wie viele in Europa vor der Aufrüstung.

Als Präsident Reagan die Regierung übernahm¹⁸, habe er von Südafrika als Verbündetem des Westens gesprochen. Er sprach von den strategischen Erzen in Südafrika. Er wolle nur darauf hinweisen, daß das Öl in Angola von amerikanischen Firmen abgebaut werde. Dos Santos habe diese Gesellschaft nicht verstaatlicht. Deshalb würden die kubanischen Truppen in Angola heute amerikanisches Öl schützen. Sambia verkaufe Kupfer und Kobalt an die Vereinigten Staaten von Amerika. Simbabwe verkaufe Chrom an die USA. Alle afrikanischen Staaten würden an den Westen verkaufen. Sie berücksichtigen dabei die Interessen des Westens. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß dies alles in Flammen aufgehen werde.

¹⁵ Am 25./26. August 1975 fanden an der Grenze zwischen Sambia und Südrhodesien (Simbabwe) in einem Eisenbahnwagen auf der Brücke über den Victoria-Fällen Gespräche zwischen Ministerpräsident Smith und Vertretern des rhodesischen ANC statt in Anwesenheit des Präsidenten Kaunda und des Ministerpräsidenten Vorster, die am Rande mehrere Gespräche führten. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1975, Z 164.

¹⁶ Botschafter Wasserberg, Lusaka, informierte am 2. August 1983, Präsident Kaunda habe vor einigen Tagen verlauten lassen, daß Ministerpräsident Botha ein weiteres Treffen nach ihrer Begegnung am 30. April 1982 in Botsuana vorgeschlagen habe: „Er, Kaunda, habe jedoch freundlich abgelehnt mit dem Hinweis, es stünden keine konkreten Probleme an, die lösbar seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; Referat 320, Bd. 138149.

¹⁷ So in der Vorlage.

¹⁸ Ronald Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt.

Präsident Kaunda berichtete, daß er mit dem südafrikanischen Ministerpräsidenten¹⁹ Botha an der Grenze zusammengetroffen sei. Er habe ihm gesagt, daß alle politischen Führer dieser Region in einem Boot säßen. Die Maschine sei ausgefallen, die Ruder seien zerbrochen. Sie würden gemeinsam auf die Wasserfälle zusteuern und gemeinsam abstürzen. Botha habe ihm erwidert, daß er der erste sei, der davon spreche, daß alle in einem Boot sitzen würden. Präsident Kaunda erklärte, daß er zutiefst davon überzeugt sei, daß alle von einer Explosion betroffen seien. Deshalb trete er für eine friedliche Lösung ein. Die Zeit dafür werde jedoch immer kürzer. Die Probleme könnten nicht noch weitere vier bis fünf Jahre ohne Explosion forttreiben.

Der *Bundeskanzler* versicherte dem Präsidenten, daß er dessen Auffassung teile, daß jede Explosion eine Katastrophe darstelle. Ein Blick auf die Weltkarte genüge. Der einzige Weg sei eine evolutionäre Entwicklung. Er frage sich aber, ob die Kräfte in Südafrika nicht stärker geworden seien, die so einen Weg gehen wollen.

Präsident Kaunda erwiderte, daß er eine solche Entwicklung nicht erkenne, obwohl er es wünschen würde. Der Versuch, einen gewaltlosen Weg zu gehen, sei nach wie vor blockiert. Es gebe in Südafrika Millionen junger Menschen, die keine Schule besucht hätten, die nicht Teil der Gesellschaft seien, die jedoch ein explosives Potential darstellen würden, allein durch ihre Existenz. Und dieses Potential werde in immer stärkerem Maße politisiert. Hinzu komme der organisierte Flügel dieses Bevölkerungsteiles.

Er habe ein Buch geschrieben über die Chancen eines gewaltlosen Weges.²⁰ Dennoch habe er jetzt Befreiungsbewegungen erlaubt, von seinem Gebiet aus zu operieren. Er wird immer wieder auf diesen Widerspruch hingewiesen. Aber keine schwarze Regierung spreche davon, Weiße ins Meer werfen zu wollen. Niemand sage das. Sie als Afrikaner würden beten, bevor sie essen, aber sie seien an die Wand gedrückt. Sanktionen gegen Südafrika seien vom Westen als unwirksam abgelehnt worden, gegen Polen²¹ seien sie jedoch verhängt worden. Dort hätten sie jedoch nicht gewirkt, warf der *Bundeskanzler* ein. Aber sie seien eingeführt worden, erklärte Präsident Kaunda. Dies habe sie jedoch sehr stark berührt. Die Frage des südlichen Afrikas sollte vom Westen sehr ernst genommen werden. Die Zeit laufe ab.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er den Ausführungen des Präsidenten sehr aufmerksam zugehört habe. Es sei für ihn sehr eindrucksvoll gewesen. Er habe vor allem den moralischen Geist verspürt, der den Worten des Präsidenten zugrunde lag. Dies sei für ihn sehr wichtig. Auch er lehne Gewalt ab, aber man müsse darüber sprechen, was getan werden könne.

Präsident Kaunda bat den Bundeskanzler, ihm seine Einschätzung der Ost-West-Beziehungen und der Abrüstungsverhandlungen zu erläutern. Diese Fragen würden sie alle berühren und betroffen machen.

Der *Bundeskanzler* gab einen ausführlichen Bericht über die Ost-West-Beziehungen. Mauer und Stacheldraht würden unser Land und unsere Familien tren-

¹⁹ Korrigiert aus: „Außenminister“.

²⁰ Vgl. dazu Kenneth D. KAUNDA/Colin MORRIS, Kaunda on Violence, London 1980.

²¹ Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Polen vgl. Dok. 107, Anm. 12.

nen. Dies sei nach wie vor eine gefährliche Lage, weil sie unnatürlich sei. Die Geschichte lehre, daß solche Situationen immer gefährlich blieben. Er unterstütze mit großer Sympathie das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Staaten, aber dies müsse auch für die Deutschen gelten. Ihr Recht auf Selbstbestimmung sei durch Hitler nicht verwirkt. Die Deutschen hätten jedoch die Lektion ihrer Geschichte gelernt: Gewalt sei für sie kein Mittel der Politik. Der Bundeskanzler berichtete über die Erfahrungen seiner Familie und vieler Deutscher während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu der geschichtlichen Erfahrung der Deutschen gehöre auch das Jahr 1938 mit dem Münchener Abkommen.²² Es sei ein Akt des Appeasement gewesen und am Ende von Hitler mißbraucht worden.

Die Sowjetunion sei heute der wichtigste Nachbar der Bundesrepublik Deutschland im Osten und eine Weltmacht. Sie beherrsche 17 Millionen Deutsche. Am Ende seien aber Geist und Herz stärker als Waffen. Dies habe die Sowjetunion erst jetzt wieder in Polen erfahren müssen. Hitler sei jedoch ein Abenteurer gewesen. Die Männer im Kreml dagegen seien nüchtern rechnende Politiker. Darin liege die Chance. Die drohende Apokalypse eines nuklearen Krieges führe zu mehr Vorsicht bei den Verantwortlichen als beispielsweise im Jahre 1911.

Präsident Reagan habe bisher sehr vernünftig auf die sowjetische Politik reagiert. Er sei überhaupt viel vernünftiger, als viele glauben. Sicherlich rede er viel, aber dies täten auch andere. Wichtig seien die Taten.

In Europa und weltweit gebe es sicherlich zu viele Waffen. Die Europäer seien besonders durch die Aufrüstung der Sowjetunion mit den nuklearen Mittelstreckenraketen SS-20 beunruhigt. Dies gelte aber auch für die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion. Das Prinzip seiner Politik sei es, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen. Dieser Grundsatz müsse aber für beide Seiten gelten, weltweit, und kontrollierbar sein.

Es reiche nicht aus, wenn es in Mitteleuropa keine Kriege gebe, jedoch in der übrigen Welt Ersatzkriege stattfänden. Das Engagement für den Frieden müsse weltweit sein. Es sei deshalb nur natürlich, daß die Bundesregierung auf ein Ergebnis bei den Genfer INF-Verhandlungen dränge, weil sie unmittelbar davon betroffen sei. Die Realität sei die, daß nur drei Stunden vom Bundeskanzler entfernt die ersten Panzerdivisionen der Sowjetunion stationiert seien. Die Bundesregierung werde deshalb alles tun, um eine Reduktion der Waffen zu erreichen und den Irrsinn des Wettrüstens zu beenden. Es wäre viel nützlicher, das Geld in Entwicklungsprojekte einzubringen, wie z.B. mit Sambia. Er sei ein katholischer Christ, das bedeute für ihn, daß er Konsequenzen zu ziehen habe. Es sei wichtig zu beten, aber es sei genauso wichtig zu handeln. Eines allein reiche nicht aus.

Die Bundesregierung stünde in den letzten Monaten in ständigem Meinungsaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Zwischen ihm und dem amerikanischen Präsidenten finde ein reger Briefwechsel statt. Er habe Zutrauen in Präsident Reagan. Er sei Vater wie der Präsident und er. Eine Tochter des amerikanischen Präsidenten²³ sei Mitglied der Friedensbewegungen.

²² Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

²³ Patricia Ann Reagan (Patti Davis).

Jetzt komme es darauf an, daß die Sowjetunion bereit ist, einen Schritt zu tun. Er habe durchaus Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion. Dennoch sei die Lage irrational. Die Sowjetunion sei die stärkste konventionelle Macht der Welt, und niemand innerhalb der NATO denke daran, gegen die Sowjetunion einen Krieg zu führen. Die NATO sei und bleibe eine reine Verteidigungsarmee. Aber er sei sich dessen bewußt, daß Ressentiments und Emotionen auch zu den Realitäten gehörten. Er habe im Juli mit Generalsekretär Andropow gesprochen²⁴ und ihm gesagt, daß er wisse, daß zweimal in der russischen Geschichte fremde Truppen bis nach Moskau gekommen seien. Er wisse um die 20 Millionen Tote, die die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg verloren habe. Die Mitglieder des sowjetischen Politbüros seien alle sehr alt und hätten den Krieg noch miterlebt und selbst Familienangehörige verloren. Er sei sich deshalb sicher, daß die Sowjetunion ebenfalls keinen Krieg wolle, weder einen kalten noch einen heißen Krieg. Moskau rüste nicht für einen Krieg. Jedoch die Existenz einer solch großen Militärmacht allein habe große psychologische Wirkungen. Er erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal an das Jahr 1938: Frankreich und Großbritannien hätten sich Hitler gefügt, weil Hitlers militärische Macht zu groß gewesen sei.

Die Deutschen und die Europäer könnten sich keine Militärmacht an ihren Grenzen wünschen, die sie hinwegfegen könne. Zur Zeit gebe es in Mitteleuropa keine amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen, jedoch hätten die Sowjets solche Raketen gegen die Europäer gerichtet. Damit könnten wir uns nicht abfinden. Das bestmögliche Ziel bleibe es, daß weder die Amerikaner noch die Sowjets solche nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa stationieren. Er werde deshalb das Menschenmögliche versuchen, um in Genf ein Ergebnis zu erreichen. Sollte es jedoch zu keinem Ergebnis kommen, werden die Europäer mit der Stationierung der amerikanischen Raketen beginnen. Dies werde aber nichts an der Bereitschaft ändern, weiter zu verhandeln.

Er habe mit der amerikanischen Regierung gerungen, daß die Folgeverhandlungen der KSZE in Madrid zu einem Abschluß kämen. Er sei über das Ergebnis nicht in allen Punkten glücklich, insbesondere in bezug auf die Frage der Menschenrechte. Dennoch sei er mit dem Ergebnis zufrieden, weil es dazu führe, daß im Januar die Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa beginnen könne²⁵ und damit deutlich werde, daß das Tischtuch nicht zerschnitten sei. Er werde auch weiterhin alles versuchen, daß es 1984 zu einer Begegnung zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Andropow kommen wird. Ein solches Treffen müsse gut vorbereitet werden, um zu verhindern, daß es nur der gegenseitigen Propaganda diene.

Bei den Verhandlungen in Genf bestünde durchaus noch eine Chance, ein Ergebnis zu erreichen. Er sei nicht pessimistisch. Er werde weiterhin alles tun, ein solches Ergebnis zu erreichen. In diesem Zusammenhang bleibe es aber auch wichtig, daß Länder wie Sambia ihre klare und unabhängige politische Linie verfolgen und nicht Teil des Ost-West-Konfliktes werden. Im übrigen vertrete er nicht eine isolierte deutsche Position, sondern eine europäische. In dieser

²⁴ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Für seine Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. und 6. Juli 1983 vgl. Dok. 200 und Dok. 204.

²⁵ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

Frage sei er sich mit Präsident Mitterrand genauso einig wie mit Großbritannien, Italien, den Beneluxstaaten. Sie alle seien keine Kriegstreiber. Er sei der deutsche Bundeskanzler, ein deutscher Patriot, der seine Pflicht tue, Frieden für sein Land zu sichern und einen Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten. Für ihn komme auch ein moralischer Aspekt hinzu. Im Zusammenhang mit dem Jahr 1938 habe seine Generation viele Fragen an ihre Eltern gerichtet, die Frage, warum dies alles geschehen konnte. Diese Lage dürfe sich nicht wiederholen. Deshalb werde er seinen Beitrag für den Frieden und die Freiheit leisten. Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß er seine Ausführungen so grundsätzlich angelegt hätte, damit der Präsident seine moralische Position verstehen könne.

Präsident *Kaunda* bedankte sich für die Ausführungen des Bundeskanzlers. Er erklärte, wenn er nur diesen letzten Teil des Gespräches gehört hätte, wäre dies allein sehr wertvoll gewesen. Er sei sehr bewegt. Der Mann, der Mensch Helmut Kohl habe ihm eine große Stunde bereitet. Er werde dies für den Rest seines Lebens sehr hoch schätzen. Der Herr möge dem Bundeskanzler helfen. Dies diene allen, in Ost und West. Der Bundeskanzler brauche jetzt einen kühlen Kopf. Er sei überzeugt, daß er ihn habe.

Der *Bundeskanzler* gab seiner Hoffnung Ausdruck, das Gespräch zur gegebenen Zeit fortführen zu können. Er könne jedoch heute noch keinen Termin zusagen. Der Präsident sei ihm aber jederzeit als Gast willkommen. Präsident *Kaunda* nahm sichtlich bewegt Abschied vom Bundeskanzler.

VS-Bd. 14114 (010)

266

Vortragender Legationsrat Klaiber an die Botschaft in Washington

200-350.31

Aufgabe: 13. September 1983, 17.27 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 5814 Plurex

Citissime nachts

Betr.: EPZ;

hier: 50. Ministertreffen in Athen vom 12.9.1983

Botschaft wird gebeten, an hoher Stelle im State Department vorzusprechen und US-Regierung über Verlauf und Ergebnis des EPZ-Ministertreffens in Athen anhand des nachfolgenden Erlasses zu unterrichten:

Im Mittelpunkt des Ministertreffens standen die folgenden zwei Themen:

¹ Durchdruck.

1) Abschluß des südkoreanischen Zivilflugzeuges²

Gegen den Willen der griechischen Präsidentschaft³ setzte BM die Befassung der Zehn mit diesem Thema durch. Griechischer AM Charalambopoulos leistete hartnäckigen Widerstand gegen eine von allen übrigen Partnern befürwortete Zehnererklärung. Erst aufgrund massiven Drucks konnte er schließlich dazu bewegt werden, der beiliegenden Erklärung zuzustimmen, die hinter unseren Forderungen zurückbleibt (keine Verurteilung der SU, keine Unterstützung der koreanischen Forderungen⁴, nur Hinweis auf „Positionen“ der Mitgliedstaaten mit Bezug auf „andere Aspekte“ (14tägige Flugsuspendierung, siehe Anlage 1⁵).

2) Griechischer Moratoriumsvorschlag zu INF

Entgegen dringender Warnungen einiger Partner (IRL und BM hatten Briefe an griechischen AM geschrieben⁶) nahm Präsidentschaft INF-Thematik beim Mittagessen auf. Alle neun Partner und insbesondere der BM wiesen GRI nachdrücklich darauf hin, daß Behandlung dieses Themas in das Bündnis gehöre und nicht in die EPZ. BM hat die Bündnisposition noch einmal nachhaltig vorgetragen.

Als Präsidentschaft zum Abschluß des Ministertreffens Frage der Presseunterrichtung über informelle Diskussion beim Mittagessen zur INF-Thematik aufwarf, löste sie eine heftige Kontroverse aus. Während die neun Partner darauf bestanden, der Presse lediglich mitzuteilen, das Thema habe nicht auf TO gestanden (oder: sei nicht diskutiert worden), wehrte sich griechischer AM in emotionaler Form gegen alle vorgebrachten Argumente, schlug jeden Hinweis auf EPZ-Übung aus und erklärte schließlich, er werde über INF-Diskussion dann eben in seiner Eigenschaft als griechischer AM berichten. Dies hat er getan (vgl. DB Nr. 584 aus Athen, Anlage 2)⁷.

Neben diesen beiden, das Ministertreffen bestimmenden Punkten, kamen folgende weitere Themen zur Sprache:

² Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

³ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁴ Zu den Forderungen der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 261.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12908 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zum Schreiben des Bundesministers Genscher vom 18. August 1983 an den griechischen Außenminister Charalambopoulos vgl. Dok. 247, Anm. 10.

Der irische Botschaftsrat Lawton übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit am 29. August 1983 das Schreiben des irischen Außenministers Barry vom 25. August 1983 an Charalambopoulos. Darin hieß es: „As defence matters do not come within the framework of European Political Cooperation, I regret that it is not possible for me to agree to this proposal. In accordance with what has been said jointly with partners on a number of occasions, Ireland hopes that the parties to these negotiations will demonstrate the necessary resolve to bring them to a successful conclusion.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124523.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Sigrist, Athen, teilte am 13. September 1983 mit, am Vortag habe der griechische Außenminister Charalambopoulos vor der Presse betont, daß es innerhalb der Europäischen Gemeinschaften unterschiedliche Positionen zum Abschluß des südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 gebe. Charalambopoulos habe „in seiner Eigenschaft als griechischer Außenminister“ erklärt, daß auch die Frage einer Verschiebung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa erörtert worden sei; anderslautende Darstellungen seien falsch. Vgl. VS-Bd. 12908 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

Polen

Entwicklung der Zehnerhaltung (Wiederaufnahme Umschuldungsverhandlungen⁸, für Beitritt Polens zum IWF⁹, graduelle Wiederaufnahme von Expertentreffen, Zurückhaltung bei Aufnahme von Kontakten auf politischer Ebene.)

Nahe Osten

Einvernehmen über Zehnererklärung (siehe Anlage¹⁰; keine exploratorische Mission der Präsidentschaft in die Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt.)

Zentralamerika

(Zustimmung zur Vereinbarung eines Troika-Treffens mit den Contadora-Staaten am Rande der VN-GV¹¹. Im Lichte dieses Treffens Entscheidung über Mission der Präsidentschaft in die Region.)

Klaiber

VS-Bd. 12908 (200)

⁸ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 228, besonders Anm. 14. Referat 422 notierte am 21. September 1983, die „Gruppe der 16 westlichen Gläubigerländer“ (Pariser Club) habe sich am 16. September 1983 in Paris auf folgendes Verfahren geeinigt: „Schreiben an polnische Seite mit Angebot, Ende September/Anfang Oktober 1983 Expertengruppe nach Warschau zu entsenden, um zuverlässiges Bild polnischer Wirtschaftslage zu gewinnen; Verabschiedung des Berichts dieser Expertengruppe („Task force“) am 25./26.10.1983 in Paris; erste reguläre Umschuldungsverhandlung mit Polen in Paris voraussichtlich Anfang/Mitte November 1983.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140064.

⁹ Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 228.

¹⁰ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 12. September 1983 über die Lage im Libanon vgl. BULLETIN DER EG 9/1983, S. 92.

¹¹ Zum Treffen der EPZ-Troika mit der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) am 29. September 1983 in New York vgl. Dok. 286, besonders Anm. 19.

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

VS-vertraulich

15. September 1983¹

Dear Ron,

Thank you very much for your letter of 4 September 1983², which Ambassador Nitze presented to me³, and for your message of 11 September 1983⁴.

I fully concur with you in the view that the brutal Soviet behaviour in shooting down the Korean passenger airliner⁵ places a grave strain on international relations. It is therefore all the more important that the Western Allies adopt a clear-cut and united stance on this subject. As you will surely know, Minister Genscher made vigorous efforts to this end in Madrid⁶ and Athens⁷.

But I also share your view that it is in our own interest to continue in a resolute manner our efforts for tangible results at the ongoing arms control talks, especially at the INF negotiations.

I also fully subscribe to your assessment of Mr. Andropov's latest proposal.⁸ I expressed this viewpoint before the German Bundestag.

Your intention of imparting fresh impulses to the INF talks has my undivided support. I welcome the fact that you are thus also taking up ideas which we have

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde vom Bundeskanzleramt mit Fernschreiben Nr. 1602 an Präsident Reagan übermittelt. Eine Ablichtung wurde am 15. September 1983 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Kenntnisnahme des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.

Hat in Vertretung von York Vortragendem Legationsrat Werndl am 18. September 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13756 (014); B 150, Aktenkopien 1983.

² Für das Schreiben des Präsidenten Reagan an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 11356 (220).

³ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 5. September 1983; Dok. 252.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelte am 12. September 1983 Vortragendem Legationsrat Jansen, z. Z. Athen, „zur Vorlage bei BM“ und Botschafter Ruth, z. Z. London, das am Vorabend im Bundeskanzleramt eingegangene Schreiben des Präsidenten Reagan an Bundeskanzler Kohl. Reagan habe dargelegt, eine Konkretisierung seines Vorschlags vom 30. März 1983 für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf könne sinnvoll sein. Dabei sei an folgende Elemente gedacht: 1) „We would be prepared to apportion, in an appropriate manner, the reductions of Pershing II and ground-launched Cruise Missiles. [...] 2) We should offer, in the context of an agreement providing for equal, global limits on LRINF missiles, to consider a US commitment not to offset the entire Soviet global LRINF missile deployment by US deployments of LRINF missiles in Europe. [...] 3) While we must continue to focus on LRINF missiles as the systems of greatest concern to both sides, we should be prepared to consider proposals involving US and Soviet LRINF aircraft that are consistent with allied criteria for an INF agreement.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5768; VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁶ Vgl. dazu das Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 8. September 1983 in Madrid; Dok. 258.

Vgl. dazu ferner das Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am selben Tag und Ort; Dok. 264.

⁷ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 12. September 1983 vgl. Dok. 266.

⁸ Zu den INF-Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 27. August 1983 vgl. Dok. 247, Anm. 4.

already discussed bilaterally⁹ and which were presented to the Special Consultative Group by the representative of the Federal Republic of Germany¹⁰.

In response to your request I should like to present some suggestions aimed primarily at introducing the initiative into the negotiations at an early date and giving it maximum publicity. The question of the sequence of your steps, which you also mentioned in your letter, plays an important part in this context.

The importance of the initiative would be underscored if you yourself were to announce it in public as soon as possible. The speech you intend to hold before the General Assembly of the United Nations¹¹ would be a favourable opportunity for giving the proposal additional publicity.

We regard the elements of your initiative as a coherent package of concrete measures which will give further substance to Ambassador Nitze's negotiating mandate.

I should like to comment as follows on the individual elements:

1) Like you, we are aware of the importance of Pershing II missiles for NATO strategy and their particular significance for the conduct of the negotiations in the latter. The proportion of Pershing II and cruise missiles in the reductions is of particular importance and we assume that the proportion of Pershing II missiles would not be increased in the reductions.

2) The proposal for supplementing the global ceilings to be agreed for American and Soviet LRINF missiles by regionally effective ceilings also accords with my conviction that not the entire Soviet potential of INF missiles can be offset in Europe.

The envisaged combined arrangement upholds the principle of equal global ceilings for the United States and the Soviet Union and does full justice to Western security interests. One might consider whether it would be useful, in presenting our position to the public, to illustrate our negotiating principles once more with the aid of figures.

3) Particular importance attaches to your decision in favour of including comparable American and Soviet LRINF aircraft. I am certain that Ambassador Nitze will thus be in a position, on the basis of the criteria specified by you, to make a further substantive step forward at the negotiations.

I am confident that agreement will quickly be reached on your new proposals at the forthcoming special meeting of the Special Consultative Group.¹² The representative of the Federal Government will be ready to contribute to that end.

⁹ Vgl. dazu die Gespräche des Botschafters Ruth am 29./30. August 1983 in Washington; Dok. 244.

¹⁰ Vgl. dazu die Ausführungen des Botschafters Ruth in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 3. September 1983 in Brüssel; Dok. 250.

¹¹ Am 26. September 1983 gab Präsident Reagan vor der VN-Generalversammlung in New York den amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf bekannt. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626.

¹² Botschafter Ruth vermerkte am 19. September 1983, die Special Consultative Group (SCG) der NATO habe bei ihrer Sondersitzung in Bonn am selben Tag „auf der Grundlage der Briefe Präsident Reagans an die Regierungschefs und der vorliegenden Antworten oder mündlichen Reaktionen“ die amerikanischen Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf gebilligt: „Der griechische Vertreter behielt sich eine Äußerung vor, da seine Regierung den Brief des amerikanischen Präsidenten zwar erhalten, aber noch nicht beantwortet habe.“ Die ame-

Moreover, my foreign policy adviser, Horst Teltschik, will meet in Washington next week as my personal representative with your security adviser, Bill Clark, in order to inform you of my views on any additional aspects of the common negotiating position.¹³

With warm regards,
Yours sincerely

[sgd.] Helmut

VS-Bd. 13756 (014)

268

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-19860/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4164

Aufgabe: 15. September 1983, 19.17 Uhr¹
Ankunft: 15. September 1983, 18.03 Uhr

Betr.: Ausreise Prof. Andrej Sacharow²;
hier: Verschlechterung der Lebensumstände Sacharows in Gorki

Bezug: DB 2229 vom 26.5.1983³

1) Mitarbeiter erhielt aus zuverlässiger Quelle Nachricht über schwerwiegende Verschlechterung der Lebensbedingungen von Sacharow und seiner Frau Je-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1339

rikanischen Vorschläge sollten am 22. September 1983 vom Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in die Verhandlungen in Genf eingeführt und am 26. September 1983 von Präsident Reagan in seiner Rede vor der VN-Generalversammlung dargelegt werden. Vgl. VS-Bd.11356 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹³ Das Presse- und Informationsamt dementierte am 20. September 1983 den Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ vom selben Tag, daß Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „sich heute im Weißen Haus in Washington um eine größere amerikanische Flexibilität der Genfer Verhandlungen bemühen soll“. Teltschik reise am 21. September nach Washington, um „an der deutsch-amerikanischen Konferenz des Wilson-Center in Washington“ teilzunehmen, wo er „natürlich auch mit führenden amerikanischen Politikern zusammentreffen“ werde. Vgl. die Pressemitteilung Nr. 481; Referat 220, Bd. 124524.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 19. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) 213: Was geschieht? 2) W[ieder]v[orlage] 21.9.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 19. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Braunmühl vermerkte: „An sich bietet sich Intervention des BK bei GS Andropow an. Gegenwärtiger Moment ist jedoch dafür denkbar ungünstig. Deshalb Aktion erst bei verbesserten Umständen.“

Hat Arnot am 18. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat gegenüber Gromyko in Wien den Namen Sacharow genannt (unter Bezug auf sein Gespräch mit G[romyko] in Moskau) und gesagt, wir wären dankbar, wenn SU durch Großzügigkeit zur Lösung dieser Fälle beitragen würde.“ Außerdem verfügte Arnot die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin Wannow „n[ach]R[ückkehr]“.

Hat Wannow am 24. Oktober 1983 vorgelegen.

² Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 170.

³ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte, die Ehefrau des sowjetischen Atomphysikers

lena. Die Verschärfung der Situation steht in direktem Zusammenhang mit der Veröffentlichung des letzten „offenen Briefes“ Sacharows in der Westpresse⁴ und der sowjetischen Reaktion darauf (Artikel von vier Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften in „Iswestija“ vom 2.7.83⁵, Artikel in sowjetischer Zeitschrift „Smena“⁶, Prawda-Verlag).

2) Wie Prof. Sacharows Frau, Jelena Bonner, bei ihrem letzten Besuch in Moskau Gesprächspartner der Botschaft berichtete, erhielt das Paar seit o. a. Vorgängen täglich im Durchschnitt 100, insgesamt bisher über 2300 Briefe mit Anklagen, Drohungen und Schmähungen. Während die Sacharows in ihrer Verbannung bisher relativ friedlich leben konnten, kommt es nunmehr regelmäßig zu Beschimpfungen auf offener Straße auch durch unbekannte, offenbar aber „nichtorganisierte“ Menschen. Seit dem Artikel der Akademiemitglieder, darunter FVS-Stiftungs-Preisträger Prof. G. K. Skrjabin, ist es für die Sacharows deshalb schwer, die für den Lebensunterhalt notwendigen Einkäufe zu machen. Eine Hilfe haben sie nicht, beide sind schwer herzkrank.

3) Als Frau Sacharow am Abend des 3.9. aus Gorki nach Moskau abreiste, brachte ihr Mann sie an den Zug und wurde von den im Abteil von Frau Sacharow mitreisenden drei Frauen erkannt. Es kam daraufhin zu hysterischen Angriffen zweier Frauen auf Frau Sacharow („Sie reisen nicht mit uns, wir wollen nicht mit Ihnen in einem Abteil bleiben“), an denen⁷ sich schließlich die Mehrzahl der Passagiere im Waggon beteiligten. Auch hier war nach Auffassung des Informanten der Botschaft vielleicht eine Frau Agent provocateur, die übrigen Menschen hätten spontan reagiert.

Frau Sacharow mußte nach Schlichtungsversuchen der Wagenschaffnerin, des Zugführers und eines Milizionärs schließlich die Nacht im Dienstabteil der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1340

Sacharow, Bonner, bemühe sich „um gemeinsame Einweisung für sich und ihren Mann, der sich immer noch in Gorki befindet, in eine Moskauer Spezialklinik. Sie macht geltend, daß sie nach ihrem Herzinfarkt nicht reisefähig sei. Ihr Mann sei aber auch herzkrank und brauche ihre Unterstützung und Pflege. Ihre Bemühungen, daß ihr Mann zwecks ärztlicher Behandlung gemeinsam mit ihr nach Moskau kommen darf, sind bisher erfolglos geblieben.“ Vgl. VS-Bd. 13380 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Ein Schreiben des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vom 2. Februar 1983 an den amerikanischen Atomphysiker Drell, in dem sich Sacharow kritisch mit Drells Plädoyer für einen nuklearen Freeze auseinandersetzte, wurde am 24. Juni 1983 in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ und am selben Tag gekürzt in der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ sowie in deutscher Übersetzung in der Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlicht. Vgl. dazu Andrei Sacharow, The Danger of Thermonuclear War, in: FOREIGN AFFAIRS 61 (1982/83), S. 1001–1016. Für den deutschen Wortlaut vgl. SACHAROW, Frieden, S. 114–132.

⁵ Vgl. dazu den Artikel „Kogda terjajut čest' i sovest'“, IZVESTIJA vom 2. Juli 1983, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. SACHAROW, Frieden, S. 220–222.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 5. Juli 1983, der Artikel befasse sich „kritisch mit der Person und den Absichten von Sacharow“. In dem Artikel werde Sacharows Aussage attackiert, „daß Parität der Waffen auch im Kernwaffenbereich unumgänglich sei, die bislang zu Lasten der USA aber nicht existiere. [...] Die zweite Stoßrichtung des Artikels zielt gegen Sacharow selbst, gegen seine Glaubwürdigkeit und sein Ansehen, um ihn in der sowjetischen Öffentlichkeit weiter zu diskreditieren.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1481; Referat 213, Bd. 139298.

⁶ Vgl. dazu den Artikel „Put' vniz“, SMENA vom 14. Juli 1983, S. 26 f.

⁷ Korrigiert aus: „der“.

Schaffnerin verbringen, doch wurde sie auch dort durch dauernde Belästigungen bis zum Morgen gestört, weil die Mitreisenden vor jedem Bahnhof ihre Verweisung aus dem Zug durchzusetzen versuchten. Nur durch das korrekte Verhalten des Zugpersonals sei es dazu nicht gekommen.

3) Wertung

Die Verschärfung der Lage Sacharows ist offensichtlich auf seinen letzten offenen Brief zurückzuführen, in dem er die Grenze überschritten hat, jenseits derer die in der Mehrzahl zutiefst patriotischen Sowjetbürger nur noch Landesverräter zu erkennen vermögen. Auch sein hohes Ansehen als Akademiker schützt ihn jetzt nicht mehr vor dem Zorn der Menge.

4) Wir sollten m.E. einen weiteren Versuch machen, das Los der Familie Sacharow zu ändern, wenigstens zu mildern. Denkbar wäre – unter Hinweis auf die aus der Bundesrepublik vorliegende, völlig vertraulich gebliebene Einladung⁸ – eine Verwendung auf hoher Ebene für die Verlegung der beiden Kranken in das Moskauer Krankenhaus der AdW⁹, hilfsweise in eine andere Stadt, in der die Sacharows nicht so bekannt sind wie in Gorki. Dabei müßte allerdings vermieden werden, daß die hiesige Regierung Sacharow in von Moskau weit entfernte Gebiete der SU verschickt. Dies würde Frau Sacharow die Gelegenheit zu dringend benötigten Westkontakten endgültig nehmen.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13380 (213)

⁸ Zur Einladung der Deutschen Forschungsgemeinschaft vom 20. Mai 1983 an den sowjetischen Atomphysiker Sacharow vgl. Dok. 170, Anm. 3.

⁹ Akademie der Wissenschaften.

269

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit einer Delegation des niederländischen Parlaments

VS-NfD

16. September 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments am 16. September 1983 von 11.00 bis 12.30 Uhr²

Niederländische Teilnehmer: Herr Bert de Vries, Fraktionsvorsitzender der CDA; Herr Joop den Uyl, Fraktionsvorsitzender der PvdA; Herr Ed Nijpels, Fraktionsvorsitzender der VVD; Herr Relus ter Beek, PvdA, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des niederländischen Parlaments; Herr Joep de Boer, CDA; Herr Willem de Beaufort, stellvertretender Schriftführer der Zweiten Kammer; Botschafter Dr. Kasper Reinink.

Weitere Teilnehmer auf deutscher Seite: VLR I Stabreit als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* begrüßt die niederländische Delegation: Dies sei ein wichtiges Gespräch mit Vertretern eines wichtigen Nachbarn. Er schlage vor, ganz unprotokollarisch vorzugehen. Die Gäste sollten ihre Fragen zu den Themen stellen, die für sie von Interesse seien.

Abgeordneter *ter Beek* dankt Bundeskanzler für Empfang. Es handele sich zwar um eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses der Zweiten Kammer, die aber durch Teilnahme der drei Fraktionsvorsitzenden von CDA, PvdA und VVD „etwas mehr als nur das“ sei. Man habe die NATO besucht, ebenso Washington, wo man u. a. mit Verteidigungsminister Weinberger, mit den Herren Eagleburger, Perle und Clark gesprochen habe.³ Die Reise nach Moskau sei nach dem

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit, Bundeskanzleramt, am 19. September 1983 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. September 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung von Bundesminister Genscher“ übermittelt.

Hat Ploetz am 23. September 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178877.

² Mit Blick auf das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit niederländischen Abgeordneten informierte Botschafter von der Gablentz, Den Haag, am 13. September 1983, Meinungsumfragen zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 würden zeigen, „daß sich Mehrheit NL-Bevölkerung bei Teilerfolg Genfer Verhandlungen zumindest mit Teilstationierung abfinden würde. Widerstand bestimmter Gruppen gegen Stationierung (Massendemonstrationen, ‚ziviler Ungehorsam‘, Blockade militärischer Anlagen und d[er]gl[ichein]) wird – wie gegenwärtiger Stand öffentlicher Debatte zeigt – demokratische Strukturen und Verfahren nicht in Frage stellen, die tief im Bewußtsein der Bevölkerung verwurzelt sind.“ Angesichts der niederländischen Außenhandelsabhängigkeit wirke sich die Konjunkturkrise der Weltwirtschaft mit einer Arbeitslosenquote von 17 Prozent aus: „Bundesrepublik ist für NL wichtigster Handelspartner (größter Lieferant und Abnehmer), während NL größter Lieferant der Bundesrepublik ist und als Abnehmer an zweiter Stelle nach Frankreich steht.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140580.

³ Eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des niederländischen Parlaments besuchte vom 12. bis 14. September 1983 die USA. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 549 des Botschafters von der Gablentz, Den Haag, vom 14. September 1983; Referat 201, Bd. 125633.

Abschuß des koreanischen Passagierflugzeuges⁴ abgesagt worden, doch hoffe man sie nachholen zu können. Er weist darauf hin, daß in der Stationierungsfrage in den kommenden Monaten wichtige Entscheidungen fallen werden. In den Niederlanden sei die endgültige Entscheidung über die Stationierung noch nicht getroffen. Sie sei für Mitte des nächsten Jahres vorgesehen. Wenn es in Genf jedoch keine Resultate gebe und in der Bundesrepublik Deutschland und im Vereinigten Königreich stationiert werde, dann werde dies Auswirkungen in den Niederlanden haben. Er bittet den Bundeskanzler um seine Meinung: Werde es einen heißen Herbst geben? Was seien seine außenpolitischen Hoffnungen und Erwartungen in bezug auf Genf?

Bundeskanzler erwidert, er wolle zunächst eine Vorfrage klären. Das Gespräch sei nur nützlich, wenn er ganz offen, ohne Reservatio sprechen könne. Dies setze voraus, daß man das Gesagte bei sich behalte und man sich nicht in der Presse zitiert finde.

Er wolle zunächst auf die Ausgangsposition eingehen. Jeder von uns sei sich der ungewöhnlich problematischen Lage der Bundesrepublik Deutschland in der Sicherheitspolitik bewußt. Wir seien ein geteiltes Land. Diese Teilung sei keineswegs geheilt. Sie gehe quer durch die Familien, die Wunde wachse nicht zu. Bundeskanzler erläutert dies am Beispiel seiner eigenen Frau⁵. Sie sei in Berlin geboren, in Leipzig aufgewachsen. 1945 sei sie nach Westdeutschland gekommen. Gerade eben habe sie ein 80jähriger Freund ihres verstorbenen Vaters⁶, der in der Bundesrepublik Deutschland zu Besuch gewesen sei und sie unlängst im Bild gesehen und wiedererkannt habe, besucht und Erinnerungen ausgetauscht. So etwas passiere in Deutschland ohne Unterlaß. Diese menschliche Dimension reiche tief in die Struktur unseres Landes. Das sei nicht eine Sache von Politikerreden, sondern deutscher Alltag.

Und noch etwas. Er, der Bundeskanzler, sei bei Kriegsende 15 Jahre alt gewesen. Die Mehrheit der Deutschen sei nach 1945 geboren. Über 60% der Deutschen hätten keine Erinnerung an den Krieg. Die ganz Jungen stellten die Frage: Jedes Land in der Welt habe ein Recht auf Selbstbestimmung, darauf, daß die Menschenrechte geachtet würden. Warum gelte dies nicht für uns? Niemand habe hier im übrigen den Holocaust vergessen. Es gebe eine tiefe Grundstimmung für Israel.

Es finde eine Bewußtseinsverfestigung zur Geschichte des Landes statt. Im Grunde komme jetzt die volle Wirkung Hitlers auf uns nieder, und zwar moralisch, nicht materiell. In der Pädagogik habe es zeitweilig schlimme Entwicklungen gegeben, die die Geschichtslosigkeit als wünschenswert hingestellt hätten. Aber es gebe ein Luther-Jahr.⁷ Die DDR feiere Persönlichkeiten der deutschen Geschichte (Clausewitz⁸). Und auch bei uns gebe es bei den jungen Leuten wieder mehr Geschichtsbewußtsein. Wir hätten eine phantastische junge

⁴ Zum Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁵ Hannelore Kohl.

⁶ Wilhelm Renner.

⁷ Zum Luther-Jahr in der DDR vgl. Dok. 106, besonders Anm. 24 und 25, sowie Dok. 391.

⁸ Zum Clausewitz-Gedenken in der DDR vgl. Dok. 106, Anm. 42.

Generation, aber sie trage Turnschuhe, sie komme nicht in Nagelschuhen⁹ einher. Sie sei wieder für Lyrik, für die leisen Töne. Ihm sei das sehr sympathisch, es sei keine gewaltsame Generation. Es gebe keinen Trend zur Gewalt bei uns.

Konkret stünden wir nun vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, die viele Facetten habe, vor der Tatsache, daß die Sowjetunion ihre Rüstung in den 70er Jahren in einer Weise, die ganz unsinnig sei, vorangetrieben habe. Was die Sowjets hierzu sagten, stimme nicht. Er selbst habe die gestochen scharfen amerikanischen Aufklärungsfotos gesehen. Er habe dieses Problem in einem mehrstündigen Gespräch mit sowjetischen Marschällen erörtert.¹⁰

Nun habe der Westen gesagt: Wir machen den Doppelbeschluß. Wenn er jetzt einmal als Parteivorsitzender sprechen dürfe: Die CDU/CSU habe in der Opposition die Position Schmidts voll unterstützt, und zwar beide Teile des Doppelbeschlusses. Er sei dafür, jede denkbare Chance wahrzunehmen, keine neuen Waffen aufstellen zu müssen. Er könne nur sagen: Die Amerikaner tun alles, um die Stationierung zu vermeiden. Die USA bemühten sich um ein optimales Ergebnis. (Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf seinen engen Kontakt mit Präsident Reagan, mit dem intensiver Briefwechsel stattfinde, sowie mit Präsident Mitterrand.) Die Reaktion der USA auf den Abschluß des koreanischen Passagierflugzeuges sei rundherum vernünftig und gemäßigt gewesen.¹¹ Man stelle sich vor, im Jahre 1910 wäre ein Schiff im Mittelmeer versenkt worden und 270 Zivilisten hätten den Tod gefunden. Das hätte damals Krieg bedeutet.

Wenn sich der Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid¹² auf das Kapitel über Menschenrechte beschränkt hätte, so wäre er, der Bundeskanzler, nicht zufrieden gewesen. Er habe zu Reagan gesagt: Ihr müßt uns dabei helfen, in Stockholm im Januar/Februar 1984 eine Konferenz über konventionelle Abrüstung zustande zu bringen.¹³ Dies sei wichtig, denn in einer solchen Situation sei eine Konferenz ein Gut an sich. Es sei ein Fehler, daß wir dazu neigten, die konventionellen Waffen zu vernachlässigen. Heute habe das Äquivalent dessen, was früher ein Artillerieregiment gewesen sei, die Feuerkraft von mehreren Armeekorps des Zweiten Weltkrieges. Das Wort vom Frieden schaffen mit weniger Waffen müsse sich auf atomare und konventionelle Waffen beziehen. Er, der Bundeskanzler, sei dafür, in Genf wie in Stockholm intensiv zu verhandeln.

Er sei jedoch dagegen, den für die Stationierung der Mittelstreckenwaffen aufgestellten Zeitplan¹⁴ aufzuschnüren. Wenn man das tue, würde man nichts mehr zusammenbekommen. Dies heiße, wenn bis Mitte/Ende November in Genf kein Zwischenergebnis gefunden sei (für ein solches Zwischenergebnis seien alle

⁹ Korrigiert aus: „nicht Nagelschuhen“.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow am 5. Juli 1983 vgl. Dok. 205.

¹¹ Zur Reaktion der amerikanischen Regierung auf den Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeuges durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 256.

¹² Nach Annahme des Abschließenden Dokuments am 6. September 1983 wurde das KSZE-Folgetreffen in Madrid mit einem Treffen der Außenminister der Teilnehmerstaaten vom 7. bis 9. September 1983 beendet.

¹³ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

¹⁴ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 241, Anm. 10.

möglichen Modelle denkbar, auch solche, die eine Stationierung in den Niederlanden selbst überflüssig machten), dann würde stationiert. Wir würden beim Waffemix bleiben.

Bundeskanzler verweist auf seine intensiven Gespräche in Moskau.¹⁵ Die Sowjets rechneten damit, daß wir stationierten. Die Sowjetunion treibe ihre Desinformationskampagne voran. Die Sowjetunion sei jedoch daran interessiert, daß es weitergehe, auch wenn stationiert werde. Deshalb habe sie der Konferenz in Stockholm zugestimmt.

Wie werde es weitergehen? Andropow habe ihm gesagt, wir müßten im Falle der Stationierung in Deutschland mit einem Raketenzaun rechnen. Er, der Bundeskanzler, sei der Auffassung, die Sowjets könnten das machen. Ihn schrecke dies nicht, denn sie würden diese Politik nicht durchhalten. Vor 15 Jahren habe man noch Leute eingesperrt, weil sie Westsender abgehört hätten. Heute sei der Empfang westlicher Sender im Ostblock so weit verbreitet, daß die ungarischen Zeitungen westliche Radioprogramme abdruckten. Wenn er als Junge in Erregung aus dem Zimmer gegangen und die Tür hinter sich zugeknallt habe, habe seine Mutter¹⁶ zu ihm gesagt: Du kannst ruhig herausgehen, du mußt aber auch wieder hereinkommen. Andropow habe zu ihm gesagt: Sie hatten eine weise Mutter, ich schließe daraus, daß diese auch einen weisen Sohn hat.

Er glaube nicht an eine Kriegsgefahr. Für Deutsche, die heute ihr Geld nach Kanada oder in andere Staaten brächten, habe er kein Verständnis. Er glaube auch nicht, daß es einen kalten Krieg geben werde. Gromyko habe im Gespräch mit ihm erkennen lassen, man rechne aus sowjetischer Sicht mittel- und langfristig mit guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir stationierten, werde es aus dem Osten ein gewaltiges Getöse geben. Aber es würde weiterverhandelt werden. Wir würden einen klaren Kurs steuern, wir würden unsererseits klarmachen, daß es für uns bittere Pflicht sei, dies zu tun. Er selbst sage das immer wieder. Man dürfe München¹⁷ nicht vergessen. Andererseits sei Hitler ein Abenteurer gewesen. Die sowjetische Führung handele rational.

Er sehe eine Chance dafür, daß im Frühjahr ein Treffen zwischen Generalsekretär Andropow und Präsident Reagan stattfinde. Beide wollten das. Reagan könne das Treffen gut gebrauchen. Wenn das Treffen stattfinde, werde es vor dem Wahlkampf¹⁸ stattfinden.

Abgeordneter *ter Beek* verweist darauf, daß Eagleburger gegenüber der niederländischen Delegation in Washington geäußert habe, es werde während dieser Amtsperiode Präsident Reagans nicht zu einem solchen Treffen kommen.

Bundeskanzler verweist darauf, daß er sich auf Reagan selbst beziehen könne. Man müsse sehen, daß in der amerikanischen Innenpolitik das Werden eines

¹⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹⁶ Cäcilie Kohl.

¹⁷ Am 29. September 1938 schlossen Premierminister Chamberlain, Ministerpräsident Daladier, Reichskanzler Hitler und Regierungschef Mussolini in München ein Abkommen über die Modalitäten der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete durch die Tschechoslowakei an das Deutsche Reich. Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

¹⁸ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

Präsidenten eine sehr komplizierte Geschichte sei. Nicht ohne Grund habe Präsident Reagan den Termin für die Bekanntgabe seiner Kandidatur verschoben, er wolle sehen, wen die Demokraten aufstellten. Je nach dem, ob dies Mondale oder Glenn sein würde, werde er mit seinen Beratern entscheiden, was im Hinblick auf diesen Herausforderer zu tun sei. Auch in Amerika gebe es eine Friedensbewegung. Das reiche bis in die eigene Familie des Präsidenten.

Auf beiden Seiten wollten die Beamten dies nicht. Gromyko wolle das nicht, weil er im außenpolitischen Bereich praktisch ein Machtmonopol an Information habe. Andropow wolle aber das Gespräch. Er habe es dem Bundeskanzler gesagt. Wenn mit Blick auf die Wahl in den Vereinigten Staaten die Zeichen günstig seien, würde das Treffen zustande kommen. Er, der Bundeskanzler, sage nachdrücklich: Die Lage dürfe sich nicht verspannen, sie müsse sich entspannen. Wichtig sei jetzt, daß die Europäer zusammenblieben. Für uns sei es ein besonderer Glücksfall, daß er sich mit Präsident Mitterrand in zwei Fragen einig sei, der Sicherheitsfrage sowie darin, daß in Europa ein neuer Anlauf unternommen werden müsse. Im übrigen gebe es natürlich auch Meinungsverschiedenheiten, z. B. in Fragen der Wirtschaftspolitik. Unsere Einheit in Europa sei auch wichtig im Hinblick auf die Amerikaner.

Was die Innenpolitik anbetreffe, so werde dies schwierig werden. Aber es werde keinen heißen Herbst geben. Es werde Demonstrationen geben, auch große Demonstrationen. Dies beeindrucke ihn, den Bundeskanzler, nicht. Was Großdemonstrationen anbetreffe, hätten wir Deutsche in diesem Jahrhundert bereits unser Deputat erfüllt. Die Friedensbewegung sei sehr heterogen. Nur ein kleiner Teil sei gegen die Bundesrepublik Deutschland als solche gerichtet. Hier flössen auch aus dem Osten finanzielle Mittel zu, die die nordrhein-westfälische Landesregierung für das vergangene Jahr mit 60 Mio. Mark beziffert habe.¹⁹ In diesem Jahr seien es mehr. Aber die große Mehrheit setze sich zusammen aus religiösen Pazifisten und Menschen, die humanistische Motive leiteten, aus jungen Leuten, die emotional bewegt seien. Nach zwei Weltkriegen mit ihren ungeheuren Blutopfern sei das an sich selbstverständlich. Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf das Schicksal seiner eigenen Familie: Der Bruder seiner Mutter mit Namen Walter²⁰ sei im Ersten Weltkrieg gefallen. Sein eigener Bruder habe den Namen Walter getragen und sei im Zweiten Weltkrieg umgekommen. Jetzt habe er einen Sohn, der wieder Walter heiße und bei der Bundeswehr diene. Wir hätten ja eine Wehrpflichtarmee. Er wolle den Abgeordneten versichern, daß er dies alles überaus ernst nehme.

Wogegen er, der Bundeskanzler, sich wende, sei die Anmaßung, die in der Bezeichnung Friedensbewegung liege. Wir seien alle für Frieden. Es werde Demonstrationen geben, es werde auch Gewalttätigkeiten geben. Wir seien jedoch libe-

¹⁹ Laut Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen versuchte die DKP über Organisationen wie die „Deutsche Friedens-Union“, das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ oder die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ Einfluß auf die Friedensbewegung zu nehmen: „Auch 1982 ergaben sich Anhaltspunkte dafür, daß die DKP für ihre Parteiarbeit und für ihre Nebenorganisationen von der DDR erheblich finanziell unterstützt wurde. Die ihr von dort zugeflossenen Geldbeträge, die verdeckt in das Bundesgebiet geschleust werden, dürften monatlich mehr als 5 Millionen DM betragen haben.“ Vgl. VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT NORDRHEIN-WESTFALEN, S. 28–35, hier S. 29.

²⁰ Walter Schnur.

ral eingestellt, und die Staatsgewalt werde zurückhaltend eingesetzt werden. Wenn es aber nötig sei, so werde er die Staatsgewalt einsetzen.

Am 6. März hätten die Wähler in Deutschland gesprochen.²¹ Dies sei seine eigene Entscheidung gewesen, mit der er sogar in seiner eigenen Partei weitgehend allein gewesen sei.²² Jetzt sei er jedoch legitimiert, die nötigen Entscheidungen zu treffen. Dem Wähler sei klar gesagt worden, worum es gehe. Diese Entscheidung laste auf ihm, sie sei zutiefst eine Gewissensentscheidung. Adenauer habe jedoch einmal gesagt, in deutschem Namen seien so viele Verträge und Versprechen gebrochen worden, daß dies nie wieder geschehen dürfe. Dem fühle er sich verpflichtet. Parteipolitisch stehe die Union. Als Beispiel wolle er den Mainzer Kongreß der Frauen-Union anführen. Es habe keinen Antrag zur Nachrüstung gegeben.²³ In drei Wochen werde in München der Kongreß der Jungen Union stattfinden.²⁴ Bisher gebe es keinen Antrag zur Nachrüstung. Die FDP habe es schwerer; in der SPD werde es am Ende eine klare Mehrheit dagegen geben, eine moralisch gewichtige Minderheit werde jedoch schweigend von dieser Linie abweichen.

Abgeordneter *den Uyl* fragt, der Bundeskanzler habe gesagt, die USA verhandelten ernsthaft. Er wolle die Frage stellen, was nach seiner Meinung auf die Andropow-Vorschläge vom August²⁵ als Kompromiß angeboten werden könne. Er, den Uyl, sei entsetzt, daß in den USA verlangt werde, daß auf beiden Seiten eine gleiche Anzahl von Sprengköpfen vereinbart werden solle.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Sowjetunion mit dem alten Rußland in Kontinuität stehe. In der Regierungserklärung habe er gesagt, er habe Verständnis für das russische Sicherheitsbedürfnis.²⁶ In den letzten 130 Jahren seien zweimal fremde Heere bis nach Moskau gekommen, einmal sei die Stadt sogar eingenommen worden. Es gebe keine natürlichen Grenzen nach Westen. Das jetzige Politbüro habe ein Durchschnittsalter von 70 Jahren. Alle seine Mitglieder hätten noch Kriegserinnerungen. Er selbst sei mit den schrecklichen Folgen des Krieges bei seinem Besuch in Kiew angesichts der dortigen Gräberfelder konfrontiert worden.²⁷ Das stecke tief in den Knochen. Es bliebe deshalb in den Diskussionen mit den Russen ein irrationaler Rest. So habe ihm Ustinow vorgehalten, daß wir jetzt schon wieder den besten Panzer der Welt bauten. Die USA begriffen das zu wenig. Außerdem habe die Sowjetunion stets einen cordon sanitaire um ihr Gebiet zu bilden versucht. Die USA hätten nie Grenzprobleme gehabt. Sie seien umgeben von Weltmeeren oder von Nachbarn, die schwächer seien als sie. Die Sowjetunion habe aber ein Sicherheitsbedürf-

²¹ Zu den Wahlen zum Bundestag vgl. Dok. 63, Anm. 2.

²² Zur vorzeitigen Auflösung des Bundestags am 6. Januar 1983 vgl. Dok. 27, Anm. 8.

²³ Die Bundesdelegiertentagung der Frauen-Union fand am 10./11. September 1983 in Mainz statt.

²⁴ Der Deutschlandtag der Jungen Union fand am 13./14. November 1983 in München statt.

²⁵ Zu den INF-Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 27. August 1983 vgl. Dok. 247, Anm. 4.

²⁶ Vgl. dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Mai 1983 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 69.

²⁷ Anlässlich seines Besuchs in der UdSSR vom 4. bis 7. Juli 1983 hielt sich Bundeskanzler Kohl am 6./7. Juli 1983 in die Ukraine auf und führte Gespräche mit Ministerpräsident Ljaschko und dem Ersten Sekretär des ZK der KP der Ukraine, Schtscherbizkij. Für das Gespräch mit Schtscherbizkij vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

nis, dem sie Rechnung tragen müsse. Man müsse die Lage realistisch sehen. Man komme sonst nicht weiter.

Die Sowjetunion habe nun das Problem der Drittstaatensysteme nachgeschoben. Noch zur Zeit des Besuches von Bundeskanzler Schmidt in Moskau²⁸ sei davon nicht gesprochen worden. Auch beim Waldspaziergang²⁹ sei kein Wort davon gesagt worden. Es gebe jetzt zu dieser Frage interessante neue Überlegungen. Bekanntlich hätten sich im NV-Vertrag³⁰ die Atommächte selbst verpflichtet abzurüsten. Die Idee des dritten Tisches sei auch für die Franzosen interessant. Präsident Mitterrand habe ihm, dem Bundeskanzler, gesagt, er würde nicht Nein sagen.³¹ Im Ergebnis müßten jedoch amerikanische Waffen in Europa bleiben. Die nukleare Verteidigung Europas dürfe nicht allein auf Frankreichs Schultern liegen.

Abgeordneter *den Uyl* fragt, ob es Pershing II geben müsse, den Waffenmix.

Bundeskanzler antwortet bejahend.

Abgeordneter *ter Beek* fragt, ob also dann das Ergebnis des Waldspaziergangs nicht akzeptabel sei.

Bundeskanzler antwortet, für ihn sei der Waldspaziergang unter zwei Gesichtspunkten interessant: Zum einen habe man die französischen und britischen Systeme nicht berücksichtigt. Zum anderen, daß man überhaupt einmal ernsthaft miteinander geredet habe. Der Waldspaziergang bringe uns heute nicht weiter. Aber er zeige, daß die Unterhändler auch Freiheit haben müßten, einmal andere Lösungen abzutasten.

Abgeordneter *den Uyl* fragt, ob es in den kommenden Wochen ernsthafte Versuche geben werde, zu Ergebnissen zu kommen.

Bundeskanzler bejaht dies.

Abgeordneter *den Uyl* fragt erneut nach dem Waldspaziergang als möglichem Resultat.

Bundeskanzler antwortet, der Waldspaziergang sei ein Gespräch gewesen, das nicht umgesetzt worden sei. Er wiederhole: Wir seien nicht raketensüchtig, doch müßten wir auch unsere Sicherheit berücksichtigen. Für ihre Sicherheit brauche die UdSSR im übrigen keine weiteren Nuklearwaffen in der DDR stationieren. Es genüge die Stationierung auf sowjetischem Gebiet. Wenn dies jetzt ins Gespräch gebracht werde (Raketenzaun), so solle dies auf unsere und auch auf die DDR-Bevölkerung einwirken.

Abgeordneter *den Uyl* fragt, worauf der Bundeskanzler denn seine Sicherheit stütze, daß die Sowjets weiter verhandeln würden.

Bundeskanzler antwortet, sie würden ja in Stockholm weiter verhandeln.

Abgeordneter *ter Beek* wirft ein: So sei also Stockholm ein Auffangnetz.

²⁸ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

²⁹ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinski, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

³⁰ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

³¹ Zur französischen Bereitschaft, an einer Konferenz der fünf Atommächte teilzunehmen, vgl. Dok. 247.

Bundeskanzler antwortet: Dies sei so. Die Sowjets wüßten, was wir tun würden. Wir würden stationieren. Gleichzeitig hätten sie uns jedoch gesagt, sie wollten Stockholm haben und wir sollten auf die USA einwirken. Die Sowjetunion werde zur Konferenz von Stockholm kommen. Zwar gehe es dort um konventionelle Waffen, aber es seien eben doch Waffen, und man rede miteinander.

Abgeordneter *den Uyl* stellt fest, daß es nach dem Doppelbeschluß zwei Jahre gedauert habe, bis die Sowjets sich zu Verhandlungen bequemen.³² In der Zwischenzeit hätten sie weiter gerüstet. Werde dies auch in den nächsten Jahren so weitergehen?

Bundeskanzler erwidert, wenn die Russen einen Krieg hätten anfangen wollen, so könnten sie das mit den SS-20 bereits heute. Es gebe Leute, die behaupteten, sie trieben die Zahl so hoch, daß sie auch bei Reduzierungen immer noch eine größere Zahl übrigbehielten. Die Sowjetunion habe jedoch wirtschaftliche Entwicklungsprobleme; auch sie stehe im Strom der Zeit, und sie sei nicht isoliert. Er wolle hinzufügen: Die Sowjetunion habe die Kreditgewährung an die DDR³³ zugelassen. Was bedeutet dies nach außen? Warum habe er das getan? Er habe den Leuten in der DDR signalisieren wollen, auch wenn wir stationierten, werde der Vorhang nicht heruntergehen. Dies sei auch für Honecker wichtig. Die Menschen dort sollten nicht das Gefühl haben, daß sie abgeschnürt werden.

Abgeordneter *de Vries* fragt, ob die Stationierung notwendig sei, um ein eurostrategisches Gleichgewicht herzustellen oder aber die Abkoppelung von den USA zu verhindern. Er fragt, ob es notwendig sei, die Pershing II zu stationieren.

Bundeskanzler antwortet, unter den jetzigen Umständen halte er die Pershing II für notwendig. Auf die Frage des Abgeordneten *de Vries*, warum er dies so sehe, antwortet *Bundeskanzler*, er vermöge nicht zu sehen, daß die Sowjetunion weit genug heruntergehe. Wenn er heute sage, die Pershing sei entbehrlich, so würde dies bedeuten, daß es keine Chance mehr dafür gebe, daß in Genf ein positives Ergebnis herauskomme. Die Geopolitik habe nun einmal gewollt, daß wir das Glacis seien. Er wiederhole, wenn wir im Zeitplan nachgäben oder in der Frage des Waffenmixes, brauche man nicht weiter zu verhandeln. Wenn wir im übrigen kippten, kippe das gesamte Unternehmen. Wir müßten das ganze Unternehmen stabil halten. Jedoch wolle er wiederholen: Wir seien nicht rüstungssüchtig. Für uns sei das, was wir zu tun hätten, bittere Pflicht. Als Parteivorsitzender wolle er im übrigen hinzufügen, es gebe nicht ein einziges Stationierungsgebiet in Deutschland, wo nicht die CDU die Mehrheit habe.

Der Abgeordnete *Nijpels* fragt, ob der Bundeskanzler von der niederländischen Regierung erwarte, daß sie der Stationierung zustimme.

Bundeskanzler antwortet, er erwarte, daß die niederländische Regierung ihr Wort einlöse. In Übereinstimmung mit dem Zeitplan müsse die Entscheidung, der Beschluß über die Stationierung, erst im nächsten Sommer gefaßt werden. Er wende sich aber dagegen, daß, wenn wir jetzt stationierten, wenn wir jetzt den Kopf hinhielten, in den Niederlanden eine negative Kommentierung statt-

³² Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356.

³³ Zur Gewährung eines Kredits an die DDR („Milliardenkredit“) vgl. Dok. 199, Anm. 14.

finde. Er habe zu seinem niederländischen Amtskollegen³⁴ gesagt: Die Niederlande müßten ihre Entscheidung treffen, aber in Europa müsse jeder bei seinen Entscheidungen an die Nachbarn denken. Er werde sich dagegen wehren, wenn jemand sage, die deutsche Stationierung richte sich gegen niederländische Interessen.

Abgeordneter *den Uyl* bemerkt, die niederländische Regierung werde das Ergebnis von Genf prüfen. Aber auch die niederländische Regierung werde gefragt, was sie von der deutschen Stationierung halte. Der Abgeordnete *den Uyl* bemerkt, wenn die Bundesrepublik Deutschland beginne zu stationieren, werde man in den Niederlanden die Frage stellen, ob dies gerechtfertigt sei. Was waren die letzten Positionen in den Verhandlungen?

Bundeskanzler antwortet, das könne man tun. Nur werde ihn das nicht berühren. Er müsse seine eigene Entscheidung treffen. Es gebe ja auch keine Standorte an der holländischen Grenze. Das wäre noch eine andere Frage, wenn an der niederländischen Grenze stationiert werden sollte.

Der Abgeordnete *de Boer* bemerkt, Herr den Uyl wolle den Bundeskanzler nur warnen, daß es in den Niederlanden eine Debatte geben werde. Der *Bundeskanzler* antwortet, bei uns werde jede Woche debattiert. Wir hätten auch noch zwei Parteitage vor uns. Die FDP werde Anfang November ihren Parteitag haben³⁵, bei der SPD sei der Zeitpunkt noch nicht ganz sicher.³⁶ Der Grundsatzbeschuß sei hier unter Bundeskanzler Schmidt gefallen. Bundeskanzler Schmidt habe damals gesagt: Die Sache ist entschieden. An sich brauchte man darüber nicht mehr zu debattieren. Aber wir würden selbstverständlich noch Debatten haben.

Der Abgeordnete *ter Beek* weist darauf hin, eine Prüfung des Genfer Verhandlungsstandes sollte eine Prüfung der Allianz sein. Mit der Stationierung werde in Deutschland begonnen, doch liege dem eine Allianz-Entscheidung zugrunde. Die Allianz müsse deshalb darüber sprechen.

Bundeskanzler bemerkt, auf uns wirke es nicht überzeugend, wenn die Niederlande über uns debattierten, ohne selbst eine Entscheidung zu treffen.

Zum Abschluß bemerkt Bundeskanzler, er bedaure, daß solche Gespräche sich auf Raketenfrage verengten. Er würde es begrüßen, wenn ein Kreis wie dieser regelmäßig zu Besuch kommen würde. Er würde ihm jederzeit willkommen sein. Er empfinde es als eine Schwäche, daß in der EG zwar die Regierungen enge direkte Beziehungen hätten. Auch zwischen den Parteien gebe es Beziehungen. Was man nicht habe, sei, daß man sich quer durch die Parteien treffe zu einem Gespräch.

Wenn man lange in der Opposition war, lerne man Leute aus anderen Parteien überhaupt nicht kennen. Er halte einen solchen Kontakt auf der Ebene der Fraktionsführer für ganz wichtig, dies ganz besonders im Fall der Niederlande. Neben der Regierungsebene sei die Parlamentsebene sehr wichtig. So müsse es

³⁴ Ruud Lubbers.

³⁵ Der Bundesparteitag der FDP fand am 18./19. November 1983 in Karlsruhe statt. Vgl. dazu Dok. 332, Anm. 18.

³⁶ Der ursprünglich für 1./2. November 1983 geplante Bundesparteitag der SPD wurde am 12. September 1983 auf 18./19. November 1983 verschoben, um „so nahe wie möglich an der Debatte des Bundestages zu liegen“. Vgl. dazu den Artikel „Die SPD-Führung in Bedrängnis – Festlegung zur Nachrüstung erst nach Genf“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. September 1983, S. 1.

zwischen uns auch, so wie heute über die Frage der Stationierung, Gespräche geben, wie es in Europa weitergehen solle. Näherten wir uns in der Europäischen Gemeinschaft nicht einer Freihandelszone oder seien die Gründungsideen noch gültig? Man sei in Europa in Gefahr auseinanderzudriften. Man streite jetzt über das Geld. Wir sollten eine Bilanz ziehen, wie es weitergehen solle. Wenn wir eine Europa-Armee hätten, hätte man das heutige Gespräch nicht führen müssen.

Der Abgeordnete *ter Beek* weist darauf hin, daß eine solche Initiative schon auf gutem Wege sei. Der Außenpolitische Ausschuß der Zweiten Kammer habe den Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages eingeladen.³⁷ Der festgesetzte Termin habe jedoch wegen einer Erkrankung des Abgeordneten Marx leider nicht eingehalten werden können.

Bundeskanzler bemerkt abschließend, er unterstütze dies.

Referat 010, Bd. 178877

270

Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher

21. September 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Premierminister Margaret Thatcher am 21. September 1983²

1) Vier-Augen-Gespräch

Teilnehmer: Assistant Private Secretary Coles; VLR I Dr. Stabreit als Notetaker; Dolmetscher Lederer; VLR I Weber, Dolmetscher.

Nach Willkommensworten des Bundeskanzlers erwidert PM *Thatcher*, sie habe bei den britischen Truppen in Deutschland zwei sehr schöne Tage verbracht.

³⁷ Botschaftsrat Bidder, Den Haag, übermittelte am 3. Februar 1983 das Einladungsschreiben des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments, *ter Beek*, an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Marx, vom 26. Januar 1983. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 186; Referat 011, Bd. 125846.

Marx nahm mit Schreiben vom 8. Februar 1983 die Einladung zu Gesprächen in Den Haag an. Vgl. Referat 011, Bd. 125846.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit, Bundeskanzleramt, am 22. September 1983 gefertigt und am folgenden Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers“ übermittelt.

Hat Ploetz am 23. September vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178876.

² Im Anschluß an Gespräche am 19. September 1983 in den Niederlanden besuchte Premierministerin Thatcher am 20./21. September 1983 die britische Rheinarmee und verband damit einen Besuch

Es sei ihr erster Besuch bei dieser Truppe gewesen. Sie habe die Soldaten als sehr „professional“ empfunden. Die Zusammenarbeit zwischen ihnen und den deutschen Truppen sei ausgezeichnet. Man arbeite gut zusammen.

Bundeskanzler weist darauf hin, der in den Ruhestand tretende Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte – Landstreitkräfte Mitte – General von Senger und Etterlin, habe ihm anlässlich seines Abschiedsbesuches auf eine dementsprechende Frage ein großes Loblied auf die Qualität der englischen Soldaten gesungen.

PM *Thatcher* führt aus, es werde sehr langweilig sein, nach Downing Street 10 zurückzugehen. Sie habe an einer Gefechtsübung teilgenommen. Man habe sie in einen Tank steigen lassen, der die Aufgabe hatte, eine Brücke einzunehmen. Sie habe das sehr spannend gefunden.

Bundeskanzler äußert, es würde ihm eine große Freude und Ehre sein, wenn Frau Thatcher im nächsten Jahr, wenn sie wieder ihre Soldaten besuche, einen Tag dranhängen und einen Besuch bei der deutschen Truppe machen könne. Dies sei auch für die britischen Soldaten von Bedeutung, die in so guter Kameradschaft mit unseren Truppen zusammenarbeiteten. Frau *Thatcher* antwortet, man habe einige der deutschen Kommandeure jetzt dabei gehabt.

Bundeskanzler äußert, MP Craxi komme am Freitag zu ihm.³ Er habe über die Äußerungen Craxis in London⁴ einiges gelesen. Er werde Craxi und Andreotti sagen, daß unsere Position in der Stationierungsfrage klar sei. Es bleibe beim Termin, und es bleibe beim Waffenmix, wenn Genf keine Ergebnisse bringe. Pressemeldungen zufolge habe sich Craxi in dem Sinne geäußert, daß man auch an eine Verschiebung denken könne, wenn man noch nicht fertig sei, aber weiter rede und ein Ergebnis sich abzeichne. PM *Thatcher* antwortet, Craxi habe hinsichtlich des Ostens das gleiche Bild wie sie und Bundeskanzler gehabt. Er sehe die Russen als potentiellen Aggressor. Er sei in seiner Haltung sehr fest gewesen. Er sei auch sehr fest gewesen hinsichtlich der Frage der Stationierung von Cruise Missiles. Man sei sich darüber einig gewesen, daß die Pershing-Raketen und Cruise Missiles aufgestellt würden, wenn es keine Null-Lösung gebe. Man habe die Hoffnung ausgesprochen, daß die Gespräche in Genf bei einer Stationierung weiter fortgeführt werden. Man hoffe auch, zu niedrigeren Zahlen zu kommen, solange diese Zahlen ausgewogen und die Ergebnisse veri-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1352

in Bonn. In der Presse hieß es: „Bis vor kurzem war es nicht unüblich, daß britische Politiker die Rheinarmee besuchten, ohne vom Gastland Kenntnis zu nehmen. Eine alte Neigung der Rheinarmee, die Bundesrepublik als ‚unser Indien von heute‘ zu betrachten, mag zu der früheren Praxis beigetragen haben.“ Vgl. den Artikel „Besuche bei der Rheinarmee und in Bonn“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 20. September 1983, S. 2.

³ Für das Gespräch am 23. September 1983 vgl. Dok. 271.

⁴ Ministerpräsident Craxi führte am 16. September 1983 in London ein Gespräch mit Premierministerin Thatcher. Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 19. September 1983, laut Presseberichten habe Craxi bei einer anschließenden Pressekonferenz erklärt, „falls die INF-Verhandlungen sich aufgrund neuer Vorschläge bewegen würden, setze sich Italien dafür ein, daß man bei dem Dislozierungsbeginn der Cruise Missiles nicht nach der Uhr gehe“. Dabei sei sich Craxi „sicherlich bewußt, daß er mit der saloppen Formulierung ‚nicht nach der Uhr gehen‘ die bisherige feste italienische Haltung und die westliche Verhandlungsposition aufweicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1042; Referat 204, Bd. 135243.

fizierbar seien. Wo die Zeitungsmeldungen über Craxi hergekommen seien, wisse sie nicht.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß eine große Desorientierungskampagne im Gange sei; es würden ständig Gerüchte erzeugt.

PM *Thatcher* stimmt ihm zu.

Bundeskanzler weist auf Besuch von Teltchik in Washington hin, der in einer solchen Situation, in der von interessierter Seite ständig Verwirrung gestiftet werde, auch die Aufgabe habe, klärend zu wirken.⁵ *Bundeskanzler* erläutert sodann Hintergrund und historische Entwicklung des Stationierungsfahrplanes in Deutschland.⁶

Er versichert PM *Thatcher*, es werde zwar große Demonstrationen geben, die wir jedoch durchstehen würden. Die SPD sei inzwischen übergelaufen. Er rechne damit, daß der SPD-Parteitag⁷ mit einer Dreiviertel-Mehrheit gegen die Stationierung votieren werde. Die Vorstellungen von Teilen der SPD gingen weiter. Der linke Flügel verlange den Austritt aus der NATO.⁸ Zum Teil täten das auch diejenigen, die nicht ausdrücklich für einen Austritt aus der NATO einträten. Es sei ihnen nämlich klar, daß die NATO nicht mehr den gleichen Wert haben würde, wenn wir in der Frage des Doppelbeschlusses unser Wort zurückzögen. Das werde der Anfang vom Ende der NATO sein. Die, die klar sagten, man solle aus der NATO austreten, seien im Grunde ehrlicher. Der frühere *Bundeskanzler* Brandt habe kürzlich gesagt, die Russen müßten aus Deutschland raus „und die anderen auch“. Dies laufe auf ein neutralistisches Deutschland als Zielvorstellung hinaus.

Auf Einwurf von PM *Thatcher*, *Bundeskanzler* Schmidt könne das doch nicht mitmachen, er müsse doch so denken wie der *Bundeskanzler*, erläutert *Bundeskanzler* Willensbildung in deutschen Parteien und insbesondere in der SPD vor Bundesparteitagen. Er weist auf den Landesparteitag der SPD in Baden-Württemberg hin, bei dem von 120 abgegebenen Stimmen 119 Stimmen gegen den NATO-Doppelbeschluß gewesen seien bei einer Enthaltung.⁹ Dies sei in einem Land geschehen, in dem zahlreiche Stationierungsstandorte seien. Die-

⁵ Zur USA-Reise des Ministerialdirektors Teltchik, *Bundeskanzleramt*, vgl. Dok. 267, Anm. 13.

⁶ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 241, Anm. 10.

⁷ Der SPD-Parteitag fand am 18./19. November 1983 in Köln statt. Vgl. dazu Dok. 332, Anm. 19.

⁸ Der Vorsitzende der saarländischen SPD, Lafontaine, legte beispielsweise in einem in der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ veröffentlichten Vorabdruck seines Buch „Angst vor den Freunden. Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte“ dar: „Die Bundesrepublik muß das Ausscheiden aus der militärischen Integration der NATO wagen und atomwaffenfrei werden. Atomwaffen sollen nur noch in den Ländern gelagert werden, die Atomwaffen herstellen. Der beste Weg, den Nachbarn Ängste zu nehmen und Vertrauen zu schaffen, ist die Umrüstung der Bundeswehr auf defensive Waffensysteme.“ Vgl. den Artikel „Den Austritt aus der NATO wagen“; DER SPIEGEL, Nr. 35 vom 29. August 1983, S. 53.

⁹ Über den Parteitag der baden-württembergischen SPD am 10. September 1983 in Offenburg hieß es in der Presse: „Als erster großer Landesverband der SPD haben die baden-württembergischen Sozialdemokraten die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden ohne jede Einschränkung abgelehnt. Auf einem außerordentlichen Parteitag am Samstag in Offenburg beschloß die Partei mit überraschender Einstimmigkeit (bei nur einer Enthaltung unter 123 Delegierten), sich einer Stationierung in der Bundesrepublik zu „widersetzen“.“ Vgl. den Artikel „Baden-Württembergs SPD sagt ‚endgültig‘ nein zur Nachrüstung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. September 1983, S. 1.

ses Land werde von der CDU regiert. Im nächsten März würden dort Wahlen sein, die die CDU wieder gewinnen werde.¹⁰ Als der SPD-Parteivorstand das Ergebnis des Landesparteitages diskutiert habe, habe Herr Brandt gesagt, er sei schon immer dagegen gewesen, habe aber aus Loyalität zur Regierung geschwiegen. Fraktionsvorsitzender¹¹ Vogel habe gesagt, man müsse für beide Haltungen Verständnis haben. Der frühere Bundeskanzler Schmidt habe dagegen geäußert, solange Genf nicht gesprochen habe, dürfe die Partei nicht ausscheren.¹² Er habe aber nicht gesagt, daß stationiert werden müsse, wenn es kein Ergebnis gebe. Er habe sich sein Urteil vorbehalten. Schmidt könne die Dinge in der SPD nicht beeinflussen.

Er, der Bundeskanzler, habe deswegen die Bundestagswahl vorgezogen.¹³ Mit dieser Entscheidung habe er ja damals viel Kritik auf sich gezogen. Er habe jedoch dem deutschen Volk gesagt, was er zu tun beabsichtige. Darauf könne er sich jetzt berufen. PM *Thatcher* erinnert Bundeskanzler an eine Äußerung im Frühjahr des Jahres, wonach die Mehrheit der Deutschen unseren Argumenten in der Stationierungsfrage aufgeschlossen gegenüberstehe. Ihrer Auffassung nach komme es darauf an, die Fragen richtig zu stellen. Das deutsche Fernsehen frage sie stets, ob sie sich der Tatsache bewußt sei, daß in Deutschland viele Leute gegen die Stationierung seien. Sie antworte dem deutschen Fernsehen stets, daß sie überzeugt sei, daß eine Mehrheit der Deutschen die feste Haltung der Bundesregierung und ihrer westlichen Partner unterstütze.

Bundeskanzler erwidert, wenn wir eine Volksabstimmung über die Frage, ob die Bundesrepublik aus der NATO austreten solle oder nicht, hätten, würden sich über 80 % für den Verbleib in der NATO entscheiden. Er habe in Deutschland keine Probleme mit der Presse. Er habe Probleme mit den elektronischen Medien und vor allen Dingen mit den Radiostationen. Die Rundfunkanstalten seien in dieser Hinsicht schlimmer als das Fernsehen. In den Gewerkschaften sei es so, daß die Arbeiter und die älteren Gewerkschafter keine Probleme machten. Es gebe jedoch sehr viel Jüngere, die nie in einem Betrieb gearbeitet hätten, aber in der Gewerkschaft seien. Diese seien in ihrer Haltung problematisch. Wir würden das jedoch durchstehen. Seine Partei sei in¹⁴ guter Verfassung. Bundeskanzler verweist auf Tagung der Frauen-Union vor zwei Wochen¹⁵ und auf bevorstehende Tagung der Jungen Union in München¹⁶. In beiden Fällen gebe es keine Resolutionen zur Stationierungsfrage und dies, obwohl Frauen hier sehr emotional angesprochen würden. Die Partei werde in den nächsten

¹⁰ Die Wahlen zum baden-württembergischen Landtag fanden am 25. März 1984 statt.

¹¹ Korrigiert aus: „Parteivorsitzender“.

¹² In der Presse hieß es nach der Sitzung des SPD-Vorstandes am 12. September 1983: „Die Spitzenmänner der SPD tragen ihren Raketen-Streit jetzt öffentlich aus. Willy Brandt enthüllte, er habe den NATO-Nachrüstungsbeschluß nur aus Loyalität zu Helmut Schmidt getragen; er rechnet mit einem Scheitern der Genfer Raketenverhandlungen und einem Nein des SPD-Parteitags. Ex-Kanzler Schmidt kritisiert alle Genossen, die schon jetzt die Nachrüstung ablehnen: Sie litten an einem ‚Mangel an politischer Moral‘.“ Vgl. den Artikel „Die SPD ist nicht die dritte Weltmacht“; DER SPIEGEL, Nr. 38 vom 19. September 1983, S. 17.

¹³ Zur vorzeitigen Auflösung des Bundestags am 6. Januar 1983 vgl. Dok. 27, Anm. 8.
Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹⁴ Korrigiert aus: „Partei in“.

¹⁵ Die Bundesdelegiertentagung der Frauen-Union fand am 10./11. September 1983 in Mainz statt.

¹⁶ Der Deutschlandtag der Jungen Union fand am 13./14. November 1983 in München statt.

Wochen bundesweit 10 000 Veranstaltungen organisieren, in denen wir versuchten, unseren Standpunkt zu erläutern.¹⁷ Wir sagten Frieden und Freiheit, wir setzten uns mit der Friedensbewegung auseinander. Die Sozialdemokraten seien dabei nicht gefährlich. Problematisch sei die Opposition aus den Kirchen.¹⁸ Für die katholische Kirche gelte dies freilich nicht. Präsident Reagan würde sich glücklich schätzen, wenn er aus der amerikanischen katholischen Kirche eine solche Stellungnahme wie wir aus der unseren bekommen hätte.¹⁹

PM *Thatcher* fragt nach dem Inhalt der Andropow-Briefe.²⁰

Bundeskanzler erwidert, er habe nichts Neues geschrieben.

PM *Thatcher* fragt, ob Andropow einen persönlichen Appell an den Bundeskanzler gerichtet habe oder ob es sich um eine Propagandaübung handle.

Bundeskanzler antwortet: Beides. Andropow wisse, daß wir stationieren würden. Die Sowjets desinformierten, richteten sich aber gleichzeitig auf weitergehende Verhandlungen ein. Es werde weder einen heißen noch einen kalten Krieg geben. Es werde eine Phase heftiger Propaganda geben. Sie kämen jedoch nach Stockholm.²¹ Vielleicht seien die Sowjets heute selbst nicht sehr glücklich, daß sie die Geschichte so hoch aufgehängt hätten. Sie kämen von ihrem eigenen Standpunkt nur noch schwer herunter.

PM *Thatcher* sagt, die Null-Option sei im Grunde genommen unrealistisch. Wir müßten ganz klarmachen, daß wir bereit sind, weiterzuverhandeln. Ebenso müsse klar sein, daß, wenn die Verhandlungen zusammenbrechen, dies aus sowjetischer Schuld geschehe. Sie rechne allerdings damit, daß die Sowjets noch in den nächsten Wochen mit einem neuen Angebot mit niedrigeren Zahlen kommen würden.

Bundeskanzler erwidert, Sowjets würden noch allerlei machen. Die Amerikaner machten jetzt neue Vorschläge.²² Er habe den Amerikanern immer wieder gesagt, sie sollten in die Offensive gehen. Er glaube, daß die Dinge sich wie folgt

¹⁷ Am 19. September 1983 eröffnete Bundeskanzler Kohl in der CDU-Parteizentrale in Bonn als Parteivorsitzender die Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“, in deren Verlauf Veranstaltungen in den ca. 10 000 Ortsverbänden der CDU geplant waren.

¹⁸ Am 21. September 1983 veröffentlichte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein „Wort zur Friedensdiskussion im Herbst 1983“. Vgl. dazu DENKSCHRIFTEN DER EVANGELISCHEN KIRCHE, S. 119–127.

¹⁹ Vgl. dazu die Hirtenbriefe der amerikanischen katholischen Bischöfe und der Deutschen Bischofskonferenz; Dok. 98, Anm. 12 und 13.

Bei der Herbstversammlung der katholischen Bischöfe vom 19. bis 24. September 1983 in Fulda wurden laut der Presse die Gläubigen gewarnt, „Gottesdienst und Kirchen zu Demonstrationen politischer Willensbildung zu mißbrauchen. Die Bischöfe erklärten, die Einheit der Christen dürfe nicht gefährdet und zerstört werden. Wer Gottesdienst und Gotteshaus zu einer Demonstration politischer Willensbildung mißbrauche, schädige sie aber schwer und diene nicht dem Frieden.“ Vgl. den Artikel „Bischöfe: Keine politischen Demonstrationen in der Kirche“; SÜDEUTSCHE ZEITUNG vom 23. September 1983, S. 2.

²⁰ Zum Schreiben des Generalsekretärs der ZK der KPdSU, Andropow, vom 12. August 1983 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 241.

Ein weiteres Schreiben Andropows vom 27. August 1983 an Kohl zur Frage der nuklearen Rüstung wurde Bundeskanzler Kohl am 29. August 1983 vom sowjetischen Botschafter Semjonow übergeben. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983. Für das Schreiben vgl. Referat 220, Bd. 124523.

²¹ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet.

²² Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

entwickeln würden: Wenn kein Wunder geschehe, werde in Genf nichts (oder nichts, was uns genüge) herauskommen. Wir würden mit der Stationierung beginnen. Es werde gleichzeitig ein großes Getöse geben. Dann werde man aber nach einem Weg suchen, wie es weitergehen solle. Dann werde Andropow sehr interessiert sein, mit Reagan zusammenzutreffen.

PM *Thatcher* fragt, wann, ob im nächsten Jahr.

Bundeskanzler antwortet: Ja, aber natürlich vor dem Wahlkampf.²³ Dann gebe es eine Menge von Möglichkeiten. Wir hätten die Raketenfrage. Aber in anderen Fragen betrieben die Sowjets eine Terminplanung, die nicht auf ein zerschnittenes Tisch Tuch hindeute. So habe er mit Andropow über das Waldsterben gesprochen, das in Europa eine ungeheure Dynamik entwickle.²⁴ In der ČSSR seien in kurzer Zeit 30 % der Wälder zerstört worden.²⁵ Es habe hier wie ein Hurrikan gewirkt. Im Schwarzwald nehme das Waldsterben dramatisch zu. Als er mit Präsident Mitterrand im Elsaß gewandert sei²⁶, habe man auf den Schwarzwald gesehen. Er habe Präsident Mitterrand gesagt, das Waldsterben werde am Rhein nicht haltmachen. Dieser habe es ihm nicht geglaubt. Jetzt habe er bereits die gleichen Probleme. In Moskau habe er mit Andropow darüber gesprochen. Am gleichen Abend habe Andropow seine Experten konsultiert und ihm am nächsten Tag gesagt, daß er an dieser Frage interessiert sei. Jetzt habe er ihm geschrieben, er sei an einer Fortführung des Gesprächs über diese Frage interessiert.

PM *Thatcher* sagt, dies tue er wohl, um den schlechten Eindruck, den der Abschluß der koreanischen Passagiermaschine²⁷ gemacht habe, zu verwischen.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß der Andropow-Brief vor diesem Ereignis geschrieben worden sei.

Es werde auch nach der Stationierung weitergehen. Er vermute, daß dann auch eine Diskussion über die Frage einer Konferenz der Atommächte kommen werde. Wir hielten klaren Kurs. Auch wenn 300 000 oder 400 000 Menschen demonstrierten, würden wir uns nicht beirren lassen. Wir hätten das Glück, daß die Stationierungsbasen in Gegenden lägen, die politisch von der Koalition gehalten würden. Doch mache die SPD Schwierigkeiten. Bundeskanzler verweist auf Beschlüsse, Städte zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären.²⁸

²³ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

²⁴ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. Dok. 200 und Dok. 204.

²⁵ Zu Umweltproblemen in der ČSSR vgl. Dok. 30, Anm. 26.

²⁶ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 19. Juli 1983 in Dabo in Lothringen. Vgl. dazu den Artikel „Das alte Försterhaus hat ausgedient“; DER SPIEGEL, Nr. 30 vom 25. Juli 1983, S. 20 f.

²⁷ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

²⁸ Vortragender Legationsrat Neubert legte am 12. Juli 1983 dar: „Nach einer bundesweiten Konzeption ‚Grüner Gruppierungen‘ sollen kommunale Vertretungen veranlaßt werden, jeweils das Gebiet der Gemeinde oder des Landkreises zur ‚atomwaffenfreien Zone‘ zu erklären. Entsprechende Anträge werden seit etwa einem Jahr in kommunale Vertretungen eingebracht.“ Ziel dieser Aktionen sei es, „mit einer Häufung kommunalpolitischer Resolutionen, die die Errichtung lokaler ‚atomwaffenfreier Zonen‘ proklamieren, dazu beizutragen, die Bundesregierung unter Druck zu setzen mit dem Ziel, die Durchführung der INF-Modernisierung politisch zu erschweren“. Vgl. Referat 220, Bd. 124557.

PM *Thatcher* erklärt, wir sollten äußerst vorsichtig mit dem Gedanken einer Konferenz der Nuklearmächte sein. Dieses Projekt habe das Ziel, Präsident Mitterrand und sie selbst einzubeziehen. Für sie seien Atomwaffen „weapons of last resort“, der Quantität nach im übrigen das absolute Minimum. Was wir brauchten, sei ein Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA, das ihre riesigen nuklearen Arsenale substantiell verringere. Die Sowjetunion verschleppe dauernd die START-Verhandlungen. Präsident Reagan habe dort eine 30%ige Reduktion vorgeschlagen.²⁹ Die Sowjets liefen jedoch vor diesem Vorschlag weg. Wenn eines Tages die Sowjets wirklich ihre Nuklearwaffenbestände drastisch verringerten, dann könne man vielleicht mehr Vertrauen haben.

Bundeskanzler äußert, er wolle, daß zwischen ihm und Frau Thatcher Klarheit herrsche: Wir verträten hinsichtlich der britischen und französischen Nuklearwaffen klar die Position der Allianz. Außenminister Genscher habe mit Recht darauf hingewiesen, daß anlässlich der Reise von Bundeskanzler Schmidt nach Moskau vor einigen Jahren³⁰ diese Waffen von sowjetischer Seite nicht in die Diskussion gebracht worden wären. Im übrigen habe er großes Vertrauen in die USA. Er wisse jedoch nicht, wer in 20 Jahren dort Präsident sei. Zwischen uns und den USA lägen 5000 km. Downing Street 10 und Paris seien uns näher. Präsident Mitterrand habe zu ihm gesagt, er werde die USA und die Sowjets nicht bestimmen lassen, wie viele Raketen er baue. Er habe allerdings auch gesagt, er könne nicht die nukleare Verteidigung Europas auf seine Schultern nehmen. Deshalb seien für ihn, den Bundeskanzler, US-Nuklearwaffen in Europa essentiell.

PM *Thatcher* sagt, auch MP Craxi werde mit dem Bundeskanzler darin übereinstimmen. Craxi sei ein beeindruckender Mann. Sie stelle im übrigen die Frage, ob wir mit den Abrüstungsgesprächen nicht in andere Bereiche vorstoßen sollten. Sie habe gesehen, daß die britischen Truppen ständig mit ABC-Schutz ausgerüstet gewesen seien. Es gäbe gegen chemische Waffen auf westlicher Seite keine Abschreckung. Unsere Furcht, daß sie eines Tages chemische Waffen einsetzen könnten, sollten wir als Propagandawaffe benutzen. Wir täten das aber nicht.

Bundeskanzler wirft ein, daß wir damit schon argumentieren.

PM *Thatcher* erkundigt sich nach Bundestagsdebatte im November.³¹

Bundeskanzler antwortet, dies würde letzte Debatte sein. Man werde jedoch nicht mehr abstimmen. Allerdings werde in jeder Debatte über irgendeinen Text abgestimmt. Wenn von der Opposition ein Text eingebracht werde, so müsse der dann niedergestimmt werden. Zur Zeit hätten die Grünen allein neun Anträge im Bundestag laufen.³² Er werde den früheren Bundeskanzler

²⁹ Zu den in der vierten Runde der START-Verhandlungen eingeführten amerikanischen Vorschlägen vgl. Dok. 232.

³⁰ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

³¹ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

³² Vgl. dazu die Großen Anfragen „Giftgas – Lagerung, Gefährdung – Rechtsgrundlagen“ bzw. „Giftgas – Souveränität, Kontrolle – Giftgasausrüstung“ sowie „Giftgas – Öffentliche Information – Völker-

Schmidt daran erinnern, daß im Bundestag über die Stationierung einstimmig abgestimmt worden sei. Das Problem sei leider das, daß die Grünen die SPD mehr beeinflussten als die SPD die Grünen. 60 SPD-Abgeordnete würden ständig bereit sein, auszubrechen. Früher habe die SPD einen starken Fraktionsvorsitzenden gehabt, Herrn Wehner. Jetzt gehe es drunter und drüber. Es sei immer das gleiche. Die Linken drohten, die anderen fügten sich. Er habe kürzlich mit dem früheren Verteidigungsminister Leber, einem sehr ordentlichen Mann, gesprochen, der völlig seiner Meinung sei. Auch der halte jedoch den Mund.

PM *Thatcher* kommt sodann auf die neuen amerikanischen Vorschläge zu sprechen. Diese Frage sei in der SCG besprochen worden.³³ Präsident Reagan versuche jetzt, die Verhandlungen voranzubringen. Es sei wichtig, daß die Westmächte eine konzertierte Anstrengung unternähmen, ihn publizistisch zu unterstützen.

Bundeskanzler antwortet, Herr Teltschik werde in diesem Sinne mit den USA sprechen.

PM *Thatcher* dankt dem Bundeskanzler für unsere Unterstützung der Kandidatur von Lord Carrington und bittet um Bestätigung unserer Haltung.³⁴

Bundeskanzler stimmt zu.

2) Abendessen

Teilnehmer: wie zu 1)

Zusätzlich auf britischer Seite: Botschafter Taylor, Private Secretary Butler, Pressesprecher Ingham.

Auf deutscher Seite: StS Lautenschlager, StS Boenisch, Botschafter Ruhfus.

Folgende Themen wurden behandelt:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1358

recht, Interpretation – Repressalien“ vom 26. Mai 1983; BT ANLAGEN, Bd. 292, Drucksache Nr. 10/97, Nr. 10/98 und Nr. 10/99.

Vgl. dazu ferner die Großen Anfragen „Atomwaffen – Rechtsgrundlage“ bzw. „Atomeinsatz – Veto-Recht“ vom 13. Juni 1983; BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/142 und Nr. 10/143.

Vgl. dazu außerdem die Großen Anfragen „Kriegsvölkerrechtliche Grundsätze“ sowie „Kriegsvölkerrechtliche Verträge“ vom 16. Juni 1983; BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache 10/163 und Nr. 10/164.

Vgl. dazu weiterhin die Großen Anfragen „Atomwaffen-Pakete“ gegen die Bundesrepublik Deutschland“ und „Atomwaffen – Einsatzverhinderung“ vom 17. Juni bzw. 21. Juni 1983; BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/175 und Nr. 10/179.

Angesichts der zahlreichen Großen Anfragen der Grünen-Fraktion notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Neukirchen am 29. Juni 1983: „Es drängt sich die Vermutung auf, daß der Fraktion Die Grünen nicht nur an Aufklärung der von ihnen aufgeworfenen zahlreichen Einzelfragen (insgesamt 391) zu diesen Komplexen gelegen ist, sondern auch daran, die für den Bereich der Sicherheitspolitik zuständigen Ressorts zu ‚beschäftigen‘ und möglichst lahmzulegen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 126944.

³³ Vgl. dazu die Sondersitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 19. September 1983 in Bonn; Dok. 267, Anm. 12.

³⁴ Referat 201 vermerkte am 21. September 1983, NATO-Generalsekretär Luns habe am 22. April 1983 in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis offiziell mitgeteilt, „daß er sein Amt Anfang Mai 1984 niederlegen werde. Luns ist seit 1971 im Amt und vollendet 1983 sein 72. Lebensjahr.“ Die Nachfolgeregelung solle auf der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel getroffen werden: „Die Bundesregierung hat entschieden, den von der britischen Regierung benannten Lord Carrington zu unterstützen. Wir haben diese Unterstützung gegenüber der britischen Regierung zum Ausdruck gebracht und Botschafter Wieck angewiesen, unsere Haltung auch im engsten Kreis der NATO-Botschafter darzulegen.“ Vgl. VS-Bd. 12946 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

a) Airbus

Bundeskanzler spricht gegenüber Frau Thatcher die Frage der Airbus-Entwicklung an.³⁵ Er bitte sie, hierzu Überlegungen anzustellen. Er wolle mit ihr dann das nächste Mal³⁶ darüber sprechen. Er selbst könne das finanzielle Ausmaß der Entwicklung des neuen Airbusses noch nicht überblicken. Wenn wir jedoch heute den Airbus nicht weitermachen, gehe das ganze Projekt kaputt. Dies bedeute den Abschied der Deutschen von ihrer Luftfahrtindustrie. Präsident Mitterrand habe ihm gesagt, er wolle dann weitermachen. Er werde das jedoch alleine nicht tun können. In 20 Jahren gebe es dann nur noch zwei Länder, die Flugzeuge produzierten, nämlich die USA und die UdSSR. Wir sollten uns auch bei unserer schwierigen Finanzlage gut überlegen, ob wir dies akzeptieren wollten. Diese Frage sollte nicht unter den Aspekten der Tagespolitik entschieden werden. Er habe zwar eine innere Bindung an die USA, nicht jedoch an Lockheed.

PM *Thatcher* antwortet, sie werde die Frage prüfen. Bisher sei die britische Auffassung die gewesen, wenn man das Flugzeug baue, dann müsse es auch eine kommerzielle Zukunft haben. Es habe keinen Sinn, Geld in ein Projekt zu pumpen, wenn man das Produkt hinterher nicht verkaufen könne. Es handele sich um ein relativ kleines Flugzeug. Sie wolle nicht erneut eine Concorde³⁷ am Hals haben. Sie sei ja auch mit Deutschland und Italien „in the military aircraft business“. Sie verweist auf Tornado³⁸ und das Projekt eines gemeinsamen neuen Kampfflugzeuges³⁹. Was die Frage anbetreffe, ob man eine zivile Luftfahrtindustrie haben solle, so sage sie dazu ja.

Bundeskanzler antwortet, wir sollten eine sorgfältige Marktanalyse machen. Er bitte sie nur, die Frage unvoreingenommen zu prüfen. Er glaube nicht, daß

³⁵ Zur Weiterentwicklung des Airbus vgl. Dok. 145, Anm. 23, und Dok. 148, besonders Anm. 31.

³⁶ Anlässlich der deutsch-britischen Konsultationen führte Bundeskanzler Kohl am 8./9. November 1983 Gespräche mit Premierministerin Thatcher. Vgl. Dok. 333.

³⁷ Am 29. November 1962 unterzeichneten Frankreich und Großbritannien einen Vertrag über den Bau eines Überschall-Verkehrsflugzeugs vom Typ „Concorde“. Der französische Prototyp 001 absolvierte am 2. März 1969, der englische Prototyp 002 am 9. April 1969 einen ersten Probeflug. In der Folgezeit erwies sich jedoch der Verkauf des Flugzeugs als schwierig. Vgl. dazu den Artikel „La Pan Am et la T.W.A. renoncent à Concorde“; LE MONDE vom 2. Februar 1973, S. 8.

³⁸ Im Sommer 1968 beschlossen zunächst Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Kanada und die Niederlande die Entwicklung eines „Multi Role Combat Aircraft“ (MRCA). Nachdem 1970/71 Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens laut geworden waren, entschieden sich im September 1971 nur noch die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien für eine Fortsetzung. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 408, AAPD 1971, I, Dok. 87, und AAPD 1971, II, Dok. 240.

Das Kabinett beschloß am 7. April 1976 den Beginn der Produktion des MRCA unter dem Namen „Tornado“ zum 1. Juli 1976. Vgl. dazu BULLETIN 1976, S. 660.

³⁹ Zum Projekt eines „Jagdflugzeug (Jäger) 90“ vgl. Dok. 148, Anm. 22.

Das Projekt wurde neben anderen Rüstungskooperationsfragen beim Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem französischen und britischen Verteidigungsminister, Hernu und Heseltine, am 21. September 1983 in Paris erörtert. Baudirektor Schreiber, Paris, berichtete dazu am 22. September 1983, Wörner habe dargelegt, „sein Vorgänger habe die H[aus]H[alts-]Mittel für Entwicklung und Beschaffung dieses Vorhabens gestrichen, so daß hierzu keine HH-Mittel in den Finanzplanungen eingestellt seien. Die Überarbeitung der Gesamtplanung laufe derzeit, Detailentscheidungen seien daher erst im ersten Halbjahr 1984 möglich.“ Die drei Verteidigungsminister hätten entschieden, daß ihre Luftwaffen „sich bis Ende 1983 auf gemeinsame Forderungen einigen“ sollten. Auf diesen aufbauend, solle dann in Zusammenarbeit mit der Industrie „eine Studie/Analyse bis Frühjahr 1984“ vorgelegt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1829; VS-Bd. 10845 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

der militärische Zweig einer Luftfahrzeugindustrie ohne eine zivile Komponente auf die Dauer überlebensfähig sei.

b) Wirtschaftslage in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland

Auf Bitten des Bundeskanzlers erläutert PM *Thatcher* die Wirtschaftslage in Großbritannien.

Bundeskanzler seinerseits erläutert die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland (Schwerpunkte: strukturelle Arbeitslosigkeit, starke Geburtenjahrgänge, Frage der Ausbildungsplätze, Frage der Umstrukturierung unserer Industrie). Insgesamt glaube er, daß wir langsam aus der Talsohle herauskämen. Die Exportkonjunktur laufe nicht. Was laufe, sei die interne Konjunktur. Sie, die Premierministerin, werde in ein paar Tagen bei Präsident Reagan sein.⁴⁰ Er habe Präsident Reagan gesagt und es ihm auch geschrieben, daß die amerikanische Budgetpolitik katastrophale Auswirkungen habe. Die amerikanische Zinspolitik produziere mehr Anti-Amerikanismus als die amerikanischen Raketen.

PM *Thatcher* erläutert das Dilemma der Wirtschaftspolitik Präsident Reagans. Der Glaube der amerikanischen Administration, daß das Wachstum das amerikanische Budgetproblem lösen werde, sei wohl nicht richtig. Bis sich herausgestellt habe, daß dies so sei, würgten die Zinsen das Wachstum in Europa ab. Präsident Reagan werde noch vor den amerikanischen Wahlen in Schwierigkeiten kommen. Sie wisse auch nicht, wie man ihn überzeugen könne. Sie sei entschlossen, den in England entstehenden Budgetproblemen durch Erhöhung der Steuern zu begegnen.

Bundeskanzler äußert, er halte Präsident Reagan in dieser Frage im Hinblick auf die Wahlen für bewegungsunfähig und den Kongreß auch.

PM *Thatcher* verweist auf das praktische Sparprogramm von PM Lubbers in den Niederlanden. Der öffentliche Dienst habe eine Kürzung der nominalen Gehälter von 3 1/2% hinnehmen müssen, ohne Ausgleich für die Inflation. Lubbers habe ihr gesagt, er müsse das Defizit niedrig halten. Gleichzeitig werde die Mehrwertsteuer hochgesetzt. Die holländische Industrie solle wieder wettbewerbsfähiger werden.

Bundeskanzler erläutert deutsche Sparpolitik. Er weist darauf hin, daß die sozialen Kosten in den Niederlanden vergleichsweise besonders hoch gewesen seien. Infolgedessen seien dort jetzt auch drastischere Methoden zum Zurückfahren dieser sozialen Kosten notwendig. MP Lubbers habe ihm einmal gesagt, in dem bisherigen System habe man auf Kosten des Staates bis zum 40. Jahre leben können, ohne je zu arbeiten. *Bundeskanzler* erläutert dann anhand konkreter Beispiele Probleme der deutschen Ausbildungsstellen-Situation (Hinweis auf hohe Ausbildungskosten anhand des Beispiels BASF, Notwendigkeit, in den kommenden Jahren Sondermaßnahmen zu treffen, um der Situation gerecht werden zu können). Er geht sodann auf die Lage der Deutschen Bundesbahn ein, die er als eine Katastrophe bezeichnet. In diesem Jahr werde das Defizit der Bundesbahn erneut um 2,5 Mrd. DM anwachsen. Wir stünden vor der Notwendigkeit, das Streckennetz stark zu reduzieren. Hiergegen werde es jedoch hef-

⁴⁰ Premierministerin Thatcher besuchte vom 28. bis 30. September 1983 die USA.

tige Opposition geben, da die Stilllegung von Strecken politischen Widerstand auf den Plan rufe. Manche der protestierenden lokalen Politiker hätten dabei oft seit zehn Jahren ihren Bahnhof nicht betreten. Eine Reduzierung bis zu 25 % des Streckennetzes sei wohl das Höchstmögliche.

c) Brüsseler Verhandlungen

PM *Thatcher* zeigt sich besorgt über die Haltung, die Ministerpräsident Craxi und AM Andreotti in London an den Tag gelegt hätten. Andreotti scheine nicht entschlossen zu sein, in Athen⁴¹ schnell zu einem Resultat kommen zu wollen. Sie sei besorgt über den Mangel an Fortschritten in Athen. Der Impetus und die Dynamik von Stuttgart⁴² gingen verloren. Andererseits wolle auch sie keinen Ärger in der Gemeinschaft. Sie sei nicht sicher, wann die europäischen Finanzen an ihre Grenzen stoßen würden. Mal habe es geheißen Mitte November, dann seien spätere Daten genannt worden.

PM *Thatcher* erläutert sodann den bekannten englischen Standpunkt zur Agrarpolitik.

Sie sei nicht bereit zuzustimmen, daß die Einnahmen erhöht würden, um auftretende Finanzlücken zu füllen.⁴³ Die Last hätten die Konsumenten zu tragen. Man müsse diese unsinnige Agrarpolitik ändern. Dies dürfe nicht in einer Weise geschehen, die uns Ärger mit den Vereinigten Staaten brächte. Was die Kommission vorgeschlagen habe⁴⁴, sei zum Teil fundamental unvernünftig. Sie würde unter keinen Umständen protektionistischer Politik zustimmen. Es gebe bessere Vorschläge, aber niemand würde sie akzeptieren. Man könne nicht die ganze Agrarpolitik am kleinen, unproduktiven Farmer ausrichten, der nur durch hohe Preise am Leben erhalten werde. Sie glaube nicht, daß, nur weil man Farmer sei, man das göttliche Recht habe, alles zu produzieren, was möglich sei, und es zu Garantiepreisen abzusetzen. Der Unternehmer in der Industrie habe ja keine solche Absatzgarantie. Für Athen sehe sie große Schwierigkeiten voraus. Sie hoffe, daß man den Weg der Vernunft beschreite. Es gehöre zur EG-Agrarpolitik, daß die Forderungen und Bedürfnisse von Produzenten und Konsumenten in einem vernünftigen Verhältnis zueinander zur Deckung gebracht werden müßten.

Der *Bundeskanzler* erteilt StS *Lautenschlager* das Wort. Dieser erläutert, es sei zutreffend, daß man in den bisherigen Sitzungen keinen ausreichenden Fortschritt gemacht habe. Man solle jedoch nicht vergessen, daß wir jetzt erst September schrieben. In der Gemeinschaft geschehe im August im allgemeinen nicht sehr viel. Die Leute seien mit unveränderten Positionen nach Brüssel gekommen. Auch in der Sitzung vom Vortage⁴⁵, die das Ende der ersten Sitzungs-

⁴¹ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

⁴² Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁴³ Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission zur Erhöhung der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft; Dok. 134, Anm. 9.

⁴⁴ Vgl. dazu die von der EG-Kommission am 29. Juli 1983 vorgelegten Berichte „Stärkung der Effizienz der Strukturfonds der Gemeinschaft“ und „Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik“; BULLETIN DER EG, Beilage 3/83 und Beilage 4/83.

⁴⁵ Über die EG-Ministerratstagung am 19. September 1983 in Brüssel informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler am 21. September 1983, behandelt worden sei u. a. der britische Beitrag zum EG-Haushalt für 1982: „Für die sog. Risikoteilung bei einem höheren als vorausgeschätzten britischen Nettosaldo in 1982 hatte Budgetrat am 21./22.7.1983 angesichts widersprüch-

runde gewesen sei, habe jeder nur seine Position dargelegt. Wir wüßten nun, wo die Ausgangspunkte seien. Im Oktober würde eine gewisse Nervosität einsetzen, und dann würde auch ernsthaft verhandelt. Was die Frage einer Einnahmeerhöhung anbetreffe, so müßten wir Stuttgart in Rechnung ziehen. Die Einnahmeerhöhung sei verbunden worden mit der Frage der Erweiterung⁴⁶. Bei einem Plafond von einem Prozent könne die Erweiterung nicht stattfinden. (Einwurf PM Thatcher: „I don't think I can necessarily⁴⁷ accept this.“) StS Lautenschlager fährt⁴⁸ fort, die Kommission habe wichtige Vorschläge gemacht.⁴⁹ Diese würden in einigen Punkten in den Außenbeziehungen Probleme schaffen (Fettsteuer). (Einwurf PM Thatcher: „Kommt nicht in Frage!“) Wir könnten mit einer Quotaregelung hinsichtlich der Milchproduktion⁵⁰ mit einigen Schwierigkeiten einverstanden sein. StS Lautenschlager setzt sich dann für die Kommissionsvorschläge ein. Er erläutert, daß in einer Gemeinschaft von zehn alle Vorschläge konsensfähig sein müßten. Was die Kommission in ihren Vorschlägen vorgesehen habe (gemeinsame Sitzung von Landwirtschafts- und Finanzministern), gehe ungefähr so weit, wie man wohl überhaupt gehen könne. Hier würde unseren Finanzministern eine wichtige Rolle zugewiesen. Das Vereinigte Königreich würde dann eine gewisse Garantie bekommen. (Einwurf PM Thatcher: „Keine Garantie, nur ein kleiner ‚stumbling block‘. Sie würden sich nicht ändern, solange noch Geld in der Kasse sei.“)

Im weiteren Verlauf des Gespräches erläuterte der *Bundeskanzler* die Ziele der deutschen Agrarpolitik. Es gebe viele gesellschaftliche Gruppen, die für die Stabilität in der Bundesrepublik besonders wichtig seien, die Bauern, die Facharbeiter, der kleine Mittelstand und weite Teile der Beamtenschaft. Die Agrar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1362

licher Standpunkte im Wege eines politischen ‚Kompromisses‘ den EGK[ommission]-Ansatz im Nachtrags-H[aus]H[alt] 1982 um 92 Mio. ECU durch Mehrheitsbeschluß (gegen GB) gekürzt. GB sah in dieser Entscheidung einen Verstoß gegen einen früheren Ratsbeschluß und drohte mit Befassung des ER in Athen. Die übrigen MS lehnten das britische Ansinnen ab.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 97; Referat 012, Bd. 124453.

46 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 126, Anm. 21, und Dok. 176, Anm. 30.

47 Korrigiert aus: „necessary“.

48 Korrigiert aus: „führt“.

49 Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Rat am 29. Juli 1983 einen Bericht zur „Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik“. Angesichts rückläufiger Nachfrage nach Milch, Weizen, Rindfleisch und Wein seien unbegrenzte Preis- und Interventionsgarantien nicht mehr vertretbar, sondern Garantieschwellen für solche Produkte notwendig. Ferner sollte eine besondere „Abgabe für Milch aus intensiven Milchwirtschaftsbetrieben“ der Entwicklung von „Milchfabriken“ vorbeugen. Zur Regulierung des Fettmarktes war eine Abgabe auf den Verbrauch von Fetten außer Butter vorgesehen. Für das Währungssystem in der Landwirtschaft wurde ein automatischer Abbau der Währungsausgleichsbeträge vorgeschlagen, wobei Staaten mit positiven Währungsausgleichsbeträgen, etwa die Bundesrepublik, „als Übergangsmaßnahme degressive Beihilfen“ erhalten sollten, um Einkommensverluste für die Landwirte auszugleichen. Schließlich wurde als finanzielle Leitlinie formuliert, daß „die Wachstumsrate der Agrarausgaben [...] unter der Wachstumsrate der Eigenmittel der Gemeinschaft zu halten“ sei. Vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 4/1983, S. 8, 20 und 22.

50 Am 14. September 1983 präziserte die EG-Kommission ihre Vorstellungen zur Agrarpolitik mit Vorschlägen zur Einführung einer Regelung für die Garantieschwellen im Milchsektor auf Erzeugungsebene: „Sie zielen darauf ab, eine zusätzliche Abgabe auf die Milchmengen, die eine jährliche Bezugsmenge überschreiten, und eine Sonderabgabe auf die Milch von intensiven Milchviehhaltungen einzuführen und die Grundverordnung zu ändern, um diese neuen Abgaben in die Grundverordnung aufzunehmen und die Interventionsankäufe von Magermilchpulver zeitweilig auszusetzen.“ Ergänzt wurden die Maßnahmen durch Bestimmungen zum Verbrauch von Butter und verarbeiteter Milch. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1983, S. 57.

politik müsse in Krisenzeiten die Ernährung des Volkes sicherstellen. Ziel sei ferner die Erhaltung des Familienbetriebes. Bundeskanzler erläutert die deutsche Agrarstruktur. Auch für ihn sei klar, daß die Gemeinsame Agrarpolitik kein Faß ohne Boden sein könne. Sparmaßnahmen im Milchsektor müßten die Milchfabriken treffen, nicht den Familienbetrieb. Er sehe im Bereich der Milchproduktion das Quotensystem als den einzigen gangbaren Weg an. Im übrigen müßten wir in Zeiten knapper Kassen auch neue Ideen produzieren.

Referat 010, Bd. 178876

271

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi

23. September 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi am 23. September 1983²

1) Vier-Augen-Gespräch

Auf italienischer Seite zusätzlich anwesend: Herr Badini aus dem Kabinett von MP Craxi, Frau Ongaro als Dolmetscherin.

Auf deutscher Seite: VLRI Stabreit als Note-taker, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Bundeskanzler heißt MP Craxi willkommen. Sein Gespräch mit ihm in Rom habe er noch in guter Erinnerung.³ Es sei sein Interesse, die Zusammenarbeit, die sich in diesem Gespräch angebahnt habe, fortzusetzen. In der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik befänden wir uns in einer schwierigen Phase. In der Europapolitik müßten wir versuchen, einen neuen Anfang zu machen. Er bitte Herrn Craxi, ihm mitzuteilen, welche Themen er in dem Vier-Augen-Gespräch behandelt sehen wolle.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit, Bundeskanzleramt, am 23. September 1983 gefertigt und am 26. September 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Ploetz am 3. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 10!“ Vgl. Anm. 25. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178876.

² Anlässlich der deutsch-italienischen Regierungsgespräche hielten sich Ministerpräsident Craxi und der italienische Außenminister Andreotti am 22./23. September 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ferner Dok. 272 und Dok. 273.

³ Bundeskanzler Kohl führte am Rande der deutsch-italienischen Regierungsgespräche am 27./28. April 1983 in Rom ein Gespräch mit dem Generalsekretär des PSI, Craxi. Zu den Regierungsgesprächen vgl. Dok. 118 und Dok. 120.

MP *Craxi* bittet den Bundeskanzler um Erläuterung, welches aus seiner Sicht der heutige Stand der Dinge in der Stationierungsfrage sei. Welches seien die Zukunftsaussichten für die Verhandlungen? Gebe es eine Möglichkeit, bis Ende des Jahres zu einem Ergebnis zu kommen?

Bundeskanzler antwortet, er wolle gerne unsere Position darlegen. Er bitte jedoch, zunächst ein bilaterales Problem ansprechen zu dürfen, daß er hier nicht vertiefen wolle. Er wäre jedoch Herrn Craxi sehr dankbar, wenn man ihm zu gegebener Zeit antworten könne. Es handele sich um das deutsch-italienische Versicherungsabkommen für Südtiroler Optanten.⁴ Wir seien an der Abwicklung dieser Angelegenheit interessiert. Er wolle die Frage stellen, wie es damit stehe. Vielleicht könne ihm MP Craxi brieflich antworten.

MP *Craxi* nimmt dies zur Kenntnis. Er erläutert seinerseits, man sei augenblicklich dabei, eine Autonomievereinbarung zwischen Italien und Südtirol vorzubereiten gemäß den Wünschen der Region. Was die finanzielle Seite anbetreffe, so sei die Provinz Bozen die einzige in ganz Italien, die der Zentralregierung gesagt habe, sie sei bereit, einen Beitrag zur Senkung der Ausgaben zu leisten.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß Südtirol in Deutschland große Aufmerksamkeit finde. Dies sei eine Frage des Herzens, nicht des Verstandes. Alles, was dort im Sinne einer vernünftigen Lösung geschehe, werde von uns begrüßt. Die Südtiroler seien ein eigensinniges Volk. Ihr Landeshauptmann⁵ sei jedoch ein Mann der Mitte und der Vernunft. Man solle diese Konstellation ausnutzen.

MP *Craxi* antwortet, aus seiner Sicht sei die Lage in Südtirol das Ergebnis eines historischen Fehlers.

Bundeskanzler stellt fest, daß wir alle uns mit den Problemen, so wie sie sich uns real stellten, fertigwerden müßten.

Bundeskanzler erläutert dann zur Frage der Genfer Verhandlungen: Der amerikanische Präsident habe neue Vorschläge gemacht.⁶ Die USA hätten mit Italien, sie hätten mit uns und mit anderen Partnern gesprochen. Wir hätten den Präsidenten gedrängt – er persönlich habe dies getan – zu agieren, nicht zu reagieren. Man solle nicht der Sowjetunion das Feld überlassen, sondern selbst die psychologische Offensive ergreifen. Er sei skeptisch, daß die Sowjetunion jetzt in Genf noch etwas tun werde. Er sei aber nicht skeptisch hinsichtlich der Frage, ob sie überhaupt etwas tun werde. Seine eigene Position sei klar. Er dränge die amerikanischen Freunde, bis zum letzten Moment im November energisch weiterzuverhandeln. Wenn sich aber nichts tue, würden wir gegen Ende des Jahres stationieren. Was immer er, MP Craxi, lesen und hören werde, dies sei unsere Position. Es bleibe bei Waffenmix und Zeitplan.⁷ Er sei leidenschaftlich gegen eine Verschiebung des Zeitplanes. Wenn wir heute sagen wür-

⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik und Italien über die Regelung der mit dem deutsch-italienischen Abkommen vom 26. Februar 1941 zusammenhängenden Fragen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1378–1384.

⁵ Silvius Magnago.

⁶ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

⁷ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 241, Anm. 10.

den, wir stationierten im Juni oder Juli oder August 1984, welches Datum man auch immer nehme, brächten wir die Sache nicht mehr zusammen. Man werde dann im nächsten Jahr von 1985 sprechen, zumal er selbst fest davon überzeugt sei, daß die Verhandlungen weitergehen würden. Vielleicht werde dies nicht unmittelbar in Genf der Fall sein, aber z.B. auf der Nachfolgekonferenz zu Madrid in Stockholm⁸. Es gebe eine Fülle von Möglichkeiten weiterzuverhandeln. Die Sowjetunion müsse wissen, daß die Grundposition des Doppelbeschlusses gelte: Bis hierher und nicht weiter. Eine andere Sprache würde man dort nicht verstehen.

Er, der Bundeskanzler, habe intensiv mit Andropow, Verteidigungsminister Ustinow und sowjetischen Marschällen gesprochen.⁹ Es sei sein Eindruck, daß man in Moskau damit rechne, daß wir stationierten. Man habe sich damit abgefunden. Man werde alles tun, um die Dinge für uns zu erschweren. Man werde versuchen, Verwirrung zu stiften. Leider sei dies bei den Gastgebern MP Craxis heute mittag nicht ohne Wirkung geblieben.¹⁰ Dies ändere jedoch nichts an den Tatsachen. Er habe die Wahl im März herbeigeführt, damit niemand sagen könne, er habe keinen Wählerauftrag.¹¹ Wir würden sicher hier in Deutschland Demonstrationen bekommen. Dies würde jedoch nichts an unserer Politik ändern. In der Bundesrepublik regiere die Verfassung, regierten das Parlament und die Regierung. Was die Demonstrationen anbetreffe, so hätten wir für den Rest des Jahrhunderts unser Deputat bereits hinter uns gebracht. Sie würden ihn nicht beeindrucken. Aber man müsse die Angst der Leute ernst nehmen. Nach zwei verlorenen Kriegen und Millionen Opfern sei sie verständlich.

Bundeskanzler berichtet dann über die Kriegsverluste in seiner Familie.

Wir seien nicht raketensüchtig, in keiner Weise. Wir wollten Frieden schaffen mit weniger Waffen. Aber wir seien gegen Heuchelei. Der MP werde von seinen Eltern von einem Geschehnis gehört haben, das er selbst mit acht Jahren erlebt habe. Als Chamberlain und Daladier nach München¹² gingen, seien sie auch voll guten Willens gewesen. Aber in der Geschichte hätten Leute mit gutem Willen und guten Absichten, jedoch ohne Mut und Kraft, oft die schlimmsten Entwicklungen eingeleitet.

1945 habe die junge Generation oft die Eltern gefragt, was sie denn 1933 getan hätten. Warum hätten sie denn alles dies zugelassen? Wenn man jung sei, sei man oft ungerecht. Er wolle sich aber nicht von seinen Enkeln fragen lassen: Was hast du damals getan? Es sei für ihn eine schwere Entscheidung, aber er werde klaren Kurs halten. Man müsse dann eben weiter verhandeln.

⁸ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

⁹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

¹⁰ Ministerpräsident Craxi nahm am 23. September 1983 an einem Mittagessen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel teil. Vgl. dazu den Artikel „Craxi fordert Moskau zum Einlenken auf“; DIE WELT vom 24. September 1983, S. 8.

¹¹ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹² Am 29. September 1938 schlossen Premierminister Chamberlain, Ministerpräsident Daladier, Reichskanzler Hitler und Regierungschef Mussolini in München ein Abkommen über die Modalitäten der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete durch die Tschechoslowakei an das Deutsche Reich. Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

Er, der Bundeskanzler, hoffe auf ein Treffen Andropow/Reagan, nicht ein Treffen zu propagandistischen Zwecken, sondern ein Treffen, das einen neuen Anfang finden wolle. Die Sowjetunion sei in Genf die Gefangene ihrer eigenen Propaganda geworden. Sie habe die Meßlatte zu hoch gelegt. Daß sie in der DDR neue Raketen stationieren wolle, sei sinnlos. Sie habe um Kiew herum so viel stationiert, daß das völlig ausreichen würde. Sie sollten jedoch auf die Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik einwirken. Honecker wisse das. Deshalb habe er, der Bundeskanzler, dem Kredit zugestimmt, um die Hand auszustrecken und unseren Landsleuten in der DDR zu zeigen, daß wir sie nicht ausschließen.¹³

Der Bundeskanzler erläutert sodann den Kredit an die DDR.

Er, der Bundeskanzler, sei überzeugt, daß es weder einen kalten noch einen heißen Krieg geben werde. Es werde sehr viel Geschrei geben. Dann werde man sich aber arrangieren. Interessant sei, daß er mit Andropow über das Waldsterben gesprochen habe. Hier vollziehe sich in Mitteleuropa eine dramatische Entwicklung (Hinweis auf Waldsterben in der ČSSR¹⁴ und in Deutschland). Wir wollten jetzt eine Konferenz einberufen, wo wir die Länder der Region, die ganz unterschiedlich betroffen seien, zu einem Erfahrungsaustausch bringen wollten. Generalsekretär Andropow habe ihm geschrieben, daß er an dieser Idee sehr interessiert sei.¹⁵

MP *Craxi* erkundigt sich nach dem Stand im Hinblick auf die Angelegenheit der Erdgasleitung.¹⁶

Bundeskanzler erläutert, daß die Erdgasleitung im Sinne der Verträge weitergebaut werde. Sie werde sogar vorzeitig fertig werden.

Er könne an keinem Punkt entdecken, daß man im Ost-West-Verhältnis Unterbrechungen haben werde. MP *Craxi* fragt nach dem Warenverkehr. *Bundeskanzler* erwidert, der gesamte Handel mit der Sowjetunion mache nur wenige Prozentpunkte unseres Außenhandels aus. Wir seien nicht erpreßbar. Wenn man uns erpressen wolle, dann psychologisch. Das habe man aber schon versucht mit dem Hinweis auf den Raketenzaun, der angeblich hier in Deutschland errichtet werde, wenn wir stationierten. Andropow habe zu ihm gesagt, das werde Deutschland noch mehr teilen. Er habe ihm gesagt: Das werden Sie nicht durchhalten! Wir lebten nicht mehr in Zeiten Stalins. Man sehe das an Polen. Er habe Andropow von einer Erfahrung seiner Kindeszeit berichtet. Wenn sie als Kinder in seinem Hause getrotzt hätten, aus dem Zimmer gelaufen wären und die Tür zugeworfen hätten, so habe ihnen die Mutter¹⁷ gesagt: Ihr könnt die Tür zuwerfen, aber denkt daran, daß ihr immer wieder durch sie hereinkommen müßt. Andropow habe gelacht – es sei ein Mann, der lachen könne – und

¹³ Zur Gewährung eines Kredits an die DDR („Milliardenkredit“) vgl. Dok. 199, Anm. 14.

¹⁴ Zu Umweltproblemen in der ČSSR vgl. Dok. 30, Anm. 26.

¹⁵ Zum Schreiben des Generalsekretärs der ZK der KPdSU, Andropow, vom 12. August 1983 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 241.

Die multilaterale Umweltkonferenz fand vom 24. bis 27. Juni 1984 in München statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Juli 1984; AAPD 1984.

¹⁶ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

¹⁷ Cäcilie Kohl.

habe gesagt: Sie haben eine weise Mutter, und ich nehme an, diese hat auch einen weisen Sohn. Er habe darauf geantwortet: Ja, davon können Sie ausgehen. Auch aus Bemerkungen Außenminister Gromyko gegenüber seiner Frau¹⁸ anlässlich des Abschieds auf dem Flughafen entnehme er, daß die Sowjets die Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik mittel- und langfristig nicht negativ sähen. Bundeskanzler ruft dazu auf, daß die westlichen Länder jetzt zusammenhalten. Frau Thatcher, MP Craxi, Herr Lubbers, sie alle lägen auf der gleichen Linie. MP Craxi wirft ein, Frau Thatcher sei „eisern“. Herr Lubbers habe die Hoffnung, daß der Zeitplan ihm helfe.¹⁹ Bundeskanzler fährt fort, er habe PM Thatcher gesagt, daß sie es leichter habe als er.²⁰ Sie sei weiter weg. Es sei leichter, im Stab Härte zu zeigen als im Schützengraben. Er selbst liege im Schützengraben. Er wolle nicht eisern sein, sondern lediglich vernünftig. Man müsse im übrigen alles tun, daß auch die USA auf einer vernünftigen Linie blieben. MP Craxi fragt, ob er glaube, daß die Sowjetunion jetzt keine Konzessionen machen werde. Bundeskanzler antwortet, er schätze die Chancen 7:3 ein und werde sich auf alles einrichten. MP Craxi fährt fort, das Problem sei, daß die Sowjets heute als Vorbedingung verlangten, es dürfe keine einzige US-Rakete aufgestellt werden. Bundeskanzler sagt, sie würden diese Vorbedingung fallenlassen. Sie seien sehr geschickt. Vor zwei Jahren seien Bundeskanzler Schmidt und AM Genscher in Moskau gewesen.²¹ Es sei kein Wort über die französischen und englischen Raketen gefallen. Er habe dies Ustinow vorgehalten und ihn gefragt, was sich denn inzwischen geändert habe, abgesehen von der Zahl der sowjetischen Raketen. Ustinow habe gelacht und ihm geantwortet, es seien eben inzwischen zwei Jahre vergangen. MP Craxi sagt, Italien werde den Doppelbeschluß respektieren, auch Italiener hätten an Möglichkeit gedacht, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Bundeskanzler: Aber es wird stationiert!

MP Craxi antwortet: Ja. Die einzige Frage sei, ob die Sowjetunion eine Wiederaufnahme einmal abgebrochener Verhandlungen vorziehe gegenüber einer Konzession, die sie noch in diesem Jahr machen könne. Der Bundeskanzler fügt hinzu, es werde gesagt, hierzu gebe es im Kreml zwei Denkschulen. Er selbst wisse es nicht. Die Militärs seien sicher für die harte Linie. Sie stellten einen wichtigen Faktor in der Wirtschaft dar. Sie brauchten auch viel Geld für ihre Zwecke. Das Gewicht der Militärs falle schon optisch ins Auge, wenn Verteidigungsminister Ustinow sich von zwei Marschällen und einem General, der die Aktenmappe trage, begleiten lasse. MP Craxi wirft ein: eine Kaste. Bundeskanzler sagt, Ustinow könnte jederzeit Präsident des Deutschen Bauernverbandes sein, der nach höheren Milchpreisen und nach mehr Geld rufe. Ein Mann von einer Bärenkraft, dem aber auch das sentimentale Element nicht abgehe. MP Craxi sagt auch, die Lage sei folgende gewesen: Die Sowjetunion habe den Vor-

¹⁸ Hannelore Kohl.

¹⁹ Ministerpräsident Craxi führte mit Ministerpräsident Lubbers am 22. September 1983 ein Gespräch in Den Haag.

²⁰ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 21. September 1983 vgl. Dok. 270.

²¹ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

schlag 162:162 gemacht.²² Dies sei für den Westen nicht akzeptabel. Nun hätten die Amerikaner einen Vorschlag gemacht. Die Sowjetunion sage nein. Wie solle es nun weitergehen? Sollten wir jetzt wieder einen Vorschlag machen? *Bundeskanzler* antwortet, es müsse weiter verhandelt werden. Es sei wichtig, daß wir die psychologische Offensive behielten. MP *Craxi* sagt, er habe den Amerikanern erläutert, das letzte Nein müsse von den Russen kommen.

Bundeskanzler antwortet, das sei auch seine Meinung. Die Amerikaner müßten die europäische Psychologie begreifen. Die USA seien weit weg. Unsere Lage sei anders. Die nächste sowjetische Tankdivision sei nur drei Stunden von Bonn entfernt.

MP *Craxi* fügt hinzu, deshalb sei dies auch ein essentiell europäisches Problem. Er wolle aber noch einen Gedanken erwähnen, über den weiter gesprochen wurde, den des Waldspaziergangs.²³ Wie bewerte man das in Deutschland? Er werde heute abend mit Herrn Nitze darüber sprechen.

Bundeskanzler antwortet, es habe sich zunächst um eine reine Hypothese gehandelt. Es sei nicht durchsichtig, wieviel Sympathie für diese Richtung es auf sowjetischer Seite gegeben habe. Für ihn sei daran bemerkenswert, daß die französischen und britischen Waffen dabei keine Rolle gespielt hätten. Für uns sei der Waffenmix eine wichtige Sache. Hier seien nicht nur amerikanische Sicherheitsinteressen im Spiel, es gebe auch deutsche Sicherheitsinteressen. Im Waldspaziergang sehe er noch keine hinreichenden Elemente dafür, daß unsere Sicherheit garantiert sei. MP *Craxi* fragt, ob das heiße, daß die Cruise Missiles als System nicht mit der SS-20 vergleichbar seien.

Bundeskanzler antwortet, in der jetzigen Konstellation sei dies nicht der Fall. Wenn insgesamt im Abrüstungsbereich etwas in Gang komme – z. B. im konventionellen Bereich –, sei es vielleicht eine andere Sache. Es sei überhaupt falsch, daß wir zu sehr auf die Nuklearwaffen fixiert seien. (*Bundeskanzler* erläutert dies anhand des Beispiels der Feuerkraft moderner Artillerie.) Für ihn sei die Frage des Waffenmixes auflösbar, wenn alles andere dazukomme, und hier sei der konventionelle Bereich nicht wegzudenken.

Er fragt MP *Craxi*, ob er davon ausgehen dürfe, daß auch Italien den Zeitplan einhalte.

MP *Craxi* antwortet, wenn nichts Neues eintrete, werde der Zeitplan eingehalten. Die einzige Frage, die offenbleibe, sei, ob die Sowjets einen Schritt „jenseits ihrer bisherigen Vorbedingungen“ machten. Oder ob sie die Friedensoffensive weiterführten, um dann später ernsthaft die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Bundeskanzler antwortet, es sei dies ein wenig wie beim Lotto. Er gehe davon aus, daß es hierzu in der Sowjetunion zwei Denkschulen gebe. Sie bewegten sich auch auf zwei Schienen. Sie würden alles tun, um den Prozeß zu stören. Zur

²² In der am 27. Januar 1983 in Genf beginnenden vierten Runde der INF-Verhandlungen erklärte die sowjetische Delegation – entsprechend der Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 – zu Artikel IV ihres Entwurfs vom 25. Mai 1982 die Bereitschaft der UdSSR, die Zahl ihrer Mittelstreckensysteme auf 162, der Anzahl britischer und französischer Systeme, zu begrenzen. Vgl. dazu Dok. 33 und Dok. 135.

²³ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinski, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

Zeit würden gewaltige Geldmengen aus Ost-Berlin hierfür aufgewendet. Wenn stationiert werde, würde man eine neue Seite aufschlagen. Man würde verhandeln, zunächst im konventionellen Bereich in Stockholm. Sein Eindruck sei deutlich, daß Andropow an einem Gespräch mit Reagan interessiert sei. Er sehe deshalb eine große Chance, daß die Verhandlungen weitergeführt werden. Er wolle noch einen Gedanken hinzufügen. Die Sowjets stationierten pausenlos weiter. Dies sei ohne Sinn. Sie bräuchten die neuen Raketen nicht für ihre Sicherheit. Es könne nur eine Bedeutung haben. Sie wollten ein besonders hohes Niveau erreichen, um dann bei eventuellen Reduzierungen immer noch ein insgesamt hohes Niveau erhalten zu können. Stationierungen in der DDR und in Polen könnten im übrigen nur einen Sinn haben, nämlich den, Druck auf die dortige Bevölkerung, aber auch Druck auf unsere Bevölkerung auszuüben. Dies sei der Gedanke des Raketenzauns. Man wolle den Menschen in Deutschland sagen, der Graben wird nun breiter. Wie er bereits ausgeführt habe, sei dies der Gedanke gewesen, der ihn bei dem Kredit an die DDR bewegt habe, nämlich die Hand auszustrecken und dieser Politik entgegenzuwirken. Dies sei drüben auch verstanden worden, wie ihm immer wieder von DDR-Bürgern, die ihn nach Wahlveranstaltungen ansprechen, zu verstehen gegeben werde. Die Sowjets wollten die Angst zum Faktor der Politik machen. Es sei zwar verständlich, daß die Leute Angst hätten. Angst dürfe aber nicht Ratgeber der Politik werden.

MP *Craxi* führt aus, die italienische Regierung werde am Beschluß von 1979 festhalten. Man habe sich darauf auch vorbereitet. Wenn dies auch immer hypothetischer sei, gebe man die Vorstellung nicht auf, daß eine Einigung bis Ende des Jahres möglich sei. Dies hänge von den Sowjets ab. Man müsse einen Verhandlungsstoff bilden, der negotiabel sei. In diesem Rahmen könne jetzt über die englischen und französischen Systeme nicht verhandelt werden. Präsident Mitterrand habe mit großer Vorsicht und Zurückhaltung Italien gegenüber durchblicken lassen, die französische Regierung könne eventuell bereit sein, diese Systeme in einem anderen Rahmen zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.²⁴ Auf französischem Territorium seien nur 18 Raketen stationiert. Präsident Mitterrand habe ihm gegenüber bemerkt, wenn andere diese 18 Raketen in ihre Verhandlungen einbeziehen wollten, so werde er dazu nichts sagen. Frankreich werde damit aber auch keine Verantwortung in der Sicherheitsfrage übernehmen.²⁵

Bundeskanzler erwidert, Frankreich habe eine ganz klare Position. Frankreich vertrete natürlich auch eine betont nationale Position. Kein französischer Präsident werde je akzeptieren, daß die Sowjetunion oder die USA über französische Waffen verhandelten, ohne daß Frankreich gleichberechtigt mit am Tisch sitze.²⁶ Aus seiner Sicht habe er damit auch recht. Aber er habe angedeutet,

²⁴ Ministerpräsident Craxi führte am 15. September 1983 ein Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand in Paris.

²⁵ Der Passus „Mitterrand habe mit großer Vorsicht ... übernehmen“ wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

²⁶ Ministerialdirigent Schauer notierte am 20. September 1983, der französische Gesandte Berniere habe ihm am selben Tag „die Sorge der französischen Regierung über die Äußerungen Premierminister Craxis in London zur Frage der Drittstaatsysteme“ übermittelt und gebeten, „Herrn Craxi mit Nachdruck deutlich zu machen, daß wir gerade jetzt keinesfalls der sowjetischen Forderung nach Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme bei den INF-Verhandlungen Vorschub leisten dürften.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140526.

daß er bereit sei zu verhandeln, allerdings nicht in Genf. Ein zweiter französischer Grundsatz sei, daß Frankreich auf keinen Fall bereit sei, die nukleare Verteidigung Westeuropas allein auf seinen Schultern (oder auf französisch-britischen Schultern) zu tragen. Es widersetze sich einer Politik, die die Amerikaner aus Europa herausdränge.

AM *Andreotti* fragt, ob schon über die Position der Engländer gesprochen worden sei. MP *Craxi* fügt hinzu, zu der Frage, ob man irgendwo über die englischen und französischen Systeme verhandeln könne, schienen zur Zeit die Franzosen verständnisvoller zu sein als die Engländer. Er wisse allerdings nicht, ob die Engländer hier schon definitive Positionen bezogen hätten oder nicht. *Bundeskanzler* erwidert, er habe mit Frau Thatcher gesprochen. Sie habe hier eine fast päpstliche Haltung eingenommen. Aber auch Päpste hätten schon ex cathedra Entscheidungen aufgehoben. Wenn britische Interessen dies verlangten, könne eine Position verändert werden. Frau Thatcher habe dies auch angedeutet, indem sie darauf hinwies, daß sie ihre Haltung mit Frankreich abstimmen werde.

AM *Andreotti* erläutert, für uns alle würde vom psychologischen Standpunkt her eine Erklärung mit der Bereitschaft, in einem anderen Rahmen über die Systeme zu diskutieren, sehr hilfreich sein, um die Besorgnisse der Bevölkerung aufzuheben. Wir schätzten sehr hoch ein, daß von französischer Seite eine solche Bereitschaft ausgedrückt worden sei.

Bundeskanzler sagt, er stimme ihm zu. Er habe dies auch vorgestern ausgedrückt. Er habe den Eindruck, daß das Problem für Frau Thatcher etwas weiter entfernt sei als für ihn selbst. Der Kanal und die daraus folgende Insellage übten weiter ihre Wirkung aus. Sie habe auch nicht die Erfahrung der Teilung des Landes. Für uns sei die Teilung konkret, sie gehe durch die Familien. Er kenne Frau Thatcher seit vielen Jahren gut. Sie sei eine Gestalt der britischen Geschichte, die sich auf die europäischen Dinge zubewegt habe. Wenn sie eine Ansicht habe, so sei sie schwer zu bewegen. Steter Tropfen höhle jedoch den Stein. Am Wochenende²⁷ seien unsere Mitarbeiter mit Mitarbeitern von Mitterrand zusammen gewesen. Man habe auch darüber gesprochen. Für die Sowjets seien die Drittstaatensysteme aber nur ein Vorwand. Vor zwei Jahren sei bei dem Besuch Bundeskanzler Schmidts und BM Genschers nicht ein einziges Mal von diesen Waffen gesprochen worden. MP *Craxi* sagt, er wolle die italienische Haltung zur Frage einer Verschiebung der Stationierung erläutern.²⁸ In Italien glaube man, daß die bloße Verschiebung um einige Monate, ohne daß es zu wichtigen Veränderungen auf sowjetischer Seite komme, nicht zu rechtfertigen sei. Deshalb bliebe Italien bei dem Zeitplan. Er wolle aber auch bemerken, daß, wenn die Sowjets am letzten Tag, in der letzten Stunde, in der letzten Minute eine wichtige Initiative ergriffen, die etwas grundlegend Neues bringe, die Uhrzeit dann kein Grundsatzproblem darstellen werde.²⁹ Natürlich seien auch die Italiener der Auffassung, daß es sich hier um eine unwahrscheinliche Hypothese handle.

²⁷ 17./18. September 1983.

²⁸ Vgl. dazu die Äußerungen des Ministerpräsidenten Craxi am 16. September 1983 in London; Dok. 270, Anm. 4.

²⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Bundeskanzler erläutert, er wolle ein offenes Wort zu dieser Hypothese sagen. Seine innenpolitische Situation sei eine andere als die von MP Craxi. Er sei nicht der Erfinder des Doppelbeschlusses gewesen. Helmut Schmidt habe diesen Doppelbeschluß mitformuliert. Als Opposition habe die CDU/CSU diesen Doppelbeschluß unterstützt. Schmidt sei in der guten Lage gewesen, daß der Bundestag damals seine Position einstimmig gebilligt habe. Der Bundestag habe diese Position aber immer wieder bestätigt. Unter rechtlichen Gesichtspunkten müsse er jetzt den Bundestag nicht erneut fragen. Die Entscheidung sei getroffen. Die Lage habe sich insofern geändert, als jetzt eine vierte Gruppe, die Grünen, ins Parlament eingezogen sei. Diese würde wieder verschwinden, und ihre Existenz beunruhe ihn, den Bundeskanzler, nicht. Aber ihr Einfluß auf die SPD sei enorm. Der frühere Bundeskanzler Brandt sage jetzt, er sei immer gegen den Beschluß gewesen, habe aber aus Rücksicht auf BK Schmidt geschwiegen.³⁰ Die Diskussion habe jetzt eine andere Dimension bekommen. Wichtige Teile der SPD beschlössen, daß sie gegen den Doppelbeschluß seien. Es gehe hier nicht um Termine, sondern um das Prinzip. (Bundeskanzler erläutert dies anhand des Landesparteitages Baden-Württemberg.³¹) Es gebe jetzt in der SPD bereits Stimmen – und nicht irgend jemand – die sagten, die Bundesrepublik müsse aus der NATO austreten.³² Hier komme eine andere Qualität ins Spiel, und er müsse das im Hintergrund sehen. Wenn wir den Zeitplan³³ aufgäben, würden uns viele folgen, die wüßten, daß dies der Todestag für die NATO sei. Was immer aber MP Craxi in der Zeitung lesen werde, auch an verfälschten demoskopischen Untersuchungen, wenn wir heute eine Volksabstimmung hätten, so würde sich eine Dreiviertelmehrheit für die NATO aussprechen, und zwar auch bei den SPD-Wählern.

Bundeskanzler weist auf die gänzlich andere Lage in Italien und Frankreich hin, wo Kommunisten eine sehr viel differenziertere Haltung zur NATO einnähmen bzw. in die Regierung eingebunden seien.

MP Craxi erläutert, die Bundesregierung habe seinerzeit die italienische Regierung von der Existenz des Problems überzeugt. Es sei eine Frage des Gleichgewichts. Die deutsche Regierung sei so überzeugend gewesen, daß die italienische Regierung bis heute ihre Meinung beibehalten habe.

Bundeskanzler merkt an: Er hoffe, daß seine Überzeugungskraft ausreiche, um die italienische Seite überzeugt zu halten.

MP Craxi äußert, es gehe nur darum, gebe es ein Ungleichgewicht oder nicht. Man habe das Ungleichgewicht nachgewiesen, und es müsse nun etwas getan werden.

Bundeskanzler antwortet, es sei wichtig, daß Frankreich und England psychologisch flankierend etwas täten.

MP Craxi wiederholt, nach dem jetzigen Stand der Dinge stehe der Zeitplan fest. Wenn eine neue Situation entstehe, müsse man sie im Rahmen des Bündnisses prüfen.

³⁰ Zu den Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Brandt vgl. Dok. 270, Anm. 12.

³¹ Zum Landesparteitag der SPD am 10./11. September 1983 in Offenburg vgl. Dok. 270, Anm. 9.

³² Vgl. dazu die Äußerungen des Vorsitzenden der saarländischen SPD, Lafontaine; Dok. 270, Anm. 8.

³³ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 241, Anm. 10.

Bundeskanzler antwortet, er sei immer für eine Prüfung im Bündnis, er sei strikt gegen Alleingänge.

Er wolle im übrigen seinen Ausführungen noch ein Element hinzufügen: Wir wollten, daß die Rheinarmee und die drei französischen Divisionen hierblieben. Hier sei eine positive Entwicklung. Unter de Gaulle seien die französischen Truppen in Deutschland geblieben³⁴, jedoch in großem Abstand von der NATO. Dies habe sich gebessert. Sie nähmen jetzt an Manövern teil. Diese Entwicklung habe unter Giscard begonnen. Der Kontakt mit den deutschen Truppen sei ausgezeichnet.

Bundeskanzler geht dann zu Europa über. Athen³⁵ müsse gut vorbereitet werden. Es sei die Stunde gekommen, über das Aktuelle in Athen hinauszudenken, die Stunde, wo man überlegen müsse, ob wir in bezug auf die politische Einigung in Europa einen Anlauf unternehmen könnten. Europa habe an Glanz verloren. Den Unterzeichnern der Römischen Verträge³⁶ komme eine besondere Verantwortung zu. Es seien Länder, die Europa nicht als die Filiale einer Bank empfänden. Dies sei nicht nur seine Auffassung. Er selbst jedoch habe sich fest vorgenommen, einen neuen Anlauf, dies vielleicht unter französischer Präsidentschaft³⁷, zu unternehmen. Präsident Mitterrand sehe das ähnlich. Die Stagnation in Europa sei unübersehbar. Europa dürfe sich nicht zurückentwickeln zu einer Freihandelszone. Mit Frau Thatcher habe er darüber schwierige Gespräche geführt. Man müsse auch fair sein. Über Nacht gehe das alles nicht. Was in 300 Jahren auseinandergedriftet sei, könne nicht in 30 Jahren zusammengefügt werden. Er habe einen Tag im Europäischen Parlament gegessen.³⁸ Dies sei ein Lehrstück für ihn gewesen, weil sich hier die europäischen Schwierigkeiten klar widerspiegeln. Wenn wir bis Ende dieses Jahrzehnts nicht einen entscheidenden Schritt in bezug auf die politische Einigung getan haben würden, werde die Chance für diese Generation vertan sein. Er sehe hier auch im Personellen eine Chance, die man nicht vorübergehen lassen dürfe. Er denke dabei an die Regierungen und persönlichen Konstellationen, die jetzt in den sechs Gründerländern³⁹ bestünden und die eine Aufgeschlossenheit für einen solchen neuen Anlauf vermuten ließen.

Premierminister *Craxi* antwortet, wenn man daran denke, daß bis vor kurzem noch Kriege in Europa geführt worden seien und daß heute nur noch über Wein und Milch Krieg geführt werde, so könne man den Fortschritt ermessen.

³⁴ Nachdem Frankreich am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO ausgeschieden war, mußten das Aufenthaltsrecht und der Status der französischen Truppen in Deutschland neu verhandelt werden. Beides wurde in einem Briefwechsel des Bundesministers Brandt vom 21. Dezember 1966 mit dem französischen Außenminister Couve de Murville neu geregelt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1966, S. 1304 f. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 401.

³⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

³⁶ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

³⁷ Frankreich hatte von 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

³⁸ Zur Teilnahme des Bundeskanzlers Kohl an der Sitzung des Europäischen Parlaments am 30. Juni in Straßburg 1983 vgl. Dok. 198.

³⁹ Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

Bundeskanzler pflichtet ihm bei⁴⁰. Wie zäh indessen die Vergangenheit sei, habe sich gezeigt, als er erst unlängst in Verhandlungen mit Präsident Mitterrand den letzten bilateralen Streitpunkt aus der Kriegszeit bereinigt habe (Mundatwald).⁴¹

PM *Craxi* fügt hinzu, die zentrifugalen Kräfte in der EG seien sehr stark geworden. Auch die Interessenkonflikte hätten zugenommen. Infolgedessen müsse man hartnäckig und schrittweise weiter vorankommen.

AM *Andreotti* äußert, selbstverständlich sei es so, daß die Substanz der Punkte, die im Hinblick auf Athen aufbereitet werden müßten, den größten Einsatz von uns allen erfordere. Wenn man sich jedoch an den Rahmen halte – Agrarpolitik (mit Berichtigungen), Erhöhung der Eigenmittel, Erweiterung der EG –, müsse man zu Ergebnissen kommen können. In der Agrarpolitik müßten hohe Überschüsse vermieden werden. Im Industriebereich müsse es zu neuen Politiken kommen. Wir könnten hier zumindest bis Ende des Jahres einen kräftigen Anstoß geben. Dann seien unter französischer Präsidentschaft evtl. Ergebnisse zu erzielen.

Bundeskanzler stimmt dem zu. Er werde hart in diese Richtung arbeiten. Er habe hier aber auch im Inneren Probleme. Es sei absurd, daß wir um 1/5 mehr Milch produzierten, als verbraucht werde. Er sei nicht an Milchfabriken mit 500 Kühen interessiert, die kein Land bearbeiteten, ihr Futter kauften und sich im übrigen für ihren Absatz auf die EG-Marktpreisordnungen verließen. Unser deutsches Interesse sei es, den bauerlichen Familienbetrieb zu stabilisieren. Fünf Prozent der deutschen Bevölkerung arbeiteten in Vollerwerbsbetrieben. Die brauchten wir auch für Krisenzeiten. Es sei eine Frage der nationalen Existenz. Es sei auch eine Frage einer vernünftigen, stabilen soziologischen Struk-

⁴⁰ Korrigiert aus: „zu“.

⁴¹ Die Bundesrepublik und Frankreich unterzeichneten am 31. Juli 1962 ein Abkommen zur Regelung von Grenzfragen. Es sah u. a. die Rückgabe des grenznahen Grundbesitzes an die deutschen Eigentümer und die endgültige Abtretung des nördlich von Weissenburg gelegenen, 5 qkm großen Mundatwaldes an Frankreich vor. Während Frankreich das Abkommen bereits 1963 ratifizierte, unterblieb die Ratifizierung im Bundestag, wo französische Forderungen nach finanziellen Leistungen für elsass-lothringische Zwangsrekrutierte des Zweiten Weltkrieges mit einem Verzicht Frankreichs auf die Rückgabe des Mundatwaldes verknüpft wurden. Am 31. März 1981 wurde ein bilaterales Abkommen geschlossen, das einen Beitrag der Bundesrepublik von 250 Mio. DM in drei Jahresraten für eine französische Stiftung „deutsch-französische Verständigung“ mit Sitz in Straßburg vorsah, die gemäß ihrer Satzung Härtefälle aus dem Bereich der Zwangsrekrutierten lindern sollte. Von seiten der Bundesregierung wurde dabei die Erwartung deutlich gemacht, daß eine befriedigende Regelung des Mundatwald-Problems gefunden würde. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 31 und Dok. 74.

Am 24. August 1983 teilte Bundesminister Genscher dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Marx, mit: „Zur Inkraftsetzung des Abkommens bedarf es der parlamentarischen Freigabe der im Haushalt 1983 qualifiziert gesperrt veranschlagten ersten Rate von 50 Mio. DM und der Einplanung von Ansätzen zu je 100 Mio. DM für die Haushalte 1984 und 1985. Das französische Kabinett hat einen Gesetzentwurf zur Freigabe des Sequesterlandes verabschiedet. Frankreich ist bereit, die deutsche Souveränität über den Mundatwald anzuerkennen. In der Frage des zivilrechtlichen Eigentums am Mundatwald sieht Frankreich grundsätzlich keine weitere Möglichkeit eines Entgegenkommens; es besteht aber Bereitschaft, den vorhandenen Streubesitz privater Eigentümer freizugeben, sofern diese Frage ohne Befassung der gesetzgebenden Körperschaften in Frankreich gelöst werden kann.“ Insgesamt sei das Ergebnis zufriedenstellend: „Mit der Rückgabe des Sequesterlandes und der französischen Anerkennung der deutschen Souveränität über den Mundatwald haben wir die wesentlichen Verhandlungsziele erreicht.“ Vgl. das Schreiben; B 86 (Referat 503), Bd. 2014.

tur des Landes. Was die Milchwirtschaft anbetreffe, so sei sie dort, wo von Natur aus nur Landwirtschaft vorhanden sei. Dort brauchten wir auch Bauern aus ökologischen Gründen. Den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie sehe man heute schärfer. Ein gutes Beispiel bildeten die Alpen. Der Rückgang der Landwirtschaft in den Alpen (Berghöfe) habe eine Veränderung der Natur nach sich gezogen. Die Böden würden weggeschwemmt, die Täler verkarsteten. Die Bauern seien die besten ökologischen Helfer. Vor allem seien sie dies dann, wenn wir sie nicht in einen irrsinnigen Wettbewerb zwängen, der es notwendig mache, daß sie in einem großen Umfang Chemikalien benutzten und die Böden zu 100 % ausnutzten, was zu einer Auslaugung führe. Wir dürften keine Agrarpolitik auf den Tag machen, die uns neue ökologische Probleme schaffe.

Außenminister *Andreotti* weist auf Beschluß des Europäischen Parlamentes zu einer „Europäischen Verfassung“ hin.⁴² Die Vorstellungen des Europäischen Parlamentes würden nur schrittweise verwirklicht werden können. Es sei jedoch wichtig, daß der Ministerrat diese Schritte zur Kenntnis nehme. Die Abgeordneten würden sonst frustriert werden und sich in antieuropäische Propagandisten verwandeln. Wir müßten Wege finden, dem Parlament mehr Beachtung zu schenken.

Bundeskanzler stimmt zu. Er sei elf Monate im Amt und habe bereits zwei Mal im Europäischen Parlament gesprochen.⁴³ Es sei wichtig, dem Parlament psychologische Hilfe zu geben. Er sei auch bereit, weiterzugehen und dem Parlament Kompetenzen zu geben. Die Regierungen und Parteien hätten versagt. Die Stimmung in den Parteien sei so, daß man die, die man weghaben wolle, ins EP schicke. Oder aber man nominiere Prominenz, die sich dann nie im Parlament sehen lasse. Das sei sogar noch deprimierender. Die Abgeordneten müßten mehr motiviert werden. Sie leisteten dort gute Arbeit. Die CDU-Abgeordneten leisteten dort ebenso gute Arbeit wie im Bundestag. In Bonn schaue man aber auf sie herab.

Bundeskanzler schlägt zum Schluß vor, engen Kontakt zu halten. Wenn etwas passiere, solle man sofort miteinander deshalb telefonieren.

PM *Craxi* stimmt dem zu. Das direkte Gespräch sei notwendig. (Lachend fügt er hinzu: Es sei die Frage, ob dies notwendig sei, diplomatische Probleme zu vermeiden oder Diplomaten auszuschalten?)

Referat 010, Bd. 178876

⁴² Am 14. September 1983 nahm das Europäische Parlament den Vorentwurf eines Vertrages „zur Gründung der Europäischen Union“ mit großer Mehrheit an. Für dessen Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 9/1983, S. 8–28. Zu dem Vertragsentwurf vgl. auch Dok. 382.

⁴³ Vor der Sitzung des Europäischen Parlamentes am 30. Juni 1983 in Straßburg nahm Bundeskanzler Kohl bereits am 10. Februar 1983 an dessen Sitzung teil. Vgl. dazu BULLETIN 1983, S. 179 f.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti

010-2536/83 geheim

23. September 1983¹

Vom Bundesminister noch nicht genehmigt.

Gespräch BM mit AM Andreotti am 23.9.1983, 8.00 h, beim Frühstück im AA²

1) Teilnehmer auf italienischer Seite: Botschafter Ferraris, Generaldirektor Bottai;

auf deutscher Seite: Botschafter von Wechmar, D2³, MB (Ischinger), Dolmetscher (Frau Bouverat).

2) *BM* eröffnet das Gespräch mit Betonung der Bedeutung eines sehr engen Meinungsaustauschs mit der italienischen Seite; ihm liege sehr daran, die enge Zusammenarbeit sowohl in bilateralen Fragen wie auch in NATO- und EG-Fragen fortzuführen. Es zeige sich immer wieder, daß in Fragen des europäischen Einigungsprozesses die Gründungsmitglieder der Gemeinschaft⁴ besondere Verantwortung tragen; im Zweifel seien sie die beständigsten.

AM *Andreotti* erklärt, daß er diese Auffassung voll teile. Glücklicherweise gebe es gegenwärtig keine bilateralen Probleme, dafür aber eine Reihe gemeinsam zu bewältigender internationaler Fragen. Für die deutsche Unterstützung in den Fragen der Europawahlen, soweit sie italienische Staatsangehörige in Deutschland betreffen, dankt AM *Andreotti* der Bundesregierung.⁵ Für die Wahlen werde es darum gehen, eindrucksvolle Themen zu finden, da die Wahlen im nächsten Jahr nicht ohne weiteres von der Bevölkerung begeistert aufgenommen wer-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger am 26. September 1983 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat Jansen geleitet.

Hat Jansen am 26. September 1983 vorgelegen.

² Anlässlich der deutsch-italienischen Regierungsgespräche hielten sich Ministerpräsident Craxi und der italienische Außenminister Andreotti am 22./23. September 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ferner Dok. 271 und Dok. 273.

³ Franz Pfeffer.

⁴ Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

⁵ Zur Frage der Wahlmodalitäten für in der Bundesrepublik lebende Italiener bei den zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament am 14. bzw. 17. Juni 1984 vgl. Dok. 120, Anm. 21.

Mit Schnellbrief vom 14. Juni 1983 unterrichtete Ministerialdirigent Ungerer das Bundesministerium des Innern, ein von der italienischen Botschaft am 3. Juni 1983 übergebenes Aide-mémoire zur Ausübung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament weise zutreffend darauf hin, „daß bei der Frage der Übermittlung der Anschriftenlisten auch das öffentliche Interesse an einer hohen Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Rechnung zu stellen ist (§ 11 des Datenschutzgesetzes). Das Auswärtige Amt befürwortet deshalb entweder die Herausgabe der vollständigen Anschriftenliste an die italienische Botschaft oder den von der Botschaft aufgezeigten Weg der Übermittlung der Vordrucke mit Antwortkarte.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130321.

Das Bundesministerium des Innern informierte das Auswärtige Amt am 7. September 1983 über den Beschluß der Innenministerkonferenz vom 2. September: „Der italienischen Bitte, wonach die deutschen Meldebehörden den in ihrem Gebiet wohnenden italienischen Staatsangehörigen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, einen von italienischer Seite zur Verfügung gestellten Vordruck (Wahlinformation) mit Antwortkarte übersenden, wird im Rahmen der Möglichkeiten des Landesrechts entsprochen unter der Voraussetzung, daß Italien die Kosten trägt.“ Entsprechend sei bei Bitten anderer EG-Mitgliedstaaten zu verfahren. Vgl. den Schnellbrief; Referat 410, Bd. 130321.

den. Man brauche jetzt keine Polemik, sondern eine Relance in der Gemeinschaft.

BM teilt die Besorgnis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament, die aus *AM Andreotti*s Worten spreche. Natürlich habe das Parlament nicht allzuviel getan; zum Beispiel hätte das Parlament natürlich die Mitgliedstaaten stärker unterstützen können, die für eine Belebung und Stärkung der Rolle des Parlaments eingetreten seien.

AM Andreotti pflichtet bei.

Auf Frage *BM* führt *AM Andreotti* zur INF-Frage aus: Die italienische Regierung habe die griechischen Vorschläge sofort zurückgewiesen.⁶ Sie habe vor dem Parlament die These vertreten, daß in der Frage der Einhaltung des Zeitplans⁷ für die Durchführung des Doppelbeschlusses Entschlossenheit gezeigt werden müsse, um die Verhandlungen zu fördern, und daß jedes Zeichen von Schwäche gefährlich für die Verhandlungen sei. Italien habe hinsichtlich der Implementierung des Stationierungsteils des Doppelbeschlusses mit der Übernahme praktischer Verpflichtungen bereits begonnen; so habe die Übergabe eines Gebäudes für das US-Kommando in Comiso in den letzten Wochen stattgefunden; das sei der Beginn der Implementierung. Natürlich könnten neue Vorschläge in Genf eine Änderung dieser Haltung herbeiführen, aber in der jetzigen Lage sei es nach seiner Auffassung am besten, bei der bisherigen Linie zu bleiben. Im übrigen sollten die Verhandlungen auch im Falle einer notwendig werdenden Stationierung von westlicher Seite aus fortgeführt werden.

BM: Entscheidend sei das Festhalten an dem vereinbarten Zeitplan. Im übrigen betone er, daß im Falle einer Stationierung der Westen natürlich bereit sei, Waffen auch wieder abzubauen, falls eine entsprechende Vereinbarung erreicht werde.

Er könne voraussagen, daß Anfang November die Sowjetunion Vorschläge unterbreiten werde, die auf eine Verschiebung der Stationierung abzielen. Aus diesem Grund muß schon jetzt klar gesagt werden, daß an dem Zeitplan nicht gerüttelt werden kann, daß – in Ermangelung eines Verhandlungsergebnisses – stationiert werden müsse wie geplant, daß aber im Falle eines späteren Verhandlungsergebnisses die Stationierung auch wieder rückgängig gemacht werden könne.

AM Andreotti meint, daß die Sowjetunion möglicherweise die Zerstörung von SS-20-Raketen in noch größerer Zahl als bisher vorschlagen werde.

BM teilt diese Meinung. Es sei und bleibe das sowjetische Ziel, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern; die Zahl der verbleibenden SS-20-Raketen sei demgegenüber für die Sowjetunion nicht entscheidend.

AM Andreotti berichtet aus dem in Madrid mit *AM Gromyko* geführten Gespräch⁸, daß *AM Gromyko* gesagt habe, Vorschläge könne man sinnvollerweise

⁶ Zum griechischen Vorschlag, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme zu verschieben, und zur italienischen Antwort vgl. Dok. 247, Anm. 10 und 12.

⁷ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 241, Anm. 10.

⁸ Der italienische Außenminister Andreotti und sein sowjetischer Amtskollege Gromyko trafen sich

nur machen, wenn die andere Seite bereit sei, sich zu bewegen; hieran müsse man aber Zweifel haben.

Die jüngsten Ereignisse seien natürlich nicht geeignet, weitere Bewegungen auszulösen, aber wir – die Europäer – müßten auf diesem Prozeß bestehen. AM Andreotti erinnert dann an das Anfang September in Brüssel geführte Gespräch, in dem AM Cheysson eine mögliche Bereitschaft Frankreichs angedeutet hatte, die französischen Nuklearwaffen im Gesamtzusammenhang unter Umständen doch berücksichtigen zu lassen.⁹ Er habe den Eindruck, daß auf französischer Seite hierzu eine gewisse grundsätzliche Bereitschaft bestehe, daß Großbritannien hingegen verschlossener sei. Man sei sich einig darüber, daß dieser Punkt nicht in den Rahmen der in Genf geführten Verhandlungen gehöre. Vielmehr müßte dies in einem Rahmen erfolgen, in dem Frankreich und Großbritannien beteiligt wären. In diesem Zusammenhang wolle er auf den Brief hinweisen, den Präsident Reagan an PM Craxi geschrieben habe und aus dem sich eine harte amerikanische Haltung ergebe; Reagan habe darin keinen einzigen Hinweis auf eine derartige Perspektive hinsichtlich der Drittstaatensysteme eröffnet. (Andreotti zitiert sodann aus dem genannten Schreiben.)

BM: Wir sind uns mit den USA einig darin, daß die Systeme bei INF nicht angerechnet werden können. Die Behandlung in einem anderen Rahmen sei aber nicht ein amerikanisches Problem. Großbritannien und Frankreich seien sich einig, daß die USA in dieser Angelegenheit nicht für sie verhandeln könne. Er, BM, könne diese Position verstehen. Davon abgesehen, trennten sich die französischen und britischen Positionen:

Großbritannien habe sich noch keine weiteren Lösungsvorschläge zu eigen gemacht; dagegen halte Frankreich offenbar ein Gespräch über die Nuklearwaffen außerhalb des START/INF-Rahmens auch für eine interessante Gelegenheit zur Belebung der weltpolitischen Rolle Frankreichs.

Er wolle auch an die Bemerkungen Cheyssons bei dem genannten Treffen in Brüssel erinnern, daß an eine Konferenz der fünf Nuklearmächte gedacht werden könnte; nicht zufälligerweise handele es sich bei diesen Nuklearmächten ja auch um die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Aus London hörten wir, daß es gegen den Gedanken eines solchen Fünfer-Kreises italienische Bedenken (Direktorium) gebe.

Er wolle zusammenfassen: Es muß klar sein, daß die Drittstaatensysteme nicht in den INF-Rahmen gehören. Aber es wäre hilfreich, wenn Frankreich und Großbritannien Erklärungen abgeben würden, die in die Richtung des von Cheysson in Brüssel ausgesprochenen Gedankens wiesen.

AM Andreotti kommt auf die Londoner Pressekonferenz PM Craxis¹⁰ zu sprechen und erklärt, die verschiedenen Interpretationen, die dieser Pressekonferenz gefolgt seien, hätten die Position der italienischen Regierung zum Teil nicht rich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1377

anläßlich des Außenministertreffens vom 7. bis 9. September 1983 zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz.

⁹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti, dem französischen Außenminister Cheysson und dem britischen Außenminister Howe am 30. August 1983 in Brüssel vgl. Dok. 247.

¹⁰ Zur Pressekonferenz des Ministerpräsidenten Craxi am 16. September 1983 in London vgl. Dok. 270, Anm. 4.

tig wiedergegeben. Dies habe auch daran gelegen, daß dies die erste PK des PM gewesen sei. Die Position, die er hier vertrete, sei die Regierungsposition. Er wolle wiederholen: Jedes Abweichen von der beschlossenen Bündnisposition wäre eine Schwächung des Bündnisses und seiner Verhandlungsposition.

BM: Die Sowjetunion konzentriere sich in ihrer Taktik auf die Frage der Drittstaatensysteme. Hierfür habe sie leider auch genügend Hilfstruppen in Europa, und zwar sowohl in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in anderen Staaten. Er sei über bestimmte Entwicklungen außerordentlich besorgt. Er habe zu dieser Frage noch genau im Ohr, was Gromyko und Breschnew bei dem Besuch in Moskau 1980 gesagt hätten, nämlich daß es sich bei diesen Waffen um strategische Systeme handele, die nicht in die Mittelstreckenverhandlungen hineingehörten.¹¹

Der Brief Präsident Reagans an PM Craxi enthalte eine interessante Formulierung, die er akzeptieren könne: Bei einer Anrechnung der Drittstaatensysteme würden die Vereinigten Staaten zweiter hinter der Sowjetunion hinsichtlich der nuklearen Stärke. Dies könne unter keinen Umständen akzeptabel sein; deshalb erscheine ihm der Brüsseler Gedanke Cheyssons als ein denkbarer Ausweg aus einer außerordentlich schwierigen Situation.

Ein INF-Abkommen, das die britischen und französischen Systeme berücksichtige, wäre für uns schlechter als der Status quo ante, da es einen vertraglichen Verzicht der USA auf die Stationierung von INF-Systemen beinhalten werde. Er habe mit AM Haig und AM Shultz oft hierüber gesprochen: Es sei ein großer historischer Fehler in der Politik seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen, die amerikanischen Mittelstreckenraketen aus Italien, GB und der Türkei nach der Kuba-Krise abzuziehen.¹² Die USA bestritten zwar den Zusammenhang mit Kuba. AM Haig habe ihm jedoch gesagt, er habe als junger Stabsoffizier in einer Analyse vor diesem Abzug gewarnt und sei hierfür streng gerügt worden.

Er, BM, wolle vor allem verhindern, daß ein zweites Mal wegen Entwicklungen in Zentralamerika Westeuropa zu einem Bauern im Schachspiel der Großmächte werde.

AM Andreotti: Er erinnere sich genau an diesen Vorfall, weil er seinerzeit Verteidigungsminister gewesen sei. Anlässlich des NATO-Rats am 18.12.1962 habe er sich mit dem damaligen Verteidigungsminister McNamara ausführlich über die amerikanischen Raketen in Apulien unterhalten und McNamara gebeten, die italienische Seite rechtzeitig von etwaigen Plänen mit diesen Systemen zu unterrichten.¹³ McNamara habe ihm damals bestätigt, daß es keine Pläne in dieser Richtung gebe. Am 6.1. des darauffolgenden Jahres habe ihn ein Eilbrief der USA erreicht, daß die Raketen nun abgebaut werden müßten.¹⁴

¹¹ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

¹² Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 120, Anm. 8

¹³ Zu dem während der NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1962 in Paris geführten Gespräch des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara mit dem italienischen Verteidigungsminister Andreotti vgl. FRUS 1961–1963, XIII, S. 460 f.

¹⁴ Vgl. dazu das Angebot des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara, die in Italien stationierten Raketen vom Typ „Jupiter“ gegen U-Boote vom Typ „Polaris“ auszutauschen; FRUS 1961–1963, XIII, S. 853 f.

BM stellt fest, daß *AM Andreotti* seine Sorge offenbar teile. Aus Washington höre man oft die Besorgnis, daß Europa wankelmütig werde. Dazu könne er feststellen: In den zentralen Bündnisfragen haben sich die europäischen Verbündeten immer ganz eindeutig verhalten. Dies werde auch so bleiben. Wichtig sei allerdings, daß nicht eine Lage entstehe, in der, um es bildlich zu sagen, wir die Front halten, während der Generalstab sie bereits aufgegeben habe.

VS-Bd. 14112 (010)

273

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti

010-2535/83 VS-vertraulich

23. September 1983¹

Von *BM* noch nicht genehmigt!

Gespräch *BM* mit *AM Andreotti* am 23.9.1983, 9.15 h im BK-Amt²

Teilnehmer auf italienischer Seite: Generaldirektor Bottai, Botschafter Ferraris, Herr Cavalcini (MB);

auf deutscher Seite: Botschafter von Wechmar, D²³, MB (Ischinger), italienische Dolmetscherin.

1) *BM* führt das Gespräch fort mit einer Darlegung unserer Planungen für die Bundestagsdebatte zum Doppelbeschluß im November. Er wolle vertraulich mitteilen, daß vorgesehen sei, die Debatte am 15.11. zu führen. Am 14.11. werde das Kabinett Gelegenheit haben, den Bericht, der dem Bundestag vorgelegt werden soll, zu beschließen.

Nachmittags des 14.11. könnten dann die Fraktionen hierüber beraten.⁴

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger am 26. September 1983 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat Jansen geleitet. Dazu vermerkte Ischinger handschriftlich: „V[on] Ploetz hat Durchdruck.“ Hat Jansen am 26. September 1983 vorgelegen.

² Anlaßlich der deutsch-italienischen Regierungsgespräche hielten sich Ministerpräsident Craxi und der italienische Außenminister Andreotti am 22./23. September 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ferner Dok. 271 und Dok. 272.

³ Franz Pfeffer.

⁴ Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York, berichtete am 29. September 1983, Bundesminister Genscher habe den amerikanischen Außenminister Shultz beim gemeinsamen Abendessen am Vortag darüber in Kenntnis gesetzt, „daß der Ältestenrat des Bundestages am 29.9. über den Termin der vorgesehenen Bundestagsdebatte über den Stand der Genfer INF-Verhandlungen entscheiden werde. Voraussichtlich werde er den 21. November bestimmen.“ Genscher habe nachdrücklich gebeten, „kein Problem aus der Tatsache zu machen, daß dieser Termin sechs Tage hinter dem bisher in Aussicht genommenen liegt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1982; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Die Bundestagsdebatte fand am 21./22. November 1983 statt. Vgl. dazu Dok. 356, Anm. 2.

2) BM spricht dann die ICAO-Frage⁵ an und teilt mit, die Bundesregierung neige dazu, sich für eine Wahl der SU in den ICAO-Rat auszusprechen.⁶ Es gebe Berichte, daß die italienische Seite hier anders denke. AM *Andreotti* stellt fest, die italienische Seite habe sich noch nicht festgelegt, Italien sei aber wie wir für die Universalität der Mitgliedschaft in dieser Organisation. Wir müßten uns bemühen, in der ICAO ein Maximum an Übereinstimmung zu erzielen, so daß für eine Abänderung der Konvention von Chicago⁷, wie wir sie wünschen, eine Basis vorhanden sei.

BM: Für die SU werde die Zustimmung zu diesen Änderungen nicht einfach werden. Bei einer Nichtwahl in den ICAO-Rat würden wir der SU Grund geben, die weitere Mitarbeit zu verweigern. Dies wäre ein großer Fehler, ebenso groß wie der Fehler der beiden amerikanischen Gouverneure, AM Gromyko die Landung in New York zu verweigern.⁸ Die Bundesregierung würde in dieser Sache gerne mit Italien gemeinsam vorgehen.

BM *Andreotti* bestätigt, daß die italienische Seite diese Überlegungen teile.⁹

3) Auf Frage BMs äußert AM *Andreotti* zur Libanon-Frage: Für Italien ergebe sich ein erhebliches Risiko für die entsandten Soldaten, abgesehen von den erheblichen Kosten des Unternehmens. Das italienische Verteidigungsministerium habe jetzt um Bewilligung von 300 Millionen US-Dollar ersucht. Man sehe sich einem öffentlichen Meinungsdruck gegenüber, das Engagement im Libanon nicht zu stark werden zu lassen.¹⁰ Leider seien die internen Kräfte im Li-

⁵ Vgl. dazu die Sondersitzung des ICAO-Rats am 15./16. September 1983 vgl. Dok. 261, Anm. 6.

⁶ Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 22. September 1983, zwar habe die Bundesregierung der UdSSR im Juli 1983 zugesagt, „auf der Basis der Gegenseitigkeit für ihre Wahl in den ICAO-Rat“ zu stimmen, doch sei dies durch den Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR hinfällig geworden. Es sei damit zu rechnen, daß die UdSSR in jedem Fall wieder in ICAO-Rat gewählt würde, „selbst wenn eine Reihe von westlichen und D[ritt-]W[elt]-Staaten nicht für sie stimmt“; gleichwohl könne die UdSSR durch die Wahl „einen Denkkzettel erhalten“. Vgl. Referat 232, Bd. 135054.

⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 412–441.

⁸ Am 18. September 1983 gab das sowjetische Außenministerium bekannt, Außenminister Gromyko werde nicht an der am 20. September 1983 beginnenden VN-Generalversammlung in New York teilnehmen. Dazu hieß es in der Presse, die Absage gehe auf die Entscheidung der Gouverneure der amerikanischen Bundesstaaten New York und New Jersey, Cuomo und Kean, zurück, dem Flugzeug Gromykos wegen des Abschusses des südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 die Landeerlaubnis zu verweigern. Das Angebot des amerikanischen Außenministeriums, Gromyko könne mit einer Militärmaschine auf einem ca. 120 km von New York entfernten Militärflughafen landen, habe die UdSSR zurückgewiesen. Vgl. dazu den Artikel „Gromykos Absage seiner Reise zur UNO belastet Beziehungen zu den USA weiter“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 19. September 1983, S. 1.

⁹ Ministerialdirektor Pfeffer bat am 23. September 1983 die Delegation bei der ICAO in Montreal, für die Wahl der UdSSR in den ICAO-Rat zu stimmen. Der sowjetische Vertreter solle darüber unterrichtet werden, wobei der Erwartung Ausdruck zu geben sei, „daß die SU an den Arbeiten zur Änderung der ICAO-Konvention [...] konstruktiv mitarbeiten werde.“ Der Weisung liege eine „Absprache zwischen Bundesminister und Andreotti zugrunde: Der Grundsatz der Universalität verlangt ein Verbleiben der SU im ICAO-Rat. Man dürfe es der SU nicht erlauben, sich der Mitarbeit bei den erforderlichen Änderungen der Konvention zu entziehen.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 232, Bd. 135054.

¹⁰ Zur Multinationalen Streitmacht (MNF) im Libanon vgl. Dok. 120, Anm. 16. Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, teilte am 7. September 1983 mit: „Während noch vor einigen Wochen sowohl die Sozialisten als auch Colombo mit Rücksicht auf das außenpolitische Prestige über ein möglichst großes italienisches Truppenkontingent eine führende Rolle bei der Lösung des Nahostproblems spielen wollten, befürchten nunmehr Craxi und Andreotti innenpolitische Kon-

banon heute stärker gespalten denn je. Hinzu komme eine unglückliche Erklärung Arafats.

Italien habe zur Libanon-Frage mit den anderen MNF-Staaten gemeinsam eine Stellungnahme abgegeben: Ihr Kern sei, daß Gemayel auf einen stärkeren Konsens und auf eine repräsentativere Beteiligung an der Regierung hinarbeiten solle. Nach italienischer Auffassung seien Fortschritte ohne verstärkte Kontakte zu Syrien nicht möglich. Ohne die Einbeziehung Syriens werde es zur Teilung Libanons kommen.

Eine Verschiebung der italienischen Truppen außerhalb der Beiruter Stadtgrenzen komme nicht in Betracht. Hier unterliege die italienische Regierung auch gesetzlichen Beschränkungen. Man wolle keine militärischen Operationen im eigentlichen Sinn; allenfalls könne es Verteidigungsmaßnahmen für den Fall geben, daß die Truppen angegriffen würden.

Die italienische Regierung sei der Auffassung, daß die Vereinten Nationen durch eine Erhöhung des UNO-Friedenstruppenkontingents¹¹ stärkere Verantwortung übernehmen sollten. Für die MNF-Staaten werde die Lage immer schwieriger. Bisher habe sich aber die UNO leider nicht in der Lage gesehen, auch nur eine Erhöhung der Zahl der Beobachter zu erreichen.¹² Auf Frage *BM*s nach italienischen Überlegungen zum weiteren Vorgehen in der Libanon-Frage stellt AM Andreotti fest, er glaube, daß die USA alleine keinen wirksamen Dialog mit Syrien führen könnten. Man müsse sich fragen, ob nicht eine Initiative der drei MNF-Staaten gegenüber Syrien einen gangbaren Weg bieten könnte. Natürlich müßte dies mit den USA abgestimmt sein. Er denke eigentlich an eine Initiative der MNF-Staaten ohne eine offizielle Beauftragung durch die Gemeinschaft.¹³

Fortsetzung Fußnote von Seite 1381

sequenzen, falls italienische Soldaten in Beirut ihr Leben verlieren sollten. Die italienische Regierung wird vor einem einseitigen Rückzug des italienischen Truppenkontingents zurückschrecken, aber einen gemeinsamen Rückzug mit den amerikanischen, französischen und britischen Truppenkontingenten aufgeschlossen gegenüberstehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 994; Referat 201, Bd. 125632.

¹¹ Zur Einsetzung der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 39, Anm. 8. Am 18. Juli 1983 beschloß der VN-Sicherheitsrat, das UNIFIL-Mandat um weitere drei Monate bis 19. Oktober 1983 zu verlängern. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 536 (1983) vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 3.

¹² Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 27. September 1983: „VN-Sekretariat hat vorsorglich Planung für Einsatz von VN-Beobachtern Beirut zur Überwachung des Waffenstillstandes begonnen. Ohne Zustimmung der Sowjetunion, die nach wie vor nicht zu erwarten ist, wie uns von der sowjet[ischen] Vertretung versichert wurde, ist jedoch politisch nicht an den Einsatz von VN-Beobachtern zu denken, obwohl dies in rechtlicher Hinsicht (Mandat) für möglich gehalten wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1950; Referat 310, Bd. 135769.

¹³ Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 27. September 1983, das italienische Außenministerium habe im Zuge einer Unterrichtung im Rahmen der EPZ mitgeteilt, daß die britische, italienische und französische Regierung als europäische MNF-Truppensteller „Demarchen in Washington, Beirut, Tel Aviv, Damaskus, Djidda, Kairo sowie bei der Arabischen Liga in Tunis und beim Generalsekretär der VN unternommen“ hätten: „Gegenüber USA und libanesischer Regierung habe man vor allem betont, daß Friedenslösung im Libanon syrischen Interessen keineswegs zuwiderlaufe. Israel sei zum vollständigen Rückzug seiner Truppen aus dem Libanon aufgefordert und außerdem gebeten worden, durch Druck auf Phalange und Drusen Friedenslösung zu fördern. Auch gegenüber syrischer Regierung habe man nachdrücklich auf Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon bestanden und darauf hingewiesen, daß Unabhängigkeit Libanons in syrischem Interesse liege. Generalsekretär der VN sei erneut gebeten worden, zu prüfen, ob VN-Beobachter nach dem Waffenstillstand in das Schuf-Gebirge entsandt werden könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1082; Referat 310, Bd. 135769.

BM: Eine solche Initiative der drei Kontingente stellenden Partner hätte die uneingeschränkte Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

BM erinnert daran, daß die Bundesregierung in der EPZ einen Beschluß zur Unterstützung der MNF-Tätigkeit im Libanon durchgesetzt habe. Wenn diese drei Länder bereit seien, politisch aktiv zu werden, verdiene das volle Unterstützung. Im übrigen zähle ja auch die nächste Präsidialmacht der EPZ¹⁴ zu den MNF-Staaten, sei also auch jetzt schon in der Troika vertreten. Er, BM, werde eine solche Initiative als erster unterstützen, falls AM Andreotti dies bei dem Treffen in New York¹⁵ vorbringen wolle.

4) AM *Andreotti* erkundigt sich, ob die Zurückhaltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber einem Engagement bei VN-Friedenstruppen weitergelte.¹⁶ *BM:* Die Zurückhaltung gelte weiter. Es gebe keinen ungeeigneteren Zeitpunkt, über diese Frage nachzudenken, als den gegenwärtigen. Angesichts der Nachrüstungsdebatte würde dies außerordentlich problematisch werden. Im übrigen komme auch ohne die grundgesetzlichen Beschränkungen¹⁷ keine deutsche militärische Teilnahme an Operationen im Nahen Osten in Betracht. In Bereichen, in denen es um Israel gehe, sei eine deutsche militärische Beteiligung von vornherein undenkbar. Hier gehe es nicht nur um verfassungsmäßige, sondern auch um weiterreichende historische Gründe.

5) AM *Andreotti* erkundigt sich nach Einschätzung BMs zu den Ost-West-Beziehungen. Er sei der Auffassung, daß die von BM vertretene Politik der Kontakte mit dem Osten richtig sei.

BM: Die Bundesregierung habe alles getan, um die Kontakte zu den osteuropäischen Staaten nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern sie auch zu beleben. Deshalb habe man den Besuch in Moskau unternommen¹⁸, aber auch bewußt die Einbeziehung der kleineren osteuropäischen Staaten in unsere Besuchsdiplomatie vorgenommen. Dies gelte auch für das Verhältnis zur DDR, weil es unser Ziel sei, aus dem deutsch-deutschen Verhältnis nicht zusätzliche Belastungen für das West-Ost-Verhältnis erwachsen zu lassen. Die DDR sei übrigens aus mehreren Gründen ebenfalls hieran interessiert. Ein intensiveres Verhältnis zur Bundesrepublik scheine es der DDR zu erleichtern, ihre Position im Warschauer Pakt zu vertreten.

Im übrigen spielten natürlich auch finanzielle Fragen eine Rolle. Die DDR wisse auch, daß die sowjetischen Pläne zur Stationierung von nuklearen Kurzstrek-

¹⁴ Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁵ Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 28. September 1983: „AM-Treffen der vier MNF-Staaten am 27.9. in New York erbrachte laut französischer Vertretung folgendes Ergebnis: Aufrechterhaltung des alten Mandats für die MNF; Beibehaltung der Truppenstärke und Standorte. Ein von Andreotti vorgebrachter Gedanke, die Anzahl der MNF-Truppen in dem Maße zu verringern, wie die Zahl der Beobachter erhöht werden könnte, wurde von Shultz verworfen. Gemayel benötige die MNF-Demonstration der Stärke zur Rückenstärkung für die bevorstehenden Verhandlungen; die einzurichtende Beobachtertruppe solle einen noch nicht näher feststehenden Bezug zu den VN haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1963; Referat 310, Bd. 135769.

¹⁶ Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. AAPD 1978, I, Dok. 162 und Dok. 163. Vgl. auch AAPD 1981, I, Dok. 100.

¹⁷ Vgl. dazu insbesondere Artikel 87 Absatz 1 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 24. Juni 1968; BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

¹⁸ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

kensystemen zuerst die DDR (und die ČSSR) betreffen würden und daß diese Maßnahmen die DDR und die ČSSR mehr erschrecken müsse als uns.

AM *Andreotti* wirft ein, er wisse aus kürzlichen Gesprächen, daß auch Jugoslawien Befürchtungen vor dieser Entwicklung habe.

BM: Es sei richtig, daß auch die jugoslawische Position durch jede Verschlechterung des West-Ost-Verhältnisses erschwert werde. Auch die anderen WP-Staaten fürchteten weitere Belastungen des West-Ost-Verhältnisses. Die Begeisterung unter ihnen für die sowjetischen Stationierungspläne sei nicht hoch entwickelt; bisher hätten sich nur Honecker und Husák hierzu bereit erklärt; Jaruzelski habe erklärt, die Lage sei dazu im Augenblick nicht reif, Kádár und Schiwkow hätten lediglich eine Prüfung zugesagt.¹⁹ Ceauşescu habe bisher als einziger ein klares Nein abgegeben.²⁰ Dies sei insgesamt ein sehr differenziertes Bild, ähnlich wie in der NATO. Zur griechischen Politik wolle er an eine Bemerkung des holländischen Kollegen²¹ in Athen²² erinnern, der darauf hingewiesen habe, daß Griechenland eine Verschiebung der Stationierung ohne jede Bedingung vorgeschlagen habe.²³ Demgegenüber habe Rumänien zwar auch die Stationierungsverschiebung, aber unter der Bedingung eines sowjetischen Freeze vorgeschlagen.²⁴ Also habe Rumänien Griechenland in dieser Sache beschämt.

VS-Bd. 14112 (010)

¹⁹ Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 11. August 1983, laut Mitteilung der amerikanischen Botschaft habe Staatsratsvorsitzender Schiwkow dem amerikanischen Botschafter in Sofia, Barry, erklärt, „die DDR und die ČSSR könnten ja tun, was ihnen beliebt, Bulgarien denke aber überhaupt nicht daran, eine Stationierung von Raketen auf seinem Territorium zuzulassen“. Auch im ungarischen Außenministerium sei zu vernehmen gewesen, daß sich der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, bei seinem Besuch vom 18. bis 23. Juli 1983 in der UdSSR gegen eine Dislozierung sowjetischer Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite ausgesprochen habe, denn „Ungarns einziger westlicher Nachbar sei ein neutraler Staat“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3563; VS-Bd. 12053 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁰ Zur rumänischen Haltung zur Stationierung von sowjetischen Nuklearsystemen vgl. Dok. 243, Anm. 5.

²¹ Hans van den Broek.

²² Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 12. September 1983 vgl. Dok. 266.

²³ Zum griechischen Vorschlag, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme zu verschieben, vgl. Dok. 247, Anm. 10.

²⁴ Botschaftsrat I. Klasse Bensch, Bukarest, übermittelte am 22. August 1983 gleichlautende Schreiben des Präsidenten Ceauşescu an Bundeskanzler Kohl und Bundespräsident Carstens. Darin teilte Ceauşescu mit, „ausgehend von dem brennenden Interesse des rumänischen Volkes und aller europäischen Völker, nicht zur Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen auf dem Territorium ihres Landes und anderer westlicher Staaten zu gelangen, sondern zum Rückzug und zur Zerstörung der Bestehenden überzugehen“, habe er Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, vorgeschlagen, „daß beide Staaten einseitig die Einfrierung der Militärausgaben für 1984 und 1985 auf das Niveau von 1983 beschließen und in diesen beiden Jahren die Verhandlungen fortsetzen, um ein Einvernehmen über die Reduzierung der Militärausgaben zu erzielen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 572; Referat 220, Bd. 124523.

274

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bagaza**23. September 1983¹**

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Burundi, Jean-Baptiste Bagaza, am Freitag, dem 23. September 1983 von 12.00–14.00 Uhr²

1) Vier-Augen-Gespräch

Weitere Teilnehmer: VLR I Dr. Stabreit als Note-taker, VLR Frau Bouverat als Dolmetscherin.

Bundeskanzler heißt Präsident Bagaza willkommen. Es freue ihn, daß der Präsident nach Deutschland gekommen sei und sich über deutsche Probleme informieren wolle. Er sei dem Präsidenten dafür dankbar, daß er auch Berlin besuchen wolle. Auf Fragen Präsident Bagazas erläutert Bundeskanzler die Bedeutung, die Besuche ausländischer Gäste für die geteilte Stadt habe.

Präsident *Bagaza* führt aus, es gäbe im Grunde keine bilateralen Probleme zwischen unseren Ländern. Burundi sei über die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland sehr zufrieden. Man wolle an die historischen Bande zwischen Deutschland und Burundi anknüpfen.³ Burundi sei eines der am wenigsten entwickelten Länder. Burundi würde sich freuen, wenn man es mit besonderer Aufmerksamkeit unsererseits bedenke. Mindestens solle jedoch Bu-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit, Bundeskanzleramt, am 26. September 1983 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“

Hat Ploetz vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Ferner verfügte er die Weiterleitung von Ablichtungen an die Ministerialdirektoren Fischer und Gorenflos, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Venzlaff sowie an Referat 411.

Hat Vortragendem Legationsrat Ziefer am 10. Oktober 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an die Referate 201, 300, 311 und 700, ferner den Umlauf in Referat 321 und die Weiterleitung an Venzlaff verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 13. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Legationsrat Wokalek am 13. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wegen Weiterleitung b[ittet] R[ücksprache] mit Herrn Ziefer.“

Hat Venzlaff am 18. Oktober 1983 vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „Hatten Sie zusätzliche Verteilung im Sinne (202, 410 zu Lomé)?“

Hat Ziefer am 19. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Venzlaff vermerkte: „Laut VLR I Franke, B[undes]K[anzler]Amt, bedeutet ‚zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers‘, daß Weitergabe des Gesprächsvermerks an Nicht-AA-Adressen zu unterlassen ist.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 322, Bd. 137961.

² Präsident Bagaza hielt sich vom 21. bis 28. September 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Botschafter Wallner, Bujumbura, legte am 7. September 1983 dar: „Die deutsche Kolonialherrschaft in Burundi umfaßt die Zeit von 1889 bis 1916. [...] Heute noch sind in Burundi ebenso wie im benachbarten Tansania und Ruanda Zeichen jener Aktivitäten erkennbar. Unsere Kolonialepoche dürfte andererseits zu kurz gewesen sein, um heute von kolonialen Ausbeutungsmaßnahmen sprechen zu können. Deutschland erfreut sich hier, vielleicht sogar im Gegensatz zu anderen kolonialen Mächten, die bis zur Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten hier gewesen sind, eines recht guten Rufes.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 322, Bd. 137961.

rundi mit anderen ähnlich armen Ländern gleichgestellt werden. Es gebe hier zahlreiche Möglichkeiten.

Er wolle eine andere Frage delikater Natur ansprechen. Es gehe um die Erhöhung der Unterstützung im Bereich der Sicherheit. Eine erste Tranche sei hier bereits durchgeführt.⁴ Diese Frage werde nicht in der Gemischten Kommission behandelt (keine Zuständigkeit BMZ).

Burundi bitte darum, die militärische Ausbildungshilfe für Offiziere fortzusetzen und zu erweitern. Burundi bitte weiter darum, ihm militärisches Ausrüstungsmaterial zu liefern, und zwar für die Gendarmerie. Er denke hier an Funkgeräte und ähnliches mehr.

Bundeskanzler sagt wohlwollende Prüfung dieser Bitten zu. Er werde der Gelegenheit selbst nachgehen. Er bitte Präsident Bagaza, ihm seine Wünsche schriftlich mitzuteilen.⁵ Er werde ihm dann antworten.⁶ Bundeskanzler fragt nach den Erfahrungen Burundis mit den in Deutschland ausgebildeten Offizieren.

Präsident *Bagaza* antwortet: Man sei sehr zufrieden mit der Ausbildungshilfe. Die Offiziere befänden sich in der Armee Burundis in besten Positionen. Sie zeigten eine hohe Leistung und seien von großer professioneller Kompetenz und Disziplin.

2) An dem anschließenden Delegationsgespräch nehmen von seiten der burundischen Delegation zusätzlich teil: Herr Laurent Nzeyimana, Minister für Auswärtige Beziehungen; Herr Pierre Ngenzi, Minister für Planung beim Präsidialamt; Herr Egide Nkuriyigoma, Botschafter der Republik Burundi in der Bundesrepublik Deutschland sowie (nur Mittagessen) Herr Jean Kabura, Minister für ländliche Entwicklung.

Auf deutscher Seite: StS Lautenschlager und MDg Haas.

Folgende Fragen wurden behandelt:

a) Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung Burundis

Präsident *Bagaza* führt aus, man stehe in einem Fünfjahresplan. Für die Durchführung sei man auf die Hilfe aus dem Ausland angewiesen, und zwar bis zu 50% der Gesamtinvestitionen. Man erhalte bilaterale Hilfe von befreundeten Ländern, aber auch von internationalen Organisationen, von karitativen Organisationen, von der Weltbank etc. Als mittleres Wachstum seien 5% pro

⁴ Referat 321 notierte am 9. September 1983: „Im Rahmen der Ausrüstungshilfe ist Burundi im Zeitraum 1982 bis 1984 erstmalig berücksichtigt (2,5 Mio. DM). Über die weitere Zukunft können noch keine Aussagen gemacht werden. Mit den Mitteln wird das Militärhospital ‚Kamenge‘ in Bujumbura ausgestattet, das auch Zivilpersonen aufnimmt. Militärische Ausbildungshilfe erhält Burundi seit 1980. Über die Fortsetzung wird jährlich entschieden. Es wurden bislang vier Offiziere in den Bereichen Generalstabsdienst und Fernmeldetechnik ausgebildet. Zwei weitere befinden sich zur Zeit in der Infanterieausbildung.“ Vgl. Referat 320, Bd. 137961.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 25. Oktober 1983 ein entsprechendes Schreiben des Präsidenten Bagaza vom 14. Oktober 1983 an Bundeskanzler Kohl. Vgl. dazu Referat 322, Bd. 137961.

⁶ Mit Schreiben vom 30. November 1983 an Präsident Bagaza verwies Bundeskanzler Kohl auf die vom Bundestag bis 1984 bewilligten Mittel, die „für die Ausstattung des Militärhospitals Kamenge eingesetzt“ worden seien. Eine Fortführung der Zusammenarbeit im Rahmen des Ausrüstungshilfeprogramms 1985 bis 1987 sei möglich, wobei „Wünschen der Gendarmerie Nationale und der Transportkompanie Rechnung“ getragen werden könnten. Vgl. Referat 322, Bd. 137961.

Jahr anvisiert. Die Realität bleibe jedoch meist dahinter zurück. Die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland stehe in diesem Rahmen, und für diese Hilfe wolle er ausdrücklich danken.⁷ Präsident Bagaza erläutert sodann die regionalen Zusammenarbeitsprojekte (z. B. Wirtschaftsgemeinschaft der großen Seen). Der Handelsaustausch Burundis erfolge im wesentlichen mit den Nachbarländern im Rahmen dieser regionalen Zusammenarbeit. Burundi brauche aber auch den Weltmarkt. Präsident Bagaza betont das Interesse Burundis an einer friedlichen Entwicklung. Für die wirtschaftliche Entwicklung bedürfe es eines Rahmens der Stabilität. Burundi müsse dazu beitragen, daß die gesamte Region friedlich bleibe.

Was die Weltprobleme anbetreffe, so kenne der Bundeskanzler sie besser als er. Solange die Rezession in den USA und in Europa anhalte, würden die Rohstoffpreise niedrig bleiben. Er höre aber zu seiner Freude, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Aufschwung eingesetzt habe.

b) Lage im Tschad

Bundeskanzler erläutert, daß wir mit Besorgnis auf den Konflikt im Tschad sähen. Unsere Pariser Freunde hätten uns über die Lage im Tschad informiert. Wir wüßten nicht, ob sich der Konflikt ausweitete und welches die Ziele Libyens seien.

Präsident *Bagaza* verweist auf Konsultationen mit afrikanischen Ländern (Niger, Algerien, Zaire) über die Lage im Tschad. Ausgangspunkt seien interne Probleme des Tschad. Diese hätten schon vor der Unabhängigkeit⁸ bestanden. Man habe es nicht verstanden, aus dem Land eine Einheit zu machen. Burundi habe zum Abkommen von Lagos⁹ beigetragen. Dieses¹⁰ sollte zu Wahlen hinführen und zu einer Regierung, die für den gesamten Tschad arbeite. Frankreich habe zugestanden, der Motor der Entwicklung im Tschad zu sein. Andere afrikanische Länder hätten zugesagt, den Prozeß nach außen abzustützen. Dies alles sei nicht gelungen, weil es externe Einflüsse aus Afrika selbst gegeben habe. Präsident Bagaza nennt Libyen, Sudan und Nigeria. Jeder habe eine Tendenz im Tschad unterstützt. Man habe sie aufgefordert, nicht mehr im Tschad zu intervenieren. Sudan und Nigeria hätten dies auch akzeptiert. Übrig geblieben sei Libyen. Was Burundi verlange, sei eine OAU-Garantie für die territoriale Integrität des Tschad. Alle fremden Truppen müßten abziehen. Die OAU solle bei der Bildung einer stabilen Regierung helfen. Praktisch werde dies allerdings sehr kompliziert sein. Die französischen Truppen müßten erst einmal

⁷ Am 9. September 1983 vermerkte Referat 321: „Burundi ist für unsere Hilfe ein Schwerpunktland in Afrika und in der Dritten Welt (D in Burundi dritter Geber hinter B und F). [...] Gesamtzusage an finanzieller und technischer Zusammenarbeit bisher 294 Mio. DM, davon 61 Mio. in laufender Zusageperiode 1983/84 (38 Mio. FZ, 23 Mio. TZ). Burundi erhält sämtliche Mittel als Zuschuß. Unterstützung richtet sich vorrangig auf die Bereiche Infrastruktur (59 %), Bildungswesen (10 %) und Landwirtschaft (7 %).“ Vgl. Referat 322, Bd. 137961.

⁸ Der Tschad wurde am 11. August 1960 unabhängig.

⁹ Vom 19. bis 21. August 1979 fand in Lagos eine Konferenz der politischen Gruppen des Tschad sowie der an der Lösung des Tschad-Konflikts interessierten Nachbarländer statt. Ministerialdirektor Gorenflo notierte am 2. Februar 1981, im Abkommen von Lagos vom 21. August 1979 zur Beilegung des Tschad-Konflikts sei vorgesehen: „Bildung einer Übergangsregierung; Abzug ausländischer Truppen; Bildung einer OAE-Friedenstruppe aus Nichtanrainernstaaten; Wahlen.“ Vgl. Referat 321, Bd. 141042.

¹⁰ Korrigiert aus: „Die“.

bleiben.¹¹ Sonst würden die Truppen Goukounis mit Libyen das ganze Land überrennen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers äußert Präsident Bagaza, Gaddafi werde nur aus dem Land herausgehen, wenn Druck auf ihn ausgeübt werde. Er sei ja bereits einmal in N'Djamena gewesen und habe sich dann wieder zurückgezogen. Das Problem sei, daß es in N'Djamena keine Regierung gebe, die im ganzen Land anerkannt sei. Es gebe auch im Süden Guerilla-Kämpfer. Es handele sich um ein Problem der Legitimität. Es müsse unter Hilfe der afrikanischen Staaten eine Lösung gefunden werden, die allseits akzeptiert werde. Wichtig sei es, die territoriale Integrität des Tschad aufrechtzuerhalten. Es gebe kein Land in Afrika, das nicht Grenzkonflikte mit Nachbarländern habe.

Bundeskanzler führt aus, er habe mit Präsident Mitterrand gesprochen. Es sei sein Bestreben, den Konflikt zu lokalisieren. Präsident *Bagaza* antwortet, als die Amerikaner AWACS-Flugzeuge geschickt hätten¹², habe man Angst gehabt, daß der Konflikt internationalisiert werde. Auch Libyen hätte Freunde heranziehen können. Jetzt gebe es eine Chance für eine Lösung. *Bundeskanzler* erläutert, unser Interesse liege in der Erhaltung echter Blockfreiheit. Wir hätten kein Interesse daran, daß in Afrika neue Konfliktherde entstünden. Wir sähen im übrigen, daß die Sowjetunion gewaltige militärische Hilfe gewähre in vielen Teilen der Welt. In der eigentlichen Entwicklungspolitik tue sie wenig. Wir wollten, daß sich das bei ihr ins Gegenteil verkehre.

Bundeskanzler erläutert sodann die Lage in Deutschland und Ziele unserer Sicherheitspolitik.

c) Fragen der Entwicklung Burundis

Präsident *Bagaza* erläutert, daß Burundi durch den Übergang vom Status einer Kolonie in den eines Völkerbundmandatsgebietes nach dem Vertrag von Versailles¹³ besondere Nachteile gehabt habe. Belgien habe in seine Kolonien, jedoch nicht in das Mandatsgebiet investiert. Die jungen Leute seien in die Nachbarländer abgewandert, um dort in den Minen zu arbeiten. Die alten Leute seien geblieben. Als 1965 Burundi unabhängig wurde¹⁴, habe es im ganzen Land zwei ausgebildete Führungskräfte aus der Kolonialschule gegeben. Z. Zt. beendeten 1000 junge Leute aus Burundi im Jahr ihre Ausbildung. Insgesamt würden 3000 in Burundi selbst ausgebildet, während 2000 im Ausland studierten, vornehmlich in Frankreich und Belgien, aber auch in Deutschland.

Bundeskanzler wirft ein, dies sei die beste Art der Entwicklungshilfe; die Ausbildung von Menschen wirke langfristig. Präsident *Bagaza* pflichtet ihm bei. Der wahre Reichtum der Länder seien die Menschen.

d) Konvention von Lomé¹⁵

Präsident *Bagaza* weist darauf hin, auf der einen Seite stünden bei der Konvention von Lomé wirtschaftlich im wesentlichen homogene Staaten, auf der

¹¹ Zur Entsendung französischer Streitkräfte in den Tschad vgl. Dok. 236, Anm. 34.

¹² Zur Entsendung amerikanischer AWACS-Flugzeuge in den Tschad vgl. Dok. 236, Anm. 36.

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 688–1349.

¹⁴ Burundi wurde am 1. Juli 1965 unabhängig.

¹⁵ Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatz-

anderen Seite sehr heterogene Staaten. Ein Anliegen Burundis sei es, daß die Verpflichtungen der Exporterlösstabilisierung immer richtig eingehalten würden. Man spreche immer nur von den Schwierigkeiten der Länder, die Fertigwaren produzierten, nicht von den Problemen der Rohstoffexporteure. 1970 habe man in Deutschland einen Traktor für den Gegenwert von 10 Ballen Baumwolle erwerben können. Heute erfordere der Erwerb eines solchen Traktors den Gegenwert von 19 Ballen Baumwolle. Nur die Ölländer hätten in dieser Zeitspanne gewonnen.

StS *Lautenschlager* erwidert, Lomé III¹⁶ müsse es geben. Er bäte jedoch, in den finanziellen Erwartungen realistisch zu bleiben. Unsere Mittel seien begrenzt.

Zu diesem Thema führt Präsident *Bagaza* in Beantwortung eines Toasts des Herrn Bundeskanzlers aus, jeder verantwortliche und ehrliche Mensch sage, wenn er Versprechungen mache, daß dies „im Rahmen seiner Möglichkeiten“ geschehe. Aber in Burundi wisse man, die Bundesrepublik Deutschland habe diese Möglichkeiten. Wenn es zwei Partner gebe, von denen einer groß und stark, der andere klein und schwach sei, so seien im Grundsatz zwei Möglichkeiten gegeben. Entweder ziehe der Große den Kleinen hoch oder aber er stoße ihn nach unten. Hier in Europa habe man sich Gott sei Dank für die erste Möglichkeit entschieden. Dafür sei Burundi dankbar.

Abschließend lädt Präsident *Bagaza* den Herrn Bundeskanzler zu einem Besuch in Burundi ein. Der *Bundeskanzler* antwortet: Er würde gerne einmal nach Burundi kommen. Andernfalls werde Ministerpräsident *Vogel* bereits viermal in Burundi gewesen sein¹⁷, er überhaupt noch nicht.

Referat 322, Bd. 137961

Fortsetzung Fußnote von Seite 1388

protokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Vgl. dazu ferner das Zweite AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979 und die dazugehörigen Dokumente; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

¹⁶ Am 6./7. Oktober 1983 wurden mit einer Ministerkonferenz in Luxemburg die Verhandlungen über ein Folgeabkommen für das am 28. Februar 1985 auslaufende Zweite AKP-EWG-Abkommen von Lomé eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1983, S. 11–13.

¹⁷ Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident *Vogel* hielt sich am 29./30. Juni 1982 anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit in Burundi auf. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 194 des Botschafters *Wallner*, Bujumbura, vom 7. Juli 1982; Referat 321, Bd. 127636.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Shagari

23. September 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem nigerianischen Präsidenten Shagari (Höflichkeitsbesuch aus Anlaß des Privataufenthalts) am 23. September 1983, 14.30 Uhr bis 15.15 Uhr im Bundeskanzleramt²

Am Gespräch nahmen außerdem StS Shehu Musa und Botschafter Rafindadi sowie StS Lautenschlager teil.

Der *Bundeskanzler* drückte nach der Begrüßung die Hoffnung aus, daß diesem ersten Gespräch viele weitere folgen würden. Wir legten auf unsere Beziehungen mit Nigeria, dem größten und einem der wichtigsten Länder Afrikas, auch für die Zukunft größten Wert. Der *Präsident* gab seiner Freude über die Begegnung Ausdruck. Bei seinem Staatsbesuch im März 1982³ sei es zu keiner Begegnung gekommen, da der Bundeskanzler, der ihm jedoch Grüße geschickt habe, im Wahlkampf gewesen sei. (Einwurf des Bundeskanzlers: Bei uns ist jedes Jahr Wahlkampf.) Auch er habe soeben einen anstrengenden achtmonatigen Wahlkampf⁴ hinter sich gebracht und habe sich vor Antritt seiner zweiten Amtsperiode einmal gründlich in Wiesbaden untersuchen und zugleich die Gelegenheit zu einem Kontakt mit dem Bundeskanzler nutzen wollen. Er wolle aber auch zwei Dinge besprechen.

Er sei sich der Wichtigkeit der bilateralen Beziehungen mit Deutschland sehr bewußt. Wir seien einer der größten Partner Nigerias im Handels- und Wirtschaftsbereich⁵, Nigeria habe von uns Hilfe auf vielen Gebieten erhalten, und viele deutsche Firmen seien in Nigeria tätig.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 26. September 1983 gefertigt und am 29. September 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Das Bundesministerium für Wirtschaft ist gebeten worden, zusammen mit dem Auswärtigen Amt die baldige Entsendung der im Vermerk genannten Delegation in die Wege zu leiten.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Venzlaff am 3. Oktober 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Ziefer verfügte.

Hat Ziefer am 5. Oktober 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 321, Bd. 141000.

² Präsident Shagari hielt sich vom 20. bis 24. September 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Präsident Shagari hielt sich vom 17. bis 20. März 1982 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 18. März 1982 vgl. AAPD 1982, I, Dok. 88.

⁴ Botschaftsrat I. Klasse Rudolph, Lagos, informierte am 31. März 1983 über die in Nigeria „anstehenden Wahlen zur Exekutive und Legislative (Präsident, Senat, Repräsentantenhaus, Gouverneure und Landtage der 19 Bundesstaaten)“, die am 6. August 1983 mit der Präsidentschaftswahl eröffnet und am 3. September 1983 mit den Landtagswahlen enden würden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 368; Referat 321, Bd. 140997.

Am 11. August 1983 berichtete Botschafter Oldenkott, Lagos: „Durch einen eindeutigen und klaren Wahlsieg wurde der bisherige Präsident Shagari für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 421; Referat 321, Bd. 140997.

⁵ Botschafter Oldenkott, Lagos, resümierte am 30. Juni 1983, Nigeria sei nach Saudi-Arabien, Großbritannien und Libyen der viertgrößte Erdöllieferant der Bundesrepublik: „Der Gesamtwert der deutschen Einfuhr aus Nigeria betrug 1982 4,4 Milliarden DM (die eingeführten Produkte außer Öl waren u. a. Kakao, Ölkuchen, pflanzliche Fette, Kaffee und Zinn)“. Nach Großbritannien sei die Bun-

Die weitgehend auf Erdöl basierende nigerianische Wirtschaft und das ehrgeizige nigerianische Entwicklungsprogramm seien von der Öl(absatz)krise stark betroffen. Nigeria habe ein Programm von Sparmaßnahmen (austerity program) ergriffen und erhole sich wirtschaftlich jetzt ein wenig. Der Ölmarkt stabilisiere sich, und man hoffe, in einigen Monaten die Schwierigkeiten der letzten beiden Jahre zu überwinden. Diese Schwierigkeiten hätten Nigeria sogar genötigt, mit Banken wegen eines Kredits zu konsultieren; auch stehe man mit dem IWF zwecks weiterer Kredite in Verhandlung.⁶

Es gebe Probleme mit einigen deutschen Firmen, denen Nigeria Geld schulde – aber man mache Anstrengungen, die Zahlung in die Wege zu leiten. Die Schwierigkeiten beträfen nicht die großen, sondern kleine und mittlere Firmen mit einer Vielzahl kleiner Beträge, die sich aber summierten. Zur Zeit laufe der Versuch des Planungsministeriums, zusammen mit dem Afrika-Verein den aktuellen Stand der Dinge herauszufinden. Bis jetzt sei es nicht gelungen, die vollen Einzelheiten festzustellen. Sobald dies geschehen sei, werde die Zentralbank entsprechende Anweisungen erhalten.

Der Bundeskanzler, der erklärte, daß ihm das Problem geläufig sei, wies darauf hin, daß auch viele kleine Beträge eine große Summe ergäben, und nannte eine nigerianische Gesamtverschuldung von 1,5 Mrd. DM. Wir müßten im beiderseitigen Interesse in dieser Frage bald Fortschritte machen. An dieser Stelle machte der Bundeskanzler den konkreten Vorschlag, daß bald eine aus den verschiedenen Interessengruppen, einschl. Afrika-Verein, zusammengesetzte Delegation unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft Nigeria besuche, um dort über langfristige Zusammenarbeit, gemeinsame Interessen und natürlich auch über das Schuldenproblem zu sprechen. Der Bundeskanzler betonte sein Interesse, dieses Problem so schnell und so reibungslos wie möglich geklärt zu sehen, um die Beziehungen weiter vertiefen und ausbauen zu können. Technische Einzelheiten der Durchführung der Delegationsreise sollten über die Botschaften geregelt werden. Präsident *Shagari* stimmt dem Vorschlag ausdrücklich und lebhaft zu, er habe ihn soeben selbst machen wollen. (Der Bundeskanzler unterstrich unter Shagaris Zustimmung erneut sein Interesse an einer baldigen Verwirklichung seines Vorschlages.)⁷ *Shagari* schnitt dann die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1390

desrepublik Nigerias zweitgrößter Lieferant, wobei insbesondere „Maschinen und Kraftfahrzeuge, elektrotechnische Produkte und Eisenwaren sowie Erzeugnisse der chemischen Industrie wie Kunststoffe, Farbstoffe, Farben und Lacke etc.“ bezogen würden. Vgl. den Schriftbericht Nr. 719; Referat 321, Bd. 141002.

⁶ Botschafter Oldenkott, Lagos, informierte am 30. Juni 1983: „In den vergangenen Monaten sind zwischen Nigeria und europäischen und amerikanischen Banken unter der Führung von Barclays Bank International Gespräche über die Umschuldung von überfälligen kurzfristigen Handelsschulden in einen mittelfristigen Kredit von 1–2 Milliarden Naira geführt worden. [...] Mitte Mai 1983 suchte Nigeria nach einigem Zögern beim Internationalen Währungsfond (IMF) formell um Finanzierungsbeistand nach. Die Nigeria zustehenden Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds hat das Land bereits seit längerem alle ausgenutzt, so daß dort aus diesen Rechten keine Reservepositionen mehr bestehen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 719; Referat 321, Bd. 141002.

⁷ Botschafter Oldenkott, Lagos, berichtete am 16. Dezember 1983: „Die aufgrund der Vereinbarung zwischen BK Kohl und Präsident Shagari vom 23.9.1983 entsandte Regierungs- und Wirtschaftsdelegation unter Leitung von PStS Dr. Sprung hielt sich vom 12. bis 15. Dezember 1983 in Lagos auf.“ Im Mittelpunkt habe „unsere Forderung nach Tilgung der noch offenen, teils gedeckten, teils ungedeckten Forderungen in Höhe von schätzungsweise 1,5 Mrd. DM“ gestanden. Die nigerianische Seite habe ihre Zahlungsbereitschaft betont, aber keine Angaben zum Bedienungstermin der Rückstände machen können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 637; Referat 321, Bd. 141000.

Frage der „Hermes-Bürgschaften“ an.⁸ Der Bundeskanzler wollte eine ganz offene Antwort geben: Das Problem beschränke sich nicht auf unsere beiden Länder. Wir hätten als exportabhängiges Land in schwieriger Weltwirtschaftslage mehr Exportbürgschaften gegeben als früher. Dementsprechend sei auch die Gefahr größer geworden, aus diesen Bürgschaften in Anspruch genommen zu werden. Unser Bürgschaftsvolumen belaufe sich jetzt auf 170 Mrd. DM – eine gewaltige Summe. Wir hätten schon ein Problem in Südamerika. (Der Bundeskanzler nannte hier beispielhaft Brasilien⁹, Mexiko¹⁰, Argentinien¹¹, um dieses Problem anschaulich zu machen.) Wir wollten unsere bewährte Politik fortsetzen. Dafür sei es aber nützlich und notwendig, daß der erste Punkt, über den er mit Präsident Shagari gesprochen habe, sobald wie möglich erledigt wird. Dann könnten wir uns dem zweiten „Hermes“-Punkt zuwenden.

Der Bundeskanzler: Wir seien voller Sympathien für Nigeria, aus der Geschichte heraus, wegen Nigerias Rolle in Afrika¹² und weil es in jeder Hinsicht für uns ein wichtiger Partner sei. Daher auch seine Freude, Präsident Shagari heute persönlich kennenzulernen. Es mache einen großen Unterschied, ob man über eine Beziehung nur auf dem Papier lese oder ob sie von lebendiger Anschauung bestimmt sei. Sodann bat der Bundeskanzler den Präsidenten Shagari um eine Einschätzung des Tschad-Problems, einschl. der Rolle Libyens. *Shagari* schilderte, wie Nigeria als an der Stabilität des Tschad erheblich interessierter Nachbar stets versucht habe, seine guten Dienste zur Herbeiführung eines inner-tschadischen Konsenses anzubieten. Das Problem sei, daß der Tschad keine nationale Führungsfigur habe, sondern nur Chefs von Gruppen – der Zahl nach

⁸ Ministerialdirektor Fischer legte am 26. Januar 1983 dar, angesichts der Verschlechterung von Nigerias Zahlungsbilanz und „wegen des hohen Bundesobligos gegenüber Nigeria (rd. 10 Mrd. DM)“ habe sich der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß mit der Gewährung neuer Deckungen zurückgehalten, jedoch aus Rücksicht auf Nigerias internationale Kreditwürdigkeit auf eine förmliche Änderung der Beschlußlage verzichtet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium der Finanzen würden nun eine Sperre für Geschäfte mit nigerianischen Privatfirmen für erforderlich halten: „Es liegen inzwischen Entschädigungsanträge deutscher Exporteure für 211 notleidende Forderungen in Höhe von 8,3 Mio. DM vor. Mit weiteren Anträgen ist zu rechnen.“ Mit dem Eintreten des Entschädigungsfalls sei „die Gewährung von Garantien für neue Privatgeschäfte haushaltsrechtlich nicht zulässig“. Vgl. Referat 422, Bd. 140058.

⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze vermerkte am 22. August 1983, Brasilien habe beim Pariser Club „die Umschuldung seiner Fälligkeiten für das zweite Halbjahr 1983 und das gesamte Jahr 1984 beantragt. Damit kommt auf die Bundesrepublik die nach Polen größte Umschuldung zu.“ Brasiliens Auslandsverschuldung belaufe sich auf ca. 90 Milliarden Dollar [...]. Aus Hermes-gedeckten Forderungen (Gesamtobligo: 17,8 Mrd. DM) bestehen für die zweite Hälfte 1983 und das gesamte Jahr 1984 (von Brasilien geforderter Umschuldungszeitraum) Fälligkeiten von 1,215 Mio. DM. Unter den Kreditversicherern nimmt Hermes mit 43 % Anteil am Gesamtobligo die erste Stelle ein.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135547.

¹⁰ Ministerialdirigent Loeck bezifferte am 16. März 1983 das „Obligo des Bundes aus verbürgten Mexiko-Geschäften“ auf ca. 1,3 Mrd. DM: „Im internationalen Obligovergleich liegen die USA (3,5 Mrd. US \$), GB (1,9 Mrd. US \$), F (1,6 Mrd. US \$), Japan (943 Mio. US \$) und Spanien (503 Mio. US \$) vor uns.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140052.

Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 6. Juli 1983, die Verhandlungen zwischen Mexiko und 15 westlichen Gläubigerländern vom 20. bis 22. Juli 1983 in Paris seien mit Unterzeichnung eines Protokolls „über Umschuldung öffentlich garantierter Forderungen gegenüber privatem Sektor in Mexiko“ beendet worden. Vgl. dazu Referat 422, Bd. 135583.

¹¹ Am 29. Juli 1983 vermerkte Referat 422, Argentinien's Verschuldung betrage „ca. 39 Milliarden \$, davon fällig in 1983 ca. 19 Milliarden Dollar. Bisher nur Umschuldungsverhandlungen mit privaten Geschäftsbanken hinsichtlich der unverbürgten Kredite. [...] Obligo des Bundes aus öffentlichen bzw. öffentlich verbürgten Krediten: 6,3 Milliarden DM.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135544.

¹² Korrigiert aus: „Rolle Afrika“.

11 –, von denen jeder nur seinen Teil des Tschad kontrolliere. Da ohne deren Zusammenarbeit nie Friede einkehren werde, habe er seinerzeit die Tschadkonferenz in Lagos¹³ veranstaltet. Die daraus hervorgegangene Übergangsregierung GUNT¹⁴ sei jedoch wieder auseinandergebrochen. Habré sei zu ihm gekommen, und er habe ihm seine Unterstützung unter der Bedingung zugesagt, daß Habré auch mit den anderen Teilkraften im Tschad spreche, was dieser zugesagt habe. Bei seinen, Shagari, anschließenden Kontakten, auch mit Libyen, hätten sie aber alle das Angebot Habrés, dem sie nicht trauten, zurückgewiesen. Zuletzt hätten sie mit libyscher Unterstützung militärisch angegriffen. Er habe Gaddafi gesagt, daß Gaddafi das Tschad-Problem nicht lösen könne. Erforderlich sei eine afrikanische Lösung, sonst entstehe eine weltpolitische Krise mit Beteiligung der Supermächte. Gaddafi habe so getan, als stimme er dem zu, sich aber dann nicht dementsprechend verhalten. Seitdem verfolge er, Shagari, über die OAU folgende Ziele: Waffenstillstand, Friedenstruppe, Verfassungskonferenz der Anführer der tschadischen Fraktionen und anschließend freie Wahlen. Eine andere Lösung gebe es nicht. Auf die zweifelnde Frage des *Bundeskanzlers*, ob Gaddafi das akzeptieren werde, meinte der *Präsident*, vielleicht nicht sofort, aber auf die Dauer belaste der Konflikt auch Libyen erheblich und führe dort zur Unzufriedenheit der Bevölkerung, der jetzt noch verschwiegen werde, daß Libyen in Tschad kämpfe, obwohl dies jedermann bekannt sei. Dem libyschen Einwand, daß der aus den Nachbarländern bestehende Tschad-Ausschuß der OAU antilibysch sei, könnte durch Hereinnahme weiterer Mitglieder Rechnung getragen werden.

Der *Bundeskanzler* betonte unser aller Interesse, daß zu den vorhandenen Krisenherden auf der Welt nicht ein weiterer hinzutrete. Insbesondere stimme er dem Präsidenten zu, daß es keine gute Entwicklung wäre, wenn die Weltmächte involviert würden. Präsident Mitterrand habe ihn ausführlich über den Tschad informiert. Ihm wäre eine Lösung, wie von Shagari skizziert, natürlich am liebsten, weil er nicht so viele und so lange französische Soldaten im Tschad stationieren wolle¹⁵ – so wie es jetzt aussehe, müßten sie aber dort noch bleiben. *Shagari* stimmte dem zu: so lange, bis eine afrikanische Lösung durch eine Konferenz gefunden sei. Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob Gaddafi denn die festen und permanenten Stellungen in den Bergen je wieder räumen werde (die ihm Mitterrand anhand einer Karte gezeigt habe), erwiderte *Shagari*, libysche Truppen seien sogar schon in der Hauptstadt N'Djamena gewesen und hätten dort auf OAU-Druck alle wieder abziehen müssen. Schwieriger sei es, Gaddafi aus dem Aouzou-Streifen¹⁶ zu verdrängen, den er seit 13 Jahren besetzt halte, was aber alle bisherigen Regierungen im Tschad hingenommen hätten. Im Augenblick sei es am wichtigsten, den Krieg zu gewinnen. Shagari bemerkte dann noch auf einen Einwurf Shehu Musas, daß er Delegationen an alle (Gruppierungen in Tschad?) wie auch an Gaddafi geschickt habe. Auf Frage von StS *Lautenschlager*, ob an eine afrikanische Friedentruppe gedacht sei, erwiderte

¹³ Zur Tschad-Konferenz in Lagos vgl. Dok. 274, Anm. 9.

¹⁴ Gouvernement d'Union Nationale de Transition.

¹⁵ Zur Entsendung französischer Streitkräfte in den Tschad vgl. Dok. 236, Anm. 34.

¹⁶ Der „Aouzou-Streifen“ im nördlichen Tschad ist ein Gebiet von etwa 100 km Tiefe entlang der Grenze zu Libyen, das von diesem beansprucht wurde.

Shagari, das werde auf der Konferenz entschieden, aber Nigeria hoffe, daß es Afrikaner sein würden.

Der *Bundeskanzler* wünschte Präsident *Shagari* bei diesen Bemühungen allen Erfolg und äußerte die Hoffnung, daß auch das andere Problem (Schuldenregelung) in vernünftiger Weise gelöst werde. Auf seine Frage nach der nigerianischen Wirtschaftspolitik nach Überwindung des „Ölschocks“ äußerte *Shagari* die Hoffnung, dann das – jetzt gedrosselte – Entwicklungsprogramm fortführen zu können. Vor allem wolle man die Landwirtschaft entwickeln, denn Nigeria sei (eigentlich) ein Agrarland.

Der Präsident lud den *Bundeskanzler* zu einem Besuch Nigerias ein. Der *Bundeskanzler* nahm die Einladung mit Freude an. Über einen Termin müsse man sich noch verständigen. Er wolle nicht nur für einen Tag kommen, sondern auch das Land kennenlernen (was *Shagari* sehr begrüßte).

Bei der Verabschiedung erwähnte *Shagari* noch die Suche einer deutschen Firma (Deminex) in Nigeria nach Öl. Auf Frage des *Bundeskanzlers*: Probleme gebe es dabei nicht.

Referat 321, Bd. 141000

276

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

23. September 1983¹

Betr.: Gromyko-Vorschlag für Begegnung in Sofia vor WP-AM-Treffen dort am 13./14.10.1983²

Vorschlag war Gegenstand einer Besprechung unter Leitung StS Lautenschlager mit Ruth, v. Braunmühl und Schauer.

1) Braunmühl:

a) Gromykos Interessenlage ist gespalten: Er schätzt und wünscht BM als Dialogpartner; andererseits sieht er in ihm den „Nachrüstungsminister“.

¹ Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz am 23. September 1983 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl wies Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 19. September 1983 an, den sowjetischen Außenminister Gromyko auf das ausgefallene Gespräch mit Bundesminister Genscher am Rande der VN-Generalversammlung in New York anzusprechen. Unter Bezugnahme auf die Mitteilung des sowjetischen Botschafters Semjonow, der Genscher am selben Tag „Gromykos Interesse daran übermittelt habe, das Gespräch fortzuführen“, solle Meyer-Landrut fragen, ob die Begegnung an einem dritten Ort stattfinden könnte, etwa in Wien. Vgl. den Drahterlaß Nr. 814; VS-Bd. 13382 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

Meyer-Landrut berichtete am 23. September 1983, Gromyko habe dem Treffen zugestimmt und da-

b) Harte Gesprächsführung könnte Gromyko für das anschließende Ministertreffen des WP nützlich sein.

c) Jedes Wort BMs nach der Begegnung für eine Kompromißlösung in Genf würde im Hinblick auf Besuch besonders kritisch gesehen.

d) Es ist mit Fragen, vielleicht Kritik im Westen zu rechnen, wobei an den negativen Verlauf der Begegnung Breschnew/Giscard in Warschau³ zu erinnern ist. Ein Eingehen auf den Vorschlag birgt also erhebliche Risiken. Sie sind für BM größer, weil er vom Üblichen stärker abweichen muß und weil seine Reise nach Sofia spektakuläreren Charakter hat.

Andererseits: Der Dialog soll fortgesetzt und das in New York ausfallende Gespräch⁴ möglichst bald nachgeholt werden.

Aber: Eine Begegnung in Sofia und vor dem WP-Treffen sollte ausscheiden.

Besser: Gromykos Gedanken grundsätzlich bejahend aufnehmen, aber vorschlagen, Begegnung in Wien oder Belgrad am 14. oder 15.10. vorzusehen, d. h. nach dem WP-Treffen.

2) Ruth:

a) Bisher weigert sich SU in Genf, über 12.10. hinaus Terminverabredungen zu treffen. Bevor man auf Gesprächsvorschlag eingeht, sollten wir wissen, daß es in Genf nach dem 12.10. weitergeht. Neuester Stand wird sofort in Washington erfragt.

b) Treffen in jedem Fall erst nach der WP-Sitzung, weil Risiko zu groß ist, daß BM durch unangenehme Beschlüsse in schwierige Lage gebracht wird.

3) StS Lautenschlager:

a) Durch beiderseitiges Angebot ist Frage, ob ein Gespräch in naher Zukunft stattfinden soll, entschieden. Es geht jetzt um Frage des Ortes und des Termins.

b) Der sowjetische Vorschlag sollte auf keinen Fall angenommen werden in der vorliegenden Form. Dies könnte völlig überzeugend durch Hinweis auf EG-Sonderrat in Athen von 10. bis 12.10.⁵ geschehen.

c) Einwirkungsmöglichkeiten auf Beschlüsse des WP-Treffens durch ein Gespräch BM–Gromyko vor diesem Treffen sind nicht sehr hoch zu veranschlagen.

Außerdem: BM sieht die übrigen WP-AMs in New York.⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 1394

für ein Gespräch zwischen 10. und 12. Oktober in Sofia vorgeschlagen, wo am 13./14. Oktober 1983 die Konferenz der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten stattfinden werde. Nicht ausgeschlossen sei, daß Gromyko „auf einen Gegenvorschlag zum Ort des Treffens eingehen würde“. Denkbar sei Belgrad. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4300; VS-Bd. 14117 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 154 und Dok. 159.

⁴ Zur Absage der Reise des sowjetischen Außenministers Gromyko zur VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 273, Anm. 8.

⁵ Vom 10. bis 12. Oktober 1983 fand in Athen seine Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister statt, die der Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen diente. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1983, S. 15–17.

⁶ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher vom 27. bis 29. September 1983 mit den Außenministern Andrei (Rumänien), Chňoupek (CSSR), Fischer (DDR), Mladenow (Bulgarien), Olszowski

Votum daher: nach dem WP-Treffen.

d) In Belgrad ließe sich – für Gromyko auf dem Rückflug nach Moskau – sicher am leichtesten unspektakuläres Treffen arrangieren.

e) Empfehlung, falls nicht schon geschehen, alsbald mit BK zu sprechen sowie engste Abstimmung mit Shultz, aber auch mit Cheysson und Howe sicherzustellen.

Alle Beteiligten wurden um strengste Diskretion gebeten.⁷

Ploetz

VS-Bd. 14117 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1395

(Polen) und Várkonyi (Ungarn) am Rande der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 286, Anm. 13–17 sowie Dok. 300, Anm. 17.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz wies am 26. September 1983 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an, dem sowjetischen Außenminister Gromyko mitzuteilen, wegen der Tagung des EG-Sonderrats vom 10. bis 12. Oktober 1983 in Athen komme ein Treffen mit Bundesminister Genscher in Sofia zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage: „Wir würden deshalb unsere Anregung wiederholen, zu erwägen, ob ein Treffen BM–Gromyko in Wien oder Belgrad vorgesehen werden könnte“. Zu Meyer-Landruts persönlichen Unterrichtung teilte Ploetz mit: „Wir würden ggfs. auch Budapest oder Bukarest in Erwägung ziehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 851; VS-Bd. 14117 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 3. Oktober 1983 informierte Meyer-Landrut, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, habe mitgeteilt, Gromyko stimme einem Treffen in Österreich nach der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 13./14. Oktober 1983 in Sofia zu: „Er könne am Samstag, 15. Oktober 1983, vormittags in Wien eintreffen und dann nachmittags mit BM sprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4456; VS-Bd. 14117 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Für die Gespräche zwischen Genscher und Gromyko am 15. und 16. Oktober 1983 vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

277

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos**321.00 ISR-756I/83 VS-vertraulich****23. September 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister zur Entscheidung³Betr.: Israel-Boykott⁴;

hier: Bayer Leverkusen

Anlg.: 3⁵

Vorschlag: Wenn die Bayer AG sich an die Botschaft Tel Aviv wendet und verschiedene in Israel ausgestellte Urkunden vorlegt, legalisiert die Konsularabteilung diese Urkunden gem. § 13 Konsulargesetz⁶

1) Die Bayer AG, die seit etwa 2 1/2 Jahren auf der sogenannten „schwarzen Liste“ des Israel-Boykotts steht und dadurch ihren gesamten Umsatz in der arabischen Welt in Höhe von ca. 600 Mio. DM pro Jahr verloren hat, bittet die Bundesregierung darum, daß die Botschaft Tel Aviv israelische Dokumente legalisiert.

Bayer hat vor rund fünf Jahren eine amerikanische Firma (Miles Ltd.) zur Ausweitung ihres Pharma-Angebots gekauft. Miles Ltd. USA hatte wiederum eine Tochtergesellschaft in Israel. Dies führte dazu, daß Bayer mit allen Zweigwerken und Beteiligungen (auch Agfa-Gevaert) auf die schwarze Liste kam und dadurch die arabischen Staaten als Absatzmarkt verloren hat.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Montfort konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Vortragendem Legationsrat Horstmann am 26. September 1983 vorgelegen.

Hat Horstmann am 10. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der den Rücklauf „über H[err]n StS“ und „Hn. D 3 i. V.“ verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM hat Vorschlag gebilligt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 10. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1 Kopie für StS L[autenschlager].“

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich schließe mich (nachdem die Sache ausführlich mit D 3, D 4 u[n]d D 5 erörtert wurde) dem Votum der Abt[ei]ll[un]g 3 an, das rechtlich begründbar u. politisch vertretbar ist. Etwaige negative pol[itische] Reaktionen Israels wären dabei ggf. in Kauf zu nehmen, wären aber auch mit guten Argumenten zu entkräften.“

³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Billigung des Vorschlages“.

⁴ Referat 310 notierte am 29. Juli 1983: „Die arabischen Staaten wenden Boykottmaßnahmen gegenüber Israel seit dessen Entstehung an. [...] 1946 errichtete der Boykottausschuß der AL ein Zentralbüro für den Israel-Boykott in Kairo, das 1949 nach Damaskus übersiedelte.“ Der Israel-Boykott betreffe „alle Transaktionen, die über die Versorgung mit bloßen Konsumgütern oder geringwertigen Investitionsgütern hinausgehen“. Neben dem Zentralen Boykott-Büro in Damaskus gebe es jeweils nationale Boykott-Büros, die anhand der zentralen „schwarzen Liste“ eigene Listen erstellen würden, „wobei Vorschläge, die dem nationalen Wirtschaftsinteresse zuwiderlaufen, oft ignoriert werden“. Die Bundesregierung verurteile den Israel-Boykott „als politisches Kampfmittel und wegen seiner negativen Auswirkungen auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Anti-Boykott-Maßnahmen gesetzlicher oder verordnungsrechtlicher Art lehnt sie jedoch ab.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135755.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 7, 10 und 11.

⁶ Für den Wortlaut von Paragraph 13 des Gesetzes vom 11. September 1974 über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 2320.

Seit etwa zwei Jahren bemüht sich die Firma, wieder von der Boykott-Liste gestrichen zu werden. Zu diesem Zweck hat sie ihre israelische Beteiligung, Miles Ltd. Israel, verkauft. Die Käufer, israelische Staatsgesellschaften, bekamen so günstige Bedingungen eingeräumt, daß sich in Israel trotz der Offenkundigkeit der Gründe für den Verkauf keine Kritik erhob. Nach Auskunft der Firma ist die Veräußerung auf Anregung des immer noch israelischen Managements der amerikanischen Muttergesellschaft, Miles Ltd. USA, erfolgt. Bayer strebt an, anlässlich der Dezembersitzung des Zentralen Boykott-Büros von der Liste gestrichen zu werden.

2) Der Chef des Zentralen Boykott-Büros in Damaskus teilte der Bayer AG in dem als Anlage 1 beigelegten Schreiben vom 31. Juli 1983⁷ mit, verschiedene Dokumente, die sich auf den Verkauf beziehen, müßten noch legalisiert werden, und zwar durch die deutsche Botschaft in Israel mit anschließender Überbeglaubigung durch das Auswärtige Amt (das ist eine Legalisation im Sinne von § 13 Konsulargesetz). Bayer selber wäre auch mit einem Vermerk „gesehen in der Botschaft“ plus Dienstsiegel zufrieden. Aufgrund von Hinweisen des Boykott-Büros glaubt Bayer, bereits mit der geringstmöglichen Involvierung der Botschaft auszukommen.

3) Es geht hier um wichtige und schutzwürdige Interessen einer deutschen Großfirma. Die Bayer AG ist durch die Zwangsmaßnahmen des arabischen Israel-Boykotts, die den Verlust des arabischen Absatzmarktes zur Folge hatten, in eine schwierige Lage geraten. Das Zentrale Israel-Boykott-Büro fordert in seinem Schreiben vom 31. Juli 1983 mehrfach und sehr deutlich die Einschaltung der Botschaft Tel Aviv.

4) Nach unserer Wertung kommt die Bayer AG um die Einschaltung der Botschaft Tel Aviv nicht herum. Es handelt sich um Dokumente, die in Israel ausgestellt wurden und die sich auf den Verkauf der israelischen Beteiligung beziehen. Allein mit einer Unterschriftsbeglaubigung durch das Bundesverwaltungsamt „im Auftrag des Auswärtigen Amts“ ist der Firma nicht geholfen. Ohne Einschaltung der Botschaft Tel Aviv bleibt die Bayer AG auf der schwarzen Liste. Wenn wir die große Bedeutung in Rechnung stellen, die die Bundesregierung der Exportförderung beimißt, müssen wir einen Weg finden, Bayer zu helfen.

5) Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Beteiligung amtlicher deutscher Stellen an Maßnahmen des Israel-Boykotts problematisch ist. Die Bundesregierung lehnt den Israel-Boykott nach wie vor ab. Das hat D 4⁸ der israelischen Seite bei der letzten Sitzung der Deutsch-Israelischen Wirtschaftskommission im Jahre 1983 noch einmal ausdrücklich bestätigt.⁹ In einem gemeinsamen

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Generalkommissars des Zentralbüros für den Israel-Boykott in Damaskus, Nourallah, vgl. VS-Bd. 13559 (310); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Per Fischer.

⁹ In der Sitzung der Deutsch-Israelischen Wirtschaftskommission am 13./14. Juli 1983 in Jerusalem wurde u. a. der Israel-Boykott erörtert. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fischer-Dieskau notierte am 26. Juli 1983, von israelischer Seite sei der Vorwurf erhoben worden, „daß die passive Hinnahme der Boykott-Praxis durch die Bundesregierung einer Kooperation mit den Boykott-Betreibern nahe komme. Israel wünsche, daß die Bundesregierung energische Gegenmaßnahmen gegen den Boykott ergreife, sei es im Wege der Gesetzgebung, sei es, daß sie mit allem Nachdruck auf die deutschen Firmen einwirke.“ Ministerialdirektor Fischer habe „mit der gebotenen Deutlichkeit“ die strikte

Schreiben mit Graf Lambsdorff hat der BM im April 1983 DIHT und BDI gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß dem grundsätzlichen Standpunkt der Bundesregierung zum Israel-Boycott Rechnung getragen wird (Anlage 2¹⁰).

6) Die Rechtslage ist folgende: Wenn sich die Bayer AG an die Botschaft Tel Aviv wendet und um Legalisation der Urkunden ersucht, kann die Botschaft dieses Ersuchen nicht ablehnen. Die Zuständigkeit der Botschaft Tel Aviv ist dadurch gegeben, daß die Urkunden in Israel ausgestellt sind. Der Konsularbeamte muß im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens handeln. Dieses Ermessen ist bei Legalisationen gem. § 13 Konsulargesetz eng. Sofern rechtliche Gründe nicht entgegenstehen, ist der Konsularbeamte gehalten, tätig zu werden. Nähere Einzelheiten siehe Anlage 3.¹¹

Die vom Boykott-Büro ebenfalls geforderte Überbeglaubigung der Unterschrift des Konsularbeamten der Botschaft Tel Aviv durch das Auswärtige Amt sollte – wie üblicherweise – durch das Bundesverwaltungsamt erfolgen, und zwar mit Stempel „Im Auftrag des Auswärtigen Amts“. Bei Einhaltung dieses Weges ist die Überbeglaubigung unproblematisch, denn dies ist das im Zusammenhang mit dem Israel-Boycott eingespielte und von allen Beteiligten hingenommene Verfahren.

7) Im übrigen ist von folgendem auszugehen: Anders als bei der üblichen Ausstellung von Ursprungszeugnissen oder Herstellernachweisen handelt es sich bei einer Legalisation durch die Botschaft nicht um ein spezifisch auf das Boykott-Büro ausgerichtetes Tätigwerden, sondern um eine konsularische Amtshandlung. Bei routinemäßiger Bearbeitung erkennt im übrigen ein Konsularbeamter nicht den Zusammenhang zwischen vorgelegten Urkunden und Israel-Boycott. Insofern unterscheidet sich die Legalisation sogar von den spezifisch auf den Boykott gerichteten Amtshandlungen des Bundesverwaltungsamtes, z. B. Beglaubigung von Unterschriften auf „negativen Ursprungserklärungen“ (Ware kommt nicht aus Israel).¹²

8) Es läßt sich freilich nicht ausschließen, daß im Nachhinein die Einschaltung der Botschaft Tel Aviv bekannt wird und daß die eine oder andere Seite versucht, das gegen uns auszuschlachten. Dies gilt vor allem für Israel.¹³

Fortsetzung Fußnote von Seite 1398

Ablehnung des Israel-Boykotts klargestellt: „Wir seien uns mit der israelischen Seite in dem Ziel einig, nur über die Methode, wie dieses Ziel zu erreichen sei, seien wir verschiedener Meinung. Wir hielten Anti-Boycott-Gesetzgebung für den falschen Weg. Unser System lasse eine solche Gesetzgebung auch nicht zu.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140166.

10) Dem Vorgang war das Schreiben, das Bundesminister Graf Lambsdorff „auch im Namen von Bundesminister Genscher“ am 29. April 1983 an den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen, richtete, beigelegt. Vgl. VS-Bd. 13559 (310); B 150, Aktenkopien 1983.

11) Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Boehmer vermerkte am 23. September 1983: „Gemäß § 13 K[onsular]G[esetz] sind die Konsularbeamten befugt, die in ihrem Amtsbezirk ausgestellten öffentlichen Urkunden zu legalisieren.“ Boehmer legte dar: „Bei den zu legalisierenden israelischen Urkunden handelt es sich um Kaufverträge über die Veräußerung eines Unternehmens. Diese Verträge sind in rechtlich einwandfreier Weise abgeschlossen worden. [...] Daß die Legalisation im vorliegenden Fall zu einem Zweck benötigt wird, der mit den Grundsätzen der Bundesregierung in ihrer Nahostpolitik, nämlich der Ablehnung des Israel-Boykotts durch die arabischen Staaten, nicht in Einklang steht, darf h. E. die Vornahme der Legalisation bezüglich der rechtlich einwandfreien Urkunden nicht hindern.“ Vgl. VS-Bd. 13559 (310); B 150, Aktenkopien 1983.

12) Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich eingefügt.

13) Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich eingefügt.

Das Ausmaß dieses Risikos wird von Abteilung 3 und Abteilung 4 verschieden gewertet.

Abteilung 3 sieht das Risiko als begrenzt¹⁴ an: Der Verkauf von Miles Ltd. (Israel) ist in Israel bekannt, er ist unter Mitwirkung israelischer Behörden erfolgt und hat nicht zum Protest geführt. So ist es wenig wahrscheinlich, daß die israelische Seite unser Verhalten als aktive Hilfe zur Durchsetzung des Israel-Boykotts wertet, zumal wir für eine vertrauliche Behandlung sorgen. Die Angelegenheit ist VS-v eingestuft, auch Bayer hat ein großes Interesse an strengster Vertraulichkeit; die Einschaltung der Botschaft bleibt auf ein Mindestmaß beschränkt. In jedem Fall können wir israelischen Protesten die eigene israelische Beteiligung an dem Vorgang entgegenhalten.¹⁵

Daß die Einschaltung der Botschaft Tel Aviv über die arabische Seite herauskommt, ist nach Ansicht von Abteilung 3 ebenfalls unwahrscheinlich. Der völlig atypische Sonderfall hat kaum Präcedenzwirkung. In jahrzehntelanger Praxis mit dem Israel-Boykott hat sich unseres Wissens keine deutsche Firma in vergleichbarer Weise an das Auswärtige Amt oder das Bundeswirtschaftsministerium gewandt.

9) Abteilung 4 sieht vor allem die Gefahr, daß die Einschaltung der Botschaft Tel Aviv über die arabische Seite bekannt wird. Auf arabischer Seite könnte ein politisches (oder auch wirtschaftliches) Interesse bestehen, öffentlich bekannt werden zu lassen, daß amtliche Stellen der Bundesrepublik Deutschland sich wissentlich, wenn auch indirekt, an der Durchführung von Boykottmaßnahmen gegen Israel beteiligen. Diesem Vorwurf werden wir schwer begegnen können, da wir in dieser Angelegenheit nicht mehr „gutgläubig“ sind. Darüber hinaus sieht Abteilung 4 in einer Mitwirkung der Botschaft Tel Aviv auch die Gefahr einer Präcedenzwirkung. Nach dem Gebot der Gleichbehandlung wäre die Botschaft in zukünftigen vergleichbaren Fällen gezwungen, erneut mitzuwirken. Selbst wenn die Botschaft Tel Aviv nur einen „Gesehen-Vermerk“ anbringt, würde die Bundesregierung einen Schritt unternehmen, der über das bisher übliche Verfahren hinausgeht. Damit würde die Haltung der Bundesregierung in Frage gestellt, sich amtlicherseits nicht an Boykottmaßnahmen zu beteiligen. BMWi befürchtet, daß damit auch ein Präcedenzfall für die Forderung nach einer Beteiligung bei Boykottmaßnahmen gegen andere Staaten (amerikanischer Boykott gegen Kuba) geschaffen werden könnte. Im Gegensatz zu Abteilung 3 schlägt Abteilung 4 vor, Bayer solle versuchen – wie dies andere Firmen zuvor getan haben –, der Forderung des Boykott-Büros durch die sonst übliche Beglaubigung von Unterschriften durch das Bundesverwaltungsamt mit einem Stempel „Im Auftrag des Auswärtigen Amts“ nachzukommen.

10) Nach Ansicht von Abteilung 3 ist das keine Lösung. Die israelischen Aussteller der Urkunden und ihre Unterschriften sind dem Bundesverwaltungsamt nicht bekannt. Bayer hat uns erklärt, daß die arabische Seite auf eine Einschaltung der Botschaft besteht, da es sich um israelische Dokumente mit israelischen Unterschriften handelt. Legalisationen können in der Tat nur Aus-

¹⁴ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „relativ gering“.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Gorenflos handschriftlich eingefügt.

landsvertretungen vornehmen. Der Vermerk „gesehen in der Botschaft“ wird von Abteilung 3 nicht als Ausweg angesehen, weil er im Konsulargesetz nicht vorgesehen und somit rechtlich ohne Wirkung ist.

D5¹⁶ hat mitgezeichnet. Ein Rechtsgutachten ist als Anlage 3 beigefügt.

D4 lehnt es in Übereinstimmung mit dem BMWi (auf AL-Ebene) ab, sich dem Vorschlag von Abteilung 3 und 5 anzuschließen.¹⁷

Gorenflös

VS-Bd. 13559 (310)

278

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit

311-411.10 IRN-785/83 VS-vertraulich

26. September 1983¹

Betr.: Besuch StS von Würzen in Teheran²;

hier: Gespräch über Beziehungen auf dem Rüstungssektor

Während des Besuchs von StS von Würzen in Teheran (17. bis 22.9.83) bat der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im iranischen Außenministerium, Kazempour Ardebili, StS von Würzen am 21.9. kurzfristig zu einem Gespräch, um die Frage der Beziehungen auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie und der militärischen Ausrüstung mit ihm zu besprechen. Kazempour Ardebili eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, Iran kenne die Politik der Bundesregierung in diesen Fragen.³ Iran habe sich früher in Rüstungsdingen allein auf die USA gestützt. Nach der erfolgreichen Revolution⁴ seien diese Beziehungen abgebro-

¹⁶ Franz Josef Bertele.

¹⁷ Ministerialdirigent Montfort teilte am 10. Oktober 1983 der Botschaft in Tel Aviv mit, am 12. Oktober 1983 werde ein Vertreter der Firma Bayer bei der Konsularabteilung der Botschaft wegen der Legalisation verschiedener in Israel ausgestellter Urkunden vorsprechen. Die Botschaft werde ermächtigt, die Legalisationen vorzunehmen: „Angelegenheit war im Auswärtigen Amt Gegenstand ausführlicher Beratungen zwischen den Abteilungen 3, 4 und 5. BM hat Entscheidungsvorlage im Sinne von Ziffer 1 dieses DE zugestimmt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 285; VS-Bd. 13559 (310); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Durchschlag als Konzept.

² Vom 17. bis 22. September 1983 hielt sich Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, anlässlich der Internationalen Handelsmesse in Teheran auf und führte u. a. Gespräche mit Ministerpräsident Mussawi und dem iranischen Außenminister Velayati. Als wichtigstes Ergebnis der Reise bezeichnete Botschafter Petersen, Teheran, am 28. September 1983, „daß die unmittelbar drohende Gefahr eines iranischen Importstopps deutscher Waren (wie kürzlich bei Japan praktiziert) zumindest vorläufig gebannt zu sein scheint“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 736; Referat 311, Bd. 137763.

³ Zur Haltung der Bundesregierung zu Rüstungsexporten in den Iran vgl. Dok. 156, Anm. 21.

⁴ Zum Umbruch in Iran 1979 vgl. Dok. 156, Anm. 5.

chen worden⁵; auch die Schwierigkeiten mit Frankreich und der Sowjetunion seien bekannt. Iran wolle unbedingt bei seiner außenpolitischen Linie „weder Ost noch West“ bleiben.

Iran wolle mit uns kein Gespräch über die Versorgung des Landes während des Krieges führen. Man erwarte keine militärischen Lieferungen von uns, vielmehr habe er den Auftrag, die künftigen Beziehungen nach dem Krieg zu erörtern. Iran wolle sie so gestalten, wie sie vor der Revolution gewesen seien.

Die Regierung sei gerade dabei, eine langfristige Planung – über einen Zeitraum von 25 Jahren – für die eigene Militärindustrie aufzustellen. Iran rechne damit, daß der Hauptpartner hierbei, wie früher, Deutschland sein werde. Man lege auf eine Zusammenarbeit mit Deutschland überhaupt besonderen Wert.

In diesem Zusammenhang wolle er einige Punkte besonders anschnitten, die für sein Land wichtig seien:

1) Mehrere Firmen hätten früher gut mit Iran zusammengearbeitet, ihre Verträge aus der vorrevolutionären Zeit aber nicht eingehalten. Dazu gehörten 14 Verträge mit der Firma Fritz Werner⁶, Verträge mit Dynamit Nobel, Diehl⁷ und Wilhelm Hagen⁸. Diese Verträge sollten eingehalten werden.

2) Es gebe einen Vertrag mit HDW über die Lieferung von sechs U-Booten.⁹ Diese Lieferung sei während der Schah-Zeit genehmigt worden. Der Staatssekre-

⁵ Am 7. April 1980 setzte Präsident Carter wegen der seit 4. November 1979 andauernden Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Teheran amerikanische Sanktionen gegen Iran in Kraft. Dazu gehörten der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Weisung, Personal an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen Irans in den USA bis 8. April auszuweisen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 611–614.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit unterrichtete am 15. Juli 1983 die Botschaft in Teheran, die Firma Fritz Werner habe am selben Tag zu ihren Geschäftsbeziehungen mit dem Iran telefonisch mitgeteilt, es gebe Altverträge über die Lieferung mehrerer Pulverarten sowie „über die Lieferung von Maschinen und Werkzeugen im Chemie-Bereich für die Herstellung von Pulver, das sowohl militärisch wie zivil verwendbar sei. Auch hier drängten die Iraner auf Lieferung. Sie seien sehr interessiert, die bereits zu 20 bis 30 Prozent erstellten Anlagen mit der Fa. Fritz Werner zu Ende zu bauen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 226; Referat 311, Bd. 137764.

⁷ Ministerialdirektor Fischer notierte am 10. Februar 1981, daß der Firma Diehl „im September 1978 eine Genehmigung zur Ausfuhr von 190 000 Gewehrgranatzündern (Kriegswaffen im Sinne des KWKG) nach Iran erteilt“ worden sei. Davon seien 80 000 geliefert worden. Die Restlieferung sei nach dem Umbruch im Iran 1979 vom Bundesministerium für Wirtschaft verhindert worden, „ohne die Genehmigung jedoch formell zu widerrufen“. Die Firma Diehl habe zu bedenken gegeben, „daß sie ihre begonnenen und ausgehandelten zivilen Projekte im Iran (Gesamtsumme mehrere 100 Mio. DM) wieder aufnehmen möchte. Bei den anstehenden Verhandlungen würde die Nichtlieferung der Granatzünder ihre Position jedoch belasten.“ Vgl. Referat 422, Bd. 124221.

Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, vermerkte am 15. November 1983, ein weiterer Altvertrag der Firma Diehl betreffe „Teile von Panzerketten (sonstige Rüstungsgüter). Nach Beendigung des Krieges mag jedenfalls unter dem Gesichtspunkt des Altvertrages Lieferung möglich sein.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135798.

⁸ Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, notierte am 15. November 1983: „Über Altverträge mit Dynamit Nobel und Wilhelm Hagen ist hier nichts bekannt. Von einer Nachfrage bei den Firmen ist zunächst abgesehen worden, um nicht unnötig Erwartungen zu wecken.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135798.

⁹ Ministerialdirektor Fischer notierte am 29. August 1983, „daß die iranische Seite dringend am Weiterbau und Lieferung der vom Schah 1978 bei HDW bestellten sechs U-Boote (BSR hatte seinerzeit zugestimmt) interessiert sei. Der Bau war wegen der iranischen Revolution eingestellt worden. Iran hatte erhebliche Anzahlungen geleistet. Zwischen der Werft und der iranischen Regierung ist streitig, ob die Anzahlung die bisher von HDW erbrachten Leistungen übersteigen. Die erteilte KWKG-Genehmigung ist inzwischen erloschen. Iranischer Seite wurde mitgeteilt, daß eine Ent-

tär fragte an, ob es hier politische Probleme für eine Lieferung nach dem Krieg gebe.

3) Iran sei interessiert an der Trainer-Version des Alpha-Jet.¹⁰ Hier handle es sich nicht um eine Waffe, sondern um ein Schulungsgerät. Der StS fragte, ob der Trainer geliefert werden könne.

4) Iran sei an einigen, allein der Verteidigung dienenden Ausrüstungen interessiert, insbesondere an dreidimensionalem Radar. Solche Geräte könnten sowohl zivil wie militärisch verwendet werden.¹¹

5) Iran würde gerne Panzer von der Bundesrepublik reparieren lassen. Hierüber hätten bereits Gespräche mit Krauss Maffei stattgefunden. Wenn man jetzt mit Reparaturarbeiten beginnen würde, könnten sich daraus interessante Aufträge nach dem Krieg ergeben.

Der Staatssekretär wiederholte, man sei über unsere politischen Bestimmungen in dieser Frage¹² genau unterrichtet, lege aber aus politischen Gründen großen Wert darauf, vor allem die Militärindustrie mit uns aufzubauen.

StS von Würzen erwiderte, man müsse zwei Voraussetzungen berücksichtigen:

- Wir können keine Waffen und strategische Güter in Spannungsgebiete liefern.
- Wir müßten absolut das Prinzip der Neutralität im iranisch-irakischen Krieg beachten.

Zu den einzelnen Punkten könne er nur beschränkt Stellung nehmen, wolle aber auf jeden Fall folgendes sagen:

1) Für die U-Boote komme eine Auslieferung während des Krieges nicht in Frage. Ob die Boote nach dem Krieg ausgeliefert werden können, könne er jetzt noch nicht sagen. Darüber könne erst nach dem Krieg entschieden werden. Der Bundessicherheitsrat, der mit dieser Frage befaßt werden müßte, werde sicher nicht jetzt eine Entscheidung für einen späteren Zeitpunkt treffen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1402

scheidung über die Ausfuhrgenehmigung erst nach Beendigung des Konflikts Iran–Irak getroffen werden kann.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137764.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit unterrichtete am 10. März 1983 die Botschaft in Teheran, der iranische Botschafter Navab-Motlagh habe im Januar 1983 die Firma Dornier gegeben, „den gemeinsam mit Frankreich entwickelten Alpha-Jet einer Delegation der iranischen Luftwaffe vorzuführen – einschließlich Flug-Demonstration“. Das Auswärtige Amt habe einem Genehmigungsantrag beim Bundesministerium der Verteidigung zugestimmt, sofern die Trainer-Version statt des Kampfflugzeuges vorgeführt werde. Obwohl kein verbindliches Vorführdatum vereinbart worden sei, „erschien Delegation iranischer Luftwaffe am 7.3. in Oberpfaffenhofen und begehrte Vorführung des Alpha-Jets in voll ausgerüsteter Kampfversion. Delegation verwies ausdrücklich darauf, daß Trainer-Version für sie uninteressant sei.“ Bundesminister Wörner habe jedoch die notwendige Zustimmung „im Hinblick auf restriktive Grundsätze deutscher Waffenexportpolitik“ verweigert. Vgl. den Drahterlaß Nr. 83; Referat 311, Bd. 137764.

¹¹ Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, hielt am 15. November 1983 fest, der von iranischer Seite „nicht näher bezeichnete ‚dreidimensionale Radar‘ (angeblicher Hersteller F[irm]a Siemens)“ falle in die Kategorie „sonstiges Rüstungsgut“. Zu prüfen sei, „ob es sich um ein System handelt, das nur die Überwachung des Luftraumes gewährleisten soll oder ob es gegebenenfalls auch aggressiv zur Unterstützung von Feuerleitsystemen genutzt werden kann. Bei einem reinen ‚Verteidigungsradar‘ wird eine Prüfung wohl eher zu einem für den Iran positiven Ergebnis führen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135798.

¹² Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

In dieser Frage entspann sich eine längere Diskussion. Kazempour sagte, Iran müsse jetzt Entscheidungen treffen, wie man den Vertrag mit HDW handle. StS von Würzen erwiderte, wenn er um Rat gefragt werde, könne er nur empfehlen, diese Entscheidung bis nach dem Krieg aufzuschieben. StS von Würzen versprach, seine Regierung von den iranischen Wünschen zu unterrichten, machte aber keinerlei Zusage, daß während des Krieges mit einer positiven Entscheidung gerechnet werden könne.

2) Die Lieferung von gewissen Gegenständen zur Fertigstellung der von Fritz Werner begonnenen Fabriken werde geprüft. Bei einigen gebe es wohl weniger Probleme, bei Explosivmaterial sähen wir große Schwierigkeiten. Wir betrachteten den Komplex jedoch wegen der gültigen Verträge als einen Spezialfall und würden uns um eine Lösung bemühen.¹³

3) Zur Frage der Trainer-Version des Alpha-Jet könne er sich nicht äußern. Hier müßten Fachleute prüfen.

4) Das gelte auch für Ausrüstungsgegenstände, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden könnten. Hier müsse jeder Einzelfall genau geprüft werden.

Kazempour wies darauf hin, daß solche Radargeräte auch an Schweden und Japan geliefert würden, und erkundigte sich, ob sie hier einen Vertrag mit Siemens abschließen könnten.

StS von Würzen riet, daß Siemens deswegen an die Bundesregierung herantritt.

5) Hinsichtlich der Panzerreparaturen könne er keine Zusagen machen.¹⁴

Schlagintweit¹⁵

VS-Bd. 13573 (311)

¹³ Ministerialdirektor Fischer notierte am 29. Dezember 1983, die im Bundeseigentum stehende Firma Fritz Werner habe Anträge auf Ausfuhrgenehmigung für Güter gestellt, „die zum Teil für die Fertigstellung von Anlagen (mit denen Munition für Panzerfäuste hergestellt werden soll), zum Teil für die notwendigen Probeläufe vor der Übergabe sowie im übrigen für eine Jahresproduktion von Panzerfaustmunition bestimmt sind“. Fischer kam zum Schluß, „daß die Ablehnung aller geplanten Exportvorhaben nicht der komplexen Situation gerecht wird, vielmehr erscheint es richtiger, nach der Art der zu liefernden Güter und deren Verwendung zu differenzieren.“ Versagt werden sollte die Ausfuhr derjenigen Waren, „die unmittelbar in die Munitionsfertigung eingehen und eine Produktion in nennenswertem Umfang ermöglichen“. Der Export von Munitionskomponenten zur Erprobung der weitgehend fertiggestellten Produktionsanlagen sollte dagegen „der bereits früher genehmigten Lieferung von Ersatz- und Verschleißteilen für Altanlagen gleichgestellt und genehmigt werden, um die Erfüllung alter Verträge zumindest teilweise zu ermöglichen“. Vgl. Referat 422, Bd. 135798.

¹⁴ Am 15. November 1983 legte Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, dar: „Reparaturen von Panzern selbst bedürfen keiner Genehmigung. Jedoch wäre die Wiederausfuhr genehmigungsbedürftig. Außerdem ist zu erwarten, daß in aller Regel eingebaute Ersatzteile ausfuhrgenehmigungsbedürftig sind.“ Vgl. Referat 422, Bd. 135798.

¹⁵ Paraphie vom 27. September 1983.

279

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer**421-410.55-972/83 VS-vertraulich****27. September 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zur Information und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer II

Betr.: COCOM;

hier: Versuch von Angehörigen der US-Botschaft, sich unmittelbar Informationen bei deutschen Behörden und Firmen zu beschaffen

I. Sachverhalt

1) BMWi hat uns am 10.8.1983 über folgenden Sachverhalt unterrichtet: Anfang August versuchten zwei Angehörige der Handelsabteilung der hiesigen US-Botschaft, Donald Smith und John Lumborg (der erste hatte diplomatischen Status, der zweite, ein britischer Staatsangehöriger, gehört zum nicht-diplomatischen Personal der Botschaft), einen Mitarbeiter des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Eschborn zu einer gegen seine dienstlichen Pflichten verstoßenden Zusammenarbeit mit ihnen zu veranlassen.⁴ Der Wortführer Smith erklärte dem Gesprächspartner, daß nach amerikanischer Ansicht erhebliche Lücken im deutschen COCOM-Genehmigungs- und -Überwachungssystem bestünden. Ihm sei deshalb an Informationen gelegen, die es erlaubten, diese Lücken zu identifizieren. Demgemäß bat er darum, ihm fortlaufend Informationen über alle Einzelheiten der COCOM-Anträge deutscher Unternehmen und deren Bearbeitung durch das BAW zugänglich zu machen.

Der BAW-Referent ging im weiteren Verlauf der Kontakte zum Schein – mit Zustimmung seines Vorgesetzten – auf das gestellte Ansinnen ein und übergab einige inhaltlich irrelevante Unterlagen. Bei einem weiteren Treffen in der Wohnung des BAW-Referenten gab sich der amerikanische Gesprächspartner als Angehöriger des CIA zu erkennen.

Bei einem späteren Telefongespräch stellte der Botschaftsangehörige das Ansinnen, ihm weitere Unterlagen in der Wohnung des Referenten zu übergeben.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Bertele vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. September 1983 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Ich wäre für eine (erläuternde) Rücksprache dankbar.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 17. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] ja, desgl[eiche]n. Ich bin erstaunt, daß die Person nicht des Landes verwiesen werden soll.“

Hat Amtsrat Kusnezow am 17. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich „[für] Rücksprache StS L[autenschlager] bei BM“ den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre verfügte.

Hat Lautenschlager am 19. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der Ministerialdirigent Loeck um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „1) R[ück]spr[ache] hat heute bei BM stattgefunden. Es soll zunächst gemäß Vorschlag dieser Vorlage prozediert werden. Als dann 2) W[ieder]v[orlage] des Vorgangs zum 1.12.“

Hat Loeck am 21. Oktober 1983 vorgelegen.

⁴ Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 10. August 1983; Referat 424, Bd. 135864.

Der Referent, der zu diesem Telefongespräch den Präsidenten des BAW⁵ hinzugezogen hatte, klärte zu diesem Zeitpunkt seinen Gesprächspartner darüber auf, daß er nur zum Schein auf dessen Ansinnen eingegangen sei und hiermit den illegalen Kontakt abbreche.

2) Aufgrund des dargestellten Vorgangs bat das BMWi schriftlich das AA, die Angelegenheit aufzuklären und der amerikanischen Seite in Abstimmung mit dem BMF in geeigneter Weise klarzumachen, daß wir nicht bereit sind, derartige Aktivitäten hinzunehmen. Dabei seien die Schutzvorschrift des §30 Verwaltungsverfahrensgesetz⁶ und die Strafandrohung in §203 Abs. 2 StGB⁷ in die Überlegungen einzubeziehen.

3) Der amerikanische Wirtschaftsgesandte Edgar wurde am 23.8. durch Dg42⁸ einbestellt und über den Sachverhalt unterrichtet. Dg42 unterstrich, daß solche Aktivitäten für uns unannehmbar, befremdend und Gegenstand der Entrüstung seien („matter of concern and even more of indignation“). Das AA erbitte eine Stellungnahme. Dg42 wies darauf hin, daß das deutsch-amerikanische Zollabkommen⁹ der einzige und ausschließliche Rahmen bilateraler deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit für den Bereich der COCOM-Kontrolle darstelle und daß die Zusammenarbeit der beiden Zollverwaltungen auf diesem Sektor vorzüglich funktioniere. Der amerikanische Gesandte bestätigte dies.

4) Amerikanische Reaktion

Am 25.8.1983 suchte Gesandter Edgar Dg42 auf, um die erbetene Stellungnahme der US-Botschaft abzugeben. Er erklärte folgendes: Die US-Botschaft habe die Angelegenheit sehr sorgfältig geprüft. Sie sei entsetzt („appalled“) über das Vorgehen von Smith. Dieser sei bei weitem „zu übereifrig“ gewesen. Sein Verhalten sei unannehmbar. Smith sei für seine Aktion getadelt und auf niedrigere Funktionen herabgestuft worden. Darüber hinaus habe ihm die Botschaft den diplomatischen Status aberkannt. Die Botschaft entschuldige sich für dieses Vorkommnis und sei sicher, daß sich ein solcher bedauerlicher Zwischenfall nicht wiederholen werde. Die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in COCOM-Angelegenheiten müsse sich auf den offiziellen Wegen vollziehen.

II. Vorschlag

Nach Prüfung des gesamten Sachverhalts sollte nach Auffassung der Abteilungen 4 und 5 wie folgt verfahren werden:

- Das in der Sache federführende BMWi wird in Beantwortung seines Ersuchens vom Inhalt unserer gegenüber dem amerikanischen Wirtschaftsgesand-

⁵ Hans Rummer.

⁶ Paragraph 30 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) vom 25. Mai 1976: „Die Beteiligten haben Anspruch darauf, daß ihre Geheimnisse, insbesondere die zum persönlichen Lebensbereich gehörenden Geheimnisse sowie die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, von der Behörde nicht unbefugt offenbart werden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil I, S. 1261.

⁷ Nach Paragraph 203 Absatz 2 des Strafgesetzbuches (StGB) in der Fassung vom 2. Januar 1975 wurde bestraft, „wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als 1) Amtsträger, 2) für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten [...] bekanntgeworden ist.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil I, S. 56.

⁸ Hans Werner Loeck.

⁹ Für den Wortlaut des deutsch-amerikanischen Vertrags vom 23. August 1973 über die gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 446–451.

ten Edgar gemachten Vorstellungen und dem Inhalt seiner Entgegnung unterrichtet.

- Zugleich wird dem BMWi als dem federführenden Hause, das die abschließende Entscheidung zu treffen hat, die Prüfung der strafrechtlichen Relevanz des Vorfalls überlassen, wobei hinzugefügt wird, daß eine Strafverfolgung des Smith nicht in Betracht komme, da er zum Zeitpunkt der Tat diplomatischen Status besessen habe.¹⁰
- Im Hinblick auf die seit einiger Zeit zwischen dem Bundesminister der Justiz¹¹ und der amerikanischen Seite geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Rechtshilfeabkommens in Strafsachen wird dem BMWi außerdem empfohlen, den Bundesminister der Justiz (z.Hd. StS Kinkel) zu unterrichten. Dies erscheine auch deshalb angezeigt, da der BMJ – der zur Zeit mit den USA über ein Rechtshilfeabkommen in Strafsachen federführend verhandle – unterrichtet sein müsse, auf welche Weise die amerikanische Seite in Einzelfällen versuche, Informationen direkt zu erhalten, ohne sich an die zuständigen deutschen Behörden zu wenden. (Im Rahmen des geplanten Rechtshilfeabkommens wird es darauf ankommen, die Wege, auf denen Unterlagen zum Zwecke der Durchführung von Ermittlungs- und Strafverfahren von der jeweils anderen Seite verlangt werden können, abschließend zu regeln.) Auch wenn nicht klar sei, wozu Mr. Smith die Unterlagen zu erlangen suchte, liege die Annahme nahe, daß mit Hilfe dieser Unterlagen die amerikanische Seite auch prüfen wollte, ob gegen amerikanische Firmen Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen amerikanische COCOM-Bestimmungen einzuleiten seien.

D 2¹² und D 5¹³ haben mitgezeichnet.¹⁴

Fischer

VS-Bd. 10914 (421)

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Bertele handschriftlich eingefügt: „(der als Amtsimunität weiter fortwirkt)“.

¹¹ Hans A. Engelhard.

¹² Franz Pfeffer.

¹³ Franz Josef Bertele.

¹⁴ Ministerialdirektor Fischer notierte am 1. Dezember 1983, das Bundesministerium für Wirtschaft sei weisungsgemäß am 24. Oktober 1983 gebeten worden, „die strafrechtliche Relevanz des festgestellten Tatbestandes in eigener Zuständigkeit zu prüfen. [...] Erst nach mehrfacher Anmahnung hat das BMWi mit heute eingegangenem Schreiben vom 29.11.1983 folgendes mitgeteilt: ‚Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß der Bundesminister der Justiz Ihrer Empfehlung entsprechend verständigt wurde.‘ Diese Formulierung soll offensichtlich die trotz unseres Widerspruchs in den mündlichen Erklärungen des BMWi stets aufrechterhaltene Auffassung unterstreichen, das AA sei für die Regelung des Falles Smith/Lumborg zuständig.“ Auch in der Frage, „ob dem BMWi die Reaktion der amerikanischen Botschaft im Falle des der deutschen Strafverfolgung entzogenen Botschaftsangehörigen Smith als ausreichend erscheine“, reagiere das BMWi ausweichend. Bei der amerikanischen Botschaft habe das Auswärtige Amt informell angefragt, „ob ‚Smith denn noch im Lande‘ sei. Damit sollten wir die Angelegenheit auf sich beruhen lassen.“ Zu der Aufzeichnung vermerkte Staatssekretär Lautenschlager am 9. Dezember 1983 handschriftlich: „BM möchte noch einmal Anfang Jan[uar] darauf angesprochen werden. W[ieder]V[orlage] 10.1.“ Vgl. VS-Bd. 10914 (421); B 150, Aktenkopien 1983.

280

**Ministerialdirigent Schauer
an Bundesminister Genscher, z.Z. New York**

201-363.31 HLG-3394/83 geheim
Fernschreiben Nr. 618
Citissime

Aufgabe: 27. September 1983, 15.32 Uhr¹

Für Herrn Bundesminister² mit der Bitte um möglichst baldige Zustimmung zu anliegender Vorlage des BMVg

Betr.: Untersuchungen der High Level Group (HLG) über Umfang, Art und Zusammensetzung von Nuklearwaffen in Europa

1) In der Sitzung am 5.10.1983 in Brüssel wird die HLG die Ergebnisse ihrer Untersuchungen über Umfang, Art und Zusammensetzung von Nuklearwaffen in Europa finalisieren. Damit wird die Voraussetzung für die endgültige Annahme und Verabschiedung der Ergebnisse durch die Verteidigungsminister auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe am 27./28.10.1983 in Kanada³ geschaffen.

Für die Sitzung der HLG am 5.10. benötigt die deutsche Delegation eine abgestimmte Position der Bundesregierung.

2) Das BMVg hat anliegende, von BM Wörner gebilligte Vorlage zum Ergebnis der HLG-Untersuchungen mit der Bitte übersandt, Ihre Zustimmung möglichst bald herbeizuführen. Die Vorlage soll bis spätestens 30.9. dem Bundeskanzler vorliegen und dessen Billigung rechtzeitig vor der HLG-Sitzung am 5.10.83 herbeigeführt werden.

3) Da eine Einberufung des BSR vor dem 5.10. nicht möglich ist, hat das BK-Amt entschieden, die Zustimmung der Bundesregierung zum Ergebnis der HLG-Untersuchungen auf der Grundlage einer zwischen AA und BMVg abgestimmten Vorlage durch den Bundeskanzler herbeizuführen.

4) An den HLG-Untersuchungen war neben dem BMVg auch das Auswärtige Amt laufend beteiligt. Das Ergebnis trägt unseren sicherheitspolitischen Interessen Rechnung.

¹ Der Drahterlaß wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann, z.Z. New York, am 27. September 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

² Hat Bundesminister Genscher, z.Z. New York, am 30. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[u]st[im]mun[g].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z.Z. New York, am 30. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zustimmung; BM bittet aber, vor St[ellun]g[n]ahme an BMVg noch Bo[tschafter] Ruth zu befassen. Falls er Bedenken hat, bitte erneut BM befassen. Tel[efonisch] an AA MB durchgegeben.“

³ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Montebello vgl. Dok. 320.

Es wird empfohlen, der Vorlage des BMVg zuzustimmen. DE hat StS⁴ vorgelegen.⁵

[gez.] Schauer

Folgt Anlage

Vorlage zum Abschluß der Untersuchungen der High Level Group (HLG) über Umfang, Art und Zusammensetzung des Nuklearpotentials der NATO in Europa
Zweck der Vorlage

1) Herbeiführung der Zustimmung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der HLG-Untersuchungen.

Sachstand

2) Die HLG hat am 15./16. September 1983 ihre Untersuchungen abgeschlossen. Es wurde vereinbart, die HLG-Studie⁶ und den Bericht der HLG an die NPG-Minister am 5. Oktober 1983 im Rahmen der HLG zu verabschieden, um damit die Voraussetzung für ihre endgültige Annahme und Verabschiedung durch die Verteidigungsminister der Allianz im Rahmen der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 27./28. Oktober 1983 in Kanada zu schaffen.

3) Schon bei der Beschlußfassung des NATO-Doppelbeschlusses erteilten die Minister der Allianz der HLG den Auftrag, die genaue Art, den Umfang und notwendige Anpassungen des nuklearen Potentials der NATO in Europa als ganzes zu untersuchen und Vorschläge für den künftigen Umfang und die Zusammensetzung des nuklearen Potentials zu entwickeln.⁷

Die Arbeit der HLG vollzog sich in drei Phasen:

(1) Untersuchungen über die Notwendigkeit und den Umfang von nuklearer Luftabwehr, einschließlich konventioneller Alternativen.

(2) Untersuchungen über die Notwendigkeit und den Umfang von nuklearen Sprengladungen (Atomic Demolition Munitions – ADM).

(3) Untersuchungen über die Notwendigkeit von nuklearen Kurzstreckenwaffen und Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite und deren erforderlichen Umfang.⁸

4) Ergebnisse

a) Umfang

– Der Umfang des nuklearen Potentials in Europa kann um eine beträchtliche Zahl an nuklearen Gefechtsköpfen reduziert werden.

⁴ Berndt von Staden.

⁵ Mit Schreiben vom 4. Oktober 1983 stimmte Bundeskanzler Kohl der gemeinsamen Beschlußvorlage des Bundesministeriums der Verteidigung und des Auswärtigen Amts zu. Vgl. dazu Dok. 342.

⁶ Für den „Final High Level Group Report to the NPG Ministers“ vom 5. Oktober 1983, der NATO-Generalsekretär Luns am 7. Oktober 1983 zugeleitet wurde, vgl. VS-Bd. 12037 (201).

⁷ Vgl. dazu Ziffer 7 des Kommuniqués der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 122. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 36.

⁸ Zur SRINF/SNF-Studie der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe vgl. Dok. 125.

- Die Reduzierungen sollen im Zeitraum 1983–1988 vorgenommen werden mit der Festlegung von Einzelheiten durch SACEUR.

- Der reduzierte Umfang soll für einen längeren Zeitraum gelten.

b) Forderungen nach kurzfristigen Verbesserungsmaßnahmen beim jetzt existierenden Potential:

- Hier wird eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die vom Austausch von veralteten Gefechtsköpfen durch moderne über Verbesserung der Überlebensfähigkeit und Sicherheit nuklearer Lager bis hin zu Verbesserungen bei Führung und Zielaufklärung reichen.

- Wichtige Beispiele:

- Fortführung des laufenden Austausches von nuklearen Bomben.
- Austausch von Gefechtsköpfen für nukleare Artillerie. (Hierbei hat sich die HLG auf die Formel „acceptable for deployment in Europe“ geeinigt, was bedeutet, daß es sich nicht um „Neutronengefechtsköpfe“ handelt.)
- Verbesserung der Überlebensfähigkeit von Flugzeugen und deren Bewaffnung durch Maßnahmen zur Verbesserung der Fernmelde- und Warn-einrichtungen und Maßnahmen zur Auflockerung.

c) Überlegungen zu langfristig notwendigen Modernisierungsmaßnahmen

Wichtige Beispiele:

- Entwicklung eines Nachfolgesystems für Lance mit größerer Reichweite,
- Entwicklung eines Nachfolgesystems für Pershing Ia,
- Entwicklung einer „stand-off air-to-surface-missile“ als Ersatz für nukleare Bomben.

d) Bekanntgabe des Ergebnisses in der Öffentlichkeit

Es ist geplant, bis zur NPG folgende Papiere zu erarbeiten und in der Allianz abzustimmen:

- ein entsprechender Abschnitt im üblichen Kommuniqué der NPG,
- eine separate Erklärung der NATO,
- eine Zusammenstellung von zu erwartenden Fragen und deren Beantwortung.

Bewertung

5) Mit den in der Anlage beigelegten Papieren konnten die seit etwa 1 1/2 Jahren laufenden Untersuchungen der HLG abgeschlossen werden (nicht beigelegt, da Ihnen Inhalt aus letzter HLG-Vorlage bekannt).

Während dieser Zeit ist es gelungen, die teilweise recht unterschiedlichen Auffassungen der USA einerseits und der Europäer andererseits, aber auch die unterschiedlichen Positionen und Interessen, wie beispielsweise der Niederlande und SACEURs, anzugleichen und eine für alle Delegationen annehmbare Linie zu finden.

6) Die deutsche Delegation hat die Untersuchungen auf der Grundlage folgender Leitlinie maßgeblich mitgestaltet:

- Einbringen deutscher politisch-strategischer Vorstellungen über die Rolle von

Nuklearwaffen, insbesondere politisch-strategische Gewichtung⁹ und Einordnung von nuklearen Optionen und Systemen (Schwerpunkt nicht auf dem Gefechtsfeld),

- Anstreben von Reduktionen im Bereich von Gefechtsfeldwaffen,
- grundsätzliches Akzeptieren von Modernisierungserfordernissen, aber Verhindern der Ankündigung konkreter Rüstungsprogramme im Herbst dieses Jahres,
- Anstreben einer für die Öffentlichkeit verwertbaren Erklärung.

7) Nach übereinstimmender Auffassung im BMVg und AA stellen die (nicht) beigefügten Papiere (besonders der Bericht an die NPG-Minister) in ausgewogener und überzeugender Weise

- den notwendigen Minimalumfang des Nuklearpotentials in Europa,
- die Stärken und Schwächen der vorhandenen Systeme und Gefechtsköpfe mit Vorschlägen für kurzfristig mögliche Verbesserungen
- und langfristig notwendig werdende Modernisierungserfordernisse

dar.

8) Es ist uns gelungen, unsere Strategieverständnis an verschiedenen Stellen in die Papiere einzubringen und damit für die Weiterentwicklung des strategischen Denkens und von politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen richtungweisende Aussagen festzuschreiben.

9) Insgesamt gesehen stellen die vorliegenden Ergebnisse einen guten und tragfähigen Kompromiß dar, sie stehen im Einklang mit der oben dargestellten Leitlinie.

10) Trotz der Zustimmung aller Delegationsleiter (Fußnote 1¹⁰) während der letzten HLG-Sitzung am 16. September 1983 in Bergen könnte, ähnlich wie beim NATO-Doppelbeschluß oder bei den letzten HLG-Studien des Jahres 1981¹¹, die niederländische Regierung in letzter Minute einen Vorbehalt einbringen.

Dies könnte deshalb geschehen, weil die Niederlande die von ihnen angestrebte Abschaffung ihrer nuklearen Artillerie auf der Grundlage des HLG-Berichts nicht rechtfertigen können.

¹²Im Gegenteil stellt die HLG das Prinzip der möglichst breiten Beteiligung an nuklearen Lasten und Risiken als politisch besonders wichtig heraus.

Daneben könnten nachträgliche Vorbehalte von SACEUR kommen, vor allem aus einem vermutlichen Mißbehagen darüber, daß ein „politisches“ Gremium wie die HLG in dem vermeintlich „militärischen“ Gebiet der Untersuchungen über Nuklearwaffen die Vorhand hatte.

⁹ Korrigiert aus: „Wichtung“.

¹⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Mit Ausnahme Griechenlands. Der Vertreter brachte die übliche griechische Fußnote ein.“

¹¹ Zu den Studien „Threat Assessment“ und „NATO's Theater Nuclear Forces Functional Requirements“ vom September 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 260.

¹² Beginn des mit Drahterlaß Nr. 619 übermittelten zweiten Teil des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Es gilt daher, die nächsten Wochen dazu zu nutzen, besonders auf die Niederlande einzuwirken.

Eine erste Gelegenheit dazu bietet der Besuch des niederländischen Verteidigungsministers¹³ im BMVg am 29. September 1983.

11) Eine politisch wirkungsvolle Verwertung der Ergebnisse der HLG-Untersuchungen erscheint dann erheblich gefährdet, wenn sich die schon erfolgten Spekulationen über „überflüssige“ oder „obsolete“ Nuklearwaffen in Europa wiederholen oder mehren sollten.

Aus diesem Grunde hat die HLG strikte Vertraulichkeit über den ins Auge gefaßten Reduzierungsumfang vereinbart. Die entsprechenden Zahlen sollen erst am Vorabend der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 27./28. Oktober 1983 in die Papiere eingetragen werden.

Auch innerhalb der Bundesregierung sollte der informierte Personenkreis sehr begrenzt sein. Deshalb sind auch in den beigelegten Papieren keine Zahlen enthalten.

Das zuständige Referat im Bundeskanzleramt (Gruppe 23) verfügt über die zu ihrer persönlichen Unterrichtung notwendigen Hintergrundinformation.

Empfehlung

12) Es wird empfohlen,

- die Vorlage und den in der Anlage 1 enthaltenen Bericht der HLG¹⁴ zur Kenntnis zu nehmen,
- die mit dem AA abgestimmte Bewertung zu billigen und den Ergebnissen der HLG-Untersuchungen zuzustimmen.¹⁵

VS-Bd. 14119 (010)

¹³ Jacob de Ruiter.

¹⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 6

¹⁵ Über die Sitzung der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 5. Oktober 1983 in Brüssel vermerkte Ministerialdirigent Schauer am 6. Oktober 1983 für Bundesminister Genscher: „Der Bericht, den die HLG der NPG zu erstatten hat und der im Entwurf von Ihnen und dem Bundeskanzler genehmigt war, erfuhr bei der Schlußredaktion einige Änderungen, die sämtlich von uns akzeptiert werden konnten. Sie stammten vorwiegend von den Niederländern und gehen in Richtung einer baldigen Lösung der Probleme, die bei der nuklearen Artillerie (z. B. Zielgenauigkeit) bestehen. Sie lagen somit auch auf der Linie der Ausführungen des Bundeskanzlers in seinem Genehmigungsschreiben an Bundesminister Wörner, von dem Ihnen ein Durchdruck zugegangen ist. Der Bericht hat nunmehr die Zustimmung der HLG gefunden.“ Vgl. VS-Bd. 12057 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

281

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York,
an das Auswärtige Amt**

114-20097/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1952

Aufgabe: 27. September 1983, 22.30 Uhr¹
Ankunft: 28. September 1983, 04.04 Uhr

Betr.: Frühstück der vier Außenminister am 27.9.83²

1) Themen

Minister behandelten vor allem das Thema „Ost-West-Beziehungen nach dem Flugzeugabschuß“³ und kurz die Themen Namibia, iranisch-irakischer Krieg, Libanon und Beziehungen zwischen den USA und der EG auf dem Agrargebiet. Im folgenden werden nur die Ost-West-Beziehungen behandelt. Für die übrigen Themen folgt weiterer Bericht.

2) Zusammenfassung Ost-West-Beziehungen

Shultz stellte fest, amerikanische Strategie gegenüber der SU habe sich durch den Flugzeugabschuß nicht verändert. Allerdings sei Inhalt und Ton des Treffens in Madrid⁴ und der Fahrplan der beabsichtigten weiteren Treffen mit Gromyko durch dieses Ereignis verändert bzw. verzögert worden. Anregung des Bundesministers, KAE auf Ministerebene zu beginnen⁵, nahm Shultz mit großer Zurückhaltung auf: Im Januar werde er von Washington kaum abkömmlich sein (State of the Union Message⁶, Budget, vielleicht Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in den USA⁷). BM plädierte dafür, die Option offenzuhalten, aber nicht öffentlich darüber zu sprechen. Er wurde von Cheysson unterstützt.

Sowjets haben sich – so Shultz – auf amerikanische neue Verhandlungsvorschläge zu INF⁸ am Verhandlungstisch noch nicht wirklich geäußert. (Burt dazu in Direktorenbesprechung am Vortag⁹: Erste Reaktion der Sowjets in Genf sei positiver gewesen als die in der Öffentlichkeit.)

¹ Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19 und 23.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 28. September 1983 vorgelegen.

² Anlässlich der am 26. September 1983 eröffneten VN-Generalversammlung hielt sich Bundesminister Genscher vom 26. bis 30. September 1983 in New York auf. Vgl. dazu Dok. 286.

³ Zum Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁴ Das Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz fand vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid statt.

⁵ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan zur Lage der Nation am 25. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 87–94.

⁷ Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 7. bis 16. Januar 1984 in den USA auf.

⁸ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

⁹ Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York, informierte am 29. September 1983: „Die vier politischen Direktoren setzten ihre Diskussion, die am 26.9. aus Zeitgründen nicht abgeschlossen werden konnte, am 28.9. während eines Arbeitslunches fort. Erörtert wurden: Polen, sowjetische Reaktion auf

Zum Flugzeugabschuß erklärte Shultz, militärische Effizienz bei der Verfolgung der Maschine sei alles andere als beeindruckend gewesen.

Übereinstimmung der vier Minister, daß nun Aktion in ICAO mit Energie verfolgt werden müsse. Gedanke, die zweiwöchige Flugsuspendierung¹⁰ zu verlängern (die von Burt im vorbereitenden Direktorengespräch zur Diskussion gestellt worden war), wurde auch von Shultz, d. h. einstimmig, verworfen.

BM brachte wahrscheinliche sowjetische Reaktionen auf Dislozierung und westliche Antworten darauf zur Sprache.

3) Im einzelnen

Auf Frage von Cheysson erklärte Shultz, Sowjets hätten am Verhandlungstisch noch keine eigentliche Antwort auf die neuen amerikanischen INF-Vorschläge gegeben. Was den Flugzeugabschuß angehe, so müßten wir versuchen, aus dem sowjetischen Verhalten mehr über sowjetische interne Entscheidungsprozesse zu lernen.

Howe meinte, es komme nun darauf an, die Kommunikationskanäle zur SU offenzuhalten.

Shultz führte daraufhin folgendes aus:

Die weitere Strategie gegenüber der SU sei eingehend in der Administration diskutiert und mit dem Präsidenten besprochen worden. Die amerikanische Strategie werde durch den Flugzeugabschuß nicht verändert. Die USA sähen sich durch den Vorfall in der Einschätzung des sowjetischen Systems bestätigt. Das Bündnis müsse stark bleiben. Die amerikanische Seite werde die Beziehungen zur SU mit Vernunft weiterführen. Aus diesem Grund habe er sich mit Gromyko in Madrid getroffen.¹¹ Die Amerikaner hätten kein Treffen mit Gromyko abgelehnt, auch das Treffen in New York¹² nicht, obwohl es in dieser Atmosphäre wahrscheinlich auch nicht viel mehr gebracht hätte als das Treffen in Madrid. Der Präsident sei entschlossen, auf besonnener Linie zu bleiben und Vorschläge zu machen, wo immer die Chance bestehe, daß sie weiterführten.

Was die Behandlung der Flugzeugaffäre angehe, so hätte sich die sowjetische Verfolgung des Flugzeugs als militärisch nicht sehr beeindruckend herausgestellt. Außerdem habe der Vorgang die Starrheit des Systems erwiesen. Offenbar sei die größte Sorge der militärischen Kommandostellen gewesen, das Flugzeug könne den sowjetischen Flugraum verlassen. Die amerikanische Seite wisse nicht, auf welcher Ebene die Entscheidung zum Abschuß gefallen sei.

Wenn die Sowjets die koreanische Maschine für ein Spionage-Flugzeug¹³ gehalten und deshalb abgeschossen hätten, bliebe es dennoch beunruhigend, daß sie keine Verbindung zu Washington aufgenommen hätten („hotline“). Offenbar

Fortsetzung Fußnote von Seite 1413

Dislozierung (im Anschluß an Vierer-AM-Frühstück vom 27.9.), START, KAE, Spanien/NATO.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1976; VS-Bd. 12952 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Zur Suspendierung des Luftverkehrs mit der UdSSR vgl. Dok. 264, Anm. 20.

¹¹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko am 8. September 1983 vgl. Dok. 262, Anm. 11.

¹² Zur Absage der Reise des sowjetischen Außenministers Gromyko zur VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 273, Anm. 8.

¹³ Zur sowjetischen Darstellung des Abschusses eines südkoreanischen Passagierflugzeugs vgl. Dok. 262, Anm. 7.

sei der Abschluß tatsächlich nicht auf politischer Ebene entschieden worden. Gromyko habe aber dann in Madrid die rigide Position verteidigen müssen. Seitdem habe sich die sowjetische Haltung abgeschwächt.

BM äußerte sich wie folgt: Der Vorgang des Flugzeugabschusses habe unsere Ansicht über das sowjetische System nicht verändert. Interessant sei das Verhalten der SU nach dem Abschluß. Es bestätige, wie stark der Einfluß der Roten Armee sei. Die Haltung der SU nach dem Ereignis sei durch Unsicherheit gekennzeichnet gewesen, auch in der Präsentation. Die politische Führung habe sich, zumindest zu Beginn, nicht in der Lage gesehen, eine Darstellung zu geben, welche die Autorität der Roten Armee herabgesetzt hätte. Die Rote Armee sei also ein großer Machtfaktor in der SU. Diese Feststellung sei auch wichtig für das zweite Thema, das heute morgen zu behandeln sei, nämlich die Genfer Verhandlungen. Die neuen amerikanischen Vorschläge, die jetzt auf dem Tisch lägen, würden für Moskau schwierige Fragen auf. Das gelte für die Einbeziehung von Flugzeugen in die INF-Verhandlungen, für die Frage der regionalen Obergrenze unter der globalen Obergrenze und auch für das Prinzip der Reduzierung beider Waffensysteme (CM und PII). Wer jetzt in Moskau sage, diese Vorschläge seien nicht verhandlungsfähig, verzichte auf die Vorteile, die auch für die SU in ihrer Verhandlung liegen könnten. Am Ende werde die sowjetische Reaktion von der sowjetischen Beurteilung abhängen, ob wir bei starrer SU-Haltung am Jahresende mit der Stationierung beginnen oder nicht. Deshalb müßten wir unsere Entschlossenheit gerade in diesen Tagen noch einmal sehr klarmachen, damit die SU die neuen Vorschläge ernsthaft studiere. Der Westen habe einen bedeutenden Schritt gemacht. Dieser Schritt sei nicht nur hilfreich für unsere öffentliche Meinung, sondern auch deshalb, weil wir nun sehen würden, ob auf sowjetischer Seite der ernsthafte Wille vorhanden sei, zu einem konkreten Ergebnis zu gelangen.

Cheysson meinte zum Flugzeugabschuß, den die Sowjets inzwischen zwar zugegeben hätten, Moskau bestehe weiter auf dem Recht, Flugzeuge abzuschießen, wenn sie in den SU-Luftraum eindringen. Die örtlichen Kommandanten hätten offenbar entsprechende Order. Das sage viel über das System aus. Deshalb sei es so wichtig, in der ICAO auf konkrete Veränderungen zu drängen, welche die Sowjets dazu veranlassen müßten, ihr Gesetz von 1982 zu ändern. Im übrigen habe ihn überrascht, was Shultz über die wenig effiziente militärische Leistung bei der Flugzeugverfolgung gesagt habe.

Shultz griff hier ein, er wolle das nicht überbetonen, aber auch im Libanon habe man erlebt, daß die sowjetische Ausrüstung einen niedrigeren als den von der amerikanischen Seite erwarteten Stand habe.

Cheysson stellte die Frage, wie der Flugzeugabschuß auf die Friedensbewegung, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, wirken werde.

BM erklärte, er habe den Eindruck, der Herbst werde nicht so heiß werden, wie von manchen prophezeit sei. Der soeben beendete Wahlkampf habe dafür Anzeichen geliefert.¹⁴ In einem Gebiet mit sehr aktiven Gruppen der Friedens-

¹⁴ Am 25. September 1983 fanden in Hessen Wahlen zum Landtag und in Bremen zur Bürgerschaft statt.

bewegungen (Rhein/Main) seien auch die Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen störungsfrei verlaufen. Wir rechneten allerdings mit einer großen Demonstration in Bonn mit bis zu 400 000 Teilnehmern, von der er allerdings glaube, daß sie friedlich verlaufen werde. Es sei zu überlegen, ob man nicht zu einer Gegendemonstration aufrufe, die dann allerdings nicht weniger Menschen auf die Beine bringen dürfe.

Howe äußerte sich zur Lage in GB: Der Flugzeugabschuß und die besonnene westliche Reaktion wirke sich positiv aus.

Shultz warf ein, man treffe allerdings in den USA auch auf das Argument, es müsse wohl etwas an den sowjetischen Behauptungen über den Spionageauftrag der Maschine sein, weil der Westen so verhältnismäßig ruhig reagiere.

Howe fuhr fort, er glaube nicht, daß man die Frage der Verlängerung der 15tägigen Flugsuspendierung wieder aufnehmen sollte. Er sage dies, nachdem sich BM Genscher und er selbst in Madrid sehr für diesen Kompromiß eingesetzt hätten.¹⁵

Shultz stimmte dieser Beurteilung zu: Wichtig sei es jetzt, daß man in der ICAO zu Ergebnissen komme. Wir sollten auf keinen Fall einen Familienkrach über die Verlängerung der Suspendierung hervorrufen. In der ICAO allerdings müsse man die Sowjets sehr unter Druck setzen. Wenn sie bei den konstruktiven Vorschlägen nicht mitmachen, müsse man „öffentlich dramatisieren“.

Howe fügte hinzu, er halte Maßnahmen in anderen internationalen Organisationen eher für kontraproduktiv. Alles komme auf einen durchschlagenden Erfolg in der ICAO an.

Shultz bemerkte, die Übergabe von Wrackteilen durch die SU an die USA und Japan habe die Koreaner verstimmt. Die SU habe die Koreaner nicht dabei haben wollen. Die USA hätten für Korea mithandeln müssen. Es komme darauf an, den frustrierten Koreanern psychologisch zu helfen.

BM warf die Frage nach den zu erwartenden sowjetischen Reaktionen nach einer Dislozierung auf. Er sehe drei Arten:

Erstens die schon angekündigte Stationierung von Kurzstreckenwaffen in Osteuropa. Wir seien uns alle einig, daß diese Maßnahme ohnehin in Aussicht genommen gewesen sei. Jetzt müsse die westliche Dislozierung als Begründung erhalten. Bisher sei die Stationierung in zwei Staaten auf östlicher Seite vorgesehen, nämlich in der DDR und ČSSR. Rumänien habe klar „Nein“ gesagt.¹⁶ Jaruzelski habe die Antwort gegeben, er wäre bereit zu stationieren, bitte aber um Verständnis dafür, daß die Umstände in Polen im Augenblick nicht so seien, daß eine Stationierung möglich wäre. Kádár und Schiwkow hätten sich zurückhaltend geäußert, ohne direkt „Nein“ zu sagen.¹⁷ Er, der BM, nehme an,

¹⁵ Vgl. dazu das Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 8. September 1983 in Madrid; Dok. 258.
Vgl. dazu ferner das Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am selben Tag und Ort; Dok. 264.

¹⁶ Zur rumänischen Haltung zur Stationierung von sowjetischen Nuklearsystemen vgl. Dok. 243, Anm. 5.

¹⁷ Zur bulgarischen bzw. ungarischen Haltung zu einer Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme auf ihrem Territorium vgl. Dok. 273, Anm. 19.

daß die WP-AM-Tagung Mitte Oktober¹⁸ sich mit diesem Problem befassen werde.

Die zweite Art der Reaktion sei die am Verhandlungstisch: Brechen die Sowjets die Verhandlungen ab, unterbrechen sie die Verhandlungen oder verhandeln sie weiter? Fassen sie die beiden ersten Möglichkeiten nur für INF ins Auge oder auch für START, was er persönlich nicht glaube. Wir müßten uns darüber klarwerden, wie wir uns in diesen Fällen verhalten sollten. Wir müßten auf ¹⁹jeden Fall erklären, daß wir weiter verhandeln und nicht unterbrechen und daß, falls es nach der Dislozierung zu einem Verhandlungsergebnis komme, bereits dislozierte Systeme wieder abgezogen werden würden.

Die dritte mögliche Reaktion beziehe sich auf das Ost-West-Verhältnis insgesamt. Er glaube nicht, daß die SU in diesem Bereich fundamentale Veränderungen wolle.

Um es zusammenzufassen: Er rechne sicher mit der Stationierung von Kurzstreckenwaffen in zwei WP-Staaten, und er halte es für wahrscheinlich, daß die SU die INF-Verhandlungen für eine gewisse Zeit unterbrechen werde.

Shultz: Was die Reaktion am Verhandlungstisch angehe, so hätten wir bereits klar gesagt, daß wir weiter verhandeln würden und zu einem Abbau bereits dislozierter Systeme bereit seien, wenn ein Verhandlungsergebnis nach der Dislozierung dies rechtfertige. Was die Ost-West-Beziehungen insgesamt angehe, so habe der Flugzeugabschuß den Rhythmus seiner beabsichtigten Treffen mit Gromyko gestört (Madrid, New York, möglicherweise Moskau). Er bezweifle, daß es demnächst zu einem Treffen auf AM-Ebene komme. Von den rüstungskontrollpolitischen Fragen abgesehen, hätten seine Gespräche mit Gromyko in der Vergangenheit zu den Krisenherden kaum positive Antworten der sowjetischen Seite ergeben. In Afghanistan hätten die Sowjets ihre militärischen Anstrengungen eher verstärkt. In Polen habe sich die Lage nicht verbessert. Der weitere Zufluß sowjetischer Waffen nach Kuba halte an. Einmischungen in Afrika gingen weiter. Die Rhetorik sei schrill. Auch vor dem Flugzeugabschuß sei insofern kein Aufwärtstrend sichtbar gewesen.

Cheysson: Wir haben Gromyko nach Madrid in Paris gesehen.²⁰ Bemerkenswerterweise habe er nicht den Versuch gemacht, Konfusion zu stiften oder Zweifel zu wecken. Zu den Drittstaatensystemen hätten französische und sowjetische Auffassung gegeneinander gestanden.

In der Frage des Weiterverhandelns nach einer Dislozierung solle man häufiger von dem Argument Gebrauch machen, daß auch die USA bereit gewesen seien, nach der sowjetischen Dislozierung der SS-20 zu verhandeln. Im übrigen müßten wir den größtmöglichen Nutzen aus dem Beginn der KAE ziehen. Das Vorbereitungstreffen in Helsinki²¹ beginne gerade zu einem Zeitpunkt, in dem die Dislozierung in ihr akutes Stadium trete.

¹⁸ Am 13./14. Oktober 1983 fand in Sofia eine Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Vgl. dazu das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1953 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁰ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich am 9./10. September 1983 in Paris auf.

²¹ Zum Vorbereitungstreffen für die KVAE vom 25. Oktober bis 11. November 1983 vgl. Dok. 345.

Shultz: Was den Beginn des eigentlichen KAE-Treffens in Stockholm angehe, so höre er, daß für einen Beginn auf Ministerebene geworben werde. Er wolle schon jetzt sagen, daß es für ihn sehr schwierig sein würde, in dieser Zeit nach Stockholm zu reisen. In Washington sei er dann kaum abkömmlich (State of the Union Message, Budget und vielleicht Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in Washington), Weinberger sei z. Z. in China.²² Er wolle nicht in die Lage kommen, daß der Gedanke eines KAE-Ministertreffens Momentum gewinne und dann gesagt werde, er, Shultz, weiche einem neuerlichen Treffen mit Gromyko aus. BM trat dafür ein, die Option offenzuhalten, ohne darüber zu sprechen. Cheysson schloß sich dem an.

Er stellte sodann die Frage, ob die USA damit rechneten, daß die SU nach der Dislozierung Maßnahmen gegen die USA ergreifen (mehr seegestützte Dislozierungen in der Nähe der USA oder Dislozierung von landgestützten Mittelstreckenraketen, welche die USA erreichen könnten). Shultz meinte, das sei sicher eine der sowjetischen Optionen. Eine Dislozierung in Kuba oder Nicaragua halte er für unwahrscheinlich. Sie würden einen zu großen Sturm hervorrufen. Aber die Dislozierung auf sowjetischem Gebiet, von wo man Alaska, Kalifornien und Oregon erreichen könne, sei denkbar. Im übrigen müsse man aber feststellen, daß alle Ziele in den USA durch sowjetische Interkontinental-Raketen ohnehin erreicht werden könnten.

²³Beziehungen USA–EG auf dem Agrarsektor²⁴:

Shultz leitet Thema mit Hinweis ein, daß Initiativen zu Verhandlungen EG–USA im vergangenen Dezember von ihm selbst ausgegangen seien. Zwar sei Zuständigkeit der Außenminister nicht direkt betroffen. Er wolle aber auf die potentiellen Gefahren aufmerksam machen, denn die Problematik sei schwer unter Kontrolle zu halten.

BM stimmt zu: Thema müsse außerordentlich sorgfältig unter Kontrolle gehalten werden. Es hänge unmittelbar mit Fragen der Reform der EG-Agrar- und -Finanzpolitik zusammen, die gegenwärtig mit dem Ziel beraten würden, im Dezember in Athen²⁵ zu Ergebnissen zu kommen.

BM verweist darauf, daß diese EG-Beratungen zeitlich parallel zu möglichen INF-Stationierungen verliefen, und unterstreicht, daß zusätzliche Spannungen im europäisch-amerikanischen Verhältnis auf jeden Fall vermieden werden müßten.

²² Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hielt sich vom 25. September bis 1. Oktober 1983 in der Volksrepublik China auf. Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 28. September 1983, der Besuch habe „verbessertes Klima der chinesisch-amerikanischen Beziehungen bestätigt“, was sich auch in den für 1984 in Aussicht genommenen wechselseitigen Besuchen von Präsident Reagan und Ministerpräsident Zhao Ziyang zeige. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2492; Referat 340, Bd. 133583.

²³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1954 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁴ Zur Kontroverse zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften über die Agrarpolitik vgl. Dok. 53, Anm. 17.

Referat 411 vermerkte am 16. September 1983: „Agrargespräche EG–USA haben am 23.6.1983 zu Vereinbarung geführt, gemeinsame Arbeitsgruppe einzusetzen, die Bestimmungen des GATT-Subventionskodex über die Zulässigkeit der Förderung von Agrarexporten präzisieren und bis Ende 1983 Bericht erstellen soll. [...] Neues Konfliktpotential enthalten EGK[ommission]-Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Vorschlag einer Fettsteuer und einer Begrenzung der Getreidesubstitutimporte berühren US-Exportinteressen erheblich.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131385.

²⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

Cheysson hält umfassendes Gespräch mit USA auf politischer Ebene für notwendig, sobald EG eigene Richtung bestimmt habe. Er verweist auf Faktoren, die Problematik erschweren:

- Die europäische Landwirtschaft habe sich in 20 Jahren stark verändert und produziere jetzt Überschüsse, die sie – wie andere Länder bereits seit längerer Zeit – zu exportieren suche.
- Die nach dem Krieg stark reduzierte landwirtschaftliche Bevölkerung könne nicht weiter reduziert werden, ohne soziale Spannungen zu schaffen.
- Die EG-Erweiterung²⁶ sei dringend notwendig, auch im Interesse der Erhaltung der spanischen Demokratie und der Mitgliedschaft Spaniens in der NATO, obwohl hier direkte Verbindung nicht bestehe. Erweiterung verändere das bisherige Gleichgewicht in der EG, sie werde schwierige Veränderungen notwendig machen.

Cheysson – einen Hinweis von Shultz auf die Bedeutung der Preispolitik, insbesondere im Export, aufgreifend – meint, bei wettbewerbsfähigen, d.h. Weltmarktpreisen würde sich die Problematik reduzieren lassen. Im übrigen halte Frankreich, auch wenn es prinzipielle Einwendungen habe, Quoten für letztlich unvermeidbar. Cheysson unterstreicht mit Zustimmung BMs die Notwendigkeit, mit den USA Ende dieses Jahres Gespräche auf politischer Ebene zu führen.

Shultz schließt dieses Thema mit der Bitte ab, in der EG keine fertigen Positionen zu verabschieden, die nicht mehr Gegenstand von Verhandlungen mit den USA sein könnten.

Namibia:

Shultz berichtet aus Gespräch Reagan/VN-GS²⁷, letzterer sei zufrieden gewesen damit, daß

- die Grundarrangements getroffen seien,
- es kein echtes Hindernis für eine Regelung gebe, allerdings die südafrikanische Zustimmung geknüpft sei an die Bedingung, vorher über kubanischen Truppenabzug Gewißheit zu bekommen,
- die USA sich in der Region großer Glaubwürdigkeit erfreuten. Dabei werde akzeptiert, daß sie Südafrika nicht fallenlassen würden.

Bullard ergänzt aus Gespräch Howe/VN-GS, letzterer habe die Lösungsperspektiven bei den internationalen Konfliktherden am positivsten beurteilt für Namibia.

Iran/Irak:

Nachdem Shultz sich außerordentlich besorgt über die explosive Lage geäußert hatte, gibt Cheysson mit ausdrücklicher Bitte um äußerst vertrauliche Behandlung folgende Lageeinschätzung:

²⁶ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 126, Anm. 21, und Dok. 176, Anm. 30.

²⁷ Präsident Reagan und VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar führten am 25. September 1983 in New York ein Gespräch. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1347.

Iranische Theorie des Auszehrungskrieges gegen Irak werde zunehmend von den Tatsachen überholt:

- a) Die Golfstaaten sorgten durch verschiedene Maßnahmen für steigende Erdöleinnahmen (derzeit Export ca. 300 000 Barrel/Tag über Kuwait und Saudi-Arabien, Planung einer Zweig-Pipeline zum Roten Meer für 400 000 Barrel/Tag aufgrund persönlicher Entscheidung von König Fahd – Bauzeit ca. 6 Monate).
- b) Gewährung eines Kreditrahmens von 1,5 Milliarden Dollar durch Japan.
- c) Unter aktiver Einschaltung Kuwaits und Saudi-Arabiens Aufnahme von Verhandlungen mit Syrien. Allem Anschein nach sei Assad nicht unbeweglich.

Dieses aktive Eintreten der Golfstaaten reflektiere ihre veränderte Lageeinschätzung seit dem Fehlschlag der letzten großen Militäroperation des Iran gegen Irak. Überdies sei deutlich geworden, daß auch die Ölproduktion des Iran verwundbar sei.

Falls der Arabergipfel im November²⁸ stattfinde, sei durchaus mit einer Initiative zu rechnen, die für Assad einen Erfolg darstelle. In logischer Fortentwicklung dieses Szenarios müsse Interesse daran bestehen, noch vor dem Gipfel Iran zum Abgehen von seiner starren Position zu bewegen. Die Erfolgsaussichten seien allerdings zweifelhaft.

Cheysson spricht sodann kurz – offensichtlich mit Blick auf GB – geplante Lieferung von fünf Mirages an Irak an.²⁹ Ihnen sei keine größere oder gar kriegsentscheidende Bedeutung zuzumessen, so daß enormes internationales Interesse überrasche. Es sei eindeutig: Wenn Frankreich nicht liefere, würden die Sowjets liefern. Bezeichnenderweise drängten die Golfstaaten auf Lieferung, obwohl sie die ersten Opfer der – von Iran angedrohten – Blockade der Straße von Hormuz³⁰ wären. Diese Gefahr sei also nicht zu hoch zu veranschlagen. Neben den Golfstaaten plädierten auch Jordanien und Ägypten sehr stark für die Lieferung.

Irak spiele seine Rolle insgesamt gut.

Bullard (in Vertretung von Howe) verweist auf britische Sorge vor einer extremen iranischen Reaktion und bezweifelt, daß die Golfstaaten die Lage richtig beurteilen.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14121 (010)

²⁸ Am 1./2. November 1983 fand in Doha eine Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperations-Rats und vom 7. bis 9. November 1983 die Tagung ihrer Staatsoberhäupter statt.

²⁹ Zur Lieferung von französischen Kampflugzeugen an Irak vgl. Dok. 302, Anm. 7.

³⁰ Zur Frage einer Sperrung der Straße von Hormuz vgl. Dok. 302.

282

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort**320-321.00-789/83 VS-vertraulich****28. September 1983¹**Herrn Staatssekretär²Betr.: Militärattaché-Stab der südafrikanischen Botschaft³Bezug: Telefongespräch BMVg-StS Rühl mit Staatssekretär von Staden vom 26.9.1983⁴

Vorschlag: Das Auswärtige Amt argumentiert auf der Linie:

- Zulassung neuer Militärattachés Südafrikas in Bonn widerspricht wesentlichen afrika- und VN-politischen Interessen der Bundesregierung;
- falls höherrangige politische Interessen für eine andere Haltung sprechen, sollte über folgende Gegenleistungen Südafrikas verhandelt werden:
 - ideal, aber nicht durchsetzbar: südafrikanische Zustimmung zur 435-Ausführung⁵ ohne weitere Vorbedingungen;
 - notfalls adäquat: SA⁶-Verzicht auf Visumszwang und Ausreisebehinderungen⁷;

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau und Legationsrat I. Klasse Flittner konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 30. September 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Mit Dg 32 u[nd] RL 320 bespr[oche]n (30.9.). 2) W[ieder]v[or]lage n[ach] R[ückkehr].“ Hat Lautenschlager am 5. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Staatssekretär von Staden n.R.“

Hat Staden am 17. Oktober 1983 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Angesichts der Vorgeschichte ist das Votum wohl unangreifbar. Ich trete ihm deshalb bei, obwohl dipl[omatische] Vertretungen einsch[ließl]ich Mil[itär]Att[aché]-Stäbe (siehe WP!) im Prinzip rein instrumental gesehen werden sollten.“

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 17. Oktober 1983 vorgelegen. Am 18. Oktober 1983 vermerkte er handschriftlich: „Aus Gespräch BM/Bo[tschafter] van Heerden (18.10.83): BM hat verdeutlicht, daß wir bei unserer Haltung (Auflösung des Mil.Att.-Stabes) bleiben.“ Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Gorenflos an Referat 320.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 18. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS ist unterrichtet.“

Hat Gorenflos vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Montfort verfügte.

Hat Montfort am 20. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau am 21. Oktober 1983 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13581 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zur Frage der Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs vgl. AAPD 1979, I, Dok. 136, sowie AAPD 1980, II, Dok. 233.

⁴ Staatssekretär von Staden vermerkte am 26. September 1983 handschriftlich: „Tel.: StS Rühl: Südafrika Mil[itär]Attaché Akkreditierung [eines] Stellvertreter[s] (Visums-Zwang-Aufheb[un]g als Gegenleist[un]g) – van Heerden: In Praetoria nicht durchsetzbar. – Was für Gegenleistungen könne er dann anbieten? Van Heerden: ?“ Ferner vermerkte Staden: „Dg 32, bitte mit 2 aufnehmen u. Aufzeichnung.“ Außerdem vermerkte er: „Zum Anruf stehe ich z[ur] V[erfügung].“

Der Passus „Dg 32 ... Aufzeichnung“ wurde von Ministerialdirigent Haas hervorgehoben. Dazu vermerkte er am 27. September 1983 handschriftlich: „Ich weiß nicht recht, wann es geht.“ Vgl. VS-Bd. 13581 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 56, Anm. 8.

⁶ Südafrika.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau vermerkte am 9. Dezember 1982, die Bundesregierung

- nicht adäquat, aber immerhin wünschenswert: SA-Zulassung ständiger Präsenz von Vertretern unserer politischen Stiftungen.

Begründung:

1) Wir haben bisher die Entsendung eigener Militärattachés nach Südafrika weder für politisch vertretbar noch für fachlich vordringlich gehalten.⁸

Bundesminister hat AM Pik Botha am 29.11.1979 bei dessen Bonn-Besuch deutlich zu verstehen gegeben, daß wir zur Akkreditierung neuen südafrikanischen MilAtt⁹-Personals in Bonn nicht mehr bereit seien und die alsbaldige stille Auflösung des südafrikanischen MilAtt-Stabes in Bonn erwarteten.¹⁰

Pretoria hat seinen MilAtt-Stab daraufhin zwar ausgedünnt, dessen Leiter, Flottillenadmiral Bitzker, für den schon 1978 ein Nachfolger hatte bestellt werden sollen, jedoch bis heute in Bonn belassen.

Mit dem BMVg bestand damals Einverständnis, daß die einseitige Präsenz eines MilAtt in Bonn als „Indiz“ für die immer wieder behauptete militärische Zusammenarbeit mit Südafrika außenpolitisch schädlich ist und dieser Nachteil in keinem angemessenen Verhältnis zu einem etwaigen Interesse unsererseits an Informationskontakten steht.

2) An dieser Interessenlage hat sich nichts geändert.¹¹ Die Zulassung eines Stellvertreters für Admiral Bitzker, die den schwarzafrikanischen Regierungen und bei den Vereinten Nationen in kürzester Frist bekannt werden würde, müßte international als eine bewußte Aufwertung unserer bilateralen Beziehungen zu Südafrika durch die Bundesregierung ausgerechnet auf einem Gebiet bewertet werden, wo wir mehrmals jährlich in öffentlichen Erklärungen das Bestehen jeglicher Zusammenarbeit verneinen. Es handelt sich zudem um einen Bereich, der auch bei weitestgehender Auslegung nicht als Bestandteil unseres auf friedlichen Wandel im südlichen Afrika zielenden „kritischen Dialogs“ dargestellt werden kann.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1421

betrachte „den Zustand einseitiger Sichtvermerkpflcht für Deutsche bei der Einreise nach Südafrika als unbefriedigend, und dies um so mehr, als die südafrikanische Regierung in einer langen Reihe von Fällen die Verweigerung von Einreisevisen als Instrument politischer Zensur eingesetzt hat. Da mit einer Aufhebung der südafrikanischen Sichtvermerkpflcht gegenüber Deutschen auch auf längere Sicht nicht zu rechnen ist, hat Abteilung 3 schon bei früheren Gelegenheiten die Einführung des Sichtvermerkzwangs gegenüber Südafrikanern zur Wiederherstellung der Gegenseitigkeit vorgeschlagen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138157.

⁸ Ministerialdirigent Haas vermerkte am 12. Dezember 1983: „Einen deutschen Verteidigungsattaché in Pretoria hat es – jedenfalls seit dem II. Weltkrieg – niemals gegeben.“ Seitens der NATO-Mitgliedstaaten würden Frankreich, Großbritannien, Portugal und die USA Militärattachés in Pretoria unterhalten. Vgl. Referat 320, Bd. 138146.

⁹ Militärattaché.

¹⁰ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha vgl. AAPD 1979, II, Dok. 355.

¹¹ Das Bundesministerium der Verteidigung notierte am 31. August 1983, der seit 1976 in Bonn akkreditierte südafrikanische Militärattaché Bitzker amtierte seit zweieinhalb Jahren als Doyen der ausländischen Militärattachés. Da das Doyenamnt sich nach dem Senioritätsprinzip gemäß dem Notifizierungsdatum orientiere, hätten die „NATO-Plus-Militärattachés“ [...] die Konstellation, daß Fl[ottillen]Ad[miral] Bitzker, Südafrika, verlängerte, als glücklich empfunden, weil sonst der sowjetische V[erteidigung]sAtt[aché], G[eneral]M[ajor] Knyrkow, Doyen geworden wäre“. Nun zeichne sich ab, daß der amerikanische Verteidigungsattaché Gibson ab 6. Oktober 1983 das Doyenamnt übernehmen könne. Vgl. Referat 320, Bd. 138151.

Nach unseren klaren Äußerungen zur MilAtt-Frage von 1979 würde eine positive Reaktion auf den jetzigen südafrikanischen Vorstoß schließlich im Widerspruch zum Leitgedanken der Kontinuität unserer Afrikapolitik stehen, wie ihn der Bundesminister gegenüber allen afrikanischen Gesprächspartnern der letzten zwölf Monate dargelegt hat und wie er auch in der beabsichtigten Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion¹² zum Ausdruck kommt.

Die SPD-Fraktion (AK Südliches Afrika) hatte zuletzt im März 1982 in einem Fragenkatalog an Staatsminister Corterier die erwartete Auflösung des südafrikanischen Militärstabes angesprochen.¹³

3) Falls dennoch die Neuzulassung eines stellvertretenden Leiters des SA-MilAtt-Stabes ins Auge gefaßt werden sollte, so könnte eine Gegenleistung von politisch vergleichbarem Gewicht in erster Linie im Namibia-Zusammenhang von Südafrika erbracht werden, da die Unabhängigkeit gemäß SR 435 für uns vorrangiges Thema auch in den bilateralen Kontakten zu Pretoria ist.

Faktisch sind jedoch beim gegenwärtigen Verhandlungsstand, der durch Stagnation wegen des Kubanerjunktims gekennzeichnet ist, weder wir noch die KG, sondern allein die USA mit Pretoria operativ „im Geschäft“.

4) Als notfalls auch noch äquivalente Gegenleistung ist die Aufhebung des südafrikanischen Visumzwangs genannt worden. Als untrennbar hiermit verbunden müßte hinzukommen der verbindliche Verzicht, den Besuch von südafrikanischen Persönlichkeiten bei uns durch Paßentzug oder Verweigerung der Ausreisegenehmigung zu verhindern. Es ist enttäuschend, wenn Botschafter van Heerden ein solches Anliegen von vornherein als in Pretoria nicht durchsetzbar einstuft, da insofern blockierende Kräfte in Südafrika dieselben Militär- und Sicherheitsbehörden sind, die auch am Ausbau des MilAtt-Stabs interessiert sind.

5) Ein der uns zugemuteten Konzession bei weitem nicht ebenbürtiger, aber doch wünschenswerter Beitrag Südafrikas wäre die Zulassung von Vertretern der politischen Stiftungen. Pretoria hat erste Aktivitäten von KAS¹⁴ und FES¹⁵ nur zögernd und mißtrauisch geduldet und sträubt sich gegen einen längerfristigen Aufenthalt von Stiftungsvertretern in Südafrika.

KAS beginnt gegenwärtig mit finanzieller Förderung des BMZ mit mehreren Projekten, vorwiegend im landwirtschaftlichen und Kleingewerbe-Bereich. Hauptpartner sind die Inkatha-Bewegung von Chief Buthelezi sowie die schwar-

¹² Für die Große Anfrage „Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika“ vom 6. Juli 1983 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/230.

Für die Antwort der Bundesregierung vom 21. Dezember 1983 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 299, Drucksache Nr. 10/833.

¹³ Legationsrat I. Klasse Gröning übermittelte am 10. März 1982 Referat 320 den Fragenkatalog vom Vortag mit der Bitte um Stellungnahme. Vgl. dazu Referat 320, Bd. 138145.

Ministerialdirektor Gorenfloß legte am 18. März 1982 Staatssekretär von Staden die Stellungnahme der Abteilung 3 vor „mit der Bitte um Weiterleitung an Herrn Staatsminister Dr. Peter Corterier“. Darin hieß es, die Haltung der Bundesregierung sei unverändert, „keinen neuen Militärattaché zu akkreditieren und so zumindest auf mittlere Sicht auf eine Auflösung des Militärattaché-Stabes hinzuwirken“. Vgl. Referat 320, Bd. 128145.

¹⁴ Konrad-Adenauer-Stiftung.

¹⁵ Friedrich-Ebert-Stiftung.

ze Handelskammer-Organisation NAFCOC¹⁶. Ihr Südafrika-Experte Bossen arbeitet seit ca. zwei Jahren mit Touristenvisum in Durban, das nur auf wiederholte Interventionen von Botschaft und CDU-Politikern hin jeweils kurzfristig und jetzt „letztmalig“ bis Jahresende 1983 verlängert wurde.

FES möchte beim Aufbau der schwarzen Gewerkschaftsbewegung deutsche Erfahrungen einbringen, hat bisher jedoch nur ein einwöchiges Seminar in Südafrika abhalten können. Hinsichtlich des beabsichtigten längerfristigen (zunächst ein Jahr) Aufenthalts eines ständigen Mitarbeiters wurde FES auch nach mehrmaligen Interventionen mit der Begründung negativ beschieden, die südafrikanische Regierung wolle grundsätzlich keinerlei residierende Vertreter ausländischer Stiftungen – unabhängig von deren gesellschaftspolitischer Couleur – im Lande haben.

Eine Revision ihrer Haltung gegenüber Vertretern unserer politischen Stiftungen wäre der SA-Regierung ohne großen Gesichtsverlust möglich. Eine Zulassung des ständigen SA-Aufenthalts von Stiftungsvertretern – die natürlich ggf. auch für FNS¹⁷ und HSS¹⁸ gelten müßte – könnte zwar den afrika- und VN-politischen Schaden, den ein Ausbau des südafrikanischen MilAtt-Stabes in Bonn zwangsläufig nach sich ziehen wird, nicht aufwiegen; sie könnte jedoch nicht unerheblich dazu beitragen, daß unsere Bemühungen um friedlichen Wandel mit mehr Leben erfüllt werden.¹⁹

Montfort

VS-Bd. 13581 (320)

¹⁶ National African Federated Chamber of Commerce and Industry.

¹⁷ Friedrich-Naumann-Stiftung.

¹⁸ Hanns-Seidel-Stiftung.

¹⁹ Der südafrikanische Botschafter van Heerden legte Bundesminister Genscher am 18. Oktober 1983 dar, der südafrikanische Militärattaché Bitzker wolle aus persönlichen Gründen nach Südafrika zurückkehren. Er, van Heerden, wisse, daß die Frage, ob die Bundesregierung einen Nachfolger akzeptieren würde, „angesichts des befürchteten ‚heißen Herbstes‘ besonders heikel sei. Der Bundesminister antwortete, er habe Ende 1979 AM Botha bedeutet, daß wir einen ersatzlosen Abzug des südafrikanischen Verteidigungsattachés begrüßen würden. Wir hätten seither nicht gedrängt, doch habe sich an unserer Erwartung nichts geändert.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13581 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

283

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer**413-491.09 USA-1005/83 geheim****29. September 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Initiative des amerikanischen Präsidenten für ein neues Treffen der nuklearen Hauptlieferländer, einschließlich der Sowjetunion

Anl.: 3⁴ (VS-Vertraulich und geheim)

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu III.

I. Sachstand

(1) Am 28. Juli 1983 sandte Präsident Reagan dem Bundeskanzler das als Anlage beigefügte Schreiben⁵ zur Frage der INF-Stationierung, in das er den Vorschlag aufnahm, für die nahe Zukunft ein Treffen der nuklearen Hauptlieferländer einschließlich der Sowjetunion vorzusehen, um die amerikanischen Vorschläge für ein neues System sog. „Comprehensive Safeguards“ zu prüfen.

(Hierbei handelt es sich um die Forderung, daß alle bestehenden und zukünftigen nuklearen Anlagen eines Nicht-NV-Vertragsmitglieds⁶ den Kontrollen der IAEO unterstellt werden sollen, sobald ein Lieferland eine „erhebliche neue Lieferverpflichtung“ eingeht; bei Weigerung des Empfängers soll jede neue Zusammenarbeit ausgeschlossen sein.)

Die Antwort des Bundeskanzlers vom 31.8.1983 ist beigefügt.⁷

Anfang September hat Präsident Reagan Schreiben an neun westliche Staats- und Regierungschefs gerichtet, in denen er, unserer Anregung entsprechend, ein innerwestliches Vorbereitungstreffen der Lieferländer vorschlägt.⁸ Darüber hinaus müsse ein Weg gefunden werden, die sog. Lieferländer der zweiten Ge-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich teile die Bewertung in der Vorlage u. stimme der Linie unter Ziffer III zu.“

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 8. Oktober 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 413 verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 18. Oktober 1983 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel am 19. Oktober 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Korrigiert aus: „2“.

⁵ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 240, Anm. 20.

⁶ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

⁷ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 240, Anm. 21.

⁸ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 7. September 1983, das amerikanische Außenministerium habe auf Anfrage mitgeteilt, daß Präsident Reagan Anfang September 1983 Staatspräsident Mitterrand ein Schreiben zur Nichtverbreitungspolitik übermittelt habe, „dessen Inhalt im wesentlichen dem Schreiben an den Bundeskanzler vom 28.7.1983 entsprochen habe. [...] Gleichlautende Schreiben seien ferner an die Regierungschefs von B, CDN, CH, I, JAN, NL, S und VK gerichtet worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3937; Referat 431, Bd. 129425.

neration davon zu überzeugen, daß sie sich „festen Normen für ihre Teilnahme am internationalen Nuklearhandel anschließen“. Unter Lieferländern der zweiten Generation sind u. a. zu verstehen: Argentinien, Brasilien, China, Indien und Spanien.

(2) Zwei Wochen vor Abgang des Schreibens des Bundeskanzlers hatten Sie Außenminister Shultz ebenfalls einen Meinungsaustausch über Fragen der nuklearen Export- und NV-Politik vorgeschlagen (siehe Anlage⁹). Eine amerikanische Antwort auf beide Briefe steht noch aus. Doch stellen wir uns darauf ein, daß sich Sonderbotschafter Kennedy in der zweiten Oktoberhälfte zu einem Besuch in Bonn ansagen wird. Zur Vorbereitung auf das Gespräch wird um Zustimmung zu der unter III vorgeschlagenen deutschen Haltung im Vorfeld eines ersten Treffens der Hauptlieferländer gebeten.

II. Bewertung der amerikanischen Vorstellungen

a) Materiell

(1) Sondierungen des Auswärtigen Amts in London¹⁰, Paris¹¹, Brüssel¹² und Rom¹³ sowie die Ergebnisse einer Sitzung der Arbeitsgruppe Nichtverbreitung der EPZ Ende September¹⁴ vermittelten folgendes Meinungsbild der europäischen Länder:

⁹ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel bat am 17. August 1983 die Botschaft in Washington, „den beiliegenden Brief des Bundesministers an Außenminister Shultz mit einer Höflichkeitsübersetzung möglichst umgehend im State Department zu übergeben“. In dem Schreiben regte Genscher an, „noch in diesem Jahr die bilateralen Nuklearkonsultationen auf hoher Beamtenebene, die im vergangenen Monat im Hinblick auf eine nukleare Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China ins Auge gefaßt wurden, zu einem breiter angelegten Meinungsaustausch über alle wichtigen Fragen auf den Gebieten der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Nichtverbreitung zu nutzen, um zu möglichst nahe beieinander liegenden Auffassungen, auch in der Frage einer gemeinsamen Haltung bei Nuklearexporten zu gelangen“. Vgl. den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 129511.

¹⁰ Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 9. September 1983: „GB teilt unsere Meinung, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb westlichen Lagers besser nicht vor SU ausgebreitet werden sollten, und begrüßt es, daß USA dies jetzt offenbar auch so sehen.“ Die britische Regierung sei zur Teilnahme an einem Treffen bereit, hoffe jedoch, daß dabei nicht London Tagungsort werde: „Dritte Welt würde ohnehin in jeder Zusammenkunft westlicher Lieferländer Wiederbelebung des Londoner Clubs sehen. Wäre London Tagungsort, so wäre dieser Schluß aber ganz unausweichlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1401; Referat 431, Bd. 129425.

¹¹ Vortragender Legationsrat Dahlhoff, z. Z. Paris, berichtete am 8. September 1983, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel habe am selben Tag im französischen Außenministerium erfahren, daß die französische Seite bei den „beiden Hauptfragen (Linie der Antwort an die USA und Haltung gegenüber der Beteiligung der SU an einem Treffen der Lieferländer)“ noch keine Entscheidung getroffen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1733; Referat 431, Bd. 129425.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel, z. Z. Rom, berichtete am 9. September 1983: „B[elgien] geht davon aus, daß der amerikanische Vorschlag für ein Treffen der Hauptlieferländer zum Thema C[omprehensive]S[afe]G[uards] nicht ausgeschlagen werden könne (die Diskussion soll sich jedoch strikt auf dieses Thema beschränken). Allerdings wünscht B zuvor eine Konzertierung der interessierten MS der Gemeinschaft (UK, F, I, B, NL, D), um nach Möglichkeit zu einer gemeinsamen Haltung dieser Länder zu gelangen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1019; Referat 431, Bd. 129425.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel, z. Z. Rom, berichtete am 9. September 1983: „Die amerikanischen Vorschläge für C[omprehensive]S[afe]G[uards] sind auch in Rom eingehend geprüft worden. Dabei sei man zum Ergebnis gekommen, eine Kodifizierung und Systematisierung NV-politischer Prinzipien wie CSG seien aus pragmatischen wie politischen Gründen unakzeptabel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1018; Referat 431, Bd. 129425.

¹⁴ Über die Sitzung der Arbeitsgruppe Nichtverbreitung im Rahmen der EPZ am 23. September 1983 in Athen notierte Ministerialdirigent Ungerer am 27. September 1983, alle Teilnehmer außer Irland und Dänemark hätten Kritik an den amerikanischen Vorschlägen für „Comprehensive Safeguards“

Einem von Präsident Reagan vorgeschlagenen Treffen der Lieferländer will sich niemand entziehen. Die genannten Hauptstädte sehen wie wir das bündnispolitische Ärgernis, das durch eine mögliche innerwestliche Diskussion über „Comprehensive Safeguards“ in Anwesenheit der Sowjetunion ausgelöst werden kann, sprechen sich jedoch nicht gegen eine Beteiligung der Sowjetunion an einem Treffen der Lieferländer im Anschluß an eine innerwestliche Abstimmung aus. Alle Hauptstädte sind bereit, „Comprehensive Safeguards“ zu diskutieren, wobei Frankreich, Italien und Belgien beabsichtigen, die jüngsten US-Vorschläge abzulehnen.

(2) Alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft stimmen darin überein, daß der Anstoß zu der amerikanischen Initiative von den NV-politisch engagierten demokratischen Herausforderern der nächsten Präsidentenwahl¹⁵ geliefert wurde. Paris und wir halten ferner für wahrscheinlich, daß die Einbeziehung der Sowjetunion in die Initiative Teil umfassenderer Bemühungen der USA ist, Gegengewichte zu dem Konfrontationselement der INF-Stationierung zu schaffen.

(3) Der „mündliche Bericht“ der EPZ-Arbeitsgruppe Nichtverbreitung hielt fest, daß die Arbeitsgruppe Zweifel hinsichtlich Zeitpunkt und Methode der amerikanischen Idee habe; der Vorschlag könne, wenn er publik werde, das Klima der Dritten NV-Vertrags-Überprüfungskonferenz¹⁶ gefährden und die Abhaltung der VN-Konferenz über die friedliche Nutzung der Kernenergie (PUNE¹⁷) beschleunigen, was den Interessen der Zehn entgegenlaufe.

b) Prozedural

(1) An einem innerwestlichen Vorbereitungstreffen würden voraussichtlich sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft teilnehmen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande; außerdem Japan, Kanada, Schweden, die Schweiz und die USA. Von diesen Ländern stehen Großbritannien, Kanada, die Niederlande und Schweden dem amerikanischen Konzept der „Comprehensive Safeguards“ positiv gegenüber. Anderer Auffassung sind Belgien, Frankreich, Italien, (die Schweiz) und wir sowie tendenziell Japan.

Die Sowjetunion strebt zwar ebenfalls das Ziel von „Comprehensive Safeguards“ an, wünscht aber eine genaue Prüfung der amerikanischen Vorschläge und drängt nicht.

(2) Zur Zeit ist völlig offen, was geschieht, wenn sich die westlichen Länder bei einem Vorbereitungstreffen nicht auf eine gemeinsame Haltung einigen können. In diesem Fall müßten Entscheidungen über das von den USA gewünsch-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1426

geübt: „Kein MS hat die Meinung geäußert, die amerikanische Initiative könne Erfolg haben.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129425.

¹⁵ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁶ Die VN-Generalversammlung verabschiedete am 15. Dezember 1983 mit 135 Stimmen ohne Gegenstimme bei 7 Enthaltungen die Resolution Nr. 38/74, in der die Einsetzung eines Vorbereitungsausschusses für die für August/September 1985 vorgesehene Dritte Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags festgestellt wurde. Vgl. dazu UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXII, S. 282f. Für den deutschen Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI (1983), S. 752.

¹⁷ Zur geplanten Konferenz über die friedliche Nutzung der Kernenergie (Peaceful Use of Nuclear Energy) vgl. Dok. 240, Anm. 16.

te Treffen mit der Sowjetunion und über eine spätere Beziehung der Lieferländer der zweiten Generation getroffen werden.

Solange der amerikanische Wahlkampf dauert, werden wir den Ausweg aus diesem Dilemma nur prozedural suchen können: etwa durch Prüfungsauftrag an eine Arbeitsgruppe. Immerhin sind auch auf anderen Gebieten als „Comprehensive Safeguards“ Weiterentwicklungen der Londoner Richtlinien¹⁸ denkbar.

III. Unsere Linie in bilateralen Gesprächen mit den USA im Vorfeld eines westlichen Vorbereitungstreffens

(1) NV-politische Bonität

Wir haben Schwierigkeiten, Washingtons Bemühungen um Kodifizierung von „Comprehensive Safeguards“ mit seiner Haltung in anderen Fällen in Einklang zu bringen:

- Die Amerikaner haben Frankreich und uns vor einiger Zeit aufgefordert, Indien mit Brennelementen und Ersatzteilen für das KKW Tarapur zu beliefern.¹⁹
- Washington hat (wegen der Pflege der politischen Beziehungen) Ländern wie Brasilien und Spanien gute NV-politische Noten gegeben („no countries of concern“). Es hat sogar Exportgenehmigungen für Schweres Wasser und Teile für das KKW Atucha II in Argentinien erteilt und Brasilien gestattet, sich von seinen amerikanischen Lieferverträgen für angereichertes Uran zu lösen.
- Gleichwohl wünschen die USA, diese Länder zur Hinnahme von „Comprehensive Safeguards“ zu zwingen.

(2) Wir halten unsere Politik einer NV-politischen Einbindung unserer Empfängerländer durch Kooperation für die bessere Politik. Es war immer unsere Politik, Länder wie Argentinien und Brasilien nicht auf den Weg Indiens oder Pakistans (Aufbau eines autonomen und unkontrollierten Brennstoffkreislaufs) zu verweisen.

(3) Zum Inhalt der US-Vorschläge

Nach einheitlicher Auffassung der Zehn hat der amerikanische Vorschlag keine Aussicht, von den in Frage kommenden Nicht-NV-Mitgliedern angenommen

¹⁸ Für die auf der Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5. November 1975 in London ad referendum angenommenen Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. AAPD 1975, II, Dok. 354.

¹⁹ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 16. September 1983, die USA hätten sich im Frühjahr 1983 an die Bundesrepublik und Italien gewandt „mit der Bitte, Indien mit Ersatzteilen für das seit zwei Jahren notleidende KKW Tarapur zu versorgen“. Zur Begründung sei mitgeteilt worden, „daß es innenpolitisch nicht möglich sei, daß General Electric die Arbeiten übernehme. Da jedoch die Schäden am Kraftwerk Tarapur inzwischen eine zu hohe radioaktive Strahlung für Beschäftigte auslösen, sei aus humanitären Gründen eine Reparatur dringend geboten.“ Am 30. Juni 1983 hätten jedoch 55 Abgeordnete des amerikanischen Kongresses Präsident Reagan aufgefordert, „Indien vor die Wahl zu stellen, Tarapur stillzulegen oder auf Kernwaffen zu verzichten. Trotz dieses Schreibens wurden die regen Kontakte über die beiderseitigen Botschaften in Bonn und Washington in der Ersatzteilfrage fortgeführt. Das State Department war auch dankbar für die Erkundungsreise der K[raft]W[erke]-U[nion AG] nach Tarapur. Die Kontakte Indiens mit der KWU sind öffentlich bekannt. Wir verhandeln mit dem indischen Außenministerium über einen Notenwechsel. Der Tenor unseres Vorschlags (Endverbleibsnachweis) ist mit dem State Department abgestimmt.“ Am 12. September 1983 sei das Auswärtige Amt von der amerikanischen Botschaft vorgewarnt worden, „daß Bonn in Kürze gebeten werde, ‚to put Tarapur on hold‘.“ Vgl. Referat 431, Bd. 129487.

zu werden, da sie mit „Comprehensive Safeguards“ noch schlechter gestellt würden, als wenn sie den von ihnen wegen seiner Stringenz und „Diskriminierung“ von Nichtkernwaffenstaaten abgelehnten NV-Vertrag akzeptierten. So soll u. a. jede nukleare Anlage einer Nichtpartei des Vertrages bis zum Ende ihrer Nutzbarkeit kontrolliert werden, und die Kündigung von Vereinbarungen über „Comprehensive Safeguards“ beschränkt sich auf die Befreiung künftiger nuklearer Anlagen. Gegenleistungen (etwa beim Kernbrennstoffkreislauf) werden den Empfängerländern nicht angeboten.

(4) Die Haltung der Gemeinschaft

Die unter II. a) (3) geschilderte Gemeinschaftshaltung ist von uns mitgeprägt worden.

(5) Neue Lieferländer

Eine Beteiligung der Lieferländer der zweiten Generation wurde von uns bereits 1975 bei der Einberufung der Londoner Gruppe vertreten. Die USA möchten offenbar zunächst die Exportpolitik verschärfen und erst danach die Lieferländer der zweiten Generation an die „festen Normen“ der ersten Generation heranzuführen. Die neuen Lieferländer werden dies ablehnen. Es handelt sich also um eine NV-politische Alternative, ob man die Verstärkung der Londoner Richtlinien in Richtung auf „Comprehensive Safeguards“ für wichtiger hält oder die Einbeziehung der Lieferländer der zweiten Generation in die Gruppe.²⁰

Ungerer

Referat 431, Bd. 129425

²⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel informierte am 20. Dezember 1983, die amerikanische Botschaft habe am Vortag über den Wunsch der amerikanischen Regierung unterrichtet, das von Präsident Reagan angeregte Treffen nuklearer Lieferländer „allerdings ohne, wie ursprünglich geplant, eine Beteiligung der SU Ende Januar in einer ‚kleineren Hauptstadt‘ Europas zu veranstalten. Vorherige bilaterale Diskussionen seien nach amerikanischer Auffassung nicht notwendig. Wenn dies die Bundesregierung wünsche, sei Botschafter Kennedy jedoch bereit, Anfang Januar nach Bonn zu kommen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 8296; Referat 431, Bd. 129425.

284

**Vortragender Legationsrat Jansen an
Bundesminister Genscher, z.Z. New York**

220-371.76 INF-2131/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 30. September 1983¹

Fernschreiben Nr. 684

Citissime nachts

Bitte nur in einem Exemplar Herrn von Ploetz zur Vorlage bei BM² zustellen.

Betr.: INF;

hier: Sitzung des Unterausschusses Abrüstung des Deutschen Bundes-
tages am 28.9.1983

RL 220³ berichtet aus der Sitzung folgendes:

1) D 2A⁴ hat den Unterausschuß am 28.9.1983 über die Einzelheiten der neuen westlichen INF-Initiativen⁵ unterrichtet. Die Reaktion der SPD-Abgeordneten (insbesondere MdB Scheer und Bahr) auf die neuen Vorschläge war bemerkenswert positiv. Abgeordnete der CDU/CSU (MdB Todenhöfer, Marx) äußerten sich dagegen zurückhaltend und zum Teil kritisch, betonten aber, daß sie sich ein endgültiges Urteil noch vorbehalten.⁶

2) MdB Scheer begrüßte die Initiative und bezeichnete die Bereitschaft der USA, nicht das gesamte Mittelstreckenpotential der SU durch Stationierungen in Europa ausgleichen zu wollen, sowie das amerikanische Entgegenkommen in der Flugzeugfrage als wichtige weiterführende Schritte. Die Konzentration der INF-Diskussion auf Westeuropa und den europäischen Teil der SU sei nach Auffassung der SPD längst überfällig. Dagegen bedauerte er, daß sich die USA nicht zu einer Bewegung auch in der Drittstaatenfrage bereit gefunden hätten.

MdB Bahr sah in den neuen Vorschlägen auch Möglichkeiten für Kompensationen, um in der Drittstaatenfrage weiterzukommen. Auf der Grundlage dieser Vorschläge sei nunmehr echtes Verhandeln möglich. MdB Todenhöfer äußerte gegen die neue Initiative Bedenken und erklärte, über diese „äußerste Grenze“ hinaus könne er ein weiteres Entgegenkommen an die SU künftig nicht mehr mittragen. Von den neuen Vorschlägen seien nach seiner Auffassung Gefahren

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Ischinger konzipiert.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der VN-Generalversammlung vom 26. bis 30. September 1983 in New York auf.

³ Rüdiger Hartmann.

⁴ Friedrich Ruth.

⁵ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

⁶ Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer legte Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 20. bzw. 22. September 1983 seine Bedenken gegen den neuen amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen dar. Im zweiten Schreiben hieß es: „Ich befürchte, daß wir uns mit dem neuen Verhandlungsangebot, das in wichtigen Bereichen nur noch formal unseren bisherigen Verhandlungskriterien entspricht, auf eine abschüssige Bahn begeben haben, auf der sich in den nächsten Wochen schlecht kämpfen läßt.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124525.

für unsere Sicherheit zu befürchten. Zur Begründung führten er und MdB Marx insbesondere aus,

- das im Doppelbeschluß verankerte Gleichheitsprinzip verlange Gleichheit zwischen der SU und USA in Eurasien;
- die Reichweite und Transportabilität der SS-20 bedeuteten eine Gefahr für Westeuropa auch dann, wenn diese Systeme in Fernost stationiert seien, deshalb dürfe der Westen auf ein Gegengewicht in Westeuropa auch gegen diese Systeme nicht verzichten;
- die westliche Verhandlungsführung könne ins Rutschen geraten, wenn der Westen aufeinanderfolgend Kompromißvorschläge mache, ohne daß die SU Bereitschaft zum Eingehen auf westliche Anliegen habe erkennen lassen.

D2A ist diesen Bedenken entgegengetreten und hat dabei besonders betont, daß die Bundesregierung und das gesamte Bündnis hinter der neuen amerikanischen Initiative stünden. Außerdem hat er hervorgehoben, daß der im Doppelbeschluß verankerte Gleichheitsgrundsatz ein rüstungskontrollpolitisches Prinzip, nicht aber eine verteidigungspolitische Maxime sei. Die rüstungskontrollpolitische Gleichheit – Parität – sei durch die ausdrückliche Erklärung Präsident Reagans, daß sich die USA das Recht zu Stationierungen weiterer Mittelstreckenflugkörper außerhalb Europas vorbehielten⁷, völlig gewahrt. Verteidigungspolitische Gleichheit habe dagegen auch der Doppelbeschluß nicht vorgesehen.

3) Breiten Raum nahm die Diskussion über die Drittstaatenfrage ein, wobei die SPD-Abgeordneten auf dem bekannten Standpunkt ihrer Partei (Berücksichtigung der Drittstaatenpotentiale entweder im INF- oder im START-Rahmen) beharrten. D2A wies auf die Bedeutung hin, die konkreten Erklärungen Großbritanniens und Frankreichs über eine rüstungskontrollpolitische Perspektive für ihre Systeme zukomme, betonte aber auch, daß entsprechende Bemühungen unsererseits nicht zu einer Belastung der deutsch-britischen und deutsch-französischen Beziehungen führen dürften.

[gez.] Jansen

VS-Bd. 11356 (220)

⁷ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 26. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626.

285

Drahterlaß des Ministerialdirigenten Haas**320-320.15 MOS-792I/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 3. Oktober 1983, 18.09 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 6344 Plurez****Citissime**In Washington bitte BM unterrichten²Betr.: Sowjetisches Ersuchen an Nyerere, uns um Intervention zugunsten der in Mosambik entführten SU-Experten zu bitten³Bezug: DB 277 aus Daressalam vom 27.9.1983 – VS-v⁴DE 6287 Plurez vom 30.9.1983 – 213-322.00 MOS-2127/83 – VS-v⁵DB Nr. 7 vom 2.10.1983 von BM-Delegation San José – VS-v⁶

Botschaft Daressalam berichtet mit Bezugs-DB 277, den Botschaften Pretoria und Washington mit getrenntem FS erhalten, daß Moskau an Nyerere herangetreten sei, die Bundesregierung zu bitten, zugunsten der Freilassung der 22 sowjetischen Experten, die von der RNM⁷ festgehalten werden, tätig zu werden. Nyerere habe diese Bitte ohne besonderen Nachdruck vorgebracht, und aus der Art, wie er die Botschaft unterrichtet habe, sei zu schließen, daß er keine Antwort erwarte.

Mit Bezugs-DB Nr. 7 erging BM-Weisung, wir sollten dem sowjetischen Anliegen entsprechen.

Wir haben bisher bewußt jede Verbindung zu RNM vermieden, da solche Kontakte unserer Politik zuwiderliefen, die Chancen einer Öffnung der Regierung in Maputo gegenüber dem Westen konsequent zu nutzen und damit auf mehr Blockfreiheit dieser Regierung hinzuwirken. Mit dieser konsequent restrikti-

¹ Durchdruck.

Der Drahterlaß an die Botschaften in Daressalam, Pretoria und Washington wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau konzipiert.

² Nach dem Aufenthalt vom 30. September bis 3. Oktober 1983 in Costa Rica begleitete Bundesminister Genscher bis 6. Oktober 1983 Bundespräsident Carstens bei dessen Staatsbesuch in den USA.³ Zur Entführung sowjetischer Staatsangehöriger am 21. August 1983 in Mosambik vgl. Dok. 254, Anm. 8.⁴ Für den Drahtbericht des Botschafters Kremer, Daressalam, vgl. VS-Bd. 13385 (213); B 150, Aktenkopien 1983.⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot informierte Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. San José, „zur Unterrichtung des BM“ über das sowjetische Ersuchen, die Bundesregierung um Hilfe für die in Mosambik entführten sowjetischen Staatsangehörigen zu bitten: „Das Auswärtige Amt ist zu dem Schluß gekommen, daß wir nicht aktiv werden sollten.“ Die Resistência Nacional Moçambicana (RNM) habe zwei der 24 Entführten freigelassen und sei zur Freilassung der übrigen bereit, falls die mosambikanische Regierung inhaftierte RNM-Angehörige freilasse: „Ein akuter Bedarf der Vermittlung unsererseits scheint in dieser Lage nicht gegeben. Zudem wären unsere Einwirkungsmöglichkeiten bei der südafrikanischen Regierung (die im übrigen jeden Einfluß auf die RNM bestreiten würde) äußerst gering.“ Außerdem sei die UdSSR in dieser Angelegenheit nicht selbst an die Bundesregierung herangetreten. Vgl. VS-Bd. 13385 (213); B 150, Aktenkopien 1983.⁶ Für den Drahtbericht des Vortragenden Legationsrats Horstmann, z. Z. San José, vgl. VS-Bd. 13385 (213); B 150, Aktenkopien 1983.⁷ Resistência Nacional Moçambicana.

ven Haltung befinden wir uns in Einklang mit unseren westlichen Partnern, insbesondere mit Washington.

Als Anknüpfungspunkt für ein Tätigwerden zugunsten der entführten SU-Experten kommt die Regierung in Pretoria in Betracht. Botschaft Pretoria wird gebeten, sich in dort geeignet erscheinender Weise für die Freilassung der sowjetischen Experten durch die RNM einzusetzen.

- Dabei sind humanitäre Erwägungen in den Vordergrund zu stellen. Wir sehen – unabhängig von der Nationalität der Betroffenen – jede Art von Geiselnahme oder geiselnahmeähnlichem Vorgehen mit tiefer Besorgnis (vgl. unsere eigene VN-Initiative⁸).
- Die Entführung könne den Sowjets willkommenen Vorwand bieten, ihre Präsenz und Militärhilfe in Mosambik zu erhöhen, was nicht im westlichen oder südafrikanischen Interesse liegen könne.
- Durch diese unakzeptable Entführungspraxis werde auch die Sicherheit westlicher Experten gefährdet. Auf derartige Gewaltakte gegen die Tätigkeit ziviler Entwicklungshilfeexperten müsse auch im Interesse der notleidenden Bevölkerung in den betroffenen Ländern prinzipiell und überall verzichtet werden.

Wir gehen davon aus, daß Pretoria eigene Einflußmöglichkeit auf RNM in Abrede stellt. Botschaft sollte sich in diesem Fall als unter Weisung bezeichnen, die vorgenannten Gesichtspunkte dennoch der südafrikanischen Seite zur Kenntnis zu geben.

Keinesfalls darf die Botschaft sich in irgendeinen Kontakt mit RNM selbst begeben oder auch nur den Anschein erwecken, als bestehe bei uns eine Bereitschaft zur Aufnahme irgendwelcher RNM-Kontakte.⁹

Haas¹⁰

VS-Bd. 13582 (320)

⁸ Mit Resolution Nr. 31/103 vom 15. Dezember 1976 nahm die VN-Generalversammlung den Vorschlag der Bundesrepublik für die Verabschiedung einer Internationalen Konvention gegen Geiselnahme an und verfügte die Bildung eines Sonderausschusses zu deren Ausarbeitung. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 348.

Die Konvention wurde am 17. Dezember 1979 von der VN-Generalversammlung verabschiedet. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 350.

⁹ Botschafter Lahusen, Pretoria, berichtete am 5. Oktober 1983, Botschaftsrat I. Klasse Jochum habe am selben Tag im südafrikanischen Außenministerium wegen der in Mosambik entführten sowjetischen Staatsangehörigen demarchiert und die Zusage erhalten, „unsere Bitte an das ‚zuständige Department‘ (vermutlich military intelligence) befürwortend weiterzuleiten“. Dabei sei mitgeteilt worden, „daß Südafrikaner bereits von anderer ‚noch unmittelbarer berührter Seite‘ (Präsident Machel?) um Hilfe zur Freilassung der sowjetischen Experten gebeten worden seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 573; VS-Bd. 13385 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Paraphe vom 3. Oktober 1983.

286

Botschafter van Well, New York (VN), an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 2035****Aufgabe: 3. Oktober 1983, 20.26 Uhr¹****Ankunft: 4. Oktober 1983, 03.12 Uhr**Betr.: 38. GV²;hier: BAM³-Besuch in New York vom 26. bis 30.9.1983

Bezug: Telefonat Fulda/Mützelburg am 30.9.;

Laufende Berichterstattung

1 Anlage als FK (Besuchsprogramm)⁴

Zur Unterrichtung

Im Hinblick auf Kabinettsunterrichtung durch StM Möllemann wird folgende wertende Zusammenfassung des BAM-Besuchs übermittelt:

I. BAM hielt sich in seiner bereits traditionellen politischen Woche vom 26. bis 30.9., d.h. während der ersten Woche der Generaldebatte (der 38. GV), in der in der Regel die wichtigsten Regierungschefs und Außenminister die GV besuchen, in New York auf. Höhepunkt seines Aufenthalts war die Abgabe des Generaldebattenbeitrags der Bundesrepublik Deutschland am 29.9.⁵ Neben Gesprächen mit VN-GS und dem Präsidenten der 38. GV hatte BM Vielzahl von Kontakten mit westlichen und östlichen AM sowie mit Vertretern wichtiger BF-Staaten⁶, bei denen insbesondere die politischen Schlüsselthemen der 38. GV erörtert wurden.

Wichtigste Gesprächspartner waren:

1) VN: GS Pérez de Cuéllar⁷, GV-Präsident Illueca (Panama)⁸.2) Seitens Westens: AM Shultz (USA), AM Howe (GB), AM Cheysson (F)⁹, AM

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 44.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 4. Oktober 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen und Vortragenden Legationsrat Horstmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte. Hat Jansen am 4. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Horstmann am 23. November 1983 vorgelegen.

² Die 38. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 statt.

³ Bundesaußenminister.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Botschaftsrat Mützelburg, New York (VN), übermittelte am 3. Oktober 1983 den Terminplan des Bundesministers Genscher für die Zeit vom 27. bis 29. September 1983. Vgl. die Fernkopie Nr. 386; Referat 230, Bd. 128049.

⁵ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1983, S. 929–934.

⁶ Blockfreie Staaten.

⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 29. September 1983 vgl. den Drahtbericht Nr. 1995 der Ministerialdirigentin Finke-Osiander, z.Z. New York, vom selben Tag; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der VN-Generalversammlung Illueca am 29. September 1983 vgl. den Drahtbericht Nr. 1996 der Ministerialdirigentin Finke-Osiander, z.Z. New York, vom selben Tag; Referat 230, Bd. 128049.

⁹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe

Charalambopoulos (GR)¹⁰, AM Türkmen (Türkei)¹¹, AM Abe (Japan–Troika-Treffen)¹², Thorn (EG-Präsident).

3) Seitens Ostens: AM Mladenow (BUL)¹³, AM Andrei (RUM)¹⁴, AM Olszowski (Polen)¹⁵, AM Fischer (DDR)¹⁶, AM Várkonyi (UNG)¹⁷.

4) Seitens DW: ASEAN-AM¹⁸, AM der Contadora-Gruppe (Troika-Gespräch)¹⁹,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1434

(Großbritannien) und Shultz (USA) am 27. September 1983 vgl. Dok. 281.

Beim Abendessen am 28. September 1983 erörterten Genscher und Shultz Fragen der Rüstungskontrolle, die Situation in Polen und die innerdeutschen Beziehungen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1982/1983 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. New York, vom 29. September 1983; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

10 Bundesminister Genscher nahm am 27. September 1983 an einem vom griechischen Außenminister Charalambopoulos in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident im Rahmen der EPZ gegebenen Abendessen teil. Weitere Begegnungen Genschers mit Charalambopoulos folgten im Zuge der Gespräche der EPZ-Troika mit Japan am 27. September bzw. mit den Außenministern der Contadora-Gruppe am 29. September 1983.

11 Bundesminister Genscher erörterte mit dem türkischen Außenminister Türkmen am 28. September 1983 in New York die Lage in der Türkei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1979 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz, z. Z. New York, vom 29. September 1983; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

12 Bundesminister Genscher, der griechische Außenminister Charalambopoulos und der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, sowie der Präsident der EG-Kommission, Thorn, erörterten am 27. September 1983 mit dem japanischen Außenminister Abe in New York die Lage in Polen, im Nahen und Mittleren Osten, in Mittelamerika sowie die Ost-West-Beziehungen, ferner die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Japan bzw. zur Volksrepublik China. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1957 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. New York, vom 27. September 1983; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

13 Bundesminister Genscher führte am 27. September 1983 in New York ein Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow, in dessen Mittelpunkt die bevorstehende KVAE in Stockholm sowie Fragen des Ost-West-Verhältnisses und der Rüstungskontrolle standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

14 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, unterrichtete am 30. September 1983, Bundesminister Genscher habe mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 29. September 1983 bilaterale Umschuldungsfragen, den Nahost-Konflikt und die INF-Verhandlungen in Genf erörtert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2010; Referat 230, Bd. 128049.

15 Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski am 29. September 1983 in New York wurden die bilateralen Beziehungen sowie die Ost-West-Beziehungen besprochen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1977 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. New York, vom 29. September 1983; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. ferner Anm. 46.

16 Bundesminister Genscher und der Außenminister der DDR, Fischer, führten am 29. September 1983 in New York ein Gespräch. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen sowie Fragen der Rüstungskontrolle. Zudem wurden Rechts- und Konsularfragen erörtert. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 2007 sowie Nr. 2011 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. New York, vom 30. September 1983; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

17 Über das Gespräch am 28. September 1983 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. New York, am folgenden Tag mit: „Das Gespräch mit dem neuen ungarischen Außenminister war ganz dem Themenkreis Mittelstreckenwaffen, West-Ost-Verhältnis, Dialog der beiden Großmächte gewidmet. V[árkonyi] sprach mit bemerkenswerter Sachlichkeit, ganz ohne ideologischen oder blockpolitischen Eifer. Das Gespräch ergab Einvernehmen über die Notwendigkeit des Dialogs zwischen den Großmächten und den Wunsch nach Fortsetzung der Entspannung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1980; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

18 Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, berichtete am 29. September 1983, im Zentrum des Gesprächs des Bundesministers Genschers mit den Außenministern der ASEAN-Mitgliedstaaten am Vortrag in New York habe der Konflikt in Kambodscha gestanden. Weitere Gesprächsthemen seien die Beziehungen der Volksrepublik China zu den USA bzw. zur UdSSR sowie die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1997; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

19 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, berichtete am 30. September 1983, bei dem Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Charalambopoulos (Griechenland) und Genscher (Bundes-

FLS²⁰-AM (Ministerebene: Sambia²¹, Simbabwe²²; Ebene Ständiger Vertreter: Angola²³, Mosambik²⁴, Nigeria²⁵, Botsuana²⁶ sowie SWAPO und OAE-GS²⁷), AM Eastman (Liberia)²⁸, PM Gandhi (Indien)²⁹, AM Wu (China)³⁰, AM Yaqub Khan (PAK)³¹, AM Khaddam (Syrien)³².

Des weiteren nutzte BM New York-Besuch zu Vortrag vor „Institute for East-West Security Studies“³³, der grundlegenden Fragen Ost-West-Verhältnisses gewidmet war und von wichtigen amerikanischen Meinungsführern (u. a. Burt, Brzezinski) besucht wurde.

II. Zu politischen Rahmenbedingungen der BM-Woche ist folgendes festzuhalten: In gleicher Woche stattfindender „Gandhi-Gipfel“³⁴ verstärkte (auch wenn Beteiligung und Verlauf Gipfeltreffens indischen Erwartungen nicht entsprach, s. u.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1435

republik) sowie des Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, mit den Außenministern Ortega (Panama), Lloreda (Kolumbien), Sepúlveda (Mexiko) und Zambrano (Venezuela) am Vortrag über Lage in Mittelamerika hätten die Vertreter der Contadora-Gruppe dargelegt, die beste Unterstützung ihrer Bemühungen durch die Europäischen Gemeinschaften sei ein Ausbau der Handelsbeziehungen zu Mittelamerika: „Von einer konkreten politischen Initiative sei jedoch gegenwärtig abzuraten. Das gelte auch für die von der Präsidentschaft vorgeschlagene Fact-finding-Mission.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2008; Referat 230, Bd. 128049.

²⁰ Frontlinienstaaten.

²¹ Lameck Goma.

²² Witness Mangwende.

²³ Elisio de Figueiredo.

²⁴ Daniel Assa Nhaguilunguana.

²⁵ Yusuff Maitama-Sule.

²⁶ Legwaila Joseph Legwaila.

²⁷ Peter Uchebuako Onu.

²⁸ Bundesminister Genscher führte am 28. September 1983 ein Gespräch mit dem liberianischem Außenminister Eastman.

²⁹ Bundesminister Genscher führte am 27. September 1983 ein Gespräch mit Ministerpräsidentin Gandhi. Themen waren das von Indien angeregte Treffen von Staats- und Regierungschefs der VN-Mitgliedstaaten am Rande der VN-Generalversammlung in New York und die Nord-Süd-Beziehungen, Fragen des Umweltschutzes und der Rüstungskontrolle, der Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983, die Lage in Afghanistan und Kambodscha sowie die bilateralen Beziehungen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister am 28. September 1983 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 3. Oktober 1983, Wu Xueqian habe „die positive Entwicklung im Verhältnis zu den USA, vor allem dank der amerikanischen Bereitschaft zum Technologie-Transfer“ bestätigt und erklärt, in den Beziehungen zur UdSSR „gebe es eine gewisse Entspannung; ohne die Beseitigung der drei ‚Hindernisse‘ (Afghanistan, Kambodscha, sowjetische Truppenkonzentration in Sibirien und der Mongolei) könne es jedoch keine ‚dramatischen Änderungen‘ geben.“ Vgl. Referat 230, Bd. 128049.

³¹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem pakistanischen Außenminister Yaqub Khan am 29. September 1983 vgl. Dok. 298.

³² Botschafter van Well, New York (VN), teilte am 3. Oktober 1983 mit, im Zentrum des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Khaddam am 29. September 1983 habe der Libanon-Konflikt gestanden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2030; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³³ Für den Vortrag des Bundesministers Genscher „An Alliance Policy for Peace in Freedom“ vom 27. September 1983 vgl. Referat 013, Bd. 179051.

³⁴ Zum Vorschlag der Ministerpräsidentin Gandhi vom 8. April 1983 für eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der VN-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 176, Anm. 33. Unter Vorsitz von Gandhi trafen sich am 28. September 1983 in New York am Rande der VN-Generalversammlung 16 Staats- und Regierungschefs. Vgl. dazu den Artikel „16 Staats- und Regierungschefs führen Gespräche in New York“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. September 1983, S. 1.

Ziff. IV³⁵ 10) Bedeutung erster Generaldebattenwoche im Gesamtrahmen 38. GV und erhöhte Zahl der in New York für hochrangige Kontakte zur Verfügung stehenden Gesprächspartner.

Woche wurde insbesondere geprägt durch erstmalige Anwesenheit US-Präsident Reagans bei routinemäßiger GV und gleichzeitige, seit langen Jahren erstmalige Abwesenheit sowjetischen AMs Gromyko.³⁶

Erklärung Präsident Reagans³⁷ stellte Höhepunkt 38. GV dar und war, wegen ihres gemäßigten Tons, für ihre Atmosphäre von erheblicher Bedeutung. Allgemeine Reaktion auf US-Erklärung war positiv. Insbesondere wurde US-Initiative im INF-Bereich begrüßt.³⁸ Mit Befriedigung wurde kommentiert, daß US-Präsident Rolle und Bedeutung der VN ausdrücklich anerkannte und durch verhältnismäßig gemäßigte Behandlung Flugzeugzwischenfalls³⁹ signalisierte, daß US nicht an weiterer Verschärfung amerikanisch-sowjetischer Beziehungen interessiert. Während US durch Auftreten Reagans Gesetz des Handelns an sich zogen und bei Abwesenheit sowjetischen Politikern VN-Szene stärker als im Vorjahre beherrschten, wurde negative Reaktion Andropows auf Reagan-Erklärung⁴⁰ allgemein mit großem Bedauern aufgenommen. Sie verdüsterte Ausichten auf Reaktivierung amerikanisch-sowjetischen Dialogs und verstärkte Befürchtungen bezüglich Vereisung des Klimas zwischen beiden Großmächten.

Weiteres, auf erste Woche der Generaldebatte einwirkendes Ereignis war in Washington stattfindende IWF/Weltbank-Jahrestagung.⁴¹ Da damit Schwergewicht weltwirtschaftlicher Debatte in Washington lag, war Haltung vieler GV-Teilnehmer eher durch Abwarten gekennzeichnet.

III. Erklärung BMs in Generaldebatte wurde – wie bereits ungewöhnlich starker Beifall und lange Reihe von Gratulanten zeigten – sehr positiv aufgenommen. Spätere detailliertere Reaktionen bestätigten uns, daß wir nicht nur die im VN-Rahmen angemessenen Prioritäten gesetzt hatten, sondern auch mit unserer langfristig angelegten, aus der gegenwärtigen Krise herausführenden Rede im Sinne vieler VN-MS sprachen. So fand unsere Betonung der Notwendigkeit von Dialog, Vertrauensbildung, Ausgleich sowie der Entschärfung von Spannungen – gerade wegen unserer gleichzeitig hervorgehobenen festen Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis und unserer Entschlossenheit zur Implementie-

³⁵ Korrigiert aus: „III“.

³⁶ Zur Absage der Reise des sowjetischen Außenministers Gromyko zur VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 273, Anm. 8.

³⁷ Für den Wortlaut der Rede vom 26. September 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626 (Auszug).

³⁸ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

³⁹ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁴⁰ Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 28. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1984, D 4–7.

⁴¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 5. Oktober 1983 mit, die Jahrestagung des IWF und der Weltbank vom 27. bis 30. September 1983 in Washington sei „durch die restriktive und unflexible, die Finanzierungs- im Vergleich zur Bedarfsfrage überbetonende Haltung der USA“ gekennzeichnet gewesen: „Im Weltbankbereich verhinderten die USA eine Einigung in den für die Entwicklungszusammenarbeit zentralen Fragen der Kapitalaufstockung und der siebten Auffüllung von IDA.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 100; Referat 012, Bd. 124453.

rung beider Teile des NATO-Doppelbeschlusses – aufmerksame Zuhörer. Nach Einschätzung vieler VN-MS haben wir mit unserer Rede – auch etwa im Unterschied zu GB und F, die stärker durch spezifische nationale Interessen bestimmte Erklärungen abgaben⁴² – über rein nationale Zielvorstellungen hinausgegriffen und für die im Nuklearzeitalter auf die Erhaltung des internationalen Friedens angewiesene Völkergemeinschaft gesprochen.

IV. Im Vordergrund der Gespräche BMs standen insbesondere die prioritären politischen Fragen der TO der 38. GV, d.h. Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Kampuchea, Nahost/Libanon, Namibia/SA⁴³ sowie Zentralamerika. Gespräche mit westlichen sowie östlichen Gesprächspartnern waren insbesondere Fragen der Weiterentwicklung des Ost-West-Verhältnisses, v.a. im Rüstungskontrollbereich (INF), gewidmet.

1) Rüstungskontrolle

Rüstungskontrollthematik, insbesondere Reagan-Vorschläge für Genfer INF-Verhandlungen, bildeten einen Schwerpunkt nahezu aller Gespräche. Wegen Abwesenheit Gromykos gewannen Gespräche mit anderen östlichen AM (Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn, DDR) besondere Bedeutung. BM trat mit Nachdruck für amerikanisches Verhandlungsangebot ein. Er wies mit der Bitte um Vermittlung an Adresse Moskaus eindringlich darauf hin, daß die aufs engste mit westlichen Partnern abgestimmte Reagan-Initiative bedeutende Konzessionen an SU enthalte. ⁴⁴Plädoyer, daß damit gebotene Chance für Durchbruch bei Genfer Verhandlungen nicht verpaßt werden dürfe, wurde mit Bekräftigung unserer Entschlossenheit verbunden, bei Ausbleiben von Verhandlungsergebnissen fristgemäß mit Dislozierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu beginnen.

Japanischer AM Abe wies im INF-Zusammenhang darauf hin, daß nukleares Gleichgewicht in Europa nicht zu Lasten asiatischer Sicherheit hergestellt werden dürfe.

Gespräche mit DW-Vertretern wurden von BM zur werbenden Erläuterung westlicher Verhandlungspositionen genutzt.

2) Ost-West-Verhältnis

Fragen der Weiterwicklung Ost-West-Verhältnisses, das in besonderem Maße von kritischer Phase Genfer INF-Verhandlungen bestimmt wird, standen sowohl im Vordergrund der westlichen wie östlichen Kontakte. In westlichen Gesprächen, besonders bei zweimaligem Treffen mit AM Shultz, bestand Einvernehmen über Notwendigkeit einer langfristig angelegten, gemeinsamen westlichen Politik gegenüber Ostblock. Insbesondere wurde Erfordernis der Fortsetzung intensiver Abstimmung über Genfer Verhandlungslage hervorgehoben. Scharfe Erklärung Andropows vom 28.9. hat nach übereinstimmender Wertung schlechtes Vorzeichen für weitere Verhandlungsrunden gesetzt.

Situation in Polen wurde auch im westlichen Kreis erörtert, wobei US versicherten zu prüfen, ob hinsichtlich Schuldenregelung⁴⁵ Bewegung möglich.

⁴² Zu den Reden des Staatspräsidenten Mitterrand und des britischen Außenministers Howe am 28. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 327.

⁴³ Südafrika.

⁴⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2036 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁴⁵ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 266, Anm. 8.

Voraussetzungen für kirchliches Landwirtschaftsprojekt sollen, so AM Olszowski, polnischerseits geklärt sein.⁴⁶

3) Deutsch-deutsches Verhältnis

Anläßlich nunmehr bereits traditionellen Treffens zwischen BM und AM Fischer nach Abgabe unserer Erklärung in Generaldebatte äußerte sich F. anerkennend zu unserer auf Deeskalation und Dialog zielenden Rede. Bilaterales Gespräch machte in eindrucksvoller Weise Ernsthaftigkeit deutlich, mit der beide deutsche Staaten ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in Europa Rechnung tragen und sich darum bemühen, Entwicklung Ost-West-Verhältnisses positiv zu beeinflussen.

BM kommentierte jüngste menschliche Erleichterungen der DDR⁴⁷ positiv als Schritt in die richtige Richtung, dem allerdings weitere folgen müßten. Auf beiderseitigen Wunsch sollen Kontakte zwischen Abrüstungsbeauftragten, insbesondere auch im Hinblick auf Vorbereitungen der KAE, im Oktober in Bonn fortgesetzt werden.⁴⁸

4) Afghanistan

Fortbestehende Besetzung Afghanistans durch SU wurde in deutscher nationaler Erklärung klar und mit Schärfe verurteilt. VN-Vermittlungsbemühungen (Genfer Gespräche)⁴⁹ sind, wie VN-GS gegenüber BM bestätigte, enttäuschend verlaufen. Zur Zeit sind auch nach Auffassung des persönlichen Beauftragten des VN-GS, Córdovez, keine kurzfristigen Lösungsmöglichkeiten erkennbar.

5) Kampuchea

Kampuchea-Frage stand im Mittelpunkt des traditionellen Treffens mit ASEAN-AM, die sich über mögliche negative Auswirkungen sowjetisch-chinesi-

⁴⁶ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 228.

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, teilte am 29. September 1983 mit, der polnische Außenminister Olszowski habe Bundesminister Genscher am Vortag erklärt, die polnische Regierung und der Primas von Polen, Glomp, „seien sich im Prinzip einig. Glomp sei nach Rom gereist, um die Frage dort zu besprechen. Bundesminister hat Olszowski vertraulich mitgeteilt, daß auf unserer Seite Bundesminister a. D. Ertl, Mitglied des Zentralrats der Katholischen Kirche und ab 1. Januar 1984 Präsident des Bauernverbandes, in Zusammenarbeit mit der Bischofskonferenz die Koordinierung übernehme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1974; VS-Bd. 14152 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴⁷ Am 15. September 1983 erließ das Innenministerium der DDR eine am 15. Oktober 1983 in Kraft tretende Verordnung „zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Ausländern“, in der ein Antragsrecht auf „Wohnsitzänderung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland“ eingeräumt wurde. Für den Wortlaut vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, III/1, S. 226.

Am 27. September 1983 teilte Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt, mit, die DDR habe am selben Tag, „Jugendliche bis zum vollendeten 14. Lebensjahr vom verbindlichen Mindestumtausch bei Reisen in die DDR“ befreit. Vgl. BULLETIN 1983, S. 915.

⁴⁸ Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, am 28. Oktober 1983; Dok. 324.

⁴⁹ Zu den afghanisch-pakistanischen Gesprächen unter VN-Vermittlung vgl. Dok. 176, Anm. 10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach unterrichtete am 27. September 1983 die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, der pakistanische Gesandte Ahmad habe mitgeteilt, „daß der Prozeß der indirekten Gespräche noch keineswegs ein Stadium erreicht habe, das Lösungsaussicht eröffne. In drei von vier Hauptpunkten seien keine Fortschritte erzielt worden: Weder in der Frage des sowjetischen Truppenrückzugs noch in der Frage der internationalen Garantien noch in der Frage der Befragung der Flüchtlinge hätten sich neue Elemente ergeben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 623; Referat 340, Bd. 136785.

schen Dialogs⁵⁰, der durch mangelndes Verständnis Washingtoner China-Politik verstärkt werde, auf Kampuchea-Frage besorgt zeigten. Nachlassen chinesischen Drucks könne zur Verfestigung vietnamesischen Griffs um Kampuchea und Laos führen, weswegen ASEAN in Kontakten mit Vietnam Möglichkeiten vietnamesischen Teilrückzugs explorierten. Hinsichtlich Konsolidierung Dreier-Koalition unter Sihanouk⁵¹ äußerten sich ASEAN-AM unter Hinweis auf chinesische Hilfe auch an Sihanouk und Son Sann optimistisch.

BM unterstrich unsere auch in deutscher Erklärung zum Ausdruck gekommene volle Unterstützung des ASEAN-Lösungsansatzes.

6) Namibia

Erörterung der Namibia-Frage mit FLS-AM, SWAPO, anderen afrikanischen Staaten sowie VN-GS diente insbesondere Lageanalyse nach Besuch des VN-GS in südafrikanischer Region⁵². Auch wenn Besuch VN-GS grundsätzlich positiv gewertet wurde, ließen Afrikaner große Frustration, Enttäuschung und Ungeduld erkennen und drängten auf Weiterbehandlung Namibia-Problems im SR.⁵³ Stagnation der Bemühungen um Unabhängigkeit Namibias läßt mit Verschärfung der Diskussionen auf 38. GV rechnen.

7) Zentralamerika

Bei erstem Treffen der vier AM der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Venezuela, Kolumbien) mit Troika brachten beide Seiten ihre Genugtuung über wichtige Aufnahme systematischer Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zum Ausdruck. Contadora-AM betonten insbesondere Wert wirtschaftlicher Beziehungen. Politische Initiative der Zehn zur Unterstützung der Contadora-Gruppe wurde derzeit nicht für opportun gehalten. Mexiko (Sprecher) gab Unbehagen daran zu erkennen, daß Vorschlag zur Aufnahme TOPs über Situation in Mittelamerika in kontroverser Form von Nicaragua als einer der Konfliktparteien gemacht wurde. Auch nach Auffassung VN-GS kann die nach

⁵⁰ Die dritte Runde der chinesisch-sowjetischen Konsultationen fand vom 8. bis 14. September 1983 in Peking statt. Botschafter Schödel, Peking, teilte am 25. Oktober 1983 mit, die chinesische Seite sei dabei auf sowjetische Vorschläge zur Verbesserung der Beziehungen eingegangen: „Aus chinesischer Perspektive dürften diese – nicht bestätigten – Entwicklungen in den Beziehungen im Vergleich zu den weiterbestehenden Hindernissen wenig Gewicht haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2939; Referat 340, Bd. 133584.

⁵¹ Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine Exilregierung aus Vertretern von drei kambodschanischen Oppositionsgruppen gebildet, an deren Spitze der frühere König und Staatschef Sihanouk, das ehemalige Staatsoberhaupt Khieu Samphan als Vertreter der Roten Khmer und der frühere Ministerpräsident Son Sann standen.

⁵² VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar besuchte vom 22. bis 27. August 1983 Südafrika, Namibia und Angola. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau notierte am 31. August 1983, der Besuch habe „zwar erwartungsgemäß in der Kubanerfrage nichts zu bewegen vermocht, gleichwohl jedoch einige positive Nebenwirkungen erzielt: „S[üd]A[frika] hat bekräftigt, daß es sich durch SR 435 gebunden fühlt.“ Zugleich habe die Reise deutlich gemacht, „daß aus südafrikanischer (und amerikanischer) Sicht ohne Regelung der Kubanerfrage eine Implementierung von SR 435 ausgeschlossen ist“. Vgl. Referat 320, Bd. 125294.

⁵³ Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, teilte am 29. September 1983 mit: „Am heutigen Treffen mit Vertretern der FLS-Staaten nahmen AM von Zimbabwe und Sambia, OAE-GS Onu, für SWAPO Gurirab sowie Botschafter bzw. Stellvertreter übriger FLS-Staaten und Nigerias teil.“ Im Mittelpunkt gestanden habe „die Frage der Fortführung der Namibia-Initiative in der gegenwärtigen Situation, die durch fortbestehendes linkage ohne sichtbare Chancen seiner Auflösung gekennzeichnet ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1985; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

scharfer Ortega-Rede⁵⁴ zu erwartende Streitige Debatte auf 38. GV Bemühungen der Contadora-Gruppe nur belasten.

8) Nahost – Libanon

Als gefährlichster akuter Konfliktherd wurde Nahost-Krise in nahezu allen Gesprächen, insbesondere jedoch mit VN-GS sowie arabischen Gesprächspartnern, erörtert. Dabei stand Frage im Vordergrund, wie derzeitiger Waffenstillstand⁵⁵ konsolidiert werden könne. Da dafür internationale Beobachtergruppe unerlässlich scheint, ist negative Haltung Syriens hinsichtlich UNO-Beobachterkontingent äußerst hinderlich. Wie AM Khaddam bestätigte, wäre Syrien zwar mit neutralen Beobachtern einverstanden, lehnt aber VN-Beobachter-Auftrag ab, weil es befürchtet, daß MNF⁵⁶ dadurch von VN indossiert würde.

9) EG-Innenverhältnis

Auf letzter Abstimmungssitzung über Zehner-Erklärung in New York hat griechische Präsidentschaft erfreuliche Flexibilität gezeigt, so daß nach Geburtswehen substantielle und aussagefähige Zehner-Rede⁵⁷ zustande kam, die für weitere Zusammenarbeit der Zehn in New York positive Weichenstellungen enthält.

10) Gandhi-Gipfel

Deutsche Beurteilung der Risiken Gandhi-Gipfels wurde durch Verlauf und Ergebnisse Treffens bestätigt. Teilnehmer des Treffens, das wegen ungünstigen „timings“ nur ungenügend vorbereitet und unverhältnismäßig schwach besetzt war (aus Westeuropa lediglich Mitterrand, Lubbers, Thorn, Sinowatz, Koivisto und Palme, die meist nur an einem Tag anwesend), zeigten sich zumeist enttäuscht. Treffen habe nur wenig bewirkt und im wesentlichen aus Wiedergabe bekannter Regierungspositionen bestanden.

11) Wirtschaftsfragen

DW-Partner legten sowohl in Gesprächen wie Generaldebattenbeiträgen Akzent auf bedrohendes Ausmaß der Wirtschaftskrise, insbesondere auch Verschuldungsproblematik (besonders pointiert Brasilien und Ägypten). In IWF-Weltbankjahrestagung wurden beträchtliche Hoffnungen hinsichtlich Schaffung zusätzlicher Liquidität sowie weniger restriktiver Vergabekriterien für Kredite gesetzt. Nach bisher tendentiell abwartender Haltung ist aufgrund der für DW ent-

⁵⁴ Für den Wortlaut der Rede des Koordinators der Regierungsjunta von Nicaragua, Ortega, am 27. September 1983 vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 38th Session, Plenary Meetings, I, S. 69–74.

⁵⁵ Botschafter Eitel, Beirut, berichtete am 26. September 1983: „Nach hektischen Verhandlungen über das vergangene Wochenende mit einigen verfrühten Erklärungen über einen Waffenstillstand (so offenbar insbes[ondere] der amerikanische Sicherheitsberater Clark am Nachmittag des 25.9.) konnte am Abend des gleichen Tages zunächst auf einer Pressekonferenz in Damaskus durch dortigen AM Khaddam und saudischen Vermittler Prinz Banda bin Sultan, sodann in einer Erklärung des libanesischen MP Wazzan [...] in Beirut der Abschluß eines Abkommens zwischen libanesischer Regierung, Drusen und syrischer Regierung bekanntgegeben werden.“ Das Abkommen, dessen Wortlaut noch nicht veröffentlicht sei, sehe einen Waffenstillstand für das gesamte Territorium des Libanons vor, der von neutralen Beobachtern überwacht werden solle. Ferner solle ein „Kongreß der nationalen Versöhnung“ einberufen werden, der zunächst in Saudi-Arabien, dann im Libanon tagen solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 720; Referat 310, Bd. 135769.

⁵⁶ Zur Multinationalen Streitmacht im Libanon vgl. Dok. 120, Anm. 16.

⁵⁷ Für den Wortlaut der Rede des griechischen Außenminister Charalambopoulos in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident am 27. September 1983 in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 38th Session, Plenary Meetings, I, S. 74–79. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 626–629.

täuschenden Ergebnisse der IWF-Jahrestagung sowie von UNCTAD VI⁵⁸ Verschärfung der wirtschaftspolitischen Debatte 38. GV zu erwarten.

[gez.] van Well

VS-Bd. 14121 (010)

287

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Martius

331-321.10 COS

4. Oktober 1983¹

Betr.: BM-Besuch in Costa Rica vom 30.9. bis 3.10.1983

1) BM stattete zum o.a. Zeitpunkt auf Einladung des costaricanischen AM Volio Costa Rica einen offiziellen Besuch ab. Gleichzeitig fand in San José vom 29.9. bis 1.10.1983 eine Konferenz der Botschafter aus Zentralamerika und der Karibik statt. Dazu siehe bes. Ortex² und Schlußfolgerungen.

An beiden Veranstaltungen nahm Parl. StS Köhler, BMZ, teil.

2) BM wurde von Staatspräsident Monge zu einem Gespräch mit anschließendem Essen empfangen. Er überreichte AM Volio das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, das der AM mit sichtlicher Bewegung und dem Ausdruck tiefer Dankbarkeit entgegennahm. Ein Kapitalhilfeabkommen über DM 19 Mio. wurde unterzeichnet.³ BM und AM Volio gaben eine kurze gemeinsame Pressekonferenz (gemeinsames Kommuniqué s. Anl. 1⁴). Beide Minister gaben je einen Empfang.

Der Besuch verlief in besonders herzlicher und vertrauensvoller Atmosphäre.

3) Im 40-Minuten-Gespräch mit Präsident Monge unterstreicht der Präsident den hervorragenden Stand der deutsch-costaricanischen Beziehungen und dankt für das Vertrauen der Bundesregierung in COS, das im zweiten Besuch in zwei Jahren⁵ und auch in der Veranstaltung der Botschafterkonferenz zum Ausdruck kommt.

Präsident Monge fordert nachdrücklich die Solidarität der Bundesrepublik Deutschland und Europas mit COS, um die Verwirklichung des Wirtschaftssa-

⁵⁸ Zur VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad vgl. Dok. 208.

¹ Durchschlag als Konzept.

² Für den Runderlaß Nr. 101 vom 6. Oktober 1983 vgl. Dok. 293.

³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 30. September 1983 zwischen der Bundesrepublik und Costa Rica über Finanzielle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 5.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Bundesminister Genscher besuchte bereits am 4./5. August 1981 Costa Rica.

nierungsprogramms sicherzustellen. Das Geschick der Demokratie wird von der Erhaltung der Stabilität in COS bestimmt. Er erkennt die umfangreiche US-Hilfe und Solidarität an. Die Caribbean Basin Initiative ist endlich gebilligt.⁶ Auch die Kissinger-Kommission⁷ wird begrüßt. Angesichts der Not des Landes reichen diese Maßnahmen allein jedoch nicht aus, da sie mittel- und langfristig angelegt sind. Heute geht es um unmittelbare rasche Unterstützung. Neben Wirtschafts- und Entwicklungshilfe muß die politische stehen. COS will seine Außenpolitik auf eine breitere Basis stellen, einmal, weil es nicht der alleinigen Abhängigkeit von den USA bezichtigt werden will, zum anderen, um nicht in den Ost-West-Gegensatz hineingezogen zu werden.

BM weist auf die Symbolkraft seines bereits dritten Besuches in COS⁸ hin, die durch die Botschafterkonferenz noch unterstrichen wird. Beide Länder vertreten gleiche Ideale. Mit der Stärkung des demokratischen COS will die Bundesregierung zugleich den Pluralismus in der Region stärken, wobei jedem Land die Wahl des Systems selbst überlassen bleiben muß, d.h. Pluralität der Systeme unter demokratischen Vorzeichen.

Eingehend auf die von Monge gesuchte außenpolitische Diversifizierung, weist⁹ BM auf unsere und die auf seine Initiative 1982 beschlossene zusätzliche EG-ZA-Hilfe¹⁰ und den Vorteil enger Kooperation zwischen Regionalorganisationen (Muster EG/ASEAN¹¹) hin. D-Hilfe wird sichtbar durch Unterzeichnung des KH-Abkommens über DM 19 Mio.

Mit Achtung sieht die Bundesregierung die intensiven Anstrengungen von COS, die Umschuldung zu regeln, da sie um die Schwierigkeiten weiß, die öffentlichen

⁶ Zum Hilfsprogramm der USA für die karibischen und mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 177, Anm. 8.

Referat 400 resümierte am 9. September 1983, die Anfang August 1983 in Kraft getretene „Caribbean Basin Initiative“ (CBI) bestehe aus folgenden Hauptelementen: „350 Mio. US-\$ zusätzlicher Finanzhilfe für insgesamt 27 Länder Mittelamerikas und der Karibik. [...] Hauptempfänger sind El Salvador, Costa Rica, Jamaica, Dominikanische Republik und Honduras, auf die rd. drei Viertel der Hilfe entfallen. Ausgeschlossen sind Kuba und Nicaragua.“ Weitere Maßnahmen umfaßten die zwölfjährige Zollfreiheit für die Einfuhr bestimmter Waren in die USA und Steuererleichterungen: „Die USA hoffen, die Auswahl der begünstigten Länder bis November 1983 abzuschließen, so daß die Zollpräferenzen – letztlich der entscheidende Teil der CBI – Anfang 1984 in Kraft treten können.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131153.

⁷ Zur Zwei-Parteien-Kommission für Mittelamerika unter Leitung des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger vgl. Dok. 236, Anm. 26.

⁸ Vor seinen Besuchen 1981 und 1983 hielt sich Bundesminister Genscher beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten Scheel vom 6. bis 15. Juni 1977 in Costa Rica und Mexiko in dem Land auf.

⁹ Korrigiert aus: „verweist“.

¹⁰ Referat 411 vermerkte am 12. September 1983, die Europäischen Gemeinschaften hätten zwischen 1976 und 1982 den mittelamerikanischen Staaten Nichtassoziiertenhilfe in Höhe von 36,5 Mio. ECU, ferner Nahrungsmittelhilfe von 24,12 Mio. ECU sowie eine Soforthilfe für Flüchtlinge von 10 Mio. ECU zukommen lassen. Die regionale Zusammenarbeit sei mit weiteren 8,5 Mio. ECU gefördert worden: „Der EG-Rat hat ferner am 22.11.1982 ein EG-Sonderprogramm für Mittelamerika verabschiedet, das zu der bereits genannten Nichtassoziiertenhilfe hinzutritt. Die Idee einer verstärkten und koordinierten Unterstützungsaktion geht maßgeblich auf BM Genscher zurück, auf dessen Initiative der Europäische Rat am 29./30.3.1983 einen entsprechenden Grundsatzbeschluß gefaßt hatte. Das im November 1982 verabschiedete Sonderprogramm stellt als einmaliges Hilfsprogramm für 1982 zusätzliche finanzielle Mittel von jeweils 10 Mio. ECU für Honduras, Costa Rica und die Dominikanische Republik zur Verfügung. [...] Nicaragua erhielt Nichtassoziiertenhilfe in Höhe von 9,8 Mio. ECU für ein Projekt der ländlichen Entwicklung.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131153.

¹¹ Vgl. dazu das Kooperationsabkommen vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

Ausgaben zu drosseln. Er unterstreicht die Notwendigkeit, auch private Investitionen zu fördern. Deshalb wurde Dr. Lohmann als DED-Vorsitzender in die Delegation aufgenommen.

Parl. StS Köhler, BMZ, verweist auf die im Aide-mémoire 1983 über gemeinsame EH-Kooperation zum Ausdruck kommende vertrauensvolle Zusammenarbeit und kündigt die Bereitschaft zur Gewährung weiterer DM 10 Mio. Warenhilfe noch 1983 an. Für die Regierungsverhandlungen Frühjahr 1984 ist ein Betrag von DM 25 Mio. KH und DM 8 Mio. TZ zugrunde gelegt worden.

Präsident Monge dankt herzlich.

Parl. StS Köhler erwähnt die vom BID¹² organisierte Konferenz der ZA-Staaten in Brüssel im September 1983 unter Leitung COS, wobei zum ersten Mal alle ZA-Staaten gemeinsam ihre Wirtschaftsnöte darlegen können. Auch die USA (Botschafter Ryan) seien überzeugt, daß dieser Dialog bald fortgesetzt werden müsse. Über das Gespräch während des Essens siehe Vermerk von Frau Lehnhardt (Anl. 2).¹³

4) Im 90-Minuten-Gespräch der beiden AM gibt AM Volio einen ausführlichen Überblick über die Lage in ZA. Er hofft, daß ZA künftig unter positiveren Vorzeichen in den Nachrichten bleibt. Er würde es vorziehen, in der ersten Person zu sprechen. Isolationismus ist in ZA aber leider nicht mehr möglich und schädlich.

Seit Ende der 70er Jahre erfolgte in ZA ein radikaler Wandel. Seine, Volios, Generation strebte Überwindung der extrem rechten Militärdiktaturen an. Es entstand zunächst ein demokratisches Vakuum, das linksextreme Kräfte marxistisch-leninistisch auszufüllen trachten. Kuba und die SU helfen nach. Das bedroht den nur schrittweise zu verwirklichenden Prozeß demokratischen Wandels. Honduras erlangte nach Wahlen¹⁴ eine allerdings überaus fragile authentische Demokratie. Guatemala ist wegen seiner ethnischen Struktur und der Stärke der Militärs vor die schwierigsten Probleme gestellt. Solange dort noch keine echte Öffnung erfolgt, muß bezweifelt werden, ob es Wahlen geben wird. Guatemala ist ein Fall, in dem geholfen werden muß, aber nur unter der Bedingung, daß dies zu demokratischen Verhältnissen führt. Die Revolution in Nicaragua¹⁵ war für das argen Belastungen durch Somoza ausgesetzte COS Anlaß zu großer Freude. Sie ist bitter enttäuscht worden. Mit Hilfe Kubas, der SU, Libyens und jetzt auch der ETA wurde es irreversibel marxistisch-leninistisch. Die Aussichten für eine Beteiligung der Bevölkerung werden immer geringer, der Expansionismus nimmt zu. Hier liegt der große Unterschied zur Entwicklung in den anderen ZA-Staaten.

¹² Banco Interamericano de Desarrollo (Interamerikanische Entwicklungsbank).

¹³ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Im Zentrum des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit Präsident Monge am 30. September 1983 standen die Beziehungen Costa Ricas zu Nicaragua, die mögliche Eröffnung eines dpa-Büros in Costa Rica und die Lage in El Salvador. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178875.

¹⁴ Am 29. November 1981 fanden in Honduras Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der Kandidat der Liberalen Partei, Suazo Córdova, siegte.

¹⁵ Zum Regimesumsturz in Nicaragua 1979 vgl. Dok. 124, Anm. 16.

COS ist gegen Einmischung und für militärische Neutralität. Politisch kann es angesichts dieser Entwicklung nicht neutral bleiben. Es kämpft gegen linken wie rechten Extremismus und möchte mit allen Staaten der Region zusammengehen, um Frieden herbeizuführen. Um dies zu erreichen, müssen D und Europa mit COS zusammenarbeiten.

BM bestätigt nach Dank für ausführliche Lagedarstellung des AM, daß auch D die sandinistische Revolution ursprünglich begrüßt hat. Unsere Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Das beeinflußt natürlich unsere Kooperation mit NIC. Ziel des demokratischen Westens muß die Förderung der Demokratie in ZA sein, damit die Sympathie für ein solches System sich ausbreitet. Von diesen Zielen sind unsere Gefühle für COS bestimmt. BM verweist auf die eigenen Erfahrungen mit totalitären Regimen und die Entwicklung des Kommunismus in Europa. Daher kann unsere Reaktion gegenüber ZA nur sein, COS als demokratisch richtungsweisendem Modell zu helfen. Demokratische Regierungen müssen sich gegenseitig helfen, die innere Stabilität zu erhalten. Es schmälert unser Verhältnis zu COS nicht, wenn unsere Hilfe für COS auch für andere Länder ein Zeichen setzen soll, ein ebenso friedliches Modell anzustreben.

Was in ZA geschieht, geht in seiner Wirkung über die Region hinaus. Wenn daraus eine Kraftprobe zwischen Ost und West wird, hat das überall Rückwirkungen.

BM erwähnt erneut die Zusammenarbeit von Regionalorganisationen als ein nachahmenswertes Modell neuer Formen von Kooperation ohne Schaffung neuer Abhängigkeiten und unter Erhaltung individueller Freiheiten und Entscheidungsfreiheit.

Das Bekenntnis von Präsident Monge zu einem engen Verhältnis zu den USA, jedoch verbunden mit der Suche nach weiteren außenpolitischen Partnern, veranlaßt BM zu dem Hinweis auf unsere Beziehungen zu Washington, ohne dessen Hilfe D sich nicht verteidigen kann. Dennoch gibt es Meinungsverschiedenheiten auch zwischen Freunden. D und USA sind durch mehr als nur eine militärische Allianz verbunden. Man muß erkennen, daß alle in einem Boot sitzen. Wir sind, da wir näher an der Bordwand sitzen, jedoch stärker exponiert.

BM schließt das Gespräch mit dem Ausdruck der Genugtuung über die völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage in ZA.

Martius¹⁶

Referat 331, Bd. 135960

¹⁶ Paraphe vom 4. Oktober 1983.

288

Brigadegeneral Steinkopff, Washington, an das Auswärtige Amt

114-20250/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4515

Aufgabe: 4. Oktober 1983, 17.45 Uhr¹
Ankunft: 4. Oktober 1983, 23.05 Uhr

Betr.: Atomkrieg durch Computer-Versagen?

Bezug: Aufklärungsforderung FüS II 4 MBH 27547 und 27598 vom 30.9.83

Quellen: 1) OASD² ISP³ vom 3.10.83
2) Dep. Under Secy⁴ (C3I) vom 4.10.83

Bewertung: 1) A-1
2) A-1

1) Trotz intensiven Bemühens konnte kein Pentagon-Bericht mit dem Datum 13. März 83 (Sonntag) gefunden werden. Dagegen wurde am 16.3.83 ein testimony von Mr. Donald C. Latham, Dep. Under Secy Def. (C3I), vor dem Unterausschuß für Forschung und Entwicklung (des Senats-Verteidigungsausschusses) veröffentlicht. Die Anhörung beschäftigte sich mit der Bereitstellung von Mitteln für Command, Control, Communications and Intelligence (C3I). In seinen einleitenden Worten führte Latham (testimony before the subcommittee, 16.3.83) aus: „It is our belief that the C3I element is one of the most important parts of our comprehensive plan to redress serious weaknesses in our current defense posture. It is also an area which has been most neglected over the past ten years. Without the capabilities that an adequate C3I system provides, our forces, modern or old, strong or weak cannot be effectively managed. It is vital that we continue with a major program to assure C3I adequacy. This was an unanimous recommendation in the development of the administration's total defense program and about which we had no question at all. Our budget request for DoD⁵-C3I programs in FY⁶ 1984 is Dollar 34,7 billion. That is a large sum, and I am here to explain to you why these funds and your support are so essential.“

2) Mr. Latham antwortete zu den Behauptungen der Frankfurter Rundschau (23.9.83)⁷:

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 5. Oktober 1983 vorgelegen.

² Office of the Assistant Secretary of Defense.

³ Industrial Security Program.

⁴ Deputy Under Secretary.

⁵ Department of Defense.

⁶ Fiscal Year.

⁷ In einem Artikel der Tageszeitung hieß es: „Das US-Verteidigungsministerium hält es für ‚sehr gut möglich‘, daß es zu einem ‚katastrophalen‘ Versagen der militärischen Systeme aufgrund unzulänglicher Computer-Programme kommen könnte, wie es in einem Bericht des Ministeriums heißt. Computer-Fachleute sehen darin eine Bestätigung ihrer Befürchtung, daß ein Atomkrieg allein aufgrund eines Computer-Fehlers ausbrechen könnte. Das Verteidigungsministerium (Pentagon) stellt in seinem Bericht vom 15. März 1983 fest: ‚Die militärische Schlagkraft der Vereinigten Staaten ist unauflöslich verknüpft mit der Computer-Technologie.‘ Zur Zeit reiche aber die Qualität der Programme (software) von relativ gut bis ‚fast chaotisch‘. Deshalb seien größte Anstrengungen notwendig, ‚damit wir unsere militärische Überlegenheit dank der Computertechnologie bewahren können.‘

a) Es gebe keine automatischen „launch systems“ für nukleare Waffensysteme (WS). Alle Systeme basieren auf menschlicher Entscheidung.

b) Der Start eines nuklearen WS ist nur nach Freigabe durch den Präsidenten möglich. Wenn diese Freigabe nicht erfolgt, sei es durch bewußte Störung oder durch technische Fehler, kann ein nukleares WS nicht eingesetzt werden.

c) Um Störungen und technische Fehler auszuschließen, sind alle Anstrengungen unternommen worden, nukleare WS und ihre Command-, Control- und Communications-Einrichtungen überlebensfähig und vielfach redundant auszubauen. Dies gelte im vollen Umfang auch für nicht-strategische nukleare WS.

d) Die Redundanz werde im Control-Bereich durch verschiedene Radar- und Infrarot-Sensoren, durch Boden- und Satelliten-Aufklärung sichergestellt. Die Daten dieser Sensoren werden parallel zu mehreren Auswertungsstationen übertragen und dort unabhängig, mit Hilfe verschiedener Computer, durch Spezialisten analysiert.

e) Die Fernmeldeverbindungen seien ebenfalls mehrfach abgestützt. So würden PII und GLCM-Verbände über ein Satelliten-Fernmeldesystem mit Namen „Flaming Arrow Network“ und über ein Hochfrequenzsystem, Name „Regency Network“, angeschlossen und wären auch in einem „Stör-Szenario“ immer erreichbar.

f) Trotz der bereits hohen Zuverlässigkeit durch Vielfältigkeit der Systeme (Sensoren und Computer) bemühe sich die Administration, alle Systeme ständig auf dem neuesten Stand der Technik zu halten bzw. zu bringen. Ziel z. B. bei der Modernisierung von NORAD⁸ sei es, Fehler zu eliminieren, die in Einzelsystemen immer noch auftreten und dann für Schlagzeilen sorgen, obwohl sie keinen Einfluß auf das Gesamtsystem haben. Man strebe ein System an, das nicht nur als Ganzes, sondern auch in seinen Teilen extrem zuverlässig sein soll. In diesem Sinne müßten alle Anstrengungen der USA zur Modernisierung der C3I-Systeme gesehen werden.

3) Zusammenfassend hob Mr. Latham hervor:

- Der Einsatz nuklearer WS werde nicht von Computern, sondern von Menschen gesteuert.
- Computer dienen der Vorbereitung der Entscheidungen.
- Wegen der möglichen, jedoch wenig wahrscheinlichen Fehlfunktionen von Computern und Sensoren seien alle Systeme unabhängig und mehrfach redundant ausgelegt.
- Damit sei die Gefahr der Auslösung eines Krieges aus Versehen ausgeschlossen.

4) Auf die Frage, ob der UdSSR durch die kurze Flugzeit der PII praktisch keine Vorwarnzeit mehr bleibe, antwortete er: Aufgrund des aufwendigen Freigabeverfahrens für nukleare WS und der Fähigkeit der UdSSR, dies über ihre

Fortsetzung Fußnote von Seite 1446

Der Bericht handelt von einem Programm zur Entwicklung der notwendigen Technologie für die Herstellung besserer Computer-Programme“. Vgl. den Artikel „USA halten Krieg durch Computer für möglich“, FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 23. September 1983, S. 1 f.

⁸ North American Air Defense System.

„Quellen“ und Sensoren aufzuklären, müsse man nicht von „Minuten“, sondern mindestens von „Stunden“ Vorwarnzeit reden.

5) Mr. Latham bat darum, nur als „Pentagon official“ zitiert zu werden.

6) Ansprechpartner bei ISP antwortete auf die Frage, ob angesichts der geringen Warnzeiten nicht auszuschließende Fehler im komplexen System einen Krieg automatisch auslösen könnten:

a) Eine Automatisierung beim Auslösen nuklearer Waffensysteme gebe es nicht. Diese Waffen können nur auf Befehl gestartet werden (menschliche Entscheidung und Verständigung). Eine Automatisierung würde ein Konzept des „launch on warning“ voraussetzen; ein solches Konzept existiere nicht; die augenblicklichen Pläne sehen ein „launch after first attack“ vor (d. h., daß nachdem SLBM-Gefechtsköpfe aufgeschlagen seien und unzweifelhaft die nuklearen Detonationen dieser Gefechtsköpfe als solche erkannt worden seien – jedoch bevor die Gefechtsköpfe von ICBMs aufschlugen –, würden eigene strategische Raketen gestartet).

b) Selbst wenn die Warnzeiten unter die 10-Minuten-Grenze gehen würden, würde man von diesen Prinzipien nicht abgehen.

c) Deshalb kann ein noch so weitreichender Computerfehler keinen Krieg auslösen.

7) Beide Gesprächspartner deuteten an, daß sie sich derartige Beunruhigung vor allem als Folge des Films „War Games“⁹ vorstellen könnten.

[gez.] Steinkopff

VS-Bd. 11981 (201)

⁹ Der am 7. Mai 1983 in den USA angelaufene Film „War Games“ handelte von einem Jugendlichen, der in die Computersysteme des amerikanischen Verteidigungsministeriums eindringt und beinahe einen Nuklearkrieg auslöst.

289

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**114-20252/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 4. Oktober 1983, 22.45 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 4533****Ankunft: 5. Oktober 1983, 04.42 Uhr**Betr.: Gespräche BM Genschers in Washington²;

hier: Außen- und sicherheitspolitische Fragen

hier: Frühstück mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Senator Percy, und dem Vorsitzenden des Unterausschusses Europa, Senator Lugar, am 4.10.83

Zur Unterrichtung

1) Senator Percy berichtete, daß gestern ein bemerkenswerter Abrüstungstag gewesen sei. Der Präsident habe eine Initiative, die gemeinsam von Republikanern und Demokraten im Haus und im Senat in allen Einzelheiten ausgearbeitet worden sei, gebilligt. Er werde diese Initiative heute um 9.30 Uhr unterschreiben und um 11.30 Uhr Botschafter Rowny als Weisung mit auf den Weg nach Genf geben.³ Es handele sich um das „build-down“-Konzept⁴. Immer dann, wenn eine Seite modernisiere, müßte bestimmte Anzahl alter Waffen ausgesondert werden.⁴

Bomber würden in einer weiteren Phase eingeschlossen. Die Zwischenfrage BMs nach einer Definition der „Waffen“ blieb unbeantwortet.

Eine amerikanisch-sowjetische Arbeitsgruppe soll parallel zu den START-Verhandlungen eingesetzt werden. Auf diese Weise könnten raschere Fortschritte erreicht werden, wenn die SU nur wolle. Percy teilte sehr vertraulich mit, daß ein repräsentativer Emissär die sowjetische Führung im Kreml unterrichten

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 5. Oktober 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Carstens vom 3. bis 6. Oktober 1983 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 290.³ Vgl. dazu die Presseerklärung des Präsidenten Reagan vom 4. Oktober 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1411 f. Für den deutschen Wortlaut sowie eine weitere Pressemitteilung des amerikanischen Präsidialamts vom selben Tag vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 7–10.⁴ Zum „build-down“-Konzept amerikanischer Senatoren und Abgeordneter vgl. Dok. 157, Anm. 6. Der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny, unterrichtete am 7. Oktober 1983 den Ständigen NATO-Rat in Brüssel über die amerikanischen Vorschläge vom 4. Oktober 1983 für die START-Verhandlungen in Genf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, berichtete, die Initiative sehe vor: „einen beiderseitigen garantierten ‚build-down‘ mit dem Ziel, effektive Reduzierungen zu erreichen und sich gleichzeitig auf stabilisierende Systeme zu konzentrieren. Für Reduzierungen könne entweder ein überproportionaler Abbau alter Systeme bei Modernisierungen oder eine garantierte jährliche Abbaurate vorgesehen werden, je nach dem, was zu größeren Verminderungen führe. Der Vorschlag betreffe sowohl G[efechts]K[öpfe] auf ballistischen Raketen als auch strategische Bomber.“ Eine gemeinsame amerikanisch-sowjetischen Arbeitsgruppe solle die Details konkretisieren: „Die USA seien bereit, weitere Möglichkeiten der Begrenzung von ALCMs im Austausch gegen sowjetische Gegenleistungen in für die USA besonders wichtigen Bereichen zu explorieren.“ Die Grundelemente der amerikanischen Position würden weiter gelten: „Reduzierung auf 5000 GK auf ballistischen Raketen, flexibler Ansatz für einen Abbau der Disparität beim Wurfgewicht, substantielle Reduzierung dislozierter ballistischer Raketen, effektive Verifikation.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1820; VS-Bd. 11371 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

werde. Auf die Frage BMs, ob dieser Emissär sich nur auf START beschränken oder auch über INF sprechen werde, antwortete Percy, daß die Mission des Emissärs auf das „build-down“ beschränkt sei, es sich aber um eine Persönlichkeit handeln werde, die sich auch im INF-Thema auskenne. Ein Mitarbeiter Percys ergänzte, daß der Emissär in allen Sparten der Abrüstungsverhandlungen Bescheid wisse, einschließlich INF. Auf Frage BMs: Der Emissär werde sehr bald reisen. Über die Person sei noch keine Entscheidung getroffen. Percy unterstrich, daß nur wenige über diese Dinge Bescheid wüßten, und er sage es BM in Anerkennung seines Einsatzes für gemeinsame Belange. Percy ergänzte, daß beabsichtigt sei, einen Vertreter der Scowcroft-Kommission⁵ ständig in Genf zu haben.⁶ Die Scowcroft-Kommission und Scowcroft selbst würden weiter arbeiten. BM hob hervor, daß es wesentlich sei, daß der Sonderemissär sich nicht auf START allein beschränke, sondern auch INF mit in seine Erörterungen einbezüge. Die SU dürfe nicht den Eindruck erhalten, daß die USA nurmehr an START Interesse hätten. Wir stünden jetzt in der schwierigsten INF-Phase. Wir wünschten für die vor uns liegende Zeit enge und hochrangige Kontakte zwischen Amerikanern und Sowjets. Wir seien der Meinung, daß ein Treffen der beiden AM an einem dritten Ort noch vor Mitte November stattfinden sollte. Percy stimmte diesen Ausführungen zu. Er erkundigte sich nach BMs Einschätzungen der sowjetischen Hoffnungen. BM erwiderte, daß man sich nicht so sehr darauf konzentrieren dürfe, was geschehe, wenn stationiert werde. Besser sei es, sich darum zu bemühen, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen. Er glaube immer noch, daß es dafür Chancen gäbe. So halte er den soeben zu START gemachten Vorschlag für eine gute Flankierung der INF-Verhandlungen. Es sei erforderlich, daß insgesamt im West-Ost-Verhältnis eine langfristige konstruktive Strategie sichtbar werde. Man dürfe die West-Ost-Beziehung nicht auf Abrüstungsverhandlungen allein reduzieren. Man beeindrucke die SU am ehesten mit Festigkeit auf der einen und Verdeutlichung der Vorteile auf der anderen Seite, die sich ihr im Falle einer Zusammenarbeit böten. F hielten wir einen Dialog auf politischer Ebene für entscheidend.⁷ Es müßten AM-Begegnung und ein Gipfel stattfinden.

BM erläuterte anschließend die Bundestagsdebatte am 21. November, an deren Ausgang entsprechend der Regierungslinie er nicht zweifelte.⁸ Bei Ausbleiben konkreter Verhandlungsergebnisse in Genf könne dann am 22. November mit der Stationierung begonnen werden.

Die SU müsse also vor Entscheidungen gestellt werden, die über die Problematik der SS-20 hinausgehen. Dafür⁹

Er, BM, glaube, daß die SU mehr und mehr die Hoffnung verlöre, eine Verschiebung der Stationierung erreichen zu können. Zur sowjetischen Reaktion auf die Stationierung könne man nur spekulieren.

⁵ Zur Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) vgl. Dok. 139.

⁶ Am 4. Oktober 1983 gab Präsident Reagan die Berufung von James R. Woolsey in die amerikanische START-Delegation bekannt. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1412.

⁷ So in der Vorlage.

⁸ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁹ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

Man könne damit rechnen,

- daß die SU die INF-Verhandlungen zunächst unterbreche, dadurch blieben aber die West-Ost-Beziehungen insgesamt mehr oder weniger unbeschädigt. Ob es so komme, werde sich zeigen, wenn die KAE zu Beginn des kommenden Jahres beginne.¹⁰ Er sei entschieden der Meinung, daß die KAE auf AM-Ebene eröffnet werden müßte, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Abrüstungsverhandlungen weitergingen. Die SU werde vielleicht nach einer gewissen Pause die Zusammenlegung der INF- und START-Verhandlungen anregen. Percy unterbrach an dieser Stelle, um nach Rücksprache mit Senator Lugar gleich anschließend zu versuchen, in die präsidentielle Erklärung zur START-Position eine gleichgewichtige Bezugnahme auf INF aufzunehmen.
- daß die SU als militärische Reaktion in einigen WP-Staaten Kurzstreckensysteme stationieren werde. In Frage kämen die DDR und die ČSSR. Eine Stationierung in Bulgarien würde als zusätzliches Problem heraufbeschwören, daß die bulgarische Initiative für eine atomfreie Zone in Südosteuropa¹¹ zusammenbreche. Bei einer Stationierung in Ungarn würde die Einbeziehung Ungarns in MBFR erneut aktuell.¹² Rumänien habe jede Stationierung abgelehnt.¹³ Polen verweise darauf, daß ohnehin schwierige Lage noch komplizierter würde.

BM erläuterte weiter, daß die zu erwartende ausbleibende Unterstützung der Regierung durch die SPD die Dinge nicht leichter mache. Er erinnerte an die seinerzeit von BK Adenauer zurückgewiesene Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

(Anmerkung: In späterem Gespräch teilte Nationaler Sicherheitsberater Clark BM mit, daß die Entsendung eines Emissärs nach Moskau ein Vorschlag einiger Senatoren gewesen sei, den die Administration jedoch nicht beabsichtige aufzugreifen.)

2) BM bat um Erläuterung zu dem vom Kongreß erbetenen Bericht über die Verteidigungsanstrengungen der Alliierten.¹⁴ Auf Bitten von Senator Percy

¹⁰ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

¹¹ Zu den Vorschlägen für eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan vgl. Dok. 218, Anm. 22, sowie Dok. 255, Anm. 9.

¹² Auf der ersten Plenarsitzung bei den MBFR-Explorationsgesprächen am 14. Mai 1973 in Wien wurde u. a. eine Regelung der Teilnehmerfrage beschlossen. Dazu vermerkte Botschafter Roth am 22. Mai 1973: „Elf Staaten sind direkte Teilnehmer; acht Teilnehmer haben besonderen Status; hierzu gehören Ungarn sowie die Flankenstaaten der NATO und des WP; für Ungarn hat der Westen in einer vom Osten nicht widersprochenen Erklärung festgestellt, daß die Einbeziehung Ungarns in allgemeine oder spezifische Maßnahmen und Vereinbarungen in den Verhandlungen diskutiert und entschieden werden müsse; Ungarn ist das einzige Land, das in dieser Weise hervorgehoben wird“. Vgl. VS-Bd. 9412 (221); B 150, Aktenkopien 1973.

¹³ Zur rumänischen Haltung zur Stationierung von sowjetischen Nuklearsystemen vgl. Dok. 243, Anm. 5.

¹⁴ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 30. September 1983, anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes für den amerikanischen Verteidigungshaushalt 1984 (Defense Authorization Bill) habe der Kongreß moniert, daß die Verteidigungsleistungen der Verbündeten nicht adäquat seien: „Das Drei-Prozent-Ziel werde 1983 außer von den USA von keinem anderen NATO-Staat auch nur annähernd erreicht.“ Verteidigungsminister Weinberger werde aufgefordert, dem Kongreß bis 1. März 1984 Bericht über die unterschiedlichen Verteidigungslasten der NATO-Mitgliedstaaten und Japans zu erstatten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4459; Referat 201, Bd. 125656.

erklärte sein Mitarbeiter, im Defense Authorization Act¹⁵ werde ein Bericht über das Burden Sharing verlangt. Dieser Bericht sei in diesem Jahr mehr detailliert erbeten worden, insbesondere solle das Pentagon den Betrag errechnen, den die Verbündeten für die NATO ausgaben. Das Pentagon habe diese Angaben bisher verweigert, dadurch sei die Angelegenheit kontrovers geworden. BM bat, daß man die Beiträge der verschiedenen Länder objektiv errechne, z. B. daß man in unserem Falle anerkenne, daß wir eine Wehrpflichtarmee hätten.

3) Zu Fragen der amerikanisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere Landwirtschaftsprobleme, vgl. gesonderten Bericht.¹⁶

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14118 (010)

¹⁵ Zum Gesetz für den amerikanischen Verteidigungshaushalt 1984 (Defense Authorization Bill) vgl. Dok. 225, Anm. 10.

Regierungsdirektor Sailer, Washington, berichtete am 16. September 1983: „Nur drei Tage nach der Abstimmung im Senat hat nun auch das Repräsentantenhaus dem vom Vermittlungsausschuß erarbeiteten Entwurf der Defense Authorization Bill für das Haushaltsjahr 1984 zugestimmt. [...] Der Gesetzentwurf sieht Ausgaben in Höhe von 187,5 Mrd. Dollar vor.“ Sailer erinnerte daran, daß es sich dabei „nicht um US-Verteidigungshaushalt 1984, sondern nur das Haushaltsermächtigungsgesetz“ handle, durch das erst „die in der Verfassung vorgeschriebene gesetzliche Voraussetzung für die – ebenfalls in Gesetzesform zu erlassende – Bewilligung (appropriation) von Haushaltsmitteln für die in der authorization bewilligten Vorhaben“ geschaffen würde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4150; Referat 201, Bd. 125656.

¹⁶ Zur Kontroverse zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften über die Agrarpolitik vgl. Dok. 281, Anm. 24.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 5. Oktober 1983, Bundesminister Genscher habe am Vortag gegenüber den amerikanischen Senatoren Lugar und Percy dargelegt, „daß man Auseinandersetzungen EG–USA in den nächsten Wochen und Monaten vermeiden müsse. Die amerikanische Zinsentwicklung sei für uns weiter problematisch und verzögere die positiven Auswirkungen unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik“. Probleme bestünden ferner wegen der amerikanischen Haushaltsgesetzgebung und ihren Auswirkungen auf die europäische Stahlindustrie. Es gelte zu vermeiden, daß die Kontroverse über die Agrarpolitik zu weiteren Belastungen führe, während in der Bundesrepublik „die Stationierung zu verkraften“ sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4551; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

290

**Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz,
z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt**

114-20287/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4561

Aufgabe: 5. Oktober 1983, 19.55 Uhr¹
Ankunft: 6. Oktober 1983, 01.15 Uhr

Betr.: Gespräch BM–Vizepräsident Bush am 4.10.1983²

An dem Gespräch nahmen auf amerikanischer Seite Admiral Murphy (Chief of Staff of the Vice President), Don Gregg (Adviser for Security Affairs to the Vice President), Philip Hughes (Office of the Vice President) und Thomas Niles (Deputy Assistant Secretary for European Affairs, State Department), auf deutscher Seite Botschafter Hermes, LMB³ und VLR I Weber teil.

Aus dem Gespräch wird festgehalten:

1) Ungarn

Bush äußerte sich beeindruckt von seiner Begegnung mit Kádár⁴, mit dem er über Andropow gesprochen hatte. Kádár habe diesen als sehr hart (very tough) bezeichnet und eine Parabel gebraucht, wonach das von Jägern umgebene Kaninchen in seiner Not die Jäger anfällt. Der Frage, wer das Kaninchen ist, sei Kádár ausgewichen.

Bush stellte mit einem Ausdruck des Bedauerns fest, daß in den USA die beachtlichen inneren Entwicklungen Ungarns kaum zur Kenntnis genommen würden.

BM stimmte zu, daß Kádár ein interessanter und lohnender Gesprächspartner sei. Bush war mit BMs Feststellung einverstanden, daß von allen Ostblockstaaten die Lage für den einzelnen Bürger – auch in bezug auf Westreisen – in Ungarn am besten ist.

Bush verneinte auf Frage BMs, ob Gespräch Hinweise auf sowjetisches Vorgehen in den nächsten Wochen, vor allem am Genfer INF-Verhandlungstisch, ergeben habe. Er habe seinerseits deutlich gemacht, daß Reagan mit großer Entschlossenheit und großem Ernst an die Verhandlungen herangehe, wie auch an den Nachrüstungsbeschluß. Bush erklärte, er sei dabei davon ausgegangen, daß diese Aussagen nach Moskau weitergeleitet würden.

2) West-Ost-Beziehungen

BM bezeichnete die Erfahrung von Bush als ein gutes Beispiel für einen sinnvollen Dialog. Wir glaubten deshalb auch, daß das Gespräch zwischen den AM der USA und der SU wieder aufgenommen werden sollte, und zwar noch vor

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 6. Oktober 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Carstens vom 3. bis 6. Oktober 1983 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 289.

³ Hans Friedrich von Ploetz.

⁴ Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 19. bis 22. September 1983 – unterbrochen durch einen Aufenthalt in Wien am 21. September 1983 – in Ungarn auf.

Dislozierungsbeginn. Später solle sich ein Treffen Reagan–Andropow anschließen, wenn Aussicht auf Erfolg bestehe. Nach unserer Auffassung könne davon ausgegangen werden, daß Reagan den sowjetischen GS beeindrucken werde.

Bush kam zurück auf diesbezügliche Ausführungen BMs im Gespräch der beiden Präsidenten am Vormittag, die Reagan nur aufgegriffen hatte in bezug auf einen Gipfel.⁵ Bush meinte, Reagan habe die Frage nach einem baldigen AM-Treffen akustisch nicht verstanden. Wahrscheinlich hätte er geantwortet, daß dies mit Shultz besprochen werden solle, auf dessen Rat er sich in solchen Fragen sehr weitgehend verlasse. Bush sagte zu, die Frage eines AM-Treffens mit Reagan aufzunehmen.

BM stellte fest, wir seien mit den von Reagan dargelegten Voraussetzungen für ein Gipfeltreffen einverstanden: Auch nach unserer Meinung müsse es sorgfältig vorbereitet sein und Aussicht auf Erfolg bieten. Bush warf ein, dies sei offensichtlich auch die Meinung Andropows. BM fuhr fort, daß Lage sich bei einem AM-Treffen anders darstelle: Dieses sei Teil eines Dialogkontaktes auf hoher politischer Ebene und stehe insofern nicht unter denselben Voraussetzungen. Durch ein AM-Treffen noch vor Dislozierungsbeginn könne außerdem der Öffentlichkeit klargemacht werden, daß tatsächlich alle Anstrengungen unternommen würden, um noch zu einem konkreten Verhandlungsergebnis in Genf zu kommen.

3) Sicherheitspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland

Auf Bitte von Bush erläuterte BM den Stand: Durch die immer deutlicher werdende Haltung der SPD werde die Lage nicht leichter. Sie werde vermutlich letztlich gegen den Resolutionsentwurf der Regierungsparteien stimmen und einen Gegenantrag stellen, über dessen Inhalt man jetzt nur spekulieren könne. Die Regierung werde sich aber am 21.11. im Bundestag durchsetzen.⁶ Sie sei entschlossen, an diesem Tag abstimmen zu lassen und nicht die Tür zu einem Filibuster zu öffnen.

4) INF

a) Drittstaatsensysteme

Auf Bitte BMs erläuterte Bush seine kürzlichen Äußerungen⁷: Wenn man das idealistische Ziel der Vernichtung aller Nuklearwaffen erreichen wolle, müsse man irgendwann auch über diese Systeme reden. Allerdings würden nicht die

⁵ Im Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Präsident Reagan am 4. Oktober 1983 in Washington, an dem auch die Außenminister Genscher und Shultz sowie der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger teilnahmen, wurden insbesondere die bilateralen Beziehungen und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 erörtert. Reagan betonte, seine Regierung sei hinsichtlich einer Begegnung mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, bemüht, „die Kontakte nicht abreißen zu lassen. Er habe gerade einen langen Brief an Andropow geschrieben. Ein Treffen mit ihm habe aber nur Sinn, wenn etwas Konkretes herauskomme, sonst gebe es eine Enttäuschung.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178878.

⁶ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann notierte am 29. September 1983: „Laut AFP-Meldung vom 28. September 1983 hat der amerikanische Vizepräsident Bush vor Pressevertretern in Washington erklärt, irgendwann müßten bei den laufenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle auch die 162 britischen und französischen Mittelstreckenraketen zur Sprache kommen. Die Idee, die derzeit laufenden INF- und START-Verhandlungen zu verschmelzen, sei in der amerikanischen Regierung erörtert worden.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124524.

USA darüber verhandeln – dies habe er sagen wollen, vielleicht habe er sich nicht klar genug geäußert. Einige Journalisten hätten ihn richtig verstanden, andere anders, und die Berichte der letzteren hätten Anlaß zu der bekannten Diskussion gegeben. Bush verwies auf seinen Äußerungen entsprechende Stellungnahme von Thatcher.

Er bat BM um Argumentationshilfe zu den Drittstaatensystemen.

Nachdem BM erläutert hatte, daß Nachrüstungsgegner auch bei uns sich jetzt auf Bush beriefen in ihrer Forderung nach Einbeziehung der Drittstaatensysteme, verwies er auf die beachtlichen Erklärungen von Mitterrand und Howe in New York.⁸ Wir machten immer klar, daß die Sowjets uns selbst 1980 erklärt hätten, die britischen und französischen Systeme seien strategischer Natur und gehörten daher nicht in die INF-Verhandlungen.⁹ Nicht wir, sondern die SU habe ihre Position verändert. Gromyko, den er in Madrid Anfang September hiermit konfrontiert habe, habe eingeräumt, daß diese Systeme ein doppeltes Gesicht hätten.¹⁰ In der Öffentlichkeit erklärten wir: Die Systeme gehörten nicht in den INF-Zusammenhang. Wir seien für Forderungen nach Einbeziehung ebenso der falsche Adressat wie die USA. Die SU müsse mit Frankreich und Großbritannien sprechen.

b) Verhandlungsstand

Bush erwartete nicht, daß die SU sich bewegt.

BM äußerte Zweifel an der Annahme, daß ein Ergebnis erst nach Dislozierungsbeginn möglich ist. BM bezeichnete als entscheidend, ob die SU von unserem Willen und unserer Fähigkeit zur Dislozierung überzeugt sei. Er äußerte Zweifel an der Annahme, daß ein Ergebnis erst nach Dislozierungsbeginn möglich ist. Denn dann steche die Karte der Friedensbewegung nicht mehr. Die westliche Öffentlichkeit werde sich vermutlich anderen Themen, vor allem wirtschaftspolitischen, zuwenden.

Daher sei die Zeit bis zur Dislozierung so wichtig: Wir hätten die jüngsten US-Vorschläge bei INF¹¹ dankbar begrüßt und auch die neuen START-Vorschläge¹² als eine gute Flankierung der INF-Verhandlungen positiv gewürdigt. Jetzt sei noch ein dritter Punkt wichtig: der Nachweis, daß der politische Dialog auf hoher Ebene weitergehe. Sowohl von der Substanz wie von der Wirkung auf die Öffentlichkeit wäre daher ein AM-Treffen nützlich.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 14118 (010)

⁸ Zu den Reden des Staatspräsidenten Mitterrand und des britischen Außenministers Howe am 28. September 1983 vor der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 327.

⁹ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

¹⁰ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 262.

¹¹ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

¹² Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 4. Oktober 1983 für die START-Verhandlungen vgl. Dok. 289, besonders Anm. 4.

291

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Hussein in Amman

Geheim

6. Oktober 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem König des Haschemitischen Königreichs Jordanien, Hussein Ibn Talal, am 6. Oktober 1983, 18.30 Uhr bis 20.25 Uhr in Amman²

Anwesend waren: Kronprinz Hassan Ibn Talal; Ministerialdirektor Horst Teltchik; Frau Siebourg, Dolmetscherin.

König *Hussein* hieß den Bundeskanzler herzlich willkommen. Dieser Besuch sei für ihn sehr wertvoll und Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen und spiegele die Gefühle der Liebe und des Vertrauens wider. Er wolle über alle Probleme sprechen, die für beide Seiten eine Herausforderung darstellen würden. Er bedanke sich sehr herzlich für die große Unterstützung, die die Bundesrepublik Deutschland für Jordanien leiste. Er sei sehr froh und stolz darüber.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die große Gastfreundschaft und den großartigen und unvergeßlichen Tag, den er heute im Jordantal verbringen konnte. Dieses Tal sei gerade für religiöse Menschen von besonderer Bedeutung. Kronprinz Hassan habe ihm die Entwicklungsprobleme des Jordantales sehr nahegebracht. Er sei sehr beeindruckt, weil mit dieser Entwicklung ein Weg in die Zukunft aufgezeigt werde. Eine wichtige Voraussetzung dafür bleibe jedoch die Sicherung des Friedens.

Der Bundeskanzler berichtete über die eindrucksvolle und würdige Zeremonie an der Gedenkstätte für die jordanischen Kriegstoten und über seinen Besuch in der Felsenstadt Petra.

König *Hussein* wiederholte seinen Dank für den Besuch des Bundeskanzlers, den er als ein besonderes Privileg bezeichnete. Er erinnere sich sehr gerne an seinen Besuch in Bonn.³ Damals sei es für den Bundeskanzler sehr schwierig gewesen, dennoch habe auch dieser Besuch die gegenseitigen Gefühle der Freundschaft unter Beweis gestellt.

Im Nahen Osten stünde man vor einer schwierigen Periode, deshalb habe der Besuch des Bundeskanzlers große Bedeutung. Er sei stolz auf die guten gegenseitigen Beziehungen. Er wisse, daß Jordanien in Europa viele Freunde habe. Insbesondere die Deutschen verstehen die Probleme Jordaniens. Sie wüßten, welche Auswirkungen sich aus einer Instabilität in der Nahost-Region für Eu-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltchik, Bundeskanzleramt, am 25. Oktober 1983 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H. D. Genscher persönlich.“ Hat Bundesminister Genscher am 2. Dezember 1983 vorgelegen.

² Im Zuge seiner Nahostreise vom 5. bis 9. Oktober 1983 hielt sich Bundeskanzler Kohl vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf.

³ Zum Besuch des Königs Hussein am 16./17. März 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 73.

ropa ergeben können. Die Bedrohung sei für beide Seiten identisch. So verfüge man über gemeinsame historische Bande wie über eine gemeinsame Zukunft.

Der *Bundeskanzler* forderte König Hussein zu einem offenen Gespräch auf. MD Teltschik sei sein engster Mitarbeiter. Wenn er als Bundeskanzler nicht sofort erreichbar sei, stehe Teltschik wie Frau Weber für den direkten Kontakt immer zur Verfügung.

Der Bundeskanzler schlug vor, sich auf zwei Schwerpunkte zu konzentrieren, auf die Ost-West-Beziehungen und auf die Entwicklung im Nahen Osten. Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß die NATO in den 70er Jahren versäumt habe, ihre militärische Ausrüstung zu modernisieren. Während im Westen die Euphorie für Abrüstung zugenommen habe, sei die Sowjetunion militärisch immer stärker geworden. 1979 habe die NATO den Doppelbeschluß gefaßt. Er sehe Verhandlungen vor, sollten sie jedoch zu keinem Ergebnis führen, solle stationiert werden. Diese Politik sei entscheidend von seinem Vorgänger Helmut Schmidt formuliert worden. Obwohl er damals Oppositionsführer gewesen sei, habe er diese Politik immer unterstützt. Die amerikanische Regierung habe in diese Verhandlungen immer wieder neue Bewegung gebracht. Dies sei nicht immer zu erwarten gewesen. Die Bundesregierung habe jedoch alles dafür getan, neue Initiativen mit einzuleiten. Mit Präsident Reagan verbinden ihn sehr herzliche persönliche Beziehungen, wie dies zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem Bundeskanzler seit der Zeit Konrad Adenauers nicht mehr üblich gewesen sei. Diese guten persönlichen Beziehungen hätten ihren besonderen Ausdruck z.B. beim Abschluß der KSZE-Folgeverhandlungen in Madrid gefunden.

Der Bundeskanzler bezeichnete in diesem Zusammenhang die Geschlossenheit der Europäer als besonders großen Vorteil. Dies gelte im besonderen für Präsident Mitterrand, der ein absolut zuverlässiger Partner sei. Das gleiche könne er jedoch von Mrs. Thatcher, aber auch von Italien, von den Niederlanden sagen. Dennoch komme es am Ende ganz entscheidend auf die Bundesrepublik Deutschland an. Sie sei gewissermaßen der Eckstein für die Politik des Doppelbeschlusses.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß er leidenschaftlich daran interessiert sei, daß Waffen abgerüstet werden. Das Geld für diese Waffen könnte für andere Zwecke sinnvoller eingesetzt werden, sowohl in der Bundesrepublik wie aber auch z.B. im Jordantal. Leider müsse man aber feststellen, daß die Sowjetunion bisher unbeweglich blieb, er glaube nicht, daß sich Moskau in den letzten sechs Wochen noch bewegen werde. Die Sowjetunion habe nachweisbar die Stationierung der SS-20 fortgesetzt. Er habe entsprechende Fotos von den Amerikanern zu sehen bekommen. Die Konsequenz für die sowjetische Unbeweglichkeit sei eindeutig: Die Bundesregierung werde bis zum 21. November⁴ warten und dann mit der Stationierung beginnen. Es sei verrückt, aber er könne sich vorstellen, daß nach der Stationierung der ersten Pershings die Sowjetunion bereit sein werde zu verhandeln. Die Sowjetunion wisse, daß die Bundesregierung stationieren werde. Sie betreibe eine große Desorientierungskampagne.

⁴ Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses ab. Vgl. dazu Dok. 356, Anm. 2.

Große Demonstrationen seien zu erwarten. Aber er wolle mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß in der Bundesrepublik Deutschland nicht auf der Straße entschieden werde, sondern entsprechend der Verfassung. Dies sei der Unterschied zwischen dem Jahr 1932 und dem Jahr 1983.

Die Bundesregierung sei ganz entscheidend an den Verhandlungen interessiert. Obwohl in Europa ein Krieg nicht zu erwarten sei und man davon ausgehen könne, daß dies zur Zeit der sicherste Punkt der Erde sei, versuche die Sowjetunion, durch Angst die Europäer in die Knie zu zwingen. In diesem Zusammenhang erläuterte der Bundeskanzler die Verhandlungen zwischen Hitler, Daladier und Chamberlain 1938 in München.⁵ Auch heute sei die Lage schwierig, aber die Bundesregierung werde die Probleme dennoch meistern.

Im Anschluß an diese Ausführungen gab der Bundeskanzler einen Überblick über die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik. In der Bundesrepublik sei lange Zeit mehr ausgegeben worden, als eingenommen worden sei. Seine Bundesregierung habe in zwölf Monaten 21 Mrd. DM eingespart. 30 Millionen Bürger seien von diesen Sparmaßnahmen betroffen, dennoch entwickle sich die Lage besser als erwartet. Noch zwei weitere Jahre müßten Einsparungen vorgenommen werden, solange könnten keine weiteren Ausgaben erfolgen.

Als dritten Themenkomplex sprach er die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft an. Alle europäischen Staaten seien seinerzeit von der Ölkrise betroffen worden. Dennoch seien die Wirtschaftspolitiken nach wie vor nicht gut koordiniert, dies gelte z. B. für Frankreich, aber auch für Italien und Griechenland. Er befürchte deshalb eine kritische Situation auf dem EG-Gipfel in Athen⁶; in Stuttgart⁷ sei es ihm noch gelungen, eine Katastrophe zu verhindern. Mrs. Thatcher befände sich auf dem Kriegspfad, und jeder wisse, was dies heiße. Dagegen gebe es in der Außen- und Sicherheitspolitik keine Probleme.

Die Vereinigten Staaten stünden in 13 Monaten vor Neuwahlen.⁸ Der demokratische Präsidentschaftskandidat sei noch nicht nominiert, dennoch glaube er, daß Präsident Reagan wiedergewählt werde. Aufgrund dieser Wahlsituation erwarte er sich jedoch keine Erleichterung im Zusammenhang mit der amerikanischen Hochzinspolitik. Es sei auch zu befürchten, daß es auch in der Nahostpolitik keine Fortschritte geben werde, insbesondere in der Frage der israelischen Siedlungspolitik.⁹ Er sei sich zwar sicher, daß Präsident Reagan diese

⁵ Am 29. September 1938 schlossen Premierminister Chamberlain, Ministerpräsident Daladier, Reichskanzler Hitler und Regierungschef Mussolini in München ein Abkommen über die Modalitäten der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete durch die Tschechoslowakei an das Deutsche Reich. Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

⁸ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁹ Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 12, Anm. 9.

Legationsrat I. Klasse Mulack, Amman, konstatierte am 6. September 1983, daß die USA „als einzige außenstehende Macht, die etwas in Bewegung bringen könnte“, sich auf die Präsidentschaftswahlen 1984 vorbereiten würden und darüber hinaus der Libanonkonflikt die Aufmerksamkeit auf sich ziehe, „so daß die Israelis ungestört ihre Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten fortführen können. Das Veto der USA im Sicherheitsrat gegen den entsprechenden jordanischen Resolutionsentwurf und die dazu gelieferte Begründung werden von allen Palästinensern als stillschweigende Aufforderung an Israel gesehen, die Siedlungspolitik sozusagen mit amerikanischem Segen zu forcieren.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 524; Referat 310, Bd. 135747.

Siedlungspolitik Israels nicht unterstütze. Dennoch werde es jetzt jedoch eine vergebliche Liebesmühe sein, die amerikanische Regierung in dieser Frage zu drängen. Er sei jedoch bereit, Präsident Reagan auf diese Fragen bei seinem nächsten Gespräch anzusprechen. Er wisse, in welchem Maße die gemäßigten Kräfte in der Nahost-Region auf Erfolge angewiesen seien.

König *Hussein* bedankte sich für die Gelegenheit dieses Gedankenaustausches. Er führe zu einem besseren gegenseitigen Verstehen. Er wolle besonders die Aussage des Bundeskanzlers unterstreichen, und dies gelte auch für die Zukunft: Auch aus seiner Sicht sollten die Kontakte ohne Einschränkungen und in absoluter Offenheit geführt werden. Dies entspreche der Verantwortung beider, jetzt in der Gegenwart wie für die Zukunft.

Er versuche noch immer sein Äußerstes, die Unterstützung der Araber für die Reagan-Initiative¹⁰ zu gewinnen. Er habe darüber ja bei seinem letzten Besuch in Bonn berichtet, was er in Richtung PLO unternehme. Sein Ziel sei es gewesen, gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln. Seit 1974 gelte die PLO als einzige legitime Vertretung der Palästinenser.¹¹ Man habe gewisse Fortschritte gemacht und beinahe ein Abkommen erreicht, mit Israel und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Sicherheitsrats-Resolution 242¹² verhandeln zu können. Das hätte geheißen: Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und die Existenz aller Staaten im Rahmen eines dauerhaften gesicherten Friedens. Grundlage sollte ein gemeinsames Konzept Jordaniens und der Palästinenser sein, das von allen Palästinensern gemeinsam für die Zukunft Gültigkeit haben sollte. Beide Seiten sollten dem zustimmen. Die Schwierigkeit bestand vor allem darin, daß die Vereinigten Staaten von Amerika es abgelehnt haben, einen eigenständigen palästinensischen Staat als Ergebnis der Selbstbestimmung zu akzeptieren. Washington sei überzeugt gewesen, daß ein solcher selbständiger Staat der Sowjetunion anheimfallen werde.

Sie wollten eine große Familie der Palästinenser. Die jordanische Regierung sei gerade dabei gewesen, ein Verhandlungsteam zusammenzustellen. Jordanien sollte als der eigentliche Verhandler auftreten, aber es seien auch Palästinenser als Mitglieder der Delegation vorgesehen gewesen. Es habe sich dabei um keine prominenten Palästinenser gehandelt. Ihre Arbeit sollte jedoch eng mit der PLO koordiniert werden. Unglücklicherweise scheiterten diese Pläne aus mehreren Gründen:

- 1) Die Libanon-Krise erreichte ihren Höhepunkt. Die israelischen Truppen waren nicht zurückgezogen worden.
- 2) Die israelische Regierung wies die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten zurück und setzte ihre Siedlungspolitik fort.

Beide Entwicklungen haben die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Politik untergraben. Damit kam die Unterstützung, die er von anderen arabischen Re-

¹⁰ Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan für den Nahen Osten vom 1. September 1982 vgl. Dok. 9, Anm. 17.

¹¹ Vgl. dazu die „Resolution über Palästina“ der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 29. Oktober 1974 in Rabat; EUROPA-ARCHIV 1975, D 616.

¹² Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

gierungen für seinen Plan gehabt habe, die PLO zu überreden, nicht zur Geltung. Ein weiteres Problem sei gewesen, daß die Sowjetunion aus diesem Prozeß ausgeklammert geblieben wäre.

Er habe Präsident Reagan beschworen, die Situation zu bedenken. Schließlich habe die Sowjetunion praktisch dieselben Interessen in dieser Region. Er habe bereits einen Vertragsentwurf gehabt, der mit Arafat abgestimmt gewesen sei und zur Unterschrift bereitgelegt habe. Er mußte jedoch öffentlich das Scheitern dieses Planes bekanntgeben. Dieser Plan sei der Versuch gewesen, eine Verbindung zwischen dem Reagan- und dem Fes-Plan¹³ herzustellen, aber er sei gescheitert.¹⁴

Heute müsse er sagen, daß nicht mehr viel Zeit zur Verfügung stehe. Die Zeit arbeite gegen ihn. Die Israelis setzten ihre Siedlungspolitik fort. Er habe die große Sorge, ob noch eine Lösung gefunden werden könne. In einem Jahr könne sich vieles entwickeln, was danach nicht mehr zu ändern sei.

Die Palästinenser seien besonders in zwei Gebieten betroffen: Viele Palästinenser leben im Libanon. Dort haben sie seit 1948 gesiedelt. Was sich jetzt im Libanon abspiele, sei eine ungeheuerliche Tragödie. Die jordanische Regierung habe im Libanon in starkem Maße eingegriffen und mit allen Parteien engen Kontakt gehalten, um eine Lösung zu finden. Zur Zeit herrsche im Libanon Windstille. Er hoffe auf den Beginn einer positiven Atmosphäre, obwohl er die Sorge habe, daß der Libanon nicht mehr im alten Zustand herzustellen sei.

Auf der anderen Seite gebe es die Palästinenser in den besetzten Gebieten, in Gaza und auf der Westbank. Diese Palästinenser seien in immer stärkerem Maße Leiden unterworfen. Ihr Land werde konfisziert. Die Versorgung sei schlecht. Die Israelis würden immer neue Siedlungen errichten. Die Menschenrechte der Palästinenser würden mißachtet. Die Palästinenser würden in hohem Maße aus ihren Gebieten vertrieben.

Angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit sei er sehr skeptisch. Seine einzige Hoffnung sei die, daß es Anstrengungen geben könnte, diese Entwicklungen zu verlangsamen, damit man sich neu sammeln und neue Anstrengungen unternehmen könne.

König Hussein leitete über auf die Situation für Jordanien: Jordanien habe die längste Waffenstillstandsgrenze mit Israel, im Norden grenze Syrien an. Israel werde von den Amerikanern, Syrien von der Sowjetunion unterstützt, sowohl militärisch wie auch sonst. Jordanien habe mit Syrien viele Zusammenstöße gehabt: 1970 habe Syrien eine Invasion in Jordanien versucht.¹⁵ 1980 habe Sy-

¹³ Zum Friedensplan der Arabischen Liga für den Nahen Osten („Fes-Plan“) vgl. Dok. 9, Anm. 18.

¹⁴ Vgl. dazu die Gespräche des König Hussein mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 1. bis 5. April 1983 in Amman; Dok. 73, Anm. 17.

Botschafter Munz, Amman, teilte am 24. Oktober 1983 mit: „Zwar hat Arafat in letzter Zeit in Zeitungsinterviews wiederholt seine Absicht zum Ausdruck gebracht, demnächst zur Fortsetzung des seit 10. April des Jahres unterbrochenen Dialogs mit der jordanischen Regierung nach Amman zu kommen. Jordanischerseits ist man zur Wiederaufnahme des Dialogs jedoch allenfalls auf der Basis dessen bereit, worüber sich beide Seiten bis zum Abbruch der Gespräche im April geeinigt hatten. Weitere Konzessionen wird Jordanien um so weniger machen, als inzwischen die Autorität des PLO-Chefs erheblich angeschlagen ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 517; Referat 310, Bd. 137530.

¹⁵ In Jordanien kam es 1970 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und palästinensischen Organisationen. Am 6. bzw. 9. September entführten Angehörige der PFLP vier

rien eine ähnliche Drohung wiederholt, aber es sei zu keiner Konfrontation gekommen. Gleichzeitig sei Syrien auch im Libanon involviert.

König Hussein wies darauf hin, daß in gleichem Maße die Konfrontation der Großmächte im Nahen Osten zunehme. Er kenne nicht die Lösung, die die amerikanische Regierung für den Libanon anstrebe. Er könne nur feststellen, daß die Gefahr der Fragmentierung des Libanon zunehme: Die Drusen, Schiiten, die Maroniten¹⁶ bieten diese Fragmentierung geradezu an. Außerdem sei Syrien immer an dem südlichen Teil des Libanon interessiert gewesen. Eine Explosion könne nicht mehr ausgeschlossen werden. Syrien versuche, die PLO im negativen Sinne zu unterwerfen.¹⁷ Er selbst habe vor einer solchen Entwicklung immer gewarnt. Eine solche PLO habe nicht mehr die Legitimität, alle Palästinenser zu vertreten. In einem solchen Falle müßte Jordanien seine Position überdenken.

Die Sowjetunion habe ihre Aktivität im Nahen und Mittleren Osten sehr verstärkt: in Syrien, Äthiopien, Libyen, Jemen, in gewisser Weise auch im Iran. Er sei selbst über die Situation in Griechenland besorgt. Es sei das Ziel der Sowjetunion, in das Mittelmeer vorzudringen. Die Straße von Hormuz sei eines der Ziele der Sowjetunion. Oman habe schon einmal gegen Südjemen verteidigt werden müssen, sonst hätte die Sowjetunion bereits den Zugang zum Arabischen Meer erreicht. Der Eingang zum Roten Meer bleibe für die Sowjetunion ein strategisch wichtiges Ziel. Dies erkläre ihr Engagement im Südjemen wie in Äthiopien. In diesem Zusammenhang verwies König Hussein auf die Bedrohung des Tschad, des Sudan und Ägyptens. Die Sowjetunion wolle strategisch wichtige Ziele unter ihre Kontrolle bringen. Dies erfülle Jordanien mit großer Sorge.

König Hussein kam dann auf den Krieg zwischen dem Iran und Irak zu sprechen. Aufgrund dieses Krieges sei der Irak nicht in der Lage, gemeinsame Initiativen zu ergreifen. Die irakische Regierung teile die Auffassung von Jordanien. Käme es zu ihrem Sturz, wäre dies für Jordanien sehr schlimm. Ein militärischer Erfolg des Iran würde einen Keil zwischen die Schiiten und Sunniten treiben.

Ein wichtiges Element im Nahen Osten stelle Ägypten dar. Die Beziehungen zwischen Jordanien und Ägypten seien jedoch nicht so gut wie in der Vergangenheit, als Kairo noch der Sitz der Arabischen Liga¹⁸ und der gemeinsamen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1460

Maschinen amerikanischer, britischer und schweizerischer Fluggesellschaften nach Kairo bzw. auf einen aufgegebenen Militärflughafen bei Amman und erklärten den Norden Jordaniens zu „befreiten Gebieten“. Am 16. September ernannte König Hussein eine Militärregierung und befahl die Niederschlagung des Aufstands („Schwarzer September“). Am 20. September 1970 griffen syrische Panzerverbände in die Kämpfe ein, wurden aber bis 25. September 1970 zurückgedrängt. Am 27. September 1970 schlossen Hussein und der zum „Generalbefehlshaber aller Streitkräfte der palästinensischen Revolution“ ernannte Yasser Arafat bei einem Treffen arabischer Führer in Kairo ein Abkommen zur Beendigung des Konflikts, in dessen Folge die Stützpunkte der palästinensischen Organisationen vor allem in den Libanon und nach Syrien verlegt wurden. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 467 f.

16 Korrigiert aus: „Mennoniten“.

17 Botschaftsrat Freiherr von Maltzahn, Damaskus, analysierte am 17. August 1983: „Zwischen Assad und Arafat herrscht seit September 1970 tiefstes Mißtrauen. Der Bruch zwischen beiden wurde am 22.6. mit der Ausweisung Arafats aus Syrien vollzogen. Es ist fraglich, ob Assad Arafat noch als Führer der PLO dulden will. Die bisherigen syrischen Bemühungen weisen vielmehr auf den Versuch hin, Arafat als PLO-Führer abzuhalftern.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 569; Referat 310, Bd. 137529.

18 Zur Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga vgl. Dok. 12, Anm. 5.

Armee gewesen sei. Ägypten habe versucht, die Probleme mit Israel alleine zu lösen. Dennoch habe man wieder die Botschaften eingerichtet und versuche jetzt, die Beziehungen so eng wie möglich zu gestalten und das Problem Israel in Ägypten auszuklammern.¹⁹ Sicherlich habe Jordanien auch mit anderen Staaten Beziehungen, die über eine israelische Botschaft verfügen. Dennoch bleibe das Verhältnis mit Ägypten schwierig. Besonders besorgt sei er über die innere Entwicklung Ägyptens, das sich in einer großen Wirtschaftskrise befinde. Präsident Mubarak sei ein sehr feiner, netter Mann, der versuche, sein Bestes zu geben. Die ägyptische Führung sei jedoch nicht so stark, wie sie sein könnte. Die Lage in Ägypten sei schwierig, er hoffe jedoch, daß die Lage stabil bleibe, sonst könnte sich daraus eine große Gefahr ergeben. König Hussein wiederholte, daß Präsident Mubarak ein sehr netter Mensch sei, es jedoch fraglich sei, ob er die Kontrolle aufrechterhalten könne. Seine Kontrolle über die Armee sei offensichtlich noch gegeben.

König Hussein fuhr fort, daß seine größte Sorge Saudi-Arabien betreffe. Er bezeichnete die Situation in Saudi-Arabien als ungewöhnlich. Sie sei von Unsicherheit und Unklarheit geprägt. Die Politik Saudi-Arabiens sei nicht realistisch. Im materiellen Bereich gebe es jedoch einen großen Überfluß. Saudi-Arabien habe viele Menschen in das Land geholt, er wisse jedoch nicht, ob diese motiviert seien. Saudi-Arabien sei ein unglückliches Volk, das mit sich nicht zurechtkomme und sehr verletzlich sei. Jordanien sei ein Außenposten der Saudis gegenüber Israel, Syrien und gegenüber radikalen Gruppen. Jordaniens Möglichkeiten als Außenposten würden jedoch in dem Maße schwinden, in dem Syrien von der Sowjetunion unterstützt werde. Es sei schwierig, von Saudi-Arabien die Hilfe zu bekommen, die Jordanien bräuchte. Jordanien denke aber nach vorne und sei dabei, Notstandspläne zu erarbeiten. Wenn Krisen ausbrächen, seien meistens alle sehr überrascht. Zurück bliebe meistens eine große Leere.

Die Fundamente in Saudi-Arabien oder in anderen Golfstaaten seien nicht solide. Eine Ausnahme stelle Oman dar, das aber nicht so bedeutend sei. Er frage sich immer, was das Ergebnis sei, wenn man junge Leute in die ganze Welt zum Lernen schicke und diese dann zurückkämen und dann mit der Lage konfrontiert seien, die sie in ihren Heimatländern vorfänden. Dies müsse zu großen Frustrationen führen, und dies erfülle ihn mit Sorge.

Der *Bundeskanzler* erläuterte die Politik der Bundesregierung gegenüber dem Nahen Osten. Seine Regierung setze in der arabischen Welt drei Prioritäten: Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien. Dies käme auch mit seiner Reise zum Ausdruck.²⁰

Im Falle Ägyptens müsse er feststellen, daß in der Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Grenzen erreicht seien. Die schlechte wirtschaftliche Lage Ägyptens hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutsch-

¹⁹ Botschafter Munz, Amman, berichtete am 28. Oktober 1983, am Vortag sei der ägyptische Außenminister Ali zum ersten Außenministerbesuch in Jordanien nach dem Abbruch der Beziehungen vor vier Jahren eingetroffen. Gleichwohl stehe „die Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen gegenwärtig nicht zur Debatte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 525; Referat 310, Bd. 135735.

²⁰ Im Anschluß an seinen Besuch in Jordanien reiste Bundeskanzler Kohl vom 7. bis 9. Oktober 1983 nach Ägypten und vom 9. bis 11. Oktober 1983 nach Saudi-Arabien. Vgl. dazu Dok. 295, Dok. 299, Dok. 307 und Dok. 312.

land. In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler auf die Belastungen für den Bundeshaushalt, die sich aus den internationalen Bürgschaften in einer Größenordnung von 170 Milliarden ergeben. Als Beispiel verwies er auf Brasilien.²¹ Es stehe bereits heute fest, daß im Falle Brasiliens der Bundeshaushalt mit 1 Milliarde belastet werde.

Die Beziehungen zu Saudi-Arabien hätten eine Form angenommen, die ihm nicht gefallen würde. In diesem Zusammenhang ginge er von einer anderen Denkkategorie als sein Vorgänger aus. Sicherlich sei die Wirtschaft von großer Bedeutung, aber sie reiche für die politische Stabilität eines Landes nicht aus. Entscheidend bleiben die moralische Qualität eines Landes, die kulturellen und religiösen Grundlagen und die Perspektiven für die Jugend. Dies sei gewissermaßen das Fundament, auf das man eine Wirtschaftsordnung als Haus gründen könne. Ein berühmter Dichter habe einmal gesagt: Erst käme das Fressen, dann die Moral.²² Dem könne er nicht zustimmen. Die Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er und 70er Jahren hätten bewiesen, daß dies zu wenig sei. Die Bundesrepublik verfüge über enorme wirtschaftliche Beziehungen mit Saudi-Arabien. Dies reiche jedoch nicht aus. Dies gelte auch für die Frage der Waffenlieferungen.²³ Waffen allein nützen wenig, wenn nicht die Moral der Soldaten hinzukomme. Er wolle deshalb die Beziehungen mit Saudi-Arabien nicht nur auf den wirtschaftlichen Sektor begrenzen. Er habe dabei das Schicksal des iranischen Schah²⁴ deutlich vor Augen. Der Bundeskanzler fragte König Hussein, in welchem Maße es möglich sei, mit den Saudis offen zu sprechen.

König *Hussein* antwortete, daß er dies nicht wisse, er habe es oft getan, wisse aber nicht, welchen Erfolg er damit gehabt habe. Er sei sehr daran interessiert, wie die Entwicklung in Saudi-Arabien weitergehen werde. Auch Jordaniens Schicksal hänge davon ab. Saudi-Arabien verfüge über modernste Waffen, aber niemand könne sie nutzen. Dies werde noch lange Jahre andauern. Saudi-Arabien verfüge nicht über das notwendige ausgebildete Personal.

Er wolle aber noch einen anderen Punkt ansprechen. Jeder müsse wissen, daß eine Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes niemand in die Arme der Sowjetunion treiben würde. Wenn es jedoch keine Fortschritte für eine Regelung des Konfliktes geben werde, öffne sich die Tür für die Sowjetunion. Diese Gefahr zeichne sich sehr deutlich ab. Die Polarisierung nehme zu und werde viele Jahre andauern.

König Hussein leitete dann auf die Entwicklung Jordaniens über. Er wolle als Freund mit dem Bundeskanzler noch einen Gedankenaustausch über die Rolle Jordaniens in der Zukunft führen. Er habe seine Überlegungen noch nicht völlig abgeschlossen. Er plane jedoch, Präsident Reagan erneut ganz privat anzusprechen, und zwar in allernächster Zeit und ohne öffentliche Ankündigung. Er beabsichtige, Jordanien neu zu organisieren. Er werde deshalb eine Kabinetts-umbildung vorbereiten. Jordanien habe von 1953 bis 1974 ein normales parla-

²¹ Zur Frage einer Umschuldung der Verbindlichkeiten Brasiliens vgl. Dok. 275, Anm. 9.

²² Vgl. Bertold BRECHT, Dreigroschen-Oper, 2. Akt, II. Dreigroschen-Finale (Wovon lebt der Mensch?).

²³ Zur Frage eines Exports von Panzern nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 209.

²⁴ Mohammed Reza Pahlevi.

mentarisches Leben gehabt. Von 1967 bis 1974 habe es jedoch keine Wahlen mehr gegeben, dennoch habe das Parlament weiter existiert, auch wenn die Westbank besetzt gewesen sei. Seit 1974 gebe es in Jordanien eine Nationale Beratende Versammlung.

Die Krise innerhalb der PLO²⁵ veranlasse ihn, noch vor dem November neue Überlegungen vorzubereiten und für den November einen weiteren arabischen Gipfel anzustreben. Gleichzeitig wolle er das alte Parlament wieder einberufen, einschließlich der Vertreter der besetzten Gebiete. Sein Ziel seien Wahlen auf der Ost- wie auf der Westbank, um die Verbindungen nicht abreißen zu lassen. Er schließe nicht aus, daß die Palästinenser wieder in eine Lösung des Konfliktes einbezogen werden könnten. Auf diese Weise könnte es vielleicht gelingen, gemeinsam mit der PLO und den arabischen Freunden eine Linie zu finden, die der Verantwortung für die Westbank und für Gaza gerecht würde.

König Hussein wies aber darauf hin, daß er vor einem solchen Schritt jedoch wissen wolle, was die Ziele der USA seien, ob die amerikanische Regierung weiterhin die UNO-Resolution 242 verfolge oder nicht. Sollten die USA diese Resolution aufgegeben haben, werde in Zukunft vieles falsch laufen. Er wolle deshalb die amerikanische Reaktion vorher erfahren. Im übrigen sei der Bundeskanzler der erste, dem er von diesen Plänen berichte. Er beabsichtige aber auch, diese Überlegungen mit PM Thatcher und mit Präsident Reagan zu erörtern. Es müsse eine Lösung geben, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Er sei nicht bereit, sich hinzusetzen und abzuwarten, bis es für eine Lösung zu spät sei. Es interessiere ihn deshalb auch die Reaktion des Bundeskanzlers, und er würde sich freuen, wenn in dieser Frage ein enger Kontakt gehalten werden könnte. Außer mit Prinz Hassan habe er mit noch niemandem über diese Überlegungen gesprochen.

Der *Bundeskanzler* sagte zu, mit Mrs. Thatcher über diese Pläne zu sprechen.²⁶ Er schlug König Hussein vor, daß Mrs. Thatcher und er dann auch mit Präsident Reagan sprechen sollten.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie die PLO auf diese Pläne reagieren werde, antwortete König *Hussein*: „Wer oder was ist die PLO?“

Prinz *Hassan* erklärte, daß Syrien noch vor dem November die PLO endgültig zerstört haben werde oder als politisches Anhängsel einkassiert habe. Im übrigen verfüge Syrien in den Vereinigten Staaten über Verbindungen von der Art, daß es von dort den Preis erhalten werde, den es wolle: nämlich den Libanon. Dazu erhalte Syrien auch noch die Unterstützung der Sowjetunion. König *Hussein* warf ein, daß es die Tragödie der PLO sei, alles zu verspielen.

²⁵ Zu den internen Auseinandersetzungen innerhalb der PLO vgl. Dok. 161, Anm. 6.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler notierte am 27. September 1983, Syrien nutze „die Auseinandersetzungen in der Fatah zwischen ‚Arafat und den Rebellen‘ unter Abu Musa aus und ermuntere die Befürworter der militärischen Option, die Anhänger Arafats zu entwaffnen und zur Fortsetzung des militärischen Kampfes zu zwingen. Arafats Anhänger mußten in der Bekaa-Ebene empfindliche Niederlagen hinnehmen und sich zum größten Teil in den Raum Tripoli im Norden zurückziehen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137529.

²⁶ Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher trafen sich am 8. und 9. November 1983. Vgl. dazu Dok. 333 und Dok. 338.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob dies die Position von König Hussein stärke, antwortete *Hussein*, daß dies sicherlich richtig sei, aber Jordanien stehe vor größten Bedrohungen und Gefahren.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Position Jordaniens in Europa sicherlich gestärkt werde, weil niemand Syrien unterstützte, weder Mrs. Thatcher noch Präsident Mitterrand. Die Lage in der Nahost-Region könnte sich jedoch erheblich verändern.

König *Hussein* wies darauf hin, daß in den besetzten Gebieten nichts mehr verändert werden könne, wenn man ein weiteres Jahr abwarten würde. „Was wir hören, sind Schreie der Verzweiflung, auf die wir antworten müssen.“ Eine Antwort müßten aber vor allem die Vereinigten Staaten geben.

Der *Bundeskanzler* sagte König Hussein zu, daß er mit Präsident Reagan sprechen werde. König Hussein solle ihm in jedem Fall Nachrichten geben. Er sei auch gerne bereit, wenn König Hussein dies für nützlich halte, auch mit Präsident Mitterrand darüber zu sprechen.

König *Hussein* stimmte dem zu.

Prinz *Hassan* bezeichnete Außenminister Cheysson als seinen persönlichen Freund. Wenn der Bundeskanzler mit Präsident Mitterrand spreche, sei es dennoch besser, daß er dies mit ihm persönlich tue. Cheysson habe viel zu viel für Syrien und seine Rolle im Libanon übrig. Cheysson versuche immer wieder, ihn vom Symbolwert der PLO zu überzeugen.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Außenminister Cheysson nur bedingt die französische Außenpolitik beeinflusse. Er forderte König Hussein noch einmal auf, ihn zu unterrichten, während er bereit sei, mit Präsident Mitterrand zu sprechen.²⁷

König *Hussein* sagte zu, den Bundeskanzler über jeden Schritt zu unterrichten. Er wolle die letzte Chance nutzen.

Der *Bundeskanzler* dankte für das interessante Gespräch, das ihn sehr angeregt habe, das vor allem so offen geführt worden sei.

Prinz *Hassan* unterstrich zum Abschluß noch einmal die jordanische Verantwortung für die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Sie verpflichte die jordanische Regierung in besonderem Maße, einen Beitrag zur Lösung der Konflikte zu leisten. Dafür wünsche sich die jordanische Regierung die Unterstützung der westlichen Länder.

VS-Bd. 14114 (010)

²⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 24. November 1983; Dok. 357.

Aufzeichnung des Referats 012

6. Oktober 1983

Betr.: Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung¹

Die Bundesregierung ist ständig bemüht, auf die Friedensbewegung aufklärend einzuwirken und den NATO-Doppelbeschluß in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Zur Koordinierung der regierungsseitigen Aktionen besteht unter Leitung des stv. Regierungssprechers Sudhoff im BPA eine Arbeitsgruppe, in der auch AA, BMVg und BMI aktiv mitarbeitend vertreten sind.

Das Auswärtige Amt verfügt für die Öffentlichkeitsarbeit im Inland 1983 über einen Jahresetat von DM 1,35 Mio., von dem 45 % für die Information zur Sicherheitspolitik verausgabt werden. Überplanmäßige Mittel in Höhe von DM 280 000, – wurden noch beantragt.²

Folgende vom AA allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts hergestellte Schriften stehen zur Verfügung:

- 1) Faltblatt „Frieden schaffen mit weniger Waffen“, Auflage: 250 000, bereits vertrieben: 175 000 Exemplare.
- 2) „Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1983“³ – zusammen mit BPA, Auflage: 150 000, vom AA übernommen: 15 000.
- 3) Broschüre „Es geht um unsere Sicherheit“⁴, 3. Auflage 1982, zusammen mit BMVg, Auflage: 500 000, beim AA noch verfügbar: ca. 8000.⁵

¹ Durchdruck.

Vortragender Legationsrat Daerr konstatierte am 13. September 1983, daß der Schwerpunkt der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung noch immer auf gedruckten Informationen beruhe, deren Wert nicht immer überzeuge: „Broschüren erfüllen weiterhin die Aufgabe umfassender und differenzierter Information, aber eine Schwerpunktverlagerung zu Wort und Bild, zu schnell- und leichtverdaulicher Argumentation ist nötig.“ Gefordert wurde eine stärkere Differenzierung der Öffentlichkeitsarbeit nach kurz- und langfristigen Zielen, eine stärkere Konzentration auf Multiplikatoren und die „Kategorie der Halbinformierten“ sowie eine thematische Fokussierung „auf die zentralen Themen der Friedensbewegung“. Vgl. Referat 012, Bd. 125991.

² Vortragender Legationsrat Schumann vermerkte am 1. September 1983: „Angesichts der wachsenden Polemik der sog. Friedensbewegung erscheint die Erhöhung der Auflagen der beiden erfolgreichsten Schriften des AA innenpolitisch geboten.“ Dabei handele es sich um das Faltblatt „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ und die Schulschrift „Aufrüsten – Abrüsten“. Für deren Nachdruck in höherer Auflage seien 310 000 DM erforderlich, von denen Referat 012 nur 30 000 DM aufbringen könne: „Für den Restbetrag von DM 280 000 müßte eine überplanmäßige Ausgabe beantragt werden.“ Vgl. Referat 012, Bd. 128952.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte Referat 112 am 13. September 1983, Bundesminister Genscher habe gebilligt, „daß für den Nachdruck zweier Informationsbroschüren des AA eine überplanmäßige Ausgabe beim Bundesministerium der Finanzen beantragt wird“. Vgl. Referat 012, Bd. 128952.

³ Vgl. BERICHT ZUM STAND DER BEMÜHUNGEN UM RÜSTUNGSKONTROLLE UND ABRÜSTUNG SOWIE DER VERÄNDERUNGEN IM MILITARISCHEN KRÄFTEVERHÄLTNIS: JAHRESABRÜSTUNGSBERICHT, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1983.

⁴ Vgl. ES GEHT UM UNSERE SICHERHEIT. Bündnis, Verteidigung, Rüstungskontrolle, hrsg. vom Auswärtigen Amt, 3. erweiterte Auflage, Bonn 1982.

⁵ Vortragende Legationsrätin Höynck-Lüthgen notierte am 5. Oktober 1983, da das Bundesministerium der Verteidigung nicht bereit sei, eine weitere Auflage der Broschüre „Es geht um unsere Si-

4) Dokumentation „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ (1981)⁶, noch verfügbar: ca. 8000.

Außerdem werden vom AA (z.T. wieder in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts) vorbereitet:

5) Schulschrift „Aufrüsten–Abrüsten. Die Suche nach Wegen zum Frieden“ (Verlag Deutsche Jugendbücherei), 2. Auflage 230 000 Exemplare im Druck, Erscheinungstermin: Mitte Oktober 1983.⁷ Falls überplanmäßige Mittel bewilligt, soll Auflage erhöht werden.

6) Faltblatt „Acht Kernfragen an die Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen“ – Auflage 100 000 im Druck, Erscheinungstermin: Mitte Oktober 1983.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden im Oktober und Anfang November durch die Staatsminister des Auswärtigen Amts, Möllemann und Dr. Mertes, in Zusammenarbeit mit dem Abrüstungsexperten des AA, Botschafter Dr. Ruth, in Seminaren und Einzelgesprächen über die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und den Stand der INF-Verhandlungen unterrichtet.⁸ Botschafter Dr. Ruth führt darüber hinaus regelmäßig Hintergrundgespräche mit Journalisten.

Das Bundespresseamt hat bei der Erstellung von Druckschriften ebenfalls den Bereich Sicherheitspolitik stark berücksichtigt. Es gibt u.a. die folgenden Informationsmaterialien zu diesem Thema heraus:

- eine „Handreichung für Lokaljournalisten“, die bei der Berichterstattung über örtliche Aktionen der sogenannten „Friedensbewegung“ mit Hintergrundinformationen behilflich sein will,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1466

cherheit“ mitzufinanzieren, sei beschlossen worden, „von einem Alleingang abzusehen und dieses Geld für andere Projekte auszugeben“. Vgl. Referat 012, Bd. 128952.

⁶ Vgl. ABRÜSTUNG UND RÜSTUNGSKONTROLLE. Dokumente zur Haltung der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, 5., ergänzte Auflage, Bonn 1981.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler notierte am 13. Oktober 1982: „Um der anhaltenden und vermutlich weiter um sich greifenden Infragestellung unserer Sicherheitspolitik durch die jüngeren Generationen entgegenzuwirken, hat sich Referat 012 im Einvernehmen mit den Abteilungen 2 und 2A um die Herausgabe einer Schrift bemüht, die bei der kritischen Schüler- und Lehrerschaft für die von der Bundesregierung vertretenen sicherheitspolitischen Argumente werben soll.“ Diese Schrift solle bewirken, „daß sich die Leser in eigener Abwägung der Argumente auf didaktischem Wege schließlich selbst von der Richtigkeit der von der Bundesregierung verfolgten Politik überzeugen würden“. Vgl. Referat 012, Bd. 126027.

Mit Schreiben vom 28. Juni 1983 teilte Steinkühler dem Bundesministerium der Verteidigung mit, im Herbst 1983 solle eine zweite Auflage der Schulschrift erscheinen: „Wie aus der Reaktion der Schulen bekannt ist, hat die Konzeption der Schrift den großen Vorteil, daß sie von den Lehrern wirklich angenommen und mit den Schülern durchgearbeitet wird und nicht sofort als ‚Regierungspropaganda‘ beiseite gelegt wird. [...] Die Broschüre wurde auch in starkem Maße von Institutionen außerhalb der Schulen (Verband der Reservisten, kirchliche Stellen, Streitkräfteamt) angefordert. Die Erstauflage von 300 000 Stück war praktisch vier Wochen nach Beginn des Vertriebs durch den Verlag vergriffen.“ Vgl. Referat 012, Bd. 128952.

⁸ Vortragender Legationsrat Karkow notierte am 18. August 1983, aus der CDU/CSU-Fraktion hätten 56 Mitglieder ihr Interesse an einem sicherheitspolitischen Seminar für Bundestagsabgeordnete bekundet. Die Gruppe werde wegen ihrer Größe auf zwei Termine am 24. Und 27. Oktober 1983 geteilt werden. Für das Seminar mit 15 FDP-Abgeordneten wolle Staatsminister Möllemann einen Termin abstimmen. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 124486.

Einladungen Möllemanns für vergleichbare Seminare ergingen am 26. September 1983 in gleichlautenden Schreiben an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel und die Sprecher der Grünen-Fraktion, Beck, Kelly und Schily. Vgl. dazu Referat 012, Bd. 128928.

- den „Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1983“ in der Reihe „Berichte und Dokumentationen“ (Auflage: 150 000),
- das Faltblatt „NATO“, das über die Politik der Atlantischen Allianz informiert,
- die Informationsblätter „Stichworte zur Sicherheitspolitik“ und „Politik – Informationen aus Bonn“, die ebenfalls auf die Debatte um die Nachrüstung eingehen.

Das BPA wird darüber hinaus eine bundesweite Anzeigenserie starten und weiterhin Symposien zu sicherheitspolitischen Themen veranstalten, so z.B. Ende Oktober die „Bonner Pressegespräche: Sicherheitspolitik“, die 100 Jugendpresseredakteure aus dem gesamten Bundesgebiet mit Vertretern der Bundesregierung und der Protestbewegung zusammenbringen sollen.

Das BPA wird ferner führende Politiker bitten, sich zur Friedenspolitik gegenüber den Medien zu äußern.

Das Bundesverteidigungsministerium hat inzwischen im Publizistik-Verlag in einer Auflage von 200 000 Exemplaren das Taschenbuch „Argumente gegen die Angst“⁹, das die Thesen der Protestbewegung widerlegt, und den (im Osang-Verlag erscheinenden) periodischen „Informationsdienst Sicherheitspolitik“ herausgebracht. Ein umfangreiches „Weißbuch“ ist in Vorbereitung.¹⁰ In die Verteilung des Materials sind auch die Soldaten und Zivilangestellten des BMVg eingeschaltet. Laufend finden Seminare und Vorträge der Jugendoffiziere und Stabsoffiziere statt.

Das Bundesinnenministerium gibt Informationsmaterial zum Themenkomplex Innere Sicherheit, Widerstandsrecht und Demonstrationsrecht heraus. Ein Plakat, das die Bezüge zwischen der kommunistischen Partei und der „Friedensbewegung“ aufzeigt, liegt nunmehr vor¹¹, ebenso eine Broschüre zu demselben Thema („Linksextremistische Einflüsse auf die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung“¹²). Vom BMI durch den Ankauf von 20 000 Exemplaren gefördert wurde das Buch „Mißbrauchte Friedenssehnsucht – ein Kapitel kommunisti-

⁹ Vgl. SO IN DIE ZUKUNFT? Argumente gegen die Angst, Neckarzimmern 1983.

¹⁰ Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 14. September 1983, das Bundesministerium der Verteidigung wolle bis 12. Oktober 1983 das Weißbuch 1983 veröffentlichen, „um sicherzustellen, daß es rechtzeitig zu Beginn der ‚Friedenswoche‘ vorliege“. Eine Prüfung des am 2. August 1983 übermittelten Entwurfs habe jedoch eine Reihe „sachlicher Unrichtigkeiten sowie eine Vielzahl politisch bedenklicher Aussagen“ enthalten, ferner eine zu kritische Bewertung der „Position der früheren Bundesregierung und damit des jetzigen Koalitionspartners“. Das Auswärtige Amt habe seine Änderungswünsche großteils durchsetzen können. Strittig blieben wenige Formulierungen, „die BM Wörner selbst in den Text eingefügt hat und die daher auf Staatssekretärebene für das BMVg nicht kompromißfähig waren“. Insgesamt erreiche das Weißbuch „nicht die Qualität des 1979 erschienen letzten Weißbuches. Deshalb erscheint es auch fraglich, ob das neue Weißbuch in der sicherheitspolitischen Diskussion des Herbstes eine nennenswerte Hilfe sein kann.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125630.

Das Weißbuch wurde am 20. Oktober 1983 veröffentlicht. Vgl. WEISSBUCH 1983. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1983. Für einen Auszug vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 655–674.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler vermerkte am 10. Oktober 1983 handschriftlich zu einem Exemplar des Plakats „Instrumente und Wege kommunistischer Einwirkung auf die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung“: „Lag ‚Parlament‘ vom 8./15.X. bei. Ich halte das Plak[at] für sehr unglücklich. Auch der letzte Absatz kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier die Friedensbewegung als von Moskau inspiriert diffamiert werden soll.“ Vgl. Referat 012, Bd. 125991.

¹² Vgl. LINKSEXTREMISTISCHE EINFLÜSSE AUF DIE KAMPAGNE GEGEN DIE NATO-NACHRÜSTUNG, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1983.

scher Bündnispolitik“¹³, das sich ebenfalls mit dem Problem kommunistischer Einflußnahme auf die „Friedensbewegung“ befaßt.

Wichtige Aufklärungsarbeit leisten auch die in der Bundesregierung vertretenen politischen Parteien. Die CDU will 10 000 „Friedenstage“ im gesamten Bundesgebiet veranstalten¹⁴ und sechs Broschüren zum Themenbereich Sicherheitspolitik mit einer Auflage von insgesamt mindestens 200 000 Exemplaren verbreiten. Auf 150 000 Großplakaten soll für die Friedenspolitik der Bundesregierung geworben werden.

VS-Bd. 11987 (201)

293

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 6. Oktober 1983, 16.27 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 101 Orteiz

Zur Botschafterkonferenz Zentralamerika und Karibik

1) Vom 29. September bis 1. Oktober 1983 fand in San José (Costa Rica) unter Leitung von BM Genscher eine Botschafterkonferenz für den Bereich Zentralamerika und Karibik statt. BM stattete gleichzeitig einen offiziellen Besuch bei der Regierung von Costa Rica ab und wurde dabei von PStS Köhler (BMZ) begleitet.² Während Abwesenheit BM leitete StS von Staden die Konferenz.

Botschafterkonferenz und BM-Besuch dienten beide dazu, unsere Unterstützung für die Demokratie in Costa Rica zu unterstreichen, das sich aufgrund einer schweren wirtschaftlichen Rezession und der gespannten Lage an seiner Nordgrenze vor großen Schwierigkeiten sieht.

2) Die Konferenz bestätigte die Einschätzung, daß die kritische Lage in der Region wegen der Beteiligung der Großmächte auch eine potentielle Gefährdung des Weltfriedens darstellt. Energien der USA, deren Sicherheit unmittelbar betroffen ist, werden gebunden und könnten in Europa fehlen.

Die USA bleiben die entscheidende Macht in der Region. Sie bemühen sich gleichzeitig um Krisenmanagement und langfristige Konsolidierung der Region

¹³ Vgl. Helmut BÄRWALD, Mißbrauchte Friedenssehnsucht. Ein Kapitel kommunistischer Bündnispolitik, Bonn/Düsseldorf/Nürnberg 1983.

¹⁴ Am 19. September 1983 eröffnete Bundeskanzler Kohl in der CDU-Parteizentrale in Bonn als Parteivorsitzender die Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“, in deren Verlauf Veranstaltungen in den ca. 10 000 Ortsverbänden der CDU geplant waren.

¹ Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Legationsrätin I. Klasse Kohlhaas konzipiert.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 30. September bis 3. Oktober 1983 in Costa Rica vgl. Dok. 287.

(Wirtschafts- und Militärhilfe, Stärkung der demokratischen Staaten und Kräfte).

In der Karibik kommt es vorwiegend darauf an, zu stabilisieren und Anschlägen auf die Unabhängigkeit der Kleinstaaten vorzubeugen.

3) Im Mittelpunkt standen die Lage in und um Nicaragua und El Salvador sowie unser Verhältnis zu beiden Staaten.

Zu Nicaragua wurde übereinstimmend festgestellt, daß der Zug in Richtung auf ein totalitäres sandinistisches Regime zwar abgefahren ist, Fahrplan und Endstation jedoch noch nicht festzustehen scheinen. Alle gegenwärtig noch bestehenden Einwirkungsmöglichkeiten, um die Regierung in Managua an die Einhaltung ihrer ursprünglichen selbstgesteckten, wenn auch leider aus den Augen verlorenen Ziele des Pluralismus, der gemischten Wirtschaft und Blockfreiheit zu erinnern, sollen genutzt werden. Hierzu gehört die Fortsetzung der TZ. Wir wollen, auch im Hinblick auf die Contadora-Initiative³, eine Politik der Isolierung und Konfrontation vermeiden. Erwartungsdruck und Kooperationsbereitschaft sollen Hand in Hand gehen. Dies entspricht auch den Wünschen der übrigen ZA⁴-Staaten. Der SU und Kuba kommt es mit ihrer Unterstützung Nicaraguas vorrangig darauf an, die USA in ZA zu binden und sie vor der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren.

Die Entsendung eines Botschafters nach El Salvador ist grundsätzlich beschlossen.⁵ Es ist damit zu rechnen, daß er noch in diesem Jahr zur Ermutigung des Wahlprozesses⁶ entsandt wird.

Die Wiederaufnahme der EH ist in Aussicht genommen. Die Ablehnung jeder Isolierung darf nicht nur gegenüber Nicaragua gelten.

4) Bei unserer eigenen Politik gegenüber der Region kommt es darauf an, die entscheidende Rolle der USA und die Wünsche der Regionalstaaten im Auge zu behalten. Unsere Rolle und die der EG in der Region sollen verstärkt werden. Wir unterstützen alle Friedensbemühungen aus der Region selbst, insbesondere die Contadora-Initiative, die einen bisher in Lateinamerika einmaligen Ansatz dafür bietet, regionale Streitigkeiten im engsten eigenen Rahmen beizulegen. Die Staaten der Region sind sich der Notwendigkeit bewußt, ihre Probleme selbst zu lösen, und zwar zunächst ohne die USA und Kuba.

³ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 230, Anm. 21.

⁴ Zentralamerika.

⁵ Zur Frage der Entsendung eines Botschafters nach San Salvador vgl. Dok. 211, Anm. 18.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter teilte der Botschaft in San Salvador, die unter der Leitung eines Geschäftsträgers stand, am 7. Oktober 1983 mit: „1) Entsendung Botschafters nach San Salvador ist grundsätzlich beschlossen. Gleiches gilt für Wiederaufnahme unserer EH. 2) Zum Termin können noch keine Aussagen gemacht werden. 3) Zur ausschließlich eigenen Unterrichtung: BM hat in Gespräch mit stell[ertretendem] US-AM Dam erklärt, Botschafter werde noch vor Jahresende entsandt, um damit Wahlprozeß zu fördern.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135979.

Bundeskanzler Kohl drängte Bundesminister Genscher mit Schreiben vom 18. Oktober 1983, „unsere Absprache, möglichst bald einen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland nach El Salvador zu entsenden“, bald zu realisieren. Vgl. dazu Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl.

Botschafter Dodenberg überreichte sein Beglaubigungsschreiben im April 1984. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 379.

⁶ Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador fanden am 25. März und 6. Mai 1984 statt.

Wir unterstützen weiterhin alle demokratischen Regierungen und internen demokratischen Kräfte, wodurch wir auch einen Beitrag zur Durchsetzung der Menschenrechte leisten. Ein intensivierter Dialog auf allen politischen Ebenen soll hierzu dienen.

Schließlich sind wir bereit, im Rahmen unserer Möglichkeiten bei der wirtschaftlichen Stabilisierung der Region zu helfen (erhöhte EH, humanitäre Hilfe und Ausrüstungshilfe sowie Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen). Wir werden unsere Hilfe besonders für Costa Rica, Honduras und El Salvador einsetzen. Contadora muß neben der politischen Ermunterung auch wirtschaftlich gestützt werden. BM erläuterte seinen Vorschlag einer Kooperation EG–ZA⁷ ähnlich dem EG-ASEAN-Modell für die ZA-Staaten, die dies wünschten.

5) BM beabsichtigt, die im Bundestag vertretenen Parteien, die Stiftungen, Kirchen und andere an Lateinamerika interessierte gesellschaftliche Kräfte zu einem Treffen einzuladen, um auf der Grundlage eines sich abzeichnenden Konsenses über die Ziele deutscher ZA-Politik (Unterstützung der Friedensbemühungen, Stärkung demokratischer Prozesse) die Koordinierung der Bemühungen der Beteiligten in ZA zu verbessern.

Steinkühler⁸

Referat 012, Bd. 124453

294

**Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz
an Staatsminister Möllemann, z.Z. Kairo**

010-2670/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 7. Oktober 1983, 17.56 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 314

Citissime nachts

Nur für StM Möllemann persönlich²

Botschaft wird gebeten, anliegende Botschaft StM Möllemann unverzüglich in einem Exemplar zuzustellen. Übrige Exemplare vernichten.

Ploetz³

⁷ Zur Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften mit den mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 287, Anm. 10.

⁸ Paraphe vom 6. Oktober 1983.

¹ Durchdruck.

² Staatsminister Möllemann begleitete Bundeskanzler Kohl bei dessen Besuch vom 5. bis 11. Oktober 1983 in Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien. Anschließend besuchte er bis 16. Oktober 1983 Bahrain, Oman und Kuwait.

³ Paraphe vom 7. Oktober 1983.

[Anlage]

Sehr geehrter Herr Möllemann,

ich habe Sie durch Herrn Paschke bitten lassen und dann in einem Telefongespräch persönlich gebeten, jede öffentliche Erklärung, aber auch jede interne Einflußausübung in Richtung auf Waffenexporte an Saudi-Arabien⁴ zu unterlassen.

Zu meinem Erstaunen und Befremden stelle ich fest, daß Sie sich dennoch erneut unmittelbar vor Ihrer Reise⁵ und in Amman⁶ zu dieser Frage geäußert haben.

Ich möchte keine Zweifel darüber lassen, daß ich jede weitere Erklärung von Ihnen als schwerwiegend betrachten und entsprechend reagieren werde.

Gruß Genscher

VS-Bd. 14114 (010)

⁴ Zur Frage eines Exports von Panzern nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 209.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler übermittelte am 5. Oktober 1983 der Botschaft in Djidda den „Text des von StM Möllemann der Nord-West-Zeitung am 1. Oktober 1983 gewährten Interviews“. Darin erklärte Möllemann, ein „Export von Kriegswaffen in Nicht-NATO-Länder“ komme weiterhin nur in Frage, „wenn wir davon ausgehen können, daß diese keine kriegesischen Angriffshandlungen planen oder gar vorbereiten und wenn ein solcher Export unseren vitalen außen- und sicherheitspolitischen Interessen dient“. Saudi-Arabien betreibe „eine maßvolle Politik des Ausgleichs in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik“. Stabilität und Sicherheit der Staaten am Persischen Golf lägen im vitalen Interesse der Bundesrepublik. Ein stabiles Saudi-Arabien mache „den Frieden in der Region sicherer“. Zudem solle man „unsere wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen in der Region nicht gering schätzen. All das sind wohl auch die Gründe, die unsere Hauptpartner im Westen, Frankreich, Großbritannien und Israels Sicherheitsgaranten, die Vereinigten Staaten von Amerika, bewogen haben, Saudi-Arabien die gewünschten Waffen zu liefern.“ Vgl. den Drahterlaß; Büro Staatsminister, Bd. 128913.

⁶ In der Presse wurde berichtet: „Möllemann zeigte sich vor Journalisten in Amman ‚sehr erstaunt‘ über Berichte, wonach der FDP-Abgeordnete Olaf Feldmann erklärt haben soll, mit seiner Partei sei die von mehreren CSU-Abgeordneten befürwortete Lieferung des Kampfpanzers Leopard II an Saudi-Arabien nicht zu verwirklichen. Eine Festlegung der FDP in dieser Frage ist laut Möllemann nicht erfolgt. Bald nach der Nahost-Reise des Kanzlers solle dazu Stellung genommen werden.“ Vgl. den Artikel „FDP über Geschäft mit ‚Leopard 2‘ nicht festgelegt“, GENERAL-ANZEIGER vom 7. Oktober 1983, S. 1.

295

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mohieddin in Kairo

Geheim

8. Oktober 1983¹

Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Dr. Fouad Mohieddin am 8. Oktober 1983, 12.10 Uhr bis 12.30 Uhr, in Kairo²

Anwesend waren: Ministerialdirektor Horst Teltschik, zwei Dolmetscher.

MP Mohieddin sprach folgende zwei Themen an:

1) Rüstungskooperation

Er hoffe auf eine wohlwollende Prüfung für die Koproduktion von Rüstungsgütern in Ägypten. Vorrangig gehe es der ägyptischen Regierung um den Kauf von Panzern und ihrer Produktion im Lizenzverfahren. Die politischen Probleme seien der ägyptischen Regierung wohlbekannt. Wenn es jedoch eine Chance für eine solche Zusammenarbeit im Rüstungsbereich gebe, wolle man sie gerne nutzen.

Der Bundeskanzler erklärte, daß dieser Wunsch schwerwiegende Fragen aufwerfe, die sorgfältig geprüft werden müßten. Soweit ihm das möglich sei, wolle er helfen und sage deshalb eine wohlwollende Prüfung zu. Der Bundeskanzler bat den Ministerpräsidenten, ihm über einen Mann seines Vertrauens mit fachlicher Kompetenz einen entsprechenden Brief auf privater Ebene und ohne Einschaltung des Amtsweges zuzuleiten.³

MP Mohieddin verwies darauf, daß Ägypten bereits über ähnliche Kooperation mit Frankreich und Großbritannien verfüge. Der gewünschte Experte stünde sofort zur Verfügung.⁴

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 25. Oktober 1983 gefertigt und am 1. Dezember 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Dazu vermerkte Teltschik, er übersende die Gesprächsaufzeichnung, ein Schreiben des Ministerpräsidenten Mohieddin vom 19. Oktober 1983 an Bundeskanzler Kohl sowie ein Schreiben Kohls an Mohieddin vom 30. November 1983 „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“.

Hat Ploetz am 2. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Gespräch mit BK.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 7. bis 9. Oktober 1983 in Ägypten auf. Vgl. dazu auch Dok. 312.

³ Für das Schreiben des Ministerpräsidenten Mohieddin vom 19. Oktober 1983 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 14112 (010).

⁴ Mit Schreiben vom 30. November 1983 teilte Bundeskanzler Kohl Ministerpräsident Mohieddin mit: „Ich habe Ihr Anliegen sehr intensiv und sorgfältig geprüft. Seien Sie versichert, daß ich großes Verständnis für die Probleme habe, mit denen Ihr Land nach innen und nach außen konfrontiert ist. [...] Freundschaftliche Zusammenarbeit gebietet aber auch, offen darüber zu sprechen, was möglich und was nicht möglich ist. Ich kann Ihnen keine Versprechungen machen, die ich am Ende politisch nicht einlösen kann. Deshalb darf ich Sie ganz persönlich um Ihr Verständnis bitten, daß es der Bundesregierung nicht möglich ist, einer Lizenzproduktion des Leopard-II-Panzers mit ägyptischen Ressourcen und deutscher Technologie in Ägypten noch dem Verkauf dieses Waffensystems außerhalb des NATO-Gebietes zuzustimmen.“ Vgl. VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

2) Kernkraftwerke

MP Mohieddin berichtete, daß die deutschen Firmen für die Errichtung der Kernkraftwerke Angebote unterbreitet hätten, die im November geprüft werden sollten.⁵ Da es sich um große Projekte handele, stelle sich naturgemäß das Problem der Finanzierung. Die deutschen Angebote zeichneten sich durch höchstes Niveau aus. Er hoffe jedoch, daß der Bundeskanzler bei den deutschen Firmen ein gutes Wort einlegen werde, damit ihre Angebote im Vergleich zu denen Frankreichs und Großbritanniens fair und wettbewerbsfähig seien. Die ägyptische Regierung rechne für die erste Einheit mit Kosten in der Höhe von 1 Mrd. \$, für beide Einheiten zusammen 2 Mrd. US-\$.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie die ägyptische Regierung sich die Finanzierung vorstelle, erklärte MP Mohieddin, daß die Finanzierung durch die Erdöleinnahmen garantiert werden könne. Man habe für diese Operation 800 Mio. Ägyptische Pfund aus der Erdölproduktion beiseite gelegt.

VS-Bd. 14112 (010)

⁵ Zum „Kernkraftwerksprojekt El Dabaa“ vermerkte Ministerialdirektor Fischer am 17. November 1983: „Von deutschen Firmen liegen folgende Bürgschaftsanträge vor: KWU AG für schlüsselfertige Erstellung eines Kernkraftwerks mit Druckwasserreaktor (1000 MW) einschließlich Brennelement-Erstausrüstung. Auftragswert: 1,8 Mrd. DM (bisher 3,2 Mrd., Reduzierung durch Verlagerung von Zulieferungen ins Ausland). Mannesmann Anlagenbau AG (in Zusammenarbeit mit Westinghouse/USA) für Rohrleitungssysteme des ersten Blocks. Auftragswert: 150 Mio. DM. Philipp Holzmann AG für Bauarbeiten (in Zusammenarbeit mit FRAMATOME/F). Auftragswert: 661,1 Mio. DM. Georg Noell GmbH für Kernkraftwerkskomponenten (Reaktorsicherheitsbehälter, Lademaschinen etc.) zweier Blöcke. Auftragswert: 280 Mio. DM. [...] Die Geschäfte könnten nur außerhalb des – z. Zt. ohnehin voll belegten – Ägypten-Plafonds von 300 Mio. DM verbürgt werden. An der risikopolitischen Vertretbarkeit einer solchen Ausnahmeentscheidung bestehen im BMF erhebliche Zweifel“. Vgl. Referat 431, Bd. 129452.

296

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron**220-371.76 INF-2230/83 VS-vertraulich****10. Oktober 1983**An das Ministerbüro¹

Betr.: Meinungsbildung in der FDP zum NATO-Doppelbeschluß

1) Ich hatte in der letzten Zeit mehrfach Gelegenheit, vor FDP-Gremien über den Stand der INF-Verhandlungen zu referieren:

- bei einem Seminar der hessischen FDP in Schotten²,
- vor dem Bundesfachausschuß für Sicherheitspolitik³,
- vor dem Arbeitskreis I im Bundestag,
- beim Liberalen Forum der FDP Bonn/Bad Godesberg.

2) Bei diesen Veranstaltungen ließ sich folgendes feststellen:

- Die intensive Kampagne der Friedensbewegung und der sie unterstützenden Medien ist nicht ohne Wirkung geblieben.
- Nicht so wenige Funktionsträger und Parteimitglieder, auch solche, welche die Wende⁴ voll bejahen, bezweifeln die Weisheit des Doppelbeschlusses und damit die Notwendigkeit, Ende des Jahres nachzurüsten.
- Die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, alles zu tun, um in Genf ein Ergebnis zu erzielen, wird von vielen in Zweifel gezogen.
- Die Sorge vor einem Krieg aus „Versehen“ (Computerirrtum) hat zugenommen.
- Es fehlt weiterhin an gründlicher Information über zentrale Probleme, u. a.
 - die Begründung, warum britische und französische Systeme bei INF nicht berücksichtigt werden können,
 - eine überzeugende Darstellung der politischen Kontrolle über Atomwaffen, insbesondere der technischen Sicherungen vor Fehleinsatz.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 12. Oktober 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 13. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Ischinger am 13. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron verfügte.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 22. August 1983, er habe am 19. August 1983 in einem Seminar der Karl-Hermann-Flach-Stiftung in Schotten über die Sicherheitspolitik der Bundesregierung referiert: „Die anschließende Diskussion zeigte, daß viele der Teilnehmer (überwiegend FDP-Funktionäre) durch die Argumentation der Friedensbewegung und die z. T. einseitige Berichterstattung der Medien sehr verunsichert sind und sich häufig nicht in der Lage sehen, die Notwendigkeit der Nachrüstung als mögliche Konsequenz des Doppelbeschlusses überzeugend zu vertreten.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124523.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 2. August 1983, ein Mitarbeiter der FDP-Bundesgeschäftsstelle habe ihn gebeten, „am 9. September 1983 nachmittags vor dem B[undes]F[ach]-A[usschuß] einen Vortrag über den Stand der INF-Verhandlungen zu halten und Fragen zu beantworten, u. a. zum Handlungsspielraum der Bundesregierung“. Vgl. Referat 220, Bd. 124523.

⁴ Zum Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

- Kritik an der Friedensbewegung und den Kirchen darf nur differenziert und behutsam vorgetragen werden.

3) Folgende Argumente haben eine positive Wirkung:

- Der Hinweis auf die Leistung der Parteiführung bei der Aufrechterhaltung des Ost-West-Dialogs (Madrid/Stockholm⁵; neue INF-Vorschläge⁶; intensive Gespräche mit Moskau, Ost-Berlin und WP-Staaten).
- Der Hinweis auf die Klammerfunktion des Doppelbeschlusses, durch den
 - die Reagan-Administration zu einer Bejahung der Rüstungskontrolle gebracht worden sei und
 - die CDU – auch dank Einflusses der FDP – zu einer weit aktiveren Ostpolitik als ursprünglich von ihr geplant veranlaßt worden sei.
- Die Herausstellung der Elemente der Mäßigung und Behutsamkeit in der Politik der beiden Großmächte (im Gegensatz zu der oft verwirrenden Rhetorik).

4) Folgerungen für die Vorbereitung des Bundesparteitags im November⁷:

- Die Information der Parteigliederungen über die Politik der Bundesregierung, vor allem über die INF-Verhandlungen, sollte verstärkt werden.
- Besonders die Parteitagsdelegierten sollten gut redigierte aktuelle Informationen erhalten (u. a. Jahresabrüstungsbericht 1983⁸ und Faltblätter⁹).
- Die verschiedenen Veröffentlichungen der Partei sollten kurz vor dem Parteitag aktuelle Darstellungen der Bemühungen der Bundesregierung um den Ost-West-Dialog enthalten.
- Die amerikanische Regierung sollte gebeten werden, bei außenpolitischen Erklärungen und Entscheidungen im November besonders behutsam zu sein und die Auswirkungen auf die europäische Öffentlichkeit mehr als bisher einzukalkulieren.

Es wird angeregt, dieses Schreiben dem Herrn Bundesminister vorzulegen.

Citron

VS-Bd. 11356 (220)

⁵ Auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde von den Teilnehmerstaaten im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 die Einberufung einer KVAE beschlossen, die am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet wurde.

⁶ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

⁷ Der Bundesparteitag der FDP fand am 18./19. November 1983 in Karlsruhe statt. Vgl. dazu Dok. 332, Anm. 18.

⁸ Für den „Bericht zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1983“ vom 29. Juni 1983 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 293, Nr. 10/216.

⁹ Zur sicherheitspolitischen Informationspolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 292.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu Sese Seko

13. Oktober 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Zaire, Marschall Mobutu Sese Seko, am 13. Oktober 1983 von 12.00 Uhr bis 13.30 Uhr²

An dem Gespräch nahmen teil:

Auf seiten des Bundeskanzlers: BM Genscher, MD Dr. Gorenflos, MDg Dr. Stabreit als Note-taker;

auf seiten Mobutus: Außenminister Kamanda wa Kamanda, Botschafter Kaninda Mpumbwa Tshingomba, ein Note-taker.

Nach Austausch von Begrüßungsworten verständigen sich Bundeskanzler und Präsident Mobutu darauf, in ihrem Gespräch folgende Themen anzusprechen: Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Probleme Afrikas (insbesondere Tschad) und bilaterale Probleme.

Bundeskanzler leitet Diskussion mit einer Erläuterung des gegenwärtigen Standes in der Nachrüstungsfrage ein. Er schließt diese Erläuterung mit den Worten, es sei unser Ziel, Frieden mit weniger Waffen zu schaffen. Es sei zweifelsohne besser, die für die Rüstung ausgegebenen großen Summen auf die Friedenswahrung zu verwenden, z. B. für Entwicklungshilfe, die auch ein Teil der Friedenswahrung sei. Es sei seine Überzeugung, daß die Sowjetunion hier in Europa keinen Krieg anfangen werde. Sie wolle nur ihre Übermacht dazu benutzen, um Angst zu verbreiten. Wir seien jedoch nicht erpreßbar. Wir würden das Notwendige tun, um Frieden und Freiheit unseres Landes zu erhalten.

Bundeskanzler geht dann kurz auf die Wirtschaftslage ein. Die Bundesrepublik Deutschland habe nicht unerhebliche Wirtschaftsprobleme. Langsam gehe es hier jedoch besser. Er persönlich sei optimistisch. Der Aufstieg verlaufe jedoch langsam.

Präsident *Mobutu* antwortet, das Problem der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa werde in Afrika mit Interesse und Anteilnahme verfolgt. Auch Afrika habe ähnlich gelagerte Probleme. Diejenigen Staaten, die die Freundschaft mit dem Westen gewählt hätten, befänden sich im Gegensatz zu denjenigen, die den marxistisch-leninistischen Weg gewählt hätten, „im Visier“ (dans le collimateur). Zaire habe viele Schwierigkeiten mit der UdSSR gehabt. Es sei ein Land, das von der „roten Linie“ Kongo–Angola, aber auch dem ei-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 14. Oktober 1983 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor Teltschik und Staatssekretär Schreckenberger, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ geleitet. Hat Schreckenberger am 18. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983.

² Präsident Mobutu Sese Seko hielt sich vom 13. bis 17. Oktober 1983 in der Bundesrepublik auf.

dem Linkskurs folgenden Tansania umgeben sei. Präsident Kaunda gleite in das gleiche Fahrwasser ab. Er habe jetzt in den Schulen den Marxismus als Unterrichtsfach eingeführt. In dieser Situation könne man nur auf die westlichen Freunde zählen. Dazu gehöre auch Deutschland. So stelle sich die Lage dar, die er hier nicht im einzelnen schildern wolle. Überall wüchsen sich Konflikte, die zunächst klein seien, aus.

Er wolle hier, im Ausland, nichts Schlechtes über afrikanische Staatschefs sagen. Man könne aber nicht von Tschad sprechen, ohne von dem Wahnsinn (folie) von Gaddafi zu sprechen. Statt die riesigen Summen Geldes, über die er verfüge, für die Entwicklung seines Landes zu nutzen, gebe er sie aus, um afrikanische Länder zu destabilisieren. Unter diesem Aspekt müsse man auch die Aggression im Tschad sehen. Am Tage dieser Aggression habe er ein langes Telegramm von Präsident Habré bekommen, der ihn angefleht habe, ihm zu helfen. Er habe inzwischen mehrfach kleinere Truppenkontingente geschickt, die sich jetzt auf eine Brigade summierten.³ Das Problem Tschad sei jetzt genau 14 Jahre alt und unmittelbar nach der Machtergreifung durch Gaddafi⁴ entstanden. Das erste, was Gaddafi gemacht habe, sei die Annexion des Aouzou-Streifens gewesen, wo es Uran gebe. Er wußte, daß der Tschad weder finanziell noch militärisch die Mittel gehabt habe, sich zu verteidigen. Präsident Tombalbaye sei ein erklärter Freund des Westens gewesen, auch Habré erkläre sich als Freund des Westens. Alle Freunde des Westens hätten in Afrika einen schweren Stand.

Frankreich habe geholfen, aber doch erst sehr spät.⁵ Gaddafi habe praktisch das Land geteilt.

Die afrikanischen Staatschefs seien nicht gegen Verhandlungen zwischen der Regierung des Tschad und denen, die von Gaddafi gestützt würden. Sie könnten jedoch nicht auf die gleiche Ebene gestellt werden. Präsident Habré sei von der internationalen Gemeinschaft als Staatschef anerkannt. In Vittel⁶ seien einige Entschlüsse angenommen worden, die Zaire akzeptiere. Z.B. sei beschlossen worden, daß es nicht zu einer Teilung des Tschad kommen dürfe, daß die bestehenden Grenzen des Tschad respektiert werden müßten. In Vittel habe man sich auch für Verhandlungen ausgesprochen.

Während des Mittagessens werden bilaterale Fragen angesprochen. BM *Genscher* unterstreicht besondere Bedeutung, die wir politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Zaire beimessen. In der Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika und der Welt bestehe zwischen Bun-

³ Botschafter König, Kinshasa, berichtete am 5. Juli 1983, daß aus Zaire „am 3.7. 250 Fallschirmjäger sowie ‚einige‘ Flugzeuge“ in den Tschad entsandt worden seien. König bewertete dies „eher als symbolischen Akt zur Unterstreichung der freundschaftlichen und solidarischen Beziehungen zum Tschad. Andererseits soll damit besonders gegenüber Libyen, aber auch für andere afrikanische Staaten verdeutlicht werden, daß Zaire bereit ist, notfalls durch entsprechendes Engagement auf Ersuchen bedrohter afrikanischer Partnerländer zur Erhaltung der Stabilität beizutragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 270; Referat 322, Bd. 131044.

⁴ Mit einem Militärputsch am 1. September 1969 übernahm Muammar el-Gaddafi die Macht in Libyen.

⁵ Zur Entsendung französischer Streitkräfte in den Tschad vgl. Dok. 236, Anm. 34.

⁶ In Vittel fand am 3./4. Oktober 1983 die französisch-afrikanische Gipfelkonferenz statt, bei der die Konflikte im Tschad, in der West-Sahara und in Namibia sowie Entwicklungsfragen erörtert wurden. Vgl. dazu die Pressekonferenz des Staatspräsidenten Mitterrand vom 3. Oktober 1983; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (septembre-octobre), S. 55–61.

desrepublik Deutschland und Zaire eine große Übereinstimmung. Er habe mit Aufmerksamkeit registriert, daß Präsident Mobutu der Sitzung der großen Gemischten Kommission in diesem Jahr einen besonderen Rang einräumen werde.⁷ Er stelle die Frage, welche Erwartung der Präsident mit dieser Sitzung der Kommission verbinde. Was die Mitwirkung des Internationalen Währungsfonds bei der wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung Zaires angehe, so habe Zaire bei uns einen aktiven Fürsprecher. Wir würden das fortsetzen. Wir fragten uns, wie man zusätzliche Anreize für private Investitionen schaffen könne. Die Übereinstimmung im Politischen sollte auch im Wirtschaftlichen zum Ausdruck kommen.

Präsident *Mobutu* erläutert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit habe für ihn die größte Bedeutung. Er habe deshalb nicht gezögert, ein Treffen mit dem Bundeskanzler zu erbitten.

Die von Zaire dem IWF gelieferten Unterlagen seien vollständig und hätten ihre Richtigkeit. Aus Washington höre man jedoch, daß die Vertreter Japans und der Bundesrepublik Deutschland Schwierigkeiten machten. Bei den Japanern könne man das verstehen, aber bei den Deutschen?

Bundesminister erwidert, wir könnten der Sache nur nachgehen. Wir hätten die Zusammenarbeit zwischen IWF und Zaire nachdrücklich unterstützt. Auch wir träten für strenge Bedingungen ein. Zaire habe sich aber diesen Bedingungen unterworfen. An uns würde nichts scheitern.

Präsident *Mobutu* wiederholt, das Dossier Zaire liege dem IWF vollständig vor. Wie der Bundesminister wisse, habe er am 9. September finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen verkündet und ergriffen. Der IWF habe Zaire seit Anfang des Jahres auf die Probe gestellt. Seit dieser Zeit habe Zaire alle Auflagen erfüllt. Die Austeritätspolitik, die er dem Volk von Zaire auferlegt habe, sei sehr hart.

Bundeskanzler erwidert, er gehe davon aus, daß Präsident Mobutu im November eine positive Antwort vom IWF bekomme. Darin liege dann auch eine Anerkennung der Anstrengung Zaires. Wir würden uns darum kümmern.

Präsident *Mobutu* bittet um Berücksichtigung eines weiteren Punktes. Alle Freunde Zaires im Westen müßten noch etwas größere Anstrengungen zur bilateralen Unterstützung Zaires machen. Man stelle Zaire in eine Reihe z.B. mit Burundi, das nur vier Millionen Einwohner habe.

Bundesminister erwidert hierauf, wir hätten soeben zwei Verträge in Höhe von 54 Mio. DM und 16 Mio. DM zur Unterzeichnung freigegeben. Zaire sei für uns ein Schwerpunktland. Über weitere Hilfe werde man reden müssen.

Präsident *Mobutu* erwidert, seit Beginn der Unabhängigkeit Zaires im Jahre 1960⁸ habe die Bundesrepublik Deutschland ständig, und zwar in jedem Jahr, Hilfe gegeben. Er bitte nur darum, Zaire nicht mit Burundi und anderen Ländern auf ein Niveau zu stellen. Auch in Europa sei ja die Bundesrepublik Deutschland nicht Luxemburg, und in Afrika sei Zaire nicht Burundi.

⁷ Die Sitzung der deutsch-zairischen Gemischten Kommission fand vom 1. bis 6. Dezember 1983 in Kinshasa statt.

⁸ Die Republik Kongo (seit 1971: Zaire) wurde am 30. Juni 1960 unabhängig.

MD *Gorenflos* erläutert auf Bitten des Bundeskanzlers, seit 1960 habe Zaire 700 Mio. DM Hilfe von der Bundesrepublik Deutschland bekommen. Dies sei weit mehr, als wir Burundi gegeben hätten.⁹ Obwohl es in einigen Jahren Schwierigkeiten zu überwinden gegeben habe, sei die Hilfe konstant fortgesetzt worden in der Erwartung, daß diese Schwierigkeiten bald überwunden sein würden.¹⁰ Wir hätten zwei Verträge freigegeben in Höhe von 54 und von 16 Mio. DM. Im Dezember würden Verhandlungen über zwei weitere Verträge geführt. Für 1984 sei Geld im Budget vorgesehen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit habe eine umfassende Evaluation der Entwicklungszusammenarbeit mit Zaire in Arbeit. Im März 1984 würden wir die Ergebnisse dieser Evaluation haben. *Bundeskanzler* spricht die Frage der Konsortialführung für den Bau einer Raffinerie durch Siemens an.¹¹

Präsident *Mobutu* erläutert, er habe im Juni in der Schweiz mit Herrn Rodenstock vier Stunden über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Zaire und insbesondere über die Frage von Investitionen im privaten Bereich gesprochen.¹² Man habe beschlossen, daß die deutschen Arbeitgeber einen großen Besuch in Zaire arrangieren würden. Er habe soeben die Einladung an Herrn Rodenstock bestätigen lassen. In Baden-Baden werde er am Samstag¹³ mit Vertretern der Wirtschaft zusammentreffen, um die gleichen Probleme zu diskutieren. Deutsche Industrielle würden ihm am morgigen Tage, seinem Geburtstag, in Baden-Baden ein Essen geben.¹⁴

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie der Präsident die Entwicklung in Zaire in den nächsten zwei Jahren sehe, erwidert Präsident *Mobutu*, vor zwei Jahren habe man sich im ZK seiner Partei für die Marktwirtschaft entschieden. Die

⁹ Zur Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi vgl. Dok. 274, Anm. 7.

¹⁰ Ministerialdirektor Gorenflos notierte am 4. November 1983: „An EZ wird die Bundesregierung in diesem Jahr nur 32 Mio. DM zusagen (12 Mio. DM FZ, 20 Mio. TZ). Der Zusagerahmen hat sich damit gegenüber dem letzten Jahr erneut verringert. [...] Jedoch lassen die unverändert bestehenden hohen Zahlungsrückstände aus umgeschuldeten Handelsforderungen (bis jetzt 172 Mio. DM; FZ-Rückstände wurden dagegen inzwischen vollständig bezahlt) eine stärkere Unterstützung gegenwärtig nicht zu.“ Vgl. Referat 322, Bd. 138039.

¹¹ Ministerialdirigent Schüssler, Bundesministerium für Wirtschaft, teilte Botschafter König, Kinshasa, mit Schreiben vom 18. Oktober 1983 mit, am 7. Oktober 1983 habe eine Besprechung von Wirtschaftsunternehmen mit dem Generaldirektor des zairischen Bergbauunternehmens Générale des Carrières et Mines (Gécamines), Crem, stattgefunden, bei der dieser „ein Sofortprogramm zur Modernisierung der Kupfergewinnung und die Pläne für den Neubau einer Raffineriekapazität von 200 000 t/Jahr Cu“ vorgestellt habe. Der Vertreter von Siemens habe mitgeteilt, daß die Klöckner-Humboldt-Deutz AG „sich bereit erklärt haben solle, für den Neubau der Raffinerie-Anlage die Konsortialführerschaft zu übernehmen, und zusammen mit Siemens bereit sei, an dem Projekt mitzuwirken“. Eine entsprechende Notiz sei Bundeskanzler Kohl im Gespräch mit Präsident Mobutu am 13. Oktober 1983 zugegangen: „Daß der Kanzler dabei die Rolle der Konsortialführung der F[irma] Siemens zuschob, erachte ich für ein unwesentliches Detail. Wichtiger ist, daß das Thema auf so lichten Höhen überhaupt behandelt wurde.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149007.

¹² Ministerialdirigent Haas vermerkte am 22. Juni 1983: „Wie ich zuverlässig erfahre, hat vor etwa 14 Tagen Präsident Mobutu auf Einladung von MP Strauß München besucht. Herr Strauß hat bei dieser Gelegenheit u. a. auch ein Gespräch mit dem BDI-Präsidenten Rodenstock vermittelt.“ Vgl. Referat 322, Bd. 138032.

¹³ 15. Oktober 1983.

¹⁴ Vortragender Legationsrat Ziefer unterrichtete die Botschaft in Kinshasa am 18. Oktober 1983, nach den Gesprächen mit der Bundesregierung sei Mobutu nach Baden-Württemberg und Bayern gereist: „Am Abend des 14.10. gab Standard Elektrik Lorenz (SEL) aufwendiges Geburtstagsdiner für ca. 100 Gäste, überwiegend Familie und engerer Kreis Mobutus.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 157; Referat 322, Bd. 138033.

Bundesrepublik Deutschland habe eine Hochtechnologie, sie habe die Erfahrung, sie habe das Kapital. Zaire habe das alles nicht, aber dafür Rohstoffe. Man möge auf unserer Seite die Schlußfolgerungen daraus ziehen. Als Beispiel weise er darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland, Japan und die USA führend in der Informatik seien. In der Informatik komme man ohne Lithium nicht aus. Zaire sei eines der wenigen Länder, die über Lithium verfügten. Die Übereinstimmung im politischen und diplomatischen Bereich sei vollständig. Sie solle sich auch auf den wirtschaftlichen Bereich übertragen lassen.

Bundeskanzler erwidert, über das Wirtschaftliche hinaus sei es für uns von großer Bedeutung, wie sich die Verhältnisse in Afrika gestalteten. Zaire sei ein wichtiger Teil Afrikas. Störenfriede würden um so weniger Erfolg haben, je erfolgreicher sich die Region entwickle. Das bedinge sich gegenseitig. Es sei nicht unser Interesse, daß Afrika zum Probefeld weltweiter Konflikte werde und sich dort Ersatzkriegsschauplätze entwickelten. Der Weltfrieden sei unteilbar. Man könne nicht hier den Frieden suchen, wenn es in anderen Teilen der Welt, z.B. im Tschad, Krieg gebe. Wir merkten das besonders, weil wir an der Nahtstelle zwischen Ost und West lägen und wie ein Seismograph auf alle Störungen reagierten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65

298

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann

13. Oktober 1983

Betr.: Gespräch BM mit dem AM von Pakistan, S. Yaqub Khan, am 29.9.1983
(16.00 Uhr bis 16.30 Uhr) in New York¹

Aus dem Gespräch wird festgehalten:

1) Auf Bitte von BM berichtete Yaqub Khan über Situation in Afghanistan. Zur Zeit hielten sich 3 Mio. Flüchtlinge aus Afghanistan in Pakistan auf. Es sei deren und der pakistanische Wunsch, daß sie so bald als möglich in ihre Heimat zurückkehrten; das Hauptproblem – auch für die Rückkehr der Flüchtlinge – sei der Rückzug der sowjetischen Truppen. Die Afghanen leisteten weiterhin „heldenhaften Widerstand“ (Anmerkung: AM benutzte hier die deutschen Begriffe). Der Widerstand sei ungebrochen, Sowjets seien vor allen Dingen nachts verwundbar, ihre Kommunikationssysteme würden häufig unterbrochen. Entscheidend bleibe aber eine friedliche Lösung des afghanischen Problems „under the auspices of the United Nations“.² Er selbst würde in New York den sowjeti-

¹ Anlässlich der VN-Generalversammlung hielt sich Bundesminister Genscher vom 26. bis 30. September 1983 in New York auf.

² Zu den afghanisch-pakistanischen Gesprächen unter VN-Vermittlung in Genf vgl. Dok. 286, Anm. 49.

schen Ständigen Vertreter³ und in Washington den sowjetischen Botschafter⁴ sehen.

Pakistan verfolge bei den Verhandlungen folgende Ziele:

- Hauptziel sei der Zeitplan für einen sowjetischen Truppenabzug;
- die Flüchtlinge sollten unter Einschaltung der Vereinten Nationen (u. a. Befragung über ihre Rückkehrwilligkeit) nach Afghanistan zurückkehren;
- man benötige für eine friedliche Lösung internationale Garantien (USA, SU).

Der internationale Druck auf die SU müsse diplomatisch (in der Bewegung der Ungebundenen, auf bilateraler Ebene) und militärisch aufrechterhalten werden.

Sowjets würden nur dann einem Rückzug zustimmen können, wenn sie sicher davon ausgehen könnten, daß sich in Kabul kein antikommunistisches Regime etablieren würde.

Da gegenwärtig die Beziehungen der SU zum Westen und zu China festgefahren seien („no movement“), könnten die Sowjets durch einen Truppenrückzug sowohl den USA als auch China Entspannung signalisieren. Dies sei gegenwärtig allerdings aufgrund der in der sowjetischen Führung herrschenden Unsicherheit nicht zu erwarten.

2) Yaqub Khan zeichnete von sich aus ein düsteres Bild der Lage in der Sowjetunion. Das wirtschaftliche System würde nicht funktionieren (Beispiel: Landwirtschaft); Polen bedeute eine schwere Belastung; die Beziehungen zu dem Westen hätten sich problematisiert; die Frage der Mittelstreckenraketen sei nunmehr auch für China von besonderem Interesse.

Der pakistanische AM schilderte Andropow als besonders nervös (wegen der allgemeinen Unsicherheit); zur Gesundheit des GS: „I believe he is a very sick man.“

Yaqub Khan erwartet aufgrund dieser Lage auch personelle Wechsel.

BM erwiderte, daß wir die Lage der Führungsspitze ähnlich einschätzten, insbesondere glaubten auch wir, daß in Moskau ein großes Maß an Unsicherheit herrsche. Es stelle sich die Frage, ob in dieser Lage die SU durch einen Rückzug aus Afghanistan Ballast abwerfen könne/wolle. Moskau müsse an seinen Grenzen eigentlich ein starkes nichtkommunistisches Regime lieber sein als ein schwaches kommunistisches.

BM begrüßte die pakistanischen Anstrengungen zur Lösung des Konflikts in Afghanistan.

Er unterstrich den hohen Stellenwert der deutsch-pakistanischen Beziehungen und würde Begegnung mit Yaqub Khan in Bonn 1984 begrüßen.

Horstmann

VS-Bd. 14121 (010)

³ Oleg Alexandrowitsch Trojanowskij.

⁴ Anatolij Fjodorowitsch Dobrynin.

299

Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an das Auswärtige Amt

114-20396/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 607
Citissime

Aufgabe: 13. Oktober 1983, 11.00 Uhr¹
Ankunft: 13. Oktober 1983, 12.47 Uhr

Betr.: Besuch des BK in Saudi-Arabien vom 9. bis 11.10.1983;
hier: Gespräch BK mit Vtg.Min. Prinz Sultan und AM Prinz Saud al-Faisal vom 10.10.1983 über Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich

Hiermit wird – weisungsgemäß auf direktem Weg – Aufzeichnung über o.a. Gespräch vorgelegt.

BK führte am Vormittag des 10.10.1983 im Gästepalast ein etwa zweistündiges Gespräch (im kleineren Kreis) mit dem ersten stv. PM und Vtg.Min. Prinz Sultan bin Abdul Aziz, an dem auch AM Prinz Saud al-Faisal teilnahm.

BK eröffnete mit Bezugnahme auf seine Unterredung mit König Fahd in der vorangegangenen Nacht (in kleinstem Kreis) und schlug vor, heutiges Gespräch in gleichem Geiste offen und unter Weglassung diplomatischer Floskeln zu führen.

Sultan stimmte dem zu. Wie der König gestern gesagt habe, wolle Saudi-Arabien (SA) zu uns klare und konstruktive Beziehungen unterhalten. Das Königreich sei daran interessiert, mit der BR Deutschland eng und kontinuierlich zusammenzuarbeiten. Dies bedeute, daß die Beziehungen so gestaltet werden müßten, daß sie für beide Seiten von Nutzen seien. Zwischen Freunden müsse so verfahren werden, daß jeder dem anderen gibt, was er braucht. SA müsse seine Verteidigungskraft stärken, die BR Deutschland sei auf Erhaltung von Arbeitsplätzen angewiesen.

Die Entscheidung über die saudischen Wünsche² müsse nicht von heute auf morgen erfolgen, wohl aber solle man jetzt den Weg in die Zukunft weisen. SA benötige dringend moderne Rüstungsgüter, sei allerdings in der glücklichen Lage, diese überall kaufen zu können, notfalls werde man auch auf die Sowjetunion zurückgreifen. Saudische Sicherheit könne mit einem fast fertiggestellten Gebäude verglichen werden, dem noch einige, allerdings wesentliche Teile fehlten. Er wisse, daß uns die Erfüllung der saudischen Wünsche schwerfalle. Er verstehe diese Schwierigkeiten aber nicht ganz, da SA kein Krisengebiet sei und niemanden angreifen wolle. Im Königreich seien etwa 150 deutsche Firmen tätig, die sich großer Wertschätzung erfreuten. Wenn BK darauf verweise und auch auf das Kriterium der festen Freundschaft, das die Beziehungen zwi-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 13. Oktober 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen.

Hat Ploetz am 18. Oktober 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „A[bteilungs]L[eiter] 2: Nur für BM bestimmt.“

² Zur Frage eines Exports von Panzern nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 209.

schen beiden Ländern auszeichne, müsse er die deutsche Öffentlichkeit und Bevölkerung doch für eine uneingeschränkte, auch militärische Zusammenarbeit mit SA gewinnen können. In anderen Ländern stoße SA jedenfalls nicht auf ähnliche Schranken, außer bei Nuklearwaffen, die man für absehbare Zukunft aber auch nicht haben wolle. „Kleinere Rüstungsgüter“ wie elektronische Ausrüstungen usw. könne SA überall erhalten. Deutschland verfüge aber über ganz moderne Waffensysteme, auf die es stolz sein solle. SA sei friedfertig und berechenbar. Dennoch sei es anscheinend sein Schicksal, immer um fortgeschrittene militärische Ausrüstungen kämpfen zu müssen (Hinweis auf AWACS-Debatte³). In der Nachrüstungsfrage habe BK bewiesen, daß er in der Lage sei, die wohlverstandenen Interessen seines Landes durchzusetzen. Die beiden bereits erwähnten Fakten, nämlich

a) Berechenbarkeit der saudischen Politik und

b) günstige Auswirkung auf die deutsche gesamtwirtschaftliche Situation

müßten ihm doch hinreichende Argumente liefern, um sich auch hier durchzusetzen.

BK dankte für die offenen und freundschaftlichen Ausführungen. Er wolle auch nochmals sagen, daß ihn Inhalt und Form des mit dem König geführten Gesprächs sehr bewegt hätten. Der Friede in der Welt sei unteilbar. Was SA berührte, bewege auch uns und umgekehrt. Da die Sowjets wissen, daß sie in Europa keinen Krieg führen können, ohne eigene Existenz aufs Spiel zu setzen, versuchen sie, in anderen Teilen der Welt Boden zu gewinnen. Außerdem gäbe es irrationale Elemente in der Region (Gaddafi, Khomeini). Wir ermunterten SA deshalb, wachsam zu sein. Das Königreich sei entscheidender Faktor zur Durchsetzung einer Politik mit Augenmaß, habe dies gerade im Libanon unter Beweis gestellt.⁴ Aus diesen Gründen sei er auch bereit, in der militärischen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien erheblich weiter zu gehen, als dies je mit einem Land außerhalb der NATO geschehen sei. Was wir angeboten hätten, seien keineswegs „kleinere Sachen“, sondern umfasse praktisch die ganze Palette. Beim Marder seien wir schon hart an die Grenze unserer politischen Möglichkeiten gegangen.⁵ Ohne die amerikanische Rüstungsindustrie schlechtmachen zu wollen, müsse er auch sagen, daß der Gepard ohne Konkurrenz sei. Die Ara-

³ Angesichts des irakisch-iranischen Krieges wurden im September 1980 auf Bitten der saudi-arabischen Regierung vier amerikanische Flugzeuge, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, nach Saudi-Arabien verlegt. Saudi-Arabien bemühte sich zudem um den Kauf von AWACS-Flugzeugen. Ein entsprechendes Liefervorhaben wurde am 14. Oktober 1981 vom amerikanischen Repräsentantenhaus abgelehnt, aber am 29. Oktober 1981 vom Senat genehmigt. Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, legte am 29. März 1982 dar, daß „über das Maß der zeitlichen und personellen Mitbestimmung der US-Regierung bei der Nutzung der Flugzeuge offenbar (entgegen saudischen Beteuerungen) noch keine Einigung erzielt worden“ sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 294; Referat 311, Bd. 137831.

⁴ Vgl. dazu das unter Vermittlung Saudi-Arabien zustande gekommene Waffenstillstandsabkommen vom 25. September 1983; Dok. 286, Anm. 55.

⁵ Eine Genehmigung der Lieferung von Schützenpanzern des Typs „Marder“ nach Saudi-Arabien ist nicht nachweisbar. Vgl. dazu die dem Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze vom 8. November 1983 an das Bundeskanzleramt sowie die Bundesministerien für Wirtschaft bzw. der Verteidigung beigefügte Liste mit „Entscheidungen des Bundessicherheitsrats zu Einzelfragen des Rüstungsexports für die Zeit von Januar 1981 bis Oktober 1983“, VS-Bd. 10918 (422); B 150, Aktienkopien 1983.

ber hätten viele Bilder in ihrer Sprache. Er wolle deshalb zwei deutsche Sprichwörter zitieren. Das erste laute: „Viele Hunde sind des Hasen Tod“. Er, BK, müsse sich schon in der Nachrüstungsdebatte durchsetzen. Sultan werde um so mehr verstehen, was er sagen wolle, weil sich das Haus al-Saud immer durch eine Politik ausgezeichnet habe, in der Mut mit Klugheit verbunden war. Ibn Saud habe gewußt, daß Mut ohne Klugheit nichts als Dummheit sei. Das Paket auf seinen (BK) Schultern sei groß, es müsse tragbar bleiben. Was den Leopard betrifft, so habe er sich mit dem König doch schon auf die Formulierung verständigt, daß die saudische Seite dieses Thema nicht angesprochen und die deutsche Seite kein Angebot vorgelegt habe. In diesem Zusammenhang wolle er das zweite Sprichwort zitieren, das laute: „Viel Wasser fließt den Rhein hinunter“. Unsere Bevölkerung müsse langsam an etwaige Veränderungen gewöhnt werden. Er wolle jedenfalls keine Versprechungen machen, die er nicht halten könne. Er könne auch unter Außerachtlassung seiner offiziellen Position als Bundeskanzler, sozusagen von Mann zu Mann, versichern, daß das, was man gestern gesprochen habe, klug und richtig sei. Zunächst solle überlegt werden, was SA aus der „Angebotsliste“ benötigt, das sollten Spezialisten prüfen. Wenn man sich dahingehend einige, könne man jetzt sagen, daß eine enge Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich vereinbart worden sei. SA solle seinerseits erklären, daß die von uns gegebenenfalls zu liefernden Rüstungsgüter nur zu seiner Verteidigung eingesetzt werden. Im morgigen Gespräch mit IM Prinz Nayif werde er übrigens bestätigen, daß wir auch im Bereich der inneren Sicherheit bereit seien, sehr weit zu gehen.⁶

In weiterer Diskussion wurde zunächst vereinbart, daß eine saudische Expertengruppe in der letzten Novemberwoche nach Deutschland kommen soll, um die deutschen Vorschläge vor Ort zu prüfen. Der genaue Zeitpunkt soll geheimgehalten werden, nach außen wird lediglich Zeitpunkt „gegen Ende des Jahres“ bekanntgegeben. Saudis werden in Bonn mit einer aus Vertretern von AA, BMVg und Chef BK zusammengesetzten Expertengruppe verhandeln.⁷

Sultan und Saud erklärten sich bereit, den Defensivcharakter der Zusammenarbeit zu betonen. Wörtlich: „Die saudische Regierung wird diese Waffen zur Ausrüstung ihrer Streitkräfte und nur zur Verteidigung ihres Territoriums einsetzen.“

Restliche teilweise sehr schwierige Debatte konzentrierte sich auf die Formulierung einer die Einbeziehung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit betreffenden Passage im gemeinsamen Kommuniqué⁸ und Präsentation des Ergebnisses in der Öffentlichkeit. Da Sultan hartnäckig versuchte, die spätere Lieferung des Leopard II nicht völlig auszuschließen, erklärte BK nochmals ein-

⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem saudi-arabischen Innenminister Nayif am 11. Oktober 1983 vgl. Dok. 307.

⁷ Vom 4. bis 20. Dezember 1983 besuchte eine saudi-arabische Delegation die Bundesrepublik. Ministerialdirigent Loeck notierte am 13. Dezember 1983, Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, zufolge „handele es sich nur um Offiziere und Techniker, denen bei der Truppe Waffensysteme im Einsatz vorgeführt würden und die anschließend bei der Industrie diese Systeme nur noch einmal in der Fertigung und Wartung sehen sollten. Lieferwünsche würden von der Delegation nicht vorgetragen.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135825.

⁸ Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 11. Oktober 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 966 f.

deutig, daß dieses System nicht zur Debatte stehe und die Expertendelegation darüber also auch nicht verhandeln könne. Es sei essentiell, daß nicht der – unzutreffende – Eindruck entstehe, daß SA irgendeine Zusage für den Leopard II habe.

Sultan legte daraufhin dar, daß er dies verstanden habe und mit BK darin einig sei, er könne das Ergebnis aber innenpolitisch nicht vertreten, wenn jede Perspektive einer späteren Lieferung völlig ausgeschlossen werde. BK habe ja selbst auf Zeitelement hingewiesen, niemand könne voraussagen, was in zwei, vier oder acht Jahren geschehen werde.

Nach längerer Debatte wurde die im Communiqué niedergelegte Passage zur verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in den Grundzügen abgestimmt. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß BK in der Pressekonferenz auf Fragen zu Leopard II so antwortet, wie dies dann geschehen ist (vgl. DB Nr. 601 vom 11.10.83⁹). Dabei gab BK seine Zustimmung zur Einfügung des Wortes „bisher“ (wir haben darüber gesprochen, aber bisher keine Einigung erzielt) erst, nachdem ihm von Sultan bestätigt wurde, daß auch damit lediglich ein tatsächlicher Zustand beschrieben und dementsprechend keinerlei Verpflichtung eingegangen wird, das Thema Leopard II jetzt oder in Zukunft aufzugreifen.

Am Schluß des in durchweg freundschaftlicher Atmosphäre verlaufenen Gesprächs wurde eine Redaktionsgruppe zur Formulierung des gemeinsamen Communiqués eingesetzt.

[gez.] Stein

VS-Bd. 14114 (010)

⁹ Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, berichtete, bei der Pressekonferenz zum Abschluß des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl sei das gemeinsame Communiqué verlesen worden, dessen Wortlaut zugleich übermittelt wurde: „Zur Frage eines Journalisten, ob bei dem Besuch der saudischen Expertendelegation in der Bundesrepublik Deutschland über Lieferung des Leopard II verhandelt werde, sagte der Bundeskanzler: ‚Nein, das wird kein Thema dieser Expertengruppe sein. Ich bin keinerlei Verpflichtungen zur Lieferung des Leopard II eingegangen. Wir haben darüber gesprochen, aber bisher keine Einigung erzielt.‘“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 137552.

300

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem Leiter der ACDA, Adelman, und dem
Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze**

220-371.76 INF-2297/83 VS-vertraulich

14. Oktober 1983¹

Gespräch von BM Genscher mit dem Leiter der ACDA, Kenneth Adelman, und dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Botschafter Paul Nitze, am 14.10.1983, 15.00 Uhr bis 16.30 Uhr²

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Botschafter Burns, Mr. Thielemann;
auf deutscher Seite: D 2 A³, LMB⁴, RL 220⁵.

BM begrüßt amerikanische Besucher. Besuch sei für morgiges Gespräch mit Gromyko⁶ für ihn wichtig. Es gehe nicht nur um Sachstand der INF-Verhandlungen, sondern auch um die Perspektiven. Er sehe das Gespräch im Zusammenhang mit den intensiven bisherigen Konsultationen mit den USA. Dieser Prozeß habe sich als sehr fruchtbar erwiesen.

Nitze berichtet über die Situation in Genf: US-Delegation habe die drei neuen westlichen Vorschläge⁷ in allgemeiner Form dargelegt und die sowjetische Delegation dazu eingeladen, gemeinsam auf der Grundlage der westlichen Vorschläge beiderseits annehmbare Lösungen zu suchen. Die Reaktion sei völlig negativ gewesen. Zu den beiden mit der Stationierung amerikanischer Systeme zusammenhängenden Schritten (Bereitschaft, nicht gesamte sowjetische Mittelstreckenraketen durch Stationierung in Europa auszugleichen; Bereitschaft, PII anteilig zu reduzieren) hätten Sowjets ausgeführt, ein Eingehen würde ihren Grundsatzstandpunkt präjudizieren, daß sie keinerlei amerikanische Stationierungen akzeptieren könnten. Hinsichtlich des Flugzeugvorschlags sei ihre Haltung etwas offener gewesen, da er nicht unbedingt an eine Stationierung geknüpft sei, aber auch hier hätten sie kein ausgeprägtes Interesse gezeigt. Zu dem von den USA gemachten prozeduralen Vorschlag der gemeinsamen Suche nach Lösungen habe die SU sich ebenfalls unter Hinweis auf ihre ablehnende

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 14. Oktober 1983 gefertigt und über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher geleitet „mit der Bitte um Billigung und Freigabe“.

Hat Staden am 17. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 18. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 18. November 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11356 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Adelman, und der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, hielten sich am 14. Oktober 1983 in Bonn auf.

³ Friedrich Ruth.

⁴ Hans Friedrich von Ploetz.

⁵ Rüdiger Hartmann.

⁶ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

⁷ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

Haltung in der Substanz negativ geäußert. Die Sowjets hätten ihrerseits erklärt, daß sie nur die zentralen Fragen behandeln würden. Dabei handele es sich tatsächlich um eine einzige Frage, nämlich, daß für die SU amerikanische Stationierungen in keiner Form akzeptabel seien. Ihrerseits beanspruche die SU zumindest 162 Raketen in Europa und eine freie Hand im Fernen Osten. Auf persönlicher Basis habe Kwizinskij erklärt, daß eine Einigung über die Flugzeugfrage und Regelungen für den Fernen Osten möglich sei, sofern die USA auf eine Stationierung verzichteten. Kwizinskij habe privat auch Nitzes Charakterisierung der sowjetischen Drittstaatenargumentation zugestimmt, daß sie lediglich ein Vorwand sei, um die Stationierung abzulehnen. Drittstaatenfrage und Forderung nach US-Stationierungsverzicht seien zwei Seiten der gleichen Münze.

Zur Frage des Verlassens des Verhandlungstisches: Die US-Delegation sei entschlossen, so lange zu verhandeln, bis ein Abkommen erreicht sei oder solange die andere Seite am Tisch sitze. Für sie gebe es kein Enddatum für die Verhandlungen.

BM erklärt, bei der KSZE sei der Westen mit seinem Entschluß, am Verhandlungstisch zu bleiben, gut gefahren. Genau dies sei die richtige Strategie für Genf. Er erkundigt sich nach sowjetischer Reaktion auf die Erklärungen von Mitterrand und Howe.⁸

Nitze führt aus, Sowjets hätten hierzu darauf hingewiesen, die Erfahrungen, die SU mit der Drittstaatenfrage bei früheren Verhandlungen gemacht hätte, seien schlecht. USA hätten diese Frage immer wieder auf die lange Bank geschoben. Deshalb müsse sie jetzt gelöst werden. Eine Lösung nach einem START-Abkommen sei zu spät.

BM: Heißt das, eine Lösung in START reicht aus?

Nitze: Dies würde ihre INF-Argumentation untergraben. Ihre INF-Position beruht auf der Drittstaatenforderung. Wenn sie die britischen und französischen als strategische Systeme anerkennen würden, wäre ihre INF-Position nicht mehr haltbar. Deshalb sind sie auch gegen eine Verbindung von INF und START.

D2A weist darauf hin, daß sich Tscherwow flexibler äußere. Nicht hinsichtlich einer Zuweisung der Drittstaatsysteme zu INF oder START, aber in dem Sinne, Moskau könne zu irgendeiner Art von Kompensation für die Drittstaatsysteme bereit sein.⁹ Für uns bedeutet dies keinen Unterschied, solange Auswirkungen auf das europäische Gleichgewicht bestünden. Kompensationen kämen für uns allenfalls im Rahmen eines globalen ceiling in Betracht.

BM erkundigt sich, was Sowjets in nächsten Wochen tun würden.

⁸ Zu den Reden des Staatspräsidenten Mitterrand und des britischen Außenministers Howe am 28. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 327.

⁹ Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, vermerkte am 14. Oktober 1983 über sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Verteidigungsministerium, Tscherwow, am Vortag: „Zur Frage der britischen und französischen Waffensysteme für INF wiederholte T. die bekannte sowjetische Position, sagte aber in der Diskussion, SU bestünde nicht auf einer Anrechnung, sondern verlange nur ‚ein Äquivalent‘. Auf die Frage, warum die britischen und französischen Systeme nicht in die Globalverhandlung außerhalb eines INF-Abkommens berücksichtigt und durch Äquivalente kompensiert werden könnten, wick T. mit der Erklärung aus, die USA hätten ein solches Äquivalent in SALT verweigert. Weitere Einlassungen machte er auch auf Nachfragen nicht.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Nitze: Ich glaube, SU hat sich noch nicht entschieden. Die Delegation gibt zu erkennen, daß sie mit einem Abbruch vor dem 7. November rechnet. Sie argumentiert, dann werde sie die Schuld den USA geben, weil diese durch ihre Stationierungen die Sowjets zum Abbruch gezwungen hatten (7.11. ist Jahrestag der Oktoberrevolution).

BM erklärt, Sowjets müßten doch sehen, daß das entscheidende politische Datum der 21. November sei.¹⁰

Nitze erwidert, möglicherweise gehe es ihnen um einen Schockeffekt, obwohl sie das nicht so gesagt hätten.

D2A wirft ein, wir könnten nur hoffen, daß dies die sowjetische Haltung bleibe.

BM: Wir würden dann darauf hinweisen können, 14 Tage hätten noch für die Verhandlungen zur Verfügung gestanden, die SU habe sich jedoch verweigert. Wenn es die sowjetische Absicht sei, die westliche öffentliche Meinung zu beeinflussen, sei ein früher Abbruch ein Fehler. Nach den ersten Meldungen über das WP-Kommuniqué von Sofia¹¹ gehe aber die Stoßrichtung in Richtung auf Weiterverhandeln bei Aussetzung der westlichen Stationierungen. Dies sei angesichts der Haltung Ceauşescus¹² offenbar der kleinste gemeinsame Nenner. Aber auch im Westen habe dies Anziehungskraft für bestimmte Gemüter. Durch eine Verschiebung der Stationierungen könne der Westen aber gar nichts gewinnen. Auch im Falle einer Verschiebung um 90 Tage oder 6 Monate würde der Osten anschließend auf seiner Forderung nach Nichtstationierung beharren. Für eine westliche Stationierung wären die Bedingungen dann aber weit schwieriger. Einmal verschoben sei immer verschoben.

BM erkundigt sich, wie USA das Verhältnis INF/START sähen.

Adelman erklärt, in Washington würden beide Verhandlungen in engem Zusammenhang gesehen. Es gebe Probleme, wie zum Beispiel die Zerstörung von Raketen, die bei START und INF gleich behandelt werden müßten. Ob die eine oder andere Verhandlung schneller vorankommen werde, sei schwer zu sagen. In beiden sei man jedenfalls noch nicht weit gekommen.

BM erklärt, nach seinem Eindruck konzentrierten sich die Sowjets bei INF auf die Propaganda, bei START auf die Sache.

D2A weist darauf hin, daß eine Verschiebung der Stationierung die Glaubwürdigkeit des Bündnisses entscheidend schwächen würde. Wenn das Bündnis dagegen zeige, daß es die Stationierungsentscheidung tatsächlich durchsetzen könne, werde es aus der INF-Situation gestärkt hervorgehen.

Adelman bemerkt, weil es der SU bei den INF-Verhandlungen um die Schwächung der NATO gehe, seien diese Verhandlungen für sie wesentlich wichtiger als START.

BM erkundigt sich nach dem Stand der Diskussion über INF-Flugzeuge in Genf.

¹⁰ Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses ab. Vgl. dazu Dok. 356, Anm. 2.

¹¹ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 13./14. Oktober 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

¹² Zur rumänischen Haltung zur Stationierung von sowjetischen Nuklearsystemen vgl. Dok. 243, Anm. 5.

Nitze führt aus, die USA hätten Begrenzungen für Flugzeuge vorgeschlagen, die mit weitreichenden Mittelstreckenraketen verglichen werden könnten. Als Flugzeugtyp hätten sie auf amerikanischer Seite F-111 genannt und die Sowjets aufgefordert, ihrerseits die sowjetischen Flugzeugtypen zu benennen, die Berücksichtigung finden sollten. Dann könne man gemeinsam erörtern, welche Typen von Flugzeugen einbezogen werden sollten. Den USA schwebte vor, anschließend zu erörtern, ob Begrenzungen global, global mit sub-ceilings oder regional sein sollten. Den Rahmen für die Diskussion hätten die USA wie folgt abgesteckt: Betroffen sein sollten nur landgestützte, nicht seegestützte Flugzeuge; Flugzeuge von der allgemeinen Reichweite von LRINF; keine Flugzeuge von Verbündeten. Die SU gehe allerdings von sehr viel kürzeren Reichweiten aus und wolle z.B. die F-4 mit einbeziehen. Dann müßten aber auch auf ihrer Seite entsprechende Flugzeugtypen einbezogen werden. Das Verhältnis sei dann 6300 sowjetische Flugzeuge gegen 800 Flugzeuge der NATO.

D2A weist darauf hin, daß dem UA Abrüstung in Moskau eine Karte mit den Reichweiten der verschiedenen Systeme übergeben worden sei.¹³ Bei den Flugzeugen legten die Sowjets auf ihrer Seite andere Kriterien an als auf der westlichen. Diese sowjetische Darstellung sei leicht widerlegbar.

Nitze bemerkt, die Berücksichtigung von FB-111 mit Standort Schottland auf dieser Karte sei völlig unverständlich.

D2A erklärt, offenbar bereite den Sowjets der Vorschlag des Westens, nicht alle sowjetischen Systeme in Europa ausgleichen zu wollen, große Schwierigkeiten.

BM stellt die Frage, ob die Sowjets diesen Vorschlag nicht verstünden oder ob sie ihn nicht verstehen wollten.

Nitze meint, sie verstünden ihn schon.

BM führt aus, er habe darüber in New York mit Außenministern des WP gesprochen.¹⁴ Auf alle habe sein Hinweis auf diesen Vorschlag stärksten Eindruck gemacht. Keiner von ihnen habe gegen den Vorschlag argumentiert. Sein Eindruck sei, daß die Sowjets die attraktive Seite dieses Vorschlags durchaus verstünden, sich aber so gäben, als verstünden sie ihn nicht.

BM fährt fort, er habe den gerade aus Moskau zurückgekehrten tschechoslowakischen AM¹⁵ auf die Pressekonferenz Kornijenkos¹⁶ angesprochen und da-

¹³ Botschafter Ruth vermerkte am 13. Oktober 1983, er habe am selben Tag mit den SPD-Abgeordneten Bahr und Ehmke über die Reise des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages am 11./12. Oktober 1983 nach Moskau gesprochen. Bahr habe u. a. mitgeteilt: „In der von Marschall Achromjew übergebenen Karte, die uns von der Botschaft übersandt werde, seien die Pershing II mit einer Reichweite von 2600 km angegeben. Herr Bahr habe darauf hingewiesen, daß der Westen lediglich von einer Reichweite von 1800 km ausgehe. Achromjew habe darauf geantwortet, daß sich die 2600 km aus sowjetischen Berechnungen ergäben, die den Umfang und die Art des Treibstoffes der Pershing II zugrunde legten.“ Vgl. VS-Bd. 11356 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Für die Karte und die beigelegten Tabellen vgl. Referat 220, Bd. 124525.

¹⁴ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher vom 27. bis 29. September 1983 mit den Außenministern Andrei (Rumänien), Fischer (DDR), Mladenow (Bulgarien), Olszowski (Polen) und Várkonyi (Ungarn) am Rande der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 286, Anm. 13–17.

¹⁵ Der tschechoslowakische Außenminister Čhňoupek hielt sich am 26./27. September 1983 in der UdSSR auf.

¹⁶ Zur Pressekonferenz des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Kornijenko am 14. September 1983 in Moskau vgl. Dok. 262, Anm. 14.

bei ausgeführt, daß er Gromyko wegen dessen Äußerungen über die zwei Gesichter der britischen und französischen Systeme nicht habe bloßstellen wollen.¹⁷ Deshalb habe er nicht der Presse gegenüber geäußert, was Gromyko zu dieser Frage explizit gesagt habe.¹⁸ Es könne aber kein Zweifel sein, daß Gromyko damit eine Option habe eröffnen wollen. Der AM habe daraufhin erklärt, daß ihm Gromyko in Moskau dasselbe gesagt habe.

Nitze bemerkt, man könne in der Tat davon sprechen, daß die britischen und französischen Systeme zwei Gesichter besäßen.

Es beständen keine klaren Unterscheidungslinien zwischen Waffen, die zu INF, und solchen, die zu START gehörten. Bei SALT habe man als objektives Kriterium das der Entfernung zwischen Leningrad und einem Punkte in Maine, d. h. 5500 km gewählt. Dies sei eine pragmatische Lösung gewesen. Eine weitere pragmatische Lösung habe in der Zurechnung sämtlicher U-Boot-gestützten Raketen zu den strategischen Waffen bestanden, ohne Rücksicht auf ihre Reichweite. In diese Kategorie fielen auch die britischen und französischen SLBM. Übrig blieben lediglich die 18 landgestützten französischen Raketen. Die SU stütze ihre Drittstaatenargumentation auf eindeutig unrichtige Definitionen. Dies habe er auch Kwizinskij gesagt, der darauf keine Antwort gewußt habe.

D2A bemerkt, dies zeige, daß die Frage einer Kompensation für die britischen und französischen Systeme nur in einem globalen Zusammenhang erörtert werden dürfe. Eine Kompensation im europäischen Rahmen könne nicht in Frage kommen. Unsere bisherige Argumentation sei richtig, daß die sowjetische Drittstaatenargumentation ein politischer Trick sei, um das wirkliche Ziel – die Bewahrung eines sowjetischen Monopols im Mittelstreckenbereich – zu verschleiern.

BM stimmt zu und führt aus, die SU habe diese Argumentation sehr spät in den Vordergrund gerückt, und zwar erst, nachdem die SPD auf ihrem Parteikongreß in München im Dezember 1981¹⁹ für die Berücksichtigung der Drittstaaten-systeme eingetreten sei. Seitdem habe die SU sich immer mehr auf dieses Argument versteift. Der Hinweis auf diese Entwicklung sei ein überzeugendes Argument, das er schon oft in öffentlichen Diskussionen benutzt habe. Wir seien dankbar für die Erklärungen Mitterrands und Howes vor den VN. Sie hätten den Weg gezeigt, wie das Problem behandelt werden solle.

Adelman erwähnt, er selbst pflege im Kongreß eine andere Argumentation zu benutzen, nämlich daß die Sowjets hinter dem Drittstaatenargument nur das

¹⁷ Bundesminister Genscher führte am 29. September 1983 mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am Rande der VN-Generalversammlung in New York ein Gespräch, bei dem die Frage eines Treffens Genschers mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, die INF-Verhandlungen in Genf und die Ost-West-Beziehungen erörtert wurden. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; Dok. 262.

¹⁹ So in der Vorlage.

Der Parteitag der SPD fand vom 19. bis 23. April 1982 in München statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 127.

wirkliche Problem versteckten, dies bestehe in ihrem Vorschlag für eine halbe Null-Lösung, nämlich Null nur auf unserer Seite.

D2A bemerkt, man komme nicht daran vorbei, daß die britischen und französischen Systeme existierten. Das sowjetische Argument habe auch Leute beeindruckt, die nicht gegen den Doppelbeschluß seien.

Nitze erklärt, wie man auf das Drittstaatenargument antworte, müsse sich nach dem jeweiligen Zuhörerkreis richten. Der springende Punkt sei, ob die Sowjets einen Anspruch auf Kompensation für die Drittstaatsysteme besäßen. Natürlich müsse man die Existenz der Drittstaatsysteme berücksichtigen, ebenso müsse man aber auch viele andere Dinge berücksichtigen, etwa die sowjetische Überlegenheit bei Panzern, bei chemischen Waffen, ihre geographischen Vorteile. Alles zusammengekommen habe SU keinen Kompensationsanspruch für die Drittstaatsysteme.

Adelman erklärt, im Kongreß sei es immer überzeugend zu sagen, die Drittstaatenargumentation führe zu einer Festschreibung amerikanischer Unterlegenheit, dies könne für die USA nicht akzeptabel sein.

Nitze weist darauf hin, bei den Sowjets führe dies Argument nicht weiter. Für sie folge daraus, daß sie auf allen Gebieten Gleichheit mit den USA und dazu noch die Existenz der Potentiale der amerikanischen Verbündeten hinnehmen müßten.

D2A bemerkt, alles führe darauf zurück, daß wir eine regionale Gleichung zwischen SS-20 einerseits und den britischen und französischen Systemen andererseits nicht akzeptieren könnten. Die letztgenannten Systeme könnten vielmehr nur in einem globalen Rahmen gesehen werden. Durch den neuen Vorschlag hätten wir hier eine Öffnung geschaffen. Diese Öffnung sei allerdings nicht einfach zu nutzen.

BM geht über zu dem bevorstehenden Gespräch mit Gromyko. Wie Gromyko das Gespräch anlegen werde, sei schwer vorauszusehen, doch werde er vermutlich in den Vordergrund stellen, es solle weiterverhandelt und nicht stationiert werden. Für uns sei es wichtig, in dieser letzten Phase unseren Standpunkt klarzumachen. Er könne nicht ausschließen, daß es auf sowjetischer Seite gewisse Illusionen gebe, daß die Bundesregierung doch die politische Kraft zur Stationierung nicht haben werde. Deshalb sei es von großer Bedeutung, unsere Entschlossenheit zur Stationierung nochmals klarzustellen. Ferner werde er die Perspektiven für die langfristigen Beziehungen zur Sowjetunion ansprechen.

Im Bundestag habe er am 13.10.83 unsere Position nochmals deutlich gemacht²⁰: Wir hätten im NVV auf eigene Atomwaffen verzichtet²¹, deshalb hätten wir einen Anspruch, daß uns niemand durch Atomwaffen bedrohe. Da wir derartige Waffen selbst nicht besäßen, seien wir auf den Schutz der USA angewiesen. Dies sei der Grund für die geplanten Stationierungen. Die SU müsse

²⁰ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTTE, Bd. 125, S. 1897–1903.

²¹ Die Bundesrepublik unterzeichnete am 28. November 1969 den Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

die Ursachen der Stationierung beseitigen, dann werde es keine Stationierungen geben.

Auch auf sowjetischer Seite gebe es ein Interesse an normalen Beziehungen zwischen Ost und West. Ebenso wie wir habe auch die SU von solchen Beziehungen Vorteile. Deshalb werde sie eine Entscheidung treffen müssen. Nach seiner Ansicht sei die Entscheidung für die SS-20 der schwerste Fehler, den die SU seit Kriegsende gemacht habe; ohne SS-20 würde sie auch weiterhin eine Reihe von Mittelstreckenraketen besitzen können und sich keinen Stationierungen im Westen gegenübersehen. Aber all dies sei nur unter der Voraussetzung richtig, daß der Westen im November mit der Stationierung beginne. Die politische Standfestigkeit der Allianz sei bei weitem wichtiger als die militärische Bedeutung der Nachrüstungswaffen. Er habe heute einem SPD-Abgeordneten erklärt, jeder, der bisher gegen eine Stationierung gewesen sei, müsse jetzt aus nationaler Verantwortung dafür sein, weil man nie unter äußerem Druck zurückweichen dürfe. Die Stationierungsfrage sei ein Härte-test der Allianz. Diese wäre ihrer Kraft beraubt, wenn sie sich nicht in der Lage erweise, die Stationierungsentscheidung zu verwirklichen. Dies erkläre die Haltung der Bundesregierung. Sie halte deshalb an der Stationierung fest, obwohl dies innenpolitisch nicht leicht sei. Der Dialog müsse im übrigen weitergehen, darin liege die Bedeutung von MBFR und KAE. Wenn es nach ihm ginge, würden die Außenminister Shultz und Gromyko Anfang November zusammentreffen; dies würde uns das Leben erleichtern, vielleicht aber auch der Sache Fortschritte bringen.

Gromyko werde wahrscheinlich eher locken als drohen. Man müsse wohl davon ausgehen, daß die SU nach der Stationierung die Verhandlungen unterbreche. Vermutlich werde sie später eine Zusammenlegung INF/START vorschlagen, nur deshalb, um sagen zu können, sie habe die INF-Verhandlungen nicht fortgeführt. In der Sache werde es sich aber um eine Weiterverhandlung handeln. Stationierungen in der ČSSR und der DDR seien nur ein Erinnerungspunkt.

BM fragt, was unter Maßnahmen gegen die USA zu verstehen sei.

Nitze erwidert, zunächst hätten die Sowjets erklärt, damit seien SS-20-Stationierungen in Kuba gemeint. Jetzt erklärten die Sowjets, das Schwergewicht liege bei der Stationierung von schnellen, U-Boot-gestützten Cruise Missiles in der Nähe der USA.

Adelman bemerkt, auch von Stationierungen in Alaska und einer SLBM-Verlegung in die Nähe der USA sei die Rede. Was die Stationierung von SS-21 in der ČSSR und DDR angehe, sei diese Entwicklung schon seit langem im Gange.²²

Im übrigen werde die SU nach der Stationierung jede ihrer Verhaltensweisen damit begründen, daß sie eine Reaktion auf die westlichen Stationierungen darstelle.

BM bemerkt, die Androhung von Stationierungen in der DDR und der ČSSR sei Teil des Nervenkrieges. Wir ließen uns aber keine Angst machen. Angst sei ein schlechter Ratgeber.

BM erkundigt sich, wie sich die SU in den fünf Wochen bis zum 21. November in Genf verhalten werde.

²² Zur Modernisierung sowjetischer Nuklearsysteme kurzer Reichweite vgl. Dok. 44.

Nitze erwidert, die Delegation behaupte, sie habe nichts mehr anzubieten. Man wirft uns vor, wir verhandelten nicht seriös, weil wir einen Kompromiß in der Drittstaatenfrage verweigerten. Dieses Argument könne man aber umdrehen.

BM erklärt, er wolle einmal unterstellen, man sei hier im Politbüro und die SU entschlöße sich, sich nicht mehr in Genf zu bewegen. Dies heiße mit anderen Worten, der Westen werde stationieren. Worin liege der Vorteil für die SU?

Nitze erwidert, Kwizinskij werde sagen, genau das sei es, was die SU wolle. Der Westen werde seine Entscheidung bedauern. Es werde ungeheure politische Schwierigkeiten in Europa geben, dies sei langfristig für die SU ein Gewinn. Ob das Kwizinskijs ehrliche Meinung sei, wisse er allerdings nicht.

Er selbst werde sich weiter um eine Verhandlungslösung vor dem Ende des Jahres bemühen. Erweise sich das als unmöglich, sei er zum Weiterverhandeln bereit. Nach der Stationierung werde aber eine veränderte Situation vorliegen. Es werde das politische Problem für die SU wegfallen, da sie mit der Zustimmung zu einem Verhandlungsergebnis die Stationierungen absegnen.

D2A erkundigt sich, was in diesem Zusammenhang der Waldspaziergang²³ bedeute, da die SU darin die Stationierung akzeptiert habe.

Nitze berichtet, K. habe ihm kürzlich erklärt, gerade dieser Punkt, nämlich daß das Ergebnis des Waldspaziergangs Stationierungen gebilligt haben würde, habe den Ausschlag für die sowjetische Ablehnung gegeben. Offenbar habe K. eine Ermächtigung Gromykos gehabt, aufgrund deren er dem Waldspaziergangsmodell zugestimmt habe. Diese Ermächtigung habe jedoch ausdrücklich die Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme verlangt. K. habe deshalb mit seiner Zustimmung gegen die ihm gegebenen Instruktionen gehandelt, weil er offenbar gehofft habe, daß das Ergebnis doch gebilligt werde. Dies sei dann aber nicht geschehen. Wahrscheinlich habe die SU ihre Entscheidung über Gegenstationierungen zum gleichen Zeitpunkt getroffen, in dem die Ablehnung des Waldspaziergangs erfolgt sei. Alles deute auf eine entsprechende Entscheidung im Sommer letzten Jahres hin.

BM erkundigt sich, wie sich die USA im Falle einer positiven sowjetischen Entscheidung verhalten hätten.

Nitze erklärt, die amerikanische Regierung hätte im Falle einer sowjetischen Zustimmung wohl ebenfalls zugestimmt. Zu einer solchen Lage sei es jedoch nicht gekommen, weil klargeworden sei, daß die Sowjets nicht zustimmen würden.

BM fragt, wie es mit einer amerikanischen Entscheidung zu MBFR stehe.

Adelman erwidert, dies werde noch geprüft, zwei Treffen des NSC hätten das Thema behandelt.

D2A erkundigt sich nach den Chancen für unseren Vorschlag²⁴.

Adelman erwidert, weniger als 50:50.

D2A weist auf die Bedeutung eines neuen Schritts bei MBFR hin. Die Sowjets hätten eine Öffnung in der Frage der Verifikation geschaffen, die man nutzen müsse.

²³ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

²⁴ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine MBFR-Initiative vgl. Dok. 237 und Dok. 311.

Adelman erwidert, ihn selbst brauche man nicht zu überzeugen. In Washington bestehe jedoch nur geringe Neigung für einen westlichen Schritt. Auch die Briten seien dagegen.

BM unterstreicht, daß ein MBFR-Vorschlag nützlich sein könne. Er wolle noch auf einen anderen Aspekt der westlichen INF-Position zurückkommen: Jeder westliche Vorschlag liege in der Logik des Doppelbeschlusses. Der Westen habe nie etwas Wichtiges und Unverzichtbares von seiner früheren Position aufgegeben, jeder Schritt sei eine Konkretisierung der Grundposition gewesen. Dies sei von großer Bedeutung für die Glaubwürdigkeit des Westens. In einem kürzlichen Gespräch mit Weinberger habe er auf den Unterschied zwischen der INF-Haltung des Bündnisses und der Entwicklung der amerikanischen MX-Position hingewiesen.²⁵ Der entscheidende Punkt liege hier bei der Reduzierung der Zahl der MX. Anders als die neugewählte amerikanische Administration²⁶ habe die Bundesregierung beim Regierungswechsel am Nachrüstungsumfang von 572 festgehalten. Die Zahl der Nachrüstungssysteme als solche sei nicht entscheidend. Aber wenn man sich einmal für eine bestimmte Zahl entschieden habe, müsse man daran festhalten. Wenn man sie erhöhe, bedeute dies eine Verhärtung, senke man sie, stelle sich dies als Schwäche dar. Man dürfe der SU kein Signal der Schwäche geben. Er habe Weinberger gesagt, das Problem hinsichtlich der MX bestehe darin, daß die neue Administration nicht bereit gewesen sei, die Position ihrer Vorgängerin zu übernehmen.²⁷ Darin liege der wesentliche Unterschied zu der Haltung, die die Bundesregierung eingenommen habe.

Er wolle noch einmal auf die Frage zurückkommen, welchen Vorteil die SU sich davon erwarte, sich in Genf jetzt nicht mehr zu bewegen, d. h., den Beginn der Stationierung von PII in der Bundesrepublik ab 22.11.1983 herbeizuführen. Er werde den Verdacht nicht los, daß nach wie vor Illusionen in der SU über die Stationierungsbereitschaft der Bundesregierung bestünden. Er beabsichtige, im Gespräch mit Gromyko nochmals mit großem Ernst darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung zur Stationierung entschlossen sei. Gromyko dürfe keinen Funken Hoffnung haben, daß die Bundesregierung nicht stationieren werde. Die SU müsse alle ihre kommenden Entscheidungen in absoluter Klarheit darüber treffen, daß die Stationierungen in der Bundesrepublik erfolgen würden.

Nitze bemerkt, die Stationierungen seien in der Tat von entscheidender Bedeutung.

²⁵ Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 220, besonders Anm. 20.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 5. Oktober 1983: „Der Kongreß hat im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsermächtigungsgesetzes (Authorization Bill) für den Verteidigungshaushalt 1984 Mittel für die Beschaffung von bis [zu] 21 MX-Raketen bewilligt mit der Maßgabe, daß sie in existierenden Minuteman-Silos auf der Francis E. Warren Air Force Base in Wyoming [...] bis zum 31.12.1986 ([initial]Operational[C]apability) stationiert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4554; Referat 201, Bd. 125656.

²⁶ Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 setzte sich der Kandidat der Republikanischen Partei durch. Ronald W. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

²⁷ Gesandter Wallau, Washington, teilte am 7. Oktober 1983 mit, Bundesminister Genscher habe dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am 5. Oktober 1983 in Washington dargelegt, „daß es immer darauf ankäme, bei einer ersten Entscheidung zu bleiben. In Deutschland habe es auch eine Diskussion um die Zahl 572 gegeben. Weiche man von dieser Zahl ab, gelte das in sowjetischen Augen als Schwäche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4579; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Adelman bemerkt, er wolle nochmals auf die geänderte MX-Entscheidung zurückkommen. Es entspreche der amerikanischen Verfassungslage, daß jeder neue Präsident von seinem Vorgänger getroffene Entscheidungen überprüfen könne.

BM erwidert, für die Sowjets sei dies völlig unwichtig. Für sie sei nur von Bedeutung, welche Entscheidungen die neue Regierung treffe. Wenn die neue Bundesregierung eine Verminderung der Zahl 572 oder andere Änderungen im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß verlangt hätte, wäre die Allianz in große Schwierigkeiten gekommen. Im Verhältnis zu anderen Ländern dürfe es keine Diskontinuität von Regierungen geben. Er, *BM*, habe den Anstoß zum Regierungswechsel gegeben, und dies hätte er nie getan, wenn er nicht gewußt hätte, daß die neue Regierung zu den eingegangenen Verpflichtungen stehen würde, die alte jedoch nicht. Für ihn sei die vitale Frage gewesen, daß es in diesem Land eine Bundesregierung gebe, die eine Stationierung erforderlichenfalls durchsetzen könne. Wenn die Bundesregierung dies nicht könne, würde auch die NATO nur auf dem Papier stehen. *BM* weist darauf hin, daß die Bundesrepublik als eines der wenigen westeuropäischen Länder dem Wunsch Präsident Carters entsprochen und sich nicht an der Olympiade in Moskau beteiligt habe.²⁸ Er habe seinerzeit Carter erklärt, die Bundesregierung werde seinem Wunsch entsprechen, aber eine Nichtteilnahme werde die Sowjets nicht beeindrucken.²⁹ Beeindrucken werde die SU nur eine Haltung der USA, die ihren Preis fordere, wie z. B. die Einführung der Wehrpflicht.

BM bedankt sich abschließend bei Nitze und Adelman für ihren Besuch, der im Hinblick auf sein bevorstehendes Gespräch mit Gromyko sehr wichtig für ihn gewesen sei.

VS-Bd. 11356 (220)

²⁸ Zur Empfehlung der Bundesregierung, keine Sportlerinnen und Sportler zu den Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu entsenden, vgl. Dok. 98, Anm. 5.

²⁹ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter am 22. Januar 1980 in Washington; AAPD 1980, I, Dok. 21.

301

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**221-373.16-2277/83 VS-vertraulich****14. Oktober 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: KAE⁴;

hier: Stand der Vorbereitungen im Bündnis

Anlg.: 1) DE an Brüssel – 221-373.16/3-2279/83 geh. – Teil III⁵2) Coreu aus Athen Nr. 3919 und 3923 v. 7.10.83 VS-NfD⁶**I. Übersicht**

1) In der NATO sind gegenwärtig folgende Vorbereitungsarbeiten im Gange:

a) Der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene bereitet nach einer durch unser Strategiepapier⁷ ausgelösten lebhaften Diskussion ein gemeinsames Strategiepapier des Bündnisses für die erste KAE-Phase („General policy considerations for the CDE“) vor.⁸ Dieses Papier wird in einer Sitzung des NATO-Rats

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. Oktober 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 17. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M. E. muß man noch stärker unsere Vorstellungen gegenüber den USA zur Geltung bringen. Das beginnt bei den Themen für die Eröffnung, aber umfaßt auch die EPZ-Beteiligung. In der Sache voll einverstanden.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 17. Oktober 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Ruth an Referat 221 verfügte.

Hat Staatssekretär von Staden am 18. Oktober 1983 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an „D 2 A i[n] V[er]tretung!“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 30. Oktober 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron legte am 19. September 1983 dar: „Die bisherige Kurzbezeichnung ‚Konferenz für Abrüstung in Europa‘ statt Konferenz über VSBM und Abrüstung in Europa muß m. E. in der Öffentlichkeit bald zur kritischen Frage führen, warum denn in Stockholm nicht über Abrüstung verhandelt wird, wenn die westlichen Regierungen immer behaupten, daran interessiert zu sein.“ Sinnvoll sei daher, in der Öffentlichkeit eine andere Bezeichnung zu verwenden, „welche dem Ziel der ersten Phase mehr gerecht wird: Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE)“. Vgl. Referat 221, Bd. 128662.

Botschafter Ruth konstatierte am 27. November 1983, zwar habe die Bundesregierung bisher mit Blick auf eine einheitliche Sprachregelung in der NATO am Kürzel KAE festgehalten: „In der deutschen Presse hat sich – nicht zuletzt durch die Bemühungen von Herrn Staatsminister Mertes – die Bezeichnung ‚KVAE‘ weitgehend durchgesetzt. Ein Beharren auf KAE im amtlichen Sprachgebrauch könnte in der Öffentlichkeit Verwirrung auslösen.“ Da auch auf internationaler Ebene die korrekte Konferenzbezeichnung diskutiert werde, werde sich die Bundesregierung „in der bevorstehenden Bündnisdiskussion für ‚KVAE‘ einsetzen“. Vgl. Referat 221, Bd. 128662.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik übermittelte am 14. Oktober 1983 Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen, die die Ständige Vertretung bei der NATO in die Beratungen einführen sollte. Vgl. dazu VS-Bd. 11522 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Das Auswärtige Amt übermittelte den EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ den bei der Sitzung der KSZE-Arbeitsgruppe am 28. September 1983 angekündigten Entwurf für ein Abschlußdokument des am 25. Oktober 1983 in Helsinki beginnenden KVAE-Vorbereitungstreffens. Vgl. dazu VS-Bd. 11522 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zum Strategiepapier für die KVAE und zur Einführung in die NATO vgl. Dok. 247, Anm. 21.

⁸ Das Internationale Sekretariat der NATO legte am 20. September 1983 das Papier ISD/330 „General policy considerations for the CDE“ vor, zu dem einige NATO-Mitgliedstaaten in der Sitzung des

am 19. Oktober unter Beteiligung der für Stockholm⁹ vorgesehenen Delegationsleiter abschließend behandelt werden. Die letzte Fassung des Papiers wird nach Eingang nachgereicht.¹⁰

b) Der Politische Ausschuß (POLADS) befaßt sich vorwiegend mit organisatorischen und prozeduralen Fragen der Vorbereitung auf Helsinki¹¹ und Stockholm, insbesondere Tagesordnung und Zeitrahmen der Verhandlungen.

c) In der VSBM-Arbeitsgruppe des Politischen Ausschusses wird auf der Grundlage des westlichen Verhandlungspakets von 1980¹², ergänzt und ausgefüllt durch amerikanische Substanzvorschläge, ein Paketvorschlag des Bündnisses für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) der ersten Konferenzphase erarbeitet.

2) Im Rahmen der EPZ befaßt sich die KSZE-Arbeitsgruppe gleichfalls mit prozeduralen und organisatorischen Fragen der Konferenzvorbereitung.

3) Bilaterale Konsultationen wurden bisher geführt mit den USA¹³, Frankreich¹⁴, Großbritannien, Niederlanden¹⁵, Belgien¹⁶, Schweden¹⁷ und Finnland¹⁸.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1497

Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC) der NATO am 27. September 1983 Änderungsvorschläge einbrachten. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 28. September 1983 mit: „Insgesamt wurde der Entwurf auch von uns als eine positive und gute Grundlage für das angestrebte Ziel, der Ausarbeitung eines NATO-Strategiepapiers, gewertet. Allerdings wurde eine Straffung des Papiers für nützlich gehalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1744; VS-Bd. 13370 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 7. Oktober 1983, in der Sitzung des Politischen Ausschusses am Vortag sei das inzwischen vom Internationalen Sekretariat überarbeitete Strategiepapier geprüft worden: „Die Reaktion der anderen Delegationen war im allgemeinen durchweg positiv. Die für die Allianz wichtigen politischen Grundfragen der KAE seien in nüchterner und angemessener Weise zum Ausdruck gebracht worden. Es bestand eine Abneigung, in das Papier weitergehende Überlegungen aufzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1815; VS-Bd. 13370 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet.

¹⁰ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 25. Oktober 1983 das Strategiepapier der NATO „General policy considerations for the CDE“, C-M(83)56(revised). Dazu teilte er mit: „Strategiepapier ist durch Ablauf des silent procedure, ohne daß eine Delegation Einspruch eingelegt hat, nunmehr verabschiedet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1945/1946; VS-Bd. 13370 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ In Helsinki fand vom 25. Oktober bis 11. November 1983 das KVAE-Vorbereitungstreffen statt. Vgl. dazu Dok. 345.

¹² Zum Paket vertrauensbildender Maßnahmen vom 8. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 211, Anm. 3.

¹³ Am 30. September 1983 fanden in Washington deutsch-amerikanische KVAE-Konsultationen statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 3. Oktober 1983, im Vordergrund hätten technische und inhaltliche Fragen für das KVAE-Vorbereitungstreffen vom 25. Oktober bis 11. November 1983 in Helsinki gestanden. Vgl. Referat 221, Bd. 124580.

¹⁴ Deutsch-französische KVAE-Konsultationen fanden am 15. September 1983 in Bonn und am 6. Oktober 1983 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referat 221 vom 20. September 1983; Referat 221, Bd. 128667.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik führte am 17. August 1983 KVAE-Konsultationen mit den Niederlanden.

¹⁶ Am 21. September 1983 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik KVAE-Konsultationen in Brüssel.

¹⁷ KVAE-Konsultationen mit Schweden fanden am 23. September 1983 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Joetze vom 26. September 1983; Referat 221, Bd. 128669.

¹⁸ KVAE-Konsultationen mit dem finnischen Außenministerium fanden am 5. Oktober 1983 in Bonn statt. Vgl. dazu den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Neubert vom 6. Oktober 1983 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; Referat 220, Bd. 124580.

Weitere KAE-Konsultationen sind u. a. mit Polen¹⁹ und Rumänien²⁰ vorgesehen.

4) Zum Stand unserer internen Vorbereitungen erfolgt gesonderte Vorlage.

II. Aufgaben und Problembereiche

1) In den Bündnisberatungen ist der politische Stellenwert der KAE und insbesondere der ersten Konferenzphase innerhalb des westlichen Gesamtkonzepts das Hauptproblem. Während vor allem wir und Frankreich die Perspektive der Ausweitung des Rüstungskontrolldialogs auf ganz Europa offenhalten wollen, geht die amerikanische Tendenz mehr in Richtung auf eine zeitlich und inhaltlich begrenzte „VSBM-Konferenz“. Dahinter steht die Befürchtung, die Sowjetunion könnte die Konferenz als Propagandaforum zur Schwächung des Bündniszusammenhalts nutzen, aber auch die Sorge vor der Verdrängung der Menschenrechtsproblematik aus dem KSZE-Prozeß.

2) Wir haben demgegenüber deutlich gemacht, daß auch wir die Risiken sehen, sie aber für steuerbar halten. Wir traten dafür ein, die politische Debatte nicht zu scheuen, sondern sie im Vertrauen auf die Überlegenheit der westlichen Argumente offensiv für die Erläuterung unseres Konzepts für Sicherheit und Abrüstung zu nutzen. Vor diesem Hintergrund hielten wir es für erforderlich, die westlichen VSBM-Vorschläge für Stockholm nicht nur als Wert in sich zu sehen und zu präsentieren, sondern als Einstieg in ein Gesamtkonzept der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa.

3) Mit unserem Strategiepapier haben wir eine grundsätzliche Debatte ausgelöst, die zur Förderung des Problembewußtseins und zur Annäherung der Standpunkte erheblich beigetragen hat. Die Diskussion über das im SPC erarbeitete gemeinsame Strategiepapier der NATO zeigt allerdings, daß zur Perspektive der KAE über die erste Konferenzphase hinaus gegenwärtig Konsens nicht erreichbar ist. Die USA, teilweise unterstützt von den Briten, lehnen jede Erwähnung weitergehender Zielsetzungen ab.

Hier sollten wir auf einer Festlegung im Bündnis nicht bestehen. Worauf es jetzt ankommt, ist die Erarbeitung einer geschlossenen Bündnisposition für die erste Konferenzphase. Zur Einordnung dieser Phase in ein Gesamtkonzept der Rüstungskontrolle im europäisch-konventionellen Bereich, das auch mögliche Verhandlungen in einer späteren KAE-Phase über Begrenzung und Verminderung offensiver Waffen wie auch MBFR umfaßt, haben wir unsere Vorstellungen im Strategiepapier dokumentiert. Auch wir wollen, schon im Interesse der Steuerbarkeit des Verhandlungsprozesses, weitere Konferenzphasen nicht präjudizie-

¹⁹ Botschafter Ruth führte am 24. November 1983 in Warschau Abrüstungskonsultationen mit der polnischen Regierung. Vgl. dazu Dok. 346, Anm. 21.

²⁰ Botschafter Ruth führte am 1./2. Dezember 1983 rüstungskontrollpolitische Gespräche in Bukarest. Von dort teilte er am 2. Dezember 1983 mit: „Beherrschendes Thema war die KVAE, wobei sich in der Einschätzung der Verhandlungsziele und in konkreten Fragen der Vorbereitung auf Stockholm viele Übereinstimmungen ergaben. Wie wir sehen die Rumänen im Zusammentreten der KAE in der gegenwärtigen Gesamtkonstellation eine wichtige politische Chance, an deren Nutzung sie sich aktiv beteiligen wollen. Die Rumänen möchten dabei vermeiden, daß sich die Konferenzstrukturen in Richtung auf Verhandlungen in drei Blöcken (NATO, WP, N+N) verfestigen. Bei allem Verständnis für die von uns erklärte Notwendigkeit der allianzinternen Abstimmung in Fragen der gemeinsamen Sicherheit baten sie eindringlich, dieses für sie äußerst wichtige Anliegen zu berücksichtigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 833; Referat 221, Bd. 128668.

ren, sondern vor allem vom Ergebnis der ersten Phase abhängig machen. Deshalb können wir unsere Zustimmung geben, wenn, wie im gegenwärtigen Entwurf des NATO-Strategiepapiers vorgesehen, zur weiteren Entwicklung nach Abschluß der ersten Konferenzphase entsprechend dem Wortlaut des Mandats festgestellt wird:

„A future CSCE follow-up meeting will consider ways and appropriate means for the participating States to continue their efforts for security and disarmament in Europe including the question of supplementing the present mandate for the next stage of the Conference.“

4) Dagegen müssen wir der bisherigen amerikanischen Tendenz entgegentreten, die westlichen Zielsetzungen auch für die erste Konferenzphase auf die Durchsetzung der bereits im westlichen Verhandlungspaket von 1980 enthaltenen Maßnahmenkategorien – Informationsaustausch, Vorankündigung militärischer Aktivitäten, Beobachtung und Verifikation – einzugrenzen. Wir halten dieses Paket für wichtig und gewichtig und sehen darin eine ausgezeichnete Eröffnungsposition des Bündnisses, nicht jedoch notwendigerweise die endgültige Verhandlungsposition für die erste Phase der KAE. Das Paket muß für weitere Entwicklungen im Verlauf der Konferenz offenbleiben, um notwendige Flexibilität bei sich verändernden politischen und militärischen Bedingungen zu gewährleisten, vor allem aber auch, um die Attraktivität der westlichen Verhandlungsposition gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den Neutralen zu verbessern.

Um eine Einigung mit den Amerikanern zu erleichtern, werden wir noch vor der für den 19. Oktober vorgesehenen Sitzung des NATO-Rats über unsere Botschaft in Washington mit Botschafter Goodby Kontakt aufnehmen und für beide Seiten akzeptable Formeln vorschlagen.²¹

5) Zur Illustration unserer Vorstellungen für die Erweiterung und Anreicherung des westlichen Vorschlagspakets haben wir in der VSBM-Arbeitsgruppe folgende Maßnahmen angeregt:

- a) Vorankündigung von Luftwaffenaktivitäten oberhalb einer Schwelle, die militärischen Erfordernissen entspricht.
- b) Absprachen, die eine von den Kampfverbänden getrennte Lagerung bestimmter Munitionsvorräte vorsehen, verbunden mit der Auflage, die Entnahme zur Versorgung der Verbände (vorher oder gleichzeitig) bekanntzugeben.²²
- c) Analoge Absprachen für die Lagerung von Brückenbaugerät.²³
- d) Verbot der Mitführung von Gefechtsmunition bei Übungen.²⁴
- e) Vorankündigung größerer Rüstungsprojekte.

²¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik bat am 14. Oktober 1983 die Botschaft in Washington, dem Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation, Goodby, vor dessen Abreise am 18. Oktober 1983 darzulegen, daß auch die Bundesregierung kein Interesse an einer Festlegung über die erste KVAE-Phase hinaus habe: „Deshalb könnten wir z. B. akzeptieren, die Aussagen in dem im SPC zur Zeit erarbeiteten Strategiepapier auf die erste Phase zu beschränken und zur weiteren Perspektive lediglich – wie vorgesehen – das KAE-Mandat zu zitieren.“ Allerdings müsse das westliche VBM-Paket von 1980 gegebenenfalls flexibel erweitert werden, nicht zuletzt „um die Attraktivität der westlichen Verhandlungsposition gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den Neutralen zu verbessern“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6666; VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

²² Zu diesem Punkt wurde handschriftlich vermerkt: „Entfällt.“

²³ Zu diesem Punkt wurde handschriftlich vermerkt: „Wenig relevant.“

²⁴ Zu diesem Punkt wurde handschriftlich vermerkt: „Entfällt.“

f) Veranstaltung von „Seminars on Strategy“, für deren Einladungs- und Teilnahmemodalitäten verbindliche Absprachen getroffen werden könnten.

g) Desgleichen für den Austausch von militärischen Verbänden und Einheiten zwischen den Mitgliedstaaten.

Der entsprechende Teil einer Weisung an die NATO-Vertretung ist als Anlage 1 beigelegt.²⁵

6) Heikler Punkt in den Gesprächen mit den Amerikanern ist weiterhin die Rolle der EPZ bei der Vorbereitung und Durchführung der KAE. In Washington wird befürchtet, EPZ-Absprachen in diesem Bereich könnten die Meinungsbildung im Bündnis vorwegnehmen und erschweren.²⁶ Wir haben demgegenüber bereits in unserem Strategiepapier klargestellt, daß Fragen der Sicherheit als Verhandlungsgegenstand einer KAE die gemeinsamen Interessen des Atlantischen Verteidigungsbündnisses in besonderem Maße berühren. Je relevanter die behandelten Fragen in militärischer Hinsicht, um so enger die Zusammenarbeit der Bündnispartner. Andererseits haben wir jedoch festgestellt, daß die Abstimmung im EPZ-Rahmen, die für die Entwicklung des westlichen KAE-Konzepts wichtig war, wegen der politischen Bedeutung der Vertrauensbildung in Europa und wegen der Einbindung der KAE in den KSZE-Rahmen auch bei der Vorbereitung der KAE eine angemessene Rolle erhalten muß. Die bisherige parallele Arbeit in der NATO und in der EPZ im prozeduralen und organisatorischen Bereich hat sich für uns als nützlich erwiesen und die Zusammenarbeit im Bündnis keineswegs behindert.

7) Um die Vorbereitungen für Helsinki und Stockholm in diesem Bereich voranzubringen, haben wir sowohl in der NATO wie auch in der EPZ den Entwurf für Beschlüsse des Vorbereitungstreffens in Helsinki zirkuliert, der die Grundlage für die westliche Verhandlungsführung in Helsinki ergeben könnte. Darin haben wir vor allem Tagesordnung, organisatorischen Rahmen, Zeitplan und andere Modalitäten der Konferenz behandelt (s. Anlage 2²⁷).

Unter den prozeduralen Fragen ist vor allem der zeitliche Rahmen der Verhandlungen von politischer Relevanz. Während wir, unterstützt von den meisten europäischen Partnern, drei Verhandlungsrunden mit insgesamt mindestens 30 Wochen Dauer jährlich für erforderlich halten, erachteten die USA, in dieser Frage merkwürdigerweise mit Unterstützung Frankreichs, zunächst 16 bis 20 Wochen für ausreichend. Die Kompromißvorstellungen bewegen sich auf 27/28 Wochen zu.

²⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5.

²⁶ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 11. Oktober 1983: „In der Ratssitzung im kleinsten Kreise am 11. Oktober 1983 (private luncheon) richtete der amerikanische Ständige Vertreter einen ersten Appell an die Mitgliedstaaten, die Konsultationen für die Vorbereitung der KAE schwerpunktmäßig und mit Vorrang im Bündnis vorzunehmen. Es würde dem Bündnis schaden, wenn die Bündniskonsultationen durch Beratungen in EPZ präjudiziert würden.“ Zusammen mit Vertretern der anderen EG-Mitgliedstaaten habe er, Wieck, widersprochen und daran erinnert, „daß es die Bundesregierung gewesen sei, die sehr früh das Thema der Vorbereitung der KAE innerhalb der Allianz zur Sprache gebracht habe [...]. Diejenigen, die heute ihre Besorgnis zum Ausdruck brächten, hätten seinerzeit auf unsere Initiativen leider nur sehr zögerlich reagiert. Wir betrachten die EPZ-Beratungen als durchaus vereinbar mit den Bündniskonsultationen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1839; VS-Bd. 13370 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6.

8) Hervorzuheben ist die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen uns und den Franzosen in allen Fragen der Vorbereitung der KAE. Die Franzosen haben unser Strategiepapier mit besonderer Genugtuung aufgenommen und stimmen mit uns in allen politischen und in den meisten operativen Fragen (vom Zeitplan der Verhandlungen abgesehen) voll überein. In bilateralen Konsultationen in Bonn und in Paris sowie am Rande der EPZ-Tagungen ist es gelungen, wichtige Vorklärunen zu treffen, die für die Steuerung der Beratungen im Bündnis und in der EPZ nützlich waren.

Ruth

VS-Bd. 11522 (221)

302

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort

311-322.00 IRK-833/83 VS-vertraulich

14. Oktober 1983¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: Staatssekretärbesprechung im Bundeskanzleramt³ am Montag, dem 17. Oktober 1983, über die iranische Drohung, die Straße von Hormuz für den Schiffsverkehr zu sperren⁴

Bezug: FS 2630 VS-v vom BMI vom 13.10.1983⁵

Anlg.: 3⁶

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Montfort und Vortragendem Legationsrat von Hoessle konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Frick vom 17. Oktober 1983 vorgelegen. Frick verfügte die Weiterleitung an Ministerialdirektor Gorenflos.

Hat Gorenflos vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Hoessle am 26. Oktober erneut vorgelegen.

³ Die Wörter „Staatssekretärbesprechung im Bundeskanzleramt“ wurden von Vortragendem Legationsrat von Hoessle hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vermerk Seite 3.“ Vgl. Anm. 11.

⁴ Staatssekretär Lautenschlager vermerkte am 13. Oktober 1983, Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, habe ihn am Vorabend telefonisch über einen Hinweis des Bundesamts für Verfassungsschutz unterrichtet, „daß der Iran beabsichtige, die Straße von Hormuz am 23. Oktober zu sperren“. Er, Lautenschlager, habe sich am 13. Oktober 1983 bei Fröhlich telefonisch erkundigt, ob dieser Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, und das Bundesministerium für Wirtschaft unterrichtet habe und ob vom Auswärtigen Amt, wo das Ministerbüro unterrichtet sei, Weiteres zu veranlassen sei. Fröhlich habe später mitgeteilt, „daß die Kölner Dienste uns ihre Meldung schriftlich durchgeben würden. Ebenfalls würden ChBK, BMWi und BMV unterrichtet werden. Auf meine Anregung sagte Herr Fröhlich zu, daß auch das BMVg und der BND (letzterer auch mit der Möglichkeit, die Partnerdienste zu unterrichten) angeschrieben würden.“ Vgl. VS-Bd. 13574 (311); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Für das Fernschreiben des Staatssekretärs Fröhlich, Bundesministerium des Innern, vgl. VS-Bd. 13574 (311).

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5, 7 und 9.

1) In den letzten Wochen sind verschiedene Äußerungen iranischer Politiker zur Frage des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormuz veröffentlicht worden. Ausgelöst wurden diese Erklärungen durch Meldungen über Lieferungen von französischen Super-Étendard-Flugzeugen mit Exocet-Raketen an den Kriegsgegner Irak.⁷ Damit ist das Thema Hormuz erneut aktuell geworden, das monatelang kaum noch Aufmerksamkeit gefunden hatte.

2) Angesichts der herausragenden Bedeutung der Meerenge von Hormuz für die westliche Ölversorgung und damit für unsere Sicherheit muß jedem Hinweis über mögliche Behinderung oder gar Sperrung mit größter Sorgfalt nachgegangen werden. Wir sind dabei, das zu tun.

3) Wir haben uns sofort nach dem Kenntnisstand unserer Verbündeten und unserer eigenen Dienststellen erkundigt. Ergebnis: Weder den Amerikanern noch den Briten oder Franzosen liegen konkrete Hinweise auf eine geplante iranische Aktion vor. Der Stichtag 23. Oktober 1983, auch nach dem islamischen Kalender ein völlig nichtssagendes Datum, wird nirgendwo erwähnt. Auch dem BND ist nichts bekannt, was über die allgemeine Bedrohungssituation hinausgeht. Seine Erkenntnisse stimmen mit der Berichterstattung unserer Botschaft überein: Iran will die Meerenge nur für den Fall sperren, daß der eigene Erdöllexport durch irakische Angriffe ernsthaft getroffen wird.

4) Die Botschaft Teheran ist um erneute Berichterstattung gebeten worden.⁸ Aus technischen Gründen wird ein Citissime-Bericht erst am 15. Oktober morgens durchgegeben.⁹ Die Botschaft hat uns telefonisch bestätigt, daß sich die iranische Seite jetzt eher bemüht, die allgemeine Aufregung zu dämpfen. Die Botschaft hält den Tenor ihrer bisherigen Berichterstattung voll aufrecht.

Im einzelnen: Teheran hat bisher zwar scharf, aber doch nuanciert reagiert.¹⁰ Parlamentspräsident Rafsandjani hat als Sprecher des Obersten Iranischen Ver-

⁷ Ministerialdirigent Montfort notierte am 11. Oktober 1983, laut Informationen des französischen Außenministeriums habe „Frankreich die fünf mit Exocet-Raketen ausgerüsteten Super-Étendard-Flugzeuge am Wochenende an Irak ausgeliefert“ und sich „über die Warnungen einiger westlicher Länder (insbesondere die USA hatten in Paris interveniert), daß eine Lieferung für die Sicherheit der Schifffahrt im Golf unabsehbare Folgen haben könnte“, hinweggesetzt. Irak habe damit „eine Waffe, die es ihm besser als seine anderen Fluggeräte erlaubt, der iranischen Schifffahrt empfindliche Schläge zu versetzen“. Vgl. VS-Bd. 13574 (311); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Vortragender Legationsrat von Hoessle bat am 14. Oktober 1983 die Botschaft in Teheran um Stellungnahme zu einer vertraulichen „Information aus angeblich sicherer Quelle“, der zufolge die „iranische Regierung Pläne ausgearbeitet habe, wonach Straße von Hormuz mit Wirkung vom 23. Oktober zum Kriegsgebiet erklärt und für den gesamten Schiffsverkehr gesperrt werden solle“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 338; VS-Bd. 13574 (311); B 150, Aktenkopien 1983.

⁹ Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran, teilte am 15. Oktober 1983 mit, die Botschaft glaube, „daß Iran Eskalation von sich aus nicht anstrebt. Sie ist gegenüber der Mitteilung des DE über konkrete Sperremaßnahmen daher skeptisch. Sollte Iran sich in ausweglose Position gedrängt sehen (z. B. Sperrung der Ölexporte), dürften weiterreichende eskalierende Gegenmaßnahmen allerdings wahrscheinlich sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1034; VS-Bd. 13574 (311); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran, berichtete am 13. Oktober 1983, die iranische Führung sei über die französischen Flugzeuglieferungen für den Kriegsgegner überrascht: „Diese Vorgänge können die Iraner, die die Verbreitung ihrer islamisch-schiitischen Identität als oberstes Ziel sehen, nur in dem Glauben an die internationale Verschwörung gegen ihre Revolution bestärken. Die ständige rituelle Wiederholung des Vorwurfes, die Supermächte und mit ihnen zusammen die europäischen Mächte hätten sich gegen Iran verschworen, deutet auf eine echte Befürchtung hin. Das wie immer motivierte Eingreifen einer europäischen Macht in die ja in erster Linie religiös verstandene Auseinandersetzung zwischen dem fundamentalistischen Iran und dem weltlichen Irak kann die iranische Führung nur in ihrer Annahme verstärken, daß es sich hier um eine besonders schlimme Form

teidigungsrats am 11. Oktober wörtlich erklärt: „Es ist unsere Politik, die Sicherheit im Persischen Golf so lange zu gewährleisten, wie wir unsere Ölexporte durch den Golf normal abwickeln können. Wenn wir keine Möglichkeit mehr haben, unser Öl zu verkaufen, dann werden wir ohne Wenn und Aber die Straße von Hormuz schließen.“ Vorausgegangen waren freilich weitergehende Äußerungen anderer iranischer Politiker (z. B. Außenminister Velayati), nach denen die Straße von Hormuz schon bei der Auslieferung der französischen Flugzeuge gesperrt werden könnte, oder die Drohung des Staatspräsidenten Khamenei, die Meerenge für den Schiffstransport von Waffen zu sperren, die für Irak bestimmt sind. Nach Meinung der Botschaft hat Rafsandjani den iranischen Standpunkt in seiner oben zitierten Verlautbarung vom 11. Oktober klärend zusammengefaßt.

5) Wir teilen die Wertung der Botschaft Teheran. Es entspricht nicht dem iranischen Interesse, ohne zwingenden Grund den Schiffsverkehr durch Hormuz zu sperren. Der gesamte iranische Erdölexport und ein Großteil des Imports von Versorgungsgütern gehen durch die Meerenge. Allenfalls Irak könnte ein Interesse daran haben, ein Eingreifen der Amerikaner gegen den Kriegsgegner Iran auszulösen.

Unbestätigte Meldungen, wie die hier vorliegende, können Teil des Nervenkrieges zwischen den Kriegsführenden sein. Es ist nicht auszuschließen, daß sie absichtlich ausgestreut werden, um bestimmte Reaktionen hervorzurufen, etwa ein Einwirken des Westens und der arabischen Nachbarn auf Irak mit dem Ziel, die neuerworbenen Flugzeuge nicht gegen die Handelsschifffahrt einzusetzen.

Wir müssen aufpassen, daß keine Eskalation von außen in den Konflikt hineingetragen wird. Tiefgreifende Störungen auf dem Weltölmarkt könnten die Folge sein mit einem Hochschnellen der Preise. Wir sollten daher darauf achten, die vorliegende Meldung so diskret und vorsichtig wie möglich weiterzuverfolgen.¹¹

Montfort

VS-Bd. 13574 (311)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1503

von Spätkolonialismus und Unterdrückung des Islam handele.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1026; VS-Bd. 13574 (311); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Vortragender Legationsrat von Hoessle vermerkte am 26. Oktober 1983 handschriftlich: „Besprechung führte zu übereinstimmender Auffassung, daß für die von der Quelle stammende Information über eine akute Gefährdung keine weiteren Anhaltspunkte gegeben sind. Auf Empfehlung BM Verkehr und BMWi soll von Vorwarnung an deutsche Reedereien abgesehen werden. Weitere Entwicklung ist abzuwarten.“ Vgl. Anm. 3.

303

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien

220-371.76 INF-2282/83 VS-vertraulich

15. Oktober 1983¹

Gespräch Bundesminister – Außenminister Gromyko 15.00 Uhr bis 17.30 Uhr²

Der *Bundesminister* legte in seiner Eingangserklärung dar: Wir seien sehr befriedigt, daß wir hier in Wien das Gespräch führen könnten, das eigentlich in New York hätte stattfinden sollen.³ Der sehr offene und vertrauensvolle Dialog zwischen der Bundesregierung und der sowjetischen Führung sei ein fester und guter Bestandteil der deutsch-sowjetischen Beziehungen geworden. Dies habe sich gerade auch in Moskau bei dem Besuch von Bundeskanzler und Bundesminister im Juli⁴ gezeigt. Für uns hätten die Beziehungen zur Sowjetunion einen hohen Rang. Sie seien reich an Substanz, vielleicht am meisten von allen Beziehungen der Sowjetunion mit westlichen Staaten.

Dafür gebe es viele Gründe: Die Geschichte, und zwar die Erfahrungen aus den dunklen Kapiteln der jüngeren Zeit wie auch die sehr viel weiter zurückreichenden Erfahrungen, aber auch Gründe, die in den vielfältigen Möglichkeiten lägen, welche sich aus den ergänzenden Eigenschaften unserer beiden Volkswirtschaften ergeben.

Die Kontakte im politischen Bereich, aber auch zwischen den Gewerkschaften, der Jugend und anderen hätten sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Der Touristenverkehr sei angewachsen.

Sorge bereite uns dagegen der weitere Rückgang der Ausreise Deutschstämmiger aus der Sowjetunion.⁵

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickle sich gut; dies sei ein wichtiges Element der Beziehungen.

Die Entwicklung bestätige immer mehr die Richtigkeit der langfristigen Perspektive unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission in Moskau im November⁶ werde eine wichtige Begeg-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde in zwei Teilen gefertigt. Vgl. Anm. 24.

Am 18. Oktober 1983 leitete Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron sie zusammen mit drei weiteren Aufzeichnungen über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien an das Ministerbüro „mit der Bitte um Billigung“. Für die übrigen Aufzeichnungen vgl. Dok. 304 und Dok. 305.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundesministers Genscher hielt sich am 15./16. Oktober 1983 in Wien auf. Vgl. dazu auch Dok. 304–306 sowie Dok. 310. Vgl. ferner GENSCHER, Erinnerungen, S. 431–433.

³ Zum Zustandekommen der Gespräche in Wien vgl. Dok. 276.

⁴ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁵ Zur Entwicklung der Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 19.

⁶ Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 16. November 1983: „Vom 11. bis 16.11.1983 fand in Moskau die 12. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission unter Leitung des st[ell]v[ertretenden] sowjetischen Ministerpräsidenten Kostandow und von Bundesminister Graf Lambsdorff

nung sein. Wie wir bei dem Besuch im Juli in Moskau erwähnt hätten, seien wir interessiert, die Kooperation auszuweiten durch Einbeziehung der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit und der bilateralen Zusammenarbeit über Umweltfragen. Im Verkehrsbereich wäre es nützlich, wenn wir in den Fragen der Binnenschifffahrt weiterkämen.

Gerade die letzten Jahre bewiesen, daß wir ein verlässlicher, berechenbarer Partner der wirtschaftlichen Zusammenarbeit seien. Wie wir bei dem Besuch in Moskau schon betont hätten, seien wir bereit, wirtschaftlich alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wobei wir gute Perspektiven sähen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit habe, wie wir schon beim Abschluß des Langfristigen Kooperationsabkommens⁷ betont hätten, eine wichtige politische Bedeutung. Sie sei ein stabilisierender Faktor des West-Ost-Verhältnisses. Wir blieben bei dieser Einschätzung. Es sei wichtig, die gemeinsamen Interessen zu sehen und zu pflegen.

Das gelte genauso für die politische Zusammenarbeit auf der Grundlage der geschlossenen Verträge. Sie sei langfristig angelegt und nicht konjunkturabhängig.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien nicht nur für beide Länder, sondern für das West-Ost-Verhältnis insgesamt von Bedeutung. Das veranlasse uns, die Beziehung mit der Sowjetunion mit großer Behutsamkeit und Ernsthaftigkeit zu pflegen, im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung für das eigene Volk, aber auch für die Lage in Europa.

Wir kämen jetzt in einer schwierigen internationalen Lage zusammen. Wir führten die Gespräche im Bewußtsein unserer geschichtlichen Verantwortung als Land im Herzen Europas, im Bewußtsein, daß wir durch Mitarbeit am Aufbau der Europäischen Gemeinschaft und unseren Beitritt zum westlichen Bündnis einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in der Welt und in Europa geleistet hätten. Auch in dem Bewußtsein, daß unsere Vertragspolitik mit der Sowjetunion⁸, anderen osteuropäischen Staaten⁹ und der DDR¹⁰ ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Lage, zur Zusammenarbeit und Entspannung geworden sei, um die wir uns auch multilateral, im Rahmen des KSZE-Prozesses bemühten. Schließlich auch in dem Bewußtsein, daß wir ein Land seien, das vertraglich

Fortsetzung Fußnote von Seite 1505

statt. Zentrales Thema war die Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in einer politisch kritischen Phase unserer Beziehungen zur Sowjetunion. Tagung verlief sachlich und ohne jede Schärfe. Offenbar würden „politische Spannungen aus Genfer Verhandlungen nicht negativ auf deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen durchschlagen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5159; Referat 213, Bd. 133248.

⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

⁸ Vgl. dazu den Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

⁹ Vgl. dazu den Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Vgl. dazu ferner den Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

¹⁰ Vgl. dazu den Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und die begleitenden Dokumente; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

auf Nuklearwaffen verzichtet habe¹¹ und deshalb einen Anspruch habe, nicht durch solche Waffen bedroht zu werden.

In unseren Beziehungen habe es Fortschritte gegeben, auch Rückschläge und Probleme. Wir könnten jedoch heute sagen, daß in vielen Bereichen das West-Ost-Verhältnis in einem schlechteren Zustand sei als die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Wir hätten gerade in der letzten Zeit einen großen Beitrag zur Stabilisierung geleistet durch unseren Einsatz in Madrid, unsere Bemühungen gegenüber der DDR und anderen Staaten des Warschauer Pakts und nicht zuletzt auch gegenüber der Sowjetunion.

Madrid habe gezeigt, daß es selbst in schwieriger internationaler Lage und trotz erheblicher Belastungen möglich sei, zu positiven Ergebnissen¹² zu kommen, wenn alle dies wollten. Diese Lehre müßte jetzt auf alle anderen Bereiche angewandt werden.

Der KAE komme große Bedeutung zu, die in der Weltöffentlichkeit vielleicht noch nicht überall voll erkannt werde. Vielleicht sei es sinnvoll, wenn Botschafter Ruth mit seinem sowjetischen Kollegen bald Konsultationen in Vorbereitung der KAE bezüglich der Erwartungen und Ziele, die man mit dieser Konferenz verbinde, aufnehme.¹³ Wir stünden positiv zur Erwägung der schwedischen Gastgeberregierung, die Abrüstungskonferenz in Stockholm auf Ministerebene beginnen zu lassen.¹⁴ Dies könnte ein bedeutsames positives Signal sein.

Gerade in Wien müßte man feststellen, daß die Bedeutung von MBFR nicht gemindert werde durch das, was wir von Stockholm erwarteten.

Es gebe noch viele andere Bereiche der Zusammenarbeit, auch multilateral. Der Bundeskanzler habe in Moskau gegenüber Andropow das Thema des Umweltschutzes stark in den Mittelpunkt gestellt. Hier planten wir nächstes Jahr eine internationale Konferenz in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen.¹⁵ Wir seien sehr an sowjetischer Mitarbeit interessiert.

In dem Wunsch, die ganze Breite der Kooperationsmöglichkeiten zwischen unseren Ländern wahrzunehmen, könne man auch an die Möglichkeit von Gesprächen der beiden Planungsstäbe denken, die unabhängig von den aktuellen Themen die längerfristigen Fragen erörtern könnten.¹⁶

¹¹ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf Erwerb, Produktion und Besitz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

¹² Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik bat am 15. November 1983 die Botschaft in Moskau, den Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation, Grinewskij, zu deutsch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen am 6. Dezember 1983 nach Bonn einzuladen. Vgl. dazu den Drahterlaß; Referat 221, Bd. 128664. Gesandter Huber, Moskau, teilte am 28. November 1983 mit, das sowjetische Außenministerium habe ihn am selben Tag ohne Angabe von Gründen über die Absage der KVAE-Konsultationen informiert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 5353; Referat 221, Bd. 128664.

¹⁴ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet. Zum Stand der Vorbereitungen vgl. Dok. 301.

¹⁵ Vom 24. bis 27. Juni 1984 fand in München eine multilaterale Umweltkonferenz statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Juli 1984; AAPD 1984.

¹⁶ Zu der Vereinbarung von Gesprächen der Planungsstäbe der Außenministerien der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 306, Anm. 15.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen und das heutige Gespräch könnten nicht den amerikanisch-sowjetischen Dialog ersetzen, der große Bedeutung für die internationale Lage habe. Wir seien Freunde und Verbündete der USA. Wir wollten mit der Sowjetunion Ausgleich, Zusammenarbeit und Entspannung. Das Verhältnis zwischen Sowjetunion und USA beeinflusse auch unsere Interessen. Wir hätten ein großes Interesse an einer positiven Entwicklung dieses Verhältnisses.

Wir seien uns mit den Vereinigten Staaten und allen anderen Verbündeten einig, alles zu tun, um eine internationale Ordnung zu fördern, die auf gegenseitiger Mäßigung und Zurückhaltung bei der Wahrnehmung der eigenen Interessen beruhe. Wir seien interessiert und entschlossen, das zu tun, was zum Schutz unserer legitimen Interessen erforderlich sei; ebenso sehr seien wir entschlossen zu verhandeln. Unsere Verhandlungsbereitschaft und die unseres gesamten Bündnisses einschließlich der USA dauere trotz der jüngsten Belastungen im West-Ost-Verhältnis und in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen an. Die Vereinigten Staaten seien zur Fortsetzung des Dialogs mit der Sowjetunion bereit.

Die jüngsten Initiativen bei START¹⁷ und bei INF¹⁸ hätten die Bereitschaft zu konstruktiven und dynamischen Verhandlungen unterstrichen.

Bei INF lägen nunmehr die Grundelemente eines Vertrages auf dem Tisch. Es sei erforderlich, daß die Sowjetunion sich diesen Grundelementen konstruktiv zuwende. Er sage dies im Bewußtsein, daß dieses Gespräch Verhandlungen nicht ersetzen könne, aber die Bundesrepublik Deutschland sei ein Land, das vital an einem rechtzeitigen Ergebnis interessiert sei.

Die jüngsten Vorschläge seien in engster Zusammenarbeit im Bündnis entwickelt worden. Dabei habe es einen starken deutschen Einfluß auf Inhalt und Zeitpunkt der Vorschläge gegeben.

Mit dem Angebot, nur einen Teil der sowjetischen Raketen unter einer globalen Obergrenze auszugleichen, sei auf sowjetische Einwendung eingegangen worden, die globale Obergrenze sei wegen der Reichweite und Mobilität der SS-20 erforderlich. Aber die Tatsache, daß nur ein Teil der amerikanischen Stationierung in Europa erfolgen solle, müsse von der Sowjetunion sorgfältig registriert werden. Dies eröffne weiterführende Möglichkeiten.

Wir hätten gehört, daß die Sowjetunion die Pershing II als besonders gefährlich ansehe. Es habe uns deshalb daran gelegen, klarzustellen, daß bei einem Reduzierungsabkommen Pershing-II-Raketen anteilig reduziert werden. Das heißt, bei weitgehenden Reduzierungen werde es auch weitgehende Pershing-II-Reduzierungen geben.

Die Forderung nach Anrechnung der Drittstaatsysteme sollte die Sowjetunion nach unserer Überzeugung im Lichte der Erklärungen Mitterrands und

¹⁷ Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 4. Oktober 1983 für die START-Verhandlungen vgl. Dok. 289, besonders Anm. 4.

¹⁸ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

Howes¹⁹ vor den Vereinten Nationen überprüfen. Diese Erklärungen zeigten eine rüstungskontrollpolitische Perspektive auf.

Der Westen sei wie die sowjetische Führung noch 1980²⁰ der Meinung, daß es sich dabei um strategische Systeme handle, die nicht in den INF-Zusammenhang gehörten.

Es sei sehr bedeutsam, daß in den jüngsten amerikanischen Vorschlägen die Bereitschaft der Einbeziehung von INF-Flugzeugen enthalten sei. Wir wüßten, daß dies für die sowjetische Seite ein wichtiges Anliegen gewesen sei.

Für die Gesamtfrage von INF gelte im übrigen das Wort, das der Bundeskanzler in Moskau gesagt habe, nämlich, daß wir nicht raketensüchtig seien.

Der Bundesminister sagte, er wolle noch einmal unterstreichen, daß wir als Land, das auf Nuklearwaffen verzichtet hat, einen Anspruch hätten, nicht von Atomwaffen bedroht zu werden. Diese Auffassung sei im Doppelbeschluß zum Ausdruck gekommen. Wir wollten keine LRINF-Raketen bei uns, wenn keine solche Raketen auf uns gerichtet sind. Dies sei besonders ernst gemeint. Wenn die Verhandlungen kein Ergebnis brächten, bedeute dies für uns, daß wir den Schutz der Vereinigten Staaten in Anspruch nehmen müßten.

Der Bundesminister wies noch einmal darauf hin, daß wir es positiv gewürdigt hätten, daß in der Erklärung von Sofia²¹ festgestellt worden sei, daß Verhandlungsergebnisse noch immer möglich seien. Dies entspreche unserer eigenen Einschätzung. Deshalb müßten ernsthafte Bemühungen unternommen werden, um zu einem Ergebnis zu kommen. Was wir selbst tun könnten, um den Rahmen dafür zu verbessern, dazu seien wir bereit. In diesem Zusammenhang sehe der Bundesminister auch das Treffen in Wien.

Am 21. November werde die Bundesregierung dem Bundestag über den Stand der Verhandlungen in Genf Bericht erstatten.²² Bei dieser Gelegenheit werde es möglich sein, ein Verhandlungsergebnis zu präsentieren und dafür dann die Unterstützung des Bundestags zu erwirken. Sollte es kein Verhandlungsergebnis geben, werde dies dem Bundestag mitgeteilt. Es werde dann festzustellen sein, daß kein Anlaß bestehe, von dem Beschluß vom Dezember 1979 abzugehen, zu stationieren und am Tag danach mit der Stationierung zu beginnen.

Auch eine solche Stationierung werde keine vollendeten Tatsachen schaffen. Wann immer es ein positives Ergebnis gebe, könne ein solches Ergebnis auch die Beseitigung stationierter Systeme umfassen. Es liege uns daran, daß es ein rechtzeitiges Verhandlungsergebnis gebe. Er habe diese Bemerkung gemacht, wie wir uns verhalten würden, wenn es kein Verhandlungsergebnis gebe, weil dies der Art der Gespräche zwischen ihm und Außenminister Gromyko entspreche. Er wolle aber auch unterstreichen, daß wir auch bei begonnener Stationierung die Verhandlungen fortsetzen wollen, wie dies im übrigen die Vereinigten

¹⁹ Zu den Reden des Staatspräsidenten Mitterrand und des britischen Außenministers Howe am 28. September 1983 vor der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 327.

²⁰ Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

²¹ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 13./14. Oktober 1983 in Sofia vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

²² Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

Staaten getan haben während der Stationierung der SS-20. Er habe den Eindruck, daß Klarheit in dieser Frage von der sowjetischen Seite mehr geschätzt werde als Zweideutigkeit.

Wir seien davon überzeugt, daß die komplizierte internationale Lage allen Beteiligten eine besondere Verantwortung zur Mäßigung auferlegte. So seien die westlichen Vorschläge motiviert. Uns gehe es darum, die ganze Breite des Abrüstungsdialogs zu nutzen. Dies beziehe sich auf die Verhandlungen in Genf, auf Wien und künftig auf Stockholm. Dabei seien wir entschlossen, als verlässliche Partner der Europäischen Gemeinschaft und des Bündnisses zu handeln und als Land, das in der Abrüstung Fortschritte erreichen will. Unsere Erklärungen seien vom Willen zu langfristiger Zusammenarbeit geprägt. Dies sei maßgeblich für die Politik der Bundesregierung. Die Entwicklungen der letzten Zeit zeigten, wie ernst es uns damit sei, und zwar sowohl hinsichtlich der Beziehungen zur DDR, unserer Haltung in Madrid und des bereits vollzogenen Abzugs von 1000 Sprengköpfen²³, denen weitere folgen würden. Dies seien Taten, die unsere Worte untermauerten.

Es sei wichtig für die Sowjetunion, daß die Langfristigkeit der Außenpolitik unabhängig von den Änderungen der Mehrheit im Bundestag sei. Dies sei ein Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Stabilität in Europa.

²⁴AM *Gromyko* leitete mit der Bemerkung ein, daß die derzeit aktuellste Frage im Bereich der internationalen Beziehungen liege. Er wolle sich dieser Frage zuerst zuwenden und später zum bilateralen Verhältnis Stellung nehmen.

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion seien sehr schlecht. Man könne auch sagen, sie seien gespannt. Soweit er zurückdenken könne, sei es ihm nicht möglich, sich an eine Zeit zu erinnern, wo die Beziehungen so gespannt gewesen seien. Auch jenseits der eigenen Erinnerung habe es noch nie einen solchen Tiefpunkt gegeben wie zur Zeit. Die amerikanische Administration sei dabei, alles Positive zu vernichten und Verträge und Abkommen zu zerreißen. Je schlechter die Beziehungen seien, desto besser scheine es für Washington zu sein. Aus dem, was der Präsident²⁵ und andere sagten, habe man den Eindruck, daß sie sich nicht wohlfühlten, wenn sie einmal nicht etwas Schlechtes über die Sowjetunion gesagt hätten. Die amerikanische Seite gebe sich keine Mühe, auf den Grund einer Sache zu gehen und sich mit dem wirklichen Gegenstand der Kritik zu befassen. Man frage nicht konkret, wo steht die sowjetische Führung, welches sind die Gründe für ein bestimmtes Verhalten. Man konzentriere sich auf Ausführungen über den Sozialismus, der nichts tauge, und auf die Feststellung, daß das amerikanische System das beste der Welt sei. Der amerikanische Präsident und amerikanische Politiker wollten sich zum obersten Richter über das beste System ernennen. Das schlechtere System solle beseitigt werden.

Diese Haltung werde ergänzt durch Entscheidungen im militärischen Bereich:

– mit Budgetsteigerung,

²³ Zum Abzug von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

²⁴ Beginn des zweiten Teils der Aufzeichnung über das erste Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15. Oktober 1983 in Wien. Vgl. Anm. 1.

²⁵ Ronald W. Reagan.

- mit immer mehr atomaren Waffen,
- mit dem Beschluß, in den Kosmos auszuweichen, wenn die Erde nicht mehr ausreiche.

Gromyko fragte, was das für ein Standpunkt sei. Er bezeichne dies als Analphabetentum. Es sei eine Herausforderung und Provokation. Aber es sei die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik. Er könne nur die Schlußfolgerung daraus ziehen, die Amerikaner wollten alles umkrepeln, zerreißen und aufräumen.

In Moskau stelle man sich die Frage, ob es unter den Verbündeten der Vereinigten Staaten nicht einen Politiker gebe, der sage, daß diese Philosophie fehlerhaft und perspektivlos sei. Die Umsetzung dieser Philosophie in die Praxis würde die weltweite Katastrophe bedeuten, für die USA, für Europa, für alle. Er, Gromyko, habe Gespräche mit ausländischen Politikern geführt. Sie hätten ihm gesagt, daß auch sie mit Leuten in Washington gesprochen und einen enttäuschenden Eindruck gewonnen hätten. Es sei aber ein großes Land, mit dem man versuchen müsse, eine gemeinsame Sprache zu finden. Aber wie könne man dies mit Leuten, die keine gemeinsame Sprache finden wollten? Er frage sich, ob es nicht vernünftige Leute gebe, die den Vereinigten Staaten nahelegen könnten, was den gemeinsamen Interessen entspreche. Die ganze Menschheit sei betroffen. Man solle das tun, was an diesem Tisch praktiziert werde: verhandeln, sich streiten, die Dinge besser machen. Es gehe nicht darum, Vorbereitungen zum Jüngsten Gericht zu treffen. Dies wäre für uns alle die Vernichtung. Die Wissenschaft habe hierauf bereits Antwort gegeben. Leider kenne er niemanden, der dies den Vereinigten Staaten sagen wollte oder könnte.

Gromyko erinnerte an sowjetische Äußerungen vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Sowjetunion stehe wie damals dafür ein, daß keine Streitigkeit kriegszerstörerisch ausgetragen werde, sondern friedlich gelöst werden müsse. Die Sowjetunion habe vor dem Zweiten Weltkrieg gesagt, es werde ein Krieg vorbereitet. Dies hätten wenige hören und begreifen wollen.

Für die Gegenwart gelte, das sowjetische Volk wolle keinen Krieg und keine Vorbereitungen zum Krieg, es wolle den Frieden. Es sei für friedliche Lösung aller Fragen. Dies gelte für die Regierung, das Politbüro und ganz besonders für Generalsekretär Andropow. Er wolle glauben, daß der Bundesminister keinen Zweifel daran habe, daß die Sowjetunion keine Waffen anwenden wolle und daß sie keine weltweite Katastrophe zulassen wolle.

Wenn es sich nur darum handelte, daß an der Sowjetunion Kritik geübt würde, dann wäre dies auszuhalten. Aber es gehe darum, daß immer neue Arten von nuklearen Waffen entwickelt werden, daß die Überlegenheit über die Sowjetunion angestrebt werde, daß der Kosmos genutzt werde, wenn die Erde nicht mehr ausreiche, daß neue chemische und bakteriologische Waffen entwickelt werden und daß Waffen erfunden werden, für die die Bezeichnung noch fehle. Dies müsse jeden Politiker mit Sorge erfüllen. Alle hätten eine große Verantwortung. Dies gelte auch für die Politiker an diesem Tisch. Es gehe nicht darum, nachzuweisen, daß zwei mal zwei fünf sei, sondern es gehe um Fragen der großen Politik. Man suche nach Wegen aus der gefährlichen Lage in Europa. Es sei zu hoffen, daß man zu einer gemeinsamen Sprache komme und zu einem

Abkommen. Die wichtigste Frage sei die eines Abkommens über nukleare Waffen in Europa. Er wolle sich auf zwei Punkte konzentrieren:

- die Umriss der sowjetischen Position,
- die Reaktion auf die amerikanischen Vorschläge.

Der Bundesminister habe recht, wenn er die Bedeutung der Genfer Verhandlungen betone. Die Sowjetunion stehe für einen Erfolg in dieser Frage. Es sei die Frage aller Fragen, die Frage über Frieden und Krieg.

Selbst die Frage über den Verhandlungsbeginn werde von Washington entstellt dargestellt. Die Behauptung, die Vereinigten Staaten hätten die Sowjetunion gedrängt, sei falsch. Die Sowjetunion habe Washington gedrängt. Er selber habe seinerzeit mit Haig gesprochen (September 1981 am Rande der VN in New York²⁶) und ihm zwei Angebote gemacht über den Beginn von Verhandlungen im Mittelstreckenbereich und im strategischen Bereich. Die Vereinigten Staaten versuchten, die Wahrheit zu entstellen und die Sowjetunion schwarz darzustellen. Daran erkenne man die Moral der amerikanischen Politiker, und sie müßten Fragen von Krieg und Frieden entscheiden.

Man brauche nur eine x-beliebige Erklärung Minister Weinbergers zu lesen: Er bezeichne Europa als Gefechtsfeld, als ob dies ein Picknick wäre. Er sei ein Beispiel von Politikern, die über Krieg und Frieden entscheiden müssen. Er, Gromyko, habe nicht vorgehabt, Namen zu nennen, aber er habe sich gezwungen gefühlt, dies in diesem Falle zu tun.

Obwohl der Minister zu Genf nicht gefragt habe, welches die sowjetische Einschätzung der Verhandlungen sei, wolle er diese Frage beantworten. Er frage sich, ob es Licht am Ende des Tunnels gebe. Er sehe derzeit kein Licht. Nach seiner objektiven und nüchternen Einschätzung führten die Vereinigten Staaten immer noch eine obstruktionistische Verhandlungspolitik. Sie hätten auch zur Bewegung nichts beigetragen. Das Gerede über Waldspaziergänge²⁷ und Flexibilität solle die Leute nur in die Irre führen und sie einnebeln. Sei dies eine zu harte Einschätzung? Er beantworte diese Frage mit nein, weil er bei der Wahrheit bleiben wolle.

Es sei ihm aufgefallen, daß der Bundesminister und andere deutsche Politiker die gegenwärtigen Positionen der Vereinigten Staaten mit warmen Worten verteidigten. Der Bundesminister verwende viel zu viele schöne Worte für die Position der USA. Man sei aber der Wahrheit mit nüchternen Worten näher. Die deutsche Sprache sei reich an guten Worten. Aber die amerikanische Position sei der schönen Worte nicht wert.

Wenn man die Erklärungen aus Bonn höre, falle es auf, daß positive Einschätzungen für den Doppelbeschluß abgegeben werden. Die Bundesregierung sage, daß sie dem Doppelbeschluß treu bleiben wolle. Formeln wie der Doppelbeschluß seien dazu da, um die Leute zu desorientieren. Was sei dabei doppelt? Nichts sei doppelt. Es gehe nur darum, Waffen in Europa zu stationieren, nicht ernsthaft sich um ein Abkommen zu bemühen. Wenn die Vereinigten Staaten woll-

²⁶ Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 281.

²⁷ Zum Gespräch der Leiter der amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwi-zinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. Dok. 22, Dok. 93 und Dok. 169.

ten, dann gebe es einen Vertrag, wenn sie nicht wollten, gebe es keinen Vertrag. Am Doppelbeschluß sei also nichts doppelt. Der Bundesminister werde seine Meinung sicher nicht ändern, aber er wollte darlegen, wie er die Sache einschätzt. Es sei falsch, daß es beim Doppelbeschluß zwei Seiten gebe. Es gebe nur eine Seite und nur einen Akteur: Washington und die Vereinigten Staaten. Die Sowjetunion führe die Verhandlungen weiter. Parallel werde überlegt, was zu tun sei, wenn die Beschlüsse in die Tat umgesetzt würden und die Stationierung beginne. Die sowjetische Regierung überlege diese Frage ernsthaft. Sie könne nicht sagen, daß fertige Beschlüsse da seien. Man prüfe diese Frage von allen Seiten. Es sei die Frage, was mit Verhandlungen werde, wenn die Stationierung beginne.

Es gebe andere Politiker, die sagten, die Sowjetunion werde die Verhandlungen in jedem Falle fortsetzen. Wieder andere benähmen sich wie Kosaken. Sie behaupteten, wenn erst die amerikanischen Raketen erschienen, werde die Sowjetunion verhandlungsbereit sein. Er wolle feststellen, daß solche Erklärungen auf dem Gewissen dieser Leute lasten müßten.

Einige allgemeine Bemerkungen wolle er noch zu Genf machen: Es sei wichtig, daß man in Genf zu positiven Ergebnissen komme. Man solle weniger rätseln und sich mehr anstrengen. Ihm scheine, daß die Bundesrepublik Deutschland ein gewichtiges Wort zu sagen habe, um zu einem Abkommen zu kommen. Wenn einst die Geschichte richten werde, werde man nach seinen Beiträgen gerichtet werden. Da er annehme, daß der Bundesminister die sowjetische Position nicht so genau verfolgt habe, wolle er einige Einzelheiten darstellen. Es sei dem Bundesminister bekannt, daß die Sowjetunion den Vereinigten Staaten in Genf entgegengekommen sei. Beim letzten Schritt habe sich Andropow bereit erklärt, die Raketen nicht nur zu verlegen, sondern er habe unter Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme festgelegt, daß sie liquidiert werden, das heiße, daß sie demontiert und verschrottet werden.²⁸ Dies sei ein großes Zugeständnis an die Vereinigten Staaten. Die Amerikaner hätten reagiert, als ob nichts geschehen sei. Früher hätte man gesagt, die Sowjetunion will nur verlegen, um die Raketen dann wieder zurückholen zu können. Jetzt sei die Sowjetunion zur Verschrottung bereit, und dies sei auch schlecht.

Zum Problem der britischen und französischen Systeme wisse er, daß der Bundesminister die Position unterstütze, daß sie bei den Mittelstreckenverhandlungen nicht berücksichtigt werden sollen. Er, der Bundesminister, habe sich für diese Position stark eingesetzt. Diese Position sei aber vollkommen ausgeschlossen. Sie gehöre in den Bereich der Phantasie. Wie könne man nur eine solche Position verteidigen? Wieso solle die NATO eine Prämie für die britischen und französischen Systeme außerhalb der Formel der Gleichheit und der gleichen Sicherheit erhalten?

Die Anhänger der Auffassung, daß britische und französische Systeme nicht angerechnet werden sollten, sagten: Diese Systeme seien strategisch, sie gehörten nicht in den Mittelstreckenbereich. Also wollten NATO, Großbritannien und Frankreich frei über sie verfügen. Dieses System könnte aber auch strate-

²⁸ Vgl. dazu die INF-Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 27. August 1983; Dok. 247, Anm. 4.

gisch sein. Wenn sie das wären, müßten sie bereits berücksichtigt worden sein. Heute sind sie aber auf Europa gerichtet. Außerdem seien sie mobil und könnten deshalb Asien und die mittlere Sowjetunion bedrohen. Diese Mobilität mache die Waffen noch gefährlicher. Man könne die Frage stellen, was sei, wenn diese Systeme in einem anderen Abkommen berücksichtigt worden wären. Ein solches Abkommen gebe es aber nicht. Dies sei der Bereich der Phantasie und nicht ernst zu nehmen.

Er weise darauf hin, daß die amerikanischen Mittelstreckenraketen, vom Standpunkt der Sowjetunion aus gesehen, strategisch seien. Sie seien strategische Waffen, weil sie Lebenszentren der Sowjetunion erreichten. Demgegenüber sei gut bekannt, daß die SS-20 das Territorium der USA nicht erreichen könne.

Er frage sich, ob die Vereinigten Staaten sich die²⁹ Sorge Europas zu Herzen nähmen. Er könne das nicht glauben. Ebenso komme der Frage, ob es einen Unterschied gebe zwischen dem Erreichen der Sowjetunion und dem Nichterreichen der Vereinigten Staaten, Bedeutung zu. Hier sei doch ein Unterschied gegeben. In Wirklichkeit könnte die Sowjetunion auch noch eine andere Frage stellen, nämlich ob sie nicht das Recht haben müsse, über das Dreifache und Doppelte an Waffen zu verfügen, um das amerikanische Potential ausgleichen zu können. Die Sowjetunion sei aber dagegen, daß neue Waffen eingeführt würden.

Zu den amerikanischen Waffen wolle er feststellen, daß sie sowjetisches Territorium binnen weniger Minuten erreichen könnten. Die sowjetischen Waffen brauchten fünf- bis sechsmal mehr Zeit, um das amerikanische Territorium zu erreichen. Ob dies nicht wesentlich sei? Aus diesem Grunde könne man eigentlich fordern, das Mehrfache an Waffen zu haben, um die amerikanischen Waffen auszugleichen. Er stelle die Frage aber nicht, denn er wolle ein Ergebnis haben.

Bei den britischen und französischen Systemen sei eindeutig, daß sie die Sowjetunion erreichten. Er habe Bundeskanzler Schmidt 1980 eine Karte gezeigt, wo die Reichweite der britischen und französischen Systeme angegeben sei. Wenn der Minister frage, ob es bei der Berücksichtigung bleibe, antworte er mit ja.

Gromyko sagte, er wolle ein weiteres Problem ansprechen: Die amerikanische Seite habe in den Verhandlungen den Faktor der Flugzeuge von Flugzeugträgern ignoriert. Die Amerikaner hätten nein gesagt. Dies sei kein Gegenstand der Verhandlungen. Es sei aber bekannt, wie viele Träger es in Europa und im Mittelmeer gebe. Der Westen dürfe nicht ignorieren, daß mit diesen Systemen die Amerikaner ein Mehr an Waffen hätten. Es gehe um sechs Flugzeugträger, obwohl sie weltweit mehr als doppelt so viele hätten. Auf jedem Flugzeugträger seien 40 Flugzeuge, von denen jedes zwei bis drei Sprengsätze transportieren könne, und zwar atomare Sprengsätze. Jeder Sprengsatz mache das Zehnfache der Bomben von Hiroshima aus. Wenn man sich eine Karte der Sowjetunion vorstelle, dann sei festzustellen, daß mit diesen Sprengsätzen 480 Ziele in der Sowjetunion abgedeckt werden könnten. Und daran sehe man, daß die Sowjetunion dies berücksichtigen müsse. Diese amerikanische Position sei falsch, die sowjetische Seite habe nur noch nicht das Thema zur Sprache gebracht, könne dies aber tun.

VS-Bd. 14116 (010)

²⁹ Korrigiert aus: „Staaten die“.

304

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien**

220-371.76 INF-2282/83 VS-vertraulich

15. Oktober 1983¹

Gespräch Bundesminister–AM Gromyko am 15.10. von 20.30 Uhr bis 23.30 Uhr²
Außenminister *Gromyko* setzte das Gespräch mit einer Darstellung der sowjetischen Einschätzung der jüngsten westlichen Vorschläge bei INF³ und START⁴ fort.

Gromyko leitete mit der Bemerkung ein, daß derzeit viel über neue Initiativen Washingtons gesprochen werde. Mit der Rede des amerikanischen Präsidenten vor den Vereinten Nationen⁵ seien diese Vorschläge lanciert worden. Die amerikanische Propaganda habe versucht, die Version zu verbreiten, als sei die amerikanische Position flexibler geworden. Die Propaganda der Vereinigten Staaten sei breiter angelegt und gut gesteuert gewesen. Trotzdem meine die Sowjetunion, daß der amerikanische Präsident sein Ziel nicht erreicht habe. Er stelle fest, daß sich die Vorschläge Präsident Reagans nicht zugunsten Washingtons ausgewirkt hätten.

Bei einer Einschätzung der westlichen Vorschläge gehe es um das Wesen der Frage. Man müsse die Frage stellen, ob die amerikanische Position vernünftiger geworden sei und ob mehr Bereitschaft zum Verzicht auf neue amerikanische Raketen in Westeuropa erkennbar sei. Der Bundesminister, die Sowjetunion und die ganze Welt wüßten, daß nichts dergleichen eingetreten sei. Nach wie vor werde vorgeschlagen, zu verhandeln, um die Reduzierung sowjetischer Raketen zu erreichen und zu bestimmen, wieviele amerikanische Raketen zusätzlich nach Europa gebracht werden, und zwar zusätzlich zu den Waffen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten.

Hier sei auch die Frage erlaubt, ob man in Washington erwarte, daß die Sowjetunion die britischen und französischen Waffen ignoriere und verkenne, auf wen sie gerichtet seien. Die ganze Welt wisse, daß nichts dergleichen eingetreten sei. In der Frage der Anrechnung nähmen die Vereinigten Staaten eine eher noch hartnäckigere Position ein.

Die Vereinigten Staaten ignorierten auch die Tatsache, daß die Sowjetunion in jedem Falle bei einer Vereinbarung oder ohne eine solche ein Äquivalent haben

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde in zwei Teilen gefertigt. Vgl. Anm. 16.

Zur Übermittlung der Gesprächsaufzeichnung vgl. Dok. 303, Anm. 1.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz vorgelegen.

² Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien vgl. auch Dok. 302, Dok. 305, Dok. 306 und Dok. 310.

³ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

⁴ Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 4. Oktober 1983 für die START-Verhandlungen vgl. Dok. 289, besonders Anm. 4.

⁵ Für den Wortlaut der Rede vom 26. September 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626 (Auszug).

werde zu den Potentialen, die gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten gerichtet seien.

⁶Somit könne man folgern, daß in den zwei Hauptfragen

- Nichtstationierung,
- Berücksichtigung britischer und französischer Systeme

keine Änderung eingetreten sei.

⁷Eine weitere Frage sei die, worum es sich bei den Reden von Präsident Reagan und anderen in Wirklichkeit handele. Er wolle klar darauf antworten; man könne feststellen, daß in Ergänzung zu der einseitigen und nicht vertretbaren Position in den beiden Hauptfragen beschlossen werden solle, daß die amerikanische Seite in Europa so viele Waffen stationieren könne, wie die Sowjetunion im europäischen und asiatischen Teil zusammen habe. Der Appetit komme beim Essen.

Er, Gromyko, glaube, daß eine solche Position kein Anzeichen von wissenschaftlichem Herangehen habe. Sie widerspreche jeder Logik. Die Systeme im Osten hätten keinen Bezug zu Europa. Für die Stationierung in Asien gebe es einige Gründe, sie seien klar definiert, man könne sie nicht bestreiten. Gromyko glaube, daß jeder, der etwas von der Sache verstehe, annehmen müsse, und das gelte auch für maßgebliche Politiker, daß die Sowjetunion ihre Gründe für die von ihr eingenommene Position habe. Es müsse berücksichtigt werden, wie viele Mittel der Vereinigten Staaten es gegenüber dem asiatischen Teil der Sowjetunion gebe. Nur ein kleiner Teil Asiens auf der Timur-Halbinsel werde nicht von amerikanischen Waffen abgedeckt. Diese Mittel erreichten sowjetisches Territorium. Die Sowjetunion habe das Recht, entsprechende Äquivalente zu haben. Es gebe kein amerikanisches Argument, um diesen Standpunkt zu widerlegen. Es gebe keine vernünftige Begründung für die Position der USA.

Der Sowjetunion sei aufgefallen, daß einige NATO-Länder in dieser Frage versuchten, die Chinesen als Verbündete heranzuziehen. Aber die amerikanischen Mittel lägen hinter China. China sei ebenfalls von amerikanischen Waffen umringt. Der Versuch, China in die Frage hereinzuziehen, sei nicht haltbar.

Einige NATO-Länder sagten, die Sowjetunion bedrohe China mit Mittelstreckenwaffen. Aber die sowjetischen Mittelstreckenwaffen seien gegen Waffen gedacht, die hinter China stationiert seien. Dazu komme, daß die Gefahr noch größer werde, wenn man die Entfaltung von Marschflugkörpern hinzunehme. Ebenso müßten die Flugzeugträger auch in Asien berücksichtigt werden. Hier handele es sich um ein kolossales Potential an Massenvernichtungswaffen, das gegen die Sowjetunion gerichtet sei.

Es stelle sich die Frage, wie die Sowjetunion reagieren solle. Hier gehe es um Stabilität nach Washingtoner Art.

Die angebliche neue Flexibilität nenne man das globale Herangehen. Man spreche jetzt auch vom globalen Limit. Wenn man das übersetzt, dann heißt es: Das einzige Ziel bestehe darin, zusätzliche Raketen nach Europa zu bringen.

⁶ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „1“.

⁷ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „2) Globalfragen“.

Und dann müsse man darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten in Europa so viel haben wollen wie die Sowjetunion insgesamt.

Die ganze Neuigkeit bei dieser amerikanischen Position bestehe darin, nicht alle neuen Systeme in Europa zu stationieren, sondern nur einen Teil. Der Rest solle an einem anderen Ort X stationiert werden. Man wolle nicht verraten, wo dies sei. Die Waffen sollten aber die Sowjetunion erreichen können. Dies nenne man dann Flexibilität.

Wenn man dies genau bewerte, dann sei es nicht Flexibilität, sondern eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes und der Gerechtigkeit. Dies könne man nicht akzeptieren.

⁸Es ergebe sich ein weiterer Aspekt. Es sei bekannt, daß die Vereinigten Staaten 572 neue Raketen nach Europa bringen wollten. Dies sei weltbekannt. Selbst ein Schüler, wenn er morgens aufwache, wüßte zu sagen, daß es sich um 108 Pershing II und 464 Cruise Missiles handeln solle. Feierlich werde verkündet, für den Fall, daß die Sowjetunion sich mit Reduzierungen einverstanden erkläre, daß nicht 572, sondern sagen wir 450 Raketen nach Europa gebracht werden sollten. Erst wenn die Sowjetunion ihre Waffen reduzierte, seien die Vereinigten Staaten bereit, die Frage zu prüfen, in welcher Zusammensetzung die neuen Raketen stationiert werden sollen. Die Position sei also, die Sowjetunion soll reduzieren. Die Vereinigten Staaten bringen zusätzliche Waffen, sie sollen eine freie Hand für ihre Raketen in Europa erhalten.

Man müsse fragen, ob dies als konstruktiv bezeichnet werden könne. Wo sei die elementare Logik, wo die Gerechtigkeit? Nichts davon sei vorhanden. Dies sei ein Zeichen von Zynismus. Gromyko bemerkte, er wolle den Minister bitten, seine Worte nicht zu scharf zu finden.

⁹Es gebe einen dritten Aspekt. Die Vereinigten Staaten hätten darauf gedrängt, ein Abkommen nur über bodengestützte Raketen zu schließen. Indem die amerikanische Seite Vorteile gewinnen wolle, habe sie sich geweigert, Bomber einzubeziehen. Heute plötzlich sei sie zur Geste des Zugeständnisses bereit. Sie sei bereit, auch Mittelstreckenbomber einzubeziehen, es erhebe sich die Frage, ob dies ohne Vorbehalt und Vorbedingung geschehe. Sei dies der Fall, dann könne man darin einen Fortschritt sehen. In diesem Bereich hätten die Amerikaner zweieinhalb Mal mehr Systeme als die Sowjetunion. Die Amerikaner hätten aber Vorbedingungen geltend gemacht. Ein Vorbehalt sei, daß die Sowjetunion die amerikanische Position bei den Raketen akzeptieren müsse. Das schließt Stationierung neuer Raketen in Europa und in anderen Regionen ein. Die Sowjetunion habe die Amerikaner so verstanden, daß die Position so formuliert sei, daß sie im voraus unannehmbar sei. Der Vorschlag sei mit dem Zweck unterbreitet worden, daß die Distanz zu einem Abkommen nicht geringer geworden sei.

¹⁰Ein vierter Punkt: Die Amerikaner sagten, daß nicht alle Flugzeuge, sondern

⁸ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „3) P 2/CM“.

⁹ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „4) Flugzeuge“.

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „5) Flugzeuge auf Trägern“.

nur Flugzeuge nach amerikanischer Wahl einbezogen werden sollen. Dies beziehe sich nur auf diese oder jene Typen. Die Vereinigten Staaten sollten Richter sein, um welche Flugzeuge es sich handeln solle. Er, Gromyko, wolle die ganze Sache klarstellen. Er habe beinahe eine fotografische Wiedergabe dessen präsentiert, was die Vereinigten Staaten sagen. Es sei deren Position, die er beschreibe. Die Vereinigten Staaten wollten allein darüber urteilen, welche Typen von Flugzeugen einbezogen werden sollten. Sie machten kein Geheimnis daraus, wie diese Wahl aussehen solle. Sie sagten: Unter einem Abkommen sollen alle Typen von sowjetischen Bombern einbezogen werden. Von den Vereinigten Staaten sollten alle amerikanischen Atombomber auf den Territorien westeuropäischer Länder und auf Flugzeugträgern in europäischen Gewässern ausgeschlossen werden. Das gelte auch für alle Flugzeuge der europäischen Verbündeten. Dies alles könne man als unseriös bezeichnen.

Bei der Präsentation dieser Position zeigten sich die Amerikaner als sehr aufdringlich. Mit einem großen Wortschwall versuchten sie, vor die Augen der Leute einen Schleier zu legen. Dabei sei es ihr starker Wunsch, den Eindruck zu erwecken, als seien die Vereinigten Staaten flexibler geworden. Man habe diesen Wunsch am Gesicht Präsident Reagans ablesen können, als er vor den Vereinigten Nationen gesprochen habe. Es hätte so aussehen sollen, als ob sie sich einem realistischen Wendepunkt näherten. Solche lebhaften Worte hätten nur einen Sinn: die Leute zu beruhigen. Nicht zuletzt machten sie solche Sachen, weil sie der Beunruhigung über die düstere Lage entgegenwirken wollten. Die Amerikaner spürten die Sorge und wollten sie auslöschen.

Nun sei nach der Rede Reagans folgende Lage entstanden: Wir saßen in Wien. Zwei europäische Erzfeinde trafen sich und diskutierten miteinander. Er, Gromyko, sei davon überzeugt, daß früher oder später die Wahrheit und nicht der Betrug die Oberhand gewinnen werde. Je früher dies geschehe, desto besser sei es. Die Geschichte kenne Situationen, wo durch einen solchen Betrug eine Lage gespannt und explosiv geworden sei und zum Krieg geführt habe.

Man habe die Pflicht, alles zu unternehmen, daß es dazu nicht kommt. Er wolle hier keine Namen nennen. Wer ihnen in die Hand spiele, daß die Berge an Nuklearwaffen noch größer würden, übernehme eine große Verantwortung.

Zum Schluß der Analyse wolle Gromyko dem Bundesminister noch sagen, obwohl ihm das sicherlich nicht neu sei, daß, wenn die Vereinigten Staaten den Plan der Stationierung neuer Raketen verwirklichten, die Sowjetunion in die Lage versetzt werde, neue Maßnahmen zur eigenen Sicherheit treffen zu müssen. Die Sowjetunion dürfe nicht hinnehmen, daß das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit gebrochen werde. Sie könne nicht anders handeln. Gromyko habe sich über Äußerungen in der österreichischen Presse und in der Presse anderer Länder unterrichten lassen. Es falle auf, daß in Kommentaren zu Sofia¹¹ darauf hingewiesen werde, daß es noch Möglichkeiten gäbe, zu einem positiven Verhandlungsergebnis zu kommen. Dazu bedürfe es der Objektivität und des politischen Willens. Weder das erste noch das zweite sehe er bei den Vereinigten Staaten oder ihren Verbündeten.

¹¹ Am 13./14. Oktober 1983 fand in Sofia die Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Vgl. dazu das Kommuniké; EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

START

Auch der amerikanische Schachzug bei START sei trügerisch. Wer ihn positiv beginne, tue dies umsonst.¹² Diese Vorschläge stünden nicht im richtigen Verhältnis zur Wahrheit. Er möchte dies mit einigen Tatsachen untermauern.

¹³Die Amerikaner versuchten, die Welt immer wieder davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion über destabilisierende nukleare Waffen verfüge. Diese Waffen sollten ausgewurzelt werden. Als destabilisierende Waffen bezeichneten die Amerikaner die ICBM. Und als Kern von diesen gehe es besonders um die schweren ICBM. Die Haltung der Amerikaner sei ganz einfach. Man solle diese schweren ICBM herausnehmen und verschrotten oder wenigstens auf die Hälfte reduzieren. In ihrer neuen Initiative schlugen die Vereinigten Staaten vor: Sie verzichteten darauf, auf die Verschrottung zu drängen. Sie wollten einen anderen Weg gehen und das Problem durch die Reduzierung der Wurfgewichte lösen. Das Ergebnis dieses Herangehens sei, daß diese Waffen dann nicht mehr existierten.

Dies sei eine sehr betrügerische Sache. Gromyko glaube, er habe dem Bundesminister früher erzählt, daß bei SALT vereinbart worden sei, daß die Sowjetunion diese Waffen als Teil ihrer strategischen Mittel haben solle. Aber die Vereinigten Staaten hätten die FBS nicht einbezogen. Man müsse sich fragen, warum sie ausgeklammert werden sollten. Dann wurde gesagt, sie sollten in einem späteren Stadium einbezogen werden. Jetzt hätten sich die Vereinigten Staaten dies wieder überlegt. Die neue Regierung wolle eine neue Position.

Ein anderes Beispiel sei, daß die Vereinigten Staaten vor kurzem noch behauptet hätten, die größte Gefahr komme von den Atom-U-Booten. In mehreren Gesprächen habe er zu hören bekommen, dies sei die schwächste Waffe. Jetzt sagten die Amerikaner, der am meisten destabilisierende Faktor seien die ICBM. Die Sowjetunion könnte mit gleicher Münze zurückzahlen, und man könnte sagen, der eigentlich destabilisierende Faktor seien die FBS-Systeme in Europa und in anderen Teilen der Welt. Die Sowjetunion verfüge über solche Systeme nicht.

Ein weiterer destabilisierender Faktor sei das Vorhandensein von Atombomben auf Flugzeugträgern. Sie sollten auch bei den Mittelstreckenverhandlungen ausgeschlossen werden. Es könne aber keine Prämie für die Vereinigten Staaten geben.

Ein weiterer destabilisierender Faktor sei die amerikanische Politik selbst. Z.B. sagten die Vereinigten Staaten, sie hätten ein Recht auf atomaren Erstschlag. Der Minister möge sich die Hysterie vorstellen, wenn sich die Sowjetunion das Recht auf einen atomaren Erstschlag vorbehalten würde. Man könne aber über diese Frage diskutieren. Beide Seiten sollten sich verpflichten, Atomwaffen nicht als erste einzusetzen. Die Amerikaner hätten beschlossen, MX zu stationieren.¹⁴ Die Sowjetunion habe geschwiegen. Sie werde aber der Welt klarmachen, was dies für eine Politik sei. Sie werde die Rechnung präsentieren.

¹² Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen.

¹³ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „1) ICBM“.

¹⁴ Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 300, Anm. 25.

Einen letzten Punkt wolle er machen: Die Initiative möge in Washington als Höhepunkt der Listigkeit betrachtet werden, es sei aber ein Höhepunkt an Primitivität. Man wolle die Struktur der strategischen Kräfte der Sowjetunion brechen. In der Sowjetunion hätten sich bestimmte Strukturen entwickelt. Jetzt wollten die Amerikaner diese Strukturen zerstören, ja sogar liquidieren. Dazu brauche man Jahre, ja Jahrzehnte. Was sei dies für eine Position? Man könnte von den Amerikanern fordern, sie sollten ihre Position hinsichtlich der Flugzeuge und der Außenpolitik ändern. Die Vereinigten Staaten würden reagieren, wie er reagiert habe. Keine der Seiten könne historisch gewordene Strukturen außer acht lassen. Man müsse die Unterschiede, die historisch gewachsen seien, in Rechnung stellen.

Man müsse sich fragen, warum die Vereinigten Staaten solche Vorschläge machten. Die Antwort sei, weil sie von der Sowjetunion nicht akzeptiert werden könnten und weil sie kein Ergebnis brächten. Deshalb müsse er, wenn er von einer Initiative und von Flexibilität spreche¹⁵

Zum Schluß wolle er noch einmal sagen, solange verhandelt werde, habe er die Hoffnung, daß sich die Bundesregierung die Sache noch einmal durch den Kopf gehen ließe und Aktivität an den Tag lege.

¹⁶BM erwiderte: Wenn Gromyko ihm, BM, einen Teil der Sowjetunion zeigen könne, der nicht von amerikanischen Raketen abgedeckt sei, so sei er, BM, in einer schlechteren Lage: In der Bundesrepublik Deutschland gebe es nicht einen einzigen Quadratmeter, der nicht von sowjetischen Raketen abgedeckt sei. Dies sei das Kernproblem.

Im übrigen wolle er jetzt so offen auf die Ausführungen Gromykos eingehen, wie dieser selbst kein Blatt vor den Mund genommen habe. Es sei gut, daß man diese Fragen so ausführlich erörtere. In vielen Punkten könne er Gromykos Meinung nicht teilen. In vielen Punkten sei Gromyko ungerecht gewesen, in vielen noch mehr. Wenn Gromyko von einem Tiefpunkt in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gesprochen habe, so treffe das wohl zu. Die Sowjetunion müsse sich jedoch fragen, ob sie nicht durch manche ihrer Handlungen einen Beitrag zu diesem Tiefpunkt geleistet habe. Er wolle nicht alle Ereignisse aufzählen, über die er gegenüber Gromyko schon früher oft kritisch gesprochen habe und über die man unterschiedlicher Meinung sei. Wenn Gromyko von Reden amerikanischer Politiker gesprochen habe, so könne er auch auf Reden führender sowjetischer Politiker hinweisen. Dies führe nicht weiter. Er, BM, habe Gromyko heute unsere Haltung erläutert und dabei gesagt, daß dies auch die Haltung unserer Verbündeten einschließlich der USA darstelle. Wir seien im Westen unabhängig von jüngsten Entwicklungen bereit, alles zu tun, um die Möglichkeiten für Verhandlungen ernsthaft zu nutzen. Das seien keine schönfärberischen Worte, sondern unsere Überzeugung. Er, BM, habe in seiner Rede in der VN-Generalversammlung¹⁷ und letzten Donnerstag in seiner Bundestags-

¹⁵ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

¹⁶ Beginn des zweiten Teils der Aufzeichnung über das zweite Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15. Oktober 1983 in Wien. Vgl. Anm. 1.

¹⁷ Für den Wortlaut der Rede vom 29. September 1983 in New York vgl. BULLETIN 1983, S. 929–934.

rede¹⁸ davor gewarnt, sich gegenseitig zu dämonisieren. Das führe in der Tat nicht weiter. Man solle dem anderen nicht schlechtere Absichten unterstellen, als man selbst habe. Gromyko habe heute sehr viele sehr kritische Worte über die USA und ihre Führung gefunden. Gromyko könne von ihm, BM, nicht erwarten, daß er dies schweigend hinnehme. Vielmehr werde er annehmen müssen, daß er, BM, diese Kritik zurückweise. Wie könne Gromyko ihn sonst als Gesprächspartner achten, wenn er ein mit uns befreundetes Land gegen solche Kritik nicht in Schutz nehme? Das sei keine Pflichtübung, sondern unsere Überzeugung.

BM wandte sich dann den Anmerkungen Gromykos zu den neuen amerikanischen Vorschlägen für die INF und für die START-Verhandlungen zu. Die Kritik daran treffe uns wie die USA. Wir hätten an den INF-Vorschlägen maßgeblich mitgewirkt. Die Vorschläge für START, wo wir weniger berührt seien, die wir jedoch für sehr wichtig hielten, hätten wir nach gründlicher Prüfung begrüßt.

Im positiven Sinne habe uns vor allem beeindruckt, daß die Amerikaner sich nicht auf eine Begrenzung beschränken, sondern reduzieren wollten. Die einzelnen sowjetischen Argumente gehörten an den Verhandlungstisch.

Zu INF bekräftigte BM, was er schon mittags gesagt hatte: Wir seien ein Land, das vertraglich auf eigene Nuklearwaffen verzichtet habe.¹⁹ Dies gebe uns einen Anspruch, nicht von solchen Waffen bedroht zu werden. Wir seien jedoch besonders bedroht, auf jedem Quadratmeter unseres Bodens. Was Gromyko dabei als mildernd dargestellt habe, daß nämlich die SS-20 die USA nicht erreiche, sei für uns besonders bedrückend, denn wir lebten in Europa. Die Sorge über die SS-20 zu beseitigen, sei der Grund für alles, was wir unternähmen. Der Doppelbeschluß sei nicht einfach eine Entscheidung über amerikanische Aufrüstung in Europa, sondern ein Vorschlag mit einer Verhandlungsvorgabe von vier Jahren. Schon am 18. Dezember 1979 habe die USA der Sowjetunion den Verhandlungsvorschlag unterbreitet.²⁰ Die UdSSR habe ihn damals abgelehnt. Eigentlich seien die Verhandlungen erst nach den Gesprächen, die der damalige BK und BM im Sommer 1980 in Moskau geführt hätten²¹, eingeleitet worden. Da wir selbst auf Nuklearwaffen verzichtet hätten, seien wir auf den Schutz der USA angewiesen. Das erkläre den zweiten Teil des Doppelbeschlusses, der ebenso konsequent eingehalten werde wie der erste.

Man habe damals diskutiert, ob die sowjetische Aufrüstung mit dem Doppelbeschluß oder einfach mit der Aufstellung amerikanischer Raketen auf deutschem Boden beantwortet werden sollte. Noch heute gebe es Stimmen im Westen, die den Verhandlungsteil für einen Fehler hielten. Wir glaubten jedoch, daß er rich-

¹⁸ Für den Wortlaut der Rede vom 13. Oktober 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 125, S. 1897–1903.

¹⁹ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf Erwerb, Produktion und Besitz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

²⁰ Ministerialdirektor Blech vermerkte am 20. Dezember 1979, daß der amerikanische Außenminister Vance am 18. Dezember 1979 dem sowjetischen Geschäftsträger in Washington, Wassew, das im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 enthaltene LRTNF-Rüstungskontrollangebot unterbreitet habe. Vgl. dazu VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

²¹ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

tig sei, weil wir jede Verhandlungschance nutzen wollten. Und weil das gelte, was BK in Moskau gesagt habe²², daß wir nicht raketensüchtig seien. Die Entscheidung über die Stationierung der Pershing II und der Marschflugkörper sei deshalb nicht um ihrer selbst willen getroffen worden, sondern mit dem Ziel, die sowjetische Mittelstreckenraketen-Bedrohung durch amerikanische Mittelstreckenraketen zu kompensieren und gleichzeitig eine Verhandlungsmöglichkeit unter Einbeziehung der sowjetischen Raketen zu eröffnen. Man könne den Verhandlungsteil im Doppelbeschluß als ein eingebautes vierjähriges westliches Moratorium bezeichnen, das für die Verhandlungen genutzt werden sollte und genutzt worden sei. Das Bündnis habe nie einen Zweifel daran gelassen, und er betonte dies nochmals, daß auch nach Aufstellung der Raketen dieselben disponibel blieben entsprechend einem Verhandlungsergebnis. Außerdem sei als Bestandteil des Doppelbeschlusses der einseitige Abzug von tausend Nuklearsprengköpfen vorgesehen worden, die tatsächlich 1980 abgezogen worden seien.²³ Wir hätten die Absicht, einen weiteren erheblichen Schritt in diese Richtung zu tun. Außerdem werde für jeden Sprengkopf, der zusätzlich in Europa stationiert werde, ein vorhandener abgezogen werden. Es werde also in jedem Fall erheblich weniger Sprengköpfe in Europa geben als vor 1979.

Zur Frage der französischen und britischen Systeme erinnerte BM daran, daß die Sowjetunion seit Ende der 60er Jahre verlangt habe, diese Systeme im interkontinentalen Zusammenhang zu berücksichtigen. Er, BM, sei nicht autorisiert zu sagen, ob dies richtig sei, er stimme jedoch in einem Punkt mit dieser früheren sowjetischen Haltung überein, daß nämlich die rüstungskontrollpolitische Perspektive für diese Waffen nicht in den Mittelstreckenwaffen-Verhandlungen liege. Wir nähmen außerordentlich ernst, was der französische Präsident und der britische Außenminister über die rüstungskontrollpolitische Perspektive für diese Systeme in der Generalversammlung der VN gesagt hätten.²⁴ Dem sollte auch die Sowjetunion größte Aufmerksamkeit widmen.

Die SS-20 wie auch die SS-4 und SS-5 seien Waffen, an deren Existenz und politischer Wirkung wir in Europa nicht vorbeigehen könnten. Sie stellten eine regionale Bedrohung mit der Gefahr einer Abkoppelung von der Macht dar, auf deren Schutz wir angewiesen seien. Wir sehen den politisch-strategischen, nicht nur den militärischen Faktor dabei. In den Gesprächen, die er mit Gromyko gehabt habe, sei oft von gleicher Sicherheit und Gleichberechtigung die Rede gewesen. Gromyko habe seine Sorgen vor der kurzen Warnzeit der Pershing II²⁵ ausgedrückt. Er bitte, unsere Sorgen vor der kurzen Warnzeit der Raketen zu verstehen, die schon heute auf unser Land gerichtet seien.

Weil wir sehr besorgt seien und die sowjetischen Besorgnisse ernst nähmen, sprächen wir viel davon, daß es das Beste sei, wenn die Sowjetunion den westlichen Vorschlag annehmen könne, daß USA und Sowjetunion auf solche landgestützten Mittelstreckenraketen ganz verzichten sollten. Aber in jedem Falle

²² Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau; Dok. 200.

²³ Zum Abzug von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

²⁴ Zu den Reden des Staatspräsidenten Mitterrand und des britischen Außenministers Howe am 28. September 1983 vgl. Dok. 327.

²⁵ Zu den Flugzeiten der Pershing II vgl. Dok. 45.

sollte es wesentlich weniger geben. Den sowjetischen landgestützten Raketen SS-20, SS-4 und SS-5 stehe in Westeuropa praktisch nichts gegenüber. Auch bei den landgestützten Raketen kürzerer Reichweite und bei den Flugzeugen – wenn man in West und Ost vergleichbare Flugzeuge gegenüberstelle – habe die Sowjetunion eine große Überlegenheit. Bezüglich der nuklearfähigen Flugzeuge auf Flugzeugträgern der USA müsse man sehen, daß auch die sowjetischen Marineflieger vom Typ Backfire, Badger und Blinder nicht einbezogen werden sollten.

Da man so offen miteinander spreche, wolle er wiederholen, was er Gromyko schon früher gesagt habe, daß nämlich nach unserer Meinung die Sowjetunion mit der SS-20-Rüstung wirklich einen schweren Fehler gemacht habe. Diese Rüstung beunruhe nicht nur uns Europäer, sondern auch andere näher und weitentfernt liegende Länder: Japan, die ASEAN-Länder und auch die Chinesen. Die Chinesen müsse man nicht aufstacheln, sie hätten ihre Sorgen, wie wir immer wieder gehört hätten. Aber er habe hier nicht für die Volksrepublik China zu sprechen.

Zu den jüngsten amerikanischen Vorschlägen bei INF wolle er im einzelnen sagen:

- Es sei klargestellt worden, daß bei einem Abkommen, das auch die Reduzierung schon vorhandener Mittelstreckenraketen vorsehe, auf westlicher Seite beide Systeme – Pershing II und Marschflugkörper – einbezogen würden.
- Die Erklärung, daß nicht der gesamte Bestand sowjetischer Mittelstreckenraketen auf westlicher Seite in Europa ausgeglichen werden müsse, gehe auf Interessen ein, die von sowjetischer Seite geäußert worden seien. Die Sowjetunion solle dies noch einmal gründlich prüfen.
- Bezüglich der Einbeziehung von Flugzeugen stelle der neue westliche Vorschlag einen sehr substantiellen Fortschritt dar, der Einwendungen von sowjetischer Seite berücksichtige. Was der Sowjetunion daran klärungsbedürftig erscheine, solle am Verhandlungstisch geklärt werden.

BM ...²⁶ Gromykos Bemerkung, daß die Sowjetunion weiter verhandeln werde, aber parallel überlege, was sie im Falle einer westlichen Stationierung tun solle, unterstrich BM: Wir wünschten, daß es bis Mitte November Verhandlungsergebnisse gebe, welche die Stationierung gänzlich überflüssig oder wenigstens teilweise überflüssig machten. Aber er wolle ganz klarstellen, auch um Mißverständnisse zu vermeiden, die sich aus bei uns geübter Kritik an der Bundesregierung ergeben könnten: Wenn es bis zur Bundestagsdebatte am 21. November²⁷ keine konkreten Ergebnisse in Genf gebe, werde ab 22. November, wie vorgesehen, die Stationierung beginnen. Das geschehe nicht auf Druck der USA, sondern in Ausführung einer souveränen Entscheidung der Bundesregierung, die schon 1979 getroffen worden sei und die zu ändern²⁸ kein Grund bestehe, wenn es keine Verhandlungsergebnisse gebe. Wir seien überzeugt, daß es im gemeinsamen Interesse liege, auch in einem solchen Fall die Verhandlungen

²⁶ Auslassung in der Vorlage.

²⁷ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

²⁸ Korrigiert aus: „die ändern“.

weiterzuführen, um ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, das eine geringere Stationierung vorsehe. Auch in einem solchen Falle stünden die bereits aufgestellten Raketen je nach dem Verhandlungsergebnis zur Disposition.

Wir stimmten der sowjetischen Einschätzung zu, daß es noch möglich sei, in Genf eine Vereinbarung zu erzielen. Gromyko habe mit dieser Feststellung die Erwartung westlicher Bewegung verbunden. Er verbinde damit die Erwartung eines konstruktiven Eingehens der Sowjetunion auf die jüngsten westlichen Vorschläge.

Wir sollten uns jetzt mit großem Verantwortungsbewußtsein um ein Verhandlungsergebnis bemühen, das eine geringe Anzahl von Raketen vorsehe. Gleichzeitig sollten wir uns mit großer Verantwortlichkeit um die Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses insgesamt bemühen. Er sei nach Wien gekommen, um mit Gromyko ein Gespräch über die Gesamtaspekte des West-Ost-Verhältnisses zu führen, die über das Thema Mittelstreckenraketen weit hinausreichten. BM schlug vor, daß über diese Gesamtperspektive am folgenden Morgen weitergesprochen werden sollte.

VS-Bd. 14116 (010)

305

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien

220-371.76 INF-2282/83 VS-vertraulich

16. Oktober 1983¹

Gespräch Bundesminister – AM Gromyko am 16.10., 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr²

Außenminister *Gromyko* sagte einleitend, daß er im Zusammenhang mit seinen Äußerungen vom 15.10. noch einige Bemerkungen machen wolle.

Er habe in Presseberichten gelesen, daß sich bei den Gesprächen keine Hinweise darauf ergeben hätten, daß die Sowjetunion bei Stationierungsbeginn die Verhandlungen abbrechen werde. Er wisse nicht, ob diese Berichte auf entsprechende Impulse des Ministers zurückgingen. Sollte dies der Fall gewesen sein, dann wolle er die Akzente richtig setzen und wiederholen: Die sowjetische Einschätzung des Verhandlungsstandes und die Überzeugung, daß die amerikanische Seite nach wie vor in Genf eine obstruktionierende Linie verfolge und keinen Wunsch zeige, zu einem Abkommen zu gelangen, sei eindeutig. Es handle sich um hundertprozentigen Obstruktionismus und den Unwillen, Verhandlungsergebnisse zu ermöglichen. Im einzelnen wolle er noch einmal klarstellen:

¹ Ablichtung.

Zur Übermittlung der Gesprächsaufzeichnung vgl. Dok. 303, Anm. 1.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz vorgelegen.

² Bundesminister Genscher führte am 15./16. Oktober 1983 Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien. Vgl. dazu auch Dok. 303, Dok. 304, Dok. 306 und Dok. 310.

1) Die Sowjetunion erwäge unter Berücksichtigung der geschilderten Lage die Frage: Was solle³ die Sowjetunion machen, wenn es zur Stationierung komme? Irgendwelche Prognosen seien dem Gewissen derer vorbehalten, die diese Prognose machten.

2) Der Bundesminister habe den Gedanken geäußert, daß, wenn es bis November keine Vereinbarungen gebe, wir in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Staaten mit der Stationierung begännen. Die Sowjetunion sei über eine solche Position verwundert. Sie ähnele einem Ultimatum und sei nicht annehmbar.

3) Der Bundesminister habe gestern im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage der Flugzeuge auf Flugzeugträgern den Gedanken erwähnt, es gebe in der Sowjetunion Flugzeuge, die man mit amerikanischen Flugzeugen auf Trägern vergleichen könne. Hier handele es sich um ein grobes Mißverständnis. Es gebe keine analogen Flugzeuge. Dies müßten die westlichen Militärs wissen. Jeder Vergleich sei fehl am Platz.

4) Bei der Einschätzung der Lage bei den Verhandlungen habe er, Gromyko, betont, daß eine große Verantwortung nicht nur den Vereinigten Staaten, sondern auch den Staaten zufalle, die den Vereinigten Staaten verbunden seien und die einen einheitlichen Standpunkt bezögen.

Wenn die Lage geprüft werde, dann müsse man sich auch mit ihrer Genese befassen, um dann selbst festzustellen, daß die damalige deutsche Regierung maßgeblichen Anteil an den Anstrengungen gehabt habe, die zur heutigen Lage geführt hätten. Dementsprechend habe sie eine schwere Verantwortung für die Entstehung der heutigen Lage übernommen.

Man könne sagen, die ersten Impulse für diese Frage seien von deutschen Politikern gegeben worden. Washington habe dieses aufgegriffen und bis zur heutigen Lage weiterverfolgt. Hier liege die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland. Dies wolle er namens der sowjetischen Regierung und namens GS Andropows unterstreichen.

Der *Bundesminister* entgegnete, er wolle einige Bemerkungen zu dem machen, was Gromyko gesagt habe:

Es sei selbstverständlich, daß die Hinweise, von denen Gromyko gesprochen habe, nicht von uns stammten, denn sie seien ja auch so nicht gemacht worden. Er habe Gromyko gestern abend so verstanden, daß die sowjetische Führung dabei sei, zu erwägen, wie sie sich verhalten werde, wenn es zur Stationierung komme. Es sei nicht unsere Sache, Vermutungen darüber anzustellen, was diese Überlegungen bringen werden.

Was die Ausführungen Gromykos zu den Flugzeugen anginge, so wolle er noch einmal feststellen, daß er von drei Typen von Marineflugzeugen gesprochen habe, die den amerikanischen seegestützten Flugzeugen gegenübergestellt werden müßten.⁴

³ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „werde“.

⁴ Der Passus „den amerikanischen ... werden müßten“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „wie amerikanische seegestützte Flugzeuge ebenfalls nicht einbezogen seien“.

Was den Gesamtkomplex angehe, so sei es richtig, daß erste Hinweise auf die Gefahren der SS-20-Rüstung von dem damaligen Bundeskanzler Schmidt gekommen seien. Dies sei in Übereinstimmung mit der damaligen Bundesregierung erfolgt. Er wolle auch unterstreichen, daß es sich nicht um einen Sachverhalt handle, der den Westeuropäern von den Vereinigten Staaten oktroyiert worden sei. Vielmehr habe es sich um eine gemeinsame Sorge gehandelt. Insbesondere sei es in unserem Falle Ausdruck der Sorge eines Landes, das auf Atomwaffen verzichtet habe⁵ und davon einen Anspruch herleite, nicht von Nuklearwaffen bedroht zu werden. Bestehe diese Bedrohung, dann sei die Bundesrepublik Deutschland vom Schutz durch die Vereinigten Staaten abhängig. Wir seien nicht raketensüchtig, wir seien aber auch nicht raketenbedrohungs-süchtig.

Wie er, der Bundesminister, schon festgestellt habe, sei der 21. November der Termin für die Debatte im Bundestag und den Bericht der Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen.⁶ Dies sei in gewisser Weise das Enddatum eines einseitigen vierjährigen Moratoriums des Westens auf INF-Stationierung, das mit dem Doppelbeschluß 1979 begonnen habe. Dieser Termin habe keine ultimative Motivation. Es sei der normale Ablauf eines Zeitrahmens, der aus unserer Sicht für Verhandlungen nutzbar werden sollte.

Nach unseren Überlegungen lägen in Genf die Elemente für ein Abkommen auf dem Tisch. Er würde⁷ noch einmal die Erwartung unterstreichen⁸, daß die Sowjetunion konstruktiv auf die westlichen Vorschläge⁹ eingehe. Er lege auf die Feststellung Wert, daß diese Vorschläge wesentlich von der Bundesregierung mitgestaltet worden seien. Er wolle unterstreichen, daß der Beginn der Stationierung, die selbst mehrere Jahre dauern werde, nichts Unwiderrufliches schaffe. Der Westen habe immer wieder festgestellt, daß spätere Ergebnisse es möglich machen könnten, alle aufgestellten Systeme wieder zu beseitigen.

Weil im gestrigen Gespräch der Begriff Erstschlag gefallen sei und dieser Begriff möglicherweise eine falsche Übersetzung darstelle, wolle er dazu ein Wort sagen. Der Westen habe sich bekanntlich zum umfassenden Gewaltverzicht bekannt. Dies werde deutlich aus der NATO-Erklärung vom Sommer 1982, daß keine der Waffen des Bündnisses eingesetzt werde, es sei denn, als Antwort auf einen Angriff.¹⁰ Die Erklärung der NATO gelte für beides, für den konventionellen und für den nuklearen Bereich.

Der Bundesminister wolle noch einmal sagen, daß die Bundesregierung nicht müde werde, der sowjetischen Regierung, ihren Bündnispartnern und der so-

⁵ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf Erwerb, Produktion und Besitz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

⁶ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁷ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „unterstreiche“.

⁸ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen.

⁹ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

¹⁰ Vgl. dazu die Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

wjetischen Bevölkerung zu versichern, daß ihre Politik durch den gleichen Geist bestimmt werde, der die Vertragspolitik und unsere Haltung bei der KSZE bestimmt habe. Dieser Geist beflügele auch unsere Bemühungen bei INF, KAE, MBFR und bei den C-Waffen-Verhandlungen. Dies sei eine klare Fortsetzung der Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit und der Entspannungspolitik. Es gebe keine vernünftige Alternative zu einer solchen Politik. Sie sei nicht konjunkturbedingt, sondern langfristig angelegt.

Außenminister *Gromyko* sagte, er wolle noch einige Bemerkungen zu internationalen Fragen machen. Der Bundesminister habe auf die NATO-Erklärung vom Sommer 1982 verwiesen mit der Verpflichtung, auf die Anwendung aller Waffen zu verzichten. Der Warschauer Pakt habe einen Vorschlag für ein Abkommen über den Gewaltverzicht zwischen NATO und Warschauer Pakt unterbreitet.¹¹ Wenn diese Lage geprüft werde, dann müsse festgestellt werden, daß die Position der NATO zum Teil falsch sei. Warum solle es nicht möglich sein, eine Erklärung in eine Verpflichtung umzuwandeln, in ein Abkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt? Welches sei die Lage: Der Westen habe eine Erklärung abgegeben. Der Osten habe vorgeschlagen, einen Vertrag auszuarbeiten. Damit könne die in der Erklärung des Westens enthaltene Idee verwirklicht werden. Die westliche Position sei aber mit Vorbehalten umstellt. Die Mitglieder des Warschauer Vertrages hätten in der Erklärung von Sofia¹² den Vorschlag wiederholt, einen Vertrag abzuschließen. Was sei daran so schlecht? Man sage, wozu sei eine weitere Vereinbarung notwendig? Es gebe ja die UNO-Satzung¹³. Aber seit es die UNO-Satzung gebe, habe es auch Kriege gegeben, zwar nicht in Europa, aber weltweit. Vor dem letzten Weltkrieg habe es den Völkerbund gegeben, und dennoch sei es zu einer Katastrophe gekommen. Es gebe keine Rechtfertigung dafür, nicht zu einer Übereinkunft zu kommen. Ohne einen Vertrag bleibe die Gewaltverzichts-idee Schall und Rauch. Es bestehe die Verpflichtung, die Idee umzuwandeln. Der Abschluß eines solchen Vertrages würde den Völkern der NATO und des Warschauer Pakts Zuversicht geben. Wenn die NATO auf ihrer Position beharre, führe uns das nicht weiter. Es würden Berge von Waffen aufgebaut, die immer höher würden. Es gäbe eine Idee, aber keine Beseitigung der Gefahren. Stattdessen werde der Waffenberg weiter angehäuft.

Der *Bundesminister* entgegnete, er wolle zur Frage des Gewaltverzichts eine Bemerkung machen. Er sei nicht nur in der Charta der Vereinten Nationen verankert, sondern auch in der Schlußakte von Helsinki und im deutsch-sowjetischen Vertrag¹⁴. In diesem Zusammenhang wolle er erwähnen, daß wir einer Konkretisierung des Gewaltverbots nicht gerade¹⁵ gegenüberstehen. Zu

¹¹ Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen vgl. Dok. 40 und Dok. 91, besonders Anm. 3.

¹² Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 13./14. Oktober 1983 in Sofia vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

¹³ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

¹⁴ Vgl. dazu Ziffer II der Prinzipienklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

Vgl. dazu ferner Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354.

¹⁵ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ablehnend“.

dieser Frage habe der Bundeskanzler in seiner Tischrede in Moskau¹⁶ folgendes festgestellt: (Zitat). (Gromyko warf ein, diese Äußerung zu kennen.) Die Sowjetunion wisse, daß mit dem Hinweis auf die Beendigung der Gewalt die sowjetische Militärintervention in Afghanistan¹⁷ gemeint sei.

Im Hinblick auf die KAE ergebe sich die Möglichkeit einer konkreten Ausführung des Verzichts auf Gewalt durch die Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen.

Gromyko sagte, daß er glaube, damit¹⁸ seine Äußerungen zu diesen internationalen Themen abschließen zu können. Er möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Bundesregierung seine Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit prüfen werde.

Er wolle abschließend noch auf den neuesten Vorschlag der Sowjetunion hinweisen, der in den Vereinten Nationen gemacht worden sei, weil die Sowjetunion überzeugt sei, daß dies den Interessen aller Staaten der Welt diene.¹⁹ Wer könne schon gegen eine Resolution wider den Nuklearkrieg stimmen? Wer für den Frieden sei, könne nicht gegen den sowjetischen Vorschlag stimmen.

Was den Kosmos angehe, so sei die Zeit vorbei, wo sich nur Schriftsteller mit ihm befaßt hätten. Es sei jetzt die Arena auch eines militärischen Wettstreits. Das sei potentiell sehr gefährlich. Das Thema solle in den Vereinten Nationen auf eine höhere Diskussionsstufe gehoben werden. Der Sowjetunion sei noch nicht klar, welches die Position der NATO-Staaten sei. Sie reagierten vorsichtig und unterschiedlich. Er habe es für nötig gehalten, dem Bundesminister dies zu sagen²⁰. Dies sei auch im Kontext der INF-Diskussion zu sehen. Weil dies so sei, habe er in der Sache klar gesprochen.²¹

Der *Bundesminister* schloß die Diskussion über internationale Fragen mit der Bemerkung, daß jeder Nuklearkrieg, aber auch jeder konventionelle Krieg verhindert werden müsse, weil der Gewaltverzicht unteilbar sei. Wir nähmen das Wettrüsten im Weltraum sehr ernst. Vorschläge in diesem Bereich hätten unsere Aufmerksamkeit. Wir seien offen für Gespräche über alle diese Fragen.

VS-Bd. 14116 (010)

¹⁶ Für den Wortlaut der Tischrede des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juli 1983 in Moskau vgl. BULLETIN 1983, S. 706–710.

¹⁷ Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

¹⁸ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen.

¹⁹ An Stelle des sowjetischen Außenministers Gromyko verlas der sowjetische VN-Botschafter Trojanowskij am 4. Oktober 1983 vor der VN-Generalversammlung eine Erklärung. Darin wurde u. a. Verabschiedung einer Resolution über die Verurteilung des Nuklearkriegs durch die laufende VN-Generalversammlung vorgeschlagen und weitere Maßnahmen zur Eindämmung des nuklearen Wettrüstens, nicht zuletzt im Weltraum, angeregt. Für den Wortlaut vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 38th Session, Plenary Meetings, I, S. 291–298. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 650–654 (Auszug).

²⁰ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „damit man sich objektiv verstehe“.

²¹ Der Passus „Dies sei ... klar gesprochen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er ein: „Dies sei im Kontext der INF-Diskussion und für sich genommen zu sehen. Weil dies so sei, habe er zu der Sache gesprochen und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Bundesregierung konstruktiv reagiere.“

306

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien

213-321.11 SOW VS-NfD

16. Oktober 1983¹

Gespräche des Bundesministers mit AM Gromyko in Wien 15./16.10.1983²; hier: Gesprächsrunde am 16.10.1983, 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr, in der Deutschen Botschaft (außer Rüstungskontrolle)

Teilnehmer:

auf deutscher Seite: Botschafter Meyer-Landrut, D2A³, Dg21⁴, LMB⁵, RL 013⁶;
auf sowjetischer Seite: Vize-AM Komplektow, Stv. Leiter Dritte Europ. Abteilung Schikin und Chotulew, LMB Makarow.

I) Behandelt wurden

- zunächst im Anschluß an die Gespräche am Vorabend Fragen der Genfer INF-Verhandlungen, sodann andere rüstungskontrollpolitische Fragen, sowie Gewaltverzicht. Vgl. hierzu Vermerk von D2A.
- deutsch-sowjetische Beziehungen.

Das Gespräch verlief nach der harten Diskussion am Vortag über die Sicherheitsfragen wieder in entspannterer Form. Wesentliches Ergebnis war das Einvernehmen, die politischen Kontakte und die Zusammenarbeit mit langfristiger Perspektive fortzusetzen. Es wurde eine Reihe operativer Vorhaben verabredet.

II) Im einzelnen:

Gromyko begann, wobei er an die Ausführungen von BM in seiner Eingangserklärung am 15.10. anknüpfte:

Er wolle unterstreichen, was uns gegenüber schon bei vielen Gelegenheiten auf allen Ebenen betont worden sei, daß beide Staaten in ihren Beziehungen einen langen Weg zurückgelegt hätten. Der historische Moskauer Vertrag⁷ bleibe mit seinen Verpflichtungen für beide Seiten die feste Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen. Er habe die Möglichkeiten für ihre Entfaltung beträchtlich erweitert.

Dabei sei der politische Bereich, wie immer, besonders wichtig. Natürlich könne man die politischen Beziehungen zwischen zwei Staaten nicht isoliert betrachten von der Außenpolitik jedes Staates und von der internationalen Poli-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 17. Oktober 1983 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl gefertigt.

² Für die Gespräche vgl. auch Dok. 303–305 und Dok. 310.

³ Friedrich Ruth.

⁴ Gerold Edler von Braunmühl.

⁵ Hans Friedrich von Ploetz.

⁶ Karl-Theodor Paschke.

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

tik. Beide Bereiche seien eng verflochten. Dieser Umstand erschwere eine klare Antwort auf die Frage nach dem Stand der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Mit diesen Vorbehalten könne man sagen, daß es in der Entwicklung der Beziehungen Aspekte gebe, die zeigten, daß beide Staaten bestrebt seien, diese Beziehungen weiter zu entwickeln.

Besonders wichtig seien die politischen Kontakte. Es habe Zeiten gegeben, wo keine oder wenige Kontakte stattgefunden hätten, nämlich vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen beim Besuch Bundeskanzler Adenauers in Moskau 1955⁸. Seitdem hätten sie sich ständig weiterentwickelt. Das jetzige Treffen zeuge davon. Natürlich bestünden die politischen Beziehungen nicht nur aus Kontakten. Diese hätten aber zwei wichtige Seiten:

- Sie zeigten den Stand der politischen Beziehungen an und
- sie könnten selbst als Mittel zur weiteren Entwicklung dieser Beziehungen dienen.

Entsprechend fasse die sowjetische Seite diese Kontakte als potentielle Möglichkeit auf, die bilateralen Beziehungen auch in Zukunft weiterzuentwickeln.

Die sowjetische Führung müsse über die von gewissen Regierungen eingenommene Haltung „lächeln“, daß im Zusammenhang mit gewissen Ereignissen Kontakte mit sozialistischen Ländern nicht stattfinden sollten. Das sei eine unsolide Position. Solche Regierungen begriffen nicht die Bedeutung politischer Kontakte. Die sowjetische Regierung werde dies als Tatsache zur Kenntnis nehmen und warten, bis man bei diesen Regierungen wieder zu einer vernünftigen Haltung gelangt sei.

Die sowjetische Regierung sei auch künftig bereit, mit der jetzigen Bundesregierung entsprechende Kontakte und einen Meinungsaustausch fortzusetzen.

BM habe zu Recht auf die Bedeutung der KAE-Konferenz in Stockholm hingewiesen. Er sei einverstanden, daß beide Seiten Konsultationen über dieses Thema führten. Dies könne nur Nutzen bringen.

Die sowjetische Seite halte es auch für zweckmäßig, in Fragen der Planung hinsichtlich der künftigen politischen Entwicklung einen Meinungsaustausch zu führen, wie BM dies vorgeschlagen habe. Über genauere Thematik, Kreis und Ebene könne man noch sprechen.

Man halte es auch für zweckmäßig, über mögliche Entwicklungen in wichtigen Teilen der Welt Konsultationen zu führen. (Anmerkung: Es war nicht ganz deutlich, ob es sich dabei um gesonderte Konsultationen oder einen Meinungsaustausch im Rahmen der Planungsstabsgespräche handeln sollte. BM ging auf diesen Punkt später nicht gesondert ein.)

Beim Besuch von BK und BM in Moskau⁹ sei über die Fortsetzung des bilateralen Meinungsaustausches über eine Reihe von Vereinbarungen – technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit, kulturelle Zusammenarbeit, Rechtshilfe – gesprochen worden. In diesem Bereich habe die deutsche Seite den früheren Mei-

⁸ Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR auf. Für die deutschen und russischen Gesprächsaufzeichnungen vgl. *VIZIT KANCLERA ADENAUERA*, S. 48–184.

⁹ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

nungsaustausch abgebrochen, weil die Bundesrepublik offenbar kein Interesse mehr an den Vereinbarungen gehabt habe. Man sollte überlegen, wie jetzt die Kontakte konkret fortgesetzt werden sollten.¹⁰

Besonders wichtig seien der Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Darüber gebe es Dokumente und Abkommen, welche die Perspektiven aufzeigten. Die SU sei bereit, die Arbeit auf dieser Grundlage fortzusetzen und die gestellten Aufgaben voll zu erfüllen.

Die Bundesregierung habe trotz äußeren Drucks an Wirtschaftsvorhaben mit der Sowjetunion festgehalten. Dies lasse den wichtigen Schluß zu, daß die Bundesregierung, wenn sie dies wolle, imstande sei, ihre Interessen gegen äußeren Druck zu verteidigen. Trotzdem müsse man feststellen, daß in gewissen Bereichen der ökonomischen Gesamtbeziehungen der Druck von außen nicht ganz ohne Wirkung geblieben sei. Man hoffe, daß die Bundesrepublik auf diesem Gebiete selbständig bleibe. Dies bringe uns und allen politischen und wirtschaftlichen Nutzen.

Bei den Gesprächen in Moskau hätten BK und BM Interesse an der Zusammenarbeit auf dem wichtigen Gebiet des Umweltschutzes gezeigt. Die sowjetische Seite habe positiv reagiert. Beide Länder hätten in der Tat ein Interesse an einer solchen Zusammenarbeit. Es sei Zeit, diese Idee jetzt in konkreter Form in die Tat umzusetzen.¹¹

Was die bevorstehende Sitzung der gemischten Wirtschaftskommission¹² und ihre Bedeutung angehe, so teile die sowjetische Seite vollkommen unsere Meinung. Die Sowjetunion halte dieses Gebiet für sehr wichtig und sehr breit angelegt.

Anschließend machte Gromyko einige Bemerkungen über vertrauensbildende Maßnahmen. Hier sei es schwer, zwischen der allgemeinen Außenpolitik des jeweiligen Staates und der Frage vertrauensbildender Maßnahmen zu trennen. Man müsse wissen, um welche Maßnahmen es sich im einzelnen handle. Wir sollten erneut überlegen, welch große Bedeutung der Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages für die Bundesrepublik, die Sowjetunion und alle anderen haben würde.

Abschließend faßte Gromyko zusammen: Die sowjetische Seite halte die bilateralen Beziehungen, besonders die Wirtschaftsbeziehungen, für sehr wichtig. Sie sei dafür, daß diese Beziehungen weiterentwickelt und maximal bereichert würden. Die SU werde ihre Verpflichtungen erfüllen und sich dafür einsetzen, neue Reserven zu erschließen, welche die Beziehungen bereichern könnten.

BM erwiderte:

Der Moskauer Vertrag sei auch nach unserer Auffassung von grundlegender Bedeutung für die künftige Gestaltung der Beziehungen. In der Konsequenz

¹⁰ Zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 199, Anm. 9.

¹¹ Zur Zusammenarbeit in Umweltfragen vgl. das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 28. Oktober 1983 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow; Dok. 319.

¹² Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vom 11. bis 16. November 1983 in Moskau vgl. Dok. 303, Anm. 6.

dieses Vertrages sei beachtliches Positives erreicht worden. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien für beide Staaten, also auch für das West-Ost-Verhältnis insgesamt, wichtig.

Dem politischen Dialog, auf den sich Gromyko mit der Bezeichnung „Kontakte“ bezogen habe, räumten auch wir große Bedeutung bei. Schließlich sei dieses Wiener Treffen bereits das vierte der beiden Außenminister in diesem Jahre (Januar Bonn¹³, Juli Moskau, September Madrid¹⁴).

Bezüglich der Planungsstabsgespräche könne der Leiter unseres Planungsstabes, Herr Seitz, der nächste Woche in Moskau sei¹⁵, Einzelheiten bezüglich Thematik, Zeitpunkt, Zusammensetzung des Kreises erörtern.

Bei den KAE-Konsultationen sei die Dringlichkeit zu berücksichtigen. Er schlage vor, daß Botschafter Ruth den entsprechenden Mitarbeiter Gromykos zu einem Treffen noch in diesem Jahr nach Bonn einlade. Herr Ruth könne aber auch nach Moskau reisen.¹⁶

Bei der Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission und dem Besuch von BM Graf Lambsdorff in Moskau aus diesem Anlaß bleibe es, wie vorgesehen.

Zum Umweltschutz begrüßten wir die positive Reaktion des Generalsekretärs auf die Anregungen des Bundeskanzlers. Wir würden es begrüßen, wenn die SU an der internationalen Konferenz, die nächstes Jahr in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden solle¹⁷, teilnehme. Wir hielten es für gut, wenn bei der Kommissionstagung überlegt werde, wie diese Konferenz gemeinsam vorbereitet werden könne. Wir würden Graf Lambsdorff autorisieren, darüber zu sprechen.

Was die drei Bereiche der bilateralen Zusammenarbeit – wissenschaftlich-technologisches Abkommen, Kulturaustausch und Rechtshilfe – betreffe, so sei die Sachlage unterschiedlich. Bei der Rechtshilfe habe es schon ein Einvernehmen über die Aufnahme des Direktverkehrs gegeben. Hier sei also zu klären, ob die SU weiter dazu bereit sei. Beim Kulturaustausch hätten wir den Austausch von Listen vorgeschlagen. Beim wissenschaftlich-technologischen Abkommen warteten wir noch auf die sowjetische Antwort auf unsere früheren Vorschläge. –

¹³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

¹⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 262.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz erörtere am 1. November 1983 im sowjetischen Außenministerium in Moskau die „Vorbereitung der von BM und AM Gromyko in Wien vereinbarten deutsch-sowjetischen Planungsstabsgespräche“. Dazu berichtete er am selben Tag, die sowjetische Seite habe ein „offenkundiges Interesse an Planungsstabsgesprächen mit uns. Mit keinem Wort wurde die Möglichkeit angedeutet, daß die für die zweite Hälfte Januar in Bonn in Aussicht genommenen Gespräche wegen zwischenzeitlicher Entwicklung nicht zustande kommen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4932; Referat 02, Bd. 178440.

Die ersten deutsch-sowjetischen Planungsstabsgespräche fanden am 9. und 12. März 1984 in Bonn statt.

¹⁶ Zu den geplanten bilateralen Abrüstungskonsultationen vgl. Dok. 303, Anm. 13.

¹⁷ Vom 24. bis 27. Juni 1984 fand in München eine multilaterale Umweltkonferenz statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Juli 1984; AAPD 1984.

BM schlug vor, daß Dg21 als Leiter der zuständigen Unterabteilung im Auswärtigen Amt in Bonn oder in Moskau über diese Fragen mit seinem Kollegen im sowjetischen Außenministerium spreche, um zu sehen, wie weit man dabei komme. Dann könne man sehen, ob Botschafter Meyer-Landrut, nachdem er sein Amt als Staatssekretär in Bonn angetreten habe¹⁸, die Gespräche weiterführe. Evtl. könne man in Bonn beginnen und dann in Moskau weitersprechen. Jedenfalls sollte man diese Fragen jetzt nicht hängen lassen; der Besuch in Moskau habe schließlich schon im Juli stattgefunden.

Zur Frage der politischen Kontakte auf höchster Ebene erinnerte BM an die Einladung des Generalsekretärs durch den Bundeskanzler. Wir gingen davon aus, daß die sowjetische Seite auf die Einladung zurückkommen werde, wenn ihr der Zeitpunkt angemessen erscheine. Er wolle noch einmal das Interesse der Bundesregierung an dem Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland bekräftigen.

Bezüglich der Fortsetzung der Außenminister-Gespräche könne man überlegen, ob sein Besuch mit dem Bundeskanzler im Juli in Moskau gerechnet werde oder nicht. Wenn ja, dann würde er begrüßen, wenn Gromyko nach Bonn komme, und zwar noch vor Beginn der KAE (17.1.1984) und nach den Konsultationen darüber. Wenn die SU hinsichtlich der Anrechnung seines Besuches in Moskau anderer Auffassung sei, so sei es Sache der sowjetischen Seite, die Initiative zu ergreifen. BM werde dann gerne nach Moskau kommen.

Gromyko erwiderte: Er werde den Generalsekretär informieren, daß BM an die Einladung des Bundeskanzlers erinnert und das Interesse der Bundesregierung an dem Besuch unterstrichen habe. Prinzipiell bleibe das in Kraft, was gesagt worden sei. Zeit und Umstände müsse man noch festlegen. In jedem Falle sei die SU für die Fortsetzung der Kontakte und des Dialoges.

Was die Außenminister betreffe, so könne man jetzt wohl noch nicht abschließend überlegen, wer zu wem reisen würde. Man sollte über die Botschaften in Verbindung bleiben, auch hinsichtlich des Zeitpunktes im Zusammenhang mit der KAE in Stockholm. Wenn BM zu einer abschließenden Meinung gekommen sei, wo und wann das Treffen stattfinden solle, könne er ihn ja telefonisch informieren. (Anmerkung: Dies geht zurück auf ein in scherzendem Ton geführtes Gespräch beider Minister beim Mittagessen am 15.10.1983 über die Plage der vielen Telefone und Telefongespräche. Dabei hatte BM festgestellt, daß er eigentlich noch nie mit Gromyko telefoniert habe, und gefragt, ob solche Telefongespräche zwischen den Außenministern im WP-Bereich üblich seien, was Gromyko etwas zögernd als gelegentlich vorkommend bezeichnete.)

BM antwortete, er habe verstanden, was Gromyko über den Besuch des Generalsekretärs gesagt habe. Wir erwarteten dazu also eine Mitteilung der sowjetischen Seite. Was die Außenminister angehe, so halte er einen Termin vor der KAE-Eröffnung in Stockholm für nützlich. Wenn die Entscheidung allein in deutscher Hand liege, so würde er als Ort Bonn vorschlagen und Gromyko einladen. Wenn Gromyko Moskau bevorzuge, könne er auch nach Moskau reisen. Er könne seine Präferenz also sogleich mitteilen.

¹⁸ Andreas Meyer-Landrut wurde am 1. November 1983 Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

Gromyko antwortete: Man könne heute wohl noch nicht das letzte Tüpfelchen auf das i in dieser Sache setzen. Vielmehr solle man in Verbindung bleiben.

Bezüglich des Generalsekretärs wolle er aber noch auf einen Umstand hinweisen: Es sei schwierig zu rätseln, wann die Umstände einen solchen Besuch erlaubten. Aber wie die Situation sich gegenwärtig in West-Europa entwickle, scheine sie für einen solchen Besuch nicht günstig zu sein. Mehr wolle er dazu jetzt nicht sagen.

Das Treffen beider Außenminister müsse vielleicht nicht mit dem Termin in Stockholm verbunden werden. Vielleicht habe man doch noch etwas mehr Zeit.

Anschließend stellten beide Außenminister einvernehmlich fest, daß ihr nächstes Treffen im kommenden Jahr stattfinden werde, wobei der Ort – Bonn oder Moskau – und der Zeitpunkt noch offen seien.¹⁹ – *Gromyko* fügte hinzu: Im Prinzip ja.

Auf Frage von *BM*, ob man Einvernehmen hinsichtlich der Konsultationen

- der Abrüstungsbeauftragten,
- über die drei Abkommensprojekte,
- der Planungsstäbe

feststellen könne, antwortete *Gromyko*: Ja, er sei einverstanden. Er fügte hinzu, daß man bei den drei Punkten (wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, Kulturaustausch, Rechtshilfe) zweckmäßigerweise dort anknüpfen sollte, wo man stehengeblieben sei, damit hier nicht wieder „mit neuem Spaten alles umgewühlt“ werden müsse, was vor Jahren schon getan worden sei. Wie weit man komme, werde sich bei den konkreten Gesprächen herausstellen.

Anschließend kam *BM* auf die humanitären Fragen:

- Er erinnerte an die Einlassungen des Bundeskanzlers in Moskau zur Ausreise. Wir wollten es *Gromykos* Aufmerksamkeit empfehlen, daß diese Frage für uns von außerordentlicher Bedeutung sei und auch eine große Rolle für die öffentliche Meinung spiele. Beim Roten Kreuz seien über 100 000 Ausreisewünsche registriert.²⁰ Wir glaubten, daß eine großzügige Behandlung dieser Frage sowjetische Interessen nicht beeinträchtigen könne. In einer solchen Behandlung würden wir auch eine positive Auswirkung der Abreden sehen, die in Madrid im Rahmen des KSZE-Prozesses getroffen worden seien.²¹
- *BM* kündigte die Übergabe einer neuen Härte liste an, die anschließend von Dg21 an Schikin übergeben wurde.

¹⁹ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister *Gromyko* trafen am 18. Januar 1984 anlässlich der Eröffnung der KVAE in Stockholm zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 37 des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl, z. Z. Stockholm, vom 20. Januar 1984; AAPD 1984. Genscher hielt sich am 13./14. Februar 1984 zusammen mit Bundeskanzler Kohl anlässlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, in der UdSSR auf. Für das Gespräch, das Kohl und Genscher am 14. Februar 1984 mit dem neuen Generalsekretär Tschernenko und dem sowjetischen Außenminister *Gromyko* führten, vgl. die Gesprächsaufzeichnung; AAPD 1984. Genscher und *Gromyko* trafen erneut anlässlich des Besuchs von Genscher in der UdSSR vom 20. bis 22. Mai 1984 zusammen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 52/53 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 28. Mai 1984; AAPD 1984.

²⁰ Zur Entwicklung der Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 19.

²¹ Vgl. dazu das Abschließende Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

- BM setzte sich für den Busfahrer Klanderhoff ein, der selbst über die Folgen seines Verhaltens (Unfall mit Todesopfern) leide.²² Wenn bei dem jetzigen Verfahren in der Sowjetunion keine Verurteilung erfolge, dann habe er ein Verfahren in Deutschland zu erwarten. Nach unserem Recht sei es, da es hier nur deutsche Geschädigte gebe, gleichgültig, wo der Unfall passiert sei. Der Mann habe kleine Kinder. Er bitte, seine Abschiebung zu erwägen.
- Fall Kiener:²³ BM betonte, daß man nicht zur Verunsicherung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit beitragen solle, indem der deutsche Firmenvertreter weiter strafrechtlich verfolgt werde. Er bat, die Einstellung des Verfahrens zu erwägen. Vor allem solle man seinen Fall nicht in Zusammenhang mit anderen Dingen bringen, mit denen er nichts zu tun habe.²⁴
- BM erinnerte daran, daß er mit Gromyko in Moskau einige Namen sowjetischer Staatsangehöriger besprochen habe, darunter Sacharow.²⁵ Inzwischen sei auch ein weiterer Bürger jüdischen Glaubens hinzugekommen, Herr Begun, den er Gromykos Aufmerksamkeit empfehlen wolle.²⁶ Wir wären dank-

²² Referat 511 vermerkte am 31. Oktober 1983, Klaus Klanderhoff sei am 19. September 1983 vom Gebietsgericht Kursk zu sieben Jahren Straflager verurteilt worden: „Klanderhoff wird vorgeworfen, als Fahrer des am 29.7.1983 in der Nähe von Orel/UdSSR verunglückten Omnibusses durch überhöhte Geschwindigkeit den Tod von 11 Menschen (10 Deutschen, ein Österreicher) und die Verletzung zahlreicher weiterer Personen verschuldet zu haben.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1753.

²³ Zum Fall des in der UdSSR inhaftierten Mitarbeiters der Firma Schenck, Kiener, vgl. Dok. 141, Anm. 23.

²⁴ Zu den Bemühungen der UdSSR um einen Austausch des inhaftierten Mitarbeiters der sowjetischen Handelsvertretung, Bataschow, vgl. Dok. 141, besonders Anm. 25 und Anm. 26. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 24. Mai 1983, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, habe mitgeteilt, „daß das Austauschangebot von vier Personen für Bataschow, das in Bonn bekannt sei, akzeptiert sei. Sowjetische Seite sei in diesem Zusammenhang außerdem bereit, als fünften Fall den Fall Kiener im Sinne der Bundesrepublik Deutschland zu lösen.“ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 26. Mai 1983 handschriftlich auf dem Drahtbericht: „Der Koord[inierungs]-Ausschuß im B[undes]K[anzler]-Amt ist strikt dagegen, auf diesen sowj[etischen] Versuch einzugehen, uns für Spione Häftlinge anzubieten, die wegen krimineller Bagatellsachen (Bestechung, Schmuggel, Devisenvergehen etc.) verfolgt werden. Damit würden wir das Instrument zur Befreiung unserer in amt[lichem] Auftrag handelnden Leute verlieren [und] unsere Firmenvertreter im Osten gefährden, die für die Sowjets probate Erpressungsobjekte würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2189; VS-Bd. 13399 (213); B 150, Aktenkopie 1983.

Staatssekretär Lautenschlager teilte Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, am 4. Oktober 1983 mit Blick auf die am 12. Oktober 1983 in Moskau beginnende Anklageerhebung gegen Kiener mit, daß sich eine Verbindung mit dem Fall Bataschow verbiete: „Wir können auf derartige sowjetische Erpressungsversuche umso weniger eingehen, als der Bundeskanzler in einem persönlichen Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow vom 31.8.1983 eine derartige Verbindung beider Fälle abgelehnt hat.“ Das Auswärtige Amt werde der UdSSR mitteilen, „daß wir die Verfahrenseröffnung gegen Kiener als Freipressungsversuch bezüglich Bataschow betrachten müssen und dies deshalb zum Anlaß nehmen, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Abreise mehrerer erkannter sowjetischer KGB-Agenten führen würden“. Vgl. das Fernschreiben Nr. 6397; VS-Bd. 13399 (213); B 150, Aktenkopie 1983.

²⁵ Zum Fall des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. Dok. 268.

²⁶ Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 12. Oktober 1983: „Der Direktor des Washingtoner Büros der ‚National Conference on Soviet Jewry‘, David Harris, hat sich an uns mit der Bitte gewandt, der Bundesminister möge sich bei den Gesprächen mit AM Gromyko, wenn möglich, für Dr. Josef Begun verwenden, und unsere Botschaft Moskau möge einen Beobachter zu dem am 13. Oktober in Wladimir beginnenden Prozeß gegen Begun entsenden. Harris sagte uns, Dr. Josef Begun sei bereits 1977 wegen ‚Parasitismus‘ (d. h. unerlaubter Hebräisch-Unterricht) zu einem Jahr innerer Verbannung und Verbot der Rückkehr in seine Heimatstadt Moskau und 1978 zu weiteren zwei Jahren Verbannung wegen Verstoßes gegen das Moskauer Aufenthaltsverbot verurteilt worden. Die sowjetischen Behörden beschuldigen Begun, der sich für kulturelle und religiöse Rechte sowjeti-

bar, wenn die Sowjetunion durch Großzügigkeit zu einer Lösung in diesen Fällen beitragen könnte, auch um im eigenen sowjetischen Interesse international positive Wirkungen zu erzielen.

- BM erwähnte, daß wir gefragt worden seien, ob wir etwas zugunsten der in Mosambik entführten sowjetischen Experten²⁷ tun könnten. Wir seien bereit, das uns Mögliche zu tun, aber wir verfügten da nicht über großen Einfluß.

Gromyko: BM habe verschiedene Kategorien von Personen angesprochen, teils sowjetische Staatsangehörige, teils solche der Bundesrepublik Deutschland. Er erkundigte sich sodann bei seinen Mitarbeitern nach dem Stand der Behandlung der letzten Härteliste und teilte dann mit, daß an dieser Liste weiter gearbeitet werde. Er wisse noch nicht, ob und was unternommen werden könne. Anträge auf Familienzusammenführung würden weiter bearbeitet. Im übrigen würden sowjetische Staatsbürger nach sowjetischem Recht behandelt. Was Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland betreffe, so werde man unter Berücksichtigung der Bitte von BM sehen, ob man etwas tun könne.

Nachdem BM den Fall Kiener angesprochen hatte, reichte LMB Makarow Gromyko einen Zettel, auf dessen Grundlage Gromyko dann auf den Fall Bataschow zu sprechen kam, der in der Bundesrepublik Deutschland im Gefängnis sitze. Er bat BM, der Sache nachzugehen und zu sehen, was hier unternommen werden könne. BM äußerte sich daraufhin zu diesem Fall (vgl. gesonderter Vermerk²⁸).

VS-Bd. 14117 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1535

scher Juden einsetzt, nunmehr der ‚anti-sowjetischen Agitation‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4628; Referat 213, Bd. 139290.

Begun wurde im Oktober 1983 zu sieben Jahren Gefängnis und fünf Jahren Exil verurteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 530 des Botschafters Jestaedt, Kopenhagen, vom 28. Oktober 1983; Referat 213, Bd. 139290.

²⁷ Zur Entführung sowjetischer Staatsangehöriger in Mosambik vgl. Dok. 285.

²⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl notierte am 17. Oktober 1983, Bundesminister Genscher habe dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortrag in Wien dargelegt, daß die Bundesregierung „im Falle Bataschow einen Austausch vorgeschlagen und die Einbeziehung einer weiblichen Person in der DDR vorgesehen“ habe. Von der DDR sei „unter Berufung auf ihre höchste Ebene“ mitgeteilt worden, daß sie in der Angelegenheit von sowjetischer Seite nicht kontaktiert worden sei: „Es sei wichtig, dies nachzuholen, damit die DDR erkenne, daß es sich hier um gleichwertige Interessen handle.“ Gromyko habe erwidert, diese Frage sei „komplizierter als die anderen von BM angesprochenen Fälle, da die eine Person bei uns und die andere in der DDR sitze. Er könne uns keine Zusicherung hinsichtlich der DDR geben.“ Vgl. VS-Bd. 14117 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Braunmühl vermerkte am 2. Dezember 1983, „daß eine Lösung der zwei Komplexe Austauschaktion Bataschow (gegen Noll, Plach und Hohl) und Freilassungsaktion Kiener, Klanderhoff, Huth, Schornberg (und eventuell auch Ginster) in Aussicht genommen ist, die – unseren Vorstellungen entsprechend – die beiden Vorgänge formell auseinanderhält. Wir haben diese Behandlung der Angelegenheit der sowjetischen Seite gegenüber mit Erfolg durchgesetzt, weil es für uns unannehmbar gewesen wäre, dem KGB den Hebel in die Hand zu geben, jederzeit durch Vorgehen gegen beliebige deutsche Geschäftsleute in Moskau (wie Herrn Kiener) bei uns inhaftierte sowjetische Spione freizupressen.“ Vgl. VS-Bd. 13378 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

Gesandter Huber, Moskau, teilte am selben Tag mit, das sowjetische Außenministerium habe mitgeteilt, die Austauschaktion könne am 7. Dezember 1983 vollzogen werden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 5439; VS-Bd. 13378 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

307

Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an das Auswärtige Amt

114-20446/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 610
Cito

Aufgabe: 16. Oktober 1983, 10.30 Uhr¹
Ankunft: 16. Oktober 1983, 11.18 Uhr

Betr.: Besuch des BK in Saudi-Arabien vom 9. bis 11.10.1983²;
hier: Gespräch mit Innenminister Prinz Nayif

I. BK führte am 11.10.1983 im Gästepalast ein Gespräch mit Innenminister Prinz Nayif bin Abdul Aziz, an dem von saudischer Seite noch der für das Monitor-Projekt³ zuständige Abteilungsleiter im Innenministerium, Abdullah Battal, Botschafter Nowilat⁴ und ein Note-taker teilnahmen. Auf deutscher Seite waren StM Möllemann, MD Teltschik und der Unterzeichnende anwesend.

BK gab zunächst Freude über persönliches Kennenlernen Ausdruck und betonte Wichtigkeit der Herstellung von direkten Kontakten. Er sei, ebenso wie am Vortage, auch heute bereit, über alles einschließlich sensibler Themen zu sprechen. BK verwies auf abgeschlossene und laufende Projekte im Bereich der inneren Sicherheit und fragte, ob weitere saudische Wünsche bestünden. „Wenn wir helfen können, werden wir dies gerne tun.“ BK erwähnte sodann bestehende Einladung BM Zimmermanns an Prinz Nayif und drückte Hoffnung auf baldigen Besuch aus.

Weiterer Teil seiner Einleitung war Ausführungen über den Terrorismus gewidmet. Dieser könne mit der Pest im Mittelalter verglichen werden. Bei uns sei die Ansteckungsgefahr z.Z. zwar relativ gering, doch müßten wir uns auch im Zusammenhang mit der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen wieder auf unruhigere Zeiten gefaßt machen. Anwesenheit zahlreicher Ausländer in Deutschland schaffe ebenfalls Probleme (türkische Extremisten, italienische Mafia). BK schilderte sodann besondere deutsche Gefährdungslage infolge Tätigkeit ausländischer Nachrichtendienste. Situation in geteiltem Land

¹ Hat Bundesminister Genscher am 17. Oktober 1983 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Saudi-Arabien vgl. auch Dok. 299.

³ Seit Januar 1977 bestanden Kontakte zwischen dem Bundesministerium des Innern und der saudiarabischen Regierung über die Einrichtung eines landesweiten Funküberwachungssystems in Saudi-Arabien („Projekt Monitor“). Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 23 und Dok. 34, sowie AAPD 1979, II, Dok. 213.

Zum „Projekt Monitor“ teilte das Bundesministerium des Innern am 3. April 1981 mit, der Beitrag der Bundesregierung, der durch ein Ressortabkommen vom 14. November 1980 vertraglich fixiert worden sei, beinhalte: „a) Erstellen eines Konzeptes für die Funküberwachungsorganisation, b) fernmeldetechnische Beratung und Unterstützung bei Verhandlungen mit deutschen Firmen, c) Planung der Auswahl und Ausbildung des Führungs- und Betriebspersonals im Erkennen, Erfassen und Auswerten sicherheitsrelevanter Funkverkehre, d) Überwachung des Systemaufbaus.“ Ferner sei am 23. Juli 1980 ein Vertrag zwischen dem saudiarabischen Innenministerium und der Firma Siemens AG unterzeichnet worden: „Für Aufbau und Inbetriebnahme ist ein Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen. Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf etwa 700 Mio. DM.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137697.

⁴ Korrigiert aus: „Nouweilati“.

biete viele Ansatzpunkte, um Menschen zu erpressen. BK schloß mit Bemerkung, daß er vor diesem Hintergrund enge Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien für gut und notwendig halte. Diese solle diskret erfolgen. Er sei gerne bereit, in diesem Bereich besondere Beziehungen herzustellen.

Prinz Nayif dankte für freundschaftliche und freimütige Ausführungen. Er stimme der Lagebeurteilung durch BK zu. Terrorismus müsse ausgerottet oder zumindest eingedämmt werden. Bilaterale Zusammenarbeit einschließlich Austausch der über terroristische Aktivitäten vorliegenden Erkenntnisse liege somit im beiderseitigen Interesse. Nayif verwies dann auf bestehendes Ressortabkommen⁵, das sich bewährt habe, und schlug Intensivierung der Zusammenarbeit vor. BK warf ein, daß wir dazu bereit seien. Nayif fuhr fort, daß es neue Bereiche gäbe, die die Saudis jetzt angehen müßten. Effizienz der Sicherheitstruppen (Special Security Forces) müsse vergrößert werden. Dafür bitte man um sieben Ausbilder.

Monitor-Projekt entwickle sich gut, man sei dankbar für die Hilfe des BMI, hoffe, das Projekt in zwei Jahren abzuschließen. Er habe hierzu drei Bitten:

- a) Zurverfügungstellung von mehr Know-how im technischen Bereich,
- b) längere Aufenthaltsdauer der Experten,
- c) stärkere Berücksichtigung der Erfahrungen und Vorschläge der aus Saudi-Arabien zurückkehrenden Experten durch BMI.⁶

Herr Battal werde diese Themen demnächst bei einem Besuch in Bonn mit dem BMI erörtern.

Der Kommandeur der saudischen Grenzschutztruppe⁷ sei kürzlich in Bonn gewesen und habe dort Einrichtungen des BGS besichtigt, einschließlich Küstenwache.

Die Einladung BM Zimmermanns sei nicht vergessen. Er hoffe, im nächsten Jahr nach Deutschland kommen zu können. (Anmerkung: Annahme der Einladung ist, wie ich zuverlässig erfuhr, schon vor einiger Zeit vom König⁸ genehmigt worden.)

BK wiederholte unsere Bereitschaft, im Rahmen des Möglichen zu helfen. Falls es Schwierigkeiten gäbe, möge Prinz Nayif ihn dies wissen lassen, damit er, BK, sich ggf. einschalten könne. Botschafter Nowilaty solle zu diesem Zweck einen direkten Kontakt zum BK-Amt herstellen.

⁵ Für die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Saudi-Arabien vom 14. November 1980 vgl. Referat 311, Bd. 137831.

⁶ Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, informierte am 21. September 1983, er habe kürzlich ein Gespräch mit dem Leiter der Beratergruppe des Bundesministeriums des Innern für das „Projekt Monitor“ in Riad geführt. Dieser habe vorgeschlagen, die Fachberater in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts zu übernehmen: „Gegenwärtig reisten diese mit voller Angabe ihrer Berufsbezeichnung nach Saudi-Arabien ein und seien für jedermann als BMI-Angehörige erkennbar. Dies führe mit fortschreitendem Projektaufbau zu einer zunehmenden Gefährdung der Berater, z. B. auch dadurch, daß diese Ziel von Aufklärungsversuchen gegnerischer Dienste werden könnten.“ Stein sprach sich dafür aus, die Berater mit einer „Legende“ auszustatten, sah aber nicht die Notwendigkeit, sie der Botschaft zuzuordnen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 549; Referat 311, Bd. 137831.

⁷ Mohamed bin Hallal.

⁸ Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud.

Zum Thema Küstenwache verwies BK auf Gespräch mit Prinz Sultan vom Vortag, bei dem u. a. von Schnellbooten die Rede gewesen sei. Diese könnten auch für die saudische Coast Guard in Frage kommen.

Gespräch schloß mit übereinstimmender Feststellung, alle Fragen der Zusammenarbeit im Geiste der bestehenden engen Freundschaft zwischen den beiden Ländern regeln zu wollen.

II. Vor Weiterleitung vorstehenden Gesprächsvermerks an BMI bitte ich, Zustimmung ChBK⁹ einzuholen.

[gez.] Stein

VS-Bd. 14114 (010)

308

Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Bodström

17. Oktober 1983¹

1) Gespräch während des Mittagessens² (Gespräch BM–Gromyko in Wien³: West-Ost-Beziehungen, INF)

BM berichtete auf eine entsprechende Frage von Bodström über sein Gespräch mit AM Gromyko in Wien: Gromyko sei der AM, den er am häufigsten getroffen und mit dem er am längsten Gespräche geführt habe. Das Ergebnis der Wiener Gespräche sei befriedigend gewesen. Man habe vernünftigerweise nicht erwarten können, daß hierdurch die Verhandlungsposition des Warschauer Pakts in Genf erschüttert werde. Es sei darauf angekommen, der SU klarzumachen, daß die Stationierung erfolgen werde, wenn es in Genf nicht zu einem Verhandlungsergebnis komme. Im Mittelpunkt der Gespräche habe die Frage gestanden, wie die SU auf eine eventuelle Stationierung sowohl am Verhandlungstisch als auch in den bilateralen Beziehungen reagieren werde. Gromyko habe sein Gespräch von vornherein als eine Kritik an den USA angelegt und versucht, die US-Vorschläge⁴ zu disqualifizieren. Er, BM, habe dem entschie-

⁹ Waldemar Schreckenberger.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 19. Oktober 1983 gefertigt. Dazu Vermerk: „Vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Bundesministers.“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 24. Oktober 1983 vorgelegen.

² Der schwedische Außenminister Bodström hielt sich am 17./18. Oktober 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

⁴ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

den widersprochen und darauf hingewiesen, daß die amerikanischen INF-Vorschläge mit auf unsere Anregungen zurückgingen. Kritik an den USA sei auch Kritik an uns. Zu den möglichen sowjetischen Reaktionen lasse sich folgendes sagen:

- Die Sowjets sagten, man werde das tun, was für den eigenen Schutz und den der Verbündeten notwendig sei. Die sowjetische Androhung, bei westlicher Stationierung sowjetische Raketen kürzerer Reichweite in der DDR und der ČSSR aufzustellen, sei bekannt. Diese Länder seien von Gromyko nicht genannt worden, er, BM, wisse aber von Gesprächen mit anderen osteuropäischen Außenministern, daß dort solche Maßnahmen geplant seien.
- Wichtig sei das sowjetische Verhalten am Verhandlungstisch in Genf: Es sei noch nicht entschieden, ob die SU ernsthaft erwäge, die Verhandlungen abubrechen. Gromyko habe den Eindruck vermittelt, daß diese Frage noch offen sei; er habe offenbar diese Frage nicht nur aus taktischen Gründen offengelassen.
- Was die bilateralen Beziehungen angehe, so habe Gromyko den Moskauer Vertrag⁵ und die deutsch-sowjetischen Beziehungen gewürdigt und von der Notwendigkeit des Ausbaus dieser Beziehungen gesprochen; er habe nicht wiederholt, was in öffentlichen Erklärungen aus Moskau erklärt worden sei, daß eine Stationierung eine Verletzung des Moskauer Vertrages darstelle. Er, BM, habe mit Gromyko über eine Reihe von gemeinsamen Vorhaben gesprochen. Es gebe drei unterschriftsreife Verträge, die bisher wegen der Berlin-Klausel nicht unterzeichnet worden seien.⁶ Gromyko habe erklärt, daß die SU bilateral weiter über diese Fragen sprechen möchte. Vor der Stationierung Anfang November werde die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission zusammenzutreten⁷; nach der Stationierung seien Planungsstabgespräche geplant⁸, außerdem Konsultationen über Umweltfragen⁹ und Abrüstung¹⁰, u. a. über die Vorbereitung der KAE in Stockholm¹¹ sowohl noch in diesem Jahr, aber auch danach. Gromyko habe erklärt, daß er in jedem Fall im nächsten Jahr mit ihm, BM, zusammentreffen möchte; es sei noch offen, ob dies in Bonn oder in Moskau geschehe.¹² In jedem Fall habe Gromyko in Wien signalisieren wollen, daß die bilateralen Beziehungen auch nach einer eventuellen Stationierung weitergehen werden.

Auf eine Frage von *Bodström* nach der politischen Stellung Gromykos meinte *BM*, die Stellung Gromykos in der sowjetischen Regierung sei in letzter Zeit eher

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

⁶ Zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 199, Anm. 9.

⁷ Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vom 11. bis 16. November 1983 in Moskau vgl. Dok. 303, Anm. 6.

⁸ Zu den deutsch-sowjetischen Planungsstabgesprächen vgl. Dok. 306, Anm. 15.

⁹ Zu den Plänen der Bundesregierung für eine multilaterale Umweltkonferenz vgl. Dok. 319.

¹⁰ Zur Absage von deutsch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen vgl. Dok. 303, Anm. 13.

¹¹ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

¹² Zu den Treffen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko im Jahr 1984 vgl. Dok. 306, Anm. 19.

stärker geworden. Sein Machtzuwachs beruhe darauf, daß er über lange Zeit an der Spitze der sowjetischen Außenpolitik stehe und ein beständiger Faktor in der sowjetischen Führung sei. Er trete mit großer Gelassenheit und Souveränität auf. Auf die Frage von *Bodström* nach der Atmosphäre des Gesprächs in Wien meinte *BM*, dieses sei sachlich, hart, aber nicht aggressiv gewesen, Gromyko habe die USA hart angegriffen; er, *BM*, habe genauso hart reagiert.

Auf die Frage *Bodströms*, ob man in der Bundesrepublik Deutschland nicht erstaunt über die heftige Moskauer Reaktion sei, meinte *BM*, diese sei nicht außergewöhnlich. Er, *BM*, habe gegenüber Gromyko darauf hingewiesen, daß wir durchaus unsere geschichtliche Verantwortung kennen würden und auch ein legitimes sowjetisches Sicherheitsbedürfnis anerkennt.¹³ Andererseits legten wir, die wir auf Atomwaffen verzichtet hätten¹⁴, Wert darauf, nicht von Atomwaffen bedroht zu werden. Gromyko habe argumentiert, die SU werde durch die Pershing II unmittelbar bedroht, während die SS-20 nicht amerikanisches Territorium erreichen könnten. Diese sowjetische Argumentation sei – so *BM* – besonders schwach: Wenn die SU immer von dem Grundsatz gleicher Sicherheit spreche, so müsse dies auch für uns gelten. Er, *BM*, glaube, daß die SS-20-Aufrüstung ausgelöst worden sei in der Erwartung, daß der Westen nicht reagieren, sondern hinnehmen werde, daß eine politisch-strategische Dominanz der SU mit militärischen Mitteln begründet werde. Das Problem in Genf bestehe darin, daß Abrüstungsverhandlungen bisher nur eine Rüstungsbegrenzung nach oben, aber nicht nach unten erreicht hätten. In Genf gehe es aber darum, bestehende Raketen zu zerstören. Die dortigen Verhandlungen hätten durch die westlichen Vorschläge mit dem Ziel einer Begrenzung nach unten eine neue Qualität erreicht. Hier gebe es für die SU ein psychologisches Problem. *BM* fuhr fort, in den West-Ost-Beziehungen sei viel Behutsamkeit notwendig. Er habe heute noch gegenüber dem amerikanischen Botschafter erklärt, daß er ein Gespräch zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Außenminister für dringend notwendig halte.¹⁵

Wenn wir mit den Sowjets zusammenträfen, spiele stets die Frage eine Rolle, ob unsere Politik langfristig angelegt sei oder nicht. Wenn wir dies immer wieder erneut bestätigten, dann werde dies stets als eine bedeutsame Erklärung von der SU gewürdigt. Er, *BM*, sei nicht ganz sicher, ob die Kreml-Führung nicht gewisse Zweifel habe, welches Maß an Zusammenarbeit die USA langfristig wollten. Moskau behaupte – und dies sei eine weitere Schwachstelle der sowje-

¹³ Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl; Dok. 200, Anm. 9.

¹⁴ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf Erwerb, Produktion und Besitz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz unterrichtete die Botschaft in Washington am 17. Oktober 1983, Bundesminister Genscher habe den amerikanischen Botschafter Burns am selben Tag über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien informiert und ein Treffen Gromykos mit dem amerikanischen Außenminister Shultz angeregt. Gromyko sei darauf nicht eingegangen. Genscher habe dazu weiter dargelegt: „Der Westen habe aber nichts zu verlieren, schon gar nicht, wenn Moskau einen Gesprächsvorschlag ablehnen würde. Bezeichnenderweise habe ihm AM Chňoupek in New York [...] am 29.9. erklärt, daß Gromyko sich durch die Verweigerung von Landerechten auf dem New Yorker Flughafen persönlich betroffen gezeigt und erklärt habe, selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs sei er stets nach New York gereist und sogar von AM Dulles in seinem Privathaus empfangen worden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6687; VS-Bd. 14117 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

tischen Argumentation –, die Amerikaner strebten Überlegenheit an. Die Konzentration der SU auf die britischen und französischen Systeme zeige aber, daß die SU ein Stärkeverhältnis anstrebe, in dem sie den USA minus der britischen und französischen Systeme gegenüberstehe. Die USA sollten nach sowjetischer Vorstellung nicht so stark sein wie die SU, sondern müßten sich anrechnen lassen, was andere haben. Kein amerikanischer Präsident werde sich auf eine solche Gleichung einlassen. Es sei vernünftig, was Präsident Mitterrand vor der VN-GV erklärt habe: Wenn beide Großmächte signifikant reduzierten, sei der Zeitpunkt gekommen, wo auch die anderen atomaren Mächte sich zusammensetzen sollten, um ihr Verhältnis zueinander zu regeln.¹⁶

Bodström bemerkte zu dem in der FAZ vom 17. Oktober abgedruckten Interview¹⁷, daß dieses nicht richtig wiedergegeben worden sei. Er, Bodström, habe nicht erklärt, daß die französischen und britischen Systeme in Genf angerechnet werden müßten, sondern vielmehr darauf hingewiesen, daß in Genf kein Platz für Verhandlungen über britische und französische Raketen sei, seiner Überzeugung nach aber früher oder später in anderem Zusammenhang hierüber diskutiert werden müsse.

BM meinte auf eine Frage von Bodström, ob er noch Möglichkeiten für eine Vereinbarung in Genf sehe, er schließe nicht aus, daß die SU noch am letzten Tage mit Vorschlägen komme, um eine Verlängerung der Verhandlungen zu erreichen. Gromyko sei allerdings in Wien auf den Vorschlag, die Verhandlungen um sechs Monate zu verlängern, nicht zurückgekommen.

Was die Haltung der Warschauer-Pakt-Staaten angehe, so seien diese über die SS-20 und ihre Folgen nicht glücklich. Sie seien zu Anfang mit dem Thema nicht vertraut gewesen, denn offenbar habe es Konsultationen zwischen ihnen und der SU nicht gegeben.

Bodström erwähnte sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Stockholm¹⁸, in dem dieser erklärt habe, man solle die sowjetischen Androhungen ernst nehmen. Der Botschafter sei jedoch nicht bereit gewesen, über konkrete Maßnahmen zu sprechen.

BM meinte, es komme jetzt darauf an, in allen West-Ost-Fragen behutsam vorzugehen und der SU die großen Perspektiven einer langfristigen Zusammenarbeit mit dem Westen aufzuzeigen. Die Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses sei ein langer Prozeß. Die Weiterführung der Verhandlungen auch nach Beginn einer eventuellen Stationierung sei auch von Wert für die SU, denn die westlichen Systeme stünden zur Disposition. Die SU verfolge das große politisch-strategische Ziel der sicherheitspolitischen Abkopplung Europas von den USA. Wenn dies richtig ist, dann sei es widersprüchlich, wenn die SU nach der Stationierung mit dem großen Hammer komme. Es komme jetzt darauf an, die Nerven zu behalten, sich nicht provozieren zu lassen und nicht zu provozieren. Wir wollten der SU jetzt zeigen, daß wir als ein für sie wichtiges Land mit ihr

¹⁶ Zur Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 28. September 1983 vgl. Dok. 327.

¹⁷ Vgl. den Artikel „Die schwedische Regierung hat Bedenken gegen die Nachrüstung der NATO“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Oktober 1983, S. 2.

¹⁸ Boris Dmitrijewitsch Pankin.

weiter zusammenarbeiten wollten, und ihr deutlich machen, was sie aufgeben, wenn sie in den beiderseitigen Beziehungen eine Eiszeit herbeiführe.

Sowjetische U-Boot-Aktivitäten in schwedischen Gewässern¹⁹

Nach einem Meinungsaustausch über die innere Lage in der SU, insbesondere über die Rolle des Militärs, stellte BM die Frage nach den sowjetischen Motiven für die sowjetischen U-Boot-Aktionen in schwedischen Gewässern.

Bodström meinte, daß es nach dem seinerzeit gestrandeten sowjetischen U-Boot weitere Indizien für ein Eindringen weiterer sowjetischer U-Boote in schwedische Hoheitsgewässer gebe. Schweden habe hiergegen protestiert. Jüngste Berichte über erneute Verletzungen schwedischer Hoheitsgewässer durch sowjetische U-Boote ließen sich nicht hundertprozentig bestätigen, obwohl der schwedische Marine-Oberbefehlshaber davon überzeugt sei. Die lokalen schwedischen Befehlshaber hätten jetzt die Erlaubnis, nach eigenem Ermessen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie glaubten, daß fremde U-Boote in schwedische Hoheitsgewässer eingedrungen seien. In den schwedisch-sowjetischen Beziehungen gebe es seit über zwei Jahren kein Gespräch auf Außenministerebene. Auch der Handel mit der SU sei geringer geworden. Die schwedische Regierung bedauere diese Entwicklung. Sie hoffe, daß es vielleicht noch in diesem Herbst zu Ministerkontakten komme.

Zu den Motiven der sowjetischen U-Boot-Aktivitäten in den schwedischen Gewässern meinte Bodström, das sowjetische Ostseeflottenkommando gehe offenbar davon aus, daß es die schwedischen Gewässer für eigene Verteidigungszwecke kennen müsse. Die politischen Nachteile der sowjetischen U-Boot-Aktivitäten seien offenkundig. Man hätte annehmen müssen, daß die SU Wert auf gute Beziehungen zu dem allianzfreien Schweden lege. Die sowjetischen U-Boot-Aktivitäten hätten jedoch in Schweden die Vertrauensgrundlage im Verhältnis zur SU zerstört. Die Bevölkerung reagiere aggressiv. Alles dies könne für die SU nur unangenehm sein.

Zu den sowjetischen Motiven gebe es viele Theorien. Nach der einen versuche die SU, dem kleinen Schweden seine Schutzlosigkeit klarzumachen und es zu einem Beistandspakt mit der SU zu zwingen. Eine weitere These, die ihm, Bodström, aber unglaublich erscheine, gehe davon aus, daß die SU nichts dagegen habe, wenn sich Schweden der NATO anschließe, damit die SU diesen Vorwand nehmen könne, den finnisch-sowjetischen Beistandspakt²⁰ in Anspruch zu nehmen. Er, Bodström, glaube, daß die sowjetischen U-Boot-Aktivitäten rein militärische Zwecke verfolgten.

BM warf ein, die sowjetische Handlungsweise zeige den Übermut eines großen Landes gegenüber einem kleinen Nachbarn. Er vermute, daß die sowjetische Seekriegsführung in der Ostsee das Konzept des *mare nostrum* durchsetzen wolle. Dies gebe Anlaß zu großer Besorgnis. (Bodström stimmte dem ausdrücklich zu.) Die SU versuche in der Ostsee durchzusetzen, was den sowjetischen Sicher-

¹⁹ Zur Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch sowjetische U-Boote vgl. Dok. 140, Anm. 11 und 12.

²⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 6. April 1948 zwischen der UdSSR und Finnland über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vgl. UNTS, Bd. 48, S. 156–161. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1948, S. 1350.

heitsinteressen nütze. In Moskau sei die politische Führung offenbar nicht stark genug, um diese militärischen Aktionen zu untersagen. Hinzu komme, daß in der sowjetischen militärischen Planung der Marine immer stärkere Bedeutung bei der Geltendmachung des sowjetischen Weltmachtanspruches beigemessen werde. Der Ostsee komme hierbei eine wichtige Rolle zu.

(Über das sich anschließende Gespräch betr. KAE in Stockholm wird gesonderter Vermerk von D2A i. V. gefertigt.²¹)

2) Gespräch am Nachmittag (17.00 bis 18.00 Uhr)

Auf Wunsch Bodströms wurden die Krisengebiete

- Naher Osten,
- Südliches Afrika,
- Zentralamerika

erörtert. Auf eine einführende Anmerkung von *Bodström*, daß Schweden diese Konflikte nicht in der Ost-West-Perspektive sehe, erläuterte *BM* unsere Dritte-Welt-Politik:

Er habe stets für die Auffassung geworben, daß wir die politische Blockfreiheit der Staaten der Dritten Welt unterstützen sollten und der Gegensatz Ost–West nicht von uns aus in die Dritte Welt hineingetragen werden sollte. Langfristig sei unseren Interessen am besten gedient, wenn die Staaten der Dritten Welt wirklich unabhängig seien. Ein Wettstreit mit dem Osten über Einflußzonen würde die internationale Lage nur komplizieren. Es sei vorauszusehen gewesen, daß sich die Dritte Welt zunehmend in Richtung Unabhängigkeit bewegen werde. Die Blockfreien-Bewegung sei zunächst als anti-kolonialistische und anti-imperialistische Bewegung gegründet worden.²² Mit dem Ende dieser Ära bewege sich die Bewegung zwangsläufig in Richtung der Staaten, die wirkliche Entwicklungshilfe leisten könnten. Auch sei die Mentalität der Afrikaner dem Marxismus-Leninismus wesensfremd. Die Bundesrepublik Deutschland bemühe sich um ein objektives Verhältnis zur Dritten Welt.

Südliches Afrika

Im südlichen Afrika hätten wir von Anfang an die Fünfer-Initiative²³ unterstützt. Er, *BM*, habe stets die Auffassung vertreten, daß die südafrikanische Po-

²¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron legte am 18. Oktober 1983 eine Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Bodström am Vortag zur KAE/KVAE vor. Bodström erklärte, „daß Stockholm häufig gefragt werde, ob es die Absicht habe, KWFZ bei der KAE vorzuschlagen. Das sei nicht die Absicht seiner Regierung. Eine kernwaffenfreie Zone für Nordeuropa betreffe zunächst die Länder im Norden und gehöre nicht in den Rahmen der KAE. Der Vorschlag eines kernwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa sei zunächst von schwedischer Seite als VBM gedacht worden. Da sich Widerstand gegen diesen Vorschlag zeige, werde man von schwedischer Seite diesen Vorschlag jetzt nicht auf den Tisch legen.“ Genscher „sprach die Befürchtung aus, daß eine KWFZ die Führbarkeit eines Kriegs erleichtern könne. Hiermit werde es einem Angreifer möglich gemacht, einen konventionellen Angriff zu kalkulieren. Wenn dieser einmal begonnen habe, sei auch eine Eskalation nicht auszuschließen. Die Bundesregierung sehe in diesem Vorschlag eine Behinderung unserer Strategie der Kriegsverhinderung.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135247.

²² Die Bewegung blockfreier Staaten konstituierte sich bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad. Vgl. dazu die Erklärung vom 6. September 1961; EUROPA-ARCHIV 1961, D 587–594.

²³ Zur Tätigkeit der Namibia-Kontaktgruppe vgl. Dok. 313.

litik die Staaten Afrikas letztlich in die Arme der SU treibe. Die SU sei überall dort stark, wo es Konflikte gebe, die nicht politisch gelöst würden. Wir setzten uns mit Nachdruck für eine Zusammenarbeit mit den Frontstaaten²⁴ und für eine Lösung der Namibia-Frage ein. Eine Namibia-Lösung sei deswegen so kompliziert, weil Südafrika Namibia als strategisches Vorfeld betrachte. Die Frontstaaten hätten in den letzten Jahren eine außerordentlich verantwortungsbewußte Rolle übernommen, auch in ihrer Einwirkung auf SWAPO, die stark östlich indoktriniert sei, aber immer vernünftiger werde. Nujoma habe nicht das Format Mugabes. Dies mache den Umgang mit ihm schwieriger. Er, BM, habe Nujoma mehrfach in Bonn empfangen und auch an anderer Stelle getroffen.²⁵ Er scheine moderater geworden zu sein. Die Lage werde durch die Verknüpfung der Forderung nach Abzug der Kubaner aus Angola mit der Lösung der Namibia-Frage kompliziert. Wir würden unseren Bemühungen um eine Lösung der Namibia-Frage und in unserer Unterstützung der Fünfer-Initiative nicht nachlassen. Wir begrüßten es, daß sich die Frontstaaten mehr zusammenschlossen, wie dies in der Lusaka-Gruppe geschehen sei. Wir unterstützen solche regionalen Zusammenschlüsse. BM erläuterte anschließend das besondere deutsche Interesse (Geschichte und Zahl der Deutschen) an Namibia. Wir hätten Nujoma klar gesagt, daß ein unabhängiges Namibia mit unserer starken wirtschaftlichen Unterstützung rechnen könne, wenn es eine gemischtrassige Gesellschaft nach dem Vorbild Simbabwe gewährleiste.

Bodström meinte zu Südafrika, daß dort ein Kolonialsystem bestehe und daß die Apartheid rein ökonomische Ursachen habe. Die schwedische Politik bemühe sich, durch Wirtschaftssanktionen auf die Entwicklung einzuwirken. Schweden stehe hierbei allerdings weitgehend allein. Lediglich das holländische Parlament habe eine entsprechende Kommission gebildet, die in Kontakt mit Schweden stehe.

BM meinte hierzu, in Südafrika handele es sich auch nach Auffassung der dort lebenden Schwarzen nicht um ein Problem des Kolonialismus, sondern um eine interne Frage der Rassendiskriminierung. Der Rassismus sei nichts anderes als eine Privilegiengesellschaft, in der die Hautfarbe entscheide. In Südafrika bereite sich eine revolutionäre Situation vor, die ernster sei, als dies nach außen erscheine. Die Zeit arbeite gegen die weiße Minderheit. Eines Tages werde der Weg der Reform versperrt sein, und es werde eine Situation entstehen, in der der Osten in Südafrika große Chancen bekomme. Er, BM, habe wiederholt mit dem südafrikanischen AM²⁶ über diese Frage gesprochen.

Was die Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika angehe, so treffe es zu, daß wir dort wirtschaftlich stark engagiert seien. In der Frage der Sanktionen sei unsere Haltung klar, wir lehnten Wirtschaftssanktionen nicht nur gegenüber Südafrika ab. Südafrika sei nicht das einzige Land, wo die Menschenrechte eingeschränkt würden. Man müsse sich daher überlegen, ob man Wirtschaftsbezie-

²⁴ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

²⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, am 12. Februar 1978 in New York; AAPD 1978, I, Dok. 52.

Genscher und Nujoma trafen außerdem am 17. April 1980 in Salisbury und am 26. Mai 1981 in Bonn zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 117, bzw. AAPD 1981, II, Dok. 157.

²⁶ Roelof Botha.

hungen nur mit den Ländern unterhalten wolle, in denen die Menschenrechte verwirklicht seien. Wir sähen in den Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika auch eine Möglichkeit, auf die Lage einzuwirken (Verhaltenskodex deutscher Betriebe, höherer Lebensstandard der in diesen Betrieben beschäftigten schwarzen Arbeitnehmer). Auch viele schwarze Randstaaten arbeiteten mit Südafrika zusammen. Grundsätzlich sähen wir in Wirtschaftsbeziehungen kein Instrument politischer Disziplinierung. Diese Auffassung hätten wir auch gegenüber den USA vertreten, als diese nach der sowjetischen Invasion Afghanistans²⁷ und den Ereignissen in Polen eine Unterbrechung der Handelsbeziehungen mit der SU gefordert hätten.

BM faßte zusammen, daß er in der Beurteilung der Lage in Südafrika mit AM Bodström übereinstimme, vielleicht sogar noch etwas kritischer sei.

Naher Osten

BM erläuterte anschließend unsere Nahost-Politik: Traditionelle Freundschaft mit den arabischen Staaten, aus geschichtlicher Entwicklung erwachsene besondere Verantwortung für Israel, ausgewogene Nahost-Politik, Eintreten für Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes. Das Palästinenser-Problem bleibe unverändert das zentrale Problem des Nahen Ostens. Für die weitere Entwicklung seien folgende Faktoren von Bedeutung: Die USA seien aus innenpolitischen Gründen nur bedingt handlungsfähig. Was die personellen Konstellationen im Nahen Osten angehe, so werde der neue israelische Premierminister²⁸ nicht zulassen, daß die Existenz Israels gefährdet werde. In Jordanien zeigten der König²⁹ und sein Bruder³⁰ eine maßvolle Haltung. Auch Assad sei nicht so radikal, wie er häufig dargestellt werde. Die saudi-arabische Führung rede zwar viel vom „heiligen Krieg“ gegen Israel, in Wirklichkeit aber fürchte sie nichts mehr als die islamischen Fundamentalisten. Die Lage im Libanon sei außerordentlich gefährlich, insbesondere wegen der starken Involvierung der USA. Die SU sei – wie aus Äußerungen Gromykos in Wien zu schließen sei – offenbar entschlossen, dies in ihrem Sinne auszunutzen. Er, BM, sei in bezug auf die Lage im Libanon ziemlich ratlos; zu viele Kräfte von außen seien involviert.

Zentralamerika

BM berichtete über unsere Botschafterkonferenz in Costa Rica.³¹ Wir seien über die Lage in Zentralamerika ernsthaft besorgt. Es gelte vor allem, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme ohne Einmischung von außen zu lösen. Die Region sei für die Sicherheitsinteressen der USA von allergrößter Bedeutung; die derzeitigen Entwicklungen weckten in den USA allergrößte Empfindlichkeiten.

Die Bundesrepublik Deutschland habe Nicaragua von Anfang an stark unterstützt. Er, BM, fühle sich jetzt allerdings durch Nicaragua enttäuscht, denn von den großen Erwartungen und Versprechungen des Anfangs sei nicht viel übrig-

²⁷ Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 1, Anm. 17.

²⁸ Zur Bildung einer neuen israelischen Regierung unter Ministerpräsident Shamir vgl. Dok. 255, Anm. 25.

²⁹ Hussein ibn Talal.

³⁰ Hassan ibn Talal.

³¹ Zur Botschafterkonferenz vom 29. September bis 1. Oktober 1983 in San José vgl. Dok. 293.

geblieben. Dies habe dazu geführt, daß wir jetzt Nicaragua mit einer gewissen Reserve gegenüberstünden.

Wir unterstützten die Contadora-Gruppe. In New York habe es zwischen den EG-Außenministern und den Contadora-AM ein gutes Gespräch gegeben.³² Der mächtige Einfluß der USA in Zentralamerika sei überall zu greifen. Die EG könne den Ländern der Region ein guter Partner sein. Wir bemühten uns um stärkere EG-Hilfe.³³ Es sei zu hoffen, daß Zentralamerika nicht zum Austragungsort von Druck und Gegendruck werde. Eine Herausnahme der Region aus dem Ost-West-Konflikt sei besonders wichtig.

Bodström meinte zu Zentralamerika, er teile die Auffassung des Bundesministers, daß soziale und wirtschaftliche Probleme die Ursache der Krise seien. Er räume ein, daß die USA in der Region besondere Verantwortlichkeiten hätten. Dies beinhalte aber auch, daß sie dort nicht eingreifen und insbesondere keine Waffen liefern. Es sei schwer zu verstehen, daß sich die USA durch die zentral-amerikanischen Kleinstaaten bedroht fühlten. Kuba sei wegen der amerikanischen Politik verlorengegangen, vielleicht werde sich dies in Nicaragua wiederholen.

BM meinte hierzu, die amerikanische Furcht vor sowjetischem Einfluß in der Region gehe auf den Schock der Kuba-Krise³⁴ zurück. Wenn mehrere Länder der Region, wie Kuba, in den sowjetischen Einflußbereich gerieten, dann bestehe die Gefahr, daß in Zentralamerika eine Bastion entstehe, die gegen die USA verwendet werde.

Innerdeutsche Fragen

Auf eine Frage Bodströms nach den innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen erklärte *BM*:

Wir wären unaufrichtige Teilnehmer der KSZE, wenn wir nicht mit der SU und Osteuropa und der DDR zusammenarbeiten wollten. Langfristig angelegte Wirtschaftsbeziehungen mit der SU lägen vor allem in unserem politischen Interesse. Demgegenüber werde die ökonomische Bedeutung des Osthandels häufig überschätzt³⁵. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit habe eine stabilisierende Wirkung. Dies gelte für die Beziehungen zur SU, aber auch zu Osteuropa und zur DDR. Wir sähen es als eine nationale Verantwortung an, die wirtschaftliche Lage in der DDR, die ohnehin die Hauptlast der Geschichte zu tragen habe, zu verbessern. Wenn wir zu einem Ost-West-Ausgleich kommen wollten, sei es wichtig, möglichst viel Zusammenarbeit zu erreichen.

Bodström stimmte dem zu und meinte, er hoffe, daß auch die Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Schweden und der DDR, u. a. Fährschiffverbindungen, neue Möglichkeiten für die Deutschen in der DDR zum Anknüpfen von Kontakten schaffe. Dies gehe in dieselbe Richtung wie die Bemühung

³² Zum Treffen der EPZ-Troika und des Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, mit den Außenministern der Staaten der Contadora-Gruppe am 29. September 1983 in New York vgl. Dok. 286, besonders Anm. 19.

³³ Zur Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften mit den mittelamerikanischen Staaten vgl. Dok. 287, Anm. 10.

³⁴ Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 120, Anm. 8.

³⁵ Korrigiert aus: „unterschätzt“.

der Bundesrepublik Deutschland um die Verbesserung der menschlichen und wirtschaftlichen Kontakte zur DDR.

Referat 010, Bd. 178877

309

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

010-2825/83 VS-vertraulich

17. Oktober 1983

Betr.: Gespräche mit AM Lanc in Wien am 15. und 16.10.1983¹

1) Gespräch im österreichischen Außenministerium am 15.10. um 19.00 Uhr (anwesend ferner: Generaldirektor Außenministerium, LMB Gesandter Dr. Kniel; Geschäftsträger Heibach)

BM dankte AM dafür, daß Begegnung mit Gromyko in Wien² stattfinden konnte. Ortsvorschlag gehe auf uns zurück.³

Zur ersten Gesprächsrunde mit Gromyko erklärte BM: Einleitend habe er, BM, über eine Stunde unsere Position dargelegt und versucht, Gromyko Gewißheit zu geben, daß wir an Stabilität interessiert seien und die Beziehungen langfristig gestalten wollten, daß sie nicht auf die Raketenfrage reduziert werden dürften und daß es sich lohne, zu verhandeln. Er habe betont, daß wir als ein Land, das auf Nuklearwaffen verzichtet hat⁴, Anspruch darauf hätten, mit solchen Waffen nicht bedroht zu werden.

Gromyko habe seine Ausführungen begonnen. Er werde sie heute abend fortsetzen, und am Sonntag⁵ werde auch 30 Minuten früher als bisher geplant begonnen werden, um ausreichende Gesprächszeit zu haben.

Er, BM, gehe davon aus, daß das Gespräch für Gromyko Argumente bringen werde für die endgültige Bewertung, ob in Genf nach Dislozierungsbeginn weiter verhandelt werde oder nicht. Unsererseits hätten wir ganz klargemacht, daß

¹ Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich seines Treffens mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Österreich auf. Am 16. Oktober 1983 führte Genscher eine Unterredung mit Bundeskanzler Sinowatz in Wien, bei der er über seine Gespräche mit Gromyko informierte. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

³ Zum Zustandekommen der Gespräche in Wien vgl. Dok. 276.

⁴ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf Erwerb, Produktion und Besitz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

⁵ 16. Oktober 1983.

bei Ausbleiben eines Verhandlungsergebnisses stationiert werde, gleichzeitig aber unterstrichen, daß damit nichts Irreversibles geschehe: Alle stationierten Raketen ständen zur Disposition in Verhandlungen.

Das Gespräch werde sehr ernsthaft ohne jede Aggression geführt. Dies entspreche der Entwicklung in den Gesprächen während der letzten Jahre.

Übergehend auf die gerade zu Ende gegangene Reise von AM Lanc in die DDR (Staatsbesuch⁶) stellte BM fest, nach unserem Eindruck sei nicht nur die DDR, sondern auch die anderen kleinen Partner der SU sehr besorgt. Vielleicht sei das Kommuniqué von Sofia⁷ deshalb so gemäßigt ausgefallen. Interessanterweise habe Gromyko auf die Feststellung Wert gelegt, daß das Kommuniqué einstimmig gebilligt worden sei.

AM: Der Besuch habe gezeigt, abgesehen von den gut laufenden bilateralen Beziehungen, was von der DDR mit einer gewissen Demonstrationsabsicht herausgestellt worden sei, daß die dortige Führung von Mal zu Mal freier werde in der Gesprächsführung sowohl unter vier Augen wie auch in den Delegationsgesprächen. AM vermutete, daß eine „gewisse Reiselust“ aus der Bundesrepublik in die DDR hierzu beigetragen habe. Konkrete Hinweise seien nicht gegeben worden, aber aus Nebenbemerkungen könne man dies schließen. Man wolle Österreich und Bundesrepublik nicht gegeneinander ausspielen.

Die DDR habe auch demonstrieren wollen, daß sie denjenigen für voll nimmt, der sie auch für voll nimmt. An den deutsch-deutschen Beziehungen scheine der DDR zu liegen, über mögliche Rückwirkungen der militärischen Entwicklungen sei man besorgt, auch wegen denkbarer innenpolitischer Konsequenzen in der DDR.

Auffällig seien spontane Beifallsreaktionen der Bürger auf das Erscheinen von Honecker, und zwar bei Menschen allen Alters.

Interessant sei auch gewesen, daß die DDR-Seite immer wieder betont habe, in einer anderen Lage als Ungarn zu sein – Ungarn habe bekanntlich keine direkte Paktgrenze –; vielleicht stehe der Wunsch dahinter, einmal dorthin zu kommen, wo Kádár jetzt sei.

BM griff diesen Hinweis auf: Wir führten immer wieder das Beispiel Ungarn an, wenn wir auf eine offenere Haltung zu Besuchs- und Ausreisefragen drängten: Um so mehr kehrten zurück, je freier der Reiseverkehr sei.

Die Bevölkerung würde in ihrer großen Mehrheit sicher lieber bei uns wohnen, und zwar nicht nur aus materiellen, sondern aus ideellen Gründen. Da dies aber nicht möglich sei, lege sie auf gute Beziehungen Wert: Deshalb sei Honecker interessiert zu zeigen, daß er solche guten Beziehungen unterhalte. Dies trage zur inneren Entspannung bei.

Wir hätten in diesem Jahr allergrößte Anstrengungen unternommen, um das Verhältnis zur DDR positiv zu gestalten.

⁶ Der österreichische Außenminister Lanc begleitete Bundespräsident Kirchschräger bei dessen Besuch vom 11. bis 14. Oktober 1983 in der DDR.

⁷ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 13./14. Oktober 1983 in Sofia vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

AM verwies auch darauf, daß Österreich in diesem Jahr eine Rekordzahl von humanitären Fällen aller Art vorgetragen habe und daß eine Rekordzahl erledigt worden sei, und zwar bis hin zu rechtskräftig Verurteilten. Hier seien Freilassungen manchmal vor Verbüßung des halben Strafmaßes erfolgt. Insgesamt seien über 75 % der vorgebrachten Fälle erledigt, damit seien im Verhältnis zur DDR bessere Ergebnisse als in jedem anderen Land des WP erzielt worden.

Der Bundespräsident⁸ habe Verkehrsfragen allgemein angesprochen. Die DDR habe Gesprächsbereitschaft bekundet.

AM Fischer werde Österreich im Mai 1984 einen Besuch abstatten.⁹ Der Termin sei so gewählt worden, daß man in der Zwischenzeit gewisse Fortschritte erzielen könne. Natürlich sei nicht zu übersehen, daß die internationale Entwicklung auch die bilateralen Beziehungen beeinflussen könne.

BM dankte für die Einladung zu einem offiziellen bilateralen Besuch, die er gern für das erste Quartal 1984 annehmen wolle, wenn die österreichische Seite einverstanden sei. Die Minister verständigten sich darauf, daß die beiderseitigen Büros bald einen Termin vorschlagen sollten.¹⁰

AM meinte, daß vorher die Verkehrsministerkonferenz der Gemeinschaft tagen werde. Österreich müsse, obwohl die Dinge nicht gut stünden, insistieren: Die EG solle trotz aller Finanzschwierigkeiten ein Zeichen des guten Willens setzen. Es gebe vielfältige Möglichkeiten der privaten Vorfinanzierung, auch wenn sie teurer werde. Wenn Österreich nicht durchdringe mit seinem Anliegen, werde eine private Bemautung nicht zu umgehen sein. Die administrativen Schwierigkeiten seien bereits jetzt abzusehen. Österreich bitte daher um die Unterstützung der Bundesrepublik im Rahmen des Möglichen.¹¹

BM verwies darauf, daß wir nur einer von zehn Staaten der Gemeinschaft seien.

2) Gespräch im Hotel Imperial am 16.10.1983, 15.30 Uhr (anwesend ferner: LMB Gesandter Dr. Knitel; Geschäftsträger Heibach; Botschafter Meyer-Landrut)

BM legte zunächst die mit Gromyko getroffenen Absprachen bezüglich bilateraler Termine und Entwicklungen so wie vorher auf der PK¹² dar. Darüber hinausgehend erwähnte er, daß auch über den Andropow-Gegenbesuch gespro-

⁸ Rudolf Kirchschläger.

⁹ Der Außenminister der DDR, Fischer, besuchte Österreich am 26./27. April 1984.

¹⁰ Bundesminister Genscher hielt sich am 12./13. April 1984 in Österreich auf.

¹¹ Infolge eines Beschlusses des EG-Rats vom 15. Dezember 1981 verhandelten die Europäischen Gemeinschaften und Österreich über die gegenseitige Nutzung der Verkehrsinfrastrukturen. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), teilte am 2. Dezember 1983 zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister am Vortag in Brüssel mit: „BM Dollinger unterrichtet Rat darüber, daß österr[eichischer] Minister Lausecker ihn auf der Konferenz der europ[äischen] Verkehrsminister am 24.11.1983 informiert hat, daß für den Beginn des Jahres 1984 eine Regelung vorbereitet wird, die in der Mautbelastung über die Brennerstrecke eine Wettbewerbsneutralstellung bringen wird. Der transitierende ausländische Lkw werde dann dem österr. Lkw gleichgestellt. BM Dollinger sieht hierin einen Schritt in die richtige Richtung und befürwortet nachdrücklich eine Fortsetzung der Verhandlung mit Österreich [...]. Kom[mission] teilt d[eu]t[sche] Einschätzung und spricht sich für Interpretation des Verhandlungsmandats in dem Sinne aus, daß finanzielle Aspekte künftig in Gespräche miteinbezogen werden sollen (mehrheitliche Unterstützung der Delegationen).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3982; Referat 412, Bd. 130488.

¹² Nach seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko gab Bundesminister Genscher am 16. Oktober 1983 in Wien eine Pressekonferenz, die er mit einer Erklärung einleitete. Für den Wortlaut vgl. Referat 213, Bd. 133190.

chen worden sei. Gromyko habe mitgeteilt, hierüber werde entschieden, wenn die Umstände (= die Entwicklung in Westeuropa) es erwarten.

Es sei also ganz klar das Interesse an der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zum Ausdruck gekommen: Bis zur AM-Ebene habe Gromyko sich festgelegt, die höchste Ebene habe er nicht einbeziehen wollen. Seine Erklärungen hätten auch für unser Verhältnis zur DDR Bedeutung: Deren Verhalten sei abgedeckt. Damit sei man weg von dem Gedanken einer neuen Eiszeit. Gromyko werde am 17.10. nach Ost-Berlin gehen, um über die Gespräche zu berichten.¹³

Zur KAE bemerkte BM: Er bewerte den Gedanken einer Eröffnung auf AM-Ebene positiv und werde auch dann nach Stockholm gehen, wenn nicht alle AMs teilnehmen würden.¹⁴ Er halte die Konferenz gerade jetzt für wichtig: Es sei eine politische Konferenz mit großer Perspektive, wenn man es richtig anfange. BM vermutete, daß auch Cheysson teilnehmen werde. AM warf ein, Cheysson habe schon in Madrid¹⁵ eine entsprechende Andeutung gemacht. BM kündigt an, seine Haltung am 17.10. offiziell dem schwedischen AM in Bonn mitzuteilen.¹⁶

AM meinte, die schwedische Initiative für Teilnahme der N+N-Staaten auf AM-Ebene halte er für unglücklich. Diese Staaten sollten keinen Block bilden, schon von der Definition ihrer jeweiligen Politik her; außerdem repräsentierten sie auch nicht genug, um Eindruck zu machen. Es sei daher ganz im österreichischen Sinne, wenn die Entwicklung sich so vollziehe, wie BM sie skizziert habe.

Auf Frage stellte BM fest, daß über die Haltung der WP-Staaten bisher keine Erkenntnisse vorliegen. Er gehe aber von rumänischer Teilnahme aus, die übrigen Staaten würden vermutlich blockkonform vorgehen. Botschafter Meyer-Landrut verwies darauf, daß in Moskau noch keine Entscheidung gefallen sei.

BM erläuterte sodann auf Frage von AM die vermutlichen Reaktionen der SU auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen:

- Gromyko habe angekündigt, die SU werde das für ihre Sicherheit und die ihrer Verbündeten Notwendige tun. Dies habe er, BM, bewußt nicht hinterfragt, zumal die Einzelheiten noch nicht ganz festzuliegen schienen.
- Zur politischen Reaktion habe Gromyko auf ernsthafte Erwägungen hingewiesen, ob weiterverhandelt werden solle in Genf oder nicht. In der Pressekonferenz habe er, BM, sich geweigert, darüber zu spekulieren, was damit gemeint sei.

¹³ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich am 17./18. Oktober 1983 in der DDR auf. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, teilte am 18. Oktober 1983 mit: „Als ‚Freundschaftsbesuch auf Einladung Erich Honeckers‘ herausgestellter Zwischenaufenthalt des sowjetischen Außenministers in Ost-Berlin dient offensichtlich nicht nur der Unterrichtung der DDR-Führung über die Gespräche mit BM Genscher in Wien, sondern vor allem auch – wie in früheren Fällen nach derartigen Gesprächen – der Demonstration besonders enger Beziehungen zwischen DDR und SU. [...] Der Gromyko-Besuch hat erneut deutlich gemacht, daß die SU in der DDR einen besonders wichtigen Verbündeten sieht, gleichzeitig aber auch bestätigt, daß die DDR-Führung in Sicherheitsfragen strikt der sowjetischen Linie folgt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1541; Referat 213, Bd. 133209.

¹⁴ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

¹⁵ Der französische Außenminister Cheysson hielt sich anlässlich des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid auf.

¹⁶ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Bodström vgl. Dok. 308.

Meyer-Landrut fügte hinzu, daß bei der großen Vorsicht der Sowjets zu vermuten sei, daß die Entscheidung für Weiterverhandeln fallen werde.

BM berichtete über die Eingangsbemerkungen Gromykos zu diesem Thema am Sonntag morgen.

In der Substanz seien Gromykos Aussagen ganz klar gewesen:

- Stationierung von US-Systemen solle unterbleiben.
- Die britischen und französischen Systeme sollten berücksichtigt werden.

Die Addition dieser beiden Forderungen sei nicht logisch, sie seien im Grunde die zwei Seiten einer Medaille.

Er, BM, habe Gromyko erwidert: Wir hätten auf A-Waffen verzichtet und hätten deshalb einen Anspruch darauf, nicht mit solchen Waffen bedroht zu werden.

Die Sowjets hätten einen fundamentalen Fehler gemacht: Sie hätten andere Erwartungen in die Entspannungspolitik gesetzt (sowjetische Erwartung einer „militärischen Entspannung“ durch Zugestehen des weiteren militärischen Aufwuchses) und die westliche Reaktion hierauf falsch eingeschätzt. Wir hätten immer wieder deutlich gemacht: Zur Entspannungspolitik sagten wir Ja, aber nur als Mitglied des westlichen Bündnisses.

Auf Frage AMs stellte BM fest, er habe Gromyko den Stationierungsprozeß erläutert und betont, daß er sich über mehrere Jahre erstrecke und daß keine irreversiblen Tatsachen geschaffen würden. Auch bereits stationierte Waffen würden in Verhandlungen zur Disposition stehen. In diesem Zusammenhang könne bei Gromyko keine Unklarheit geblieben sein. Es sei zu begrüßen, daß die Gelegenheit zu einer Erläuterung noch einmal bestanden habe.

Zum Abschluß des Gesprächs habe Gromyko eine eigenartige Bemerkung gemacht: Man solle in allen Fragen der Abrüstung im Gespräch bleiben. Es müsse noch näher geprüft werden, was er damit gemeint habe.

AM überlegte, ob damit vielleicht auf ein Stationierungsmoratorium abgezielt werde.

BM verneinte dies. Nur bei Vorliegen eines konkreten Verhandlungsergebnisses würde nach dem Doppelbeschluß der Nachrüstungsbedarf überprüft. Wenn nun ein Teilergebnis in den Verhandlungen erzielt werde, bleibe das, was bereits stationiert sei, ohnehin da.

Die anschließenden weiteren Erläuterungen des Gromyko-Gesprächs wurden von mehreren Telefonaten unterbrochen und ergaben weiter nichts.

Auf der Fahrt vom Hotel zum Flughafen wurde BM von AM begleitet. Bei dem Gespräch im Wagen war kein Mitarbeiter anwesend.

Ploetz

VS-Bd. 14114 (010)

310

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl

213-321.11 SOW-2250/83 VS-vertraulich

17. Oktober 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Gespräche BM mit Gromyko in Wien am 15./16.10.1983;
hier: Erste Bewertung (außer Rüstungskontrolle³)

Anlagen (offen)⁴

Zur Unterrichtung

I. 1) Zweck der Begegnung war die Nachholung des ausgefallenen New-York-Treffens⁵, das dieses Jahr wegen der internationalen Lage besonders wichtig war. Das Wiener Treffen war demgemäß Bestandteil des langjährigen ununterbrochenen bilateralen Dialoges, nicht ein Ad-hoc-Sondertreffen zur Verhandlung oder Lösung bestimmter Probleme.

2) Uns kam es deshalb darauf an, der sowjetischen Seite und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß sich die Fragen der Stabilisierung des West-Ost-Verhältnisses und der langfristigen Friedenssicherung nicht auf die Raketenfrage verkürzen lassen, sondern daß man die ganze Breite und Ausdehnung der Entwicklungsmöglichkeiten sehen müsse.

3) Wir hatten erwartet, daß es bei dem Treffen zu einer harten Diskussion über streitige Sicherheitsfragen kommen werde.

Nicht ganz so sicher war, ob Gromyko versuchen würde, uns – und aus diesem Anlaß unsere Öffentlichkeit – mit Andeutungen einer neuen „Eiszeit“ in den politischen Beziehungen im Falle einer Raketen-Stationierung einzuschüchtern.

¹ Hat Staatssekretär von Staden am 18. Oktober 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Beide Vorlagen mit nach Athen geben.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 28. Oktober 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre und Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 31. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 3. November 1983 vorgelegen.

³ Botschafter Ruth nahm am 17. Oktober 1983 eine „Analyse und Bewertung des INF-Teils der Gespräche“ vor und kam zu dem Schluß, daß die UdSSR versuche, „die Vereinigten Staaten für ein mögliches Ausbleiben eines Verhandlungsergebnisses verantwortlich zu machen. Die Wirkung dieser Verantwortung soll dadurch verstärkt werden, daß die Mitwirkung der europäischen Bündnispartner an der Gestaltung der INF-Verhandlungen heruntergespielt wird. Mit der extremen Schuldzuweisung an die Vereinigten Staaten soll offensichtlich gleichzeitig die Möglichkeit zur Fortsetzung des Dialogs mit den europäischen Regierungen offengehalten werden. Die Sowjetunion weigert sich, die neuen westlichen Vorschläge ernsthaft zu diskutieren. Eine solche Diskussion würde aus sowjetischer Sicht die Kritik am Verhandlungswillen der Vereinigten Staaten entkräften. Diese Kritik ist aber ein zentraler Punkt der sowjetischen politischen Argumentation. [...] Aus sowjetischer Sicht kann nach den Gesprächen mit dem Bundesminister kein Zweifel daran bestehen, daß die Bundesrepublik Deutschland den vereinbarten Stationierungsplan beim Ausbleiben eines konkreten Verhandlungsergebnisses einhalten wird.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125686.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 15.

⁵ Zur Absage der Reise des sowjetischen Außenministers Gromyko zur VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 273, Anm. 8.

II. 1) Der Verlauf der Gespräche hat keine Überraschung gebracht. Die Themen zerfielen erwartungsgemäß in zwei große Blöcke: Ost-West-Beziehungen und bilaterale Beziehungen sowie Sicherheits- und Abrüstungsfragen, insbesondere INF.

2a) BM hat die Gelegenheit wahrgenommen, im Sinne seiner letzten Bundestagsrede⁶ eine „Botschaft des guten Willens“ zu übermitteln. Er hat unser Interesse an langfristig angelegten Beziehungen, unter Anknüpfung an die Gespräche beim Moskau-Besuch von BK und BM⁷, mit ihren historischen Aspekten und ihren wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten eingehend dargestellt und belegt. Er hat gleichzeitig erläutert, daß wir auch durch unsere Mitarbeit in der westlichen Staatengemeinschaft, zu der wir gehörten, zur Stabilisierung in Europa beitragen und daß wir willens und in der Lage seien und blieben, unsere legitimen Sicherheitsinteressen unbeirrt zu verteidigen.

b) Es wurde deutlich, daß auch die sowjetische Seite ein reales und solides Interesse hat, den politischen Dialog (gerade) mit uns sowie die bilaterale Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich und auf anderen Gebieten auch in schwierigen Zeiten fortzusetzen. Die Bemerkung Gromykos, daß sich die politischen Beziehungen nicht von der Außenpolitik der beteiligten Staaten und von der internationalen Lage trennen ließen, sollte wohl eher bedeuten, daß wir keinen „Freibrief“ hätten, und scheint sich auf atmosphärische Trübungen zu beziehen.⁸ Gleichzeitig machte Gromyko nämlich den Willen zur Fortsetzung der konkreten Formen der Zusammenarbeit klar und ging bereitwillig auf eine Reihe konkreter Konsultationsprojekte ein.

Das sowjetische Interesse am Dialog zeigt sich auch an einer Reihe von Begleitumständen: Mitteilung Semjonows vom 19.9. über das Interesse Gromykos an der Nachholung des New Yorker Treffens; Akzeptierung von Wien als Treffpunkt⁹; sowjetisches Drängen auf ausführliche Gesprächszeit; Bereitschaft Gromykos (der bekanntermaßen stets früh zu Bett geht), am 15.10. bis 23.30 Uhr (1.30 Uhr Moskauer Zeit, wie er betonte) zu diskutieren.

c) Der Gesprächsverlauf ließ erkennen, daß die SU uns nicht mit der Andeutung einer neuen „Eiszeit“ schrecken will. Das Interesse, hierüber keine Unsicherheiten entstehen zu lassen, scheint also größer zu sein als die Versuchung, die sowjetischen Ziele in der Sicherheitsfrage auch mit diesem Mittel zu verfolgen.

3a) Hinsichtlich der West-Ost-Beziehungen insgesamt konnte BM – dank des Briefes von Shultz¹⁰ auch im amerikanischen Namen – die Bereitschaft aller

⁶ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen am 13. Oktober 1983 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 125, S. 1901f.

⁷ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In diese Richtung gehen wohl auch die Äußerungen Honeckers beim heutigen Gromyko-Besuch in Ost-Berlin.“

⁹ Zum Zustandekommen der Gespräche in Wien vgl. Dok. 276.

¹⁰ In der Presse wurde berichtet, Bundesminister Genscher habe einen Brief von Shultz erhalten, „in dem der amerikanische Außenminister die Wiener Begegnung des Deutschen und des Russen als wertvolle Gelegenheit zur Darstellung der ‚grundlegenden Botschaft des Westens‘ gegenüber der Sowjetunion bezeichnet. Diese ‚Botschaft‘ bestehe in einer Bekundung des Willens, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Ost und West zu erreichen und eine internationale Ordnung zu fördern, die auf gegenseitiger Mäßigung beruhe. Damit übernahm Shultz Formulierungen, die gemeinhin Genscher

Bündnispartner unterstreichen, am Aufbau einer internationalen Ordnung mitzuwirken, die auf gegenseitiger Mäßigung beruht, und die Verhandlungen trotz der durch sowjetisches Verhalten entstandenen jüngsten Belastungen aktiv fortzusetzen.

b) Die Gespräche machten deutlich, daß die SU an der Fortsetzung des multilateralen Prozesses der Entspannung und Zusammenarbeit, insbesondere an der KAE, weiter interessiert ist.

c) Ungewöhnlich heftig und weitgehend war die Kritik Gromykos an den USA, wobei er die ideologische Rhetorik des Präsidenten¹¹ und seiner Mitarbeiter mit den amerikanischen Rüstungsprogrammen in einen auf Vernichtungskampf gegen das Sowjetsystem gerichteten Zusammenhang zu bringen versuchte. Seine emotionale Darstellung läßt auch auf persönliche Verletzung im Zusammenhang mit der Landeverweigerung in New York schließen. Festzuhalten sind seine Feststellungen:

- Die Art, wie in Wien diskutiert, auch gestritten, aber eben gesprochen werde, zeige, wie man den Dialog führen müsse.
- Das amerikanische Verhalten sei provozierend und deshalb gefährlich; eine wirkliche Katastrophe werde es geben, wenn die Rhetorik in die Praxis umgesetzt werde (den Unterschied zwischen beiden ignorieren die Sowjets also nicht).
- Die Alliierten sollten auf die Amerikaner einwirken, um sie zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen.

Bemerkenswert war, daß Gromyko die sehr scharfe Erwiderung von BM, die an die Verantwortlichkeit des sowjetischen Verhaltens für den Tiefpunkt in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erinnerte, hinnahm, ohne uns – jedenfalls bezüglich des politischen Bereiches – auch in die Attacken mit einzubeziehen. Bei der Moderiertheit der Einlassungen Gromykos uns gegenüber haben ganz offensichtlich die langjährige gegenseitige Kenntnis, der gegenseitige Respekt und die dadurch bestimmten, schon traditionellen Umgangsformen mitgespielt.

III. Bewertung der Ergebnisse

Vorbehaltlich einer eingehenderen Analyse erscheinen drei Punkte erwähnenswert:

1) Die strategische Anlage der Gesprächsführung Gromykos war erkennbar darauf gerichtet, die Schuld für die Probleme in der Welt den USA anzulasten und die Europäer zu schonen.

Gleichzeitig wurde völlig klar, daß die SU die USA allein als in den Sicherheitsfragen gleichwertigen Partner behandelt und keinesfalls bereit ist, den Westeuropäern einen Sicherheitsstatus zuzubilligen, der den für Großmächte reservierten Rechten entspricht. Gromykos Darlegung des Charakters der sowjetischen auf Westeuropa gerichteten und der amerikanischen in Westeuropa stationierten Waffen läßt auch nicht den Anflug eines Verständnisses für eige-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1554

gebraucht.“ Vgl. den Artikel „Genscher geht mit amerikanischer Rückendeckung zum Treffen mit Gromyko nach Wien“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Oktober 1983, S. 1.

¹¹ Ronald W. Reagan.

ne westeuropäische Sicherheitsansprüche erkennen. Er beschränkte sich auf die bezeichnende Bemerkung, daß es fraglich sei, ob den Amerikanern die Interessen der Westeuropäer in diesem Bereich wirklich am Herzen lägen.¹²

Hier wurde erneut deutlich, daß die Sowjets mit der Nachrüstung die militärischen und politischen Grundlagen ihrer Rolle als Großmacht in Europa und ihrer als unterschiedlich konzipierten Beziehungen zur anderen Großmacht einerseits und zu Westeuropa andererseits berührt sehen. Ein Punkt, auf den Gromyko sich fixierte, war die sowjetische Weigerung einer irgendwie gearteten Zustimmung zum Beginn der Nachrüstung.

(Man muß dabei wohl berücksichtigen, daß die sowjetischen Überlegungen zum Zeitfaktor davon ausgehen, daß eine evtl. Marge nur den Umfang, der auf einen späteren Zeitraum bezogen ist, aber kaum den Beginn der Nachrüstung beeinflussen könnte. Die Sowjets mögen sich fragen, was sie verlieren, wenn sie einer Zwischenlösung, falls überhaupt, dann erst einige Zeit nach Beginn der Nachrüstung, zustimmen, die ihre politischen Anhänger im Westen zu verhindern suchen.)

Vom westeuropäischen Horizont aus kann die Darstellung Gromykos, die Amerika angriff, während sie Europa schonte, kaum als attraktives Angebot, sondern nur als Bestätigung der Notwendigkeit einer Anlehnung an die USA und damit letztlich der Nachrüstung (nach Ausschöpfung der Verhandlungsmöglichkeiten) aufgefaßt werden.

2) Gleichzeitig macht das sowjetische Angebot zur Fortsetzung des Dialoges und der Zusammenarbeit in Kenntnis unserer Ablehnung der sowjetischen Vorstellungen im Sicherheitsbereich und in Erwartung unseres Verhaltens nach dem 21. November¹³ deutlich, daß die SU unser Eingehen auf das Konzept der militärischen Entspannung nicht zur Voraussetzung der langfristigen politischen Beziehungen macht. Man muß annehmen, daß die Kontinuitätsklärung Gromykos in Moskau hochrangig abgesichert ist. Dies bestätigt: Die Sowjets halten an den Bemühungen fest, uns sicherheitspolitisch in eine Abhängigkeit zu bringen. Unser Eingehen darauf ist jedoch nicht unumstößliche Voraussetzung einer kooperativen Westpolitik Moskaus. Vielmehr kann man ihre Bereitschaft folgern, die Zusammenarbeit mit uns aus anderen, vom Hegemoniestreben unabhängigen Interessen auf gleichberechtigter Basis zu akzeptieren, falls und solange wir an der Ablehnung der Unterwerfung konsequent festhalten. Das bestätigt weiter, daß unsere Festigkeit in Sicherheits- und Allianzfragen Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Osten nicht gefährdet, sondern daß beides sich ergänzt.

3) Wir können davon ausgehen, daß die von BM klar und eindringlich, aber in einer für die durch manche Reizungen empfindlich gewordenen sowjetischen Ohren annehmbaren Form vorgetragene Haltung der Bundesregierung bei der Meinungsbildung im Politbüro über das weitere sowjetische Vorgehen als nicht nebensächlicher Faktor zur Kenntnis genommen werden wird.

¹² Der Passus „Gromykos Darlegung ... lägen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wichtig für Rede im Bundestag.“

¹³ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

Gesprächsaufzeichnungen (außer Rüstungskontrolle¹⁴) sind beigelegt.¹⁵ Die sicherheitspolitischen Passagen sind mit Dg 20¹⁶ abgestimmt.

Braunmühl

VS-Bd. 13382 (213)

311

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim

18. Oktober 1983¹

Lieber Ron,

ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken, die mir politisch wichtig und aktuell erscheint – nämlich das künftige Vorgehen des Westens in den MBFR-Verhandlungen. Bundesminister Genscher hat dieses Thema bei seinem Gespräch mit Außenminister Shultz im September in New York² schon angesprochen. Wir stehen in Wien in einer wichtigen Verhandlungsrunde³. Der zehnte Jahrestag der Aufnahme der Verhandlungen⁴ fällt in eine entscheidende Phase der politischen Auseinandersetzung mit dem Osten.

Wir sind uns einig, daß wir Entschlossenheit zur Durchsetzung des verteidigungspolitisch Gebotenen verbinden müssen mit der Demonstration unserer

¹⁴ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. Dok. 303–305.

¹⁵ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Oktober 1983 in Wien über bilaterale Themen vgl. Dok. 306.

Zum Gespräch zwischen Genscher und Gromyko am selben Tag über den Fall Bataschow und den Fall Kiener vgl. Dok. 306, Anm. 28.

Beim Mittagessen sprachen die beiden Außenminister am 16. Oktober 1983 auch über den Nahost-Konflikt, insbesondere über die Lage im Libanon und den irakisch-iranischen Krieg, sowie über die Lage in Mittelamerika. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Hans Schauer.

¹ Durchdruck.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg mit Drahterlaß Nr. 1292 vom 18. Oktober 1983 an die Botschaft in Washington übermittelt. Dazu vermerkte York, es solle Präsident Reagan „mit englischer Übersetzung umgehend“ übermittelt werden: „Originalschreiben folgt mit nächstem Kurier.“ Vgl. VS-Bd. 13756 (014); B 150, Aktenkopien 1983.

² Im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 28. September 1983 in New York äußerte Bundesminister Genscher „die Hoffnung, daß sich die Amerikaner in dieser Woche positiv über die neuen MBFR-Vorschläge äußern würden. Es wäre gut, wenn sie bald präsentiert werden könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1982 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. New York, vom 29. September 1983; VS-Bd. 14121 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Vom 22. September bis 15. Dezember 1983 fand die 31. Runde der MBFR-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 386.

⁴ Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.

Bereitschaft, in den laufenden Rüstungskontrollverhandlungen auf konkrete und ausgewogene Ergebnisse hinzuarbeiten. In diesem Zusammenhang möchte ich MBFR nicht isoliert betrachten – auch nicht in einer Hilfsfunktion zur nuklearen Debatte –, sondern als ein wichtiges Element einer aktiven und wohl-durchdachten westlichen Rüstungskontrollpolitik.

Ihre neuen Vorschläge zu INF⁵ und START⁶ haben deutlich gemacht, daß die Initiative in diesen Verhandlungen beim Westen liegt. Der Beginn der MBFR-Runde in Wien bestätigt unseren Eindruck, daß wir eine überzeugende westliche Initiative brauchen, um auch in Wien politisch in die Offensive zu gehen.

Die Bundesregierung hat Vorschläge für einen neuen westlichen Verhandlungsschritt ausgearbeitet, der diesen Erfordernissen entspricht. Über den entsprechenden Beschluß des Bundessicherheitsrates haben wir die beteiligten Stellen in Washington und in London unterrichtet.⁷

Unsere Vorschläge halten an den westlichen Grundpositionen fest. Insbesondere halten wir ein Reduzierungsabkommen, das Parität beim Militärpersonal in Mitteleuropa herstellen soll, ohne Einigung über die Ausgangslage nicht für denkbar. Wir halten es jedoch für erforderlich, die in den neuen östlichen Vorschlägen⁸ signalisierte Flexibilität in der Verifikationsfrage in unserem Sinne zu nutzen. In unseren Augen hat der Westen ein Interesse, die Verifikation zum Hauptthema der Verhandlungen zu machen. Dies wird nur gelingen, wenn wir die Verifikationsfrage so stellen, daß sich der Osten einer ernsthaften Diskussion nicht entziehen kann. Genau das ist der Sinn unserer Vorschläge.

Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie eine Entscheidung über die amerikanische Haltung treffen könnten, die es erlauben würde, die westliche Initiative – nach Abstimmung im Bündnis – noch in der laufenden Verhandlungsrunde in Wien einzuführen.⁹

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Helmut Kohl

VS-Bd. 13756 (014)

⁵ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

⁶ Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 4. Oktober 1983 für die START-Verhandlungen vgl. Dok. 289, besonders Anm. 4.

⁷ Zur MBFR-Initiative der Bundesregierung und zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983 vgl. Dok. 237.

In einer Aufzeichnung des Referats 221 vom 12. Oktober 1983 wurde dazu dargelegt, eine Einigung mit Großbritannien und den USA über die Initiative sei „bisher nicht zustande gekommen: GB zieht Weiterverhandeln auf bisheriger Linie vor (Dateneinigung), würde sich aber zur Zustimmung durchringen, wenn US zustimmt. US-Entscheidung ist offen: Secretary Shultz, ACDA und Teile des Pentagon befürworten Initiative auf unserer Linie, Iklé (und Burt) ist dagegen. Secretary Shultz hat gegenüber B[otschafter] Dobrynin US-Bereitschaft zu Flexibilität erkennen lassen, SU-Antwort war bisher weder ablehnend noch ermutigend. In NSC-Sitzung am 6.9. kam einmütiger Beschluß unter Eindruck des Abschusses der KAL-Maschine nicht zustande. Dem Vernehmen nach hat das Weiße Haus das Pentagon erneut um Stellungnahme gebeten.“ Vgl. VS-Bd. 13382 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 23. Juni 1983 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 191, Anm. 14.

⁹ Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 19. Oktober 1983: „Am Rande der Gespräche zur Unterrichtung der amerikanischen Regierung über das Treffen BM–AM Gromyko hörte ich in Washington, daß Präsident Reagan am 14.10.83 entschieden habe, eine MBFR-Initiative – vorläufig – nicht

312

Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler an die Botschaft in Kairo

310-321.10 VS-NfD

Aufgabe: 18. Oktober 1983, 18.04 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 335

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Kairo 7. bis 9. Oktober 1983²

Nur zur dortigen Unterrichtung

Aus dem Bundeskanzleramt wurde uns zum Vier-Augen-Gespräch BK–Mubarak mündlich folgendes mitgeteilt:

Präsident Mubarak habe etwa zu 90 Prozent des Gesprächs mit BK bestritten. Er habe ausführlich die gegenwärtige Lage in der Region geschildert und den Stand der Bemühungen um ihre Beilegung dargelegt. Dabei sei er mehrfach auf die innere Sicherheit in Ägypten eingegangen, die er als gefestigt dargestellt habe.

Mubarak habe Entschlossenheit gezeigt, den 5-Jahresplan durchzuführen.³ Der Erfolg sei nach einem Jahr größer als erwartet. Unsere FZ sei fest eingeplant.⁴

Mubarak sei ausführlich auf die subversiven Machenschaften Gaddafis eingegangen. Gaddafi habe imperiale Pläne in der Sahel-Zone, insbesondere im Tschad. Er fördere den Terrorismus. Seine Reaktionen seien unberechenbar.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1558

weiterzuverfolgen. Zur Begründung hieß es, daß einerseits der Zeitpunkt nicht günstig sei und andererseits die Substanz noch mehr geklärt werden müßte. [...] Das Schreiben des BK an Präsident Reagan, das [...] am 18.10. im Weißen Haus übergeben wurde, ist zeitgerecht und wichtig, da die Entscheidung des Präsidenten ausdrücklich als ‚for the moment‘ bezeichnet wurde. Bei der jetzigen Entscheidung des Präsidenten hat offenbar eine Rolle gespielt, daß der Präsident nach dem KAL-Abschuß bereits zwei wichtige Rüstungskontrollinitiativen in INF und START mit starkem persönlichen Einsatz gemacht hat, ohne daß die Sowjetunion konstruktiv geantwortet hätte. Hinzu dürfte kommen, daß die jüngsten Initiativen bei INF und START z. T. gegen den Widerstand des Pentagon ergriffen wurden. Da das Pentagon auch jetzt die MBFR-Initiative sehr skeptisch beurteilt, dürfte der auf Konsens innerhalb der Administration bedachte Präsident gezögert haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4752; VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Durchdruck.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 7. bis 9. Oktober 1983 in Ägypten auf. Vgl. dazu auch Dok. 295.

³ Botschafter Müller, Kairo, teilte am 5. März 1983 mit, das ägyptische Parlament habe am 9. Februar 1983 einen „Fünfjahresplan 1982/83 bis 1986/87“ verabschiedet: „Nach ihm soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes nachhaltig gefördert werden, und zwar mit einer jährlichen Steigerung der Produktion um 8%, des privaten Verbrauchs um 5,1%, des staatlichen Verbrauchs um 7,9%, beide Konsumfaktoren zusammen um 5,7% sowie insgesamt mit einem Investitionsvolumen von 35,5 Mrd. £E[gypt], davon der öffentlichen Hand von 27,2 und des privaten Bereichs von 8,3 Mrd. £E.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 651; Referat 310, Bd. 135735.

⁴ Zur Finanzhilfe für Ägypten legte Referat 310 am 21. September 1983 dar: „Der Etat für FZ- und TZ-Zusagen mußte 1983 weltweit um 27,6% und 1984 um weitere 6,7% gekürzt werden. Die Zusagen an Ägypten als bevorzugtem Partner wurden 1983 gleichwohl nicht gekürzt, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Ländern. Für 1984 ist eine Kürzung der FZ von DM 250 auf DM 235 Mio., also um 6%, jedoch unvermeidlich (bei anderen Ländern beträgt die Kürzung 50%).“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 137552.

Der ägyptische und saudische Sicherheitsdienst arbeiteten eng zusammen. Er habe die Saudis vor den Ereignissen in Mekka⁵ gewarnt. Mubarak legte uns nahe, SAR zu unterstützen. Er habe zwar eingeräumt, daß SAR künftig größere soziale Probleme haben werde, habe aber nicht die Skepsis König Husseins hinsichtlich der inneren Lage geteilt.

Wie Hussein habe auch Mubarak Sorge geäußert, daß es im Libanon zur Fragmentierung kommen könne. Israel solle den Libanon vollständig räumen. Dann sei die syrische militärische Präsenz nur noch ein innerarabisches Problem. Assad befürchte jedoch, im Falle eines syrischen militärischen Abzugs Probleme mit der heimkehrenden Truppe zu bekommen.

Mubarak unterhalte über Dritte Kontakte zu Assad, den er aus der Zeit der ägyptisch-syrischen Union⁶ noch gut kenne.

Solange die gegenwärtige Lage im Libanon andauere, gewinne die SU ohne große Eigenanstrengungen im Nahen Osten wieder an Boden. Die Sorge, daß die SU die Lage ausnutzen könne, war in allen drei Hauptstädten festzustellen.

Mubarak war besorgt über die Konsequenzen des nahostpolitischen Immobilismus der USA während des amerikanischen Wahlkampfes.⁷

Mubarak habe die israelische Siedlungspolitik⁸ heftig kritisiert, die die Krise im Nahen Osten noch verschärfe. Wenn die Politik der vollendeten Tatsachen fortgesetzt werde, würden sich die ägyptisch-israelischen Beziehungen weiter verschlechtern. Zur erneuten Entsendung eines Botschafters nach Tel Aviv⁹ brauche Ägypten eine israelische „Geste“. Zu Shamir habe Mubarak offenbar ein stark reduziertes Vertrauensverhältnis. Er fühle sich insbesondere im Zusammenhang mit den Gesprächen über Jerusalem als Verhandlungsort über die Autonomie¹⁰ persönlich von Shamir getäuscht.

⁵ Am 20. November 1979 besetzten Bewaffnete die Große Moschee in Mekka und nahmen Geiseln. Zwei Wochen später erstürmten Sicherheitskräfte die Moschee und beendeten die Besetzung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 347 und Dok. 367.

⁶ Ägypten und Syrien schlossen sich am 1. Februar 1958 zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) zusammen. Nachdem infolge eines Militärputsches die syrische Unabhängigkeit im September 1961 wiederhergestellt worden war, wurden im März 1963 auf syrische Initiative hin zwischen Ägypten, dem Irak und Syrien Unionsverhandlungen geführt. Am 17. April 1963 wurde der Zusammenschluß der drei Staaten zu einer erweiterten VAR mit Kairo als Hauptstadt proklamiert. Nachdem in Syrien am 18. Juli 1963 ein Putschversuch gescheitert war, nahm Präsident Nasser Abstand vom Föderationsgedanken. Auch die syrische Regierung erklärte am 5. August 1963 die Föderation für gescheitert.

⁷ In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁸ Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 291, Anm. 9.

⁹ Referat 310 vermerkte am 21. September 1983: „Kairo nahm das Massaker von Beirut [im] September 1982, für das es die israelische Führung verantwortlich machte, zum Anlaß, seinen Botschafter aus Tel Aviv zu Konsultationen zurückzurufen. Es machte seine Wiederentsendung zunächst von der Vorlage eines festen Zeitplans für den israelischen Truppenabzug abhängig, später auch von politischem Wohlergehen Israels in der Region. Die Distanz zu Israel ist vor allem durch Bemühen um eine Wiederannäherung zwischen Ägypten und den anderen arabischen Staaten bedingt.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 137552.

¹⁰ Die Botschaft in Kairo legte in ihrem Halbjahresbericht vom 1. September 1983 dar, Präsident Mubarak halte „an der Grundidee von Camp David fest, auf dem Weg über eine mehrjährige Übergangsregelung für die besetzten Gebiete eine umfassende Lösung des Nahostkonflikts zu erreichen. Der seit Anfang der Verhandlungen bestehende Zielkonflikt (für Ägypten muß die Autonomie die Ver-

Zum Krieg Iran–Irak habe Mubarak gemeint, daß Khomeini nicht eher ruhen werde, bis sich seine doppelte Prophezeiung, nach dem Schah auch Saddam Hussein zu stürzen, in Erfüllung gegangen sei. Er habe gegenwärtig keine Chance gesehen, den Krieg zu beenden: Khomeinis Anspruch auf Unfehlbarkeit stehe einer friedlichen Beilegung des Konflikts entgegen. Der Westen solle in den VN Druck auf Iran ausüben.

Wie die anderen Gesprächspartner in den drei besuchten Ländern gab auch Mubarak eine pessimistische Lage-Analyse. Über das weitere Vorgehen zur Lösung der Konflikte herrsche im Grunde genommen Ratlosigkeit. In realistischer Einschätzung unserer Möglichkeiten erwartet man von uns keine eigene Initiative, vielmehr möchte man unsere guten Beziehungen zu den USA für die Konfliktlösung nutzbar machen, um so das im amerikanischen Wahljahr entstehende nahostpolitische Vakuum auszufüllen.

Obwohl Mubarak sich weniger differenziert und konzentriert als Hussein geäußert habe, sei BK von Herzlichkeit der Aufnahme besonders beeindruckt gewesen.

Im übrigen wird auf das Ortex zur Nahostreise des BK¹¹ verwiesen.

Gesprächsvermerke über die Gespräche des BK im kleinsten Kreise liegen noch nicht vor.

Fiedler¹²

Unterabteilung 31, Bd. 137552

Fortsetzung Fußnote von Seite 1560

wirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser einleiten, die israelische Regierung will genau dies verhindern) konnte jedoch nicht überwunden werden. Hinzu kam die israelische Forderung, Jerusalem zu einem der Verhandlungsorte zu machen. Mubarak lehnt das kompromißlos ab, da der Status von Jerusalem selbst Verhandlungsgegenstand sei.“ Seit Mitte August 1982 seien die Autonomiegespräche von Ägypten „bis zum vollständigen Rückzug Israels aus dem Libanon“ eingefroren“. Vgl. Referat 310, Bd. 135731.

¹¹ Für den Runderlaß Nr. 105/106 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 18. Oktober 1983 vgl. Referat 012, Bd. 124453.

¹² Paraphr. vom 18. Oktober 1983.

313

Ministerialdirigent Haas, z.Z. London, an das Auswärtige Amt**114-20543/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 21. Oktober 1983, 15.40 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1701****Ankunft: 21. Oktober 1983, 16.23 Uhr**

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf;

hier: Treffen der fünf Afrika-Beauftragten in London am 19.10.1983

Zusammenfassung:

Die Fünf (Crocker, Frasure; Ausseil, Dahan; Bergbusch, Tempel; Squire, Thorpe; Haas, Vergau) stellten am 19.10.1983 in London übereinstimmend fest, daß Entgegenkommen Angolas in den Verhandlungen mit USA bestenfalls dann erreicht werden könnte, wenn Südafrika eine sichtbare und substantielle militärische Rückzugsbewegung in Angola unternimmt und damit den Zustand der Existenzbedrohung der MPLA-Regierung mildert, dem afrikanischen Mißtrauen wegen eines US-Doppelspiels den Boden entzieht und die akute Abhängigkeit vom östlichen Militärschutz relativiert. Als geeignete Maßnahme kommt der militärische Rückzug der Südafrikaner aus der Cunene-Provinz in Betracht. US und GB halten dies bei SA² nur für durchsetzbar, wenn Angola zugleich feste Zusage des Stillhaltens von SWAPO und Kubanern gibt. Die Partner stimmten unserer Auffassung zu, daß Fortschritt auf diese Weise nur zu erzielen sei, wenn SA selbst in glaubwürdiger Weise die Absicht demonstriert, Vertrauen zu schaffen, also nicht etwa parallel zu eigenem Rückzug UNITA um so massiver mobilisiert. US werden sich mit Vorschlag zu weiterem Vorgehen in dieser Sache äußern.

Crocker stellte erstmals in KG³-Kreisen dar, daß Anfang September 1983 ein ganz konkretes, mit Kito im April in Washington⁴ vereinbartes Konzept zum Parallelismus von Luanda praktisch akzeptiert worden war.⁵ Daher der ständige US-Optimismus, von dem Crocker diesmal wenig spüren ließ. Von GB und uns wurde kommentiert, daß die starke Zunahme der Bedrohung durch UNITA und sichtbare SA-Vorbereitungen zu stärkerer eigener Militärpräsenz in Südafrika die Glaubwürdigkeit der Pragmatiker innerhalb der MPLA-Führung erschüttert und die gewaltsame Wiederherstellung des militärischen Gleichge-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

² Südafrika.

³ Kontaktgruppe.

⁴ Zum Besuch des angolanischen Innenministers Rodrigues in den USA vgl. Dok. 112, Anm. 27.

⁵ In einer Aufzeichnung des Referats 320 vom 31. August 1983 wurde vermerkt: „Seit der angolische Innenminister und Dos-Santos-Vertraute Rodrigues (Kito) im April 1983 angeblich ein konkretes Verhandlungsangebot der USA nach Hause genommen hat (dessen Einzelheiten wir nicht kennen), vernehmen wir aus Angola überwiegend Äußerungen schroffer Ablehnung des ‚linkage‘ und wachsende Kritik an den Amerikanern. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß Rodrigues sich am 27.8.1983 gegenüber VN-U[nder]S[ecretary]G[eneral] Urquhart außerordentlich deprimiert zum Stand der Gespräche mit Washington geäußert, diese faktisch für gescheitert erklärt und die USA (wegen gleichzeitiger UNITA-Unterstützung) des Doppelspiels bezichtigt hat. Sogar die Südafrikaner haben [...] ihr Erstaunen über den ungebrochenen Optimismus der Amerikaner über den Stand der Gespräche mit Luanda geäußert.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125294.

wichts (mit östlicher und kubanischer Hilfe) zur ersten Priorität gemacht haben dürften. Laut Crocker bleibt bis zu dem vom US-Wahlkampf⁶ zu befürchtenden Stillstand nur noch Zeit für einen konzentrierten Anlauf, um mit Angola der Regelung der Kubaner-Frage entscheidend näher zu kommen. Demnächst werde ein Treffen US–Angola auf den Kapverden stattfinden.⁷ Es komme darauf an, daß es durch die guten Dienste der Kapverden gelinge, den Amerikanern dabei die „richtigen“ Angolaner, also zur operativen Entscheidung fähige Führungsmitglieder, zuzuführen.

Im einzelnen:

1) Laut Crocker wußte Washington schon bald nach den Gesprächen mit Kito, daß Luanda „one of those illustrative time-tables“ für entscheidungsreif hielt (so auch schon Frank Wisner vertraulich zu RL 320⁸ in Williamsburg⁹).

Vor diesem Hintergrund hätten sie auch die Rede von Dos Santos am 26.8., welche die vier bekannten Bedingungen bestätigte¹⁰, nicht als Absage interpretiert, sondern die Angolaner wissen lassen, daß auf alle diese Anliegen – im Rahmen einer Vereinbarung, die einen Zeitplan für den Kubaner-Rückzug enthält – Rücksicht genommen werden könne. Kurz darauf sei durch zwei angolansische Emissäre im State Department ein nicht unterzeichneter Brief überreicht worden, in dem die Annahme eines der beiden mit Kito besprochenen konkreten Phasenkonzepte erklärt worden sei. Entsprechenden weiteren Schritten sei Luanda dann jedoch immer wieder ausgewichen, ohne allerdings eine klare Abkehr vom Parallelismus zu signalisieren.

112) Zum Vorwurf des Doppelspiels meinte Crocker, Washington habe durch energische Ausschöpfung allen diplomatischen Einflusses (Fourie) erreicht, daß SA eine fest geplante Verstärkung der Militärpräsenz in Südafrika auf annähernd 20000 Mann schließlich unterlassen habe. SA-Präsenz habe zwischen 3000 und 5000 Mann gelegen und sei jetzt auf 1000 bis 1500 reduziert, werde sich aber wohl nach der Regenzeit (Mai) wieder steigern.

Der Regen halte auch UNITA in Schach. Im übrigen schaffe Savimbis Propaganda teilweise übertriebene Vorstellungen von der Ausrüstung der UNITA. Insbesondere habe ihm bisher niemand den dringenden Wunsch nach tragbaren Luftabwehrraketen zur Bekämpfung der den Luftraum nördlich der von SA beflugenen Gegenden beherrschenden SU-Maschinen gegeben.¹² Soweit UNITA

⁶ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁷ Botschafter Schoeller, Paris, teilte am 5. Dezember 1983 mit: „Angolanischer Botschaftsangehöriger bestätigte gegenüber Mitarbeiter einstweilige Unterbrechung der amerikanisch-angolanischen Kontakte über Kubaner-Abzug. Mit Vorbehalt werden die von angolansischem Diplomaten angegebenen Gründe für das Scheitern mitgeteilt: Die USA seien nicht bereit gewesen, Angola ausreichende Garantien einerseits für einen Rückzug der Südafrikaner und andererseits für die Aufstellung einer effizienten Friedenstruppe im angolansisch-namibischen Grenzgebiet zu geben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2371; Unterabteilung 32, Bd. 125295.

⁸ Hans-Joachim Vergau.

⁹ Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg wurden am 29. Mai 1983 Konsultationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA über die Namibia-Frage abgehalten. Vgl. dazu Dok. 167, Anm. 18.

¹⁰ Zu den von Präsident dos Santos genannten Bedingungen vgl. Dok. 265, Anm. 14.

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1702 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² So in der Vorlage.

mit Beutewaffen operiere, müsse man bedenken, daß FAPLA¹³ über die Kubaner weitgehend veraltetes und minderwertiges Material erhalte, womit kaum eine durchschlagende Generaloffensive denkbar sei. GB folgerte ebenso wie US aus vorliegenden Erkenntnissen, daß Savimbi nicht in der Lage sei, sich in Angola militärisch durchzusetzen. Wir bestätigten dies unter Verwertung der fundierten Berichterstattung aus Luanda hierzu.

3) Zur Tatsache, daß die Räumung der Cunene-Provinz durch SA hilfreich wäre, gab es keine Meinungsverschiedenheiten, wobei auch gesehen wurde, daß es zur Durchsetzung dieses Anliegens in Pretoria auf US ankommt. Mit uns betonten die Kanadier, daß man aber hier nicht wieder die frühere SA-Illusion beleben dürfe, einen Ruhezustand durch militärisches Auseinanderrücken bei Status quo in Namibia und Verbleib der Kubaner in Angola geschenkt zu bekommen. Dabei wurde auch auf die Nützlichkeit permanenter Kubaner-Präsenz aus SA-Sicht hingewiesen. Stillhalteanforderungen an Angola müßten Hand in Hand gehen mit einem der afrikanischen Seite (auch SWAPO) zumutbaren Zeitrahmen für die 435-Ausführung¹⁴, sich also als erster Schritt in diese Richtung darstellen. Zugleich stellten wir es als unerlässlich hin, in diesem Rahmen auch ein Stillhalten der UNITA sicherzustellen, was US und GB nur zögernd einzusehen schienen. Crocker betonte später allerdings, mit dem Ignorieren des UNITA-Faktors (innere Angelegenheit) komme man nicht weiter. Letztlich werde die Aufgabe, mit Savimbi über die UNITA-Einbindung in das Gesamtkonzept zu reden, auf Washington zukommen.

4) Zur Frage westlicher Sicherheitsgarantien für Angola unterschied GB zwischen kurzfristigen (während der Übergangsphase nach 435) und langfristigen (Dauerzustand nach Unabhängigkeit Namibias). F fand wenig Anklang mit der Meinung, erstere seien ja in 435 geregelt. GB stellte klar, daß London sein volles Gewicht hinter Zusicherungen in Angola in bezug auf die Achtung der territorialen Integrität durch Südafrika stellen könne, jedoch im Zusammenhang mit solchen Garantien nicht dazu bereit sei, Sanktionen anzudrohen. Während KAN für derartige Drohungen wenigstens hinsichtlich der kurzfristigen Garantien plädierte, erläuterten wir, daß ein Weiterkommen mit den Hilfsmitteln des Kap. 7¹⁵ von vornherein nicht aussichtsreich erscheine. Denn sowohl für den Übergang als auch für den späteren Frieden in der Region bedürfe es einer positiv kooperativen Haltung Pretorias, und die sei nun einmal nur durch nachdrückliches Engagement der westlichen Mächte, das für Pretoria insbesondere aus Washington fühlbar werden müsse, zu erreichen. Der Eindruck von sanktions-technischem Zwang im einen und Verzicht auf solchen Zwang im anderen Garantiefall werde es für alle nur schwerer machen.

5) Auf die Frage Crockers, was nach Ansicht der Partner sonst noch geschehen könne, um die Vertrauensbasis in Luanda zu stärken, haben wir erneut den Wert betont, den gerade jetzt die Eröffnung einer US-Vertretung in Angola haben könnte. Bei Schweigen der Franzosen meinten auch KAN und GB, daß ein

¹³ Forças Armadas Populares de Libertação de Angola.

¹⁴ Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 56, Anm. 8.

¹⁵ Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 behandelte „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 458–465.

solcher Schritt auf die Atmosphäre und wohl auch das Tempo der Verhandlungen günstig wirken würde. Crocker will dies in Washington ansprechen. Er informierte uns jedoch, daß den Angolanern seit langem das Angebot eines „US-Liaison Office“ vorliege, aber nicht aufgegriffen werde. Bekanntlich gebe es im Kongreß gegen eine höherrangige Präsenz immer noch Vorbehalte, solange die Kubaner in Angola seien.

[gez.] Haas

VS-Bd. 13582 (320)

314

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen

24. Oktober 1983¹

Betr.: Informelles Ministertreffen vom 22./23. Oktober 1983 in Vouliagmeni bei Athen;

hier: Wesentliche Ergebnisse der Gespräche

Informelles Außenministertreffen am 22./23.10.1983 im Hotel „Astir Palace“ nahe Athen fand wie üblich im engsten Kreise der Außenminister statt. Aus Gespräch mit BM nach den Sitzungen und aus Unterrichtung durch Dolmetscherin halte ich entsprechend der chronologischen Behandlung folgende Punkte fest:

- 1) Bericht AM Andreotti über Gespräche Präsident Reagan mit PM Craxi.²
- 2) Bericht AM Charalambopoulos über Treffen sozialistischer Regierungschefs in Athen.³
- 3) Ausführlicher Bericht und Bewertung BM seines Wiener Treffens mit AM Gromyko⁴ einschließlich Überlegungen zur künftigen Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses. Alle Kollegen stimmten BM zu, daß auch in Zukunft westliche Politik gegenüber dem Osten mit Festigkeit und Dialogbereitschaft geführt werden müsse. BM fand große Zustimmung zur Bedeutung der KAE. Nach seiner Einschätzung zeichnet sich eine größere Teilnahme von Außenministern ab. AM Cheysson gab zu erkennen, daß er beabsichtige, an Eröffnungssitzung am 17.1.1984 teilzunehmen.⁵

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Oktober 1983 vorgelegen.

² Ministerpräsident Craxi hielt sich vom 19. bis 21. Oktober 1983 in den USA auf.

³ Am 16./17. Oktober 1983 trafen die Ministerpräsidenten Craxi, González, Mauroy, Papandreu und Soares in Athen zusammen. Sie sprachen unter anderem über Fragen der Sicherheitspolitik, so die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, und über die Verhandlungen zu einem EG-Beitritt Portugals und Spaniens. Vgl. dazu den Artikel „Athens Vorschlag findet keine Unterstützung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Oktober 1983, S. 6.

⁴ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

⁵ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

4) Handelsabkommen EG–Ungarn⁶

BM bekräftigte, daß D ungarischen Vertragswunsch unterstütze. Übrige Außenminister sprachen sich ebenfalls im Grundsatz für ein solches Abkommen aus. EGK⁷-Präsident Thorn unterstrich ebenfalls die politische Wünschbarkeit eines Abkommens mit Ungarn. Operative Schlußfolgerungen wurden nicht gezogen.

5) Polen

Britischer AM drückte Hoffnung aus, daß die am Ende des Monats Oktober zu führenden Umschuldungsverhandlungen mit Polen erfolgreich zu Ende geführt werden können.⁸

6) Libanon

Bericht AM Cheysson über die Lage, die kaum zu Hoffnungen Anlaß bietet. Zersplitterung der Kräfte auf der ganzen Linie. Keine operativen Schlußfolgerungen. (Cheysson trug am 22.10. vor, Anschläge auf französisches und US-Militärquartier am 23.⁹)

AM Griechenland und AM Italien kündigten Entsendung von Beobachtern an. AM Charalambopoulos unterrichtete seine Kollegen über eine bevorstehende

⁶ Zu den Bemühungen Ungarns um ein Handelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 50.

In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 6. Oktober 1983 hieß es: „Im Auftrag des Rates fanden im Sommer d[ieses] J[ahres] mehrere Sondierungsrunden zwischen der EG-K[ommission] und der ungarischen Regierung statt, bei denen eine erste Klärung der ungarischen Wünsche hinsichtlich des Inhalts eines Abkommens erreicht werden konnte. [...] Die Bundesregierung geht davon aus, daß die EG mit Ungarn ein Handelsabkommen abschließen kann, das inhaltlich unterhalb eines Freihandels- oder eines Präferenzabkommens liegt. Dem Abschluß solcher Abkommen stehen u. a. GATT-rechtliche Gründe entgegen; ein Freihandelsabkommen scheitert an der mangelnden Vergleichbarkeit der beiden Wirtschaftssysteme, ein Präferenzabkommen daran, daß Ungarn kein Entwicklungsland und nicht Mittelmeerrainer ist.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131180.

⁷ EG-Kommission.

⁸ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 266, Anm. 8.

Botschafter Röding, Warschau, berichtete am 7. Oktober 1983: „Expertengruppe westlicher Hauptgläubigerländer erörterte vom 3. bis 6.10.1983 in Warschau mit polnischer Delegation erstmals seit 1981 Probleme öffentlicher Verschuldung. Erstaunlich offener Meinungs austausch ergab, daß Zahlungsbilanzschwierigkeiten Polens auch bei Verstärkung der eigenen Anstrengungen bis in neunziger Jahre fortbestehen. [...] Gesamtschuld (ohne Zinsen) wurde mit 23 Mrd. Dollar beziffert, davon 7 Mrd. Dollar überfällig. Wir sind mit 3,5 Mrd. Dollar, davon 2 Mrd. Dollar öffentlich verbürgt, Polens größter Gläubiger (vor USA 3 Mrd. Dollar, Frankreich 2 Mrd. Dollar, Österreich 1,8 Mrd. Dollar). Polnischer Delegationsleiter Karcz bezeichnete als Ziel der Erörterungen Wiederaufnahme von Umschuldungsverhandlungen, neue Kredite und IWF-Beitritt. Expertengruppe wies dies als über Mandat hinausgehend zurück.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1301; Referat 422, Bd. 140064.

⁹ Botschafter Eitel, Beirut, berichtete am 24. Oktober 1983 über die Anschläge auf das amerikanische und das französische MNF-Kontingent im Libanon: „Am 23.10. gegen 6.20 Uhr brachen mit Sekundenabstand Zentralgebäude des Marine-Hauptquartiers (ca. 300 m nördlich des Flughafens) und Quartier einer französischen Fallschirmjäger-Einheit im südlichen Vorort Bir Hassan aufgrund jeweils einer heftigen Explosion völlig zusammen. Besichtigung ergab, daß Etagendecken wie Sandwich-Scheiben aufeinanderliegen, so daß Explosionen vermutlich aus der Mitte des Parterres oder Kellers kommen mußten. Dies würde ferngesteuerte Bombenexplosion vermuten lassen. Allgemeine Meinung geht aber dahin, daß jeweils ein Lieferwagen voll mit Sprengstoff und einem Kamikazefahrer alle Sperren durchbrochen und sich Eingang ins jeweilige Erdgeschoß verschafft habe. [...] Aufgrund der bisher vorliegenden Informationen möchte ich die Ausführung der Attentate schiitischen Fundamentalisten zuschreiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 817; Referat 310, Bd. 135770. Am 25. Oktober 1983 teilte Eitel mit: „Bei Fortgang der Aufräumarbeiten steigen die Verlustzahlen: Am Morgen des 25.10. offiziell 191 ‚Marines‘, 50 Franzosen. Da beide Kontingente immer noch jeweils mehr als 30 Vermißte zählen, ist ein entsprechendes Ansteigen der Verlustzahlen zu befürchten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 824; Referat 310, Bd. 135770.

Fact-finding-Mission von Staatsminister Papoulias, der in nächster Zeit Damaskus und Tel Aviv besuchen werde, um die Modalitäten der Entsendung der Beobachter abzuklären.¹⁰ Seine Frage, ob Papoulias für die Gemeinschaft auftreten könne („Can he cover the Community?“), wurde von AM Cheysson als nicht opportun bezeichnet. Übrige AM nahmen zu dieser Frage nicht Stellung.

7) Euro-Arabischer Dialog

BM setzte sich für Einberufung der Allgemeinen Kommission noch in diesem Jahr ein. Hierzu bestand eine generelle Zustimmung.¹¹ Beschluß wurde nicht gefaßt.

8) Zypern

AM Charalambopoulos berichtete über jüngste Entwicklung der Zypern-Frage. Kyprianou habe sich positiv zu den Vorschlägen des VN-GS geäußert. Denktasch sei bisher negativ geblieben.¹² Es bestehe nach wie vor die Gefahr, daß das türkische Gebiet für unabhängig erklärt werde.¹³ Die UNO-Resolution bleibe auch

¹⁰ Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 20. Oktober 1983: „Pressemeldungen zufolge hatte libanesisches Regierung am 13.10.1983 – auf ein früheres Angebot von MP Papandreou eingehend – bei griechischer Regierung offiziell Antrag auf Entsendung einer 400 Mann starken Beobachtergruppe zur Überwachung des Waffenstillstandes im Libanon gestellt. Gleiche Anzahl von Beobachtern wurde auch bei italienischer Regierung beantragt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 710; Referat 310, Bd. 135764.

Am 25. Oktober 1983 teilte Sigrist mit, die griechische Regierung vertrete die Auffassung, „daß angesichts unklarer und sich sogar verschlechternder Sicherheitslage in Beirut zur Zeit die Entsendung von Beobachtern mindestens so lange nicht opportun erscheine, als die vereinbarte Waffenruhe von unkontrollierbaren Extremistengruppen immer wieder in flagranter Weise mißachtet werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 719; Referat 310, Bd. 135770.

¹¹ Ministerialdirigent Montfort resümierte am 20. Dezember 1983: „Am 13. und 14. Dezember 1983 traf sich in Athen die Allgemeine Kommission, Leitorgan (und zugleich eine Art Generalversammlung) des Europäisch-Arabischen Dialogs, zu ihrer fünften Sitzung. Die vierte Sitzung hatte im Dezember 1978 in Damaskus stattgefunden. Danach war die Allgemeine Kommission nicht mehr zusammengetreten, weil der EAD infolge der Vereinbarungen von Camp David und der sich daraus ergebenden Unstimmigkeit im arabischen Lager zum Stillstand gekommen war. [...] Die Atmosphäre der Sitzung in Athen war offen und bestimmt vom beiderseitigen Willen, den Dialog fortzusetzen. Während das arabische Verhalten die Zerrissenheit des arabischen Lagers widerspiegelte, zeigten die Zehn Übereinstimmung und Geschlossenheit. Offensichtlich ist die arabische Seite noch immer nicht bereit, die von den Zehn vertretene Auffassung zu akzeptieren, daß der EAD kein Vehikel sein kann zur Unterstützung der arabischen Position im ungelösten Nahost-Konflikt.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 137571.

¹² Im Auftrag des VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar unterbreitete dessen Sonderbeauftragter für Zypern, Gobbi, dem zyprischen Außenminister Rolandis am 8. August 1983 in Nikosia neue Überlegungen zu Lösung des Zypern-Konflikts. Vgl. dazu die Meldung „Zyperns Präsident bricht seinen Urlaub ab“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. August 1983, S. 2.

Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler übermittelte der Botschaft in Athen am 11. Oktober 1983 den Drahtbericht Nr. 2047 des Botschafters van Well, New York (VN), vom 4. Oktober 1983, in dem es dazu hieß: „Kyprianou und Denktasch haben bei ihren Gesprächen mit dem VN-GS am 30.9. bzw. 1.10. ihre Antworten auf die Initiative des VN-GS vom 8.8. übermittelt. Aus dem VN-Sekretariat hören wir dazu folgendes: a) Kyprianou habe die vom VN-GS gewählte Methode voll gebilligt. Die inhaltlichen Vorschläge [...] habe er nicht in toto akzeptiert, sei aber bei seinem Gegenvorschlag nicht allzu sehr davon abgewichen. Insgesamt sei griechisch-zyprische Antwort sehr positiv aufgefallen. b) Denktasch hingegen habe sowohl Methode als auch Inhalt abgelehnt. Andererseits habe er sich zur Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche auf der alten Basis (Ergebnisse der Spitzengespräche von 1977 und 1979) [...] bereit erklärt. Voraussetzung dafür sei allerdings eine vorausgehende Begegnung mit Kyprianou, bei der der türkisch-zyprische Seite versichert werden müsse, daß sie bei den Volksgruppengesprächen ein gleichwertiger Partner sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 257; Referat 203, Bd. 150985.

¹³ Am 15. November 1983 erklärte die türkisch-zyprische Volksversammlung die Unabhängigkeit Nordzyperns als „Türkische Republik Nordzypern“. Vgl. dazu Dok. 353.

in Zukunft die Basis aller Einigungsbemühungen.¹⁴ Jetzt komme es zunächst darauf an, die Beziehungen zwischen der EG und Zypern zu verstärken. AM Howe stimmte zu; Assoziierung müsse jetzt bald realisiert werden.¹⁵

9) Attentate in Beirut vom 23.10.

AM Cheysson berichtete über die Vorkommnisse in Beirut. AM Howe kondolierte im Namen der Außenminister. AM Charalambopoulos kündigte an, daß er Bestürzung und Beileid gegenüber der Presse zum Ausdruck bringen werde.

10) Zentralamerika

BM erläuterte Mittelamerikakonzept entsprechend Vorlage Abteilungen 3 und 4 vom 20.10.¹⁶ Dabei unterstrich er den Gedanken der Arbeitsteilung zwischen EG und US. Entscheidend für eine positive Entwicklung sei die Beseitigung der ökonomischen Ursachen der Krisensituation. Contadora-Initiative bedürfe der finanziellen und ökonomischen Unterstützung.¹⁷ Hinweis auf Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit der ASEAN-Gruppe. Unterstützung regionalen Zusammenschlusses.

Übrige AM äußerten lebhafte Unterstützung. Insbesondere AM Cheysson hob Notwendigkeit eines intensiven Austauschs (Besuchsdiplomatie) hervor. AM Howe unterstrich den Gedanken der Arbeitsteilung bei Rücksichtnahme auf US-

¹⁴ Vgl. dazu die Resolution Nr. 367 des VN-Sicherheitsrats vom 12. März 1975; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 77 f.

¹⁵ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 24. Oktober 1983: „Zypern hat aufgrund des Assoziierungsabkommens von 1972 und von Beschlüssen des Assoziationsrates 1980 Anspruch auf Verhandlungen über den Ausbau der Beziehungen zur EG i[m] S[inne] einer Zollunion. Dieser Anspruch ist vom neuen zyprischen AM Iacovou im Assoziationsrat am 17.10.1983 aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nachdrücklich angemeldet worden, wobei er hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung Flexibilität in Aussicht stellte. EG-K[ommission], GB und GR unterstützen den zyprischen Wunsch. F und vor allem IT wenden sich insbesondere gegen die – für eine Zollunion notwendige und auch für Zypern unverzichtbare – Einbeziehung von Agrarprodukten in die Verhandlungen. Aufgrund der vielen ungeklärten Fragen – zu denen auch die Auswirkungen auf die geteilte Insel gehören – konnte die Gemeinschaft der zyprischen Seite daher zunächst nur die Aufnahme von Verhandlungen ‚so bald wie möglich‘ zusagen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131114.

¹⁶ Ministerialdirigent Loeck legte Bundesminister Genscher am 20. Oktober 1983 Aufzeichnungen der Abteilungen 3 und 4 zum Thema Mittelamerika vor. In der Aufzeichnung des Referats 411 vom 19. Oktober 1983 wurden Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den mittelamerikanischen Staaten vorgeschlagen: „Diese Kooperationsabkommen könnten folgende Elemente enthalten: Meistbegünstigung, handelspolitische Zusammenarbeit, Einfuhrerleichterungen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems bei Zentralamerika speziell interessierenden gewerblichen und agrarischen Gütern, industrielle Zusammenarbeit, Bemühungsklauseln für den Investitionsschutz, entwicklungspolitische Zusammenarbeit, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Bildung Gemischter Ausschüsse.“ Dieser Vorschlag sollte mit den anderen EG-Mitgliedstaaten sondiert werden. Vgl. Referat 411, Bd. 131158.

¹⁷ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 230, Anm. 21. Botschafter Wellhausen, Panama, berichtete am 23. Oktober 1983: „1) Am 21.10. erarbeiteten vier Vize-Außenminister als technische Arbeitsgruppe eine Vorlage des Sachstands zum ‚Dokument der Ziele‘, das bei letzter Vollsitzung der AM der Contadora mit fünf AM [entral]A[merika] am 7. bis 9. Sept[ember] in Panama vereinbart und danach von Regierungschefs aller neun Länder gebilligt wurde. 2) AM der vier Contadora-Staaten prüften anhand dieses Dokuments am 22.10. Lage [...]. 3) Nach Abschluß der Sitzung am Abend des 22.10. veröffentlichten vier AM gemeinsam ein informatives Bulletin. Hierzu wird festgestellt: a) Bei Vorbereitung der rechtlichen Instrumente zum Punkt Verhandlungen der ZA-Staaten untereinander sei man vorangekommen. b) Dies erlaube Einberufung eines weiteren (5.) gemeinsamen Treffens der AM der 4+5 im November.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 108; Unterabteilung 33, Bd. 136684.

Interessen. Einige AM äußerten Sorge über innere Entwicklung in Nicaragua, wo Revolution Weg des Totalitarismus einschlägt.

Zusammenfassend schlug BM am Ende der Aussprache Befassung der Politischen Direktoren mit der von ihm vorgetragenen Mittelamerikakonzeption vor. Alle übrigen stimmten zu.

11) Grenada

Gedankenaustausch über beunruhigende Entwicklung.¹⁸

12) Vorbereitung Europäischer Rat Athen¹⁹

BM schlug Straffung der Arbeiten bei dem verbleibenden Sonderrat im November vor und regte an, auch bilaterale Kontakte gründlich zu nutzen. AM kamen überein, für November geplanten Sonderrat wie vorgesehen am 9.11. zu beginnen; am 10.11. Landwirtschaftsminister dazuzubitten sowie die Tage vom 11. und 12.11. u. U. zu bilateralen Gesprächen zu nutzen.²⁰ AM sahen vor, EG-Rat am 28.11. als Sonderrat der Außen- und Finanzminister vorzusehen²¹; Allgemeiner EG-Rat dann am 29.11.²²

13) Stahlfrage²³

Am Rande des Treffens sprach BM zweimal mit EGK-Präsident Thorn über die Stahlfrage. Er wies ihn auf die Bedeutung der Angelegenheit für die Bundes-

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter teilte Bundesminister Genscher, z.Z. Athen, am 21. Oktober 1983 mit: „Armee hat in der Nacht vom 19. zum 20.10. die Macht in Grenada übernommen. Bisheriger MP Bishop, eine Reihe von Kabinettsmitgliedern und zwei Gewerkschaftsführer sind im Verlauf des mehrere Tage andauernden Machtkampfes ums Leben gekommen. Flug- und Telefonverbindungen sind eingestellt. Es besteht Ausgangssperre – bei Nichtbeachtung wird geschossen. Hinter dem Putsch werden Vertreter der Regierungspartei vermutet, die eine noch stärkere Anlehnung an Marxismus-Leninismus und Vorbild Kubas und der UdSSR wünschen und gewisse Öffnung Bishops gegenüber USA und Kanada verurteilten. [...] Auf den Inseln befinden sich z. Zt. vermutlich zwölf Deutsche. Entgegen anderslautenden Meldungen planen USA bisher noch keine Evakuierung der etwa 800 US-Bürger von Grenada.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 6828; Referat 331, Bd. 136432.

¹⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

²⁰ Zur Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister sowie zeitweilig der Landwirtschaftsminister vom 9. bis 11. November 1983 in Athen vgl. Dok. 354, Anm. 2.

²¹ Zur Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister am 28./29. November 1983 in Brüssel vgl. Dok. 359, Anm. 5.

²² Im Zentrum der EG-Ministerratstagung in Brüssel stand ein Ministertreffen mit Portugal über dessen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Weitere Themen waren das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften zu Zypern nach der Unabhängigkeitserklärung Nordzyperns am 15. November 1983, die Beziehungen zu Grönland, das griechische Memorandum vom 22. März 1982, die Zusammenarbeit mit den AKP-Mitgliedstaaten und die Handelspolitik gegenüber den Entwicklungsländern. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 127 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 2. Dezember 1983; Referat 012, Bd. 124453.

²³ Zur Regelung der Produktionsquoten und zum Umstrukturierungsprogramm für die europäische Stahlindustrie vgl. Dok. 185, Anm. 13.

In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. Oktober 1983 wurde ausgeführt: „In den ersten sieben Monaten dieses Jahres steigt der Anteil anderer EG-Mitgliedstaaten in der Stahlversorgung des deutschen Marktes sprunghaft an. Im Januar waren es 22%, im Juli 27,3%. [...] Besonders deutlich ist der Anstieg der Lieferungen von Belgien und Luxemburg, den Niederlanden und Italien. [...] Es ist bekannt, daß alle Anbieter aus den europäischen Partnerländern (vielleicht mit Ausnahme von Hoogovens in den Niederlanden) hohe staatliche Subventionen bekommen. Diese Subventionen fließen offensichtlich zu einem großen Teil in die Preise und werden genutzt, um die Preise der Konkurrenz unterbieten zu können. In welchem Ausmaß dies erfolgt, dokumentiert besonders anschaulich die Tatsache, daß die Kommission Mitte dieses Jahres wesent-

regierung hin und drückte seine Verwunderung über Erklärung der Kommission vom 21.10. aus, die in keiner Weise den Gesprächsverlauf zwischen ihm und dem Präsidenten sowie Kommissar Davignon²⁴ wiedergebe.²⁵ BM machte klar, daß Bundesregierung es nicht weiter hinnehmen könne, daß die von der Kommission gewährten Beihilfen zu Wettbewerbsverzerrungen führten, da die Beihilfen als Teil der Strukturreform vorgesehen seien und nicht zur Preisunterbietung dienen dürften.

Jansen

Referat 010, Bd. 178879

Fortsetzung Fußnote von Seite 1569

lich höhere Subventionen für Belgien, Großbritannien, Frankreich und Italien genehmigt hat, als diese fristgerecht bis zum 30.9.1982 notifiziert hatten. Wir haben auf diese unzulässigen Genehmigungen mit unserer Klage vom 29. Juni 1983 reagiert. Binnen weniger Monate wurde der Beihilfebedarf der genannten Mitgliedstaaten um 16 Mrd. DM (ca. 25 %) angehoben. Diese gigantischen Subventionen werden offenbar benutzt, um andere, wenig oder nicht subventionierte Unternehmen zu verdrängen. Dies kann die Bundesregierung nicht länger hinnehmen.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130944.

²⁴ Im Gespräch mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, und Vizepräsident Davignon am 21. Oktober 1983 in Brüssel legte Bundesminister Genscher dar: „Er müsse in aller Offenheit – dies auch an die Adresse der anderen MS gerichtet – darauf hinweisen, daß der finanzielle und politische Handlungsspielraum der BReg in Athen maßgeblich von der weiteren Entwicklung im Stahlbereich mitbestimmt werde. [...] Präsident Thorn erwidert, die Kommission erkenne die politische Bedeutung des Problems für die BReg und verstehe, daß diese durch die Entsendung des Vizekanzlers unterstrichen werden solle, um die Kommission zu sensibilisieren. [...] Was die Drittlandsimporte anbelange, so sei er erstaunt, daß die BReg diese Frage jetzt ‚hochspiele‘, nachdem hierüber auf dem letzten Rat eingehend gesprochen worden sei. [...] Der Anteil der deutschen Stahlindustrie an Produktion und Verbrauch sei nach den Zahlen der Kommission über die Jahre praktisch konstant geblieben; er sehe daher nicht, wo es ‚Verzerrungen‘ gebe.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 416, Bd. 130944.

²⁵ In der Erklärung hieß es: „La commission est d'avis que les chiffres actuellement à sa disposition ne permettent pas de conclure que le développement des importations de pays tiers vers l'Allemagne en 1983 soit de nature inquiétante.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3318 des Botschafters Poensgen, Brüssel (EG), vom 22. Oktober 1983; Referat 416, Bd. 130944.

315

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl

201-363.31-3588/83 VS-vertraulich

24. Oktober 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung

Betr.: Chiracs Äußerung über deutsche Teilhabe an europäischen Nuklearsystemen

Bezug: Anforderung des Ministerbüros

Resümee

Chiracs Vorschläge einer stärkeren Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Nuklearverteidigung werfen mehr Probleme für die Bundesrepublik auf, als daß sie Lösungen aufzeigen. Zurückhaltung gegenüber diesem Gedanken erscheint daher geboten.

Die Äußerungen Chiracs vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn am 17. Oktober⁴ (Le Monde vom 20.10.1983⁵) zur Frage einer deutschen Beteiligung an einer europäischen Nuklearrüstung entspringen einer doppelten Motivation:

- Der verständliche Wunsch Deutschlands nach Normalisierung der Beziehungen zu den Völkern Mitteleuropas darf den Zusammenhalt Westeuropas und seine gemeinsame Verteidigung nicht schwächen.
- Die Sorge um die Dauerhaftigkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Europa nötigt den Europäern die Verantwortung für ihre eigene Sicherheit auf.

In diesem Spannungsfeld zwischen deutscher Ostpolitik und nicht zweifelsfreier amerikanischer Europapräsenz geht es dem Führer der französischen Gaullisten vor allem darum, Deutschland nicht aus dem Pazifismus in den Neutra-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz konzipiert.

² Hat Staatssekretär von Staden am 27. Oktober 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 29. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 31. Oktober 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat im Büro Staatssekretäre am 31. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 2. November 1983 erneut vorgelegen

⁴ Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 19. Oktober 1983: „Die Äußerungen des RPR-Vorsitzenden Jacques Chirac über neue Aspekte der europäischen Verteidigungspolitik anlässlich seines Besuchs in Bonn haben in der hiesigen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Die Zitate sind allerdings so ungenau, daß nicht ganz klar ist, ob Chirac für eine ‚völlig unabhängige europäische Verteidigungspolitik‘ plädiert hat oder ob er für eine ‚Garantie der europäischen Sicherheit durch das gemeinsame französisch-britische Atomarsenal unter amerikanischem Schirm‘ eingetreten ist. [...] In Paris haben die Bonner Ausführungen Chiracs zu ersten Stellungnahmen geführt. Verteidigungsminister Hernu erklärte, er sei ‚überrascht‘ von den Vorschlägen Chiracs und unterstrich, daß ‚die Regierung von niemandem Nachhilfestunden zu nehmen brauche bezüglich der deutsch-französischen Zusammenarbeit‘. [...] Der Nationalesekretär der PS, Chevènement, bezeichnete die Bonner Ausführungen Chiracs als ‚das Ende des Gaullismus‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2023; VS-Bd. 11988 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Vgl. die Artikel „M. Chirac et la défense européenne“ und „On peut envisager qu’une dissuasion nucléaire européen-américaine garantisse la sécurité de l’Europe occidentale“; LE MONDE vom 20. Oktober 1983, S. 1 f.

lismus abgleiten zu sehen und damit das französische Glacis vor der sowjetischen Bedrohung zu verlieren. Hierzu bedarf es der festen Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis.

Dies kann nach Auffassung Chiracs durch eine direkte Beteiligung Deutschlands auf verantwortlichem Niveau an der europäisch-amerikanischen Abschreckungsmacht in der absehbaren Zukunft geschehen. Der Leitartikel der *Le Monde* vom 20. Oktober läßt die zugrundeliegenden Überlegungen deutlicher in Erscheinung treten. Eine deutsche Beteiligung an europäischen Nuklearsystemen ist alleiniger deutscher Verfügungsgewalt vorzuziehen, weil durch ein System des doppelten Schlüssels Frankreich und Großbritannien ein Veto über deutsche Entscheidungen hätten. Die machtmäßige Voraussetzung für eine mögliche stärkere europäische Abschreckungsmacht sieht Chirac in der bevorstehenden Modernisierung (MIRVung) der britischen und französischen Systeme. Chirac spricht zwar von einer europäisch-amerikanischen Abschreckungsmacht und betont, daß die amerikanische Garantie unentbehrlich sei, hebt aber zugleich auch hervor, daß die Sicherheit Westeuropas in erster Linie Sache der Europäer selbst sei, eine Aufgabe, deren Lösung ohne deutsche Beteiligung nicht denkbar sei. Diese (bewußte) Unklarheit verdeutlicht sich durch den Leitartikel der *Le Monde*, der den Schluß nahelegt, daß Chirac in der sich verstärkenden britisch-französischen Nuklearmacht wenigstens eine für Westeuropa ausreichende Abschreckungsmacht sieht, neben der die amerikanische nur für das globale Gleichgewicht von Bedeutung wäre. Öffnet man Deutschland den Zugang zu der britisch-französischen Nuklearmacht, so gewinnt man drei Vorteile:

a) Dem Drängen nach voller deutscher Souveränität wird Genüge getan und damit eine Triebkraft für die Neutralismusbewegung geschwächt.

b) Deutschland wird militärisch dauerhaft in den Westen eingebunden, ohne daß zu besorgen wäre, daß etwa durch einen Regierungswechsel in Washington die amerikanische Nukleargarantie in Zweifel gerät und dadurch in der Bundesrepublik Deutschland das Sicherheitsgefühl und damit die klare Westbindung schwindet.

c) Die konkretere werdende Aussicht auf eine deutsche Beteiligung an den britisch-französischen Nuklearsystemen drängt deutsche Forderungen auf Anrechnung dieser Systeme in den Abrüstungsverhandlungen zurück.

Den Vorteilen aus französischer Sicht könnte ein wesentlicher Nachteil aus deutscher Sicht gegenüberstehen. Nach ihrem derzeitigen (und künftigen) Umfang können die französischen und britischen Systeme angesichts der gewaltigen sowjetischen Übermacht nur die Funktion einer Waffe der letzten Zuflucht erfüllen. Es ist aber zweifelhaft, ob ein konventioneller Angriff auf Deutschland für Frankreich (oder England) bereits ausreicht, diese Waffe einzusetzen. Hier ist die amerikanische Schutzgarantie sicherer als die der kleinen europäischen Systeme.

Die Überlegung Chiracs zielt aber offensichtlich nicht auf derartige strategische Entscheidungen, sondern auf eine politische Einbindung der Bundesrepublik. Es läge in der Logik derartiger Überlegungen, Entscheidungen über eine deutsche Beteiligung bald anzustreben, um die derzeit günstigen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag dafür zu nutzen.

Für eine deutsche Reaktion auf derartige Vorstellungen sind außenpolitisch in Rechnung zu stellen die Auswirkungen

- auf die Sowjetunion und damit
- auf das Offenhalten der Optionen für eine deutsche Einigungspolitik⁶;
- auf das deutsch-amerikanische Verhältnis, da eine zukünftige amerikanische Regierung hierin einen Vorwand für einen nuklearen Rückzug aus Europa erblicken könnte.

Außerdem müßte die NVV⁷-Vereinbarkeit sorgfältig geprüft werden.⁸

Die ausschlaggebende Frage ist, ob wir durch Teilhabe an einer europäischen Nuklearmacht mehr oder weniger politische Handlungsfreiheit gewinnen. Wenn im Aufstieg zu einer Nuklearmacht auch ein bedeutender Machtzuwachs liegen mag, könnte in dem Bruch mit einer bisher verfolgten konsequenten nuklearen Verzichtspolitik ein erheblicher Vertrauensverlust für die Verlässlichkeit unserer Politik verbunden sein. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Politik innenpolitisch durchsetzbar wäre. Da es Hauptziel der deutschen Politik ist, die Optionen für eine deutsche Einigungspolitik offenzuhalten, die Risiken einer nuklearen Teilhabe aber eine weitere Verhärtung befürchten lassen, erscheint Zurückhaltung gegenüber den Vorstellungen einer „verantwortlichen deutschen Teilhabe an einer europäischen Nuklearmacht“ geboten.⁹

Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß eine „gaullistische“ Wende unserer Sicherheitspolitik – ungeachtet der Versicherungen Chiracs zur Unentbehrlichkeit Amerikas – Anlaß gibt zu einem schrittweisen Rückzug Amerikas aus Europa. Dann stünden wir mit deutlich geminderter Sicherheit da. Um dies zu vermeiden, ist von einem Aufgreifen der Anregungen Chiracs abzuraten. Das bedeutet nicht, daß wir nicht in gleicher Weise wie mit Amerikanern und Briten weiterhin darauf drängen sollten, auch mit den Franzosen über den Einsatz nuklearer Kurzstreckensysteme Absprachen zu treffen, soweit unsere nationalen Interessen durch französische Einsatzplanung unmittelbar betroffen sind. In diesem Sinne sollte reagiert werden, sofern die Chirac'schen Vorstellungen offiziell an uns herangetragen werden.

Braunmühl

VS-Bd. 11988 (201)

⁶ Der Passus „auf das ... Einigungspolitik“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[siehe] [Seite] 4.“ Vgl. Anm. 9.

⁷ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl eingeklammert. Dazu vermerkte er: „Die Auswirkungen einer solchen Teilhabe auf das Lösungspaket, das in ferner Zukunft im Rahmen einer europäischen Friedensordnung einmal eine Wiedervereinigung möglich machen könnte, sind komplex. Deshalb sollte dieser Gesichtspunkt nur mit großer Vorsicht herangezogen werden und keinesfalls nach außen benutzt werden.“

316

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Landesregierung Grönlands, Motzfeldt

25. Oktober 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden der grönländischen Landesregierung, Jonathan Motzfeldt, am Dienstag, dem 25. Oktober 1983, von 12.00 Uhr bis 13.45 Uhr

Auf deutscher Seite nahmen an dem Gespräch teil BM Genscher, PStS von Geldern, Botschafter Dr. Jestaedt, VLR I Dr. Neuer als Note-taker. Auf grönländischer Seite nahmen an dem Gespräch teil der stellvertretende Vorsitzende der grönländischen Landesregierung, Herr Moses Olsen; der dänische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Herr Fischer; der Staatssekretär im dänischen Ministerium für Grönland, Herr Christian Jensen; Botschafter Henrik Netterstrøm vom dänischen Außenministerium; der Leiter des Sekretariats der grönländischen Selbstverwaltung, Herr John Jensen; Dolmetscher: Herr Bischoff.

Das Gespräch einschließlich des Mittagessens dauerte von 12.00 bis 13.45 Uhr. An dem Mittagessen nahm auch der Abgeordnete Wulff teil.

Herr *Motzfeldt* legte auf Bitte des Bundeskanzlers zunächst den grönländischen Standpunkt dar. Er wies darauf hin, daß das grönländische Parlament einstimmig beschlossen habe, ihm das Mandat zu geben, Verhandlungen über den Austritt Grönlands aus der Europäischen Gemeinschaft² weiterzuführen. Grönland müsse danach die Europäische Gemeinschaft zum 1. Januar 1985 verlassen haben. Die grönländische Seite strebe als Lösung das ÜLG-Modell an.³ Dieses habe sich als gangbar erwiesen. Damit solle unterstrichen werden, daß Grönland der EG nicht den Rücken kehren wolle, sondern einen ähnlichen Status anstrebt wie andere überseeische Gebiete. Der Grund für das Ausscheiden sei, daß Grönland selbst über seine lebenden Ressourcen bestimmen wolle. Dies sei die einzige Lebensgrundlage für die Grönländer. Er sei bereit, die deutschen Interessen während der fünfjährigen Übergangsperiode zu diskutieren.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 26. Oktober 1983 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Dazu vermerkte Neuer, er übersende sie „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“. Bundeskanzler Kohl habe ihr noch nicht zugestimmt.

Hat Vortragendem Legationsrat Pieck am 27. Oktober 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 135236.

² Zur Frage eines Austritts Grönlands aus den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 25, Anm. 22.

³ In einem Bericht der Vizepräsidentin des Bundestags, Renger, vom 20. Juli 1983 für den Auswärtigen Ausschuß des Bundestags wurde zum Status der Überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG) festgehalten: „Der ‚ÜLG-Status‘ ist der Status, den die EG für die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der EG festgelegt hat. Er gewährt handelspolitische und finanzielle Vorteile, ohne entsprechende Verpflichtungen gegenüber der EG zu schaffen. Er deckt sich fast vollkommen mit den Bestimmungen des Abkommens von Lomé. Grönland würde, vor allem für seine Fischprodukte, der freie Zugang zur Gemeinschaft ohne mengenmäßige Beschränkung, Zölle oder Abgaben eröffnet.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135236.

Hierbei gehe es um die Fischfangmengen, die die grönländische Fischerei nicht selbst fangen könne. Die eigene Fischerei Grönlands entwickle sich aber stark. Es sei ihm klar, daß wenn Grönland die EG verlassen habe, es auch die Gemeinschaftshilfe, z. B. aus dem Regionalfonds, verliere. Deshalb strebe er eine Regelung an, wie sie die EG auch den afrikanischen Entwicklungsländern gewähre. Er habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß das Europäische Parlament sich für eine solche Lösung ausgesprochen habe.⁴ Wenn Grönland keine ÜLG-Bedingungen erhalte, wolle es dem Beispiel der Färöer folgen, d. h. als Drittland behandelt werden.

Herr Motzfeldt ging dann auf die Zwischenfälle mit deutschen Fischereischiffen ein und bezeichnete sie als ernsthafter Natur.⁵ Er wies auf die Gefahr der Überfischung hin. Die grönländische Fischindustrie sei heute ebenso sehr industrialisiert wie die deutsche. Deshalb sei Grönland bemüht, seine Fangmengen jedes Jahr voll auszuschöpfen. Entscheidend sei ein gut funktionierendes Kontrollsystem. Ungesetzliche Fischerei solle streng bestraft werden. Er hoffe, die deutsche Seite verstehe die grönländischen Argumente und sei bereit, Grönland bei den Austrittsverhandlungen zu unterstützen.

Herr Motzfeldt wies darauf hin, daß während der fünfjährigen Übergangsperiode deutschen Fischern die Fischerei in grönländischen Gewässern ermöglicht werden solle. Grönland stehe zu seiner Zugehörigkeit zur NATO und zur Reichsgemeinschaft mit Dänemark. Aber es wolle eine andere Lösung als die Zugehörigkeit zur EG, mit der sein Land unzufrieden sei.

Der Bundeskanzler dankte Herrn Motzfeldt für die offene Sprache. Herr Motzfeldt habe mit Recht darauf hingewiesen, daß die Grönländer eine demokratische Entscheidung getroffen hätten. Diese Entscheidung würden wir respektieren. Der Kanzler wies auf die unterschiedliche geopolitische Lage Grönlands und Deutschlands hin und bemerkte, die Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft sei für uns von schicksalhafter Bedeutung. Über die wirtschaftlichen Belange hinaus sei es aber von uns auch von großer Wichtigkeit, daß ein Weg für Grönland gefunden werde, der beide Seiten befriedige. Die deutsche Seite werde als Teil der Europäischen Gemeinschaft dazu beitragen, eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Dabei müßten die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse Grönlands berücksichtigt werden. Der Bundeskanzler brachte seine Mißbilligung über das Verhalten der deutschen Fischer vor Grönland zum Ausdruck. Er wies auch darauf hin, daß die Fischerei vor Grönland für die deutschen Fischer eine existentielle Frage sei. Dies sei ein Punkt von nationaler Bedeutung. Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland brauche eine eigene Hochseefischerei, um einen gewissen Teil des deutschen Marktes selbst versorgen zu können. Dies sei eine Frage der Arbeitsplätze, der Sicherheit der Familien.

⁴ Vgl. dazu die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juni 1983; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 184 vom 11. Juli 1983, S. 26 f.

⁵ In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 13. Oktober 1983 wurde notiert: „Dänische Küstenwache hat am 26.9.1983 zwei deutsche Froster zum Einlaufen in den Hafen von Godthaab veranlaßt und eingehend kontrolliert. Es wurde festgestellt, daß deutsche Fangmeldungen hinsichtlich Menge und Fischart unrichtig waren. Schiffe wurden gegen Kautions von jeweils ca. 360 000 DM freigelassen. Ein Kapitän wurde zu einer Geldstrafe von 35 000 DM verurteilt. Das zweite Urteil steht noch aus.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131266.

Bundesminister *Genscher* fügte hinzu, es sei bedauerlich, daß Grönland diese Entscheidung zum Austritt aus der EG getroffen habe. Die deutsche Seite respektiere sie jedoch. Er frage sich, ob nicht Fehler gemacht worden seien. An sich müßte es im Interesse Grönlands sein, zu einer wirtschaftlichen Diversifizierung zu kommen. Jetzt müsse man das Beste aus der gegebenen Lage machen. Wegen der guten freundschaftlichen Verbindungen zu Grönland wünschten wir, daß die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis kommen und daß Fehler vermieden werden. BM *Genscher* wies auf mögliche Formen der Zusammenarbeit hin, wie insbesondere im Bereich der Ausbildung. Wichtig sei es, daß nicht nur über Fisch im deutsch-grönländischen Verhältnis gesprochen werde. Er wisse, daß die EG für Grönland einen verlässlichen Markt darstelle. Dieser Markt schaffe Grönland Sicherheit. Bei Verhandlungen über den künftigen Status Grönlands müßten die Interessen der EG gewahrt bleiben. Diese seien weitgehend identisch mit unseren eigenen Interessen. Er könne nur unterstreichen, was der Bundeskanzler zum Verhalten bestimmter deutscher Fischer gesagt habe. Er bedauere und mißbillige dieses Verhalten. Es müsse Vertrauen geschaffen werden. Die Kommission habe einen Vorschlag vorgelegt, der Grönland weit entgegenkomme.⁶ Er spreche sich dafür aus, daß auf dieser Grundlage jetzt verhandelt werden solle. Er sei nicht ideal, da wir an langfristiger Sicherheit interessiert seien. Die Formel über die Verlängerung sei zu vage, sie bedürfe der Konkretisierung. Wichtig seien die Sicherung der Fischereibestände und eine entsprechende Nutzung. Wir hätten Verständnis für die grönländischen Belange. Wir führten keine bilateralen Verhandlungen mit Grönland, aber er werde der Bundesregierung empfehlen, die grönländischen Interessen in finanziellen Fragen in vernünftiger Weise zu berücksichtigen. Dies würde uns erleichtern, wenn Grönland unsere Fischereiinteressen wahrnehme.

PStS *von Geldern*: Das gemeinsame Interesse am Erhalt der Fischbestände sei evident. Strenge Kontrollen dienten dem eigenen Schutz der Fischer.

Der *Bundeskanzler* warf ein, er mißbillige das Vorgehen einiger deutscher Fischer, vor allem auch deswegen, weil der Eindruck entstehen könne, daß man sich gegenüber einem kleinen Nachbarn weniger streng an die Regeln halten müsse.

PStS *von Geldern* fuhr fort, es verstoße gegen die Interessen der Fischerei, wenn überfischt werde. Er wies darauf hin, daß in seiner Heimatstadt Cuxhaven 60% der Arbeitsplätze mit der Fischerei zusammenhängen. 1971 habe die deutsche Hochseefischereiflotte noch 108 Schiffe umfaßt; heute sei diese Zahl auf 24 gesunken. Es sei hilfreich, wenn die gegenseitigen Beziehungen weiter vertieft würden, auch über die Zusammenarbeit im Fischereisektor hinaus.

Herr *Motzfeldt* führte aus, er habe für die Auffassung des Bundeskanzlers, der die EG als Schicksalsgemeinschaft beschrieben habe, Verständnis. Er glaube, daß in Grönland Verständnis dafür bestehe, daß man Kooperationsformen suchen und finden müsse. Ob dies nun Europäische Gemeinschaft oder anders genannt werde, sei eine andere Frage. Grönland bemühe sich ebenfalls um Kooperation. Es wolle dem Nordischen Rat und einer Eskimo-Organisation bei-

⁶ Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 3. Februar 1983 zum künftigen Status Grönlands vgl. Dok. 25, Anm. 23.

treten. Es sei bestrebt, zu seinen Nachbarn ein gutes Verhältnis zu entwickeln. Dies gelte insbesondere auch für Island und Kanada.

Die Einstellung von BM Genscher sei richtig. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo ein gemeinsamer Ausgangspunkt gefunden werden müsse. Hierzu müßten die Kommission, die Bundesrepublik Deutschland und auch Grönland Überlegungen anstellen. Zu StS von Geldern gewandt, fuhr Herr Motzfeldt fort, er sei erfreut über das mit einigen deutschen Reedereien eingeleitete Joint-venture.⁷ Er hoffe, daß dieses Unternehmen einen guten Start habe. Dies seien Formen der Zusammenarbeit, die weiter untersucht werden müßten und sich positiv entwickeln könnten.

PStS von Geldern betonte, es sei für Grönland wichtig, auch langfristig die Perspektive eines sicheren Absatzes auf dem Markt der EG zu haben. Dieser Gesichtspunkt müsse zusammen mit den Fangrechten gesehen werden; beiderseitige wirtschaftliche Interessen müßten gesichert werden.

Der Bundeskanzler warf ein, dies sei ein wichtiger und interessanter Punkt der Überlegungen, der bei dem weiteren Vorgehen berücksichtigt werden müsse, zwar nicht im bilateralen Rahmen, aber in den Verhandlungen Grönlands mit der Gemeinschaft. Die Bundesrepublik Deutschland sei Teil der Gemeinschaft und werde sich für eine Lösung einsetzen, die Grönland zufriedenstelle. Eine Lösung bedeute eine langfristige Lösung für beide Seiten, die tragfähig sei.

Herr Motzfeldt wies auf die entscheidende Rolle der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Gemeinschaft hin. Er bedauerte, daß immer noch keine Fangmengen vereinbart worden seien, sondern auf Roll-over-Basis gefischt werde.⁸

BM Genscher wies darauf hin, daß die Vereinbarung 1983/84 im Zusammenhang mit einem langfristigen Finanzierungssystem gesehen werden müsse. Der europäische Markt sei groß und für Grönland von erstrangiger Bedeutung. Es bestehe ein vitales Interesse Grönlands, die Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen als der Fischerei zu suchen. Die grönländische Wirtschaft müsse diversifiziert werden, um die Abhängigkeit von der Fischerei zu mildern. Hierfür seien die Europäische Gemeinschaft und Deutschland interessante Partner. Von

⁷ In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 13. Oktober 1983 wurde dargelegt: „Vor kurzer Zeit haben die deutschen Hochseefischer und die dänische Monopol-Handelsgesellschaft für Grönland erstmalig ein Joint-venture vereinbart. Grönland hat D einen Teil seiner Quote abgetreten (6000 t Kabeljau, 2000 t Rotbarsch vor Westgrönland). Die deutschen Reedereien liefern dafür 1000 t Kabeljauflets zu einem Vorzugspreis von 10 D[änischen]Kr[onen]/kg, was im Vergleich zum Marktpreis ein finanzielles Zugeständnis im Wert von 2,3 Mio. DM bedeutet. Seit 11.10. fischen deutsche Schiffe aufgrund dieser Vereinbarung.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131266.

⁸ In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 7. Oktober 1983 wurde vermerkt: „Die Fangmöglichkeiten vor Grönland sind ein für D essentielles Element des am 25.1.1983 nach über sechsjährigem Streit verabschiedeten EG-Fischereiregimes. Dieses Regime legt im EG-Meer und für die der EG zustehenden Fangrechte vor Drittstaaten für 20 Jahre (Überprüfung nach zehn Jahren) prozentuale Fanganteile der EG-Mitgliedstaaten bei einer Vielzahl von Fischarten auch vor Grönland fest. [...] Das EG-Fischereiregime sieht vor, daß die maximalen Entnahmemöglichkeiten (sog. TACs = total allowable catches) für die verschiedenen Fischarten/Gebiete jährlich nach Vorschlägen der EG-Kommission, die sich auf wissenschaftliche Empfehlungen stützt, festgelegt werden. [...] Für 1983 konnte in der EG noch kein Einvernehmen über die Gesamtfangmengen erzielt werden. Es wird daher übergangsweise auf der Basis der 1982er Fangmöglichkeiten gefischt (sog. roll over). Die Entscheidung ist auch dadurch hinausgezögert, daß DK ein Junktim zwischen der Einigung über die Anteile bei Nordsee-Hering und der Festlegung der 1983er Gesamtfangmengen/Quoten bei den anderen Fischarten im EG-Meer hergestellt hat und eine Abstimmung durch Berufung auf ‚vitale Interessen‘ verhinderte.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131266.

uns sei viel Aufgeschlossenheit zu erwarten. Wir wollten auch über die Fischereirechte, unsere historischen Fanggründe, sprechen. Dies solle aber als Teil eines Gesamtpakets gesehen werden. Dann sei es leichter, auch das Problem der Fangmengen zu lösen. Grönland gebe der deutschen Seite mehr Handlungsspielraum für die Verteidigung seiner Interessen in anderen Bereichen, wenn Grönland bei den Fangrechten die deutschen Interessen berücksichtige. Bei uns handele es sich, wie auch der Bundeskanzler schon gesagt habe, um ein nationales Problem; die Existenz der deutschen Hochseefischerei müsse gesichert werden.

Herr *Motzfeldt* äußerte, daß auch kurzfristige Probleme die Lösung langfristiger Fragen in hohem Maße beeinflussen könnten. Wegen des strengen Winters hätten die grönländischen Fischer ihre Quote nicht ausschöpfen können und deshalb einen Teil abgegeben, ohne die Gesamtfangmenge zu erhöhen. Es habe Einigkeit darüber bestanden, daß dies kein Präzedenzfall sein dürfe. Es sei bedauerlich, daß aufgrund einer Roll-over-Regelung gefischt werde, die keine Rücksicht auf die biologischen Gegebenheiten nehme. Er verstehe aber auch, daß die Frage der Hochseefischerei für Deutschland ein nationales Problem sei, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit.

PStS von *Geldern* pflichtete bei, daß eine besondere Situation bestehe. Er bemerkte, es sei gut gewesen, einen Einstieg für neue Formen der Zusammenarbeit zu finden. Jetzt sei es wichtig, ein Vertrauensverhältnis zu entwickeln. Die deutschen Reedereien hätten ihre Besatzungen angewiesen, sich strikt an die Regelung zu halten. Die Reedereien seien im übrigen am inkorrekten Verhalten der Kapitäne der Fischereifahrzeuge nicht beteiligt gewesen.

BM *Genscher* unterstrich erneut, daß zwar die Regelung 1983/84 wichtig sei, die langfristigen Perspektiven jedoch nicht aus dem Auge verloren werden dürften. Er bat die grönländische Seite darüber nachzudenken, wie man durch eine breitere Zusammenarbeit den grönländischen Interessen gerecht werden könne und auch die deutschen Fischereinteressen wahrgenommen werden könnten.

Herr *Motzfeldt* erwiderte, er werde diese Bemerkungen des Bundesministers überlegen. Prüfstein sei zunächst, wie die finanziellen Fragen gelöst werden könnten. Für Grönland sei es von entscheidender Bedeutung, daß es selbst das Recht habe, seine Fangquote festzusetzen. Gleichzeitig müßten die guten Beziehungen zu den Ländern gewahrt bleiben, zu denen Grönland ein traditionell gutes Verhältnis habe. Er sei überzeugt, daß der europäische Markt auch in Zukunft Grönland offenstehe. Wenn dies sichergestellt sei, sei er sicher, daß auch für die übrigen Probleme Lösungen gefunden werden könnten.

Der *Bundeskanzler* stimmt dieser Bemerkung zu. Er stellt fest, er habe in dem Gespräch die Chance gesehen, eine Lösung auf langfristiger Basis zu finden. Er wies darauf hin, daß die Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs von Geldern in seinem Auftrag stattgefunden habe.⁹ Er wünsche, daß die Beziehun-

⁹ Der Parlamentarische Staatssekretär von Geldern, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, hielt sich vom 4. bis 6. August 1983 in Grönland auf. Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, informierte am 8. August 1983: „Besonders deutlich wurde erneut, daß Inselregierung zu keinen Abstrichen ihres Anspruches, allein über Fischfang vor Grönland entscheiden zu können, bereit ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 379; Referat 204, Bd. 135236.

gen sich positiv fortentwickelten. Zwar wollten wir nicht bilateral verhandeln, aber unter Freunden sei gegenseitige Hilfe ja möglich.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde von Herrn *Motzfeldt* noch aktuelle Lage der Fischbestände vor Grönland dargelegt. Er betonte, daß insbesondere für den Kabeljaubestand die größte Gefahr bestehe. Es sei wichtig, daß weiterhin die Fangmengen begrenzt würden.

Herr Motzfeldt äußerte den Gedanken, den grönländischen Fischereiminister nach Bremerhaven und Cuxhaven zu entsenden, um dort Gespräche zu führen.

Der *Bundeskanzler* griff diesen Gedanken auf und lud den grönländischen Fischereiminister zu einem Besuch der norddeutschen Fischereihäfen und der Bundesrepublik Deutschland ein.¹⁰

Referat 204, Bd. 135236

317

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

VS-NfD

Aufgabe: 25. Oktober 1983, 17.17 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 6907 Plurez

Citissime nachts

Betr.: Grenada²;

hier: Amerikanische Unterrichtung über militärisches Vorgehen³

1) Botschafter Burns wurde auf seinen Wunsch am 25.10. von BM empfangen. Er nahm Bezug auf telefonische Vorabinformation über militärische Maßnahmen

¹⁰ Der grönländische Minister für Handel, Industrie und Fischerei, Johansen, hielt sich vom 18. bis 20. Januar 1984 in der Bundesrepublik auf.

¹ Durchdruck.

Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris, Port-of-Spain und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel.

² Zum Putsch in Grenada am 19./20. Oktober 1983 vgl. Dok. 314, Anm. 18.

³ Am 25. Oktober 1983 landeten amerikanische Truppen sowie Streitkräfte aus Barbados, Jamaika und vier OECS-Mitgliedstaaten auf Grenada. Botschafter Reitberger, Port-of-Spain, berichtete am selben Tag: „Amerikanische Landetruppen stoßen auf GRE[nada] auf größeren Widerstand als erwartet. Während grenadische Miliz kaum in Erscheinung tritt, bereiten gut bewaffnete kubanische Flugplatzarbeiter Schwierigkeiten. [...] Im Laufe bisheriger Kampfhandlungen soll nicht präzisierte Zahl sowjetischer Staatsbürger festgenommen worden sein. Einer der neun eingesetzten amerikanischen Hubschrauber wurde über See abgeschossen. [...] Nach Aussage US-Botschafters kam Intervention GRE auf ausdrücklichen Wunsch der OECS-Staaten sowie Jamaikas und Barbados zustande. USA hätten ursprünglich nicht die Absicht gehabt, Truppen auf der Insel zu landen, seien aber bereit, anderweitige Intervention aus der Region zu unterstützen. Tri[nidad und Tobago] und andere CARICOM-Länder haben sich, wie berichtet, von derartiger Aktion distanziert. Derzeit anti-amerikanische Demonstrationen vor US-Botschaft Port-of-Spain.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; Referat 331, Bd. 136434.

gegen Grenada und erläuterte auf Grundlage eines Papiers, das er BM übergab, folgendes:

- Die US-Regierung habe auf förmlichen Antrag der Organisation der Ostkaribischen Staaten (OECS) beantragt, eine kollektive Sicherheitsanstrengung dieser Organisation zu unterstützen und an ihr teilzunehmen, um Frieden und Ordnung auf der Insel wiederherzustellen. Auf entsprechende Bitte hätten Barbados und Jamaika ebenfalls positiv reagiert.
- Nach Konsultationen mit den karibischen Staaten sei eine Sicherungstruppe der OECS, unterstützt durch die USA, Barbados und Jamaika, auf Grenada gelandet.

Sie verfolgt zwei Ziele:

- a) Die Ausreise von US-Bürgern und anderen Ausländern, die eine Evakuierung wünschten, zu erleichtern.
- b) Die Ordnung auf der Insel wiederherzustellen.⁴

Die amerikanische Regierung hoffe, auf das Verständnis und die Unterstützung der Bundesregierung für diese Schritte rechnen zu können.

Botschafter Burns fügte hinzu, daß sich nach seiner Kenntnis unter den Mitgliedstaaten der OECS mit Montserrat auch ein britisches Überseeterritorium befinde. GB sei also direkt oder indirekt betroffen. Er schloß nicht aus, daß Konsultationen mit London stattgefunden haben, bemerkte aber, daß auch seinem hiesigen britischen Kollegen⁵ keine Informationen vorlägen. BM erwähnte, daß mit Grenada ein Commonwealth-Mitglied betroffen sei und daß Agenturmeldungen von britischer militärischer Beteiligung berichteten.

Botschafter bemerkte ferner, ihm sei nicht bekannt, ob sich die OECS neben den USA, Barbados und Jamaika an weitere Staaten gewandt habe.

BM dankte für die Unterrichtung und bat darum, daß die Bundesregierung weiter, ggf. unter Einschaltung der Botschaft Washington, auf dem laufenden gehalten werde. Eine umfassende Information sei unerlässlich für die Beurteilung der Vorgänge. BM sprach die Erwartung aus, daß die etwa 20 deutschen Staatsangehörigen auf Grenada in die Evakuierung einbezogen würden, wenn sie dies wünschten. Insgesamt sprach BM die Hoffnung aus, daß es ohne Blutvergießen abgehen und der Zweck der Operation schnell erreicht werden möge, auch um eine Emotionalisierung anderswo zu vermeiden.

2) Zu dem Gespräch, das im Hinblick auf ein Ministergespräch bei BK kurzfri-

⁴ Zu den Hintergründen der amerikanischen Intervention in Grenada und der Rolle des abgesetzten Ministerpräsidenten Bishop wurde in einer Aufzeichnung des Referats 331 vom 31. Oktober 1983 vermerkt: „Bishop erklärte mehrmals, sein Land befinde sich auf dem Wege zum Sozialismus, wobei er deutlich auf das kubanische und sowjetische Vorbild hinwies. Außenpolitisch richtete sich Grenada nach der Sowjetunion und billigte als eines von wenigen Ländern den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. [...] Nach vertraulichen Quellen nahm der kubanische Botschafter in Grenada an allen Kabinettsitzungen teil, zuletzt auch gegen den Willen Bishops. Kuba war vor allem durch den Bau eines neuen Flughafens auf Grenada engagiert. Grenada behauptete, damit den Tourismus zu fördern. [...] Die USA hatten mehrfach gegen Förderung des Flughafenbaus demarchiert, den sie als militärisches Projekt ansahen. Die auf der Insel von den Interventionstruppen vorgefundenen Waffenlager und Dokumente lassen kaum Zweifel daran, daß Kuba und die Sowjetunion versucht haben, Grenada langfristig zu einem Stützpunkt auszubauen. Ob dabei auch an Raketenstationierungen gedacht war, wird schwer nachweisbar bleiben.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136432.

⁵ John Taylor.

stig im BK-Amt einberaumt worden war, kam zum Abschluß der BK hinzu. Er unterstrich die Bitte um laufende Unterrichtung und bezeichnete es als wichtig, durch richtige Reaktion und Sprache zu verhindern, daß die Angelegenheit emotionalisiert werde. An dem Gespräch nahm auch MD Teltschik vom BK-Amt teil.

Ploetz⁶

Referat 010, Bd. 178876

318

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup

27. Oktober 1983¹

Betr.: Innerdeutsche Begegnungen und Statusfragen Berlins

1) Die Vertreter der Drei Mächte haben uns in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 25.10.1983 ihre Besorgnis² über die Umstände von politischen Begegnungen mit Vertretern der DDR in Berlin und über mögliche negative Auswirkungen für den Status der Stadt mitgeteilt.

Sie bezogen sich auf Presseveröffentlichungen über Begegnungen von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses mit einer Delegation der Ostberliner Volkskammer³, auf Initiativen zur Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Volkskammer und dem Deutschen Bundestag⁴, und ließen ferner durchblicken, daß

⁶ Paraphe vom 25. Oktober 1983.

¹ Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Oktober 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 27. Oktober 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 30. Oktober 1983 vorgelegen.

² Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Auf Instruktion aus den Hauptstädten.“

³ Am 19. Oktober 1983 besuchte eine Delegation von Bildungsexperten aus der DDR, der überwiegend Mitglieder der Volkskammer angehörten, Berlin (West) auf Einladung des Arbeitskreises Bildungs- und Kulturpolitik der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses. Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin erklärte dazu am 21. Oktober 1983: „Die SPD-Fraktion kann sich für ihre Versäumnisse bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Gespräche mit Bildungspolitikern und Bildungsexperten der DDR nicht auf den Regierenden Bürgermeister berufen. Sie hat den Regierenden Bürgermeister nicht von statuspolitischen Problemen informiert, auf die sie im Verlauf des Treffens gestoßen ist; statt dessen ist sie leichtfertig auf die Vorstellungen der anderen Seite eingegangen. Im übrigen hat sie es auch unterlassen, den Regierenden Bürgermeister von der Zusammensetzung der Delegation aus der DDR zu informieren.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132572.

⁴ Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, informierte am 1. September 1983: „Unter Leitung von MdB Büchler hielt sich am 30. und 31.8. die Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion in Eisenach und Berlin (Ost) auf. Der Delegation gehörten u.a. die BM a.D. Dr. Schmude und Dr. Haack sowie die Berliner Abgeordneten Löffler und Prof. Heimann an. Die Reise war ursprünglich lediglich für den Besuch der Luther-Stätten in Thüringen und ein Gespräch mit dem dortigen Landesbischof Leich angelegt gewesen; nach Eintreffen in Eisenach wurde die Grup-

sie auch die Begegnung des Regierenden Bürgermeisters mit Honecker in Berlin (Ost)⁵ unter Status-Gesichtspunkten mit Besorgnis verfolgt hätten. Es sei an der Zeit, alle diese Begegnungen zusammenfassend zu betrachten und zu fragen, ob hiermit nicht eine Entwicklung in Gang gesetzt sei, die bei einer De-facto-Anerkennung der Souveränität der DDR über Berlin (Ost) enden könne. Formell lägen Statusfragen zwar ausschließlich im Entscheidungsbereich der Alliierten, doch könnten ihre Positionen in Berlin sehr wohl durch politische Entwicklungen ausgehöhlt werden, die überwiegend im Einflußbereich der Bundesrepublik Deutschland lägen. Es gebe für sie keinen besonderen Anlaß einzuschreiten, keine statuswidrige Handlung, die untersagt werden müsse, es gebe aber eine ganze Reihe von Hinweisen auf Aktivitäten, die ihnen insgesamt besorgniserregend erscheine. Dies gelte um so mehr, als die DDR offensichtlich versuche, die augenblickliche Konjunktur innerdeutscher politischer Begegnungen auszunutzen, um in Statusfragen „Punkte zu sammeln“.

Die Vertreter der Drei Mächte erklärten abschließend, sie wollten sich gegenwärtig darauf beschränken, uns gegenüber ihre Besorgnis zum Ausdruck zu bringen, behielten sich aber vor, auf das Problem in konkreter Form zurückzukommen.

2) Ich habe die LV⁶ Berlin (SDg⁷ Füßlein) gebeten, uns über die Kontakte der SPD-Politiker, soweit sie dem Senat bekannt sind, sowie über das Gespräch des Regierenden Bürgermeisters mit den Fraktionsvorsitzenden⁸ am 26.10. zu den von den Alliierten angesprochenen Presseveröffentlichungen zu unterrichten.⁹

gez. Kastrup

Referat 010, Bd. 178879

Fortsetzung Fußnote von Seite 1581

pe von [Volks]K[ammer]-Vizepräsident Götting nach Berlin eingeladen. [...] Der Empfang durch Götting [...] diene der Gegenseite vor allem dazu, ihren Wunsch nach Herstellung von offiziellen Kontakten zum Deutschen Bundestag zu vermitteln. Laut N[eues]D[deutschland] bezeichneten die Gesprächspartner das Treffen als nützlichen Schritt auf dem Weg zur Aufnahme offizieller Kontakte, eine Formulierung, mit der die Besuchergruppe nach ihren eigenen Angaben leben konnte.“ Der ehemalige Bundesminister Schmude habe erklärt, es gebe „keine triftigen Gründe, solche Kontakte zu unterlassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1241; Referat 210, Bd. 132572.

⁵ Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 16. September 1983, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, habe ihn über sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 15. September 1983 im Schloß Niederschönhausen in Ost-Berlin informiert: „Die innerdeutschen Themen hat Herr von Weizsäcker mit dem grundsätzlichen Hinweis eingeleitet, daß der Frieden im Sinne der Schlußakte von Helsinki durch eine Stärkung der Zusammenarbeit gefestigt werden müsse. [...] Er habe deutlich gemacht, daß die drastische Erhöhung des Mindestumtausches im Widerspruch zu dem Ziel der Entspannung stehe. Honecker habe erwidert, daß er sich der Schwierigkeiten, die wir mit dem Mindestumtausch hätten, bewußt sei. [...] Mit der Bitte um Vertraulichkeit habe ihn Honecker von der Absicht der DDR unterrichtet, am 27. September 1983 die Mindestumtauschpflicht für Jugendliche bis zum vollendeten 14. Lebensjahr abzuschaffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1364; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. ferner KOALITION DER VERNUNFT, S. 186–200.

⁶ Landesvertretung.

⁷ Senatsdirigent.

⁸ Eberhard Diepgen (CDU), Walter Rasch (FDP), Kordula Schulz (Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz) und Peter Ulrich (SPD).

⁹ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich: „Wenn diese Informationen vorliegen, wird Abt[eilung] 2 ggf. eine Vorlage mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen machen.“

319

**Bundeskanzler Kohl an den
Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow**

28. Oktober 1983¹

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

bei unseren Gesprächen in Moskau am 5. Juli 1983 haben wir u.a. auch das wichtige Thema des Umweltschutzes behandelt.² Ich habe Ihnen gegenüber meine Sorge über neuartige Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck gebracht. Ich hatte den Eindruck, bei Ihnen auf lebhaftes Interesse an einer langfristig orientierten Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu stoßen.

Die Umweltprobleme und insbesondere die Problematik auf dem Gebiet der Wald- und Gewässerschäden sind in der Tat grenzüberschreitend und nicht rein nationaler Natur. Vorhandenes Wissen und Erfahrungen sollten daher auch international ausgetauscht und für die Lösung der jeweiligen nationalen Probleme nutzbar gemacht werden.

In meinem Brief vom 19. Juli 1983³ habe ich Ihnen Vorschläge angekündigt, die Sie in Ihrem Schreiben vom 12. August 1983⁴ sorgfältig zu prüfen versprochen.

Nunmehr habe ich mich dafür entschieden, daß die Bundesregierung 1984 zu einer multilateralen Konferenz über Ursachen und Verhinderung von Wald- und Gewässerschäden durch Luftverschmutzung in Europa nach München einlädt.

Gegenstand der Konferenz soll der Meinungs- und Erfahrungsaustausch über Wald- und Gewässerschäden durch Luftverschmutzung und über die Durchführung von Abhilfemaßnahmen sein. Ziel dieses Erfahrungsaustausches sollte es sein festzustellen, inwieweit zur Bekämpfung der Schadensursachen international Aktivitäten entfaltet werden müssen und welche politischen Impulse die internationale Konferenz angesichts der aktuellen Schadensentwicklung geben kann.

Der Teilnehmerkreis einer solchen Konferenz sollte nach meinen Vorstellungen die wichtigsten Industriestaaten in West und Ost umfassen. Die Teilnahme der

¹ Ablichtung.

Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, übermittelte das Schreiben am 28. Oktober 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg. Dazu vermerkte er: „Für Übermittlung durch die Botschaft Moskau auf dem üblichen Wege wäre ich dankbar. Das Schreiben sollte telegraphisch bereits vorab übermittelt werden.“

Hat Bundesminister Genscher am 30. Oktober 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178877.

² Zum Gespräch vgl. Dok. 204.

³ Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 241, Anm. 6.

⁴ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 12. August 1983 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 241.

Sowjetunion und weiterer Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) erscheint mir besonders wichtig.

Die Bundesregierung ist dabei, Einzelheiten für die geplante internationale Konferenz auszuarbeiten. Ich gehe davon aus, daß die Einladungen in absehbarer Zeit versandt werden können. Ich werde Ihnen weitere Details über die geplante Konferenz noch vorab mitteilen.⁵

Soviel kann jedoch heute schon gesagt werden, daß die Vorbereitung der angestrebten Konferenz für unsere beiden Staaten Anlaß sein sollte, die bilaterale Zusammenarbeit im Umweltbereich zu entwickeln. Diese Zusammenarbeit könnte durch eine Ad-hoc-Gruppe unter dem organisatorischen Dach der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission initiiert werden. Sie sollte außer der Vorbereitung der Konferenz auf ganz pragmatische Weise und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten Umweltthemen von beiderseitigem Interesse identifizieren und eine zweiseitige Zusammenarbeit einleiten. Die Konsultationen könnten bereits auf der Sitzung der Kommission vom 11. bis 16. November in Moskau begonnen werden.⁶

Herr Generalsekretär, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Gedanken und Vorstellungen zu den von mir angeschnittenen Fragen mitteilen könnten.⁷

Ich begrüße es im übrigen, daß wir mit der Behandlung der angeschnittenen Fragen, wie wir das anläßlich unserer Begegnung in Moskau bekräftigt haben, unseren beiderseitigen Dialog erweitern und intensivieren.

Der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, hat mich über seine sehr intensiven Gespräche mit dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Herrn Andrej Andrejewitsch Gromyko, in Wien am 15. und 16. Oktober 1983⁸ unterrichtet.

Ich möchte Ihnen sagen, daß wir diese Gespräche positiv bewerten. Ich sehe sie als Fortsetzung sowohl unseres Meinungsaustausches in Moskau im Juli die-

⁵ Die multilaterale Umweltkonferenz fand vom 24. bis 27. Juni 1984 in München statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Juli 1984; AAPD 1984.

⁶ Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vom 11. bis 16. November 1983 in Moskau vgl. Dok. 303, Anm. 6.

Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 11. November 1983: „Sowjetische Seite ist mit Schaffung der von uns vorgeschlagenen Ad-hoc-Gruppe zur Behandlung multilateraler sowie bilateraler Umweltschutzfragen im Rahmen der Wirtschaftskommission einverstanden. Mandat für vom Bundeskanzler angeregte internationale Umweltkonferenz [...] soll im Rahmen dieser Gruppe erörtert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5101; Referat 213, Bd. 133248.

⁷ Vortragender Legationsrat Vogel übermittelte der Botschaft in Moskau am 24. November 1983 das Antwortschreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 18. November 1983 an Bundeskanzler Kohl, das am selben Tag vom sowjetischen Botschafter Semjonow im Bundeskanzleramt übergeben worden war. Darin hieß es zu einer Beteiligung der UdSSR an einer multilateralen Umweltkonferenz, sie werde sich festlegen, „nachdem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Vorbereitungsarbeit abschließt und die Einladungen verschickt. Wie wir meinen, wird die bundesdeutsche Seite hierbei von der Notwendigkeit der Einhaltung des vierseitigen Abkommens über Westberlin ausgehen. Bei uns mangelt es nicht an der Bereitschaft, die beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit Ihrem Land auch auf anderen Gebieten zu entwickeln.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1054; Referat 213, Bd. 133179.

⁸ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

ses Jahres als auch der schriftlichen Korrespondenz, die wir seitdem miteinander hatten. Es entspricht meinen Vorstellungen und meinem Wunsch, daß dieser Gedankenaustausch fortgesetzt wird. Ich begrüße es deshalb, daß die beiden Minister abgesprochen haben, sich im kommenden Jahr zu einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt wiederzutreffen.⁹ Ich selbst sehe Ihrem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland, zu dem ich Sie in Moskau eingeladen habe, entgegen. Ich möchte zugleich sagen, daß ich zutiefst davon überzeugt bin, daß es weder den Interessen des Westens noch denen des Ostens dienen würde, wenn das West-Ost-Verhältnis auf einen einzigen Aspekt verengt würde, so wichtig dieser auch für alle Beteiligten ist.

Nach unserer Auffassung können gerade in einer Zeit, in der es schwerwiegende Fragen gibt, gut funktionierende bilaterale Beziehungen in allen Bereichen, in denen hierfür Möglichkeiten bestehen, dazu dienen, die Atmosphäre zu stabilisieren und damit die Lösung der noch bestehenden Probleme zu erleichtern.

Die Bundesregierung will die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit langfristigen Perspektiven ausbauen. Sie tut dies im Bewußtsein ihrer Bedeutung für das West-Ost-Verhältnis und die internationale Lage im Ganzen. Sie tut dies aber auch im Bewußtsein ihrer geschichtlichen Verantwortung. Sie versteht diesen Kurs als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Friedenspolitik. Sie dürfen davon überzeugt sein, daß diese Botschaft des guten Willens unsere ernste, wohlüberlegte Überzeugung widerspiegelt. Es liegt im Interesse beider Seiten, das zu bewahren, was auf der Grundlage der in den 70er Jahren geschlossenen Verträge¹⁰ erreicht wurde, und das Potential zu nutzen, das für den Ausbau unserer Beziehungen noch vorhanden ist.

Ich begrüße es daher, daß die beiden Minister in Wien übereingekommen sind, die Kontakte in einer Anzahl von Bereichen, die für den Fortgang unserer Beziehungen bedeutsam sind, fortzuführen bzw. aufzunehmen. Mir liegt sehr daran, daß beide Seiten eine erneute ernsthafte Anstrengung unternehmen, in den bisher nicht gelösten Fragen einer praktischen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit eine beiderseitig annehmbare Lösung zu finden. Die bevorstehende Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission wird Gelegenheit geben, das ganze Spektrum der Möglichkeiten zu erörtern, die unsere Wirtschaftsbeziehungen in sich bergen. Dem weiteren Ausbau unserer Wirtschaftsbeziehungen, die sich seit vielen Jahren kontinuierlich aufwärts entwickelt haben, kommt besondere Bedeutung zu. Die Erfahrung zeigt, daß sie ein wesent-

⁹ Zu den Treffen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko im Jahr 1984 vgl. Dok. 306, Anm. 19.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Mai 1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der UdSSR über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1042 f.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 30. Oktober 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der UdSSR über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1439 f.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

licher Beitrag zur Stabilisierung nicht nur unseres bilateralen Verhältnisses, sondern des Ost-West-Verhältnisses insgesamt sind.

Zu den Genfer INF-Verhandlungen habe ich Ihnen unseren Standpunkt am 4. Oktober 1983 ausführlich dargelegt.¹¹ Ich möchte jedoch nochmals zwei Punkte betonen:

Ich halte eine Einigung noch in der laufenden Verhandlungsrunde¹² nach wie vor für möglich und stelle deshalb mit Befriedigung fest, daß auch die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei ihrem Treffen in Sofia am 13./14. Oktober gleichfalls diese Auffassung zum Ausdruck gebracht haben¹³.

Aber – Bundesminister Genscher hat dies Außenminister Gromyko eingehend dargelegt – auch eine ggf. notwendige Stationierung der amerikanischen Waffen gemäß Beschluß vom 12. Dezember 1979 würde keine unwiderruflichen Fakten schaffen. Wir sind bereit, diese Waffen wieder zu beseitigen, sobald ein Abkommen dies zuläßt. Außerdem sind die Vereinigten Staaten mit voller Unterstützung ihrer Bündnispartner entschlossen, auch nach einer Stationierung bis zum Vorliegen eines konkreten und ausgewogenen Ergebnisses weiterzuverhandeln. Ich appelliere an Sie, auch Ihrerseits die Verhandlungen weiterzuführen, damit durch einen fairen Kompromiß die Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten wenn nicht abgeschafft, so zumindest so nahe wie möglich bei Null begrenzt werden können.

Lassen Sie mich daran erinnern, daß sich der Westen durch die Existenz der sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht von der Aufnahme und Fortführung der Genfer Verhandlungen abhalten ließ.

Die Bundesregierung begrüßt die in Madrid getroffene Übereinkunft über die Einberufung der Konferenz über Abrüstung in Europa.¹⁴ Diese Konferenz wird nach unserer Überzeugung die Aufgabe haben, für die Verbesserung und Stabilisierung der West-Ost-Beziehungen eine Rolle von besonderer Wichtigkeit zu spielen. Ebenso aber kommt es darauf an, die Ergebnisse von Madrid insgesamt in die Praxis umzusetzen, weil auch damit zu einer Festigung des Gesamtverhältnisses zwischen West und Ost beigetragen würde.

Die Tatsache, daß West und Ost sich heute in ernsthafter Weise darum bemühen, auch in dem schwierigsten zentralen Bereich des Entspannungsprozesses, nämlich bei den militärischen Fragen der Sicherheit, beiderseits annehmbare Verhandlungslösungen zu suchen, rechtfertigt Zuversicht.

Vernunft und Mäßigung bei der Durchsetzung der eigenen Interessen sind dabei nötig. Die Fähigkeit, den Dialog zu führen, die Bereitschaft, auch die Interessen, Probleme und Sorgen der anderen Seite zu sehen, sind unverzichtbare Elemente verantwortungsvoller Friedenspolitik und weitsichtiger Staatskunst.

¹¹ Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Oktober 1983 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 248, Anm. 36.

¹² Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen begann am 6. September 1983 in Genf.

¹³ Vgl. dazu das Kommuniqué der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 13./14. Oktober 1983 in Sofia; EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

¹⁴ Vgl. dazu das Dokument „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1983 f., D 541 f.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, Herr Generalsekretär, daß die sowjetische Führung bei ihren weiteren Entscheidungen die Aufrichtigkeit unseres Wunsches nach Verständigung und nach Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit anerkennen und sich ebenfalls von diesem Wunsch leiten lassen möge.

Mit dem Ausdruck meiner Hochachtung
Ihr Helmut Kohl

Referat 010, Bd. 178877

320

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister von El Salvador, Chávez Mena

31. Oktober 1983¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem Außenminister von El Salvador, Dr. Fidel Chávez Mena, am 31.10.1983²

Nach kurzer Begrüßung BM umriß AM *Chávez Mena* die politischen Prioritäten seines Besuchs wie folgt:

Chávez Mena:

- Fortsetzung des Dialogs,
- Normalisierung der bilateralen Beziehungen (politische Präsenz),
- Wiederbelebung der (wirtschaftlichen) Kooperation mit Deutschland,
- Information über die Lage in Zentralamerika und besonders El Salvador.

Krise in ZA³ habe ihren Grund in überkommenen strukturellen Mängeln und den daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Lage werde von Kuba und Nicaragua für ihren politisch-ideologischen Kampf ausgenutzt. Lösung für Zentralamerika und El Salvador sei nur über Demokratisierungsprozeß möglich, dessen Erfolg von internationaler Zusammenarbeit und Hilfe abhängig sei.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kullak-Ublick am 2. November 1983 über Ministerialdirektor Gorenflos und Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung“ geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 4. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an Kullak-Ublick verfügte mit dem Vorschlag, „die Bleistiftergänzungen i[n] d[en] Vermerk aufzunehmen“ sowie „Z[entral]A[merika]-Botschaften u. VN-N[ew]Y[ork] bei Verteiler zu berücksichtigen“. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178875.

² Korrigiert aus: „28.10.1983“.

Der Außenminister von El Salvador, Chávez Mena, hielt sich vom 31. Oktober bis 3. November 1983 in der Bundesrepublik auf und traf am Nachmittag des 31. Oktober 1983 mit Bundesminister Genscher zusammen. Vgl. dazu die Pressemitteilung des Auswärtigen Amts vom 28. Oktober 1983 und das Besuchsprogramm; Referat 331, Bd. 135978.

³ Zentralamerika.

Bedauern, daß Opposition (FDR/FMLN⁴) auf Maximalforderung politischen Machtanteils beharre und demokratischen Weg bisher ablehne. Fortführung des bewaffneten Kampfes erfordere täglich Opfer, ohne daß es auf diesem Wege zu einer Lösung kommen werde.

Aus diesem Grunde volle Unterstützung der Contadora-Initiative.⁵ Man könne nur diesen Weg gehen. Erfolgsaussicht: Vorsichtiger Optimismus!

BM: Hinweis auf grundsätzliche Übereinstimmung in der Lagebeurteilung. Prioritär sei Veränderung der ökonomisch-sozialen Struktur. Welche Wege zur Verbesserung bieten sich an? Wie könne man z.B. den Contadora-Prozeß ökonomisch absichern?

Hinweis auf Kooperationsabkommen EG–ASEAN⁶, das trotz ungenügender Voraussetzung bei ASEAN letztlich zu deren Vitalisierung geführt habe. Ähnlich könne sich über ein solches Kooperationsabkommen mit Zentralamerika auch dort eine handlungsfähige Gemeinschaft herausbilden.

BM fragt nach Stand Verabschiedung der Verfassung, Wahlaussichten, Wahlbeteiligung.

Chávez Mena: Verfassungsgebende Versammlung⁷ ringe um ein Hauptproblem, nämlich Einigung in Frage der Agrarreform. Dadurch Verzögerung der Verabschiedung. Derzeit suche eine zwischenparteiliche Kommission nach Kompromißlösungen. Seine (christdemokratische) Partei strebe eine stärkere Begrenzung der Landfläche als die rechten Gruppierungen an. Dennoch glaube er, daß Wahlen im 1. Semester 1984 stattfinden können, ohne daß er sich auf einen festen Termin festlegen wolle. Chronologischer Zeitplan sehe folgenden Ablauf vor:

- Verabschiedung der Verfassung⁸,
- Vollendung der Wahlregister,
- Festsetzung des Wahltermins⁹.

Er wiederhole, daß eine Doppelstrategie, wie sie von Kuba und Nicaragua durch Unterstützung der Guerilla in El Salvador betrieben werde, nicht realisierbar sei. Lösung für Zentralamerika und El Salvador könne nur auf demokratischem Wege gefunden werden. Hierzu sei die Unterstützung auch der europäischen

⁴ Frente Democrático Revolucionario/Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional.

⁵ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 314, Anm. 17.

⁶ Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

⁷ Am 28. März 1982 fanden in El Salvador Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 148.

⁸ Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 20. Dezember 1983: „1) Die Verfassungsgebende Versammlung in San Salvador hat ihre Arbeit abgeschlossen. Die neue Verfassung soll am 20. Dezember 1983 in Kraft treten. Damit ist der Weg zu Wahlen in El Salvador frei. 2) Die Verabschiedung wurde möglich, nachdem der von der rechtsextremen Alianza Republicana Nacionalista-Partei eingebrachte Antrag, den privaten Agrarbesitz auf 245 ha zu begrenzen (und nicht auf 100 ha, wie die Christdemokraten forderten), mit der Mehrheit der Rechtsparteien gegen die Stimmen der Christdemokraten angenommen worden war. [...] Eine abschließende Bewertung der Maßnahme wird von der Art der Weiterführung der Agrarreform abhängen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 135977.

⁹ In El Salvador fanden am 25. März 1984 Präsidentschaftswahlen statt.

Demokratien – insbesondere der Bundesrepublik Deutschland – notwendig. Friede in der Region werde erst möglich sein, wenn auch Nicaragua den Weg zu mehr Demokratie einschlage.

BM: Die Sieger der Nicaragua-Revolution haben uns getäuscht. Zweifel an Demokratisierungsfähigkeit Nicaraguas.

Chávez Mena entwickelt zwei Hypothesen:

- a) Region befindet sich in einem Zustand vor Kriegausbruch.
- b) Krisensituation wird zum Dauerzustand.

In einem wie im anderen Falle gelte es, die Spannung aufzubrechen. Hierfür sehe er zwei Möglichkeiten:

- a) Stärkung der Contadora-Initiative als allein möglichem Forum, um zu einer nichtmilitärischen Lösung zu kommen;
- b) internationale Zusammenarbeit aller christdemokratischen, liberalen, sozialdemokratischen Kräfte in der Welt, um das eine wesentliche Ziel – nämlich den Weg zur Demokratie in ZA – zu ermöglichen.

BM erwähnt den auf Botschafterkonferenz in Costa Rica¹⁰ gefaßten Beschluß, durch ein Symposium Parteien und gesellschaftliche Gruppen auf einen demokratischen Konsens festzulegen.

Chávez Mena sekundiert, daß in der Tat ein „fundamentaler Konsens“ notwendig sei. Dazu gehöre seitens der Bundesrepublik Deutschland:

- verstärkte politische Präsenz,
- Entsendung eines Botschafters¹¹,
- Wiederbelebung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- gesellschaftspolitische Bildungsarbeit der politischen Stiftungen.

Aber auch Europa als Ganzes müsse sich bewußter in Zentralamerika artikulieren.

BM fragt noch einmal nach Wahltermin und zu erwartender Entscheidung über denselben.

Chávez Mena nennt das 1. Trimester, spätestens das 1. Semester 1984.

Weist erneut auf die noch vorhandenen Widerstände hin. Der Wille zur Wahl sei da! Darauf könne *BM* sich verlassen.

Er hoffe auf Intensivierung und Verstärkung deutscher Präsenz.

BM bekräftigt die Absicht zur Hilfe für El Salvador, betont erneut Bemühen um breiten Konsens im Lande und stellt Bedeutung der Demokratisierung El Salvadors für ganze Region heraus.

Referat 010, Bd. 178875

¹⁰ Zur Botschafterkonferenz vom 29. September bis 1. Oktober 1983 in San José vgl. Dok. 293.

¹¹ Zur Frage der Entsendung eines Botschafters nach San Salvador vgl. Dok. 293, Anm. 5.

321

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer**201-363.21 NPG-3634/83 geheim****31. Oktober 1983**Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Zur Unterrichtung

Betr.: 34. Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) in Montebello bei Ottawa am 27./28.10.1983

1) Das wichtigste Ergebnis der diesjährigen Herbsttagung der NPG war die Annahme des Berichts der Hochrangigen Gruppe (HLG)³, in dem nach eingehender Überprüfung des Nukleararsenals der Allianz in Europa über den bereits 1980 erfolgten Abbau von 1000 Nuklearsprengköpfen⁴ hinaus eine Reduktion von weiteren 1400 Nuklearsprengköpfen vorgeschlagen wird. Die Verteidigungsminister stimmten der Empfehlung der HLG ohne größere Vorbehalte zu.⁵ Sehr kritische Äußerungen kamen jedoch vom Vorsitzenden des Militärausschusses⁶ und vor allem von SACEUR. General Rogers betonte, daß keine HLG ihm die militärische Verantwortung für das Bündnis abnehmen könne, und stellte fünf Punkte in den Vordergrund:

- Die Größenordnung der vorgesehenen Reduzierung von 1400 Nukleargefechtsköpfen stelle ein hohes Risiko (high level risk) dar.
- Die nuklearen Systeme der Luftverteidigung müßten durch effektive konventionelle Waffen (Patriot) ersetzt werden.
- Die nuklearen Gefechtsköpfe für die Artillerie bedürften unbedingt der Modernisierung.
- Die Einführung einer neuen Mittelstreckenrakete müsse ins Auge gefaßt werden.
- Er könne der Reduzierung nur dann zustimmen, wenn sie fest mit den notwendigen Modernisierungsmaßnahmen gekoppelt werde.

¹ Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 1. November 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 5. November 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 7. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre verfügte und handschriftlich vermerkte: „F[ür] Rücksprache] StS b[ei] BM – s[iehe] S[eite] 3.“ Vgl. Anm. 11.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vor Wahrnehmung der R[ück]sprache] b[ei] B[üro] B[er]atung] mit D 2 A, Dg 20, RL 201.“

Hat Meyer-Landrut am 9. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt.“

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 9. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz verfügte.

Hat Studnitz vorgelegen.

³ Zum „Final High Level Group Report to the NPG Ministers“ vom 5. Oktober 1983 vgl. Dok. 280.

⁴ Zum Abzug von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung der Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 27. Oktober 1983 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 106 f.

⁶ Cornelis de Jager.

Er verstieg sich bei seinem Vortrag u. a. zu der Äußerung, die Stellungnahmen seines Repräsentanten in der HLG seien die eines einsamen militärischen Ratgebers in der politischen Wildnis gewesen (*lone military voice in the political wilderness*) – eine Äußerung, die nicht nur Generalskollegen in der HLG verstimmt. Bundesminister Wörner betonte demgegenüber – wie eine Reihe von anderen Verteidigungsministern –, daß der HLG-Bericht eine gute Mischung militärischer und politischer Argumente für die Reduktion enthalte. Im übrigen werde heute eine endgültige Entscheidung getroffen, deren richtige Durchführung in den nächsten Jahren bei SACEUR liege. General Rogers habe von einem hohen Risiko gesprochen, aber eben von einem Risiko, das auch unter militärischen Gesichtspunkten nicht unakzeptabel sei. Im Grunde gehe es bei der Reduktion um eine Anpassung an andere verteidigungspolitische Erfordernisse. Zur Frage neuer Systeme müsse er sich jede Stellungnahme vorbehalten.⁷ Der britische Verteidigungsminister Heseltine unterstrich, zu Rogers gewandt, dezidiert die Bedeutung gerade auch der politischen Gesichtspunkte bei der Begründung der Reduktionsentscheidung. Nuklearwaffen seien eben nicht nur militärische, sondern auch politische Waffen.

Während der Debatten, aber auch am Rande der Konferenz, traten mehrfach Vorbehalte gegenüber der HLG zutage. Sie wird gerade von Angehörigen des NATO-Sekretariats als ein die NATO-Organisation schwächender Fremdkörper empfunden, was aufgrund meiner Erfahrungen nicht richtig ist. Auf jeden Fall wäre – das gaben sämtliche Kritiker zu – die Reduzierungsentscheidung niemals ohne eine Gruppe wie die HLG zustande gekommen. Der britische Delegationsleiter⁸ und auf deutscher Seite General Tandeki haben sich in dieser Beziehung unbestreitbar Verdienste erworben. Im übrigen wurden sich die Verteidigungsminister einig, die HLG zunächst fortbestehen zu lassen. Ob sie neue Aufträge erhält, wird nicht vor der Frühjahrstagung der NPG⁹ entschieden werden.

Perle gab eine gute Einführung zum HLG-Bericht, in der er auch eindrucksvolle Schaubilder mit uns zum Teil bisher nicht bekanntem Material über die Nuklearwaffenentwicklung auf beiden Seiten vorführte. Aus ihnen wurde die Überalterung einiger unserer Waffen, aber auch die militärisch sinnvolle Entwicklung in Richtung auf weiterreichende Systeme deutlich. Sobald wir die Schaubilder von den Amerikanern erhalten haben, werde ich sie vorlegen.

In diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zur Argumentation zur Abstützung der Entscheidung. Sicher werden auch überalterte Waffen abgebaut. Es sollen aber auch moderne Systeme, z. B. Sperrmunition (ADM), entfernt werden. Das Alter der Waffen hat also keine entscheidende Rolle bei der Reduktionsentscheidung gespielt, sondern vor allem

- die politische Forderung, die Abschreckung auf dem niedrigsten verantwortbaren Niveau zu gewährleisten;

⁷ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

⁸ John Billeloch.

⁹ Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 3./4. April 1984 in Çeşme statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ehni vom 5. April 1984; AAPD 1984.

- die Größenordnung und Qualität der militärischen Bedrohung durch den Warschauer Pakt;
- die Möglichkeit, heute mit konventionellen Waffen die gleiche Abschreckungswirkung zu erzielen, die noch vor kurzem nur mit Nuklearsystemen erreicht werden konnte, z. B. im Bereich der Luftverteidigung;
- die militärisch richtige Tendenz, von den Kurzstreckenwaffen wegzukommen.

2) Verteidigungsminister Weinberger berichtete über das starke Engagement Präsident Reagans für das „Ballistic Missile Defense Program“.¹⁰ Es solle die verlässlichste Verteidigungsform gegen angreifende Raketen werden.¹¹ Bis zu seiner Realisierung werde allerdings noch einige Zeit vergehen, und in der Zwischenphase werde es kein Nachlassen bei der Aufrechterhaltung und der Modernisierung der Triade geben. Eine Diskussion dieser Erklärung fand nicht statt.

3) Interessant war der Vortrag der Defense Intelligence Agency (DIA) über einige Waffenentwicklungen auf östlicher Seite:

- Die Sowjets führen neue 152 mm (gezogen und auf Selbstfahrlafette) und 203 mm (nur auf Selbstfahrlafette) Artilleriegeschütze ein. Bei Beendigung des Modernisierungsprogramms – ein Datum wurde nicht genannt – werde es allein in der DDR 232 Geschütze dieser Art geben.
- Die SS-21 wurde erstmals 1981 fotografiert. Sie führt zwei Nachladeraketen und benötigt nur 15 Minuten zu neuer Zieleinrichtung. Sie ist in 14 Divisionen bereits eingeführt. Zehn dieser Divisionen sind in der DDR, vier in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion stationiert.
- Die SS-23 wurde ebenfalls 1981 erstmals aufgenommen, aber nur auf einem Gelände in der Sowjetunion. Sie ist bisher noch nicht in die Truppe eingeführt.
- Von der SS-22 gibt es bisher noch keine Aufnahme, durch die man sie von der SS-12 unterscheiden könnte. Die SS-12 war bisher nur in der Sowjetunion disloziert. Eventuell besitzt die SS-22 nur ein neues Feuerleitsystem. Es wird sehr interessant sein zu beobachten, welche Systeme die Sowjetunion eventuell im Falle unserer möglichen Nachrüstung z. B. in der DDR stationiert. Sollte es die SS-22 sein, so wäre das auch nach Ansicht des DIA ein politisch (da bisher noch nicht disloziert), aber auch militärisch (wegen der geographisch bedingten Verbesserung der Reichweite) bedeutsamer Schritt.
- Nukleare Bomben werden außer in der Sowjetunion sowohl in Polen als auch in der DDR und ČSSR gelagert.
- Die Sowjetunion testet zur Zeit zwei neue seegestützte, zwei landgestützte und einen neuen luftgestützten Marschflugkörper. Mit einer Einführung dieser Systeme wird nicht vor Mitte der 80er Jahre gerechnet.

¹⁰ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; Dok. 81.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 19. Oktober 1983, daß sich Meldungen „über Anstrengungen der Administration, modernste Technologie in neuen Waffensystemen, insbesondere solchen zur Abwehr ballistischer Raketen (Ballistic Missile Defence Systems – BMD) sowie zur Bekämpfung von Satelliten (Anti-Satellite Systems – ASATs) zu verwenden“, verdichteten. Zwei Expertengruppen hätten Präsident Reagan einen gemeinsamen Bericht dazu vorgelegt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4740; Referat 201, Bd. 125675.

¹¹ Der Passus „Verteidigungsminister ... Raketen werden“ wurde von Bundesminister Genscher durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Rücksprache].“

4) Eine gewisse Rolle spielten auf der Tagung die Äußerungen Andropows zur eventuellen Nachrüstung in dessen Prawda-Interview vom 26.10.1983¹². Der britische Verteidigungsminister setzte sich für eine Erwiderung ein, die auch die positiven Elemente der Äußerungen Andropows umfassen sollte. Die Minister einigten sich auf die im anliegenden Kommuniqué niedergelegte Formulierung.¹³

5) Eine lebhafte Debatte entzündete sich an der dänischen Forderung, eine Textstelle im Kommuniqué oder eine Fußnote des Inhalts anzubringen, daß die dänische Regierung ihre Politik sowohl auf den Doppelbeschluß als auch auf die Resolution des Folketing vom 26.5.1983¹⁴ basiere. Da die Resolution Elemente enthält, die dem Doppelbeschluß diametral entgegenlaufen, stieß die dänische Forderung auf Ablehnung. Der dänische Verteidigungsminister¹⁵ fand sich sodann nach einem Telefongespräch mit seinem Ministerpräsidenten¹⁶ mit einer Formulierung ab, die er bereits bei der letzten DPC-Sitzung¹⁷ akzeptiert hatte. In ihr kommt zum Ausdruck, daß die dänische Regierung den NATO-Doppelbeschluß unterstützt, der Verteidigungsminister aber gleichzeitig an die Entschließung des Parlaments vom 26. Mai 1983 erinnert. Ich erwähne den Vorgang in der Hauptsache deshalb, weil er wieder einmal die schwache Position der gegenwärtigen dänischen Regierung und ihre exzessive Rücksichtnahme auf die parlamentarische Mehrheit deutlich macht.

6) Die amerikanische Intervention in Grenada¹⁸ wurde im Plenum eigenartigerweise auch von Weinberger nicht ein einziges Mal erwähnt. Sie war jedoch am Rande der Konferenz ein beherrschendes Thema und fand deutliche Kritik im Gespräch Heseltine/Weinberger.

Schauer

VS-Bd. 12037 (201)

¹² In einem am 27. Oktober 1983 veröffentlichten Interview mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, die Bereitschaft, die Anzahl der sowjetischen Mittelstreckensysteme vom Typ „SS-20“ in Europa auf 140 mit 420 Gefechtsköpfen zu begrenzen. Ferner kündigte er an, daß es im Falle einer Einigung in Genf keine Verlegung von zu reduzierenden „SS-20“ in den Osten der UdSSR geben werde; er sicherte zu, daß „von diesem Augenblick an die Stationierung von SS-20-Raketen in den östlichen Gebieten der UdSSR eingestellt“ würde. Schließlich stellte er hinsichtlich der Flugzeugbegrenzungen in Aussicht, für die UdSSR und die NATO gleiche Obergrenzen zu akzeptieren, die zu keinen Einschnitten für amerikanische Trägerflugzeuge führen würden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 20–23.

¹³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12037 (201).
Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 93–95.
Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 124–127.

¹⁴ Zur Resolution des dänischen Parlaments vom 26. Mai 1983 vgl. Dok. 140, Anm. 5.

¹⁵ Hans Engell.

¹⁶ Poul Schlüter.

¹⁷ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel vgl. Dok. 166 und Dok. 168.

¹⁸ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Tokio

VS-vertraulich

1. November 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone am 1. November 1983, 10.10 bis 11.20 Uhr, im Akasaka-Palast in Tokio²

Teilnehmer: Yoshiya Kato, Leiter der Abteilung für europäische und ozeanische Angelegenheiten im Außenministerium; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; zwei Dolmetscher.

Ministerpräsident *Nakasone* bedankte sich für den langen Weg, den der Bundeskanzler auf sich genommen habe. Er denke noch häufig an Williamsburg³ zurück, dort habe er vom Bundeskanzler viel gelernt. In Williamsburg seien zwischen beiden Regierungen feste Bande geknüpft worden. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten seien seit langer Zeit sehr freundschaftlich.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für den freundschaftlichen Empfang. Die Lebenserfahrung zeige, daß man sich entweder sofort verstehe, oder die Beziehungen blieben sehr formell. In Williamsburg habe er den Eindruck gehabt, daß man sich sofort verstanden habe. Es sei für ihn deshalb eine besondere Freude, den Ministerpräsidenten wiederzusehen, und er hoffe auf noch viele gemeinsame Treffen.

Ministerpräsident *Nakasone* erklärte, daß er in Williamsburg das Gefühl gehabt habe, einem zweiten Adenauer gegenüberzustehen. Er habe dabei noch nicht einmal gewußt, daß Adenauer das große Vorbild des Bundeskanzlers sei. Die klare Entschlossenheit des Bundeskanzlers, den Doppelbeschluß der NATO durchzuführen und gegebenenfalls Mittelstreckenraketen aufzustellen, hätte ihn beeindruckt. Diese Entschlossenheit des Bundeskanzlers hätte auch ihn geleitet. Diese Entschlossenheit sei eine Voraussetzung dafür, nach einer wirtschaftlichen auch eine politische Renaissance zu erreichen.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 2. Januar 1984 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ übermittelt.

Hat Ploetz vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher und an das Büro Staatssekretäre sowie an die Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer verfügte.

Hat Pfeffer vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigenten Schauer und Edler von Braunmühl sowie die Referate 201 und 204 verfügte.

Hat Schauer am 31. Januar 1984 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 6. Februar 1984 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Ehni vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11973 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Japan auf. Vgl. dazu auch Dok. 323.

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167. Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 28. Mai 1983; Dok. 160.

Dies sei für beide Seiten sehr wichtig, stimmte der *Bundeskanzler* zu.

Ministerpräsident *Nakasone* fuhr fort, daß Japan in der Vergangenheit eine gewisse Distanz zur NATO gehabt habe. Seit dem Weltwirtschaftsgipfel von Williamsburg gebe es eine enge Verbindung und ein starkes Bewußtsein der Solidarität. So habe er auch für diese Begegnung mit dem Bundeskanzler eine gemeinsame Erklärung⁴ vorbereiten lassen. Dies sei seine Idee gewesen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er unter Freunden offen sprechen wolle. Er würde es sehr begrüßen, wenn es zu einer Institutionalisierung der Beziehungen kommen könnte. Es sollten regelmäßige Treffen vereinbart und öffentlich bekanntgegeben werden.

Er begrüße den außerordentlich mutigen Kurs, den die japanische Regierung verfolge. In Europa gebe es immer noch Leute, die die Frage stellten, ob Japan wirklich mit der Bundesrepublik Deutschland und Europa kooperieren wolle. Sicherlich könne man noch von keiner gemeinsamen Politik sprechen, aber es gebe alte traditionelle Beziehungen. Er sei deshalb zu regelmäßigen Treffen bereit, um zu demonstrieren, daß die Bundesrepublik Deutschland und Japan ihre Beziehungen pfleglich behandeln. Dies würde sich gegen niemanden richten. Die USA wären mit einer solchen Entwicklung sehr zufrieden, denn enge Beziehungen zwischen Japan und Europa seien auch für die USA nützlich.

Der Bundeskanzler leitete auf die aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik über. Die Lage sei sehr schwierig, wenn kein Wunder geschehe, müßte die Bundesregierung am 23. November mit der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen beginnen. Die „Straße“ werde auf diese Entscheidung keinen Einfluß haben.

Die sowjetische Führung verfolge eine doppelgleisige Politik. Sie trete für die Fortsetzung der Beziehungen ein. Er sei davon überzeugt, daß die Sowjetunion weder einen kalten noch einen heißen Krieg wolle, denn das „Positive“ an nuklearen Waffen sei, daß ihr Einsatz die Apokalypse bedeuten würde. Andererseits betreibe die Sowjetunion eine großangelegte Agitation. Sie schüre die Angst und nütze sie aus. Das Ausmaß der Friedensbewegung allein beweise, daß dort nicht nur Kommunisten beteiligt seien. Die Deutsche Kommunistische Partei verfüge selbst nur über 60 000 Mitglieder. Er wolle jedoch dem Ministerpräsidenten versichern, daß die Bundesregierung ihre Politik fortführen werde. In Deutschland schreibe man nicht das Jahr 1933, sondern das Jahr 1983. Es gelte, was er in Williamsburg gesagt habe: Nach seiner Einschätzung werden erst

⁴ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vom 1. November 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 1122 f. Botschafter Blech, Tokio, informierte am 2. November 1983, daß hinter der Erklärung das japanische Interesse stehe, „die Verteidigungsbereitschaft in der japan[ischen] Öffentlichkeit zu stärken, gleichzeitig jedoch auch [...] einen kritischen Dialog mit der SU anzustreben, wie er von der BR gepflegt wird“. Zur Entstehung der Erklärung notierte er, daß der erste Entwurf von Ministerpräsident Nakasone selbst am 31. Oktober 1983 konzipiert worden sei. Er, Blech, habe davon zuerst mündlich vor der Ankunft des Bundeskanzlers Kohl auf dem Flughafen in Tokio gehört, während der japanische Außenminister Abe zu diesem Zeitpunkt noch keine Kenntnis davon gehabt habe: „BK hat noch am 31.10.83 (nach seiner Ankunft um 21.30 Uhr) seine grundsätzliche Zustimmung zu Abgabe einer solchen Erklärung gegeben. Eine gemeinsame Redaktionsgruppe konnte in kurzer zur Verfügung stehenden Zeit noch einige sachliche und formale deutsche Erwägungen berücksichtigen und Diskrepanzen beseitigen [...]. Hiernach hat BK dem Text [...] auch inhaltlich zugestimmt und Wert auf gleichzeitige Bekanntgabe der bilateralen Zusatzklärung gelegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1413; Referat 341, Bd. 126982.

nach dem Stationierungsbeginn die wirklichen Abrüstungsverhandlungen beginnen. Genauso gelte fort, daß er nicht bereit sei, zu akzeptieren, daß die Sowjets ihre SS-20-Raketen nach dem Osten verlegen. Die Bundesregierung werde die Verabredungen einhalten.

Ministerpräsident *Nakasone* erklärte, daß er vor dem politischen Mut des Bundeskanzlers großen Respekt habe. Was die heutigen Gespräche betreffe, so schlage er zwei Erklärungen vor: eine Tokio-Erklärung und eine zweite Erklärung der Regierungschefs über die zukünftige Zusammenarbeit. In der ersten Erklärung sollten Fragen des Friedens behandelt werden und die Entschlossenheit, eine gemeinsame Politik fortzuführen, gegenüber der ganzen Welt unterstrichen werden. Die zweite Erklärung sollte eine Aussage über die Institutionalisierung der deutsch-japanischen Beziehungen enthalten.⁵

In diesem Zusammenhang wolle er dem Bundeskanzler ein Geheimnis verraten: Am 9. November werde der amerikanische Präsident in Japan erwartet.⁶ Er werde ihn über die gemeinsame Verabredung von heute unterrichten. Er sei sich sicher, daß eine gemeinsame Politik zwischen USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland sich auf die ganze Welt auswirken werde. Er sehe darin eine große Chance, daß er in so kurzer Zeit mit dem Bundeskanzler und im Anschluß daran mit Präsident Reagan zusammentreffen könne.

Er wolle die Möglichkeit des Vier-Augen-Gespräches nützen, dem Bundeskanzler bestimmte Fragen zu stellen. Der Bundeskanzler habe ja im Juli die Gelegenheit gehabt, Generalsekretär Andropow in Moskau zu treffen.⁷ Außenminister Genscher habe Gespräche mit Außenminister Gromyko geführt.⁸ Es wäre für ihn von großem Interesse, wie der Bundeskanzler die sowjetische Politik und Strategie beurteile.

In seiner Analyse der sowjetischen Politik erklärte der *Bundeskanzler*, daß die Sowjetunion sich in der kritischsten Phase ihrer Geschichte befände: Sie sei militärisch so stark wie noch nie, gleichzeitig jedoch ideologisch so schwach wie nie zuvor. Die sowjetische Politik sei eine Fortsetzung der russischen Großmachtpolitik und mit der imperialen russischen Politik vergleichbar. Jedoch sei das sowjetische Wirtschaftssystem gescheitert.

Dennoch dürfe man nicht die hervorragenden Erfolge der Sowjetunion auf einer Reihe von Gebieten unterschätzen. So habe man die Ausbildung weiterer Schichten erreicht. Dies sei jedoch zugleich eine Achillesferse des Systems. Mit der Modernisierung des Landes nehme die Forderung nach mehr Freiheiten zu. Die Probleme des riesigen sowjetischen Imperiums zeigten sich beispielhaft auch an Polen. Polen werde, wie bereits im zaristischen Rußland, die eigent-

⁵ Der Passus über die Vereinbarung jährlicher deutsch-japanischer Konsultationen und den Ausbau der bilateralen Beziehungen wurde als Punkt 6 in die Gemeinsame Erklärung vom 1. November 1983 aufgenommen. Vgl. dazu BULLETIN 1983, S. 1123.

⁶ Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 12. November 1983 in Japan auf.

⁷ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. Dok. 200 und Dok. 204.

⁸ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. Dok. 202 und Dok. 203.

Am 8. September trafen Genscher und Gromyko in Madrid und erneut am 15./16. Oktober 1983 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 262, Dok. 303–306 und Dok. 310.

liche Katastrophe der Sowjetunion. Der Papst-Besuch in Polen⁹ spiegele den Bankrott des kommunistischen Systems wider. Er erinnere an Stalin, der wie Napoleon gefragt habe, über wieviel Divisionen der Papst verfüge. Er könne nur sagen, der Papst habe über eine Million junger Menschen in Polen mobilisieren können. Diese Entwicklung sei für Europa von ungeheurer Bedeutung. Die Auswirkungen der polnischen Ereignisse seien vor allem auch in den kommunistischen Parteien der romanischen Länder wie Spanien, Portugal, Frankreich und Italien bemerkbar.

Die Sowjetunion verfüge heute über eine gewaltige Militärmaschine. Sie werde jedoch von einer Gruppe alter Männer geführt, die nicht kriegslüstern seien. Das Politbüro seien keine Abenteurer wie Hitler, sondern nüchtern rechnende Politiker. Sie hätten im Rahmen ihres Lebensweges bereits einen Slalomlauf hinter sich bringen müssen. Sie wollten sicherlich keinen Krieg. Die Militärmaschine diene vor allem zur Verbreitung von Furcht und Schrecken. Die sowjetische Führung wolle Deutschland und Europa mit dem Instrument der Angst beeinflussen und am Ende beherrschen. Die europäischen Bürger sollten sich aus Angst mit der Sowjetunion arrangieren. In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler auf das Münchener Abkommen von 1938¹⁰. Sicherlich wiederhole sich Geschichte nicht völlig.

Wenn sich jedoch der Westen einig sei, und dazu gehöre nach seiner Meinung auch Japan, werde die Sowjetunion nichts erreichen. Wir müssen der sowjetischen Führung sagen, bis dahin und nicht weiter. Dies müsse man ihr in ruhigem Ton sagen, ohne Schaum vor dem Mund. Wichtig sei Gelassenheit, aber zugleich auch Entschlossenheit.

Die Sowjetunion sei jedoch dazu übergegangen, sogenannte Stellvertreter-Kriege zu führen. Die Beispiele seien bekannt: Mittelamerika, Mittlerer Osten, Libyen u. a. Die Sowjetunion bleibe bereit, kleine regionale Feuerchen zu schüren. Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß es aber im Interesse des Westens sei, daß nicht alle regionalen Konflikte sich zu Ost-West-Konflikten ausweiten. Nord-Süd-Konflikte seien nicht automatisch Ost-West-Konflikte.

Der Bundeskanzler berichtete über sein Gespräch mit Generalsekretär Andropow. Dieser sei sicherlich krank und in seinen Fortbewegungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Vor seinem Besuch habe Generalsekretär Andropow eine schwere Nierenkolik gehabt. Dennoch sei er davon überzeugt, daß Generalsekretär Andropow politisch die Nummer Eins sei, vor allem im Vergleich zu den letzten Jahren von Breschnew. Andropow habe auf ihn einen sehr ernsten, willensstarken und kultivierten Eindruck gemacht. Im Gegensatz zum öffentlichen Eindruck sei er sicherlich humorvoll. Die jüngsten Berichte deuten darauf hin, daß Andropow im Augenblick wieder sehr krank sei.¹¹ Er könne dies jedoch nicht mit letzter Sicherheit bestätigen.

⁹ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

¹⁰ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

¹¹ Zu Spekulationen über den Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 347, Anm. 3.

Entscheidend bleibe, daß der Westen über eine klare Position verfüge und sich weder kriegs- noch raketenlüstern darstelle, sondern seine Politik ruhig und bestimmt verfolge.

Ministerpräsident *Nakasone* bedankte sich für die Ausführungen des Bundeskanzlers.

Um 10.50 Uhr wurde der Gesprächskreis erweitert: Außenminister Abe; Staatsminister Dr. Mertes; Staatssekretär Peter Boenisch; Botschafter Dr. Klaus Blech; Ministerialdirigent Dr. Joachim Peckert; Hiromichi Miyazaki, japanischer Botschafter.

Ministerpräsident *Nakasone* erklärte, daß er sehr froh über die gemeinsame Unterhaltung sei, die die Position des Bundeskanzlers von Williamsburg bestätige.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es in der Frage der Sicherheitspolitik eine große Geschlossenheit der europäischen Verbündeten gebe. Präsident Mitterrand sei in dieser Frage äußerst zuverlässig. Dies gelte ebenso für Großbritannien, Italien, die Niederlande und die anderen europäischen Regierungen. Dennoch bleibe es nützlich, wenn es zu einer Gipfelbegegnung zwischen Generalsekretär Andropow und Präsident Reagan kommen könnte.

Ministerpräsident *Nakasone* berichtete, daß die Sowjetunion in der Zwischenzeit im Osten ihres Landes 108 Raketen aufgestellt habe. Er habe gehört, daß es sogar 30 SS-20-Raketen mehr sein könnten. Für ihn wäre selbstverständlich die Null-Option die beste Verhandlungslösung. Natürlich könne er sich auch andere Ergebnisse vorstellen. Das Ziel müsse jedoch stets das Gleichgewicht zwischen Ost und West sein. Es dürfe nicht dazu kommen, daß lediglich die SS-20-Raketen vom Westen in den Ostteil der Sowjetunion verlegt würden.

Der *Bundeskanzler* bestätigte erneut, daß dies auch die Position der Bundesregierung sei. Sie wolle ihre Probleme nicht auf dem Rücken anderer Staaten lösen.

Ministerpräsident *Nakasone* erklärte, daß für ihn die wichtigste Frage die der Begrenzung der sowjetischen SS-20-Raketen sei. Auch die Volksrepublik China sei an dieser Frage sehr interessiert. Vor kurzem habe erst ein gemeinsames Ministergespräch in Peking stattgefunden.¹² Das gemeinsame Thema seien die sowjetischen Mittelstreckenraketen gewesen. Man habe vereinbart, die Informationen auszutauschen.

Dies sei auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, erwiderte der *Bundeskanzler*: Für ihn sei es eine große Beruhigung zu wissen, daß die japanischen Freunde einen engen Kontakt mit Peking aufrechterhielten. Er werde sich um einen engen Kontakt mit Tokio bemühen. Breschnew habe ihm einmal gesagt, die Lösung der deutschen Probleme könnte nicht an der chinesischen Mauer gesucht werden. Er hatte recht, fügte der Bundeskanzler hinzu. Keine Seite dürfe sich ihre Freunde vorschreiben lassen. Dies sei ein Teil des Problems der Sowjetunion: Sie gerate zunehmend in internationale Isolierung. Die Lage in Westeuropa sei für die nächsten Jahre eindeutig. Die wichtigsten europäischen Länder hätten ihre Regierungen gerade erst gewählt. Großbritannien¹³, die

¹² Die dritten chinesisch-japanischen Ministerkonsultationen fanden vom 4. bis 6. September 1983 statt.

¹³ Zu den Wahlen zum britischen Unterhaus am 9. Juni 1983 vgl. Dok. 173, Anm. 12.

Bundesrepublik¹⁴, Italien¹⁵ und Frankreich¹⁶ stünden am Beginn der jeweiligen Regierungsperiode. Ebenso klar sei die Lage in Japan¹⁷ und in China¹⁸. In einem Jahr würden die Wahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika stattfinden.¹⁹ Dies alles zeige, daß die Zeit nicht für die Sowjetunion arbeite. Der Westen brauche nur Geduld. Der Bundeskanzler fügte jedoch hinzu, daß es dennoch erforderlich sei, daß der Westen das Sicherheitsproblem der Sowjetunion verstehe, obwohl es manchmal als irrational erscheinen mag. Denn weder die Bundeswehr noch die NATO bedrohe die Sowjetunion. Dennoch wirken beide wie ein Alpdruck auf die Sowjetunion. Man müsse wissen, daß Emotionen zur Realität werden könnten. In der Geschichte Rußlands seien zweimal europäische Armeen vor Moskau gestanden. Rußland verfüge über keine natürliche Westgrenze. Deshalb sei es die russische Tradition seit Peter dem Großen, einen Satellitengürtel zu schaffen. Das Unglück Deutschlands sei es, daß ein Teil Deutschlands zu diesem russischen Cordon sanitaire gehöre. Dies würde man manchmal in den USA nicht verstehen. Die USA kennen kein Grenzproblem. Sie ruhen in sich selbst. Sie seien treue Freunde, aber keine Meister in der Psychologie, und man müsse ihnen helfen, wenn sie in Schwierigkeiten sind.

Ministerpräsident *Nakasone* berichtete, daß seine Regierung am 23. November den Ersten Sekretär der Chinesischen Kommunistischen Partei als Besucher erwartete.²⁰ Er werde mit ihm auch die Frage der sowjetischen Mittelstreckenraketen besprechen. Ministerpräsident Nakasone bat den Bundeskanzler um eine Lagebeurteilung zum Nahost-Konflikt.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete den Krieg zwischen dem Irak und Iran als den gefährlichsten Konfliktherd im Nahen Osten. Dies sei ihm auch während seines Besuches in Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien²¹ bestätigt worden. Die Position der Bundesrepublik Deutschland sei klar: Sie habe traditionell gute Beziehungen zu den arabischen Staaten wie zu Israel. Die Politik der Bundesregierung sei die des Sowohl-Als-auch und nicht die eines Entweder-Oder. Er trete leidenschaftlich für das Existenzrecht Israels ein. Israel würde jedoch mit seiner Siedlungspolitik auf der Westbank²² einen schweren Fehler begehen, der sich rächen werde. Diese tagespolitischen Erfolge Israels schwächen vor allem die gemäßigten Kräfte in den arabischen Staaten. Die Rechnung Israels sei einfach. Israel ginge davon aus, daß die amerikanische Innenpolitik wie Außenpolitik paralysiert sei. Deshalb wolle Israel auf der Westbank ein *Fait accompli* schaffen. Damit schwäche es aber gemäßigte Politiker wie König

¹⁴ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹⁵ Zu den Wahlen zum italienischen Parlament am 26./27. Juni 1983 vgl. Dok. 212, Anm. 10.

¹⁶ Zur Regierungsumbildung in Frankreich am 22. März 1983 vgl. Dok. 71, Anm. 5.

¹⁷ Am 25. November 1982 wählten beide Kammern des japanischen Parlaments den Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei, Nakasone, zum Ministerpräsidenten.

¹⁸ Der XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas vom 1. bis 11. September 1982 in Peking wählte die Mitglieder des Zentralkomitees und billigte ein neues Parteistatut.

¹⁹ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

²⁰ Der Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, hielt sich vom 23. bis 30. November 1983 in Japan auf.

²¹ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober in Jordanien, vom 7. bis 9. Oktober in Ägypten und vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 291, Dok. 295, Dok. 299, Dok. 307 und Dok. 312.

²² Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 291, Anm. 9.

Hussein und den ägyptischen Präsidenten Mubarak. Die Syrer seien dabei, die PLO zu zerschlagen. Die gemäßigten Kräfte würden aus der PLO hinausgedrängt.

Damit entstehe eine Situation, die viel Dynamit enthalte. Dies gelte auch für die Lage im Libanon. Diese Probleme seien jedoch gegenüber dem iranisch-irakischen Konflikt am Ende zweitrangig. Ein Ende dieses Konfliktes sei nicht in Sicht. Man dürfe nicht vergessen, daß 60 % des Öls für Europa durch die Meerenge von Hormuz verschifft werde. Die Lage sei vor allem deshalb so kritisch, weil der iranisch-irakische Konflikt kein normaler Krieg sei, sondern aufgrund seines religiös-fanatischen Hintergrundes total unberechenbar sei. Vergessen dürfe man auch nicht das Unwesen von Gaddafi.

Ministerpräsident *Nakasone* wies darauf hin, daß aus japanischer Sicht es nicht immer leicht sei zu verstehen, was die Araber denken. Primär bleibe es wichtig, daß die Ordnung im Libanon wiederhergestellt würde.

Was den iranisch-irakischen Konflikt betreffe, so unterhalte Japan freundschaftliche Beziehungen zum Iran. So sei der Umweltminister aus dem Iran erst in Japan gewesen. Die Beziehungen zum Irak seien ebenfalls freundschaftlich. Japan verfolge das Ziel, einen Beitrag zum Waffenstillstand und eventuell zu einer Friedenslösung zu leisten. Der Friede im Mittelosten könne aus ihrer Sicht wiederhergestellt werden, wenn der Reagan-Plan²³ mit dem Fes-Plan²⁴ verschmolzen werden würde. Um diese Idee nicht zu zerstören, sollte sie noch im Schrank aufbewahrt werden, weil für eine solche Lösung der Zeitpunkt im Augenblick nicht günstig sei. Eine Beendigung des Konfliktes sei schon allein aufgrund der zunehmenden Ölverschmutzung erforderlich. Wenn der Iran zu stark würde, gingen auch die Ölpreise nach oben. Zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung müsse die Weltöffentlichkeit mobilisiert werden. Er sei sich mit dem Bundeskanzler in der Meinung einig, daß die Lage im Libanon normalisiert werden und die Ordnung wiederhergestellt werden müsse. Er sei zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Japan und der Bundesrepublik bereit, um eine Friedenslösung zu ermöglichen.

Der *Bundeskanzler* stimmte diesen Ausführungen von Ministerpräsident *Nakasone* zu.

Ministerpräsident *Nakasone* fuhr fort, daß Japan und die Bundesrepublik Deutschland angesichts der traditionellen Freundschaft gemeinsam für den Weltfrieden und für die Entwicklung der Weltwirtschaft den Kontakt so eng wie möglich gestalten sollten. Auch der Kontakt zwischen den Regierungschefs und den Kabinettsmitgliedern sollte sehr eng und persönlich sein.

Diese Kontakte sollten institutionalisiert werden, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Ministerpräsident *Nakasone* erklärte sich damit einverstanden.

VS-Bd. 11973 (201)

²³ Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan vom 1. September 1982 für den Nahen Osten vgl. Dok. 9, Anm. 17.

²⁴ Zum Friedensplan der Arabischen Liga für den Nahen Osten („Fes-Plan“) vgl. Dok. 9, Anm. 18.

323

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl
mit Ministerpräsident Nakasone in Tokio****1. November 1983¹**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Nakasone im Delegationskreis im Amtssitz des japanischen Ministerpräsidenten in Tokio am 1. November 1983 von 15.15 Uhr bis 17.15 Uhr²

Das Gespräch, an dem außerdem teilnahmen

auf deutscher Seite: Senator für Finanzen des Landes Berlin, Kunz; Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Mertes; Parlamentarischer Staatssekretär im BMZ, Dr. Volkmar Köhler; Staatssekretär Boenisch; Botschafter Blech; MD Teltchik; MDg Dr. Peckert; VLR I Franke und VLR I Bente; LR I Dr. Schulte als Dolmetscher;

auf japanischer Seite: Außenminister Abe; Generaldirektor im Außenministerium, Kato, und mehrere weitere japanische Gesprächsteilnehmer;

hatte folgenden wesentlichen Inhalt:

Zunächst wurde die „Erklärung von Tokio“ des Bundeskanzlers und des japanischen Ministerpräsidenten nebst bilateralem Zusatz besprochen (s. Anlage³), die nach dem Gespräch vom Bundeskanzler und von Ministerpräsident Nakasone vor der Presse verkündet wurde.

Das eigentliche Gespräch begann mit der Erörterung bilateraler Fragen, zu der der Bundeskanzler Senator *Kunz* zunächst das Wort gab. Dieser erläuterte das gemeinsame Interesse, die ehemalige japanische Botschaft in Berlin einem neuen Zweck zuzuführen, auf den beide Seiten sich bis zum Jahresende einigen sollten.⁴

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 9. November 1983 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirigent Stabreit, Ministerialdirektor Teltchik und Staatssekretär Schreckenberger, alle Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet mit dem Vorschlag, „dem Auswärtigen Amt und dem BMZ einen Durchdruck des Vermerks, dem Bundesminister für Wirtschaft die sein Ressort betreffenden Auszüge aus dem Vermerk zu überlassen“.

Hat Stabreit vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Japan auf. Vgl. dazu auch Dok. 322.

³ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983. Zur „Erklärung von Tokio“ vom 1. November 1983 vgl. Dok. 322, Anm. 4 und 5.

⁴ In einer undatierten und ungezeichneten Aufzeichnung wurde dazu ausgeführt: „Auf dem 6925 qm großen Grundstück der ehemaligen japanischen Botschaft am Tiergarten in Berlin stehen Gebäude, die im Jahre 1938 bis 1942 errichtet wurden. Aufgrund der Kriegsbeschädigungen sind sie jedoch nicht mehr nutzbar. Das Ausmaß der Gebäudeschäden hat sich bis heute enorm vergrößert, so daß sich die ehemalige japanische Botschaft in einem desolaten Zustand befindet. Allerdings erscheint die bauliche Substanz des Gebäudes, obschon angegriffen, im wesentlichen noch nicht zerstört zu sein und ihre Sicherung möglich (so eine Studie zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1984).“ Vgl. Referat 341, Bd. 126984.

Der *Bundeskanzler* unterstützte diesen Vorschlag und nannte hierfür drei Gründe: Das Grundstück liege in bester und schönster Lage von Berlin. Da das Gebäude zu verfallen drohe, müsse ohnehin etwas geschehen. Es sei sehr wichtig, daß sich die deutsch-japanischen Beziehungen gerade in Berlin manifestierten, und es wäre zu wünschen, daß die Nutzung des Gebäudes etwas Zukunftsweisendes einschließe wie Wissenschaft und Technologie. Drittens habe er die Hoffnung, daß durch ein japanisches Institut in Berlin viele Japaner nach Berlin kommen würden. Wenn man einmal an der Mauer gestanden habe, brauche man keine Vorlesung über die Notwendigkeit einer globalen Sicherheitspolitik und verstehe, was die Teilung eines Landes bedeute.

MP *Nakasone* erklärte sich mit den Vorschlägen des Bundeskanzlers und von Senator Kunz einverstanden. Er habe bereits einen Auftrag zur Erarbeitung eines Konzepts für die Gebäudenutzung an eine Expertengruppe gegeben. Das Ergebnis werde bis Jahresende vorliegen, und er sei dann gern bereit, auf der Basis des Berichts der Experten sich mit der deutschen Seite zu unterhalten. Der *Bundeskanzler* schlug vor, dann gemeinsam über den Verwendungszweck des Gebäudes zu sprechen, womit sich Ministerpräsident *Nakasone* einverstanden erklärte. Seine persönliche Auffassung sei, daß angesichts der Tatsache, daß Berlin in der Mitte zwischen Ost und West liege, ein solches Institut ein Schaufenster sein würde. Er habe gehört, daß die Fassade des Botschaftsgebäudes baugeschichtlich wertvoll sei, und habe sich, nachdem er Bilder von ihr gesehen habe, auch für die Erhaltung der Fassade entschieden.⁵

Alsdann gab der Bundeskanzler StM Dr. Mertes das Wort zu einem weiteren bilateralen Besprechungsthema, worauf MP *Nakasone* bemerkte, daß auch die japanische Seite eine Gegenbitte habe, und zwar hinsichtlich der Wissenschaftsausstellung in Tsukuba.⁶ Frankreich, die USA und Italien hätten ihre Beteiligung zugesagt, eine deutsche Zusage stehe noch aus. Der *Bundeskanzler* erklärte daraufhin, daß wir teilnehmen würden.

StM Dr. Mertes trug zur Frage unserer Betreuung von DDR-Deutschen vor.⁷ Sie habe einen prinzipiellen Aspekt (Deutschland als eine Nation) und einen prak-

⁵ Botschafter Blech, Tokio, informierte am 28. Dezember 1983, daß die Studie über Verwendungsmöglichkeiten des Botschaftsgebäudes am 15. Dezember 1983 Ministerpräsident Nakasone übergeben worden sei. Sie zähle acht Nutzungsmöglichkeiten auf: „Gesamtkosten werden mit rund 3,8 Milliarden Yen (d.h. etwa DM 42 Mio.) veranschlagt.“ Nach Informationen aus dem japanischen Außenministerium habe der Finanzsenator von Berlin, Kunz, während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Japan eine Übernahme der „Hälfte der Kosten“ in Aussicht gestellt: „Japanisches Finanzministerium weist z.Zt. Gedanken, daß 50 Prozent aus öffentlichen japanischen Mitteln gegeben werden könnten, weit von sich.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 1691 und Nr. 1699 vom 28. bzw. 29. Dezember 1983; Referat 341, Bd. 133688. Für den Untersuchungsbericht der Stiftung Kajima-Institut für Friedensforschung vom 15. Dezember 1983 vgl. Referat 210, Bd. 132642.

⁶ Die „Wissenschaftliche Weltausstellung Expo 85“ fand vom 17. März bis 16. September 1985 in Tsukuba statt.

⁷ Referat 502 legte am 27. Oktober 1983 dar, daß die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik entsprechend Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 auch Deutsche aus der DDR betreuten: „Japan hat uns im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Handels- und Schifffahrtsabkommens mit der DDR durch Note vom 28.5.1981 ausdrücklich bestätigt, daß unser konsularisches Betreuungsrecht für alle Deutschen, die sich uns zuordnen, fortbesteht.“ Die japanischen Behörden behielten sich jedoch im Einzelfall vor, zu prüfen, „ob ein Deutscher aus der DDR, der in Japan eine unserer Vertretungen um konsularischen Beistand bittet, sich uns freiwillig zugeordnet hat. Unter allen Staaten, die wie Japan unser konsularisches Betreuungsrecht für

tischen, der unsere konsularische Arbeit betreffe. Zum prinzipiellen Aspekt hätten wir die volle Solidarität auch unserer japanischen Freunde, für die wir dankbar seien. Selbst Herr Honecker spreche neuerdings von der deutschen Einheit. Die Wiederherstellung der nationalen Einheit sei für uns eine verfassungsrechtliche Pflicht.⁸ Die beiden deutschen Staaten lägen in Deutschland. Die Nation bestehe nach der Kapitulation der deutschen Streitkräfte im Jahre 1945 fort. In diesem Zusammenhang sei es von größter politischer und praktischer Bedeutung, daß unsere Verfassung nur eine Staatsangehörigkeit für alle Deutschen kenne, die in den Grenzen Deutschlands vom 31. Dezember 1937 lebten. Hierzu habe er folgende praktische Bitte: Japan möge sich so verhalten, wie die übrigen Teilnehmer des Weltwährungsgipfels. Es gehe um die DDR-Deutschen, die die Chance eines Auslandsaufenthalts dazu nutzten, in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Diese Deutschen bäten – und das sei wichtig – nicht etwa um Asyl, sondern machten von ihrem verfassungsmäßigen Recht der Freizügigkeit Gebrauch. Ob ein solcher DDR-Deutscher uns um Hilfe bitte, sei allein seine Entscheidung und für uns ein normaler Konsulatsfall und von Japan entsprechend zu behandeln. Er verweise hierzu auch auf den vertraulichen Briefwechsel BM Genschers mit Botschafter⁹ Yoshino im Zusammenhang mit dem Handels- und Schiffahrtsvertrag Japan-DDR.¹⁰ Wir seien der Auffassung, daß es keiner besonderen Befragung der DDR-Bürger über ihre Motive durch Japan bedürfe. Wir bäten Japan, sich in dieser Frage wie die anderen Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels zu verhalten. Wenn Japan Informationsbedürfnis habe, hätten wir dafür Verständnis und seien bereit, es zu befriedigen. MP Nakasone äußerte seine Überzeugung, daß die Deutschen, ob sie nun im Osten oder im Westen lebten, Deutsche seien. Er könne gut verstehen, daß es daher keine Emigration von Ost nach West geben könne. Er glaube, unser Anliegen richtig verstanden zu haben.

Dies vorausgeschickt, gebe es offenbar technische Probleme. Es gebe in dieser Hinsicht Gespräche zwischen der Botschaft und zuständigen japanischen Stellen, deren Details er nicht kenne. Er werde jedoch Weisung geben, daß die japanische Seite die Angelegenheit im Lichte unserer Argumente weiter prüfe. Der Bundeskanzler bat den Ministerpräsidenten, ihn über das Ergebnis zu unterrichten, MP Nakasone sagte zu, das Verfahren zu beschleunigen und dann Nachricht zu geben.

Unter Bezugnahme auf die Äußerungen MP Nakasones zur Wissenschaftsausstellung in Tsukuba wies der Bundeskanzler auf die Deutsche Leistungsschau

Fortsetzung Fußnote von Seite 1602

Deutsche aus der DDR ausdrücklich bestätigt haben (u. a. USA, Großbritannien, Frankreich, Italien), stellt Japan damit als einziges Land die Ausreise DDR-Deutscher von Japan in die Bundesrepublik Deutschland unter Prüfungsvorbehalt der Freiwilligkeit.“ Vgl. Referat 341, Bd. 126983.

⁸ Vgl. dazu die Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

⁹ Korrigiert aus: „AM“.

¹⁰ Während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 26. bis 31. Mai 1981 in Japan schlossen beide Seiten am 28. Mai 1981 ein Abkommen über Handels- und Seeschifffahrt. Für den Wortlaut vgl. GESETZBLATT DER DDR 1982, Teil II, S. 73–80.

Mit Notenwechsel vom 28. Mai 1981 bestätigte der japanische Botschafter Yoshino Bundesminister Genscher, daß das Abkommen nicht „die Befugnis der Konsularbeamten der Bundesrepublik Deutschland in Japan berührt, weiterhin entsprechend dem Internationalen Recht alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes, die dies wünschen, konsularisch zu betreuen“. Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer vom 22. Mai 1981; Referat 341, Bd. 127002.

1984 in Tokio hin.¹¹ Wir wollten mit ihr auch ein deutsches Kulturfestival verbinden. Er bitte den Ministerpräsidenten um die Bereitschaft, mit ihm, dem Bundeskanzler, gemeinsam die Schirmherrschaft zu übernehmen.

MP *Nakasone* erklärte, daß die japanische Bevölkerung, einschließlich seiner Tochter und seiner Familie, der deutschen Leistungsschau mit großen Erwartungen entgegen sehe. Die Schirmherrschaft nehme er gern an.

Auf erneute Bitte von StM *Dr. Mertes*, daß Japan in der Frage der Betreuung der DDR-Deutschen die Praxis der anderen Mitglieder des Weltwirtschaftsgipfels übernehme, erklärte MP *Nakasone*, daß er jetzt zum ersten Mal mit dieser Sache befaßt werde und nur seine Zusage wiederholen könne, die Angelegenheit in unserem Sinne zu prüfen. Die japanische Seite habe ihrerseits drei Punkte. Der erste: Die Tokio-Runde zum GATT¹² sei in ihrer letzten Phase. Wir müßten uns daher auf die nächste Runde vorbereiten. Das werde lange Zeit in Anspruch nehmen. Er werde über diese Frage auch mit den Amerikanern sprechen.¹³ Japan sei zu Konzessionen unter der Voraussetzung bereit, daß auch die anderen Konzessionen machten. Zu den übrigen beiden Punkten trug AM *Abe* zunächst die Bitte vor, daß die Bundesrepublik Deutschland bald die See-rechtskonvention unterzeichne.¹⁴ Dies läge im gemeinsamen Interesse des Westens. StM *Dr. Mertes* entgegnete, daß die Prüfung in vollem Gange sei. Wir hätten an dem Abkommen nichts Wesentliches auszusetzen bis auf die Frage des Tiefseebergbaus. Diese aber sei so gravierend, daß wir noch nicht in der Lage seien, zu unterzeichnen. Wir seien ein Industrieland mit ungünstigen Küsten, das sowohl die allgemeinen seevölkerrechtlichen Aspekte als auch die Frage des Meeresbergbaus in Betracht ziehen müsse. Die USA, Großbritannien und Italien teilten unsere Bedenken in diesem Punkt. Wir wollten einen EG-Konsens in dieser Frage, alle diese Aspekte seien aber zum Teil auch innerhalb der EG im Streit. Wir hofften auf eine baldige Regelung, noch aber sei es nicht so-

¹¹ Die Ausstellung „Made in Germany – Gestern – Heute – Morgen“ fand vom 22. April bis 6. Mai 1984 in Tokio statt.

¹² In den Jahren 1973 bis 1979 fand die siebte Runde der Verhandlungen im Rahmen des Zoll- und Handelsabkommens (GATT) statt („Tokio-Runde“). Seit dem 12. April 1979 lagen die vereinbarten Texte in Genf zur Unterzeichnung aus. Darin verpflichteten sich die Industriestaaten, in den nächsten acht Jahren die Zölle für eine große Zahl an Produkten zu senken. Ferner wurden verschiedene Kodizes zur Regelung des nichttarifären Bereichs gebilligt, etwa zum Subventionsabbau, zum Lizenzverfahren für Einfuhren und zu den Ausgleichsmaßnahmen. Schließlich waren Sonderregelungen für Entwicklungsländer vorgesehen, die jedoch dem jeweiligen Entwicklungsstand anzupassen waren. Vgl. den Runderlaß Nr. 34 des Legationsrats I. Klasse Oehms vom 20. April 1979; Referat 012, Bd. 111777.

¹³ Botschafter Blech, Tokio, ergänzte am 15. Dezember 1983, daß sich das japanische Außenministerium seit dem Sommer „intensiv mit Idee einer neuen multilateralen Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT“ beschäftige. Wie dort ebenfalls zu erfahren sei, sei „diese Idee international erstmalig am 1.11. von PM Nakasone gegenüber Bundeskanzler angesprochen worden. [...] Beim Besuch Präsident Reagans ist über dieses Thema eingehender gesprochen worden. Beide Seiten stimmten darin überein, gemeinsam eine neue Gesprächsrunde über multilaterale Handelsfragen vorzubereiten. Die amerikanische Seite stimmte japanischer Initiative indessen nur insoweit zu, als sie sich auf Vorbereitung Gespräche für eine neue Runde beziehen, weil zu behandelnde Probleme schwierig seien: Handel mit Dienstleistungen sowie Agrarerzeugnissen, Nord-Süd-Fragen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1634; Referat 411, Bd. 131320.

¹⁴ Zur Verabschiedung des VN-Seerechtsübereinkommens vom 10. Dezember 1982 und zur Frage seiner Unterzeichnung durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 3, Anm. 25 und 28.

weit.¹⁵ AM Abe entgegnete, daß ihm dies bekannt sei. Japan befinde sich auch in Konsultationen mit den USA. Die Frage des Tiefseebergbaus könne parallel zur Seerechtskonvention gelöst werden. Die meisten Länder hätten schon unterschrieben, und Japan habe ein Interesse, daß auch wir bald unterzeichneten. Sodann trug AM Abe die Bitte vor, qualifizierte deutsche Vertreter zu der Konferenz über Lebenswissenschaft im nächsten Jahr zu entsenden, die in Williamsburg¹⁶ besprochen worden sei.¹⁷

Der Bundeskanzler entgegnete, daß wir diese Sache mit großer Sympathie verfolgten, wie er schon in Williamsburg gesagt habe. Er habe den Brief MP Nakasones erhalten. Wir würden die Absicht Nakasones mit unseren wissenschaftlichen Gremien besprechen und sie auffordern, Vorschläge zum Inhalt zu machen, und uns große Mühe geben, gute Vertreter zu entsenden. Wir würden tun, was wir könnten, um diese Sache zu fördern.¹⁸

StM Dr. Mertes wies zur Seerechtskonvention darauf hin, daß wir als Beobachter in der Vorbereitungskommission den Eindruck hätten, daß die Arbeiten zügig weitergingen.¹⁹ Wir seien an der japanischen Einschätzung interessiert, zumal da in der nächsten Sitzung Sachfragen anstünden. Wenn die japanische Regierung hier optimistisch sei, könne dies auch der weiteren Behandlung in Bonn dienlich sein.

AM Abe entgegnete, Japan sei vom Meer umgeben und dementsprechend an der Nutzung des Tiefseebodens sehr interessiert. Obwohl die USA die Konven-

¹⁵ Ministerialdirektor Bertele notierte am 12. Oktober 1983, daß das Kabinett auf Grundlage einer gemeinsamen Vorlage des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 27. Juli 1983 erneut mit der Frage einer Unterzeichnung des VN-Seerechtsübereinkommens vom 10. Dezember 1982 befaßt werden sollte, diese Initiative von Bundesminister Graf Lambsdorff jedoch nicht gebilligt worden sei: „Wird entsprechend dem Wunsch des BMWi auf eine Behandlung im Kabinett und auf eine Entscheidung auf absehbare Zeit verzichtet, so wird damit vorerst auch eine zielgerichtete Politik – und zwar sowohl mit dem Seerechtsübereinkommen als auch dagegen – unmöglich gemacht. Ohne Klärung auf politischer Ebene können wir einstweilen weder dem amerikanischen Weg (vollständige Ablehnung des Übereinkommens) noch dem britischen (Nichtzeichnung in der Hoffnung auf spätere Änderung) noch dem französisch-japanischen Weg (Zeichnung mit Vorbehalt der Ratifikation im Falle ausbleibender Verbesserungen) folgen. [...] Spätestens mit Ablauf der Zeichnungsfrist (9.12.1984) kommt eine Nichtentscheidung einer negativen Entscheidung gleich“. Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125440.

¹⁶ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. Dok. 161 und Dok. 167. Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 28. Mai 1983; Dok. 160.

¹⁷ Am 24. Oktober 1983 übermittelte der japanische Botschafter Miyazaki Bundeskanzler Kohl ein Schreiben des japanischen Ministerpräsidenten. Darin hieß es: „As you may recall, at the Ninth Summit Meeting of Industrialized Nations held last May in Williamsburg, Virginia, I touched upon some questions arising from the recent progress made in life sciences, including recombinant DNA research, and proposed a conference of distinguished authorities from various nations with wide-ranging and profound wisdom and insight towards our future as well as specific knowledge in the field of life sciences to discuss these questions. [...] I would like to propose that a conference on life sciences and mankind [...] be held from March 19 to 22, 1984, in Hakone, a resort town near Tokyo.“ Vgl. Referat 430, Bd. 145479.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Matuschka übermittelte der Botschaft in Tokio am 19. Dezember 1983 eine Liste mit den Namen von sechs von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft benannten Wissenschaftlern, die an der Konferenz über Lebenswissenschaften vom 19. bis 22. März 1984 in Hakone teilnehmen sollten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 624; Referat 430, Bd. 145479.

¹⁹ Die Vorbereitungskonferenz zur Durchführung des VN-Seerechtsübereinkommens vom 10. Dezember 1983 fand vom 15. März bis 8. April und vom 15. August bis 8. September 1983 in Kingston statt.

tion noch nicht unterschrieben hätten, zeigten auch sie starkes Interesse. Japan fordere die USA zur Zeichnung auf. Diese Konsultationen, wie mit den USA, könnte Japan natürlich auch mit uns führen. Eine vorherige Ordnung des Tiefseebergbaus sei nicht notwendig. Unsere Unterschrift unter die Seerechtskonvention würde auch die Frage des Tiefseebergbaus günstig beeinflussen.

Der *Bundeskanzler* wollte sodann zu den Problemen des Handels sprechen. Zunächst trug er allgemeine Bemerkungen über die deutsche Volkswirtschaft vor. Wir hätten große Probleme, weil wir viele Jahre über unsere Verhältnisse gelebt, d. h. mehr ausgegeben als eingenommen hätten. Als er vor 13 Monaten die Regierung übernommen habe, habe er sich zum Ziel gesetzt, die Dinge in Ordnung zu bringen. Deswegen habe er auch Neuwahlen angestrebt und durchgeführt²⁰, und zwar gegen den Willen der meisten, auch in seiner eigenen Partei, weil viele vor Neuwahlen Angst gehabt hätten. Zwei Gründe hätten ihn dazu bestimmt. Zur Durchsetzung der Nachrüstung habe es der moralischen Legitimation durch den Wähler bedurft. Dasselbe gelte für die Sanierung unseres Haushalts, die gewaltige Anstrengungen und Opfer erfordere. Über die Hälfte der Deutschen sei von den Sparmaßnahmen betroffen. Diesen Kurs werde er fortsetzen. Natürlich sei jeder für Sparen, jedoch stets nur beim Nachbarn, und die, die den Schaden angerichtet hätten, erhöhen jetzt am lautesten ihre Stimme. Hierfür habe er in Kauf genommen, etwa bei Landtagswahlen Rückschläge zu erleiden. Wenn aber die japanische Regierung in den Zeitungen lese, auch und gerade aufgrund japanischer Korrespondentenberichte, daß er seinen Kurs ändern werde, dann sei dies falsch. Weder die Grünen noch der Protest auf der Straße werden ihn von seinem Kurs abbringen. Er sei sich auch sicher, daß seine Politik mehrheitsfähig werde. Uns sei es gelungen, die Volkswirtschaft wieder zu beleben. Das gehe nicht über Nacht. So wie der Abstieg nicht über Nacht eingetreten sei, sei auch der Aufstieg nicht über Nacht möglich. Die Binnenkonjunktur sei gut angelaufen, der Export weniger gut. Wir seien hier auch Opfer der amerikanischen Budgetpolitik, er sähe aber keine Chance, daß sich hier vor Ende 1984 etwas ändere. Also müßten wir zu Hause unsere Schularbeiten machen. Sobald das Thema Stationierung, das jetzt noch unsere ganze Kraft in Anspruch nehme, abgeschlossen sei, würden wir uns den wirtschaftlichen Fragen zuwenden, unter ihnen vor allem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im nächsten Jahr rechneten wir wieder mit ordentlichen Zuwachsraten in der Wirtschaft.

In den letzten Jahren seien uns einige zehntausend kleine und mittelständische Unternehmen verlorengegangen. Wir wollten Existenzneugründungen ermöglichen und den klein- und mittelständischen Betrieben helfen, voranzukommen. Er sage das, weil in japanischen Zeitungen gelegentlich zu lesen sei, die Deutschen seien wehleidig und lamentierten über die japanische Konkurrenz. Der Ministerpräsident solle wissen, daß der deutsche Bundeskanzler nicht wehleidig sei und ihn auch die japanische Konkurrenz nicht schrecke. Bei uns habe es lange Zeit geheißen, daß die Japaner von uns lernten, und diese hätten dies freundlicherweise auch ihrerseits noch zu einem Zeitpunkt gesagt, als dies gar nicht mehr gestimmt habe und die Zeit gekommen gewesen sei, daß die Deutschen von den Japanern lernten. Wir wollten uns jetzt der Konkurrenz stellen,

²⁰ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

rechneten hierfür auf die Kraft unseres Volkes und würden uns mit Freude mit den Japanern messen. Wichtig sei aber auch, was er, der Bundeskanzler, in Williamsburg zur Freiheit des Welthandels und gegen den Protektionismus ausgeführt habe. Das Gespenst des Protektionismus gehe um die Welt, und was wir nach Williamsburg von den USA beispielsweise im Stahlbereich erlebt hätten, sei nicht schön gewesen (Protektionismus durch die Hintertür).²¹ Auch in Europa gebe es starke protektionistische Strömungen. Er sei sicher, daß auf dem EG-Gipfel in Athen²² das Thema wiederkehren werde. So sei es auch in Stuttgart²³ gewesen. Dort habe er es abgewehrt. Deshalb sei es wichtig, die japanische Politik der Markttöffnung fortzusetzen. Wir anerkannten, daß der Ministerpräsident auf diesem Gebiet wichtige Schritte getan habe²⁴ – aber, wenn er das als Freund sagen dürfe, die Richtung sei richtig, aber der Ministerpräsident sollte in ihr voranschreiten. Die gegenwärtige Entwicklung sei für die Europäer nicht günstig. Die Schere zwischen Export und Import klaffe wieder auseinander. Der Ministerpräsident kenne die Zahlen. Er, der Bundeskanzler, wolle die deutschen Firmen ermuntern, sich auf dem japanischen Markt zu zeigen. Es sei wichtig, japanische Großaufträge außer in den USA auch im EG-Bereich zu plazieren. Dies sei für uns ein wichtiges Thema. Er befinde sich in einer eigenartigen Lage. Offen gesagt komme er sich bei europäischen Besprechungen wie eine Art Pflichtverteidiger der Japaner vor, wogegen er nichts habe. Eine Reihe seiner europäischen Kollegen träumten vielleicht immer noch davon, um Europa einen Zaun zu bauen, damit möglichst wenig Luft hereinkomme. Wir schrieben aber das Jahr 1983, nicht 1883. Wir hätten das große Klagen der Autoindustrie erlebt, sie müsse vor den Japanern geschützt werden. Heute aber habe die deutsche Autoindustrie wieder aufgeholt und mache gute Geschäfte.

MP *Nakasone* entgegnete, daß ihm die Handelsprobleme zwischen Japan und Deutschland und Europa stets Kopfschmerzen bereiteten. Auf die Beschlüsse in Williamsburg hin habe Japan u. a. folgende neue Richtlinien erlassen: vorzeitige Zollsensungen für 1400 Positionen, Erhöhung des Plafonds der Zollpräferenzen für Entwicklungsländer um 50 %, Sonderregelungen zur Importförderung, Aufnahme von Staatsanleihen im Ausland. Soeben habe die Regierung Steuersenkungen in Höhe von 1,26 Billionen Yen, d. h. etwas über 12 Milliarden DM, und zusätzliche Ausgaben für öffentliche Aufgaben beschlossen, wie auch eine Senkung des Diskontsatzes um 0,5 %.²⁵ Mit diesen Maßnahmen versuche die japanische Regierung, die Inlandsnachfrage anzuregen und sturzflutartige Exporte zu verhindern. Japan habe sich über Handelsfragen mit der

21 Am 5. Juli 1983 verkündete Präsident Reagan Einfuhrbegrenzungen und die Erhebung von Zöllen für Edelmetalleinfuhren in die USA für den Zeitraum von vier Jahren. Für den Wortlaut des Memorandums vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1015 f.

22 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

23 Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

24 Zur Liberalisierung der japanischen Handelspolitik vgl. Dok. 3, Anm. 12 und 18.

25 Am 21. Oktober 1983 gab die japanische Regierung die Einzelheiten eines vierten Maßnahmenpakets zur Stimulierung der Binnennachfrage und zur Erleichterung von Importen bekannt. Referat 411 vermerkte am 24. Oktober 1983, daß es sich um ein Maßnahmenbündel handle, „dessen Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen angesichts eines für 1983 erwarteten Gesamthandelsbilanzüberschusses Japans in Höhe von ca. 35 Mrd. US-Dollar nur gering sein werden. Die eigentlichen Maßnahmen zur weiteren Markttöffnung dürften von sekundärer Bedeutung sein.“ Vgl. Referat 341, Bd. 126984.

EG oft konsultiert und werde dies auch künftig tun. Ein noch größeres Problem als im Verhältnis zu Europa bestehe beim Export in die USA. Er befürchte, daß Japan einen hohen Exportüberschuß erzielen werde, was beim Besuch des amerikanischen Präsidenten²⁶ eine Rolle spielen werde. Aber auch die USA sei nicht frei von Verantwortung, nicht zuletzt wegen der hohen Zinsrate. Japan bleibe um Exportregelung und Markttöffnung bemüht.

In Williamsburg sei auch über die Notwendigkeit der Stabilität der internationalen Währungsbeziehungen gesprochen worden. Seitdem sei der Yen infolge beiderseitiger Interventionen immer stärker geworden.

Sodann trug AM Abe zu China vor aufgrund seines Pekingbesuchs²⁷ und seines Gesprächs mit dem chinesischen Außenminister²⁸ am Rande der VN-Vollversammlung²⁹. Zwar gebe es Anzeichen für Annäherung zwischen China und der Sowjetunion und Kontakte auf Regierungs- und Parteiebene (Anmerkung: Letzteres trifft nach unserem Erkenntnisstand nicht zu), aber weiterhin verlangten die Chinesen die Beseitigung der „vier Hindernisse“ als Voraussetzung einer erneuten „monolithischen Beziehung“ zwischen beiden Ländern. Auf Frage des Bundeskanzlers, was das heiße, erläuterte Abe: Ein Verhältnis wie zu der Zeit, als die Sowjetunion und China verbündet waren. Zum ersten Hindernis – Abzug der Vietnamesen aus Kambodscha – wisse jeder, daß Vietnam und die hinter ihnen stehende Sowjetunion einen Abzug ablehnten. Auch bei den Hindernissen „Afghanistan“ und „Truppenkonzentration an der chinesischen Grenze“ werde die Sowjetunion nicht nachgeben. Folglich werde China nicht normalisieren. Erst neuerdings seien als viertes Hindernis die SS-20 im asiatischen Teil der Sowjetunion hinzugekommen, auf die China, das sich bedroht fühle, scharf reagiert habe. China und Japan hätten zu diesem Komplex Informationsaustausch vereinbart und die gemeinsame Forderung aufgestellt, daß dieses Problem nicht auf Kosten Asiens gelöst werden dürfe. Die Chinesen hätten erklärt, in der SS-20-Frage zu keinerlei Konzessionen an die Sowjetunion bereit zu sein.

Der Bundeskanzler hielt es unter Hinweis auf die Erklärung über vertiefte deutsch-japanische Konsultationen für nützlich, wenn auch wir und Japan auf diesem Gebiet Informationen austauschten, wozu er bereit sei. Es müsse auf Regierungsebene ein Weg gefunden werden, solche Informationen rasch auszutauschen. AM Abe erklärte sich zu solchem Informationsaustausch bereit.

Zu den vier chinesischen Forderungen fragte der Bundeskanzler, ob sie absichtlich so hochgesteckt seien, damit die Sowjetunion sie nicht akzeptieren könne. China verlange ja de facto eine psychologische Kapitulation der Sowjetunion. Seien hierfür chinesische innenpolitische Gründe maßgebend?

AM Abe entgegnete, daß die Chinesen viel von Prinzipien hielten. Sie wüßten, daß die Sowjetunion ihre Forderungen nicht akzeptieren könne. Deshalb werde das Verhältnis auch nie wieder so sein wie in den 60er Jahren, was eine teilweise Normalisierung allerdings nicht ausschließe. Die Volksrepublik China sei sehr pragmatisch. Sie wolle das Volumen ihrer Wirtschaftstätigkeit vervierfa-

²⁶ Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 12. November 1983 in Japan auf.

²⁷ Der japanische Außenminister Abe hielt sich am 5./6. September 1983 in der Volksrepublik China auf.

²⁸ Wu Xueqian.

²⁹ Die 38. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 20. Dezember 1983 statt.

chen und brauche dafür die Kooperation des Westens. Daher würden auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und China immer enger. Schwerpunkte Chinas seien die Modernisierung der Industrie und der Streitkräfte. Die Chinesen hätten das Gefühl, von Stalin ausgebeutet worden zu sein.

Chinas Verhältnis zu den USA: Im Gegensatz zu der Zeit des Deng Xiaoping-Besuchs in Washington³⁰ spiele die Volksrepublik China heute weder eine amerikanische noch eine sowjetische Karte, sondern betreibe eine eigenständige Außenpolitik. Die USA seien jetzt zur Lieferung gewisser moderner Technologie, einschließlich militärischer Technologie, bereit, so daß China nunmehr wie andere den USA freundliche Länder behandelt werde. Das amerikanisch-chinesische Verhältnis sei demzufolge jetzt besser. Die militärische Technologie beschränke sich aber, wie die USA den Japanern erzählt hätten, auf Defensivwaffen.

Korea: Auf die Frage eines hochrangigen amerikanischen Vertreters, ob in Korea das deutsche System (gemeint wohl: Modell) angewendet werden könne, hätten die Chinesen geantwortet, daß dies Nordkorea verärgern und noch näher an die Seite der Sowjetunion treiben würde. Nordkorea sei heute ein Fußball zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China.

AM Abe führte sodann die nach seiner Ansicht akutesten Krisenherde in Asien auf: Erstens Korea, das wie Deutschland geteilt, dessen beide Teile aber im Gegensatz zu uns von Haß aufeinander erfüllt seien. Der Abschluß der Zivilmaschine³¹ und der Anschlag in Birma³² hätten die Spannungen zwischen Nord und Süd noch verschärft. Der koreanische Präsident³³ habe ihm von seinen großen Schwierigkeiten berichtet, die Armee zurückzuhalten. Nicht voraussehbar sei, was Südkorea unternehmen werde, wenn Birma den Untersuchungsbericht veröffentliche.³⁴ Der Präsident habe aber versprochen, von Militäraktionen abzu sehen. Die Philippinen seien nach dem Attentat auf Aquino³⁵ unstabil. Bisher

³⁰ Der chinesische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 37. Vgl. außerdem FRUS 1977–1980, XIII, S. 741–789.

³¹ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

³² Am 10. Oktober 1983 meldete Botschafter Eger, Seoul, daß nach Auskunft des südkoreanischen Informationsministeriums am Vortag „anlässlich Kranzniederlegung im Mausoleum des birmanischen Nationalhelden General Aung San in Rangun Bombenanschlag verübt worden sei, bei dem 16 Koreaner aus der Entourage des Staatspräsidenten getötet und weitere 15 Teilnehmer teilweise schwer verletzt worden seien. Staatspräsident entging dem Anschlag, weil er sich um einige Minuten verspätet hatte oder Bombe zu früh gezündet wurde. Unter 16 Opfern befinden sich vier koreanische Minister, zwei Vizeminister sowie enge Berater des Präsidenten, Sicherheitsbeamte und Presseleute.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 260; Referat 340, Bd. 127270.

³³ Chun Doo Hwan.

³⁴ Legationsrat I. Klasse Schröder, Rangun, übermittelte am 4. November 1983 die Meldung des birmanischen Rundfunks, „daß die Ermittlungen der Untersuchungskommission [...] ergeben haben, daß aufgrund der Geständnisse der gefangenen Koreaner und des sichergestellten Materials bewiesen ist (was firmly established), daß die Explosion am 9. Oktober das Werk von aus der Demokratischen Volksrepublik Korea entsandten Saboteuren ist; die zwei Gefangenen und der getötete Saboteur als ein Major und zwei Hauptleute der Demokratischen Volksrepublik Korea identifiziert wurden; den beiden gefangenen Saboteuren nach birmanischem Recht der Prozeß gemacht werde [...]; Birma beschlossen habe, die diplomatischen Beziehungen zur DVRK abzubrechen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Referat 340, Bd. 127270.

³⁵ Der Vorsitzende der philippinischen Liberalen Partei, Aquino, wurde bei seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil am 21. August 1983 auf dem Flughafen in Manila erschossen.

sei es Marcos gelungen, die kommunistische Guerilla und die Aufstände der Minderheiten zu bekämpfen. Man wisse aber nicht, wie es weitergehe. Insbesondere müsse angesichts der amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen verhindert werden, daß sich dort eine antiamerikanische Richtung durchsetze. Gegen eine solche Entwicklung würden Japan und die USA die Philippinen unterstützen.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob es eine Alternative zu Marcos gebe, antwortete AM Abe, daß das Fehlen einer Alternative gerade das Problem der Philippinen sei. Aquino hätte eine sein können. Marcos habe aber keinen Nachfolger. So könne man nur hoffen, daß er sich halte, bis „wir“ einen anderen fänden. Der *Bundeskanzler* wies auf den schlechten Ruf des Ehepaares Marcos in Europa hin, das, wenn man etwa an Erklärungen über gemeinsame Werte denke, neben drei oder vier anderen schlechten Adressen ebenfalls keine gute Adresse sei.

An dieser Stelle beendeten der Bundeskanzler und MP Nakasone das Gespräch, um vor der Presse die „Erklärung von Tokio“ nebst bilateralem Zusatz zu verlesen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65

324

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

223-370.70 DDR

3. November 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung

Betr.: Treffen der Abrüstungsbeauftragten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 28.10.1983 in Bonn

Bezug: Vorlage v. 25.8.1983 – 223-370.70 DDR VS-NfD⁴

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Becker und Vortragendem Legationsrat Altenburg konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 5. November 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 7. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 223 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse York von Wartenburg am 7. November 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Becker am 8. November 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Altenburg „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Altenburg am 14. November 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Botschafter Ruth regte an, daß Bundesminister Genscher im Gespräch mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 9. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid Konsultationen über Abrüstung und Rüstungskontrolle vorschlage. Ein Treffen der beiden Abrüstungsbeauftragten sei von Bundeskanzler Kohl bereits mit Schreiben vom 16. Februar 1983 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, angeregt worden und könne im Oktober in Bonn stattfinden. Vgl. Referat 223, Bd. 126912.

1) Das im Brief des Bundeskanzlers vom 16.2.1983 an SED-Generalsekretär Ho-necker⁵ vorgeschlagene und zwischen Ihnen und Außenminister Fischer vereinbarte⁶ Treffen der Abrüstungsbeauftragten fand am 28.10.1983 in Bonn im Palais Schaumburg statt.

Die Gespräche wurden auf unserer Seite von mir geführt. Die DDR-Delegation leitete Botschafter Krabatsch, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen und Planung im MfAA. Unserer Delegation gehörte auch ein Vertreter des BMB an.

Die ganztägige Begegnung umfaßte mehr als vier Stunden Delegationsgespräche, ein einstündiges Gespräch des DDR-Delegationsleiters und des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Moldt, mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger, sowie ein von mir gegebenes Mittagessen und ein vom Leiter der Ständigen Vertretung Moldt gegebenes Abendessen vor der Abreise der DDR-Delegation am Abend des 28.10.1983.

Die Gespräche wurden in sachlicher Atmosphäre und mit bemerkenswerter Offenheit geführt.

Beide Seiten bezeichneten das Treffen als nützlich und waren sich darüber einig, daß die Gespräche zu gegebener Zeit fortgesetzt werden sollten.

Am 31.10. führte ich eine EPZ-Unterrichtung durch und informierte die US-Botschaft.

2) Im Ergebnis bestätigte auch diese Gesprächsrunde die nahtlose Übereinstimmung der DDR mit der sowjetischen Linie in sicherheits- und abrüstungspolitischen Fragen. Trotz des aus der geographischen Lage und den wirtschaftlichen Konsequenzen erklärlichen eigenen Interesses der DDR an Abrüstungsmaßnahmen wurden erneut ihre geringe Einflußmöglichkeit im Bereich der Sicherheits- und Abrüstungspolitik und mangelnde Eigenständigkeit klar. Die Gespräche machten aber das Interesse der DDR an diesen Kontakten und ihrer Fortsetzung klar und bestätigten damit deren eigenen Wert.

3) Gesprächsthemen waren die Genfer amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen und Fragen, die sich aus der gemeinsamen Teilnahme beider Staaten an KAE, MBFR und am Genfer CD ergaben.

3.1) Stationierung und deutsch-deutsche Beziehungen

Im Mittelpunkt standen erwartungsgemäß die INF-Verhandlungen. Zu Krabatschs Gesprächsauftrag gehörte es offensichtlich, für eine Verschiebung des Stationierungstermins⁷ zu werben und mit dieser Zielsetzung auch auf die an-

⁵ Für den Wortlaut des Schreibens vgl. BULLETIN 1983, S. 191.

⁶ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 9. September 1983 in Madrid; Dok. 263.

⁷ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 241, Anm. 10.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz vermerkte am 14. November 1983, daß sich die Technische Arbeitsgruppe am selben Tag mit dem weiteren Zeitplan befaßt habe. Demnach würden sechs bereits umgerüstete Startrampen (erector-launcher) ab 17. November 1983 von Hausen nach Mutlangen transportiert werden; weitere Startrampen befänden sich noch zur Umrüstung in Kusel bzw. Mutlangen. Zur Stationierung von Raketen und Gefechtsköpfen führte er aus: „Unter Voraussetzung rechtzeitiger Beendigung der Bundestagsdebatte sollen Raketenteile ab 23.11., 1.00 Uhr früh, nach Ramstein eingeflogen werden. Es wurde ausdrücklich vereinbart, daß der Start von Transportflugzeugen nicht vor Bestätigung des Abschlusses der Bundestagsdebatte erfolgen wird. [...] Ame-

dernfalls eintretenden negativen Konsequenzen auf die Ost-West- und die deutsch-deutschen Beziehungen hinzuweisen. Seine Äußerungen ließen aber auch die Absicht erkennen, diese Warnungen zu dosieren, dramatische Formulierungen („Eiszeit“) zu vermeiden und die Möglichkeit kontinuierlicher Kooperation nicht auszuschließen.

Ich stellte nachdrücklich fest, daß der Westen entschlossen sei, die Verhandlungen gegebenenfalls über den Stationierungsbeginn hinaus fortzusetzen und alles zu tun, um zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu Ergebnissen zu kommen. Wer für den Frieden arbeiten wolle, dürfe Verhandlungen von dieser Bedeutung nicht unterbrechen und die Ost-West-Kooperation nicht beeinträchtigen. Auch im Fall einer notwendig werdenden Stationierung liege es im wohlverstandenen Interesse beider deutscher Staaten, ihre Beziehungen und Zusammenarbeit fortzuentwickeln.

Von dieser Zielsetzung habe sich die Bundesregierung und ihre Vorgängerin selbst zu einer Zeit nicht abbringen lassen, in der das gegen uns gerichtete SS-20-Potential aufgebaut wurde.

Botschafter Krabatsch stimmte zu, daß die beiden deutschen Staaten für den Frieden eine gemeinsame Verantwortung tragen.

3.2) Gespräch bei Staatsminister Jenninger

Die Auswirkungen der Stationierung auf die Ost-West- und deutsch-deutschen Beziehungen standen ebenfalls im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger.⁸ Beide Seiten betonten die Nützlichkeit des bilateralen Meinungsaustauschs über Abrüstung und Rüstungskontrolle gerade in schwierigen Zeiten. StM Jenninger betonte, daß unsere Beziehungen zur DDR im Sinne des Grundlagenvertrages⁹ von uns auf Zusammenarbeit, Dialog und Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen ausgerichtet seien. Dies sei ein wichtiger Beitrag zum Frieden in Europa. Die Beziehungen dürften nicht auf die Stationierungsfrage verengt werden. Niemandem könne an einer Zuspitzung der Lage gelegen sein. Im Interesse der Menschen sei es notwendig, den Dialog fortzusetzen und das Geflecht der Beziehungen und der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und auszubauen.

3.3) INF im einzelnen

Beide Seiten stellten ihre Positionen dar. Krabatsch wies – nach den bekannten Schuldzuweisungen – besonders auf die neuen sowjetischen Vorschläge¹⁰ hin, die er als wichtige Elemente für Verhandlungsfortschritte bezeichnete. Mehr-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1611

rikanische Seite beabsichtigt, Gefechtsköpfe nicht, wie bisher vorgesehen, ab 7.12., sondern parallel mit den Raketeanteilen einzufliegen. Bis zum Abruf durch 56. Brigade und Weitertransport auf dem Luftwege nach Mutlangen sollen Gefechtsköpfe in Ramstein gelagert werden.“ Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, führte am 28. Oktober 1983 ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 223, Bd. 126912.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

¹⁰ Vgl. dazu das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ am 27. Oktober 1983; Dok. 321, Anm. 12.

mals betonte er die Notwendigkeit der Verschiebung des Stationierungstermins, um „damit eine Fortsetzung der Genfer Verhandlungen“ und eine Vereinbarung auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge zu ermöglichen. Die Stationierung werde negative Auswirkungen auf die politischen Beziehungen haben und auch andere Abrüstungsverhandlungen negativ beeinflussen. Beide deutsche Staaten würden die Konsequenzen zu spüren bekommen. Die Bundesrepublik könne nicht einerseits zentraler Raketenstartplatz und andererseits normaler Partner der sozialistischen Länder sein. Alle diese Konsequenzen müßten vor Entscheidungen bedacht werden. Die DDR appelliere an uns,

- die Fortsetzung der Verhandlungen dadurch zu ermöglichen, daß die Fristen für die Stationierung aufgehoben werden;
- anschließend Verhandlungen über¹¹ Vereinbarungen für die Begrenzung und drastische Reduzierung der Mittelstreckenpotentiale von NATO und Warschauer Pakt zu führen; hierfür böten die jüngsten sowjetischen Vorschläge eine gute Grundlage;
- besondere Bedeutung habe in diesem Zusammenhang der Vorschlag für die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Europa¹², der weiter seine Bedeutung behalte.

Ich erläuterte ausführlich Motivation und Inhalt des Doppelbeschlusses und bestätigte fortbestehendes westliches Bemühen, in Genf zu Verhandlungsergebnis zu kommen. Es sei von großer Bedeutung, daß ein alle Bereiche erfassendes Geflecht sicherheitspolitisch relevanter Verhandlungen und Kontakte zwischen Ost und West bestehe und erhalten werde. Verschiebung des Termins für den Beginn der Stationierung für den Fall, daß es in Genf nicht zu einem Verhandlungsergebnis komme, sei nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Jedoch gebe es keinen Automatismus: Nichts sei irreversibel, solange weiterverhandelt werde.

Ich erklärte, was unsere Position angehe, sei auf die Kontinuität der Haltung der Bundesregierungen hinzuweisen. Ferner sei zu unterstreichen, daß die Position den Europäern nicht von den USA aufgezwungen, sondern von ihnen mit entwickelt worden sei und in ihren Ursprüngen von europäischen Besorgnissen ausgehe. Mit der Bereitschaft, den Beginn der Stationierung um vier Jahre hinauszuschieben und anschließend die Durchführung auf fünf Jahre zu verteilen, habe die NATO bereits eine Vorleistung erbracht. Insbesondere erläuterte ich, warum der Vorwurf, die Stationierung ziele auf die Ermöglichung eines regional führbaren Nuklearkrieges, unbegründet sei, und wies die Behauptung zurück, die Kriegsgefahr habe zugenommen. Ich verwies auf die Fülle der gegenwärtigen Rüstungskontroll-Kontakte zwischen Ost und West, die als solche eine friedenssichernde Funktion besäßen. Beide Seiten würden zur Sicherung des Friedens beitragen, wenn sie zur Fortführung dieses Dialogs unabhängig davon, ob eine Stationierung erforderlich sei, bereit wären. Der Westen werde in Genf nicht vom Verhandlungstisch aufstehen. Gromyko habe im übrigen aus-

¹¹ Korrigiert aus: „anschließend über“.

¹² Zum schwedischen Vorschlag vom 8./9. Dezember 1982 für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone vgl. Dok. 9, Anm. 45.
Zur Haltung der DDR vgl. Dok. 47, Anm. 12.

drücklich in Wien erklärt, daß die sowjetische Entscheidung zur Frage der Fortsetzung offen sei.¹³

Die angekündigte Gegenstationierung operativ taktischer Systeme durch den Warschauer Pakt¹⁴ bedauerten wir naturgemäß. Anders als beim Doppelbeschluß, der in die entgegengesetzte Richtung gewiesen habe, würde es damit jetzt erneut zu einer Vorrüstung kommen.

3.4) KAE

Helsinki

Bezüglich des Vorbereitungstreffens¹⁵ bestand Einigkeit darin, daß dieses sich auf die Regelung der für das Zusammentreten der Konferenz unerläßlichen Vorkehrungen beschränken und Substanzdiskussionen vermeiden solle. Deshalb z.B. keine Einsetzung von Arbeitsgruppen. Die DDR ist mit dem finnischen Tagesordnungsplan¹⁶ einverstanden; der Zeitplan für Stockholm¹⁷ solle aber „in einer so problematischen Zeit“ über die erste Verhandlungsrunde hinaus keine Festlegung erhalten.

Zur Frage, auf welcher Ebene die Konferenz eröffnet werden sollte, wollte die DDR sich nicht festlegen, sondern erklärte, die Teilnahme der Außenminister der sozialistischen Staaten hänge von der Entwicklung im INF-Bereich ab.

Hauptkonferenz

Beiderseits hohe Einschätzung der politischen Bedeutung des Zusammentretens gerade in gegenwärtiger Ost-West-Situation. DDR: darf aber nicht Alibi zur Bewältigung psychologischer Probleme werden.

Stufenprozeß: Für uns Vertrauensbildung Schlüssel zur Abrüstung, aber noch keine Festlegung auf zweite Phase KAE. DDR hält Vertrauensbildung und Abrüstung für untrennbar, mit operativen Konsequenzen schon für erste Phase.

Zu VSBM-Konzept Divergenz: DDR besteht auf „politisch-rechtlichen“ Maßnahmen neben militärischen. Vorschlag für Gewaltverzichtsvertrag NATO-WP¹⁸ hat grundsätzlich Platz im KAE-Zusammenhang, über Einführung aber noch nicht entschieden.

¹³ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

¹⁴ Vgl. dazu die Mitteilungen des sowjetischen Verteidigungsministeriums, des Nationalen Verteidigungsrats der DDR sowie der tschechoslowakischen Regierung vom 24. Oktober 1983; EUROPA-ARCHIV 1984, D 19f.

¹⁵ Zum Vorbereitungstreffen für die KVAE vom 25. Oktober bis 11. November 1983 in Helsinki vgl. Dok. 345.

¹⁶ Am 3. November 1983 brachten Finnland und Schweden auf dem Vorbereitungstreffen für die KVAE in Helsinki einen Vorschlag für eine Tagesordnung, einen Zeitplan und für Verfahrensfragen zum Haupttreffen in Stockholm ein. Die Tagesordnung lautete: „1) Formal opening of the Conference. Address by a representative of the host country. Address by the Secretary-General of the United Nations. 2) Opening statements by the representatives of the participating States. 3) Negotiation and adoption of a set of mutually complementary confidence- and security-building measures designed to reduce the risk of military confrontation in Europe in accordance with the Concluding Document of the Madrid Follow-up Meeting.“ Dazu war eine Fußnote beigefügt: „The Agenda may be supplemented, in an appropriate way, with an item related to contributions by non-participating States.“ Vgl. die Fernkopie Nr. 4 der Botschaft in Helsinki; Referat 221, Bd. 124580.

¹⁷ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

¹⁸ Zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten zu einem Gewaltverzichtsabkommen vgl. Dok. 40 und Dok. 91, besonders Anm. 3.

3.5) MBFR

Es bestand grundsätzliche Übereinstimmung über die fortbestehende Bedeutung von MBFR. Ich stellte klar, daß die KVAE zu den Verhandlungen in Wien eine sinnvolle Ergänzung, aber keine Alternative sei. Die DDR erklärte, sie sei ebenso wie wir an der Kontinuität der Wiener Verhandlungen auch bei ungünstigem politischen Klima interessiert.

Die Erörterung des Verhandlungsstands konzentrierte sich auf die Verifikation. Wir erkannten an, daß hier auf östlicher Seite begrenzt Bewegung stattgefunden habe, hielten das aber noch für unzureichend und traten dafür ein, Verifikationsfragen in Wien in den Mittelpunkt zu stellen. Die defensive Argumentation der DDR bestätigte unsere Auffassung über die Zweckmäßigkeit einer neuen westlichen Verhandlungsinitiative¹⁹ auf diesem Gebiet.

3.6) CD

Aus dem Bereich des Genfer CD wurde CW-Problematik besprochen. DDR-Delegation trat für den Vorschlag einer C-waffenfreien Zone in Europa ein. Wir legten dar, daß dies gegenüber dem von uns angestrebten Abkommen über ein allgemeines CW-Verbot²⁰ ein eindeutiges Minus sei, bei dem es mehr Nachteile als Vorteile gebe, da C-Waffen weiter produziert und kurzfristig auch an oder in diese CW-freie Zone verbracht werden könnten. Zudem müßten in beiden Fällen die Verifikationsprobleme gelöst werden.

Ruth

Referat 223, Bd. 126912

¹⁹ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine MBFR-Initiative vgl. Dok. 237 und Dok. 311.

²⁰ Zum Stand der Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß (CD) über ein Abkommen zum Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 233.

325

**Ministerialdirigent Schauer, z.Z. Helsinki,
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 334

Citissime

Aufgabe: 3. November 1983, 21.00 Uhr¹

Ankunft: 3. November 1983, 22.39 Uhr

Betr.: BM-Besuch in Helsinki²;

hier: Delegationsgespräche am 3.11.83

Bei den Delegationsgesprächen am 3.11.83 wurden zunächst internationale Fragen behandelt, und zwar West-Ost-Verhältnis, Nah-Mittel-Ost, südliches Afrika, Grenada und KAE. Anschließend wurden einige bilaterale Probleme erörtert.

1) West-Ost-Verhältnis

Außenminister Väyrynen (AM) wies auf das schwierige Verhältnis der Großmächte zueinander hin und sagte, daß seiner Auffassung nach der Schlüssel jetzt in Genf liege. Finnischerseits sei man der Auffassung, daß dort ein Abkommen möglich sein müsse, wenn beide Seiten guten Willen zeigten.

BM nannte als Grund jetziger schwieriger Phase die falsche Entscheidung der SU Mitte der 70er Jahre, das Bedrohungspotential der SS-20 aufzubauen. Die SU sei noch heute Gefangene der damaligen Entscheidung. Wir hätten 1979 versucht, durch den Doppelbeschluß und die damit verbundene vierjährige Verhandlungsperiode eine Brücke zu bauen. Die Verhandlungen seien durchaus substantiell gewesen. Im Grund lägen jetzt alle Probleme klar definiert auf dem Tisch. Die jetzigen amerikanischen Vorschläge³ seien stark von uns beeinflusst worden. Wir glaubten, als Nicht-Kernwaffen-Staat den Anspruch zu haben, nicht von Kernwaffen bedroht zu werden. Auch wir seien der Auffassung, daß die Entfernung aller SS-20 (Null-Null-Lösung) am besten wäre. Da dies nicht zu erreichen gewesen sei, habe er im November 1982 zum ersten Mal von dem Vorschlag eines Zwischenergebnisses gesprochen⁴, der dann im Februar 1983 von den Vereinigten Staaten als Verhandlungsziel präsentiert worden sei⁵. Drei Punkte der Verhandlungsposition seien weiter präzisiert worden:

Erstens habe man entschieden, nicht nur die CM, sondern auch die PII zu reduzieren. Der jetzige US-Vorschlag sehe eine proportionale Reduzierung vor. Das zweite Element sei die Einbeziehung der Mittelstreckenflugzeuge. Wir hät-

¹ Der Drahtbericht wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 4. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Jansen und Horstmann sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Jansen und Horstmann am 4. November 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. November 1983 in Finnland auf.

³ Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

⁴ Zu Überlegungen des Bundesministers Genscher für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 18, Anm. 19.

⁵ Zum amerikanischen Vorschlag für eine Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

ten die Allianz überzeugt, auch diesen Schritt jetzt vorzuschlagen. Der dritte Punkt sei die globale Obergrenze. Wir hielten diese schon wegen der Reichweite der SS-20 für unverzichtbar, aber – und das sei eine Anerkennung der Sicherheitsinteressen der SU im Osten – es sollten nach dem jetzigen Vorschlag in Europa nicht genauso viel amerikanische INF aufgestellt werden wie in der gesamten SU, dies allerdings unter der Voraussetzung, daß die Zahl der im Osten stationierten SS-20 nicht erhöht werde. Eine Verlagerung der sowjetischen Raketen von West nach Ost komme nicht in Frage. Dies habe der Bundeskanzler in Tokio⁶ gerade bestätigt.

Lese man das Andropow-Interview⁷ genau, so sehe man, daß er zwar die US-Vorschläge nicht erwähne, aber indirekt doch auf sie eingehe. Die SU müsse ihre Position nunmehr am Verhandlungstisch erläutern. Inakzeptabel sei, daß sie darauf beharre, daß unter gar keinen Umständen amerikanische INF stationiert würden. Letztlich gehe es in der Substanz um die gleiche Sicherheit für nukleare und nicht-nukleare Staaten.

Die West-Ost-Beziehungen sollten in übrigen nicht auf die INF-Frage reduziert werden. Auch die SU wisse, daß nicht alles aufs Spiel gesetzt werden dürfe, was seit den 60er Jahren bilateral und multilateral geschaffen worden sei. Auch Gromyko habe in Wien⁸ die guten Ergebnisse des Moskauer Vertrags⁹ und diesen als Grundlage unserer Zusammenarbeit anerkannt. Im übrigen habe das Wiener Gespräch dazu gedient, Gromyko klarzumachen, daß wir mit der Stationierung beginnen müßten, falls es in Genf keine Ergebnisse geben sollte.

Ähnliches gelte für das Verhältnis Bundesrepublik–DDR. Wir hätten im übrigen den Dialog mit allen osteuropäischen Regierungen kontinuierlich weitergeführt. Er selbst habe außer Jaruzelski alle führenden Persönlichkeiten des Ostens in diesem Jahr gesehen. Offen sei allerdings das Verhältnis USA–SU. Im Grunde sei die Raketendiskussion, wenn man die vielen Möglichkeiten der Zusammenarbeit überblicke, ein Anachronismus, der, wie gesagt, auf der Fehlentscheidung der SU Mitte der 70er Jahre beruhe. Die SU habe damals die Fähigkeit des Westens, zu reagieren, unterschätzt, ebenso wie die Sorgen, die sie bei anderen Ländern, z. B. Japan, durch die Aufrüstung verursachen würde.

AM betonte, Finnland wolle aus Gründen seiner Neutralitätspolitik nicht zu den Einzelheiten der Genfer Verhandlungen Stellung nehmen. Man hoffe auf ein Ergebnis ohne neue Waffen und eine Reduktion der vorhandenen. Finnland schätze die Außenpolitik der Bundesrepublik mit ihren Beiträgen zur Entspannung hoch ein. Die Aufrechterhaltung des Dialogs sei wichtig. Nur durch vermehrte Kontakte sei der Friede zu sichern. Finnland selbst sei mit seinen Beziehungen zu Moskau zufrieden und sei schon aus geographischen Gründen an guten Beziehungen zwischen Ost und West interessiert.

⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Japan vgl. Dok. 322 und Dok. 323.

⁷ Zum Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom 27. Oktober 1983 vgl. Dok. 321, Anm. 12.

⁸ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

BM unterstrich, daß auch er die grundsätzliche Übereinstimmung in der Politik der beiden Staaten begrüße, allerdings auf einen Unterschied aufmerksam machen müsse. Finnland erhoffe keine Stationierung neuer Waffen, sondern nur Reduktionen vorhandener Systeme. In diesem Punkt gingen unsere Erwartungen weiter. Wir wollten keine Restbestände der sowjetischen SS-20, weil diese Moskau ein Monopol sicherten und gegen den Grundsatz gleicher Sicherheit verstoßen würden.

AM erläuterte nochmals finnische Haltung und betonte, daß diese Bewegungsraum für verschiedene Möglichkeiten ließe. Auch Finnland sei allerdings die doppelte Null-Lösung am liebsten.

2) Nah-/Mittelost

a) Iran – Irak

AM sagte, seiner Ansicht nach sei zur Zeit keine Lösung in Sicht, da die Kräfte ausgewogen seien. Dieser Zustand habe jedoch auch Vorteile, da Sieg oder Niederlage des einen oder anderen Probleme für die Nachbarregionen schaffe. Aber auch er sei für ein Ende des Krieges, da durch den Konflikt auch der Weltfrieden bedroht werde.

BM bemerkte, daß beide Parteien von höchst unterschiedlichen Kräften unterstützt würden, z. B. der Iran durch Israel und Libyen. Im Grund sei das Ganze ein Stellvertreterkrieg, in dessen Zentrum Fragen des Fundamentalismus stünden. Der Konflikt berühre im übrigen die Stabilität einiger arabischer Staaten und könne und dürfe nicht in das West-Ost-Verhältnis eingeordnet werden. Die SU stehe der Auseinandersetzung zwiespältig gegenüber, außenpolitisch mehr auf den Iran fixiert, innenpolitisch mehr auf den Irak, ganz abgesehen davon, daß der Fundamentalismus auch ein Problem für die SU selbst darstelle. BM erwähnte, daß wir unter den westlichen Staaten wohl die besten Beziehungen zum Iran unterhielten, aber auch über ein solides Verhältnis zum Irak verfügten. Waffen lieferten wir nicht.

b) AM schilderte die Lage im Libanon und das finnische Engagement in UNIFIL.¹⁰ Trotz der veränderten Rolle dieser Friedensstreitmacht wolle die finnische Regierung weiter daran teilnehmen. Man hoffe auf ein gutes Ergebnis der Versöhnungskonferenz¹¹ und interessiere sich sehr für unsere und die Haltung der Zehn. Finnland habe seiner Neutralitätspolitik gemäß immer Verständnis sowohl für die arabische wie die israelische Seite gezeigt und die VN-Resolutionen unterstützt.

¹⁰ Zur „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) vgl. Dok. 273, Anm. 11.

Am 18. Oktober 1983 beschloß der VN-Sicherheitsrat, das UNIFIL-Mandat um sechs Monate bis 19. April 1984 zu verlängern. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 538 (1983) vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 4.

¹¹ Zur Konferenz der nationalen Versöhnung für den Libanon vgl. Dok. 286, Anm. 55.

Die Konferenz begann am 31. Oktober 1983 in Genf und wurde am 4. November 1983 auf unbestimmte Zeit vertagt. Referat 310 stellte am 14. November 1983 fest, die Konferenz sei mit der „Bestätigung der arabischen Identität des Libanon und, in einer für die USA und Israel gesichtswahrenden Formel, dem Beschluß, die Diskussion des umstrittenen libanesisch-israelischen Abkommens vom 17.5. zu suspendieren“, zu Ende gegangen: „Die Verfassungsreform ebenso wie die Regelung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten sollen einer späteren Regierung der nationalen Einheit überlassen werden. Ein in Genf weiterverhandelnder Ausschuß konnte sich am 10.11. über Grundzüge der Verfassungsreform, vor allem die paritätische Beteiligung von Christen und Moslems im Parlament, einigen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135770.

BM betonte, es gebe keine Lösung des Nahost-Problems ohne eine solche der Palästinenser-Frage. Die Zerstörung der Palästinenser-Lager im Libanon habe keine Stabilität für das Land gebracht.¹² Der israelisch-syrische Gegensatz sei dadurch nicht beseitigt worden. Wir begleiteten die Versöhnungskonferenz mit den besten Wünschen und unterstützten das Engagement unserer Partner in der MNF¹³. Im Augenblick bestehe keine Notwendigkeit für neue Initiativen der Zehn. Venedig¹⁴ gelte weiter fort. Hinsichtlich der Lage im Libanon müsse es vor allem Aufgabe der Saudis sein, die Syrer zu beeinflussen. Im Nahen Osten gebe es eine Reihe gemäßigter Staatsmänner (Hussein, Mubarak, Assad und die Saudi-Führung). Das müsse aber nicht immer so bleiben. Es sei wichtig, die jetzigen Möglichkeiten zu nutzen.

AM stimmte mit BM überein, daß die Palästinenser-Frage das Kernproblem der Nahost-Krise sei. Die nationalen Rechte der Palästinenser müßten anerkannt werden sowie ihr Recht, sich staatlich zu organisieren. Die PLO sei nicht der einzige, aber trotz ihrer Schwächung wohl immer noch der wichtigste Vertreter der Palästinenser.

BM sagte, auch er sei der Auffassung, daß das Palästinenser-Problem kein Flüchtlingsproblem sei. Wir seien seit 1974 für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eingetreten¹⁵, zunächst ziemlich allein in der EG, was auch gegenüber Israel – aus historischen Gründen – nicht ganz einfach gewesen sei. Er habe unsere Haltung damals im einzelnen in Tel Aviv erläutert.¹⁶ Die Erklärung von Venedig habe zum Inhalt, daß die Entscheidung über die Palästinenser nicht ohne die PLO zu treffen sei, was jedoch nicht heiße, daß nicht auch andere Formen der Vertretung denkbar seien. Wir hätten keine offiziellen Beziehungen zur PLO, er könne sich jedoch durchaus eine Lage vorstellen, in der sich mancher Arafat zurückwünsche.

¹⁷3) Südliches Afrika

AM erläuterte das besondere Interesse Finnlands an Namibia, das sich auf Mis-

¹² Am 17./18. September 1982 kam es in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila zu gewaltsamen Übergriffen libanesischer Milizen, denen zahlreiche Flüchtlinge zum Opfer fielen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 243.

Am 7. November 1983 berichtete Botschafter Eitel, Beirut, über die anhaltenden Kämpfe innerhalb der PLO: „Die Kämpfe im Raum Tripoli haben seit dem 3.11. nach verlässlichen Angaben über 500 Tote und 800 Verwundete von Palästinensern sowie libanesischen Hilfswilligen oder auch von völlig unbeteiligten Zivilisten gefordert. Die palästinensischen Dissidenten haben am Morgen des 6.11. das erste der beiden Lager (El Bared) nach Räumung durch die Arafatisten besetzt. Letztere leisteten in dem anderen Lager, Bedawi, noch verzweifelten Widerstand. Sie sind dort bis auf einige Verbindungen in das Stadtgebiet von Tripoli eingekesselt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 850; Referat 310, Bd. 135770.

Am 9. November 1983 ergänzte Eitel, daß am Vortag „Mehrheit der Arafatisten auch zweites Lager im Raum Tripoli, Bedawi, vor allem von schwerem Gerät geräumt“ habe: „Derzeit hält sich dort nur noch eine Nachhut.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 852; Referat 310, Bd. 135770.

¹³ Zur Multinationalen Streitmacht im Libanon vgl. Dok. 120, Anm. 16.

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der Tagung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

¹⁵ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

¹⁶ Bundesminister Genscher hielt sich vom 27. bis 30. November 1975 in Israel auf. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 358 und Dok. 360.

¹⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 335 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

sionsarbeit im 19. Jh. gründe. Finnland engagiere sich in dieser Frage sehr aktiv in den VN. U.a. wolle man nach der Unabhängigkeit Namibia Entwicklungshilfe zukommen lassen. Bereits jetzt unterstütze man die SWAPO. Man sei auch bereit, sich an der vorgesehenen Friedenstruppe zu beteiligen. Leider verhindere die Anwesenheit der Kubaner in Angola weiter eine Lösung des Problems. Man hoffe, daß die fünf Staaten der Kontaktgruppe¹⁸ aktiv weiter an der Lösung des Problems arbeiteten.

BM: Auch für uns bestehe ein besonderes Interesse am südlichen Afrika. Die Länder dort sollten selbständig sein und weder von West noch Ost vereinnahmt werden. Die FLS¹⁹ würden durch die Nicht-Lösung des Namibia-Problems sowohl wirtschaftlich als auch in ihrer möglichen Zusammenarbeit gehindert. Man müsse sich fragen, warum das kleine Kuba Truppen in verschiedenen Teilen der Welt unterhalte. Wir hätten im übrigen auch ein besonderes Verhältnis zu Namibia, da ein Drittel der weißen Bevölkerung dort (ca. 30 000, davon 20 000 Paßinhaber) Deutsche seien. Jetzt seien nach einigem Zögern auch die Amerikaner aktiv an einer Lösung der Namibia-Frage interessiert, aber der Widerstand Südafrikas sei unverändert. Südafrika sehe die gesamte Frage auch als ein militärisches Problem. Pretoria verstehe allerdings nicht, daß eine friedliche Regelung des Namibia-Problems den sowjetischen Einfluß im südlichen Afrika reduzieren würde. Im übrigen hätten wir auch Kontakt zur SWAPO unterhalten, die zunächst sehr radikal gewesen sei und im Prozeß der Einbindung in internationale Gespräche ihre Haltung verändert und gemäßigt hätte. Er selbst habe mehrfach mit Nujoma gesprochen²⁰ und ihm klargemacht, daß er von uns Hilfe nur unter der Voraussetzung erwarten könne, daß die weiße Minderheit nicht diskriminiert werde.

AM wies darauf hin, daß die Anwesenheit der Kubaner in Angola hauptsächlich durch die von Südafrika unterstützte Guerillatätigkeit im Süden Angolas bedingt sei.

BM sagte, sicherlich unterstütze Südafrika Befreiungsbewegungen. Sein Eindruck sei jedoch, daß Luanda lieber ohne die Kubaner leben würde, solange sicher sei, daß das innere Gleichgewicht nicht durch Einflüsse von außen gefährdet werde.

4) Grenada²¹

AM erläuterte, daß Finnland für die von Nicaragua eingebrachte Resolution gestimmt und eine gesonderte Erklärung abgegeben habe.²² Der Wortlaut sei

¹⁸ Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA.

¹⁹ Frontlinienstaaten.

Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

²⁰ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, am 12. Februar 1978 in New York; AAPD 1978, I, Dok. 52.

Vgl. dazu ferner die Gespräche zwischen Genscher und Nujoma am 17. April 1980 in Salisbury und am 26. Mai 1981 in Bonn; AAPD 1980, I, Dok. 117, bzw. AAPD 1981, II, Dok. 157.

²¹ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

²² Die VN-Generalversammlung in New York nahm am 2. November 1983 eine von Guyana, Nicaragua und Simbabwe eingebrachte Resolution an, mit der die militärische Intervention in Grenada bedauert wurde, die eine Verletzung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität darstelle. Ferner wurden der sofortige Abzug der fremden Truppen und die baldige Durchführung

so gemäßigt gewesen, daß Finnland keine Alternative zu einer positiven Stimmabgabe gesehen habe. Er fragte nach unserer Haltung.

BM sagte, daß man selbst dann, wenn Freunde Fehler machten, zu ihnen stehe. Im übrigen hätten wir ein besonderes Verhältnis zu USA, Großbritannien und Frankreich als Statusmächte Berlins. In Fragen, die für diese drei Länder besonders wichtig seien, sei es unsere Linie, nicht gegen sie Stellung zu nehmen. Ein Beispiel sei Falkland.²³ Wir würden uns in einem entsprechenden Fall, in dem Frankreich involviert sei, ähnlich verhalten.

5) KAE

Der finnische KAE-Delegationsleiter²⁴ schilderte die gute Arbeitsatmosphäre des Vorbereitungstreffens²⁵ und äußerte die Erwartung, daß man zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werde. Heute werde die finnische Delegation inoffiziell den Entwurf eines Abschlußpapiers zirkulieren.²⁶

Der deutsche KAE-Delegationsleiter²⁷ stimmte den Äußerungen seines Kollegen zu, erwähnte jedoch, daß noch zwei Probleme der Lösung harren, einmal die Frage, ob die Stockholmer Konferenz selbst ihren Arbeiten von Wien ein Ende setzen könne, zum anderen wie den Forderungen Maltas²⁸ zu begegnen sei.

6) Bilaterale Fragen

a) AM brachte die Schwierigkeiten beim finnischen Export von Rentier- und Schweinefleisch nach Deutschland zur Sprache.

BM erläuterte unsere Haltung und betonte, daß es sich in beiden Fällen um rein veterinärmedizinische Gründe für unsere Haltung handle. Er begrüßte die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1620

freier Wahlen gefordert. Die Bundesrepublik enthielt sich der Stimme. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 38/7 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXII, S. 233 f.

Für den Wortlaut der Erklärung des finnischen Ständigen Vertreters bei den Vereinten Nationen, Korhonen, vom 2. November 1983 vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 38th Session, Plenary Meetings, S. 703.

²³ Zum Falkland-Krieg vgl. Dok. 112, Anm. 22.

²⁴ Matti Kahiluoto.

²⁵ In Helsinki fand vom 25. Oktober bis 11. November 1983 das KVAE-Vorbereitungstreffen statt. Vgl. dazu Dok. 345.

²⁶ Zum finnisch-schwedischen Entwurf vom 3. November 1983 für ein Schlußdokument des KVAE-Vorbereitungstreffens vgl. Dok. 324, Anm. 16.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron, z. Z. Helsinki, teilte dazu am selben Tag mit, daß der Entwurf vom Leiter der schwedischen KVAE-Delegation, Lidgard, als „Kompromißentwurf, der sich auf den bisherigen Meinungs austausch mit West und Ost stütze“, bezeichnet worden sei: „Da N+N-Gruppe zuvor nur jeweils zu Auszügen des Textes konsultiert worden war, wird der heutige schwedisch-finnische Vorstoß von einer Reihe von ihnen (insbesondere CH) als ein Alleingang betrachtet. Mit Vorlage dieses Papiers gingen die Autoren auch nicht auf den Rat des Westens ein, ein solches Papier noch nicht einzuführen. Erste Bewertung im NATO-Kreis läuft darauf hinaus, daß [...] der Entwurf in zu starkem Maße auf östliche Wünsche Rücksicht nimmt und deshalb nicht als geeignete Basis für abschließende Bemühungen um Kompromiß geeignet ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 337; Referat 221, Bd. 124580.

²⁷ Klaus Citron.

²⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron, z. Z. Helsinki, informierte am 6. November 1983: „Malta besteht nach wie vor auf Eingangsbeiträgen der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten (NTMS) als Minimalforderung. Weitere Beiträge zu einem späteren Zeitpunkt sollen in Abhängigkeit einer künftigen Entscheidung der Konferenz bereits in den Modalitäten verankert werden. Osten und einige N+N sind bereit, auf diese Forderungen einzugehen. Dem Westen (insbesondere US) wird der Vorwurf gemacht, er strebe mit seiner Ablehnung der maltesischen Forderungen die Verhinderung von Beschlüssen des Vorbereitungstreffens an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 342; Referat 221, Bd. 124580.

finnischen Anstrengungen, den Schweinefleischexport an die EG-Erfordernisse anzupassen, und empfahl in der Frage des Rentierfleischexportes, wie schon im September angeregt²⁹, die baldige Zusammenkunft von Experten. Er selbst wolle sich um die Angelegenheit kümmern.

BM brachte anschließend die Statusfrage des Geschäftsführers der deutsch-finnischen Handelskammer³⁰ zur Sprache.³¹ Die Unterhaltung der Kammer würde uns erleichtert werden, wenn dieser von bestimmten Obligationen freigestellt werden könnte. Wir seien in dieser Frage bereits mit den zuständigen Herren im Gespräch und bäten um wohlwollende Behandlung.

AM sicherte zu, sich dieses Problems anzunehmen.

7) BM lud AM zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik Deutschland ein.

AM nahm die Einladung an.

[gez.] Schauer

Referat 010, Bd. 178875

²⁹ Bundesminister Genscher und der finnische Außenminister Väyrynen trafen am 8. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zusammen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 010, Bd. 178875.

³⁰ Erik von Knorre.

³¹ Referat 422 vermerkte am 28. Oktober 1983, daß 1978 die bislang bestehende Deutsch-Finnische Wirtschaftsvereinigung in die Deutsch-Finnische Handelskammer umgewandelt wurde: „Mit Inkrafttreten des deutsch-finnischen Doppelbesteuerungsabkommens werden alle Einkünfte des Hauptgeschäftsführers in Helsinki aufgrund der dortigen Progressionstabelle mit dem Höchstsatz besteuert. Zum Ausgleich dieser im Vergleich zu Deutschland höheren Belastung müssen nun jährlich etwa DM 100 000 aufgewendet werden, im wesentlichen aus Zuwendungen des BMWi. Dazu kommen noch Zollabgaben bei Einfuhr eines PKW von 100 % des Wertes.“ Um eine Steuer- und Zollbefreiung zu erreichen, solle die Tätigkeit des Hauptgeschäftsführers der Handelskammer von der Botschaft der Bundesrepublik in Helsinki beim finnischen Außenministerium notifiziert werden. Vgl. Referat 204, Bd. 135275.

326

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim

3. November 1983¹

Translation

Chancellor Helmut Kohl to President Reagan, White House, Washington²

Dear Ron,

The proposal that you announced on 26 September³ has ensured that the United States and the Western Alliance continue to hold the initiative at the INF talks in Geneva. Since, in response, General Secretary Andropov announced a new Soviet step on 27 October⁴, I consider it important to counter the likelihood of the Soviet Union attempting to force the West onto the defensive by making a dramatic proposal at the eleventh hour.⁵

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 3. November 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 4. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Nach R[ück]spr[ache] mit H[errn] Stabreit: Kopie vorab: StS, D 2 A.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Ein von den Bundesministern Genscher und Wörner gebilligter Entwurf des Schreibens wurde dem Bundeskanzleramt am 30. Oktober 1983 übermittelt. Dazu teilte Botschafter Ruth Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, z. Z. Tokio, am 31. Oktober 1983 mit: „Der neue Entwurf, der aufgrund eines Gesprächs zwischen Nitze und mir (mit beiderseitigen Mitarbeitern) am 29.10.83 in Frankfurt erarbeitet wurde, unterscheidet sich von dem vorausgegangenen Entwurf in zwei wesentlichen Aspekten: a) den genannten Zahlen (600 zu 300 G[e]f[e]chts[K]ö[p]fe statt 360 zu 180), b) der Nichtnennung einer Zahl für P II.“ Die Zahlen unter a) trügen japanischen Bedenken Rechnung, wonach eine INF-Vereinbarung hohe Reduzierungen sowjetischer Mittelstreckensysteme vorsehen könnte, die in Asien dislozierten Systeme jedoch nur eingefroren würden: „Für P II nannte Nitze von sich aus ebenfalls die Zahl 36, die in unserem ersten Entwurf enthalten ist. [...] Wir sollten diese Zahl jedoch nicht von uns aus vorschlagen (um den Eindruck zu vermeiden, wir strebten eine erhebliche Reduzierung des P-II-Anteils an).“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 532; VS-Bd. 11357 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 4. November 1983 notierte Legationsrat I. Klasse Ischinger, daß sich die Endfassung des Schreibens von dem von Genscher gebilligten Entwurf in folgenden Punkten unterscheide: „Die vorgeschlagene Nennung konkreter Zahlen (600/300) für die globale bzw. regionale Obergrenze ist entfallen. Statt dessen verweist das Schreiben darauf, daß eine konkrete Vereinbarung zu einem niedrigstmöglichen Stand an INF-Waffen führen sollte und daß Details bei dem SCG-Treffen am 10.11.1983 festgelegt werden sollten. Ein Hinweis auf eine konkrete Zahl für Pershing II ist ebenfalls entfallen. Das Schreiben schlägt vor, daß die umfassende Darstellung der westlichen INF-Position, verbunden mit den konkreten Zahlen, möglichst bald nach dem 10.11. stattfinden sollte.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 26. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626 (Auszug).

Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

⁴ Vgl. dazu das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“; Dok. 321, Anm. 12.

⁵ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 27. Oktober 1983 über die Reaktion des amerikanischen Außenministeriums auf die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom selben Tag: „Die Substanz der Vorschläge Andropows sei geringer, als man hier erwartet

You deliberately formulated your proposal of 26 September in a manner that leaves scope for further details. By availing ourselves of this scope we can, without making any new substantive concessions, demonstrate the constructive nature of your proposals to the public as well. I feel this is an important point.

I should therefore like to suggest that we translate the corresponding parts of the package of proposals of 26 September into specific figures as soon as possible, whilst at the same time stressing that these figures are subject to negotiation. The figures should take account of the Alliance's viewpoint that a concrete agreement in Geneva should lead to the lowest possible level of Soviet and American intermediate-range missiles. The precise details could be established at the next meeting of the Special Consultative Group on 10 November.⁶

It would, I feel, be very effective if the declaration in which you announce specific figures were made part of a comprehensive presentation of the Western INF position. In this context, it would, in my opinion, be especially advisable to re-affirm the determination of the West to carry on negotiating even after the commencement of deployment and to underscore publicly the readiness to remove deployed systems once a negotiated result is reached at a future date. It would also be particularly important to stress the decision to withdraw a specific number of nuclear warheads from Europe and to point out in this connection once more that the warheads for the new American intermediate-range missiles are being exchanged on a 1:1 basis.

This presentation, combined with new detailed figures, should best be effected as soon as possible after 10 November. It would be an impressive testimony to the Western determination to attain concrete negotiated results and strengthen the Alliance's position still further.⁷

I am sure that the solidarity of the Allies and the intensive consultations between us and the Alliance will once more demonstrate their worth in the weeks ahead.

Yours sincerely,
[sgd.] Helmut Kohl

VS-Bd. 14120 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1623

habe. Interessant sei die Ankündigung eines Moratoriums für in Ostasien stationierte SS-20, womit von der Sowjetunion ein erster Schritt in Richtung auf die Anerkennung eines globalen Ansatzes gemacht werde. Die übrigen Punkte seien jedoch im wesentlichen kosmetischer Natur.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4905; VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 31. Oktober 1983 ergänzte Hermes, daß sich Präsident Reagan in seiner wöchentlichen Radioansprache „moderater als das State Department“ über die Vorschläge geäußert habe: „Reagan erklärte nunmehr [...], die USA würden diese Vorschläge prüfen und sie in den Genfer Verhandlungen ansprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4963; VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 9./10. November 1983 in Rom vgl. Dok. 336, Anm. 7.

⁷ Zum amerikanischen Vorschlag vom 14. November 1983 für eine Konkretisierung der Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 336, Anm. 13.

327

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-371.76 INF-2374/83 VS-vertraulich****4. November 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: INF-Verhandlungen;

hier: Perspektive für eine rüstungskontrollpolitische Behandlung der
DrittstaatsensystemeBezug: Vorlage vom 19.9.1983 – 220-371.70 INF-2036/83 geheim⁴

I.1) Präsident Mitterrand, AM Howe und der chinesische AM Wu haben vor der GV der VN am 28.9.1983 die Bereitschaft dieser drei Länder zu einer künftigen rüstungskontrollpolitischen Einbindung ihrer Kernwaffenpotentiale bekräftigt.⁵ F und UK sind damit auf ein von uns und anderen Verbündeten geäußertes Anliegen eingegangen. Beide haben entsprechende frühere Erklärungen in Einzelaspekten verstärkt: F hat sich erstmals bereit erklärt, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen an einer Konferenz der fünf Kernwaffenstaaten teilzunehmen, auf der die dauernde Begrenzung der strategischen Systeme dieser Staaten erörtert werden soll. (Ähnlich erklärte sich CH⁶ zu einer internationalen Konferenz unter Beteiligung der Kernwaffenstaaten bereit, nannte aber andere Bedingungen.) UK äußerte die „Absicht“, unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit rüstungskontrollpolitischer Begrenzungen für seine Nuklearsysteme flexibel zu prüfen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationsrat I. Klasse Erath konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Operativ S. 11 ff.“ Vgl. Anm. 25.

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 15. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Meyer-Landrut und Botschafter Ruth an Referat 220 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S. Anmerk[ungen] BM auf den Seiten 8, 16 und 19.“ Vgl. Anm. 20, 34 und 38.

Hat Meyer-Landrut am 17. November 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Botschafter Ruth vermerkte, daß er auf der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 12. September 1983 in London darauf hingewiesen habe, „daß es im Interesse der Glaubwürdigkeit der westlichen Verhandlungsführung notwendig ist, nicht den Eindruck zu erwecken, als würden britische und französische Systeme unter allen Umständen rüstungskontrollpolitisch unberührt bleiben. Es sei dringend wünschenswert, für diese Frage eine rüstungskontrollpolitische Perspektive zu entwickeln. Dies könne naturgemäß nur durch die Regierungen in London und Paris geschehen.“ Ruth fuhr fort, daß die militärischen und politischen Argumente, die gegen eine Berücksichtigung der Drittstaatsensysteme in die INF-Verhandlungen vorgebracht würden, zwar „gut und intellektuell überzeugend“ seien. Sie seien jedoch „naturgemäß defensiv, sie bedürfen der Ergänzung durch eine politisch offensive Argumentation“. Vgl. VS-Bd. 11356 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Für den Wortlaut der Reden des chinesischen Außenministers Wu Xueqian vom 27. September 1983 und des Staatspräsidenten Mitterrand sowie des britischen Außenministers Howe vom 28. September 1983 vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 38th Session, Plenary Meetings, S. 90–94, S. 108–111 und S. 130–133. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 630–636 und D 640–644 (Auszug).

⁶ Volksrepublik China.

Sowohl die französische als auch die britische Erklärung enthalten jedoch nach wie vor keine konkrete rüstungskontrollpolitische Perspektive für die Kernwaffen dieser Länder und bieten daher wenig Entlastung für die westliche Haltung gegenüber der sowjetischen Forderung nach Anrechnung der britischen und französischen Systeme in den INF-Verhandlungen.

F hat die vorgeschlagene Fünferkonferenz⁷ an so viele, z.T. sogar gegenüber seinen bisherigen Äußerungen verschärfte Bedingungen geknüpft, daß eine Verwirklichung erst in ferner Zukunft möglich wäre. UK verzichtete überhaupt auf die Nennung eines konkreten Forums und die Beschreibung präziser Voraussetzungen. Nachdem beide Länder ihre Haltung nunmehr neu formuliert und vor dem Forum der VN bekanntgegeben haben, dürfte jedoch mit einer wesentlichen Weiterentwicklung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sein. Vorerst können wir daher nur die neuen französischen und britischen Erklärungen bestmöglich, d.h. zur Ergänzung unserer bisherigen Drittstaatenargumentation, nutzen.

Soweit uns bekannt, hat die SU zu den Erklärungen von F und UK bisher nicht Stellung genommen. Der unbestimmte Charakter dieser Erklärungen schließt auch aus, daß sich die SU allein durch sie zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Haltung zur Drittstaatenfrage bewegen lassen könnte. Sollte sich die SU aus übergeordneten Gründen zu einem INF-Abkommen noch in diesem Jahr entschließen, würde sie dies auf der Grundlage der vorliegenden Erklärungen tun müssen; d.h., sie müßte die Drittstaatenforderung im INF-Rahmen falllassen. Die Vorschläge GS Andropows vom 26.10.1983⁸ deuten allerdings eher auf ein Eingraben der SU bei ihrer gegenwärtigen Position hin. Wenn es jetzt nicht mehr zu einem INF-Ergebnis kommt, wäre angesichts des seit SALT I von der SU konsequent verfolgten Ziels der rüstungskontrollpolitischen Einbindung der Nuklearpotentiale von F und UK kaum zu erwarten, daß die SU längerfristig den Weg zu Vereinbarungen in beiden laufenden Verhandlungen – d.h. sowohl zu einem INF- als auch zu einem START-Abkommen – freigibt, wenn nicht zuvor Erklärungen der Beteiligten hinsichtlich der Behandlung der Drittstaatsysteme abgegeben werden, die der SU in dieser Frage eine konkrete Perspektive bieten. Daß F und UK ihre Potentiale innerhalb des nächsten Jahrzehnts unter erheblicher Erhöhung der Gefechtskopffzahlen zu modernisieren beabsichtigen, macht die weitere Erhöhung des sowjetischen Drucks wahrscheinlich. Die SU hat es aber in der Hand, entweder ein INF-Abkommen zu ermöglichen und zu diesem Zweck die Drittstaatenforderung im INF-Rahmen fallenzulassen oder sich für ein Abkommen bei START – wo sie die Drittstaatenfrage bisher nicht anhängig gemacht hat – zu entscheiden. Im Falle einer Zusammenlegung von INF und START würde die Drittstaatenfrage voraussichtlich zu einer Blockierung der Gesamtthematik führen; diese Folge könnte für beide Verhandlungspartner ein wichtiger Grund werden, um sich gegen eine Zusammenlegung zu entscheiden.

⁷ Vgl dazu auch den Vorschlag des Ministerpräsidenten Trudeau für eine Konferenz der fünf Atom-mächte; Dok. 352.

⁸ Zu den sowjetischen Vorschlägen für eine Vereinbarung über nukleare Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 321, Anm. 12.

Obwohl wir eindeutiger Erklärungen schon im Hinblick auf unsere innenpolitische Situation bevorzugt hätten, erscheint es angesichts der geringen Erfolgsaussicht nicht angezeigt, beide Länder jetzt noch zu einer weiteren Konkretisierung zu drängen. Ob und wann dies künftig erforderlich wird, hängt von der sowjetischen Haltung ab. Sofern ein INF-Ergebnis jetzt nicht erreicht wird, würde es entscheidend darauf ankommen, ob die SU zu getrennter Weiterführung der INF- und der START-Verhandlungen bereit wäre.

2) Die Aufzeichnung faßt nachstehend die wesentlichen Aspekte der Drittstaatenproblematik zusammen. Sie behandelt

- die Entwicklung des Drittstaatenproblems im Rahmen der SALT- und INF-Verhandlungen,
- den taktischen Charakter der sowjetischen Anrechnungsforderung im INF-Rahmen,
- die Bedeutung des Drittstaatenproblems für unsere innenpolitische Diskussion,
- die Haltung der drei westlichen Nuklearmächte,
- Folgerungen für unsere eigene Argumentation zur Drittstaatenfrage.

II. 1) Sowjetische Auffassung zum Drittstaatenproblem vor den INF-Verhandlungen

Seit SALT I hat die SU versucht, in den bilateralen strategischen Rüstungsverhandlungen mit den USA einen Ausgleich für das britische und französische Kernwaffenpotential zu erhalten.

Bei Abschluß von SALT I beanspruchte die SU, die schon in den Verhandlungen eine Kompensation für die Drittstaatenysteme gefordert hatte, in einer einseitigen Erklärung für sich das Recht, die Zahl ihrer U-Boot-gestützten Raketen entsprechend zu erhöhen, falls die NATO-Verbündeten der USA die Zahl ihrer seegestützten Raketen erhöhen würden. Die USA widersprachen damals dieser Erklärung.⁹

In den SALT-II-Verhandlungen suchte die SU erneut vergeblich ihre Kompensationsforderung durchzusetzen. In der Rahmenvereinbarung von Wladiwostok vom 24.11.1974¹⁰ wurde die sowjetische Drittstaatenforderung ebenso wie die FBS-Problematik und die amerikanische Forderung nach Reduzierung der schweren sowjetischen ICBM ausgeklammert; die SU sprach die Drittstaatenproblematik aber auch später in SALT II wieder an. Sie hat sich dann in der Erwartung, daß dieses Thema in SALT III behandelt würde, mit Formulierungen begnügt, welche ihr das Recht zubilligen, ihre Forderungen erneut vorzubringen. In der „Gemeinsamen Erklärung der Prinzipien und grundlegenden Richtlinien für Anschlußverhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen (SALT III)“, die Teil des SALT-II-Abkommens sind, heißt es:

⁹ Vgl. dazu die einseitige Erklärung der UdSSR vom 17. bzw. 26. Mai 1971 und die amerikanische Erwiderung vom 24. bzw. 26. Mai 1971; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1971, D 404.

¹⁰ Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

„Die Vertragsparteien werden weitere Schritte in Betracht ziehen, um die strategische Stabilität zu sichern und zu verstärken, um die Gleichheit und die gleiche Sicherheit der Vertragsparteien zu gewährleisten und um die oben erwähnten Prinzipien und Ziele durchzusetzen. Jeder Vertragspartei wird es freistehen, jede für eine weitere Begrenzung strategischer Rüstungen relevante Frage aufzuwerfen.“¹¹

Die SU ging dabei davon aus, daß es sich dabei nicht lediglich um bilaterale Verhandlungen zwischen ihr und den USA handeln würde.

In diesem Sinne betonten MP Kossygin und AM Gromyko gegenüber BK Schmidt in Moskau am 25.6.1979, für SALT III „sei der Kreis der Beteiligten wichtig; außer den USA sollten auch andere Nuklearstaaten beteiligt werden.“ Damit habe sich auch Präsident Carter einverstanden erklärt.¹²

In seiner Moskauer Pressekonferenz zum SALT-II-Abkommen am 25.6.1979 stellte Gromyko fest:

„Man kann die Frage stellen, wer die nächsten Verhandlungen führen wird – nur die SU und die USA oder vielleicht auch einige andere Mächte? Denn außer der UdSSR und den USA gibt es auch andere uns gut bekannte Kernwaffenmächte. Auf diese Frage würden wir folgendermaßen antworten: Die USA und die SU können nicht endlos auf bilateraler Grundlage verhandeln. Das ist unmöglich. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt können sie solche Verhandlungen führen, aber eben nur bis zu einem bestimmten. Andere Kernwaffenmächte müssen sich den Verhandlungen auch anschließen.“¹³

Es ergibt sich somit folgendes:

- Die SU vertrat bei Abschluß von SALT II die Auffassung, daß die Drittstaatenproblematik im Rahmen von SALT III behandelt werden müsse.
- Die Äußerungen über eine Hinzuziehung anderer Nuklearmächte zeigen, daß sich die SU darüber im klaren war, daß dieses Problem nicht in einer rein bilateralen Vereinbarung mit den USA gelöst werden könne.
- Die Bereitschaft zur Festlegung paritätischer Höchstgrenzen für die USA und die SU in Wladiwostok im November 1974 bedeutete aus sowjetischer Sicht nur eine zeitweilige Ausklammerung des Problems.
- Die SU teilt offensichtlich die Auffassung der US-Administration, daß weder bei SALT I noch bei SALT II eine Berücksichtigung der Drittstaatenysteme – auch nicht in Form einer stillschweigenden Kompensation – stattgefunden habe.¹⁴

2) Die sowjetische Forderung nach Einbeziehung der britischen und französischen Systeme bei INF

Bei den amerikanisch-sowjetischen Vorgesprächen zu den INF-Verhandlungen,

¹¹ Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 393 f.

¹² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. AAPD 1979, I, Dok.188.

¹³ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 409.

¹⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „So z. B. Bericht des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats zum SALT-II-Vertrag und B[ericht] Rowny vor dem NATO-Rat am 7.10.1983.“

die im Oktober/November 1980 in Genf stattfanden¹⁵, erhob die SU erstmals die spezifische Forderung, daß die Drittstaatensysteme im INF-Rahmen behandelt werden sollten. Noch am 1. Juli 1980 hatten Breschnew und Gromyko im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt und BM Genscher die Auffassung vertreten, die britischen, französischen und chinesischen Waffen sollten nicht in die INF-Verhandlungen einbezogen werden, weil die „Mittelstreckenraketen amerikanischen Raketen“ seien. Anderes gelte für SALT III, dort würden „alle Komponenten besprochen“ (Gesprächsniederschrift).¹⁶ Vermutlich haben bei der Änderung der sowjetischen Haltung sowohl die angesichts der Wahl Präsident Reagans Anfang November 80¹⁷ abzusehende Nichtratifizierung von SALT II als auch die Bekanntgabe britischer Modernisierungspläne (Trident-Programm) im Laufe des Juli 1980¹⁸ eine wesentliche Rolle gespielt. Nicht ohne Bedeutung waren wohl auch die französischen Modernisierungspläne¹⁹, die zwischen Herbst 1979 und Sommer 1980 nach und nach der Öffentlichkeit bekannt wurden.²⁰ Seit Ende 1980 und insbesondere nach dem Vorschlag von GS Andropow

15 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

16 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Bundeskanzler: Als Beispiel nennen Sie die FBS. Sie nennen nicht die französischen, englischen und chinesischen Mittelstreckenwaffen. Heißt das, daß diese die strategische Situation nicht berühren? Gromyko: Es geht nur um die amerikanischen FBS. Die britischen, französischen, chinesischen Waffen (aus dem Russischen wörtlich: ‚Mittel‘) werden nicht einbezogen, weil die Mittelstreckenraketen amerikanischen Raketen sind. Eine andere Sache ist es mit SALT III. Dort werden alle Komponenten besprochen. Aber hier ist an einen engeren Rahmen gedacht.“

Für das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch in Moskau vgl. AAPD 1980, II, Dok. 193.

17 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter.

18 Am 15. Juli 1980 gab die britische Regierung die Entscheidung über den Bau von vier neuen Atom-U-Booten bekannt, die mit amerikanischen Nuklearraketen des Typs „Trident I“ ausgerüstet werden sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 201 vom 16. Juli 1980; VS-Bd. 10286 (201); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 218.

Vortragender Legationsrat Seibert vermerkte am 22. November 1983, daß 1982 entschieden worden sei, die U-Boot-Flotte statt mit der „Trident I“ mit Raketen des Typs „Trident II“ auszurüsten, die sich „durch eine erheblich größere Reichweite (9600 km statt 6500 km) sowie durch eine höhere Sprengkopffzahl mit verbesserter Treffgenauigkeit (14 statt 8 MIRV-Sprengköpfe)“ auszeichneten. Die Umrüstung solle „Anfang der 90er Jahre beginnen. Hierzu wird der Bau von vier neuen U-Booten erforderlich sein. Die Zahl der Raketen je Träger-U-Boot soll bei 16 bleiben, so daß der Gesamtumfang der strategischen Systeme auch nach dieser Modernisierung 64 betragen würde.“ Eine Entscheidung über die Anzahl der Sprengköpfe sei bisher nicht bekannt. Vgl. VS-Bd. 11972 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

19 Präsident Giscard d'Estaing gab am 26. Juni 1980 in Paris vor der Presse die Entscheidung des Verteidigungsrats zur Modernisierung der französischen strategischen und taktischen Nuklearsysteme bekannt: „A) Als Ersatz für die bis 1990–1992 zu ersetzenden Systeme (gemeint sind offensichtlich die Raketen des Plateau Albion und die Mirage-IV-Träger) soll ein bewegliches System gebaut werden. Bis Ende 1980 soll über die technischen Modalitäten dieses Systems entschieden werden. B) Über den Bau der Neutronenwaffe (Produktionsentscheidung) soll erst 1982–1983 entschieden werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1458 des Botschafters Herbst, Paris, vom selben Tag; Referat 201, Bd. 120180.

Zum Stand der Planungen informierte das Bundesministerium der Verteidigung am 24. August 1983: „Nach derzeitigen Erkenntnissen werden ab 1985 insgesamt fünf französische U-Boote mit je 16 MSBS M4-FK ausgerüstet. Die M4 verfügt über sechs MRV-Gefechtsköpfe, die gem[äß] SALT-Kriterien als ein Gefechtskopf gezählt werden. Erst ab Anfang der 90er Jahre ist der Bau eines weiteren U-Boots geplant, das vermutlich mit einer neuen Generation von SLBM ausgerüstet werden wird.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124490.

20 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Und Änderung der Haltung der SPD.“ Vgl. Anm. 3.

vom 21. Dezember 1982²¹ ist die Forderung nach Berücksichtigung der Drittstaatenpotentiale Kern der sowjetischen INF-Position.

Aus sowjetischer Sicht steht diese Forderung nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß sie die britischen und französischen Systeme bis dahin als „strategisch“ angesehen hatte. Für die SU sind alle Kernwaffen „strategischer“ Natur, die in der Lage sind, von außerhalb der SU sowjetisches Territorium zu treffen, gleichgültig wo sie stationiert sind.

Deshalb stellt auch AM Gromykos Äußerung dem Bundesminister gegenüber in Madrid über ein Doppelgesicht dieser Systeme als solche kein Abgehen von der bisherigen sowjetischen Linie bei INF dar.²²

Dennoch wollte Gromyko mit dieser Formulierung und mit dem Hinweis auf die sowjetische Position in den SALT-Verhandlungen offensichtlich einen Hinweis geben, daß die sowjetische Position in der Drittstaatenfrage nicht ein für allemal festgelegt sei. Die SU könnte sich z.B. der unterschiedlichen Bedeutung des Begriffs „strategisch“²³ bedienen, um sich vorsichtig und in jederzeit rücknehmbarer Weise von ihrer bisherigen INF-Haltung abzusetzen.

Dafür, daß die SU in dieser Frage bewußt Unklarheiten schaffen möchte, spricht auch die MdB K. Voigt am 7./8.9.1983 in Moskau gegebene Erläuterung, die Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme sei eine prinzipielle sowjetische Position, doch könne über das „Wie“ verhandelt werden.²⁴

3) Bewertung der sowjetischen Drittstaatenargumentation bei INF

So sehr die generelle sowjetische Forderung nach Berücksichtigung der britischen und französischen Kernwaffensysteme einem traditionellen sowjetischen Sicherheitsinteresse entspricht, so wenig zwingend ist die Forderung nach einer Berücksichtigung im INF-Rahmen.

Militärisch ist die SU zur Ausbalancierung der Drittstaatsysteme auf ihr Mittelstreckenpotential nicht angewiesen. Sie hat das Nichtzustandekommen von SALT III benutzt, um die von ihr bis dahin als strategische Systeme behandelten Nuklearwaffen von F und UK willkürlich in den INF-Zusammenhang zu bringen. Daß sie sich nunmehr auf die Forderung nach Berücksichti-

²¹ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 2, Anm. 13.

²² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. September 1983 vgl. Dok. 262.

²³ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Neben der oben dargestellten Bedeutung des Begriffs ‚strategisch‘ ist für die SU ferner die Definition des SALT-II-Abkommens wichtig, wonach u.a. ICBM von mehr als 5500 km Reichweite sowie auf atomgetriebenen oder seit 1965 einsatzbereiten U-Booten installierte SLBM als strategische Waffen gelten.“

²⁴ Der SPD-Abgeordnete Voigt sprach mit Vertretern des sowjetischen Außenministeriums, des ZK der KPdSU und des sowjetischen Generalstabs. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 9. September 1983, daß über Art und Umfang möglicher Reduzierungen der sowjetischen Mittelstreckensysteme gesprochen worden sei, ferner über die Frage der Kurzstreckensysteme. Zur Einbeziehung der Drittstaatsysteme sei folgendes erklärt worden: „Dies sei eine prinzipielle, nicht verhandelbare sowjetische Position. Wohl könne man über das ‚Wie‘ verhandeln [...]. Die SU sei bereit, die Kopfzahl der Systeme von GB und F nach allgemeinen SALT-Kriterien zu berechnen. Dabei wurde unterschieden zwischen Systemen mit einem Sprengkopf sowie solchen mit MARV und MIRV. Beispielsweise zählten sowjetische Gesprächspartner die Polaris II mit ihren drei Sprengköpfen, die aber nicht gemirvt sind, als einen Sprengkopf. Demgegenüber sei die Polaris III mit sechs Sprengköpfen getestet und müsse deshalb nach SALT-Regeln so in Rechnung gestellt werden. Bei gegenwärtigem Stand bedeute dies für GB und F eine Zahl von Sprengköpfen von ca. 420.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4046; Referat 220, Bd. 124524.

gung im INF-Rahmen versteift, beruht darauf, daß das Drittstaatenargument propagandistisch besonders wirkungsvoll zur Begründung der Ablehnung der Nachrüstung eingesetzt werden kann. Die Verhinderung der Nachrüstung ist das eigentliche Ziel; das Drittstaatenargument ist im INF-Rahmen lediglich Mittel zum Zweck. Solange die SU an diesem Ziel festhält, ist für sie ein Entgegenkommen des Westens in der Drittstaatenfrage nur von marginaler Bedeutung, wenn es keine Null-Lösung auf westlicher Seite impliziert.

Einem Verhandlungsergebnis auf der Grundlage amerikanisch-sowjetischer Parität wird die SU vielmehr nur dann zustimmen – und damit die Nachrüstung vorher oder nachträglich billigen –, wenn sie ein solches Ergebnis aus übergeordneten Gründen für wünschenswert hält. In diesem Fall wird sie ihre Drittstaatenforderung im INF-Zusammenhang entweder unter Anhängigmachung bei START oder unter der Bedingung einer konkreten Perspektive für die britischen und französischen Potentiale aufgeben.

²⁵4) Rolle des Drittstaatenarguments im Rahmen unserer innenpolitischen Debatte

Die Übernahme der sowjetischen Forderung nach INF-Anrechnung der britischen und französischen Systeme durch die Friedensbewegung und Teile der SPD sowie durch relevante Gruppen in anderen westlichen Ländern²⁶ hat gezeigt, daß dieses Argument von der SU im Westen wirkungsvoll als Begründung für ein angeblich bereits bestehendes Gleichgewicht und zur Rechtfertigung des Vorwurfs einer „Einseitigkeit der westlichen Verhandlungsposition“ genutzt werden kann.

Unsere INF-Argumentation stößt immer wieder auf den Einwand, daß eine Nichtberücksichtigung der britischen und französischen Systeme der SU gegenüber unfair wäre. Wir können deshalb in der öffentlichen Diskussion nur dann glaubhaft wirken, wenn wir nicht nur begründen, warum die Drittstaatsensysteme bei INF nicht angerechnet werden dürfen, sondern außerdem für die Behandlung dieser Systeme eine Perspektive aufzeigen.

Die VN-Erklärungen Präsident Mitterrands und AM Howes kommen diesem Bedürfnis insofern entgegen, als sie klarstellen, daß die Länder nicht die Absicht haben, ihre Potentiale jeder rüstungspolitischen Einbindung zu entziehen. Wegen ihres bedingten Charakters sind diese Erklärungen jedoch nicht geeignet, die Kritik an der westlichen Haltung ganz auszuräumen. Deshalb müssen wir versuchen, den Hinweis auf die in diesen Erklärungen gegebene Perspektive durch eine Argumentation zu ergänzen, die die Möglichkeit provisorischer westlicher Kompensationen für die Drittstaatsensysteme impliziert (s. unter Ziffer 6).

5) Die Haltung der drei westlichen Kernwaffenstaaten

- Frankreich: Jede Berücksichtigung der französischen Systeme bei INF oder START wird kategorisch abgelehnt.

²⁵ Beginn der Seite 11 der Vorlage. Vgl. Anm. 2.

²⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Z.B. Entschließungen der dänischen und niederländischen Parlamente zur Anrechnung der Drittstaatsensysteme im INF- oder START-Rahmen.“

Präsident Mitterrand erklärte vor der VN-GV am 28.9.1983 jedoch, man könne die Idee nicht ablehnen, „daß die fünf KWS²⁷ eines Tages über eine dauerhafte Begrenzung ihrer strategischen Systeme sprechen“.

Er machte dies allerdings von folgenden, schwer erfüllbaren Bedingungen abhängig:

- substantielle Veränderung des Verhältnisses zwischen den Nuklearpotentialen der zwei Großmächte und der anderen KWS;
- Reduzierung des konventionellen Ungleichgewichts, vor allem in Europa. Hierbei müsse auch die Existenz chemischer und biologischer Waffen berücksichtigt werden, deren völliges Verbot sei unerlässlich;
- Beseitigung des Übergewichts an Anti-Raketenwaffen, Anti-U-Boot-Waffen und Anti-Satellitenwaffen.

Alle diese Bedingungen bleiben vage und werden nur in Ansätzen ausformuliert. Im Vergleich zu früheren französischen Erklärungen neu sind die Bedingungen, die Anti-U-Boot-Waffen und Anti-Satellitenwaffen betreffen. Eine Erfüllung der Gesamtheit dieser Bedingungen ist allenfalls in ferner Zukunft vorstellbar; man kann sogar fragen, ob diejenigen Bedingungen, welche sich gegen die technologische Überlegenheit der Großmächte auch im nicht-nuklearen Bereich richten, überhaupt zu erfüllen sind.

- UK: Eine Berücksichtigung britischer Systeme bei INF oder START wird abgelehnt.

AM Howe hat die britische Haltung in seiner VN-Erklärung am 28.9.1983 wie folgt wiedergegeben:

„Unsere Streitmacht ist strategischer Natur und ... beträgt weniger als 3% der strategischen Nuklearstreitkräfte der USA oder der Sowjetunion. Bei diesem Stand der Dinge wäre es absurd, mit einer Supermacht über Reduzierungen zu verhandeln. Aber wir haben niemals ‚niemals‘ gesagt. Im Gegenteil haben wir klar²⁸ gesagt, daß GB für den Fall, daß die USA und die Sowjetunion ihre strategischen Arsenale substantiell reduzieren würden und keine bedeutsamen Änderungen in den sowjetischen Verteidigungsfähigkeiten eingetreten wären, seine Position überprüfen und überlegen würde, wie es im Lichte der reduzierten Bedrohung am besten zur Rüstungskontrolle beitragen könnte. Das bleibt unsere Position.“

Diese Erklärung geht dadurch über entsprechende frühere Äußerungen hinaus, daß die „Absicht“ zur Überprüfung der britischen Haltung zur Frage der rüstungskontrollpolitischen Einbindung der eigenen Systeme im Falle einer substantiellen Reduzierung der Potentiale der Supermächte bekundet wird. Zugleich wird erstmals gefordert, daß die ABM-Potentiale der Supermächte nicht verstärkt werden dürften. Die Perspektive für eine künftige rüstungskontrollpolitische Begrenzung der britischen Nuklearstreitkräfte bleibt damit unbestimmt; auch ein mögliches Forum wird nicht erwähnt. Die Erklärung ist jedoch interpretationsfähig und läßt anders als die französische die Deutung zu, daß UK in absehbarer Zukunft zu entsprechenden Rüstungs-

²⁷ Kernwaffenstaaten.

²⁸ Korrigiert aus: „haben klar“.

kontrollverhandlungen bereit sein könnte. So wäre die Deutung möglich – auch wenn UK gegenwärtig nicht zu einer solchen Festlegung bereit ist –, daß der Zeitpunkt für diese Verhandlungen nach einem den amerikanischen Vorschlägen entsprechenden START-Ergebnis²⁹ (insbesondere Reduzierung der beiderseitigen strategischen GK³⁰ um ein Drittel) gekommen wäre, sofern der ABM-Vertrag³¹ dann unverändert fort gilt. Zum Inhalt einer Begrenzung enthält die Erklärung durch den Hinweis auf das Stärkeverhältnis zwischen den britischen und den strategischen Potentialen der Supermächte einen ausbaufähigen Ansatz. Dieser Hinweis könnte zu einer einseitigen Erklärung konkretisiert werden, wonach sich UK für den Umfang seiner nuklearen Streitkräfte (z. B. hinsichtlich der Zahl der GK) an einer bestimmten Relation zum entsprechenden Umfang des amerikanischen und des sowjetischen Potentials orientieren würde.³²

- USA: Die amerikanische Regierung hält in allen bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen mit der SU strikt an numerischer Parität und damit am Prinzip des „second to none“ fest, wie es zuerst 1972 im Jackson Amendment Ausdruck gefunden hat.³³ Dieses Prinzip bringt den für die amerikanische Rüstungskontrollpolitik fundamentalen Grundsatz zum Ausdruck, daß die USA in rüstungskontrollpolitischen Vereinbarungen auf De-jure-Gleichheit mit der SU bestehen müssen. Eine ganz andere Frage ist, ob die vereinbarten Obergrenzen von den USA im Sinne tatsächlicher Gleichheit mit der SU dann auch voll ausgenutzt werden.

6) Unsere weitere Argumentation zum Drittstaatenproblem

- a) Es ist unwahrscheinlich, daß die im Zusammenhang mit der Darstellung der französischen und britischen Haltung angedeuteten Lösungsmöglichkeiten für das Drittstaatenproblem – Konferenz der Nuklearstaaten zu viert oder fünft oder einseitige Erklärungen von UK und F, daß der Umfang ihres Kernwaffenpotentials einen bestimmten Prozentsatz des Umfangs der beiden Supermächte nicht überschreiten werde – im Rahmen der INF-Verhandlungen in naher Zukunft Bedeutung erhält. Für das weitere westliche Vorgehen wäre vor allem von Bedeutung, ob die SU INF und START als getrennte Verhandlungen fortführen will.³⁴ In diesem Falle müßten die Verbündeten zu gegebener Zeit ent-

²⁹ Vgl. dazu die amerikanischen Vorschläge vom 4. Oktober 1983 für die START-Verhandlungen; Dok. 289, besonders Anm. 4.

³⁰ Gefechtsköpfe.

³¹ Am 26. Mai 1972 unterzeichneten Präsident Nixon und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag). Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 13–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

³² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Diesen Gedanken hat das Londoner IISS kürzlich zur Diskussion gestellt.“

³³ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In einem Zusatz (Jackson Amendment) zur Entschließung des amerikanischen Senats über die Billigung des Interims- und des ABM-Abkommens wurde der Präsident ersucht, sich um ein SALT-II-Abkommen zu bemühen, das „would not limit the US to levels of intercontinental strategic forces inferior to the limits provided for the SU“. Für den Wortlaut des „Jackson Amendment“ vom 7. August 1972 bzw. der Neufassung vom 13. September 1972 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1972, S. 547 bzw. S. 652 f.

³⁴ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 3.

scheiden, ob eine weitere Konkretisierung der Erklärungen von F und UK wünschenswert wäre.

b) Für unsere innenpolitische Diskussion sind dagegen die in den beiden Erklärungen angedeuteten Lösungsmöglichkeiten durchaus von Bedeutung. Wir können jetzt argumentieren, daß F und UK damit die Richtung gewiesen haben, in der eine Lösung für das Drittstaatenproblem gesucht werden muß.

Insbesondere kann zugunsten des Vorschlags einer Konferenz der Nuklearstaaten angeführt werden, daß sich die SU 1979 selbst für eine multilaterale Behandlung des Drittstaatenproblems ausgesprochen hat. Dieser Vorschlag trägt außerdem der Tatsache Rechnung, daß dieses Problem nur durch Verhandlungen zwischen allen Kernwaffenstaaten und nicht in bilateralen Verhandlungen zwischen USA und SU gelöst werden kann.

c) Allerdings begrenzt der unbestimmte Charakter der beiden Erklärungen die Überzeugungskraft dieser Argumentation. Diese würde gestärkt, wenn wir gegenüber unserer Öffentlichkeit darauf hinweisen könnten, daß die vorliegenden westlichen INF-Vorschläge der SU auf tatsächlicher Basis Vorteile bieten, die sie als einen stillschweigenden provisorischen Ausgleich für die Drittstaatenysteme betrachten sollte. Die Argumentation würde auf die Ausnutzung des Unterschiedes zwischen De-jure-Obergrenzen – die nach dem Grundsatz „second to none“ für die USA dem Gleichheitsprinzip entsprechen müssen – und dem tatsächlich vorhandenen Potential, das unter der Obergrenze liegen kann³⁵, hinauslaufen. Ob die SU sich wirklich auf ein solches „Gentlemen's Agreement“ einlassen würde, wäre für diesen Zweck nicht von Bedeutung.

Ansatzpunkte für eine solche Argumentation bietet der westliche Vorschlag vom 26.9.1983, nach dem die USA bereit sind, nicht die Gesamtzahl sowjetischer Mittelstreckenraketen durch Stationierungen in Europa auszugleichen.³⁶ Der tatsächliche Vorteil für die SU bestünde darin, daß die USA damit die globale Obergrenze zu einem bestimmten Teil nicht ausnutzen, indem sie die überzähligen Mittelstreckenraketen entweder überhaupt nicht anschaffen oder sie in den USA stationieren, wo sie für die SU keine Bedrohung darstellen. Bei einer entsprechenden Nutzung dieser Lücke werden Systeme zueinander in Bezug gebracht, denen gemeinsam ist, daß sie nicht spezifisch für einen regional-europäischen Zweck vorgesehen sind. Damit würde sich eine solche Argumentationsweise auch nicht zur westlichen Drittstaatenargumentation in Widerspruch setzen.

Voraussetzung für diese Argumentation wäre, daß die „Lücke“ zwischen der Zahl der zur Stationierung in Europa vorgesehenen Systeme und der für die globale Obergrenze vorgesehenen Zahl, gerechnet nach Gefechtsköpfen, 162 übersteigt. Bei unseren laufenden Bemühungen, die USA zu einer zahlenmä-

³⁵ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die USA nutzen z.B. die ihnen nach dem SALT-II-Abkommen zustehenden Höchstgrenzen nicht aus.“

³⁶ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vor der VN-Generalversammlung in New York; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626 (Auszug).

Zum amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 267, besonders Anm. 4.

ßigen Konkretisierung des Vorschlags vom 26.9.83³⁷ zu veranlassen, setzen wir uns deshalb in diesem Sinne ein.

Hinweisen auf die Modernisierungspläne von GB und F könnte mit dem Argument begegnet werden, daß dieses Thema erst dann ansteht, wenn sich die Zahl der Gefechtsköpfe auf den britischen und französischen Raketen durch MIRVung mit der Verwirklichung dieser Pläne stark erhöht. Dies wird nicht vor Mitte der 90er Jahre der Fall sein.³⁸

Ruth

VS-Bd. 11357 (220)

328

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Suharto in Jakarta

VS-vertraulich

5. November 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik von Indonesien, Suharto, am 5. November 1983, 10.00 Uhr bis 11.45 Uhr in Jakarta²

Teilnehmer: Ministerialdirektor Horst Teltschik; Dr. Poetzelberger, Dolmetscher; Widodo Sutyo, Dolmetscher.

Präsident *Suharto* bedankte sich sehr herzlich für den Besuch des Bundeskanzlers. Er wisse um die großen Verpflichtungen des Bundeskanzlers in Europa und in der Bundesrepublik und schätze es deshalb, daß der Bundeskanzler dennoch nach Jakarta gekommen sei, um die Entwicklung in Indonesien aus der Nähe kennenzulernen. Er sei sicher, daß weitere Besuche von anderen Mitgliedern der Bundesregierung sowie von Vertretern deutscher Unternehmungen

³⁷ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 3. November 1983 an Präsident Reagan; Dok. 326.

³⁸ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 3.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 30. Dezember 1983 gefertigt und am 2. Januar 1984 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ übermittelt.

Hat Ploetz am 3. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher sowie weiterer Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren Fischer und Gorenflös sowie an die Referate 340 und 420 verfügte.

Hat Ploetz am 4. Januar 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Horstmann verfügte.

Hat Horstmann am 4. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung einer Ablichtung an Ministerialdirigent Peckert verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich am 4./5. November 1983 in Indonesien auf.

gen folgen werden. Dem Besuch des Bundeskanzlers käme eine große Bedeutung zu und werde die gegenseitige Wertschätzung fördern.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich sehr herzlich für die großartige Aufnahme, die er, seine Frau³ und seine Delegation erfahren haben. Es sei sein aufrichtiger Wunsch gewesen, so rasch wie möglich nach der Regierungsübernahme⁴ nach Asien zu reisen.

Es bleibe für ihn unverständlich, daß er der erste Bundeskanzler sei, der Indonesien besuche. Seine Vorgänger hätten bereits nach Indonesien reisen sollen. Er selbst sei sehr gern in Indonesien. Man merke ihm dies sicherlich auch an. Er hoffe, daß die Zeiträume zwischen seinen Besuchen in Indonesien kleiner werden, wie er ebenso hoffe, den Präsidenten bald in der Bundesrepublik begrüßen zu können.

Präsident *Suharto* unterstrich noch einmal seine Freude über den Besuch des ersten Bundeskanzlers in Indonesien. Dieser Besuch erfülle ihn und das indonesische Volk mit Stolz. Er hoffe ebenso, daß es nicht bei diesem einzigen Besuch bleibe und der Bundeskanzler bald wiederkomme und dann länger bleiben könne, um auch andere Teile des Landes kennenzulernen.

Der Bundeskanzler habe ja Indonesien bereits vor elf Jahren zum ersten Mal kennengelernt.⁵ Damals sei es die Phase des Aufbaus Indonesiens gewesen. Der erste Fünfjahresplan sei gerade in Angriff genommen worden. In diesem Jahre befinde man sich im letzten Jahr des dritten Fünfjahresplanes. Im nächsten Jahr werde der vierte Fünfjahresplan in Kraft treten. Der letzte Fünfjahresplan sei jeweils die Grundlage des nächsten Fünfjahresplanes. Insgesamt habe Indonesien eine langfristige Planung mit fünf Fünfjahresplänen in Angriff genommen. Ziel sei sowohl die Industrialisierung wie die Entwicklung der Landwirtschaft. Nach Abschluß dieser Fünfjahrespläne hoffe er, daß Indonesien im Sinne seiner Staatsphilosophie eine wohlhabende und gerechte Staatsordnung erreicht haben werde. Er hoffe, dieses Ziel in dem sechsten Fünfjahresplan erreichen zu können. Deshalb seien der vierte und fünfte Fünfjahresplan sehr entscheidend.

Die Entwicklungspolitik Indonesiens gründe auf drei Prinzipien:

- nationale Stabilität,
- wirtschaftlicher Wohlstand und Entwicklung,
- soziale Gerechtigkeit, soziale Gesellschaftsordnung.

Diese drei Grundpfeiler der indonesischen Entwicklung seien voneinander nicht zu trennen, sondern im Gegenteil voneinander abhängig. Die nationale Stabilität umfasse die politische, wirtschaftliche, kulturelle, soziale und verteidigungspolitische Stabilität.

In der indonesischen Verfassung von 1945⁶ sei das Volk sehr souverän. Das Volk könne jedoch diese Souveränität natürlicherweise nicht selbst ausüben, sondern nur über Vertreter, die alle fünf Jahre gewählt werden. Der oberste Souverän

³ Hannelore Kohl.

⁴ Zum Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

⁵ Ministerpräsident Kohl hielt sich vom 4. bis 9. September 1972 in Indonesien auf.

⁶ Für den Wortlaut der Verfassung von Indonesien vom 18. August 1945 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, Bd. II, S. 442–448.

sei der Nationale Planungsrat, der den Präsidenten wähle. Der Präsident sei nur das Exekutivorgan des Nationalen Rates. Das Volk kontrolliere den Präsidenten über das Parlament, aus dessen Mitte sich der Nationale Rat zusammensetzt.

Haushaltsrechtlich gebe es noch weitere Kontrollorgane. Der Präsident werde darüber hinaus auch noch von anderen Organisationen beraten. In rechtlichen Fragen sei der Oberste Gerichtshof die letzte Instanz. Die konstitutionelle Stellung des Präsidenten sei die, daß das Parlament den Präsidenten nicht stürzen könne, aber der Präsident könne auch das Parlament seinerseits nicht auflösen.

Bei Meinungsverschiedenheiten könne ein Schlichtungsausschuß gebildet werden, der sich im wesentlichen aus Mitgliedern des Nationalen Rates zusammensetzt. Es gebe politische Parteien, darunter die Regierungspartei, die eine Art Beamtenpartei darstelle.

Die Armee übe eine doppelte Funktion aus, eine militärische wie eine zivile, das heißt soziale Funktion. Die Armee beteilige sich nicht an der Wahl, stelle aber die Hälfte der Abgeordneten im Parlament. Diese Verschmelzung der Aufgaben stelle sicher, daß das Militär nicht die Kontrolle der Macht übernehmen könne, wie z. B. in Lateinamerika. Dies sei so in der Verfassung wie in anderen entsprechenden Gesetzen festgelegt.

Der wirtschaftliche Aufbau Indonesiens stütze sich auf zwei Pfeiler, auf die Industrie wie auf die Landwirtschaft. In der Landwirtschaft ginge es darum, die Ernährung von 153 Millionen Einwohnern aus eigener Kraft sicherzustellen. Vor einigen Jahren habe die Einheitsgröße noch 10,5 Tonnen betragen, heute liege sie bei 23,5 Tonnen. Der Ertrag sei also um das Doppelte gesteigert worden. Dieses Resultat sei möglich gewesen aufgrund eines umfassenden Programms der verbesserten Düngung, von veredelten Samen usw. Die Produktion von Kunstdünger konnte von 150 000 Tonnen auf 500 000 Tonnen gesteigert werden. Sie sei aber immer noch nicht ausreichend. Viele Schwierigkeiten bestünden auch darin, daß die indonesischen Bauern nur über ein Minimum an Land verfügen. Daraus ergeben sich große strukturelle Probleme. Von den 25,5 Millionen Bauern verfügen nur 17 Millionen über eigenes Land. Der Rest seien Landarbeiter, die über weniger als 50 Quadratmeter Grund verfügen. 5 Millionen Bauern verfügen über Grund und Boden bis zu einer Größenordnung von einem halben Hektar. Die restlichen 6,5 Millionen Bauern verfügen über mehr Land. Die reinen Landarbeiter betragen 8 Millionen. Der dringendste Eigenbedarf für eine Familie sei eine Größenordnung von einem halben Hektar. Deshalb sei es das Ziel der Regierung, den Grund und Boden für solche Familien zu vergrößern, die über weniger verfügen. Die Regierung müsse deshalb viele Bauern zu Umsiedlungen zwingen, vor allem aus den dicht besiedelten Gebieten in Java.

Dieses Umsiedlungsprogramm sei äußerst wichtig, vor allem für das überbevölkerte Java. Diese Umsiedler sollen sich auf anderen Inseln niederlassen und dort Grund und Boden von etwa zwei Hektar erhalten. Insgesamt müssen 13 Millionen Bauern aus Java auf andere Inseln umgesiedelt werden, damit die restlichen Bauern auf Java mindestens einen halben Hektar Boden erhalten können.

Im vierten Fünfjahresplan sei die Umverteilung von Land für eine Million Bauern vorgesehen. Insgesamt werde man aber noch 65 Jahre für die Landumver-

teilung benötigen. Auch deswegen sei es wichtig, daß die entsprechende landwirtschaftliche Form für Plantagen in ausreichender Größenordnung gefunden werden könne, wie z.B. für die Gummiproduktion und andere Produktionen. Im Jahre 2000, wenn sich die Ernährungsfrage in der Welt dramatisch verschlechtert haben werde, werde Indonesien in der Lage sein, sich selbst zu versorgen und Lebensmittel zu exportieren.

Der *Bundeskanzler* fragte nach der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung in Indonesien bis zum Jahr 2000.

Präsident *Suharto* erwiderte, daß Indonesien im Jahre 2000 mit 220 Millionen Einwohnern rechne. Dies setze aber einen Erfolg in der Familienplanung voraus. Anderenfalls werde man 250 Millionen Menschen zu versorgen haben. Die Familienplanung entwickle sich sehr gut. Dies gelte sogar für die Landbevölkerung. Alle Glaubensgemeinschaften würden sich zur Familienplanung bekennen, so daß auch die Bauern dazu bereit seien. Die Familienpolitik habe einen großen Anklang gefunden. Indonesien wolle deshalb jetzt selbst Verhütungsmittel wie Pillen, Kondome usw. produzieren. Es gehöre zu den Ländern, bei denen die Familienplanung am besten funktioniere. Es sei sogar soweit, daß andere Länder nach Indonesien kämen, um von den Erfahrungen in Indonesien zu lernen, z.B. Bangladesch. Diesen Ländern ginge es vor allem darum zu lernen, wie man den Verwaltungsaufwand eingrenzen könne.

Was die Industrialisierung Indonesiens betreffe, sei dies vor allem ein technologisches Problem. Indonesien brauche technisches Wissen, um neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Der Mangel an Kapital und Technologie sei der Grund, warum Indonesien nach außen blicke und die Aufmerksamkeit z.B. auch der Bundesrepublik Deutschland brauche. Erfolge gebe es vor allem bei den Rohstoffen, wie z.B. bei Zinn, Aluminium, Stahl und Nickel. Auf diesen Gebieten führe Indonesien bereits Grundstoffe aus. Gewisse Erfolge gebe es auch bei der weiterverarbeitenden Industrie. Aufgrund der Weltmarktpreise mußte Indonesien jedoch bei den Grundstoffindustrien kürzer treten. In der Weiterverarbeitung müsse Indonesien sehr umständliche Wege gehen: Es müsse ausführen, wieder einführen und dann die Produkte erneut ausführen. Besonders bedauerlich sei das bei der Herstellung von Plastik und in der Textilindustrie. Indonesien sei in der Lage, Kunstfasern herzustellen, aber die Investitionen seien so groß, daß Indonesien sie nicht leisten könne.

Im vierten Fünfjahresplan sei beabsichtigt, in kleinem Maßstab die Maschinenproduktion anlaufen zu lassen. Dann werde man die gewisse Aussicht haben, im Rahmen des sechsten Fünfjahresplanes eine gerechte Wohlfahrtsgesellschaft erreichen zu können. In diesem Zusammenhang müsse man die Bemühungen Indonesiens verstehen, die nationale Widerstandskraft zu erhalten. Sie habe also politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte und solle alle Bedrohungen von außen abwehren. Nationale Sicherheit Indonesiens müsse man im Zusammenhang mit den Grundsätzen der ASEAN-Staaten sehen, deren Ziel es sei, eine freie und unabhängige Friedenszone zu errichten.⁷ Was für das eine

⁷ Referat 222 notierte am 17. Oktober 1983: „1) 1971 verabschiedeten die Vereinten Nationen auf Initiative der Ungebundenen die Resolution 2832, die anstrebt, den Indischen Ozean als Friedenszone zu gestalten. 2) 1972 setzten die Vereinten Nationen den Ad-hoc-Ausschuß ‚FZIO‘ mit zunächst 15 Mitgliedern ein. Auf Einladung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen wurde der

Mitgliedsland gelte, gelte für alle. Man habe deshalb gegenseitige Hilfe vereinbart, um die nationale Widerstandskraft zu erhalten und sich gegenseitig zu unterstützen. Die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung erfolge nach den Prinzipien der gegenseitigen Achtung und Nichteinmischung und der Zusammenarbeit. Auf dieser Grundlage der gegenseitigen Hilfe wolle man auch das Kambodscha-Problem lösen.

Die ASEAN-Staaten haben nicht den Wunsch, sich in die inneren Angelegenheiten Kambodschas einzumischen. Dennoch liege es ihnen daran, daß das Volk von Kambodscha selbst über sein Schicksal bestimmen könne. Deshalb müsse jede Fremdeinmischung von außen aufhören. Dies gelte auch für Vietnam. Er erkenne nicht, daß es natürlich unterschiedliche Formen der Einmischung gebe. Vietnam sehe sich als ein Land mit offenen Grenzen, das bedroht und dessen Sicherheit gefährdet sei. Vietnam sei jedoch grundsätzlich nicht zu einer Lösung im Sinne der Vorstellung der Vereinten Nationen bereit. Deshalb wollten die ASEAN-Staaten eigene Initiativen ergreifen, um eine Lösung für den Kambodscha-Konflikt zu finden. In der kommenden Woche werden die Außenminister der ASEAN-Staaten zusammentreffen, um dieses Problem zu besprechen.⁸

Der Bundeskanzler bedankte sich für den umfassenden und instruktiven Bericht des Präsidenten. Dieser sei für ihn von größtem Interesse gewesen. Er begrüße vor allem die Politik Indonesiens im Rahmen der ASEAN-Staaten. In der Welt von morgen könnten einzelne Staaten immer weniger bewegen. Diese bittere Lektion sei auch eine Erfahrung der europäischen Geschichte. Der Kanzler verwies dabei auf die Erfahrungen im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen. Im Jahre 2000 dürfe es jedoch nicht nur Weltmächte geben wie die Sowjetunion, die USA, China. Hinzu kommen müßten Europa und die ASEAN-Staaten, die mit einer Stimme sprechen müßten. Deshalb unterstütze er leidenschaftlich den Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den ASEAN-Staaten. Indonesien könne dabei immer auf die deutsche Unterstützung rechnen. Dies gelte auch für die Kambodscha-Frage.

Der Bundeskanzler gab seiner Freude Ausdruck, daß der Bundespräsident beabsichtige, im Frühjahr nach Indonesien zu reisen.⁹ Dies sei eine erneute Demonstration der Freundschaft zwischen beiden Ländern und ein Beweis für die Intensivierung der Beziehungen. Er sehe eine große Perspektive für die Zu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1638

Ausschuß 1980 um nahezu alle Anrainer, die maritimen Hauptnutzer des Indischen Ozeans, und die ständigen Sicherheitsratsmitglieder auf 47 Staaten erweitert. 3) Hauptanliegen des Ad-hoc-Ausschusses ist die Vorbereitung einer Konferenz in Colombo zur Implementierung des FZIO-Konzepts.“ Vgl. Referat 340, Bd. 141068.

⁸ Das außerordentliche Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 7. November 1983 in Jakarta statt. Botschaftsrat I. Klasse Siemes, Jakarta, berichtete am 10. November 1983, daß in Anknüpfung an einen bereits im September in der VN-Generalversammlung in New York eingebrachten „Appeal for Kampuchea Independence“ weitere Vorschläge erörtert worden seien: „Indonesische Seite denkt an partiellen Rückzug vietnamesischer Truppen aus bestimmten an Thailand angrenzenden Gebieten in Kambodscha, die anschließend von ausländischen Peace Keeping Observers (nicht Truppen) – gegebenenfalls unter vietnamesischer Teilnahme! – besetzt werden sollen. Letztere sollen für Sicherheit, Einsetzung lokaler autochtoner Verwaltungen sorgen und Nachrücken von Son-Sann-, Sihanouk- und Khmer-Rouge-Verbänden verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1050; Referat 340, Bd. 127387.

⁹ Bundespräsident Carstens besuchte Indonesien vom 25. bis 29. Februar 1984.

kunft Indonesiens. Er sei beeindruckt, mit welchen seriösen Schritten Indonesien in die Zukunft schreite. Die Bundesregierung sei bereit, zum gegenseitigen Vorteil Hilfe zu leisten.

Aus seiner Sicht müßten die privaten Investitionen von deutschen Unternehmen in Indonesien verbessert werden. Es sollte gemeinsam überlegt werden, welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollten. Die Bundesrepublik habe dabei keine Scheu vor Konkurrenz, sei es japanische oder amerikanische. In diesem Zusammenhang wolle er beispielsweise die Frage des Airbus ansprechen.¹⁰ Die Bundesregierung stehe in dieser Frage vor einer wichtigen Entscheidung. Sie sei zur Zeit dabei, die nationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Dennoch müsse er jetzt die Entscheidungen treffen, ob er im Rahmen der Kooperation mit Staaten wie Frankreich und Italien den Airbus subventionieren solle oder nicht.¹¹ Die Entwicklung des Airbus kostet viel Geld, er müsse sich deshalb fragen, warum er die Produktion des Airbus weiter verfolgen solle. Er sei aber entschieden dafür. Wenn die Bundesrepublik aus der Produktion aussteige, werde es Frankreich alleine versuchen, es jedoch nicht schaffen. 1995 könnte dann die Situation eintreten, daß es nur noch in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion eine Flugzeugindustrie gebe. Vielleicht sei Japan noch als Untermieter bei den Vereinigten Staaten tätig. Dies wäre keine gute Entwicklung, auch nicht für die Bundesrepublik. Er sei sicher, daß die Bundesrepublik keine Flugzeuge in der Sowjetunion kaufen würde. Die einzige Alternative blieben die USA, die dann die Preise bestimmen könnten. Dies könne weder im deutschen noch im Interesse Indonesiens liegen. Auch für Indonesien bleibe es wichtig, daß sie zwischen Konkurrenten auswählen könnte. Das geplante Flugzeug A-320 sei ein sehr gutes Flugzeug. Die Fachleute hätten ihm erklärt, daß es sich auch für Indonesien sehr gut eignen würde. Er bitte deshalb den Präsidenten, das Airbus-Projekt sorgfältig zu prüfen. Die Bundesregierung sei bereit, ihrerseits bei Erstkäufen die Frage der Unterstützung sehr wohlwollend zu prüfen. Dies gelte auch für den Bereich der Technologie. Es freue ihn, daß die Entwicklung in Indonesien in diesem Bereich positiv voranschreite. Die Bundesregierung sei bereit, intensiver mitzuhelfen. Der Forschungsminister Indonesiens¹² sei ja bekannterweise ein hervorragender Experte. Die Bundesregierung sei gerne bereit, die Kooperation zwischen beiden Forschungsministern zu intensivieren. Sein Kollege Dr. Schwarz-Schilling sei ja gerade hier gewesen.¹³ Er schlage vor, daß der Forschungsminister Dr. Rie-

¹⁰ Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 11. Oktober 1983: „Die indonesische Fluggesellschaft Garuda wird von Airbus Industries als wichtiger weiterer Erstkunde für die A-320 betrachtet, wobei eine positive Entscheidung im 4. Quartal 1983 möglich sein soll. Im Gespräch sind 30 Flugzeuge A-320, die dann die bereits vorhandenen neun Flugzeuge A-300 ergänzen würden. Die Bestellung von Garuda wäre nicht nur ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zum Programmstart in einer schwierigen Situation der europäischen Luftfahrtindustrie, sondern auch eine wichtige Absicherung der Airbus-Position auf dem stark umkämpften südostasiatischen Markt.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160437.

¹¹ Zur Weiterentwicklung des „Airbus“ vgl. Dok. 145, Anm. 23, und Dok. 148, besonders Anm. 31.

¹² Bacharuddin Jusuf Habibie.

¹³ Bundesminister Schwarz-Schilling hielt sich vom 11. bis 16. Oktober 1983 in Indonesien auf. Dabei unterzeichnete er ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit der Deutschen Bundespost und der indonesischen Fernmeldeverwaltung, insbesondere auf dem Gebiet der digitalen Vermittlungstechnik, und führte Gespräche über die Erweiterung des indonesischen Satellitennetzes unter Verwendung eines deutsch-französischen TV-Satelliten. Weitere Themen waren eine mög-

senhuber ebenfalls bald nach Indonesien kommen soll. Dieser sei von Beruf ein Chemiker und ein sehr qualifizierter Minister. Er sei bereit, vieles zu tun, um die Beziehungen zu intensivieren.¹⁴

Der Bundeskanzler verwies noch einmal auf seine Tischrede beim gemeinsamen Essen.¹⁵ Dort habe er darauf hingewiesen, daß die deutsch-indonesischen Beziehungen mit einem sehr alten Baum zu vergleichen seien, dessen Wurzeln sehr tief gingen. In diesem Zusammenhang bitte er darum, daß auch in Zukunft der Unterricht in der deutschen Sprache weiterhin wohlwollend gefördert werde.

Im Anschluß daran gab der Bundeskanzler einen Bericht über die innere und äußere Lage der Bundesrepublik Deutschland. In der Bundesrepublik habe man in den letzten Jahren über die Verhältnisse gelebt. Es sei mehr Geld ausgegeben als eingenommen worden. Er müsse dies jetzt wieder in Ordnung bringen. Den Bürgern in der Bundesrepublik sei über Jahre gesagt worden, sie könnten besser leben, aber weniger arbeiten. Diese Rechnung könne nicht aufgehen. Jetzt sei eine neue Kraftanstrengung erforderlich. Er sei jedoch optimistisch, daß die Probleme gemeistert werden können. Die Wirtschaft laufe langsam wieder an. Die Binnenkonjunktur entwickle sich sehr positiv. Probleme gebe es jedoch noch beim Export. Die Auswirkungen der amerikanischen Haushaltspolitik wie der hohen amerikanischen Zinsen seien in der Bundesrepublik Deutschland deutlich spürbar. Angesichts der bevorstehenden Wahlen in den USA¹⁶ werde sich jedoch an der amerikanischen Haushaltspolitik wenig ändern. Solange bleibe die Lage auch für die Bundesrepublik schwierig. Dennoch sei man auf einem guten Weg.

Der Bundeskanzler wies auf die gefährliche Situation in der Außen- und Sicherheitspolitik hin. In Europa habe es eine Phase von über zehn Jahren gegeben, in der die Diskussion über die Entspannung und Abrüstung im Vordergrund gestanden hätte. Dies habe große psychologische Auswirkungen gehabt. Den Bürgern wurde der Eindruck vermittelt, daß sich die Kommunisten verändert hätten und ihre Aggressivität abgelegt haben. Diese Politik sei von den Amerikanern unterstützt worden. Während die Sowjetunion unvermindert aufgerüstet habe, insbesondere im Bereich ihrer nuklearen Mittelstreckenraketen SS-20, sei die NATO auf der Stelle getreten. Erst 1979 sei die NATO zu der Entscheidung gekommen, daß die Entwicklung nicht so weitergehen könne, und habe deshalb den Doppelbeschluß gefaßt. Dieser Doppelbeschluß erklärt die Bereitschaft der NATO zu Verhandlungen. Sollte es jedoch keine Ergebnisse geben, sollen die amerikanischen Mittelstreckenraketen stationiert werden. In den letzten zwölf Monaten sei intensiv in Genf verhandelt worden. Er wisse das, denn die Zusammenarbeit zwischen¹⁷ den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesregierung sei sehr eng. Die amerikanische Regierung habe eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die jedoch keine positive Reaktion der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1640

liche Anschaffung von Flugzeugen des Typs „Airbus A-320“ durch Indonesien und der indonesische Wunsch nach Erhöhung der Kreditmittel. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters Matthias, Jakarta, vom 25. Oktober 1983; Referat 340, Bd. 127193.

¹⁴ Bundesminister Riesenhuber hielt sich vom 19. bis 24. August 1984 in Indonesien auf.

¹⁵ Für den Wortlaut der Tischrede am 4. November 1983 in Jakarta vgl. BULLETIN 1983, S. 1118–1120.

¹⁶ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁷ Korrigiert aus: „mit“.

Sowjetunion bewirkt hätten. Der große Vorteil sei die Einigkeit im Westen, insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien, den Benelux-Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Ihr gemeinsames Ziel sei es, das Gleichgewicht wieder herzustellen auf einer möglichst niedrigen Stufe. Er könne heute feststellen, daß die Einigkeit im Bündnis gewachsen sei. Jetzt gebe es noch 14 Tage Zeit, um in Genf ein Ergebnis zu erreichen. Wenn kein Wunder geschehe, werde die Stationierung ab 23. November wie zugesagt beginnen.

Die Sowjetunion habe versucht, auf den Westen und insbesondere auf die Bundesrepublik Druck auszuüben. Sie habe sogar Erpressungen versucht, z. B. unter Bezugnahme auf die Probleme der Teilung Deutschlands. 17 Millionen Deutsche leben in der DDR. Berlin sei geteilt. Er habe jedoch bei seinem Besuch in Moskau im Juli dem Generalsekretär Andropow gesagt, daß er nicht erpreßbar sei.¹⁸ Die Bundesregierung wolle die Beziehungen zu ihren mächtigsten Nachbarn im Osten, aber nicht um jeden Preis.

Die Deutschen wollten ihren Weg selbst bestimmen. Frieden schließe für die Deutschen Freiheit ein.

Was die Lage der Sowjetunion betreffe, so schätze er sie sehr kritisch ein. Die Sowjetunion sei militärisch so stark wie noch nie, gleichzeitig aber ideologisch so schwach wie nie zuvor. Die sowjetische Führung verfolge die klassische russische imperiale Politik mit ihren herkömmlichen Zielen: Zugang zum Mittelmeer; Verschiebung der Westgrenze möglichst weit nach dem Westen. In dieser Beziehung gäbe es eine direkte Linie von den Zaren seit Peter dem Großen bis zum heutigen Politbüro.

Er sei davon überzeugt, daß die Sowjetunion keinen Krieg wolle. Die sowjetischen Führer seien keine Abenteurer, wie es Hitler gewesen sei. Sie seien kalt rechnende Persönlichkeiten und glücklicherweise keine jungen Leute. Sie alle hätten Stalin überlebt und wüßten, daß ein Krieg in Europa den dritten Weltkrieg auslösen würde. Das Ergebnis wäre die Apokalypse, bei der es keine Sieger geben werde.

Der Bundeskanzler erläuterte die Motive der sowjetischen Rüstung. Moskau hätte eine ungeheure Militärmaschine aufgebaut, die zu Teilen mitten in Deutschland stünde. Die erste russische Panzerdivision befände sich nur vier Stunden von seinem Schreibtisch entfernt. Diese Militärmaschine diene der sowjetischen Führung dazu, mit der Faust drohen zu können, um Angst zu erzeugen. Westeuropa soll politisch willfährig gemacht werden, weil es wesentlich schwächer sei. Dies sei das klare Ziel der sowjetischen Strategie. Nur in diesem Zusammenhang gebe die sowjetische Aufrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen Sinn. Für die reinen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion hätte das bisherige nukleare Raketenpotential völlig ausgereicht. Dennoch habe die Sowjetunion weitergerüstet. Und in der Tat habe die sowjetische Führung mit dieser Strategie Wirkung erzielt. Die Demonstrationen in den westeuropäischen Ländern seien eine Folge der Angst, die die Sowjetunion bewirkt habe. Die meisten Demonstranten seien keine Kommunisten. Die Lage könne

¹⁸ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf und sprach am 5. Juli 1983 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow. Vgl. dazu Dok. 200 und Dok. 204.

mit der Situation in Europa im Jahr 1938 anlässlich der Münchener Konferenz¹⁹ verglichen werden. Wie jeder weiß, hat auch diese Konferenz den Krieg nicht verhindern können. Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal sein Interesse an Abrüstung und Rüstungskontrolle. Abrüstung könne jedoch nicht aufgrund von Angstgefühlen erfolgen. Der Bundeskanzler gab einen Überblick über die Desorientierungskampagne der Sowjetunion zur Unterstützung der Friedensbewegung. Viele Demonstranten wüßten nicht, daß sie als nützliche Idioten mißbraucht würden.

Er wolle jedoch klarstellen, daß die Bundesregierung ihren Weg fortsetzen werde. Sie werde dies nicht in lauter Weise tun, da sie nicht raketensüchtig sei. Der Bundeskanzler verwies auf seine persönlichen Erfahrungen und auf die seiner Familie im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Er wisse, was Krieg und Elend bedeute. Aber Angst sei im privaten wie im öffentlichen Leben ein schlechter Ratgeber.

Der Westen sei jedoch auf einem guten Wege, erklärte der Bundeskanzler. Die Sowjetunion befinde sich ideologisch völlig auf dem Rückzug. In diesem Zusammenhang schilderte der Bundeskanzler die Entwicklung in Polen. Obwohl es in Polen seit 1945 ein kommunistisches Regime gebe, sei 1981 eine Militärdiktatur eingeführt worden.²⁰ Die Polnische Kommunistische Partei existiere mehr auf dem Papier als in der Wirklichkeit. Ihr seien fast alle Arbeiter, Schüler und Studenten weggelaufen. Der Besuch des Papstes²¹ habe mehr als eine Million Jugendliche auf die Beine gebracht. Niemand hätte das für möglich gehalten. Darin spiegele sich die eigentliche Katastrophe der Kommunisten. Dennoch dürfe man diese Ereignisse nicht überbewerten. Die Kommunisten verfügten nach wie vor über die Macht und über die Bajonette. Aber bereits Talleyrand habe gesagt, daß man auf Bajonetten nicht sitzen könne. Die Ereignisse in Polen wirkten sich auf ganz Europa aus, vor allem auch auf die kommunistischen Parteien in den lateineuropäischen Ländern. In der Bundesrepublik Deutschland stelle die kommunistische Ideologie kein Problem dar. Die Deutsche Kommunistische Partei verfüge über 60 000 Mitglieder und habe bei der letzten Bundestagswahl am 6. März nur 0,2 % der Wähler gewinnen können. Die Deutschen seien durch die gegebenen Verhältnisse immun. Das zentrale Problem der Deutschen bleibe die Teilung ihres Landes. Bei seinem Besuch im Juli habe er dem Generalsekretär Andropow erklärt, daß er bereit sei, über alles zu reden, aber die Deutschen werden nicht auf ihre nationale Einheit verzichten. Er habe aber ebenso hinzugefügt, daß er die Realitäten kenne und die Einheit eine Perspektive in langen Zeiträumen darstelle. Er hätte ebenso hinzugefügt, daß für die Deutschen Gewalt kein Mittel ihrer Politik sein könne. Sie werden aber nicht nachlassen, mit friedlichen Mitteln ihre Einheit anzustreben. In diesem Zusammenhang hätte er den Generalsekretär Andropow gefragt, wie denn die Russen handeln würden, wäre Moskau geteilt. Die Mauer

¹⁹ Am 29. September 1938 schlossen Premierminister Chamberlain, Ministerpräsident Daladier, Reichskanzler Hitler und Regierungschef Mussolini in München ein Abkommen über die Modalitäten der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete durch die Tschechoslowakei an Deutschland. Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

²⁰ Zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 9, Anm. 54.

²¹ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

mitten in Deutschland trenne nicht nur das Volk, sondern viele Familien. Diese Situation sei unmenschlich. Was würde in einem solchen Falle ein russischer Patriot tun? Dies habe er Andropow gefragt. Dieser habe darauf jedoch nicht geantwortet. Aber die Deutschen würden auch in Zukunft darüber sprechen, vor allem auch mit ihren Freunden, damit niemand den Fehler begeht zu glauben, die Deutschen hätten sich an die Teilung gewöhnt.

Präsident *Suharto* bedankte sich herzlich für die interessanten Ausführungen des Bundeskanzlers. Was der Bundeskanzler über die bilateralen Beziehungen gesagt habe, teile er in vollem Umfang. Dies gelte im besonderen für die Intensivierung der wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen. Im Bereich der technologischen Zusammenarbeit sei die Zusammenarbeit sehr wertvoll. Viele indonesische Studenten studierten in der Bundesrepublik. Er begrüße es sehr, wenn der Ministeraustausch, den der Bundeskanzler vorgeschlagen habe, erfolgen könnte. Dies könne sehr bald vereinbart werden, erwiderte der *Bundeskanzler*.

Präsident *Suharto* unterstrich die bedeutende Rolle, die die Luftfahrtindustrie für Indonesien spiele. Aufgrund tausender von Inseln stellen sich für Indonesien große Verkehrsprobleme. Indonesien wolle sich deshalb auf kleinere Flugzeuge konzentrieren, um den Verkehr zwischen den Inseln aufrechterhalten zu können. Die Entscheidung für größere Flugzeuge wolle man zurückstellen, bis die wirtschaftliche Lage einen Ankauf ermöglicht. Er habe an eine Koproduktion mit der DC-9 und dem Airbus gedacht. Dabei stünde die Boeing 767 in Konkurrenz mit dem Airbus. Sollte es möglich sein, daß einzelne Teile der Flugzeuge in Indonesien produziert werden könnten, wäre dies für Indonesien ein besonderer Anreiz, sich für den Airbus zu entscheiden. Hier könnte sich ein vielseitiger Vorteil ergeben, weil die Herstellungskosten in Indonesien viel billiger wären als in Europa. Der *Bundeskanzler* sicherte eine Prüfung dieser Frage zu.

Präsident *Suharto* erklärte, daß er es für nützlich halten würde, wenn deutsche Experten nach Indonesien kämen und sich selbst über die indonesischen Fähigkeiten überzeugen könnten. Sie würden dabei vielfach auf ihre eigene Technik stoßen, die Minister Habibie nach Indonesien eingeführt habe.

Der *Bundeskanzler* sicherte zu, dies zu veranlassen.

Präsident *Suharto* unterstrich noch einmal, daß er, was die Investitionen betreffe, noch nicht zufrieden sei. Die Amerikaner und Japaner seien den Deutschen reichlich überlegen. Es sei für ihn erfreulich, daß Mercedes jetzt in Indonesien investieren wolle. Besonders wichtig für ihn seien die Kapitalinvestitionen, weil sie Arbeitsplätze schaffen. Er würde es begrüßen, wenn die Bundesregierung ihre Entwicklungshilfe von 130 Millionen beibehalten könnte.

Der Präsident verwies darauf, daß einige Industrieprojekte in der Planung seien, auf die Indonesien sehr angewiesen sei. Es handele sich dabei hauptsächlich um den Bereich der Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Die Energieversorgung in Indonesien könne nur über Generatoren erfolgen. Er würde es begrüßen, wenn darüber hinaus die Handelsbeziehungen belebt werden könnten. In diesem Zusammenhang verwies Präsident *Suharto* auf das große Ungleichgewicht in der Handelsbilanz von hundert Millionen Export gegenüber einer Milliarde Import. Es wäre wünschenswert, wenn die Bundesrepublik Deutsch-

land mehr importieren könnte. Viele Exporte könnten über den Weg der Exportfinanzierung ermöglicht werden. Er glaube, daß bei bestimmten Gütern die Bundesrepublik noch größere Möglichkeiten für Importe zur Verfügung hätte. Eine gute Position im Export nähmen die Kokosprodukte und Zinn ein, während andere bei der Nullposition lägen. Der Anteil der Textilien im Export läge bei 0,2 %. Aber gerade der Export dieser Güter käme unmittelbar dem Volk zugute, das diese Güter produzieren würde.

Präsident Suharto unterstrich das außerordentliche Interesse Indonesiens an einer Ratifizierung des Übereinkommens zum Seerecht.²² Dies sei für Indonesien ein besonderes Anliegen, was sich von selbst verstünde. In das Seerecht sollte die Konzeption des Archipel-Staates Eingang finden.

Präsident Suharto leitete auf das Thema des Nord-Süd-Dialoges über. Er erklärte, daß das Prinzip stabiler Märkte für Indonesien von großer Bedeutung sei. Er gebe jedoch zu, daß die bestehenden Fonds das Problem allein nicht auffangen könnten. Diese Fonds müßten aufgestockt werden. Indonesien zähle nicht mehr zu den ärmsten Ländern und habe deshalb Ansprüche von früher verloren. Dies sei der entscheidende Grund, warum Indonesien an einer Aufstockung dieser Fonds interessiert sei. Die USA hätten jedoch der Entscheidung der IDA vom 16. Mai noch immer nicht zugestimmt.²³

Der Bundeskanzler erklärte, daß die Bundesregierung in diesem Sinne auf die amerikanischen Freunde einzuwirken versuche.

Präsident Suharto bedankte sich dafür. Für ihn sei die Lage der ärmsten Länder sehr verständlich, weil Indonesien einst dazugehört habe.

Präsident Suharto leitete auf das Thema der Ost-West-Beziehungen über. Er erklärte, daß aus seiner Sicht die kommunistische Ideologie nicht imstande gewesen sei nachzuweisen, daß sie den Wohlstand der Völker sicherstellen könne. Als Beispiel dafür sei die Entwicklung in Polen besonders wichtig. Der Kommunismus konnte nicht halten, was er versprochen hatte. Dies sei eine wichtige Lehre, vor allem für solche Staaten, die für den Kommunismus noch anfällig seien. In Indonesien sei die Überzeugung verbreitet, daß die Kommunisten nur Unheil verbreiten. Indonesien habe in diesem Zusammenhang einige historische Erfahrungen hinter sich. In Indonesien richten sich jetzt alle Hoffnungen auf die Prinzipien von Pantja Sila²⁴, wie weit sie dazu beitragen könnten, die Erwartungen zu erfüllen. Dies sei eine Herausforderung an die indonesische Regierung. Sie müsse beweisen, daß Pantja Sila geeignet sei, die Hoffnungen und Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Sollte die Regierung versagen, würde

²² Zur Frage einer Unterzeichnung des VN-Seerechtsübereinkommens vom 10. Dezember 1982 durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 323, besonders Anm. 15.

²³ Zur amerikanischen Haltung hinsichtlich der Finanzierung der Investitionsprogramme der International Development Agency (IDA) vgl. Dok. 133, Anm. 36.

²⁴ Durchgehend korrigiert aus: „Panthesilea“.

Der Vorsitzende des Komitees zur Vorbereitung der Unabhängigkeit Indonesiens, Sukarno, legte erstmals in einer Rede am 1. Juni 1945 vor dem Vorbereitungsausschuß für die indonesische Unabhängigkeit die fünf Prinzipien („Pantja Sila“) dar, welche die Grundlage eines indonesischen Staates bilden sollten: Nationalismus, Glaube an Gott, Humanismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Nach der Unabhängigkeit Indonesiens am 17. August 1945 fanden die Prinzipien auch Eingang in die Präambel der Verfassung vom 18. August 1945. Für den Wortlaut der Rede von Sukarno vgl. SOUTHEAST ASIA DOCUMENTS, S. 174–182.

damit der kommunistischen Beeinflussung Tür und Tor geöffnet. Deshalb unternehme seine Regierung alle Anstrengungen im eigenen Land und in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Er wolle deshalb für alle Hilfe, die die Bundesrepublik geleistet habe und noch leisten werde, danken. Sein Ziel sei es, die Beziehungen noch enger zu gestalten und zu vertiefen. Er freue sich deshalb auf den Besuch von Präsident Carstens, der die Möglichkeit gebe, den Gedankenaustausch fortzuführen.

Der *Bundeskanzler* schlug dem Präsidenten vor, einen sehr engen persönlichen Kontakt aufrechtzuerhalten. Dies könnte über den Austausch persönlicher Schreiben oder von Beauftragten erfolgen. Die internationale Entwicklung habe einen kritischen Punkt erreicht. Deshalb sei die persönliche Sympathie der Verantwortlichen besonders wichtig, um sich gegenseitig besser verstehen zu können. Präsident *Suharto* erwiderte, daß er dies alles voll unterstreichen könne.

VS-Band 14123 (010)

329

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidentin Gandhi in Neu Delhi

VS-vertraulich

6. November 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit der Ministerpräsidentin von Indien, Indira Gandhi, am 6. November 1983, 10.45 bis 12.30 Uhr, in Delhi²

Teilnehmer: Ministerialdirektor Horst Teltschik, Dolmetscher Heinz Weber, ein Mitarbeiter von Frau Gandhi.

Frau *Gandhi* hieß den Bundeskanzler herzlich willkommen. Sie sei sehr glücklich, daß dieser kurze Zwischenaufenthalt³ möglich gewesen sei.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die herzliche Begrüßung. Der kurze Aufenthalt in Delhi ersetze keinen offiziellen Besuch, biete jedoch die Möglichkeit für ein sehr offenes Gespräch.

Es sei seine erklärte Absicht gewesen, in seinem ersten Regierungsjahr aus prinzipiellen Gründen nach Asien zu reisen. Er trete zwar leidenschaftlich für

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 27. Dezember 1983 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 29. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 2. Januar 1984 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich am 5./6. November 1983 in Indien auf.

³ Vor seinem Besuch in Indien hielt sich Bundeskanzler Kohl vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Japan und am 4./5. November 1983 in Indonesien auf. Vgl. dazu Dok. 322, Dok. 323 und Dok. 328.

die europäische Einigung ein, stelle aber immer wieder fest, daß sich daraus neben den vielen Vorteilen auch einige wesentliche Nachteile ergeben. Die Mehrheit der europäischen Mitgliedsländer zeige aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit ein besonders starkes Interesse an Afrika. Dies sei aus deutscher Sicht ein Fehler. Asien sei geographisch zwar weiter entfernt, stünde uns Deutschen aber näher und sei weltpolitisch wichtiger. Es sei deshalb bedauerlich, daß seit Bundeskanzler Kiesinger⁴ nie wieder ein Bundeskanzler in Indien gewesen sei. In Jakarta sei vor ihm überhaupt noch nie ein Bundeskanzler gewesen. Mit seinem Zwischenaufenthalt in Delhi wollte er seinen Respekt gegenüber Indien bekunden. Besonders wichtig sei es ihm gewesen, Frau Gandhi persönlich kennenzulernen. Wenn man sich persönlich kenne, sei es auch leichter, Briefe zu wechseln. Sein Aufenthalt sei deshalb auch nur als ein kurzer Antrittsbesuch zu betrachten, dem der eigentliche offizielle Besuch noch folgen werde. Er hoffe, daß er Frau Gandhi auch bald in der Bundesrepublik Deutschland begrüßen könne. Es wäre ihm ein besonderes Vergnügen, Frau Gandhi als Ehrengast auf der Hannover-Messe⁵ begrüßen zu können. Die Hannover-Messe sei eine der größten Industriemessen der Welt und wäre für Frau Gandhi sicherlich außerordentlich interessant.

Frau *Gandhi* leitete auf die internationale Politik über. Indien sei von Anfang an mit einer schwierigen Situation konfrontiert gewesen. Enorme Anstrengungen hätten unternommen werden müssen, um das Land zu entwickeln. Indien wollte dabei dem sozialistischen Pfad folgen. Dies hätte sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Europa Mißverständnisse verursacht. Sie wolle aber daran erinnern, daß in Indien nach dem Abzug der Briten eine unvorstellbare Not und Armut geherrscht habe. Verschiedene Gemeinschaften seien gegeneinander ausgespielt worden. Die erste Aufgabe sei es gewesen, die Einheit des Landes zu sichern, die Freiheit zu erhalten und das Land zu stärken. Gleichzeitig sollten alle Schwächen beseitigt werden, die Indien zu Boden drückten. Die Hauptrichtung, die man dabei einschlug, war die sozialistische Politik. Sie selbst habe keine Definition für den Begriff Sozialismus. Es sei aber nicht das Ziel Indiens gewesen, irgendein sozialistisches System nachzuahmen. Man sei aber davon überzeugt gewesen, daß eine wirtschaftliche Erholung nur möglich sein würde, wenn die Lage der armen Bevölkerung verbessert werde.

Sie wolle daran erinnern, daß sich in den Industrieländern das politische Bewußtsein erst nach der Industrialisierung entwickelt habe. In Indien sei dies genau umgekehrt gewesen: Das politische Bewußtsein sei vorhanden gewesen, obwohl es keine Industrie gegeben habe. Aber eine Philosophie allein helfe nicht, die Armut zu beseitigen. Andererseits wolle Indien keine Politik verfolgen, die zu einer geistigen Entwurzelung führe. Sie sei sehr beeindruckt gewesen über einige Interviews des Bundeskanzlers, die Aufgeschlossenheit gegenüber solchen geistigen Wurzeln eines Volkes gezeigt hätten.

Indien sei ein zu großes Land, um nur auf die Hilfe von außen angewiesen sein zu können. Der Zusammenbruch Indiens habe dazu geführt, daß sofort zwei bis drei andere Länder zur Hilfe bereit gewesen seien. Dies habe die Entwicklung

⁴ Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 20. bis 22. November 1967 in Indien auf. Vgl. dazu AAPD 1967, III, Dok. 399.

⁵ Die Hannover-Messe fand vom 4. bis 11. April 1984 statt.

Indiens gestützt. Das Ziel sei es aber gewesen, sich möglichst bald auf sich selbst zu verlassen. Das sei auch der Grund dafür gewesen, daß Indien sich für die Demokratie entschlossen habe. Die Mitwirkung der Bürger sei notwendig für die Entwicklung eines sozialen und wirtschaftlichen Systems.

Indien wolle keine säkulare Politik im Sinne des Wörterbuches verfolgen. Eine solche Politik schließe die Religion aus. In Indien gelte: gleicher Respekt für alle Religionen. Die Menschen in Indien seien alle tief religiös. Als der Papst in Indien weilte⁶, wollten ihn alle Leute sehen. Der Papst sei darüber sehr erstaunt gewesen. Aber es sei in Indien durchaus üblich, daß z.B. die Hindus und die Schiiten gegenseitig ihre Camps besuchten.

Eine bedrohliche Situation ergebe sich für Indien durch den Fundamentalismus. Diese Bewegung werde durch Gelder von den Golf-Ländern unterstützt und diene vor allem der Stärkung der orthodoxen Kräfte gegen die Reformkräfte. Die Orthodoxen fürchten, daß die Modernisierung des Landes dazu führe, die überlieferten Werte zu schwächen. Mit welchen Problemen sie als Regierungschefin in Indien konfrontiert sei, könne man an dem Beispiel sehen, daß man für die Hindus ein Gesetz erlassen habe, das sie zu Monogamie verpflichtete. Es sei jedoch nicht möglich gewesen, ein gleiches Gesetz für die Moslems zu verabschieden. Dies wiederum habe dazu geführt, daß sich die Hindus ungleich behandelt sehen und darüber verärgert seien.

Indien habe die internationale Hilfe gut genutzt. Besucher stellten immer wieder die wesentlichen Veränderungen in der Entwicklung des Landes fest, insbesondere in der Medizin, Wissenschaft und Technologie. Ein schwieriges Problem sei es, die Modernisierung des Landes und die Entwicklung der Demokratie in Einklang zu halten. Hinzu komme die enorme Bevölkerungsexplosion. Jeder wisse, daß mit der Entwicklung des Landes die Ansprüche wachsen. Je ärmer die Menschen seien, desto größer sei der soziale Friede.

Der *Bundeskanzler* verwies auf vergleichbare Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Ansprüche seien immer stärker gewachsen. Mehr Freizeit beispielsweise bedeute mehr Freiheit, mit der viele Menschen jedoch nicht umgehen könnten. Dennoch gebe es in der Bundesrepublik Deutschland die Diskussion um die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Frau *Gandhi* erklärte, daß die Neureichen das schwierigste Bevölkerungspotential darstellten. Ihre Kinder neigen zur Kriminalität, der Terrorismus nehme zu, vor allem der individuelle Terrorismus.

Die Fortschritte in der Entwicklung Indiens seien von der Weltbank wie von Präsident Reagan anerkannt worden. Jedoch seien die Bedingungen in den verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich. In Indien gebe es alle Religionen: Hindus, etwa 81 Millionen Mohammedaner. In Indien lebten nach Indonesien die meisten Moslems.

Daneben gebe es 15 Millionen oder auch mehr Christen. Bereits im 1. Jahrhundert nach Christus seien die ersten Christen nach Indien gekommen. Auch die Moslems seien sehr früh nach Indien gekommen. Das alles seien indische Religionen. Hinzu komme, daß jeder Staat über seine eigene Sprache verfüge,

⁶ Papst Paul VI. hielt sich vom 2. bis 5. Dezember 1964 anlässlich des Eucharistischen Weltkongresses in Indien auf.

sehr häufig auch über eine eigene Schrift, über verschiedene Kulturen und Riten. Die größte Schwierigkeit bestünde in der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Regionen.

Indira Gandhi berichtete über einen Besuch in den 50er Jahren im Nordosten Indiens. Dort habe man mit der Entwicklung der Atomenergie begonnen, obwohl die dort lebende Bevölkerung zu dieser Zeit noch nie ein Rad gesehen hatte. Diese Leute könnten nicht als dumm bezeichnet werden, so hätten sie beispielsweise über eine besondere Fähigkeit der Wasserversorgung verfügt. Ihre Aufgabe sei es, diese Vielfalt in Indien zusammenzuhalten. Jeder Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft helfe aber vor allem jenen, die bereits über die besten Ausgangspositionen verfügten.

Sie sei 1966 Ministerpräsidentin geworden. Damals hätte sie sich mit einer sehr ernstesten Situation konfrontiert gesehen, die vor allem von einer großen Hungersnot geprägt gewesen sei. Es sei ihr deshalb darum gegangen, schnelle Abhilfe zu schaffen. Sie habe deshalb vor allem solche Bauern unterstützt, die bereits über ein Bewässerungssystem verfügten. Dies habe aber zu einer Spaltung der Bauernschaft geführt. Deshalb sei sie gezwungen gewesen, den ärmeren Bauern zu helfen. Das sei es, was sie unter Sozialismus verstehe. Ähnlich hätte sie sich auch bei der Industrialisierung verhalten müssen.

Frau Gandhi erklärte, daß dieser Hintergrund wichtig sei, um die Bemühungen und Erfolge Indiens verstehen zu können. Diese Erfolge seien möglich gewesen trotz der fünf Invasionen, die Indien erfahren mußte. Indien sei deshalb gezwungen, eine eigene Verteidigung aufzubauen. Trotz der ständigen Gefahren gebe Indien jedoch für seine Verteidigung weniger aus als andere Staaten.

Ein besonderes Problem für Indien stelle die amerikanische Hilfe für Pakistan dar. Die Kanonen Pakistans seien nicht auf Afghanistan, sondern gegen Indien gerichtet. Die Truppen Pakistans stünden näher an der Grenze zu Indien als die indischen Truppen zur Grenze Pakistans. Als Präsident Eisenhower begonnen hatte, Pakistan militärisch zu unterstützen, habe Indien protestiert. Er konnte jedoch nicht davon überzeugt werden, daß diese Waffen gegen Indien eingesetzt würden. Aber sie wurden gegen Indien eingesetzt. Nicht Indien habe Pakistan angegriffen.

Indira Gandhi berichtete über den Kriegsausbruch in Ostpakistan 1971.⁷ Die Probleme hätten viele Jahre unter der Oberfläche geschwelt. Diese starke Bewegung sei in Indien jedoch nicht bekannt gewesen. Als Westpakistan den Krieg gegen Ostpakistan begann, hätte sich Indien mit 10 Millionen Flüchtlingen und den daraus folgenden Wirkungen konfrontiert gesehen. Die heutigen Unruhen in Assam sind auf diese Flüchtlinge zurückzuführen.

Indiens Problem seien die sehr modernen Waffen, die Pakistan erhalte und die von Saudi-Arabien bezahlt werden. Es sei nicht abzusehen, ob ein Angriff erfolgen werde.

⁷ Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan wegen der Unabhängigkeitsbestrebungen in Ostpakistan eskalierten im Laufe des Jahres 1971, bis es am 3. Dezember 1971 zum Krieg kam. Am 16. Dezember 1971 kapitulierte die westpakistanischen Streitkräfte in Ostpakistan, das bereits am 6. Dezember 1971 von Indien als Bangladesch anerkannt worden war. Am gleichen Tag ordnete die indische Regierung einen einseitigen Waffenstillstand an der Westfront an, der am folgenden Tag von Pakistan akzeptiert wurde.

Indira Gandhi berichtete, daß trotz der riesigen Propaganda und des starken Drucks gegen sie in der Frage Ostpakistans die indische Armee nicht vorbereitet gewesen sei. Erst nachdem sieben bis neun Städte von Pakistan bombardiert worden seien, habe man die indische Armee eingesetzt. Trotz der großen Geländegewinne habe Indien beschlossen, die eroberten Territorien einseitig zurückzugeben. Dies werde ihr heute immer noch zum Vorwurf gemacht. Pakistan dagegen hält immer noch Teile von Kaschmir besetzt. Dies gelte auch für China, das den Anspruch auf unbewohnte wie auf bewohnte Gebiete erhebe. Dennoch habe sie persönlich die Initiative ergriffen und die Hand zur Freundschaft ausgestreckt. Indien habe mit Pakistan diplomatische Beziehungen aufgenommen.⁸ Es gebe einen Handelsverkehr mit Pakistan, ebenfalls mit China.

Indira Gandhi berichtete, daß China zwei Jahre lang auf jede Botschaft von ihr beleidigt reagiert habe. Dennoch habe sie nicht aufgegeben. Jetzt gebe es Gespräche mit China. In der letzten Woche habe es erst ein Gespräch über die Grenzprobleme gegeben.⁹ Der Meinungsaustausch sei sehr rege, dennoch sei man noch nicht sehr weit vorangekommen. China spreche immer davon, daß es den Konflikt mit Indien reduzieren wolle. Die Praxis verlief jedoch so, daß Peking jeden kleinen Punkt aufgreife. Wie schwierig die Situation mit China sei, könne man am folgenden Beispiel erkennen. Peking habe einen Parlamentsausschuß zu einer internationalen Konferenz eingeladen, die von den Vereinten Nationen organisiert wurde. Die indische Regierung sei an diesem Vorhaben nicht beteiligt gewesen. Die Chinesen hätten versucht, diese Konferenz auf eine breite Basis zu stellen. In dem indischen Parlamentsausschuß sei auch der Sprecher einer Region aus dem Norden Indiens gewesen. Er habe jedoch von China kein Visum erhalten, da es nach chinesischer Auffassung Teil des chinesischen Territoriums sei. Indien habe angedroht, daß in diesem Fall kein Vertreter nach Peking käme. Darauf hätten die Chinesen das Visum ohne Namensnennung erteilt.

Ein weiteres Beispiel seien die Asien-Spiele in Indien gewesen.¹⁰ China habe mit einer großen Delegation teilgenommen. Diese Delegation sei in Indien sehr freundlich aufgetreten. Nach ihrer Rückkehr nach China hätten sie jedoch erklärt, daß Indien die chinesische Delegation bei der Abschlußfeier bewußt beleidigt habe, weil Vertreter der nördlichen Regionen Volkstänze aufgeführt hätten. Ihr sei der Vorwurf gemacht worden, daß sie die nördlichen Regionen diskriminiere. Auf diese Weise habe man plötzlich ein großes Problem konstruiert.

⁸ Nach dem Abbruch am 6. Januar 1971 nahmen Indien und Pakistan am 24. Juli 1976 die diplomatischen Beziehungen wieder auf.

⁹ Im Dezember 1981 nahmen Indien und die Volksrepublik China Gespräche über die Normalisierung der bilateralen Beziehungen auf, denen weitere Runden im Mai 1982 und Januar 1983 folgten. Dazu notierte Referat 341 im Oktober 1983, daß eine vierte Runde für Ende Oktober in Neu Delhi angesetzt sei: „Das Hauptproblem der Verhandlungen stellt die Grenzfrage dar. Umstritten sind im wesentlichen zwei Gebiete: die Aksa-Chin-Hochebene mit der strategisch wichtigen Sinkiang-Tibet-Straße im Westsektor der gemeinsamen Grenze (faktisch unter chinesischer Kontrolle) sowie das Gebiet der sogenannten ‚North East Frontier Agency‘ (NEFA) im Ostsektor (faktisch unter indischer Kontrolle). Angebote Pekings, den Grenzstreit auf der Grundlage des Status quo (d. h. indische Anerkennung des chinesischen Anspruchs im West- bei gleichzeitiger chinesischer Anerkennung des indischen Anspruchs im Ostsektor) beizulegen, wurden von Delhi abgelehnt.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127088.

¹⁰ Die 9. Asien-Spiele fanden vom 19. November bis 4. Dezember 1982 in Neu Delhi statt.

Der *Bundeskanzler* fragte Frau Gandhi nach den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Für einen außenstehenden Beobachter seien die Beziehungen Indiens zu den Vereinigten Staaten nicht völlig verständlich. Indien sei in den USA nach dem Kriege sehr populär gewesen. Dies habe vor allem ja auch für den Vater von Frau Gandhi¹¹ gegolten. Er spiele auch heute noch eine große Rolle in den USA.

Frau *Gandhi* erwiderte, daß die Lage very confusing sei. Die Amerikaner seien über das Wort Sozialismus very worried. Sie würden von Indien immer wieder verlangen, die freie Marktwirtschaft einzuführen. Die freien Unternehmungen spielen in Indien eine große Rolle, sie hängen aber von der Regierung ab. Sie glauben nicht an eine Verstaatlichung um der Verstaatlichung willen. Jedoch sei eine Verstaatlichung oft deshalb nötig, weil die Unternehmen krank seien und eine große Arbeitslosigkeit herrsche. Außerdem hätten die großen Unternehmen oftmals gegen die eigene Regierung Propaganda gemacht.

Der zweite Vorwurf der Amerikaner gegen Indien sei, daß Indien sich den Sowjets ausgeliefert habe. Dafür gebe es jedoch keine Basis. Jedoch müsse sie feststellen, daß sich die Sowjetunion gegenüber Indien sehr freundlich verhalte.

Die Erfahrung in Indien sei, daß der private Sektor nicht an Produktionen interessiert sei, die Indien benötige, weil sie zu wenig Profit abwerfen würden.¹² Als Indien damit begann, die Stahlindustrie aufzubauen, habe man sich zuerst an die USA und dann an die Bundesrepublik Deutschland gewandt. Beide Staaten hätten jedoch nicht geholfen, dann habe man sich an die Sowjetunion gewandt. Die Sowjetunion sei also erst die dritte Wahl gewesen.

Sie erhalte jeden Monat einen Brief von Präsident Reagan, der zu ihr sehr freundlich sei. Dennoch sei die amerikanische Haltung sehr gegen Indien eingestellt. In allen Fragen, die für Indien von Interesse sind, wie bei IDA, IMF, Weltbank, Asiatische Entwicklungsbank, nehmen die Vereinigten Staaten starre Positionen ein. Indien erhalte zwar immer noch große Hilfe von den USA. Es gebe zahlreiche Austauschprogramme. Dennoch habe sie den Eindruck, daß die USA ständig versuchen, sich in die inneren Angelegenheiten Indiens einzumischen. Außerdem würden sie Pakistan laufend unterstützen. Sie sei¹³ nicht prinzipiell dagegen, daß Pakistan selbstverständlich ein Recht zur Selbstverteidigung habe. Die Erfahrungen hätten jedoch gezeigt, daß Pakistan diese Waffen immer gegen Indien eingesetzt habe. Sollte Indien in einen Konflikt mit Pakistan einbezogen werden, wisse Indien, daß auch die Sowjetunion darin verwickelt werden könne.

Pakistan habe im Staate Sindh große Probleme. Indien mische sich jedoch nicht ein. Sie habe Pakistan gewarnt, daß der Tod von Bhutto¹⁴ große Probleme aufwerfen werde. Indien habe die Unruhen in Pakistan nicht gefördert. Sicherlich sei im Parlament über Bhutto diskutiert worden. Sie habe im Parlament jedoch die Meinung vertreten, daß sie nicht daran glaube, daß Bhutto

¹¹ Jawaharlal Nehru.

¹² So in der Vorlage.

¹³ Korrigiert aus: „seien“.

¹⁴ Ministerpräsident Bhutto wurde am 5. Juli 1977 durch General Zia ul-Haq gestürzt und am selben Tag verhaftet. Am 4. April 1979 wurde er in Rawalpindi hingerichtet.

aufgrund seines hohen Alters etwas geschehen könne und daß sie auf seine Freilassung hoffe.

Indira Gandhi erklärte, daß sie für die Koexistenz sowohl mit Demokratien wie mit Diktaturen oder anderen Systemen eintrete. Jedes Volk habe das Recht, seinen eigenen Weg zu wählen. Als die Begum Bhutto trotz des Krebsverdachts keine Ausreiseerlaubnis erhielt, hätten sich britische Frauenorganisationen an sie gewandt. Sie habe darauf einen sehr persönlichen Brief an Präsident Zia ul-Haq geschrieben. Darauf durfte die Begum ausreisen. Sie sei jedoch sehr besorgt über die große Kampagne, die Pakistan gegen Indien betreibe. Pakistan werfe Indien vor, sich in die inneren Verhältnisse Pakistans einzumischen. Sie habe den Eindruck, daß Pakistan irgendetwas gegen Indien vorbereite. Sie verfüge über keine Beweise, aber vermute, daß Pakistan bestimmte Absichten in Pandschab verfolge. Es gebe dort zwar keine Unruhen, und sie habe die Kontrolle fest in der Hand. Jedoch habe der individuelle Terrorismus zugenommen, und sie wisse nicht, wer dahinterstecke.

Sie habe allen Forderungen zugestimmt, denen sie zustimmen konnte, jedoch nicht solchen, die zu Lasten von anderen Staaten gegangen wären. In solchen Fällen müßten sich die Staaten selbst zusammensetzen, z. B., wenn es darum ginge, Flüsse aufzuteilen. Sie habe vorgeschlagen, daß ein unabhängiger Richterausschuß gebildet werden solle und die Entscheidungen treffen müsse. Ihr Vorschlag sei jedoch abgelehnt worden. Sie rechnet deshalb mit neuen Unruhen.

Ein anderes großes Problem stelle sich für sie im Nordosten ihres Landes, in Assam. Im Grunde handele es sich um ein sehr altes Problem, das sich bereits auf die Zeit Großbritanniens zurückführen lasse. Die Provinz Assam habe den Briten am längsten Widerstand geleistet. Ob Großbritannien Rache geübt habe oder aus welchen Gründen auch immer, festzustellen sei, daß der Ausbildungsgrad in Assam nicht sehr hoch sei. Außerdem habe Großbritannien die wichtigsten Positionen mit Vertretern aus anderen Regionen besetzt. Es gebe deshalb in Assam starke Ressentiments gegen alle, die von außerhalb kommen, auch wenn sie jetzt schon hundert Jahre dort gelebt haben. Sie habe zugesagt, alle Fremden zu identifizieren und in andere Gebiete zu deportieren, z. B. solche Bürger, die aus Bangladesch kamen. Sie könne sie aber nicht ins Meer treiben, habe sie gesagt. Das Ziel der Unruhen sei es gewesen, alle Fremden aus der Region zu vertreiben. Aufgrund des Terrorismus in einigen Gebieten habe sie die Wahlen gestoppt. Die Wahlbeteiligung habe zwischen 20 und 60% gelegen. Nach den Wahlen habe es Massaker gegeben, denen fast ein ganzes Dorf zum Opfer gefallen sei.¹⁵ Die Agitation richtete sich vor allem gegen die Moslems:

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach vermerkte am 24. Februar 1983: „Aus Anlaß der Wahlen für das Gliedstaatenparlament Assam in Nordostindien kam es am 22.2. zu verbreiteten Unruhen und Gewalttätigkeiten, die zahlreiche Todesopfer forderten. Die Gründe für die Massaker an den illegalen, zumeist bengalischen Einwanderern, die gegenwärtig Assam heimsuchen und bereits weit über eintausendeinhundert Opfer gefordert haben, sind jedoch nicht in erster Linie in der augenblicklichen innenpolitischen Situation zu suchen, sondern sind überwiegend historischer Art. [...] Die um ihre soziokulturelle Identität und politische Macht fürchtenden Assamesen wehrten sich vor allen Dingen gegen die Aufnahme der Einwanderer in die Wählerlisten, da diese in überwiegender Mehrheit die verhaßte und den Zentralismus repräsentierende Congress-I-Partei Indira Gandhis wählen würden.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127080.

Werft die Moslems raus, dann gehöre das Land euch. Die Moslems seien fest davon überzeugt, daß die Regierung die Agitatoren angestiftet habe. Mit der neuen Regierung seien sie inzwischen jedoch zufrieden.

Für Indien stelle sich heute ein neues Problem durch den wachsenden Regionalismus. Dieses Problem habe etwas mit der Demokratie zu tun. Wenn eine Partei die Wahl verliere, schiebe sie die Schuld sofort auf fremde Einflüsse, wie z. B. auf die fremde Sprache usw. Die einzelnen Staaten verlangen nach immer mehr Autonomie. Bereits heute unterstehen ihnen fast die ganze Landwirtschaft, die Industrie, die Kultur, die Schulwesen usw. Nur die Planungskommission sei zentral, stimme sich aber in enger Konsultation mit den regionalen Stellen ab. Zur Zeit müßten alle Pläne beschnitten werden. Dies führe zu heftigen Vorwürfen gegen die Zentralregion, der man unfaires Verhalten vorwerfe. Sie habe deshalb eine Kommission eingerichtet, die diese Entwicklung prüfen solle. Für sie stelle sich jedoch das Problem, daß die zunehmende Regionalisierung die Einheit des Landes bedrohe. Außerdem erhalten die ärmeren Staaten immer weniger Hilfe.

Indira Gandhi berichtete, daß die Bewegung zur Verselbständigung des Pandschab in den USA und in Kanada begonnen habe und dort gefördert werde. Sie wisse nicht, von wem diese Entwicklung gefördert werde. Die USA hätten sie nach Beweisen für ihre Behauptung gefragt. Sie könne nur feststellen, daß die USA diesen Agitatoren jede Freiheit einräumen und die notwendigen Visa erteilen. Sicherlich seien dies Kleinigkeiten, die sich jedoch gegen die indischen Interessen auswirken. Sie selbst müsse davon ausgehen, daß besonders der CIA besondere Interessen gegen Indien verfolge, gegen ihre Regierung und gegen sie persönlich. So habe der CIA 1977 großes Interesse an den Wahlen¹⁶ gezeigt.

Dennoch versuche Indien, ein Freund der USA zu bleiben. Es bleibe jedoch schwierig, Produkte in den USA zu kaufen, da sie ständig unter dem Vorbehalt stünden, daß die Lieferungen jederzeit eingestellt werden können. Indien müsse sich überlegen, ob es sich auf eine Hilfe verlassen könne, die gerade dann eingestellt werden könnte, wenn Indien sie am nötigsten brauche.

Indira Gandhi stellte fest, daß auch Kommunisten gegen die indische Regierung arbeiten würden und dabei sich auch mit den Rechtsextremisten verbinden würden.

Wie der Fall Pakistan zeige, fühle sich Indien immer stärker umzingelt, fügte Indira Gandhi hinzu. Sehr ernste Probleme hätten sich jetzt auch mit Sri Lanka ergeben. Dort würden drei Millionen Tamilen leben. In der neuen Verfassung von Sri Lanka¹⁷ hätten die Tamilen keine volle Gleichberechtigung erhalten. Dies habe zu Unruhen geführt. Die Tamilen wollten Sri Lanka nicht verlassen. Ihr Ziel sei die Gleichberechtigung. Es gebe unter den Tamilen eine kleine Terroristeneinheit, genannt „Die Tiger“. Alle übrigen Tamilen seien bereit,

¹⁶ Vom 16. bis 20. März 1977 fanden in Indien Parlamentswahlen statt, bei denen die Janata-Partei 270 Sitze und der Indische Nationalkongreß 153 Sitze gewannen. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsidentin Gandhi am 22. März wurde Morarji Desai am 24. März 1977 als neuer Ministerpräsident vereidigt.

¹⁷ Für den Wortlaut der Verfassung von Sri Lanka vom 7. September 1978 vgl. CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD, Bd. XVII.

den Präsidenten von Sri Lanka¹⁸ zu unterstützen. Dieser habe aber seine Versprechungen nicht eingehalten, sondern lediglich Distriktsräte zugestanden, die nur Mitwirkungsrechte im wirtschaftlichen Bereich zuließen. Sie habe außerdem gehört, daß die Vereinigten Staaten gerade dort auf Sri Lanka Stützpunkte einrichten wollten, wo die Tamilen leben. Deshalb sollen sie diese Region verlassen. Die einzelnen Terrorakte der Tiger hätten eine große Aktion gegen alle Tamilen ausgelöst. Es habe Tausende von Toten gegeben. Die meisten Häuser seien zerstört worden. Dennoch habe der Präsident von Sri Lanka nicht einmal sein Bedauern ausgesprochen.

Die Unruhen auf Sri Lanka hätten Probleme in Südindien ausgelöst. Indira Gandhi erklärte, daß sie versuche, die Spannungen zu lösen. Sie führe deshalb Gespräche mit den Tamilen. Ihr Außenminister sei in Sri Lanka gewesen¹⁹ und habe Hilfe angeboten, sei jedoch zurückgewiesen worden. Ihr Außenminister habe nicht die Erlaubnis erhalten, die Lager zu besuchen. Es sei nur möglich gewesen, telefonisch mit einigen Tamilen zu sprechen. Sie habe danach einen weiteren Vertreter hingesandt²⁰, der die Lager besuchen konnte und sehr traurige Berichte mitgebracht habe. Es gebe 36 000 Flüchtlinge. Indien könne sie jedoch nicht aufnehmen, da es keinen Platz habe. Sri Lanka habe Indien vorgeworfen, Ausbildungsplätze für die Terroristeneinheit der Tiger zur Verfügung gestellt zu haben. Dies sei jedoch nicht wahr. Es könne jedoch keinen Zweifel daran geben, daß die Sympathie der Südländer völlig bei den Tamilen läge. Wenn sich allmählich eine Lösung der Tamilen-Frage abzeichnen könnte, dann wäre dies sehr gut, sollten jedoch neue Massaker erfolgen, könnte sich für Indien eine sehr schwierige Lage ergeben. Alle Tamilen seien ihres Mandates beraubt worden, obwohl es sich gerade um gemäßigte Vertreter gehandelt habe. Es sei deshalb nicht erstaunlich, daß die Sympathie der Tamilen sich den Tigern zugewandt habe. Indien versuche, jetzt beide Gruppen zusammenzubringen, um einen weiteren Extremismus zu verhindern. Indien habe sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Sri Lanka eingemischt, aber es handle sich um Bürger Indiens.

Indira Gandhi erklärte, wenn sie alle Probleme rings um Indien betrachte, so habe sie das Gefühl, daß sie alle untereinander in irgendeiner Weise verbunden seien. Beispielsweise sei Bangladesch bereit, indischen Terroristen Aufenthalt zu gewähren.

Hinzu komme, daß Indien mit außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sei. Trotz vorausgegangener zweijähriger Trockenheit und entsprechenden Mißernten sei die Inflationsrate 1976 negativ gewesen. Bis zu den Wahlen sei die Inflationsrate auf 4 bis 5 % angestiegen. Als sie 1980 die Regierung übernommen habe²¹, habe die Inflation 20 bis 22 % betragen. Es sei ihr gelungen, sie wieder auf rund 7 % als unterste Marke zurückzuführen. Durch die Trockenheit der letzten Zeit sei die Inflationsrate jedoch wieder auf

¹⁸ Junius Richard Jayewardene.

¹⁹ Der indische Außenminister Rao hielt sich vom 29. bis 31. Juli 1983 in Sri Lanka auf.

²⁰ Vom 25. August bis 1. September 1983 hielt sich der Sonderbeauftragte der indischen Ministerpräsidentin, Parthasarathi, in Sri Lanka auf.

²¹ Nach den indischen Parlamentswahlen am 3. und 6. Januar 1980 wurde die Vorsitzende der Partei Congress-I, Indira Gandhi, am 10. Januar 1980 zur Ministerpräsidentin ernannt.

12% angestiegen. Inzwischen habe man sie erneut auf 9% zurückgeführt, und sie hoffe, daß eine weitere Minderung möglich sei. Die große Trockenheit führe nicht nur dazu, daß die Landwirtschaft darunter leide, sondern auch die Industrie, die in hohem Maße von der Landwirtschaft abhängt.

Indira Gandhi fügte hinzu, daß die Nachbarn Indiens den Eindruck hätten, daß Indien sie bedrohe. Sie sage ihren Nachbarn immer wieder, daß Indien über genügend Land und Leute verfüge. Indien wolle sich nicht noch mehr Probleme aufladen. Sie sei an starken Regierungen in ihren Nachbarländern interessiert, dies gelte für Sri Lanka ebenso wie für Pakistan. Wenn Zia ul-Haq gehe, werde ihm ein anderer General nachfolgen.

Indien habe seinen Nachbarstaaten Nepal und Bangladesch in starkem Maße geholfen. Dennoch verfolgen sie eine anti-indische Politik, und zwar sehr konsequent. So habe Nepal versucht, die Inder zu vertreiben. In Indien würden drei bis vier Millionen Nepalesen wohnen.

Sollte Nepal versuchen, die Inder zu vertreiben, müßte Indien Vergeltung üben. Bisher seien die Grenzen zwischen Nepal und Indien sehr offen.

Der Bundeskanzler bedankte sich für die Ausführungen von Frau Gandhi. Er habe empfunden, daß Frau Gandhi sehr offen über ihre Probleme gesprochen habe. Er habe einen sehr persönlichen Eindruck gewinnen können. Wenn man die Sorgen des anderen kenne, könne man sich auch besser verstehen. Er hoffe, daß diesem Gespräch noch weitere folgen werden.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß es in der Bundesrepublik Deutschland große Sympathie für Indien gebe. Die Bundesregierung bleibe bereit, weiterhin Hilfe zu leisten.

Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß die Frage des Sozialismus nur anhand der jeweiligen Situation eines Landes zu verstehen sei. Auch er könne nicht die deutschen Probleme auf andere europäische Nachbarstaaten übertragen. Auch Europa verfüge über die Spannweite von Palermo bis Kopenhagen. Über Jahrhunderte hinweg sei die kulturelle Geschichte sehr unterschiedlich in Europa verlaufen. Wie die Europäer müßten auch Staaten wie Indien ihre Fehler erst einmal machen, wie sie auch erst die Europäer machen mußten. Die Europäer hätten vergleichsweise eine sehr lange Vorlaufzeit für ihre heutige Entwicklung gehabt. Als ein Beispiel wolle er nur an die Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland erinnern, wie sie noch 1939 gegolten habe, und heute habe er selbst ein sehr gutes persönliches Verhältnis zu dem französischen Präsidenten Mitterrand, der ein Sozialist sei. Erfahrung könne man nicht vererben. Man könne jedoch Hilfe leisten. Zwischen Deutschland und Indien gebe es traditionell sehr gute und intensive Beziehungen. So habe die Indologie²² in Deutschland immer eine sehr wichtige Rolle gespielt.

Indira Gandhi fügte hinzu: „Sie haben uns über unsere Kultur belehrt.“

VS-Bd. 14112 (010)

²² Korrigiert aus: „Indeologie“.

330

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-371.76 INF-2437/83 VS-vertraulich****7. November 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: INF;

hier: Botschaft Ceaușescu an den Bundeskanzler³

Vorläufige Analyse des Schreibens Ceaușescu und denkbare Reaktion:

I. Inhalt

Das Schreiben Ceaușescu ist auf die Verhinderung bzw. Verschiebung der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckensysteme und den Rückzug bzw. völlige Zerstörung des größten Teils der sowjetischen Mittelstreckenraketen gerichtet. Diesem Ziel soll sein Vorschlag dienen:

- 1) Abkommen über die Nichtanrechnung der britischen und französischen Raketen bei INF. Statt dessen Einbeziehung in spätere Verhandlungen unter Beteiligung Großbritanniens und Frankreichs.
- 2) Abkommen über die „Einstellung“ oder mindestens Verschiebung der Stationierung amerikanischer Systeme bis Ende 1984 oder Anfang 1985, Fortsetzung der Verhandlungen, keine Stationierung neuer sowjetischer Raketen und deren Reduzierung entsprechend sowjetischen Erklärungen.
- 3) Treffen der Mitglieder der NATO und des Warschauer Pakts.
- 4) Sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen.

Ceaușescu unterstellt, daß die Stationierung den Nichtverbreitungsvertrag⁴ verletze.

II. Bewertung

- 1) Von besonderer Bedeutung und positiv zu werten ist, daß mit Ceaușescu zum ersten Mal ein Mitglied des Warschauer Pakts die westliche Position einnimmt, daß die Sowjetunion die Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme fallenlassen soll. Er verstärkt damit ohne Zweifel die Glaubwürdigkeit der westlichen Position in dieser entscheidenden Frage. Würde

¹ Durchdruck.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. November 1983 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen, der handschriftlich für Botschafter Ruth vermerkte: „Soll ich die Sache mit UStS Dam aufnehmen? Da er ja BK/BM mit Grenada befassen will, b[ite] Stellung[ahme] für Abklärung mit BM. Zu Ziffer] 4 (S. 3) würde ich apodiktisch sein („Überzeugung“ raus!).“ Vgl. Anm. 9.

³ Am 5. November 1983 übermittelte Botschaftsrat I. Klasse Bensch, Bukarest, ein Schreiben des rumänischen Präsidenten vom Vortag an Bundeskanzler Kohl. Dazu teilte er mit, daß sich nach Auskunft des rumänischen Außenministers Andrei Ceaușescu „schriftlich nur an die Sowjetunion, die USA und uns als die drei Hauptbeteiligten“ gewandt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 749; Referat 220, Bd. 124528.

⁴ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

die Sowjetunion auf diese Forderung eingehen, wäre der Weg für ein Abkommen frei.

2) Bedenklich bleibt die Forderung Ceaușescus, den Stationierungsbeginn zu verschieben als Gegenleistung zu dem Verzicht auf Anrechnung britischer und französischer Systeme. Eine vorläufige Analyse des vorliegenden Textes ergibt, daß die Verwirklichung des Ceaușescu-Vorschlags eine Reduzierung auf östlicher Seite und den Verzicht auf Stationierung auf westlicher Seite bedeuten würde. Das Ergebnis wäre also eine einseitige Null-Lösung.

Es erhebt sich die Frage, ob die positive Wirkung des Ceaușescu-Vorschlags genutzt werden kann, ohne daß die negativen Konsequenzen in Kauf genommen werden müssen.

3) Zur Behauptung Ceaușescus, die Stationierung widerspreche dem Nichtverbreitungsvertrag, ist zu sagen, daß der Nichtverbreitungsvertrag kein Stationierungsverbot enthält. Ein Widerspruch zum Vertrag würde nur dann bestehen, wenn Nichtkernwaffenstaaten die autonome Verfügungsgewalt über die stationierten Waffen erhielten. Die westliche Stationierung – aber auch die sowjetische Stationierung in den osteuropäischen Staaten – widerspricht dem Nichtverbreitungsvertrag daher nicht.

III. Operativer Vorschlag

1) Wir haben unsere NATO-Vertretung sowie Washington, London, Paris und Rom gebeten, die NATO und die jeweiligen Regierungen über den Inhalt des Schreibens Ceaușescus zu unterrichten.⁵

2) Der Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Dam⁶ gibt Gelegenheit, den Brief und die mögliche Reaktion zu erörtern.

3) Die Sitzung der Besonderen Beratungsgruppe am 10. November in Rom⁷ gibt Gelegenheit, die Reaktion auf das Schreiben abzustimmen.

4) Eine inhaltliche Reaktion wird im Detail noch ausgearbeitet.⁸ Als Linie wird vorgeschlagen:

- Unterstreichung der Bedeutung des Vorschlags Ceaușescus, daß die Sowjetunion auf die Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme verzichten soll.
- Mit einem solchen Verzicht würde der Weg für ein Abkommen noch in diesem Jahr freigemacht werden.
- Für den Fall, daß ein Ergebnis in diesem Jahr nicht mehr erreicht werden kann, erklärt der Westen, daß er bereit ist, jede stationierte Waffe wieder zu beseitigen, wenn ein konkretes und ausgewogenes Verhandlungsergebnis dies

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann übermittelte am 7. November 1983 den Botschaften in London, Rom und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel den Text des Schreibens des Präsidenten Ceaușescu vom 4. November 1983 an Bundeskanzler Kohl. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 7213; Referat 220, Bd. 124528.

⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam am 8. November 1983 vgl. Dok. 332 und Dok. 336.

⁷ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO vgl. Dok. 336, Anm. 7.

⁸ Botschafter Ruth legte am 29. November 1983 eine Analyse der mit Schreiben des Präsidenten Ceaușescu vom 4. November 1983 an Bundeskanzler Kohl unterbreiteten Vorschläge und Optionen für das weitere Vorgehen vor. Vgl. dazu VS-Bd. 11357 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

möglich macht. Auch wenn die Stationierung beginnt, wird damit nach Überzeugung des Westens⁹ nichts Irreversibles geschaffen.

5) Die Beantwortung des Schreibens sollte erfolgen unmittelbar nach Erörterung in der SCG, d. h. am Ende dieser, spätestens Anfang nächster Woche.¹⁰

gez. Ruth

VS-Bd. 11357 (220)

331

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-20781/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 5051

Aufgabe: 7. November 1983, 09.40 Uhr¹
Ankunft: 7. November 1983, 16.02 Uhr

Betr.: Deutsch-amerikanische Beziehungen;
hier: Auswirkungen der INF-Debatte

Zur Unterrichtung

1) Der insgesamt gewaltlose Verlauf der gegen die INF-Stationierung gerichteten Demonstrationen in Deutschland insbesondere während der „Friedenswoche“ vom 15. bis 22.10.² und das feste Eintreten der Bundesregierung für die Ver-

⁹ Die Wörter „nach Überzeugung des Westens“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen. Vgl. Anm. 1.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 29. November 1983 die Antwort des Bundeskanzlers Kohl auf das Schreiben des Präsidenten Ceausescu vom 4. November 1983. Darin hieß es: „Von besonderer Bedeutung erscheint mir Ihr Vorschlag, die Sowjetunion solle ihre Forderung nach Anrechnung der britischen und französischen Systeme in den INF-Verhandlungen aufgeben. [...] Logischerweise müßte die SU dann entsprechend den westlichen Vorschlägen entweder völlig auf landgestützte Mittelstreckenraketen größerer Reichweite verzichten, oder sie müßte einer Lösung auf der Basis der Gleichheit mit den USA zustimmen. Für ein sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen, das Sie vorschlagen, bin ich selbst wiederholt eingetreten. [...] Dagegen verspreche ich mir von einem Treffen der Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Vertrag keinen wirklichen Beitrag zu einer Einigung in den INF-Verhandlungen. Eine Erweiterung des Kreises der direkt Beteiligten würde die Verhandlungen eher komplizieren. [...] Nicht zustimmen kann ich Ihrer Auffassung, daß die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenflugkörper auf unserem Boden und auf dem Boden anderer Nichtkernwaffenstaaten dem Nichtverbreitungsvertrag widersprechen. Der Nichtverbreitungsvertrag enthält kein Stationierungsverbot für Kernwaffen. [...] Ein Verstoß gegen den Vertrag liegt nur dann vor, wenn Nichtkernwaffenstaaten Verfügungsgewalt über die stationierten Waffen erhielten. Dies ist bekanntlich bei der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenflugkörper in Europa nicht vorgesehen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124528.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Pieck am 8. November 1983 vorgelegen.

² Über die „Aktionswoche“ der Friedensbewegung hieß es in der Presse: „An den Veranstaltungen der Friedensbewegung am Wochenende hatten nach deren Angaben etwa 1,3 Millionen Menschen teilgenommen. Das Bundesinnenministerium sprach hingegen von 500 000 Demonstranten. Die größte Kundgebung fand in Bonn statt. Hier demonstrierten nach Angaben des veranstaltenden Koordinationsausschusses eine halbe Million Menschen, nach jenen des Innenministeriums 190 000. In Süddeutschland bildeten etwa 200 000 eine Kette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm. In Hamburg soll

wirklichung des NATO-Doppelbeschlusses in beiden Teilen haben in der Administration und im Kongreß beeindruckt und beruhigend gewirkt (s. DB 4840 vom 25.10.83 – Pol 321.00³).

Die Administration rechnet in der Bundestagsdebatte am 21./22.11.⁴ aufgrund der klaren Mehrheit der Regierungsparteien mit einer eindeutigen Billigung der INF-Stationierung, sollte bis dahin kein Verhandlungsergebnis zu verzeichnen sein, das die Stationierung entbehrlich macht.

2) Gleichwohl bleibt Washington wegen des weiteren Verlaufs der INF-Debatte in Deutschland über den 22.11. hinaus besorgt. Gegenüber der Hoffnung, daß sich die Gegner der Stationierung nach deren Beginn mit einmal geschaffenen Fakten abfinden werden, besteht die Sorge, daß der bis 1986 dauernde lange Stationierungsprozeß zahlreiche unvorhersehbare Ansätze für weitere Demonstrationen bieten und daß gerade die Stationierung selbst erst einen Anreiz für gewaltsame Handlungen an den Stationierungsorten schaffen könnte.

3) Der NATO-Doppelbeschluß war aus der Sicht der Administration sowohl eine unvermeidliche als auch mißliche Entscheidung (Burt vor dem Mid-Atlantic Club, Washington, DB 4357 vom 26.9.83⁵), indem eine in der Allianz überwiegend für notwendig gehaltene Dislozierung aus Rücksicht auf kritische Strömungen in Westeuropa mit einer Abrüstungsinitiative verbunden, genauer: an deren eventuellen Mißerfolg geknüpft wurde. Aus dieser Doppelstruktur mußten sich Belastungen für den Zusammenhalt der Allianz während des gesamten Verhandlungs- und (falls notwendig) Stationierungsprozesses ergeben.

In den vergangenen vier Jahren hat die Allianz diese Schwierigkeiten aus der Sicht der Administration erfolgreich gemeistert; diese positive Erfahrung und das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 6.3.83 sind für Washington Anlaß zur Zuversicht. Andererseits ist jedoch die starke Polarisierung, zu der die INF-Debatte geführt hat, für Washington Anlaß zur Sorge. Diese gilt vor allem der Hal-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1658

es die größte Massenveranstaltung in der Geschichte der Stadt gegeben haben, mit ebenfalls etwa 200 000 Demonstranten. In Berlin zogen etwa hunderttausend Leute gegen die Nachrüstung durch die Straßen. Proteste größerer Art gegen den Nato-Doppelbeschluß gab es auch in westeuropäischen Hauptstädten, darunter London, Rom und Wien.“ Vgl. den Artikel „Hunderttausende demonstrieren auf den Straßen für Frieden“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Oktober 1983, S. 1.

³ Botschafter Hermes, Washington, übermittelte eine Bewertung der Demonstrationen und Veranstaltungen im Rahmen der „Aktionswoche“ der Friedensbewegung durch das amerikanische Außenministerium. Vgl. dazu Referat 204, Bd. 135225.

⁴ Zur Bundestagsdebatte und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁵ Botschafter Hermes, Washington, informierte: „Der Leiter der Europa-Abteilung im State Department, Richard Burt, sprach am 22.9.83 vor dem Mid-Atlantic Club in Washington vor ca. 90 geladenen Journalisten, Beamten der Administration, Vertretern der Forschungseinrichtungen und westeuropäischen Diplomaten ‚off the record‘ über ‚US-European relations: a current appraisal‘. [...] Burt deutete die Bereinigung der Krise um das Erdgas-Röhren-Embargo im Vorjahr nur an und konzentrierte seine Darlegungen auf INF. Der NATO-Doppelbeschluß von 1979 sei eine mißliche, jedoch unvermeidbare Entscheidung (‚an awkward, but unavoidable decision‘) gewesen. Mit der Bindung der Nachrüstung im Mittelstreckenbereich an eine Rüstungskontrollinitiative hätten sich die Partner sehenden Auges außerordentliche Probleme aufgeladen. Die Welle des Protests gegen die Nachrüstung in Teilen der westeuropäischen Öffentlichkeit, die aus der vorangegangenen unglücklichen Diskussion um die Neutronenwaffe zu erklären sei, hätte jedoch keine andere Wahl als den Doppelbeschluß gelassen. Auch Helmut Schmidt sei durch den Widerstand der SPD-Basis überrascht worden. Die US-Administration habe den Doppelbeschluß ohne Begeisterung mitgetragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4357; Referat 204, Bd. 135232.

tung und weiteren Entwicklung der SPD – vom Phänomen der „Grünen“ abgesehen. Das Grundsatzbekenntnis von SPD-Führung und SPD-Mehrheit zum Bündnis wird dabei anerkannt. Jedoch hinterläßt die Haltung der SPD zur Implementierung des Stationierungsteils des NATO-Doppelbeschlusses Ungewißheit hinsichtlich der Bedeutung und Substanz dieses Grundsatzbekenntnisses auf längere Sicht.

4) Die Besorgnis über die Entwicklung der SPD ist dabei nur ein Teilaspekt von Zweifeln, die hinsichtlich der Haltung der deutschen Bevölkerung zur Allianz, zur Verteidigung, zum Ost-West-Verhältnis und zu den USA bestehen, wie sie sich im Laufe der INF-Debatte in Teilen der deutschen Öffentlichkeit manifestiert hat.

In internen Bewertungen der Administration spielt dabei die These eine Rolle, der Generationswechsel in Westeuropa, insbesondere in der BR Deutschland, führe längerfristig zu veränderten Haltungen, die auf Gleichsetzung der USA und der Sowjetunion als Supermächte, auf Ablehnung der nuklearen Abschreckung und auf den Wunsch nach stärkerer Unabhängigkeit von den USA – kurz: auf Neutralismus und Pazifismus – hinausliefen. Diese vor allem in der jüngeren Generation festgestellten Meinungstrends werden dabei nicht als „Teil des Lebenszyklus“ bewertet, die sich mit zunehmendem Alterwerden auswachsen, sondern als Zeichen eines tiefergehenden Prozesses, der, was die Haltung gegenüber den USA angeht, durchaus als „Normalisierung“ genommen wird. Kennzeichnend für diese Bewertung ist eine Studie des Professors am National War College, Washington, Stephen Szabo, der als einer der besten amerikanischen Deutschlandkenner die Meinung von leitenden Beamten des State Department (Planungsstab, Europaabteilung) beeinflußt (vgl. Szabo-Aufsatz im Europa-Archiv vom 25.1.83 über Generationswechsel in Europa⁶).

Nicht minder zu beachten sind Zweifel an der „inneren Verfassung der Deutschen“ in der amerikanischen Bevölkerung, siehe die von Schneppen im Europa-Archiv vom 25.9.83 wiedergegebenen Ergebnisse einer Emnid-Umfrage vom August 1982.⁷ Danach relativieren sich die in der Umfrage festgestellten positiven Grundurteile über die Deutschen, soweit sensitive Themen angesprochen sind. (Zuverlässigkeit als Bündnispartner: GB: 69 Prozent, BR Deutschland: 38 Prozent, Frankreich: 28 Prozent; 32 gegen 28 Prozent halten die Deutschen für „zu gutgläubig gegenüber Moskaus Friedensbeteuerungen“; 46 gegen 19 Prozent sind der Auffassung, daß die Deutschen „weiterhin profitable Geschäfte mit der Sowjetunion machen wollen, auch wenn sie damit deren Rüstung stärken“; 24 gegen 38 Prozent glauben, daß die Deutschen „zum Pazifismus neigen, weil bei ihnen die Freiheitsliebe keine Tradition habe“.)

5) Mit welchem amerikanischen Verhalten ist auf dem gegebenen Hintergrund von Zuversicht und Sorge zu rechnen?

5.1) Wie bisher in der INF-Debatte wird die Administration die Notwendigkeit sehen und sich bemühen, auf Vorstellungen der Bundesregierung in einem

⁶ Vgl. Stephen F. Szabo, Generationswechsel in Europa: Auswirkungen auf das westliche Bündnis; EUROPA-ARCHIV 1983, S. 37–44.

⁷ Vgl. Heinz Schneppen, Zum Deutschenbild in den Vereinigten Staaten; EUROPA-ARCHIV 1983, S. 551–558.

Höchstmaß einzugehen. Sie wird dabei auch für die innenpolitische Situation in der BR Deutschland Verständnis aufbringen, wie sie das in der jüngsten Vergangenheit zur Abstützung und Erleichterung der INF-Debatte u. a. durch die Entwicklung ihrer Haltung zu KSZE/KAE und in der Ostwirtschaftspolitik unter Beweis gestellt hat.

5.2) Gleichzeitig sind Sorgen und Zweifel in Rechnung zu stellen, die dem Gewicht und der Wirkung kritischer Grundströmungen in Deutschland entsprechen.

Besonders irritieren Bekundungen auf deutscher Seite, die

- den Friedenswillen der USA und der Reagan-Administration in Zweifel ziehen, vgl. Restons warnenden Artikel an die Adresse der „Grünen“ in NYT vom 9.10.83: „There is a little ‚green‘ in all of us. But America didn't pass the Marshall Plan⁸ for the reconstruction of Europe, or put 300 000 of its men for two generations between the North Sea and the Elbe River, in order to be told that somehow they were not defending our common civilization, but were a menace to peace“⁹;
- die USA mit der Sowjetunion gleichsetzen (Grenada¹⁰ gleich Afghanistan);
- die amerikanische Politik an Krisenherden wie Mittelamerika und Nahem Osten scharf kritisieren;
- Desinteresse an der gemeinsamen Verteidigung erkennen lassen (Reston: „If America ever thought that Europe wanted our troops but wasn't prepared to give the weapons to defend itself and its allies – the US would certainly not agree to keep its troops there as hostages to superior Soviet missile power.“);
- sich gegen die amerikanischen Stationierungstruppen in der BR Deutschland und in Berlin richten. (Botschafter Burns vor der DGAP in Bonn 1981¹¹: Wir werden nur bleiben, wenn wir willkommen sind.)

5.3) Wir müssen begründete Sorge haben, daß kritische Manifestationen in Deutschland im Zuge der weiteren INF-Debatte die in den USA immer vorhandenen Tendenzen zum Isolationismus und Unilateralismus stärken. Latent vorhanden ist auch immer eine gegenüber den europäischen Alliierten – bisher nicht spezifisch uns gegenüber – kritische Stimmung im Kongreß, die die Europäer mangelnder Verteidigungsbereitschaft verdächtigt und mangelnder Leistungen für die gemeinsame und eigene europäische Verteidigung zeihet¹²; dies um so mehr, als die Reagan-Administration von Kongreß und Bevölkerung auf dem Gebiet der Verteidigung außerordentliche Opfer fordert. Die von daher drohende Gefahr einer Beschneidung der amerikanischen Präsenz in Europa ist um so ernster zu nehmen, als das weltweite sicherheitspolitische Engagement

⁸ Zum European Recovery Program („Marshall-Plan“) vgl. Dok. 111, Anm. 11.

⁹ Vgl. den Artikel von James Reston, „Two Dates to Remember“, THE NEW YORK TIMES vom 9. Oktober 1983, S. E 19.

¹⁰ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

¹¹ Korrigiert aus: „1982“.

Der amerikanische Botschafter Burns hielt am 1. Dezember 1981 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn einen Vortrag zum Thema „Gemeinsame Werte – Grundlage des Atlantischen Bündnisses“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 661–666.

¹² Korrigiert aus: „teilt“.

der Reagan-Administration das Risiko einer Überdehnung der amerikanischen Kräfte beinhaltet. Bei einer verstärkten Konzentration auf Schauplätze in der Dritten Welt wie Mittelamerika, Nahost, Persischer Golf und Ferner Osten könnte eine Verlagerung des Engagements von Europa weg schon aus Gründen der beschränkten Kräfte folgen.

6) Die bevorstehende Bundestagsdebatte über INF wird in den USA auch als ein Gradmesser für die Funktionsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses gesehen. Über das – erwartete positive – Abstimmungsergebnis hinaus wird dabei insbesondere die Haltung der Opposition beachtet werden.

Nach der Bundestagsdebatte und dem wahrscheinlichen Beginn der Stationierung wird es darauf ankommen, INF als allianzinternes und deutsch-amerikanisches Problem zu entschärfen. Dafür dürfte eine Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von großer Bedeutung sein. Ein weniger konfrontatives amerikanisch-sowjetisches Verhältnis könnte die innerdeutsche Kritik an der Reagan-Administration und manche Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis verringern. Aufgrund des großen Vertrauens, das die Bundesregierung hier genießt, sollte es ihr möglich sein, nach der Bundestagsdebatte in diesem Sinne verstärkt auf die Administration einzuwirken.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 12937 (204)

332

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam

010-2930/83 VS-vertraulich

8. November 1983¹

Betr.: Gespräch BK/BM Genscher mit Deputy Secretary of State Dam am
8.11.1983 im BK-Amt²;
hier: Grenada und Libanon (zu INF vgl. gesonderten Vermerk von
D2A³)

Weitere Anwesende:

auf deutscher Seite: MD Teltschik, Botschafter Dr. Ruth, LMB des AA⁴;

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 8. November 1983 gefertigt. Dazu vermerkte er: „Noch nicht genehmigt.“

² Der stellvertretende amerikanische Außenminister Dam hielt sich am 8. November 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 8. November 1983 vgl. Dok. 336.

⁴ Hans Friedrich von Ploetz.

auf amerikanischer Seite: Botschafter Burns, Assistant Secretary Burt, Erster Sekretär Tom Weston;

VLR I Weber als Dolmetscher.

1) Grenada⁵

BK begrüßt Dam und schlägt vor, kurz über Grenada und dann über das von Dam bei der Begrüßung genannte Thema INF zu sprechen.

Dam berichtet: Die Feindseligkeiten seien beendet, es beginne der Wiederaufbau. Die Marines seien bereits abgezogen und auf dem Weg nach dem Nahen Osten, es gebe nur noch Armee-Einheiten auf der Insel.

Die USA erwarteten, daß der Generalgouverneur eine Regierung ernenne⁶ und Wahlen ausschreibe und mit den Nachbarinselnstaaten konsultiere. Washington wolle die Truppen so schnell wie möglich abziehen⁷; es sei bereit, beim Wiederaufbau Hilfe zu leisten, 500 Pioniere seien bereits auf der Insel.

Dam kündigt die Überlassung von auf der Insel vorgefundenen Dokumenten an, insbesondere von drei Verträgen mit der SU, Kuba und Nordkorea. Die vorgefundenen Waffen und Munitionsvorräte seien wesentlich mehr als das, was die Miliz von Grenada benötige. Weitere Informationen, so umfassend wie möglich, werden zugesagt.

Dam weist darauf hin, daß einige Vertreter der benachbarten Inselstaaten nach Europa reisen und dort ihre Position darlegen wollten.

Die USA seien ein wenig besorgt gewesen über das vorschnelle Urteil einiger Europäer („US were a little concerned at the rushed judgement of some Europeans“). Er wolle nicht in die Tiefe gehen.

Die USA hätten drei gute völkerrechtliche Gründe für die Intervention gehabt. Es liege im Interesse aller Länder, sie als einen sehr eng definierten, außergewöhnlichen Fall anzusehen.

BK möchte hierzu ein kurzes offenes Wort sprechen: Ihm sei nicht klar, welche Länder gemeint seien.

Dam mißversteht diese Frage zunächst und erläutert die drei völkerrechtlichen Gründe der USA für die Intervention:

- Interventionersuchen der sechs mit Grenada in der OECS-verbundenen Inselstaaten;
- Interventionersuchen des Generalgouverneurs von Grenada an die USA, der sich außerdem auch der Bitte der Sechs anschloß;
- Schutz für US-Bürger.

⁵ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

⁶ Der Generalgouverneur von Grenada, Scoon, ernannte am 9. November 1983 eine neunköpfige zivile Übergangsregierung („Advisory Council“) unter Leitung des stellvertretenden Generalsekretärs der UNCTAD in Genf, McIntyre. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 137 des Legationssekretärs Schul, Port-of-Spain, vom 10. November 1983; Referat 331, Bd. 136432.

⁷ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 17. November 1983, die amerikanische Regierung habe bekanntgegeben, „amerikanische Kampfverbände würden bis spätestens 23. Dezember abgezogen werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5229; Referat 331, Bd. 136432.

Dam verweist auf parteiübergreifende Unterstützung der Handlungsweise der Regierung in den USA, die auch bei dem Besuch einer aus Vertretern beider Parteien zusammengesetzten Kongreßdelegation auf Grenada deutlich wurde.⁸ Auf der Insel selbst hätten nach Umfragen von US-Medien 91 % der US-Aktion zugestimmt.

Die Länder der Region billigten sie voll.

Dam unterstreicht, daß es sich nicht um eine überstürzte Maßnahme gehandelt habe: Am Freitag (21.10.) sei Beschluß gefaßt worden, am Sonntag sei ein Sonderbotschafter in die Region geschickt worden; Washington habe auf ein förmliches Ersuchen Wert gelegt.

Nachdem das Mißverständnis über die Frage BKs aufgeklärt ist, erläutert Dam: Seine Äußerung beziehe sich ganz allgemein auf Europa. Washington habe geschätzt, daß die Bundesregierung sich in New York enthalten habe (we appreciated your abstention)⁹, würde aber auch Unterstützung schätzen. Jetzt hoffe man, daß wir die Tatsachen und die amerikanische Rechtfertigung prüfen und ihr zustimmen.

BK stellt fest, er wolle unter Freunden offen reden: Unsere Haltung zu den USA sei ganz klar; was die Reagan-Erklärung vom heutigen Morgen dazu feststelle, treffe zu. Für uns sei die deutsch-amerikanische Freundschaft ein wesentliches Element unserer Politik und nicht nur eine Floskel.

BK nimmt Bezug auf die Erklärung von BM Genscher am Morgen des 27.10. in der Aktuellen Stunde des Bundestages: Er habe zum Schluß erklärt, wir vergäßen auch in diesem Augenblick nicht, wer unser Freund sei.¹⁰

Unser Punkt sei aber folgender: Die amerikanischen Freunde sollten sich auch in unsere Lage versetzen. Im Boxsport sage man, ein Boxer solle nicht kalt in den Ring steigen. Wir seien „sehr kalt gewesen“, als uns die Nachricht erreichte. Unter normalen Umständen wäre dies noch hinnehmbar gewesen, aber – von heute gerechnet – seien es noch 14 Tage bis zum Stationierungsbeginn, sofern in Genf kein Wunder geschehe.

Man müsse sehen, daß auf uns, wie auf sonst niemanden in Europa, der Druck laste. Die CDU führe gegenwärtig 10000 Veranstaltungen in Deutschland durch, um den Druck abzufangen.¹¹

Unser Problem habe also darin bestanden – und bestehe weiter darin –, den Druck abzufangen. Die Opposition habe schon Stunden nach dem Bekanntwer-

⁸ Vom 4. bis 7. November 1983 hielt sich eine Gruppe von 14 Mitgliedern des amerikanischen Repräsentantenhauses auf Grenada auf. Botschafter Hermes, Washington, teilte am 10. November 1983 mit, daß die Teilnehmer berichtet hätten, ihrem Eindruck nach habe „zumindest eine potentiell lebensgefährliche Lage für amerikanische Bürger auf der Insel“ bestanden, so daß „es unter diesen besonderen Umständen gerechtfertigt war, amerikanische Einheiten in den Kampf zu schicken.“ Drei Gruppenmitglieder der Demokratischen Partei hätten jedoch ein abweichendes Votum vertreten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5111; Referat 331, Bd. 136435.

⁹ Zur Abstimmung über die Resolution Nr. 38/7 der VN-Generalversammlung am 2. November 1983 vgl. Dok. 325, Anm. 22.

¹⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 125, S. 1998 f.

¹¹ Am 19. September 1983 eröffnete Bundeskanzler Kohl in der CDU-Parteizentrale in Bonn als Parteivorsitzender die Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“, in deren Verlauf Veranstaltungen in den ca. 10 000 Ortsverbänden der CDU geplant waren.

den der Intervention erklärt, es handle sich um das amerikanische Afghanistan.¹² Das sei es natürlich nicht. Aber in einer derartig emotionalisierten Situation würde es doch recht schwer. BK verweist auf die Luther-Feier in Worms am 30.10., bei der der evangelische Bischof aus der DDR – bei der einzigen Luther-Feier mit Beteiligung aus beiden deutschen Staaten, die im Fernsehen live übertragen worden sei – das Thema aufgegriffen habe.¹³

In unserer Situation redeten viele ohne Sachkenntnisse, d. h. nur emotional. Diesen Punkt solle Dam sehen.

BK berichtet, er habe dem japanischen MP auf seine Frage nach unserem Stimmverhalten in den VN erklärt: Wir würden nichts gegen die USA tun.¹⁴ Aber das Problem bleibe, wie unserer Lage Rechnung getragen werden könne: Psychologisch hätte sicher manches besser gemacht werden können; Frau Thatcher habe hart zugeschlagen¹⁵, wir nicht. Aber: Verständnis sei keine Einbahnstraße.

Seine Feststellung, daß man in einer schwierigen Lage zu seinem Partner halten müsse, unterstreicht BK mit dem Hinweis, er sei bewußt am 28.10. zu den im Libanon verwundeten US-Soldaten nach Wiesbaden gegangen¹⁶; die Geste sei auch verstanden worden.

¹² In einer von der Fraktion der Grünen beantragten aktuellen Stunde des Bundestags am 27. Oktober 1983 zogen Abgeordnete der Grünen und der SPD Parallelen zwischen dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und der amerikanischen Invasion auf Grenada. Vgl. dazu die Ausführungen der Abgeordneten der Grünen, Gottwald, sowie der SPD-Abgeordneten Wischnewski und Holtz; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 125, S. 1995, S. 2000 und S. 2002.

¹³ Die Feierlichkeiten zum Luther-Jubiläum in Worms fanden vom 30. Oktober bis 4. November 1983 statt. Am ersten Tag der Veranstaltung führte der Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR, Hempel, aus, daß viele Christen in der DDR nicht glaubten, „daß weitere Raketen in Europa uns den Frieden näherbringen.“ Statt dessen könne nur „harte Arbeit risikofähiger Verhandlungen trotz Ermüdung oder Enttäuschung dem Bewahren des Friedens dienen“. Hempel sagte weiter: „Viele Christen bei uns, ich auch, fürchten, daß die Stationierung weiterer Raketen in Europa die Menschen in beiden deutschen Staaten weiter auseinanderbringen“. Vgl. den Artikel „Carstens: Luther lehrt uns Zuversicht. Bischof Hempel aus der DDR Gast in Worms“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Oktober 1983, S. 1.

¹⁴ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 1. November 1983 in Tokio vgl. Dok. 322 und Dok. 323.

¹⁵ Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 25. Oktober 1983, daß der britische Außenminister Howe am selben Tag im Parlament klargestellt habe, Großbritannien sei „an der Landungsaktion der USA und mehrerer karibischer Commonwealth-Länder in Grenada nicht beteiligt“ gewesen: „AM Howe und – in der unmittelbar vorhergehenden Unterhausfragestunde – PM Frau Thatcher erklärten auf Fragen, daß die USA am Abend des 24.10. GB wegen der bevorstehenden Intervention in Grenada konsultiert haben. Die britische Regierung habe erhebliche Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Aktion geäußert.“ Ruhfus fuhr fort: „Wir haben den Eindruck, daß die britische Regierung das amerikanische Vorgehen und die Tatsache, daß die USA sich dabei über britische Bedenken hinweggesetzt haben, mißbilligt. Wie meist hat sie ihrer Kritik jedoch bislang nicht öffentlich direkten Ausdruck gegeben. Die Angelegenheit wird die Gemüter weiter bewegen. Sie könnte wegen des Commonwealth-Bezuges (die Königin ist Staatsoberhaupt von Grenada!) die britisch-amerikanischen Beziehungen nachhaltiger stören als andere Meinungsverschiedenheiten der letzten Jahre (Gas-Röhren-Geschäft, Stahl, Export Administration Act, Falklands).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1744; Referat 331, Bd. 136432.

¹⁶ Am 23. Oktober 1983 ereigneten sich in Beirut Anschläge auf das amerikanische und das französische MNF-Kontingent im Libanon. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 9. Bundeskanzler Kohl besuchte am 28. Oktober 1983 ein amerikanisches Militärkrankenhaus in Wiesbaden, wo etwa 50 bei den Anschlägen verletzte Soldaten behandelt wurden. Vgl. dazu die Meldung „Kohl besucht verletzte US-Soldaten“; GENERAL-ANZEIGER vom 28. Oktober 1983, S. 2.

BK meint, ein öffentlich gesagtes Wort des Verständnisses von Dam für unsere Position würde gut sein. Im übrigen fragt sich BK, ob die Äußerungen anerkannter Journalisten oder Wissenschaftler, z.B. aus Frankreich, nach einer Reise nach Grenada nicht mehr bewirken könnten als Besucher von den Inselstaaten. Wir würden auch noch die 14 Tage bis zur INF-Debatte im Bundestag¹⁷ durchstehen. Wichtige Daten seien auch die Parteitage von FDP¹⁸ und SPD am 18./19.11.1983¹⁹. Glücklicherweise sei bisher keine Gewalt angewandt worden, aber es sei nicht vorauszusagen, was noch komme. Die Protestbewegung spalte sich jetzt. Relevant sei der Kern, der aus Gruppen bestehe, die von Brutalen bis zu Terroristen reichte. Es gebe so verbrecherische Leute, die Märtyrer erzwingen wollten. BK nimmt Bezug auf einen Vorfall in Berlin vor zwei Jahren.²⁰

BK verweist darauf, daß wir fühlen, daß der KGB nicht schläft, auch nicht hier bei uns. Viel Geld werde ausgegeben, und viele Minen würden gelegt. Das gehe bis hin zur persönlichen Belästigung der Familien von Politikern.

BK unterstreicht: Es könne aber keinen Zweifel geben, daß wir die Beschlüsse verwirklichen. Er verweist auf die Feststellung in seiner heutigen Rede, daß bei uns nicht die Straße bestimmt.²¹

Es sei aber leider so, daß der für das Zustandekommen des Doppelbeschlusses Hauptverantwortliche wegtauche. Er rechne nur mit 5 bis 10% der Stimmen auf dem SPD-Parteitag. Botschafter *Burns* wirft ein, ihm gegenüber habe er nur von 5% gesprochen.

BK hält ferner fest, daß bereits etwa 50% für den NATO-Austritt seien beim SPD-Parteitag.²²

¹⁷ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

¹⁸ Der Bundesparteitag der FDP fand am 18./19. November 1983 in Karlsruhe statt. Dazu hieß es in der Presse, der Parteitag habe bei sechs Enthaltungen mit 284 zu 91 Stimmen den Leitantrag des FDP-Bundesvorstands gebilligt, „nach dem mit der Nachrüstung nun begonnen werden müsse, wobei ein Fortgang der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über eine Verminderung der Mittelstreckenraketen befürwortet wird, mit dem Ziel der sogenannten Null-Lösung“. Vgl. den Artikel „Auf Kollisionskurs beim Strafrecht und in der Ausländerpolitik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. November 1983, S. 4.

¹⁹ Korrigiert aus: „17./18.11.1983“.

Auf ihrem Außerordentlichen Parteitag in Köln billigte die SPD mit 383 gegen 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen einen Entschließungsantrag, in dem u. a. festgestellt wurde: „1) Die SPD lehnt die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckensystemen auf dem Boden der Bundesrepublik ab. 2) Die SPD fordert statt dessen weitere Verhandlungen. Sie fordert von den USA einen Stopp der Stationierung, von der Sowjetunion den Beginn der Reduzierung ihrer auf Europa gerichteten SS-20-Raketen bis zu einer beträchtlich verminderten Zahl, von den beiden Verhandlungspartnern einen Stopp für die Einführung neuer Nuklearraketen kürzerer Reichweite.“ Vgl. AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG DER SPD, S. 198 f.

²⁰ Während des Aufenthalts des amerikanischen Außenministers Haig am 13. September 1981 in Berlin (West) kam es im Anschluß an eine Demonstration zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Vgl. dazu den Artikel „151 Berliner Polizisten bei den Ausschreitungen verletzt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. September 1981, S. 1.

²¹ Bundeskanzler Kohl sprach vor dem Fachkongreß der CDU „Europas Verantwortung für den Frieden“. Vgl. dazu den Artikel „Der Bundeskanzler: Moskau will den politischen Sieg im atomaren Frieden“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. November 1983, S. 2.

²² Der Passus „Wir würden auch noch ... beim SPD-Parteitag“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz nachträglich eingefügt. Vgl. die Anlage vom 9. November 1983 zur Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

BM greift das Wort *Dams* von einem vorschnellen Urteil auf: Wir hätten nicht vorschnell geurteilt, sondern am Mittwoch (26.10.) eine wohlüberlegte Stellungnahme der Bundesregierung²³ und am Tag danach eine Erklärung im Bundestag abgegeben. Es würde einen Fehler auch für das Bündnis bedeuten, wenn die USA erwarteten, daß der Begriff vorschnell akzeptiert und zum Anlaß für eine Revision genommen werde.

BM unterstreicht auch, daß es in der Öffentlichkeit nicht überzeugend wirke, wenn die völkerrechtlichen Gründe für die Intervention immer wieder gewechselt würden. Wir hätten die Parallele zu Afghanistan abgelehnt. Washington müsse aber darauf achten, daß es anderen durch die Begründung, die es für seine Intervention wähle, keine Gründe für eigene Aktionen gebe. *BM* wiederholt: Liefern Sie anderen keine übertragbaren Gründe für künftiges Vorgehen anderswo! Die rechtlichen Argumente müßten deshalb sorgfältig abgewogen werden.

Dam erklärt, Washington sei sich bewußt, eine Vorabinformation unterlassen zu haben. Diese Entscheidung sei im vollen Bewußtsein der Auswirkungen durch den Präsidenten getroffen worden. Der Schlüssel zur rechtlichen Argumentation liege in dem Ersuchen des Generalgouverneurs: Er habe zunächst gerettet werden müssen, zu diesem Zweck seien Froschmänner eingesetzt worden. Sein Haus sei aber von Kubanern umgeben gewesen. Man habe sehr vorsichtig vorgehen müssen, um ihnen nicht die Bedeutung des Generalgouverneurs bewußt werden zu lassen. Die Befreiung habe 24 Stunden gedauert. Erst danach habe man sich auf den Generalgouverneur öffentlich berufen können.

Der *Bundeskanzler* akzeptiert dies und räumt auch ein, daß die Entscheidung – auch vor dem Hintergrund der Ereignisse im Libanon – schwierig gewesen sein müsse.

Er empfiehlt *Dam* daher, auf Journalistenfragen nach dem Erörterten nur zu sagen, es habe ein erster Meinungsaustausch über Grenada stattgefunden.

Die Bundesregierung respektiere die amerikanische Position und erwarte, daß die USA sich entsprechend verhielten.

Dam verweist auf sein vorausgegangenes Hintergrundgespräch mit der Presse, in dem er seine Bereitschaft zu einer Erörterung des Themas verdeutlicht habe.

Burt ergänzt, es sei auch festgestellt worden, daß keine Absicht bestehe, auf Veränderung des Standpunkts abzu zielen.

BM empfiehlt, die Presse auch über die von uns geäußerte Erwartung zu informieren, daß wir weiter informiert werden.

Auf Hinweis von *Dam*, daß er die Presse vor Abreise nicht mehr sehen kann, empfiehlt *BK*, *Burns* zu beauftragen.

²³ Am 26. Oktober 1983 erklärte Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt: „Die Bundesregierung bedauert die Entwicklung in Grenada. Sie ist zu einer abschließenden Bewertung erst in der Lage, wenn sie über alle Einzelheiten voll unterrichtet ist. Das ist auch nach der nachträglichen Unterrichtung durch den US-Botschafter in Bonn nicht der Fall. Im Gegensatz zu der britischen Regierung, die wegen der Zugehörigkeit Grenadas zum Commonwealth vorab informiert wurde, ist die Bundesregierung nicht konsultiert worden. Wären wir konsultiert worden, hätten wir von der Intervention abgeraten. Die Bundesregierung erwartet, daß das Volk von Grenada sein Schicksal in Unabhängigkeit und Souveränität unverzüglich selbst bestimmen kann.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136432.

2) INF (vgl. Vermerk D 2 A)

3) Libanon

BM verweist auf Berichte über Gespräche von Dam in London²⁴, wonach die USA Aktionen planten, in die wir aufgrund von Verträgen involviert sein könnten, einmal im Rahmen der Out-of-area-Absprachen²⁵, zum anderen, falls deutsches Hoheitsgebiet involviert sei und – nach bestehenden Vereinbarungen²⁶ – unsere Zustimmung hierzu vorliegen müsse.

Dam stellt fest, die Prüfung der Optionen dauere an. Er wisse nicht, ob es zu Aktionen komme. Wenn dies der Fall sei, geschehe dies nicht im Namen der MNF, sondern nur zum Schutze der Marines und nicht etwa wahllos.

BM verweist auf unterschiedliche Erklärungen von Weinberger, der den Iran als Urheber des Attentats beschuldigte²⁷, und von Shultz, der auf Syrien zeigte²⁸. Die USA müßten sich über die Folgen von Aktionen klar sein, die gegen ein drittes Land gerichtet würden und über das normale Maß an Selbstverteidigung hinausgingen.

Dam hält fest, daß die Äußerungen von Weinberger und Shultz nicht im Widerspruch zueinander stünden: Es sei erklärt worden, nach den vorhandenen Beweisen habe eine libanesische Gruppe das Attentat ausgeführt; sie sei vom Iran unterstützt worden, die Ausführung wäre aber ohne Duldung, vielleicht sogar Unterstützung von Syrien unmöglich gewesen.

BK verabschiedet sich.

Die Erörterungen zu INF werden fortgesetzt.

VS-Bd. 14118 (010)

²⁴ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Dam hielt sich am 6./7. November 1983 in London auf.

²⁵ Vgl. dazu die deutsch-amerikanischen Gespräche am 18. Mai 1983 über die Unterstützung amerikanischer Einsätze außerhalb des Vertragsgebiets der NATO; Dok. 150.

²⁶ Zu der während des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher vom 14. bis 20. Juli 1978 in den USA getroffenen Vereinbarung über die Verlegung amerikanischer Truppen und von amerikanischem Material in Krisengebiete vom Gebiet der Bundesrepublik aus vgl. AAPD 1978, II, Dok. 348 und Dok. 349.

²⁷ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 24. Oktober 1983, der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe den Verdacht geäußert, hinter den Anschlägen auf das amerikanische bzw. französische MNF-Kontingent in Beirut stehe „eine radikale schiitische Gruppe mit Verbindungen zum Iran. In den Medien wird ihr Name gelegentlich mit ‚Hizbullah‘ angegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4835; Referat 310, Bd. 135770.

²⁸ Der amerikanische Außenminister Shultz unterrichtete am 24. Oktober 1983 Senat und Repräsentantenhaus über die Anschläge auf die amerikanischen und französischen MNF-Kontingente im Libanon. Botschafter Hermes, Washington, informierte am selben Tag: „Shultz bekräftigte den Verdacht, daß die Sprengstoffattentate durch eine radikale Splittergruppe mit Verbindung zu Iran ausgeführt worden seien. Er übte in diesem Zusammenhang scharfe Kritik an Syrien und der Sowjetunion, ohne sie jedoch direkt für die Attentate verantwortlich zu machen. Iranische Elemente operierten im Libanon hinter den syrischen Linien und in Allianz mit Syrien; Syrien trage daher einen Teil der Verantwortung für iranische Aktionen im Libanon, unabhängig davon, ob es von spezifischen Terrorplänen gewußt habe oder nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4861; Referat 310, Bd. 135770.

333

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher

VS-vertraulich

8. November 1983¹

Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Premierminister Thatcher am 8. November 1983, anlässlich der deutsch-britischen Gipfelkonsultationen²

Teilnehmer auf britischer Seite: neben PM Thatcher Herr A. J. Coles (Persönlicher Referent) sowie Herr Lederer (Dolmetscher);

Teilnehmer auf deutscher Seite: neben dem Herrn Bundeskanzler MDg Dr. Stabreit als Note-taker sowie VLR I Weber (Dolmetscher).

Bundeskanzler eröffnet das Gespräch mit der Erörterung von INF-Fragen. Er verweist auf Besuch von stellvertretendem US-Außenminister Dam.³ USA würden in Genf noch einen Vorschlag machen.⁴ Heute in vierzehn Tagen werde der Bundestag seine Debatte abschließen.⁵ Dann könne sofort mit der Stationierung begonnen werden. Die nächsten 14 Tage seien kritisch. Die vernünftigen Leute in der Friedensbewegung begännen zu resignieren. Es gebe aber eine kleine Gruppe, die zu Gewalttätigkeiten neige. Hier könne es Zwischenfälle, selbst Tote geben. Die DDR lasse alle Minen springen. Umfragen zeigten jedoch, daß die Bevölkerung im Kern nicht wankend sei. Allerdings sei die verfaßte öffentliche Meinung zu 2/3 gegen die Nachrüstung.

Frage von Frau *Thatcher*, ob es sich hier um eine sich verstärkende Tendenz handele, verneint *Bundeskanzler*.

Bundeskanzler weist auf Patriotismusdefizit insbesondere in den wohlhabenden Schichten hin. Der Prozentsatz der Wehrdienstverweigerer sei unter den Kindern dieser Schicht besonders hoch. (Einwurf Frau *Thatcher*: „Most of the weakness comes from the upper middle class.“) Dies sei jedoch nicht typisch für

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 9. November 1983 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Vermerk ist von dem Herrn Bundeskanzler noch nicht genehmigt.“

Hat Ploetz am 10. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 12. November 1983 vorgelegen.

Hat Ploetz am 14. November 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Meyer-Landrut und Lautenschlager „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Meyer-Landrut am 14. November und Lautenschlager am 15. November 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Die deutsch-britischen Regierungsgespräche fanden am 8./9. November 1983 statt. Vgl. dazu auch Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 338.

³ Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Dam am 8. November 1983 vgl. Dok. 332 und Dok. 336.

⁴ Zum amerikanischen Vorschlag vom 14. November 1983 für eine Konkretisierung der Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 336, Anm. 13.

⁵ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

die junge Generation. Das erlebe er zu Hause an den Freunden seiner Söhne. Das seien gute Jungs, bei denen das Interesse an der Geschichte und der Geschmack an der Lyrik wieder in Mode kommen. Man sehe dies auch an den neuen Buchtiteln, mit denen die deutschen Verleger ja nur einem erspürten Bedürfnis der Öffentlichkeit nachkämen. Dies habe er unlängst erst wieder auf der Buchmesse⁶ gesehen.

Einige der jungen Leute, die jetzt protestierten, werde man wiedergewinnen können. Ein Problem liege insbesondere bei der evangelischen Kirche. Hier seien 70 % der jungen Pfarrer gegen die Nachrüstung. Dahinter verberge sich ein theologisches Problem. Im Grunde genommen glaubten sie an nichts mehr. Eine Umfrage habe unlängst ergeben, daß sich mehr als die Hälfte als Sozialingenieur empfinde, nicht als Hirte. Das Wort Gottes zu vermitteln sei langweilig und trocken. Es sei viel farbig, sich für Lateinamerika zu interessieren.

Eine schlimme Entwicklung gebe es bei den Sozialisten. Helmut Schmidt werde auf dem Parteitag nur noch 5 % hinter sich haben.⁷

Auf Frage von Premierminister *Thatcher*, ob er auf dem Parteitag für die Stationierung sprechen werde, antwortet *Bundeskanzler*: Vor einigen Tagen würde er noch ja gesagt haben, es würde ihn aber nicht erstaunen, wenn er im Bundestag nicht mitabstimmen werde. Er werde einen technischen Grund hierfür finden. Schmidt sei einfach verbittert.

In Hessen gehe die SPD jetzt eine Koalition mit den Grünen ein.⁸ Dabei werde die SPD sich selbst zerstören.

Frau *Thatcher* äußert, als Helmut Schmidt vor einigen Wochen nach London gekommen sei⁹, habe sie ihn direkt gefragt. Er habe gesagt, er würde sowohl auf dem Parteitag wie im Bundestag für die Nachrüstung sprechen.¹⁰

⁶ Die 35. Frankfurter Buchmesse fand vom 11. bis 17. Oktober 1983 statt.

⁷ Zum Außerordentlichen Parteitag der SPD am 18./19. November 1983 in Köln vgl. Dok. 332, Anm. 19.

⁸ Bei den Wahlen zum hessischen Landtag am 25. September 1983 errang die SPD 46,2 % der Stimmen (51 Sitze), die CDU 39,4 % (44 Sitze), die FDP 7,6 % (8 Sitze) und die Grünen 5,9 % (7 Sitze). Nachdem weder die CDU noch die FDP zu einer Koalition mit der SPD oder zur Tolerierung einer Minderheitenregierung bereit waren, sprach sich der Landesparteitag der hessischen SPD am 6. November 1983 in Baunatal für Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit den Grünen aus. Am 7. Juni 1984 wurde Holger Börner zum Ministerpräsidenten einer Minderheitenregierung gewählt, nachdem sich die Grünen zuvor zu deren Tolerierung bereit erklärt hatten.

⁹ Der SPD-Abgeordnete Schmidt führte am 7. Oktober 1983 ein Gespräch mit Premierministerin *Thatcher*. Botschafter Ruhfus, London, berichtete am folgenden Tag, daß neben europapolitischen Themen, der Wahl eines neuen NATO-Generalsekretärs und der amerikanischen Haushaltspolitik Ost-West- und Abrüstungsfragen im Mittelpunkt gestanden hätten. Schmidt „habe Waldspaziergang erneut als brauchbaren Kompromiß bezeichnet. PM habe sich hierzu rezeptiv verhalten. Für sie habe die Nichtnegotiability britischer und französischer Nuklearsysteme im Vordergrund gestanden.“ Schmidt habe weiter ausgeführt, „Seriosität der amerikanischen Abrüstungsverhandlungen sei leider erst spät deutlich geworden und in den Augen vieler Kontinentaleuropäer durch leichtfertige Äußerungen (window of vulnerability, possibility of nuclear warfare u. a.) überdeckt worden. Gleichwohl werde er auf dem Parteitag der SPD und im Bundestag für die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses sprechen und auch entsprechend abstimmen, weil er nicht erkennen könne, daß die Voraussetzungen sich wesentlich geändert hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1618; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Für den Wortlaut der Ausführungen des SPD-Abgeordneten Schmidt auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD am 19. November 1983 in Köln und am 21. November 1983 im Bundestag vgl. AUßERORDENTLICHER PARTEITAG DER SPD, S. 98–118, bzw. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2376–2384.

Bundeskanzler antwortet: Auf dem Parteitag werde er dafür sprechen. Es werde jedoch für ihn schlimm werden. 40 % der Delegierten seien für den Austritt aus der NATO. Dies reflektiere nicht die Stimmung in der Partei, schon gar nicht die Stimmung der SPD-Wähler (insbesondere der Arbeiter). Unter den Delegierten sei dies jedoch die Stimmung.

Bundeskanzler verweist auf Sympathiekundgebungen der deutschen Bevölkerung gegenüber den im Libanon verwundeten Amerikanern¹¹, die sich jetzt in einem amerikanischen Militärhospital in Frankfurt befänden. Er habe dort einen Besuch abgestattet¹² und sei von der Reaktion der Bevölkerung freudig überrascht worden.

Frau *Thatcher* spricht dann das Thema Libanon an. Sie weist darauf hin, sie habe amerikanischer Seite zu verstehen gegeben, was immer in Selbstverteidigung geschehe, sei zulässig. Sie bitte jedoch, nicht von Vergeltung oder Repressalien zu sprechen. Als Herr Dam London verlassen habe¹³, sei offenbar in den USA noch keine Entscheidung gefallen gewesen, was getan werden solle.

Bundeskanzler äußert Hoffnung, daß Amerikaner sich vernünftig verhalten. Das Attentat im Libanon habe sie jedoch sehr getroffen. *Bundeskanzler* erwähnt in diesem Zusammenhang Besorgnisse von Frau Gandhi über mögliche Übergriffe gegen Pakistan aus Afghanistan.¹⁴

Er fragt, wie Frau *Thatcher* die Grenada-Sache¹⁵ sehe.

Frau *Thatcher* antwortet, sie habe die Meinung vertreten, daß das internationale Recht es verbiete, das Territorium eines anderen Staates zu besetzen. Wenn dies doch geschehe, müsse es dafür überwältigende Gründe geben, die jedem klar sein müßten. Solche Gründe hätten hier jedoch nicht vorgelegen.

Frau *Thatcher* geht auf die Geschichte Grenadas ein (Unabhängigkeit¹⁶, Putsch 1979¹⁷). Der Flughafen sei von einer britischen Firma gebaut worden und habe alle Charakteristika eines Zivilflughafens.

Großbritannien habe den Deputy High Commissioner von Barbados¹⁸ am Sonntag nachmittag¹⁹ in Begleitung zweier amerikanischer Konsuln nach Grenada entsandt. Dieser habe berichtet, daß britische Bürger nicht in Gefahr seien. Er habe mit dem Generalgouverneur²⁰ gesprochen. Der Generalgouverneur habe weder der britischen Regierung noch der Königin²¹ eine Botschaft zukommen lassen. Nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am Sonntag hätten

¹¹ Zu den Anschlägen auf das amerikanische und das französische MNF-Kontingent im Libanon vgl. Dok. 314, Anm. 9.

¹² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 28. Oktober 1983 in Wiesbaden vgl. Dok. 332, Anm. 16.

¹³ Der amerikanische Außenminister Dam hielt sich am 6./7. November 1983 in London auf.

¹⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidentin Gandhi am 6. November 1983 in Neu Delhi; Dok. 329.

¹⁵ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

¹⁶ Die britische Kronkolonie Grenada wurde am 7. Februar 1974 unabhängig.

¹⁷ Am 13. März 1979 wurde Ministerpräsident Gairy, der sich auf einer Auslandsreise befand, vom Vorsitzenden des New Jewel Movement, Bishop, abgesetzt.

¹⁸ David Montgomery.

¹⁹ 23. Oktober 1983.

²⁰ Paul Scoon.

²¹ Elizabeth II.

die USA der britischen Regierung mitgeteilt, daß ihre Schiffsbewegungen lediglich Vorsichtsmaßnahmen seien. Zwar seien die kleinen karibischen Nachbarn von Grenada für die Invasion gewesen, andere karibische Staaten jedoch dagegen. Sie verweist darauf, daß es tagelang eine Menge von Gerüchten und Gegengerüchten, von Informationen und Gegeninformationen gegeben habe. Sie sei sehr besorgt gewesen, daß das Eingreifen der Amerikaner in Grenada politische Rückwirkungen in Europa haben könne. Sie habe andererseits keinen Zweifel, daß die Bevölkerung von Grenada über dieses Eingreifen sehr glücklich sei.

Frau Thatcher äußert sich dann zu den mutmaßlichen Motivationen des amerikanischen Vorgehens in Grenada und im Libanon.

Sie selbst habe lange Zeit damit zugebracht, der Öffentlichkeit zu versichern, die NATO sei defensiv und auf bestimmte Grundsätze wie Gerechtigkeit und Freiheit gegründet, insbesondere aber auf dem Grundsatz der Verfolgung politischer Ziele mit friedlichen Mitteln. Als sie den Churchill-Preis in den USA bekommen habe, habe sie dieses Thema variiert und darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion ihre Ziele im Unterschied zu den westlichen Ländern mit Gewalt verfolge. Sie habe allerdings im gleichen Atemzug gesagt, wir müßten mit der Sowjetunion auf dem gleichen Erdball leben und infolgedessen auch mit ihr sprechen und verhandeln. Unser Grundsatz sei es jedoch, zu „defend, to deter, but not to attack, and to stay strong for defense only“.²² Demokratien seien friedfertig, deshalb habe sie das Vorgehen der USA tief getroffen (deeply disturbed). Sie habe jedoch die USA in der Öffentlichkeit nicht angreifen wollen. Jetzt zähle nur noch die Zukunft.

Sie habe all dies Herrn Dam und dem amerikanischen Präsidenten²³ gesagt. Letzterem habe sie die Frage gestellt, ob er sich darüber im klaren sei, was dies für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa bedeuten könne. Noch am Montag habe die britische Regierung vor dem Parlament erklärt, die USA würden nicht eingreifen, weil dies ihr Informationsstand gewesen sei.²⁴

Bundeskanzler pflichtet Frau Thatcher bei. Wir seien von diesem Ereignis auf dem falschen Fuß erwischt worden. Grenada sei für die Stationierungsdebatte nicht nützlich.

Frau Thatcher erläutert, sie habe sofort eine Debatte über die Stationierung von Marschflugkörpern in Großbritannien angesetzt, weil sie sich die Bestätigung durch das Parlament sichern wollte.²⁵ Sie geht dann erneut auf die Frage des Libanon ein. Wenn die Amerikaner dort in Selbstverteidigung handelten, so sei dies akzeptabel. Vergeltung bedeute jedoch, unschuldige Menschen in die Ge-

²² Am 29. September 1983 erhielt Premierministerin Thatcher den Preis der Winston Churchill Foundation of the United States in Washington. Für den Wortlaut der Dankesrede vgl. <http://www.margaretthatcher.org/document/105450>.

²³ Ronald W. Reagan.

²⁴ Am 24. Oktober 1983 antwortete der britische Außenminister Howe im Unterhaus auf die Frage des Labour-Abgeordneten Healey, ob er versichern könne, daß die USA keine militärische Intervention in Grenada planten: „I know of no such intention.“ Vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 47, Sp. 27.

²⁵ Das britische Unterhaus stimmte am 31. Oktober 1983 dem Antrag der Regierung zu, amerikanische Mittelstreckensysteme in Großbritannien zu stationieren, falls in den INF-Verhandlungen in Genf keine Null-Lösung zustande käme. Vgl. dazu HANSARD, COMMONS, Bd. 47, Sp. 624–712.

genmaßnahmen einzubeziehen. Sie habe Herrn Dam darauf hingewiesen, daß auch Großbritannien an der MNF teilnehme. Der Mittlere Osten sei bereits ein Hexenkessel. Das könne man jetzt nur noch schlimmer machen. Es sei ihr Vorschlag, daß, wenn im Libanon etwas geschehe, alle beteiligten westlichen Staaten sich sofort in einer Konferenz zusammenfinden sollten. Sie fragt den Bundeskanzler, was Herr Dam hier über die amerikanischen Absichten im Libanon gesagt habe. In England habe er geäußert, wenn überhaupt etwas geschehe, werde es sich um eine kleine Operation handeln. Eagleburger sei jedoch vier Tage lang in Israel gewesen.²⁶ Es habe den Anschein, als planten die USA ein Zusammengehen mit Israel. Dies würde die Dinge im Nahen Osten, und nicht zuletzt für die USA, noch schlimmer machen.

Bundeskanzler antwortet, er habe im gleichen Sinne mit Dam gesprochen und wolle auch dem Präsidenten schreiben. Was Grenada anbetreffe, so sei er aus den Äußerungen Dams nicht ganz schlau geworden. Dam habe aus dem Generalgouverneur eine zentrale Figur seines Berichtes gemacht. Da Dam ein ausgezeichnete Jurist sei, habe ihn dies stutzig gemacht.

Frau *Thatcher* antwortet, sie habe Dam auf den Besuch des stellvertretenden britischen High Commissioners in Grenada am Sonnabend und Sonntag und sein Gespräch mit dem Generalgouverneur hingewiesen. Dam habe hierauf keine Erklärung geben können. Das Haus des Generalgouverneurs sei zu dieser Zeit nicht umzingelt gewesen. Er sei in Kontakt mit Austin gewesen, der ihm versichert habe, er werde innerhalb von zwei Tagen eine Regierung bilden. Was den Brief des Generalgouverneurs²⁷ anbetreffe, so habe Premierminister Seaga von Jamaika erklärt, er habe diesen Brief erst am Mittwoch gehabt.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß der Generalgouverneur nach amerikanischen Angaben durch Froschmänner befreit worden sei.

PM *Thatcher* antwortet, dies sei nach der Invasion geschehen. Sie habe immer gesagt, in dem Moment, wo man nach Grenada hineingehe, werde man die eigenen Leute (britische und amerikanische Staatsangehörige) in Gefahr bringen. Erst nach der Invasion hätten die Kubaner das Haus des Generalgouverneurs umzingelt. Die Angaben über die Zahl der Kubaner seien wie ein Jojo auf und ab gegangen. Es seien offensichtlich bewaffnete Bauarbeiter gewesen. Sie wolle jedoch wiederholen: Ohne Zweifel sei die Bevölkerung von Grenada äußerst befriedigt über die Entwicklung. Was den Libanon anbetreffe, so könne sie nach der amerikanischen Informationspolitik im Zusammenhang mit Grenada nicht vor das Parlament gehen und sagen, die Schiffsverstärkungen²⁸ seien mit dem

²⁶ Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, hielt sich vom 1. bis 6. November 1983 in Israel auf.

²⁷ Am 24. Oktober 1983 richtete der Generalgouverneur von Grenada, Scoon, ein Schreiben an die OECS-Mitgliedstaaten und „andere befreundete Länder“, in dem er seine Sorge über Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen auf der Insel ausdrückte: „Consequently I am requesting your help to assist me in stabilizing this grave and dangerous situation. It is my desire that a peace-keeping force should be established in Grenada to facilitate a rapid return to peace and tranquility and also a return to democratic rule.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 123 des Botschafter Reitberger, Port-of-Spain, vom 28. Oktober 1983; Referat 331, Bd. 136432.

²⁸ Am 7. November 1983 berichtete Botschafter Eitel, Beirut: „Mehrere der größeren, vor der libanesischen Küste operierenden US-Einheiten sollen in den nächsten Tagen abgelöst werden. Nach dem Doppel-Attentat häufen sich nunmehr die Gerüchte, daß es sich nicht um eine Ablösung, sondern

Ziel einer normalen Ablösung erfolgt. Sie selbst könne nur sagen, sie hoffe, die Amerikaner würden im Mittelmeer nichts unternehmen. Hier könnte eine Kettenreaktion in Gang gesetzt werden.

Bundeskanzler verweist auf das Prestige, das die Amerikaner in Libanon investiert haben.

Frau *Thatcher* wendet sich dann erneut den INF-Fragen zu. Sie verweist auf ihre Majorität von 144 im britischen Parlament. Die mobilen Startrampen für die Cruise Missiles befänden sich zum Teil bereits in Großbritannien. Die Missiles selbst kämen ab 22. November.²⁹ Eine Mehrheit der Bevölkerung in Großbritannien sei gegen die Marschflugkörper. Dies sei zum Teil so wegen der Ungewißheit hinsichtlich des amerikanischen Verhaltens. Es bestehe eine gewisse Furcht, die USA könnten sich nicht an die Absprachen mit der britischen Regierung halten.

Bundeskanzler verweist auf Einfluß amerikanischer Innenpolitik. Der Präsident habe durch die Grenada-Invasion gewonnen. Es herrsche eine Stimmung in Amerika, die Aktionen fordere. In Deutschland sei eine seltsame Situation. Die einen sagten ihm, er hätte sich in der UNO nicht enthalten dürfen, sondern mit Ja stimmen sollen.³⁰ Andere verlangten von ihm, er hätte mit Nein stimmen sollen.

Bundeskanzler fragt Frau *Thatcher* nach den britischen Besorgnissen über eventuelle amerikanische Waffenverkäufe an Argentinien.

Frau *Thatcher* erläutert die Lage in dieser Frage. Wenn die US-Administration feststelle, daß die Menschenrechte in Argentinien wieder beachtet würden, würden neue Waffenverträge mit Argentinien (nicht nur die Erfüllung alter Verträge stehe hier in Frage) abgeschlossen werden.

Argentinien habe jedoch noch nicht formell die Einstellung der Feindseligkeiten³¹ erklärt.

Der *Bundeskanzler* und Frau *Thatcher* erörtern sodann, was am folgenden Tage über ihr Gespräch der Presse gesagt werden solle.

Der *Bundeskanzler* bringt das Gespräch auf den Termin für den nächsten Weltwirtschaftsgipfel. Er habe gehört, MP Nakasone und Präsident Mitterrand

Fortsetzung Fußnote von Seite 1673

um eine schlichte Verstärkung der amerikanischen militärischen Präsenz zur Durchführung eines massiven Vergeltungsschlages handele. [...] Ich halte entsprechende amerikanische Pläne für wenig wahrscheinlich. Ein der israelischen Vergeltung vergleichbarer Schlag hätte mit den hier vorhandenen Kräften von See oder aus der Luft bereits ohne weiteres ausgeführt werden können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 850; Referat 310, Bd. 135770.

²⁹ Gesandter von Alten, London, informierte am 15. November 1983: „Die ersten amerikanischen Marschflugkörper sind am 14.11.1983 vormittags in Greenham Common eingetroffen. Dies gab V[erteidigungs]M[inister] Heseltine in knapper Regierungserklärung mit anschl[ießender] kurzer Aussprache bekannt. Die Abrüstungsverhandlungen in Genf würden aus westlicher Sicht dadurch nicht beendet. Die Stationierung könne bei einem angemessenen Verhandlungsergebnis jederzeit aufgehoben, unterbrochen oder rückgängig gemacht werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1897; Referat 204, Bd. 125643.

³⁰ Zur Abstimmung über die Resolution Nr. 38/7 der VN-Generalversammlung vom 2. November 1983 vgl. Dok. 325, Anm. 22.

³¹ Zum Falkland-Krieg vgl. Dok. 112, Anm. 22.

hätten Bedenken gegen diesen Termin.³² Die Bedenken MP Nakasones sollten sich inzwischen erledigt haben.

Frau *Thatcher* antwortet, Präsident Mitterrand glaube, man werde in Athen³³ und möglicherweise erst unter französischer Präsidentschaft³⁴ ein Ergebnis erzielen, das allen Opfer abverlange. In jedem Land werde es infolgedessen gegen dieses Ergebnis Opposition geben. Diese Opposition werde die Europawahlen³⁵ benutzen, um sich zur Geltung zu bringen.

In der anschließenden Diskussion erläutert *Bundeskanzler* seine Auffassung zur innenpolitischen Lage in Frankreich. Bundeskanzler und PM Thatcher sind sich darin einig, daß am Termin festgehalten werden soll.³⁶

VS-Bd. 14112 (010)

³² Mit Schreiben vom 7. November 1983 an Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, informierte Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, darüber, daß auf der ersten Sitzung der Persönlichen Beauftragen für die Weltwirtschaftsgipfel am 5./6. November 1983 in London gegen den von Großbritannien vorgeschlagenen Termin des 8. bis 10. Juni 1984 Vorbehalte geäußert worden seien: „Ministerpräsident Nakasone hat gegenwärtig Probleme hinsichtlich der Terminabstimmung insbesondere wegen der Unsicherheit über den Wahltermin und die folgende Regierungsneubildung. Er möchte eigentlich den Gipfel möglichst nicht vor Juli 1984, ist aber letztlich bereit, seine Einwände zurückzustellen. Laut Attali hält Präsident Mitterrand den von britischer Seite vorgeschlagenen Termin jedoch für politisch problematisch, weil er eine Woche vor dem Termin der Europa-Wahl liegt und deswegen nach französischer Auffassung ‚höchst riskant‘ wäre.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130542.

³³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

³⁴ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 inne.

³⁵ Am 14. bzw. 17. Juni 1984 fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

³⁶ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 7. bis 9. Juni 1984 in London statt. Vgl. dazu die Runderlasse des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 13. bzw. 14. Juni 1984; AAPD 1984.

334

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe

8. November 1983¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem britischen Außenminister Howe am 8.11.1983 in Bonn²

In dem Gespräch wurden folgende Themen erörtert:

- 1) Naher und Mittlerer Osten
- 2) Grenada
- 3) Zypern
- 4) Falkland/Malwinen-Konflikt
- 5) Vorschlag Ceaşescus zu den Genfer INF-Verhandlungen
- 6) Transatlantische Beziehungen und Konsultationen (gesonderter Vermerk VS-v³)

- 1) Naher und Mittlerer Osten

AM Howe äußerte sich auf eine entsprechende Frage von BM zur Lage im Nahen Osten: Für den iranisch-irakischen Konflikt sei keine Lösung in Sicht. Wir seien alle Zuschauer. Es sei nicht erkennbar, wie wir zur Konfliktlösung beitragen könnten. Die Gefahr bestehe in einer Ausweitung des Konflikts, z.B. durch Iran im Falle unvorhergesehener Entwicklungen im Libanon. Diese Frage sei zwischen den vier Außenministern am 27.10.1983 in Paris diskutiert worden.⁴ Alle vier hätten darin übereingestimmt, die libanesische Versöhnungskonferenz in Genf⁵ zu unterstützen, damit dort wirkliche Ergebnisse erzielt würden. Er, Howe, habe die britische MNF-Verpflichtung für den Libanon bekräftigt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß diese Verpflichtung nicht für alle Zukunft gelte. Gegenüber dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam habe er in London⁶ unterstrichen, daß die Truppen der MNF

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 8. November 1983 gefertigt.

² Der britische Außenminister Howe hielt sich anlässlich der deutsch-britischen Regierungsgespräche am 8./9. November 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 333 und Dok. 338.

³ Vgl. Dok. 335.

⁴ Am 27. Oktober 1983 trafen sich die Außenminister Andreotti (Italien), Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in La Celle-St. Cloud bei Paris. Botschafter Herbst, Paris, teilte am selben Tag mit, sie seien übereingekommen, „keine Neudefinition des MNF-Mandats anzustreben. Wie wir aus britischen Teilnehmerkreisen hören, war Hauptzweck des Treffens, deutlich zu machen, daß die MNF-Länder sich nicht aus Beirut ‚herausbomben‘ lassen. Alle Teilnehmer hätten betont, daß ein Rückzug eine nationale Versöhnung im Libanon voraussetze. Man sei daher übereingekommen, libanesischen Staatspräsidenten Gemayel auf die Bedeutung eines Erfolges bei der Genfer Konferenz zwischen den verschiedenen innerlibanesischen Parteien hinzuweisen. Dabei werde man auch zum Ausdruck bringen, daß die MNF nicht für alle Zeiten im Libanon bleiben könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2095; Referat 310, Bd. 135770.

⁵ Zur Konferenz der nationalen Versöhnung für den Libanon vgl. Dok. 325, Anm. 11.

⁶ Der amerikanische Außenminister Dam hielt sich am 6./7. November 1983 in London auf.

nicht mit einer der Bürgerkriegsparteien im Libanon identifiziert werden dürfen. Er habe gegenüber Dam auch die britische Besorgnis über einen möglichen amerikanischen Vergeltungsschlag zum Ausdruck gebracht: Großbritannien verstehe, wenn ein Vergeltungsschlag gegen die unmittelbar für die Anschläge Verantwortlichen erfolge. Dies dürfe aber nicht als Vorwand für allgemeine militärische Aktionen benutzt werden.

BM erklärte, er wolle noch einmal persönlich für die Unterrichtung über das Pariser AM-Treffen danken. Er habe sich im Kreise der EG-Außenminister frühzeitig dafür eingesetzt, daß die europäischen Länder, die keine MNF-Kontingente stellten, sich ausdrücklich mit denen identifizierten und diese unterstützten, die sich an der MNF beteiligten. Damals und heute sei unser Verständnis der MNF-Aufgabe, so wie AM Howe es dargestellt habe (keine Parteinahme für eine Bürgerkriegspartei). Wir hätten großes Verständnis für die Gefühle in den Vereinigten Staaten und in Frankreich. Der Bundeskanzler habe die Verletzten im amerikanischen Militärkrankenhaus in Wiesbaden besucht.⁷ Jetzt komme es darauf an, die ganze Komplexität des Konflikts richtig einzuschätzen. Die syrischen Maßnahmen seien jetzt in ihrer Zielsetzung ganz eindeutig. Die Syrer wollten die Weltöffentlichkeit auf die bestehende ernste Gefahr hinweisen und von vornherein die Verantwortlichkeiten für die Eskalation benennen. Es bestehe die Gefahr, daß eine oder alle Friedenstruppen in den Konflikt hineingezogen und damit von ihrer eigentlichen Funktion abgelenkt würden, nämlich durch Stabilisierung der Lage im Libanon eine politische Lösung zu ermöglichen.

Ein weiteres großes Problem sei die Zerschlagung der PLO oder die Zerschlagung von Arafats PLO.⁸ Die SU bemühe sich, nach außen den Eindruck großer Zurückhaltung zu erwecken. Dies sei aber Teil einer großen politischen Strategie, um sich nach den schlechten publizistischen Folgen des KAL-Abschlusses⁹ als verantwortliche Kraft darzustellen.

BM wies in diesem Zusammenhang auf die Bemühungen Gromykos in Wien¹⁰ hin, immer wieder über den Libanon sprechen zu wollen. Es sei deutlich gewesen, daß er die USA habe anklagen wollen, weil diese mit ihren Truppen angeblich eine friedliche Lösung verhindert.

Die Möglichkeit, daß sich langsam verschiedene Krisenpunkte im Nahen und Mittleren Osten zusammenschieben, sei Anlaß zu großer Sorge. Niemand könne wissen, ob die Syrer über die geschilderten Intentionen hinausgehen und militärisch aktiv würden. Er, BM, habe Dam nach den¹¹ amerikanischen Absichten, insbesondere nach möglichen Aktionen gegen dritte Staaten gefragt.¹² Dam habe den Eindruck erweckt, als ob die USA nur erwögen, gegen die schuldigen Gruppen im Libanon vorzugehen. Er, BM, habe hierzu gesagt, daß man

⁷ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 28. Oktober 1983 in Wiesbaden vgl. Dok. 332, Anm. 16.

⁸ Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der PLO vgl. Dok. 325, Anm. 12.

⁹ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

¹⁰ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

¹¹ Der Passus „Er, BM ... nach den“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk nachträglich ergänzt. Vgl. Dok. 335, Anm. 1.

¹² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam am 8. November 1983 vgl. Dok. 332 und Dok. 336.

dies immer verstehen werde, solange es sich um einen Akt der Selbstverteidigung handele.

Hieran schloß sich eine kurze Diskussion über mögliche französische Absichten an. *Howe* wies auf sein letztes Gespräch mit AM Cheysson hin, der ihm den Eindruck vermittelt habe, daß die Franzosen keine militärischen Gegenaktionen planten. *BM* wies darauf hin, daß die Lage im Nahen Osten zusammen mit anderen Krisenherden ein unmittelbares amerikanisch-sowjetisches Gespräch notwendig mache. Dies gelte besonders, wenn die Truppen der einen oder anderen Seite – wie im Libanon – unmittelbar involviert seien und wenn man wisse, daß die SU in der Lage sei, überall in der Welt neue Konfliktstellen zu schaffen, z. B. in Zentralamerika. Er, *BM*, rechne nicht damit, daß die SU in Europa den Konflikt suche. Hier werde sie vielmehr größte Zurückhaltung üben. Das unmittelbare Ziel der SU bleibe die Trennung Europas von den USA. Dies könne sie nicht erreichen, wenn sie den Druck auf Europa verstärke. Die SU könne aber leicht Konfliktsituationen in anderen Teilen der Welt schaffen in der Hoffnung auf eine unterschiedliche Betrachtungsweise zwischen Europa und den USA. Hier müßten die Europäer, aber auch die Amerikaner, besonders vorsichtig sein.

Bullard warf ein, die USA schienen mehr und mehr Syrien als Quelle des Terrorismus anzusehen und seien offenbar zu erneuter „strategischer Zusammenarbeit“ mit Israel bereit. Man müsse sich fragen, ob nicht für die Zehn die Zeit gekommen sei, sich wieder von einigen Aspekten der amerikanischen Nahostpolitik zu distanzieren.

Howe meinte, über den Eagleburger-Besuch in Israel (1. bis 3.11.) wisse man wenig. Offenbar habe aber Eagleburger über eine breite Palette von Fragen gesprochen, was ebenfalls für eine Neubelebung der strategischen Zusammenarbeit USA–Israel spreche.

BM meinte, Syrien lege großen Wert auf seine Unabhängigkeit; es sei im Prinzip nicht so abhängig von der SU, wie dies dargestellt werde. Ein syrisch-amerikanischer Zusammenstoß werde jedoch die Lage vollständig verändern. Hierdurch werde indirekt eine amerikanisch-sowjetische Konfrontation herbeigeführt, und wenn dies nur durch die Lieferung weiterer sowjetischer Waffen an Syrien geschehe. Alle diese Fragen dürften nicht von dem zentralen Punkt ablenken, nämlich der Stationierung, falls es in Genf keine konkreten Ergebnisse gebe.

AM *Howe* stimmte dem zu und regte an, daß die beiden Regierungschefs aus Anlaß des deutsch-britischen Gipfels ihre Besorgnisse über die Entwicklung im Nahen Osten und ihre möglichen Auswirkungen auf die INF-Diskussion noch einmal privat gegenüber Präsident Reagan vortragen sollten.

(MP Thatcher hat später entschieden, jeder solle getrennt auf den üblichen bilateralen Kanälen mit den Amerikanern sprechen.)

2) Grenada

AM *Howe* unterstrich, daß die britischen Reaktionen auf das amerikanische Eingreifen¹³ auf der gleichen Linie wie die Stellungnahme der Bundesregie-

¹³ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

Zur britischen Reaktion vgl. Dok. 332, Anm. 15.

rung¹⁴ lägen. Es komme jetzt darauf an, in die Zukunft zu blicken. Großbritannien sehe keine eigene Rolle in Grenada. Wenn das Commonwealth der Regierung in Grenada helfen könne, Wahlen zu organisieren oder auf andere Weise demokratische Institutionen zu stärken, sei Großbritannien bereit zu helfen. Howe erläuterte anschließend auf entsprechende Frage von BM die Rolle des Generalgouverneurs von Grenada¹⁵. Dieser sei z. Z. der Unabhängigkeit Grenadas¹⁶ von der britischen Königin¹⁷ ernannt worden. Großbritannien habe aber kein Recht, ihm Instruktionen zu erteilen. Immerhin sei er das einzige noch verbliebene Element einer gesetzmäßigen Regierung. Er beabsichtige, eine Übergangsregierung aus angesehenen Bürgern Grenadas zu schaffen.¹⁸ Dies erscheine ihm, Howe, der richtige Weg.

Bullard warf ein, Grenada sei ein ruiniertes Land, weniger durch die Kampfhandlungen als durch jahrelange Vernachlässigung durch die frühere Regierung. Es könne daher bis zu neun Monaten dauern, ehe Wahlen möglich seien.

Howe meinte auf eine entsprechende Frage von BM, dem Aufbau einer effektiven Polizei komme in Grenada eine wichtige Bedeutung zu. Großbritannien sei bereit, hierbei zu helfen. *Bullard* meinte, Dam habe den Eindruck vermittelt, als ob die möglichen Gefahren für die amerikanischen Studenten auf Grenada zumindest ebenso wichtig für die amerikanische Entscheidung gewesen seien wie das Hilfssuchen des Gouverneurs. Großbritannien habe keine genauen Erkenntnisse, wann die ersten amerikanischen Marinesoldaten zum Schutz des Gouverneurs an Land gegangen seien.

BM: Wir hätten Dam darauf hingewiesen, daß man sehr sorgfältig die rechtliche Begründung für das amerikanische Eingreifen überlegen müsse, denn es müsse jede Begründung vermieden werden, die von anderer Seite später an anderer Stelle mißbraucht werden könnte. *AM Howe* stimmte dem ausdrücklich zu.

Howe meinte, Großbritannien sei über ähnliche amerikanische Aktionen in Zentralamerika besorgt gewesen, habe aber eine vernünftige – wenn auch keine absolute – amerikanische Zusicherung erhalten, daß Grenada ein spezieller Ausnahmefall gewesen sei.

3) Zypern

Die Zypern-Frage wurde von *AM Howe* kurz angesprochen. Es bestand Übereinstimmung, auf die Konfliktparteien dahingehend einzuwirken, die VG-Gespräche¹⁹ wieder aufzunehmen und die neuen Vorschläge des VN-GS²⁰ konstruktiv zu behandeln.²¹

¹⁴ Vgl. dazu die Stellungnahme des Staatssekretärs Boenisch, Presse- und Informationsamt, vom 26. Oktober 1983; Dok. 332, Anm. 23.

Bundesminister Genscher gab am 27. Oktober 1983 vor dem Bundestag eine Erklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 125, S. 1998 f.

¹⁵ Paul Scoon.

¹⁶ Die britische Kronkolonie Grenada wurde am 7. Februar 1974 unabhängig.

¹⁷ Elizabeth II.

¹⁸ Zur Ernennung einer Übergangsregierung für Grenada vgl. Dok. 332, Anm. 6.

¹⁹ Volksgruppen-Gespräche.

²⁰ Javier Pérez de Cuéllar.

²¹ Zu den Vorschlägen des Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs, Gobbi, und zu den Reaktionen der griechischen und der türkischen Volksgruppen auf Zypern vgl. Dok. 314, Anm. 12.

4) Falkland-Konflikt

AM Howe äußerte die Hoffnung auf deutsche Stimmenthaltung bei der Abstimmung in der VN-GV über die Falkland-Malwinen-Resolution.

BM erklärte, unsere Haltung sei klar, wenn es um wichtige Interessen unserer engsten Freunde gehe. Wir würden uns der Stimme enthalten. AM Howe meinte auf entsprechende Frage BMs nach dem Abstimmungsverhalten der anderen Europäer: Griechenland werde sich dieses Mal voraussichtlich der Stimme enthalten. Das italienische Stimmverhalten sei derzeit noch nicht sicher. BM meinte abschließend, unsere Haltung sei unabhängig von der Haltung anderer.²²

5) INF (Botschaft Ceaușescu an den Bundeskanzler)

BM erwähnte den Brief Ceaușescu an den Bundeskanzler.²³ Ceaușescu habe ähnliche Schreiben an die Vereinigten Staaten und die SU gerichtet.

Ceaușescu habe ihm, BM, bei seinem letzten Besuch in Bukarest²⁴ erklärt, daß man etwas tun müsse, um die Genfer Verhandlungen in Gang zu setzen. Ceaușescu habe hierbei auch erwähnt, daß er vorschlagen wolle, den Zeitpunkt der Stationierung zu verschieben, um für die Verhandlungen Zeit zu gewinnen. Er, BM, habe Ceaușescu erklärt, daß er ihm auf diesen Vorschlag jetzt schon eine Antwort geben könne: Wir seien absolut gegen einen solchen Vorschlag. Wir würden ihn ohne jede Einschränkung ablehnen. Ceaușescu solle vielmehr der SU den Vorschlag machen, auf die Forderung nach Einbeziehung der Drittstaatsysteme zu verzichten, denn diese Forderung blockiere die Verhandlungen in Genf.

Ceaușescu habe jetzt seinen Vorschlag, die Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme fallenzulassen, mit einer Reihe von anderen Vorschlägen verbunden, die unakzeptabel seien. Aus Gründen der Präsentation gegenüber der Öffentlichkeit hätten wir erklärt, daß wir es begrüßten, daß ein Warschauer-Pakt-Staat zum ersten Mal die westliche Position einnehme, daß die Sowjetunion die Forderung nach Anrechnung der Drittstaatsysteme fallenzulassen solle. Gleichzeitig hätten wir erklärt, daß die anderen Vorschläge Ceaușescus jedoch nicht akzeptabel seien, ohne diese Vorschläge im einzelnen aufzulisten. Damit hätten wir der Öffentlichkeit zunächst zeigen wollen, daß der Warschauer Pakt sich auch ein Ergebnis in Genf vorstellen könne, ohne Einbeziehung der Drittstaatsysteme. Die SU sei in diesem Punkt ohnehin sehr empfindlich. Er, BM, sei noch kürzlich von der SU scharf angegriffen worden, weil er in der Öffentlichkeit gesagt habe, daß die SU noch 1980 erklärt habe, die Drittstaatsysteme gehörten nicht in die Genfer INF-Verhandlungen.

²² Mit Resolution Nr. 38/12 vom 16. November 1983 forderte die VN-Generalversammlung Argentinien und Großbritannien auf, Verhandlungen zur friedlichen Lösung des Streits über die Souveränität der Falkland-Inseln aufzunehmen, und bat VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, zu diesem Zweck seine „guten Dienste“ fortzusetzen. Die Bundesrepublik, Griechenland und Italien enthielten sich der Stimme. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXII, S. 237.

²³ Zum Schreiben des Präsidenten Ceaușescu vom 4. November 1983 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 330.

²⁴ Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. August 1983 in Rumänien vgl. Dok. 243, besonders Anm. 9.

gen.²⁵ Als er, BM, Gromyko in Wien hieran erinnert habe, habe dieser dies zwar nicht bestätigt, es aber auch nicht bestritten. Die sowjetische Argumentation stehe hier auf sehr schwachen Füßen. Hier liege die politische Bedeutung des Ceaşescu-Vorschlags.

AM Howe stimmte dieser Bewertung zu.

Referat 204, Bd. 135242

335

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe

204-321.00/SO-756/83 VS-vertraulich

8. November 1983¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem britischen Außenminister Howe am 8.11.1983 in Bonn²

Transatlantische Beziehungen

Im Zusammenhang mit einem Meinungsaustausch über Grenada meinte *BM*: Wenn man von einer Art Schadensbegrenzung im Falle Grenada spreche, so komme es jetzt darauf an, weitere Entwicklungen zu verhindern, die zu neuen amerikanisch-europäischen Divergenzen führen könnten. Sonst könne sich die

²⁵ Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 1. November 1983 von einem Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS über „absurde Bemerkungen zur Balance der nuklearen Waffen in Europa“, die Bundesminister Genscher vor der Presse gemacht habe. Dem habe TASS die Aufrüstung der französischen und britischen Atom-U-Boote entgegengestellt: „Wenn das alles ‚Moratorium‘ genannt werde, sei zu fragen, was Wettrüsten sei. ‚Hans-Dietrich Genscher‘ ignoriere die pausenlosen Aufrüstungsanstrengungen der NATO-Staaten. Er sehe nur ein Ziel: unter allen Umständen die Dislozierung neuer US-Raketen in Europa sicherzustellen. Er versuche, diese offensichtlich gefährliche Politik durch ‚süße Reden‘ (sweet talk) über ein angeblich stabiles Klima in den Ost-West-Beziehungen und ‚positive Aussichten‘ für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der SU und der Bundesrepublik Deutschland zu tarnen. ‚Das ist aber nicht wirklich der Fall‘ (not exactly the case). Die Dislozierungen würden den Grad der militärischen Konfrontation in Europa scharf anheben und ‚Geist und Buchstaben des Moskauer Vertrages und eine Reihe anderer Verträge zwischen der SU und der BRD unterminieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4983 vom 3. November 1983; Referat 201, Bd. 125687.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 9. November 1983 gefertigt und am folgenden Tag zusammen mit der Aufzeichnung zu den übrigen Gesprächsthemen über Ministerialdirigent Schauer an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Schauer am 11. November 1983 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 11. November 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Schenk vermerkte: „1) Zwischen S. 2 und S. 3 des 2. Vermerks fehlt ein halber Satz. 2) Bitte mit Genehmigungsvorbehalt verteilen.“ Vgl. Dok. 334, Anm. 11. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12952 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der britische Außenminister Howe hielt sich anlässlich der deutsch-britischen Regierungsgespräche am 8./9. November 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 333, Dok. 334 und Dok. 338.

SU doch noch Hoffnung machen, sich mit ihrer Gesamtstrategie der Trennung Europas von Amerika durchzusetzen. Man müsse auch den USA zu verstehen geben, daß die sicherheitspolitische Diskussion die zentrale Aufgabe bleibe. Die USA dürften die ohnehin schwierige Lage der Europäer nicht durch eigene Handlungen weiter erschweren.

AM *Howe* stimmte dem ausdrücklich zu. Er wies darauf hin, daß es im Rüstungskontrollbereich innerhalb der Allianz ein ausgezeichnetes und bewährtes Konsultationsverfahren gebe. In anderen Bereichen ließen die Konsultationen mit Washington trotz häufiger bilateraler Besuche zu wünschen übrig. Dies sei eine andere Situation als für die Europäer, die sich durch die Konsultationsmechanismen im Rahmen der EG und der EPZ häufiger trafen und sich gegenseitig gut kennen würden. Er, *Howe*, frage sich, wie man zu einer noch stärkeren europäisch-amerikanischen Vertrauensgrundlage beitragen könne. *BM* wies auf die Vierer-Treffen hin, die sich, ohne die Einheit der Allianz zu gefährden, als europäisch-amerikanisches Konsultationsforum bewährt hätten. Hieran sollte festgehalten werden. Er sehe zwar auch das Problem Italien und habe Verständnis für die italienische Haltung, aber es müsse irgendeinen inneren Zirkel zur Besprechung von Entwicklungen geben. Allerdings sei im Rahmen der Vier nicht über Grenada gesprochen worden. Die USA hätten sich in diesem Rahmen lediglich dafür eingesetzt, daß die EG keine Hilfe für den Bau des Flughafens auf Grenada gebe. Man hätte aber auch über andere Entwicklungen auf Grenada, die bereits lange vor dem amerikanischen Eingreifen eingesetzt hätten, reden müssen. Aus den Vierer-Gesprächen hätte man nicht entnehmen können, daß Grenada ein zentraler strategischer Punkt für die USA sei, sonst hätte dies im September in New York auf dem Vierer-Treffen³ oder spätestens im Oktober bei seinem, *BMs*, Besuch in Washington⁴ zur Sprache kommen müssen.

Howe wies auf seine Erfahrungen mit der Fünfer-Gruppe der Finanzminister⁵ hin. Diese nähmen sich für ihre Treffen häufig einen ganzen Tag Zeit. Demgegenüber stünden die Vierer-Treffen meistens unter Zeitdruck. Er, *Howe*, sei nachdrücklich dafür, für die Vierer-Diskussionen mehr Zeit zu lassen.

BM wies auf die guten Erfahrungen mit den informellen EPZ-Treffen⁶ hin, u. a. die vertiefte Unterhaltung auf dem letzten informellen EPZ-Treffen über Ost-West-Beziehungen in Athen⁷. Er, *BM*, habe bereits früher ein ähnliches informelles Treffen der NATO-Außenminister einmal im Jahr vorgeschlagen.⁸ Mit

³ Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 27. September 1983 vgl. Dok. 281.

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Carstens vom 3. bis 6. Oktober 1983 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 289 und Dok. 290.

⁵ Seit 1972/73 bestand eine informelle Gruppe der Finanzminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA („Library Group“). Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 193.

⁶ Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

⁷ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22./23. Oktober 1983 vgl. Dok. 314.

⁸ Bundesminister Genscher schlug dem amerikanischen Außenminister Haig am 8. März 1982 in Washington informelle Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vor, die zweimal im Jahr stattfinden sollten. Er wiederholte seinen Vorschlag im Gespräch mit den Außenministern Cheysson

La Sapinière (Anfang Oktober 1982)⁹ habe man einen guten Anfang gemacht, sich ohne Kommunikézwang ausführlich mit den anstehenden Fragen zu befassen. Ein solches informelles AM-Treffen im Rahmen der Allianz sei gut für alle, denn wir brauchten auch unsere kleinen Partner für die Einheit des Westens.

Die britische Seite wird sich als Gastgeber des nächsten Vierer-Treffens am Vorabend des NATO-Ministertreffens im Dezember in Brüssel¹⁰ überlegen, wie und ob durch eine bessere Strukturierung des Treffens, u. a. durch früheren Beginn, mehr Zeit für eine längere informelle Diskussion geschaffen werden kann.

VS-Bd. 12952 (204)

336

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.76 INF-2452/83 geheim

8. November 1983¹

Betr.: INF;

hier: Unterrichtung über weiteres westliches Vorgehen durch den stellvertretenden Außenminister Dam²

I. Der Bundeskanzler leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, daß es wichtig sei, bis zur letzten Minute vor der Stationierung zu versuchen, die psychologischen Gegebenheiten zu beeinflussen. Unsere Position sei durch das Schreiben von Ceauşescu³ besser geworden. Es sei günstig, daß er vorgeschlagen habe, die britischen und französischen Systeme aus INF herauszunehmen. Die anderen Schritte seines Briefes seien nicht akzeptabel.

Zur Bundestagsdebatte am 21. und 22. November⁴ wolle er sagen, daß, was immer in der Debatte geschehe, mit der Stationierung begonnen werde. Wir müßten uns aber darüber im klaren sein, daß es sich um zwei wilde Debattentage

Fortsetzung Fußnote von Seite 1682

(Frankreich), Haig (USA) und Pym (Großbritannien) am 16. Mai 1982 in Luxemburg. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 76 und Dok. 152.

⁹ Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 5.

¹⁰ Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 7. Dezember 1983 in London vgl. Dok. 374.

¹ Durchschlag als Konzept.

² Der stellvertretende amerikanische Außenminister Dam hielt sich am 8. November 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 332.

³ Zum Schreiben des Präsidenten Ceauşescu vom 4. November 1983 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 330.

⁴ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

handeln werde, vor allem, weil die SPD jetzt so weit nach links gegangen sei. Eine Indikation dafür sei auch die Bereitschaft für eine Koalition mit den Grünen in Hessen.⁵ Es sei die Frage, was man noch tun könne. Der Bundeskanzler bat, dem Präsidenten⁶ einen Gruß auszurichten und zu sagen, daß er sich auf uns verlassen könne. Der Ablauf werde so sein wie besprochen.

Dam berichtete, daß man sich in Washington gefragt habe, ob eine weitere Klarstellung unserer Position zweckmäßig sei. Über die Substanz könne beim Treffen in Rom unter Teilnahme von Burt und Ruth weiter verhandelt werden.⁷

(Dam stellte die Vorfrage, ob es richtig sei, daß im Bundestag eine geheime Abstimmung beabsichtigt sei. Der Bundeskanzler erklärte den Abstimmungsvorgang. Eine geheime Abstimmung sei nur bei einer Wahl möglich.) Hinsichtlich eines möglichen Schrittes sei zu sagen: Der von Nitze vorgebrachte Vorschlag⁸ sei nach der Auffassung Washingtons zu umfassend und zu komplex. Man habe sich dafür entschieden, auf die Hauptfragen zu achten. Aus diesem Grunde wolle man über Flugzeuge nicht sprechen, sondern sich auf die SS-20 sowie auf die Cruise Missiles und Pershing II konzentrieren. Man stelle sich eine illustrative Zahl vor, die unter dem liege, was die Sowjetunion bisher vorgeschlagen habe.⁹ Die zahlenmäßige Konkretisierung beinhalte

- 270 Gefechtsköpfe weltweit auf beiden Seiten,
- Bereitschaft der Vereinigten Staaten, in Europa nicht mehr als 180 Gefechtsköpfe zu dislozieren,

⁵ Vgl. dazu den Beschluß des Landesparteitags der hessischen SPD vom 6. November 1983; Dok. 333, Anm. 8.

⁶ Ronald W. Reagan.

⁷ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 9./10. November 1983 teilte Botschafter Ruth, z. Z. Rom, am selben Tag mit: „Burt betonte im kleinen Kreis, daß man in Washington noch keine Entscheidung über die Einführung einer zahlenmäßigen Konkretisierung getroffen habe, und bat um Kommentare zu dem von Vize-Außenminister Dam erläuterten Vorschlag (180 Gefechtsköpfe) in Europa, 270 GK weltweit, 36 P II). NL, UK, IT und B unterstützten das Modell, wobei UK und NL indirekt zum Ausdruck brachten, daß die P-II-Zahl möglicherweise etwas sehr niedrig liege. [...] Ich führte zu dem Dam-Modell folgendes aus: Wir halten die Konkretisierung in der jetzigen Verhandlungssituation für klar im westlichen Interesse liegend. [...] Der Vorteil des Dam-Modells liege in den sehr niedrig angesetzten Obergrenzen. Wir hätten allerdings vorgezogen, wenn das Verhältnis zwischen europäischer und asiatischer Obergrenze nicht zwei Drittel/ein Drittel, sondern etwa fifty-fifty gewesen wäre, seien aber bereit, amerikanischen Vorschlag zu unterstützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1261; VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Generalkonsul Freiherr von Dungen, Boston, informierte am 2. November 1983, daß die amerikanische Regierung Pressemeldungen zufolge eine Empfehlung des Leiters ihrer INF-Delegation, Nitze, prüfe, „noch vor dem erwarteten Verhandlungsabbruch durch die Sowjetunion einen neuen Vorschlag einzubringen“. Dieser solle wie folgt aussehen: „Eine Obergrenze von weltweit 600 nuklearen Sprengköpfen und 200 Abschußrampen, davon jeweils die Hälfte auf Europa ausgerichtet; von den 100 Raketenrampen der USA in Westeuropa sollen 36 auf Pershing-II-Raketen und der Rest auf Cruise Missiles, über die die Sowjets weniger beunruhigt seien, entfallen; Washington würde sich verpflichten, den auf Asien entfallenden Anteil von 300 Sprengköpfen nicht aufzustellen, es sei denn, es käme dort zu bedeutenden Veränderungen des militärischen Gleichgewichts.“ Die Aufteilung nach Sprengköpfen und Abschußrampen „soll so aussehen, daß 36 Rampen für jeweils eine Pershing-II-Rakete bestimmt seien, 64 für je 4 Cruise Missiles und 2 Rampen für jeweils 2 Marschflugkörper. Hieraus errechnen sich 102 Raketenrampen für 300 mit einem Sprengkopf versehene amerikanische Mittelstreckenraketen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 110; Referat 220, Bd. 124528.

⁹ Vgl. dazu das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“; Dok. 321, Anm. 12.

- das Verhältnis zwischen Cruise Missiles und Pershing solle unverändert bleiben, d. h. 144 Cruise Missiles (auf 36 Abschußvorrichtungen) werden 36 Pershing II gegenüberstehen.

(Das Verhältnis von 36 Pershing II zu 180 Gesamtzahl würde einer Relation von 1:5 entsprechen, wie sie bei dem Doppelbeschluß-Verhältnis von 108 Pershing II zu 572 Gesamtzahl vorliege.)

Burt wies darauf hin, daß dieser neue Vorschlag im Einklang mit den bisherigen westlichen Schritten stehe. Man solle aber der Konkretisierung eine Chance geben, bevor die Dislozierung beginne.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß der Termin für die Bekanntgabe des Vorschlags möglichst früh, d. h. nicht zu nahe am 21. November liegen solle. Man müsse bedenken, daß, wenn der Termin zu nahe am 21. liege, die SPD fordern könnte, den Stationierungsbeginn zu verschieben, um den Verhandlungsvorschlag ausloten zu können. Deshalb wäre es hilfreich, wenn der Beschluß möglichst bald gefaßt werden könne.¹⁰

Der Bundesminister meinte, daß der Vorschlag am besten noch diese Woche bekanntgegeben werden solle, spätestens aber am Montag nächster Woche¹¹.

Nachdem der Bundeskanzler sich verabschiedet hatte, bemerkte der Bundesminister, der Bundeskanzler habe in dieser Frage an den Präsidenten geschrieben und eine Spezifizierung der letzten Vorschläge vorgeschlagen.¹² Er wolle unterstreichen, daß es wichtig sei, daß klar werde, daß wir keinen veränderten Vorschlag vorlegten, sondern daß es sich um eine Fortentwicklung unserer Position handele. Eine positive Entscheidung für dieses Vorgehen sei gut, der Zeitrahmen dafür sei wichtig.¹³

¹⁰ Am 11. November 1983 informierte Botschafter Hermes, Washington, daß er sich im amerikanischen Außenministerium nach dem Stand der Entscheidungsfindung erkundigt habe: „Eagleburger sagte mir, daß er dem in Tokio weilenden Außenminister Shultz geraten habe, dem Präsidenten zu empfehlen, daß eine Veröffentlichung am 14.11. erfolge. Seine, Eagleburgers, Empfehlung werde vom Verteidigungsministerium nicht mitgetragen.“ Eagleburger habe weiter ausgeführt, er persönlich sei „nicht davon überzeugt, daß die Veröffentlichung der Konkretisierung am 14.11. eine Bewegung bei der Sowjetunion auslösen werde. [...] Eagleburger betonte weiter, daß seine Empfehlung mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage in Deutschland und die Wünsche des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers, wie in dem Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Dam in Bonn geäußert, abgegeben worden sei. Verteidigungsminister Weinberger hat übrigens am 10.11. vor Journalisten erklärt, daß er keine Grundlage für neue amerikanische Vorschläge bei den INF-Verhandlungen sehe. Weinberger hat sich damit öffentlich gegen eine Initiative festgelegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5132; VS-Bd. 11357 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ 14. November 1983.

¹² Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 3. November 1983 an Präsident Reagan vgl. Dok. 326.

¹³ Am 14. November 1983 legte der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in Genf den Vorschlag zur zahlenmäßigen Konkretisierung der Initiative vom 26. September 1983 vor. Darin erklärten sich die USA bereit, eine globale Obergrenze für landgestützte nukleare Mittelstreckensysteme von 420 Gefechtsköpfen, d. h. 140 Systeme vom Typ „SS-20“, zu akzeptieren. Damit verknüpft war die Ankündigung, nur einen Teil der vorgesehenen amerikanischen Mittelstreckensysteme in Europa zu stationieren. Vgl. die Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom selben Tag; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI, S. 255.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 14. November 1983: „Auf unsere Frage, warum die Administration sich nicht für die in der SCG erörterte Option für eine Konkretisierung der Reagan-Initiative (270:180:36) entschieden habe, meinten Gesprächspartner im State Department und ACDA, der Widerstand des Pentagon sei zu groß gewesen. [...] Eine Präzisierung der Zahl der Systeme in Europa habe das Verteidigungsministerium auch deswegen nicht nennen wollen, um vor der Dislozierung eine interne Neuverhandlung mit den Verbündeten über die auf sie entfallenen Sy-

Zum Brief von Ceaușescu sagte der Bundesminister, besonders wichtig sei die Tatsache, daß ein führender Vertreter des Warschauer Pakts zum ersten Mal gefordert habe, die britischen und französischen Systeme nicht anzurechnen. Dies sei die zentrale Frage der Verhandlungen geworden. Man müsse die Einlassung Ceaușescus deshalb nutzen. Alle anderen Elemente des Briefes seien im übrigen nicht akzeptabel.

Untersucht werden müsse die Frage, was die unterschiedlichen Formeln zur Null-Lösung im amerikanischen¹⁴ und im deutschen Brief bedeuteten. Im übrigen habe die Frage eines Vorstoßes zugunsten der Nichtanrechnung der britischen und französischen Systeme beim Gespräch des Ministers mit Ceaușescu im Sommer eine Rolle gespielt.¹⁵ Der Bundesminister habe darauf hingewiesen, daß, wenn Ceaușescu etwas bewegen wolle, er dies im Bereich der britischen und französischen Problematik tun müsse.

Zur Lage in Moskau wies der Minister darauf hin, daß niemand wisse, ob gegenwärtig überhaupt Entscheidungen getroffen werden können.

II. In einem anschließenden kurzen Gespräch stellte ich fest, daß die amerikanischen Zahlen nahe bei dem lägen, was auch wir uns als Möglichkeit vorgestellt hätten. Uns habe eine globale Obergrenze von 360 Gefechtsköpfen mit einer Aufteilung von 180 in Reichweite Europas und 180 im Fernen Osten vorge-schwebt. Die gleichen Zahlen schienen uns vorzuziehen zu sein, weil damit die Forderung nach Reduzierungen in Asien und in Europa ausgewogener sei. Wichtig sei jedoch, daß der westliche Vorschlag konkretisiert werde und daß wir uns darauf einigten, die Sache bald zu implementieren.

III. Bundeskanzler, Bundesminister und Bundesminister der Verteidigung¹⁶ stimmten überein, daß ich in Rom den amerikanischen Zahlenvorschlägen zustimme und auf dieser Grundlage für einen entsprechenden Schritt zu einem möglichst frühen Zeitpunkt plädiere.

Ruth

VS-Bd. 11357 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1685

steme zu vermeiden. Im übrigen habe man zum jetzigen Zeitpunkt, nämlich dem Staatsbesuch des Präsidenten in Japan, eine Konkretisierung vermeiden wollen, die entweder uns oder die Japaner enttäuscht haben würde. Unter diesen Umständen habe der Präsident sich für eine Lösung entschieden, die einerseits im Sinne der europäischen Verbündeten einen Schritt enthält und sichtbar auf das letzte sowjetische Angebot von 140 Systemen eingeht, ohne andererseits die Bedenken des Verteidigungsministeriums zu überspielen. Da eine konkrete Zahl für in Europa zu dislozierende Systeme nicht genannt wird, läßt dies zumindest die Möglichkeit offen, die zwischen uns und den USA noch nicht ausdiskutierte Frage, in welchem Verhältnis eine Reduzierung in Europa und Asien durchgeführt werden sollte, mehr in unserem Sinne zu lösen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5167; VS-Bd. 11357 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 7. November 1983 den Inhalt des Schreibens von Präsident Ceaușescu an Präsident Reagan und berichtete von einigen Textabweichungen: „Zum Beispiel spricht der englische Text im fünften Absatz [von] ‚Rückzug und Zerstörung – in der Gesamtheit oder zum größten Teil – sowjetischer Raketen‘, während deutscher Text von ‚Rückzug und der völligen Zerstörung des größten Teils der sowjetischen Mittelstreckenraketen‘ spricht; im letzten Satz wird im deutschen Text von ‚Gleichgewicht bei gleicher Sicherheit‘, im englischen Text jedoch nur von ‚Gleichgewicht‘ gesprochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5059; Referat 220, Bd. 124528.

¹⁵ Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. August 1983 in Rumänien vgl. Dok. 243, besonders Anm. 9.

¹⁶ Manfred Wörner.

337

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele**500-503.01 GRE VS-NfD****8. November 1983¹**

Völkerrechtliche Wertung der Intervention in Grenada² nach bisherigem Informationsstand

1) Eine gewaltsame Invasion in einen souveränen Staat stellt einen gegen die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit gerichteten Verstoß gegen die völkerrechtlichen Grundnormen des Gewaltverbots (Art. 2 IV VN-Charta³) und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten dar.

Ein Verstoß liegt nur dann nicht vor, wenn die Maßnahme

- zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung,
- als Selbsthilfe zum Schutz eigener Staatsangehöriger,
- aufgrund vertraglicher Abmachung mit dem betr. Staat oder
- auf Einladung eines völkerrechtlich dazu berechtigten Organs des betroffenen Staates erfolgt.

2) Aufgrund dieser völkerrechtlichen Lage unterliegt die Rechtfertigung des amerikanischen Vorgehens nach wie vor völkerrechtlichen Bedenken:

2.1) Rechtfertigung: Die USA und die Karibikstaaten haben gemeinsam einen vorbeugenden Defensivschlag zur Abwehr einer von Grenada ausgehenden Drohung gegen Sicherheit und Frieden der Region unternommen, die durch Waffenfunde, Ausbau des Flughafens und intensive Verbindungen mit kommunistischen Staaten belegt wurde.

Rechtslage: Das Selbstverteidigungsrecht, wie es in Art. 51 der VN-Charta⁴ seinen Niederschlag gefunden hat, war nicht gegeben, da kein bewaffneter Angriff gegen die USA und/oder die Karibikstaaten vorlag oder unmittelbar drohte. An die „Unmittelbarkeit“ des bevorstehenden Angriffs legt das Völkerrecht strenge Maßstäbe an. Die bloße Möglichkeit eines Angriffs reicht nicht aus.

2.2) Rechtfertigung: Es handelt sich um eine Aktion zum Schutz von ca. 1000 US-Staatsangehörigen.

Rechtslage: Die Zulässigkeit der sog. humanitären Intervention ist zwar umstritten, dürfte aber wohl in extremen Fällen, in denen Leib oder Leben eige-

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Hilger und Legationsrat Steiner konzipiert und am 8. November 1983 von Ministerialdirektor Bertele über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher zur „Argumentation im Kabinett am 8.11.1983“ geleitet.

Dazu vermerkte das Ministerbüro: „Hat dem Herrn Minister vorgelegen 12.11.: ‚Eine überzeugende rechtliche Würdigung.‘“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178876.

² Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

³ Für den Wortlaut des Artikels 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

⁴ Für den Wortlaut des Artikels 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 465.

ner Staatsangehöriger unmittelbar bedroht ist, gerechtfertigt sein. Eine derartige unmittelbare Bedrohung der US-Staatsbürger wurde jedoch von den USA nicht überzeugend dargelegt, anfangs auch gar nicht behauptet. Im übrigen müßte eine derartige Schutzaktion den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz strikt beachten, zeitlich auf die reine Rettungsmaßnahme beschränkt bleiben und ihr unmittelbar und ausschließlich dienen. Alle drei genannten Erfordernisse sind nach den vorliegenden Informationen nicht gegeben.

2.3) Rechtfertigung: Die OECS-Staaten haben die USA, gestützt auf Art. 8 der OECS-Charta⁵, um Beistand bei der Intervention gebeten.

Rechtslage: Aus der OECS-Charta läßt sich das Vorgehen nicht rechtfertigen, denn auf sie lassen sich nur Verteidigungshandlungen gegen einen Angriff von außen („external aggression“, Art. 8 IV OECS-Charta) stützen. Im übrigen müßten alle Mitgliedstaaten einer derartigen Maßnahme zustimmen oder sich ausdrücklich der Stimme enthalten (Art. 6 V OECS-Charta).

2.4) Rechtfertigung: Generalgouverneur Scoon hat als „einzig übriggebliebene“ Regierungsautorität die OECS-Staaten um Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung auf Grenada gebeten.⁶

Rechtslage: Unterstellt, dieser Hilferuf ist tatsächlich vor der Invasion erfolgt und war auch an die USA gerichtet, so könnte er als „Einladung zur Intervention“ die US-Aktion nur rechtfertigen, wenn Scoon zu diesem Zeitpunkt ein handlungs- und vertretungsberechtigtes Organ Grenadas war („consent validly given“, Art. 29 des Entwurfs der VN-Völkerrechtskommission über Staatenverantwortung⁷).

Da das Völkerrecht als in diesem Sinne berechtigten Vertreter eines Staates die die Staatsgewalt tatsächlich innehabende Regierung ansieht, kommt hier dem völkerrechtlichen Grundsatz der Effektivität entscheidende Bedeutung zu: Hatte der erst kurze Zeit zuvor installierte Militärrat⁸ im Zeitpunkt des Hilferufs bereits erkennbar die effektive Staatsgewalt über Grenada inne, so erscheint die völkerrechtliche Legitimation des Generalgouverneurs angesichts des offensichtlich entgegengesetzten Willens des Militärrats als sehr fraglich. Ob es sich bei dem Militärrat um eine demokratisch legitimierte oder gewalt-

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1981 zwischen Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, sowie St. Vincent und den Grenadinen über die Gründung der Organisation Ostkaribischer Staaten (Vertrag von Basseterre) vgl. UNTS, Bd. 1338, S. 98–124.

⁶ Zum Schreiben des Generalgouverneurs von Grenada, Scoon, vom 24. Oktober 1983 vgl. Dok. 333, Anm. 27.

⁷ Auf ihren Sitzungsperioden vom 7. Mai bis 13. Juli 1973, vom 8. Mai bis 28. Juli 1978 und 14. Mai bis 3. August 1979 verabschiedete die VN-Völkerrechtskommission den Entwurf der Artikel für eine Konvention über Staatenverantwortung. Artikel 29 Absatz 1 des Entwurfs lautete: „The consent validly given by a State to the commission by another State of a specified act not in conformity with an obligation of the latter State towards the former State precludes the wrongfulness of the act in relation to that State to the extent that the act remains within the limits of that consent.“ Vgl. YEARBOOK OF THE INTERNATIONAL LAW COMMISSION 1979, Bd. II/2, S. 93.

⁸ Im Anschluß an den Putsch am 19./20. Oktober 1983 in Grenada gab Pressemeldungen zufolge ein Armeesprecher bekannt, „die Streitkräfte hätten die Macht übernommen und Bishops bisherige Regierung aufgelöst. Das Land stehe unter Herrschaft eines Militärrates, und bis Montag 6 Uhr gelte ab sofort eine Ausgangssperre.“ Vgl. den Artikel „Auf Grenada herrscht das Militär“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 21. Oktober 1983, S. 2.

sam an die Macht gekommene diktatorische Regierung handelt, ist hierbei völkerrechtlich unbeachtlich.

Allenfalls wenn die Lage auf der Insel von einem derartigen Maß an Zusammenbruch der staatlichen Ordnung gekennzeichnet gewesen sein sollte, daß eine effektive Zentralgewalt nicht mehr auszumachen war, wäre Raum für das Argument, daß der Generalgouverneur, mangels handlungsfähiger anderer Staatsorgane, selbst handeln konnte. Die USA haben zwar behauptet, daß auf der Insel ein „Chaos“ geherrscht habe. Die mit innerstaatlichen Umstürzen regelmäßig verbundenen negativen Begleitumstände allein können jedoch das Kriterium des „totalen Zusammenbruchs“ nicht erfüllen, andernfalls würden faktisch in jedem dieser Fälle, entgegen dem Nichteinmischungsgebot, Interventionsmöglichkeiten eröffnet. Ob der Militärrat unter Armeechef Austin die Staatsgewalt über die Insel tatsächlich errungen hatte oder nicht, kann nach der gegenwärtigen Informationslage noch nicht beurteilt werden.

Eine andere, von britischen Botschaftsvertretern bejahte Frage ist allerdings, ob der Generalgouverneur nach der Invasion das einzig übriggebliebene Vertretungsorgan Grenadas war, an das bei der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung angeknüpft werden kann.

3) Ergebnis: Das amerikanische Vorbringen war weder konsistent noch durchgängig und schlüssig. Das laufende Nachschieben von Gründen (etwa der Hilferuf des Generalgouverneurs) erweckte vielmehr den Eindruck einer nachträglichen Suche nach Rechtfertigungsgründen, die die Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aktion jedenfalls bisher nicht ausräumen können.

[Bertele]⁹

Referat 010, Bd. 178876

⁹ Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher

VS-vertraulich

9. November 1983¹

Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Frau Premierminister Thatcher am Morgen des 9. November 1983² (einschließlich Fortsetzung des Gesprächs unter Hinzuziehung des Bundesministers des Auswärtigen sowie Außenministers Howe und der beiden Botschafter³)

Bundeskanzler und PM *Thatcher* erörtern zunächst Frage, was der Öffentlichkeit über ihre Gespräche zum Thema Grenada⁴ gesagt werden soll. Hierzu wird von MDg Stabreit eine kurze Sprachregelung ausgearbeitet, die Billigung findet.

Bundeskanzler geht sodann auf Artikel der FAZ zu INF-Fragen vom Morgen des 9. November ein. Dort aufgestellte Behauptung zur Frage einer Unterbrechung der Stationierung unmittelbar nach ihrem Beginn, um ein ggf. zu erwartendes sowjetisches Angebot auszuloten, sei unzutreffend.⁵

PM *Thatcher* und *Bundeskanzler* erläutern darauf die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien. *Bundeskanzler* erläutert auf Bitten von Frau Thatcher eingehend die Tarifpolitik im öffentlichen Dienst, der im Hinblick auf die allgemeine Einkommensentwicklung im kom-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 11. November 1983 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Vermerk ist von dem Herrn Bundeskanzler noch nicht genehmigt.“

Hat Ploetz am 11. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Ferner verfügte er die Weiterleitung von Ablichtungen an Staatssekretär Lautenschlager und Ministerialdirektor Fischer.

Hat Genscher am 12. November 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Das Gespräch fand anlässlich der deutsch-britischen Regierungsgespräche am 8./9. November 1983 statt. Vgl. dazu auch Dok. 333–335.

³ Jürgen Ruhfus und John Taylor.

⁴ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

⁵ Unter Berufung auf ein Treffen des Botschafters Ruth mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 29. Oktober 1983 in Frankfurt am Main wurde in dem Artikel berichtet, daß zwischen der Bundesrepublik und den USA die Möglichkeit geprüft werde, „die Nachrüstung nach einem Scheitern der Genfer Verhandlungen nicht wie geplant zu vollziehen, sondern sie bereits kurz nach ihrem Beginn auszusetzen“. Weiter hieß es: „Bei dieser Begegnung wurde in einem intensiven Gespräch auch das Konzept entwickelt, Moskau die Beschränkung der Zahl der Gefechtsköpfe auf jeweils 300 für Ost und West in Europa vorzuschlagen und der Sowjetunion zugleich die Stationierung von 300 SS-20-Gefechtsköpfen in Fernost zu gestatten. Auch einigte man sich darauf, den Anteil der Pershing-II-Raketen an den dann 300 Systemen der Nato auf nur noch 36 herabzusetzen. Weiter verständigte man sich auch darauf, bei grundsätzlicher Beibehaltung des amerikanischen Anspruchs auf ein gleich großes Gegenpotential in Fernost auf die Inanspruchnahme dieses Rechts in aller Form zu verzichten.“ Vgl. den Artikel „Nachrüstungspause nach Stationierungsbeginn? Überlegungen zwischen Bonn und Washington“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. November 1983, S. 1.

menden Jahr große Bedeutung zukomme, sowie die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Frau *Thatcher* schneidet dann Fragen der Gemeinschaft an. Großbritannien lege Wert darauf, in Athen⁶ so viele Fortschritte wie nur möglich zu machen. Wenn man in Athen keine Entscheidungen bekäme, dann sei es unwahrscheinlich, daß man sie in den nächsten sechs Monaten erreichen könne. Dies sei zumindest die Auffassung von Präsident Mitterrand, der auf die Europawahlen⁷ verwiesen habe. Grundlage für Entscheidungen in Athen müsse das Stuttgarter Paket⁸ sein. Was die Budget-Frage anbetreffe, so habe Großbritannien die neuesten deutschen Vorschläge⁹ aufmerksam geprüft. Britischer Wunsch sei es, unverändert den nationalen Leistungen eine gerechte Grenze (*equitable limit*) zu setzen. Die deutschen Vorschläge trügen dieser Idee in der Praxis vielleicht nicht ausreichend Rechnung. Sie wolle uns darauf hinweisen, daß sich bei Änderung einzelner Parameter auch der deutsche Beitrag u.U. ganz erheblich erhöhen könne. Großbritannien halte an dem Prinzip der Nettosalden und dem Konzept der Gerechtigkeit fest.

Sie habe Präsident Mitterrand in London¹⁰ vorgeschlagen, einen persönlichen Beauftragten zu benennen, der für diskrete Kontakte zur Verfügung stehe. Von britischer Seite werde dies ggf. Herr Williamson sein. Sie würde vorschlagen, daß auch die Bundesrepublik einen solchen Beauftragten benenne. Diese Beauftragten sollten zu den jetzt in Athen anstehenden Fragen engsten Kontakt halten.

Mit Frankreich habe sie anlässlich des Besuches von Präsident Mitterrand die Dinge ein wenig weiter vorangetrieben. Es sei ihr Vorschlag, daß Frankreich und England etwa denselben Nettobeitrag leisten sollten. Für den deutschen Beitrag müsse eine gerechte Grenze gesetzt werden, und diese Grenze müßte ganz klar sein. Das Anwachsen dieses Limits, das im deutschen Papier angelegt sei, könne sich als recht hoch erweisen. Was die Beauftragten anbetreffe, habe Präsident Mitterrand Herrn Morel benannt. Man müsse diese ganze Angelegenheit aber sehr diskret behandeln. Es sei klar, daß eine Lösung von Großbritannien, Frankreich und Deutschland vorgeformt werden könne. Es würde je-

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

⁷ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. bzw. 17. Juni 1984 statt.

⁸ Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Paket“) vgl. Dok. 185.

⁹ Am 25. Oktober 1983 kündigte Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, in Luxemburg beim Treffen der Zentralen Vorbereitungsgruppe für die Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen einen Vorschlag „zur dauerhaften Beseitigung der ungleichgewichtigen Belastungen“ durch den EG-Haushalt an. Er legte dar, eine langfristige Lösung „müsse hinreichend flexibel sein, einen gerechten Korrekturmechanismus für die als unangemessen betrachteten Situationen umfassen sowie durch bewegliche, an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientierte Obergrenzen gewisse Sicherheiten gegen exzessiv einseitige Belastungen bieten.“ Tietmeyer führte weiter aus, daß die Bundesregierung „in der Nettosaldenbetrachtung jetzt nicht mehr den geeigneten Ansatzpunkt“ zur Berechnung der Obergrenzen sehe, und stellte verschiedene andere Möglichkeiten vor. Vgl. den Drahtbericht Nr. 236 des Botschafters Poensgen, z. Z. Luxemburg, vom selben Tag; Referat 410, Bd. 130352.

Am 31. Oktober 1983 übermittelte die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel den übrigen Mitgliedstaaten die Aufzeichnung „Sicherstellung gerechter finanzieller Bedingungen für alle Mitgliedstaaten“. Vgl. Referat 410, Bd. 130352.

¹⁰ Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 20./21. Oktober 1983 in Großbritannien auf.

doch nicht gut aussehen, wenn die anderen Partner hiervon erführen und der Eindruck besonderer Beziehungen zwischen den drei Ländern sich verbreite.

Was die GAP anbetreffe, so brauche man eine Kontrolle über die Agrarausgaben, sonst würden die zusätzlichen Einnahmen voll in den Agrarsektor fließen. Andere Dinge seien jedoch wichtiger, z.B. die Förderung der Elektronik und anderer Zukunftsindustrien. Es gebe noch einen anderen Punkt, den sie aufnehmen wolle: Obgleich man sich mit den USA über freiwillige Maßnahmen einigen könne, so wolle Großbritannien um jeden Preis einen weiteren Streit mit den USA über den Handel zwischen Europa und den USA vermeiden. Was immer man hier tue, müsse auf einer freiwilligen Basis geschehen.

All dies müsse zwischen uns intensiv noch vor Athen behandelt werden. Die drei Länder könnten dann u. U. mit einem Rumpfabkommen nach Athen gehen.

Der *Bundeskanzler* weist auf die Notwendigkeit großer Diskretion hin. Es dürfe nicht der Eindruck eines hegemonialen Auftretens entstehen. Das sei psychologisch sehr wichtig. Die Bundesrepublik könne schnell einen Vertreter nominieren.

Frau *Thatcher* sagt, die Griechen wollten in Athen eine Reihe von Vorschlägen der Präsidentschaft auf den Tisch legen, denen der Rest der Partner dann zustimmen solle. Die Präsidentschaft sei jedoch kein Berufungsgericht. Dieses Verfahren könne sie nicht mitmachen.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß Papandreou nach Bonn kommen werde. Er habe jedoch den Termin etwas herausgeschoben, da er nicht wünsche, daß Papandreou hier in ungeeignetem Zeitpunkt Erklärungen zu INF abgebe.¹¹

BM *Genscher* erläutert, man müsse den Zeitrahmen der Verhandlungen sehen. Es gebe noch einmal einen Rat am 28. November.¹² Bis dahin müßten sich Frankreich, Deutschland und Großbritannien einig sein, damit man den anderen Partnern sagen könne, wie die Sache aussehe. Die anderen müßten Zeit haben, sich bis zum Rat in Athen unsere Vorschläge anzusehen. Auch wir seien für Ergebnisse in Athen, damit Europa noch ernst genommen werde, man müsse sich allerdings fragen, was für die einzelnen Partner Europa noch heiße. Die griechischen Vorschläge liefen auf mehr Geld für Griechenland hinaus. Für uns sei absolute Parallelität wichtig, außerdem müsse alles konkret beschlossen werden. Es dürfe nicht dazu kommen, daß die Einnahmenerhöhung konkret und bindend beschlossen werde, in allen Bereichen jedoch nur Absichtserklärungen zustande kämen.

Bundesminister erläutert sodann unser besonderes Problem des Grenzausgleiches mit Frankreich.¹³ Der automatische Abbau des Grenzausgleiches, wie

¹¹ Auf Vorschlag der Bundesregierung sollte der griechische Ministerpräsident am 29. November 1983 zu einem Arbeitsbesuch in die Bundesrepublik kommen. Am 19. Oktober 1983 bat die griechische Regierung um Prüfung, ob eine Verlegung auf den 23./24. oder 25./26. November 1983 in Frage komme, da Papandreou an diesen Tagen direkt aus Brüssel anreisen könne. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Sigrist, Athen, vom 19. Oktober 1983; VS-Bd. 12929 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

Zum Besuch des Ministerpräsidenten Papandreou am 25./26. November 1983 vgl. Dok. 360.

¹² Zur Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister am 28./29. November 1983 in Brüssel vgl. Dok. 359, Anm. 5.

¹³ Zum Problem des Grenzausgleiches bei den Agrarpreisen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. Dok. 148, Anm. 47.

Frankreich ihn verlange, bedeute, daß wir im EWS einer Änderung der Paritäten nicht mehr zustimmen könnten, da andernfalls eine schwere Belastung für die Landwirtschaft eintrete.¹⁴ Bundesminister erwähnt Stahlfrage: Wir erwarteten von der Kommission Verständnis für unsere Stahlprobleme. Die Kommission habe den Italienern Subventionen erlaubt, die es der italienischen Stahlindustrie gestatteten, unsere Stahlindustrie weit zu unterbieten.¹⁵ Diese Frage müsse vor dem Europäischen Rat gelöst sein, da es sonst keine Ratifikation der Ergebnisse von Athen durch unser Parlament gebe.

Bundeskanzler erläutert dann Strukturprobleme der deutschen Industrie (Kohle, Stahl). Er weist darauf hin, daß Thyssen einen der modernsten Stahlbetriebe in Europa habe, auch dieser könne jedoch nicht mit Staatskassen konkurrieren. Die USA machten gleichfalls eine große Anstrengung. Dort sollten aus elf Firmen vier gemacht werden, wir versuchten aus fünf Firmen zwei zu machen, um besser rationalisieren zu können. Er könne nicht zum Bundestag gehen und sagen, es müsse mehr Geld nach Brüssel fließen, ohne gleichzeitig finanziellen Spielraum zu haben.

Frau *Thatcher* sagt, der Bundeskanzler und der Bundesminister predigten zu Bekehrten. Die britische Stahlindustrie habe bereits sehr früh angefangen, sich zu verkleinern. Jetzt sei man auf das absolute Minimum gekommen. Was die Kohle anbetreffe, so gebe es ganze Städte, die inzwischen tote Städte ohne jede wirtschaftliche Alternative seien. Da die Mobilität gering sei, blieben die mit zum Teil hohen Abfindungen entlassenen Arbeiter in den Städten. Was unsere italienischen Freunde angehe, so seien sie sehr geschickt bei dem Versuch, größere Stahlquoten zu ergattern. Das Problem gehe jedoch weit über den europäischen Rahmen hinaus. Jedes mittlere Entwicklungsland habe heute bereits ein Stahlwerk. Es sei geradezu unsinnig, wenn wir diesen Ländern beim Aufbau von Stahlwerken hülfe, die dann mit unserer Stahlindustrie konkurrierten. Im übrigen näherten wir uns jetzt dem Elektronikzeitalter. Moderne Ausrüstungen würden immer kleiner. Wir müßten unbedingt erheblich mehr Mittel in Forschung und Entwicklung der Elektronikindustrie stecken.

AM *Howe* ergreift das Wort und schildert die Lage in seinem Wahlkreis (Kohleindustrie). Er weist darauf hin, daß Stahl nicht Teil des Stuttgarter Paketes ge-

¹⁴ Am 7. Oktober 1983 legte die EG-Kommission Vorschläge zur Neuberechnung der Währungsausgleichsbeträge vor. Entsprechend ihrem Vorschlag vom 29. Juli 1983 zur Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik sollte zum einen ein Abbau des bestehenden Währungsausgleichs in zwei Stufen erfolgen. Zum anderen war eine Änderung der Regeln zur Berechnung der Währungsausgleichsbeträge vorgesehen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1983, S. 43 f.

Die Vorschläge waren eines der Hauptthemen auf der Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen-, Finanz- sowie Landwirtschaftsminister vom 10. bis 12. Oktober 1983 in Athen. Botschafter Poensgen, z. Z. Athen, teilte am 11. Oktober 1983 mit, die Bundesregierung habe deutlich gemacht, „daß der bestehende Währungsausgleich nach den Regeln des bei Einführung des EWS getroffenen Gentlemen's Agreement weiterbehandelt und abgebaut werden soll. BM Kiechle verteidigte den Währungsausgleich als einen Schutzmechanismus gegen Preissenkungen in Aufwertungsländern, auf den auch bei künftigen Währungsanpassungen im Rahmen des EWS nicht verzichtet werden könne.“ Bundesminister Genscher habe hervorgehoben: „Beim letzten realignment habe die deutsche Seite aus Gemeinschaftssolidarität Schritte getan, die ohne die Existenz des Währungsausgleichs in dieser Form unmöglich gewesen wären. [...] StS Tietmeyer ergänzte, daß mit einem radikalen automatischen Abbau Sprengstoff in das EWS gelegt würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 678; Referat 410, Bd. 130352.

¹⁵ Zur Subventionierung der Stahlindustrie in einzelnen EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 314, Anm. 23.

wesen sei. Es sei allerdings sehr dringend, noch vor Athen zu einer Einigung über Stahl zu kommen.

Bundeskanzler wiederholt, daß Stahlfrage für uns elementar sei. Was Europa allgemein anbetreffe, so sei und bleibe es für uns aus politischen Gründen wichtig. Er sei auch bei insgesamt akzeptablen Ergebnissen bereit, seinen Kopf hinzuhalten und die nötigen Mittel freizumachen.

Nach kurzer Rücksprache mit dem Bundesminister erklärt Bundeskanzler, daß Staatssekretär Lautenschlager als persönlicher Beauftragter benannt werde.

AM *Howe* erläutert dann, in der Agrarpolitik sei es englisches Bestreben, eine Disziplin zu finden, innerhalb deren sich die Landwirtschaftsminister bewegen müßten. Bloße Absichtserklärungen würden einfach außer acht gelassen werden. Die Landwirtschaftsminister müßten gegenüber den Bauern ein Alibi haben. Was den Grenzausgleich anbetreffe, so sehe England die Realität dieses Problems. Wenn man aber den deutschen Vorschlag¹⁶ nähme, so befürchte Großbritannien, daß sich auf Grund dieses Vorschlages der inflatorische Druck auf die Agrarpreise in der Gemeinschaft erhöhe.

BM *Genscher* erläutert, daß das Problem des Grenzausgleiches für unsere Landwirtschaft essentiell sei. Er weist auf die Einbußen hin, die die Landwirtschaft ohnehin akzeptieren müsse. Von uns vorgeschlagene Mechanismen sollten das Problem entschärfen. Die englischen Sorgen könnten überwunden werden. Wir hätten im März in der Währungsfrage Frankreich geholfen¹⁷, aber die Erwartung geäußert, daß die deutsche Landwirtschaft nicht beeinträchtigt werde. Der Grenzausgleich sei angestiegen, und wir hätten nun die Aufgabe, daß diese Frage bilateral mit Frankreich auf eine Schiene gebracht werde.

In anschließender Diskussion einigen sich Teilnehmer auf eine Sprachregelung zu den Gemeinschaftsfragen für die Pressekonferenz.

VS-Bd. 14112 (010)

¹⁶ Ministerialdirigent Kittel, z. Z. Luxemburg, führte zur Sitzung der High Level Group zur Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik am 18./19. Oktober 1983 in Luxemburg aus, die Vertreter der Bundesregierung hätten erklärt, „daß der Kom[missions]-Vorschlag, dessen Automatik zu nominellen Preissenkungen in D führen würde, unannehmbar sei. Deshalb hätten wir vorgeschlagen, künftig neue positive Währungsausgleichsbeträge durch Schaffung eines besonderen ECUs für den Agrarbereich zu verhindern. Der gleiche Effekt werde übrigens auch erreicht, wenn man eine entsprechende ECU-Preisanhebung vornähme. Das Problem des damit entstehenden höheren negativen Währungsausgleichs und seiner inflationären Risiken könne durch entsprechende Abbauregelungen aufgefangen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 212; Referat 410, Bd. 136097.

¹⁷ Vgl. dazu die Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März 1983; Dok. 74.

339

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer**201-360.90 USA VS-NfD****9. November 1983¹**Herrn Staatssekretär² zur UnterrichtungBetr.: Entwicklung neuer Raketenabwehrsysteme der USA
(Ballistic Missile Defence – BMD);

Bezug: Anforderung StS Dr. Meyer-Landrut vom 8.11.1982

1) Präsident Reagans sog. Star-Wars-Rede vom 23.3.1983³, in der er die Vision eines gegen Interkontinentalraketen zu schützenden Amerikas darstellte, traf nicht nur die NATO-Verbündeten, sondern auch weite Teile der Administration und die amerikanische Öffentlichkeit gänzlich unvorbereitet. Die Rede wurde von Präsident Reagan unter dem Einfluß ihm nahestehender Verteidigungsexperten in entscheidenden Teilen selbst konzipiert. Er zielte damit auf weitverbreitete (isolationistische) Neigungen der amerikanischen Öffentlichkeit, bei der die Vorstellung einer unverletzlichen Festung Amerika Beifall finden dürfte.

2) Zur technischen Realisierbarkeit sind die Aussagen bisher unbestimmt. Es wird u. a. entweder an Laser-gestützte Systeme, entweder auf Röntgenstrahlen- oder Ultraviolettstrahlen-Basis, gedacht oder auch an konventionelle Abfangraketen. Welche technische Option sich schließlich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist jedoch, daß die beifällige Aufnahme der Rede entsprechenden Forschungsvorhaben die notwendige öffentliche Unterstützung gewähren wird. Der Nachdruck, mit dem solche Arbeiten betrieben werden, wird daraus ersichtlich, daß eine dem Präsidenten vorgelegte Studie⁴ es für möglich hält, die technische Funktionsfähigkeit geeigneter BMD-Systeme in den Jahren

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 22. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Diese Aufzeichnung hatte ich für die von Ihnen verfügte Rücksprache angefordert. ABM-V[er]t[ra]g[s]-Vereinbarkeit in besonderer Aufzeichnung.“ Vgl. Dok. 321, Anm. 11.

Hat Genscher am 22. November 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Gespräch mit Shultz.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 8. Dezember 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Frick vom 8. Dezember 1983 Meyer-Landrut erneut vorgelegen. Ferner verfügte Frick die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer.

Hat Schauer am 12. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der die Wörter „in besonderer Aufzeichnung“ hervorhob und handschriftlich für Referat 201 vermerkte: „Bitte besorgen.“

Hat Vortragendem Legationsrat Seibert vorgelegen.

³ Zur Rede vgl. Dok. 81.

⁴ Botschafter Hermes, Washington, informierte am 19. Oktober 1983, daß im Anschluß an die Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 Kommissionen und Arbeitsgruppen gebildet worden seien mit dem Ziel, „die Realisierbarkeit der vom Präsidenten entwickelten Ideen zu prüfen“. Zwei dieser Gruppen, das „Defense of Technology Study Team“ und das „Future Security Strategy Study Team“ hätten nun einen gemeinsamen Bericht vorgelegt. Auf der Grundlage der fast tausendseitigen Studie werde Reagan ein Entscheidungsvorschlag vorgelegt: „Es könne davon ausgegangen werden, daß der Präsident noch vor Einbringung des Haushalts 1985 (normalerweise im Januar 1984) eine Entscheidung treffen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4740; Referat 201, Bd. 125675.

1985–88 zu demonstrieren. Bis Anfang der 90er Jahre rechnen die Amerikaner, daß sie bei entsprechend vorangetriebenen Entwicklungsprogrammen ihre technologische Fähigkeit zur Verteidigung gegen ballistische Raketen unter Beweis stellen können. Auch die angestellten Kostenüberlegungen beweisen, daß die USA es mit BMD ernst meinen. Wenn die gesteckten Zeitziele eingehalten werden sollen, so müßten bis 1985 2,6 Mrd. Dollar bereitstehen, in den Jahren 1985–89 27 Mrd. Dollar und insgesamt bis zum Jahre 2000 95 Mrd. Dollar.

3) Die erfolgreiche Entwicklung eines BMD könnte den USA wenigstens für die Zeit, bis die Sowjetunion nachgezogen hat, absolute strategische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion geben, weil die bisherige Abschreckung aufgrund gesicherter Zweitschlagsfähigkeit nicht mehr funktionieren würde⁵. Das würde zu einer erheblichen Verunsicherung der Sowjetunion führen und könnte die Gefahr von Überraschungsangriffen erhöhen, wenn die Sowjetunion darin ihre einzige Chance sehen sollte, ihren Waffen Wirkung zu verleihen.

4) Ungeachtet amerikanischer Darstellungen, daß die Schutzwirkungen eines BMD sich auch auf die europäischen NATO-Verbündeten erstreckten, ist festzuhalten, daß ein BMD die Bedrohung durch nichtballistische Nuklearwaffen (Marschflugkörper, Flugzeuge, Boden-Boden-Raketen und Artillerie) nicht beseitigt. Die ⁶NATO stünde dann allein dieser nichtballistischen Kurzstrecken- und Mittelstreckenbedrohung gegenüber, was die Möglichkeiten der Regionalisierung eines Konfliktes deutlich erhöht.

5) Wegen der aufgezeigten Implikationen für das auch uns unmittelbar berührende Verhältnis zwischen den USA und der SU sowie für die NATO-Strategie sollten wir frühzeitig an der Diskussion über Vorzüge und Nachteile eines BMD-Systems teilnehmen. Amerikanische Warnungen vor übereilten Schlüssen dürfen uns jetzt nicht zur Zurückhaltung veranlassen, was uns später nicht mehr rückgängig zu machenden Sachzwängen aussetzen kann. Entsprechend Ministerweisung bereitet Referat 201 Aufzeichnung für mögliche Verwendung beim NATO-Rat im Dezember⁷ vor.

Schauer

Referat 201, Bd. 125675

⁵ Die Wörter „funktionieren würde“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „funktioniert“.

⁶ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „Euro-“.

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 376.

340

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-20840/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 9. November 1983, 13.35 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 5045

Ankunft: 9. November 1983, 12.45 Uhr

Betr.: INF

Bezug: DB Nr. 5017 vom 4.11.1983 aus Washington²

Zur Unterrichtung

I. 1) Mit Heranrücken des Dislozierungsbeginns in Westeuropa ist die Frage in den Vordergrund gerückt, wer „das letzte Wort“ haben werde, die SU oder der Westen (vgl. den Bezugs-DB aus Washington).

2) Neben und hinter dieser taktischen Frage im Kampf um die öffentliche Meinung steht aber auch die Frage nach der längerfristigen Entwicklung nach Dislozierungsbeginn, sowohl was die militärische Entwicklung nach Nachrüstungsbeginn und sowjetischen „Gegenmaßnahmen“ als auch was die politische Entwicklung in den Ost-West-Beziehungen im allgemeinen und bei der strategischen Rüstungskontrolle im besonderen angeht.

3) Zwar ist schwer zu sagen, wie sich die SU im einzelnen längerfristig einstellt. Es ist aber klar erkennbar, daß sie sich in ihrer Politik nicht ausschließlich am Stichdatum der Bundestagsdebatte des 21.11.³ orientieren, sondern ihre Position schon seit Monaten auf die Zeit danach ausrichten wird. Sie ist nicht bereit, auch nur Teile ihrer substantiellen Interessen einem taktischen „Schwarze-Peter-Spiel“ vor Nachrüstungsbeginn zu opfern.

4) Dies wird sowohl in der Dürftigkeit ihrer Angebote aus Andropows Interviews vom 28.8. und vom 27.10.83 erkennbar⁴ wie in dem harten Festhalten an den beiden Grundforderungen:

- keinerlei neue amerikanische Dislozierungen,
- Anrechnung der Drittstaatsysteme bei INF.

II. 1) Die Senkung der Launcher-Zahl unter 162 auf „etwa 140“ ist nur temporär. Die SU hat ihre Position fest an das Drittstaatenpotential „zur Zeit“ gebunden. Die Zahl von 140 könnte also in einigen Jahren, je nach den Zählregeln für Mehrfachsprengköpfe, schnell erheblich über 162 liegen. Die SU hat

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 14. November 1983 vorgelegen.

² Gesandter Wallau, Washington, teilte mit: „Im State Department (Dean) wurde uns bestätigt, daß der Artikel von William Beecher ‚US Negotiator Urges New Arms Proposal‘ (Boston Globe, 2.11.83) im wesentlichen zutrefte. Dean fügte jedoch hinzu, daß die Nitze zugeschriebenen Zahlen (600 Sprengköpfe, je 100 Systeme auf beiden Seiten, davon auf westlicher Seite 36 Pershing II) eine Option unter mehreren sei. Er, Dean, sei der Auffassung, daß Andropow nicht das letzte Wort haben sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5017; VS-Bd. 11357 (220); B 150, Aktenkopien 1983. Zum Vorschlag des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, vgl. Dok. 336, Anm. 8.

³ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁴ Zu den Interviews des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vgl. Dok. 247, Anm. 4, bzw. Dok. 321, Anm. 12.

sich also bei der „Konkretisierung“ ihrer Position sozusagen eine Gleitklausel eingebaut.

2) Die Beseitigung der Systemobergrenze von 300, die in Andropows letztem Interview steckt, hat zwar den bisherigen Druck auf amerikanische Mittelstreckenflugzeuge verringert. Das gleiche folgt aus der Streichung der britischen „Vulcan-Bomber“ aus ihren Kräfte-Bilanzen. Das Ziel scheint aber vor allem die möglichst umfassende Begrenzung von US-Trägerflugzeugen zu sein, wobei die SU sich die Möglichkeit offenhält, dafür in einem späteren Stadium eine „Backfire“-Begrenzung anzubieten.

3) Hinsichtlich der „asiatischen“ SS-20 zeichnet sich schon jetzt eine Art von „Freeze“ unter einer noch im einzelnen auszuhandelnden „clausula rebus sic stantibus“ der strategischen Lage in Asien ab.

III. 1) Die Frage des „letzten Wortes“ stellt sich für die SU nur verhandlungstaktisch. Denn die Weigerung des Westens, auf ihre beiden Grundforderungen einzugehen, beseitigt nicht das sowjetische Interesse an einer zukünftigen Begrenzung sowohl der Drittstaatensysteme wie der amerikanischen Mittelstreckensysteme. Die „Gleitklausel“ unterstreicht dieses Interesse sogar.

2) Das verhandlungstaktische sowjetische Interesse am „letzten Wort“, das in der Abfolge und dem Timing der Andropow-Interviews klar erkennbar ist, wirft die Frage nach der sowjetischen Reaktion auf eine evtl. erneute westliche Initiative auf.

3) Wie berichtet, hat Sagladin erklärt, er glaube nicht, daß die SU über das letzte Andropow-Interview hinausgehen werde.⁵ Diese Äußerung war offensichtlich von dem Wunsch motiviert, das letzte Interview Andropows nicht dadurch zu entwerten, daß bereits weitere Konzessionsbereitschaft angedeutet wird.

Die relativ verlässlichste Antwort ist deshalb wohl nur in einer Analyse des taktischen Spielraums der SU zu finden.

IV. 1) Die westliche Reaktion auf das letzte Interview Andropows hat der SU gezeigt, daß ein weiteres Spiel mit der Launcher-Zahl, der Flugzeug- oder der Asienfrage nicht ausreicht, um die Initiative zurückzugewinnen, geschweige denn, den Beginn der Dislozierungen zu verzögern.

2) Damit geht es um den Grad der Härte, mit der die SU ihre beiden Grundforderungen voraussichtlich verteidigen wird.

– Das Kommuniké der WP-AM von Sofia vom 14.10.83 enthält noch in gewundener Form die Drohung mit dem Abbruch der INF-Verhandlungen⁶ bei Nichtverschiebung des Dislozierungsbeginns.⁷

⁵ Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 2. November 1983 über ein Gespräch des CDU-Abgeordneten Todenhöfer mit dem Abteilungsleiter im ZK der KPdSU am 31. Oktober 1983. Darin habe Sagladin die militärischen Gegenmaßnahmen der UdSSR für den Fall der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme erläutert und weiter ausgeführt, er glaube nicht, „daß es noch eine weitere, neue Initiative geben werde. Die Aussagen Andropows aus seinem Interview vom 27.10. würden jetzt Gegenstand der Verhandlungen in Genf und müßten dort geprüft werden. Herr Bahr habe ihn schon früher gefragt, ob die SU auf 54 SS-20 gehen würde. Die Antwort sei Nein, denn die Drittstaaten hätten nicht 162, sondern über 400 Sprengköpfe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4946; Referat 220, Bd. 124526.

⁶ Korrigiert aus: „INF“.

⁷ Vgl. dazu Ziffer 2 des Kommunikés über die Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 13./14. Oktober 1983 in Sofia; EUROPA-ARCHIV 1983, D 676–678.

- Das Andropow-Interview vom 27.10.83 erklärte die „Fortsetzung der gegenwärtig in Genf geführten Verhandlungen“ bei „Erscheinen neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa“ für „unmöglich“. Damit war die Abbruchdrohung bei INF klar, bereits auch bei START impliziert, die Aufnahme neuer Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt aber offengehalten.
 - Der Leitartikel der Prawda vom 4.11.83 wiederholte diese Drohung und knüpfte die Verbindung zu START etwas enger, weil diese Drohung an die Feststellung angehängt wurde, die Dislozierung schaffe eine „neue militärisch-strategische Lage“.⁸ Gleichzeitig gab es eine Reihe anderer Indizien auf eine „Überprüfung“ der Lage bei START mit Dislozierungsbeginn, über die ich berichtet habe (Artikel der „Neuen Zeit“⁹, Äußerungen Sagladins¹⁰ und Falins).
 - Die Rede Romanows am 5.11.¹¹ wiederholte die Abbruchdrohung aus dem Andropow-Interview vom 27.10.83 mit dem Zusatz, daß dann „die Fortsetzung der gegenwärtig in Genf geführten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen unmöglich“ werde. Dieser Zusatz macht die Implikation von START um eine Nuance deutlicher.
 - Die kurze Rede Ustinows auf dem Roten Platz vom 7.11.¹² stellt die Dislozierung nicht mehr als hypothetischen Fall dar. Auch von der evtl. Fortsetzung der Verhandlungen oder ihrem Abbruch ist nicht die Rede. Es geht Ustinow nur um die Gegenmaßnahmen, welche die SU und ihre Verbündeten „als Antwort auf die Dislozierungen von amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa“ zu ergreifen gezwungen sei.
- 3) Damit hat sich die SU so stark auf die Ablehnung jeder Nachrüstung festgelegt, daß ein Einschwenken auf eine Zwischenlösung selbst dann unwahrscheinlich ist, wenn der Westen bei einer „Konkretisierung“ tatsächlich seine „bottom-line“ offenlegen würde. Das heißt, daß die SU sich mit der Abbruchdrohung zwar taktisch bis zu einem gewissen Grad gebunden hat, nicht jedoch in ihrem längerfristigen Verhalten.

⁸ Vgl. den Artikel „Znamja oktjabrja – znamja mira“; PRAWDA vom 4. November 1983, S. 1.

⁹ Botschafter Kastl, Moskau, resümierte am 25. Oktober 1983 einen am 21. Oktober 1983 in der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ erschienenen Artikel, in dem zunächst dargelegt werde, daß ein Eingehen auf die amerikanischen START-Vorschläge die UdSSR zwingen würde, eine Überlegenheit der USA bei den strategischen Nuklearwaffen hinzunehmen. Anschließend werde ausgeführt: „Bereits jetzt besitzt die USA in Europa hunderte von FBS. [...] Es ist nicht schwer zu verstehen, daß die Dislozierung von Pershing II und CM in westeuropäischen Ländern eine direkte Vergrößerung des strategischen Potentials der USA wäre“, die zudem „unvermeidlich zu einer Komplizierung der START-Verhandlungen führen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4806; Referat 220, Bd. 124532.

¹⁰ Auf die Frage des CDU-Abgeordneten Todenhöfer nach den Rückwirkungen der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme auf andere Rüstungskontrollverhandlungen antwortete der Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Sagladin, am 31. Oktober 1983, „es werde bei MBFR und KAE bleiben. Bei START werde man prüfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4946 des Botschafters Kastl, Moskau, vom 2. November 1983; Referat 220, Bd. 124526.

¹¹ Der Sekretär des ZK der KPdSU, Romanow, sprach im Rahmen der Veranstaltungen zum 66. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau. Für den Wortlaut der Rede vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 7. November 1983, S. 6.

¹² Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow hielt zu Beginn der Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau anläßlich des 66. Jahrestags der Oktoberrevolution eine Ansprache. Vgl. dazu den Artikel „Unser friedliches Aufbauwerk wird zu jeder Zeit zuverlässig geschützt“; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. November 1983, S. 6.

V. 1) Damit bleibt als Möglichkeit für ein sowjetisches „letztes Wort“ noch die Frage der Anrechnung der Drittstaatsysteme bei INF, insbesondere weil Ceaușescu wieder eine Verschiebung in ein anderes Forum ins Spiel gebracht hat.¹³

2) Eine solche Verschiebung brächte aber die sowjetische Mittelstreckenbilanz zum Einsturz. Wenn die SS-20 kein „Äquivalent“ in Form der Drittstaatsysteme mehr hätten, kommt nur noch entweder eine beiderseitige Null-Lösung oder eine westliche Zwischenlösung – also amerikanische Dislozierungen – in Betracht.

3) Solange es der SU also noch um das „Prinzip“ geht, d.h. die Verhinderung amerikanischer Dislozierungen überhaupt, ist die Bindung dieser Forderung an die Drittstaatenfrage unlösbar. Die „beiden“ Grundforderungen sind solange nur die zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb ist auch ein sowjetisches Nachgeben in der Drittstaatenfrage vor Dislozierungsbeginn sehr unwahrscheinlich.

VI. 1) Die Möglichkeiten des Westens, mit einer neuen Initiative taktisch „das letzte Wort“ zu behalten, sind zwar relativ groß.

2) Dem derzeitigen Mangel an taktischem Spielraum der SU entspricht aber die große Offenheit der sowjetischen Optionen auf längere Sicht.

3) Ein Rückblick auf die sowjetische Politik ergibt, daß die SU sehr wohl fähig ist, den Westen in einiger Zeit erneut mit der Forderung nach Verhandlungen über alle Mittelstreckensysteme der NATO-MS zu konfrontieren. Einer solchen Forderung wird sich der Westen, ganz gleich wie er die Nachrüstung dimensioniert, kaum entziehen können. Die SU würde jedenfalls ein evtl. westliches Argument, man habe ihr im November 1983 ein einmaliges, nicht wiederholbares Angebot gemacht, mit großer Wahrscheinlichkeit zurückweisen. Sie würde ein solches Angebot vielmehr zum Ausgangspunkt der neuen Verhandlungen nehmen.

4) Es fehlen also bisher alle Anzeichen einer sowjetischen Bereitschaft zu einem „Endgame“ in den INF-Verhandlungen. Vielmehr wird jetzt verstärkt mit dem Hinweis auf Grenada¹⁴ die Möglichkeit zu Verhandlungen mit den USA überhaupt bestritten. Die INF-Frage wird dabei (Romanow am 5.11.) in diesen größeren Zusammenhang der amerikanischen Politik gestellt („die wichtigste Frage, aber doch nur ein Glied in der abenteuerlichen antikommunistischen Strategie dessen, der heute im Weißen Haus herrscht und morgen die ganze Welt beherrschen will“). Die SU richtet sich also auf längere Fristen ein.

[gez.] Kastl

VS-Bd. 12054 (201)

¹³ Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Ceaușescu vom 4. November 1983 an Bundeskanzler Kohl, das inhaltsgleich auch an Präsident Reagan und den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, ging; Dok. 330.

¹⁴ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten in Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

341

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt

11. November 1983¹

Betr.: Besuch einer B'nai-B'rith-Delegation beim Bundeskanzler am 7. November 1983²;
hier: Gesprächsaufzeichnung

I. Zusammenfassung

1) Der Bundeskanzler empfing am 7. November 1983 von 15.00 bis 16.00 Uhr eine Delegation der amerikanischen B'nai B'rith (Teilnehmer ergeben sich aus anliegender Delegationsliste³). Außerdem nahmen an dem Gespräch die Herren Nachmann und Ginsburg vom Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland teil.

2) Nach kurzen einleitenden Worten durch den Herrn Bundeskanzler und den Leiter der Delegation, Mr. David Blumberg, fand eine sehr herzliche, freimütige und gelöste Diskussion, insbesondere über nachfolgende Themen statt:

- Ost-West-Beziehungen,
- innere Situation in der Sowjetunion,
- deutsch-amerikanisches Verhältnis; Grenada,
- Ausreise von Juden aus der Sowjetunion,
- das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden,

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 11. November 1983 „über Herrn Gruppenleiter 21, den Herrn Abteilungsleiter 2 und den Herrn Chef BK dem Herrn Bundeskanzler“ vorgelegt „mit der Bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung“.

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

Hat Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, am 22. November 1983 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983.

² Die Delegation der amerikanischen Organisation B'nai B'rith hielt sich vom 27. Oktober bis 8. November 1983 in der Bundesrepublik auf. Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler vermerkte am 28. Oktober 1983: „Die aus sechs führenden Persönlichkeiten des B'nai B'rith International (BB) bestehende Gruppe ist die erste Delegation dieser in USA beheimateten, jedoch weltweit tätigen privaten jüdischen Organisation, die eine Einladung der Bundesregierung zu einer Informationsreise angenommen hat. Das Besuchsprogramm ist so angelegt, daß sich die Gruppe vor den Gesprächen mit dem Bundeskanzler und dem Bundespräsidenten bei Begegnungen mit führenden Persönlichkeiten der Länder, des Bundestages, der Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, mit Vertretern der Medien und der jungen Generation ein Bild von der politischen und gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland machen kann. Der Besuch geht auf die Bemühungen des Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, StS von Staden, zurück und ist als ein wichtiger Schritt bei der Verbesserung der Kontakte zwischen einflußreichen deutschen und amerikanischen gesellschaftspolitischen Institutionen zu sehen. Die Einstellung der sechs amerikanischen Gäste zur Bundesrepublik Deutschland ist von einer abwartenden Haltung geprägt, die nicht nur der historischen Belastung des deutsch-jüdischen Verhältnisses, sondern auch einer gewissen Unsicherheit wegen der zukünftigen Einstellung der Deutschen, insbesondere der Jugend, zu den USA und Israel entspringt.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135228.

³ Dem Vorgang nicht beigelegt.

- Antisemitismus,
- Ausländerproblematik in der Bundesrepublik Deutschland.

3) Die Teilnehmer zeigten sich nach dem Gespräch sehr beeindruckt und äußerten sich zutiefst befriedigt über die Sicht der Probleme durch den Bundeskanzler.

II. Im einzelnen

Zu spezifischen Fragen der Delegationsmitglieder nahm der Bundeskanzler wie folgt Stellung:

1) Zur Frage der Ausreise von Juden aus der Sowjetunion schilderte der Bundeskanzler das Problem der rapide zurückgehenden Aussiedlerzahlen sowohl für deutsche als auch für jüdische Sowjetbürger.⁴ Er sehe eine entscheidende Trendwende in dieser Entwicklung, die im sowjetischen System selbst liege, nicht voraus. Man müsse jedoch in der Frage kontinuierlich bei der sowjetischen Führung vorstellig bleiben und bei sich bietender günstiger Gelegenheit das Anliegen gegenüber der Sowjetunion intensivieren. Der Bundeskanzler sicherte der Delegation zu, daß er, wann immer er die Frage der deutschen Aussiedler mit der sowjetischen Führung anspreche, auch auf eine großzügigere Handhabung der Ausreise von Juden aus der Sowjetunion drängen würde. Dies sei für ihn eine Frage der inneren Loyalität zu den jüdischen Mitbürgern in der Bundesrepublik Deutschland. Er sehe im nächsten Jahr voraussichtlich eine Chance, das Problem erneut mit dem sowjetischen Generalsekretär⁵ anzusprechen.

2) Zum Antisemitismus und zur Frage des Eindringens und der Verbreitung antisemitischer Schriften in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler ist sehr skeptisch, was in einer offenen Gesellschaft und bei verfassungsrechtlich zugesicherter Meinungsfreiheit legale Mittel der Unterbindung solcher Schriften anbelangt. Das Problem werde im Zusammenhang mit einer gesetzlichen Regelung für den Handel mit Videokassetten geprüft werden. Antisemitismus und entsprechendes Schriftenmaterial fänden aber in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere bei der jüngeren Generation keinen Nährboden. Weder Links- noch Rechtsradikalismus hätten bei uns eine Chance. Die Jugend sei für die Probleme der Minderheiten eher sensibler geworden. Auch gebe es bei den jungen Leuten eine verstärkte Sehnsucht nach Geschichte und Geschichtsbewußtsein. Die Turnschuhgeneration sei, wie der Name sage, keine Generation der Knobelbecher. Allerdings sei die gegenwärtige Politik Israels dabei, insbesondere für die jungen Leute problematisch zu wer-

⁴ Zur Entwicklung der Ausreisen Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 19.

Referat 213 stellte am 28. Juli 1983 fest: „Die Ausreisen der jüdischen Sowjetbürger, deren Gesamtzahl etwa der der deutschen Sowjetbürger entspricht, haben sich zahlenmäßig zunächst günstiger entwickelt als die Ausreisen der Deutschen in der Sowjetunion. So konnten im Jahre 1979 noch 51 547 Juden die Sowjetunion verlassen gegenüber nur 7 226 Deutschen (1976: 14 100 Juden gegenüber 9 704 Deutschen; 1977: 17 100 Juden gegenüber 9 274 Deutschen; 1978: 31 200 Juden gegenüber 8 455 Deutschen). 1980 sank die Zahl der jüdischen Ausreisen erheblich auf 21 471 (gegenüber 69 54 Deutschen), 1981 noch weiter auf 9 448 (gegenüber 3 773 Deutschen). Seit 1982 lag die Zahl der jüdischen Ausreisen von 2 688 so niedrig wie die der Ausreisen von Deutschen (2071). Bis Mitte März 1983 durften 227 Juden ausreisen. Insgesamt sollen seit 1968 knapp 270 000 Juden aus der Sowjetunion emigriert sein.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133278.

⁵ Jurij Wladimirowitsch Andropow.

den. Dies sei kein deutsches Problem; dies habe auch nichts mit Antisemitismus zu tun.

3) Zur Frage des Verhältnisses zwischen Juden und Deutschen, insbesondere zur Frage, was B'nai B'rith tun könne, um zu einer Fortentwicklung der Beziehungen beizutragen:

Der Bundeskanzler bezeichnet das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen in der Bundesrepublik als besonders gut; er betont, daß die Arbeit des Zentralrats der Juden in Deutschland dazu viel beigetragen habe. Wir seien jedoch für Anregungen und gut gemeinte Unterstützung von seiten der amerikanischen Juden offen.

4) Zur Frage der Ausländerproblematik in der Bundesrepublik Deutschland und zum Verhältnis dieses Problems zum Antisemitismus

Der Bundeskanzler führte aus, daß die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich keine Minoritätenprobleme habe. Die ca. etwa 3,5 bis 4 Millionen Gastarbeiter befänden sich in einem im Weltvergleichsmaßstab äußerst liberalen Land. Gewisse Schwierigkeiten gebe es lediglich mit den Jugoslawen und den Türken. Das jugoslawische Problem sei ein unter den Jugoslawen in der Bundesrepublik Deutschland internes Problem.⁶ Die Türken, die aus einem anderen Kulturkreis kämen und bevorzugt für sich abgeschlossen lebten, stellten das schwierigere Problem dar (Grundschulen mit überwiegend türkischen Schülern; 17 Moscheen in Frankfurt; unser Sozialsystem für hohe Kinderzahlen nicht geeignet). Das Fazit sei dies: Wir könnten die gegenwärtige Zahl türkischer Gastarbeiter nicht halten. Etwa die Hälfte der jetzt in der Bundesrepublik lebenden Türken müßte auf längere Sicht zurückgeführt werden. Dies müsse über finanzielle Anreize und auch über gezielte Entwicklungshilfemaßnahmen in der Türkei (Schaffung von Arbeitsplätzen mit deutscher Hilfe) bewerkstelligt werden.⁷

⁶ Referat 511 wies am 15. August 1983 auf die auch in der Öffentlichkeit diskutierte angebliche Verwicklung des jugoslawischen Geheimdienstes in Gewalttaten gegen in der Bundesrepublik lebende jugoslawische Staatsangehörige hin: „Dreizehn Morde bzw. Mordversuche an Exiljugoslawen im Inland sowie vier Morde im Ausland mit Bezügen in die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen fünf Jahren lassen eine Beteiligung des jugoslawischen Geheimdienstes vermuten.“ Umgekehrt seien 1982 sieben Brand- und Sprengstoffanschläge exiljugoslawischer Urheber registriert worden: „Bisher sind in der Bundesrepublik Deutschland fünf kroatische Emigrantenorganisationen verboten worden, gegen eine Reihe von Einzelpersonen wurden – überwiegend auf Anregung der Bundesregierung – ausländerrechtliche Maßnahmen verhängt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133020.

⁷ Zum Vorhaben der Bundesregierung, die Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zu fördern, vgl. Dok. 38, Anm. 30 und 31.

Am 22. Juni 1983 billigte das Kabinett den Entwurf des Gesetzes zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern (Rückkehrhilfegesetz). Es sah für ausländische Arbeitnehmer im Falle einer Arbeitslosigkeit die Möglichkeit einer Rückkehrhilfe in Höhe von 10 500 DM zuzüglich 1500 DM für jedes zurückkehrende Kind vor. Ferner waren für diese Personengruppe die Verfügbarkeit über ihre staatlich begünstigten Spareinlagen, die Erstattung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und der Anwartschaften aus der betrieblichen Altersversorgung vorgesehen. Das Kabinett beschloß ferner, die Entwicklungshilfe stärker für beschäftigungswirksame Maßnahmen in den Heimatländern ausländischer Arbeitnehmer einzusetzen und mit diesen Staaten die Möglichkeiten zur Förderung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten zu erörtern. Vgl. dazu die Kabinettsvorlage des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 15. Juni 1983; B 85 (Referat 513), Bd. 1605.

Das Gesetz wurde am 10. November 1983 vom Bundestag und am 25. November 1983 vom Bundesrat gebilligt. Für den Wortlaut des Rückkehrhilfegesetzes vom 28. November 1983 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil I, S. 1377–1380.

Zwischen diesem Problem und dem Antisemitismus sehe der Bundeskanzler keinerlei Parallelen.

Roßbach

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65

342

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk

201-363.31-3680/83 geheim

11. November 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Umfang und Zusammensetzung des nuklearen Potentials der NATO in Europa;

hier: Schreiben des Bundeskanzlers an BM Wörner vom 4.10.1983⁴

Bezug: Anforderung 010 vom 20.10.1983

I. Mit Schreiben vom 4.10.1983 an BM Dr. Wörner hat der Bundeskanzler der zwischen BMVg und AA abgestimmten Beschlußvorlage zum Ergebnis der HLG-Untersuchungen über Umfang, Art und Zusammensetzung von Nuklearwaffen der NATO in Europa⁵ zugestimmt. Er hat zugleich Empfehlungen für die Präsentation des HLG-Ergebnisses in der Öffentlichkeit und die künftige Orientierung der Arbeiten in diesem Bereich gegeben. Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit wurde den Wünschen des Bundeskanzlers voll Rechnung getragen.

Seine übrigen Empfehlungen betreffen folgende Punkte:

- Auf längere Sicht weitergehende Umschichtung des Nuklearpotentials der NATO mit dem Ziel, Abschreckungswirkung sowie Einsatzflexibilität zu optimieren und die Schadenswirkung auf deutschem Boden zu verringern. Min-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz und Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 18. November 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 22. November 1983 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte: „1) Ich vermag mich der Tendenz der Vorlage nicht anzuschließen. M. E. werden die Erwägungen des BK zu negativ behandelt. 2) Ich bitte um Spezifizierung der Systeme zu Ziffer 3 nach Zahl und Verteilung auf die einzelnen Staaten. 3) W[ieder]V[orlage] 23.11.“

Hat Amtsrat Kusnezow am 22. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf „durch Sonderboten“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] a[uch] S. 3.“ Vgl. Anm. 11 und 12.

Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der für Ministerialdirigent Schauer und Referat 201 handschriftlich vermerkte: „B[itte] Bespr[echung].“

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 22. November 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „F[ür] Bespr. mit StS M[eyer]-L[andrut]. VLR I v[on] Studnitz, wie telefonisch besprochen.“

⁴ Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12057 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Zur gemeinsamen Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung und des Auswärtigen Amts über den „Final High Level Group Report to the NPG Ministers“ vom 5. Oktober 1983 vgl. Dok. 280.

derung des Anteils nuklearer Artillerie und Schaffung eines ausgewogenen Reichweitenspektrums.

- Vorrangiger Abzug der für deutsche Streitkräfte vorgesehenen nuklearen Sprengladungen (ADM) – und schließlich ihr vollständiger Abzug aus der BR Deutschland.
- Deutsche politisch-strategische Vorstellungen über einen möglichen Einsatz von Nuklearwaffen, die Eingang in die HLG-Studie gefunden haben, sollen auch in die Formulierung der „Allgemeinen politischen Richtlinien für den Folgeeinsatz von Nuklearwaffen“⁶ aufgenommen werden.

II. 1) Die NPG führte seit 1977 im Rahmen der HLG Untersuchungen über Art, Umfang und notwendige Anpassungen des Nuklearpotentials der NATO in Europa durch. Das erste Ergebnis dieser Untersuchungen führte zum NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 und zum⁷ Abzug von 1000 amerikanischen nuklearen Gefechtsköpfen aus Europa.⁸

Die weitere Arbeit der HLG befaßte sich mit Umfang und Notwendigkeit von

- nuklearer Luftabwehr einschließlich konventioneller Alternativen,
- nuklearen Sprengladungen (Atomic Demolition Munitions/ADM),
- nuklearen Kurzstreckenwaffen und Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite.

Auf der Grundlage der HLG-Untersuchungen hat die NPG am 27.10.1983 in Montebello beschlossen, in den nächsten fünf bis sechs Jahren 1400 nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abzuziehen.⁹ Die Durchführung der Entscheidung wurde dem SACEUR¹⁰ übertragen, der ein Programm ausarbeiten und der NPG berichten wird. Der Bestand an Nuklearwaffen der NATO wird damit auf das für eine glaubhafte Abschreckung erforderliche Mindestmaß zurückgeführt.

2) Die bisherigen Untersuchungen der NPG entsprechen in ihrer Zielrichtung den Empfehlungen des Bundeskanzlers (Tendenz von kürzeren zu größeren Reichweiten). Sie stellen das gegenwärtig Erreichbare dar. Der jüngste Reduzierungsbeschluß war nur gegen erhebliche Bedenken des SACEUR durchzusetzen.

⁶ Auf ihrer Tagung am 13./14. März 1982 in Colorado Springs entschied die Nukleare Planungsgruppe (NPG) der NATO, die Arbeit an einer Neufassung der Politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen fortzusetzen. Die Stabsgruppe der NPG legte am 2. August 1982 „auf persönlicher Basis“ einen Entwurf vor. Die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel erläuterte dazu am 9. August 1982: „Der Entwurf unterstreicht immer wiederkehrend den politischen Charakter von Nuklearwaffen und die überragende Bedeutung, die der politischen Kontrolle über ihren Einsatz zukommt. [...] Insbesondere erscheint aus hiesiger Sicht die Bewertung der einzelnen Kategorien deutsche Grundpositionen in besonderem Maße zu berücksichtigen. Die Einschränkungen, die sich aus politischer Sicht bei den Kategorien ‚ADM‘, ‚nukleare Luftverteidigung‘, ‚Gefechtsfeldeinsatz‘ ergeben, sind deutlich herausgestellt. Hieraus folgt eine Schwerpunktverlegung hin zur Kategorie des Einsatzes im ‚Erweiterten Geographischen Raum‘. [...] Der allgemeine Tenor in der Stabsgruppe ist zusammengefaßt, daß der vorliegende Entwurf eine gute Basis für eine künftige weisungsbezogene Behandlung dieses Themas darstellt.“ Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 12033 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁷ Korrigiert aus: „den“.

⁸ Zum Abzug von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen vgl. Dok. 28, Anm. 18.

⁹ Zur Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) vgl. Dok. 321.

¹⁰ Bernard W. Rogers.

Das Bündnis hat bewußt darauf verzichtet, eine grundlegende Umstrukturierung ihres Kurzstreckenpotentials mit dem Ziel „ausgewogener“ (d. h. größerer) Reichweiten anzustreben. Voraussetzung dafür wären größere nukleare Modernisierungsmaßnahmen gewesen, welche die Nachrüstungsdiskussion und das Bündnis insgesamt belastet hätten. Auch wären dadurch Ansatzpunkte für jene Verbündete¹¹ geschaffen worden, die sich nuklearer Rollen entledigen wollen. Die HLG-Studie sieht begrenzte Verbesserungsmaßnahmen beim existierenden Potential vor (z. B. Austausch veralteter Gefechtsköpfe gegen moderne – aber keine „Neutronengefechtsköpfe“, Verbesserung der Sicherheit und Überlebensfähigkeit nuklearer Lager).

Modernisierungsmaßnahmen im eigentlichen Sinne wie die Entwicklung von Nachfolgesystemen für Lance and Honest John, Ersetzung der PIa durch PIb und Entwicklung einer „Stand off“-Luft/Bodenrakete als Ersatz für nukleare Bomben werden in der Studie lediglich als längerfristige Aufgaben erwähnt.

3) Was die Durchführung der Reduzierungen angeht, so wird der Schwerpunkt bei Systemen kurzer Reichweite liegen:

- Nike-Hercules-Luftabwehrraketen werden durch das konventionelle Patriot-System ersetzt, das eine vergleichbare Abschreckungswirkung und Verteidigungsaufgabe erfüllt. Der SACEUR wird darauf zu achten haben, daß keine Lücken in der NATO-Luftverteidigung entstehen. Der Abzug der Nike-Raketen wird daher vom Zulauf des Patriot-Systems abhängen. Deshalb wurde dem SACEUR auch ein Zeitraum von fünf bis sechs Jahren für die Durchführung der Reduzierungen zugebilligt.
- Atomare Sperrmittel: ADM fungieren als Ersatz für konventionelle Verteidigungskraft. Ihre Nachteile sind geringe Überlebensfähigkeit und Einsatzbereitschaft sowie geringe Wahrscheinlichkeit ihrer Freigabe. Insgesamt leisten ADM einen geringeren Beitrag zur Abschreckung als andere Gefechtsfeldwaffen. Die HLG hält substantielle Reduzierungen für möglich. Beibehalten werden sollen ADM zunächst dort, wo das Gelände für ihren Einsatz geeignet erscheint. Nach Ablauf ihrer Verwendungsfähigkeit sollen ADM nicht ersetzt werden. Ihr Abzug müßte durch verstärkte konventionelle Anstrengungen ausgeglichen werden.¹²
- Nukleare Artillerie ist ein Mittel zu weiter geographischer Verteilung und nationaler Beteiligung an der nuklearen Abschreckung. Sie bringt zugleich die Entschlossenheit des Bündnisses zur Vorneverteidigung zum Ausdruck. Ihre Nachteile sind geringe Überlebensfähigkeit und Einsatzflexibilität. Ein völliger Verzicht auf nukleare Artillerie ohne Schwächung der Abschreckung erscheint auf absehbare Zeit kaum möglich. Die Entwicklung wird jedoch auf die Verringerung ihrer Zahl bei gleichzeitiger Verbesserung von Reichweiten, Zielgenauigkeit und Einsatzflexibilität gehen.

Die Reduzierungsplanung des SACEUR wird sich an den geltenden politisch-strategischen Kriterien orientieren. Den Beitrag des Kurzstreckenpotentials zur Gesamtaberschreckung (Verkoppelung des konventionellen Potentials mit dem

¹¹ Die Wörter „jene Verbündete“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer ist gemeint?“ Vgl. Anm. 1.

¹² Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen. Vgl. Anm. 1.

nuklearen Mittelstreckenpotential, Erschwerung gegnerischer Angriffsplanung, Neutralisierung des gegnerischen Kurzstreckenpotentials, Mittel der vorbedachten Eskalation und der Direktverteidigung) wird er nicht in Frage stellen. Der SACEUR wird vielmehr darauf achten, Überlebensfähigkeit und Einsatzflexibilität, verbunden mit einer möglichst breiten geographischen Verteilung und nationalen Beteiligung an der nuklearen Verantwortung, zu optimieren. Die Entlassung einzelner Verbündeter aus bestimmten nuklearen Aufgaben kann nicht Aufgabe des SACEUR sein.

4) Die HLG-Studie ist auf einen Zeitraum von zehn Jahren (1984 bis 1994) angelegt. Die Frage weiterer Anpassungen und Verbesserungen dürfte sich jedoch schon vorher stellen. Die Kriterien dafür werden sein:

- Entwicklung sowjetischer Bedrohung (u. a. Stationierung von SS-21, -22, -23; Einführung neuer nuklearer Gefechtsköpfe für Artillerie);
- Entwicklung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses (3 %-Ziel¹³, Long Term Defense Program¹⁴);
- Verfügbarkeit konventioneller Technologien zur Ablösung nuklearer Systeme;
- Umfang der Nachrüstung mit Pershing II und Marschflugkörpern.

Wir werden uns auch in Zukunft für eine Verbesserung der Struktur des nuklearen Kurzstreckenpotentials im Sinne der Empfehlungen des Bundeskanzlers einsetzen. Dies muß die Bereitschaft einschließen, unerläßliche nukleare Modernisierungsmaßnahmen zu akzeptieren.

Die Empfehlungen des Bundeskanzlers enthalten jedoch keinen unmittelbaren Handlungsauftrag, sondern sind als längerfristige Orientierung gedacht. Gegenwärtig und in absehbarer Zukunft müssen wir bedenken, daß durch ein aktives Verfolgen der vom Bundeskanzler aufgezeigten Ansätze zur Umstrukturierung des Nuklearpotentials der NATO in Europa eine Diskussion über nukleare Modernisierungsmaßnahmen ausgelöst werden könnte.

Die Vorstellungen des Bundeskanzlers wären nur realisierbar, wenn außer weitgehender Modernisierung des Nuklearpotentials auch erhebliche zusätzliche Mittel für die Übernahme nuklearer Aufgaben durch moderne konventionelle Waffen bereitgestellt werden. Jede derartige Überlegung müßte sehr sorgfältig das Risiko beachten, daß stärkere Konventionalisierung auch Erhöhung der Nuklearschwelle bedeutet mit der notwendigen abkoppelnden Folge der Regionalisierbarkeit von Konflikten.

5) Bei den Beratungen über die „General Political Guidelines“ werden wir entsprechend den Empfehlungen des Bundeskanzlers unsere politisch-strategischen Vorstellungen einbringen.¹⁵ Dabei werden wir auf die Aufnahme von Strategie-

¹³ Vgl. dazu Ziffer 10 des Communiqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 2. Juni 1983; Dok. 174, Anm. 3.

¹⁴ Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington wurde eine Reihe von Maßnahmen als Aktionsprogramm bestätigt, das dazu beitragen sollte, das Verteidigungspotential des Bündnisses den Erfordernissen der achtziger Jahre anzupassen. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 152.

¹⁵ Am 14. November 1983 äußerte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), die Einschätzung, zur Wiederaufnahme der Arbeit an den Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen seien „zuvor Absprachen mit anderen Delegationen (GB, IT, CDN, BE, NL, DK und insbesondere USA) erforderlich, will man nicht das Risiko eines ‚Blockierens‘ (USA?) eingehen“. Sollten die Ver-

aussagen aus der HLG-Studie hinwirken, die dort auf unsere Veranlassung hin Eingang gefunden haben (z.B. kein mehrmaliger nuklearer Einsatz auf gleicher Ebene).¹⁶

Schenk

VS-Bd. 12057 (201)

343

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-371.76 INF-2472/83 VS-vertraulich

11. November 1983¹

Betr.: INF

Bei Briefing des CIA im BK² am 10.11.1983 wurden Aufnahmen von SS-20 (Satelliten und vom Boden) sowie von sämtlichen Mittel- und Kurzstreckenraketen der SU gezeigt. Die meisten Informationen waren uns bereits bekannt. Im übrigen halte ich fest:

- Die Schätzungen über Nachladeraketen für die SS-20 sind „very soft“.
- Die Darstellung, für jeden SS-20-Launcher gebe es mindestens eine Nachladerakete, ist lediglich eine Annahme.
- Die Angaben über die für ein Nachladen benötigte Zeitdauer (drei Stunden, gleichgültig ob aus alter oder nach erstem Abschluß veränderter Position) beruhen auf amerikanischen Berechnungen. Über ein tatsächliches Abschießen und anschließendes Nachladen liegen keine Erkenntnisse vor.
- Schon bei der ersten Aufstellung der SS-20 1977 (d.h. lange vor der Entscheidung zur Stationierung von PII) wurden in die Unterstände bewegliche Dächer eingezogen, die ein „launch on warning“ ermöglichen. Launch on warning

Fortsetzung Fußnote von Seite 1707

bündeten hierzu nicht bereit sein, so könnte als Zwischenschritt die Stabsgruppe der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO den letzten Entwurf der Richtlinie vom August 1982 durch die Aussagen des Berichts der High Level Group vom 5. Oktober 1983 ergänzen, „die ihres Charakters wegen in den Bereich ‚Politische Richtlinien‘ fallen (z.B.: ‚no repetitive use‘, Gewichtung von Optionen und ihre Bedeutung für die Abschreckung, Herausstellen von selective use (insbesondere deliberate escalation) gegenüber general nuclear response). [...] Je mehr Substanz aus der (von den Regierungen abgestimmten) HLG-Studie in den GPG-Entwurf einfließt, desto größer erscheint die Aussicht, später einen modifizierten GPG-Entwurf zur Entscheidung zu stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2059; VS-Bd. 12033 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Ministerialdirektor Pfeffer gab am 19. Dezember 1983 weitere Erläuterungen und nahm Stellung zu den von Bundesminister Genscher aufgeworfenen Fragen. Vgl. dazu Dok. 381.

¹ Hat Botschafter Ruth am 14. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Citron verfügte.

Hat Citron vorgelegen.

² Bundeskanzleramt.

als für die Reaktionsfähigkeit sowjetischer Raketen maßgebliches Prinzip ist 1965 eingeführt worden.

- Flugzeiten von PII und SS-20 über die größte Reichweite der PII=1800 km ist mit 14 Minuten identisch. Die Flugzeit für die SS-20 über die volle Reichweite von etwa 1400 km³ beträgt 25 Minuten. Meine Frage nach unserer Vorwarnzeit für die SS-20 konnte gestern nicht beantwortet werden.
- In Asien sind zur Zeit 27 Abschußvorrichtungen für SS-20 im Bau. Die USA gehen davon aus, daß die Stellungen in Novosibirsk und Barnaul auf Ziele in Asien bestimmt sind. Je größer die Zahl der asiatischen SS-20 wird, desto stärker wird allerdings nach amerikanischer Auffassung der Anreiz, die Reichweite der SS-20 auch für Ziele in Europa zu nutzen.
- CIA schließt nicht aus, daß SS-5 tatsächlich voll abgebaut sind. Es gibt noch einige, aber verschlossene Silos; ob die Raketen daraus entfernt sind, ist nicht feststellbar.
- In allen nicht-sowjetischen WP außer Rumänien gibt es Lager für taktische Nuklearwaffen, insgesamt 12, davon zwei in der DDR, eines bei Jüterbog.
- Für die SS-22 wird ständig eine Nachladerakete mitgeführt. Satellitenaufnahmen vom Oktober zeigen, daß in zwei Lagern in der SU sämtliche dort stationierten SS-12/22 zum Abmarsch aufgefahren waren. Bei einer Überprüfung wenige Tage später waren sie verschwunden; wohin, ist noch unbekannt. USA nehmen an, daß diese Systeme zur Druckausübung in WP-Staaten verlegt werden, sie können aber auch jederzeit rückverlegt werden.
- Auf⁴ der Scud B befinden sich drei bis vier Nachladeraketen. Die SS-23, die als Ersatzsystem vermutet wird, ist seit zwei Jahren bei Tests nachgewiesen, aber auch in der SU noch nicht eingeführt.
- Die Einführung von SS-21 als Nachfolgesystem für Frog (drei Nachladeraketen) bei sowjetischen Streitkräften im WP ist seit geraumer Zeit im Gange.
- CM: Die Sowjets führen z.Z. Testprogramme mit kleineren CM durch, die als SLCM, GLCM und ALCM Verwendung finden können. Außerdem sind kürzlich Tests mit großen CM festgestellt worden (Code BL 10), die als SLCM und als GLCM Einsatz finden könnten.

Hartmann

VS-Bd. 11357 (220)

³ Dieses Wort wurde von Botschafter Ruth gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „4400 km“.

⁴ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

344

**Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-20896/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 500

Aufgabe: 11. November 1983, 15.08 Uhr¹
Ankunft: 11. November 1983, 19.16 Uhr

Del.Ber. Nr. 103/83

Betr.: MBFR;

hier: Bewertung nach 10 Jahren Verhandlung²

Zur Information

I. Nach zehnjährigen ergebnislosen Verhandlungen in Wien stellt sich die Frage nach der heutigen Interessenlage der Beteiligten.

1) Die Initiative zu den Verhandlungen ging vom Westen aus. Er wollte der konventionellen Überlegenheit des WP durch das Mittel Rüstungskontrolle begegnen. Die NATO-Verbündeten glaubten, daß ein Schritt in dieser Richtung in einem Abkommen liegen könnte, das zur Parität der Streitkräfte in Mitteleuropa auf niedrigerer Ebene führen würde. Es ist schwer einzuschätzen, ob heute noch alle Bündnispartner dieser Überzeugung verschrieben sind.

2) Mit MBFR wird zum ersten Mal versucht, Verminderungen konventioneller Streitkräfte durchzuführen, ohne die den Rüstungen zugrundeliegenden politischen Fragen zu lösen. Die Probe darauf, ob eine solche Umkehr von Ursache und Wirkung auch erfolgversprechend sein kann, steht noch aus. Die westliche Zielsetzung, das in Mitteleuropa sich gegenüberstehende militärische Potential auf das nötige und mögliche paritätische Minimum zu senken, spiegelt jedenfalls wider, daß eine Veränderung der politischen Verhältnisse in Mitteleuropa nur auf friedlichem Wege gesucht wird. Diese Voraussetzung gilt auch nach zehnjähriger Verhandlungsdauer noch unverändert.

3) Die Klammerfunktion von MBFR für das westliche Bündnis muß nach wie vor hoch veranschlagt werden. Bei Unterzeichnung einer Übereinkunft ist eine einseitige Erklärung der westlichen Teilnehmer vorgesehen, daß sie ein bündnisinternes Einvernehmen ins Auge fassen, demzufolge sie in ihren jeweiligen Beiträgen zur gemeinsamen Verteidigung nicht nachlassen werden, um die Gesamtpersonalstärke der Landstreitkräfte und der kombinierten Land- und Luftstreitkräfte im Reduzierungsraum aufrechtzuerhalten. Ein solcher Kohäsionsmechanismus würde einseitige Streitkräfteverminderungen einzelner Bündnispartner erheblich erschweren und damit sicherlich eine wichtige politische Funktion für die Allianz einnehmen. Das gilt sowohl im Verhältnis der Europäer untereinander als auch wechselseitig in den amerikanisch-europäischen Sicherheitsbeziehungen, die im Falle nachlassender europäischer Verteidigungsanstrengungen stark belastet würden.

¹ Der Drahtbericht wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 4.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik vorgelegen.

² Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.

4) Die Möglichkeit solcher bündnisinterner Spannungen erscheint heute ernster als zu Beginn der Verhandlungen. So sei hier auf die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik mit ihren Auswirkungen für die Bundeswehr hingewiesen. Mögliche Probleme und Folgen des sich wahrscheinlich ergebenden Zwangs, in den nächsten Jahren den Umfang der Bundeswehr nicht unerheblich zu senken, könnten bündnisintern wohl eher neutralisiert werden, wenn diese Reduzierung im Rahmen eines MBFR-Abkommens erfolgte. Gleichermaßen könnten so auch auch negative Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis der beiden Blöcke in Mitteleuropa aufgefangen werden. Dieser wichtige sicherheitspolitische Gesichtspunkt sollte für ein unvermindertes westliches Interesse an einem MBFR-Abkommen sprechen.

5) Zusammenfassend könnte aus hiesiger Sicht gesagt werden, daß unser eigenes Interesse an ernsthaften MBFR-Verhandlungen zum heutigen Zeitpunkt aus allianzpolitischen und Stabilisierungsgründen gestiegen sein sollte.

II. 6) Die westliche Zielsetzung der Parität würde aus der Sicht westlicher Einschätzungen der östlichen Personalstärken asymmetrische Reduzierungen zu Lasten des Ostens erforderlich machen. Die aus dieser „Demandeur“-Position bestimmte Interessenlage des Westens findet auf östlicher Seite keine Entsprechung. Vor allem die SU dürfte in einem MBFR-Abkommen für sich keine militärisch-operativen Vorteile sehen, da sie mit einer komfortablen Überlegenheit ausgestattet ist. Vornehmlich dürfte sie daher an einem „politischen“ Abkommen interessiert sein, das eher Atmosphäre schafft als Rüstungskontrolle bewirkt. Damit einher geht das Interesse, auch über die Wiener Verhandlungen die öffentliche Meinung im Westen für die „friedensliebende“ SU einzunehmen.

7) Es ergibt sich daraus, daß sich der Osten anfangs gegen das Ziel sträubte, Gleichstand der Truppenstärken beider Seiten im Reduzierungsraum herzustellen. Verminderungen sollten in bestimmten Schritten erfolgen. Durch prozentual gleiche Verminderungen wollte der WP seine Überlegenheit erhalten. In die gleiche Richtung zielten die fortgesetzten „Freeze-Vorschläge“ des Ostens. Wenn es denn schon auf einem niedrigeren Niveau sein müßte, so sollte der militärische Status quo in Mitteleuropa – ausgedrückt in einem günstigeren Kräfteverhältnis des WP gegenüber der NATO – festgeschrieben werden.

8) Die im Laufe der Verhandlungen erreichte Einigkeit zwischen Ost und West im konzeptionellen Ansatz zur Parität läßt auf östlicher Seite zwei Handlungsalternativen zu: Entweder ist der Osten bereit, echte Parität mittels eines Abkommens zu bewirken; dann müßte er nach der westlichen Einschätzung des derzeitigen östlichen Personalumfangs in verdeckten Aktionen den bestehenden – von seiner Seite stets abgestrittenen – Überhang abbauen. Oder er will letztlich in der Praxis die vereinbarte Parität nicht einnehmen und versucht, auch nach Abschluß eines Abkommens seine Überlegenheit zu erhalten, indem er ausschließlich und nach Maßgabe von ihm vorgelegter offizieller Daten reduziert, ohne die nach westlicher Auffassung zu seinen Gunsten bestehende Disparität zu beseitigen – und dies in der Annahme, vereinbarte Verifikationsmaßnahmen könnten den „Betrug“ nicht aufdecken. Diese zweite Alternative ginge konform mit dem bisherigen Interesse des Ostens, eine bestehende Überlegenheit nicht preiszugeben. Das Risiko der Aufdeckung eines Betruges dürfte indessen beträchtlich wachsen, wenn wirksame kooperative Verifikationsmaß-

nahmen durchgesetzt werden können. Offensichtlich ist der Osten zunehmend bereit, solche Maßnahmen zu akzeptieren, wie aus seinen diesjährigen Vorschlägen und den zusätzlichen Erläuterungen zu schließen ist. Daraus könnte gefolgert werden, daß er die erstgenannte Handlungsalternative in seine Überlegungen einbezogen hat.

9) Das Verhalten des Ostens über die Jahre läßt den Schluß zu, daß die Schwächen des westlichen Konzepts sein Interesse an den Verhandlungen wachhalten. Er hat bisher das Seine dazu beigetragen, um weiterverhandeln zu können. Doch dürfte er sich noch nicht entschieden haben, ob er von sich aus ein Abkommen anstreben sollte, das auch für den Westen annehmbar wäre. Unter diesen Umständen erscheint es eher unwahrscheinlich, daß er die Verhandlungen wegen Ergebnislosigkeit aufkündigt.

III. 10) Wie kann der Westen – ein fortbestehendes Interesse an einem MBFR-Abkommen unterstellt – unter Berücksichtigung der Verhandlungsentwicklung in den vergangenen zehn Jahren und unter Aufrechterhaltung seiner sicherheitspolitischen Zielsetzung sein künftiges Verhalten einrichten?

Es ist davon auszugehen, daß es in den konzeptionellen Ansätzen beider Seiten in der Zwischenzeit Annäherungen gegeben hat. Das Prinzip der Kollektivität und der Parität ist beiderseits anerkannt. Übereinstimmung besteht auch darin, daß Verminderungen mit amerikanischen und sowjetischen Truppen beginnen sollten. Beide Seiten haben jetzt begleitende Maßnahmen in ihren Vorschlägen³, die bei entsprechender zeitlicher und inhaltlicher Angleichung wirkungsvolle kooperative Verifikation ermöglichen könnten und so wesentlich zu Stabilität und Vertrauen in Mitteleuropa beitragen würden: Inspektionen vor Ort, permanente Durchlaufpunkte für Truppenbewegungen in und aus dem Reduzierungsraum, gegenseitiger Informationsaustausch über die jeweiligen Truppen sowie die Schaffung einer Konsultationskommission.

11) Diesem Verhandlungsfortschritt in Grundsatzfragen stehen drei kritische Streitpunkte gegenüber, die den derzeitigen Verhandlungsstand kennzeichnen und deren Lösung Voraussetzung für einen Durchbruch bei den Verhandlungen ist:

- die Problematik von Ausgangsdaten,
- die Ausgestaltung und Überprüfung der Reduzierungsphase,
- die Ausarbeitung von Modalitäten eines effektiven Verifikationssystems.

12) Der Osten läßt keinen Zweifel daran, daß für ihn die westliche Forderung nach einer Übereinkunft über Ausgangsdaten nicht diskutabel ist. Das gilt auch für Versuche, eine Klärung der Ausgangsdaten auf Umwegen zu erreichen, beispielsweise durch die Forderung nach genauer Festlegung aller erforderlichen Reduzierungsumfänge beider Seiten, um die vereinbarte Parität herzustellen. Der Osten geht davon aus, daß eine Vereinbarung über Ausgangsdaten politisch nicht realisierbar ist, da dies ein Eingeständnis langjähriger falscher Behauptungen einer oder beider Seiten erfordern würde, was einen weit über

³ Vgl. dazu den Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1982 für ein MBFR-Abkommen; Dok. 51, Anm. 7.

Vgl. dazu ferner den Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 23. Juni 1983; Dok. 224.

MBFR hinausgehenden politischen Gesichtsverlust zur Konsequenz hätte. Deshalb strebt der Osten eine Lösung an, die sich von vornherein auf das Ergebnis eines Abkommens konzentriert.

13) Die Lage ist für den Westen in dieser Frage nicht einfach, da es vom Standpunkt der Logik aus kein Argument dafür gibt, die Einigung über Ausgangsdaten zur *Conditio sine qua non* für die Erreichung einer klar definierten überprüfbaren Parität zu machen. Das gilt unbeschadet des unbestreitbaren Vorteils, den eine Dateneinigung für Vertrauensbildung und für die damit mögliche Festlegung aller Reduzierungsumfänge hätte. Fest steht jedoch, daß jedes MBFR-Abkommen als integralen Bestandteil die Maßnahmen enthalten muß, die die Voraussetzungen zur Überprüfung schaffen. Ein solcher Verifikationsmechanismus muß wirksam genug sein, jede sicherheitspolitisch bedeutsame Verletzung eines Abkommens rasch aufzudecken und Verdächtigungen und Unterstellungen mit der anderen Seite unverzüglich kooperativ aufklären zu können.

⁴14) Der Osten weigerte sich lange Zeit, diesem Prinzip konkrete Rechnung zu tragen. Die jüngsten Angebote des Ostens, besonders im Informal vom 25.10.83⁵, sind gerade in diesem Bereich ein bedeutsamer Schritt, den der Westen für seine Interessen nutzen sollte und auf den er antworten muß. In Anbetracht der hier erkennbaren östlichen Bewegung kann diese Antwort nicht in einer bloßen Ablehnung liegen.

IV. 15) Soll der Verhandlungsstillstand in Wien überwunden werden, so muß erst einmal ein Ausweg aus der unlösbaren Frage der Ausgangsdaten gefunden werden. Inwieweit dann andere Probleme wie Rüstungsreduzierungen, besondere Begrenzung des Luftstreitkräftepersonals, Form der Reduzierungen, Ausnahmeregelungen usw. gelöst werden können, hängt von Flexibilität und Kompromißbereitschaft beider Seiten beim „Bargaining“ zwischen einzelnen Elementen ab. (Die Delegation wird später zu diesen Fragen eine gesonderte Bewertung übermitteln.)

16) Die vom BSR gebilligte Initiative⁶ – deren Verhandlung mit dem Osten wegen fehlender Allianzabstimmung noch nicht möglich ist – dürfte es dem WP nicht erlauben, die darin entwickelten Vorstellungen schlechthin zurückzuweisen, da sie die generelle Forderung nach Einigung über Ausgangsdaten vor

⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 503 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁵ Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 27. Oktober 1983, daß die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten in der informellen Sitzung am 25. Oktober 1983 mit der Vorlage noch ausstehender Antworten auf den westlichen Fragenkatalog überrascht hätten. Insbesondere hätten sie sich zur Funktion der Verifikationsmaßnahmen geäußert, „die im östlichen Vertragsentwurf vom Juni dieses Jahres für den dreijährigen Reduzierungsprozeß vorgesehen seien. [...] Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der vom Osten vor Vertragsunterzeichnung vorgesehene Austausch von Beobachtern bei Abzug der größten Kontingente sowohl der einheimischen wie der stationierten Streitkräfte [...]. Diese Pläne würden somit ein umfangreiches Informationsangebot enthalten“. Boss fuhr fort, daß die Erklärungen eine größere Bereitschaft erkennen ließen, „im Rahmen des östlichen Ansatzes, soweit wie möglich, auch einen Großteil der Verminderungen zu verifizieren. Dies wäre durch den vorherigen Austausch der Einladungspläne mit genügend detaillierten Angaben sowie die zugestandenen Befugnisse der Beobachter durchaus realisierbar, zumal die Einladung der Beobachter als verbindlich zu betrachten ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 478; VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zur MBFR-Initiative der Bundesregierung und zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983 vgl. Dok. 237.

jedweden Reduzierungen vermeidet. Da von westlicher Seite Flexibilität vorgesehen ist, ob für den „Freeze“ vereinbarte oder offizielle Daten vorgelegt würden, würde es dem Osten schwerfallen, den Westen der Wiedereinführung der Datenfrage auf Umwegen zu bezichtigen. Der Osten könnte eventuell gegen die „Freeze“-Verifizierung einwenden, daß damit ein Verifikationsabkommen vor dem eigentlichen Reduzierungsvertrag erforderlich würde und eine Verifikationsabsprache getroffen werden soll, bevor Reduzierungen aller direkten Teilnehmer⁷ überhaupt begonnen hätten (abgesehen von den anfänglichen, im Umfang geringen amerikanischen und sowjetischen Abzügen). Wollte der Osten verdeckte Abzüge zur Beseitigung des Überhangs durchführen, so wäre dies unter diesen Voraussetzungen nicht unproblematisch, bei den einheimischen Streitkräften sogar fast unmöglich, da sie bis zur Verifizierung der eingefrorenen Streitkräftestärken beendet sein müßten. Hierzu wären bei einigen Teilnehmern Verringerungen erforderlich, obwohl sie offiziell noch keine Reduzierungsverpflichtungen hätten. Diese Maßnahmen ließen sich nicht mehr im Rahmen der offiziellen Abzüge vertuschen. Wie diese voraussehbaren Fragen anzugehen sind, muß der Verhandlungsablauf nach einem entsprechenden westlichen Schritt zeigen.

17) Selbst unter Berücksichtigung der jüngsten östlichen Vorschläge für die Gestaltung des Reduzierungsablaufs würde ein Abkommen, das eine verbindliche Datenbasis und deren Verifizierung erst mit Herstellung der Parität ermöglicht, die ohnehin kritische Reduzierungsphase mit beträchtlichen Unsicherheiten belasten.

Die Festlegung von Zwischenhöchststärken als unverzichtbares Mittel zur Erzielung von Transparenz während des Reduzierungsprozesses, die Übernahme der Verifikationsmaßnahmen bereits in den Zeitraum der aktuellen Reduzierungen und die Bereitschaft zu einem detaillierten Informationsaustausch nicht nur der zu reduzierenden, sondern auch der im Raum verbleibenden Streitkräfte sind Forderungen, die der Westen beim Osten weiterverfolgen und durchsetzen muß. Wenn schon nicht eine vereinbarte Datenbasis mit Verifikation am Beginn des Reduzierungsvorgangs zu erreichen ist, so müssen diese Voraussetzungen an einem früh im Prozeß festgelegten Zwischenceiling geschaffen werden.

18) Der Westen muß außerdem anstreben, die Verifikation so stark wie möglich zu verdichten. Das eröffnet am ehesten – wie im BSR-Beschluß eingeleitet – eine weniger stringente Haltung in der Frage der Ausgangsdaten, ohne daß wesentliche Sicherheitserfordernisse vernachlässigt oder aufgegeben würden. Je engmaschiger die Verifikationsstrukturen angelegt werden, desto geringer ist das Risiko, daß der Osten nur vordergründig Bereitschaft zeigt, Parität einzunehmen und diese auch einzuhalten.

V. 19) Eine konstruktive Antwort des Westens auf die östlichen Vorschläge erscheint unausweichlich und dringend, sollen die Verhandlungen nicht in eine

⁷ An den MBFR-Verhandlungen nahmen elf Staaten als direkte Teilnehmer (Belgien, die Bundesrepublik, die ČSSR, die DDR, Großbritannien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Polen, die UdSSR und die USA) und acht mit besonderem Status (Bulgarien, Dänemark, Griechenland, Italien, Norwegen, Rumänien, Türkei, Ungarn) teil. Vgl. dazu das Protokoll der Plenarsitzung vom 14. Mai 1973; EUROPA-ARCHIV 1973, D 511–513.

Phase absoluten Stillstandes geraten, was dann auch Sinn und Zweck ihres Fortgangs immer mehr in Frage stellen dürfte. Zweifellos dürfte es dem Osten in der jetzigen Verhandlungssituation nicht allzu schwerfallen, hierfür einen Großteil der Schuld dem Westen anzulasten und dies in der Öffentlichkeit auszuschlachten. Konzeption und Eckpunkte der BSR-Initiative erscheinen durchaus geeignet, die Verhandlungslage des Westens zu verändern.

VI. 20) Wenn der Westen in den MBFR-Verhandlungen initiativ bleibt, schmälert dies die Möglichkeiten des Ostens, den Westen wegen mangelnden Abrüstungswillens anzuprangern, und stellt gleichzeitig den Osten hinsichtlich seiner Ernsthaftigkeit auf die Probe.

Das in diesem Jahre vom Osten gezeigte Verhalten, seine Vorschläge und die auf westliche Fragen gegebenen zusätzlichen Erläuterungen lassen jedenfalls vordergründig auf ein Interesse des Ostens an einem gegenseitig annehmbaren Abkommen schließen. Der Westen müsste jetzt versuchen, auf der Grundlage der BSR-Initiative angemessen flexibel und taktisch geschickt zu verhandeln, um das östliche Interesse zu testen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen würde dann der Westen vermutlich seine Vorstellungen unter Zugrundelegung seiner unverzichtbaren sicherheitsrelevanten Forderungen weiter entwickeln müssen. Durch die ihnen inhärente Schlüssigkeit und Überzeugungskraft müsste es dem Osten unmöglich werden, dem Bekenntnis zu einem Abkommen, das beide Seiten unterschreiben können, auszuweichen.

Begrüßenswert wäre es, wenn ein entsprechendes Signal den Osten noch in dieser Runde⁸ erreichte. Zum einen könnten so für den Westen günstige taktische Voraussetzungen für die neue Runde⁹ geschaffen werden, um darin die eigenen Zielvorstellungen, vor allem bei der Verifikation des Reduzierungsprozesses und der Höchststärken, durchzusetzen. Zum anderen würde es dem Osten unmöglich gemacht, dieser neuen Verhandlungsrunde auszuweichen. Der westliche Impuls könnte von der NATO-Ministerkonferenz¹⁰ ausgehen, wenn dort Einigung zu den grundsätzlichen Fragen erzielt werden kann.

[gez.] Boss

VS-Bd. 11428 (221)

⁸ Vom 29. September bis 15. Dezember 1983 fand die 31. Runde der MBFR-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 386.

⁹ Die MBFR-Verhandlungen wurden am 15. Dezember 1983 ohne die Festlegung einer neuen Verhandlungsrunde unterbrochen.

¹⁰ Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 376.

345

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron, z.Z. Helsinki,
an das Auswärtiges Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 356

Citissime

Aufgabe: 11. November 1983, 21.00 Uhr¹

Ankunft: 11. November 1983, 21.31 Uhr

Betr.: KVAE-Vorbereitungstreffen in Helsinki;
hier: Abschlußbericht – Delegationsbericht Nr. 16

I. Das Helsinki-Vorbereitungstreffen wurde heute am späten Nachmittag mit der Annahme der Beschlüsse² erfolgreich im vorgegebenen Zeitrahmen³ abgeschlossen.

Die erste Phase der KVAE kann damit am 17.1.1984 in Stockholm organisatorisch geordnet beginnen.

II. Im einzelnen

1) A, CH, S, SF und San Marino hatten gestern formell einen Vorschlag für die Beschlüsse des Vorbereitungstreffens eingebracht⁴, der die in einer informellen Arbeitsgruppe aus Vertretern aller drei Staatengruppen am 9.11. vorläufig vereinbarten Texte⁵ enthielt. Malta sah darin seine Forderung nach Zulassung von Beiträgen nichtteilnehmender Mittelmeerstaaten nicht erfüllt und bestand auf deren Berücksichtigung. In intensiven informellen Gesprächen und Textverhandlungen wurde schließlich eine auch für Malta und US akzeptable Kompromißformel gefunden, die CH in Abstimmung mit westlichen (F, D, US, NL), östlichen und N+N-Delegationen vorlegte.

Danach wird in den Modalitäten vorgesehen, daß nichtteilnehmende Mittelmeerstaaten zu Beginn der Stockholmer Konferenz im Anschluß an die Eröffnungserklärungen der Teilnehmerstaaten Beiträge abgeben können. In einer

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 14. November 1983 vorgelegen.

² Für den Wortlaut des Schlußdokuments des KVAE-Vorbereitungstreffens vom 25. Oktober bis 11. November 1983 in Helsinki vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 50–52.

³ Im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde der Beginn des KVAE-Vorbereitungstreffens auf den 25. Oktober 1983 festgelegt und weiter vereinbart, daß seine Dauer „drei Wochen nicht überschreiten“ solle. Vgl. Punkt 7 des Dokuments „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“; EUROPA-ARCHIV 1983, D 542.

⁴ Für das von Finnland, Österreich, San Marino, Schweden und der Schweiz am 10. November 1983 vorgelegte Dokument „Entwurf der Beschlüsse des Vorbereitungstreffens in Helsinki über die Tagesordnung, den Zeitplan und andere organisatorische Modalitäten für die erste Phase der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ vom 10. November 1983 vgl. die Fernkopie Nr. 12 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron, z.Z. Helsinki, vom selben Tag; Referat 221, Bd. 124580.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron, z.Z. Helsinki, übermittelte mit Delegationsbericht Nr. 14 vom 9. November 1983 den Entwurf eines Schlußdokuments des KVAE-Vorbereitungstreffens, auf den sich eine informelle Arbeitsgruppe am selben Tag vorläufig geeinigt hatte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 350; Referat 221, Bd. 124580.

Erklärung des Vorsitzenden wird zugleich unterstrichen, daß dieses Verfahren in keiner Weise das KVAE-Mandat ändere (Text siehe Anlage⁶).

2) Da der VN-GS sich Mitte Januar in Afrika aufhalten wird⁷, sah S seinen früheren Vorschlag für einen Tagesordnungspunkt „Grußadresse durch VN-GS“ als gegenstandslos an. Statt dessen wird in einer Erklärung des Vorsitzenden festgestellt, daß S als Gastgeberland den Generalsekretär einladen wird, an die Stockholmer Konferenz während ihrer ersten Sitzungsperiode das Wort zu richten (Text siehe Anlage 2⁸).

3) Eröffnungserklärungen werden in folgender ausgeloster Reihenfolge abgegeben: DK, P⁹, IS¹⁰, DDR, IRL, CS¹¹, I, SU, CDN, YUG, BL¹², A, B, M¹³, PL, NL, N, E, D (19. Stelle), MC¹⁴, S, CYP, F, GR, TR¹⁵, CH, LUX, H, FL¹⁶, US, V¹⁷, GB, RSM¹⁸, RUM, SF.

4) Als erster Vorsitzender nach der offiziellen Eröffnung wurde IRL ausgelost. Auf Vorschlag Schweden wird der Vorsitz während der Eröffnungserklärung jeweils für Vor- und Nachmittag wechseln (wie bereits für die Schlußerklärungen beim Madrider Folgetreffen praktiziert).

5) TR erklärte seinen üblichen Vorbehalt gegenüber CYP, welches diesen wiederum routinemäßig, unterstützt von GR, zurückwies.

6) Das Vorbereitungstreffen wurde am 11.11.1983 um 15.15 h durch DL-NL¹⁹ als Tagesvorsitzenden für geschlossen erklärt.

7) Die „Helsinki-Beschlüsse“ entsprechen praktisch dem in Delegationsbericht Nr. 14 dargelegten Stand (offizielles Dokument wird AA und BMVg zugehen²⁰). Zugefügt wurde lediglich der o. g. Text betreffend das Malta-Problem.

III. 1) Der heute erzielte Abschluß des Vorbereitungstreffens, bei dem die wesentlichen westlichen Anliegen berücksichtigt wurden, verdient es, als Erfolg westlicher Bemühungen gewertet zu werden. Die interne Abstimmung in der EPZ und der Allianz, z. T. nach Vorgesprächen im Vierer- oder Fünfer-Kreis (mit CDN), war zeitraubend, funktionierte aber gut.

Die amerikanische Delegation unter Leitung von Botschafter Goodby zeigte große Flexibilität und trug so wesentlich zur Gesamteinigung bei.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 221, Bd. 124580.

⁷ VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 17. Januar bis 4. Februar 1984 in Mali, Niger, Benin, Nigeria, Togo, Elfenbeinküste, Obervolta und im Senegal auf.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 221, Bd. 124580.

⁹ Portugal.

¹⁰ Island.

¹¹ Tschechoslowakei.

¹² Bulgarien.

¹³ Malta.

¹⁴ Monaco.

¹⁵ Türkei.

¹⁶ Fürstentum Liechtenstein.

¹⁷ Vatikan.

¹⁸ Republik San Marino.

¹⁹ Petrus Buwalda.

²⁰ Botschafter Menne, Helsinki, übermittelte mit Schriftbericht Nr. 725 vom 14. November 1983 das Schlußdokument des KVAE-Vorbereitungstreffens vom 11. November 1983 sowie des Tagungsjournal Nr. 14 und die Erklärungen des Tagesvorsitzenden. Vgl. dazu Referat 221, Bd. 124580.

2) Der verfrühte und unzureichend abgestimmte schwedisch-finnische Kompromißvorschlag in der zweiten Verhandlungswoche offenbarte Meinungsunterschiede im N+N-Lager, die auch in Stockholm fortwirken werden.²¹ Der mißglückte Alleingang des künftigen Gastgeberlandes S führte zu einer Schwächung der traditionellen Vermittlerrolle der N+N. Der westliche Vorschlag, die Einigung schließlich in informellen Arbeitsgruppen zu suchen, stieß zunächst auf Ablehnung der N+N, die es bevorzugt hätten, die Führung bei den Kompromißbemühungen zu behalten. Da sowohl wir wie auch der Osten das direkte Gespräch vorzogen, mußte die N+N-Gruppe sich mit der Rolle des Koordinators in der informellen Kontaktgruppe abfinden. A-DL Torovsky hat diese Aufgabe mit Geschick wahrgenommen.

3) Wichtigster Sprecher der östlichen Seite war SU-DL Grinewskij, der nach anfänglichem Mißtrauen gegenüber westlichen Vorstellungen in den entscheidenden Vorstellungen große Flexibilität zeigte und Kompromißvorschläge nach kurzer Prüfung akzeptierte. Neben ihm zeigte sich vor allem der PL-DL Towpik als kompetent und engagiert. Das Motiv für die z.T. erstaunliche sowjetische Flexibilität ist im Interesse der SU an einem geordneten Beginn der Stockholmer Konferenz zu suchen. Der Osten beabsichtigt wahrscheinlich, schon den Beginn der Konferenz zu einer breit angelegten Präsentation eines „Friedensprogramms“ zu nutzen. Er wird dabei sowohl konkrete, dem Mandat entsprechende Vorschläge als auch „politisch-militärische“ Projekte mit deklaratorischem Charakter vorbringen.

4) Malta hat seine Rolle als „enfant terrible“ auch in Helsinki öffentlichkeitswirksam fortgesetzt. M-DL Saliba hatte dabei eine begrenzte Unterstützung von östlicher, nur sehr wenig von N+N-Seite, die zu einer 34er Koalition gegenüber Malta diesmal nicht bereit waren. Die Versuche, die US in ihrer Ablehnung der maltesischen Forderungen zu isolieren und ihnen so die Alleinschuld an einem eventuellen Scheitern des Vorbereitungstreffens zuzuweisen, sind am Zusammenhalt des Westens, aber auch der amerikanischen Flexibilität im letzten Moment gescheitert. Die Einflußnahme einiger westlicher Länder, vor allem der unseren, auf Washington dürfte mit dazu beitragen haben. Es ist Malta nicht gelungen, eine Ausweitung seiner Ansprüche über das Blue Book von 1973²² oder über das Madrider Mandat²³ hinaus zu erreichen.

Malta wurde abgefunden

- mit einem Zusatz beim Abschnitt II („modalities“), der Beiträge der südlichen Mittelmeeranrainer nach den Eröffnungserklärungen vorsieht, die nicht öffentlich sind, also deutlich einen niedrigeren Rang haben,
- mit einem Text in einem Chairman's Statement, wonach die Grundregeln der KSZE-Prozeduren (Blue Book von Helsinki 1973) weiter „angerufen“ werden dürfen.

²¹ Zum finnisch-schwedischen Entwurf vom 3. November 1983 für ein Schlußdokument des KVAE-Vorbereitungstreffens vgl. Dok. 325, Anm. 26.

²² Für den Wortlaut der Schlußempfehlungen der multilateralen Vorgespräche der KSZE vom 22. November 1972 bis 8. Juni 1973 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 593–607.

²³ Vgl. dazu die Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

D.h. in diesem Zusammenhang, daß Malta im weiteren Verlauf des Stockholmer Treffens neue Anträge auf Anhörung der südlichen Mittelmeeraanrainer stellen kann, die dann freilich der Zustimmung aller TNS²⁴ bedürfen werden. Dies ist allerdings (leider) ohnedies die Lage. Ein Ausschluß weiterer maltesischer Anträge, entgegen dem Blauen Buch, wäre keinesfalls zu erreichen gewesen.

Der erste Absatz des Chairman's Statement bedeutet die Klarstellung, daß das Erscheinen der südlichen Mittelmeeraanrainer in Stockholm nicht die Auslegung des Mandats für die KVAE berührt, also vor allem keine präjudizierende Wirkung für Ansprüche auf Einbeziehung des Mittelmeers in die Mandatszone haben kann. Diese Absicherung war für die amerikanische Zustimmung notwendig.

Alles in allem handelt es sich um ein ausgewogenes Ergebnis. Der maltesische Delegationsleiter trat dabei für seine Verhältnisse relativ gemäßigt auf – in Verhandlungen und Zielsetzung.

[gez.] Citron

Referat 212, Bd. 124580

346

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk

204-321.00 SO-762/83 geheim

12. November 1983¹

Betr.: Vierer-Treffen der Politischen Direktoren am 11.11.1983 in London;
hier: Wichtigste Gesprächsergebnisse²

²⁴ Teilnehmerstaaten.

¹ Die Aufzeichnung wurde am 12. November 1983 mit Begleitvermerk des Ministerialdirigenten Schauer „über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister zur Unterrichtung mit der Bitte um Entscheidung zu Ziff[er] 1 des Gesprächsvermerks“ vorgelegt.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. November 1983 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 21. November 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS M[eyer]-L[andrut und] D 2 A zu Ziff. 5.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 21. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an Meyer-Landrut und Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM bittet um Rückspr[ache] zu Zi[ff]er 5.“

Hat Meyer-Landrut am 9. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der zu der Bemerkung von Ploetz handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 9. Dezember 1983 vorgelegen, der den Rücklauf an Schauer und Referat 204 verfügte.

Hat Schauer am 12. Dezember 1983 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 12. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte und handschriftlich vermerkte: „Zur Bemerkung von BM.“

Hat Pfeffer vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 12952 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 11. November 1983 vgl. auch Dok. 347.

1) Struktur und Dauer des nächsten Vierer-Treffens der Außenminister am 7.12.1983 in Brüssel³

Bullard bezog sich auf Gespräche zwischen Ihnen, Howe und Cheysson in Athen⁴ und gab zu erwägen, das Treffen eventuell schon mit einem Mittagessen oder am frühen Nachmittag beginnen zu lassen. Aus Termingründen sei AM Howe ein Beginn nach 17.00 Uhr allerdings lieber. Burt und Andréani reagierten sehr zurückhaltend: Ungewöhnliche Dauer sei mit Berlin-Thematik kaum zu rechtfertigen, Wahrung der Vertraulichkeit, insbesondere der erörterten Themen, schwer zu gewährleisten, italienische Sensitivitäten; auch werde Shultz in Terminschwierigkeiten geraten. Britische Seite machte als Ergebnis der Diskussion folgenden Vorschlag für das Minister-Treffen der Vier:

18.30 Uhr Ankunft der Außenminister (Fototermin)

18.45 Uhr Beginn des Außenminister-Treffens

19.30 Uhr Abendessen.

Auf diese Weise könnten ein bis zwei Stunden für Diskussionen gewonnen werden.

2) Amerikanisch-sowjetische Beziehungen

Burt wies mit der Bitte um strenge Vertraulichkeit auf amerikanische Bemühungen hin, auf Botschafterebene den Dialog mit der Sowjetunion aufrechtzuerhalten. Dobrynin sei im Frühjahr im Weißen Haus gewesen.⁵ Hiermit habe man die Erwartung verbunden, daß Botschafter Hartman im Sommer von Andropow empfangen werde, was leider nicht geschehen sei. Nach einer Unterbrechung der amerikanisch-sowjetischen Kontakte durch den KAL-Zwischenfall⁶ sei Shultz vor etwa drei Wochen erneut mit Dobrynin zusammengetroffen, um zu sondieren, wie der Dialog mit der Sowjetunion fortgesetzt werden könne und ob ein sowjetisches Interesse an einem solchen Dialog auf höherer Ebene bestehe. Shultz werde nach seiner Rückkehr aus Japan (Begleitung des Präsidenten)⁷ Dobrynin erneut sehen.⁸

³ Zum Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) vgl. Dok. 374.

⁴ Bundesminister Genscher, der französische Außenminister Cheysson und der britische Außenminister Howe trafen sich am 12. September 1983 anlässlich der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Athen und erneut beim informellen Außenministertreffen im Rahmen der EPZ am 22./23. Oktober 1983 in Vouliagmeni. Vgl. dazu Dok. 266 und Dok. 314.

Außerdem nahmen sie an der Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister vom 9. bis 11. November 1983 in Athen teil. Vgl. dazu Dok. 354, Anm. 2.

⁵ Der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, traf am 15. Februar 1983 zu einem Gespräch mit Präsident Reagan zusammen. Vgl. dazu DOBRYNIN, Confidence, S. 517–520.

⁶ Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

⁷ Präsident Reagan und der amerikanische Außenminister Shultz hielten sich vom 9. bis 12. November 1983 in Japan auf.

⁸ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 23. November 1983 mit, daß der amerikanische Außenminister Shultz „Anfang November ein ausführliches Vier-Augen-Gespräch mit Botschafter Dobrynin“ geführt habe und am 18. November 1983 erneut mit dem sowjetischen Botschafter in Washington zusammengetroffen sei. Das erste Gespräch sei nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums einer „Höherstufung der Kontakte“ gewidmet gewesen, das zweite habe „die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen behandelt“ sowie „einige Regional- (Nahost) und Einzelfragen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5306; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

Botschafter Hartman sei nach Moskau zurückgekehrt mit der Instruktion, Gromyko zu sehen und ihn mündlich u. a. auf folgendes hinzuweisen: Die USA verstünden die sowjetischen Besorgnisse über bestimmte amerikanische Erklärungen. Diese müßten aber im Zusammenhang eines legitimen ideologischen Wettbewerbs gesehen werden. Keinesfalls sei es amerikanische Absicht, das sowjetische Regime als solches zu bedrohen.

3) KAE

a) Eröffnung auf Außenministerebene

Außer uns unterstrichen Bullard und Andréani Bereitschaft Außenminister, zur KAE-Eröffnung nach Stockholm zu fahren.⁹ Howe ist auf jeden Fall bereit, der Mehrheit zu folgen.

Burt wiederholte frühere amerikanische Hinweise, daß Shultz wegen Sitzungsperiode des Kongresses zur fraglichen Zeit in Washington gebunden sei. Die Pflege der Beziehungen zum Kongreß sei ein persönliches Anliegen von AM Shultz. Dieser möchte sich durch öffentliche Erklärungen zur Frage der KAE-Eröffnung auf Außenministerebene nicht unter Druck setzen lassen. Insgesamt wurde eine eher ablehnende Haltung von Shultz deutlich.

b) KAE-Maßnahmenkatalog

Bullard und Andréani äußerten sich zur Notwendigkeit, den 1980 erarbeiteten Maßnahmenkatalog¹⁰ zu überarbeiten.

Frankreich wünscht u. a. eine Bezugnahme auf chemische Defensivpotentiale (Meldepflicht für entsprechende Ausrüstungen).

c) Beschränkung militärischer Aktivitäten

Französische Anregung, für Bewegungen der amerikanischen Rapid Deployment Force in oder durch Europa wenigstens Informationen gleichzeitig mit der Bewegung selbst – wenn schon nicht vorab¹¹ – zuzugestehen, wurde von Burt mit großer Schärfe abgelehnt. Derartige Erwägungen würden vom Madrider KAE-Mandat¹² nicht gedeckt.

4) START

US-Konzept zu „trade-offs“¹³ zeige amerikanische Bereitschaft, sowjetische Be-

⁹ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

¹⁰ Zum Paket vertrauensbildender Maßnahmen vom 8. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 211, Anm. 3.

¹¹ Mit Blick auf eine Sitzung der VSBM-Arbeitsgruppe des Politischen Ausschusses der NATO am 14. Oktober 1983 nahm Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik am 13. Oktober 1983 Stellung zu amerikanischen Vorschlägen, die das vom Ständigen NATO-Rat am 8. Dezember 1980 verabschiedete Paket vertrauensbildender Maßnahmen im Rahmen der KSZE ergänzen sollten. Zur Frage der Notifizierung militärischer Aktivitäten führte er aus: „Das Schlüsselproblem ist Behandlung des CENTCOM-Transits (RDF-Einsatz über Europa). US-Vorschläge zur Behandlung dieses Problems sind schwer negotiabel“. Es müsse eine „mandatskonforme Lösung gefunden werden [...], die folgenden Kriterien genügt: Bewahrung der strategischen Flexibilität/Mobilität der USA und des Bündnisses; Bewahrung des gesamteuropäischen Geltungsbereichs von VSBM für alle ständig und/oder zeitweise in Europa anwesenden Streitkräfte“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 218 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; VS-Bd. 11525 (221); B 150; Aktenkopien 1983.

¹² Vgl. dazu die Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

¹³ Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 4. Oktober 1983 für die START-Verhandlungen vgl. Dok. 289, besonders Anm. 4.

sorgnisse zu berücksichtigen. Amerikanisches Angebot, auch über die Begrenzung strategischer Bomber und damit der Träger von Cruise Missiles zu sprechen, könne im nächsten Jahr zu interessanten Entwicklungen bei den START-Verhandlungen führen, die derzeit ganz durch INF überschattet würden.

5) Strategische Anti-Raketen-Verteidigung (Ballistic Missile Defense)¹⁴

USA wollen wissenschaftliche Forschung auf diesem Gebiet fortsetzen. Ergebnisse könnten eventuell im nächsten Jahrhundert zu einer Veränderung der militärischen Strategie führen. Amerikanisches Interesse an dieser Frage dürfe nicht als Abkopplung Amerikas von der Allianz-Strategie interpretiert werden.¹⁵

Dg20¹⁶ (unterstützt von Bullard) unterstrich europäische Besorgnisse und zunehmendes öffentliches Interesse.

Burt: USA seien sich dieser Besorgnisse sehr bewußt. Dies gelte insbesondere für AM Shultz. Die wissenschaftlichen Forschungen würden auf technischem Gebiet weitergehen. Das State Department sei in die Untersuchung der politischen Implikationen voll eingeschaltet.

Die britische Seite wird über die drei Botschaften einen Fragenkatalog zirkulieren, zu dem die USA Argumentationshilfen erarbeiten werden.

6) INF

Übereinstimmung, daß derzeit keine Anzeichen für mögliche provokative sowjetische Gegenmaßnahmen in Berlin bestehen.

USA schließen kleinere Belästigungen (z.B. Störung der alliierten Kontrollfahrten nach Ost-Berlin) nicht aus. Bonner Vierer-Gruppe soll gebeten werden, vorsorglich eine Analyse möglicher sowjetischer Reaktionen in Berlin zu erarbeiten. Das Ergebnis soll den vier Außenministern am 7.12. in Brüssel vorgelegt werden.¹⁷

Eine ins Auge gefaßte Überprüfung des Live-Oak-Verfahrens¹⁸ läuft – wie geplant – hiervon getrennt.

¹⁴ Zu den amerikanischen Überlegungen für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum vgl. Dok. 339.

¹⁵ Der Passus „5) Strategische Anti-Raketen-Verteidigung ... interpretiert werden“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Hans Schauer.

¹⁷ Ministerialdirektor Pfeffer informierte am 1. Dezember 1983, daß „die Bonner Vierergruppe eine Studie ‚Mögliche Reaktionen der Sowjetunion und der DDR auf die Nachrüstung in bezug auf Berlin‘ für das anstehende Vierertreffen in Brüssel vorbereitet“ habe. Sie komme zu dem Ergebnis, „daß es bisher keinen konkreten Hinweis darauf gibt, daß Sowjetunion und DDR beabsichtigen, auf die Stationierung mit Maßnahmen in bezug auf Berlin zu reagieren, daß vielmehr Berlin von einer möglichen weiteren Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen wahrscheinlich weiterhin verschont bleiben wird“. Sollte es doch zu Störaktionen der UdSSR und der DDR kommen, „so würden sie nach Ansicht der Studie sich hierfür wohl Bereiche auswählen, in denen die Sensitivität der westlichen Öffentlichkeit und damit die Wahrscheinlichkeit wirtschaftlicher Konsequenzen vermutlich geringer wären“. Vgl. VS-Bd. 13355 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ Zu einer Überprüfung der militärischen Eventualfallplanung der Drei Mächte für Berlin (Live Oak) vgl. Dok. 260.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup informierte die Botschaft in Washington am 20. Oktober 1983 über einen Bericht, den der „Live-Oak-Stab unter Leitung von Generalmajor Sinnatt (GB) [...] am 18.10.1983 den Mitgliedern der Bonner Vierergruppe“ zu den Live-Oak-Krisenplänen gegeben habe und der in der folgenden Woche auch in Washington gegeben werden solle. Vor allem sei es dabei um „die vom Live-Oak-Stab identifizierten Schwachpunkte der Krisenpläne“ gegangen, „nämlich a) das Fehlen von Optionen bezüglich der Landoperationen, die zwischen den (nicht eska-

7) Polen

- USA werden die Frage der Aufnahme von elf KOR- und „Solidaritäts“-Mitgliedern, denen in Polen der Prozeß gemacht werden soll¹⁹, überprüfen: Der Westen darf kein Handlanger unfreiwilliger Exilierung werden. Voraussetzungen: Freiwilligkeit des Antragstellers und genaue Prüfung im Einzelfall.
- Nach wie vor große amerikanische Zurückhaltung gegenüber polnischer Umschuldung. Nur Bereitschaft zur Regelung der Rückstände aus der Umschuldungsaktion von 1981. Darüber hinaus nur Schritt-für-Schritt-Vorgehen im Hinblick auf Verbesserung der Lage in Polen.²⁰
- Dg20 hat darauf hingewiesen, daß wir an der beschlossenen Linie (vorsichtige Wiederaufnahme der Kontakte auf Beamtenebene, z.B. Reise von Botschafter Ruth Ende November nach Warschau²¹) festhielten, aber auch das aus geographischen, historischen und politischen Gründen enge deutsch-polnische Verhältnis erläuterte, das auf anderen Ebenen vermehrte Kontakte mit sich bringe. Unsere Lage sei insoweit verschieden von der der übrigen Drei. Bullard faßte zusammen: Was für die Bundesrepublik Deutschland an deutsch-polnischen Kontakten noch unter normal liege, gehe für die übrigen Drei schon über normal hinaus.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1722

latorischen) ‚probes‘ und dem Einsatz der (möglicherweise eskalatorischen) Tripartite Battle Group angesiedelt sind [...], b) die Frage der weiteren Vertretbarkeit von Plänen, die eine ‚Invasion‘ in einen zwischenzeitlich souveränen Staat (DDR) beinhalten, c) die Frage, ob bzw. inwieweit sich die Live-Oak-Pläne weiterhin auf die Möglichkeit der nuklearen Drohung abstützen können, d) der ungeklärte Übergang in den NATO-Bereich, e) die doppelte Verwendungsplanung für Einsatztruppen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6801; VS-Bd. 13359 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

- 19 Der polnische Regierungssprecher Urban führte am 4. November 1983 vor der Presse aus, daß die Verfahren gegen die vier inhaftierten Gründungsmitglieder des Komitet Obrony Robotników (KOR), Kuroń, Michnik, Romaszewski und Wujec, sowie gegen sieben weitere Führungsmitglieder der Gewerkschaft „Solidarność“ ausgesetzt werden könnten, wenn die Genannten für eine gewisse Zeit ins Ausland gingen. Vgl. dazu den Artikel „Warschau wünscht weiter Ausreise der KOR-Aktivistinnen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. November 1983, S. 6.

Botschafter Röding, Warschau, teilte dazu am 8. Dezember 1983 mit, Hintergrund sei das Bemühen der polnischen Regierung, „den Prozeß mit Rücksicht auf die Sanktionsfrage zu vermeiden“. Die katholische Kirche in Polen habe offenbar den Kompromiß ins Gespräch gebracht, daß „den Betroffenen Einladungen von westlichen Institutionen (Gastdozenten etc.) ausgesprochen werden mit dem Verständnis, daß die Betroffenen nicht vor Ende 1985 (Geltungsdauer der Sondervollmachten) nach Polen zurückkehren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1599; Referat 214, Bd. 133065.

- 20 Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 314, Anm. 8.

Am 31. Oktober 1983 teilte der amerikanische Gesandte Edgar mit, Präsident Reagan habe „die amerikanische Teilnahme an den Verhandlungen über die Umschuldung mit Polen mit der Maßgabe gebilligt, daß nicht nur ein Fahrplan für die Zahlung der Rückstände aus der Umschuldung 1981 ausgearbeitet werden sollte. Die abschließende Entscheidung sollte von der Entwicklung bei der Achtung der Menschenrechte (Human Rights Performance) und den polnischen Zahlungen auf die Rückstände abhängen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze vom 2. November 1983; Referat 422, Bd. 140064.

- 21 Botschafter Ruth, z.Z. Warschau, berichtete am 24. November 1983 von den Gesprächen mit der polnischen Regierung über Fragen der Rüstungskontrolle: „Die Konsultationen fanden wegen des Abbruchs der INF-Verhandlungen in Genf durch die Sowjetunion für die hiesigen Gesprächspartner in einer kritischen Situation statt. Die Genfer Problematik stand ganz im Mittelpunkt der Gespräche. Die polnische Seite hat in der Sache eindeutig auf der sowjetischen Linie argumentiert. Gleichwohl war unverkennbar die Befriedigung über das Stattfinden der Konsultationen und das Interesse an einer fortschreitenden Normalisierung der Beziehungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1542; VS-Bd. 13411 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

8) Vorschau auf NATO-Kommuniqué

Dg20 hat dargelegt, daß wir neben unentbehrlichen Aussagen über Sicherheitspolitik, Darlegung der Stationierungsgründe usw. gleichzeitig unsere Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit herausstellen sollten.

Andréani ergänzte mit dem Hinweis, in dem Kommuniqué der sowjetischen Argumentation nachdrücklich entgegenzutreten, daß die Stationierung weitere Verhandlungen unmöglich mache. Der Westen müsse auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß diese Haltung inakzeptabel sei, denn der Westen habe ohne Vorbedingungen Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen, obwohl diese unentwegt weiter stationiert habe.²²

9) Libanon

Eagleburger wird am 15.11. in Washington die drei Botschafter treffen²³, um mit ihnen die Situation im Nahen Osten zu erörtern und über seinen eigenen Israel-Besuch²⁴ zu berichten.

Schenk

VS-Bd. 12952 (204)

²² Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 14. November 1983 Überlegungen zur Vorbereitung des Kommuniqués für die NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel. Nach Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa komme dem Kommuniqué „als einem Signal an die eigene Öffentlichkeit und an den Osten große Bedeutung zu“. Es gelte, „die Einheit und Solidarität des Bündnisses sowie die Bedeutung der auf gemeinsame Werte und Ideale gegründeten transatlantischen Partnerschaft deutlich herauszustellen“, ebenso die Bereitschaft, die Verhandlungen mit der UdSSR „auch nach dem Beginn der Stationierung fortzusetzen und bereits stationierte Systeme wieder abzubauen“. Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 12007 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

²³ Zum Gespräch des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, mit den Botschaftern Hermes (Bundesrepublik), Vernier-Palliez (Frankreich) und Wright (Großbritannien) vgl. Dok. 353, Anm. 7.

²⁴ Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, hielt sich vom 1. bis 6. November 1983 in Israel auf.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk**204-321.00 SO-765/83 VS-vertraulich****12. November 1983¹**Betr.: Vierer-Treffen der Politischen Direktoren am 11.11.1983 in London²

1) Lage der Sowjetunion und Beziehungen zur Sowjetunion

Diskussion über Lage der sowjetischen Führung, insbesondere Erkrankung Andropows³, erbrachte keine neuen Erkenntnisse. Übereinstimmung, daß mit einer gewissen Lähmung sowjetischer Entscheidungsprozesse und einer dadurch bedingten Fortsetzung etablierter Politiken zu rechnen sei.

Dg20⁴ erläuterte Stand deutsch-sowjetischer Beziehungen vor dem Hintergrund der Gespräche des Herrn Bundesministers mit AM Gromyko in Wien⁵ und im Hinblick auf eine Reihe deutsch-sowjetischer Kontakte (u. a. Gemeinsamer Wirtschaftsausschuß⁶, Planungsstabsgespräche⁷) und wies darauf hin, daß wir trotz evtl. Stationierung nicht mit einer Stagnation in der weiteren Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen rechneten.

Bullard wies darauf hin, daß man mit dem Kornijenko-Besuch Anfang Januar 1984⁸ rechne. Ein Besuch von MP Thatcher in Moskau stehe nicht zur Diskussion.

2) Jugoslawien

Bullard kam auf das Vorbereitungstreffen der Gläubigerländer Jugoslawiens und des IWF am 18.11. in Genf zu sprechen.⁹ Britische Absicht sei es gewesen,

¹ Die Aufzeichnung wurde am 12. November 1983 von Ministerialdirigent Schauer an Staatssekretär Meyer-Landrut „zur Unterrichtung“ geleitet.

Hat Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 14. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über Schauer an Referat 204 verfügte.

Hat Schauer am 21. November 1983 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12952 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zum Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 11. November 1983 vgl. auch Dok. 346.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl legte am 10. November 1983 dar, „daß wohl erstmals in der Geschichte der SU ein sowjetischer Parteichef der traditionellen Militärparade zum Jahrestag der Oktoberrevolution“ am 7. November ferngeblieben sei. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU sei „seit dem 18. August, also seit nunmehr 83 Tagen, nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. [...] Schon seit geraumer Zeit wird vermutet, daß Andropow altersbedingte Diabetes, Herzbeschwerden und Niereninsuffizienzen hat.“ Auch gebe es Vermutungen über eine Krebserkrankung. Vgl. Referat 213, Bd. 139283.

⁴ Hans Schauer.

⁵ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

⁶ Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vom 11. bis 16. November 1983 in Moskau vgl. Dok. 303, Anm. 6.

⁷ Zu der Vereinbarung von Gesprächen der Planungsstäbe der Außenministerien der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 306, Anm. 15.

⁸ Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kornijenko besuchte Großbritannien vom 27. bis 30. März 1984.

⁹ Am 18. Oktober 1983 informierte der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Palmer, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl in Washington über die Zustimmung des

im Pariser Gläubiger-Club eine multilaterale Restrukturierung der jugoslawischen Schulden ohne die Gewährung neuer Kredite vorzuschlagen. Folgende Entwicklungen machten es notwendig, diese Position zu überdenken:

- jugoslawische Ablehnung einer Umschuldung im Pariser Club¹⁰;
- das Treffen der Berner Gruppe¹¹;
- die Tendenz, angesichts jugoslawischer Empfindlichkeiten das Gewicht stärker auf eine umschuldungsähnliche Aktion (Refinanzierung) zu legen.

Vor diesem Hintergrund sollten neue Kredite Refinanzierungsoperation ergänzen, aber nicht ersetzen.

Burt: Die USA werden schweizerische Bemühungen am 18.11. unterstützen. Die Regierungen sollten ihre Haltung, was die Gewährung neuer Kredite angehe, offenlassen und sich nicht festlegen.

Die Franzosen sollten am 16.11. in Paris zu einem Abendessen einladen, um das Genfer Treffen vom 18.11. vorzubesprechen.¹²

3) START

Burt beantwortete die Frage nach einem möglichen neuen Wladiwostok-Abkommen¹³ im Jahre 1984 wie folgt: Die bisherigen Verhandlungsergebnisse in Genf¹⁴ rechtfertigten einen solchen Schritt noch nicht.

Es sei denkbar, daß eine Unterbrechung der INF-Verhandlungen in Genf durch die Sowjetunion diese veranlassen könnte, ihre START-Position zu überdenken, auch im Hinblick auf eine Zusammenlegung von INF und START.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1725

amerikanischen Außenministers Shultz zu „einer neuen Finanzierungsaktion für Jugoslawien“, an der neben interessierten Regierungen die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und andere Institutionen beteiligt sein sollten und die „hauptsächlich auf eine Umschuldung und nur zu einem kleineren Teil auf neue Kredite ausgerichtet sein sollte. Die USA befürworteten ferner, daß die Schweiz wiederum die Führungsrolle übernehme und die Verhandlungen nicht im Rahmen des Pariser Gläubigerklubs stattfinden sollten, den Belgrad aus politischen Gründen nicht akzeptieren könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4744 des Gesandten Wallau, Washington, vom 19. Oktober 1983; Referat 422, Bd. 135572.

¹⁰ Botschafter Grabert, Belgrad, berichtete am 11. März 1983, daß jugoslawische Gegner einer Stützungsaktion „die Annahme der westlichen Hilfe und vor allem die Hinnahme ihrer Auflagen als Verrat an konstitutiven Elementen des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems“ betrachten würden: „Vor allem die IWF-Auflagen werden aus dieser Sicht als Aufforderung zu systemfremden Eingriffen interpretiert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 301; Referat 422, Bd. 135573.

¹¹ Vgl. dazu die Stützungsaktion für Jugoslawien („Berner Paket“) vom 19. Januar 1983; Dok. 49, Anm. 57.

¹² Über das Treffen von Vertretern „der 15 am Berner Paket beteiligten Gläubigerländer sowie Kuw[aits], des IWF und der Weltbank“ mit einer jugoslawischen Delegation am 18. November 1983 in Genf berichtete Ministerialdirigent Kühn, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Genf, am folgenden Tag: „JUG bezifferte Tilgungsfähigkeiten 1984 gegenüber Gläubigergruppen (einschließlich IWF und Weltbank) mit 3 Mrd. US-Dollar und verwies, unterstützt von IWF, auf Notwendigkeit der Wiederauffüllung seiner Reserven. JUG und IWF halten für 1984 Stützungsbeitrag der Gläubigerregierungen in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar für erforderlich (je 500 Mio. US-Dollar Finanzhilfe und neue Exportkredite).“ Die Vertreter der beteiligten Regierungen hätten sich „hinsichtlich der Form der Finanzhilfe für eine als Konsolidierung bezeichnete Umschuldung nach den Regeln des Pariser Clubs“ ausgesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2065; Referat 422, Bd. 135572.

¹³ Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374

¹⁴ Vom 5. Oktober bis 8. Dezember 1983 fand in Genf die fünfte Runde der START-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 385.

Für die USA sei die Frage der Einhaltung bestehender Abkommen durch die Sowjetunion ein ernsthaftes Problem (Aufbau sowjetischer Radarstation – battle managing radar – und Codierung von Raketentests¹⁵). Falls sowjetische Verstöße gegen bestehende Verträge eindeutig nachgewiesen würden, würde es schon wegen der Opposition im Kongreß keine neuen Abkommen mit der Sowjetunion geben. Anderenfalls werde man prüfen, ob ein zweites Wladiwostok-Abkommen ein nützlicher Schritt sei, und diesen gegebenenfalls nicht ausschließen. Voraussetzung hierfür seien aber in jedem Fall Fortschritte in den Verhandlungen selbst.

4) Grenada¹⁶

Bullard äußerte sich zur eventuellen britischen oder Commonwealth-Hilfe: Voraussetzung sei eine Anforderung durch die provisorische Regierung¹⁷ auf Grenada. Ein solches Hilfeersuchen dürfte sich zunächst an die Nachbarn richten. Sollte weitere Hilfe für notwendig erachtet werden, so sei es durchaus wahrscheinlich, daß Commonwealth-Länder eingreifen würden. Allerdings werde es keine Commonwealth-Streitmacht als solche geben.

Der regionale britische Polizeiberater sei wieder in Grenada. Die Wiederherstellung einer effektiven Polizei sei vordringlich. Man denke an die Unterstützung durch OECS-Polizeiberater. Was die Zusammensetzung einer Friedenstruppe betreffe, so hänge dies von dem Zeitrahmen des amerikanischen Rückzuges, aber auch von den Vorstellungen der Regierung in Grenada selbst ab.

Burt unterstrich amerikanische Entschlossenheit, sobald wie möglich die amerikanischen Truppen aus Grenada abzuziehen bei einer vorläufigen Präsenz von Bau- und Ingenieureinheiten. Die Friedenstruppe sollte vorzugsweise aus der Karibik selbst kommen. Auf keinen Fall wollten die Amerikaner durch ihren Rückzug ein Vakuum auf der Insel hinterlassen, dies auch im Hinblick darauf, daß die Kubaner ein solches „Fenster der Verwundbarkeit“ ausnutzen könnten.

5) Zypern

Bullard gab folgende britische Einschätzung der Lage: Denktasch habe bisher in der Frage einer einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit für den türkischen Teil Zyperns zurückhaltend agiert¹⁸, einmal mit Rücksicht auf Ankara¹⁹, zum

¹⁵ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 8. November 1983 mit, das amerikanische Außenministerium habe „uns und einige wenige andere Verbündete formell über die Problematik der Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen durch die Sowjetunion unterrichtet“ und dazu eine Aufzeichnung übergeben. Darin gehe es insbesondere um die Tests von SS-24- und SS-25-Raketen und die Frage: „Is the new radar near Krasnoyarsk in Siberia for Ballistic Missile Early Warning (BMEW) or Anti-Ballistic Missile (ABM) defense?“ Erörtert werde dann die Frage der Vereinbarkeit solcher Systeme mit dem SALT-II-Abkommen vom 18. Juni 1979. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5076; VS-Bd. 11316 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

¹⁷ Der Generalgouverneur von Grenada, Scoon, ernannte am 9. November 1983 eine neunköpfige zivile Übergangsregierung („Advisory Council“) unter Leitung des Stellvertretenden Generalsekretärs der UNCTAD in Genf, McIntyre. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 137 des Legationssekretärs Schul, Port-of-Spain, vom 10. November 1983; Referat 331, Bd. 136432.

¹⁸ Zu Meldungen über eine mögliche Unabhängigkeitserklärung der türkischen Volksgruppe auf Zypern vgl. Dok. 236, Anm. 40.

¹⁹ Am 7. Juni 1983 informierte Botschafter Landau, Nikosia, daß der Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, von seiner Absicht, einen türkisch-zyprischen Staat auszurufen, auf Druck der türkischen Regierung wieder abgerückt sei. Denktasch spreche „zwar noch von der Errich-

anderen wegen der Interventionen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland.²⁰ Es scheine aber, daß Ankara und Denktasch in der prinzipiellen Frage einer Unabhängigkeitserklärung übereinstimmten und es nur um die Frage des günstigsten Zeitpunkts gehe. Ein solcher Schritt könne daher jederzeit erfolgen.²¹

Diese britische Einschätzung, die auch auf Befragen nicht substantiiert wurde, wurde von keinem der übrigen Drei geteilt. Burt wies darauf hin, daß die türkische Regierung die Unabhängigkeit Nordzyperns nicht unterstütze, weil dies zu einer Destabilisierung der Lage führen müsse. Die USA hätten entsprechend auf die türkische Regierung eingewirkt und auf mögliche negative Reaktionen im Kongreß sowie Auswirkungen auf das militärische Hilfsprogramm hingewiesen. Es bleibe wichtig, Denktasch zu ermöglichen, auf Fortschritte hinzuweisen. Soweit komme dem vorgesehenen Gipfeltreffen Cuéllar-Kyprianou-Denktasch²² große Bedeutung zu.

6) Spanischer NATO-Beitritt

Burt wies auf wachsende amerikanische Besorgnisse über die Versuche von González hin, immer neue Kriterien für einen spanischen NATO-Beitritt aufzulisten.²³ Es bestehe die Gefahr, daß die selbstgestellten Kriterien, insbesondere zu Gibraltar²⁴ und einem spanischen EG-Beitritt²⁵, nicht erfüllt würden. Die USA hätten daher Spanien geraten, bei der Auflistung von Kriterien für eine spanische NATO-Mitgliedschaft größte Flexibilität zu wahren. Es wäre gut, wenn auch die übrigen Drei ihre bilateralen Kontakte in diesem Sinne nutzen würden.

Dg20 legte unsere Einschätzung und Haltung dar: González wolle nach wie vor das Verbleiben Spaniens im Bündnis.²⁶ Er scheine die Entwicklung unter Kon-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1727

tung eines selbständigen Staats. Das müsse aber nicht jetzt sein.“ Die türkische Volksgruppe auf Zypern sei „nicht auf Teilung aus, sondern auf ein bizonales föderales System“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 84; Referat 206, Bd. 150973.

²⁰ Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler wies Botschafter Landau, Nikosia, am 17. Oktober 1983 an, dem Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, die Besorgnis der Bundesregierung über seine jüngsten öffentlichen Stellungnahmen zu übermitteln: „Wir wünschten jetzt mit großem Ernst darauf hinzuweisen, daß wir eine Spaltung Zyperns nicht akzeptieren könnten und ein etwa unabhängiges Nordzypern weder direkt noch indirekt anerkennen würden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6709; Referat 206, Bd. 150985.

²¹ Zur Erklärung über die Unabhängigkeit Nordzyperns vom 15. November 1983 vgl. Dok. 353.

²² Vgl. dazu die Forderung des Sprechers der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch; Dok. 314, Anm. 12.

Botschafter van Well, New York (VN), teilte am 24. Oktober 1983 mit, VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar sei „dazu unter folgenden Bedingungen bereit: Konsultationen darüber mit beiden Seiten und in der Zwischenzeit Verzicht auf belastende Erklärungen oder Maßnahmen (U[nilateral] D[eclaration of] I[n]dependence) usw.); längere und sorgfältige Vorbereitung einschließlich Erstellung einer Tagesordnung; ‚ironclad assurances‘ beider Seiten, daß die Begegnung ‚produktive Ergebnisse‘ zeitigen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2308; Referat 206 f., Bd. 150985.

²³ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 126, Anm. 7.

²⁴ Zur spanischen Haltung zur Gibraltar-Frage vgl. Dok. 126, Anm. 12.

²⁵ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 126, Anm. 21.

²⁶ Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 7. November 1983, Ministerpräsident González habe in einem Interview erklärt, er glaube „aufrichtig, daß Spanien seinen Platz im kollektiven Sicherheitssystem des Westens finden muß“. Allerdings sei „offenkundig, daß die strategischen Probleme, die das Gleichgewicht in der Welt bestimmen, von der öffentlichen Meinung Spaniens noch schlecht erfaßt werden“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 2193; Referat 201, Bd. 125647.

Am 9. November 1983 gab Brunner Äußerungen des spanischen Verteidigungsministers Serra weiter,

trolle zu haben. Selbstverständlich müsse man ihm aber, wo immer möglich – ohne zu drängen –, helfen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

7) Libanon

Burt meinte auf entsprechende Frage, die USA seien bereit, das israelisch-libanesisches Abkommen vom 17. Mai 1983²⁷ vorerst auf Eis zu legen, falls die Genfer Libanon-Konferenz²⁸ sich in anderen Tagesordnungspunkten bewege, u. a. Abzug fremder Truppen (Syrien) und politische Versöhnung im Libanon. Auf die Frage des israelischen Truppenrückzugs werde man zurückkommen, wolle aber zunächst Fortschritte in anderen Bereichen abwarten.

Bullard zu Burt: Die USA sollten bei ihrer weiteren Nahostpolitik keine Lage schaffen, die Großbritannien (und die übrigen Europäer) zwingen könnte, auf Distanz zur amerikanischen Nahostpolitik zu gehen.

Burt wies darauf hin, daß die USA die israelische Rolle auch im übergeordneten geopolitischen Zusammenhang des Nahen Ostens sähen. Das israelische politische und militärische Potential sei ein wichtiges Gegengewicht gegenüber den Syrern.

8) Iran–Irak

Bullard äußerte die Besorgnis, die negative iranische Reaktion auf die Sicherheitsratsresolution²⁹ könnte von den Irakis genutzt werden, um den Krieg geographisch und technisch auszuweiten. Dies wiederum könnte Iran zu Gegenmaßnahmen (gegenüber den arabischen Staaten und in der Straße von Hormuz³⁰) veranlassen.

Andréani wies darauf hin, daß die iranische Haltung gegenüber der Resolution keinesfalls eindeutig sei. Frankreich habe den VN-GS gebeten, die ihm in der Resolution übertragene Rolle voll auszunützen. Eine größere Aktivität des VN-GS sei erforderlich. Die von Frankreich an Irak gelieferten Waffen seien Eigentum des Irak, aber Frankreich habe die Möglichkeit, mit den Irakis über die Bedingungen der Waffenanwendung zu sprechen.

Die Frage der Aktualisierung der 1980 im Vierer-Kreis durchgeführten Notfall-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1728

„der NATO-Zug werde spät, dann aber schnell in Fahrt kommen. Er werde das Ziel erreichen, wenn die Lokomotive EG-Beitritt und das Hilfsaggregat Gibraltar für ausreichende Geschwindigkeit sorgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1226; VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

²⁷ Zum israelisch-libanesischen Abkommen vom 17. Mai 1983 vgl. Dok. 151, besonders Anm. 4.

²⁸ Zur Konferenz der nationalen Versöhnung für den Libanon vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Genf vgl. Dok. 325, Anm. 11.

²⁹ Der VN-Sicherheitsrat verabschiedete am 31. Oktober 1983 die Resolution Nr. 540 zum irakisch-iranischen Krieg, in der u. a. die Einstellung militärischer Operationen gegen zivile Ziele gefordert und das Recht auf freie Schifffahrt und freien Handel in internationalen Gewässern bekräftigt wurde. VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar wurde zur Fortsetzung seiner Vermittlungsbemühungen und seiner Verhandlungen mit den Konfliktparteien über Wege zur Einstellung der Feindseligkeiten aufgefordert. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983, S. 6 f. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vermerkte am 3. November 1983: „Iran hat die Resolution inzwischen abgelehnt. Das Schicksal dieser Sicherheitsratsresolution ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil ihre Ablehnung Frankreich und Irak zur Rechtfertigung der Lieferung und des Einsatzes der mit Exocet-Raketen ausgerüsteten Super-Étendard-Kampfflugzeuge dienen wird.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137771.

³⁰ Zur möglichen Sperrung der Straße von Hormuz für den Schiffsverkehr durch den Iran vgl. Dok. 302.

planung zur Sicherung der freien Schifffahrt in der Straße von Hormuz³¹ soll im Auge behalten werden.³²

9) Deutscher VN-Resolutionsentwurf zur Ächtung des Krieges (ursprünglich: Nuklearkrieges)

Andréani wies darauf hin, daß jetzige Fassung nicht akzeptabel sei. Frankreich habe seit Monaten hierauf hingewiesen. USA haben ebenfalls Bedenken und werden sich der Stimme enthalten. Im Hinblick auf vorgesehene Einbringung des Entwurfs am 11.11. wurden D2A i.V.³³ und RL 220³⁴ telefonisch unterrichtet.³⁵

Schenk

VS-Bd. 12952 (204)

³¹ Die Sicherung der freien Schifffahrt in der Straße von Hormuz und im Persischen Golf war Thema des Vierertreffens der Politischen Direktoren am 6. Oktober 1980 in Paris sowie eines Briefwechsels des britischen Außenministers Lord Carrington mit Bundesminister Genscher vom 15. bzw. 17. Oktober 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286 und Dok. 293.

In der Sitzung der Politischen Direktoren am 27. Oktober 1980 in Paris brachte der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, erneut das britische Interesse zur Sprache, „im Rahmen der Treffen der Polit[ischen] Direktoren ad referendum einheitliche Richtlinien für militärisches Vorgehen festzulegen“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte am 28. Oktober 1980, die Diskussion habe ergeben, daß „man ein militärisches Eingreifen schon bei erkennbaren negativen Folgen (perceptable consequences) für die freie Schifffahrt für erforderlich hielt“. Die französische Delegation werde „ad referendum für die nächsten Vierer-Konsultationen politische Richtlinien“ ausarbeiten. Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

³² Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk legte am 23. November 1983 dar, daß der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, darüber sprechen wolle, „ob die am 27.10.1980 im Viererkreis abgestimmten Prinzipien betreffend die Notfallplanung zur Sicherung der freien Schifffahrt in der Straße von Hormuz und dem Persischen Golf nach wie vor als gültig angesehen werden; ob die Vierer-Notfallplanung betreffend die Sicherung der freien Schifffahrt in der Straße von Hormuz und im Persischen Golf ausgedehnt werden soll auf Fälle möglicher iranischer Angriffe auf die arabischen Golfstaaten.“ Dabei beziehe sich Bullard offenbar auf eine britische Aufzeichnung, die für die Direktorenbesprechung am 27. Oktober 1980 vorbereitet gewesen sei und zwölf Punkte enthalte: „Naval Planning (Punkte 1 bis 6); Military Assistance (Punkt 7); Diplomatic Action (Punkte 8 bis 10); Economic Questions (Punkte 11 bis 12).“ Vgl. VS-Bd. 12952 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

³³ Josef Holik.

³⁴ Rüdiger Hartmann.

³⁵ In einem Resümee der Abrüstungsdebatte in den Vereinten Nationen führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik am 20. Dezember 1983 aus: „Wir zogen einen unserer Ansicht nach aussichtsreichen eigenen Resolutionsentwurf zur Verhinderung eines Nuklearkrieges, den wir bereits in den Vorjahren im Bündnis beraten und in diesem Jahr besonders intensiv konsultiert hatten, wegen anhaltender starker Bedenken der USA und vor allem Frankreichs zurück. Es gelang dem Westen wieder nicht, das eigene Konzept der Kriegsverhinderung und Friedenssicherung in Resolutionsprache zu bringen.“ Vgl. Referat 223, Bd. 126934.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der Weltbank, Clausen

14. November 1983¹

Gespräch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl mit Weltbankpräsident Alden W. Clausen am 14. November 1983²

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Herr de Lattre, Weltbank; Bundesminister Dr. Warnke; Dr. Schloz, Bundeskanzleramt (als Note-taker); VLR I Weber (als Dolmetscher).

Ergebnisvermerk:

Zu Beginn des Gesprächs drückte Weltbankpräsident *Clausen* seine Hoffnung aus, die Bundesrepublik Deutschland werde auch jetzt in schwierigen Zeiten ihre führende Position bei Weltbank und IDA aufrechterhalten.³ Nach Clausen gibt es zunehmenden Konsens der Hauptgeberländer in Richtung auf 12 Milliarden SZR für IDA VII⁴; dabei befinden sich die USA am unteren Ende, die Bundesrepublik Deutschland, die eine Auffüllung in Höhe von 12 Milliarden Dollar für wünschenswert hält, in der Mitte und Japan, das auch eine Auffüllung von 16 Milliarden Dollar, doch zumindest 12 Milliarden SZR mitmachen

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Oberregierungsrat Schloz, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 18. November 1983 „über den Herrn Gruppenleiter 21, den Herrn Abteilungsleiter 2, den Herrn Chef des Bundeskanzleramtes dem Herrn Bundeskanzler“ vorgelegt „mit der Bitte um Billigung und Freigabe für Weiterleitung an die betroffenen Ressorts (BMZ, AA, BMF)“.

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

Hat Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, am 22. November 1983 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21–30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983.

² Der Präsident der Weltbank, Clausen, hielt sich am 14. November 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Ministerialdirektor Fischer legte am 27. Juni 1983 dar: „Die Weltbank bereitet derzeit eine auf USA, D, Japan, F und GB begrenzte selektive Kapitalerhöhung in Höhe von r[un]d 3 bis 4 Mrd. US-\$ vor, um dem Wunsch Japans nach Verbesserung seiner bisherigen fünften Position unter den führenden Anteilseignern zu entsprechen.“ Bisher sehe die Rangfolge, bezogen auf die Kapitalanteile, wie folgt aus: „USA (21,25 %), GB (5,37 %, D (4,80 %), F (4,79 %), Japan (4,78 %). Die Stellung eines Staates in der Rangfolge der Weltbankmitglieder ist seit jeher nicht nur Ausdruck seines Einflusses in der Bank, sondern spiegelt auch seine Bedeutung in der Weltwirtschaft wider.“ Insofern gehe es auch um „eine Frage des politischen Prestiges“. Die Weltbank habe vorgeschlagen, daß die bisher an dritter Stelle rangierende Bundesrepublik mit Japan auf den zweiten Rang vorrücken und Frankreich und Großbritannien gemeinsam die dritte Position einnehmen sollten. Fischer sprach sich für diese Lösung aus; jedoch solle deutlich gemacht werden, daß die Bundesregierung derzeit nicht bereit sei, „dafür außer den Kosten für die zu zeichnenden Anteile zusätzliche sonstige Leistungen (wie z. B. einen höheren IDA-Beitrag) zu erbringen“. Vgl. Referat 400, Bd. 144127.

⁴ Zu den Verhandlungen über die siebte Auffüllung der Kreditmittel für die International Development Agency (IDA VII) vgl. Dok. 208, Anm. 16.

Ministerialdirigent Ungerer vermerkte am 5. Oktober 1983, die Jahrestagung von IWF und Weltbank vom 27. bis 30. September 1983 in Washington habe „keinen weiteren Fortschritt“ ergeben: „Die USA beharrten auf ihrer bisherigen Position, jährlich nur 750 Mio. US-Dollar beizutragen, d. h. lediglich ein Gesamtvolumen, bezogen auf drei Jahre, von 9 Mrd. US-Dollar mitzutragen. Für einen höheren Beitrag werde der Kongreß seine Zustimmung verweigern“. Vgl. Referat 400, Bd. 144128.

würde, derzeit an der Spitze. (Unterschied zwischen SZR und Dollar ist wichtig; es macht rund 500 Millionen Dollar aus!)

Herr Clausen räumte ein, daß ihm Minister Warnke bereits deutlich gemacht habe, daß eine Wiederauffüllung in Höhe von 12 Milliarden SZR für den Bundeshaushalt große Schwierigkeiten in der mittelfristigen Finanzplanung bedeuten würde.

Herr Clausen richtete folgende Bitten an den Bundeskanzler:

a) Der Kanzler möge die US-Regierung dazu drängen, so nahe wie möglich an eine Milliarde US-\$ pro Jahr heranzukommen; 950 Millionen wäre aus Weltbanksicht ein gutes Ergebnis; eine Absenkung auf 700 Millionen jedoch sei einfach absurd.

b) Der Herr Bundeskanzler möge die japanische Regierung darauf hinweisen, daß sie beim Vorrücken von Platz 5 auf Platz 2 bei den Weltbank-Stimmrechten einen gebührend guten Preis bei IDA zahlen müßte.

c) Der Bundeskanzler möge die französische Regierung dazu bewegen, ihre bislang unterproportionalen Leistungen wenigstens zu proportionalen Leistungen aufzubessern.

d) Die Bundesrepublik Deutschland möge für IDA VII ihre Führungsposition mit 12,5 % des Gesamtbetrages beibehalten. Diese Leistung liege zwar etwas höher als der BSP-Anteil; doch hätte eine Absenkung der deutschen Leistung sicher eine negative Signalwirkung auf Länder wie Großbritannien, Schweden und andere. Dies gelte es jedoch zu vermeiden.

Bundeskanzler *Kohl* führte folgendes aus:

Die Bundesregierung schätzt die schwierige Arbeit von Weltbank und IDA und beabsichtigt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese Arbeit weiterhin zu fördern. Trotz Nachrüstungs- und Stationierungsdebatten im eigenen Land wird die Nord-Süd-Politik bei der Bundesregierung ihren hohen Rang und Stellenwert beibehalten.

Was die Leistungen anderer Länder für IDA VII angeht, so halte er es für angebracht, wenn Japan eine Führungsrolle übernehme. Die Bundesregierung sieht das mit Sympathie. Japan, das derzeit 0,28 % des BSP für ODA⁵ aufbringt und nur 0,98 % für Verteidigung⁶, könnte ohne Zweifel noch wesentlich höhergehen.

Die Bundesregierung habe vor 13 Monaten beim Regierungsantritt eine Erblast mit nicht-verfassungskonformer Verschuldung der öffentlichen Hand übernommen. 13 Millionen Bürger sind von den Sparmaßnahmen betroffen. Die derzeitige Situation für den kommenden Athener Gipfel⁷ gestaltet sich außerordentlich kompliziert. Es wird sicher in Athen große Schwierigkeiten geben, durch die wir aber hindurch müssen.

Unsere Hauptaufgabe ist es, die eigene Volkswirtschaft wieder flottzumachen.

⁵ Official Development Assistance.

⁶ Zu den Aufwendungen für japanische Verteidigungsleistungen vgl. Dok. 71, Anm. 19.

⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen vgl. Dok. 375.

Deutlich sind die starken Abhängigkeiten auch von der US-Budget-Politik, die sich vor den Wahlen in den USA⁸ nicht mehr ändern wird. So werden wohl erst im Sommer 1985 mögliche Veränderungen zu erwarten sein.

Die hohen Zinsen und die Dollar-Kursänderung bedeuten auch für uns eine Relativierung unserer Hilfe an die Dritte Welt.

Nicht nur Japaner, sondern auch Amerikaner und Europäer, insbesondere frühere Kolonialmächte können noch mehr leisten.

Bundeskanzler Kohl bot Herrn Clausen konkret an:

- a) mit Präsident Mitterrand über IDA VII zu sprechen⁹;
- b) Kontakt zu Ministerpräsident Nakasone aufzunehmen und höhere japanische Leistungen anzuregen;
- c) das Thema bei Präsident Reagan wieder aufzunehmen.¹⁰

Was die Leistung der Bundesrepublik Deutschland für IDA VII angeht, so müsse dies nochmals in aller Ruhe bedacht werden; es gehe darum, ein ausgewogenes Verhältnis von multilateralen und bilateralen Leistungen zu erreichen; schließlich erwarteten gerade auch die Länder, die für IDA VII von zentraler Bedeutung sind, nämlich die Volksrepublik China und Indien, von uns höhere bilaterale Leistungen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65

⁸ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁹ Bundeskanzler Kohl traf am 24./25. November 1983 mit Staatspräsident Mitterrand zu den deutsch-französischen Konsultationen zusammen. Vgl. dazu Dok. 357 und Dok. 359.

¹⁰ Am 22. November 1983 legte Vortragender Legationsrat Nourney den Entwurf für ein Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan „in Sachen IDA VII“ vor und teilte mit, offenbar komme „es nun doch auch noch zu einer gemeinsamen EG-Demarche“. Vgl. Referat 400, Bd. 144114.

349

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz**02-371.80-230/83 geheim****14. November 1983¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³Betr.: Deutsche Mitwirkung bei INF-Einsatzentscheidung⁴;

Unterstellung eines INF-Einsatzes außerhalb Europas

I. 1) Über das allgemeine Konsultationsverfahren der NATO hinaus gilt für unsere Mitwirkung an einer INF-Einsatzentscheidung das für alle US-Kernwaffen auf deutschem Boden bilateral (Briefwechsel US-Präsident–Bundeskanzler⁵) gegebene Konsultationsversprechen der USA. Danach wird für diese Waffen Konsultation ohne den einschränkenden Vorbehalt des allgemeinen NATO-Verfahrens („soweit Zeit und Umstände es zulassen“⁶) zugesagt. Dieser unbedingte Konsultationsanspruch ist der deutschen Öffentlichkeit nicht bekannt.

2) Italien hat anscheinend eine bilaterale Konsultationsvereinbarung ähnlich der unseren. Sie dürfte bereits aus der Zeit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Italien Anfang der 60er Jahre stammen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daerr konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Poetz am 15. und erneut am 22. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 23. November 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bazing am 24. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Seitz und an Daerr „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. November 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 22. November 1983 vorgelegen.

⁴ Zur Debatte über eine Mitwirkung der Regierungen der Stationierungsländer bei der Entscheidung über einen Einsatz der amerikanischen Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 31.

Am 2. November 1983 teilte Ministerialdirektor Sudhoff, Presse- und Informationsamt, Staatssekretär Meyer-Landrut mit, daß sich die Presse „immer häufiger mit dem Thema unseres Mitspracherechts beim Einsatz von Atomwaffen“ beschäftige: „Ich habe mich bisher wörtlich an die von der Bundesregierung ausgegebene Sprachregelung gehalten. Mein Gefühl nach vielen Gesprächen mit Journalisten ist jedoch, daß wir etwas mehr tun sollten, als ständig nur zu betonen, wir sähen den Konsultationsmechanismus der NATO zur Wahrung unserer Interessen für ausreichend an.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125688.

⁵ Mit Schreiben vom 9. September 1968 an Bundeskanzler Kiesinger, das dieser am 17. September 1968 bestätigte, sagte Präsident Johnson Konsultationen im Falle eines Einsatzes nuklearer Waffen vom Bundesgebiet aus zu und bekräftigte, daß ein solcher Einsatz unterbleiben werde, wenn der Bundeskanzler dem widerspreche. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. FRUS 1964–1968, XV, S. 736.

⁶ Nachdem auf der NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen „nuclear guidelines“ verabschiedet worden waren, die das Konsultationsverfahren im Bündnis für einen Einsatz von Atomwaffen regelten, stimmten der Ausschuß für Fragen der nuklearen Verteidigung und der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 3. Dezember 1969 in Brüssel „Vorläufigen politischen Richtlinien für den möglichen Ersteinsatz nuklearer Waffen durch die NATO“ und „Allgemeinen Richtlinien für das Konsultationsverfahren für den Einsatz nuklearer Waffen“ zu, die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12. November 1969 in Washington beschlossen worden waren. Vgl. dazu AAPD 1962, II, Dok. 203. Vgl. ferner AAPD 1969, II, Dok. 334 und Dok. 359.

Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Neufassung dieser Richtlinien vgl. Dok. 342, Anm. 6.

Großbritannien beruft sich – wenn man die verschiedenen Äußerungen kritisch durchsieht – letztlich immer auf eine Vereinbarung aus den Jahren 1951/52, wonach amerikanische Basen im Konfliktfall nur aufgrund einer „gemeinsamen, den Umständen der Zeit entsprechenden Entscheidung“ benutzt werden dürfen.⁷ Es ist zweifelhaft, ob diese Formulierung, die damals gar nicht speziell auf Kernwaffen zielte, Großbritannien wirklich ein Vetorecht einräumt.⁸ Allerdings hat Großbritannien als Nuklearmacht schon de facto in Mitwirkungsfragen ein besonderes Gewicht.

3) Da auch in der italienischen öffentlichen Debatte der eigene Mitwirkungsanspruch extensiv interpretiert wird⁹, stellt sich für uns die Frage, ob nicht ebenso wir die Marge zwischen dem öffentlich bekannten allgemeinen Konsultationsverfahren der NATO und unserer tatsächlichen Position stärker nutzen sollten.

Formulierungen wie „garantierte Mitwirkung“, „keine Entscheidung ohne unsere Mitwirkung“, „zwingendes Mitspracherecht“ wären auf jeden Fall gedeckt.¹⁰

4) Zu prüfen ist allerdings, ob der jetzige Zeitpunkt für eine Veränderung unserer bisherigen Sprachregelung der richtige ist.

Eine neue Sprachregelung wäre mit dem BMVg zu erörtern und abzustimmen.

II. Grüne und Friedensbewegung unterstellen den USA, sie wollten Pershing II und Cruise Missiles auch bei einem Konflikt außerhalb Europas (insbesondere Nahost) nutzen, etwa um politischen Druck auf die Sowjetunion auszuüben. Diese Vorstellung ist abwegig.

Beide Waffensysteme können nur im Verteidigungsfall, d.h. bei Angriff auf NATO-Territorium, eingesetzt werden. Sie sind dem NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR) unterstellt. Zielplanung und Einsatzentscheidung erfolgen nach dem dafür vorgesehenen NATO-Verfahren unter Beteiligung aller Verbündeten.

Da die Waffen in physischer Verfügungsgewalt amerikanischer Truppen sind und es einen nationalen amerikanischen Befehlsstrang gibt (SACEUR ist in Personalunion zugleich amerikanischer Oberbefehlshaber Europa), ist rein theoretisch ein Einsatz unter Bruch der NATO-Vereinbarungen denkbar. Praktisch ist er jedoch auszuschließen. Die USA würden damit das Bündnis sprengen, und das ohne Not, da sie ja über genügend nicht der NATO zugeordnete Kernwaffen verfügen.

⁷ Vgl. das Kommuniqué über die Gespräche des Präsidenten Truman mit Premierminister Churchill am 7./8. Januar 1952 in Washington; EUROPA-ARCHIV 1952, S. 4732.

⁸ In der Presse wurden Äußerungen der Premierministerin Thatcher vom 30. Oktober 1983 wiedergegeben, es gebe eine schriftliche Übereinkunft mit den USA über den Einsatz der auf britischem Territorium stationierten Atomwaffen: „Die britische Regierung besitze ein Vetorecht.“ Vgl. den Artikel „Die Frage nach dem Veto-Recht“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. November 1983, S. 12.

⁹ Zur Diskussion in Italien über ein Mitspracherecht beim Einsatz amerikanischer Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 31, Anm. 6.

¹⁰ Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. November 1983 handschriftlich: „Voigt, SPD, argumentierte 11.11. sehr vorsichtig aus gutem Grund: Es hat auch eine Kehrseite für einen Nichtkernwaffenstaat: aktive Mitwirkung im Einsatz.“

Referat 201 legte am 2. November 1983 dar: „Ein Vetorecht gegen den Einsatz der Pershing-II-Raketen durch die Amerikaner vom Bundesgebiet aus [...] hätte die Wirkung, unsere Sicherheit von der der USA abzukoppeln. Eine mit einem deutschen Veto belastete Nuklearrakete hat im Zweifelsfalle ebensoviel militärischen Wert wie eine gar nicht erst stationierte Rakete. Auf diese Wirkung zielen die Vertreter eines Vetorechts offenbar ab.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125688.

Dennoch könnte mit den USA erörtert werden, ob sie zur Beruhigung der öffentlichen Diskussion nicht eine Erklärung abgeben sollten, wie sie laut Leitartikel der SZ vom 12./13. November 1983 Brigadegeneral a.D. Krause vorgeschlagen hat, nämlich daß INF selbstverständlich „nur in Übereinstimmung mit den Zielen und der Strategie der NATO verwendet werden“.¹¹ Die USA könnten allerdings Bedenken haben, eine solche Selbstverständlichkeit ausdrücklich zu bestätigen.¹²

Seitz

VS-Bd. 14045 (02)

350

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

511-530.36 West-893/83 VS-vertraulich

14. November 1983¹Herrn Staatssekretär²

Betr.: Amerikanische Initiative für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus

Anlg.: 2³

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Präsident Reagan hat im September 1983 folgendes Schreiben an Bundeskanzler Kohl gerichtet:

¹¹ Vgl. den Artikel „Sicherer mit einem zweiten Schlüssel?“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 12./13. November 1983, S. 4.

¹² Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 29. November 1983 für die Staatssekretäre Lautenschlager und Meyer-Landrut, er sei nach Rücksprache mit dem Bundesministerium der Verteidigung zu der Auffassung gelangt, „das Thema im Augenblick nicht zu vertiefen“. Vgl. Referat 201, Bd. 125688.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bosch und Vortragendem Legationsrat Schober konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. November 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten gegenüber etwaigen weiteren amerikanischen Initiativen offen bleiben und weiterhin in dieser Frage engen Kontakt mit dem federführenden BMI halten.“

Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 21. November 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Bertele an Referat 511 verfügte.

Hat Bertele am 21. November 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Redies verfügte.

Hat Redies am 21. November 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bosch am 22. November 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schober verfügte.

Hat Schober am 24. November 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Kopie Seite 1 für 204 wegen Vermerks StS.“

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6 und 9.

„Dear Helmut,

I know you share with me abhorrence for the recent acts directed at Turkish diplomats and facilities, which have also taken the lives of innocent bystanders.⁴

I have directed my Cabinet to review current anti-terrorism measures and to develop a strategy including early enactment of additional legal measures, to increase our effectiveness against terrorism.

I would welcome a dialogue with you on ways each of us can improve the abilities of our countries to deal with this increasingly serious problem.

I would particularly welcome your ideas on how we can urgently strengthen intergovernmental cooperation to eliminate the terrorism scourge from the civilized community.

Sincerely,

s[igned] Ronald Reagan“

Der Herr Bundeskanzler hat daraufhin im Oktober 1983 wie folgt geantwortet:

„Lieber Ron,

gerne greife ich Ihren Vorschlag auf, gemeinsame Vorstellungen und Maßnahmen zu entwickeln, die zu einer wirksameren Bekämpfung des internationalen Terrorismus führen.

Erst jüngst wurde in Berlin von einem armenischen Terrorkommando ein schwerwiegender Anschlag verübt.⁵ Ich teile daher Ihre Auffassung, daß allen Formen des internationalen Terrorismus entschlossen und solidarisch begegnet werden muß.

Vom 30. Oktober bis 5. November 1983 hält sich ein Mitglied meiner Regierung, der auch für Fragen der inneren Sicherheit zuständige Parlamentarische Staatssekretär Spranger, zu Fachgesprächen in Washington auf. Ich habe Herrn Spranger gebeten, mit den für das angesprochene Problem verantwortlichen Mitgliedern Ihrer Regierung einen umfassenden Meinungsaustausch zu führen, und wäre dankbar, wenn zu dieser Zeit diese Gesprächspartner zur Verfügung stünden.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut“

⁴ In einer Serie von Attentaten, zu denen sich armenische Gruppierungen bekannten, wurde am 14. Juli 1983 in Brüssel ein türkischer Diplomat erschossen; am folgenden Tag kam es zu einem Anschlag auf den Flughafen in Paris-Orly, und am 27. Juli 1983 wurde die türkische Botschaft in Lissabon gewaltsam besetzt. In der Presse wurde dazu berichtet, daß, seit „armenische Terroristen der Türkei 1973 ihren Krieg erklärt“ hätten, bei 60 Anschlägen 37 türkische Diplomaten ums Leben gekommen seien. Vgl. dazu den Artikel „Mit Bomben in die Freiheit?“, DIE ZEIT vom 5. August 1983, S. 2.

⁵ Am 25. August 1983 wurden bei einem Sprengstoffanschlag auf das „Maison de France“ in Berlin (West), in dem sich auch das französische Generalkonsulat befand, eine Person getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt. Zu dem Anschlag bekannte sich die „Armenische Geheimarmee für die Befreiung Armeniens (ASALA)“. Vgl. dazu die Artikel „Ein Toter und 23 Verletzte durch Bombe in Berlin“ und „Die Verletzten mit bloßen Händen gerettet“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 26. August 1983, S. 1 und S. 40.

2) Die Ergebnisse der Gespräche von PStS Spranger zu dem Thema sind in dem als Anlage 1 beigelegten VS-v-Drahtbericht Nr. 5048 der Botschaft Washington vom 4.11.1983⁶ zusammengefaßt.

Hervorzuheben ist insbesondere:

a) Amerikanischer Wunsch, auf einer Vorkonferenz und einer Hauptkonferenz im kommenden Jahr Grundsätze der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu erarbeiten, die den Staats- und Regierungschefs der Sieben während der nächsten Gipfelkonferenz⁷ zur Verabschiedung vorgelegt werden sollen.

Zielvorstellungen der USA sind:

- Erarbeitung einer gemeinsamen Analyse des internationalen Terrorismus,
- Verbesserung des Informationsaustausches zur Verhütung weiterer Anschläge,
- gemeinsame Haltung gegenüber Terroranschlägen,
- verbesserte Öffentlichkeitsarbeit der Regierungen auf diesem Gebiet.

Vor konkreten Vorschlägen will die amerikanische Seite allerdings die Reaktion anderer westlicher Staaten abwarten.

b) Leichte amerikanische Kritik an einigen nicht genannten westlichen Staaten („eine in der Vergangenheit nicht von allen westlichen Staaten vollauf unterstützte verstärkte Zusammenarbeit“).

c) Existenz eines großen Stabes auf amerikanischer Seite, d. h. ein vom Präsidenten eingesetztes interministerielles Komitee (NSC, State Department, Defense Department, FBI, CIA) sowie Office for Combatting Terrorism im State Department unter Leitung eines Botschafters.

II. 1) Das Thema „Terrorismusbekämpfung“ ist im Zusammenhang mit Flugzeugentführungen („Bonner Luftsicherheitserklärung von 1978“⁸) auf den bisherigen Weltwirtschaftsgipfeln wiederholt behandelt worden. Am deutlichsten geschah dies in der Erklärung von Ottawa vom 20. Juli 1981 (Anlage 2)⁹. Auf den Gipfeln in Versailles (1982)¹⁰ und Williamsburg (1983)¹¹ wurde das Thema aufgrund französischen Widerstandes jedoch nicht weiterverfolgt.

Auch die Bonner Luftsicherheitserklärung von 1978 wurde auf dem Wirtschaftsgipfel 1982 in Versailles und danach auf Betreiben Frankreichs nicht mehr behandelt, das zwar im Prinzip zur Bonner Erklärung steht, sie aber angesichts

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für den Drahtbericht des Gesandten Wallau, Washington, vgl. VS-Bd. 12372 (511); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 7. bis 9. Juni 1984 in London statt. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 60 und Nr. 62 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 13. bzw. 14. Juni 1984; AAPD 1984.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu Flugzeugentführungen vgl. BULLETIN 1978, S. 766.

⁹ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12372 (511); B 150, Aktenkopien 1983.

Für den Wortlaut der auf dem Weltwirtschaftsgipfel am 20. Juli 1981 verabschiedeten Erklärung über den Terrorismus vgl. BULLETIN 1981, S. 617 f.
Vgl. dazu ferner AAPD 1981, II, Dok. 218.

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 vgl. AAPD 1982, I, Dok. 180.

¹¹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. Dok. 161 und Dok. 167.

der weitergehenden vertraglichen Regelungen der internationalen Zivilluftfahrt nur in Sonderfällen für anwendbar hält und einer jährlichen Wiederholung der Thematik auf den Wirtschaftsgipfeln deshalb nicht zustimmte.

2) Auch die NATO befaßt sich seit Jahren mit Fragen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus:

Am 18. Mai 1982 wurde das Thema erstmals – nachdem es früher bereits Erklärungen dazu gegeben hatte – in das Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates aufgenommen.¹² Auch die Bonner Gipfelerklärung vom 10.6.1982 verurteilt den internationalen Terrorismus.¹³

NATO-Spezialausschuß und – subsidiär – NATO-Sicherheitsausschuß befassen sich seit Jahren intensiver mit der Thematik. Versuche der Türkei, das Thema nach den Attentaten armenischer Terroristen in den politischen Gremien der Allianz, insbesondere im NATO-Rat, zu vertiefen, scheiterten vor allem an französischem Widerstand (Frankreich ist nicht bereit, eine politische Koordinierungsfunktion der Allianz auf diesem Gebiet anzuerkennen¹⁴). Die USA wären hingegen bereit gewesen, der Türkei entgegenzukommen.

3) Die amerikanische Regierung versucht bereits seit längerer Zeit, eine auch unter politischen Aspekten zu sehende Zusammenarbeit westlicher Staaten bei der Terrorismusbekämpfung zu erreichen.

Frühere amerikanische Anläufe, in die europäische TREVI-Zusammenarbeit einbezogen zu werden, waren fehlgeschlagen.¹⁵ Die Europäer unterrichten die USA jedoch über die Ergebnisse ihrer Beratungen (TREVI = Terrorism, Radicalism, Extremism, Violence, International).

Im Frühjahr 1982 schlugen die USA ein Treffen von sieben westlichen Staaten (identisch mit den sieben Staaten des Weltwirtschaftsgipfels) vor, das sich mit der Terrorismusbekämpfung befassen sollte.

Obwohl die Bundesregierung den amerikanischen Vorstellungen seinerzeit nicht widersprochen, ein grundsätzliches Interesse sowie die Bereitschaft zur Mitar-

¹² Vgl. dazu Ziffer 15 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 in Luxemburg; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 53. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 339.

Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 159.

¹³ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats in Bonn am 10. Juni 1982; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 344.

Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 179.

¹⁴ Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), informierte am 18. Februar 1983 über ein Schreiben des französischen NATO-Botschafters, in dem Méillon darauf hingewiesen habe, „daß der Terrorismus mit einem Höchstmaß an Vertraulichkeit durch Spezialisten behandelt werden müsse. Das sei Aufgabe des NATO-Spezialausschusses und subsidiär des NATO-Sicherheitsausschusses. [...] Es gehe aber nicht an zu versuchen, daß die Allianz ein ‚organe d’action‘ im Kampf gegen den Terrorismus werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 301; VS-Bd. 12924 (202); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁵ Am 13. Mai 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lohse, daß sich in Gesprächen des Ministerialdirektors Fleischhauer im britischen Außenministerium am 6. Mai 1982 die britischen Vertreter „sehr skeptisch zu den amerikanischen Plänen geäußert“ hätten: „Eine Einbeziehung der Amerikaner in die TREVI-Beratungen sei nicht akzeptabel. Die Amerikaner hätten ein gänzlich abweichendes Konzept der Terrorismus-Bekämpfung.“ Vgl. VS-Bd. 12949 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

beit sogar ausdrücklich bekundet hat¹⁶, bestand hier eine gewisse, auch vom BM des Innern geteilte Skepsis, die in einer Zuschrift der Abt. 5 an Abt. 2 vom 25. Mai 1982 wie folgt beschrieben wurde:

„Die amerikanische Seite hat – bisher vergeblich – in verschiedenen Gremien versucht, eine neue Form der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu institutionalisieren. Diese Bemühungen müssen entsprechend der amerikanischen Terrorismusdefinition sehr unter politischen Gesichtspunkten gesehen werden. Nach unserer Auffassung besteht bereits mit allen Gipfelstaaten eine ausreichend breite und weitgefächerte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, z.B. NATO Special Committee, Quantico/Virginia-Gremium, Gedanken- und Nachrichtenaustausch zwischen den jeweiligen Diensten (BND, BfV, BKA), Interpol-Zusammenarbeit, Auslieferungsverkehr ...

Mit Ausnahme der Amerikaner sind alle anderen Teilnehmerstaaten des Wirtschaftsgipfels gegen die Schaffung neuer Gremien.“

4) Wegen französischer, aber auch britischer Widerstände ist es nicht zu der von den USA angeregten Siebener-Konferenz gekommen.¹⁷ Statt dessen fand am 15. und 16. Dezember 1982 in Washington eine Konferenz der fünf Staaten USA, GB, F, I und D unter einem fachspezifischeren Vorzeichen statt, als dies die amerikanische Seite ursprünglich geplant hatte. Die Konferenz diente im wesentlichen dem Erfahrungs- und Meinungsaustausch auf Expertenebene.

Deutscher Delegationsleiter war ein Unterabteilungsleiter aus dem BMI, begleitet von VLR I Dr. Lohse (RL 511). Die amerikanische Seite war hochrangig vertreten (Einleitungsreferat StS Eagleburger). Die Frage weiterer Treffen und des zukünftigen Teilnehmerkreises wurde in der Schwebe gehalten.

III. Die Federführung für die Behandlung der neuen amerikanischen Initiative liegt beim Bundesminister des Innern. Das Auswärtige Amt wird jedoch darum bemüht bleiben, die außenpolitischen Aspekte zu wahren.

Es ist unwahrscheinlich, daß Frankreich seine Opposition gegen eine vertiefte Behandlung des Themas im Kreis der Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels aufgeben wird. Auf der anderen Seite werden die USA ihre Bemühungen fortsetzen, das Thema der internationalen Terrorismusbekämpfung stärker von der fachlichen Ebene abzuheben und Koordinationsmechanismen zu entwickeln, um die politische Dimension der Aufgabe stärker in den Vordergrund zu rücken.

¹⁶ Beim Vierertreffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 28. April 1982 erläuterte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, einen am 19. April 1982 übermittelten Vorschlag zur Gründung einer Arbeitsgruppe von Terrorismusexperten aus den vier Staaten sowie aus Italien, Japan und Kanada und betonte „die Notwendigkeit, angesichts der internationalen Zusammenarbeit des Terrorismus und deren Auswirkungen auf die westlichen Gesellschaften und die internationalen Beziehungen auch die multilaterale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus zu intensivieren“. Ministerialdirektor Pfeffer bekundete „grundsätzliches Interesse und Bereitschaft zur Mitarbeit“, bat aber um nähere Erläuterungen der amerikanischen Vorstellungen. Vgl. die Aufzeichnung von Pfeffer vom 30. April 1982; VS-Bd. 12949 (204); B 150, Aktenkopien 1982.

¹⁷ Auf dem Vierertreffen der Politischen Direktoren am 28. September 1982 in New York wurde anstelle der von den USA vorgeschlagenen Siebener-Konferenz ein Treffen von Terrorismusexperten aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 250.

Es besteht für uns z.Z. kein Bedürfnis für operative Entscheidungen. Weitere amerikanische Vorschläge sind abzuwarten (s.o. I.2a)).

Dg20¹⁸ hat mitgezeichnet.

Bertele

VS-Bd. 12372 (511)

351

Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2211
Cito

Aufgabe: 14. November 1983, 14.56 Uhr¹
Ankunft: 15. November 1983, 16.51 Uhr

Betr.: Die Außenpolitik Mitterrands – Beitrag zu den deutsch-französischen Gipfelkonsultationen in Bonn am 24. und 25. November 1983²

Bezug: DE 515 vom 5.10.1983³ und laufende Berichterstattung

I. Mehr als in irgendeinem Lande der westlichen Welt entscheidet im Frankreich der 5. Republik ein Mann über alle wichtigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik: der Präsident. Dies galt für de Gaulle ebenso wie für seine bürgerlichen Nachfolger. Dies gilt auch für den Sozialisten Mitterrand. Der Koalitionspartner der Sozialisten, die KPF, hat in diesen Bereichen nichts mitzubestimmen. Dies hat der Präsident am Nationalfeiertag, dem 14. Juli, zum letzten Mal in Erinnerung gerufen, nachdem KP-Chef Marchais in Moskau von der Regierungslinie abweichende Ansichten zur Frage der Mittelstreckenraketen geäußert hatte.⁴ In der Tat werden, soweit wir wissen, die Kommunisten von al-

¹⁸ Hans Schauer.

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25 und 40.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 357, Dok. 359 und Dok. 361.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff bat die Botschaft in Paris um Übermittlung eines Entwurfs für die Tischrede des Bundeskanzlers Kohl während der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. November 1983 sowie „den Toast beim Gegenessen“, außerdem um Analysen der französischen Außen- und Innenpolitik, der deutsch-französischen Beziehungen und der französischen Wirtschaftspolitik. Vgl. Referat 202, Bd. 140666.

⁴ Der Generalsekretär der KPF, Marchais, hielt sich am 11./12. Juli 1983 in Moskau auf. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 13. Juli 1983 über Vorschläge der KPF-Delegation „zur ‚Deblockierung‘ der Genfer Verhandlungen“. Zwar könnten die französischen Nuklearsysteme kein Gegenstand der INF-Verhandlungen sein, aber es bestehe „bereits jetzt Bereitschaft zur Anrechnung des französischen Potentials im Rahmen der allgemeinen Berechnung der z. Z. in Europa vorhandenen Kräfte, und zwar weil (andere mögliche Übersetzung: solange) Frankreich Mitglied der NATO ist und in dieser Eigenschaft Bündnisverpflichtungen hat“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3107; Referat 220, Bd. 124490.

Flottillenadmiral Hoffmann, Paris, berichtete am 15. Juli 1983, während eines Empfangs anlässlich des französischen Nationalfeiertags habe Staatspräsident Mitterrand am Vortag in einem Interview die „Unabhängigkeit der Verteidigung Frankreichs“ unterstrichen, „über die weder in Washington,

len kritischen Informationen systematisch ferngehalten. Auch die Mitglieder der Parlamentsausschüsse für Außen- und Sicherheitspolitik haben keinen Zugang zu Geheimmateriale. Der Einfluß selbst der sozialistischen Regierungspartei auf die Außenpolitik des Präsidenten ist relativ gering. Auf dem letzten Parteitag der PS⁵ wurden jedenfalls die meisten ideologischen außenpolitischen Forderungen des Wahlprogrammes von 1981⁶ den Realitäten angepaßt. Lediglich in der Dritte-Welt-Politik Frankreichs sind sie noch wirksam. Die nationalen Interessen Frankreichs haben aber auch hier Priorität.

II. Die Ost-West-Beziehungen

1) Eine These Mitterrands, die in allen öffentlichen Äußerungen auch der Partei wiederkehrt, heißt „sortir de Yalta“ – d. h. Mitterrand will die in Jalta⁷ geschaffene Nachkriegsordnung des in zwei Blöcke geteilten Europas überwinden. Für Mitterrand und die Mehrheit seiner Parteifreunde bedeutet dies aber nicht Äquidistanz: Frankreich ist und bleibt Mitglied der Allianz, denn ohne diese wäre das Gleichgewicht in Europa gefährdet. Sie wird als Bündnis zur gegenseitigen Verteidigung gefördert, ihr Mißbrauch als amerikanische Kommandostelle für wirtschaftliche und politische Sanktionen aber abgelehnt. An eine Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration⁸ ist nicht zu denken.

2) Treue zum Bündnis in Gefahren- und Krisenzeiten bedeutet nicht „Atlantismus“: Das westliche Bündnis zeichne sich gerade dadurch aus, daß es eine Allianz freier Völker sei. Dies bedeutet völlige Unabhängigkeit des Urteils und des Handelns in den transatlantischen Beziehungen. Mitterrand und vor allem Außenminister Cheysson scheuen sich nicht, Meinungsverschiedenheiten mit den Vereinigten Staaten deutlich auszusprechen: Sie kritisieren die amerikanische Handelspolitik als ultraprotektionistisch, die Geldpolitik als egoistisch, die Politik in Mittelamerika als abenteuerlich und in Südafrika als doppeldeutig.

3) Die Politik der Sowjetunion gilt als imperialistisch. Als einzige „Leistung“ habe Moskau eine überdimensionale Rüstung vorzuweisen.

Kontakt zur Arbeiterschaft verloren.⁹ Aus der Sicht der französischen Sozialisten macht die kommunistische Welt einen inneren Erosionsprozeß durch. In der Resolution von Bourg-en-Bresse heißt es: „Wir können die Gesellschaften des Ostens nicht als sozialistische Gesellschaften betrachten, denn Sozialismus,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1741

Moskau noch Genf entschieden werde, sondern über die nur er allein in Paris entscheide“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1443; Referat 203, Bd. 140611.

⁵ Vom 28. bis 30. Oktober 1983 fand in Bourg-en-Bresse der sechste Nationalkongreß der Parti Socialiste (PS) statt. Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 31. Oktober 1983, es sei gelungen, „mit einem einstimmig angenommenen Programm die Reihen nach außen zu schließen. [...] Staatspräsident und Regierung haben im großen und ganzen einen Freibrief zur Fortsetzung ihrer bisherigen Politik erhalten, wenn auch die Einheitsentschließung auf und schon vor dem Kongreß mit Kompromißformeln erkaufte wurde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2117; Referat 203, Bd. 140608.

⁶ Für das Wahlprogramm des Parti Socialiste (PS) von 1981 „Les 110 propositions“ vgl. <http://www.lours.org/default.asp?pid=307>.

⁷ In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Communiqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

⁸ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

⁹ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Demokratie und Freiheit sind untrennbar.“ Die PS geißelt vor allem die Einschränkung der Meinungsfreiheit und der bürgerlichen Rechte in Osteuropa. Nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen¹⁰ forderte der außenpolitische Sekretär der PS, Huntzinger, gar ein „Recht auf Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten Polens.¹¹ „Jalta überwinden“ heißt in erster Linie Aufgabe der „Satellierung Osteuropas“ durch die Sowjetunion.

Solange die sowjetischen Truppen in Afghanistan stehen, ist an eine Normalisierung der französisch-sowjetischen Beziehungen und eine Wiederaufnahme der Kontakte auf höchster Ebene nicht zu denken. Der Paris-Besuch Gromykos am 9./10. September auf seinem Rückflug vom KSZE-Folgetreffen in Madrid verlief in eisiger Atmosphäre: Schärfer noch als andere westliche Politiker hatte AM Cheysson in Madrid den Abschluß der südkoreanischen Boeing verurteilt.¹² Dennoch bleibt die Sowjetunion an einer Verbesserung ihrer Beziehungen mit Frankreich interessiert. Die Ausweisung der 47 sowjetischen Agenten zu Ostern d. J.¹³ führte zu keinerlei Repressalien.

Die Wirtschaftsbeziehungen scheinen sich relativ günstig zu entwickeln. Der große sowjetische Handelsüberschuß der letzten Jahre dürfte in diesem Jahr weitgehend abgebaut werden. Doch mit dem Anlaufen der sowjetischen Gaslieferungen ab 1984 wird sich dieser Trend wieder umkehren. Auch sind keine größeren Abschlüsse für die französische Industrie zu verzeichnen. Hierüber wird Außenhandelsministerin Cresson bei der Tagung der Großen Kommission in Moskau (21./23.11.) verhandeln, und der französische Unternehmerverband CNPF¹⁴ wird in Kürze eine größere Delegation in die Sowjetunion entsenden.¹⁵

Auch Verkehrsminister Fiterman (KPF) soll Ende des Monats in die Sowjetunion reisen.¹⁶ Wie es heißt, seien aber nur technische Gespräche vorgesehen und keine offiziellen Parteikontakte gestattet. Inoffiziell dürfte aber der sehr agile

¹⁰ Zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 9, Anm. 54.

¹¹ Gesandter Mühlen, Paris, berichtete am 28. Januar 1982: „Die ‚Pflicht zur Einmischung‘ ist ein Postulat, das der außenpolitische Sekretär der PS, Jacques Huntzinger, nach Kenntnis der Botschaft erstmalig in einem Polen-Artikel am 1.1.1982 gestellt hat. Danach sei es die Pflicht eines jeden demokratischen Sozialisten (so bezeichnet sich die PS zur Abgrenzung gegenüber den Kommunisten, die auch ‚bürokratische Sozialisten‘ genannt werden), sich für alle unterdrückten Völker im Osten, Westen und Süden einzusetzen, um ihnen zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts und der Menschenrechte zu verhelfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 224; Referat 203, Bd. 140604.

¹² Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

Gesandter Rouget, Paris, berichtete am 9. September 1983 anlässlich des Eintreffens des sowjetischen Außenministers Gromyko in Paris: „Die Härte der Sprache, mit der Cheysson gestern in Madrid in seiner temperamentvollen Art den Flugzeugabsturz verurteilte: – ‚ein schockierender, unglaublicher, brutaler Akt, ein Verbrechen, ein Mord‘ – läßt erwarten, daß die Gespräche mit Gromyko das auch bisher schon unterkühlte französisch-sowjetische Verhältnis kaum erwärmen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1737; Referat 213, Bd. 133210.

¹³ Zur Ausweisung von 47 sowjetischen Staatsbürgern aus Frankreich am 5. April 1983 vgl. Dok. 91, Anm. 15.

¹⁴ Korrigiert aus: „SNPF“.

Conseil National du Patronat Français.

¹⁵ Am 22. November 1983 informierte Botschafter Kastl, Moskau, es habe soeben „eine Reihe intensiver sowjetisch-französischer Begegnungen in Moskau gegeben: N[ah]O[st]-Konsultationen des GS des Quai, Gutman; Empfang des Patronat durch MP Tichonow und die Tagung der Wirtschaftskommission unter Leitung von Wirtschaftsministerin Cresson sowie deren Empfang durch MP Tichonow und AM Gromyko.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5242; Referat 213, Bd. 133210.

¹⁶ Der französische Verkehrsminister Fiterman hielt sich vom 6. bis 10. Dezember 1983 in der UdSSR auf.

Fitterman, die Nr. 2 der Parteihierarchie der KPF, gefragt werden, wie lange seine Partei bei dem antisowjetischen außenpolitischen Kurs Mitterrands noch in der Regierung verbleiben kann.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Moskau der Regierungsbeteiligung der KPF von Anfang an skeptisch gegenüberstand.

4) Seit dem Besuch des französischen Premierministers in Budapest im Juli d.J.¹⁷ hat Frankreich seine Kontakte mit Ungarn ausgebaut. Im November dieses Jahres reisen drei Regierungsmitglieder (Umwelt, Energie, Tourismus) an die Donau. Die französischen Beziehungen zu Rumänien haben sich auch durch Besuch AM Cheyssons im April¹⁸ kaum verbessert. Ein Besuch Mitterrands in Bukarest ist ebensowenig in Sicht wie ein solcher in Sofia. Die INF-Initiative Ceauşescus¹⁹ wird hier mit größtem Mißtrauen beobachtet. Nach einer uns zugänglich gemachten internen Information wird Präsident Mitterrand Ende d.J. Jugoslawien besuchen.²⁰ Zur Vorbereitung wird sich Erziehungsminister Savary vom 16. bis 19.11. in Belgrad aufhalten.

III. Sicherheit und Abrüstung

1) Präsident Mitterrand ist über die destabilisierende Wirkung der SS-20 seit je sehr besorgt und hat schon 1977 als Oppositionsführer davor gewarnt. Den NATO-Doppelbeschluß hat er bereits drei Tage nach Übernahme der Geschäfte, beim Besuch BK Schmidts (24.5.1981)²¹, begrüßt, da das Gleichgewicht in Europa ohne die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen nicht wiederhergestellt werden könne. Die Null-Option, die schon im sozialistischen Wahlprogramm propagiert wurde (weder Pershing noch SS-20) und zu der sich auch die KPF in der Koalitionsabsprache bekannt hat, hielt Mitterrand von Anfang an für unrealistisch. Seine Berater vertreten die These, die Sowjetunion werde erst dann wirklich verhandeln, wenn mit der Stationierung der Pershing begonnen worden sei. So erklären sich auch seine aufsehenerregenden Erklärungen vor dem Bundestag am 20.1.1983²² wie auch seine Äußerungen anlässlich seines Belgien-Besuchs²³.

2) Die sowjetische Forderung nach Einbeziehung der Drittstaatsysteme in die laufenden Genfer Verhandlungen hat Mitterrand am 28.9. vor den Vereinten Nationen als unreal und unbegründet abgelehnt.²⁴ Erst wenn die Supermächte

¹⁷ Ministerpräsident Mauroy besuchte Ungarn vom 10. bis 12. Juli 1983.

¹⁸ Korrigiert aus: „Juli“.

Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 20. bis 22. April 1983 in Rumänien auf.

¹⁹ Zur Initiative des Präsidenten Ceauşescu für die INF-Verhandlungen vgl. Dok. 330.

²⁰ Staatspräsident Mitterrand besuchte Jugoslawien vom 15. bis 17. Dezember 1983.

²¹ Bundeskanzler Schmidt besuchte Frankreich am 23./24. Mai 1981. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 153 und Dok. 154.

²² Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

²³ Während des Besuchs vom 12. bis 14. Oktober 1983 in Belgien äußerte sich Staatspräsident Mitterrand mehrfach zu den INF-Verhandlungen in Genf und bekräftigte seine Ablehnung einer Einbeziehung französischer Nuklearsysteme. Vgl. dazu die Interviews mit den Tageszeitungen „Le Soir“ und „Het Volk“ sowie die Tischrede am 12. Oktober 1983 in Brüssel, ferner die Rede am 14. Oktober 1983 im Rathaus in Lüttich und die Pressekonferenz am Flughafen in Lüttich am selben Tag; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (septembre–octobre), S. 82 f., S. 85 f. und S. 91–95.

²⁴ Zur Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 327.

ihre nuklearen Überkapazitäten abgebaut, die konventionellen Angriffswaffen reduziert, die chemisch-bakteriologischen und Weltraumwaffen geächtet und die ²⁵Weiterentwicklung der Antiraketen-Raketen eingestellt hätten, sei Frankreich bereit, an einer Konferenz der fünf Atommächte²⁶ teilzunehmen.

3) Die Friedensbewegung, die in Frankreich von den Kommunisten monopolisiert ist, lehnt Mitterrand scharf ab, während die Parti Socialiste, die mit ihrer positiven Einstellung zum NATO-Doppelbeschluß in der „Sozialistischen Internationale“ isoliert ist, ein gewisses Verständnis dafür aufbringt, wobei die Grenze an der Stelle liegt, an der die Friedensbewegung Vehikel zur Bekämpfung der Stationierung der „Euromissiles“ wird. Nachdem nun auch die katholischen Bischöfe Frankreichs sich die Auffassung des Präsidenten weitgehend zu eigen gemacht haben²⁷ und auch die Opposition der Sicherheitspolitik des Präsidenten applaudiert – sie fordert lediglich mehr Mittel für den Ausbau der französischen strategischen U-Boot-Flotte –, kann man wohl von einem allgemeinen sicherheitspolitischen Konsens in Frankreich sprechen.

4) Der KVAE in Stockholm²⁸ fühlen sich die französischen Sozialisten sehr verbunden, auch wenn der Vorschlag vom politischen Gegner – Giscard d'Estaing auf der Sonder-GV der VN 1978²⁹ – eingebracht und seinerzeit von den Sozialisten als Pseudoabrüstung bekämpft wurde. Ihr Hauptinteresse gilt nun der zweiten Phase, da sie glauben, hier ihre Vorstellungen aus dem Jahre 1977³⁰ in Richtung einer Konferenz über eine Verminderung der Streitkräfte und Spannungen zum Teil verwirklichen zu können. In der Resolution des Parteitages der PS von Bourg-en-Bresse wird vorgeschlagen, daß in Stockholm neben „echten vertrauensbildenden Maßnahmen“ auch eine „Begrenzung der offensivsten konventionellen sowie von Nuklearwaffen kurzer Reichweite“ vereinbart werden sollte. Offizielle Politik ist dies aber nicht.

IV. Mitterrands Europa- und Deutschlandpolitik

1) Mitterrand und alle französischen Parteien – mit Ausnahme von Teilen der KPF – bedauern den kritischen Zustand der Europäischen Gemeinschaft in allen Bereichen. Die französischen Sozialisten bekennen sich zu Europa, „so-

²⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2212 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁶ Vgl. dazu den Vorschlag des Ministerpräsidenten Trudeau; Dok. 352.

²⁷ Am 14. November 1983 teilte Botschafter Schoeller, Paris, mit, daß die katholischen Bischöfe in der Vorwoche auf ihrer Jahresversammlung in Lourdes die Erklärung „Den Frieden gewinnen“ verabschiedet hätten, in der „eine rein defensive, in dynamische Friedens- und Abrüstungspolitik eingebettete atomare Abschreckung als ‚noch moralisch hinnehmbar‘ beurteilt“ werde. Die Erklärung komme „zu dieser Legitimierung über die Bejahung eines Abwehrrechts jeden Staates gegen Gefährdungen des Friedens, [...] durch den Rückgriff auf eine kollektive ‚Ethik der höchsten Not‘, des ‚geringeren Übels‘ und die Unterscheidung von durch nichts zu rechtfertigendem Vernichtungskrieg und abschreckender Drohung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2210; Referat 201, Bd. 125641.

²⁸ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet.

²⁹ Auf der VN-Sondergeneralversammlung für Abrüstung vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 in New York kündigte Staatspräsident Giscard d'Estaing am 25. Mai 1978 an, „daß Frankreich bereits am 26. Mai einen detaillierten Vorschlag für eine europäische Abrüstungskonferenz, im gleichen Rahmen wie die KSZE, dem betroffenen Teilnehmerkreis vorschlagen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1234 des Botschafters Pfeiffer, z. Z. New York, vom 25. Mai 1978; Referat 200, Bd. 112911.

³⁰ Der Erste Sekretär des Parti Socialiste (PS), Mitterrand, erläuterte im Dezember 1977 in der Presse seine Vorstellungen zur Abrüstung. Vgl. dazu die Artikel „Une stratégie pour le désarmement. La question préalable“; LE MONDE vom 14. Dezember 1977, S. 1 und 19, sowie „Une stratégie pour le désarmement. Deux façons d'avancer“; LE MONDE vom 15. Dezember 1977, S. 14.

lange es nicht nur ein Europa der Kaufleute ist“. Auch die größte Oppositionspartei, die RPR, ist inzwischen – wohl infolge der verstärkten Bedrohung aus dem Osten – von einem Kritiker zu einem Befürworter der EG geworden. Alle maßgeblichen Kräfte in Frankreich haben erkannt, daß die einzelnen europäischen Länder sich in der gegenwärtigen Lage nicht selber helfen können. Auf dem letzten D/F-Gipfel waren sich Bundeskanzler und Präsident Mitterrand einig, daß Europa ein neuer Elan gegeben werden müsse.³¹ Darunter verstehen aber Franzosen und wir nicht immer das gleiche.

2) Nach Ansicht der Franzosen ist es mit herkömmlichen – sprich marktwirtschaftlichen – Methoden nicht möglich, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und den notleidenden Industriebereichen wie Stahl, Textil, Kohle und Chemie zu helfen. Die gemeinsame Außenhandelspolitik müsse stärker eingesetzt werden. Zur Zeit denke jeder nur noch an sich selbst. Als reine Freihandelszone könne die EG nicht überleben.

3) Als Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1984³² wird sich Frankreich vor allem in folgenden Bereichen engagieren:

- auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik: Förderung fortschrittlicher Industriebereiche, Harmonisierung des Arbeitsrechts, Arbeitszeitverkürzung;
- gemeinsame Außenhandelspolitik: mehr Festigkeit gegenüber dritten Industriestaaten und eine striktere Einhaltung der EG-Präferenzen;
- Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): Festlegung von Produktionsmengen und Eindämmung der Überproduktion über die Differenzierung der Preise, Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe, Einbeziehung der Mittelmeerprodukte in die Agrarmarktordnung, Abschaffung der Währungsausgleichsbeträge.

Während Frankreich Solidarität der Gemeinschaft mit den Ländern der Dritten Welt fordert und an eine Ausweitung der Lomé-Regelung³³ denkt, sind Regierung und Parteien bei der Süderweiterung³⁴ sehr restriktiv, wobei F versucht, den schleppenden Gang der Beitrittsverhandlungen anderen (GB und uns) anzulasten. Sie stellen als Vorbedingungen die Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft, die Einbeziehung der Südprodukte in die GAP und die bessere Einhaltung der Gemeinschaftspräferenzen.

4) Bei der Definition einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik hat sich noch keine klare Linie herausgebildet: Der Vorschlag des deutschen Außenministers vom Januar 1981, einen Ausschuß der europäischen Verteidigungsminister zu schaffen³⁵, wird weiterhin wie schon von Giscard d'Estaing abgelehnt, und der Vorschlag von Chirac vor der Konrad-Adenauer-

³¹ Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 16. und 17. Mai 1983; Dok. 143 und Dok. 145.

³² Frankreich übernahm die EG-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 1984.

³³ Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417. Vgl. dazu ferner das Zweite AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979 und die dazugehörigen Dokumente; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

³⁴ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 126, Anm. 21, und Dok. 176, Anm. 30.

³⁵ Bundesminister Genscher stellte am 6. Januar 1981 auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart Überlegungen zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften an, wobei auch Sicherheitsfragen einbezogen werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 2 und Dok. 19.

Stiftung zur Sicherheitspolitik wurde von allen Seiten kritisiert, weil er forderte, daß die Bundesrepublik Deutschland an Entscheidungen über den Einsatz einer amerikanisch-europäischen Nuklearstreitmacht stärker beteiligt werde.³⁶ Dennoch wird immer deutlicher, daß sich maßgebliche Stellen Gedanken darüber machen, wie die europäische Komponente der gemeinsamen Verteidigung gestärkt werden könnte.

Und hier liegt auch eins der Motive für die französischen Bemühungen um eine stärkere Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungszusammenarbeit mit uns. Dabei spielt auch die französische Furcht mit, die Bundesrepublik Deutschland könnte eines Tages einen neutralistischen Kurs wählen.³⁷

V. Frankreichs Dritte-Welt-Politik

1) Die von Frankreich beanspruchte Sonderrolle einer herausgehobenen Mittelmacht mit regionalen Ordnungsfunktionen und der ideologische Anspruch der Regierungspartei auf einen dritten Weg zwischen den Großmächten wird besonders in der Politik gegenüber der Dritten Welt deutlich. Vor allem mit seinen ehemaligen Kolonien in Afrika bemüht sich F, ein über gute und intensive bilaterale Beziehungen gelegentlich hinausgehendes Verhältnis aufzubauen.

Die jährlichen franko-afrikanischen Gipfel sind dabei lediglich nach außen sichtbarster Ausdruck dieser Politik. In einer Reihe von west- und zentralafrikanischen Staaten spielt F auch heute noch eine bedeutende innenpolitische Rolle. Abgestützt wird diese Position durch militärische Präsenz in Form von Beratern oder auch Basen, durch enge wirtschaftliche Verflechtung mit Hilfe der Franc-Zone, durch enge diplomatische Kontakte auf allen Ebenen sowie durch eine die Frankophonie betonende kulturelle Durchdringung dieser Länder.

2) In Krisensituationen wird allerdings auch die Grenze des französischen Einflusses deutlich. Mit mehr als 30000 Mann, die F außerhalb Europas stationiert hat, stößt Paris an die Grenzen seiner Möglichkeiten, was auch dadurch sichtbar wird, daß seit dem Engagement im Tschad (4500 bis 5000 Mann)³⁸ nunmehr erstmals seit dem Ende des Algerien-Krieges³⁹ auch Wehrpflichtige in Übersee eingesetzt werden müssen.

Dennoch sieht sich F mehr und mehr auf die Rolle einer Mittelmacht verwiesen. Obwohl es etwa im Libanon das bei weitem größte Kontingent innerhalb der verschiedenen Friedenstruppen stellt, spielt es bei den politischen Lösungs-

³⁶ Zu den Ausführungen des RPR-Vorsitzenden Chirac vom 17. Oktober 1983 vgl. Dok. 315.

³⁷ Referat 212 legte am 9. November 1983 dar, daß sich der französische Außenminister Cheysson „nicht öffentlich“ am 25. Oktober 1983 in London über „Probleme der deutschen Seele“ und deren Zweifel an der Notwendigkeit der bestehenden Bündniszugehörigkeiten geäußert habe, ebenso wie der RPR-Vorsitzende Chirac in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „Le Monde“ vom 28. Oktober 1983. Außerdem würden in der Presse entsprechende Äußerungen weiterer französischer Politiker, darunter Verteidigungsminister Hernu und Regierungssprecher Gallo, wiedergegeben: „Insgesamt wird der Furcht Ausdruck verliehen, die Bundesrepublik Deutschland könne in den Neutralismus abgleiten. Als mögliche Motive werden genannt: über eine Denuklearisierung Deutschlands einer Wiedervereinigung näherzukommen, bessere Beziehungen zwischen den ‚beiden Deutschlands‘ zu entwickeln, das mit der Ostpolitik Erreichte zu bewahren.“ Vgl. VS-Bd. 11988 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

³⁸ Zur Entsendung französischer Streitkräfte in den Tschad vgl. Dok. 236, Anm. 34.

³⁹ Der Algerien-Krieg endete am 18. März 1962 mit dem französisch-algerischen Abkommen von Evian. Für den Wortlaut vgl. JOURNAL OFFICIEL. LOIS ET DÉCRETS 1962, S. 3019–3032. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1962, D 213–225.

versuchen der Krise wenig mehr als eine Statistenrolle. Auch dies erklärt gelegentliche französische Irritationen gegenüber der amerikanischen Dritte-Welt-Politik. Im Tschad ist es zwar dem französischen Eingreifen zu verdanken, daß ein weiteres Vordringen der von Libyen unterstützten Rebellen unterbunden wurde, doch konnte F auch hier kaum mehr erreichen als eine Stabilisierung der Lage, die mit zunehmender Dauer einer Teilung des Landes immer näher kommt.

⁴⁰3) In der französischen Öffentlichkeit sind die Überseeaktionen der Mitterrand-Ära nicht umstritten. Mit erstaunlicher Gelassenheit und einer Wiederbelebung patriotischer Gefühle hat die französische Öffentlichkeit den Schock des Attentats von Beirut⁴¹ überwunden. Von einem Rückzug der französischen Truppen ist seither keine Rede mehr.

4) Wenn F sich auch bemüht, den Kontakt zu progressi[...] ⁴² abreißen zu lassen, so liegt dieser Politik weniger eine positive Einschätzung dieser Regierungen zugrunde als vielmehr die Überlegung, daß eine weitere Isolierung dieser Regime nur der SU in die Hände spielen würde, indem sie die Länder zusätzlich von sowjetischer Hilfe abhängig macht.

5) Am stärksten ideologisiert ist Frankreichs Politik in Lateinamerika – sie wird weitgehend in der Parteizentrale der PS formuliert und von ihr nahestehenden Beamten durchgeführt. Die Waffenlieferungen an Nicaragua haben, wie man uns versichert, zwar aufgehört, doch hat die PS den Ehrgeiz, der Regierung Nicaraguas beim Aufbau des Landes zu helfen, wobei sie versucht, sie auf den Weg der pluralistischen Demokratie zurückzuführen. In Salvador unterstützt sie die progressiven Kräfte, ebenso wie in Guatemala und Haiti. Die Kontakte zu Kuba sind rege. Dennoch reagierte die französische Regierung ziemlich maßvoll auf die amerikanische Intervention in Grenada⁴³, was wohl vor allem darauf zurückzuführen ist, daß zwei Überseedepartements, Guadeloupe und Martinique, in der Region liegen und die französische Regierung sich dort mit kubanischen Infiltrationsbemühungen auseinanderzusetzen hat.

6) Nicht leicht einzuordnen ist die Politik Frankreichs gegenüber dem als „frankophon“ geltenden Vietnam. AM Cheysson, der seine Karriere als Berater der Regierung in Saigon begonnen hat⁴⁴, ist hier persönlich stark engagiert. Offenbar glaubt er, Vietnam durch eine relativ bescheidene Wirtschaftshilfe und ein erhebliches Kulturprogramm etwas aus der sowjetischen Abhängigkeit lösen zu können, doch irritiert diese Politik die ASEAN-Staaten. Dagegen liegt F's Kambodschapolitik weitgehend auf der gemeinsamen westlichen Linie: F verlangt den Abzug der VIE-Truppen, lehnt aber Kontakte zu den Roten Khmer ab. Auf der anderen Seite ist Frankreichs Einfluß in der Region so gering, daß diese Politik kaum Schaden anrichten kann. Neuerdings bemüht sich Frank-

⁴⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2213 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁴¹ Zu den Anschlägen auf das amerikanische und das französische MNF-Kontingent im Libanon vgl. Dok. 314, Anm. 9.

⁴² Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

⁴³ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

⁴⁴ Claude Cheysson war von 1952 bis 1954 Berater der Regierung von Französisch-Indochina.

reich auch um bessere Beziehungen zu Tokio, da der Pazifik in französischer Sicht in Zukunft auch sicherheitspolitisch eine immer größere Rolle spielen wird.

VI. Auch wenn die französische Dritte-Welt-Politik nur begrenzt erfolgreich ist, sollte man nicht übersehen, daß die französische Bereitschaft, erhebliche Risiken einzugehen und Opfer zu bringen, nicht nur nationalen französischen, sondern auch westlichen und europäischen Interessen dient. Die „Ordnungsmacht“ Frankreich im westlichen Afrika ist wohl nur schwer zu ersetzen. Im Libanon ist ein Einsatz der Multinationalen Streitkräfte ohne französische Beteiligung nicht vorstellbar. Selbst im Irak kann Frankreich gute Gründe für sein Engagement vorbringen: Sperrriegelfunktionen gegen iranischen Fundamentalismus, Eindämmung des sowjetischen Einflusses.

Die Amerikaner und uns irritierende Elemente der französischen Zentral-Lateinamerika-Politik müssen wir wohl in Kauf nehmen. Sie ist nicht, wie manche Amerikaner glauben, von Moskau über die KPF ferngesteuert, sondern entspringt den gleichen Idealen, die die französischen Sozialisten veranlassen, die Menschenrechte in Osteuropa zu fordern und Dissidentenbewegungen zu unterstützen.

Für uns und die Amerikaner sollte entscheidend sein, daß sich Präsident Mitterrand und die französischen Sozialisten voll dem Westen und seinen Idealen zugehörig fühlen, an ihrer Alliantztreue keinen Zweifel lassen und bereit sind, uns auch in den bevorstehenden kritischen Monaten voll zu unterstützen. In diesem Sinne wird sich Präsident Mitterrand vermutlich in seiner Fernsehansprache zur außenpolitischen Lage am 16. November⁴⁵ äußern. Dies dürfte auch die Botschaft sein, die er zum Gipfel am 24./25. November nach Bonn mitbringt.

[gez.] Schoeller

Referat 202, Bd. 140666

⁴⁵ Staatspräsident Mitterrand gab am 16. November 1983 ein Fernsehinterview zu Fragen der Außenpolitik. Für den Wortlaut vgl. *LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE* 1983 (novembre-décembre), S. 67–80. Für den deutschen Wortlaut vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1984, D 24–26 (Auszug).

352

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk an die Botschaft in Ottawa

204-321.10 KAN

15. November 1983¹Fernschreiben Nr. 7458 Plurez
Cito

Aufgabe: 17. November 1983, 08.37 Uhr

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem kanadischen PM Trudeau
am 10.11.1983 in Bonn (18.00–21.00 Uhr)²

Nachstehend folgen vorab wichtigste Gesprächsergebnisse. Gesprächsprotokoll folgt, sobald es vorliegt.

Trudeau stellte operativ zwei Punkte in den Vordergrund: KAE und MBFR. Beide will er mehr als bisher auf die politische Ebene heben, d.h. bei der KAE nicht nur Eröffnung durch Außenminister³, sondern eventuell auch weitere Präsenz. Außer militärischen CBM sollten auch politische CBM geprüft werden.

Bei MBFR komme es darauf an, die Konferenz politisch zu beleben. Dies könne u. a. dadurch geschehen, daß die AM westliche Gegenvorschläge einbringen.

Beide Punkte will Trudeau bei dem NATO-Ministertreffen am 8./9. Dezember in Brüssel⁴ einbringen. BK war damit einverstanden.

Zur Förderung des West-Ost-Dialogs entwickelte Trudeau folgende Gedanken: zunächst Durchführung des Doppelbeschlusses, d.h. Stationierung, falls keine Ergebnisse in Genf. Danach könnten im START-Rahmen Bedingungen geschaffen werden, die amerikanisch-sowjetischen Gipfel ermöglichen (u.a. CBMs nuklearer Art, Bereitschaft zum Nuklearabbau, grundsätzliche Aussagen für Entspannung).

Trudeau sprach auch das Projekt einer Konferenz der fünf Nuklearmächte an. Er erwähnte außerdem seine Bestrebungen, die Nichtverbreitung von Nuklear-

¹ Durchdruck.

² Nach Gesprächen mit Staatspräsident Mitterrand am 8. November 1983 in Paris sowie der niederländischen und belgischen Regierung am 8./9. November 1983 in Den Haag und Brüssel traf Ministerpräsident Trudeau am 10. November 1983 mit Ministerpräsident Craxi in Rom zusammen und kam am selben Tag in die Bundesrepublik. Am 11. November 1983 reiste er zu Gesprächen mit Premierministerin Thatcher nach London.

In einem am 26. Oktober 1983 übergebenen Schreiben teilte Trudeau Bundeskanzler Kohl mit, Thema sollten seine Überlegungen zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sein, die er am 27. Oktober 1983 in der Universität von Guelph auch publikmachen werde: „These will include the need to stabilize East-West relations as a first step by reinstituting high level political dialogue; ways of ensuring that all five nuclear weapon states engage in negotiations aimed at establishing global limits on their strategic nuclear arsenals; possible endeavours to encourage non-nuclear states in the direction of containing horizontal proliferation; as well as the need for the West to get off the defensive on the MBFR negotiations and to put forward substantive and constructive proposals aimed at breaking this longstanding deadlock, an objective for which I would seek your support.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135221.

³ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

⁴ Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 376.

waffen weiter zu sichern. Er werde darüber bei der Commonwealth-Konferenz in New Delhi⁵ nähere Ausführungen machen.

Bundeskanzler hat auf folgendes hingewiesen:

- West-Ost-Dialog für uns zentrale Frage.
- INF: großes innenpolitisches Problem (Angst als politische Realität). Wir erwarten konstruktive INF-Verhandlungen erst nach eventueller Stationierung. Daher sind Überlegungen zur weiteren Entwicklung der West-Ost-Beziehungen in der Nachstationierungsphase wichtig.
- KAE und MBFR sind als Ost-West-Verhandlungsforen wichtig. Wir treten für Eröffnung der KAE auf Außenministerebene ein. Sind bereit, uns auch gegenüber US dafür einzusetzen.
- Der Westen sollte folgende Haltung einnehmen:
 - Geduld, Ruhe, Festigkeit;
 - Durchführung Doppelbeschluß und Fortsetzung Dialogs auf allen Ebenen.

Weiteres Eintreten für US-SU-Gipfel: Problem, außer derzeitiger amerikanischer Zurückhaltung, daß SU zur Zeit Kontakte mit US für wenig aussichtsreich hält, und Erkrankung Andropows⁶.

Schenk

Referat 204, Bd. 135221

⁵ Die Konferenz der Commonwealth-Staaten in Neu Delhi fand vom 23. bis 29. November 1983 statt. Sie verabschiedete am 27. November 1983 eine Erklärung zur internationalen Sicherheit. Für den Wortlaut der „Erklärung von Goa“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 81 f.

⁶ Zu Spekulationen über den Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 347, Anm. 3.

353

Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt

114-20946/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2367
Citissime nachts

Aufgabe: 15. November 1983, 13.35 Uhr¹
Ankunft: 15. November 1983, 12.07 Uhr

Betr.: Zypern-Problematik;
 hier: Ausrufung UDI²

Bezug: DB 2347 vom 14.11.1983 – Pol-320.20 ZYP VS-NfD³
 Fernmündliche Unterredung VLR I Steffler (203)–Botschafter Oncken
 am 15.11.1983

Zur Unterrichtung

I. 1) Bei Gespräch mit Präsident Evren aus anderem Anlaß unterrichtete mich dieser 15.11. von soeben erfolgter Ausrufung UDI durch Denktasch. AM Türken, dem ich bei Hineingehen begegnete, habe ihn gerade davon in Kenntnis gesetzt.

2) Evren führte aus, daß man sehr lange Zeit versucht habe, Absicht Denktaschs zu unterbinden, ohne Erfolg. Versetze er sich in die Lage Zypern-Türken, so sei Entscheidung immerhin verständlich. In dortiger Öffentlichkeit habe sich Druck aufgestaut, dem nunmehr Rechnung getragen worden sei. Noch kenne er Wortlaut UDI nicht.

3) Evren erwähnte dann, er sei überzeugt, daß Denktasch Tür offengelassen habe. Ich fragte Präsidenten direkt, wie er Schritt zusätzlich interpretiere, ob z.B. türkische Vorschläge vom 5.8.81 (territoriale Konzessionen enthaltend⁴) weiter auf Tisch lägen. E. bejahte auf der Stelle: Dies sei der Fall. Ich erwähnte, daß mir dies besonders wichtig erschiene. Unter keinen Umständen dürfe

¹ Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats Spohn vorgelegen.

² Botschafter Landau, Nikosia, informierte am 15. November 1983 über die „Unilateral Declaration of Independence“ durch den Sprecher der türkischen Volksgruppe in Zypern: „Denktasch hat heute morgen ‚North Cyprus Turkish Republic‘ ausgerufen und soll im Laufe des Tages Rede vor Parlament halten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 164; Referat 206, Bd. 150985.

³ Botschafter Oncken, Ankara, berichtete über ein Gespräch mit dem Stabssekretär im türkischen Außenministerium, Yavuzalp, in dem auch die Lage in Zypern erörtert worden sei: „Ich hatte angedeutet, daß wir mäßigenden Einfluß Ankaras in Sachen Kommunalkontakte zu schätzen wüßten – dies auch, um auf hiesige Neigung, auf Vorstellungen Dritter empfindsam zu reagieren, palliativ einzuwirken.“ Yavuzalp habe „zyprisch-türkische Gesprächsbereitschaft in bekanntem Rahmen“ signalisiert, jedoch solle „griechisch-zyprische Seite nicht zu lange warten. Es falle zunehmend schwer, den immer aufsässigeren Denktasch bei der Stange zu halten.“ Vgl. Referat 206, Bd. 150985.

⁴ Zum Vorschlag der türkischen Volksgruppe auf Zypern vom 5. August 1981 zur Lösung des Zypern-Konflikts vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer am 12. August 1981, er enthalte „als wesentliches Novum einen Territorialvorschlag auf Landkarten, der nach ersten Einschätzungen von Gobbi und GB auf äußerster Grenze der von griechischer Seite als noch verhandlungsfähig erklärten 32 % liegen soll; einen schon im Dezember 1980 präsentierten, unveränderten Verfassungsentwurf, der paritätische Besetzung der Staatsorgane und Bizonalität vorsieht, jedoch als negotiabel bezeichnet wurde; eine Bindungsklausel, wonach der Territorialvorschlag nur gelten soll, wenn eine abschließende Übereinkunft über die Verfassungsfrage und die angesprochenen Sicherheitsregelungen getroffen wird“. Vgl. Referat 203, Bd. 123303.

Eindruck entstehen, daß einer „verfassungsrechtlichen“ Zementierung Verhältnisse in Nordzypern künftig Immobilität im Gespräch entspräche. Wichtig sei vor allem, daß kommunaler Dialog fortgesetzt werde.

4) Evren bejahte auch hier. Ich deutete an, daß wir Problematik sähen. Entsprechend sei bei uns wohl auch beabsichtigt gewesen, Thema bei bevorstehendem Gespräch mit Papandreou in Bonn⁵ zu erwähnen. Unser Standpunkt sei jedenfalls klar. Gespräch wandte sich dann generell Frage zu, inwieweit hellenische Seite es nicht verstanden habe, relativ günstige Ausgangsposition für Kontakte in Zeit reiner Militärherrschaft⁶ zu nutzen. Evren: „Die Griechen haben diese Zeit ungenutzt verstreichen lassen.“ Lage in Türkei könnte angesichts Auftauchens neuer politischer Kräfte komplizierter werden.

II. 1) Evren wirkte, soweit das bei seinem Naturell möglich ist, präokkupiert. An einer Stelle fragte er mich, ob ich Tragweite ganz erfaßt hätte. Vorgang kam ihm sichtlich nicht zupaf, in welchem Zusammenhang ich vermerke, daß er im Gespräch kurz zuvor Rolle amerikanischer Administration und Kongreß bei Türkeipolitik gestreift hatte. Immer kämen – so Evren – aus Kongreß Widerstände.⁷

2) Wichtig erscheint mir, daß er Fortbestehen Gesprächsbereitschaft, auch Fortbestand türkischer Vorschläge, erwähnte, die auch von Element Föderation – Konföderation ausgehen.

3) Für Frage der dortigen Behandlung des Besuchsvorgangs: Es stellte Ausnahme dar, daß ich Evren sprechen konnte. Mir würde künftiger Kontakt erschwert, wenn andere Missionschefs unter Berufung auf meine Begegnung Besuche bei ihm erbäten. Daher, wenn irgend möglich, keine Erwähnung des Besuchs an sich.⁸

[gez.] Oncken

VS-Bd. 12927 (203)

⁵ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Papandreou am 25. November 1983 vgl. Dok. 360.

⁶ Am 12. September 1980 kam es in der Türkei zur Machtübernahme durch das Militär. Die Regierungsverantwortung übernahm ein „Nationaler Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

⁷ Botschafter Hermes, Washington, teilte am 15. November 1983 mit, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, habe ihm und seinen Amtskollegen Vernier-Paliez (Frankreich) und Wright (Großbritannien) über eine Unterredung mit dem türkischen Botschafter in Washington berichtet. Eagleburger habe Elekdag gegenüber die Unabhängigkeitserklärung Nordzyperns als „schweren Rückschlag“ für die amerikanisch-türkischen Beziehungen bezeichnet: „Es sei damit zu rechnen, daß im Kongreß der Versuch unternommen werde, die für die Türkei vorgesehene Wirtschafts- und Militärhilfe zu blockieren. Es sei auch nicht auszuschließen, daß es im Kongreß zu einem erneuten Waffenembargo gegen die Türkei komme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5176; VS-Bd. 12927 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Am 24. November 1983 wies Botschafter Oncken, Ankara, darauf hin, daß sein Besuch bei Präsident Evren trotz seiner ausdrücklichen Bitte um „vertrauliche Behandlung“ in der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ Erwähnung gefunden habe und er annehmen müsse, daß derartige Indiskretionen dazu führen würden, „daß es in Zukunft keinen vertraulichen Zugang zu dem Präsidenten gibt“. Oncken bat daher um Untersuchung, „wer die Weitergabe zu verantworten hat“. Vgl. den Drahtbericht N. 2446; Referat 144, Bd. 512952.

354

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn

17. November 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Herrn Gaston Thorn, am 17. November 1983 von 14.00 bis 15.30 Uhr

Teilnehmer auf seiten von Herrn Thorn: Generaldirektor Braun (Stahl) sowie Kabinettschef Schaub;

auf deutscher Seite: StS Lautenschlager (AA), StS von Würzen (BMW), Botschafter Poensgen, MDg Stabreit als Note-taker.

Herr *Thorn* weist eingangs darauf hin, daß sich nach dem letzten Ministerrat in Athen² bereits abzeichne, wo Begegnungspunkte sein könnten, doch laufe die Zeit. In zahlreichen Punkten im Agrar- wie im Finanzbereich³ habe man noch nicht richtig angefangen zu verhandeln. Man habe bisher lediglich festgestellt, wer dafür und wer dagegen sei. Die griechische Präsidentschaft⁴ erleichtere die Dinge auch nicht. Es werde infolgedessen zwischen dem heutigen Tag und dem 28.⁵ großer Anstrengungen bedürfen, um den Stoff weiter aufzuarbeiten. Vielleicht könne man dann am 28. November schon verschiedene Punkte wegräumen. Im Augenblick des Europäischen Rates⁶ müsse bereits deutlich

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 21. November 1983 gefertigt und am folgenden Tag „über Herrn Abteilungsleiter 2 und den Herrn Chef BK dem Herrn Bundeskanzler [...] mit der Bitte um Billigung“ vorgelegt.

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

Hat Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, am 22. November 1983 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983.

² In Athen fand vom 9. bis 11. November 1983 eine Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister sowie zeitweilig der Landwirtschaftsminister statt. Die griechische EG-Ratspräsidentschaft legte einen Vorschlag für einen Globalkompromiß vor; zentrales Thema war eine Mitteilung der EG-Kommission zur „Korrektur der Haushaltsungleichgewichte“. Hier fand ebenso wenig eine Einigung der EG-Mitgliedstaaten statt wie bei der Erörterung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1983, S. 14 f.

³ In einem Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl am 14. November 1983 wurde zur Weiterbehandlung der Beschlüsse des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 („Stuttgarter Paket“) festgelegt: „Die Verhandlungspunkte Lastenverteilung, Haushaltsdisziplin, Agrarkostenbegrenzung, Strukturfonds-Effizienz, Neue Politiken, Stahlmarktvereinigung, Einnahmenanhebung und EG-Erweiterung dürfen nicht voneinander getrennt werden, sondern müssen als Gesamtpaket geregelt werden. Die Beitrittsakte für Spanien und Portugal und die Einnahmenanhebung werden zum gleichen Zeitpunkt ratifiziert und in Kraft gesetzt.“ Außerdem wurde festgestellt: „Die Regelung für eine gerechtere Verteilung der Finanzlasten in der EG muß dauerhaft sein, eine Belastungsobergrenze vorsehen und auf der Einnahmenseite des EG-Budgets vollzogen werden. Nettozahler müssen mehrere Mitgliedstaaten sein, nicht lediglich ein einziges Land.“ Vgl. die von Ministerialdirektor Grimm, Bundeskanzleramt, am 15. November 1983 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178879.

⁴ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁵ Am 28./29. November 1983 fand in Brüssel eine weitere Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister statt. Vgl. dazu Dok. 359, Anm. 5, und Dok. 361, Anm. 11.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen vgl. Dok. 375.

sein, ob man mit der Materie abschließen könne oder nicht. Jetzt werde schon von Verschiebung gesprochen. Man habe ihm, Thorn, gesagt, Präsident Mitterrand plane am 15. Januar einen Sondergipfel. Er sei jedoch der Auffassung, daß Athen kein völliger Fehlschlag sein dürfe. Wenn der Athener Gipfel schlecht ausgehe, werde das Europäische Parlament im Dezember den Haushalt nicht annehmen.⁷ Dann bekomme das Vereinigte Königreich kein Geld.⁸ Margaret Thatcher habe gedroht, daß sie dann keine Zahlungen mehr an die EG leiste.

Was den Agrarsektor angehe, so sei er dankbar, daß die Bundesregierung Verständnis für die Vorschläge der Kommission⁹ gezeigt habe. Viele Länder, insbesondere Frankreich und Irland, würden versuchen, die Vorschläge abzumildern.¹⁰ Man müsse jedoch hart bleiben. Die Agrarproduktion wachse weiter. Die Iren wollten von 1981 als Basisjahr auf 1983: Dies allein werde 3 Mrd. mehr ausmachen. Allerdings müsse man evtl. für Irland etwas machen. Wenn man für Irland ein anderes Basisjahr, z.B. 1983 nehme, dann werde Italien nicht mitmachen. Vielleicht könne man für die Iren im Industriebereich eine Kompensation bieten.

Das schwierigste Problem seien die Währungsausgleichsbeträge.¹¹ Sie stehen-zulassen gehe nicht. Er wolle zu bedenken geben, ob es sich nicht in drei oder vier Jahren machen lasse, mit einem Beginn vielleicht schon im ersten Jahr.

Im landwirtschaftlichen Bereich gebe es noch einen Punkt, Korngluten¹² und

⁷ Das Europäische Parlament beriet auf seiner Sitzung vom 12. bis 16. Dezember 1983 in Straßburg u. a. über den Haushaltsplan für 1984. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1983, S. 102–108.

⁸ Zum Zusammenhang zwischen einer Lösung der Finanzierung des EG-Haushalts und den Ausgleichszahlungen für die britischen Beiträge zum EG-Haushalt vgl. Dok. 148, Anm. 27.

Zum Stand der Beratungen über einen Haushaltsausgleich für Großbritannien vgl. Dok. 270, Anm. 45.

⁹ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 29. Juli 1983 zur Gemeinsamen Agrarpolitik und vom 14. September 1983 zur Regelung des Marktes für Milch und Milchprodukte vgl. Dok. 270, Anm. 49 und 50.

¹⁰ Ministerialdirigent Kittel, z. Z. Luxemburg, berichtete am 19. Oktober 1983 über die Sitzung der High Level Group zur Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaften am 18./19. Oktober 1983 in Luxemburg. Staatssekretär Rohr, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, habe den Vorschlag der EG-Kommission für die Einführung einer Garantieschwelle für Milch mit Erhebung einer Sonderabgabe bei Überschreitung bestimmter Milchquoten befürwortet, denn die „Haushaltssituation zwingt zu einschneidenden und schnell wirksamen Maßnahmen. Eine Lösung über Preissenkungen od[er] Erhöhung der Mitverantwortungsabgabe sei politisch nicht durchsetzbar und wirke auch nur mittelfristig. Deshalb sei eine Begrenzung der Garantiemenge der einzige Weg, der uns vor einem Zusammenbruch des Marktordnungssystems bewahren könne. Ausgangspunkt für eine derartige Mengenbegrenzung müsse ein Volumen von etwa 97 Mio. Tonnen (das ist das Produktionsvolumen von 1981 plus 1 Prozent) sein.“ Demgegenüber habe der französische Vertreter die Auffassung geäußert, „daß eine gestaffelte Mitverantwortungsabgabe die anzustrebende Lösung sei“; auch der irische Vertreter habe sich für diese Lösung ausgesprochen und eine Mengenregelung abgelehnt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 212; Referat 410, Bd. 136097.

¹¹ Zu einer Neuberechnung der Währungsausgleichsbeträge vgl. Dok. 338, Anm. 14 und 16.

¹² Seit Mitte der 1970er Jahre stiegen die Einfuhren von Getreidesubstituten, darunter Maiskleberfuttermittel (corn gluten feed), hauptsächlich aus den USA in die Europäischen Gemeinschaften stark an. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläuterte am 21. Juni 1983, daß die aufgrund der GATT-Regelungen „praktisch mengenmäßig unbegrenzten, ganz oder weitgehend von Einfuhrabgaben befreiten Importe [...] nicht nur EG-Getreide aus der Fütterung verdrängt und in den Export geführt, sondern auch die tierische Veredelungsproduktion gefördert“ hätten. Umgekehrt würden aber „die USA die Einfuhr von tierischen Veredelungsprodukten wie Käse, Kasein, Fleisch und Fleischwaren, die zum großen Teil mit aus den USA importierten Futtermitteln produziert werden“, behindern. Der von der EG-Kommission bereits seit dem Vorjahr

die Fettsteuern¹³. Dies sei eine Marotte der Franzosen und der Italiener. Hier seien Versprechungen in den Raum gestellt worden, von denen man heute nur schwer wegkomme. Mitterrand habe zu erkennen gegeben, daß er bei der Fettsteuer nachzugeben bereit sei. Im Falle von Korngluten werde er jedoch für die Gemeinschaft ein Mandat zum Verhandeln mit den USA verlangen.

Bundeskanzler stellt die Frage nach den Aussichten solcher Verhandlungen.

Thorn gibt ihnen wenig Aussichten. Es sei in Amerika ein Wahljahr¹⁴, und Präsident Reagan sei auf die Farmer angewiesen. Unsere Verhandlungstaktik müsse es sein, den Amerikanern die Nichteinführung der Fettsteuer als Konzession anzubieten, falls Amerikaner nicht die Weltmärkte mit ihren Produkten überschwemmen. Man müsse ein Jahr Ruhe bekommen, eben dieses eine Wahljahr.

StS von Würzen weist darauf hin, daß es sich hier nicht nur um ein Problem der USA, sondern auch der Entwicklungsländer handele. Wenn man einmal die Fettsteuer eingeführt habe, bekomme man sie nicht mehr weg.

Bundeskanzler sagt, man müsse mit Präsident Mitterrand reden.

StS Lautenschlager weist darauf hin, daß es genügen könne, wenn man zu einer Stabilisierung der Importe käme.

Bundeskanzler erläutert, daß auch die Demokraten in den Vereinigten Staaten nicht anders reagieren würden. Es handele sich schlicht und einfach um eine Frage des amerikanischen Interesses.

Präsident *Thorn* antwortet, er habe Angst, daß die USA ihre Agrarprodukte zu Schleuderpreisen verkauften.

StS Lautenschlager weist auf die Notwendigkeit hin, Einsparungen nicht nur bei Milch und Getreide, sondern auch bei den Südprodukten zu erzielen.

Herr *Thorn* stimmt zu.

Herr *Thorn* macht dann Ausführungen zu dem Kapitel „Neue Politiken“.¹⁵ Er habe ein ungutes Gefühl in dieser Frage. Es sei ein wenig, als sei man sich dar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1755

angestrebten und besonders von Frankreich geforderten Beschränkung der Einfuhr von Getreidesubstituten stünden die USA ablehnend gegenüber. Vgl. Referat 411, Bd. 131385.

Zur Begrenzung der Einfuhren von Austauscherzeugnissen regte die EG-Kommission in ihren Vorschlägen vom 29. Juli 1983 an, den Lieferstaaten Verhandlungen über mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen gemäß Artikel 11 des GATT, die Einführung einer Schutzklausel gemäß Artikel 19 oder auch Kompensationen gemäß Artikel 28 des GATT vorzuschlagen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG, Beilage 4/83, S. 15.

¹³ Die EG-Kommission legte am 30. September 1983 den Vorschlag für eine Verordnung vor, der zufolge eine Abgabe von 7,5 ECU je 100 Kilogramm auf pflanzliche Öle und tierische Fette, mit Ausnahme von nicht für die Ernährung bestimmten Fetten und Butter, eingeführt werden sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1983, S. 59 f.

Mit Schreiben vom 13. Oktober 1983 an Bundesminister Genscher legte Bundesminister Graf Lambsdorff dar, amerikanische Reaktionen zeigten, „daß die Verwirklichung dieses Vorschlags die gesamte Atmosphäre EG–USA über den reinen Handelsbereich hinaus eintrüben würde“. Die „Entschlossenheit der USA zu gravierenden Gegenmaßnahmen“ scheine den EG-Mitgliedstaaten und auch der Bundesregierung „nicht genügend deutlich zu sein. Es geht für die USA um einen Ausfuhrwert von 3,4 Mrd. \$ (1982).“ Gegenmaßnahmen seien im gewerblichen Sektor zu erwarten und würden in erster Linie die Bundesrepublik treffen. Vgl. Referat 411, Bd. 131367.

¹⁴ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁵ Zu den Vorschlägen für Neue Politiken der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 259, Anm. 4. Am 13. September 1983 berichtete Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), die Zentrale Vorbereitungs-

über einig, daß etwas unter den Weihnachtsbaum gelegt werden solle, niemand wisse jedoch so recht was.¹⁶

Bundeskanzler erläutert im Anschluß seine Gedanken zur Europapolitik. Er beabsichtige, nach den Europawahlen¹⁷ eine große Diskussion über die Zukunft Europas in Gang zu setzen.

Herr *Thorn* führt aus, er verstehe, daß die Bundesrepublik kein neues Faß ohne Boden schaffen wolle. Aber man dürfe auch nicht negativ sein, man könne in dieser Frage etwas machen. Auch in der Frage des Binnenmarktes könne man durch den Abbau von Hindernissen weiterkommen.

Bundeskanzler antwortet, daß er mit diesen Gedanken bei ihm offene Türen einlaufe. Er sei für ESPRIT¹⁸, er sei auch für die Weiterentwicklung des Airbus.¹⁹ Beides seien europäische Projekte. Er fragt Herrn *Thorn* nach dem Terminplan für die Süderweiterung.²⁰

Herr *Thorn* führt aus, materiell brauche man für die Verhandlungen nur noch ein paar Monate. Man könnte vor dem Sommer zu einem Abschluß kommen. Mitterrand habe jedoch noch vor drei Monaten praktisch Nein gesagt. Pisani solle jetzt gesagt haben, daß Frankreich doch bereit sei, sich schneller zu bewegen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1756

gruppe für die Tagung des Europäischen Rats in Athen habe am Vortag das Thema „Neue Politiken“ erörtert. Die EG-Kommission habe für den 15. September 1983 weitere Vorschläge angekündigt, darunter den bereits bekannten über die Schaffung eines europäischen Kapitalmarkts, sowie zu „Fragen des Binnenmarkts (Abschaffung der Grenzkontrollen, Normen, gemeinsamer Markt für Dienstleistungen und öffentliche Aufträge)“. Außerdem sei von französischer Seite ein Memorandum eingebracht worden, in dem „sechs wesentliche Aktionen vorgeschlagen werden (Forschungszusammenarbeit, europäische Normen und gemeinsamer Markt für öffentliche Aufträge, handelspolitische Maßnahmen, Begünstigung der europäischen Firmenzusammenarbeit, Erweiterung der Interventionsmöglichkeiten der EG, europäische Infrastrukturprojekte)“. Staatssekretär Lautenschlager habe die Überlegungen der Bundesregierung erläutert und die Leitlinie „Viel Integration mit wenig Geld“ formuliert. Er habe vor allem auf die wirtschaftspolitische Koordinierung abgehoben und als Ansätze für neue Themenfelder die Forschung, die Verkehrsinfrastruktur und das Fernmeldewesen genannt. Schließlich habe der griechische Vertreter ein eigenes Papier angekündigt, „in dem der Schwerpunkt beim industriellen Rückstand einiger MS gegenüber den fortgeschrittenen MS und bei der Konvergenzförderung auch durch die integrierten Mittelmeerprogramme liegen dürfte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2803; Referat 412, Bd. 130597.

¹⁶ Das Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl am 14. November 1983 kam zu dem Ergebnis: „Neue finanzwirksame Programme sollen jetzt nicht verabschiedet werden (auch nicht als ‚Schubladenbeschlüsse‘). Mit Nachdruck weiterzuentwickeln sind nicht-finanzwirksame Politiken (Herstellung des Binnenmarktes, gemeinsame Umweltschutzstandards, europäische Normen). Unter Betonung der Mittelfristigkeit ihrer Realisierung kann Vorhaben von besonders hoher Priorität, insbesondere dem Informationstechnologie-Programm ESPRIT, zugestimmt werden.“ Vgl. die von Ministerialdirektor Grimm, Bundeskanzleramt, am 15. November 1983 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178879.

¹⁷ Am 14. und 17. Juni 1984 fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

¹⁸ Zum Europäischen Strategischen Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) vgl. Dok. 148, Anm. 42. Das Programm war Thema der EG-Ratstagungen auf der Ebene der Forschungsminister am 26. Oktober in Luxemburg und am 5. November 1983 in Brüssel. Referat 414 vermerkte am 8. November 1983, es sei gebilligt worden „mit folgenden Maßgaben: allgemeiner Finanzierungsvorbehalt; D und GB halten es nicht für angebracht, im gegenwärtigen Zeitpunkt das Finanzvolumen zu nennen [...]“; D legt Vorbehalt zum Beschlußverfahren und damit zusammenhängenden Sachfragen ein.“ Vgl. Referat 414, Bd. 145317.

¹⁹ Zur Weiterentwicklung des „Airbus“ vgl. Dok. 145, Anm. 23, und Dok. 148, besonders Anm. 31.

²⁰ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 126, Anm. 21, und Dok. 176, Anm. 30.

Bundeskanzler wirft ein, auch er habe in den letzten Tagen anderes gehört. Da die Kammerwahlen erst 1986 und die Präsidentschaftswahlen erst 1988 stattfänden, sei er daher zu der Auffassung gekommen, daß es Präsident Mitterrand nicht sehr eilig habe. Aber der Zeitpunkt des Beitrittes spiele eben im Hinblick auf die französische Innenpolitik eine große Rolle.

StS *Lautenschlager* wirft ein, Spanien müsse bis 1985 Klarheit haben, da dann dort gewählt werde.²¹

Präsident *Thorn* geht dann zu der Budget-Frage²² über. Was die „financial guidelines“, die Richtlinien, angehe, so seien sie für ihn wichtig, sie seien auch für die Bundesrepublik wichtig. Er sehe auch die Notwendigkeit, finanzielle Disziplin zu halten. Die Linie der Kommission mit den Abänderungsvorschlägen BM Stoltenbergs²³ sollten auch für England okay sein. Allerdings sei es für England die zweitbeste Lösung. Die Engländer dürften aber nicht auf ihrer extremen Position beharren. Es komme nun darauf an, wie man das Dossier deblockiere. Wer fange an: Papandreou, die Iren, die Dänen? In Wirklichkeit kämen nur die Holländer, die Deutschen oder vielleicht die Franzosen in Betracht. Die Engländer würden sich nur bewegen, wenn sie genau sähen, was für England dabei herauskomme.

Er sei im übrigen sehr besorgt über die wachsende Rolle der Präsidentschaft. Man müsse zu einer „Gemeinschaftspräsidentschaft“ kommen, weg von der „nationalen“ Präsidentschaft.

Er sei der Auffassung, daß man auf beiden Seiten Korrekturen anbringen müsse, auf der Seite der Einnahmen und auf der Seite der Ausgaben. Wenn man nur

²¹ Während der EG-Ministerratstagung am 17./18. Oktober 1983 in Luxemburg fand das „17. Ministertreffen im Rahmen der Beitrittskonferenz EG – Spanien“ statt. Vortragender Legationsrat Karkow teilte am 20. Oktober 1983 mit, das Treffen habe „ganz im Zeichen des in der Nacht zuvor im Agrarrat nach über zweijährigen Beratungen erreichten Kompromisses bei der Anpassung der Marktordnungen für Mittelmeerprodukte“ gestanden. Einige EG-Mitgliedstaaten hätten dies „zur Voraussetzung des Einstiegs in die Landwirtschaftsverhandlungen mit Spanien und Portugal gemacht und diese damit lange blockiert.“ Nunmehr sollten die Verhandlungen mit Spanien über die offenen Agrarfragen noch im laufenden Jahr aufgenommen werden. Vgl. den Runderlaß Nr. 111; Referat 012, Bd. 124453.

²² Im Anschluß an die Vorschläge der EG-Kommission vom 5. Mai 1983 zur Finanzierung des EG-Haushalts wurden auf der Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister am 20. September 1983 in Brüssel weitere Vorschläge beraten, darunter die „Möglichkeit eines gemischten Systems – Abstufung eines Teils der Einnahmen (MwSt.) und Anwendung eines Korrektivs auf die Ausgaben (Anregung Dänemarks zur Schaffung eines ‚Konvergenzfonds‘)“ und der britische Vorschlag eines „Sicherheitsnetzes (automatischer Mechanismus, bei dem Nettotransfer und BIP eines Mitgliedstaates miteinander verbunden werden)“. Vgl. BULLETIN DER EG 9/1983, S. 32.

²³ Am 3. Oktober 1983 legte die EG-Kommission einen Vorschlag zu „financial guidelines“ für die Gemeinsame Agrarpolitik vor. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 131244.

Botschafter Poensgen, z. Z. Luxemburg, berichtete am 26. Oktober 1983, die „financial guidelines“ seien beim Treffen der Zentralen Vorbereitungsgruppe für die Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen erörtert worden: „Zu dem in Okt[ober]-Sonderrat von BM Stoltenberg eingebrachten Ergänzungsvorschlag für eine Verpflichtung des Rates, im Falle eines stärkeren Anwachsenden der Agrarausgaben durch materielle Entscheidungen in einer abgemessenen Frist wieder korrigierend einzugreifen, verwies Kom[mission] zum einen auf die vorgesehene Anwendung einer Dreijahresdurchschnittsformel, die bereits auf dieses Anliegen abziele. Für den Fall eines Absinkens der Garantiegaßen unter den Haushaltsplan sehe Kom Mittelübertragung ins folgende Haushaltsjahr im Sinne einer Reserve vor. StS Tietmeyer verwahrte sich energisch gegen ein solches Finanzgebahren. Die finanziellen Leitlinien müßten als Obergrenze verstanden werden, nicht aber – wie durch Kom – als ‚Anspruchslinie‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 240; Referat 410, Bd. 130352.

auf einer Seite vorgehe, so werde der Einschnitt zu tief ausfallen. Die britische Idee der Nettosalen werde nie von allen Parlamenten ratifiziert werden.

Was die Modellierung der Mehrwertsteuer anbetreffe, so täten sich hier die Franzosen schwer. Ein Agrarmodulator sei vielleicht akzeptabel, jedoch nur unter einem anderen Namen.

Was den Plafond anbetreffe, so werde jede Lösung schwer darstellbar sein, bei der die Bundesrepublik sogleich an die Grenze stoße. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die Deutschland die Sicherheit gebe, daß die Dinge nicht davonliefen, die jedoch nicht sofort zu Rückzahlungen führe. Man könne sich um die Vorschläge der Kommission herum einigen, mit Richtlinien und mit einem Plafond. Wir müßten endlich in die EG Ruhe bringen.

Es sei sehr viel besser, wenn man die Kalkulationsgrundlage der Kommission zugrunde lege. Die Engländer verstünden nicht, daß wir alle jetzt ein vertragliches System haben wollten, das zukünftige Diskussionen unnötig mache, insbesondere die jährlichen Festlegungen englischer Geldforderungen. Wenn die Berechnungen ergäben, daß England 2/3 zurückbekomme, so sei dies akzeptabel. Wenn allerdings die englische Rechnung stimme, so erhalte England nur 1/3 zurück. Wie hoch solle die Einnahmeerhöhung ausfallen? Er glaube, daß die Erweiterung allein 0,2% Erhöhung erfordere. Wenn man noch eine weitere Tranche von 0,2% nehme, komme man auf 1,4.²⁴

StS *Lautenschlager* weist darauf hin, wir wollten auf der Einnahmenseite durch Veränderung des Mehrwertsschlüssels (Modulators) ansetzen. Für die Engländer handele es sich um ein politisches Problem. Jahrelang hätten sie auf einem Ausgleich des Nettosalos bestanden. Jetzt schaffe man das Problem durch eine Neuberechnung aus dem Wege.

Bundeskanzler äußert, wir stünden noch mitten in unseren Überlegungen.²⁵ Er wolle noch ein Wort zur Frage des Stahls sagen. Das Stahlproblem²⁶ sei ungeheuer wichtig für uns. Daran beiße sich die innenpolitische Diskussion fest. Irgendwann müsse er mit der Erweiterung auch mehr Mittel vom Bundestag fordern. Dann werde man mitten in der Stahldiskussion sein.

Bundeskanzler erläutert die Lage der deutschen Stahlindustrie.

²⁴ Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission vom 5. Mai 1983 zur Erhöhung der Eigeneinnahmen; Dok. 134, Anm. 9.

²⁵ Im Gespräch bei Bundeskanzler Kohl am 14. November 1983 kamen die teilnehmenden Bundesminister zu dem Ergebnis: „Eine Bereitschaftserklärung zur Anhebung der eigenen Einnahmen der EG kann nur in Kraft gesetzt werden, wenn auch die anderen Teile des Stuttgarter Verhandlungspaketes Rechtskraft haben. Eine Anhebung der Bemessungsgrundlage vor 1987 bereitet in unserer mittelfristigen Finanzplanung Probleme. Ggf. sollte mit einem kleinen ersten Schritt begonnen und der längerfristige Mehrwertsteuer-Plafond in einem späteren zweiten Schritt hergestellt werden. Ein vereinfachtes Verfahren (ohne Ratifizierung durch die nationalen Parlamente) für weitere Anhebungen der Eigenmittel der EG kommt nicht in Frage.“ Vgl. die von Ministerialdirektor Grimm, Bundeskanzleramt, am 15. November 1983 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178879.

²⁶ Zum Anstieg der Stahleinfuhr aus den EG-Mitgliedstaaten in die Bundesrepublik vgl. Dok. 314, Anm. 23.

Die Bundesregierung forderte von der EG-Kommission außerdem, bei den 1984 anstehenden Verhandlungen über Außenschutzabkommen dafür zu sorgen, „daß der überproportionale deutsche Anteil an den Stahleinfuhren“ aus Nicht-EG-Mitgliedstaaten zurückgedrängt und „die Drittlandsimporte gleichmäßig über das Abkommensjahr verteilt werden, also nicht konzentriert im ersten Halbjahr auf den deutschen Stahlmarkt drängen“. Vgl. die Kabinetttvorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. Oktober 1983; Referat 416, Bd. 130944.

Präsident *Thorn* antwortet, er sei erstaunt, ja überrascht gewesen, als BM Genscher bei ihm mit dieser Frage gleichsam „mit der Tür ins Haus“ gefallen sei. Noch nie habe er mit Herrn Genscher so heftig diskutiert.²⁷ Er stelle die Frage: Würden die Preiskämpfe wirklich von den subventionierten Betrieben ausgelöst? Die Antwort sei Nein. Ein hoher Prozentsatz komme von den deutschen, nicht subventionierten Betrieben. Was die Importe anbetreffe, so übertreibe die deutsche Seite etwas. Die großen deutschen Werke kauften selbst auf Auslandsmärkten Stahl ein und importierten ihn. Kommissar Davignon komme am Samstag morgen²⁸ zurück. Er sei bereit, noch am Samstag mit ihm über dieses Problem zu sprechen.

StS *von Würzen* weist darauf hin, die Drittlands-Problematik könne man hier vergessen. Die Kommission habe hier schnell und gut reagiert.

Präsident *Thorn* weist darauf hin, daß das deutsche Dossier in der Stahlfrage nicht so gut sei, wie es dem Kanzler vorgetragen werde. Er bitte die deutsche Seite, das Angebot der Kommission vom Sonntag²⁹ anzunehmen.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß diese Frage auch mit Frankreich besprochen werden müsse. Er erläutert sodann seine politische Situation (Auseinandersetzung mit Gewerkschaften über 35-Stunden-Woche). Überall in der Bundesrepublik müßten strukturelle Probleme in Angriff genommen werden. Leider ballten sich jedoch die Strukturprobleme zum Teil örtlich wie sachlich zusammen. Die Sanierung müßte fortgesetzt werden. Die Stahlfrage treffe uns jedoch in einem Kerngebiet. Er weist Präsident *Thorn* darauf hin, daß er Stahl zu seiner höchstgelegenen Sache gemacht habe. Für ihn sei das ein ganz ernsthaftes Problem. Man habe in dem heutigen Gespräch über eine Menge Sachen gesprochen, die für ihn hinter diesem Problem rangierten. Natürlich könne es über Nacht keine Regelung geben. Wir sagten auch den Betroffenen, daß Zeit notwendig sei. Erst kürzlich sei Bischof Hengsbach aus dem Ruhrgebiet bei ihm gewesen, ein lebenskluger Mann von 70 Jahren. Er habe ihn darauf hingewiesen, daß es in der Region 5 Minuten vor 12 sei. Einer der großen Stahlindustriellen sage ihm, entweder würden die Grenzen zugemacht oder der Bund mache die Kassen auf.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65

²⁷ Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der EG-Kommission, *Thorn*, am 21. Oktober 1983 in Brüssel und am 22./23. Oktober 1983 in Vouliagmeni; Dok. 314, besonders Anm. 24.

²⁸ 19. November 1983.

²⁹ Die EG-Kommission beschloß am 13. November 1983 eine Reihe von Maßnahmen, „um den drohenden Zusammenbruch des EG-Stahlmarktes zu verhindern“. Legationssekretär Rinnert legte am 14. November 1983 dar, die Vorschläge gingen auf die Interventionen der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff zurück und sähen u. a. Mindestpreise für Flachstahlprodukte sowie Kautionszahlungen vor, die zurückfließen würden, wenn die Stahlunternehmen die Quoten und Mindestpreise einhielten. Außerdem sollten ab 1. Dezember 1983 Warenbegleitpapiere eingeführt werden, „um die Lieferströme vor allem innerhalb der Gemeinschaft transparenter zu machen“. Das Bundesministerium für Wirtschaft habe sich enttäuscht gezeigt, da die vorgeschlagenen Maßnahmen „entweder nicht konkret genug seien oder aber schwer durchführbar und wenig effizient. [...] Neuerliche EGK-Maßnahmen scheinen hiernach darauf abzielen, die Bundesregierung klaglos zu stellen, ohne eine durchgreifende und langfristige Konsolidierung des Stahlmarktes zu bewirken.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130945.

355

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer**422-411.10 USA VS-NfD****22. November 1983¹**Herrn Staatssekretär²

Betr.: Verkauf von ausgesonderten F-104 an die USA zwecks Weiterverkauf an Taiwan

Bezug: Schreiben Tgb.Nr. 1389/83 VS-v vom 27.10.83 von Herrn StS Rühl, BMVg, mit der Bitte von BStS um Antwortentwurf³Anlg.: 1 (Antwortschreiben an StS Rühl VS-NfD)⁴

Zweck der Vorlage: Bitte um Billigung und Zeichnung des beigefügten Schreibens an StS Rühl, BMVg.

I. 1) Die amerikanische Regierung möchte an Taiwan Flugzeuge des Typs F-104 liefern. Zu diesem Zweck hat sie die Bundesregierung gebeten, ihr ausgemusterte F-104 der Bundeswehr zu verkaufen (zunächst zwölf Maschinen, mit der Möglichkeit, die Zahl später bis auf 150 aufzustocken). Diese Flugzeuge wurden mit amerikanischer Lizenz durch deutsche Firmen gebaut.

Die USA haben bereits im August 1982 von der Bundeswehr 64 F-104 zur Lieferung nach Taiwan gekauft. Dabei handelte es sich allerdings um in den USA gebaute Maschinen, die von der deutschen Luftwaffe in den USA zur Ausbildung von Piloten eingesetzt wurden und dementsprechend von ihrer Indienststellung bis zum Rückkauf durch die amerikanische Regierung in den USA stationiert waren.

Der Verkauf dieser F-104 erfolgte auf der Grundlage des deutsch-amerikanischen Ressortabkommens vom Oktober 1965 über die Verwertung überschüssigen deutschen Rüstungsmaterials amerikanischer Herkunft („US-origin“), das uns unter anderem verpflichtet, ausgemustertes Rüstungsmaterial amerikanischer Herkunft zunächst (d.h. vor einem Angebot an Dritte bzw. vor Verschrottung) der amerikanischen Regierung zum Kauf anzubieten. Über Kauf und Lieferung an Taiwan wurde nach Durchführung des Geschäfts in der amerikanischen Presse berichtet.⁵ Die Lieferung an Taiwan erfolgte im Rahmen der amerikanischen Politik der Ausrüstung der taiwanesischen Streitkräfte, die zeitweise das amerikanisch-chinesische Verhältnis erheblich belastete. Die USA ver-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze und Legationsrat I. Klasse Lauk konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Loeck am 2. Dezember 1983 vorgelegen, der für Referat 422 handschriftlich vermerkte: „Schreiben ohne Abänderung abgesandt.“

Hat Henze am 3. Dezember 1983 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. Dezember 1983 vorgelegen.

³ Für das Schreiben des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, an Staatssekretär Lautenschlager vgl. VS-Bd. 10918 (422).

⁴ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 11.

⁵ Vgl. dazu die Meldung „U.S. Sells F-104 Aircraft to Taiwan“, THE WASHINGTON POST vom 9. Februar 1983, S. 4.

suchten, die chinesische Kritik dadurch zu entkräften, daß sie keine modernen Waffensysteme lieferten.⁶ Die F-104 ist in der Tat etwa 20 Jahre alt.

Chinesische Reaktionen uns gegenüber wegen des Verkaufs der Flugzeuge waren nicht zu verzeichnen.

2) Das federführende BMVg hat das Auswärtige Amt bei der Lieferung der 64 F-104 im Jahr 1982 an der Genehmigung des Verkaufs nicht beteiligt.

Seitens des Auswärtigen Amts sind auf Arbeitsebene in zwei Ressortbesprechungen gegen die jetzt von den USA gewünschte Überlassung weiterer F-104 Flugzeuge erhebliche politische Bedenken geltend gemacht worden.⁷ Diese gehen davon aus, daß

- die Zusammenhänge eines solchen Rüstungsgeschäfts der VR China selbstverständlich nicht verborgen bleiben würden;
- die Lieferung an Taiwan aufgrund der besonderen Umstände (durch deutsche Unternehmen gebaute und in Deutschland stationierte Flugzeuge) im Gegensatz zu dem Geschäft von 1982 uns von seiten der VR China ebenso zugerechnet werden würde wie den USA. Dies gilt auch insofern, als wir hinsichtlich der in Deutschland gebauten F-104 im Gegensatz zu dem ersten Verkaufsfall nicht vertraglich verpflichtet sind, die Flugzeuge den USA zum Kauf anzubieten (vgl. II. 2).

Äußerungen der Arbeitsebene des State Department zu der zu erwartenden chinesischen Reaktion erscheinen keineswegs geeignet, diese Bedenken auszuräumen.

Die Äußerung gegenüber der Botschaft Washington lautete wie folgt:

„Die hiesige chinesische Botschaft habe beispielsweise bei Bekanntwerden der gegenwärtig laufenden Lieferungen aus dem Luke-Geschäft (es handelt sich um das Geschäft von 1982) Anfang Februar dieses Jahres gegenüber dem State Department erkennen lassen, daß Peking die Lieferung von Waffensystemen an Taiwan ohne deutlichen Protest hinnehme, solange es sich um ältere Waffentypen handle, über die Taiwan schon verfüge ... Trotz des stillschweigenden Einverständnisses Pekings könne natürlich nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die Lieferung von zuvor in der Bundesrepublik erstandenen F-104 von der chinesischen Führung moniert werden könnte. Die Entscheidung über den Verkauf und das damit einzugehende Risiko liege insofern bei uns.“⁸

⁶ Vortragender Legationsrat Schöning vermerkte am 13. Mai 1983 die Information aus dem Bundesministerium der Verteidigung, daß für die amerikanischen Lieferungen an die Republik China (Taiwan) ursprünglich „Flugzeuge des modernen Typs F-5 vorgesehen gewesen“ seien: „Peking habe Hin-nahme der Lieferung von Starfightern (älterer Stand der Technik) signalisiert.“ Vgl. VS-Bd. 10918 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ In einer Ressortbesprechung am 3. Mai 1983 im Bundesministerium der Verteidigung führte Ministerialdirigent Peckert aus, ein „Verkauf der Flugzeuge an USA wäre zu erwägen, wenn ‚schottendichte‘ Vereinbarung getroffen werden könnte (Verbringung in die USA, Indienststellung in den USA). [...] Das amerikanisch-rotchinesische Verhältnis ist belastbar, das deutsch-rotchinesische Verhältnis ist nicht belastbar. (Deutsch-rotchinesisches Handelsvolumen ca. 4 Mrd. DM, deutsche Exporte ca. 2,1 Mrd. DM.)“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schöning vom 13. Mai 1983; VS-Bd. 10918 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2485 des Botschafters Hermes, Washington, vom 2. Juni 1983; VS-Bd. 10918 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

II. 1) Dementsprechend kamen die Ressorts (BMVg, BMWi, AA) überein, die endgültige Entscheidung von einer Anhörung unseres Botschafters in Peking abhängig zu machen. Während eines hiesigen Aufenthalts warnte Botschafter Schödel in einer Besprechung der beteiligten Ressorts mit größtem Nachdruck vor der Durchführung dieses Geschäfts. Er unterstrich, daß die Lieferung nicht von uns hergestellter Flugzeuge aus Sicht der VR China bereits die Grenze des Tragbaren dargestellt habe; Lieferung aus deutscher Fertigung würde jedoch die größte Gefahr für unsere politischen und Handelsbeziehungen mit der VR China mit sich bringen.

Abteilung 4 stand unter dem Eindruck, daß das BMVg aufgrund dieser Äußerung die Angelegenheit negativ entscheiden würde. Wie sich nunmehr aus dem Schreiben von StS Rühl ergibt, hat das BMVg aber die Entscheidung weiterhin offengehalten.

Maßgeblich hierfür dürften sein

- das Interesse, die Flugzeuge nicht zu verschrotten, sondern zu verkaufen (erwarteter Erlös pro Maschine 1 Mio. US-£);
- die im BMVg auf Arbeitsebene vertretene Ansicht, daß auch für die in Deutschland hergestellten Flugzeuge Anbietungspflicht gegenüber den USA bestehe.

StS Rühl hat jedoch in seinem Brief erkennen lassen, daß er die Ansicht, die Rückkaufklausel gelte auch in diesem Fall, als – arge – Strapazierung der Rückkaufklausel betrachte.

2) Prüfung der Abteilung 5 hat ergeben, daß der Lizenzvertrag vom 18.3.1959 über den Nachbau der F-104 kein Rückkaufrecht zugunsten der USA enthielt und im übrigen inzwischen mit allen Rechten und Pflichten durch Zeitablauf (§ 12 des Vertrages) beendet ist.⁹ Hiernach gibt es keine Grundlage für die Annahme, daß sich das 1965 geschlossene Ressortabkommen retroaktiv auch auf die in Lizenz hergestellten F-104 beziehen sollte. Falls die Rüstungsabteilung des BMVg bei ihrer entgegengesetzten Ansicht bleibt, sollte das BMJ gebeten werden, die rechtliche Seite abschließend zu prüfen.

III. Unter politischen Gesichtspunkten muß die Prüfung sowohl unser Verhältnis zur VR China als auch zu den USA einbeziehen. Die Prüfung führt zu folgendem Ergebnis:

Angesichts der unter II. 1) dargelegten Argumente birgt der Dreiecksverkauf von F-104-Flugzeugen aus deutscher Produktion über die USA an Taiwan die Gefahr einer schweren Belastung unserer Beziehungen zur VR China, deren Führung auf Waffenlieferungen an Taiwan äußerst sensibel reagiert. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist die chinesische Reaktion auf die Lieferung von U-Booten aus den Niederlanden an Taiwan (Abberufung des chinesischen Botschafters aus Den Haag¹⁰).

⁹ Vgl. dazu die Stellungnahme des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterheld vom 21. Oktober 1983; VS-Bd. 10918 (422); B 150, Aktienkopien 1983.

¹⁰ Am 20. Januar 1981 berichtete Botschafter Schödel, Peking, daß die chinesische Regierung die niederländische Regierung zur „Aufnahme von Verhandlungen zur Herabstufung der diplomatischen Beziehungen auf die Ebene von Büros unter Leitung von Geschäftsträgern“ aufgefordert habe. Hin-

Andererseits ist nicht auszuschließen, daß sich die amerikanische Regierung im Falle der Ablehnung über unsere Haltung enttäuscht zeigen könnte.

Die Abwägung führt zu dem Ergebnis, daß das Auswärtige Amt dem Verkauf auch weiterhin nicht zustimmen sollte. Hiernach sollten wir uns dafür aussprechen, daß die amerikanische Seite unter ausführlicher Darlegung unserer Argumente um Verständnis dafür gebeten wird, daß wir ihrem Anliegen in diesem Fall nicht entsprechen können. Falls das BMVg dieser Haltung nicht folgt, muß es ihm überlassen bleiben, das Rüstungsgeschäft im BSR zur Entscheidung zu stellen.

IV. Es wird vorgeschlagen, den beiliegenden Briefentwurf zu unterschreiben.¹¹ D2¹², D3¹³ und D5¹⁴ haben mitgezeichnet.

Fischer

VS-Bd. 10918 (422)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1763

tergrund sei der niederländische Beschluß, die Genehmigung zur Lieferung von zwei U-Booten an die Republik China (Taiwan) aufrechtzuerhalten. Er werde von der chinesischen Regierung als „Verstoß gegen die Prinzipien des chinesisch-niederländischen Normalisierungsabkommens von 1972, als eine Einmischung und Behinderung der friedlichen Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland und als eine Störung von Frieden und Stabilität in der ASEAN-Pazifik-Region“ gewertet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; Referat 341, Bd. 125317.

Die chinesische Botschafterin in Den Haag, Ding Xuesong, wurde im Mai 1981 abberufen und die diplomatische Vertretung herabgestuft. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 785 des Gesandten Nölle, Peking, vom 6. Mai 1981; Referat 341, Bd. 125317.

¹¹ Dem Vorgang beigelegt. Mit Schreiben vom 2. Dezember 1983 wies Staatssekretär Lautenschlager Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, darauf hin, daß sich das amerikanisch-chinesische Verhältnis „zwar trotz Fortsetzung von Waffenlieferungen an Taiwan verbessert habe“, dies aber in Zusammenhang mit der Zusage stehe, „der chinesischen Regierung fortschrittliche Technologie – und zwar auch im Rüstungssektor – zur Verfügung zu stellen“. Demgegenüber könne die Bundesrepublik angesichts ihrer „allgemein restriktiven Politik [bei] Rüstungsexporten und der exponierten Lage [...] keinen Ausgleich durch die Lieferung wichtiger Rüstungstechnologie an die VR China schaffen. Die Lieferung der F-104 würde mit Sicherheit den für das Jahr 1984 vorgesehenen Besuch des Bundeskanzlers in der VR China schon im Vorfeld erheblich belasten.“ Vgl. VS-Bd. 10918 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Franz Pfeffer.

¹³ Walter Gorenflos.

¹⁴ Franz Josef Bertele.

356

**Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner
mit dem französischen Außenminister Cheysson
und Verteidigungsminister Hernu**

201-360.92 FRA-3836/73 geheim

24. November 1983¹

Deutsch-französisches Treffen der Außen- und Verteidigungsminister am 24.11. 1983 von 11.30 bis 15.30 Uhr in Bonn

Teilnehmer

Deutsche Delegation: BM Genscher; BM Dr. Wörner; StS Dr. Rühl, BMVg; MDg Dr. Schauer, D 2 i. V.

Französische Delegation: Minister Claude Cheysson; Minister Charles Hernu; M. Jacques Andréani, Politischer Direktor des Quai; M. François Heisbourg, Conseiller im Kabinett von Minister Hernu.

1) Einleitung

Bundesminister leitete unter Hinweis auf das Ergebnis der Bundestagsdebatte vom 21./22.11.² die Gespräche mit einem Dank an die französische Regierung für ihre Unterstützung und die Bekundung der Übereinstimmung Deutschlands und Frankreichs in einer essentiellen Frage ein. Bundesminister unterstrich, in der Debatte sei es nur vordergründig um Raketen gegangen, Kernpunkt sei gewesen, die Fähigkeit des Bündnisses zu demonstrieren, angesichts massiver sowjetischer Propaganda Einigkeit und Geschlossenheit zu wahren. Außerdem sei es um eine erneute Standortbestimmung der Bundesrepublik Deutschland gegangen. Wichtig sei es jetzt, positive Signale zu setzen. Die enge deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit sei in diesem Zusammenhang wichtig. Es sei erfreulich, wie gut die Rüstungskooperation laufe. Die Zusammenarbeit müsse sich jedoch nicht nur hierauf, sondern auf die gesamte Sicherheitspolitik erstrecken.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 24. November 1983 gefertigt und am selben Tag dem Ministerbüro „mit der Bitte übersandt, die Zustimmung des Ministers einzuholen“.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 29. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 14. Dezember 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Schauer verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 15. Dezember 1983 vorgelegen.

Hat Schauer am 19. Dezember 1983 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11986 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

² Nach zweitägiger Debatte über eine Regierungserklärung zum NATO-Doppelbeschluß sowie über Anträge der Fraktionen der Grünen, der SPD-Fraktion sowie der Fraktionen von CDU/CSU und FDP votierte der Bundestag am 22. November 1983 mit 286 der 512 abgegebenen Stimmen bei 225 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für den Antrag von CDU/CSU und FDP und sprach seine Unterstützung für die Entscheidung der Bundesregierung aus, „entsprechend ihrer Verpflichtung aus dem zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses fristgerecht den Beginn des Stationierungsprozesses einzuleiten“. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 297, Drucksache Nr. 10/620. Für den Wortlaut der Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTe, Bd. 126, S. 2321–2592.

Cheysson betonte, französischerseits sei man von der ruhigen, festen Haltung der Regierung und der beiden Koalitionsparteien zum Doppelbeschluß beeindruckt. Nach französischer Auffassung bestehe zur Zeit die Gefahr, daß die öffentliche Meinung den Sinn nuklearer Waffen nicht mehr voll begreife. In einer solchen Periode sei die klare Haltung der Bundesregierung von besonderer Bedeutung. Der Inhalt der gegenwärtigen Diskussion gehe über die Stationierungsfrage hinaus, es gehe um das richtige Konzept unserer Strategie, nicht nur im militärischen Sinne, sondern auch in unserer Politik gegenüber der Sowjetunion. Was die Arbeitsgruppen³ in diesem Zusammenhang ausgearbeitet hätten, sei wichtig, auch für die Zukunft. Auch er gebe der Rüstungskooperation großes Gewicht. Wichtig sei, daß sich die Zusammenarbeit der vier Minister in die gesamte deutsch-französische Kooperation integriere.

Hernu ging auf die Arbeit des Ausschusses und der Arbeitsgruppen ein und erwähnte, daß das Kabinett am 23.11. beschlossen habe, die Mittel für die Einsätze im Libanon und im Tschad⁴ nicht aus dem normalen Verteidigungsbudget zu bezahlen, sondern durch einen Sonderhaushalt zu finanzieren. Diese Entscheidung teile er vertraulich mit, sie werde voraussichtlich morgen oder übermorgen bekanntgegeben. Er kam außerdem kurz auf das Problem der WEU-Herstellungsbeschränkungen und deren Aufhebung⁵ zu sprechen sowie auf die italienischen Sorgen wegen des trilateralen Treffens der Verteidigungsminister.⁶

BM *Wörner* ging auf die grundsätzliche Debatte über die Strategie des Bündnisses in der Bundesrepublik ein und sagte, im Zentrum stehe die Rolle der nuklearen Waffen. Sie würde von einigen in Frage gestellt. Durch diese Diskussion würde auch die Rolle der Allianz in die Diskussion gezogen und letztlich die Europas. Wir müßten unsere Argumentation offensiver führen. An der Bedeutung der Allianz dürfe kein Zweifel aufkommen. Es müsse ganz klar sein, daß Nuklearwaffen nicht nur heute, sondern auch morgen notwendig seien. Gleichzeitig müsse man die Wichtigkeit der konventionellen Bewaffnung in den Vordergrund rücken und die Sowjetunion auffordern, auch auf diesem Gebiet das Gleichgewicht herzustellen und sich zu gleicher Sicherheit zu bekennen. Außerdem müsse die Statur Europas in der Allianz wachsen.

2) West-Ost-Verhältnis, insbesondere mögliche Reaktionen der Sowjetunion auf die Stationierungsentscheidungen

Bundesminister sagte, man müsse die beiden Teile des Entspannungsprozesses vor Augen haben: den politischen und den, den die Sowjetunion als militärische Entspannung bezeichne. Die Sowjetunion wolle die Dominanz in Europa. In diesem Streben sei sie jetzt durch die Bekräftigung des Doppelbeschlusses gescheitert. Wichtig sei, daß sie dies erkenne. Allerdings seien die Erkenntnismöglichkeiten zur Zeit in Moskau wohl eingeschränkt, niemand wolle sich dort

³ Zur Konstituierung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Zusammenarbeit am 7. Dezember 1982 und zur Einrichtung von Arbeitsgruppen vgl. Dok. 110, Anm. 13.

⁴ Zur Multinationalen Streitmacht im Libanon vgl. Dok. 120, Anm. 16.

Zur Entsendung französischer Streitkräfte in den Tschad vgl. Dok. 236, Anm. 34.

⁵ Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen und zur Empfehlung Nr. 380 der WEU-Versammlung über ihre Aufhebung vgl. Dok. 92.

⁶ Bundesminister *Wörner* traf am 21. September 1983 in Paris mit seinen Amtskollegen *Hernu* (Frankreich) und *Heseltine* (Großbritannien) zusammen. Vgl. dazu Dok. 270, Anm. 39.

jetzt exponieren. Hierin liege Chance und Gefahr. Gefahr, weil der Westen Mäßigung zeigen müsse, die nicht als Schwäche ausgelegt werden dürfe. Die Beschlüsse Großbritanniens⁷, Italiens⁸ und Deutschlands setzten aber in diesem Zusammenhang ein sicheres Zeichen. Zur sicherheitspolitischen Seite glaube er, daß die Sowjetunion nicht nach Genf zurückkehren werde.⁹ Da sie aber weiter an Verhandlungen über INF interessiert sei, werde sie ein anderes Forum suchen und die Fortsetzung der Verhandlungen anstreben. Sie habe sich, das müsse man klar sehen, mit der SS-20-Aufrüstung US-Raketen nach Europa zurückgeholt und außerdem in anderen Ländern, z.B. in Japan, ein neues Sicherheitsbewußtsein geschaffen. Auch aus diesen beiden Gründen müsse sie INF-Gespräche suchen. Die Anregungen Kwisinskijs vom 13.11.¹⁰ seien nur teilweise für die Bundesrepublik bestimmt gewesen. Sie seien auch als ein Signal an Frankreich zu sehen. Die Forderung nach Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme sei taktischer Natur gewesen, sie sei vor allem um taktischer Vorteile in der innerdeutschen Diskussion willen aufgestellt worden. Die Sowjetunion werde diese Belastung im sowjetisch-französischen Verhältnis beiseite zu schieben suchen, da sie ein vernünftiges Verhältnis zum Westen, zu Europa brauche. Im NATO-Kommuniqué müsse man sich der Rolle des Westens zuwenden.¹¹ Man müsse die Frage der Stärke der konventionellen Kräfte in Europa zur Diskussion stellen.

Wir müßten der Sowjetunion aber auch zeigen, daß sich Perspektiven zur Zusammenarbeit eröffneten, daß wir aber auch auf dem militärischen Gleichge-

⁷ Das britische Unterhaus stimmte am 31. Oktober 1983 dem Antrag der Regierung zu, amerikanische Mittelstreckensysteme in Großbritannien zu stationieren, falls in den INF-Verhandlungen in Genf keine Null-Lösung zustande käme. Vgl. dazu HANSARD, COMMONS, Bd. 47, Sp. 624–716.

⁸ Gesandter Jovy, Rom, teilte am 16. November 1983 mit, das italienische Parlament habe „soeben nach zweieinhalbtägiger Debatte zur INF-Thematik“ mit großer Mehrheit eine Resolution der Regierung angenommen, „die praktisch eine Bestätigung des Nachrüstungsbeschlusses und der Entschließung vom 6. Dezember 1979, mit der das italienische Parlament den Nachrüstungsbeschluss billigte“, enthalte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1290; Referat 220, Bd. 124526.

⁹ Nachdem am 23. November 1983 der Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwisinskij, die Verhandlungen in Genf unterbrochen hatte, erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 24. November 1983, daß die UdSSR nach Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa an den INF-Verhandlungen nicht weiter teilnehmen werde. Außerdem werde sie das Moratorium für die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR aufheben, „die vor kurzem begonnenen Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung operativ-taktischer Raketen längerer Reichweite“ auf dem Territorium der ČSSR und der DDR beschleunigen und schließlich wie die USA solche Waffen auch in Ozeangebieten stationieren. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 106.

¹⁰ Am 14. November 1983 informierte Botschafter Hermes, Washington, über informelle Überlegungen des Leiters der sowjetischen INF-Delegation, die Kwisinskij am Vortrag in Genf dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, vorgetragen habe („Parkspaziergang“): „Die Sowjets würden den gegenwärtigen Bestand an INF-Sprengköpfen, einschließlich SS-4 und SS-5, um 572 Sprengköpfe vermindern mit dem Ergebnis, daß ca. 120 SS-20 verblieben. Die USA würden auf die geplante Dislozierung von 572 Systemen verzichten. Die formelle bisherige Bindung der sowjetischen Position an die Drittstaatsysteme Frankreichs und Großbritanniens würde fallengelassen, wenn diese Systeme als Teil des NATO-Arsenals in einem anderen angemessenen Verhandlungsforum berücksichtigt würden. Die bisherige sowjetische Position zu Flugzeugen und zu einem ‚freeze‘ unter Bedingungen in Asien bliebe unberührt.“ Hermes teilte weiter mit: „Der Status der sowjetischen Überlegungen sei unklar, da Kwisinskij Nitze gegenüber gesagt habe, falls Nitze diese Überlegungen als Vorschlag einbringe, könnte die Sowjetunion sie annehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5174; VS-Bd. 12946 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Zu den Überlegungen für das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 346, Anm. 22.

wicht bestehen müßten, gerade im Rahmen der Gewaltverzichtsdiskussion. Die Sowjetunion meine, der Gewaltverzicht erübrige das Gleichgewicht. Er habe immer gesagt, erst das Gleichgewicht, dann der Gewaltverzicht.

Zu den Drittstaatensystemen böten die Äußerungen Mitterrands und des britischen Außenministers vor den VN¹² Perspektiven, aber gäben auch die Voraussetzungen, unter denen diese Perspektiven realisierbar seien. Wir hätten Verständnis für die nukleare Bewaffnung Frankreichs. Als Deutsche, die auf diese Waffen verzichtet hätten¹³, sähen wir in diesen allerdings auch einen Vorteil für Europa, der unseren Interessen diene. Sicher müsse die Rolle Europas im Bündnis gestärkt werden, aber nicht im Widerspruch zu den Vereinigten Staaten. Auch auf diesem Gebiet müsse, wie es auch jetzt geschehe, die Hauptanstrengung von unseren beiden Ländern ausgehen.

Cheysson antwortete, er wolle zunächst auf die Reaktion der Sowjetunion zu den Stationierungsentscheidungen eingehen. Werde sie Mittelstreckenwaffen aufstellen, die amerikanisches Territorium erreichen könnten? Dies könne in Richtung auf eine Abkoppelung der USA von Europa wirken. Bisher seien die USA durch keine SS-20 gefährdet gewesen.

BM *Wörner* sagte, wir hätten hierüber noch nicht im einzelnen gesprochen. Er glaube nicht, daß es im Interesse der Sowjetunion sei, solche Waffen landgestützt zu stationieren. *Cheysson* fragte, warum dann entsprechende Ankündigungen erfolgt seien.¹⁴ BM *Wörner* sagte, diese seien mehr oder weniger unverbindliche Äußerungen gewesen. Er glaube, daß die Sowjetunion eher seegestützte Systeme einführen werde. *Cheysson* betonte, Andropow habe ihm deutlich gesagt, wenn die Pershing II stationiert werde, würden Waffen der gleichen Art gegen die USA eingesetzt.¹⁵ BM *Wörner* fragte, ob er sich wirklich auf landgestützte Systeme festgelegt habe und wo diese wohl stationiert werden sollten. StS *Rühl* fügte hinzu, man habe diese Frage sehr eingehend studiert und sei zu dem Ergebnis gekommen, landgestützte sowjetische INF könnten kein wertvolles amerikanisches Gebiet erreichen. Deshalb schwiegen die Sowjets sich auch darüber aus, ob sie land- oder seegestützte Systeme meinten. Als Stationierungsorte kämen höchstens Sachalin und Kamtschatka in Frage. Die Arktis fiel aus. BM *Wörner* fügte hinzu, auch Kuba käme nicht in Frage. StS *Rühl* ergänzte, das beste für die Sowjetunion seien seegestützte Cruise Missiles, die Anfang 1984 zugeführt werden könnten. *Hernu* stellte anhand eines Schaubildes die Möglichkeiten der Sowjets im strategischen Bereich dar, betonte aber auch die Gefahr der Vernichtung dieser Systeme durch einen amerikanischen Präventivschlag. Er äußerte Zweifel am Einsatz seegestützter Cruise Missiles, weil diese zu langsam seien. Er glaube eher an die SS-NX-20 als neu zu dislozierende Waffe. *Bundesminister* sagte, die USA hätten sich an die abstrakte Drohung

¹² Zu den Reden des Staatspräsidenten Mitterrand und des britischen Außenministers Howe vom 28. September 1983 in New York vgl. Dok. 327.

¹³ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung, den Besitz und den Erwerb nuklearer Waffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

¹⁴ Vgl. dazu die Mitteilungen des sowjetischen Verteidigungsministeriums, des Nationalen Verteidigungsrats der DDR sowie der tschechoslowakischen Regierung vom 24. Oktober 1983; EUROPA-ARCHIV 1984, D 19 f.

¹⁵ Zum Besuch des französischen Außenministers Cheysson vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 49, Anm. 30.

strategischer Waffen gewöhnt. Eine Nuklearwaffenbedrohung aus der Nähe könnte die Bewußtseinslage jedoch verändern. BM Wörner stimmte zu, betonte jedoch, daß diese Wirkung im Grunde wohl nur bei einer Bedrohung aus der Karibik erzielt werden könne. *Bundesminister* sagte, die Sowjetunion sei bewußt vage geblieben hinsichtlich ihrer Reaktionen gegenüber den Vereinigten Staaten. Für die Stationierung in der DDR und ČSSR hätten wir präzise Angaben. Eine erneute Vermehrung des strategischen Potentials halte er für unwahrscheinlich. Die psychologische Wirkung könne sowohl von Waffen auf Kuba als auch von seegestützten ausgehen. Die Sowjetunion werde sicherlich etwas versuchen, um die USA in eine schwierige Verhandlungsposition zu bringen. Weinberger, von ihm befragt, habe gesagt, sie würde es in Kuba versuchen.¹⁶ Er habe erwidert, das glaube er nicht. Aber selbst wenn, wie würden die USA reagieren? Weinberger: wie Kennedy. Er, BM, hoffe nicht, denn damals seien Raketen aus Europa abgezogen worden.¹⁷

Cheysson fügte an, wegen des Verhältnisses USA–Sowjetunion sei es wichtig, engen Kontakt zu halten. Jetzt sei es vielleicht noch etwas zu früh, aber in zwei bis drei Wochen solle man wieder konsultieren, eventuell auch erst zu Beginn des Jahres. Eventuell müsse der Sowjetunion bei der Gesichtswahrung geholfen werden.

3) INF/START

Cheysson sagte, für Frankreich sei die Frage von Bedeutung, ob es in Zukunft noch Gründe gebe, die INF-Verhandlungen gesondert zu führen.

BM Wörner warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, was unser und was das Interesse der Sowjetunion sei. Unser Interesse sei es, die Verhandlungen getrennt zu halten, das sowjetische Interesse, sie zu vereinigen. Wir wollten sie getrennt halten, um zu verhindern, daß sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf Europas Kosten einigten. Seine Prognose sei jedoch, daß beide Verhandlungen zusammenkämen.

Bundesminister fragte nach den französischen Interessen.

Cheysson antwortete sehr vorsichtig: Falls die Sowjetunion INF gegenüber den Vereinigten Staaten stationiere, dann würde es getrennte (INF)-Verhandlungen geben. *Hernu* sagte auf rein persönlicher Basis, im Grunde sei die Fusion beider Verhandlungen logisch, weil man nur auf diese Weise das globale Gleichgewicht herstellen könne, aber er sehe darin auch Gefahren für die Kontinuität der Abschreckungsstrategie.

Bundesminister sagte, die Zusammenlegung der Verhandlungen stelle sich jetzt nach Stationierungsbeginn in der Tat. Man dürfe nicht vergessen, daß im Annex zu SALT II die Option, über andere Systeme zu verhandeln, Erwähnung gefunden habe.¹⁸ Interessant seien die Ausführungen Hernus zur Erhaltung

¹⁶ Bundesminister Genscher traf am 5. Oktober 1983 mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger zusammen. Vgl. dazu Dok. 300, Anm. 27.

¹⁷ Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 120, Anm. 8.

¹⁸ Vgl. dazu die dem Vertrag vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) beigefügte gemeinsame Erklärung der Grundsätze und Leitlinien für künftige Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 393 f.

des globalen Gleichgewichts im Falle der Zusammenlegung. Sie paßten zu den Äußerungen Gromykos von den zwei Gesichtern der Drittstaatensysteme.¹⁹ Diese Äußerung habe die Option offenhalten wollen, diese Waffen auch unter strategischen Gesichtspunkten zu verhandeln. Falls es zur Zusammenlegung beider Verhandlungen komme, sei aber klar, daß sie sich dann nicht auf die Drittstaatensysteme erstrecken sollten. Dies sicherzustellen sei Sache Großbritanniens und Frankreichs.

BM Wörner sagte zu der seines Erachtens zwangsläufigen Zusammenlegung der beiden Verhandlungsforen, es gebe dabei zwei Probleme: Zum einen das der Drittstaatensysteme, die draußen bleiben müßten. Unsere Haltung sei in diesem Falle klar, wir respektierten die französische Haltung und hätten ein Interesse an einem zusätzlichen Risikofaktor für die Sowjetunion. Zum anderen das Problem, daß bei einer Zusammenlegung unsere Interessen eventuell auf der Strecke bleiben könnten, da die Vereinigten Staaten evtl. um des strategischen Gleichgewichts willen Opfer im Bereich der Mittelstreckenwaffen bringen könnten.

4) Die Konferenz der Fünf Nuklearmächte

Cheysson wies auf die Gefahren des Trudeauschen Vorschlags²⁰ hin. Zu einer Fünfer-Konferenz könne es nur unter den von Frankreich genannten Bedingungen kommen. Keiner solle sich in dieser Frage täuschen. Die Forderung nach einer solchen Konferenz verzögere nur die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA. Trudeau bewegten auch innenpolitische Überlegungen. Aber er müsse sich vorsehen, er gefährde den Fortschritt, den er wolle.

Bundesminister erinnerte an die Ausführungen Mitterrands im Oktober 1982 dem Bundeskanzler und ihm gegenüber²¹, in denen der Präsident das Verhältnis der französischen Nuklearwaffen zur Übermacht der Nuklearwaffen der beiden Supermächte dargestellt habe. Er habe vor Augen geführt, daß in der Tat erst substantielle Verminderungen der nuklearen Waffen der beiden Großmächte erfolgen müßten, ehe Frankreich an einen Abbau denken könne. Die Frage der Fünfer-Konferenz werde in den VN aufkommen. Für uns sei die Rede des französischen Präsidenten dort wichtig. Das gelte aber auch für die Fünfer-Konferenz selbst, allerdings nicht ohne die vom Präsidenten genannten Voraussetzungen.

Bundesminister brachte später den Brief Trudeaus an den Bundeskanzler²² zur Sprache, teilte die wichtigsten Punkte daraus mit und machte einige Ausführungen zu MBFR, die weiter unten folgen.

¹⁹ Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 8. September 1983 in Madrid; Dok. 262.

²⁰ Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Trudeau für eine Konferenz der fünf Atomkräfte vgl. Dok. 352.

²¹ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher trafen am 4. Oktober 1982 mit Staatspräsident Mitterrand in Paris zusammen und erneut zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Oktober 1982 in Bonn. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 254, Dok. 255 sowie Dok. 282, besonders Anm. 2.

²² In einem am 18. November 1983 übermittelten Schreiben an Bundeskanzler Kohl zog Ministerpräsident Trudeau eine Bilanz seiner Gespräche vom 8. bis 11. November 1983 in Paris, Den Haag, Brüssel, Rom, Bonn und London und äußerte die Hoffnung, daß auf der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel Einigung über folgende Vorschläge erzielt würde: „a) that all

5) Die Stärkung der konventionellen Komponente der Verteidigung

Cheysson sagte, ein weiterer wichtiger Punkt für Frankreich sei die Rogers-These von der Notwendigkeit der Herstellung des konventionellen Gleichgewichts.²³ Es sei klar, daß den Vereinigten Staaten diese These, mit der die Abkoppelung verbunden sei, gefalle. Sie sei aber gefährlich wegen ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung, die dann in ihren Zweifeln an der Notwendigkeit nuklearer Waffen bestärkt werde. Im übrigen habe ihn sehr interessiert, daß in einer der Arbeitsgruppen die deutsche Seite klargemacht habe, daß wir auf einigen Gebieten im konventionellen Bereich den Sowjets technisch unterlegen seien. (Gemeint war wohl der kürzliche Vortrag des Generalinspektors im deutsch-französischen Ausschuß, in dem General Altenburg auf Schwächen in der elektronischen Kampfführung, der Luftverteidigung und Panzermunitionierung hingewiesen hatte.²⁴)

Hernu nahm Stellung zu den militärischen Schwächen der Amerikaner. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die versuchte Geiselnbefreiung im Iran²⁵, die Bombardierung des Krankenhauses in Grenada²⁶ und bestimmte Probleme bei Kommunikationssystemen. Als ein besonders gravierendes Beispiel nannte er die Überführung der französischen Super-Étendards nach Irak²⁷, die von amerikanischen Geräten nicht hätte verfolgt werden können.

BM *Wörner* sagte, es sei sicher richtig, daß es auf unserer Seite im konventionellen Bereich auf einigen Gebieten Schwächen gebe, auf anderen hätten wir jedoch einen klaren Vorsprung vor dem Warschauer Pakt. Im übrigen habe Rogers recht, wenn er fordere, aus dem Zwang herauskommen zu müssen, früh-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1770

NATO members will be represented at high political level at the inaugural meeting of the Stockholm conference on January 17; and b) that NATO will respond to the latest Eastern proposals on MBFR early in the new year and will be prepared to follow-up its response with a meeting in Vienna at the Foreign Minister level.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135221.

23 Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, für eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte der NATO vgl. Dok. 66, Anm. 6.

Am 7. Juli 1983 erläuterte Rogers seine Vorstellungen über die Rolle konventioneller Waffen und die Notwendigkeit von Atomwaffen für eine glaubwürdige Abschreckungsstrategie erneut in einem Interview. Vgl. den Artikel „Warum wir die Atom-Raketen brauchen“, *QUICK*, Nr. 28 vom 7. Juli 1983, S. 22–25.

24 Ministerialdirigent Schauer faßte am 10. November 1983 die Ergebnisse der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vom 8. November 1983 zusammen, auf der der Generalinspekteur der Bundeswehr, Altenburg, „einen Vortrag über Gliederung, Probleme und Entwicklung der Bundeswehr“ gehalten und dabei „auf drei erhebliche Schwachstellen“ hingewiesen habe: die unzureichende Vorbereitung auf eine elektronische Kampfführung und die dafür notwendige kostspielige Ausrüstung, die „ausgesprochene Unterbevorratung bei moderner Munition“ und schließlich „bedenkliche Lücken in der Luftverteidigung“. Vgl. VS-Bd. 11988 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

25 Am 4. November 1979 wurde die amerikanische Botschaft in Teheran von Demonstranten besetzt; 63 amerikanische Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 331 und Dok. 333.

Zum Versuch einer militärischen Befreiung der Botschaftsangehörigen durch die USA am 24./25. April 1980 vgl. AAPD 1980, I, Dok. 138.

26 Am 25. Oktober 1983 kamen bei einem amerikanischen Luftangriff auf Grenada mehrere Personen ums Leben. In der Presse wurde berichtet, die amerikanischen Soldaten hätten nicht gewußt, daß sich in dem von ihnen bombardierten Fort Frederick ein Krankenhaus für psychisch Kranke befunden habe. Vgl. dazu den Artikel „Neue Erkenntnisse Washingtons über Pläne Kubas auf Grenada“, *FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG* vom 1. November 1983, S. 1.

27 Zur Lieferung französischer Kampfflugzeuge an den Irak vgl. Dok. 302, Anm. 7.

zeitig einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu befehlen. Die vorbedachte Eskalation sei nur dann richtig, wenn sie dem Verteidiger nicht in wenigen Tagen einen Nukleareinsatz aufzwingen. Wir brauchten ein konventionelles Polster, das uns mehr Zeit gebe. Rogers' Tendenz sei also richtig. Man könne ihn so verstehen, daß er von bestimmten taktischen Nuklearwaffen und deren Ersteinsatz ganz wegkommen wolle. Falls er von diesen Nuklearwaffen ganz wegkommen wolle, gefährdeten wir damit allerdings ein entscheidendes Zwischenglied. Auf Rückfrage von BM sagte BM Wörner, er sei nicht ganz sicher, was Rogers wirklich meine. Er sage, er brauche taktische Nuklearwaffen, andererseits wollten die USA selbst eher weg von diesen Systemen. In jedem Fall wisse aber Rogers, daß dies in den nächsten 10 bis 15 Jahren nicht möglich sei. Das gehe auch aus seiner Reaktion auf die Entscheidung von Montebello²⁸ hervor. Dort habe er zum Ausdruck gebracht, er brauche eventuell noch mehr taktische Nuklearwaffen. Auf jeden Fall benötigten wir eine Verstärkung der konventionellen Komponente, und zwar bei der Aufklärung und Führung, bei weiterreichenden Raketen und Flugkörpern sowie bei konventioneller Munition, die wir allerdings nicht vor 12 bis 15 Jahren haben würden. In diesem Zusammenhang müsse er allerdings auf die Probleme für die Rüstungskontrolle in diesem Bereich aufmerksam machen. Der Unterschied zwischen Nuklearwaffen und konventionellen Waffen werde schwinden.

Hernu stimmte dem zu und ging auf die neuesten Forschungsergebnisse im Laser-Bereich und die Entwicklung konventioneller Präzisionswaffen ein. Er schilderte die enormen Fortschritte bei der Entwicklung der letzten französischen atomaren Unterseeboote und deren Raketen.

6) Die KAE

Cheysson sagte, er sei sehr an Stockholm²⁹ interessiert, weil dies der Beginn von Verhandlungen über konventionelle Waffen sei und es dort nicht nur um vertrauensbildende Maßnahmen gehe. Wir müßten dort, wie auch in Madrid, den USA gegenüber klare Positionen einnehmen.

Es bestand Übereinstimmung, daß die Vorbereitung in der NATO gut laufe und trotz amerikanischer Bedenken auch im Rahmen der Zehn³⁰ vonstatten gehe.

Bundesminister unterstrich, daß es, was Stockholm angehe, auch insofern noch Probleme mit den USA gebe, als diese die Chancen, die gerade in der zweiten Phase lägen, noch nicht erkannt hätten. Hier müßten wir mehr Überzeugungsarbeit leisten. Wichtig sei auch, daß in Stockholm klargemacht werde, was die Sowjetunion auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte und deren Verminderung leisten müsse, um einen Beitrag zur Stabilität in Europa zu leisten.

7) Die NATO-Außenministertagung

Bundesminister kam auf die kommende NATO-Tagung³¹ zu sprechen. Es sei sehr wichtig, die sowjetische Einschätzung darüber zu beeinflussen, ob sie in den

²⁸ Zu den Äußerungen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, auf der Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. Dok. 321.

²⁹ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

³⁰ Zum Stand der Vorbereitungen für die KVAE in der NATO und im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 301.

³¹ Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 376.

nächsten fünf Jahren mit den USA zusammenarbeiten könne oder nicht. Brüssel müsse ein positives Signal setzen, um der Sowjetunion klarzumachen, daß ihren Interessen mit einer Konfrontation nicht gedient sei. Daß die USA kooperieren wollten, sei klar. Er bewerte die jüngsten amerikanischen Äußerungen (Botschafter Hartman in Moskau) gegenüber der Sowjetunion, in denen zum Ausdruck komme, daß gewisse Washingtoner Verlautbarungen nicht als ein Infragestellen des sowjetischen Regimes, sondern nur im Rahmen des ideologischen Wettbewerbs zu betrachten seien³², als wichtig. Das Bündnis sei stark genug, ein positives Signal von Brüssel auszusenden.

Cheysson brachte Zweifel zum Ausdruck, ob dieser Gedanke leicht zu realisieren sei, insbesondere dann, falls die Sowjetunion auf die USA gerichtete INF stationiere. Ein derartiger Akt würde die USA von positiven Formulierungen abhalten. Auch Dänemark, Spanien und Griechenland (Zypern!) und die Niederlande und Belgien könnten Schwierigkeiten bereiten.

Bundesminister widersprach im Hinblick auf die Niederlande und Belgien. Im übrigen sollten wir keinesfalls ein erneutes Bekenntnis zum Doppelbeschluß ablegen. Es gehe jetzt um die Erwartungen, die wir an die Sowjetunion stellen. Wir brauchten eine politische Erklärung, und zwar eine dramatische. Bis zur NATO-Ratstagung werde die Sowjetunion voraussichtlich noch keine sehr wichtigen Entscheidungen treffen. Deshalb sei das NATO-Kommuniqué von besonderer Bedeutung.

8) Das Anti-Raketen-Verteidigungssystem (BMD)

Bundesminister brachte seine Besorgnisse über die amerikanischen BMD-Pläne³³ zum Ausdruck.

BM *Wörner* sagte, er habe drei Hauptbedenken. Erstens glaube er nicht, daß man in absehbarer Zeit effektive Systeme schaffen könne. Zweitens werde man den Rüstungswettlauf im All verstärken. Drittens seien die Auswirkungen auf die europäische Verteidigung bedenklich. Es gebe kein System, das Raketen kleiner Reichweiten abdecken könne.

Bundesminister fügte hinzu, selbst wenn die technischen Möglichkeiten zur Realisierung des Projekts bestünden, würde sich die Strategie grundlegend verändern.

Hernu sagte, auch wenn es technisch realisierbar sei, werde die Errichtung eines solchen Systems das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Abschreckung unterminieren. Außerdem werde es einen unkontrollierten Rüstungswettlauf mit sich bringen und drittens die Abkoppelung herbeiführen.

Es entspann sich eine Debatte über die Entstehung des Gedankens auf amerikanischer Seite.

Bundesminister stellte fest, daß die Sache nun einmal in der Welt sei und mit massiven finanziellen Mitteln gefördert werde. Seine Sorge erstreckte sich nicht nur auf die militärischen Aspekte, sondern auch auf die Beeinflussung der öf-

³² Zur Instruktion an den amerikanischen Botschafter in Moskau, Hartman, für entsprechende Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 346.

³³ Zu den amerikanischen Überlegungen für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum vgl. Dok. 339.

fentlichen Meinung. Das Thema solle bei den Vierer-Konsultationen am 7.12. in Brüssel³⁴ erörtert werden.

9) Die WEU und italienische Empfindlichkeiten im Rahmen der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit

Cheysson kam auf die WEU, insbesondere den Ständigen Rüstungsausschuß und die italienischen Klagen über die trilaterale Zusammenarbeit des deutschen, französischen und britischen Verteidigungsministers zu sprechen. Er sei dagegen, diese Zusammenarbeit auf die Italiener auszudehnen. Die Konsultationen mit den USA seien etwas ganz anderes. Ein weiteres Vierer-Gremium zu schaffen, sei nicht richtig. Er sei aber bereit, im nächsten Jahr ein WEU-Ministertreffen in Rom abzuhalten, um so den italienischen Empfindlichkeiten gerecht zu werden.

BM *Wörner* stimmte zu. Eine engere Zusammenarbeit mit Italien müsse die Beneluxstaaten verärgern. Ob man bei der Zusammenarbeit der drei Verteidigungsminister bleibe, müsse geprüft werden. Der Ausweg über eine WEU-Ministerratstagung sei gangbar. Es dürfe nur nicht zu regelmäßigen Treffen dieser Art kommen. Ein Treffen 1984 halte er für richtig.

StS *Rühl* kam auf die Herstellungsbeschränkungen zu sprechen.

BM *Wörner* unterstützte die Aufhebung dieser antiquierten Beschränkungen. Allerdings müsse man in diesem Zusammenhang auch die öffentliche Meinung berücksichtigen und deshalb den Zeitpunkt sorgfältig wählen.

Cheysson sagte, er habe im Mai das gleiche dem BM gesagt.³⁵ Es sei klar, daß diese Beschränkungen antiquiert seien, aber man müsse den Zeitpunkt richtig wählen und die Beseitigung nicht vor oder während der Stationierung vollziehen. *Cheysson* stellte die Frage, ob der Ständige Rüstungsausschuß und das Rüstungskontrollamt mehr Aufgaben im Bereich der Abrüstung übernehmen sollten. BM *Wörner* sagte, keinesfalls vor der Abschaffung der Herstellungsbeschränkungen.

Allgemein bestand Abneigung, den WEU-Organen weitere Zuständigkeiten zuzuweisen.³⁶

10) Die Rüstungskooperation

Hernu kam auf den Panzerabwehrhubschrauber³⁷ zu sprechen.

BM *Wörner* erläuterte im einzelnen unsere Haltung zum Nachtsichtgerät und zur Notwendigkeit, jetzt zu einem „Memorandum of Understanding“ zu kommen. Dieses sei notwendig für den Bundestag, und wir wüßten ja aus den Pan-

³⁴ Zum Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) vgl. Dok. 374.

³⁵ Bundesminister Genscher traf während der deutsch-französischen Konsultationen am 16./17. Mai 1983 mit dem französischen Außenminister Cheysson zusammen. Vgl. dazu Dok. 142.

³⁶ Zu den weiteren Überlegungen hinsichtlich einer Verstärkung der Zusammenarbeit in der WEU und einer Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen vgl. die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Pfeffer vom 2. Januar und vom 23. Januar 1984; AAPD 1984.

³⁷ Zum Projekt eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers (PAH-2) vgl. Dok. 201, Anm. 8.

zererfahrungen, wie schwierig ein Projekt zu realisieren sei, wenn der Bundestag nicht korrekt beteiligt werde.³⁸

Hernu brachte die Sprache auf den Seezielflugkörper ANS³⁹. Die Vereinbarung über die Definitionsphase könne deshalb nicht unterzeichnet werden, weil in der Rechtsabteilung des Quai d'Orsay noch einige Fragen zu prüfen seien. Man könne die Übereinstimmung aber ankündigen. Sachliche Probleme gebe es nicht mehr.

11) MBFR

Bundesminister sagte, ihm sei in der letzten Bundestagsdebatte vorgeworfen worden, er habe in der alten Regierung Fortschritte bei MBFR verhindert.⁴⁰ Das sei insofern richtig, als er gegen die zur Zeit David Owens als Außenminister erhobene Forderung gewesen sei, nach der kein MBFR-Teilnehmer über mehr als 50 % der Streitkräfte des Bündnisses im Reduzierungsraum hätte verfügen dürfen.⁴¹ Diese Forderung, die nur uns treffe, sei den sowjetischen Bestrebungen in idealer Weise entgegengekommen. So sei konventionelle Verteidigung nicht machbar. Dies seien die großen Risiken bei MBFR, die es im Stockholmer Rahmen zu überwinden gelte. Im Zusammenhang mit der Trudeau-Initiative sagte Bundesminister, er habe Zweifel, ob die Außenminister MBFR aufwerten sollten. Bei MBFR müsse man sehr aufpassen, daß dort nicht ein Sonderstatus für die Bundeswehr und für uns herauskomme. Dies sei im Grunde das Kernproblem der ganzen Verhandlungen.

12) Aufklärungsmittel

Hernu unterstrich die Notwendigkeit, über eigene Aufklärungsmittel (Satelliten) zu verfügen. Wir seien ausschließlich auf amerikanische Informationen angewiesen, die uns auch vorenthalten werden könnten. Dieser Punkt habe auch große Bedeutung für die Rüstungskontrolle.

Es bestand Übereinstimmung, dieses Thema im Ausschuß zu behandeln. Es soll untersucht werden, ob zusätzliche Möglichkeiten bestehen.

VS-Bd. 11986 (201)

³⁸ In einem Gespräch im Anschluß an die Unterredung mit den Außenministern Cheysson und Genscher beschlossen Bundesminister Wörner und der französische Verteidigungsminister Hernu am 24. November 1983, am folgenden Vormittag „eine ‚Gemeinsame Richtlinie‘ der Verteidigungsminister an die Rüstungsdirektoren zur Vorbereitung eines Regierungsabkommens zu unterzeichnen“. Die öffentliche Ankündigung der gemeinsamen Entwicklung des Panzerabwehrhubschraubers sollte Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl überlassen bleiben. Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 24. November 1983; Referat 202, Bd. 140666.

³⁹ Anti-Navire Supersonique.

⁴⁰ Der SPD-Abgeordnete Horn sprach sich am 22. November 1983 im Bundestag für „einen neuen Impuls“ bei MBFR aus: „Entscheidendes hat Herr Genscher in der Vergangenheit dabei kaputtgemacht, als Helmut Schmidt seinen Vorschlag machte, daß die nationale Höchststärke nicht 50 % des Gesamtanteils der Landstreitkräfte im jeweiligen Reduzierungsraum von NATO und Warschauer Pakt überschreiten sollte.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2475.

⁴¹ Der britische Außenminister Owen unterbreitete am 27. Februar 1979 im Gespräch mit Bundesminister Genscher den Vorschlag für ein MBFR-Interimsabkommen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 59. Zu den Überlegungen für eine „50%-Klausel“, die Bundeskanzler Schmidt am 9. März 1979 im Bundestag erläuterte, vgl. AAPD 1979, I, Dok. 80.

357

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl
mit Staatspräsident Mitterrand****Geheim****24. November 1983¹**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 24. November 1983, 16.20 bis 18.15 Uhr, in Bonn²

Teilnehmer: Hubert Védrine, Berater im Generalsekretariat; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Brigitte Sauzay-Stoffaas, Dolmetscherin; Frau Gisela Siebourg, Dolmetscherin.

Präsident *Mitterrand* erkundigte sich einleitend über den Verlauf der Bundestagsdebatte zum Doppelbeschluß der NATO.³

Der *Bundeskanzler* gab einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Diskussionen im Bundestag. Beide Debattentage seien sehr wichtig gewesen. Angesichts der politischen Entwicklung der SPD seien sie für ihn aber auch bedrückend gewesen. Er sei zwar jetzt mehr denn je überzeugt, daß die SPD parteipolitisch gesehen lange Zeit in der Opposition verbleiben werde. Er verspüre darüber jedoch keine Freude. Eine CDU an der Macht brauche den Druck einer starken Opposition. Solange sich die CDU nicht bedroht sehe, bestehe die Gefahr, daß sie faul und träge werde. Dagegen sei die CDU immer dann gut, wenn sie sich unter Druck fühle. Im übrigen sei eine starke Opposition auch besser für den Staat. Er hoffe, daß die SPD wieder zu Kräften kommen werde. Dies erwarte er nicht von Helmut Schmidt, der resigniert habe. Im übrigen zeige sich am Beispiel seines Vorgängers, daß sich Geld und Politik nicht vertragen. Dies habe man auch am Beispiel von Giscard d'Estaing erfahren können. Die Bürger seien in diesem Punkt sehr empfindlich. Sie seien eher bereit, menschliche Schwächen zu entschuldigen als die Tatsache, daß Politiker viel Geld verdienen. Dies gelte besonders für die Bundesrepublik Deutschland, aber sicherlich auch für die meisten anderen europäischen Staaten. Helmut Schmidt spiele keine politische Rolle mehr. Seine Rede im Bundestag⁴ sei zwar sehr geschickt gewesen; er könne sie im Kern jedoch nicht akzeptieren. Seine Argumentation sei darauf hinausgelaufen, daß er den Doppelbeschluß unterstützt habe, weil er

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 29. November 1983 gefertigt und am 5. Dezember 1983 „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.

Hat Ploetz am 5. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 6. Dezember 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. November 1983 vgl. auch Dok. 359 und Dok. 361.

³ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des SPD-Abgeordneten Schmidt vom 21. November 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2376–2384.

beschlossen worden sei und nicht, weil er in der Sache richtig sei. Diese Form von Argumentation empfinde er als opportunistisch. Es käme nicht auf den Beschluß an, sondern darauf, daß die Politik richtig sei.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß nach Abschluß der Bundestagsdebatte der Druck aus der öffentlichen Diskussion heraus sei. Sicherlich werde es noch einige psychologische Nachwirkungen geben.

Der Bundeskanzler leitete auf die Resonanz der deutschen Diskussion in der französischen Presse über. Er habe erst vor wenigen Tagen ein Gespräch mit 25 französischen Chefredakteuren geführt.⁵ In diesem Gespräch wie in den Berichten der französischen Presse tauche immer wieder die Frage nach dem zukünftigen Weg der Bundesrepublik Deutschland auf, die Frage nach einem neuen deutschen Nationalismus bzw. Patriotismus, die Frage nach der künftigen Identität Deutschlands. Er wolle deshalb den Präsidenten ganz offen fragen, was er von seinem Wunsch halte, im französischen Fernsehen ein Gespräch über die zukünftige deutsche Politik zu führen. Er würde es für sehr wichtig halten, wenn er einmal die Gelegenheit bekäme, mit klugen französischen Journalisten über die Frage eines deutschen Neutralismus im französischen Fernsehen sprechen zu können. Mit einem solchen Gespräch wolle er erreichen, daß in Frankreich kein neues Mißtrauen gegenüber den Deutschen aufkommen könne.⁶

Der Bundeskanzler erläuterte dem Präsidenten, daß in der Bundesrepublik Deutschland nur auf dem extrem linken Spektrum der Politik und bei solchen Kommunisten, die sich selbst links von Moskau verstünden, sowie auf der äußerst rechten politischen Seite eine Tendenz in Richtung auf Neutralismus zu finden sei. Darüber hinaus habe die neutralistische Idee keine Chance in der Bundesrepublik Deutschland. Unverkennbar sei jedoch, daß die DDR versuche, die kommunistische Ideologie mit der Idee des Nationalismus zu verbinden. In diesem Jahr habe die DDR versucht, Luther als deutschen Patrioten in Verbindung mit dem DDR-Regime darzustellen.⁷

Präsident *Mitterrand* fragte den Bundeskanzler, ob er Kontakt mit dem französischen Fernsehen aufgenommen habe.

Der *Bundeskanzler* verneinte diese Frage. Diese Idee eines Gesprächs im französischen Fernsehen sei ihm erst in den letzten Tagen gekommen. Generell müsse er feststellen, daß im Verlaufe der öffentlichen Diskussion über den Doppelbeschluß der NATO viele psychologische Fehler gemacht worden seien. Beispielsweise hätten die amerikanischen Soldaten im Rahmen eines Manövers ein Massengrab ausgehoben und dazu das deutsche Fernsehen eingeladen.⁸ Dies sei ein Akt des völligen Wahnsinns gewesen.

⁵ Bundeskanzler Kohl gab am 11. November 1983 ein Essen für führende Vertreter französischer Medien.

⁶ Zu französischen Befürchtungen hinsichtlich eines aufkommenden Neutralismus in der Bundesrepublik vgl. Dok. 351, Anm. 37.

⁷ Zu den Feierlichkeiten zum Luther-Jahr in der DDR vgl. Dok. 392.

⁸ In der Presse wurde über das amerikanische Herbstmanöver „Confident Enterprise“ berichtet, das „am Ende gar nicht mehr zuversichtlich aussah: In einem Waldstück bei Hanau hoben Soldaten ein mächtiges Massengrab aus“. Anhand von Meßdaten sei erhoben worden, „wie viele Gefallene ins Massengrab passen“. Nach „scharfem Beschuß“ durch die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik würden die amerikanischen Streitkräfte eine solche Übung künftig nicht mehr durchführen. Vgl. den Artikel „Je nach Bedarf“; DER SPIEGEL, Nr. 40 vom 3. Oktober 1983, S. 116 f.

Präsident *Mitterrand* fragte nach der Einschätzung des Bundeskanzlers über den Fortgang der Verhandlungen nach der Entscheidung des Bundestages.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Stationierung der Pershing II am gestrigen Tage eingeleitet worden sei.⁹ Da es einen Kern von 3000 bis 4000 Berufsdemonstranten gebe, die nachweislich sehr mobil seien, rechne er auch in Zukunft mit Demonstrationen.

Was die Verhandlungen betreffe, gehe er davon aus, daß sie in Genf oder an einem anderen Ort fortgesetzt würden, auch wenn es in Genf zu einer Unterbrechung kommen sollte.¹⁰ Er sei sogar der Meinung, daß die Sowjetunion erst jetzt bereit sei, seriöse Verhandlungen aufzunehmen. Im übrigen verweise er auf die sowjetische Erklärung, daß die Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa jetzt besonders wichtig sei. Der Bundeskanzler unterstrich, daß er jede Verhandlungsebene unterstützen werde, wenn sie Erfolg verspreche, z.B. auch den Vorschlag einer Konferenz der fünf Nuklearmächte.¹¹ Für ihn gelten dabei die Voraussetzungen wie bisher: keine Einbeziehung der Drittstaatsysteme, wenn Frankreich damit nicht einverstanden sei¹², und keine Zustimmung zu einer Lösung, die zu einer Verlegung der sowjetischen SS-20-Raketen nach Asien führe.

Bei der Beurteilung der Lage müsse man aber auch die große Unruhe in den Bündnisstaaten der Sowjetunion berücksichtigen, die sich aufgrund der starren Haltung Moskaus abzeichne. Die osteuropäischen Staaten seien sich dessen bewußt, daß auf sie nicht nur höhere finanzielle Belastungen zukämen, sondern daß die Androhung der Sowjetunion, Kurzstreckenraketen zu stationieren, ein sowjetisches Domestizierungsinstrument darstelle. Präsident *Mitterrand* stimmte dem zu.

In diesem Zusammenhang verwies der *Bundeskanzler* auf den Gesundheitszustand von Generalsekretär Andropow.¹³ Es stelle sich die Frage, wer in Moskau überhaupt regiere. Es gebe vielfältige nachrichtendienstliche Informationen, die die Lage von Generalsekretär Andropow als sehr schwierig darstellten. Als Ausdruck dieser Situation der sowjetischen Führung könne beispielsweise die jüngste Diskussion zwischen den beiden Unterhändlern in Genf, Kwizinskij und Nitze, über die Frage der Einbeziehung der Drittstaatsysteme¹⁴

⁹ Ministerialdirigent Schauer notierte am 24. November 1983 die Mitteilung der amerikanischen Botschaft, daß die ersten beiden Lufttransporte „mit P-II-Raketenteilen und Sprengköpfen am 23.11. um 10.20 Uhr bzw. 13.00 Uhr in Ramstein eingetroffen seien“. Mit weiteren Transporten am 24. November 1983 „sei nach Kenntnis der Botschaft der gesamte Lufttransport für die erste P-II-Batterie abgeschlossen“. Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Zum Abbruch der INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356, Anm. 9.

¹¹ Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Trudeau vgl. Dok. 352.

¹² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 18. November 1983 ein von französischer Seite in der NATO zirkuliertes Schreiben, in dem zu den Vorschlägen des Leiters der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, vom 13. November 1983 ausgeführt wurde: „Nous réaffirmons avec vigueur que le gouvernement français ne saurait admettre une forme quelconque de prise en compte directe ou indirecte de sa force de dissuasion dans le cadre des F.N.I. ou de toute autre négociation.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2101; VS-Bd. 12924 (202); B 150; Aktenkopien 1983.

¹³ Zu Spekulationen über den Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 347, Anm. 3.

¹⁴ Vgl. dazu die Vorschläge des Leiters der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, vom 13. November 1983; Dok. 356, Anm. 10.

und der anschließende Rückpfeiff durch den Verteidigungsminister Ustinow¹⁵ verstanden werden.

Die sowjetische Politik sei voller Widersprüche, erklärte Präsident *Mitterrand*. Frankreich sei davon jedoch weniger betroffen gewesen als die Bundesrepublik. Der Sowjetunion sei es dabei im wesentlichen darum gegangen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dies habe jedoch in Frankreich zu keinen besonderen Schwierigkeiten geführt.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die Fernsehdiskussion des französischen Präsidenten¹⁶ für die öffentliche Debatte als sehr hilfreich. Er bedankte sich bei Präsident Mitterrand ausdrücklich für die französische Haltung. Frankreich sei der wichtigste Freund der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb habe er auch kein Problem in der Diskussion um den sog. zweiten Schlüssel.¹⁷ Er habe dieses Thema vor wenigen Wochen mit Chefredakteuren diskutiert und ihnen gesagt, daß er keinen Schlüssel, sondern ein Vertrauensverhältnis sowie vernünftige Absprachen mit dem französischen Präsidenten wolle. Daran müsse auch der französische Präsident interessiert sein.

Präsident *Mitterrand* bejahte dies und fügte hinzu, daß es in den nächsten Jahren in dieser Frage größere Entwicklungen geben werde. Daß der Schlüssel in den USA liege, sei der Preis für den vergangenen Krieg, den die Bundesregierung, aber auch die französische Regierung bezahlen müsse. Die Zeit sei jedoch noch nicht reif, aus dieser Lage herauszukommen. In diesem Zusammenhang erinnerte Präsident Mitterrand auch an die konventionellen Truppen. „30 Jahre nach dem Krieg sollten neue Absprachen getroffen werden.“

Der *Bundeskanzler* erklärte sich bereit, neue Wege einzuschlagen. Aber er wolle keine Zweifel aufkommen lassen, daß die Bundesregierung an Kernwaffen nicht interessiert sei. Ein solcher Wunsch wäre „das Dümme für uns“. Es sei gut, wenn unsere befreundeten Nachbarn über Nuklearwaffen verfügen. Deutsche Nuklearwaffen würden nur neue Probleme auslösen. Deutschland sei ein geteiltes Land. Wenn die Bundesrepublik zu den 500 000 Soldaten noch Nuklearwaffen besitzen würde, würde man auch in Paris und anderswo sagen, daß dies zuviel sei. Er trete deshalb für eine bessere Zusammenarbeit ein. Man müsse in diesem Zusammenhang über einen größeren Schritt in Richtung auf die verteidigungspolitische Integration nachdenken.

Präsident *Mitterrand* erklärte sich für eine solche Diskussion als offen. Eines Tages müßten wir diese Diskussion führen. Dies beziehe sich jedoch nicht auf den Besitz der Atomwaffe. Atomwaffen verfügen über einen weltweiten Aspekt, der deshalb verschiedene Implikationen nach sich zöge. Man müsse vielmehr eine gemeinsame Sicht entwickeln, wenn man nicht von den Vereinigten Staaten abhängig werden wolle. Man dürfe nicht vergessen, daß die Amerikaner

¹⁵ Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow bekräftigte am 19. November 1983 die Bereitschaft, die sowjetischen SS-20 in Europa auf 140 zu reduzieren, und unterstrich gleichzeitig die Forderung nach Anrechnung der britischen und französischen Systeme. Vgl. dazu den Artikel „Borot'sja za mir, ukrepljat' oboronosposobnost'“; PRAVDA vom 19. November 1983, S. 4.

¹⁶ Staatspräsident Mitterrand gab am 16. November 1983 ein Fernsehinterview zu Fragen der Außenpolitik. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (novembre-décembre), S. 67–80. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 24–26 (Auszug).

¹⁷ Zur Debatte über eine Mitwirkung der Regierungen der Stationierungsländer bei der Entscheidung über einen Einsatz der amerikanischen Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 349.

eines Tages in eine andere Richtung gehen könnten. Europa dürfe sich nicht von einer möglichen isolationistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten abhängig machen. Eine solche Bewegung könne vielleicht schon in vier Jahren auftreten, und wie könne man dann in Europa reagieren? Sicherlich seien dies Überlegungen für die Zukunft. Aber nach der Entscheidung für die Stationierung der Pershing II müsse man jetzt daran denken. Diese Entscheidung war wichtig; dieser Akt mußte vollzogen werden; das sei wesentlich gewesen. Jetzt seien die Voraussetzungen für Frieden, Gleichgewicht und für Verhandlungen geschaffen. Zuvor sei alles verfrüht gewesen. Die Sowjetunion habe bisher das Monopol über die nuklearen Mittelstreckenraketen besessen. Dieses Monopol sei praktisch noch nicht gebrochen, aber symbolisch sei es gebrochen.

Der *Bundeskanzler* ergänzte, daß mit dieser Entscheidung auch die Präsenz der USA in Europa gesichert sei. Dies sei wichtig, damit die Verantwortung für die nukleare Verteidigung Europas nicht nur bei Paris und London läge.

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß weder Paris noch London heute die Sicherheit Europas garantieren könnten, selbst wenn sie es wollten. Es müßten andere Maßnahmen ergriffen werden. Noch vor Ablauf der nächsten zehn Jahre müssen wir über eine stärkere Streitmacht reden. Es müsse eine vertiefte Diskussion geführt werden, um ein „Minimum der Vereinigung“ zu erreichen. Dies sei indirekt auch ein Problem des Athener EG-Gipfels¹⁸: Wenn der gemeinsame politische Wille insgesamt fehle, sei es schwierig, eine gemeinsame Sicht in Fragen der Sicherheit zu erreichen. Italien, Griechenland und andere Mitgliedstaaten weichen immer stärker von der Gemeinsamkeit ab.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß man Möglichkeiten für eine stärkere konventionelle Zusammenarbeit überlegen müsse. Dem stimmte Präsident *Mitterrand* ausdrücklich zu. Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß er nicht glaube, daß es sinnvoll sei, sich auf eine Europäische Gemeinschaft zu konzentrieren, die in der Wirtschaft zusammenarbeite, aber in der Sicherheitspolitik auseinanderlaufe. In diesem Falle würde die Philosophie der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr stimmen. Präsident *Mitterrand* nickte zustimmend. Der *Bundeskanzler* erinnerte an die Vorstellungen der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft. In ihrem Sinne und im Sinne der Römischen Verträge¹⁹ müßte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein neuer Anlauf genommen werden. Er forderte den Präsidenten auf, ähnliche Überlegungen anzustellen, sonst werde die Europäische Gemeinschaft nicht von Dauer sein. Als Beispiel für den mangelhaften politischen Geist innerhalb der Gemeinschaft verwies der Bundeskanzler auf die Weigerung einer griechischen Parlamentsdelegation, bei einem Besuch in West-Berlin die Mauer zu besichtigen.²⁰ Dies könne nicht das Eu-

¹⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

¹⁹ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

²⁰ Auf Einladung des Bundestagspräsidenten Barzel besuchte eine Delegation des griechischen Parlaments vom 7. bis 9. November 1983 Berlin (West) und anschließend bis zum 11. November 1983 die Bundesrepublik. Am 8. November 1983 lehnte die Delegation den vorgesehenen Besuch an der Mauer in Berlin ab. In der Presse wurde berichtet, daß auch ein Besuch des Reichstags nur zustande gekommen sei, nachdem Barzel signalisiert hätte, daß er eine Verweigerung dieses Besuchs als „Affront“ betrachten würde. Allerdings habe die griechische Delegation auch nur solche Räume des Reichstags betreten, von denen aus die Mauer nicht zu sehen sei. Vgl. den Artikel „Verstimmung über

ropa sein, das man wolle. Der Bundeskanzler forderte den Präsidenten auf, in seiner Präsidentschaft²¹ einen neuen Anlauf zu nehmen. Präsident *Mitterrand* stimmte zu. Er sei dazu durchaus bereit.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten nach seiner Meinung zum Beitritt Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft.²²

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß er in der Beitrittsfrage keine unüberwindlich harte Position einnehme. Der Beitritt Spaniens und Portugals hänge von der Lösung anderer Probleme ab, praktischer Probleme im Bereich der Landwirtschaft bei Obst, Gemüse, Weinbau und Fischerei. Diese Fragen seien sehr schwierig. Er wolle die französischen Bauern nicht zu einer Revolution veranlassen. Er glaube jedoch, daß Spanien dies begreife und zu Konzessionen bereit sei. Er sei damit einverstanden zu sagen, daß Spanien nicht zu lange auf eine Antwort warten dürfe. Man dürfe dieses Land nicht hängenlassen. Er sei bereit, eine Frist zu setzen, in der man so oder so abschließen könne. Dies sei jedoch nicht innerhalb von sechs Monaten möglich. Es bleibe schwierig, die Probleme innerhalb einer kurzen Frist auszuräumen. Seine Haltung sei positiv, aber Spanien müsse jetzt entsprechende Konzessionen machen. Er habe den König gesehen²³ und werde noch in diesem Jahr mit MP González zusammentreffen²⁴.

Die Europäische Gemeinschaft der zehn Mitgliedstaaten müsse ihre Probleme vor der Ausweitung regeln. Bisher habe es keine großen Fortschritte gegeben. Er sei zwar ein Freund von MP Papandreou. Dennoch wolle er feststellen, daß er dem Beitritt von Griechenland²⁵ nicht zugestimmt habe. Griechenland lebe im ständigen Konflikt mit der Türkei. Sein Blick sei immer nach Osten gerichtet, und deshalb suche Athen nach Freunden in der Nachbarschaft. Diese Freunde seien Kommunisten wie Bulgarien. Alle Probleme Griechenlands haben nichts mit Westeuropa zu tun. Darüber hinaus habe Griechenland Probleme mit den Vereinigten Staaten, die die Obristenregierung²⁶ unterstützt hätten, während Papandreou, wie bereits sein Vater, im Gefängnis saß.²⁷ Probleme Griechenlands gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika seien aber andere als

Fortsetzung Fußnote von Seite 1780

eine Delegation des griechischen Parlaments“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. November 1983, S. 6.

21 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

22 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 176, Anm. 30, und Dok. 354, Anm. 21.

23 Über sein Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand am 2. November 1983 in Paris berichtete König Juan Carlos im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 2. Dezember 1983 in Madrid, er habe den Eindruck gewonnen, daß „die französische Haltung zum spanischen Beitritt sich auflockere“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1314 des Botschafters Brunner, Madrid; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

24 Staatspräsident Mitterrand traf am 20. Dezember 1983 mit Ministerpräsident González in Paris zusammen.

25 Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1981 bei.

26 Nach einem Putsch am 20./21. April 1967 übernahm in Griechenland eine Militärregierung die Macht. Am 24. Juli 1974 bildete der aus dem Exil zurückgekehrte ehemalige Ministerpräsident Karamanlis erstmals wieder eine zivile Regierung; nach einer Volksabstimmung am 8. Dezember 1974 wurde Griechenland Republik.

27 Nach der Machtübernahme durch das Militär im April 1967 wurde Andreas Papandreou zunächst inhaftiert und in der Folgezeit des Landes verwiesen. Sein Vater, Georgios Papandreou, wurde bis zu seinem Tod 1968 unter Hausarrest gestellt.

gegenüber Westeuropa. Diese Probleme seien sehr verständlich, dennoch sei es verfrüht gewesen, Griechenland in die Europäische Gemeinschaft zu nehmen. Man hätte eine Lösung finden sollen, vergleichbar mit dem Verhältnis Israels zur EG.²⁸

Es gebe keine Einheitlichkeit in der Zivilisation der verschiedenen Staaten. Dies könne man auch am Beispiel Großbritanniens sehen. Deshalb könne es auch keine einheitliche Politik geben. Er wolle nur auf das Problem des Imports von Ersatzfuttermitteln²⁹ als Beispiel verweisen. Für alle Mitgliedsländer stellten sich unterschiedliche Probleme: Griechenland wolle keine Begrenzung der Ersatzfuttermittel; für Frankreich stelle sich dann das Problem der Milch³⁰; Großbritannien fordere einen Haushaltsausgleich³¹; die Bundesrepublik stehe vor dem Problem des Währungsausgleichs³² usw. Nur der politische Wille könne dieses Knäuel auflösen. Vom nationalen Standpunkt aus habe jede Seite recht. Es müsse jedoch ein übergeordnetes Interesse geben. Frankreich und die Bundesrepublik seien die am meisten europäischen Länder; Italien sei abhängiger; Großbritannien „habe den Kopf andersherum“. Jetzt sei eine neue Perspektive erforderlich, d. h., jeder müsse Konzessionen machen. Er sei beunruhigt, weil er keine gemeinsame Politik sehe. Alle verfügen über gute Diplomatien; sie seien untereinander gute Freunde, aber das reiche nicht.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, welche Inspiration er verfolge.

Präsident *Mitterrand* antwortete, daß es notwendig sei, neue Gebiete zu suchen, z. B. die Sicherheitspolitik, Sozialpolitik oder den Bereich der Technologie. Früher seien es Kohle und Stahl gewesen, die als Hebel für die Entwicklung zur Europäischen Gemeinschaft gedient haben. Er frage sich, welche Instrumente heute für einen neuen Fortschritt zur Verfügung stehen können.

Der *Bundeskanzler* nannte als ein Beispiel im Bereich der Technologie das Projekt des Airbus.³³ Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß der Airbus ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik sei. Der *Bundeskanzler* warf ein, daß Großbritannien noch zögere.³⁴

²⁸ Am 11. Mai 1975 wurde ein Freihandelsabkommen zwischen Israel und der EWG geschlossen. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 136 vom 28. Mai 1975, S. 1–190.

²⁹ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Begrenzung der Einfuhr von Getreidesubstituten in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 354, Anm. 12.

³⁰ Zu den Vorschlägen hinsichtlich einer Regulierung des Marktes für Milch und Milcherzeugnisse der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 354, Anm. 10.

³¹ Zu den Ausgleichszahlungen für den britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 270, Anm. 45.

³² Zu einer Neuberechnung der Währungsausgleichsbeträge vgl. Dok. 338, Anm. 14.

In einem Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl am 14. November 1983 wurde als Position für die weiteren Verhandlungen formuliert: „Nicht annehmbar ist jede Regelung, die zu unmittelbaren Einkommensminderungen der deutschen Landwirte führt. Eine Kompensation für den Abbau des Währungsausgleichs über die Mehrwertsteuer (Anhebung der Vorsteuerpauschale von 8 auf 10 % sowie Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Nahrungsmittel von 7 auf 10 % und dadurch Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes) erscheint nicht zweckmäßig.“ Der Währungsausgleich für die Bundesrepublik solle vielmehr wie bislang „im Rahmen der jährlichen Preisverhandlungen abgebaut werden“. Vgl. die von Ministerialdirektor Grimm, Bundeskanzleramt, am 15. November 1983 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178879.

³³ Zur Weiterentwicklung des „Airbus“ vgl. Dok. 145, Anm. 23, und Dok. 148, besonders Anm. 31.

³⁴ Zur britischen Haltung hinsichtlich eines Ausbaus des „Airbus“-Programms vgl. Dok. 270.

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß Großbritannien auch bei dem Ariane-Projekt³⁵ gezögert habe und am Ende dann mitgemacht habe. Man müsse darüber mit Mrs. Thatcher noch einmal reden.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten über ein Monopol in der Flugzeugproduktion verfügen werden, käme das Airbus-Projekt nicht zustande.

Präsident *Mitterrand* erinnerte in diesem Zusammenhang an die Lockheed-Affäre.³⁶ Die USA könnten Preise anbieten, mit denen sie „Gewissen kaufen könnten“. Anschließend würden dann die Preise steigen.

Die Europäer selbst würden über eine gute Technologie verfügen. Sie könnten eine gemeinsame Produktion aufbauen und gemeinsam den Handel nutzen. Die europäische Technologie sei mit der amerikanischen gleichwertig. Warum sollten die Europäer dieses Projekt also nicht betreiben? Italien würde zwar immer wieder wunderbare Reden führen, wenn aber Vertreter von Boeing nach Rom kämen, sei alles schnell vergessen.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal die Entschlossenheit der Bundesregierung, das Projekt des Airbus weiterzuverfolgen. Wenn dies nicht möglich sei, würden die USA die Bedingungen diktieren.

Man dürfe auch nicht vergessen, erklärte Präsident *Mitterrand*, daß ein solches Projekt auch eine Quelle für Arbeit und Forschung sowie für den Ausbau der europäischen Elektronikindustrie sei. Nehme man die Summe der Möglichkeiten von Frankreich, Großbritannien, Bundesrepublik und Italien zusammen, sei das mehr, als Japan leisten könne, dennoch erobere Japan den Markt. Im Bereich der Elektronik verfügten die Europäer zusammen nur über 16% des Marktes. Dies sei vor allem deshalb töricht, weil die Europäer nicht dümmer als die Japaner und Amerikaner seien.

Der *Bundeskanzler* berichtete über seinen Besuch in Japan.³⁷ Er habe dort öffentlich erklärt, daß die Europäer keinen Grund hätten, Angst vor dem japanischen Markt zu haben.³⁸ Die Europäer müßten nur antreten, auch in Japan. Es gebe bereits eine Reihe deutscher Produkte, wie z. B. BMW, Mercedes, pharmazeutische Produkte, die sehr erfolgreich auf dem japanischen Markt seien. Die Weltuntergangsstimmung, die es bei einigen Europäern gebe, daß Japan nicht zu schlagen sei, sei völliger Unsinn.

Präsident *Mitterrand* verwies darauf, daß die Japaner sehr diszipliniert seien und eine sehr harte Ausbildung erhalten würden. Dies müsse man bei uns ebenfalls machen. Er berichtete, daß viele junge Franzosen an amerikanischen Universitäten studieren würden, insbesondere im Bereich der Naturwissenschaften

³⁵ Die Europäische Weltraumkonferenz bestätigte am 31. Juli 1973 ihren Beschluß vom 20. Dezember 1972 zum Bau der Trägerrakete L3S. Am 21. September 1973 schlossen einige ESRO-Mitgliedstaaten, u. a. die Bundesrepublik, mit der ESRO eine Vereinbarung zur Durchführung des Projekts, das den Namen „Ariane“ erhielt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 1322–1332.

³⁶ Zu den Ermittlungen gegen die amerikanische Firma Lockheed wegen der Zahlung von Bestechungsgeldern („Lockheed-Affäre“) vgl. AAPD 1976, I, Dok. 79.

³⁷ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Japan vgl. Dok. 322 und Dok. 323.

³⁸ Vgl. dazu die Rede des Bundeskanzlers Kohl am 2. November 1983 in Tokio vor japanischen Wirtschaftsverbänden; BULLETIN 1983, S. 1114–1116.

wie Physik, Biologie und andere Fächer. Bis zum Alter von 20 Jahren schnitten die Franzosen in den USA bei den Leistungen am besten ab. Da jedoch beim fortführenden Studium jeder praktische Bezug fehle, höre das mit 20 Jahren abrupt auf. Das Ausbildungssystem in der Bundesrepublik sei in diesem Zusammenhang besser.

Der *Bundeskanzler* gab einen Überblick über die Lage des deutschen Ausbildungssystems. Was jedoch die direkte Umsetzung von wissenschaftlicher Ausbildung in die Praxis betreffe, könne man von den USA wie von Japan lernen. Er verweise nur auf die Beispiele, wie Silicon Valley in den Vereinigten Staaten. Der Bundeskanzler kündigte entsprechende Initiativen für die Bundesregierung an. Noch immer würden in der Bundesrepublik viele Leute am Bedarf vorbei ausgebildet. Die Folge sei nur die Demoralisierung der Betroffenen. Noch nie habe es in der Bundesrepublik so wenig Schüler und gleichzeitig so viele Lehrer gegeben. Er habe keine Sorge, daß die Bundesregierung ihre ökonomischen Probleme in den Griff bekomme. Das jüngste Sachverständigengutachten zeige, daß die Erholung der Wirtschaft in der Bundesrepublik langsame, aber sichere Fortschritte mache. Sicherlich müßte noch einiges getan werden. Die Bundesregierung sehe sich mit einer Reihe von Strukturproblemen konfrontiert, z. B. im Bereich der Kohle und des Stahls, die noch sehr viel Geld kosten würden. Davon seien besonders einige Standorte wie das Saarland und das Ruhrgebiet betroffen. Diese Gebiete könnten in den 90er Jahren das Armenhaus Deutschlands bilden, wenn die Bundesregierung nicht aufpasse. Zu den sog. reichen Regionen gehörten heute Baden-Württemberg und Bayern. Dies spiegele sich insbesondere in der Frage des Finanzausgleichs zwischen den Ländern³⁹ wider. Auf diesem Hintergrund müsse man das Problem der Arbeitslosigkeit sehen, die sowohl strukturell wie regional bedingt sei.

Präsident *Mitterrand* leitete auf den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung über, den er von deutscher Seite erhalten habe.⁴⁰ Er bezeichnete die deutsch-französischen Konsultationen als keine gute Gelegenheit für ein gemeinsames Kommuniqué. Die jetzt zur Verfügung stehende Zeit sollte man nicht für ein solches Kommuniqué verwenden. Häufig stünden darin Dinge, über die man gar nicht geredet habe. Er schlage vor, nach dem Gipfel in Athen persönlich den Kontakt wieder aufzunehmen. Er käme gerne wieder in die Bundesrepublik, und dann könne man sehen, was man auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfes machen könne. Er sei bereit, für die französische Präsidentschaft gemeinsam Richtlinien zu entwickeln. Im übrigen habe er auch bei seinem Be-

³⁹ Artikel 106 Absatz 4 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 sah einen Finanzausgleich zur Sicherung der „Leistungsfähigkeit auch der steuerschwachen Länder“ sowie zum Ausgleich für unterschiedliche Ausgabenbelastungen der Länder vor. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 14.

⁴⁰ Am 17. November 1983 übermittelte Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, Staatssekretär Meyer-Landrut den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zu den deutsch-französischen Konsultationen und teilte mit, die Erklärung solle „vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Weltlage in grundsätzlicher Form zu Kernfragen unserer Politik Stellung“ beziehen. Für den Entwurf und das Schreiben vgl. Referat 420, Bd. 130841.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 21. November 1983, das Auswärtige Amt habe nach Rücksprache mit dem Bundeskanzleramt am 18. November 1983 einen überarbeiteten Entwurf übermittelt, den Stabreit am 21. November 1983 in Düsseldorf „mit seinem französischen Kollegen Morel (Élysée) als Arbeitsentwurf, also unter Vorbehalt der Zustimmung der politischen Ebene“, besprechen wolle. Vgl. die Aufzeichnung sowie den beigefügten Entwurf; Referat 202, Bd. 140666.

such in Italien⁴¹ und Großbritannien⁴² den Vorschlag eines gemeinsamen Kom-muniqués abgelehnt, um die zur Verfügung stehende Zeit nicht mit der Ausar-beitung einer solchen Erklärung zu blockieren. Er wolle aber gerne zu Beginn des neuen Jahres in die Bundesrepublik kommen, um auf einer Arbeitssitzung gemeinsame Richtlinien zu entwickeln. Dafür könne der vorliegende Entwurf als Grundlage dienen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Präsident *Mitterrand* schlug vor, das gemeinsame Treffen im Januar auf der morgigen Pressekonferenz anzukündigen. Man solle sagen, daß er eine Einladung des Bundeskanzlers erhalten habe, und diese entspräche der Einladung, die er im Juni gegenüber dem Bundeskanzler ausgesprochen habe.⁴³ Der *Bundeskanzler* schlug vor, dieses Arbeitsgespräch bei ihm zu Hause in Ludwigshafen durchzu-führen.⁴⁴

Im Anschluß daran besprachen der Bundeskanzler und der Präsident die mög-lichen Themen für die gemeinsame Pressekonferenz.

Der Bundeskanzler schlug vor, den Schwerpunkt auf die Sicherheitspolitik zu legen. Ein weiteres Thema, das er ansprechen wolle, sei die Einladung der Bun-desregierung zu einer internationalen Ost-West-Umweltschutzkonferenz im Frühsommer 1984 in München. Es sei wichtig, daß im Ost-West-Verhältnis nicht nur über Raketen gesprochen werde, sondern auch über Fragen, wie z.B. des Umweltschutzes. In diesem Sinne habe er auch Generalsekretär Andropow ei-nen Brief geschrieben und ihn zu dieser Konferenz eingeladen.⁴⁵

Präsident *Mitterrand* erklärte sich mit dieser Initiative der Bundesregierung einverstanden und stimmte der Teilnahme Frankreichs zu. Auf Frage des Prä-sidenten berichtete der *Bundeskanzler* über die wahrscheinlichen Ursachen für das Waldsterben in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Anschluß daran sprach der Bundeskanzler das Thema des neuen Präsi-denten der Europäischen Gemeinschaft an.⁴⁶ Der neue Präsident der Kommission müsse im Januar 1985 antreten. Er überlege, ob die Bundesregierung für den neuen Präsidenten einen eigenen Personalvorschlag unterbreiten solle. Hallstein sei der letzte deutsche EG-Präsident gewesen.⁴⁷ Er könne nur soviel sagen, daß keiner der jetzigen deutschen Kommissare⁴⁸ als Kandidat vorgeschlagen werde.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß Hallstein ein großer Präsident gewesen sei. Er selbst habe noch keine Überlegungen, noch einen eigenen Kandidaten.⁴⁹ Der

⁴¹ Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 17./18. November 1983 in Italien auf.

⁴² Staatspräsident Mitterrand besuchte Großbritannien am 20./21. Oktober 1983.

⁴³ Vgl. dazu Punkt 8) der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl am 25. November 1983 vor der Presse; EUROPA-ARCHIV 1984, D 49.

⁴⁴ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 2. Februar 1984 auf Schloß Ludwigs-höhe zusammen. Für die Gespräche vgl. AAPD 1984.

⁴⁵ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 28. Oktober 1983 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow; Dok. 319.

Die multilaterale Umweltkonferenz fand vom 24. bis 27. Juni 1984 in München statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Juli 1984; AAPD 1984.

⁴⁶ Die Amtszeit des Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, lief am 31. Dezember 1984 aus.

⁴⁷ Walter Hallstein war von 1958 bis 1967 Präsident der EWG-Kommission.

⁴⁸ Wilhelm Haferkamp und Karl-Heinz Narjes.

⁴⁹ So in der Vorlage.

Bundeskanzler betonte noch einmal, daß die Entscheidung über den neuen EG-Präsidenten im kommenden Jahr getroffen werden müsse.

Der *Bundeskanzler* berichtete anschließend über sein Gespräch mit dem jordanischen König Hussein.⁵⁰ Er wies auf die explosive Situation im Nahen Osten hin, auf die Auseinandersetzungen innerhalb der PLO⁵¹ sowie auf die israelische Siedlungspolitik⁵², die auf der Westbank vorangetrieben werde. Es sei unübersehbar, daß Israel die amerikanischen Wahlen⁵³ für seine eigenen Interessen nutzen werde und es nicht auszuschließen sei, daß Israel auf der Westbank ein *fait accompli* schaffen wolle. König Hussein beabsichtige deshalb, das jordanische Parlament wieder einzuberufen, um auf diese Weise die Palästinenser der Westbank erneut politisch einzubinden und eine neue Initiative zur Lösung des Palästinenser-Problems einzuleiten. König Hussein habe ihm angekündigt, daß er über seine Pläne auch mit Präsident Mitterrand und Mrs. Thatcher sprechen wolle.

Präsident *Mitterrand* fragte den *Bundeskanzler*, was er von diesen Plänen Husseins halte. Soweit er die Region kenne, könne er nicht recht beurteilen, was König Hussein am Ende wirklich tun könne. Jordaniens Regime sei schwach. Man müsse auch sehen, daß der Einfluß der Palästinenser in Jordanien, Saudi-Arabien und in den Emiraten in dem Maße zunehmen werde, in dem die PLO politisch und militärisch zurückgewiesen werde.

Frankreich sei mit dem Libanon sehr eng verbunden. Der Libanon sei durch die israelische Invasion⁵⁴ zerstückelt worden. Man dürfe nicht vergessen, daß der Libanon Syrien in das Land gerufen habe. Syrien nutze jetzt diese Aufforderung, die eigenen Interessen zu verfolgen und eine Art Annexion durchzuführen. Wenn Syrien dies international nicht durchsetzen könne, werden sie es über Politiker versuchen, die sie ihrer Macht unterworfen haben. Syrien werde sich solange nicht aus dem Libanon zurückziehen, solange es keine Garantie habe, daß der Libanon treu verbunden bleibe. Andererseits könnte es sein, daß sich Israel mit einem schwachen und abhängigen Libanon in der Größe der Region von Beirut und Umgebung zufriedengeben könnte. Er könne darin keine gute Entwicklung sehen.

Frankreich beteilige sich an der Multilateralen Streitmacht.⁵⁵ Sie habe sich als sehr nützlich erwiesen. Es sei gelungen, wiederholt Massaker zu verhindern. Ebenso konnte der libanesischen Regierung eine Chance eingeräumt werden. Die französischen Kräfte dienen dazu, vielen Menschen im Libanon die Sicherheit zu garantieren. Die französischen Kräfte seien beim Volk sehr beliebt, dennoch habe es 17 Ermordungen und das bekannte brutale Attentat gegeben, das 59 Franzosen das Leben kostete.⁵⁶ Die 2000 französischen Soldaten im Li-

⁵⁰ Für das Gespräch des *Bundeskanzlers* Kohl mit König Hussein am 6. Oktober 1983 in Amman vgl. Dok. 291.

⁵¹ Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der PLO vgl. Dok. 325, Anm. 12.

⁵² Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 291, Anm. 9.

⁵³ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁵⁴ Zum israelischen Einmarsch in den Libanon vgl. Dok. 12, Anm. 7.

⁵⁵ Zur Multinationalen Streitmacht im Libanon vgl. Dok. 120, Anm. 16.

⁵⁶ Zu den Anschlägen auf das amerikanische und das französische MNF-Kontingent im Libanon vgl. Dok. 314, Anm. 9.

banon hätten selbst noch keinen einzigen Schuß abgegeben, dennoch seien sie bedroht, und dies sei das Problem Frankreichs. Inzwischen habe die französische Marine einen Gegenschlag durchgeführt.⁵⁷ Es wäre entehrend gewesen, wenn Frankreich aufgrund eines terroristischen Anschlages den Libanon verlassen hätte. Dennoch dürfe man nicht vergessen, daß sich die französischen Truppen in einem fremden Land aufhielten und zunehmend mit einem bestimmten Clan identifiziert würden. Auf der anderen Seite habe man in dieser Nacht tausend Palästinenser nach Algerien ausgeflogen.⁵⁸ Nach wie vor bestehe jedoch die Gefahr eines Heiligen Krieges und Kreuzzuges. Dies stelle für Frankreich eine ernsthafte Prüfung dar. Frankreich befinde sich im Libanon nicht im Kriegszustand, dagegen befinde sich Israel im Krieg. Deshalb sei die Situation Frankreichs im Libanon zweideutig.

Er habe über diese Probleme auch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi gesprochen. Für die nahe Zukunft sehe er keinen Ausweg. Der Libanon müsse eine eigene nationale Armee aufbauen. Die libanesische Armee müsse doppelt so stark sein wie heute, dann sei es ihre Aufgabe, für die Sicherheit zu sorgen. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß die Mehrheit der libanesischen Armee Moslems seien. Dieser Prozeß der Stärkung der libanesischen Armee müsse beschleunigt werden. Für Frankreich stelle sich im Libanon auch das Problem der Würde. Im übrigen würden sich die Franzosen im Libanon sehr gut auskennen. Es sei für sie sehr leicht gewesen, herauszufinden, wo die Attentäter hergekommen seien. Solange sich jedoch die Attentäter in Beirut aufgehalten hätten, habe Frankreich nicht reagieren wollen, um Gegenschläge zu vermeiden und damit die Zivilbevölkerung zu gefährden. Erst als sie wußten, daß sich die Attentäter in die Ausbildungslager zurückgezogen hatten, habe Frankreich zugeschlagen. Die meisten der Attentäter waren Libanesen und einige wenige Iraner. Diese Entscheidung für einen Gegenschlag sei nicht angenehm gewesen. Aber sie hätten gewußt, daß weitere Anschläge vorbereitet wurden. Die Attentäter verfügten über einige Dutzend Kamikaze-Leute. Bei dem Attentat gegen die französischen Soldaten handelte es sich um einen ganz jungen Mann, bei den amerikanischen Truppen seien es zwei Mann gewesen. Diese Art von Terrorismus sei sehr gefährlich.

Präsident Mitterrand unterstrich noch einmal, daß er keinen Ausweg in naher Zukunft sehe. Man müsse wissen, daß die iranische Grenze die Trennungslinie zwischen der arabischen und der persischen Welt darstelle. Zwischen Khomeini und Assad bestünde eine besondere Feindschaft. Der Krieg mit dem Irak habe für den Iran auch den Vorteil, daß die iranische Armee beschäftigt bleibe.

⁵⁷ Am 17. November 1983 bombardierte die französische Luftwaffe ein Ausbildungslager östlich der Stadt Baalbek im Libanon. Vgl. dazu die Ausführungen des Ministerpräsidenten Mauroy am 23. November 1983 in der französischen Nationalversammlung; *LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE* 1983 (novembre-décembre), S. 90.

⁵⁸ Am 30. November 1983 führte Ministerpräsident Mauroy in der französischen Nationalversammlung zum Gefangenenaustausch zwischen Israel und der PLO vom 24. November 1983 aus, daß sechs von der PLO gefangengenommene israelische Soldaten und 4683 palästinensische Gefangene im Libanon freigegeben seien. Frankreich habe zu diesem Austausch beigetragen und 1117 Palästinenser nach Algerien ausgeflogen. Vgl. dazu *LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE* 1983 (novembre-décembre), S. 99.

Frankreich habe nicht die Absicht, sich in den iranisch-irakischen Konflikt weiter einzumischen. Der französische Waffenexport sei nichts anderes als die Erfüllung von Verträgen, die sein Vorgänger abgeschlossen habe. Die fünf Super-Étendard-Maschinen, die Frankreich an den Irak geliefert habe⁵⁹, seien der Mirage unterlegen. Diese Flugzeuge seien aber noch unter dem Präsidenten Giscard bestellt worden. Der Irak sei der erste Kunde der Welt für die Mirage gewesen. Er selbst habe diese Politik des Waffenexports nicht gewünscht, und er werde sie auch nicht fortsetzen. Er müsse jedoch die Verträge einhalten, denn der Irak sei ein Freund Frankreichs. Die Großmächte würden sich in diesem Konflikt sehr vorsichtig verhalten. Der Irak erhalte ein Drittel der Waffen aus Frankreich und zwei Drittel aus der Sowjetunion.

Die französischen Waffenverkäufe seien bereits 1980 in Verträgen festgelegt worden. Frankreich verbinde eine starke Freundschaft zu den arabischen Ländern. So habe Frankreich auch in den vergangenen Tagen den Gefangenenaustausch zwischen Israel und den Palästinensern durchgeführt. Sechs Israelis seien von Arafat übergeben und mit 4000 Palästinensern ausgetauscht und nach Algerien bzw. nach Israel gebracht worden. Arafat wollte nur mit Frankreich verhandeln. Sehr gute Beziehungen habe Frankreich auch zu Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, zu den Emiraten, Tunesien und Marokko. Schwierigkeiten gebe es mit Libyen und Syrien. Dagegen habe man mit beiden Jemen gute Beziehungen. Vor zehn Tagen habe ihn der Präsident des Sudan besucht.⁶⁰ In Kürze werde ihn der Präsident des Süd-Jemen⁶¹ besuchen, das bekanntlich ein kommunistisches System habe. Der Präsident des Süd-Jemen habe seinen Besuch nach dem französischen Gegenschlag im Libanon noch einmal bestätigt.

Wenn der Iran den Krieg gewinnen sollte, werden die Regierungen aller dieser Länder, wie des Irak, Saudi-Arabiens und der Emirate, verschwinden. Sollten wir das geschehen lassen? Die Situation in Syrien sei für Frankreich sehr seltsam. Frankreich habe gute Beziehungen zu Syrien, sie seien aber schlechter als die Beziehungen Syriens zur Sowjetunion. Moskaus Verhältnis zu Arafat stehe aber teilweise auch im Widerspruch zur Haltung Syriens gegenüber Arafat. Dieses Dilemma spiegele sich auch bei der Politik der französischen Kommunistischen Partei wider.

Vielleicht könne es den Vereinigten Staaten gelingen, Syrien wieder in den Westen zurückzuführen. Oder wollten die USA Syrien dem Erdboden gleichmachen? Er hoffe nicht, daß beides am gleichen Tag geschehe.

Die französischen Truppen im Tschad⁶² hätten bis zur Stunde noch keinen Schuß abgegeben. Es habe noch keinen einzigen Toten gegeben. Frankreich habe im Tschad eine sehr starke Position. Gaddafi wage es nicht, anzugreifen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die französische Politik im Tschad als sehr klug und differenziert. Präsident *Mitterrand* berichtete, daß das ganze Schwarzafrika gezittert habe. Elf afrikanische Staaten hätten sich an ihn gewandt. Er habe Gaddafi Einhalt geboten und damit letzten Endes auch der Sowjetunion.

⁵⁹ Zur Lieferung französischer Kampfflugzeuge an den Irak vgl. Dok. 302, Anm. 7.

⁶⁰ Präsident Nimeiri besuchte Frankreich am 14./15. November 1983.

⁶¹ Ali Nasser Mohammed.

⁶² Zur Entsendung französischer Streitkräfte in den Tschad vgl. Dok. 236, Anm. 34.

Z. B. hätten sich Kamerun, Niger, die Zentralafrikanische Republik und Nigeria an ihn gewandt. Die Gefahr sei, daß die jetzige Situation im Tschad zu lange anhielte. Gaddafi sei jetzt bereit, zu verhandeln.

Präsident Mitterrand berichtete von seinen Gesprächen mit dem Präsidenten von Madagaskar⁶³, der ein Freund von ihm sei, aber der progressistischen Gruppe mit der Sowjetunion angehöre. Der Präsident von Madagaskar sei nach Libyen zum Besuch der afrikanischen Jugendspiele gefahren und im Anschluß direkt zu ihm nach Paris gekommen. Er habe ihm folgende Geschichte erzählt: Zuerst hätten die offiziellen Gäste in Libyen zwei Stunden in der Sonne gestanden, um der Militärparade beizuwohnen. Gaddafi selbst sei nicht anwesend gewesen. Nach zwei Stunden sei er gekommen, 15 Minuten geblieben, und dann habe er alles abgesagt. Die Parade sei abgebrochen worden, nachdem alle Staatschefs bereits zwei Stunden in der Sonne geschmort hätten. Am Nachmittag hätte das Fußballenspiel zwischen Libyen und Madagaskar stattgefunden. 20 Minuten vor Spielende sei Madagaskar am Gewinnen gewesen. Der Schiedsrichter sei jedoch ein Libyer gewesen. Er hätte daraufhin den Ball unter den Arm genommen und ihn elf Meter vor das Tor von Madagaskar gelegt und den Libyern die Möglichkeit für ein Tor gegeben. Madagaskar hätte zwar protestiert, aber am Ende nachgegeben. Am Abend hätte der Präsident von Madagaskar ein politisches Gespräch mit Gaddafi gehabt. Dies sei um 22.00 Uhr außerhalb der Stadt angesetzt worden. Gemeinsam sei man an den Strand gefahren. Dort sei ein Tisch mit zwei Stühlen gestanden. Das Gespräch hätte zwei Stunden im Dunkel der Nacht und bei einem entsetzlichen Wind stattgefunden, der den Sand in das Gesicht getrieben hätte. Gaddafi sei ein sehr schwieriger Partner, irrational, aber ebenso intelligent.

Der *Bundeskanzler* berichtete von den Erzählungen des ägyptischen Präsidenten Mubarak⁶⁴ über ähnliche Geschichten von Gaddafi.

Präsident *Mitterrand* erzählte eine weitere Begebenheit mit Gaddafi: Als im Tschad die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den französischen und libyschen Truppen bestanden habe, hätte Gaddafi ihn angerufen und ihm angekündigt, daß er seine Frau⁶⁵ und Kinder nach Paris schicken werde, denn dort seien sie am sichersten. Er bat ihn, für seine Frau und Kinder ein bestimmtes Hotel in Paris zu reservieren und für die Bewachung Sorge zu tragen. Außerdem bat er ihn, daß seine Frau⁶⁶ Frau Gaddafi beim Einkaufen begleiten sollte. So hätten sie vier, fünf Tage auf Frau Gaddafi aufgepaßt.

Dennoch müsse man die Lage ernst nehmen, erklärte Präsident Mitterrand. Die Beziehungen zwischen Algerien und Gaddafi seien schlecht. Algerien wage dies jedoch nicht öffentlich zu sagen aus Angst vor den Fundamentalisten. Marokko habe sich deshalb mit Libyen ausgesöhnt. Es sei deutlich, daß Khomeini und Gaddafi den Fundamentalismus fördern. Dies führe zu einer zerbrechlichen Situation in dieser Region.

⁶³ Präsident Ratsiraka hielt sich vom 2. bis 4. Juni 1983 in Frankreich auf.

⁶⁴ Bundeskanzler Kohl besuchte Ägypten vom 7. bis 9. Oktober 1983. Zum Gespräch mit Präsident Mubarak vgl. Dok. 312.

⁶⁵ Safaja Farkash.

⁶⁶ Danielle Mitterrand.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß Gaddafi durch Drohungen Angst ausübe. Präsident *Mitterrand* erklärte, wenn sie so gemeinsam in Athen beim Gipfel vorgehen würden, hätten sie sicher Erfolg.

VS-Bd. 14112 (010)

358

Botschafter Metzger, Sanaa, an das Auswärtige Amt

114-29/83 streng geheim
Fernschreiben Nr. 295
Citissime

Aufgabe: 24. November 1983, 11.00 Uhr¹
Ankunft: 24. November 1983, 11.00 Uhr

Betr.: Neuaufbau des Sicherheitsdienstes der Jemenitischen Arabischen Republik (JAR)

Bitte um Weisung

1) Die JAR beabsichtigt, ihren Geheim- und Sicherheitsdienst (Ausland und Inland) in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Grund auf zu reorganisieren und neu auszurüsten.

Sie erbittet hierfür die umfassende beratende Hilfe der Bundesrepublik Deutschland. Im Falle unseres grundsätzlichen Einverständnisses erbittet sie die baldmögliche Entsendung einer Expertendelegation zur Prüfung und Erörterung der erforderlichen Maßnahmen, ihrer voraussichtlichen Dauer und ihrer Kosten.

Um mich zu bitten, der Bundesregierung dieses Anliegen zu unterbreiten, hat Präsident Saleh mich am 23.11.1983 um 21 Uhr zu einem 45minütigen Gespräch in sein Privathaus gebeten, an dem auf seiner Seite Geheimdienstchef al-Qamish und der neue Leiter der Präsidialkanzlei teilnahmen. Auf ausdrücklichen Wunsch des Präsidenten fungierte nicht ein Jemenite, sondern LRI Erbel als Dolmetscher.

Der Präsident bat um strengste Geheimhaltung.

2) Der Präsident hat seiner Bitte eine eminent politische Dimension gegeben. Er hat nicht nur besonders unterstrichen, daß auch die Sowjets auf keinen Fall von seiner Initiative erfahren dürften, sondern zudem auf die offenbar als für die JAR gefährlich bewertete nachrichtendienstliche Hilfe der DDR für die DVJ hingewiesen.

Im übrigen hat der Präsident, der mit großem Ernst sprach, die deutsch-jemenitischen Sonderbeziehungen zum Kernpunkt seines Anliegens gemacht: Die JAR als gemäßigtes arabisches Land sehe in uns den verlässlichsten Partner ihres Vertrauens, weil wir im Nahen Osten keine eigennützigen Interessen ver-

¹ Hat Ministerialdirigent Montfort am 24. November 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte auf Geheim herunterstufen.“

folgten, weil wir unsere Hilfe nie an politische Konditionen gebunden hätten und weil für unsere Freundschaft der Grundsatz des gegenseitigen Nutzens gelte. Er würde die Bundesrepublik Deutschland deshalb, wenn wir zustimmen, ganz ausschließlich mit der geplanten Reorganisation betrauen.

3) Ich habe dem Präsidenten in kurzen Zügen die Struktur unseres eigenen Systems (Aufgaben und Abgrenzung der Dienste) erläutert und darauf hingewiesen, daß die Bedeutung des jemenitischen Wunsches sorgfältige Prüfung erfordere und deshalb gewisse Zeit in Anspruch nehmen werde.

Ich kenne das große Vertrauen zu schätzen, das er uns mit seiner Initiative entgegenbringe, und würde den Wunsch der JAR befürwortend weiterleiten.

4) Aus hiesiger Sicht bietet ein Eingehen auf die jemenitische Bitte uns die einmalige Chance, einem eng befreundeten arabischen Land in einer vitalen Frage mit Know-how zu helfen und dadurch nicht nur unsere Beziehungen über das sonst Erreichbare hinaus zu intensivieren. Wir könnten uns dadurch auch selbst eine Kenntnis über Entwicklungen im Land und der Region verschaffen, die anders wohl kaum erreichbar wäre. Schließlich könnte durch uns dem Westen eine Möglichkeit entstehen, dem sowjetischen Einflußstreben im Land und in der Region entgegenzuwirken.

Die Botschaft empfiehlt daher, den jemenitischen Wunsch auf hoher Ebene wohlwollend zu prüfen. Wir müssen uns bewußt sein, daß uns großes Vertrauen entgegengebracht wird und daß von unserer Antwort unsere künftigen Beziehungen zur JAR, vielleicht sogar der JAR zum Westen, wesentlich beeinflusst werden könnten.

5) Präsident Saleh bat mich ausdrücklich, ihm möglichst noch vor meiner Abreise nach Deutschland (13.12.) mitzuteilen, wie wir grundsätzlich zu dieser Angelegenheit stehen.

Während meines Aufenthalts in Deutschland (ab 15.12.) stehe ich zur Besprechung des Themas gerne zur Verfügung.²

[gez.] Metzger

VS-Bd. 13569 (311)

² Am 1. Dezember 1983 unterrichtete Ministerialdirigent Montfort das Bundesministerium des Innern über den Wunsch des Präsidenten Saleh nach Beratung beim Neuaufbau eines Sicherheitsdienstes. Montfort wies auf die Bedeutung der Jemenitischen Arabischen Republik aufgrund der geographischen Lage, „als volkreichstes Land der Arabischen Halbinsel“ und wegen des Konfliktpotentials als „Teilstaat einer Nation, deren anderer Teil kommunistisch ist“, hin. Es liege im Interesse der westlichen Staaten, „die Unabhängigkeit des Landes und seine Abwehrkräfte zu stärken, ein Interesse, das auch von Saudi-Arabien nachdrücklich vertreten und durch erhebliche Eigenleistungen unterstützt“ werde. Montfort führte aus, daß die Bitte des Präsidenten Saleh „daher unter keinen Umständen abgelehnt werden“ dürfe, und schlug vor, einen Berater oder eine kleine Delegation zur Prüfung der nordjemenitischen Wünsche nach Sanaa zu entsenden. Vgl. das Schreiben; VS-Bd. 13569 (311); B 150, Aktenkopien 1983.

Zur Frage der Entsendung einer Fachdelegation vgl. die Aufzeichnung von Montfort vom 24. Februar 1984; AAPD 1984.

359

Deutsch-französische Konsultationen**VS-vertraulich****25. November 1983¹**

Vermerk 1) über das Vier-Augen-Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident François Mitterrand am 25. November 1983²;

weitere Teilnehmer: Herr Hubert Védrine; MDg Stabreit als Note-taker; Frau Brigitte Sauzay-Stoffaes, Dolmetscherin; Frau VLR Siebourg, Dolmetscherin;

2) das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Mitterrand unter Hinzutreten des französischen Premierministers, der Außenminister sowie des französischen Botschafters in Bonn, Morizet, und des deutschen Botschafters in Paris, Schoeller; im übrigen Besetzung wie zu 1).

Zu 1) *Bundeskanzler* berichtet eingangs über Kandidatenvorschlag der CDU/CSU zur nächsten Bundespräsidentenwahl.³ Auf Fragen Präsident Mitterrands erläutert er das Wahlverfahren und die politische Ausgangslage.

Bundeskanzler fährt dann fort: Was Athen⁴ anbetreffe, so könne man bei diesen Konsultationen nur eine Zwischenstation machen. Am kommenden Montag werde ein Sonderrat stattfinden.⁵ Die Beamten beider Länder sollten dann in

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 28. November 1983 gefertigt und am folgenden Tag „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Weiter teilte Stabreit mit: „Der Vermerk ist von dem Herrn Bundeskanzler noch nicht genehmigt.“

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 29. November 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Staatspräsident Mitterrand hielt sich anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. November 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 24. November 1983 vgl. Dok. 357.

³ Im November 1983 wurde in der Presse wiederholt berichtet, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten genannt werde und die SPD bereits angekündigt habe, in diesem Fall auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. Informiert wurde auch darüber, daß Bundeskanzler Kohl noch mit der Nominierung zögere und dies mit den 1985 im Land Berlin bevorstehenden Wahlen begründe. Vgl. dazu die Artikel „Bürgermeister nur auf Durchreise?“ und „Wenn jemand Präsident werden will!“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. November 1983, S. 1, bzw. vom 22. November 1983, S. 12.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

⁵ Themen der Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister am 28./29. November 1983 in Brüssel waren die Gemeinsame Agrarpolitik, die Weiterentwicklung der Strukturfonds und die zukünftige Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 29. November 1983 mit, erörtert worden seien insbesondere die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Garantieschwellen, die Handelspolitik, die Währungsausgleichsbeträge sowie die Fettsteuer. Diese habe Bundesminister Genscher „als eine im Sinne der Absichten von Stuttgart unpassende Maßnahme, eine finanzpolitische Mißgeburt, gegen die auch aus handelspolitischen und sozialen Gründen alles spreche“, bezeichnet: „Ebenso entschieden für die Fettsteuer äußerten sich AM Cheysson und AM Andreotti“. Abgelehnt worden seien die Vorschläge der Bundesregierung zu den Währungsausgleichsbeträgen. Der französische Finanzminister Delors habe sie „total inakzeptabel“ genannt: „In der Frage des Währungsausgleichs gebe es keinen Kompromiß. Er müsse abgeschafft werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3884; Referat 410, Bd. 136097. Außerdem informierte Poensgen, daß zur Finanzierung des EG-Haushalts Aufzeichnungen der EG-Kommission über „Planifikation und Haushaltsverfahren“ und der französischen Regierung über

der kommenden Woche eng zusammenarbeiten. In Athen werde es sehr darauf ankommen, ob sich Deutschland und Frankreich einig seien. Margaret Thatcher werde versuchen, einen „Coup“ zu machen, doch werde ihr dies nicht gelingen. Was die Griechen vorbereiteten, könne er nicht akzeptieren. (Es stellt sich heraus, daß Präsident Mitterrand noch keine Kenntnis von den letzten griechischen Vorschlägen hat.)

Präsident *Mitterrand* geht kurz auf den Besuch Papandreou in Paris⁶ ein, der ihn auf die besonderen Probleme Griechenlands hingewiesen habe.

Bundeskanzler macht dann den Vorschlag, in der Pressekonferenz lediglich einige allgemeine Sätze zu sagen, daß man auf die Vorbereitung von Athen hingearbeitet habe, ohne jedoch in Details zu gehen.⁷ Man sollte im übrigen sagen, daß wir in engem Kontakt blieben. Im übrigen Hinweis auf allgemeinen weltpolitischen Tour d'horizon mit Schwerpunkten im Bereich der Sicherheitspolitik. Hinweis darauf, daß Präsident Mitterrand und er sich im Januar mit Blick auf die französische Präsidentschaft⁸ und die weitere Entwicklung in Europa treffen würden.⁹ Wenn Fragen nach den letzten Äußerungen Andropows¹⁰ kämen, so wolle er sagen, daß er ähnliche Reaktionen erwartet habe. Er gehe davon aus, daß die Sowjetunion in Genf oder an einem anderen Ort in absehbarer Zeit weiterverhandle.

Präsident *Mitterrand* äußert, man könne an diesem Tage eigentlich nur einige bilaterale Probleme regeln. Europäische Absprachen könne man jetzt zumindest nicht veröffentlichen, da dies die Partner verärgern würde. Zum Teil würden solche Absprachen auch von Entscheidungen in den anderen Bereichen abhängen. Konkret solle man deshalb nur im bilateralen Bereich bleiben.

Bundeskanzler berichtet über sein Gespräch mit PM Mauroy (Airbus¹¹, Normenfrage). Die Normenfrage habe sich gut entwickelt.¹² Er wolle auch die Sache mit der Eisenbahn¹³ vorantreiben. Die Bundesregierung sei dabei, das Pro-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1792

„Mögliche Leitlinien für eine Stärkung der Haushaltsdisziplin“ vorgelegt worden seien, welche die Diskussion „nicht gerade vereinfacht“ hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3885; Referat 410, Bd. 136097.

⁶ Ministerpräsident Papandreou hielt sich am 23. November 1983 in Frankreich auf.

⁷ Vgl. dazu Punkt 4) der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl am 25. November 1983 vor der Presse; BULLETIN 1983, S. 1182.

⁸ Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁹ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 2. Februar 1984 auf Schloß Ludwigshöhe zusammen. Für die Gespräche vgl. AAPD 1984.

¹⁰ Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 24. November 1983 vgl. Dok. 356, Anm. 9.

¹¹ Zur Weiterentwicklung des „Airbus“ vgl. Dok. 145, Anm. 23, und Dok. 148, besonders Anm. 31.

¹² Zur Einsetzung einer Expertengruppe für technische Normen vgl. Dok. 145, Anm. 20.

Die Expertengruppe setzte ihre Arbeit am 13. Juli, am 18. August und am 15. November 1983 wechselweise in Paris und Bonn fort und legte für die deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. November 1983 den Entwurf eines Communiqués über die technischen Normen vor. Darin wurde „für den Bereich der Gerätesicherheit“ die Übereinkunft festgestellt, die für den Marktzugang geltenden gleichwertigen Normen beider Staaten weitestgehend anzuerkennen, ebenso die Prüfstellen und ihre Ergebnisse. Vgl. Referat 420, Bd. 130851.

¹³ Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit beim Ausbau des Hochgeschwindigkeitsverkehrs bei der Bahn vgl. Dok. 148, Anm. 45.

Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl führte Ministerpräsident Mauroy am 24. November 1983 aus: „Der Bau einer Schnellbahnstrecke Paris – Brüssel – Köln mit Anschlußmöglichkeiten nach London

blem der Bundesbahn frontal anzugehen. Sie bekomme in diesem Jahr 13 Mrd. Zuschuß aus dem Bundeshaushalt. Dies sei eine Katastrophe. Es müßten Strecken stillgelegt werden und die Bahn insgesamt modernisiert. Wenn man die Strecke Paris–Brüssel–Köln zu einer Schnellstrecke ausbauen könne, wäre es eine sehr gute Sache. Eine Verlängerung nach Norden würde eine europäische Transversale schaffen. Unser Problem sei, daß die Bundesbahn 25 Jahre hindurch die Modernisierung verschlafen habe. Die Leute führen im Auto schneller, die Bahn sei zu langsam. Jedoch seien wir mit dem Individualverkehr auch ökologisch an den Grenzen des Möglichen angelangt.

Präsident *Mitterrand* fragt, wie er hoffen könne, das Defizit zu reduzieren. Er berichtet über die SNCF.

Bundeskanzler erläutert, daß die Bahn nach wie vor zu viel Personal habe. Das Verhältnis von Personal zu den gebotenen Dienstleistungen sei zu ungünstig. Der Kunde wolle umworben werden.

Präsident *Mitterrand* äußert, er finde dies erstaunlich. Deutschland sei ein industriell hochentwickeltes Land. Die Bahn scheine aber an dieser Entwicklung nicht voll teilgenommen zu haben.

Bundeskanzler erläutert Entwicklung der Bundesbahn (vor 1914 hoher Gewinn der Reichsbahn, nach 1918 Verpfändung der Bahneinnahmen für Leistungen aus dem Versailler Vertrag¹⁴, Reichsbahn wird Stiefkind, nach dem Zweiten Weltkrieg muß Bundesbahn alle Lasten der Reichsbahn übernehmen, d.h. auch Pensionäre aus den Oder-Neiße-Gebieten und der sowjetischen Besatzungszone; politische Problematik von Streckenstillegungen). *Bundeskanzler* erläutert weiter, der Bahn fehle ein echter Familientarif. Die Strecken seien nicht modernisiert und die Züge zu langsam. Wir müßten unbedingt so etwas machen wie den Schnellzug Paris–Lyon.

Präsident *Mitterrand* berichtet über seine persönliche Verbindung mit den französischen Bahnen. Sein Vater¹⁵ sei Bahnbeamter gewesen. Alle seine Verwandten seien in der einen oder anderen Form Angestellte oder Beamte der SNCF gewesen.

Zu 2) BM *Genscher* berichtet über das Gespräch der Außenminister und der Finanzminister.¹⁶ Auf Hinweis des Bundeskanzlers, wie auf der Pressekonferenz verfahren werden solle, sagt BM, er könne den Außenministern helfen, wenn er in der Pressekonferenz die Erwartung zum Ausdruck bringe, daß der bevorstehende NATO-Rat¹⁷ eine sehr politische Erklärung abgebe, in der die Festigkeit des Bündnisses, aber auch seine Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck kämen. (AM *Cheysson* wirft ein: eine kurze Erklärung!)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1793

biete viele Vorteile. Im Prinzip könne man alle Hauptstädte verbinden. Brüssel würde gewissermaßen den Punkt in der Mitte darstellen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 688–1349.

¹⁵ Joseph Mitterrand.

¹⁶ Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Stoltenberg mit ihren französischen Amtskollegen Cheysson und Delors am 25. November 1983 vgl. Dok. 361.

¹⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 376.

BM *Genscher* berichtet dann über Stand der Beratungen zu EG-Fragen.

Das Wichtigste sei, daß Frankreich und Deutschland spätestens in Athen einen Akkord in der Landwirtschaftspolitik fänden. Er habe aus dem Bericht von BM *Kiechle* verstanden, daß Frankreich das Quotensystem nicht auf einen Schlag, sondern in zwei oder drei Etappen einführen wolle. Es komme auf die Richtung an. Im bilateralen Verhältnis seien die Währungsausgleichsbeträge entscheidend. Wenn Frankreich uns helfe, daß bei Änderung der Währungsparitäten kein neuer Währungsausgleich entstehe, dann müsse es möglich sein, eine Lösung für den existierenden Währungsausgleich zu finden. Die Landwirtschaft dürfe nicht Prügelknabe der Währungspolitik sein. Hier zeichne sich ein Weg ab, der aus einer Kombination von Maßnahmen bestehe (nationale Maßnahmen, Verschiebung von positivem in negativen Grenzausgleich, Gentlemen's Agreement von 1979¹⁸). In der Frage der Außenhandelspolitik habe die französische Seite geltend gemacht, in den Verhandlungen mit den USA müßten diese anerkennen, daß der Beitritt Spaniens zur EG¹⁹ im Hinblick auf den zu erwartenden Beitritt Spaniens zur NATO²⁰ als eine Leistung unsererseits berücksichtigt werde. Was die Neuen Politiken²¹ anbetreffe, so seien wir uns näher, als wir gedacht hätten. Was die Budget-Frage anbetreffe, so sei positiv zu werten, daß Frankreich unserer Auffassung zustimme, daß es für den deutschen Beitrag eine obere Grenze geben müsse.²² In den noch offenen Fragen, insbesondere in Fragen der Handelspolitik, müsse man nun weitersehen.

Der *Bundeskanzler* sagt, er wolle sich zum Beitritt Spaniens und Portugals²³ äußern. Er akzeptiere die Position Präsident Mitterrands, daß alles vor dem Beitritt genau ausgehandelt sein müsse. Sein besonderes Interesse beruhe auf innenpolitischen Gründen. Eine mögliche und wohl auch notwendige Erhöhung der Beiträge müsse optisch glaubhaft sein. Leider habe man im Bundestag wie in der Sicherheitspolitik so auch in der Europapolitik keinen Konsens mehr. Am kommenden Donnerstag werde im Bundestag über einen Antrag der SPD verhandelt, die 1%-Grenze dürfe nicht überschritten werden.²⁴ Das sei natür-

¹⁸ Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläuterte am 5. Dezember 1983, bei der Einführung des Europäischen Währungssystems 1979 habe sich die Bundesregierung mit Frankreich nach dreimonatigen Verhandlungen auf ein Gentlemen's Agreement zu einem möglichst raschen Abbau des Währungsausgleichs geeinigt, „jedoch unter folgenden Bedingungen: Der Abbau darf nicht zu nominellen Preissenkungen führen. Die Einkommenssituation der Landwirtschaft muß berücksichtigt werden.“ Obwohl diese Absprache „nur eine Bemühensformel“ sei, habe die Bundesregierung seit 1979 „den Grenzausgleich um 14 Prozentpunkte im Rahmen der Preisbeschlüsse abgebaut (d. h. die Preiserhöhung in DM fiel geringer aus als in ECU). Ohne diese Abbauschritt betrüge der deutsche Währungsausgleich heute statt 9,8 % 23,8 %.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136097.

¹⁹ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 354, Anm. 21.

²⁰ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 347, Anm. 26.

²¹ Zu den Vorschlägen für Neue Politiken der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 354, Anm. 15.

²² Zu den Vorschlägen zur Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 338, Anm. 9.

²³ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 176, Anm. 30.

²⁴ Die SPD-Fraktion legte am 24. November 1983 einen Antrag zur Tagung des Europäischen Rats in Athen vor, in dem u. a. eine Erhöhung der Eigeneinnahmen über die 1 %-Mehrwertsteuergrenze hinaus abgelehnt wurde, sofern nicht „über eine grundlegende Reform der EG-Agrarpolitik entschieden“ sei. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 298, Drucksache Nr. 10/663. Ministerialdirigent Ungerer vermerkte am selben Tag für Staatssekretär Lautenschlager, der Vorschlag sei „geeignet, die Hände der Bundesregierung auf dem [Europäischen]R[at] in Athen in einem solchen Maße zu binden, daß ein Ergebnis völlig ausgeschlossen erscheint“. Vortragender Le-

lich Unsinn, der Antrag werde abgelehnt.²⁵ Aber im gegebenen Moment müsse er eine Überschreitung der 1%-Grenze begründen können. Gestern habe er noch einen wichtigen Punkt vergessen: Er, der Bundeskanzler, sei davon ausgegangen, daß man den Beitritt Spaniens und Portugals gleichzeitig mache. Es gebe jetzt Stimmen in Portugal, die sagten, Portugal könne doch vorher beitreten. Dies werde jedoch Probleme mit Spanien geben.

Präsident *Mitterrand* antwortet: MP Soares werde am 26. November zu ihm kommen und ihm dies vermutlich vortragen.²⁶ Möglicherweise sei ein schneller Beitritt Portugals wünschenswert, doch werde Spanien „mortifié“ sein.

AM *Cheysson* äußert, jetzt sei es zu spät dafür. Vor drei Jahren, als Spanien den Antrag noch nicht gestellt hatte, hätten die Portugiesen dies nicht gemacht. Dies sei ihr Fehler gewesen.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß wir den NATO-Beitritt Spaniens im Auge haben müßten.

AM *Cheysson* äußert, die Budgetfragen müßten zuletzt entschieden werden. Was Milch angehe, so gebe es große Schwierigkeiten, die, Quotenregelung oder nicht, in der festzusetzenden Garantiemenge lägen. Die deutsche Seite sage, 97 Mio. t + 1%.²⁷ Dies seien 10 % weniger als 1983. Für Frankreich sei das ein großes Problem. Was die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten anbetreffe, so habe Frankreich darauf bestanden, die Einfuhren zu beschränken.²⁸ Dies müsse mit den USA vereinbart werden zur gleichen Zeit, wo die allgemeinen Entscheidungen des Europäischen Rates von Athen umgesetzt würden in präzise Verordnungen. Zum Währungsausgleich²⁹ wolle er folgendes sagen: Frankreich habe mit Interesse die deutschen Vorschläge zur Kenntnis genommen. Aber die deutsche Bedingung, nämlich die zukünftige Orientierung der Preise an der stärksten Währung, sei für Frankreich nicht akzeptabel. Zum Thema Neue Politiken habe er nichts hinzuzufügen. Was die Verteilung der Lasten anbetreffe, so müsse man darüber zuletzt sprechen, doch seien die Grenzen hier schnell erreicht. Prozedural solle in Athen ein kurzes klares Dokument herauskommen, das nur wenige Punkte behandle! Was jetzt in Brüssel vorbereitet werde, sei nicht praktisch, weil zu umfangreich.

PM *Mauroy* fügt hinzu, in der Frage der Neuen Politiken müßten in Athen sehr klare Orientierungen gegeben werden. Dies sei wichtig im Hinblick auf die Eu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1795

gationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg ergänzte: „Wie D 4 in der D[ienst]B[esprechung] befürchtete, geraten wir mit diesem Vorgehen der SPD in die Gefahr dänischer Zustände. Die SPD weiß das auch ganz genau und bezweckt gerade dies. [...] Die Opposition überschreitet hier die Grenze parlamentarischer Kontrolle (die sie ja durch Kritik nach dem Europäischen Rat wahrnehmen kann) und begibt sich auf das Feld der Exekutive.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136097.

²⁵ Am 1. Dezember 1983 beriet der Bundestag über den Antrag der SPD-Fraktion vom 24. November 1983 und verwies ihn an die zuständigen Ausschüsse. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2756–2779.

²⁶ Ministerpräsident Soares führte am 26. November 1983 Gespräche mit der französischen Regierung in Paris.

²⁷ Zu einer Einführung von Garantieschwellen bei Milch und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 354, Anm. 10.

²⁸ Vgl. dazu die Überlegungen hinsichtlich einer Begrenzung der Einfuhr von Getreidesubstituten in die Europäischen Gemeinschaften; Dok. 354, Anm. 12.

²⁹ Zu einer Neuberechnung der Währungsausgleichsbeträge vgl. Dok. 357, Anm. 32.

ropawahlen.³⁰ Deutschland sei hier in seiner Haltung noch etwas „en retrait“. Man sollte wenigstens die Ziele fixieren.

Bundeskanzler stellt die Frage, wieviel Prozent der französischen Bevölkerung in landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben tätig seien.

PM *Mauroy* antwortet, etwa 11 %. Mehr seien es jedenfalls nicht.

Präsident *Mitterrand* weist darauf hin, daß die Anzahl dieser Menschen nicht besonders bedeutend sei, ihre psychologische Bedeutung jedoch groß. 40 % der französischen Bevölkerung seien noch stark vom Lande geprägt. Viele Franzosen hätten enge Beziehungen zum Land.

AM *Cheysson* äußert, die europäische Landwirtschaft müsse exportieren. Das Verhältnis von Export zu Import im Bereich der landwirtschaftlichen Produkte erreiche bei den USA 210 %, bei der Gemeinschaft 33 %. Das Handelsdefizit der Gemeinschaft gegenüber Amerika betrage in einem Jahr 9 Mrd. \$. In vielen Bereichen, z. B. Mais, Rindfleisch, sei die Europäische Gemeinschaft ein guter Exporteur geworden. Wenn Spanien beitrete, das jetzt erhebliche Mengen von Fleisch und Getreide aus den Vereinigten Staaten beziehe, so werde sich dieses Land auf die Gemeinschaft umstellen.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß sich die Einstellung der Bevölkerung zu den Bauern bei uns geändert habe. Die Bauern seien im Begriff, ihr Bild erheblich zu verbessern, und zwar aus Gründen der Ökologie. Sie arbeiteten am billigsten für eine vernünftige Ökologie. Hier liege natürlich ein innenpolitisches Problem für ihn. Ohnehin habe sich der Existenzdruck auf die Bauern verstärkt. Um bei der Preissituation Schritt zu halten, mußte der deutsche Bauer immer mehr produzieren, und dies unter Einsatz von Kapital und Maschinen. In weiten Teilen der Landwirtschaft sei man an einem Punkt angekommen, wo Ökologie und Ökonomie gegeneinander stünden. Hochproduktive Getreidesorten könnten nur unter Einsatz von vielen chemischen Produkten und Insektiziden angebaut werden. Die Böden würden ausgelaugt. Man gebe jetzt schon sehr viel Geld für die Regeneration der Böden aus.

PM *Mauroy* sagt, es gebe keinen Grund, warum Europa sich nicht als Exporteur betätigen solle.

AM *Cheysson* weist darauf hin, daß die Einfuhr von Substitutionsprodukten nach Holland, die als Viehfutter verwendet würden, in einem Jahr um 30 % gestiegen sei.

BM *Genscher* erläutert, das Unbefriedigende in den Vorschlägen der Kommission sei, daß sie das Modell des bäuerlichen Familienbetriebes nicht ausreichend berücksichtigt habe. Was der Außenminister gerade erwähnt habe, das seien die Milchfabriken. Das habe mit Agrarpolitik wenig zu tun. In Athen müsse man hier ein klares Wort sagen. Auch wir hätten in Norddeutschland einige Betriebe dieser Art, die man den Holländern abgeguckt habe.

Was die Frage des Währungsausgleichs anbetreffe, so verstünden wir, daß Frankreich mit ihm nicht mehr leben wolle. Frankreich müsse seinerseits verstehen, daß wir eine langfristige Lösung wünschten. Wir könnten mehr tun, wenn wir den Bauern jetzt sagen könnten, daß eine langfristige Lösung gefun-

³⁰ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

den wurde. Es sei grotesk, wenn aus den Währungsbewegungen Probleme für die Landwirtschaft entstünden. Natürlich denke jedermann bei der stärksten Währung jetzt an die D-Mark. Aber schon morgen könne die D-Mark nicht mehr die stärkste Währung sein. Dann stelle sich das Problem der Währungsausgleichsbeträge nicht. All dies zeige, daß wir es nicht mit einem landwirtschaftlichen Problem, sondern mit einem Währungsproblem, das im landwirtschaftlichen Bereich Auswirkungen zeige, zu tun hätten. Er bitte darum, die deutschen Gedanken zu überdenken. Wir hätten dann keine auf Deutschland und Frankreich konzentrierten Probleme mehr, höchstens kleine Probleme in der Frage der Mittelmeerprodukte.

AM *Cheysson* stellt fest, es blieben drei Probleme offen, das Problem der Währungsausgleichsprobleme, das Problem der Handelspolitik, wo Deutschland eine weniger energische Position im Hinblick auf die USA einnehme, sowie drittens die Tatsache, daß Deutschland bereit sei, den Engländern zuviel zu geben.

Präsident *Mitterrand* ergreift das Wort und stellt fest, man müsse das genau prüfen. Zu den Währungsausgleichsbeträgen wolle er sagen: Was den Gedanken einer Bindung an die stärkste Währung anbetreffe, so müsse man auch alle Probleme drumherum prüfen. Wenn bei jedem Währungsausgleich der Franc abgewertet werden solle, dann sei dies ein ungeheurer Anreiz für die Spekulationen. Es sei nicht möglich zu sagen, daß die landwirtschaftliche Währung die D-Mark sei (er verweist auf die Idee des israelischen Finanzministers, den Dollar als offizielle Währung Israels einzuführen³¹). Keine französische Regierung würde politisch einer solchen Maßnahme standhalten. Die Idee selbst sei jedoch richtig („l'idée même est juste“). Wir hätten hier ein Währungsproblem mit Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Sektor. Die deutsche Sorge sei gerechtfertigt („votre souci est juste“). Präsident *Mitterrand* bittet AM *Cheysson*, an einer Lösung zu arbeiten, die sicherstellt, daß die D-Mark nicht automatisch als die „Grüne Währung“ erscheint sowie daß eine Anpassung der landwirtschaftlichen Preise nicht zum Signal für eine Spekulation gegen den Franc wird.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß es sich insofern um einen Irrtum handle, als nicht die Anpassung der landwirtschaftlichen Preise die Spekulation auslöse, sondern wir umgekehrt sehen müßten, wie nach einer Änderung der Währungsparitäten die landwirtschaftlichen Preise behandelt würden.

An dieser Stelle entspinnt sich eine kurze Diskussion zwischen AM *Cheysson* und Präsident *Mitterrand*. AM *Cheysson* äußert, er wäre bereit, auf den Währungsausgleich insgesamt als Konzept zu verzichten.

Präsident *Mitterrand* macht ihn darauf aufmerksam, daß dies dem Prinzip der gleichen Agrarpreise, dem Grundprinzip des Gemeinsamen Marktes, widerspreche. Die Währungsausgleichsbeträge seien dadurch entstanden, daß man am

³¹ Der israelische Finanzminister Aridor trat am 13. Oktober 1983 nach einer Sondersitzung des Kabinetts zurück, nachdem seine Pläne bekanntgeworden waren, den US-Dollar als offizielle Zweitwährung einzuführen und den israelischen Haushalt sowie Löhne und Gehälter, Spareinlagen und Preise in US-Dollar zu berechnen. In der Presse wurde über die heftigen Reaktionen in der israelischen Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der erst seit dem 10. Oktober 1983 amtierenden Regierungskoalition berichtet. Vgl. dazu die Artikel „Israels Finanzminister tritt zurück“ und „Schamir sucht neuen Finanzminister“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Oktober bzw. vom 15. Oktober 1983, jeweils S. 1.

einheitlichen Agrarpreis festhalte. Präsident Mitterrand fährt dann zur deutschen Seite gewandt fort: „Wir lehnen es nicht ab, in dieser Richtung nach Ideen zu suchen.“

VS-Bd. 14112 (010)

360

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Papandreou

25. November 1983¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreou am Freitag, den 25. November 1983, von 17.15 bis 19.30 Uhr²

An dem Gespräch nahmen teil:

auf griechischer Seite: stellv. AM Varfis, Botschafter Katapodis (Pol. Direktor im Außenministerium), Botschafter Tsamados (Botschafter in Bonn), Wirtschaftsberater Papanikolaou, Botschafter Maheritsas (Leiter des diplomatischen Büros), Dolmetscher;

auf deutscher Seite: BM Genscher, StS Dr. Lautenschlager, Botschafter Dr. Sigrist, VLR I Dr. Neuer (als Note-taker), Frau Siebourg (Dolmetscherin).

Der *Bundeskanzler* begrüßte den griechischen Ministerpräsidenten und drückt seine Hoffnung aus, daß ein offenes Gespräch geführt werde. Er forderte MP Papandreou auf, sich zu den ihn interessierenden Themen zu äußern.

MP *Papandreou* dankte für den herzlichen Empfang. Er unterstreicht, daß wichtige Entscheidungen bevorstünden. Es sei schwierig zu sagen, ob er optimistisch oder pessimistisch im Hinblick auf den Athener Gipfel³ gestimmt sei. Was ihn optimistisch stimme, sei das Gefühl, daß in Athen Entscheidungen getroffen werden müßten.

Wegen der Europawahlen⁴ seien Entscheidungen während der französischen

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 28. November 1983 gefertigt und am selben Tag „über Herrn Gruppenleiter 21, den Herrn Abteilungsleiter 2 und den Herrn Chef BK dem Herrn Bundeskanzler [...] mit der Bitte um Billigung“ vorgelegt. Außerdem teilte Neuer mit: „Das Auswärtige Amt hat, vorbehaltlich Ihrer Zustimmung, Doppel des Vermerkes erhalten.“

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 28. November 1983 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, am 29. November 1983 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983.

² Ministerpräsident Papandreou hielt sich am 25./26. November 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

⁴ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

Präsidentschaft⁵ nicht zu erwarten, da die Regierungen nicht kompromißbereit seien. Deshalb müßten jetzt in Athen Entscheidungen in bezug auf wichtige Probleme getroffen werden. (Er weist auf die griechischen Probleme hin, die in dem griechischen Memorandum⁶ enthalten seien.) Er strebe eine objektive Lösung der Krise der Gemeinschaft an. Die EG befinde sich in einer kritischen Phase wegen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten, der Stagnation bei den Investitionen und dem zu langsamen Tempo bei der Einführung neuer Technologien. Die Gemeinschaft, die jetzt aus zehn Ländern bestehe, habe eine andere Form als die ursprüngliche Sechser-Gemeinschaft angenommen. Der europäische Süden, der jetzt sozialistische Regierungen habe, sei in die Gemeinschaft eingebettet. Bald sei der ganze europäische Süden mit seinen sozialistischen Regierungen eingeschlossen.⁷ Man könne sagen, daß damit der Rahmen für die europäischen Probleme abgesteckt sei. Bei einigen, vielleicht vier oder fünf Problemen, müsse eine Lösung gefunden werden. Es sei jedoch schwierig, hier Prioritäten festzusetzen.

Papandreou nennt als erstes Problem die britische Entlastung.⁸ Dabei unterstreicht er, wieviel Zeit hierfür schon aufgewandt worden sei. Zum Haushalt bemerkt er, es sei ja bekannt, daß er defizitär sei. Die weiteren Aussichten seien auch nicht rosig. Zur Lösung dieses Problems gebe es zwei Ansätze. Der eine bestehe darin, die Mittel rationeller einzusetzen und Ausgaben im landwirtschaftlichen Bereich einzusparen. Was die Einsparungen und die zu hohen Ausgaben betreffe, sei er der Meinung, daß zwar gekürzt werden müsse, die EG jedoch keine Zukunft habe, wenn die Eigenmittel der Gemeinschaft nicht erhöht würden.⁹ Die griechische Präsidentschaft werde eine Erhöhung von 1,8% für zehn Jahre vorschlagen. Dieser Vorschlag habe den Vorzug, nicht bei jeder Erhöhung des Finanzbedarfs auf die nationale Gesetzgebung zurückgreifen zu müssen. Der Vorschlag zur Erhöhung der Eigenmittel stehe in engem Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals.

Dieser Beitritt sei eine Notwendigkeit, aber auch die Erhöhung der Eigenmittel. Wenn 1,8% nicht möglich sei, dann eben ein etwas niedriger Prozentsatz. Sonst seien die Auswirkungen der Erweiterungen negativ. Der Beitritt von Spa-

⁵ Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁶ Zum griechischen Memorandum vom 19. März 1982 vgl. Dok. 126, Anm. 30.

In Anknüpfung an die Vorschläge der EG-Kommission vom 22. März 1983 und die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart erörterten die EG-Mitgliedstaaten wiederholt die von Griechenland angesprochenen Probleme. Am 29. November 1983 berichtete Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), der Abteilungsleiter im griechischen Außenministerium, Mitsos, habe auf der EG-Ministerratstagung am selben Tag „mangelnden Willen des Rates zur Umsetzung des griech[ischen] Memorandums beklagt“ und gefordert, „daß der Rat heute anerkennen solle, daß die weitere Entwicklung und Integration GRs in die EG ohne eine wirksame Hilfe“ nicht möglich seien. Der von der griechischen Ratspräsidentschaft für den Europäischen Rat vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen dazu vorbereitete Bericht solle am 30. November 1983 von den Ständigen Vertretern verabschiedet werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3906; Referat 410, Bd. 130420.

⁷ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 176, Anm. 30, und Dok. 354, Anm. 21.

⁸ Zu den Ausgleichszahlungen für den britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 270, Anm. 45.

⁹ Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission vom 5. Mai 1983 zur Erhöhung der Eigeneinnahmen; Dok. 134, Anm. 9.

nien und Portugal¹⁰ bedeute auch, daß das Problem der Mittelmeerprodukte¹¹ radikal gelöst werden müsse. Sehr wichtig sei auch die Neugestaltung der EG-Fonds¹², um die Konvergenz der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer zu erreichen. Langfristig müßten die Einkommen in den Mitgliedstaaten gerechter verteilt werden.

Auf jeden Fall müsse in Athen vermieden werden, Detailfragen zu behandeln, um einen Zeitverlust zu vermeiden. Wenn es in Athen gelinge, einen konkreten Lösungsvorschlag zu verabschieden, könnten vielleicht während der französischen Präsidentschaft Einzelheiten hierzu beschlossen werden. Wenn es jedoch nicht gelinge, einen solchen Rahmenvorschlag zu beschließen, sähe er pessimistisch in die Zukunft. Die Haushaltsfrage sei am Ende der Probleme zu behandeln.

Der Bundeskanzler führte aus, er trete dafür ein, in Athen so viele Probleme wie möglich zu erledigen. Unser Interesse sei es, daß Athen ein Erfolg werde. Sicher gebe es auch Details, die in Athen angesprochen werden müßten, die aber später im einzelnen gelöst werden könnten. Ein Fiasko in Athen dürfe es nicht geben. Es sei auch unfair, dem nächsten, also Frankreich, die Probleme zu überlassen. Insbesondere da im Juni europäische Wahlen seien. Es seien dies Wahlen für die zweite Legislaturperiode des Europäischen Parlaments. Er glaube nicht, daß Europa noch viel Zeit habe. Es sei wichtig, jetzt Fortschritte zu machen. Zur Erweiterung führte der Bundeskanzler aus, Probleme gebe es vor allem mit dem Beitritt Spaniens, nicht mit dem Portugals. Es gebe Stim-

¹⁰ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 176, Anm. 30, und Dok. 354, Anm. 21.

Am 29. November 1983 fand in Brüssel neben der EG-Ministerratstagung ein Ministertreffen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Portugal statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 2. Dezember 1983 dazu mit: „Mit der Einigung über die Agrarerklärung ist der Einstieg in die entscheidende Phase der Beitrittsverhandlungen gelungen. Für sensible Produkte ist für eine maximale fünfjährige erste Etappe der Übergangszeit die Nichtanwendung der EG-Marktornungen vorgesehen. Erst nach automatischem Übergang in die zweite, ebenfalls fünfjährige Etappe beginnt die klassische, progressive Integration.“ Von portugiesischer Seite sei der Wunsch nach Abschluß der Verhandlungen „noch im ersten Halbjahr 1984“ geäußert worden. Vgl. den Runderlaß Nr. 127; Referat 012, Bd. 124453.

¹¹ Am 17./18. Oktober 1983 einigte sich der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister hinsichtlich der „Anpassung der Marktornungen für Olivenöl und Obst/Gemüse („Mittelmeeracquis“), die insbesondere von Frankreich „zur Vorbedingung für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen im Agrarkapitel mit Spanien und Portugal erhoben worden“ war. Ministerialdirigent Loeck erläuterte am 18. Oktober 1983, die Beschlüsse seien keinem der Mitgliedstaaten leichtgefallen. Die Delegation der Bundesrepublik habe sich „mit Erfolg gegen Regelungen gewendet, die sich prohibitiv auf Drittlandsimporte auswirken würden“. Loeck resümierte, daß der EG-Rat damit „die Kraft zu einem positiven Signal gefunden hat, das sich ermutigend auf andere Verhandlungsbereiche auswirken könnte“. Vgl. Referat 416, Bd. 130900.

¹² Am 29. Juli 1983 legte die EG-Kommission den Bericht „Stärkung der Effizienz der Strukturfonds der Gemeinschaft“ vor. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/83. Botschafter Poensgen, z. Z. Luxemburg, berichtete am 26. Oktober 1983 über die Erörterung des Themas auf der Sitzung der Zentralen Vorbereitungsgruppe für die Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen. Die EG-Kommission habe hervorgehoben, grundsätzliches Ziel aller Strukturfonds solle sein, daß „der Abstand der Gemeinschaftsregionen untereinander verringert, die Umstellung veralteter Industrie- und Agrarstrukturen beschleunigt und die Arbeitslosigkeit, insbes[ondere] der Jugendlichen, bekämpft werden sollen“. Nachdem Staatssekretär Lautenschlager mit der Forderung nach „Konzentration der Mittel der drei Strukturfonds auf die wirklich bedürftigen Regionen“ nicht durchgedrungen sei, hätten sich die Delegationen auf eine „Konzentration der finanziellen Mittel auf die akutesten Probleme“ geeinigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; Referat 410, Bd. 136097.

men, die sich dafür aussprächen, wenn der Beitritt Spaniens jetzt nicht erfolgen könne, dann solle Portugals Beitritt vorgezogen werden. Er wolle aus dem gleichzeitigen Beitritt kein Dogma machen, aber sein Gefühl und seine Kenntnis der spanischen Geschichte und des spanischen Nationalcharakters sage ihm, daß ein solches Vorgehen in Spanien nicht auf Verständnis stoßen würde. Die europäischen Demokratien hätten den Völkern Portugals und Spaniens versprochen, daß sie bei einer Änderung ihrer Regimes beitreten könnten. Dieses Versprechen müsse gehalten werden. Dafür trete er ein. Was die Frage des Termins angehe, setze er sich für eine zügige Verhandlungsweise ein. Er sei aber auch dafür, die Probleme vor dem Beitritt zu diskutieren und zu lösen. Alle Seiten müßten sich bewegen, auch die Spanier. Er habe heute vormittag mit François Mitterrand gesprochen.¹³ Es sei sein bestimmter Eindruck, daß Frankreich zum Beitritt Ja sage, aber die Probleme des Beitritts vorher gelöst haben möchte. Im Bereich Fischerei treten die Verhandlungen zur Zeit mehr oder weniger auf der Stelle. Bei Gemüse und Obst scheine es besser zu gehen. Es sei legitim, die jeweilige innenpolitische Situation im Auge zu haben. In Spanien stehe die nächste Wahl 1986 bevor. Die spanische Regierung habe versprochen, vor dieser Wahl das „NATO-Referendum“ durchzuführen.¹⁴ Es müsse also 1985 etwas geschehen. Umgekehrt müsse man auch die Situation von François Mitterrand sehen. Für ihn wichtige Wahlkreise befinden sich in der Region, die die Nachbarregion Spaniens sei und die weniger entwickelt sei als die benachbarte spanische Region. Es sei kein Zufall, daß GS Jospin schon öffentlich eine retardierende Position in der Beitrittsfrage bezogen habe. Diese Argumente solle man nicht einfach beiseite schieben. Er glaube, daß Spanien sich auch im Blick auf Frankreich bewegen müsse. Seine Vermutung sei es, daß man in Rom ähnlich denke.

Bundeskanzler fuhr fort, Papandreou und er hätten beide eine Regierung gebildet, die ihre Lebensachse aus Europa bezögen. Europa sei für uns nicht irgendein Thema. Er sei dabei völlig unabhängig von Zeitströmungen. Natürlich müsse er auf die Demoskopie achten. Wer jedoch Politik nur mache, um Wahlen zu gewinnen, sei schlimmer als ein Narr. Wir alle bräuchten Europa. Im Jahre 2000 werde Europa, wenn es in seinem jetzigen Zustand verharre, keine wesentliche Rolle mehr spielen können. Die Deutschen bräuchten Europa noch mehr als andere. Wir seien ein geteiltes Land. Dies sei das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und vieler schlimmer Taten, die im deutschen Namen begangen worden seien. Wir hätten dafür auch bezahlen müssen. Die wichtigste Lektion aus der Geschichte für uns sei jedoch, daß Krieg und Gewalt kein Mittel der Politik sein könnten. Wir würden die Dinge nüchtern betrachten und wüßten, daß die Einheit Deutschland nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik stehe. Niemand in Europa oder in der Welt wolle, daß zu den 60 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland noch die 17 Millionen in der DDR hinzukämen. Wir seien Realisten, aber deswegen wüßten wir auch um die Kraft und den Willen in der Geschichte. Der Wille eines Volkes sei auch eine geschichtliche Realität. Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß es keine Revanchisten in

¹³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 25. November 1983 vgl. Dok. 359.

¹⁴ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 347, besonders Anm. 26.

der Bundesrepublik Deutschland gebe und die Rechts- und Linksradiكالen nur einen Prozentsatz von 0,4 der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ausmachen. Eine Wiederholung der Geschichte sei nicht möglich. Es werde kein Reich Bismarcks mehr geben. Der Bundeskanzler macht dann Ausführungen zu den Schwierigkeiten menschlicher Kontakte zwischen Bewohnern der DDR und der Bundesrepublik und betont, daß die Probleme Deutschlands nur unter einem europäischen Dach zu lösen seien. Eine besondere Gefahr bestehe darin, daß man in der DDR erkenne, daß die Kommunisten keine Chance bei freien Wahlen hätten, und man deshalb dort die Ideologie mit dem Nationalismus zu vermählen suche. Das 20. Jahrhundert sei voller Beispiele für diese Mischung. So nehme die DDR jetzt eine Reihe großer Deutscher, z. B. Luther¹⁵, für sich in Anspruch. Unsere Antwort könne nicht lauten, demokratischer Nationalismus gegen kommunistischen Nationalismus, sondern unsere Antwort müsse Europa sein. Er sei der Auffassung, daß jede Mark, die vernünftig in Europa investiert werde, eine Investition für die Zukunft sei. Die großen deutschen Parteien hätten zwanzig Jahre lang eine gemeinsame Europapolitik vertreten. Die CDU habe immer die Europapolitik unterstützt. Die deutschen Sozialdemokraten hätten jedoch nicht nur in der Sicherheitspolitik ihre Position total verändert, sondern auch in der Europapolitik. Nächsten Donnerstag werde ein Antrag der Opposition im Bundestag die Bundesregierung zu zwingen versuchen, an der 1%-Grenze festzuhalten. Dieser Antrag werde zwar nicht durchkommen.¹⁶ Dennoch habe er negative Auswirkungen auf die öffentliche Meinung.

Es sei uns klar, daß wir zahlen müßten. Aber es müsse für unsere Bürger einsichtig sein, warum wir zahlen. Wir hätten unseren Haushalt um viele Milliarden reduziert.¹⁷ Mit einem Sparprogramm habe er die Wahlen¹⁸ gewonnen. Deshalb sei es wichtig, den Bürger von der Richtigkeit erhöhter Ausgaben für Europa zu überzeugen.

Ein weiterer Punkt sei, daß das Europa der EG die Menschen nicht in ihrem Herzen berühre, sondern höchstens in ihrem Verstand. Gute Politik müsse aber beides ansprechen. Auch deswegen sei er für den Beitritt Spaniens und Portugals. Auch aus innenpolitischen Gründen. Es dürfe auch nicht sein, daß die Deutschen allein zahlten. Eine Erhöhung der Eigenmittel auf 1,8% sei für uns nicht möglich. Die zweite Frage bei der Erhöhung sei, wer noch zahle außer der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundeskanzler schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß wir für unsere Probleme Freunde brauchten. Deshalb habe er seinen Standort klar umreißen wollen.

MP *Papandreou* bedankte sich für die herzliche und offene Sprache des Bundeskanzlers. Er betonte, er habe absolutes Verständnis für die deutschen Probleme. Die griechische Position sei, daß Jalta und Potsdam¹⁹ überwunden werden

¹⁵ Zu den Feierlichkeiten zum Luther-Jahr in der DDR vgl. Dok. 392.

¹⁶ Zum Antrag der SPD-Fraktion und zur Debatte im Bundestag am 1. Dezember 1983 vgl. Dok. 359, Anm. 24 und 25.

¹⁷ Zu den Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung vom 18. Mai 1983 vgl. Dok. 126, Anm. 10.

¹⁸ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹⁹ In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkom-

müßten. Auch seine Vision sei ein geeintes Europa und ein geeintes Deutschland. Dies sei griechische Auffassung, die schon öfter auch öffentlich vertreten worden sei. Papandreou schnitt dann das Thema des nicht zustande gekommenen Besuchs der Berliner Mauer²⁰ an. Er führte dazu aus, die Delegation des griechischen Parlaments habe aus allen drei Parteien, auch einem Mitglied der Kommunistischen Partei, bestanden, der sich einem Besuch der Mauer widersetzt habe. Die griechische Seite habe es auch vermeiden wollen, die Delegation aufzuspalten. Der MP unterstrich das griechische Interesse an einem Klima der Entspannung. Griechenland wünsche keine Verhärtung des Ost-West-Verhältnisses und keine Rückkehr zum Kalten Krieg. Deshalb bemühe er sich, alle Schritte zu vermeiden, die zu einer Verhärtung der Fronten führen könnten. Das ganze sei ein Mißverständnis. Er schlage vor, es zu vergessen. Abschließend stellte Papandreou fest, daß es in den politischen Hauptorientierungen keine unterschiedlichen Meinungen zwischen dem Bundeskanzler und ihm gebe. Er glaube, daß das Gespräch zu einer Vertiefung der deutsch-griechischen Beziehungen und der persönlichen Beziehungen zwischen dem Bundeskanzler und ihm führe.

Bundesminister *Genscher* nahm anschließend Stellung zum Bereich EG.

Er bezog sich auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß eine Erhöhung der Beiträge der MS nötig sein werde, und unterstrich ebenfalls, daß ohne Zusammenhang mit Beitritt Spaniens und Portugals keine Mehrheit für die Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft im Deutschen Bundestag zustande zu bringen sei. Dies sei auch in Stuttgart²¹ gesagt worden. Hierüber habe Einigkeit bestanden.

Von Anfang an sei auch gesagt worden, es sei notwendig, Einsparungen zu machen, um die Gemeinschaft finanzierbar zu halten. Dies solle insbesondere für die GAP gelten, aber auch für andere Bereiche. Nach einem ernsten Gespräch mit dem Bauernverband habe die deutsche Seite sich durchgerungen, dem Quotensystem bei Milch²² zuzustimmen. Es wäre jedoch falsch, jetzt der Überschußproduktion in diesem Bereich einen Riegel vorzuschieben, es jedoch zu unterlassen, Regelungen für andere Produkte, bei denen die Gefahr einer Überschußproduktion drohe, zu treffen und Begrenzungen einzuführen.

Ein besonderes Problem seien die Währungsausgleichsbeträge. Hierfür gebe es einen deutschen Vorschlag.²³ Dieser solle das Entstehen künftiger Ausgleichsbeträge verhindern. Im Grunde handele es sich hier nicht um ein Problem der Agrarpolitik, sondern der Währungspolitik. Wenn hierfür keine Regelung ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1803

men über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196. Die Beratungen wurden auf der Konferenz in Potsdam vom 17. Juli bis 1. August 1945 von Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee als neuem Premierminister, Präsident Truman und Stalin fortgesetzt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

²⁰ Zum Besuch einer Delegation des griechischen Parlaments vom 7. bis 9. November 1983 in Berlin (West) vgl. Dok. 357, Anm. 20.

²¹ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. Dok. 185.

²² Zu einer Einführung von Garantieschwellen bei Milch und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 354, Anm. 10.

²³ Zu einer Neuberechnung der Währungsausgleichsbeträge vgl. Dok. 357, Anm. 32.

funden werden könne, werde es auf dem Währungssektor in Europa nicht klappen. Wenn die Bundesregierung verheerende Auswirkungen für die deutschen Bauern befürchten müsse, werde sie zu Konzessionen nicht mehr bereit sein. Für das Problem der bestehenden Ausgleichsbeträge hätten wir Vorstellungen für eine Lösung. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, daß das Problem nicht wieder nach seiner Beseitigung von neuem entstehe.

Wir wünschten auch eine effektivere Verwendung der Mittel für andere Politiken. Von dem britischen Problem dürfe man nicht sprechen, ohne auch das deutsche zu erwähnen. Wir akzeptierten die Notwendigkeit der britischen Entlastung, sie dürfe jedoch nicht so groß sein, daß Großbritannien das Interesse an der Finanzierungsfrage verliere. Es sei uns bewußt, daß wir auch in Zukunft der größte Nettozahler sein würden. Wir wollten aber nicht der einzige und nicht ein unbegrenzter Nettozahler sein. Es müsse für den deutschen Finanzminister berechenbar bleiben, was seitens der Gemeinschaft auf uns zukomme. Der Bundesminister weist in diesem Zusammenhang auf die Kürzungen von Leistungen an die deutschen Bürger hin, die erwarteten, daß das deutsche Problem in Athen nicht unter den Tisch falle. Es sei politisch nicht durchsetzbar, daß der größte Nettozahler der Gemeinschaft die Entlastung des zweitgrößten Nettozahlers auch noch bezahle. Hier bitte er um die Unterstützung der griechischen Präsidentschaft. Es müsse deutlich werden, daß unsere Partner auch die deutschen Interessen erkennen.

Wir erwarteten auch einen weiteren Ausbau des Binnenmarkts. Es gebe vieles auf diesem Gebiet, was nicht mit Kosten verbunden sei. Wir sollten nicht nur neue Technologien fördern, sondern auch den gemeinsamen Markt zum Tragen bringen.

Mit den Amerikanern müsse das Problem der Handelspolitik behandelt werden. Es dürfe nicht zu einem weiteren Anstieg der Importe von Futtermittelsubstituten in die Gemeinschaft kommen.²⁴ Wir wollten den bäuerlichen Familienbetrieb unterstützen, aber nicht Milchfabriken. Es sei wichtig, in Athen zu einer Reihe von Fragen Beschlüsse zu fassen. Es müßten Mandate beschlossen werden, die dann in den Räten ausgefüllt werden müßten. Zum Schluß müsse nochmals die Gesamtregelung zur Entscheidung gestellt werden, d.h., das Stuttgarter Paket müsse in Athen zusammenbleiben²⁵ und auch in der Zeit danach. Mit den USA wollten wir keine Konfrontation; wir hätten aber gute Karten im Spiel. Ökonomisch spreche alles gegen den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG; bündnispolitisch alles dafür. Wenn die EG die wirtschaftlichen Lasten des Beitritts übernehme, dürften wir von den Amerikanern auch Entgegenkommen erwarten.

Man kam überein, das Gespräch über EG-Fragen bei dem Abendessen von Bundesminister Genscher für MP Papandreou fortzusetzen. BM Genscher verabschiedet sich.

MP *Papandreou* kam dann auf das Zypern-Problem²⁶ zu sprechen. Er unter-

²⁴ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Begrenzung der Einfuhr von Getreidesubstituten in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 354, Anm. 12.

²⁵ Zur Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Weiterbehandlung der Beschlüsse des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 („Stuttgarter Paket“) vgl. Dok. 354, Anm. 3.

²⁶ Zur Erklärung über die Unabhängigkeit von Nordzypern vom 15. November 1983 vgl. Dok. 353.

strich, daß es sich hier um eine sehr wichtige Frage für Griechenland handele, und dankte dem Bundeskanzler für die deutsche Haltung in dieser Frage.²⁷ Das erste Land, das den Pseudostaat von Nordzypern anerkannt habe, sei die Türkei gewesen.²⁸ Er glaube, Denktasch habe nicht isoliert gehandelt. Die Erklärung der Unabhängigkeit sei eine türkische Entscheidung gewesen. Hierdurch würden die Beschlüsse der Generalversammlung der UNO²⁹ zunichte gemacht. Unter Hinweis auf den Einfluß der USA und Deutschlands gegenüber der Türkei bat er den Bundeskanzler, die Zypern-Frage als wichtig anzusehen und dafür zu sorgen, daß die Ausrufung des „Pseudostaates“ wieder rückgängig gemacht werde.

Das Gespräch wandte sich dann der innenpolitischen Entwicklung in der Türkei zu. MP Papandreou gab der Meinung Ausdruck, die Entwicklung in der Türkei werde nicht demokratisch verlaufen. Die Generäle hätten alles fest im Griff. Solange Politiker wie Ecevit aus dem politischen Leben ausgeschlossen seien³⁰, werde es keine Demokratie geben. Eine ähnliche Entwicklung habe es 1973 in Griechenland gegeben.³¹ Er glaube nicht, daß die Wahl³² wesentliche Auswirkungen haben würde. Der Wahlsieger Özal³³ habe keine politische Vergangenheit. Er sei ein Technokrat aus dem Koordinationsministerium, der unter der Kontrolle der Generäle stehe. Er, Papandreou, habe den Eindruck, Evren habe an Macht verloren. Es würden jetzt härtere Männer kommen.

Bundeskanzler gab seinem Bedauern über die Vorgänge in Zypern Ausdruck. Es sei damit ein weiterer aktueller Krisenherd entstanden, der nicht auf Zypern beschränkt bleibe, sondern zwei wichtige Schlüsselländer der Region unmittelbar berühre.

Was die Entwicklung in der Türkei betreffe, gebe es widersprüchliche Nachrichten. Es werde die Meinung vertreten, der Einfluß Evrens sei zurückgegangen. Andere hielten doch die Wahl für bedeutsam. Es werde jetzt wichtig sein, ob die gewählte Gruppe an die Regierung und damit zur Macht komme. Wir seien indirekt durch die zahlreichen türkischen Gastarbeiter involviert. An dieser Stelle erläuterte der Bundeskanzler kurz die mit der Anwesenheit zahlreicher türkischer Gastarbeiter verbundene Problematik.

²⁷ Die Bundesregierung erklärte am 15. November 1983, sie habe „mit großem Bedauern von der Entscheidung der türkisch-zyprischen Verwaltung in Nordzypern Kenntnis genommen, einen Separatstaat ‚Türkisch-nordzyprische Republik‘ auszurufen“. Es sei zu befürchten, daß dadurch „eine dauerhafte und gerechte Lösung des Zypernproblems zusätzlich erschwert wird“. Es folgte der Appell an die Beteiligten, „sich unverzüglich um Wiederaufnahme ernsthafter Verhandlungen zwischen den Volksgruppen zu bemühen“. Vgl. Referat 206, Bd. 150985.

²⁸ Die türkische Regierung erkannte am 15. November 1983 die Unabhängigkeit von Nordzypern an. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2378 des Botschafters Oncken, Ankara, vom 16. November 1983; Referat 206, Bd. 150985.

²⁹ Vgl. dazu zuletzt die Resolution Nr. 37/253 der VN-Generalversammlung vom 13. Mai 1983; Dok. 236, Anm. 40.

³⁰ Nach der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei am 12. September 1980 wurde die unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit stehende Republikanische Volkspartei verboten. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

³¹ Zur Militärregierung in Griechenland von 1967 bis 1974 vgl. Dok. 357, Anm. 26.

³² Am 4. November 1983 fanden Wahlen zum türkischen Parlament statt, aus denen die Mutterlandspartei mit 45 % der Stimmen als stärkste Kraft hervorging.

³³ Korrigiert aus: „Öztal“.

MP *Papandreou* führte auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers aus, bisher habe man gehofft, auf Zypern eine Lösung zu finden. Jetzt bestehe die Gefahr einer Teilung der Insel. Wenn man Kyprianou nahelegen würde, den Dialog mit Denktasch zu suchen, so werde das bedeuten, daß Kyprianou Denktasch als Staatsoberhaupt anerkenne. Ein Abkommen könne zwar zu einer Konföderation führen. Dies würde jedoch die endgültige Teilung der Insel besiegeln. Man sei in einer Sackgasse. Er habe den Dialog mit der Türkei gesucht, um Spannungen zu beseitigen. Abschließend bedankte sich Papandreou nochmals für das offene und herzliche Gespräch. Er unterstrich, daß die Freundschaft zwischen Griechenland und Deutschland für beide sehr wichtig sei.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65

361

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

25. November 1983¹

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen am 24./25.11.1983²;
hier: Gespräch zwischen BM Genscher, AM Cheysson, BM Stoltenberg,
FM³ Delors, unter Teilnahme von StS Lautenschlager und StM Chander-
nagor

Gespräch konzentrierte sich auf Vorbereitung Athener ER⁴ und hatte weitgehend dort zur Beratung und Entscheidung anstehende finanzielle Probleme zum Gegenstand (Einzelheiten deshalb in Plenarsitzung von Finanzministern darzulegen⁵).

1) Stahl

BM Genscher legte deutsche Stellungnahme zu Beschlüssen EGK⁶ dar und bat um französische Unterstützung bei Ergänzung (wirksame Mengenregelung, De-

¹ Ablichtung.

² Vgl. dazu auch Dok. 357 und Dok. 359.

³ Finanzminister.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

⁵ Bundesminister Stoltenberg bekräftigte in der Plenarsitzung am 25. November 1983 die Übereinstimmung mit der französischen Regierung darüber, daß eine Aussage der Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen dahin gehen müsse, „daß die Eigenmittelerhöhung gebunden sei an die Süderweiterung, konkrete Leitlinien und Umsetzung in konkretes Recht, erst dann könne die Erhöhung ratifiziert werden“. Der französische Finanzminister Delors wies auf weiterhin bestehende „ernste Differenzen“ in der Frage des Währungsausgleichs hin und auf Unterschiede hinsichtlich der EG-Handelspolitik, „die aber nicht unüberwindbar seien“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 13. November 1983 für den Stahlmarkt vgl. Dok. 354, Anm. 29.

Ministerialdirigent Ungerer legte am 22. November 1983 dar, das Bundesministerium für Wirt-

finition traditioneller Liefermengen, automatisch greifende Gegenmaßnahmen bei Verschiebungen, wirksame Sanktionen).

Französische Seite äußerte Verständnis für Lage auf deutschem Stahlmarkt, beurteilte EGK-Vorschläge jedoch positiver, vermied Unterstützungszusage.

2) Agrarfragen

Deutsche Seite stellte Priorität Eindämmung Agrarausgaben eindringlich dar.

Französische Seite insistierte demgegenüber auf ihrem Ansatz, Eindämmung sämtlicher EG-Ausgaben anzustreben.

Deutsche Seite zeigte Bereitschaft, EGK-Vorschlag zur finanziellen Leitlinie (als „politisches“, nicht richtig bindendes Verfahren) zur Eindämmung Agrarausgaben⁷ auch durch Vorkehrungen für sonstige Ausgabenkontrolle zu ergänzen, ohne daß französische Seite hierauf einging.

Neu: In Beantwortung deutscher Kritik gegen Schmälerung Haushaltsrechte des EP⁸ betonte französische Seite, daß bei Festlegung eines Ausgabenlimits durch Budgetrat selbstverständlich dem EP zur Verfügung stehende Erhöhungsmarge mit einkalkuliert werde.

Übereinstimmung, daß rechtsförmliche Entscheidungen zur Ausfüllung der in Athen getroffenen Leitlinien gefaßt werden müssen, ehe die übrigen Teile des Gesamtpakets in Kraft treten.

3) WAB

Deutsche Seite legte dar, wie zukünftige positive Währungsausgleichsbeträge verhindert und der bestehende positive Währungsausgleich unter Vorbehalt weiterer interner Prüfungen in seinem Ausmaß verringert werden könne.

Französische Seite lehnte eindeutig von Bundesregierung in Brüssel vorgetragene Methode zur Verhinderung zukünftiger positiver WABs ab (Inflationsegefahr „DM-Zone“, Verlagerung Agrarentscheidungen in Hauptstädte⁹). Keine Äußerung zu sonstigen Überlegungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1807

schaft habe die EG-Kommission „aufgefordert, die aus unserer Sicht unbefriedigenden Krisenmaßnahmen nachzubessern und damit unseren Vorstellungen entgegenzukommen, wie sie im Memorandum zur deutschen Stahlpolitik“ enthalten seien, das Bundesminister Graf Lambsdorff am 4. November 1983 dem Vizepräsidenten der EG-Kommission, Davignon, übergeben habe. Ein weiteres Gespräch zwischen Lambsdorff und Davignon am 20. November 1983 habe keine Annäherung gebracht. Vgl. Referat 416, Bd. 130945.

⁷ Vgl. dazu den Vorschlag der EG-Kommission vom 3. Oktober 1983 zu „financial guidelines“ für die Agrarpolitik; Dok. 354, Anm. 23.

⁸ Vortragender Legationsrat Barth informierte die Botschaft in Paris am 22. November 1983, daß Staatssekretär Lautenschlager eine französische Aufzeichnung zu den „Schlußfolgerungen des ER Athen“ übergeben worden sei. Zu dem darin enthaltenen Abschnitt „Maîtrise des dépenses“ führte Barth aus, die Zielsetzung einer Begrenzung des Ausgabenanstiegs in den Europäischen Gemeinschaften werde geteilt: „Der dafür vorgeschlagene Weg jedoch – jährliche Festschreibung eines Ausgabenlimits durch den Budgetrat – erscheint uns vor allem im Hinblick auf die bestehenden Haushaltsrechte des EP als sehr problematisch.“ Es sei „weder europapolitisch opportun“ noch in Übereinstimmung mit den Haushaltsbestimmungen der Europäischen Gemeinschaften, „eine Mitwirkung des EP letztlich nur bei der Festlegung von Prioritäten innerhalb des vom Budgetrat festgesetzten Ausgabenrahmens vorzusehen“. Vgl. den Drahterlaß; Referat 410, Bd. 136097.

⁹ Zu einer Neuberechnung der Währungsausgleichsbeträge vgl. Dok. 357, Anm. 32.

4) Substitute

Deutsche Seite legte Überlegung dar, unter welchen Umständen EG-Kommission Mandat für Verhandlungen mit USA nach Artikel GATT gegeben werden könnte.¹⁰ Thema wurde nicht vertieft.¹¹

5) Gerechtere Lastenverteilung

Übereinstimmung, daß dauerhafte Regelung gefunden und D vor unkontrolliertem Ansteigen deutscher Belastung geschützt werden müsse.

Beide Seiten legten ihre Vorstellungen dar; weitere Gespräche zur Präzisierung vorgesehen.

6) Eigene Einnahmen

Französische Seite legte dar, daß endgültiger Beschluß über Erhöhung eigener Einnahmen im Rahmen Gesamtpakets bis Sommer 1984 fallen müsse, damit Ratifizierung – unter Beibehaltung der Verknüpfung mit Erweiterung – bis Anfang 1986 stattfinden könne. Bereitschaft zur Erhöhung entsprechend EGK-Vorschlag auf 1,4%.¹²

BM Genscher wiederholte nachdrücklich, daß Erhöhung eigener Einnahmen für uns nur mit Erweiterung¹³ möglich sei und beides am 1.1.1986 in Kraft treten müsse.

Beide Seiten ließen offen, ob auf Athener ER Erhöhungssatz schon beschlossen werden müsse.

7) Neue Politiken

Übereinstimmung, daß Entwurf der Schlußfolgerungen der Präsidentschaft, insbesondere zu diesem Punkt, zu umfassend sei; hier Kürzung notwendig.

Einzelpunkte bedürfen weiterer Prüfung.¹⁴

¹⁰ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Begrenzung der Einfuhr von Getreidesubstituten aus den USA in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 354, Anm. 12.

¹¹ Auf der Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister am 28./29. November 1983 in Brüssel blieben „Hauptfragen der Stabilisierung der Substituteimporte streitig“. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 29. November 1983 mit, Frankreich bestehe weiterhin auf „Anwendung der Schutzklausel nach Art[ikel] 19 GATT“ und Einbeziehung aller Getreidesubstitute, während Großbritannien und Dänemark Selbstbeschränkungsabkommen für ausreichend hielten: „GB forderte Annäherung der Gemeinschaftspreise an die Haupterzeugerpreise innerhalb von fünf Jahren. Hingegen lehnte es jede einseitige importbeschränkende Aktion ab. Für AM Cheyson ist diese Frage ein für den ER besonders wichtiges Thema, da es um die Zerstörung der GAP durch ungehemmte Einfuhr in diesem Sektor gehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3883; Referat 410, Bd. 136097.

¹² Zum Vorschlag der EG-Kommission vom 5. Mai 1983 zur Erhöhung der Eigeneinnahmen vgl. Dok. 134, Anm. 9.

¹³ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 354, Anm. 21, und Dok. 360, Anm. 10.

¹⁴ Zu den Vorschlägen für Neue Politiken der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 354, Anm. 15. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler resümierte am 28. November 1983 die Positionen der Bundesregierung und der französischen Regierung: „Bei den neuen Gemeinschaftspolitiken ist man sich über die Notwendigkeit eines Ausbaus des Binnenmarkts einig, nicht jedoch hinsichtlich des Verfahrens für ein neues außenhandelspolitisches Instrument gegen sog. wettbewerbsverzerrende Einfuhren. Beide Seiten messen zukunftsorientierten Maßnahmen zur industriellen und technologischen Entwicklung großes Gewicht zu, wobei wir eine stärkere Präferenz für nicht finanzwirksame Beschlüsse zeigen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 122; Referat 012, Bd. 124453.

8) Strukturfonds

Deutsche Seite legte dar, daß Erhöhung Strukturausgaben gebunden bleiben müsse an Ausgabenkontrolle und Disziplinierung.¹⁵ Französische Zustimmung.

9) EG–USA

Französische Seite hielt Mandat an EGK zu Verhandlungen mit USA über Auswirkung spanischen Beitritts auf US-Exporte nach Spanien vor Abschluß Beitrittsverhandlungen für nötig. Frage bedarf weiterer Prüfung.¹⁶

Per Fischer

Referat 202, Bd. 140666

362

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

221-373.16-2659/83 VS-vertraulich

29. November 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Westliche Vorbereitung der KVAE;

hier: Politische Aussagen bei der NATO-Außenministerkonferenz am 8./9. Dezember 1983³

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Billigung des in Ziff. III vorgeschlagenen Vorgehens

I. Einleitung

Der Beginn der KVAE am 17. Januar 1984 findet unter Rahmenbedingungen statt, welche einerseits zwar die baldige Vereinbarung von Ergebnissen erschweren, andererseits jedoch die Notwendigkeit der Vertrauensbildung besonders deutlich werden lassen.

Die sowjetische Enttäuschung über das Scheitern ihrer Anti-Nachrüstungskampagne dürfte die sowjetische Führung in ihrer Absicht bestärken, die KVAE

¹⁵ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 29. Juli 1983 über die Mittel zur Stärkung der Effizienz der Strukturfonds vgl. Dok. 360, Anm. 12.

¹⁶ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Fischer in eckige Klammern gesetzt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann fortfallen.“

¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. Dezember 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 3. Dezember 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 5. Dezember 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Dezember 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik vorgelegen.

³ Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 376.

als Forum zu nutzen, um die bei INF mißlungene „Abkoppelung“ der Westeuropäer von den USA erneut zu versuchen.

Die westliche Öffentlichkeit wird die KVAE nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen z.T. mit großen (wohl auch überhöhten) Erwartungen, z.T. aber auch mit größter Skepsis gegenüber den Möglichkeiten der Rüstungskontrolle insgesamt begleiten.

Angesichts dieser Entwicklung liegt es im Interesse der Bundesregierung, die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Rüstungskontrolldialog und den KSZE-Prozeß zu erhalten und die Voraussetzungen für konkrete Verhandlungsergebnisse in Stockholm zu gewährleisten.

Da nicht alle Bündnispartner der KVAE die gleiche Bedeutung beimessen, wird es sowohl bei der NATO-Herbsttagung als auch bei bevorstehenden bilateralen Gesprächen darauf ankommen, unsere Partner von der Notwendigkeit einer flexiblen Verhandlungsführung und einer überzeugenden Öffentlichkeitsarbeit in Stockholm zu überzeugen.

II. Probleme der westlichen Verhandlungsposition und der künftigen Verhandlungsführung

Die Allianz bemüht sich derzeit, in intensiven Konsultationen ein Paket konkreter VSBM zu erarbeiten, welche zu einem frühen Zeitpunkt der ersten Phase in Stockholm eingeführt werden können.

1) Bei der Beratung in Brüssel zeigt es sich, daß manche der vorgesehenen Maßnahmen auch westlichen Militärs große Sorgen bereiten, weil sie entweder zur Offenlegung von geheimgehaltenen Fakten führen oder die eigene Aktionsfreiheit begrenzen.

Die westlichen Vorschläge zielen vorrangig darauf ab, mehr Transparenz im militärischen Bereich zu erzielen und damit die Gefahr von Überraschungsangriffen zu vermeiden. Sie sind so konzipiert, daß sie die westlichen Verteidigungsnotwendigkeiten nicht beeinträchtigen. Es wird nicht leicht sein, die Zustimmung des WP zu diesen Maßnahmen zu erreichen. Umgekehrt müssen wir davon ausgehen, daß die östlichen Vorschläge lediglich die sicherheitspolitischen Interessen des WP im Sinn haben und darauf gerichtet sind, die westliche Aktionsfreiheit zu erschweren (z.B. Vorschlag, die Zahl und den Umfang der Manöver zu begrenzen) bzw. die westliche Öffentlichkeit durch deklaratorische Zusagen (z.B. Nichtangriffspakt) einzulullen.

Angesichts der zu erwartenden weitgehenden Unvereinbarkeit der VSBM-Konzepte beider Seiten wird es zu gegebener Zeit notwendig sein, im Bündnis nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, die ein frühzeitiges Festfahren der Konferenz ausschließen.

Auf politischer Ebene sollte daher schon jetzt dafür plädiert werden, das erarbeitete westliche Paket als vernünftige und kohärente Ausgangsposition anzusehen – nicht als eine unveränderliche „take it or leave it“-Position. Wir sollten im Bündnis dafür eintreten, auch nach Einführung des westlichen VSBM-Pakets weitere VSBM zu erarbeiten, welche geeignet erscheinen, mit Konsens angenommen zu werden.

2) Fast alle Vorschläge des westlichen Pakets zielen auf mehr Transparenz und Überprüfung. Unsere Bemühungen in der Allianz, auch Ansätze für militäri-

sche „constraints“ (Beschränkungen für den Gebrauch militärischer Verbände) einzuführen, stießen bisher auf wenig Verständnis, vor allem bei den USA.⁴ Angesichts der Tatsache, daß vor allem die N+N-Staaten Vorschläge in diesem Bereich einführen werden, wird das Bündnis nicht umhin können, sich stärker als bisher mit diesen Fragen zu beschäftigen. Es liegt uns daran, bei der AM-Konferenz deutlich zu machen, daß eine ernsthafte Prüfung der sicherheitsbildenden Funktion von constraints durchaus im westlichen Interesse sein kann.

3) Ausklammerung der amerikanischen Eingreiftruppe (CENTCOM-Kräfte beim Transit)⁵

Die super restricted session der AM-Konferenz bietet eine gute Möglichkeit, deutlich zu machen, daß ein westlicher Versuch, keinerlei Ankündigung des Transits dieser Eingreiftruppe durch Europa vorzunehmen, das ganze westliche VSBM-Paket auch in den Augen der westlichen Öffentlichkeit entwerten würde.

Wir sollten den Amerikanern aber auch zu verstehen geben, daß wir ihr Anliegen teilen, die CENTCOM-Planung nicht zum Gegenstand von Verhandlungen auf einer KVAE zu machen.

Die von europäischer Seite vorgeschlagenen Lösungen für dieses Problem stellen keine Beeinträchtigung der amerikanischen Handlungsfreiheit dar, erlauben jedoch eine Ankündigung, die den sonst von uns vertretenen Kriterien der Offenheit entspricht.

4) Das der Allianz-Diskussion zugrunde liegende Papier des Internationalen Stabes enthält eine sehr detaillierte und zum Teil sehr technische Darstellung der sieben bisher vorgeschlagenen VSBM (Liste siehe Anlage⁶). Es ist in dieser Form nicht geeignet, die z.T. sehr gewichtigen westlichen Vorschläge der Öffentlichkeit und den Teilnehmerstaaten überzeugend zu präsentieren. Es wird baldiger Konsultationen im Bündnis bedürfen, um ein Papier zu erarbeiten, welches die vorgesehenen westlichen VSBM als kooperative Schritte auf dem Wege zu einer künftigen europäischen Friedensordnung darstellt.

III. Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister bei der NATO-AM-Konferenz und bei bilateralen Gesprächen mit westlichen Politikern dafür eintritt,

- die mit der KVAE gegebene Chance von Anfang an positiv zu nutzen und dem WP keinen Vorwand zu geben, die westlichen Vorschläge als einseitig und nur der „Spionage dienend“ zu disqualifizieren;
- das westliche Paket als ersten westlichen Schritt zu kennzeichnen, der darauf gerichtet ist, durch kooperative VSBM mehr Wissen übereinander und mehr Verständnis für die Sicherheitsprobleme der anderen Partner zu erreichen;

⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Wir haben u. a. angeregt, daß die militärischen Stellen der Allianz prüfen, ob die getrennte (rückwärtige) Lagerung von Munition bzw. Brückenbaugerät oder das Verbot der Mitführung von Gefechtsmunition bei Übungen dazu geeignet sein könnten, Angriffsvorbereitungen zu erschweren.“

⁵ Zur Frage der Ankündigung von Bewegungen der Rapid Deployment Force innerhalb Europas vgl. Dok. 346, besonders Anm. 11.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die „Liste der im Bündnis derzeit erörterten VSBM, die bei der KVAE vorgeschlagen werden sollen“, vgl. VS-Bd. 11522 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

- in der Allianz weitere Schritte zu prüfen (u. a. solche constraints, die mit den westlichen Sicherheitsinteressen vereinbar sind);
- die westlichen Vorschläge so zu präsentieren, daß sie auch in der Öffentlichkeit als glaubwürdige Schritte der Vertrauensbildung verstanden werden (d. h. auch die Berücksichtigung etwaiger Transitaufenthalte amerikanischer Eingreifverbände).

Citron

VS-Bd. 11522 (221)

363

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident FitzGerald

1. Dezember 1983¹

Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem irischen Premierminister FitzGerald am Donnerstag, dem 1. Dezember 1983, von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr²

Weitere Teilnehmer: MDg Stabreit, StS Nally, VLR I Weber als Dolmetscher.

Bundeskanzler eröffnet das Gespräch. Er habe noch einmal mit seinen Mitarbeitern gesprochen und ihnen gesagt, was er Herrn FitzGerald in Brüssel mitgeteilt habe: Was Milch anbetreffe, wollten wir Irland entgegenkommen.³ Er bitte jedoch, dies nicht bekanntzugeben.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 2. Dezember 1983 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Dazu vermerkte Stabreit: „Der Vermerk ist von dem Herrn Bundeskanzler noch nicht genehmigt.“

Hat Amtsinspektor Janocha vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 204 „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an die „Botschaft Dublin z[u] H[änden] von Botschafter Eickhoff“ verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 204, Bd. 135244.

² Ministerpräsident FitzGerald hielt sich in Begleitung des irischen Außenministers Barry am 30. November/1. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Zur Diskussion über die Vorschläge der EG-Kommission vom 14. September 1983 hinsichtlich einer Regulierung des Marktes für Milch und Milchprodukte vgl. Dok. 270, Anm. 50, und Dok. 354, Anm. 10.

In einem Memorandum, das den EG-Mitgliedstaaten am 24. Oktober 1983 zugeleitet wurde, erläuterte die irische Regierung, daß fast 10 % der Bevölkerung in der Milchwirtschaft tätig seien und die Bedeutung der Milchproduktion für die irische Wirtschaft „fünffach so groß wie im Durchschnitt für die Gemeinschaft insgesamt“ sei. Der „Vorschlag für die Extra-Abgabe auf Milch“ würde vor allem Irland zu unverhältnismäßig hohen Einsparungen zwingen. Vgl. Referat 412, Bd. 130597. Dem irischen Außenminister Barry, der die Sorgen wegen der geplanten „Superabgabe“ auf die Milchproduktion ansprach, erklärte Staatssekretär Lautenschlager am 1. Dezember 1983, „daß es in Athen um die Erhaltung der Funktionsfähigkeit und der Finanzierbarkeit der Gemeinschaft

PM *FitzGerald* antwortet, das Gespräch mit dem Bundeskanzler vor Athen⁴ sei überaus nützlich. Er freue sich über das, was der Bundeskanzler ihm in Brüssel gesagt habe, und schätze diese Geste hoch ein. Es habe sich um ein Gespräch unter Freunden gehandelt. Er habe davon nichts verlauten lassen.

Bundeskanzler wirft ein: eine demonstrative Geste unter Freunden!

PM *FitzGerald* fährt fort, er habe mit anderen Regierungschefs gesprochen. Einige hätten Verständnis für die irische Haltung geäußert, andere hätten solches Verständnis vielleicht, wollten aber nichts dazu sagen. Kommissionspräsident Thorn habe ihm versprochen, helfen zu wollen. Es sei wahrscheinlich am besten, wenn das irische Problem in Athen als letztes gelöst würde. Es stelle sich die Frage, wie es überhaupt mit Athen gehen solle. Insbesondere wisse er nicht, wie das britische Problem⁵ gelöst werden solle. Der Bundeskanzler habe sich in Brüssel optimistisch geäußert. Er habe dies mit Vergnügen zur Kenntnis genommen. Inzwischen habe es aber immer pessimistischere Lageanalysen gegeben, und man sage jetzt, es könne in Athen nur Guidelines geben. Das wäre aber sehr besorgniserregend. Irland würde versuchen, hilfreich zu sein. Es sei äußerst wichtig, daß man Lösungen fände. Es sei wichtig, daß die Gemeinschaft diese Lage überlebe und sich frei entwickeln könne.

Bundeskanzler antwortet, die Lage sei kritisch. Trotzdem sei er von gemäßigtem Optimismus erfüllt. Die Franzosen würden als nächste die Präsidentschaft innehaben.⁶ Wenn Athen scheitere, hätten sie die Probleme in ihrer Präsidentschaft. Dann komme die Europawahl⁷, die in jedem Land auch eine Art nationaler Wahl sei. Die Position der Regierung in Frankreich sei nicht sehr stark. Freilich sei auch die Position der Opposition nicht sehr stark, weil niemand wisse, wer diese Opposition repräsentieren solle. Chirac wolle, daß Barre kandidiere. Barre wolle das nicht. Alle wollten, daß Mme. Veil kandidiere, damit sie aus dem Weg sei. Diese Lage werde Frankreich in Athen gesprächsbereit machen.

Auch er wolle in Athen einen Beitrag leisten. Er sei für die Erweiterung der EG, unterstütze jedoch Präsident Mitterrand darin, daß die Dinge ausgehandelt sein müßten vor Beitritt. Es dürfe keine Wiederholung des Falles Griechenland⁸ geben. Wir sollten anstreben, daß 1984 der Vertrag⁹ ausgehandelt werde (das falle dann u. U. in die irische Präsidentschaft¹⁰) und man dann bis zum Jahre 1986 ratifiziert habe. Aus innenpolitischen Gründen wolle er die Erhöhung der Einnahmen der EG mit der Ratifikation der Beitrittsverträge verbinden. Er ha-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1813

ginge. Wir hätten Verständnis für die irischen Besorgnisse, könnten aber Prinzip der Superabgabe nicht aufgeben.“ Lautenschlager legte dar, „daß Gemeinschaftsprobleme nur durch Zugeständnisse auf allen Seiten und durch politische Zielsetzung, nicht aber durch nationale, rein ökonomische Ansätze zu lösen seien“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135244.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 in Athen vgl. Dok. 375.

⁵ Zu den Ausgleichszahlungen für den britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 270, Anm. 45.

⁶ Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁷ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. bzw. 17. Juni 1984 statt.

⁸ Vgl. dazu das griechische Memorandum vom 22. März 1982 an den EG-Ministerrat über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge des EG-Beitritts vom 1. Januar 1981; Dok. 360, Anm. 6.

⁹ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 354, Anm. 21, und Dok. 360, Anm. 10.

¹⁰ Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

be den Deutschen immer gesagt, daß sie mehr zahlen mußten. Er könne jedoch nicht nur geben, er müsse auch ein paar Dinge mitbringen. Gerade jetzt habe die SPD im Parlament einen Antrag gestellt, der die Regierung auf die 1%-Grenze festlegen wolle. Natürlich werde dieser Antrag nicht durchgehen.¹¹ Unter Freunden wolle er PM FitzGerald folgendes sagen: Natürlich würden die Deutschen auch in Zukunft am meisten zahlen. Daran sei auch nichts auszusetzen, es ergebe sich aus der allgemeinen Lage, aber auch aus unserer besonderen Situation. Indessen brauchten wir alle Europa. Wir müßten auch mit der Integrationspolitik im Sinne der Verträge¹² vorankommen. Europa dürfe sich nicht auf eine Freihandelszone zurückentwickeln. Noch in diesem Jahrzehnt müsse etwas passieren. Wenn wir bis zum Ende des Jahrhunderts keine wesentlichen Fortschritte gemacht hätten, danken wir als Europäer ab.

Deutschland habe das besondere Problem der Teilung, mit der wir uns nicht abfinden. Wir hätten die Einheit nicht aufgegeben. Gerade in der jungen Generation werde das jetzt sehr deutlich. Natürlich sei das Thema nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Dieser Prozeß könne noch lange dauern. Wir bräuchten hierfür einen langen Atem. Es gebe auch keine Rückkehr zum Bismarck-Reich. Wir müßten vielmehr nach vorne blicken. Wir würden jedoch alles tun, um die Deutschen wieder zusammenzubringen. Es solle wieder möglich werden, daß ein junger Mann aus Bonn eine Frau aus dem anderen Teil Deutschlands heirate. Dies sei heute unmöglich. Das Problem sei jedoch nur unter einem europäischen Dach zu lösen, und es sei nur friedlich zu lösen. Der Krieg sei kein Mittel der Politik mehr.

Und noch eins: Die Kommunisten hätten dazugelernt. Sie hätten eingesehen, daß die Übernahme ganz Deutschlands durch den Kommunismus im Wege einer freiwilligen Entscheidung der Bevölkerung ein Traum sei und bleibe. Die kommunistischen Regime blieben ineffizient. Jedoch hätten die Kommunisten gelernt, daß das Amalgam Nationalismus und Kommunismus ihnen eine neue Chance biete. Sie verfälschten jetzt die deutsche Geschichte, wollten sie für sich okkupieren. In der Verfassung der DDR¹³ stehe, daß es sich um einen atheistischen Staat handele. In diesem Jahr sei das Luther-Jahr¹⁴, und Honecker habe sich zum Präsidenten des Luther-Komitees wählen lassen und eine gewaltige Aufführung veranstaltet. Dasselbe sei in den vergangenen Jahren mit Goethe¹⁵ und Clausewitz¹⁶ geschehen. Dies sei ein wichtiger Punkt: Die Kommunisten trieben dabei das Gespenst des Neutralismus hoch. Nur dumme Leute könnten jedoch das glauben. Er sei dagegen, einem kommunistischen Nationalismus einen demokratischen Nationalismus entgegenzustellen. Unser Aus-

¹¹ Zum Antrag der SPD-Fraktion und zur Debatte im Bundestag am 1. Dezember 1983 vgl. Dok. 359, Anm. 24 und 25.

¹² Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 8. April 1965 über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1481.

¹³ Für den Wortlaut der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1974, Teil I, S. 432–456.

¹⁴ Zu den Feierlichkeiten zum Luther-Jahr in der DDR vgl. Dok. 392.

¹⁵ Zum Festakt des ZK der SED und des Staats- und Ministerrats der DDR am 22. März 1982 in Weimar anlässlich des 150. Todestages von Johann Wolfgang von Goethe vgl. Dok. 106, Anm. 41.

¹⁶ Zum Clausewitz-Gedenken in der DDR vgl. Dok. 106, Anm. 42.

weg müsse Europa sein. Als Realist müsse er sagen, daß keine der großen Hauptstädte in der Welt wünschte, daß sich den 60 Millionen Deutschen die 17 Millionen Deutschen in der DDR hinzugesellten, um dann – so wie jetzt in Athen – europäische Probleme mitzulösen. Was wir aber jetzt brauchten, sei Athen als Zukunftsperspektive. Deshalb sei er bereit zu einer Abschlagszahlung auf die Zukunft.

Wir müßten den Grenzausgleich mit Frankreich¹⁷ lösen und das Stuttgarter Paket¹⁸ zusammenhalten. Frau Thatcher sei die große Unbekannte. Wenn sie mit dem Kopf durch die Wand zu gehen versuche, dann werde es einen Mißerfolg geben. Er, der Bundeskanzler, habe Frau Thatcher gesagt¹⁹, sie könne die Nacht von Stuttgart nicht wiederholen, schon allein deshalb, weil er nicht mehr den Vorsitz habe, sondern MP Papandreou.²⁰ MP Papandreou sei in Bonn gewesen und habe seltsame Vorstellungen entwickelt.²¹ Das Europa, von dem er gesprochen habe, sei nicht unser Europa.

PM *FitzGerald* erläutert, auch Irland habe ein Problem der Einheit. Auch Irland frage sich, ob Europa ihm dabei nicht helfen könne. Ob der Bundeskanzler nicht etwas näher erklären könne, wie ein vereintes Europa bei der Lösung der deutschen Frage helfen könnte.

Bundeskanzler geht auf die Entwicklung der Sowjetunion ein, die für uns als der größte und mächtigste Nachbar eine schicksalhafte Bedeutung habe und 17 Millionen Deutsche als Faustpfand halte. Drei Stunden von Bonn stünden sowjetische Panzerdivisionen. Die Frage unseres Verhältnisses zur Sowjetunion sei keine akademische Frage, sondern eine reale Frage. Bundeskanzler führt aus, Sowjetunion sei militärisch so stark wie nie zuvor, ideologisch so schwach wie nie zuvor. Sie habe riesige innere Probleme. Der Bankrott liege auf der Hand. 40% der Sowjetrussen arbeiteten in der Landwirtschaft, trotzdem müsse das Land gewaltige Mengen von Lebensmitteln im Ausland dazukaufen und könne sich nicht ausreichend ernähren. Wir produzierten mit 5% unserer Bevölkerung in der Landwirtschaft Überschüsse. Die Sowjets würden sich noch lange mit sich selbst beschäftigen müssen. Sie hätten auch einen Generationswechsel vor sich. In der Führung seien alte Leute. Aber die 25jährigen seien den unseren nicht unähnlich. Kommunikation sei unter ihnen sehr viel intensiver. Es gebe keine Rückkehr zum Stalinismus. Die Satelliten träten auch an das Firmament. Der Eiserne Vorgang sei nicht mehr dicht. Bundeskanzler erwähnt Minderheitenprobleme, die sich jetzt gegen Sowjetunion kehrten. Wenn die Geburtenrate sich nicht ändere, würde 1996 die Mehrheit der Rekruten in der Roten Armee aus Moslems bestehen. Die weltweite Bewegung des Fundamentalismus laufe an den sowjetischen Grenzen entlang. In der ganzen Sowjetunion gebe es eine Revitalisierung der Religion. In der einzigen Moskauer katholi-

¹⁷ Zu einer Neuberechnung der Währungsausgleichsbeträge vgl. Dok. 361.

¹⁸ Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Paket“) vgl. Dok. 185.

¹⁹ Bundeskanzler Kohl traf am 8./9. November 1983 mit Premierministerin Thatcher zusammen. Vgl. dazu Dok. 333 und Dok. 338.

²⁰ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²¹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Papandreou am 25. November 1983 vgl. Dok. 360.

schen Kirche habe ein alter baltischer Pater zu ihm gesagt, es kämen jetzt mehr junge Leute. Zwei Jahre vorher habe er selbst in Sagorsk etwa 15000 Leute bei einem Gottesdienst beobachtet und darunter auch unendlich viele junge Leute gesehen.²² Die Kommunisten hätten die Schlacht nicht gewonnen.

Was Osteuropa anbetreffe, so sei die sowjetische Politik im Grunde genommen russische Politik, und die Ideologie werde als Vehikel für russische Großmachtpolitik verwandt. Seit Peter dem Großen habe Rußland das Problem ungesicherter Grenzen. Es klinge unreal, sei aber eine psychologische Realität. In den letzten 150 Jahren hätten Napoleon und Hitler vor Moskau gestanden. Die Westgrenze sei ungesichert und habe immer wieder zu dem Versuch geführt, ein Glacis zu schaffen. Unser Pech sei, daß jetzt ein Teil Deutschlands Teil dieses Glacis sei. Die Sowjetunion könne zwar vieles machen, aber nicht mehr alles. Staats- und Parteichef Honecker, einer der Treusten der Treuen, habe in der vergangenen Woche gesagt, die Bevölkerung in der DDR empfinde keine Freude über die Stationierung der SS-21 und -22.²³ Dies wäre noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen. Den polnischen Virus finde man überall. Die Sowjetunion habe in Polen ihr Cannae erlebt. Die Partei stehe dort nur noch auf dem Papier. Jugend und Intellektuelle liefen ihr zu Tausenden davon.²⁴ Bundeskanzler äußert sich hier zu den Auswirkungen der Ereignisse in Polen auf die kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien. Er wolle zusammenfassen: Die Sowjetunion sei militärisch stark, politisch und ideologisch aber so schwach wie nie zuvor. Die Zeit arbeite nicht für die Sowjetunion, wenn wir keine Fehler machten. Was könnten wir tun? Wir müßten vor allem einig sein. Den Sowjets müsse man in der Frage der Rüstung sagen: bis hierher und nicht weiter. Wir dürften jedoch nicht mit dem Säbel rasseln, sondern müßten ganz sachlich bleiben. Es sei seine feste Überzeugung, daß sie sich zur Abrüstung bequemen würden. Wir müßten schließlich ganz allgemein Westeuropa stärken. Dies habe auch etwas zu tun mit unserem Verhältnis zu den USA. Das Problem werde nicht die Wahl 1984²⁵ sein. Man müsse sie jedoch fragen, was in Amerika 1988 geschehen werde. Schon Senator Mansfield habe gefragt, warum sollten die USA 260 Millionen Europäer vor 260 Millionen Russen verteidigen? So ganz falsch sei diese Frage nicht. Es gebe in den USA einen inhärenten Trend zum Isolatismus. Wir redeten immer von der transatlantischen Brücke. Das stimme nicht: Diese Brücke würde nach den Gesetzen der Statik und Physik zusammenfallen, denn sie habe auf der einen Seite einen festen Pfeiler, auf einer aber einen brüchigen. Wir bräuchten die USA, aber die europäische Verteidigung müsse stärker auf eigenen Füßen stehen. Dies sei elementar. Deutschland wolle keine

²² Während eines Aufenthalts in der UdSSR vom 22. bis 30. September 1975 besuchte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl am 28. September 1975 den Gottesdienst in der Kirche des Heiligen Ludwig von Frankreich in Moskau und besichtigte am selben Tag das Kloster in Sagorsk. Vgl. dazu den Artikel „Moskau nimmt Kohls Bestimmtheit mit Respekt zur Kenntnis“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. September 1975, S. 1.

²³ Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, auf dem 7. ZK-Plenum der SED am 25. November 1983 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1984, D 578 f.

²⁴ Korrigiert aus: „voran“.

²⁵ In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

eigenen Kernwaffen, auch keinen zweiten Schlüssel.²⁶ Die Bundeswehr sei mit 500 000 Mann die zweitgrößte Armee in der NATO nach den USA. Frankreich und England könnten das nur ertragen, weil wir keine Atomwaffen hätten. Nach den Europawahlen müßten wir aber fragen, wer bereit sei zu einem stärkeren Zusammenschluß Europas. Auch brauche das Europäische Parlament mehr Kompetenzen. Es werde sonst keine vernünftigen Legislaturperioden des Europäischen Parlamentes geben. Wir alle müßten ein Stück nationale Souveränität abgeben. Wir gingen auf das Jahr 2000. Es seien andere Zeiten, andere Menschen, andere Fragestellungen, und wir müßten vor allen Dingen unserer Jugend Rechnung tragen.

Bundeskanzler macht hier Ausführungen zur deutschen Jugend.

Nach einer Unterbrechung von ca. 45 Minuten kehren Bundeskanzler und Premierminister FitzGerald aus dem Bundestag²⁷ zurück und setzen ihre Beratungen fort.

PM *FitzGerald* äußert, was Bundeskanzler zur Sowjetunion gesagt habe, entspreche auch seiner Auffassung. Aber die Tatsache, daß die Sowjetunion diese inneren Probleme habe in Kombination mit ihrer militärischen Macht, könne zu Instabilität und militärischem Abenteuerertum führen. Es sei zwar richtig, daß sie historisch stets vorsichtig gewesen sei (Einwurf Bundeskanzler: entscheidender Unterschied zu Hitler), aber die Kombination von großer militärischer Potenz, schweren inneren Problemen und einer überalterten Führung gebe doch zu Sorgen Anlaß. Auf der anderen Seite des Atlantiks gebe es Leute, die sich vielleicht einmal als gute Führer herausstellen könnten, die Politiken seien jedoch unsicher und inkonsequent. Europa habe eine wichtige Rolle, wenn es versuche, die Situation nach beiden Enden hin zu stabilisieren. Wir müßten versuchen, die US-Regierung davon zu überzeugen, daß sie eine rationale Politik verfolgen müsse, die die europäischen Gesichtspunkte einbeziehe. Bisher seien wir damit nicht sehr erfolgreich gewesen. Er sei über die amerikanische Politik besorgt. Generell seien die Vereinigten Staaten nicht gewillt, zuzuhören oder sich mit den Europäern zu konsultieren. Wo Europa gemeinsame Standpunkte habe, sollten diese deshalb gegenüber den USA zum Ausdruck gebracht werden. Allerdings würden wir durch unsere Abhängigkeit von amerikanischem nuklearem Schutz in unseren Möglichkeiten eingeschränkt. Diese Abhängigkeit ließe die Amerikaner glauben, daß sie auf unsere Ansichten keine Rücksicht zu nehmen bräuchten. Es sei Zeit, eine neue Beziehung zwischen Europa und den USA herzustellen, die sich wesentlich von den Beziehungen der Vergangenheit unterscheide. Die UdSSR andererseits habe sicher die Friedensbewegung benutzt, um unsere Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Aber man könne davon ausgehen, daß sie die Stabilität der europäischen Weltsicht schätze. Sie wisse, mit wem sie es zu tun habe.

Bundeskanzler äußert, er habe dies sehr genau beobachtet. Man müsse gegenüber den Sowjets eine klare Sprache sprechen. Im Sommer habe er in Moskau

²⁶ Zur Debatte über eine Mitwirkung der Regierungen der Stationierungsländer bei der Entscheidung über einen Einsatz der amerikanischen Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 349.

²⁷ Ministerpräsident FitzGerald begleitete Bundeskanzler Kohl zur namentlichen Schlußabstimmung über den Entwurf des 35. Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes in den Bundestag. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2731–2735.

gesagt, was er tun werde, wenn es in Genf zu keinen akzeptablen Ergebnissen käme.²⁸ Jetzt schimpfe die Sowjetunion, doch sprächen alle Signale dafür, daß es weitergehen werde. Was PM FitzGerald zu den USA gesagt habe, sei richtig. (Bundeskanzler zitiert hier englischen Verfassungshistoriker, der insbesondere das Wahlverfahren des amerikanischen Präsidenten als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet habe.) Bundeskanzler führt aus, wir müßten in der Welt leben, wie sie nun einmal sei. Wir müßten mit den USA reden. Er habe gute Beziehungen zum Präsidenten der USA²⁹, u. a. deshalb, weil er sein Wort gehalten habe. Amerika sei kein Land, sondern ein Kontinent. Es habe nie Grenzprobleme gehabt, und wann immer es solche Probleme gehabt habe, hätte es sie stets zu seinen Gunsten entschieden. Was wüßten wir von Kalifornien, was wüßten die Kalifornier von uns? Die Geschichte von Versailles³⁰, Jalta³¹ und Potsdam³² sei die Geschichte amerikanischer Kenntnislosigkeit. Die Amerikaner seien aber eines der vitalsten Völker der Welt. Sie hätten viel Positives aufgenommen. Bundeskanzler weist auf die großen Emigrationsbewegungen in die USA aus Deutschland hin, die im allgemeinen die unternehmenden Elemente der Gesellschaft erfaßt hätten. Wir müßten mit den Amerikanern als Freunde reden. Dazu gehöre auch, daß man sich die Wahrheit sage.

PM *FitzGerald* äußert, Europa habe den großen Vorteil, daß die Europäische Politische Zusammenarbeit Woche für Woche die Weltprobleme prüfe und den Versuch unternehme, zu gemeinsamen Ansichten zu kommen. Mehr und mehr werde unsere Botschaft damit klarer. Wir müßten konzertiert auf die USA einwirken und sie zu einer rationaleren Position veranlassen.

Was den Wunsch nach mehr europäischer Integration anbetreffe, so habe er soeben eine Zusammenfassung des Spinelli-Berichtes³³ gelesen. Es gebe einige gute Ideen darin, und wir sollten diesen Bericht zusammen prüfen. Das Problem sei, daß die Engländer keine weitere Integration wollten. Die Franzosen seien immer noch zurückhaltend, wenn es um die Aufgabe nationaler Souveränität gehe. Mitterrand blicke hier allerdings weiter.

²⁸ Bundeskanzler Kohl besuchte vom 4. bis 7. Juli 1983 die UdSSR. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²⁹ Ronald W. Reagan.

³⁰ Vom 18. Januar 1919 bis 21. Januar 1920 tagte im Schloß von Versailles die Pariser Friedenskonferenz. Am 28. Juni 1919 wurde der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 688–1349.

³¹ In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

³² Auf der Konferenz in Potsdam vom 17. Juli bis 1. August 1945 trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

³³ Am 8. November 1983 legte der Institutionelle Ausschuß des Europäischen Parlaments den unter der Leitung des italienischen Abgeordneten Spinelli als Koordinierendem Berichtersteller erstellten „Entwurf eines Berichts über den Vorentwurf eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union“ vor. Vgl. dazu Dok. 382.

Bundeskanzler äußert, er sei bereit zu diskutieren, ob nicht eine Gruppe von Staaten, die die Römischen Verträge sehr viel konsequenter angehe als andere, handeln sollte. Darüber müsse man notfalls reden.

PM *FitzGerald* führt aus, Irland habe eine Position, die sowohl positiv wie negativ sei. Er persönlich und seine Partei seien für mehr Integration. Sie hätten auch 1975 in Rom³⁴ diesbezügliche Vorschläge gemacht (z. B. die Kommission betreffend). Er habe 1975 versucht, die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat³⁵ wieder einzuführen. Später seien dann diese ersten Ansätze wieder versandet. Irland habe jedoch aus historischen Gründen auch ein Problem, das auf den letzten Krieg zurückgehe. Die Leute fühlten sich immer mehr der Neutralität verbunden. Die Gründe seien sehr komplex. 85 % der Bevölkerung seien jedoch zu den Neutralitätsanhängern zu zählen. Irland wolle deshalb gern Teil jener Bewegung sein, die sich in Richtung auf europäische Integration hinbewege, aber in diesem einen Punkt könne sich Irland nicht bewegen.

Bundeskanzler erläutert, er könne sich vorstellen, daß man für dieses Problem Lösungen finden könne, Lösungen, die vielleicht die irische Bevölkerung langfristig zur Änderung ihrer Haltung veranlaßten. In Europa gebe es ja auch große Unterschiede in den Strukturen. Die einen hätten die Wehrpflicht, andere nicht.

An dieser Stelle erläutert *Bundeskanzler* die Situation der Wehrpflichtarmee sowie, am Beispiel des Schicksals seiner Familie, die psychologische Lage in Deutschland.

Er verstehe die irische Situation, doch könne Irland nur beten, daß die Deutschen nicht diese irische Position übernähmen. Einer der größten NATO-Befürworter sei Tito gewesen, der ihm selbst noch ein paar Monate vor seinem Tod gesagt habe, Deutschland solle ja die NATO stark halten.³⁶

PM *FitzGerald* sagt, die Gründe für die irische Neutralität hätten tiefe Wurzeln und seien komplex. Keine 16 Jahre nach dem Bürgerkrieg³⁷ sei der Zweite Weltkrieg ausgebrochen, in dem Irland neutral geblieben sei. Nach dem Kriege wurde die NATO gebildet, Irland habe ihr jedoch nicht beitreten können, da sie ja die existierenden Grenzen beschütze und dies das Nordirland-Problem ins Spiel bringe. Es gebe nur einen Kontext, in dem hier eine Änderung eintreten könne, und dies sei eine neue Beziehung mit Großbritannien in der Nordirland-Frage. Er wolle Nordirland hier ansprechen. Dort sei die Lage gefährlich. Eine große Minderheit in der katholischen Bevölkerung sei der britischen Regierung und den Sicherheitskräften völlig entfremdet. Irland sei gezwungen gewesen, seine traditionelle Politik zu überdenken, die auf ein wiedervereinigtes Irland,

³⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1975 in Rom vgl. AAPD 1975, II, Dok. 367.

³⁵ Zur Frage von Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat vgl. Dok. 111, Anm. 51.

³⁶ Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1976 in Jugoslawien auf. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 178.

³⁷ Mit dem anglo-irischen Vertrag vom 6. Dezember 1921 wurde Irland zum „Irischen Freistaat“. Der Vertrag wurde – nicht zuletzt wegen der darin festgelegten Abtrennung Nordirlands – von Teilen des irischen Parlaments und auch von Präsident de Valera nicht anerkannt, der zurücktrat, als der Vertrag dennoch eine parlamentarische Mehrheit fand. Im Juni 1922 begann der Bürgerkrieg zwischen der Irisch-Republikanischen Armee und den Streitkräften der neuen irischen Regierung; im Mai 1923 legten die Republikaner die Waffen nieder.

völlig getrennt vom Vereinigten Königreich, hinausgelaufen sei. Irland müsse jedoch die 900 000 Protestanten berücksichtigen, die in Nordirland lebten. Man habe ein Forum zusammengebracht, das sich aus allen Parteien zusammensetze und das die Frage prüfen solle, wie das Problem entschärft werden könne.³⁸ Nicht später als Februar, hoffe er, werde dieses Forum mit Vorschlägen an den Tag treten. Es gebe dabei verschiedene Modelle, z.B. das Modell eines Einheitsstaates mit einer garantierten und dauernden Vertretung der Protestanten in der Regierung, das Modell einer Föderation, aber auch das Modell einer Konföderation, in der man nur die wichtigsten Dinge gemeinsam habe. Möglicherweise werde man sich auch mit weniger begnügen müssen, z.B. einer Verwaltung Nordirlands „under joint authority of Ireland and the United Kingdom“, was die Frage eines vereinigten Irland ad infinitum offenlassen könnte. Die britische Regierung sei sich jetzt darüber im klaren, daß das Nordirland-Problem ohne die Kooperation Irlands nicht lösbar sei. Frau Thatcher habe begriffen, daß es nichts nütze, mehr Truppen nach Nordirland zu schicken.

Bundeskanzler weist auf die Schweiz hin und fragt, ob nicht das Schweizer System hier Lösungsmöglichkeiten biete.

PM *FitzGerald* antwortet, man habe daran gedacht, habe auch gute Anregungen bekommen, doch seien die Verschiedenheiten zu groß.

Während des Mittagessens unterhalten sich der Herr *Bundeskanzler* und PM *FitzGerald* über die Lage in Nordirland.

PM *FitzGerald* gibt eine eingehende Lagedarstellung der nordirischen Frage und führt aus, die Engländer legten sich zum ersten Mal Rechenschaft von der Realität der Situation ab. PM *FitzGerald* schildert die enge Verflechtung beider Länder, wie sie über acht Jahrhunderte engsten Zusammenlebens entstanden sei, und die daraus folgenden beiderseitigen Komplexe. Die irischen Komplexe hätten das zur Grundlage, was die Engländer den Iren in dieser langen Zeit angetan und was sie hinterlassen hätten. Großbritannien habe Anfang des 20. Jahrhunderts geglaubt, die Irland-Frage endgültig gelöst zu haben, und müsse nun einsehen, daß das nicht der Fall sei. Die Briten schoben einfach alles auf den schwierigen irischen Charakter. PM *FitzGerald* weist auf Millionen von Iren, die im Vereinigten Königreich leben, hin und auf britische Staatsbürger in Irland. Irische Institutionen seien im Grunde britische Institutionen, der Beamtenapparat sei nach britischem Muster aufgebaut. Irland seien von England nicht nur Wunden geschlagen worden, sondern es habe natürlich auch sehr profitiert im administrativen Bereich, aber auch im kulturellen Bereich, z.B. durch die Erbschaft der gesamten englischen Literatur. Unüberbrückbar sei, was die nordirischen Protestanten angehe, die Treue zur Krone. Hier gebe es zu den irischen Nationalisten keine Brücke.

PM *FitzGerald* führt aus, Europa habe die Dinge für die Iren geändert. Irland und seine Einwohner seien früher anglozentrisch gewesen. Jetzt sei Großbri-

³⁸ Botschaftsrat Westerburg, Dublin, teilte dazu am 5. April 1983 mit, daß Ministerpräsident FitzGerald eine Initiative des Vorsitzenden der irischen Social Democratic and Labour Party (SDLP), Hume, aufgegriffen und ein „Forum for a new Ireland“ gegründet habe mit dem Ziel einer überparteilichen Erörterung von Lösungsmöglichkeiten der Nordirland-Frage. Vgl. den Schriftbericht Nr. 232; Referat 204, Bd. 135244.

tannien für Irland nur noch ein Land unter Zehn. Eine Ausnahme stelle das Nordirland-Problem dar. Das Nordirland-Problem sei aber de facto jetzt ein gemeinsames anglo-irisches Problem geworden. Die Briten seien immer noch nicht bereit zu akzeptieren, daß es sich hier auch um ein europäisches Problem handle. Deshalb würde jede Intervention von Irlands europäischen Freunden in Großbritannien kontraproduzent wirken. Wichtig sei es jedoch, daß die europäischen Freunde dem Vereinigten Königreich sagten, daß sie großen Wert auf eine Lösung legten. Eine Initiative Präsident Carters habe die Engländer gegenüber der Meinung Dritter sehr sensibilisiert.³⁹

PM FitzGerald geht dann auf das Problem des Terrorismus ein. Entführungen seien zu einem guten Geschäft geworden, seitdem man sich dagegen versichern lassen könne. Er hielte es für notwendig, ein internationales Abkommen abzuschließen, das solche Versicherungen für illegal erkläre. Die IRA bekomme Geld und Unterstützung in erster Linie aus den USA, aber auch von der PLO und Libyen. In Irland selbst gebe es etwa 3000 bis 4000 Terroristen, von denen die meisten jedoch nur logistische Hilfe gäben. Nur etwa 10 % seien aktiv tätig. Die Ausgaben zur Bekämpfung des Terrorismus seien in Irland relativ höher als in Großbritannien. Armee und Polizei seien um zwei Drittel vergrößert worden, nur wegen des Terrorismus.

Im weiteren Verlauf wendet sich das Gespräch der irischen Auswanderung in die USA, dem Einfluß der Kirche in Irland und der demographischen Entwicklung zu.

Referat 204, Bd. 135244

³⁹ Am 30. August 1977 forderte Präsident Carter eine friedliche Konfliktlösung für Nordirland und stellte für diesen Fall amerikanische Unterstützung bei Projekten in Aussicht, die Beschäftigungsanreize schaffen sollten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1524.

364

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau

320-321.11 SUA

Aufgabe: 1. Dezember 1983, 13.45 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 7829 Plurez

Citissime

Betr.: Besuch des Außenministers von Südafrika, Roelof Botha am 29. und 30. November 1983 in Bonn

Bezug: DE 7738 vom 28.11.1983²

Vertrauliche und interne Vorabunterrichtung unserer Botschaften. Sprachregelung und Ortex folgen später.³

Außer dem über zweistündigen Gespräch und dem Abendessen mit BM ist AM Botha mit MP Strauß, MdB der CDU und CSU, Vertretern von Banken und Wirtschaftsunternehmen (sowie vertraulich auch mit dem französischen Präsidentenberater Guy Penne) zusammengetroffen. Der Bundeskanzler hat einen ausdrücklichen Wunsch Bothas nach einem Gesprächstermin abgelehnt.⁴ Während des sonst insgesamt störungsfreien Besuchs veranstaltete Amnesty International auf dem Münsterplatz eine Demonstration gegen den AM-Besuch und verteilte Flugblätter. Auf Initiative der Grünen kam es am 1. Dezember im Bundestag zu einer Auseinandersetzung über den Botha-Besuch im Rahmen einer Aktuellen Stunde.⁵ Mit den bekannten Argumenten flammte dabei die generelle Debatte über die Politik gegenüber dem südlichen Afrika auf, was einen Vorgeschmack auf die spätere parlamentarische Behandlung der Großen Anfrage der SPD⁶ gab.

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 28.

Hat Vortragendem Legationsrat Holl am 2. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Flittner (als Grundlage für Ortex).“

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau informierte eine Reihe von Botschaften in afrikanischen Staaten, daß der südafrikanische Außenminister Botha nach einem Besuch in Portugal in die Bundesrepublik kommen und anschließend nach Großbritannien weiterreisen werde. Auf Anfrage könne zu dem Besuch gesagt werden, daß die Einladung des Bundesministers Genscher an Botha Bestandteil der „Politik des Dialogs mit der s[üd]afrikanischen Regierung wie auch mit Vertretern anderer relevanter Gruppen der sa. Bevölkerung“ sei. Genscher wolle das Gespräch dazu nutzen, das Bestehen der Bundesregierung auf einer Lösung der Namibia-Frage zum Ausdruck zu bringen, ebenso „ihr Befremden über die sa. Operationen in Angola und anderen Nachbarstaaten, ihre Sorge über die destabilisierende Wirkung der sa. Regionalpolitik und ihren Wunsch nach tiefergehenden Reformen in Südafrika“. Vgl. Referat 320, Bd. 138148.

³ Für den Runderlaß Nr. 126 des Vortragenden Legationsrats Karkow vom 2. Dezember 1983 über den Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha vgl. Referat 012, Bd. 124453.

⁴ Das Bundeskanzleramt teilte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 19. Oktober 1983 mit, Bundeskanzler Kohl sehe sich „aus Termingründen leider nicht in der Lage, Außenminister Botha zu dem erbetenen Höflichkeitsbesuch zu empfangen“. Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

⁵ Zur Aktuellen Stunde im Bundestag über den Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha in der Bundesrepublik vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2699–2713.

⁶ Für den Wortlaut der Großen Anfrage „Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika“ vom 6. Juli 1983 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 293, Drucksache Nr. 10/230.

Inhalt des Gesprächs BM–AM Botha

1) Bilaterale Beziehungen

a) Botha brachte zur Einleitung eine ganze Serie von Beschwerden und Enttäuschungen zum Ausdruck und tadelte dabei u. a. die seines Erachtens zu kritischen Ausführungen des Bundespräsidenten zum Thema Südafrika in Abidjan („ein dauerhafter Friede nur dann einkehren wird, wenn die Politik der Apartheid ein Ende nimmt“⁷). Auch finde die jetzt laufende Verfassungsreform⁸ keine angemessene Würdigung.

b) Botha wünschte hilfreiche Aktivitäten der Bundesregierung zur Verbesserung der SA⁹-Handelsbilanz und insbesondere zur Aufhebung der Restriktionen von SA-Stahlexporten¹⁰. BM erklärte hierzu, im wesentlichen sei der Markt frei, die deutschen Einfuhren gestalteten sich nach Qualität und Konkurrenzsituation des SA-Angebots. Stahl gehöre hier zu den Ausnahmen, sei aber kein bilaterales Problem, sondern eine Frage der EG-Zehner.

c) Botha setzte sich dafür ein, daß die Bundesregierung ihre Weigerung aufgeben, bei Weggang des seit Jahren hier befindlichen SA-Militärattachés¹¹ einen Nachfolger zu akkreditieren.¹² BM übergab dies mit Schweigen, womit er praktisch den erst vor kurzem gegenüber dem SA-Botschafter¹³ erklärten Standpunkt bestätigte, daß eine Neuakkreditierung nicht in Betracht komme.

d) Botha führte Klage über SWAPO-Unterstützung durch die FES¹⁴. Hier griff BM das Stiftungen-Thema auf, um unser Befremden darüber zu zeigen, daß in Südafrika die Arbeit politischer Stiftungen durch Visumsbeschränkungen behindert werde (KAS¹⁵, FES). Diese Stiftungen leisteten anerkannt gute Arbeit. Der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1823

Die Anfrage wurde von der Bundesregierung am 21. Dezember schriftlich beantwortet. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 299, Drucksache Nr. 10/833.

⁷ Vgl. die Ausführungen des Bundespräsidenten Carstens am 22. November 1983 während des Besuchs vom 21. bis 24. November 1983 in der Elfenbeinküste; BULLETIN 1983, S. 1214.

⁸ Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, berichtete am 6. Mai 1983, die südafrikanische Regierung habe am Vortag „mit Einbringung der ‚Republic of South Africa Constitution Bill‘ [...] die parlamentarische Beratung ihres ‚Jahrhundertwerkes‘, einer Verfassung sui generis, eingeleitet. Stellung des zukünftigen Staatspräsidenten ist stärker als erwartet. Kompetenzverteilung im Drei-Kammer-System für Weiße, Mischlinge und Inder [ist] noch von mancher Ungewißheit bestimmt.“ Insgesamt bleibe „trotz Aufgabe der Alleinherrschaft der Weißen“ deren Vorherrschaft bestehen: „Die Verfassung verändert nur politische Rahmenbedingungen. Der Kodex der Apartheidsgesetze (Rassentrennung in Wohngebieten, Schulen, Kirchen, Meeresstränden, Parks und Ehebetten) bleibt vorerst unberührt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 109; Referat 320, Bd. 138139.

⁹ Südafrika.

¹⁰ Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte mit Schreiben vom 1. August 1983 mit, Staatssekretär von Würzen habe den südafrikanischen Botschafter van Heerden am 28. Juli 1983 darüber informiert, daß die Quote für den Import von südafrikanischem Stahl für 1983 in Höhe von 70 000 t „in Kürze schon um mindestens 30 000 t überzogen wird. [...] Gleichzeitig hat er dem Botschafter erklärt, daß die – von Südafrika erbetene – nachträgliche Legalisierung einer zusätzlichen Einfuhrmenge von 30 000 t mit Rücksicht auf die schwierige Lage der deutschen Stahlindustrie indiskutabel sei.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138154.

¹¹ Peter E. Bitzker.

¹² Zur Frage der Zulassung eines neuen südafrikanischen Militärattachés in der Bundesrepublik vgl. Dok. 282.

¹³ Neil Peter van Heerden.

¹⁴ Friedrich-Ebert-Stiftung.

¹⁵ Konrad-Adenauer-Stiftung.

SA-Widerstand dagegen stimme bei uns auch wohlwollende Beobachter bedenklich.

e) Hiervon ausgehend griff BM mit Nachdruck und ausführlich das Thema Visumszwang und Reisebeschränkungen für Südafrika¹⁶ auf. Trotz wiederholter Bitten unsererseits weigere sich Südafrika, vom Visumszwang abzugehen.¹⁷ Die fortgesetzte einseitige Diskriminierung widerspreche dem Stand der bilateralen Beziehungen. In Deutschland sei man, was wohl jeder verstehe, in Fragen der Reisefreiheit besonders empfindlich. Es sei nicht unsere Art, hier zum sich anbietenden Mittel der Retorsion zu greifen, aber es gebe für dieses SA-Verhalten kein Verständnis. Presse, Kirchen und viele Organisationen und Einzelpersonen gäben ihren Beschwerden deutlichen und weitgehend öffentlichen Ausdruck und seien ernst zu nehmen. Pretoria schade unnötig seinem Ansehen.

Botha berief sich auf eine ursprüngliche Visavereinbarung und beharrte darauf, daß wegen des Risikos der Einschleusung von Staatsfeinden der Visumszwang unverzichtbar sei. Im Laufe des letzten Jahres habe die SA-Botschaft 33 000 Visa erteilt und nur 60 verweigert (0,18 Prozent). Wenn die Bundesregierung es für notwendig halte, möge sie halt auch Visumszwang einführen. Gewisse ausländische Kirchenvertreter wollten die Sicherheit in SA gefährden, Misereor habe mit dem Ziel der Unruhestiftung agiert.

BM erinnerte daran, daß er sich grundsätzlich gegen den Visumszwang wende. Daß es Visumsverweigerungen gebe, sei ein zusätzlicher und noch gravierenderer Tatbestand. Die Relation zu erteilten Visen sei irrelevant. Sie milderten das Ärgernis der einseitigen Diskriminierung in keiner Weise.

2) Hiervon ausgehend kam BM auf die Lage in Südafrika zu sprechen, indem er auf ihm vorliegende Eingaben des Vorsitzenden der Katholischen Bischofskonferenz¹⁸, des Präsidenten des Rates der Evangelischen Kirche¹⁹, Amnesty International²⁰, anderer wichtiger Organisationen und Einzelpersonen einging.

¹⁶ Korrigiert aus: „Südafrikaner“.

¹⁷ Am 18. Oktober 1983 stellte Bundesminister Genscher im Gespräch mit dem südafrikanischen Botschafter van Heerden fest, er habe schon mehrfach darauf hingewiesen, daß „der von Südafrika einseitig geforderte Sichtvermerkszwang“ als Diskriminierung der Bundesrepublik angesehen werde: „Zu den diskriminierenden Praktiken gehöre auch die Verweigerung von Aufenthaltserlaubnissen für Vertreter der deutschen politischen Stiftungen sowie – hier handele es sich allerdings um eine Sache mit etwas anderem Charakter – die Beschränkung von Besuchsreisen aus Südafrika nach Deutschland.“ Van Heerden erläuterte, die südafrikanische Regierung habe sich „generell gegen jede Tätigkeit ausländischer Stiftungen und Gewerkschaften entschieden. Zum einseitigen Sichtvermerkszwang habe er schon StS Rühl gesagt, daß seine Aufhebung nicht in Frage komme.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13581 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁸ Josef Kardinal Höffner.

¹⁹ Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Lohse, informierte Bundesminister Genscher am 25. November 1983 über die Häufung von Berichten „über Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte Südafrikas in Namibia“, die zunehmend auch Mitarbeiter der Kirche betrafen. Die südafrikanische Regierung dürfe „nicht aus ihrer Mitverantwortung für das, was in ihrem Homeland Ciskei geschieht, entlassen werden“. Lohse sprach zudem die Arbeits- und Reisebeschränkungen für Kirchenvertreter aus Namibia und Südafrika und Einreisebeschränkungen für Mitarbeiter aus europäischen Staaten an und führte aus: „Noch immer gebannt ist Pfarrer Beyers Naudé, der nach unserem Verständnis der Arbeit für ein versöhntes und gerechtes Südafrika zutiefst verpflichtet ist.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

²⁰ Mit Schreiben vom 25. November 1983 bat der Generalsekretär von Amnesty International, Frenz, Bundesminister Genscher darum, seinem südafrikanischen Amtskollegen Botha gegenüber „einige Schicksale politischer Gefangener anzusprechen und sich für deren sofortige Freilassung einzusetzen“. Außerdem bat er, „die dramatische Situation in Namibia zur Sprache zu bringen“, wo seit Juli

Hier handele es sich um den wohlerwogenen Ausdruck tiefer Sorge seitens weitgehend anerkannter Persönlichkeiten mit sehr starker Resonanz in unserer öffentlichen Meinung. Es handele sich um Anklagen gegen die Unterdrückung aus rassistischen Gründen, willkürliche politische Verfolgung, rechtsstaatswidrige Haftfälle, Bannungen. BM ging ausführlich auf einzelne Eingaben ein und nannte eine Reihe von Namen, darunter die Solidaritätsbekundung von Kardinal Höffner für Erzbischof Hurley (Durban), die Proteste gegen die Verhaftung von Mkhathshwa, GS der Katholischen SA-Bischofskonferenz²¹, Frau Sisulu, Makunyane²², Mogale, Makanga und zahlreiche andere²³, gegen Bannungen und Reiseverweigerungen (Beyers Naudé).

Botha sagte zu, eine ihm von uns zuzuleitende Liste der angesprochenen Fälle dem SA-Justizminister²⁴ vorzulegen.²⁵ Er richtete heftige Angriffe gegen Aktionen der Kirchen, die eine Gefahr für die Sicherheit darstellten.

Auch Misereor habe, wie gesagt, das Ziel der Unruhestiftung verfolgt. Bei der Beurteilung von Restriktionen sollte man bedenken, daß es in SA 1 Mio. illegaler Ausländer gäbe. Bei Bannungen hoffe man, durch neu einzurichtende Review Boards mehr Gerechtigkeit zu erzielen.

Mkhathshwa (auch er habe den Aufruhr predigen wollen) sei kein südafrikanischer Haftfall, sondern gehöre in die Verantwortung der Ciskei. Die dortige SA-Botschaft sei eingeschaltet, könne aber wenig tun. Es werde bald ein Gerichtsverfahren geben.

3) Verfassungsreferendum

Botha legte wortreich dar, eine wie fortschrittliche Leistung das weiße Ja zum Referendum²⁶ sei. Er habe an 24 Versammlungen (90 Stunden) teilgenommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1825

1983 mindestens 70 Personen aufgrund einer Verordnung verhaftet worden seien, die Haft für unbegrenzte Zeit und ohne Anklage und Gerichtsverfahren erlaube. Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

²¹ Am 29. November 1983 bat der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe — Katholisches Büro, Bocklet, Bundesminister Genscher darum, sich beim südafrikanischen Außenminister Botha „für den in der Ciskei inhaftierten Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz des Südlichen Afrika, Herrn Pfarrer Smangeliso Mkhathshwa, zu verwenden. Herr Mkhathshwa wurde am 30. Oktober 1983 in Fort Hare (Ciskei) nach einem Gottesdienst festgenommen. Über seinen Verbleib und sein Befinden ist seitdem nichts bekannt geworden. Auch wurde keine Anklage gegen ihn erhoben.“ Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, habe sich dem Protest der südafrikanischen Bischofskonferenz angeschlossen. Vgl. das Schreiben; Referat 010, Bd. 178877.

²² Korrigiert aus: „Mokanyane“.

²³ In der Anlage zum Schreiben an Bundesminister Genscher vom 25. November 1983 übermittelte der Generalsekretär von Amnesty International, Frenz, Informationsmaterial zu einzelnen Haftfällen aus Südafrika, darunter Albertina Sisulu, die Ehefrau des inhaftierten ehemaligen Generalsekretärs des African National Congress (ANC), Walter Sisulu. Sie sei „seit 1964 immer wieder gebannt und auch des öfteren inhaftiert“ worden, zuletzt am 5. August 1983. Außerdem wurde gebeten, „für Thabo Makunyane und Ephraim Mogale die sofortige und bedingungslose Freilassung“ zu erwirken. Die beiden Studenten seien 1979 inhaftiert und 1980 zu acht Jahren Haft verurteilt worden mit der Begründung, „beabsichtigt (!) zu haben, Recht und Ordnung zu gefährden und die Ziele des Kommunismus und des gebannten ANC [...] gefördert zu haben“. Unter den Fällen in Namibia war derjenige von Kosmos Kalat Makanga erwähnt, Mitglied der Namibischen Christdemokratischen Partei und der Gesetzgebenden Versammlung des namibischen Homelands von Kavango, der im Juli 1983 inhaftiert worden sei. Vgl. Referat 010, Bd. 178877.

²⁴ Hendrik J. Coetsee.

²⁵ Am 14. Dezember 1983 übergab Ministerialdirigent Haas eine „Namensliste von Häftlingen in Südafrika und Namibia“ an den südafrikanischen Botschafter van Heerden. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Haas vom selben Tag; Referat 320, Bd. 138146.

²⁶ Am 31. Oktober 1983 teilte Botschafter Lahusen, Pretoria, mit, daß der Verfassungsentwurf am

Es habe sich in erster Linie um einen Kampf gegen die gefährlichen Rechtskonservativen gehandelt. In diesem Kampf fielen die EG-Zehn Pretoria in den Rücken. Die griechische Zehner-Erklärung in der GV²⁷ sei skandalös. Dagegen sei die positive US-Haltung beispielhaft.

²⁸4) Namibia

Botha erinnerte daran, daß SA 1981 eigentlich entschlossen gewesen sei, 435²⁹ fallenzulassen, und seine Haltung erst geändert habe, nachdem Clark eine Vereinbarung über parallelen Kubaner-Abzug fest zugesichert hatte.³⁰

BM betonte, daß der SA-Wille zu Fortschritten auf diesem Wege auch in Angola sichtbar zum Ausdruck kommen müsse. Ferner brauche GS³¹ die SA-Entscheidung über das Wahlsystem, die auch nach unserer Auffassung überfällig sei.

Botha teilte mit, Pretoria sei einverstanden, daß der Generalverwalter³² mit den Parteien in Namibia über die zu treffende Option konsultiere. Die nächste Kabinettsitzung sei erst im Januar. Persönlich könne er sich vorstellen, daß dem GS vielleicht Ende Januar oder im Februar 1984 die SA-Entscheidung mitgeteilt werde.

SA-Verhältnis zu Nachbarstaaten

Botha erging sich in unverständlich langwierigen Ausführungen über die Unordnung und die Intrigen am und um den Königshof von Swasiland. Er wollte wohl darauf hinaus, solche Zustände als nicht für Europäer, wohl aber für Südafrikaner faßbare urafrikanische Phänomene hinzustellen, die es irgendwie in allen afrikanischen Ländern gäbe und die hinzunehmende unabänderliche Eigenarten seien.

Zu Mosambik meinte er, Machel wolle dem Westen entgegenkommen, sei aber von sowjethörigen schlechten Beratern umgeben, insbesondere mehreren üblen Indern und dem Portugiesen Veloso. Mache er sich von diesen nicht frei, werde es keine Entspannung geben. Er habe den Kontakt zur Basis verloren. Diese gehöre der RNM³³. Wenn Machel den ANC ausschalte, so werde Pretoria RNM an den Verhandlungstisch bringen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1826

9. September vom südafrikanischen Parlament gebilligt worden sei und am 2. November 1983 den 2,7 Mio. weißen südafrikanischen Wählern zur Abstimmung vorgelegt werde. Danach solle die Legislative „aus drei Kammern für Weiße (177 Abgeordnete), Farbige (85 Abgeordnete) und Inder (45 Abgeordnete) bestehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 612; Referat 320, Bd. 138139.

Botschaftsrat I. Klasse Jochum, Pretoria, berichtete am 3. November 1983, daß sich am Vortag bei „einer überraschend hohen Wahlbeteiligung von 76 Prozent [...] eine überwältigende Mehrheit von 66,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen für die neue Verfassung“ ausgesprochen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 618; Referat 320, Bd. 138139.

²⁷ Für den Wortlaut der Rede des griechischen Außenministers Charalambopoulos in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident am 27. September 1983 in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 38th Session, Plenary Meetings, I, S. 74–79. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 626–629 (Auszug).

²⁸ Beginn des mit Runderlaß Nr. 7830 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁹ Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 56, Anm. 8.

³⁰ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Clark führte vom 10. bis 13. Juni 1981 Gespräche mit der südafrikanischen Regierung. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 175 und Dok. 216.

³¹ Javier Pérez de Cuéllar.

³² Willie van Niekerk.

³³ Ministerialdirektor Gorenflos informierte am 29. November 1983 über die „Guerillaorganisation ‚Resistencia Nacional Moçambicana‘ (RNM)“. Die RNM existiere seit 1977 und rekrutiere sich „vor

Botha sprach von der Absicht, Machel allein in Lissabon oder an einem anderen Ort mit PM Botha zusammenzubringen. AM Botha selbst will am 20.12. ein „Geheimtreffen“ mit Veloso haben, um bilaterale Themen zu erörtern (Cabora Bassa³⁴, RNM/ANC, Fischereirechte für Fischindustrie Durban, Gastarbeiter, Elektrifizierung der Umzäunung eines Wildparks).

Die SA-Kontakte zu Angola seien unterbrochen. Es gebe keine Fortschritte in den US-Verhandlungen.³⁵ Carreira³⁶ sei dagegen, Kito und do Nascimento seien dafür. MPLA sei ganz beschäftigt mit einer Großoffensive gegen UNITA. Dies schade nur der letztlich notwendigen Annäherung.

Savimbi sei unschlagbar, könne aber seinerseits auch nicht den totalen Sieg über MPLA erringen. Bald werde UNITA den Export von Diamanten eröffnen. Der Arm Savimbis reiche weit, so sei der – jetzt verhaftete – Polizeichef von Luanda UNITA-Agent gewesen.

BM betonte unser Interesse an funktionierenden Beziehungen der Nachbarstaaten untereinander und auch in ihrem Verhältnis zu Südafrika. Es gebe nirgends einen endgültig eingepflanzten Marxismus. In Fällen wie Mosambik sei jeder Schritt zu glaubwürdiger Blockfreiheit aus der Sicht des Westens schon ein Gewinn. Da Moskau gegen Stabilität in den Frontstaaten³⁷ agiere, wirke die Destabilisierungspolitik Südafrikas dort als willkommene Flankenhilfe. Es gebe im südlichen Afrika viele vernünftige Politiker, die in ihren Außenbeziehungen zunehmend die zentrale Bedeutung wirtschaftlicher Tatsachen und damit die überlegene Leistungsfähigkeit des Westens anerkennen. Mosambik sei auf uns zugegangen durch Annahme der Berlin-Klausel³⁸ und habe sich jetzt intensiven US-Kontakten geöffnet. Pretoria müsse verstehen, daß keine Nachbarregierung unzumutbare Erwartungen an interne Reformen in Südafrika zur Geltung bringen werde, wenn nur die – allerdings unverzichtbare – Namibia-Lösung von SA mit vollzogen werde. Insbesondere Angola sei insoweit auf überzeugende Schritte Südafrikas angewiesen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1827

allen aus ehemaligen portugiesischen Siedlern, die sich mit der Revolution von 1975 nicht abfinden wollen. [...] Südafrika unterstützt die RNM mit militärischem Material, sonstigen Versorgungsgütern, Ausbildung und militärischer Aufklärung und stattet RNM-Vertreter bei Auslandsreisen mit südafrikanischen Pässen aus.“ Das Aktionsgebiet umfasse inzwischen fast ganz Mosambik: „Da die RNM mit Nahrungsmitteln und wichtigen medizinischen Gütern ausgestattet ist, verschafft ihr dies bei der notleidenden Bevölkerung Unterstützung.“ Vgl. VS-Bd. 13579 (320); B 150, Aktenkopien 1983.

³⁴ Der Staudamm und das Wasserkraftwerk Cabora Bassa, an dessen Bau auch Firmen aus der Bundesrepublik beteiligt waren, wurden auf der Grundlage von Verträgen vom 19. September 1969 zwischen portugiesischen und südafrikanischen Vertragspartnern errichtet. Die Anlage wurde 1979 fertiggestellt.

³⁵ Zu den amerikanisch-angolanischen Gesprächen vgl. Dok. 313.

In einem Gespräch mit Staatssekretär Meyer-Landrut am 29. November 1983 führte der angolische Botschafter in Paris, de Almeida, aus: „Die Kontakte mit den USA gingen zwar weiter, brächten aber nichts mehr. Sie seien wie eine ausgepreßte Zitrone, die immer mehr eintrockne. Mit Südafrika, das stets unaufrichtig operiert habe, gebe es keinerlei Verbindung mehr. Während sich US und Süd[Afrika] die Bälle zuwürfen (Ping Pong), gerate Angola in seine Unabhängigkeit immer stärker bedrohendes militärisches Angewiesensein auf andere Mächte.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau vom 30. November 1983; Referat 320, Bd. 138066.

³⁶ Korrigiert aus: „Careiro“.

³⁷ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

³⁸ Zum Einverständnis Mosambiks, Berlin (West) in bilaterale Abkommen einzubeziehen, vgl. Dok. 215, Anm. 10.

Wertung

Die Atmosphäre des Gesprächs war insgesamt von einer sachlichen und gegenseitig kritischen Haltung geprägt. Außer in der – allerdings wichtigen – Frage des Wahlsystems für Namibia und der Bereitschaft zur Weitergabe einer Liste über Häftlinge ließ Botha praktisch kein Entgegenkommen und insbesondere keine Beweglichkeit in den grundsätzlichen Fragen erkennen. Die Härte, mit der er im Falle Mkhathswa auf die Zuständigkeit der Ciskei verwies, wirkte generell entmutigend. Der BM-Feststellung über die SA-Destabilisierungspolitik gegen Nachbarstaaten setzte Botha nichts entgegen. Praktisch räumte er vielmehr durch seine Äußerungen über RNM die SA-Fernsteuerungsfunktion ein.

Die herausfordernde Kritik gleich in der Gesprächseinleitung könnte dafür sprechen, daß AM Botha hier von anderen Gesprächspartnern schlecht vorberaten war und sich einbildete, einige Bastionen im Sturm lauffähig zu nehmen zu können. Bezeichnenderweise strich er auf dem Wege zum Abflug die große Unterschiedlichkeit der ihm hier präsentierten Standpunkte stark heraus.

Weisung für Frontstaaten-Hauptstädte

Soweit es vor Ort für zweckmäßig gehalten wird, kann angemessene Unterrichtung erfolgen, jedoch unter Verzicht auf hier mitgeteilte Einzelheiten.

Tenor der Unterrichtung sollte sein:

- intensive Kritik an Unterdrückung in Südafrika und gezielter Einsatz für inhaftierte oder gebannte Persönlichkeiten,
- Analyse der Interessenlage der Nachbarstaaten und Einwendungen gegen SA-Destabilisierungspolitik,
- Bestehen auf 435 und dringender Appell sichtbarer SA-Schritte in Angola, SA-Zusage baldiger Option für ein Wahlsystem,
- Ermutigung aller Bemühungen, von gewaltsamer Auseinandersetzung wegzukommen und zu konstruktivem Dialog zu finden.

Vergau³⁹

Referat 320, Bd. 138148

³⁹ Paraphe vom 1. Dezember 1983.

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

VS-vertraulich

1. Dezember 1983¹

Lieber Ron,

für Ihre beiden Briefe vom 19.² und 23. November 1983³ und für die darin zum Ausdruck gebrachte Würdigung der Entschließung des Deutschen Bundestages zur Stationierung⁴ danke ich Ihnen herzlich.

Ich stimme Ihnen zu, daß das Bündnis durch die Stationierungsentscheidung insgesamt gestärkt und in seiner Solidarität gefestigt wurde. Das Abstimmungsergebnis des Bundestages werde ich als Beweis dafür, daß die von mir geführte Bundesregierung und deren Sicherheits- und Bündnispolitik eine solide parlamentarische Mehrheit hat. Ich bin überzeugt, daß ich für diese Sicherheitspolitik auch weiterhin die Unterstützung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung haben werde, wenn wir uns um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit und der Aufrechterhaltung von Dialog und Rüstungskontrolle bemühen.

Der von der Sowjetunion einseitig vollzogene Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen und die von Generalsekretär Andropow angekündigten sonstigen Gegenmanahmen⁵ kommen für uns nicht überraschend. Die Bundesregierung bedauert den sowjetischen Schritt in Genf, mit dem die Sowjetunion als Weltmacht und Kernwaffen-Staat ihrer besonderen Verantwortung und ihren Verpflichtungen für die Verminderung von Nuklearwaffen und für die Sicherung des Friedens nicht gerecht wird.

Ich bin zutiefst überzeugt, daß die Sowjetunion in sorgfältiger Abwägung ihrer eigenen Interessenlage in der einen oder anderen Form an den Verhandlungstisch zurückkehren wird.

Das Bündnis muß nach meiner Auffassung in dieser Situation folgendes beachten:

- Die Sowjetunion wird – wofür bereits die ersten Anzeichen sprechen – nach dem Stationierungsbeginn ihre Politik des Auseinanderdividierens des Westens und der Beeinflussung der westlichen Öffentlichkeit verstärkt fortfh-

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde mit einer englischen Übersetzung am 1. Dezember 1983 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt.

Hat York am 1. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 „mit der Bitte um Übernahme (telegr[afische]l Übermittlung an StS M[eyer-]L[andrut]“ verfugte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13757 (014); B 150, Aktenkopien 1983.

² Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 19. November 1983 vgl. VS-Bd. 11357 (220).

³ Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 23. November 1983 vgl. den Drahterlaß Nr. 1474/1475 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf York von Wartenburg vom 2. Dezember 1983 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 13757 (014); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Zur Entschließung des Bundestags vom 22. November 1983 vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁵ Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 24. November 1983; Dok. 356, Anm. 9.

ren. Wir dürfen daher in unseren Bemühungen um Solidarität und Kohärenz des Bündnisses nicht nachlassen.

- Die Sowjetunion wird versuchen, für die Rückkehr an den INF-Verhandlungstisch Konzessionen des Westens zu erlangen. Wir sollten bei aller Verhandlungsbereitschaft für diese Rückkehr keinen Preis bezahlen.
- Der Westen muß im Bereich der Rüstungskontrollverhandlungen initiativ bleiben. Er muß verhindern, daß die Sowjetunion vor dem Westen in die diplomatische Offensive geht und der Westen wieder nur reagiert.

Das Treffen der NATO-Außenminister am 8./9. Dezember in Brüssel⁶ bietet Gelegenheit, auf seiten der Verbündeten die nötigen Vorkehrungen zu treffen und die gebotenen politischen Akzente für das weitere Vorgehen des Westens zu setzen. Wir sollten dies vor allem in drei Bereichen tun:

- in der Rüstungskontrolle und in den West-Ost-Beziehungen insgesamt,
- hinsichtlich der Intensivierung von Konsultationen unter den Verbündeten,
- zu Fragen der Strategie.

Nach dem einseitigen Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen durch die Sowjetunion kommt es mehr denn je darauf an, das Geflecht der Rüstungskontrollverhandlungen wie auch den Ost-West-Dialog insgesamt zu erhalten und auszubauen.

Die umfassende Verhandlungsbereitschaft des Westens sollte im DPC-⁷ und Außenminister-Kommuniqué⁸ erneut hervorgehoben werden. Der Kontrast zwischen unserer Verhandlungsbereitschaft und den neuen einseitigen und auf Überlegenheit zielenden Rüstungsmaßnahmen der Sowjetunion muß deutlich werden.

Die Funktionstüchtigkeit der Konsultationsmechanismen im Bündnis ist unbestreitbar. Unsere Konsultationen und die direkte Fühlungnahme zwischen Ihnen und mir in wichtigen Bereichen sind besonders eng und vertrauensvoll.

Wir sollten jedoch ganz allgemein im Bündnis darauf dringen, daß bei nationalen Entscheidungen einzelner Verbündeter, die das Bündnis insgesamt oder die Sicherheitspolitik einzelner Mitgliedstaaten berühren, Konsultationen stattfinden, bevor entschieden wird. Nur so können wir die nötige Kohärenz und Solidarität im Bündnis beibehalten und vermeiden, daß solche Entscheidungen in den Hauptstädten unterschiedlich bewertet werden. Zugleich erreichen wir

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 376.

⁷ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1983 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 96–99. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 130–133. Vgl. dazu auch Dok. 380.

⁸ Zu den Überlegungen hinsichtlich des Kommuniqués für die NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 346, Anm. 22.

Am 24. November 1983 legte Ministerialdirigent Schauer dar, daß die europäischen NATO-Mitgliedstaaten ein „Signal an den Osten“ im Kommuniqué der kommenden NATO-Ministerratstagung für erforderlich hielten, und erläuterte die Ziele eines solchen Signals: „Die wenig erfolgreichen Vorbesprechungen im Viererkreis am 22.11. in Brüssel haben aber bereits auch gezeigt, daß die USA erhebliche Schwierigkeiten haben, ein solches Signal an den Osten abzugeben. Indikativ hierfür ist, daß sie eine Ost-West-Passage aus dem Kommuniqué herausnehmen und nur in die Präambel, die erfahrungsgemäß geringeren Aussagewert hat, verweisen wollen.“ Außerdem führte Schauer aus: „Es muß auch besserer NATO-Zusammenhalt demonstriert werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125660.

auf diese Weise, daß die Entscheidungen gemeinsam von allen Verbündeten getragen werden.

Die öffentliche Diskussion über den NATO-Doppelbeschluß hat immer deutlicher hervortreten lassen, daß das Vertrauen unserer Bürger in die Bündnisstrategie und die Wirksamkeit und Legitimität der Abschreckung ethisch gerechtfertigt und politisch vernünftig ist und ein kriegsverhütendes und zugleich friedenserhaltendes Instrument darstellt.

Es gilt daher, die Voraussetzungen für die Durchführbarkeit dieser Strategie zu verbessern. Wir müssen gleichzeitig das konventionelle Element der Triade⁹ stärken.

In den drei vorgenannten Bereichen habe ich mit Blick auf die bevorstehenden NATO-Tagungen Bundesminister Genscher und Bundesminister Wörner gebeten, diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und auf deutscher Seite dafür Sorge zu tragen, daß unsere Auffassungen in diesen Fragen in den Kommuniqués und möglicherweise auch in einer gesonderten politischen Erklärung¹⁰ mit aller gebotenen Deutlichkeit zum Ausdruck kommen.¹¹

Den NATO-Treffen im Dezember kommt zeitlich und thematisch eine herausragende Bedeutung zu. Die Raketendiskussion, die Erörterung über die Entscheidungsfähigkeit des Bündnisses und die Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses sowie die Frage der öffentlichen Unterstützung unserer diesbezüglichen Positionen ist noch nicht endgültig ausgestanden. Sie wird weitergehen.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne noch zwei Bemerkungen hinzufügen:

- Bei allen Bemühungen um eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen insgesamt erscheint mir der Dialog im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis als wichtig für das gesamte Klima der internationalen Beziehungen. Ich begrüße daher besonders die jüngsten Kontakte auf hoher Ebene zwischen den USA und der Sowjetunion.
- Ich bin weiterhin überzeugt, daß eine Gipfelbegegnung zwischen Ihnen und Generalsekretär Andropow im Laufe des Jahres 1984 die Entwicklung eines

⁹ Konventionelle Waffen sowie strategische und taktische Nuklearsysteme bildeten die drei Komponenten der NATO-Verteidigungsstrategie. Für die Ausprägung dieser „Triade“ im Rahmen der „Ministerial Guidance“ von 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 123.

¹⁰ Bundesminister Genscher vermerkte am 27. November 1983 handschriftlich zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vom 24. November 1983 über das Kommuniqué der bevorstehenden NATO-Ministerratstagung: „Ich halte es für unverzichtbar, daß neben dem normalen Kommuniqué [...] eine eindrucksvolle politische Erklärung abgegeben wird, kurz und prägnant.“ Außerdem bat Genscher um einen Entwurf. Vgl. Referat 201, Bd. 125660.

¹¹ Mit Schreiben vom 28. November 1983, das gleichlautend Bundesminister Wörner zugeht, bat Bundeskanzler Kohl Bundesminister Genscher, den Kommuniqués der Ministertagung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember bzw. der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Mit Blick auf die öffentliche Diskussion werde ein überzeugender Nachweis gebraucht, „daß die Bündnisstrategie defensiv angelegt ist und ihrem Charakter nach eine friedens- und freiheitsbewahrende Funktion hat. Zu dieser Strategie gibt es bei den bestehenden geostrategischen Bedingungen und angesichts des Ost-West-Kräfteverhältnisses derzeit keine erkennbare Alternative.“ Zudem solle „unter klarer Bezugnahme auf die Doppelstrategie der Allianz und unter wörtlichem Hinweis auf den Harmel-Bericht“ noch einmal die Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen mit der UdSSR hervorgehoben werden. Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Zu den Bemühungen Genschers, seine Amtskollegen in der NATO für eine politische Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel zu gewinnen, vgl. Dok. 367.

konstruktiven West-Ost-Verhältnisses fördern würde. Sie würden auf dem Hintergrund der gestärkten Bündniseinheit mit der sowjetischen Führung sprechen können. Damit würde auch weltweit ein Signal für die westliche Kooperationsbereitschaft gegeben.

Lassen Sie mich schließlich feststellen, daß ich überzeugt bleibe, daß wir gemeinsam die auf uns zukommenden Herausforderungen bestehen und die uns gestellten Aufgaben meistern werden.

Mit freundlichen Grüßen
[Helmut Kohl]

VS-Bd. 13757 (014)

366

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

014-1194/83 geheim

1. Dezember 1983¹

Lieber Ron,

für Ihr Schreiben vom 23. November danke ich Ihnen.

Sie unterrichteten mich darin über Ihre Entscheidung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei den MBFR-Verhandlungen in Wien keinen neuen Verhandlungsschritt zu unternehmen. Ich möchte Sie bitten, diese Frage noch einmal zu prüfen.

Die Bundesregierung hat, gerade weil dies nicht allen unseren Partnern selbstverständlich schien, wiederholt klargestellt, daß sie auch nach Zustandekommen der Konferenz über sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa in Stockholm² an ihrem Engagement für MBFR festhält. Das bedeutet auch, daß wir einen Zustand vermeiden sollten, in dem die MBFR-Verhandlungen im Schatten der Konferenz über sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa an Gewicht verlieren. Wir liefern sonst Gefahr, in unserer Öffentlichkeit die Unterstützung für unsere Verhandlungsziele zu verlieren. In der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation wäre dies besonders bedenklich.

In der Debatte des Deutschen Bundestags, die zum Beginn der Stationierung geführt hat, hat sich die Bundesregierung erneut wie Sie, lieber Ron, zu einer aktiven Rüstungskontrollpolitik bekannt.³ Die Bundesregierung steht im Wort,

¹ Durchdruck.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 2. Dezember 1983 zusammen mit einer englischen Übersetzung sowie dem Schreiben des Präsidenten Reagan vom 23. November 1983 „zur dortigen Kenntnisnahme“ an die Botschaft in Washington übermittelt mit der Bitte, es auch Staatssekretär Meyer-Landrut vorzulegen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1474/1475; VS-Bd. 13757 (014); B 150, Aktenkopien 1983.

² Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

³ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

alle gebotenen Anstrengungen zu unternehmen, in den noch laufenden Rüstungskontrollverhandlungen konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Unsere Delegationen in Wien sind seit fast eineinhalb Jahren ohne weiterführende Verhandlungsweisungen und müssen sich deshalb im wesentlichen darauf beschränken, Fragen zu dem vom Osten im Februar und Juli des Jahres vorgelegten neuen Konzept⁴ zu stellen. Es wird immer schwerer, dem Eindruck entgegenzuwirken, daß der Osten der aktive Teil in den Verhandlungen ist.

Wir würden es deshalb bedauern, wenn es keine andere Möglichkeit gäbe, als „to press in Vienna for elaboration and movement concerning the East's proposed verification measures“. Abgesehen davon, daß sich der Osten einer weiteren isolierten Erörterung von Verifikationsfragen widersetzt, scheint uns dieser Kurs auch von der Sache her bedenklich. Denn die bisherige Bewegung des Ostens in der Verifikationsfrage vollzog sich auf der Basis eines Reduzierungskonzepts, das ein Abkommen ohne einvernehmliche Klärung der Ausgangslage vorsieht. Wenn wir uns weiter darauf beschränken, die Flexibilität des Ostens im Verifikationsbereich auszuloten, könnte dies als Einlassung auf dieses östliche Konzept verstanden werden.

Schon deshalb sehe ich seit meinem letzten Brief vom 18. Oktober 1983⁵ noch mehr Anlaß für eine Verhandlungsinitiative, mit der der Westen in Wien politisch wieder in die Offensive gehen kann. Nach meiner Einschätzung tragen unsere Ihnen bekannten Vorstellungen für einen solchen Schritt den Erfordernissen der Verhandlungssituation und den gemeinsamen westlichen Kernpositionen im Bereich der Daten und der Verifikation Rechnung. Amerikanische Bedenken gegenüber der Herauslösung amerikanisch-sowjetischer Anfangsreduzierungen aus dem förmlichen Vertragskontext haben wir bereits dadurch Rechnung getragen, daß wir die Implementierung dieses ersten Schrittes von der Einigung über das Gesamtpaket abhängig machen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn die von Ihnen beabsichtigte weitere Überprüfung der amerikanischen MBFR-Position dazu führen würde, daß Sie Ihre Vorbehalte gegenüber unserer Initiative überdenken könnten. Im Bündnis zeichnet sich bereits eine Neubewertung der Verhandlungslage in Wien ab, zu der wir unseren Beitrag leisten wollen. Wir sollten einen westlichen Verhandlungsschritt ausarbeiten, der den Fortschritt in der Diskussion über Verifikationsfragen in Wien mit unserer eigenen Initiative verbindet und gleichzeitig die Chance eröffnete, die Lösung des Datenproblems voranzubringen. Der Westen würde damit in die Lage versetzt, den Verhandlungen nach zehn Jahren⁶ einen wichtigen neuen Impuls zu geben.⁷

Mit freundlichen Grüßen
gez. Helmut Kohl

VS-Bd. 13757 (014)

⁴ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. Februar bzw. vom 23. Juni 1983 vgl. Dok. 51 und Dok. 224.

⁵ Vgl. Dok. 311.

⁶ Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.

⁷ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 3. Dezember 1983, daß auch Staatssekretär Meyer-Landrut bei seinem Antrittsbesuch gegenüber der amerikanischen Regierung am 1./2. Dezember 1983

367

Drahterlaß des Ministerialdirigenten Schauer**201-362.05-3888/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 2. Dezember 1983¹****Fernschreiben Plurez****Citissime nachts**

Betr.: Herbsttagung der NATO-Außenminister am 8./9.12.83²;
hier: Politische Erklärung³

I. 1) Nachstehend folgt Brief des Bundesministers an seinen britischen Amtskollegen.

Sie werden gebeten, ihn zusammen mit Entwurf Politischer Erklärung (folgt am 4.12.) auf möglichst hoher Ebene im FCO zu übergeben und für unseren Vorschlag zu werben.⁴

2) Brief des Bundesministers an AM Howe:

„Lieber Geoffrey,

im Anschluß an unser kürzliches Gespräch in Brüssel⁵ möchte ich Ihnen nochmals unsere Überlegungen zum bevorstehenden Herbsttreffen der NATO-Außenminister darlegen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1834

das Interesse der Bundesregierung an einer neuen MBFR-Initiative geltend gemacht habe: „Eagleburger und Adelman äußerten sich hierzu positiv. Poindexter wies – unmittelbar nach Eingang des jüngsten Bundeskanzler-Briefes zu MBFR – auf großes Interesse des Präsidenten hin, der nach Lektüre Kanzlerbriefes Weisung erteilt habe, die Frage einer neuen MBFR-Initiative erneut zu prüfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5486; VS-Bd. 12937 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

Gesandter Wallau, Washington, teilte am 5. Dezember 1983 mit, das Thema liege „nun bei der sog. ‚McFarlane Gruppe‘“, die am 19. Dezember 1983 erneut zusammentreten werde. Bei unveränderten Positionen seit der letzten Beratung am 18. November 1983 – „Weinberger und NSC-Staff negativ, ACDA positiv, JCS unentschieden“ – komme dem Votum des amerikanischen Außenministeriums besondere Bedeutung zu: „Es kommt nun darauf an, daß AM Shultz bei seinen Gesprächen in Bonn und vor allem in Brüssel bei den übrigen Verbündeten einschließlich der Briten den Eindruck gewinnt, daß eine MBFR-Initiative notwendig ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5514; VS-Bd. 11452 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Durchschlag als Konzept.

Der Drahterlaß an die Botschaften in London und Paris wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. Dezember 1983 vorgelegen.

² Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 376.

³ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Politischen Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 vgl. Dok. 365, besonders Anm. 8.

⁴ Botschafter Ruhfus, London, informierte am 6. Dezember 1983, daß das Schreiben des Bundesministers Genscher an Außenminister Howe am selben Tag im britischen Außenministerium übergeben worden sei. Abteilungsleiter Weston habe dazu mitgeteilt: „FCO sei im Hinblick auf das zwischen BM und Sir Geoffrey Howe in Athen geführte Gespräch bereit, ursprünglich gehegte Bedenken gegen eine besondere Erklärung neben dem NATO-Kommuniqué zurückzustellen.“ Bei der Formulierung solle „möglichst Eindruck vermieden werden, als seien die Verbündeten über die durch den Auszug der Sowjets aus den INF-Verhandlungen entstandene Situation übermäßig alarmiert“. Dem Grundgedanken der Erklärung stimme die britische Seite jedoch zu. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2033; Referat 201, Bd. 125659.

⁵ Bundesminister Genscher und der britische Außenminister Howe trafen anläßlich der Sondertagung

Mit Beginn der Nachrüstung in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Italien⁶ hat das Bündnis Einigkeit und politische Stärke bewiesen. Ich bin der Meinung, daß das Bündnis nunmehr selbstbewußt auftreten kann und diesen Erfolg in weiterführendes Handeln im Sinne der Politik der aktiven Friedenssicherung durch das Bündnis umsetzen sollte.

Dazu sollte auf dem bevorstehenden NATO-Ministertreffen neben dem Communiqué⁷ eine gesonderte Politische Erklärung verabschiedet werden. Diese sollte in klarer, prägnanter Sprache eine Botschaft an die internationale Öffentlichkeit und den Osten enthalten. Dabei sollten in Anknüpfung an die Bonner Gipfel-Erklärung⁸ Wesen und grundlegende Ziele der Allianz herausgestellt, auf⁹ das Harmel-Konzept¹⁰ bezogen und auf die aktuelle politische Lage konkretisiert werden. Kernstück der Erklärung sollte die Bekundung des ernsthaften Willens des Bündnisses sein, durch Dialog, Verhandlungsbereitschaft und langfristig angelegte Zusammenarbeit zu einem stabileren und konstruktiveren Ost-West-Verhältnis auf der Grundlage des Gleichgewichts und der Gegenseitigkeit zu kommen.

Nach meiner Überzeugung könnte ein solches Signal am wirksamsten in Form einer gesonderten politischen Erklärung gegeben werden. Wir haben den Entwurf für eine solche Erklärung ausgearbeitet¹¹ und unsere NATO-Vertretung angewiesen, diesen in Brüssel einzuführen.¹²

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir bei den bevorstehenden Beratungen auf die Unterstützung durch die britische Delegation rechnen könnten. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, britische Änderungs- und Ergänzungswün-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1835

des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister am 28./29. November 1983 in Brüssel zusammen. Vgl. dazu Dok. 359, Anm. 5, und Dok. 361, Anm. 11.

⁶ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Großbritannien und in der Bundesrepublik vgl. Dok. 333, Anm. 29, und Dok. 357, Anm. 9.

Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 28. November 1983, das italienische Verteidigungsministerium habe am Vortag bekanntgegeben, „daß die ersten Komponenten der Cruise Missiles auf dem Flugzeug-Stützpunkt Sigonella eingetroffen sind“. Gleichzeitig sei mitgeteilt worden, „daß die Komponenten zu einem späteren Zeitpunkt nach Comiso (etwa 60 km entfernt) transportiert und dort zusammengesetzt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1351; Referat 201, Bd. 125632.

⁷ Zu den Überlegungen hinsichtlich des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 365, Anm. 8.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

⁹ Korrigiert aus: „herausgestellt und“.

¹⁰ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹¹ Ministerialdirektor Pfeffer legte am 28. November 1983 den Entwurf einer Politischen Erklärung des NATO-Ministerrats vor und wies darauf hin, daß Botschafter Ruth noch eine „Ergänzung zur rüstungskontrollpolitischen Thematik gesondert vorlegen“ werde. Vgl. Referat 201, Bd. 125659. Für die von Ruth am 29. November 1983 übermittelte Ergänzung vgl. Referat 201, Bd. 125659.

¹² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 5. Dezember 1983 mit: „Ich habe heute vormittag den GS und die Ständigen Vertreter über unsere Absicht, anlässlich der kommenden Außenminister-Konferenz eine ‚Politische Erklärung‘ abzugeben, und über unseren Entwurf einer solchen Erklärung unterrichtet und die sofortige Aufnahme der Beratung darüber herbeigeführt.“ Eine erste Erörterung im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) habe noch am Nachmittag stattgefunden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2209; VS-Bd. 12007 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

sche aufzunehmen. Worauf es mir entscheidend ankommt, ist die Wahrung der Substanz unseres Vorschlags.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Dietrich Genscher“

II. Zur Unterrichtung

StS ML¹³ hat unseren Entwurf inzwischen mit Burt besprochen. Dessen Reaktion war hinsichtlich Form flexibel. StS hatte Eindruck, daß amerikanische Seite jetzt sogar eher zur Abgabe einer separaten Erklärung statt einer Präambel zum Kommuniqué neigt. Zum Inhalt hat amerikanische Seite den Wunsch, Elemente aus eigenem Präambel-Vorschlag¹⁴ in deutsche Erklärung einzubringen. Hierüber wird zur Zeit in Washington gesprochen.¹⁵

StS hält es unter diesen Umständen für angezeigt, zunächst von Einführung unseres Textes in Brüssel abzusehen und gemeinsamen deutsch-amerikanischen Text nach Fertigstellung im Bündnis einzubringen.

Schauer¹⁶

VS-Bd. 12007 (201)

¹³ Staatssekretär Meyer-Landrut hielt sich am 1./2. Dezember 1983 zum Antrittsbesuch in den USA auf. Am 1. Dezember 1983 sprach er zunächst mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam und anschließend mit Außenminister Shultz über den Entwurf der Bundesregierung für eine Politische Erklärung des NATO-Ministerrats. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am selben Tag, es sei „Prüfung im konstruktiven Geist“ zugesagt worden. Jedoch habe der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Dobbins, in einer ersten Reaktion deutlich gemacht, die „Administration sei für eine Präambel zum Kommuniqué und nicht für eine gesonderte politische Erklärung“. Meyer-Landrut werde den Entwurf am 2. Dezember 1983 mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, weiter erörtern. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5432; Referat 201, Bd. 125659.

¹⁴ Für den amerikanischen Entwurf einer Präambel vgl. VS-Bd. 12952 (204).

¹⁵ Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 2. Dezember 1983, Staatssekretär Meyer-Landrut habe am Vortag mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, „die Grundzüge einer Verbindung zwischen dem deutschen und amerikanischen Entwurf einer Erklärung der NATO-Außenminister durchgesprochen, die prägnant, zitierbar und möglichst kurz sein sollte. In einer anschließenden amerikanisch-deutschen Sitzung auf Arbeitsebene wurde auf der Grundlage des deutschen Entwurfs Einigung ad referendum über den Wortlaut erzielt.“ Offengeblieben sei zunächst die Frage, „ob der Text als Präambel für das Kommuniqué dienen oder als gesonderte Politische Erklärung veröffentlicht werden soll“. Jedoch habe Meyer-Landrut „den Wunsch des Bundesministers nach einer gesonderten Politischen Erklärung nachdrücklich vertreten“. Hermes führte weiter aus, daß in informellen Gesprächen angedeutet worden sei, „daß State Department letztlich bei deutschem Insistieren einer separaten Erklärung zustimmen würde“, und übermittelte den revidierten Entwurf. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5461; Referat 201, Bd. 125659.

¹⁶ Paraphie vom 2. Dezember 1983.

368

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 5454****Aufgabe: 2. Dezember 1983, 18.43 Uhr¹****Citissime****Ankunft: 3. Dezember 1983, 01.20 Uhr**

Betr.: Angeblicher deutscher Nationalismus und Neutralismus

Bezug: a) Plurex 7748 vom 29.11.1983 – 210-303.05 N²b) DB 5051 vom 7.11.1983³ – Pol 371.76 VS-v (an Ref. 204)⁴

Auf Weisung

I. Stand der Diskussion in den USA über angeblichen Nationalismus und Neutralismus in Deutschland

1) Öffentliche und administrationsinterne Diskussionen in den Vereinigten Staaten über die Bedeutung neutralistischer und pazifistischer Tendenzen in der BR Deutschland und über unsere Verlässlichkeit als wichtigster amerikanischer Bündnispartner in Westeuropa sind nicht neu. Sie stellen in gewisser Weise das amerikanische Gegenstück zu latenten, gelegentlich auch öffentlich formulierten Befürchtungen in der BR Deutschland hinsichtlich der Bereitschaft der USA zur Einhaltung ihrer Sicherheitsgarantien für die BR Deutschland dar.

2) Im Zusammenhang mit der sich hinziehenden Debatte um die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses und der Entwicklung der SPD nahm die Deutschland-Diskussion in den USA seit einiger Zeit wieder zu; sie spiegelte die unterschiedlichen Zweifel wider, die in den Vereinigten Staaten zumindest teilweise hinsichtlich der Haltung der deutschen Bevölkerung zur Allianz insgesamt, zur Verteidigung, zum Ost-West-Verhältnis und zu den USA bestehen. Bei Vortragsveranstaltungen im Lande und Gesprächen mit Kongreßmitgliedern in den letzten Wochen wurde weitaus häufiger als in früheren Jahren die Frage gestellt, ob die BR Deutschland nunmehr verstärkt auf eine Wiedervereinigung hinarbeite und die zur Erreichung dieses Ziels wohl unumgängliche Konsequenz ziehen, d.h. sich auf längere Sicht aus dem westlichen Bündnis lösen werde; dabei wurden die Erklärungen des Bundeskanzlers in Moskau zur na-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 5. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf.“

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup teilte der Botschaft in Washington mit, daß es auch in der amerikanischen Öffentlichkeit Stimmen gebe, „die vor der Gefahr eines neuen deutschen Nationalismus warnen und die Besorgnis äußern, eine zunehmende Zahl von Bürgern befürworte aus nationalen Gründen die Abkehr der Bundesrepublik Deutschland von der westlichen Verteidigungsgemeinschaft und statt dessen die Verfolgung eines neutralen Kurses zwischen den Blöcken, weil dadurch eine Wiedervereinigung Deutschlands leichter erreicht werden könne“. Bundesminister Genscher solle „vorgeschlagen werden, das Thema bei dem bevorstehenden Deutschland- und Berlin-Treffen am Vorabend der NATO-Ministertagung (7.12.) anzusprechen“. Kastrup bat die Botschaft daher um Einordnung entsprechender amerikanischer Presseberichte. Vgl. Referat 210, Bd. 132649.

³ Korrigiert aus: „4.11.1983“.

⁴ Vgl. Dok. 331.

tionalen Frage⁵, der der DDR eingeräumte Milliardenkredit⁶ und Äußerungen aus der Friedensbewegung über die Möglichkeit einer Wiedervereinigung unter neutralistischem Vorzeichen als Indizien für ein zunehmendes nationales Engagement der BR Deutschland angeführt.

3) In der internen Bewertung dieser Vorgänge durch die Administration spielt die Überlegung eine Rolle, in allen westeuropäischen Ländern und insbesondere in der BR Deutschland vollziehe sich ein Generationswechsel, der das Ende der eigentlichen Nachkriegszeit markiere. Dieser Generationswechsel könne eine Änderung der Haltung zu den Vereinigten Staaten in dem Sinne bewirken, daß die Sowjetunion und die USA eher wertneutral als Weltmächte beurteilt, die Strategie der nuklearen Abschreckung zunehmend als gefährlich empfunden und die junge Generation der Europäer aus einem von ihr als Abhängigkeit von den USA empfundenen Verhältnis herauswachsen wolle. Diese Entwicklung scheint in der Administration nicht unbedingt als kritisch, sondern eher als „Normalisierung“ der amerikanisch-europäischen bzw. der amerikanisch-deutschen Beziehungen betrachtet zu werden.

4) Das eindeutige INF-Abstimmungsergebnis im Bundestag⁷ hat zu einem Abklingen der besorgten Stimmen in den USA über die weitere Entwicklung in der BR Deutschland geführt. Angesichts der mehrjährigen Dauer der INF-Stationierung und der damit verbundenen innenpolitischen Ungewißheiten in Deutschland ist jedoch mit fortgesetzten latenten Besorgnissen auf US-Seite zu rechnen. Entsprechende Entwicklungen in Deutschland können in den USA Tendenzen zum Unilateralismus und Isolationismus verstärken. Hierbei spielt auch die kritische Haltung des Kongresses gegenüber einer angeblich mangelnden Verteidigungsbereitschaft der europäischen Alliierten eine Rolle. Vor diesem Hintergrund könnten Zweifel an unserer Verlässlichkeit als Bündnispartner zu einer Verringerung des amerikanischen Engagements in Europa beitragen. Diesen Zweifeln sollten wir durch Bereitschaft zu offener Diskussion vorbeugen. Dabei kommt uns zustatten, daß die Administration ihrerseits ihre Bemühungen um eine bessere Darstellung ihrer Politik und insbesondere ihre Kontakte mit der SPD intensivieren möchte, um den bei der SPD im Verlauf der INF-Debatte entstandenen „Schaden“ einzugrenzen.

II. Reaktion amerikanischer Medien

„Zwei Generationen der nach dem letzten Krieg geborenen Amerikaner akzeptieren die Existenz zweier deutscher Rumpfstaaten als gerecht, natürlich und dauerhaft – die Deutschen tun dies nicht ... die deutsche Einheit ist wieder zum Thema in Deutschland geworden“, schreibt der Kolumnist Michael Kilian am 10.9.1983 in der Chicago Tribune.⁸

⁵ Bundeskanzler Kohl bekräftigte am 4. Juli 1983 in einer Rede beim Abendessen im Kreml: „Wir halten am Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes und an der Einheit unserer Nation fest. Wir resignieren nicht.“ Vgl. BULLETIN 1983, S. 707.

Zum Besuch vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁶ Zur Gewährung eines Kredits an die DDR („Milliardenkredit“) vgl. Dok. 199, Anm. 14.

⁷ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁸ Vgl. den Artikel „German Nationalism Growing“; CHICAGO TRIBUNE vom 10. September 1983, S. 9.

James Reston am 14.10.83 in der „Welt“: „Wenn Amerika am Mississippi geteilt wäre und auf der westlichen Seite eine feindliche Macht stünde, würden die Amerikaner nicht ruhen, bis sie wiedervereint wären.“⁹

Das Thema „neuer deutscher Nationalismus“ ist in der amerikanischen Presse nicht neu. Der frühere Bonner New-York-Times-Korrespondent Vinocur hat es z. B. häufig aufgegriffen.¹⁰ Die „Suche nach Identität“ – vor allem in der jungen Generation – wurde als allgemeines Phänomen, nicht als bedrohlich empfunden und meist mit Verständnis beschrieben. Kritisch reagierten die amerikanischen Medien dagegen stets, wenn sich ein konkreter Interessenkonflikt zwischen deutscher und amerikanischer Politik auftut und sich dies in einen Zusammenhang mit dem besonderen nationalen Interesse der Deutschen bringen ließ (Beispiel Erdgas-Röhren-Geschäft¹¹). Die meisten dieser Konflikte lassen sich auf die diesseits und jenseits des Atlantiks unterschiedliche Haltung zu Osteuropa und zur Sowjetunion zurückführen.

Es überrascht nicht, wenn seit Amtsantritt der stärker ideologisch orientierten Reagan-Administration¹² derartige Konflikte nicht nur häufiger auftreten, sondern auch einen höheren „news value“ besitzen.

Die vor der Bundestagswahl im Frühjahr 1983¹³ hier und da bereits schrillen Töne der Besorgnis sind nach der Wahl fast ganz verstummt; das Interesse am Thema ist geblieben und gilt nicht nur den hier stark beachteten Entwicklungen innerhalb der SPD und den (als radikal empfundenen) Aussagen der Grünen, sondern auch den Worten und Taten der Bundesregierung. Daß der Bundeskanzler im Sommer des Jahres in Moskau in so deutlicher Weise die Wiedervereinigung angesprochen hat, wurde hier aufmerksam registriert. Es hat für den amerikanischen Beobachter schließlich eine neue Qualität, wenn der BM des Auswärtigen selbst (in der INF-Debatte vom 21.11.83) vor einem unkalkulierbaren deutschen Nationalismus und dem Abgleiten in Neutralismus warnt.¹⁴

Obwohl neutralistische Forderungen bisher nur von den Grünen und einem verschwindend kleinen Teil der Sozialdemokraten ausgehen und dies hier auch so dargestellt wird, stellt die amerikanische Presse diese „Träume“ von Randgruppen gern in einen Zusammenhang mit dem gerade jetzt (nach hiesigem Eindruck erfolgreich) intensivierten deutsch-deutschen Verhältnis. „In fact, in some ways the two Germanys have never been closer“, schreibt Wall Street Journal am 16.9.1983 und fährt fort, beide Regierungen seien sich im letzten Jahr in wachsendem Maße bewußt geworden, daß sie nicht nur eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames Erbe hätten, sondern sich in der gleichen prekären geographischen und strategischen Lage befänden.¹⁵

⁹ Vgl. den Artikel „Tödliche Träumereien“, DIE WELT vom 14. Oktober 1983, S. 2.

¹⁰ Vgl. dazu den Artikel „A ‚Neutral‘ Germany and French Fears“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 2. November 1983, S. 1 f.

¹¹ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

¹² Präsident Reagan trat sein Amt am 20. Januar 1981 an.

¹³ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

¹⁴ Bundesminister Genscher führte am 21. November 1983 im Bundestag aus, daß nicht nur in den USA, sondern auch in Europa „die Sorge vor einer neuen Spielart eines unberechenbaren deutschen Neutralismus“ laut werde. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2359.

¹⁵ Vgl. den Artikel „Family Ties: The 2 Germanys Build a Relationship in Spite of U.S.–Soviet Strains“, THE WALL STREET JOURNAL vom 16. September 1983, S. 1.

¹⁶Der andere Zusammenhang, der ebenso häufig hergestellt wird, ist die „europäische Option“ bis hin zu einem unabhängigen europäischen Verteidigungssystem.

In welchem Zusammenhang auch immer, das Stichwort Neutralismus pflegt Reflexionen über die „stets latente Neigung Amerikas zur Isolation“ (James Reston) oder – im extrem konservativen Lager – sogar Entrüstung auszulösen: „as Western Europeans turn inward, the US should wish them well and look to its own vital interests“ (William Safire/New York Times vom 13.11.83¹⁷).

Aus anderen Äußerungen und Veröffentlichungen geht hervor, daß isolationistische Tendenzen in Amerika z. Z. eher im Abwärtstrend sein dürften. Unabhängig davon wird jedoch jeder Anschein einer drohenden deutschen Abkopplung – und sei es nur in Einzelfragen – ein kritisches Echo in der amerikanischen Öffentlichkeit auslösen. Die Sonderrolle der BR Deutschland im atlantischen Bündnis kommt nicht nur im Fortbestehen der alliierten Kontrollrechte zum Ausdruck, sondern auch darin, daß die amerikanische Öffentlichkeit kaum Verständnis für eine mit dem amerikanischen Globalanspruch kollidierende Definition des nationalen deutschen Interesses aufbringen würde.

Alarmstimmung ist zur Zeit jedoch nicht angebracht. Die Stabilität des politischen Systems der BR Deutschland im allgemeinen und die Festigkeit der Bundesregierung in Sachen INF im besonderen fanden und finden breite Anerkennung. Einzelne scharf-kritische oder herabsetzende Aussagen (Safire oder New York Times Leitartikel vom 27.11.¹⁸) dürfen nicht überbewertet werden und werden zudem durch eine Fülle einsichtig-intelligenter und verständnisvoller Beiträge ergänzt (Elizabeth Pond, James Markham, Flora Lewis, Roger Thurow u. a.).

[gez.] Hermes

Referat 210, Bd. 132573

¹⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5455 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁷ Vgl. den Artikel „NATO After Grenada“; THE NEW YORK TIMES vom 13. November 1983, S. E 21.

¹⁸ Vgl. den Artikel „Germany, Über Alles“; THE NEW YORK TIMES vom 27. November 1983, S. E 14.

369

Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt**114-21313/83 VS-vertraulich****Aufgabe: 3. Dezember 1983, 14.30 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 1313****Ankunft: 3. Dezember 1983, 16.39 Uhr****Cito**

Betr.: Zusammenfassung des Gesprächs MP González und BM Genscher am
2. Dezember 1983 in Madrid²

Außer den beiden Gesprächspartnern nahmen AM Morán, Botschafter Foncillas, Abteilungsleiter für politische Angelegenheiten im Amt des MP, Yañez, MD Pfeffer und der Unterzeichnete teil.

MP González fragte nach den Aussichten für den Europäischen Rat in Athen.³

BM erwiderte, sie seien nicht gut, könnten sich aber bessern. Es stünden schwierige Fragen an:

Einsparung bei der Agrarpolitik⁴, Neue Politiken⁵, Aufstockung der Eigenmittel⁶ sowie Erweiterung⁷. Wichtig sei Erhaltung des Stuttgarter Pakets⁸, in dem Verbindung zwischen EG-Finanzierung und Erweiterung hergestellt worden sei. In dem Paket seien für jeden einige Leckerbissen, aber auch Kröten, die es zu schlucken gelte.

Für uns sei Erhöhung der Eigenmittel innenpolitisch schwierig, da wir einziger größerer Netto-Zahler seien.

Wir seien jedoch für rasche Süderweiterung und hätten deshalb Koppelung zwischen Finanzfragen und Beitritt durchgesetzt⁹.

Da Erhöhung der Eigenmittel zum 1.1.86 wirksam in Kraft gesetzt sein müsse, ergebe sich aus Koppelung mit Beitrittsfrage folgerichtig, daß Spanien und Portugal zu diesem Termin Mitglieder der EG sein würden.

MP González meinte, lange Dauer der Beitrittsverhandlungen strapaziere langsam die Geduld aller. Er hätte vor Jahren nie angenommen, daß das demokratische Spanien solches Problem für EG werden könne. Europa stehe an Weg-

¹ Hat dem Bereitschaftsdienst am 3. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Frau VLR I Steffler von Eingang unterrichtet. Hat Zeit bis Montag.“

Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 5. Dezember 1983 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 2. Dezember 1983 zu den deutsch-spanischen Regierungsgesprächen in Madrid auf und traf auch mit König Juan Carlos zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1314 des Botschafters Brunner, Madrid; VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember 1983 vgl. Dok. 375.

⁴ Zur Erörterung der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik vgl. Dok. 354, Anm. 23.

⁵ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission sowie einiger EG-Mitgliedstaaten für Neue Politiken und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 354, Anm. 15 und 16.

⁶ Zum Vorschlag der EG-Kommission vom 5. Mai 1983 zur Erhöhung der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 134, Anm. 9.

⁷ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 354, Anm. 21, und Dok. 360, Anm. 10.

⁸ Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Paket“) vgl. Dok. 185.

⁹ Korrigiert aus: „gesetzt“.

scheide. Entweder finde es zu größerer Kohäsion, oder seine Probleme könnten unerträglich werden. Athen könne hierfür entscheidendes Ereignis sein. Jedes Land müsse jetzt etwas nachgeben. Mehr als nur um Umstrukturierung Agrarpolitik und Finanzverfassung gehe es darum, ob Glaube der Europäer an ihre politische Zukunft erhalten bleibe oder nicht.

BM stimmte dem zu. Es gebe aber viele Einzelfragen zu klären (Regionalpolitik, Gießkannen-Prinzip, Einsparungen in Agrarpolitik mit Problem Kleinbauern gegenüber Subventionen für Großproduzenten wie etwa Milchfabriken in NL).

Insgesamt sei er nicht pessimistisch. Die inneren Probleme der EG seien nicht leicht zu lösen, Ost-West-Verhältnis und internationale Lage schufen jedoch einen Sachzwang.

PM González warf Frage auf, ob Europa in Identitätskrise stecke. Womit wollten eigentlich die Parteien europäische Wahlen bestreiten, wenn nicht mehr innerer Zusammenhalt in der EG geschaffen werde? Man könne wohl schlecht mit nationalen Egoismen europäischen Wahlkampf führen. Habe Europäisches Parlament überhaupt Bedeutung?

BM erwiderte, das Parlament sei zugleich zu stark und zu schwach. Zu stark, weil es nur mit großen Knüppeln wie Abberufung der Kommission oder Ablehnung des Haushalts sich Geltung verschaffen könne. Zu schwach, weil ihm Kompetenzen im Konkreten fehlten. Es gebe hierzu gewisse französische Reformideen, die erwägenswert seien.

Die europäische Identitätskrise lasse gerade uns nicht unberührt. Wir seien geteiltes Land, müßten dennoch schwierige Entscheidungen wie die Raketenstationierung¹⁰ mittragen. Dies sei nur möglich, weil in letzten Jahrzehnten deutsches Bewußtsein für Europa gewachsen. Nur Perspektive europäischer Einigung gebe uns auf Dauer Stabilität. Daher für uns innere Reform der EG und Erweiterung mehr als nur Regelung von Fragen des täglichen Bedarfs. Für uns entscheide sich damit zugleich, ob unserem Volk die europäische Perspektive erhalten bleibe.

PM González sagte, gerade in dieser Perspektive der europäischen Stabilität habe seine Regierung sich zu einer sehr vorsichtigen Politik in europäischen Sicherheitsfragen entschlossen. Spanien wolle nicht die Lage der von dem NATO-Doppelbeschluß Betroffenen noch erschweren. Er habe deshalb systematisch auf eine Politik für den inneren Gebrauch¹¹ verzichtet.

Schließlich entscheide Maß des europäischen Zusammenhalts auch über Beziehungen Europa und USA und über europäisches Gewicht gegenüber SU. Europäischen Zusammenhalt verstehe er jedoch über Sicherheitsfragen hinaus auch als entscheidend für sozio-ökonomische Fragen. Zur Stärkung des Bündnisses müsse Europa an Gewicht auch gegenüber US zunehmen.

Diese müßten verstehen, daß harmonisches Bündnis auch gewisse Harmonie in Wirtschaftsfragen erfordere. Bei Auseinanderfallen zwischen Behandlung von

¹⁰ Vgl. dazu die Entschließung des Bundestags vom 22. November 1983 über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses; Dok. 356, Anm. 2.

¹¹ Korrigiert aus: „Verbrauch“.

ökonomischen Interessen und Sicherheitsaspekten im Verhältnis USA und Europa werde Bündnis auf Dauer keinen Bestand haben.

BM hob seinerseits hervor, daß funktionierendes Bündnis sich auf alle Gebiete des Wirtschaftlichen, Politischen und Militärischen erstrecken müsse. Es gehe jetzt darum, die Interessen beiderseits des Atlantiks über Sicherheitsbereich hinaus auch in anderen Bereichen zu verkoppeln. Dies gelte besonders für Wirtschaftspolitik, bei der man gegenüber USA kritische Anmerkungen wegen Hochzinspolitik nicht unterlassen könne.

PM González wiederholte sein Interesse an Beibehaltung der Stuttgarter Koppelung zwischen Finanzfragen und der Erweiterung. Er fragte, ob in dem Communiqué von Athen ein Datum für den Beitritt enthalten sein werde.

BM antwortete, wir seien für Einfügung eines Datums, aber nicht sicher, ob dies durchsetzbar. In Stuttgart erreichte Verbindung sei jedoch Garantie für spanischen Beitritt.

PM G. wies auf Zeitdruck hin. Treffe es zu, daß französische Haltung zum spanischen Beitritt sich in letzter Zeit zum Besseren wende? Stimmt Nachrichten, wonach Frankreich noch vor europäischen Wahlen¹² als entscheidender Faktor bei Überwindung der europäischen Krise in Erscheinung treten wolle?

BM sprach Vermutung aus, daß in den letzten Tagen der französischen EG-Präsidentschaft¹³ Erweiterungsfrage möglicherweise entscheidend vorangetrieben werden könnte.

PM G. fragte nach anderen Themen für Athen. Der BM nannte Beitragsfragen, Nahost, Ost-West-Verhältnis und Zentralamerika. Für diese Punkte werde jedoch wenig Raum bleiben.

PM G. ging abschließend auf Lage in Zentralamerika ein. Contadora-Gruppe¹⁴ hege Sorge, daß noch vor Jahresende eine Intervention erfolgen werde. Man frage sich, ob diese Intervention zuerst in San Salvador oder in Nicaragua vor sich gehen werde. Beides wäre Katastrophe.

BM unterstrich Sensibilität der deutschen öffentlichen Meinung in diesen Fragen (Landung auf Grenada¹⁵).

MP G. sagte, noch sei Zeit, Kurs der amerikanischen Politik zu korrigieren. Jüngste Entwicklung in Lateinamerika zeige, daß dort auch Positives möglich sei (Argentinien¹⁶, vielleicht auch bald Chile). Er habe Nichte Pinochets während ihrer gegenwärtigen Europareise empfangen. Sie suche friedlichen Übergang zur Demokratie auf einer breiten Unterstützung durch europäische Regierungen abzusichern.

¹² Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. bzw. 17. Juni 1984 statt.

¹³ Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁴ Zu den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) um eine Beilegung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 314, Anm. 17.

¹⁵ Zur Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada am 25. Oktober 1983 vgl. Dok. 317.

¹⁶ In den Wahlen am 30. Oktober 1983 zum argentinischen Parlament konnte die Unión Cívica Radical mit dem Spitzenkandidaten Raúl Alfonsín die absolute Mehrheit der Stimmen erringen. Mit der Vereidigung von Alfonsín als Präsident am 10. Dezember 1983 endete die Zeit der Militärherrschaft in Argentinien.

Kontra zu dieser positiven Entwicklung sei Nahost. Lage im Libanon erscheine ausweglos. Verschwinden Arafats¹⁷ werde zu großer Belastung führen, zumal es Terroristenwelle auf der ganzen Welt auslösen könne.

Auch BM zeigte sich ernsthaft besorgt. Lage im Libanon sei ohne Lösung des Palästinenserproblems nicht zu stabilisieren.

PM G. bedankte sich abschließend für die Zusammenarbeit mit deutschen Stellen in Fragen der Terrorismusbekämpfung¹⁸ und wiederholte seinen Dank für deutsche Unterstützung in EG-Beitrittsfrage.

[gez.] Brunner

VS-Bd. 12927 (203)

370

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze

422-411.10 ISR-1168/83 VS-vertraulich

5. Dezember 1983

Über Herrn Dg 42¹ Herrn D 4²

Betr.: Rüstungsexporte nach Israel

1) Nach Mitteilung des BMVg hat sich in der Woche vom 28.11. bis 2.12.1983 der für Rüstungsfragen zuständige Direktor des israelischen Verteidigungsministeriums in der Bundesrepublik aufgehalten und auch Gespräche mit dem BMVg geführt. Dabei hat er sich erkundigt, ob die Panzerabwehrrakete Milan an Israel geliefert werden könnte.

¹⁷ Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der PLO vgl. Dok. 325, Anm. 12.

¹⁸ Zum spanischen Interesse an einer Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung vgl. Dok. 142, Anm. 30 und 31.

¹ Hat Ministerialdirigent Loeck am 6. Dezember 1983 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Fischer am 8. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte es von unseren Grundsätzen aus und allgemein politisch für unhaltbar, daß beide Parteien des Nahen Ostens mit Waffen beliefert werden und wir damit eher zur Steigerung der Spannungen beitragen. Außerdem Libanon-Aktion Israels!“

Hat Ministerialdirigent Loeck am 8. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 422 vermerkte: „Wegen des obigen Vermerks von D 4 wäre es interessant zu wissen, ob für den ‚1975 mit Israel geschlossenen Vertrag‘ (Ziff. 2 letzter Satz) bereits Ausfuhrgenehmigung beantragt oder sogar erteilt worden war, oder ob die Firma wegen des zwischenzeitlichen israelisch-amerikanischen Arrangements auf Antragstellung verzichtet hat.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 9. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Lauk verfügte.

Hat Lauk am 9. und erneut am 30. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] 20.1.84.“

Hat Henze am 20. Januar 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Lauk vermerkte: „Sollte Export nicht über Euromissile erfolgen?“

Das BMVg hat erwidert, daß Entscheidungen durch den Bundessicherheitsrat getroffen werden müßten, und geraten, falls Interesse besteht, eine spezielle Anfrage an die Bundesregierung zu richten.

2) Die Milan ist eine Panzerabwehrrakete mittleren Kalibers mit einer Reichweite von 2000 Metern und der Fähigkeit, Panzerstahl bis 350 mm Dicke zu durchschlagen. Daneben gibt es die Hot mit einer Reichweite von 4000 Metern und der Fähigkeit, alle bisher bekannten Panzerungen zu durchbrechen. Beide Raketen werden in deutsch-französischer Zusammenarbeit hergestellt und von der deutsch-französischen Firma Euromissile mit Sitz in Paris exportiert. Hot wurde bisher an Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon und Syrien sowie an Golfstaaten geliefert. Irak erhielt auch Milan. Die Lieferungen an den Irak und Libanon erfolgten trotz von deutscher Seite vorgetragener Bedenken. Ein Veto-Recht haben wir aufgrund der deutsch-französischen Vereinbarungen von 1972 über die Exporte von Erzeugnissen aus der Rüstungsproduktion³ nicht. Die Lieferung an Syrien führte 1978 zu israelischen Protesten in Paris und Bonn.⁴

Ein 1975 mit Israel geschlossener Vertrag über die Lieferung von Milan⁵ wurde nicht ausgeführt, da Israel damals amerikanische Panzerabwehrwaffen unentgeltlich aus den USA erhielt.⁶

3) Falls Israel die Frage offiziell weiterverfolgt, müßte zunächst geklärt werden, ob Euromissile zu dem Export bereit ist und die französische Regierung die Exportgenehmigung erteilen würde.

Wenn beides gegeben ist, brauchen wir der israelischen Seite nur zu sagen, daß wir gegen den Export keine Bedenken haben.

Wenn der Export durch Euromissile dagegen bei der Firma oder der französischen Regierung auf Schwierigkeiten stößt, müßte geklärt werden, ob eine Lieferung aus der Bundesrepublik Deutschland

a) tatsächlich möglich,

b) rechtlich zulässig,

c) politisch ohne Bedenken ist.

Zu a) Die Raketen und Abschußsysteme müßten entweder durch Euromissile nach Deutschland ausgeführt und hier von MBB nach Israel weitergeleitet oder unmittelbar durch MBB exportiert werden. Diese Möglichkeiten müßten zunächst geklärt werden.

Zu b) Milan ist eine Kriegswaffe. Nach § 6 Abs. 3 KWKG ist die Ausfuhrgenehmigung für eine Waffe zu versagen, wenn

„die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden“.⁷

³ Zur deutsch-französischen Regierungsvereinbarung vom 7. Februar 1972 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Dok. 100, Anm. 11.

⁴ Zum Bekanntwerden der Lieferung französischer Panzerabwehrraketen an Syrien im Januar 1978 und zur israelischen Reaktion vgl. AAPD 1978, I, Dok. 30 und Dok. 66.

⁵ Zu der 1975 von der französischen Regierung beabsichtigten Lieferung von 2550 Panzerabwehrraketen des Typs „Milan“ vgl. AAPD 1975, I, Dok. 72.

⁶ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Loeck mit Fragezeichen versehen. Vgl. dazu Anm. 2.

⁷ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 445.

Diese Gefahr kann nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon, in dem immer noch israelische Truppen stationiert sind, nicht ausgeschlossen werden. Allerdings bedarf der Begriff „friedensstörender Handlung“ einer Interpretation. Israel wird stets argumentieren, daß die Friedensstörung von der anderen Seite ausgeht.

Zu c) Da alle Nachbarländer von Israel bereits Hot bzw. Milan erhalten haben, wäre die Verweigerung einer Ausfuhrgenehmigung kaum zu rechtfertigen.⁸ Sie könnte auch zu einer erheblichen Belastung unserer Beziehungen mit Israel führen. Im übrigen könnte in einer Lieferung auch ein gewisser Ausgleich für die „Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich“ mit Saudi-Arabien gesehen werden und insofern als Argument gegenüber israelischen Bedenken gegen diese Zusammenarbeit⁹ verwendet werden.

Es ist davon auszugehen, daß die Lieferung bekannt wird. Sie könnte zu Kritik arabischer Länder an unserer Haltung führen, zumal damit zum ersten Mal Kriegswaffen aus der Bundesrepublik Deutschland an Israel geliefert würden. Dieser Kritik können wir allerdings entgegenhalten, daß die anderen Staaten bereits entsprechende Waffen erhalten haben. Sie muß daher nicht zu einer ernststen Belastung unserer Beziehungen zu diesen Staaten führen, könnte jedoch bei ihnen den Wunsch nach vergleichbaren Waffenlieferungen wecken.

Henze

VS-Bd. 10920 (422)

⁸ Die Wörter „kaum zu rechtfertigen“ wurden von Ministerialdirigent Loeck hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

⁹ Zur israelischen Haltung hinsichtlich einer möglichen Lieferung von Panzern aus der Bundesrepublik an Saudi-Arabien vgl. Dok. 209.

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl
und des Bundesministers Genscher
mit dem amerikanischen Außenminister Shultz**

Geheim

6. Dezember 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Außenminister George Shultz anlässlich des Arbeitsessens am 6. Dezember 1983, 20.30 Uhr, im Bundeskanzleramt²

Teilnehmer: Bundeskanzler; BM Genscher; StS Dr. Meyer-Landrut; Botschafter Dr. Hermes, Washington; MD Horst Teltschik; VLR I Weber, Dolmetscher; StS Boenisch;

Außenminister Shultz; Botschafter Burns; Mr. Richard Burt, Assistant Secretary of State, Abteilungsleiter für Westeuropa; Admiral Jonathan Howe, Direktor für Politisch-Militärische Angelegenheiten, State Department; John Hughes, Assistant Secretary Public Affairs, Pressesprecher; Mr. Richard Barkley, Botschaftsrat, Amerikanische Botschaft, Bonn; Mr. Harry Obst, Dolmetscher.

Außenminister *Shultz* übermittelte die persönlichen Grüße von Präsident Reagan. Der Präsident sei über den Ablauf der Bundestagsdebatte zum Doppelbeschluß der NATO³ tief beeindruckt und erfreut. Er habe ihn beauftragt, dem Bundeskanzler seine persönliche Bewunderung zum Ausdruck zu bringen. Der Präsident sei bereit, auch in Zukunft die enge Zusammenarbeit fortzusetzen. Dies gelte insbesondere auch für den Bereich der Ost-West-Beziehungen. Nach Durchführung des Doppelbeschlusses solle keine Pause eingelegt werden, sondern weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, zur internationalen Stabilität beizutragen.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für diese persönlichen Grüße des Präsidenten und bat den Außenminister Shultz, seine guten Wünsche dem Präsidenten zu übermitteln.

Der Bundeskanzler wies noch einmal darauf hin, daß ungeachtet der Presseberichte in der Bundesrepublik Deutschland keine breite Welle eines Anti-Amerikanismus festzustellen sei. Man müsse zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung deutlich unterscheiden. Dies gelte insbesondere für die elektronischen Medien. Nach wie vor stünde die überwältigende Mehrheit der

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 7. Dezember 1983 gefertigt und am folgenden Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, „zur Kenntnisnahme des Auswärtigen Amtes – vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Hat York am 9. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 204 „m[it] d[er] Bitte um Übernahme“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Plötz am 15. Dezember 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 6./7. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

Deutschen hinter den Amerikanern. Botschafter Burns verfüge sicherlich über entsprechende Erfahrungen. Als Beispiel berichtete der Bundeskanzler über seinen Besuch bei den im Libanon verwundeten amerikanischen Soldaten im amerikanischen Krankenhaus in Wiesbaden.⁴ Dort sei ihm von den Soldaten selbst berichtet worden, daß sie vom ersten Tag an Besuche und Geschenke von unbekannten Deutschen erhalten hätten. Solche Beispiele stünden jedoch nicht in der Presse.

Außenminister *Shultz* erklärte, daß er darüber dem Präsidenten berichten werde. Dieser sei gerade an solchen persönlichen und menschlichen Ereignissen sehr interessiert.

Der *Bundeskanzler* gab einen Überblick über die innere Lage in der Bundesrepublik Deutschland und verwies auf die Belastungen, die er im Zusammenhang mit der Konsolidierung des Bundeshaushaltes dem Großteil der Bevölkerung habe zumuten müssen. Dennoch seien die Umfragen positiv, und die Bundesregierung könnte am Sonntag in die Wahl gehen und würde besser abschneiden als am 6. März 1983.⁵

Außenpolitisch habe sich nach der Entscheidung über die Durchführung des Doppelbeschlusses der NATO eine ungewöhnliche Chance eröffnet, die es zu nutzen gelte. Die Stationierung erfolge⁶, und die Niederländer und Italiener⁷ werden folgen. Seit fünfzehn Jahren habe es im Bündnis keine vergleichbar klare Position gegeben; dies gelte insbesondere für die wichtigsten Mitgliedsländer. Auf dieser Grundlage könne man jetzt ein offenes und klares Gespräch mit der Sowjetunion führen und gleichzeitig mit Gelassenheit handeln. In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler auf interessante Nachrichten, die die Bundesregierung aus osteuropäischen Staaten erhalten habe, wie aus Rumänien, Bulgarien, Polen, DDR und Ungarn. Früher sei die DDR immer der Primus im Warschauer Pakt gewesen, diesmal seien jedoch sehr differenzierte Erklärungen zu hören gewesen. Sicherlich habe Moskau das Heft noch sicher in der Hand, dennoch habe sich die Zeit verändert. Der Bundeskanzler berichtete über das neue Buch von Djilas, das über die Zeit vor und nach dem Bruch Jugoslawiens mit Stalin berichte.⁸ Vergleiche man die Zeit von damals mit der heutigen Lage, so könne man die Veränderungen deutlich erkennen. Die osteuropäischen Staaten hätten mehr Spielraum errungen.

Es sei deshalb wichtig, daß der Westen jetzt auf den verschiedenen Ebenen agiere und nicht auf mögliche sowjetische Initiativen reagiere. Er wolle nicht mißverstanden werden: Der Westen solle nicht der Sowjetunion nachlaufen, aber er solle mit Gelassenheit und Würde und auf der Grundlage seiner Positionen aktive Politik betreiben. Die Zeit arbeite nicht für die Sowjetunion.

⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl am 28. Oktober 1983 in Wiesbaden vgl. Dok. 332, Anm. 16.

⁵ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

⁶ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme Großbritannien und in der Bundesrepublik vgl. Dok. 333, Anm. 29, und Dok. 357, Anm. 9.

⁷ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Italien vgl. Dok. 367, Anm. 6.

⁸ Vgl. Milovan DJILAS, Jahre der Macht. Kräftespiel hinter dem Eisernen Vorhang. Memoiren 1945–1966, München 1983.

Außenminister *Genscher* ergänzte, daß die Kampagne der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik ihre Wirkung gegen die Stationierung der sowjetischen Kurzstreckensysteme in der ČSSR und in der DDR⁹ entfalte.¹⁰

Außenminister *Shultz* erwiderte, daß ihn die klaren Worte und die entschlossene Haltung des Bundeskanzlers beeindruckt haben. Er stimme zu, daß es keinen Anlaß gebe, gegenüber der Sowjetunion zu kapitulieren. Der Bundeskanzler habe recht, daß die Zeit nicht für die Sowjetunion arbeite, im Gegenteil, ihre Probleme nehmen zu. Er stimme deshalb darin überein, daß man sich um konstruktive Beziehungen bemühen soll. Früher oder später werden die Sowjets erkennen, daß ihre Agitation nicht gewirkt habe, sondern eher nachteilig für sie gewesen sei. Er erinnere nur an die gemeinsame Erklärung zur Sicherheitspolitik auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg¹¹, die von Japan mit unterzeichnet worden sei und die für die Sowjetunion ein politischer Rückschlag gewesen sei. Moskau werde jetzt sicher nach einer neuen Taktik suchen.

Der *Bundeskanzler* wies noch einmal auf Chancen hin, die sich für den Westen im Rahmen der bevorstehenden Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa im Januar in Stockholm¹² und bei den MBFR-Verhandlungen in Wien und anderswo ergeben können. Es komme jetzt darauf an, daß der Westen vernünftig vorgehe. Die Allianz müsse dabei deutlich machen, wofür sie stehe. Sie solle sich dabei einmal mehr daran erinnern, daß bei ihrer Gründung am Anfang die politische Idee gestanden habe und dann erst an zweiter Stelle die Waffen.

Auf Anregung von Botschafter Burns berichtete Außenminister *Shultz* ausführlich über das amerikanische Projekt in Silicon Valley.

Der *Bundeskanzler* erläuterte dem Außenminister, daß er vergleichbare Initiativen in der Bundesrepublik vorbereite. Er habe darüber bereits ausführlich mit Botschafter Burns gesprochen. Man müsse den Japanern zeigen, wo es langginge.

Konkurrenz sei die einzig wichtige Antwort auf die japanische Herausforderung, erwiderte Außenminister *Shultz*. Auf Wunsch des Bundeskanzlers gab er im Anschluß einen Bericht über die Lage im Nahen Osten. Er bezeichnete sie als sehr schwierig. Die amerikanische Regierung habe in Washington in den letzten Tagen längere Gespräche mit dem israelischen Ministerpräsidenten¹³ und dem libanesischen Regierungschef¹⁴ geführt. Es habe sich ein Potential für neues Vertrauen herausgebildet (capacity for new trust). Es bleibe jedoch nicht zuverlässig. Es zeichnen sich jedoch vernünftige Aussichten ab, daß es Gemayel gelingen könnte, die Basis seiner Regierung zu verbreitern. Dies hänge je-

⁹ Vgl. dazu die Mitteilungen des sowjetischen Verteidigungsministeriums, des Nationalen Verteidigungsrats der DDR sowie der tschechoslowakischen Regierung vom 24. Oktober 1983; EUROPA-ARCHIV 1984, D 19 f.

¹⁰ So in der Vorlage.

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f. Vgl. dazu auch Dok. 167.

¹² Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet.

¹³ Ministerpräsident Shamir besuchte vom 27. bis 30. November 1983 die USA.

¹⁴ Vom 30. November bis 3. Dezember 1983 hielt sich Präsident Gemayel in den USA auf.

doch entscheidend von der Haltung Gemayels und dessen Einfluß auf die möglichen Partner wie Dschumblat, Karami und anderen ab. Es müsse Gemayel jedoch gelingen, mindestens einen dieser möglichen Partner zu gewinnen. Es hätten sich jedoch einige entscheidende Möglichkeiten eröffnet. Wichtig bleibe das Ziel des Abzugs aller Truppen aus dem Libanon. Es könne keinen Zweifel geben, daß Israel bereit sei, sich aus dem Libanon zurückzuziehen. Schwierig bleibe die Haltung Syriens und der PLO. Man müsse jedoch weiter an dem Ziel eines Abzugs aller fremden Truppen aus dem Libanon arbeiten. Dafür stünden aber jetzt neue Karten zur Verfügung.

Gemayel müsse es jetzt vor allem gelingen, die Kontrolle über jene Landesteile zu gewinnen, wo keine fremden Truppen stationiert seien. Gleichzeitig müssen die libanesischen Streitkräfte verstärkt werden. Sie werden von den multinationalen Truppen unterstützt. Auch Israel müsse Sorge tragen, daß es Gemayel gelingt, mehr Stabilität zu gewinnen. Sie haben sich dazu bereit erklärt.

Die USA sähen sich im Libanon nicht in einer militärischen Position. Sie seien jedoch gezwungen, sich zu verteidigen. Die Angreifer müßten erkennen, daß sie ihre Ziele nicht erreichen können, dann seien sie sicherlich zu Verhandlungen bereit. Auf diese Weise sei z. B. der Waffenstillstand im Shuf-Gebirge¹⁵ zustande gekommen. Die Lage bleibe jedoch generell instabil. Es müsse jetzt darum gehen, eine Eskalation zu verhindern. Die amerikanische Regierung führe sehr ernsthafte Gespräche mit Syrien sowohl in Damaskus¹⁶ wie in Washington. Es sei auch mit der Sowjetunion gesprochen worden. Man habe die Sowjets wissen lassen, daß die Amerikaner nicht beabsichtigen, im Libanon zu bleiben. Gleichzeitig habe man die sowjetische Führung vor jeder weiteren Eskalation gewarnt.

Außenminister Shultz erklärte, daß nach seiner Einschätzung Syrien trotz der sowjetischen Unterstützung sehr unabhängig sei. Dies gelte im besonderen für Assad selbst. Die Kontrolle der Sowjetunion beschränke sich auf den Bereich der Waffenlieferungen. Der amerikanische Ansprechpartner in Syrien sei Khaddam. Der Gesundheitszustand von Khaddam sei jedoch nicht geklärt. Darüber hinaus würden sie auch mit der syrischen Regierung verhandeln.

Der Bundeskanzler zeigte sich über diese Ausführungen von Außenminister Shultz sehr befriedigt. Nach seiner Einschätzung wäre es ein schwerer Fehler, wenn die Amerikaner im Libanon ständig verwickelt blieben. Der Bundeskanzler berichtete im Anschluß daran über seine Nahost-Reise.¹⁷ In Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien bestehe der Eindruck, daß die Israelis im Libanon bleiben wollten und bereit seien, das Land aufzuteilen. Dieser Eindruck sei besonders nachteilig. Man müsse gerade gegenüber diesen gemäßigten Ländern deutlich machen, daß das Gegenteil richtig sei. Er wolle der amerikanischen Regierung den Rat wie zugleich den Wunsch übermitteln, daß die Amerikaner wie die Europäer den jordanischen König Hussein stärker in ihre Überlegungen ein-

¹⁵ Zum Waffenstillstand im Libanon vgl. Dok. 286, Anm. 55.

¹⁶ Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für den Libanon, Rumsfeld, hielt sich am 15. Dezember 1983 in Damaskus auf.

¹⁷ Bundeskanzler Kohl besuchte vom 5. bis 7. Oktober 1983 Jordanien, vom 7. bis 9. Oktober Ägypten und vom 9. bis 11. Oktober 1983 Saudi-Arabien. Vgl. dazu Dok. 291, Dok. 295, Dok. 299, Dok. 307 und Dok. 312.

beziehen sollten. König Hussein sei ein ungewöhnlicher Politiker, der sich jedoch mit [...] ¹⁸ Problemen konfrontiert sehe.

Er verweise nur auf die Entwicklung der PLO ¹⁹ wie auf die israelische Siedlungspolitik auf der Westbank ²⁰. Es wäre für den Westen nicht gut, wenn König Hussein nicht überleben könne. Er sei ein Mann des Ausgleichs.

Außenminister *Shultz* stimmte diesen Ausführungen des Bundeskanzlers zu. Auch er sei der Meinung, daß man Hussein helfen müsse, in Verhandlungen eintreten zu können. Darüber habe man in Washington auch mit dem israelischen Ministerpräsidenten gesprochen. Es zeichne sich jedoch keine Änderung in der israelischen Siedlungspolitik ab. Aber wenn König Hussein Initiativen ergreifen werde, erwarten wir alle, daß Israel darauf reagiert. Er sei sich sicher, daß dies auch die Bevölkerung in Israel von ihrer Regierung erwarte.

Besondere Aufmerksamkeit müsse man aber auch der Region Tripoli als Schlachtfeld zwischen der PLO und den von Syrien unterstützten palästinensischen Kräften widmen. Dies gelte auch für den iranisch-irakischen Konflikt. In beiden Bereichen zeichnet sich die Gefahr einer Eskalation ab.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach den Friedensaussichten im iranisch-irakischen Konflikt antwortete Außenminister *Shultz*, daß es schwierig sei, optimistisch zu sein. Viele, die gute Beziehungen zu beiden Konfliktseiten haben, hätten sich vergeblich um Lösungen bemüht. In der letzten Zeit habe der Iran einige militärische Erfolge erringen können. Dies erhöhe die Gefahr, daß jetzt der Irak bereit sein könnte, zu eskalieren. ²¹ Die amerikanische Regierung sei deshalb dabei, eine UN-Resolution vorzubereiten. Wie gefährlich die Lage insgesamt sei, zeige sich auch an der Straße von Hormuz. Im Falle eines Konfliktes werde man sowohl von Europa wie von Japan viel Hilfe brauchen. Er freue sich, daß der Bundeskanzler die Absicht habe, nach Israel zu reisen. ²² Es bleibe wichtig, daß man sowohl der arabischen wie der israelischen Seite die Politik interpretiere. Dies bleibe notwendig, wenn auch die amerikanische Regierung in der Person Rumsfeld über einen hervorragenden und in Europa sehr gut bekannten Unterhändler verfüge. Auch die Angehörigen der amerikanischen Botschaft im Libanon seien sehr gut und sehr hilfreich.

¹⁸ Unleserliches Wort in der Vorlage.

¹⁹ Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der PLO vgl. Dok. 325, Anm. 12.

²⁰ Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 291, Anm. 9.

²¹ Referat 311 legte am 9. November 1983 dar: „Iran verdichtet seine Angriffe im gebirgigen Nordabschnitt der Front und erzielt Geländegewinne. [...] Irak antwortet zunehmend mit Raketen- und Bombenangriffen auf zivile Ziele hinter der Front. Die Angriffe sollten den iranischen Widerstandswillen aufweichen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137771.

Am 17. November 1983 berichtete Botschafter Petersen, Teheran, die militärische Operation habe „zu einer bemerkenswerten Konsolidierung der strategischen Lage Irans im Nordabschnitt geführt. Der irakische ‚Entenschnabel‘ zwischen Baneh und Marivan ist praktisch in iranischer Hand. Außerdem ist das unruhige iranisch-kurdische Hinterland – jedenfalls vorläufig – pazifiziert.“ Allerdings habe die Offensive „schätzungsweise 10 000 Tote und Verwundete“ gekostet, und die „irakische Waffenüberlegenheit, insbesondere Luftüberlegenheit, ist ein Faktum“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1156; Referat 311, Bd. 137771.

²² Zur Verschiebung des für den 31. August bis 4. September 1983 geplanten Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in Israel vgl. Dok. 245.

Der Besuch fand vom 24. bis 29. Januar 1984 statt. Für die Gespräche zwischen Kohl und Ministerpräsident Shamir am 24., 25. und 26. Januar 1984 in Jerusalem vgl. AAPD 1984.

Außenminister *Genscher* fragte nach der Einschätzung der Lage in Libyen.

Außenminister *Shultz* antwortete, daß Gaddafi große Probleme habe. Die amerikanische Regierung versuche, den Zugang Libyens zu Devisen zu begrenzen und den Handel sowie Reisen nach Libyen zu beschränken. Die Wirkungsmöglichkeiten von Gaddafi müßten begrenzt werden. Diese Politik würde von den meisten afrikanischen Staaten unterstützt werden. Frankreich und Italien nähmen sogar eine noch härtere Position gegenüber Gaddafi ein als die Amerikaner. Vielleicht könnte man einiges gemeinsam tun. Man müsse den Tiger streicheln, wenn man ihn nicht bändigen könne, erklärte Außenminister *Genscher*.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er auf seinen Reisen in die arabischen Staaten unglaubliche Geschichten über Gaddafi gehört habe. Dieser müsse offensichtlich krank sein.

Zum Abschluß sprach Außenminister *Shultz* die Frage der Boxenlösung in der Nordsee²³ an. Die USA verstünden sehr gut die Beweggründe der Bundesregierung. Die Militärs in den USA seien jedoch sehr alarmiert, und deshalb wolle er die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf diese Frage lenken. Solange eine solche Maßnahme auf die Bundesrepublik begrenzt bleibe, könnte es akzeptabel sein. Wenn jedoch alle anderen Staaten ähnliche Schritte einleiten, erhalte dieses Problem eine andere Proportion.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es sich um eine der meist befahrensten Schiffsrouten der Welt handle. Die Gefahr, daß eine ökologische Katastrophe eintreten könnte, sei ungeheuerlich groß. Er werde dafür sorgen, daß das State Department eine Aufzeichnung über die Verkehrsdichte in der Nordsee erhalte. Hinzu komme, daß es sich um eine Erholungszone und im Hinterland um ein dicht bevölkertes Gebiet handle.

Außenminister *Shultz* unterstrich noch einmal, daß er die Sorge des Bundeskanzlers verstehe. Er werde es sehr begrüßen, wenn er diese Unterlagen, von denen der Bundeskanzler gesprochen habe, erhalten könnte. Die Bundesregierung müsse jedoch die Gefahr eines Präzedenzfalles sehen, und dies wollte er bewußt machen.²⁴

²³ Am 12. Oktober 1983 beschloß die Bundesregierung die „Erweiterung des Küstenmeeres der Bundesrepublik Deutschland in der Nordsee zur Verhinderung von Tankerunfällen in der Deutschen Bucht“. Sie betraf das „Seegebiet südlich und westlich von Helgoland bis zu der Tiefwasserreede, die nördlich der Inseln Baltrum und Langeoog liegt“, um in dem dicht befahrenen Seegebiet die Beachtung strengerer Verkehrsvorschriften durchsetzen zu können und dadurch die Gefahr von Tankerunfällen „und damit einer Ölkatastrophe mit allen ihren verheerenden ökologischen und wirtschaftlichen Folgen“ zu verringern. Vgl. BULLETIN 1983, S. 1007.

²⁴ Auch im Gespräch mit Bundesminister Genscher brachte der amerikanische Außenminister Shultz am 6. Dezember 1983 „die amerikanische Sorge darüber zum Ausdruck, daß die Bundesregierung die Hoheitsgewässer über zwölf S[ee]l[eilen] ausdehnen will. Dies werde weltweite Probleme auslösen; andere Staaten würden sagen: Was gut für Deutschland ist, ist gut für uns. Dies werde den pattern of controls verändern. Die Auswirkungen auf Meerengen seien gar nicht zu übersehen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Nachdem Präsident Reagan am 14. Dezember 1983 ein Schreiben an Bundeskanzler Kohl in dieser Angelegenheit gerichtet hatte, legte Ministerialdirektor Bertele am 21. Dezember 1983 dar, daß sich die Bundesregierung „angesichts des massiven Drucks der USA“ überlegen müsse, ob sie die Entscheidung vom 12. Oktober aufrecht erhalte. Dazu vermerkte Genscher am 23. Dezember 1983 handschriftlich: „Keine Änderung unserer Haltung.“ Vgl. VS-Bd. 12356 (AS 50); B 150, Aktenkopien 1983.

Nach diesen Ausführungen zogen sich der Bundeskanzler, Außenminister Shultz und Außenminister Genscher zu einem vertraulichen Gespräch zurück, das gegen 23.00 Uhr endete.

VS-Bd. 14118 (010)

372

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.76 INF-2730/83 VS-vertraulich

6. Dezember 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: INF;

hier: Fragen der rüstungskontrollpolitischen Behandlung der nuklearen Mittelstreckensysteme nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Das Bündnis hält auch nach dem Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen durch die SU an zwei zentralen Aussagen fest, deren konkreter Inhalt bis zum Zeitpunkt des Abbruchs keinem Zweifel unterlag:

- Die USA sind jederzeit zur Fortführung der Verhandlungen bereit.
- Das Bündnis ist bereit, jetzt stationierte Systeme wieder abzubauen, sobald ein konkretes Verhandlungsergebnis dies ermöglicht.

Da GS Andropow eine Rückkehr der SU an den bisherigen INF-Verhandlungstisch mit seiner Erklärung vom 24.11.83⁴ ausgeschlossen hat, werfen diese beiden Aussagen Fragen auf:

- hinsichtlich der Umstände, von denen künftige Verhandlungen über die Mittelstreckenproblematik abhängen,

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationsrat I. Klasse Erath konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte die Schlußfolgerung (S. 8) für richtig. Diese Möglichkeit sollten wir ins Gespräch bringen. Eine Perspektive für die Berücksichtigung der Dritt-Staaten-Potentiale sehe ich nicht. Ein regionales europäisches Forum würde ich aus den Überlegungen ausschließen und gegenüber der SU strikt ablehnen. Die Einlassung von Andropow am 24.11.83 („Bereitschaft der USA, zum Zustand vor der Dislozierung zurückzukehren“) würde ich nicht so apodiktisch sehen wie hier (S. 1).“ Vgl. Anm. 5 und 14.

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr StS M[eyer]-L[andrut], wir sollten die Sache noch vor Weihnachten mit Abt. 2 und 2 A besprechen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 14. Dezember 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 16. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rücksprache ist in Abstimmung mit 010 als erledigt zu betrachten.“ Außerdem verfügte er die Weiterleitung an Botschafter Ruth und Referat 220.

Hat Ruth am 12. Januar 1984 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann erneut vorgelegen.

⁴ Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 356, Anm. 9.

- hinsichtlich möglicher Bedingungen oder Leistungen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen,
- hinsichtlich des Rahmens und Inhalts solcher Verhandlungen,
- hinsichtlich des konkreten Verhandlungsergebnisses⁵, von dem ein Abbau jetzt stationierter Systeme abhängt.

Zu diesen Fragen müssen wir – soweit das heute möglich ist – unsere Position definieren, um bald in Gesprächen mit den USA und den Diskussionen im Rahmen des Bündnisses die Entwicklungen rechtzeitig in die unseren Interessen entsprechende Richtung lenken zu können.⁶

2) Hinsichtlich einer Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Mittelstreckenthematik sind folgende Situationen möglich:

- Die SU ergreift nach einer gewissen gesichtswahrenden Karenzfrist selbst die Initiative. Hierzu könnten sie veranlassen
 - ein Interesse, es gar nicht erst zu dem vorgesehenen Umfang von 572 stationierten Systemen kommen zu lassen,
 - ein Interesse an einem baldigen START-Ergebnis und die gleichzeitige Einsicht, ein solches Ergebnis nicht ohne Bewegung im INF-Bereich erreichen zu können.

In einem solchen Fall könnte der Westen angesichts der rüstungskontrollpolitischen Erwartungen seiner Öffentlichkeit und angesichts seiner erklärten eigenen Verhandlungsbereitschaft den Vorschlag nicht ablehnen, sondern allenfalls bei unannehmbarem Inhalt ein Gegenangebot machen.

- Die SU ergreift eine solche Initiative auf längere Zeit nicht. In diesem Fall stellt sich die Frage, wie lange der Westen auf Verhandlungen über die Mittelstreckenthematik warten will. Ein Zuwarten bis nach den amerikanischen Wahlen⁷ erscheint aus unserer Sicht jedenfalls nicht akzeptabel.⁸
- Schließlich wäre ein Interesse der USA und der SU vorstellbar, die START-Verhandlungen von der Mittelstreckenproblematik unbelastet fort- und in der Perspektive der amerikanischen Wahlen auch zu einem Teilergebnis zu führen, während die INF-Thematik vorerst rüstungskontrollpolitisch nicht behandelt würde. Eine solche Perspektive ist zur Zeit noch nicht zu erkennen, muß aber im Auge behalten werden.

3) Hinsichtlich möglicher Vorbedingungen und Vorleistungen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Mittelstreckenthematik stellen sich folgende Fragen:

- Fordert der Westen von der SU eine Rückkehr an den INF-Verhandlungstisch?

⁵ Ende der Seite 1 der Vorlage. Vgl. Anm. 2.

⁶ Der Passus „um bald ... zu können“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

⁷ Am 6. November 1984 fanden die amerikanischen Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁸ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

Eine solche Forderung käme einer westlichen Vorbedingung gleich, die die SU schon aus Prestige Gründen kaum akzeptieren wird. Angesichts unseres eigenen Interesses an Mittelstreckenverhandlungen kann eine solche Vorbedingung für uns nicht in Betracht kommen; unserer Interessenlage entspricht vielmehr eine Erklärung, daß der Westen zu Verhandlungen an jedem geeigneten Tisch bereit ist. Für die USA könnte sich die Interessenlage im Hinblick auf die eben erwähnte mögliche Perspektive Weiterführung START/einstweiliges Liegenlassen der INF-Thematik anders stellen. Deshalb muß es uns darauf ankommen, daß in westlichen Erklärungen eine Festlegung darauf, die SU müsse an den INF-Verhandlungstisch zurückkehren, vermieden wird.⁹

- Ist der Westen bereit, für die Wiederaufnahme von Mittelstreckenverhandlungen einen Preis zu zahlen?

Hier wurde innerhalb des Westens vereinzelt – etwa von NO und DK – zur Diskussion gestellt, durch Anhalten der Stationierung bei einer gewissen Anzahl von Systemen der SU die Rückkehr zum Verhandlungstisch zu erleichtern. Ein solcher Stationierungsstopp würde jedoch einer Einladung an die SU zu erneuten Versuchen der innenpolitischen Behinderung der Nachrüstung gleichkommen. Wir müssen deshalb auf der im Bündnis vereinbarten Position bestehen, wonach die Stationierung nur angehalten werden kann, wenn ein konkretes Verhandlungsergebnis dies ermöglicht.

4) Als möglicher Rahmen für Verhandlungen über die Mittelstreckenproblematik kommen in Betracht:

- Verhandlungen, bei denen die bisherige INF- und START-Thematik zusammengelegt wird;
- ausdrücklich oder faktisch getrennte bilaterale sowjetisch-amerikanische Verhandlungen über strategische und Mittelstreckenwaffen mit einem Rearrangement der bisherigen Thematik; hierunter würden auch de facto getrennte Verhandlungen unter einem gemeinsamen Dach fallen;
- ein regionales europäisches Forum, in dem förmlich oder zumindest der Sache nach zwischen NATO und WP über die Problematik der „eurostrategischen“ Waffen verhandelt würde. START würde unter gewissen Änderungen der sowjetischen Position getrennt weitergeführt.¹⁰

In diesem Zusammenhang ergeben sich zwei Fragestellungen:

- Wie kann es zur Auswahl des konkreten Forums kommen?

Es ist anzunehmen, daß die SU die Möglichkeit eines ersten Zugriffs haben wird. Unsere Verbündeten werden sich auf den Standpunkt stellen, daß es nicht Sache des Westens sein kann, einen neuen Verhandlungstisch vorzuschlagen, nachdem die SU INF verlassen hat. Doch muß sich auch der Westen für den Fall, daß die SU eine solche Initiative nicht innerhalb einer gewissen Zeit ergriffen hat, darüber schlüssig werden, ob er seinerseits ein

⁹ Der Passus „daß in westlichen ... vermieden wird“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

¹⁰ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut angeschlägelt.

Forum in Vorschlag bringen will, das der SU die Rückkehr zu Verhandlungen erleichtert und zugleich seiner eigenen Interessenlage entspricht.

- Welchen Kriterien muß nach unserer nationalen Interessenlage bei der Auswahl und Ausgestaltung des Verhandlungsforums Rechnung getragen werden?

Hier können wir Maßstäbe zugrunde legen, die auch bisher schon für unsere INF-Position maßgebend gewesen sind. Es muß gewährleistet werden,

- daß eine Ausklammerung der INF-Thematik aus Rüstungskontrollverhandlungen verhindert wird,
- daß die sowjetische Mittelstreckenbedrohung bei gleichzeitiger Wahrung der politischen und militärischen Verkopplung an die USA soweit wie möglich gemindert wird,
- daß unsere Konsultationsmöglichkeiten im Mittelstreckenbereich im Vergleich zur bisherigen Lage nicht gemindert werden.

5) Hinsichtlich der einzelnen genannten Foren können danach folgende Feststellungen getroffen werden:

a) Verschmelzung von INF- und START-Thematik

Diese Möglichkeit ist von westlichen Kritikern der Nachrüstung vor Beginn der Stationierung wiederholt zur Diskussion gestellt worden. Ihre Überlegungen liefen darauf hinaus, für das sowjetische Mittelstreckenpotential aus dem strategischen Bereich Kompensationsmöglichkeiten zu gewinnen, um so ein Ergebnis zu erreichen, das bei teilweiser Reduzierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials eine Aufrechnung erlaubt und die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa erübrigt hätte.

Das Bündnis hat dagegen eine Zusammenlegung bisher abgelehnt, um entweder ein konkretes Verhandlungsergebnis bis zum Stationierungsbeginn zu ermöglichen oder notfalls den Beginn der beschlossenen Stationierung zum vorgesehenen Zeitpunkt sicherzustellen.

Auch die SU hat sich bisher für getrennte Verhandlungen ausgesprochen mit der Begründung, ein rechtzeitiges Verhandlungsergebnis vor Beginn der Stationierung könne nur durch getrennte Verhandlungen erreicht werden; als einziges für sie akzeptables Ergebnis hat sie jedoch die Verhinderung der Stationierung bezeichnet.

Für den Westen ist mit Beginn der Stationierung ein wichtiges Argument gegen eine Zusammenlegung der INF- und der START-Materie entfallen. Für die Konsultationsprobleme sollte sich eine Lösung finden lassen. Problematisch sind derartige Verhandlungen jedoch wegen ihrer Komplexität und wegen der Tatsache, daß die ohnehin schwierige START-Materie zusätzlich mit der Mittelstrecken- und der Drittstaatenproblematik befrachtet würde. Dies macht Ergebnisse auf lange Sicht unwahrscheinlich. Die USA lehnen insbesondere auch deshalb eine Zusammenlegung der beiden Verhandlungsmaterien ab.¹¹ Auch

¹¹ Gesandter Wallau, Washington, teilte am 8. Dezember 1983 mit, nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen habe sich „die Abneigung wichtiger Persönlichkeiten in der Administration gegen eine mögliche Zusammenlegung der INF- und START-Verhandlungen deutlich verhärtet“. Die amerikanische Regierung sei gegenwärtig „nicht ohne weiteres bereit, der Sowjetunion einen – gesichtswah-

auf seiten der SU spricht jedenfalls das zu unterstellende Interesse an Ergebnissen im START-Bereich gegen den Vorschlag, beide Materien zu verschmelzen.

b) Für die SU wäre dagegen die Interessenlage anders, wenn sie die Drittstaaten- und einen Teil der Mittelstreckenproblematik aus diesen Verhandlungen ausklammern könnte. Die Möglichkeit für ein solches Vorgehen hat sich die SU in ihrer START-Position dadurch offengehalten, daß sie ihre Reduzierungsbereitschaft auf 1800 Systeme ausdrücklich von einem Verzicht der USA auf die Nachrüstung abhängig gemacht hat.¹² Es entspräche der Logik der sowjetischen Haltung, wenn sie nunmehr die Zahl 1800 dem Umfang der Nachrüstung entsprechend um ca. 190 Systeme¹³ erhöhen, sich jedoch weigern würde, ihr eigenes Mittelstreckenpotential in START einzubeziehen. Begründen könnte sie dies damit, daß die amerikanischen ICBM, SLBM und strategischen Bomber sowie die in Europa stationierten amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die SU erreichen können und damit strategische Potentiale darstellen, während das sowjetische Mittelstreckenpotential die USA nicht treffen kann. Parallel dazu könnte die SU „eurostrategische“ Verhandlungen zwischen NATO und WP vorschlagen, bei denen das sowjetische Mittelstreckenpotential, das Drittstaatenpotential, die Mittelstreckenflugzeuge von NATO und WP und möglicherweise auch Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SS-12/22, PI) Verhandlungsgegenstand sein soll.

Auf diese Weise könnte die SU erneut versuchen, ihr Ziel der strategischen Abkopplung Europas von den USA weiterzuverfolgen. Sie könnte außerdem darauf spekulieren, daß die zurückhaltende Position der beiden westeuropäischen Nuklearmächte die Aufnahme derartiger Verhandlungen erschweren und das sowjetische Mittelstreckenpotential auf längere Sicht außerhalb rüstungskontrollpolitischer Verhandlungen halten würde.

Für uns kann deshalb ein eurostrategisches Forum mit diesem Gegenstand nicht akzeptabel sein. Wir müßten auf einer Zurückweisung des Vorschlags durch das Bündnis – zweckmäßigerweise verbunden mit einem Gegenvorschlag – bestehen, könnten aber auch darauf rechnen, daß sich die USA wegen des Grundsatzes „second to none“ nicht auf eine einseitige Einbeziehung amerikanischer Mittelstreckenraketen in die START-Verhandlungen einlassen würden.

c) Für den Westen bleiben der Sache nach getrennte Verhandlungen zwischen der USA und der SU über strategische und über Mittelstreckenwaffen das erstrebenswerte Ziel:

- Nur durch Trennung der beiden Materien erscheinen Rüstungskontrollabkommen auf nuklearem Gebiet überhaupt in absehbarer Zeit erreichbar. Allerdings wäre auch weiterhin zu erwarten, daß die SU einen der beiden Verhandlungsstränge durch die Forderung nach Berücksichtigung der Dritt-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1857

renden – Ausweg aus dem selbstverschuldeten Rückzug durch eine Zusammenlegung zu gewähren. Wichtiger – von mehreren Gesprächspartnern insbesondere im Verteidigungsministerium und im Stab des NSC recht unverhohlen geäußert – Grund gegen eine Zusammenlegung ist das Problem der Konsultation; [...] in den strategischen Bereich will man sich von den Europäern nicht hineinreden lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5571; VS-Bd. 13395 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Zur sowjetischen Position bei den START-Verhandlungen vgl. Dok. 96.

¹³ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „572 PII und Cruise Missiles würden bei Zugrundelegung der GK als Kriterium 190 SS-20 entsprechen.“

staatenpotentiale blockieren würde. Der Westen müßte deshalb versuchen, durch eine konkrete Perspektive für diese Potentiale eine Deblockierung zu erreichen.

- In separierten Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen wurden die entsprechenden Potentiale der beiden Supermächte einander gegenübergestellt. Dies würde eine konkrete Lösung im Bereich der Mittelstreckenraketen auf der Grundlage der Gleichheit der USA und der SU erleichtern. Ein Abbau der jetzt stationierten amerikanischen Flugkörper wäre nach der innerhalb der Allianz vereinbarten Position nur aufgrund von solchen Ergebnissen möglich.
- Die Bündniskonsultationen könnten im gegenwärtigen Rahmen weitergeführt werden.

Allerdings besteht bei einer Separierung der Thematik von Verhandlungen über strategische und über Mittelstreckenwaffen ein Risiko, daß die Mittelstreckenverhandlungen nicht in Gang kommen. Dem könnte durch eine Lösung entgegengewirkt werden, die beide Verhandlungen unter einem Dach, aber in zwei Abteilungen zusammenführt.¹⁴ Eine solche Lösung würde außerdem aber auch für künftige Kompensationsmöglichkeiten zwischen den beiden Verhandlungssträngen Ansatzpunkte bieten. Insbesondere wären die USA, anders als in strikt getrennten Verhandlungen, nicht nach dem „second to none“-Prinzip gehalten, sowohl im strategischen als auch im Mittelstreckenbereich auf Parität zur SU zu bestehen; sie könnten sich vielmehr mit Ergebnissen in den beiden Abteilungen zufriedengeben, die insgesamt die Parität zur SU gewährleisten.

Für die SU sollte eine solche Lösung ebenfalls akzeptabel sein. Sie würde dem sowjetischen Prestigebedürfnis Rechnung tragen, daß Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen¹⁵ nicht in einem Rahmen stattfinden, der mit dem der INF-Verhandlungen optisch identisch erscheint. Auch aus den oben genannten sachlichen Gründen könnte die SU auf eine solche Lösung eingehen, wenn sie wirklich an Rüstungskontrollvereinbarungen im nuklearen Bereich interessiert ist. Dies gilt selbst dann, wenn sie – wie zu erwarten – in einem der beiden Verhandlungsstränge an ihrer Forderung nach Berücksichtigung der Drittstaatenpotentiale festhält; trotzdem bliebe ein Ergebnis in dem anderen Verhandlungsstrang relativ schnell erreichbar.

Bei einem Vorschlag oder Gegenvorschlag des Bündnisses zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen wäre es daher zweckmäßig, unter einem Dach zusammengefaßte, aber sachlich getrennte Verhandlungen vorzuschlagen.

Ruth

VS-Bd. 11357 (220)

¹⁴ Der Passus „unter einem Dach ... zusammenführt“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 2.

¹⁵ Korrigiert aus: „Mittelstrecken“.

373

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Hartling

7. Dezember 1983¹

Gespräch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Poul Hartling, am 7. Dezember 1983²

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Herr Brink-Petersen, UNHCR-Büro Bonn; Herr Petersen, UNHCR – Genf; Bundesminister Dr. Zimmermann; Prof. Dr. Schreckenberger; Botschafter Arnold, Ständige Vertretung Genf; RL 214 Dr. Schloz als Note-taker; Frau Kaltenbach, AA, als Dolmetscherin.

Ergebnisvermerk:

Zu Beginn des Gesprächs machte Bundeskanzler *Dr. Kohl* seine persönlichen Erfahrungen mit dem Schicksal von Flüchtlingen, beispielsweise der Familie seiner Ehefrau³, deutlich. Danach läßt sich das eigene Lebensschicksal nicht von der Politik trennen; viele Begegnungen mit Flüchtlingselend und Flüchtlingsschicksal in früher Jugend sind unvergeßlich.

Im heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mußten nach 1945 rund 10 Millionen Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern integriert werden. Dies war eine großartige Leistung und eine Tat der Menschlichkeit. Wir wissen daher sehr wohl, wovon wir reden, wenn wir uns mit dem Thema Flüchtlinge befassen.

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor in der Lage, große Kräfte zu mobilisieren zur Linderung von Not und Elend. Überzeugendes Beispiel sind die Geld- und Sachmittelspenden, die in den vergangenen Jahren für Polen aufgebracht wurden.⁴

Vor dem Hintergrund dieser Gegebenheiten muß deutlich gesagt werden, daß der interne UNHCR-Bericht über die Lage von Asylanten in der Bundesrepublik Deutschland (Toscani-Bericht)⁵ uns nicht gerecht behandelt.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Oberregierungsrat Schloz, Bundeskanzleramt, am 9. Dezember 1983 gefertigt und am 12. Dezember 1983 über Ministerialdirigent Stabreit, Ministerialdirektor Teltschik und Staatssekretär Schreckenberger, alle Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet „mit der Bitte um Billigung und Freigabe zur Weiterleitung an die betroffenen Ressorts (AA, BMI, BMZ)“.

Am selben Tag übermittelte Schloz „Vorabkopie nur zur internen Unterrichtung“ an „AA – Referat 231“.

Hat Ministerialdirigentin Finke-Osiander am 14. Dezember 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 231, Bd. 127949.

² Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Hartling, hielt sich vom 6. bis 9. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Hannelore Kohl.

⁴ Zur Nahrungsmittel- bzw. humanitären Hilfe für Polen vgl. Dok. 49, Anm. 45.

⁵ Die Leiterin der Europa-Abteilung des UNHCR, Toscani, legte nach einem Besuch von Aufnahme- lagern für Asylsuchende in der Bundesrepublik vom 6. bis 10. Juni 1983 einen Bericht vor. Mit Schreiben vom 16. August 1983 an den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Hartling, verwahrte sich Botschafter Arnold, Genf (Internationale Organisationen), dagegen, daß der

Bundeskanzler Dr. Kohl bot Herrn Hartling an, über alles offen zu reden. Herr Hartling könne sich jederzeit telefonisch, brieflich, direkt oder über seinen Bonner Vertreter bzw. den Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Genf an ihn wenden.

Der Bundeskanzler regte ferner an, der UNHCR möge weitere deutsche Fachleute, die die Bonner Verhältnisse aus eigener Erfahrung kennen und das Vertrauen der Bundesregierung genießen, zur Mitarbeit in seiner Behörde einstellen.

Zusammenfassend machte Bundeskanzler Dr. Kohl deutlich, daß die Pflicht, anderen zu helfen, für seine Regierung eine sehr ernste Pflicht sei und daß der UNHCR in Bonn Verbündete habe, die Flüchtlingspolitik nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Herzen betrieben.

Der *Hohe Flüchtlingskommissar* brachte zunächst seine Freude und Genugtuung über das erste Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Kohl zum Ausdruck. Er dankte der Bundesregierung für die tatkräftige Förderung seiner Arbeit. In den sechs Jahren, in denen er das Amt des Flüchtlingskommissars innehatte, habe die Bundesregierung immer zu den loyalsten Beitragszahlern gezählt. Auch die politische Unterstützung der Arbeit des UNHCR sei bislang vorbildlich.

Der Toscani-Bericht sei ein internes, vertrauliches Papier, das lediglich durch Indiskretion an die Presse und damit an die Öffentlichkeit gelangt sei. Er habe sein Bedauern darüber deutlich zum Ausdruck gebracht.⁶

Herr Hartling dankte dem Herrn Bundeskanzler ferner für dessen Angebot, über alle Fragen und Probleme offen und freimütig zu sprechen.

Herr Hartling ging im weiteren Gesprächsverlauf noch auf zwei Punkte ein: Zunächst vertrat er die Ansicht, die Verhältnisse in den deutschen Asylantenlagern seien insgesamt sehr zufriedenstellend, in Teilbereichen jedoch noch verbesserungswürdig.⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 1860

Bericht, der sich außergewöhnlich kritisch zur Situation von Asylsuchenden in der Bundesrepublik äußere, auch an Nichtregierungsorganisationen weitergegeben worden sei: „It was thus made public and gave rise to commentaries in the international press that are potentially harmful to the prestige of the Federal Republic of Germany.“ So sei in einem Radiobeitrag beispielsweise die Frage gestellt worden: „Do the Germans start opening up KZs again?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1589 von Arnold vom 16. August 1983; Referat 231, Bd. 127949.

Bundesminister Zimmermann ließ Hartling nach Bekanntwerden des Berichts wissen, daß er aus zeitlichen Gründen nicht imstande sei, ihn zu den für den 14./15. September 1983 geplanten Gesprächen zu empfangen. Der bereits anberaumte Besuch von Hartling in der Bundesrepublik wurde daraufhin verschoben. Vgl. dazu den Artikel „Die Politik der kalten Schulter“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 14. September 1983, S. 3.

⁶ Vgl. dazu Schreiben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, Hartling, vom 30. August 1983 an Botschafter Arnold, Genf (Internationale Organisationen), das Arnold mit Drahtbericht Nr. 1669 vom selben Tag übermittelte; Referat 231, Bd. 127949.

⁷ Mit dem Ziel, die durch den „Toscani-Bericht“ entstandenen Spannungen im Verhältnis zwischen UNHCR und deutschen Regierungsstellen des Bundes und der Länder abzubauen“, besuchte der Leiter der Abteilung für internationalen Rechtsschutz beim UNHCR, Moussali, vom 31. Oktober 1983 die Bundesrepublik. Ministerialdirigentin Finke-Osiander legte am 9. November 1983 dar, der Besuch sei zufriedenstellend verlaufen, jedoch habe Moussali weiterhin als Gravamina genannt: „die lange Aufenthaltsdauer von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften; die mit dem Asylgesetz vom 1.8.1982 eingetretene Kürzung der Sozialhilfeleistungen und Umwandlung in Sachleistung; die Versagung der sofortigen Arbeitserlaubnis; die Nichtausdehnung des Flüchtlingsstatus auf Angehörige und die damit verbundenen Probleme der Familienzusammenführung“. Vgl. Referat 231, Bd. 127949.

Ferner bat er darum, noch weitere Indochina-Flüchtlinge im Rahmen der zugesagten Quote zügig aufzunehmen.⁸

Herr Hartling bezeichnete die Tatsache als tröstlich und ermutigend, daß die Flüchtlinge der frühen siebziger Jahre heute keine Flüchtlinge mehr seien, sondern normale Bürger, die eine Heimat hätten. Die Bewältigung auch der derzeitigen Flüchtlingsprobleme hänge direkt von der Hilfe und Mitwirkung der Regierungen der Geberländer ab.

Er sei dankbar dafür, daß die Bundesregierung den beachtlichen Umfang ihrer finanziellen Leistungen auch 1984 beibehalten wolle.

Referat 231, Bd. 127949

374

**Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel,
an das Auswärtige Amt**

**114-21424/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2251
Citissime**

**Aufgabe: 8. Dezember 1983, 22.45 Uhr¹
Ankunft: 9. Dezember 1983, 00.21 Uhr**

Betr.: Vierer-Treffen am Vorabend des NATO-AM-Herbsttreffens in Brüssel²
am 7.12.83;
hier: Gespräch beim Abendessen zu Ost-West- und Bündnisfragen

I. Im Mittelpunkt des 21/2stündigen Gesprächs stand die Frage der künftigen West-Ost-Beziehungen nach Beginn der Stationierung.³ Die Konzeption BMs (entsprechend den Grundlinien seines Artikels vom 2. Dezember⁴) fand weitge-

⁸ Am 16. Dezember 1983 berichtete Botschafter Arnold, Genf (Internationale Organisationen), daß der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen nach seinen Gesprächen mit der Bundesregierung und Vertretern des Bundesrats „eine Personenliste vorlegen“ wolle: „Hartling fühlt sich zu diesem Schritt dadurch ermutigt, daß der für die Aufnahme von Indochinaflüchtlings zur Verfügung stehende Plafond von insgesamt ca. 35 000 Plätzen bei weitem noch nicht ausgefüllt sei.“ Aufgenommen werden sollten einzelne Personen, „deren nächste verwandtschaftliche Beziehungen zu Personen in der Bundesrepublik Deutschland bestünden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2180; Referat 231, Bd. 127949.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 9. Dezember 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 9. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz, Vortragenden Legationsrat Jansen und Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte.

Hat Ploetz am 12. Dezember sowie Jansen und Ischinger am 13. Dezember 1983 vorgelegen.

² Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 vgl. Dok. 376.

³ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien vgl. Dok. 367, Anm. 6.

⁴ Vgl. den Artikel „Konsequente Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik. Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?“, BULLETIN 1983, S. 1205–1209.

hende Unterstützung. Es herrschte Einvernehmen, das NATO-AM-Treffen zu nutzen – nachdem durch Verwirklichung auch des zweiten Teiles des Doppelbeschlusses Kohärenz und Handlungsfähigkeit des Bündnisses dokumentiert wurden – um darzulegen, daß das gesamte Bündnis zu Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Osten ebenso bereit ist, wie es die Gewährleistung der eigenen Sicherheit ernst nimmt. Der Westen soll die Initiative behalten, auch in bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Osten.

Alle hatten eine klare Präferenz, dies durch eine vom Kommuniqué abgesetzte Erklärung⁵ hervorzuheben. Unsere Einschätzung, daß Stockholm ein wichtiges Ereignis sein wird, hat sich voll durchgesetzt. AM erklärten ihre Bereitschaft, am KVAE-Eröffnungstreffen⁶ teilzunehmen, USA unter Voraussetzung eines entsprechenden Konsensus im Bündnis. An dieser Entscheidung würde ein Fernbleiben der WP-AM und insbesondere Gromykos nichts ändern.

Die Minister hielten häufigere vertrauliche informelle Beratungen über Haupt-Themenkreise für wünschenswert, USA und F plädieren aber für beschränkten Teilnehmerkreis (z. B. die Vier plus Italien und Japan). Ein Ad-hoc-Treffen der NATO-AM wird am Rande in Stockholm angestrebt.⁷

USA sprachen sich deutlich gegen Zusammenlegung START/INF „for the time being“ aus. Für einen späteren Zeitpunkt schloß Shultz die Option nicht völlig aus.

Eine Änderung der westlichen Polenpolitik soll vom weiteren Verhalten der Regierung in Warschau abhängig bleiben. Kirchliches Landwirtschaftsprogramm⁸, dem die übrigen jetzt mehr abgewinnen, kann Testfall (BM) bilden.

Shultz ließ erkennen, daß Wałęsa-Erklärung (Aufhebung der Sanktionen gegen Polen, die ihren Zweck gegenüber polnischer Regierung erfüllt hätten, Aufhebung nütze der polnischen Bevölkerung⁹) Flexibilität der US-Regierung erleichtere.

Europäische Verbündete äußerten sich skeptisch und auf Konsultationen drängelnd zu DABM (Defense against Ballistic Missiles¹⁰).

Das Frühjahrs-AM-Treffen 1984 findet in Washington statt.

Zu übrigen Themen folgt gesonderter Bericht.¹¹

⁵ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Politischen Erklärung der NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 367.

⁶ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet.

⁷ Die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten trafen am 16. Januar 1984 in Stockholm zusammen.

⁸ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 228.

⁹ Botschafter Röding, Warschau, berichtete am 8. Dezember 1983 über die Meldung der Nachrichtenagentur dpa, der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“, Wałęsa, habe „den Westen aufgefordert, die – für Polen in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation schädlichen – Sanktionen aufzuheben. Polen könne jetzt keine weiteren Verluste verkraften, sondern brauche Hilfe in Milliarden-Höhe.“ Die Bemühungen um Verifizierung dieser Meldung habe folgendes erbracht: Wałęsa habe sich Journalisten gegenüber tatsächlich für die Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen, „denn diese brächten Nachteile für die Bevölkerung, z. B. was die Fischversorgung vor Weihnachten oder die Besuchsmöglichkeiten amerikanischer Verwandter (Anspielung auf Aussetzung der Direktflüge zwischen USA und Polen) betreffe. In bezug auf Kreditsanktionen sagte Wałęsa, er sei für ihre Aufhebung, sofern sichergestellt sei, daß Kredite der polnischen Bevölkerung zugute kämen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1600; Referat 214, Bd. 133048.

¹⁰ Zu den amerikanischen Überlegungen für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum vgl. Dok. 339.

¹¹ Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, berichtete am 8. Dezember 1983, die Außenminister Cheys-

II. Im einzelnen

1) Stand der West-Ost-Beziehungen

AM Howe: Dislozierungsbeginn ist nicht das einzige Indiz dafür, daß Wettbewerb der Ideen für SU nicht gut läuft. Ihren Freunden in der Dritten Welt, z.B. Machel in Mosambik, wird zunehmend deutlich, daß sie von der SU Steine (nur Militärhilfe) erhalten, wenn sie um Brot bitten. Es fragt sich, welche Initiativen der Westen unternehmen kann. Die traditionellen Rüstungskontrollverhandlungen bringen frustrierend wenig Fortschritte. Das liegt vielleicht auch daran, daß sie vornehmlich von Experten geführt werden, die Gefangene ihrer eigenen Konzepte werden. Belastend: Zustand der sowjetischen Führung ist unklar.

BM: Unabhängig vom Zustand der Führung befindet sich SU im Prozeß der Lageanalyse. Sie wird sich nach dem tiefen Einschnitt, der Entscheidung über Beginn der Dislozierung in D, GB und I darstellt, auch im Prozeß des Entscheidungszwangs befinden. Ungeachtet des investierten Prestiges hat SU Dislozierung nicht verhindern können. Versuch einer Trennung Europas von Nordamerika schlug fehl. Durch die Stationierung zusätzlicher U-Boote vor der US-Küste im Rahmen der „Gegenmaßnahmen“ wird sogar die sicherheitspolitische Koppelung US–Europa eher noch verstärkt. Es stellt auch nicht gerade einen Erfolg für die SU dar, daß jetzt als Antwort auf ihre SS-20-Rüstung erstmals Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden stationiert werden. In den 50er Jahren gab es bekanntlich keine amerikanischen Mittelstreckenraketen bei uns, wohl aber in GB, I und Türkei.

Die feste westliche Reaktion auf die SS-20-Rüstung kam offenbar für SU unerwartet. Reaktion ist maßvoll und macht deutlich: Wir wollen keine Überlegenheit. Sie zeigt aber auch, daß wir uns nicht der sowjetischen Überlegenheit beugen.

Das Bündnis hat nach langer Zeit wieder Grund, selbstbewußt zu sein. Es verfügt über eine solide Basis der Übereinstimmung – und es hat die Initiative.

Wir sollten deshalb der sicherheitspolitischen Koppelung eine noch festere Koppelung im politischen Bereich folgen lassen als bisher. Das steht hinter unseren operativen Vorschlägen für eine gesonderte Erklärung des NATO-AM-Treffens und für informelle AM-Begegnungen¹², die einer vertieften Erörterung aller Fragen dienen soll.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1863

son (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) hätten im Gespräch über Deutschland- und Berlin-Fragen den entsprechenden Passus für das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 gebilligt. Den von der Bonner Vierergruppe vorgelegten Bericht zur Lage in Berlin hätten sie ebenso zustimmend zur Kenntnis genommen wie den Bericht über „mögliche Reaktionen der Sowjetunion und der DDR auf die Nachrüstung in bezug auf Berlin“. Genscher habe zudem über die Kontakte zur DDR informiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2236; Referat 210, Bd. 132649.

¹² Zu den Überlegungen des Bundesministers Genscher hinsichtlich häufigerer informeller Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 335, Anm. 8.

Am 7. Dezember 1983 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) der NATO hätten sich der britische und der amerikanische Vertreter „mit Nachdruck gegen die Übernahme des Gedankens eines informellen NATO-Außenministertreffens à la Gymnich“ in eine Politische Erklärung der NATO-Ministerratstagung ausgesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2230; VS-Bd. 13365 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

Der nächste Schritt muß sein, dem Osten unsere Strategie und unsere Bereitschaft zu

- Zusammenarbeit,
- Entspannung in allen Bereichen und
- Rüstungskontrolle

darzulegen, d.h. die Philosophie des Harmel-Berichts¹³ zu bestätigen. Dies muß konsequent verdeutlicht werden durch:

- Festhalten an Beschlüssen, besonders am Dislozierungskalender;
- Aufforderung an die SU, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Wer den Tisch verläßt, ist am Zuge: Er muß zurückkehren. Ein Anlaß, unser INF-Konzept zu ändern, besteht nicht. Wir haben unsere Angebote gemacht. Die SU muß reagieren;
- Erwartung, die wir mit einer Politik der Zusammenarbeit verbinden, nämlich: daß die SU Zurückhaltung und Mäßigung übt in Europa und in der übrigen Welt.

AM Cheysson: SU hat Rückschlag und einen großen Prestigeverlust erlitten. Statt Abkoppelung bewirkte sie doppelt verstärkte Koppelung. Interessant ist die totale Fehleinschätzung unserer öffentlichen Meinung. Deshalb gibt es sicher harte Auseinandersetzungen in Moskau, zwischen der Zentrale und den Botschaften und wohl auch mit den kommunistischen Parteien, besonders in F und I, die „sehr diskret waren“ (F) oder „sogar nichts taten“ (I).

Ein historischer Präzedenzfall ist die sowjetische Reaktion vor und nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland. Nach Druck und Einschüchterungsversuchen vor dem Ereignis¹⁴ kehrte die SU nach dem NATO-Beitritt Deutschlands überraschend schnell wieder zur Tagesordnung zurück. Dieser damalige Ablauf muß noch einmal aus den Archiven gezogen werden. Eine Prognose über jetziges weiteres Vorgehen der SU ist dennoch schwer. Die bisherige militärische Reaktion ist weitgehend irrelevant. Milde Signale gegenüber F, die etwa vier bis sechs Wochen vor dem 22.11. abgegeben wurden, sind seither verstummt.

Frankreich hat nach seinen Kräften und gemäß seiner Position an der „Nachrüstungsübung“ teilgenommen. F handelt, wenn es um das Gleichgewicht geht. Stockholm ist wichtig, vor allem für Europa, um zu zeigen, daß wir die notwendigen militärischen Schritte tun, aber auch nach Möglichkeiten der Verständigung suchen. Um dies zu dokumentieren, sollte am Rande der Stockholmer Konferenz ähnlich wie in Madrid¹⁵ ein Ad-hoc-Treffen der NATO-AM stattfinden. F ist immer zur Teilnahme an solchen informellen Treffen bereit, wenn Bedarf

¹³ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹⁴ Zu den sowjetischen Bemühungen, den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zu verhindern, vgl. Dok. 126, Anm. 13.

¹⁵ Die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten trafen am 7. September 1983 anlässlich des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zusammen. Vgl. dazu Dok. 258, Anm. 7.

besteht und sich eine Gelegenheit bietet. Eine Institutionalisierung ist allerdings nicht erwünscht. Es ist auch fraglich, ob im 16er-Rahmen ausreichende politische Kohärenz besteht. (In diesem Zusammenhang bezeichnet es Cheysson als „unannehmbar“, daß griechische Parlamentsdelegation in Berlin Mauerbesuch verweigerte.¹⁶ BM: Noch schlimmer, sie hat sich die Mauer von Ost-Berlin aus angesehen, wo sie als „Friedenswall“ bezeichnet wird.)

AM Shultz: Seine früheren Einwendungen gegen Eröffnung der KVAE auf AM-Ebene, für die praktische Gründe maßgeblich waren¹⁷, hält er nach Gespräch mit dem Präsidenten¹⁸ nicht aufrecht: Wenn alle Verbündeten diese Ebene wollen, wird er teilnehmen. Dabei soll es dann bleiben, auch wenn Gromyko und seine WP-Kollegen nicht kommen. (Dem stimmen alle AM zu.)

¹⁹Die Sowjets haben die Lage falsch eingeschätzt; die Vorgänge nach dem KAL-Abschuß²⁰ sind ein weiteres Beispiel für schlechte SU-Öffentlichkeitsarbeit. Über die internen Vorgänge in Moskau wissen wir nicht viel. Die sowjetischen Gesprächspartner der USA verfügen in jüngster Zeit entweder nur über unzureichende oder gar keine Weisungen. Wir müssen Wege finden, der SU-Führung – welche immer das ist – vertraulich und öffentlich unsere Position klarzumachen. Vielleicht sollte eine neue Rede des Präsidenten über die Beziehungen USA–SU erwogen werden.

Die SU hat in der Dritten Welt kaum Erfolg. Eine Ausnahme bildet der Einsatz von militärischen Kräften, und der ist begrenzt.

2) Weiteres Vorgehen

AM Howe warnt davor, unerfüllbare Erwartungen zu wecken. Sie könnten durch NATO-AM-Treffen am Rande von Stockholm, gegen das er keine Einwendungen hat, gefördert werden. Vorschläge wie die von Trudeau²¹ sehen intelligent aus, führen aber zu nichts. Es ist nicht sicher, daß wir schon die volle sowjetische Reaktion auf die Dislozierung kennen. Um so wichtiger ist westliches Handeln.

Intensive Beratungen – in einem kleineren als dem 16er-Kreis – sind notwendig, neue Institutionen sind aber nicht wünschenswert.

AM Shultz: Position der Kombination von Zusammenhalt und Stärke mit Gesprächsbereitschaft wird in der Öffentlichkeit verstanden. Sie muß immer wieder verdeutlicht werden. Wir haben bei INF gezeigt, daß wir vernünftig vorgehen. Das müssen wir auch bei START und anderswo machen.

Wir müssen zum Dialog bereit sein, und zwar über alle Themen: Rüstungskontrolle, Regionalfragen und Menschenrechte. Einem sowjetischen Wunsch nach Beschränkung der Thematik auf Rüstungskontrolle sollten wir nicht zustim-

¹⁶ Zum Besuch einer Delegation des griechischen Parlaments vom 7. bis 9. November 1983 in Berlin (West) vgl. Dok. 357, Anm. 20.

¹⁷ Zur Haltung des amerikanischen Außenministers Shultz hinsichtlich einer Teilnahme an der Eröffnung der KVAE am 17. Januar 1983 in Stockholm vgl. Dok. 346.

¹⁸ Ronald W. Reagan.

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2252 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁰ Zum Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 250, Anm. 2.

²¹ Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Trudeau vgl. Dok. 352.

men, andererseits ist SU nicht zu Gesprächen bereit, die Rüstungskontrolle aussparen.

Die Lage in Osteuropa muß intensiv beobachtet werden, dort bewegt sich einiges. Vielseitige und vertrauliche Kontakte sind wichtig. In der SU ist es gut – und der Besuch des BK und des BM in Moskau²² hat das bewiesen –, auch mit anderen als Gromyko zu reden, der „eher ein Türschließer als ein Türöffner“ ist.

Gegen informelle Beratungen im Bündnis bestehen keine Bedenken, solange keine Institution entsteht. Wichtig ist die Beteiligung Japans und, aus anderen Gründen, Italiens (Zustimmung BMs).

BM: Unsere Gesamtstrategie ist wichtig. Die SU weiß jetzt, daß wir fähig sind, sie umzusetzen; wir handeln entsprechend unseren Beschlüssen und sind andererseits verhandlungswillig. Dies muß dem Osten klar gesagt werden, und zwar nicht nur dem Kreml, auch den osteuropäischen Hauptstädten. Es gibt viele Wege, die Meinungsbildung im Ostblock zu beeinflussen.

Gegen eine Kürzung des Textvorschlages für die Politische Erklärung bestehen keine Bedenken, solange die Substanz erhalten bleibt.²³ Wir legen aber auf gesonderte Erklärung wert. (Die anderen Minister schließen sich an.)

AM Shultz: Im Kommuniké sollten wir wörtlich am Text von Paris über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen (Ziffer 15²⁴) festhalten, um erneute Diskussion zu vermeiden.²⁵ Cheysson erhebt keine Einwendung.

3) INF/START

AM Shultz: Weiteres Vorgehen der SU bei START ist unklar. Sie hat dem Termin für den Beginn der nächsten Runde noch nicht zugestimmt.²⁶ BM: Verta-

²² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²³ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 7. Dezember 1983, daß der Vorschlag der Bundesregierung für eine Politische Erklärung der NATO-Ministerratstagung im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene (SPC) grundsätzliche Zustimmung gefunden habe, aber als zu lang empfunden worden sei. Nachdem eine Reihe von Änderungsvorschlägen erörtert worden sei, sei der Internationale Stab mit einer Neufassung des Entwurfs beauftragt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2230; VS-Bd. 13365 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 8. Dezember 1983 teilte Ministerialdirigent Schauer der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit: „Der Text des internationalen Stabes trägt zwar dem Anliegen vieler Bündnispartner nach Kürze Rechnung, läßt jedoch unserer Auffassung nach wichtige politische Aussagen vermissen. Außerdem hat er an Ausgewogenheit eingebüßt. [...] Wir müssen darauf bestehen, daß eine Reihe unverzichtbarer Aussagen in den Erklärungstext noch aufgenommen werden“. So sollte etwa „der gerade für die Europäer besonders wichtige Satz wieder eingefügt werden: ‚We expect the legitimate security interests of the European and American members of our Alliance to be respected on equal terms and to the same extent that we respect the legitimate security interests of the Soviet Union and the other Warsaw Pact countries.‘“ Wert zu legen sei auch auf die Erwähnung der „Gymnich-type-Treffen“ und eine Bezugnahme auf den Harmel-Bericht von 1967. Vgl. den Drahtbericht; VS-Bd. 12007 (201); B 150, Aktenkopien 1983

²⁴ Korrigiert aus: „Ziffer 17“.

In Ziffer 15 des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris wurde u. a. festgelegt, daß bilaterale Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR und osteuropäischen Staaten in Übereinstimmung mit den Sicherheitsinteressen der NATO bleiben müßten: „These include avoiding dependence on the Soviet Union, or contributing to Soviet military capabilities.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 90. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 396.

²⁵ Vgl. dazu Ziffer 7 des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 101. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 135.

²⁶ Auf der NATO-Ministerratstagung in Brüssel teilte der amerikanische Außenminister Shultz in

gung von START ohne Datum durch SU wäre nicht überraschend. SU will auch INF nicht fortsetzen, obwohl sie weiß, daß sie über die Mittelstreckenwaffen wie auch über die strategischen Waffen verhandeln muß. Durch Verlegung ohne Datum hielte SU sich alle Optionen offen.

AM Shultz: Spekulationen über eine Zusammenlegung von START und INF sind voreilig. Washington stimmt einer Zusammenlegung gegenwärtig („for the time being“) nicht zu.²⁷ Im Interesse von Ergebnissen bei INF sollte man diese Verhandlungen nicht mit den komplexen Problemen von START befrachten. Außerdem würde es in der Abstimmung schwieriger: Bei INF wird mit den Verbündeten gemeinsam Verhandlungsposition entwickelt, START wird nur konsultiert. Wie die Frage in sechs bis acht Monaten zu beurteilen ist, kann heute nicht gesagt werden.

Burt: Wenn die SU eine Zusammenlegung vorschlägt, dann sicher – für US völlig unakzeptabel – unter Beschränkung von auf die von SU als strategisch angesehenen Systeme PII und GLCM, nicht aber für SS-20.

AM Howe möchte die mögliche Option der Zusammenlegung nicht ausschließen.

4) Polen

BM: Frage, ob wir unser Verhalten ändern sollen, nachdem Kirche und Wałęsa im Interesse der Menschen für Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen plädieren. AM Shultz: Wir sollten das vom Verhalten der polnischen Regierung abhängig machen. Es besteht kein Anlaß für eine größere Änderung unserer Linie. Umschuldung wird verhandelt²⁸, neue Kredite oder Zutritt Polens zum IMF²⁹ sind nicht aktuell. Polnische Minderheit in USA steht zur Sanktionspolitik, allerdings ist sie für Gewährung der entzogenen Fischereirechte.³⁰ Wałęsas Äußerungen werden US-Regierung wahrscheinlich helfen, mehr Flexibilität zu zeigen (Gewicht Wałęsas in polnischer US-Lobby).

AM Cheysson: Wir dürfen diejenigen in Polen nicht fallenlassen, die wir seinerzeit ermutigt haben, ein – im dortigen System – anormales Maß an Freiheit anzustreben. Unsere Glaubwürdigkeit müssen wir gerade gegenüber totalitären Systemen wahren. Wenn Warschau aber Schritte in die richtige Richtung tut, sollten wir uns bewegen. Die Umschuldungsfrage ist von dieser Bedingung unabhängig (überwiegendes Eigeninteresse).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1867

der Sitzung im engsten Kreis am 8. Dezember 1983 mit, daß die sowjetische START-Delegation am selben Tag in Wien „bei Abschluß der jetzigen Verhandlungsrunde die Festlegung eines Zeitpunkts für den Beginn der nächsten Verhandlungsrunde abgelehnt“ habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2254 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 8. Dezember 1983; Referat 201, Bd. 125660.

²⁷ Zur amerikanischen Haltung hinsichtlich einer Zusammenlegung der INF- und der START-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 372, Anm. 11.

²⁸ Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 346, Anm. 20.

Über die Verhandlungen des „Pariser Clubs“ der Gläubigerstaaten mit einer polnischen Delegation am 16./17. November 1983 in Paris teilte Ministerialdirigent Kühn, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Paris, am 17. November 1983 mit: „Westliche Seite forderte sofortige Zahlung der auf rd. 520 Mio. Dollar bezifferten Rückstände aus Umschuldungsabkommen 1981. Polnische Seite erkannte Regelungsbedürfnis grundsätzlich an, bestand aber auf gleichzeitiger Lösung für Rückstände aus 1981 und Fälligkeiten 1982/83. Sie machte klar, daß Gesamteinigung nur in Verbindung mit IWF-Beitritt und Gewährung neuer Kredite möglich sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2227; Referat 422, Bd. 140064.

²⁹ Zu einem IWF-Beitritt Polens vgl. Dok. 228.

³⁰ Zu den amerikanischen Sanktionen vom 23. Dezember 1981 gegen Polen vgl. Dok. 107, Anm. 12.

BM: Frage, was ein überzeugender Grund für Überprüfung dieser Position sein kann: Die Kirche und der Mann, den wir lange gemeinsam als Repräsentanten des polnischen Volkes ansahen und der sicher Polens wahre Gefühle ausdrückt, raten zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Die Arbeiten am kirchlichen Hilfsprogramm für die Landwirtschaft werden – wir vermuten auf sowjetischen Druck – hinausgezögert, wahrscheinlich doch, um nicht Autorität der Kirche und relative Unabhängigkeit gewisser sozialer Gruppen zu stärken.

Wir bedauern, daß manche Verbündete von Unterstützung und Anerkennung der „Solidarität“ abgegangen sind. In bezug auf Position der Kirche bleiben wir fest. Wir registrieren größere Distanz, die Regime gegenwärtig gegenüber Kirche zeigt. Haltung der Regierung zum kirchlichen Hilfsprogramm ist für uns ganz wichtiger Test. Ich habe AM Olszowski in Madrid und New York³¹ gesagt, die Verantwortlichen in Polen könnten hier zeigen, daß sie bereit sind zur Zusammenarbeit. Das kirchliche Programm hilft den Menschen, nicht dem Regime.

AM Cheysson stimmt spontan zu, ebenso auch AM Howe, der direkten Einwirkungsmöglichkeiten, die er allerdings nicht sieht, den Vorzug geben würde, wie er auch die von ihm selbst gestellte Frage nach den Maßstäben, an denen wir unser Verhalten gegenüber Polen ausrichten wollen, nicht beantworten kann.

5) DABM (Defense against Ballistic Missiles)

Auf Frage von AM Howe erläuterte AM Shultz:

SU ist in diesem Bereich sehr aktiv. US bieten Verbündeten Unterrichtung hierzu an. Im Gegensatz zu USA ist – nach dem ABM-Vertrag³² zulässiges – ABM-System um Moskau in Betrieb, Sowjets arbeiten an seiner Verbesserung.

Es ist Gebot der Vorsicht und Vernunft, etwas zu tun, auch wenn es umfangreiche – und nicht leicht zu beschaffende – Mittel erfordert.

Wenn die Überlegungen fortgeschrittener sind, wollen USA mit Bündnispartnern reden. (Auf Bitte von Cheysson nach Information schon jetzt, reagiert Shultz positiv).³³

USA bleiben grundsätzlich beim Abschreckungskonzept. AM Howe: DABM birgt Potential für Mißverständnisse. AM Cheysson: Ein überzeugendes DABM macht

³¹ Bundesminister Genscher traf am 7. September 1983 am Rande des Außenministertreffens zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz und am 29. September 1983 in New York mit dem polnischen Außenminister Olszowski zusammen. Vgl. dazu Dok. 236, Anm. 13, und Dok. 286, Anm. 15.

³² Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 13–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

³³ Die amerikanische Botschaft übermittelte der Bundesregierung am 12. Dezember 1983 „ein Papier zum US-Forschungs- und Entwicklungsprogramm eines DABM“ mit der Bitte um Stellungnahme bis zum folgenden Tag. Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Botschaft in Washington am 14. Dezember 1983 mit, daß dies in so kurzer Zeit nicht möglich sei, wies aber darauf hin, daß die Bedenken der Bundesregierung bereits in den Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 6. Dezember in Bonn bzw. am 7. Dezember 1983 in Brüssel dargelegt worden seien. Angesichts der „möglichen Implikationen des DABM-Projektes für die internationale Sicherheit“ bedürfe es „enger Konsultationen zwischen den Verbündeten“, und daher werde der angekündigte Besuch eines „Briefing Teams“ im Januar 1984 begrüßt. Vgl. den Drahterlaß Nr. 8191; VS-Bd. 12041 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Zum Besuch einer amerikanischen Expertengruppe am 7. Februar 1984 vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek vom 9. Februar 1984; AAPD 1984.

Kernwaffenabschreckung überflüssig. Nichts wäre schlimmer. Bevölkerung wird fragen, warum PII und CMs in Europa stationiert werden müssen. Wird sichergestellt, daß solches System auch auf kurze Entfernungen in Europa arbeitet? Größte Vorsicht ist angezeigt. BM: Moskau wird im Westen verbreiten, US wollten nur ihr Land schützen und ihre Angriffswaffen gegen die SU im ungeschützten Europa stationieren.

6) Nächstes NATO-AM-Treffen

AM Shultz: USA sind bereit, Frühjahrstreffen in Washington auszurichten, US seien gegen den lancierten Gedanken eines Gipfeltreffens, auch aus organisatorischen Gründen. Die übrigen AM begrüßen US-Bereitschaft zur Ausrichtung des AM-Treffens.³⁴

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14119 (010)

375

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 9. Dezember 1983, 14.40 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 131 Ortez

Zum 27. Europäischen Rat (Athen 4. bis 6.12.83)

1) Ergebnis

Athener ER ist gescheitert (zum ersten Mal keine Schlußfolgerungen). Staats- und Regierungschefs haben noch keine gemeinsame Antwort auf Probleme des Stuttgarter Verhandlungspaketes² finden können. Zwar gab es in einer Reihe von Fragen Annäherungen, auch war griechische Präsidentschaft um Herstellung Einvernehmens bemüht; ihre Lösungsvorstellungen – während Gipfels in neuen Vorschlägen, am letzten Tag in einem alle Teile des Pakets erfassenden Papier „Bestandteile des Kompromisses“ vorgelegt³ – erwiesen sich jedoch in entscheidenden Fragen als nicht konsensfähig (zustimmend nur B, L, I und GR). Gleiches gilt für am späten Abend des 5.12. vom niederländischen Minister-

³⁴ Die NATO-Ministerratstagung fand vom 29. bis 31. Mai 1984 in Washington statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2466 des Botschafters Wieck, z. Z. Washington, vom 31. Mai 1984 sowie die Rund- erlasse Nr. 56 und Nr. 57 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 4. Juni 1984; AAPD 1984.

¹ Durchdruck.

² Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Pa- ket“) vgl. Dok. 185.

³ Für die am 6. Dezember 1983 von der griechischen EG-Ratspräsidentschaft vorgelegte Aufzeich- nung „Bestandteile eines Kompromisses“ vgl. Referat 410, Bd. 136097.

präsidenten Lubbers eingeführten Vorschlag mit einigen wesentlichen Elementen eines Kompromisses.⁴

Im Vordergrund standen:

- Einsparungen im Agrarbereich⁵

Wesentliche Streitpunkte: Festsetzung der Garantiemenge im Milchbereich und Ausnahmeregelungen für IRL, GR und I⁶, Einsparungen in anderen Produktbereichen, Einführung einer Fettsteuer⁷. Vorschläge der Präsidentschaft hätten unzureichenden Einsparungseffekt gebracht mit der Folge einer bereits im Gemeinschaftshaushalt 1984 entstehenden Finanzierungslücke von 750 Mio. bis 1 Mrd. ECU. Darüber hinaus bedeuteten sie aber auch agrarpolitisch falsche Weichenstellung, da Südprodukte nicht in Garantiemengenregelung einbezogen werden sollten, worauf u. a. auch wir (in Übereinstimmung mit GB, DK, NL und IRL) angesichts der auch in diesem Bereich schnell anwachsenden Kosten (1978 bis 1983: Erhöhung von 700 Mio. ECU auf 4,3 Mrd. ECU) bestehen mußten.

- Abbau der Währungsausgleichsbeträge

Hauptproblem des deutsch-französischen Interessenausgleichs⁸, das daher Gegenstand intensiver bilateraler Kontakte auf dem Gipfel war, die Annäherung der Standpunkte brachten.

- Einführung einer finanziellen Leitlinie zur Verbesserung der Haushaltsdisziplin und -kontrolle

Vorschlag der Präsidentschaft, der Elemente französischen Vorschlages mit denen des Kommissionsvorschlages⁹ verband – Haushaltsdisziplin für alle Ausgaben (F), aber besondere Berücksichtigung des Agrarbereiches (Kommission) – war für uns, wenn auch mit gewissen Vorbehalten hinsichtlich Wahrung der Rechte des EP, akzeptabel und hätte im Rahmen Gesamtkompromisses vermutlich Zustimmung aller MS finden können.

- Korrektur der Haushaltsungleichgewichte (britisches und deutsches Problem)

In Frage britischen Ausgleichs entfernte sich französischer Staatspräsident¹⁰ mit einem neuen Vorschlag (Ad-hoc-Zahlungen von jeweils 750 Mio. ECU in

⁴ In einer Aufzeichnung, die „von StS Lautenschlager mit StS Tietmeyer und StS Rohr am 5.12. Mitternacht formuliert und BK + BM übermittelt“ wurde, wurde ausgeführt, die Vorschläge des Ministerpräsidenten Lubbers sähen vor: „1) Grundsätzliche Zustimmung zum Kapitel ‚Neue Politiken‘. 2) Erhöhung der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft zum Zeitpunkt des Beitritts (Erhöhung und Datum offengelassen). 3) Rationalisierung der ‚Gemeinsamen Agrarpolitik‘ in folgenden Punkten: Festsetzung einer Garantiemenge für Milch von 99,9 Mio. t, keine Anhebung der Mitverantwortungsabgabe, Ausnahme für Irland von der Mengenregelung; Einfrieren aller Agrarpreise für ein Jahr, daher auch keine Sparmaßnahmen bei anderen Produkten. 4) Haushaltsausgleich zu Gunsten GBs in Höhe von jeweils 750 Mio. ECU für fünf Jahre; Finanzierung des Ausgleichs durch die übrigen MS außer D, keine Obergrenze für D.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136097.

⁵ Zur Erörterung der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik vgl. Dok. 354, Anm. 23.

⁶ Zur Diskussion über die Vorschläge der EG-Kommission vom 14. September 1983 hinsichtlich einer Regulierung des Marktes für Milch und Milchprodukte vgl. Dok. 363, Anm. 3.

⁷ Zur Diskussion über die Einführung einer Fettabgabe vgl. Dok. 354, Anm. 13.

⁸ Zu einer Neuberechnung der Währungsausgleichsbeträge vgl. Dok. 361.

⁹ Zu den Vorschlägen zur Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 338, Anm. 9, bzw. Dok. 361, Anm. 8.

¹⁰ François Mitterrand.

den nächsten beiden Jahren ohne Einführung eines generellen Korrekturmechanismus) von den in Vorbereitungsphase erarbeiteten Lösungsansätzen für dauerhafte Regelung. Er war bereit, Begrenzung deutscher Belastung zu akzeptieren. GB lehnte französischen Vorschlag als völlig unzureichend ab (britische Vorstellungen: 1984 Entlastung in Höhe von 1,5 Mrd. ECU entsprechend etwa 2/3 des britischen Nettosaldo; in den folgenden Jahren Lösung aufgrund eines Korrekturmechanismus mit Obergrenze).

- Andere Fragen Stuttgarter Verhandlungspaketes (Verbesserung der Effizienz der Strukturfonds, neue Gemeinschaftspolitiken) wie auch im Zusammenhang hiermit von F aufgeworfene handelspolitische Problematik (Stärkung der Gemeinschaftspräferenz, Einführung neuen handelspolitischen Instrumentariums¹¹) wurden angesichts gegebener Verhandlungssituation nicht mehr vertieft. Ebenso kam es unter diesen Umständen zu keiner Verabschiedung von Erklärungen im EPZ-Bereich, die im Politischen Komitee vorsorglich vorbereitet worden waren (Entwürfe zu Zypern, Nahost, Lateinamerika, Afghanistan).¹²

2) Wertung

Scheitern des Athener ER, der durch sieben Sonderratstagungen der Außen- und Finanzminister¹³ vorbereitet worden war, bedeutet empfindlichen Rückschlag für Gemeinschaft und Verschärfung ihrer kritischen Lage, in der sie sich seit längerem aufgrund ungelöster Probleme, vor allem im Agrar- und finanziellen Bereich (nicht mehr finanzierbare Überschußproduktionen, Erschöpfung des Finanzrahmens, Haushaltsungleichgewichte) befindet.

Nach unserer Auffassung waren Voraussetzungen für einen Kompromiß noch nicht ausgereift, so daß auch Staats- und Regierungschefs nicht erforderlichen politischen Einigungswillen aufbringen konnten. Es wäre verfehlt, Verantwortung hierfür bei einzelnen MS zu suchen. Wir müssen vielmehr sehen, daß objektiv bestehende Schwierigkeiten noch zu groß waren, um Stuttgarter Verhandlungspaket in weiterführende Entscheidungen umzusetzen, nämlich:

- harte Interessengegensätze, vor allem im Verhältnis zwischen nördlichen und südlichen MS,
- harte Position GBs in Frage Haushaltsausgleichs (für alle anderen MS nicht akzeptable und daher unrealistische Größenordnungsvorstellung),

¹¹ Vgl. dazu Diskussion französischer Vorschläge auf der Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister am 28./29. November 1983 in Brüssel; Dok. 361, Anm. 11.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling leitete die Entwürfe des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 7. Dezember 1983 den zuständigen Referaten zu mit dem Hinweis, sie besäßen „keinen offiziellen Charakter. Sie lassen jedoch erkennen, welche Texte im Rahmen des PKs konsensfähig sind“. Vgl. Referat 410, Bd. 136097.

Die Erklärung zu Afghanistan wurde anläßlich des vierten Jahrestags des sowjetischen Einmarschs am 27. Dezember 1983 veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 274.

¹³ Erste Sondertagungen des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister fanden am 8. und 19. Juli 1983 sowie unter Beteiligung der Landwirtschaftsminister am 30. August 1983 in Brüssel statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7–8/1983, S. 92 f.

Zur Sondertagung am 20. September 1983 in Brüssel vgl. Dok. 354, Anm. 22.

Zur Sondertagung vom 10. bis 12. Oktober 1983 in Brüssel vgl. BULLETIN DER EG 10/1983, S. 15–17. Zu den Sondertagungen vom 9. bis 11. November 1983 bzw. am 28./29. November 1983 in Athen vgl. Dok. 354, Anm. 2, Dok. 359, Anm. 5, und Dok. 361, Anm. 11.

- Kernfragen der Gemeinschaft, deren Lösung – unter Berücksichtigung der sich aus der Süderweiterung ergebenden Konsequenzen – reifen muß,
- Korrektur langjähriger Fehlentwicklungen, die kurzfristige Lösungen außerordentlich erschweren.

Mißerfolg Athener Gipfels ist von allen Teilnehmern öffentlich eingestanden worden; Ergebnis verträgt keine Beschönigung. Dennoch ist aus unserer Sicht wichtig und positiv festzuhalten:

- Alle Teilnehmer haben sich ausdrücklich erneut zu der im Stuttgarter Paket enthaltenen politischen Grundentscheidung bekannt, nämlich die drängendsten Probleme der Gemeinschaft in Verklammerung einer parallelen und gleichgewichtigen Lösung zuzuführen. Verhandlungen über das Paket, das unter allen Umständen zusammengehalten werden muß, werden daher beharrlich fortgesetzt.
- Es bestand Einigkeit darüber, daß über Beitragserhöhung – entsprechend Stuttgarter Erklärung vom 18. Juni 1983 – erst auf Grundlage erzielter Ergebnisse in den anderen Teilen des Verhandlungspakets beschlossen wird.
- Alle Teilnehmer stimmten darin überein, daß Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal¹⁴ bis Sommer 1984 abgeschlossen werden sollten.
- Von allen Partnern wurde grundsätzlich anerkannt, daß deutscher Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt nicht als einziger unlimitiert bleiben kann.
- Für Überbrückung deutsch-französischer Differenzen im Agrarbereich sind Lösungsansätze erkennbar geworden.

3) Weiteres Vorgehen

Frankreich, das im 1. Halbjahr 1984 Präsidentschaft übernimmt, beabsichtigt, in Kürze Initiativen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über Stuttgarter Paket zu ergreifen. Zu diesem Zweck sind auch mit uns bilaterale Gespräche noch vor Jahresende in Aussicht genommen. Dabei ist bisher unentschieden, ob in Stuttgart beschlossenes Sonderratsverfahren fortgesetzt werden soll. Wir neigen eher dazu, hiervon Abstand zu nehmen und Verhandlungen zunächst im Rahmen zuständiger Fachräte (Agrar und Ecofin) fortzusetzen. Allerdings muß Koordinierung der Verhandlungen im Allgemeinen Rat aufrechterhalten werden. Zunächst bleibt abzuwarten, wie neue Präsidentschaft zu verfahren gedenkt. Eile ist geboten, da Finanzierung Haushalts 1984 nicht gesichert ist.

Bundesregierung ist entschlossen, weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um im Rahmen fairen Interessenausgleichs und ausgewogener Gesamtlösung zu abschließendem Ergebnis der Verhandlungen zu kommen. Dies bedingt – wie von allen anderen Mitgliedstaaten – so auch von uns weitere Flexibilität und Bereitschaft zur Überbrückung der Meinungsverschiedenheiten. Es gibt – wie Bundeskanzler gesagt hat – keine Alternative zur Europäischen Gemeinschaft. Sie ist Hauptpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Nur Perspektive der europäischen Einigung gibt geteiltem Deutschland Stabilität. Wir werden alles daran setzen, daß nächste Tagung des Europäischen Rates Gemeinschaft aus Sackgasse herausführt.

¹⁴ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 354, Anm. 21, und Dok. 360, Anm. 10.

4) Auf Erklärung Bundeskanzlers vor Plenum Deutschen Bundestages am 7.12.83¹⁵ („Pressemitteilung“ Nr. 632/83 vom 7.12.83) wird verwiesen.

Steinkühler¹⁶

Referat 012, Bd. 124453

376

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-21428/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 9. Dezember 1983, 01.05 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 2257

Ankunft: 9. Dezember 1983, 01.36 Uhr

Citissime

Betr.: NATO-Außenminister-Herbsttreffen am 8./9.12.1983 in Brüssel;
hier: Berichterstattung über Aussprache im kleinsten Kreise (AM und
Ständige Vertreter) (Super Restricted Session)

Zur Unterrichtung

Das operative Ergebnis der Aussprache der Außenminister der Bündnispartner im kleinsten Kreis am 8. Dezember 1983 fasse ich nachstehend zusammen (Berichte über Erklärungen der Außenminister selbst folgen gesondert²):

1) Die Außenminister haben den auf deutsche Initiative zurückgehenden Entwurf einer gesonderten Erklärung zu den aktuellen Themen des Ost-West-Verhältnisses³ über zwei Stunden beraten und werden den Text in einer weiteren Sitzung im kleinsten Kreis am 9.12. verabschieden. Neben der Politischen Erklärung⁴ wird das übliche Communiqué⁵ verabschiedet werden.

¹⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 126, S. 3009–3012.

¹⁶ Paraphe vom 9. Dezember 1983.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 9. Dezember 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 12. Dezember 1983 vorgelegen.

² Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 2258 bis 2264 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 9. Dezember 1983; VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Politischen Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 vgl. Dok. 367.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 8. Dezember 1983 „die jetzige noch nicht verabschiedete Fassung dieser Erklärung“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2253; VS-Bd. 12007 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

⁵ Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 100–105. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 134–138.

2) Die Außenminister werden an der Eröffnung der KVAE-Konferenz in Stockholm⁶ teilnehmen, und zwar unabhängig davon, ob die Außenminister der Mitglieder des Warschauer Pakts teilnehmen werden.

3) Am Vorabend des Beginns der KVAE-Konferenz in Stockholm findet auf Einladung des französischen Außenministers⁷ (Ehrenpräsident) ein informelles Treffen der Außenminister in Stockholm statt.

4) Der NATO-Rat wird auf kanadischen Vorschlag mit der Prüfung und, soweit möglich, Erarbeitung einer westlichen Initiative im MBFR-Bereich befaßt.⁸ Die Frage der Teilnahme aller Außenminister der an MBFR-Fragen teilnehmenden Länder wird im Lichte der Verhandlungslage (Aussicht auf Fortschritte) später geprüft werden.

5) Der belgische AM⁹ hat vorgeschlagen, daß der Nordatlantikat, um hochrangige Experten verstärkt, auf der Grundlage des Harmel-Berichts von 1967¹⁰ eine Überprüfung der Ost-West-Beziehungen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage und der zukünftigen Perspektiven vornimmt und das Ergebnis den Außenministern zur Frühjahrstagung 84 vorliegt. Das Ziel der Überprüfung soll die gemeinsame Festlegung der Mittel und Wege sein, mit denen die bestehenden Spannungen reduziert und dem Ost-West-Dialog neue Impulse gegeben werden können, und zwar auf der Grundlage einer gemeinsamen und in sich geschlossenen Haltung der Verbündeten. Die Angelegenheit soll vom NATO-Rat mit dem Ziel einvernehmlicher Klärung behandelt werden. Der Wortlaut des belgischen Vorschlags folgt als Anlage.¹¹ Mehrere Außenminister sprachen sich ausdrücklich für eine solche Untersuchung aus. BM Genscher beabsichtigt, die belgische Initiative zu unterstützen.

6) Die Einladung des amerikanischen AM¹² für die Frühjahrskonferenz der AM in Washington (Mitte Mai) wurde angenommen.¹³

7) Außerhalb der Tagesordnung und in Abwesenheit des Generalsekretärs stellte der französische AM (Ehrenpräsident) bei einer Beratung mit den Außenministern und Ständigen Vertretern Übereinstimmung der Bündnispartner für die Ernennung von Lord Carrington zum Nachfolger von Generalsekretär Luns¹⁴ fest. Der Übergabe der Amtsgeschäfte am 25. Juni 1984 wurde zugestimmt.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14119 (010)

⁶ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet.

⁷ Claude Cheysson.

⁸ Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Trudeau für eine MBFR-Initiative vgl. Dok. 352.

⁹ Leo Tindemans.

¹⁰ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹¹ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² George P. Shultz.

¹³ Die NATO-Ministerratstagung fand vom 29. bis 31. Mai 1984 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2466 des Botschafters Wieck, z. Z. Washington, vom 31. Mai 1984 sowie die Runderlasse Nr. 56 und Nr. 57 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 4. Juni 1984; AAPD 1984.

¹⁴ Zur Ankündigung des NATO-Generalsekretärs Luns, daß er sein Amt Anfang Mai 1984 niederlegen werde, vgl. Dok. 270, Anm. 34.

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Botschafter Olechowski

12. Dezember 1983¹

Gespräch BM mit dem polnischen Botschafter Olechowski am 12.12.1983, 15.30 bis 16.30 Uhr

Der *Botschafter* erwähnte eingangs, es habe am Vortage in Oslo eine schöne Zeremonie stattgefunden.² Das Ereignis sei eine große Nachricht für ganz Polen, wenn es auch nicht übermäßig gefeiert worden sei. Für ihn sei es doch ganz interessant gewesen, den Ablauf im deutschen Fernsehen zu verfolgen. In Polen selbst sei die Lage im wesentlichen in Ordnung. Was die Opposition am 13. oder 16.12. unternehmen werde³, sei nicht klar. Die Regierung sei vorbereitet, man rechne nur mit kleineren Demonstrationen. Der Dezember werde im allgemeinen ruhig sein.

Seine Regierung bereite sich darauf vor, im kommenden Jahr bessere Ergebnisse zu erzielen. Auch der BM sei sich gewiß bewußt, daß im kommenden Jahr mehr positive Schritte für Polen zu erwarten seien, auch in den bilateralen Beziehungen.

BM erwiderte, er halte es für gut, wenn das Ereignis von Oslo in Polen mit Gelassenheit und nicht kritisch gesehen würde. Es sei für jedes Volk eine Ehre, wenn ein Landsmann mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werde. (*Olechowski* stimmte zu.)

BM fuhr fort, er wolle mit *Olechowski* über die bilateralen Beziehungen und die West-Ost-Beziehungen sprechen. *Olechowski* werde festgestellt haben, daß

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 12. Dezember 1983 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 16. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgel[egen]; er ist einverst[anden], daß Ablichtung an BK-Amt AL 2 geht.“

² Am 11. Dezember 1983 wurde dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“, Wałęsa, in Abwesenheit in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen. Der Preis wurde von seiner Ehefrau Danuta Wałęsa entgegengenommen; die Dankesrede verlas der in der Schweiz lebende polnische Publizist Cywiński. Vgl. dazu den Artikel „Dialog und nicht Gewalt weist den Weg“. Wałęsas Hoffnung: Menschenrechte und die Nation“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Dezember 1983, S. 1. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 173–176.

³ Im Vorfeld des zweiten Jahrestags der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember berichtete Botschafter Röding, Warschau: „Durch die Verabschiedung des Notstandsgesetzes, eine scharfe Rede Innenminister Kiszczaks zur inneren Lage, verstärkte Präsenz der Sicherheitskräfte im Stadtbild und die erneute Einsetzung militärischer Operationsgruppen durch Jaruzelski ist die Frage der inneren Sicherheit und Kontrolle erneut in den Vordergrund gestellt worden. Teile des Untergrundes haben zu Demonstrationen am 16.12. aufgerufen. Ihnen widersprach Wałęsa.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1598 vom 8. Dezember 1983; Referat 214, Bd. 133029.

Am 9. Dezember 1983 teilte Röding mit, in einem Aufruf der „Untergrund-Solidarność“ werde der 16. Dezember „als Tag bezeichnet, an dem die poln[ische] Bevölkerung derer gedenke, die im Kampf um die ihnen zustehenden Rechte ihr Leben ließen. [...] Die Trauer um die Toten solle durch den Willen zum Kampf gezeigt werden: Im ganzen Land sollen friedliche Demonstrationen und Versammlungen von den Betrieben aus stattfinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1603; Referat 214, Bd. 133029.

wir eine Fortsetzung des West-Ost-Dialoges mit allem Nachdruck wünschten. Dies sei bei der Bundestagsdebatte am 21./22.11.⁴, bei der Haushaltsdebatte⁵ und auch in dem kürzlichen Artikel des BM⁶ zum Ausdruck gekommen. (Olechowski warf ein, er habe den Artikel bereits gelesen.)

Es sei dem Botschafter wohl auch bekannt, daß die Brüsseler Erklärung⁷ im wesentlichen auf unsere Initiative zurückgehe.

Er glaube, die Staaten des Warschauer Paktes wären gut beraten, wenn sie dieses Signal ernst nähmen und entsprechend reagierten. Niemand könne erwarten, wenn ein Bündnis tage, daß die andere Seite mit allem einverstanden sei. Dann bräuchte man keinen Dialog. Wichtig sei die Perspektive der Zusammenarbeit. Dies gelte auch für die Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen, auch in der historischen Dimension. Dies habe er AM Olszowski in Madrid und New York⁸ gesagt. Er hoffe, im Januar in Stockholm dieses Gespräch mit Olszowski fortsetzen zu können.⁹

In Brüssel habe man auch über die Beziehungen der westlichen Staaten zu der VR Polen gesprochen.¹⁰ Er wolle der polnischen Führung empfehlen, dem sogenannten Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche¹¹ große und positive Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er glaube, hier tue sich ein geeigneter Weg für die Zusammenarbeit und Hilfeleistung auf. Die Vorteile würden den Menschen unmittelbar zugute kommen. Er habe AM Olszowski gesagt, soweit sich die Bundesrepublik beteiligen werde, wünschten wir nichts hinter dem Rücken der polnischen Führung und nichts gegen ihren Willen zu tun. Wir hielten das Projekt für nützlich und förderungswürdig. Olszowski habe ihm entgegnet, die Einstellung der polnischen Führung zu dem Projekt sei positiv, dies sei eine wichtige Feststellung. Wir hätten angenommen, daß die Entscheidung über das Projekt auch in diesem Jahr falle. Dem scheine aber nicht so zu sein. Wir hätten frühzeitig erklärt, dies habe er auch Olszowski gesagt, daß wir auf jeden positiven Schritt der polnischen Führung mit einem positiven Echo antworten wollten. Bei dem Gespräch mit den westlichen Staaten sei es ohne Widerspruch,

⁴ Zur Bundestagsdebatte und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

⁵ In der Haushaltsdebatte des Bundestags führte Bundesminister Genscher am 7. Dezember 1983 aus, daß auch nach dem Beschluß vom 22. November 1983, mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme zu beginnen, der Dialog mit den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts fortgesetzt werden solle und die „Offerte zur vertrauensvollen Zusammenarbeit in allen Bereichen – politisch, wirtschaftlich, kulturell“, aufrechterhalten bleibe. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 3067 f.

⁶ Vgl. den Artikel „Konsequente Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik. Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?“, BULLETIN 1983, S. 1205–1209.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

⁸ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski am 7. September 1983 in Madrid und am 28. September 1983 in New York vgl. Dok. 236, Anm. 13, und Dok. 286, Anm. 46.

⁹ Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anlässlich der Eröffnung der KVAE in Stockholm auf und traf am 19. Januar 1984 mit dem polnischen Außenminister Olszowski zusammen.

¹⁰ Vgl. dazu insbesondere das Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 7. Dezember 1983 in Brüssel; Dok. 374.

¹¹ Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 228.

und auch mit Zustimmung, aufgenommen worden, daß ein Fortgang dieses Projekts als positiver Schritt gewürdigt werden könne.¹² BM erkundigte sich sodann nach dem Stand des Projekts.

Olechowski: Man warte jetzt auf den Entwurf für das Gesetz. Es gebe keine politische Opposition gegen dieses Gesetz. Er wolle fragen, an welche Summe wir dächten, wenn das Projekt zustande komme.

BM antwortete, darüber gebe es Vorstellungen der polnischen Kirche.¹³ Diese müsse den ersten und zweiten Schritt tun. Wir seien zu einem Beitrag bereit, die deutsche katholische Kirche ohnehin. Das finanzielle Ausmaß werde abhängig sein von der Gestaltung des Programms, das auf dem Stiftungsgesetz beruhe. Wir hätten die Stiftung für eine gute Lösung gehalten, weil damit der Staat dem Projekt seinen Segen gebe. Wir wollten Zusammenarbeit, nicht aber Einmischung.

BM fragte sodann nach der Wirtschaftsentwicklung Polens 1982/83.

Olechowski führte aus, die Landwirtschaft habe sich leidlich entwickelt. Problematisch sei immer noch die Fleischversorgung. Es gebe aber im allgemeinen bei der Ernährung keine großen Sorgen. Schwieriger sei die Lage im Bereich der Industrie. Seit drei Jahren habe es keine westlichen Kredite mehr gegeben. (*BM* warf ein: Das habe mit der Umschuldung zu tun.) Polen brauche Ersatzteile, Rohmaterial. Sein Land sei gezwungen gewesen – nicht ohne Schwierigkeiten –, seine Industrie nach Osten zu restrukturieren. Wegen eben dieser Schwierigkeiten bestehe aber ein polnisches Interesse an normalen Wirtschaftsbeziehungen zum Westen, auch zum Pariser Club.

BM erläuterte, wir hätten uns für eine Aufnahme der Umschuldungsverhandlungen eingesetzt. Diese seien nunmehr eröffnet worden.¹⁴ Er wolle der polnischen Seite raten, sich zunächst auf die Umschuldung für 1981 zu konzentrieren. Danach würden auch die Voraussetzungen für die Umschuldungen 82/83 geschaffen. Danach sei dann auch wieder an normale Wirtschaftsbeziehungen zu denken.

Auf Frage von *Olechowski*, wann letzteres eintreten könne, meinte *BM*, dies sei eine Frage an die polnische Führung, nämlich wie die Lösung des Umschul-

¹² Vgl. dazu das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 15. August 1983; Dok. 236.

¹³ Am 13. Dezember 1983 informierte der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Schätzler, Ministerialdirektor Pfeffer über das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen: „Das Tauziehen zwischen Kirche und Regierung dauere immer noch an. Der Entwurf des Stiftungsgesetzes enthalte eine Reihe von generellen Klauseln, die es für das Regime einfach machten, die ‚Schraube anzuziehen‘, wenn die Militärregierung glaube, daß gewisse Toleranzgrenzen überschritten würden.“ Zudem seien die gegenläufigen Interessen zu berücksichtigen: Während es der Kirche und den westlichen Staaten um eine Stärkung des Reformpotentials und damit um Veränderungen in Polen gehe, versuche die polnische Regierung, „die westlichen Gelder und den dadurch erzeugten Goodwill in der Bevölkerung auf seine Mühlen zu leiten und zu einer inneren Beruhigung auf der eigenen Linie zu kommen. [...] Die Kirche gehe also in jedem Fall ein erhebliches Risiko ein, nicht nur finanziell, sondern auch, was ihr eigenes Prestige bei der polnischen Bevölkerung angehe.“ Noch mache aber die Finanzierung „ganz große Sorge. Für das Pilotprojekt brauche man 20–30 Millionen DM; für das gesamte Projekt liege die Vorausschau zwischen 1,7 und 2,6 Milliarden DM.“ Vgl. die Aufzeichnung von Pfeffer vom 16. Dezember 1983; VS-Bd. 13412 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁴ Zu den Verhandlungen des „Pariser Clubs“ der Gläubigerstaaten mit einer polnischen Delegation am 16./17. November 1983 in Paris vgl. Dok. 374, Anm. 28.

dungsproblems aussehen werde. Er betonte, wir hätten gegen manche Vorbehalte eine Wiederaufnahme der Umschuldungsverhandlungen erreicht. Er rate dazu, weniger Skepsis gegenüber der Bundesrepublik walten zu lassen. Er habe ihm bei seinem Antrittsbesuch¹⁵ gesagt, daß wir vor der Washington-Reise im vergangenen Juli der polnischen Führung die Entsendung eines Emissärs angeboten hätten.¹⁶ Man habe uns die kalte Schulter gezeigt. Mit Barcikowski habe er dann selbstverständlich gesprochen.¹⁷ Uns sei schon daran gelegen, die Beziehungen mit Polen zu entwickeln, nur müßte die polnische Regierung auch etwas dazu tun.

Im bilateralen Bereich sähen wir zwei Problemkreise: Zum einen sähen wir Schwierigkeiten bei der Durchführung der „Information“ über die Ausreisen Deutscher.¹⁸ Er werde dem Botschafter hierüber ein Papier übergeben lassen (wurde übergeben). Wir seien besorgt über den Rückgang der Ausreisezahlen. Dies habe bereits die Aufmerksamkeit des Bundestages gefunden.¹⁹ Wir bemühten uns, die Entwicklung nicht zu dramatisieren. Es sei aber wichtig, daß man in Warschau sehe, daß dieser Problemkreis die bilateralen Beziehungen erschweren könne. Wir seien uns 1976 einig gewesen, daß die „Information“ fortgelte.²⁰ Es gehe darum, daß unverändert Ausreiseanträge angenommen und bearbeitet würden und daß die Leute sodann ausreisen könnten.

Ein zweites Problem sei die Frage der Tätigkeit unserer Journalisten in Polen. Herr Schubert vom ZDF sei in letzter Zeit zweimal von der Polizei festgehalten worden.²¹ Derartiges spreche sich bei unseren Medien herum. Er könne der

¹⁵ Bundesminister Genscher empfing den polnischen Botschafter Olechowski am 30. August 1983 zu dessen Antrittsbesuch. Zentrale Themen waren die wirtschaftliche Entwicklung in Polen und die bilateralen Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178877.

¹⁶ Zu den Sondierungen hinsichtlich der Entsendung eines Emissärs nach Polen vgl. Dok. 197, Anm. 20. Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 10./11. Juli 1983 in den USA vgl. Dok. 210–212 und Dok. 214.

¹⁷ Auf Einladung der SPD hielt sich das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Barcikowski, vom 24. bis 26. Oktober 1983 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher am 24. Oktober 1983 vgl. den Artikel „Barcikowski bei Genscher“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Oktober 1983, S. 6.

¹⁸ Im Zusammenhang mit der Paraphierung des Warschauer Vertrags am 18. November 1970 übergab die polnische Regierung eine „Information“ über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme, die aus einem veröffentlichten und einem vertraulichen Teil bestand. Für den Wortlaut des veröffentlichten Teil vgl. BULLETIN 1970, S. 1696f. Für den Wortlaut des vertraulichen Teils vgl. AAPD 1970, III, Dok. 551, Anm. 4.

¹⁹ Am 24. Oktober 1983 antwortete Staatsminister Mertes schriftlich auf die Anfrage des CDU-Abgeordneten Sauer, was die Bundesregierung „angesichts des drastischen Rückgangs von Aussiedlerzahlen aus dem polnischen Machtbereich im Hinblick auf das künftige bilaterale Verhältnis“ zu Polen zu tun gedenke. Er führte aus, daß die Bundesregierung beabsichtige, dem Politbüro des ZK der PVAP zu bedenken zu geben, daß es sich bei der Aussiedlerfrage „um einen Gradmesser für den Entscheidungsprozeß“ handle und die Bundesregierung „gegenüber den Deutschen im polnischen Bereich von Verfassung wegen eine Schutzpflicht“ habe. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 297, Drucksache Nr. 10/552, S. 1 f.

²⁰ Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Bundesminister Genscher und dem polnischen Außenminister Olszowski vom 9. bzw. 15. März 1976; BULLETIN 1976, S. 250 und S. 319. Vgl. dazu auch AAPD 1976, I, Dok. 73 und Dok. 75.

²¹ Am 13. Oktober 1983 wurde der Korrespondent des ZDF, Schubert, mit seinem Team fünf Stunden lang von der Miliz in Nowa Huta festgehalten, wo es anläßlich des Jahrestags der Erschießung eines Arbeiters zu Demonstrationen gekommen war, die von der Miliz „mit massivem Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken“ beendet worden waren. Referat 214 vermerkte am 18. Oktober 1983:

polnischen Führung im Interesse guter bilateraler Beziehungen nur raten, großzügig zu sein.

Was die politischen Kontakte anlange, so gebe es im Westen eine starke Zurückhaltung. Inzwischen sei Herr Ruth in Warschau gewesen²², und wir dächten auch daran, darüber hinauszugehen. Wir gingen in vielen Fragen voraus. In diesem Zusammenhang wolle er nochmals auf das Landwirtschaftsprojekt verweisen.

Olechowski führte aus, er habe über Familienzusammenführung und die „Information“ bereits mit D2²³ und StM Jenninger gesprochen. Was die Zahlen anlange, so gebe es keinen großen Rückgang.²⁴

BM widersprach dem. Er verwies darauf, die „Information“ stelle nicht nur auf Familienzusammenführung ab.

Olechowski deutete an, Polen habe auch Beschäftigungsprobleme. Es müsse versuchen, aus seiner wirtschaftlichen Krise herauszukommen. Was möglich sei, um die „Information“ zu verwirklichen, geschehe.

BM warf ein, wirtschaftliche Probleme habe Polen schon immer gehabt.

Olechowski entgegnete, dieses Problem sei neu. Vor drei bis vier Jahren habe man befürchtet, noch drei- bis vierhunderttausend Arbeitskräfte zuviel zu haben. Heute gebe es im Industriebereich von Łódź und Kattowitz Arbeitskräftemangel.

BM verwies darauf, die „Information“ beschränke sich nicht auf Arbeitskräfte, die abkömmlich seien. Es sei für die bilateralen Beziehungen eine wichtige Frage, daß sich die polnische Regierung an diese Vereinbarungen halte.

Olechowski meinte, man könne über diese Fragen bei Gelegenheit von hochrangigen Kontakten im nächsten Jahre vielleicht sprechen.

BM hierzu: Die „Information“ sei ein Kompromiß gewesen, der nun nicht neu verhandelt werden könne. Es gehe ihm nur darum, die Aufmerksamkeit der polnischen Führung darauf zu lenken, daß sie gegenwärtig die Verpflichtungen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1879

„ZDF-Team hatte noch keine Aufnahmen machen können und wurde offensichtlich prophylaktisch festgehalten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133030.

Zu einem erneuten Vorfall legte Referat 214 am 9. Dezember 1983 dar, daß Schubert am 15. November 1983 daran gehindert worden sei, „Pater Jankowski auf seiner Fahrt zur Staatsanwaltschaft zu begleiten. Kurz vor Erreichen des Ziels wurde der Teamwagen angehalten und Mitarbeiter von Dr. Schubert zwei Stunden im Milizgebäude festgehalten. Zur Begründung der Festnahme wurde erklärt, man würde den Sensationsjournalismus nicht zulassen, es gäbe genug andere Themen, über die es sich zu berichten lohne“. Vgl. Referat 214, Bd. 133030.

²² Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 24. November 1983 in Warschau vgl. Dok. 346, Anm. 21.

²³ Franz Pfeffer.

²⁴ Über ein weiteres Gespräch mit dem polnischen Botschafter am 14. Dezember 1983 teilte Ministerialdirektor Pfeffer der Botschaft in Warschau am 22. Dezember 1983 mit, er habe *Olechowski* gegenüber das Interesse bekräftigt, „auch in schwierigen politischen Zeiten“ die Ost-West-Beziehungen zu erhalten und möglichst auszubauen. Die EPZ- und die NATO-Mitgliedstaaten seien sich einig: „Positive Schritte der polnischen Regierung sollten positiv beantwortet werden. Wir müßten allerdings gerade einen erneuten Rückschlag konstatieren, nämlich Massenverhaftungen von Oppositionellen, die offenbar im ‚Vorfeld des 16. Dezember‘ inhaftiert worden seien.“ Weitere Themen seien die amerikanisch-polnischen Beziehungen, das Landwirtschaftsprogramm der katholischen Kirche in Polen, die Ausreisen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus und die Behinderung von Hilfsgütertransporten gewesen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1423; VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1983.

aus der „Information“ nicht in vollem Umfang erfülle. Es könne auch nicht das Interesse der polnischen Seite sein, daß es über diese Frage gegenwärtig bei uns eine große Diskussion gebe. Eine solche könne aber ins Haus stehen. Er hielt es nicht für gut, wenn sie zu einem Zeitpunkt käme, zu dem wir Beziehungen aktivieren wollten.

Olechowski erinnerte daran, es sei die Ausreise von 125 000 Personen vereinbart worden. *BM* dazu: mit der Offenhalteklausele.

Olechowski fuhr fort, es seien 180 000 ausgereist, 50 % mehr, als in der „Information“ zugesagt. Ein Schnitt von 1000 Ausreisen monatlich sei nicht schlecht. Was die Journalisten anlange: Es gebe manchmal Probleme mit einigen von ihnen. Auch Schubert bereite manchmal Schwierigkeiten. Er habe eine sehr subjektive Sicht der Dinge. Er beschäftige sich nur mit dem Problem der „Solidarität“ und der politischen Opposition. *BM* warf ein, jeder schreibe, was er für richtig halte. Er finde es erstaunlich, was in den polnischen Zeitungen alles über uns stehe.

Olechowski sagte, in Nowa Huta habe es eine kleine Demonstration gegeben. Dort habe sich Schubert eingemischt. Dies sei seine Schuld. *BM* dagegen: Niemand würde bei uns darauf kommen, Journalisten in dieser Weise zu behandeln. *Olechowski* meinte, wenn Journalisten ein so großes Risiko eingingen, könnte es sein, daß sie schon einmal ein paar Stunden auf der Polizeiwache verbringen müßten. *BM* hielt dagegen, er sei ganz anderer Meinung. Er riet der polnischen Führung größere Gelassenheit an und bat den Botschafter, dies auch AM Olszowski zu sagen. *Olechowski* verwies darauf, in Polen sei man angesichts der gegenwärtigen Lage vielleicht überempfindlich. Sein Land brauche eine relative Ruhe, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Deshalb sei man empfindlich gegen die Opposition, gegen die „Solidarität“. Man werde Mittel finden, diese zu neutralisieren. Es gebe keinen anderen Weg. *BM* entgegnete, er halte dies für nicht weise. Es entspreche auch nicht der Schlußakte von Helsinki.²⁵ *Olechowski*: Es richteten sich so viele Vorwürfe wegen der Schlußakte gegen Polen: Das müsse seine Regierung aushalten.

BM entgegnete, die polnische Führung müsse sehen, daß solche Vorkommnisse nicht bewirkten, daß die Berichterstattung der Presse besser werde, sondern im Gegenteil. Es finde auch eine Solidarisierung der Journalisten statt. Unsere in Polen lebenden Journalisten seien überzeugte Anhänger einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Sie arbeiteten dort in einer historischen Perspektive. Ihm, *BM*, sei diese Perspektive eine Herzenssache, nicht nur eine Amtspflicht.

BM bat, AM Olszowski zu sagen, wir seien interessiert, die deutsch-polnischen Beziehungen konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir hätten dies durch verschiedene Handlungen unter Beweis gestellt. Es sei jetzt wichtig, daß die polnische Seite sich bewege und daß nichts passiere, was die bilateralen Beziehungen belastete. In diesem Sinne könnten wir den Dialog fortsetzen.

Olechowski erwiderte, auch AM Olszowski sei an einer Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen interessiert. Seine Regierung schätze die persönliche

²⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Rolle, die BM bei dem Beschluß über die Wiederaufnahme der Umschuldungsverhandlungen im Pariser Club gespielt habe. Die polnische Seite habe auch unsere Handlungen in den letzten Monaten analysiert. Die Regierungserklärung vom 4. Mai²⁶, die Erklärungen des BM, wir wollten das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen.²⁷ Im übrigen könne er aber nicht sagen, daß wir viel getan hätten.

BM widersprach: Umgekehrt sei es richtig. Wir möchten jetzt die Reaktionen der polnischen Führung sehen.

Olechowski entgegnete, wir hätten die Polen nicht wegen der deutsch-polnischen Beziehungen, sondern immer nur wegen der inneren Angelegenheiten Polens gefragt, auch wegen des Papst-Besuchs²⁸ und des Kriegszustandes. Nun sei dieser aufgehoben und eine Amnestie, wenn auch keine vollständige, verkündet.²⁹

BM: Dies schätzten wir nicht gering ein.

Olechowski wiederholte, er sei nicht sicher, ob die polnische Seite heute in einer Bilanz konkreter Schritte der Bundesrepublik vieles verzeichnen könne. Er habe auch die jüngste NATO-Erklärung gesehen. Darin sei Polen in einem Atemzuge mit Afghanistan genannt.³⁰ Kein positives Wort über die Entwicklung. Gewiß sei es richtig, daß MD Ruth Warschau besucht und daß der Pariser Club Umschuldungsgespräche aufgenommen habe. Dies sei aber auch alles.

BM: Auf die Richtung komme es an. Die Erwartungen im Westen seien groß gewesen. Wenn man daran die Entwicklung messe, sei nicht mehr viel geschehen. Es habe aber keinen Zweck, dieses gegeneinander aufzurechnen. Man müsse sich bemühen, die positiven Tendenzen zu verstärken. Er habe gesagt, was im Westen positiv gewertet würde: ein guter Fortgang des kirchlichen Landwirtschaftsprojekts. Er habe auch gesagt, was die bilateralen Beziehungen stören könnte. Wir seien wirklich daran interessiert, die Beziehungen zu entwickeln und zu verbessern. Hierüber würde er gerne Olszowski in Stockholm sprechen.

Olechowski meinte, über die Teilnahme in Stockholm sei noch nicht entschieden. Er nehme an, daß auf der VAM-Konferenz, die turnusmäßig stattfinde, aber auf polnische Initiative in Warschau tage³¹, über die Frage der Teilnahme in Stockholm entschieden werde.³²

²⁶ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 56–74.

²⁷ Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1983 in Prag; BULLETIN 1983, S. 153f.

²⁸ Zum Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen vgl. Dok. 197 und Dok. 216.

²⁹ Zur Aufhebung des Kriegsrechts in Polen am 22. Juli 1983 vgl. Dok. 197, Anm. 11.

³⁰ Vgl. dazu Ziffer 4 des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 101. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 135.

³¹ Die Tagung der Stellvertretenden Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten fand am 20./21. Dezember 1983 statt.

³² Aus einem Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister am 22. Dezember 1983 teilte Botschafter Röding, Warschau, am 24. Dezember 1983 mit, Kucza habe auf die Frage „nach Beratungen der V[i]ze|A[ußen]M[inister] des Warschauer Pakts, insbesondere Stand der Überlegungen zu Teilnahme Außenminister zu Konferenzbeginn“ der KVAE, ausgeführt, „es sei nunmehr entschieden, daß AM Olszowski nach Stockholm reise. Dies gelte auch für Gromyko.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1671; Referat 214, Bd. 133038.

Olechowski fragte, ob BM es für möglich halte, daß BM Graf Lambsdorff, den er am nächsten Montag³³ sehe, einer Sitzung der gemeinsamen Wirtschaftskommission unter seinem Vorsitz zustimmen werde.

BM: Dies sehe er augenblicklich noch nicht voraus. Er rate dem Botschafter, dies nicht zu einer Kardinalfrage zu machen.

Olechowski: Ob denn BM Konsultationen von D2 in Warschau Anfang nächsten Jahres für möglich halte.

BM: Ja.

Olechowski insistierte: Wenn Graf Lambsdorff nicht selbst teilnehmen wolle, dann vielleicht parallel zu einer Reise von D2 auch MD Frau Steeg über Wirtschaftsfragen sprechen könne. Ob BM letzteres unterstützen könne?

BM: Das Auswärtige Amt werde dem BMWi sagen, was wir tun.³⁴

Olechowski fragte erneut, wann etwa D2 Warschau besuchen könne.

BM: Das hänge von der polnischen Seite ab. Aus unserer Sicht könne die Reise, wenn nicht im Januar, so doch innerhalb der ersten drei Monate des nächsten Jahres stattfinden.³⁵

Referat 010, Bd. 178877

³³ 19. Dezember 1983.

³⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt legte am 20. Dezember 1983 dar, Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Tätigkeit der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission sei, „daß davon vorzeigbare Ergebnisse erwartet werden können; daß die Lösung der noch offenen Umschuldungsproblematik für die staatlich verbürgten Kredite ‚ein wesentliches Stück‘ vorangekommen“ sei. Es sei „in Aussicht genommen, daß zunächst Frau MD Steeg im Februar 1984 zu Konsultationen nach Warschau reist“. Das Bundesministerium für Wirtschaft habe dem polnischen Botschafter Olechowski eine entsprechende Zusage gegeben und bereits Terminvorschläge gemacht. Vgl. Referat 214, Bd. 133057.

³⁵ Ministerialdirektor Pfeffer hielt sich vom 11. bis 13. März 1984 in Polen auf.

378

Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow

VS-NfD

14. Dezember 1983¹

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für Ihr Schreiben vom 24. November 1983, mit dem Sie mir den Wortlaut Ihrer Erklärung vom gleichen Tage übermittelt haben², danke ich Ihnen.

Als Antwort auf Ihre Erklärung darf ich Ihnen mitteilen, daß niemand überrascht sein durfte, wenn sich das westliche Bündnis mangels eines konkreten Ergebnisses bei den Genfer INF-Verhandlungen gezwungen sah, mit der 1979 beschlossenen Nachrüstung in Westeuropa³ zu beginnen.

Die Nachrüstung verfolgt den Zweck, zu vermeiden, daß die Sicherheit Westeuropas von der Nordamerikas getrennt, und zu verhindern, daß Westeuropa in eine Zone minderer Sicherheit verwandelt wird. Sie dient ausschließlich dazu, das durch die langjährige sowjetische Vorrüstung im Mittelstreckenwaffenbereich verlorengegangene Gleichgewicht wiederherzustellen und damit der Gefahr einer instabilen Entwicklung in Europa vorzubeugen. Wenn eine Verschärfung der Lage eintreten würde, so wäre die Ursache nicht in der westlichen Dislozierung, sondern in der Entwicklung zu suchen, die zu ihr Anlaß gegeben hat.

Ich bedaure sehr, daß die Sowjetunion den Genfer INF-Verhandlungstisch verlassen und dadurch Unsicherheit über den weiteren Fortgang des Dialogs über Rüstungskontrolle in diesem wichtigen Bereich geschaffen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß das Bündnis an den INF-Verhandlungen trotz des bis zum heutigen Tage anhaltenden Aufbaus des sowjetischen Mittelstreckenwaffenpotentials festgehalten hat.

Wir bleiben auch weiterhin der Auffassung, daß eine vereinbarte Lösung des Problems der Mittelstreckenwaffen entscheidend zur Stabilität in Europa beitragen, die Sicherheit für alle erhöhen und damit den Interessen sämtlicher Beteiligten entsprechen würde. Dementsprechend unterstützen wir nachdrücklich die USA in ihrer Bereitschaft, die Verhandlungen über dieses Problem bis zu einem konkreten Ergebnis fortzuführen. Jede einzelne amerikanische Rakete, die jetzt stationiert wird, kann wieder abgebaut werden, sobald ein konkretes Verhandlungsergebnis vorliegt, das dies ermöglicht.

¹ Ablichtung des Drahterlasses, mit dem das Schreiben an die Botschaft in Moskau übermittelt werden sollte mit der Bitte, es „mit beigefügter Höflichkeitsübersetzung umgehend in dort geeignet erscheinender Weise möglichst hochrangig zu übergeben“.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Gröning, Bundeskanzleramt, konzipiert. Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[In] O[rdnung].“

² In dem Schreiben an Bundeskanzler Kohl drückte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, sein Bedauern darüber aus, daß die Bundesregierung mit der Entscheidung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme „die Wahl zugunsten einer weiteren Verschärfung der Lage getroffen“ habe. Vgl. Referat 201, Bd. 125698.

Zur Erklärung von Andropow, die dem Schreiben beigefügt war, vgl. Dok. 356, Anm. 9.

³ Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 10.

Ich appelliere deshalb an Sie, den Weg von Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen nicht zu blockieren und den Dialog über Rüstungskontrolle wie bisher auf allen Ebenen fortzusetzen. Verhandlungsbereitschaft ist der Prüfstein für den Willen zur Entspannung, zur Abrüstung und zum Frieden. Dagegen wäre es unrealistisch zu glauben, daß eine Seite bereit sein könnte, ihre Sicherheitsinteressen als Preis für die Bereitschaft der anderen Seite zu guten politischen Beziehungen zu opfern.

Niemand zweifelt daran, daß die ungelösten Sicherheitsfragen für die West-Ost-Beziehungen große Bedeutung besitzen. Diese Fragen können aber nur auf dem Verhandlungswege gelöst werden. Solche Lösungen können erleichtert werden, wenn beide Seiten sich um ein besseres Klima in den Beziehungen zwischen West und Ost insgesamt bemühen.

Wir haben Erklärungen der sowjetischen Seite gehört, in denen die Sorge ausgedrückt wurde, die neuen Raketen in Westeuropa könnten zum Ausgangspunkt für eine Politik der Konfrontation gegenüber der Sowjetunion werden. Ich versichere Ihnen, daß solche Befürchtungen, sollten sie tatsächlich bestanden haben, völlig unbegründet sind. Im Gegenteil: Das Nordatlantische Bündnis hat in seiner Brüsseler Erklärung zum West-Ost-Verhältnis⁴ soeben bekräftigt, daß die gesamte Allianz die Bereitschaft zur Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Osten ebenso ernst meint wie die Gewährleistung der eigenen Sicherheit. Mit dieser Erklärung hat der Westen sein Angebot an die Sowjetunion und die anderen Mitgliedsländer des Warschauer Pakts unterbreitet.

Ihre Aufmerksamkeit möchte ich insbesondere auf folgenden Passus lenken:

„Wir werden auch weiterhin unser Äußerstes tun, um eine sichere und friedliche Zukunft zu gewährleisten. Wir machen der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Warschauer Pakts das Angebot, mit uns zusammenzuarbeiten, um ein langfristiges, dauerhaftes, konstruktives und realistisches Verhältnis herzustellen, das auf Gleichgewicht, Mäßigung und Gegenseitigkeit beruht. Zum Nutzen der Menschheit treten wir für einen offenen und umfassenden politischen Dialog und für Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitigen Vorteils ein.“

Ferner weise ich auf den Appell hin, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, bei den Wiener MBFR-Verhandlungen, bei den Bemühungen um ein vollständiges Verbot chemischer Waffen⁵ und bei den START-Verhandlungen Fortschritte zu erzielen. Das Bündnis hat seine Entschlossenheit unterstrichen, die Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa⁶ als neue Möglichkeit zu nutzen, den West-Ost-Dialog zu erweitern, vertrauensbildende Maßnahmen auszuhandeln und Stabilität und Sicherheit in ganz Europa zu erhöhen.

Was die deutsch-sowjetischen Beziehungen betrifft, liegt es im Interesse unserer beiden Länder, das zu bewahren, was auf der Grundlage der in den 70er Jahren

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

⁵ Zu den Verhandlungen im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 225 und Dok. 233.

⁶ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet.

geschlossenen Verträge erreicht wurde, und das zu nutzen, was beim Ausbau konstruktiver Beziehungen noch geschaffen werden kann.

Unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit umfaßt alle Gebiete – die politischen Kontakte, die wirtschaftliche Kooperation, den Umweltschutz, das Zusammenwirken bei der Lösung menschlicher Probleme und den Kulturaustausch.

Unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Dialog mit der UdSSR ist aufrichtig. Wir sind von der festen Überzeugung durchdrungen, daß West und Ost ihre Kräfte verbinden müssen, gemeinsam für den Frieden und für das Wohlergehen der heutigen und künftigen Generationen Sorge zu tragen. Die Bundesregierung wird weiterhin in dem Bewußtsein ihrer Verantwortung für den konstruktiven Fortgang des West-Ost-Verhältnisses und für die gute Zukunft der deutsch-sowjetischen Beziehungen handeln. Ich hoffe, daß sich auch die Sowjetunion von dem langfristigen gemeinsamen Interesse an Zusammenarbeit, Sicherheit und Frieden leiten lassen wird.

Herr Generalsekretär, ich möchte Sie bitten, daß die sowjetische Führung das in der politischen Erklärung von Brüssel bekundete Angebot einer aufrichtigen, fairen, langfristig angelegten Zusammenarbeit, die mit den legitimen Sicherheitsinteressen aller im Einklang steht und dem Anliegen der Mehrung des Wohlstands der Völker entspricht, sehr ernst nimmt. Ich betone, daß dieses Angebot von allen Partnern des westlichen Bündnisses getragen wird. Ich spreche die Hoffnung aus, daß sich die Sowjetunion unser Angebot, das auch ihren Belangen gerecht wird, zu eigen macht und damit den Weg ebnet für die jetzt so vordringliche Wende der West-Ost-Beziehungen zum Besseren.

Lassen Sie mich abschließend, Herr Generalsekretär, den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß Ihre Gesundheit wiederhergestellt ist.⁷

Gerne denke ich an die guten und intensiven Gespräche mit Ihnen während meines Aufenthalts in Moskau im Sommer dieses Jahres.⁸ Ich würde mich freuen, wenn wir den Meinungsaustausch fortsetzen und wenn Sie der von mir ausgesprochenen Einladung, die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen, im Laufe des nächsten Jahres Folge leisten könnten. Über den Termin könnten wir uns auf dem dafür üblichen Wege verständigen.⁹

Mit dem Ausdruck meiner Hochachtung

Helmut Kohl

Referat 213, Bd. 139311

⁷ Zu Spekulationen über den Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 347, Anm. 3.

⁸ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

⁹ Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 19. Dezember 1983 mit, daß er das mit Drahterlaß vom 16. Dezember übermittelte Schreiben des Bundeskanzlers Kohl am 19. Dezember 1983 dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornijenko übergeben habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 5714; Referat 220, Bd. 124499.

379

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik
an Botschafter Ruth, z.Z. New York**

221-372.23-2832/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 14. Dezember 1983¹

Fernschreiben

Citissime

Für Botschafter Ruth²

Betr.: Unsere Vorschläge für neue westliche MBFR-Initiative

Bezug: Telefonische Weisung Botschafter Ruth

Zur Unterrichtung

1) USA und wir haben seit Frühjahr 83 neue Initiative erörtert, die westliches Gegenkonzept zu neuen östlichen Vorschlägen³ bilden soll, um Initiative zurückzugewinnen und so Verhandlungen in Wien wieder zurück in Bezugsrahmen eines westlichen Konzepts zu führen.

- Anreiz zum Weiterverhandeln für Osten soll dabei Anknüpfung an seine Vorschläge sein.
- Instrument für Fortschritt in unserem Sinne ist Umwandlung der östlichen Vorschläge in einem neuen westlichen Vorschlagspaket, in dem die Verifikation im Mittelpunkt steht.

2) Hauptstoßrichtung ist dabei Ausnutzen der östlichen Einlassungen zur Reststärkenverifizierung, um wirksame Verifikation ins Zentrum der Debatte zu rücken und Ernsthaftigkeit des Ostens auf die Probe zu stellen, indem wir datenmäßige Absicherung alternativ durch vorherige Einigung oder durch frühzeitige Reststärkenverifikation zur Debatte stellen.

Schlüssel zu diesem Vorgehen ist US-Haltung: Bei Trilateral mit Burt und Gillmore (Paris, 8.6.83⁴) haben US für Gespräch Shultz mit Dobrynin folgende Formel vorgesehen: „c) If the East is willing to accept a package of associated measures necessary for effective verification, there would be flexibility in the US position on data agreement prior to initial reductions.“ – und mit dieser Flexibilität in der Datenfrage Voraussetzung für entsprechendes Vorschlagspaket geschaffen.

¹ Durchschlag als Konzept.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Neubert konzipiert.

² Botschafter Ruth reiste über New York nach Ottawa, wo am 19. Dezember 1983 deutsch-kanadische Rüstungskontrollgespräche stattfanden. Am 20./21. Dezember 1983 sprach Ruth mit der amerikanischen Regierung in Washington über Fragen der Rüstungskontrolle.

³ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen in Wien teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. Februar bzw. vom 23. Juni 1983 vgl. Dok. 51 und Dok. 224.

⁴ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, und dem Mitarbeiter im britischen Außenministerium, Gillmore, am 8. Juni 1983 vgl. Dok. 175, Anm. 14.

3) Unser Vorschlag (BSR-Vorlage vom 13.7.83⁵) sieht vor:

a) Eingehen auf amerikanisch-sowjetische Reduzierungen außerhalb eines förmlichen Abkommens (on the basis of mutual example), aber unter der Voraussetzung der Einigung auf permanente Durchlaufpunkte (permanent exit-entry-points), die Abzug und Verhinderung von Neuzuführungen überwachen.

b) Anstatt östlichen Freeze-Vorschlags westlicher Gegenvorschlag eines numerisch festgelegten und kollektiven non-increase-commitments

- entweder auf Grundlage vorher geklärter Daten
- oder auf Basis „offizieller“ Daten beider Seiten und Einigung über wirksame Verifizierung der tatsächlichen Umfangsstärken (frühzeitig während des Freeze).

Ziel ist in beiden Fällen die einvernehmliche Klärung der Ausgangsdaten vor Beginn der Reduzierungen gemäß dem Hauptabkommen.

c) Auf dieser Basis Hauptabkommen, wobei westlicher Entwurf vom Juli 1982⁶ geeignete Verhandlungsgrundlage darstellt.

d) In den deutsch-amerikanischen Konsultationen (Washington, August 83) haben wir diese Vorstellungen mit Rücksicht auf das starke Interesse der USA daran dahingehend fortentwickelt, daß die drei Elemente – Vorabreduzierungen von US und SU, non-increase commitment, Reduktionsabkommen mit den jeweils erforderlichen Verifikationsmaßnahmen – durch ein Junktim verknüpft werden und eine Implementierung auch des ersten Elements von einer Gesamteinigung abhängig zu machen wäre.⁷

4) Ein solcher Verhandlungsschritt des Westens würde die Tatsache nutzen, daß der WP die Verifizierung von Reststärken zum Angelpunkt seines eigenen Konzepts gemacht hat und sich einer Erörterung der Maßstäbe wirksamer Verifikation nicht verschließen kann. Diese Verifikation wäre nach westlichen Vorstellungen auch geeignet, einen von zwei Wegen zur datenmäßigen Absicherung eines MBFR-Abkommens zu bilden, nämlich durch frühzeitige Anwendung während des non-increase commitment. Damit würde die westliche Kernforderung nach wirksamer Verifikation und nach datenmäßiger Absicherung des Reduktionsprozesses unterstrichen, ohne die SU mit ihrem bisherigen Argument des Datenstreits aus der Pflicht zu entlassen. Wenn der Westen so den Weg aus der Sackgasse des Datenstreits aufzeigte, würde die ernsthafte Bereitschaft der SU zu Reduktionen auf Parität der neue zentrale Punkt der Verhandlungen. Damit wäre eine Kernfrage gelöst, und die Verhandlungen könnten sich diesem und den anderen offenen Problemen zuwenden. Bestenfalls wären dann zügigere Fortschritte möglich. Schlimmstenfalls könnte der Osten ein anderes Thema zum Engpaß der Verhandlungen aufbauen (zu den taktischen Überlegungen siehe den Argumentationskatalog/Sprechzettel für Washington-Reise von StS Meyer-Landrut⁸).

⁵ Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983 vgl. Dok. 237.

⁶ Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1982 vgl. Dok. 51, Anm. 7.

⁷ Zur Erörterung der Vorschläge der Bundesregierung für eine MBFR-Initiative mit der amerikanischen Regierung im August 1983 vgl. Dok. 237, Anm. 4.

⁸ Staatssekretär Meyer-Landrut hielt sich am 1./2. Dezember 1983 zum Antrittsbesuch in Washington

5) Unter Berücksichtigung neuester Entwicklung in Wien⁹ erscheint baldige trilaterale Abstimmung um so dringender, in der dann auch etwaiges Ergebnis der WP-Vize-AM-Tagung um den 20. Dezember¹⁰ erörtert werden könnte.

Neuer westlicher Verhandlungsschritt erscheint uns sachlich nach wie vor zweckmäßig, aber politisch und verhandlungstaktisch gerade jetzt besonders wichtig, um mit einem neuen westlichen Gegenkonzept zu WP-Vorschlägen von 1983 Wiener Verhandlungen einen substantiellen und sichtbaren Impuls zu geben.

Es erschiene hier gut, wenn Sie diese Frage in Washington erörtern könnten. Dabei könnte auch vorgeschlagen werden, zwecks Vorantreiben interner Abstimmung ein Trilateral nach Bonn – Termin etwa zweite Hälfte Januar – einzuberufen.¹¹

Holik¹²

VS-Bd. 11484 (221)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1888

auf. Zu den Gesprächen mit der amerikanischen Regierung über eine MBFR-Initiative vgl. Dok. 366, Anm. 7.

⁹ Zum Abschluß der 31. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien am 15. Dezember 1983 ohne Terminvereinbarung für die nächste Runde vgl. Dok. 386.

¹⁰ Am 20./21. Dezember 1983 fand in Warschau eine Tagung der Stellvertretenden Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt.

¹¹ Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 21. Dezember 1983: „Zum Beginn meiner rüstungskontrollpolitischen Konsultationen hatte ich Gespräche mit Nitze, Burt und Howe.“ Dabei habe er die Vorstellungen der Bundesregierung für eine MBFR-Initiative erläutert und betont, „daß wir es für wünschenswert hielten, Ende Januar ein trilaterales Gespräch möglichst zur abschließenden Abstimmung der Dreier-Position anzusetzen“. Die amerikanische Seite sei mit dieser Terminvorstellung einverstanden gewesen; ihre Position solle in einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 13. Januar 1984 geklärt werden: „Es scheint vorgesehen zu sein, daß vor dem 13.1. der letzte Brief des Bundeskanzlers zu MBFR beantwortet wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5741; VS-Bd. 12947 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Paraphie vom 14. Dezember 1983.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-21516/83 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 2305

Aufgabe: 15. Dezember 1983, 19.00 Uhr¹

Ankunft: 15. Dezember 1983, 20.07 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz vom 6. und 7. Dezember 1983;
hier: Nachschau

1) Der Verlauf der letzten DPC-Ministerkonferenz wurde insgesamt als harmonisch empfunden und so auch gegenüber der Öffentlichkeit (GS², Weinberger) gekennzeichnet. Dieser Eindruck wurde dadurch möglich, daß beispielsweise die griechisch-türkischen Gegensätze nur in der Restricted Session ausgetragen wurden³ oder der Problemereich Infrastruktur mit kontroversen Ausgangspositionen ohne Entscheidung bleiben konnte.

2) Die Ministerkonferenz fand vor dem Hintergrund des Stationierungsbeginns der LRINF⁴ statt. Nachdem es bisher nicht zu konkreten rüstungskontrollpolitischen Ergebnissen in diesem Bereich gekommen ist, war die Realisierung der Stationierungsentscheidung unverzichtbar für die künftige Glaubwürdigkeit der Allianzpolitik. Insofern hat das Bündnis einen Erfolg zu verbuchen. Damit sind die Partner in die Lage versetzt, die Fortsetzung des rüstungskontrollpolitischen Prozesses speziell (INF) und allgemein (sonstige Foren) mit Gelassenheit anzugehen. Dies gilt gleichermaßen gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber der eigenen Öffentlichkeit. Weder Konzessionen der westlichen Seite noch übertriebene Unruhe dürften die sowjetische Rückkehr an den Verhandlungstisch beschleunigen; eher wäre zu befürchten, daß derartige Signale als Zeichen wankender Entschlossenheit und internen Erfolgszwangs der Allianz gedeutet werden und die rüstungskontrollpolitische Stagnation verlängern könnten.

3) Aus bündnispolitischer Sicht muß dieser Erfolg der Allianz allerdings relativiert werden. Die entschlossene Haltung des Bündnisses wird durch abweichende Positionen einiger Partner deutlich geschwächt. Kennzeichnend war hier die wenig ermutigende Reaktion auf den Appell des deutschen Verteidigungs-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Cuntz am 16. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz sowie die Vortragenden Legationsräte Seibert und Ehni verfügte.

Hat Studnitz vorgelegen.

Hat Seibert und Ehni am 19. bzw. 21. Dezember 1983 vorgelegen.

² Joseph Luns.

³ Über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO im kleinen Kreis am 7. Dezember 1983 in Brüssel teilte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am selben Tag mit, erörtert worden sei zum einen der Status der Insel Lemnos, die nach griechischer Auffassung als griechisches Territorium in die Planungen der NATO einzubeziehen sei, nach türkischer Auffassung jedoch „durch geltenden Vertrag entmilitarisiert“ sei. Zum anderen seien die griechische und die türkische Auffassung zum Zypern-Konflikt dargelegt worden: „Eine weitere Aussprache unterblieb, um die Gegensätzlichkeiten nicht stärker als notwendig ausbrechen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2228; VS-Bd. 11971 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien vgl. Dok. 367, Anm. 6.

ministers⁵, daß die Stationierungsländer jetzt die Unterstützung der anderen Partner besonders brauchen: Nur Norwegen meldete sich klar zu Wort. Dagegen steht die Haltung gerade der am wenigsten betroffenen Partner wie Dänemark⁶ und Griechenland⁷, die den Stationierungsländern besondere Schwierigkeiten bereiten. Aber auch die belgischen und niederländischen Probleme sowie Spaniens bekannte Auffassung und Portugals beginnende innenpolitische Differenzen zu diesem Thema tragen nicht zur Geschlossenheit der Allianz bei. Hier könnte ein Anreiz für die Sowjetunion bestehen, die Verhandlungspause eher auszudehnen und den propagandistischen Druck gezielt zu verstärken.

4) Parallel zur politischen und öffentlichen Diskussion der westlichen Stationierung greift die Sowjetunion zu militärischen Gegenmaßnahmen⁸, die im einzelnen zu prüfen sind.

Es ist richtig, die Gegenmaßnahmen (Stationierung SS-21, möglicherweise SS-22⁹ und -23) politisch nicht zu dramatisieren.¹⁰

Längerfristig wird diese Stationierung jedoch militärische und strategische Auswirkungen haben können, die nicht unterschätzt werden dürfen.

5) Der Beginn der LRINF-Stationierung ist ein deutliches Zeichen für die Entschlossenheit der NATO, die nukleare Modernisierung ihres Streitkräftepotentials fortzusetzen und die Implementierbarkeit der Strategie zu erhalten und zu verbessern. Der nukleare Zugewinn an strategischer Flexibilität ist jedoch nur in dem Maße glaubwürdig und in Abschreckung umsetzbar, wie auch das konventionelle Element der Strategie glaubwürdig ist. Die Notwendigkeit konventioneller Verbesserungen und die Unmöglichkeit, konventionelle Schwächen

⁵ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 7. Dezember 1983, daß Bundesminister Wörner u. a. ausgeführt habe: „Mit der Durchführung des Doppelbeschlusses sei die westliche Solidarität und Position gefestigt worden. Die Bereitschaft zur Verhandlung bestehe fort.“ Es gelte, die Ost-West-Beziehungen „im ständigen Dialog zu erhalten und zu entwickeln“. Zugleich müsse die defensive Natur der NATO-Strategie herausgestellt und unterstrichen werden: „Ohne eine ausreichende militärische Verteidigungsfähigkeit könnten Frieden und Freiheit nicht gewährleistet werden. [...] In diesem Zusammenhang spiele die Frage der Konsultation im Bündnis eine besondere Rolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2232; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Am 1. Dezember 1983 billigte das dänische Parlament eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wurde, „auf der nächsten NATO-Ministerratstagung von der eingeleiteten Aufstellung der 572 westlichen Mittelstreckenraketen klar Abstand [zu] nehmen und dies im Kommuniké [zu] präzisieren, weil die Verhandlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 580 des Botschafters Jestaedt, Kopenhagen, vom 1. Dezember 1983; Referat 201, Bd. 125698.

⁷ Ministerpräsident und Verteidigungsminister Papandreou führte auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 7. Dezember 1983 zum Abbruch der INF-Verhandlungen aus, „daß durch das wahnsinnige Wettrüsten die ganze Völkergemeinschaft bedroht werde. Er [...] wertete Stationierungsentscheidung als gefährliche Veränderung, wo menschliche Entscheidung durch Computer ersetzt werde, die unbeabsichtigt Nuklear-Konflikt auslösen könne (eine neue Strategie zeichne sich ab)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2228 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 11971 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Griechenland legte – ebenso wie Dänemark – Vorbehalt gegen Ziffer 5 des Kommunikés ein, die die INF-Verhandlungen betraf. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 96 f. Für den deutschen Wortlaut des Kommunikés vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 131.

⁸ Vgl. dazu die Mitteilungen des sowjetischen Verteidigungsministeriums, des Nationalen Verteidigungsrats der DDR sowie der tschechoslowakischen Regierung vom 24. Oktober 1983; EUROPA-ARCHIV 1984, D 19 f.

⁹ Korrigiert aus: „CVCL-22“.

¹⁰ Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat Seibert handschriftlich: „Aber auch nicht ver-harmlosen.“

durch nukleare Waffen auszugleichen, sind seit langem bekannt und werden immer wieder von den Partnern betont. Deshalb werden nicht nur die eigenen Fachleute, sondern auch die Öffentlichkeit und vor allem die Sowjetunion die Begründung der nuklearen Modernisierung der NATO vor dem Hintergrund der Taten prüfen, mit denen die Allianz die Konsequenzen aus ihrer Analyse der konventionellen Kräftelage zieht.

6) In diesem Zusammenhang ist das Memorandum of Understanding zur kooperativen Rüstungsbeschaffung Roland/Patriot¹¹ hervorzuheben und als ein besonders gegenüber der Öffentlichkeit wirksamer Nachweis der Anstrengungen im konventionellen Bereich zu bewerten. Mit diesem Programm wird, insbesondere wenn andere Partner wie Belgien und die Niederlande folgen sollten, eine Schwäche behoben, die als besonders gravierend angesehen worden ist. In diesem Kontext ist auch die erfreulich klare Aussage der „SACEUR Ad hoc Working Group on Air Defence“ anzusprechen, die das Prinzip der Vorneverteidigung klar unterstreicht, die Bedeutung der integrierten Luftverteidigung für die Realisierung der Vorneverteidigung ausdrückt, allerdings Belgien nicht die erhoffte Lösung finanzieller Probleme bringt.¹²

7) Diese positive Entwicklung im Problembereich der Luftverteidigung kann allerdings nicht verdecken, daß in anderen Bereichen, die sich auf die konventionelle Verteidigungsfähigkeit auswirken, allenfalls mit einem „Nullwachstum“ zu rechnen ist. In der Realität wird dies besonders offenkundig bei

- a) der Finanzierung des Infrastrukturprogrammes,
- b) den außerordentlich engen finanziellen Begrenzungen der Möglichkeit, auf der Grundlage neuer Technologien konventionelle Einsatzkonzepte zu erweitern und zu verstärken (besonders in diesem Jahrzehnt),
- c) der Verteidigungsbevorratung¹³.

¹¹ Am 15. November 1983 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk über Gespräche des Bundesministeriums der Verteidigung und des amerikanischen Verteidigungsministeriums über eine kooperative Beschaffung der Systeme Patriot und Roland. Grundlage sei der Vorschlag der Bundesregierung gewesen, daß die amerikanische Seite die „Beschaffung des gesamten Bedarfs der Bundeswehr an dem – konventionellen – Raketensystem Patriot“ übernehmen sollte, während die deutsche Seite für die „Beschaffung des Flugabwehrraketenpanzers Roland für die Flugplatzverteidigung der amerikanischen und deutschen Luftwaffenbasen auf deutschem Gebiet“ zuständig sein sollte. Neben der transatlantischen Rüstungskooperation sei das Projekt „als wirksame Verbesserung der NATO-Luftverteidigung im zentraleuropäischen Raum“ und schließlich „als Beitrag zur Anhebung der Nuklearschwelle“ von Bedeutung. Vgl. Referat 209, Bd. 125508.

Bundesminister Wörner und der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger unterzeichneten am 6. Dezember 1983 in Brüssel eine entsprechende Vereinbarung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2218 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom selben Tag; Referat 209, Bd. 125508.

¹² Zur integrierten Luftverteidigung der NATO vgl. Dok. 7.

Am 7. Dezember 1983 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), über den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe, die auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel „zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für Belgiens zukünftige Rolle in der integrierten Luftverteidigung“ eingesetzt worden war: „Alle BE Hawk müssen im L[uft]V[erteidigungs]-Gürtel verbleiben. Nike müssen mit sechs Batterien im rückwärtigen BE-Gebiet erhalten werden. Patriot muß beschafft werden. Ohne diese Maßnahmen wäre für die Zeit 1988/89 eine bedrohliche Situation zu erwarten.“ Zugestimmt werde lediglich „einer Denuklearisierung von zwei BE Nike-B[at]T[e]R[ien] [...]“, was BE die Einsparung von 1500 Mann (Sicherungs-personal) ermögliche“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2234; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹³ Auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel wies der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger am 7. Dezember 1983 „auf die Notwen-

8) Die Behandlung des Infrastrukturprogramms 1985–1990 dürfte gerade deswegen für die kommende DPC-Ministerkonferenz¹⁴ besonders dringlich und schwierig werden, weil die divergierenden Positionen jetzt zu weit auseinanderlagen, um zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Zusammen mit IT und NL bildete die deutsche Haltung den Gegenpol zur US-Haltung.¹⁵ IT und NL ließen jedoch bereits erkennen, daß sie sich einem über 2 Mio. liegenden Plafond letztlich nicht widersetzen werden, so daß uns dann die Isolierung droht.¹⁶ Ein isoliertes Beharren auf unserer Position könnte die positive Wirkung anderer von uns erbrachter Leistungen (Luftverteidigung, Wartime Host Nation Support¹⁷) neutralisieren und den bündnispolitisch nutzbaren Wert einschränken.

Die kommende Infrastrukturdiskussion dürfte weiter dadurch belastet werden, daß BE den jetzigen Kostenteilungsschlüssel¹⁸ in Frage stellt.¹⁹ Es ist wohl nicht damit zu rechnen, daß BE durch einen anderen Partner entlastet wird.

9) Die divergierenden Auffassungen zur Finanzierung des Infrastrukturprogramms sind im Fehlen ausreichender Ressourcen begründet. Noch bezeichnet der „General Report“²⁰ die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses insgesamt als ausreichend, stellt aber gleichzeitig fest, daß ohne weitere Anstrengungen die konventionelle Verteidigungsfähigkeit gegenüber der bestehenden und zu erwartenden Bedrohung sinken wird. Dieser Trend steht den klaren politischen Willensbekundungen in den politischen Dokumenten der Allianz entgegen, die eine Verbesserung der konventionellen Kräfte fordern, um den Nuklearwaffen ihre politische strategische Rolle zu erhalten und militärische Abhängigkeit von Nuklearwaffen zu vermeiden.²¹ Die derzeitigen Haushaltsansätze der meisten

Fortsetzung Fußnote von Seite 1892

digkeit der Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit insbesondere durch eine angemessene Bevorratung und durch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur hin. Dazu forderte er die Minister auf, der Bevorratung für Munition höhere Priorität einzuräumen und bat sie, den SACEUR zu beauftragen, bis zur nächsten Sitzung eine Studie über die Auswirkungen der fehlenden Bevorratung an Munition und Möglichkeiten [einer] Verbesserung der Situation vorzulegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2234 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO); VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

14 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 16./17. Mai 1984 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 869/870/871 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 16. Mai 1984; AAPD 1984.

15 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 7. Dezember 1983, die Entscheidung über die nächste Tranche für das Infrastrukturprogramm der NATO habe von den Verteidigungsministern der NATO-Mitgliedstaaten vertagt werden müssen: „Zur Zeit besteht eine Diskrepanz zwischen 3,8 Mrd. I[n]ternational A[c]counting U[n]its und 1,8 Mrd. IAU. [...] In der Diskussion hatten LUX und TU die US-Forderungen von 3,8 Mrd. IAU unterstützt. NO, UK und PO sprachen sich für 3,0 Mrd. IAU aus, KAN für 2,5 Mrd. IAU und DK für 2,2 Mrd. IAU einschließlich eines Inflationsfaktors. Dem deutschen Vorschlag für ein Volumen von 2,0 Mrd. IAU schloß sich IT an. NL hat die bisherige Position von 1,8 Mrd. IAU aufrechterhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2231; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

16 Dieser Satz wurde Legationsrat I. Klasse Cuntz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wann, wo? Wo bleibt konkreter Hinweis?“

17 Zum Abkommen vom 15. April 1982 mit den USA über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg („Wartime Host Nation Support Agreement“) vgl. Dok. 20, Anm. 18.

18 Korrigiert aus: „bei dem den jetzigen Kostenteilungsschlüssel“.

19 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), gab am 7. Dezember 1983 die Äußerung des belgischen Verteidigungsministers Vreven wieder, „daß BE mehr abverlangt werde, als es leisten könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2234; VS-Bd. 12018 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

20 Für den „General Report of the Annual Defence Review 1983“ vgl. VS-Bd. 12021 (201).

21 In Ziffer 7 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1983 in Brüssel sprachen die Verteidigungsminister ihre Sorge über

Partner lassen nicht erwarten, daß die Allianz diesem politischen Anspruch gerecht wird.

10) Das Thema „Out of area“-Einsätze stand nicht auf der Tagesordnung dieser Ministersitzung.²² Unmittelbar vorher wurde jedoch die Behandlung kompensierender Maßnahmen im Rahmen des Planungszyklus der NATO beraten. SHAPE wird jetzt voraussichtlich mit den Partnern über Kompensationen zu verhandeln haben, wie sie in den Anlagen der Südwest-Asien-Studie²³ enthalten sind. Zur Frage von Kompensationsleistungen wurden bisher nur Parameter eingebracht. Es ist aber bereits jetzt abzusehen, daß von seiten der USA erheblicher Druck ausgeübt werden wird, um die Partner zu verbindlichen Zusagen zu bewegen. Die Diskussion der politischen Rahmenbedingungen und Auswirkungen sowie des Grades der Kompensation wird Gegenstand der Frühjahrs-Ministerkonferenzen sein. Entsprechend müssen unsere Positionen sowohl politisch als auch planerisch vorbereitet werden. In diesem Zusammenhang rege ich noch einmal an zu prüfen, ob angesichts unserer begrenzten Möglichkeiten, den amerikanischen Erwartungen zu Kompensationen zu entsprechen, auf der Grundlage des BSR-Beschlusses²⁴ bilateral im Bereich der „facilitation of transit“²⁵ sowie im maritimen Bereich ein gewisses Entgegenkommen zur Entlastung signalisiert werden kann.²⁶

11) Unsere Forderung, bei der Behandlung von „emerging technologies“ einen Konzeptrahmen vorzusehen²⁷, in dem einzelne Initiativen in Zusammenhang zueinander gebracht werden können, wurde insgesamt, und insbesondere auch von den US, akzeptiert. Von uns wird allerdings erwartet, daß wir initiativ werden und unsere Gedanken konkretisieren. Je schneller und detaillierter wir unsere Vorstellungen einbringen, desto wirksamer entziehen wir uns jedem Verdacht, daß es sich nur um ein Verzögerungsmanöver handle. Dabei genügt es nicht, nur die von uns gesehenen Prioritäten in das Bündnis einzubringen. Vielmehr müssen unsere Vorstellungen in konkreten Aussagen zu Rahmen und

Fortsetzung Fußnote von Seite 1893

die Modernisierung der Streitkräfte des Warschauer Pakts aus. Die Verteidigungsfähigkeit der NATO erfordere „a balanced triad of forces: the strengthening of the conventional component is particularly urgent“. Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 97. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 131 f.

Vgl. dazu auch Ziffer 2 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 100. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 134.

²² Dieser Satz wurde Legationsrat I. Klasse Cuntz hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

²³ Zur Untersuchung der Auswirkungen der militärischen Planungen der USA für Südwestasien auf die Verteidigungsfähigkeit der NATO („South West Asia Impact Study“) vgl. Dok. 166, Anm. 8.

²⁴ Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. Dok. 150, Anm. 11.

²⁵ Zu den Wörtern „facilitation of transit“ vermerkte Vortragender Legationsrat Seibert handschriftlich: „Tun wir schon. Wir müssen ein Minimum an Kontrolle haben.“

²⁶ Der Passus „auf der Grundlage ... signalisiert werden kann“ wurde von Vortragendem Legationsrat Ehni hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir haben unser Einsatzgebiet doch schon ausgeweitet ohne weiteren Zulauf an Material.“

²⁷ Bundesminister Wörner erläuterte auf der Ministersitzung der Eurogroup am 5./6. Dezember 1983 in Brüssel die Vorstellungen der Bundesregierung zu „emerging technologies“ und wies auf die Notwendigkeit hin, „die verschiedenen schon vorhandenen Studien zusammenzufassen und so eine gemeinsame konzeptionelle Basis für die Allianz zu schaffen“. Wörner äußerte sich zu den Prioritäten für den Einsatzbereich von „emerging technologies“ und führte weiter aus, „Voraussetzung für europäische Beteiligung sei, die eigenen industriellen und technologischen Möglichkeiten wirksam werden zu lassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2219 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 6. Dezember 1983; VS-Bd. 10849 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

Inhalt des Gesamtkonzeptes bestehen. Hier könnten wir meines Erachtens einen ähnlichen Erfolg wie bei dem auf deutsche Anregung entstandenen maritimen Gesamtkonzept (CONMAROPS)²⁸ erreichen.

12) Vor dem Hintergrund der möglichen Nutzung moderner Technologie zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung rege ich noch einmal an, technische Entwicklungsoptionen zumindest soweit zu erwägen, daß sie in künftigen Gesprächen mit den amerikanischen Partnern in Richtung der Zweibahnstraße genutzt werden können.

Zu denken wäre hier beispielsweise an eine konventionelle Cruise Missile (Reichweite etwa 600 km), die nicht nur in die laufenden Diskussionen um Einzelkonzepte (offensive counter air, FOFA²⁹) paßt, sondern zu deren möglichem Nutzen im BMVg bereits seit 1978 eine von den Inspektoren der drei Teilstreitkräfte mitgezeichnete Studie vorliegt.³⁰

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12018 (201)

381

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31-3886I/83 geheim

19. Dezember 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung

Betr.: Umfang und Zusammensetzung des nuklearen Potentials der NATO in Europa;

hier: Schreiben des Bundeskanzlers an BM Wörner vom 4.10.1983⁴

Bezug: Wieder beigelegte Vorlage vom 11.11.1983 – 201-363.31-3680/83 geheim⁵

²⁸ Concept of Maritime Operations.

²⁹ Follow-on Forces Attack.

³⁰ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wiecks neue Idee.“

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz und Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. Dezember 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 23. Dezember 1983 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. Dezember 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Pfeffer und Referat 201 verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Schweppe am 27. November 1983 vorgelegen.

Hat Pfeffer am 30. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer verfügte.

Hat Schauer am 30. Dezember 1983 vorgelegen.

⁴ Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12057 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vgl. Dok. 342.

1) Bei der Bewertung der Zielvorstellungen des Bundeskanzlers, wie sie in seinem Brief an den Verteidigungsminister Ausdruck gefunden haben, ist das politisch Wünschenswerte mit dem militärisch Notwendigen zu vergleichen. Seine Vorstellungen bezwecken eine weitgehende Umstrukturierung des Nuklearpotentials in Europa, um die Abschreckungswirkung zu erhöhen, die Einsatzflexibilität zu optimieren und die Schadenswirkung auf deutschem Boden zu verringern. Hierfür nennt er folgende vorrangige Ziele:

a) Verringerung des Anteils der nuklearen Artillerie und Schaffung eines ausgewogenen Reichweitenspektrums, was offensichtlich heißen soll, Ersetzung der Kurzstrecken durch weiterreichende Systeme.

b) Bemühen, alle nuklearen Sprengladungen (ADM) aus der Bundesrepublik zu entfernen.

c) Die deutschen politischen und strategischen Vorstellungen über den möglichen Einsatz von Nuklearwaffen, welche Eingang in die HLG-Studie⁶ gefunden haben, sollen auch bei der Formulierung der „Allgemeinen politischen Richtlinien über den Folgeeinsatz von Nuklearwaffen“⁷ aufgenommen werden.

2) Schon die Beschlüsse der NPG werden zu einer erheblichen Entlastung der Bundesrepublik Deutschland im nuklearen Bereich führen. Da sich rund 4000 der insgesamt 6000 Gefechtsköpfe der NATO im Bundesgebiet befinden, wird auch ein Großteil des beschlossenen Abzugs von 1400 Gefechtsköpfen⁸ bei uns erfolgen. Dadurch wird sich zugleich die Zahl der Nuklearwaffenlager im Bundesgebiet erheblich verringern (Abbau von etwa 40 Lagern bis 1990). Der SACEUR wird hierzu einen Durchführungsplan vorlegen. Insgesamt entsprechen die Ergebnisse der Weisung des Bundeskanzlers vom 4.10.1983.

3) Im einzelnen ist zur Verwirklichung der Forderungen des Bundeskanzlers folgendes festzustellen:

a) Der Schwerpunkt des beschlossenen Abzugs von 1400 Gefechtsköpfen wird beim nuklearen Luftabwehrsystem Nike sowie bei nuklearen Sprengladungen (ADM) liegen. Es kann davon ausgegangen werden, daß darüber hinaus auch ein Teil der Gefechtsköpfe für nukleare Artillerie abgezogen wird.

Angesichts der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes und der schlechten Bevorratung der NATO-Verbände mit konventioneller Munition leistet die nukleare Artillerie auf der untersten Ebene der Abschreckung einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren der Strategie der flexiblen Reaktion⁹.

Die nukleare Artillerie erschwert Kräftekonzentrationen eines Angreifers und ist damit ein wirksames Element der Vorneverteidigung. Sie ist bei allen Verbündeten des Mittelabschnitts und der Südflanke eingeführt und gewährleistet damit auch den Haftungsverband der NATO. Ein völliger Wegfall der Nuklear-Artillerie würde zum jetzigen Zeitpunkt eine ungedeckte Lücke in der NATO-Abwehrfähigkeit schaffen. Sie wäre zur Zeit h.E. militärisch nicht vertretbar und im Bündnis nicht durchsetzbar.

⁶ Zum „Final High Level Group Report to the NPG Ministers“ vom 5. Oktober 1983 vgl. Dok. 280.

⁷ Zu den Beratungen in der NATO über eine Neufassung der Allgemeinen politischen Richtlinien für den Folgeeinsatz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 342, Anm. 6 und 15.

⁸ Zum Beschluß der Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vom 27. Oktober 1983 in Montebello vgl. Dok. 321.

⁹ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 16.

b) Im Rahmen der HLG waren alle Delegationen einig, daß der Abschreckungswert von nuklearen Sprengladungen (ADM) im Vergleich zu anderen nuklearen Optionen im Kurzstreckenbereich gering ist. Für ihre Beibehaltung sprachen sich nur Italien, Kanada und der militärische Vertreter von SHAPE aus. Dies führte zu einem Kompromiß, wonach ADM lediglich in Geländeabschnitten, die für ihren Einsatz günstig sind, in beschränkter Zahl im NATO-Arsenal gehalten werden.

Der Beschluß von Montebello bietet eine Chance dafür, entsprechend der Forderung des Bundeskanzlers zunächst die Bundeswehr von ADM zu entlasten und auf längere Sicht ihren völligen Abzug aus der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Wir werden uns dafür einsetzen.

c) Die Formulierung der „Allgemeinen politischen Richtlinien für den Folgeeinsatz von Nuklearwaffen“ macht nur langsame Fortschritte, weil die USA offenbar Festlegungen vermeiden wollen.

Wir werden weiterhin mit Nachdruck dafür eintreten, daß die in der HLG-Studie enthaltenen deutschen strategischen Vorstellungen auch in die neu zu formulierenden Richtlinien aufgenommen werden. Wir sollten allerdings in dieser Frage nicht zu sehr drängen, weil wir sonst Gefahr laufen, Richtlinien zu erhalten, die uns nicht genehm sind. Wir können mit den provisorischen Richtlinien leben.

4) Die Untersuchungen der HLG machen deutlich, daß in Zukunft auch Verbesserungs- und Modernisierungsmaßnahmen auf das Bündnis zukommen.

In näherer Zukunft:

- die Beschaffung des konventionellen Patriot-Luftabwehrsystems als Ersatz für das nukleare Nike-System;
- Verbesserungen im Befehls- und Kommunikationsbereich (Command and Control);
- Austausch veralteter Gefechtsköpfe für nukleare Artillerie (jedoch keine Neutronengefechtsköpfe).

Auch längerfristige Modernisierungsmaßnahmen werden im HLG-Bericht angesprochen. Der Bedarf hierfür ergibt sich aus der zunehmenden Veraltung der bisher eingeführten Systeme (Nachfolge für Lance, Pershing Ia) sowie der intendierten Schwerpunktverlagerung von nuklearen Kurzstreckensystemen (bis 150 km Reichweite) zu nuklearen Mittelstreckensystemen kürzerer Reichweite (150–1000 km).

Zu beiden Bereichen müßte der SACEUR der NPG Berichte vorlegen, ehe die Überlegungen hierzu weitergehen können.

5) Das Montebello-Ergebnis stellt das Maximum des derzeit von den militärischen Planern als verantwortbar Angesehenen dar. Die Widerstände des SACEUR gegen die Empfehlungen der HLG markierten deutlich die Grenze.¹⁰ Weiterführende Vorstellungen, wie sie der Brief des Bundeskanzlers nur an-

¹⁰ Die Wörter „Widerstände des SACEUR“ und „die Grenze“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die politische Führung der USA würde im Zweifel Rogers bei der Verteidigung dieser ‚Grenzlinie‘ unterstützen, d. h., der Primat der Politik ist nicht tangiert.“

deutet, wenn von weitergehender Umstrukturierung des Nuklearpotentials und Optimierung der Einsatzflexibilität gesprochen wird, liegen jenseits dieser Grenze und können nicht diskutiert werden, ohne massiven militärisch begründeten Widerstand auszulösen. Das heißt aber nicht, daß wir uns nicht weiter in dieser Richtung einsetzen werden.

6) Die von Ihnen zu Ziffer 3 der Aufzeichnung vom 11. November 1983 erbetenen Angaben¹¹ sind in einer Unterlage enthalten, die Cosmic Top Secret Atomal eingestuft ist. Sie könnte Ihnen persönlich gesondert vorgelegt werden. Wir könnten hierzu auch mündlich vortragen.

7) Zu Ihrer Frage zu Ziffer 2 der Vorlage vom 11.11.1983¹² : Gemeint sind vor allem die Niederlande, in gewissem Maße auch Belgien und Griechenland.¹³

Pfeffer

VS-Bd. 12057 (201)

382

Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer

410-420.05
200-350.18

19. Dezember 1983¹

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Entwurf des EP für einen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Anregung, in Ihrer Dreikönigstags-Rede erneut hierzu Stellung zu nehmen

I. Stand der Arbeiten im EP

In Ihrer Dreikönigstags-Rede am 6. Januar 1982 hatten Sie ausgeführt: „An das Europäische Parlament appelliere ich, den Entwurf einer Verfassung für Europa vorzulegen, damit der Inhalt dieses Verfassungsentwurfs zentraler Punkt des Wahlkampfes für die Europawahl 1984² sein kann.“³

¹¹ Vgl. dazu Dok. 342, Anm. 3.

¹² Vgl. dazu Dok. 342, Anm. 11.

¹³ Zu diesem Absatz handschriftliche Fußnote des Ministerialdirektors Pfeffer: „NL: wollen aussteigen aus nuklearen Gefechtsfeldwaffen, vor allem N[uklear]-Artillerie. B: Sorge, daß NL-Beispiel Schule macht. GR: atomwaffenfreie Zone.“

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Kyaw und Schilling sowie von den Vortragenden Legationsräten Junker und Klaiber konzipiert.

² Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. bzw. 17. Juni 1984 statt.

³ Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart vgl. den

Das EP hat Ihren Vorschlag aufgegriffen und die Arbeiten an einem Vertragsentwurf („Spinelli-Initiative“)⁴ vorangetrieben. Der zuständige Ausschuß verabschiedete ihn letzte Woche mit 31:3 Stimmen.⁵

Die letzte Abstimmung im EP (Leitlinien-Entschließung vom 14. September⁶) zeigte, daß das Parlament zwar nicht geschlossen, aber mehrheitlich hinter dem Projekt steht. Sie ergab 201 ja, 37 nein, 72 Enthaltungen. Dabei stimmten alle sechs Kernstaaten der Gemeinschaft mit Ausnahme von Frankreich geschlossen dafür. Neben den Franzosen waren Iren, Dänen und Griechen gespalten.

Problematisch ist, daß die große Gruppe der britischen Konservativen sich enthielt und die französischen Gaullisten geschlossen fernblieben – beide aus demselben Grunde: keine so weitgehenden Souveränitätsübertragungen. Nach Fraktionen waren EVP und Liberale dafür, Sozialisten, Kommunisten und Unabhängige gespalten, Konservative und Gaullisten enthielten sich. Außer den dänischen EG-Gegnern sagten aber alle weiter konstruktive Mitarbeit zu.

Den Ausschlag gaben die deutschen Sozialisten, die um des europäischen Gesamtziels willen, aber ohne volle Überzeugung schließlich mit Ja stimmten. Auch Präsident Thorn, der bei den Leitlinien 1982⁷ noch auffällig reserviert war, gab dem Projekt jetzt deutliche Unterstützung.⁸

Die Arbeit im EP („Institutioneller Ausschuß“) ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß ein Redaktionskomitee von vier Vertragsrechtlern⁹ einen ausformulierten Vertragsentwurf abgefaßt hat. Er soll in der Februartagung des EP abschließend behandelt werden.¹⁰ Sodann soll Präsident Dankert ihn den Regierungschefs persönlich überreichen.

Die deutschen Liberalen im EP haben sich bei ihrer Wahlprogramm-Tagung auf Schloß Hambach am 8. Oktober voll hinter die Initiative gestellt. Eine EVP-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1898

Artikel „Genscher ruft zur Zusammenarbeit aller Staaten Europas auf“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Januar 1982, S. 1.

⁴ Der Institutionelle Ausschuß des Europäischen Parlaments legte am 8. November 1983 den unter Leitung des italienischen Abgeordneten Spinelli als Koordinierendem Berichtersteller erstellten „Entwurf eines Berichts über den Vorentwurf eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union“ vor. Für den Entwurf vgl. Referat 410, Bd. 130356.

⁵ Am 14. Dezember 1983 billigte der Institutionelle Ausschuß des Europäischen Parlaments eine überarbeitete Fassung des Entwurfs, die ihm am 9. Dezember 1983 vorlag. Für den Entwurf vgl. Referat 200, Bd. 144205.

⁶ Am 14. September 1983 billigte das Europäische Parlament vom Institutionellen Ausschuß vorgelegte Leitlinien für einen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 20. September 1983 mit, es sei ein Redaktionsausschuß zur „Abfassung eines ausformulierten Vertrages bis Februar 1984 eingesetzt“ worden. Vgl. den Rund-erlaß Nr. 96; Referat 012, Bd. 124453.

Für den Wortlaut der Entschließung des Europäischen Parlaments und der Leitlinien vgl. BULLETIN DER EG 9/1983, S. 8–24.

⁷ Zu den am 6. Juli 1982 eingebrachten Leitlinien für einen Vertrag über eine Europäische Union vgl. BULLETIN DER EG 7–8/1982, S. 85–87.

⁸ Am 13. September 1983 gab der Präsident der EG-Kommission, Thorn, im Europäischen Parlament eine Beurteilung der vom Institutionellen Ausschuß vorgelegten Leitlinien ab. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 9/1983, S. 25–28 (Auszug).

⁹ Francesco Capotorti, Meinhard Hilf, Francis Jacobs und Jean-Paul Jacqué.

¹⁰ Das Europäische Parlament verabschiedete am 14. Februar 1984 den Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union. Für den Wortlaut des Entwurfs sowie der dazugehörigen Entschließung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 209–230.

Delegation hat den Vertragsentwurf am 1. Dezember im Bundeshaus der CDU/CSU sowie Präsident Barzel überreicht und um Unterstützung im Wahlkampf gebeten.

Anläßlich des 9. Jahreskongresses der Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten (ELD-LDE) haben Sie am 11. Dezember 1983 u.a. betont: „Den Liberalen fällt die besondere Verantwortung zu, dafür zu sorgen, daß die politische Perspektive erhalten bleibt und daß das politische Ziel der Europäischen Union nicht verlorengeht“.¹¹

II. Die Philosophie des EP-Entwurfs

Das EP geht aus von folgenden Feststellungen:

1) Die bisherigen Gemeinschaften hatten bedeutende, wenn auch begrenzte Erfolge. Ihre Institutionen und ihre Kompetenzen sind aber den heutigen Aufgaben in Europa nicht mehr adäquat. Deshalb ist die Integration zum Stillstand gekommen. Die EG ist an einer kritischen Grenze; kleinere Reformen reichen nicht, nur ein entschlossener Schritt zur politischen Union bewahrt sie vor der Desintegration.

2) Der Bereich der Gemeinschaftsmaterien muß wesentlich erweitert werden. Besonders die großen „Grauzonen“ des EWG-Vertrages¹² müssen eindeutig zu Gemeinschaftsmaterien werden. Dabei herrscht das wichtige Prinzip der Subsidiarität: „nur was die Gemeinschaft wirksamer regeln kann als die Mitgliedstaaten.“

3) Die Gemeinschaft ist auch nach der Direktwahl¹³ ungenügend demokratisiert geblieben. Das EP muß neben seinen Kontroll- und Haushaltsrechten auch vollen Anteil an der Gesetzgebung erhalten. Daraus entsteht das Modell des Zweikammersystems: EP vergleichbar dem BT, Ministerrat vergleichbar dem BR, zwischen beiden ein Vermittlungsverfahren ähnlich wie in D.

4) Die Gemeinschaft ist zu bürgerfern und hat deshalb an Unterstützung in der Öffentlichkeit verloren: deshalb die Forderung nach einem Grundrechtskatalog und einem unmittelbaren Klagerecht beim EuGH.

5) Der Ministerrat ist zersplittert in EG-Rat, EPZ-AM, EWS-Minister, im Rat vereinigte Minister usw. Anstelle dieser Vielfalt soll einheitlich der „Rat der Union“ treten. Beibehalten wird aber die Unterscheidung zwischen integriertem Bereich und inter-gouvernementaler Zusammenarbeit der MS. Die Abgrenzung erfolgt im Vertrag. Der ER kann Gebiete von „Zusammenarbeit“ in „Integration“ übernehmen, nicht umgekehrt.

III. Die Grundzüge des Vertragsentwurfs

1) Durch den Unionsvertrag überführen die Mitglieder der EG die bisherige Teilintegration in einen dynamischen Prozeß zur Verwirklichung der endgültigen Union. Ihre Ziele bleiben primär wirtschaftliche und außenpolitische, die inne-

¹¹ Zur Rede des Bundesministers Genscher in München vgl. den Artikel „Europas Liberale fordern Lehren aus dem Athener Mißerfolg“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Dezember 1983, S. 6.

¹² Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

¹³ Die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

re Ordnung der MS wird nicht verändert. Insgesamt überwiegt in dem Konzept der staatenbündische gegenüber dem bundesstaatlichen Charakter. Vielfach werden die Ziele der Römischen Verträge mit neuen Mitteln weiterverfolgt: großer Binnenmarkt, wirtschaftliche Konvergenz, Währungsunion, Rechtsangleichung, gemeinsames Auftreten nach außen. Das EP geht aber auch bedeutend weiter: Die „Grauzonen“ des EWG-Vertrages¹⁴ (Konjunkturpolitik, Geld und Kredit, Entwicklungshilfe usw.) sollen Unionsmaterien werden, neue sollen hinzukommen, wie Gesellschaftspolitik, Tarifpolitik, Bildung und Kultur. Die Ziele sind bisher teils lose, teils schon detailliert formuliert; der Entwurf arbeitet mit vielen Übergangs- und Stufenregelungen, die Durchführung verbleibt primär den MS.

2) Die Organe sind fast unverändert die der EG:

das EP: Zusammensetzung wie bisher;

der Rat: je ein Vertreter der MS, der „besonders und dauerhaft mit den Angelegenheiten der EU befaßt ist“. Als Legislative handelt er öffentlich;

die Kommission: Nur ihr Präsident wird vom ER bestellt, und zwar für die Fünfjahresperiode des EP. Er bildet die Kommission, diese bedarf der „Einsetzung“ (= Billigung) durch das EP;

der Gerichtshof: je zur Hälfte von Rat und EP ernannt;

der Europäische Rat: Staats- und Regierungschefs der MS, Präsident der Kommission – also ohne Außenminister.

3) Die Kompetenzen der Organe sind z.T. neu geordnet nach dem Prinzip stärkerer Gewaltenteilung und Demokratisierung. Dem Europäischen Rat wachsen neue Verantwortungen zu.

Legislative bei EP und Rat: Das Vorschlagsmonopol der Kommission bleibt gewahrt, aber Rat und EP können sie zu Vorschlägen veranlassen. Das Zweikammersystem funktioniert ähnlich wie heute das Haushaltsverfahren: schrittweise Findung eines Kompromisses, Einbau eines Vermittlungsausschusses, letzte Lesung beim EP, doch hat der Rat ein Vetorecht.

Exekutive bei der Kommission: Sie erläßt die Durchführungs-VOen nach VO-Ermächtigungen in den Gesetzen, die MS führen sie aus.

Rechtsprechung beim EuGH: Dieser erhält die Möglichkeit, Vertragsverletzungen der MS zu ahnden (bisher nur im EGKS-Vertrag¹⁵).

4) Die Rechtsinstrumente der Union werden Gesetze (bisher Verordnungen), Durchführungs-VO der Kommission (bisher Richtlinien), Beschlüsse, Entscheidungen und Rechtsprechung (weiter als bisher).

Eigener Katalog der Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten, unmittelbare Rechte des einzelnen gegenüber der Union.

Eine neue Rechtsfigur ist das „Organgesetz“ (franz. Begriff) für institutionelle Fragen und Haushaltsgesetz, mit besonderen Mehrheiten.

¹⁴ Korrigiert aus: „EWGV-Vertrages“.

¹⁵ Vgl. dazu besonders Artikel 33 bis 36 und Artikel 40 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951; BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 455–457.

5) Die Finanzen der Union

Die Union bekommt Eigeneinnahmen nach Maßgabe ihres Bedarfs (festen MWSt-Anteil, d. h. nicht mehr „bis zu x%“, sondern „x%“ für einen Fünfjahreszeitraum, mit dem die EU jährlich auskommen muß; Einzelheiten noch unscharf) und Anleihe-Begebungsrecht. Das Haushaltsrecht wird neu geordnet (Anlehnung an das bisherige System, aber nicht mehr Unterscheidung von obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben), es wird ein Finanzausgleich unter den MS auf Ausgaben- und Einnahmenseite eingeführt. Die finanzielle Gesamtbelastung der Bürger soll „grundsätzlich nicht anwachsen“. Für neue Einnahmen Organgesetz erforderlich. Rahmengesetze für die Steuerharmonisierung.

6) Die Europäische Politische Zusammenarbeit soll in den Vertrag über die Europäische Union einbezogen werden.

Der Europäische Rat soll die Zuständigkeit in den Bereichen übernehmen, in denen eine gemeinsame Außenpolitik erforderlich ist (einschließlich der politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit). Der ER kann die politische Zusammenarbeit auf Verteidigungs-, Abrüstungs- und Waffenexportpolitik ausdehnen. Die Kommission erhält dann auch hier ein Vorschlagsrecht. Entscheidungen werden nach der Methode der (intergouvernementalen) Kooperation (d. h. nach dem Konsensprinzip) getroffen. Auf Beschluß des Europäischen Rates können bestimmte Bereiche der Zusammenarbeit in die „gemeinsame Aktion“ überführt und damit der Mehrheitsregel unterworfen werden. In diesem Fall kann ein Mitgliedstaat „vitale“ einzelstaatliche Interessen geltend machen und damit die Abstimmung vertagen.

Die Kommission soll mit Zustimmung des Rates Vertretungen in Drittstaaten errichten können, die neben der Verantwortung für den integrierten Bereich auch die diplomatischen Aktivitäten der Mitgliedstaaten in allen Bereichen koordinieren, in denen eine Zusammenarbeit besteht.

7) Verfahrensfragen

a) Zu der Frage, wie die MS mit dem Entwurf befaßt werden sollen, bestehen noch keine klaren Vorstellungen. Der Vorschlag des Berichterstatters Spinelli geht dahin, daß Präsident Dankert die Regierungschefs auffordern solle, das Ratifizierungsverfahren in den Parlamenten einzuleiten. Er übergeht damit bewußt die verfassungsrechtlich unerläßliche Phase einer Regierungskonferenz zur Aushandlung und Vertragsschließung, die sich über Jahre hinziehen könnte. Hiermit wird sich das Plenum noch befassen müssen.

b) In Kraft treten soll der Vertrag, wenn eine Mehrheit der MS, deren Bevölkerung zwei Drittel der EG-Bevölkerung ausmacht, ihn ratifiziert hat. Mit abseits bleibenden MS soll die Union dann eine Lösung aushandeln, die die gegenseitige Öffnung der Märkte möglichst beibehält.

IV. Stellungnahme

Das EP beweist Mut, wenn es beim jetzigen Zustand der Gemeinschaft eine EU-Verfassung mit relativ hohem Integrationsgrad vorlegt.

Der EP-Entwurf ist ehrgeizig, im Kern aber weniger „revolutionär“, als es seinerzeit die Römischen Verträge waren. Wie erfolgreich eine EU nach dem EP-

Konzept sein könnte, hängt letztlich weniger von den Vorkehrungen des Vertrages ab als vom politischen Einigungswillen und davon, ob es noch gelingt, die Fehlentwicklungen, Divergenzen und Rivalitäten rückgängig zu machen, die den heutigen Zustand kennzeichnen.

Die Vorlage des Entwurfs zu einer Zeit, in der die EG in einer der schwersten Belastungsproben ihres 26jährigen Bestehens steckt, hat positive und negative Aspekte:

- Positiv ist, daß das EP eine über Tagesfragen hinausführende Konzeption vorlegt, die das Wesentliche, die politische Einigung Europas, wieder in den Mittelpunkt rückt. Es knüpft damit nahtlos an die deutsch-italienische Initiative an, die am 19. Juni d.J. durch die Unterzeichnung der feierlichen Deklaration¹⁶ erfolgreich zum Abschluß gebracht werden konnte. Zahlreiche Elemente der feierlichen Deklaration wurden vom EP in den Vertragsentwurf eingearbeitet (Neue Politiken, Zusammenführung von EG und EPZ, Befugnisse des EP). Die Vorlage des Vertragsentwurfs entspricht daher den grundlegenden europapolitischen Zielen der Bundesregierung und verdient insoweit Unterstützung. Sie stellt in der Bilanz des ersten gewählten EP einen bedeutenden Posten dar.
- Nachteilig ist dagegen, daß der Vertragsentwurf heute und in naher Zukunft im Kreis der Mitgliedstaaten nicht konsensfähig ist. Weder die jetzigen Regierungen von GB, DK und GR könnten zustimmen, und auch ein positives Votum von F wäre zweifelhaft. Die von uns in den Verhandlungen über die feierliche Deklaration gemachten Erfahrungen zeigen, daß wir mit diesem Dokument bereits das Maximum dessen erreicht haben, was z.Z. von allen Partnern akzeptiert werden kann. Dies bedeutet im Klartext, daß der politische Einigungswille der Regierungen nicht ausreicht, um ein solches weitreichendes politisches Programm durchzusetzen.

Wir selbst hätten Schwierigkeiten mit den Vorschlägen zur Haushaltspolitik (variable MWSt-Grenze, Anleiherecht) und dem Gesetzgebungsweg (u.U. letztes Wort beim EP).

Der EP-Entwurf zielt tatsächlich primär darauf ab, daß alle EG-Länder Mitglieder der EU werden. Die Lösung, die er für den Fall eines engeren Kreises von MS anbietet – Aushandlung von Austrittsverträgen mit den abseits bleibenden MS – verlangt die Mitwirkung dieser Länder. Dies ist der problematischste Teil des Konzepts. Denn da die Römischen Verträge auf unbestimmte Zeit geschlossen sind, bleiben sie in Kraft, bis sie von allen MS durch neue Verträge abgelöst werden. Hieraus könnte sich ein lang andauerndes Nebeneinander von EU-Vertrag und EG-Verträgen mit unterschiedlicher Mitgliedschaft ergeben, das praktisch nur schwer zu handhaben wäre.

Schließlich ist problematisch, daß die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Vertragsentwurf schwer vorhersehbar ist. Es ist nicht auszuschließen, daß ein Teil der Medien angesichts der derzeitigen „Stimmung“ in der EG kein gutes Haar

¹⁶ Zur Unterzeichnung der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union auf der Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart vgl. Dok. 185.

an der Initiative des EP läßt. Andere werden gerade in ihr die Chance eines „Durchbruchs nach vorn“ erblicken.

Eine eingehende Analyse des Entwurfs wird nach seiner Verabschiedung im EP vorgelegt werden.

Prozedural bleibt der Entwurf auf absehbare Zeit in der Sphäre der Parlamente und Parteien. Wenn das EP im Februar einen ausformulierten Vertragsentwurf annimmt, werden sich zunächst die politischen Parteien entscheiden müssen, wie sie sich im EP-Wahlkampf dazu stellen. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Direktwahl wird sicher niemand wünschen, ihn vorzeitig im Kreise von Experten der Ressorts zu zerreden.

Vorschlag:

Da der Prozeß dieses Vertragsentwurfs in Ihrer Dreikönigs-Rede 1982 begann und das EP sich vorgenommen hat, diese europapolitische Initiative zum Wahlkampfthema zu machen, wird empfohlen, daß Sie bei sich bietender Gelegenheit, z. B. beim bevorstehenden Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1984, auf das jetzige Stadium der EP-Arbeiten mit einer im Grundsatz positiven Würdigung eingehen. Einzelheiten sollten Sie dabei nicht ansprechen, da erst nach Vorlage des endgültigen Vertragsentwurfs geprüft werden kann, ob wir uns mit den Vorschlägen im einzelnen identifizieren können.¹⁷

Pfeffer¹⁸

Per Fischer¹⁹

Referat 410, Bd. 130356

¹⁷ Bundesminister Genscher nahm am Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1984 nicht teil, nachdem er bei einem Autounfall Verletzungen erlitten hatte. Vgl. dazu den Artikel „Die FDP bekräftigt den Kurs Genscher. „Das Gerede von der Restpartei ist verstummt““, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Januar 1984, S. 1.

¹⁸ Paraphe vom 21. Dezember 1983.

¹⁹ Paraphe vom 19. Dezember 1983.

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort

330-504.00 ARG

19. Dezember 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Lage der Menschenrechte und Problem der Verschwundenen in Argentinien⁴ beim Übergang zur demokratischen Regierung Alfonsín⁵Anlg.: 1⁶

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung der unter III. dargelegten Linie

I. 1) Im Rahmen der demokratischen Öffnung Argentinien hat sich auch die Lage der Menschenrechte in den letzten Regierungsmonaten der Militärjunta zunehmend verbessert. Auf die sukzessive Wiederherstellung bürgerlicher Freiheitsrechte (Aufhebung des Ausnahmezustands und Pressezensur, Gewerkschaftsfreiheit) folgte

- die Entlassung aller 242 der Exekutive unterstellten politischen Häftlinge (sogenannte PEN-Häftlinge), sofern sie über den PEN-Status hinaus nicht rechtskräftig verurteilt oder gegen sie noch andere Verfahren anhängig sind (was 66 Personen betrifft)⁷,
- ein umfangreicher Gnadenerlaß für im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Subversion zu langjährigen Haftstrafen verurteilte Personen.

Die wachsende Unabhängigkeit der argentinischen Justiz hat bereits im Laufe dieses Jahres dazu geführt, daß eine Reihe von Verfahren überprüft, in Einzelfällen sogar neu aufgerollt werden konnten.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert und Legationssekretär Haller konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. Dezember 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 29. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die Vorlage ist zu zurückhaltend. Wir sollten offiziell bei der arg[entinischen] Regierung vorstellig werden, die jüngsten Erklärungen des Präsidenten würdigen und Aufklärung unter Darstellung der Fälle von Einzelnen bitten. 2) W[ieder]V[orlage] 3.1.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 30. Dezember 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Ruhfus verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 30. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ruhfus und Referat 330 verfügte.

Hat Ruhfus am 2. Januar 1984 vorgelegen.

⁴ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um die Aufklärung des Verbleibs von in Argentinien verschwundenen deutschen Staatsangehörigen vgl. Dok. 122.

⁵ Zum Regierungswechsel in Argentinien vgl. Dok. 369, Anm. 16.

⁶ Die Wörter „Anlg.: 1“ wurden von Ministerialdirigent Montfort handschriftlich eingefügt. Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 11.

⁷ Botschafter Verbeek, Buenos Aires, informierte am 20. Oktober 1983 über die Freilassung aller Häftlinge, „die aus politischen Gründen ohne gerichtliches Urteil sich ausschließlich zur Verfügung der Exekutive in Haft befanden“. In Kürze solle auch das „Datum der formellen Aufhebung des Ausnahmezustandes im Lande“ bekanntgegeben werden. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1733; Referat 330, Bd. 136459.

2) Dieser positiven Entwicklung stand die Verkündung des Amnestiegesetzes am 28.4.1983 gegenüber, das alle strafbaren Handlungen, welche Sicherheits- und Militärkräfte oder nicht verurteilte Subversive zwischen dem 15.5.1973 und dem 17.7.1982 verübten, straffrei läßt.⁸ Das Amnestiegesetz stieß in Argentinien und in der internationalen Öffentlichkeit auf harte Kritik (gemeinsame Erklärungen der Zehn am 6. Mai und 23. Juni 1983⁹) und führte durch seine widersprüchliche Auslegung durch argentinische Gerichte zu großer Rechtsunsicherheit.

3) Durch die Entlassung der PEN-Häftlinge und die Gewährung eines Gnadenerrlasses wurden von den sechs schwierigen, das Auswärtige Amt seit Jahren beschäftigenden Haftfällen deutscher Staatsangehöriger und Doppelstaater fünf gelöst. Lediglich die 1980 zu 15jähriger Haftstrafe verurteilte Nora Ines Hilb ist noch in Haft. Einlegung von Rechtsmitteln und Beschwerdeverfahren vor dem Suprema Corte blieben bislang ohne Erfolg.¹⁰

II. Weiterhin ungelöst ist jedoch das Problem der in den Jahren 1975 bis 1979 Verschwundenen, darunter zwei Deutsche, 18 Doppelstaater und 41 deutschstämmige Argentinier. Der zwischen Bundesregierung, Botschaft Buenos Aires und den Müttern bestehende Dialog wurde durch ein Gespräch BM Dr. Geißlers mit den Müttern anlässlich seines Aufenthalts zur Amtseinführung Präsident Alfonsíns am 10.12.1983 fortgesetzt (vgl. beigefügten Gesprächsvermerk¹¹).

In unserer zukünftigen Haltung zum Problem deutscher und deutschstämmiger Verschwundener sollten wir uns von folgender Überlegung leiten lassen:

⁸ Statt des in Aussicht gestellten Amnestiegesetzes wurde am 28. April 1983 von der argentinischen Militärregierung der „Abschlußbericht über den Kampf gegen Subversion und Terrorismus“ vorgelegt. Erst am 26. September 1983 berichtete Botschafter Verbeek, Buenos Aires, daß das umstrittene Amnestiegesetz überraschend am 23. September erlassen worden sei: „Erfasst werden alle strafbaren Handlungen, welche aus terroristischen oder subversiven Gründen oder Zielen begangen worden sind, sowie alle strafbaren Handlungen, gleichgültig welcher Natur, die im Rahmen oder mit dem Ziele der Bekämpfung oder der Abwehr terroristischer und subversiver Handlungen erfolgt sind. [...] Das Gesetz sieht ferner vor, daß niemand wegen der genannten Delikte befragt, angeklagt oder gerichtlich vorgeladen werden kann; auch Zivilklagen wegen der begangenen Straftaten bleiben ausgeschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 591; Referat 330, Bd. 136459.

⁹ Zur Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 6. Mai 1983 vgl. Dok. 146, Anm. 26. Botschafter Verbeek, Buenos Aires, teilte am 29. Juni 1983 mit, daß er die Erklärung vom 23. Juni 1983 „weisungsgemäß Europadirektor, Botschafter Perez Tomas, am 28. vorgetragen und Text dabei in Übersetzung übergeben“ habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 440; Referat 330, Bd. 136487.

¹⁰ Gesandter Saumweber, Buenos Aires, berichtete am 27. Oktober 1983: „Frau Hilb fällt unter den Geltungsbereich des Amnestiegesetzes, da das gegen sie verhängte Kriegsgerichtsurteil am 11.8.1983 von der Corte Suprema aufgehoben und ihr Fall an die ordentliche Gerichtsbarkeit zur weiteren Behandlung überwiesen wurde.“ Der mit dem Fall befaßte Bundesrichter halte jedoch das Amnestiegesetz für verfassungswidrig und werde daher „die Akten nicht an das Berufungsgericht übersenden zur Entscheidung über die Anwendbarkeit des Amnestiegesetzes. Da sich umgekehrt Frau Hilb entsprechend der Absprachen unter den Häftlingen im Gefängnis Ezeiza weigert, einen Antrag auf Anwendung des Amnestiegesetzes auf ihren Fall zu stellen, bleibt sie weiter in Haft.“ Vgl. den Schriftbericht Nr.1775; Referat 330, Bd. 136742.

¹¹ Dem Vorgang beigefügt. Legationssekretär Haller resümierte am 13. Dezember 1983 das Gespräch des Bundesministers Geißler „mit Vertreterinnen der Mütter von deutschen und deutschstämmigen Verschwundenen“ am 10. Dezember 1983 in Buenos Aires. Diese hätten einen Vier-Punkte-Katalog vorgelegt, für den sie die Unterstützung der Bundesregierung erbten hätten, nämlich: „Unverzügliche Freilassung aller Gefangenen – Verschwundenen; Einzelfalluntersuchung und Verurteilung der Schuldigen; Entsendung einer Untersuchungskommission von deutschen Parlamentariern und Juristen; internationale Gesetzgebung zur Ächtung des Verschwindenlassens von Personen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 136496.

1) Die Aufklärung der Verschwundenenschicksale stellt für die Regierung Alfonsín eine schwere Hypothek dar, deren Abtragung, eingebettet in die Politik der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse, Gradmesser ihres innenpolitischen Durchsetzungsvermögens gegenüber den Militärs und den linksextremen Kräften innerhalb des Peronismus sein wird. Die Regierung muß bestrebt sein, widerstrebende innenpolitische Kräfte auf die Konsolidierung des demokratischen Neubeginns einzuschwören. Dies bedeutet für die politische Praxis einen Zielkonflikt zwischen nationaler Aussöhnung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien.

2) Das glaubwürdige Engagement Alfonsíns zugunsten der Verwirklichung von Menschenrechten¹² (er war selbst Mitglied der Ständigen MR-Versammlung in Argentinien) und seine eindeutigen, bei Regierungsantritt angekündigten und inzwischen teilweise in die Tat umgesetzten politischen Initiativen zur Aufklärung der Verschwundenenschicksale wie

- Rücknahme des Amnestiegesetzes (vom Abgeordnetenhaus am 18.12. annulliert, noch ausstehende Zustimmung des Senats ist zu erwarten¹³),
- Eröffnung von Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der drei ersten Militärjungen und gegen Terroristen,
- Bildung einer bikameralen Untersuchungskommission, die aus je drei Abgeordneten von Abgeordnetenhaus und Senat sowie zehn führenden Persönlichkeiten (darunter der Schriftsteller Ernesto Sabato und der katholische Bischof Jaime de Nevares) bestehen soll,

machen die Bewältigung des Problems unter den neuen politischen Rahmenbedingungen zu einer überwiegend innerargentinischen Angelegenheit.

Dies schließt das Drängen auf befriedigende Antworten unsererseits auf die Frage nach dem Schicksal deutscher und deutschstämmiger Verschwundener nicht aus.

3) Der Ansatz der Mütter der Plaza de Mayo zielt auf eine weitere „Politisierung“ und „Internationalisierung“ des Verschwundenenproblems. Ihr im Gespräch mit BM Dr. Geißler geäußelter Vorschlag, eine Untersuchungskommission des Deutschen Bundestages nach Argentinien zu entsenden, ist unter humanitären Gesichtspunkten verständlich, für uns außenpolitisch jedoch nicht annehmbar.

III. Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die weitere Behandlung des Verschwundenenproblems folgende Konsequenzen:

1) Der von der Regierung Alfonsín eingeschlagene Weg zur Aufklärung entspricht unseren Erwartungen. Wir sollten uns davor hüten, durch die Identifi-

¹² Botschafter Verbeek, Buenos Aires, teilte am 25. November 1983 mit: „Mit dem Wahlsieg Alfonsíns hat sich diejenige größere politische Richtung durchgesetzt, die sich in der Vergangenheit am stärksten zugunsten der Menschenrechte engagierte. [...] Eines der Leitmotive seines Wahlkampfes war die Wiederherstellung des Rechtsstaates, die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen und rechtsstaatliche Verwaltung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 749; Referat 330, Bd. 136496.

¹³ Am 24. Dezember 1983 wurde in der Presse gemeldet, daß sich nach dem argentinischen Abgeordnetenhaus auch der Senat für die Aufhebung des Amnestiegesetzes vom 23. September 1983 ausgesprochen habe. Vgl. dazu den Artikel „Amnestiegesetz in Argentinien aufgehoben“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Dezember 1983, S. 1.

zierung mit weitergehenden Forderungen (etwa in Form der Entsendung eines deutschen Untersuchungsausschusses oder der Zustimmung zu der vom EP geforderten Befassung der VN¹⁴) uns dem Vorwurf der Einmischung in innerargentinische Angelegenheiten auszusetzen und die hoffnungsvollen Ansätze der neuen argentinischen Regierung zur justiziellen Bereinigung der MR-Problematik zu erschweren.

2) Dies bedeutet die Weiterverfolgung unserer bisherigen Linie

- auf politischer Ebene in Kontakten mit der argentinischen Regierung das Problem zur Sprache bringen und auf Klärung drängen,
- auf diplomatisch-konsularischer Ebene die Unterstützung der kollektiven Habeas-Corpus-Anträge¹⁵ fortsetzen,
- gegenüber den Müttern politische und moralische Unterstützung zusichern.

3) Die Bundesregierung sollte die weiteren politischen Initiativen der Regierung Alfonsín, wie z.B. die beabsichtigte institutionelle Verankerung einer Menschenrechtsabteilung im argentinischen Außenministerium, als Beitrag zur Sicherung des Rechtsstaats würdigen, jedoch nicht aktiv auf solche institutionellen Schritte drängen.

4) Es sollte uns ferner daran liegen, bei fortbestehendem Interesse an befriedigender Lösung unserer menschenrechtlichen Anliegen, in zukünftigen bilateralen Gesprächen und in der Darstellung der bilateralen Beziehungen nach außen die Gesamtheit der Beziehungen zum Gegenstand des bilateralen Dialogs zu machen. Der Regierung Alfonsín sollte durch ermutigende und positive Gesten unsere Bereitschaft zur Unterstützung der demokratischen Entwicklung signalisiert werden. Damit würde zugleich ein Beitrag zu ihrer außenpolitischen Kursbestimmung geleistet.

Montfort

Referat 330, Bd. 136496

¹⁴ Mit Schreiben vom 9. November 1983 übermittelte der Präsident des Europäischen Parlaments, Dankert, Bundesminister Genscher eine EntschlieÙung vom 28. Oktober 1983, mit der „die im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Außenminister nachdrücklich“ aufgefordert wurden, „in einer gemeinsamen, systematischen Aktion bei den argentinischen Behörden auf die Freilassung aller politischen Inhaftierten und Gefangenen zu dringen“, den Verbleib der verschwundenen Kinder zu klären und VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar „um Einleitung einer internationalen Untersuchung zu bitten, die diese tragischen Ereignisse so rasch wie möglich aufklären soll“. Vgl. Referat 330, Bd. 136496.

¹⁵ Referat 330 legte am 8. Dezember 1983 dar: „Sichtbarer Ausdruck unseres fortbestehenden Interesses an der Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen ist die diplomatische und konsularische Unterstützung eines von den Angehörigen der Verschwundenen angestrebten kollektiven Habeas-Corpus-Antrags.“ Der Antrag sei am 29. September 1983 „unter Anwesenheit des deutschen Konsuls dem argentinischen Bundesrichter Salvi übergeben“ worden. Vgl. Referat 330, Bd. 136496.

384

Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik an das Bundesministerium der Justiz

221-341.32-2870/83 VS-vertraulich

19. Dezember 1983¹

Betr.: Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und
Abrüstung in Europa (KVAE);
hier: Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit Immunitätsregelungen
für DDR-Vertreter²

Die KVAE nimmt am 17. Januar 1984 in Stockholm ihre Verhandlungen auf. Für die Einberufung dieser Konferenz hat sich die Bundesregierung im KSZE-Teilnehmerkreis über Jahre mit Nachdruck eingesetzt. Das Zustandekommen dieser Konferenz ist ein bedeutender politischer Erfolg des Westens und zentrales Element der Beschlüsse des Madrider KSZE-Folgetreffens.³ Gerade in der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Situation wird der Konferenz eine besondere Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland zukommen.

Ziel und Aufgabe der Konferenz ist es, in einer ersten Phase Maßnahmen zu vereinbaren, die an die vertrauensbildenden Maßnahmen der Helsinki-Schlußakte⁴ anknüpfen und diese weiterentwickeln.

Seit Inkrafttreten der KSZE-Schlußaktenbestimmungen im Jahre 1975 bestehen wegen unserer Sonderbeziehung zur DDR für uns rechtliche Probleme bei der Immunitätsregelung für DDR-Vertreter, die dort bekannt sind.⁵ Diese Pro-

¹ Durchschlag als Konzept.

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Oesterheld und Pohris am 22. Dezember 1983 und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 23. Dezember 1983 zur Mitzeichnung vorgelegen.

² Im Zuge einer Überprüfung der bestehenden Praxis für die Einladung von Manöverbeobachtern im Rahmen der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 wies Botschafter Ruth am 19. Mai 1982 darauf hin, daß als Manöverbeobachter entsandte Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR im Gegensatz zu Manöverbeobachtern aus anderen KSZE-Teilnehmerstaaten nicht von der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik freigestellt seien. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 162.

Am 18. August 1982 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup zum Stand der Überlegungen, daß das Bundesministerium der Justiz eine Lösung durch die Änderung von Paragraph 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 anstrebe: „Gedacht ist an eine neutrale Formulierung, welche die DDR nicht namentlich erwähnt. Damit würde gleichzeitig die bislang fehlende Rechtsgrundlage für die Befreiung von Manöverbeobachtern, die nicht als Militärattachés bei uns akkreditiert sind, geschaffen.“ Vgl. VS-Bd. 13221 (210); B 150, Aktenkopien 1982.

³ Vgl. dazu die Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

⁴ Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup vermerkte am 5. Dezember 1983, daß die rechtlichen Voraussetzungen für den Austausch militärischer Beobachter mit der DDR trotz der seit dem Vorjahr geplanten Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes noch nicht geschaffen worden seien: „Beim deutschlandpolitischen Koordinierungsgespräch auf Staatssekretärsebene vom 18.11.83 im Bundeskanzleramt wurden die Arbeitsebenen angewiesen, die Angelegenheit voranzutreiben. Unter den beteiligten Ressorts besteht Einvernehmen, daß der vorliegende Entwurf unverändert eingebracht werden kann.“ Weder der Bundesminister des Innern noch die vom Bundesministerium der

bleme haben uns zu einer Einladungspraxis für Manöverbeobachter veranlaßt (Beschränkung auf hier akkreditierte diplomatische Vertreter), die wiederholt Gegenstand heftiger Kritik der WP-Staaten gewesen ist. Lediglich der zulässige Spielraum bei der praktischen Durchführung der Schlußaktenbestimmungen über Manöverbeobachter hat bisher eine Umgehung der rechtlichen Probleme ermöglicht. Es wurde deshalb erwogen, eine Änderung der Rechtsgrundlage (§ 20 GVG⁶) herbeizuführen, die das Immunitätsproblem an der Wurzel lösen würde. Eine solche Änderung der Rechtsgrundlage wäre aus unserer rüstungskontrollpolitischen Interessenlage heraus besonders wünschenswert. Sie würde die bestehende Einladungspraxis gemäß Helsinki-Schlußakte erleichtern.

Darüber hinaus aber könnte sie erforderlich werden, wenn in Stockholm Maßnahmen vereinbart werden, die eine Umgehung der Problematik wie bisher nicht mehr zuließen.

Das westliche, von uns mitzutragende Vorschlagspaket für die Stockholmer Konferenz⁷ sieht derzeit Regelungen vor, nach denen

a) zu bestimmten militärischen Aktivitäten Vertreter aller Teilnehmerstaaten als Beobachter einzuladen sind. Immunitäten und Privilegien wären nach dieser Regelung den Beobachtern z. B. schon bei Durchreise zum Ort der Beobachtung in einem Drittstaat zu gewähren;

b) jeder Teilnehmerstaat verpflichtet ist, Inspektionsteams jedes anderen Teilnehmerstaats zum Zwecke der Verifikation von Vereinbarungen auf seinem Territorium zu dulden und ihnen Immunität zu gewähren.

Eine Beschränkung des in Frage kommenden Personenkreises auf das hier akkreditierte Personal der Teilnehmerstaaten wäre mit diesen Regelungen nicht mehr zu vereinbaren.

Das Auswärtige Amt hält es deshalb für dringend geboten, daß die ins Auge gefaßte Novellierung des GVG baldmöglichst und in einer Form verwirklicht wird,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1909

Justiz über das Vorhaben informierten Bundesländer hätten bisher Einwände geltend gemacht. Vgl. VS-Bd. 11413 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Zu Paragraph 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 vgl. Dok. 29, Anm. 5.

⁷ Zur Vorbereitung eines Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) für die KVAE durch die NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 362.

Die Arbeitsgruppe Vertrauensbildende Maßnahmen des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene der NATO legte Anfang Dezember 1983 ein vom Internationalen Stab erarbeitetes Dokument mit VSBM vor. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO dazu am 12. Dezember 1983 mit: „Wir betrachten das Dokument ISD 331 als ein allianzinternes Referenzdokument für die Verhandlungsführung in Stockholm. Für die Präsentation des westlichen Vorschlagspakets zu Beginn der Konferenz erscheint der Entwurf dagegen nicht geeignet. Der Text ist hochgradig technisch angelegt und verzichtet fast gänzlich auf eine Darstellung der zugrundeliegenden politischen Zielsetzung der Maßnahmen. Hiesigen Erachtens ist ein präsentationsfähiges Papier erforderlich, das ohne Veränderung der Substanz des Pakets drei Hauptteile umfassen sollte: a) Präambel, in der das westliche Vertrauensbildungskonzept, anknüpfend an die Entwicklung der VBM im KSZE-Rahmen, entwickelt wird; b) Hauptteil, der die Einzelmaßnahmen in ihren Grundzügen mit Bezugnahme auf die Bestimmungen des Mandats darlegt; c) Anhang mit Detailangaben (Schwellen, Größenordnungen). Der Anhang sollte nicht die ganze Substanz des westlichen Pakets offenlegen, da sonst alle Karten gleich zu Beginn auf den Tisch gelegt würden. Schließlich halten wir eine stärkere Anbindung der Verifikation an die Maßnahmen selbst für erforderlich.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11525 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

die unseren besonderen rüstungskontrollpolitischen Erfordernissen Rechnung trägt.⁸

im Auftrag
Holik⁹

VS-Bd. 11413 (221)

385

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-371.80 START-2885/83 VS-vertraulich

20. Dezember 1983¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: START;

hier: Wertung der 5. Verhandlungsrunde (5.10. bis 8.12.1983)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Die 5. Runde der START-Verhandlungen ging vereinbarungsgemäß am 8.12.1983 zu Ende. In der letzten Sitzung gab der sowjetische Delegationsleiter Karpow eine kurze Erklärung ab, in der es unter anderem hieß: „Die Delegation der UdSSR erklärt, daß die Änderung der strategischen Gesamtsituation, die durch den Beginn der Stationierung von US-Raketen in Europa³ eingetreten ist, die

⁸ Paragraph 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 wurde geändert durch Artikel 4 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes vom 17. Juli 1984. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 993 f.

⁹ Paraphe vom 19. Dezember 1983.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationssekretär Meister konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Meyer-Landrut am 28. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn BM z[ur] g[efälligen] K[enn]tnisnahme – gute Sachstandsdarstellung.“

Hat Genscher am 30. Dezember 1983 vorgelegen.

³ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 367, Anm. 6. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz vermerkte am 16. Dezember 1983, daß der amerikanische Vertreter in der Technischen Arbeitsgruppe am Vortag folgenden Stand der Durchführung der Stationierung gegeben habe: „a) Umrüstung: 9 E[rector] L[aunchers] befinden sich in Mutlangen; 5 EL sind in Hausen; 13 EL sind zur Umrüstung in Kusel (IWS-Werke); 12 alte P Ia-EL sind noch in Mutlangen; jede Woche wird durchschnittlich 1 EL von Kusel nach Hausen befördert; am 14.12.1983 wurden 3 EL (alt) von Mutlangen nach Kusel, und um die Jahreswende werden 3 umgerüstete EL von Hausen nach Mutlangen transportiert. [...] d) Sprengköpfe: 13 Sprengköpfe bleiben bis April 1984 in Ramstein, bis die erste P-II-Batterie den QRA (quick reaction alert)-Status erreicht; 5 weitere Gefechtsköpfe werden voraussichtlich am 9.1. in der Bundesrepublik eintreffen.“ Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Notwendigkeit für die sowjetische Seite geschaffen hat, alle bei START erörterten Fragen neu zu überdenken. Wir beenden die gegenwärtige Runde deshalb, ohne ein Datum für die Wiederaufnahme zu setzen.“

Anders als die INF-Verhandlungen⁴ hat die SU die START-Verhandlungen damit nicht abgebrochen. Sie hat vielmehr einen Wiederbeginn nach der üblichen Weihnachtspause als solchen nicht in Frage gestellt, aber den Zeitpunkt – die USA hatten dafür den 8.2.1984 vorgeschlagen – offengelassen.

Dieses sowjetische Verhalten kam nicht überraschend. Die SU hatte die START-Verhandlungen von Anbeginn mit den INF-Verhandlungen verknüpft und speziell ihre Bereitschaft zur Reduzierung der sowjetischen strategischen Systeme auf 1800 von einem Verzicht der USA auf die Stationierung neuer Mittelstreckenflugkörper in Europa abhängig gemacht. Das völlige Auf-der-Stelle-Treten der Sowjets während der 5. Verhandlungsrunde machte den sowjetischen Entschluß deutlich, die weitere Entwicklung bei INF abzuwarten und sich bis dahin alle Optionen für START offenzuhalten. In welche Richtung sich die sowjetische Position nach Beginn der US-Stationierungen entwickeln könnte, hat die sowjetische Delegation in keiner Weise angedeutet.

Den für sie wohl wichtigsten Grund für die vorläufige Unterbrechung der START-Verhandlungen hat die SU mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, ihre Gesamtposition nach Beginn der Stationierung neuer amerikanischer Flugkörper in Europa überdenken zu müssen, selbst gegeben. Nachdem inzwischen bei MBFR eine ähnliche Entwicklung eingetreten ist⁵, kann man aber davon ausgehen, daß sich die SU außerdem auch von einer zeitweiligen Verweigerung des Rüstungskontrolldialogs für sie günstige psychologische Wirkungen im Westen verspricht.

Hinsichtlich der Dauer der bei START zu erwartenden Pause haben sich Korniienko und Samjatin gegenüber Botschafter Kastl dahin geäußert, daß die SU für ihre Überprüfung „mehrere Monate“ benötige, d. h., daß die SU beabsichtigt, sich Zeit zu lassen.

2) Angesichts der Ungewißheit, wann die SU zur Wiederaufnahme der START-Verhandlungen bereit sein und mit welcher Position sie in diese Verhandlungen gehen wird, sind Einzelheiten des Verlaufs der 5. Verhandlungsrunde – über die Rowny den NATO-Rat am 2.12.1983 unterrichtet hat⁶ – von nachgeordneter Bedeutung.

⁴ Zum Abbruch der INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356, Anm. 9.

⁵ Zur Beendigung der 31. Runde der MBFR-Verhandlungen am 15. Dezember 1983 in Wien vgl. Dok. 386.

⁶ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 2. Dezember 1983 von der Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über die START-Verhandlungen durch den Leiter der amerikanischen START-Delegation: „1) Rowny führte zum ‚build down‘-Konzept aus, daß die USA zwei Methoden vorschlugen: Durch die erste (‚2 variable ratios‘) solle ein Anreiz gegeben werden, bei der Modernisierung strategischer Rüstung stabilisierende Systeme zu bauen, während die Einführung von destabilisierenden Systemen ‚bestraft‘ werden solle. Die zweite Möglichkeit (‚percentage method‘) solle durch einen garantierten jährlichen prozentualen Abbau (5 percent) sicherstellen, daß Gefechtsköpfe (GK) auf ballistischen Systemen auch verringert würden, wenn keine Modernisierung erfolge. USA und SU sollten verpflichtet sein, diejenige Methode anzuwenden, durch die die Gesamtzahl ihrer GK auf ballistischen Raketen stärker reduziert werden. Endziel bleibe die Reduzierung auf eine gemeinsame Obergrenze von 5000 GK auf ballistischen Raketen. [...] 3) Während die SU der Einrichtung

Nur zwei Aspekte verdienen hervorgehoben zu werden:

- Die SU hat in der 5. Runde der Errichtung einer Arbeitsgruppe für VBM zugestimmt, die gegen Ende dieser Runde zu ersten Sitzungen zusammentrat. Hierin liegt ein weiterführendes Element, auf das sich bei Wiederaufnahme der Verhandlungen beide Seiten – falls sie dann an einem baldigen ersten Ergebnis interessiert sein sollten – konzentrieren könnten.
- Die USA haben auf der Grundlage der von Präsident Reagan am 4.10.1983 bekanntgegebenen Initiative⁷ das „build down“-Konzept in die Verhandlungen eingeführt und näher erläutert. Diesem Konzept kommt somit vor allem für die inneramerikanische rüstungskontrollpolitische Diskussion erhöhte Bedeutung zu. Es bringt wesentliche rüstungskontrollpolitische Ziele des Westens griffig zum Ausdruck und ist daher eine öffentlichkeitswirksame Gegenposition zum „Freeze“-Konzept der amerikanischen „Freeze“-Bewegung.

Im übrigen ist aus der 5. Verhandlungsrunde lediglich festzuhalten, daß die USA

- einen neuen Artikel III in ihren START-Vertragsentwurf⁸ eingeführt haben, mit dem das „build down“-Konzept in diesem verankert wird;
- drei Annexe zu diesem Vertragsentwurf vorgelegt haben, von denen
 - Annex I eine Reihe von START-Definitionen,
 - Annex II Einzelheiten des „build down“-Konzepts,
 - Annex III die bei der Anwendung des Vertrages maßgebenden Zählregeln behandelt;
- versucht haben, einen Dialog mit der SU über das ebenfalls von Präsident Reagan am 4.10.83 zur Diskussion gestellte Konzept von trade-offs zwischen amerikanischen Vorteilen bei schweren Bombern (d.h. dem amerikanischen Vorsprung bei luftgestützten Marschflugkörpern) und sowjetischen Vorteilen bei den ICBM (wegen des höheren Wurfgewichts bestimmter sowjetischer ICBM) in Gang zu setzen.

Die sowjetische Delegation ist hierauf jedoch nicht eingegangen und hat sich auf die Erklärung beschränkt, daß die sowjetischen Vorschläge zu einer 20%igen Verminderung des Gesamtwurfgewichts der sowjetischen ICBM führen würden.

II. Im einzelnen ist zu den beiden Aspekten VBM und „build down“ folgendes hervorzuheben:

1) VBM

Die USA hatten im Februar 1983 drei Maßnahmen vorgeschlagen:

- Vorankündigung aller ICBM- und SLBM-Testabschüsse,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1912

einer VBM-Arbeitsgruppe zugestimmt habe, habe es über das Mandat einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Vertragstextes noch keine Einigung gegeben. Die von den USA vorgeschlagene ‚build down‘-AG habe die SU als ‚Zeitverschwendung‘ bezeichnet und abgelehnt. Das ‚build down‘-Konzept als solches habe die SU zwar nicht direkt abgelehnt, sie konzentrierte ihre Kritik aber auf den angeblich diskriminierenden Charakter der für die einzelnen Systeme vorgeschlagenen Austauschrelationen sowie auf die letztlich angestrebte Obergrenze von 5000 GK.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1999; VS-Bd. 11371 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Zur Erklärung des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 289.

⁸ Zum amerikanischen Entwurf vom 7. Juli 1983 für ein START-Abkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 232, Anm. 6.

- Notifizierung größerer militärischer Übungen mit Beteiligung strategischer Nuklearkräfte,
- Vornahme eines „erweiterten Datenaustauschs“ unter Bekanntgabe von Anzahl und Standorten strategischer Systeme.

Die SU hatte als VBM vorgeschlagen:

- die Notifizierung von ICBM-Tests,
- die Notifizierung von Massenstarts strategischer Bomber,
- die Vorankündigung von Übungen der Flugzeuge auf Flugzeugträgern,
- die Festlegung von Zonen, die für schwere Bomber und Flugzeugträger nicht zugänglich sein sollten,
- die Festlegung von Sanktuarien für SLBM-U-Boote.⁹

Die ersten beiden Vorschläge der USA und der SU sind im wesentlichen deckungsgleich. Eine von den USA angestrebte rasche Einigung auf zumindest diese VBM ist bisher an der sowjetischen Weigerung gescheitert, ein Abkommen über VBM müsse integraler Bestandteil eines START-Abkommens sein. Die sowjetische Zustimmung zur Errichtung einer VBM-AG schafft nach Wiederaufnahme der Verhandlungen – bei entsprechender politischer Bereitschaft beider Seiten – die Möglichkeit einer schnellen Einigung über ein separates VBM-Abkommen, dem zugleich eine allgemeine Signalfunktion zukommen könnte.

2) Das von den USA für START vorgeschlagene „build down“-Konzept sieht zwei Möglichkeiten vor:

- Bei Modernisierungen soll die Verminderung der nuklearen Arsenale durch einen überproportionalen Abbau der alten Waffen erreicht werden. Dabei wird gleichzeitig das Ziel verfolgt, durch ein Austauschverhältnis, das die Erneuerung von als destabilisierend angesehenen Systemen benachteiligt, die Entwicklung in Richtung auf stabilitätsorientierte Streitkräftestrukturen zu lenken. So werden z. B. als Austauschrelation bei der Erneuerung von Gefechtsköpfen illustrativ vorgeschlagen:
 - bei Ersetzung von GK auf gemirvten ICBM 1:2,
 - bei Ersetzung von GK auf gemirvten SLBM 2:3,
 - bei Ersetzung von ungemirvten Systemen 1:1.
- Um Reduzierungen auch dann zu gewährleisten, wenn keine Modernisierungen erfolgen, soll für einen festzulegenden Reduzierungszeitraum außerdem die Zahl der GK auf ballistischen Raketen um einen festen Satz von jährlich 5% reduziert werden.

Von diesen beiden Methoden soll jeweils diejenige Anwendung finden, die im Zeitraum eines Jahres die größeren Reduzierungen ermöglicht. Die Reduzierungsverpflichtung endet, sobald die von den USA vorgeschlagene Gesamtobergrenze von 5000 GK für jede Seite erreicht ist; danach ist für jede Erneuerung von GK eine Austauschrelation von 1:1 vorgesehen.

⁹ Zu den amerikanischen und sowjetischen Vorschlägen für die dritte Runde der START-Verhandlungen vom 2. Februar bis 31. März 1983 in Genf vgl. Dok. 96.

Die Administration hat damit das auf eine Initiative der Senatoren Cohen und Nunn zurückgehende „build down“-Konzept¹⁰ in ihre bisherige START-Position integriert und zu einem Instrument für die Verwirklichung der von den USA vorgeschlagenen Reduzierungen strategischer Rüstungen entwickelt. Die ursprüngliche Vorstellung der beiden Senatoren, nämlich bei Einführung von einem neuen GK generell den Abbau von zwei alten zu verlangen, wurde erheblich erweitert und insbesondere um stabilitätsorientierte Elemente angereichert. Hinsichtlich anderer strategischer Systeme – etwa für die von den USA ebenfalls angestrebte Anwendung auf strategische Bomber – hat die Administration einen Reduzierungsmodus noch nicht erarbeitet.

Die weitere Konkretisierung des „build down“-Konzepts hängt jedoch auch von der Reaktion der SU ab. Die bisherige Stellungnahme der sowjetischen START-Delegation war kritisch; die von den USA vorgeschlagene Errichtung einer „build down“-Arbeitsgruppe wurde sogar als „Zeitverschwendung“ abgelehnt. Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung der sowjetischen Argumente, daß sich diese Kritik weniger gegen den „build down“ als solchen richtet, sondern vielmehr Teil der allgemeinen sowjetischen Kritik an der amerikanischen START-Position ist. Die SU hat damit möglicherweise ihr letztes Wort zum „build down“-Konzept noch nicht gesprochen.

Die Inkorporierung des „build down“-Konzepts in die amerikanische START-Position sichert der Administration eine noch breitere Unterstützung im Senat als bisher sowohl für ihre START-Verhandlungsführung als auch für ihr strategisches Modernisierungsprogramm. Die Administration macht sich damit aber auch ein wirkungsvolles Gegenkonzept gegen den Freeze-Gedanken zu eigen: Die im „build down“-Konzept vorgenommene spezifische Verschmelzung der beiden rüstungskontrollpolitischen Zielvorstellungen strategische Stabilität und Abrüstung (ersetze zwei alte Gefechtsköpfe durch einen neuen) ermöglicht es ihr, einerseits für notwendige Modernisierungsmaßnahmen einzutreten und andererseits eine wesentliche Reduzierung von Nuklearwaffen zu versprechen. Mit diesem Ansatz, der anders als der Freeze-Gedanke auch die sicherheitspolitische Zielsetzung der Rüstungskontrolle deutlich herausstellt, kann die Administration darauf hoffen, ein breiteres Spektrum der amerikanischen Bevölkerung zu überzeugen als die Freeze-Bewegung.

3) Als Fußnote verdient festgehalten zu werden, daß die nach den vorausgegangenen START-Runden übliche bilaterale Unterrichtung der Bundesregierung durch die SU bisher unterblieben ist; vermutlich deshalb, weil die SU damit einen Grad von Interesse an START bekunden würde, der ihrer gegenwärtigen Linie des Sich-Verweigerns nicht entspräche.

Hartmann

VS-Bd. 11371 (220)

¹⁰ Zu den Vorschlägen der amerikanischen Senatoren Cohen und Nunn vgl. Dok. 157, Anm. 6.

386

**Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

114-21586/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 585

Aufgabe: 20. Dezember 1983, 11.19 Uhr¹
Ankunft: 20. Dezember 1983, 14.15 Uhr

Del.Ber. Nr. 123/83

Betr.: MBFR;

hier: Abschlußbericht der 31. Verhandlungsrunde (22.9. bis 15.12.1983)

Zur Information

I. Zusammenfassung und Empfehlung

1) Nach über zehnjährigen Verhandlungen² endete die 31. Runde ungewöhnlich: Der Osten war nicht bereit, einen Termin für den Beginn der 32. Runde zu vereinbaren. Er soll später über diplomatische Kanäle ausgehandelt werden (s. Del.Ber. Nr. 122 vom 15.12.1983³). Der Osten hat diesen Schritt offiziell nicht begründet. Daraus wäre zu schließen, daß er die MBFR-Verhandlungen nicht endgültig abbrechen und sich für die weitere Entwicklung alle Optionen offenhalten will. Zahlreiche informelle Gespräche mit östlichen Delegationsmitgliedern deuteten darauf hin, daß das Ausbleiben einer westlichen Antwort auf die diesjährigen östlichen Vorschläge⁴, insbesondere das Fehlen eines Signals zur Bereitschaft, Alternativen zur Frage der Ausgangsdaten in Betracht zu ziehen, für die östliche Entscheidung ausschlaggebend war. Die Möglichkeit, diese Entscheidung außerdem im Zusammenhang mit der derzeitigen Situation im Ost-West-Verhältnis und vor allem mit der INF-Frage interpretieren zu können, liegt sicherlich zusätzlich in östlicher Absicht. Insgesamt ist aber wohl davon auszugehen, daß zwischen der Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen und einem neuen westlichen Schritt ein direkter Zusammenhang besteht.⁵

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 20. Dezember 1983 vorgelegen.

² Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.

³ Vor dem Hintergrund des Abbruchs der INF-Verhandlungen und der Vertagung der START-Verhandlungen wies Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), darauf hin, daß es seitens der Warschauer-Pakt-Staaten Überlegungen gegeben habe, „ob auch die Wiener Verhandlungen in die östlichen Reaktionen auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen einbezogen werden sollten“. Im Fall der MBFR-Verhandlungen habe sich die UdSSR allerdings „darauf beschränkt, das Datum für die Wiederaufnahme der Gespräche nicht wie üblich bereits in Wien festzulegen, sondern vorzuschlagen, den Beginn der nächsten Runde auf diplomatischem Wege auszuhandeln“. Sie habe es zudem „sorgsam vermieden, [...] die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu konditionieren“. Vgl. VS-Bd. 11517 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁴ Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten unterbreiteten am 17. Februar 1983 in Wien neue Vorschläge. Vgl. dazu Dok. 51.

Am 23. Juni 1983 legten sie den Entwurf für ein MBFR-Abkommen vor. Vgl. dazu Dok. 224.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik nahm am 13. Dezember 1983 zur angekündigten Unterbrechung der MBFR-Verhandlungen in Wien Stellung: „Von Interesse ist, daß im Unterschied zu START und INF eine offizielle Begründung des östlichen Schritts nicht gegeben wird. [...] Es ist anzunehmen, daß sich der Osten darüber im klaren ist, daß derartige Versuche einer Druckausübung eine westliche Bewegung nur erschweren könnten. In jedem Fall bleibt der östliche Schritt

2) Für die Weiterentwicklung der sachbezogenen Verhandlungspositionen war das herausragende Ereignis der Runde die Beantwortung der westlichen Fragen zum östlichen Abkommensentwurf, die im wesentlichen die Phase der Reduzierungen bis zur Parität betrafen (s. Del.Ber. Nr. 94 v. 27.10.83⁶). Mit seinen Antworten hat der Osten einen erheblichen Teil der Unklarheiten der vorangegangenen Präsentation seiner Vorschläge beseitigt. Wenn auch die von ihm angebotene Transparenz der Verminderungsphase nicht ausreichend ist, so hat er sich doch den westlichen Vorstellungen weiter angenähert.

3) Die östlichen Einlassungen seit Februar dieses Jahres bieten dem Westen im Falle der Fortsetzung der Verhandlungen eine taktisch, aber auch im Hinblick auf ein Verhandlungsergebnis vorteilhafte Gelegenheit, die Ernsthaftigkeit des Ostens weiter auf die Probe zu stellen und dessen Kompromißbereitschaft auszuloten. Hierzu bedarf es jedoch eines substantiellen Verhandlungsschritts, der, z. B. auf der Grundlage der BSR-EntschlieÙung⁷, auf das östliche Konzept eines Abkommens ohne vorher vereinbarte Ausgangsdaten antwortet.

Klarer denn je hat sich abgezeichnet, daß der Osten eine Vereinbarung über Ausgangsdaten, auch durch Lösungen, die zu feststellbaren Ausgangsdaten zurückführen könnten, ausschließt, daß er aber im Bereich der Ausgestaltung der Verminderungsphase (z. B. Zwischenhöchststärken) und der begleitenden Maßnahmen zu Konzessionen bereit sein könnte, wenn der Westen generell bereit wäre, Alternativlösungen für Ausgangsdaten in Betracht zu ziehen und Flexibilität im Maßnahmenbündel signalisieren würde. Demgegenüber scheinen die übrigen strittigen Fragen – mit Ausnahme der Einbeziehung von Rüstungsreduzierungen – wohl zweitrangiger Natur.

4) In der derzeitigen Situation hat die Frage der Wiederaufnahme der Gespräche grundlegende Bedeutung. Der Westen muß sich entscheiden, ob er eine abwartende Haltung einnehmen oder selbst auf eine Terminfestlegung drängen will. Sollte ein baldiger Wiederbeginn der Verhandlungen angestrebt werden, so muß sich der Westen gleichzeitig zu einem Verhandlungsschritt entschließen. Ohne diesen wäre nicht nur die Wiederaufnahme der Gespräche in Frage gestellt, sondern es würde in der Öffentlichkeit auch der östlichen Behauptung Vorschub geleistet, der Westen verhandle nur zum Schein.

Wie aber kann Druck auf Wiederaufnahme der Gespräche mit einem Signal der Fortentwicklung westlicher Positionen verbunden werden, ohne daß der Osten mit seiner Verzögerungstaktik erfolgreich erscheint? Diese Schwierigkeiten könnten um so eher überwunden werden, je schneller der Westen Vorbereitungen zur Positionsbildung einleitet und sie nach außen sichtbar macht. Dies

Fortsetzung Fußnote von Seite 1916

als vage Geste je nach Bedarf gegenüber Kritikern der Nachrüstung in unserer Öffentlichkeit ebenso nutzbar wie gegenüber Kritikern der westlichen Verhandlungsführung bei MBFR. Vor diesem Hintergrund sollten wir die Bedeutung des Vorgangs jedenfalls in der Öffentlichkeit herunterspielen. Dessen ungeachtet werden sich Konsequenzen für die weitere Verhandlungsführung ergeben, die eingehender Erörterung im Bündnis bedürfen. Auch die Behandlung unseres Vorschlags für eine Verhandlungsinitiative wird sich in neuem Licht stellen. „Business as usual“ in Wien, wie von einigen Stellen in Washington bisher befürwortet, wird kaum mehr als ernsthafte Option betrachtet werden können.“ Vgl. VS-Bd. 11473 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁶ Korrigiert aus: „26.10.83“.

Zum Drahtbericht des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vgl. Dok. 344, Anm. 5.

⁷ Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983 vgl. Dok. 237.

würde ein direktes Junktim zwischen der Forderung nach Festlegung des Termins für die neue Runde und Verhandlungsschritt zumindest verwischen. Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, daß der Westen seine Verhandlungsbereitschaft demonstriert und alle westlichen Delegationen vollzählig in Wien verbleiben.

5) Bei der Entwicklung einer Verhandlungsposition für die Wiederaufnahme der Gespräche sollte den unter III. abgehandelten, für die Weiterführung der MBFR-Verhandlungen entscheidenden Problemen – Ausgangsdaten, Maßnahmen-Bündel, Rüstungsverminderungen – besonderes Augenmerk gewidmet werden. Die größte Bedeutung kommt dabei der Frage Ausgangsdaten/Verifikation zu, wobei hier ein enger Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Überprüfung des westlichen AM-Pakets⁸ besteht. Im Falle der Deblockierung der Verhandlungen durch Positionsänderung in der Frage der Ausgangsdaten werden weitere Einzelfragen wie z.B. Obergrenzen für Luftwaffenpersonal, Reduzierungsformen, Subceilings, die in Del.Ber. Nr. 114 v. 5.12.83⁹ dargestellt wurden, im Lichte aktueller militärpolitischer Entwicklungen und des Verhandlungsablaufs bewertet werden müssen. Die Vorarbeiten für eine solche Bewertung sollten rechtzeitig eingeleitet werden.

Die Delegation schlägt vor, daß diese Fragen auf der Ressortbesprechung am 12.1.84 zur Erörterung gestellt werden.

II. Entwicklung der Verhandlungsposition während der Runde

1) Der Westen hatte seine Verhandlungslinie auf das zunehmend stärker werdende östliche Drängen nach Beantwortung seiner drei Vorschlags Elemente abzustellen und mußte dabei vor allem den Eindruck einer Defensivhaltung zu vermeiden suchen.

- Er stellte heraus, daß sein Vertragsentwurf vom Juli 1982¹⁰ unverändert Basis der westlichen MBFR-Position ist. Die in diesem Entwurf eindeutig formulierten Reduzierungs- und Limitierungsverpflichtungen sowie die vorgesehenen Maßnahmen für deren effektive Verifizierung bilden eine sichere Grundlage für ein wirkungsvolles Abkommen. Der Westen stellte dieses Konzept den Mängeln und Lücken des östlichen Ansatzes gegenüber.
- Um weitere praktische Fortschritte zu erzielen, schlug er vor, die Verhandlungen in dieser Runde auf diejenigen Sachfragen zu konzentrieren, in denen sich die Positionen beider Seiten bereits sichtbar nähergekommen sind, um so die Chancen weiterer Annäherung zu nutzen. Der Westen konzentrierte sich dabei auf den Verifikationsbereich. In zahlreichen Beiträgen stellte

⁸ Am 20. Dezember 1979 brachten die an den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten in Wien ein Paket begleitender Maßnahmen („Associated Measures“) ein. Vgl. dazu Dok. 88, Anm. 12.

⁹ Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), nannte weitere Punkte, hinsichtlich derer „die frühzeitige Überprüfung eigener Positionen im Hinblick auf Verhandelbarkeit und Argumentation sowie Auslotung von Flexibilitätsmargen“ erfolgen sollten. Dazu gehörten vor allem Rüstungsreduzierungen und ggf. nachfolgende -limitierungen, eine Begrenzung des Personals der Luftstreitkräfte, die Begleitenden Maßnahmen und die Frage von Inspektionen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 554/555 vom 5. Dezember 1983; Referat 221, Bd. 128675.

¹⁰ Zum Abkommensentwurf vom 8. Juli 1982 der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 51, Anm. 7.

er die Notwendigkeit einer wirksamen Ausgestaltung der einzelnen, von beiden Seiten grundsätzlich anerkannten Maßnahmen heraus.

- 2) Der Osten machte von Anfang an die Forderung nach einer „konstruktiven Antwort“ des Westens auf seine Vorschläge zur Grundlage seiner gesamten Verhandlungslinie in dieser Runde.
 - In zunehmend schärferen Formulierungen lehnte er den westlichen Vertragsentwurf als Grundlage für ein beiderseits annehmbares Abkommen ab. Im Mittelpunkt seiner Kritik standen die Forderung nach Ausgangsdaten, Umfang und Ausgestaltung des westlichen Maßnahmen-Bündels und der Abschluß von Rüstungsverminderungen.
 - Er erklärte, daß sein neuer Ansatz, in dem jede Seite die Höhe ihrer Reduzierungen zur Parität selbst bestimmen muß und erst die Reststärken verifiziert werden, einen Ausweg aus der Sackgasse des Problems vereinbarter Ausgangsdaten anbiete. Jede Wiederaufnahme einer Diskussion über Ausgangsdaten wies er wegen ihrer Erfolglosigkeit a limine zurück.
 - Er machte eine Zustimmung zum westlichen Verfahrensvorschlag einer detaillierten Erörterung der Verifikationsmaßnahmen von einer „konstruktiven“ westlichen Reaktion zum Prinzip des östlichen Ansatzes abhängig – mit der Begründung, daß Form und Inhalt dieser Maßnahmen nur im Rahmen des Gesamtkonzepts der Reduzierungen und Limitierungen und unter dem neuen östlichen Herangehen behandelt werden könnten.
- ¹¹3) Mit der Beantwortung der noch offenen westlichen Fragen Mitte der Runde ergänzte der Osten seine bisherige Präsentation, vor allem im Bereich des Reduzierungsprozesses. Durch Austausch – vor Unterzeichnung eines Abkommens – von detaillierten Plänen zur Einladung von Beobachtern zur Masse der Reduzierungen soll
 - nunmehr sichergestellt sein, daß die für die dreijährige Dauer des Reduzierungsprozesses aufgelisteten Einladungen auch tatsächlich erfolgen und große Teile („bulk“) der Reduzierungen abdecken;
 - nunmehr eine eingehende Information u. a. über die zahlenmäßige Stärke der abzuziehenden Verbände und Einheiten, ihre Bezeichnung sowie ihre Abzugsdaten vorgesehen werden; diese Reduzierungen sollen sowohl am Ort wie auch bei Verlassen der NGA¹² beobachtet werden können.

Durch Bereitschaft zu einer umfangreichen Information über einen den östlichen offiziellen Daten entsprechenden Teil der Reduzierungen und zu ihrer über die Listen vorab garantierten Beobachtung hat der Osten wichtige Klarstellungen seiner Vorschläge vorgenommen. Er scheint bereit zu sein, die Verifizierbarkeit der Truppenverminderungen soweit zuzulassen, als sie nicht zwangsläufig Rückschlüsse auf die Ausgangsdaten erlauben würden. In jedem Fall würde der Listenaustausch vor Vertragsunterzeichnung in diesem Rahmen eine weitgehende Synchronisierung der Reduktionsabläufe beider Seiten ermöglichen, die grundlegende Bedeutung für die Erhaltung der Stabilität während des Reduzierungsprozesses hat.

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 586 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² NATO Guidelines Area.

4) Der Osten hat auch in der 31. Runde wieder besondere politische und propagandistische Akzente gesetzt. Im Rahmen der generellen Vorwürfe an den Westen, einseitige militärische Vorteile anzustreben, stellte er den NATO-Doppelbeschuß als beispielhaft in den Mittelpunkt. Er behauptete, daß die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen im Westteil der NGA im Widerspruch zum Ziel der Verminderung militärischer Konfrontation in Europa stehe und eine neue Situation schaffe, die auch die Wiener Verhandlungen nachteilig beeinflusse.

Gleichwohl hat der Osten in Wien vermieden, diese Frage übermäßig zu dramatisieren. Er ließ auch den 10. Jahrestag der Verhandlungen (Ende Oktober) verstreichen, ohne über die üblichen Vorhaltungen hinauszugehen. Die östlichen Vertreter ließen auch nach der deutschen Entscheidung vom 22. November 1983¹³ keine Veränderung ihres bisherigen Verhandlungsverhaltens erkennen. Die direkt auf die Verhandlungen bezogene östliche Kritik konzentrierte sich weiterhin auf die ausstehende westliche Antwort zu den diesjährigen Vorschlägen des Ostens.

III. Folgerungen aus der 31. Runde

Die Delegation hat bereits eine eingehende Bewertung des Verhandlungsstandes vorgenommen; diese wurden mit Delegationsberichten Nr. 103/83 vom 11.11.83¹⁴ und Nr. 114/83 vom 5.12.83 übermittelt. Hierauf wird, ebenso wie auf den mündlichen und schriftlichen Bericht der AHG an den NATO-Rat¹⁵, verwiesen. Nachstehende Bewertung konzentriert sich daher ausschließlich auf grundsätzliche Erkenntnisse und Folgerungen.

1) Es ist davon auszugehen, daß der Osten eine grundsätzliche Antwort auf seinen Abkommens-Ansatz oder westliche Vorschläge zur Lösung des Problems der Ausgangsdaten erwartet. Unterbleibt ein solcher westlicher Schritt, so dürften die Verhandlungen nicht wieder aufgenommen werden oder erneut zum Stillstand kommen.

Mithin erfordern nicht nur übergeordnete politische Erwägungen, sondern auch der objektive Verhandlungsstand dringlich einen westlichen Schritt, wie z. B. auf der Grundlage der vom BSR gebilligten Überlegungen.

2) Im Falle der Wiederaufnahme der Gespräche haben für den zukünftigen Verhandlungsablauf drei Problembereiche zentrale Bedeutung.

a) Es besteht kein Zweifel, daß für den Osten eine Übereinkunft über Ausgangsdaten ausgeschlossen ist und bleiben wird. (Dies gilt auch für Versuche, eine solche Klärung der Ausgangsdaten indirekt, etwa über die Forderung nach genauer Festlegung der Reduzierungsumfänge bis zur Parität, zu erreichen.) Eine Lösung dieses Problems erscheint dem Osten schon aus politischen Gründen nicht möglich.

¹³ Zur Entschließung des Bundestags vom 22. November 1983 über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

¹⁴ Für den Drahtbericht des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vgl. Dok. 344.

¹⁵ Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), übermittelte am 24. November 1983 den Text des mündlichen Berichts der Ad-hoc-Gruppe in Wien für den Ständigen NATO-Rat am folgenden Tag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 530/531; VS-Bd. 11467 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Die vom Osten erwartete „konstruktive“ Antwort des Westens auf seine Vorschläge bezieht sich in erster Linie auf ein Signal westlicher Bereitschaft, auf Ausgangsdaten zu verzichten und nach alternativen Lösungen zu suchen. Dies schließt nicht aus, daß entsprechende westliche Überlegungen auch unterschiedlich von den derzeitigen östlichen Vorschlägen sein können. Diese Alternativen müssen im Bereich der Verifikation und der Gestaltung der Verminderungsphase gesucht werden. Der Osten hat hierbei zu erkennen gegeben, daß er, nach westlicher Grundsatzentscheidung, bereit wäre, über solche Fragen flexibel zu verhandeln und zur Schaffung eines effektiven Verifikationsmechanismus beizutragen.

b) Das zweite zentrale Problem liegt im Bündel der begleitenden Maßnahmen (AM). Neben den Vorwürfen des Versuches der Ausdehnung des Vertragsgebiets und des überzogenen Inhalts der vom Westen vorgelegten Maßnahmen benutzt der Osten auch das verhandlungstaktische Argument, daß der Westen, trotz klarer östlicher Kritik, das AM-Paket seit 1979 nicht verändert hätte. Letzteren Umstand benutzt er als Beweis grundsätzlich fehlender westlicher Flexibilität bei den Verhandlungen. Für die Zukunft erscheint, wie bereits in den Bezugsberichten dargestellt, eine kritische Neubewertung und Überarbeitung des westlichen AM-Pakets unausweichlich. Die Implementierung in den Verhandlungen könnte entweder in Form eines neuen Vorschlags oder aber über gemeinsame Erarbeitung mit dem Osten geschehen. Für die zweite Lösung spricht, daß der Osten im Prinzip bereits gleiche Maßnahmen vorgesehen hat und daß bei einer Suche nach Verifikations-Alternativen für Ausgangsdaten sich die Verhandlungen zwangsläufig auf den Inhalt der AM konzentrieren müssen. Von genereller Bedeutung ist die Erkenntnis, daß der Osten keinen AM zustimmen wird, die nicht in klarem Abkommensbezug stehen.

c) Der Ausschluß von Rüstungsreduzierungen bleibt weiterhin ein hervorstechender Ansatzpunkt östlicher Kritik, die der Westen auch in Zukunft zu erwarten haben wird, da der Osten sich hier auf das Mandat von 1973¹⁶ stützen und uns immer wieder Verstoß gegen die vereinbarte Verhandlungsgrundlage vorwerfen kann. Der Westen könnte aus hiesiger Sicht dieses Problem durchaus offensiv angehen, weil die östliche Position in dieser Frage nicht schlüssig ist. Der Osten fordert ausschließlich Rüstungsverminderungen; nachfolgende Begrenzungen (also die für effektive Rüstungskontrolle sinnvolle Konsequenz) lehnt er ab, da solche für die einheimischen Streitkräfte im Ergebnis zu absoluten Begrenzungen der Rüstung und generell zur Verhinderung von Modernisierungen führen könnten. Dies wäre auch für den Osten sicherheitspolitisch nicht tragbar. Mithin steht die Argumentation des Ostens, die die Forderung nach Rüstungsverminderungen – ohne nachfolgende Limitierung – zu untermauern hätte, rüstungskontrollpolitisch auf schwachen Füßen. Diese inhärente Schwäche der östlichen Position könnte der Westen nutzen, wenn er grundsätzliche Bereitschaft zur Diskussion über Probleme und Folgen von Rüstungsverminderungen und -begrenzungen anbieten könnte. Hierzu wäre erforderlich, intern die Möglichkeit einer im Grundsatz flexibleren Haltung zur Rüstungs-

¹⁶ Vgl. dazu das Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

verminderung und damit auch die Frage zu prüfen, ob und wie Rüstungsreduzierungen in Zukunft in Verhandlungen behandelt werden sollen.¹⁷

[gez.] Boss

VS-Bd. 11473 (221)

387

Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt

114-21589/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1358
Citissime

Aufgabe: 20. Dezember 1983, 15.00 Uhr¹
Ankunft: 20. Dezember 1983, 16.16 Uhr

Betr.: Deutsch-spanische rüstungstechnische Zusammenarbeit

Bezug: DB Nr. 1315 vom 3.12.1983 – Pol 321.00-102/83 VS-v²

Zur Unterrichtung

1) Am 15. Dezember wurde vom Leiter der Abteilung Rüstungswirtschaft des BMVg, Ministerialdirektor Ruppelt, und auf spanischer Seite vom Rüstungsdirektor des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Andrés Jiménez, eine Ver-

¹⁷ Am 16. Dezember 1983 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel seine Einschätzung der nach Unterbrechung der MBFR-Verhandlungen entstandenen Situation: „Die Fortführung der Verhandlungen liegt im politischen Interesse des Westens. Wir sollten daher nach einem geeigneten Weg suchen, um die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Wien zu bewirken, allerdings ohne dem Osten hierfür einen Preis in Aussicht zu stellen oder gar zu zahlen. Unabhängig von der westlichen Argumentation zur Wiederaufnahme gegenüber dem Osten scheint es uns für die bündnisinterne Meinungsbildung unerlässlich, für die Wiederaufnahme ein Gegenkonzept zu der östlichen Verhandlungslinie zu entwickeln, die dem Westen eine überzeugende und aktive Verhandlungsführung erlaubt. Ein bloßes ‚business as usual‘ erscheint uns nicht als ernsthafte Option für eine Phase der politischen Auseinandersetzung mit dem Osten, in der der Westen gute Argumente und eine solide Position braucht und defensives Reagieren der anderen Seite die Initiative überlassen würde.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11461 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Die 32. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 16. März bis 19. April 1984 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 268 des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vom 19. April 1984; AAPD 1984.

¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer verfügte.

Hat Fischer am 21. Dezember 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Loeck und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Henze verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ist in Vereinbarung Export behandelt??“

Hat Loeck am 22. Dezember 1983 vorgelegen.

² Botschafter Brunner, Madrid, berichtete, daß ihm der Unterstaatssekretär im spanischen Verteidigungsministerium, Serra, folgendes mitgeteilt habe: „Aus allgemein politischen Gründen und um die Verbindung zur NATO zu festigen, sei Spa[nien] jetzt daran interessiert, konkrete Beweise der Rüstungszusammenarbeit mit uns zu liefern. Er verhehle nicht, daß dabei auch eine Rolle spiele, dem französischen Nachbarn zu signalisieren, daß auf Dauer ein Zusammenwirken mit Spa. im Bereich

einbarung über eine mögliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kampfpanzer unterzeichnet.

Die Vereinbarung befaßt sich im wesentlichen mit den Bereichen Kampfwertsteigerung vorhandener Kampfpanzer, gemeinsame Entwicklung eines mittleren Kampfpanzers auf Basis der Leo-II-Technologie und spanische Beteiligung an möglicher multilateraler Entwicklung eines Kampfpanzers der 90er Jahre. Sie sieht die Bildung von gemeinsamen Expertenkommissionen vor, die mit kurzer Fristsetzung Einzelheiten der möglichen Kooperation untersuchen wollen.

Nach zweitägigen Gesprächen zwischen Rüstungsexperten des BMVg und des spanischen Verteidigungsministeriums könnte damit ein wichtiger Durchbruch im Bereich der spanisch-deutschen rüstungstechnischen Zusammenarbeit erreicht worden sein. Den Gesprächen waren ein Briefwechsel zwischen Bundesminister Dr. Wörner und Verteidigungsminister Serra über Grundsätze der Rüstungszusammenarbeit³ und ein persönlicher Meinungsaustausch am Rande der letzten DPC-Sitzung in Brüssel⁴ vorangegangen.

2) Das Hauptinteresse auf spanischer Seite gilt einer umfassenden langfristigen Zusammenarbeit mit einer starken Industrienation, wobei die Leitungsebene des spanischen Verteidigungsministeriums uns zur Zeit noch eine Vorrangstellung vor den anderen Anbietern US und FR einräumt. Angestrebt wird der Anschluß an Spitzentechnologie. Man möchte sich zugleich über längere Zeit Exportmöglichkeiten offenhalten, auch für den Bereich von Innovation bei

Fortsetzung Fußnote von Seite 1922

der Terrorismusbekämpfung lohnend sei. Entscheidend sei, daß die Streitkräfte großes Interesse an einer engen Verbindung zur Bundesrepublik hätten.“ Konkret sei an die Anschaffung des Flugabwehrsystems „Roland“ gedacht, „wiewohl es am teuersten komme. Entscheidend sei das Ausmaß an industrieller Kooperation, das man sich bei diesem Auftrag von immerhin 500 Mio. DM verspreche.“ Ferner werde der Kauf von Kampfpanzern des Typs „Leopard“ erwogen. Er, Serra, „stehe unter starkem Druck der Amerikaner, die den Panzer M1 „Abrams“ in Spanien absetzen wollten. Die USA haben längst Wind davon bekommen, daß Spa. wegen technischer Fehlleistungen und aus politischen Gründen die französische AMX-Serie langsam auslaufen lassen wolle.“ Serra habe deshalb darum gebeten, „möglichst bald eine aus Angehörigen des Verteidigungsministeriums und der Firma Krauss-Maffei zusammengesetzte Delegation zu weiteren Gesprächen nach Madrid zu entsenden“. Vgl. VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Ministerialdirektor Fischer legte am 22. Juni 1983 die Beschlußvorlage des Bundesministeriums der Verteidigung zu einer deutsch-spanischen Rahmenvereinbarung über Rüstungszusammenarbeit vor: „Wichtigster Punkt des Briefwechsels ist die Regelung des Exports aus Rüstungs Kooperationen. Dabei wird zwischen Exporten von Rüstungsmaterial aus regierungsamtlicher und solchen aus privater Rüstungs Kooperation unterschieden.“ Für erstere gelte, daß der Export „in souveräner Verantwortlichkeit des exportierenden Partners“ liege. Jedoch seien eine „Prüfung der exportpolitischen Konsequenzen“ vor Abschluß einer Kooperation und die „frühzeitige Unterrichtung über beabsichtigte Exporte“ vorgesehen. Bei möglichen Einwänden könnten Konsultationen vorgenommen und „Zulieferungen an die andere Seite ausnahmsweise“ gestoppt werden. Bei Unternehmenskooperationen „kann jede Regierung eine Abstimmung über Regelungen des Exports von Rüstungsmaterial aus dieser Kooperation in Drittländer verlangen. Die Regierungen behalten sich vor, solche Exporte im Einzelfall von ihrer gemeinsamen Zustimmung abhängig zu machen.“ Vgl. VS-Bd. 10921 (422); B 150, Aktenkopien 1983.

Für den Briefwechsel vom 15. Juli 1983 vgl. VS-Bd. 10921 (422).

⁴ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1983 vgl. Dok. 380.

Bundesminister Wörner und der spanische Verteidigungsminister Serra führten am 6. Dezember 1983 in Brüssel ein Gespräch über die deutsch-spanische Rüstungszusammenarbeit. Für die Gesprächsaufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 10921 (422).

vorhandenem Material. Eine Koproduktion des Leo II schloß Andrés aus, es sei denn, es werde eine Exportregelung getroffen.

3) Die bisher erreichte Übereinstimmung ist in starkem Maße der Flexibilität der deutschen Delegation zu verdanken, die mit viel sachlicher Kompetenz, Geschick, Geduld und Einfallsreichtum die Gespräche zum Erfolg führte. Es gelang bisher, die eingebauten Widerstände des zuständigen Rüstungsdirektors zu neutralisieren, wobei auch die weniger voreingenommene und sachlichere Haltung des zweiten Gesprächspartners eine Rolle spielte.

4) Das jetzt sichtbar gewordene Einvernehmen kann der Beginn eines Prozesses sein, der hoffentlich schnell voranschreiten wird. Dies scheint mir schon aus Gründen einer Defensivstrategie gegenüber dem größten Anbieter und Konkurrenten in diesem Bereich vonnöten zu sein. Je weiter die Gespräche vorankommen und je dichter sie sich gestalten lassen, desto leichter wird man hier dem Angebotsdruck des größten atlantischen Partners widerstehen können.

5) Bei der Bewertung dieser möglichen Kooperation und bei Überlegungen über das Ausmaß möglichen Entgegenkommens von unserer Seite scheint mir besonders wichtig, sich der politischen Bedeutung im Hinblick auf spanische NATO-Mitgliedschaft⁵ und Zusammenarbeit in der Eurogroup bewußt zu sein.

Der Verteidigungsattaché wird in einem weiteren gesonderten Bericht auf Einzelheiten eingehen.⁶

[gez.] Brunner

VS-Bd. 10921 (422)

⁵ Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 347, Anm. 26.

⁶ Oberst i. G. Teetzmann, Madrid, berichtete mit Drahtbericht Nr. 1361/1362 vom 21. Dezember 1983 von den deutsch-spanischen Gesprächen über Rüstungszusammenarbeit am 14./15. Dezember 1983 in Madrid. Vgl. VS-Bd. 12931 (203); B 150, Aktenkopien 1983.

Bundesminister Genscher an Staatssekretär a.D. von Staden**20. Dezember 1983¹**

Lieber Herr von Staden,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. Dezember 1983² und Ihre freundlichen Worte zu meinem Artikel vom 2. Dezember³.

Ich habe im Sinne dieses Artikels beim NATO-Außenminister-Treffen in Brüssel⁴ mit unseren Freunden über den künftigen Kurs des Bündnisses gesprochen, und ich bin sehr befriedigt darüber, daß wir für unsere Gedankengänge breite Unterstützung gefunden haben. Ich glaube auch, daß man in Moskau das Signal von Brüssel⁵ sorgfältig prüfen wird und daß die ersten Reaktionen, die der für die Sowjets jetzt nicht ganz leichten Gesichtswahrung dienen, noch keine Antwort darstellen.

Was Sie mit Ihren Bemerkungen über das sowjetische Mißtrauen und die Sorge vor einem „Trojanischen Angriff“ sagen wollen, verstehe ich gut. Die Sowjets wissen natürlich und haben es offiziell zur Kenntnis genommen, daß unser politisches Ziel auf Änderung der Verhältnisse in Europa gerichtet ist. Sie werden uns in ihrem Mißtrauen sogar Methoden unterstellen, an die wir gar nicht denken. Ich glaube, daß es der Vertrauensbildung dient, wenn wir sagen, wie wir uns den Änderungsprozeß vorstellen: keine heimlichen „Trojanischen Pferde“, keine „Kreuzritter“, die Mauern erstürmen wollen, keine anderen unfriedlichen Mittel, sondern den KSZE-Prozeß, der ihnen selbst die Notwendigkeit der Entwicklung und Änderung bewußt macht und ihnen die Chance gibt, mitzuwirken.

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen

gez. Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 14120 (010)

¹ Durchschlag als Konzept.

² Staatssekretär a. D. von Staden nahm Bezug auf den Artikel „Konsequente Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik“ des Bundesministers Genscher: „Ich finde nicht nur die Problematik hervorragend durchdacht und gestaltet, sondern auch das realistische Werben um einen neuen Konsensus ‚so weit wie möglich‘ staatspolitisch sehr richtig. [...] Zum Inhalt des Artikels habe ich nur eine Frage: Sie haben recht, wenn Sie eingangs das Zusammenrücken der Allianz in der Durchführung des Doppelbeschlusses positiv hervorheben. Und es ist Ihnen wiederum recht zu geben, wenn Sie am Ende die auflockernde Funktion des Helsinki-Prozesses im Osten darstellen. Die Frage bleibt, wie es sich vermeiden läßt, daß die ungeheuer mißtrauischen Sowjets hier einen trojanischen Angriff auf ihre eigenen Sicherheitsstrukturen wittern. Meiner Ansicht nach sind dies vor allem Formulierungsfragen.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Vgl. den Artikel „Konsequente Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik. Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?“; BULLETIN 1983, S. 1205–1209.

⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 376.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bundeskanzler Sinowatz

VS-NfD

21. Dezember 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz am Mittwoch, dem 21. Dezember 1983 von 12.00 bis 14.00 Uhr²

Während des ersten Teils des Gespräches, das unter vier Augen geführt wird, sind als Note-taker anwesend:

Auf österreichischer Seite: Frau Nowotny; auf deutscher Seite: MDg Dr. Stabreit.

Bundeskanzler eröffnet das Gespräch, indem er darauf hinweist, daß er eine ganz besondere Beziehung zu Österreich habe. In den letzten Jahrzehnten sei Österreich aus der Bundesrepublik nicht stets richtig gesehen worden. Man habe Qualität und Quantität verwechselt. Er werde das in Zukunft anders handhaben. Für uns sei Österreich ein integraler Bestandteil Europas. Für ihn persönlich, den Bundeskanzler, sei die EG nicht gleichbedeutend mit Europa. Er erinnere sich noch gut der verengten Gesichtsperspektive, die ihm auf der Schule vermittelt worden sei. Erst auf der Universität habe ihm sein Ordinarius ein weiteres Bild vermittelt. Mit seiner Familie sei er schon frühzeitig nach Österreich in Urlaub gefahren.

Bundeskanzler spricht dann Frage eines gemeinsamen, von Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik betriebenen deutschsprachigen Fernsehprogramms über Satellit an. Er weist darauf hin, daß Präsident Mitterrand sich in der Frage der Übertragung französischer Programme per Satellit voll engagiert habe.³ Wir seien im Rückstand. Wenn der Ostbeam des Satelliten für ein deutschsprachiges Programm zur Verfügung stünde, dann könne man erreichen, daß selbst in Krakau die Salzburger Festspiele gesehen werden könnten. Auf

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 22. Dezember 1983 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor Teltschik und Staatssekretär Schreckenberger, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er: „Da StS Lautenschlager während des Mittagessens anwesend war und Ihr Vier-Augen-Gespräch sich im wesentlichen auf die Frage des Satellitenfernsehens bezog und einen sehr persönlichen Charakter hatte, schlage ich vor, von einer Versendung an andere Häuser abzusehen. Ihr im Verlauf des Gesprächs geäußelter Wunsch, über das Projekt einer österreichischen Nord-Süd-Autobahn unter finanzieller Beteiligung der Anlieger näher informiert zu werden, habe ich an die zuständige Abteilung 3 weitergeleitet.“

Hat Kohl vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65; B 150, Aktenkopien 1983.

² Bundeskanzler Sinowatz hielt sich vom 20. bis 22. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Fernsehsatelliten vgl. Dok. 142, Anm. 27.

Botschafter Schoeller, Paris, gab am 9. Dezember 1983 die Information weiter, daß „bei einem Ministerrat im kleinen Kreise, der Mitte November unter Vorsitz von Präsident Mitterrand über Weltraumfragen abgehalten worden sei“, beschlossen worden sei, „ein Gesamtpapier zum Thema Fernsehsatelliten, Verkabelung usw. zu erstellen und dabei auf alle Aspekte: technische, finanzielle, einzugehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2408; Referat 413, Bd. 142106.

die Frage von BK *Sinowatz*, wie weit die Überlegungen bei uns gediehen seien, antwortet *Bundeskanzler*, daß bei uns die Post für die Betriebsgenehmigung zuständig sei. Die Durchführung liege indessen beim ZDF. Bis jetzt könnten die Programme nur über Kabel empfangen werden. Ehrlich gesagt, sei seine Überlegung aber folgende: Noch vor 15 Jahren sei man in der DDR bestraft worden, wenn man beim Empfang von Westsendern erwischt worden sei. Vor zehn Jahren sei man verwarnt worden. Jetzt sähen 75 % der Bevölkerung Westprogramme. Wenn der Satellit einmal im Weltraum stationiert sei, könne schon ein Bastler mit wenig Mühe die Empfangsmöglichkeit herstellen. Wir müßten in einem Zeitraum von 10/15 Jahren denken. Es wäre eine gute Sache, wenn Österreich, die Schweiz und die Bundesrepublik sich zu einem gemeinsamen Programm zusammenfänden. Das Hauptproblem seien nicht die Finanzen. Alle Partner müßten gleichberechtigt sein, doch müsse dies nicht auch für die Finanzen gelten. Es würde eine ungeheure politische Leistung darstellen, wenn wir uns gemeinsam präsentierten. Schweizer und Österreicher sollten ruhig die Nachrichtenprogramme machen. Wir würden mit dem Ostbeam im Grundsatz den gesamten früheren K.u.k.⁴-Bereich abdecken. Wir würden auch etwas für die deutsche Sprache tun, was dringend notwendig sei. Wien müsse an einem solchen Unterfangen teilnehmen, denn es sei eine deutschsprachige kulturelle Weltmacht. (*Bundeskanzler* verweist hier auf Wien als Zentrum deutschen Theater- und Musiklebens.) Leider gehe die Bedeutung der deutschen Sprache im Weltmaßstab zurück. Der finnische Ministerpräsident⁵ habe ihm erklärt, daß die Finnen über 40 Jahre noch Deutsch als Fremdsprache sprächen, bei denen unter 40 Jahren sei das nicht mehr der Fall. Wir sollten über dieses Projekt nicht allzu viel reden. Wenn es Probleme gebe, sollten wir sie in direktem Kontakt zu lösen versuchen.

BK *Sinowatz* entgegnet, es gebe in Österreich eine Kommission, die sich seit 1 1/2 Jahren mit der Frage des Satellitenfernsehens auseinandersetze. Die erste Reaktion sei gewesen, man solle sich mit der Schweiz zusammentun, dies auch aus Gründen des Neutralitätsstatus. Wenn es denkbar sei, daß hier drei Staaten zusammen kooperierten, so habe er persönlich das Gefühl, daß dies realisiert werden könne. Der Sinn könne nur darin liegen, daß wir damit der Tatsache Rechnung trügen, daß es im Osten historische Gebiete gebe mit einer eigenen Geschichte, die sich mehr und mehr durchsetze. Diesen Prozeß müsse man mit Geduld und Zurückhaltung fördern.

Bundeskanzler erläutert, er wolle dies während seiner Amtszeit geregelt sehen, damit es nach seinem Fortgang nicht mehr geändert werden könne. Es handele sich um eine Aufgabe, die jetzt angegangen werden müsse, und es sei nicht abzusehen, ob ein eventueller Nachfolger, aus welcher politischen Richtung er auch immer komme, das gleiche Interesse an dieser Frage habe.

BK *Sinowatz* antwortet, es sei wichtig, daß die Schweiz mitziehe.

Bundeskanzler erläutert, es werde hier in keinem Fall am Geld scheitern. Er weist darauf hin, daß die Dimensionen nicht vergleichbar seien. Es gehe hier

⁴ Kaiserlich und königlich. Die Abkürzung k.u.k. bezeichnete seit 1867 das Staatsgebiet der Österreichisch-Ungarischen Monarchie.

⁵ Kalevi Sorsa.

um einen Betrag von vielleicht 30 bis Mio. DM⁶. In der Bundesrepublik erhalte allein die Bundesbahn eine tägliche Subvention von 42 Mio. DM. In Deutschland habe man die große außenpolitische Bedeutung der Kulturpolitik nie recht gesehen. Er bitte den Bundeskanzler, diese Frage an sich zu ziehen und nicht über zu viele Beamte laufen zu lassen. Wenn es irgendwo hake, bitte er, ihn persönlich anzurufen.⁷ Er wünsche ohnehin, einen persönlichen Telefonkontakt mit ihm herzustellen.

Die Unterhaltung wendet sich im Anschluß einer Erörterung der Ost-West-Beziehungen und insbesondere der Lage in Osteuropa zu.

BK *Sinowatz* stellt fest, die Amerikaner beachteten zu wenig die nationalen Eigenheiten der Osteuropäer. Sie setzten diese nationalen Eigenheiten infolgedessen auch außenpolitisch nicht ein.

Bundeskanzler entgegnet, man müsse in Rechnung stellen die Größe Amerikas, das ein Kontinent sei. Es habe in Amerika zudem eine große Nord-Süd-Verschiebung stattgefunden. Die Amerikaner verstünden infolgedessen wenig von Europa, und es sei einem Amerikaner schlechthin unverständlich, daß er im süddeutschen Raum innerhalb kürzester Zeit in vier Ländern mit der gleichen Zunge Besuche abstatten könne. Außerdem hätten die USA nie Probleme mit ihren Grenzen gehabt bzw. dort, wo es solche Probleme gegeben habe, seien sie zu Lasten der Nachbarn gelöst worden.

BK *Sinowatz* äußert, trotzdem sei er stets dafür eingetreten, für die Amerikaner Verständnis zu haben. Natürlich sei es für einen Österreicher enttäuschend, wenn er in Gesprächen mit Amerikanern feststelle, daß sie oft nicht einmal wüßten, ob Österreich noch zum Westen gehöre oder schon zum Osten.

Bundeskanzler *Sinowatz* erkundigt sich sodann nach der Lage in der Bundesrepublik Deutschland im Gefolge der stark emotionalisierten Nachrüstungsdebatte.

Bundeskanzler erläutert, diese Emotionalisierung gehe stark zurück. Der heiße Herbst sollte herbeigeredet werden. Man müsse innerhalb der Friedensbewegung zwischen mehreren Gruppierungen differenzieren. Zahlenmäßig gering seien die Kommunisten, deren Partei in Deutschland ja auch nicht stark sei. Allerdings verfügten sie über reichliche Geldmittel. Außerdem hätten sie ihre bedeutenden Organisationstalente zur Verfügung. Es gebe dann eine weitere Strömung der „radikalen Ökologen“. (*Bundeskanzler* erläutert das Anwachsen der ökologischen Bewegung am Beispiel der deutschen Landwirtschaft.) Es gebe darüber hinaus eine breite Schicht von idealistischen Leuten, die zum Teil Gandhi falsch verstanden hätten. Hier sei die evangelische Kirche besonders stark vertreten. Die größte Gruppe, das seien schließlich die Leute, die einfach

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Am 13. Juli 1984 wurde in Mainz ein Vertrag zwischen dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF), dem Österreichischen Rundfunk (ORF) und der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) über ein gemeinsames deutschsprachiges Satelliten-Fernsehprogramm unterzeichnet. Vgl. dazu den Artikel „Drei Länder senden ein Fernsehprogramm über Satelliten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Juli 1984, S. 3.

Der Fernsehsender 3SAT nahm am 1. Dezember 1984 den Sendebetrieb auf. Vgl. dazu den Artikel „Erstes internationales Satelliten-Fernsehen in Europa“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Dezember 1984, S. 4.

Angst hätten. Man müsse das verstehen nach zwei verlorenen Kriegen, Millionen Toten und 12 Millionen Flüchtlingen, von denen ein bedeutender Teil immer noch am Leben sei. Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Massengesellschaft ohnehin dazu tendiere, Lebensangst zu produzieren. Auch in unserer Bildungspolitik seien hier schwere Fehler begangen worden. Bereits in einem sehr frühen Stadium würde den Kindern die Bezugsperson, die in der Person eines Lehrers liege, der sich ihnen hauptsächlich widme, genommen. Wir hätten Neurotiker geradezu auf Flaschen gezogen. Nur ein kleiner Kern der Bewegung sei jedoch gemeingefährlich brutal. In einem völligen Wandel gegenüber früher seien die jetzigen jungen Leute auch als „Turnschuhgeneration“ bezeichnet worden. Sie interessierten sich für Lyrik und Geschichte.

Er, der Bundeskanzler, wolle gegenüber Herrn Sinowatz seinerseits einen Sorgenpunkt ansprechen. Unser Problem sei die Entwicklung der SPD. Ihm wäre es wichtig, daß in der Außen- und Sicherheitspolitik eine gemeinsame Linie hergestellt werden könne. Mit ihrer Linie habe die SPD zwar auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Wahlgewinn. Für die CDU sei dies jedoch gar nicht gut.

BK Sinowatz fragt, ob die SPD bei ihrer jetzigen Einheit bleiben werde.

Bundeskanzler verneint dies. Die österreichischen Sozialisten hätten es da besser.

BK Sinowatz antwortet, die österreichischen Sozialisten bildeten sich ein, daß sie Theorie und Praxis besser verbunden hätten als die SPD. Es gebe auch keine Fraktionsbildung.

Bundeskanzler erläutert Verschiebungen anhand seines Wahlkreises in Ludwigshafen, bei denen nach dem Kriege die CDU 12% gehabt habe. Bei der letzten Bundestagswahl⁸ hätten ihm, dem Bundeskanzler, an der Mehrheit noch 1400 Stimmen gefehlt. Es hätte hier eine soziologische Verschiebung stattgefunden. Es gebe viele Leute in der SPD-Führung, die nie an einer Werkbank gestanden hätten. Altbundeskanzler Schmidt habe sein Leben lang die Partei verachtet. Willy Brandt sei dagegen ein Mann der Partei, der jedoch zu den theoretischen Ansätzen seiner Jugend zurückgekommen sei. Mit diesen theoretischen Ansätzen der SPD sei sie in unserer Gesellschaft nicht mehrheitsfähig. Er, der Bundeskanzler, habe keine Freude an der Entwicklung in der SPD. Ein Nachfolger für Willy Brandt sei noch nicht zu sehen.

Während des Mittagessens wird die Unterhaltung zu Ost-West-Fragen fortgesetzt. Bundeskanzler gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Beziehungen zur Sowjetunion und zu Osteuropa sich weiter fortsetzen würden. Bilateral verspürten wir keine Spur einer Zurückhaltung. Es komme jetzt der ungarische Außenminister nach Bonn.⁹ (Einwurf AM Pahr: Auch Außenminister Chňoupek wird bald kommen.¹⁰) Bundeskanzler verweist auf Abschluß des Postab-

⁸ Zu den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 vgl. Dok. 63, Anm. 2.

⁹ Der ungarische Außenminister Várkonyi hielt sich am 20./21. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Várkonyi vgl. Dok. 390.

¹⁰ Botschafter Meyer, Prag, teilte am 8. Dezember 1983 mit, der tschechoslowakische Stellvertretende Außenminister Johanès habe ihm am selben Tag mitgeteilt, Außenminister Chňoupek könne die für den 13. Dezember 1983 ausgesprochene Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik nicht annehmen: „Hierfür seien Terminschwierigkeiten maßgeblich. Auch sei gegenwärtig nach Sta-

kommens¹¹ am Vorabend der Bundestagsdebatte über die Nachrüstung¹². Er verweist auf die Umweltschutzkonferenz.¹³ Er gehe auch davon aus, daß die Außenminister der Ostblockstaaten nach Stockholm¹⁴ kommen würden. Auf Frage von BK Sinowatz äußert er, daß er hinsichtlich des Ergebnisses optimistisch sei. Es gebe zwei Imponderabilien. Das eine sei der Ausgang des Wahlkampfes in den USA.¹⁵ Präsident Reagan habe ihm geschrieben, daß er, wenn irgend möglich, ein Treffen mit Andropow herbeiführen wolle. Die zweite Frage sei der Gesundheitszustand Andropows, über den wir nichts Genaues wüßten.¹⁶ Die Bundesrepublik mache ihren ganzen Einfluß geltend, daß die Verhandlungen vorangehen. Wenn in Stockholm nur über konventionelle Rüstung verhandelt werde, nun, warum solle man nicht damit anfangen. Auf Frage von BK Sinowatz äußert Bundeskanzler, es werde in Stockholm ein Ergebnis geben. Er sei rundherum optimistisch.

BK Sinowatz fragt nach der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

Bundeskanzler antwortet, er rechne mit einem Zuwachs des BSP von 2%. Damit sei er sehr vorsichtig, die meisten Vorhersagen lägen darüber. Bei der Inflation rechne er gleichfalls mit 2%. Die Investitionsrate nehme zu. Die Arbeitslosigkeit werde wohl über zwei Millionen bleiben, doch rechneten die meisten Beobachter mit einem Absinken unter zwei Millionen. Die Arbeitslosigkeit sei jedoch strukturell und regional. Sie sei die Folge jahrelanger Fehlentwicklungen in den Bereichen Stahl, Werften, Energie (Kohle). Bundeskanzler stellt an dieser Stelle strukturelle Probleme der deutschen Volkswirtschaft dar. Im Prinzip gebe es für uns keinen Grund, pessimistisch zu sein. Wir seien einfach zu faul geworden. Er habe jedoch anlässlich seines letzten Besuches in Japan¹⁷ erklärt, daß Europa sein Comeback feiern werde. Wir würden uns auch der Konkurrenz aus Asien stellen können.

Das Hauptproblem der Bundesrepublik sei ein geistig-moralisches. Insbesondere die deutsche Oberschicht sei von einem Kulturpessimismus befallen. Es habe einem geradezu schlechtzugehen. Insgesamt seien wir wirtschaftlich noch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1929

tionierung der amerikanischen Raketen auf dem Territorium der Bundesrepublik nicht die beste Zeit für einen Besuch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1099; Referat 214, Bd. 139637.

Chňoupek hielt sich am 12./13. Juli 1984 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 13. Juli 1984 vgl. AAPD 1984.

¹¹ Am 15. November 1983 wurde in Berlin (Ost) ein Briefwechsel zwischen Staatssekretär Florian, Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, und dem Staatssekretär im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR, Calov, über „Vereinbarungen zur Neufestsetzung der Pauschale für die Mehrleistungen der DDR im gegenseitigen Post- und Fernmeldeverkehr und über Maßnahmen zur Verbesserung dieses Verkehrs“ unterzeichnet. Für den Wortlaut des Briefwechsels und der dazugehörigen Erklärungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 529–531.

¹² Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

¹³ Vom 24. bis 27. Juni 1984 fand in München eine multilaterale Umweltkonferenz statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Juli 1984; AAPD 1984.

¹⁴ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet.

¹⁵ In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁶ Zu Spekulationen über den Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 347, Anm. 3.

¹⁷ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 31. Oktober bis 4. November 1983 in Japan auf. Vgl. dazu Dok. 322 und Dok. 323.

nicht über den Berg. Entscheidend werde es sein, ob wir eine Welle von Existenzneugründungen auslösen könnten. Jetzt liege zum ersten Mal die Zahl der Existenzneugründungen über der der Konkurse. Es gebe im übrigen eine ganze Reihe von Dingen, die wir uns einfach nicht mehr erlauben könnten. Bundeskanzler verweist hier auf gewisse Sozialleistungen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 65

390

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi

21. Dezember 1983¹

Gespräch des Bundesministers mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi
am 21.12.1983, 10.00 Uhr bis 11.45 Uhr²

Anlg.: Teilnehmerliste³

In den einleitenden Worten drückte der *BM* seine Befriedigung darüber aus, daß er die an drittem Ort mit *AM Várkonyi* begonnenen Gespräche fortsetzen könne. Er glaube, daß gerade in der gegenwärtigen Lage dem Besuch des Außenministers große Bedeutung zukomme. Wir sähen in diesem Besuch den mit unserem Bestreben übereinstimmenden Willen der ungarischen Seite, den Dialog fortführen zu wollen. Dies entspreche im übrigen auch der Art, wie sich die deutsch-ungarischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hätten. Wir seien in der Lage, hinsichtlich der Entwicklung dieser Beziehungen eine positive Bilanz zu ziehen. Er wisse nicht, ob es ein Zufall sei, wenn, dann sei es ein guter Zufall, daß das heutige Gespräch genau am zehnten Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen stattfinde.⁴ Er werde diese Tatsache jedenfalls in seiner Tischrede⁵ würdigen. Die bilateralen Beziehungen hätten sich in allen Bereichen gut entwickelt. Wir glaubten, daß die Beziehungen im Bereich der Wirtschaft noch weiter ausgebaut werden könnten. Wir beobachteten aufmerksam die ungarische Wirtschaftspolitik und sähen auch die Konsequenz, mit der die ungarische Führung diese verfolge. Diese Wirtschaftspolitik habe es auch erleichtert, daß sich der beiderseitige Handelsaustausch erweitert habe und auch im Bereich der Kooperation beachtliche Fortschritte

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil gefertigt.

² Der ungarische Außenminister Várkonyi hielt sich am 20./21. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 214, Bd. 139491.

⁴ Die Bundesrepublik und Ungarn nahmen am 21. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 421.

⁵ Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher am 21. Dezember 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 1295 f.

erzielt worden seien. Wenn wir ein Beispiel für problemlose Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zu nennen hätten, dächten wir immer zuerst an Ungarn (beifällige Reaktion auf ungarischer Seite). Unser Verhältnis habe wirklich eine besondere Qualität.

Natürlich lebten wir nicht isoliert, weder die Ungarn noch wir. Deshalb seien wir betroffen von der internationalen Entwicklung, vor allem auch der West-Ost-Beziehungen. Weder die Ungarn noch wir wollten dabei nur Zuschauer sein. Wir wollten diese Beziehungen im Rahmen unserer Möglichkeiten mitgestalten, d. h. in dem Geiste, mit dem wir auch die bilateralen Beziehungen entwickelten; über die Freude hinaus, daß dieser bilaterale Besuch stattfinde, sei dies der Grund, in dem wir die politische Bedeutung dieses Ereignisses sähen. Er heiße ihn herzlich willkommen.

Várkonyi dankte und brachte zum Ausdruck, die ungarische Regierung halte es für richtig, daß sich die beiden Außenminister jährlich einmal trafen, um die Lage der bilateralen Beziehungen zu überprüfen und auch andere Fragen von gegenseitigem Interesse zu besprechen. Auch in Madrid⁶ und New York⁷ habe man bereits miteinander gesprochen, mal in einer besseren, mal in einer schlechteren Situation. Er erinnere sich gern an die außerordentlich angenehmen Gespräche mit dem BM. Hinsichtlich des Standes der bilateralen Beziehungen seien wir einer Meinung. Die ungarische Regierung sei der Auffassung, daß wir in zehn Jahren diplomatischer Beziehungen Wesentliches erreicht hätten. Dieses sei das gemeinsame Verdienst beider Seiten. Gegenseitige, übereinstimmende Interessen, guter Wille und gegenseitige Wertschätzung sowie die Suche nach Verbindendem hätten dies möglich gemacht. Wir könnten über diesen Rückblick befriedigt sein.

Wenn er seinen Blick in die Zukunft richte, sei er allerdings voller Sorge. Wir lebten nicht isoliert voneinander. Die ungarischen Bestrebungen hätten sich nicht verändert. Sein Land trete weiterhin für die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Beziehungen ein, selbst wenn die internationale Lage sich verschlechtern sollte. Leider gebe es allerdings schwere Auswirkungen im internationalen Bereich, auch im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Ungarn lege ganz besonderen Wert auf die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. Die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen hätten sich in den letzten zwei Jahren leider nicht ganz zufriedenstellend entwickelt. Es wären wesentlich größere Fortschritte möglich gewesen. Man habe den Stand gehalten, aber auch dies sei schon ein Erfolg.

In anderen Bereichen gebe es gleichfalls enge und sehr gute Kontakte: auf politischem Gebiet einschließlich der regelmäßigen Begegnungen auf höchster Ebene, Kontakte auf Länderebene und Beziehungen zu führenden Politikern. Die Beamten in den Ministerien arbeiteten auch gut zusammen, gleichfalls gebe es eine gute Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen. Er verweise auch auf die gute Zusammenarbeit in Madrid⁸ und erhoffe sich eine ähnliche

⁶ Bundesminister Genscher und der ungarische Außenminister Várkonyi trafen sich beim Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz vom 7. bis 9. September 1983 in Madrid.

⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi am 28. September 1983 in New York vgl. Dok. 286, Anm. 17.

⁸ In Madrid tagte vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz.

für Stockholm⁹. Er würde es begrüßen, wenn die Mitarbeiter der beiden Außenminister auch dort erfolgreich zusammenarbeiten könnten.

Eine sinnvolle Alternative zur Zusammenarbeit sehe seine Regierung auch weiterhin nicht.

Er müsse dem BM sagen, dieser wisse es bereits, daß der Standpunkt der ungarischen Regierung hinsichtlich der Raketenstationierung ablehnend sei. Seine Regierung sei der Auffassung, daß sich durch die Stationierung die Lage in Europa und in der Welt verschlechtert habe. Er sage nur, was die ungarische Regierung fühle. Die Ungarn hätten es lieber gesehen, wenn sich das Niveau der Rüstungen nicht gesteigert hätte. Sie hätte es gern gesehen, wenn die gegenseitige Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der Waffen erreicht worden wäre. Nunmehr sei die Lage schwieriger. Dies betreffe in erster Linie die Europäer, Europa sei ein wichtiger Kontinent, es habe aber auch Ausstrahlungen auf die gesamte Weltlage. Deshalb würde Ungarn es gern sehen, wenn man in Europa zur Entspannung zurückkehren könne. Man müsse alles unternehmen, um dies zu erreichen. Unser aller Verantwortung hierfür sei groß. Er beabsichtige nicht, die Verantwortung für die gegenwärtige Lage zu messen, wer mehr oder weniger hieran schuld sei. Man müsse allerdings schon abwägen, welche Möglichkeiten die verschiedenen europäischen Länder hätten. Dabei gelange er zum Schluß, daß die Möglichkeiten der Bundesrepublik wesentlich größer seien. (BM läßt erkennen, daß er dies anders sieht.) Jedenfalls hätte er es gern, wenn die Bundesrepublik bestrebt wäre, die gegenwärtig äußerst unangenehme Situation überwinden zu helfen. Es sei nur natürlich, daß auch die bilateralen Beziehungen durch eine Verschlechterung der allgemeinen Situation beeinflusst würden. Er würde sagen, man sollte versuchen, einen wesentlichen und bedeutsamen Teil dieses bilateralen Bereichs aus dieser stürmischen Zeit herauszunehmen. Es gebe auch gemeinsame europäische Interessen, die verteidigt werden könnten. Selbstverständlich soll man dies nicht mit der Trommel und mit Paukenschlägen tun. Ein solches Verfahren richte meistens Schaden an und stifte keinen Nutzen.

Dies seien die Vorstellungen der ungarischen Führung. Man müsse natürlich berücksichtigen, daß Ungarn dem WP angehöre. Das Land habe Bündnisverpflichtungen, wie wir sie innerhalb der NATO hätten. Hieran halte sich Ungarn selbstverständlich.

Über die Tatsache, daß das Anlaufen der Rüstungsspirale in den internationalen Beziehungen eine gefährliche Situation schaffe, habe man bereits in New York gesprochen. Dort hätte man festgestellt, daß unsere Ansichten sich völlig konträr verhielten. Auch jetzt gingen die Außenminister beider Länder von unterschiedlichen Standpunkten aus. Die Situation sei unverändert. Es müsse aber möglich sein, die Lage zu verbessern. Hierauf müsse man jetzt seine Aufmerksamkeit konzentrieren, wenn möglich voranschreiten, um das erschütterte Vertrauen wiederherzustellen, und zwar durch Verhandlungen. Diese sollten mit Aussicht auf Erfolg oder zumindest mit dem Erfolg als Ziel stattfinden. Die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Beteiligten müßten hierbei berücksichtigt werden.

⁹ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet.

Er habe sich in letzter Zeit geärgert, weil man im Westen behauptet habe, der Osten sei gegen Verhandlungen. Dies sei natürlich Propaganda. Der BM könne ihm glauben, die Ungarn sähen keine andere Alternative, als Probleme auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen. Dies sei so gewesen, dies bleibe so, hieran sollten wir nicht zweifeln. Verhandlungen, die keinen Sinn hätten oder unter Druck stattfänden, solle es aber nicht geben.

Seine Regierung bewertete das Ergebnis von Madrid¹⁰ als gut und erfolgreich. Man solle diesen Erfolg weder über- noch unterbewerten. Das Konferenzergebnis habe aber historische Bedeutung. Uns komme heute die Aufgabe zu, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Erforderlich seien Zusammenhalt, Zusammenarbeit, Dialog. Es könne manchmal Streit geben, dies sei aber immer noch besser als gar kein Dialog.

BM: Várkonyi habe zutreffend festgestellt, daß man in New York in der Raketenfrage gegensätzliche Standpunkte vertreten habe. Diese beständen fort. Wir beurteilten die Aufstellung der sowjetischen SS-20 anders als die Ungarn und kämen deshalb zu einer anderen Einschätzung der Nachrüstung auf westlicher Seite. Er stimme Várkonyi aber zu, wenn er bei der Betrachtung der internationalen Lage und der Lage der Ost-West-Beziehungen sich nicht ausschließlich auf die Raketenfrage konzentriere (Várkonyi nickt). Es sei dies nicht das erste Mal, daß es in den internationalen Beziehungen in einem Bereich zu sehr gegensätzlichen Entwicklungen gekommen sei und man¹¹ sorgfältig darauf achten müsse, daß es nicht zu einem Schaden für das Ganze komme. Was die Raketenfrage anlange, so seien wir der Meinung, daß weiter verhandelt werden müsse.¹² Deshalb richteten sich unsere Erwartungen an die Sowjetunion, daß diese die Verhandlungen fortsetze. Wir würden unsere Pflicht aber nicht erfüllen, wenn wir uns darauf konzentrierten, nur unsere Erwartungen auszusprechen, ohne zusätzlich etwas zu tun. Hier komme er auf das, was Várkonyi Verantwortung nenne. Er wolle mit Várkonyi nicht darüber streiten, wessen Verantwortung größer sei, die der Ungarn oder der Deutschen. (Várkonyi nickt). Jeder habe die seine. Wir hätten zunächst die Aufgabe, die bilateralen Beziehungen von den Belastungen freizuhalten, die sich aus anderen Entwicklungen ergäben. Es gebe in solcher Lage zwei Möglichkeiten vorzugehen: eine positive und eine negative. Die negative besage, weil es gegensätzliche Standpunkte in der Raketenfrage gebe, müßten auch die übrigen Beziehungen in einem negativen Licht gesehen werden. Wir bevorzugten die andere Alternative: Wir sagten, es gebe positive und negative Elemente in den West-Ost-Beziehungen. Negativ sei die ungelöste Raketenfrage für beide Seiten. Es gebe aber auch viele positive Aspekte, z. B. im bilateralen Bereich, was Madrid anlange; hier könnte man noch viel mehr aufzählen. Wir glaubten, man solle die positiven Elemente nutzen, um die heute nicht lösbare Raketenfrage lösbar zu machen. Im übrigen würden wir, die Ungarn und auch die Deutschen, einen Fehler begehen, wenn wir die West-Ost-Beziehungen auf die Raketenfrage reduzierten. Man müsse

¹⁰ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1983, D 537–554.

¹¹ Korrigiert aus: „und in der man“.

¹² Zum Abbruch der INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356, Anm. 9.

Zur Vertagung der START-Verhandlungen am 8. Dezember 1983 vgl. Dok. 385.

vielmehr sehen, wie man aus positiven Entwicklungen in den West-Ost-Beziehungen auch Nutzen ziehen könne für die Lösung der Raketenfrage. Er teile die Auffassung von Várkonyi hinsichtlich des Ergebnisses von Madrid. Der KSZE-Prozeß, nicht nur Madrid allein, stelle eine politische Entwicklung in Europa dar, deren positive Auswirkungen von einem großen Teil der öffentlichen Meinung immer mit Verspätung registriert worden seien. Dies dürfe uns nicht entmutigen. Negativ oder zu spät sähen das diejenigen, die den KSZE-Prozeß als etwas Statisches betrachteten (Várkonyi nickt). Sie sähen die Konferenzen von Helsinki¹³, Belgrad¹⁴ und Madrid und vergäßen, daß diese drei Konferenzen nur Stationen auf einem langen Wege seien (Várkonyi stimmt zu). Es sei unsere Aufgabe dafür zu sorgen, daß dieser Weg nicht unterbrochen oder in eine falsche Richtung abgeleitet werde. Er könne Várkonyi versichern, wir hätten große und viele Anstrengungen unternommen, um für diese Betrachtungsweise und für die Rettung der Madrider Konferenz im Kreise unserer Verbündeten zu werben. Várkonyi wisse so gut wie er selbst, daß Madrid mehrmals unmittelbar vor dem Scheitern gestanden habe. Er meine, daß man die durch Madrid gewonnene Dynamik nutzen solle. In dieser Situation komme es sehr darauf an, daß man wisse, was man von den Absichten der jeweils anderen Seite zu halten habe. Er habe vor zweieinhalb Wochen in einem Artikel unsere Auffassung von den Perspektiven in Europa dargelegt.¹⁵ Auf der Brüsseler NATO-Konferenz¹⁶ seien diese Thesen ernsthaft und intensiv diskutiert worden. Die Grundlagen dieses Artikels hätten die Zustimmung der Konferenz gefunden und seien in der Brüsseler Erklärung¹⁷ wiederzufinden. Es handele sich um ein Angebot zu Dialog und Kooperation. Várkonyi habe von berechtigtem gegenseitigem Sicherheitsinteresse gesprochen. Auch dies finde sich in der Brüsseler Erklärung. Dieser Gesichtspunkt sei nicht immer in NATO-Erklärungen vertreten gewesen.

Er gehöre zu denen, die unter den verschiedenen Teilen der Schlußakte von Helsinki dem zweiten Teil, der Kooperation¹⁸, besondere Bedeutung beimäße. Die Erfahrung zeige, daß die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten Vertrauen schaffen könne. So entstehe auch ein günstiges Klima für die Lösung schwieriger Probleme. Der Westen habe ein wirkliches Angebot zum Dialog und zur Kooperation gemacht, natürlich auch zu einer Rückkehr der Sowjetunion an den Verhandlungstisch. Wir glaubten, die baldige Aufnahme der Verhandlungen in dieser oder anderer Form liege auch im Interesse der So-

¹³ Nach dem Abschluß der vom 18. September 1973 bis 21. Juli 1975 in Genf stattfindenden zweiten Phase der KSZE (Kommissionsphase) fand in Helsinki vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

¹⁴ In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

¹⁵ Vgl. den Artikel „Konsequente Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik. Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?“, BULLETIN 1983, S. 1205–1209.

¹⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 vgl. Dok. 376.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

¹⁸ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

wjetunion und ihrer Verbündeten. Der Prozess der Raketenaufrüstung dauere vier bis fünf Jahre. Je früher man ein Ergebnis erziele, desto schneller gäbe es die Möglichkeit, auch hier eine Grenze zu schaffen. Várkonyi wisse, wir hätten dies festgestellt, daß jede aufgestellte Rakete auch als Ergebnis von Verhandlungen wieder beseitigt werden könne. Wir seien uns darüber im klaren, daß die Lage, wie sie sich entwickelt habe, für die sowjetische Führung Anlaß zu vielfältigen Überlegungen biete. Wir glaubten, daß die sowjetische Führung einen Fehler machen würde, wenn sie die Ernsthaftigkeit des westlichen Angebots zu Verhandlungen unterschätze. Es gäbe hier eine Perspektive für die Zusammenarbeit, die außerordentlich günstig sei. Er wolle die Bedeutung der Raketenfrage nicht unterschätzen. Es wäre aber falsch, wenn der Westen und der Warschauer Pakt Perspektiven für die Zusammenarbeit deshalb unterschätzen würden.

Várkonyi habe gesagt, beide Länder seien als Mitglieder in ihren jeweiligen Pakt-Systemen eingebunden. Dies treffe zu und sei eine realistische Sicht. Als Deutsche lägen wir teils auf der einen, teils auf der anderen Seite. Es sei dies sicher kein Verdienst der Deutschen, aber wir seien wegen dieser Lage ganz natürlich besonders sensibel gegen übergreifende Spannungen. Wir hätten ein Interesse, daß solche Spannungen nicht entstünden. Wir hätten in unserer Geschichte oft im Gegensatz zu unseren Nachbarn gestanden. Heute befänden wir uns in Übereinstimmung mit ihnen. Es sei unser Interesse, die Spaltung unseres Landes zu überwinden. Dies decke sich mit dem Interesse aller Europäer, die die Spaltung Europas überwinden wollten. Es sei sein Eindruck, daß die Europäer in West und Ost jeden Schritt begrüßten, der zu besserer Zusammenarbeit führe. Das treffe sich mit der Einstellung der Deutschen in der DDR und der Bundesrepublik. Er glaube, es sei vielfach unterschätzt worden, was es für Europa bedeute, daß bei diesem großen Volk im Herzen des Kontinents die natürlichen Interessen deckungsgleich mit den Interessen der Europäer seien.

Vor uns stehe nun eine wichtige Konferenz: Stockholm (Várkonyi nickt). Várkonyi und er, BM, seien lange genug Außenminister, um zu wissen, daß auch diese Konferenz die Welt nicht von Grund auf verändern werde (Várkonyi stimmt zu). Trotzdem halte er die Konferenz für wichtig.

Várkonyi: Wenn wir behaupteten, es handele sich um eine wichtige Konferenz, dann werde sie zu einer solchen.

BM erinnerte an sein letztes Gespräch mit Kádár¹⁹: Man habe über die Bedeutung des konventionellen Gleichgewichts gesprochen. Wenn man realistisch über Sicherheit in Europa sprechen wolle, müsse man auch hierüber sprechen. Die Diskussion über SS-20/Pershing und Cruise Missiles habe zu einer Verharmlosung des Problems im konventionellen Bereich geführt (Várkonyi nickt). Am Vorabend habe er in einer Rede ausgeführt, man dürfe die Gefahr konventioneller Waffen in einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht unterschätzen. Der schrecklichste aller Kriege sei bisher der Zweite Weltkrieg gewesen, ein neuer konventioneller Krieg werde aber noch tausendmal schrecklicher werden.

¹⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 26./27. November 1982 in Ungarn auf und führte Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, und Außenminister Puja. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 322.

Várkonyi: Die herkömmlichen Waffen seien heute auch Massenvernichtungsmittel. Er müsse auch deren Kosten in Betracht ziehen.

BM meinte, davon wolle er gar nicht reden. Wenn man den Frieden kaufen könnte, würden wir viel Geld dafür bezahlen. *BM* kam zurück auf Stockholm. Ihm liege daran, daß von dieser Konferenz eine ähnlich positive Wirkung ausgehe wie von Madrid. Deshalb habe er schon frühzeitig seinen Außenministerkollegen vorgeschlagen, zur Eröffnung zu gehen. Dies hätten nicht alle von Anfang an akzeptiert, es habe spontane Zustimmung gegeben, andere hätten nachgedacht, andere Bedenken geäußert. Schließlich hätten sich dann die besseren Argumente durchgesetzt. In Brüssel habe Einigkeit geherrscht, daß alle Außenminister gehen sollten. Dasselbe gelte für die Außenminister der EG.

Várkonyi fragte, ob auch Shultz komme.

BM: Ja. Er habe in Wien auch ausführlich mit *AM* Gromyko über diese Frage gesprochen.²⁰ Er habe die Gespräche in Wien als besonders positiv in Erinnerung, weil es dort Gelegenheit gegeben habe, sehr klar und gründlich zu sprechen. Es sei ihm dort darum gegangen, die Sowjetunion vor zwei Fehleinschätzungen zu bewahren.

Nämlich erstens vor der Fehleinschätzung, daß die westlichen Regierungen nicht mehr in der Lage seien, den Doppelbeschluß politisch durchzusetzen. Zweitens vor der Fehleinschätzung, daß mit der Nachrüstung eine Politik der Stärke beginnen würde. Dies sei wirklich nicht der Fall. Der Umfang der Nachrüstung sei so begrenzt, daß es hierzu gar keine Möglichkeiten gebe. Es gebe auch keine solche Absicht. Wir hätten am liebsten weder Pershing noch Cruise Missiles. Es liege uns vor allem daran, daß man in Budapest, in Moskau und den anderen Hauptstädten des Warschauer Paktes wisse, daß unser Wille zur Zusammenarbeit keine konjunkturelle Erscheinung sei. Dies sei eine Politik, die, wenn es nach uns gehe, langfristig angelegt sei. Er sage ihm dies ganz aufrichtig, er glaube, unsere beiderseitigen Interessen zwängen uns, diese langfristige Zusammenarbeit nicht nur zu sehen, sondern auch durchzuführen. Es sei nach dem letzten Kriege in Europa eine Landschaft entstanden, die nach Zusammenarbeit rufe. In dieser Landschaft liege heute für alle sichtbar und störend ein Felsbrocken: die Raketenfrage. Ob wir aber wirklich sagen dürften, weil dieser Felsbrocken heute dort liege, dürften wir auf anderen Gebieten nicht weitergehen? Dies wäre eine historisch falsche Entscheidung. Wir müssen²¹ weitergehen, und, wenn möglich, den Felsbrocken beseitigen. Hierüber müsse man auch in Stockholm sprechen. Er sei dort nicht Gastgeber und könne nicht einladen. Er glaube aber, es sei politisch notwendig, daß auch die Außenminister des WP alle kämen, nicht nur einer oder einzelne.

Er wolle *Várkonyi* ganz offen unsere Einschätzung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion darlegen: Wir wollten mit der Sowjetunion aufrichtig und langfristig zusammenarbeiten. Wir hätten vor mehr als einem Jahr eine neue Regierung gebildet. Der größere Teil der Regierungsparteien habe in der Vergangen-

²⁰ Für die Gespräche vom 15./16. Oktober 1983 vgl. Dok. 303–306 und Dok. 310.

²¹ Korrigiert aus: „mußten“.

heit die Verträge mit dem Osten²² abgelehnt. Jetzt sage er nicht nur *pacta sunt servanda*, sondern bejahe sie auch innerlich. Dies habe der Bundeskanzler in Moskau gesagt.²³ Er werde dies in Kürze auch Kádár sagen. Wir hätten unsere geschichtliche Lektion wirklich gelernt. Wir wüßten auch, was es bedeute, wenn in Deutschland Raketen stationiert würden. Der Begriff „berechtigtes Sicherheitsinteresse der Sowjetunion“ sei von uns in die Brüsseler Erklärung hineingebracht worden.

Auf der anderen Seite bäten wir um Verständnis dafür, daß wir nicht unter sowjetischer Raketenbedrohung leben wollten. Wir hätten auf eigene Atomwaffen verzichtet.²⁴ Dies gebe uns den Anspruch, daß andere uns nicht mit Atomwaffen bedrohten. Er glaube, daß man deshalb auch im Rahmen einer Verbesserung der West-Ost-Beziehungen Wege suchen und finden werde, um zu einem guten Verhältnis und zu guten Ergebnissen bei den Raketenverhandlungen zu kommen. Die Sowjetunion könne sich darauf verlassen, wir wollten zum beiderseitigen Vorteil zusammenarbeiten. Wir wollten eine Verbesserung der Beziehungen. Dies seien alles Gründe, weshalb wir meinten, daß auch die AM-Kollegen aus Osteuropa in Stockholm teilnehmen sollten. Wir sollten nicht geringschätzen, was in Europa erreicht worden sei. Dieses Europa, das so oft und lange Schauplatz von Kriegen gewesen sei, befinde sich heute in einem Zustand des Nichtkrieges. Was wir erreichen wollten, sei eine dauerhafte Friedensordnung, in der sich die Staaten entwickeln könnten und in der Vertrauen, gemeinsame Interessen und Zusammenarbeit die Grundlage der Beziehungen bildeten.

Unsere Beziehungen zur DDR hätten wir in diesem Sinne entwickelt (Várkonyi nickt). Es habe eine lange Periode gegeben, in der das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR die West-Ost-Beziehungen negativ beeinflusst habe. Ohne Übertreibung könne man heute feststellen, daß dies nicht der Fall sei, eher das Gegenteil (Várkonyi nickt). Dies sei ein Fortschritt, den man in seiner Bedeutung nicht überschätzen²⁵ könne. Várkonyi habe von unserer Verantwortung gesprochen. Wir kennten diese. Wir nähmen diese Verantwortung in dem Sinne wahr, in dem er dies eben dargestellt habe. Er wolle Várkonyi mit großem Ernst sagen, er rate, bei allen Entscheidungen, die im WP zu treffen seien, solle man dies nicht aus den Augen verlieren.

Várkonyi entgegnete, er habe mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des BM zugehört. Er könne ihm in den wesentlichen Punkten zustimmen, ins-

²² Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR (Moskauer Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

²³ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

²⁴ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 31, Anm. 14.

²⁵ Korrigiert aus: „unterschätzen“.

besondere hinsichtlich der Frage, wie man nun voranschreiten solle. Er sei auch einverstanden, daß man den richtigen Weg suchen und finden müsse. Er wolle von den bilateralen Beziehungen ausgehen. Man müsse sich erinnern, wie behutsam die beiden Länder in den zurückliegenden zehn Jahren ihrer Beziehungen zunächst vorangegangen seien. Man habe vielfältige Probleme zu überwinden gehabt, Schwierigkeiten, Vorurteile, und habe immer kleine Schritte weitergemacht, keine großen dramatischen. So hätten sich die Beziehungen dauerhaft entwickelt. Rückblickend könne man heute sagen, daß man mit der Entwicklung dieser Beziehungen zufrieden sein könne.

Wenn man eine Lösung für die Probleme in der jetzigen Lage Europas suchen wolle, müsse man ähnlich vorgehen wie in den bilateralen Beziehungen. Er wolle den Beschluß des WP von Prag vom letzten Januar²⁶ in Erinnerung rufen. Damals habe das östliche Bündnis eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, z. B. über den Verzicht auf nuklearen Erstschlag. Er erinnere auch an den Aufruf, daß die beiden Pakt-Systeme Nicht-Angriffspakte und Abkommen über Zusammenarbeit abschließen sollten.²⁷ Bis heute habe der Osten keine Antwort hierauf erhalten. Er wolle die Aufmerksamkeit des BM darauf lenken, daß die berechtigten Sicherheitsinteressen der anderen Seite in dem Prager Beschluß berücksichtigt worden seien. Dies sei auch in einer Erklärung von Herrn Andropow²⁸ geschehen. Auch der Osten wolle keine Verhandlung, die die Sicherheitsinteressen der anderen Seite nicht in Rechnung stellt. Diese Vorschläge würden nicht zu dramatischen Veränderungen führen, könnten aber zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen. Es handele sich um aufrichtige Vorschläge im beiderseitigen Interesse. Ungarn gehe pragmatisch vor. Man wisse in Budapest, wenn man Vorschläge nur im eigenen Interesse mache, komme man nicht voran. Ungarn forciere seinen Interessenstandpunkt nicht. Dies sei keine defensive Haltung, sondern ein Standpunkt, der Lösungen auf der Grundlage des gemeinsamen Interesses ermögliche.

Zu Stockholm wolle er nochmals betonen, daß die Konferenz in der jetzigen Lage eine gesteigerte Bedeutung erhalte. Es sei kein Geheimnis, über die Teilnahme finde noch eine Abstimmung im WP statt. Sein persönliches Votum laute, daß die Außenminister dort hingehen sollten. Seine Regierung sei der Auffassung, daß es keine Alternative gebe: Man müsse daran arbeiten, aus dieser Situation herauszukommen. Die andere Alternative wäre die Vorbereitung eines Krieges. Dies sei unvorstellbar. Es gebe keine Regierung auf der Welt, die dies wolle. Er führe diesen Besuch in Bonn durch, damit er seinen Standpunkt vertrete und den Standpunkt des Partners kennenlerne. Deshalb spreche er auch mit den Amerikanern. Wenn er mit Shultz unter vier Augen spreche, er-

²⁶ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) vgl. Dok. 40.

²⁷ Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten vom 6./7. April 1983; Dok. 91, Anm. 3.

²⁸ In seiner Erklärung vom 24. November 1983 zum Abbruch der INF-Verhandlungen wies der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, u. a. darauf hin, „daß die Sowjetunion keine militärische Überlegenheit“ anstrebe und lediglich das tun werde, „was absolut notwendig ist, damit das militärische Gleichgewicht nicht gestört wird“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 106. Zur Erklärung vgl. auch Dok. 356, Anm. 9.

Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, am 27. Oktober 1983 gegenüber der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“; Dok. 321, Anm. 12.

halte er ein normales Bild. Dies sei auch bei den Gesprächen von Bush in Budapest so gewesen.²⁹ Um so mehr habe es gewundert, daß Bush, zwei Autostunden weiter, in Wien, dann das Gegenteil von dem erklärt habe, was er in Budapest gesagt habe. Solche Äußerungen, auch die des Präsidenten, würden auch weiter im Osten geprüft. Man frage sich, was die amtliche Auffassung der Amerikaner sei, ob es einen Beschluß gebe, den Osten zu zertreten oder zu vernichten, ob der Sozialismus lediglich ein Fehler der Geschichte sei.

Von Carter habe es geheißsen, er sei unberechenbar. Er frage sich, ob Reagan darin berechenbar sei, daß er unberechenbar sei.

BM entgegnete, er wolle in großer Offenheit sprechen. Natürlich wüßten wir, daß man in den Hauptstädten des WP manche Fragen stelle. Deshalb sei es so wichtig, daß diese bedeutsame Erklärung von Brüssel abgegeben worden sei. Ihr hätten alle Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses durch ihre Außenminister zugestimmt, auch Shultz. Várkonyi solle die amerikanische Politik so nehmen, wie sie in dieser Erklärung gemeinsam mit uns formuliert worden sei.

Die USA hätten andere Formen der Entwicklung in der politischen Führung als die Europäer. Er habe Várkonyi erklärt, wir hätten einen Regierungswechsel gehabt, wenn auch nicht alle Partner gewechselt hätten, sondern nur die größeren. Unsere Außenpolitik habe sich deshalb aber nicht verändert. Nicht einmal verbal seien neue Akzente gekommen. Es gebe hier einen weitgehenden Konsens. Alle wüßten, daß Berechenbarkeit wichtig sei und daß dieser Konsens nicht in Zweifel gezogen werden dürfe. Natürlich sei dieses durch den Umstand erleichtert worden, daß die Kollegen, die heute von der CDU/CSU der Regierung angehörten, im Bundestag viele Jahre unsere Außenpolitik mitentwickelt hätten.

In den USA sei dies anders: Wenn eine neue Administration mit völlig neuen Leuten komme, dauere es immer eine gewisse Zeit, bis die Vorstellungen, die im Wahlkampf artikuliert worden seien, mit den Realitäten und der internationalen Politik in Übereinstimmung gebracht würden. Da gebe es natürlich manche Erklärungen, die den letzten und manchmal auch schon den nächsten Wahlkampf reflektierten. Dies könne man nur versuchen, zu erklären, nicht zu vertreten. Es sei aber seine Überzeugung, daß diese Administration, wie im übrigen auch die von Carter, aufrichtig einen Interessenausgleich mit der SU suche.

Er würde sich auf diesen ersten Teil seiner Antwort beschränkt haben, wenn er nicht von dem nun folgenden zweiten Teil auch überzeugt wäre. Er wolle nur zwei Sätze aus einer Rede zitieren, die er am Vorabend gehalten habe: „Sicherheitspolitik kann sich jedoch nicht im Militärischen erschöpfen. Sie muß Vertrauen wahren und durch Zusammenwirken gemeinsame Interessen erkennen und fördern. Deshalb ist es lebenswichtig, den politischen Dialog mit der anderen Seite nicht abreißen zu lassen. Es ist lebenswichtig, der anderen Seite durch sachbezogene Kooperation die Gewißheit zu vermitteln, daß man sie nicht als Staat oder politisches System vernichten will, sondern daß man zu Kooperation bereit ist.“³⁰

²⁹ Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 19. bis 22. September 1983 – unterbrochen durch einen Aufenthalt in Wien am 21. September 1983 – zu Gesprächen in Ungarn auf.

³⁰ Vgl. die Rede des Bundesministers Genscher am 20. Dezember 1983 vor der Gesellschaft für Wehrkunde in Wuppertal; Referat 013, Bd. 179052.

Várkonyi: Einverstanden. Er würde es begrüßen, wenn auch die USA dies akzeptierten.

BM: Dies sei so. Er wolle nicht gegenseitig aufrechnen. Es gebe auch Reden und Erklärungen aus Moskau, dazu könnte man viel sagen (*Várkonyi* nickt).

Er habe *Várkonyi* seine Überzeugungen vermitteln wollen. Er wolle in der Lage sein, *Várkonyi* auch morgen zu begegnen. Wenn er auf das Podest des Propheten steige, so habe er sich vorher versichert, daß er nicht desavouiert werde.

Várkonyi erklärte, er wolle keine Mißverständnisse. Er schätze den Standpunkt des *BM* sehr hoch ein. Wenn er sich kritisch geäußert habe, so ergebe sich dies aus dem Schaden, den er in seinem eigenen Arbeitsbereich feststellen könne. Er sei sich aber sicher, daß die SU, ihre Führer, die er kenne, ein Übereinkommen im Bereich der Abrüstung wollten. Hiervon sei er überzeugt. Shultz habe ihm vortragen, welche amerikanischen Vorschläge die SU nicht akzeptiert habe, nun sei er frustriert. Er, *Várkonyi*, habe geantwortet: Die SU habe auf diese und jene sowjetischen³¹ Vorschläge keine Antwort erhalten und sei ihrerseits frustriert. Was er als Minister eines kleinen Landes dazu sagen sollte: „They are frustrated, both of them.“ Es bestehe ein großes Mißtrauen. Wenn man etwas unternehmen wolle, so müsse man sich bemühen, zuerst dieses Mißtrauen abzubauen.

Zu den Passagen aus der Rede des *BM* vom Vortage wolle er hinzufügen: Die Ausführungen des *BM*, wonach es keine konkrete Gefahr und deren Existenz gebe, seien das Gebiet, auf dem etwas unternommen werden müsse.

BM warf ein, er habe zu den Wirtschaftsbeziehungen gesagt, wir seien an einer guten Wirtschaftsentwicklung im Warschauer Pakt interessiert, keineswegs an einer schlechten.

Várkonyi stimmte zu: Das Zusammenleben der Völker sei eine Zweibahnstraße (*BM* stimmt zu). Die Ungarn seien an einer Krise in Westeuropa nicht interessiert – dies habe bisher zwar noch kein Klassiker geschrieben –, aber die Ungarn wüßten, daß sie die Folgen einer solchen Krise zu spüren bekämen. Sie seien ihrerseits daran interessiert, daß sich die Wirtschaft im Westen gut entwickle. Wenn beide Seiten die Dinge mit Vernunft betrachten und leben wollten, müßten sie sich gegenseitig ertragen und zusammenleben.

BM führte aus, er habe gern gehört, was *Várkonyi* sagte, auch die Art, wie er gesprochen habe, und daß er für eine Teilnahme in Stockholm sei. Er hoffe, daß die Vernunft sich durchsetze. Natürlich würde es auch zur Überwindung des Zustandes des Mißtrauens zwischen den Vereinigten Staaten und der SU beitragen können, wenn sich dort die beiden Außenminister sprächen. Wir hätten immer festgestellt, daß die ungarische Führung in aller Loyalität zu den Verpflichtungen ihres Bündnisses gestanden habe, dabei aber zum Verständnis und zu den Bemühungen um Verständnis beigetragen habe. *Várkonyi* werde sicher beobachtet haben, daß wir uns genauso um Verständnis bemühten. Wir seien unsererseits loyale Partner des westlichen Bündnisses, unserer Freunde in der EG und unserer amerikanischen Freunde. Wir sähen unsere Verantwortung im Herzen Europas. Wir wollten um Verständnis zwischen West und Ost werben, gerade weil wir loyale Partner des Westens seien. Hierin liege in der Tat eine Verantwortung, über die *Várkonyi* zu Anfang gesprochen habe. Dies gebe dem Besuch seine Bedeutung. Dies wüßten wir zu würdigen.

³¹ Korrigiert aus: „amerikanischen“.

Várkonyi dankte und lud den BM zu einem weiteren Besuch in der Ungarischen Volksrepublik ein. Seine Regierung habe den Wunsch, die Praxis jährlicher Treffen beizubehalten. Die Einladung gelte auch für Frau Genscher³².

BM dankte.

Referat 214, Bd. 139491

391

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

221-373.00-2893/83 VS-vertraulich

21. Dezember 1983

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Überlegungen zur KVAE – Möglichkeiten und Grenzen

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) Nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen³, der Vertagung von START sine die⁴ und dem Rundenende von MBFR ohne Festlegung des nächsten Termins⁵ wird die KVAE Anfang 1984⁶ zum wichtigsten Forum für den Ost-West-Dialog.⁷ Schon jetzt verbinden sich in der öffentlichen Diskussion mit dem Beginn der KVAE große Erwartungen und Hoffnungen. Zweifellos bietet der Beginn der KVAE durch die Präsenz zahlreicher Außenminister – vor allem dann, wenn auch die Minister des WP teilnehmen – eine gute Gelegenheit zu zahlreichen

³² Barbara Genscher.

¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. Dezember 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Es erscheint erforderlich, einen deutlich politischen Ansatz für die Konferenz zu suchen. Außerdem sollte eine Synopse der westlichen Vorschläge erstellt werden.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Dezember 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth sowie die Weiterleitung von Ablichtungen an Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigent Schauer verfügte.

Hat Lautenschlager am 27. Dezember 1983 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Meyer-Landrut am 28. Dezember 1983 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Edler von Braunmühl am 3. Januar 1984 vorgelegen.

Hat in Vertretung von Ruth Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 4. Januar 1984 vorgelegen.

³ Zum Abbruch der INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356, Anm. 6.

⁴ Zur Vertagung der START-Verhandlungen am 8. Dezember 1983 vgl. Dok. 385.

⁵ Zur Beendigung der 31. Runde der MBFR-Verhandlungen am 15. Dezember 1983 in Wien vgl. Dok. 386.

⁶ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die Genfer Abrüstungskonferenz (CD), deren nächste Runde im Februar 1984 beginnt, mit ihren 40 Mitgliedern aus aller Welt hat zwar auch eine wichtige Ost-West-Komponente, ist aber nicht in gleichem Maße auf europäische (und damit Ost-West-) Fragen konzentriert.“

Ost-West-Begegnungen. Der Öffentlichkeit kann damit deutlich gezeigt werden, daß dank westlicher Initiativen der Ost-West-Dialog – auch nach dem Beginn der Dislozierung amerikanischer INF⁸ – fortgesetzt wird.

2) Die Konzentration der Aufmerksamkeit auf die KVAE kann aber auch dazu führen, daß die Öffentlichkeit die objektiven Schwierigkeiten auf dem Wege zur Vertrauensbildung unterschätzt und bei jeder künftigen Stagnation des Verhandlungsprozesses nach neuen westlichen Initiativen ruft. Es kommt daher in unserer öffentlichen Präsentation darauf an, deutlich zu machen, daß die Eröffnung der KVAE lediglich den Beginn eines langen Prozesses darstellt, der von allen Teilnehmerstaaten nicht nur Worte, sondern konkrete, militärisch relevante Beiträge zur europäischen Sicherheit verlangt. Wir sollten nicht zögern, das derzeit im Bündnis beratene Paket westlicher Vorschläge für VSBM⁹ als weitreichendes Angebot für eine künftige europäische Kooperation in sicherheitspolitischen Fragen anzukündigen. Dabei brauchen wir nicht zu verschweigen, daß die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sicherheitspolitische Forderungen an alle Teilnehmerstaaten stellen und zum guten Teil auch dem Westen nicht leichtfallen.

Die VSBM-Vorschläge des Westens müssen präsentiert werden als notwendige Schritte der Vertrauensbildung, ohne die künftige Abrüstungsmaßnahmen nicht in Angriff genommen werden können.

3) Angesichts der weltpolitischen Lage und der Führungsschwäche im Kreml muß damit gerechnet werden, daß die SU zunächst nicht bereit sein wird, positiv auf die westlichen VSBM-Vorschläge einzugehen. Sie wird stattdessen ein breit gefächertes Angebot von Friedensinitiativen (nach dem Vorbild des Prager WP-Treffens¹⁰) präsentieren, um den Versuch fortzusetzen, die europäische Öffentlichkeit zu beeinflussen und Keile in die Allianz zu treiben. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, daß einige der östlichen Vorschläge (u. a. Beschränkungen für Marinemanöver und den Umfang von Landmanövern) auch bei den N+N Anklang finden.

Die Konferenz könnte daher schon im Laufe des Jahres 1984 in Schwierigkeiten geraten, wenn der Westen die östlichen Vorschläge und der Osten die des Westens rundweg ablehnt.

Auch im Bundesministerium der Verteidigung gibt es zum Teil große Bedenken gegen Maßnahmen, welche die Flexibilität der eigenen Verbände und die kurzfristige Zuführung verbündeter Streitkräfte beeinträchtigen könnten. Dabei wird

⁸ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 367, Anm. 6.

⁹ Zur Vorbereitung eines Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) für die KVAE durch die NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 384, Anm. 7.

Am 19. Dezember 1983 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel ein „Vorschlagspapier“ zur Einführung in der Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC) am folgenden Tag. Dazu solle ausgeführt werden: „The annexed draft proposal is not a rival undertaking to the NATO-CSBM package [...] which will remain the basic substantive reference for allied negotiations in Stockholm, but a necessary complement for presentation. [...] The reason for the draft is that NATO partners need a politically appealing proposal paper, as short as possible and unencumbered by too much detail.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“); Dok. 40.

h.E. nicht genügend gesehen, daß solche Einschränkungen ja die Gegenseite weitaus stärker beeinträchtigen könnten.¹¹

4) Es gilt daher, zu gegebener Zeit zu überlegen, welche Möglichkeiten bestehen, eine lange Stagnation bzw. eine Blockierung der Konferenz zu vermeiden. Ein sinnvoller Schritt könnte darin bestehen, daß die Allianz im Laufe des Jahres 1984 eine Reihe ergänzender Vorschläge erarbeitet¹², welche bei voller Wahrung westlicher Sicherheitsinteressen weitere VSBM enthalten (ggf. unter Rückgriff auf einzelne Elemente der Vorschläge anderer Teilnehmerstaaten). Diese Vorschläge könnten zu einem günstigen Zeitpunkt in Stockholm eingeführt werden und damit die Verhandlungsbereitschaft und Flexibilität des Westens unter Beweis stellen.

Zweifellos werden auch die N+N-Staaten in einer solchen Situation versuchen, der Konferenz neue Impulse zu geben. Dabei könnte sich eine schon jetzt erwogene Tendenz durchsetzen, ein Minimalpaket vorzuschlagen, welches eine Weiterentwicklung der wenigen VBM der Schlußakte von Helsinki¹³ enthalten würde. Wir sollten ein solches Konzept für ein Minimalergebnis, das weit unterhalb des im Mandat von Madrid¹⁴ vorgezeichneten Rahmens bliebe, nicht ermutigen.

5) Eine weitere Möglichkeit, das Festfahren der KVAE zu vermeiden, liegt in der taktischen Nutzung des sowjetischen Interesses an einer zweiten Phase der Konferenz. Wir sollten im Bündnis – trotz erheblicher Widerstände – weiterhin um Verständnis werben, die Perspektive für eine Phase konventioneller Abrüstungsverhandlungen für ganz Europa offenzuhalten. Eine solche Perspektive würde es uns erlauben, dem WP und der westlichen Öffentlichkeit gegenüber für die Notwendigkeit zu plädieren, zunächst konkrete VSBM – wie sie das westliche Paket enthält – zu vereinbaren und zu implementieren und ihre Wirksamkeit im Laufe der Jahre zu überprüfen, bevor die zweite Phase begonnen werden kann. Das informelle Treffen der NATO-Außenminister am Vorabend der KVAE¹⁵ bietet eine gute Gelegenheit, dieses langfristige Konzept zu erläutern.

Citron

VS-Bd. 11518 (221)

¹¹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ein objektiv schwieriges Thema.“

¹² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die Erarbeitung weiterer VSBM in der Allianz, vor allem solcher, die wirkliche Einschränkungen (constraints) des zulässigen Einsatzes militärischer Potentiale bewahren, dürfte nicht leicht sein.“

¹³ Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

¹⁴ Vgl. dazu die Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

¹⁵ Die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten trafen sich am 16. Januar 1984 in Stockholm.

392

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1861

Citissime

Aufgabe: 21. Dezember 1983, 16.57 Uhr¹

Ankunft: 21. Dezember 1983, 18.11 Uhr

Betr.: Luther-Ehrungen in der DDR 1983;
hier: Zusammenfassende Bewertung

Der 500. Geburtstag Luthers wurde in der DDR von den evangelischen Kirchen und dem Staat während des ganzen Jahres mit außergewöhnlich vielen Veranstaltungen, Ausstellungen und Kongressen, mit breiter publizistischer Begleitung und großer öffentlicher Resonanz begangen. Die Zielsetzungen waren allerdings unterschiedlich. Die Kirchen ehrten Luther als Reformator, der der Ökumene gehört. Der Staat bewertete Luthers führende Rolle in der „frühbürgerlichen Revolution“ neu und erstmals positiv.

Er arbeitete ein Kapitel der Geschichte auf, um es für die sozialistische, aber auch die deutsche Identität der DDR nutzbar zu machen. Bezweckt wurde damit, der Bevölkerung die Identifikation mit dem kommunistischen Staat zu erleichtern und das internationale Ansehen der DDR zu erhöhen. Die Kirchen konnten sich im Luther-Jahr als eigenständige und eigenverantwortliche Institution in der DDR in großer Breite darstellen und hierdurch an Selbstbewußtsein gewinnen. Der hohe Mobilisierungseffekt und die Gemeinschaftserlebnisse der sieben Kirchentage² trugen zur Ermutigung vieler im Alltag isolierter Gemeinden bei. Die außergewöhnlich große Zahl ökumenischer Gäste war eine Anerkennung der Arbeit der Kirchen, stärkte diese Verbindungen und bot Gelegenheit, sie konzentriert zu präsentieren. Der Staat bewertete die ökumenische Arbeit der Kirchen betont positiv und zog seinerseits daraus Nutzen für seine internationale Reputation. Zwei wissenschaftliche Kongresse³ führten zu einem von allen Seiten gewürdigten ernsthaften Dialog zwischen Christen und Marxisten.

Das Luther-Jahr führte zu vielfältiger Zusammenarbeit von kirchlichen und staatlichen Stellen, auch wenn grundsätzlich die Luther-Ehrungen unabhängig voneinander erfolgten. In der Unterstützung der kirchlichen Veranstaltungen zeigte sich die DDR besonders großzügig. Die Zusammenarbeit wurde von Kirchen und Staat als beispielhaft und zukunftsweisend gewertet. Sie führte insbesondere auf der mittleren und unteren Ebene in vielen Fällen zu vorher unbekannten konstruktiven Kontakten. Auch wenn erwartet wird, daß man sich künftig wieder an mehr DDR-„Normalität“ gewöhnen müsse, bleibt die Hoff-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 22. Dezember 1983 vorgelegen.

² Zu den Kirchentagen 1983 der Evangelischen Kirche in der DDR vgl. Dok. 106, Anm. 27.

³ Der sechste Internationale Kongreß für Lutherforschung tagte vom 14. bis 20. August 1983 in Erfurt. Vom 18. bis 21. Oktober 1983 fand in Halle die Konferenz „Martin Luther – geschichtliche Stellung und historisches Erbe“ statt.

nung, daß die Erfahrungen Ansätze für eine Zusammenarbeit erbracht haben, die über den Stand vor dem Luther-Jahr hinausführen können.

Das grundsätzliche Verhältnis von Kirchen und Staat hat sich im Luther-Jahr nicht verändert. Die Fortsetzung der von der Trennung von Kirche und Staat ausgehenden, aber auf Wahrung eines Modus vivendi angelegten Kirchenpolitik ist – auch von Honecker selbst – immer wieder bekräftigt worden. Dies schließt jedoch ein, daß der Kirche auch künftig keine Mitspracherechte z. B. in den Bereichen von Bildung und Wehrerziehung eingeräumt werden, wie es auch in den anderen, seit langem bestehenden Konfliktbereichen kaum Veränderungen gegeben hat. Diese Fragen wurden zwar nicht auf den repräsentativen Luther-Veranstaltungen, aber auf den Kirchentagen und besonders bei den regelmäßigen Tagungen der Synoden immer wieder angesprochen. Die aktuelle Friedens- und Rüstungsfrage wirkte wie ein Leitmotiv. Zu den Themen gehörten aber auch z. B. die ständig sich stellenden Probleme von Wehrdienstverweigerern, die vormilitärische Ausbildung in Schule und Berufsausbildung, die offene Jugendarbeit der Kirchen, die Behandlung von Bürgern – insbesondere von Jugendlichen – durch den Staat und Umweltfragen.

Während die DDR das Friedensengagement in den Kirchen außenpolitisch partiell nutzt, führen alle diese Themen im Inneren immer wieder zu schwierigen Auseinandersetzungen.

Besonders heftig reagierten staatliche Stellen, wenn Kritik in Gegenwart westlicher Fernsehkameras geübt wurde. Ob der Staat diese Kritik zum Anlaß nehmen wird, künftig gegenüber der Kirche wieder härter aufzutreten, möchte zur Zeit niemand beantworten. Vertreter der Kirchen warnen davor, befürchtete Restriktionen herbeizureden. Nicht auszuschließen ist jedoch, daß staatliche Stellen, unterstützt von Gegnern der Honeckerschen Kirchenpolitik und der Luther-Ehrungen, versuchen könnten, Einschränkungen mit dem Argument durchzusetzen, die Kirche mischt sich in den dem Staat vorbehaltenen politischen Bereich ein.

Die Kirche ist jedenfalls in den letzten Wochen deutlich vorsichtiger geworden und übt gegenüber der Westpresse Zurückhaltung. Trotz dieser Einschränkungen bewertet auch der Staat das Luther-Jahr insgesamt positiv. Maßgebend hierfür sind der respektable und erfolgreiche Verlauf der Veranstaltungen, die Breitenwirkung, die gute Zusammenarbeit mit den Kirchen und nicht zuletzt die Möglichkeit, über die Grenzen hinaus positive Eindrücke von der DDR zu vermitteln.

Ausführlicher Schriftbericht folgt.⁴

[gez.] Bräutigam

Referat 210, Bd. 132740

⁴ Für den Schriftbericht Nr. 320 des Ministerialdirigenten Hellbeck, Ost-Berlin, vom 21. Dezember 1983 vgl. Referat 210, Bd. 132740.

393

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

02-424.10

27. Dezember 1983¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³Betr.: Grenzüberschreitende Datenflüsse⁴ – Überlegungen im Anschluß an das OECD-Symposium vom 30.11. bis 2.12.1983 in London

I. Die Gefahr der Abhängigkeit von ausländischen Datenbanken

1) Neben Energie ist „Information“ in hochindustrialisierten Ländern ein Entwicklungsfaktor von strategischer Bedeutung, „Online“-Datenbanken, d.h. solche, die direkt über Computer abrufbar sind und in denen für die wirtschaftliche und politische Planung Fachinformationen gespeichert sind, sind heute schon eine unerläßliche Quelle effektiver Entscheidungsprozesse. Datenbanken können von jedem Ort der Bundesrepublik über den „Datenpaketvermittlungsdienst“ der Bundespost (DATEX-P) angerufen werden. Hierzu benötigt der Benutzer einen Bildschirm oder ein Schreibmaschinenterminal (6000 bis 20000 DM), um über eine Kenn-Nummer die Datenbank anzuwählen. Dieser minuten-schnelle, direkte Zugang bietet zur Zeit etwa 100 Mio. Referenzinformationen, also Hinweise auf die gesuchten Fakten. (Technisch gesehen kann über die modernen grenzüberschreitenden Telekommunikationsnetze, d.h. terrestrische, maritime und Satellitenverbindungen, grundsätzlich jede Datenbank der Welt angewählt werden.) Beispiel: Will man wissen, wie man am besten das Seveso-Gift Dioxin unschädlich macht, so kann man etwa den größten amerikanischen Datenbankanbieter, die Firma Dialog/Lockheed anwählen, um auf den neuesten Stand der Forschung zu gelangen.

2) Die überwiegende Zahl der Datenbanken steht heute in den Vereinigten Staaten. Es bilden sich monopolartige Strukturen heraus; daher das Schlagwort „USA als OPEC der Information“:

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Grewlich konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine interessante u. nachdenklich stimmende Aufzeichnung.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 31. Dezember 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Sehr gute Darstellung. 2) Wer hat in London unser Land vertreten? Wer ist federführend? 3) R[ück-sprache].“

Hat Lautenschlager am 3. Februar 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[e]-spr[echung] hat heute stattgefunden.“

In einem Vermerk vom 12. Januar 1984 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Bazing zu den Fragen von Genscher mit: „Am Symposium haben teilgenommen: BMWi, BMI, AA (02), BMPPost, BMFT, Bundeskanzleramt; Siemens AG, Deutsche Lufthansa, IBM Deutschland, Bundesverband der Deutschen Industrie. [...] Federführend ist das BMWi.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178499.

⁴ Am 9. November 1983 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz „einige Diskussionspunkte [...] über die Frage grenzüberschreitender Datenflüsse“ vor, die auf einer Hausbesprechung am 23. November 1983 erörtert werden sollten, und führte dazu aus: „Der Planungsstab beabsichtigt, anschließend an das OECD-Symposium über ‚Transborder Data Flows‘ in London vom 30. November bis 2. Dezember 1983 eine Ministervorlage zur Problematik der Telekommunikation und der grenzüberschreitenden Datenflüsse vorzulegen, in der auch die Ergebnisse der Hausbesprechung vom 23.11.1983 mitberücksichtigt werden.“ Vgl. dazu Referat 414, Bd. 145323.

- 80 % der bibliographischen Daten sind in den Vereinigten Staaten konzentriert.
 - Von 50 Datenbanken in der westlichen Welt, die mit Informationen über Patente gefüttert sind, haben 41 ihren Sitz in den USA.
 - Im Gegensatz zu dem geringen Umsatzvolumen deutscher Datenbanken, das 1981 mit insgesamt 80,9 Mio. Dollar beziffert wurde, schnellen die Umsätze auf dem US-Markt geradezu explosionsartig in die Höhe. Allein die 20 führenden Datenbankanbieter in den Vereinigten Staaten erzielten 1981 einen Umsatz von mehr als 350 Mio. Dollar. Der Gesamtumsatz der Vereinigten Staaten in diesem Bereich dürfte wesentlich höher als 1 Milliarde Dollar liegen. Dabei wird mit Wachstumsraten von über 50 % gerechnet.
 - War früher Deutsch die Amtssprache der Chemiker, so ist inzwischen die „American Chemical Society“ auf dem chemischen Informationsmarkt weltweit fast Monopolist. Mit ihrer Datenbank „Chemical Abstracts“ (CAS) dokumentiert diese amerikanische Gesellschaft inzwischen pro Jahr 400 000 Literaturstellen. Inzwischen bietet CAS sogar eigene Rechner an, über die mit Terminals chemische Formeln direkt angefragt, ausgerechnet und abgerufen werden können.
- 3) Durch einseitige Änderung des Kennworts („pass-word“) kann der Online-Zugriff zur Datenbank teilweise oder gänzlich gesperrt werden. Beispiele:
- Am 26. August 1982 wurden die von Präsident Ronald Reagan verhängten Sanktionen, betreffend den Bau einer Erdgasleitung vom Norden der Sowjetunion in das Gebiet der Europäischen Gemeinschaft, wirksam. Als erstes amerikanisches Unternehmen wurde die Dresser-Niederlassung in Frankreich betroffen.⁵ Laut Business Week war die Ausführung der Sanktion einfach; alles, was Dresser/USA zu tun hatte, um Reagans Embargo Rechnung zu tragen, war, das Benutzer-Kennwort zu einem Computer in Pittsburgh zu ändern. Hierdurch wurde der französischen Tochtergesellschaft von Dresser der Zugriff zu der Technologie wirksam verwehrt, den diese benötigte, um die Kompressoren für die Erdgasleitung zu bauen.
 - Auf die Probleme, die auch auf die Bundesrepublik zukommen könnten, wies kürzlich die Wirtschaftswoche (Nr. 39 vom 23.9.83)⁶ hin, als sie auf die Entscheidung der US-Regierung aufmerksam machte, die Datenbanken ihrer größten staatseigenen Anbieter, der National Library of Medicine (NLM) und des Institute for Scientific Information (ISI), für den Export in bestimmte Länder zu sperren. (Diese Angelegenheit, die im einzelnen noch unklar ist, wird zur Zeit im BMFT noch untersucht.)

Die beiden Beispiele verdeutlichen das Konfliktpotential, das mit der Zunahme der grenzüberschreitenden Datenflüsse entstehen könnte. Im Kern geht es um die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Beherrschung der Datenbasen, der Kontrolle der grenzüberschreitenden Datenflüsse und der Fähigkeit zur

⁵ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR und zu amerikanischen Sanktionen vgl. Dok. 2, Anm. 7 und 8.

⁶ Vgl. den Artikel „Gefährliche Abhängigkeit“; WIRTSCHAFTSWOCHEN Nr. 39 vom 23. September 1983, S. 18 f.

Schaffung von „Information“ und der Möglichkeit des Zugangs zu den relevanten Daten.

4) Einzelne Problemfelder:

- Die Informationstechnologien verändern die Produktionsprozesse. Für transnational tätige Unternehmen eröffnen sich dadurch neue Möglichkeiten der zentralen Konzernführung. Dann wird tatsächlich von einer Internationalisierung der Produktion die Rede sein. Verkümmern dabei im Zuge kostenoptimierender Arbeitsteilung und Zentralisierung der Forschung im Ursprungsland die Tochtergesellschaften, werden politische Gegenreaktionen der Gastländer wahrscheinlich.
- Noch bedeutsamer wird der Einsatz transnationaler Datenkommunikation im Dienstleistungs- und vor allem im Bankenbereich. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird sich erhöhen, die Möglichkeiten der Umgehung der Überwachung grenzüberschreitender Kapitalbewegungen könnten sich vergrößern; also verändert sich die Macht der grenzüberschreitend tätigen Banken gegenüber den nationalen Regierungen und Zentralbanken. Wie wird sich dieser Prozeß auf die Geldpolitik auswirken?

Elektronisch verarbeitete und übermittelte Daten und Informationen haben bereits einen Informationsmarkt und eine „Informationsindustrie“ hervorgebracht. Computerdienstleistungen haben heute einen Markt von weltweit 40 Mrd. Dollar (gemessen an einem weltweiten informationstechnologischen Markt in Höhe von rund 220 Mrd. Dollar). Der „Online-Markt“, d. h. der eigentliche computergestützte Fachinformationsmarkt (Datenbankhersteller und Anbieter, sog. hosts) liegt dagegen nur bei rund zwei Mrd. Dollar (wovon westeuropäische Datenbanken nur etwas mehr als ein Zehntel bedienen). Die USA haben gegenüber Europa einen Vorsprung von rund zehn Jahren. Die Ungleichgewichte verstärken sich zunehmend.

- Noch schwieriger ist die Lage der Entwicklungsländer, weil die Kommunikationssysteme auf die Bedürfnisse der westlichen Industrienationen zugeschnitten sind. Die Entwicklungsländer sehen sich als Lieferanten von Rohdaten, die dann in den Industrieländern, vor allem in den Vereinigten Staaten, deren Interesse gemäß verarbeitet werden. Diese Problematik ordnet sich ein in die Forderung nach einer neuen internationalen Informations- und Kommunikationsordnung, die im Rahmen der UNESCO schon zu schwierigen Diskussionen geführt hat.

Aber auch in Europa gibt es Befürchtungen gegenüber der Gefahr einer lähmenden technologischen Dominanz von außen und der „Überfremdung“ durch einseitigen Informations- und Datenfluß. Gefürchtet wird eine Entwicklung, in der am Ende die Amerikaner in der Lage sind, Preise, Datenauswahl und Technologietransfer zu bestimmen, d. h. den Zugang zur vitalen Information zu gewähren oder zu verweigern. Kanada, Japan und Australien befinden sich gegenüber den Vereinigten Staaten in einer ganz ähnlichen Situation wie die Europäer. Sie wollen daher die sich abzeichnenden Ungleichgewichte nicht auf Dauer festschreiben und durch eine Stärkung ihrer industriell-technologischen Wettbewerbsfähigkeit gerade auch im Bereich der Telekommunikation und der „Informationsindustrie“ in eine Position gelangen, von der aus sie mit den Verei-

nigten Staaten gleichberechtigt in Wettbewerb treten, aber auch zusammenarbeiten können.

II. Ergebnisse des OECD-Symposiums über grenzüberschreitende Datenflüsse (vom 30.11. bis 2.12.1983 in London)

1) Es bestand ein Konsens darüber, daß die Fragen der grenzüberschreitenden Datenflüsse von größter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung sind. Zwar wird die Diskussion mehr von Befürchtungen für die Zukunft als von heute bereits bestehenden Konflikten bestimmt; dennoch sind alle Sachkenner der Auffassung, daß diese Diskussion notwendig ist, denn heute werden die entscheidenden Weichen in diesem strategisch wichtigen Bereich der Beherrschung kommerziell verwertbarer Informationen gestellt.

2) Die Vereinigten Staaten (vertreten durch Botschafterin Diana Lady Dougan, Koordinatorin für die internationale Informations- und Kommunikationspolitik, State Department) forderten die rasche Verabschiedung der schon 1982 von den Vereinigten Staaten in der OECD vorgelegten „Data Declaration“.⁷ Dieses – dem OECD-„Trade Pledge“⁸ nachgebildete – Instrument zielt auf die Liberalisierung der grenzüberschreitenden Datenflüsse ab und ist Teil der amerikanischen Liberalisierungsoffensive in GATT und OECD auf dem Gebiet der Dienstleistungen. Der australische Vertreter⁹, zum Teil auch die Repräsentanten der EG-Kommission¹⁰ und Frankreichs¹¹ äußerten sich demgegenüber zurückhaltender und wiesen vorsichtig auf die Notwendigkeit der Beseitigung von Ungleichgewichten durch den Aufbau eigener Kapazitäten in der Telekommunikation und vor allem im Informationsbereich hin. Wesentlich deutlicher war der Vertreter Kanadas (W.H. Montgomery, Generaldirektor im Kommunikationsministerium): „free flow of information“ sei kein Thema als solches; es ginge im Grunde um die Frage des garantierten Zugriffs zu den Datenbanken. Ein Land wie Kanada wolle sich gerade in diesem wichtigen Bereich nicht auf Marktkräfte allein verlassen; alle Länder müßten in gleicher Weise Vorteile aus der Ressource „Information“ und den grenzüberschreitenden Datenflüssen ziehen. Internationale Zusammenarbeit und geeignete Spielregeln seien daher notwendig; das bedeute aber nicht einseitige Liberalisierung. Besonders interessant war die Intervention des japanischen Delegationsleiters¹² (Post- und Fernmeldeministerium):

⁷ Am 23. Juni 1983 fand eine Ressortbesprechung im Bundesministerium für Wirtschaft zur Frage des grenzüberschreitenden Datenverkehrs statt, deren Ergebnisse Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz am 1. Juli 1983 resümierte. Es sei darauf hingewiesen worden, daß der von amerikanischen Seite vorgelegte „Entwurf einer ‚Data Declaration‘ [...] Teil der amerikanischen ‚Offensive‘ in GATT und OECD auf den Gebieten ‚high technology trade‘ und ‚trade in services‘, sei. Im Gegensatz zu der zurückhaltenden Position Frankreichs und der EG-Kommission sei die Bundesrepublik „den amerikanischen Liberalisierungsvorstellungen gegenüber wesentlich aufgeschlossener“. Vgl. Referat 414, Bd. 145323.

⁸ Auf der Tagung des OECD-Rats am 29./30. Mai 1974 in Paris verabschiedeten die Teilnehmer eine „Erklärung über einen Verzicht auf einseitige Maßnahmen im internationalen Handelsverkehr“ wie z.B. „Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr“ bzw. „zur künstlichen Stimulierung der Ausfuhr“ oder einen „destruktiven Wettlauf bei der öffentlichen Subventionierung von Exportkrediten“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 268.

⁹ Michael Donald Kirby.

¹⁰ Cornelis N. Jansen van Rosendaal.

¹¹ Pierre Conruyt.

¹² Moriya Koyama.

„Regarding the question of transborder data flow, some nations advocate ‚unrestricted data flow‘, while others are for ‚restricted data flow‘ in view of the needs to protect data and privacy, and claim information sovereignty. Behind the former’s contention, there lurks the egoism of the strong, that is to say, advanced nations in the computers and communication field. They argue for ‚free data flow‘ as the ‚plausible‘ justification of their attempts to keep up their predominant position in the field. On the other hand, behind the latter’s contention, there lurks the move of protectionism on the part of those in a weak position in an attempt to defend themselves against the strong.“

Die britische Position war dagegen der amerikanischen wesentlich angenäherter. Dies erklärt sich daraus, daß Großbritannien wie auch die Vereinigten Staaten im Telekommunikationswesen eine Politik der „deregulation“ verfolgen und vor allem davon ausgehen, daß sie auf der Grundlage einer Achse USA/Großbritannien im Telekommunikations-, Computerdienstleistungs- und vor allem Datenmarkt in Westeuropa das große Geschäft machen werden. Hinzu kommt das britische Interesse an einer Stärkung der hochtechnologie-gestützten Dienstleistungsbereiche (Banken, Versicherungen und Beratungswesen).

3) Die Expertenbeiträge (Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft) waren von unterschiedlicher Qualität, im ganzen eher enttäuschend. Es zeigte sich, daß die Erkenntnisse über Volumen und Aufteilung der grenzüberschreitenden Datenflüsse dürftig sind. Zuverlässige Statistiken gibt es nicht. Ein Gespräch mit mehreren deutschen Industrievertretern (Siemens, Lufthansa, deutsche IBM) hat folgende Schätzungen zu Tage gefördert: 1 bis 2% (möglicherweise auch 5%) der grenzüberschreitenden Datenflüsse sind Personaldaten; rund 70 bis 80% sind Daten, die innerhalb verbundener Unternehmen über die Grenzen fließen bzw. den internationalen Handel begleiten (der Anteil der Datenflüsse innerhalb verbundener Unternehmen wird auf über 40% des gesamten Volumens grenzüberschreitender Datenflüsse geschätzt); rund 15% der grenzüberschreitenden Datenflüsse sind wohl kommerzieller Natur: Dabei geht es um die eingangs beschriebenen Online-Flüsse bzw. Computerdienstleistungen. Es müßte an sich möglich sein, diese 15% wertmäßig zu quantifizieren, während es geradezu unmöglich ist, die restlichen 85% wertmäßig zu beziffern. (Hierbei handelt es sich um ein grundsätzliches Problem, das auch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit fortschreitendem Übergang in die „Informationsgesellschaft“ zunehmend beschäftigen und wohl zu einer methodischen Änderung zwingen wird: nämlich die Frage des Wertes von „Information“.)

Insgesamt zeigte sich, daß man den komplexen Bereich der grenzüberschreitenden Datenflüsse in drei große Problembereiche unterteilen kann:

- Persönliche Daten und Datenschutz; hier hat die internationale Diskussion einen gewissen Abschluß erreicht durch die Konvention des Europarates zum Datenschutz¹³ und die Leitlinien der OECD, die im September 1980 angenommen wurden¹⁴ (21 OECD-Mitgliedstaaten);

¹³ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 539–550.

¹⁴ Für die „Guidelines Governing the Protection of Privacy and Transborder Flows of Personal Data“ vom 1. Oktober 1980, das vom OECD-Rat am 23. September 1980 angenommen wurde, vgl. Referat 414, Bd. 145323.

- die Fragen der Datenflüsse innerhalb verbundener Unternehmen;
- die kommerziellen Datenflüsse als Teil des internationalen Dienstleistungsverkehrs.

III. Weiteres Vorgehen

1) Das Auswärtige Amt muß in Ergänzung zu der bereits vorhandenen führenden Rolle in der Medienpolitik (D6¹⁵) auch die Entwicklung der Verhandlungen im Bereich der grenzüberschreitenden kommerziellen Datenflüsse genau beobachten und an diese Fragen initiativ herangehen. Wir können nämlich in eine Situation kommen, in der wir zwischen Gemeinschaftssolidarität und Ansprüchen von amerikanischer Seite hin- und hergerissen werden. Um so wichtiger ist es, nicht rein wirtschaftsdogmatisch zu argumentieren, sondern eine klare Vorstellung von unseren eigentlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen im Bereich der grenzüberschreitenden Datenflüsse zu entwickeln. Diese Interessen müssen auch in einem weiteren Rahmen gesehen werden, der die Bemühungen um eine europäische Technologiepolitik im Sinne eines technologischen Aufholens Westeuropas, vor allem im informations-technologischen Bereich umfaßt; dazu gehört auch der Aufbau von fortgeschrittenen Fernmelde-netzen und -diensten und vor allem einer europäischen „Informations-Industrie“.

2) Der Meinungsbildungsprozeß im Auswärtigen Amt hat bereits begonnen. Die Abteilung 4 (Dg41) hat auf Anregung von D6 vor kurzem zu einer Hausbesprechung über die Frage der grenzüberschreitenden kommerziellen Datenflüsse eingeladen, an der auch der Planungsstab beteiligt war.¹⁶

Das Kanzleramt beabsichtigt, Anfang des nächsten Jahres eine Ressort-Besprechung einzuberufen und möglicherweise eine Arbeitsgruppe zu gründen, deren (eher im planerischen und koordinierenden Bereich liegende) Aufgabe sein wird,

- die mittelfristige Entwicklung auf dem Fachinformationsmarkt der Bundesrepublik Deutschland abzuschätzen;
- die Gefahr der Abhängigkeit von ausländischen Datenbanken zu prüfen;
- Optionen für eine Position der Bundesregierung für die Verhandlungen in OECD und GATT im Bereich der grenzüberschreitenden Datenflüsse zu erarbeiten.

3) Der Vertreter des Planungsstabs hat im Auftrage von D4¹⁷ an dem OECD-Symposium über grenzüberschreitende Datenflüsse in London teilgenommen.¹⁸

¹⁵ Lothar Lahn.

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Matuschka resümierte am 25. November 1983 auf der Hausbesprechung am 23. November 1983 geäußerte Gedanken: „Technologische Entwicklung in D ist notwendig, um Vorsprünge der Konkurrenten USA und Japan aufzuholen: Staat soll hier unterstützend eingreifen [...]. Technologische Entwicklung soll in Kooperation mit anderen Industriestaaten, vor allem in der EG, durchgeführt werden [...]. Bei Ausdehnung des Kommunikationsnetzes ist auf Gefährdung der kulturellen Identität zu achten. [...] Information als Wirtschaftsgut wird zunehmend wichtige Rolle spielen. [...] Problem: Datenprotektionismus (werden USA Monopolstellung ausbauen, Technologietransfer verweigern?) Entstehen Abhängigkeiten (gespeicherte Fertigungsprozesse, die von überseeischer Mutterfirma abgeschaltet werden können)?“ Vgl. Referat 412, Bd. 130620.

¹⁷ Per Fischer.

¹⁸ Für das Auswärtige Amt nahm Legationsrat I. Klasse Grewlich an dem OECD-Symposium vom 30. November bis 2. Dezember 1983 in London teil.

Der Planungsstab beabsichtigt, baldmöglichst eine Aufzeichnung über die Frage der europäischen Dimension der „Telekommunikation“ und der „Informations-Industrie“ vorzulegen, in der auch die Entwicklungen im OECD-Rahmen, der Nord-Süd-Aspekt sowie vor allem auch die Situation in unserem Lande mitbehandelt werden.

Seitz

Referat 02, Bd. 178499

394

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-360.92 FRA-7/84 VS-vertraulich

28. Dezember 1983

Betr.: Deutsch-französische Direktorenkonsultation vom 22.12.1983 in Bonn¹

3) Vorbereitung auf die KVAE in Stockholm², u. a. Gewaltverzicht

Andréani meinte, es werde nicht leicht sein, die KVAE in unserem Sinne zu lenken. Der Westen habe ein konkretes Paket präziser vertrauensbildender Maßnahmen.³ Der Osten werde sich vor allem in Deklamationen allgemeiner Natur ergehen, wahrscheinlich die Vorschläge der Prager Erklärung⁴ wieder auf den Tisch legen und im Zweifel auch die INF-Frage propagandistisch aufbringen. Die Stockholmer Konferenz sei kein Ersatz für Verhandlungen, die an anderer Stelle unterbrochen seien.⁵ Wir gingen nicht nach Stockholm, um Probleme außerhalb des präzisen Mandats von Madrid⁶ zu erörtern. Das müßten wir den Sowjets von vornherein klarmachen.

¹ Mit Aufzeichnung vom 28. Dezember 1983 resümierte Ministerialdirektor Pfeffer sein Gespräch „unter vier Augen“ mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, vom 22. Dezember 1983. In der über vier Stunden dauernden Unterredung sei „eine Reihe von sensiti-ven Gegenständen“ behandelt „und auch ein wenig ‚Gehirn-Stürmerei‘“ betrieben worden. Haupt-themen seien gewesen: „1) Engere europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspoli-tik; eventuelle Reaktivierung der WEU [...], 2) West-Ost-Beziehungen, besonders bilaterale deutsch-französische Zusammenarbeit [...], 3) Vorbereitung auf die KVAE in Stockholm, u. a. Gewaltver-zicht [...], 4) Mutmaßungen über zukünftige sowjetische Haltung zu Rüstungskontrollverhandlun-gen [...], 5) Die deutsche Frage“. Pfeffer teilte dazu mit: „Die Vermerke zu 1) und 3) werden wegen ihrer operativen Bedeutung vorab vorgelegt.“ Vgl. VS-Bd. 11986 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Für den Vermerk zu 1) vgl. die Aufzeichnung von Pfeffer vom 2. Januar 1984; AAPD 1984.

Für die Aufzeichnungen zu 2), 4) und 5) vgl. Dok. 395, Dok. 396 und Dok. 397.

² Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet.

³ Zur Vorbereitung eines Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) für die KVAE durch die NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 391, Anm. 9.

⁴ Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) vgl. Dok. 40.

⁵ Zum Abbruch der INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356, Anm. 9.

Zur Vertagung der START-Verhandlungen am 8. Dezember 1983 vgl. Dok. 385.

⁶ Vgl. dazu die Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Ab-rüstung in Europa“ im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonfe-renz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

1953

Ich habe folgendes erwidert: Unser Minister habe sich vorgenommen, der skizzierten sowjetischen Taktik dadurch zu begegnen, daß er in einer breit angelegten Rede unsere, die westliche West-Ost-Strategie darstelle, wie sie in seinem jüngsten Artikel⁷ ihren Niederschlag und in der Brüsseler Erklärung der NATO-Außenminister⁸ ihre komprimierte Form gefunden habe.⁹ Das konkrete VBM-Paket sei in dieses große Konzept eingebettet. Ich glaubte, daß unsere Bevölkerung nach der Bekräftigung des NATO-Doppelbeschlusses im November 1983¹⁰ und dem Beginn der Nachrüstung¹¹ durchaus Verständnis haben werde für die Zurückweisung sowjetischer Propagandavorschläge. Es sei allerdings zu befürchten, daß einige N+N-Staaten sich auf die Diskussion über atomwaffenfreie Zonen (oder Korridore) in Europa einließen. Hier wäre noch viel Arbeit von seiten des Westens gegenüber den N+N-Staaten zu leisten. Auf den Mann in der Straße wirkten folgende einfache Feststellungen, wie sie unser Minister immer wiederhole, außerordentlich überzeugend:

Es komme nicht darauf an, daß eine Zone frei von Kernwaffen sei, sondern daß mit Kernwaffen nicht in sie hineingeschossen werden könne. Oder: Auch Afghanistan sei im Augenblick der sowjetischen Invasion¹² frei von Kernwaffen gewesen und sei es immer noch. Jeder ziehe sofort den Schluß: Und dennoch führe dort der Stärkere gegen einen Schwächeren im vierten Jahr einen Unterwerfungs-, wenn nicht Vernichtungskrieg. Das könnte auch, so wird sich der Mann auf der Straße sagen, das Schicksal des konventionell unterlegenen Europa werden, wenn es auf den Leim der Atomwaffenfreien-Zonen-Propaganda einging. Das Nuklearwaffenvakuum schrecke eben gerade nicht vom Kriege ab, sondern ziehe den konventionellen Krieg an. Der Nuklearkrieg sei zwar der schrecklichste von allen, aber der konventionelle Krieg wäre – auch das unterstreiche unser Minister in diesem Zusammenhang, meist unter Applaus – heute schon tausendmal schrecklicher als der Zweite Weltkrieg.

Andréani antwortete folgendes:

Es sei wohl richtig, daß man die Dinge nicht zu pessimistisch sehen sollte. Die Bevölkerungen würden durchaus am limitierten, aber konkreten westlichen VBM-Paket interessiert sein. Das sei sozusagen der innere Zirkel. Bei der Darlegung des Gesamtkonzepts müsse das Problem des konventionellen Gleichgewichts in Europa ins Spiel gebracht werden, das mit der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung gekoppelt sei. Zu einer Fünferkonferenz über die Begrenzung von Kernwaffen werde es ja nicht kommen, außer wenn ein annähern-

⁷ Vgl. den Artikel: „Konsequente Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik. Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?“, BULLETIN 1983, S. 1205–1209.

⁸ Für den Wortlaut des Communiqués der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 19. Januar 1984 anläßlich der Eröffnung der KVAE in Stockholm vgl. BULLETIN 1984, S. 68–71.

¹⁰ Zur Bundestagsdebatte am 21./22. November 1983 und zur Abstimmung über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 356, Anm. 2.

¹¹ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. Dok. 357, Anm. 9.

¹² Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 1, Anm. 17.

des konventionelles Gleichgewicht hergestellt sei.¹³ Man müsse verdeutlichen, daß der Westen realistisch, Schritt für Schritt, vorgehen wolle, um ein konventionelles Gleichgewicht zu erreichen und den Gewaltverzicht dadurch zu konkretisieren.

Alle übrigen Fragen, für die Stockholm nicht zuständig sei (START, INF, MBFR usw.), solle man gleich als solche kennzeichnen, und die Minister würden am besten in ihren Reden erklären, zur Erörterung dieser Themen seien sie nicht nach Stockholm gekommen.

Meinen Einwurf, diese Themen könnten aber durchaus in den Gesprächen an der Peripherie von Stockholm mit Nutzen behandelt werden, ließ Andréani gelten.

Zum Gewaltverzichtsversuch des Warschauer Pakts äußerte sich Andréani wie folgt:

Er wisse, daß unser Minister in dieser Frage eine etwas andere Linie vertrete als Cheysson. Er wolle in diesem Vier-Augen-Gespräch gern näher erläutern, wie Cheyssons Haltung motiviert sei. Dazu müsse man in die KSZE-Geschichte zurückgehen. Das Ziel der Sowjetunion, auf die der Vorschlag einer KSZE ja zurückgehe, sei es gewesen, den Status quo in Europa und vor allem die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen festzuschreiben. Dies habe der Westen stets abgelehnt. Dem Westen sei es gelungen, durch wichtige Gegenvorschläge und mit zunehmender Unterstützung durch die N+N-Staaten aus der KSZE eine Veranstaltung zu machen, die dem Westen mehr als dem Osten genützt habe und immer noch nütze. So spreche die Schlußakte von Helsinki¹⁴ zwar von der Unverletzlichkeit der Grenzen, der Westen habe aber die entscheidende Qualifizierung durchgesetzt, nämlich das Prinzip der friedlichen Grenzänderung, vor allem im Rahmen des europäischen Einigungswerkes.

Außerdem sei der Prinzipienkatalog angereichert worden durch Prinzipien, die Hauptanliegen des Westens sind (Menschenrechte; Selbstbestimmungsrecht).

Schließlich habe der Westen den III. Korb in die Verhandlungen eingeführt und dessen Annahme in der Schlußakte von Helsinki erreicht. Die Sowjetunion habe also für die Unverletzlichkeit der Grenzen „dreimal zahlen müssen“.

Jetzt gehe es der Sowjetunion nach ihren eigenen Worten darum, der politischen Entspannung die Dimension der militärischen Entspannung hinzuzufügen. Der Westen sei gut beraten, wenn er in Stockholm analog zu dem beschriebenen historischen Fall handle. Der Westen sollte die sowjetischen Vorschläge mit qualifizierten Gegenvorschlägen beantworten und die Sowjets wie damals zahlen lassen. Die Folgekonferenzen der KSZE¹⁵ und die KVAE, das seien Etappen im Prozeß der West-Ost-Beziehungen, in denen man unbedingt Ordnung halten müsse. Das gelte besonders für die KVAE, deren Materie sensitiv sei und

¹³ Zur französischen Haltung gegenüber dem Vorschlag einer Konferenz der fünf Atomkräfte vgl. Dok. 356.

¹⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

¹⁵ Die erste KSZE-Folgekonferenz fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 in Belgrad statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

Die zweite KSZE-Folgekonferenz tagte vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 in Madrid.

die sich besonders lange hinziehen werde. Hier komme nun der richtigen Behandlung des Gewaltverzichts-vorschlags aus der Prager Erklärung besondere Bedeutung zu.

Frankreich halte die folgende für die logische Sequenz:

erste Etappe: Behandlung von konkreten vertrauensbildenden Maßnahmen,

zweite Etappe: Abrüstung,

dritte Etappe: Bekräftigung des Gewaltverzichts.

Die französische Auffassung laufe also darauf hinaus, die deklaratorische Krönung der konkreten Fortschritte an das Ende des KVAE-Prozesses zu setzen. Der neuerliche Gewaltverzicht müsse die Anti-Breschnew-Doktrin festigen, wonach Gewalt auch nicht gegenüber den eigenen Bundesgenossen angedroht oder angewendet werden darf, um z. B. einen Verbündeten aus ideologischen Gründen in einem Bündnis zu halten.

Da die Sowjets unbedingt einen Gewaltverzicht haben wollten, den man sich doch schon mindestens dreimal gegenseitig versprochen habe, müsse dahinter ja etwas stecken, und wahrscheinlich sei es gerade der Abbau der Intra-omnes-Wirkung des Gewaltverzichts aus der Schlußakte von Helsinki. Wenn also den Sowjets am Vierfach-Nähen des Gewaltverzichts so viel gelegen sei, sollte man sie erst durch die konkreten Phasen der KVAE bringen und den Gewaltverzicht als Anreiz, von Etappe zu Etappe weiterzugehen, benutzen. Auch könne man sich fragen, ob wir dem Gewaltverzichts-gedanken nähertreten könnten, wenn bei den MBFR-Verhandlungen in Wien eine konkrete Etappe abgeschlossen sei. Besser aber sei es wahrscheinlich, diese Sache im KVAE-Rahmen zu lassen und den Sowjets zu erklären, daß wir wirklich zunächst über die erste Etappe zur zweiten (Abrüstung) durchstoßen müßten. Er persönlich neige sogar zu der Untersuchung, ob der Westen nicht auch Verbesserungen in der Menschenrechtsfrage vor akutem Eingehen auf den Gewaltverzichts-vorschlag verlangen sollte. Kurz: Frankreich habe nichts gegen den Gedanken, über den Gewaltverzichts-vorschlag des WP prinzipiell zu sprechen, aber er sollte vor allem als „Karotte“ dienen. So ließe sich auch unsere Debatte mit der eigenen Öffentlichkeit gut durchstehen und der Zusammenhalt Westen–N+N wahren.

Die französische Haltung sei also von der amerikanischen durchaus verschieden. Washington sei nach französischer Auffassung viel zu ängstlich. Shultz verstehe immer nur langsam, wenn überhaupt, den Offensivgedanken, den Genscher und Cheysson gemeinsam verträten. Wir müßten die USA gemeinsam auf unsere Linie bringen, die allerdings in den Einzelheiten noch nicht ganz einheitlich sei.

Ich habe Andréani noch einmal unsere Position dargestellt (Prager¹⁶ und CD-Rede des Bundesministers¹⁷, Tischrede des Bundeskanzlers in Moskau¹⁸).

¹⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1983 in Prag vgl. BULLETIN 1983, S. 153 f.

¹⁷ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 3. Februar 1983 vor dem Abrüstungsausschuß (CD) in Genf vgl. BULLETIN 1983, S. 149–152.

¹⁸ Für den Wortlaut der Tischrede des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juli 1983 in Moskau vgl. BULLETIN 1983, S. 706–710. Für einen Auszug vgl. Dok. 200, Anm. 11.

BM Genscher sei, wie Andréani mit Recht bemerkt habe, in der Tat für ein offensives Konzept, und zwar aus außen- und innenpolitischen Gründen. Wir schätzten es sehr hoch ein, daß Minister Cheysson ebenfalls den Offensivgedanken vertrete. Frankreich und die Bundesrepublik müßten wirklich auf einen Nenner kommen. Der Minister habe auch immer wieder betont, daß die bestehenden Gewaltverzichtsverträge und -abmachungen auf keinen Fall erodiert werden dürften. Das gelte insbesondere für die Intra-omnes-Wirkung der Schlußakte von Helsinki. Wir sollten fördern, was den Gewaltverzicht konkretisiert und das Gewaltverbot festigt. Unser Minister werde auch nicht müde, darauf hinzuweisen, daß Verträge und das Sichhalten an Verträge zwei Schuhe seien, die zusammengehörten. Er habe deshalb in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß Afghanistan von der Sowjetunion geräumt werden müsse; er werde zum vierten Jahrestag der Invasion eine sehr deutliche Erklärung abgeben.¹⁹

An dieser Stelle meinte Andréani, ihm imponiere die klare Sprache unseres Ministers zu Afghanistan, er frage sich aber, ob dieses Argument im Zusammenhang mit dem Gewaltverzichtsvertragsangebot der WP-Staaten nicht fast zu hart sei. Werde damit nicht ein echtes Eingehen auf die Sache blockiert bzw. *ad calendras graecas* geschoben?

Ich habe erwidert, wenn die französische Seite nach der von ihm vorgetragenen Sequenz in langen Fristen denke, dürfe Frankreich das Afghanistan-Argument eigentlich von daher schon nicht stören. Es sei aber doch ganz wichtig, Afghanistan immer wieder außenpolitisch in Erinnerung zu bringen und innerpolitisch unseren Bevölkerungen klarzumachen, daß der sowjetische Gewaltverzichts-vorschlag so lange Propaganda bleibe, als sich die Sowjetunion an den Gewaltverzicht aus der UNO-Charta²⁰ usw. nicht halte. Eine neuerliche Bekräftigung des Gewaltverzichts mache, solange dieser Zustand andauere, kaum Sinn.

Was die von Andréani vorgeschlagene Sequenz angehe, so müßten wir gemeinsam weiter darüber nachdenken, wie unsere Positionen in völligen Einklang zu bringen seien. Eine deutsch-französische Übereinstimmung in dieser Sache sei von größter Bedeutung für die Durchsetzung im westlichen Kreise und damit für den Fortgang der West-Ost-Diskussion. In meinem Gespräch mit dem polnischen Botschafter vom 14.12.1983 hätte ich, auf eine Pflichtübung Olechowskis gegen die Amerikaner, bemerkt, es sei für Polen, aber auch für den Frieden in Europa im letzten trotz mancher amerikanischer Ungeschicklichkeit von kapitaler Bedeutung, daß Washington, soweit es dies vermöge, seine Hand über Polen halte.²¹ Olechowski sei von dieser Bemerkung, auf die er nicht habe antworten können, offenbar tief berührt gewesen. Es sei doch ganz klar: Was die Erhaltung der Erga-omnes-Wirkung des Gewaltverzichts, also die Verteidigung des *acquis* der Schlußakte von Helsinki angehe, hätten wir die Osteuro-

¹⁹ Zur Erklärung des Bundesministers Genscher vom 26. Dezember 1983 vgl. den Artikel „Moskau zum Abzug der Truppen aus Afghanistan aufgefordert“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Dezember 1983, S. 1 f.

²⁰ Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

²¹ Zum Gespräch des Ministerialdirektors Pfeffer mit dem polnischen Botschafter Olechowski vgl. Dok. 377, Anm. 24.

päer zu geheimen Bundesgenossen. Wenn wir uns richtig darzustellen verstünden, sei die Sowjetunion im Rahmen der Fünfunddreißig in der größten überhaupt denkbaren Isolierung (nämlich 1:34).

Andréani stimmte dem zu.

Pfeffer

VS-Bd. 11986 (201)

395

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-360.92 FRA-23/84 VS-vertraulich

28. Dezember 1983¹

Betr.: Deutsch-französische Direktorenkonsultation am 22.12.1983²

2) West-Ost-Beziehungen, besonders bilaterale deutsch-französische Zusammenarbeit

Wir waren uns einig, daß die Zusammenarbeit zwischen der Gruppe Braunmühl–Dufourcq³ gut läuft und daß wir immer wieder nach neuen Themen für die noch engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet suchen sollten.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 28. Dezember 1983 zusammen mit Aufzeichnungen über die Gesprächspunkte „Mutmaßungen über zukünftige sowjetische Haltung zu Rüstungskontroll-Verhandlungen“ und „Deutsche Frage“ über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. Dok. 396 und Dok. 397.

Hat Meyer-Landrut vorgelegen. Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: „In Absprache mit D2 empfiehlt StS M-L, dem Minister lediglich den Vermerk über die Deutsche Frage vorzulegen.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Januar 1984 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Pfeffer an Referat 202 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM hat von Anlage 3 Kenntnis genommen.“

Hat Ministerialdirigent Schauer am 17. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D2 n[ach] R[ückkehr].“

Hat Pfeffer am 20. Januar 1984 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 23. Januar 1984 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12921 (202); B 150, Aktenkopien 1983.

² Zu den deutsch-französischen Direktorenkonsultationen legte Ministerialdirektor Pfeffer zudem zwei Aufzeichnungen zu den Gesprächspunkten „Vorbereitung auf die KVAE in Stockholm, u. a. Gewaltverzicht“ und „Engere europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik; eventuelle Reaktivierung der WEU“ vor. Vgl. dazu Dok. 394. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung vom 2. Januar 1984; AAPD 1984.

³ Im Oktober 1982 konstituierte sich eine deutsch-französische Studiengruppe für West-Ost-Fragen, die von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und vom Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Dufourcq, geleitet wurde. Ihre Aufgabe war die Abstimmung außenpolitischer Positionen beider Staaten, vor allem mit Blick auf die bilaterale Zusammenarbeit in der NATO und der EPZ. Am 20. Dezember 1983 fand eine Sitzung der Studiengruppe statt, die die „West-Ost-Beziehungen nach Stationierungsbeginn“ zum Thema hatte und zugleich der Vorbereitung auf die KVAE in Stockholm diente. Vgl. die Aufzeichnung von Braunmühl vom 28. Dezember 1983; Referat 203, Bd. 140623.

Andréani kam auf seinen Lieblingsgegenstand zurück, nämlich die Bewertung der hinter uns liegenden Détente-Politik und die Schlüsse, die man daraus für Gegenwart und Zukunft ziehen müsse. Wir stimmten darin überein, daß die erste Phase der Détente Früchte getragen, aber auch Schwierigkeiten mit sich gebracht habe. Wir waren uns einig, daß es keine vernünftige Alternative zu der Politik gibt, die auf dem Harmel-Konzept⁴ beruht. Deshalb, so Andréani, nähmen wir jetzt den Anlauf zu einer zweiten Phase. Offen sei für ihn immer noch, welche Vorsichtsmaßnahmen wir denn nun eigentlich treffen könnten, damit sich nicht wiederum Nachteile neben den Vorteilen wie in der ersten Phase ergäben.

Ich habe erwidert, die Frage sei in der Tat wichtig. Ich glaubte, daß in den bisherigen deutsch-französischen Besprechungen zu diesem Gegenstand und in den gemeinsamen Papieren schon eine Menge klärender Arbeit geleistet worden sei. Vielleicht gehe es weniger um die abstrakte Auflistung spezifischer Vorsichtsmaßnahmen. Regierungen, Parlamente und Bevölkerungen hätten Erfahrungen in der ersten Phase gesammelt. Gewisse euphorische Stimmungen hätten sich verflüchtigt. Man achte nun (noch) mehr darauf, nur auf der Basis der Gegenseitigkeit und zu gegenseitigem Nutzen mit den Staaten des Ostens zusammenzuarbeiten. Damit lägen die Grundkonditionen fest. Sie müßten in ganz verschiedenen Situationen implementiert werden.

Frankreich und Deutschland dürften nicht wieder, so entgegnete Andréani, einen Wettlauf um die Détente, wie er in der Vergangenheit zeitweise stattgefunden habe, beginnen, vor allem nicht in Moskau. Moskau müsse vielmehr spüren, daß Frankreich und Deutschland absolut einer Meinung seien und sich nicht auseinanderbringen ließen, weder durch Drohungen noch durch Lockungen. Dies sei nach seiner Ansicht ein Thema auch für das nächste Privattreffen der Chefs (Präsident Mitterrand – Bundeskanzler am 2. Februar⁵). Die beiden Ministerien sollten für dieses Treffen und überhaupt jedes Mal, auch bilateral, darüber nachdenken, welche konkreten Vorschläge für diese „Privat-Gipfel“ vor dem Hintergrund der geschilderten Gesamtphilosophie behandelt werden sollten.

Andréani stimmte mir zu, daß wir im politischen Komitee häufiger als bisher Themen und Thesen in schriftlicher Form den übrigen Acht vorlegen sollten, weil sich dann die Diskussion und gerade auch das „brainstorming“ im kleinsten Kreise leichter und eher zu Resultaten führen ließen. Auch würde dadurch öfter die Gesamtschau (*vue d'ensemble*) möglich werden, in die sich die Einzelentscheidungen, mit denen wir uns zur Zeit allzu oft ohne eine Gesamtschau herumschlagen, besser einordnen ließen.

Andréani schlug vor, Menschenrechtsforderungen gegenüber dem Osten stärker als bisher zu „europäisieren“.

Ich habe Andréani noch einmal auf meine Erfahrungen mit der Darstellung der EPZ-Entwicklung in der Direktorenkonsultation mit den Vize-Außenministern

⁴ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu ferner AAPD 1968, I, Dok. 14.

⁵ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 2. Februar 1984 auf Schloß Ludwigshöhe vgl. AAPD 1984.

Komplektow und Kapiza, mit Bondarenko und Botschafter Mendelewitsch in Moskau⁶ aufmerksam gemacht. Allen vier Herren hätte ich Wirken und Zielsetzung der EPZ vorgeführt und diese Entwicklung als eine im sowjetischen Interesse liegende zu beschreiben versucht. Das übertriebene sowjetische Sicherheitsdenken habe ja teilweise historische Gründe: Die Erinnerung an die Invasion Napoleons, an den Ersten Weltkrieg und an den Einfall Hitlers sei in der Seele des russischen Volkes gespeichert. Diese für Rußland bzw. die Sowjetunion lebensbedrohenden Invasionen seien aus europäischen Bruderkriegen erwachsen, von denen sich zwei zu Weltkriegen ausgeweitet hätten, und in allen drei Kriegen hätten Deutschland und Frankreich eine Hauptrolle gespielt. Wenn Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland nun vereint für Europa zusammenarbeiteten und Bruderkriege zwischen den Europäern unmöglich geworden seien, wenn das Europa der Zehn eine stabilisierende Friedensmacht par excellence verkörpere, so läge hierin für die Sowjetunion ein Segen, den sie nur deshalb noch nicht ganz begreife und akzeptiere, weil sie offenbar immer noch hoffe, durch Fraktionierung Westeuropas auf lange Sicht die Herrschaft über Gesamteuropa gewinnen zu können. Wenn Moskau den Selbstbehauptungswillen und die Durchsetzungskraft der zehn europäischen Regierungen klar und oft genug verspüre (z.B. Durchsetzung des Dislozierungsbeschlusses⁷), werde die sowjetische Führung die Europäische Politische Zusammenarbeit respektieren lernen und schließlich mit ihr zusammenarbeiten (Analogie zu ihrem Verhalten gegenüber der Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft, die sie zunächst bekämpft, mit der sie sich inzwischen abgefunden habe und mit der sie sogar zu kooperieren beginnt).

Ich schlug vor, daß auch die französische Präsidentschaft diese Gedanken, wo immer es sich ergebe, den Vertretern der Warschauer-Pakt-Staaten und insbesondere den Sowjets vor Augen führe.

Andréani sagte sofort, er wolle so verfahren.

Operativ, so fuhr ich fort, hielte ich im Augenblick vor allem die „Finalisierung“ unseres Polen-Papiers⁸, das ich beim letzten PK eingeführt hätte⁹, für vordringlich. In diesem Zusammenhang bat ich Andréani um seine Hilfe: Wir strebten an, auch das in der NATO zur Zeit behandelte Papier¹⁰ operativer zu fassen. Bisher habe offenbar die französische Vertretung bei der NATO die Instruktion,

⁶ Zu den deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen am 10./11. Mai 1983 in Moskau vgl. Dok. 141.

⁷ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 367, Anm. 6.

⁸ Am 5. Dezember 1983 übermittelte Ministerialdirigent Edler von Braunmühl über Staatssekretär Meyer-Landrut Bundesminister Genscher eine Aufzeichnung zum Thema „Westliche Haltung gegenüber Polen“. Dazu vermerkte er: „Die Außenminister der Zehn haben am 22.11.83 den Auftrag erteilt, eine Studie über Polen vorzulegen. Wir sind gebeten worden, dafür einen Entwurf einzuführen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133038.

⁹ Die Sitzung des Politischen Komitees der EPZ fand am 9. Dezember 1983 in Brüssel statt. Am 12. Dezember 1983 resümierte Ministerialdirektor Pfeffer die Diskussion am 9. Dezember „in kleinstem Kreise“ über Polen: „Ich habe unser Papier eingeführt und erläutert. Nach Anlaufschwierigkeiten äußerten sich die meisten positiv, vor allem Bullard lobte den Versuch, von den Einzelentscheidungen wegzukommen und auf der Grundlage einer zusammenfassenden Analyse die operativen Fragen der Zukunft zu behandeln. Wir wollen versuchen, das Papier zu einem der Zehn zu machen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122754.

¹⁰ Zu den amerikanischen Überlegungen zu einer Überprüfung der Politik gegenüber Polen („Poland Review“) vgl. Dok. 152.

nur eine Bestandsaufnahme ohne Konklusionen zuzulassen. Das verstünden wir nicht ganz. Zwar sei der Entwurf des Zehnerpapiers dichter als es der NATO-Entwurf werden könne, aber die Hauptzielrichtungen, die wir zu zehnt erarbeiten wollten, sollten doch möglichst in den Kreis der 16 profiliert werden.

Andréani stimmte sofort zu: Er wolle sich um die Sache kümmern. Er schloß noch die Bemerkung an, der Westen müsse Liberalisierung und Differenzierung in den Staaten des Warschauer Paktes fördern; aber immer wieder müßten wir die Frage prüfen, was wir offen sagen, wie wir es sagen und was wir nur stillschweigend tun sollten.

Dem stimmte ich zu. Einigen kritischen Bemerkungen über die Rede Bushs in Wien¹¹, die stellenweise leider als Gegenbeispiel angezogen werden müsse, trat Andréani bei.

Pfeffer

VS-Bd. 12921 (202)

396

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-360.92 FRA-904/83 VS-vertraulich

28. Dezember 1983¹

Betr.: Deutsch-französische Direktorenkonsultation

hier: Vier-Augen-Gespräch D 2/Andréani vom 22.12.1983²

4) Mutmaßungen über sowjetische Haltung zu Rüstungskontrollverhandlungen
Andréani stellte die Frage, ob die USA auf eine Zusammenlegung von INF und START zusteuerten. Er sehe nicht klar.

Ich habe gesagt, ich hätte keine neuen Erkenntnisse seit der Bemerkung von Burt bei der Vierer-Besprechung der Direktoren³ und von Außenminister Shultz gegenüber seinen drei Kollegen am Vorabend des Außenministertreffens im Dezember 1983, „for the time being“ strebe Washington eine solche Verhandlungsfusion nicht an.⁴

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 21. September 1983 in Wien vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 83 (1983), Heft 2080, S. 19-23.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 28. Dezember 1983 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. dazu Dok. 395, Anm. 1.

² Zu den deutsch-französischen Direktorenkonsultationen am 22. Dezember 1983 vgl. auch Dok. 394, Dok. 395 und Dok. 397.

Vgl. dazu ebenso die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 2. Januar 1984; AAPD 1984.

³ Zu den Äußerungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, am 11. November 1983 in London vgl. Dok. 347.

⁴ Zum Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 7. Dezember 1983 in Brüssel vgl. Dok. 374.

Andréani wollte wissen, ob wir eine Meinung zu der Frage hätten, ob, wann und zu welchen Verhandlungstischen die Sowjetunion zurückkehren werde.⁵

Wir waren uns, wie die Diskussion ergab, einig, daß die Sowjetunion in die Verhandlungen zurückkehren wird, insbesondere an den Tisch von START, daß der Zeitpunkt aber sehr schwer vorherzusehen sei. Dazu erste These: Die Sowjetunion muß zunächst ihre eigene Überprüfung abschließen, die Monate dauern kann. Zweite These: Die Sowjetunion wartet darüber hinaus, bis die Wahlentscheidung in den USA gefallen ist, d. h. bis zum Ende des Jahres 1984⁶, weil sie glauben mag, mit einem demokratischen Präsidenten als Vertragspartner könne sie günstigere Rüstungskontrollabschlüsse aushandeln. Vielleicht meine sie sogar, die Wahl beeinflussen zu können. Jedenfalls werde ihr daran gelegen sein, Reagan nicht gerade zum Sieg zu verhelfen. Dritte These: Wenn Reagan wiedergewählt wird, wartet Moskau sogar noch seine ganze zweite Amtszeit ab.

Diese dritte⁷ These erschien uns beiden indessen ziemlich unwahrscheinlich, weil Moskau so viel Zeit kaum haben dürfte. Wirtschaftlicher Druck; verschlechterte „Innen-Lage“; Bumerang-Effekt der eigenen Propaganda, vor allem in den osteuropäischen Ländern; erschwerte „Außen-Lage“: die selbstinduzierte „Einkreisung“ USA–Japan–China–Europa und die zu erwartenden, überwältigenden amerikanischen Technologiefortschritte machten für die Sowjetunion eine verhältnismäßig rasche Rüstungskontrollpolitische Regelung wahrscheinlich zwingend. Ein Ungewißheitsfaktor allerdings könnte diesen Zwängen entgegenwirken: falls die Sowjetunion immer noch auf eine Dauerdestabilisierung Europas im Gefolge der Nachrüstungsentscheidung setze oder falls sie immer noch darauf hoffe, in den USA werde die Freeze-Bewegung stärker Fuß fassen.

Andréani und ich stimmten darin überein, daß Mondale, wie die Dinge stehen, die besten Chancen hat, von den Demokraten aufgestellt zu werden, und daß sich die Sowjets täuschen würden, wenn sie etwa annähmen, daß Mondale als Präsident sich auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle zu riskanten Abschlüssen bringen lassen würde.

Pfeffer

VS-Bd. 12921 (202)

⁵ Zum Abbruch der INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356, Anm. 9.

Zur Vertagung der START-Verhandlungen am 8. Dezember 1983 vgl. Dok. 385.

⁶ In den USA fanden am 6. November 1984 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

⁷ Korrigiert aus: „vierte“.

397

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**201-360.92 FRA-904/83 VS-vertraulich****28. Dezember 1983¹**

Betr.: Deutsch-französische Direktorenkonsultation

hier: Vier-Augen-Gespräch D 2/Andréani vom 22.12.1983²

5) Die Deutsche Frage

Von den allgemeinen West-Ost-Beziehungen habe ich das Gespräch auf die Deutsche Frage gelenkt. Sie sei für manche im Westen lästig. Nach den Erklärungen des Bundeskanzlers vor der internationalen Presse in Moskau³ habe es einige fast erstaunte Fragen gegeben, was uns nun schon wieder umtreibe.

Dazu möchte ich dem Freund folgendes sagen: Der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen und die Bundesregierung seien der Auffassung, daß über die Deutsche Frage nicht nur geschwiegen werden dürfe. Das wäre unnatürlich, mehr noch: Es wäre sogar gefährlich. Die Deutsche Frage dürfe nicht in die Hände von Volksverführern geraten, weder in rechte noch in linke Hände. Die Deutsche Frage müsse von den demokratischen Parteien „besetzt gehalten“ werden. Würde sie nämlich von Radikalen besetzt, entstünde eine reelle Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland, aber auch für ihre europäischen Nachbarn, ja für die Atlantische Allianz. Die nationalistische Besetzung des Themas von rechts ohne Rücksicht auf die europäische Einigung, die Atlantische Allianz und die West-Ost-Lage käme einem Rundumschlag gegen unsere westlichen Partner, aber auch gegen die Staaten des Warschauer Paktes gleich. Die Rechtsradikalen würden alle gegen uns aufbringen, wensschon Moskau und die übrigen Regierungen des Warschauer Paktes versuchen würden, die daraus resultierende Destabilisierung in ihrem Sinne, nämlich für einen Umschlag nach links, zu nutzen. Die Besetzung des Themas von links wäre von vornherein feiner gesponnen. Verschiedene Szenarios seien denkbar, aber allen wäre wohl gemeinsam die Verbindung mit neutralistischen, von der Gesamtlage illusorisch abgelösten Überlegungen, die uns glauben machen sollten, das Problem der deut-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 28. Dezember 1983 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. dazu Dok. 395, Anm. 1. Hat Bundesminister Genscher am 24. Januar 1984 vorgelegen.

² Zu den deutsch-französischen Direktorenkonsultationen am 22. Dezember 1983 vgl. auch Dok. 394–396.

Vgl. dazu ebenso die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 2. Januar 1984; AAPD 1984.

³ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

In der Presse wurde zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl über seine Gespräche in Moskau berichtet: „Ein ‚wichtiger Punkt‘ bei seinen Unterredungen war nach Kohls Angaben sein Bekenntnis zur Wiedervereinigung Deutschlands. Diese Bemerkung löste in den Reihen sowjetischer Journalisten im Moskauer Pressezentrum gehörige Verblüffung aus. Kohl wurde mit scharf formulierten Fragen konfrontiert, die anzeigten, daß ein besonders heikles Thema angeschnitten war. Kohl war der erste deutsche Regierungschef, der dies ausführlich und vor einem öffentlichen Forum in Moskau tat.“ Vgl. den Artikel „Kohl verläßt Moskau mit einem Bekenntnis zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Juli 1983, S. 1 f.

schen Teilung lasse sich ohne Überwindung der europäischen Teilung lösen. Das wäre der entscheidende Schlag gegen den Westen, gegen das europäische Einigungswerk und die Nordatlantische Allianz, mit unübersehbaren Nachzugseffekten (Lenin: Wer Berlin hat, hat Deutschland; wer Deutschland hat, hat Europa). Es komme deshalb ganz entscheidend darauf an, daß die drei Schutz-mächte und unsere übrigen europäischen Partner und Verbündeten mit uns in der Deutschland-Frage an einem Strang zögen, so wie dies im Deutschland-Vertrag⁴ festgeschrieben und von allen Verbündeten 1955 durch NATO-Kommuniqué⁵ zum ersten Mal indossiert und im Laufe der Zeit immer wieder bekräftigt worden sei. Die Einbettung in die große Politik und die Bedingungen, unter denen sich die Wiedervereinigung auf lange Sicht nur vollziehen könne, seien im Brief zur deutschen Einheit⁶ in prägnanter Kürze niedergelegt: Wir wollten auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. In dieser Formel stecke das ganze Konzept: Wiedervereinigung nur mit friedlichen Mitteln, Wiedervereinigung nur unter demokratischen (nicht volksdemokratischen) Vorzeichen; Einheit nicht vor Frieden, Einheit nicht vor Freiheit, sondern Einheit in Frieden und Freiheit. Das aber bedeute: Die Wiedervereinigung sei nur bei allmählicher Änderung der gesamten West-Ost-Lage zu gewinnen, die Aufstellung eines Termin- und Aktionskalenders für die Lösung der Deutschen Frage sei unmöglich. Die Realisten wüßten, daß uns die größte Geduld abverlangt werde. Andererseits stecke in diesem Konzept die Quintessenz unserer westlichen, freiheitlichen Wertvorstellungen, die von allen Zehn und von allen Sechzehn geteilt werden. Wer dieses Konzept nicht mittrage, zerstöre geradezu den Glauben an die Fundamente der Zehner-Gemeinschaft und an die Prinzipien, die in der Präambel des Nordatlantischen Vertrages⁷ niedergelegt sind, darunter vor allem den Glauben an die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht.

Die Unterstützung Frankreichs, der französischen Regierung und des französischen Volkes in unserer nationalen Frage sei von kapitaler Bedeutung. Die jüngsten Meinungsfragen bewiesen, wie tief die deutsch-französische Freundschaft in den letzten 35 Jahren Wurzeln geschlagen habe. Gekrönt würde diese Freundschaft, wenn die Franzosen in ihrer Mehrheit das Ziel der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr fürchteten, sondern wie wir herbeisehnten und herbeizuführen suchten. Ich verstehe die oft beschriebenen Ängste des „Monsieur Tout-le-Monde“ in Erinnerung an die beiden Weltkriege, auch an Rapallo⁸.

⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

⁵ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 9. bis 11. Mai 1955 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 89–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. DZD III/1, S. 31–33.

⁶ Für den Wortlaut der „Briefe zur deutschen Einheit“, die anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 bzw. der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR übergeben wurden, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356, und BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

⁷ Für den Wortlaut der Präambel zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags von Rapallo vom 16. April 1922 vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

Aber das seien irrationale Ängste. Nach meiner Überzeugung brauche niemand in Frankreich diese allgemeinen Ängste zu haben, und die Mehrheit habe sie offenbar auch nicht. Wenn die Mehrheit die skizzierte Grundeinstellung zur deutschen Wiedervereinigung jetzt vielleicht noch nicht habe, so sei sie doch wohl zu erreichen, da die französische öffentliche Meinung sich immer positiver uns gegenüber entwickle, so wie dies auch umgekehrt der Fall sei. Eine positive Haltung der französischen Öffentlichkeit zur deutschen Wiedervereinigung entspreche dem französischen Freiheitssinn. Wie stark und tief dieser Freiheitssinn sei, habe Frankreich in jüngster Zeit erneut bewiesen, als es durch das Schicksal Polens in heftigste Bewegung versetzt worden sei.

Im Jahre 1965 hätte ich dem deutschen Botschafter in Rom⁹ zum Jahrestag des 17. Juni eine Rede entwerfen müssen. Den letzten Satz dieser Rede hätte ich bei Homer entliehen, sein Wort allerdings zum Glücklichen, nämlich auf die Wiedervereinigung Deutschlands hin, gewendet: Der Tag werde kommen.¹⁰ Heute sei ich immer noch dieser Meinung, ja sie hätte sich sogar noch verstärkt angesichts des großen historischen West-Ost-Prozesses, so wie er seitdem verlaufe. Der Tag werde kommen, an dem das geteilte Europa wieder zusammenfinde, an dem ganz Europa frei sein werde.

Andréani erwiderte in fast leidenschaftlicher Form: Er danke mir für diese Darstellung und verstehe sie. Er müsse mir sogar eingestehen, er habe nie ganz verstanden, daß eine große Nation wie die deutsche eine Zeitlang ihrer legitimen Wiedervereinigungssehnsucht nicht öffentlich Ausdruck verliehen habe. Nach Abschluß der Ostverträge¹¹ sei es in Frankreich à la mode gewesen, die Deutsche Frage für erledigt zu halten. Man habe geglaubt, daß sich Deutschland in zwei Nationen geteilt habe. Jetzt stelle man fest, daß die Frage wieder ins Bewußtsein trete. Wenn die Deutschen ihr Anliegen mit Besonnenheit und unter Beachtung der Bedingungen, die ich genannt hätte, verfolgten, müßte dies von ihren Verbündeten verstanden und unterstützt werden. Er sei davon überzeugt, daß die Sicht der Dinge, wie ich sie dargestellt hätte, die richtige sei. Der Westen würde sein Wesen aufgeben, wenn er dem deutschen Bundesgenossen verweigere, wofür er, der Westen, in allen Teilen der Welt, in Lateinamerika, Afrika und Asien und auch gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes, eintrete. Es sei dankenswert, daß ich die Rahmenbedingungen der Wiedervereinigung so klar und realistisch aufgeführt hätte. Niemand wisse, wie schnell sich das West-Ost-Verhältnis zum Besseren entwickeln werde, wovon ja die Erfüllung des nationalen deutschen Wunsches abhängе. In Frankreich habe sich

⁹ Hans Herwarth von Bittenfeld.

¹⁰ Vgl. dazu HOMER, Ilias, VI. Gesang, Vers 448 f.

¹¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

vieles gewandelt. Der Gesandte Bernière habe ihm soeben über ein Kolloquium in Berlin berichtet, an dem der ehemalige Minister Chevènement teilgenommen habe. Dieser Sozialist ziemlich linker Prägung sei nun nicht gerade ein Freund der Deutschen von Natur aus, vielmehr übertrieben stark auf die französische Unabhängigkeit bedacht, wie man dies sonst nur noch bei ganz orthodoxen Gaullisten finde. Aber Chevènement sei jetzt soweit, daß er „die Deutsche Frage europäisieren wolle, indem er die Anwendung des Prinzips Freiheit auf das ganze Deutschland, natürlich nur bis zur Oder-Neiße-Grenze“, anstrebe.

Ich erwähnte den Artikel des ehemaligen Botschafters in Bonn, Froment-Meurice, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17.12.1983.¹²

Andréani meinte zum Schluß: Er werde mit seiner ganzen Kraft in Paris dafür eintreten, dem gemeinsamen deutschlandpolitischen Ziel zu einer immer größeren Anhängerschaft in Frankreich zu verhelfen.

Pfeffer

VS-Bd. 12921 (202)

¹² Vgl. den Artikel „Für uns Franzosen ist die deutsche Frage nicht gelöst“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Dezember 1983, S. 8.

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1983 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1983 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 194 bzw. von Seite 3 bis Seite 1006, **Band II** von Dokument 195 bis 397 bzw. von Seite 1007 bis 1966.

- Abdul Aziz ibn Abd ar-Rahman ibn Faisal al-Saud (Ibn Saud)** 1926–1932 König von Hedschas und Nadschd und seiner Nebenländer, 1932–1953 König des Königreichs Saudi-Arabien S. 1485
- Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud** Kronprinz des Königreichs Saudi-Arabien, Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Kommandeur der Nationalgarde S. 793, 839
- Abe, Shintaro** Außenminister Japans; 1981/82 Minister für internationalen Handel und Industrie **Dok. 3, 190** und S. 49, 451, 737⁴⁵, 765, 843, 847–849, 1004f., 1013, 1435, 1438, 1595⁴, 1598, 1601, 1604–1606, 1608–1610
- d'Aboville, Benoît** Beauftragter für Abrüstungsfragen (Délégué dans les fonctions de Sous-Directeur, Sous-Direction du Désarmement) im französischen Außenministerium S. 421
- Abu Nidal** siehe: Chalil al-Banna, Sabri
- Abramowitz, Morton Isaac** Leiter der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien seit März 1983 **Dok. 155** und S. 434–437, 909¹⁴, 1152⁹
- Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin bis Juni 1983, anschließend Vorsitzender des Staatskomitees für Auslandstourismus S. 642
- Abshire, David Manker** Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel seit Juli 1983 S. 1501
- Achromejew, Sergej Fjodorowitsch** Armeegeneral (seit 25. März 1983 Marschall der Sowjetunion) und Erster Stellvertretender Chef des sowjetischen Generalstabs sowie Kandidat des ZK der KPdSU S. 1065, 1074, 1317, 1490¹³
- Ackermann, Eduard** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Kommunikation und Dokumentation“ im Bundeskanzleramt S. 518
- Acland, Sir Anthony** Staatssekretär (Permanent Under-Secretary of State) im britischen Außenministerium S. 387²⁶, 407¹⁰, 1214
- Adamek, Peter** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 8. Mai 1983, anschließend im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 334¹, 335⁸⁺¹¹, 336¹⁵⁺¹⁶⁺¹⁸⁺²⁰, 337²³, 652⁶, 903¹, 1096¹, 1153¹, 1190¹, 1196¹⁴, 1869³³
- Adelman, Kenneth Lee** Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) seit 22. April 1983 **Dok. 300** und S. 118, 507, 1834⁷
- Adenauer, Konrad** 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 52, 59, 69¹⁹, 100, 155¹⁴, 553, 556, 573, 581, 585, 666f., 748, 853, 1039f., 1042, 1348, 1451, 1457, 1530, 1594
- Agca, Mehmet Ali** S. 62¹⁴
- Aguirre Lanari, Juan Ramón** Außenminister der Argentinischen Republik bis 10. Dezember 1983 S. 637
- Ahmad, Mansur** Gesandter an der Ständigen Vertretung der Islamischen Republik Pakistan bei den Vereinten Nationen in New York S. 1439⁴⁹
- Ahtisaari, Martti** Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Namibia S. 297¹⁴, 649²⁵, 931
- Alchimow, Wladimir Sergejewitsch** Vorsitzender der Staatsbank der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU S. 6
- Alexandrow, Anatolij Petrowitsch** Präsident der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 891³
- Alexandrow-Agentow, Andrej Michajlowitsch** Mitglied des ZK der KPdSU und Berater des Generalsekretärs des ZK S. 1035, 1040, 1060
- Alfonsín, Raúl Ricardo** Vorsitzender der Unión Civica Radical seit Juli 1983 und Präsident der Argentinischen Republik seit 10. Dezember 1983 S. 1844, 1905–1908

- Ali, Kamal Hassan** Generalleutnant und Stellvertretender Ministerpräsident sowie Außenminister der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 187** und S. 1462¹⁹
- de Almeida, Luis José** Botschafter der Republik Angola in Paris S. 1828³⁵
- Alten, Jürgen von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 483, 1215⁷, 1256¹⁵, 1674²⁹
- Altenburg, Günther** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Beirut bis 21. September 1983, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ des Auswärtigen Amtes S. 791², 1610¹⁺³
- Altenburg, Wolfgang** Generalleutnant und Kommandeur des III. Korps in Koblenz bis 31. März 1983, anschließend General und Generalinspekteur der Bundeswehr S. 1309, 1771
- Altmann, Klaus** s. Barbie, Klaus
- Amado, Juan José** Außenminister der Republik Panama bis 6. September 1983 S. 647¹², 914³⁸
- Amin, Hafizullah** 1979 Präsident der Demokratischen Republik Afghanistan S. 71⁷
- An Zhiyuan** Botschafter der Volksrepublik China in Bonn seit 8. März 1983 **Dok. 246** und S. 706²⁴, 766, 767²⁹⁺³⁰
- Andréani, Jacques** Abteilungsleiter (Directeur des Affaires politiques) im französischen Außenministerium **Dok. 234, 394, 395, 396, 397** und S. 209, 243, 246, 249–251, 254, 256, 260, 264 f., 267, 294 f., 413⁷, 418–423, 425, 427, 429, 431, 482⁶, 800⁷, 851⁴, 1205–1208, 1211–1213, 1413⁹, 1435¹², 1720 f., 1724, 1728–1730, 1765
- Andrei, Ștefan** Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien **Dok. 90, 91** und S. 550²², 587, 593, 810, 854 f., 857, 859, 862 f., 953, 994¹⁵, 1053, 1182²⁴, 1205⁴, 1238⁵, 1239, 1240¹⁴, 1242 f., 1264, 1290, 1395, 1435, 1438, 1490, 1656³
- Andreotti, Giulio** Außenminister der Italienischen Republik seit 4. August 1983; 1959–1966 Verteidigungsminister **Dok. 247, 272, 273** und S. 1205, 1246¹⁵, 1302, 1353, 1362, 1371, 1374 f., 1565 f., 1676, 1792⁵
- Andriessen, Frans** Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (zuständig für Beziehungen zum Europäischen Parlament und für Wettbewerb) S. 120⁸
- Andronic** Handelsrat und rumänischer Beauftragter für Gespräche zur Aussiedlung von Deutschen S. 810⁵, 855, 953⁵, 954¹²
- Andropow, Igor Jurjewitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium und Mitglied der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, Sohn Jurij W. Andropows S. 292 f.
- Andropow, Jurij Wladimirowitsch** Generalsekretär des ZK der KPdSU und seit 16. Juni 1983 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; 1962–1967 und 1982 Sekretär des ZK der KPdSU; 1967–1982 Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (KGB) **Dok. 1, 200, 204, 319, 378** und S. 13, 21 f., 28², 45³⁶, 48, 53⁶, 54 f., 58, 60, 61⁸, 76, 78, 81, 85, 88, 91 f., 96–98, 103, 105, 109⁴, 113 f., 117–119, 130⁵, 132 f., 147–150, 158⁷, 159, 165 f., 169, 172, 175, 177, 180, 181³, 185 f., 205²², 219 f., 228¹⁶, 232, 238 f., 242, 244⁶, 246, 248–250, 263, 274, 293, 346⁷, 395, 425, 435, 477⁸, 499 f., 522, 533, 548, 571 f., 587 f., 617 f., 620 f., 625¹⁷, 627²⁴, 686 f., 696, 702–704, 720, 722, 734, 735⁴⁰, 755, 822, 826, 846¹⁰, 853, 885, 888, 890, 898¹⁴, 919, 922, 925, 937, 944–946, 984, 994, 1016, 1031, 1033 f., 1059, 1074 f., 1086 f., 1093–1095, 1100 f., 1117 f., 1120 f., 1138, 1160⁴, 1201¹⁸, 1227–1229, 1232, 1234, 1239, 1253, 1256, 1258¹⁸, 1264 f., 1277¹², 1295, 1319, 1321, 1334, 1338, 1340¹, 1346, 1348, 1356 f., 1366 f., 1369²², 1370, 1384²⁴, 1437 f., 1453 f., 1482, 1507, 1513, 1525, 1531¹¹, 1532 f., 1534¹⁹, 1550, 1593, 1596–1598, 1617, 1623, 1626, 1629, 1642–1644, 1697–1699, 1702, 1720, 1725, 1751,

- 1767⁹, 1768, 1778, 1785, 1793, 1830, 1832, 1854, 1930, 1939
- Antunes** siehe: Melo Antunes, Ernesto Augusto
- Apel, Hans** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD); 1978–1982 Bundesminister der Verteidigung S. 104, 247²⁰, 290, 404
- Aquino, Benigno Jr. (Ninoy)** Vorsitzender der philippinischen Liberalen Partei bis zu seiner Ermordung bei der Rückkehr aus dem Exil am 21. August 1983 S. 1609f.
- Arafat, Yasser** Vorsitzender des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und des Exekutivkomitees der PLO S. 310, 369¹¹, 370¹⁵, 371f., 595, 611, 847⁶, 848⁷, 926, 972–974, 1182, 1382, 1460, 1464²⁵, 1677, 1788
- Arbatow, Georgij Arkadjewitsch** Direktor des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Mitglied des ZK der KPdSU S. 248f.
- Arculus, Sir Ronald** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Rom bis 28. Februar 1983 S. 63
- Aridor, Yoram** israelischer Finanzminister bis 13. Oktober 1983 S. 1798
- Arnaud, Claude** Botschafter der Französischen Republik in Moskau; 1979–1981 Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 332, 733
- Arndt, Helmut** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Bordeaux bis 7. März 1983, anschließend Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Bagdad S. 796¹⁸
- Arnold, Hans** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1230²¹, 1860f., 1862⁸
- Arnot, Alexander** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 119** und S. 31⁺³, 61⁴, 60²¹, 345, 726, 730, 738, 1109³, 1227¹, 1432⁵, 1553²
- al-Assad, Hafiz** Präsident der Arabischen Republik Syrien S. 684⁴, 792–795, 797f., 848, 972, 1420, 1461¹⁷, 1546, 1560, 1619, 1787
- Athulathmudali, Lalith William** sri-lankischer Minister für Handel und Schifffahrt S. 1078
- Attali, Jacques** Berater des französischen Staatspräsidenten S. 877¹⁴, 1675³²
- al-Attar, Issam** syrischer Exilpolitiker und Leiter des Islamischen Zentrums Aachen S. 351
- Attlee, Clement** 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 154⁷, 323, 1803¹⁹, 1819³²
- Aubert, Pierre** Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten S. 1425⁸
- Audu, Ishaya Sha'aibu** Außenminister der Bundesrepublik Nigeria S. 740¹³
- Aung San** 1946/47 Vorsitzender der birmesischen Anti-Fascist People's Freedom League S. 1609³²
- Ausseil, Jean** Abteilungsleiter (Directeur des Affaires africaines et malgaches) im französischen Außenministerium S. 299f., 301, 596²³, 741²¹, 931, 1562
- Austin, Hudson** General der grenadischen Streitkräfte und vom 19. bis 25. Oktober 1983 Vorsitzender des Revolutionären Militärrats von Grenada S. 1673, 1689
- Aziz, Tarik** Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Republik Irak S. 263
- Bader, George W.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 788
- al-Badi, Mohammed Said** Generalmajor und Generalstabschef der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate S. 835⁷

- Badini, Antonio** Berater des italienischen Ministerpräsidenten in außenpolitischen Fragen S. 1364
- Badinter, Robert** französischer Justizminister S. 230²⁰
- Bagaza, Jean-Baptiste** Präsident der Republik Burundi Dok. 274
- Bahr, Egon** Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Mitglied des Parteivorstands und des Präsidiums der SPD Dok. 21 und S. 27¹, 38², 45³⁶, 77¹⁴, 104¹³, 139, 182¹⁰, 199², 287, 321, 438¹⁶, 480, 581, 854, 943f., 946, 959, 1280, 1430, 1490¹³, 1698⁵
- Baker, Howard Henry Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Tennessee (Republican Party) und Fraktionsführer (Majority Leader) S. 105, 116, 118f., 266, 1275⁶
- Baker, James Addison III** Stabschef des amerikanischen Präsidenten S. 113, 755, 1093
- Baldrige, Howard Malcolm Jr.** amerikanischer Handelsminister S. 10⁸
- Balser, Johannes** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 44³¹
- De Bané, Pierre** kanadischer Minister für Fischerei und Ozeane S. 693⁸
- Barbie, Klaus** 1942–1944 Leiter der Geheimen Staatspolizei in Lyon S. 214–216
- Barcikowski, Kazimierz** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Sekretär des ZK sowie Mitglied des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 1022, 1024, 1879
- Barker, Enno** Vortragender Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts bis 5. September 1983, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 617¹, 1065¹
- Barkley, Richard C.** Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 980, 999, 1007, 1126, 1848
- Barnes, Jerome R. Jr.** Brigadegeneral der amerikanischen Streitkräfte und Stellvertretender Stabschef des Planungsstabs Live Oak in Casteau bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Oktober 1983 S. 492
- Barre, Raymond** Mitglied des französischen Parlaments (UDF) S. 1814
- Barry, Peter** Außenminister der Republik Irland S. 307, 311, 1303, 1336, 1813
- Barry, Robert L.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Sofia S. 1384¹⁹
- Barschel, Uwe** Ministerpräsident von Schleswig-Holstein S. 558
- Barth, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ des Auswärtigen Amts S. 44²⁸, 347¹, 1808⁸
- Barthelt, Klaus** Vorstandsvorsitzender der Kraftwerk Union AG S. 816⁶
- Barthelt, Rainer** Ministerialrat und Leiter des Referats 115 „Südliches Afrika“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 711
- Barzel, Rainer** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und bis 29. März 1983 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, anschließend Präsident des Deutschen Bundestags S. 1780²⁰, 1900
- Bastian, Gerd** Generalmajor a.D. und seit 29. März 1983 Mitglied des Deutschen Bundestags (Grüne) S. 332⁴, 502⁴
- Bataschow, Gennadij Arkadjewitsch** Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung in Köln S. 730, 731²⁶, 1535²⁴, 1536, 1557¹⁵
- Batista y Zaldívar, Fulgencio** 1940–1944 und 1952–1959 Präsident der Republik Kuba S. 649²¹
- al-Battal, Abdullah** Abteilungsleiter für Sicherheitsangelegenheiten im saudi-arabischen Innenministerium S. 1537f.
- Bauch, Johannes** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kabul bis 30. Oktober 1983, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 700 „Staatsbesuche, Veran-

- staltungen (außer Diplomatisches Korps)“ im Auswärtigen Amt S. 717
- Baum, Gerhart Rudolf** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP); 1978–1982 Bundesminister des Innern S. 16⁶
- Bayülken, Haluk** türkischer Verteidigungsminister bis 13. Dezember 1983 S. 870
- Bazing, Hans Peter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 287¹, 1734¹, 1947³
- Beamish, Adrian John** Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 255⁵⁹, 1162
- de Beaufort, Jonkheer Willem-Hendrik** Stellvertretender Schriftführer der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments (PvdA) S. 1343
- Beck-Oberdorf, Marieluise** Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag seit 29. März 1983 S. 1467⁸
- Becker, Horst** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ im Auswärtigen Amt S. 1610¹⁺³
- Beecher, William** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Boston Globe“ S. 1697²
- ter Beek, Aurelus Louis (Relus)** Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments S. 1343, 1346, 1349, 1351f.
- Begin, Menachem** Ministerpräsident des Staates Israel bis 10. Oktober 1983 S. 66⁴, 200, 227¹², 383, 683, 977, 1084, 1087⁹, 1247–1250, 1293²⁵
- Beintmann, Werner** S. 463², 464, 528⁶
- Beitz, Wolfgang** Geschäftsführer der Otto-Benecke-Stiftung S. 711, 712²⁸
- Belgassem, Yunis** Oberst der libyschen Streitkräfte und Geheimdienstchef S. 463f., 531¹⁴
- Belkassem Azzwai, Mohammed** libyscher Justizminister S. 530
- Ben Natan, Asher** 1965–1969 Botschafter des Staates Israel in Bonn S. 1082
- Ben-Ari, Jitzhak** Botschafter des Staates Israel in Bonn S. 1084, 1248–1250
- Bendjedid, Chadli** Präsident und Verteidigungsminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 797
- Benker, Willy** S. 353, 354¹⁶
- Bennett, William Tapley Jr.** Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel bis Juli 1983, anschließend Abteilungsleiter (Assistant Secretary of State für Legislative and Governmental Affairs) im Außenministerium S. 288
- Bensch, Peter** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 278⁴, 1384²⁴, 1656³
- Bente, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik“ im Auswärtigen Amt **Dok.** 94 und S. 843⁵, 1601
- Berdejo Rivera, Mariano** Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium S. 607, 673²⁸, 745³⁰
- Bereschkow, Andrej Walentinowitsch** Sohn Walentin Michajlowitsch Bereschkows S. 1197
- Bereschkow, Walentin Michajlowitsch** Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Washington S. 1197
- Berg, Detlof von** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London bis 3. Juli 1983, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts **Dok.** 229 und S. 539³⁴
- Bergbusch, Eric John** Abteilungsleiter im kanadischen Außenministerium S. 741²¹, 931, 1562
- Bernhard, Ernst-Dieter** Generalleutnant und Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Militärausschuß der NATO S. 338³², 906

- Bernière, Jacques** Gesandter an der französischen Botschaft in Bonn S. 594¹², 1200¹², 1370²⁶, 1966
- Berninger, Karl-Heinrich** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad S. 729²⁰
- Bertele, Franz Josef** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ und des Völkerrechtsberaters im Auswärtigen Amt bis 21. Januar 1983, anschließend Leiter der Abteilung 5 und Völkerrechtsberater, seit 18. Juli 1983 Ministerialdirektor **Dok. 52, 69, 122, 137, 337, 350** und S. 89²², 354¹, 476³³, 528, 530¹²⁺¹³, 531¹⁴, 566⁶, 730²⁴⁺²⁵, 810⁶, 952², 954⁸, 1183¹, 1397², 1401, 1405¹, 1407, 1605¹⁵, 1764, 1853²⁴
- Bertram, Hans-Bodo** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 354
- Bhutto, Nusrat** Vorsitzende der Pakistanischen Volkspartei S. 1652
- Bhutto, Zulfikar Ali Khan** 1971–1973 Präsident der Islamischen Republik Pakistan, 1973–1977 Ministerpräsident S. 1651 f.
- Bidder, Hartmut** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 1352³⁷
- Biden, Joseph Robinette Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Delaware (Democratic Party) S. 396
- Bischoff** Dolmetscher S. 1574
- Bishop, Maurice** Ministerpräsident sowie Innen- und Verteidigungsminister von Grenada bis zu seiner Ermordung am 14. Oktober 1983 S. 1569¹⁸, 1580⁴, 1671¹⁷, 1688⁸
- Biskova** Dolmetscherin im tschechoslowakischen Außenministerium S. 158
- Bismarck, Otto Fürst von** 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 1065, 1803, 1815
- Bitzker, Peter E.** Flottenadmiral und Militärattaché an der südafrikanischen Botschaft in Bonn S. 1422, 1424¹⁹, 1824
- Blackwill, Robert D.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 283, 376, 381, 384
- Blaker, Peter** Staatsminister für die Streitkräfte des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (Minister of State for the Armed Forces) S. 288
- Blasco Villa, Carlos** Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium S. 673²⁷
- Blau, Hagen** Vortragender Legationsrat und Mitarbeiter (seit 27. Juli 1983 Vertreter des Leiters) im Referat 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik“ des Auswärtigen Amts S. 1251
- Blech, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio; 1977–1981 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 122¹⁶, 133¹⁴, 362¹⁹, 729¹⁸, 826¹⁴, 990¹⁰, 1089, 1521²⁰, 1595⁴, 1598, 1601, 1602⁵, 1604¹³
- Blelloch, John N. H.** Abteilungsleiter (Deputy Under-Secretary of State for Policy and Programmes) im britischen Verteidigungsministerium S. 1591
- Block, John Ruslin** amerikanischer Landwirtschaftsminister S. 121¹⁴, 286¹⁷, 1181¹⁷, 1295
- Blüm, Norbert** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und seit 29. März 1983 Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 194, 197 f.
- Blumberg, David M.** ehemaliger Präsident des B'nai B'rith International S. 1701
- Böcker, Alfons** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis 16. August 1983, anschließend Botschafter in Bagdad **Dok. 257** und S. 182⁹, 241¹⁷, 309²⁷, 787³, 829¹², 1189¹⁴, 1739¹⁴
- Bocklet, Paul** Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro Bonn S. 1826
- Boden, Dieter** Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts bis 19. September 1983, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft in Rom S. 125¹, 403¹, 787¹, 828³

- Bodström, Lennart** Außenminister des Königreichs Schweden **Dok. 308** und S. 1289
- Boehmer, Götz von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht“ im Auswärtigen Amt **Dok. 253** und S. 1399¹¹
- Boenisch, Peter** Vorstandsvorsitzender der Anstalt für Kabelkommunikation in Ludwigshafen, seit 19. Mai 1983 Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamtes sowie Sprecher der Bundesregierung S. 846¹⁰, 1250, 1359, 1598, 1601, 1667²², 1848
- de Boer, Joseph J. P. (Joep)** Mitglied der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments (CDA) S. 1343
- Bolewski, Wilfried** Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts bis 24. April 1983, anschließend Vertreter des Leiters im Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Sydney S. 125¹⁻³, 128¹⁶, 153¹, 221¹, 224¹
- Boll, Erwin** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Edmonton; 1978–1981 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte, Informationsdienste“ des Auswärtigen Amts S. 69¹⁶
- Bondarenko, Alexander Pawlowitsch** Leiter der Dritten Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium S. 51 f., 917, 96, 293, 726–733, 735, 1025, 1396⁷, 1535²⁴, 1960
- Bonner, Jelena Georgijewna** sowjetische Dissidentin und Ehefrau Andrej Sacharows S. 663¹⁶, 891 f., 1340–1342
- Börner, Holger** Ministerpräsident des Landes Hessen S. 1670⁸
- Bosch, Klaus Jerg** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Sofia bis 20. März 1983, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ im Auswärtigen Amt S. 1736¹⁺²
- Boss, Walter** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 88, 224, 344, 386** und S. 273⁶, 275¹³, 435, 437, 813²
- Bossen, Bernd-Dieter** Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Durban S. 1424
- Botha, Pieter Willem** Ministerpräsident der Republik Südafrika S. 770¹¹, 1331¹⁶, 1332, 1828
- Botha, Roelof Frederik (Pik)** Außenminister der Republik Südafrika **Dok. 147, 364** und S. 1422, 1424¹⁹, 1545
- Bottai, Bruno** Abteilungsleiter (Direttore Generale degli Affari Politici) im italienischen Außenministerium S. 851⁴, 1205³, 1324, 1376, 1380
- Boucetta, M'Hamed** Außenminister des Königreichs Marokko bis 30. November 1983, anschließend Minister (Ministre d'Etat) ohne Geschäftsbereich S. 797
- Bouverat, Colette** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeit bei offiziellen Anlässen S. 357¹, 746¹, 757¹, 851¹, 1376, 1385
- Boverie, Richard T.** Generalmajor und Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika S. 36
- Brady, Lawrence J.** Abteilungsleiter (Assistant Secretary for Trade Administration) im amerikanischen Handelsministerium S. 782⁵³
- Brandt, Willy** Vorsitzender der SPD, Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Präsident der Sozialistischen Internationale und Vorsitzender der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ („Nord-Süd-Kommission“); 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 55, 77, 139, 503, 528⁷, 548, 566, 581, 611⁸, 640⁷, 857 f., 1354 f., 1372, 1373³⁴, 1929

Bratz, Jens Halvard norwegischer Industrieminister bis 16. September 1983 S. 45³⁴

Braun, Fernand Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für Binnenmarkt und gewerbliche Wirtschaft S. 1754

Braunmühl, Gerold Edler von Vortragender Legationsrat I. Klasse (seit 22. November 1983 Ministerialdirigent) und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 32, 55, 129, 152, 197, 219, 310, 315** und S. 51¹, 146, 208³⁺⁶, 269, 345, 347¹², 444⁸⁻¹⁰, 444¹², 445¹⁴, 446¹⁶⁺¹⁹, 466¹⁺², 476³², 477¹, 538²⁷, 564²², 608⁹, 617², 669⁶⁺⁷, 689²⁺⁴⁺⁵, 731, 854, 860²⁷, 864¹, 895¹, 900⁴, 952², 954⁸⁺¹², 1015¹, 1030¹, 1032⁹, 1089, 1106³, 1114¹, 1115³, 1132¹, 1138¹, 1173⁴, 1227¹, 1228⁹, 1232²⁶, 1289¹, 1291¹¹⁺¹⁵⁺¹⁶, 1292²⁰, 1340¹, 1394^{f.}, 1435¹⁷, 1436³⁰, 1529, 1533^{f.}, 1535²⁴, 1536²⁸, 1594¹, 1725³⁺⁹, 1784⁴⁰, 1942², 1958, 1960⁸

Bräutigam, Hans Otto Staatssekretär und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin **Dok. 123, 392** und S. 50⁵⁵, 62¹⁵, 551²⁵, 901⁶, 1175, 1320¹⁵, 1582⁶, 1551¹³

Brecht, Bertolt * 1898 † 1956 S. 666, 1463

Bredow, Leopold Bill von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Abteilung 7 „Protokoll“ des Auswärtigen Amtes mit der Amtsbezeichnung Gesandter bis 30. Juni 1983, anschließend Senatsdirektor und Leiter des Protokolls des Landes Berlin S. 158, 730²¹

Breschnew, Leonid Iljitsch 1964–1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 3–5, 7, 9, 46³⁸, 48^{f.}, 81, 91, 96, 98, 119¹³, 132, 147¹², 148, 169⁷, 185, 210, 275¹², 306, 310³², 346, 401²³, 477, 538, 560¹², 618, 620, 627²⁴, 629¹¹, 654¹⁵, 702³, 755, 898¹⁴, 1025, 1037⁸, 1065, 1066⁸, 1100⁵, 1117, 1129^{f.}, 1224⁹, 1297¹⁵, 1316, 1321, 1379, 1395, 1597^{f.}, 1629, 1633³¹

Brink-Petersen, Hans Carsten Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland S. 1860^{f.}

Brock, William Emerson Handelsbevollmächtigter der Vereinigten Staaten von Amerika (U.S. Trade Representative) S. 524, 623¹¹

van den Broek, Henri (Hans) Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 31^{f.}, 33¹⁵, 85, 88–90, 306^{f.}, 310, 392, 594, 1302^{f.}, 1384

Broomfield, Nigel Mitarbeiter (Head of Eastern European and Soviet Department) im britischen Außenministerium S. 606

Brühl, Dietrich Graf von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 537¹⁹, 807³⁸, 1025¹⁶

Brunner, Edouard Leiter der schweizerischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 1206⁵

Brunner, Guido Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid **Dok. 369, 387** und S. 92, 229¹⁸, 230²⁰, 267, 427⁶⁶, 428, 659, 668^{f.}, 745³⁰, 896⁶, 899¹⁹, 1728²⁶, 1781²³

Bruns, Thomas Legationssekretär im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere START und INF“ des Auswärtigen Amtes bis 18. September 1983, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Caracas S. 409¹, 494¹, 497¹², 1186¹, 1223¹, 1232¹

Brzezinski, Zbigniew 1977–1981 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 1436

Bub, Dieter Korrespondent der Zeitschrift „Stern“ in Ost-Berlin bis 12. Januar 1983 S. 50⁵⁵

Büchler, Hans Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1581⁴

Buchrucker, Hasso Rab Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mampoto **Dok. 254**

- Bukhari, S. A. D.** Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Bonn S. 329
- Bullard, Sir Julian** Stellvertretender Staatssekretär (Deputy to the Permanent Under-Secretary of State, Political Director) im britischen Außenministerium **Dok. 234** und S. 209, 243, 245 f., 248–251, 254, 256, 258, 261, 264–267, 413⁷, 418, 420 f., 424 f., 427 f., 430, 606 f., 609, 800⁷, 851⁴, 878¹⁸, 895², 900², 907, 911, 913, 1205–1209, 1211–1213, 1324, 1413⁹, 1420, 1678 f., 1720–1723, 1725–1729, 1730³¹⁺³², 1960⁹
- Burkart, Werner** Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 492¹, 1308¹
- Burkert, Rudolf** S. 548, 588, 638², 639⁴⁺⁶
- Burns, Arthur Frank** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 132, 188** und S. 91, 94, 129, 133 f., 136 f., 245, 501, 509, 518, 524, 992 f., 999, 1487, 1541, 1579 f., 1661, 1663, 1666 f., 1848–1850
- Burt, Richard** Abteilungsleiter (Assistant Secretary of State for European Affairs) im amerikanischen Außenministerium **Dok. 195, 244** und S. 27, 36, 37¹¹, 39, 74⁷, 129, 131, 209, 225⁷, 231–235, 237, 241, 242³, 243–251, 254–260, 263–265, 267, 286¹⁷, 325², 326, 346¹¹, 376, 378¹¹, 384, 413, 416–421, 423–426, 428–430, 432, 437, 447, 501, 518, 524, 606–609, 686–688, 800⁷, 823⁵, 909¹⁴, 986 f., 1068¹⁶, 1085 f., 1089, 1093, 1096 f., 1158–1161, 1168–1172, 1197, 1201, 1207, 1209, 1214², 1215⁴, 1274, 1277⁶, 1280, 1295³, 1308, 1311¹¹, 1413 f., 1436, 1558⁷, 1650, 1663, 1667, 1684 f., 1720–1722, 1726–1729, 1837, 1848, 1868, 1887, 1889¹¹, 1961
- Busby, Morris Dempson** Gesandter und Stellvertreter des Leiters der amerikanischen Delegation beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf S. 1155, 1157
- Bush, George Herbert Walker** Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 27, 28, 36, 98, 189, 243, 290** und S. 27, 30, 37⁹, 38, 89, 102², 113, 148, 159¹⁰, 165 f., 170, 172, 190, 197, 207, 219–221, 228, 232, 237, 242–247, 524, 547, 620, 980 f., 992 f., 999³, 1010, 1042, 1093, 1191, 1940, 1961
- Bussmann, Hans-Werner** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad bis 8. März 1983, anschließend im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts bis 17. Juli 1983, anschließend im Referat 100 „Allgemeine Personalangelegenheiten“ S. 800¹
- Buthelezi, Mangosuthu** Vorsitzender der südafrikanischen Inkatha Freedom Party S. 1423
- Butler, Peter von** Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs von Staden bis 11. September 1983, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 277³, 381¹, 403², 488², 884¹, 947¹, 959³, 1232³
- Butler, Robin** Erster Privatsekretär (Principal Private Secretary) der britischen Premierministerin S. 189, 1359
- Büttner, Fritz-Werner** Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Maputo bis 9. September 1983, anschließend Amtsrat im Referat 111 „Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland“ des Auswärtigen Amts S. 1284–1288
- Buwalda, Petrus** Leiter der niederländischen KVAE-Delegation in Helsinki und Stockholm im Rang eines Botschafters S. 1717
- Bye, Birger** Mitarbeiter im norwegischen Außenministerium S. 715¹³
- Byrd, Robert Carlyle** Senator für den amerikanischen Bundesstaat West Virginia (Democratic Party) und Fraktionsführer (Minority Leader); 1977–1981 Fraktionsführer der Mehrheitsfraktion (Majority Leader) S. 497¹¹, 1275⁶
- Byrnes, James Francis** 1945–1947 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 581

- Caetano, Marcello José das Neves Alves** 1968–1974 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 697³⁰, 1330
- Cahen, Alfred** Abteilungsleiter (Directeur général de la Politique) im belgischen Außenministerium S. 39¹⁰
- Caïd Essebsi, Béji** Außenminister der Tunesischen Republik S. 797
- Callaghan, James** 1976–1979 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 11⁹
- Calov, Manfred** Stellvertretender Minister für Post und Fernmeldewesen der DDR S. 1930¹¹
- Calvo-Sotelo y Bustelo, Leopoldo** 1981–1982 Ministerpräsident des Königreichs Spanien S. 9², 266¹¹⁶, 754
- Camdessus, Michel** Abteilungsleiter im französischen Wirtschafts- und Finanzministerium S. 308, 856¹⁴
- Camilión, Oscar** 1981 Außenminister der Argentinischen Republik S. 636
- Candioti, Enrique José Alejandro** 1981 Abteilungsleiter im argentinischen Außenministerium S. 636
- Capotorti, Francesco** Professor für internationales Recht an der Universität Rom S. 1899
- Carington, Peter Alexander Rupert, 6th Baron Carrington** 1979–1982 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 579⁴, 743²⁴, 1359, 1730³¹, 1875
- Carrillo Solares, Santiago José** 1960–1982 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens S. 659⁸
- Carreira, Henrique Teles (Iko)** General und Mitglied des Politbüros des ZK der MPLA S. 1828
- Carstens, Karl** Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1960–1966 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 38², 58, 64, 76, 91, 96, 99 f., 130⁸, 146, 147¹², 194, 199², 354¹⁶, 369, 372, 551 f., 620, 635, 748¹⁷, 855, 929, 970, 983⁴, 1100⁵, 1139, 1177⁴, 1241, 1260², 1267 f., 1271, 1289², 1327 f., 1384²⁴, 1432², 1449², 1454, 1639, 1646, 1701², 1824
- Carstens, Veronica** Ehefrau von Karl Carstens S. 1289²
- Carter, James Earl Jr. (Jimmy)** 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 11⁹, 66⁴, 127, 302⁵, 316, 317⁹, 318, 497¹¹, 510⁹, 618, 624¹³, 654¹², 786⁹, 789, 998, 1020, 1066, 1117, 1135⁹, 1296, 1298, 1402⁵, 1496, 1628, 1629¹⁷, 1822, 1940
- Cartledge, Bryan George** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Budapest bis Juni 1983, anschließend Mitarbeiter (Assistant Under-Secretary of State) im Außenministerium S. 269^{6–8}, 270
- Casaroli, Agostino** Kardinalstaatssekretär des Heiligen Stuhls **Dok. 216** und S. 217, 245¹⁴, 1022
- Cash, Frank E.** 1971–1977 Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1082⁴
- Cassier, Juan** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Brüssel seit 13. Januar 1983 S. 1112
- Castillo Arriola, Eduardo** Außenminister der Republik Guatemala bis 8. August 1983 S. 914³⁸
- Castro Ruz, Fidel** Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba sowie Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas S. 649²¹, 1140
- Cavalchini Garofoli, Luigi Guidobono** Mitarbeiter im italienischen Außenministerium S. 1380
- Cavándoli, Carlos Roberto** Oberst der argentinischen Streitkräfte und 1979–1981 Staatssekretär im argentinischen Außenministerium S. 634
- Ceaușescu, Nicolae** Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien sowie Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei **Dok. 163, 164** und S. 281, 467⁷, 468 f., 472 f., 475 f., 477, 811 f., 813¹³, 912, 952–954, 1053, 1182²⁴, 1205⁴, 1238–1242, 1384, 1489, 1656 f., 1658¹⁰, 1676, 1680 f., 1683, 1688, 1700, 1744

- César** Leiter des Ministerbüros im tschechoslowakischen Außenministerium S. 158
- Chalil al-Banna, Sabri (Abu Nidal)** Anführer einer PLO-Splitterorganisation S. 611, 847⁶
- Chalta** Kabinettschef des tschechoslowakischen Präsidenten S. 146⁸
- Chamberlain, Neville** 1937–1940 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 662¹⁴, 1346¹⁷, 1366, 1458, 1643¹⁹
- Chandernagor, André** Beigeordneter Minister beim französischen Außenminister (Ministre délégué auprès du Ministre des Relations extérieures, chargé des Affaires européennes) bis 7. Dezember 1983, anschließend Erster Präsident des Rechnungshofs S. 739⁴, 783, 1807
- Charalambopoulos, Ioannis** Außenminister der Hellenischen Republik S. 196²⁴, 306 f., 311, 313, 764¹²⁺¹⁶, 1013, 1210, 1255, 1256¹³⁺¹⁵, 1257, 1304, 1325, 1336, 1435, 1441⁵⁷, 1565–1568, 1827²⁷
- Chávez Mena, Fidel** Außenminister der Republik El Salvador **Dok. 320** und S. 914³⁸
- Chevallaz, Georges-André** schweizerischer Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements **Dok. 201**
- Chevènement, Jean-Pierre** Nationalsekretär des PS, französischer Minister (Ministre d'État) für Forschung und Industrie bis März 1983, anschließend Bürgermeister von Belfort S. 1571⁴, 1966
- Cheyssou, Claude** Außenminister der Französischen Republik; 1952–1954 Berater der Regierung von Französisch-Indochina **Dok. 142, 247, 281, 356, 361** und S. 10⁵, 71, 94 f., 98, 99³, 169, 179, 249, 263 f., 294¹⁴, 301, 306–309, 311 f., 340, 439 f., 479, 485¹³, 541, 577¹³, 591⁴⁹, 594, 596 f., 599, 624, 669⁷, 683, 685–687, 737⁴⁵, 750²², 764, 767, 775, 791², 794, 795¹⁴, 847 f., 850, 878¹⁸, 895 f., 900, 902, 907 f., 911, 913, 916, 930¹⁰, 1072, 1171, 1206, 1210, 1246¹⁵, 1303, 1324, 1326, 1378 f., 1396, 1434, 1435¹⁹, 1465, 1551, 1565–1568, 1676, 1678, 1682⁸, 1720 f., 1742–1744, 1747³⁷, 1748, 1792, 1794, 1796–1798, 1863¹¹, 1865 f., 1868–1870, 1875, 1877¹⁰, 1955–1957, 1961⁴
- Chick, John Stephen** Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Head of Arms Control and Disarmament Department; seit April 1984 Head of South Pacific Department) S. 421
- Chidzero, Bernard** simbabwischer Minister für Finanzen, Wirtschaftsplanung und Entwicklung S. 711²¹
- Chirac, Jacques** Vorsitzender des französischen RPR und Bürgermeister von Paris S. 1571, 1746 f., 1814
- Chissano, Joaquim** Außenminister der Volksrepublik Mosambik S. 770¹⁰, 1103¹⁰, 1284–1287
- Chňoupek, Bohuslaw** Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik **Dok. 32** und S. 146–148, 152²⁷, 208 f., 211²², 994¹⁵, 1264, 1395, 1490 f., 1541¹⁵, 1929
- Chotulew, Bronislaw Pawlowitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 1529
- Christopher, Warren** 1977–1981 amerikanischer Stellvertretender Außenminister (Deputy Secretary of State) S. 145⁷, 302⁵
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch** 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 3, 7, 288, 623⁸
- Chun Doo Hwan** General und Präsident der Republik Korea S. 1609
- Churchill, Sir Winston Leonard Spencer** 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 154, 323, 1742⁷, 1803¹⁹, 1819³¹⁺³²
- Citron, Klaus Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse sowie Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Rüstung und Rüstungskontrolle und Leiters der Abteilung 2A des Auswärtigen Amts bis 14. Dezember 1983, anschließend Botschafter und Leiter der KVAE-Delegation der Bundesre-

- publik Deutschland in Stockholm **Dok. 21, 35, 81, 232, 242, 296, 345, 362 391** und S. 35⁵, 74⁷, 103⁸, 258⁷⁶, 480²⁰, 488⁴, 494³, 884¹, 969, 1217, 1260⁴, 1264, 1279¹⁰, 1497³⁺⁴, 1498¹³, 1505¹, 1544, 1708¹, 1709⁴
- Clark, William Patrick** Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) bis 17. Oktober 1983; 1981/82 Stellvertretender Außenminister S. 27, 113, 115, 518, 524, 755, 887, 1093, 1201, 1340, 1343, 1441, 1451, 1827
- Clausen, Alden Winship (Tom)** Präsident der Weltbank **Dok. 348** und S. 546
- Clausewitz, Carl von** * 1780 † 1831 S. 556f., 1344, 1815
- Clemenceau, Georges** 1906–1909 Ministerpräsident und Innenminister der Französischen Republik; 1917–1920 Ministerpräsident und Kriegsminister S. 574
- Cluverius, Wat Tyler IV** Mitarbeiter (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of Near Eastern and South Asian Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 261–263
- Co Thach** s. Nguyen Co Thach
- Coetsee, Hendrik Jacobus (Kobie)** südafrikanischer Justizminister S. 1826
- Cohausz, Adolf** Legationssekretär im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ des Auswärtigen Amts bis 20. November 1983, anschließend Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Jaunde S. 674¹
- Cohen, William Sebastian** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Maine (Republican Party) S. 720², 822⁶, 827, 1915
- Coles, Arthur John** Privatsekretär der britischen Premierministerin (Private Secretary to the Prime Minister for Overseas Affairs) S. 189, 578, 1352, 1669
- Colombo, Emilio** Außenminister der Italienischen Republik bis 4. August 1983 **Dok. 11, 118, 120** und S. 95, 97f., 244⁶, 306f., 311, 340, 407, 441¹⁵, 594, 724, 791², 848, 850, 1072, 1381¹⁰
- Conruyt, Pierre** Mitarbeiter im französischen Ministerium für Forschung und Industrie sowie Vertreter beim OECD-Symposium über grenzüberschreitende Datenflüsse vom 30. November bis 2. Dezember 1983 in London S. 1950
- Cooper, Warren Ernest** Außenminister von Neuseeland S. 20²⁹, 451, 1004f.
- Córdovez, Diego** Stellvertretender Generalsekretär für besondere politische Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York und Sonderbeauftragter für Afghanistan S. 264, 627²⁴, 767, 918¹⁰, 1439
- Cortier, Peter** Präsident der Nordatlantischen Versammlung bis Juni 1983; 1981/82 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 569, 1423
- Costa Méndez, Nicanor** 1981/82 Außenminister der Argentinischen Republik S. 636³⁶
- Couve de Murville, Maurice** 1958–1968 Außenminister der Französischen Republik S. 1373³⁴
- Cranston, Alan MacGregor** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kalifornien und Bewerber um die Präsidentschaftsnominierung der Demokratischen Partei S. 259
- Craxi, Bettino** Generalsekretär des PSI und seit 4. August 1983 Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 271** und S. 586f., 1094¹⁰, 1201, 1353f., 1358, 1362, 1376², 1378f., 1380², 1381¹⁰, 1425⁸, 1565, 1750², 1787
- Crem, Robert** Generaldirektor des zairischen staatlichen Bergbauunternehmens Générale des Carrières et Mines S. 1480¹¹
- Cresson, Edith** französische Landwirtschaftsministerin bis 22. März 1983, anschließend Ministerin für Außenhandel und Tourismus S. 359, 780–782, 1743
- Crocker, Chester Arthur** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs); 1976–1980 Leiter der Abteilung für Afrikastudien an der Georgetown University S. 296⁶, 297–301, 710, 741, 769⁸, 931, 1091, 1562–1565

- Croin, August Hyacinth** Botschafter des Königreichs der Niederlande in Luxemburg, außerdem von Februar bis September 1983 Leiter der niederländischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 468¹²
- Croux, Lambert** belgisches Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP) S. 408, 598⁹
- Cuadra Landrove, Angel** kubanischer Jurist, Schriftsteller und Dissident S. 650f.
- Cuntz, Eckart** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Luanda bis 7. Januar 1983, anschließend im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 341¹, 1203¹, 1260¹⁺⁵, 1271¹, 1308¹, 1890¹, 1893¹⁶, 1894²²
- Cuomo, Mario Matthew** Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats New York S. 1381
- Curial, Jean-Bernard** Afrikaexperte des französischen PS S. 878¹⁸
- Curien, Gilles** Leiter der französischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 421⁴², 606, 897, 951, 952²⁴, 1073¹³
- Cywiński, Bohdan** polnischer Publizist im schweizerischen Exil S. 1876²
- Czempiel, Ernst-Otto** Vorstandsmitglied und Forschungsgruppenleiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung S. 945
- Czyrek, Józef** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP S. 306, 1021³, 1025f.
- Dąbrowski, Bronisław** Erzbischof und Sekretär der polnischen Bischofskonferenz S. 1022
- Daerr, Hans-Joachim** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio bis 15. März 1983, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 321¹, 1466¹, 1734¹
- Dahan, Paul** Mitarbeiter im französischen Außenministerium S. 1562
- Dahlhoff, Günther** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbes. EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ des Auswärtigen Amts S. 1178⁸, 1426¹¹
- Dailey, Peter H.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Dublin S. 236, 240
- Daladier, Eduard** 1933, 1934 und 1938–1940 Ministerpräsident der Republik Frankreich S. 662¹⁴, 1346¹⁷, 1366, 1458, 1643¹⁹
- Dam, Kenneth W.** amerikanischer Stellvertretender Außenminister (Deputy Secretary of State) **Dok. 76, 332, 336** und S. 74, 91, 118¹¹, 413⁷, 414, 501, 518, 524, 755, 932, 1009, 1085, 1089, 1214, 1470⁵, 1656², 1657, 1669, 1671–1673, 1676f., 1679, 1837¹³
- Dankert, Pieter** Präsident des Europäischen Parlaments S. 305, 312f., 408f., 625¹⁸, 1028, 1899, 1902, 1908¹⁴
- Dannenbring, Fredo** Beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten im NATO-Generalsekretariat in Brüssel; 1979–1982 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 128¹⁴, 565
- Danner, Horst Karl** S. 351f.
- Dassel, Peter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ des Auswärtigen Amts bis 2. Juni 1983, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Dublin S. 368²⁰
- Daud Khan, Sardar Mohammed** 1973–1978 Präsident der Republik Afghanistan S. 919¹²
- Davignon, Étienne Vicomte** Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und deren Mitglied für Industriepolitik, Energie, EURATOM und Forschung S. 122¹⁶, 1306, 1570, 1760, 1807⁶

- Davis, Patricia Ann (Patti)** Tochter des amerikanischen Präsidenten Reagan S. 507, 585, 1333
- Dean, Robert William** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1697²
- Dejean de la Bâtie, Bernard** Mitarbeiter (Directeur adjoint des Affaires politiques) im französischen Außenministerium S. 606, 1168, 1170–1172
- Delors, Jacques** französischer Wirtschafts- und Finanzminister sowie seit 22. März 1983 Haushaltsminister **Dok. 361** und S. 44²⁹, 348, 359, 375, 776–778, 1792⁵, 1794
- Dencker, Norman** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 269^{6–8}
- Deng Xiaoping** Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Vorsitzender der Militärkommission des ZK, Vorsitzender des Beratenden Ausschusses des ZK; 1975/1976 und 1977–1980 Erster Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 747f., 1609
- Denktasch, Rauf** Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident des „Türkischen Bundesstaats Zypern“ bzw. seit dem 15. November 1983 der „Türkischen Republik Nordzypern“) S. 1213⁴⁰, 1567, 1727f., 1752, 1806f.
- Derix, Christoph** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts bis 17. Juli 1983, anschließend Regierungsdirektor (seit 4. November 1983 Ministerialrat) an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 492², 900¹
- Desai, Morarji** Ministerpräsident der Republik Indien S. 1653¹⁶
- Deukmejian, George** Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien seit 3. Januar 1983 S. 267
- Devine, James B.** Mitarbeiter (Deputy Assistant Secretary of State for Nuclear Energy and Energy Technology) im amerikanischen Außenministerium 314³, 319, 320²¹
- Díaz Recinos, Adolfo** 1911–1917 und 1926–1929 Präsident der Republik Nicaragua S. 648²⁰
- Dicenta Ballester, José Luis** Leiter des Ministerbüros im spanischen Außenministerium S. 668
- Diehl, Günter** Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik S. 613, 945
- Diepgen, Eberhard** Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus S. 1582
- Diesel, Jürgen** 1977–1982 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 160¹⁸
- Ding Xuesong** 1979–1981 Botschafterin der Volksrepublik China in Den Haag S. 1763
- Dingens, Peter Michael** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften, Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank)“ im Auswärtigen Amt S. 698³⁶, 707¹
- Djilas, Milovan** 1945–1954 Mitglied des Bundesexekutivrats der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien; 1948–1954 Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bzw. des Bunds der Kommunisten Jugoslawiens; 1953–1954 Präsident des Bundesparlaments; im Januar 1954 aller Ämter enthoben S. 1849
- de Dobbeleer, Theodor** Botschafter des Königreichs Belgien in Bonn bis Januar 1983 S. 32
- Dobbins, James F.** Mitarbeiter (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 543⁸, 756¹⁰, 823⁸, 825, 969¹², 1007, 1019, 1097f., 1161, 1274–1276
- Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 249, 378¹⁰, 424, 684, 755, 796, 813, 888, 880²⁶, 909¹⁴, 995, 1011, 1073¹³, 1122, 1482, 1558⁷, 1720, 1887

- Dodenberg, Henning** 1984–1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador S. 1470⁵
- Dollinger, Werner** Bundesminister für Verkehr und Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 1550¹¹
- Dostojewski, Fjodor Michajlowitsch** * 1821 † 1881 S. 732
- Dougan, Diana L.** Botschafterin und Koordinatorin für internationale Kommunikations- und Informationspolitik im amerikanischen Außenministerium seit 15. April 1983, Vertreterin beim OECD-Symposium über grenzüberschreitende Datenflüsse vom 30. November bis 2. Dezember 1983 in London S. 1950
- Draper, Morris** Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten für den Libanon bis Mai 1983, anschließend Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 310 f.
- Dregger, Alfred** Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 38², 1280
- Dreher, Johann Georg** Vortragender Legationsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts und bis 14. Dezember 1983 Vertreter des Leiters S. 325², 541¹, 594¹²
- Drell, Sidney David** Leiter der Abteilung Theoretische Physik am Stanford Linear Accelerator Laboratory und Ko-Direktor des Stanford Center for International Security and Arms Control S. 1341⁴
- Dröge, Heinz** 1979–1982 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 24⁶, 247²⁰
- Drozdiak, William** Korrespondent der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post“ S. 846¹⁰
- Dschumblat, Walid** Vorsitzender der libanesischen Sozialistischen Fortschrittspartei S. 1851
- Duarte, José Napoléon** Vorsitzender des Partido Democrata Cristiano; 1980–1982 Präsident der Revolutionären Regierungsjunta in der Republik El Salvador S. 582, 596, 622, 1092, 1095
- Dufourcq, Bertrand** Abteilungsleiter (Directeur d'Europe) im französischen Außenministerium S. 1958
- Duisberg, Claus-Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ im Auswärtigen Amt S. 19²⁸
- Dulles, John Foster** 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1541
- Dultz, Bashir Joachim** Angestellter der amerikanischen Botschaft in Tripolis S. 352 f., 531¹⁴
- Dungern, Friedrich-Heinrich Freiherr von** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Boston S. 1684⁸
- Durrieu, Roberto** 1978–1981 Staatssekretär im argentinischen Justizministerium S. 635
- Dyvig, Peter** Stellvertretender Staatssekretär im dänischen Außenministerium S. 39, 242³, 325², 384¹³
- Eagleburger, Lawrence Sidney** Unterstaatssekretär (Under Secretary of State for Political Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 35, 91, 279¹¹, 326⁴, 389³², 428, 448, 802, 806, 1009, 1085, 1087, 1088¹², 1089, 1091, 1096, 1343, 1346, 1673, 1678, 1685¹⁰, 1724, 1740, 1753⁷, 1834⁷
- Eastman, Theophilus Ernest** Außenminister der Republik Liberia seit 9. Juli 1983 S. 1436
- Eastwood, Basil** Erster Sekretär an der britischen Botschaft in Bonn S. 485¹⁴
- Ecevit, Bülent** 1972–1980 Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei sowie 1974, 1977 und 1978/79 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 1806
- Edgar, William H.** Gesandter-Botschaftsrat (Minister-Counselor) an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1406, 1723²⁰
- van Edig, Helmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Re-

- pferat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT; Grundsatzfragen Nahrungsmittelhilfe“ des Auswärtigen Amts S. 43
- ²⁴
- Eger, Wolfgang** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 1609³²
- Ehmida, Bashir** S. 352f., 463², 529⁹, 530¹³, 531¹⁴
- Ehmke, Horst** Mitglied des Deutschen Bundestags sowie des Parteivorstands der SPD und Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 108, 488f., 885, 887, 959f., 985, 1280, 1490¹³
- Ehni, Reinhard** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis 28. August 1983, anschließend Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 201-9 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung – Sonstige militärische Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amts **Dok. 174** und S. 1271⁴, 1272⁷, 1308¹, 1591⁹, 1594¹, 1890¹, 1894²⁶
- Eichler, Gerhard** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1315⁷
- Eickhoff, Ekkehard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria bis 17. April 1983, anschließend in Dublin S. 1813¹
- Eickhoff, Walter** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in La Paz S. 214¹
- Eiff, Hansjörg** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 294¹¹
- Eisenhower, Dwight David** 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1649
- Eitel, Antonius** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 67⁷, 200⁶, 206²⁴, 370¹², 765²¹, 791¹, 1272⁸, 1441⁵⁵, 1566⁹, 1619¹², 1673²⁸
- Elekdag, Şükrü** Botschafter der Türkischen Republik in Washington S. 1753⁷
- Eliasson, Jan** Abteilungsleiter im schwedischen Außenministerium seit Juni 1983 S. 419
- Elizabeth II.** Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 570, 688²⁹, 1665¹⁵, 1671, 1679
- Ellemann-Jensen, Uffe** Außenminister des Königreichs Dänemark S. 40¹², 42, 95²³, 306–308, 313, 545, 554, 555, 558, 723f., 764¹¹, 1003, 1013, 1304, 1325
- Ellerkmann, Richard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Harare bis 10. November 1983, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 113 „Besoldung“ im Auswärtigen Amt S. 711²¹
- Engel, Jürgen** Kanzler I. Klasse und Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador mit Dienstsitz in Guatemala S. 385¹⁸
- Engell, Hans** dänischer Verteidigungsminister S. 868, 870f., 904, 1593
- Engelhard, Hans Arnold** Bundesminister der Justiz und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 198, 199³⁸, 1407
- Erath, Hermann** Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 108⁶, 488¹, 702¹, 822¹, 1625¹, 1854¹
- Erbel, Bernd** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa S. 1790
- Erck, Wolfgang** 1979–1982 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 352¹²
- Ertl, Josef** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) sowie bis 29. März 1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 16⁶, 43²⁴, 152²⁷, 359
- d’Escoto Brockmann, Miguel** Außenminister der Republik Nicaragua S. 647¹², 681⁵, 914³⁸

- Estrada, Juan José** General und 1910/11 Präsident der Republik Nicaragua S. 648²⁰
- Evans, Richard Mark** Abteilungsleiter (Deputy Under-Secretary of State) im britischen Außenministerium S. 272
- Evren, Kenan** General und Präsident der Republik Türkei, zudem bis 30. Juni 1983 Generalstabschef der türkischen Streitkräfte sowie bis 6. Dezember 1983 Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats S. 130, 195, 1164, 1752f., 1806
- Eylon, Ephraim** Gesandter an der israelischen Botschaft in Bonn S. 347¹², 1247³
- Fabius, Laurent** Beigeordneter Minister beim französischen Wirtschafts- und Finanzminister (Ministre délégué auprès du Ministre de l'Économie et des Finances, chargé du Budget) bis 24. März 1983, anschließend Minister für Industrie und Forschung S. 779f.
- Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud** König des Königreichs Saudi-Arabien und Ministerpräsident; 1975–1982 Kronprinz und Erster Stellvertretender Ministerpräsident S. 797, 834⁶, 974²³⁺²⁴, 1420, 1483f., 1538
- Fahmi, Ismail** 1973–1977 Außenminister der Arabischen Republik Ägypten S. 977
- Falin, Walentin Michajlowitsch** Stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Information beim ZK der KPdSU bis Januar 1983, anschließend Kommentator der Tageszeitung „Iswestija“ S. 248, 438, 1699
- Falk, Peter** S. 632^{9–11}
- Falls, Robert Hilborn** Admiral der kanadischen Streitkräfte und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO bis Juni 1983 S. 869f.
- Fanfani, Amintore** Ministerpräsident der Italienischen Republik bis 4. August 1983 S. 519, 545, 583, 587²⁹, 622², 724⁷
- Farkash, Safaja** Ehefrau Muammar el-Gaddafis S. 1789
- Fascell, Dante Bruno** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party), Vorsitzender der gemeinsamen Kommission des amerikanischen Kongresses für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa S. 1012²⁶, 1073
- Fedortschuk, Witalij Wassiljewitsch** sowjetischer Innenminister; 1982 Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (KGB) S. 4
- Feldmann, Olaf** Mitglied des Deutschen Bundestags und abrüstungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion S. 1472
- Feldstein, Martin Stuart** Vorsitzender des Council of Economic Advisers des amerikanischen Präsidenten S. 188, 284
- Feleke Gedle-Giorgis** Außenminister des Sozialistischen Äthiopien bis 22. April 1983, anschließend Minister für Information und Nationale Führung S. 82–84
- Ferraris, Luigi Vittorio** Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 626, 1376, 1380
- Fiedler, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 312** und S. 67⁶, 69¹⁸, 70²⁰, 199¹, 263¹⁰², 310³², 401²², 611⁴, 684⁴, 791¹, 969¹, 974²⁴, 1091¹¹, 1247², 1248, 1249⁷, 1250, 1299¹, 1464²⁵
- Fields, Louis Glenn Jr.** Leiter der amerikanischen Delegation im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf S. 1191⁶, 1236¹⁶
- Figueiredo, Elisio** Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Angola bei den Vereinten Nationen in New York S. 1436
- Fink, Volker** Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts bis 24. Juli 1983, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 327¹⁰, 452¹
- Finke-Osiander, Renate** Ministerialdirigentin und Leiterin der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische

- Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 917, 929, 988¹, 990¹⁰, 1221⁸, 1264, 1434⁷⁺⁸, 1860¹, 1861⁷
- Fischer, Gerhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag bis 17. Juli 1983, anschließend Botschafter in Bern S. 85, 244⁸, 504¹¹, 1048
- Fischer, Gottfried** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Accra S. 975²⁵
- Fischer, Kurt** Flottenadmiral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 321⁸
- Fischer, Oskar** Außenminister der DDR **Dok. 263** und S. 63¹⁹, 902, 994¹⁵, 1073, 1075 f., 1395, 1435, 1438 f., 1490, 1550, 1610⁴, 1611
- Fischer, Paul Henning** Botschafter des Königreichs Dänemark in Bonn S. 545, 1574
- Fischer, Per** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 50, 59, 72, 84, 113, 159, 227, 261, 279, 355, 361, 382** und S. 10⁸, 17¹², 38, 40, 42–44, 49, 85¹, 122¹⁹, 123²¹, 162²⁵, 189¹, 250³⁹, 252⁴⁴⁺⁴⁷, 254, 265¹⁰⁹, 308¹⁷, 328¹, 357¹, 381, 390, 467⁸, 476³³, 516¹³, 518, 538²⁶, 539³¹, 560¹², 564, 593¹, 604¹², 623¹¹, 645⁸, 659⁸, 668, 672 f., 675⁸, 692–695, 698, 707¹, 739⁴, 763¹⁰, 764¹¹, 777²⁴, 804, 816⁶, 843¹, 860²⁸, 861³¹, 1078⁸, 1079¹³⁺¹⁶, 1181, 1226¹⁹⁺²⁰, 1261, 1267⁵⁸, 1274², 1275⁶, 1385¹, 1392⁸, 1397², 1398, 1401, 1402⁷⁺⁹, 1404¹³, 1428¹⁹, 1474⁵, 1507¹⁵, 1532¹⁷, 1568¹⁵, 1584⁵, 1594¹, 1635¹, 1690¹, 1731³, 1795²⁴, 1845, 1922¹, 1930¹³, 1952
- Fischer-Dieskau, Thomas** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ im Auswärtigen Amt S. 285¹⁶, 778³¹, 1081², 1398⁹
- Fiterman, Charles** französischer Verkehrsminister (Ministre d'État, Ministre des Transports) S. 778, 1743 f.
- FitzGerald, Garret** Ministerpräsident der Republik Irland **Dok. 363**
- Fleischhauer, Carl-August** Ministerialdirektor und Völkerrechtsberater sowie Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts bis 22. Januar 1983, anschließend Untergeneralsekretär, Rechtsberater und Leiter der Rechtsabteilung des Sekretariats der Vereinten Nationen in New York S. 353¹⁴, 715¹², 730²⁴, 917, 1739¹⁵
- Flesch, Colette** Stellvertretende Ministerpräsidentin des Großherzogtums Luxemburg, Ministerin für auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Kooperation sowie für Wirtschaft und Mittelstand und für Justiz S. 1303²²
- Flittner, Karl** Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Südliches Spanien und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 605¹, 709¹³, 1421¹, 1823¹
- Florian, Winfried** Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen S. 1930¹¹
- Foncillas Casaus, Eduardo** Botschafter des Königreichs Spanien in Bonn seit 26. April 1983 S. 659, 1842
- Ford, Gerald Rudolph** 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 424, 510⁹
- Forte, Francesco** italienischer Finanzminister bis 4. August 1983, anschließend Minister für die Koordination der Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften (Coordinamento delle politiche comunitarie) S. 622²
- Fourie, Bernardus Gerhardus** Botschafter der Republik Südafrika in Washington S. 1563
- Frank, Paul** 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 1082⁴
- Franke, Klaus Max** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ im Bundeskanzleramt S. 1385¹, 1386⁵, 1390¹, 1601
- Frasure, Robert C.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1562
- Freitag, Armin** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Havanna bis 28. März 1983, anschließend Vortragender

- der Legationsrat I. Klasse (seit 22. Dezember 1983 Ministerialdirigent) und Vertreter des Leiters in der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts, seit 19. Mai 1983 Leiter der Unterabteilung 61 **Dok. 170** und S. 650²⁷, 1266⁴⁵
- de Freitas do Amaral, Diogo Pinto** portugiesischer Verteidigungsminister bis 9. Juni 1983 S. 882
- Frenz, Helmut** Generalsekretär der Sektion der Bundesrepublik Deutschland von amnesty international S. 1825²⁰
- Frick, Helmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts S. 1421², 1502², 1590², 1695¹, 1704³, 1719¹, 1725¹, 1765¹, 1854³
- Fröhlich, Siegfried** Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 1502⁴⁺⁵, 1535²⁴
- Froment-Meurice, Henri** Botschafter der Französischen Republik in Bonn bis zum Eintritt in den Ruhestand am 10. Mai 1983 S. 1966
- Fujinami, Takao** japanischer Stellvertretender Chefkabinettssekretär für politische Angelegenheiten S. 843
- Fulda, Gerhard** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis 21. August 1983, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts S. 1434
- Füßlein, Peter** Senatsdirigent in der Landesvertretung Berlin in Bonn S. 1582
- Futscher Pereira, Vasco** Außenminister der Portugiesischen Republik bis 9. Juni 1983 S. 935
- Gablentz, Otto von der** Ministerialdirektor und bis 17. Juli 1983 Staatssekretär von Staden in dessen Eigenschaft als Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit zugeteilt, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 505¹⁷, 1343²⁺³
- el-Gaddafi, Muammar** Oberst und „Führer der Großen Revolution vom 1. September“ in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 463–465, 528⁶, 740, 797, 975, 1211, 1240, 1388, 1393, 1478, 1484, 1559, 1600, 1788–1790, 1853
- Gairy, Sir Eric** 1967–1979 Ministerpräsident von Grenada S. 1671¹⁷
- Galabru, Jean** Botschafter der Französischen Republik in Luanda S. 299¹⁸
- Gallo, Max** französischer Staatssekretär und Regierungssprecher seit 22. März 1983 S. 1747³⁷
- Gama, Jaime** s. Matos da Gama, Jaime José
- Gandhi, Indira Priyadarshini** 1966–1977 und erneut seit 1980 Ministerpräsidentin der Republik Indien; 1978–1981 Vorsitzende der Indischen Kongresspartei (Indian National Congress-I) **Dok. 329** und S. 924f., 932, 1138f., 1259, 1268, 1270, 1436, 1671
- Gandhi, Mohandas Karamchand (Mahatma)** * 1869 † 1948 S. 1928
- García Peraza, Luis** Botschafter der Republik Kuba in Bonn S. 645
- de Gaulle, Charles** 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 249³², 442, 746, 757, 1373, 1741
- Gehl, Jürgen** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 158, 160¹⁸, 161²⁰
- Gehlhoff, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl **Dok. 42, 216** und S. 62¹⁴, 245¹⁴, 1023¹³, 1251²⁺³, 1252⁴
- Geier, Michael** Legationsrat I. Klasse (seit 27. September 1983 Vortragender Legationsrat) im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ des Auswärtigen Amts S. 268¹

Geißler, Heiner Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 781⁴⁹, 1906 f.

Gelb, Leslie Howard Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 224³

Geldern, Wolfgang von Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) seit 30. März 1983 S. 1574, 1576–1578

Gemayel, Amin Präsident der Libanesischen Republik S. 200 f., 683, 1087⁹, 1382, 1383¹⁵, 1676⁴, 1850 f.

Genschler, Barbara Ehefrau Hans-Dietrich Genschers S. 476, 672, 1942

Genschler, Hans-Dietrich Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender der FDP und Mitglied des Deutschen Bundestags **Dok. 3, 6, 9, 11, 14, 18, 20, 23, 24, 27, 30, 32, 33, 34, 39, 75, 90, 91, 101, 105, 108, 112, 113, 118, 120, 124, 127, 133, 142, 151, 155, 156, 158, 163, 164, 169, 177, 179, 182, 187, 188, 190, 191, 195, 196, 197, 202, 203, 205, 207, 210, 211, 212, 214, 215, 218, 220, 221, 222, 230, 243, 246, 247, 255, 262, 263, 272, 273, 280, 281, 287, 289, 290, 294, 298, 300, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 320, 325, 332, 334, 335, 356, 361, 364, 369, 371, 377, 388, 390** und S. 10⁵, 15, 24, 31 f., 33¹⁵, 35, 37⁹, 52–54, 58 f., 60²¹, 66–69, 71, 76–78, 81, 83, 85¹, 89²¹, 99³, 107¹, 109¹, 110⁷, 119 f., 123 f., 137¹, 142, 145⁷, 153, 155, 180, 189–198, 208, 217⁵, 219¹, 221, 222⁴, 225–229, 231, 247 f., 251⁴⁶, 256, 266, 268, 272²², 273, 277 f., 287, 292 f., 295, 301²⁷, 302, 303¹², 305–310, 312, 321, 323¹², 325¹⁵, 327, 341², 357¹, 359⁸, 363–365, 367, 368²⁰, 369, 372, 381¹, 388, 391, 401, 403², 405¹⁷, 406, 409¹, 414, 428 f., 434 f., 438¹⁷, 439, 441¹⁴⁺¹⁵, 443, 445¹⁵, 447²⁰, 449–454, 465⁷, 485¹³, 486, 488⁴, 501, 509, 512, 524, 528, 530¹³, 531, 536¹³, 538, 545, 547, 549–552, 555 f., 558 f., 564²², 570¹, 574¹, 577¹³, 578¹, 587, 591 f., 601, 603, 604¹², 605, 607, 611 f., 620, 627 f., 631–633, 635–637, 638², 651,

659, 663, 665, 666²⁵, 667, 677, 680¹³, 681⁵, 682⁷, 683–687, 689¹, 699–701, 707 f., 713², 723, 726, 730²⁴, 732, 737, 751³¹, 762 f., 765 f., 768, 773⁶, 775, 781⁴⁹, 785, 800, 803, 808, 810, 813, 833, 834⁴, 838, 839²⁰, 842–844, 847–849, 878¹⁸, 879, 880²⁷, 891 f., 893, 895, 900, 907, 909–913, 915 f., 917¹, 918⁵, 928, 947, 951, 959 f., 966 f., 983¹, 984⁵, 985, 987¹⁷, 996 f., 1003–1006, 1027–1030, 1035¹⁺², 1047, 1060, 1062, 1071 f., 1081², 1124 f., 1145 f., 1148, 1154⁴, 1162, 1167²³, 1168, 1173, 1186, 1203, 1205, 1208, 1210, 1227⁷, 1230, 1231²⁴, 1232, 1243, 1247–1250, 1262¹⁸, 1263 f., 1266, 1270 f., 1274², 1275⁶, 1277¹⁰, 1280, 1301 f., 1304 f., 1308, 1312 f., 1323–1327, 1336, 1338, 1340¹, 1343¹, 1352¹, 1358, 1364¹, 1368, 1371, 1374⁴¹, 1385¹, 1394 f., 1396⁷, 1397, 1399, 1405, 1407¹⁴, 1421², 1422 f., 1424¹⁹, 1425 f., 1430–1432, 1434–1441, 1456¹, 1466², 1469, 1470⁵, 1471, 1473¹, 1475¹, 1476–1478, 1497, 1553, 1557 f., 1565–1571, 1574, 1576–1578, 1579 f., 1581¹, 1583¹, 1584–1586, 1590, 1591⁷, 1592¹¹, 1594¹, 1596, 1603, 1610 f., 1623¹⁺², 1625, 1629 f., 1633³⁴, 1635³⁸, 1635¹, 1646¹, 1656, 1669¹, 1685 f., 1687¹, 1690, 1692–1694, 1695¹, 1704, 1706¹¹⁺¹², 1708¹⁶, 1719¹, 1720, 1722¹⁵, 1725, 1730³¹, 1737, 1746, 1756¹³, 1756¹³, 1760, 1776¹, 1781²³, 1792, 1794 f., 1797–1799, 1804 f., 1810², 1812, 1835–1837, 1838², 1840, 1854, 1862–1870, 1871⁴, 1875, 1886⁸, 1895, 1898, 1905, 1929¹⁰, 1942, 1947, 1954, 1956 f., 1958¹, 1960⁸, 1961¹⁺⁴, 1963

George, James Abteilungsleiter (Assistant Director) für multilaterale Angelegenheiten in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) sowie bis 22. April 1983 ihr kommissarischer Leiter S. 118¹¹

Georgescu rumänischer Dolmetscher S. 854

Gercke, Armin Mitarbeiter der Firma MAN S. 352 f., 531¹⁴

Gerhardt, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ im Auswärtigen Amt **Dok. 128** und S. 466⁴, 861³², 1405¹, 1883³⁴

- Germelmann, Peter-Christian** Ministerialrat und Leiter des Referats 221 „Beziehungen zur DDR in den Bereichen Politik und Verkehrsverkehr, Ständige Vertretungen, Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen“ im Bundeskanzleramt S. 1175¹⁴
- Gerstenmaier, Cornelia** Publizistin S. 891f.
- Gerz, Wolfgang Ludwig** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad **Dok. 255**
- Gescher, Ditrich** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 419³², 724⁹
- Geyer, Klaus** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 354
- Hazali bin Shafie, Tan Sri Mohammed** Außenminister von Malaysia S. 430, 431⁸⁵, 1005
- Gibson, Mack L.** Oberst und Militärattaché an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1422¹¹
- Gierek, Edward** 1970–1980 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 563²¹, 620¹⁵, 1395³
- Gillmore, David Howe** Mitarbeiter (Assistant Under-Secretary of State) im britischen Außenministerium bis September 1983, anschließend Hochkommissar (High Commissioner) in Kuala Lumpur S. 211²⁰, 233, 235, 238, 240, 437, 825, 827, 909¹⁴, 1007, 1214², 1887
- Ginsburg, Alexander** Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland S. 1701
- Ginster, Horst** Mitarbeiter der Firma Heinrich Klingenberg KG S. 1536²⁸
- Giscard d'Estaing, Valéry** 1974–1981 Staatspräsident der Französischen Republik S. 11⁹, 140, 359, 571, 620, 1373, 1395, 1629¹⁹, 1745f., 1776, 1788
- Gjellum, Sverre Julius** Botschafter des Königreichs Norwegen in Bonn S. 38
- Gjurow** S. 351f.
- Gläser, Heinz** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung Rü II „Rüstungsbeziehungen zu anderen Ländern“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 513⁶
- Glaser, Klaus** Geschäftsführer der Firma Iransped S. 820
- Glatt, Volker** Oberst i.G. und Leiter des Referats FüSIII1 „Militärpolitische Grundlagen“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 25¹¹, 1007⁹
- Glemp, Józef** Primas von Polen, Kardinal sowie Erzbischof von Gnesen und Warschau **Dok. 138** und S. 537¹⁶, 1022, 1025¹⁶, 1090, 1108, 1208¹⁵
- Glenn, John Herschel Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Ohio und Bewerber um die Präsidentschaftsnomination der Demokratischen Partei S. 259, 1347
- Glitsman, Maynard Wayne** Vertreter des Leiters der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 168, 170–174, 236, 238, 240, 655, 1276
- Gobbi, Hugo J.** Abteilungsleiter (Assistant Secretary-General) im Generalsekretariat der Vereinten Nationen, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für Zypern und Berichterstatter zur Menschenrechtssituation in Polen S. 920¹⁹, 1213⁴¹, 1567¹², 1752⁴
- Goethe, Johann Wolfgang** * 1749 † 1832 S. 556⁴¹, 1815
- Gold, Theodore** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 1195
- Gollwitzer, Helmut** emeritierter Professor am Institut für Evangelische Theologie der Freien Universität Berlin S. 1277¹¹
- Goma, Lameck Kazembe Haza** Außenminister der Republik Sambia S. 1327, 1329⁸, 1436, 1440⁵³
- González Márquez, Felipe** Ministerpräsident des Königreichs Spanien und Generalsekretär des PSOE **Dok. 126, 369** und S. 9², 42, 228¹³, 229¹⁸, 231, 266f., 427⁶⁷, 428f., 668, 739, 746, 744f.,

- 883, 899, 916, 966, 1071, 1135, 1565³, 1728f., 1781
- Goodby, James Eugene** Vertreter des Leiters der amerikanischen Delegation bei den START-Verhandlungen in Genf bis Oktober 1983, anschließend Leiter der KVAE-Delegation in Helsinki und Stockholm im Rang eines Botschafters S. 1500, 1717
- Gorenflos, Walter** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 136, 277** und S. 82³, 142², 145⁹, 204, 312³⁸, 430⁸⁰, 431⁸⁵, 465⁷, 513⁴, 517, 528, 582¹², 596²⁰, 605², 645, 765²², 769⁵, 791², 797, 799²⁶, 833¹, 837¹⁴, 838¹⁵, 839¹⁹, 842, 843¹, 915⁴⁰, 973f., 978f., 996⁵, 1005¹⁴⁺¹⁵, 1247³, 1250, 1251¹, 1261, 1385¹, 1387^{9m}, 1421², 1423¹³, 1435¹⁸, 1440⁵³, 1477, 1480, 1502², 1587¹, 1635¹, 1764, 1827³³
- Götting, Gerhard** Stellvertretender Präsident der Volkskammer der DDR S. 1581⁴
- Gottlieb, Henning** Unterstaatssekretär im Amt des dänischen Ministerpräsidenten S. 545
- Gottwald, Gabriele** Mitglied des Deutschen Bundestags (Grüne) S. 1665¹²
- Goukouni** siehe: Oueddei, Goukouni
- Grabert, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 1290⁸, 1291¹³, 1726¹⁰
- Graeve, Hans** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht“ des Auswärtigen Amts S. 1183¹
- Graham, Sir John** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 337, 866, 871, 1112
- Graham, Katherine** Leiterin (Chief Executive Officer and Chairman of the Board) der Washington Post Company S. 846¹⁰
- Gregg, Donald Phinney** Sicherheitsberater (National Security Advisor) des amerikanischen Vizepräsidenten S. 129, 501, 1453
- Grewlich, Klaus** Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 603¹⁰, 1305¹, 1947¹, 1952¹⁸
- Grimm, Georg** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschafts- und Finanzpolitik“ im Bundeskanzleramt S. 71, 1754³, 1757¹⁶, 1759²⁵, 1782³²
- Grinewskij, Oleg Alexejewitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium bis Oktober 1983, anschließend Botschafter z.b.V. und Leiter der KVAE-Delegation in Helsinki und Stockholm S. 1507, 1718
- Groll, Götz Freiherr von** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 596²³
- Gromyko, Andrej Andrejewitsch** Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie seit 24. März 1983 Erster Stellvertretender Ministerpräsident **Dok. 10, 15, 202, 203, 262, 303, 304, 305, 306** und S. 4, 9, 22, 30, 35, 45, 48, 61f., 71, 73, 85f., 89, 91–93, 95f., 99³, 110, 113, 139, 147, 160, 174, 190, 197, 206f., 210¹⁵, 249, 264, 424f., 438¹⁷, 478, 480, 488⁴, 489, 499, 533, 550, 568, 588, 593, 608⁹, 706²⁴, 738, 850, 887, 896⁶, 919, 950, 972, 994f., 1009, 1011, 1019¹⁷, 1020f., 1030, 1035³, 1047, 1060, 1062f., 1065, 1066¹⁰, 1070–1072, 1074, 1076, 1085f., 1093f., 1101, 1115–1117, 1122, 1129f., 1133, 1136, 1142, 1209, 1224, 1231²⁴, 1232⁴, 1233f., 1239, 1245, 1254, 1264, 1275, 1296, 1301, 1305, 1321f., 1340¹, 1346f., 1368, 1377–1379, 1381, 1394–1396, 1413–1415, 1417f., 1437f., 1450, 1453–1455, 1487, 1491–1496, 1539–1542, 1546, 1548–1551, 1553–1556, 1558⁹, 1565, 1584–1586, 1596, 1613f., 1617, 1628–1630, 1677, 1681, 1721, 1725, 1743, 1770, 1863, 1866f., 1882³², 1937
- Grönebaum, Herbert** Legationsrat I. Klasse und Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts, 1983 mehrfach an die Botschaft in Prag abgeordnet S. 158

- Gröning, Friedrich** Legationsrat I. Klasse (seit 25. Februar 1983 Vortragender Legationsrat) im Referat 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rüstungskontrolle“ des Bundeskanzleramts S. 1260², 1423¹³, 1884¹
- Grossenbacher, Charles Ernest** Direktor der Gruppe für Rüstungsdienste im Eidgenössischen Militärdepartement S. 1047 f., 1050
- Grüner, Martin** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 699, 1084
- Guerra González, Alfonso** Stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Spanien S. 429
- Guenther, Manfred** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 700 „Staatsbesuche, Veranstaltungen (außer Diplomatisches Korps)“ des Auswärtigen Amts S. 524, 771⁴
- Gurirab, Theo-Ben** Beobachter für die SWAPO bei den Vereinten Nationen in New York S. 1436, 1440
- Gutmann, Francis** Generalsekretär des französischen Außenministeriums S. 407⁹, 596²³, 1743¹⁵
- Guyer, Roberto E.** Botschafter der Argentinischen Republik in Bonn S. 635
- Guzzetti, César Augusto** Konteradmiral und 1976/77 Außenminister der Argentinischen Republik S. 632 f.
- Gysemberg, Maurice** Generalleutnant und Chef des belgischen Generalstabs S. 33
- Gysi, Klaus** Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR S. 218
- Haack, Dieter** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1581⁴
- Haas, Wilhelm** Ministerialdirigent und Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 56, 285, 313** und S. 82¹, 708⁷, 709¹¹, 710 f., 712²⁸, 741²¹, 743²⁵, 768¹, 769⁵, 930 f., 1284¹, 1327¹, 1386, 1421²⁺⁴, 1422⁸, 1480¹², 1826²⁵
- Haber, Hansjörg** Attaché an der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amts, vom 28. März bis 25. November 1983 im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 1152¹
- Häber, Herbert** Mitglied des ZK der SED S. 638², 641
- Habib, Philip Charles** Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten S. 201, 384, 793, 974²²
- Habibie, Bacharuddin Jusuf** indonesischer Minister für Forschung und Technologie S. 1640, 1644
- Habré, Hissène** Präsident der Republik Tschad S. 975, 1211³², 1212, 1393, 1478
- Haddad, Saad** Anführer der Miliz „South Lebanon Army“ S. 382, 848
- Haferkamp, Wilhelm** Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und deren Mitglied für Auswärtige Angelegenheiten S. 122¹⁶, 308 f., 450, 782⁵², 1785
- Haig, Alexander Meigs Jr.** 1981/82 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 623, 743²⁴, 1145 f., 1154⁴, 1379, 1666²⁰, 1682⁸
- Haile Gabriel Dagne** Botschafter des Sozialistischen Äthiopien in Bonn bis 11. November 1983 S. 82
- Haile Yimenu** Senior Minister des Sozialistischen Äthiopien und Generalsekretär des Central Planning Supreme Council bis 19. April 1983, anschließend Industrieminister S. 83
- bin Hallal, Mohammed** Kommandeur der saudi-arabischen Grenzschutztruppe S. 1538
- Haller, Siegfried** Konsul I. Klasse am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Zagreb S. 354, 1905¹, 1906¹¹
- Hallgrímsson, Geir** Außenminister der Republik Island seit 26. Mai 1983 S. 1325

- Hallstein, Walter** 1958–1967 Präsident der EWG-Kommission in Brüssel S. 1785
- Hamm-Brücher, Hildegard** 1976–1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt S. 636
- Hammer, Peter** Fregattenkapitän und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 394¹¹
- Hampe, Karl-Alexander** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 589⁴⁴
- Hansen, Lynn Marvin** Oberst der amerikanischen Streitkräfte und Mitglied der amerikanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 808, 948
- Hansen, Niels** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv **Dok. 209** und S. 69¹⁹, 382⁸, 629¹⁴, 863⁴¹, 1247–1250
- Harguindeguy, Albano Eduardo** Generalmajor der argentinischen Streitkräfte und 1976–1981 Innenminister S. 631, 633–635
- Harris, David** Leiter des Büros der National Conference on Soviet Jewry in Washington S. 1535²⁶
- Hartling, Poul** Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen **Dok. 373**
- Hartman, Arthur Adair** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 1720f., 1773
- Hartmann, Axel** Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 354
- Hartmann, Rüdiger** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ im Auswärtigen Amt **Dok. 96, 97, 183, 240, 343, 385** und S. 104⁹, 221⁵, 231¹, 397²¹, 488¹, 504¹³, 702¹, 1007, 1035⁴, 1126, 1158¹, 1186¹, 1232¹, 1239⁹, 1277¹, 1430, 1432⁶, 1449⁴, 1454⁷, 1487, 1625¹, 1657⁵, 1730, 1854¹⁺³
- Hase, Karl-Günther von** 1961/62 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „West II“ im Auswärtigen Amt; 1970–1977 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London S. 493³⁺⁴
- Hassan II.** König des Königreichs Marokko S. 797
- Hassan ibn Talal** Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 369¹⁰, 1456, 1464f., 1546
- Hassell, Henning-Leopold von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 123²⁴, 195¹⁹, 196²⁴, 198³⁵
- Hatfield, Mark Odom** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Oregon (Republican Party) S. 397²¹
- Haunschild, Hans-Hilger** Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 315⁶, 319¹⁷
- Havlik** Mitarbeiter im tschechoslowakischen Innenministerium und Grenzbevollmächtigter S. 151²⁶, 162²⁸
- Hawes, John Houston** Mitarbeiter (Director for European Security and Political Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 1274³
- Healey, Denis** Stellvertretender Vorsitzender der britischen Labour Party und Mitglied des Unterhauses S. 1672²⁴
- van Heerden, Neil Peter** Botschafter der Republik Südafrika in Bonn S. 1421²⁺⁴, 1423, 1424¹⁹, 1824, 1825¹⁷
- Heibach, Bernhard** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 1548, 1550
- Heimann, Gerhard** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) seit 29. März 1983 S. 1581⁴
- Heinichen, Otto-Raban** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ im Auswärtigen Amt S. 253⁴⁹, 328⁴, 348³, 624¹⁵, 746⁹, 749²⁰

- Heisbourg, François** Berater des französischen Verteidigungsministers (conseiller pour les affaires internationales au cabinet du ministre de la Défense) S. 1765
- Held, Günter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis bis 3. Juli 1983, anschließend Botschafter in Kampala **Dok. 89** und S. 528⁶, 530
- Hellbeck, Hannspeter** Ministerialdirigent an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 62¹⁶, 63¹⁹, 902¹⁴, 1581⁴, 1946⁴
- Helminger, Paul** Staatssekretär in den luxemburgischen Ministerien für auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Kooperation sowie für Wirtschaft und Mittelstand und für Justiz S. 1303, 1324
- Helms, Jesse Alexander** Senator für den amerikanischen Bundesstaat North Carolina (Republican Party) S. 545⁴
- Hempel, Johannes** Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens und Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR S. 1665
- Henatsch, Ruprecht** Vortragender Legationsrat im Referat 610 „Regionale Planung und Koordinierung, Kulturabkommen“ des Auswärtigen Amtes S. 817¹¹
- Henderson, Sir Nicholas** 1972–1975 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn, seit 1982 im Ruhestand, für den Besuch Bundeskanzler Kohls in London im April 1983 reaktiviert S. 573
- Heng Samrin** Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Kampuchea und Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampuchas S. 431⁸⁴⁺⁸⁵, 933
- Hengsbach, Franz** Bischof von Essen S. 1760
- Henze, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsförderungen; Rüstkungsexportpolitik; Messewesen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 370** und S. 255⁵⁹, 367¹⁶, 466⁴, 512¹, 513⁶, 517¹⁴, 811⁸, 833¹, 840²¹, 1392⁹, 1484⁵, 1723²⁰, 1761¹, 1922¹
- Herbst, Otto-Axel** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis zum Eintritt in den Ruhestand am 1. November 1983 **Dok. 68, 148** und S. 72⁷, 226⁶, 284⁵, 317¹², 358⁵, 375¹⁹, 479¹⁵, 574¹, 629¹⁴, 743²⁷, 768⁴, 1211³²⁺³⁴, 1571⁴, 1629¹⁹, 1676⁴, 1742⁵
- Hermes, Peter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington; **Dok. 26, 53, 211, 212, 237, 243, 289, 331, 368** und S. 46³⁹, 91, 102⁴, 113, 116, 129, 201⁹, 206²³, 219¹, 221⁶, 224³, 236²⁺³, 250³⁹, 294¹¹, 296⁶⁺⁷, 310³⁴, 314³, 320²¹, 326⁴, 346¹⁰, 378¹¹, 382⁶, 389³², 397, 411⁹, 416²⁰, 417²⁴, 488⁷, 501, 509, 518, 523, 597²⁷, 606², 651⁴, 656²¹, 674³, 687²⁷, 698³⁶, 720³, 782⁵³, 788⁵, 790¹², 800⁴, 803²³, 822⁶, 846¹⁰, 862³⁷, 879²³, 908⁶, 915⁴², 955³, 985¹⁵, 991¹, 996², 998¹⁷, 1010¹⁰, 1085, 1088¹², 1126⁷, 1183³, 1186⁶, 1274³, 1284¹⁰, 1308⁶⁺⁷, 1315¹¹, 1317¹⁴, 1425⁸, 1453, 1495²⁵, 1592¹⁰, 1623⁵, 1663⁷, 1664⁸, 1668²⁷⁺²⁸, 1685¹⁰⁺¹³, 1686¹⁴, 1695⁴, 1720⁸, 1724, 1727¹⁵, 1753⁷, 1767¹⁰, 1834⁷, 1837¹⁵, 1848
- Hernandez, R.** Mitarbeiter im kubanischen Außenministerium S. 645
- Hernu, Charles** französischer Verteidigungsminister **Dok. 356** und S. 567¹³, 577¹³, 745³⁰, 775 f., 1211³⁴, 1310, 1360³⁹, 1571⁴, 1747³⁷
- Herrera Campíns, Luis** Präsident der Republik Venezuela S. 647¹³
- Herwarth von Bittenfeld, Hans Heinrich** 1965–1969 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 1965
- Herzog, Chaim** seit 5. Mai 1983 Präsident des Staates Israel S. 1293²⁵
- Heseltine, Michael** britischer Umweltminister bis 6. Januar 1983, anschließend Verteidigungsminister S. 321, 397, 865, 1360³⁹, 1591, 1593, 1674²⁹, 1766⁶, 1774
- Heß, Rudolf** 1933–1941 „Stellvertreter des Führers“ und Reichsminister ohne

- Portefeuille des Deutschen Reichs S. 627–630, 1062–1064
- Heß, Wolf-Rüdiger** Sohn von Rudolf Heß S. 628f.
- Heubaum, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 385¹⁹, 647¹⁵, 680², 681³⁺⁵⁺⁶, 682⁷⁺⁹
- Hiehle, Joachim** Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 403², 405¹⁷
- Hilb, Nora Ines** S. 1906
- Hilf, Meinhard** Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Bielefeld S. 1899
- Hilger, Reinhard-W.** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amtes S. 1217³, 1687¹
- Hiller, Armin** Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amtes bis 15. März 1983, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brazzaville S. 1212³⁷
- Hinteregger, Gerald** österreichischer Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten S. 1548
- Hitler, Adolf** 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reichs, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 57, 160, 503, 508, 573, 588, 627f., 662¹⁴, 750, 1136, 1333, 1344, 1346, 1366¹², 1458, 1597, 1643¹⁹, 1817f., 1960
- Hoessle, Andreas von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amtes S. 1502¹⁺³, 1503⁸, 1504¹¹
- Hoff, Hellmut** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in La Paz; 1978–1982 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum“ im Auswärtigen Amt S. 216⁴, 759¹³
- Hoffmann, Carl** Flottillenadmiral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis zum Eintritt in den Ruhestand im August 1983 S. 560¹³, 975²⁷, 1741⁴
- Hoffmann, Friedrich Wilhelm** deutsch-amerikanischer Chemiker S. 1184, 1282³, 1283
- Hoffmann, Hans-Joachim** Minister für Kultur der DDR S. 556⁴¹
- Höffner, Joseph** Kardinal und Erzbischof von Köln sowie Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz S. 252⁴⁶, 1825f.
- Hofmann, Wilfried** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt bis 17. September 1983, anschließend Informationsdirektor im Generalsekretariat der NATO **Dok. 44, 77, 125** und S. 241¹⁺³, 31¹, 109¹, 110⁹, 111¹¹, 117, 125¹, 153¹⁺³, 184¹, 186¹¹⁺¹², 187¹⁴⁺¹⁸, 188²², 224¹, 225⁷, 236¹, 302¹, 303¹², 321³, 331¹, 334, 335¹³, 337²⁵⁺²⁶, 338³⁰⁺³¹, 341¹, 403¹, 509⁴, 790¹², 828³, 830¹⁵⁺²², 831²⁴, 865¹, 869¹, 881¹, 882¹⁴, 883¹⁵⁺¹⁶⁺²³, 884²⁵, 935¹, 939¹, 959¹, 961¹², 967¹, 1007⁹, 1047¹, 1049⁸, 1096¹⁺³, 1097⁵⁺⁶⁺⁹⁺¹⁰, 1098¹²⁺¹⁵⁺¹⁶, 1153¹, 1155⁷, 1156⁹, 1203¹, 1243¹, 1246¹⁴, 1260⁴, 1271³, 1273¹¹
- Hofstetter, Rolf** Mitarbeiter des Generalsekretariats der NATO (Head, Disarmament and Arms Control Section) S. 716
- Hoegen, Rudolf von** Abteilungsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz bis 31. Oktober 1983, anschließend Erster Direktor beim Bundeskriminalamt S. 490f.
- Hohl, Georg** S. 731²⁶, 1536²⁸
- Holik, Josef Friedrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ im Auswärtigen Amt, seit 15. Dezember 1983 zusätzlich Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle **Dok. 51, 83, 153, 379, 384** und S. 260⁸⁸, 456¹, 664¹⁸, 813¹, 814⁴, 815⁷, 816⁸, 909¹⁴, 1214¹, 1216¹¹, 1259²¹, 1497¹⁺³⁺⁵, 1498¹⁵⁺¹⁶, 1500²¹, 1507¹³, 1710¹, 1716¹, 1721¹¹, 1730, 1810², 1916²⁺⁵, 1922¹⁷, 1942², 1943⁹

- Holl, Norbert Heinrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amtes S. 82², 301²⁷, 605¹, 606⁶, 768¹⁺⁴, 1284¹, 1287⁶, 1823¹
- Holmes, Henry Allen** 1979-1982 Mitarbeiter (Principal Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 1740¹⁶
- Holthoff, Horst** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Algier bis 30. Juni 1983, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ im Auswärtigen Amt S. 1741³, 1958¹
- Homeyer, Josef Heinrich** Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz; am 25. August 1983 zum Bischof von Hildesheim ernannt und am 13. November 1983 geweiht **Dok. 197** und S. 252⁴⁶, 537¹⁶
- Honecker, Erich** Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Generalsekretär des ZK der SED S. 63¹⁹, 139, 235, 260, 242, 522, 538 f., 548 f., 551, 569, 588, 638–644, 686, 703¹¹, 732, 900⁴, 902, 910, 1033¹⁴, 1052, 1054, 1056, 1061, 1116, 1118, 1173 f., 1176, 1350, 1367, 1384, 1549, 1554⁸, 1582, 1603, 1610⁴, 1611, 1815, 1817
- de Hoop Scheffer, Jakob G. N. (Jaap)** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1112
- Hoover, Herbert Clark** 1929–1933 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 581
- Hörhager, Raymund** Journalist der Tageszeitung „Kölnische Rundschau“ S. 160¹¹⁵
- Horn, Erwin** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1775⁴⁰
- Horschek de Cuadra, Delfina** Ehefrau Angel Cuadra Landroves S. 650, 651²⁹
- Horstmann, Hans-Henning** Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 215, 298** und S. 189¹, 205²², 512¹⁺³, 524¹, 645, 791¹, 833¹, 988¹, 990⁹⁺¹⁰, 1060¹, 1089¹, 1126¹, 1177¹, 1247¹, 1289¹, 1301¹, 1312¹, 1327¹, 1397¹, 1408¹, 1421², 1434¹, 1581¹, 1587¹, 1616¹, 1635¹, 1862¹
- Howe, Sir Geoffrey** britischer Finanzminister (Chancellor of the Exchequer) bis 11. Juni 1983, anschließend Außenminister **Dok. 247, 281, 334, 335** und S. 1207, 1246¹⁵, 1303, 1396, 1434, 1438, 1455, 1488, 1491, 1509, 1566, 1568, 1625, 1631 f., 1665¹⁵, 1672²⁴, 1690, 1693 f., 1720 f., 1768, 1835 f., 1863¹¹, 1864, 1866, 1868 f., 1877¹⁰, 1961⁴
- Howe, Jonathan Trumbull** Konteradmiral und Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director of Politico-Military Affairs) S. 36, 518, 991, 1085, 1089, 1096 f., 1099, 1848, 1889¹¹
- Höyneck-Lüthgen, Barbara** Vortragende Legationsrätin und Mitarbeiterin in der Arbeitseinheit 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte – Inland“ des Auswärtigen Amtes S. 1466⁵
- Hroch** Stellvertretender Protokollchef des tschechoslowakischen Außenministeriums S. 158
- Hu Yaobang** Generalsekretär des Politbüros des ZK der KPCh und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros S. 747, 1599
- Huber, Hermann** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 728¹⁵, 729¹⁹, 850¹³, 1031⁶, 1039¹¹, 1069¹⁸, 1223³, 1229¹³, 1232⁶, 1384¹⁹, 1507¹³, 1536²⁸
- Hughes, John** Pressesprecher des amerikanischen Außenministeriums S. 1848
- Hughes, Philip** Mitarbeiter des amerikanischen Vizepräsidenten (Deputy Assistant to the Vice President for National Security Affairs) S. 1453
- Hume, John** Vorsitzender der nordirischen Social Democratic and Labour Party, Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 9. Juni 1983 des britischen Unterhauses S. 1821³⁸

Huntzinger, Jacques Gabriel Sekretär des französischen PS für internationale Beziehungen S. 289, 1743

Hurd, Douglas Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) bis 11. Juni 1983, anschließend Staatsminister im Innenministerium S. 306–308, 311, 513⁴

Hurley, Denis katholischer Erzbischof von Durban und Vorsitzender der süd-afrikanischen Bischofskonferenz S. 1826

Husák, Gustáv Generalsekretär des ZK der KPC und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik **Dok. 30** und S. 208, 1384

Hüsch, Heinz Günther Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Beauftragter des Bundesministeriums des Inneren für die Aussiedlung von Deutschen aus Rumänien S. 277², 279–282, 810, 855, 953⁵, 954¹²

Hussein ibn Talal König des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 73, 291** und S. 261 f., 311, 346⁷, 383, 401²², 595, 611, 796, 848, 972 f., 1546, 1560 f., 1599 f., 1619, 1786, 1851 f.

Huth, Anton S. 1536²⁸

Iakovou, Georgios Außenminister der Republik Zypern seit 22. September 1983 S. 1568¹⁵

Ibn Saud siehe: Abdul Aziz ibn Abd ar-Rahman ibn Faisal al-Saud

Iklé, Fred Charles Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) S. 289³², 1214, 1558⁷

Iljitschow, Leonid Fjodorowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister und Kandidat des ZK der KPdSU; 1980–1982 Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 293, 1091

Illueca, Jorge Vizepräsident der Republik Panama und Präsident der 38. Generalversammlung der Vereinten Nationen S. 1434

Ingham, Bernard Pressesprecher (Chief Press Secretary) der britischen Premierministerin S. 1359

Ischinger, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts S. 37⁹, 38, 107¹, 112¹, 168, 174, 381¹, 409¹, 412², 512¹, 524¹, 531², 565¹, 593¹, 668, 692¹, 791¹, 884¹, 891¹, 947¹, 959³, 967³, 988¹, 1007¹, 1051¹, 1060¹, 1089¹, 1124¹, 1126¹, 1177¹, 1182²⁶, 1237¹, 1251¹, 1280¹⁺⁴, 1289¹, 1301¹, 1314¹, 1376, 1380, 1430¹, 1434¹, 1475¹, 1497³, 1616¹, 1623¹⁺², 1681¹, 1695¹, 1765¹, 1862¹, 1942²

Israeljan, Wiktor Lewonowitsch Leiter der sowjetischen Delegation im Abrüstungsausschuß (CD) in Genf S. 388²⁸

Jacob, Günter Vortragender Legationsrat im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ des Auswärtigen Amts bis 6. April 1983, anschließend Vertreter des Leiters des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Shanghai S. 860²⁸

Jacobovits de Szeged, Adriaan P. R. Generaldirektor für politische Angelegenheiten im niederländischen Außenministerium S. 85, 1325

Jacobs, Francis Leiter des Zentrums für Europarecht am King's College in London S. 1899

Jaenicke, Joachim 1977–1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 631⁶, 633 f.

de Jager, Cornelis General und Generalstabschef der niederländischen Streitkräfte bis Juni 1983, anschließend Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 1590

Jalloud, Abdel Salam Ahmed Major und Stellvertreter Oberst Gaddafis in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija; 1972–1977 Ministerpräsident S. 528–530

James, Cynlais Morgan Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Warschau bis 16. Mai 1983, anschließend Mitarbeiter (Assistant Under-Secretary of State) des britischen Außenministeriums bis 7. No-

- vember 1983, anschließend Botschafter in Mexiko-Stadt S. 1168, 1170–1172, 1209
- Jankelewitsch, Jefrem W.** Schwiegersohn Andrej Sacharows S. 891f.
- Jankelewitsch, Tatjana Iwanowna** Stieftochter Andrej Sacharows S. 891f.
- Jankowski, Henryk** polnischer Priester S. 1879²¹
- Janocha, Heinrich** Amtsinspektor im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts bis 2. Oktober 1983, anschließend Einführung in die Aufgaben des gehobenen Dienstes im Referat 113 „Besoldung“ S. 1203³, 1251¹, 1813¹
- Jansen, Michael** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts sowie Persönlicher Referent des Bundesministers **Dok. 180, 191, 243, 247, 284, 314** und S. 524¹, 528⁴, 791¹, 987¹⁷, 1025¹⁸, 1060¹, 1177¹, 1231²⁴, 1247¹, 1265³⁶, 1289¹, 1312¹, 1314¹, 1338⁴, 1376¹, 1380¹, 1413¹, 1434¹, 1449¹, 1453¹, 1616¹, 1646¹, 1792¹, 1862¹
- Jansen van Rosendaal, Cornelis N.** Mitarbeiter des Generaldirektorats der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für Informationsmarkt und Innovation sowie EG-Vertreter beim OECD-Symposium über grenzüberschreitende Datenflüsse vom 30. November bis 2. Dezember 1983 in London S. 1950
- Jacqué, Jean-Paul** Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Straßburg S. 1899
- Jaruzelski, Wojciech** General und Ministerpräsident sowie Verteidigungsminister der Volksrepublik Polen, gleichzeitig Erster Sekretär des ZK der PVAP sowie Vorsitzender des „Militärrats der Nationalen Rettung“ bis zu dessen Auflösung am 22. Juni 1983 S. 21, 50⁵⁴, 537¹⁶, 560¹², 561, 719, 807, 1022, 1025–1027, 1106f., 1169, 1208¹⁵, 1384, 1416, 1617, 1876³
- Jayewardene, Junius Richard** Präsident der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka S. 1654
- Jelonek, Alois Eduard Karl** Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 297¹⁴
- Jenkin, Patrick** britischer Industrieminister bis 12. Juni 1983, anschließend Umweltminister S. 600
- Jenninger, Philipp** Staatsminister im Bundeskanzleramt und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin S. 71¹, 638¹⁺², 639⁵, 1033¹⁴, 1611f., 1880
- Jens, Walter** Schriftsteller und Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Rhetorik an der Eberhard Karls Universität in Tübingen S. 1276¹¹
- Jensen, Christian** Staatssekretär im dänischen Ministerium für Grönland S. 1574
- Jensen, John E.** Leiter des Sekretariats der grönländischen Selbstverwaltung S. 1574
- Jervell, Sverre** Mitarbeiter im norwegischen Außenministerium S. 38
- Jestaedt, Rudolf** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen; 1976–1981 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland“ im Auswärtigen Amt S. 355¹¹, 407¹¹, 545, 723⁵, 1535²⁶, 1574, 1578⁹, 1891
- Jiménez, José Andrés** Generalmajor und Leiter der Rüstungsabteilung im spanischen Verteidigungsministerium S. 1922
- Jochum, Helmut** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 1433⁹, 1826²⁶
- Joetze, Günter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 105, 116** und S. 208¹, 443¹, 452¹, 531², 669⁶, 677¹, 680¹³, 689²⁺⁵, 895¹, 899^{22–24}, 947¹, 952²⁴, 1018¹¹, 1030¹, 1070¹, 1071⁵⁺⁶, 1072¹⁰, 1317¹⁴, 1498¹⁷

- Johanes, Jaromír** tschechoslowakischer Stellvertretender Außenminister S. 1929¹⁰
- Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła)** Papst S. 62¹⁴, 190, 217, 253, 307, 426, 447, 535 f., 559, 562, 564, 571, 587, 594, 650²⁶, 719, 801, 803–808, 913, 920 f., 938, 966, 1021–1025, 1027, 1090, 1106–1108, 1122, 1169, 1597, 1643, 1882
- Johansen, Lars-Emil** grönländischer Landesminister für Fischerei, Handel und Gewerbe S. 1579
- Johnson, Lyndon Baines** 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1734⁵
- Jonah, James O. C.** Abteilungsleiter (Assistant Secretary-General for Field Operational and External Support Activities) im Generalsekretariat der Vereinten Nationen und Generalsekretär der Weltrassismuskonferenz S. 1221
- Jorge, Paulo Teixeira** Außenminister der Volksrepublik Angola S. 597
- Jørgensen, Anker** 1975–1982 Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 549¹⁸
- Jørgensen, Eigil** Staatssekretär im dänischen Außenministerium S. 407¹¹, 545
- Jospin, Lionel** Erster Sekretär des französischen PS S. 1802
- Jovy, Ernst Michael** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis 23. August 1983, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters in Rom **Dok. 154** und S. 278 f., 467⁸, 469¹³, 471¹⁸, 857²⁰, 1767⁸
- Juan Carlos** König des Königreichs Spanien S. 739 f., 1302, 1325¹², 1781, 1842
- Jung, Kurt** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und bis 29. März 1983 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung S. 513
- Junker, Ulrich** Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 410-9 „Europäisches Parlament“ des Auswärtigen Amts S. 598⁹, 1898¹
- Kabura, Jean** burundischer Minister für ländliche Entwicklung S. 1386
- Kádár, János** Erster Sekretär des ZK der USAP S. 438¹⁷, 1238⁶, 1241, 1384, 1416, 1453, 1936, 1938
- Kadota, Shozo** Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 990¹⁰
- Kästner, Uwe** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 47
- Kahiluoto, Matti** Botschafter der Republik Finnland in Belgrad, seit Oktober 1983 Leiter der KVAE-Delegation in Helsinki und Stockholm S. 1621
- Kaiser, Karl** Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln sowie Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn S. 288, 945
- Kalile Tadesse** äthiopischer Kommissar für nationale Wasserwirtschaft S. 83
- Kaltenbach, Dorothee Ursula** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1860
- Kamanda wa Kamanda** Außenminister der Republik Zaire bis 31. Oktober 1983 S. 1105²⁵, 1477
- Kampelman, Max M.** Leiter der amerikanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid **Dok. 193, 196** und S. 255, 292–295, 325–327, 421⁴², 447, 606–609, 626, 669, 678, 691, 755 f., 896 f., 899, 913, 948, 949¹², 950, 1013, 1051, 1071–1073, 1088¹², 1089
- Kaninda Mpumbwa Tshingomba** Botschafter der Republik Zaire in Bonn S. 1477
- Kapiza, Michail Stepanowitsch** sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 726 f., 736–738, 1294, 1960
- Karamanlis, Konstantinos** Präsident der Hellenischen Republik; 1955–1963 und 1974–1980 Ministerpräsident S. 131, 1781²⁶
- Karami, Raschid** ehemaliger libanesischer Ministerpräsident S. 1851
- Karcz, Zbigniew** Leiter der polnischen Delegation bei Umschuldungsverhandlungen S. 1566⁸
- Karkow, Bodo** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat

- 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts **Dok. 130, 146, 167, 239** und S. 748¹⁷, 761²⁴, 1239⁹, 1467⁸, 1561¹¹, 1758²¹, 1823
- Karmal, Babrak** Vorsitzender des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan und Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans S. 71⁷, 264
- Karpow, Wiktor Pawlowitsch** Leiter der sowjetischen Delegation bei den START-Verhandlungen in Genf S. 244 f., 496, 909, 1130, 1189
- al-Kasim, Marwan** Außenminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 369
- Kastl, Hans Jörg** Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt, vom 6. Februar bis 25. März und vom 18. April bis 31. Juli als Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz nach Madrid abgeordnet, seit 24. Oktober Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 55, 61, 144, 172, 206, 207, 340** und S. 78¹⁹, 259⁶³, 421⁴², 443⁶, 444¹³, 448 f., 468¹², 606, 626²², 633, 668, 679¹², 808², 809³, 935, 939, 947 f., 951, 952²⁴, 1015², 1016, 1018¹⁵, 1020, 1135¹⁰, 1146¹⁵, 1206⁵, 1266⁴⁶, 1325¹², 1505⁶, 1584⁶, 1681²⁵, 1743¹⁵, 1886⁹, 1912
- Kastrup, Dieter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt **Dok. 95, 318** und S. 627¹, 629¹¹, 1132¹, 1173¹, 1308¹ 1311¹¹, 1722¹⁸, 1838¹⁺², 1909¹⁺²⁺⁵, 1945¹
- Katapodis, Nikolas** Abteilungsleiter im griechischen Außenministerium S. 242³, 325², 384¹³, 764¹⁶, 1799
- Kato, Yoshiya** Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 736⁴³, 843, 1594, 1601
- Kaufmann-Bühler, Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)“ des Auswärtigen Amts S. 1162¹
- Kaunda, Kenneth David** Präsident der Republik Sambia **Dok. 265** und S. 298, 1478
- Kazempour Ardebili, Hossein** iranischer Stellvertretender Außenminister S. 818¹⁷, 1401–1404
- Kean, Thomas Howard** Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats New Jersey S. 1381
- Keil, Franz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt S. 152²⁹, 160¹⁵, 162²⁸, 217¹, 282¹⁴, 309²⁷, 477¹, 537¹⁶, 559¹, 563²¹, 800¹⁺³, 801¹², 810¹⁺⁴, 1240¹⁴, 1876¹, 1931¹
- Kelly, John Hubert** Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums (Deputy Assistant Secretary for Public Affairs) S. 1197–1202, 1206–1213
- Kelly, Petra** Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag seit 29. März 1983 S. 331, 1467⁸
- Kennedy, Edward Moore (Ted)** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Massachusetts (Democratic Party) S. 397²¹
- Kennedy, John Fitzgerald** 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 623⁸, 888 f., 1769
- Kennedy, Richard T.** Botschafter z. b. V. (Ambassador at Large) im amerikanischen Außenministerium S. 319, 1226¹⁹, 1426, 1429²⁰
- Kennedy, Robert Francis (Bobby)** 1961–1964 amerikanischer Justizminister S. 888 f.
- Kent, Bruce** Generalsekretär der britischen „Campaign for Nuclear Disarmament“ S. 245 f.
- Keyworth, George A. II** Berater des amerikanischen Präsidenten in Fragen der Naturwissenschaften (Science Adviser to the President) und Leiter des Office of Science and Technology Policy S. 315, 389³²

- Khaddam, Abdel Halim** Außenminister und Stellvertretender Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien S. 351⁸, 792⁷, 798, 1436, 1441, 1851
- al-Khalifa, Isa bin Salman** Emir von Bahrain S. 1087⁹
- Khamenei, Ali** Präsident der Islamischen Republik Iran S. 816, 1504
- Khan, Munir Ahmad** Vorsitzender der Pakistanischen Atomenergiekommission S. 339f.
- Khieue Samphan** „Vizepräsident“ der Exilregierung des Demokratischen Kampuchea S. 1440⁵¹
- Khomeini, Ruhollah** Ayatollah, geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 263f., 975, 1484, 1561, 1787, 1789
- Kiechle, Ignaz** Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) sowie seit 29. März 1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 359, 591⁴⁹, 699–701, 1693¹⁴, 1795
- Kiener, Hans-Udo** Mitarbeiter der Firma Carl Schenck AG in Moskau S. 730, 1535f., 1557¹⁵
- Kiesinger, Kurt Georg** 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1967–1971 Vorsitzender der CDU S. 1647, 1734⁵
- Kilian, Michael** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Chicago Tribune“ S. 1839
- Kimche, David** Generaldirektor im israelischen Außenministerium S. 382⁸
- Kingsbury-Smith, Joseph** amerikanischer Journalist S. 13¹³
- Kinkel, Klaus** Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz S. 353¹³, 528¹, 1407
- Kirby, Michael Donald** Vorsitzender der australischen Kommission für die Reform des Rechtswesens sowie Vertreter beim OECD-Symposium über grenzüberschreitende Datenflüsse vom 30. November bis 2. Dezember 1983 in London S. 1950
- Kirchschläger, Rudolf** Bundespräsident der Republik Österreich S. 1177⁷, 1549⁶, 1550
- Kirilenko, Andrej Pawlowitsch** 1962–1982 Mitglied des Präsidiums der KPdSU bzw. seit 1966 des Politbüros und Sekretär des ZK S. 3
- Kirkpatrick, Jeane Jordan** Leiterin der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York S. 430, 931
- Kirstein, Hartmut** Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 828³, 831²⁵⁺²⁷, 832³²⁺³⁴
- Kissinger, Henry Alfred** Leiter der amerikanischen Zwei-Parteien-Kommission für Mittelamerika seit 19. Juli 1983; 1973–1977 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 424⁴⁵, 697, 798, 1210, 1443
- Kiszcza, Czesław** polnischer Innenminister und Mitglied des „Militärrats der Nationalen Rettung“ bis zu dessen Auflösung am 22. Juni 1983 S. 1876³
- Kito** siehe: Rodrigues, Manuel Alexandre
- Kittel, Walter** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel (vom Bundesministerium für Wirtschaft entsandt) S. 40¹², 42²¹, 1550, 1694¹⁶, 1755¹⁰
- Klaiber, Klaus-Peter** Vortragender Legationsrat und Stellvertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts **Dok. 266** und S. 253⁵², 621²⁰, 965²⁰, 1898¹
- Klanderhoff, Klaus** S. 1535, 1536²⁸
- Klibi, Chedli** Generalsekretär der Arabischen Liga S. 66, 369, 611f.
- Klimmer, Otto** 1953–1973 Leiter des Pharmakologischen Instituts der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn S. 1183³⁺⁵, 1184, 1282f.

- Knitel, Hans Gustav** Gesandter und Kabinettchef des österreichischen Außenministers S. 1180, 1548, 1550
- Knorre, Eric von** Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Finnischen Handelskammer in Helsinki S. 1622
- Knox, Philander Chase** 1909–1913 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 648²⁰
- Knyrkow, Alexander Wladimirowitsch** Generalmajor und 1976–1982 Militärattaché an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 1422¹¹
- Koebel, Gregor** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Maputo S. 1287⁸
- Kock-Petersen, Elsebeth** dänische Kirchenministerin S. 552
- Kohl, Cäcilie** Mutter Helmut Kohls S. 1046, 1346, 1367 f.
- Kohl, Hannelore** Ehefrau Helmut Kohls S. 663, 1344, 1368, 1635¹, 1860
- Kohl, Helmut** Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzender der CDU; 1969–1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz **Dok.** 10, 13, 17, 28, 37, 43, 71, 98, 99, 101, 102, 106, 108, 109, 110, 111, 126, 132, 134, 143, 145, 160, 162, 176, 189, 193, 200, 204, 205, 265, 267, 269, 270, 271, 274, 275, 291, 295, 297, 299, 311, 312, 316, 319, 322, 323, 326, 328, 329, 332, 333, 336, 338, 341, 348, 352, 354, 357, 359, 360, 363, 365, 366, 371, 373, 378, 389 und S. 16⁶, 20³², 23, 27¹, 31, 35, 37⁹, 43²⁴, 65 f., 68¹³, 69, 74, 76, 78, 98–101, 113 f., 130, 146, 159¹⁰, 199², 231, 235¹², 246–248, 260, 321²⁺³, 322¹⁰, 325¹⁵, 328, 331², 348³, 369, 372, 375–377, 378⁹, 391, 398 f., 401, 404, 424, 429, 439⁴, 442²⁰, 470¹⁷, 475, 479, 481²⁵, 514, 530¹³, 538, 541, 559², 564²², 593–595, 600, 603, 605², 607, 612, 614⁴, 617, 622², 624¹⁵, 626²³, 639, 641, 642¹³, 643¹⁷, 673²⁹, 683, 685 f., 694¹³⁺¹⁵, 707³, 726, 731 f., 771–775, 784, 810⁵, 833³, 834⁴, 842, 855, 874–877, 879, 880²⁷, 884², 886, 890, 892, 898¹⁴, 909, 929, 941, 953–955, 960, 961¹², 963, 967 f., 970–972, 980³⁺⁶, 981 f., 988, 990, 991³, 992 f., 1006 f., 1010¹⁹, 1013, 1019, 1027–1030, 1033 f., 1051², 1053, 1056, 1058, 1074³, 1075, 1084, 1085⁴, 1086, 1092–1097, 1099²⁰, 1100³, 1101, 1102², 1105, 1109³, 1114, 1115⁵, 1118, 1122, 1124 f., 1128¹², 1133, 1139, 1146, 1148, 1160⁴, 1177, 1182, 1201¹⁸, 1214, 1215⁵, 1226²⁰⁺²¹, 1227–1229, 1231, 1239⁸, 1247–1250, 1262¹⁰, 1263–1265, 1267 f., 1270, 1273, 1278 f., 1280 f., 1300, 1313, 1340¹, 1384²⁴, 1396, 1409⁵, 1425 f., 1430⁶, 1470⁵, 1471², 1505, 1507, 1509, 1522, 1528, 1530 f., 1533, 1534¹⁹, 1535²⁴, 1541¹³, 1554, 1580 f., 1610⁴, 1611, 1617, 1656, 1658¹⁰, 1677 f., 1680, 1704 f., 1707, 1736 f., 1741³, 1746, 1764¹¹, 1770, 1775³⁸, 1823, 1838–1840, 1867, 1871⁴, 1874, 1882²⁶, 1889¹¹, 1896 f., 1938, 1956, 1959, 1963
- Kohl, Peter** Sohn Helmut Kohls S. 52, 1329
- Kohl, Walter** Bruder Helmut Kohls S. 1039¹¹, 1347
- Kohl, Walter** Sohn Helmut Kohls S. 52³, 57, 1039¹¹, 1329, 1347
- Köhler** Ministerialrat und Leiter des Referats P II 1 „Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten des BGS, Grundorganisation des BGS, Personalhaushalt des BGS“ im Bundesministerium des Innern sowie Grenzbevollmächtigter S. 151²⁶ und 162²⁸
- Köhler, Volkmar** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 708, 710, 1442, 1444, 1469, 1601
- Kohlhaas, Irene** Legationsrätin I. Klasse im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amtes S. 1469¹
- Koivisto, Mauno** Präsident der Republik Finnland S. 1441
- Klotz, Frank G.** Major und Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Special Assistant to the Deputy Secretary of State) S. 381
- Komer, Robert William** 1979–1981 Unterstaatssekretär (Under Secretary of Defense for Policy) im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 289 f.

Komplektow, Viktor Georgijewitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 726 f. 733–736, 1529, 1960

Kondraschow, Sergej Alexandrowitsch Stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und Mitarbeiter des Komitees für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (KGB) S. 293 f., 897¹², 1016–1018, 1021, 1071, 1073

König, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa S. 1478³

Kopelew, Lew Sinowjewitsch russischer Schriftsteller S. 60²¹

Köpsel, Manfred Ahmed Abdallah S. 352 f., 531¹⁴

Korff-Schmising, Michael Graf von Regierungsdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft S. 856¹¹

Korhonen, Keijo Tero Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Finnland bei den Vereinten Nationen in New York seit 17. Februar 1983 S. 1620²²

Kornblum, John Christian Mitarbeiter (Director for Central European Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 91, 283, 1089

Kornijenko, Georgij Markowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister und Mitglied des ZK der KPdSU S. 51, 726, 1057³⁴, 1317¹⁴, 1490, 1725, 1886, 1912

Koschnick, Hans Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und Mitglied des Parteivorstands der SPD S. 780

Kosmow, Konstantin Nikolow Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in Bonn bis Juli 1983, anschließend Erster Stellvertretender Minister für Außenhandel S. 354¹⁶

Kossygin, Alexej Nikolajewitsch 1960–1980 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und 1964–1980 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1628

Kostandow, Leonid Arkadjewitsch Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 1030, 1505⁶

blicken und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 1030, 1505⁶

Kövári, Péter Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn S. 269 f.

Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister und Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 292 f., 897, 913, 1016, 1018¹⁵, 1073¹³, 1135¹⁰

Koyama, Moriya Abteilungsleiter im japanischen Ministerium für Post und Telekommunikation sowie Vertreter beim OECD-Symposium über grenzüberschreitende Datenflüsse vom 30. November bis 2. Dezember 1983 in London S. 1950 f.

Krabatsch, Ernst Leiter der Hauptabteilung „Grundsatzfragen und Planung“ sowie Abrüstungsbeauftragter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR **Dok. 324** und S. 1263, 1318, 1439

Kramár Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium 158

Krause, Karl-Christian Brigadegeneral a.D. der Bundeswehr S. 1736

Kreisky, Bruno Bundeskanzler der Republik Österreich bis 24. Mai 1983 S. 1177⁶⁺⁷

Kremer, Leonhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Daressalam S. 1432⁴

Krieps, Emile luxemburgischer Verteidigungsminister S. 868, 873

Kroneck, Friedrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland“ im Auswärtigen Amt **Dok. 70** und S. 277¹, 467⁶, 476³²

Kucza, Ernest polnischer Stellvertretender Außenminister seit 2. Mai 1983 S. 720, 1882³²

- Kühn, Alfred** 1974–1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt S. 294⁹
- Kühn, Jürgen** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung V C „Multilaterale Außenwirtschaftsfragen, insbesondere Nord-Süd-Dialog, Finanzierungen“ im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1726¹², 1868²⁸
- Kuhnt, Eberhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Arbeits-einheit 310-9 „Europäisch-Arabischer Dialog“ des Auswärtigen Amtes S. 610²
- Kuithan, Klemens** S. 730
- Kullak-Ublick, Horst** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Zweiter Vertreter des Leiters der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amtes bis 6. April 1983, anschließend Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 997, 1266⁴⁴, 1587¹
- Kunz, Gerhard** Senator für Finanzen des Landes Berlin S. 1601 f.
- Kurokawa, Tsuyoshi** Mitarbeiter im japanischen Außenministerium S. 843
- Kuroń, Jacek** Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft „Solidarnosc“ S. 1723¹⁹
- Kurpakow, Iwan Alexandrowitsch** Erster Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 1035
- Kusnezow, Georg** Amtsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amtes, seit 8. Dezember 1983 Oberamtsrat S. 24³, 129¹, 153³, 208³, 221³, 302³, 341², 363², 391¹, 434³, 439², 443³, 651², 707¹, 800³, 1081², 1162³, 1186³, 1203³, 1232³, 1305³, 1405³, 1425³, 1571³, 1590², 1610³, 1625³, 1704³, 1810², 1895³, 1905³, 1958¹
- Kutachow, Pawel Stepanowitsch** sowjetischer Stellvertretender Verteidigungsminister, Hauptmarschall und Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte S. 1275⁶
- Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch** Leiter der sowjetischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters **Dok. 34** und S. 109–111, 112¹², 135 f., 168², 170 f., 173, 181 f., 233⁷, 239¹⁰, 240, 244 f., 380, 413⁷, 488, 489¹⁰, 706, 886 f., 893 f., 944, 1000–1002, 1014, 1046, 1066⁶, 1085 f., 1096⁴, 1117 f., 1132, 1137, 1278⁹, 1488, 1491, 1494, 1767, 1778
- Kyaw, Dietrich von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP)“ im Auswärtigen Amt S. 64²⁶, 199⁵, 227⁸, 701¹³, 783⁵⁷, 1898¹
- Kyprianou, Spyros** Präsident der Republik Zypern S. 1567, 1728, 1807
- Kyriazidis, Nikolaos** Botschafter der Hellenischen Republik in London S. 1256
- de La Barre de Nanteuil, Luc** Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei den Vereinten Nationen in New York S. 931
- La Rocque, Gene Robert** Konteradmiral der amerikanischen Streitkräfte und Gründer des Center for Defense Information S. 322
- Lacaze, Jeannou** General und Generalstabschef der französischen Streitkräfte (Chef d'état-major des armées) S. 1309
- Lafayette** siehe: du Motier, Gilbert, marquis de La Fayette
- Lafontaine, Oskar** Oberbürgermeister von Saarbrücken, Vorsitzender der SPD des Saarlands und Mitglied des Präsidiums der SPD S. 502, 1276¹¹, 1354⁸
- Lagorio, Lelio** italienischer Verteidigungsminister bis 4. August 1983 S. 104, 153, 155, 321, 324, 395, 865, 870
- Lahn, Lothar** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amtes; 1978–1982 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 428⁷⁶, 673²⁶, 817, 818¹⁵, 1952

- Lahusen, Carl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dublin bis 16. April 1983, anschließend Botschafter in Pretoria **Dok. 147** und S. 1433⁹, 1824⁸, 1826²⁶
- Lambert, Yves** Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) S. 1312⁶
- Lambruschini, Armando** Admiral, 1978–1981 Mitglied der argentinischen Militärjunta und Oberbefehlshaber der Kriegsmarine S. 635
- Lambsdorff, Otto Graf** Bundesminister für Wirtschaft und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) **Dok. 53** und S. 10⁸, 16⁶, 17, 45³⁴, 152²⁷, 359⁸, 467⁸, 536¹³, 574¹, 603, 622², 623¹¹, 624¹⁵, 634 f., 749, 761, 776, 778–780, 782, 834⁴, 842, 876, 927, 932, 953 f., 1056, 1078, 1080, 1139, 1228, 1266, 1305², 1399, 1505⁶, 1532, 1605¹⁵, 1756¹³, 1760²⁹, 1807⁶, 1883
- Lanari, Juan Ramón Aguirre** s. Aguirre Lanari, Juan Ramón
- Lanc, Erwin** Außenminister der Republik Österreich seit 24. Mai 1983 **Dok. 230, 309** und S. 1241
- Landau, Friedrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 1727¹⁹, 1728²⁰, 1752²
- Lankes, Johann Christian** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 1004¹⁰
- Lapointe, Charles** Staatsminister im kanadischen Außenministerium bis 11. August 1983 S. 692, 694 f.
- Lascano Quintana, Guillermo** Staatssekretär im argentinischen Innenministerium S. 632, 637
- Latham, Donald C.** Abteilungsleiter (Deputy Under Secretary for Command, Control, Communications, and Intelligence) im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 1446–1448
- de Lattre, André** Mitarbeiter der Weltbank S. 1731
- Laudien, Klaus-Dieter** Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 418²⁵
- Lauer, Marianne** Amtsrätin im Referat 113 „Besoldung“ des Auswärtigen Amts bis 14. September 1983, anschließend Kanzlerin I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Maputo S. 1288¹²⁺¹³
- Lauk, Werner** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Caracas bis 8. September 1983, anschließend im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messwesen“ des Auswärtigen Amts S. 1761¹, 1845²
- Lausecker, Karl** österreichischer Bundesminister für Verkehr S. 1550¹¹
- Lautenschlager, Hans Werner** Staatssekretär im Auswärtigen Amt, seit 2. November 1983 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 15¹, 16⁵⁺⁹⁺¹¹, 17^{13–15}, 18¹⁷⁺¹⁹, 19²⁴⁺²⁶⁺²⁸, 20³⁰⁺³⁴⁺³⁵, 21³⁷⁺⁴², 22⁴⁴⁺⁴⁶⁺⁴⁷, 24, 31, 35, 85¹, 153³, 219¹, 225, 226⁴, 242², 268, 271¹⁵⁺¹⁶, 272¹⁹⁺²¹, 273, 277¹⁵, 313⁴², 314 f., 317¹⁰⁺¹², 318¹³⁺¹⁴, 319^{16–18}, 319²⁰, 325¹, 363, 391², 439, 512², 601, 603^{7–9}, 604¹², 659, 698³⁵, 739, 763, 777²⁷, 781⁴⁷, 816⁶, 833, 967, 1021³, 1057³⁴, 1081¹⁺², 1084¹¹⁺¹², 1102–1105, 1172¹⁷, 1226¹⁹, 1248, 1260⁵, 1305, 1307⁷, 1308, 1327, 1329⁸, 1359, 1362 f., 1386, 1389 f., 1393, 1394–1397, 1405, 1407¹⁴, 1421², 1425, 1497, 1502⁴, 1535²⁴, 1656², 1669¹, 1690¹, 1694, 1736, 1754, 1756, 1758 f., 1761, 1764¹¹, 1795²⁴, 1799, 1801¹², 1807, 1808⁸, 1810¹, 1813³, 1871⁴, 1911, 1922¹, 1926¹, 1942, 1944¹¹, 1947
- Lawton, John** Botschaftsrat und Vertreter des irischen Botschafters in Bonn S. 1336⁶
- Lázár, György** Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik und Mitglied des Politbüros des ZK der USAP S. 1241
- Leber, Georg** Vizepräsident des Deutschen Bundestags (SPD) bis 29. März 1983; 1972–1978 Bundesminister der Verteidigung S. 404, 486¹⁸, 1359
- Lecompt, Jacques** Botschafter der Französischen Republik in Budapest bis April

- 1983, anschließend Leiter der KVAE-Delegation in Helsinki und Stockholm S. 269⁷
- Lederer, Rudolph** britischer Dolmetscher S. 578, 1352, 1669
- Legwaila, Legwaila Joseph** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Botswana bei den Vereinten Nationen in New York S. 1436
- Lehman, Ronald F. II** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Assistant Secretary for Strategic and Theater Nuclear Forces Policy) S. 224f., 827
- Lehmann, Tyge** Mitarbeiter im dänischen Außenministerium S. 715¹³
- Lehnhardt, Annelie** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 645, 656, 668
- Leich, Werner** Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen S. 1581⁴
- Lengl, Siegfried** Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 707³, 708, 709¹³, 710¹⁵, 711f., 1102–1105
- Lenin, Wladimir Iljitsch** 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. seit 1922 der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 3, 7f., 1964
- van Lennep, Jonkheer Emile** Generalsekretär der OECD S. 43
- Leuckart von Weißdorf, Traugott** Regierungsdirektor und persönlicher Referent des Staatssekretärs im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1102¹
- Levi, Virgilio** Stellvertretender Chefredakteur der päpstlichen Tageszeitung „L'Osservatore Romano“ bis 25. Juni 1983 S. 1023
- Lewis, Flora** Journalistin der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 1841
- Lidgard, Curt** Leiter der Delegation des Königreichs Schweden beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf, seit Oktober 1983
- Leiter der KVAE-Delegation in Helsinki und Stockholm S. 1621²⁶
- Liendo, Horacio Tomás** Generalmajor und 1981 Innenminister der Argentinischen Republik S. 635
- Limmer, Herbert** Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland bis 17. Januar 1983, anschließend Ministerialdirektor und Leiter der Auslandsabteilung des Bundespresseamts S. 1103¹⁰, 1262
- Lindner, Peter** Mitglied des Saarländischen Landtags (SPD) S. 502⁴
- Linsmayer, Eleonore** Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 232 „VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen“ im Auswärtigen Amt S. 1295¹
- Lisulu, Daniel** Vorsitzender des Politischen und Rechtsausschusses der sambischen United National Independence Party S. 1327
- Liu Shaoqi** 1959–1968 Präsident der Volksrepublik China S. 747
- Ljaschko, Alexander Pawlowitsch** Ministerpräsident der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und Mitglied des Politbüros des ZK der KP der Ukraine S. 1035², 1348²⁷
- Lloreda Caicedo, Rodrigo Hernán** Außenminister der Republik Kolumbien S. 647¹², 670, 914³⁸, 1210, 1435¹⁹, 1440
- Loeck, Hans Werner** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 100** und S. 130⁹, 255⁵⁹, 270¹⁴, 474²⁶, 834⁴, 1081², 1392¹⁰, 1405, 1405³, 1406, 1484⁷, 1568¹⁶, 1761¹, 1801¹¹, 1845, 1846⁶, 1847⁸, 1922¹
- Löffler, Lothar** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1581⁴

- Lohmann, Manfred** Geschäftsführer der DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH S. 1444
- Lohse, Eduard** Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland S. 1825 S. 1825
- Lohse, Johannes** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ im Auswärtigen Amt bis 6. März 1983, anschließend Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel **Dok. 41** und S. 1739¹⁵, 1740
- Loosch, Reinhard** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 22 „Internationale und innerdeutsche Zusammenarbeit“ im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 319
- Lopes, Ernâni** portugiesischer Finanzminister seit 9. Juni 1983 S. 1104
- López Portillo y Pacheco, José** 1976–1982 Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 647¹³
- Louis, Jürgen** Wirtschaftsreferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Harare S. 1105²⁶
- Lubbers, Rudolphus (Ruud)** Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande und Vorsitzender des CDA **Dok. 17** und S. 244⁸, 504¹¹, 583, 922, 1351, 1361, 1368, 1425⁸, 1441, 1870 f.
- Lübke, Heinrich** 1959–1969 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 1269⁶⁹
- Ludwiczak, Zdzisław** Geschäftsträger der Volksrepublik Polen in Washington S. 802¹⁴
- Lugar, Richard Green** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Indiana (Republican Party) S. 1449, 1451, 1452¹⁶
- Lumborg, John** Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1405, 1407¹⁴
- Luns, Joseph A. M. H.** Generalsekretär der NATO **Dok. 108** und S. 97, 1844, 3344, 337, 396 f., 870 f., 906¹⁷, 1111, 1359³⁴, 1409⁶, 1836¹², 1875, 1890
- Luther, Martin** * 1483 † 1546 S. 551, 556, 921, 1344, 1581⁴, 1777, 1803, 1815, 1945 f.
- Luy, Julius-Georg** Attaché im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amts bis 11. Februar 1983; seit 1. April 1983 Legationssekretär im Referat 222 „Genfer Abrüstungsausschuß, insbesondere nuklearer Teststop, B- und C-Waffen, Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ S. 713⁶, 1217¹⁺⁴, 1219⁷
- MacArthur, Douglas** General der Armee der amerikanischen Streitkräfte und 1945–1951 Oberbefehlshaber für die Alliierten Mächte (Supreme Commander for the Allied Powers) in Japan S. 584
- MacEachen, Allan Joseph** Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister von Kanada **Dok. 133** und S. 20²⁹, 191¹⁴, 297, 741, 743, 848, 878¹⁸, 930¹⁰, 1325¹⁷
- MacGuigan, Mark** 1980–1982 Außenminister von Kanada S. 695²⁰, 743²⁴
- Macharski, Franciszek** Kardinal und Erzbischof von Krakau S. 1021–1024, 1026
- Machel, Samora Moisés** Präsident der Volksrepublik Mosambik S. 928, 1433⁹, 1827 f., 1864
- Magnago, Silvius** Landeshauptmann von Südtirol S. 1365
- Maheritsas, Christos** außenpolitischer Berater des griechischen Ministerpräsidenten S. 1799
- Maitama-Sule, Yusuff** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Nigeria bei den Vereinten Nationen in New York S. 1436
- Majonica, Ernst** 1950–1972 Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 748¹⁷
- Makanga, Kosmos Kalat** Mitglied der Namibischen Christlich Demokratischen

- Partei und der Gesetzgebenden Versammlung des namibischen Homelands Kavango S. 1826
- Makarov, Wassilij Georgijewitsch** Mitglied des Kollegiums des sowjetischen Außenministeriums und Leiter des Ministerbüros S. 52, 1529, 1536
- Makunyane, Thabo** S. 1826
- Malenkow, Georgij Maximilianowitsch** 1953–1955 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 3f.
- Mallaby, Christopher Leslie George** Gesandter und Vertreter des britischen Botschafters in Bonn S. 211²⁰, 422⁴⁴
- Malmierca Peolí, Isidoro** Außenminister der Republik Kuba **Dok. 124** und S. 671, 997
- Malsen-Tilborch, Marie-Gabriele von** Legationsrätin I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amtes S. 268⁴, 466¹, 470¹², 472¹⁹, 473²², 810¹, 812¹¹⁺¹²
- Maltzahn, Paul Freiherr von** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus S. 1461¹⁷
- Mangwende, Witness** Außenminister von Simbabwe S. 1436, 1440⁵³
- Mann, Siegfried** Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie S. 1305³
- Manolow, Dimitar** S. 353, 354¹⁶
- Mansfield, Michael Joseph** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Tokio; 1953–1977 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Montana (Democratic Party) S. 1817
- Mansouri, Abdul Rahman Amin** saudi-arabischer Stellvertretender Außenminister S. 262⁹⁶
- Mapara, Standwell Chamatwa Isaac** Botschafter der Republik Sambia in Bonn S. 1327
- Marchais, Georges** Generalsekretär der KPF S. 293, 1016, 1136, 1741
- Marcos, Ferdinand** Präsident der Republik der Philippinen S. 1610
- Marcos, Imelda** Ehefrau von Ferdinand Marcos S. 1610
- Margrethe II.** Königin des Königreichs Dänemark S. 552
- Markham, John** Büroleiter der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ in Bonn S. 1841
- Marín González, Manuel** Staatssekretär im spanischen Außenministerium für die Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften S. 225, 226⁴, 227⁸, 659, 668, 671, 947f., 950, 951^{19–21}, 952²⁴
- Marjai, József** Stellvertretender Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik und Mitglied des ZK der USAP S. 269, 588
- Marmjama** japanischer Dolmetscher S. 988, 990
- Marshall, George Catlett Jr.** General der Armee und 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 581
- Martens, Wilfried** Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 1425⁸
- Martinet, Gilles** Botschafter der Französischen Republik in Rom S. 63
- Martínez de Hoz, José Alfredo** 1976–1981 Wirtschaftsminister der Argentinischen Republik S. 635
- Martius, Götz-Alexander** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Andenpaktstaaten, Zentralamerika, Mexiko“ im Auswärtigen Amt bis 16. Oktober 1983, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien **Dok. 192, 287** und S. 596, 648¹⁷, 766²⁴
- Marx, Werner** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 1352, 1374⁴¹, 1430
- Mashaire, Eubert Paul Tayireva** Botschafter der Republik Simbabwe in Bonn seit 24. Februar 1983 S. 711, 712²⁸
- Massé, Marcel** Staatssekretär im kanadischen Außenministerium (Under-Secretary of State) S. 1325

- Massera, Emilio Eduardo** Admiral und 1973–1978 Oberbefehlshaber der argentinischen Kriegsmarine; 1976–1978 Mitglied der Militärjunta S. 634
- Massing, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Harare bis 15. Dezember 1983, anschließend im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 711¹⁸
- Massion, Georg** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 122¹⁶, 706²⁴
- Matheson, Michael J.** Mitarbeiter (Deputy Legal Adviser) im amerikanischen Außenministerium S. 1219⁷
- Matos da Gama, Jaime José** Außenminister der Portugiesischen Republik seit 9. Juni 1983 S. 935
- Matuschka, Mario Franz de Paula Graf von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 414 „Internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der naturwissenschaftlichen Forschung, der technologischen Entwicklung, der Ozeanographie und der Umweltprobleme“ im Auswärtigen Amt S. 399⁸, 1605¹⁸, 1952¹⁶
- Mauroy, Pierre** Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 13** und S. 100, 332⁵, 358⁵, 746, 760, 774f., 1565³, 1744, 1787⁵⁸, 1792f., 1796f.
- Mawhinney, Barry** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung Kanadas bei der NATO in Brüssel bis 31. August 1983, anschließend Leiter des Arbeitsstabs für Seegrenzfragen im Außenministerium S. 187f.
- Maximyschew, Igor Fjodorowitsch** Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 730²⁴
- McCormack, Richard T.** Abteilungsleiter (Assistant Secretary of State for Economic and Business Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 283, 286
- McDonald, Russell** Oberst der amerikanischen Streitkräfte und Mitglied der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bis Juni 1983 S. 808², 809³
- McFarlane, Robert C.** Stellvertreter der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Deputy Assistant to the President for National Security Affairs) bis 17. Oktober 1983, anschließend Sicherheitsberater S. 27, 73f., 115, 993, 1089, 1099¹⁷
- McIntyre, Meredith Alister** Stellvertretender Generalsekretär der UNCTAD in Genf S. 1663, 1727¹⁷
- McNamar, Richard Timothy** amerikanischer Stellvertretender Finanzminister S. 524
- McNamara, Robert Strange** 1961–1968 Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 126, 1379
- Meehan, Francis Joseph** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Warschau bis 11. Februar 1983, anschließend Professor am Institute for the Study of Diplomacy an der Georgetown University S. 426⁵⁹
- Meese, Edwin A. III** Berater des amerikanischen Präsidenten mit Kabinettsrang (Counselor to the President) und Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats (National Security Council) S. 27, 113, 755, 1093
- Mehdawi, Omran** 1970–1978 Finanzattaché bzw. Zweiter Sekretär an der Botschaft der Arabischen Republik Libyen bzw. der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn S. 352
- Meichsner, Günther** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II „Deutschlandpolitik“ im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 638¹
- Meisner, Joachim** Bischof von Berlin und Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz; seit 2. Februar 1983 Kardinal **Dok. 42**
- Meister, Thomas** Attaché an der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amts, seit 30. März 1983 Legationssekretär, seit 30. Mai 1983 im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit),

- insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 955¹, 1223¹, 1232¹, 1911¹
- Melner, Sinclair L.** Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte und Stellvertretender Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 337
- Melo Antunes, Ernesto Augusto** 1975/76 Außenminister der Portugiesischen Republik S. 697
- Mendelewitsch, Lew Isaakowitsch** Sonderbotschafter im sowjetischen Außenministerium S. 726f., 733f., 1960
- Menéndez** 1982 argentinischer Stellvertretender Innenminister S. 636
- Mengistu Haile Mariam** Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats und des Ministerrats des Sozialistischen Äthiopien S. 83f., 1212³⁷
- Menne, Fritz Carl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki; 1976–1979 Botschafter in Bagdad S. 66⁵, 724¹⁰, 1717²⁰
- Merckelbach, Josephus** Dezernent für Außen- und Sicherheitspolitik im Amt des niederländischen Ministerpräsidenten S. 85
- Mérillon, Jean-Marie** Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Brüssel S. 188, 249³⁰, 1112, 1739¹⁴
- Meroz, Yohanan** Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium S. 204, 206
- Mertes, Alois** Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 67, 153³, 268, 434, 699, 710, 713², 783⁵⁷, 820, 901⁶, 945, 1262¹⁸, 1289², 1467, 1497⁴, 1598, 1601–1605, 1879¹⁹
- Metzger, Jörg** Legationsrat (seit 18. November 1983 Legationsrat I. Klasse) im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 160¹⁷
- Metzger, Peter** Vortragender Legationsrat (seit 31. Mai 1983 Vortragender Legationsrat I. Klasse) und Leiter des Referats 701 „Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden“ im Auswärtigen Amt; seit 22. Juni 1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa **Dok. 358** und S. 490¹
- Mexandeau, Louis** französischer Minister für Post und Telekommunikation bis 22. März 1983, anschließend Beigeordneter Minister für Post und Telekommunikation beim Minister für Industrie und Forschung (Ministre délégué auprès du ministre de l'Industrie et de la Recherche, chargé des P.T.T.) S. 783
- Meyer, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 146f., 152²⁸, 158, 163³², 257⁶⁷, 1929¹⁰
- Meyer-Landrut, Andreas** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 23. Oktober 1983, anschließend Botschafter z.B.V. bis 31. Oktober 1983, anschließend Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 1, 199, 204, 268** und S. 45³⁶, 52, 91⁷, 96, 108⁸, 131¹⁰, 168⁵⁵, 239¹⁰, 293⁸, 346⁷, 478¹¹, 643¹⁶, 663¹⁶, 674⁴, 685¹³, 704¹³, 712²⁵, 728¹¹⁺¹⁶, 730²³, 733, 735, 738, 792⁶, 891², 898¹³, 937¹⁷, 958¹¹, 1017⁹⁺¹⁰, 1035³, 1065, 1068¹⁷, 1069, 1100, 1181¹⁷, 1224¹¹, 1297¹³, 1317¹⁴, 1327¹, 1394², 1396⁷, 1529, 1533, 1535²⁴, 1550–1552, 1587¹, 1590, 1610, 1625, 1630²⁴, 1656, 1658⁹, 1669¹, 1687¹, 1695, 1696⁶, 1704, 1719¹, 1725¹, 1734, 1736¹², 1741⁴, 1784⁴⁰, 1810², 1828³⁵, 1830¹, 1833¹, 1834⁷, 1837, 1848, 1854, 1855⁶⁺⁸, 1856⁹⁺¹⁰, 1859¹⁴, 1888, 1895, 1898, 1905, 1911, 1942, 1958¹, 1960⁸, 1961¹, 1963¹
- Michajlow, Konstantin Fjodorowitsch** Generalmajor und Mitglied der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 948⁸
- Michajlow, Walerian Wladimirowitsch** Leiter der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 273, 277, 438, 813²
- Michel, Robert Henry** Fraktionsführer (Republican Leader) im amerikanischen Repräsentantenhaus S. 1275⁶
- Michnik, Adam** Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung

- der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft „Solidarnosc“ S. 1723¹⁹
- Mies, Herbert** Vorsitzender der DKP S. 77¹⁴
- Milam, William Bryant** Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika im Pariser Club S. 308¹⁷
- Milewski, Mirosław** Generalmajor des polnischen Geheimdienstes, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der PVAP S. 1022
- Milgrom, Ida Petrowna** Mutter Anatolij Schtscharanskij S. 293, 1017
- Mintoff, Dominic** Ministerpräsident der Republik Malta S. 432, 1122, 1205³⁺⁴, 1206
- Mischnick, Wolfgang** Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 1249
- De Mita, Ciriaco** Generalsekretär der italienischen DC S. 587²⁹
- Mitchell, Graham** Gesandter und Vertreter des kanadischen Botschafters in Bonn bis 1. September 1983 S. 692
- Mitsos, Achilleas** Abteilungsleiter im griechischen Außenministerium und Sekretär des interministeriellen Komitees für Europafragen S. 1800⁶
- Mitterrand, Danielle** Ehefrau François Mitterrands S. 1789
- Mitterrand, François** Staatspräsident der Französischen Republik; 1971–1981 Erster Sekretär des PS **Dok. 71, 110, 143, 145, 160, 357, 359** und S. 20, 21³⁷, 71–73, 86, 88, 94, 96, 99–101, 115, 138, 140, 169, 226⁶, 244, 246, 250, 299¹⁸, 332⁵, 348, 374¹³, 400, 425, 439³⁺⁴, 440–442, 506, 519, 525, 545, 550, 557, 571, 579, 583, 586 f., 666, 723, 771–774, 850, 879, 922, 933, 963, 975, 1041, 1253, 1257, 1259, 1304, 1329 f., 1335, 1345, 1347, 1349, 1357 f., 1360, 1370 f., 1373 f., 1393, 1425⁸, 1438⁴², 1441, 1455, 1457, 1465, 1478⁶, 1488, 1491, 1508 f., 1542, 1598, 1625, 1631 f., 1655, 1674 f., 1691, 1733, 1741 f., 1744–1746, 1749, 1750², 1755–1758, 1768, 1770, 1775³⁸, 1802, 1814, 1819, 1871, 1926, 1959
- Mitterrand, Jacques** General der französischen Streitkräfte, Präsident und Generaldirektor der Firma Société nationale industrielle aéronautique sowie Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Firma Airbus Industrie S. 778³¹
- Mitterrand, Joseph** Vater François und Jacques Mitterrands S. 1794
- Miyazaki, Hiromichi** Botschafter von Japan in Bonn S. 1598, 1605¹⁷
- Mladenow, Petar Toschew** Außenminister der Volksrepublik Bulgarien S. 994¹⁵, 1114 f., 1120²², 1395, 1435, 1438, 1490
- Mkhathshwa, Smangeliso** Generalsekretär der südafrikanischen Bischofskonferenz S. 1826, 1829
- Mobutu Sese Seko** Präsident der Republik Zaire **Dok. 297** und S. 1106²⁵
- Mogale, Ephraim Phumuge** S. 1826
- Mohieddin, Ahmad Fuad** Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 295**
- Mojsov, Lazar** Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien **Dok. 221, 222, 255** und S. 687, 1206⁵, 1238, 1241
- Moldenhauer, Heinz** S. 638², 639⁴
- Moldt, Ewald** Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister **Dok. 207** und S. 639⁵, 901⁶, 1611
- Möllemann, Jürgen Wilhelm** Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) **Dok. 294** und S. 67, 369, 463³, 464, 465⁷, 486 f., 528–530, 959¹, 960, 961¹², 968, 1091, 1434, 1467, 1537
- Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch** 1953–1956 Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 662
- Mondale, Walter Frederick** Kandidat der Demokratischen Partei für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1984; 1977–1981 Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1347, 1962
- Monge Álvarez, Luis Alberto** Präsident der Republik Costa Rica S. 1442–1445

- Montes, Oscar Antonio** 1977/78 Außenminister der Argentinischen Republik S. 633
- Montfort, Norbert** Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 282, 302, 383** und S. 369¹¹, 385¹⁸, 463²⁺³, 708⁶⁺⁷, 709¹⁰, 712²⁷, 1397¹, 1401¹⁷, 1567¹¹, 1790¹, 1791²
- Montgomery, David** britischer Stellvertretender Hochkommissar in Bridgetown S. 1671, 1673
- Montgomery, W. H.** Abteilungsleiter im kanadischen Kommunikationsministerium sowie kanadischer Vertreter beim OECD-Symposium über grenzüberschreitende Datenflüsse vom 30. November bis 2. Dezember 1983 in London S. 1950
- Morán López, Fernando** Außenminister des Königreichs Spanien **Dok. 46, 127** und S. 203, 267, 427–429, 448, 607⁷, 659, 661¹², 666, 739 f., 896, 898 f., 916, 947², 950, 1072, 1324, 1326, 1842
- Morel, Pierre** Mitarbeiter im französischen Präsidialamt S. 1691, 1784⁴⁰
- Morizet, Jacques** Botschafter der Französischen Republik in Rabat bis 10. Mai 1983, anschließend Botschafter in Bonn S. 1256¹³, 1792
- du Motier, Gilbert, marquis de La Fayette** *1757 †1834 S. 585
- Motzfeldt, Jonathan** Ministerpräsident von Grönland und Vorsitzender der Partei Siumut **Dok. 316** und S. 553³⁵
- Moussali, Michel** Leiter der Abteilung für internationalen Rechtsschutz beim UNHCR S. 1861⁷
- Mubarak, Mohammed Hosni** Präsident der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 312** und S. 68, 205, 369, 696, 1462, 1600, 1619, 1789
- Mudge, Dirk** Vorsitzender der Demokratischen Turnhalle-Allianz in Namibia S. 709¹³
- Mugabe, Robert** Ministerpräsident von Simbabwe und Vorsitzender der ZANU S. 708⁵, 712, 1545
- Mühlen, Ewald** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Juli 1983 S. 365¹², 366¹⁴, 781⁴⁷, 1743¹¹
- Mühlfenzl, Rudolf** Fernsehjournalist S. 651²
- Mulack, Gunter** Legationsrat I. Klasse (seit 6. Oktober 1983 Botschaftsrat) und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Amman bis 11. Dezember 1983, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 369², 370¹⁵, 1458⁹
- Müller, Kurt** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 977³⁸, 978⁴²⁺⁴³, 1559³
- Müller, Richard** Leiter der finnischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 900, 948
- Müller, Walter** S. 463²
- Müller-Chorus, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 510 „Staats- und Verwaltungsrecht“ im Auswärtigen Amt S. 819¹⁷
- Mulley, Frederick William** Präsident der Beratenden Versammlung der WEU S. 486
- Mumm, Henning** Mitarbeiter der Philipp Holzmann AG in Libyen S. 464⁶, 531¹⁴
- Munz, Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 203¹⁶, 369¹⁰, 371¹⁷, 1460¹⁴, 1462¹⁹
- Murphy, Daniel J.** Admiral und Chef des persönlichen Stabs des amerikanischen Vizepräsidenten S. 129, 1453
- Murtada, Saad** Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Tel Aviv bis Juli 1983 S. 976 f.
- Musa Maragha, Said (Abu Musa)** Anführer einer Fatah-Splitterorganisation S. 847⁶, 1464²⁵

- Musa, Shehu Ahmadu** Staatssekretär beim nigerianischen Kabinett (Secretary to the Federal Government) S. 1390, 1393
- Mussawi, Mir Hossein** Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran S. 816f., 819, 1401²
- Mussolini, Benito** 1922–1943 Ministerpräsident des Königreichs Italien S. 662¹⁴, 1346¹⁷, 1366¹², 1643¹⁹
- Mützelburg, Bernd** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 1434
- Muzorewa, Abel Tendekayi** Vorsitzender des United African National Council in Simbabwe S. 712
- Nachmann, Werner** Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland S. 1701
- Nakasone, Yasuhiro** Ministerpräsident von Japan **Dok. 160, 322, 323** und S. 15⁴, 18, 257, 584, 751, 879, 970, 988, 990, 1425⁸, 1665, 1674f., 1733
- Nally, Dermot** Staatssekretär beim irischen Kabinett (Secretary to the Government) S. 1813
- Napoleon I. Bonaparte** *1769 †1821 S. 1597, 1817, 1960
- Narjes, Karl-Heinz** Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (zuständig für Binnenmarkt, Zollunion, Industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und Nukleare Sicherheit) S. 290, 781⁴⁹, 1785
- do Nascimento, Lopo do Ferreira** angolanischer Minister für Wirtschaftsplanung und Außenhandel S. 1828
- Nasser, Gamal Abdel** 1954–1970 Präsident der Republik Ägypten bzw. seit 1958 der Vereinigten Arabischen Republik S. 205, 1560⁶
- Nasser Mohammed, Ali** Ministerpräsident und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrats der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 346⁶, 1788
- Naudé, Beyers** südafrikanischer Pfarrer S. 1825¹⁹, 1826
- Naumann, Friedrich** *1860 †1919 S. 508
- Navab-Motlagh, Mohamad-Mehdi** Botschafter der Islamischen Republik Iran in Bonn bis November 1983 **Dok. 156** und S. 1403¹⁰
- Nayif bin Abd al-Aziz Al Saud** saudiarabischer Innenminister **Dok. 307** und S. 1485
- Neagu, Romulus** Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium S. 471¹⁸
- Negwer, Georg** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau bis 16. Februar 1983, anschließend Chefinspekteur des Auswärtigen Amts S. 309²⁸
- Nehru, Jawaharlal** 1947–1964 Ministerpräsident der Republik Indien S. 1651
- Netterstrøm, H. M.** Botschafter und Mitarbeiter in der Außenhandelsabteilung des dänischen Außenministeriums S. 1574
- Neubauer, Franz** Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern S. 1031⁵
- Neubert, Klaus** Vortragender Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis 23. Januar 1983, anschließend Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amts S. 456¹, 457⁸, 1149¹, 1151⁸, 1357²⁸, 1498¹⁸, 1887¹
- Neuer, Walter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung, bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei“ im Bundeskanzleramt S. 189, 1177⁷, 1343¹, 1352¹, 1574, 1799
- Neukirchen, Karl-Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ im Auswärtigen Amt bis 27. Oktober 1983, anschließend Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Rio de Janeiro S. 536¹⁵, 1265³⁷, 1358²²
- Neumann, Wilhelm Albert** 1949–1965 Leiter des Pharmakologischen Instituts

- der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg S. 1183³⁺⁵, 1282
- Nevares, Jaime Francisco** Bischof von Nequén und seit 15. Dezember 1983 Mitglied der argentinischen Nationalen Kommission über das Verschwinden von Personen (CONADEP) S. 1907
- Newhouse, John** amerikanischer Journalist S. 488⁴, 485
- Netzow** Abteilungsleiter im bulgarischen Außenministerium S. 352¹⁰
- Ngenzi, Pierre** Planungsminister im burundischen Präsidialamt S. 1386
- Nguyen Co Thach** Außenminister der Sozialistischen Republik Vietnam und Kandidat des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams S. 431⁸⁵, 933, 1005¹²
- Nhaguilunguana, Daniel Assa** Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Mosambik bei den Vereinten Nationen in New York seit 19. Juli 1983 S. 1436
- Nickel, Herman Wilhelm** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Pretoria S. 769
- Niekerk, Willie van** Generalverwalter für Namibia seit 1. Februar 1983 S. 1827
- Nier, Kurt** Stellvertretender Außenminister der DDR S. 1320¹⁵
- Nierobisch** Oberregierungsrat S. 1312⁶
- Nijpels, Eduardus H. T. M.** Fraktionsvorsitzender der VVD in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments S. 1343, 1350
- Nikel, Rolf** Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts bis 28. August 1983, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 67**
- Niklas, Manfred** Gesandter und Büroleiter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 1318
- Niles, Thomas** Mitarbeiter (Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 283, 1310, 1453
- Nimeiri, Gaafar Mohammed** Präsident des Sudan S. 1788
- Nipperdey, Otto** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 393¹⁰
- Nitze, Paul Henry** Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters **Dok. 21, 22, 33, 169, 193, 195, 251, 300** und S. 121¹¹, 271, 35 f., 74, 86, 93, 96, 104¹³, 114, 126, 181, 220, 221⁵, 232, 233⁷, 234, 240, 257, 288, 376 f., 378¹⁰, 379 f., 413⁷, 488 f., 499, 524, 706, 735, 822, 825, 846¹⁰, 893 f., 944, 985, 1019¹⁸, 1046, 1066⁶, 1085 f., 1096⁴, 1098, 1117 f., 1127, 1132⁴, 1137, 1202²², 1244 f., 1254, 1274 f., 1280 f., 1338 f., 1369, 1623¹, 1684, 1685¹³, 1690⁵, 1697², 1767¹⁰, 1778, 1889¹¹
- Nixon, Charles Robert** Berater des kanadischen Ministers für nationale Verteidigung; 1975–1982 dessen Stellvertreter S. 290
- Nixon, Richard Milhous** 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 510⁹, 654¹⁵, 1153³, 1185¹⁰, 1224⁹, 1633³¹
- Nkuriyingoma, Egide** Botschafter der Republik Burundi in Bonn S. 1386
- Noebel, Hans Heinrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 1178¹⁰
- Norstad, Lauris** General und 1956–1963 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 888²⁵
- Nourallah, N.** Leiter des Zentralen Boykottbüros der Arabischen Liga in Damaskus S. 1398
- Nourney, Gerhard** Vortragender Legationsrat im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften, Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank)“ des Auswärtigen Amts S. 1733¹⁰

- Novaro, Enrique** Berater des argentinischen Außenministers Camilión S. 636
- Nowilaty, Sheikh Rashad Mussalam** Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Bonn S. 1537
- Nowotny, Eva** Beraterin des österreichischen Bundeskanzlers in außenpolitischen Fragen S. 1926
- Nudel, Ida** sowjetische Dissidentin S. 1017, 1052
- Nujoma, Sam** Vorsitzender der namibischen SWAPO S. 768⁴, 769, 930f., 1545, 1620
- Nunn, Samuel Augustus Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Georgia (Democratic Party) S. 720², 822⁶, 827, 1191⁶, 1915
- Nyerere, Julius Kambarage** Präsident der Vereinigten Republik Tansania S. 1432
- Nzeyimana, Laurent** Außenminister der Republik Burundi S. 1386
- Obote, Apollo Milton** Präsident der Republik Uganda, zugleich Finanz- und Außenminister S. 708⁷, 1103
- Obert, Günter** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 403⁴, 405¹⁷, 831²⁸
- Obst, Harry** Dolmetscher im amerikanischen Außenministerium S. 91, 501, 1848
- Obzina, Jaromír** tschechoslowakischer Innenminister bis 20. Juni 1983, anschließend Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für technische und wirtschaftliche Entwicklung S. 164
- Oehms, Angelo** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa; 1978–1980 Legationsrat I. Klasse bzw. 1980/81 Vortragender Legationsrat im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 399¹¹, 1604¹²
- Oesterheldt, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 713¹, 716¹⁵⁺¹⁷, 717¹⁸⁺¹⁹, 1909¹
- Oestreich, Jürgen** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften, Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank)“ des Auswärtigen Amts bis 28. August 1983, anschließend Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf S. 709¹²
- Oettel, Heinz** 1949–1968 Leiter des Gewerbehygienisch-Pharmakologischen Instituts der BASF AG S. 1282f.
- Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch** Marschall der Sowjetunion, Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte und Erster Stellvertretender Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 1065, 1068, 1074
- Ohira, Masayoshi** 1962–1964 und 1972–1974 Außenminister Japans S. 1269⁶⁹
- Ohr, Peter** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Havanna bis 28. Dezember 1983, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanda, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 650²⁶
- Ojeda y Eiseley, Jaime de** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Spanien bei der NATO in Brüssel seit 22. Januar 1983 S. 391, 1112
- Oláh, József** Abteilungsleiter im ungarischen Außenministerium S. 1266⁴⁴
- Oldenkott, Bernard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 740¹³⁺¹⁴, 1390⁴⁺⁵, 1391⁶⁺⁷
- Oldigs, Lühr-Onno** Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 241¹⁵, 829¹⁰
- Olechowski, Tadeusz** Botschafter der Volksrepublik Polen in Bonn seit 5. Juli 1983 **Dok. 377** und S. 1021³, 1026, 1957

- Olshausen, Klaus** Oberstleutnant i.G. und Mitarbeiter im Bundeskanzleramt bis September 1983, anschließend Kommandeur des Pionierbataillons 2 in Hannover-Münden S. 1260⁴
- Olsen, Moses** grönländischer Landesminister für Wirtschaft S. 1574
- Olszowski, Stefan** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Außenminister der Volksrepublik Polen S. 994¹⁵, 1024–1026, 1207f., 1395, 1435, 1438f., 1490, 1869, 1877, 1879²⁰, 1881f.
- Omran, Adnan** Abteilungsleiter (Assistant Secretary-General for Political Affairs) im Sekretariat der Arabischen Liga S. 66
- Oncken, Dirk** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara **Dok. 353** und S. 194¹⁶, 195¹⁹, 1164¹⁶, 1167, 1213⁴⁰
- Onarza, Henning von** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis März 1983, anschließend Generalmajor und Kommandeur der 1. Panzerdivision in Hannover S. 105¹⁹, 241¹⁵, 265¹⁰⁸
- Ongaro** italienische Dolmetscherin S. 1364
- Onu, Peter Uchebuako** Stellvertreter der Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit, seit 12. Juni 1983 kommissarischer Generalsekretär S. 1436, 1440⁵³
- Oprea, Gheorghe** 1974–1978 Stellvertretender Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Rumänien S. 858²⁶
- Orlow, Jurij Fjodorowitsch** sowjetischer Physiker und Dissident S. 294, 898, 1052
- Ornatskij, Igor Alexandrowitsch** Stellvertreter des Leiters der sowjetischen Delegation bei der Sitzung des Exekutivorgans des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung S. 1230²¹
- Orszulik, Alojzy** Leiter des Pressebüros des polnischen Episkopats **Dok. 197** und S. 252⁴⁶, 1090⁸
- Ortega Durán, Oyden** Außenminister der Republik Panama seit 6. September 1983 S. 1210, 1435¹⁹, 1440
- Ortega Saavedra, José Daniel** Koordinator der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 647¹³, 1441
- Osterhaus, Guido** Regierungsdirektor und Leiter des Referats 01 „Ministerbüro“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1102¹
- Othegraven, Rainer von** Direktor der Dresdner Bank AG S. 1025¹⁸
- Oueddei, Goukouni** Vorsitzender der Bürgerkriegspartei „Gouvernement d'Union nationale de transition“ (GUNT) in der Republik Tschad S. 740¹⁴, 975²⁷, 1211³², 1212, 1388
- Owen, David** 1977–1979 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1775
- Özal, Turgut** Vorsitzender der türkischen Mutterlandspartei seit 20. Mai 1983 und Ministerpräsident der Republik Türkei seit 13. Dezember 1983 S. 1806
- Pabsch, Wiegand** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 231** und S. 201⁹, 283, 969¹², 1089, 1154⁴, 1156¹⁰
- Pachelbel-Gehag, Wolfgang-Rüdiger von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba **Dok. 16**
- Pahlevi, Mohammed Reza** 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 816⁵, 837¹², 1463²⁴, 1561
- Pahr, Willibald** Außenminister der Republik Österreich bis 24. Mai 1983, seit 30. August 1983 Botschafter in Bonn S. 934, 1177, 1929
- Palme, Olof** Ministerpräsident des Königreichs Schweden und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens sowie 1981–1982 Beauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Vermittlung im irakisch-iranischen Krieg S. 565¹, 569, 724¹¹, 751, 1206⁵, 1290, 1292, 1425⁸, 1441

Palmer, Robie Marcus Hooker (Mark) Mitarbeiter (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 800, 801¹⁰, 803²³, 806, 1209, 1725⁹

Pan de Soraluce, Conde de San Román, Juan Luis Leiter der spanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 898, 1018¹¹, 1072

Pandolfi, Filippo Maria italienischer Minister für Industrie, Handel und Handwerk bis 4. August 1983, anschließend Minister für Landwirtschaft und Forsten S. 622²

Pankin, Boris Dmitrijewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Stockholm S. 724¹¹, 1542

Papandreou, Andreas Georgios Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Hellenischen Republik sowie Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung; 1964–1967 Abgeordneter des griechischen Parlaments (Zentrumsunion) **Dok. 360** und S. 197, 203, 267, 882, 884, 911, 1259, 1290⁹, 1291, 1565³, 1567¹⁰, 1692, 1753, 1758, 1781, 1793, 1816, 1891⁷

Papandreou, Georgios 1944/45, 1963 und 1964/65 Ministerpräsident des Königreichs Griechenland, Vorsitzender der Zentrumsunion bis zu deren Auflösung im April 1967; Vater von Andreas Papandreou S. 1781

Papanikolaou, Iannis Wirtschaftsberater des griechischen Ministerpräsidenten S. 1799

Papoulias, Karolos Staatsminister im griechischen Außenministerium S. 1003, 1567

Parthasarati, Gopalaswami außenpolitischer Berater der indischen Premierministerin und ihr Sonderbeauftragter für Sri Lanka S. 1654

Paschke, Karl Theodor Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt S. 94¹⁹, 645, 668, 1089, 1472

Pasin, Sermet Refik türkischer Minister (Devlet Bakani) ohne Geschäftsbereich S. 1164

Pasos Marciacq, José Botschafter der Republik Nicaragua in Bonn bis 15. Juni 1983 S. 682

Pastor, Carlos Washington Generalleutnant und 1978–1981 Außenminister der Argentinischen Republik S. 634

Pastrana Borrero, Misael 1970–1974 Präsident der Republik Kolumbien S. 997

Patolitschew, Nikolaj Semjonowitsch sowjetischer Außenhandelsminister S. 1056³⁰, 1181¹⁷

Pattie, Geoffrey Staatsminister im britischen Verteidigungsministerium (Minister of State for Defence Procurement) S. 513

Paul VI. (Giovanni Battista Montini) 1963–1978 Papst S. 1648

Paye, Jean-Claude Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires économiques et financières) S. 272, 781⁴⁷

Paz Barnica, Edgardo Außenminister der Republik Honduras S. 647¹², 914³⁸

Peckert, Joachim Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 15¹, 344, 843¹, 1598, 1601, 1635¹, 1762⁷

Pelletier, Gérard Leiter der Ständigen Vertretung Kanadas bei den Vereinten Nationen in New York S. 931

Penne, Guy Berater des französischen Staatspräsidenten für Afrikafragen S. 299, 1823

Pensa, Mario Brando Botschaftsrat an der italienischen Botschaft in Bonn S. 594¹²

Percy, Charles Harting Senator für den amerikanischen Bundesstaat Illinois (Republican Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats **Dok. 289** und S. 105, 116f., 119, 266, 720²

- Pereira, Aristide Maria** Präsident der Republik Cap Verde S. 1286
- Peres, Shimon** Vorsitzender der Israeli-schen Arbeiterpartei S. 683
- Pérez de Cuéllar, Javier** Generalsekretär der Vereinten Nationen **Dok. 176, 177** und S. 264¹⁰⁷, 297, 627²⁴, 740¹⁵, 1144, 1213⁴⁰⁺⁴¹, 1232⁴, 1233, 1330¹⁴, 1382¹³, 1419, 1434, 1439–1441, 1567, 1679, 1680²², 1717, 1728f., 1827, 1908¹⁴
- Perle, Richard Norman** Abteilungsleiter (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) im amerikanischen Verteidigungsministerium sowie Vorsitzender der High Level Group (HLG) der NATO S. 36, 224, 389³², 396, 509, 651, 654f., 887, 893, 1276, 1343, 1591
- Perpiñá-Robert, Fernando** Gesandter und Vertreter des spanischen Botschafters in Bonn bis 28. August 1983, anschließend Sonderbotschafter im Außenministerium S. 668
- Perrin, Jean** Geschäftsträger der Französischen Republik in Teheran S. 264
- Perry, William A.** Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 836¹¹
- Pertini, Alessandro** Präsident der Italienischen Republik S. 724⁷
- Peter I.** * 1672 † 1725, S. 1817
- Petersen, Jens** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran; 1977–1981 Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 29** und S. 351⁷, 820¹⁸, 1401², 1852²¹
- Petersen, Michael** Mitarbeiter des UNHCR in Genf seit März 1983 S. 1860
- Petrowskij, Wladimir Fjodorowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1264³⁰
- Peyrelevalde, Jean** Stellvertretender Direktor des Kabinetts und Wirtschaftsberater des französischen Ministerpräsidenten bis Januar 1983, anschließend Präsident des Staatsunternehmens Compagnie financière de Suez S. 71
- Pfeffer, Franz** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 4, 7, 31, 40, 49, 57, 82, 104, 107, 121, 141, 173, 175, 181, 184, 186, 202, 234, 235, 236, 241, 248, 249, 262, 281, 374, 381, 382, 394, 395, 396, 397** und S. 38f., 47, 49, 51¹, 85¹, 91, 102¹, 103⁸, 109¹, 151²⁶, 152²⁷, 162²⁵, 189¹, 219¹, 221³, 224, 225⁶⁺⁷, 294¹⁴, 312³⁹, 313⁴², 321³⁺⁵, 325¹, 327¹⁰, 331–333, 345, 346¹¹, 347¹, 357¹, 368, 381, 384, 387²⁶, 389f., 466¹, 476³³, 517, 543⁸, 551²⁴⁺²⁵, 565¹, 606f., 617², 637³⁸, 668, 673f., 678¹¹, 680¹³, 706²⁴, 739¹, 744, 764¹¹⁺¹⁶, 767³⁰, 828, 831²⁸, 843¹, 851⁴, 881, 893¹, 917¹, 999, 1007, 1015, 1030¹, 1034¹⁵, 1061¹⁰, 1065, 1070², 1301⁴, 1312f., 1376, 1380, 1381⁶⁺⁹, 1407, 1434⁹, 1435¹²⁺¹⁴⁺¹⁵⁺¹⁶⁺¹⁹, 1468¹⁰, 1557², 1594¹, 1708¹⁶, 1719¹, 1722¹⁷, 1740¹⁶, 1752⁴, 1764, 1836¹¹, 1842, 1878¹³, 1880, 1883, 1942²
- Pfeiffer, Gerhard** 1978–1981 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1745²⁹
- Pfeil und Klein Ellguth, Peter Graf von** Oberstleutnant i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern **Dok. 201**
- Pfetten-Arnach, Karl Berchtold Freiherr von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien“ im Auswärtigen Amt S. 1003², 1005¹⁷, 1439⁴⁹, 1652¹⁵
- Pflaum, Albrecht** Arzt und Entwicklungshelfer in El Salvador (am 30. April 1983 getötet) S. 680², 681
- Phelps, Homer R. Jr.** Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 381
- Phiri, Wilted Joseph** Berater des sam-bischen Präsidenten S. 300²⁰, 1327
- Pieck, Werner Engelbert** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 9¹, 283¹, 381, 1183¹, 1185¹¹⁺¹², 1197¹, 1658¹

- Pipes, Richard Edgar** 1981/82 Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika S. 425
- Pisani, Edgar** Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (zuständig für Entwicklungspolitik) S. 1757
- Pius XII. (Eugenio Maria Giuseppe Giovanni Pacelli)** 1939–1958 Papst S. 581
- Plach, Peter** S. 731²⁶, 1536²⁸
- Platt, Nicholas** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Lusaka S. 296⁴
- Platz, Klaus** 1978–1982 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ des Auswärtigen Amtes S. 352¹²
- Ploetz, Hans Friedrich von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt **Dok. 24, 214, 245, 264, 276, 290, 294, 309, 317** und S. 38¹, 51¹, 85¹, 112¹, 137¹, 146¹, 158, 189¹, 219¹, 268³, 273¹, 277³, 287¹, 357¹, 406², 407¹³, 409¹, 425⁵⁰, 434², 501¹, 524¹, 541¹, 545¹, 559¹, 565¹, 569²⁰, 570¹, 578¹, 597¹, 601¹², 624¹⁵, 628⁵, 631¹, 645, 656¹, 677³, 689¹, 692¹, 713², 739¹, 813¹³, 813¹, 816⁸, 828¹, 851¹, 884, 885⁶⁺⁹, 886¹⁰⁺¹¹⁺¹⁴, 887¹⁶⁺¹⁸, 888¹⁹⁺²⁰⁺²², 889²⁷⁺²⁸, 893², 959¹, 980¹⁺², 983¹, 988¹, 991¹, 1007, 1019¹⁷, 1035, 1073¹, 1086⁵, 1089, 1090⁸⁺⁹, 1102¹, 1105²¹, 1124¹, 1126, 1132¹, 1177¹⁺², 1237¹, 1264³⁵, 1265³⁶, 1271³, 1274¹, 1280⁴, 1289¹, 1308³, 1314¹, 1318, 1327¹, 1338⁴, 1343¹, 1352¹, 1364¹, 1371²⁹, 1380¹, 1385¹, 1397¹, 1408², 1430, 1432⁵, 1435¹¹, 1473¹, 1487, 1505¹, 1515¹, 1516⁶⁺⁷, 1517⁸⁺⁹⁺¹⁰, 1519¹²⁺¹³, 1524¹, 1525³⁺⁴, 1526⁷⁺⁸, 1527¹⁵, 1528¹⁸⁺²⁰⁺²¹, 1529, 1539¹, 1541¹⁵, 1553², 1565¹, 1581¹⁺², 1582⁹, 1594¹, 1616¹, 1623¹, 1635¹, 1646¹, 1662, 1666²², 1669¹, 1690¹, 1719¹, 1734¹, 1735¹⁰, 1765¹, 1776¹, 1792¹, 1835¹, 1848¹, 1854³, 1862¹, 1874¹, 1876¹
- Poensgen, Gisbert** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 120⁵⁺⁶, 121¹¹, 226⁵, 272²², 624¹⁴, 777²⁴⁺²⁷, 924³⁰, 1570²⁵, 1691⁹, 1693¹⁴, 1754, 1756¹⁵, 1758²³, 1792⁵, 1800⁶, 1801¹², 1809¹¹
- Poetzelberger, Hans** Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes S. 1635
- Pöhl, Karl Otto** Präsident der Deutschen Bundesbank S. 359⁸
- Pöhlmann, Jürgen** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amtes bis 17. Januar 1983, anschließend Leiter des Referats 222 „Gener Abrüstungsausschuß, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung, regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ **Dok. 238** und S. 260⁹¹, 419³¹, 420³⁵, 1190¹
- Pohris, Heinrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 502 „Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu Internationalen Organisationen“ im Auswärtigen Amt S. 1909¹
- Poincaré, Raymond** 1922–1924 Ministerpräsident und Außenminister der Französischen Republik, erneut 1926–1929 Ministerpräsident, davon 1926–1928 zugleich Finanzminister S. 574
- Poindexter, John M.** Konteradmiral und Stellvertreter des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten (Deputy Assistant to the President for National Security Affairs) seit 18. Oktober 1983 S. 1835
- Poláček** Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 158
- Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch** Sekretär des ZK der KPdSU für internationale Beziehungen und Kandidat des Politbüros S. 45³⁶
- Pond, Elizabeth** Journalistin der amerikanischen Tageszeitung „The Christian Science Monitor“ S. 1841
- Popow, Alexej Grigorjewitsch** 1978–1982 Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 730²²

- Popow, Walerij Nikolajewitsch** Mitglied der sowjetischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf S. 174,
- Popow, Wiktor Iwanowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London S. 250, 685
- Prem Tinsulanonda** Ministerpräsident des Königreichs Thailand S. 1004⁹
- Probst, Albert** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 699
- Prussen, Robert** luxemburgischer Abgeordneter der WEU-Versammlung (Parti démocratique) S. 483¹³
- Przygodzki, Stanislaw** Leiter der polnischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 438
- Puja, Frigyes** Außenminister der Ungarischen Volksrepublik bis 8. Juli 1983, anschließend Botschafter in Helsinki S. 994¹⁵, 1241, 1936¹⁹
- Pungan, Vasile** rumänischer Minister für Außenhandel und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit; 1978 außenpolitischer Berater des Präsidenten S. 278 f., 469, 474, 811⁸, 860³⁰, 953
- Puttkamer, Jesco von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 724¹¹
- Pym, Francis Leslie** Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 11. Juni 1983 **Dok. 112, 113** und S. 10⁵, 46⁴², 65, 95, 97 f., 153 f., 175, 189 f., 248, 250, 321, 425, 591, 607, 622⁴, 669⁷, 683, 685 f., 688, 723 f., 741, 743, 762⁴, 763⁷, 777²⁷, 795¹⁷, 814, 847 f., 907, 935, 1682⁸
- al-Qamish, Ghalib Muttahar** Geheimdienstchef in der Arabischen Republik Jemen S. 1790
- Qassem** siehe: al-Kasim, Marwan
- Radice de Tatter, Idalina** Ehefrau Federico Tatters S. 631³, 634²³
- Rafindadi, Mohammed Lawal** Botschafter der Bundesrepublik Nigeria in Bonn S. 1390
- Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi** Präsident des iranischen Parlaments und Sprecher des Obersten Verteidigungsrats S. 1503 f.
- Rakowski, Mieczyslaw Franciszek** Mitglied des ZK der PVAP und Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen S. 1021³, 1025 f.
- Rambaldi, Eugenio** Generalleutnant der italienischen Streitkräfte und Leiter des Rüstungskontrollamts der WEU S. 484
- Râmbu, Ion** Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Bonn S. 468¹⁰, 474 f., 476³², 860²⁸, 912
- Randermann, Phil-Heiner** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT; Grundsatzfragen Nahrungsmittelhilfe“ im Auswärtigen Amt S. 43²⁴, 191¹³, 268¹, 269, 623¹¹, 693⁸, 782⁵³
- Rantzau, Detlev Graf zu** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf, vom 24. Januar bis 20. Juli 1983 Vortragender Legationsrat I. Klasse sowie Vertreter des Völkerrechtsberaters und Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 29. Juli 1983 Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 350¹, 354¹, 808², 1199¹⁰, 1259²¹, 1326¹⁹, 1497⁸
- Rao, P. V. Narasimha** Außenminister der Republik Indien S. 1654
- Rapacki, Adam** 1956–1968 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 1290¹⁰

Raphel, Arnold Lewis Mitarbeiter (Principal Deputy Director of Politico-Military Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 787

Rapke, Rudolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nouakchott bis 21. März 1998, anschließend Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Teheran S. 817⁷, 818¹²⁺¹⁵, 820¹⁹, 1212³⁹, 1503⁹⁺¹⁰

Rasch, Walter Vorsitzender der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus S. 1582

Raster, Egon Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa bis 14. August 1983, anschließend Generalkonsul in Montreal S. 695¹⁷

Ratsiraka, Didier Präsident der Demokratischen Republik Madagaskar S. 1789

Ratzinger, Joseph Kardinal und Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre beim Heiligen Stuhl S. 245¹⁴

Raussenborff, Klaus von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 104 „Personal bei inter- und supranationalen Organisationen“ des Auswärtigen Amtes S. 104

Ravne, Per Galby Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium S. 38

Rawlings, Jerry John Vorsitzender des Provisorischen Nationalen Verteidigungsrats der Republik Ghana S. 975²⁵

Reagan, Nancy Davis Ehefrau Ronald Reagans S. 585

Reagan, Patricia Ann siehe: Davis, Patricia Ann (Patti)

Reagan, Ronald Wilson Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 5, 23, 43, 81, 102, 212, 267, 311, 326, 365, 366** und S. 5, 7¹⁸, 10, 12¹¹, 13, 20, 21³⁷, 29, 37, 41, 54–58, 68 f., 74, 78, 85, 96, 98 f., 102 f., 105 f., 108⁷, 116–119, 127, 130⁵, 134 f., 138–140, 148–150, 158⁷, 159, 166, 169–171, 173, 177, 185, 205, 225⁷, 232, 245 f., 248 f., 263, 285¹⁶, 294¹¹, 300, 302⁵, 308¹⁷, 310, 319, 328, 337, 339², 341, 370–372, 376–380, 382, 384, 389–391, 395, 396¹⁶, 401²³, 412–418, 425, 427, 454, 472²⁰, 505¹⁷, 507 f., 518–520, 522 f.,

545–547, 560¹², 565, 568, 570–572, 583–585, 595, 617 f., 621, 623, 624¹³, 625¹⁶, 647¹³, 651⁴, 654 f., 661, 663, 687, 689–691, 698³⁶, 720, 722, 734, 742, 748 f., 755 f., 758 f., 789, 800⁴, 802²⁰, 803, 850 f., 862³⁷, 864³, 865⁵, 871 f., 875, 879, 887, 907, 910¹⁷, 914, 915⁴¹, 922, 925, 930⁸, 937, 954–957, 972, 980⁶, 981, 986, 998, 1017, 1019 f., 1026, 1033 f., 1039, 1042, 1044, 1046, 1052, 1069, 1071 f., 1075, 1088, 1091¹⁵, 1092, 1101, 1109, 1116 f., 1120 f., 1123, 1126, 1127⁸, 1128, 1130, 1146, 1148, 1181¹⁷, 1186, 1191⁵, 1197³, 1201, 1208¹⁵, 1210, 1212³⁶, 1215⁵, 1223 f., 1226²⁰, 1236, 1239, 1244, 1255 f., 1259, 1264, 1273¹⁰, 1274 f., 1277–1279, 1281, 1295 f., 1297¹⁰, 1298, 1301⁴, 1302 f., 1315, 1330 f., 1333 f., 1345–1347, 1356, 1358 f., 1361, 1365, 1367, 1370, 1378 f., 1384²⁴, 1414, 1418²², 1419, 1425, 1427, 1428¹⁹, 1429²⁰, 1431, 1437 f., 1449, 1453 f., 1457–1460, 1463–1465, 1495²⁶, 1510, 1515 f., 1518, 1555, 1565, 1592, 1596, 1598, 1604¹³, 1607²¹, 1608, 1629, 1648, 1651, 1664, 1667, 1672–1674, 1678, 1684 f., 1686¹⁴, 1695, 1720, 1723²⁰, 1733, 1736–1738, 1756, 1819, 1840, 1848 f., 1853, 1866, 1913, 1930, 1940, 1948, 1962

Redies, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bern bis 18. Juli 1983, anschließend Ministerialdirigent sowie Vertreter des Völkerrechtsberaters und Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 629¹⁴, 1183¹, 1736²

Regan, Donald Thomas amerikanischer Finanzminister S. 623¹¹

Rehlinger, Ludwig Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 638¹

Reiners, Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maskat bis 13. November 1983, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 110 „Organisation“ des Auswärtigen Amtes S. 346⁸

Reinink, Kasper W. Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn S. 85, 1343

Reisch, Georg Abteilungsleiter im österreichischen Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten S. 1181

- Reitberger, Johannes** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lomé bis 2. Oktober 1983, anschließend in Port-of-Spain mit zusätzlicher Akkreditation in Grenada und weiteren karibischen Staaten S. 1579³, 1673²⁷
- Renger, Annemarie** Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1574³
- Renner, Wilhelm** Vater Hannelore Kohls S. 1344
- Reston, James** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 1661, 1840 f.
- Richard, Sir Ivor** Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (zuständig für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, die Dreierkonferenz von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierungen sowie Bildung und Berufsausbildung) S. 1003
- Richter, Wilfried** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kairo bis 25. Juli 1983, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 301 „Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge“ im Auswärtigen Amt, seit 4. Oktober 1983 Leiter des Referats 331 „Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ S. 645⁶, 1470⁵, 1569¹⁸
- Richthofen, Hermann Freiherr von** Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“ im Bundeskanzleramt S. 63¹⁸, 638¹, 1173⁴
- Riese, Hans-Peter** Journalist S. 160¹⁵
- Riesenhuber, Heinz** Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 152²⁷, 603, 779, 780⁴¹, 1640 f.
- Rifkind, Malcolm Leslie** Parlamentarischer Staatssekretär (Parliamentary Under-Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs) im britischen Außenministerium S. 902
- Rinnert, Bernd** Legationssekretär im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ des Auswärtigen Amts S. 1760²⁹
- Ritter, Joachim Friedrich** 1961–1963 Ministerialdirigent und Leiter der Arbeitsgruppe „Deutschland und Berlin“ im Auswärtigen Amt mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 493³
- Robert, Horst-Krafft** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris mit der Funktionsbezeichnung Botschafter S. 367¹⁷
- Rocard, Michel** französischer Minister (Ministre d'État) für Wirtschaftsplanung und Raumordnung bis 22. März 1983, anschließend Landwirtschaftsminister S. 359
- Rodenstock, Rolf** Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie S. 1480
- Röding, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts bis 2. März 1983, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 138** und S. 807³⁶, 1089⁵, 1566⁸, 1723¹⁹, 1863⁹, 1876³, 1882³²
- Rodrigues, Manuel Alexandre (Kito)** angolischer Innenminister S. 296⁷, 597²⁷, 931¹³, 1562 f., 1828
- Rodríguez** Abteilungsleiter im kubanischen Außenministerium S. 645⁶
- Rogers, Bernard William** General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) und des Planungsstabs Live Oak in Casteau S. 14, 32, 288, 290 f., 342, 396, 460¹³, 492², 494⁶, 1068, 1308–1310, 1311¹¹, 1590 f., 1705 f., 1771 f., 1892¹³, 1896 f.
- Rogers, Robert Louis** Leiter der kanadischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 897
- Rogers, William Pierce** 1969–1973 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 410⁷
- Rohr, Hans-Jürgen** Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,

- Landwirtschaft und Forsten S. 1755¹⁰, 1871
- Rolandis, Nikos** Außenminister der Republik Zypern bis 22. September 1983 S. 1213⁴¹, 1567¹²
- Romano, Sergio** Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Brüssel seit 15. April 1983 S. 1112
- Romanow** Generaloberst der sowjetischen Streitkräfte und Chef des Hauptstabs der Flugabwehr S. 1275⁶
- Romanow, Grigorij Wassiljewitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär im Gebiet Leningrad, seit 15. Juni 1983 Sekretär des ZK der KPdSU S. 1699f.
- Romaszewski, Zbigniew** Mitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft „Solidarnosc“ sowie Begründer des Untergrund-Rundfunksenders „Radio Solidarnosc“ S. 1723¹⁹
- Rómulo y Peña, Carlos** Außenminister der Republik der Philippinen S. 450, 1005
- Roosevelt, Franklin Delano** 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1742⁷, 1803¹⁹, 1819³¹
- Ros, Enrique** 1982 Staatssekretär im argentinischen Außenministerium S. 636³⁶
- Roßbach, Anton** Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis 9. Februar 1983, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rüstungskontrolle“ im Bundeskanzleramt **Dok. 341** und S. 509, 545⁴, 565¹, 689¹⁺², 1338¹, 1658¹⁰, 1830¹, 1848¹
- Rostow, Eugene Victor** Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) bis 12. Januar 1983 S. 27¹, 36, 37¹¹, 118, 488⁴, 887
- Roth, Hellmuth** 1969–1977 Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Unterabteilung II B bzw. 2 A des Auswärtigen Amts S. 1451¹²
- Rouget, Werner** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 413 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ im Auswärtigen Amt bis 30. Juni 1983, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 314¹, 315⁶, 339², 340⁶, 675⁹, 1743¹²
- Rowny, Edward Leon** Generalleutnant und Leiter der amerikanischen Delegation bei den START-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters **Dok. 220** und S. 35, 74, 102f., 168², 174², 258, 288, 417²³, 418, 494f., 908, 937, 955–957, 1099, 1186⁶, 1189, 1202, 1223⁵, 1278, 1449, 1628¹⁴, 1912
- Ruben, Ana Maria** S. 632
- Rücker, Joachim** Legationssekretär (seit 5. April 1983 Legationsrat) im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ im Auswärtigen Amt **Dok. 62** und S. 347²
- Rudenko, Mykola Danilowitsch** sowjetischer Dissident S. 1017, 1052
- Rudolph, Oskar** Botschaftsrat (seit 18. Juli Botschaftsrat I. Klasse) und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 1390⁴
- Rudolph, Wolfgang** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 321¹
- Ruhfus, Jürgen** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London bis 20. Dezember 1983, anschließend Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 237** und S. 154, 193¹⁹, 321⁸,

- 484¹¹, 485¹³, 504⁹, 591f., 688²⁹, 724⁸, 788⁴, 1256¹⁶, 1327¹, 1359, 1426¹⁰, 1665¹⁵, 1670⁹, 1690, 1835⁴, 1905³
- Rühl, Lothar** Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 26¹², 32⁸, 334, 788, 1007, 1273, 1280⁴, 1421, 1485⁷, 1488⁹, 1761, 1763, 1764¹¹, 1765, 1768, 1774, 1825¹⁷
- de Ruiter, Jacob** niederländischer Verteidigungsminister S. 32, 394¹¹, 395f., 883, 1412
- Ruiz Palacio, José David** Oberst und Staatssekretär im argentinischen Innenministerium S. 631, 635²⁷
- Rumsfeld, Donald Hesnry** Vorstandsvorsitzender (CEO) des Arzneimittelunternehmens G. D. Searle & Company, Aufsichtsratsvorsitzender (Chairman of the Board) der Research and Development Corporation (RAND) und seit November 1983 Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten S. 1852
- Rummer, Hans** Präsident des Bundesamts für gewerbliche Wirtschaft S. 1406
- Runge, Wolfgang** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ des Auswärtigen Amtes S. 820²¹
- Ruppelt, Wolfgang** Stellvertretender Leiter des Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung S. 1922
- Rusk, David Dean** 1961–1969 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika 888
- Russell, Robert Mark** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Ankara seit 28. Februar 1983 S. 1164, 1167
- Ruth, Friedrich** Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2 A des Auswärtigen Amtes **Dok. 6, 8, 14, 23, 47, 48, 75, 83, 93, 101, 135, 157, 171, 203, 205, 213, 226, 237, 244, 250, 251, 252, 301, 324, 327, 330, 336, 372, 379** und S. 25f., 51¹, 80, 85¹, 91, 93, 97, 102⁴, 103⁸, 111¹¹, 129, 136, 166, 168, 171–176, 178f., 219¹, 257⁶⁷, 276¹⁴, 305, 381, 386²³, 388, 390, 449, 509, 565¹, 720¹, 734, 809⁴, 813¹, 843¹, 881, 884, 886, 890, 909¹⁴, 944, 994¹⁴, 999, 1007, 1010f., 1013, 1085–1087, 1089, 1126, 1129, 1172, 1174, 1197–1202, 1217¹, 1231²⁴, 1232, 1233⁸, 1236¹⁶, 1254f., 1259²¹, 1261, 1263, 1318, 1338⁴, 1339, 1394f., 1408², 1430f., 1439, 1467, 1487–1492, 1494, 1507, 1529, 1532, 1553³, 1558⁹, 1590², 1623², 1662, 1690⁴, 1708¹, 1709³, 1719¹, 1723, 1836¹¹, 1880, 1882, 1909², 1942²
- Ruyter, Hans-Michael** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis 19. Oktober 1983; anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters in Ottawa S. 153⁵, 1205³
- Sabato, Ernesto** argentinischer Schriftsteller und Maler, seit 15. Dezember 1983 Vorsitzender der Nationalen Kommission über das Verschwinden von Personen (CONADEP) S. 1907
- Sabet-Jahrami, Mohammed-Karim**, als iranischer Generalkonsul in Berlin vorgesehen 818¹²
- Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch** sowjetischer Atomphysiker und Dissident, Ehemann Jelena Bonners S. 60, 86, 250, 294, 527, 594, 663, 685¹³, 773, 891f., 922, 1017, 1019, 1052, 1111, 1340–1342, 1535
- al-Sadat, Mohammed Anwar** 1970–1981 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit September 1971 der Arabischen Republik Ägypten S. 66⁴, 205, 345⁵, 696, 973¹⁸
- Saddam Hussein al-Majid al-Takriti** Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats S. 1299f., 1561
- Safire, William** Kolumnist der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 1841

- Sagladin, Wadim Walentinowitsch** Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU und Mitglied des ZK S. 108⁸, 131, 1698f.
- Sahlgren, Klaus Aksel** Geschäftsführer (Executive Secretary) der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (ECE) S. 1230, 1267
- Sailer, Otto** Regierungsdirektor und Stellvertretender Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1452¹⁵
- Salazar, António de Oliveira** 1932–1968 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 1330
- Saleh, Ali Abdullah** Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte S. 1790f.
- Saleh, Nimer (Abu Saleh oder Jihad Saleh)** Anführer einer Fatah-Splitterorganisation S. 847⁶
- Salem bin Hadlem, Sheikh** Beauftragter des saudi-arabischen Verteidigungsministers S. 834, 839²⁰, 842
- Salem, Elie** Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Libanesischen Republik **Dok. 151** und S. 310, 382
- Saliba, Evarist** Leiter der maltesischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie bei der KVAE in Helsinki und Stockholm S. 898, 1718f.
- Salvi, Oscar** argentinischer Bundesrichter S. 1908¹⁵
- Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch** Leiter der Abteilung für Internationale Information des ZK der KPdSU S. 1030, 1912
- Sandermann, Wilhelm** 1957–1963 Leiter des Instituts für Holzchemie und chemische Technologie des Holzes (bis 1958 für Holz- und Zellstoffchemie) an der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Reinbek S. 1183³⁺⁵, 1184, 1282³
- Şandru, Vasile** Leiter der rumänischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 896⁸
- dos Santos, José Eduardo** Präsident der Volksrepublik Angola S. 299, 741f., 927, 1091, 1330, 1562⁵, 1563
- Sartawi, Issam** Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat S. 611
- Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud** Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien **Dok. 299**
- Saumweber, Hermann** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1906¹⁰
- Sauzay-Stoffaes, Brigitte** französische Dolmetscherin S. 1776, 1792
- Savary, Alain** französischer Minister für nationale Bildung S. 780, 1744
- Savetsila, Siddhi** General und Außenminister des Königreichs Thailand S. 449, 933²⁹
- Savimbi, Jonas** Vorsitzender der angolanischen UNITA S. 301²⁵, 742, 1330f., 1563f., 1828
- Sayn-Wittgenstein, Botho Prinz zu** Präsident des Deutschen Roten Kreuzes S. 591⁹
- Sceberras Trigona, Alex** Außenminister der Republik Malta S. 1289
- Schaad, Dieter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ im Auswärtigen Amt S. 1264³⁰
- Schaff, Bodo** Legationssekretär im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften, Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank)“ des Auswärtigen Amts S. 386²⁰
- Schalck-Golodkowski, Alexander** Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordination (Koko) und Mitglied der Wirt-

- schaftskommission beim Politbüro des ZK der SED S. 1033¹⁴, 1175, 1176¹⁸
- Schätzler, Wilhelm** Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz seit September 1983 S. 1878¹³
- Schaub, Alexander** Stellvertretender Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission S. 739⁴, 763⁸, 1754
- Schauer, Hans** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 45, 66, 79, 80, 85, 87, 120, 131, 149, 150, 260, 280, 321, 325, 339, 367** und S. 32, 85, 87¹⁵, 106²⁰, 153³, 157²³, 321³, 325¹, 334², 347¹, 362²⁰, 409⁴, 422²⁴, 432, 482⁶, 484¹⁰, 486¹⁸, 565¹, 614¹, 651², 652⁵, 692, 726², 766²⁸, 800⁷, 845⁸, 893¹, 1030¹, 1096¹, 1168–1172, 1173¹, 1182²⁷, 1260², 1262¹⁸, 1273¹⁰, 1274², 1275⁶, 1370²⁶, 1557, 1594¹, 1681¹, 1704³, 1719¹, 1722–1725, 1728 f., 1736¹², 1741, 1765, 1771²⁴, 1778⁹, 1831⁸, 1867²³, 1895³, 1942², 1958¹
- Scheel, Walter** 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen und Vertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, 1974–1979 Bundespräsident S. 528⁷
- Scheer, Hermann** Mitglied des Deutschen Bundestags und Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle S. 1430
- Schenk, Reinhold** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 102, 228, 342, 346, 347, 352** und S. 9¹, 38, 39⁹, 190³, 242¹, 387²⁶, 412¹⁺², 593¹, 606¹, 683¹, 755¹, 1109², 1183⁵, 1260², 1539¹, 1676¹, 1677¹¹, 1681¹, 1813¹, 1895⁵
- Schikin, Gennadij Serafimowitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 1529, 1534
- Schilling, Wolf-Dietrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa bis 13. April 1983, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen“ im Auswärtigen Amt bis 25. September 1983, anschließend Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ S. 1872¹², 1898¹
- Schily, Otto** Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag seit 29. März 1983 S. 331, 1467⁸
- Schirnding, Kurt von** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Südafrika bei den Vereinten Nationen in New York seit 17. Februar 1983 S. 931
- Schiwkow, Todor** Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens **Dok. 218** und S. 1128, 1130, 1384, 1416
- Schlagintweit, Reinhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ im Auswärtigen Amt **Dok. 103, 278** und S. 142¹, 144⁶, 205¹⁹, 206²⁵, 463, 465⁸, 625¹⁷, 818¹²⁺¹⁵, 820¹⁹, 1729²⁹
- Schlecht, Otto** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 701¹²
- Schlegel, Volker** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 820¹⁸
- Schlesinger, James Rodney** 1973–1975 amerikanischer Verteidigungsminister S. 126
- Schlitzberger, Gudrun** Ministerialrätin im Bundesministerium der Finanzen S. 471¹⁸, 856¹⁵
- Schloz, Rudolf** Oberregierungsrat und Leiter des Referats 214 „Entwicklungspolitik, Nord-Süd-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 1731, 1860
- Schlüter, Poul** Ministerpräsident des Königreichs Dänemark und Vorsitzender der dänischen Konservativen Volkspartei **Dok. 106** und S. 589, 595¹⁵, 1593
- Schmidt, Felix** Chefredakteur der Zeitschrift „Stern“ bis 7. Mai 1983 S. 628⁵
- Schmidt, Helmut** Mitglied des Deutschen Bundestags und Stellvertretender

- Vorsitzender der SPD; 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung; 1974–1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 11⁹, 16⁶, 54, 104¹², 107, 139, 176, 271, 302⁵, 369⁸, 440⁸, 467, 469, 502f., 519, 548, 551²⁴, 566, 578, 590, 605², 620, 629¹¹, 632–636, 694¹⁶, 744, 754, 786⁷, 769, 811, 833³, 858²⁶, 886, 898¹⁴, 952f., 981, 984, 1002, 1038, 1345, 1349, 1351, 1354f., 1358f., 1368, 1371f., 1457, 1514, 1521, 1526, 1628f., 1659⁵, 1668²⁶, 1670f., 1744, 1775⁴⁰⁺⁴¹, 1776f., 1929
- Schmidt, Max** Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in Potsdam S. 901⁶
- Schmidt, Michael** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 423 „Verkehrspolitik, Post- und Fernmeldewesen, Fremdenverkehr“ im Auswärtigen Amt S. 901⁷
- Schmidt, Rudolf** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis 6. März 1983, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 223⁶, 409¹, 494²
- Schmude, Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1581⁴
- Schneider, William Jr.** Unterstaatssekretär (Under Secretary for Economic Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 674³
- Schnell, Karl Helmut** Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung „Rüstung“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 1047, 1049f.
- Schneppen, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des German Information Center in New York S. 1660
- Schnoor, Herbert** Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) S. 983⁴, 999
- Schnur, Walter** Onkel Helmut Kohls S. 1039¹¹, 1347
- Schober, Ekehard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ des Auswärtigen Amts S. 530, 1736¹⁺²
- Schödel, Günther** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 491³, 1418, 1440⁵⁰, 1763
- Schoeller, Franz Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien bis 9. November 1983, anschließend in Paris **Dok. 351** und S. 975²⁸, 1563⁷, 1792, 1926³
- Schönberg, Peter** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 354
- Schöning, Ulrich** Vortragender Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messwesen“ des Auswärtigen Amts bis 26. Oktober 1983, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santo Domingo S. 512¹, 836⁹, 1762⁶⁺⁷
- Schornberg, Karl** Mitarbeiter der Firma Heinrich Klingenberg KG S. 1536²⁸
- Schramm, Uwe** Vortragender Legationsrat im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts S. 305¹
- Schreckenberger, Waldemar** Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts S. 71¹, 359⁸, 498, 699, 935, 939, 1089¹, 1227, 1477¹, 1502⁴, 1601¹, 1675³², 1701¹, 1731¹, 1754¹, 1799¹, 1860, 1926¹
- Schreiber, Rolf** Baudirektor und Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1360³⁹
- Schreyer, Edward Richard** Generalgouverneur Kanadas S. 692, 694¹³⁺¹⁵, 696

- Schröder, Gerhard** 1961–1966 Außenminister der Bundesrepublik Deutschland S. 748¹⁷, 1269⁶⁹
- Schröder, Klaus** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rangun S. 1609³⁴
- Schtscharanskaja, Avital** S. 250³⁵, 293, 898¹⁴
- Schtscharanskij, Anatolij Borisso-witsch** sowjetischer Dissident S. 250, 293 f., 609, 685¹³, 898, 1016 f., 1918¹¹, 1071 f., 1052
- Schtscherbitzkij, Wladimir Wassiljewitsch** Erster Sekretär des ZK der Ukrainischen Kommunistischen Partei S. 1035, 1348²⁷
- Schtschukin, Alexander Nikolajewitsch** sowjetischer Physiker, 1972 Mitglied der Delegation bei den SALT-Verhandlungen in Wien S. 110⁸
- Schubert, Günter** Korrespondent des ZDF in Polen S. 1879, 1881
- Schubert, Konrad von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay, Karibischer Raum“ im Auswärtigen Amt; 1979–1982 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 635 f., 1905¹
- Schulte, Dieter** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 778
- Schulte, Wilfried** Legationsrat I. Klasse und Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 988, 990, 1601
- Schulz, Kordula** Vorsitzende der Fraktion der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz im Berliner Abgeordnetenhaus seit 15. Juni 1983 S. 1582
- Schulze, Rolf** Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Port-of-Spain S. 1663⁶, 1727¹⁷
- Schulze-Boysen, Hartmut** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York bis 8. Dezember 1983, anschließend Botschafter in Bukarest S. 284⁷
- Schumann, Hans-Wolfgang** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Colombo bis 1. August 1983, anschließend Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte – Inland“ des Auswärtigen Amts S. 1466²
- Schumann, Karin** S. 731²⁶
- Schüßler, Hans** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung V B „Bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1480¹¹
- Schwarz-Schilling, Christian** Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 779, 783, 1640
- Schwarzenberg, Adolf Fürst zu** S. 164³⁴
- Schwepe, Reinhard** Legationsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften bis 20. Juli 1983, anschließend im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts bis 21. September 1983, anschließend persönlicher Referent für Staatssekretär Lautenschlager im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ S. 893², 1736², 1895³
- Scoon, Sir Paul** Generalgouverneur von Grenada S. 1663, 1667, 1671, 1673, 1679, 1688 f., 1727¹⁷
- Scotti, Vincenzo** italienischer Minister für Arbeit und Sozialfürsorge bis 4. August 1983, anschließend Minister für Zivilschutz S. 622²
- Scowcroft, Brent** Generalleutnant und Vorsitzender der Kommission des amerikanischen Präsidenten für die Strategischen Streitkräfte S. 1450
- Seaga, Edward** Ministerpräsident von Jamaika S. 1673
- Sędziwy, Witold** Gesandter an der polnischen Botschaft in Bonn S. 426

Seibert, Günther Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 241, 311, 1251, 3311, 3328, 33310+11, 8283, 8651, 9591, 10961, 11901, 12431, 124613, 12601, 12711, 127311, 162918, 16951, 17041, 18351, 18901, 189110, 189425, 18951

Seibold, Eugen Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft S. 891f.

Seidl, Alfred Mitglied des Bayerischen Landtags (CSU), Strafverteidiger von Rudolf Heß S. 322, 628–630

Seifou, Shtewi Botschafter der Arabischen Republik Syrien in Bonn S. 109111

Seiler, Gerhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Übersetzungsdienstes im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 5741

Seitz, Konrad Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 02 „Planungsstab“ im Auswärtigen Amt, seit 14. November 1983 Ministerialdirigent **Dok. 54, 60, 114, 180, 259, 349, 393** und S. 64610, 991, 1532

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn S. 51, 10412, 248, 425, 498, 6775, 685, 1030, 1060, 135620, 13942, 1554, 15847

Senger und Etterlin, Ferdinand von General der Bundeswehr und Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Mitteleuropa (CINCENT) bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. September 1983 S. 3439, 1353

Sepúlveda Amor, Bernardo Außenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 64712, 670, 91438, 1210, 143519, 1440

Serra Rexach, Eduardo Unterstaatssekretär im spanischen Verteidigungsministerium S. 1922

Serra y Serra, Narcís spanischer Verteidigungsminister S. 428f., 873, 883, 172826, 1923

Shagari, Shehu Präsident der Bundesrepublik Nigeria **Dok. 275**

Shamir, Yitzhak Außenminister und seit 10. Oktober 1983 Ministerpräsident des Staates Israel **Dok. 39** und S. 262, 369, 382, 1247–1249, 12509, 1293, 1546, 1560, 1850, 1852

Sharon, Ariel israelischer Verteidigungsminister bis zu seinem Rücktritt am 13. Februar 1983 S. 22712, 261, 683

Sheik-ol-Eslam, Hossein Staatssekretär im iranischen Außenministerium S. 1423, 143f.

Shimelis Adugna Leiter der äthiopischen Relief and Rehabilitation Kommission bis April 1983, anschließend Leiter der Kommission für Kinder S. 83f.

Shultz, George Pratt Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 6, 18, 53, 101, 105, 191, 210, 211, 281, 371** und S. 105, 20, 22, 24, 26, 271, 3711, 4641, 5410, 102, 113, 118, 133, 169, 1857, 249, 257, 266, 30127, 30817, 3251, 327, 363–366, 368, 37810, 39034, 424, 426f., 434, 436f., 447, 451, 481, 4884+7, 489, 507, 524, 571, 594, 617f., 620, 624f., 669, 683–685, 687f., 691, 69835, 734, 741–743, 755, 7927, 793–796, 799, 813f., 816, 847f., 862, 877, 87818, 881, 887, 895f., 89813, 899f., 907f., 910–917, 919, 930–932, 935–939, 97738, 981f., 985, 996f., 1004f., 1009, 1011, 1013, 1017, 1025, 1072, 107313, 1093–1095, 1100, 1116, 1122, 1130, 1133, 1142, 1168, 1172, 1207, 1209, 1239, 1245, 1275, 1296, 1301, 1303, 1315, 1323, 1326, 1379, 13804, 138315, 1396, 1426, 1434, 1438, 1450, 1453–1455, 1493, 1541, 1554, 1557f., 1668, 1676, 168510, 16951, 1720–1722, 17259, 18347, 183713, 1863, 1866–1870, 1875, 187710, 1887, 1937, 1939–1941, 1956, 1961

Siebourg, Gisela Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts **Dok. 161** und S. 1089, 1093, 13011+7, 1364, 1456, 1776, 1792, 1799

Siegel, Günther Vortragender Legationsrat und Leiter des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Palermo S. 50410

Siemes, Dieter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta S. 16398

- Sigrist, Helmut** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 124²⁹, 1336⁷, 1567¹⁰, 1692¹¹, 1799
- Sihanouk, Samdech Norodom** Präsident der Exilregierung des Demokratischen Kampuchea; 1960–1970 Staatsoberhaupt des Königreichs Kambodscha, 1975/76 Staatsoberhaupt der Republik Khmer bzw. des Demokratischen Kampuchea S. 431⁸⁴, 933, 1440
- Sikora, Franz** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 261⁹², 1293²⁵
- Silvestrini, Achille** Erzbischof und Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 720, 1022, 1106⁴, 1251², 1252⁴
- Simons, Alfred Murray** Leiter der britischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 437
- Sinowatz, Fred** österreichischer Vizekanzler und Bundesminister für Unterricht und Kunst bis 24. Mai 1983, anschließend Bundeskanzler der Republik Österreich **Dok. 389** und S. 1177⁵⁺⁶, 1441
- Sinnatt, Martin Henry** Generalmajor des britischen Heeres und Stabschef des Planungsstabs Live Oak in Casteau S. 492², 1722¹⁸
- Sisulu, Albertina** Kopräsidentin der südafrikanischen United Democratic Front und Vorsitzende der Federation of South African Women S. 1826
- Sisulu, Walter** 1949–1955 Generalsekretär des ANC S. 1826²³
- Sjaastad, Anders C.** norwegischer Verteidigungsminister S. 396, 865, 867, 870
- Skala, Björn** Leiter der schwedischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 948⁸
- Skrjabin, Georgij Konstantinowitsch** Leitender Wissenschaftlicher Sekretär im Präsidium der sowjetischen Akademie der Wissenschaften S. 1341
- Slízek, Jaroslav** Botschaftsrat an der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn bis November 1983 S. 160¹⁷
- Smirnow, Wassilij** sowjetischer Dolmetscher S. 52
- Smith, Carl R.** Generalmajor und militärischer Assistent des amerikanischen Verteidigungsministers (Military Assistant) bis Juli 1983, anschließend Kommandeur des Airforce Military Training Center S. 509
- Smith, Donald** Mitarbeiter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1405–1407
- Smith, Ian** 1964–1979 Ministerpräsident von Rhodesien bzw. Südrhodesien S. 1331¹⁵
- Soares, Mário Alberto Nobre Lopes** Ministerpräsident der Portugiesischen Republik seit 9. Juni 1983 und Vorsitzender der Sozialistischen Partei Portugals S. 935⁹, 1565³, 1796
- Soddemann, Hugo** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Z „Zentralabteilung (Organisation und Personalien, allgemeine Verwaltung)“ im Bundesministerium der Finanzen S. 509
- Sokolow, Oleg Michajlowitsch** Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Washington S. 887
- Sokolowskij, Walentin Georgijewitsch** Leiter der sowjetischen Delegation bei der Sitzung des Exekutivorgans des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung S. 1230²¹
- Soldatow, Alexander Alexejewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Beirut S. 796
- Solschenizyn, Alexander Issajewitsch** sowjetischer Dissident S. 424
- Somoza Debayle, Anastasio** 1976–1972 und 1974–1979 Präsident der Republik Nicaragua S. 647¹⁶
- Son Sann** Anführer der „Khmer People's National Liberation Front“ und 1982 „Ministerpräsident“ der Exilregierung des Demokratischen Kampuchea S. 1440
- Sorsa, Kalevi** Ministerpräsident der Republik Finnland S. 1206⁵, 1927
- Soukup, Jiří** Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 158

Spáčil, Dušan tschechoslowakischer Stellvertretender Außenminister bis 25. April 1983, anschließend Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Bonn S. 152²⁸⁺²⁹, 163³², 257⁶⁷

Speakes, Larry M. Stellvertretender (seit 5. August 1983 Erster Stellvertretender) Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten (Deputy Assistant to the President and – Principal – Deputy Press Secretary to the President) S. 1275⁶

Spengler, Oswald * 1880 † 1936 S. 581

Špiljak, Mika Mitglied des ZK des Bunds der Kommunisten Kroatiens und seit 13. Mai 1983 Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1139

Spinelli, Altiero Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden im Europäischen Parlament S. 1819, 1899, 1902

Spínola, António Sebastião Ribeiro de General der portugiesischen Streikräfte; 1974 Vorsitzender der „Junta der nationalen Rettung“ und Präsident der Portugiesischen Republik S. 697³⁰

Spohn, Ulrich Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon bis 10. Juli 1983, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter der Leiterin des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt S. 1252⁴, 1752¹

Spranger, Carl-Dieter Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 1737f.

Sprung, Rudolf Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und seit 29. März 1983 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft S. 1391

Squire, Clifford William Mitarbeiter (Assistant Under-Secretary of State) im britischen Außenministerium S. 297, 741²¹, 931, 1562

Stabreit, Immo Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ im Auswärtigen Amt bis 31. August 1983, anschließend Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt, seit 3. Oktober 1983 Ministerialdirigent **Dok. 58** und S. 39¹⁰, 262⁹⁷, 426⁶⁰, 448²⁷, 482, 485¹⁴, 678¹¹, 723¹, 896⁶, 924³³, 1336⁶, 1343, 1352, 1364, 1385, 1477¹, 1583¹, 1601¹, 1623¹, 1690, 1701¹, 1731¹, 1754, 1784⁴⁰, 1792, 1799¹, 1813, 1860¹, 1926

Stackelberg, Hans Heinrich Freiherr von Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 354

Staden, Berndt von Staatssekretär des Auswärtigen Amts bis 31. Oktober 1983 und Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit **Dok. 76, 172, 388** und S. 24³, 73, 85¹, 102¹, 104¹², 129, 136, 142³, 153, 180, 208, 210¹⁹, 211²¹, 212²⁵⁺²⁷, 219¹, 221, 222⁴, 242, 266¹¹⁷, 277f., 279¹¹, 286¹⁷, 287, 292, 295, 299¹⁷, 300¹⁹⁺²¹, 301²⁴⁺²⁵, 302, 321, 325, 331¹, 334, 341, 350, 354¹, 357¹, 376¹, 391, 403, 405¹⁷, 406, 407⁸⁻¹⁰, 409, 412, 417²², 424⁴⁷, 427⁶⁵⁺⁶⁶, 434, 435⁶, 439, 443, 452, 454²⁰, 466¹, 468¹⁰, 469¹³, 488, 494, 496⁸, 505¹⁷, 512, 517, 518⁶, 521¹⁸⁺¹⁹, 522²²⁺²³, 525²⁶⁺²⁷, 531, 559, 562¹³, 596³, 617, 618⁷, 619⁸⁻¹¹, 627, 636, 651, 677, 682⁷, 702, 705²⁰, 707, 710¹⁵, 711, 713, 720¹, 726, 768¹, 785, 800, 801¹¹, 802¹⁷⁻²⁰, 803²¹⁺²⁴, 804²⁵⁻²⁸, 805³¹, 810⁵, 822, 828, 831²⁸, 833²⁺³, 837¹⁴, 881, 884¹, 893, 917, 928, 947, 949⁷⁺⁸, 949⁹, 955, 959, 996⁵, 1026²⁰, 1030¹, 1031³, 1034¹⁵, 1081¹⁺², 1109³, 1132¹, 1153¹, 1162, 1173, 1177², 1186, 1203, 1223, 1227, 1232, 1235¹⁷, 1248, 1251¹, 1259²¹, 1260, 1261⁹, 1262¹⁰⁺¹⁵, 1263²¹⁺²³⁺²⁵, 1264³², 1265³⁶⁺³⁸⁺⁴⁰⁺⁴³, 1267⁵²⁺⁵⁵⁺⁵⁶, 1268⁶⁰, 1270⁷⁷⁺⁷⁹⁺⁸¹, 1409, 1421, 1423¹³, 1469, 1487¹, 1497³, 1502, 1553, 1571, 1701²

- Staks, Jürgen** Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts bis 16. November 1983, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Havanna S. 82¹
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch** 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 3f., 508, 573, 1367, 1597, 1609, 1742⁷, 1803¹⁹, 1819³¹⁺³²
- Stanier, Sir John Wilfred** General und Generalstabschef des britischen Heeres S. 1309
- Steeg, Helga** Ministerialdirektorin und Leiterin der Abteilung „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ im Bundesministerium für Wirtschaft S. 283, 364, 1056³⁰, 1402⁷⁺⁸, 1403¹¹, 1404¹⁴, 1883
- Steffler, Christel** Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt S. 668, 718¹, 1106¹, 1251³, 1567¹², 1701², 1728²⁰, 1752, 1842¹
- Stein, Hans Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda **Dok. 299, 307** und S. 262⁹⁶, 625¹⁷, 793⁸, 833³
- Steiner, Michael** Attaché im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts bis 11. Februar 1983, anschließend an der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amts, seit 1. April 1983 Legationsrat, abgeordnet an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa, seit 3. Oktober 1983 im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ S. 513⁴, 1687¹
- Steinkopff, Klaus-Christoph** Brigadegeneral und seit März 1983 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 288** und S. 873²³, 880²⁸
- Steinkühler, Manfred** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt **Dok. 12, 15, 19, 25, 38, 46, 73, 74, 78, 86, 117, 185, 194, 198, 208, 223, 293, 375** und S. 158⁸, 199², 969², 1289², 1329⁸, 1362⁴⁵, 1437⁴¹, 1466², 1467⁷, 1468¹¹, 1472⁵, 1569²², 1738⁷, 1801¹⁰, 1809¹⁴, 1875¹³, 1898¹
- Stelzenmüller, Tilemann** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt bis 5. Oktober 1983, anschließend Generalkonsul in Bombay S. 647¹³
- Stenbäck, Pär** Vorsitzender der Svenska folkpartiet i Finland und bis 6. Mai 1983 Außenminister der Republik Finnland S. 608⁹
- Stenglin, Andreas Freiherr von** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 354
- Steuben, Friedrich Wilhelm von** *1730 †1794 S. 585
- Stevens, Theodore Fulton** Vorsitzender des Unterausschusses für Verteidigung im Bewilligungsausschuß (Appropriations Committee) des amerikanischen Senats S. 117
- Stevenson, Adlai Ewing II** 1961–1965 Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York S. 889
- Steyrer, Kurt** österreichischer Bundesminister für Gesundheit und Umwelt S. 1178¹⁰
- Stoessel, Walter John Jr.** Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten; 1976–1981 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 105¹⁸, 1109–1111, 1113, 1114²¹⁺²²
- Stoffel, Hans** Regierungsobersekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Maputo S. 1286
- Stoiber, Edmund** Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei sowie bis 21. März 1983 Generalsekretär der CSU S. 452³
- Stoltenberg, Gerhard** Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland und

- seit 29. März 1983 Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) **Dok. 182, 361** und S. 197³⁰, 359, 375, 404, 405¹⁷, 574¹, 603, 624¹⁵, 660¹⁰, 699–701, 761, 777, 828, 847, 874, 876, 1758, 1794
- Stolze, Diether** Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung bis 19. Mai 1983, anschließend Berater des Bundeskanzlers in wirtschaftspolitischen Fragen S. 644¹⁸
- Stone, Richard Bernard** Sonderbotschafter der Vereinigten Staaten von Amerika für Mittelamerika S. 914, 1210
- Stoph, Willi** Vorsitzender des Ministerrats und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR sowie Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 640⁷
- Straszewski, Konrad** Generalmajor der Polizei und polnischer Stellvertretender Innenminister S. 1022
- Strätling, Erich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1983; 1967–1971 Botschafter in Bukarest S. 695¹⁹, 1325¹⁷
- Stratmann, Karl-Peter** Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik S. 946
- Strauß, Franz Josef** Ministerpräsident des Freistaats Bayern und Vorsitzender der CSU **Dok. 154** und S. 77, 94 f., 321, 357, 475, 479, 603, 605², 953, 989⁸, 1033¹⁴, 1173 f., 1176, 1480¹², 1823
- Strauss, Robert Schwarz** amerikanischer Jurist und Politiker S. 1210
- Strausz-Hupé, Robert** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Ankara S. 131, 1165
- Stray, Sverre Thorkild** Außenminister des Königreichs Norwegen **Dok. 9** und S. 1301 f., 1324
- Street, Anthony Austin** Außenminister von Australien bis 11. März 1983 S. 20²⁹, 451
- Strenziok, Gert** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran und bis 22. März 1983 Vertreter des Botschafters, seit 26. August 1983 Lehrgangsteilnahme am NATO Defense College in Rom S. 817⁷⁺⁹
- Stresemann, Gustav** 1923–1929 Außenminister des Deutschen Reiches S. 573, 581
- Ströhm, Carl Gustav** Osteuropa-Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“ S. 160¹⁵
- Štrougal, Lubomír** Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 152
- Stücklen, Richard** Präsident des Deutschen Bundestags (CSU) bis 29. März 1983, anschließend Vizepräsident des Deutschen Bundestags S. 1031⁵
- Studnitz, Ernst-Jörg von** Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York bis 18. September 1983, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt S. 918¹⁰, 1203³, 1269⁷², 1446¹, 1571¹, 1590², 1611⁷, 1695¹, 1697¹, 1704¹⁺³, 1724²², 1890¹, 1895³⁰⁺¹, 1911³
- Stülpnagel, Paul-Joachim von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 405 „Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in internationalen Organisationen“ im Auswärtigen Amt bis 20. Juni 1983, anschließend Leiter des Referats 413 „Internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ S. 367¹⁵, 1226²⁰, 1239⁸, 1425¹⁺³, 1426⁹⁺¹¹⁺¹²⁺¹³, 1429²⁰
- Suazo Córdova, Roberto** Präsident der Republik Honduras S. 647¹³, 1444¹⁴
- Sudhoff, Jürgen Hellmut** Ministerialdirektor und Stellvertretender Sprecher der Bundesregierung S. 1261⁹, 1262, 1466, 1734⁴
- Suharto** Präsident der Republik Indonesien **Dok. 328** und S. 1268⁶⁶

- Sukarno** 1945 Vorsitzender des Komitees zur Vorbereitung der Unabhängigkeit Indonesiens S. 1645²⁴
- Sulimma, Hans-Günter** Botschafter z.b.V. (Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen) bis 17. März 1983, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ im Auswärtigen Amt S. 932²²⁺²³, 1005¹⁶
- Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud** saudi-arabischer Zweiter Stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Verteidigung und Luftfahrt **Dok. 299** und S. 834, 1539
- Sulzberger, Arthur Ochs** Herausgeber der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 507
- Šupka, Ladislav** tschechoslowakischer Minister für technische und wirtschaftliche Entwicklung bis 20. Juni 1983 S. 164
- Suslow, Michail Andrejewitsch** 1955–1966 Mitglied des Präsidiums bzw. 1966–1982 des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU S. 3, 9
- Suzuki, Zenko** 1980–1982 Ministerpräsident von Japan S. 154, 18
- Svart, Anker** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Dänemark bei der NATO in Brüssel bis 14. November 1983 S. 1112
- Szabo, Stephen F.** Professor für Nationale Sicherheitsstudien am National War College in Washington S. 1660
- Szűrös, Mátyás** Leiter der Abteilung für Außenpolitik des ZK der USAP bis Juli 1983, anschließend Sekretär des ZK für Auswärtige Angelegenheiten S. 268
- Tabatabai, Sadegh** Sonderbotschafter der Islamischen Republik Iran **Dok. 29**
- Taft, William Howard** 1909–1913 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 648²⁰
- Taleb Ibrahim, Ahmed** Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 797
- Taliani, Corrado** Mitarbeiter im italienischen Außenministerium S. 233, 235, 240, 246, 250
- de Talleyrand-Périgord, Charles-Maurice** *1754 †1838 S. 1643
- Tandecki, Hans-Peter** Generalmajor der Bundeswehr und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung sowie Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der High Level Group (HLG) der NATO S. 235, 654, 788, 893², 894, 944, 946, 959¹, 1007, 1591
- Tatter, Idalina** s. Radice de Tatter
- Tatter, Federico Jorge** S. 631, 634, 637, 638⁴⁰
- Tawil, Faleh Abdelkarim** Botschafter des Königreichs Jordanien in Bagdad S. 1299
- Taylor, James Hutchings** Leiter der Ständigen Vertretung Kanadas bei der NATO in Brüssel S. 1112
- Taylor, Sir John (Jock)** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn S. 591, 1359, 1580, 1690
- Taylor, Maxwell D.** General der amerikanischen Streitkräfte und 1962–1964 Vorsitzender der Vereinten Stabschefs (Chairman of the Joint Chiefs of Staff) S. 397²³
- Teetzmann, Hans-Henning** Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 1924⁶
- Tekil Amelga** Leiter der Europaabteilung im äthiopischen Außenministerium S. 83
- Teller, Edward** amerikanischer Physiker S. 389³²
- Teltschik, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts S. 35⁸, 51¹, 52, 71¹, 75, 85, 137¹, 189, 219¹, 357¹, 425⁵⁰, 501, 509, 528, 570¹, 578¹, 656, 673, 757¹, 843, 851¹, 987¹⁷, 999, 1035, 1060, 1065, 1248–1250, 1260⁴, 1327, 1340, 1354, 1359,

- 1456f., 1473, 1477¹, 1537, 1581, 1594, 1601, 1623², 1635, 1646, 1662, 1701¹, 1754¹, 1776, 1799¹, 1848, 1860¹, 1876¹, 1926¹
- Tempel** Mitarbeiter des kanadischen Außenministeriums S. 1562
- Terechow, Wladislaw Petrowitsch** Gesandter und Vertreter des Botschafters an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 257⁶⁷, 729¹⁹, 731, 1201¹⁸
- Terfloth, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad **Dok. 65**
- Tesfaye Maru** äthiopischer Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung S. 83
- Thatcher, Margaret** Premierministerin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party **Dok. 37, 109, 111, 270, 333, 338** und S. 46³⁹, 89, 138, 154, 246f., 321, 400, 425, 503, 514, 519, 545, 567, 597, 600, 607, 615, 688, 732, 740, 752, 754, 758, 774, 879, 902¹², 963, 983, 1037, 1041, 1256f., 1368, 1371, 1373, 1425⁸, 1455, 1457f., 1464f., 1665, 1678, 1725, 1735⁸, 1750², 1755, 1783, 1786, 1793, 1815, 1821
- Thiele, Rüdiger** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 41 „Europäische Wirtschaftsintegration“ im Bundeskanzleramt S. 699¹
- Thielmann, A. Gregory** Zweiter Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 884, 1007, 1126, 1487
- Thomas, Joseph** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia; 1978–1982 Botschafter in Stockholm S. 352¹⁰, 353¹⁵, 926³⁷, 1291¹³
- Thomson, Sir John** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den Vereinten Nationen S. 931
- Thorn, Gaston** Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften **Dok. 354** und S. 42²⁰, 312, 408, 615, 762⁴, 1027, 1210³⁰, 1435, 1441, 1566, 1569f., 1814, 1899
- Thorpe, Nigel James** Mitarbeiter im britischen Außenministerium S. 1562
- Thurrow, Roger** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Wall Street Journal“ S. 1841
- Tichonow, Nikolaj Alexandrowitsch** Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 4f., 9, 81, 306, 1030–1033, 1035³, 1036, 1039, 1046, 1051f., 1056, 1074, 1093, 1201¹⁸, 1229, 1266, 1535²⁴, 1743¹⁵
- Tidten, Wolfgang** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts bis 6. Dezember 1983, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 32¹⁰, 347¹
- Tietmeyer, Hans** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 328f., 359⁸, 474²⁶, 701¹², 1675³², 1691⁹, 1693¹⁴, 1758²³, 1871⁴
- Tindemans, Leonard Clemence** Außenminister des Königreichs Belgien S. 31f., 33¹⁵, 306, 312, 393¹⁰, 550, 723, 766²⁸, 896⁶, 1072, 1303, 1324, 1875
- Tito, Josip Broz** 1937–1980 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bzw. des Bunds der Kommunisten Jugoslawiens und 1953–1980 Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1820
- Todenhöfer, Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1340f., 1698⁵, 1699¹⁰
- Todman, Terence A.** Stellvertreter des Leiters der amerikanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bis Juli 1983 S. 1071
- Tokuhisa, Shigeru** Botschafter Japans in Brüssel S. 234
- Tolstoj, Lew Nikolajewitsch Graf** * 1829 † 1910 S. 733
- Tombalbaye, N’Garta** (bis 1973 François) 1960–1975 Präsident der Republik Tschad S. 1478
- Torovsky, Rudolf** Botschafter der Republik Österreich in Algier bis Oktober 1983, anschließend Leiter der KVAE-

- Delegation in Helsinki und Stockholm S. 1718
- Toscani, Candida** Leiterin der Europaabteilung des UNHCR S. 1869f.
- Toth, Robert C.** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Los Angeles Times“ S. 425
- Tower, John Goodwin** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Texas (Republican Party) und Vorsitzender des Militärausschusses S. 116, 1191⁶
- Towpik, Andrzej Kazimierz** Gesandter an der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Polen beim Büro der Vereinten Nationen und den Internationalen Organisationen in Genf bis Oktober 1983, anschließend Leiter der KVAE-Delegation in Helsinki und Stockholm S. 1718
- Trebesch** Regierungsdirektor im Bundesministerium der Verteidigung S. 1047
- Treskow, Wiprecht von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 252⁴⁶, 537¹⁶, 559¹
- Trojanowskij, Oleg Alexandrowitsch** Leiter der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den Vereinten Nationen in New York S. 1482, 1528¹⁹
- Trudeau, Pierre Elliott** Ministerpräsident von Kanada **Dok. 352** und S. 192¹⁵, 694¹⁶, 851f., 879, 1425⁸, 1770, 1775, 1866
- Truman, Harry S.** 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 154, 323, 585, 1803¹⁹, 1819³²
- Trumpf, Jürgen** Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 408¹⁶, 671¹⁸, 924³⁰
- Tsamados, Konstantin** Botschafter der Hellenischen Republik in Bonn S. 1799
- Tschebrikow, Wiktor Michajlowitsch** Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (KGB) S. 4
- Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU; 1984/1985 Generalsekretär S. 3–6, 9, 81, 1534¹⁹
- Tscherwow, Nikolaj F.** Generaloberst und Abteilungsleiter im sowjetischen Verteidigungsministerium S. 239¹⁰, 459, 704¹⁴, 705, 1030, 1065, 1069¹⁸, 1488
- Tschmychalow** S. 1146
- Türkmen, Ilter** Außenminister der Republik Türkei bis 24. November 1983 **Dok. 38** und S. 124, 130, 267f., 1164, 1324, 1435, 1752
- Tugendhat, Christopher** Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und Mitglied für Haushalt und Finanzkontrolle, Finanzinstitutionen und Steuern S. 120⁸, 599, 615
- Ulrich, Peter** Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus seit April 1983 S. 1582
- Ulusu, Bülent** Ministerpräsident der Republik Türkei bis 13. Dezember 1983 S. 1164
- Ungerer, Werner** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts **Dok. 80, 283** und S. 61¹, 63, 268³, 313⁴², 314³, 329⁷, 339², 604¹², 625¹⁸, 762⁴, 1081¹, 1376⁵, 1731⁴, 1795²⁴, 1807⁶, 1952
- Urban, Jerzy** Pressesprecher der polnischen Regierung S. 1723¹⁹
- Urbanek, Helmut** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Lyon S. 216⁵
- Urrutia Lleó, Manuel** 1959 Präsident der Republik Kuba S. 649²¹
- Ussytschenko, Leonid Grigorjewitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 728¹⁵, 1229¹³
- Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch** Marschall der Sowjetunion und Verteidigungsminister sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU **Dok. 205** und S. 4f., 9, 81, 134, 994, 1030, 1074,

- 1076, 1085, 1093f., 1097, 1099²⁰, 1348, 1366, 1368, 1699, 1779
- den Uyl, Johannes Marten (Joop)** Fraktionsvorsitzender der PvdA in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments S. 1343, 1348–1350
- Uzan, Aharon,** israelischer Minister für Arbeit, soziale Wohlfahrt und die Aufnahme von Einwanderern S. 1249⁷
- Vacano, Johannes von** 1973–1979 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 631⁴⁺⁶
- de Valera, Eamon** 1919–1922 Präsident des Dáil Éireann bzw. der Republik Irland S. 1820³⁷
- Vance, Cyrus Roberts** 1977–1980 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1521²⁰
- Varela, Alberto Rodríguez** 1978–1981 argentinischer Justizminister S. 633
- Varfis, Grigorios s.** Warfis, Grigorios
- Várkonyi, Péter** Außenminister der Ungarischen Volksrepublik seit 8. Juli 1983 und Sekretär des ZK der USAP **Dok. 390** und S. 1264, 1395, 1435, 1438, 1490, 1929
- Värynen, Paavo** Außenminister der Republik Finnland seit 6. Mai 1983 **Dok. 325**
- Védrine, Hubert** Berater im französischen Präsidialamt S. 1776, 1792
- Veil, Simone** Mitglied des Europäischen Parlaments (LD) S. 1814
- Velayati, Ali Akbar** Außenminister der Islamischen Republik Iran S. 142–145, 816f., 819–821, 1401², 1504
- Veloso, Jacinto Soares** mosambikanischer Minister für Sicherheit bis 28. Mai 1983, anschließend Minister für Wirtschaftsfragen in der Präsidialkanzlei S. 1827f.
- Venzlaff, Dietrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika“ S. 1105²⁵, 1385¹, 1390¹
- Verbeek, Paul** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 631³, 632, 635, 637, 1905⁷, 1906⁸⁺⁹, 1907¹²
- Vergau, Hans-Joachim** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ im Auswärtigen Amt **Dok. 115, 364** und S. 82¹, 295¹⁺³, 596²⁴, 707¹, 710¹⁴, 711f., 740¹⁴, 742²³, 768⁴, 769⁵, 878¹⁸, 1284¹, 1288¹¹, 1421¹⁺²⁺⁷, 1432¹, 1440⁵², 1562f.
- Vernier-Palliez, Bernard** Botschafter der Französischen Republik in Washington S. 1724, 1753⁷
- Vessey, John William Jr.** General der amerikanischen Streitkräfte und Vorsitzender der Vereinten Stabschefs (Chairman of the Joint Chiefs of Staff) S. 887, 1309
- Vibe, Kjeld** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 187, 1112
- Vieyra, Enrique Benjamín** Botschafter der Argentinischen Republik in Kopenhagen bis Januar 1983 S. 633¹⁴
- Videla, Jorge Rafael** 1976–1981 Präsident der Argentinischen Republik S. 632–634
- Viljoen, Marais** Staatspräsident der Republik Südafrika S. 768²
- Vinocur, John** Büroleiter der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ in Paris, 1977–1982 in Bonn S. 1840
- Viola Redondo, Roberto Eduardo** Generalleutnant und 1977–1981 Oberbefehlshaber des argentinischen Heeres; 1981 Präsident der Argentinischen Republik S. 631–634, 636
- Vivas Lugo, Rene** nicaraguanischer Stellvertretender Innenminister S. 682
- Vogel, Bernhard** Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (CDU) S. 1389
- Vogel, Hans-Jochen** Kanzlerkandidat der SPD bei der Bundestagswahl 1983, seit 29. März 1983 Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag **Dok. 5** und S. 45, 77, 91, 93, 95f., 107³, 108⁵⁺⁸, 133, 139, 182¹⁰, 239, 248, 479, 499, 502,

- 566, 569, 641¹¹, 704¹⁴, 758, 887, 959f., 961¹², 1280, 1355, 1366¹⁰, 1467⁸
- Vogel, Wolfdietrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 346⁶, 1065¹, 1227¹, 1584⁷
- Vogeler, Wilfried** 1971–1974 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 973¹⁸
- Vogt, Wolfgang** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 699
- Voigt, Karsten Dietrich** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und Obmann in dessen Auswärtigem Ausschuß sowie Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO S. 155, 321, 961¹², 1630, 1735¹⁰
- Volcker, Paul Adolph** Vorsitzender der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) S. 284
- Volio Jiménez, Fernando** Außenminister der Republik Costa Rica bis 11. November 1983 S. 914³⁸, 1442, 1444f.
- Völkel, Angelika** Legationsrätin I. Klasse im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts S. 85¹, 347¹
- Vollmar, Sabine** Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen Dritte Welt“ im Auswärtigen Amt S. 1270⁸⁰
- Vorster, Balthazar Johannes (John)** 1966–1978 Ministerpräsident der Republik Südafrika S. 1331
- Vorwerk, Michael** Vortragender Legationsrat im Referat 321 „West- und Zentralafrika“ des Auswärtigen Amts S. 1385¹
- de Vos van Steenwijk, Willem Jan Baron** Leiter der niederländischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 437
- Vreven, Alfred (Freddy)** belgischer Verteidigungsminister S. 31–33, 393¹⁰, 871, 1893¹⁹
- de Vries, Berend (Bert)** Fraktionsvorsitzender der CDA in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments S. 1343, 1350
- Wagner, Gerd** Legationsrat I. Klasse (seit 29. November 1983 Vortragender Legationsrat) im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 828³, 903¹, 1153¹
- Waigel, Theodor** Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag S. 199²
- Waldenfels, Georg Freiherr von** Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr S. 605²
- Waldheim, Kurt** 1972–1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen S. 918, 926²⁷, 973²⁰, 1233⁸, 1638⁷
- Walesa, Danuta** Ehefrau Lech Walesas S. 1876²
- Walesa, Lech** Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc“ S. 805, 921, 1023, 1863, 1868f., 1876²⁺³
- Wallau, Hans Theodor Wilhelm** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 5, 139, 256** und S. 5⁹, 118¹¹, 121¹⁴, 128¹¹, 245¹⁴, 286¹⁷, 396¹⁶, 418²⁵, 425⁵³, 494⁶, 504¹², 543⁸, 687²⁷, 756¹⁰, 757⁸, 930⁸, 993¹¹, 1131²⁰, 1191⁵, 1197³, 1201¹⁵, 1208¹⁵, 1215⁴⁺⁵, 1219⁷, 1225¹², 1235¹⁰, 1237², 1282³, 1308⁶, 1311¹¹, 1495²⁷, 1535²⁶, 1697², 1725⁹, 1738⁶, 1834⁷, 1857¹¹
- Wallner, Otto** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bujumbura S. 1385³, 1389¹⁷
- Wand, Karl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luanda S. 299¹⁸
- Wang Guangmei** Witwe des ehemaligen Präsidenten der Volksrepublik China, Liu Shaoqi S. 747
- Wannow, Marianne** Vortragende Legationsrätin im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 1065¹, 1340¹
- Ward, George** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 606²

- Warfis, Grigorios** Staatssekretär im griechischen Außenministerium S. 1799
- Warner, John** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Virginia (Republican Party) S. 1191⁶
- Warnke, Jürgen** Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) **Dok. 215** und S. 194, 386²⁰, 708, 1731f.
- Waschtschanko** S. 1146
- Wasserberg, Günter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka S. 300²⁰, 1327, 1331¹⁶
- Wassew, Wladillen Michajlowitsch** 1975–1981 Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Washington S. 1521²⁰
- Wassilikos, Stylianos** Leiter der Ständigen Vertretung der Hellenischen Republik bei der NATO in Brüssel S. 186, 391, 882
- Watson** Brigadegeneral und Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 1153f., 1193, 1195
- Wazzan, Shafiq** Ministerpräsident der Libanesischen Republik S. 202, 1441⁵⁵
- Weber, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 91, 137¹, 501, 518, 570¹, 578, 884, 917, 991, 999, 1092¹⁷, 1352, 1453, 1646, 1663, 1669, 1731, 1813, 1848
- Weber, Juliane** Leiterin des Persönlichen Büros des Bundeskanzlers S. 1457
- Weber, Max** * 1864 † 1920 S. 573
- Wechmar, Rüdiger Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis 20. Dezember 1983, anschließend Botschafter in London S. 63, 69¹⁷, 154⁶, 244⁶, 587²⁹, 696²⁸, 1255¹², 1353⁴, 1376, 1380, 1381¹⁰, 1382¹³, 1836⁶
- Wegener, Henning** Botschafter und Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf **Dok. 225, 233** und S. 168, 388²⁸, 420³⁵, 1236¹⁵⁺¹⁶
- Wehner, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der SPD-Fraktion bis März 1983 S. 1359
- Weinberger, Caspar Willard** amerikanischer Verteidigungsminister **Dok. 20, 99** und S. 26, 27¹, 54, 134, 337, 346, 389³², 392–395, 397, 508, 524, 580, 654, 734, 829¹³, 865–867, 870–873, 906¹⁷, 910¹⁷, 943, 945, 982, 985, 993¹¹, 1223, 1343, 1451¹⁴, 1454⁵, 1495, 1512, 1592f., 1668, 1685¹⁰, 1769, 1834⁷, 1890, 1892¹¹⁺¹³
- Weindel, Elmar** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Abu Dhabi S. 835⁷
- Weishaupt, Axel** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 354
- Weiß, Andreas** Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 52, 1035
- Weizsäcker, Carl Friedrich Freiherr von** Physiker und Philosoph, Berater des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel in sicherheitspolitischen Fragen S. 27
- Weizsäcker, Richard Freiherr von** Regierender Bürgermeister von Berlin S. 130⁵, 642¹³, 1581³, 1582, 1792³
- van Well, Günther** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1977–1981 Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 286** und S. 264¹⁰⁷, 278¹⁰, 297, 318¹⁵, 402²³, 469, 474, 627²⁴, 634f., 637, 741¹⁷, 811⁸, 860³⁰, 917, 919, 926³⁸, 931, 953, 1212³⁵⁺³⁸, 1297¹², 1323⁶, 1382¹⁷, 1383¹⁵, 1567¹², 1728²²
- Wellhausen, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Panama S. 647¹², 1181²¹, 1568¹⁷
- Wendler, Hans-Jürgen** Legationsrat I. Klasse (seit 15. Februar 1983 Vortragender Legationsrat) im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 593¹

- Wentker, Hermann** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 994¹⁴
- Wenzel, Horst** Oberamtsrat im Referat 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland“ des Auswärtigen Amtes S. 354¹, 356¹⁵
- Werndl, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amtes sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs Lautenschlager; seit 3. Oktober 1983 Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 363², 391¹, 512¹, 967³, 1338¹
- Westendorp y Cabeza, Carlos** Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium S. 659⁹, 668
- Westerburg, Werner** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Dublin bis 23. Mai 1983, anschließend Generalkonsul in Saloniki S. 1821³⁸
- Westerhoff, Johannes** Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amtes S. 713⁵, 714⁷⁺⁸, 715¹⁵, 716¹⁷, 717¹⁸
- Weston, Philip John** Mitarbeiter (Head of Defence Department) im britischen Außenministerium S. 437, 1835⁴
- Weston, Thomas** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director, Office of Central European Affairs) bis 3. August 1983, anschließend Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1663
- Westphal, Bernd** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka bis 11. August 1983, anschließend Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 296⁴
- Wick, Charles Z.** Leiter der U.S. Information Agency S. 505¹⁷
- Widodo Sutyo** Dolmetscher S. 1635
- Wieck, Hans-Georg** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 2, 22, 36, 63, 64, 158, 165, 166, 168, 178, 179, 217, 376, 380** und S. 31, 209¹², 244⁷, 249³⁰, 251⁴⁰, 259⁸⁵, 275¹², 309²⁷, 403⁴, 418²⁴, 428⁷¹, 502⁴, 565, 569, 608⁹, 788⁷, 801¹⁰, 804³⁰, 822³, 903³, 906, 955⁵, 991¹, 1161¹¹, 1359, 1497⁸, 1498¹⁰, 1501²⁶, 1707¹⁵, 1778¹², 1836¹², 1864¹², 1867²³⁺²⁶, 1912⁶
- Wieland, André** Leiter der Delegation der DDR bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 437 f.
- Wiesel, Elie** Vorsitzender des U.S. Holocaust Memorial Council S. 523²⁸
- Wilhelm IV., Herzog von Bayern** * 1493 † 1550 S. 782⁵¹
- Williams, Anthony James** Leiter der britischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 421 f., 606, 951, 952²⁴, 1073¹³
- Williamson, David** Mitarbeiter im britischen Cabinet Office S. 1691
- Willoch, Kåre** Ministerpräsident des Königreichs Norwegen S. 558
- Wilms, Dorothee** Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 699
- Wirth, Wolfgang** 1948–1954 Mitarbeiter, 1954–1963 Leiter des Pharmakologischen Labors der Farbenfabriken Bayer AG in Wuppertal-Elberfeld S. 1183³⁺⁵, 1282
- Wischnewski, Hans-Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestags und des Präsidiums der SPD; von 29. April bis 1. Oktober 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt, seit 17. September zusätzlich im Auswärtigen Amt S. 271, 45³⁶, 67, 642¹³, 1174, 1665¹²
- Wisner, Frank G.** Mitarbeiter (Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs) im amerikanischen Außenministerium S. 740¹⁴, 1563
- Wöckel, Heribert** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus S. 351⁸, 765²¹, 793⁹⁺¹⁰, 799²⁶, 847⁶

- Woessner, William M.** Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 689⁴, 1277, 1279
- Wokalek, Karl-Albrecht** Legationsrat im Referat 321 „West- und Zentralafrika“ des Auswärtigen Amts S. 1385¹
- Wolf, Bernhard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 331 „Andenpaktstaaten, Mittelamerika, Mexiko“ des Auswärtigen Amts S. 651²⁹
- Wolff von Amerongen, Otto** Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages S. 1399¹⁰
- Wolfgang, Torsten** Mitglied des Deutschen Bundestags und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion S. 1249
- Wörner, Manfred** Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) **Dok. 201, 356** und S. 26, 29, 31–33, 35, 74⁷, 194, 287, 321², 325¹⁵, 392⁸, 394^{f.}, 405¹⁷, 415, 486, 510, 517, 565¹, 570²¹, 577¹³, 761, 775^{f.}, 829¹³, 834⁴, 842, 865–872, 881, 883, 903³, 906¹⁷, 935, 939, 959^{f.}, 981^{f.}, 985, 991¹, 993, 1007, 1273, 1280, 1311, 1360³⁹, 1403¹⁰, 1408, 1468¹⁰, 1591, 1623², 1686, 1704, 1890^{f.}, 1892¹¹, 1894²⁷, 1895^{f.}, 1923
- Wrede, Hans-Heinrich** Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts S. 443¹, 947¹, 1030¹
- Wright, James Claude Jr.** Fraktionsführer (Majority Leader) der Democratic Party im amerikanischen Repräsentantenhaus S. 1275⁶
- Wright, Sir Oliver** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Washington; 1975–1981 Botschafter in Bonn S. 318¹⁵, 1724, 1753⁷
- Wright, Patrick Richard Henry** Abteilungsleiter (Deputy Under-Secretary of State) im britischen Außenministerium S. 1215⁷
- Wu Xueqian** Außenminister der Volksrepublik China S. 1436, 1608, 1625
- Wujec, Henryk** Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft „Solidarnosc“ S. 1723¹⁹
- Wulff, Otto** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1574
- Würth, Pierre** Leiter der Ständigen Vertretung des Großherzogtums Luxemburg bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1112
- Würzen, Dieter von** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 821²², 1172¹⁷, 1401, 1403^{f.}, 1754, 1756, 1760, 1824¹⁰
- Yahia, Abdullah Salem** S. 463², 530¹³, 531¹⁴
- Yaqub Ali Khan, Sahabzada** Generalleutnant und Außenminister der Islamischen Republik Pakistan **Dok. 298** und S. 1436
- Yamanaka, Sadanori** japanischer Minister für internationalen Handel und Industrie bis 10. Juni 1983 S. 843, 845
- Yáñez Barnuevo, Juan Antonio** Leiter der Auswärtigen Abteilung im Amt des spanischen Ministerpräsidenten S. 428, 656, 1842
- Yang Dezhi** General und Generalstabschef der chinesischen Armee, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 738⁴⁸
- Yavuzalp, Ercüment** Staatssekretär im türkischen Außenministerium S. 1752³
- York von Wartenburg, Alexander Graf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt S. 38¹, 51¹, 85¹, 129¹, 208³, 221³, 273¹, 287¹, 302³, 341², 363², 406², 412², 501¹, 531², 565¹, 570²², 574¹, 680², 682⁷, 707¹, 800³, 843¹, 917¹, 1035⁴, 1177⁷, 1186⁴, 1338¹, 1386⁵, 1390¹, 1397¹, 1487¹, 1553², 1557¹, 1574¹, 1583¹, 1610³, 1658¹⁰, 1734¹, 1795²⁴, 1813¹, 1823⁴, 1830¹⁺³, 1833¹, 1848¹, 1874¹
- Yoshino, Bunroku** 1978–1982 Botschafter Japans in Bonn S. 1603

- Zablocki, Clement John** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses bis zu seinem Tod am 3. Dezember 1983 S. 397²¹, 1196
- Zahir Schah, Mohammed** 1933–1973 König des Königreichs Afghanistan S. 919¹²
- Al-Zaidi, Mustafa Mohamed** S. 463 f., 529⁹, 530¹³, 531¹⁴
- Zambrano Velasco, José Alberto** Außenminister der Republik Venezuela S. 647¹², 914³⁸, 1210, 1435¹⁹, 1440
- Zamora Rivas, Rubén** salvadorianischer Exilpolitiker S. 646¹⁰
- Zelaya López, José Santos** 1893–1909 Präsident der Republik Nicaragua S. 648²⁰
- Zeller, Klaus** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt bis 31. August 1983, anschließend Abordnung und Rückversetzung in das Auswärtige Amt, seit 5. Oktober 1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila S. 32, 71, 545, 574¹, 578, 579⁴, 699¹, 917, 983¹, 1227⁴
- Zenker, Heike** Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts S. 978⁴³
- Zhao Ziyang** Ministerpräsident der Volksrepublik China sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und im Ständigen Ausschuß des Politbüros S. 747, 850¹⁵, 1413, 1418
- Zia ul-Haq, Mohammad** Präsident der Islamischen Republik Pakistan S. 339², 767, 1651¹⁴, 1652, 1655
- Ziefer, Fritz** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 321 „West- und Zentralafrika“ des Auswärtigen Amts S. 1211³³, 1385¹, 1390¹, 1480¹⁴
- Ziegler, Hans-Dieter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland“ des Auswärtigen Amts S. 728¹²
- Zieschank, Klaus** S. 632^{9–11}, 634²³
- Zimmermann, Friedrich** Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 152, 164 f., 194, 197 f., 478¹², 537¹⁹, 626, 699, 702, 952², 954⁹, 1031⁵, 1178¹⁰, 1537 f., 1860
- Zirpel, Rolf-Rüdiger** Vortragender Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 645⁸
- Zumstein, Jörg** Korpskommandant und Generalstabschef der Schweizer Armee S. 1047
- Zuzanik** Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 158

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“, „Gesetze und Verordnungen“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den äthiopisch-sowjetischen Beziehungen unter „Äthiopien“ und dort beim Unterschlagwort „UdSSR“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu übernationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer übernationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 194 bzw. von Seite 3 bis 1006, **Band II** von Dokument 195 bis 397 bzw. von Seite 1007 bis 1966.

Abkommen und Verträge

- Vertrag vom 28.6.1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles)
S. 1388, 1794
- Abkommen vom 4.6.1920 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Ungarn (Abkommen von Trianon)
S. 468¹⁰
- Vertrag vom 16.4.1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Vertrag von Rapallo)
S. 573, 853, 1964
- Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenen, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege
S. 418 f., 1153³, 1193
- Vertragswerk von Locarno vom 16.10.1925
S. 573, 853 f.
- Abkommen vom 29.9.1938 zwischen dem Deutschen Reich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Frankreich und Italien über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete an Deutschland (Münchener Abkommen)
S. 662¹⁴, 1333, 1346, 1458⁵, 1597
- Abkommen vom 7.12.1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (Konvention von Chicago)
S. 1303 f., 1312⁶, 1314 f., 1325, 1381
- Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945
siehe unter: VN
- Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.10.1947
S. 18, 45, 1809
- Vertrag vom 6.4.1948 zwischen der Republik Finnland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe
S. 1543
- Übereinkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9.7.1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts
S. 560
- Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
S. 184, 414, 789, 870, 1045, 1129, 1964
- Übereinkommen Nr. 98 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1.7.1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts zu Kollektivverhandlungen
S. 560
- I. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde
S. 713³
- II. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See
S. 713³
- III. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen
S. 713³
- IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
S. 713³
- Konvention vom 4.11.1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
S. 198³⁴⁺³⁵
- Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag)
S. 90²⁸, 122, 401, 597⁵, 764, 780, 1901
- Pariser Verträge vom 23.10.1954
S. 662¹³
- Vertrag vom 23.10.1954 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag)
S. 1964
- WEU-Vertrag vom 23.10.1954
S. 155¹⁴, 482⁴, 484¹⁰⁺¹¹
- Vertrag vom 15.5.1955 zwischen den Vier Mächten und der Republik Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag)
S. 662¹³
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

- Abkommen vom 26.6.1958 zwischen der Französischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Luftverkehr
S. 1324
- Abkommen vom 8.11.1958 zwischen EURATOM und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie
S. 317⁹
- Zusatzabkommen vom 11.6.1960 zum Abkommen vom 8.11.1958 zwischen EURATOM und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie
S. 317⁹
- Handelsabkommen vom 20.6.1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien
S. 673²⁶
- Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen
S. 729¹⁹
- Änderungsabkommen vom 21./22.5.1962 zum Abkommen vom 8.11.1958 zwischen EURATOM und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie
S. 317⁹
- Abkommen vom 31.7.1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung von Grenzfragen
S. 1374⁴¹
- Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit
S. 71, 99–101, 775
- Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 194¹¹, 1162
- Vertrag vom 8.4.1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften
S. 313
- Duisburger Vertrag vom 26.9.1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Bayern
S. 162²³
- Abkommen vom 4.11.1966 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über zivilen Luftverkehr
S. 1297
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte
S. 278, 560
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
S. 560
- Abkommen vom 27.1.1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper
S. 414 f., 1235
- Vertrag vom 14.2.1967 über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)
S. 655²⁰
- Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 155, 173, 317, 816⁶, 936 f., 979⁴⁴, 1058, 1225, 1257 f., 1349, 1429, 1492, 1573, 1656 f., 1658¹⁰
- Niederlassungsvertrag vom 23.4.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat
S. 231
- Abkommen vom 29.6.1970 zwischen der EWG und Spanien
S. 124
- Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
S. 167, 212, 308, 479, 481, 537¹⁸, 911, 941, 989, 1031, 1036, 1039 f., 1043, 1045, 1053, 1062, 1506, 1529, 1531, 1540, 1585, 1617, 1938, 1965
- Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der

- Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 167, 308, 479, 481, 563, 911, 941, 989, 1040, 1053, 1506, 1879¹⁸, 1938, 1965
- Vertrag vom 11.2.1971 über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund S. 420
 - Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 110, 1032 f., 1056, 1063, 1229¹⁴, 1231, 1584⁷
 - Vertragswerk vom 22.1.1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, Irlands und des Königreichs Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS
S. 592⁵³
 - Vereinbarung vom 7.2.1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder
S. 514¹¹
 - Übereinkommen vom 10.4.1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
S. 418–420
 - Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)
siehe unter: SALT
 - Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
S. 127¹⁰, 389, 410–412, 414–416, 654, 1224, 1869
 - Freihandelsabkommen vom 22.7.1972 zwischen der EWG und dem Königreich Schweden
S. 270 f.
 - Freihandelsabkommen vom 22.7.1972 zwischen der EWG und der Portugiesischen Republik
S. 270 f.
 - Freihandelsabkommen vom 22.7.1972 zwischen der EWG und der Republik Island
S. 270 f.
 - Freihandelsabkommen vom 22.7.1972 zwischen der EWG und der Republik Österreich
S. 270
 - Freihandelsabkommen vom 22.7.1972 zwischen der EWG und der Schweizerischen Eidgenossenschaft
S. 270 f.
 - Vertrag vom 21.12.1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (Grundlagenvertrag)
S. 62¹⁶, 167, 308, 479, 481, 537¹⁸, 539, 901⁶, 911, 941, 989, 1040, 1052–1054, 1319, 1322, 1506, 1612, 1938, 1965
 - Übereinkommen vom 3.3.1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen)
S. 43
 - Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit
S. 1585
 - Abkommen vom 19.6.1973 zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit im Transportwesen
S. 1297
 - Abkommen vom 25.6.1973 zwischen der EWG und dem Königreich Norwegen
S. 45
 - Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über die wirt-

- schaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit
S. 474, 855, 858²³, 859
- Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über Zusammenarbeit in der friedlichen Verwendung der Kernenergie
S. 858²³
- Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung
S. 858²³
- Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
S. 858²³
- Vertrag vom 23.8.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen
S. 1406
- Vereinbarung vom 11.11.1973 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel über einen Waffenstillstand
S. 798²⁴
- Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)
S. 159, 160¹⁷, 167, 479, 481, 911, 941, 989, 1040, 1053, 1506, 1938, 1965
- Briefwechsel vom 13.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über humanitäre Fragen
S. 163
- Vereinbarung vom 31.5.1974 zwischen dem Staat Israel und der Arabischen Republik Syrien über Truppenentflechtung
S. 798
- Vertrag vom 3.7.1974 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche
S. 259⁸⁰⁺⁸²
- Abkommen vom 30.10.1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit
S. 1585
- AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28.2.1975
S. 271, 1163, 1388f., 1746
- Abkommen vom 11.5.1975 zwischen der EWG und dem Staat Israel
S. 1782
- Vertrag vom 13.6.1975 zwischen der Republik Irak und dem Kaiserreich Iran über die Staatsgrenze und nachbarschaftliche Beziehungen
S. 205¹⁹
- Abkommen vom 29.12.1975 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über gewisse Meeresfragen
S. 1297
- Abkommen vom 27.1.1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über die Regelung der mit dem deutsch-italienischen Abkommen vom 26.2.1941 zusammenhängenden Fragen
S. 1365
- Kooperationsabkommen vom 25.4.1976 zwischen der EWG und der Tunesischen Republik
S. 271
- Kooperationsabkommen vom 26.4.1976 zwischen der EWG und der Demokratischen Volksrepublik Algerien
S. 271
- Kooperationsabkommen vom 27.4.1976 zwischen der EWG und dem Königreich Marokko
S. 271
- Abkommen vom 28.5.1976 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Durchführung unterirdischer

- Kernwaffenversuche zu friedlichen Zwecken
S. 259⁸²
- Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der EWG und der Arabischen Republik Ägypten
S. 271
 - Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der EWG und dem Haschemitischen Königreich Jordanien
S. 271
 - Kooperationsabkommen vom 18.1.1977 zwischen der EWG und der Arabischen Republik Syrien
S. 271
 - Kooperationsabkommen vom 3.5.1977 zwischen der EWG und der Libanesischen Republik
S. 271
 - I. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
S. 713–717
 - II. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
S. 713, 715–717
 - Internationales Zuckerübereinkommen (IZÜ) 1977 vom 7.10.1977
S. 1270
 - Abkommen vom 6.5.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie
S. 148, 474, 481, 1506, 1585
 - Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel (Vertrag von Camp David)
S. 66⁴, 201¹⁰, 205, 977
 - Vertrag vom 28.5.1979 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Dänemark, der Französischen Republik, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften) und der Republik Griechenland über den Beitritt der Republik Griechenland zu EWG und EURATOM
S. 667²⁹
 - Vertrag vom 18.6.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: SALT
 - Abkommen vom 5.7.1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie einiger anderer Steuern
S. 1622³¹
 - Zweites AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31.10.1979
S. 271, 1388 f., 1746
 - Übereinkommen vom 13.11.1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
S. 162, 538, 1178⁹, 1230, 1267
 - Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der EWG und den Mitglieds-ländern des Verbandes südostasiatischer Nationen – Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand
S. 450, 1588
 - Kooperationsabkommen vom 2.4.1980 zwischen der EWG und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 270
 - Internationales Übereinkommen vom 27.6.1980 über den Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe
S. 1269⁷¹
 - Abkommen vom 28.7.1980 zwischen der EWG und der Sozialistischen Republik Rumänien über die Einsetzung des Gemischten Ausschusses
S. 270
 - Abkommen vom 28.7.1980 zwischen der EWG und der Sozialistischen Republik Rumänien über den Handel und gewerbliche Waren
S. 270
 - Abkommen vom 29.8.1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die tech-

- nisch-industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Rundfunk-Satelliten S. 743
- Übereinkommen vom 10.10.1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen) **Dok. 238** und S. 713⁶
 - Internationales Kakao-Übereinkommen vom 19.11.1980 S. 1269⁷³
 - Übereinkommen vom 28.1.1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten S. 1951
 - Abkommen vom 31.3.1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über einen Beitrag der Bundesrepublik für die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“ S. 1374⁴¹
 - Abkommen vom 28.5.1981 zwischen der DDR und Japan über Handel und Seeschifffahrt S. 1603
 - Vertrag vom 18.6.1981 zwischen Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Kitts und Nevis, St. Lucia sowie St. Vincent und den Grenadinen über die Gründung der Organisation Ostkaribischer Staaten (Vertrag von Basse-terre) S. 1688
 - Abkommen vom 8.10.1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Regelung polnischer Verbindlichkeiten S. 807
 - Protokoll vom 10.12.1981 zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Spaniens S. 92
 - Fischereiabkommen vom 30.12.1981 zwischen der EWG und der Regierung Kanadas S. 191¹³, 692f., 694¹⁴
 - Abkommen vom 15.4.1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg S. 105¹⁸
 - Vertrag vom 2.7.1982 zwischen dem Königreich Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit S. 266, 430, 658⁵, 660
 - Internationales Kaffee-Übereinkommen vom 16.9.1982 S. 1269⁷²
 - Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982 S. 19, 1604–1606, 1645
 - Zusatzprotokoll vom 24.2.1983 zum Vertrag vom 2.7.1982 zwischen dem Königreich Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit S. 658⁵, 660
 - Abkommen vom 24.3.1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand über kulturelle Zusammenarbeit S. 451
 - Abkommen vom 17.5.1983 zwischen der Regierung des Staates Israel und der Regierung der Libanesischen Republik über die Beendigung des Kriegszustands, die gegenseitige Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie den Rückzug der ausländischen Truppen S. 683³, 684⁷, 687, 696, 765f., 775, 966, 977, 1618¹¹, 1729
 - Vereinbarung vom 25.5.1983 zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder S. 517¹⁴
 - Protokoll vom 24.6.1983 über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EWG und dem Staat Israel S. 965, 977
 - Abkommen vom 1.7.1983 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien zur Konsoli-

- dierung der rumänischen Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Krediten deutscher Banken für 1982
S. 856
- Abkommen vom 25.8.1983 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Lieferung von Getreide
S. 1295 f.
 - Abkommen vom 30.9.1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Costa Rica über Finanzielle Zusammenarbeit
S. 1442 f.
- Abrüstung und Rüstungskontrolle**
S. 878
- Ächtung des Krieges
S. 1730
 - Australien
S. 420³⁷, 1154⁵
 - Belgien
S. 1154⁵
 - Bulgarien
S. 1120, 1451
 - Bundesrepublik Deutschland
S. 54 f., 150 f., 155¹⁴, 166, 187, 197, 208–214, 256 f., 259 f., 308 f., 388, 419–421, 453¹³, 485, 733 f., 911 f., 925 f., 941 f., 1045, 1075, 1133, 1154 f., 1191–1196, 1234–1236, 1258, 1265, 1291 f., 1506 f., 1509 f., 1521, 1526–1528, 1541, 1544²¹, 1548, 1552, 1615, 1634, 1730, 1768, 1778, 1936, 1938, 1954, 1957
 - Committee on Disarmament (CD)
S. 135, 166, 256, 259, 260^{89–91}, 388²⁸, 420, 936, 1066¹⁰⁺¹¹, 1153–1155, 1190–1196, 1236, 1615, 1942⁷
 - Dänemark
S. 550 f.
 - DDR
S. 235¹², 260, 1613, 1615
 - Finnland
S. 724
 - Frankreich
S. 132, 211, 419–421, 1041, 1154⁵, 1253, 1257, 1265, 1349, 1358, 1378, 1542, 1625 f., 1631 f., 1730, 1745, 1770, 1954–1956
 - Gewaltverzicht
Dok. 40 und S. 78, 147, 159, 166 f., 178 f., 187 f., 197, 243, 256 f., 308 f., 453¹³, 478, 608, 733, 911 f., 941 f., 1032, 1044 f., 1075, 1133, 1265, 1526–1528, 1531, 1614, 1768, 1955–1957
 - Griechenland
S. 131, 1290⁹, 1291
 - Großbritannien
S. 211, 420³⁷, 1041, 1154 f., 1195, 1258, 1358, 1625 f., 1631–1633
 - Heiliger Stuhl
S. 28, 245¹⁴
 - Italien
S. 1154⁵, 1257, 1378
 - Japan
S. 260⁹⁰, 1154⁵
 - Jugoslawien
S. 1290 f.
 - Kanada
S. 188, 260, 420³⁷, 1154⁵, 1750 f., 1770
 - Kernwaffenfreie Zonen
S. 12, 47, 131, 235, 260, 550 f., 724, 941, 1120, 1290–1292, 1451, 1544²¹, 1613, 1954
 - Konferenz der fünf Atomkräfte
S. 1349, 1357 f., 1378 f., 1542, 1625 f., 1632–1634, 1745, 1750 f., 1770, 1778, 1954
 - NATO
S. 12, 209¹², 211, 879 f., 1265, 1292, 1526 f., 1710
 - Neuseeland
S. 420³⁷
 - Nichtverbreitung von Kernwaffen
S. 937¹⁷, 1225, 1750 f.
 - No First Use (Ersteinsatzverzicht)
S. 12, 55, 57, 211, 245¹⁴, 477 f., 1044, 1075
 - Norwegen
S. 47, 187, 550 f.
 - Polen
S. 260⁹⁰
 - Rapacki-Plan
S. 1290
 - Rumänien
S. 477 f., 1290⁹, 1384²⁴
 - Rüstungskontrolle im Weltraum
S. 259, 1232–1236, 1528
 - Schweden
S. 47, 260, 419, 420³⁷, 550 f., 724, 1290, 1544²¹
 - Türkei
S. 1290⁹

- UdSSR
Dok. 242 und S. 55, 57, 131¹⁰, 132, 209–211, 213, 388f., 733, 1032, 1066, 1157, 1190, 1192, 1195, 1290⁹, 1527f., 1531, 1628, 1634, 1956f.
- Umfassendes Teststoppabkommen
S. 259, 1066
- USA
S. 118¹¹, 171¹⁴, 186, 211, 243, 245¹⁴, 257, 259f., 419–421, 936f., 1154, 1190–1192, 1195f., 1234, 1236, 1265, 1730
- Verbot biologischer Waffen
S. 419f., 1632
- Verbot chemischer Waffen
Dok. 233 und S. 260, 388, 420f., 1066, 1154f., 1157, 1358, 1615, 1632, 1885
- Verbot von Anti-Satelliten-Systemen
S. 1233–1235
- VN
S. 1066¹⁰, 1232⁴, 1233, 1730³⁵
- Volksrepublik China
S. 1625
- Warschauer Pakt
S. 78, 80, 95, 147, 150f., 166f., 186, 208–213, 274f., 477f., 733, 912, 941f., 1032, 1044f., 1319, 1527, 1939, 1943, 1955f.
- Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs am 1.9.1983**
Dok. 258, 264 und S. 1274², 1279¹⁰, 1281, 1292, 1294, 1344f., 1357, 1381⁸, 1437, 1558⁷⁺⁹, 1609, 1677, 1866
- Belgien
S. 1303, 1324, 1326¹⁹
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 261 und S. 1296⁹, 1301f., 1304f., 1314f., 1318, 1323–1326, 1336, 1338, 1415
- Dänemark
S. 1304, 1325
- DDR
S. 1318
- Frankreich
S. 1303f., 1324, 1415, 1742
- Griechenland
S. 1304, 1325, 1336
- Großbritannien
S. 1303, 1324, 1326¹⁹, 1416
- Irland
S. 1303
- Island
S. 1325
- Italien
S. 1302, 1324, 1326¹⁹
- Japan
S. 1416
- Kanada
S. 1325, 1326¹⁹
- Luxemburg
S. 1303, 1324, 1326¹⁹
- Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 1303, 1325f.
- Niederlande
S. 1302f., 1325, 1326¹⁹
- Norwegen
S. 1301⁷, 1324
- Portugal
S. 1324
- Republik Korea (Südkorea)
S. 1312f., 1315, 1323, 1326, 1416
- Spanien
S. 1324–1326
- Türkei
S. 1324
- UdSSR
S. 1275⁶, 1302, 1304, 1313–1315, 1414f.
- USA
Dok. 256 und S. 1275⁶, 1277f., 1301–1304, 1312f., 1315, 1326, 1413f., 1416f., 1720
- VN
S. 1295³, 1297, 1302–1304, 1312f., 1323, 1326, 1414–1416
- Afghanistan**
siehe außerdem: VN
S. 78, 88, 214³¹, 256, 308, 421, 450, 455, 480²¹, 535, 727, 733, 736, 912, 1004, 1020, 1142, 1292, 1661, 1665, 1667, 1882
- Bundesrepublik Deutschland
S. 548, 737f., 919f., 1439
- EG/EPZ
S. 767, 1872¹²
- Iran
S. 918
- Pakistan
S. 264, 627²⁴, 918¹⁰, 919, 1439⁴⁹, 1481f., 1649, 1671
- UdSSR
S. 7, 21, 85, 178, 186, 210–212, 264, 425²³, 443, 497¹¹, 506, 511, 573, 618–620, 624¹³, 627²⁴, 737f., 767, 918–920, 938, 942, 972,

- 1145, 1298, 1417, 1481f., 1528, 1546, 1580⁴, 1608, 1743, 1954, 1957
- USA
S. 1090
- Ägypten**
siehe außerdem:
Entwicklungshilfepolitik, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 372, 475, 696, 778³¹, 837, 1420, 1441, 1846, 1851
- Arabische Liga
S. 66, 69¹⁸, 1461f.
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 187, 295, 312 und S. 68, 70, 838¹⁸, 840, 1082, 1462f.
 - EG/EPZ
S. 121¹⁴
 - Frankreich
S. 979⁴⁴, 1473f., 1788
 - Großbritannien
S. 1473f.
 - Israel
S. 205, 976f., 1462, 1560
 - Jordanien
S. 1461f.
 - Libyen
S. 529
 - Saudi-Arabien
S. 1560
 - Sudan
S. 978
 - Syrien
S. 1560
 - UdSSR
S. 345⁵, 454, 973
 - USA
S. 121, 205, 977, 979⁴⁴
- Albanien**
S. 7
- Algerien**
siehe außerdem: Libanon-Konflikt
S. 226⁶, 264, 613, 740, 744, 838¹⁸, 1312⁶, 1387
- Frankreich
S. 1747
 - Libyen
S. 1789
- Amnesty International**
S. 1823, 1825
- Andenpakt**
S. 271
- Angola**
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 778³¹, 1436, 1477
- Bundesrepublik Deutschland
S. 709, 1563⁷, 1828³⁵
 - Frankreich
S. 299f.
 - Kuba
S. 295³, 296⁴, 297¹², 298f., 597, 623, 649f., 742, 927f., 930¹⁰, 931¹³, 1330f., 1545, 1562–1564, 1620
 - Portugal
S. 1330
 - Südafrika
S. 296⁶⁺⁷, 298f., 301, 649, 928, 1330f., 1562–1564, 1828
 - UdSSR
S. 298–300, 742, 928, 931f., 972
 - USA
S. 296, 298, 596²³, 596²⁷, 623⁷, 741f., 743²⁵, 931, 1091, 1330f., 1562–1565, 1828
- Äquatorial-Guinea**
S. 1078⁸
- Arabische Liga**
siehe außerdem:
Ägypten, Nahost-Konflikt, UdSSR
S. 1382¹³
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 12 und S. 611f., 1397–1401
 - Israel-Boykott
S. 1397–1401
- Argentinien**
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Menschenrechte
S. 1844
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 122 und S. 579⁴, 766, 1226²⁰, 1905–1908
 - EG/EPZ
S. 633¹⁴, 766, 1906, 1908
 - Großbritannien
S. 579⁴, 596, 1621, 1674, 1680
 - Umschuldung
S. 1392¹¹

- USA
S. 1428, 1674

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)

siehe außerdem:

Frankreich, INF-Verhandlungen, Japan, Kambodscha, UdSSR, USA

S. 271, 431, 480²¹, 584, 648, 696, 840, 850, 933f., 970, 994, 1066, 1181, 1326, 1523

- Bundesrepublik Deutschland
S. 451, 1435¹⁸, 1439f.
- EG
Dok. 86 und S. 737, 934, 1004f., 1443, 1471, 1639
- Indonesien
S. 1638f.

Äthiopien

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 16 und S. 709f., 1103

- Sudan
S. 975
- UdSSR
S. 972, 1461

Australien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle

S. 251, 1295³, 1326, 1949f.

Bahrain

S. 835

Bangladesch

S. 264, 1638, 1649f., 1652, 1654f.

Barbados

S. 1579³, 1580

BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)

S. 694f., 1305–1308, 1399, 1947³

Belgien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, EG, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, KSZE, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

S. 319, 340, 397, 509⁴, 658, 1360³⁸, 1388, 1642, 1717, 1744

- Bundesrepublik Deutschland
S. 31–34, 482⁶, 1498

- Spanien
S. 896⁶

- UdSSR
S. 1326²⁰

- Verteidigungspolitik
S. 32⁸, 867¹⁷, 871

- Volksrepublik China
S. 766²⁸

Berlin

S. 130, 196, 350, 662f., 665, 1602

- Berlin Air Safety Center (BASC)
S. 492²

DDR

Dok. 318 und S. 453¹¹, 642¹³, 901, 1722¹⁷⁺¹⁸

- Drei Mächte
S. 492–494, 818¹², 989⁸, 1230²¹, 1308–1311, 1581f., 1621

- Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge
S. 161²¹⁺²², 419³⁴, 471¹⁸, 645⁸, 709⁸, 1032, 1061, 1063, 1103f., 1174, 1229, 1265, 1266⁴⁵, 1540, 1828

- Energieversorgung
S. 540

- Eventualfallplanung
Dok. 260 und S. 492f., 494⁶, 1722

- Frankreich
S. 1310

- Griechenland
S. 1780, 1804, 1866

- Großbritannien
S. 1310

- Iran
S. 818f.

- Rumänien
S. 471

- S-Bahn-Projekt
S. 642

- UdSSR
S. 387, 492, 493³⁺⁴, 534, 587, 751, 901, 1032f., 1061, 1063, 1229–1231, 1265, 1266⁴⁵, 1540, 1722

- USA
S. 1309f., 1311¹¹

- Verbindungswege nach Berlin
Dok. 95 und S. 901, 1296⁹, 1310

- Vier-Mächte-Verantwortung
S. 62¹⁶, 628–630, 900

Bewegung blockfreier Staaten

S. 450, 1138–1142, 1219, 1293, 1544

Birma

S. 1609

BIZ (Bank für Internationalen

Zahlungsausgleich)

S. 330

Bolivien

S. 214¹, 215 f.

Bonner Vierergruppe

S. 492 f., 628, 900 f., 1310, 1581 f., 1722, 1863¹¹

Botsuana

S. 1436

Brasilien

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik

S. 271, 778³¹, 1123, 1441

– Bundesrepublik Deutschland

S. 1226²⁰, 1463

– Libyen

S. 975²⁸

– Umschuldung

S. 1392⁹

– USA

S. 1428

Bulgarien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, INF-Verhandlungen, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Warschauer Pakt

S. 21, 62¹⁴, 1717, 1849

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 218, 219 und S. 51, 351–354, 1053, 1128–1130, 1435¹³

– DDR

S. 1118 f.

– Griechenland

S. 1781

– Malta

S. 1122

– UdSSR

S. 1118, 1120, 1158³, 1384, 1416

– USA

S. 1119, 1121, 1123, 1384¹⁹

Bund der Vertriebenen

S. 478¹²

Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft

S. 441, 1405

Bundesamt für Verfassungsschutz

S. 355, 490 f., 1502⁴, 1740

Bundesanstalt für Materialprüfung

S. 630¹⁵

Bundesarchiv

S. 628 f., 630¹⁵, 730²⁴

Bundesgrenzschutz

S. 1538

Bundeskanzleramt

S. 32, 355, 359⁸, 500¹¹, 530¹³, 566⁶, 771, 1007⁹, 1174¹², 1175¹⁶, 1176, 1229 f., 1250, 1259²¹, 1260⁴, 1262, 1269⁷³, 1273, 1313, 1338¹⁺⁴, 1412, 1504¹¹, 1535²⁴, 1947³, 1952

Bundeskriminalamt

S. 351⁶, 630¹⁵, 1740

Bundesländer

siehe: Länder der Bundesrepublik

Bundesministerium der Finanzen

S. 65³¹, 281 f., 330⁹⁺¹⁰, 347², 348³, 364⁹, 400¹², 403 f., 405¹⁷, 440, 599¹³, 624¹⁵, 645⁸, 701¹², 828, 829¹², 830²², 831 f., 952², 1102, 1174¹², 1313, 1392⁸, 1406, 1466²

Bundesministerium der Justiz

S. 143, 144⁶, 199³⁸, 215, 353, 354¹⁶, 531¹⁴, 1269⁷¹, 1407, 1763, 1909²⁺⁵

Bundesministerium der Verteidigung

S. 25, 34, 303¹², 343–345, 403 f., 405¹⁷, 483, 491, 512–514, 566⁶, 716 f., 787 f., 828¹², 830²², 831²⁶, 832³³, 959 f., 987¹⁷, 1007⁹, 1049⁷, 1050, 1190¹, 1196, 1259²¹, 1260⁴, 1262, 1273, 1309–1311, 1313, 1403¹⁰, 1408–1412, 1422, 1466, 1468, 1485, 1502⁴, 1629¹⁹, 1704, 1717, 1735, 1736¹², 1762–1764, 1845 f., 1892¹¹, 1895, 1923, 1943

Bundesministerium des Innern

S. 198³², 230²², 281 f., 353, 467⁶, 470, 531¹⁴, 626, 701¹³, 702¹⁴, 716 f., 819¹⁶⁺¹⁷, 831²⁶, 952², 953 f., 964¹⁴, 1007⁹, 1174¹², 1175¹⁷, 1229¹⁴, 1230, 1267, 1269⁷¹, 1376⁵, 1466, 1468, 1537³, 1538 f., 1658², 1736², 1740, 1791², 1860¹, 1909⁵, 1947³

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

S. 198³³, 230²², 577¹², 964¹⁴

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

S. 728¹⁵, 783⁵⁵, 1174⁷⁺⁸, 1947³

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

S. 400¹², 440, 672²⁰, 694¹⁴, 1267, 1269⁷³, 1577⁸, 1755¹²

Bundesministerium für Forschung und Technologie

S. 315, 319f., 339², 361¹⁶, 779³⁶⁺³⁸, 780⁴¹, 964¹⁴, 1267, 1947³, 1948

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

S. 353¹⁴, 354¹, 355f., 1174¹², 1175¹⁵, 1176

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

S. 523²⁷

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

S. 964¹⁴, 1178⁸

Bundesministerium für Verkehr

S. 361¹⁷, 779³⁵, 1313, 1502⁴, 1504¹¹

Bundesministerium für Wirtschaft

S. 63³¹, 265¹¹⁰, 320, 330⁹, 339², 345, 365¹², 367, 400¹², 440, 511¹⁰, 513⁵, 516¹³, 602, 624¹⁵, 674³, 707¹, 761²³, 856¹⁴, 858²¹, 979, 1077³⁺⁴, 1078¹¹, 1267, 1269⁷¹, 1306, 1313, 1390¹, 1391, 1392⁸⁺¹⁰, 1400f., 1402⁷, 1405–1407, 1502⁴, 1504¹¹, 1569²³, 1622³¹, 1640¹⁰, 1760²⁹, 1763, 1883, 1947³, 1950⁷

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

S. 82², 345, 605², 707³, 708–712, 915⁴⁰, 1102, 1386, 1423, 1480, 1860¹

Bundesnachrichtendienst

S. 345f., 355f., 1502⁴, 1503, 1740

Bundesrat

S. 230²², 555, 1900

Bundessicherheitsrat

S. 247, 302⁵, 403², 404, 405¹⁷, 483, 512³, 514, 516¹³, 517¹⁴, 715–717, 790f., 833¹⁺³, 834⁴, 835⁷⁺⁸, 838, 840²¹, 842, 960, 1214–1216, 1272⁷, 1402⁹, 1403, 1408, 1558, 1713–1715, 1764, 1846, 1888, 1894, 1917, 1920

Bundestag

S. 73, 100f., 107, 130, 138, 140, 148, 150, 169, 191, 195, 246, 269, 280–282, 331f., 357f., 386²⁰, 419³⁴, 440, 470, 474f., 481, 501–503, 505f., 525f., 531¹⁴, 566, 569, 598, 641¹¹, 659⁹, 662¹³, 685, 688, 708⁷, 711, 728¹², 729¹⁷, 732, 748, 776²², 815, 829¹², 864, 912, 922, 959–961, 968f., 979, 980², 981–984, 992, 1007–1009, 1012, 1049⁸, 1084, 1176, 1228¹⁶, 1229¹⁴, 1262, 1265, 1269⁷¹, 1321f., 1338, 1352, 1358, 1372, 1375, 1380, 1386⁶, 1430f., 1450, 1454, 1467, 1471, 1490¹³, 1492, 1509, 1520f., 1523, 1526, 1554, 1572, 1581,

1611⁷, 1643, 1659, 1662, 1664, 1665¹², 1666f., 1669f., 1683f., 1693, 1697, 1759, 1765, 1774–1776, 1795, 1803f., 1815, 1818, 1823, 1833, 1839f., 1848, 1874, 1877, 1879, 1900, 1907, 1929, 1940

Bundesverfassungsgericht

S. 566⁶, 629

Bundesverwaltungsamt

S. 1398–1400

Bundeswehr

S. 57, 86, 156, 362, 392, 510f., 516¹³, 552, 568, 578, 785, 790, 835⁷, 841, 994, 1040, 1347, 1452, 1599, 1711, 1761, 1771²⁴, 1775, 1818, 1892¹¹, 1897

Burundi

Dok. 274 und S. 1479f.

CARICOM (Caribbean Community and Common Market)

S. 1579³

CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)

S. 138, 269, 283f., 331², 454, 503, 506, 548, 572, 657, 691, 708⁷, 712, 748¹⁷, 754, 961, 968, 984, 992, 1014, 1345, 1348, 1350, 1355f., 1372, 1375, 1430, 1467⁸, 1469, 1476, 1664, 1670⁸, 1765², 1766, 1776, 1792, 1803, 1900, 1929, 1937, 1940

Chile

S. 1112, 1844

China

siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China

COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)

siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)

siehe: RGW

Commonwealth of Nations

S. 1679, 1727

Conference on Jewish Material Claims against Germany

S. 902

Costa Rica

siehe außerdem: Mittelamerika-Politik
S. 385¹⁸

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 287 und S. 915, 1469, 1471

- USA
S. 915⁴¹, 1443

ČSSR (Československá Socialistická Republika)

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Namibia-Frage, Umweltpolitik

S. 572, 751, 1312⁶, 1717

- DDR
S. 151, 218

- Norwegen
S. 50

- Österreich
S. 1178

- Polen
S. 151

- UdSSR
S. 222, 223⁶, 1158³, 1384, 1416, 1540, 1767⁹, 1769, 1850

ČSSR-Bundesrepublik Deutschland

Dok. 30, 32 und S. 169, 650, 731²⁶, 1053, 1264, 1490f., 1929

- humanitäre Fragen
S. 147, 163

- Kriegsgräberfürsorge
S. 161

- Kulturaustausch
S. 161, 164

- Presse
S. 159f., 164

- Reiseverkehr
S. 159f.

- Umweltverschmutzung/Umweltschutz
S. 50, 162–165

- wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 161f.

CSU (Christlich-Soziale Union)

S. 94²⁰, 269, 331², 452³, 454, 503, 506, 605², 691, 708⁷, 748¹⁷, 961, 968, 984, 992, 1345, 1372, 1430, 1467⁸, 1472⁶, 1765², 1766, 1776, 1792, 1900, 1937, 1940

Dänemark

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, EG, EPZ, Europäische Akte, INF-Verhandlungen, KSZE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-

Wirtschaftsbeziehungen, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 98, 198³⁴, 333¹⁰, 562, 1717

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 106 und S. 40, 407¹¹, 883

- DDR
S. 552

- Parlament
S. 549¹⁸, 550, 555f., 723⁵, 866, 868, 871, 881, 883, 904, 916, 1593, 1891⁶

- UdSSR
S. 1326²⁰

DDR (Deutsche Demokratische Republik)

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Berlin, Bulgarien, ČSSR, Dänemark, Entwicklungshilfepolitik, INF-Verhandlungen, KAE, KSZE, MBFR, NATO-Doppelbeschluß

S. 86, 263, 342f., 353¹⁴, 397, 751, 1133, 1138, 1347¹⁹, 1717, 1790, 1927

- Evangelische Kirche
Dok. 392 und S. 1665¹³

- Frankreich
S. 902f.

- Friedensbewegung
S. 901

- Großbritannien
S. 902

- Heiliger Stuhl
S. 217f.

- Italien
S. 62f.

- Japan
S. 1602⁷, 1603f.

- Mosambik
S. 1284, 1287

- Norwegen
S. 50

- Österreich
S. 1549f.

- Polen
S. 522, 921

- Schweden
S. 235¹², 1547f.

- UdSSR
S. 222, 223⁶, 275¹², 396, 640, 642–644, 732f., 885, 888, 946, 1054, 1158³, 1349,

- 1367, 1370, 1383f., 1416, 1536²⁸, 1540, 1551, 1611, 1767⁹, 1769, 1817, 1850
- USA
S. 902
- Volkskammer
S. 1176, 1581
- DED (Deutscher Entwicklungsdienst)**
S. 680f., 709⁹
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)**
S. 346, 975, 1299, 1461, 1788, 1790
- Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)**
S. 7, 849, 1609, 1663
- Deutsch-deutsches Verhältnis**
Dok. 123, 207, 229, 263, 324 und S. 50, 58, 139, 148f., 167, 424, 437, 534f., 569, 572f., 650, 686, 731²⁶, 751, 900⁴, 901⁶, 902, 910f., 921f., 971, 1032–1034, 1052, 1054–1056, 1060f., 1383, 1435¹⁶, 1439, 1507, 1510, 1549, 1551, 1581f., 1803, 1840, 1909f., 1936, 1938
- Ausreisebewegung
S. 355f., 1284, 1286–1288
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 1547f.
- Humanitäre Fragen
S. 1176
- Innerdeutsche Grenze
S. 1173, 1176, 1320
- Innerdeutscher Reise- und Transitverkehr/Mindestumtausch
S. 63, 453¹¹⁺¹², 521, 539, 548, 551, 638f., 641, 1176, 1322, 1582⁵
- Kulturbeziehungen
S. 539³⁴, 1174, 1320
- Luther-Jahr
S. 551f., 556f., 921, 1344, 1665, 1777, 1815, 1945f.
- „Milliardenkredit“
S. 1033¹⁴, 1043, 1116, 1118, 1124, 1176, 1260⁵, 1350, 1367, 1370, 1839
- Post- und Fernmeldeverkehr
S. 1174, 1929f.
- Staatsangehörigkeitsfragen
S. 1320, 1602f.
- Ständige Vertretungen
S. 355¹¹, 356, 1320
- Umweltverschmutzung/Umweltschutz
S. 151²⁶, 163, 539, 1061, 1174f.
- Verkehrsfragen
S. 1175f.
- Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen (Salzgitter)
S. 1320
- Deutsche Bischofskonferenz**
S. 504¹³, 563²², 1356¹⁹
- Deutsche Bundesbahn**
S. 1361f., 1794, 1928
- Deutsche Bundesbank**
S. 347², 349, 375, 552, 575, 590
- Deutsche Bundespost**
S. 783⁵⁵, 1640¹³, 1947
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung**
S. 795, 864, 921, 924, 989⁸, 1029, 1031⁵, 1332f., 1371, 1573, 1603, 1642–1644, 1802, 1815f., 1838–1841, 1963–1966
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen**
S. 1263
- Deutsche Reichsbahn**
S. 642¹³
- DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft)**
S. 663¹⁶, 891f., 1283, 1605¹⁸
- DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik)**
S. 563²¹, 943–946, 1661
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)**
S. 566
- DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag)**
S. 694f., 1399
- DKP (Deutsche Kommunistische Partei)**
S. 502⁴, 1347¹⁹, 1595, 1643
- Dominikanische Republik**
S. 1443⁶
- Doppelbeschluß**
siehe: NATO-Doppelbeschluß
- DRK (Deutsches Rotes Kreuz)**
S. 59¹⁹, 161, 252⁴⁵, 1534
- EFTA (European Free Trade Association)**
S. 121, 1179f.
- EG (Europäische Gemeinschaften)**
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, Argentinien,

- ASEAN, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, Israel, Japan, Jugoslawien, Kanada, KSZE, Libanon-Konflikt, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Simbabwe, Spanien, Südafrika, Türkei, UdSSR, Umweltpolitik, Ungarn, USA, Volksrepublik China*
- S. 16, 1305, 1441, 1506, 1510
- Agrarpolitik
S. 191¹⁰, 192, 227, 286, 374, 400f., 439⁴, 441, 576, 589, 591f., 599, 615f., 666, 671¹⁹, 672, 700f., 739⁴, 746⁹, 754, 761²⁴, 762⁴, 763, 783, 962⁶, 963, 1362f., 1374f., 1418f., 1692–1694, 1746, 1754f., 1782, 1792⁵, 1795–1799, 1804f., 1808f., 1813, 1842f., 1871f.
 - Belgien
S. 192, 441, 1569²³, 1870
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 198, 354 und S. 40–44, 64f., 120f., 191f., 226–228, 268, 271f., 286, 375, 398–401, 440–442, 451, 525, 552f., 556, 574–576, 589, 591, 598–600, 602–604, 614–616, 659f., 666–668, 672, 699–702, 746⁹, 753f., 759–761, 762⁴, 763, 773f., 779f., 781⁴⁹, 803f., 923f., 962–965, 1143, 1162–1167, 1179f., 1267f., 1305–1308, 1351f., 1362–1364, 1373–1377, 1418, 1458, 1550¹¹, 1569f., 1575–1577, 1604, 1607, 1691–1694, 1746, 1780–1783, 1785f., 1792f., 1795–1798, 1801–1805, 1807–1810, 1813–1816, 1842–1845, 1871–1874, 1926
 - Dänemark
S. 42²⁰, 123, 192, 407¹⁴, 441, 552, 557f., 577¹², 1163, 1166, 1267⁵², 1577⁸, 1758²², 1809¹¹, 1871
 - EGKS
S. 226⁵
 - Einfuhrverbot für Robbenfelle
S. 43, 90, 693f.
 - EURATOM
S. 316–320, 604
 - Europäischer Gerichtshof
S. 1900f.
 - Europäischer Rat
Dok. 78, 134, 185, 375 und S. 64f., 192, 305f., 359, 383f., 406, 439³, 440, 672, 766, 951f., 976, 1021⁵, 1029, 1072⁹, 1253¹, 1260⁵, 1362f., 1373f., 1569, 1692, 1814, 1900–1902
 - Europäisches Parlament
S. 432³, 64²⁵, 120, 308¹⁹, 358, 400, 406, 439⁴, 440–442, 487, 576, 589, 591, 615, 626, 739⁴, 760, 777, 964, 1027–1030, 1163, 1179, 1373, 1375–1377, 1675, 1755, 1757, 1797, 1799, 1801, 1808, 1814, 1818, 1843f., 1900f., 1908
 - EWS (Europäisches Währungssystem)
Dok. 68, 74 und S. 44, 64, 72, 284⁵, 330, 359, 398, 439⁴, 441, 525, 575, 615f., 739⁴, 749, 760, 774, 777, 1693f., 1795¹⁸
 - Fischereipolitik
S. 40, 42f., 90, 191f., 400¹², 554f., 671¹⁹, 672, 692f., 1577⁸, 1578
 - Frankreich
S. 120f., 226–228, 269, 272, 374, 399f., 439–442, 451, 487, 574–576, 577¹², 592⁵¹, 602f., 615, 666f., 672²⁰, 739⁴, 753f., 759, 761, 771f., 777, 779f., 781⁴⁷, 783f., 963, 964¹⁴, 1163, 1306f., 1419, 1568¹⁵, 1569²³, 1571–1573, 1674, 1691–1694, 1745–1747, 1755–1759, 1780–1783, 1785f., 1792⁵, 1795–1799, 1802, 1807–1810, 1814, 1843f., 1871–1873
 - Griechenland
S. 124, 131, 227, 577¹², 615, 667f., 672²⁰, 754, 964f., 976, 1163–1165, 1267⁵², 1568¹⁵, 1692, 1756¹⁵, 1780–1782, 1793, 1799–1801, 1803f., 1814, 1816, 1870f.
 - Grönland
S. 123, 400¹², 553–555, 693¹¹, 694, 1574–1578
 - Großbritannien
S. 64²⁵, 65, 119–121, 191f., 400, 440, 577¹², 589, 591f., 598–600, 602, 615, 692⁶, 693, 699, 762⁴, 763, 777, 963f., 1162f., 1166f., 1362f., 1458, 1568¹⁵, 1569²³, 1691–1694, 1755, 1758f., 1782f., 1793, 1805, 1809¹¹, 1816, 1871f.
 - Haushaltsfragen/Eigeneinnahmen
Dok. 84 und S. 64²⁵⁺²⁶, 65³¹, 119f., 191f., 400f., 552, 556, 589, 591, 598f., 615f., 666, 699–701, 739⁴, 746⁹, 753f., 762f., 777, 783, 924, 962–964, 1028f., 1362f., 1374, 1418, 1691–1693, 1754f., 1758f., 1782, 1792⁵, 1795–1798, 1800, 1803–1805, 1807⁵, 1808–1810, 1814–1816, 1842–1844, 1871–1873

- innergemeinschaftlicher Grenzverkehr/
Grenzkontrollen
S. 701f., 1179
- Irland
S. 120, 577¹², 761²⁴, 1166, 1267⁵², 1755,
1813, 1820, 1871
- Italien
S. 64f., 121, 227, 442, 577¹², 602, 615f.,
626, 658⁵, 666, 672²⁰, 761²⁴, 964¹⁴, 1362,
1373f., 1376f., 1568¹⁵, 1569²³, 1693,
1755f., 1780, 1782f., 1792⁵, 1871f.
- Jugendarbeitslosigkeit
S. 399, 576f., 964
- Kommission
S. 42, 43²³, 64²⁵⁺²⁶, 65³¹, 90²⁸, 119³, 121–
124, 191¹⁰, 269f., 308f., 312f., 400, 441,
557, 577¹², 589, 591, 599¹³, 601⁵, 615,
616¹⁵, 623¹¹, 667³⁰, 693, 694¹²⁺¹⁴, 700⁹⁺¹⁰,
701¹²⁺¹³, 702¹⁴, 739⁴, 763, 764¹¹⁺¹², 779³⁹,
780, 781⁴⁹, 782, 962⁶, 964¹³, 965¹⁸, 1163,
1267, 1306f., 1362f., 1418²⁴, 1550¹¹, 1566,
1568¹⁵, 1569f., 1576f., 1693, 1754–1760,
1785f., 1792⁵, 1797, 1800⁶, 1801¹², 1807–
1810, 1820, 1843, 1901f., 1950
- Luxemburg
S. 120, 121¹¹, 192, 441, 577¹², 1569²³,
1870
- Mehrheitsentscheidungen
S. 407⁹⁺¹⁰, 592⁵¹, 598, 764¹²⁺¹⁶, 615, 966,
1029, 1167, 1820
- Neue Politiken
S. 64²⁶, 441, 962f., 1306⁴, 1374, 1756f.,
1795–1797, 1809, 1871⁴, 1872
- Niederlande
S. 192, 399, 441, 577¹², 777²⁷, 1569²³,
1870f.
- RGW
S. 270¹⁴, 272²²
- Stahlkrise
S. 90²⁸⁺²⁹, 122, 374f., 600, 779³⁹, 780, 964,
1569f., 1693f., 1759f., 1807f.
- Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des
Europäischen Rats
*siehe unter: Konferenzen und Verhand-
lungen*
- Technologiepolitik
Dok. 114, 259 und S. 399, 577, 780,
1692f., 1757, 1782f., 1950, 1952¹⁶
- Verkehrspolitik
S. 399, 1179, 1550
- EGKS (Europäische Gemeinschaft für
Kohle und Stahl)**
siehe unter: EG
- EKD (Evangelische Kirche in Deutsch-
land)**
S. 1356¹⁸
- Elfenbeinküste**
S. 1103, 1269⁷³
- El Salvador**
siehe außerdem:
Menschenrechte, Mittelamerika-Politik
S. 503
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 320 und S. 385, 582, 596, 622, 1092,
1095f., 1105, 1470f.
- Frankreich
S. 385¹⁸, 1748
- Großbritannien
S. 385¹⁸, 596
- Italien
S. 385¹⁸
- Spanien
S. 385¹⁸
- USA
S. 384f., 646¹⁰, 648, 681, 759¹³, 914f., 998,
1443⁶
- Energie- und Rohstoffpolitik**
S. 877
- Ägypten
S. 1474
- Argentinien
S. 1426, 1428
- Belgien
S. 1426¹², 1427
- Brasilien
S. 1426, 1428
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 59 und S. 151f., 779, 1178, 1226,
1390⁵, 1426–1429
- ČSSR
S. 151f.
- EG
S. 89, 122, 316–320, 1426¹⁴, 1427–1429
- Erdöl/Erdölpreise
S. 1293, 1328, 1331, 1391, 1394, 1420,
1503f., 1600
- Frankreich
S. 315, 317¹², 779, 1426¹¹, 1427f.

- Großbritannien
S. 89, 318¹⁵, 1426¹⁰, 1427
- Indien
S. 1426, 1428
- Iran
S. 816², 1420, 1503 f.
- Italien
S. 1426¹³, 1427
- Japan
S. 1427
- Kanada
S. 695, 1427
- Kernenergie/Uranversorgung
Dok. 283 und S. 314–320, 1225 f.
- Kuwait
S. 1420
- Niederlande
S. 1427
- Pakistan
S. 265, 339, 1428
- Saudi-Arabien
S. 1420
- Schweden
S. 1427
- Schweiz
S. 1427
- Spanien
S. 1426, 1428
- UdSSR
S. 1225, 1226²¹, 1425, 1427
- USA
S. 314³, 315–320, 1225, 1226¹⁹⁺²⁰, 1331, 1425–1429
- VN
S. 1427
- Volksrepublik China
S. 1426
- Zaire
S. 1480¹¹, 1481
- Entspannungspolitik**
Dok. 87, 104, 388 und S. 60, 549, 1016, 1020, 1029, 1115, 1123 f., 1141 f., 1552, 1959
- Entwicklungshilfepolitik**
- Ägypten
S. 978
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 136, 215 und S. 82²⁺⁴, 386, 681, 915⁴⁰, 939, 978, 1270, 1288, 1329, 1386–
- 1388, 1444, 1470 f., 1479 f., 1559⁴, 1644, 1733
- DDR
S. 1288¹¹
- EG
S. 737
- Japan
S. 1732
- UdSSR
S. 1287⁸, 1388
- USA
S. 708⁷, 710, 712, 759¹³, 930, 936, 978, 998, 1443
- VN
S. 1079¹⁴⁺¹⁵, 1080, 1731–1733
- EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit)**
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, Israel, Japan, KAE, KSZE, Libanon-Konflikt, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Simbabwe, Spanien, Südafrika, Türkei, UdSSR, Ungarn, USA
S. 209, 214, 723–725, 732, 734, 762–767, 1220–1222, 1255, 1382¹³, 1682, 1872, 1902
- Belgien
S. 39, 306, 312
- Bundesrepublik Deutschland
S. 39, 305–312, 621, 803 f., 1013 f., 1336, 1565–1569, 1960
- Dänemark
S. 39, 306–308, 1426¹⁴
- Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
Dok. 315 und S. 1746 f., 1780, 1782, 1841
- Frankreich
S. 306–309, 311 f., 1565–1568, 1959
- Griechenland
S. 306 f., 311, 1013, 1336, 1565–1568
- Großbritannien
S. 265¹⁰⁹, 306–308, 311, 448²⁷, 1566, 1568 f.
- Irland
S. 307, 311, 1014, 1426¹⁴, 1819 f.
- Italien
S. 306 f., 311, 1565 f.

- Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
- Niederlande
S. 265¹⁰⁹, 307, 310, 448²⁷
- Politisches Komitee
S. 312³⁹, 421, 426, 432, 448²⁷, 767²⁹, 851⁴, 896⁶, 924³³, 996⁵, 1959f.
- Troika
S. 39, 242³, 325², 326, 384, 669⁷, 765, 1003f., 1013, 1337, 1383, 1435, 1440f.

ESA (European Space Agency)
S. 831²⁶

EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)
siehe unter: EG

Europäisch-Arabischer Dialog
Dok. 117 und S. 1567

Europäische Akte/Europäische Union (Genscher-Colombo-Initiative)
S. 305, 924, 963

- Belgien
S. 966
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 80 und S. 64, 401, 555f., 591f., 598, 625¹⁸, 626, 763¹⁰, 765, 965f., 1028f., 1898–1904
- Dänemark
S. 313, 407f., 555f., 625¹⁸, 764f., 965f., 1899, 1903
- Europäisches Parlament
Dok. 382 und S. 120, 312–314, 401, 407⁹, 408f., 441, 555–557, 598⁹, 625f., 763, 764¹¹⁺¹², 966, 1028f., 1375, 1819
- Frankreich
S. 407, 555³⁹, 625¹⁸, 764, 965f., 1819, 1899, 1903
- Griechenland
S. 313, 555³⁹, 625¹⁸, 764f., 965f., 1899, 1903
- Großbritannien
S. 313, 407, 555³⁹, 592, 597f., 625¹⁸, 764, 965, 1819, 1899, 1903
- Irland
S. 764, 965, 1819, 1899
- Italien
S. 64, 966, 1375

- Luxemburg
S. 625¹⁸, 966
- Niederlande
S. 966

Europäische Gemeinschaften
siehe: EG

Europarat
S. 198, 230, 1166, 1180, 1951

EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)
siehe unter: EG

Färöer
S. 422¹, 1575

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 16⁶, 94¹⁹, 95, 138, 191, 269, 283f., 331², 405, 454²¹, 478¹², 506, 744, 961, 968, 984, 992, 1249, 1348, 1351, 1467⁸, 1472⁶, 1475f., 1666, 1670⁸, 1746³⁵, 1765², 1766, 1904

Finnland
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, INF-Verhandlungen, KAE, KSZE, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 325 und S. 1498, 1927
- UdSSR
S. 608⁹, 972

Frankreich
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Ägypten, Algerien, Angola, DDR, EG, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, INF-Verhandlungen, KAE, KSZE, Libanon-Konflikt, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportpolitik, START, Umweltpolitik, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

- Dok. 351** und S. 86, 138, 198, 204, 230²⁰, 509⁴, 562, 585, 665, 1042, 1597–1599, 1602, 1642, 1655, 1674f., 1740, 1817, 1950
- ASEAN
S. 1748

- ausländische Arbeitnehmer in Frankreich
S. 744 f.
 - Griechenland
S. 1255 f.
 - Großbritannien
S. 597, 1360, 1691, 1785
 - Indien
S. 1259
 - Irak
S. 263 f., 975, 1420, 1503 f., 1729, 1749, 1771, 1788, 1846
 - Iran
S. 142⁴, 264, 848, 1213, 1462, 1503
 - Italien
S. 624, 1370, 1785, 1787
 - Japan
S. 19, 122¹⁶, 361, 1749
 - Jordanien
S. 263¹⁰², 1465, 1786, 1788
 - Jugoslawien
S. 687
 - Kambodscha
S. 1748
 - Libyen
S. 975, 1788–1790, 1853
 - Luxemburg
S. 743
 - Nicaragua
S. 1748
 - Pakistan
S. 265, 340
 - Polen
S. 251 f., 308, 800⁷, 803, 1170 f., 1743, 1868 f., 1960 f.
 - Rumänien
S. 1744
 - Saudi-Arabien
S. 625¹⁷, 1472⁵, 1788
 - Spanien
S. 229, 428⁷⁵, 429, 739 f., 745, 916, 1781, 1922², 1923
 - Syrien
S. 263¹⁰², 794¹⁴, 1465, 1788, 1846
 - Tschad
S. 1387 f., 1393, 1478, 1747 f., 1766, 1788 f.
 - UdSSR
S. 94, 169, 179, 249 f., 293⁶, 294¹⁴, 306 f., 479, 686 f., 850, 1136, 1324, 1417, 1742–1744, 1767 f., 1865
 - Ungarn
S. 269, 1744
 - USA
S. 101, 244, 246, 594¹², 698, 1072, 1425⁸, 1428, 1503⁷, 1660, 1742
 - Verteidigungspolitik
S. 289, 362, 567, 571, 579, 586, 704, 775, 776²², 1573, 1629, 1635
 - Vietnam
S. 1748
 - Volksrepublik China
S. 747 f., 850
- Frankreich–
Bundesrepublik Deutschland**
siehe außerdem: Berlin
- Dok. 13, 19, 41, 71, 110, 142, 143, 145, 148, 162, 357, 359, 361, 394, 395, 396, 397** und S. 294¹⁴, 299 f., 315, 317, 347–349, 373–375, 407⁹, 439³⁺⁴, 442, 482 f., 485¹³, 506, 541 f., 557, 597, 599, 603, 629¹⁴, 666, 733, 1253, 1268, 1329, 1347, 1498, 1502, 1571–1573, 1692–1694, 1871, 1873
- Deutsch-französisches Jugendwerk
S. 71, 100, 505
 - Französische Truppen in der Bundesrepublik
S. 1373
 - Grenzfragen/Mundatwald
S. 1374
 - Kooperation in Rüstungs- und Sicherheitsfragen
Dok. 356 und S. 577, 761, 775 f., 784, 1049, 1360³⁹, 1747, 1846
 - Technisch-industrielle Zusammenarbeit
S. 361, 743 f., 778–780, 783, 1640, 1793 f., 1926 f.
 - Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit
S. 71–73, 575, 752 f., 760 f., 776–782
 - Zwangsrekrutierte des Zweiten Weltkriegs
S. 1374⁴¹
- Französisch-Guyana**
S. 216⁴⁺⁵
- Friedensbewegung**
siehe unter: NATO-Doppelbeschluss
- Friedrich-Ebert-Stiftung**
S. 438, 728¹³, 985¹⁴, 1423 f., 1824
- Friedrich-Naumann-Stiftung**
S. 1424

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)

S. 122, 286¹⁶, 330, 399¹¹, 539³¹, 602, 844, 874, 876, 1078, 1604, 1755¹², 1950, 1952

Gesetze und Verordnungen

- Bayerische Landesordnung vom 23.4.1516 S. 782
- Gesetz vom 25.4.1951 über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet S. 356¹⁴
- Biersteuergesetz in der Fassung vom 14.3.1952 S. 781
- Ausführungsgesetz vom 20.4.1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz, KWKG) S. 835⁷, 836 f., 1402⁷⁺⁹, 1846
- Gesetz vom 28.4.1965 über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz) S. 355 f.
- Gesetz vom 11.9.1974 über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) S. 1397–1401
- Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung vom 2.1.1975 S. 1406
- Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung vom 9.5.1975 S. 142², 144, 1909²⁺⁵, 1910 f.
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 25.5.1976 S. 1406
- Gesetz vom 27.1.1977 zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung S. 1376⁵
- Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung – AWW) in der Fassung vom 3.8.1981 S. 675
- Gesetz vom 16.7.1982 über das Asylverfahren S. 1861⁷
- Gesetz vom 28.11.1983 zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern (Rückkehrhilfegesetz) S. 1703⁷

Ghana

S. 975, 1103

Goethe-Institute

S. 231, 451, 817, 1082

Grenada

siehe außerdem: Menschenrechte, VN

S. 759¹³, 1569, 1681, 1690, 1700, 1748

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 337 und S. 1621, 1664–1667, 1679, 1844

- Großbritannien

S. 1580, 1671–1673, 1678 f., 1727

- Kuba

S. 1580⁴, 1663, 1667, 1673

- UdSSR

S. 1580⁴, 1663

- USA

Dok. 317 und S. 1593, 1661, 1663 f., 1667, 1672 f., 1679, 1682, 1687–1689, 1727, 1771

Griechenland

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Berlin, Bulgarien, EG, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, INF-Verhandlungen, KAE, KSZE, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

S. 562, 1120

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 360 und S. 883, 1255, 1336, 1435¹⁰, 1692

- Großbritannien

S. 1256

- Irland

S. 1336⁶

- Israel

S. 203

- Italien

S. 1255, 1257

- Türkei

S. 196 f., 269, 1165, 1781, 1807, 1890³

- UdSSR

S. 306

- USA

S. 269, 1781

Grönland

siehe außerdem: EG, NATO

Dok. 316

Großbritannien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Ägypten, Argentinien, DDR, EG, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, Grenada, Griechenland, INF-Verhandlungen, KAE, KSZE, Libanon-Konflikt, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportpolitik, START, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

S. 19²⁸, 138, 509⁴, 562, 623, 688, 708⁷, 732, 774, 1042, 1094, 1271, 1328⁶, 1330, 1598, 1604, 1642, 1740, 1951

- Indien
S. 1652
- Iran
S. 848 f.
- Irland
S. 1820–1822
- Italien
S. 65, 1353, 1358, 1360, 1362
- Japan
S. 584, 825 f.
- Jordanien
S. 311, 1464
- Kanada
S. 191 f.
- Libyen
S. 530¹²
- Oman
S. 512–517, 578
- Polen
S. 251, 309, 800⁷, 803, 804³⁰, 1168, 1170 f., 1869
- Saudi-Arabien
S. 516, 836¹¹, 1472⁵
- Spanien
S. 266 f., 427 f., 661¹², 740, 899
- Südafrika
S. 1331
- UdSSR
S. 250, 264, 425, 584, 685, 1256, 1326²⁰, 1672, 1725
- Ungarn
S. 269, 588

– USA

S. 154, 156, 245, 323–325, 337, 582, 788⁴, 803, 814, 888, 915, 1379, 1593, 1660, 1665¹⁵, 1667²³, 1671–1674, 1676 f., 1735

– Verteidigungspolitik

S. 704, 724⁸, 1629, 1635

Großbritannien–Bundesrepublik

Deutschland

siehe außerdem: *Berlin*

Dok. 37, 109, 111, 112, 113, 270, 333, 334, 335, 338 und S. 46, 154 f., 246–248, 318¹⁵, 387²⁶, 407¹⁰, 437, 482⁶, 484, 485¹⁴, 567, 879²⁵, 1162, 1165, 1167, 1215⁷, 1368, 1371, 1390⁵, 1498, 1739¹⁵, 1835–1837

– britische Truppen in der Bundesrepublik
S. 1352 f., 1373

– Rüstungskooperation

S. 512–517, 1360

– technisch-industrielle Zusammenarbeit
S. 1360 f.

Grundgesetz vom 23.5.1949

S. 130⁸, 1320, 1602⁷, 1603, 1784³⁹

Grüne (Die Grünen)

S. 107, 138, 150, 191, 283, 331 f., 478, 501 f., 566, 732, 961, 984, 1153¹, 1358 f., 1372, 1467⁸, 1606, 1660 f., 1665¹², 1666, 1670, 1684, 1735, 1765², 1823, 1840

Gruppe der 77

siehe unter: *Nord-Süd-Dialog*

GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit)

S. 680, 709⁹⁺¹³

Guatemala

siehe außerdem: *Mittelamerika-Politik*

S. 1748

Guinea-Bissau

S. 709, 711, 1104

Guyana

S. 1323⁶, 1620²²

Haiti

S. 1748

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

S. 710, 712²⁵, 1424

Heiliger Stuhl

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, DDR, KSZE

S. 62¹⁴, 791², 1717

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 42 und S. 1106–1108, 1251²⁺³, 1252⁴
- Indien
S. 1648
- Polen
Dok. 216 und S. 522, 536, 559, 562, 564, 572, 587, 594, 719 f., 801, 803–808, 913 f., 920 f., 938, 966, 1021–1024, 1165, 1169, 1597, 1643
- Republik China (Taiwan)
S. 1251, 1252⁴
- Volksrepublik China
S. 1251 f.

Hitler-Tagebücher

Dok. 121

Honduras

siehe außerdem: Mittelamerika-Politik

S. 1443⁶

- Bundesrepublik Deutschland
S. 681, 1471
- Nicaragua
S. 385 f., 647
- USA
S. 681, 915⁴¹

Humanitäres Kriegsvölkerrecht

Dok. 137 und S. 1194, 1196, 1217–1219

IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)

siehe unter: VN

Ibero-Amerika Verein e.V.

S. 645⁷

ICAO (International Civil Aviation Organization)

siehe unter: VN

IDA (International Development Association)

siehe unter: VN

IEA (Internationale Energieagentur)

S. 366

IGH (Internationaler Gerichtshof)

siehe unter: VN

ILO (International Labour Organization)

siehe unter: VN

Indien

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Nord-

Süd-Dialog, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 319¹⁹, 475³⁰, 736, 1312⁶

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 329 und S. 860, 924³³, 925, 1268, 1270, 1428¹⁹, 1436²⁹, 1733
- Jugoslawien
S. 1139
- Kanada
S. 1653
- Pakistan
S. 1090, 1649–1652, 1655
- Rumänien
S. 860
- UdSSR
S. 1651
- USA
S. 1090, 1428¹⁹, 1647–1649, 1651, 1653
- Volksrepublik China
S. 1650

Indonesien

siehe außerdem:

ASEAN, Nord-Süd-Dialog, Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 328 und S. 1268
- Vietnam
S. 933

INF-Verhandlungen

Dok. 33, 34, 35, 252 und S. 61 f., 158 f., 184, 207, 219, 288, 306, 387, 434 f., 460 f., 497, 543, 661 f., 664, 772 f., 775, 865, 936, 992, 993¹¹, 1094, 1189 f., 1223, 1237, 1263, 1548 f., 1641 f., 1942

- amerikanische Mittelstreckensysteme
S. 47, 53, 92, 103 f., 111, 112¹², 114, 240, 489 f., 533 f., 707, 1244, 1246, 1508, 1514, 1517
- ASEAN
S. 1134, 1137
- Belgien
S. 824 f., 1335
- Bulgarien
S. 1125
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 6, 171, 247, 267, 284, 326, 372 und S. 35–38, 45, 57 f., 74 f., 79, 86, 92 f., 112–115, 117 f., 132–136, 149, 165 f., 175, 187, 190, 193, 305, 378⁹, 379–381, 480, 519, 524–526, 580, 650, 663, 690 f., 734 f., 749 f.,

- 758, 823–827, 844–846, 880, 885–890, 909f., 943f., 980⁶, 981, 984, 985¹⁵, 991, 1011, 1033f., 1035⁴, 1041–1043, 1058f., 1065–1067, 1069, 1076, 1085–1087, 1094–1096, 1098f., 1117f., 1121, 1127–1129, 1132–1135, 1137, 1158², 1159, 1231²⁴, 1238f., 1242, 1245f., 1265³⁶, 1276, 1278f., 1291f., 1301⁴, 1315f., 1320f., 1333–1335, 1345f., 1349, 1356–1358, 1365, 1367, 1369–1371, 1378f., 1438, 1450f., 1458, 1488–1492, 1508–1510, 1520–1524, 1539f., 1542, 1586, 1612f., 1616f., 1625–1635, 1656–1658, 1680f., 1685f., 1769f., 1884f.
- DDR
S. 588, 640, 1076, 1612f.
 - Dänemark
S. 723⁵, 866, 868, 911, 1856
 - Drittstaatsysteme
Dok. 327 und S. 71⁹, 131³, 37, 45³⁶, 53⁷, 79, 93f., 103, 107, 110f., 113–115, 132f., 137, 140, 165f., 168–170, 172f., 175–181, 228f., 234, 235¹³, 236–239, 244, 258, 289, 395, 413⁷, 478¹¹, 489, 499, 533, 580, 703–706, 723⁵, 724, 734, 750, 757f., 822, 826, 851⁴, 871f., 880–882, 885, 887, 893, 895, 911, 945, 981, 985¹⁵, 1010, 1037f., 1045, 1059, 1065–1067, 1068¹⁵⁺¹⁶, 1069f., 1076, 1087, 1095f., 1098, 1117f., 1121, 1129, 1132–1134, 1136, 1160f., 1201f., 1231, 1238, 1242, 1253f., 1256¹⁰, 1257f., 1265³⁶, 1279, 1314–1316, 1321, 1349, 1358, 1368–1371, 1378f., 1417, 1430f., 1454f., 1475, 1488, 1491f., 1494, 1508f., 1513–1516, 1522, 1542, 1552, 1656f., 1658¹⁰, 1680f., 1683, 1686, 1697f., 1700, 1741⁴, 1744, 1767f., 1770, 1778f., 1857–1859
 - Finnland
S. 1616–1618
 - Flugzeuge/FBS
S. 28, 36, 79, 94, 111, 170, 177, 182, 239, 257, 380, 394, 490, 533, 705–707, 827, 888, 1014, 1059, 1068, 1096f., 1099, 1201¹⁵, 1244, 1246, 1254, 1256, 1278, 1338⁴, 1339, 1487–1490, 1509, 1514, 1517f., 1523, 1525
 - Frankreich
S. 140, 750²², 757f., 851⁴, 852, 911, 1202, 1253, 1257, 1335, 1370f., 1378, 1417, 1631f., 1741, 1744f., 1768–1770, 1778¹²
 - Griechenland
S. 911
 - Großbritannien
S. 190, 193, 724⁸, 824–827, 871, 1246, 1256f., 1335, 1356, 1358, 1371, 1378, 1632, 1669⁹
 - Italien
S. 395, 480, 824, 1257f., 1335, 1368–1371
 - Japan
S. 22, 37, 96, 133¹⁴, 234, 257, 822, 824, 826, 844, 846, 851⁴, 879f., 912, 990f., 1066, 1134–1136, 1438, 1598, 1685¹³
 - Jugoslawien
S. 1135f., 1138, 1290f., 1294
 - Kanada
S. 851f.
 - Kurzstreckensysteme und Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite
S. 182, 234, 239f., 705, 822, 825, 895, 1014, 1096, 1098f.
 - Luxemburg
S. 1335
 - Niederlande
S. 86–88, 395, 1335, 1348
 - Norwegen
S. 1159, 1856
 - Null-Lösung
Dok. 8 und S. 71⁹, 12, 22, 28, 30, 45f., 53f., 62¹⁰, 73–75, 86, 88f., 92–94, 96, 107, 109⁴, 111–115, 117f., 132f., 135f., 139f., 150, 165, 170, 175–180, 185–187, 190, 193¹⁹, 197, 220, 221⁵, 228, 233f., 235¹³, 237–240, 241¹⁷, 246, 377, 378⁹, 379, 394, 413⁷, 499, 519f., 525f., 663, 735, 822³, 824, 845, 851⁴, 852, 944f., 1042, 1238, 1334, 1353, 1356, 1522, 1598, 1616, 1618, 1686, 1700, 1744
 - Obergrenzen (global/regional)
S. 71⁹, 22, 36f., 93f., 111, 170, 181f., 238f., 257, 380, 394, 489, 499, 568, 655, 703, 704¹³, 705f., 734, 822–824, 826, 893f., 985¹⁵, 991, 1014, 1069¹⁸, 1096, 1098f., 1136f., 1244, 1246, 1254f., 1278, 1321, 1339, 1369, 1490, 1508, 1513, 1516f., 1523, 1598, 1617, 1623², 1634f., 1684–1686, 1690⁵, 1697², 1698, 1778
 - Polen
S. 1723²¹
 - Rumänien
Dok. 330 und S. 550, 863³⁹, 1680, 1683, 1686, 1700, 1744

- Schweden
S. 1542
 - sowjetische Mittelstreckensysteme
S. 30, 46³⁸, 87f., 92, 103, 111, 112¹², 135, 139f., 176, 181, 236⁴, 257, 489f., 583, 660, 823–825, 845, 944–946, 1075, 1367, 1370
 - UdSSR
Dok. 340 und S. 7f., 13, 21f., 27f., 45–47, 52f., 58, 60, 78–80, 107, 110f., 113f., 117f., 132–135, 165, 170, 173, 177f., 236³, 237, 239f., 257–259, 305, 388, 395, 478¹¹, 480, 488f., 498–500, 505, 526, 533f., 540, 550, 568, 584, 586, 588, 593f., 655, 691, 722, 727, 734–736, 822³, 826, 872, 878, 884f., 887–890, 937, 943–946, 968, 971, 984, 1009–1011, 1014, 1035⁴, 1036–1038, 1046, 1058–1060, 1065, 1067–1070, 1085–1087, 1127–1129, 1132–1136, 1159–1161, 1201f., 1227f., 1238, 1242, 1253f., 1256, 1314–1316, 1321, 1349, 1367–1369, 1377, 1379, 1413–1415, 1417, 1455, 1458, 1487–1495, 1512–1518, 1524f., 1552, 1553³, 1593¹², 1613f., 1623, 1626, 1629–1631, 1633, 1726, 1767, 1769f., 1778f., 1830f., 1854–1859, 1884, 1912, 1935f., 1939²⁸, 1941
 - USA
Dok. 244 und S. 36f., 93, 96f., 102⁴, 109, 111, 114f., 117f., 134, 170–174, 179¹⁹, 185, 232–234, 238–240, 241¹⁷, 377–380, 394f., 412f., 489, 499, 504, 507f., 519f., 524–527, 547, 549, 734f., 757f., 824–826, 871, 886f., 911, 943⁶, 945, 1010f., 1014, 1058f., 1086f., 1095, 1097–1099, 1127, 1158², 1201, 1254, 1258, 1274–1281, 1295f., 1338⁴, 1356f., 1359, 1378f., 1417, 1453–1455, 1475f., 1487f., 1490–1492, 1494, 1515–1518, 1523, 1623²⁺⁵, 1669, 1684f., 1697², 1857, 1863, 1868, 1961
 - Verifikation
S. 1098, 1160f.
 - Vertrauensbildende Maßnahmen
S. 171, 179, 236, 238f., 394, 499f., 519f., 824, 910
 - Volksrepublik China
S. 96, 133¹⁴, 257f., 1133f., 1136f.
 - „Waldspaziergang“
Dok. 22, 93 und S. 171, 233, 240, 380, 706, 846¹⁰, 887f., 893f., 944, 985¹⁵, 1014, 1046, 1066f., 1069¹⁸, 1085f., 1096, 1099, 1118, 1132, 1134–1138, 1201, 1278, 1349, 1369, 1494, 1669⁹
 - Warschauer Pakt
S. 1075, 1680
 - Zählkriterien
S. 28, 36, 79, 181, 239¹⁰, 703f., 721, 734f., 823, 825f., 885, 945, 1253
 - Zusammenhang zwischen INF und START-Verhandlungen
S. 87, 102f., 183, 244⁸, 257f., 826, 886, 888, 894f., 909, 1010f., 1127f., 1451, 1454⁷, 1455, 1488, 1491, 1493, 1769f., 1856–1859, 1863, 1868, 1961
 - Zwischenlösung
Dok. 75 und S. 94, 118, 132–134, 136, 149, 165f., 169f., 394f., 413⁷, 478, 480, 499, 504¹¹, 519f., 524³, 525f., 533, 540, 544, 549f., 567f., 571, 588, 593, 663, 734f., 750, 822³, 826, 851⁴, 852, 884, 890, 911, 945, 1042, 1059, 1069, 1076, 1099, 1118, 1238, 1279, 1292, 1338⁴, 1339, 1345f., 1413–1415, 1430f., 1438, 1487, 1558, 1616f., 1623f., 1634, 1700
- Interamerikanische Entwicklungsbank**
S. 1444
- Irak**
siehe außerdem:
Frankreich, Libanon-Konflikt
S. 513, 1560⁶
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 257 und S. 350, 838¹⁸, 1618
 - Japan
S. 1420, 1600
 - Saudi-Arabien
S. 836¹¹
 - Syrien
S. 1420
 - UdSSR
S. 206²⁵, 264, 847, 1618, 1788
- Irakisch-iranischer Krieg**
S. 205, 206²⁵, 263f., 346, 402, 595, 625, 818, 836, 848, 926f., 975, 1141, 1293, 1403, 1419f., 1461, 1503f., 1561, 1599f., 1618, 1676, 1729f., 1787f., 1852
- Iran**
siehe außerdem:
Afghanistan, Berlin, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Nahost-Konflikt, VN
S. 837, 878, 880
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 29, 156, 278 und S. 848f., 1502–1504, 1618

- Israel
S. 1618
- Italien
S. 848
- Japan
S. 848, 1600
- Libyen
S. 975, 1618
- Schweiz
S. 142⁴
- Syrien
S. 1787
- UdSSR
S. 206²⁵, 264, 1402, 1461, 1618
- USA
S. 145⁷, 1401 f., 1668, 1771
- Irland**
siehe außerdem:
Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, EG, EPZ, Europäische Akte, Griechenland, Großbritannien, KSZE, NATO-Doppelbeschluß, VN
S. 230²⁰, 1717
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 363
- NATO
S. 1820
- UdSSR
S. 1818
- USA
S. 1818, 1820
- Island**
siehe außerdem:
Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, NATO
S. 1577, 1717
- Israel**
siehe außerdem:
Ägypten, Griechenland, Iran, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, VN
S. 1293, 1798
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 39, 245, 277 und S. 69 f., 516, 629¹⁴, 696, 837 f., 840, 1081–1085, 1344, 1383, 1546, 1599, 1619, 1845–1847
- EG/EPZ
S. 199⁵, 203, 965, 1782
- Rumänien
S. 205²², 468, 863
- Saudi-Arabien
S. 1083
- Spanien
S. 205²², 227
- Syrien
S. 202, 798, 880, 969², 972, 976
- UdSSR
S. 205, 520, 527
- USA
S. 571⁶, 201⁹, 382, 595, 1082, 1458–1460, 1673, 1678, 1724, 1846, 1850
- Italien**
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, DDR, EG, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, INF-Verhandlungen, Iran, KSZE, Libanon-Konflikt, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportpolitik, START, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt
S. 98, 226⁶, 319, 351⁶, 432⁹², 433, 566, 586, 658, 665, 776²², 1042, 1094, 1169, 1271, 1283, 1597, 1599, 1602, 1604, 1642, 1717, 1740, 1774, 1817, 1867
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 11, 118, 120, 271, 272, 273 und S. 407, 482⁶, 1353, 1640
- Kanada
S. 121
- Libyen
S. 530¹², 1853
- Österreich
S. 1178
- Pakistan
S. 340
- Polen
S. 306, 804³⁰
- Südtirol
S. 1365
- UdSSR
S. 62, 1326²⁰, 1353, 1377 f.
- USA
S. 244⁶, 246, 594¹², 623⁸, 888, 915, 1201, 1378 f., 1428, 1734

IWF (Internationaler Währungsfonds)

siehe außerdem:

Polen

S. 778, 876, 932²², 1079, 1328, 1725

– Bundesrepublik Deutschland

S. 329f., 1479

– Japan

S. 1479

– Jugoslawien

S. 1726¹⁰⁺¹²

– Nigeria

S. 1391

– Rumänien

S. 466⁴, 856¹¹

– Ungarn

S. 539²⁹

– USA

S. 1651

– Zaire

S. 1479

Jamaika

S. 1443⁶, 1579³, 1580, 1673

Japan

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, Frankreich, Großbritannien, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, IWF, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 747, 994, 1037, 1295³, 1326, 1481, 1640, 1674f., 1740¹⁶, 1850, 1867, 1930, 1949–1951, 1952¹⁰

– ASEAN

S. 449³, 849, 881

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 3, 160, 190, 322, 323 und S. 583f., 602f., 1268f., 1404, 1783

– EG/EPZ

S. 17–19, 120f., 360, 362, 583f., 601f., 604¹², 737, 751, 765, 782, 1013, 1435¹², 1607f.

– Republik Korea (Südkorea)

S. 849, 1609

– Türkei

S. 22

– UdSSR

S. 108, 394, 533, 546, 583, 705²⁴, 736⁴³, 751, 970f., 1294, 1523, 1617, 1767, 1962

– USA

S. 15, 17, 133¹⁴, 234f., 257, 285, 316, 318f., 584, 601⁴, 602, 736⁴³, 824–826, 1067, 1596, 1604–1606, 1608, 1720

– Verteidigungspolitik

S. 362¹⁹, 584, 660, 751

– Vietnam

S. 849

– Volksrepublik China

S. 849, 1598f., 1608f.

Jemen

siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) und Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)

Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)

Dok. 358 und S. 838, 1788

Jordanien

siehe außerdem:

Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt

S. 475, 696, 1420, 1846

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 73, 291 und S. 838¹⁸

– Saudi-Arabien

S. 1462f.

– Syrien

S. 1460f.

– UdSSR

S. 371

– USA

S. 369–371, 1460, 1464

Jugoslawien

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Frankreich, Indien, INF-Verhandlungen, IWF, Mittelamerika-Politik, KAE, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 433, 1384

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 221, 221, 255 und S. 1238⁶, 1241, 1703, 1820

– EG

S. 270

- Österreich
S. 1178
 - Schweden
S. 1290⁸
 - UdSSR
S. 7, 1294, 1849
 - USA
S. 1237, 1243
- KAE/KVAE (Konferenz über Abrüstung in Europa)**
siehe außerdem: KSZE
- S. 188, 257, 294f., 307, 650, 669, 1041, 1051f., 1065, 1071, 1087, 1116f., 1145, 1261, 1263, 1316, 1318, 1320, 1322, 1334, 1345, 1349f., 1356, 1366, 1370, 1493, 1528, 1530, 1532f., 1544²¹, 1565, 1833, 1850
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 153, 301, 362, 384, 391 und S. 48, 78, 166, 212f., 228, 386f., 422f., 434⁵, 444f., 518, 520f., 525, 527, 542–544, 547, 592, 594, 664, 685, 689, 750, 773, 815f., 913, 940f., 948, 994¹⁵, 1012–1014, 1018f., 1089, 1197–1200, 1243², 1259, 1291f., 1413, 1451, 1507, 1510, 1551, 1586, 1614f., 1621, 1716–1719, 1721¹¹, 1751, 1772, 1930, 1936–1938, 1941, 1954–1958
 - DDR
S. 1614
 - EPZ
S. 1497⁶, 1498, 1501f., 1717
 - Finnland
S. 664¹⁸, 948⁸, 1614¹⁶, 1621, 1716–1718
 - Frankreich
S. 48⁴⁶, 422–424, 608, 686, 913, 1148, 1198–1200, 1417, 1499, 1501f., 1551, 1716f., 1721, 1745, 1772, 1865, 1953–1957
 - Griechenland
S. 1717
 - Großbritannien
S. 1198–1200, 1499, 1717
 - Jugoslawien
S. 1290, 1717
 - Kanada
S. 1717, 1750
 - Malta
S. 898¹⁷, 1147, 1621, 1716–1719
 - NATO
S. 1012f., 1089³, 1197, 1199, 1259²¹, 1497–1502, 1621²⁶, 1717, 1811f., 1875, 1885, 1910⁷, 1943f.
 - Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 1200, 1290f., 1551, 1716, 1718, 1812, 1943f., 1954, 1956
 - Niederlande
S. 1716f.
 - Öffentlichkeitsarbeit
S. 1811
 - Österreich
S. 1551, 1716–1718
 - Polen
S. 438, 1717f.
 - Rumänien
S. 1499²⁰, 1551, 1717
 - Schweden
S. 664¹⁸, 948⁸, 1198, 1551, 1614¹⁶, 1621²⁶, 1716–1718
 - Schweiz
S. 1621²⁶, 1716f.
 - Spanien
S. 228, 948
 - Türkei
S. 1717
 - UdSSR
S. 422f., 446f., 527, 535, 544, 567f., 584, 607, 678, 750, 899f., 913, 948⁸, 1012, 1016, 1147, 1200, 1555, 1717f., 1778, 1810f., 1943f., 1955–1958
 - Ungarn
S. 1939
 - USA
S. 327¹⁰, 423, 434⁵, 447, 518, 520, 594, 607–609, 686, 690⁷, 756, 808f., 899f., 948⁸, 1012f., 1016, 1089, 1198f., 1215⁴, 1413, 1418, 1499, 1501, 1716–1718, 1721, 1772, 1812, 1863, 1866, 1956
 - VN
S. 1614¹⁶
 - Vorbereitungstreffen vom 25.10. bis 11.11.1983 in Helsinki
Dok. 345 und S. 664¹⁸, 948, 1147, 1417, 1497⁶, 1498, 1501, 1614, 1621
 - Warschauer Pakt
S. 1811f., 1875, 1882, 1939, 1953
 - Zypern
S. 1717

Kambodscha

siehe außerdem: Frankreich

S. 23, 421⁴⁰, 450, 480²¹, 727, 736f., 747, 1142, 1294, 1439f.

- ASEAN
S. 1004f., 1639
- Bundesrepublik Deutschland
S. 934
- Thailand
S. 431
- UdSSR
S. 1608
- Vietnam
S. 431, 849f., 933f., 1004f., 1608, 1639
- Volksrepublik China
S. 738⁴⁸, 850

Kamerun

S. 746, 1103, 1789

Kanada

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Indien, INF-Verhandlungen, Italien, KAE, KSZE, MBFR, Mittelamerika-Politik, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 782⁵⁰, 1200, 1360³⁸, 1577, 1740¹⁶, 1949f.

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 133, 352 und S. 191, 192¹⁵, 851f., 1770²²
- EG
S. 191, 692–694, 695¹⁸⁺²⁰
- Fischereipolitik
S. 191, 192¹⁵
- Polen
S. 804³⁰
- UdSSR
S. 1325¹⁷, 1326²⁰

Kapverden

S. 298

Karl-Hermann-Flach-Stiftung

S. 1475²

Kolumbien

S. 670, 975²⁸

Konferenzen und Verhandlungen

- Berliner Kongreß vom 13.6. bis 13.7.1878
S. 920
- Pariser Friedenskonferenz vom 18.1.1919 bis 21.1.1920 in Versailles
S. 1819
- Währungskonferenz der Vereinten Nationen vom 1. bis 23.7.1944 in Bretton Woods
S. 586, 749
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta
S. 1742f., 1803, 1819
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam
S. 1803, 1819
- Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London
S. 155¹⁴
- NATO-Ministerratstagung am 2./3.5.1957 in Bonn
S. 125⁴, 290⁸
- NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6.5.1962 in Athen
S. 126⁶, 323¹¹, 1734⁶
- NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15.12.1962 in Paris
S. 1379
- EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30.6.1965 in Paris
S. 592⁵¹
- EWG-Ministerratstagung am 28./29.1.1966 in Luxemburg
S. 592⁵¹
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12.11.1969 in Washington
S. 304¹⁴, 1734⁶
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 8./9.6.1970 in Venedig
S. 304¹⁴, 786⁷
- EG-Ministerratstagung am 29./30.6.1970 in Luxemburg
S. 40¹³
- Friedenskonferenz für den Nahen Osten vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf
S. 973

- Tagung des OECD-Rats am 29./30.5.1974 in Paris
S. 1950
- NATO-Ministerratstagung am 18./19.6.1974 in Ottawa
S. 258⁷³
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 9./10.12.1974 in Paris
S. 598
- Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
S. 1018, 1136, 1935
- Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London
S. 316⁷, 340⁴, 1225, 1428¹⁸, 1429
- Tagung des Europäischen Rats am 1./2.12.1975 in Rom
S. 1820
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 25./26.11.1976 in Bukarest
S. 477
- NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11.5.1977 in London
S. 830
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel
S. 403³, 404
- KSZE-Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad
S. 678, 913, 1018, 1148, 1935, 1955
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12.10.1977 in Bari
S. 302⁴
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7.12.1977 in Brüssel
S. 404
- VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 23.5. bis 30.6.1978 in New York
S. 1745
- NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31.5.1978 in Washington
S. 404
- Erste Weltrassismuskonferenz vom 14. bis 25.8.1978 in Genf
S. 1220
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./21.11.1978 in Brüssel
S. 449
- Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12.1978 in Brüssel
S. 374¹⁴
- Treffen der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 5./6.1.1979 auf Guadeloupe
S. 11
- Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31.3.1979 in Bagdad
S. 66⁵
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16.5.1979 in Brüssel
S. 404
- Konferenz zur Lösung des Tschad-Konflikts vom 19. bis 21.8.1979 in Lagos
S. 1387⁹, 1393
- Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel
S. 11¹⁰, 86¹⁴, 404
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 7./8.3.1980 in Kuala Lumpur
S. 449
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14.5.1980 in Brüssel
S. 404
- Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6.1980 in Venedig
S. 1293
- KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
Dok. 55, 172, 206, 223 und S. 47f., 76¹⁰, 78¹⁹, 147, 166, 184, 187f., 207, 212, 228, 242³, 256f., 307, 443f., 468¹², 479, 480²⁴, 481, 538, 542, 567–569, 650, 661, 663–665, 677⁶, 679¹², 749, 755f., 892, 910, 913, 947f., 966, 971, 994¹⁵, 1015–1021, 1026, 1041, 1046, 1051f., 1054f., 1073, 1075f., 1087f., 1094, 1110–1114, 1116, 1120,

- 1122, 1133, 1135, 1142, 1263f., 1289f., 1294, 1296, 1315f., 1318f., 1322–1325, 1334, 1345, 1413, 1457, 1586, 1932, 1934f., 1955
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10.12.1980 in Brüssel
S. 404
- EG-Ministerratstagung am 15./16.12.1980 in Brüssel
S. 252⁴⁵
- NATO-Ministerratstagung am 4./5.5.1981 in Rom
S. 1127
- VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder vom 1. bis 14.9.1981 in Paris
S. 1079¹⁵
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 13./14.10.1981 in London
S. 449
- Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23.10.1981 in Cancún
S. 118, 933, 1142
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 25.11.1981 in Fes
S. 974²⁴
- Tagung des Europäischen Rats am 26./27.11.1981 in London
S. 64²⁴
- Außerordentliche Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4.1.1982 in Brüssel
S. 254⁵⁵, 559⁵
- Außerordentliche NATO-Ministerratstagung am 11.1.1982 in Brüssel
S. 559⁵
- Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 13./14.3.1982 in Colorado Springs
S. 1705⁶
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 15.3.1982 in Brüssel
S. 254⁵⁵
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7.5.1982 in Brüssel
S. 404
- Tagung des OECD-Ministerrats am 10./11.5.1982 in Paris
S. 329⁷
- NATO-Ministerratstagung am 17./18.5.1982 in Luxemburg
S. 1739
- Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10.6.1982 in Bonn
S. 10, 148, 166, 196²³, 210, 405, 454, 542, 1739, 1836
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.9.1982 in Fes
S. 41¹⁸, 68
- Informelles Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3.10.1982 in La Sapinière
S. 10, 20, 196²³, 1683
- EG-Ministerratstagung am 25./26.10.1982 in Luxemburg
S. 18²²
- Konferenz der Außenminister der OAE-Mitgliedstaaten vom 15. bis 20.11.1982 in Tripolis
S. 83
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 30.11.1982 in Brüssel
S. 26
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2.12.1982 in Brüssel
S. 31, 404
- Tagung des Europäischen Rats am 3./4.12.1982 in Kopenhagen
S. 399, 401
- NATO-Ministerratstagung am 9./10.12.1982 in Brüssel
S. 13, 15, 21, 32, 98, 148, 210, 225, 911, 917⁴⁸
- Zweite Konferenz zur Überprüfung des ABM-Vertrags vom 9. bis 15.12.1982 in Genf
S. 411
- EG-Ministerratstagung am 13./14.12.1982 in Brüssel
S. 18²²
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister am 21.12.1982 in Brüssel
S. 40¹²

- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5.1.1983 in Prag
S. 21, 45, 55, 95, 146f., 150f., 159, 208⁴, 209, 308f.
- Außerordentliche Ministertagung des Koordinationsbüros blockfreier Staaten vom 12. bis 15.1.1983 in Managua
S. 83
- Außerordentliche Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten am 23./24.1.1983 in Genf
S. 89²³
- EG-Ministerratstagung am 24./25.1.1983 in Brüssel
Dok. 25 und S. 65
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister am 25.1.1983 in Brüssel
S. 42²¹⁺²²
- Internationale Wehrkunde-Tagung am 12./13.2.1983 in München
Dok. 54
- Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 14. bis 22.2.1983 in Algier
S. 310³², 369¹⁰, 371, 402, 972
- EG-Ministerratstagung am 21./22.2.1983 in Brüssel
S. 782⁵²
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 1.3.1983 in Bonn
Dok. 58
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12.3.1983 in Neu Delhi
S. 297, 430, 431⁸⁴⁺⁸⁵, 450, 645, 875, 877, 924³³, 1138–1140, 1141¹⁶
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 8./9.3.1983 in Brüssel
S. 227⁹
- EG-Ministerratstagung am 14./15.3.1983 in Brüssel
S. 272²²
- Tagung des Europäischen Rats am 21./22.3.1983 in Brüssel
S. 311, 312³⁹, 313, 347, 371, 373, 398–402, 406, 440, 507, 589, 591
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 22./23.3.1983 in Vilamoura
S. 26, 303, 334, 344, 391–398, 415, 427, 872
- Außenministerkonferenz der ASEAN-Mitgliedstaaten am 23.3.1983 in Bangkok
S. 431⁸⁵
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vom 24./25.3.1983 in Bangkok
S. 430f., 449–451, 970, 1004
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 28.3.1983
S. 694¹²
- Konferenz der Außen- und Handelsminister der „Gruppe der 77“ vom 5. bis 9.4.1983 in Buenos Aires
S. 875, 877, 1140, 1142
- Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 6./7.4.1983 in Prag
S. 477–480, 568, 588, 593
- Jahresversammlung der VN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) vom 12. bis 23.4.1983 in Genf
S. 538²⁶
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 21.4.1983 in Brüssel
S. 616¹⁵
- EG-Ministerratstagung am 25./26.4.1983 in Luxemburg
S. 409, 598, 624¹⁴, 766²⁸
- VN-Konferenz zur Unterstützung Namibias vom 25. bis 29.4.1983 in Paris
S. 301, 597²⁴, 742²³
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 27./28.4.1983 in Brüssel
S. 616¹⁵
- High Level Meeting der COCOM-Mitgliedstaaten am 28.4.1983 in Paris
S. 365
- Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten am 28./29.4.1983 in Neu Delhi
S. 645

- Tagung der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der an den Weltwirtschaftsgipfeln teilnehmenden Staaten am 29.4.1983 in Washington
S. 330¹⁰
- Konferenz im Rahmen der UNCTAD zur Aushandlung eines neuen Zuckerübereinkommens vom 2. bis 20.5.1983
S. 1270⁷⁵
- Tagung des OECD-Ministerrats am 9./10.5.1983 in Paris
S. 285, 367¹⁷, 368²⁰, 670, 732²⁸, 737, 748¹⁸, 765, 795, 1013
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15.5.1983 in Gynmich
Dok. 140, 146 und S. 406–408, 615, 626, 739, 775, 997
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 16.5.1983 in Brüssel
S. 777²⁴⁺²⁵
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 16./17.5.1983 in Brüssel
S. 672, 761²⁴, 783
- Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperations-Rats am 18./19.5.1983 in Riad
S. 793⁸
- EG-Ministerratstagung am 24./25.5.1983 in Brüssel
S. 599, 763, 765, 777²⁷, 795, 799²⁶
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 25./26.5.1983 in Brüssel
S. 672, 783⁵⁷
- Ministersitzung der Eurogroup am 31.5.1983 in Brüssel
S. 865–868, 884
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2.6.1983 in Brüssel
S. 26, 392, 865, 869–874, 881–884, 903–906, 916, 1593
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Arbeit und Soziales zuständigen Minister am 2./3.6.1983 in Brüssel
S. 964¹²
- Ministertagung des EFTA-Rates am 2./3.6.1983 in Bergen
S. 1180¹³
- VI. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 6.6. bis 3.7.1983 in Belgrad
Dok. 208 und S. 123, 450, 698, 778, 783, 875, 877, 927, 932, 965, 1004f., 1139f., 1442
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten vom 8. bis 12.6.1983 in Addis Abeba
S. 975
- NATO-Ministerratstagung am 9./10.6.1983 in Paris
Dok. 178, 179 und S. 285, 364, 368²⁰, 427, 454, 486, 535f., 745, 757, 878, 882, 895, 899, 909, 916f., 933, 1005¹⁵, 1867²⁴
- Tagung der Nordatlantischen Versammlung vom 9. bis 13.6.1983 in Kopenhagen
S. 569f.
- Konferenz der für Fragen der inneren Sicherheit zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten (TREVI-Konferenz) am 10.6.1983 in Bonn
S. 745³⁰⁺³¹
- EG-Ministerratstagung am 13.6.1983 in Luxemburg
S. 746
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Umweltfragen zuständigen Minister am 16.6.1983 in Luxemburg
S. 964¹⁴
- Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19.6.1983 in Stuttgart
S. 398, 400f., 406, 408, 442, 552, 556, 589, 591, 599, 603, 614f., 666, 688, 699–701, 746, 759, 762f., 773f., 918, 923, 947, 950f., 962–967, 969², 976, 994, 996f., 1005¹⁵, 1027–1029, 1362f., 1458, 1607, 1804, 1844
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Industrie zuständigen Minister am 21.6.1983 in Brüssel
S. 964¹³
- EG-Ministerratstagung am 21./22.6.1983 in Brüssel
S. 1096
- Tagung der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 24./25.6.1983 in Bangkok
S. 1005
- Dialog-Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit den Außen-

- ministern Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA sowie Vertretern der Europäischen Gemeinschaften am 27./28.6.1983 in Bangkok
Dok. 194 und S. 20, 451, 991, 1013
- Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 28.6.1983 in Moskau S. 1011, 1014, 1018, 1075, 1122, 1128
 - Zweite Weltrassismuskonferenz vom 1. bis 12.8.1983 in Genf
Dok. 239
 - Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 8.9.1983 in Madrid S. 1301–1305, 1338
 - Informelles Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 8.9.1983 in Madrid S. 1323–1326, 1338
 - Tagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 12.9.1983 in Athen
Dok. 266 und S. 1255, 1259, 1338
 - Sondersitzung des ICAO-Rats am 15./16.9.1983 in Montreal S. 1302, 1312⁶, 1318, 1323 f.
 - EG-Ministerratstagung am 19.9.1983 in Brüssel S. 1362⁴⁵
 - Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister am 20.9.1983 in Brüssel S. 1758²²
 - Jahrestagung des IWF und der Weltbank vom 27. bis 30.9.1983 in Washington S. 1437, 1441 f., 1731⁴
 - Botschafterkonferenz vom 29.9. bis 1.10. 1983 in San José
Dok. 293 und S. 1442 f., 1546, 1589
 - Französisch-afrikanische Gipfelkonferenz am 3./4.10.1983 in Vittel S. 1478
 - Ministerkonferenz der EG-Mitgliedstaaten mit den AKP-Staaten am 6./7.10. 1983 in Luxemburg S. 1389¹⁶
 - Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister vom 10. bis 12.10.1983 in Athen S. 1395, 1396⁷, 1693¹⁴
 - Konferenz der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 13./14.10.1983 in Sofia S. 1394–1396, 1417, 1489, 1549, 1586, 1698
 - EG-Ministerratstagung am 17./18.10. 1983 in Luxemburg S. 1758²¹
 - EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 17./18.10.1983 in Brüssel S. 1801¹¹
 - Ratstagung des RGW vom 18. bis 20.10.1983 in Ost-Berlin S. 309
 - Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22./23.10.1983 in Vouliagmeni
Dok. 314
 - Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10.1983 in Montebello S. 391, 652, 1408–1410, 1412, 1590–1593, 1705
 - Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperations-Rats am 1./2.11.1983 in Doha S. 1420
 - Außerordentliches Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 7.11.1983 in Jakarta S. 1639⁸
 - Tagung der Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperations-Rats vom 7. bis 9.11.1983 in Doha S. 1420
 - Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister sowie der Landwirtschaftsminister vom 9. bis 11.11.1983 in Athen S. 1754
 - Konferenz der Commonwealth-Staaten vom 23. bis 29.11.1983 in Neu Delhi S. 1751
 - Sondertagung des EG-Rats auf der Ebene der Außen- und Finanzminister am 28./29.11.1983 in Brüssel S. 1692, 1792⁵, 1809¹¹
 - EG-Ministerratstagung am 29.11.1983 in Brüssel S. 1569²², 1800⁶, 1801¹⁰

- OECD-Symposium über „Transborder Data Flows“ vom 30.11. bis 2.12.1983 in London
S. 1947, 1950–1952
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Verkehrsminister am 1.12.1983 in Brüssel
S. 1550¹¹
- Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6.12.1983 in Athen
S. 962, 1268, 1362, 1373, 1418, 1458, 1568¹⁵, 1569, 1607, 1675, 1691f., 1732, 1754f., 1780, 1790, 1792f., 1795²⁴, 1796f., 1799–1801, 1805, 1807–1809, 1842, 1844, 1870–1874
- Ministersitzung der Eurogroup am 5./6.12.1983 in Brüssel
S. 1894²⁷
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7.12.1983 in Brüssel
S. 906, 1268, 1831f., 1890–1895
- NATO-Ministerratstagung am 8./9.12. 1983 in Brüssel
Dok. 376 und S. 1268, 1359³⁴, 1715, 1750, 1770²², 1772f., 1794, 1810–1812, 1831f., 1835f., 1862–1864, 1867²⁶, 1925, 1935, 1937, 1940
- Tagung der Stellvertretenden Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 20./21.12.1983 in Warschau
S. 1882, 1889
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4.4.1984 in Çeşme
S. 1591
- Multilaterale Umweltkonferenz vom 24. bis 27.6.1984 in München
S. 1267, 1507, 1532, 1583f., 1930
- Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten am 1.8.1985 in Helsinki
S. 543
- Dritte Konferenz zur Überprüfung des ABM-Vertrags vom 24. bis 31.8.1988 in Genf
S. 411

Kongo

S. 1477

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

S. 597²⁰, 1423f., 1571, 1746f., 1824

Korea

siehe: *Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)*

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

siehe außerdem: *KAE*

S. 13, 149, 1238

- Abschließendes Dokument der Folgekonferenz in Madrid vom 6.9.1983
S. 188, 228, 255⁶⁰⁺⁶³, 257, 307, 325–327, 386–388, 402, 422, 429, 443–448, 480, 520–522, 525, 527, 535, 542–544, 547, 594¹², 606–610, 626²², 669, 677⁴, 678, 679¹², 685, 689–691, 696, 732, 750f., 755f., 765, 773, 863³⁹, 896–899, 922, 940, 947–951, 1011, 1015², 1016–1018, 1051f., 1055, 1070f., 1073¹³, 1111⁹, 1116, 1144–1148, 1230, 1320, 1325, 1476⁵, 1614¹⁶, 1716³, 1718, 1721, 1944, 1953

– Belgien

S. 480²⁴

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 85, 105 und S. 48, 78, 256f., 307, 326f., 386–388, 422f., 455, 468, 480f., 520f., 525, 527, 535, 547, 551, 592, 594, 606–609, 626, 650, 663f., 669, 677–680, 685f., 690f., 696, 732f., 750f., 756, 773, 895–897, 913, 922, 940f., 947–952, 971, 994, 1012, 1018–1021, 1041, 1046, 1051f., 1055, 1071–1073, 1076, 1087f., 1094f., 1111f., 1116f., 1122, 1144–1146, 1148, 1289, 1304, 1316, 1320, 1322, 1334, 1345, 1476, 1506f., 1510, 1925, 1935

– Dänemark

S. 255⁶³, 307

– DDR

S. 551, 1073², 1075f.

– EG/EPZ

S. 41, 255⁶³, 307, 325, 388²⁷, 402, 444, 446f., 448²⁵⁺²⁷, 521, 678¹¹, 765, 782⁵³, 950–952, 966, 1072, 1145, 1148

– Finnland

S. 898, 900

- Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3. 1978 in Belgrad

siehe unter: *Konferenzen und Verhandlungen*

- Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9. 1983 in Madrid

- siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
- Frankreich
S. 256, 294f., 307, 422, 480, 594¹², 606–609, 685f., 897, 899, 913, 951¹⁹, 1016, 1072, 1148, 1258, 1955
 - Freiheit für Gewerkschaften und Journalisten
S. 255⁶³, 294f., 446, 949
 - Griechenland
S. 429, 608
 - Großbritannien
S. 256, 307, 327¹⁰, 421f., 445, 594, 607, 609, 678f., 685, 897, 899, 913, 949¹², 951¹⁹
 - Heiliger Stuhl
S. 444¹⁰, 1147
 - Informationsaustausch/Radiostörungen
S. 255⁶³, 446, 677⁶, 679, 686, 949
 - Irland
S. 307
 - Italien
S. 307, 594¹², 1258
 - Jugoslawien
S. 898, 1289f.
 - Kanada
S. 327¹⁰, 444¹², 697, 897, 1112
 - Malta
S. 898¹⁷, 950, 1122, 1144–1148, 1289f.
 - Menschenrechte/humanitäre Fragen
S. 47f., 228, 242³, 255f., 292⁴, 327¹⁰, 386f., 422f., 443–447, 448²⁸, 518, 520f., 525, 527, 535, 542–544, 547, 551, 568f., 592, 594, 607, 609f., 663–665, 669, 677⁶, 678f., 685f., 732, 751, 756, 773, 896–898, 913, 922, 949, 1015–1019, 1051f., 1054f., 1071f., 1073¹³, 1087f., 1110f., 1145–1147, 1345, 1499, 1534
 - NATO
S. 1145, 1148
 - Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 210, 213, 255⁶⁰, 257, 294¹², 307, 326f., 386f., 422f., 443⁶, 448, 480f., 520f., 542f., 608, 669, 689f., 696, 750, 896–898, 913, 940, 950, 1018, 1071f., 1146
 - Niederlande
S. 387²⁶, 445, 468¹², 594, 678f., 897, 949¹²
 - Norwegen
S. 47, 187f.
 - Österreich
S. 446, 898, 949¹¹
 - Polen
S. 327
 - Portugal
S. 429, 608
 - Rumänien
S. 480f., 863³⁹⁺⁴⁰, 896f., 912f., 940, 949, 994, 1289
 - Schlußakte vom 1.8.1975
S. 48, 62¹⁶, 159, 167, 212f., 214³¹, 255⁶⁰, 278, 308, 387, 444⁹, 446¹⁷, 453¹¹, 455, 477, 522, 560, 728¹⁵, 729¹⁷, 810, 911, 941, 949¹¹, 1015², 1016, 1040, 1045, 1055f., 1087f., 1145–1148, 1230, 1291, 1315, 1322, 1325, 1527, 1582⁵, 1881, 1909f., 1935, 1944, 1955–1957
 - Schlußkonferenz vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
 - Schweden
S. 898, 1289
 - Schweiz
S. 608, 898, 1015²
 - Spanien
Dok. 181 und S. 228, 428f., 448, 607f., 661, 665, 668–670, 896, 898f., 966, 994¹⁵, 995, 1018¹¹⁺¹⁵, 1051f., 1054, 1072, 1146
 - UdSSR
Dok. 129 und S. 48, 256, 292⁴, 294¹¹, 295, 307, 325f., 422, 444, 446f., 535, 542f., 550, 584, 607, 685, 690, 732f., 750, 755f., 897–899, 947³, 950f., 1012f., 1015–1021, 1032, 1046, 1051, 1054f., 1070f., 1073¹³, 1135, 1145f., 1294, 1304, 1955
 - Ungarn
S. 1934
 - USA
Dok. 61, 144 und S. 78¹⁹, 242³, 255f., 388, 422, 445, 447–449, 480, 520f., 525, 527, 543⁸, 547, 551, 607–610, 626²², 663, 665, 669, 678f., 685f., 689–691, 896–899, 913, 938, 948, 949¹², 950, 995, 1012, 1015–1021, 1046, 1052, 1054f., 1071–1073, 1087f., 1094, 1111, 1116, 1120, 1122, 1144, 1148, 1296
 - Warschauer Pakt
S. 48, 327, 479, 480²⁴, 522, 669, 897, 994, 1018, 1146

Kuba

siehe außerdem:

Angola, Grenada, Menschenrechte, Mittelamerika-Politik, Namibia-Frage, VN
S. 759¹³, 1400, 1727

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 124

- Kuba-Krise von 1962
S. 623⁸, 670 f., 888, 915, 1379, 1547
- Nicaragua
S. 914 f., 1470
- Spanien
S. 671¹⁹
- UdSSR
S. 655, 889 f., 972, 1417 f., 1493, 1768 f.
- Umschuldung
S. 645⁸
- USA
S. 648–650, 1379, 1443⁶

Kuwait

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, Libanon-Konflikt
S. 346⁸, 371¹⁷, 513, 516, 835

KVAE (Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa)

siehe: KAE

Länder der Bundesrepublik Deutschland

- Baden-Württemberg
S. 351, 1354 f., 1359, 1372, 1784
- Bayern
S. 151²⁶, 152, 162, 164, 475, 478, 1175¹³, 1178, 1784
- Bremen
S. 491, 693, 730²⁴, 1009, 1415¹⁴
- Hamburg
S. 491, 730²⁴
- Hessen
S. 841, 1009, 1415¹⁴, 1670, 1684
- Nordrhein-Westfalen
S. 983, 1347
- Rheinland-Pfalz
S. 566
- Saarland
S. 1784

Laos

S. 421⁴⁰, 431⁸⁵, 934, 1440

Libanon

S. 382, 778³¹, 838¹⁸, 1846, 1849 f.

Libanon-Konflikt

siehe außerdem: Nahost-Konflikt

S. 67 f., 880, 1278, 1459 f., 1600

- Ägypten
S. 969², 972, 974, 976, 1560
- Algerien
S. 797, 1787 f.
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 151 und S. 202, 372, 611, 864³, 1272, 1383, 1565–1569, 1619, 1677 f., 1845, 1851 f.
- EG/EPZ
S. 202, 312, 765 f., 793–795, 797–799, 966 f., 969², 976 f., 1272, 1566–1568, 1619
- Finnland
S. 1618
- Frankreich
S. 775, 791², 792, 794, 847 f., 1566, 1568, 1676⁴, 1677 f., 1747–1749, 1766, 1786 f.
- Griechenland
S. 1566 f.
- Großbritannien
S. 847 f., 1566, 1568 f., 1672–1674, 1676–1678
- Irak
S. 796
- Israel
S. 200–202, 261, 346, 370¹², 371, 382 f., 683 f., 687, 792, 795, 798, 847 f., 972, 1272, 1382¹³, 1560, 1786–1788, 1847, 1851
- Italien
S. 625, 791², 792, 850, 1381 f., 1383¹⁵, 1566, 1676⁴
- Jordanien
S. 383, 796, 848, 1560, 1851 f.
- Konferenz der nationalen Versöhnung
S. 1618 f., 1676, 1729
- Kuwait
S. 979
- Libyen
S. 797
- Marokko
S. 797

- Multinationale Streitmacht (MNF)
S. 67⁷, 382⁶, 625¹⁶, 684, 974²², 1381–1383, 1441, 1566, 1568, 1619, 1668, 1673, 1676–1678, 1749, 1786f., 1851
- Niederlande
S. 310f.
- Palästinenser/PLO
S. 200–202, 261, 382f., 683³, 684, 766, 795f., 847, 864³, 926, 974, 1461, 1464, 1619, 1677, 1787f., 1851f.
- Rumänien
S. 864³
- Saudi-Arabien
S. 201, 683, 793, 796, 1484
- Syrien
S. 201f., 261, 382f., 683f., 687, 696, 765²², 775, 792–799, 847f., 850, 864³, 926, 928, 1083, 1090f., 1382, 1441, 1461, 1464, 1560, 1619, 1668, 1677f., 1729, 1786, 1851f.
- Tunesien
S. 797
- UdSSR
S. 206²⁴, 346, 684, 687, 792, 794–796, 847f., 1546, 1677
- UNIFIL
S. 67⁷, 200, 382, 683³, 684, 926, 1382, 1618
- USA
S. 57¹⁶, 201f., 261, 346, 370f., 382f., 625, 683–685, 792–797, 847f., 864³, 926, 928, 974²², 1090f., 1271–1273, 1382, 1383¹⁵, 1461, 1546, 1665, 1668, 1671–1674, 1676⁴, 1677f., 1724, 1729, 1850f.
- VN
S. 1382
- Liberia**
S. 1297¹², 1436
- Libyen**
siehe außerdem:
Ägypten, Algerien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Iran, Italien, Libanon-Konflikt, Mittelamerika-Politik, VN
S. 430⁸², 432, 475³⁰, 665¹⁹, 778³¹, 1597, 1822
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 89, 103 und S. 352f., 1390⁵
- Nicaragua
S. 975²⁸
- Nigeria
S. 1393
- Sudan
S. 975
- Rumänien
S. 1240
- Tschad
S. 740, 975, 1240, 1387f., 1392f., 1478, 1559, 1748
- UdSSR
S. 1461
- USA
S. 529, 1853
- Liechtenstein**
S. 1717
- Luxemburg**
siehe außerdem:
Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, EG, Europäische Akte, Frankreich, INF, NATO
S. 555, 1479, 1642, 1717
- Bundesrepublik Deutschland
S. 482⁶
- UdSSR
S. 1326²⁰
- Madagaskar**
S. 1789
- Malaysia**
S. 430, 431⁸⁵, 450, 840, 933
- Malta**
siehe außerdem:
Bulgarien, KAE, KSZE
S. 432
- Marokko**
siehe außerdem: Libanon-Konflikt
S. 226⁶, 613, 793, 1788f.
- Mauritius**
S. 1141¹⁶
- Max-Planck-Gesellschaft**
S. 663¹⁶, 1605¹⁸
- MBFR (Mutual and Balanced Force Reductions)**
Dok. 88, 386 und S. 48, 76¹⁰, 79, 149, 166, 388, 608, 808², 936, 971, 1062, 1065, 1099, 1238, 1261, 1263, 1291, 1295, 1493, 1499, 1507, 1510, 1850, 1885, 1912, 1942, 1955f.

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 83, 237, 311, 344, 366, 379 und S. 275–277, 461f., 541, 809f., 815f., 909¹⁴, 940, 1011, 1117, 1150, 1152, 1494f., 1615, 1775, 1920–1922
- Dänemark
S. 1152⁹
- Datenfrage
S. 273⁶, 274–277, 434–437, 456, 458–460, 462, 541, 814f., 1149, 1152, 1712–1714, 1888, 1916f., 1919f.
- DDR
S. 437f., 1615
- Freeze
S. 274, 275¹³, 457, 460f., 1711, 1714
- Großbritannien
S. 276¹⁴, 437, 909¹⁴, 1152⁹, 1215⁷, 1495, 1588⁷
- Italien
S. 1152⁹
- Kanada
S. 1152⁹, 1750, 1875
- Niederlande
S. 437, 1152⁹
- Norwegen
S. 1152⁹
- Öffentlichkeitsarbeit
S. 461f., 1151f.
- Polen
S. 438
- UdSSR
S. 273, 435f., 438, 456, 459, 813², 815, 994, 1711, 1888
- Ungarn
S. 1451
- USA
Dok. 155 und S. 273, 276¹⁴, 436f., 456, 459, 519, 909¹⁴, 1011, 1152⁹, 1215⁴⁺⁵, 1494f., 1588⁷⁺⁹, 1833f., 1887
- Verifikation
S. 274–276, 434–438, 456, 458–462, 541, 813², 814f., 1011, 1149–1152, 1588, 1615, 1711–1715, 1834, 1887f., 1919, 1921
- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten
S. 274⁷, 277, 456, 458f., 461, 814, 1117, 1149, 1216, 1918

- Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten

Dok. 51, 224 und S. 435, 456–462, 813, 994¹⁴, 1011, 1032, 1117, 1558, 1713⁹, 1714, 1834, 1887–1889

- Warschauer Pakt
S. 457f., 813², 1710–1715, 1916f., 1919–1921

Menschenrechte

siehe außerdem: KSZE

S. 582, 663, 689, 1749, 1959

- Argentinien

Dok. 383 und S. 631–638, 1674

- El Salvador

S. 385

- Grenada

S. 1673²⁷

- Kuba

S. 650f.

- Menschenrechtskommission

siehe unter: VN

- Polen

S. 800⁴⁺⁷, 801, 805f., 1169, 1723, 1879–1881

- Südafrika

S. 605, 1545f., 1825f., 1829

- Türkei

S. 198

- UdSSR: Dissidenten

Dok. 170, 268 und S. 60, 186, 190, 250, 293f., 424, 527, 594, 609, 663f., 686¹³, 897f., 922, 1016–1019, 1052, 1071f., 1109–1113, 1315¹¹, 1535f., 1956

Mexiko

siehe außerdem: Mittelamerika-Politik

- Spanien

S. 670

- Umschuldung

S. 1392¹⁰

- USA

S. 385f.

Mittelamerika-Politik

- Bundesrepublik Deutschland

S. 386, 596, 647f., 670f., 697, 915, 930, 934, 997f., 1142f., 1181f., 1268, 1445, 1469–1471, 1546f., 1568f., 1589f.

- Contadora-Gruppe
S. 645⁶, 647, 670, 766, 914, 923, 929f., 967, 997, 1143, 1181, 1337, 1435, 1440f., 1470f., 1547, 1568, 1588f., 1844
- Costa Rica
S. 670, 915, 1443–1445
- EG/EPZ
Dok. 192 und S. 596, 648, 766, 930, 967, 1143, 1181f., 1337, 1435¹⁹, 1440f., 1443, 1470f., 1547, 1568f.
- El Salvador
S. 384f., 646–648, 670, 914–916, 998, 1587–1589
- Frankreich
S. 647, 1748f.
- Guatemala
S. 646, 915, 1444
- Honduras
S. 385f., 647, 670f., 914³⁸, 929, 1444
- Jugoslawien
S. 1141f.
- Kanada
S. 697
- Kuba
S. 646–648, 914f., 998, 1444, 1587f.
- Libyen
S. 1444
- Mexiko
S. 385, 647, 670, 914, 916
- Nicaragua
S. 385f., 646, 670f., 914f., 929, 998, 1444, 1587–1589
- Österreich
S. 1181
- Panama
S. 914, 916
- Schweden
S. 1547
- Spanien
S. 670f., 1844
- UdSSR
S. 623, 687, 914f., 1444, 1678
- USA
S. 384–386, 479, 623, 647f., 697f., 881, 914–916, 929f., 996–998, 1092, 1141–1143, 1443, 1469f., 1546f.
- Venezuela
S. 647¹³
- VN
S. 923, 929f., 934, 1440f.
- Warschauer Pakt
S. 998
- Monaco**
S. 1717
- Mongolei**
S. 168⁵⁵, 737⁴⁶
- Montserrat**
S. 1580
- Mosambik**
siehe außerdem: DDR, Namibia-Frage
S. 770, 1436
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 254, 285 und S. 709, 1103f., 1536, 1828
- Portugal
S. 1330
- Südafrika
S. 1433, 1827f.
- UdSSR
S. 931f., 1287⁸, 1432f., 1536, 1864
- Nahost-Konflikt**
siehe außerdem: Libanon-Konflikt
S. 450, 878, 1004, 1441
- Ägypten
S. 68, 202, 611, 798¹⁴, 969², 972–977, 1182, 1560f., 1600
- Arabische Liga/Fes-Plan
S. 41¹⁸, 68–70, 203, 310–312, 369¹¹, 370, 372, 974, 1293, 1460, 1600
- Bundesrepublik Deutschland
S. 67–70, 202f., 205, 262, 310, 345–347, 372, 383f., 595, 611, 625, 696f., 796, 837f., 969², 973, 976, 1142, 1182, 1293, 1458f., 1465, 1546, 1599f., 1619, 1845¹
- Camp-David-Prozeß
S. 204
- EG/EPZ
S. 41f., 67–70, 203f., 242³, 262, 310–312, 372, 383f., 401f., 595, 928, 966f., 976, 1293, 1337
- Finnland
S. 1619
- Frankreich
S. 311f., 1786, 1788
- Griechenland
S. 311, 1080
- Großbritannien
S. 311, 595, 1729, 1730³¹⁺³²

- Iran
S. 1299
 - Israel
S. 67 f., 202 f., 261–263, 310 f., 345, 346⁶, 370 f., 383 f., 402, 798²⁴, 969², 972 f., 976, 1182, 1299 f., 1458–1460, 1546, 1560, 1599, 1786, 1852
 - Italien
S. 311
 - Japan
S. 1600
 - Jerusalem-Frage
S. 1560¹⁰
 - Jordanien
S. 202, 261, 310 f., 369¹¹, 370–372, 383 f., 595, 611, 972 f., 1182, 1459 f., 1464 f., 1546, 1599, 1786
 - Jugoslawien
S. 1141, 1292 f.
 - Niederlande
S. 310 f.
 - Oman
S. 515
 - Österreich
S. 1182
 - Palästina-Frage/Besetzte Gebiete
S. 67⁹, 68 f., 203 f., 227, 261, 262⁹⁶, 263, 310–312, 370 f., 383 f., 696 f., 847, 1080, 1141 f., 1182, 1220–1222, 1458–1460, 1464 f., 1546, 1560¹⁰, 1599, 1619, 1786, 1852
 - PLO
S. 261 f., 310, 346, 369¹¹, 370 f., 384, 402, 595, 611, 972–974, 1459 f., 1464 f., 1600, 1786, 1845
 - Saudi-Arabien/Fahd-Plan
S. 261, 262⁹⁶, 383 f., 546, 796, 836, 840, 974, 1293, 1299 f., 1546
 - Spanien
S. 1845
 - Straße von Hormuz
Dok. 302 und S. 515, 1420, 1461, 1502–1504, 1600, 1729 f., 1852
 - Syrien
S. 261, 263, 310, 346, 798, 969², 972–974, 976, 1546, 1600
 - UdSSR
Dok. 67 und S. 206, 263, 310 f., 595, 625, 765, 796, 880, 972–974, 976, 1459–1461, 1463, 1560
 - USA
S. 41¹⁷, 68–70, 202 f., 242³, 261–263, 310–312, 346¹⁰, 369¹¹, 369–372, 383 f., 479, 546, 595, 798, 972 f., 1293, 1458–1460, 1464, 1560, 1600, 1788, 1852
 - VN
S. 68, 203, 312, 346⁶, 402, 1458⁹, 1459
- Namibia-Frage**
Dok. 56, 115, 313 und S. 1080, 1329
- Angola
S. 296, 298–300, 1562–1564
 - Bundesrepublik Deutschland
S. 167 f., 295–301, 596 f., 709, 712, 740–743, 768–770, 928, 930–932, 1104 f., 1142, 1421, 1423, 1440, 1544 f., 1562, 1564, 1620, 1823², 1825¹⁹⁺²⁰, 1828 f.
 - ČSSR
S. 167
 - DTA (Demokratische Turnhallen Allianz)
S. 709¹³
 - Finnland
S. 1619 f.
 - Frankreich
S. 167 f., 296–301, 596 f., 741²¹, 742 f., 775, 878¹⁸, 930, 1564
 - Frontlinienstaaten (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania)
S. 295³, 297, 300, 741, 932, 1440, 1545, 1620, 1828
 - Großbritannien
S. 167 f., 296–301, 741²¹, 930¹⁰, 931, 1562–1565
 - Interessengemeinschaft deutschsprachige Südwest
S. 768 f.
 - Jugoslawien
S. 1141
 - Kanada
S. 167 f., 296–301, 741, 930¹⁰, 931, 1564 f.
 - Kuba
S. 649
 - Mosambik
S. 741 f.
 - Südafrika
S. 295³, 300 f., 649, 740¹⁵, 742, 927, 930¹⁰, 931 f., 934, 1419, 1544 f., 1562–1564, 1620, 1827–1829

- SWAPO (South West Africa People's Organization)
S. 300, 361²⁵, 741, 768–770, 932, 1440, 1545, 1562, 1564, 1620
- USA
S. 167f., 296–301, 596²³, 597, 741–743, 878¹⁸, 928, 930f., 1091, 1419, 1423, 1562–1565, 1827
- VN
S. 295³, 296⁸, 297, 300²³, 649, 740–742, 927f., 930–932, 1141, 1330¹⁴, 1419, 1827
- NATO (North Atlantic Treaty Organization)**
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Irland, KAE, KSZE, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Polen, START, UdSSR
Dok. 2, 36 und S. 52, 53⁷, 95, 167, 448²⁸, 687, 1058f., 1305, 1506, 1510, 1543, 1599
- Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
Dok. 166, 168, 380 und S. 13¹⁶, 337, 343, 403, 829¹³, 906
- Belgien
S. 31–34, 337, 344, 654, 714f., 832³¹⁺³², 867, 870f., 903f., 906, 1112f., 1215⁴, 1773, 1875, 1892, 1898
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 63, 108, 149, 158, 174, 342, 367, 381 und S. 14f., 31–34, 184³, 186f., 209¹², 290f., 334–338, 341–344, 403–405, 454, 621, 653–655, 662, 714–716, 751, 773, 790f., 844, 866f., 869–872, 902, 939–942, 1109–1112, 1218f., 1268, 1271–1273, 1372, 1410–1412, 1497, 1499, 1501²⁶, 1591, 1657, 1661, 1668, 1682f., 1696, 1724, 1734–1736, 1740, 1771–1773, 1779, 1817f., 1831f., 1838f., 1864f., 1891⁵, 1892–1895, 1964
- „burden sharing“
S. 185, 266, 1451f.
- Dänemark
S. 209¹², 337, 344, 404, 550, 714f., 866, 868, 870f., 906, 916, 1112f., 1773, 1893¹⁵
- Einsatzgebiet/Out-of-area-Konzept
S. 9, 787–791, 865f., 870, 873, 905f., 939, 1271–1273, 1668, 1894
- Einsatzregelung/Zwei-Schlüssel-System
Dok. 31, 60, 349 und S. 580, 1705, 1707, 1779, 1817f., 1896f.
- Eurogroup
Dok. 165 und S. 1894²⁷, 1924
- Frankreich
S. 12, 14, 188, 209¹², 332f., 519, 579f., 714f., 757, 772, 1113, 1213, 1309f., 1373, 1724, 1739, 1742, 1749, 1771–1773, 1779f., 1865f.
- Griechenland
S. 131, 186f., 391, 618, 654, 865, 916⁴⁶, 1109, 1213, 1411¹⁰, 1773, 1890³, 1898
- Grönland
S. 1575
- Großbritannien
S. 12, 14, 34, 209¹², 336f., 343, 344¹⁰, 519, 713⁴, 714f., 716¹⁵, 788⁴, 830²³, 832³¹, 865f., 906, 1112, 1359, 1591, 1593, 1672, 1735, 1866, 1893¹⁵
- Harmel-Bericht (Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz)
S. 454, 532, 1262, 1836, 1865, 1867²³, 1875, 1959
- High Level Group (HLG)
Dok. 57, 125, 280 und S. 26, 87¹⁵, 224, 234, 240, 395f., 414, 786, 1590f., 1704–1708, 1896f.
- Infrastrukturprogramm
S. 829, 906, 1892–1894
- Integrierte Luftverteidigung
Dok. 7 und S. 870f., 903f., 1892
- Island
S. 186, 487²¹, 1109
- Italien
S. 333, 344¹⁰, 519, 654, 714, 865, 870, 906, 1112, 1893¹⁵, 1897
- Kanada
S. 187f., 290, 337, 344, 714f., 906, 1112, 1893¹⁵, 1897
- Langfristiges Verteidigungsprogramm (LTDP) vom 30./31.5.1978
S. 1707
- Luxemburg
S. 337, 344, 868, 873f., 1112f., 1893¹⁵
- Militärausschuß
S. 13¹⁶, 32, 832, 869, 906
- Militärhaushaltsausschuß
S. 831²⁸, 832³¹⁺³²
- Ministerial Guidance (3%-Ziel)
Dok. 79 und S. 290, 342⁶, 830, 903, 1707
- NATO-Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

- Niederlande
S. 31–34, 654, 713⁴, 714f., 788⁵, 867, 870, 904, 1112f., 1215⁴, 1410–1412, 1773, 1892f., 1898
 - Norwegen
S. 187f., 209¹², 394, 715, 830²³, 906, 1112f., 1893¹⁵
 - Nukleare Planungsgruppe (NPG)
Dok. 77, 321 und S. 87¹⁵, 335¹⁰, 343, 904, 1705, 1896f.
 - Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)
S. 209¹², 309²⁷, 619f., 713–716, 1111, 1199¹⁰, 1217³⁺⁴, 1219⁷, 1497–1499, 1864¹², 1867²³, 1943⁹
 - POMCUS-Konzept (Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets)
S. 105¹⁹, 106²¹, 116, 266¹³, 873²³, 1273¹⁰
 - Portugal
S. 229, 337, 344, 391, 904, 1109, 1893¹⁵
 - SACEUR
S. 14¹⁷, 32, 335f., 341–344, 396, 483, 869, 1410f., 1590f., 1705–1707, 1735, 1771f., 1892¹³, 1896f.
 - SHAPE
S. 335, 396, 871, 1894, 1897
 - Spanien
S. 9, 42, 186, 209¹², 229¹⁸, 266f., 391, 427–430, 608, 658–661, 873, 883, 905, 916f., 1112f., 1419, 1728f., 1773, 1795f., 1802, 1843f., 1924
 - Special Consultative Group
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß
 - Ständiger Rat
Dok. 217 und S. 109, 184–189, 569¹⁹, 608⁹, 822³, 955f., 1172, 1186⁶, 1189¹⁴, 1324, 1326¹⁹, 1359³⁴, 1501²⁶, 1721¹¹, 1912⁶
 - Strategie/Strategiedebatte
S. 11–14, 33f., 125f., 156f., 260⁸⁸, 289–291, 303f., 322¹⁰, 323, 335–337, 342f., 344¹², 389f., 409⁴, 414–416, 460, 567, 579, 652–655, 713⁴, 714–716, 717¹⁸, 786, 829, 866f., 869f., 872, 904, 1154, 1156f., 1217–1219, 1309, 1339, 1696, 1704–1708, 1722, 1766, 1771–1773, 1831f., 1839, 1869f., 1891–1893, 1896
 - Tagungen des NATO-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
 - Türkei
S. 344¹⁰, 394, 654, 830²³, 870, 906, 1109, 1164, 1166, 1739, 1890³, 1983¹⁵
 - USA
S. 12, 14, 33f., 109–112, 156, 209¹², 265f., 289f., 335¹⁰, 336–338, 343, 344¹⁰, 405, 409⁴, 519, 538f., 568f., 580, 713⁴, 714–716, 787–791, 800–803, 806, 829f., 832³¹, 866, 870–873, 905f., 936–938, 1109–1111, 1113f., 1156f., 1213, 1217–1219, 1271–1273, 1410, 1451f., 1501²⁶, 1591f., 1661, 1735, 1739, 1771, 1773, 1779f., 1817f., 1836, 1838f., 1869f., 1892¹³, 1893f., 1897, 1912⁶
 - Warschauer Pakt
S. 222f., 477f., 1656, 1658¹⁰, 1771, 1856, 1858, 1885f., 1896
 - WINTEX/CIMEX 83
Dok. 64, 66
- NATO-Doppelbeschluß/Nachrüstung**
S. 11¹⁰, 15, 29f., 36, 37⁹, 53, 61f., 75, 91f., 112, 165, 176, 178, 185f., 193¹⁹, 197, 207, 220, 413⁷, 436, 447, 457, 485¹³, 490, 640, 643, 696, 773, 839, 878, 880, 901, 903, 935, 939, 1005¹⁵, 1705f., 1862f., 1925, 1960
- Amerikanische Mittelstreckensysteme/Waffenmix
Dok. 45 und S. 24–26, 134f., 140f., 240f., 288, 414, 519, 526, 593, 652⁵, 653–655, 785, 894f., 1119–1121, 1134f., 1159, 1244, 1254, 1339, 1346, 1349f., 1353, 1365, 1690⁵, 1911³
 - Belgien
S. 238, 244, 247, 324, 393, 414, 653f., 723, 1891
 - Bulgarien
S. 1119
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 180, 184, 186, 188, 189, 296, 365 und S. 22, 24–28, 46f., 54, 57–59, 85f., 88, 92, 104, 114, 134–136, 138f., 153, 155–157, 169f., 228f., 233, 236–238, 240, 244, 246–248, 256, 287f., 321–325, 358, 378⁹, 381, 387, 394, 414–416, 479f., 500, 502–505, 518–520, 525f., 532, 543f., 547–549, 565–569, 571–573, 587, 593–595, 651², 652⁵⁺⁶, 662f., 671, 686, 690f., 723f., 750, 824, 826, 845f., 852, 871²⁰, 872, 882f., 886, 889f., 894, 904, 911f., 921f., 940f., 970f., 992f., 995, 1007–1009, 1018, 1020, 1033, 1042, 1045, 1058–1060, 1069, 1094, 1099¹⁷, 1117, 1121, 1128–1131, 1134f.,

- 1158, 1201f., 1228, 1238, 1239⁹, 1242f., 1254f., 1258, 1260–1271, 1281, 1310, 1311¹¹, 1316, 1321, 1334, 1345, 1347f., 1350f., 1353–1357, 1365f., 1372, 1377, 1380, 1415–1418, 1431, 1437f., 1450, 1454f., 1457f., 1466–1469, 1477, 1484f., 1489, 1492f., 1495f., 1509f., 1521–1523, 1526, 1548f., 1552, 1586, 1594–1596, 1606, 1613, 1616f., 1642, 1657–1660, 1664–1666, 1669–1671, 1683–1685, 1690, 1735–1737, 1751, 1765–1767, 1773, 1776–1780, 1833f., 1836, 1838f., 1843, 1848f., 1877⁵, 1884, 1890f., 1928–1930, 1934, 1936–1938, 1954
- Dänemark
S. 237f., 549f., 595, 723f., 871, 881–883, 904, 1593, 1891
 - DDR
S. 569, 1075, 1319, 1611–1613, 1665¹³
 - Frankreich
S. 101, 289, 348f., 358, 879, 911, 913, 922, 986, 1255f., 1268, 1457, 1744f., 1766, 1780
 - Friedensbewegung
S. 104, 322, 390, 397, 414f., 502, 504⁹⁺¹⁰, 548, 566, 572, 584, 750, 852f., 873f., 922, 983–987, 1260⁵, 1262, 1270, 1276, 1343², 1347f., 1354, 1356f., 1366, 1415f., 1455, 1466–1469, 1475f., 1595, 1631, 1642f., 1658², 1659, 1666, 1669f., 1735, 1745, 1818, 1839, 1928f.
 - Griechenland
S. 882, 884, 1255, 1336, 1339⁴, 1377, 1384, 1891
 - Großbritannien
S. 24–26, 46, 104, 154f., 229, 233, 237f., 240, 288, 321⁴⁺⁸, 322, 324, 397, 503f., 571, 580, 584, 586, 652⁵, 686, 723f., 922, 987, 1007, 1202, 1256, 1353, 1457, 1672, 1674, 1735, 1767, 1836
 - INF-Verhandlungen
siehe: INF-Verhandlungen
 - Irland
S. 1336
 - Italien
S. 24–26, 46⁴², 47, 88, 92, 104, 114, 135, 153–155, 229, 233, 237f., 240, 244, 321⁴, 324, 504, 547, 571, 587, 686, 724, 1255, 1258, 1353, 1358, 1368–1371, 1377, 1379, 1457, 1734f., 1767, 1836, 1849
 - Kanada
S. 237f., 1750
 - Kurzstreckensysteme und Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite
S. 87¹⁵, 107f., 221–223, 302–304, 395f., 651–654, 785, 885, 888
 - Niederlande
S. 86–88, 231, 237f., 244, 247, 303, 324, 387²⁶, 394–396, 414, 504, 571, 594, 653, 690⁷, 750, 883, 922, 986, 1343², 1344, 1350f., 1368, 1457, 1849, 1891
 - Norwegen
S. 46, 237f., 396, 1891
 - Öffentlichkeitsarbeit
Dok. 248, 292 und S. 97, 104f., 132f., 135–137, 141, 172, 185, 188, 233f., 236, 240, 380f., 392, 398, 503f., 506, 508, 519, 525–527, 535f., 540, 543, 723–725, 940f., 980⁶, 1158², 1160, 1201f., 1245, 1254–1256, 1258, 1275f., 1278f., 1310, 1631, 1634, 1724, 1734⁴, 1735f., 1830–1832
 - Portugal
S. 882, 1891
 - „Quint“
Dok. 47, 157 und S. 379¹², 1097f., 1158², 1275f.
 - Rumänien
S. 1239⁹, 1656f.
 - Sowjetische Mittelstreckensysteme
Dok. 343 und S. 224f., 378⁹, 392f., 532–534, 735f., 1037f., 1041, 1045, 1058f., 1066, 1068, 1117, 1119, 1121, 1134–1137, 1238f., 1350, 1521–1523, 1526, 1592, 1616–1618, 1641f., 1884
 - Spanien
S. 228f., 429, 662, 664, 1891
 - Special Consultative Group (SCG)
Dok. 48, 226, 250 und S. 26, 136, 172, 183, 223⁶, 231–234, 376, 378¹⁰, 379f., 969¹², 1096f., 1245, 1277⁶, 1339, 1624, 1625⁴, 1684⁷
 - UdSSR
S. 58, 60, 134f., 235¹³, 287⁴, 288, 422, 455, 480²⁰, 534f., 540, 543, 593, 607, 622, 686f., 705f., 750, 775, 1014f., 1019, 1032, 1036f., 1043, 1045, 1128–1130, 1228, 1238, 1309, 1346, 1349f., 1366f., 1416–1418, 1450f., 1493, 1512f., 1518, 1524f., 1539f., 1551f., 1556, 1593, 1697–1700, 1722, 1766–1768, 1818f., 1830f., 1849f., 1855f., 1864
 - Ungarn
S. 1933

- USA
S. 92, 118, 134f., 140, 236f., 243–248, 258, 288f., 322, 324, 377, 392, 394–396, 414, 423, 504, 546, 551, 652f., 655, 867, 969¹², 980–982, 1007–1009, 1158, 1202, 1226, 1309, 1431, 1517f., 1659f.
- Warschauer Pakt
S. 1119, 1138, 1319, 1321, 1920
- Zeitplan
Dok. 4 und S. 46³⁹⁺⁴², 88, 92f., 104, 114f., 135, 177, 303, 377, 393f., 503, 519f., 526, 547–549, 571, 586f., 655, 690, 750–752, 845⁸, 851⁴, 852f., 959–961, 967–969, 980–982, 984–987, 992f., 1007f., 1093, 1128, 1130, 1159, 1228¹⁰, 1238, 1242, 1345, 1350, 1365f., 1368f., 1371f., 1377, 1611–1613

Nepal

S. 1655

Neuseeland

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle

S. 251, 1004⁶, 1295³, 1326

Nicaragua

siehe außerdem:

Frankreich, Honduras, Kuba, Libyen, Mittelamerika-Politik, VN

S. 759¹³

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 130 und S. 386, 647f., 1092¹⁷, 1105, 1470, 1546f.
- UdSSR
S. 890, 914, 1418, 1470
- USA
S. 647f., 681, 914f., 929, 998, 1443⁶

Niederlande

siehe außerdem:

Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, EG, Energie- und Rohstoffpolitik, EPZ, Europäische Akte, INF-Verhandlungen, KAE, KSZE, Libanon-Konflikt, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Rüstungsexportpolitik, VN

S. 192²⁸, 198³⁴, 375¹⁸, 658, 1042, 1360³⁸, 1642

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 17, 269 und S. 31, 34, 437, 482⁶, 1498

- Republik China (Taiwan)
S. 1763
- Schweden
S. 1545
- UdSSR
S. 1326²⁰
- USA
S. 244⁸, 310f., 788⁴
- Verteidigungspolitik
S. 867¹⁸
- Volksrepublik China
S. 1763

Niger

S. 1387, 1789

Nigeria

siehe außerdem: IWF, Libyen, VN

S. 264, 1436, 1789

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 275

- Tschad
S. 740, 1387, 1392–1394
- Umschuldung
S. 1391f., 1394

NOK (Nationales Olympisches Komitee)

S. 502⁵

Nord-Süd-Dialog

S. 149f., 364⁹, 546, 623¹¹, 748, 778, 875–877, 1441f.

- Bundesrepublik Deutschland
S. 698³⁵, 1078f., 1139f., 1142, 1269f.
- EG
S. 123, 1078, 1080, 1269⁷³, 1270⁷⁵
- Exporterlösstabilisierung
S. 1389
- Globale Verhandlungen
S. 123, 927, 1140–1142, 1269
- Großbritannien
S. 1078⁶, 1079
- Gruppe der 77
S. 1077–1080, 1140
- Indien
S. 932, 1140
- Indonesien
S. 1645
- Japan
S. 1078⁶
- Jugoslawien
S. 1139f.

- Norwegen
S. 1078⁸
- Rohstoffe/Gemeinsamer Rohstoff-Fonds
S. 1077 f., 1269 f.
- USA
S. 698, 759, 932, 1079, 1269⁷³, 1645
- VN
S. 450 f.

Nordatlantikpakt
siehe: NATO

Nordischer Rat
S. 1576

- Norwegen**
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, ČSSR, DDR, INF-Verhandlungen, KSZE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 198³⁴, 663¹⁶, 724⁹, 891, 892⁵, 1717
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 9
 - EG/EPZ
S. 39–43, 558
 - Polen
S. 50
 - UdSSR
S. 1326²⁰

OAE (Organisation für Afrikanische Einheit)
S. 1387, 1393, 1440

OAS (Organization of American States)
S. 929

OAU (Organization of African Unity)
siehe: OAE

- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development)**
siehe außerdem:
Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
S. 43 f., 330, 698³⁵, 732, 782⁵⁰, 831²⁶, 1950–1953
- Österreich
S. 1178 f.
 - Türkei
S. 1166

OECS (Organisation of Eastern Caribbean States)

S. 1579³, 1580, 1663, 1673²⁷, 1688, 1727

Oman

siehe außerdem:
Großbritannien, Nahost-Konflikt
S. 346, 1461 f.

OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries)
S. 836 f., 840 f., 1078

Österreich

siehe außerdem:
ČSSR, DDR, Italien, Jugoslawien, KAE, KSZE, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, OECD, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Umweltpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 351⁶, 663¹⁶, 891, 892⁵

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 230, 309, 389 und S. 148, 481, 506, 971, 1241 f.
- EG
S. 1550
- Polen
S. 1181
- Schweiz
S. 1926 f.
- USA
S. 1237, 1242 f., 1928

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

S. 185, 291, 328, 525, 583, 595, 698, 778, 877, 1867

- Belgien
S. 10⁷
- Bulgarien
S. 1123
- Bundesrepublik Deutschland
S. 20, 23⁴⁹, 49, 250³⁹, 252–254, 255⁵⁹, 364 f., 367 f., 368²⁰, 427, 481, 511, 546, 549, 624, 674–676, 749²⁰, 778, 856 f., 971, 1169–1172, 1180 f., 1266 f., 1367, 1546 f., 1869, 1878 f., 1941
- COCOM
S. 10⁵, 21, 49, 250 f., 285, 365 f., 368, 426 f., 511, 624, 674–676, 1405–1407
- Dänemark
S. 254⁵⁷, 549
- EG/EPZ
S. 306 f., 309 f., 367¹⁵, 623¹¹, 1172, 1267, 1337

- Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR
S. 10, 57, 77, 366, 1367, 1840, 1948
- Finnland
S. 254⁵⁴⁺⁵⁷
- Frankreich
S. 107⁺⁸, 251, 254f., 309, 364, 367f., 427, 676¹³, 1170–1172, 1868
- Großbritannien
S. 251, 367, 427, 1170–1172, 1725f.
- Italien
S. 107, 368
- Japan
S. 20, 22, 49, 250f.
- Jugoslawien: Stützungsaktion
S. 23⁴⁹, 254f., 1241, 1725f.
- Kanada
S. 10, 254⁵⁷
- Kreditvergabe
S. 365, 367f., 427, 536, 563
- NATO
S. 10f., 20, 49f., 364f., 427, 538f., 865³
- Niederlande
S. 10⁷
- Norwegen
S. 49, 254⁵⁷
- OECD
S. 10⁵, 21f., 49, 285, 366–368, 426f., 511¹⁰
- Österreich
S. 107, 254⁵⁴, 427, 1180
- Polen: Umschuldung
S. 243, 251–254, 307f., 426, 536, 560, 563f., 594, 800⁴⁺⁷, 801–807, 1025¹⁸, 1089, 1169–1171, 1180f., 1267, 1337, 1566, 1723, 1868, 1878f., 1882, 1883³⁴
- Rumänien: Umschuldung
S. 466–468, 470–474, 812, 856f., 859
- Sanktionen gegen die UdSSR
S. 10, 254⁵⁵, 364, 390, 560¹², 563, 624¹³, 1172, 1266f., 1296f., 1948
- Sanktionen gegen Polen
S. 254⁵⁵, 537, 560¹², 563, 800⁴, 802, 804f., 1172, 1266, 1332, 1546, 1868
- Schweden
S. 254⁵⁴⁺⁵⁷
- Schweiz
S. 254⁵⁴, 1725⁹, 1726
- Technologietransfer
Dok. 128 und S. 250f., 285, 365f., 368, 426f., 511, 536, 546, 782⁵³, 865³, 1609

- UdSSR
S. 49, 367f.
- USA
Dok. 72 und S. 10, 20, 22, 23⁴⁹, 49⁵³, 250f., 253f., 390f., 426f., 511, 546, 623f., 674, 675⁹, 748f., 782⁵⁰⁺⁵³, 1123, 1170f., 1180, 1546, 1609, 1723, 1725⁹, 1726, 1868

Otto-Benecke-Stiftung

S. 709¹³, 711, 1105

Pakistan

siehe außerdem:

Afghanistan, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Indien, Italien

S. 319¹⁹⁺²⁰, 432⁹¹, 475, 1436

- Bundesrepublik Deutschland

Dok. 65, 298 und S. 265¹¹⁰

- Saudi-Arabien
S. 1649

- UdSSR
S. 7, 1482

- USA
S. 265, 339², 340, 1649, 1651

Panama

siehe außerdem: Mittelamerika-Politik

S. 996²

Peru

S. 933

Philippinen

S. 431⁸⁵, 450f., 933, 1005¹⁷, 1609f.

PLO (Palestine Liberation Organization)

siehe unter: Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt

Polen

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, ČSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Heiliger Stuhl, INF-Verhandlungen, Italien, KAE, Kanada, KSZE, MBFR, Menschenrechte, Norwegen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Österreich, Umweltpolitik, VN, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 23, 88, 256, 520, 535, 588, 686, 751, 912, 1004, 1005¹⁵, 1088, 1113, 1199, 1219, 1239, 1261, 1645, 1849

- EG/EPZ

S. 252⁴⁵, 253⁵², 254, 307–309, 559, 562–564, 803, 966, 1337, 1960f.

- IWF-Beitritt
S. 253, 539, 563, 1026, 1170, 1267, 1337, 1868
- Katholische Kirche
S. 218, 536 f., 561 f., 718–720, 801¹², 807, 921, 1022–1027, 1108, 1723¹⁹, 1869
- Kriegerrecht
S. 21⁴⁰, 536, 560, 562, 719, 920, 1022–1024, 1090, 1107 f., 1145, 1169 f., 1266, 1643, 1876³, 1882
- NATO
S. 9 f., 309²⁷, 559, 562, 800, 801¹⁰, 802 f., 804³⁰, 1171 f., 1960 f.
- Portugal
S. 804³⁰
- Sanktionen gegen Polen
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
- Solidarność/Gewerkschaften
S. 21⁴⁰, 355, 559, 801, 805, 807, 1022–1024, 1107 f., 1868 f., 1876³, 1881
- UdSSR
S. 7, 186, 190, 222, 223⁶, 387, 443, 522, 537, 558, 561, 563, 572, 618, 620, 623, 718, 806–808, 938, 972, 1027, 1158³, 1333, 1367, 1370, 1384, 1416 f., 1482, 1546, 1596, 1817
- USA
Dok. 152 und S. 243, 253 f., 308 f., 425 f., 536¹³, 537, 560, 562, 594, 913 f., 1024, 1025¹⁹, 1026, 1089 f., 1169–1171, 1180 f., 1438, 1723, 1863, 1868
- Polen–Bundesrepublik Deutschland**
Dok. 107, 138, 197, 377 und S. 50, 251⁴³, 253, 426, 438, 522, 536, 800⁷, 801–804, 806–808, 920 f., 1053, 1106³, 1169–1172, 1267, 1435¹⁵, 1499, 1723, 1957
- Arbeitsbedingungen für Journalisten
S. 309
- Ausreise/humanitäre Fragen
S. 1879–1881
- Deutsch-polnisches Forum
S. 563
- Humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe
S. 252, 308, 537, 719, 1860
- Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche
S. 252⁴⁶, 537, 563, 1025, 1090, 1168 f., 1181, 1439, 1863, 1869, 1877 f., 1882
- Oder-Neiße-Linie
S. 478¹², 481, 537
- Portugal**
siehe außerdem:
Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Angola, KSZE, Mosambik, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Polen
S. 611, 665, 1597, 1717
- Bundesrepublik Deutschland
S. 697, 1104
- EG/EPZ
S. 41¹⁶, 120 f., 199⁵, 400 f., 576, 659⁹, 672²⁰, 699 f., 753, 924³⁰, 963, 976, 1162 f., 1165 f., 1419, 1757, 1781, 1795 f., 1800–1805, 1814, 1842, 1873
- UdSSR
S. 1326²⁰
- USA
S. 697
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung**
S. 502⁵, 626²¹, 1247², 1262, 1340¹³, 1466–1468
- Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten**
 - ADN (Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur)
S. 50⁵⁵, 639
 - AP (Associated Press)
S. 396, 625¹⁷
 - ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)
S. 479¹⁹
 - Avanti! (Rom)
S. 154
 - Bayernkurier (München)
S. 453³
 - BBC (British Broadcasting Corporation)
S. 746⁵
 - Bild Zeitung (Hamburg)
S. 69¹⁹
 - Boston Globe
S. 1697²
 - Business Week (New York)
S. 1948
 - Chicago Tribune
S. 1839
 - dpa (Deutsche Presse-Agentur)
S. 415¹⁵, 1863⁹

- Europa-Archiv (Bonn)
S. 154, 603, 1660
- Foreign Affairs (New York)
S. 126, 453, 1341⁴
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
S. 1542, 1690, 1966
- Frankfurter Neue Presse
S. 452³
- Frankfurter Rundschau
S. 454²¹, 1446
- General-Anzeiger (Bonn)
S. 452
- L'Humanité (Paris)
S. 293⁶
- International Affairs (London)
S. 603
- Internationale Spectator (Den Haag)
S. 603
- Izvestija (Moskau)
S. 1341
- Kölner Stadtanzeiger
S. 176
- Los Angeles Times
S. 425
- Maariv (Tel Aviv)
S. 629¹⁴
- Mladá fronta (Prag)
S. 160¹⁶
- Le Monde (Paris)
S. 752³⁴, 778³¹, 1571 f.
- NBC (National Broadcasting Company)
S. 103⁶
- Neue Zeit (Moskau)
S. 807³⁶, 1699
- Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 556⁴¹, 641, 1581⁴
- The New Yorker
S. 488⁴, 489
- The New York Times
S. 134¹⁶, 224³, 507, 1197³, 1341⁴, 1661, 1841
- Nordwest-Zeitung (Oldenburg)
S. 1472⁵
- L'Osservatore Romano (Vatikan-Stadt)
S. 1023¹³
- Österreichischer Rundfunk (ORF)
S. 1928⁷
- Panorama Difesa (Florenz)
S. 153
- Paris-Match
S. 629¹⁴
- La Politique Étrangère (Paris)
S. 603
- Pravda (Moskau)
S. 220, 1145, 1224¹¹, 1253⁴, 1593, 1699
- Radio Free Europe/Radio Liberty
S. 164
- Reuters
S. 292⁴
- Rudé právo (Prag)
S. 160¹⁶
- Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG)
S. 1928⁷
- Smena (Moskau)
S. 1341
- Der Spiegel (Hamburg)
S. 18, 49, 145, 322, 686, 696, 704¹⁴, 1082 f., 1354⁸, 1753⁸
- Stern (Hamburg)
S. 50, 627–630, 733, 750
- Süddeutsche Zeitung (München)
S. 155, 1736
- The Sunday Times (London)
S. 629¹⁴
- Tanjug (Telegrafiska agencija nove Jugoslavije)
S. 1291¹³
- TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza)
S. 388, 411⁸, 684, 704¹², 958, 1315⁷, 1319, 1681²⁵
- The Times (London)
S. 586
- Wall Street Journal (New York)
S. 1840
- The Washington Post
S. 397²³, 722, 846
- Die Welt (Berlin)
S. 629, 1083 f., 1340, 1840
- Wirtschaftswoche (Düsseldorf)
S. 1948
- The World Today (London)
S. 603
- ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 94¹⁹, 415¹⁵, 479¹⁹, 1879, 1927, 1928⁷
- Die Zeit (Hamburg)
S. 1341⁴

Puerto Rico

S. 430

Republik China (Taiwan)*siehe außerdem:**Heiliger Stuhl, Niederlande*– Bundesrepublik Deutschland
S. 748

– USA

S. 748, 1761–1763, 1764¹¹**Republik Korea (Südkorea)***siehe außerdem:**Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Japan*S. 849, 1295³**RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)***siehe außerdem: EG*

S. 6, 16, 271, 309, 1584

Rhodesien*siehe: Simbabwe***Römische Verträge vom 25.3.1957**S. 313, 401, 597⁵, 666, 764, 963, 1373, 1780, 1820, 1902

– EWG-Vertrag vom 25.3.1957

S. 123²², 781⁴⁹, 1163, 1900f.**Ruanda**S. 1385³**Rumänien***siehe außerdem:**Abrüstung und Rüstungskontrolle, Frankreich, Indien, INF-Verhandlungen, Israel, IWF, KAE, KSZE, Libanon-Konflikt, Libyen, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, UdSSR, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik*

S. 1849

– Ausreiseditakt vom 22.10.1982

S. 278f., 280¹², 281f., 355f., 466f., 468¹², 469–473, 476³²⁺³³, 811f., 855, 859, 862³⁷, 863⁴¹, 1240¹²

– EG/EPZ

S. 270, 309

– UdSSR

S. 863³⁹, 1238, 1240, 1384, 1416, 1656³

– Ungarn

S. 472

– USA

S. 468, 472, 476, 862f., 954, 1237f., 1240, 1243, 1656³**Rumänien–Bundesrepublik Deutschland***siehe außerdem: Berlin***Dok. 90, 91, 154, 163, 164** und S. 299, 587f., 593, 650, 912f., 1053, 1238⁵, 1239f., 1242f., 1264, 1384²⁴, 1435¹⁴, 1499²⁰, 1656–1658, 1680, 1686

– humanitäre Fragen/Familienzusammenführung

Dok. 52, 182 und S. 51, 467, 469–473, 475, 538, 810⁵, 812, 855, 859, 860²⁷, 861f., 863⁴⁰, 971, 1091, 1182, 1240f.

– Wirtschaftsbeziehungen

S. 277², 466–475, 538, 811f., 855–863**Rüstungsexportpolitik**

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 100, 159, 209, 294, 370 und S. 578, 579⁴, 596, 648, 697, 820²¹, 1047–1050, 1299f., 1401–1404, 1463, 1473, 1483–1486, 1618, 1762–1764, 1923³

– Frankreich

S. 834, 840, 933, 1420, 1472⁵, 1503, 1729, 1771, 1788, 1846

– Großbritannien

S. 512–517, 834, 836¹¹, 840, 1472⁵

– Italien

S. 840

– Niederlande

S. 1763

– USA

S. 834f., 1083, 1472⁵, 1484³, 1674, 1761–1764**SALT (Strategic Arms Limitation Talks)**S. 110, 137, 173, 176, 258, 411f., 734f., 822⁶, 886, 1099, 1130, 1133, 1187, 1225, 1488⁹, 1491, 1519, 1726

– SALT I (Interimsabkommen vom 26.5.1972)

S. 393, 410, 416, 418, 706f., 937, 1224, 1626–1628

– SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)

S. 11¹⁰, 179¹⁸, 418, 495–497, 618, 655, 704, 937, 1066, 1314, 1316, 1627–1629, 1630²³, 1633³³, 1727¹⁵, 1769

Sambia

Dok. 265 und S. 709, 1436

San Marino

S. 1716f.

São Tomé und Príncipe

S. 1078⁸

Saudi-Arabien

siehe außerdem:

Ägypten, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Israel, Jordanien, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Pakistan

S. 513, 833–842, 1791², 1851

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 299, 307 und S. 262⁹⁶, 516, 1081–1084, 1299f., 1390⁵, 1463, 1472, 1847

– Syrien

S. 793, 974, 1619

– UdSSR

S. 625

– USA

S. 834f., 1083, 1472⁵

Schweden

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, INF-Verhandlungen, Jugoslawien, KAE, KSZE, Mittelamerika-Politik, Niederlande, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN

S. 198³⁴, 663¹⁶, 891

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 308 und S. 419, 1404, 1498

– EG/EPZ

S. 42²¹

– Südafrika

S. 1545

– UdSSR

S. 724f., 735, 1542–1544

Schweiz

siehe außerdem: Energie- und Rohstoffpolitik, Iran, KAE, KSZE, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Österreich, Umweltpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 148, 351⁶, 782⁵⁰, 1821

– Bundesrepublik Deutschland

Dok. 201 und S. 481, 629¹⁴, 971, 1926f.

– USA

S. 608⁹, 1048

Seychellen

S. 1105

Simbabwe

siehe außerdem: VN

S. 1105, 1330f., 1436, 1545

– Bundesrepublik Deutschland

S. 707–709, 711f.

– EG/EPZ

S. 712²⁷

– UdSSR

S. 708⁵, 712²⁷

– USA

S. 708⁵, 712²⁷

Singapur

S. 431⁸⁵, 933

Somalia

S. 454, 710

Sowjetunion

siehe: UdSSR

Sozialistische Internationale

S. 611⁸, 1745

Spanien

siehe außerdem:

Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Belgien, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Israel, KAE, KSZE, Kuba, Mexiko, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 251⁴⁰, 1597, 1717

– EG/EPZ

S. 40–42, 120, 124, 199⁵, 225–228, 230f., 400f., 429, 576, 615, 659–661, 665–668, 671f., 699f., 740, 753f., 904, 916, 924, 963, 976, 1162f., 1165f., 1419, 1728, 1757f., 1781, 1795–1797, 1800–1805, 1810, 1814, 1842–1845, 1873

– UdSSR

S. 665, 670, 896⁶, 950, 1326²⁰

– USA

S. 229, 266, 428, 430, 448f., 658, 660f., 904, 1810, 1922², 1923f.

Spanien-Bundesrepublik Deutschland

Dok. 46, 126, 127, 369 und S. 428f., 607⁷, 740, 753f., 896⁶, 899, 905, 1226²⁰

– gemischte Kommission

S. 230

- kulturelle Zusammenarbeit
S. 231
- Rüstungskoooperation
Dok. 387
- spanische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik
S. 230, 673

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

S. 16⁶, 27 f., 47, 54, 94, 97, 104, 107, 115, 138–140, 150, 182, 269, 283 f., 331², 405, 478, 502 f., 519, 548, 552, 566, 573, 578, 580 f., 657, 662¹³, 691, 750, 853, 886 f., 890, 960 f., 968, 981 f., 989 f., 992, 1014, 1133, 1201, 1254, 1322, 1348, 1351, 1354–1357, 1359, 1372, 1423, 1430 f., 1451, 1454, 1467⁸, 1492, 1581³⁺⁴, 1582, 1631, 1659⁵, 1660, 1665¹², 1666, 1670 f., 1684 f., 1765², 1792³, 1795, 1803, 1815, 1823, 1838–1840, 1879¹⁷, 1929

Sri Lanka

S. 1653–1655

START (Strategic Arms Reduction Talks)

Dok. 96, 232, 385 und S. 13, 21, 107, 117, 149, 166, 171¹⁴, 173, 175, 181, 184, 207, 390, 411 f., 414, 940, 971, 1238, 1253, 1314, 1378, 1431, 1508, 1510, 1750, 1855 f., 1859, 1885, 1942

- „build down“-Konzept
S. 822⁶, 827, 908⁶, 938, 1449⁴, 1450, 1912⁶, 1913–1915
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 183 und S. 418, 496–498, 909, 1127, 1188 f., 1455, 1521
- Frankreich
S. 418
- Großbritannien
S. 418, 911
- Italien
S. 497¹²
- NATO
S. 494, 497¹², 1186⁶
- UdSSR
S. 7 f., 102 f., 179¹⁸, 183, 288, 418, 495–497, 721 f., 909, 956–958, 1068¹⁷, 1099, 1126 f., 1130, 1186, 1188–1190, 1358, 1417, 1519 f., 1626, 1633, 1699, 1858, 1867 f., 1911–1914, 1962

- USA

Dok. 139 und S. 102 f., 183, 258 f., 417 f., 494–498, 519, 827, 907 f., 936–938, 955–958, 1010, 1099, 1126–1128, 1130 f., 1186–1189, 1223, 1225, 1278, 1449 f., 1489, 1519 f., 1558, 1633, 1721, 1726 f.

- vertrauensbildende Maßnahmen
S. 179¹⁸, 258, 417²⁴, 418, 495 f., 540, 910, 1223⁵, 1913 f.

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

S. 539³⁴, 1174, 1320¹⁵

Südafrika

siehe außerdem:

Angola, Großbritannien, Menschenrechte, Mosambik, Namibia-Frage, Schweden, VN

S. 319¹⁹, 1327, 1328⁶, 1332

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 147, 282, 364 und S. 605, 710, 1105, 1433, 1545 f.
- EG/EPZ
S. 1824, 1827
- USA
S. 300 f., 596²³, 597²⁷, 769, 1331, 1563 f.

Sudan

siehe außerdem:

Ägypten, Äthiopien, Libyen

S. 838¹⁸, 1387, 1461

Swasiland

S. 1827

Syrien

siehe außerdem:

Ägypten, Frankreich, Irak, Iran, Israel, Jordanien, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Saudi-Arabien

S. 432, 613

- Bundesrepublik Deutschland
S. 350 f., 795, 799, 838¹⁸, 1436³², 1441
- UdSSR
S. 206, 263, 346 f., 595, 792 f., 847 f., 972–974, 976, 1460 f., 1678, 1788, 1851
- USA
S. 57¹⁶, 793 f., 972, 1464, 1668, 1788, 1851

Tansania

S. 1385³, 1102 f., 1432, 1478

Terrorismus

Dok. 69 und S. 229 f., 665¹⁹, 745, 1537 f., 1652–1654, 1736–1741, 1822, 1845

Thailand

siehe außerdem: Kambodscha
S. 432⁹², 449, 738, 1639⁸

- Bundesrepublik Deutschland
S. 836, 840, 1004
- Vietnam
S. 933

Togo

S. 1078⁸

Trinidad und Tobago

S. 1579³

Tschad

siehe außerdem:
Frankreich, Libyen, Nigeria
S. 1461, 1481

- USA
S. 1273, 1388
- Zaire
S. 1478

Tschechoslowakei

siehe: ČSSR

Tunesien

siehe außerdem: Libanon-Konflikt
S. 226⁶, 613, 1788

Türkei

siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Griechenland, Japan, KAE, Menschenrechte, NATO, OECD, Zypern-Konflikt
S. 7¹⁹, 230²⁰, 1120, 1737

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 38 und S. 130 f., 269 f., 744, 1105, 1165–1167, 1435¹¹, 1752 f.
- EG/EPZ
Dok. 227 und S. 123 f., 194 f., 230²², 269 f., 1164¹⁶, 1166
- türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik
S. 196–198, 1164, 1167, 1703, 1806
- UdSSR
S. 197, 1324
- USA
S. 131, 269, 623⁸, 888, 915, 1379, 1728, 1753

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Afghanistan, Ägypten, Angola, Äthiopien, Belgien, Bulgarien, ČSSR, Dänemark, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, Finnland, Frankreich, Grenada, Griechenland, Großbritannien, Indien, INF-Verhandlungen, Irak, Iran, Irland, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, KAE, Kambodscha, Kanada, KSZE, Kuba, Libanon-Konflikt, Libyen, Luxemburg, MBFR, Menschenrechte, Mittelamerika-Politik, Mosambik, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Pakistan, Polen, Portugal, Rumänien, Saudi-Arabien, Schweden, Simbabwe, Spanien, START, Syrien, Türkei, Umweltpolitik, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 11, 16, 248, 421⁴⁰, 648, 769 f., 1477, 1639 f., 1790

- Arabische Liga
S. 346⁷
- ASEAN
S. 881, 1294
- Ausreise jüdischer Sowjetbürger
S. 1702
- „Breschnew-Doktrin“
S. 210¹⁵, 211 f., 213²⁹, 257, 309, 387, 942
- chemische Waffen
S. 1153–1157, 1191, 1195
- Dissidenten
siehe unter: Menschenrechte
- EG/EPZ
S. 293⁸, 563, 766²⁸, 1960
- KPdSU
Dok. 1 und S. 81, 1113
- NATO
S. 13 f., 653, 788⁴⁺⁷, 789, 867 f., 870 f., 936, 1062
- Sanktionen gegen die UdSSR
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
- Ungarn
S. 222, 223⁶, 269⁶, 271, 885, 1158³, 1238, 1384, 1416

- USA
 - Dok. 119, 240** und S. 7f., 12, 55–57, 78, 85, 98, 118f., 125, 127f., 130⁵, 148–151, 169, 171¹⁴, 173, 177, 185f., 219f., 244–246, 248–250, 292–295, 409⁴, 410–412, 416, 424f., 488⁴⁺⁷, 489, 506–508, 522f., 533f., 538, 571f., 623f., 684, 687, 696, 795f., 813–815, 888–890, 897f., 909¹⁴, 910, 913, 919, 925, 937¹⁷, 938, 995, 1009f., 1016–1018, 1034, 1038, 1041, 1044–1046, 1068f., 1071, 1073¹³, 1091, 1094f., 1116f., 1120–1122, 1181, 1191, 1197³, 1232⁶, 1236, 1239, 1245, 1261, 1264, 1275, 1295–1298, 1303, 1315, 1326²⁰, 1346–1348, 1381, 1413–1418, 1450, 1453f., 1482, 1508, 1510–1512, 1520f., 1541¹⁵, 1555f., 1558⁷⁺⁹, 1598f., 1656, 1658¹⁰, 1662, 1696, 1720f., 1751, 1768f., 1773, 1832f., 1851, 1866, 1930, 1962
- Verteidigungshaushalt/-politik
 - S. 275¹², 289, 392f., 396, 416, 480¹², 533
- Vietnam
 - S. 431⁸⁴, 737⁴⁶, 972, 1294
- Volksrepublik China
 - S. 7, 108, 168, 394, 431⁸⁴, 533, 706²⁴, 736⁴³, 737⁴⁶, 738, 748, 849f., 970, 1294, 1440⁵⁰, 1482, 1516, 1523, 1608f., 1962
- UdSSR-Bundesrepublik Deutschland**
 - siehe außerdem: Berlin*
 - Dok. 10, 15, 97, 141, 199, 200, 202, 203, 204, 205, 241, 262, 276, 303, 304, 305, 306, 310, 319, 378** und S. 22, 45, 48f., 61, 85f., 89, 91–93, 95f., 107f., 113, 136, 139, 147, 149, 166, 174–180, 207, 235¹³, 239¹⁰, 292–294, 306, 424, 425⁵⁰, 438, 454f., 506, 522, 526, 534, 538, 548, 573, 587, 595, 620, 622, 629¹¹, 643, 650, 662¹³, 663, 677⁵, 685f., 751f., 846¹⁰, 853, 880, 890–892, 922f., 968f., 972, 984, 986, 990, 993f., 1009f., 1019, 1074–1076, 1085f., 1093–1095, 1100f., 1115–1118, 1129f., 1132–1134, 1137f., 1261, 1264f., 1296⁹, 1321, 1326²⁰, 1333f., 1340¹, 1342, 1345–1348, 1356, 1366–1368, 1379, 1383, 1432f., 1455, 1482, 1488⁹, 1490¹³, 1492f., 1495, 1539–1541, 1548–1552, 1596–1598, 1617, 1628–1630, 1642–1644, 1660, 1680f., 1725, 1816–1819, 1839⁵, 1840, 1867, 1915, 1925, 1937f., 1960, 1963
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
 - S. 59, 474, 481, 728¹⁴⁺¹⁵, 1031, 1056, 1228f., 1266, 1505f., 1531f., 1585f.
- Humanitäre Fragen/Familienzusammenführung
 - S. 59, 77, 520, 664, 727–730, 733, 971, 1032, 1034, 1056f., 1061–1064, 1110, 1112, 1231, 1505, 1534–1536, 1702
- Kulturbeziehungen/Kulturgüter
 - S. 59, 730²⁴, 1032, 1063, 1229, 1265f., 1530, 1532
- Rechtshilfeverkehr
 - S. 729, 1032, 1229, 1530, 1532
- Umweltschutz
 - S. 1227⁶, 1229–1231, 1357, 1367, 1506f., 1531f., 1583f.
- Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
 - S. 1033⁹, 1229, 1506, 1530, 1532
- Uganda**
 - S. 708, 711, 1103
- Umweltpolitik**
 - S. 877
- Bundesrepublik Deutschland
 - S. 151f., 399, 1061, 1178, 1230f., 1267, 1357, 1367, 1375, 1785, 1797, 1853
- ČSSR
 - S. 151f., 1061, 1357, 1367
- EG
 - S. 399, 577, 964f., 1267
- Frankreich
 - S. 1357, 1785
- Österreich
 - S. 1061, 1178
- Polen
 - S. 1061
- Schweiz
 - S. 1178
- UdSSR
 - S. 538²³, 1063
- Umweltbundesamt
 - S. 1229–1231
- VN
 - S. 399, 538, 1230
- Ungarn**
 - siehe außerdem:*
 - Frankreich, Großbritannien, IWF, KAE, KSZE, MBFR, NATO-Doppelbeschluß, Rumänien, UdSSR, Warschauer Pakt*
 - S. 21, 1549, 1717, 1849
- Bundesrepublik Deutschland
 - Dok. 390** und S. 51, 268f., 650, 1053, 1241, 1264, 1266, 1435¹⁷, 1929

- EG/EPZ
Dok. 50 und S. 309, 539, 1566
- USA
S. 1237 f., 1243, 1453, 1939–1941

UNO (United Nations Organization)

siehe: VN

USA (United States of America)

siehe außerdem:

Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs, Afghanistan, Ägypten, Angola, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Costa Rica, DDR, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, Frankreich, Grenada, Griechenland, Großbritannien, Honduras, Indien, INF-Verhandlungen, Iran, Irland, Israel, Italien, IWF, Japan, Jordanien, Jugoslawien, KAE, KSZE, Kuba, Libanon-Konflikt, Libyen, MBFR, Mexiko, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Republik China (Taiwan), Rumänien, Rüstungsexportpolitik, Saudi-Arabien, Schweiz, Simbabwe, Spanien, START, Südafrika, Syrien, Tschad, Türkei, UdSSR, Ungarn, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

S. 79 f., 736, 1481, 1602, 1639 f.

- ASEAN
S. 449³
- B'nai B'rith
S. 1701–1704
- chemische Waffen
Dok. 225 und S. 1191, 1193 f., 1196
- EG/EPZ
S. 39, 121 f., 190, 242³, 271, 286, 360, 384, 399 f., 508, 601, 604¹², 976, 996–998, 1013, 1091 f., 1165, 1167, 1335–1337, 1362, 1418 f., 1452¹⁶, 1692, 1755¹², 1756, 1795, 1805, 1809 f., 1839, 1841, 1949
- European Recovery Program (Marshall Plan)
S. 581, 1661
- Executive Privilege
S. 1184 f.
- Freeze-Bewegung
S. 118, 396¹⁶, 397, 503, 687 f., 822⁶, 889, 982, 992, 1913, 1915, 1962

- Geheimdienste
S. 221, 397, 1282², 1315⁷, 1405–1407, 1592, 1653, 1708 f., 1738

- Informationstechnologie

Dok. 393

- Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)
S. 5⁹, 22, 99, 105, 106²¹, 116 f., 188 f., 245, 254, 261 f., 265 f., 291, 316, 317⁹, 385, 389 f., 394, 397, 497¹¹, 505 f., 509 f., 545⁴, 570, 580, 582 f., 585, 609, 623, 656²¹, 669⁶, 687 f., 698³⁶, 712²⁷, 720³, 722, 732, 749, 759¹³, 769⁸, 782⁵³, 800⁴, 814 f., 822⁶, 827, 829¹⁰, 867, 873, 879²³, 930⁸, 954, 982, 992, 998, 1012, 1015, 1073, 1109², 1130 f., 1153³, 1154⁴, 1155–1157, 1191, 1194, 1198, 1268, 1275⁶, 1298, 1361, 1446, 1449–1452, 1484³, 1491 f., 1495²⁵, 1633³³, 1659, 1661, 1664, 1668²⁸, 1720, 1727 f., 1753, 1839, 1915

- MX-Rakete

S. 22, 104, 397, 496, 571, 655 f., 687, 720³, 722, 1130 f., 1298, 1495 f., 1519

- Neutronenwaffe

S. 302⁵, 654, 786, 1020

- Raketenabwehrsystem im Weltraum

Dok. 81, 339 und S. 389 f., 415–417, 479, 507, 586, 651⁴, 654 f., 866 f., 872, 1224, 1235⁹, 1592, 1722, 1773 f., 1863, 1868 f.

- Rapid Deployment Force (RDF)

S. 57¹⁶, 787², 788–890, 830, 869³, 1720, 1812

- Verteidigungshaushalt/-politik

Dok. 26, 288 und S. 5, 8, 106, 116, 393 f., 452, 454, 510⁹, 511 f., 870⁸, 873, 1020, 1135, 1451 f., 1495²⁵

- Volksrepublik China

S. 490¹, 569, 748, 1413, 1418, 1609, 1761 f.

USA-Bundesrepublik Deutschland

siehe außerdem: Berlin

Dok. 5, 14, 18, 20, 21, 23, 24, 27, 28, 43, 53, 76, 98, 99, 101, 102, 132, 150, 169, 191, 193, 195, 196, 210, 211, 212, 213, 214, 220, 231, 243, 249, 251, 253, 289, 290, 300, 331, 332, 336, 341, 350, 368, 371 und S. 20, 24–26, 29 f., 35–38, 46, 54, 56, 86, 110⁷, 128 f., 149, 156 f., 168–174, 224, 225⁷, 280, 297, 301²⁷, 314–320, 326–330, 363–368, 376–381, 405, 434–437, 447, 481, 488, 498, 500, 542–547, 565–568, 570–572, 581–586, 617–621, 623, 624¹⁵, 625 f., 663, 669, 698³⁵, 710, 712, 743²⁵, 749, 755 f., 758, 792⁷, 795 f., 802–

- 804, 808², 809, 813–816, 830, 846¹⁰, 865–867, 895 f., 899, 960 f., 980–987, 996–998, 1041 f., 1046, 1071 f., 1082⁴, 1109³, 1116 f., 1119–1122, 1153–1157, 1165, 1167, 1186⁶, 1215⁴, 1218 f., 1226^{19–21}, 1236¹⁶, 1243–1246, 1264, 1267 f., 1280 f., 1301 f., 1333, 1338–1340, 1354, 1361, 1365, 1380⁴, 1425 f., 1428, 1429²⁰, 1438, 1445, 1457, 1476, 1498, 1500 f., 1541, 1554¹⁰, 1557 f., 1579–1581, 1623 f., 1657, 1673, 1677–1679, 1690⁵, 1708 f., 1734, 1819, 1830–1834, 1837, 1869³³, 1888, 1928, 1930, 1948
- Jugendaustausch
S. 505¹⁷, 518, 523
 - Master Restationing Plan (MRP)
S. 509–511, 829, 879²³, 993¹¹
 - nachrichtendienstliche Tätigkeit
Dok. 279
 - Rüstungszusammenarbeit
Dok. 355 und S. 106²⁰, 116, 188, 1892¹¹
 - Seerecht
S. 1853
 - Wartime Host Nation Support (WHNS)
S. 105¹⁸, 106²¹, 116, 266¹¹³, 509, 511, 873²³, 879²³, 1893
 - wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 602 f.
- VAE (Vereinigte Arabische Emirate)**
S. 346⁸, 513, 516, 835, 1788
- Vatikan**
siehe: Heiliger Stuhl
- Venezuela**
siehe außerdem: Mittelamerika-Politik
S. 836⁹
- Vereinigte Arabische Emirate**
siehe: VAE
- Vereinigte Staaten von Amerika**
siehe: USA
- Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland**
siehe: Großbritannien
- Vereinte Nationen**
siehe: VN
- Vierer-Außenministertreffen**
Dok. 131, 173, 175, 281, 374 und S. 1682 f., 1720, 1961
- Vierer-Direktorentreffen**
Dok. 49, 82, 116, 228, 234, 346, 347 und S. 447 f., 678, 756, 800⁷, 806, 1413⁹, 1414, 1740¹⁶⁺¹⁷, 1961
- Vierergruppe**
siehe: Bonner Vierergruppe
- Vietnam**
siehe außerdem:
Frankreich, Indonesien, Japan, Kambo- dscha, Thailand, UdSSR
S. 421⁴⁰, 451, 1283, 1440
- Volksrepublik China
S. 738⁴⁸, 934
- VN (Vereinte Nationen)**
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Ab- schuß eines südkoreanischen Passagier- flugzeugs, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungshilfepolitik, KAE, Mittel- amerika-Politik, Nahost-Konflikt, Nami- bia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Umweltpo- litik, Zypern-Konflikt
S. 661¹², 1111, 1561, 1650, 1770, 1908
- Afghanistan
S. 264, 767, 918 f., 923, 1439, 1481 f.
 - Bundesrepublik Deutschland
Dok. 176, 177, 286, 348 und S. 420, 696, 989 f., 1142, 1220 f., 1263, 1268, 1270, 1381, 1383, 1421 f., 1424, 1433, 1664 f., 1674, 1680, 1730, 1860–1862
 - Charta vom 26.6.1945
S. 167, 214³¹, 308, 477, 911, 923, 926, 941, 988–990, 1045, 1235, 1303, 1323⁶, 1527, 1564, 1687, 1957
 - Committee on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung und Rüstungs- kontrolle
 - Dänemark
S. 1221
 - ECE (Economic Commission for Europe)
S. 152²⁷, 162, 399, 538, 1178, 1230
 - Finnland
S. 1618, 1620 f.
 - Frankreich
S. 419, 933, 1253, 1257, 1438, 1625 f., 1729, 1731³, 1732, 1744 f.
 - Friedenszone Indischer Ozean
S. 1638

- GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
siehe: GATT
- Generalversammlung
S. 55¹⁴, 69, 210¹⁵, 421⁴⁰, 430⁸², 431⁸³, 989, 1139, 1171, 1220f., 1233, 1253, 1259, 1270, 1339, 1381⁸, 1515, 1520, 1522, 1620²², 1625f., 1632, 1639⁸, 1806, 1827
- Grenada
S. 1620f.
- Griechenland
S. 1221, 1680
- Großbritannien
S. 1438, 1625f., 1731³, 1732
- IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
S. 265¹⁰⁹, 816⁶, 1225, 1425
- ICAO (International Civil Aviation Organization)
S. 1295³, 1297, 1302f., 1312f., 1314f., 1323f., 1326, 1381, 1414–1416
- IDA (International Development Association)
S. 698, 877, 1079, 1645, 1651, 1731–1733
- IGH (Internationaler Gerichtshof)
S. 923
- ILO (International Labour Organization)
S. 252, 1295³
- Indien
S. 924f., 1141¹⁶, 1436³⁴, 1441
- Iran
S. 430⁸², 1729
- Irland
S. 1221
- Israel
S. 430, 926, 1220f.
- Italien
S. 1381, 1680
- IWF (Internationaler Währungsfonds)
siehe: IWF
- Japan
S. 988–990, 1731f.
- Kuba
S. 431⁸³
- Libyen
S. 1297¹²
- Menschenrechtskommission
S. 252, 920¹⁹, 1295³
- Nicaragua
S. 1323⁶, 1620²²
- Niederlande
S. 1221
- Nigeria
S. 1297¹²
- Polen
S. 564, 920, 1323⁶
- Resolution Nr. 2626 der Generalversammlung vom 24.10.1970
S. 1079¹⁴
- Resolution Nr. 31/103 der Generalversammlung vom 15.12.1976
S. 1433⁸
- Resolution Nr. 34/138 der Generalversammlung vom 14.12.1979
S. 123²¹
- Resolution Nr. 35/33 der Generalversammlung vom 14.11.1980
S. 1220
- Resolution Nr. 35/112 der Generalversammlung vom 5.12.1980
S. 1225¹⁶
- Resolution Nr. 37/98 C der Generalversammlung vom 13.12.1982
S. 419
- Resolution Nr. 37/123 der Generalversammlung vom 16.12.1982
S. 203
- Resolution Nr. 38/7 der Generalversammlung vom 2.11.1983
S. 1620²²
- Resolution Nr. 38/12 der Generalversammlung vom 16.11.1983
S. 1680²²
- Resolution Nr. 38/74 der Generalversammlung vom 15.12.1983
S. 1427
- Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats vom 22.11.1967
S. 402, 792⁷, 972, 976, 1459, 1464
- Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrats vom 22.10.1973
S. 402
- Resolution Nr. 367 des Sicherheitsrats vom 12.3.1975
S. 1568
- Resolution Nr. 426 des Sicherheitsrats vom 19.3.1978
S. 200⁸
- Resolution Nr. 431 des Sicherheitsrats vom 27.7.1978
S. 431, 432, 435, 649

- Resolution Nr. 432 des Sicherheitsrats vom 27.7.1978
S. 431, 432, 435, 649
- Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats vom 29.9.1978
S. 295³, 296⁸, 297¹², 431f., 435, 596²⁴, 605, 649, 740¹⁵, 742²³, 769⁵, 931, 1330¹⁴, 1421, 1423, 1564, 1827, 1829
- Resolution Nr. 479 des Sicherheitsrats vom 28.9.1980
S. 402
- Resolution Nr. 514 des Sicherheitsrats vom 12.7.1982
S. 402
- Resolution Nr. 522 des Sicherheitsrats vom 4.10.1982
S. 402
- Resolution Nr. 529 des Sicherheitsrats vom 18.1.1983
S. 200⁸
- Resolution Nr. 530 des Sicherheitsrats vom 19.5.1983
S. 929⁶
- Resolution Nr. 532 des Sicherheitsrats vom 31.5.1983
S. 740¹⁵
- Resolution Nr. 540 des Sicherheitsrats vom 31.10.1983
S. 1729
- Schweden
S. 1717, 1732
- Seerechtskonferenz
S. 19
- Sicherheitsrat
S. 200⁸, 312, 402, 625¹⁷, 740f., 923, 926f., 929–931, 989⁸, 1141, 1297, 1304, 1312⁶, 1323, 1378, 1458⁹
- Simbabwe
S. 1323⁶, 1620²²
- Südafrika
S. 931, 1221f.
- UdSSR
S. 627²⁴, 742, 919, 990, 1222, 1232⁴, 1233, 1264³⁰, 1312⁶, 1323⁶, 1381, 1382¹², 1437, 1528
- UNEP (United Nations Environment Programme)
S. 1230
- UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)
S. 1295³, 1949
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)
Dok. 373
- UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon)
siehe unter: Libanon-Konflikt
- USA
S. 264, 421⁴⁰, 430, 698³⁶, 919, 1220f., 1437, 1458⁹, 1731f.
- Völkerrechtskommission
S. 1688
- Volksrepublik China
S. 923, 1323⁶, 1625
- Weltbank
S. 708⁷, 778, 876, 932²², 1386, 1648, 1651, 1725⁹, 1726¹², 1731–1733
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.**
S. 161, 728¹²
- Volksrepublik China**
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Belgien, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Heiliger Stuhl, Indien, INF-Verhandlungen, Japan, Kambodscha, Niederlande, UdSSR, USA, Vietnam, VN, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 319²⁰, 363, 367¹⁶, 480²¹, 881, 1037, 1236¹⁵, 1312⁶, 1639
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 94, 246 und S. 696, 748, 766, 1104f., 1269, 1436³⁰, 1733, 1762f., 1764¹¹
- EG/EPZ
S. 766f., 1105
- Warschauer Pakt**
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, INF-Verhandlungen, KAE, KSZE, MBFR, Mittelamerika-Politik, NATO, NATO-Doppelbeschluß
S. 52, 155, 167, 260⁸⁸, 344, 453¹¹, 540, 568, 687, 885, 1040, 1051f., 1058, 1133, 1160, 1237, 1490, 1542, 1550f., 1877, 1936–1938, 1940, 1961, 1963, 1965
- Bulgarien
S. 1451
- ČSSR
S. 1128, 1451, 1493, 1592
- DDR
S. 1128, 1451, 1493, 1592, 1709, 1849

- Polen
S. 560f., 1451, 1592
- Rumänien
S. 468, 477f., 480, 587f., 593, 1239f., 1451, 1489, 1709
- Stationierung sowjetischer Kurz- und Mittelstreckensysteme
Dok. 44 und S. 885, 888, 1158, 1238, 1319, 1346, 1349, 1367, 1370, 1383f., 1416f., 1540, 1614, 1767⁹, 1768f., 1778, 1850
- UdSSR
S. 477f., 1038, 1054, 1070, 1125, 1592
- Ungarn
S. 1241, 1451, 1933, 1941

Washingtoner Botschaftergruppe

S. 493, 494⁶, 1308–1311

Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

siehe unter: VN

Weltwirtschaftsgipfel

S. 1674f.

- Weltwirtschaftsgipfel vom 15. bis 17.11. 1975 auf Schloß Rambouillet
S. 844⁶
- Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
S. 432, 1738
- Weltwirtschaftsgipfel am 20./21.7.1981 in Ottawa/Montebello
S. 743, 752, 1738
- Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.6.1982 in Versailles
S. 285, 330, 367, 390, 505¹⁷, 525, 545, 585, 752, 779, 876f., 1738
- Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30.5. 1983 in Williamsburg
Dok. 161, 167 und S. 190, 285, 328, 330⁹, 362, 364f., 368, 390f., 399, 426f., 431f., 505, 518, 524f., 527f., 536, 545f., 549, 571, 582–586, 593, 595, 622², 623f., 688, 698, 741, 743, 747–749, 751–753, 757f., 765, 771, 773, 776, 778, 794, 796, 798f., 802, 814, 816, 844, 846, 851f., 863³⁹, 895, 909, 912, 918, 923, 925, 927, 932, 970, 988⁴, 989f., 994, 1005¹⁵, 1034, 1041, 1091f., 1119f., 1134, 1140, 1259, 1594f., 1605, 1607f., 1738, 1850
- Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9.6.1984 in London
S. 1738

WEU (Westeuropäische Union)

Dok. 92 und S. 155, 831²⁶, 1766, 1774

Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Ägypten
S. 1559
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 62 und S. 43–45, 72f., 138, 150, 152, 283f., 347–349, 359f., 375, 404, 405¹⁷, 552f., 556, 575, 590f., 615, 660, 700, 749, 751, 752³⁴, 753, 759–762, 772, 774, 781f., 784, 828–832, 840f., 844, 1329, 1361–1364, 1374f., 1458, 1575–1578, 1606f., 1641, 1690f., 1693f., 1732, 1760, 1784, 1797f., 1803, 1849, 1930f.
- Dänemark
S. 553
- Frankreich
S. 44, 72, 284, 347², 348f., 359f., 374¹³, 375, 575, 586, 748, 752f., 758–761, 772, 774, 776, 780–782, 784, 1458
- Griechenland
S. 124, 1458
- Großbritannien
S. 586, 776, 778³¹, 1361, 1693f.
- Indien
S. 1649, 1651, 1654f.
- Indonesien
S. 1636–1638, 1640, 1644f.
- Italien
S. 616, 1458
- Japan
S. 17–19, 23, 660, 844, 1607f.
- Jugoslawien
S. 23
- Kanada
S. 695¹⁷, 776
- Niederlande
S. 375¹⁸, 1361
- Norwegen
S. 43–45
- Österreich
S. 375¹⁸
- Polen
S. 1878, 1880
- Rumänien
S. 476, 857
- Schweiz
S. 375¹⁸
- Spanien
S. 739⁸

- UdSSR
S. 5f., 8f.
- USA
S. 116, 122, 150, 186, 188, 284–286, 348, 698, 748¹⁸, 772, 776, 778, 782⁵², 874–876, 927, 1091f., 1361, 1452¹⁶, 1458, 1606–1608, 1641, 1693, 1733, 1844
- Volksrepublik China
S. 1608f.
- Wirtschaftsunternehmen**
- Accumulatorenfabrik Wilhelm Hagen AG
S. 1402
- AEG-Telefunken AG
S. 579⁴
- Aeroflot
S. 1295³, 1296f., 1304, 1312f., 1324–1326
- AeroPerú
S. 216⁴
- Agfa-Gevaert
S. 1397
- Air Canada
S. 1325¹⁷
- Airbus GIE
S. 61, 63, 761, 778, 784, 1360, 640, 1757, 1782f.
- Aliaf Co.
S. 817⁷
- Alitalia
S. 63, 432⁹²
- ARBED Saarstahl GmbH
S. 600¹⁹
- Balkan Bulgarian Airlines
S. 196
- Barclays Bank International
S. 1391⁶
- BASF Aktiengesellschaft (Badische Anilin- und Soda-Fabriken)
S. 590, 1283, 1361
- Bayer AG
S. 817⁷, 1282, 1397–1401
- Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft
S. 464⁶
- Blaupunkt-Werke GmbH
S. 782
- Blohm + Voss
S. 841
- BMW (Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft)
S. 285, 362, 1783
- Boehringer Ingelheim KG
S. 817⁷
- Boeing (The Boeing Company)
S. 63, 1644, 1783
- Braun AG
S. 18
- Carl Schenck AG
S. 730²³
- Citroën
S. 585²⁴
- Compagnie Générale d'Electricité (GCE)
S. 758
- Compagnie générale des matières atomiques (Cogema)
S. 315, 317¹²
- Compagnie Internationale pour l'Informatique CII-Honeywell Bull
S. 780
- Daimler-Benz AG
S. 1644, 1783
- DEMINEX (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH)
S. 1394
- Deutsche Bank AG
S. 466⁴
- Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK)
S. 314f., 317¹², 320, 779
- Dialog Information Services
S. 1947
- Diehl KG
S. 1402
- Direct Air
S. 901
- Dornier GmbH
S. 1403¹⁰
- Dow Chemical (The Dow Chemical Company)
S. 1183, 1282
- Dresser France
S. 10⁸, 1948
- Dresser USA
S. 1948
- DuPont (E.I. du Pont de Nemours and Company)
S. 1183, 1282
- Dynamit Nobel AG
S. 1402

- Electricité de France S.A.
S. 779
- Euromissile
S. 1845¹, 1846
- Exxon
S. 314³, 315, 320
- Framatome SA (Société Franco-Américaine de Constructions Atomiques)
S. 1474⁵
- Fredrikstad Mekaniske Verksted (FMV)
S. 44³¹
- Fried. Krupp GmbH
S. 90²⁹
- Friedrich Stetzler GmbH & Co. KG
S. 978
- Fritz Werner Werkzeugmaschinen AG
S. 820²¹, 1402, 1404
- Garuda Indonesia
S. 1640¹⁰
- Général des Carrières et Mines (Gécamines)
S. 1480¹¹
- General Electric Company (GE)
S. 1428¹⁹
- Georg Noell GmbH
S. 1474⁵
- Grupul Aeronautic
S. 858²⁵
- Hammer
S. 1123
- Harley-Davidson Inc.
S. 285¹⁶
- Heinrich Mack Nachf. GmbH & Co. KG
S. 1282⁵
- Hermes-Kreditversicherungs-AG
S. 471¹⁸, 1392⁹
- Hoechst AG
S. 817⁷
- Hoesch AG
S. 90²⁹
- Hoogovens (Koninklijke Nederlandse Hoogovens)
S. 1569²³
- Howaldtswerke Deutsche Werft GmbH (HDW)
S. 44³¹, 45, 1402, 1404
- IBM (International Business Machines Corporation)
S. 1947³, 1951
- Industrie Chimiche Meda Società Azionaria (ICMESA)
S. 1283⁹
- Interflug
S. 196
- International Computers Limited
S. 780
- Iransped Co.
S. 820¹⁸⁺¹⁹
- Klöckner-Humboldt-Deutz AG
S. 90²⁹, 1480¹¹
- Korean Airlines (KAL)
S. 1274²
- Kraftwerk Union AG (KWU)
S. 265, 339, 340⁶, 816, 979, 1428¹⁹, 1474⁵
- Krauss-Maffei AG
S. 834, 835⁷, 836⁹, 841, 1048 f., 1403, 1922²
- Krupp MaK Maschinenbau GmbH
S. 834
- Lockheed Corporation
S. 1360, 1783, 1947
- Lufthansa (Deutsche Lufthansa AG)
S. 215², 1082, 1947³, 1951
- Lurgi
S. 860
- MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg)
S. 352¹²
- Mannesmann Anlagenbau AG
S. 1474⁵
- MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm)
S. 834, 1846
- McDonnell Douglas Corporation
S. 63
- E. Merck OHG
S. 817⁷
- Miles Ltd.
S. 1397 f., 1400
- Otto Wolff AG
S. 856¹⁵
- Philipp Holzmann AG
S. 464⁶, 1474⁵
- Reșița-Renk S.A. Fabrica de Reductoare
S. 862
- Rheinmetall AG
S. 516
- Ruhrgas AG
S. 10⁷, 540

- Saint-Gobain (Compagnie de Saint-Gobain)
S. 758
- Salzgitter AG
S. 90²⁹
- SAS Scandinavian Airlines
S. 1325
- Schering AG
S. 817⁷
- Siemens AG
S. 362, 464⁶, 603, 780, 1403¹¹, 1404, 1480, 1537³, 1947³, 1951
- Sojuzgazexport
S. 107, 540³⁶
- Standard Elektrik Lorenz AG
S. 1480¹⁴
- Statoil (Den norske stats oljeselskap)
S. 44³¹, 45
- Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH
S. 782⁵²
- Thomson-Brandt
S. 782
- Thorn EMI Ltd.
S. 782⁵²
- Thyssen AG/Thyssen Stahl AG
S. 90²⁹, 1693
- Thyssen Industrie AG Henschel
S. 835⁷⁺⁸, 840²¹, 841
- Transportes Aéreos Bolivianos (TAB)
S. 216⁴
- Treuarbeit Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft
S. 471¹⁸
- Usinoexportimport
S. 860²⁵
- VEB Kombinat Verbundnetze Energie
S. 540
- VFW Fokker (Vereinigte Flugtechnische Werke GmbH)
S. 858

- VW (Volkswagenwerk AG)
S. 858
- Westinghouse Electric Corporation
S. 1474⁵

Zaire

siehe außerdem:

Energie- und Rohstoffpolitik, IWF, Tschad

Dok. 297 und S. 1105, 1387

Zentralafrikanische Republik

S. 1789

Zentralrat der Juden in Deutschland

S. 1701, 1703

Zypern

siehe außerdem: KAE

S. 1568

Zypern-Konflikt

S. 1773

- Bundesrepublik Deutschland
S. 1728, 1752 f., 1806
- Frankreich
S. 1728
- Griechenland
S. 1753, 1805–1807
- Griechische Volksgruppe
S. 1567
- Großbritannien
S. 1727 f.
- Italien
S. 1728
- Türkei
S. 1213⁴⁰, 1727 f., 1752 f., 1806
- Türkische Volksgruppe/Unabhängigkeit Nordzyperns
Dok. 353 und S. 1567, 1727 f., 1806
- USA
S. 1728
- VN
S. 1213, 1567 f., 1679, 1728

**Organisationsplan
des Auswärtigen Amts
vom Juni 1983**

Stand: Juni 1983

Koordinator für
die deutsch-französische
Zusammenarbeit
Dr. Carl Otto Lenz, M.d.B.

02 Planungsstab
VLR I Dr. Seitz

Der Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Persönlicher Referent: VLR Dr. Jansen

Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Dr. Hans Werner Lautenschlager
Geschäftsbereich: Abteilungen 4, 6 sowie AS 50
Persönlicher Referent: VLR Werndl

Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Berndt von Staden
Geschäftsbereich: Abteilungen 1, 2, 3, 5 sowie 2 A und 7
Persönlicher Referent: VLR von Butler

Staatsminister
Jürgen W. Möllemann
Persönlicher Referent: LR I Dr. Zeisler

Staatsminister
Dr. Alois Mertes
Persönlicher Referent: LR I Blohmeyer-Bartenstein

01 Leitungsstab			
010	Ministerbüro VLR I Dr. von Ploetz	012	Öffentlichkeitsarbeit VLR I Dr. Steinkühler
		012-9	Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte Inland VLR Dr. Schellert
011	Parlaments- und Kabinettsreferat VLR I Dr. Neukirchen	013	Pressereferat VLR I Paschke

014 Büro Staatssekretäre
VLR I Graf York von Wartenburg

1 Zentralabteilung Ministerialdirektor Dr. Hallier		2 Politische Abteilung Ministerialdirektor Dr. Pfeffer		2 A Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle Botschafter Dr. Ruth	3 Politische Abteilung Ministerialdirektor Dr. Gorenflos	4 Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration Ministerialdirektor Dr. Fischer		5 Rechtsabteilung Ministerialdirigent Dr. Bertele Völkerrechtsberater	6 Abteilung für auswärtige Kulturpolitik Ministerialdirektor Dr. Lahn	7 Protokoll Botschafter Graf Finck von Finkenstein
Unterabteilung 10 Ministerialdirigentin Dr. Rheker	Unterabteilung 11 Ministerialdirigent Schönfeld Planungsbeauftragter	Unterabteilung 20 Ministerialdirigent Dr. Schauer	Unterabteilung 21 VLR I Dr. von Braunmühl	Vertreter VLR I Dr. Citron	31 Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik Ministerialdirigent Montfort	Unterabteilung 40 Ministerialdirigent Dr. Sulimma	Unterabteilung 41 Ministerialdirigent Dr. Ungerer	Vertreter VLR I Graf zu Rantzau	Unterabteilung 60 Ministerialdirigent Dr. Witte Beauftragter für internationale Medienpolitik	Vertreter Gesandter von Bredow
100 Allgemeine Personalangelegenheiten VLR I Dr. Reiche	110 Organisation VLR I Graf von der Schulenburg	200 Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten) VLR I Dr. Stabreit	210 Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen VLR I Dr. Kastrop	220 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START VLR I Dr. Hartmann	32 Beauftragter für Afrikapolitik Ministerialdirigent Haas	400 Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank) VLR I Dingsens	410 Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) VLR I Dr. von Kyaw	500 Allgemeines Völkerrecht VLR I Dr. Oesterheldt	600 Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm VLR I Engelhard	700 Staatsbesuche, Veranstaltungen (außer Diplomatisches Korps) VLR I Dr. Holtermann
101 Höherer Dienst; Honorarkonsuln VLR I Jung	111 Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland VLR I Dr. Trefftz	201 Atlantisches Bündnis und Verteidigung VLR I Dr. Hofmann	212 Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) VLR I Dr. Joetze	221 Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa VLR I Dr. Holik	33 Beauftragter für Lateinamerikapolitik Ministerialdirigent Dr. Kullak-Ublick	401 Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich: insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte VLR I Dr. Enzweiler	411 Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT; Grundsatzfragen Nahrungsmittelhilfe VLR I Dr. Randermann	501 Völkerrechtliche Verträge VLR I Dr. Treviranus	601 Kulturinstitute, Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften VLR I Dr. Kilian	701 Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden N.N.
102 Ausbildung und Fortbildung Gesandter Münch	112 Haushalt und Finanzen Beauftragter für den Haushalt VLR I Gründel	202 Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein VLR I Holthoff	213 Sowjetunion VLR I Dr. Amot	222 Genfer Abrüstungsausschuß, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung, regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedlens- und Konfliktforschung VLR Dr. Pöhlmann	34 Beauftragter für Asienpolitik Ministerialdirigent Dr. Peckert	402 Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik; Welternährungsfragen, insbesondere FAO VLR I Dr. Reichenbaum	412 Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD VLR I Dr. Heinrichen	502 Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen VLR I Dr. Pohris	602 Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst VLR I Arz von Straussenburg	
103 Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter VLR I Kleiner	113 Besoldung VLR Woltmann	203 Mittelmeerfragen: Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden VLR In I Steffler	214 Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien VLR I Dr. Keil	223 Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen VLR I Dr. Becker	300 Grundsatz- und Koordinierungsfragen Dritte Welt VLR In I Dr. Vollmar	403 Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in internationalen Organisationen VLR I Dr. von Stülpnagel	413 Internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumschließung VLR I Rouget	510 Staats- und Verwaltungsrecht VLR I Dr. Müller-Chorus	603 Internationale Medienpolitik, Fernsehen, Hörfunk, Film, Literatur und Buchwesen VLR Schönbeck	
104 Personal bei inter- und supranationalen Organisationen VLR I Trömel	114 Chiffrier- und Fernmeldewesen VLR I Dr. Giesecke	204 Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten VLR I Dr. Schenk	215 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR I Dr. Eggers		301 Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge VLR I Dr. Bartels	404 Internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der naturwissenschaftlichen Forschung, der technologischen Entwicklung, der Ozeanographie und der Umweltpolitik VLR I Dr. Graf von Matuschka	414 Internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der naturwissenschaftlichen Forschung, der technologischen Entwicklung, der Ozeanographie und der Umweltpolitik VLR I Dr. Graf von Matuschka	511 Strafrecht, Steuer- und Zollrecht VLR I Bosch	604 Gesellschaftliche Gruppen, internationale gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung VLR I Dr. Schlingensiepen	
105 Sprachendienst VLR I Kusterer	115 Innerer Dienst VLR Grasshof	204-9 Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit VLR Graf von Bassewitz			310 Naher Osten VLR I Dr. Fiedler	405 Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in internationalen Organisationen VLR I Dr. von Stülpnagel	414-9 Antarktisforschung und -konferenzen VLR I Dr. Messer	512 Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht VLR I Dr. von Boehmer		
106 Gesundheitsdienst LMedD Dr. Rohwedder	116 Bibliothek und Dokumentation VLR Knoop				310-9 Europäisch-Arabischer Dialog VLR I Dr. Kuht	4 – Z Botschafter z.b.V. Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen Botschafter Dr. Jung		513 Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland VLR I Dr. Kroneck		
	117 Politisches Archiv und Historisches Referat VLR I Dr. Weinandy				320 Südliches Afrika und Ostafrika VLR I Dr. Vergau			514 Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland VLR I Dr. Rötger		
1 – I Inspekture Chefinspekteur Botschafter Dr. Negwer	118 Geheimschutz und Sicherheit VLR I Dr. Louis				321 West- und Zentralafrika VLR I Venzlaff					
1 – Z Botschafter z.b.V. 1 – Z 1 Botschafter Kastl 1 – Z 2 Botschafter Wolff	119 Vorprüfungsstelle VLR Kobe				330 Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay VLR I von Schubert					
					331 Kolumbien, Mexiko,Venezuela, Zentralamerika, Karibik VLR I Dr. Marius					
					340 Süd- und Südostasien VLR I Freiherr von Pletten-Arnbach					
					341 Ostasien, Australien, Südpazifik VLR I Bente					